DEUTSCHE ZEITUNG FRANKFURT, MAIN: 1849,1/3





<36602415080019

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Strasburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7kr. (2Sgr.) berechnet.

№. 1. Frankfurt a. M., Montag 1. Januar. 1849.

Die Deutsche Zeitung

erscheint vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Vierteljahr Drei Gulden, wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. In Preußen ist das vierteljährliche Abonnement 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thlr. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse, im Brönnerschen Hause.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Zur Beherzigung.

Eine Neujahrsgabe von F. C. Dahlmann.

Niemals noch war es in gleichem Grade noth, daß das deutsche Volk den alten Ruhm seiner Gewissenhaftigkeit bewähre, als heute, da es gilt sich ein Oberhaupt zu wählen.

Zu wählen? Ja so spricht man, und daneben bezeugt gleichwohl Alles, daß in Wahrheit gar keine Wahlfreiheit stattfindet. Denn wohin man hört, jedermann nennt Preußen, sey's nun daß er es sucht oder es vermeidet, stets ist nur von Preußen die Rede, ob man es allein oder mit anderen, für immer oder für beschränkte Zeit an die Spitze bringen solle oder leider müße. Um diesen Gegenstand dreht sich ein endlos rauschendes Durcheinander der Meinungen, der Sticheleien, der Heftigkeiten, ja man vernimmt jähe Ausbrüche der Wuth, einer uferlos schäumenden Leidenschaft, als gölte es eine neue Revolution.

Wer es mit dem Vaterlande redlich meint, sucht bei so stürmischer Witterung ein Obdach, und findet es in der sicheren Stille des eigenen Gemüths. Hier erneut sich freilich um so dringender die Frage: „Was erwartet der Deutsche von seinem Reichsoberhaupte?" Allein die Antwort läßt nicht lange auf sich warten. Sie lautet kurz und bündig: „Den Schutz der Gesetze, die sein Volksrath in Frankfurt festgestellt hat, und eine Macht im Staatenkreise, die der Größe des deutschen Volks würdig ist."

Führt diese Antwort auf Preußen zurück, so darf man sich nicht weigern ihrer Weisung zu folgen. Bei dem Mächtigen suche Schutz! Das weiß Jedermann, und nimmer kann es frommen, wankelmüthig von ihm zu lassen, um sich dem Schwächeren zuzuwenden. Nun steht bei Preußen bereits die Macht. Wir haben nichts zu thun, als das Werk der Geschichte anzuerkennen, welches rückgängig zu machen unmöglich ist. Eine solche Macht auf die Probe zu berufen, ihr die deutsche Krone auf ein Paar Jahre oder auf die zweifelhafte Dauer eines Menschenlebens zu vertrauen, hieße sie verspotten und zugleich die deutsche Zukunft der edeln Früchte berauben, die ein völliges Zusammenwachsen Deutschlands mit Preußen unfehlbar zeitigen wird.

Denn das preußische Volk ist berufen, jene Wandelung seines inneren Wesens, welche ehemals Brandenburg in ein Preußen umschuf, zum zweitenmale und im größeren Maßstabe bewußter zu vollbringen, indem es in Deutschland eingeht. Dem Beherrscher Preußens, der seine Stirn mit der Kaiserkrone schmückt, muß, wenn er in die Herzen der Deutschen einziehen will, der fernste Winkel deutschen Bodens fortan so viel gelten als sein Berlin und Königsberg; sein Vaterland muß größer sein und zur sichtbaren Gewähr dessen wird der deutsche Reichstag, wo denn auch, aber sicherlich nicht auf preußischem Boden, tagen. Eine preußische Nationalversammlung (ein auch unter den bisherigen Verhältnissen fehlgegriffener Name) wird gar bald zu den Undenkbarkeiten gehören; denn eine gesetzgebende Versammlung des halben Reichsvolkes hier und dann wieder des ganzen Reichsvolkes dort in Wirksamkeit setzen, hieße einen Streit von Kräften hervorrufen, die sich gegenseitig zerstören müßten. Ebenso rasch aber wird

es sich in der auswärtigen Politik hervorthun, daß es eine preußische neben der deutschen gar nicht mehr geben könne, und so viel fehlt daran, daß Deutschland unter Preußens Herrschaft zu stehen komme, daß es vielmehr in Kurzem keinen preußischen Landstrich geben wird, den nicht der Odem des verjüngten deutschen Lebens frei durchwehte.

Solch ein Einleben der Hausmacht in das große Ganze vollbringt sich freilich nur durch eine Ehe ohne Scheidung. Darum ist in der Erblichkeit nicht blos ein löbliches Ding neben anderem Guten, nein der Kern des Ganzen, ja das Ganze selbst enthalten. Denn welche Entschädigung bieten uns denn die Lobredner des Wechsels mit ihren 12, 8 oder 4 Jahren? Insofern sie nicht den Republikanern angehören, die einen Präsidenten für möglichst kurze Zeit an die Spitze Deutschlands bringen möchten, werfen sie gewöhnlich die Behauptung hin, dem Begriffe des Bundesstaats widerstreite die Erblichkeit seines Oberhaupts. Wenn die Erblichkeit aber unserm Deutschland Rettung und Segen bringt, so ließe sich die Niederlage eines Begriffes allenfalls verschmerzen. Wie ist es aber mit diesem Begriffe überhaupt bewandt? Aus dem Begriffe des Bundesstaats, im Gegensatz zum Staatenbunde gestellt, hat man uns oft genug bewiesen, der Staat solle von nun an mehr gelten als der Bund, die deutsche Einheit mehr als das deutsche Sonderleben, aber dabei beruht es auch. Denn allein für sich hingestellt ist der Bundesstaat ein Staatswesen von der mannigfaltigsten Dehnbarkeit, und kein Sterblicher darf sich vermessen, mit entschiedenem Urtheil vorauszusagen, ob die alte Gemüthlichkeit des in landschaftlicher Wirksamkeit begnügten Sonderlebens abermals bei uns obsiegen, oder ob das Selbstgefühl noch nie empfundener Macht, beflügelt durch die Nothwendigkeit der Selbsterhaltung, den rings andrängenden Großmächten gegenüber, uns der Staatseinheit näher und näher zuführen wird.

Genug, welche Schleier auch unsere Zukunft verhüllen mögen, Jeder, dem die Wohlfahrt Deutschlands der Leitstern ist, kennt die Bahn, die er zu wandeln hat, oder kann doch, wenn er etwa langsameren Kopfes ist, ihrer augenblicklich inne werden, sobald er sich eine vielleicht nahe Möglichkeit verwirklicht. Dränge heute die geflügelte Kunde an den Rhein, Frankreichs Schaaren wälzten sich feindselig heran, würde nicht da ein Schrei, durch ganz Deutschland schallend, mahnen, uns um den Adler Preußens zu schaaren? Würde man nach Oesterreich fragen, das bei aller seiner Macht genug an sich selber zu schützen hat oder nach einem andern Thronkandidaten, oder vollends nach der gepriesenen Trias ausblicken, damit diese über unsere Rettung berathschlage?

Wenn die Nationalversammlung, durch die Stimme des deutschen Volkes zur Schöpfung der deutschen Reichsverfassung berufen, die deutsche Erbkrone in die Hände unsres mächtigsten Fürsten niederlegt, so trifft sie keine Wahl, sie erkennt bloß eine politische Nothwendigkeit an, deren Dasein niemanden verborgen sein kann, dessen Augen zum Sehen taugen. Kränkt sie Oesterreich? Oesterreich, in den gefahrvollen Neubau seines mittelalterlichen Völkerreichs vertieft, muß vor allen Dingen zunächst sich selbst gehören, kann und will uns jetzt nichts sein, möchte vielleicht lieber sogar uns Schwierigkeiten bereiten; allein es kommt der Tag, da es die dargebotene Hand ergreifen und in treuer Verbrüderung mit uns deutscher sein wird, als da es noch scheinbar zu uns im deutschen Bunde stand. Oder kränkt die Nationalversammlung denn die deutschen Fürsten zu Gunsten eines einzelnen Fürsten? Zu Gunsten des Vaterlandes geschähe diese Kränkung, wenn überhaupt eine solche stattfände. Auch haben weise Männer stets die Einbuße gern verschmerzt und wohl gar gesegnet, durch welche sie in der Stunde der Gefahr den Rest ihrer Habe zu retten vermochten. Zu hell aber ist die Wahrheit an den Tag getreten, daß Deutschlands Bestimmung damit nicht erfüllt ist, daß es dem Selbstgenügen von mehr als dreißig Souveränitäten diene; die Nothwendigkeit liegt unabweichlich vor, daß 200 Jahre nach dem westphälischen Frieden, der uns diese Ungeheuerlichkeit des Daseins aufhalst, etwas für das deutsche Volk in erster Linie geschehe. — Oder übt sie wohl gar Kränkung gegen Preußen? Ja gewiß, sie kränkt unversöhnlich alle diejenigen Preußen, welche noch immer den Traum von einem spezifischen Preußenthum und der Glorie einer preußischen Nationalversammlung träumen, und das glänzende Elend der Trias für Deutschland aussinnen, welche noch immer nichts Besseres wissen, als Preußen im alten Schlepptau der russischen und österreichischen Politik zu lassen und das frische Leben auf die dürre Weide der vormaligen Ruhms- und Siegesfelder zu schicken, aber sicherlich keinen Preußen, der Mannes genug ist, die abgestorbenen Zweige an der vaterländischen Eiche selbst fällen zu helfen, damit die lebendigen Aeste ihre starken Arme um so gewaltiger ausbreiten können, sicherlich auch nicht den König Preußens, welcher keine Usurpation zu begehen glauben wird, wenn er die Pflicht erfüllt, welche Deutschland ihm aufzuerlegen berechtigt ist.

Wenn die deutsche Nationalversammlung Deutschlands erbliche Kaiserkrone gründet, so darf sie getrost ihren Fürsten gegenübertreten und sagen: „Wir haben uns selber überwunden, indem wir, durch ein Jahrtausend belehrt, unsere Stammeseifersucht, unsern kirchlichen Hader, unser ganzes kleinliches Sinnen und Spinnen der Einheit des Vaterlandes zum Opfer brachten. Wir haben erfüllt was wir dem Volk verheißen; thut Ihr desgleichen!"

Deutschland.

Frankfurt, 30. Dez. Das heut erschienene Reichsgesetzblatt enthält: 1) das Finanzgesetz für die Monate Sept., Okt., Nov. und Dez. 1848, nebst dem Etat der Einnahmen und Ausgaben als Anlage; 2) eine Verordnung, wonach zur Bestreitung des Aufwandes der Reichsversammlung und Zentralgewalt eine Matricularumlage von 217,456 fl. 32 kr. ausgeschrieben wird; 3) eine Bekanntmachung des Finanzministeriums, wonach die obige Matricularumlage nach der unterm 3. Mai neu festgestellten Matrikel sich folgendermaßen unter die einzelnen Staaten vertheilt: 1) Oesterreich 64,869 fl. 54 kr., 2) Preußen 65,472 fl. 30 kr., 3) Baiern 24,354 fl. 42 kr., 4) Königreich Sachsen 8209 fl. 27., 5) Hannover 8930 fl. 11 kr., 6) Württemberg 9546 fl. 39 kr., 7) Baden 6841 fl. 13 kr., 8) Kurhessen 3884 fl. 55 kr., 9) Großherzogthum Hessen 4238 fl. 8 kr., 10) Holstein 2243 fl. 55 kr., 11) Lauenburg 218 fl. 55 kr., 12) Luxemburg und Limburg 1731 fl. 49 kr., 13) Braunschweig 1433 fl. 55 kr., 14) Mecklenburg-Schwerin 2449 fl. 9 kr., 15) Nassau 2071 fl. 18 kr., 16) Sachsen-Weimar 1375 fl. 5 kr., 17) Sachsen-Coburg-Gotha 763 fl. 29 kr., 18) Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 786 fl. 44 kr., 19) Sachsen-Altenburg 671 fl. 48 kr., 20) Mecklenburg-Strelitz 490 fl. 59 kr., 21) Oldenburg 1509 fl. 59 kr., 22) Anhalt-Dessau 362 fl. 13. kr., 23) Anhalt-Bernburg 253 fl. 26 kr., 24) Anhalt-Cöthen 222 fl. 2 kr., 25) Schwarzburg-Sondershausen 308 fl. 39 kr., 26) Schwarzburg-Rudolstadt 369 fl., 27) Hohenzollern-Hechingen 99 fl. 12 kr., 28) Liechtenstein 37 fl. 57 kr., 29) Hohenzollern-Sigmaringen 213 fl. 17 kr., 30) Waldeck 351 fl. 54 kr., 31) Reuß, ältere Linie, 152 fl. 15 kr., 32) Reuß, jüngere Linie, 357 fl. 9 kr., 33) Schaumburg-Lippe 143 fl. 40 kr, 34) Lippe 493 fl., 35) Hessen-Homburg 136 fl. 50 kr., 36) Lübeck 278 fl. 6 kr., 37) Frankfurt 327 fl. 21 kr., 38) Bremen 331 fl. 48 kr., 39) Hamburg 887 fl. 32 kr.

Frankfurt, 30. Dez. Die Thätigkeit H. v. Gagern's an der Spitze des Reichsministeriums macht sich zunächst in einem Verhältniß geltend, das Schmerling, aus welchen Gründen auch immer, nur zu sehr vernachlässigte. Die erste gemeinsame Verhandlung mit den Kommissarien der deutschen Regierungen betraf die Grundrechte. Gestern schon war eine nicht minder wichtige. Was wir über dieselbe erfahren haben ist folgendes. Es handelte sich um die Matrikularbeiträge der Regierungen. Oesterreich hat bekanntlich nur für das erste Quartal dieses Jahres und sehr spät gezahlt. In Betreff des ersten Seriebeitrags zur Flotte (1½ Mill. Gulden) hat es erklärt, daß es seine Flotte im Mittelmeere stets auch im Interesse Deutschlands verwandt habe, daß es bemüht sei, dieselbe zu erweitern, daß diese Flotte mit Zubehör ungleich höher an Werth sei, als der geforderte Beitrag, daß es denselben am wenigsten jetzt zahlen werde, wo die Verhältnisse zwischen Oesterreich und Deutschland nicht geordnet seien. Preußen hatte die erste Zahlung auch für mehrere Zollvereinsstaaten ausgelegt; der Korrespondent hat nicht in Erfahrung bringen können, ob dasselbe auch für diese zweite Zahlung nöthig wird. Baiern hat in Betreff der zweiten Zahlung sich seine Erklärung vorbehalten; in Betreff der ersten (von Preußen ausgelegten?) erklärt, es habe durch seine Landtruppen im Reichsdienst so viel geleistet, daß es bei der Umlage der betreffenden Lasten damit die erste Zahlung nicht allein gedeckt habe, sondern noch Geld vom Reich

herausbekommen müsse! Sodann ist die Berathung auf die durch die Verwendung von Reichstruppen entstandenen Kosten übergegangen. **Braunschweig** hat den Takt gehabt, zu erklären, daß der nächste Gewinn der durch solche Truppen hergestellten Ruhe eben den meist kleineren Staaten zufalle, wohin sie gesandt worden, und daß es ungerecht sein würde, etwa Hannover oder Preußen, das im eigenen Lande mit eigenen Truppen Ruhe geschafft, auch noch für diejenigen Sendungen eigener Truppen, die das Reich nach Baden, Thüringen u. s. w. beordert, Matricularbeiträge zahlen zu lassen. **Preußen** hat darauf erklärt, daß es diese Beiträge zahle, ohne jedoch damit einer künftigen Ordnung dieser Verhältnisse präjudiciren zu wollen; **Baiern** seinerseits hat auch für die an der Iller, allerdings auf Aufforderung des Reichs aufgestellten bayerischen Truppen die Reichsentschädigung gefordert; dasselbe Bayern, das ehe der Malmöer Waffenstillstand hier genehmigt war, seine ganze Heeresmacht dem Reichsverweser zur Verfügung stellte. (O. P. Z.)

* **Frankfurt**, 30. Dez. Die O. P. Z. bestätigt heute gleichfalls die bereits von uns mitgetheilte Nachricht, daß „von einem süddeutschen Könige" schon vor Wochen eine Erklärung zu Gunsten der Uebertragung der Reichsgewalt an Preußen bei dem Reichsministerium eingelangt sei, und sich nun in dem Portefeuille Schmerling's vorgefunden habe. Dasselbe Blatt glaubt ferner zu wissen, „daß zwischen den Fürsten der mittleren Staaten von einer nachbarlichen Residenz aus ein Einverständniß eingeleitet wird, um die Krone Preußen zur Annahme der Kaiserwürde zu bestimmen."

Wien, 24. Dez. Die Untersuchung wegen des an Latour verübten Mordes ist noch immer nicht beendigt, obwohl sie ununterbrochen und mit aller Energie betrieben wird. Es sind in diesem verwickelten Prozesse bereits über 600 verschiedene Personen und Zeugen verhört worden, und die Untersuchungsakten bilden ganze Stöße. Einer der gewesenen Adjutanten des Grafen Latour, der Hauptmann N. . ., befindet sich noch immer in Haft. Gestern ist der Major Madaras, früher österreichischer Offizier und während der letzten Zeit Stadtcommandant in Preßburg, gefangen hieher gebracht worden. Die Communication zwischen hier und Preßburg (sowie auch nach Oedenburg) ist ganz frei, und von heute angefangen sind auch die Eisenbahnfahrten zwischen hier und Preßburg über Gänserndorf wieder regelmäßig eröffnet worden. (Allg. Z.)

Wien. In der Allg. Ztg. erklärt Franz Pulszky, der ungarische Generalsekretär, aus Pesth vom 12. Dez. die Gerüchte, als hätte er oder der ungarische Minister, Graf Batthyany, durch Geldspenden den Wiener Aufstand vom 6. Okt. herbeigeführt, für völlig grundlos, wobei er sich, um die Unmöglichkeit der Sache darzuthun, auf die Verwendung seiner Zeit in jenen Tagen von Stunde zu Stunde beruft.

Wien, 27. Dez. Die Wiener Zeitung bringt das folgende 5. **Bulletin**. Das Hauptquartier Sr. Durchl. des Hrn. Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz ist heute den 26. bis St. Miklos nächst Hochstraß vorgerückt. Die Vorposten stehen eine halbe Stunde vor Raab. — Allenthalben werden die k. k. Truppen von den Bewohnern auf das Freundlichste empfangen, so daß selbe in voller Sicherheit in dieser rauhen Jahreszeit in den Ortschaften cantoniren können und außer den Vorposten und Bereitschaften keine Mannschaft über Nacht im Bivouac steht. Die Colonne des Obersten Horvath, welche bisher Oedenburg besetzt hatte, rückt heute in Kapuvár ein, wodurch über Csorna die Verbindung mit dem rechten Flügel der Hauptarmee erfolgt ist. Eben so ist ein anderes Streifkorps unter dem Obristlieutenant Grafen Althann über Güns nach Steinamanger im Marsch, wo es in Verbindung mit jenem Korps kommen wird, welches unter dem Feldzeugmeister Grafen Nugent von der steierischen Gränze her über Lövö nach Körmönd vorrückt. Der Feind scheint sich vorzüglich mit Entleerung der Kassen, Raub und Plünderung zu beschäftigen. — Nach Nachrichten aus Werschetz vom 17. d. M. hat der serbische Wojwode, General Suplikacz, die ungarischen Insurgenten auf's Haupt geschlagen, nachdem selbe schon früher einige errungene Vortheile aufgeben mußten, indem von Temesvar her eine Kolonne unter dem Obersten Blomberg in ihrem Rücken angegriffen hat. — In den Karpathen hat die rauhe Jahreszeit die Verbindungen sehr erschwert. Ein Theil der bei Silein gestandenen Insurgenten unter dem Rebellen-Häuptling Balogy hatte sich etwas zurückgezogen, weil die Abtheilungen unter dem Feldmarschall-Lieutenant Simunich das obere Waagthal bedrohten. Der Feldmarschall-Lieutenant selbst steht vor Leopoldstadt, um diese kleine Festung zu beschießen. — Alle Eisenbahnverbindungen von Wien bis Tyrnau, auf der anderen Seite bis Oedenburg, sind hergestellt und eröffnen die Verbindung eben so sehr, als sie die Nachschübe für die Armee erleichtern. Wien, am 26. Dec. Welden, Feldmarschall-Lieutenant.

Wien, 26. Dez. Hofrath Baron Geringer ist zum kaiserl. Kommissär für **Siebenburgen** ernannt und beauftragt, die definitive Regelung der Verhältnisse jener Provinz vorzubereiten. — Ein unterm 21. Dez. aus **Olmütz** erlassenes kaiserl. Manifest an das Sachsenvolk in Siebenbürgen spricht demselben die Zugestehung der von diesem ausgesprochenen Wünsche aus, worunter der wichtigste die unmittelbare Unterordnung der Sachsen unter die Centralregierung in Wien ist. Ueber die Art der Theilnahme der sächsischen Nation an der Volksvertretung der Gesammtmonarchie durch ihre eignen Abgeordneten behält sich der Kaiser das Einvernehmen mit der gesetzlichen Einberufung ihrer Abgeordneten bis zu dem Zeitpunkte vor, in welchem die organischen Gesetze über die definitive Gestaltung eines allgemeinen österreichischen Reichstags wie auch die Wahlmodalität festgestellt sein werden. (W. Z.)

— Die Wiener Zeitung vom 26. Dez. enthält in ihrem amtlichen Theile einen die Beziehungen Oesterreichs zum Papste betreffenden Artikel, in welchem es, nach Darstellung der der Abberufung des österreichischen Botschafters in Rom vorangehenden Ereignisse, die den Beweis geliefert hätten, daß die Autorität des Papstes in seinem eignen Lande zum Schatten heruntergesunken gewesen, schließlich heißt: Heute hat sich die Lage der Dinge umgestaltet. Durch den schändlichen Undank Derjenigen, denen er nur Wohlthaten spenden wollte, und die ihn vor kurzem noch bis in den Himmel erhoben, auf das Aeußerste gebracht, hat sich der Papst ihren Gewaltthaten durch die Flucht entziehen müssen. In Gaeta angelangt, hat er feierlich vor dem Angesichte der Welt gegen die freventlichen Attentate des 16. Nov. protestirt und alle daraus entsprungenen Akte für null und nichtig erklärt. Diese Protestation ist dem kaiserl. Hofe in offizieller Weise mitgetheilt worden. Da aus diesem Dokumente klar erhellt, daß der Papst, den Händen seiner Dränger entronnen und wieder im Besitze der zur Ausübung seines apostolischen Amtes nothwendigen Freiheit ist, so wird Se. Maj. der Kaiser, gern dem Drange seines Herzens folgend, die für die religiösen Interessen seiner Völker hochwichtigen diplomatischen Verbindungen mit dem Oberhaupte der Kirche wieder anknüpfen und ihm den Ausdruck der aufrichtigen Sympathien darbringen, welcher die Tugenden, das Unglück und die erhabene Stellung Pius IX. so würdig sind. Zu diesem Ende wird unverzüglich ein kaiserl. Gesandter sich zu dem Papst nach Gaeta begeben.

* **Wien**, 26. Dez. Das Gerücht vom Wiedereintritt des Baron Kübeck als Finanzminister wird im heutigen Lloyd in halboffizieller Weise dahin berichtigt, daß derselbe nur bei den obwaltenden Finanzschwierigkeiten zu Rathe gezogen werden soll. Andere Blätter sagen freilich, das Ministerium wünsche sich des Baron Kraus, als zweideutig und in die Oktober-Revolution verflochten, zu entledigen. Auch der Kampf des Lloyd gegen die Nationalbank (der Schützling und Helfer in der Noth des Baron Kraus) und die Finanzzustände scheint nur ein maskirter Angriff gegen den Finanzminister. Die Schwierigkeit scheint nur darin zu liegen, daß man für das wenig reizende Ministerium einen Nachfolger finde. Das von Stadion provisorisch verwaltete Unterrichtsministerium soll dem jetzigen Gouverneur von Galizien (mit dessen Provinzverwaltung Stadion schwerlich zufrieden sein kann) zugedacht sein. — Eine Hof-Kommission zur Reorganisation der Behörden in Pesth und Ofen ist bereits in's Lager des Fürsten Windisch-Grätz abgegangen. Hr. v. Schmerling ist in Wien angekommen und hat auf den 28. eine Versammlung seiner Wähler ausgeschrieben. Nach der Allg. Ztg. wird er das Mandat für den österreichischen Reichstag nicht annehmen, da er als Gesandter in Frankfurt bleibt. Es wird also eine neue Wahl nöthig, und man erwartet, daß die Wähler endlich auf Kübeck ihr Auge lenken, da im ganzen Reichstag kein Finanzmann sitzt. Man schreibt der Allg. Ztg. über eine wichtige Veränderung im Pensionswesen. Es ist beschlossen worden, daß Beamte und Staatsdiener, welche in Folge ihrer Untauglichkeit oder minderen Befähigung aus dem Staatsdienste treten oder entlassen werden, künftighin keine Pension mehr erhalten sollen. Das rechte Licht erhält diese Bestimmung durch

Stadions neuliches Cirkular an die Länderchefs, nach welchem jeder Beamte, der sich der Richtung des Ministeriums nicht anschließen zu können vermeint, oder sich hierzu als unfähig darstellt, von seinem Posten zu entfernen ist. Also ganz wie in Frankreich: Reform des Beamtenstandes nur in Bezug der Befähigung zu völlig willenlosem Dienste; sonst unbedingte Abhängigkeit der ganzen Existenz von der Willkür des Ministers oder Landeschefs.

• **Berlin**, 29. Dez. Der Minister des Innern, Herr v. Manteuffel, hat in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen ein Rundschreiben an die Regierungen erlassen, in welchem es unter **Anderm heißt:**

„Es müssen sich die Königlichen Behörden die entscheidende Wichtigkeit der bevorstehenden Deputirten-Wahlen und den Einfluß klar machen, den jene feindliche Partei darauf zu gewinnen sucht; sie müssen eine Stellung einnehmen, welche die Anhänger der konstitutionell-monarchischen Regierungsform mit Achtung und Vertrauen erfüllt, in zaghaften Gemüthern den Muth der Ueberzeugung belebt und befestigt und den Freunden der Ordnung und wahren Freiheit den Muth gibt, den politischen Kampfplatz zu betreten, um das Bestehen der Verfassung durch die Wahl patriotischer und einsichtsvoller Abgeordneten sicher zu stellen. Weit entfernt, auf den Ausfall dieser Wahlen einen direkten Einfluß auszuüben, oder gar durch ungesetzliche Mittel einen unlauteren Eifer kund zu geben, ist es vielmehr die Aufgabe der Behörden, jede Einschüchterung, jede Verführung von den Wahlen fern zu halten, jedem unredlichen Mittel, jeder Art der Corruption und Allem, was derselben in Form und Wesen ähnlich ist, entgegenzutreten, welcher augenblickliche Erfolg auch damit zu erzielen sein möchte. Nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der bleibenden Beruhigung des Landes, zur Wiederherstellung seiner tief erschütterten Wohlfahrt, im Interesse der höchsten Güter des Volks, welche der Erörterung der zu bildenden Kammern werden unterworfen werden, hat die Regierung mit ihren konstitutionellen Organen darüber zu wachen, daß in den bevorstehenden Wahlen der durch die schweren Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit hoffentlich geläuterte Volkswille seinen ungetrübten Ausdruck finde. Es liegt im Interesse der Regierung wie des Landes, daß jeder Urwähler und jeder Wahlmann die große und folgenschwere Bedeutung seines hohen Berufs richtig erkenne und die Gefahren einer schlechten Wahl zu würdigen verstehe: die Behörden sind demnach verpflichtet, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln dahin zu wirken, daß die Freiheit der Meinungs-Aeußerung über die Wahlen und Wahl-Kandidaten keine ungesetzliche Beschränkung erleide; sie haben ihre Aufmerksamkeit und ihre Thätigkeit darauf zu richten, daß jeder Versuch, die öffentliche Meinung hierüber irre zu leiten, vereitelt, daß jede Täuschung, jede falsche Vorspiegelung oder Verleumdung in Schrift und Rede, ihre Widerlegung und, wo das Strafgesetz es gestattet, ihre nachdrückliche Ahndung finden; sie haben insbesondere zu hindern, daß über diejenigen Eigenschaften eines Wahlmannes und Abgeordneten, welche zur würdigen und erfolgreichen Erfüllung seiner patriotischen Mission unerläßlich sind, falsche Vorstellungen Boden gewinnen, und sie müssen es zur allgemeinen Ueberzeugung zu bringen suchen, daß voreilige, in der Regel unerfüllbare Verheißungen der Wahl-Kandidaten, für persönliche Wünsche der Wähler und für örtliche Sonderinteressen thätig sein zu wollen, den Mangel ihrer höheren politischen Einsicht, ihrer Gesinnungstüchtigkeit und patriotischen Hingebung an das Gemeinwohl des Vaterlandes nimmermehr ersetzen können.

Lith. Korr. **Berlin**, 29. Dez. In einer Zeit der trostlosesten Neuigkeitsarmuth erscheint den Berlinern die Geschichte eines vorgestern zwischen einem bekannten Oppositionsmitgliede der aufgelösten Nationalversammlung und dem Herrn v. Vincke stattgefundenen Rencontres wie eine Oase in der Wüste. Als Herr v. Vincke von der Tribüne in der Paulskirche herab Schmähungen gegen die damals bereits aufgelöst gewesene Berliner Versammlung schleuderte, rief ihm die Linke zu: es sei unritterlich, eine Versammlung zu beleidigen, die nicht mehr existire. Hr. v. Vincke entgegnete: die Versammlung existire in ihren Mitgliedern, und er sei bereit, jedem von diesen Genugthuung zu leisten. Dies veranlaßte Hrn. Jung zu einer Pistolenforderung. Man kam überein in Eisenach zusammen zu treffen. Mit Hrn. v. Vincke (Hr. Jung, wie die Konst. Korresp. bemerkt, übte sich fleißig im Pistolenschießen) in Eisenach erschienen der preuß. Major v. Voigts-Rheetz und Hr. v. Schlotheim, mit Hrn. Jung der Abgeordnete von Potworowski und der Kammergerichtsassessor Bergenroth. Anstatt aber den Konflikt in der verabredeten Weise auszugleichen, erklärte Hr. v. Voigts, nach reiflichem Ueberlegen glaube Hr. v. Vincke Bedenken tragen zu müssen, einem Manne Genugthuung zu gewähren, auf welchem noch der in öffentlichen Blättern ausgesprochene Vorwurf der Lüge hafte. Diesen Vorwurf hatte der durch seine lateinischen „Eingesandt's" in der Vossischen Zeitung bekannte Herr F. v. Bülow gegen Jung erhoben. Vergeblich waren alle Vorstellungen der Sekundanten des Gegners, vergeblich die Hinweisung auf das hohe Alter des Hrn. v. Bülow, eines Mannes, der kaum mehr die physische Kraft haben dürfte, eine Pistole zu halten. Hr. v. Vincke beharrte standhaft auf dem Rechtsboden seines Bedenkens und verließ Eisenach. Hr. Jung ist demzufolge nach Berlin zurückgekehrt. (?) Die Versammlungen der Wähler will Hr. v. Wrangel nur unter der Bedingung gestatten, daß ein Beamter dieselben überwache, und — daß politische Gegenstände außer Spiel gelassen werden. Gegen diese Bedingungen haben die Stadtverordneten protestirt, gegen die letzte sogar der Magistrat. — Der Literat Hopf, der von der Anklage der Majestätsbeleidigung in erster Instanz freigesprochen war, ist heute auf Appellation des Staatsanwalts zu einjähriger Festungsstrafe verurtheilt worden. Eben so hatte der Staatsanwalt gegen die Freisprechung des Druckereibesitzers Fähndrich und des Studenten Fernbach wegen des von dem letzteren verfaßten „Republikanischen Katechismus" appellirt. Der Termin mußte jedoch heute ausgesetzt werden, da Fernbach aus Berlin gewiesen ist und deßhalb nicht erscheinen konnte.

△ **Berlin**, 30. Dez. Die Gerüchte von einer Ministerkrisis sind vorläufig nicht begründet. Wenigstens ist gewiß, daß mit dem ehemaligen Finanzminister, jetzigen Oberpräsidenten von Sachsen, Hr. v. Bonin, seitens des gegenwärtigen Ministeriums wegen Uebernahme des bisher durch den Generalsteuerdirektor Kühne interimistisch zu leitenden Finanzministeriums unterhandelt wird. — Hr. Flottwell, der gegenwärtige Oberpräsident von Westphalen, wird, wie man vernimmt, nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren; dagegen wird derselbe die Verwaltung einer andern Provinz, entweder Sachsens, wenn Herr von Bonin das Finanzministerium annehmen sollte, oder Pommern's, erhalten. — In diesem Augenblicke befindet sich Herr von Spiegel, der Präsident der Regierung in Düsseldorf, hier. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird derselbe jedoch nicht wieder nach Düsseldorf zurückkehren, sondern den Staatsdienst verlassen. — Die Wahrscheinlichkeit, daß Preußen die Fürstenthümer Hohenzollern übernehmen wird, wächst. Der Fürst von Sigmaringen betreibt hier die Schlußverhandlungen. Jedenfalls ist es aber noch zu früh, wenn süddeutsche Blätter die Befürchtung hegen, daß Herr von Hassenpflug mit der Verwaltung jener Ländchen betraut werden könnte. Uebrigens scheint diese Besorgniß auch ungegründet, weil kein Grund zu der Annahme vorliegen dürfte, daß gerade Hr. v. Hassenpflug jene Mission erhalten würde. Vielmehr wirft man hier ein Auge auf Camphausen, der, als Vermittler zwischen Nord- und Süddeutschland, auf jenem Posten allerdings ganz ersprießlich wirken könnte. — Am 1. Januar ist folgender Armeebefehl des Königs zu erwarten.

Armeebefehl.

„Ich wünsche meinem herrlichen Kriegsheere, Linie und Landwehr, Glück zum neuen Jahr. Am Schlusse des verhängnißvollen Jahres 1848 aber sage Ich dem Heere aus wahrstem Herzensbedürfniß anerkennende Worte für sein unvergleichliches Verhalten während desselben. In dem verflossenen Jahre, wo Preußen der Verführung und dem Hochverrathe, ohne Gottes Hülfe, erlegen wäre, hat Meine Armee ihren alten Ruhm bewährt und neuen geerntet. König und Volk blicken mit Stolz auf die Söhne des Vaterlandes. Sie hielten ihre Treue, als Empörung die friedliche Entwicklung der freisinnigen Institutionen störte, denen Ich Mein Volk besonnen entgegenführen wollte. Sie schmückten ihre Fahnen mit neuen Lorbeern, als Deutschland Unserer Waffen in Schleswig bedurfte. Sie bestanden siegreich Mühseligkeiten und Gefahren, als im Großherzogthum Posen die Insurrektion zu bekämpfen war. Ihre Mitwirkung zur Erhaltung der Ordnung in Süddeutschland erwarb dem Preußischen Namen neue Anerkennung. Als endlich im Vaterlande selbst die Gefährdung des Gesetzes das Einschreiten der bewaffneten Macht und das Zusammenziehen der Landwehr erheischte, verließen die wackeren Landwehrmänner freudig Haus und Hof, Weib und Kind und Alle, Linie und Landwehr, rechtfertigten Mein in sie gesetztes Vertrauen und die bewunderungswürdige Organisation, welche der Hochselige König Unserem Heere gegeben hat. Ueberall hat die Armee ihre Pflicht gethan.

„Höher noch als diese Thaten schlage ich aber die Haltung an, welche die Armee Monate hindurch bewährt hat, als sie abscheulichen Schmähungen, Verläumdungen und Verführungen ihren vortrefflichen Geist und edle Mannszucht rein und ungetrübt entgegenstellte. Ich kannte Meine Armee — wo Ich rief, stand sie bereit, in voller Treue, in voller Disciplin. Mehr hätten die Truppen in Preußens glorreichster Epoche nicht leisten können. Ich danke den Generalen, Offizieren und Soldaten des stehenden Heeres und der Landwehr in Meinem Namen und im Namen des Vaterlandes. Potsdam, 1. Januar 1849. gez. Friedrich Wilhelm. Gegengez. v. Strotha."

Düsseldorf, 28. Dez. Die in Ihrem gestrigen Blatte mitgetheilte Suspension des ehemaligen Abgeordneten bei der preußischen Nationalversammlung, Regierungs-Assessors Bredt, von seiner Stelle als landräthlicher Kommissär des Kreises Elberfeld kann nunmehr als zuverlässig bestätigt werden. Demselben ist gleichzeitig die weitere Beschäftigung bei dem hiesigen Regierungs-Collegium vorläufig untersagt worden. Zufällig sind wir in den Stand gesetzt, Ihnen die betreffenden Worte des von dem Minister des Innern, Hrn. v. Manteuffel, erlassenen Rescriptes wiederzugeben. In diesem Rescripte wird der hiesigen königl. Regierung eröffnet, wie er (der Minister) „mit Rücksicht auf das Benehmen des Regierungs-Assessors Bredt bei der Nationalversammlung es durchaus unangemessen finde, demselben die interimistische Verwaltung jenes Amtes, welche er sonst, jetzt nachdem die Nationalversammlung aufgelöst worden, wieder übernehmen könnte, länger zu belassen. Dieselbe habe daher das dem Assessor Bredt ertheilte Kommissorium unverzüglich zurückzunehmen und sodann anderweite Vorschläge wegen der Verwaltung der gedachten Stelle zu machen. Die weiteren Bestimmungen wegen des rc. Bredt müßten für jetzt vorbehalten bleiben, doch sei derselbe bei dem Regierungs-Collegium zu Düsseldorf vorläufig nicht weiter zu beschäftigen." Wir bedauern es, durch solche Maßregeln die Regierung selbst gegen Mitglieder der gemäßigten Fraktionen der Nationalversammlung einen höchst bedenklichen Weg einschlagen zu sehen. Der §. 1 des Gesetzes zum Schutze der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung lautet: „Kein Mitglied der Versammlung kann für seine Abstimmungen oder für die von ihm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter ausgesprochenen Worte und Meinungen in irgend einer Weise zur Rechenschaft gezogen werden." Dieselben Bestimmungen sind in Art. 83 der oktroyirten Verfassung aufgenommen worden. Die öffentliche Meinung wird solchen Handlungen des Ministeriums schwerlich ihren Beifall schenken!

Münster, 28. Dez. Die Verhaftungen gehen hier ihren Gang wie bisher. Gestern Abend ist auch der Oberlandesgerichts-Direktor Temme gefänglich eingezogen und, beim gänzlichen Mangel an Voruntersuchungs-Gefängnissen, ins hiesige Zuchthaus abgeführt worden, gleich den vor ihm zur Haft gebrachten Personen. (K. Z.)

▽ **München**, 29. Dez. Unsere Bevölkerung ist eben so gespannt wie die ganze politische Atmosphäre und wartet der elektrischen Entladung, welche uns ein Ministerium bringen soll. In der That, man kann sagen, der baierische Himmel hängt jetzt voll Ministerkandidaten, aber entweder bestehen sie die Prüfung bei Hofe nicht, oder der Hof nicht bei ihnen. Wir sind wieder in das Gebiet der höhern politischen Rücksichten eingetreten und empfangen unsere Eingebungen eher von Gaeta und Ollmütz her, als von Frankfurt. Oder es müßte denn die neue baierische Liga oder wie sie sich selbst nennt, „die neue Coalition" der leitende Gedanke der gegenwärtigen baierischen Politik sein, jene Coalition, welche laut der Neuen Münchner Zeitung sich in Frankfurt gebildet und gegen das „unselige" Programm Gagerns ein Gegenprogramm aufgestellt hat, worin ein alle vier Jahre von den deutschen Fürsten zu wählender Reichsverweser in Vorschlag gebracht wird. Also der auf vier Jahre gewählte nordamerikanische Präsident, nur mit dem Unterschied, daß der künftig das deutsche Reich verwesende Präsident ein geborner und gelernter Fürst und in einem geheimen Fürstenkonseil von seines Gleichen gewählt sein würde! Und welch' ein gordischer Knoten dynastischer Intriguen würde, falls dieser Vorschlag in der Reichs-Versammlung die Majorität erhalten hätte, geschlungen worden sein, aber schwerlich zum Wohle des gemeinsamen deutschen Vaterlandes! Wie würde unter diesen Umständen nicht blos die baierische, sondern auch die hechingen'sche, die sigmaringensche, die homburgische und jede andere groß- und kleinfürstliche Politik Gelegenheit haben, sich einigermaßen gegen die große deutsche National-Politik in Positur zu setzen und kleine fürstliche Klubs zu stiften, in denen nöthigenfalls Emeuten von oben herab gegen das Volk verabredet würden! Denn das möchten wir kaum glauben, daß zwischen den Wahlfürsten selbst in den Hauptfragen eine Zwietracht bedenklicherer Art ausbrechen würde; sie wissen nur zu gut und besser als die deutschen „Nationalitäten", wie sie diesen gegenüber nur durch ihre Eintracht stark sind. Auf der andern Seite würde es freilich an kleineren Uebervortheilungen, Chikanen und Hofränken nicht fehlen, trotz der wohlunterhaltenen fraternité, die unter den Völkern nur eine Phrase, unter den Fürsten bis zu einem gewissen Grade eine Wahrheit zu sein scheint. Man fährt bei uns in Baiern fort, aufs feierlichste zu versichern, daß an eine Reaktion nicht zu denken sei, und doch spüren wir das leise Wehen der Reaktion nicht bloß in der Entlassung liberaler Minister, sondern auch in scheinbar kleinlichen, aber kaum minder bedeutsamen Dingen, wie denn, laut der D. f. Z., an sämmtliche Regimentskommandos die „vertrauliche" Weisung ergangen ist, „die, namentlich seit der Promenade nach Baden so stark gewachsenen Bärte der Offiziere etwas zu regeln und nur Schnurr- und Knebelbart, den Backenbart aber nur einen Zoll lang unterhalb der Kopfhaare zu dulden." Bekanntlich war die größere oder geringere Strenge des militärischen und beamtlichen Bartreglements früher der Gradmesser für die geringere oder größere Liberalität der Regierung; und die Frage ist nur noch, ob die Reaktion mit diesem entscheidenden Einschreiten gegen den Bartwucher endigen oder erst recht anfangen wird. Man versichert uns zwar, es sei unmöglich, daß Abel hier noch je möglich sein könne; aber ich kann mich davon nicht so recht überzeugen, und wenn auch Abel unmöglich sein sollte, so sind es — verzeihen Sie mir den etwas leicht wiegenden Witz — vielleicht doch nicht die Abellinos.

Ulm, 22. Dez. Nachdem in den jüngst verflossenen Tagen das Oberkriegsgericht in Stuttgart als Militärrevisionsgericht über die durch ein Kriegsgericht in erster Instanz bereits abgeurtheilten Theilnehmer an den Juniusexcessen gegen einen demokratischen Verein zu Gericht gesessen, dürfte man demnächst der Verkündigung des Urtheils, auf welches man begreiflicher Weise in hohem Grade gespannt ist, entgegenzusehen haben. Es befinden sich noch mehrere der Angeschuldigten, darunter auch der damalige Interims-Regimentscommandant, Obristlieutenant v. Minkwitz, in gefänglichem Gewahrsam. (Allg. Z.)

Mainz, 30. Dez. Heute Morgen ist der Bischof der Diözese Mainz, Dr. Peter Leopold Kaiser, gestorben. (Mainz. Z.)

Frankreich.

†† **Paris**, 27. Dez. Odilon Barrot, der Ministerpräsident, trug gestern bei der wieder eröffneten Nationalversammlung das Programm des Ministeriums vor. Wir erwarteten mehr staatsmännische Gedanken und weniger Polizeimaßregeln zu hören; überhaupt mehr Inhalt. Mehrere Stellen des Programms wurden mit Beifall aufgenommen. Diese kurze Erklärung der Regierung ist eigentlich nichts anders als die „President's message" an die Kammer. Sie steht im komischen Gegensatze zu der voluminösen Abschiedsbotschaft, welche Herr Polk unlängst schrieb. Wir freuen uns der Zuversicht des Herrn Odilon Barrot, obschon wir seine Hoffnungen für diesmal nicht theilen. Die Uebel Frankreichs heilen nicht so schnell, als die letzten zehn Monate vorüberliefen — die Orleanisten, Legitimisten und Sozialisten sind Fontanellen, welche die Wunden nicht vernarben lassen, und werden dem Mediziner Odilon Barrot viel zu schaffen machen, trotz der bereitgehaltenen Lancetten des Chirurgen Changarnier, gegen dessen Verwendung Ledru Rollin einen sehr bestimmten Protest niederlegte. Minister Maleville beantwortete die Interpellation Rollin's mit mehr Witz als Würde. Er sagt am Ende seiner Erklärung, daß das Ministerium verantwortlich sei für alle Schritte seiner Beamten, also auch für jene Changarnier's, und bittet, das Ministerium mit den Chicanen ähnlicher Interpellationen zu verschonen, weil sich dasselbe vorgenommen habe, die Freiheit nicht zu chikaniren. Die letzten vier Worte enthalten mehr Sinn, als das Programm Odilon's. Den Beweis, ob es der Regierung Ernst damit ist, wollen wir der Zukunft überlassen. Vor der Hand scheint uns die matter of question zu Chikanen nicht beseitigt. Zwar traten die feindlichen Elemente etwas weiter auseinander. Mit Lamartine und Cavaignac entfernte sich echt republikanische Treue aus dem Hauptquartier der Republik. Der Sozialist sieht nicht mehr diese Gehaßten, welche ihn zermalmten, dort fußen, wo er gern stände. Haben sich aber die Verhältnisse wesentlich geändert? Wir müssen mit Nein antworten. So wie sich die Kanonen Cavaignac's und das Trombon der Rothen unlängst begegneten, sehen wir auch jetzt Napoleon und Changarnier dem Proudhon und Raspail feindlich in's Auge blicken und, hinter ihnen die Artillerie des Prätendenten, die Guillotine des Berges grauenerregend hervortreten (?). Bis die Parteien dazu gelangen, ihre Mordwerkzeuge gebrauchen zu dürfen, wird es an Chicanen der Freiheit nicht fehlen. — Wir verließen die Kammer, wenig erbaut von dem Discours der Minister und der embryonisch verhüllten Zukunft Frankreichs. Der Constitutionel hat all den Unsinn heute abgedruckt, welcher bei den letzten drei sozialen Banketts toastirt oder geredet wurde. Von

einem Bankette schrieb ich Ihnen schon. Die deutschen und französischen sozialen Demokraten gaben es. Die Namen der Freiheitsmärtyrer Barbès, Raspail, Blum, Messenhauser, Smith O'Brien waren an den Saalwänden angeschrieben. Beim Bankett der sozialen Frauen wurde getrunken „Auf unsere Mütter! unsere Kinder! auf die Befreiung der Gefangenen!" — Die Spitzbuben scheinen die Sympathien dieser Frauen besonders zu besitzen — endlich auch auf Deputirten Lagrange, den unermüdlichen Forderer der Amnestie! Madame Come brachte diesen Toast aus, und sagte, wenn er die Amnestie für die Junigefangenen mit seinen Kammerforderungen nicht erlange, so werde er sie mit dem Gewehre in der Hand ihnen zu verschaffen wissen. Ungeheuerer Beifall lohnte die Heldenrede der Amazone. Das dritte Bankett wurde unter dem Vorsitze des Abbé Chatel als ein religiös soziales zu Ehren der Geburtsnacht des „Sansculotten Jesus" gefeiert. Wie weit sind wir noch vom Altare der Gottheit Vernunft? — Es kommt mir vor, als ob die Geschichte von den neunziger Jahren sich Wort für Wort in Frankreich wiederhole. — Die Estafette enthält folgenden „Avis für die zwei vermittelnden Mächte und ihre Bevollmächtigten beim Kongresse zu Brüssel. Die Mailänder Zeitung schaltet einen neuen Mord in ihre Zeilen ein, welchen die in Brescia sitzende Militärkommission an der Person des Bürgers Johann Baptist Baroni begangen hat. Dieser 24 Jahr alte Jüngling wurde standrechtlich erschossen, weil er ein Jagdgewehr in seiner Wohnung verborgen hatte. Er ist das 97. bekannte Schlachtopfer, welches seit dem Monat August in der Lombardei fiel." — Von den Zöglingen der Militärschule Saint-Cyr, welche an dem letzten Aufstande im Institute Theil nahmen, sollen die meisten als Gemeine zu den Regimentern eingetheilt werden. Die Untersuchungskommission hat bisher keinen Bericht erstattet, daher das Urtheil noch Supposition bleibt. Der Präsident ernannte den Obersten Rebillot zum Polizeipräfekten. Es ist derselbe Offizier, welcher den Prätendenten Louis Bonaparte von Boulogne nach Paris eskortirte. Die Kommission du reglement wurde in der Nat.-Vers. beauftragt, den Antrag des Abgeordneten Boussi zu prüfen, welcher dahin lautet: „Die Entwürfe der organischen Gesetze, von den Spezialkommissionen vorbereitet, sind 48 Stunden nach ihrer Vertheilung von dem Büreau in Diskussion zu nehmen. Die Diskussion darf fünf Tage Dauer für jedes Büreau nicht überschreiten. Am sechsten Tage ernennt jedes Büreau einen Kommissär. Diese verschiedenen Kommissäre werden den ursprünglichen Kommissären zugewiesen und bilden dann mit diesen die letzte Vorcensur der Gesetzentwürfe. Diese Kommission hat auch den Berichterstatter zu ernennen. Jedes dieser Gesetze darf dann erst zwei Tage nach der Vertheilung des erstatteten Berichtes in Diskussion genommen werden."

†† **Paris**, 27. Dez. Die neue Administration der Posten entdeckte eine arge Nachlässigkeit der ausgetretenen Beamten dieses Verwaltungszweiges. Mehr beschäftigt, ihre persönliche Stellung zu sichern, als den Dienst zu besorgen, vergaßen sie die auswärtigen Staaten davon zu unterrichten, daß die indischen Postfelleisen diesen Monat um 21 Stunden früher abgeschickt werden. In den Journalen von Paris und öffentlichen Anzeigeblättern erschien zwar die Anzeige von dem früher eintretenden Abgange der Post, man hatte jedoch unterlassen, die auswärtigen Postanstalten fremder Staaten offiziell zu benachrichtigen. Daher kam es, daß die Briefe aus dem Norden Europa's nach dem Süden oder Indien genau 21 Stunden nach Abgang des indischen Felleisens eintreffen. Durch eine noch strafbarere Nachlässigkeit, als die erste, blieben die um 24 Stunden verspäteten Depeschen noch 12 Stunden Montags in Paris liegen. Ein Extra-Train mußte die zurückgebliebenen Depeschen in vier Stunden nach Bourges bringen, und ein außerordentlicher Courier hat den Befehl mit goldener Peitsche die Postpferde von Bourges nach Marseille zu beflügeln, um wo möglich vor Abgang des Packetbootes dort einzutreffen. Man zweifelt aber, daß er das Schiff noch im Hafen treffen werde, da er unterwegs meist müde Pferde trifft, welche das erste Felleisen führten, welches gewöhnlich fünf Lieues in einer Stunde reist. Sollte der Courier zu spät kommen, so muß er in Marseille ein Dampfschiff nehmen, um mit vollster Kraft nach Alexandria zu steuern, wo Hoffnung ist, den ersten indischen Marseiller Dampfer einzuholen. Wäre aber auch das unmöglich geworden, dann ist er ermächtigt, einen eigenen Dampfer von Suez nach Bombay zu miethen. Der neuen Administration macht diese energische Verbesserung der von ihr nicht verschuldeten Nachlässigkeit um so mehr Ehre, als ein längeres Zaudern manchem Kaufmann eine verhängnißvolle Katastrophe hätte bereiten können. Die großen Auslagen werden aber mit Recht der schuldtragenden Partei zuerkannt werden. — Der vom päpstlichen Ministerium an die Kabinette von Paris und London abgesandte Kommissär Herr Canuti ist gestern in Paris angekommen. Seine Sendung wird durch die mittlerweile gefaßten Beschlüsse des Papstes überflüßig werden, vermuthlich gar nicht officiell angenommen werden. Die französische Akademie, gewöhnlich institut de France genannt, hat jetzt auch einem Deutschen die Pforten geöffnet, obgleich sie sonst mit nationaler Eitelkeit den Eingang eifersüchtig bewacht. Es ist der gelehrte Orientalist und Philologe Julius Mohl, welchen das Collegium der französischen Akademiker in seine Mitte aufgenommen hat und hoch in Ehren hält. Der Papst wird in Toulon erwartet.*) Von den Behörden sind schon alle Anstalten getroffen, ihn zu empfangen. Die Truppen und Nationalgarden haben Befehl, an dem Landungsplatz sich als Ehrenwache des kirchlichen Oberhauptes der Katholiken aufzustellen. Die Schiffe sind angewiesen, dreimal nach einander 21 Kanonenschüsse als Salven zu feuern. Der Generalstabschef der mittelländischen Eskadre, Herr Maissin, welcher vor wenig Tagen als Courier nach Paris kam, ist mit Depeschen vom jetzigen Gouvernement an den französischen Gesandten nach Gaeta wieder abgegangen. Aus Elsaß sind beunruhigende Gerüchte über Emeuten gegen Juden nach Paris gekommen, auch soll die Regierung die betreffenden Anzeigen von dem französischen Gesandten aus Bern, wohin sich viele französische Juden flüchteten, erhalten haben. Beide Nachrichten entnehmen wir dem Constitutionel, welcher die Livrée der Regierung trägt, sohin glaubwürdig ist. Herr Ducour, Volksrepräsentant, widerruft in einem Schreiben an den National die von diesem Blatte verbreitete Nachricht, daß er mit an die Spitze der Oppositions-Coalition der Kammer getreten sei, welcher Cavaignac präsidiren soll. Er gibt dem Gerüchte, als stünde er in irgend einer Verbindung mit General Cavaignac, ein offenes démenti. Wir erfahren hier so eben, daß das ganze neapolitanische Ministerium abgedankt habe. Der Finanzminister Ruggiero ist nach Gaeta gegangen, um die Gesammtdemission dem Könige zu übergeben, welcher beim Papst zum Besuche ist. Der Moniteur de l'Armee enthält das Urtheil über die Meuterer in der Militärschule von St.-Cyr. Nach dem Berichte des Untersuchungs-Commissairs General Rostolan hat der Kriegsminister angeordnet, daß die erste Division, welche sich undisziplinirt gezeigt hat, entlassen, und neu reorganisirt werde. Zu dem Ende wurden die Zöglinge der ersten Division in drei Kategorien abgetheilt; 84 wurden gleich zu ihren Regimentern, denen sie als Soldaten angehören, abgeschickt, 34 erhielten vom Disciplinarrathe strenge Verweise und sind für künftige Unordnungen verantwortlich gemacht, aber der ersten Division wieder eingereiht, 46 wurden freigesprochen. Die Exkludirten erhielten aber die Erlaubniß, sich bei der Aufnahmsprüfung für die Schule im Jahre 1849 wieder melden zu dürfen.

* **Paris**, 28. Dez. In welchem Lande ist nicht schon seit Jahrzehnten nach Aufhebung oder wenigstens Ermäßigung der Salzsteuer gerufen worden? Und doch hat man sie fast nirgends aufgehoben oder ermäßigt. Grund davon mag sein, daß sie eine der sichersten Finanzquellen bietet und vielleicht der, daß man den Instinkt hat, ihre Aufhebung werde nicht das gehoffte Resultat hervorbringen. Freilich trifft sie ein allgemeines Bedürfniß, und selbst der Aermste kann sich ihr nicht entziehen; der That nach aber beschwert sie die untern Klassen wenig: denn ihr Bedarf ist verhältnißmäßig gering, und sie entnehmen die Quantitäten, die sie verbrauchen, in unendlich kleinen Raten. Der Gewinn, den sie von der Aufhebung ziehen, ist also illusorisch; die großen Viehzüchter allein haben den Vortheil davon, denn sie verbrauchen das Salz in hinreichend großen Massen. In allen Ländern, wo die Salzsteuer reduzirt worden ist, namentlich jetzt auch in Preußen, hat man diese Erfahrungen gemacht. Trotzdem bleibt die Salzsteuer unpopulär: denn ihre Ungerechtigkeit scheint zu sehr auf der Hand zu liegen. So war denn, seitdem Frankreich eine Konstitution hat, keine Kammer, die ihre Aufhebung nicht verlangt, kein Ministerium, das dieselbe nicht versprochen hätte. Wenn dessenungeachtet auch nicht einmal ihre Reduktion jemals ausgesprochen wurde, so lag das immer an finanziellen Schwierigkeiten. Kein Finanz-

*) Die Alba vom 21. versicherte mit Bestimmtheit zu wissen, daß der Papst für jetzt Gaeta nicht zu verlassen gedenke.

minister mochte selbst für den Ausfall sorgen: jeder versprach aber die Reduktion für eine Zeit, wo er aller Wahrscheinlichkeit nach sein Portefeuille schon in andere Hände gegeben hatte. Selbst die provisorische Regierung folgte diesem Beispiel. Sie scheute sonst nicht, gordische Knoten zu durchhauen; aber Hr. Garnier-Pagès opponirte zu heftig dagegen, daß man seinem schon ohnehin geschwächten Budget noch die Last aufbürde, und so hieß es denn wie hergebracht: Dekret vom 15. April 1848: Die Salzsteuer ist vom 1. Januar 1849 an aufgehoben. Je näher der 1. Januar kam, desto ängstlicher wurde den Finanzministern. Es war kein Ersatz für den Ausfall da. Da griff man zum gewöhnlichen Mittel: die Salzsteuer soll noch bis zum 1. Juli 1849 unverändert bleiben. So die Kommission der National-Versammlung. Der neue Finanzminister aber, der wahrscheinlich bis zum 1. Januar 1850 sein Portefeuille zu behalten gedenkt, wollte auch die Salzsteuer bis dahin behalten und opponirte gegen jede Herabsetzung vor diesem Termin. Man war allgemein der Meinung, die Versammlung werde dem Willen des Ministers oder doch dem Vorschlag ihrer Kommission folgen; zum allgemeinen Erstaunen aber dekretirte sie die Herabsetzung der Salzsteuer auf die Hälfte schon mit dem 1. Januar 1849. Welche Motive zu diesem Beschluß geführt haben, läßt sich bis jetzt noch nicht übersehen: aus Opposition gegen das Ministerium ist er sicher nicht hervorgegangen, das beweisen frühere Abstimmungen; vielleicht war er nur das Resultat einer parlamentarischen Ueberraschung, wie sie öfter vorkommen und wird durch einen zweiten Beschluß indirekt wieder gut gemacht werden.

Mag nun aber das Ministerium in der Salzsteuerfrage eine definitive Niederlage erleiden oder nicht, eine Modifikation steht ihm ziemlich sicher bevor. Es hat die öffentliche Meinung bei seinem ersten Auftreten zu wenig geschont. Ganz abgesehen von seiner finanziellen Maßnahme hat es Schritte gethan, die ihm die Popularität rauben mußten. Es hat einen neuen Universitätsrath gebildet und Männer dazu ernannt, die als retrograd und bigott bekannt sind; es hat die erste Division der Kriegsschule von St. Cyr aufgelöst, weil die jungen Leute an den Bewegungen der Revolution Theil genommen hätten; es löst endlich die Artillerie der Nationalgarde auf (so heißt es wenigstens) weil sie zu entschieden republikanisch gesinnt sei und namentlich bei der Revue am Sonntag mit großer Animosität stets nur: „Es lebe die Republik!" gerufen habe; dafür soll sie jetzt keine besondere Legion mehr bilden, sondern den andern Legionen der Nationalgarde batterieenweise zugetheilt werden. Alle diese Maßregeln erinnern so lebhaft an diejenigen, mit denen Louis Philipp seine Regierung eröffnete, daß sie unpopulär sein müssen. Man äußert deshalb auch ungescheut, das Ministerium ergriffe diese Maßregeln gerade in der Absicht, Louis Bonaparte zu diskreditiren! Dazu kommt noch, daß Louis Napoleon seine Familie ganz nach Art eines Oheims bedenkt. Napoleon Bonaparte wird Gesandter in London; Lucien Murat bewirbt sich um die vakante Obristenstelle der ersten Legion der Nationalgarde. Es ist dies dieselbe Legion, in deren Bezirk (Elysée National) Louis Napoleon die meisten Stimmen erhalten und jetzt seinen Wohnsitz aufgeschlagen hat. Eine Art Leibgarde wäre auf diese Weise gewonnen!

Die Koalition, durch die Louis Napoleon erhoben worden ist, hat sich inzwischen schon längst wieder aufgelöst; die Parteien, aus denen sie bestand, verfolgen jetzt jede ihre eignen Zwecke und einige, namentlich die Legitimisten, stellen sich bereits offen auf Seite der Opposition. Selbst die „Presse" fängt an, von ihrer Anbetung des Präsidenten zurückzukommen. Der Präsident gibt sich deshalb alle Mühe, diesen gefährlichen Mund zu stopfen; es wird ihm aber schwerlich gelingen. Geschehen ist jedoch die Umbildung der Parteien noch keineswegs; sie ist erst im Werden. Bis dahin ist eine Art Waffenstillstand eingetreten und man bemerkt den Prozeß nur in der Gährung. Der Klub der Rue Poitiers, dessen Glieder nur durch den Haß gegen Cavaignac zusammengehalten waren, hat sich gespalten; daß dagegen eine neue Partei sich um Cavaignac zusammenschließt, haben wir bereits gestern gemeldet. — Der Theil der Rue Poitiers, der noch zusammenhält, dringt immer wieder auf eine möglichst schnelle Auflösung der Nationalversammlung, damit die Neuwahlen noch im März vorgenommen werden können. Karl Dupin hatte deshalb kürzlich in einem Bureau der Nationalversammlung einen heftigen Streit, indem er der Nationalversammlung das Recht bestritt, das organische Gesetz über die Land- und Seemacht abzufassen.

Spanien.

* **Madrid**, 22. Dec. Die Opposition gegen das Ministerium, von der unsere neulichen Nachrichten sagten, daß sie sich zu verstärken beginne, scheint doch noch nicht sehr gefährlich zu sein. In allen Bureaus und in den Kommissionen, welche aus den Bureaus des Kongresses gebildet worden sind, hat das Ministerium die entschiedene Majorität; die Adreßkommission besteht sogar aus lauter Anhängern des Ministeriums, so daß die Debatten in ihr wohl nicht sehr heftig werden möchten. — Die Spaltung, welche unter den Progressisten eingetreten ist, befördert die Ueberlegenheit des Ministeriums.

Die Nachrichten, welche der ministerielle Heraldo aus Cuba mittheilt, sind wunderbar günstig. Die tiefste Ruhe herrschte auf der Insel. Das Geschäft stand in der höchsten Blüthe. Der Ackerbau machte überraschende Fortschritte — nur Schade, daß diese Nachrichten nicht ganz zuverlässig sind!

Worauf die Gedanken hier vor Allem gerichtet sind, ist das große Fest, welches die Königin zu Weihnachten geben will. Alle Gesandten, Minister und Honoratioren werden eingeladen.

Italien.

* **Rom**. Wir erhalten ausführlichere Nachrichten über die Vorfälle, welche die Einsetzung des Triumvirats (Giunta di stato) begleitet haben. — Als die Sitzung der Deputiertenkammer am 18. eröffnet wurde, waren die Minister des Auswärtigen, des Innern, des Krieges und der öffentlichen Arbeiten anwesend. Der Präsident Sturbinetti zeigte an, der Senator (Podestà) von Bologna hätte die Wahl in die Regierungskommission nicht annehmen wollen. Die beiden Klubs dieser Stadt schrieben aber, daß diese Weigerung nur ein individueller Akt sei, kein Ausdruck des Willens von Bologna, welches vielmehr mit der Hauptstadt eng verbunden bleiben wolle. Die Minister hätten ihre Entlassung genommen, sie würden aber die Geschäfte so lange fortführen, bis eine Regierungskommission eingeführt sei. — Bonaparte bemächtigt sich sogleich des Worts; er kommt sofort wieder auf den Vorschlag einer Konstituante zurück und verliest einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf darüber. Galletti: Vor Allem müßte man doch ein Commissionsmitglied an die Stelle des Senators von Bologna ernennen! — Bonaparte: mag man ihn ernennen! aber ohne Konstituante ist Alles unnütz. — Die Sitzung wird suspendirt. — Die Wahl, die darnach vorgenommen wird, fällt auf Galletti. Er erbittet sich mehrere Stunden Bedenkzeit, ehe er definitiv annehme. — Unterdessen begannen die Unruhen auf der Straße. In der Nacht zum 19. fingen sie an, am 19. Nachmittags machte der Circolo popolare einen neuen Versuch. Mit zwei gedruckten Erlassen, der eine „an die Römer", der andere „an die Soldaten aller Waffengattungen", zeigte er an, daß seine Absicht nur gewesen sei, von den Kammern eine provisorische Giunta und die Verkündigung der Konstituante zu verlangen, und zu diesem Ende spreche er wiederholt Unterstützung und Mitwirkung an. Jedermann muthmaßte, daß alles das nur ein Vorwand sei, die Ausrufung der Republik zu erlangen. Sogleich standen die Guardia Civica und das Linienmilitär unter den Waffen, und die große Stadt bildete sich zu einem Schlachtfeld. Bis zum Abend wurde nichts Ernstliches versucht. Als es dunkel geworden, zog ein bewaffneter Haufen von der Piazza del Popolo aus, de Boni pflanzte die demokratische Fahne auf, und man schrie aus vollem Halse: evviva la Republica! Die erzürnten Bürger zerstreuten den Haufen, rissen die Fahnen nieder, und einige Carabiniere verhafteten den de Boni. Mittlerweile fanden auf dem Apostelplatz, wo viele Compagnien der Civica standen, lebhafte und heftige Verhandlungen statt. Mehrere Mitglieder der Bürgerwehr selbst, die wegen ihrer Vorliebe für die Demokratie bekannt sind, perorirten für die Constituante, viele riefen Beifall, und viele andere schrien Nein dazwischen; alle aber stimmten darin überein, daß man die fremden Agitatoren aus aller Herren Ländern aus der Stadt jagen müsse. Endlich nach vielem Hin- und Herreden, wobei, wie das gewöhnlich zu gehen pflegt, einer den andern nicht verstand, entwarfen einige Obersten im Namen der Civica eine Adresse, in welcher sie die Constituirung der römischen Staaten und die Verbannung der Ruhestörer verlangten. So endigte der Tag. — Galletti aber fand sich durch alles dies bewogen, die Wahl anzunehmen; so war die Giunta aus ihm, Corsini und Camerato definitiv gebildet. Sie hat bereits eine Proklamation an die Römer erlassen, und die Kammern berathen jetzt über Charakter und Attribute der Constituante und die Grundlagen der neuen Wahl.

Schweiz.

** **Bern**, 28. Dez. Gestern versammelte sich die hiesige Einwohnergemeinde, um die Wiederbesetzung der vakant gewordenen Stelle eines Präsidenten, und von sieben Mitgliedern des Gemeinderathes vorzunehmen. Bei der Bedeutung, welche der Gemeinderath durch die Ausscheidungs- und Bundessitz-Angelegenheiten erlangt hat, wurde von allen Parteien ein hohes Gewicht auf diese Wahlen gelegt und es war deßhalb auch die Versammlung wohl die besuchteste, welche noch je stattgefunden hat, indem bei 800 stimmfähige Einwohner sich dabei einfanden, eine Zahl, welche um so größer erscheint, als nach dem noch geltenden Gemeindegesetz die Stimmberechtigung an ziemlich erschwerende Bedingungen geknüpft ist. Die radikale Partei, welche (zwar mit Unrecht) sich den Sieg in der Bundessitz-Angelegenheit zuschrieb, hoffte auch in dem Wahlkampfe die Oberhand zu gewinnen. Sie täuschte sich jedoch gewaltig. Die Kandidaten der gemäßigt-liberalen Partei gingen sämmtlich im ersten Wahlgange mit absolutem Stimmenmehr aus der Wahlurne hervor, und die Radikalen konnten auch nicht mit einem einzigen ihrer Candidaten durchdringen. Diese Niederlage ist in dem gegenwärtigen Augenblicke und bei der Stimmung, welche auch auf dem Lande sich hin und wieder in Vorstellungen u. s. w. kund gibt, bezeichnend. Es ist aber auch ein Glück zu nennen, daß die Administration der städtischen Angelegenheiten nicht in die Hände Derjenigen übergegangen ist, welche durch die Art und Weise, wie von ihnen mit den Staatsfinanzen gewirthschaftet worden, hinlänglich gezeigt haben, daß sie keinen Begriff von dem besitzen, was man unter einer geordneten Verwaltung versteht.

Ungarn.

Preßburg, 25. Dez. Den 23. d. war, brieflichen Nachrichten zufolge, schon die ganze Stadt Tyrnau der Ueberzeugung, von der kaiserlichen Armee umzingelt und von der ungarischen abgeschlossen zu sein, als plötzlich Oberst Guyon, ein Engländer in ungarischen Diensten, mit einem Regimente Kossuth'scher Truppen in die Stadt einbrach und in aller Schnelle Vorbereitungen zu einem Straßenkampfe traf. Die Stadt ist ganz offen. Es wurden demnach Barrikaden errichtet, und das einzige noch vorhandene Thor verrammelt. Da verkündigte Trommelschlag von allen Seiten das Hereinbrechen des Generals Simunich, welcher mit einer bedeutenden Macht allseitig angegriffen hatte. Der Kampf war fürchterlich. Die hereinbrechende Dunkelheit begünstigte die Flucht des Obersten Guyon, sowie eines Drittheils vom Regiment. 700 Mann wurden in dieselbe Straße hineingedrängt, deren Ausgang durch das verrammelte Thor abgeschlossen war. Diese gaben sich ohne Widerstand gefangen. Die aufgeregten kaiserlichen Soldaten fielen nun über die Häuser her, da von Seite der ungarischen Soldaten auch aus den Fenstern geschossen worden ist, und begannen zu plündern. Erst nachdem die Einwohnerschaft eine halbe Stunde lang den Gefahren und Schrecknissen der Soldaten unterworfen worden war, gelang es den von General Simunich ausgesendeten Patrouillen, der Plünderung Einhalt zu thun. Abgesehen von dem Eindruck der Plünderung ist die Stimmung in Tyrnau so ziemlich kaiserlich. Preßburg ist noch immer mehr ungarisch gesinnt, als man von einer so wesentlich deutschen Stadt erwarten sollte. Durch den langen Terrorismus ist eine wahre Begriffsverwirrung unter der Bevölkerung eingetreten. Als Beispiel für diesen Terrorismus beiläufig folgendes: als die Niederlage der Ungarn bei Schwechat bekannt wurde und der ungarische Landtag dieselbe für einen Sieg erklärte, erschien zu gleicher Zeit hier an allen Straßenecken ein officielles Plakat, dem zufolge ein jeder dem Standrecht verfiel, der eine andere Nachricht, als eine durch Zeitungen amtlich kundgegebene mittheilte. — Heute wurde im Dom ein Dankfest gefeiert, um dem „Herrn der Heerschaaren" zu danken, wie es in der betreffenden Bekanntmachung heißt, weil die Truppen ohne Beschädigung eingezogen sind. (Allg. Ztg.)

Rußland.

Warschau, 24. Dez. Der Großfürst Constantin ist gestern von St. Petersburg hier eingetroffen und begibt sich ins Ausland. Im Gefolge desselben befindet sich der General-Lieutenant Graf Kuschelew und der Flügel-Adjutant Graf Orlow. (Schles. Z.)

Neuestes.

* **Paris**, 29. Dez. Nachdem in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung das Amendement Anglade's, wonach die Salzsteuer vom 1. Januar 1849 an auf 10 Fr. für 100 Kil. herabgesetzt wird, angenommen war, mußte der Art. 2 des Entwurfes, welcher ursprünglich die Herabsetzung vom 1. Juli 1849 an festsetzte, darnach amendirt werden. Durch seine Annahme wurde das Votum über das Amendement bestätigt. Die Rechte hoffte dann noch bei der Abstimmung über das Ganze den Beschluß rückgängig zu machen, und 50 Mitglieder, worunter Thiers und Changarnier, forderten deshalb geheime Abstimmung. Aber auch dieses Manöver half nichts; mit 372 gegen 363 Stimmen wurde das Gesetz angenommen.

Allgemein hieß es, das Ministerium werde abdanken, und wirklich reichten Passy und Bixio sogleich ihre Entlassung ein; erst auf die dringendsten Bitten der übrigen Minister, des Präsidenten und Changarnier's, auf Thiers' und Molé's Verwendung ließen sie sich bewegen, zu bleiben. Maßgebend für ihren Entschluß war wohl die Rücksicht, daß das gestrige Votum der Nationalversammlung durchaus kein politisches war. Die bedeutendsten Glieder der Linken, Cavaignac, Freslon, Goudchaux, Lamoriciere, Lamartine stimmten gegen das Amendement, die Nationalversammlung wollte kein Mißtrauensvotum gegen die Minister aussprechen. Alle Journale sprechen sich heute in diesem Sinn aus; selbst der National. Er sagt, die Regierung Cavaignac's würde ebenso wie das Ministerium Odilon-Barrot gesprochen haben, und was also die Nationalversammlung zu ihrem Votum veranlaßte, war nicht Mißtrauen gegen dieses Ministerium, sondern nur die Absicht, den Ansprüchen des Landes gerecht zu werden.

In der heutigen Sitzung der Nat.-Vers. galt es, die Lücke, welche das Votum der gestrigen Sitzung in das Budget gerissen hatte, zu stopfen. Ein Herr Rodat hatte einen Vorschlag vertheilen lassen, den Journalstempel wieder einzuführen, ein Herr Antoine wollte gar eine Kleidersteuer wieder einführen. Gleich zu Anfang der Sitzung eilt Goudchaux auf die Tribüne und verlangt, daß um den Ausfall der Salzsteuer zu decken, alle vorgeschlagenen Finanzmaßregeln, welche die die Berichte längst fertig sind, sogleich berathen werden. Man setzt die Diskussion auf den 2. Januar an. Dupin d. ä. kommt bei dieser Gelegenheit auf den Nutzen zweier Kammern zurück, die ein übereiltes Votum schon schwieriger machten. Die Konstitution selbst habe bestimmt, daß der Präsident, im Falle ihm ein votirtes Gesetz bedenklich erscheine, eine zweite Prüfung und Berathung fordern könne. Freilich gelte dies nur von der legislativen Versammlung, aber auch die konstitutionelle müsse sich darien fügen (heftiger Lärm und Widerspruch, man verlangt den Uebergang zur Tagesordnung). Dupin fährt fort: Es ist schon schwer mit zwei Kammern zu regieren, die hören wollen, aber es ist unmöglich, mit einer Kammer zu bestehen, die nicht hören will. Er besteht darauf, daß dieser Artikel der Konstitution in Anwendung komme. Lange Aufregung. Der Zwischenfall wird durch den Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Darauf nimmt der Minister der Staatsbauten das Wort. (Man wußte damals noch nicht, daß das Ministerium bleiben würde.) Er erklärt im Namen des Finanzministers, daß, so schwierig auch die Lage durch das gestrige Votum geworden, das Kabinet doch nicht zurückweiche, sondern im Vertrauen auf die Hilfe der Versammlung neue Hilfsquellen zu schaffen suchen werde. — Nachdem Baune seine angekündigten Interpellationen wegen Deutschland und Italien zurückgezogen hatte, bis das Ministerium Zeit gehabt habe, sich über seine auswärtige Politik zu verständigen, wird die Sitzung geschlossen. — Der Papst kommt nun doch nach Toulon*). Er wird daselbst, wie der „Toulonnais" berichtet, von einem Augenblick zum andern erwartet. Die letzte Botschaft des Generals Cavaignac soll ihn bewogen haben, sich nach Frankreich zu begeben. Er steigt in dem Präfekturgebäude ab. Die Personen, von denen, und die Honneurs, mit denen er empfangen werden soll, sind bereits bestimmt.

*) Unser Correspondent hatte es schon mit der gestrigen Post gemeldet.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in **Frankfurt a. M.**

Die Poßämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die H.H. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 2. Frankfurt a. M., Dinstag 2. Januar. 1849.

Die Deutsche Zeitung

erscheint vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren **Gervinus**, **Dahlmann**, **Häusser**, **Wilhelm Beseler** und **Paul Pfizer** zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Vierteljahr Drei Gulden, wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. In Preußen ist das vierteljährliche Abonnement 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thlr. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse, im Brönnerschen Hause.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Baiern, Würtemberg und Baden.

Deutschland. Frankfurt (Der österr. Ausschuß. Die Präsidentenwahl. Der bairische Bevollmächtigte. Die bair. Regierung. Der Augsburger Hof und der Landsberg. Hr. v. Vincke u. die Zweikampfsgeschichte. Feier des Sylvesterabends. Das Duell zwischen Hrn. v. Vincke und Hrn. Jung.) Vom Main (Der Herzog von Nassau für das preußische Erbkaiserthum). Wien (Tagesnachrichten. Schreiben des Füsten Schwarzenberg. Ministerrath über die deutsche Frage. Die Weihnachtstage. Hr. v. Schmerling. Die Armee in Ungarn. Censorisches Ungeschick. Prinz Friedrich von Baden. Armeebülletin. Kundmachung.) Ollmütz (Großf. Constantin.) Berlin (Die Regierung und die Wahlen. Die Entlassung der Beamten. Wahlbewegung. Die königl. Familie. Dessau und Köthen. Verschiedenes. Tagesbegebenheiten. München (Ministerkrisis. Die Verkündigung der Reichsgesetze.) Stuttgart (Die Grundrechte verkündigt.)

Frankreich. Paris (Maleville und Bixio treten aus dem Cabinet. Lacrosse und Büffet Minister des Ackerbaus und des Handels. Fallour gibt seine Entlassung. Die Nationalversammlung. Furcht vor einem Staatsstreich. Der Papst. Keine Unruhen in Amiens. Salztarif. Die Börse.)

Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Die Forderungen der Ruthenen.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 26. Dezember bis 2. Januar).

2. Januar.

Was wir neulich über die partikularistischen Neigungen der bairischen Dynastie und ihrer Staatsmänner bemerkten, beruht nicht auf einseitigen Voraussetzungen, sondern ist durch die ganze politische Tradition Baierns, durch die Gesinnung der leitenden Personen und die Aeußerungen ihrer Vertrauten bestätigt. Noch mehr; es stützt sich diese Sonderneigung auf die unzweideutige Ansicht der eigentlich baierischen Bevölkerung. Man hat über diesen Zweig der deutschen Völkerfamilie in Norddeutschland oft die verkehrtesten Vorstellungen; der Dünkel literarischer oder weltmännischer Routine, die alleinseligmachende Einbildung protestantischer Aufgeklärtheit, hat über Baiern und sein Volk Urtheile gefällt, die ebenso wenig begründet sind, als jene süddeutsche Einseitigkeit, welche die Berliner Schöngeisterei für das Spezifische des norddeutschen Wesens hält. Wir unsererseits haben uns an der derben, kerngesunden und kräftigen Natur des baierischen Stammes immer erfreut und hegen die feste Zuversicht, daß bei einer ungehemmteren Entwicklung diese Kräfte auch fühlbarer auf das gesammte deutsche Leben hätten zurückwirken müssen. Aber wir verhehlen uns auch nicht, daß eben die ganze Entwicklung Baierns abgesonderter, zusammenhangloser und zurückgezogener war, als die irgend eines andern deutschen Stammes.

Der Baier ist noch von manchem Unkraut frei, das sich an den breiten Wegen der Kultur und Ueberkultur als Schlingpflanze anrankt, aber er ist auch in seinem Gesichtskreise enger, einseitiger und befangener, als viele andere deutschen Stämme. Das Lokale und Hergebrachte ist ihm von überwiegender Bedeutung; er hat gegen alles Fremde, wozu er wohl auch die fränkische oder pfälzische Quote des eignen Staates rechnet, eine gewisse instinktive Abneigung, die nur durch die angeborne Gutmüthigkeit und Gastlichkeit gemildert wird. Die großen politischen Fragen der Zeit werden daher von ihm fast ausschließlich auf das lokale Maß reducirt; die Wahlen zum Parlament oder die Landtagswahlen für das eigne Land tragen weniger einen Parteicharakter, vielmehr überwiegt meist das Lokale und die lokalen Interessen. Auch die Kirchlichkeit des Volkes trägt ein ähnliches Gepräge; der heißblütige, rasche, zufahrende Fanatismus ist der Masse des Volkes ganz fremd, den haben meist nur convertirte Norddeutsche nach Baiern verpflanzt. Aber etwas Lokales und Provinzielles hat für den Baier sein katholischer Glaube; es ist die althergebrachte Gewohnheit des Daseins, woran er so fest hängt, wie an seinem Namen und seiner ganzen Eigenthümlichkeit. Die Mehrheit des niedern Klerus übt weniger durch Zelotismus und Rigorismus einen mächtigen Einfluß aufs Volk, als weil sie in Wesen, Denkungsart und Lebensweise ganz populäre Elemente in sich hat und mit dem Volke eng verwachsen ist. Es bedarf kaum der nähern Ausführung, wie leicht es daher dort ist, einen Partikularismus zu fördern, der sich entweder auf die provinzielle oder auf die kirchliche Besonderheit stützt, in welcher sich das Volk gewohnt und erzogen fühlt. Wenn daher Montgelas und seine Politik von einem spezifisch baierischen Wesen und einer bairischen Größe ausging, wenn alle die Thorheitrn von einer bai-

rischen Nation und ihrem großen europäischen Berufe damals offiziell genährt wurden, so hatte dies immer einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung, die allerdings gewöhnt worden war, das bairische Wesen als etwas abgeschlossenes und gesondertes anzusehen; oder wenn Abel und seine Politik davon ausging, Baiern müsse als erste katholische Macht eine Sonderstellung zu dem übrigen akatholischen Deutschland einnehmen, so stützte sich dies wieder auf volksthümliche Reminiscenzen. Es ist aber gewiß bezeichnend genug, daß die beiden scheinbar so weit auseinandergehenden politischen Richtungen des Montgelas'schen Illuminatismus und des Abel'schen Ultramontanismus gerade in einem Lebenspunkte, in dem Verhältniß zu Deutschland und der „auswärtigen" Politik Baierns, vollkommen mit einander übereinstimmen. Es versteht sich von selbst, daß es auch in Baiern, wenigstens in den Städten, Elemente gibt, die jenen lokalen Standpunkt überwunden und mit aller Frische und Jugendlichkeit sich zu einer allgemeineren Auffassung erhoben haben, allein die Masse des Volkes denkt so, daß die Schule Abel's oder Montgelas', welche von beiden nun an's Ruder kommen wird, sich nicht verrechnet, wenn sie für den alten Partikularismus diplomatischer und dynastischer Art die Stimmungen im Volke auszubeuten hofft, wenn sie mit der bairischen Abneigung gegen das Norddeutsche und Preußische oder mit dem katholischen Widerwillen gegen das Protestantische zu operiren sucht und damit die deutschen Einheitsbestrebungen abermals zu durchkreuzen weiß. Ob man auf die andern süddeutschen Staaten in gleichem Maße wird rechnen können, ist uns zweifelhaft. Die Regierungen in Würtemberg und Baden meinen es bis jetzt noch ehrlich mit der Freiheit und mit der Einheit. Wir sagen: bis jetzt noch; denn ein gar zu felsenfestes Vertrauen auf den Bestand dieser Regierungen haben wir nicht. Wenn in Würtemberg der radikale Unverstand und die Ungeduld der Intriguanten, wie beide in der gegenwärtigen Kammer vertreten sind, sich einmal in die unvermeidliche Sackgasse verlaufen haben werden, dann wird man sich bei günstigerem Winde nicht lange besinnen, dem Ministerium Römer-Duvernoy, das den Thoren links und den Klugen rechts nicht gefallen will, ein anderes folgen zu lassen, das der souveränen Neigung und Gewöhnung besser entspricht. In Baden würden die Dinge denselben Anlauf nehmen, sobald Regierung und Kammer schwach genug wären, dem wilden Radikalismus widerstandlos nachzugeben und nach kurzen Saturnalien desselben den Adepten der alten Politik den sichern Rückweg zu ebnen. Die Bevölkerung in beiden Staaten ist nur, so weit sie zur Fahne der äußersten Linken schwört, partikularistisch in dem Sinne gestimmt, den neulich Zitz in der hessischen Kammer mit so lobenswerther Aufrichtigkeit offenbart hat. Der gesunde Theil des Volkes ist dagegen von dem Gefühle der Ohnmacht der Kleinstaaterei auf's lebhafteste durchdrungen, und wie in den trübsten Zeiten der alten Politik, so zählt auch heute noch Deutschland kaum wärmere Anhänger der nationalen Einheit und Macht, als dieser Theil der südwestlichen Bevölkerung. Wenn in diesen Zeiten einer fast hoffnungslosen Krisis alle schlimmen Angewöhnungen der alten Zeit wieder auftauchen, so wird doch das Verjüngen rheinbündlerischer Gelüste in dem Widerstand dieser Bevölkerung zu Schanden werden. Drum möge die Partei der aufrichtigen Einheitsfreunde im Norden wohl darauf bedacht sein, sich diese Verbündeten nicht zu verscherzen. Ein Zoll- und Handelssystem z. B., das den Wohlstand des deutschen Südwestens in seinen Grundvesten erschütterte, wäre das einzige Mittel, auch diese in's Lager der Gegner zu treiben. Die Nationalversammlung, so schüchtern sie bei allen praktischen Anlässen, wo rasches Handeln geboten ist, verfährt, ist leider niemals kühner, als wo es gilt, der nivellirenden Theorie zu Liebe kostbare Interessen und sehr wichtige Verhältnisse zum Opfer zu bringen. Der Beschluß über die Theilbarkeit der Güter, oder der Entwurf eines deutschen Heimathgesetzes sind Beweise dieser naiven und sorglosen Verkennung aller vielgestaltigen und bunten lokalen Verhältnisse, die man in die Einheit einfügen, aber nicht einschmieden muß, auf die Gefahr hin, sie rettungslos zu verderben. „Hüten wir uns," sagte Heinrich Gagern bei der Verhandlung über die österreichische Frage, „daß wir zu enge Formeln wählen, die nationalen Interessen in eine Zwangsjacke drängen gegen ihre Natur; thun wir vielmehr das Thor weit auf, daß der Eintritt nicht erschwert sei in die deutsche Familie und in ihr großes gastliches Haus." Dieser Worte sollte die Nationalversammlung bei allen ihren Beschlüssen eingedenk sein.

Deutschland.

... **Frankfurt**, 31. Dez. Der neue österreichische Ausschuß gelangte gestern Abend endlich zu einer Sitzung, allein man würde sehr irren, wenn man glaubte, er sei bereits auf das Materielle des Ministerial-Programms eingegangen. Es handelte sich vorerst noch um das Formelle und es wurde beschlossen, weitere Aktenstücke vom Reichsministerium zu begehren. Dr. Giskra wurde zum Referenten und Dr. Rüder zum Correferenten ernannt. Durch eine genaue Prüfung der Aktenstücke wird zwar der Ausschuß dem Gagern'schen Antrage nicht näher gebracht werden, allein er will seinen Antrag auf eine sehr genaue Prüfung basiren. Der Bericht wird übrigens gefördert werden können, da Herr v. Schmerling in den ersten Tagen hier zurück erwartet wird; darauf ist um so größeres Gewicht zu legen, als Herr von Schmerling die Wahl in den österreichischen Reichstag ablehnte und als kaiserlich österreichischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt hierher zurückkehrt. Es entsteht aber freilich die Frage, ob der Bevollmächtigte Oesterreichs die Resultate seiner Mission nach Ollmütz überbringen werde, die von dem Abgeordneten zu erwarten gewesen wären? Man spricht davon, es werde der Kampf bei der nächsten Präsidentenwahl wieder sehr lebhaft werden und zwar durch die Tendenzen der Koalition, die sich schon bei der letzten Präsidentenwahl nicht ohne negativen Erfolg geltend zu machen wußten.

Frankfurt, 31. Dez. Aus guter Quelle versichert die O. P. A. Z., daß in der Organisation und den Ressortverhältnissen der königlichen Ministerien in München allein der Grund lag, daß sich Herr Oberst von Xylander mit einem Schreiben des Ministeriums des königlichen Hauses und des Aeußern bei seiner Ankunft legitimirte und daß derselbe Geschäftsgang auch die Veranlassung gegeben hat, daß das Beglaubigungsschreiben des Herrn Bevollmächtigten an das Reichsministerium des Aeußern gerichtet war. Es wäre also hierin eine Absichtlichkeit, wie man sie nach dem ähnlichen Vorgang Oesterreichs zu suchen geneigt war, nicht gelegen.

: **Frankfurt**, 1. Januar. Der Ausschuß für die österreichische Frage ist noch immer nicht über das bloße Aktenreferat hinausgekommen. In der letzten Sitzung hat man beschlossen, auch noch von den Akten des Ministeriums, welche das Verhältniß zum Fürsten von Leiningen betreffen, Einsicht zu nehmen. Ob man in der auf heute anberaumten Sitzung zu irgend einem materiellen Beschlusse gelangen wird, steht dahin, möchte aber zu bezweifeln sein, da es der Mehrheit des Ausschusses um eine beschleunigte Lösung der ihm gestellten Aufgabe durchaus nicht zu thun zu sein scheint. Etwas Ersprießliches läßt sich überhaupt von der Wirksamkeit des Ausschusses nicht erwarten, wenn derselbe, wie es bis jetzt wenigstens den Anschein hat, über den ganz unfruchtbaren reinen Parteistandpunkt, aus dem die Koalition hervorgegangen, nicht fortzukommen vermag.

Um eine neue Probe dafür zu geben, wie die baierische Regierung den Gedanken der deutschen Freiheit auffaßt, theilen wir mit, daß baierischer Seits noch kein Pfennig auf die erste und zweite Rate der Flottenbeiträge eingezahlt ist. Man verweigert nicht blos die Zahlung, sondern will auch nicht einmal eine vorschußweise Zahlung von Seiten Preußens annehmen, und weshalb? — weil Baiern erst die Liquidation für die Aufstellung einiger Truppen an der Iller einreichen, und deren Betrag von den Flottenbeiträgen vorweg in Abzug bringen will! — Die von der Nationalversammlung ausgegangene Verordnung über die Publikation der Reichsgesetze hat man nicht im Gesetzblatt, sondern neuerlich im Regierungsblatt veröffentlicht. Was man mit dieser eigenthümlichen Procedur beabsichtigt, bleibt zur Zeit noch unklar; bemerkt muß aber werden, daß in Baiern nur die Verordnungen Gesetzeskraft erhalten, welche im Gesetzblatt erscheinen. Am gestrigen Sylvesterabend hatten sich die hier anwesenden Mitglieder der Gesellschaften Augsburger Hof und Landsberg zu einer geselligen Zusammenkunft im Lokal des Landsberg vereinigt. Die enge politische Verbindung, in der diese beiden Fraktionen des Centrums der Nat.-Vers. mit einander stehen, fand auch in der gestrigen freundschaftlichen Zusammenkunft, die noch durch die Anwesenheit der Frauen verschönert und erheitert wurde, ihren Ausdruck. Als die Mitternachtsstunde herannahte, mahnte ein Abgeordneter von der Nordsee an den Augenblick des scheidenden Jahres, indem er unter allgemeinem beistimmendem Zuruf mit den Worten schloß: möge das Morgenlicht des nächsten neuen Jahrs über ein glückliches, mächtiges, kaiserliches Deutschland herausleuch-

tm! Noch lauter ward das stürmische Hoch, als ein Abgeordneter aus dem Süden das Glas erhob: „auf den deutschen Kaiser im neuen Jahre.“ Ein Abgeordneter aus Oesterreich sprach im deutschen Sinne wehmüthige Worte über das gegenwärtige Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich, denen von anderer Seite mit dem Ausdruck herzlicher Theilnahme und einem Hoch auf die Deutschen Brüder in Oesterreich begegnet wurde.

⁝ **Frankfurt**, 1. Januar. Herr v. Vincke ist aus Eisenach zurückgekehrt von seinem Handel mit Herrn Jung. Man nennt dergleichen Händel noch immer Ehrenhändel, obgleich diejenige Ehre, welche dabei in Betracht kommt, kaum noch der Gegenwart angehört. Es thut uns leid, einen Mann, wie Vincke, so an den Grenzen von Romantik und Wirklichkeit herum fistuliren zu sehen. Wir wünschten, er machte es lieber wie Mirabeau, der auf Herausforderungen antwortete: „Nach der Verfassung!“ Wenn Herr v. Vincke den Zweikampf mit Herrn Jung ablehnte, so hat er sich darin von der Ansicht seiner Sekundanten leiten lassen. Ob Herr Jung Ehre im romantischen Sinne des Wortes besitze, darüber sollen in Berlin weitere Verhandlungen eröffnet werden. Nämlich mit Pulver und Blei. Herr Jung hat, wie man sagt, Hrn. v. Bülow, welcher ihn einen Lügner genannt, herausgefordert, und übt sich noch fleißiger als bisher im Pistolenschießen, da Herr von Bülow, trotz seines hohen Alters, als ein Schütze bekannt ist, der einen Silbersechser auf dreißig Schritte trifft. Man beruft sich, wenn von Duellen die Rede ist, oft auf England. Aber dort ist das Duell eben so selten, wie in Deutschland häufig, und in der letzten Zeit hat dort die neue Weltansicht immer mehr Raum gewonnen.

.. **Frankfurt**, 1. Jan. Der Sylvesterabend brachte uns die Neuerung, daß diesmal der sonst gewohnte große Zapfenstreich um 8 Uhr unterblieb, um, wie man behauptet, die Veranlassung zum Straßenlärm zu nehmen. In der Scheidestunde des Jahres fehlte es freilich nicht an dem gewohnten Skandal, doch hatte er sich diesmal nicht auf die Zeil concentrirt, sondern auch in andere Straßen verloren, in welchen man hier und da einsame Töne des Heckerliedes, eine ganz unschuldig gewordene Demonstration, vernahm. Ruhestörungen fielen, so viel Referent bekannt wurde, nirgends vor. — Heute Morgen um 7 Uhr fand große Tagreveille statt, was für die Bewohner unserer Stadt eine neue Erscheinung war und trotz der strengen Kälte viele Nachzügler auf die Beine brachte. Die Translokation der Fahnen der Stadt- und Landwehr fand heute Vormittag in gewohnter Weise nach der Wohnung des neuen regierenden ältern Bürgermeisters statt. Bei dieser Veranlassung will ich bemerken, daß unser Linienbataillon in einigen Wochen mit dem Waffenrock und der Pikelhaube bekleidet werden soll.

** **Frankfurt**, 1. Jan. Der Erzherzog-Reichsverweser hat dem Erzherzog Stephan auf dem Schlosse Schaumburg in Nassau einen Besuch abgestattet und ist noch nicht von dort zurückgekehrt. — Freiherr v. Schrenk war bis heute Abend noch nicht von München zurück; die Ministerkrisis hatte dort immer noch nicht ihr Ende gefunden.

Vom Main, 29. Dez. Außer dem Könige von Würtemberg hat, sicherem Vernehmen nach, jetzt auch der Herzog von Nassau sich für die preußische Erbkaiser-Würde erklärt. Ritter Bunsen in London hatte, da er mit der Ausfertigung der Vollmacht nicht ganz einverstanden, Anfangs gezögert, die Vertretung des deutschen Reiches in London zu übernehmen. Die betreffenden Anstände sind Seitens seines Hofes beseitigt worden. (K. Z.)

* **Wien**, 27. Dez. Aus Preßburg werden Verhaftungen, Amtsentsetzungen u. s. w. gemeldet. Man hat besonders die Freischärler im Auge, die im Oktober den Einbruch bei Schwechat unterstützten. Auch hat Fürst Windischgrätz befohlen, daß alle Personen zu verhaften seien, die an der Judenverfolgung in Preßburg (im April) Theil genommen haben. Der Kaiser hat den Grafen Felix Zichy zum königl. Kommissär in den beiden Komitaten von Preßburg und Wieselburg ernannt. O. Hübner, während Schwarzers Ministerium Redakteur der Allg. Oest. Ztg., soll zur Leitung des Postwesens bestimmt sein. Daß er sich damit lebhaft und vielseitig beschäftigt hat, wissen die Leser der Allg. Oest. Ztg. Niemand würde seinem Wirken eifriger den besten Erfolg wünschen, als die deutschen Zeitungsredaktionen. Die heutige Wiener Ztg. bringt den Stand der Staatseinnahmen und Ausgaben im Monat Oktober. Die laufenden Einnahmen im Monat Oktober haben betragen 6,649,273 Fl. Die laufenden Ausgaben waren ohne die italienischen und ungarischen Kriegskosten 11,376,923 Fl., wonach sich ein Abgang von 4,727,650 Fl. ergibt. Außerordentliche Zuflüsse hat die Finanzverwaltung im Monat Oktober 7,556,707 Fl. erhalten, davon zu außerordentlichen Zwecken 2,753,028 Fl. verwendet. Den während der Erstürmung Wiens abgebrannten Häusern sollen mehrere Steuerfreijahre bewilligt werden. Nach Briefen von Offizieren der Italienischen Armee wäre das Einrücken der Oesterreichischen Truppen in die Legationen nicht zu bezweifeln.

Wien. An die Wahlmänner des Hauptbezirkes Wieden für die Frankfurter Nationalversammlung ist nachstehendes Schreiben gelangt: „Der unterzeichnete Ministerpräsident hat sich beeilt, Sr. Maj. dem Kaiser die Eingabe zu unterlegen, in welcher die Herrn Wahlmänner des Hauptwahlbezirkes Wieden gegen die §§. 2 und 3 des deutschen Reichsverfassungsentwurfs protestirn, und sich zu den von dem k. k. Ministerium hinsichtlich der deutschen Frage in dem Programme ausgesprochenen Grundsätzen bekennen. Se. Maj. der Kaiser haben die von den Herrn Wahlmännern ausgesprochene echt österreichische Gesinnung mit besonderer Befriedigung vernommen, und den Unterzeichneten beauftragt, hiervon die Herrn Unterzeichner der Eingabe mit dem Beisatze zu verständigen, es gäben sich allerhöchstdieselben der Hoffnung hin, daß es auf dem von Ihrem Ministerium eingeschlagenen Wege gelingen werde, in dieser eben so schwierigen als hochwichtigen Frage zu einem dem Heile Oesterreichs und Deutschlands gleich ersprießlichen Ergebnisse zu gelangen. Für die gewünschte Verbreitung der Eingabe an Se. Maj., so wie der Vertrauensadresse an den Frankfurter Abgeordneten des Wahlbezirkes Wieden, wird unter Einem Fürsorge getroffen. Olmütz, den 23. Dez. 1848. F. Schwarzenberg m. p.“ (O. A. Z.)

Wien, 27. Dez. Gestern fand eine Ministerialrathssitzung statt, die von 11 bis 3 Uhr dauerte. Man ist berechtigt anzunehmen, daß die deutsche Frage (in Folge der Anwesenheit des Hrn. v. Schmerling) einen Hauptgegenstand der Sitzung bildete. Die österreichische Regierung darf sich nicht verhehlen, daß sie an einem Wendepunkt jener Politik steht, die mit dem von Friedrich II. versuchten Fürstenbund begann und leicht in der Paulskirche zum Abschlusse kommen könnte, wenn das österreichische Kabinet die Traditionen der Jahrhunderte mit neuen Experimenten vertauschen wollte.

△ **Wien**, 28. Dez. In ernster Stille gegen frühere Jahre sind die Weihnachtstage vorübergegangen, verschwunden war das Treiben und Jagen in den Gewölben und auf den Straßen; wo sonst fünfzig der elegantesten Karossen hinter einander rollten, da trabt jetzt ein Fiakre oder zwei. Dennoch will es mich bedünken, als ob wir einen großen Schritt vorwärts gegangen wären in unseren Begriffen von wahrer Freiheit. Ich glaube selbst, daß unser Spießbürgerthum schon jetzt zu vermuthen anfängt, daß es noch etwas Höheres gibt im Leben der Völker, als das materielle Wohlbehagen und der belebte Verkehr in einzelnen Klassen. Manche recht erfreuliche Anzeigen davon wollen sich Bahn brechen. — Desto trüber wird unser Blick, wenn wir nach Frankfurt sehen, wo unser schönes deutsches Oesterreich aus dem großen Verbande ausscheiden zu müssen scheint. So freudig wir unseres jungen Kaisers Zuruf an das siebenbürgische Sachsenvolk vernahmen, als wir den deutschen Bruderstamm uns zurückgegeben und erhalten sahen, eben so schmerzlich mußte uns die Kunde berühren, daß Deutschlands vereinte Kräfte kein Mittel finden konnten, ein Glied der großen germanischen Völkerkette unkenn- und untrennbar mit allen andern Gliedern zu verbinden. — Der frühere Reichsminister v. Schmerling hatte gestern die Wahlmänner des ersten Bezirks von Wien zu einer Besprechung eingeladen, in welcher er, mit allen Farben des österreichischen Nationalpatriotismus ausgerüstet, seine Wähler durch eine wohlgesetzte Rede um ihre Ansicht ersuchte, ob es nicht mit ihren Wünschen in Harmonie sei, daß er sogleich, statt nach Kremsier zu gehen, nach Frankfurt zurückkehre, wohin ihn das Ministerium sende, da in den nächsten Wochen doch nichts von Bedeutung in Kremsier vorkommen dürfte und er durch seine Persönlichkeit, durch Kenntniß der Verhältnisse und Personen in Frankfurt für Oesterreichs Interesse nöthig sei. Sei diese Ansicht nicht die seiner Wähler, so wolle er lieber sein Mandat, dessen Uebertragung die höchste Freude seines Lebens gewesen, niederlegen. — Die Wahlmänner werden heute Abend zusammentreten und über diesen Gegenstand reiflich berathen, da sie alle fühlen, daß jetzt

kein Augenblick ist, dem Reichstag Kräfte zu entziehen. In der Rede des Hrn. v. Schmerling überraschten uns viele einzelne Sätze, wie z. B. dieser: daß er immer nur als heiligste und höchste Aufgabe, als die Bestrebung seines ganzen Lebens „Oesterreichs Interesse" angesehen und verfolgt habe. Wir fanden dieses Glaubensbekenntniß sehr naiv — wenigstens für einen ehemaligen **deutschen** Minister! — wollen aber gerne die Devise des Hosenbandordens darauf anwenden: honny soit qui mal y pense! Die kaiserliche Armee steht vor Raab; heute oder morgen dürfte ein Angriff erfolgen. Gestern ging eine ziemliche Anzahl schweres Belagerungsgeschütz zu den Truppen vor Leopoldstadt von hier ab, um die Festung zu beschießen. Der Schloßberg von Preßburg wird befestigt und mit 48Pfündern geschmückt. Viele Deputirte und die Minister haben die Weihnachtsferien hier zugebracht und werden bis zum 2. Januar bei uns im Belagerungszustand verweilen. Allgemeine Ueberraschung verursachte hier ein Auszug aus dem National, den die Wiener Ztg. am Tage vor den Festtagen gab, so daß das Blatt also 48 Stunden aufgelegt blieb. Er handelt von der Hinrichtung von 12 Studenten im Hauptquartier. Die Widerlegung, zugleich seicht und scharf, war ungeschickt genug, zwei Todesurtheile, die in Hetzendorf vollzogen worden, zu bestätigen, trotzdem der Fürst Windischgrätz oder seine Mandatare öffentlich in der Wiener Ztg. erklärt hatten, daß keine Exekution stattgefunden, außer den in der Wiener Ztg. bekannt gemachten. Der Offizier, welcher die sogenannte Censur unter dem Gouverneur F.-M.-L. Welden besorgt, ist, weil ihm der genannte Artikel entgangen, durch einen anderen militärischen Censor ersetzt worden. Prinz Friedrich von Baden hat auf der Rückreise von Ollmütz, wohin er zur Beglückwünschung des Kaisers gesandt war, heute früh Wien verlassen. Als ehrende Anerkennung seiner Mission ist ihm vom Kaiser der St. Stephansorden verliehen worden. Ich lasse hier das heutige Armeebulletin und eine Bekanntmachung des Gouverneurs Baron Welden folgen:

6. **Armee-Bülletin.** In Folge der eben angelangten Anzeige des commandirenden General-Feldmarschall-Lieutenants Puchner aus Hermannstadt, und des Feldmarschall-Lieutenants Rukawina aus Temeswar, ist es den beiden aus dem Banate unter Befehl des Generalmajor Grafen Leiningen, und aus Siebenbürgen unter dem Oberstlieutenant Berger von Bianchi Infanterie entsendeten Colonnen gelungen, sich bei Alias zu vereinen, und mit vereinter Kraft zum Entsatz Arad's vorzurücken.

Nachdem die Siebenbürgische Colonne Lippa — das nur mit einigen Szekler Compagnien besetzt war — genommen hatte, vereinigten sich die beiden Colonnen am 14. d. M. bei Engelsbrunn. Nach mehrstündigem Angriff unserer braven Truppen unter dem heftigsten Kanonenfeuer auf die Flächen von St. Miklos, wobei sich besonders die Bataillone Bianchi und Leiningen mit seltener Bravour hervorthaten, gelang es durch Umgehung des linken Flügels, den Feind, der 15,000 Mann stark, die Festung cernirt hatte, in wilder Flucht zum Weichen zu bringen, so daß er nun seinen Uebergang über die Maros zu bewerkstelligen suchte. Um das linke Marosufer vom Feinde gänzlich zu säubern, hatte ein lebhaftes Tirailleurfeuer beinahe den ganzen Tag gewährt, und es mußten die daselbst besetzten Mühlen durch Granaten in Brand gesteckt werden. Der Verlust unserer braven Truppen beträgt 15 Todte und 40 Verwundete; leider unter den ersteren den Oberlieutenant Hailig von Sivkowich Infanterie. Der Feind verlor bedeutend, und es sind bis nun schon mehr als 200 Gefangene in die Festung eingebracht. Bei dieser Gelegenheit sind auch 16 Artilleristen vom 5. Regimente vom Feinde zu uns übergegangen. Eine Abtheilung von 500 Polen hatte sich vor Arad zur Wehr gestellt; auch von diesen wurden mehrere gefangen. Ueberdieß wurden noch dem Feinde vier Haubitzen und eine zwölfpfündige Kanone abgenommen. Der Hauptgewinn aber besteht darin: daß Arad entsetzt und dieser Festung nunmehr auf ein Halbjahr Lebensmittel und Munition zugeführt, auch mehrere 30- und 60pfündige Mörser zu ihrer kräftigeren Vertheidigung geliefert wurden; so daß diese Expedition ihren Zweck vollkommen erfüllt hat. Die vorzüglichen Leistungen des General-Majors von Leiningen als Anführer, wie die muthvolle Entschlossenheit und Ausdauer der von dem besten Geiste beseelten Truppen, wird durch den kommandirenden General lobend erwähnt; welcher Muth und Ausdauer auch den Feldmarschall-Lieutenant Baron Berger, Festungskommandanten zu Arad, veranlaßte, an den versammelten k. k. Kriegsrath zu Temeswar das nachfolgende Dankschreiben zu erlassen:

Vom Arader k. k. Festungscommando an den k. k. versammelten Kriegsrath zu Temeswar.

Euer Excellenz und dem verehrten versammelten Kriegsrathe, welche mir die Uebersendung so ergiebiger Vorräthe beschlossen und diese große Aufgabe einem Heerführer anvertrauten, welcher mit besonderer Einsicht, Klugheit und Entschlossenheit diese schwierige Expedition zum glücklichen Erfolg zu führen verstand, — meinen tiefgefühlten Dank mit genugsam bedeutenden Worten auszudrücken, vermag ich nicht. — Die weitere Erhaltung der Festung Arad für die gute Sache ist durch diese Sendung vollkommen gelungen. Die hiebei verwendeten Truppen und alle Herrn Stabs- und Oberoffiziere haben nebst der Bravour und dem Heldenmuthe im Kampfe selbst eine bewunderswerthe Ausdauer bei diesen Strapazen an den Tag gelegt. Möge Alle das Bewußtsein lohnen, daß sie zu einem großen Zwecke diese Opfer mit seltener Resignation gebracht haben! Festung Arad am 14. Dezbr. 1848. **Berger** m. p. FML. Der Militär- und Civil-Gouverneur **Welden**, Feldmarschall-Lieutenant.

„**Kundmachung.** Da in jüngster Zeit das Bestehen eines Klubs böswilliger Buben wiederholt angezeigt worden, welcher sich mit der absurden Idee herumtreibt, selbe in den Kneipen der Vorstädte bespricht, durch Kennzeichen von Federn an den Hüten sich kund gibt und ganz vorzüglich Plane entwirft, in Masse die Verschanzungen auf den Basteien nächtlich zu erstürmen und die Kanonen zu vernageln, so wird hiemit dem bessergesinnten Theile des Publikums bekannt gegeben, daß die Alarmschüsse für einen solchen Fall die ganze Garnison in 15 Minuten auf ihre angewiesenen Plätze bringen, daß in der Nacht auf alle scharf gefeuert wird, welche sich in größeren Massen den Verschanzungen nahern, oder — von den Schildwachen angerufen — nicht sogleich eine andere Richtung einschlagen, daß ferner bei einem Alarm die den Verschanzungen nahe liegenden Häusern von den Truppen sogleich besetzt werden und daher auf deren Verlangen zu öffnen sind. — Weit entfernt, elenden Drohungen, welche indeß noch immer das Bestehen des bösen Geistes hier bethätigen, irgend eine größere Bedeutung beilegen zu wollen, aber vollkommen gefaßt, die Strenge der Gesetze gegen jeden Frevler geltend zu machen, ist diese Erklärung nur zur Beruhigung derjenigen, welche bisher durch ihre Angaben und Hinweisungen die Militär-Behörde aufmerksam machen wollten. Bei dieser Gelegenheit muß noch erinnert werden, daß bei allen etwaigen Zusammenläufen, sei es nun bei Tag oder Nacht, das bloß neugierige Publikum, vorzüglich Weiber und Kinder, entfernt zu halten sind, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben, indem leider die Kugeln nicht immer die Schuldigen treffen. Wien am 27. Dez. 1848. Der Civil- und Militär-Gouverneur **Welden**, Feldmarschall-Lieutenant."

Ollmütz, 27. Dez. Gestern kam der Großfürst Constantin in Begleitung des Generals Romanow hier an. (Einzelne Blätter wollen unter dem General Romanow ein Incognito wittern, wahrscheinlich ist es ein Irrthum des in solchen Dingen nicht sehr genauen österreichischen Korrespondenten.) Auch der Fürst v. Fürstenberg war angekommen, als Gesandter der deutschen Centralgewalt zur Beglückwünschung des Kaisers.

Berlin, 27. Dez. Lebhafte Verhandlungen sind mit Dessau geführt worden, weil Preußen unter Anderm die Ausweisung der Demokraten verlangte. Die Anwesenheit des dessauischen Ministers bezog sich außerdem auf die Verfassungsveränderungen, welche man herbeiführen will, und auf Uebernahme des dessauischen Contingents gegen Geldentschädigung. Dr. **Habicht** soll jedoch sich in keinem Punkte nachgiebig gezeigt haben, sondern nur der Gewalt, d. h. dem Einrücken preußischer Truppen weichen wollen. Allerdings ist Köthen ein Mittelpunkt der Demokratie für Berlin geworden und es findet ein häufiger Verkehr mit der Nachbarschaft statt, so daß auch öfters größere Versammlungen durch Deputirte aus der ganzen Umgegend dort abgehalten werden. (B.H.)

⁝ **Berlin**, 29. Dez. Welche Wichtigkeit unsere Regierung auf den Ausfall der Wahlen legt, werden Sie aus dem Rundschreiben des Ministers des Innern ersehen, welches der Staatsanzeiger veröffentlicht. Insoweit die Regierung nur die Aufsicht über die Aufrechthaltung der bestehenden Gesetze ausübt, ist sie gewiß völlig in ihrem Rechte. Dagegen von Amtswegen auf die Wahlen einzuwirken, wozu mittelbar viele Wege offen stehen, möchte weder räthlich, noch löblich sein. Die Regierung als solche muß über den Parteien stehen, was nicht ausschließt, daß ein Regierungsbeamter als Privatmann seine eigene Meinung hat und geltend macht. Ob die Regierung befugt ist, von ihren Beamten eine im Wesentlichen übereinstimmende politische Ueberzeugung zu verlangen; ob hier das französische Verfahren der Entlassung in Massen anwendbar ist, wie es jetzt in Oesterreich bereits noch wird nachgeahmt und auch in Preußen durch zahlreiche Suspensionen angebahnt scheint, das sind schwierige Fragen. Gewiß ist, daß ein solches Verfahren nicht dazu beitragen wird, den ehrenhaften und geachteten Charakter, welcher den preußischen Beamtenstand trotz mancher bekannten Mängel auszeichnete, auch

jenen in gleichem Maße zu bewahren. Ueber die gerichtlichen Auslegungen haben wir unsere Meinung schon ausgesprochen. Wir erfahren so eben, daß der Oberlandsgerichtsdirector Temme in Münster selbst in Criminaluntersuchung gezogen und verhaftet ist. Das Ministerium Brandenburg scheint entschlossen auf diesem Wege fortzuschreiten. Wohin soll er führen? Die unmittelbare Folge ist neue Aufregung der kaum etwas beruhigten Leidenschaften, und — radikale Wahlen. In den Provinzen macht sich ein zweiter Rückschlag bereits geltend. Oberbürgermeister Phillips ward anfangs gewarnt, sich nicht in Elbing zu zeigen, weil die Erbitterung gegen ihn zu groß sei. Jetzt hat er nicht nur von Magistrat und Stadtverordneten ein Vertrauens-Votum erhalten, sondern sein Gegner, der Stadtverordneten-Vorsteher Wernich, der aufforderte, Phillips zur Niederlegung seines Amtes zu bewegen, wird jetzt von seinen Gegnern, den Anhängern Phillips', mit der nämlichen vergifteten Waffe bekämpft. In Stendal ist der Abgeordnete Pilet mit Jubel und Ehrenbezeigungen empfangen worden und hat eine anderthalbstündige Rede an seine Wähler gehalten. Rundreisen, Reden, Ansprachen, Wahlversammlungen, Wahlaufrufe, Wahlumtriebe, alles das haben wir bewundernswürdig rasch gelernt. Darin stehen wir den Engländern nicht mehr nach. Möchten wir den ruhigen Punkt in aller politischen Bewegung, das Gesetz, eben so gut wie dort festzuhalten lernen! Uebrigens ist Berlin zur Weihnachtszeit ganz wieder das alte gewesen. Die Einwohner fühlen sich ganz behaglich bei dem Belagerungszustande, der im Grunde nur der alte Zustand der Dinge ist. Schlimm genug, daß die Freiheit der letzten neun Monate so verkehrter Art gewesen ist, daß man sich an der alten Ordnung auch ohne Freiheit genügen läßt. Sämmtliche Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses haben ihren Aufenthalt wieder in Berlin genommen. Der König und die Königin haben ihre Residenz in Charlottenburg aufgeschlagen.

Berlin, 29. Dez. Die Redaktionsstelle, welche früher der Dr. Friedenberg bei der Vossischen Zeitung lange Jahre inne hatte, ist nunmehr vom 1. Januar k. J. ab dem Dr. Häring (Willibald Alexis) definitiv übertragen worden. Das ehemalige Hardenberg'sche Ministerium, in letzterer Zeit vom Minister Mühler bewohnt, soll dazu bestimmt worden sein, im nächsten Jahre unsere Volksvertreter aufzunehmen. Zwei große Gebäude werden in den innern Räumen aufgeführt. Der Eingang für die Deputirten und Zuhörer soll getrennt, ersterer vom Dönhofsplatze aus, letzterer von der Gewerbeschule in der Niederwallstraße sein. (Nat. Ztg.)

(Lith. Korr.) **Berlin**, 31. Dez. Der Kampf, der aus Anlaß der jüngsten posener Insurrektion zwischen Hrn. v. Koscielski und dem Major v. Voigts-Reetz lange Zeit in Zeitungen und Broschüren geführt wurde, soll nun gleichfalls auf einem andern Felde zum Austrag gebracht werden. Da Hr. v. Koscielski an der Revolution von 1831, während er noch der preußischen Armee als Offizier angehörte, Theil genommen hat, so wurde seine Satisfaktionsfähigkeit von dem Gegner in Frage gestellt. Der militärische Ehrenrath, welcher die Sache zu entscheiden hatte, erklärte sich für Herrn v. K., und derselbe sieht seit Anfang d. M. der Bestimmung des Herrn v. Voigts entgegen. — Eine polizeiliche Bedrohung gibt dem Redakteur des im Allgemeinen konservativen Courier de Berlin, Prof. Mellier, Veranlassung, in der heutigen Nummer zu erklären, daß er fortan weder für noch gegen das Gouvernement schreiben werde. „A l'impossible nul est tenu!"

Eine Glückwunschadresse, welche seit mehreren Tagen cirkulirt, soll dem Könige durch eine Deputation zum Neujahr überreicht werden. Auch der Prinzessin von Preußen wird durch eine Anzahl den höhern Ständen angehöriger Damen eine Huldigung bereitet. Die zu diesem Zweck veranstaltete Sammlung soll einen reichen Ertrag gewährt haben. Mit dem Ueberschuß der eingegangenen Summe beabsichtigt man eine Stiftung zu gründen, welche den Namen der Fürstin führen wird. Das Krankenhaus Bethanien soll wegen Ueberfüllung der Charité zum Irrenhause eingerichtet werden.

München, 28. Dez. Das heut erschienene Regierungsblatt (Nr. 70) enthält folgende Kundmachung, die Verkündigung der Reichsgesetze betreffend. „Die von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen und am 27. und 30. Sept., dann 10. Okt. und 12. Nov. l. J. vom Reichsverweser verkündeten Gesetze, betreffend: 1) die Verkündigung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Centralgewalt; 2) das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der verfassunggebenden Reichsversammlung; dann 3) Gesetz zum Schutze der verfassunggebenden Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt, und 4) Gesetz, betreffend die Einführung einer deutschen Kriegs- und Handelsflagge, werden andurch mittels besonderer Beigaben zum Regierungsblatt zur örtlichen Veröffentlichung bekannt gemacht. München, 19. Dez. 1848. K. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern. (Gez.) Graf v. Bray. Durch den Minister der Generalsekretär Dr. Rappel." (Folgt als Beilage 1 bis 4 der Wortlaut der obengenannten vier Gesetze.) (Allg. Z.)

A **München**, 31. Dez. Wir stehen am Schlusse des Jahres, aber noch immer ist die Frage ungelöst, welche seit beinahe vierzehn Tagen alle Gemüther beschäftigt. Ich habe Ihnen unter dem ersten Eindrucke der Entlassung des Ministers Lerchenfeld geschrieben, und nur wenige Worte des Bedauerns und banger Besorgniß, wie sie damals auf Aller Lippen waren, beigefügt. Ich habe Ihnen absichtlich keines der sich täglich erneuernden Gerüchte mitgetheilt. Wurden doch Männer aller Parteien, aller Farben, als wahrscheinliche Nachfolger des abgetretenen Ministers bezeichnet, von Herrn von Abel, erfreulichen Angedenkens, und dessen Schüler, dem Herrn von Schrenk, bis zum radikalen Stockinger, der, wenn ich nicht irre, der Westend-Halle angehört. Daß Hrn. von Schrenk das Ministerium des Innern zugedacht war, ist gewiß, die Unterhandlungen scheinen aber an dem entschiedenen Widerstand der übrigen Minister gescheitert zu sein. Insofern dürfen wir also dem übrigen Ministerium wohl Dank wissen, allein im Ganzen haben die bisher so allgemein verehrten Minister Heintz, Bray und Weigand in der jüngsten Zeit an Achtung und Vertrauen sehr verloren. Jedermann erwartete bei dem Austritt Lerchenfeld's, die anderen Minister würden dem Könige nur die Eine Alternative stellen, entweder den Wiedereintritt des Ministers des Innern möglich zu machen, oder ihnen selbst ihre Entlassung zu geben. Bei der Nähe des Landtages und bei dem leider so großen Mangel an tüchtigen Persönlichkeiten wäre dem Könige wohl kaum eine Wahl geblieben, er hätte wohl jedenfalls die von Lerchenfeld beabsichtigten freisinnigen Gesetzentwürfe genehmigen müssen, und dadurch dem Lande einen populären, in jeder Beziehung ausgezeichneten Minister erhalten. Unterdessen scheinen die andern Minister noch fortwährend zu unterhandeln, und auf die Stimme des Volkes keine weitere Rücksicht zu nehmen als die, keinen allzu unpopulären Mann zu ihrem Amtsgenossen zu erwählen. Von einem Heintz hatte man mehr erwartet! Die Folge wird keine andere sein, als daß die eigene Stellung dieser Männer dadurch unhaltbar wird. Für die Person Lerchenfeld's ist es wohl ganz gleichgültig, ob seine bisherigen Kollegen bleiben oder abtreten; es wird so leicht nicht möglich sein, ihn aus dem Vertrauen des Landes zu verdrängen, und wenn noch hundert solcher Artikel erschienen, wie die Augsburger Allgemeine Zeitung neulich ein paar brachte. Zudem sind die Beschuldigungen in denselben so plump und manche Unwahrheiten so handgreiflich, daß jene Aufsätze ohne Wirkung blieben, selbst wenn man nicht als Verfasser derselben ein bekanntes Mitglied der Kamarilla mit Sicherheit bezeichnen könnte. Darnach ist auch zu bemessen, welchen Glauben die Versicherungen verdienen, daß in Baiern keine Kamarilla existire, daß das königliche Kabinet aufgehoben sei und so fort. In Bezug auf das Letztere muß ich zwar zugestehen, daß allerdings das Kabinet schon am 20. November durch eine im Regierungsblatt bekannt gemachte Entschließung aufgehoben wurde; allein die Aufhebung ist nicht zur Wahrheit geworden, und der ganze Unterschied besteht darin, daß der bisherige Kabinetssekretär jetzt den Titel eines Ministerialrathes hat, aber nie das Ministerium, dem er zugewiesen wurde, besucht, sondern nach wie vor seine Funktionen im k. Schlosse zu Nymphenburg versieht. Man ist jetzt so ziemlich darüber im Klaren, daß der letztgenannte Umstand, dann die nicht erfolgte Genehmigung des Königs zur Vorlage freisinniger Gesetze, sowie die Verkündigung der Reichsgesetze, welche Lerchenfeld ungeachtet aller Mühe nicht bewirken konnte, die Hauptursachen seines Rücktritts gebildet haben mögen. Von denen, welche am häufigsten als die wahrscheinlichen Nachfolger des abgetretenen Ministers genannt werden, kann ich Ihnen den Reichstagsabgeordneten Kirchgeßner und den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Closen, bezeichnen. Von sehr Vielen wird auch behauptet, Herr v. Beisler werde das Ministerium des Innern übernehmen und

die erst kürzlich mit dem eben genannten Departement vereinigten Cultusangelegenheiten abermals getrennt, und dem baierischen Reichstagsabgeordneten Professor Edel übertragen werden. Doch wie dem sein möge, jedenfalls ist dringend zu wünschen, daß die Minister-Frage endlich entschieden werde; umsomehr da der gesetzliche Termin zur Einberufung des Landtages mit dem heutigen Tage bereits zu Ende geht, und ein neuer Minister jedenfalls erst noch die neuen, den Kammern vorzulegenden Gesetze auszuarbeiten hat, da derselbe kaum geneigt sein wird, die von Lerchenfeld vorbereiteten Entwürfe zu benutzen. Die Verkündigung der Reichsgesetze ist endlich erfolgt, aber freilich in einer Form, welche wohl jedenfalls in Frankfurt ebensowenig befriedigen wird, als dies hier der Fall war. Dieselben sind nämlich nicht als für Baiern bindende Gesetze, sondern einfach unter dem Titel „Kundmachung" und mit der bloßen Unterschrift des Ministers des Aeußern „zum Behufe der örtlichen Kundgebung" abgedruckt. Nachschrift. So eben erfahre ich, daß Herr v. Beisler wirklich zum Minister des Innern ernannt wurde. Ob die eben erwähnte Trennung der Cultusangelegenheiten erfolgen wird oder nicht, ist bis jetzt noch unbekannt. Meine Ansicht geht dahin, daß durch diese Ernennung das jetzige gesammte Ministerium vollends alles Vertrauen im Volke verlieren und dadurch seine Stellung vollkommen unhaltbar werden wird.

Stuttgart, 31. Dez. Das Regierungsblatt verkündigt die deutschen Grundrechte, sowie das Einführungsgesetz, indem ihm das 8. Stück des Reichsgesetzblattes beigegeben ist.

Frankreich.

* **Paris**, 30. Dez. Alle Welt glaubte die Ministerkrisis beigelegt, nachdem gestern Leon Faucher im Namen Passy's erklärt hatte, das Kabinet weiche nicht vor den Schwierigkeiten zurück, die ihm das Votum über die Salzsteuer bereite. Da erscheinen heut Morgen im Moniteur drei Dekrete, welche die Ernennungen Leon Faucher's, des bisherigen Ministers der Staatsbauten, zum Minister des Innern an Stelle Maleville's, des Vicepräsidenten Lacrosse (eines der eifrigsten Vertheidiger der Kandidatur Cavaignac's) zum Minister der Staatsbauten an Stelle Leon Faucher's, und des Hrn. Büffet, Repräsentanten des Volks, zum Minister des Ackerbau's und Handels an Stelle Bixio's bringen. Die Journale rathen hin und her, was wohl die Ursache dieses plötzlichen Ministerwechsels gewesen sein möge; einige geben die Amnestiefrage an, andere behaupten, der Präsident habe mehrere seiner Wahlagitatoren zu Präfekten ernennen, oder er habe die Akten über seine Attentate von Straßburg und Boulogne vernichten wollen, und beidem hätte sich das Rechtsgefühl der Herren Maleville und Bixio widersetzt. Gewiß ist nur, daß die Salzfrage nicht die Ursache gewesen ist, denn Herr Passy, der Finanzminister, bleibt, von den Bitten der Herren Thiers und Molé und einiger Glieder der haute finance (Argout und Rothschild) bewogen. Letztere sagten ihm, daß sein Rückzug eine allgemeine Verwirrung auf dem Geldmarkte hervorbringen müßte; es sei jetzt der wichtigste Augenblick im ganzen Jahre; viele Liquidationen ständen bevor und eine Finanzkrisis im Ministerium könnte ein wahres Nationalunglück nach sich führen. Solchen Gründen wich der finanzielle Patriotismus des Ministers.

Ehe man sich aber noch von dem Erstaunen über diese Aenderung des Kabinets erholt hatte, hörte man bereits von einer neuen Krisis. Herr von Fallour hat seine Entlassung als Minister des Unterrichts gegeben. Als Motiv erzählt man sich, Montalembert, der Meister Fallour's, habe durchaus nach London als Gesandter gehen wollen, Napoleon hätte auch eingewilligt; Lord Palmerston aber die Wahl als zu signifikativ zurückgewiesen.

Welche Aufregung über alle diese Vorgänge in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung herrschte, läßt sich leicht ermessen. Cavaignac war nicht anwesend. Bixio hatte seinen alten Platz auf den Bänken der Linken wieder eingenommen und wurde von seinen Freunden lebhaft begrüßt. Die Generale Bedeau, Oudinot, Lamoriciere, der nicht, wie viele Journale berichtet hatten, nach Nantes gegangen ist, unterhielten sich in einem Nebensaal lange und lebhaft. In der Sitzung selbst geschah nichts Erwähnenswerthes, als daß Th. Bac (vom Berg) einen Antrag stellte auf Amnestirung der Mai- und Juni-Gefangenen. „Die Versammlung hat vergebens eine Mittheilung der Regierung erwartet; es ist ihre Pflicht, endlich der Ungewißheit ein Ende zu machen und gegebene Versprechungen zu erfüllen. (Ruf: Wer hat die Amnestirung versprochen?) Der Präsident hat sie in seinem Wahlmanifest zugesagt und das Land erwartet die Erfüllung." (Unterbrechung). Odilon Barrot: „Das Kabinet wünscht lebhaft, daß die Ordnung bald so gesichert sein möchte, daß man auch der Stimme der Menschlichkeit Gehör geben kann. Aber täglich werden Drohungen gegen die Regierung laut, die an die schlimmsten Tage erinnern; solchen Drohungen gegenüber kann die Regierung nicht nachgeben (heftige Reklamationen). Das Gesetz muß in seiner heilsamen Strenge aufrecht erhalten werden. (Deville: Nicht das Gesetz! die Willkür! — Ruf: zur Ordnung!) Es ist eine sonderbare Art, durch Drohungen Gnade zu erzwingen!" — Die Versammlung geht über den Vorschlag von Bac mit großer Majorität zur Tagesordnung über.

Heute Abend versammeln sich alle parlamentarischen Clubs, um sich über die Stellung zu berathen, die sie der Ministerkrisis gegenüber einnehmen wollen. Man bereitet Interpellationen wegen derselben vor. Die Besorgniß, daß der Präsident einen Staatsstreich beabsichtige, wächst, und man hat Thiers, Bugeaud, Molé und Changarnier im Verdacht, daß sie ihm hülfreiche Hand dazu leisten. In diesem Sinn prüft man jetzt alles, was vom Präsidenten ausgeht; so findet man es sehr anstößig, daß er alle seine Dekrete nicht mit den Worten: der Präsident der Republik, sondern einfach wie ein Monarch Louis Napoleon Bonaparte unterzeichnet. Der National sagt: „Herr Louis Bonaparte will selbst regieren (gouverner.) Sei es; aber er mag sich mit seiner Umgebung vorsehen. Es gibt unvorsichtige und ungeschickte Freunde. Die Rathschläge, die man ihm in's Ohr flüstert, können ihn weit führen. Er mag sich in Acht nehmen, daß er sich nicht unterwegs an der Constitution stoße. Seine sechs Millionen würden ihn nicht vor den Folgen eines Zufalls schützen! Man erneuert nicht die Geschichte, selbst wenn man Napoleon heißt!"

Was die Reise des Papstes nach Toulon angeht, so wollen wir sie zwar nicht garantiren; die Briefe von dort melden sie aber immer apodiktischer. Der Commandant der Nationalgarde hat bereits einen offiziellen Befehl über die dem Papste zu erweisenden Ehrenbezeugungen veröffentlicht. Se. Heiligkeit soll sich 4 Wochen in der Provence aufhalten und dann sich in die balearischen Inseln und vielleicht auch in einen spanischen Seehafen begeben. So hätte keine der katholischen Hauptmächte Grund über die andere eifersüchtig zu sein, und während dieser Zeit, hofft man, werden die römischen Verhältnisse so geordnet sein, daß der Rückkehr des Papstes in den Kirchenstaat kein Hinderniß mehr im Wege steht.

Die von einigen Journalen gegebene Nachricht über den Ausbruch von Unruhen in Amiens wird durch eine telegraphische Depesche des Präfekten der Somme für ein Mährchen erklärt.

Schließlich kommen wir noch einmal auf die Salzsteuer zurück. Ihre Verminderung um $^2/_3$ bringt dem Staatsschatz einen Ausfall von etwa 45 Millionen Fr. Die Nationalversammlung hat sich nicht gescheut, eine solche Lücke in's Budget zu reißen — aus Sucht nach Popularität. Mindestens die Hälfte von denen, welche für die Reduktion gestimmt haben, hat damit nur ihre Wiederwahl zu sichern gesucht; es ist ein bekanntes Mannöver, kurz vor Auflösung einer Kammer ganz besondere Theilnahme für das Wohl der Wähler zu affektiren. Eine geringe Zahl hat aus Anhänglichkeit an die Dekrete der provisorischen Regierung und die äußerste Linke aus der Absicht, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten und den Staatsbankrott zu befördern, das Amendement Anglade unterstützt. Aus dem Moniteur, welcher heute dem Beschluß amtlich publicirt, entnehmen wir die Zollsätze, wie sie für auswärtiges Salz festgestellt worden sind:

100 Kilogramm ausl. Salz zahlen über Belgien zu Lande — Fr. 2. C.
„ „ „ „ „ üb. d. Ost- u. mitt. Grenze — „ 50 „
„ „ „ „ „ zur See unt. franz. Flagge — „ 50 „
„ „ „ „ „ unter fremder Flagge 1 „ — „

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 24. Dez. In der jüngsten Sitzung der Ruthenen gab die in Ollmütz gewesene Deputation Rechenschaft über ihre Thätigkeit. Sie hatte folgende Punkte bei dem Kaiser be-

antragt: 1) die Eintheilung Galiziens in zwei Gubernien nach den Nationen; 2) die Einführung der ruthenischen Sprache in den Schulen und bei den Behörden; 3) eine gleiche Stellung der ruthenischen Geistlichkeit mit der polnischen; 4) die Einführung einer ruthenischen Nationalgarde; 5) die Entfernung der der ruthenischen Nationalität nicht zugeeigneten Beamten. Alle diese Forderungen sind vom Kaiser freundlich aufgenommen worden, und sowohl er als die Minister haben der Deputation das Versprechen gegeben, daß jene Forderungen recht bald in Erfüllung gehen werden. (Bresl. Z.)

Schweiz.

Bern. Am 28. d. M. erhielt die hiesige Regierung eine Depesche vom Oberamtmann von Murten, worin dieser den Ausbruch eines Aufstandes im deutschen Bezirk des Kantons Freiburg anzeigt. Der Regierungsrath gab hiervon sogleich dem Bundesrathe Kenntniß. Laut den Berner Blättern reduzirt sich jedoch der Aufruhr auf einen Feuerlärm. In Neueneck an der Freiburger Grenze war Feuer ausgebrochen, worauf in den benachbarten Ortschaften die Sturmglocke erschallte. Die Freiburger Post, die zur gewohnten Stunde in Bern eintraf, hatte nichts von Unruhen wahrgenommen. Auf wiederholtes Gesuch des neapolitanischen Werbbureau's um Wiedereröffnung der Werbungen — ein Gesuch, das dießmal durch die Angabe unterstützt wurde, daß laut Privatbriefen die schweizerischen Handelshäuser in Neapel und Messina nunmehr ihre Entschädigungen erhalten haben (die Berner Ztg. bemerkt, daß laut den ihr bisher eingegangenen Nachrichten die Handelshäuser in Messina noch nicht entschädigt seien) — beschloß der Regierungsrath, die Sache an den Bundesrath zu übermitteln, um von diesem offizielle Auskunft über die Entschädigungsausrichtung zu erhalten. (N. Z. Z.)

Frankfurter Börsenbericht.
(Wochenbericht.)

Wenn wir zurückblicken auf das politische Drama, durch welches seit zehn Monaten ganz Europa, besonders aber die hauptsächlichsten Kontinentalstaaten — hundert Millionen Einwohner enthaltend — erschüttert worden sind, so zeigen sich manche Resultate, die dem Beobachter als ganz unglaublich geschienen hätten, wären sie in prophetischer Sprache vor jenen politischen Ereignissen ausgesprochen worden..

Die wichtigste Erscheinung ist die, daß, ungeachtet die Bewohner von Frankreich, Deutschland, Italien und Oesterreich sich in offener Rebellion gegen ihre frühern Regierungs-Autoritäten erhoben, dennoch kein europäischer Krieg aus allen diesen Kollisionen entstanden ist. Die Ereignisse, die sich zugetragen haben, um durch militärische Uebermacht empörte Städte und Provinzen zur bürgerlichen Ordnung zurückzuführen, können eben so wenig als allgemeiner Krieg benannt werden, als die kurze Fehde im Norden von Deutschland.

Eine andere bemerkenswerthe Erscheinung ist die, daß ohne Ausnahme in allen Ländern, in welchen Unruhen ausgebrochen sind, das Privat-Eigenthum völlig respektirt worden ist — ja selbst Handel und Industrie in keinem höhern Grade gestört wurden, als etwa durch die temporäre Suspension von merkantilischem Vertrauen und Kredit unvermeidlich erscheinen mußte. In den einzigen Fällen, wo Privat-Eigenthum angehalten, wurde es bald darauf restituirt.

Wir sind geneigt, aus diesen Erscheinungen den Schluß zu ziehen, daß auch jene hundert Millionen Menschen, die größtentheils zu den am mehrsten gebildeten von Europa zu rechnen sind, die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Kriege zu den unverständigsten Mitteln gehören, um politische Zwecke zu erreichen und daß die Absichten jener Partei, die in den socialen Reformen selbstsüchtige und kommunistische Tendenzen verfolgt, an dem gesunden Sinne der Mehrheit im Volke gescheitert sind. Auf allen großen Handelsplätzen von Europa zeigt sich nun die Wirkung jener heilbringenden Wendung der politischen Begebenheiten, und wir finden nicht allein Fonds im Werthe steigend, sondern auch Waaren werden mehr beachtet und die Industrie beginnt wieder Leben zu gewinnen.

Wenn wir unter diesen Umständen und im Rückblick auf die verhängnißvolle Zeit, die hinter uns liegt, das neue Jahr mit freudigern Empfindungen begrüßen, so wollen wir dennoch die Befürchtung nicht zurückhalten, daß Gleichgewicht und Ruhe im staatlichen und kommerziellen Leben wohl auf lange Zeit nicht zurückkehren dürften. Vor Allem ist es der erschütterte Staatskredit, der die freie Bewegung hindert und wie ein Alp auf die Börsen drückt. Möchte doch die feste Gestaltung unserer innern Angelegenheiten das gestörte Vertrauen wieder baldigst herstellen.

In der vergangenen Woche waren im Staatspapierenhandel keine besonderen Veränderungen bemerkbar. Die meisten Course blieben stationär. Nur 5pCt. Metall. und österr. fl. 250. Loose wichen, erstere von $73\frac{3}{4}$ auf $72\frac{3}{4}$, letztere von $76\frac{1}{2}$ auf 75. Dagegen sind die 3pCt. inländischen Spanier von $19\frac{1}{4}$ auf $19\frac{7}{8}$ in die Höhe gegangen; der Umsatz war sehr bedeutend. Für spanische fällige Coupons bezahlt man fl. 2. 23 kr. für den Piaster. Auch die belgischen $4\frac{1}{2}$pCt. und $2\frac{1}{2}$pCt. waren wieder Gegenstand lebhaften Verkehrs. Erstere stiegen von $75\frac{7}{8}$ auf $76\frac{3}{4}$, letztere von $40\frac{3}{4}$ auf $41\frac{1}{4}$. — Auf amerikanische 6pCt. United-States von 1868 laufen nun täglich Aufträge ein; in den letzten Tagen der Woche wurden komptante Stücke bis 109 bezahlt. — An der Börse vom 30. d. erlitten Friedrich-Wilhelm-Nordbahn einen Rückgang von $1\frac{1}{4}$pCt. Sie fielen von $39\frac{7}{8}$ auf $38\frac{5}{8}$. Man glaubt, daß die Generalversammlung in Kassel ungünstige Resultate geliefert.

Den süddeutschen zinstragenden Papieren scheint sich seit einiger Zeit die Gunst des Publikums wieder zuzuwenden, da sich täglich dafür Käufer zu Kapitalanlagen zeigen. Auch berechtigt der Zustand der Ordnung und Gesetzlichkeit, wie er sich seit Kurzem in den süddeutschen Staaten entwickelt und befestigt, zu größerem Vertrauen. Wie man aus glaubwürdiger Quelle vernimmt, hat die nassauische Landesregierung mit dem Hause Rothschild in Frankfurt eine Anleihe über fl. 1,200,000 zu 5pCt. Zinsen abgeschlossen. Diese von den Landständen garantirte Anleihe würde in 25 Jahren rückzahlbar, jedoch innerhalb 5 Jahren unaufkündbar sein. Als spezielles Unterpfand sollen außerdem Staatsgüter und zwar wirklicher Grund und Boden in einzelnen Gutsparzellen nach einer dreiprozentigen Ertragsabschätzung radicirt werden, sowie Zinscoupons und rückzahlbare Obligationen kostenfrei bei dem Hause Rothschild zu erheben sein. Erwägt man, daß das Herzogthum Nassau einer der gesegnetsten und reichsten Landestheile Deutschlands, und daß die verpfändeten Objecte eine Hypothek bilden, die hinsichtlich der Sicherheit vollkommene Beruhigung bietet, so kann man wohl mit gutem Gewissen diese Anleihe allen Kapitalisten empfehlen. Dem Vernehmen nach verdient dabei bemerkt zu werden, daß das Haus Rothschild die Anleihe für eigene Rechnung abgeschlossen und nicht — wie dies in neuerer Zeit bei ähnlichen Geschäften vorgekommen — commissionsweise übernommen hat. Die Abrechnung am Schluß des Börsenjahres war leicht und recht lebhaft. Vergleicht man die reiche Notiz des letzten diesjährigen Coursblattes mit den gänzlich unausgefüllten Spalten der Märzcoursblätter, so ergibt sich ein gewiß höchst befriedigendes Gefühl!

Das Geschäft in Wechseln war unbedeutend. Fast alle Devisen waren angeboten, mit Ausnahme von London und Leipzig. Zu haben sind: Amsterdam à $100\frac{1}{2}$, Augsburg $119\frac{3}{4}$, Berlin $105\frac{1}{8}$, Bremen $99\frac{1}{8}$, Mailand $99\frac{3}{8}$, Paris $94\frac{7}{8}$ und Wien à 107. Anzubringen sind: Hamburg à $87\frac{7}{8}$, Leipzig à 105 und London à $120\frac{5}{8}$.

In der Notiz der Geldsorten hat sich seit unserem letzten Bericht keine Veränderung ergeben.

Vom 1. Januar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. $72\frac{1}{4}$; $2\frac{1}{2}$pCt. ditto $38\frac{7}{8}$; Bankaktien fl. 1165*; fl. 500. Loose 129; fl. 250. Loose $74\frac{5}{8}$; Badische fl. 35. Loose 26; Hessische Rthlr. 40 Loose 25; Polnische fl. 500 Loose $71\frac{1}{2}$; Friedr. Wilh.-Nordbahn $37\frac{7}{8}$; Berbach $67\frac{7}{8}$. Köln-Minden $79\frac{3}{4}$; 3pCt. inländ. Span. $19\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würt. $93\frac{3}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Belg. $77\frac{1}{4}$; Holl. $2\frac{1}{2}$pCt. Integrale $48\frac{7}{8}$.

Der erste Börsentag des neuen Jahres ließ sich günstig an. Die meisten Gattungen wurden, bei lebhaftem Verkehr zu höhern Preisen umgesetzt. Nur Nordbahn war, der Verhandlungen in Kassel wegen, bei sehr beschränktem Geschäft, zu niedrigerm Cours angeboten.

Redacteur: H. Kruse.

[1089][2] **Aufforderung.**

Die ordentliche und außerordentliche Konskription pro 1819 betreffend.

Bei der am 15. und 16. Dezember stattgehabten Aushebung sind folgende Konskriptionspflichtige unentschuldigt ausgeblieben:

1) Von der ordentlichen Konskription

	Loos
Samson Oppenheimer von Sennfeld .	No. 22
Hajum Sandheimer „ „ .	„ 46

2) Von der außerordentlichen Konskription.

a) Aus der Altersklasse 1824.

	Loos
Georg Adam Faulhaber von Merchingen	No. 111
Benedikt Fleischhacker „ „	„ 35
David Rothschild von Eberstadt . . .	„ 37
Johann Jakob Affner von Eubigheim .	„ 115
Johann Ernst Gehinger von Adelsheim	„ 30
Konrad Michael Gräf „ „	„ 24
Christian Gottlieb Keller „ „	„ 81
Karl Christoph Scheuermann v. „	„ 52
Georg Bernhard Eberle von Großeicholzheim	„ 36
Heinrich Welkerauer von da	„ 11
Gottfried Wellerauer „ „	„ 15
Johann Friedrich Albrecht von Volkshausen	„ 4
Johann Adam Noe von Heidersbach .	„ 116
Burkard Michael Röther v. Sindolsheim	„ 64
Johann Martin Hereld von Bofsheim	„ 9
Johann Walz von Bofsheim	No. 106
Johann Georg Schumacher von Kleineicholzheim	„ 92
Johann David Kast von Rosenberg . .	„ 84

b) Aus der Altersklasse 1825.

Nahum Rosenfeld von Korb . . ohne	Nummer
Karl Andreas Kunz von Merchingen .	No. 71
Johann Sebastian Bellschwender von Eubigheim	„ 59
Jakob Daniel Strähle von Neidelsbach	„ 90
Andreas Ludwig Kühner v. Adelsheim	„ 87
Joh. Friedrich Wehrle v. Großeicholzheim	„ 63
Joh. Martin Schönleber v. Sennfeld .	„ 67
Georg Mathes Stolzenbach von da . .	„ 85
Franz Karl Reichert von Heidersbach .	„ 36
Johann Amor Schoek von da	„ 92
Johann Adam Maier von Bödigheim .	„ 40
Wilhelm Mak von Laudenberg	„ 70
Johann Philipp Gramlich v. Sindolsheim	„ 62
Zitzkof Rosenfeld von da	„ 35
Mändle Hirsch Weinmann von Kleineicholzheim	„ 55

c) Aus der Altersklasse 1826.

Salomon Levi von Korb	„ 95
Johann Christian Schneck von da . . .	„ 86
Joh. Albrecht Fahrbach v. Merchingen .	„ 35
Joh. Andreas Schenk v. Eubigheim . .	„ 1
Christian Heinrich Bensbach v. Adelsheim	„ 125
Friedrich Ernst Gramlich von da . .	„ 98
Daniel Albrecht Hoffmann von da . .	„ 130
Christian Ludwig Maier von da . . .	No. 38
Jakob Andreas Uhrig von da	„ 113
Benedikt Herrmann von Rosenberg . .	„ 2
Ludwig Heinrich Klor von da	„ 116
Joh. Friedrich Wehrle v. Großeicholzheim	„ 105
Wilhelm Ludwig Alex. Lips von Sennfeld	„ 121
Johann Gottfried Wetteraute von da .	„ 41
Georg Joseph Hörst von Heidersbach .	„ 47

d) Aus der Altersklasse 1827.

Johann Heinzemann von Tollnayshof .	„ 12½
Levi Stern von Korb	„ 93
Jakob Strauß von da	„ 71
Liebmann Oppenheimer von Eubigheim	„ 77
Johann Michael Bansbach v. Adelsheim	„ 56
Joseph Anton Müller von Hergenstadt .	„ 134
Johann Friedrich Heilig v. Rosenberg .	„ 79
Martin Eberle von Großeicholzheim .	„ 116
Franz Michael Wagner von Heidersbach	„ 105
Franz Michael Emert von Laudenberg .	„ 123
Andreas Schumacher v. Kleineicholzheim	„ 10
Joseph Hagner von Bödigheim . . .	„ 88

Dieselben werden aufgefordert, sich binnen 3 Monaten zu stellen, widrigenfalls sie als Refractaire angesehen und, ihre persönliche Bestrafung vorbehalten, in die gesetzliche Strafe von 800 fl. verfällt werden.

Adelsheim den 18 Dezember 1818.

Großh. Bad. Bezirks-Amt:

Leers. vdt. Weener a. j

[1031][2]

Neuer Verlag

der

Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig

vom Jahre 1848.

Arndt, E. M., Reden und Glossen. gr. 8. broch. 10 Ngr.

Berichte über die Verhandlungen der königl. sächs. Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig. I. Nr. 11. 12. — II. Nr. 1 — 5. Gr. 8. Geh. à 10 Ngr.

Billroth, G., lateinische Grammatik. 3. Ausgabe, besorgt von Dr. Fr. Ellendt. Gr. 8. 1 Thlr.

Chamisso, Adelbert v., Gedichte. 10. Auflage. 8. Mit Portrait. Geh. 2 Thlr.

Dahlmann, F. C., Geschichte der englischen Revolution. 5. verb. Auflage. 8. Mit John Hampden's Portrait. Geh. 2 Thlr.

Von demselben Verfasser erschien bereits früher:

Geschichte der französischen Revolution bis auf die Stiftung der Republik. 2. durchgesehene Auflage. Mit Mirabeau's Portrait. 8. Geh. 2 Thlr. 7½ Ngr.

Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. 1. Band. 3. verb. Auflage. Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 22½ Ngr.

Demosthenis Olynthiacae tres, Philippica prima et de pace. Edidit Car. Aug. Ruediger. Editio 3a denuo apparata. Gr. 8. 1 Thlr.

Ellendt, Fr., lateinische Grammatik für die untern Klassen der Gymnasien. Nach der Anlage der Billroth'schen Grammatik bearbeitet. 3. Auflage. 8. 10 Ngr.

Gieb, G., die Reform des deutschen Rechtslebens. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

Grimm, J., Geschichte der deutschen Sprache. 2 Bände. Gr. 8. In engl. Einband 6 Thlr. 20 Ngr.

Hagenbach, K. R., die Kirchengeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts aus dem Standpunkte des evangelischen Protestantismus betrachtet in einer Reihe von Vorlesungen. 1. Theil. 2 verbesserte Auflage. 8. Geh. 1 Thlr. 15 Ngr.

Junghanns, C., der Fortschritt des Zollvereines. Gr. 8. Geh. Mit vielen Tabellen. 3 Thlr. 20 Ngr.

Kaiser Franz und Metternich. Ein nachgelassenes Fragment. gr. 8. broch. 24 Ngr.

Lotze, H., allgemeine Pathologie und Therapie als mechanische Naturwissenschaften. 2. verb. Aufl. Gr. 8. Geh. 3 Thlr.

Lysias ausgewählte Reden. Erklärt von Dr. R. Rauchenstein. 8. Geh. 10 Ngr.

Plutarch's ausgewählte Biographien. Erklärt von Dr. C. Sintenis. 1. Bändchen: Aristides und Cato major. 8. Geh. 10 Ngr.

Vorstehende zwei Werke bilden die beiden ersten Bändchen einer in unserem Verlage erscheinenden *„Sammlung von Ausgaben griechischer und lateinischer Schriftsteller mit deutschen Noten,"* worüber ein ausführlicher Prospectus in allen Buchhandlungen gratis zu haben ist.

Schlegel, Aug. Guil., opuscula quae latine scripta reliquit. Collegit et edidit Ed. Böcking. 8. Geh. 1 Thlr.

Im vorigen Jahre erschienen vollständig:

A. W. v. Schlegel's sämmtliche Werke. Herausgegeben von Ed. Böcking. 12 Bände. 8. Geh. 12 Thlr.

Oeuvres écrites en français et publiées par Edouard Böcking. 3 vol. avec le portrait de l'auteur. In 8. broché. 3 Thlr.

Schwab, Gust., fünf Bücher deutscher Lieder und Gedichte. Von A. von Haller bis auf die neueste Zeit. Eine Mustersammlung mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen. 3. neu vermehrte Aufl. 8. Geh. 1 Thlr. 15 Ngr.

Schweizer, A., Homiletik der evangelisch protestantischen Kirche, systematisch dargestellt. Gr. 8. Geh. 2 Thlr.

Vega's logarithmisch-trigonometrisches Handbuch. 30. Auflage oder 12. Abdruck der neuen Stereotyp-Ausgabe. Herausgegeben von Dr. J. A. Hülsse. 4. 1 Thlr. 7½ Ngr.

de Wette, Dr. W. M. L., kurzgefasstes exegetisches Handbuch zum Neuen Testament. 1 Bandes 4. Theil: Kurze Erklärung der Apostelgeschichte. 3. verbesserte und vermehrte Auflage. Gr. 8. 18¾ Ngr.

— — — desselben Werkes III. Bandes 2. Theil: Kurze Erklärung der Offenbarung Johannis. Gr. 8. 27½ Ngr.

Mit dieser Abtheilung ist das Handbuch zum Neuen Testament nunmehr beendigt. Für den ausgezeichneten Werth desselben bürgen ausser dem Namen des Hrn. Verfassers die fortwährend nöthig gewordenen neuen Auflagen der einzelnen Theile, die es möglich gemacht haben, das schon im Jahre 1835 begonnene Werk stets auf dem neuesten Standpunkt der Wissenschaft zu erhalten.

Wörterbuch, mittelhochdeutsches, aus dem Nachlasse von G. F. Benecke, herausgegeben von Dr. Wilh. Müller, Prof. in Göttingen. 2. Lieferung. Bogen 17 — 32. Briste-Gihe. Lex.-8. 1 Thlr. 10 Ngr.

Zeitschrift für deutsches Alterthum. Herausgegeben von Moriz Haupt. VI. Band. 3. Heft. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

— — derselben VII. Band 1. und 2. Heft. Gr. 8. Geh. à 1 Thlr.

Um die Anschaffung dieser Zeitschrift, namentlich für die erst mit dem 6. Bande eingetretenen Abnehmer zu erleichtern, ist der Preis der ersten fünf Bände von fünfzehn Thalern

auf acht Thaler

herabgesetzt, wofür dieselben von jetzt an durch alle Buchhandlungen zu erhalten sind.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

Nr. 3. Frankfurt a. M., Mittwoch 3. Januar. **1849.**

Die Deutsche Zeitung

erscheint vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die Parlaments-Verhandlungen unmittelbar nach deren Schlusse; die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer — unter denen es uns gestattet ist die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten auf's Schleunigste mitzutheilen. Der Preis ist für das Vierteljahr Drei Gulden, wofür im ganzen fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirk unsere Zeitung an die Leser abgegeben wird, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren. In Preußen ist das vierteljährliche Abonnement 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thlr. Den alleinigen Debit hat das Ober-Post-Amt Frankfurt übernommen. Bestellungen bitten wir bei den nächstgelegenen Poststellen recht bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse, im Brönnerschen Hause.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Uebersicht.

Deutschland.

Erklärung.

Frankfurt, 31. Dez. Die „Reichstagszeitung" enthält in ihrer vom Nr. 14. Dez. unter der Ueberschrift: „Biedermann und sein Mißtrauensvotum", die angeblich aus dem „Zwickauer Tageblatt" v. 1. Dez. entnommene Angabe, daß an mich folgende Abberufungsschreiben abgegangen seien: „vom Vaterlandsvereine zu Zwickau (820 Mitgl.), vom Vat.-Verein zu Heinrichsort (85 Mitgl.), vom Vat.-Ver. zu Lößnitz, vom Vat.-Ver. zu Wildenfels, von den Gemeinden Lichtentenne, Cainsdorf (mit 150 Urwählern), Steinpleiß, Friedrichsgrün, vom Vat.-Ver. zu Schneeberg." Die „Reichstagszeitung" setzt hinzu: „Sehr wahrscheinlich befindet sich unter den Namen der angegebenen Unterzeichner schon jetzt die Mehrheit Ihrer Wahlmänner. Machen Sie sich also fertig, baldigst ein genaues Verzeichniß derselben in Empfang zu nehmen und versuchen Sie, sich dann noch länger in Frankfurt gegen den Willen Ihrer Wähler und gegen Ihre eignen Erklärungen zu halten."

Es ist mir zwar nicht neu, daß meine politischen Gegner aus Sachsen von den an mich erst abzusendenden Adressen schon im Voraus Kenntniß haben. Hier aber werden solche als bereits an mich abgesandte aufgeführt, welche ich bis heute, also nach einem vollen Monat, nicht erhalten habe. Ich finde mich daher veranlaßt, die obige Anführung und Berechnung der „Reichstags-Zeitung" auf das wahre Maß des Thatsächlichen zurückzuführen. Wirklich erhalten habe ich bis heute folgende Mißtrauensvoten:

1) vom Vat.-Ver. zu Zwickau, 820 Mitglieder, durch dessen Ausschuß; 2) vom Vat.-Ver. zu Ober- und Niederschlema, 157 Mitgl., durch dessen Obmann und Schriftführer; 3) vom Vat.-Ver. zu Wildenfels —? Mitgl., durch dessen Ausschuß; 4) von einem Wahlmann aus Lößnitz, F. A. Oppe, angeblich zugleich im Namen des dortigen Vat.-Ver. (131 St.); 5) von der Gemeinde Cainsdorf, 150 Urwähler, durch den Wahlmann Floß; 6) von der Gemeinde Lichtenteune, 140 Urwähler, durch deren Vorstand Bleyl; endlich einen anonymen Schmähbrief aus Zwickau. Die Zahl der sämmlichen Unterzeichner dieser sechs Mißtrauensadressen beträgt, wenn ich den Vaterlandsverein zu Wildenfels ebenfalls zu 130 — 150 Mitgliedern veranschlage, ohngefähr 1550. Angenommen, daß alle diese Vereine und Gemeinden einstimmig die in ihrem Namen ausgefertigten Mißtrauensvoten beschlossen hatten (nur die beiden unter 3 und 5 berufen sich auf eine solche Einstimmigkeit) — angenommen ferner, daß alle Mitglieder jener Vaterlandsvereine, 1) selbstständig, 2) volljährig, 3) sächsische Staatsangehörige wären und folglich zu meinen Urwählern gehörten (was nicht wahrscheinlich, da die Vaterlandsvereine notorisch unter ihren Mitgliedern viel Unselbstständige, Unmündige und Fremde, z. B. Handwerksgehülfen aus andern Ländern zählen) — angenommen also das für mich ungünstigste Verhältniß, so würde sich die Rechnung so stellen: 1550 Urwähler hätten mir ihr Mißtrauen erklärt; auf 150 Urwähler kommt 1 Wahlmann; jene 1550 Urwähler repräsentirten also 10 Wahlmänner.

Bei meiner Wahl haben konkurrirt: 74 Wahlmänner, von denen 48 mir, 26 meinen Gegenkandidaten ihre Stimme gaben. Es hätten also meinen Rücktritt verlangt noch nicht ganz ¼ der sämmtlichen Wahlmänner und noch nicht einmal ⅔ jener Minderzahl, die schon damals mich nicht zum Vertreter haben wollte und die daher sehr natürlich auch meinen Rücktritt wünschte.

Hiernach wird die Redaktion der „Reichstagszeitung" ihre Angaben sammt den darauf gebauten Folgerungen zu berichtigen haben, wenn sie sich anders nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß es ihr nicht um Verbreitung der **Wahrheit**, sondern der **Unwahrheit** zu thun sei.

Wie übrigens jene Mißtrauensadressen an mich zu Stande gebracht worden sind, dafür will ich nur folgende zwei Dokumente als Beweise aufführen:

1) In der Deutschen Allg. Ztg. vom 26. Nov. findet sich folgende **Verwahrung**: „Lößnitz, 24. Nov. 1848. Ich stehe mit Herrn Thost und seinen Consorten (Herr Thost ist Obmann des Zwickauer Vat.-Ver.) in keiner Verbindung, muß mich daher gegen den Mißbrauch meines Namens in Nr. 227 dieser Zeitung verwahren. Erkläre zugleich, daß ich den Hrn. Prof. Biedermann für den besonnensten unsrer sächsischen Abgeordneten halte, desfalls mehr einem Vertrauens-, als Mißtrauensvotum beistimmen würde." Aug. Friedr. Oppe sen.

2) Folgende Zuschrift erhielt ich aus Planitz, einem Dorfe meines **Wahlbezirks**: „Planitz, 1. Dez. 1848.
Werthgeschätzter Herr Professor!

Auch wir, die unterzeichneten Wahlmänner, sind vom Ausschuß des Zwickauer Vaterlandsvereins aufgefordert worden, die bewußte Mißtrauensadresse an Sie zu unterzeichnen, um Sie zu vermögen, Ihr Mandat niederzulegen. Wir haben ohne darauf zu antworten, die Sache vorübergehen lassen, hoffend, daß es gar nicht zur Ausführung kommen würde. Da es aber doch geschehen, wie wir aus dem gestrigen Wochenblatte ersehen, so fühlen wir uns gedrungen, Ihnen hiermit unser Bedauern über das Benehmen Ihrer Widersacher in unserm Wahlbezirk auszusprechen, und Ihnen zu erklären, daß Ihre zeitherige Amtsführung ganz das Vertrauen gerechtfertigt hat, das wir am Wahltag auf Sie gesetzt haben; auch haben wir von Keinem in unsrer ganzen Gemeinde, also auch Ihren Urwählern je ein anderes Urtheil über Sie vernommen. Wir hoffen Sie auch ferner Ihren Grundsätzen getreu zu finden und bleiben Ihnen daher treu ergeben." Joh. Friedrich Hessel in Planitz und Christian Friedrich Sorge, Dep.

Ich würde nicht diese meine Privatangelegenheit vor die Oeffentlichkeit bringen, wenn ich es nicht für nöthig hielte, daß gerade jetzt, wo die Nationalversammlung ihre entscheidendsten Beschlüsse über die Zukunft des deutschen Volkes zu fassen im Begriffe steht, keines ihrer Mitglieder auch nur mit dem Scheine behaftet sei, als ob es gegen den Willen der Mehrheit seiner Wähler seinen Sitz in der Versammlung einnehme.

Karl Biedermann,
Abgeordneter zur Nationalversammlung für den 11. sächsischen Wahlbezirk.

Frankfurt, 31. Dez. Die Adressen aus Oesterreich, welche gegen die §§. 2 und 3 des Entwurfes der deutschen Verfassung „vom Reich und der Reichsgewalt" einlaufen, häufen sich dergestalt, daß an der entschiedenen Mißbilligung dieser Paragraphen von Seiten der dortigen Bevölkerung wohl Niemand mehr zweifeln kann. So sind uns aus Oesterreich ob der Enns außer den bereits angezeigten 23 Adressen neuerdings 19 mit sehr zahlreichen Unterschriften bekannt geworden. Auch das letzte Bedenken dürfte durch das Schreiben gehoben sein, welches der Abgeordnete des ersten obderenns'schen Wahlbezirkes, von den Ständen des Landes Oesterreich ob der Enns erhalten hat. In diesem Schreiben erklären sich die Stände unumwunden zu jenen Grundsätzen, welche in dem Aufrufe ausgesprochen sind, den 40 der österreichischen Abgeordneten, die den §§. 2 und 3 ihre unbedingte Zustimmung versagen zu müssen glaubten, an ihre Wähler erlassen haben. Durch dieses Schreiben und die ihm beigefügten zwei Denkschriften wird auch die leiseste Hoffnung, welche auf eine sogenannte deutsche Liga der Provinzen Oesterreich, Salzburg, Tyrol, Steiermark und Kärnthen zu Gunsten der §§. 2 und 3 hier und da etwa gesetzt worden sein mochte, bezüglich des Landes Oesterreich ob der Enns vollständig zu Grabe geläutet. Der Schluß, welcher aus den Erklärungen der im Sinne der Neuzeit vervollständigten Stände des Landes Oesterreich ob der Enns, welche Provinz nebst Salzburg unter allen österreichischen Provinzen allein eine reindeutsche Bevölkerung hat, auf die Provinzen von gemischter Bevölkerung gezogen werden kann, ergibt sich von selbst. (O.P.Z.).

.. **Frankfurt**, 1. Jan. Angesichts der dem deutschen Volke verliehenen Grundrechte ist die hiesige Lesegesellschaft endlich zu dem Beschlusse gelangt, den §. 1 ihrer Statuten dahin abzuändern, daß nicht blos Christen als Mitglieder der Gesellschaft, also auch die Juden aufgenommen werden können. Bevor aber in der betreffenden Generalversammlung die Abänderung des §. 1. beschlossen wurde, setzte es die Partei, welche mit der einen Hand gern wieder nehmen wollte, was sie mit der andern gab, durch, daß zuvor der §. 3 der Statuten dahin umzuändern sei, daß nun für die aufzunehmenden Mitglieder erster Klasse die Ballotage eingeführt werde. Diese Beschlüsse bedürfen keines Kommentars, allein zu bezweifeln ist, daß unsere jüdischen Mitbürger sich um die Aufnahme in die Lesegesellschaft melden werden.

00 **Frankfurt**, 3. Jan. Der sächsische Partikularismus, den Schreiber dieses viele Jahre hindurch an Ort und Stelle zu studieren Gelegenheit hatte, ist nicht so schlimm, als der österreichische und bairische und hat nur das Ueble, daß er grade gegen den Staat gerichtet ist, der an die Spitze Deutschlands gestellt werden muß. Der Haß gegen Preußen gründet sich nicht sowohl auf tiefe Stammesverschiedenheit, noch auf konfessionelle Abneigung, denn die Stichwörter „Calvinist" und „Lutheraner" sind längst verschollen, sondern in den Sachsen liegt das quälende Gefühl, daß sie mit ihrer Lage im Innern Deutschlands, mit ihrem fruchtbaren, erzreichen Boden, ihren großen reichen, gewerbfleißigen Städten, ihrer allgemeinen und hohen Bildung, eigentlich zu der Stelle berufen waren, welche das abgelegene, arme und unfruchtbare Brandenburg wesentlich durch die Größe seiner Regenten und die schwankende Schwäche der sächsischen seit 300 Jahren sich errungen hat. Schon zu Anfang des dreißigjährigen Kriegs versäumte Johann Georg als erster protestantischer Fürst den Böhmen, wenn gleich sie einen Calvinisten zum König gewählt, entschieden beizustehen und ihrer durch Schlesien und Mähren, durch das Bündniß mit den österreichischen Ständen und Siebenbürgen, durch savoyische und englische Hülfsvölker verstärkten Macht gegen Oesterreich den Ausschlag zu geben und einen Krieg rasch zu beenden, unter dessen langer Dauer kein Land mehr gelitten hat, als grade Sachsen. Statt dessen ließ der Kurfürst sich durch Habsburg ködern, um den Besitz der Lausitz, welche Sachsen nun auch wieder verloren hat, von seinen Religionsverwandten sich zu trennen und gegen seine Retter, die Schweden, die Waffen zu ergreifen. Es war auch wohl unter dem Kurfürsten Friedrich August II. (dem Starken) das Gefühl, dem großgewordenen Brandenburg, dem königlichen Preußen gegenüber, eine ebenbürtige Rolle zu spielen, was das sächsische Volk antrieb, auf Polens Schlachtfeldern für seinen ebenso ausschweifenden als feigen Kurfürsten, der mit Verläugnung des lutherischen Glaubens die polnische Königskrone angenommen, zu verbluten, sein Land wegen fremder Händel durch die Schweden verwüsten zu sehen, die Gräuel seines üppigen Hofs, an dem er alle Verbrechen der Borgia erneuerte, zu dulden, ihn selbst zu preisen, ja ihm ein Denkmal zu errichten, das noch heute steht! Ueber diese fremden polnischen Händel ging, da Sachsen, eine der deutschen Hauptmächte, seine Truppen im Osten brauchte, der Krieg am Rhein unglücklich und im Frieden zu Wien 1738 verlor das Reich Lothringen, womit der durch August III. verdrängte Polenkönig Stanislaus Leszinsky entschädigt wurde. In dem schlesischen und im siebenjährigen Kriege wiederholte Sachsen seine vor 100 Jahren geübte, zwischen den protestantischen Mächten und Oesterreich schwankende Politik. Der Erfolg war Verwüstung des Landes, Ruhm und Größe Preußens. Je mehr Preußens Macht stieg, desto bitterer wurde, besonders nach Polens Verlust, der Haß gegen den mächtigen Nachbar. Nach der Schlacht bei Jena, wo das sächsische Heer nur widerwillig mit Preußen zusammen gekämpft, warf sich der Hof hastig und ohne Bedingungen in Frankreichs Arme. Es ist bekannt, wie treu der König von Sachsen, dessen Land Napoleon die unschätzbare, zwischen Oesterreich und Preußen eingeschobene, den Polen die Hand reichende Stellung gewährte, dies Löwenbündniß gehalten, wie er von der Beute seines bisherigen Verbündeten den Cottbuser Kreis annahm, würdig eine Provinz zu ergänzen, womit vor 200 Jahren Sachsens Abfall erkauft worden war; wie er im Vertrag von

Bayonne vom 10. Mai 1808 17 Mill. Thlr. Eigenthum preußischer Institute in Polen für 20 Mill. Franken kaufte. Im März und April 1813, als außer den Festungsbesatzungen kein Franzose an der Elbe stand, wies der König, der Stimme seines Heeres und Volkes entgegen, die herzlichen dringenden Bitten Friedrich Wilhelms III., der deutschen Sache beizutreten, im trockensten Kanzleitone zurück; er verließ, um nicht gezwungen zu werden, das Land, welches durch seine Weigerung noch ein halbes Jahr lang der Tummelplatz unzähliger Heere wurde und blieb dem Manne treu, der ihn mehr als einmal „vieille bête“ genannt hatte. Es folgte die Theilung Sachsens; ein unseliger Grundsatz, deutsche Staaten, durch ohnedies deutsche Länder, statt durch Frankreichs Raub zu entschädigen, wurde durch fremde Mächte aufrecht erhalten, deren — selbst des besiegten Frankreichs — Einmischung in innere deutsche Angelegenheiten man geduldet. Mit Recht fragten die Sachsen: „ob der Kläger Richter sein könne, ob Baierns, Würtembergs und Badens Schuld seit 1805 geringer sei?“ Der als Kriegsgefangener in Friedrichsfelde bei Berlin lebende König wurde zum Märtyrer; mit Lebensgefahr schlichen sich Bürger seiner Residenz zu ihm durch, ihn der Treue des Landes zu versichern, damit er auf die Unterhandlungen nicht einginge, welche dem katholischen Könige statt des protestantischen Sachsens, das ganz an Preußen fiele, Entschädigungen in dem katholischen Westphalen ermitteln sollten. Es folgte, als nach vollzogener Theilung Sachsens, demgemäß das sächsische Heer getheilt werden sollte, der Aufstand zu Lüttich, welcher Blüchers Leben in Gefahr brachte und mit blutiger Strenge unterdrückt werden mußte. Aber nun traten die zu Preußen kommenden Reiter ihren Stolz, ihre Pferde, an die bei Sachsen bleibenden Kameraden gegen schlechtere ab, damit der Preuße möglichst wenig erhalte, und im Jahre 1843, als man das deutsche Bewußtsein für etwas entwickelt hätte halten dürfen, erhielt dieser König ein Denkmal in Dresden! Nach dem Frieden von 1815 blieb in Sachsen ziemlich alles auf dem frühern Fuß, wenn gleich nicht ganz sosehr wie in Kurhessen, und Preußen, eingedenk seiner Fortschritte 1808—1813, spottete der Sachsen; allein mit Ertheilung der Verfassung von 1830 wandte sich das Blatt, die Sachsen hoben so oft als möglich hervor: sie seien jetzt Staatsbürger, die Preußen Unterthanen. Methodisch nährten durch wahre, wie entstellte Nachrichten, die sächsischen Vaterlandsblätter, das Organ der republikanischen „Vaterlandsvereine“, aus denen Robert Blum, Todt, Oberländer, Schaffrath hervorgingen und welche durch ihre Organisation und Verbreitung über das ganze Land die auffallende Vertretung Sachsens in der Nationalversammlung bewirkt haben, diesen Haß gegen Preußen, der mitunter in's Komische ging, denn wenn man es eine preußische Windbeutelei nannte, von einer märkischen Schweiz zu reden, so vergaß man, daß der erste dieser lächerlichen Vergleiche von Sachsen ausgegangen war und daß die sächsische Schweiz jedenfalls weiter unter der helvetischen steht, als die märkische unter der sächsischen. Das den „Sassen“ eigenthümliche seßhafte Wesen, ihr geringer Wandertrieb beförderte diese Abgeschlossenheit, diesen Partikularismus; eine Ausnahme vom übrigen Lande machte dessen geistige Hauptstadt, Leipzig, das als Handelsstadt und durch die Menge seiner nichtsächsischen Bewohner einen weiteren Gesichtskreis hat; besonders wirkten hier günstig Sachsens Beitritt zum preußischen Zollverein, und die Angelegenheit der sieben Göttinger Professoren weckte hier, wie vielfach im übrigen Deutschland, allgemein deutschen Sinn.

Wien, 26. Dez. Der Kaiser hat für die Tiroler, welche sich in dem Krieg mit den Italienern ausgezeichnet, eine Reihe von Belohnungen und Orden verliehen. Zugleich hat der Kaiser zur immerwährenden ehrenvollen Erinnerung an die von den biedern Bewohnern Tyrols neuerlich bethätigte Treue und Anhänglichkeit die Prägung einer silbernen, an der Brust zu tragenden Dankmedaille anzuordnen geruht, womit alle jene zu betheilen kommen, die den im Laufe dieses Jahrs in Tyrol stattgehabten kriegerischen Ereignissen beigewohnt haben. (W. Z.)

* **Wien**, 28. Dez. In der Carnevalsangelegenheit hat man von der militärischen Strenge nachgelassen. Auf eine deßfalls eingereichte Vorstellung ist, sicherm Vernehmen nach, beschlossen worden, der Abhaltung der Faschingsbelustigungen kein Hinderniß in den Weg zu legen. Doch sollen die Maskenbälle nicht in den gewöhnlichen Redoutensälen, sondern im Josephstädter Theater stattfinden. In dem gestern von Schmerling an seine hiesigen Wähler gehaltenen Vortrag entwickelte derselbe den Grundgedanken eines selbstständigen Oesterreichs, das sich allerdings die Vereinbarung seiner Interessen mit denen Deutschlands zur Aufgabe zu setzen, aber jene voranzustellen habe. Dabei erschienen die Interessen Deutschlands in einer Art aufgefaßt, welche für dasselbe die Hegemonie Oesterreichs als das Zusagendste durchblicken ließen. Die Aufgabe des Reichstags bezeichnet der Redner dahin, daß zwar die Erörterung der Grundrechte vorgenommen, die förmliche Konstituirung aber insolange ausgesetzt bleiben sollte, bis die ungarischen Angelegenheiten geschlichtet erschienen. Es bestätigt sich, daß das früher mit der Provinz Oberösterreich vereint administrirte Herzogthum Salzburg nunmehr eine abgesonderte Verwaltung mit dem Deputirten Lasser an der Spitze erhalten soll. Der Finanzausweis für das Verwaltungsjahr 1848 (das in Oesterreich mit Oktober zu Ende geht) enthielt einen Ausfall von 43½ Million. (Einnahmen 112½ Mill., Ausgaben 156 Mill.) Die direkten Abgaben lieferten 33 Mill., die indirekten 69½ Mill. Trotz des ungünstigen Resultats erhält sich das Vertrauen, indem man die Beendigung der ungarischen Angelegenheiten als nahe bevorstehend und darin einen Wendepunkt für die österreichischen Finanzen erblickt.

Wien, 28. Dez. Das Postdepartement ist definitiv von dem Finanzministerium getrennt und der Leitung des Hrn. v. Bruck, d. h. dem Handelsministerium zugetheilt worden. Man spricht ernstlich davon, daß auch das Zollwesen dem Handelsministerium übertragen werden soll. (Ostd. Post.)

△ **Wien**, 29. Dez. Heute erschien hier das 7. Armee-Bülletin wie folgt: „Se. Durchlaucht der Fürst Windischgrätz hat gestern, den 27. Dezember, um halb 2 Uhr Nachmittags von der Stadt Raab Besitz genommen, nachdem das 1. Armeekorps oberhalb, das 2. unterhalb derselben, dort wo die Raab in die Donau mündet, diesen Fluß passirt, um so dem Feinde den Rückzug abzuschneiden. Der Feldmarschall selbst rückte mit dem Reservekorps an die Rabnitz, wo er sogleich eine Bockbrücke schlagen ließ. Dort empfing er die Meldung, daß der Feind die Stadt und die von ihm angelegten großen Verschanzungen geräumt und sich mit dem Gros der Armee gegen Comorn, mit einem kleinen Theile aber gegen Ofen zurückgezogen habe. Eine Deputation überreichte die Schlüssel der Stadt und lauter Jubel und Eljenruf für Se. Maj. den Kaiser begrüßte die einrückenden Truppen. Abends war die Stadt erleuchtet. Der Feind hat sich so schnell zurückgezogen, daß er nicht eingeholt werden konnte. Nur auf der kleinen Schütt kam es zu einigen Gefechten, wobei eine Abtheilung von Kreß-Chevaurlegers durch ihre besondere Entschlossenheit sich ausgezeichnet. Ein Offizier von den Rebellen und 9 Husaren wurden gefangen. Auch die Jäger, welche das Eis des Donaukanales überschreiten konnten, haben Gefangene eingebracht. Sieht man die große Reihe von Verschanzungen, die der Feind ohne Schwertstreich verlassen, so wird die Muthlosigkeit, mit welcher die Rebellen die festesten Stellungen verließen, klar. Um so mehr fahren sie fort, durch Großsprecherei von errungenen Siegen das In- und Ausland zu bethören, auf ihrer Flucht alles in Brand zu stecken, große Fruchtvorräthe dem Lande zu entziehen und so die Zerstörung des eigenen Wohlstandes fortzusetzen. Viele Offiziere ungarischer Regimenter und Militärbeamte haben den Rückzug benutzt, um zu der Fahne zurückzukehren, die sie nur nothgedrungen verlassen hatten. Nach den eben eingegangenen Berichten hat der Feldzeugmeister Graf Nugent am 25. d. M. mit seinem Armeekorps, 12,000 Mann stark, Körmend besetzt und die fliehenden Rebellen unter Perczel bis Janoshaza verfolgt, die ihre Richtung gegen Papa zu nehmen schienen. Durch diese Vorrückungen ist die Verbindung jenes Korps mit dem Streifkorps unter Oberstlieutenant Graf Althann und durch dieses mit der großen Armee Sr. Durchl. des Hrn. Feldmarschalls hergestellt. Nach einem Berichte aus Klausenburg vom 13. Dez. hat der Oberstlieutenant Urban den Feind bis an die ungarische Grenze gegen Nagy Banya verfolgt; unterwegs fand er alle rumenischen Ortschaften bis auf den Grund verbrannt und 32 Rumenen an Galgen aufgehenkt. Dieser Anblick erzeugte natürlicher Weise fürchterliche Erbitterung. Der Verlust der Ungarn beläuft sich an Todten auf 150 Mann, an Gefangenen wurden 60 eingebracht. Die Chevaurlegers von Max Ferdinand I. Majors-Division unter Maj. Baron Bussek, der von mehreren Kugeln an seine Kleider getroffen, wunderbar unversehrt davon kam, haben mit seltener Bravour in engen Gäßchen die feindlichen Infanterieklumpen attaquirt und niedergehauen. Mehrere Chevaur-

legers wurden mit Bajonnetstichen verwundet. Die Gegner waren größtentheils Wiener Freiwillige in Honvéd-Montur. — Als der Feind Siebenbürgen verlassen hatte, rückte Oberstlieutenant Urban in vier forcirten Märschen nach Klausenburg zurück, wo er am 4. Dezember eintraf. Auf seinem Rückmarsche schickte er eine Truppenabtheilung in das Thal der großen Szamos, um sich in Verbindung mit der rechts detachirten Truppe des Oberstlieutenant Losenau, die in Banfy Hunyad stand und noch steht, zu setzen, welche Verbindung auch in M. Sombor stattfand. Der Kommandant der Rebellen in Fekeletho ist General Bem, der noch nicht ganz von einer Wunde geheilt sein soll. Der Militär- und Civilgouverneur Welden, Feldmarschallieutenant."

Angestrengte Ministersitzungen dauern fort, die Verhandlungen bleiben geheim. Herr v. Schmerling hat ausgedehnte Instruktionen mit nach Frankfurt genommen. Er erhält in diesen Tagen eine sehr freundliche Zuschrift von den Wahlmännern des 1. Bezirks der Stadt Wien als Antwort auf seine gestrige Anrede, worin sie seiner Ansicht beitreten, daß seine Anwesenheit in Frankfurt nöthiger als in Kremsier sei.

Wien. Der Banus Jellacic hat an den Vladika von Montenegro ein Schreiben gerichtet, worin er ihm die Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph und seine eigne Ernennung zum Civil- und Militärgouverneur von Dalmatien und Fiume anzeigt. Es heißt darin u. A.: „Mit großer Freude setze ich Sie, erlauchter Herr, von meiner Ernennung in Kenntniß, da ich es weiß und überzeugt bin, daß Ihnen diese Nachricht angenehm sein wird, sowie mir die gebotene Gelegenheit die angenehmste ist, Ihnen die Hand zu reichen, nicht nur als Sprach- und Stammgenosse, sondern gegenwärtig als Ihr nächster Nachbar durch Beruf und amtliche Stellung. Es ist mein einziger Wunsch, daß diese unsere Freundschaft und gegenwärtige Nachbarschaft, durch welche wir in einen engern Bund treten, ein Schritt des Friedens und der Eintracht zwischen den verschwisterten Ländern Dalmatien und Cernagora werde, und daß das Band einer aufrichtigen Freundschaft Volk und Land umschlinge, an deren Spitze uns Geschick und die Vorsehung gestellt haben. Ich zweifle nicht daran, erlauchter Herr, daß Sie im Geist und Sinn der bis jetzt gegen mich gehegten Bruderliebe unser neues und engeres Nachbarverhältniß begrüßen werden." (D. A. Z.)

△ **Ollmütz**, 28. Dez. Wer in die Geheimnisse des bisherigen Rekrutirungssystems eingeweiht war, — wer da weiß, welche Unterschleife dabei getrieben wurden, indem jeder Militär- oder Civilbeamte, der zu den jährlich stattfindenden Aushebungen kommandirt war, eine solche Anstellung als eine lukrative Sinekure betrachtete, wodurch es sehr erklärlich wird, daß die österreichische Armee fast durchgehends sich nur aus den niedersten und ärmsten Ständen ergänzte, — der wird das neue provisorische Rekrutirungsgesetz mit aufrichtiger Freude begrüßen. Wird dadurch auch nicht aller Bestechung vorgebeugt, so ist es doch immer eine Reform des Ministeriums, die viel anerkennungswerther ist, als die früher erschienene Gemeindeordnung, die sich das Mißfallen aller Parteien zugezogen hat und namentlich unter den Czechen die erbittertsten Widersacher fand. Nach dem neuen Gesetze ist jeder Oesterreicher in dem Alter von 20 bis 26 Jahren militärpflichtig; der Adel ist nicht mehr, wie früher, befreit; die diensttaugliche Mannschaft wird durch Losung zur Fahne bestimmt, während dieses bis jetzt allein von dem untersuchenden Arzte abhängig war.

Großfürst Constantin von Rußland ist (wie bereits gemeldet) am hiesigen Hoflager eingetroffen. Die Persönlichkeit dieses Prinzen sticht gewaltig gegen das blühende, kräftige Aussehn der frühern fürstlichen Besucher ab. Die Ankunft der Russen war unsren Geschäftsleuten insofern eine sehr angenehme, als sie bei allen ihren Einkäufen mit klingender Münze bezahlten, die jetzt bekanntlich, namentlich Silber, in Oesterreich zu den Seltenheiten gehört. Das Zerreißen der Gulden-Banknoten in zwei und vier Theile ist eine zur Verkehrserleichterung unerläßliche Sache; diese Stücke werden nach einem kürzlich bekannt gewordenen Erlaß auch bei allen landesfürstlichen Kassen angenommen. Man ist hier neugierig, ob der Großfürst das Beispiel der Prinzen von Preußen, Sachsen und Baden nachahmen wird, die alle den hiesigen hochbejahrten und kränklichen Erzbischof mit einem Besuche beehrten. Dem Prinzen Friedrich von Baden wird viel Lob gespendet, weil er sich bei dem Unglücke, das auf der Ferdinands-Nordbahn durch das Zusammenstoßen zweier Züge sich zutrug, wodurch 2 Menschen getödtet und 7 verwundet wurden, sehr menschenfreundlich bewies. Der Prinz befand sich bei seiner Hierherreise selbst auf einem der verunglückten Züge.

Prag, 27. Dez. Unser Vicepräsident ist fortwährend bemüht, den Ministerialerlassen die volksfreundlichste Deutung zu geben und so wenig Beschränkungen als möglich aus ihnen zu interpretiren. So erklärte er den Deputationen der Slowanska Lipa und des deutschen Vereins, die ihn wegen Beschränkungen des Associationsrechtes für Beamte fragten, daß er den Sinn des an ihn gelangten Ministerialerlasses keineswegs so deute, daß den Beamten das Associationsrecht verkümmert werden solle. Trotz dem Stande der Dinge in Frankfurt kommen noch immer neue Wahlen vor. So wurde im Wahlbezirk Eipel vor wenigen Tagen der schatzlarer Stadtvorsteher Breuer zum Deputirten gewählt. Der gegenwärtige Reichstagspräsident Strobach wurde zum Rathe des prager Landrechtes ernannt. Da diese Behörde eine Justizbehörde ist, so werden dadurch die Gerüchte von seiner Ernennung zum Präsidenten der politischen Landesstelle widerlegt. In Folge dieser Ernennung wird eine neue Deputirtenstelle in Prag leer, es ist jedoch nicht zu zweifeln, daß Strobach, der hier sehr populär ist, wieder gewählt wird. (D. A. Z.)

Prag, 29. Dez. Großfürst Konstantin traf gestern hier ein. Erzherzog Karl Ferdinand empfing ihn und begleitete ihn nach der Burg. — Wir erfahren aus guter Quelle, daß Erzherzog Wilhelm (der viertgeborne Sohn des Erzherzogs Karl) zum kommandirenden General für Böhmen bestimmt sei. — Ein Ministerialerlaß an die Präsidenten der Provinzen verlangt genaue Berichte über alle in der Provinz bestehenden Assoziationen aller Art, sowie über die Anzahl und politische Farbe sämmtlicher in der Provinz erscheinenden Tagesblätter und der Größe der Auflage, damit „das Ministerium in der Lage sei, die Wünsche und die Stimmung der Bewohner der Provinz genauer kennen zu lernen." — Heute ist die erste Sitzung des Kongresses aller Slowanska-Lipa-Vereine im Königreiche Böhmen. Bis gestern Abend waren 28 Vereine, durch 36 Vertrauensmänner vertreten, hier anwesend. Es waren auch zwei mährische Vereine dabei vertreten. Gestern Abend wurden die Deputirten im festlich geschmückten Vereinslokal empfangen. — Wie wir hören, hat der Deutsche Verein in Prag eine Deputation an den Kaiser Franz Joseph angeregt, um ihm die Huldigung der Deutsch-Böhmen zu bringen. Heute Abend ist eine Plenarversammlung des Deutschen Vereins, in welcher die Absendung dieser Deputation besprochen wird. (D. A. Z.)

*** **Berlin**, 29. Dez. Die demokratische Partei ficht mit allen Waffen, um Boden für die neue Wahlschlacht zu gewinnen. Noch jetzt, während des Belagerungszustandes, werden Plakate an die Soldaten ausgetheilt. Das scheint gefährlich, und doch sind die Kasernen mit solchen Druckblättern angefüllt. Bei der Untersuchung hat sich ergeben, daß sie Abends, in Pakete zusammen gebunden, in die Thorwege, oder durch offen stehende Fenster hineingeworfen wurden. Man spürt den Thätern nach, doch werden sie schwerlich ergriffen werden. Ein Plakat an der Mauer berief neulich zu einer Wahlvorversammlung (bekanntlich zur Zeit noch untersagt), und darüber stand: mit hoher Erlaubniß. Die Behörde war entrüstet, man suchte nach dem Plakat, aber es war schon verschwunden. Wahrscheinlich war die Ueberschrift: „Mit hoher Erlaubniß" der Anfang irgend einer Einladung zu einer Schaustellung, unter welche man geschickt das neue Placat geklebt hatte. Gefährlichere Waffen bietet die Regierung selbst dar. Im Cultusministerium sind einige Räthe wieder angestellt worden, die unter Eichhorn beschäftigt gewesen; doch vertreten diese Räthe keine politischen Ansichten. Daß Männer, welche in bedeutenden politischen Krisen als Räthe der Krone zur Seite standen, oder deren sonstiges Wirken in übelm Andenken steht, wie von Meding, Sulzer, Mathis, gerade jetzt wieder zur Thätigkeit zugelassen wurden, ist mindestens ein höchst unvorsichtiges Beginnen. „Meding wieder Oberpräsident! heißt es jetzt. Sulzer Ankläger! Mathis Staatsconcipient mit dem bekannten Weißwasserstil! Die Reaktion ist in vollem Anmarsch. Bei solchen Auspicien müssen die noch etwa auf der Rechten saßen, wieder auf die äußerste Linke rücken." Noch mehr des Schreckens: ein Ministerium Eichhorn und Thiele steht nach solchem Vorgängen vor der Thüre! Das Gerücht ward mit solcher Geflissentlichkeit ausgebreitet, daß es eines offiziellen Widerrufs bedurfte. Es sieht schlimm aus mit den Wahlen; dies ist die ziemlich allgemeine Annahme; die Ordnungsliebenden sind unthätig, und sie sind es,

weil sie statt angestachelt zu werden, durch das Verbot aller Vorversammlungen, auch wenn sie willens wären sich zu regen, daran gehindert sind. Waldecks Wiederwahl nimmt man für gewiß an, aber ihr gegenüber auch die des General Wrangel! Wrangel ist ein Ehrenmann, ein loyaler Royalist, er hat sich als ein humaner Kriegsoberherr Berlins gezeigt; daß ihm dieß die Liebe der Berliner Bürger zugewendet hat, ist in der Ordnung der Dinge; daß man aber ihn um deßwillen zum Bürgerrepräsentanten erwählen will, spannt den Bogen auf der einen Seite so stramm, daß es kein Wunder ist, wenn man auf der andern Seite dasselbe thut. Und in diese gegenseitige Erbitterung hinein schleudert man die Anklage gegen die Steuerverweigernden! Man kann nichts damit erringen, das muß sich der Kurzsichtigste sagen, als die Spannung, das Unbehagen vermehren. Man will auch hier loyal, konstitutionell, human zu Werke gehen, um die Stimmung der Gerechten für sich zu gewinnen. Wo sind denn aber Gerechte in einer Zeit des erhitzten Parteikampfes! Nicht einmal seine Partei, die enragirten Royalisten, gewinnt man damit; denen verfährt man zu langsam, zu schonend. Nachdem die Krone, als Siegerin einrückend, es verschmäht, das Richtschwert zu ziehen und ihre Feinde kraft ihrer Gewalt zu vernichten — und Gott sei Dank, daß sie es verschmäht, — blieb ihr nur folgerichtig, wenn nicht die Gnade übrig, doch das großmüthige Uebersehen. Sie fing eine neue Phase ihrer Geschichte an, sie strich die Vereinbarung als unmöglich aus, somit hätte sie auch alle Fäden, die vom alten Gewebe zurückblieben, abschneiden müssen. Und dieß beschäftigt uns fast ausschließlich, und wir übersehen über diesem Kampf den größeren entscheidenden, der für uns, fast ohne unsere Theilnahme, in Frankfurt gefochten wird! Dies wird kommenden Geschlechtern unbegreiflich erscheinen. Erklärlich ist es, menschlich wenigstens, nachdem man eben aus dem Chaos einer Pöbelherrschaft befreit ist, und durch die nächste Wahl wieder in dieselbe zu fallen besorgt. Es rüttelt sich aber denn doch auch jetzt schon Mancher und blickt ernstlicher nach Frankfurt; nicht grade besorgt um das verloren gehende Kaiserthum, sondern um die verloren gehende Einheit, und daß so viele und so lange Mühe solle umsonst gewesen sein. Dann erinnert er sich, daß seine preußischen Brüder und Abgesandten dort eine eigene Aufgabe haben, wenn sie in ihrer Anstrengung von Hause aus gar nicht unterstützt werden. Er gedenkt auch mit einer ernster werdenden Miene der edlen Männer dort, welche nicht Preußen sind, aber doch mit aller Aufopferung die Sache Preußens verfechten, um der allgemeinen deutschen Sache willen. Sollen wir auch diese Advokaten, die ohne Mandat so uneigennützig für uns streiten, theilnahmlos im Stiche lassen, nur weil uns augenblicklich Anderes kümmert, und uns die Sache nicht nahe zu gehen scheint und — weil wir immer am unrechten Orte bescheiden waren! Da fängt auch der Bürger an, sich zu fragen, ob denn die Klugen recht haben, welche heimlich sich zuflüstern: Ein wahres Glück für uns, wenn nichts draus wird! Doch auch unsere Zeitungen, welche die Frage bis jetzt so gleichgültig betrachtet, wie einen Streit um den Thron der Königin Pomare, finden sich gemüßigt, Artikel zu bringen über Hegemonie, Trias und Kaiserkrone. Von oben ist es still. Es erwartet es Niemand anders. Unsere Diplomatie, wo noch ein Rest von ihr da ist, muß still sein. Das ist das Erbstück der Romantik: wir lassen unsre Feinde wühlen und sonderbündeln, im Vertrauen, daß Gott ihre Tücke schon, wenn es an der Zeit ist, zu Schanden machen wird. Dieses Glaubens sind wir zwar eigentlich auch, aber — wir leben doch nicht mehr in einer romantischen Zeit.

Köln, 30. Dez. Der Truppenwechsel in unserer Garnison dauert noch immer fort. Nachdem vor einigen Tagen das letzte hier stehende Bataillon des 25. Infanterieregiments nach Koblenz abmarschirt, rückte nach und nach noch ein Bataillon des 34. Infanterieregiments von Aachen hier ein. Unsere Garnison zählt jetzt 7 Bataillone Infanterie, von denen nur das des 29. Regiments einem rheinischen angehört.

Koblenz, 29. Dez. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß gleich nach Neujahr neben sonstigen Veränderungen in der preußischen Armee auch eine Dislocirung sämmtlicher am Rheine stehender Truppentheile Statt haben wird. Dazu wird der Oberbefehlshaber der Marken, General Wrangel, das Kommando am Rheine, welches ihm schon längst bestimmt, antreten.

(Rh.- u. Mos.-Ztg.)

Münster, 29. Dez. Ich kann Ihnen heute die Ursachen der gestern gemeldeten Verhaftung des Oberlandes-Gerichts-Direktors Temme melden. Dieselbe gründet sich auf ein Rescript des Kriminalsenates des hiesigen Oberlandesgerichts, welches derselbe während eines Urlaubs Temme's, der bekanntlich diesem Senate präsidirt, an das hiesige Land- und Stadtgericht erlassen hat. Durch dasselbe wird die letztere Behörde angewiesen, Temme, weil er im Verdacht stehe, den Steuerverweigerungsbeschluß zur Ausführung zu bringen gewirkt zu haben, zur Kriminaluntersuchung zu ziehen und zur Haft zu bringen. Gleich nach seiner Verhaftung hat Hr. Temme bei seiner Vernehmung erklärt, wie er gegen diese und jene Verfügung des Kriminalsenats und des Oberlandesgerichtes durchaus protestire, da dasselbe sich durch seinen an den König gerichteten Protest gegen ihn in eine Stellung gebracht habe, die jede unparteiische Einwirkung unmöglich mache, und ferner das ihm angeschuldigte angebliche Verbrechen nicht hier, sondern in Berlin begangen sei. Er verweigere jede fernere Auslassung und werde Beschwerde wider dieses Verfahren bei dem Justiz-Ministerium führen. Welche Sensation dieser Vorgang auf die Bevölkerung unserer Stadt gemacht hat, läßt sich kaum schildern, und die Spannung auf die zu erwartende Justiz-Ministerial-Bescheidung ist auf das Aeußerste gestiegen. Von Seiten der Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn sind Anstalten getroffen, welche auf den Transport einer bedeutenden Truppenmasse aus den altpreußischen Provinzen nach dem Rheine hindeuten. (W. M.)

München, 29. Dez. Der zeitweilige Bevollmächtigte Baierns hatte, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, in der That keine Instruktionen wegen der Einführung der Grundrechte. Daraus schon wieder Sonderbündelei auf Seite Baierns wittern wollen, heißt denn doch die Tendenzsucherei allzuweit treiben. Wir sehen wahrhaftig nicht ab, welchen ernstlichen Schwierigkeiten in Baiern die Verkündigung und Einführung der deutschen Grundrechte begegnen soll, nachdem, was dieselben aufstellen, thatsächlich größtentheils schon bei uns besteht. Daß aber für die etwa noch neu einzuführenden Punkte bei uns so wenig als in Hannover oder anderwärts die zusammenkommenden Kammern von der Regierung umgangen werden können, scheint uns denn doch auch unzweifelhaft. (Neue Münch. Ztg.)

Kronach, 28. Dez. Bei der heute für den Bezirk Kronach stattgefundenen neuen Wahl eines Abgeordneten für Frankfurt wurde gewählt: zum Abgeordneten Rechtsrath Mertel, zum Ersatzmann Forstmeister Heldrich. Noch vor der Wahl wurde einstimmig eine Adresse an Hrn. v. Lerchenfeld beschlossen, daß man ihn nach Frankfurt gewählt haben würde, hätte man nicht befürchten müssen, sich dadurch sein „kräftigeres und segensreicheres Wirken für das engere Vaterland zu entziehen." (Nürnb. Corresp.)

⊙ **Leipzig**, 31. Dez. Heute, am letzten Tage des Jahres, verloren wir unsern Gottfried Hermann. Er war bald nachdem er am 28. Nov. sein 77stes Lebensjahr angetreten hatte, von heftigeren Brustleiden befallen worden, die, schnell sich steigernd, ihn endlich nöthigten, seiner rastlosen, sonst selbst durch Unwohlsein nur selten unterbrochenen Thätigkeit ein Ziel zu setzen. Die Hoffnung, die wir hegten, daß es der kernigen Lebenskraft des herrlichen Mannes dennoch gelingen werde, die Gewalt der Krankheit zu überwinden, ist zu nichte geworden. Wie unvergleichlich er als Lehrer an unserer Universität, an welcher er seit 1794 wirkte, sich erwiesen, wie bedeutend und folgenreich seine schriftstellerische Thätigkeit gewesen, ist hier nicht des Ortes, auseinanderzusetzen. Wir haben in ihm nicht bloß den ausgezeichneten Lehrer und Gelehrten, wir haben in ihm einen Mann verloren, in welchem, wie in nicht eben allzu vielen seit Lessing, der große Gelehrte und der große Mensch zu schöner Einheit verbunden waren. Und eben deshalb, weil er im Leben wie in seinen Schriften ein Mann war im vollsten Sinne des Wortes, edel, kräftig, Wahrheit und Recht über Alles liebend, freimüthig und tapfer, dabei voll Liebe und Freundlichkeit, wird die Liebe und Ehrerbietung, zu der er, ohne es zu ahnen, Jeden nöthigte, der einen gesunden Blick hatte für Männlichkeit, ihm auch über das Grab hinaus zu Theil werden.

Karlsruhe, 27. Dez. Der hiesige vaterländische Verein hat sich, auf die Anregung des Vororts der nationalen Vereine, über die Adresse des Bürgervereins in Mainz sich zu erklären, für die erbliche Uebertragung der Reichsgewalt an Preußen entschieden. (Das Gleiche wird von dem vaterländischen Verein in Stuttgart berichtet.)

Karlsruhe, 30. Dez. Wie man aus zuverlässiger Quelle vernimmt, sind die Ministerresidenten in München und Stuttgart (Geh. Legationsrath Frhr. v. Rüdt und Legationsrath v. Porbeck) und der Gesandte in Wien (Geh. Legationsrath Frhr. v. Andlaw) unter Vorbehalt anderweitiger Verwendung einstweilen in Ruhestand versetzt worden. (Karlsr. Z.)

Freiburg, 31. Dez. Eine Deputation des hiesigen Gemeinderaths hat heute dem Minister v. Wessenberg ihre Aufwartung gemacht, um ihn aus Anlaß seiner Rückkehr in unsere Mitte zu begrüßen und ihn wegen der Rettung aus den mannichfachen persönlichen Gefahren, die den hochachtbaren Greis während des Aufstandes zu Wien umgaben, zu beglückwünschen. Er nahm die Deputation aufs Zuvorkommendste auf. Heute morgen ist ein Bataillon des hier garnisonirenden Regimentes nach Achern, Renchen und Umgegend von hier abgegangen. Man hat damit die fabelhaftesten Gerüchte z. B. von Aufstand und Ermordung eines Beamten in Zusammenhang gebracht. Daran ist nicht nur nichts Wahres, sondern die Besetzung jener Gegend hat dem Vernehmen nach keinen andern Zweck, als den der Vorkehr, um etwaigen Versuchen der Ordnungsstörung mit der nöthigen Kraft entgegenzutreten. Solche Versuche soll man einerseits wegen gewissen Aeußerungen von Flüchtlingen im Elsaß, andererseits wegen der durch allerlei Mittel neuerdings künstlich genährten Gereiztheit der Gemüther, die auch der gewöhnlichste und unbedeutendste Anlaß bisweilen zu Thätlichkeiten fortreißt, nicht für ganz unmöglich halten. (N. Fr. Z.)

Schleswig, 25. Dez. Heute Mittag ward die schleswigsche Landesversammlung wieder eröffnet. Der Präsident Bargum sagte unter anderm: „Wird die Landesversammlung mitwirken können zur Aufrechthaltung des Waffenstillstandes, der zum Theil nur auf dem Papier besteht, so wird sie dies thun; kann sie zur Herstellung des Friedens thätig sein, so wird sie dies nicht unterlassen." Nach Erledigung einiger Geschäfte ward ein wichtiges Schreiben des Reichskommissärs Stedmann an die gemeinsame Regierung in Betreff der von dem König von Dänemark auf Friedrichsburg unter dem 15. November erlassenen, von A. W. v. Moltke gegengezeichneten Proklamation verlesen. Der Reichskommissär erklärt, daß seine Regierung in keiner Weise der dänischen Regierung das Recht einräumen könne, die gemeinschaftlich eingesetzte Regierung zu desavouiren; daß die gemeinsame Regierung als die allein rechtmäßige und oberste Regierung in den Herzogthümern Schleswig-Holstein zu betrachten sei und daß sie Namens des Herzogs die Verwaltung fortzuführen habe, indem alle Bedenken durch die Verwahrung vom 28. Okt. erledigt wären. Die Landesversammlung wird ersucht werden, von jener Proklamation noch vor der Okkupation Alsens Notiz zu nehmen und keinen Akt gesetzgeberischer Thätigkeit zu unternehmen. Die beste Anerkennung der gemeinsamen Regierung von Seiten der Landesversammlung würde die Bewilligung der Steuern sein. Nur dadurch und daß sie sich innerhalb des Vertrags von Malmö bewegen werde, würde sie am heilsamsten für die Interessen des Landes sorgen. Der Reichskommissär sei einverstanden mit der Proklamation der gemeinsamen Regierung vom 23. d. Dann machte der Departementschef der Finanzen eine Mittheilung über die schleswig-holsteinischen Finanzen. Die Nothwendigkeit der fortgehenden Steuern liege vor. Eine Verweigerung von Seite der Landesversammlung besage, daß die bisherige Regierung nicht fortgesetzt werden solle. Eine kurze Uebersicht sei in die Hände der Regierung gekommen. Das Deficit von etwa 5 Mill. Rthlr. sei gedeckt. Der Antrag auf Bewilligung der Steuern sei dringlicher Art. Nach einer Mittheilung des Präsidenten wurde auf morgen früh 10 Uhr eine geheime Sitzung angesetzt.

Schleswig, 28. Dez. Unter den Deputirten der Landesversammlung wird vielfach über ein von der Centralgewalt hinsichtlich Alsens und Arroes an Dänemark gestelltes Ultimatum gesprochen, in welchem der Termin der Herausgabe auf einen der letzten Tage dieses Monats gestellt sei. Zu ganz eigenthümlichen Gedanken mußte der in der öffentlichen Sitzung von Hancke, scheinbar ohne allen Grund, gestellte Antrag veranlassen, zur Forterhebung der Steuer nur die jetzige gemeinsame Regierung zu ermächtigen. Erwägt man, daß dieser Antrag, mit dem sich auch der Finanzminister einverstanden erklärte, einstimmig angenommen ward, beachtet man ferner die Aeußerung des Grafen Reventlow, es komme jetzt vor Allem darauf an, die gemeinsame Regierung durch das Vertrauen, welches von der Landesversammlung bewiesen werde, zu stärken, — so kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß wiederum ein diplomatisches Ungewitter im Anzuge ist, von dem man fürchtet, daß es sich in Form eines abermaligen Regierungswechsels entladen werde. (S.-H. Z.)

* In der Sitzung vom 29. ist nichts vorgefallen, welches von allgemeinem Interesse wäre.

** Aus Schleswig-Holstein, 30. Dez. Die freie Weihnachtszeit führt mich ins Sundewit'sche, Alsen und Arroe gegenüber, um zu sehen, in wie weit Dänemark seine Pläne auf Schleswig auszuführen Anstalten mache. Berichte von Augenzeugen und der Augenschein belehrten mich bald, daß die ausgestreuten Gerüchte nicht grundlos seien. So viel ist gewiß, Dänemark hat eine Militärmacht auf Alsen zusammengezogen, die weit die Bedingungen des Waffenstillstandes überschreitet. Nach dem Malmöer Vertrage sollen 2000 Mann zum Schutz der Lazarethe auf Alsen zurückbleiben, statt dessen liegen auf Alsen 8000 Mann und ist Sonderburg mit dreifachen Wällen umgeben worden, welche die Stadt terassenförmig umlaufen. Zugleich hat man ungewöhnlich viel Geschütz dort zusammengebracht, doch glauben wir jetzt nicht an die Ausführung, da ein Projekt, welches so allgemein bekannt ist, wie dieser Ueberfall, schwerlich zur Ausführung kommen kann. Indessen haben sich die Verhältnisse durch den eingetretenen Frost bedeutend geändert, ein Herüberkommen von Alsen ist zu Wasser unmöglich geworden und zu Lande wagen es die Dänen schwerlich, da sie verfolgt werden können. Bis zum Frühjahr werden wir daher wohl das Interregnum fortbestehen sehen, und dann wird die alte Neckerei wiederum beginnen, wenn nicht der Frieden der dänischen Partei aufgedrungen wird.

⊙ **Lübeck**, 30. Dez. Die allgemeine Wechselordnung ist hieselbst, unter Vorbehalt der zur Ausführung derselben zu erlassenden besondern Bestimmungen, vom Senate publizirt worden. Hoffentlich werden dieselben nicht bis zum äußersten Termine hinausgeschoben, sondern bald möglichst erlassen. Unsre veralteten Wechselordnungen aus dem siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert fordern dringend eine zeitgemäße Verbesserung, wie sie in jenem, seiner Zeit auch von einem hiesigen Abgeordneten mitberathenen Gesetze geboten ist. — Die Wahltage für die neue Bürgerschaft sind jetzt festgestellt. Sieben ländliche Wahlbezirke wählen vom 29. Januar bis zum 12. Februar, vier städtische vom 15. bis 26. Februar, so daß die neue Bürgerschaft im März wird zusammen treten können.

Großbritannien.

London, 30. Dez. Die Lage Englands ist auch gegen den Schluß des Jahres dieselbe geblieben, die sie seit langem war. Wir haben von keinen innern Stürmen, von keinen gewaltigen Ausbrüchen der Parteien, von keinen erhitzten Intriguen, welche das Wohl des Vaterlandes auf Eine und zwar verdeckte Karte setzen, von keinen Straßenkämpfen, Meuchelmorden und Füsilladen zu berichten; höchstens werfen die Trauerberichte aus dem Süden Irlands einige tragische Schlagschatten über dies ruhige Tableau. Dagegen wird der prüfende Geschichtsfreund, der besonnene Beobachter, der sich speciell mit den englischen Angelegenheiten beschäftigt und englisches Leben lieb gewonnen hat, den Gang der legislativen und politischen Entwickelungen Großbritanniens mit größtem Interesse verfolgen und manches kleinere Ereigniß bedeutend und charakteristisch finden, welches dem Liebhaber pomphafterer und drastischerer Scenen ziemlich unschmackhaft erscheinen mag. Man darf behaupten, daß Großbritannien im Ganzen und im Wesentlichen in seiner ruhigen aber stets charakteristischen Fortentwickelung mehr zugleich Anregendes und Beruhigendes, mehr wesentlich Unterrichtendes gewährt, als das in Augenblicken der Aufwallung hochpathetische und fieberhaft angespannte, dann aber leicht in Gleichgültigkeit und frivole Genußsucht zurücksinkende und den Intriguen und ehrgeizigen Plänen Einzelner zur Beute fallende Frankreich, das zuletzt immer auf der Spitze des Degens in gefährlicher Schwebe balancirt wird. Es gereicht uns wohl kaum zu besonderm Nutzen, daß man sich im Süden und namentlich im Westen Deutschlands im Allgemeinen mehr den rothen Hosen der Gallier, als den rothen Röcken der Briten zuneigt. Wenigstens können wir in allen konstitutionellen Angelegenheiten unzweifelhaft mehr vom englischen Parlamente lernen, als von der französischen Nationalassemblée, diesem jüngsten Kinde französischer Laune und französischen Uebermuths. Für England ist das abmahnende Beispiel Frankreichs von unberechenbarem

Nutzen; je mehr sich dieses wie ein etwas am Koller leidendes Pferd überstürzt und überschlägt, einen um so ruhigeren aber auch sicherer zum Ziele führenden Trab und Trott hält England ein, dem es unter andern sehr lächerlich erscheint, wenn jetzt derselbe Mann, der die durch die Majorität der Franzosen ehemals anerkannte Ordnung der Dinge in Frankreich mit den Waffen in der Hand zu stürzen zweimal den Versuch machte, jetzt, an die Spitze der Nation gestellt, versichert und wohl auch versichern muß: daß er in allen Denen, welche die jetzt eingesetzte Ordnung der Dinge gewaltsam zu ändern versuchen sollten, Feinde seines Vaterlandes erblicken werde. Der Brite fühlt, daß ein Volk, wie dieses, für die nächste Zukunft keine Gewähr leistet, und mit um so größerem Eifer macht er mit den im Lande so zahlreichen konservativen Elementen gemeinsame Sache gegen die etwa auch in England vorhandene Partei des gewaltsamen Umsturzes, die schon deshalb ungefährlich ist, weil sich kein Engländer von einiger geistiger und sittlicher Bedeutung dazu hergeben würde, sich an ihre Spitze zu stellen. O'Connor, wenn schon ein Mann von einigem Talent, hat sich zu sehr als lächerlicher Poltron erwiesen, um dieser Partei, der er auch wohl nur mit halbem Herzen angehörte, ein moralisches Gewicht verleihen zu können. Gegenwärtig, wo zufällig fünf oder sechs erledigte Parlamentssitze zu besetzen waren oder noch sind, zeigt es sich, wie bei weitem konservativer England in der jüngsten Zeit geworden ist, als es noch bei den letzten allgemeinen Parlamentswahlen war. Ein radikaler Parlamentskandidat, wie Phillimore muß sich überall zurückziehen, selbst der gemäßigt liberale Sir C. E. Eardley unterliegt in Yorkshire dem konservativen Gegner, E. L. Bulwer hat neben Peel's Sohn, wie es scheint, nur geringe Aussicht, und an anderen Orten wagen liberale oder radikale Kandidaten gar nicht einmal neben den konservativen in's Feld zu rücken. Dabei steht aber die Reform in England keineswegs still, nur veranstaltet die Reformpartei, wohin man selbst die Liberaleren unter den Whigs, entschieden aber die Anhänger Cobden's und Hume's rechnen kann, mit gewissen Völkern des Festlandes kein wildes Kirchthurmrennen über Gräben und Hecken, mit Gefahr dabei gelegentlich den Hals zu brechen. Wem übrigens das innere politische Leben Englands — das freilich nichts von der zuletzt fast peinlich wirkenden fieberhaften Unruhe und Unstätigkeit Frankreichs hat — zu wenig pikant erscheint, dem sollte mindestens von Interesse das Schauspiel eines Reiches sein, welches gegenwärtig, seitdem Frankreich mit seinen eigenen Unterleibsleiden hinlänglich beschäftigt ist, im Geheimenrath der Fürsten wie im offenen Rath der Völker die unbestritten erste Rolle spielt, welches bald der Revolution, bald der Reaktion im geeigneten Augenblick das „bis hierher und nicht weiter" zuruft, welches durch seine Agenten an allen Enden der Welt heimlich mitregiert, dabei aber die entgegengesetztesten Konflikte, den Groll der Könige gegen die Völker, wie den Groll der Völker gegen die Könige, geschickt zu seinen Gunsten auszubeuten weiß.

Der „Sun" vom 29. Dez. erzählt Folgendes aus Hull: „Letzten Sonntag (Christfest) fand eine Rauferei von beunruhigendem Charakter am Bord des Schoners Okkilina von Emden statt, wozu das Aufhissen der deutschen republikanischen Flagge" (im Ausland scheint man hiernach die deutsche schwarzrothgoldene Reichsflagge als Emblem der ungebornen deutschen Republik anzusehen) „durch die Matrosen am Bord des besagten Schoners Anlaß gab. Gegen 40 dänische Matrosen begaben sich an Bord des Schiffes, rissen die Flagge nieder, und es entstand nun mit Hülfe von Hebestangen und sonst jeglichem anderen Gegenstande, der gerade zur Hand war, eine Rauferei, die nur durch Einschreiten der Polizei beigelegt werden konnte. Am ersten Feiertage wurde dem Schiffe eine besondere Polizeiwacht beigegeben, um jeder Wiederholung des Tumults vorzubeugen."

London, 31. Dez. Vor einigen Tagen standen wieder mehrere Chartisten, zehn an der Zahl, angeklagt an aufwieglerischen Volksversammlungen in Bradford Theil genommen zu haben, vor den Assisen von York. Die Jury sprach über zwei, Smyth und Power, das Schuldig aus, verschob aber die Bestimmung des Strafmaßes. Nicht ganz uninteressant sind die Aussagen eines Zeugen, des Chartisten J. Sheppard. Am 26. Juni wurde unter andern Smyth von einer Volksversammlung aufgefordert, Rechenschaft über die Verwendung einer im April gesammelten Kollekte zu geben. Smyth antwortete: er habe unter mehrere Soldaten des 39. Regiments 5 Pf. 19 Sh. 6 P. vertheilt, um sie dadurch zu bewegen, der Fahne zu entlaufen oder wenigstens nicht gegen die Chartisten zu kämpfen. (Also dieselben Korruptionsmittel wie auf dem Festlande! Die Soldaten machen sich in der Regel mit dem so empfangenen Gelde einen guten Tag und schießen aus Dankbarkeit nach der Versicherung jenes in Mainz von Demokraten bewirtheten Oesterreichers, auf die Bürger nur dann, „wenn sie dazu kommandirt werden"). Nach der Aussage desselben Zeugen bestanden in Bradford 40 bis 50 Sektionen, jede mit 100 bis 200 Mitgliedern. Am 16. August wurden Pläne besprochen, wie der Kampf in den Straßen zu führen sei. Man beschloß, die Polizeiwache und den Eisenbahnhof zu erstürmen, den Telegraphen zu zerstören und die Eisenbahnschienen auszureißen, um zu verhindern, daß von Leeds her militärische Hilfe herbeigeschafft würde; auch wollte man sämmtliche Gaslaternen zertrümmern, und nach Ausführung dieser Maßregeln eine Republik (eine Republik Bradford!) proklamiren. Ein anderer Zeuge sagte über eine Versammlung aus, welche am 14. März stattfand. Es waren dabei an 5000 Männer zugegen, sie zogen mit Musikbanden auf, trugen zum Theil Piken und Fahnen, letztere mit den Inschriften versehen: „England frei oder eine Wüste!" „Besser zu sterben durch das Schwert, als umzukommen durch Hunger!" „Wehe den Tyrannen, welche dem Gange der Freiheit Einhalt thun!" u. s. w. Die erwartete Bewegung in Manchester unterblieb, und so verhielten sich auch die Chartisten in Bradford ruhig. Man kann versichern, daß der so pomphaft angekündigte und so sorgsam vorbereitete Aufstand des Smith O'Brien in Irland, und die Kravalle der Chartisten in England (zu Ashton) und in Schottland (zu Edinburgh), also alle Revolutionen des Jahres 1848 in den drei Haupttheilen des Vereinigten Königreichs Großbritanien zusammen nicht mehr als höchstens fünf oder sechs Personen das Leben gekostet haben.

Viel besprochen aber auch widersprochen wird der neue Cobden'sche Finanzreformplan, wonach dem Lande nicht weniger als 10½ Millionen erspart werden sollen, um welche die Ausgaben, namentlich in Folge der Vermehrung von Flotte und Landmacht, seit 1835 gestiegen sind. Besonders dringt Cobden auf Vermeidung aller so kostspieligen Interventionen, wie die im Tajo oder La Plata, und gibt den Rath, daß man die auswärtigen Kolonien ihr eigenes Militär unterhalten lasse. Mit Recht schlägt er vor, daß die Fenstersteuer abgeschafft und eine Vererbungssteuer für herzogliche, gräfliche und andere Legate eingeführt werde, auch will er den Theezoll auf 1 Sh. für das Pfd. ermäßigt, den Zoll auf Bauholz, Brennholz, Butter und Käse u. s. w. aufgehoben und die Accise auf Malz, Hopfen, Seife und Papier abgeschafft wissen. Herr Cobden hat Glück mit der Anti-Corn-Law-League gehabt, er hat den dabei errungenen persönlichen Erfolg, der vielleicht eben so sehr dem hartnäckigen Bekämpfer der Korngesetze, Charles Villiers gebührt, zur Stütze späterer Bestrebungen gegen die jetzige Verwaltung gemacht, er ist rührig, thätig und ehrgeizig, und hätte, wie man aus seiner ganzen Art zu operiren fast schließen möchte, wohl nicht übel Lust, selbst an die Spitze der Verwaltung zu treten. Da er sich namentlich auf beliebte und sich beim Volk einschmeichelnde Finanz- und Parlamentsreformen, auf die Bedürfnisse des gemeinen Mannes und auf die Interessen der so mächtig gewordenen Manufakturdistrikte stützt, so ist er kein verächtlicher Gegner des jetzigen aristokratisch liberalen Regiments, obschon menschlicher Berechnung nach noch manche Jahre ins Land gehen möchten, ehe es Hrn. Cobden gelingen dürfte, sich „möglich" zu machen, da seine Verwaltung nicht bloß auf den Widerstand der Tories und der Peeliten, sondern auch auf den der Whigs stoßen würde. Ohne einen kaum zu erwartenden, wenn auch nicht geradehin unmöglichen Umschwung in der innern Lage oder der äußeren Stellung Englands werden die nächsten allgemeinen Wahlen die für sich allein ziemlich schwache, wenn auch keineswegs einflußlose Partei Hume-Cobden's im Parlamente nicht in der Art verstärken, daß sie dem Lande ein Ministerium liefern könnte. Auch sind umfassende Reformen, wie die oben genannten der Opposition, gemeinhin leichter vorzuschlagen, als es derselben Opposition, wenn sie in die Position eines Kabinets vorrückt, gelingt sie durchzuführen, namentlich angesichts einer weltherrschenden Stellung wie derjenigen Englands, welche Hr. Cobden seinem Ersparungsplan im Kriegs- und Seewesen zu Lieb doch schwerlich wird opfern wollen. Inzwischen sind einige nicht unerhebliche Ersparungen durch die Verschmelzung der Accise-, Stempel- und Steuerverwaltungen und durch die dadurch ermög-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 3. Januar. Amtliches. Ankunft Schmerling's Note des österreichischen Ministeriums an die Reichsgewalt. Herr von Schmerling und die österreichische Politik.) Wien (Doblhof Gesandter im Haag. Die österreichischen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung. Serbisches Hülfscorps. Armeebülletin. Tagesnachrichten.) Triest (Seestürme. Die Sardinische Flotte). Berlin (Die Wahlen. Hr. v. Unruh. Schreiben der Prinzessin von Preußen.) München (Beendigung der Ministerkrisis). Kassel (Die Reform der Landesverwaltung.) Maestricht (Verminderung der Truppen.) Schleswig (Dänische Erklärung. Reichsnote an Dänemark. Die Friedensunterhandlungen in London. Finanzen. Dänische Gelderpressung.) Hamburg (Erste Schlappe der deutschen Marine. Verfassunggebende Versammlung.)

Frankreich. Paris (Louis Bonaparte und sein Ministerium. Die Präsentation am Neujahrstag. Die Debatte über die Amnestie. Bernard vor den Assisen.)

Oesterreichische Monarchie. Krakau (Ein jüdischer Deputirter nach Kremsier). Von der russischen Gränze (Erleichterung der Grenzsperre.)

Italien. Rom (Das römische Ministerium. Die Constituante. Das Bataillon Zambeccari.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 3. Januar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 3. Januar.

Tagesordnung der 145. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten.
2) Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den Ausschuß für Begutachtung der Wahlen in den badischen Bezirken Thiengen und Constanz.
3) Berathung des von dem Abgeordneten Friedrich, Namens des Finanzausschusses erstatteten Berichts, über das Verzeichniß der Kosten der aus der Reichsversammlung entsendeten Deputation an den Reichsverweser, auf der Reise nach Wien.
4) Berathung über die Berichte des Abgeordneten Compes:
   a) Die Ausweisung des Literaten Diezel betreffend;
   b) über die Eingabe des Mechanikus J. J. Greß zu Düsseldorf, die Gefangenen zu Bruchsal betreffend;
   c) über die Eingabe des Obergerichtsanwalts Sternberg in Marburg, die Wahlen zur Reichsversammlung betreffend.
5) Berathung des vom Abgeordneten Boeler, Namens des Ausschusses für Gesetzgebung, erstatteten Berichts, über den Antrag der Abgeordneten Wiesner, Brentano und Genossen, sofortige Aufhebung der Strafe der körperlichen Züchtigung bei den Reichstruppen betr.
6) Berathung der vom Abgeordneten Pagenstecher, Namens der siebenten Unterabtheilung des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichte:
   a) Ueber eine an die Reichsversammlung sub. Nr. 897 gelangte Petition der Versammlung der 106 homöopathischen Aerzte aus Rheinland und Westphalen;
   b) über die von dem Vereine praktischer Aerzte und Wundärzte zur Förderung der Gesammtinteressen des Heilpersonals 2c., eingereichte Petition.
7) Berathung des vom Abgeordneten Langerfeldt, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung, erstatteten Berichts, über einen vom Abgeordneten Wesendonck gestellten Antrag: den Schluß der Debatten betreffend.
8) Berathung des vom Abgeordneten Schultze aus Potsdam, Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten, erstatteten Berichts über verschiedene Anträge und Petitionen.

Vorsitzender Eduard Simson zeigt an, daß der Vorstand des Hauses den Erzherzog Reichsverweser beim Jahreswechsel beglückwünscht habe. Die Antwort Sr. kais. Hoh. werde gedruckt vorgelegt werden.

Aus der National-Versammlung sind getreten: v. Mylius aus Jülich, Werner aus Koblenz, Schneider von Lichtenfels, Willmar aus Luxemburg, Ernst Schilling aus Wien.

Dagegen werden als neue Mitglieder der National-Versammlung den verschiedenen Abtheilungen zugewiesen: Welter aus Tunsdorf, Starck aus Krumau, Locemann aus Lüneburg, Godeffroy aus Hamburg, Mann aus Rostock und Bech-Buschmann aus Siebenbrunnen in Luxemburg (für Willmar).

Die Liste der Flottenbeiträge enthält wieder mehrere sehr beträchtliche Beisteuern von im Auslande lebenden Deutschen. Auch haben abermals zwei Buchhandlungen, worunter die von J. J. Weber in Leipzig, ihre Verlagswerke für die Reichsbibliothek zur unentgeldlichen Auswahl gestellt.

Der Präsident des Reichsministeriums, Heinrich v. Gagern, besteigt sodann die Tribüne zu folgender Beantwortung mehrer Anfragen.

1) Auf Zimmermann's von Spandow Interpellation: „Das Reichsministerium wird künftig Ernennungen zu höheren Funktionen, insofern es sich dabei nicht von vorübergehenden Aufträgen handelt, zur öffentlichen Kenntniß bringen."

2) Auf die Anfrage Würth's von Sigmaringen: „Das Reichsministerium hat von einer Absicht der Uebertragung der Regierung des Fürstenthums Hohenzollern-Sigmaringen von Seiten des Herrn Fürsten an die Krone Preußen keine Anzeige erhalten, und findet daher keinen Anlaß, auf die Erwägungen der Interpellation näher einzugehen."

3) In Bezug auf Roßmäßler's aus Tharand Beschwerde darüber, daß das Briefgeheimniß verletzt werde: „Die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses wird schon längst in Deutschland von allen Regierungen als Pflicht erachtet. Die Thatsache, daß ein Briefcouvert sich eröffnet findet, kann den Verdacht der Verletzung des Briefgeheimnisses, am wenigsten den einer von einer deutschen Regierung oder ihren Organen angeordneten, nicht begründen. Es liegt daher für das Reichsministerium keine Veranlassung zum Einschreiten vor, und es bleibt dem Herrn Abgeordneten Roßmäßler, wenn derselbe seinem Verdacht weitere Folge geben will, überlassen, vorerst an diejenige Behörde beschwerend sich zu wenden, die in dem speziellen Fall zunächst berufen ist, die Regelmäßigkeit und Pflichttreue der Briefverwaltung zu überwachen."

Mehrere Interpellationen werden zurückgelegt bis zur definitiven Entscheidung über die österreichischen Angelegenheiten. Es versteht sich von selbst, daß sich Hr. Roßmäßler aus Tharand mit der ihm ertheilten Antwort nicht zufrieden gestellt erklären kann, sondern sich seinen Antrag vorbehält.

Die Anzahl der für die erste Präsidentenwahl abgegebenen Stimmzettel ist 369. Davon fallen 214 auf Eduard Simson aus Königsberg, auf Heinrich Simon 79, auf Kirchgeßner 27, auf Karl Welcker 10, während sich die übrigen Stimmen zerstreuen. Nachdem Wilhelm Beseler darnach Herrn Eduard Simson als erwählten Präsidenten für die nächsten vier Wochen verkündet hat (Beifall), übernimmt dieser mit Worten des Dankes, des Vertrauens und mit der Bitte um allseitige Unterstützung das ihm übertragene Amt.

Aus der zweiten Umstürzung der Wahlurnen geht unter andern ein Zettel hervor, der auf „Friedrich Hecker, Abgeordneten aus Thiengen" lautet. Von 372 im Ganzen abgegebenen Stimmen erhält Wilhelm Beseler 172, Heinrich Simon 80, Kirchgeßner 66, Welcker 44, u. s. w. Da mithin eine unbedingte Mehrheit nicht erreicht ist, so muß die Wahl für den Platz des ersten Vicepräsidenten wiederholt werden. Sie entscheidet sich hierauf mit 190 Stimmen unter 343 für Hartwig Wilhelm Beseler aus Schleswig. Auch Beseler äußert sich bei der Uebernahme seines Amtes in einer kurzen Rede, indem er auf die Nothwendigkeit hinweist, daß Deutschland schleunig aus dem vorläufigen Zustande zu einer endgültigen Entscheidung geführt werde. „Denn was wir zum Schutze unserer Freiheit brauchen, ist vor Allem Macht, und abermals Macht und zum drittenmal: Macht!"

Von nur 307 Abstimmenden erhält Kirchgeßner für die zweite Vicepräsidentenstelle 161 Stimmen, mithin die absolute Majorität. 56 erklären sich wiederum für Heinrich Simon, 43 für Welcker, 24 für den Grafen Schwerin u. s. w. Nachdem sonach die drei Präsidialstellen besetzt sind, wird Nr. 2 der Tagesordnung durch die Einsammlung der Wahlzettel zur Ergänzung des dort genannten Ausschusses erledigt.

Die Kosten der Einholung des Erzherzogs Reichsverwesers betragen 2339 Gulden. Diese Summe wird dem Antrage des Finanzausschusses gemäß, ohne Weiteres bewilligt.

Auch Nummer 4 der Tagesordnung gibt zu keiner Debatte Veranlassung, indem über die drei aufgeführten Gegenstände einfach zur Tagesordnung verschritten wird.

Bei Nummer 5 ergreift Wiesner aus Wien das Wort. Er habe, sagt er, Nachricht, daß selbst noch in unserer nächsten Nähe das Militär nach der alten Weise behandelt werde. Daher müsse er auf seinem Antrage bestehen, daß die Strafe der körperlichen Züchtigung sofort bei den Reichstruppen abgeschafft werde. Berichterstatter Böcler: Die Grundrechte sprechen sich so unbedingt und deutlich über den von Wiesner angeregten Gegenstand aus, daß, was wir hier verfügen könnten, nur die Ausführung der Grundrechte betreffen würde. Die Versammlung entscheidet sich sodann auch hier nach dem Ausschußantrag: für Uebergang zur Tagesordnung.

Die unter Nr. 6 erwähnte Petition der homöopathischen Aerzte aus Rheinland und Westphalen wird durch Versammlungsbeschluß der Centralgewalt zur Erwägung und Berücksichtigung empfohlen; über die Petition der ärztlichen und wundärztlichen

Vereine dagegen zur Tagesordnung übergegangen. [Nr. 8 u. 9 geben ebenfalls zu keiner Debatte Gelegenheit.

Am Schlusse der Sitzung erfolgt noch eine Interpellation in Bezug auf die Marineangelegenheit und eine andere an den österreichischen Ausschuß. Im Namen des letzteren erklärt dessen Vorsitzender, Herr **Kirchgeßner**, daß der Ausschuß gestern nur deshalb noch nicht zu einem Entschluß gelangt sei, weil er erst die Mittheilung der neuesten von Oesterreich eingetroffenen Depesche durch das Reichsministerium erwarte. Herr **Beseler** verlangt, daß die österreichische Angelegenheit den Gegenstand der nächsten Tagesordnung bilde. **Wesendonck** wünscht dem Berichte des Biedermannischen Ausschusses über die preußischen Verhältnisse den Vorzug gegeben zu sehen. **Vischer** von Tübingen hält einen Beschluß über die Abschaffung von **Spielbanken** für dringend erforderlich, „damit der Stuhl der Schande im neuen Jahre umgestoßen werde." Die beiden zuletzt aufgeführten Gegenstände werden demnach auf die Tagesordnung der **morgenden Sitzung** gesetzt und die heutige bald nach 1 Uhr Nachmittags geschlossen.

Frankfurt, 2. Jan. Die O.P.Z. meldet im amtlichen Theile: Gestern Abend erschienen beim Reichsverweser die hier befindlichen Gesandten und Geschäftsträger fremder Staaten, um im Namen ihrer Regierungen bei Gelegenheit des Jahreswechsels Glückwünsche darzubringen, welche von Sr. kaiserl. Hoheit in verbindlichster Weise entgegengenommen und erwiedert wurden.

⁝ **Frankfurt**, 3. Jan. So eben, 8 Uhr Morgens, ist der österreichische Bevollmächtigte bei der Reichsgewalt, Herr von Schmerling, hier eingetroffen.

⁝ **Frankfurt**, 3. Jan. Die erste Frucht von Herrn von Schmerlings Reise nach Ollmütz ist gezeitigt. Das österreichische Ministerium hat eine Note an die Reichsgewalt gerichtet, in welcher es erklärt, sein Programm sei durchaus mißverstanden. Oesterreich gäbe seinen Antheil an dem deutschen Verfassungswerke keineswegs auf. Die österreichischen Abgeordneten hätten in Frankfurt zu bleiben und die Verfassung gemeinschaftlich mit den Vertretern der übrigen deutschen Staaten zu Ende zu bringen. Oesterreich behalte sich dann wie alle Regierungen das Recht der Vereinbarung vor! Es ist also eingetroffen, was wir bei der Abreise des Herrn v. Schmerling vorausgesagt. Die österreichische Regierung hat ihr Programm, das wasserklare Programm, die deutlichste aller Erklärungen, mit einer Erklärung versehen, wornach sie das gerade Gegentheil von dem besagt, was sie besagt. Den kostbaren Augenblick, zu dessen Benutzung Ihre Zeitung so oft und so dringend aufforderte, hat man unbenützt vorübergehen lassen. Mit Deutschlands Selbstständigkeit, die einen Augenblick zu hoffen stand, soll es wieder vorbei sein. Oesterreich, jetzt auf's innigste mit Rußland verbündet, so innig, daß, als der französische und englische Geschäftsträger gegen die schmählichen Uebergriffe der Russen in den Donaufürstenthümern doch wenigstens eine ohnmächtige Verwahrung einlegten, der Geschäftsträger Oesterreichs, dieser Schutzmacht des Ostens, alles so ruhig, als wäre er ein russischer Consul, geschehen ließ — Oesterreich hat wieder seine Hand im Spiele. Wie wird Fürst Metternich sich die Hände reiben! Die deutsche Einheit, die Reichsverfassung und andere ideologische Träume wird er bereits für beseitigt ansehen. Die österreichische Regierung behält sich die Vereinbarung wie jede andere vor. Wie jede andere! Hat sie doch bis auf diese Stunde immer von ihrer ganz besonderen Stellung gesprochen; las man doch in wohlunterrichteten Organen, Sachsen und Baiern hätten zum deutschen Verfassungswerk eine ganz andere Stellung als Oesterreich. Man wird am Ende so großmüthig sein, diese ganz besondere Stellung der deutschen Einheit gegenüber auch jeder anderen deutschen Regierung einzuräumen. Es bleibt Alles bei Kaiser Franzens Testament! Indeß wollen wir so rasch den Muth nicht sinken lassen. Die Diplomaten, die feinen und listigen, haben diesmal nicht wie 1815 allein den deutschen Bund zu Stande zu bringen. Wir vertrauen auf die Nationalversammlung und das große deutsche Volk.

Wien, 27. Dez. Der Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Dobblhof ist definitiv zum Gesandten nach dem Haag ernannt. — Die hier anwesenden, auf Urlaub sich befindenden österreichischen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung, die HH. Mühlfeld, Egger, Kaiser, Dobblhof jun., Kudlich sen., Czörnig, Höchsman, Schrott etc. beabsichtigen morgen oder übermorgen zu einer gemeinsamen Berathung zusammen zu treten. Es liegt nämlich die Frage nahe, ob sie nicht unverweilt ihre Sitze in der Paulskirche einzunehmen verpflichtet sind, um die österreichische Sache daselbst zu vertreten. Die ausgesprengte Nachricht, daß die Regierung die österreichischen Abgeordneten abrufen wolle, ist unrichtig.

(O. D. P.)

Wien, 28. Dez. Eben eingehenden Berichten aus Belgrad vom 24. zufolge hatte der Fürst Cara Georgewitsch und der serbische Senat nach Eingang der Nachricht, daß der Kaiser von Oesterreich die serbische Woiwodschaft mit einem Patriarchat anerkannt habe, beschlossen, ein reguläres Hülfscorps von 10,000 Mann nebst einem Subsidienbeitrag von 20,000 Dukaten zur Verfügung dieser Woiwodschaft zu stellen. Außerdem wurde die Erlaubniß ertheilt, daß Freischaaren über die Donau setzen dürfen, um zu den serbischen Truppen in Ungarn zu stoßen. Jung und Alt greift jetzt in Serbien zu den Waffen. Der Pascha von Belgrad hat alle diese Verfügungen der serbischen Regierung anerkannt.

(Br. Z.)

Wien, 29. Dez. F.-M.-L. Welden veröffentlicht das folgende 8. **Armeebülletin**. Aus dem Hauptquartier Raab hat Se. Durchl. der Feldmarschall Fürst Windischgrätz mir vom gestrigen Tage Abends soeben die Nachricht zukommen lassen, daß nach dem in der gestrigen Relation angezeigten Rückzuge des Feindes der Feldmarschall dem Generalmajor Ottinger mit seiner Kavaleriebrigade zur Verfolgung der feindlichen Armee einen forcirten Marsch nach Babolna habe machen lassen. Der Generalmajor Ottinger traf am 28. Dez. um 5 Uhr Morgens daselbst ein, wo er die feindliche Avantgarde aufgestellt fand, die er ohne Verzug angriff. Ein Bataillon des ehemaligen Regiments Prinz von Preußen, ungefähr 600 M. stark, wurde von 2 Divisionen von Wallmoden Kürassiere größtentheils zusammengehauen und der Rest gefangen genommen. Unter den Todten befand sich der ehemalige Kapitänlieutenant Szel, der als Verräther zurückblieb und von der revolutionären Regierung zum Major ernannt worden war. Außerdem wurden noch mehrere Husaren und Infanteristen von Honvédbataillons, zusammen 7 Offiziere, 700 Mann, darunter 200 Verwundete, gefangen genommen, ein Munitionskarren und eine Fahne erobert. Die Rebellen haben aus dem Gestüte zu Babolna zwar einige Pferde fortgenommen, an den Gebäuden ist indeß kein Schaden angerichtet worden. Der Feldmarschall wird heute, 29. Dez., mit der Armee seine Operationen fortsetzen.

* **Wien**, 29. Dez. Ein Blatt bringt die Nachricht von der Demission des Unterstaatssekretärs der Finanzen, Baron Stifft, welche übrigens noch der Bestätigung bedarf. — Fortwährend finden Verhaftungen statt; unter den neuerdings Eingezogenen zählt man den Literaten Schumacher, frühern Redakteur der Zeitschrift: „Die Gegenwart." — Die Bestimmungen über die Abhaltung des Carnevals sind jetzt officiell bekannt gemacht. Maskenbälle werden völlig untersagt. — Nach officieller Anzeige hat die russisch-türkische Occupationsarmee in den Donaufürstenthümern ihre Winterquatiere bezogen.

Triest, 24. Dez. So eben landete hier der königlich englische Kriegsdampfer „Ardent" von Venedig kommend. Die seit einigen Tagen hier herrschende fürchterliche Bora wüthete auch dort, und die königl englische Kriegsbrigg „Muting" fand dadurch auf den Sandbänken jener Küste ihr Grab; drei Offiziere und zwei Soldaten büßten dabei das Leben ein, einigen andern erfroren die Füße. Die übrige Mannschaft hat sich auf dem „Ardent" gerettet. Die sardinische Flotte ward bei Otranto gesehen. (Lloyd.)

⁝ **Berlin**, 1. Jan. Die Minister bleiben im Amte. Sie beabsichtigen sogar, ihre Maßregeln vor den neuen Kammern zu vertheidigen. Wir besorgen, daß Kammern zu Stande kommen, vor denen sie mit ihrer Vertheidigung kein Glück machen, denn sie fahren fort auf dem Wege der Untersuchungen und Verhaftungen, und selbst das Ungethüm von Steuerverweigerungsprozeß soll das Licht der Welt erblicken. Gegen einzelne Abgeordnete, z. B. Hildenhagen, ist die gerichtliche Untersuchung bereits eingeleitet worden; andere, z. B. der bekannte Prediger Baltzer in Nordhausen, sind polizeilich vernommen. Nach einer gemeinsamen Verabredung werden die Abgeordneten über Alles, was sie in ihrer Eigenschaft als Volksvertreter gethan haben, jede Auskunft verweigern. Diese Verfolgungen, die Anstellung von Beamten, welche für Träger des alten gestürzten Beamtenthums gelten, der Uebermuth der siegreichen Partei — und als Sieger sehen sich beinahe weniger die wahrhaft freisinnigen, aber gesetzliebenden, als gerade die Männer der Preußenvereine, die alten Beamten, Edelleute, Soldaten und die Geistlichen der Eichhornschen Schule an —

dies Alles erzeugt eine Mißstimmung, welche die glücklich beruhigten Leidenschaften wieder aufregt, und es zweifelhaft erscheinen läßt, ob die allerdings eifrigen Bemühungen der Conservativen im Ganzen und Großen den Erfolg haben werden, den sie unmittelbar nach Verleihung der neuen Verfassung unzweifelhaft gehabt haben würden. Herr von Unruh hat „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte" geschrieben, welche manchen bemerkenswerthen Aufschluß geben.

Berlin, 1. Jan. Ihre königl. Hoh. die Frau Prinzessin von Preußen hat sich, in Folge einer Ihr gestern überreichten Adresse, bewogen gefunden, Folgendes zu öffentlicher Kenntniß zu bringen: „Ich habe am heutigen Tage — am Schlusse des Jahres 1848 — aus den Händen von vielen Frauen und Jungfrauen Berlins eine Adresse empfangen, deren überaus zahlreiche Unterschriften mich zu aufrichtigem Danke verpflichten, weil ihr Inhalt mein Herz auf das tiefste bewegt! Alle, die mir diese Freude bereiteten, können versichert sein, daß ich gern mit meinem Gemahl und meinen Kindern in die Hauptstadt zurückgekehrt bin, wo uns ihre treue Gesinnung bewillkommnet, und wo uns Alle der Wunsch vereint, daß Gott das theure Vaterland segnen möge, jetzt und immerdar! Berlin, 31. Dez. 1848. Prinzessin von Preußen." (Pr. St.-A.)

+ **München**, 1. Januar. Die Ministerkrisis ist beendet und von Beisler Minister des Innern. Welche Sympathieen dieser Mann für Deutschlands Einheit habe, ist Jedem bekannt, der die Parlamentsverhandlungen gelesen hat. Als früherer Kultus- und Unterrichtsminister hat er wenig zufriedengestellt und unser sehr im Argen liegendes Unterrichtswesen wo möglich noch mehr in Verwirrung gebracht. Den Ultramontanen ist v. Beisler ein Dorn im Auge, und deshalb trägt man sich jetzt schon mit dem Gerüchte, Professor Edel werde als Unterstaatssekretär in das Ministerium des Innern treten, um den frommen Herren, mit denen man es doch nicht ganz verderben darf, einigen Balsam auf die Wunde zu legen. Von welchem Halte eine solche Kombination sein würde, ist unschwer vorauszusehen, da Hr. v. Beisler in der kirchlichen Frage in diametralem Widerspruche mit Professor Edel steht. Die Stellung Beislers gegenüber dem Landtage, der auf den 15. d. M. einberufen sein soll, kann nur eine schwierige und unhaltbare sein, da er dem reaktionären und kirchlichen Anhange zu freisinnig und zu unkirchlich, den Liberalen zu reaktionär sein wird. Die nahe Zukunft wird zeigen, ob die vielfach ausgesprochenen Befürchtungen, daß ein Ministerium Abel im Hintergrunde stehe, eine Realität in sich tragen.

Kassel, 29. Dez. Die Gesetzsammlung enthält die Verordnung vom 22. Dez., die Umbildung der innern Landesverwaltung betreffend. Dieselbe tritt mit dem 1. Febr. l. J. in Kraft.

** **Maestricht**, 27. Dez. Die Truppen, welche im August nach Limburg gesandt wurden, vorgeblich um Unruhen vorzubeugen, in Wahrheit um die deutschen Kundgebungen der Bevölkerung niederzuhalten, werden langsamer Hand zurückgezogen. Von 1. Jan. an soll nur noch eine Kompagnie Fußvolk zu Heerlen und eine andere zu Sittard verbleiben. Zwei Kompagnien, welche während vier Monaten zu Heerlen kantonirten, verlassen morgen die Gemeinde, um nach Herzogenbusch zurückzukehren. (Wie uns aus dem Haag gemeldet wird, war am 28. Dez. alldort Graf Ladislaus Karolyi, Major im Dienste des Erzherzogs Reichsverwesers, von London angekommen. Er soll mit einer außerordentlichen Sendung des Reichsverwesers betraut sein.)

⊙ **Schleswig**, 30. Dez. Abends. Kopenhagener Blätter bringen einige wichtige Aufschlüsse über die dänische Truppenverstärkung auf den nordschleswig'schen Inseln Alsen und Arroe und die hiermit verbundenen Absichten. Die „Berling'sche Ztg." bringt in ihrer neuesten Nummer vom 27. d. M. eine Erklärung, daß es keineswegs in der Absicht des dänischen Gouvernements liege, durch irgend eine Handlung den Waffenstillstand brechen zu wollen, sondern die Truppenvermehrung auf Alsen und Arroe sei nur eine Vorsichtsmaßregel gegen die etwanigen Uebergriffe, welche sich die „Aufruhrsregierung" erlauben könnte gegen die getreuen Insularbewohner. Die Truppen seien nur (?) zum Schutze der Inseln, heißt es weiter in der Erklärung, und nur verläumderische Leute suchten auszusprengen, daß Dänemark einen Einfall in Schleswig beabsichtige; es seien solche Insinuationen um so beklagenswerther, weil das dänische Gouvernement bemerkt habe, daß sich zwischen den Schleswigern und Dänen bereits eine versöhnlichere (?) Stimmung Bahn zu brechen begönne. Es bestätigt sich, daß der Reichskommissär Stedmann wegen der vertragsmäßigen Rückgabe der Inseln Arroe und Alsen eine energische Note an die dänische Regierung gerichtet hat.

⊙ **Schleswig**, 30. Dez. Die Bevollmächtigten von Seiten Dänemarks, haben erst jüngst von Kopenhagen die bestimmte Weisung erhalten, bei den Friedensunterhandlungen den Grundsatz festzuhalten, daß Schleswig weder in Dänemark einverleibt, noch in Süd- und Nordschleswig getheilt, sondern als selbstständiges Herzogthum nur durch dänisches Protektorat regiert werden solle. Hinter den Koulissen sitzt in London der russische Gesandte Brunow, der bemüht ist, die dänischen Fürsprachen mit der Hoffnung zu ermuthigen, daß Rußland die Integrität der Gewährleistung in Bezug auf das Verhältniß Schleswigs zu den dänischen Erblanden vom Jahr 1773 nöthigenfalls mit Waffengewalt aufrecht erhalten werde. Das Jahr 1849 beginnt für Schleswig-Holstein in finanzieller Beziehung zwar mit einem Kassendefekt von einer Million Reichsbankthaler; es wird aber dies und was sonst noch fehlt, durch die noch nicht verausgabten Kassenscheine gedeckt werden. Wir bemerkten in der Landesversammlung auch die Agnaten des Augustenburgischen Hauses, den Prinzen Friedrich und den Herzog von Augustenburg, welche sich an der etwas spröden und kalten Debatte über den Staatshaushalt mit großem Eifer betheiligten. Ein nach Westindien bestimmtes Flensburger Kauffartheischiff, Kapitän Klyhe, ging, mit schleswig-holsteinischer Flagge und gleichen Schiffspapieren versehen, in See; doch kaum hatte es den Flensburger Meerbusen hinter sich, als es von den dänischen Piraten weggeschnappt und nach Sonderburg gebracht wurde. Dort hat man es mit einem dänischen Stempel und einer gleichen Flagge versehen und alsdann wieder freigelassen. Der Hauptzweck dieser Freibeuterei ist — Gelderpressung.

** **Hamburg**, 23. Dez. Ein Streit der Marinekommission mit den Marinesoldaten ist nun seinem Ende nahe, und die Commission zur Zahlung der geforderten Summen verurtheilt, wenn sie nicht durch Herbeibringung des Annahme-Dokuments ihre Sache beweist. Die Marinekommission hat nämlich 32 der angeworbenen Marinesoldaten ohne Weiteres entlassen, obgleich die Commission sie auf zwei Jahre angeworben hatte, und die Werbung Gültigkeit haben sollte, sobald die Marinekommission in Frankfurt a. M. die Schiffe übernommen haben würde. Die Uebernahme geschah am 15. Oktober, und nun auf einmal entließ man die Leute, da man befürchtete, daß sie demokratische Grundsätze unter der Mannschaft verbreiteten. Die Marinesoldaten sind nun gegen die Commission in's Feuer gegangen und werden siegen, so daß die junge Marine von ihrer eigenen Mannschaft die erste Schlappe erhalten wird. In der verfassunggebenden Versammlung beschäftigt man sich noch nicht mit der Verfassung, sondern mit — Zänkereien.

Frankreich.

* **Paris**, 31. Dez. Die plötzliche Modifikation des neuen Kabinets, ohne ein von Außen gekommenes Motiv, macht fortwährend das größte Aufsehen. Die neu in's Kabinet getretenen Mitglieder schwächen die Regierung eher, als daß sie sie stärken. Nach den Mittheilungen und Dokumenten, die gestern im Conferenzsaale der Nationalversammlung zirkulirten, scheint es sicher, daß außer gewissen Ernennungen, die Hr. Maleville zu unterzeichnen sich weigerte, es vorzüglich die Mittheilung der Aktenstücke von Straßburg und Boulogne war, die von dem Präsidenten gefordert, von dem Ministerium verweigert wurde und so einen Konflikt herbeiführte. Der Präsident hatte am 27. dem Minister Maleville geschrieben: er möchte ihm diese Aktenstücke sogleich schicken. Als sie am 28. noch nicht bei ihm waren, schrieb er einen zweiten Brief, worin die Stelle vorkam: „Ich will, daß diese Papiere morgen, den 29., um 10 Uhr Vormittags bei mir seien." Maleville theilte diesen Brief seinen Kollegen mit und nach einer kurzen Berathung ward mit 5 gegen 4 Stimmen beschlossen, daß das Kabinet in Masse seine Entlassung geben solle, was auch geschah. Der Präsident weigerte sich, diese anzunehmen und schrieb sogleich einen andern Brief, worin er jede Absicht, Hrn. v. Maleville zu verletzen, desavouirte und seine Raschheit mit seinem Temperament entschuldigte. Allein Maleville bestand auf seiner Entlassung, und Bixio, der wohl einsah, daß er in diesem Kabinete nicht an seinem Platze sei, benutzte diese Gelegenheit, um ebenfalls zurück zu treten. Bereits gestern sollten Inter-

Uebersicht.

Eine Replik.

Frankreich. Paris (Die Plata-Angelegenheit. Hr. v. Gerolt. Die Democratie pacifique. Die Ministerkrisis. Der Papst. Die Börse.) Straßburg (Frankreichs nächste Zukunft und seine Stellung zu Deutschland.)

Schweiz. Zürich (Der große Rath. Escher Bürgermeister. Werbungen für Neapel in Luzern.) Bern (Bern und Zürich. Judenverfolgung im Sundgau. Belohnung schweizerischer Tapferkeit. Die Amnestie in Luzern. Ausweisung. Hr. Furrer.)

Rußland. Von den Ostseeprovinzen (Lehranstalten. Russische Sprache.)

---

* **Vom Rhein**, 30. Dez. Ein paar Worte Ihrem ÷ Korrespondenten aus Frankfurt zur Erwiederung. Nicht aus Rechthaberei, sondern nur um den Verdacht nicht aufkommen zu lassen, als flößen meine „entschlossenen" Rathschläge und Ansichten aus einer Aufregung, die vor einer nüchternen Beleuchtung nicht bestünde. Wenn ich der Ansicht war, daß die Nationalversammlung die Hinrichtung Blum's hätte zum Anlaß nehmen sollen, die Abtrennung von Oesterreich auszusprechen, so wollte ich keineswegs, daß sie den Schein auf sich laden sollte, als ob sie die Thaten R. Blums unter ihren Schutz nehme. Ging ein Antrag in jenem Sinn von der Rechten aus (deren Schritte ich hier und da gerade nur darum so lebhaft tadle, weil ich ihr angehören würde, weil sie allein sich eines politischen Begriffs fähig gezeigt hat), so konnte der Antrag nur mit formellen Gründen motivirt werden; Oesterreich hatte nicht allein die Reichsgesetze nicht publizirt, sondern es hatte sie mit Füßen getreten. Es ist ein Unterschied, ob man ein Faktum bloß als einen Anlaß benutzt, oder man es in aller und jeder Beziehung zum Beweggrund nimmt. Die Linke hätte dies Faktum in ihrem Sinne materiell ausbeuten mögen; ihr muß man ihre besondern Motive bei jeder Abstimmung lassen. Ein damaliger Beschluß der formellen Abtrennung Oesterreichs, nachdem es sich selbst faktisch losgesagt hatte, hätte in der Nation Beifall gefunden, ganz abgesehen von den Motiven. Ihr Korrespondent hat ganz recht. „Der Instinkt der Nation, der um Rache für den Gemordeten schrie, hatte nicht die verletzte Form im Auge, sondern das vollzogene Strafurtheil selbst." Aber g e r a d e s o würde der Instinkt der Nation bei einem Beschluße, wie ich ihn gewünscht hätte, nicht nach den Motiven desselben gefragt haben, sondern ihn würde das vollzogene Strafurtheil an der österreichischen Renitenz befriedigt haben. — Wenn der verehrte Widersacher meiner Briefe mir vorwirft, daß ich von Seiten der Oesterreicher durchaus überall bösen Willen und jesuitische Politik im Spiele sehe, und er nimmt an, daß ich dabei immer die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt im Auge gehabt hätte, so ist das ein Irrthum. Daß dort einzelne Abgeordnete dieses Schlages sind, wird man wohl glauben dürfen; lese ich doch eben noch in der Allgem. Zeitung in einem Briefe aus Frankfurt, daß Einzelne derselben direkt ihre Parole aus Ollmütz empfangen. Dort in Ollmütz aber geht in diesen Fragen Nichts vor, was nicht Metternich ganz eben so machen würde, und darum warne ich auf der Huth zu sein; daß die große Menge der Oesterreicher aber, auch in Frankfurt, von diesem Spiele ganz abhängig sind, ist augenscheinlich, mag es nun, wie Ihr Korrespondent will, aus Selbsttäuschung sein, oder wie ich neulich meinte, aus Naivetät, oder wie man auch meinen könnte, aus alter Gewohnheit sich eben leiten zu lassen, oder aus überwiegendem österr. Patriotismus, oder aus Jesuitismus, das kommt für die Behandlung der Sache von unserer Seite ganz auf eins hinaus. Wir haben uns zu hüten. Mein Eifer ging gegen die alte Adelspolitik, die nach tausend Anzeigen in Oesterreich ganz noch so ist wie sie war. Mein Eifer ging selbst gegen diese nicht einmal so sehr in's Arge; denn ich habe zuviel Respekt vor dem, was im österreichischen Sinne Politisches in diesem ganzen Treiben ist; selbst das Eigennützige, selbst die nationale Selbstliebe, die dabei im Spiele ist, habe ich nicht undeutlich beneidet, und gefürchtet nur darum, weil wir in unserer lieben Unschuld in Deutschland so gar nichts haben, um nur diese Eigenschaften in den Andern zu durchschauen, geschweige ihnen entgegen zu arbeiten. Mein Eifer ging wesentlich gegen u n s, eben weil wir jeder politischen Intrigue uns so ganz treuherzig bloßstellen; mein Eifer ging, das steht wohl deutlich in meinen Briefen, ganz eben so gegen die Deutschen, die sich in der Lösung der österreichischen Frage so unentschlossen zeigten, wie die Oesterreicher sich zäh erwiesen. Ich muß es dem Urtheil Ihres Korrespondenten überlassen, ob er den Nichtösterreichern, die auf einen Staatenbund, oder wie Herr von Radowitz auf einen „dreifachen Kreis staatlicher Gestaltung" hinaus wollen, redlichen Willen und staatsmännische Einsicht absprechen will oder nicht. Der redliche Wille bezieht sich auf die Motive, die ich Jedem selbst überlasse und seinem Gewissen zuschiebe; die staatsmännische Einsicht bezieht sich auf Gründe und Erfahrungen, und diese letztern werden in nicht langer Zeit herausstellen, auf welcher Seite die staatsmännische Einsicht war. Wenn die Männer, denen ich „in Richtung und Gesinnung besonders nahe stehen soll" in der österreichischen Frage von mir abwichen, so folgt daraus eben nur, daß ich ihnen in dieser Hinsicht wenigstens nicht nahe stehe, wie ich denn überhaupt, Gott sei es geklagt, zum Parteimann nicht geschaffen bin. In den Parteien kommt es so oft auf Vermittlungen hinaus; und ich bin in meinen privaten wie öffentlichen Sympathien immer für reine und klare Verhältnisse gewesen. Ich bin so auch in dieser österreichischen Frage für die Personalunion oder für Abtrennung, was ein Korrespondent der Allg. Z., Nr. 362, die zwei Eier des Kolumbus nennt, zu einfach, als daß die National-Versammlung in Frankfurt sie ausbrüten werde! Diesen Hieb parire man in Frankfurt!! Sonst verdient man den Hohn, mit dem dort geweissagt, ja fast vorgeschrieben wird, man werde eben auf die Verwaschung der Paragraphen 2 und 3 kommen müssen. —

Zuletzt noch ein Wort über meine Idee der Vereinbarung, auf die ich mit einem flüchtigen Worte zurückgewiesen habe. Ich sagte, man solle den deutschen Regierungen eine Vereinbarung über die Verfassung antragen, aber nur denen, die nicht an der Grundlage des Bundesstaats rütteln wollten. Ich sagte nicht, wie Ihr Korrespondent anführt, „den e i n z e l n e n Regierungen zur A n n a h m e vorlegen"! Das ist sehr zweierlei, und ich bemerke auch das nur, um mich zu rechtfertigen, daß ich selbst in so hingeworfenen Sätzen, wo es vielleicht verzeiblich wäre, keineswegs in einer Aufregung schreibe, die nicht recht weiß, was sie will. Ich schreibe nicht divinirend, während ich schreibe, sondern ich glaube sehr wohl im Voraus zu wissen, was ich schreiben will. Ich mache einen Vorschlag; mein E n t g e g n e r (denn für einen G e g n e r nehme ich ihn nicht) schiebt mir schon die Modalität, die Mittel und Wege unter. Ich würde gewiß nicht rathen, den einzelnen Regierungen die Verfassung zur Annahme vorzulegen, denn ich auch wüßte dann nicht, welches die Regierungen sein würden, die die oben gestellte Bedingung einhielten. Keine würde es zugestehen, daß sie an dem Bundesstaat rütteln wollte, und es wäre immer thöricht, es von einer vorauszusetzen, außer von der österreichischen, die sich zu deutlich erklärt hat. Ich will also nur beispielsweise Einen Modus andeuten. Die Nationalversammlung, wenn sie die Oberhauptsfrage entschieden hat (und ich setze voraus in u n s e r e m Sinne), beschließe: Um die Annahme der Verfassung den einzelnen Staaten durch Vereinbarung annehmlicher zu machen, um Bestimmungen derselben, die in Folge der einseitigen Berathung in dem konstituirenden Volkshause dem Rechte, der Freiheit und Unabhängigkeit der Einzelstaaten Eintrag zu thun scheinen könnten, einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen, soll das Staatenhaus nach den Bestimmungen der Verfassung provisorisch und unverzüglich einberufen werden. Es soll sich ausschließlich mit der Revision der Verfassung beschäftigen und diese in einer möglichst kurzen (vielleicht selbst vorzuschreibenden) Frist vollenden. Von dieser Revision sollen die Bestimmungen über das Oberhaupt ausgeschlossen sein. Das, worüber sich schließlich Staatenhaus und Volkshaus (in einem vorzuschreibenden Modus) vereinigen, ist als das vereinbarte Reichsgrundgesetz zu betrachten. Ich weiß sehr wohl, wie viel böses Blut die nochmalige Verschiebung des endlichen Abschlusses der Verfassung machen würde. Aber ich glaube, daß dieser eine Nachtheil durch eine ganze Reihe von Vortheilen übermäßig aufgewogen wird. Es ist kein Zweifel, daß die Durchführung der Verfassung, wie sie ist, auf unübersteigliche Hindernisse stoßen wird. Es ist kein Zweifel, daß eine Reform derselben nicht loyaler, volksthümlicher, in einer mit der Ehre der Nationalversammlung verträglicheren Weise erzielt werden kann, als durch die Revision eines, durch die Nationalversammlung selbst berufenen Staatenhauses. Die Verschiebung wird da-

durch vergütet, daß das Provisorium aufgehoben und das Bundeshaupt definitiv ernannt wird. Es geschieht endlich, was von allem Anfang hätte geschehen sollen, daß die Regierungen in den Aufbau der Verfassung hereingezogen werden. Die Regierungen, die das Staatenhaus beschicken, können sich dann gar nicht weigern, sich der endlichen Gestalt der Verfassung zu fügen. Daß sie das Staatenhaus beschicken, zur Vereinbarung aber damit zugleich zur Unterwerfung die Hand bieten, wäre bei diesem Verfahren (und dies ist eine Hauptsache bei diesem Vorschlag) nicht ganz in ihre Hand gegeben, denn die Stände haben die Hälfte des Staatenhauses zu beschicken. Die endliche Entscheidung aber wäre auf diese Weise (und das wäre die Hauptsache bei diesem Vorschlage) nicht dem Volke in die Hand gegeben, wie sich Ihr Correspondent ausdrückt, sondern den Ständen. Wenn ich in meinen geschichtlichen Betrachtungen gemüthsruhig verweile, so lasse ich freilich auch nicht selten das Volk zur Entscheidung anrücken, weil ich es in gewissen Fällen nicht zu hindern wüßte; aber in politischen Rathschlägen würde ich es immer aus dem Spiele lassen. Ich empfehle daher allen biedern Männern der Nationalversammlung, diese Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die im Einzelnen modifizirt werden können, im Ganzen sich wohl bewähren würden. Der auffallende Punkt dieser Vorschläge dürfte darin gelegen scheinen, daß die wichtigste, die Oberhauptsfrage, der Vereinbarung entzogen werden soll. Wenn wir dies morgen oder dieser Tage von einer andern Seite her betrachten werden, wird es nicht mehr so sonderbar erscheinen.

Frankreich.

†† **Paris**, 29. Dez. Die la Plata-Verlegenheit dürfte endlich durch den vom französischen Gesandten Gros mit General Oribe abgeschlossenen Vertrag beendet werden. Die französische Regierung empfindet die Kosten der langwierigen Blokade Montevideo's, welche noch zu keinem Resultate führte, und will a tout prix die Anerkennung der Rechte französischer Bürger durchsetzen. — Wir lasen unlängst in der deutschen Zeitung die Rückkunft des preußischen Gesandten von Nordamerikas Kapitolstadt, und das Beileid der Deutschen New-Yorks, diesen Ehrenmann aus ihrer Mitte zu verlieren. Da wir die Verdienste des Herrn von Gerolt während eines längeren Aufenthalts in den Vereinigten Staaten kennen lernten, sehen wir uns im Interesse des deutschen Vaterlandes aufgefordert, den Wunsch mit allem Ernste auszusprechen, daß die Centralgewalt in Frankfurt diesen Mann sich aneigne. Wir machen hierbei auf den zehnjährigen diplomatischen Aufenthalt Herrn v. Gerolts in Mexico, seine genaue Kenntniß des spanischen Charakters und der Sprache, besonders aufmerksam. Die Besetzung des Gesandtschaftspostens in Chili dürfte in Kurzem für Deutschland von hoher Wichtigkeit werden. Die Auswanderung nach Nordamerika hat den Deutschen über 5 Millionen Menschen und bei hundert Millionen Thaler entführt. Der rezipcoke Nutzen, welchen Deutschland von den deutschen Landeskindern in Nordamerika's Freistaaten gewinnt, ist gleich Null. Es ist hohe Zeit, daß die deutsche Nationalökonomie diesem Verschwenden deutscher Geld und Arbeiterkräfte ein Ziel setze. Dies kann aber nur durch den ernstlich in Angriff genommene Plan einer großen deutschen Kolonie erzweckt werden (?). — Der Erzbischof von Babylon kam vor einigen Tagen hier an. — Die Unzufriedenheit mit der Anstellung Changarnier's und Bugeaud's in ihren Eigenschaften, der eine als Kommandant der Nord- der andere für die Südarmee, wird mehr und mehr rege. Man sieht darin eine Nachahmung Oesterreichs — keine strategisch-militärische, nur eine strategisch-polizeiliche Einrichtung. Beiden Generalen klebt der Louis Philipp'sche Absolutismus an, welcher viel verhaßter als der traditionelle der Bourbonen ist. Alle Parteien streben nach Kraft; so lange sie in dem Minoritätsbewußtsein leben, ist für die Ruhe nichts zu befürchten. Das sociale Journal Democratie pacifique persiflirt den Präsidenten Napoleon seit dem Tage seiner Ernennung mit zwei Sätzen, welche es an die Spitze jeder Nummer setzt: „Aujourd'hui, la rétribution du travail est abandonnée au hazard ou à la violence. C'est le maitre qui opprime, ou l'ouvrier qui se revolte“ Louis Napoleon Bonaparte. (Extinction du Pauperisme, pag. 50,) und „La pauvreté ne sera plus séditieuse, lorsque l'opulence ne sera plus oppressive. Louis Napoleon Bonaparte(extinction du Pauperisme, page 52.). Jetzt amüsirt es, den socialen Katechismus Napoleon's, des Gefangenen, mit dem politischen Napoleon's, des Präsidenten, zu vergleichen. Letzter sagt: ni réactionaire, ni utopiste — doch halten wir Polichinel le premier für Beides.

†† **Paris**, 30. Dez. Als der Präsident Napoleon vor zehn Tagen die Minister ernannte, glaubte er durch deren bunte Parteifärbung eine Bürgschaft für das Einverständniß zwischen Regierung und Kammer erzielt zu haben. Seine Antrittsrede spricht diese Rede mit klaren Worten aus. Wir theilten nicht die Ansicht des Präsidenten, und die erste politische Frage beweist die Richtigkeit unserer Meinung. Drei Minister reichten ihre Entlassung ein. Herr Passy freilich ist geblieben, denn die Widerspänstigkeit der Konstituante gegen das Ministerium ist nicht so furchtbar, als sie aussieht. Hinter dem Ministerium steht das ruheliebende Frankreich, das gutgesinnte Bürgerthum, welches blos Geld verdienen will, sich um Politik nicht kümmert, nur auf die Wühler schimpft und ohne es zu wissen, dem von der demokratischen Monarchie entgegengesetzten Pole zustrebt, der oligarchischen Monarchie. Dieses verlangt namentlich in den Süddepartements peremptorisch die Auflösung der Konstituante und Einberufung einer gesetzgebenden Kammer. Damit beseitigt sich die reelle Verlegenheit des Ministeriums, welches zwischen einer zu alten Nationalversammlung und einem zu neuen Präsidenten die Brücke bilden muß. Die zwei andern feldflüchtigen Minister sind Maleville und Bixio. Mit dem ersten hatte der Präsident einen mésaccord, wie es die Journale zart betiteln. Es war jedoch mehr als ein Nichtübereinkommen und nennt man das Kind beim rechten Namen, so gab es ein arges Zerwürfniß zwischen dem Minister des Innern und dem Präsidenten. Napoleon wollte die Ernennung eines Direktors der schönen Künste bei den Museen*) und einiger Präfekten oktroyiren, er wollte Kaiser spielen, und das erlaubte der verantwortliche Minister dem verantwortlichen Präsidenten nicht. Die Ernennungen sollten, wie Maleville Napoleon schrieb, dem Ministerrathe vorgelegt werden. Darauf erwiderte der Präsident, qu'il entendait, daß diese Ernennungen gleich von Herrn Maleville ausgefertigt werden. Der Minister des Innern gab darauf seine Entlassung ein. Napoleon erkannte seine Uebereilung und entschuldigte sich sehr ehrenwerth bei Maleville, welcher diese Genugthuung verbindlich entgegennahm, nichtsdestoweniger auf seiner Demission bestand. Seinem Beispiele folgte Herr Bixio, ohne einen andern Grund zu haben, als car tel est mon plaisir. Das Salzvotum der Assemblée hat die Börsenkurse gedrückt, und die Nationalbank veröffentlicht in 14 Tagen schon zwei Ausweise, welche nicht sehr günstige Rultate erblicken lassen. Die Aktien der Bank erhielten sich demohngeachtet während der letzten Wochen im Aufsteigen. Die Gazette de France berichtet, daß die Regiernng ein Schreiben erhalten, nach welchem der Papst Gaeta verlassen und nach Majorka sich eingeschifft habe. Wohin wird man den guten Pius noch reisen lassen? England verhindert es ganz sicher, daß er nach Frankreich komme, als ein Papst in partibus **).

** **Straßburg**, 26. Dez. Der neue Präsident hat also seine Minister gewählt, wie die Zeitungen es schon vorher angekündigt. Es ist ein Ministerium, mit welchem in besserer Stunde auch die gefallene Monarchie hätte regieren können. In gewöhnlichen Zeiten möchte in solcher Zusammensetzung der Verwaltung eine bedeutende Gewährleistung für Ruhe und befriedigende Leitung der Angelegenheiten des Landes gegeben sein. Aber wird sie in der gegenwärtigen Lage Frankreichs genügen? Wahrlich es ist kein Kleines, dieses aufgewühlte Meer zu beschwichtigen. Zwei, unter sich freilich getrennte, Parteien der Republikaner fordern, daß die Konstitution mit den bestimmten und unbestimmtern Artikeln in das Leben trete, sie verlangen da vielleicht noch weitere Entwickelung, wenigstens eine Anwendung, die bei jedem Schritte auf Schwierigkeiten stoßen muß. Diese liegen gewiß zunächst in den Personen; jede Ernennung, jede Abberufung eines Beamten wird als Beweiß für oder gegen den guten Willen der Regierung behandelt werden, und wohl möchte der Ehrgeiz der Einzelnen hierbei am Meisten mitwirken. Was hilft es aber, einen unwillkommenen Beamten abgesetzt zu haben, wenn er einige Wochen später in der legislativen Versammlung als Gegner auftreten kann? An Defectionen ist aber von Seiten der Männer

*) Der Designirte ist ein Bildhauer Nieuwkerke. Die Gräfin Demidof, Napoleon's Cousine, zu der er in sehr nahen Verhältnissen steht, verlangte seine Ernennung. Er ist bereits Generalstaatsoberst der Nationalgarde. Die Red.

**) Wie stimmt damit die Nachricht, daß er erwartet wird? Die Red.

dieser Fraktion vorerst nicht zu denken; die Zuversicht, bald wieder die Gewalt in die Hände zu bekommen, ist so groß, daß sich nicht leicht Einer durch persönliche Rücksichten wird zum Abfall bewegen lassen. Absetzungen, freiwilliges Zurücktreten wird häufig jetzt der Fall sein. Je größer aber die Zahl der Märtyrer sein wird, um so mehr werden sich die beiden Abtheilungen der Republikaner wieder nähern, vielleicht ist eine Verbindung nicht so fern. Mit großer Klugheit ließe sich dieses vielleicht verhindern: wenn nämlich die Regierung der reinern Demokratie nahe bleibt. Aber man kann nun einmal in Odilon Barrot, Bugeaud rc. rc. keine Demokraten erkennen. Man sagt zwar, die Nat.-Vers. habe ihre Energie verloren, und sicher ist mehr als Ein Mitglied derselben, welches der bittere Kelch, den sie bis auf den Grund geleert, in diesen Tagen aller Kraft beraubt hat, das wohl gerne den Rausch ausschlafen würde, in welchen es der Wahn, das Land nach seinen Wünschen und Einsichten zu beglücken, gebracht hat; aber der geringste Anstoß könnte wieder die neunhundert Deputirten an ihre Souveränetät erinnern und eine Thatkraft wecken, die jetzt in Abspannung übergegangen ist. Die Auflösung dieser Versammlung ist deßwegen durch alle möglichen Gründe geboten und keine Berechnung kann sie länger halten. Die materielle Verwaltung des Landes wird fortgehen wie bisher: was die besseren Republikaner nicht haben ändern können, das wird die neue Regierung nicht ändern wollen. Und doch wird jede Agitation hier den Stoff finden, welcher ihr Gewicht und Kraft gibt. Das französische Finanzsystem liegt schwer auf dem Lande und zwar nicht allein auf dem Proletarier, sondern auch auf dem Besitzenden: am meisten fühlt es der Mittelbürger. Die Proletarier in den Städten zahlen, wie der Reiche, die auf allen Bedürfnissen des Lebens lastenden Eingangs- und Konsumtionssteuern: sein Fleisch, sein Wein, alles zahlt den lästigen Oktroi, wie die Nahrungsmittel des Reichen, und die hohen Steuern für das Bier trägt er beinahe allein. Allerdings trägt er im Grunde weniger, aber nur darum, weil er sich auch Vieles versagen muß. Noch schlimmer bedacht ist aber der Mittelbürger. Sein kleines Haus ist in demselben Verhältniß besteuert, wie das große des Reichen; denn die Grundsteuer bestimmt nicht der Werth des Hauses, sondern das Quartier, in welchem es liegt, und die Besteuerung hat keine Rücksicht darauf genommen, daß eine größere Entwicklung der Gebäude den innern Werth bedeutend erhöht, den Ertrag verbessert, daß z. B. zwei Häuser, welche zusammengenommen die Fläche Eines größern bedecken, weniger eintragen, als dieses. Fenster- und Thürsteuern sind dieselben, und der große Fensterflügel des Palastes zahlt soviel, als der bescheidene Kreuzstock. Die Quellen, aus denen der Reiche seinen Unterhalt zieht, sind gewöhnlich nicht besteuert: die Kapitalien, Staatsrenten, Aktien zahlen keine Abgaben; besitzt er Güter, die er vermiethet, so zahlt der Pächter die Steuern. Dagegen liegt auf dem Handwerker die Patentabgabe, die Eingangsgebühr auf die rohen Stoffe, die er verarbeitet. Auch die Personalsteuer ist die gleiche; nur die Mobiliarsteuer richtet sich nach dem Zinsertrag der Wohnung. Hierin ist kein Verhältniß und die Idee einer progressiven Besteuerung hat sehr Vieles für sich. Nur entsteht immer die Schwierigkeit, wie eigentlich dem Reichen beizukommen ist, ohne das Uebel noch zu verschlimmern. Luxussteuern sind in Frankreich verderblich, weil hier keine Aristokratie sich findet, die ihrer Stellung wegen zu einem gewissen Aufwande sich verpflichtet glaubt, keine Gesellschaft, in welche man nur mit Equipagen und Livree kommen darf. Was bedeutet das Faubourg St. Germain in dem großen Ganzen? und wenn wir auch unter der letzten Regierung eine solche Aristokratie sich haben bilden sehen, so war dies doch nur ein schwacher Anfang, und ohne große Folgen in einem Staate, in welchem die Gleichheit der Stände immer neue Talente, auch aus den untersten Stufen der Gesellschaft, in die höchsten Aemter fördert. — Eine Besteuerung der Kapitalien bietet gleichfalls große Bedenklichkeiten, weil am Ende in Zeiten der Geldnoth die Last leicht auf den Gewerbetreibenden zurückfallen möchte. Ueberhaupt sind alle diese Veränderungen des Finanzsystems nur in ruhigen Zeiten möglich, nicht in solchen Augenblicken, wo auf der einen Seite die dringende Noth steht, auf der anderen der Mangel an Vertrauen jeden Mißgriff verderblich macht. Mit Recht mag den Regierungen der Vorwurf gemacht werden, daß sie in Zeiten der Ruhe nicht daran denken, diesen und ähnlichen Mißständen abzuhelfen. Dieses trifft besonders die Verwaltung des gefallenen Königs, welche mit wirklichem Leichtsinn die Ausgaben in's Unendliche vermehrt und nicht blos vorübergehende, sondern bleibende Belastungen in unverhältnißmäßigem Umfange geschaffen hat. So ist von dieser Seite keine Erleichterung zu erwarten, denn Reduktionen auf Besoldungen betragen nicht viel, wenn sie nicht auf die Massen fallen, und bei diesen wären sie erst möglich, wenn die niedern Preise der Lebensmittel und der beschränkte Umlauf des Geldes einige Zeit sich erhalten haben.

Der Fall der Staatsrenten kam unerwartet frühe: an eine Dauer der Hausse haben übrigens Vernünftige nicht geglaubt. Aber daß die siegende Partei so schnell das künstliche Spiel aufgeben würde, sah Niemand vor. Es ist dies eine wahre Unredlichkeit; man trieb die Renten hinauf, um vorzüglich die Eigenthümer von kleinen Summen, die sie statt der Sparkassenscheine erhalten, für den Kandidaten zu gewinnen, und läßt sie so schnell als möglich fallen, und ehe ihre Aufträge zu verkaufen in die Hauptstadt gelangen konnten. Ob aber am Ende das unwürdige Spiel nicht bittere Folgen haben wird, dies soll die nächste Zukunft lehren. Auf jeden Fall ist es eine Rouerie, welche jetzt in den bewegten Zeiten nicht ungestraft hingehen dürfte. Vorzüglich würden Deutschland die Folgen der Aenderung in der Regierung treffen, wenn dessen Fürsten und einzelne Regierungen von ihrer Würde und Nationalität nicht tief genug durchdrungen sind, um den Fremden von den großen Fragen, welche sich auf des Vaterlandes Umgestaltung beziehen, ferne zu halten. Man sollte in Deutschland doch begriffen haben, daß den Franken nie ein gewisser praktischer Sinn dem Auslande gegenüber verläßt. Die seit dem sechzehnten Jahrhundert befolgten Grundsätze in der auswärtigen Politik sind gewissermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, und so haben Monarchisten, Legitimisten und Republikaner dieselben Ansichten getheilt. Alle fürchten des deutschen Reiches Einheit, deren Auflösung ja größtentheils das Werk Frankreichs gewesen ist, und welche die alten Könige in Osnabrück, Ryswick so konsequent verfolgt haben als die Republik in Rastadt und Lüneville, und der Kaiser in den Wiener und Berliner Verträgen. Die neue Republik hat in diesem Sinne gehandelt und sich gehütet, Oesterreich durch eine Intervention in Italien dem Reiche in die Arme zu werfen, d. h. den lombardischen Feldzug zu einem Reichskriege zu machen, sowie sie in den dänischen Angelegenheiten Preußen zu lieb sich zurückgehalten hat. Aber sie war doch noch immer von der Nothwendigkeit beherrscht, den Schein zu beobachten, und nicht offen mit dem Volke zu brechen, daß in Deutschland einen Zweck verfolgte, der nicht allein im Kreise der sozialen Fragen lag. Die neue Regierung ist aber dieser Rücksicht völlig enthoben: sie, die nicht auf der Seite der Völker steht, sondern im Gegentheil dem Regierungsprinzip Festigkeit zu geben, sich vorgesetzt hat. Hier wird Arago kein doppeltes Spiel mehr treiben, und Hr. v. Raumer kann ohne Weiteres in Paris sich beabschieden. Nie mehr als jetzt ist es nothwendig, daß in Deutschland Fürst und Volk mit einander gehen, soll nicht ein Zustand erhalten oder begründet werden, der zuletzt dem Auslande den größten Vortheil gewährt. Jetzt darf man es ja nicht übersehen, daß Rußlands und Englands fernerliegende Bestrebungen nun auch von dem nahen Frankreich unterstützt werden, das zwar weniger durch Familienbande, aber mehr noch durch anderweitigen Einfluß gefährlich werden kann. Wenn Erstere Sonderinteressen kleiner und großer deutscher Länder mehr durch diplomatische Unterhandlungen gestützt haben und stützen können, so vermag dagegen Frankreich leichter eine wirksame Hilfe durch seine Heere zu gewähren, wenn nicht die Scham verbietet, den angebotenen Schutz ernstlich zurückzuweisen.

Schweiz.

+ **Zürich**, 29. Dez. Der schwerste Schlag, der nach der Entscheidung über den Sitz der Bundesbehörden Zürich treffen konnte, ist geschehen: Zürich hat seinen ersten Magistrat verloren, den Mann, der, von allen Parteien hochgeachtet, mit klarster Einsicht Mäßigung und Festigkeit des Charakters vereinigte; wir müssen uns freilich damit trösten, daß Hr. Furrer, an die Spitze der Eidgenossenschaft gestellt, einen größern Einfluß auf die Leitung der schweizerischen Angelegenheiten gewinnen wird, als es bei dem bisherigen Gange der Dinge möglich war, und daß somit wenigstens für die nächste Zukunft die deutschschweizerische, von Zürich repräsentirte Politik der Mäßigung, Gerechtigkeit und Neutralität im Schooße der obersten Bun-

desbehörden maßgebend sein wird; wir erkennen demnach die Nothwendigkeit jenes Verlustes im höhern politischen Interesse an, und wünschen nur, daß der junge, mit den schönsten Gaben des Geistes gezierte Nachfolger Furrers, Hr. Alfred Escher, sich mehr und mehr bestreben werde, auch durch Vermeiden schroffen Auftretens, durch Anspruchlosigkeit und republikanische Einfachheit seinem würdigen Vorgänger gleichzukommen. Hr. Escher wies in der Rede, mit welcher er am 26. die Sitzung des zürcherischen Gr. Rathes eröffnete, darauf hin, welch' ein geheimnißvoller Schleier seit der französ. Präsidentenwahl selbst auf der nächsten Zukunft liege; sichtlich habe die Reaction in der letzten Zeit Terrain gewonnen, allein das werde nicht von Dauer sein; inzwischen wollen wir uns Glück wünschen, daß wir unsere Bundesregierung fest begründet, daß wir neu auftauchende Sondergelüste, wie sie sich in den Protesten von Uri und Unterwalden kundgaben, energisch zurückgewiesen haben, und wir wollen hoffen, daß die Politik, welche die Bundesversammlung zur Anerkennung der Freiburger Wahlen bestimmte, recht bald als eine falsche und irrige erkannt werde. Zürichs Politik sei Aufrechthaltung der Neutralität in guten Treuen. Wegen Verlust des Bundessitzes werde es weder Eifersüchtelei gegen Bern, noch kleinliche Gereiztheit gegen die Eidgenossenschaft zeigen; sein ganzes Bestreben werde vielmehr dahin gerichtet sein, durch Bethätigung eidgenössischer Gesinnung in der That und in der Wahrheit eidgenössischer Vorort, der an keine Stadt und an keinen Stand gebunden sei, zu werden. In Beziehung auf die eidgenössische Hochschule habe sich Zürich bisher nicht durch leere Vorspiegelungen und Abfindungsmanövres täuschen und kirren lassen, im rechten Augenblicke jedoch werde es sein ganzes Gewicht dafür in die Wagschale werfen. — Hier haben Sie in wenigen Worten das Programm der künftigen Politik Zürichs; für den Augenblick hat Bern die Hegemonie, das wollen wir nicht läugnen; aber es könnte eine Zeit kommen, wo namentlich die ganze nördliche, östliche und innere Schweiz es bedauern wird, nicht wie ein Mann für Zürich eingestanden zu sein; inzwischen wird Zürich warten und wachen. — Die Verhandlungen des Gr.-Rathes waren meist von lokalem Interesse; ein Vorschlag des Regierungsrathes, die Pfarrerwahlen ganz frei zu geben, und nicht mehr wie bisher an den Dreiervorschlag des Kirchenrathes zu binden, wurde zurückgezogen, um in Verbindung mit andern Verfassungsänderungen wieder vorgelegt zu werden. Am folgenden Tage wurde A. Escher mit 111 von 151 Stimmen zum Amtsbürgermeister gewählt, in den Ständerath an Furrer's Stelle Oberrichter Ammann, zum Präsidenten und Vicepräsidenten des Gr.-Rathes R. R. Rüttimann und Bürgermeister Zehnder. — In Luzern zeigte es sich wieder einmal, welch' eine Rolle viele unserer Radikalen spielen, wenn der Geldbeutel mit den politischen Sympathieen in Conflikt geräth. Sie wissen, welche Grobheiten der Fünfzigerausschuß und das deutsche Parlament von der schweizerischen Presse zu erdulden hatte, weil es den sich erhebenden Lombarden nicht mit Feuer und Schwert, mit einer Kriegserklärung gegen Oesterreich, zu Hülfe eilte; als die eigenen Landsleute später in Neapel die schwache junge Freiheit blutig zu Boden schlugen, da hieß es: die armen Neapolitaner dauern uns, aber die schweizerische Loyalität läßt es nicht zu, die Kapitulation zu brechen und im Grunde ist es doch schön, daß sich schweizerischer Heldenmuth wieder einmal so glänzend bewährt hat. Gut! aber jetzt vernehmen wir mit Erstaunen, daß in dem radikalen Luzern die Werbungen für Neapel ihren ungestörten Fortgang nehmen, daß gerade jetzt ein Transport von 50 Rekruten abgehen sollte, die aber bei der Regierung Protest dagegen eingelegt haben, daß sie nicht über Genua (wo sie freilich seltsam empfangen werden würden), sondern über Triest nach Neapel reisen sollen. Sie scheinen zu fürchten, Radetzky oder Jellacic könne sie unterweges mit Beschlag belegen, um sie in österreichischem Interesse zu verwenden. Die Luzerner Regierung hat noch keine Antwort ertheilt; jedenfalls wäre es nicht mehr als billig, doch wenigstens das Beispiel der Berner Regierung nachzuahmen, die vorläufig die Werbungen für Neapel einzustellen beschlossen hat.

) **Bern**, 30. Dez. Der Präsident des Gr.-Raths des Kantons Zürich, Dr. A. Escher, hat in seiner Eröffnungsrede die Bundessitzfrage in einer Weise berührt, welche hier allgemein mißbilligt wird. Daß er den Gr.-Rath über die Niederlage Zürichs mit dem Umstand zu trösten sucht, als habe Bern den Sieg vorzugsweise dem Zufall zu verdanken, daß es gerade Vorort gewesen, lautet wirklich etwas sonderbar, da Jedermann weiß, daß die politischen Bedenken, und diese allein für Bern entschieden. Wenn Escher aber im Verlauf seiner Rede den verblümten Vorwurf macht, es hätten die Abgeordneten von Bern „ihre Stimmen in den für das Vaterland hochwichtigen politischen Fragen, welche die Versammlung beschäftigten, zu Spekulationen in der Bundessitzangelegenheit mißbraucht," so heißt das, der persönlichen Ueberzeugung der Abgeordneten Zumuthungen machen und Motive unterschieben, welche, wollte man überall so verfahren, die Diskussion auf ein gefährliches Feld führen würden. Herr Escher meint hier die Angelegenheit mit den Freiburger Wahlen und die Tessiner Neutralitätsgeschichte. Allein hier haben die Berner Deputirten gestimmt nach eigener Ueberzeugung, und daß sie theilweise anderer Meinung waren, als die Zürcher, wird doch wohl erlaubt sein. Auch der Antrag Ochsenbein's auf Errichtung einer eidgenössischen Hochschule mußte einen Grund zur Verdächtigung geben, welche von dem Präsidentenstuhle herab zum Gr.-Rathe gesprochen, bedeutungsvoll ist. Mit dem Schluß von Eschers Rede wird jedoch Jeder einverstanden sein: „Der schweizerische Stand wird Vorort sein, der es den andern zuvorthut in eidgenössischer Gesinnung und in unermüdlicher Fürsorge für die Wohlfahrt des Volkes." Hr. Druey, Chef des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, zeigt durch Kreisschreiben den Kantonen an, daß laut amtlichen Berichten im Sundgau wieder eine Judenverfolgung auszubrechen drohe. Die betreffenden Grenzkantone werden eingeladen, sowohl rücksichtlich des Asyls als zur Handhabung der Ordnung ihre Pflicht zu thun. Solothurn hat bereits seine Maßnahmen im Oberamt Dorneck getroffen. — Nach Berichten aus Neapel und einem nach Bern gelangten Verzeichnisse, hat der König von Neapel an Offiziere und Soldaten des Berner Regiments wegen ihrer Haltung bei der Einnahme Messinas bei 300 Orden und Verdienstmedaillen ausgetheilt — eine glänzende Anerkennung schweizerischer Tapferkeit, aber auch ein scharfer Kontrast mit der Politik der Schweiz. Die Regierung von Luzern hat beschlossen, das Jahr 1848 mit einem Akt der Großmuth zu beschließen. Sie wird dem am 2. Januar wieder zusammentretenden Gr.-Rathe, in der Hoffnung auf Versöhnung aller politischen Parteien des Kantons Luzern und zur Erzielung einer allgemeinen Pazifikation des Landes, vorschlagen: 1) den an den Dezember- und Aprilereignissen von 1844 und 1845 Betheiligten die ihnen abgepreßten Summen von 270,000 Fr. inner den nächsten 5 Jahren zurückzuerstatten; 2) den Mitgliedern des abgetretenen Gr. Raths, die ihnen als Urhebern des die Verfassung und den Bund verletzenden Sonderbunds auferlegten Beiträge von cirka 300,000 Fr. in Gnaden zu erlassen und denselben, so wie auch den durch das Dekret vom 3. Febr. 1848 als strafbar bezeichneten Beamten und Mitgliedern der Haupt- und Kreiskomites des Ruswiler-Vereins volle Amnestie zu ertheilen. Von dieser Amnestie wären einzig ausgenommen, die, welche des Landesverraths oder gemeiner Verbrechen schuldig erfunden werden sollten. A. Michel, deutscher Flüchtling, Mitredakteur der nun doch erscheinenden „Revolution", ist aus dem Kanton Bern ausgewiesen worden. Herr Furrer hat nun die Stelle eines Bundespräsidenten definitiv angenommen und ist eben mit Uebersiedlung seiner Familie von Zürich nach Bern beschäftigt.

Rußland.

Aus den Ostsee-Provinzen, 19. Dez. Auf Befehl des Kaisers sollen mehrere neue Lehr-Anstalten errichtet werden zur Bildung von Geistlichen für die lettischen und esthländischen Kirchspiele; in Riga ist schon eine eröffnet, in den andern Hauptstädten unserer Gouvernements soll dies noch geschehen. Man wird vorzüglich darauf sehen, daß die Zöglinge mit der Sprache, den Sitten und der häuslichen Einrichtung ihrer zukünftigen Pfarrkinder sich vertraut machen. Wer von jetzt an unter die Studirenden zu Dorpat aufgenommen sein will, muß nachweisen, daß er gründliche Kenntnisse der russischen Sprache besitzt; wer nicht wenigstens die Censur „gut" bekommt, wird zurückgewiesen. (L. Z.)

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№. 4. Frankfurt a. M., Donnerstag 4. Januar. 1849.

Uebersicht.

Oesterreich und Deutschland.

Deutschland. Frankfurt (Alte und neue Interpretation des österreichischen Ministerprogramms. Die österreichische Note. Oesterreichische Bundespflichten und Leistungen.) Wien (Die Rede des Hrn. v. Schmerling an seine Wähler. Bevorstehende Verluste des Reichstags. Militärische Autokratie. Gerücht von der Einnahme Komorns. Russen und Serben an der Grenze.) Olmütz (Die Wiederverlegung des Reichstags nach Wien. Ankunft eines Kardinals. Fürst Metternich.) Berlin (Der Finanzetat für 1849.) Elbing (Hr. Wernich legt sein Amt nieder. Das Wahlgesetz.) München (Baiern und die deutsche Sache.) Aus Baden (Heidelberger Universitätszustände.) Von der Niederelbe (Claus Harms entlassen.) Kiel (Belästigung der deutschen Schifffahrt.) Hamburg (Vorstellungen gegen das Heimathgesetz.)

Großbritannien. London (Die Tagespresse über Deutschland. Nachrichten aus dem Kaplande, Südaustralien, China, Borneo.)

Frankreich. Paris (Schwäche der Regierung. Die Amnestie.)

Oesterreich. Monarchie. Krakau (Verordnung in Betreff der Emigranten und Flüchtlinge.)

Italien. Rom (Manifest des Papstes.)

Neuestes.

---

4. Januar.

Mit Bedauern sehen wir auch Kuranda in den Reihen unserer österreichischen Gegner. Ihm vor Allem müßte aus früheren Lebensschicksalen, wie durch seine neueste Wiener Erfahrung klar geworden sein, daß in Oesterreich und Deutschland ungleichartige Elemente vorliegen, die sich nicht zusammenzwingen lassen, die man durch Vereinigung nur trennen, nur durch Trennung vereinigen kann. Er vor allem, der die verschiedensten europäischen Lebensformen vom Metternich'schen System bis zur belgischen Selbstregierung gesehen hat, müßte in die tiefe Kluft geblickt haben, welche österreichisches und deutsches Leben noch immer trennt. Sie würde eine geregelte, wohlthätige Einwirkung in staatlicher Verbindung nie zulassen, und eine ungeregelte, auf dem übermächtigen politischen Einfluß beruhende, müssen wir von uns fern halten im Interesse unserer Zukunft. Daß eine Verbindung der Völker stattfinde, daß die alte Scheidemauer falle und die beiderseitige Cultur sich gleichstelle, das ist auch unser sehnlichster Wunsch, wie es unsere Ueberzeugung ist, daß eine staatliche Verbindung dazu das schlechteste Mittel wäre. Niemand scheint dies besser zu wissen, als die österreichische Regierung selbst, die alle Mittel ihres Einflusses und einer wenig wählerischen Politik aufbietet, um den bisherigen staatlichen Einfluß auf Deutschland zu erhalten, die aber für die Förderung deutscher Cultur, für freien Verkehr des Handels und der Geister noch weniger als gar nichts thut. Wie die Zustände der Wiener Universität beschaffen sind, welche Hemmungen der Presse noch immer entgegenstehen, davon haben wir ja schlagende Belege erst kürzlich empfangen.

Kuranda gibt uns selbst die Mittel an die Hand, ihn zu widerlegen. Mit dem Schwindel der Macht, der so viele Oesterreicher gegenwärtig erfaßt hat, läßt sich nicht streiten; er sieht und versteht nur sich, und verlangt von Andern blos unbedingte Unterwerfung. Daß Kuranda in solchen Täuschungen nicht befangen ist, läßt uns nur um so heller sehen. „Das gegenwärtige Ministerium Oesterreichs, sagt er, ist unfrei in Beziehung auf die deutsche Frage. Die Vehemenz der slawischen Bewegung hält es gefesselt, die Wiedereroberung Ungarns, eine der Lebensfragen des österreichischen Staats, kann ohne die Beihilfe der Süd-Slawen und ihrer Acolyten, der Tschechen, nicht bewerkstelligt werden." „Wir fühlen tief und schmerzlich, heißt es weiter, die Wunde, welche uns jene Stelle des Ministerialprogramms geschlagen hat. Aber wir erwägen die Lage Oesterreichs und entschuldigen die Zweideutigkeit jener Stelle. Wir glauben nicht, daß das Ministerium undeutsch gesinnt sei, es hat nur das etwas ferner liegende Uebel dem ganz nahe liegenden vorgezogen. Schon vom dynastischen Standpunkte aus wird kein österreichisches Ministerium seine Position in Deutschland aufgeben können. Der Schritt des Ministeriums war somit kein Akt politischer Selbstbestimmung, er war ein unfreier, ein von der Noth aufgedrungener." Es ist nicht eine flüchtige, vorübergehende Bestimmung des Programmes, was Deutschland und das vorliegende Verhältniß berührt; es ist sein Grundgedanke, der mit Jubel, mit einem Rausch des Entzückens von Deutschen und Slawen aufgenommen ward: der Gedanke eines mächtigen und einigen Oesterreichs. Er ist es, der den Sturm gegen die §§. 2 und 3 hervorrief. Er ist es, den man mit übermüthigem Stolz dem Ausland und namentlich Deutschland gegenüber hielt, in einer Weise, die deutlich genug bewies, daß man auch Deutschland nur als Ausland fühlte und nur in untergeordneter Stellung sehen mochte. Einen solchen Gesammtstaat nur zu denken, geschweige ihn vor In- und Ausland als Richtschnur des Verhaltens aufzustellen, war nur möglich, wenn man sicher war, daß die Nationalitäten sich vereinigen und neben einander leben könnten, statt beständig um den Vorrang zu streiten. Wußte man es etwa anders, stellte man das Programm nur auf, nahm man nur darum eine solche Stellung gegen Deutschland ein, um die Forderung der Slawen zu befriedigen? Und wird man ein andermal, wird man jetzt, da man die Deutschen wieder braucht, die Taktik ändern, die klaren Worte des Programms umdeuten, die Idee des Gesammtstaates als einen Nothbehelf des Augenblicks hinstellen, im Nothfall sich für unfrei erklären? Wird man so abermals die Nationalitäten sich gegenseitig im Schach halten lassen und ihren Kampf vergiften, um das Leben des österreichischen Staates auf die alte Weise für neue Revolutionen zu erhalten? Wir müssen bekennen, dieß scheint uns die Konsequenz der Kuranda'schen Ansicht; und wir müßten den Staat bedauern, der für eine so herausfordernde übermüthige Politik einen solchen Rückhalt hätte, der nur durch Lüge und Täuschung sein Dasein zu fristen im Stande wäre. Wir könnten nach wie vor nichts eifriger rathen, als von dem unglücklichen Dasein eines solchen Staates das unsre zu trennen. Es wäre ja offenbar, daß er alles, was ihn umgibt, nur als Nahrung für sich, nur als Mittel zur weiteren Fristung seines Lebens betrachtete. Würde er sich besinnen, im Falle der Noth die Deutschen zu täuschen, wie er jetzt die Slawen täuschte? Wenn man in Oesterreich die Ueberzeugung hat, daß man einer slawischen Suprematie nicht entgehen kann, so nehme man die §§. 2 und 3 an, man füge sich der deutschen Reichsverfassung, man versuche es mit der Personalunion und ergebe sich in die Trennung, die man eingestandenermaßen nicht verhüten kann. Dann stützt man sich auf Deutschland, ohne seine Zukunft der eignen Existenz zu opfern.

Auch Kuranda, indem er sagt, „der staatsmännische Blick des neuen Reichsministers hätte die unfreiwillige Stellung des österreichischen Ministeriums erkennen sollen und seine Antwort hätte nicht Aug' um Auge, Zahn um Zahn lauten dürfen," auch Kuranda stellt sich hier auf den naiven Standpunkt des Oesterreichers, der für Oesterreich alles verlangt, Oesterreich selbst aber nichts zugemuthet wissen will. Wenn das österreichische Ministerium nicht in der Lage ist,

frei zu handeln und seine Akte zu vertreten, so ist es um so mehr die Pflicht eines deutschen Ministers, vor einem sich Einfluß zu wahren, der des eigenen Willens und Thuns nicht mächtig ist, und wenn er ihn unter den günstigsten Bedingungen auszuscheiden sucht, so ist das wahrlich nicht nach dem Satze: „Aug' um Auge, Zahn um Zahn" gehandelt. Die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung, von der sie kein Jota ablassen kann, ist nicht, wie Kuranda sagt, "vor allem die Grundlage zu wahren, die Integrität des Bundesgebietes aufrecht zu halten;" sie ist vielmehr, die deutsche Zukunft vor Allem und endlich zu sichern durch eine einheitliche, von jedem störenden, ungleichartigen, innerlich unklaren und schwankenden Einfluß befreite Politik. Es thut uns leid, daß auch Kuranda das einzig mögliche Mittel zu diesem Ziele in die Region partikularistischer Parteibestrebungen hinabzieht; es erinnert so sehr an den Ton der andern österreichischen Stimmen, daß man sich versucht fühlen müßte zu glauben, der eingewurzelte Egoismus seiner Umgebung, der keine anderen Motive kennt, als die der eigenen Politik, habe auch auf ihn seine Wirkung ausgeübt. Den nämlichen Geist könnte man in dem Ausspruch finden: „das Programm H. v. Gagern's, indem es sich das Ansehen gebe, der österreichischen Regierung einen Gefallen zu thun, leiste ihr den schlechtesten Dienst für die Zukunft." Es ist gar nicht die Sache eines deutschen Ministers, in einer solchen Lebensfrage für Deutschland der österreichischen Regierung einen Gefallen zu thun, ihr gute oder schlechte Dienste zu leisten. Kuranda meint schließlich, die einseitige Konstituirung Deutschlands ohne Oesterreich schneide die historischen Ansprüche und Verträge mitten durch und mit diesem Schnitt fielen zwei Drittheile von Böhmen, Mähren und Schlesien, Kärnthen, Krain und Wälsch-Tyrol für immer von Deutschland ab. Wir wollen davon absehen, daß die historischen Bündnisse zu zerschneiden nicht die Absicht ist; wir wollen nur kurz aussprechen, daß die gegenwärtige österreichische Regierungsweise und die neue Konstituirung eines lockeren Staatenbundes die widerwilligen Völkerschaften doch nicht bei Deutschland halten wird; sollen sie mit den Deutschen sich vertragen lernen, so wird es durch die Einwirkung deutscher Kultur geschehen, die nur dann Eingang findet, wenn sie nicht aufgezwungen wird. Sie wird das fernere Band zwischen Deutschland und den Völkern Oesterreichs sein, aber sie kann nicht eindringen, wenn ein umgekehrter Strom staatlicher Einwirkungen ihr entgegendringt. Daß wir auf diesem Wege der Politik die Slawen zu Gesellschaftern haben, wie Kuranda uns zuletzt noch vorhält, kann uns nicht schrecken; die Politik, die wir verfolgen, wird in ihrem Ziel gegen ein unberechtigtes Uebergewicht des slawischen Stammes das beste Gegengewicht sein. Die gegenwärtigen Rivalitäten zwischen Deutschen und Slawen können nicht anders, als den österreichischen Staat zerrütten und die Civilisirung des Ostens von Europa vernichten; ein halbes Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland würde ihnen nur neue Nahrung und neues Gewicht geben. Sie müssen entweder im Schooße des österreichischen Staates zur friedlichen Ausgleichung kommen, wie es der humanen Gesittung des Jahrhunderts gemäß ist, oder sie führen zum entscheidenden blutigen Konflikte. In beiden Fällen bedarf das deutsche Element eines festen Kernes, den es nur im selbstständig konstituirten Deutschland findet. Kuranda erzählt uns: „Ein geistreicher Chef der slawischen Partei habe ihm vor Kurzem gesagt: Wir wünschen nichts sehnlicher, als die Ernennung des preußischen Monarchen zum Kaiser von Deutschland. Oesterreich muß gezwungen werden, die verrosteten hegemonischen Gedanken in Bezug auf Deutschland aufzugeben, damit es endlich ganz dahin sich wende, wohin es gehört, zu den Slawen." Dieser geistreiche Mann hatte vollkommen Recht, noch mehr im deutschen Sinne, als in dem seinigen. Ja, Oesterreich wende sich nur zu den Slawen, oder, was besser klingt, zum Osten; es durchdringe ihn nur mit deutschem Wesen, statt Deutschland mit österreichischem. Die schönste Eroberung wird ihm und dem deutschen Elemente gesichert sein. Der slawische Stamm besitzt nicht die Mittel, sich und dem Osten zur bürgerlichen Gesittung zu helfen, er muß sie von den Deutschen entlehnen.

Auch die größere Zukunft Oesterreichs liegt also nach der Seite einer Trennung hin, die es vom Westen hinweg zu seiner östlichen Bestimmung weist. Wer übrigens diese großen Aussichten mit der Gegenwart Oesterreichs zusammenhält, wer jenen Alexanderzug der Kultur mit dem Feldzuge des Fürsten Windischgrätz vergleicht, der wird sich um so eher an das Nahe und Greifbare halten; er wird erkennen, daß Oesterreich noch viel zu lernen, noch viele Beweise seiner Fähigkeit zu geben hat, bis es auf jene Aussichten hin ein Primat über die deutsche Nation in Anspruch nehmen könnte; daß es auf der andern Seite eine gute Strecke in seiner Entwicklung weiter schreiten kann, ehe es den Schutz der deutschen Stammverwandten für slawische Gefahren in Anspruch zu nehmen nöthig hat. Hüte man sich überhaupt vor der Weitsichtigkeit in politischen Dingen! Unsere nächsten Gefahren drohen nicht von den Slawen, sondern von uns selber; feste, gleichartige Einheit ist das Eine, was uns noth thut, trachtet zuerst darnach und alles Andere wird euch zufallen!

Deutschland.

×× **Frankfurt**, 2. Jan. Es wird in diesem Augenblick, wo das Stadion-Schwarzenbergische Programm eine ganz unerwartete Interpretation erhalten hat, die wohl Hr. v. Schmerling, eben aus Wien und Ollmütz zurückgekehrt, weiter auszuführen der geeignetste Mann sein wird, — nicht ohne Interesse sein auf den Antrag zurückzukommen, welchen das Reichsministerium unter v. Schmerling's Vorsitz entworfen hatte, um denselben der Nationalversammlung vorzulegen. Derselbe wurde um den 17. Dez. einigen Clubs, auf welche sich das Ministerium zu stützen pflegte, mitgetheilt. Er dürfte geeignet sein darzulegen, auf welche Weise vor 14 Tagen Hr. v. Schmerling seine Lage und das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich behandeln zu müssen glaubte*). Der Antrag lautet:

„In Erwägung, daß nach der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außer-deutschen Ländern und nach den vorliegenden Erklärungen der österreichischen Regierung, der Eintritt der deutsch-österreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat auf den Grund der von der deutschen Nationalversammlung angenommenen Verfassungsbestimmungen nicht erwartet werden kann; in Erwägung, daß das österreichische Ministerium die Ansicht feierlich ausgesprochen hat, es seien die Verfassungen Deutschlands und des österreichischen Kaiserstaats unabhängig von einander zu begründen und erst nachdem beide Staatencomplexe feste Gestalt gewonnen, die Bedingungen des Anschlusses zu begründen; in Erwägung jedoch, daß zwar die Vollendung der Verfassung des deutschen Bundesstaates nicht aufgehalten werden darf, daß aber eine gänzlich getrennte Feststellung beider Verfassungen ohne Verständigung über die möglichen Grundlagen des künftigen Verbandes Oesterreichs mit Deutschland, diesen Verband selbst und mit ihm die höchsten Interessen der gesammten Nation gefährden könnte; in Erwägung ferner, daß ein Anlaß zur Verständigung mit Oesterreich auch in der unabweisbaren Nothwendigkeit liegt, den Umfang jener Bundespflichten näher zu bestimmen, zu deren Erfüllung Oesterreich auch in den gegenwärtigen Verhältnissen sich bereit erklärt hat; in Erwägung, daß Berathungen mit der österreichischen Regierung in den erwähnten Beziehungen zweckmäßig nur durch die Centralgewalt gepflogen werden können, das Gesetz vom 28. Juni aber diesen Fall nicht vorgesehen hat — beantragt das Reichsministerium bei der Nationalversammlung die Ermächtigung für die provisorische Centralgewalt mit der österreichischen Regierung in Verhandlungen zum Zweck vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland einzutreten."

Frankfurt, 3. Jan. Wir erfahren aus guter Quelle, daß gestern an den hiesigen österreichischen Bevollmächtigten eine Note seiner Regierung vom 28. Dez. eingelaufen ist, worin in Antwort auf das Gagern'sche Programm erklärt wird, Oesterreich werde eine neue deutsche Verfassung nur anerkennen, wenn dieselbe mit seiner Zustimmung zu Stande komme, welche um so mehr eingeholt werden müsse, als es nach der bisherigen Verfassung in Deutschland den Vorsitz zu führen habe. Einer Gesandtschaft bedürfe es nicht. Von den Beschlüssen der Nationalversammlung soll in der Note mit keinem Worte die Rede sein. Wir müssen erwarten, in den Stand gesetzt zu werden, den Inhalt genauer mitzutheilen. Nach dem aber zu urtheilen, was wir bis jetzt erfahren, bedauern wir, fürchten zu müssen, daß diejenigen Recht behalten, welche glauben, Oesterreich beeifre sich nicht, zur baldigen Herstellung eines in sich geschlossenen starken Deutschlands beizutragen. Die Mehrheit der Nationalversammlung wird nun zu zeigen haben, ob sie ihre Aufgabe versteht. (O. P. Z.)

Frankfurt, 3. Jan. Die O. P. Z. theilt heute über die Stellung Oesterreichs zur Centralgewalt und Nationalversammlung neue und interessante Details mit. Man darf sich nur nicht zu sehr wundern, daß alles das erst jetzt ans Licht kommt, obgleich die Facta zum Theil gar nicht mehr neu sind. Der schon im April d. J. fällig gewordene Antheil Oesterreichs zu den Kosten des Baues der Bundesfestungen Ulm und Rastadt wurde erst nach mehrfachen Anmahnungen im November berichtigt. Es war dieses noch eine vom seligen Bundestage genehmigte Umlage, ein Theil der Bundespflichten nach altem Styl. Schlimmer steht es aber mit den Bewilligungen der Nationalversammlung. Diese wurden, scheint es, nicht zu den Bundespflichten gezählt, die Oesterreich, nach dem Programme vom 27. November d. J. „treulich zu erfüllen fortfahren" wird. Denn diese, die Kosten der Nationalversammlung, der Centralgewalt, die Beiträge zur Flotte ꝛc. hat es mitzutragen gar nicht angefangen. Es überläßt das Preußen, Baiern und den kleineren Staaten, zufrieden, den Entwickelungsprozeß des sich verjüngenden Deutschlands ohne alle Opfer, aber mit Festhaltung aller seiner Rechte, abwarten zu können. Die Rate für die Marine, mit beiläufig 1½ Mill. Gulden, verweigerte das jetzige österreichische Ministerium ausdrücklich. Es gibt dabei vor, Oesterreichs Kriegsschiffe, die bekanntlich nur im adriatischen und Mittelmeer sich zeigten, und dort nur österreichische Küsten zu schützen haben, seien ja zu einem gewissen, freilich nicht zu ermittelnden Antheile auch deutsche; Oesterreich **könnte** an Seematerial weit mehr liefern, als jene 1½ Mill. Gulden an Werth. Es sagt das Ministerium Schwarzenberg nicht, daß es das **will**; denn es könnte ja dem Reichsministerium dann einfallen, ein paar Corvetten in die Nordsee zu kommandiren, wo sie den Dänen gegenüber im März von gutre Wirkung sein könnten. Nein, es genüge Deutschland, daß Oesterreich sie hat, dadurch allein glaubt Oesterreich seine Bundespflichten in dieser Beziehung erfüllt zu haben! Es bedauert deßhalb, der Aufforderung des deutschen Finanzministeriums keine Folge geben zu können, und überläßt es Preußen, das die Summen vorgeschossen hat, sie da wieder zu fordern, wo bei so loser Renitenz der Einzelstaaten natürlich nichts ist. Wenn die zahlreichen Kanonenboote, die an den Küsten der Nord- und Ostsee in Bestellung gegeben sind, nicht wieder abbestellt werden, so ist Oesterreich daran natürlich nicht Schuld.

Wien. Die Rede welche Hr. v. Schmerling vor seinen Wählern gehalten, lautet nach der Ost-Deutschen Post:

„Meine Herren! Nach einer Abwesenheit von acht Monaten aus Frankfurt in die theure Vaterstadt zurückgekehrt, war ich aufs Freudigste von der Nachricht überrascht, daß ich zum Vertreter dieses Bezirks erwählt worden sei. Wenn ich in der schweren Zeit, in den so inhaltsvollen letzten acht Monaten Beweise meines Sinnes für Freiheit, aber auch für Recht und Ordnung abgelegt, wenn mir dafür so manche ehrende Anerkennung geworden, so finde ich doch in dieser Wahl meinen schönsten Lohn. (Applaus.) Ich bringe Ihnen mit um so tieferer Rührung meinen innig gefühlten Dank, als es mir durch die Umstände nicht gegönnt war, Ihnen, wie es Recht und Sitte, mein politisches, mein parlamentarisches Glaubensbekenntniß ablegen zu können. Ein so schönes, ehrendes Vertrauen fodert die offenste, dankbarste Erwiederung. Die Pflicht eines Reichstagsdeputirten ist jetzt eine doppelte. Ihm liegt einmal ob, die Freiheit, d. h. die innerhalb des Gesetzes gelegene, zu befestigen; seine zweite, schwierigere Aufgabe liegt in der Mitwirkung an der Neugestaltung des jetzt so zerrissenen Vaterlandes. Wenn ich in einer frühern Zeit, als solches noch gefährlich gewesen, für Freiheit gesprochen, wenn ich dafür in meiner beschränkt gewesenen Sphäre gewirkt, so muß sie mir jetzt um so theurer sein, vorausgesetzt, daß sie innerhalb gesetzlicher Grenzen sich bewegt. Die Freiheit muß also mit der Gesetzlichkeit zugleich befestigt werden, sonst geht sie unvermeidlich unter. Von dieser Ansicht ausgehend, habe ich in Frankfurt gewirkt, von gleicher Idee soll mein Thun als Reichstagsdeputirter beseelt sein. (Applaus.)

Ungleich schwieriger erscheint die Aufgabe der Neukonstituirung des so vielfach erschütterten Vaterlandes. Seit neun Monaten habe ich vielfach den bittersten Schmerz in dieser Hinsicht empfinden müssen. Fast schien es, als ob der altehrwürdige Kaiserstaat aus der Reihe der Großmächte Europa's verschwinden solle. Ich mußte hören, wie ein verrätherischer König und ein aufruhrisches Volk Italiens Grenzen bis an den Brenner und Karst zurückgeschoben wissen wollten. Gleicherweise sprach man in Frankfurt vom Aufgeben Galiziens und stellte das Ansinnen eines diplomatischen Verkehrs mit einem selbstständigen Ungarn. Nie konnte ich an die Realisirung dieser so verletzenden, so schmerzlichen Meinungen glauben. Man hieß mich einen Optimisten, als ich entgegnete, wie Oesterreich schon aus gleich schwierigen Lagen siegreich hervorgegangen, wie der schwer geprüfte Staat also auch diesmal in der alten Herrlichkeit hervorgehen würde. (Applaus.) Bald hatte ich Gelegenheit, freudigen Stolz über die großartigen, wunderbar schnellen Siege der österreichischen Armee in Italien zu empfinden. Am 6. Aug., am selben Tag, als die deutschen Truppen, theilweise nur, dem Reichsverweser ihre Huldigung darbrachten, hat der greise Radetzky in Mailand die österreichischen Farben aufgepflanzt. Als die theure Vaterstadt, als Wien der Schauplatz der trübsten Scenen und so vielen Unglücks geworden, war es mir doch freudige Genugthuung, daß in weniger als 14 Tagen neue, ansehnliche Heere erstanden und daß ihr eben so kriegserfahrener als heldenmüthiger Führer, Fürst Windisch-Grätz, mit bewunderswerther Mäßigung durch seinen Sieg die wahre gesetzliche Freiheit zu befestigen gewußt. (Applaus.) Während all dieser inhaltschweren Zeiten hat mich der mächtige Lauf der Ereignisse fern von dem mir theuern Wien gehalten. Ich war berufen, an die Spitze jenes Bundestages, der durch 30 Jahre das Grab der Freiheit gewesen, zu treten, und ich glaube, während meiner zweimonatlichen Leitung desselben mich nicht unnützlich bewiesen zu haben, da es mir gelang, die anarchischen Tendenzen und die Conventsgelüste, welche in Frankfurt rege geworden, zu beseitigen. Stolz fühlte ich mich damals, als Oesterreicher Solches bewirkt zu haben. (Applaus.)

Als mich der Reichsverweser ins Ministerium berief, beseelte mich das erhebende Gefühl, ein Deutscher zu sein! doch vergaß ich hierüber keinen Augenblick, daß ich vor Allem Oesterreicher sei. Als in Frankfurt die Schreckensscenen des 18. Sept. statthatten, ist es mir, dem Oesterreicher, gelungen, das erste Beispiel zu geben, daß Anarchie bekämpft werden müsse, und daß, wenn sie bekämpft werde, sie auch besiegt wird. Als aber im Schooße jener Versammlung Mißtrauen gegen mich, weil ich ein Oesterreicher, rege geworden, da zögerte ich keinen Augenblick, meinen Rücktritt aus dem Ministerium zu nehmen, denn ich war zu stolz, als Oesterreicher um Vertrauen buhlen zu müssen. Ich hielt es dann für meine Pflicht, nach Wien zu eilen, um die hier gegen die künftige Gestaltung der Dinge in Frankfurt rege gewordenen Vorurtheile zu bekämpfen. Sowie in den Stürmen des Mai und Juni, sowie immer ist mir die Aufrechthaltung der Integrität des österreichischen Staates, das Höchste und Wichtigste im Leben. Oesterreich muß, wie seit tausend Jahren (?) eine europäische Großmacht bleiben. Kein Zoll von den durch Verträge erworbenen und durch Siege behaupteten Landen darf verloren gehen. Aber neu gestalten muß es sich, auf den Grundlagen der neuen, gesetzlichen Freiheit (Applaus.). Ich bin fest überzeugt, daß das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sich klar und befriedigend gestalten wird. Blicke ich zurück auf das abgelaufene inhaltschwere Jahr, so sehe ich, wie es so manche völlig unpraktische Weisheit ins Leben gerufen. Auch die Frankfurter Versammlung hat sich keineswegs arm an solchen Ideen gezeigt, die Zeit aber hat die Menschen nüchtern gemacht, hat sie einsehen gelehrt, daß unreife Produkte keine tüchtigen Pläne, daß fortwährender Umsturz nicht Ausbau genannt werden kann. In mir lebt die feste Ueberzeugung, daß die deutsche Verfassung sich derartig gestalten wird, daß sie einen innigen Anschluß Oesterreichs an Deutschland zuläßt, wobei vor allem jedoch die Integrität Oesterreichs gewahrt werden muß. Das österreichische Ministerium hat mir die ehrenvolle Stelle eines Bevollmächtigten bei der Centralgewalt übertragen. Mit Dank erkenne ich diese Auszeichnung, zu welcher man mich, wegen meiner frühern Stellung in Frankfurt, wegen der genauern Kenntniß der dortigen Verhältnisse, die ich zu erwerben Gelegenheit hatte, geeignet fand. So sehr ich überzeugt bin, daß das Ministerium eine bessere Wahl hätte treffen können, so zwingt mich jedoch mein Pflichtgefühl, diesem Rufe Folge zu leisten. Weil ich so glücklich gewesen, mir vielfaches Vertrauen in Frankfurt und Deutschland zu erwerben, will und muß ich nach Frankfurt zurückgehen, um dort für Oesterreich zu wirken. Ein praktischer Sinn ist in Deutschland erwacht. Es herrscht ein allgemein gefühlter Drang, daß die Dinge bald zur festen Gestaltung gelangen mögen. Darum hege ich die feste Hoffnung, daß dies freudige Resultat binnen wenigen Wochen in Frankfurt erzielt werden dürfte. Ich frage Sie nun, meine Herren, ob Sie mir gestatten, mich für diese wenigen Wochen noch von dem mir zugedachten Ehrenplatz in Kremsier fern zu halten, da ich auch nach Frankfurt nur in der Absicht gehe, für Oesterreich zu streben, zu bewirken, daß auch von Deutschland anerkannt werde, daß Oesterreich das mächtige Reich bleiben müsse, das es ist. Beide Aufgaben sind ihrer Natur nach vollkommen coalisirend, und man steuert demselben Ziele zu. Noch muß ich bemerken, daß Oesterreichs Reichstag an die organisirende Verfassungsfrage nicht gehen kann, bevor der Kampf in Ungarn nicht völlig entschieden. Für jetzt kann und wird der Reichstag in Kremsier nichts Anderes thun, als die Grundrechte berathen. So sehr nun die Wichtigkeit dieser Berathungen vor Augen liegt, so glaube ich doch dem Patriotismus und der Einsicht meiner Collegen so völliges Vertrauen schenken zu dürfen, daß meine Gegenwart in Kremsier jetzt dort nicht dringend sein dürfte, während meine Dienste in Frankfurt von ungleich größerm Nutzen sein können. Sollte inzwischen, was ich jedoch bezweifle, die um so viel wichtigere Aufgabe der organisirenden Thätigkeit der Gesetzgebung in Kremsier beginnen, so werde ich keinen Augenblick anstehen, auf meinen Sitz zu eilen. Ich appellire daher nochmals an den Ausspruch der hochverehrten Wahlmänner, indem ich Sie nochmals versichere, daß mein Aufenthalt in Frankfurt nur wenige Wochen dauern dürfte, und ich beim Beginn der parlamentarischen Verhandlungen über die eigentliche Verfassungsfrage zurück sein werde. Sollten Sie es jedoch mit den mir zustehenden Verpflichtungen nicht vereinbar finden, daß ich diesen Urlaub erwirke, so muß ich dann unumwunden erklären, daß ich gezwungen wäre, auf die mir zugedachte ehrenvolle Wahl Verzicht zu leisten. Offen habe ich gesprochen und darf daher um gleiche Offenheit bitten. Wie immer Ihre Antwort lauten möge, so bitte ich Sie, sich versichert zu halten, daß die Erinnerung an die so ehrenvolle Wahl mir stets zu den schönsten meines Lebens gehören wird, daß sie mir der mächtigste Sporn zum kräftigen Wirken für mein Vaterland sein wird.

△ **Wien**, 30. Dez. Eine Kapacität um die andere scheidet aus dem Reichstage aus und es stehen dadurch neue Wahlen bevor. Baron Doblhof geht als österreichischer Gesandter nach dem Haag, der Abgeordnete Lasser ist zum Gouverneur von Steiermark, der Abgeordnete Szaskievics zum Ministerialrathe und der Präsident Strobach zum Landrathe ernannt. Dagegen legte Dr. Adolph Fischhof, eine Acquisition des Ministeriums

Doblhof, seine Stelle als Ministerialrath nun dennoch nieder, da er seine deutsche Gesinnung mit den Tendenzen des jetzigen Ministeriums nicht vereinen kann. Er wird nun seine ganze Thätigkeit wieder dem Reichstage widmen. Die Ausführung der Absicht, einige Abgeordnete der Linken in Anklagestand zu versetzen, gewinnt wieder an Wahrscheinlichkeit, wenigstens sollen die Abgeordneten Löhner und Füster die Weisung erhalten haben, Kremsier während der Ferien nicht zu verlassen, und man spricht sogar von einer Untersuchungskommission, welche in Betreff dieser beiden Herren von hier nach Kremsier abgegangen sein soll. Fürst Windischgrätz und Baron Jellacic üben so große Willkür in Besetzung der Stellen in der Armee, daß die Offiziere bereits anfangen, darüber zu murren. Beide Herren ernennen sogar Staabsoffiziere und die Ernennungen werden nur nachträglich, gleichsam pro forma, an den verantwortlichen Kriegsminister Gordon zur Unterzeichnung eingesandt. Baron Welden muß die Absichten der „böswilligen Buben" doch ernstlich nehmen; er läßt nachträglich alle Kanonen, die auf freien Plätzen in der Stadt aufgestellt sind, mit Geländern umgeben, damit ihnen „der böse Geist, der in Wien herrscht", nicht zu nahe komme. Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, Komorn sei genommen, doch wird es heute durch kein Armeebulletin bestätigt. Wenn auch dort die Ungarn ohne Schwertstreich wichen, so wüßte man wirklich nicht, was man von ihrem Heldenmuth denken sollte, der sich in der Vergangenheit doch glänzend bewährt hat. Was wird man in Frankfurt zu den 10,000 Mann Russen sagen, welche bei Kronstadt an der Grenze stehn? — Ein Offizier von dem Regiment Wasa ist aus dem serbischen Lager als Kurier hieher geschickt und erzählt, daß mehr als 100,000 Serben ihren Herd verlassen haben und bewaffnet stehn, um in Ungarn einzufallen; ihre Weiber folgen ihnen mit Karren, auf welchen sie die Lebensmittel nachführen — ganz wie zu den Zeiten der Völkerwanderungen. Bis jetzt ist es gelungen, sie abzuhalten und den Kampf dem regulären Militär zu überlassen, doch wie wird es gelingen, diese Massen wieder in die gewohnten Verhältnisse zurückzuführen? Das ist eine Schwierigkeit, welche dem Ministerium mehr Mühe kosten dürfte als es gekostet, sie in Bewegung zu setzen. — Läßt man sie über Ungarn herfallen, was freilich nur im Falle einer Niederlage der kaiserlichen Truppen zu erwarten wäre, die nicht vorauszusetzen ist, so gibt es keinen Gräuel, den man ihnen nicht zutraut.

Ollmütz, 28. Dez. Mit ziemlicher Gewißheit wird behauptet, daß der Reichstag wieder nach Wien verlegt werde, wo bereits Vorkehrungen dazu getroffen würden; und da das Ministerium, auf die Neugestaltung Oesterreichs mit voller Energie hinarbeitend, eine weiter geführte Vertretung des Gesammtstaates herstellen will, so sollen bei zweihundert neue Sitze im Reichstagssaal (Reitschule) errichtet werden. — Zwölf Reichstagsabgeordnete der Linken sollen wegen der Octoberereignisse von den Behörden verlangt und vor Gericht gestellt werden.

Ollmütz, 29. Dez. Nach dem C. Bl. a. B. ist ein vom Papst direkt an den österreichischen Hof gesandter Kardinal angekommen. Man wollte in Ollmütz einem erneuten Einfluß des Fürsten Metternich auf die österreichischen Angelegenheiten auf die Spur gekommen sein. Die Ernennung des ehemaligen Hofraths Erb als Nachfolger des Barons Hügel beim geh. Haus-, Hof- und Staatsarchiv soll damit in Zusammenhang stehen.

* **Berlin**, 31. Dec. Der Finanzminister Kühne hat nunmehr, in Befolgung der im 98. Artikel der Verfassungsurkunde enthaltenen Vorschrift, dem Könige den Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben, den Staatshaushaltungsetat, für das Jahr 1849 überreicht. Nach demselben haben die Einnahmen um 2,224,596 Thlr. geringer angenommen werden müssen, als sie für das Jahr 1848 veranschlagt werden konnten, während die Ausgaben für 1849 um 3,383,404 Rthlr. höher als für 1848 veranschlagt werden mußten, so daß sich ein Mehrbetrag der Ausgaben von 5,608,000 Rthlrn. ergibt. Den Kammern bleibe es vorbehalten, über die Grundlagen der künftigen Steuereinrichtungen zu berathen; für die Zölle und mehrere indirekte Steuern würden jedoch wesentliche Aenderungen an dem Bestehenden von denjenigen Gestaltungen abhängig bleiben müssen, welche in Bezug auf die deutsche Reichsverfassung annoch bevorstehen. Wegen der Deckungsmittel für die Ueberschreitung der Jahresausgaben gegen die Jahreseinnahmen wird schließlich erläutert, daß die mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 25. April d. J. zum Betrage von 15 Millionen ausgeschriebene freiwillige Anleihe bereits zum größten Theil eingezahlt und auch Fürsorge dafür getroffen ist, daß der möglicherweise bis zu dem mittelst Verfügung des Finanzministeriums vom 7. d. M. auf den 31. Dec. c. festgesetzten Schlußtermine ungedeckt bleibende Theil der vorgedachten 15 Millionen unter gleichen Bedingungen wird beschafft werden können. Durch die Beihülfe, welche aus dieser extraordinären Einnahme für die Ausgaben des Jahres 1849 geleistet werden kann, wird es für letztere innerhalb der Grenzen des Etats und, wenn Ruhe und Frieden erhalten wird, weiterer außerordentlicher Hülfsmittel nicht bedürfen.

> **Elbing**, 29. Dez. Am gestrigen Tage legte Hr. Wernich sein Amt als Stadtverordneten-Vorsteher nieder. Er kam dadurch der Versammlung zuvor, deren Majorität einen Antrag eingebracht hatte, womit die Unterzeichneten es als unverträglich mit ihrer Ehre erklärten, unter seinem Vorsitz den Berathungen fernerhin beizuwohnen. Bekanntlich reicht aber schon der Beschluß der einfachen Majorität — selbst ohne Angabe der Gründe — zur Absetzung des Vorstehers hin. — Von Wahlagitationen ist hier noch nichts zu spüren, da noch nicht einmal die Eintheilung der Wahldistrikte bekannt ist. Es ist aber vorauszusehen, daß die hiesigen Wahlen im Sinne der schwarz-weißen absolutistischen Partei ausfallen werden, da die Führer derselben mit ähnlichen Mitteln und in denselben Schichten der Gesellschaft wühlen, wie die Republikaner im Süden Deutschlands. Liberalere Wahlen würden wir für die erste Kammer hoffen dürfen, da in der Stadt der gebildete Mittelstand bei ihnen überwiegend, derselbe aber entschieden und aufrichtig konstitutionell gesinnt ist. — Aber leider ist das Wahlgesetz völlig zu Ungunsten der städtischen Bevölkerung und mit so auffallender Bevorzugung der Landbewohner verfaßt, daß erstere in der Ueberzahl der letzteren ganz verschwinden werden. In der Stadt werden 500 Rthl. reines Einkommen oder ein Grundbesitz im Werth von 500 Rthl.; auf dem Lande nur der Nachweis eines Klassensteuersatzes von 8 Rthl. verlangt. In diese Kategorie gehört aber in unserer Gegend jeder Bauer, der nur zwei Hufen Culmisch (2000—3000 Rthl. an Werth) sein eigen nennt. So kann es denn nicht Wunder nehmen, daß die 22,000 Einwohner unserer Stadt kaum 200, die 36,000 des Landkreises dagegen über 800 Urwähler zur ersten Kammer zu schicken haben, sonach die Wahlberechtigung gerade im umgekehrten Verhältniß zur Intelligenz der Wähler steht.

München, 31. Dez. Die „Würzb. Ztg." enthält unter diesem Datum folgende, wie es scheint, officiöse Mittheilung, gegen deren Tendenz die Redaction der „W. Z." sich verwahrt: „Die Gerüchte und Verdächtigungen Baierns in der deutschen Sache, die besonders die „Allg. Ztg." jetzt aufwärmt, ermangeln alles Grundes. Die baierische Regierung hat niemals an einen Sonderbund, von dem man sogar die Vertragsurkunde in Frankfurt gesehen haben will, mit andern deutschen Mächten gedacht. Ein solcher wäre überdem eine Abgeschmacktheit, da jedem deutschen Staate seine Zustimmung oder Modification der Frankfurter Beschlüsse rechtmäßig zusteht, und alle deutschen Staaten unter einander über diese Verfassungsfrage conferiren, wie sich von selbst versteht. Kein Staat hat die alleinige Konstituirung des Nationalparlaments anerkannt. Uebrigens kann ich Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß Preußens Regierung jetzt bestimmt das Kaiserthum nicht nur abgelehnt, sondern auch verworfen hat. Preußen will vielmehr und macht den Vorschlag, daß die deutsche Verfassung nach dem Entwurfe der Nationalversammlung mit einem eigens deshalb berufenen Staatenhause und einem Fürstenrathe vereinbart werde."

† **Aus Baden**, 1. Januar. Nun endlich scheint die regelmäßige Schlacht mit der Partei des Alten in Heidelberg zu beginnen. So haben wir es uns gewünscht! Die Marodeurs, die in der badischen Ztg., in der Augsb. Postzeitung, in dem Schw. M. und A. mit Schimpfereien und giftigen Insinuationen hausen, lassen wir laufen; für sie haben wir nur Verachtung, und wir bedauern nur, daß diese Leute selbst so geschäftig sind, eine neue Kehrseite ihrer Universität aufzudecken, von der wir zarter Weise geschwiegen haben. In jeder Körperschaft gibt es nothwendig eine gewisse Hefe; sie erkennt sich an den gemeinen sittlichen Beweggründen und an den Absichten, die sie treiben und die sie demgemäß auch in Andern vermuthen; dies ist die cloaca maxima, an die wir in dem vorliegenden Falle schonend nicht gerührt haben, da es uns um die Wissenschaft und den Gemeinnutzen einer Universität zu thun war und nicht um Besudelung der Charaktere. Gerade

von dieser Seite drücken die rüstigen Korrespondenten aus Heidelberg ihr eigenes Inneres und Innerstes mit antiker Naivetät der Welt auf. Wir haben unsererseits die wissenschaftlichen Mängel oder den gemeinschädlichen Einfluß einiger weniger Lehrer in H. nennen müssen, wenn wir eine gemeinnützliche Kritik aufstellen wollten; in administrativer Beziehung haben wir manche Gewissenlosigkeiten bezeichnen müssen, die wir weit mehr auf unbedachte Gewöhnungen und eine herkömmliche Verantwortungslosigkeit, als in das Gewissen der Einzelnen schoben. Die sittlichen Motive, die jedes Menschen Verborgenstes sind, waren uns heilig. Auf diesem Wege werden wir fortgehen. Dies nöthigt uns auch, die Erklärung eines Theologen in Ihrem Blatte zu übergehen, die und den wir übrigens mit dem oben bezeichneten Korrespondenten in Eine Linie stellen. Wir haben auch in Hrn. Rothe, dessen sich immer sein Kollege anzunehmen genöthigt glaubt, nur eine wissenschaftliche Richtung, und auf diese ausdrücklich nur für Heidelberg getadelt; wir haben die Richtung mit der ascetischen, klösterlichen Natur des verehrten Lehrers in Verbindung gesehen, zu der sich derselbe (und damit fällt die ganze Entgegnung seines Kollegen zu Boden) privatim und in öffentlichen Reden selbst bekannt; und diese Natur ehren wir individuell in diesem unbescholtensten Mann der Universität so hoch, daß wir, feinfühlender als die Kollegen, ihn nicht weiter, als zu unserem Zwecke nöthig war, an die Oeffentlichkeit ziehen werden, die ihm von Anderen zuwider sein muß. Wir wollen uns also hier zurückziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß uns dieser Rückzug als ein Geständniß ausgelegt werde, daß wir auf diesem Gebiete „nichts verstehen," obgleich wir doch so viel verstehen, daß es uns, wenn von einer christlichen Ethik die Rede ist, von der die Laien als Laien nichts verstehen sollen, um die Ethik leider als um die Laien ist. — Genug von diesem. In der Karlsruher Zeitung aber hat sich nun eine Stimme hören lassen, die sich wenigstens auf den rechten Standpunkt stellt. Unsere Kritik sprach gleichsam aus einem kuratorischen Standpunkt; auf diesem steht der Korrespondent der D. Ztg. vom 30. v. M. Hier sind wir also zur rechten Stelle, erlauben Sie uns demnach, auf den umständlichen Artikel, der leider nur den bei weitem am wenigsten angegriffenen Punkt vertheidigt, umständlich einzugehen. Bereuen Sie ja nicht den Raum, den Sie einer nur scheinbar speziellen Sache gestatten; denn war unsere Absicht zwar zunächst auf die Hebung der Universität Heidelberg gerichtet, so geschah dies doch ausdrücklich aus einem weiteren, für ganz Deutschland interessanten Gesichtspunkt. Wir wollten hier die Sonde anlegen, um an einem großen in die Augen fallenden Beispiele zu prüfen, „ob die Regierung des politisch vorgerücktesten deutschen Staates das Verständniß und den Willen hat, die neuern Ordnungen auf die altern Zustände wirken zu lassen oder ob eine bewußte oder unbewußte Reaktion, passiv oder aktiv, durch Fördern oder Gehenlassen den alten Schlendrian aufrecht halten soll? Für diese Prüfung liegt es uns am nächsten, die Stände in Karlsruhe zu interessiren; es wird von der zu machenden Erfahrung in diesen und anderen Beziehungen abhängen, ob die Unterstützung, die man der Regierung bisher in der Zeit des Drangs und der Noth zwar widerfahren ließ, auch auf die ruhige Zeit der Pflege des neuen politischen Lebens übertragen werden soll. Der Grundsatz einer wahrhaft erhaltenden Politik erheischt jetzt mit dem furchtbarsten Ernste, daß wenigstens die vernünftigen und ermäßigten Forderungen des neuen Geistes eine rasche Befriedigung finden und daß seine Regungen, wo sie positiv aufs Schaffen und nicht aufs Zerstören gerichtet sind, freie Bahn finden; denn im andern Falle steht bei einem nächsten Stoße die Existenz nicht allein dieses kleinen Staates, sondern des ganzen deutschen Landes auf dem Spiel. Das war das Motiv, von dem wir ausgingen; es ist viel zu groß und feierlich, als daß wir uns träumen hätten können, einige Empfindlichkeiten zu verletzen, oder als daß die Regierung aus einer altmodischen Prüderie der scharfen Haltung dieser Artikel wegen sie ignoriren dürfte. Wir wählten, um die aufzustellende Probe zu machen, die Universität, die uns als solche persönlich noch weniger angeht als den Korrespondenten der K. Z. die medizinische Fakultät, weil sie der einzige Punkt ist, der für ganz Deutschland ein anziehendes Interesse hat, und weil zugleich hier das politische Parteiwesen und alle jene zweideutigen Forderungen der neuern Aera, von denen es noch zweifelhaft ist, ob sie zerstörend oder erhaltend sind, wegfallen. Unsere Absicht mußte sein, wie wir uns politisch an die erhaltenden Träger des neuen Geistes in den Ständen richten, so uns wissenschaftlich an dieselbe Fraktion der Universität zu halten, als an die eigentliche Stütze, Erhaltung und Einfluß, von dem die Zukunft der Universität abhängt. Diese Männer sind von dem Karlsruher Korrespondenten der Form nach sehr richtig bezeichnet, auch in der treffenden Ausscheidung v. Vangerow's, dessen mehr indifferente und persönliche Haltung ihn zwischen zwei Lager stellt; doch mußte Schlosser, der ewig junge, dieser jungen Seite zugezählt werden, zu der sich hoffentlich ein großer Theil der bisher Unparteiten schaaren wird. Denn daß man ja unsere Meinung wohl erkenne: wir meinen nicht, daß die fünf von dem Karlsruher Korresp. genannten Männer eine Partei ausmachen, aber wir wünschen, daß sie es künftig thun möchten und Andere mit ihnen. Wir wißen nur, daß eine Anzahl älterer, faktisch privilegirter Herrn in Heidelberg von jeher eine Kaste bilden, und daß sie Alles, was sich dahinein nicht fügt, als eine Partei behandeln, als eine Clique verschreien möchten. Kasten aber gehören nicht einmal der bisherigen Staatsordnung mehr an; wo sich ihre Spur zeigt, hat eine Regierung dieser Tage nichts Wichtigers zu thun, als ad internecionum zu verfolgen; an ihre Stelle freie, offene Parteien treten zu sehen, ist eine wahre Wohlthat, wenn es auch nicht das Ideal eines Zustandes ist. Der Karlsruher Korrespondent hilft in seiner Weise wie wir in der unseren, das Seinige dazu, um dieser Kaste gegenüber jene junge Partei zu konsolidiren; denn auch er, stellt sie bereits als eine solche und zwar offensive Parthei dar, während wir nichts an ihr zu tadeln haben, als daß sie das nicht gewesen ist, daß sie bisher schweigend, und nicht einmal defensive, immer nur wie eine Art von Geduldeten, in allen Verhältnissen der Universität erschienen, wo ihr persönliches Verdienst sich nicht unmittelbare Bahn brach. Der K. Halbmond-Korrespondent schickt alle Angriffe, die seit Jahren auf die Universität Heidelberg geschehen, diesen Männern zu. Darin stellt er sich leider, bei allem äußern Anstand seiner Entgegnung, auf die Seite der Leute, die wir im Anfang dieses Briefes bezeichneten. Es sind vor Jahren zwei größere Aufsätze gegen Heidelberg erschienen, zu einer Zeit, wo drei von den fünf Männern noch nicht an der Heidelberger Universität waren!! Seitdem mögen Einzelne unter ihnen gelobt worden sein. Warum sollten auch die Vorlesungen von Gervinus und Henle, die Hunderte von warmen, ja begeisterten Zuhörern um sich sammelten, nicht von Einem und dem andern gerühmt werden? sie wurden von Andern noch schärfer getadelt als gerühmt, das Eine kam so wenig aus der Quelle, von der der Halbmond spricht, als das Andere. Lob und Tadel bedingte die Natur dieser Vorlesungen, während freilich Vorträge, in welchen theure Kompendien und theure Vorlesungen abgelesen werden, begreiflicherweise keinen Enthusiasten anziehen. Ganz dreist werden von dem Halbmond-Korrespondenten, als die oft Gepriesenen ununterschieden alle fünf Männer jener Partei genannt; da aber in süddeutschen Museen die Zeitungswäsche, die unser Häusliches angeht, so gründlich zerarbeitet wird, daß Niemand ununterrichtet bleiben kann, so fordern wir den Halbmond auf, uns nur Einen Artikel nachzuweisen, in dem z. B. Jolly's auch nur erwähnt war, der immer in der seltensten Bescheidenheit zurückgezogen lebte und wirkte. Diese Männer sind so wenig, was wir wünschten, eine akademische Partei, daß sie, zwar äußerlich befreundet, doch nicht einmal wissenschaftlich so innig zusammenwirken, als es zu wünschen wäre; wir wüßten wenigstens nicht, daß die geschichtlichen Vorlesungen von Gervinus und Häußer einen ergänzenden Zusammenhang gesucht hätten, oder daß Henle bei den physiologisch-physikalischen Untersuchungen Jolly's sehr betheiligt wäre, so nahe beides läge. Diese Männer, die nicht allein in ihrer Stellung keines Lobes bedurften, sondern auch zu ihrem Lobe keines kastenartigen Zusammenwirkens, meinten auch den wissenschaftlichen und akademischen Parteizusammenhang entbehren zu können. Sie gingen jeder seinen eignen Weg und ließen die Universität ihren Weg gehen, da ihnen aller Einfluß abgeschnitten war. Und diese Leute greift nur der Mann, der von seinem kuratorischen Standpunkte aus in die „Deut. Z." schreibt, als eine feindselige Clique an. Er setzt freilich voraus (und wir wollen ihn, weil es uns so frommt, in der Ungewißheit lassen), daß die Artikel der D. Z. aus dieser Quelle fließen; daß aber ihre Tendenz sei, diese Seite zu loben und die andere in herabwürdigender Weise zu tadeln, das erfindet er mit einem kühnen Griff, der der Kaste gewöhnlich ist. Der Correspondent spricht zunächst uns von dem Artikel über die medicinische Fakultät. Ist es in dem Sinne-

dieser Leute selbst nur gelobt, wenn man dem Einen der Mediziner dieser „Cotterie" einen Concurrenten wünscht? Wenn wir einen solchen, z. B. Chelius gewünscht hätten, wie würden die Clienten oder die Patrone des Mannes oder der Kaste über Schmähung und Herabsetzung geschimpft haben, selbst wenn wir das Verdienst desselben eben so bereitwillig gerühmt hätten, wie Henle's! Ist es, vollends in dem Sinne dieser Leute, hämisch, wenn die Berufung Schürmeyers getadelt wird, nachdem er in dem ersten Semester von einem Privatdozenten der Universität, der dieses Fach seit Jahren und selbst ein Semester neben Chelius behauptet hat, wie man sich ausdrückt, todtgelesen wurde? Wo ist ferner in unserm Artikel für oder gegen Jemanden „posaunt?" Kaum ist Henle mit Einem Worte gelobt, Pfeufer mit keinem Ausdruck, der dem Lobe der ältern „befreundeten Celebritäten" gleich käme, Niemand ist getadelt. Denn wir wollten uns auf dem kuratorischen Standpunkte der Fürsorge für die Universität halten, die keinen Mann irgend einer Partei schmäht, der der Universität Nutzen bringt. Was wäre aber das für ein Kurator, der, weil sich die Kaste angegriffen glaubt, die geglaubte Partei wirklich angriffe, und Kräfte, um die uns jede Universität beneidet, aus einer bloßen kindischen Gereiztheit zuletzt dahin treiben würde, daß sie die erste Gelegenheit ergriffen, davon zu gehen? Aber freilich in der Ansicht unseres Korrespondenten sind diese Kräfte nicht beneidenswürdig und daher auch nicht des Schonens, geschweige der Hochachtung werth. Wir wollen daher morgen zu der Beurtheilung unseres Artikels von Seiten des Karlsr. Korr. übergehen, wo man dann erstaunen wird, wie der Einsender sein Versprechen gehalten hat, unbefangen und gewissenhaft zu sein, und wie gut er von seinen „Besserunterrichteten" bedient ist.

Von der Niederelbe, 29. Dez. Zu den in den letzten Tagen aus dem schleswig-holsteinschen Staatsdienste mit Pension entlassenen Beamten gehört auch der weiland weitberühmte Claus Harms, Sohn eines Müllers bei Marne in Süderditmarschen und selbst in der väterlichen Beschäftigung aufgewachsen und erst spät zum Studieren gelangt. Harms Name hatte fast 25 Jahre lang einen guten Klang, insbesondere bei den Strenggläubigen; sein Aeußeres, die Form seiner Predigten und seine frühere Theilnahme an den Landesangelegenheiten verriethen den schlichten, derben Mann aus dem Volke; erst in den letzten Jahren sank die Schale bei ihm allzusehr nach der Seite der Bigotterie und des Zelotismus und überhaupt der Reaction auf politischem wie auf kirchlichem Gebiete hin. (W. Z.)

⨯ **Kiel**, 31. Dez. Vor wenig Tagen haben die dänischen bewaffneten Kreuzer zwei Schiffe, eines: Concordia, von Flensburg nach Westindien bestimmt, der schleswig-holsteinischen Flagge beraubt und der Schiffspapiere, so wie mit Danik Eiesdom (dänisch Eigenthum) gebrandmarkt; nach dieser Procedur, die auf Alsen geschah, dieser widerrechtlich in Besitz behaltenen Insel, ließ man das Schiff fahren. Das andre, ebenfalls Concordia genannt, nach London mit Getraide bestimmt, ist im dänischen Hafen mit Arrest belegt, weil es die schleswig-holsteinische Flagge trug, welche die Dänen „aufrührerisch" nennen.

⨯ **Hamburg**, 30. Dez. Der patriotische Verein hat eine von Dr. Abendroth entworfene Adresse gegen das Heimathsgesetz an die Reichsversammlung gerichtet, in welcher es heißt, daß, wenn ein solches Heimathsgesetz eingeführt würde, es aus sei mit dem Gemeindeleben. Der Arbeiterverein in St. Georg hat ein soziales Bankett abgehalten.

Großbritannien.

* **London**, 31. Dez. Die englischen Zeitungen sind jetzt über die deutschen Verhältnisse weniger redselig als vor kurzem, als die Schicksale Berlins und Wiens noch in der Schwebe hingen; hier und da begegnet man jedoch einer Betrachtung über die deutsche Kaiserfrage. Die „Times" stellt sich gegenwärtig auf die Seite Oesterreichs, freilich mit einer ziemlich diplomatischen Wendung, indem es am Schlusse heißt: das Drängen nach kaiserlicher Einheit wurzele in der Erinnerung an die feste Macht, welche Oesterreich bewahrt habe, als die deutsche Kaiserwahl an Alterschwäche zerfallen, und wenn es möglich sei, die höchste Gewalt, die bis zum Anfange des Jahrhunderts auszuüben der Reichstag von Regensburg sich den Schein gab, nur zu einem Theile wieder zu beleben, so werde dies doch sicher und dauernd nicht geschehen können, wenn man den Theil Deutschlands, der seine Monarchie, seine Aristokratie und seinen Glauben am besten bewahrt habe, von sich stoße. Eine Hegemonie Preußens hält die Times für gefährlich oder unmöglich, die Eifersucht Oesterreichs würde sie nicht dulden, die kleinen Staaten würden sich gegen sie erheben, und namentlich würde Baiern, „ein katholischer Staat, mit einem Herrscherhause, welches keinem anderen in Deutschland nachsteht, und mit einem stark gezeichneten Volkscharakter, die Oberherrschaft einer norddeutschen, protestantischen, durch Friedrich Wilhelm IV. repräsentirten Macht durchaus unerträglich (utterly intolerable) finde." Das Ausscheiden Oesterreichs soll, diesem Artikel zufolge, rein durch die Intriguen Derjenigen bewirkt worden sein, welche Preußen an der Spitze Deutschlands zu sehen wünschen — als ob Oesterreich nicht die Initiative ergriffen und eine Sonderstellung behaupten zu wollen mehrfach erklärt hätte, während der preußische König bereits im März es aussprach: daß Preußen fortan in Deutschland aufgehen solle. Selbst als Phrase genommen hat ein solches Wort immer eine gewisse Bedeutung. Dann ist auch eine Stelle dieses Artikels bemerkenswerth, in der es heißt, daß zwar Deutschland Oesterreichs gar sehr bedürfe, nicht aber eben so sehr Oesterreich Deutschlands; unter andern würde sich Oesterreich bei einer allgemeinen Revision seines Tarifs besser stehen, als bei der Annahme eines allgemeinen deutschen, d. h. Oesterreich wird sich die deutsche Kaiserkrone gefallen lassen, aber es wird sich eine besondere Handelsstellung und andere Besonderheiten ausbedingen, es wird von Deutschland jeden möglichen Vortheil ziehen, aber es wird ihm keine Vortheile gewähren, es wird ihm nur Geschenke kaiserlich österreichischer Gnade zu Theil werden lassen. Die Times ist übrigens nicht unzugänglich, und wir glauben kaum fehl zu greifen, wenn wir namentlich aus der charakteristischen Stelle über Baiern den Schluß ziehen, daß dieser Artikel kein nationalenglischer ist. „Galignani's Messenger" druckt denselben mit der bezeichnenden, wenn auch wenig tröstlichen Ueberschrift: „der gordische Knoten in Deutschland" ab. „Daily News," um auch auf diese liberale Stimme zu hören, bringt eine Betrachtung über die Erhebung Ludwig Napoleons zum Präsidenten von Frankreich, über die Rolle, welche der Prinz von Canino, ebenfalls ein Bonaparte, in Rom spielt, und über die Möglichkeit, daß der Herzog von Leuchtenberg, Sohn des von Napoleon adoptirten Eugene Beauharnais, und Schwiegersohn des Czaren von Rußland, in Folge einer Verabredung zwischen Frankreich und Rußland, auf den Thron der Lombardei erhoben werden könne. Was werde Deutschland hierzu sagen? „Aber ach!" fährt Daily News fort, „Deutschland ist nicht mehr! Sein Volksgeist und seine Interessen haben eine vollkommene Verfinsterung erleiden müssen. Der Stolz und die Ehre dieses Landes sind unter der Soldatenherrschaft begraben. Und die Soldaten, welche Deutschland unterjochen, denken wie Narvaez mehr an ihre eigene Herrschaft, als an ihres Landes Einheit, Einfluß und Ehre. Der junge Kaiser von Deutschland (Oesterreich), der unglückliche schwankende König von Preußen richten auf Rußland ihre Blicke, um von hier in einem äußersten Falle gegen den tumultuarischen Geist ihrer Unterthanen Hülfe zu erhalten; sie sind nicht in der Lage, Widerstand zu leisten, wenn Italien wie Polen im vorigen Jahrhunderte zerstückt und unter fremde Tyrannen vertheilt werden sollte."

Unter allen Ministerien und unter allen Ministern muß wohl das Ministerium und der Minister des Kolonialwesens, Lord Grey, die meisten Angriffe erleiden; aber man macht ihn dabei für so mancherlei verantwortlich, was allein den Gouverneuren zur Last fällt. Das Morning Chronicle benutzt sogar eine allerdings brüske Anrede des Gouverneurs vom Kap an die Häuptlinge der Kaffern, die er am 7. Okt. zu Williams Town um sich versammelt hatte, zu einem Angriff auf Lord Grey, unter dem Vorwande, daß der Gouverneur, Sir H. Smith, der Doppelsieger in Ostindien und im Kaplande, sich so nicht benehmen konnte, wenn sein Verfahren nicht mit dem Grey'schen Systeme übereinstimme. Aber auch „Daily News", ein der Richtung des Morning Chronicle ganz entgegengesetztes Blatt, beklagt sich über die Ansprache des Kapgouverneurs an die Wilden, die ungefähr in demselben Style gehalten ist, wie General Wrangel seine lieben Berliner anzureden pflegt. Sir H. Smith sagte unter andern: „Die Königin hat mir dies Papier geschickt;" (bei diesen Worten erhob er eine Rolle Papier und warf sie sodann auf die Erde) „da liegt das Landesgesetz, soll nie geändert werden, kein Wechsel; dies hier (den Amtsstab oder den sog. „Umfeli" emporhebend) ist der Stock, der es ausführen wird, ich habe Soldaten, es zu erzwingen" u. s. w. Die Häuptlinge, die er einzeln anredete oder besser anfuhr, antworteten zurückhaltend und mit dem klugen In-

stinkt, der den Wilden eigen ist. Nachdem er ihnen vorgestellt, daß der Lord Bischof aus der Kapstadt herbeigekommen, um den Segen des Christenthums unter den Ihrigen zu verbreiten, wandte er sich an den Häuptling Jan Tzatzoe mit den Worten: „Hast du nichts zu sagen? Du warst in England, hast dort die große Welt gesehen und hast bemerkt, daß da Niemand das Brod der Trägheit genießt, und doch, du Narr, wagtest du mit den Kaffern gegen die Obmacht der Königin gemeinsame Sache zu machen. Hast du dem Lord Bischof nichts zu bemerken über die Art, wie sich die Erziehung unter deinen Landsleuten verbreiten läßt?" Tzatzoe antwortete geschickt: „Der Lord Bischof ist ein großer und weiser Mann, und der große Häuptling (Sir H. Smith) hat bereits bemerkt, daß ich ein Narr bin. Wie könnte ich also über diesen Gegenstand einen Rath ertheilen? Der Lord Bischof wird am besten wissen, was er anzufangen hat."

Die letzten Mittheilungen aus Adelaide (Südaustralien) vom vergangenen Mai lauten für diese Kolonie sehr günstig. Ein Schreiben aus Adelaide in „Daily News" rühmt das komfortable Leben in dieser Stadt und die vielen Erwerbsquellen, die sie bietet, und enthält dann folgende Stelle: „Südaustralien blüht so rasch empor, wie nur je. Die meisten Bergwerke arbeiten erstaunlich wohl, namentlich die Riesenmine Burra Burra. Die jetzt arbeitenden Bergwerke sind jedoch, wie ich glaube, nur eine kleine Probe des Mineralreichthums von Südaustralien. Das Land in der Nachbarschaft der Stadt steigt täglich an Werth, und dieses Land wird ohne Zweifel bald für eine Menge Ansiedler eine Quelle des Reichthums sein." Nur warnt der Verfasser dieses Schreibens, ja nicht etwa zu glauben, daß man müßig die Hände in den Schoß legend nur den Mund aufzuthun brauche, um in Adelaide satt zu werden; Adelaide ist im Gegentheil nur für die Fleißigen ein Eldorado, nicht für die Müßiggänger.

Die mit der letzten ostindischen Ueberlandspost angelangten Nachrichten aus China sind im Ganzen unbedeutend; politisch ominös ist jedoch für die Briten, daß sie schon jetzt die Rivalität der Nordamerikaner in den dortigen Gewässern zu befürchten beginnen. Die neue englische Niederlassung auf Labuan, einer Insel an der Nordostküste von Borneo, ist im raschen Wachsthum und verspricht für England um so wichtiger zu werden, da sie für die Ausbreitung der britischen Herrschaft auf Borneo einen so wohlgelegenen Stützpunkt bietet. Der britische Statthalter von Labuan, der bekannte Sir H. Brooke, trägt bereits den Titel eines „Radscha von Sarawak." Für den Augenblick hat England hier, namentlich seitdem die Verlegenheiten der Holländer durch die auf Bali erlittene Niederlage so empfindlich vermehrt worden, die glänzendsten Aussichten, aber gerade in diesen Gewässern dürften in ferner Zeit Kollisionen mit den rivalisirenden Nordamerikanern, deren Unternehmungstrieb seit der Besitznahme von Kalifornien sich in gesteigertem Maße auf den großen Archipelagus in der Südsee werfen wird, schwerlich ausbleiben.

Frankreich.

†† **Paris**, 31. Dez. „Welche Kraft gewinnt das Ministerium durch die Zugabe der Hrn. Lacrosse und Büffet? Wer kennt Hrn. Büffet? Unfähigkeit und Machtlosigkeit; ist dies die Regierungsgewalt, welche uns der Präsident der Republik einbringt? Unfähig der Initiative, läßt er einige Ehrgeizige den alten Portefeuillekrieg wieder aufnehmen, während dessen das Land der Pestbeule Pauperismus preisgegeben ist, welcher erstickt werden muß (Worte L. Bonaparte's). Das Volk wird fortfahren zu seufzen, wenn der Präsident Männer sucht, statt Prinzipien." So raisonnirt die „Republique", ein Organ der honetten Republikaner. Nur der „Constitutionel" geht über das Ereigniß des Ministeraustrittes leicht hinweg. Hrn. Thiers macht es keine Skrupel, wenn noch ein paar Ministerien den Hals brechen, falls nur damit die Zeit heranreift, welche ihn beruft, Frankreich zu regieren. Hr. Maleville und Konsorten sind nur die erste Stufe des Schemels, auf dem der kleine Napoleomane zum Präsidentenstuhl emporsteigt. Welche Dauer verspricht das neu komponirte Ministerium, welche Bürgschaft gibt nun die Polizeirede des Hrn. Odilon Barrot den Freunden der Ordnung, denen bei der Unordnung der Regierung nicht wohl wird? Die Freunde der Ruhe und Ordnung hat diesmal die Wahldevise „Napoleon" getäuscht, und bitter werden die Kaufleute die Spekulation mit dem Präsidenten Bonaparte zu bereuen haben. In diese Ministerkrise fällt die Amnestiefrage ein; sie ist für Frankreich eine Schicksalsfrage, wie die Kaiserfrage für Deutschland. Der Interpellation des Repräsentanten Baxtyte der Konseilspräsident mit „mehr Insolenz als Guizot je gezeigt" leere Antworten entgegen, die von der Linken mit Leidenschaft zum Stoffe neuer Interpellationen gemacht wurden. Odilon Barrot hörte sich Ministre provocateur nennen, weil er undelikat genug war, auf den Toast der Madame Come im letzten demokratisch-socialen Frauenbankett hinzuweisen, welche von Legrange sagte, er würde die Amnestie endlich mit der Flinte verlangen müssen. Die Majorität der Stimmen ging in der gestrigen Sitzung — der letzten der verhängnißvollen Jahreszahl 48 — über die Amnestiedebatte zur Tagesordnung über. Déplorable fin pour l'année 1848! ruft die „Republik" aus, und erinnert den Präsidenten an das alte Sprichwort „Les conseilleurs ne sont pas les payeurs." Denn Polignac starb in Frankreich, Karl der Zehnte auf fremder Erde; Guizot wird zu seinem reichen Besitze nach Calvados zurückkehren — wird aber Louis Philipp je wieder Neuilly sehen?

Oesterreichische Monarchie.

Krakau, 28. Dez. In Betreff der Emigranten und der russisch-polnischen Flüchtlinge ist heute folgende Verordnung von der Behörde erlassen worden: 1) Diejenigen Emigranten, welche in Folge der lemberger Kapitulation, als auch die russisch-polnischen Flüchtlinge, welche ohne Nachweis des Unterhalts hier angekommen sind, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung aber den österreichischen Staat zu verlassen haben, erhalten, wenn sie sich nach Frankreich begeben wollen, und die Reisekosten besitzen, Pässe von der Regierung, wobei ihnen protokollarisch zu erklären ist, daß, wenn sie wieder einmal nach Galizien oder dem krakauer Kreise zurückkehren, sie nach ihrem Vaterland oder ihrem Geburtsorte transportirt werden. 2) Diejenigen Emigranten und russisch-polnischen Flüchtlinge, welche keine Mittel, sich zu erhalten besitzen, mögen es als Gnade betrachten, daß die Regierung die Sorge übernimmt, sie auf eigne Kosten nach Amerika zu schaffen, da sowohl die preußische, als die andern deutschen Regierungen ihre Aufnahme verweigern. Die Regierung läßt sich hierbei nur von den Grundsätzen der Menschlichkeit bestimmen, nicht aber um sich irgend Jemanden zu verpflichten. 3) Diejenigen Emigranten und russisch-polnischen Flüchtlinge aber, welche, nicht eingedenk der ihnen erwiesenen Toleranz und menschenfreundlichen Behandlung, sich so weit vergessen haben, daß sie in die Reihen der ungarischen Rebellen eingetreten sind und gegen das kaiserliche Heer kämpfen, werden, sobald man ihrer habhaft wird, den russischen Behörden ausgeliefert, wenn sie in Folge ihrer Handlungen nicht vor das Kriegsgericht gestellt werden sollten.

Italien.

Rom, 23. Dez. Aus zuverlässiger Quelle hab' ich folgende Notizen über Se. Heiligkeit. In den ersten Tagen dieses Monats schrieb Pius IX Briefe an alle Fürsten Europa's, die katholischen und akatholischen, worin er ihnen das in Rom Vorgefallene meldete und die Gründe, warum er seine Hauptstadt verlassen, auseinander setzte. Doch stellen diese Briefe keinerlei Gesuch an die adressirten Fürsten, sondern erzählen nur einfach das Geschehene. Admiral Parker und Hr. Temple haben dem heiligen Vater im Namen der britischen Regierung ein Asyl in Malta und Schiffe zur Ueberfahrt nach dieser Insel angeboten; er hat ihnen für das freundliche Anerbieten gedankt. Der Papst hat dem Kardinal Castracane zwei neue Aktenstücke übermacht: 1) die Ernennung des Kardinals Antonelli zum Staatssecretär; 2) die Prorogation der Kammern. Diese beiden Akte sind dem Publikum noch nicht bekannt. (A. Z.)

Neuestes.

Die Berichte aus **Paris** vom 1. Januar bringen eine Beschreibung des Empfanges, der zur Feier des Neujahrs beim Präsidenten stattgefunden hat. Schon am Abend des 31. Dez. brachten die Würdenträger der katholischen, protestantischen und jüdischen Kirchen ihre Glückwünsche dar, ebenso die Mitglieder des Staatsraths. Am Vormittage des Neujahrsfestes selbst ließ sich dann der Präsident die Officiere der Armee und der Nationalgarde vorstellen und nicht, wie man vermuthet hatte, im Saal der Tuilerien, sondern im Palais Elysée National. Er mag es doch wohl für gerathen gehalten haben, die öffentliche Meinung, die wach geworden war, nicht zu tief zu verletzen; die Patrie brachte deshalb schon am Abend vorher die Mittheilung, wo die Cour vor sich gehen würde. Sonst ist nur die Ernennung einer großen Zahl von Präfekten zu erwähnen, unter denen man viele Namen aus Louis Philipp's Zeit bemerkt.

Redacteur: **H. Kruse.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 4. Januar. Der österreichische Ausschuß. Die katholische Stadtpfarrerstelle. Feier der Grundrechte in Hanau. Preußen und das Kaiserthum. Die österreichische Note.) Wien (Beförderungen in der Armee. Gerücht von der Uebergabe Komorns. Tagesnachrichten.) Berlin (Unduldsamkeit. Oesterreichische und preußische Politik. Gerichte. Geschwornen. Die Wahlen.) München (Bevorstehende Einberufung der Kammern.)

Frankreich. Paris (Das Journal des Debats und das Ministerium. Die Auflösung der Nat.-Vers.)

Schweiz. (Gesandschaftswesen. Die Schweiz und der deutsche Zollverein.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 4. Januar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 4. Januar.

Tagesordnung der 146. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des von dem Abgeordneten Zachariä aus Göttingen, Namens des Ausschusses für Begutachtung des Verhältnisses der Einzelstaaten zur Centralgewalt erstatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Wesendonck: die Auflösung der preußischen Nationalversammlung und die Oktroyirung einer Verfassung für Preußen betreffend.
2) Berathung des von dem Abgeordneten v. Dieskau, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts, über mehrere Petitionen wegen Abschaffung und Aufhebung der Hazardspiele, der öffentlichen Spielbanken, der Lotterien und des Lotto's.
3) Berathung des vom Abgeordneten Martens, Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten erstatteten Berichts, über die Anträge des Abgeordneten Mohr, die Einquartierung in der Provinz Rheinhessen betreffend.
4) Berathung des vom Abgeordneten Sprengel erstatteten Berichts über die von dem Hofgerichte von Sigmaringen beantragte Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen den Abgeordneten Advokaten Würth von Sigmaringen.
5) Berathung des vom Abgeordneten Werner aus Coblenz, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses erstatteten Berichts über verschiedene Eingaben.

Vorsitzender: Ed. Simson. Namens des Bureau's beantwortet Vicepräsident Kirchgeßner die gestrigen Anfragen Rösler's von Oels in Bezug auf die dauernde Abwesenheit mehrer Mitglieder des Hauses. Er knüpft daran die Bitte, daß die von einem Urlaub eintreffenden Abgeordneten ihren Wiedereintritt beim Bureau behufs genauerer Kontrole jedesmal anmelden möchten.

Zur Tagesordnung übergehend, wird über den Bericht des Biedermann'schen Ausschusses die Berathung eröffnet. Das Erachten des genannten Ausschusses lautet dahin:

„Daß die hohe Versammlung über den Antrag des Abgeordneten Wesendonck, die Auflösung der preußischen Nationalversammlung und die Oktroyirung einer Verfassung für Preußen betreffend, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Sache, zur Tagesordnung übergehen möge."

Die mehrfachen dazu gestellten Verbesserungsanträge sind von sehr verschiedener Art. Die dem Ausschußerachten zunächst stehende Meinung geht auf motivirte Tagesordnung. Auf der andern Seite aber wird verlangt, daß die preußische Verfassung, weil sie oktroyirt worden sei, als eine eines freien Volkes unwürdige und daher ungiltige bezeichnet werde. Von zehn gegen das Ausschußerachten eingezeichneten Rednern erhält zuerst Wesendonck das Wort. Der Ausschußbericht sei unklar. Er reihe eine Menge von Fragen aneinander, deren Beantwortung er schuldig bleibe, und der daran geknüpfte Antrag endlich scheine sich die Entscheidung des Bundestags in der hannoverschen Verfassungsfrage zum Muster genommen zu haben. Wolle er (Wesendonck) auch nicht läugnen, daß die alte Bundesakte noch zu Recht bestehe, so könne doch kein Zweifel aus ihr über die Competenz der Nationalversammlung abgeleitet werden. Die preußische Verfassung ist nun keine vorläufige, sondern eine endgiltige, die nur durch die Uebereinstimmung beider Kammern abzuändern sein soll. Dies Zweikammersystem widerspricht dem Grundsatze, nach welchem die Verfassung Preußens von Einer Kammer zu errichten war. Der Rechtsboden ist mithin schon in diesem Punkte verletzt, und von der Seite dieses Hauses, die beständig von sich verkündete, sie stehe auf dem Rechtsboden, erwarte ich, daß sie sich in der vorliegenden Frage treu bleiben werde. Es sei kein Kläger vorhanden, wendet man ein. Handelt es sich denn aber um eine Civilsache? Außerdem bin ich, der Antragsteller, preußischer Staatsangehöriger, und allerdings sind Beschwerden wider die oktroyirte Verfassung bei'm Hause eingegangen von Naumburg, Neisse und anderen Orten her. Das Motiv, womit die Verlegung und Vertagung der preußischen Landesversammlung gerechtfertigt werden soll, nämlich die Unfreiheit der Versammlung, vermag ich nicht anzuerkennen. Die Schreckbilder, von denen man uns erzählt hat, daß sie durch die Berliner Straßen schritten, lebten nur in dem Gehirne eines Furchtsamen. Der Traum eines rothen Republikaners freilich, er befindet sich noch hier in unserer Mitte. (Gelächter.) Der Steuerverweigerungsbeschluß, den man den preußischen Volksvertretern zu so schwerem Vorwurfe macht, ist nichts als eine Consequenz des Beschlusses, der das Ministerium Brandenburg für ein hochverrätherisches erklärte. An Hochverräther zahlt man keine Steuern. Dazu ist die oktroyirte Verfassung nicht erst ausgearbeitet worden, nachdem die äußersten Conflicte eingetreten. Sie war längst vorbereitet und vorhanden. Sie ist wohl selbst aus Einflüssen hervorvorgegangen, die in diesem Saale ihren Ursprung haben (Unruhe). Die Verweigerung der Theesteuer, von der die amerikanische Erhebung datirt, rühmt man uns. Was geschah denn in Preußen Anderes? Die oktroyirte Verfassung aber wird mit Unrecht eine freisinnige genannt. Die erste Kammer stellt die Bevorrechtigung des Reichthums wieder her, und was die Grundrechte anlangt, so tritt sie in Widerspruch selbst zu den in Frankfurt getroffenen Bestimmungen. Das Petitionsrecht z. B. wird nur den anerkannten Korporationen zugesprochen und Volksversammlungen unter freiem Himmel bedürfen einer vorläufigen Anzeige. Das absolute Veto, welches wir hier verworfen haben, in der preußischen Verfassung findet es seinen Platz. Wär' aber die Verfassung selbst eine freisinnige zu nennen, so wird sie allen Anzeigen nach nicht gehalten werden. Alle Verfügungen des Ministers Rintelen erinnern an das alte System, an das System der Despotie. Dazu kommt ein neuester Armeebefehl, der den Offizieren verbietet, von einer andern politischen Meinung als ihr König zu sein (Bewegung und Widerspruch), dazu der königliche Neujahrsgruß an das Heer, worin auf die Märzbewegung herabgeblickt wird, als auf eine Empörung. Selbst das Vertrauen auf die Redlichkeit und Unabhängigkeit der Gerichte ist vernichtet. Sie sinken zu Polizeianstalten herab. Unter den verschiedenen Anträgen, die Ihnen vorliegen, scheint mir der des Abgeordneten Uhland der empfehlenswertheste, der von der Ansicht ausgeht, was in Preußen geschehen, das sei ein Verfassungsbruch. Das Ministerium Brandenburg habe nichts für das Wohl des Landes gethan, wohl aber die Berliner Versammlung, die ihre Zeit wahrhaftig nicht vertändelt habe. Die Gründe der Auflösung, die man vorgeschoben habe, seien falsch. Spreche man es aus durch einen Beschluß, daß die preußische Regierung abermals ihr Wort gebrochen, die Berliner Versammlung aber sich um das Vaterland verdient gemacht habe. — Lebhafter Beifall von der Linken und von der ungesperrten Gallerie, die auf Anlaß der heutigen Verhandlung mit einem überaus zahlreichen Publikum besetzt ist.

R. Haym aus Halle, der von den Rednern der anderen Seite auf Wesendonck folgt, hätte gewünscht, daß sein Vorredner jede Beziehung auf den Rechtsboden vermieden hätte. Die Vereinbarung mit dem Volke, die an der preußischen Verfassung vermißt werde, sei allerdings vorhanden. Denn von allen Seiten strömten die Zustimmungsadressen des Landes an den König, nachdem er mit der Verfassung hervorgetreten. Die preußische Regierung hat das Recht der rettenden That ausgeübt, dies Wort eines uns Allen verehrten Mannes (Dahlmann's bekanntlich), enthält die allein richtige Bezeichnung. Wollen wir mit praktischer Behandlung der Sache zu Werke gehen, wohlan, so legen wir noch einmal unser moralisches Gewicht in die Wagschaale. Es wird den Wahlen in Preußen zu statten kommen, es wird zur Abkürzung der dortigen Ausnahmszustände beitragen, es wird endlich ein Schritt zur Einheit des Vaterlandes sein, deren Schlußstein wir eben zu gestalten im Begriffe sind. Nicht um einen verlebten Gegensatz von Regierung und Volk bewegte sich der Streit. Es war um das große und gesammte Ganze, um den Staat war es zu thun. Auch die vorliegende Frage ist keine Rechtsfrage, sondern eine Frage der Macht. Erklären Sie die preußische Verfassung für nichtig, so werden Sie Ihr kühnstes, aber auch Ihr letztes Wort gesprochen haben. (Unruhe) Wollen Sie aber im Interesse des Vaterlandes, im Interesse der Einheit handeln, so werfen Sie keine Makel auf eine

Krone, die wir bald suchen werden. Gehen Sie dem Ausschußantrage gemäß zur einfachen Tagesordnung (Beifall u. Zischen).

Heinrich Simon: Zweimal haben Sie die Gelegenheit Deutschland zu retten, in eine Gelegenheit verwandelt, sich selbst zu vernichten. Jetzt liegt Deutschland zu Boden, den Wühlereien der Diplomaten preisgegeben, und an den widerstrebenden Interessen von dreißig Dynastieen zersplitternd. Aber ich kann Sie nicht mehr auffordern, Deutschland zu retten, denn der Augenblick dazu ist vorbei, weil Sie 9 Monate lang den Ursprung Ihrer Wahl, den Willen des Volkes vergessen haben. Was hat es Ihnen nun geholfen, daß Sie den Regierungen so sorgfältig schonende Rechnung trugen? Es gehorcht Ihnen auch keine einzige, wie der Redner aus den Erklärungen und Maßregeln der einzelnen deutschen Staaten darzuthun sucht. Das ist die Folge Ihrer Halbheit, mit der Sie unter Anderm zugleich das preußische Volk und die Regierung verletzten, indem Sie die Steuerverweigerung verwarfen und zugleich auf Entfernung des Ministeriums Brandenburg drangen. Solon nannte die Verfassung die beste, wo die Rechtsverletzung auch des geringsten Bürgers die strengste Ahndung nach sich zöge. Wenden Sie jetzt diesen Grundsatz auf das preußische Volk an. Der König hat dort seinen Zusicherungen zuwider durch die Oktroyirung alle Souveränetät an sich gerissen. Ich sage aber: wehe dem Volke, welches das Entwürdigende nicht fühlt, was in solchem Verfahren liegt, wehe dem Volke, dem der Titel gleichgültig ist, durch den es sein Heiligstes erhält! Die Gewalt hat gesiegt, das ist die Wahrheit und von keinem Nothrechte der Regierung kann die Rede sein, wie sehr auch hier die Berliner Versammlung geschmäht worden ist und so auch wieder im Ausschußberichte. Hr. v. Vincke hat zwar früher behauptet, er könne in dem Verfahren der preußischen Regierung keine Spur von einem Staatsstreiche entdecken. Es wird ihm aber jetzt wohl ergehen, wie einem andern Mitgliede des Hauses, so daß er nun nicht blos den Staatsstreich, sondern vielleicht sogar „Reaktion" erkennt. Die Berliner Versammlung sei unthätig gewesen? Gerade als sie sehr thätig war in Abschaffung des Adels, der Orden und Titel, hob man sie auf. Ich mache Sie auf ein versöhnendes Schreiben der Mehrheit der Berliner Versammlung aufmerksam, welches an den König gerichtet werden sollte, falls er das Ministerium Brandenburg entließe. Dies Schreiben, ohne Namensunterschriften und in allgemeinen Ausdrücken gehalten, liest Simon vor, um damit zu beweisen, wie wenig es die Absicht der preußischen Versammlung gewesen, den Bruch aufs Aeußerste zu treiben. Der Redner wendet sich sodann wider die in Anmerkung mitgetheilte Stelle des Ausschußberichts*), deren Behauptungen er in ihren Einzelnheiten zu widerlegen bemüht ist. Aber selbst das Nothrecht der Auflösung der Kammer zugestanden, was sei dann die Folge gewesen? Daß die Regierung an das Volk hätte appelliren müssen. Das heißt eine neue Versammlung mit den Rechten und nach dem Wahlgesetze der alten sei einzuberufen gewesen. Dazu sei die oktroyirte Verfassung so auf Schrauben gestellt, daß wenig von ihr übrig bleiben werde, wenn es zum Konflikte käme. Sie verleihe dem Volke das Steuerbewilligungsrecht nur zum Scheine. Zum Beweis dessen führt H. Simon die betreffenden Verfassungsparagraphen an, von denen seiner Meinung nach der eine den andern aufhebt. Diese Bestimmungen seien von der Art, daß sie selbst noch über die strengen Ansichten einer kleinen Schrift: „Gespräche über Kirche und Staat" (für deren Verfasser Hr. v. Radowitz gehalten wird) hinausschritten. Die Preßfreiheit und das Vereinsrecht werde dem Volke in der unbeschränktesten Weise durch die Verfassung zugestanden. Allein die drakonischen Preßgesetze dauerten fort und ein kleiner Paragraph ermächtige je nach den Umständen die Regierung dazu, alle jene Rechte aufzuheben. Der preuß. oktroyirten Verfassung war es vorbehalten, die köstliche pariser Erfindung des Belagerungszustands mitten im Frieden unter die Märzerrungenschaften aufzunehmen (Bewegung und Bravoruf.) Außerdem weise die Verfassung auf so viele organische Gesetze hin, die erst noch zu erlassen seien, daß eigentlich noch Alles im Vorbehalte sei und die erste Kammer, ihrem Wahlgesetze gemäß aus der Bourgoisie und dem grundbesitzenden Adel gebildet, werde die Krone wohl nicht in den Fall bringen, von ihrem absoluten Veto Gebrauch zu machen. (Lachen). Bedenke man dazu, daß die Verfassung in Preußen durch eine Beamtenschaar, so groß oder größer als das preußische Kriegsheer, gehandhabt werde, die sich der Gegenrevolution mit Eifer anschließe, erwäge man die Untersuchungen, die bereits eingeleitet, die Einkerkerungen die verfügt seien, so werde man den Vergleich der preußischen Zustände mit dem Rückschlage in Neapel nicht übertrieben finden. (Hört!) Die ganze alte schlechte Wirthschaft ist in Deutschland wieder in voller Blüthe! In Oesterreich wird an allen Orten reagirt und hier im Hause ist wohl kaum Jemand, der nicht einen Bruder oder Freund im Kerker wüßte. (Widerspruch.) „Im Verfahren der preußischen Gerichtshöfe, ich stehe nicht an das zu sagen, erblicke ich eine schmachvolle Servilität." Unterbrechende Unruhe, Beifall von der Linken, Applaus von der Gallerie. Von der Rechten wird der Ordnungsruf gefordert.

Vicepräsident Beseler: Ich werde den Redner nicht zur Ordnung rufen (Stürmisches Bravo im Hause.) Man mag über seine Behauptung urtheilen wie man will, so gibt sie doch dem Präsidenten keinen Anlaß zu einem disciplinarischen Verfahren.

Simon: Diejenigen die mich zur Ordnung rufen wollen, vergessen, daß das Richteramt ein heiliges Priesterthum ist. Meine Herren! Sie können das Recht mächtig stärken, wenn Sie offen erklären: die Oktroyirung der Verfassung sei eine Rechtsverletzung und das Recht des Volkes auf Vereinbarung bestehe fort. Das ist mein Antrag. (Rauschender Beifall.)

Reichsminister der Finanzen v. Beckerath: der Rath, den der Verfasser von „Annehmen oder Ablehnen" ertheilte, war dahin gerichtet, daß der vereinigte Landtag die patentirte Verfassung einfach zurückweisen sollte. Wie aber, wenn der Rath befolgt worden wäre, wenn mithin der vereinigte Landtag der politischen Entwickelung Deutschlands gefehlt hätte? Das formelle Recht ist in großen politischen Fragen nicht das allein Entscheidende. Ueberhaupt hat Simon mit Vorliebe die Schattenseite unserer Verhältnisse hervorgekehrt und seine Behauptungen in Bezug auf die Weigerung der deutschen Regierungen den Beschlüssen dieser Versammlung nach zu kommen, sind unrichtig. Der Abgeordnete Uhland verlangt in seinem Antrage, daß diese Versammlung die politische Ehre und Freiheit des Volkes vertrete. Ich pflichte dem bei. Allein in dem Begriffe der Vereinbarung liegt auch das Recht der Verneinung für die Krone. Sie hätte daher die ganze Verfassung verwerfen können, welche die Versammlung beschlossen. Was aber ist geschehen? Ich meine, die Regierung ist redlich bemüht gewesen, daß der Grundsatz der Vereinbarung aufrecht erhalten werde, (Bewegung, Widerspruch und Beifall) und sie verdient die Vorwürfe nicht, die Herr Simon wider sie erhoben. Und zeigen nicht alle Vorgänge in Preußen, die Zustimmungsadressen der Städte, das eifrige Eintreffen der Landwehren, daß die oktroyirte Verfassung mit Freuden angenommen worden ist, daß sie bereits im Volke Wurzel geschlagen hat. Nach Herrn Simons Verlangen aber käme es auch hier wieder auf die Annahme oder Ablehnung hinaus. Eines starren Princips wegen wollen wir aber nicht eine lebendige Welt in Trümmer schlagen. Nicht der Standpunkt des formellen Rechts ist der unsrige und wenn man uns sagen will, daß die preußische Ver-

*) „War die Verlegung der preußischen Nationalversammlung und damit auch die zur Ausführung der Maßregel nothwendige Vertagung derselben, wie die hohe Versammlung bereits in dem Beschluß vom 14. Nov. anerkannt hat, durch die obwaltenden Umstände gerechtfertigt, so folgt daraus von selbst:

1) die Verpflichtung der Abgeordneten, sich der, kein materielles Volksrecht auch nur entfernt kränkenden Anordnungen der Krone in Betreff der Vertagung und Verlegung zu fügen.
Es folgt daraus aber auch
2) die Ungültigkeit aller Acte, welche von der in einseitiger Wirksamkeit fortagenden Majorität der preußischen Nationalversammlung nach der Vertagung bis zum Wiederzusammentritt in Brandenburg (27. November) gefaßt worden sind; und
3) die Verpflichtung der Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung, an dem für die Wiedereröffnung der Sitzungen bestimmten Tage in Brandenburg zu erscheinen und in geordneter Weise das Werk der Vereinbarung einer Verfassung fortzusetzen.

Was ist aber seitdem geschehen? Die der Regierung entgegentretenden Abgeordneten haben durch die wiederholten Versuche, in der Hauptstadt des Reichs, ungeachtet der Vertagung und der mit der Verkündigung des Belagerungszustandes verbundenen Verbote der bewaffneten Macht sich zu versammeln, so wie durch das fluchtartige Wandern von einem Local in das andere, zwar ihren Eigenwillen durchzusetzen gesucht, dabei aber weniger zu ihrer Genugthuung gewonnen, als vielmehr ihr Ansehen als Volksvertreter herabgesetzt. Sie haben es nicht über sich vermocht, dem Wohle des Vaterlandes, welchem die Fortsetzung des traurigen Konfliktes in keiner Weise förderlich sein konnte, das vermeintlich vorhandene formelle Recht zum Opfer zu bringen und für ihre Bereitwilligkeit zu der auch durch Abgesandte einiger Fraktionen hier in Frankfurt angeblich erstrebten Vermittelung keinen andern Standpunkt, als den des Festhaltens an ihrem mehr als zweifelhaften Rechte einzunehmen gewußt."

fassung auf der Willkür beruhe, so behaupte ich dagegen, daß sie vielmehr auf der höchsten politischen Nothwendigkeit beruht. (Beifall).

Eine Anzahl von Mitgliedern der Linken beantragt Schluß der Debatte. Die Versammlung entscheidet sich jedoch für deren Fortsetzung, worauf

Wachsmuth aus Hannover gegen den Uebergang zur einfachen Tagesordnung und für die motivirte, sodann aber Göden aus Krotoszyn für das Ausschußerachten spricht. Die oktroyirte Verfassung Preußens ist mehr als ein Staatsstreich, es ist der Umsturz der organisirten Anarchie. Die Berliner Versammlung ging die Bahn der Republik und des Konvents. Die Krone hat nur mit richtigem Takte erkannt, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, den Schlund des Curtius zu schließen. Die Versammlung erhob das Wort „Reaktion" zu einer Macht, mittelst deren es durch 7 Monate die Herrschaft an sich riß. Aber die Reaction, wie sie uns dort zum Schreckbilde hingestellt ward, wäre ein Hohn gegen unser Volk und eine Verspottung des Genius unserer Zeit. Im Namen des deutschen Volkes nicht allein protestire ich gegen die Verläumdung der Reaction, sondern auch im Namen der deutschen Fürsten, die von jetzt an eine Ehre darin suchen werden, ihren Völkern in dem Gehorsam gegen die Konstitution voranzugehen. (Beifall und Zischen dagegen.)

Martiny: Das schlimmste Ergebniß, welches uns aus der preußischen Verfassungsfrage bedroht, ist der sittliche Einfluß, den der Sieg des Absolutismus auf das Rechtsgefühl, auf den Muth und die Zuversicht des deutschen Volkes ausüben wird. Die Zeiten freilich sind vorüber, wo man von der Tribüne dieses Hauses mit Erfolg gegen die Könige donnerte (Gelächter) und der König von Preußen würde Ihnen für Ihren heutigen Beschluß den Gehorsam versagen, wie er Ihre früheren Entscheidungen unbeachtet ließ! Wollen Sie ihn etwa mit Reichstruppen zwingen? Keine Korporalschaft steht Ihnen gegen ein gekröntes Haupt und für das Volk zu Gebote. Ich will daher so freimüthig sein, Ihnen auch meinen letzten Rath nicht vorzuenthalten: „Gehen Sie nach Hause!" Bei diesem Schlusse Martiny's bricht die heitre Laune, mit welcher die Versammlung dem unbeholfenen Vortrage des Redners zugehört hat, in ein herzliches Lachen aus.

Wurm aus Hamburg hofft, daß man den Rathe des „beredten Mannes," der vor ihm auf der Tribüne gestanden, nicht so rasch folgen werde. Er vermißt in dem Ausschußberichte den Ausdruck des sittlichen Unwillens, den die Versammlung zu empfinden habe einem Staatsstreiche gegenüber, wie die Auflösung der Berliner Versammlung und die oktroyirte Verfassung ein solcher sei. Diesen Ausdruck des sittlichen Unwillens hält er für um so unerläßlicher, als in Preußen die Tribüne fehlt, ihm Worte zu verleihen. Von der Seite gerade müsse er ausgehen, die die Einheit darum über Alles stelle, weil dann die Freiheit von selbst kommen werde. Wurm fordert daher eine motivirte Tagesordnung.

(Schluß folgt im morgenden Blatte.)

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 2. Jan. Wir führten neulich ein Gerücht an, das wir bis auf seinen Ursprung verfolgen konnten und als falsch bezeichnen durften. Dasselbe Gerücht ist inzwischen gewachsen: Der König von Preußen, so hieß es erst, wird den Beschluß der Nationalversammlung, der ihm das Kaiserthum übertrage, nicht für eine Basis der Legalität ansehen können; jetzt heißt es schon: und wenn außer der Nationalversammlung auch die Berliner Versammlung so dekretirt und sämmtliche deutsche Fürsten ihm die Kaiserkrone anböten, so würde er sie ausschlagen, wenn nicht Oesterreich sie ihm antrüge. Uns wurde diese schreckhafte Nachricht von einem Deputirten mitgetheilt; ihm habe sie so eben ganz geheimnißvoll ein berühmter General erzählt, der dem König von Preußen wenigstens bis vor Kurzem nur zu nahe gestanden haben soll und von welchem für die künftige Gestaltung Deutschlands ein der Dante'schen Hölle nachgebildetes System ineinandergeschachtelter Sphären projectirt wird.

... **Frankfurt**, 3. Jan. Nachdem der nunmehrige kais. österr. Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt, Hr. v. Schmerling, von Wien zurückgekehrt ist, kann der neue österreichische Ausschuß nicht länger mehr mit seinem Berichte über das Programm des Reichsministers zögern und zwar um so weniger, da, wie Hr. Kirchgeßner in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung bemerkte, die Akten des Ausschusses spruchreif sind. Der Ausschuß hat sich vom Reichsministerium aber noch die Vorlage des neuen Manifestes des österreichischen Ministeriums erbeten, welches sich in Bezug des Programms des Reichsministers dahin aussprechen soll, es habe der Reichsminister das Manifest des österreichischen Ministeriums falsch aufgefaßt, wie denn schon deßhalb von keinem gesandtschaftlichen Verhältnisse zwischen Oesterreich und der deutschen Centralgewalt die Rede sein könne, da Oesterreich sich einen Bevollmächtigten bei der Letztern ernannt habe. Man fügt hinzu, Hr. v. Schmerling habe noch gestern Abend mit dem Reichsminister konferirt. Ministerpräsident v. Gagern sei indessen entschlossen, sein Programm aufrecht zu halten, da sich bereits eine Majorität der Nationalversammlung dafür ausgesprochen (?). Der Ausschuß wird wohl übermorgen seinen Bericht erstatten können und es steht ferner zu erwarten, daß die Nationalversammlung sofort in Berathung des Berichtes eintritt.

.. **Frankfurt**, 3. Jan. Für die vakante Stelle eines katholischen Stadtpfarrers hiesiger Stadt waren der Abgeordnete der Nationalversammlung aus Tyrol, Beda Weber, Professor Riffel aus Mainz und Domkapitular Förster aus Breslau in die Wahl gekommen. Letzterer verzichtete indessen auf dieselbe und die meisten Stimmen sollen sich für Beda Weber vereinigen. Gleichwohl bedarf es erst noch der Erledigung eines formellen Streitpunktes zwischen dem Senate unserer Stadt und dem Bischof von Limburg, um den allgemeinen Wunsch der katholischen Gemeinde in Erfüllung zu bringen.

.. **Frankfurt**, 3. Jan. Wie man aus dem nahen Hanau vernimmt, soll dort diesmal auf die Feier des Verfassungsfestes — am 5. d. — verzichtet, dagegen nächsten Sonntag eine Feier zur Verkündigung der Grundrechte des deutschen Volkes veranstaltet werden.

Frankfurt, 4. Jan. Die O. P. Z. enthält über die österreichische Note folgende weitere Mittheilungen: Was wir von einer Note der österreichischen Regierung vom 28. Dez. gestern mitgetheilt, bestätigt sich nach Allem dem, was wir davon zu erfahren im Stande waren. Es soll darin die Meinung als irrig bezeichnet sein, als habe die österreichische Regierung in ihrem Kremsierer Programm die Absicht ausgesprochen, aus dem auszuscheiden, was man in Frankfurt „Bundesstaat" nenne. Es soll ferner erklärt sein, Oesterreich werde nicht zugeben, daß ohne seine, der größten deutschen Bundesmacht, Einwilligung eine neue Verfassung für Deutschland errichtet, und daß es jedenfalls seinen Platz in derselben zu behaupten wissen werde. Von den Beschlüssen der Nationalversammlung soll allerdings kein Wort in der Note vorkommen, dagegen an einer Stelle sogar der Zweifel ausgesprochen sein, daß eine Neugestaltung Deutschlands überhaupt zu Stande kommen werde. Die ganze Note soll sehr kalten, ja schroffen Styles sein.

Wien, 30. Dez. Die heutige Wiener Zeitung veröffentlicht eine lange Liste von Beförderungen in der Armee (worunter die des F.-M.-L. Piret de Bihain zum Kommandirenden in Mähren und Schlesien, sowie die des F.-M.-L. Rukawina von Widograd zum Kommandirenden im Banate die bedeutendsten sind), sowie die Ernennung des mit der Leitung des Küstenländischen Guberniums beauftragten Feldmarschall-Lieutenants Grafen Giulay zum Geheimen Rath; auch findet sich darin das Einführungsgesetz für die Grundrechte des deutschen Volkes, freilich nur als Zeitungsnachricht im nichtamtlichen Theile und nicht als amtliche Nachricht.

Wien, 30. Dez. Es sind soeben Berichte aus Preßburg von heute Morgen hier eingetroffen, welche besagen, daß in der Festung Comorn die weiße Fahne aufgesteckt ist. Es wird dies von allen Seiten gemeldet. (Allg. Ztg.)

Wien, 30. Dez. Zufolge aus Agram eingelaufenen Nachrichten ist die wichtige Festung Essegg den k. k. Truppen übergeben worden. Der Impuls der Siegesnachrichten läßt sich durch fortgesetztes Steigen der öffentlichen Fonds wahrnehmen. Herr v. Schwarzer läßt vom neuen Jahre an seine „allgemeine österreichische Zeitung" wieder erscheinen. — Die durch Graf Dietrichstein's Rücktritt erledigte Stelle eines Obertheaterintendanten soll nicht wieder besetzt und Hrn. v. Holbein die alleinige Leitung, womit er schon 1841 betraut worden war, übertragen werden. — Fürst Paul Esterhazy ist nach Ollmütz abgereist und wird wahrscheinlich den Botschafterposten in London übernehmen.

Berlin, 31. Dez. Es ist uns mitgetheilt, daß die ritterschaftlichen Mitglieder der westhavelländischen Kreisversammlung sich beeilt haben, den vom Geheimen Obertribunal eröffneten Weg

Uebersicht.

---

* **Vom Rhein,** 31. Dez. Ich fahre in dem gestern abgebrochenen Thema fort, obgleich mit halbem Widerstreben. Auf verfahrenen Wegen ist schwer vorwärts zu kommen. Muthet man, grade wo das Ende des Weges schon vorliegt, gar eine Rückwärtsbewegung an, so redet man nicht Vielen ein, daß diese gerade zu dem Zweck gemacht werden soll, um dann mit Einem Ruck zum Ziele zu gelangen. Gleichwohl, da mich ein äußerer Anstoß einmal so weit geführt hat, so möge denn dieser Gedankengang ausgefochten werden. Ich schloß gestern mit den Worten, es werde in meinem Vorschlage am meisten auffallen, daß die Vereinbarung über die Oberhauptsfrage von dem Berufe des zu berufenden Staatenhauses ausgeschlossen werden soll, das Wichtigste gerade worauf es ankäme. Diese Exception kann gerade in diesem Blatte um so mehr auffallen, weil hier früher gegen die All- und Vollmacht der Volkssouveränetät, als billig verfochten wurde, daß den regierenden Häusern grade in der Oberhauptsfrage eine Stimme zukommen müsse, weil es sich darum handle, einen Regenten nicht allein über ein Volk, sondern auch über eine Anzahl von Regenten zu setzen. Aber eine Stimme der regierenden Häuser ist denn auch sehr verschieden von der Stimme eines Staatenhauses. Hätten die deutschen Höfe sich untereinander über irgend eine Gestalt der executiven Reichsgewalt vereinigt, noch am Bunde, oder unter ihren Bevollmächtigten, oder auf Gesandtschafts- und Congreßwegen, oder hätten sie sich jeder einzeln nach seiner Ansicht und seinem Interesse in Denkschriften und offenen Anträgen ausgesprochen, so hätte in dem Einen Falle die Nationalversammlung ein bestimmtes Project zur Unterlage ihrer Verhandlungen gehabt, das gewiß nur aus ganz übermächtigen Gründen verworfen worden wäre; im andern Falle hätte sich aus den verschiedenen Stimmen eine Mehrheit für irgend einen Vorschlag ergeben und auch dies schon hätte zur Verständigung der Regierungen unter sich und mit der Nationalversammlung ein Wesentliches beitragen müssen. So aber haben die Höfe und Regierungen den Ausgang dieser großen Frage den Eventualitäten überlassen und die Nationalversammlung hat dieselbe mit allen andern für ihr ausschließendes Entscheidungsrecht in Beschlag genommen. Was hier versäumt wurde, läßt sich durch Zuziehung eines Staatenhauses nicht ersetzen. In der Abstimmung der Fürsten lag eine Autorität, und zugleich eine Bestimmung von Pairs über eine Einrichtung, kraft welcher sie auf eine bisherige Unabhängigkeit zu Gunsten Eines oder Einiger unter ihnen für immer oder auf Zeit verzichten sollten; die Abstimmung der Abgeordneten zum Staatenhause dagegen ist eben nur eine Abstimmung von Abgeordneten, deren Resultat kein größeres Gewicht haben würde, als die Ansicht des Volkshauses, weder in diesem selbst, noch in der Nation, noch im Kreise der Fürsten. Die Fürsten könnten diese Abgeordneten nicht einmal nach den Grundsätzen ihrer dynastischen Politik zu Stellvertretern instruiren, weil die Hälfte von den Ständen gewählt werden soll. Der Gegensatz einer dynastischen Conservativpolitik würde nicht gewonnen werden, das Staatenhaus würde den Einflüssen der fluctuirenden öffentlichen Meinung preisgegeben sein, wie das Volkshaus. Nicht in dem Maße, das gebe ich zu. Nur der Gegensatz einer partikularistischen Politik gegen die Centralisation würde allerdings erlangt werden, der den Beschlüssen der Nationalversammlung allenfalls zum Correctiv dienen könnte. Dies wäre denn auch der Zweck, der durch die Revision der Verfassung durch das Staatenhaus erzielt werden soll. Soll dieser Zweck wahrhaft erreicht werden, so ist zu wünschen, daß die Abgeordneten zum Staatenhause von Ständen und Regierungen nur nach ihrer Befähigung zu diesem Werke gewählt werden; soll dies geschehen, so müssen sie nur zu diesem Werk berufen werden; sobald sie über die Oberhauptsfrage mitbestimmen sollen, so wird die Hälfte, deren Ernennung den Regierungen zufällt, von den Höfen ad hoc ernannt werden, und ihre Befähigung zur Revidirung der Verfassung wird in zweiter Linie zur Frage kommen. Dies ist nicht das Wichtigste bei der Sache; sondern der Hauptpunkt scheint mir in Folgendem zu liegen. Sobald die Oberhauptsfrage geschlossen ist, so behandelt das Staatenhaus die Verfassung nach der gegebenen Natur der executiven Gewalt, das heißt dem eigentlichen Grunde der Verfassung. Grade daß dies geschehe, ist eine unabweisbare Forderung, ist einer der Hauptgründe, aus welchen eine Revision der Verfassung unter allen Bedingungen zu wünschen ist. Niemand wird leugnen wollen, daß eine erbliche Monarchie ganz andere Modificationen der Verfassung eines Bundesstaats verlangt, als eine Trias oder irgend eine Wahlgewalt. Ich will, um nicht gar zu weit im Tadel aller geschehenen Dinge zurückzugreifen, keinen Vorwurf daraus machen, daß die Nationalversammlung ihre Berathung der Verfassung nicht mit der Bestimmung über die Reichsgewalt begonnen hat, obgleich kein politischer Kopf verkennen wird, daß die Ordnung, die der Siebzehnerentwurf befolgt, die viel natürlichere, die einzig natürliche ist. Die Verhältnisse mögen der Nat.-Vers. diesen Gang unmöglich gemacht haben, darüber will ich nicht streiten. Gestehen aber muß man sich, daß das, was in dieser Hinsicht geschehen ist, nichts anders heißt, als das Pferd am Schwanze aufzäumen. Man bedenke doch, daß man in keinem Lande der Welt jemals in der Lage gewesen ist, eine Verfassung zu machen, ohne daß man vorher so viel mit Bestimmtheit wußte, ob man eine Erbmonarchie oder ein Wahlreich oder eine Republik wollte. Nur uns und den wunderlichen Komplikationen unsers Staatswesens war es vorbehalten, Grundrechte und Verfassung zu entwerfen, ehe wir wußten, woher zu dem stolzen Gewölbe den Schlußstein nehmen. Es ist daher dieß die große Sache, die mit der Revision der Verfassung durch ein Staatenhaus erlangt werden wird, daß dieses von der festgesetzten Ordnung der exekutiven Gewalt ausgehen und mit ihr und ihrer Natur jede einzelne Bestimmung der Verfassung, den Weg der Nationalversammlung zurückmessend, homogen machen kann. Man wird sagen, dies könne eben so wohl erreicht werden, wenn man dem Staatenhause die Revision auch der Bestimmungen über das Oberhaupt überlasse, und nur seiner Weisheit anheim gäbe oder auch ihm vorschriebe, sein Werk mit dieser Frage zu beginnen. Aber auch damit sind die Schwierigkeiten nicht gehoben, welche die Ueberweisung auch dieses Geschäftes an das Staatenhaus mit sich führt. Stimmt das Staatenhaus mit dem Volkshause, so wäre für diesen Fall allerdings eine Form der Vereinbarung mit den Regierungen auch in dieser wichtigsten Frage gewonnen. Ich zweifle aber, daß dies die Höfe, die nicht von vorn herein für die Beschlüsse der Nat.-Verf. waren, irgend günstiger und williger für die neue Ordnung stimmen würde, als wenn man die Bestimmung über diese Fragen ein für allemal dem Volkshause allein überließe. Stimmt aber das Staatenhaus gegen das Volkshaus, so ist in diesem Falle den Widerstrebenden eine Stütze gegeben, und es ist eine Schwierigkeit in die ganze Frage geworfen, die ich kaum zu beseitigen wüßte. Ergäben sich bei den Abänderungen, die das Staatenhaus mit der Verfassung vornähme, Gegensätze, die kein Versuch der Ausgleichung heben könnte, so würde man die Bestimmung treffen, daß beide Häuser sich schließlich vereinigten und ihre Stimmenzählung zusammen entscheiden ließen. Aber für die Oberhauptsfrage würde dies aller Wahrscheinlichkeit nach nichts nutzen. Ich setze den Einen Fall, der mir überhaupt des Nachdenkens werth ist, daß die Nat.-Verf. die Erbmonarchie und preußische Hegemonie votirt. (Alles Andere, was verfügt werden möchte, wird mir vollständig gleichgültig sein; ein guter Bürger wird die gesetzlich angeordnete Gewalt nicht stören; aber ihre Gefahr läge, wenn selbst Alle gute Bürger wären, darin, daß sich kein Einsichtiger dafür interessiren und regen würde; man würde sich auf jene geschichtliche Betrachtung legen und der dumpfe Trieb der Massen käme dann mit der Zeit wieder zum Reden.) Ich setze also den Einen mir denkbaren oder denkenswerthen Fall. Wird jene Gestalt der Executive mit einer großen Majorität in der Nationalversammlung decretirt, und sie erhält den Beifall der Nation, so würde das die Entscheidung der Höfe und so auch des Staatenhauses im Voraus bestimmen. Der Fall ist aber wahrscheinlicher, daß jene Form der ausführenden Gewalt, selbst wenn wie natürlich vorausgesetzt ist, die Oesterreicher nicht mitstimmten, nur mit einer kleinen Majorität durchgeht, ja mit einer kleinsten. Dieß ist immer ein Uebelstand. Er wird aber bedeutend kleiner, wenn man be-

denkt, daß die Minorität sich zwischen österreich. Erbmonarchie, Trias, Turnus, Wahlkaiser auf 12 und 6 Jahre, spalten wird, daß also relativ die Mehrheit sehr groß zu nennen sein würde. Aus diesem Gesichtspunkt wäre die Entscheidung der Nationalversammlung sogar imposant zu nennen, sobald sie wirklich endgültig entscheidend ist. Sollte sie aber durch ein Staatenhaus revidirt werden, so würde die geringe Majorität in der Nationalversammlung die gegnerischen Höfe zu allen Anstrengungen spornen, um sie zu beseitigen. Würden nun die beiden Häuser zu einer Fusion schreiten müssen, um zur Entscheidung zu kommen, so wäre das Wahrscheinliche, daß die Majorität überwunden würde, ohne daß sich nachher eine positive Majorität für irgend einen andern Vorschlag fände. Man wäre dann in eine Sackgasse verrannt, aus der schwer herauszukommen wäre; wir wären dem Spotte der ganzen Welt ausgesetzt. Auch hier gibt es Einen Einwurf. Derselbe Fall kann sehr möglicherweise auch in der National-Versammlung vorkommen, daß für keinerlei Projekt eine absolute Mehrheit gefunden wird. Doch läßt sich gewiß nicht ableugnen, daß in diesem Einen Hause, das die Vollendung des Verfassungswerkes auf seine Ehre genommen hat, sich eine Einigung eher erzielen lassen würde, als in den beiden gemischten Häusern, wo in das Eine Elemente hineingelegt sein könnten, die gerade aller Vereinigung ausdrücklich entgegen arbeiten sollten. — Aber all das Gesagte ist noch nicht das Entscheidende, was mir für den auffallenden Vorschlag zu sprechen scheint, das Staatenhaus auszuschließen von der Mitbestimmung über die Reichsgewalt. Darum morgen noch einige Worte.

* **Vom Rhein**, 1. Januar. Ich setze meine gestrige Rede ohne Einleitung fort. Die Nationalversammlung hat das Recht, einzig und allein über die Verfassung zu bestimmen, in Anspruch genommen. Mit welchem Recht oder Unrecht sie das gethan hat, sollte jetzt nicht mehr untersucht werden. Man hat es ihr stillschweigend eingeräumt, und es wäre nicht würdig und würde die ganze Nation verstimmen, wenn man es ihr jetzt entziehen wollte. Was man an der Nationalversammlung auch von Seiten unserer Regierungen aussetzen möge, sie müssen ihr die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie von ihrer Uebermacht in den Zeiten, wo diese unbestritten war, keinen schlimmen Gebrauch gemacht hat; sie ist erhaltend im höchsten Grade gewesen; man hat ihr den guten Verlauf der Bewegung wesentlich zu danken und es wäre ein Akt der übelsten Verkennung und Unerkenntlichkeit, wenn man jetzt von einer reaktionären Macht gegen die Versammlung einen Gebrauch machen wollte, den sie von ihrer revolutionären gegen die Regierungen nicht gemacht hat. Die Nationalversammlung soll also in meiner Meinung dieses Recht des Einzig und allein behalten bis an's Ende, mit Ausnahme dessen, was sie freiwillig abtreten oder theilen will. Die Bestimmung über die Exekutivgewalt würde ich ihr rathen, ungetheilt an sich zu halten. Ich setze nun voraus, sie bestimmt die Erbmonarchie und die Vereinigung der deutschen mit der preußischen Krone. Alsdann suche ich mich auf den Standpunkt dieser letzteren zu stellen und Rath zu halten darüber, was sie bei dem besten Willen, sich der deutschen Dinge kräftig anzunehmen, thun würde, was ihr ersprießlich zu thun wäre. Eins ist wohl sicher, daß man ihr die deutsche Krone nicht aufnöthigen kann. Sie wird sich überdenken, ob sie nicht Bedingungen zu stellen habe. Die uranfänglich von uns in diesem Blatte immer vorausgesetzte Nothwendigkeit einer Vereinbarung wird sich in diesem letzten Stadium aufdrängen, wenn sie auch auf allen vorherigen umgangen worden ist. Die preußische Krone wird sich sagen, daß sie unter dem Widerwillen der Regierungen und Höfe der Einzelstaaten, bei einer geringen Majorität der entscheidenden Stimmen, den schwierigen Beruf voller Dornen nicht freudig antreten kann. Vollends wenn sie auf der anderen Seite durch die Bestimmungen der Verfassung noch an Freiheit der Bewegung gehindert werden soll. Nichts wäre daher natürlicher, als daß Preußen folgende Bedingungen stellen würde. 1) Es lasse sich bereit finden, die deutsche Krone anzunehmen. 2) Es wolle gleich von vorn herein aber jeden Schein einer anmaßenden Suprematie von sich abweisen, es lehne daher den Kaisertitel ab, und begnüge sich dafür mit dem Namen eines Schirmherrn oder Reichsfürsten des deutschen Bundes. 3) Alle Gedanken, das preußische Land für unmittelbares Reichsland zu erklären, weise es von sich ab; es wolle den Bund ehrlich, und wolle nicht Preußen in Deutschland und nicht Deutschland in Preußen aufgehen lassen, sondern Preußen neben jedem andern deutschen Staate bestehen wissen, wie es immer bestanden habe. 4) Um dem Mißstand zweier großen Reichsversammlungen und möglichen Rivalitäten, die daraus entspringen könnten, vorzubeugen, werde Preußen dem nächst zu versammelnden Reichstage die Vorschläge machen, die Landstände zu rekonstruiren, sie von vier zu vier Jahren zu versammeln, jedes Jahr aber vereinigte Ausschüsse, aus dem achten Theile der Gesammtzahl bestehend, in Berlin zusammentreten zu lassen, die über die gemeinsamen preußischen Angelegenheiten zu entscheiden hätten. 5) Um den Einzelstaaten des deutschen Bundes jeden Argwohn in jeder möglichen Weise zu nehmen, willige es in alle denkbaren Beschränkungen zu Gunsten der souveränen Gewalt der einzelnen Fürsten; es heiße jede mit einer selbstständigen Bewegung verträgliche Schärfung der Gewalt des Reichsrathes gut; es würde z. B. demselben gern das Veto bei Ernennung von Reichsgesandten zuweisen, das der amerikanische Senat besitzt; es würde gerne einer Militärverfassung das Wort reden, bei der Baiern und die mittleren Staaten vorwiegenden Einfluß behielten. 6) Auf einer Revision der Verfassung müsse es bestehen, weil jene Bestimmungen, die es den Reichsorganen möglich machen, alle möglichen Rechte, Einrichtungen, Verwaltungs-Zweige der einzelnen Staaten an sich zu reißen, die größte Einzelmacht, die erblich der Spitze des Reichs stehe, allzusehr begünstigen, ja ihr die Versuchung in den Weg legten, ihr Uebergewicht unmäßig auszudehnen. 7) Es müsse daher wünschen, daß die Scheidung der Befugnisse der Reichsgewalt und der Einzelstaaten schärfer gezogen werde, und nach dem Beispiele der amerikanischen Verfassung Alles, was der Reichsgewalt nicht ausdrücklich zugewiesen ist, unantastbar den Einzelstaaten überlassen werde. 8) Es suche diese Grenze wesentlich in der Uebertragung aller auswärtigen Verhältnisse mit dem Handel und der zur Hebung desselben nöthigen innern einheitlichen Einrichtung an die Reichsgewalt und in der Belassung aller innern Gesetzgebung und Verwaltung bei den Einzelstaaten. 9) Es müsse wünschen, daß Deutschland in friedlicher harmonischer Weise zur Einheit gelange, und es schlage daher vor, die unumgängliche Revision der Verfassung einem Staatenhause, das zu diesem einzigen Zwecke berufen würde, zu überweisen, bei dessen Beschickung Stände und Regierung zusammenwirken würden, dessen mit dem Volkshause gemeinsam beschlossenes Verfassungswerk daher für ein vereinbartes werde gelten müssen, dem sich Niemand nachher weiter entziehen dürfe, dessen Geltung mit jedem Mittel zu erwirken alsdann Preußen kraft seiner neuen Gewalt auf sich nehmen würde. 10) Bis zum Abschlusse der so revidirten Verfassung tritt Preußen einstweilen an die Stelle der provisorischen Reichsverweserschaft. — Mir scheint, wenn Preußen in ungefähr dieser Weise eine offene und patriotische Erklärung an die Nation und die Nationalversammlung richtete, so wäre dies was von seinem Standpunkte aus nur natürlich und wünschenswerth wäre, und die Nationalversammlung würde in dies Begehren, scheint mir, mit Freuden einwilligen, die Einzelstaaten von dieser Erklärung versöhnt werden. Wenn aber dies der Fall ist, so frage ich: warum soll die Nationalversammlung nicht lieber selber diese Schritte zu dieser Vereinbarung der Verfassung thun, statt sie sich anmuthen zu lassen? Sollte sie aber einen solchen Entschluß fassen, dann würde sich sehr einfach zeigen, warum meine Vorschläge zur Berufung des Staatenhauses gerade so lauten mußten und nicht anders lauten konnten. — Dies alles scheint mir sehr einfach und einleuchtend. In Frankfurt wird es Vielen wunderlich erscheinen. Man ist eben in einem anderen Gang und in einer anderen Behandlung der Dinge — verfahren, wie ich gestern sagte, und dann klingt jedes Abweichende unmöglich.

Aus der Mappe des Freiherrn von Blittersdorf*).

00 **Frankfurt**, 30. Dez. In einem Augenblicke, wo ängstliche und schwarzsichtige Personen bereits von der Rückkehr zu einem verbesserten Bundestage reden, sind die Aufklärungen höchst wichtig, welche eine der Stützen des alten Systems über das innere Getriebe des Bundestags gibt, Aufklärungen, welche wohl bei Wenigen die Lust erwecken werden, die alte egoistische habsburgische Hauspolitik abermals mit der Leitung der Geschicke

*) Einiges aus der Mappe des Freiherrn von Blittersdorf. Mainz. Kupferberg. 92 S. 8.

Deutschlands zu betrauen.*) Die Zuverlässigkeit der vorliegenden Mittheilungen wird dadurch gesteigert, daß es fast größtentheils an Lebende (Fürst Leiningen, Graf Münch-Bellinghausen u. s. w.) gerichtete Briefe und Denkschriften sind und daß manches darin enthalten ist, was den Verfasser immer noch „unmöglich" macht, dessen Verschweigung daher, wenn es dem Verfasser um mehr, als um die Darstellung seiner Wirksamkeit zu thun gewesen wäre, für seine Person vortheilhafter gewesen sein würde. Wir rechnen dahin seine, auch in dem berühmten Artikel der D.P.A.Z. ausgesprochene Ansicht, daß nicht die Fürsten, sondern die Ständekammern mediatisirt werden müßten, ferner seine Bemühungen, die Entwickelung der landständischen Verfassung zur repräsentativen zu hemmen. Der Gedankengang Blittersdorff's in Bezug auf die deutschen Bundesverhältnisse ist am zusammenhängendsten in der ersten Denkschrift vom Juli 1833 ausgesprochen, „welche die Folge hatte, daß ich von den Ministerialkonferenzen, die im Frühjahr 1834 in Wien statt hatten, durch den Fürsten Metternich ausgeschlossen und daß dabei das Gegentheil von Dem beschlossen wurde, was ich in Antrag gebracht hatte". Anknüpfend an das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833 weis't er nach, daß durch die Stellung des deutschen Bundes ein Verbrechen gegen denselben kaum in Betrachtung käme, daß diese unwürdige Stellung daher geändert werden müsse. Dem lebendigen, in den einzelnen konstitutionellen Staaten sich entwickelnden Prinzip der Volkssouveränetät, „welches die deutsche Einheit vollends zu zerstören drohe" und dem die Regierungen bei der formellen und moralischen Schwäche der Bundesbehörde kein Hinderniß entgegensetzen könnten, müsse der Bund ein gleich lebendiges und tief eingreifendes Princip, das monarchische, entgegenstellen, die Suprematie der Bundesgesetzgebung über die Landesgesetzgebung festhalten. Um dies aber zu können, müsse der Bundestag vor Allem seine moralische Macht steigern, indem er den gerechten Forderungen der Nation Rechnung trage, aus dem Geheimniß seiner Beschlüsse an die Oeffentlichkeit trete und, dem Streben nach Höherstellung des deutschen Namens folgend, den Ausschuß für die diplomatischen Verhältnisse ernenne, welcher bereits bei dem Beschlusse vom 12. Juni 1817 über die auswärtigen Verhältnisse vorausgesetzt war, aber niemals in Wirksamkeit getreten ist, wogegen die auswärtigen Verhältnisse dem Militärausschuß übertragen waren! „Durch diesen Ausschuß und seine gehörige Thätigkeit würde man den großen Gewinn erreichen, daß die rein deutschen Bundesstaaten durch das Zwischenglied des Bundes mit der höhern Politik der großen Mächte verflochten und dadurch genöthigt würden, dem ihnen im allgemeinen europäischen Interesse gegebenen Impulse auch in den innern Angelegenheiten des Bundes zu folgen. Man dürfte sich aber alsdann auch nicht scheuen, in Komplikationen mit dem Auslande zu gerathen, insofern fremde Mächte die Kompetenz des Bundes verkennen und den defensiven Charakter desselben benutzen sollten, um sich in die innern Angelegenheiten Deutschlands zu mischen. Explikationen darüber müßten dem Bunde sogar erwünscht sein, indem er dadurch in den Augen aller Deutschen nur höher gestellt werden könnte. Ob und in wiefern der Bund von seinem aktiven Gesandtschaftsrecht Gebrauch zu machen habe, würde von den Umständen abhängen. Daß dies aber geschehe, würde in allen solchen Verhältnissen höchst rathsam erscheinen, die ernstliche Verwickelungen mit dem Auslande befürchten lassen, damit ein etwa daraus hervorgehender Krieg als ein national-deutscher, nicht aber als ein den Deutschen aufgedrungener erscheinen möge. Es dürfte höchst bedenklich sein, das Nationalgefühl ohne Vorbereitung erst im letzten Augenblick aufregen zu wollen, indem dies alsdann nicht geschehen kann, ohne Koncessionen zu machen, die man nach wiederhergestelltem Frieden vielleicht bitter zu bereuen hätte."

Ueber die Geschäftsbehandlung der Bundesversammlung und die Thätigkeit ihrer Kommissionen, welche beinahe alle ebenso wirksam waren, wie die oben erwähnte für die diplomatischen Verhältnisse, welche 30 Jahre lang auf dem Papier stand und nie zusammentrat, gibt der Verfasser merkwürdige Aufschlüsse. „Die Bundesversammlung hat seitdem ihre Geschäfte meist nach der Analogie der Ministerkongresse betrieben, sie hat, um in Thätigkeit zu treten, bestimmte Aufforderungen erwartet, und bei dem Vollzug ihrer Beschlüsse zunächst auf den guten Willen der Regierungen gerechnet. Die Folge davon war, daß sich bei der Bundesversammlung kein bestimmter und fest geregelter Geschäftsgang ausgebildet hat und daß heute noch der größere oder geringere Grad ihrer Einwirkung von zufälligen Verhältnissen abhängt. Die Ausschüsse oder Kommissionen treten ohne besondere Veranlassung niemals zusammen, sie führen keine Protokolle, haben keine Registratur, keinen Sekretär, und bestehen daher mehr zum Scheine, da zuletzt Alles von dem Referenten und dessen Verständigung mit dem k. k. Präsidialgesandten abhängt." Da diese Thätigkeit der Bundes-Versammlung in den aufgeregten Zeiten nicht mehr hinreiche, so empfiehlt B. die Revision der Geschäftsordnung, welche der Bundesversammlung schon im Jahr 1820 (!) aufgegeben wurde, von Neuem in Anregung zu bringen, oder noch besser die zur Beaufsichtigung bundeswidriger Bestrebungen deutscher Kammern am 26. Juni 1832 eingesetzte Kontrolkommission, welche bis dahin auch nur auf dem Papier bestanden, in's Leben treten zu lassen. Eben so wenig hat die Kommission für das Preßgesetz, mit dessen Erlassung die Bundesversammlung von ihrer ersten Sitzung an sich beschäftigen sollte, je ein Zeichen ihrer Thätigkeit gegeben.

Die Exekutions-Kommission, welche als Schlußstein der Bundesverfassung in regelmäßigen Sitzungen die Ausführung der Bundesbeschlüsse überwachen sollte, ist nur ausnahmsweise in's Leben getreten. — In der zweiten Denkschrift ist ein Gespräch des Verfassers mitgetheilt mit dem Grafen Münch, wo man wirklich seinen Augen kaum traut und keinen Ausdruck findet für die, gelindestens gesagt, unerhörte Unkenntniß deutscher Verhältnisse von Seite des Präsidialgesandten, wenn man liest, daß Dieser Auflösung der badischen Stände verlangte wegen ihrer unbefugten Einmischung in fremde Angelegenheiten, d. h. in die hannoversche Verfassungsverletzung 1837, und meint, eine solche Auflösung würde in Baden einen guten Eindruck gemacht haben!! Um diesen politischen Scharfblick zu würdigen, muß man sich erinnern, daß seit Jahren die hannoversche Angelegenheit die erste war, welche ganz Deutschland im Innersten ergriff und ein lebhaftes Gefühl der Verletzung gemeinsamer Interessen erregte. So war dem Verf. die Antwort leicht, daß, wenn er auch der Kammer in dieser Angelegenheit entgegengetreten sei, er denn doch keine Einmischung in fremde Angelegenheiten in der Behandlung dieser Frage von Seiten der Kammer erblicken könne, denn, wenn heute die Verfassung in Hannover einseitig aufgehoben werde, so könne dies morgen im Baden geschehen. Noch interessanter ist der Theil der Unterredung, welcher sich auf die Festung Rastadt bezieht. Die endliche Erbauung dieser Feste, welche uns in nicht ferner Zukunft vielleicht von größter Wichtigkeit ist, scheinen wir allerdings den unablässigen Bemühungen des badischen Bundestagsgesandten zu verdanken. Graf Münch meinte, Oesterreich müßte auf der Befestigung von Ulm bestehen. „Ich entgegnete, daß ich dawider nichts einzuwenden wüßte, daß aber Alles davon abhänge, inwiefern Oesterreich die Erbauung der neuen Festung am Oberrhein (Rastadt) durch die Erbauung einer Festung zu Ulm bedingen wolle. Bestehe Oesterreich auf der gleichzeitigen Erbauung beider Festungen, so sei eben damit ausgesprochen, daß keine von beiden erbaut werden solle, daß man vielmehr nur die Absicht habe, die Zeit mit Berathen, Unterhandeln, Untersuchen, Plänemachen hinzubringen, keineswegs aber die Hand ans Werk zu legen. Man werde sogleich aus der Art der Behandlung der Sache durch die Militärkommission sehen, welches die Absicht Oesterreichs sei, und ich müßte dem Grafen Münch geradezu bemerken, daß allgemein die Ansicht vorwalte, wie es Oesterreich mit der Verstärkung des Vertheidigungssystems des südlichen Deutschlands keineswegs Ernst sei; daß man Aeußerungen jenseitiger Geschäftsmänner citire, die als die vollständigste Bestätigung dieser Ansicht dienten, und daß deßhalb die Besorgniß bestehe, Oesterreich fände es seinem Interesse angemessen, das südliche Deutschland vertheidigungslos seinem Schicksal zu überlassen." (Schluß folgt.)

---

*) Ein A-Correspondent in der A. A. Z. vom 25. Dez. macht der Deutschen Zeitung den Vorwurf, sie übertrage die Anklagen gegen Metternichs undeutsche Politik ungerechterweise auf Oesterreich. Es ist aber längst anerkannt, daß M. durchaus kein neues System aufstellte, sondern mit den nöthigen Modifikationen, welche die Zeit verlangte, die traditionelle Politik des Hauses Oesterreich fortsetzte, und eine Besprechung von Hormayr's hinterlassenem Fragment über M. wird uns vielleicht zu weiterer Begründung dieses Satzes Veranlassung geben.

Deutschland.

Aus Oesterreich, 28. Dez. Die drei kroatischen Komitate Kreuz, Warasdin und Agram petitioniren bei der Agramer Banattafel um die Erlaubniß, Abgeordnete zum Kremsierer Reichstage schicken zu dürfen. Der Rath zu diesem entscheidenden Schritte ist den Kroaten von der Prager Slowanska Lipa zugekommen. Aus einer Antwort, welche der junge Monarch einer Deputation siebenbürgischer Sachsen gab, läßt sich allerdings folgern, daß man Allerhöchsten Orts der Idee eines allgemeinen Reichstages für die ganze Monarchie hold sei und daß deren Verwirklichung näher bevorstehe als man meint. Es ist aber gar sehr die Frage, ob das jetzige Ministerium, welches die Centralisation zu seinem Ziele gemacht, diesen Plan auszuführen vermögend sei. Das Vertrauen der Slawen genießt es nicht. Diese wollen allerdings die Einheit der Monarchie. Allein sie möchten keine künstliche, keine aufgezwungene Einheit, sondern eine aus der Form der Föderation lebendig heranwachsende. Es hängt also Alles davon ab, wie weit die Spannkraft des jetzigen Militärregiments und des von ihm getragenen Ministeriums ausreichen. Windischgrätz ist der bewaffnete Träger der Centralisation, Jellacic der der Föderation. Für letztere stimmt durchgehends die czechische Rechte, für jene das im eigentlichen Sinne des Worts schwarz-gelbe Centrum, und wiewohl sie bis jetzt so ziemlich zusammengingen, so ist die Scheidung Beider doch zuverlässig bei der Berathung über die künftige Form der Reichsverfassung zu erwarten. (Leipz. Z.)

Griechenland.

** **Athen**, 17. Dez. Die Kammer hat beschlossen, daß die Abgeordneten Mauromichalis und Kaliphronas, die zu Ministern ernannt worden, sich keiner neuen Wahl zu unterwerfen hätten. Die Charte ist durch diesen Beschluß schlechthin verletzt, wenige Tage nachdem die Kammer in ihrer Adresse die strenge Beobachtung der Bestimmungen der Konstitution für die Bürgschaft des Wohles der Nation erklärt hatte. Dieses Lügensystem kann nicht von Dauer sein, und immer stärker macht sich das Verlangen geltend, daß der König Otto eine Nationalversammlung berufe, um mit ihr eine ächte Verfassung zu vereinbaren. Das Auftreten des Fürsten Hohenlohe in Athen berechtigt zu der Hoffnung, daß die deutsche Centralgewalt dazu beitragen wird. Fünfzehn deutschen Bürgern von Athen, die ihn im Namen der Uebrigen begrüßten, antwortete der Reichsgesandte: „Höchst erfreulich ist es für jeden Deutschen, im Auslande seine Muttersprache zu hören, und doppelt erfreulich meinem Herzen ist es, daß Sie, m. Hrn., zu mir kommen, um Nachricht vom theuern Vaterlande zu vernehmen und sich aufzuerbauen am Anblick des Vertreters der großen deutschen Nation. Wirklich ist Deutschland kein geographischer Begriff, das deutsche Reich kein hohler Name mehr. Der Franzos, der Türke, der Grieche respektirt sie, weil das neuerstandene Reich seine Angehörigen zu beschützen weiß. Unabänderlich tritt die deutsche Freiheit und Einheit ins Leben, denn jeder deutsche Mann von Ehre will fest und unerschütterlich Einheit und Freiheit. In jeder deutschen Brust ist das Verlangen nach Einheit und Freiheit so fest gewurzelt, daß die Errungenschaften des Frühjahrs durch die Reaktion nicht verkümmert werden können". Eine solche Sprache haben wir noch von keinem Gesandten deutscher Zunge gehört, und groß war die Begeisterung aller Landsleute, als wir die Rede des Reichsgesandten vernahmen, dem ein Fest im deutschen Hause vorbereitet wird.

Nordamerika.

* Aus dem Briefe eines amerikanischen Staatsmannes ist es uns vergönnt folgendes Urtheil über die deutschen Angelegenheiten mitzutheilen:

⊙ **Newyork**, 4. Dez. Die Aufgabe der Wiedergeburt Deutschlands konnte nicht anders als eine sehr schwierige und verwickelte werden, und man sollte nicht so unbillig sein, Alles auf einmal zu erwarten. Trotz aller Schwierigkeiten hat die Nationalversammlung und die Centralgewalt doch schon viel zu Wege gebracht, und wenn die Maßregeln eines allgemeinen Zollsystems, einer Reichsflotte und einer Reichsarmee realisirt werden, beide direkt im Solde und unter der Kontrolle der Reichsgewalt, so ist dadurch die Einheit Deutschlands in ihren Hauptelementen gesichert, was aber nicht der Fall sein kann, so lange die Heeresmacht neben der deutschen Kokarde noch eine andere trägt, d. h. die einzelnen Fürsten ihre Soldaten noch als zum Schutze ihrer Throne bestehend ansehen, anstatt diesen Schutz in der Liebe und Anhänglichkeit ihrer Unterthanen zu suchen, wie dies in England der Fall ist, wo neben der größten Freiheit doch auch die größte Loyalität besteht. Meiner Meinung nach hängt es allein von den Fürsten selbst ab, ob sie ihre Stellung behaupten, oder sich unmöglich machen. — Ich bin weit mehr zu Gunsten einer konstitutionellen Monarchie, als einer Republik. Sie so wohl als ich wissen, welche Mißbräuche und Korruptionen sich auch hier eingeschlichen haben, wo das demokratische Prinzip im vollsten Umfange herrscht, und ich sehe England in vielen Stücken als eine vollkommnere Republik an, als die Vereinigten Staaten; die Mißbräuche die in England existiren, sind in Deutschland leichter zu vermeiden, als es die hiesigen sein würden. Aber vor allen Dingen muß der Fürst dem Prinzip huldigen, daß seine Souveränität vom Volke ausgehet; darin liegt das große Geheimniß, und so lange dies ein Fürst nicht einsehen will, kann er auch nicht nach konstitutionellen Grundsätzen regieren, er macht sich dann unmöglich und trägt zu seinem eigenen Sturze das meiste bei. — Der bisherige Unterthan hat aber auch gar manches zu lernen, ehe er seine neue Würde als Staatsbürger gehörig zu behaupten weiß. Er war bisher von Beamten aller Art bevormundet, jetzt wollen ihn Demagogen bevormunden, Wühler und Agitatoren, die am Ende nur ihren eigenen Vortheil suchen, so geschickt sie auch ihre Maske zu tragen wissen. Der ruhige Bürger sollte damit zufrieden sein, sein Stimmrecht auszuüben und dann sich in den Willen der Mehrzahl zu fügen, das scheint ein Knoten zu sein, dessen Lösung sich die sogenannte Linke in den Deutschen Ständeversammlungen durchaus nicht zu unterwerfen versteht. Der Bürger aber wird seine Stellung bald kennen lernen, und mit seiner sonstigen Beschäftigung in Uebereinstimmung bringen. Die Ausübung seiner Rechte muß ihn nicht in seinem Gewerbe stören und wird es auch nicht, wenn er die Politik nicht zur Hauptsache macht, sondern diese Stelle auch ferner seinen bürgerlichen Beruf einnehmen läßt. Ich sehe den jetzigen Zustand der Dinge bei weitem nicht so schwarz an, als viele Andere und hoffe mehr als ich fürchte. Solche Episoden wie die vom 18. Sept. in Frankfurt und die späteren in Wien sind in einer solchen Entwickelungsperiode unvermeidlich und sie werden noch lange nicht die letzten sein. Begründet sich aber das Ansehen der Centralgewalt auf die angedeutete Weise, so lassen sich solche Versuche der Wühler leicht unterdrücken. Daß Hermann Kriege einen so traurigen Bericht über die Finanzen und die Lage des Demokraten-Vereins abzustatten hatte, ist amüsant. Kriege ist ein ehrlicher Kerl, hat aber utopische Ansichten und findet eben aus, daß solche nicht praktisch sind, dergleichen Leute scheint es auch genug in der Frankfurter Nationalversammlung, sowohl auf der rechten, als der linken Seite zu geben. Das größte Uebel für Deutschland sind die Sonderinteressen, die bei jeder Gelegenheit sich wieder zeigen. Wenn die Deutschen hier es sehr freut, daß unsere hiesige Regierung bei Einrichtung der deutschen Marine hülfreich durch Urlaubertheilung tüchtiger Seeoffiziere unter die Arme greift, so hat uns dagegen schmerzlich berührt, wie man in Hamburg mit der Anschaffung der ersten Kriegsschiffe zu Werke gegangen ist. Nach einem Briefe von einem Offizier der Fregatte St. Lawrence, welchen die Union publicirt, sollen dieselben nämlich ganz werthlos sein; die Fregatte Deutschland wird als unfähig geschildert, das Gewicht ihres eigenen Geschützes tragen zu können, und die drei Dampfschiffe müßten gänzlich verändert werden, um nur einigermaßen nützlich verwendet werden zu können. Es wäre eine Schmach für Deutschland, wenn es bei Ablauf des Waffenstillstandes mit Dänemark wieder seine Häfen und Schiffe schutzlos den Angriffen der Dänen Preis geben müßte. Ein halb Dutzend große Kriegsdampfschiffe würden genügen die Dänen in Respekt zu halten, und diese sind sowohl in England als hier zu haben. Einige hunderttausend Dollars mehr oder weniger dürfen dabei gar nicht in Betracht kommen, Millionen machen die Störung, welche der Handel durch eine erneuerte Blokade erleiden würde, nicht wieder gut, ohne der Schmach zu gedenken, wenn der Wiederausbruch des Krieges Deutschland unvorbereitet fände, und vielleicht einzig und allein, um wie gesagt einige Hunderte von Tausend Dollars zu sparen. Ich möchte die Verantwortlichkeit Derer nicht theilen, welchen die Obliegenheit aufliegt, für eine Deutsche Flotte zu sorgen.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅔ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 5. Frankfurt a. M., Freitag 5. Januar. 1849.

Uebersicht.

Die Einheit und ihre Gegner.

Deutschland. Frankfurt (Die österreichische Note. Der österreichische Ausschuß.) Wien (Nachrichten aus Ungarn. Die österreichische Presse über Deutschland.) Innsbruck (Der Congreß der deutsch-österreichischen Provinzen aufgegeben.) Prag (Ueberwachung der Presse und der Vereine. Die Juden. Der Slowanska-Lipa-Congreß.) Berlin (Preußen und die Oberhauptsfrage. Der Armeebefehl. Hr. v. Gerolt über Nordamerika.) Erfurt (Merkwürdiger Selbstmord.) München (Die Ministerkrisis. Lerchenfeld und seine Gegner. Einberufung des Landtags. Kapitän Brommy.) Dresden (Minister Braun.) Leipzig (Statistik der Wahlen.) Mannheim (Grundlose Furcht vor Unruhen. Die Conscriptionsverweigerungen. Abschaffung der Titulaturen. Die Deutschkatholiken. Beginn des politischen Prozesses in Freiburg.) Freiburg (Der Prozeß gegen die April- und Septembergefangenen.) Lübeck (Stadtverfassung. Gagern. Stimmung für Preußen. Handel. Schiffswerfte.)

Großbritannien. London (Die Hungersnoth in Galway und Mayo. Die irische Lage und die Regierung. Antwort des Lordstatthalters an eine Deputation des Dubliner Stadtrathes. Ausfälle der „Morning Post" gegen das deutsche Parlament. Die südaustralische Gesellschaft.

Frankreich. Paris (Das Neujahrsfest. Der Constitutionel über Deutschland.)

Portugal. (Geldmangel. Bevorstehende Kabinetsänderung und Eröffnung der Cortes.)

Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Polnische und Ruthenische Lehranstalten.)

Italien. Aus der Lombardei (Sperre gegen Piemont.) Rom (Schreiben des Papstes an die europäischen Mächte. Erklärung des russischen Gesandten.)

Nordamerika. (Das Goldland in Kalifornien.)

Neuestes.

---

5. Januar.

„Viel Feind', viel Ehr'!" sagte Franz von Sickingen, und der alte Reiterspruch fällt uns eben ein, da wir von mehreren Seiten auf das heftigste angegriffen werden. Es ist nicht zufällig, daß diese Angriffe vorzüglich von Wien, München und Hannover ausgehen. Dort, wo die Feinde des einigen, mächtigen Deutschlands ihre Ränke spinnen, leben auch die unsrigen. Sie können es uns nicht verzeihen, daß wir unabläßig bemüht sind, ihre geheimen Anzettelungen an das Licht zu bringen. In Wien belegt man unser Blatt mit Beschlag; das Verfahren ist einfach. Man kommt dort auch in andern Dingen auf die alten Vorstellungen zurück, warum nicht auch darauf, daß Ideen mit Beschlag belegt werden können? Dies Mittel hilft; aber nicht auf lange. Ein solcher Angriff läßt keine Vertheidigung zu. Wenn man uns aber vorwirft, Oesterreich mit unwürdigen Schmähungen zu „übergeifern," so können wir unsern Lesern überlassen, zu entscheiden, ob wir jemals zu diesem Tone herabgestiegen sind. Aber wehe muß es uns thun, wenn man uns hartnäckig so mißversteht, als ob wir irgend eine Feindseligkeit gegen Oesterreich hegten. Für Oesterreich und alle unsere wackern deutschen Brüder, für die bedauernswerthe Stellung, in welche sie durch die Macht der Umstände geworfen sind, empfinden wir das wärmste Mitgefühl. Wir sprechen nur von der Politik, welche Oesterreich befolgt hat und befolgen wird. Wir haben uns oft darüber ausgesprochen, daß es mit Deutschlands Einheit und Macht nichts werden könne, wenn Oesterreich, wie es jetzt wieder beansprucht, den Vorsitz führt. Aus Gründen der Politik haben wir darauf gedrungen, daß Herr von Schmerling aus dem Ministerium scheide, und im Augenblicke, wo die deutsche Verfassung vollendet werden soll, einem Manne Platz mache, über dessen völlig deutsche Gesinnung gar kein Zweifel obwalten könne. Das war die Summe dessen, was wir über Herrn von Schmerling gesagt haben. Man hat das unwürdige Verläumdungen genannt. Allein Hr. v. Schmerling selbst hat es übernommen, uns in dieser Angelegenheit auf das Glänzendste zu vertheidigen. Er hat in seiner Rede an die Wähler in Wien erklärt: „Ich vergaß keinen Augenblick, daß ich vor Allem Oesterreicher sei. Immer ist mir die Aufrechthaltung der Integrität des österreichischen Staates das Höchste und Wichtigste im Leben." Und ein solcher Mann sollte unter den jetzigen Umständen, wo es heißt: Oesterreich oder Deutschland! Deutschland führen? Es sind seitdem andere Dinge an's Licht gekommen. Es sind Thaten geschehen, welche uns und unsere Ansichten besser rechtfertigen, als Worte es können. Dem Blindesten müssen nachgerade die Schuppen von den Augen fallen. Oesterreich hat seine Note eingeschickt, wodurch es wieder die alte Stelle in dem deutschen Bundesstaate in Anspruch nimmt, in dem nämlichen Bundesstaate, welcher sich eben noch für sich selbst verjüngen sollte. Ja, die Note erlaubt sich, den Gedanken auszusprechen, daß es überhaupt wohl nichts werden möchte mit Deutschlands Neugestaltung. Der Schritt, wie ihn diese Note ausspricht, sagen wir mit der Ober-Postamts-Zeitung, ist von großer Bedeutung, aber wir nehmen ihn als einen Schritt, der uns vorwärts bringt. Jetzt muß es sich zeigen, ob die deutsche Nation sich um die Früchte ihrer großen Anstrengungen und Leiden will bringen lassen. Wenn Oesterreich auf der einen Seite sich um die Beschlüsse der Nationalversammlung und der Centralgewalt nicht kümmert, wenn es seinen Gesandten in Kopenhagen ließ, während preußische und andere deutsche Truppen in Schleswig fochten, wenn es auf die zweimaligen Truppenaufgebote nicht einmal antwortete; wenn es die Verkündigung der Reichsgesetze gerade mit Angabe des Grundes zurückwies, weil ja eine Unterordnung unter die Centralgewalt gar nicht eingegangen sei, wenn es seine Matrikular-Beiträge zur deutschen Flotte verweigert, wenn es sein Geldausfuhr-Verbot nicht aufhebt und wenn achtzig seiner Wahlbezirke nicht einmal nach Frankfurt wählen wollten, wenn es somit auf wahrlich hinreichend deutliche Weise sich thatsächlich von Deutschland lossagte, so darf es auf der andern Seite das nicht österreichische Deutschland nicht hindern wollen, sich seinerseits, ebenso wie jetzt Oesterreich gethan, aus seiner Zerrissenheit zu retten und sich seine Zukunft auf lang ersehnte Weise neu zu gestalten, oder — es muß darauf gefaßt sein, daß jeder ehrliche Mann, der sich bis dahin noch vor dem Gedanken gesträubt, am Ende doch denen beistimmte, die da schon lange behaupten, Oesterreichs Politik gehe dahin, Deutschland überhaupt zu verhindern, einig und stark zu werden. Unselige Aussicht, zu solcher Gewißheit zu gelangen! sich endlich überzeugen zu müssen, daß Oesterreichs alte Metternich'sche Politik noch immer dieselbe wäre, so sehr auch die Personen gewechselt! — Als schon die Schlachten von Lützen und Bautzen von den Preußen geschlagen waren, unterhandelte Metternich noch mit Napoleon. Im Februar 1814 war es Oesterreich, das auf der unheilvollen Souveränetät der kleinen deutschen Fürsten bestand. Die Veröffentlichungen von Radowitz und Blittersdorf beweisen aktenmäßig, daß alle Pläne, die Bundesakte zu reformiren und ein kräftiges Deutschland auf friedlichem Wege zu gestalten, wie dies namentlich von Preußen in den letzten Jahren verlangt worden, stets an Oesterreich gescheitert sind. Sollen wir diese verderbliche Politik, die wir zu Deutschlands Schmach leider ein Menschenalter hindurch haben empfinden müssen, auch ferner uns an einem selbstständigen Leben hindern lassen, zu dem wir doch wohl eben so gut berechtigt sind, als Oesterreich!

Freilich, wenn Oesterreich wieder den Vorsitz führen will im verjüngten Deutschlande, dann hat es recht, daß aus Deutschlands Neugestaltung nichts werden könne. Oesterreich wird uns eben wieder — anführen. Wir können nur unser altes Wort wiederholen: „Entweder ein Bundesstaat ohne Oesterreich, oder ein Staatenbund mit Oesterreich und — dem ganzen alten Jammer." Wir wiederholen es, und müssen es beständig wiederholen, daß wir für unsere österreichischen Brüder das wärmste Mitgefühl haben. Wir wünschen mit ihnen so innig

verbunden zu sein, wie es die besondere Lage des österreichischen Kaiserstaates irgend zuläßt, und wir bedauern, daß die Umstände kein anderes Bündniß gestatten, als ein völkerrechtliches. Wie kurzsichtig sind Diejenigen, welche nicht einsehen, daß es keine andere Möglichkeit gibt, daß hierin gerade das Mittel liegt, ihren heißen Wunsch nach einer innigen, völligen Verbindung mit Oesterreich in künftigen Zeiten in Erfüllung gehen zu lassen! Deutschland ist rings von Landschaften umgeben, die ihm in den Zeiten seiner unseligen Zersplitterung entweder von Feinden geraubt sind, oder die sich selbst absonderten. Auf welche Weise darf Deutschland hoffen, jene Landschaften jemals wieder in sich zu vereinigen? Es muß wieder zu einer festen Einheit erstarken, es muß wieder einen Kern bilden, an welchen sich jene Theile ansetzen können, ja, wie durch eine natürliche Kraft angezogen werden. Welch anderer Magnet hält das Elsaß an Frankreich fest? Wenn Deutschland wieder eine große Macht ist und im Stande, Schutz zu gewähren, dann wird sein Schutz auch wieder aufgesucht werden. Und wem sollten wir ihn lieber gewähren, als unseren österreichischen Brüdern? Wer will bestimmen, wie lange Oesterreich jenes ungleichartige, so lose zusammengesetzte Völkerreich, noch zusammenhalten wird? Wir glaubten in diesem Jahre seinen Untergang bereits mit Augen zu sehen. Es hat sich wunderbar wieder aufgerichtet. Aber wer mag bestimmen, wie lange das Unwahrscheinliche wirklich bleiben wird? Wer mag bestimmen, wie bald die Zeit kommen wird, wo die ungesitteten Schaaren des völkerreichen Ostens wieder die Fluren verwüsten, welche tausendjähriger deutscher Fleiß fruchtbar gemacht hat? Wir haben vor wenig Monden diese Schmach dulden müssen; denn — wir hatten kein Reich und kein Reichsheer.

So viel für heute von Oesterreich, welches, wenn es der deutschen Einheit entgegenwirkt, sich wenigstens auf die besonderen Interessen berufen kann, die es zu vertreten hat. Morgen einige Worte von Hannover und Baiern, die kein anderes und kein höheres Interesse kennen sollten, als Deutschlands Ehre, Macht und Größe.

Deutschland.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 4. Jan. Die österreichische Note, deren wir gestern Erwähnung gethan, geht von einem Mißverständniß des ministeriellen Programms aus. Es beruhe auf einem Irrthum, führt die Note aus, daß Oesterreich als in den deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sei; das österreichische Programm besage weiter nichts, als daß, bei den obwaltenden Schwierigkeiten, die Reichsverfassung mit der österreichischen Regierung vereinbart werden müsse. Mit den Prämissen fielen auch die von dem Ministerium Gagern gezogenen Consequenzen. Oesterreich werde nimmer zugeben, daß es von Deutschland, mit dem es seit einem Jahrtausend verbunden sei, ausscheide. Oesterreich hoffe vielmehr, daß das deutsche Verfassungswerk, und zwar mit seinen zu diesem Zwecke nach Frankfurt entsendeten Abgeordneten, gedeihlich fortberathen und auf dem Wege der Vereinbarung mit den Regierungen zu Stande gebracht werde, und der Bevollmächtigte habe Oesterreich während dieser Zeit bei der Centralgewalt zu vertreten. Durch gesandtschaftlichen Verkehr könne mit Oesterreich in keinem Falle verhandelt werden, da es ein deutscher Bundesstaat sei und bleibe, und zwar der Mächtigste von Allen, da es sich dieser seiner Stellung bewußt sei und sie zu behaupten wissen werde. Schließlich wird zu den staatsmännischen Einsichten Gagern's das Vertrauen ausgesprochen, daß er dies einsehe und seine Forderungen zurücknehme. Welchen Antheil die hiesigen österreichischen Abgeordneten, namentlich Herr v. Schmerling, an dieser Wendung der Dinge in Olmütz haben, ist uns unbekannt. Ueber ein mehrstündiges Gespräch, das Herr v. Schmerling gestern Abend mit dem Präsidenten des Reichsministeriums gehabt hat, verlautet noch nichts Gewisses. Der Ausschuß war gestern um 6 Uhr versammelt, die erwartete Note war ihm indeß nicht zugefertigt worden; er mußte davon abstehen, sich dieselbe zu verschaffen, weil ihm zuverlässig mitgetheilt wurde, daß Herr v. Schmerling, obgleich seit zwanzig Stunden anwesend, sie dem Reichsministerium offieiell noch nicht mitgetheilt habe. Alle Mitglieder des Ausschusses waren über diese unbegreifliche Zögerung gleich verdrossen, aber die Mehrheit konnte sich doch nicht entschließen, einen Beschluß zu fassen, bevor sie von einem so wichtigen Actenstücke genaue und amtliche Kenntniß erhalten hatte.

Wien, 29. Dez. Zu Raab arbeiteten noch am 26. Dez. viele Tausende an den Schanzen. Hohe Personen haben hieher geschrieben, daß dieselben zwar nicht fehlerfrei, aber doch immer so angelegt gewesen seien, daß einiger Widerstand sehr möglich und für die Gegner gar nicht ohne Gefahr gewesen sein würde. Von sonst wohlunterrichteten Personen wird nun auch folgendes erzählt, was wir aber doch keineswegs verbürgen wollen. Auf dem ungarischen Reichstag soll Deak eine Rede gehalten haben, in der er die Unmöglichkeit, daß Pesth sich halten könne, nachwies, von der ungarischen Anarchie sprach u. s. w. Diese Rede habe ganz unerwartet den stürmischen Beifall vieler gepreßten und terrorisirten Seelen erregt; die streng-ungarische Partei sei daher sehr niedergeschlagen, und die Räumung Raabs hänge damit zusammen. Man glaubt jetzt kaum noch, daß es in Ungarn zu einer erheblichen Schlacht kommen werde, und hält vom ungarischen Standpunkte aus die Zersplitterung der ungarischen Streitkräfte für einen Fehler. Am 6. Jan. spätestens, wenn nicht Unerwartetes dazwischen kommt, wollen die Kaiserlichen vor Ofen stehen. General Schlick soll bis Erlau vorgerückt sein. (Allg. Z.)

* **Wien.** Die Wiener Zeitung enthält einen Artikel, der als Commentar zu der neuesten österreichischen Note und zu dem Auftreten des Hrn. von Schmerling in Wien gelten kann. Die Wiener Ztg., der österreichische Correspondent, der österreichische Lloyd und die Ostdeutsche Post sind die bedeutendsten journalistischen Stimmen über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Aus den beiden ersten spricht das neuerwachte österreichische Machtgefühl, das mit dem Bewußtsein einer tausendjährigen Großmacht auf Deutschland mit Verachtung herabblickt, etwas gedämpft durch ministeriellen Machiavellismus in dem Oeste. Corresp., mit plumper höhnischer Naivetät in der Wiener Ztg. Feiner und des deutschen Geistes kundiger sucht der Lloyd mit großen Aussichten, mit östlicher Colonisation und Handelsblüthe zu locken; nur bedient er sich der ganz undeutschen Voraussetzung, als hege man in Deutschland Lust nach materiellem Besitz und Herrschaft über das ganze Oesterreich, die Donaumündungen u. s. w. Die Ostd. Post endlich (wir sagen es mit vielem Bedauern) scheint täglich bestimmter die herrschsüchtige österreichische Haus- und Adelspolitik zu repräsentiren, die in Deutschland nur ein Objekt auswärtiger Politik erblickt, und in dem alten Bundesverhältniß einen bequemen Handgriff zur Ausbeutung des Nachbarlandes für das selbstsüchtige Interesse der österreichischen Haus- und Großmacht. Wir haben die Stelle neulich mitgetheilt, worin sie die Regierung auf die alte Tradition der Politik gegen Deutschland hinweis't. Der erwähnte Art. der Wiener Z. lautet wie folgt: „Hrn. v. Schmerling's Erscheinen in Wien hat in diesem Augenblicke eine hohe Bedeutung. Nach unserer Ansicht ist es seine Aufgabe, im österreichischen und im allgemein deutschen Interesse Vermittlung und Verständigung nach beiden Seiten hin zu bieten. Die Nationalversammlung hat in der Beschlußfassung der §§. 2 und 3 und der darin ausgesprochenen Personalunion, Oesterreich gegenüber, einen Mißgriff gethan, der, nachdem Hr. v. Mühlfeld in seinem Minoritätsgutachten, und die 40 österreichischen Abgeordneten in ihrer Ansprache an ihre Wähler zuerst dagegen Protest erhoben, und nachdem seither ganz Oesterreich diesem Proteste auf das Entschiedenste beigestimmt hat, nunmehr so ziemlich allgemein als solcher anerkannt wird. Das österreichische Ministerium hat bald darauf in seinem Programme den Grundsatz der Realunion aller Theile Oesterreichs ausgesprochen und hat rücksichtlich der künftigen Gestaltung Deutschlands den Grundsatz der Vereinbarung mit den Regierungen, wenigstens für Oesterreich in Anspruch genommen. Sonderbarerweise hat man in Frankfurt diesen Theil des Ministerprogramms für einen Absagebrief gegen Deutschland hingenommen, was jedenfalls eine Mißdeutung, ein arges Mißverständniß ist. Der Austritt des Herrn von Schmerling aus dem deutschen Reichsministerium und der Eintritt des hochverdienten Hrn. v. Gagern sollte dieses Ausscheiden Oesterreichs vervollständigen und das preußische Primat, das Aufgehen Klein-Deutschlands in Preußen befördern und beschleunigen. Doch im Augenblick, als dies geschehen sollte, hat es sich herausgestellt, daß auch hierin ein Verkennen dessen obgewaltet, was bei der Rekonstituirung Deutschlands im Reiche der Möglichkeit, des Bedürfnisses und der allseitigen Wohlfahrt liegen kann. Eine neue Bahn, abweichend von der des völligen Aufgehens aller Einzeltheile in ein ganz Deutschland nivellirendes Ganzes, muß betreten werden, und wir wollen hoffen, daß Hrn. v. Schmerlings Wirksam-

keit, als Abgeordneter und als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt in Frankfurt, hierin die Interessen Oesterreichs mit Deutschland in Einklang zu bringen verstehen wird."

Innsbruck, 26. Dez. Die beabsichtigte Zusammenkunft von Abgeordneten der deutsch-österreichischen, eigentlich der innerösterreichischen Provinzen, welche zu Klagenfurt stattfinden sollte, und zu welcher von Seite Tirols die Direktoren Schuler von Innsbruck und Zollinger von Botzen bestimmt waren, wird zufolge eines hierher gelangten Schreibens des oberösterreichischen Landtagsausschusses unterbleiben. Dagegen geht nächsten Freitag eine Deputation des hiesigen Provinzial-Landtags nach Olmütz ab, um den neuen Kaiser der Ergebenheit der Provinz Tirol zu versichern. Die Deputation besteht aus dem Landtagspräsidenten Grafen Wolkenstein als Obmann und je einem Repräsentanten der vier Stände Tirols. (C. Bl. a. B.)

Prag, 29. Dez. Das Ministerium steuert sicher und fest auf sein Ziel los, die Regierung in aller Weise zu stärken und sicher zu stellen. In einem seiner letzten Dekrete werden die politischen Aemter angewiesen, Bericht über die Vereine zu erstatten. Auch sollen die politischen Zeitungen überwacht und beaufsichtiget werden, wer sie liest und mit welchem Erfolge sie gelesen werden. Das Konstitutionelle Blatt macht hierzu die naiv hingestellte Bemerkung, die aber Bedeutungsvolles in sich birgt: „Wahrscheinlich will das Ministerium hierdurch sich in Kenntniß der Stimmung und der Wünsche des Volkes setzen." Die mancherlei Anfeindungen, Beengungen und Bedrohnisse, welche die Juden in der Neuzeit, namentlich in Prag, zu erleiden gehabt, haben eine Menge ihrer Glaubensgenossen zur Auswanderung angetrieben. Viele sind nach Amerika gegangen, und ihre hierher gelangten Briefe, welche die dortigen Verhältnisse in das günstigste Licht stellen, ziehen gar viele weiter nach. Andere haben sich nach den Nachbarstaaten Sachsen und Preußen gewendet, wo sie mit den übrigen Staatsbürgern gleiche Stellung einnehmen. Nicht allein viel Kapital, sondern auch viele tüchtige Leute sind dadurch unserem Lande entzogen worden. Da die Vermuthung immer mehr Raum gewinnt, daß der Reichstag bei Verhandlung über die Grundrechte, die Religionsfreiheit und die Emancipationsfrage nicht im freisten Sinne auffassen werde, so fürchtet man, daß die Auswanderungslust immer größer unter den Israeliten werde. Deßhalb hat das Centralkomite der Juden in Prag beschlossen, einige auserwählte Mitglieder zum Reichstag in Kremsier zu schicken, um daselbst noch vor Abstimmung der Judenfrage den Abgeordneten die Nothwendigkeit der Emancipation und ihre nützlichen Folgen für den Staat auseinander zu setzen. (Leipz. Z.)

Prag, 30. Dez. In der zweiten Sitzung des Slowanska-Lipa-Kongresses ward §. 1 der Gesammtvereinsstatuten, wie sie von dem prager Vereinsausschusse zur Berathung vorgelegt wurden: „Die Slowanska Lipa bildet mit allen von ihr anerkannten Filialvereinen im Königreiche Böhmen ein zusammenhängendes Ganze: die Gesellschaft der Slowanska Lipa in Böhmen," bei namentlicher Abstimmung angenommen. Hr. Marek zeigte an, daß ihn Geschäfte wieder in seine Heimath zurückrufen und er deßhalb die Präsidentenstelle niederlege. Heute ist Großfürst Konstantin wieder abgereist. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 30. Dez. Der bisherige preußische Geschäftsträger in Nordamerika, Hr. Gerolt, welcher vor mehreren Tagen hier eingetroffen ist, hat die erfreulichsten Nachrichten hinsichtlich der freundschaftlichen Gesinnungen der nordamerikanischen Regierung gegen Deutschland überbracht. Die Regierung der vereinigten Staaten Nordamerika's wird Deutschland in Allem auf das Zuvorkommendste unterstützen, was zum Aufschwung der jungen deutschen Marine beitragen kann und geeignet erscheint, die unmittelbaren Handelsverbindungen zwischen beiden großen Ländern wirksam zu fördern. Als Beweis ihrer der Entwickelung der deutschen Seemacht zugeneigten Gesinnung bietet die nordamerikanische Regierung Deutschland zwei große ausgezeichnete Dampfschiffe an, um die Wehrhaftigkeit Deutschlands auf den Meeren vor der Hand wenigstens zu vermehren. Außerdem wird Nordamerika zur Ausbildung der deutschen Seeoffiziere die hülfreichste Hand bieten. Herr Gerolt spricht sich in den hiesigen Kreisen mit großer Begeisterung über die uns so günstige Gesinnung der nordamerikanischen Regierung aus. (V. Z.)

‖ **Berlin**, 1. Jan. Wenn die Gemüther hier im nordöstlichen Deutschland über die in Frankfurt durch die Oberhauptsfrage und das ministerielle Programm hervorgerufene Verwirrung weniger beunruhigt werden, als man erwarten sollte, so liegt der Grund davon nicht so sehr in den bevorstehenden Wahlen, welche unser Interesse allerdings in hohem Grade in Anspruch nehmen, als vielmehr in dem Bewußtsein, daß es sich für Preußen, im schlimmsten Falle, nicht um Sein oder Nichtsein handelt, sondern daß wir, auch von Deutschland verschmäht, im Stande sein werden, unsre Stellung als europäische Großmacht zu behaupten. Nach unserer Meinung stehen die Sachen jetzt so: erlangt das Programm des Ministeriums in der Versammlung die Majorität, entschließt sich also die letztere dazu, um den Preis der Einheit und Einigkeit Deutschlands, die deutschen Provinzen Oesterreichs aufzuopfern, wird dann das Haus Hohenzollern auf den deutschen Kaiserthron erhoben, und ist endlich auf diesem jetzt allein möglichen Wege ein starkes, einiges Deutschland zu Stande gebracht, dann ist Hoffnung, daß Preußen mit einer hohen Selbstaufopferung in Deutschland aufgeht. Wird dagegen das Ministerium Gagern genöthigt, abzutreten, verharrt Oesterreich in seinem zweideutigen Verhältnisse zu Deutschland, entscheidet sich die Versammlung in Betreff der obersten Behörde für das Direktorium, oder für die Trias, oder — horribile dictu — gar für den Turnus, und ist so die deutsche Einheit zu einem leeren Schattenbilde gemacht, — dann werden wir in uns selbst, in unserm Patriotismus und in unserm Heere, das im Nothfalle mit Leichtigkeit auf eine halbe Million Streiter gebracht werden kann, den besten Schutz für uns und für das geknechtete Deutschland finden.

** **Berlin**, 2. Jan. Der Armeebefehl des Königs erregt um so größeres Interesse, da man erfährt, daß er aus der Feder des Königs selbst geflossen ist. Das Lob, welches dem preußischen Heere gespendet wird, ist so gerecht, daß es selbst bei den politischen Gegnern der Zwecke, wozu die Truppen verwandt sind, im Stillen Billigung findet. In Preußen ist das Heer bereits eine so volksthümliche Einrichtung, wie sie anderswo erst werden soll, und wenn man von einem Zusammenstoße des Heeres mit dem Volke redet, so konnte man in manchen Fällen eher von einem Zusammenstoße des Volkes mit dem Pöbel reden. Die Worte des Armeebefehls werden freilich auch der Kritik unterworfen. Sie sind aus der Fülle des königlichen Herzen geflossen, und die Begeisterung hat wohl eine Zunge, aber keine Wage. Im Heere ist der Befehl mit Jubel aufgenommen. Wir bringen schließlich einen Fall zur allgemeine Kenntniß, welcher eine unter den Offizieren des preußischen Heeres nur selten vorkommende politische Ueberzeugung zur Veranlassung hat. Ein junger Offizier erklärt das Verfahren des Ministeriums Brandenburg für hochverrätherisch. Er schreibt dies seinem Kommandeur, weil er es ihm nicht verbergen will, aber mit dem Bemerken, daß, da er dem König geschworen und eine Verfassung noch nicht beschworen sei, diese Meinung auf seinen Dienst ohne Einfluß bleibe. Der Kommandeur verbirgt oder vernichtet dies unvorsichtige Schreiben. Leider hat der junge Mann es aber abschriftlich dem Abgeordneten und damaligen Präsidenten v. Unruh übersandt; dieser macht kein Hehl daraus und liest es Mehreren vor. Es kommt zur Kenntniß und Offizier und Kommandeur verlieren ihre Stellen im Heer. Schon bei Gelegenheit des Stein'schen Antrages haben wir unsere Ueberzeugung, daß politische Ansichten, wenn sie auf Treue im Dienst keinen Einfluß üben, auch keine Ursache zur Entlassung abgeben könnten, lebhaft ausgesprochen.

Erfurt, 28. Dez. Heute Morgen um 7½ Uhr wurde unsere belagerte Stadt durch einen Kanonenschuß in nicht geringen Schrecken versetzt. Ein Kanonier, der wegen eines Vergehens degradirt worden war, feuerte auf dem, eine Viertelstunde von der Stadt gelegenen Fort Petersburg eine zwölfpfündige Kanonenkugel auf seine eigene Person ab. Die Kanone hat noch vom 24. November her die Richtung nach der Stadt, so daß die Kugel in dieselbe flog, einen Theil des Packhofes mit sich fortriß und noch vier andere Häuser beschädigte; ein Arm des Unglücklichen wurde auf dem Wilhelmsplatze, Kopf und Füße im Stadtgraben aufgefunden, der mittlere Theil des Körpers ist in der Luft zerstoben. In Folge der Ereignisse vom 24. v. M. sind nun auf beiden Seiten 53 Menschen gestorben, die meisten nachträglich an Wunden. (V. Z.)

München, 29. Dez. Mit dem jüngsten Lloyd ist der Fregattenkapitän Brommy aus Griechenland in Triest angekommen, und sofort über Wien und Dresden nach Frankfurt weiter gereist, einem Rufe der Reichsgewalt zur Mitwirkung bei der deutschen

Flottenorganisation folgend. Kapitän Brommy, ein geborner Sachse, diente früher in den nordamerikanischen Freistaaten und ging später als Philhellene nach Griechenland, wo er selbst bei den des Seehandwerks wohl kundigen Griechen den Ruf eines ausgezeichneten Flottenoffiziers genießt, und von woher er bei den meisten der im Dienste des Hellenenstaates gestandenen baierischen Offiziere noch in freundlichem Andenken steht. (D. k. Z.)

A **München**, 1. Jan. Vergeblich wohl möchte Einer, der München vor mehreren Jahren gekannt, nach jener Fröhlichkeit und heiteren Lust suchen, wie sie sonst wohl am heutigen Tage in den Mauern der Stadt zu herrschen pflegte. Mit düsterem Ernste und banger Besorgniß sieht heute fast jeder dem neuen Jahre entgegen. Wenn daran hauptsächlich die Weltlage im Allgemeinen Schuld ist, so trägt die Ministerkrisis doch auch das Ihrige dazu bei, und noch mehr die Art, wie sie am gestrigen Tage ihre Lösung fand. Es wäre auch wirklich eine schwierige Aufgabe gewesen, noch einen Zweiten zu finden, der es in solchem Grade mit allen Parteien verdorben hätte, wie dieß bei Hrn. v. Brisler der Fall ist. Die starr katholische Partei haßt ihn wie kaum einen Anderen wegen seiner Abstimmungen in Frankfurt, die liberale Partei traut ihm nicht, wegen der von ihm in der Nationalversammlung aufgestellten Vereinbarungstheorie, während selbst die Reaktionäre die von Herrn v. Beisler ohne Unterlaß im Munde geführten liberalen Phrasen fürchten. Ein Abel oder Schrenk wäre in dieser Beziehung eine glücklichere Wahl gewesen, — diese Männer hätten wenigstens Eine zahlreiche und mächtige Partei hinter sich gehabt, während die Ernennung Beislers sich fast nur dadurch erklären läßt, daß man vielleicht in gewissen hohen Kreisen glaubte, der neue Minister werde, gerade weil er keine Partei im Volke für sich habe, weit eher geneigt, ja recht eigentlich darauf angewiesen sein, sich ganz und gar den Wünschen und Absichten der Krone anzuschließen. Und so weit sind die übrigen Minister, Männer, die man zu den Besten im Lande gezählt, bereits gekommen, daß sie die Stimme des Volkes für Nichts achten, daß sie das Vertrauen, welches sie bisher genossen, mit Einem Male Preis geben, daß sie mit einem General Lesuire sich auf Eine Stufe stellen, daß sie ihren Ruf aufs Spiel setzen und im Amte bleiben. Es ist möglich, daß der König den dringenden Wunsch ausgesprochen, sie möchten ihn nicht verlassen; wenn dieß der Grund ihres Bleibens wäre, so würden sie damit nur zeigen, daß ihnen gleich jenen Ministern in der glorreichen Zeit des Absolutismus der König Alles, das Volk Nichts ist; — es ist möglich, daß sie der Gedanke an die Verbesserungen, die sie möglicher Weise noch durchzuführen vermögen, zurückgehalten hat, — sie würden damit nur in jenen jesuitischen Grundsatz verfallen, daß der gute Zweck die schlechten Mittel heilige. Kurz, wohin wir schauen, wir vermögen keine Entschuldigung für sie zu finden; sie haben den Weg, welcher ihnen einzig und allein vorgezeichnet war, — den streng konstitutionellen Weg, verlassen. Denn nicht etwa Meinungs-Differenzen im Minister-Rathe, nicht persönliche Gründe waren es, die Lerchenfeld aus seinem Amte trieben, sondern Prinzipienfragen von unendlicher Wichtigkeit: es handelte sich darum, echt konstitutionelles Wesen in Fleisch und Blut der gesammten Verwaltung und des ganzen Staats-Haushaltes übergehen zu lassen. Das Land hat in dieser Beziehung auch bereits sein Urtheil gesprochen: täglich berichten uns die öffentlichen Blätter von Adressen, welche aus allen Theilen des Landes an Lerchenfeld abgehen, aber die Zeitungen aus allrn Provinzen berichten uns auch, welchen peinlichen Eindruck das Bleiten der übrigen Minister hervorgerufen hat. In der ganzen baierischen Presse gibt es unseres Wissens nur zwei Organe, welche entgegenstehende Urtheile gebracht; dies ist der ultramontane Volksbote, welcher es förmlich zu seiner Tendenz gemacht hat, Lerchenfeld unablässig zu schmähen, seit, hauptsächlich durch seine Bemühungen, das Ablösungs-Gesetz zu Stande kam, — und die Augsburger allgemeine Zeitung, die wohl vermöge ihres Grundsatzes, keiner bestimmten Partei anzugehören, sich veranlaßt sah, auch Urtheile der entgegengesetzten Meinung aufzunehmen. Als den muthmaßlichen Verfasser Eines jener Aufsätze habe ich bereits vor ein Paar Tagen ein bekanntes Mitglied der Camarilla bezeichnet, und damit ist wohl auch der Werth desselben ausgesprochen. Etwas mehr Beachtung möchten, wenigstens dem ersten Anscheine nach, ein Paar andere Artikel derselben Zeitung verdienen, und Sie werden mir deßhalb wohl einige Worte darüber gestatten. Sie rühren aus der Feder eines bekannten Gelehrten her, der bei vielen Verdiensten leider den großen Fehlre hat, für einen Professor viel zu sehr Staatsmann, für einen Staatsmann aber viel zu viel Professor zu sein, und der vermöge seiner grenzenlosen Eitelkeit um jeden Preis eine Rolle spielen möchtr. Die Rolle eines Dahlmann oder Gervinus zu spielen, wäre ihm wohl das Erwünschteste. Da ihm das parlamentarische Feld unzugänglich blieb, so betrachtet er jetzt als das Ziel seiner Wünsche und seines Strebens die Stelle eines Cultus-Ministers. Der stehende Refrain seiner Vorwürfe gegen Lerchenfeld ist denn auch immer die Aufhebung des Cultus-Ministeriums. Außerdem wirft er einen herben Tadel auf das am letzten Landtage berathene Sparkassen-Gesetz: wir wollen das Drückende dieser Maßregel nicht läugnen, wir sind aber erst dann geneigt, auf den abgetretenen Minister einen Tadel zu werfen, wenn uns der gelehrte Alterthums-Forscher ein Mittel anzugeben weiß, leere Geldkisten in volle zu verwandeln; daß sie aber leer waren, ist nicht die Schuld des zu jener Zeit eben erst in's Amt getretenen Ministers, sondrrn es ist die Schuld der wahrhaft heillosen Finanz-Wirthschaft, wie sie von den früheren Ministern betrieben worden. Daß man aber, um jene Kassen zu füllen, nicht zu einem größeren Anlehen die Zuflucht nehmen konnte, beweist der Umstand, daß die beschlossene Anleihe von sieben Millionen noch nicht vollkommen zu Stande gekommen ist, wenn sie auch einen vrrhältnißmäßig günstigeren Erfolg hatte, als alle in der letzten Zeit in irgend einem anderen Staate abgeschlossenen Anlehen. Wenn der angeführte Artikel übrigens von der „ministeriellen Windigkeit“ *) Lerchenfeld's spricht, so mag sich dieser mit der bekannten „hochmüthigen Charlatanerie“ des Verfassers, sowie damit trösten, daß er an Heinrich Gagern einen Leidens-Genossen hat, dem derselbe gelehrte Mann in der heutigen Allgemeinen Zeitung die staatsmännische Befähigung absprechen möchte. — Die öffentliche Meinung aber ist durch alle Versuche, welche gemacht wordrn, um Lerchenfeld zu verkleinern, noch keinen Augenblick irre geworden. Man ist sich vollkommen darüber klar, daß seine Person alle Garantien geboten hat, sowohl für die Entwickelung und Befestigung der Freiheit im Innern Baierns, als für einen naturgemäßen innigen Anschluß an die deutsche Sache, und Alles vereinigt sich in dem Wunsche, den Mann eines so allgemeinen Vertrauens so bald als möglich wieder an die Spitze der Geschäfte gestellt zu sehen.

München, 1. Jan. Die Blätter bringen heute die königliche Verordnung, welche den Landtag auf den 15. Jan. 1819 einberuft.

Dresden, 1. Jan. Der König hat, nachdem Staatsminister Braun wegen seiner Gesundheitsumstände um Dienstentlassung gebeten hat, dieses Gesuch zwar abgelehnt, jedoch in Erwägung, daß dessen leidende Gesundheit nur durch zeitweilige Entfernung von allen Geschäften wieder hergestellt werden kann, demselben bis zu seiner Genesung vorläufig auf zwei Monate Urlaub ertheilt. Für diese Zeit hat der König den Hof-Justizrath Dr. Treitschke mit der Verwaltung des Justizministeriums und den Staatsminister v. d. Pfordten mit dem Vorsitze des Gesammtministeriums beauftragt. (L. Z.)

Leipzig, 28. Dez. Bis jetzt sind aus den 75 Wahlbezirken 45 Wahlen bekannt; nach Abzug von drei Doppelwahlen (Birnbaum, Hensel, Felden) fallen davon auf die Candidaten der Deutschen Vereine 10, auf die Candidaten der Vaterlandsvereine 26; gar nicht von den Vereinen empfohlen waren 6. (L. Z.)

C **Mannheim**, 2. Jan. Der Jahreswechsel ging hier ruhig vorüber, obgleich man auf Unruhen gefaßt war. Wie uns ein Brief aus Karlsruhe mittheilt, soll der Neujahrstag zu einem Einfall der Flüchtlinge über den Rhein bestimmt gewesen sein. Wenigstens war überall den Truppen Befehl gegeben, sich bereit zu halten. So auch hier. Ob an diesem Gerüchte wirklich etwas wahres gewesen ist und nur die Vorsicht der Behörden die Ausführung des Planes verhindert hat, steht sehr zu bezweifeln. Die einzelnen Conskriptions-Verweigerungen können wir nicht so hoch anschlagen, als es einige Zeitungen thun, indem sie meistens von Leuten ausgehen, welche die Sache zu wenig verstehen, als daß sie ein richtiges und gerechtes Urtheil darüber fällen könnten. Deutschland steht in diesem Augenblicke in einer verhängnißvollen Zeit, wo es nothwendig stark sein muß, um in

*) Die Allg. Ztg. vom 2. Januar berichtigt die „Windigkeit“ in „Würdigkeit.“

der Entscheidung zu bestehen. Darum muß es gerüstet und gewaffnet sein, es wird es durch die **Allgemeinheit der Bewaffnung** werden. Man hat diese ganze Zeit von der Gleichheit der Belastung gesprochen, und namentlich die Partei, welcher diese Widerspenstigen anzugehören glauben. Hier widerspräche sich ihre Gesinnung, denn die im Dienste befindlichen Altersklassen werden durch die nicht im Dienste stehenden, bis jetzt durch die Ziehung freigewordenen, ergänzt. — Die Titulaturen: Excellenz, Ritter rc. und die Bezeichnungen: Hochwohlgeboren rc. sind nach Großh. Kriegsministerialerlaß auch im Militär aufgehoben. — Den **Deutschkatholiken** wurde die Zuchthauskirche nebst allem kirchlichen Zubehör übergeben. — **Im Laufe der nächsten Woche beginnt das Geschwornengericht in Freiburg i. B.**

Freiburg, 29. Dez. Ueber den Stand des gerichtlichen Verfahrens wegen der republikanischen Erhebungen vom April und September d. J. kann ich Ihnen folgende aus sicherer Quelle geschöpfte Mittheilungen machen. Von den Untersuchungen ist ein großer Theil beendigt, und sehr viele Angeschuldigte sind gegen Sicherheitsleistung oder auch ohne solche auf freien Fuß gesetzt. Die Zahl derselben ist zwar durch Amnestirung um mehrere Hundert vermindert, immer aber noch sehr beträchtlich. Um nun die Aburtheilung möglichst zu beschleunigen und das ungeheuere Material einigermaßen zu vertheilen, sollen die Angeschuldigten nicht gleichzeitig, sondern in mehreren Abtheilungen vor das Schwurgericht gestellt werden. Zuerst werden die beiden Hauptpersonen des letzten Aufstandes, Gustav v. Struve und Karl Blind zur Aburtheilung kommen, und es soll schon vor Weihnachten der Antrag, diese beiden in Anklagestand zu versetzen, bei der Anklagekammer eingereicht worden sein. Die Entscheidung über diesen Antrag muß in den nächsten Tagen erfolgen, und dann kann, insofern die Angeklagten nicht vorher noch ein Rechtsmittel ergreifen, unmittelbar der Tag zur öffentlichen Verhandlung bestimmt werden. (Mannh. J.)

†† **Lübeck**, 31. Dez. Die politischen Umgestaltungen, welche sich in größeren Staaten Deutschlands durch viele Jahre hindurchzogen, drängen sich in unserem kleinen Gemeinwesen mit fast überstürzender Eile. Der Mai dieses Jahres brachte uns eine unseren Verhältnissen durchaus entsprechende Verfassung, die seitdem zum Segen des Staates in Wirksamkeit besteht, und schon im Beginn des folgenden Jahres wird durch die Veränderung des Wahlgesetzes derselben eine ganz andere Grundlage gegeben. Demnach können wir von Glück sagen, daß wir dem unnützen und kostspieligen Experiment einer konstituirenden Versammlung entronnen sind. Fast gleichzeitig mit den wichtigen Wahlen in Preußen, zu Ende Januar, finden auch hier die neuen, weder durch Census, noch durch ständische Sonderung beschränkten Wahlen statt. Die Wahlkommissäre sind schon ernannt, die Bezirke abgegrenzt und die Wahltage — in passenden Zwischenräumen zur Vermeidung von Doppelwahlen — festgesetzt. Der Rausch, in welchem sich ein Theil der unbemittelten Bewohner Lübecks eine Zeit lang befand, scheint verraucht zu sein. Die schmachvollen Oktoberunruhen haben Manchem die Augen geöffnet und den hier im Ganzen herrschenden Geist ruhiger Ueberlegung wieder erweckt. Freilich steckt der Trieb zu ständischer Sonderung, welcher einst unser schroff ausgeprägtes Zunftwesen hervorrief, noch so tief in den Gemüthern, daß selbst nach Aufhebung aller politischen Unterschiede die früher nicht wahlfähigen Einwohner ihre Versammlungen unter strengem Ausschluß Anderer fortsetzen. Da aber ein Theil ihrer Führer in Folge der Oktoberunruhen verhaftet ist, so ist wohl nicht viel von diesen Zusammenkünften zu fürchten. Die Untersuchungen jener Auftritte werden eifrig betrieben und liefern den Beweis, wie sehr dieselben einzelnen ehrgeizigen Hetzern zur Last fallen, besonders einem Literaten, Redakteur des jetzt eingegangenen „Volksfreundes". Das Urtheil über die Angeklagten wird von Geschworenen gesprochen werden, und ist der Staatsanwalt dazu schon ernannt. — Den Verhandlungen in Frankfurt folgt man hier mit vieler Theilnahme. Man würde hier gegen ein deutsches Kaiserthum unter dem Hause Hohenzollern durchaus nichts einzuwenden haben. Alle Einsichtigeren finden darin sogar die einzige Möglichkeit eines starken, einigen Deutschlands. Die trefflichen Einrichtungen Preußens haben hier von jeher viele Freunde gezählt. Gagerns Name hat hier den schönsten Klang; er ziert ein neues Schiff eines angesehenen Handlungshauses. Freilich fehlt es auch nicht an Befürchtungen in Bezug auf die Neugestaltung Deutschlands. Die Kosten zur Aufstellung einer doppelten Truppenzahl werden fast unerschwinglich sein, besonders wenn, wie verlautet, auch Artillerie geschafft werden soll. Man hat zu diesen kostspieligen Einrichtungen um so weniger frischen Muth, da ja nach der künftigen Reichsverfassung wieder neue Aenderungen nöthig sein werden. Es würde die deutsche Sache hier und in andern kleinen Staaten nichts so sehr populär machen, als wenn man durch Konzentrirung mehrerer im Sinne der späteren Verfassung schon jetzt den Finanzen der Einzelstaaten mehr als bisher zu Hülfe käme. Für die Seestaaten wäre auch nichts natürlicher, als daß man durch Leistungen für die Marine die Leistungen für die Landmacht etwas erleichterte. Das hier bisher herrschende Stellvertreterwesen ist durch das Gesetz schon für das Jahr 1849 aufgehoben. Für die Söhne wohlhabender Familien ist es aber sehr hart, während der Dienstzeit ihre Studien und sonstigen Beziehungen zu unterbrechen und gerade hier ihrer Dienstpflicht zu genügen. Man wünscht daher sehnlichst, daß schon jetzt eine Einrichtung möglich werde, wonach hiesige Staatsangehörige auch in andern deutschen Truppenabtheilungen ihrer Pflicht nachkommen können. So weist überall der Vortheil des Einzelstaates selbst auf den Bundesstaat hin, den uns die verrätherischen Intriguen süddeutscher Sonderbündler nicht verpfuschen sollen. — Unser Handel hat seit der Abschließung des Waffenstillstandes einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. Ueber Lübecks nordischen Handel erscheint nächstens eine interessante Denkschrift, aus amtlichen Quellen geschöpft, welche den Zweck hat, die eigenthümlichen Interessen Lübecks klar und scharf darzulegen, mit der besondern Absicht, daß sie bei den handelspolitischen Einrichtungen der deutschen Reichsbehörden die nöthige Berücksichtigung finden mögen. Man ist an manchen Orten gar zu sehr geneigt, Lübeck als eine Stadt der Vergangenheit zu betrachten, während seine Kaufleute die Gegenwart eifrig ausbeuten und gern auch die Zukunft sicher stellen möchten. Die Wichtigkeit der allgemein deutschen Angelegenheiten in dieser Beziehung wird hier sehr begriffen; und es findet allseitigen Beifall, daß unser trefflicher, neugewählter Bürgermeister Dr. Brehmer sich doch wieder als Bevollmächtigter der lübeckischen Regierung nach Frankfurt zurückbegibt, so sehr man andererseits hier am Orte seine Thätigkeit vermissen wird. Die Wahl selbst war ein großer Fortschritt. Früher ernannte der Senat immer den ältesten Senator zum Bürgermeister; diesmal wurde zuerst von dem alten Schlendrian eine höchst erfreuliche Ausnahme gemacht. Freilich fühlt man wohl allerseits, daß die Zeit solcher veralteter Mißbräuche längst vorüber ist. Von den mecklenburgischen Hilfstruppen befindet sich noch ein Theil in unsern Mauern. Man hofft aber, daß wir auch dieser kostspieligen Gäste bald werden entrathen können. Das Einvernehmen mit denselben ist übrigens das beste und eine Aufregung gegen sogenannte „fremde Truppen" hat hier nie bestanden. Unsere Schiffswerften, auf denen der allbekannte H. Slomann in Hamburg viele seiner größten Auswandererschiffe hat bauen lassen, und deren treffliche Meister auch schon mehrere bewährte Räder- und Schraubendampfschiffe geliefert haben, werden hoffentlich bald von der deutschen Reichsgewalt Aufträge für die deutsche Flotte erhalten.

Großbritannien.

* **London**, 31. Dez. Ueber die jammervollen Zustände im Westen Irlands berichtet der Standard: „Die täglich ankommenden Nachrichten aus den westlichen Bezirken lassen leider vermuthen, daß noch vor dem Schlusse des Januars, das Reich abermals in Schrecken gesetzt werden wird durch Schilderungen über eine Menge Todesfälle aus Nahrungsmangel; Schilderungen, welche eben so entsetzlich lauten dürften, als diejenigen aus Skull und Skibbereen im Winter 1846—47. Die Todesfälle durch Mangel, durch Kälte, durch Krankheiten, welche Folgen der Entbehrung und des mangelhaften Schutzes gegen die unbarmherzige Strenge der Witterung sind, haben eine furchtbare Höhe erreicht. Die entferntern Bezirke von Galway und Mayo leiden die meiste Noth; aber in kurzer Zeit, sobald die Kartoffeln ausgehen, muß der Hunger — denn der Hunger hat sich theilweise eingestellt — sich fast überall hin in die umliegenden Grafschaften verbreiten. Die ganze Unterstützung beruht jetzt auf den Armensteuern. Sie sind dem Namen nach beträchtlich, werden aber nicht bezahlt. Und in der That, wenn morgen das ganze Eigenthum vieler Gemeindegüter verkauft würde, möchte der Erlös nicht hinreichen,

um die Armen nur für die nächsten drei Jahre zu erhalten." Was wird England thun? Die Times räth wiederholt, Irland für sich selbst sorgen zu lassen; alle Gesetze und Parlamentsakte könnten hier nichts mehr helfen; Vorschüsse und Geldspenden würden nur dazu beitragen, daß die Irländer, schon an sich träg, ihre Hände in den Schooß legten und sich auf fremde Hülfe verließen; dagegen müsse das Ackerbauwesen, wie die Landeskultur überhaupt verbessert werden u. s. w. Wie aber sind diese Verbesserungen ohne Kapitalien möglich? Wer wird aber, so lange die in den nothleidenden Theilen Irlands herrschende Gesetzlosigkeit besteht, seine Kapitalien auf dortigen Grund und Boden anlegen, von dem allerdings ein großer Theil brach und wüste liegen muß? Wie aber kann jene Gesetzlosigkeit aufhören, so lange die Verhältnisse zwischen Gutsherren, Pächtern und Afterpächtern dieselben bleiben und durch keine praktische, vernünftige und zugleich humane Gesetze reformirt und geregelt werden? Man sieht, daß man sich hier in einem Zirkeltanz von „aber" bewegt, aus dem nur herauszukommen ist, wenn man das Beil an die Wurzel des Uebels legt und die bestehenden barbarischen Pachtgesetze und unpraktischen Pachtverhältnisse von Grundaus umgestaltet, worauf freilich für den Augenblick noch wenig Aussicht ist. Letzteres geht wenigstens aus einer Antwort hervor, welche der Lordstatthalter vor kurzem auf eine Adresse des Stadtrathes ertheilte, worin jenem zwar für die ihm gelungene Herstellung der Ordnung gedankt, zugleich aber auch die Nothwendigkeit vor Augen gestellt wurde, eine durchgreifende Untersuchung der Ursachen des herrschenden Mißvergnügens zu veranlassen und den Beschwerden und Uebeln durch eine bessere Gesetzgebung abzuhelfen. Der Lordstatthalter erwiderte im Wesentlichen: dies sei auch der aufrichtige Wunsch der Regierung, aber Gesetze allein könnten hier nicht helfen; das Uebel sei socialer Art, es sei nöthig, daß in Irland Ruhe herrsche, daß die verschiedenen Klassen nicht wie bisher einander in den Haaren lägen u. s. w. Eine klägliche Salbe für ein tief greifendes Leiden! Niemand zweifelt an dem guten Willen der Regierung, aber um ihre Existenz nicht zu gefährden und bei den großen Gutsherren nicht zu verstoßen, wagt sie nicht, ein System durchgreifender Gesetzreformen für Irland vorzuschlagen, obschon sie den eigentlichen Sitz des Uebels sehr wohl erkennt. Lieber schleppt sie die Nothstände Irlands wie eine alte Krankheit, die immer unheilbarer wird, von Jahr zu Jahr mit sich fort, bis endlich doch, namentlich seitdem auch die Mittelklasse der Gutsbesitzer ihrem Ruin entgegengeht, eine Radikalkur versucht werden muß, mag der Arzt, der das Mittel verschreibt, darüber zu Grunde gehen oder nicht.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die radikalen Reaktionäre wie die radikalen Reformer gemeinsam ihr Möglichstes thun, um das Ansehen des Frankfurter Parlaments zu untergraben. Auch die torystische „M. Post" führt gegenwärtig einen groben Kolbenstreich gegen die Versammlung in der Paulskirche, den gröbsten, den sie vielleicht erlitten hat. Man beurtheile das Ganze nach dem Anfang; dieser lautet: „Der Gedanke, das erlauchte deutsche Reich unter die Diktatur mondsüchtiger Professoren und roher Handelsleute zu stellen, war so spaßhaft, daß er nicht verfehlt hätte, das Gelächter Europa's zu erwecken, wäre Europa zu der Zeit, als man den Gedanken faßte, nicht allzusehr in Anspruch genommen gewesen, um für ein Gelächter Zeit zu gewinnen." Die „M. P." läßt nun die verschiedenen Länder die Revue passiren, um zu zeigen, wie die Verhältnisse überall jetzt so ganz andere seien, als zur Zeit der Gründung der deutschen Reichsversammlung. Ueberall sei die Anarchie gedämpft, in Frankreich das Proletariat zu Boden geschlagen, und jetzt eine Regiernng an der Spitze, „welche eben so legitim sei und ehrenhafter sich aufzuführen verspreche, als diejenige, welche aus der Usurpation der Orleans hervorging." Eben so, fährt die M. Post fort, hat Oesterreich überall den Revolutionstaumel der Gegenwart überwältigt, in Italien wie in Prag, Lemberg und Wien, während sein jetziger Kriegszug in Ungarn einem Triumphzuge gleiche. Aehnlich in Preußen; „hier wurden", sagt die M. Post, „die rebellischen Kammermitglieder dahin zurückgeschickt, woher sie kamen, und selbst meine lieben Berliner („my beloved Berliners") sind so wenig unzufrieden, als ihre knurrige (grumbling) Natur gestatten wird." Mit ähnlichem Humor werden Karl Albert, „der irrende Ritter der Insurrektion", und die schleswig-holsteinische Angelegenheit behandelt. Somit sei Alles wieder ins rechte Geleis gekommen, alles Ungehörige beseitigt worden, nur das deutsche Parlament noch nicht, obschon es höchstens in seinem abgelebten Körper so viel Leben zeige, als dies bei einer gelegentlichen krampfhaften Zuckung der Fall sei. Nun drohe aber noch, der Meinung der M. Post nach, der letzte Bundesgenoß, der König von Preußen, dem Parlament untreu zu werden, nachdem er gesehen, daß gegen seine Usurpation das Haus Habsburg bis herab zu dem kleinsten Reichsfürsten, „der einen Feldmarschall und einen kunstgeübten Trommler ins Feld schicken könne", Widerstand leisten würden. Jetzt sei das Schicksal des deutschen Parlaments unschwer vorauszusehen; gleich anderen ephemeren Thierchen, erzeugt in unreiner Atmosphäre, „werden", schließt die M. Post, „diese kleinen Geschöpfe, nachdem sie die ihnen gestattete Stunde in unnützen Kreisbewegungen zugebracht, in ihr ursprüngliches Nichts wieder zurückkehren, und Deutschland wird wieder frei sein." (!)

Am 29. Dezember hielt die südaustralische Gesellschaft ihre jährliche Versammlung. Es wurde dabei ein zufriedenstellender Bericht verlesen, wonach der Ertrag der Ländereien, des Hafeneigenthums u. s. w. jetzt jährlich 12,000 Pfund beträgt. Im hohen Grade günstig lauten die Berichte aus den Bergwerksbezirken der Gesellschaft. Die Bevölkerung von Südaustralien halte sich in drei Jahren verdoppelt und war auf 40,000 gestiegen. Man beschloß, alles Mögliche zu thun, um Ländereien zu mäßigen Preisen abgeben zu können und so die Auswanderung aus dem Mutterlande zu befördern. Seit dem 15. sollen nicht weniger als 1000 freiwillige Auswanderer sich in Plymouth nach Sidney und Adelaide eingeschifft haben. In der Nachbarschaft der letztern Kolonie haben sich bekanntlich auch viele Neumärker, namentlich aus der Gegend von Züllichau angesiedelt, die unter Anführung ihres Predigers Kavel dahin gegangen waren, um den protestantischen Gottesdienst nach altlutherischem Ritus frei und ungehindert ausüben zu können, was in Preußen unter der Regierung des vorigen Königs durch alle mögliche und keineswegs immer zu rechtfertigende harte Mittel erschwert und gehindert wurde.

Frankreich.

†† **Paris**, 1. Jan. Der Präsident von Frankreich hielt gestern und heute große Cour. Die endlose Folge politischer Funktionäre rollte sich wie eine ambulante Dekoration im Theater vor ihm ab. Er hatte einen besonderen Ministerrath gehalten, um dies Puppenspiel recht zu ordnen. Der Neujahrstag im white house zu Washington *) ist viel kurzweiliger, als der in irgend einem Hause europäischer Machthaber. Es ist der einzige Tag im Jahre, welcher im Palast des Präsidenten der transatlantischen großen Republik Uniformen verschiedener Staaten und Völker zur Schau ausstellt. Doch wieder zu Frankreich! Es würde Sie langweilen, das Programm der Vorstellungen des heutigen Tages zu lesen, deßhalb will ich nur bemerken, daß französische Artigkeit den Empfang des diplomatischen Korps sinnig auszeichnete, indem der Präsident die bevollmächtigten Minister, von seinem Kabinet und den Marschällen Frankreichs umgeben, empfing. Die Vorstellungen der Beamten bei ihren Ministern fanden gestern Statt. Man kennt in Paris die schöne deutsche, auch den Engländern vererbte Sitte des Weihnachtsfamilienfestes nicht. Hier hat der Christbaum und Christmasday keine Bedeutung, höchstens wird er für sozialistische Toaste ausgebeutet. Dagegen kauft jeder Pariser den Kindern, der Frau oder Geliebten einen Tand am Neujahrstage. Von Gasse zu Gasse wandernde Krämer mit schiebbaren Tischen, worauf hundert und hundert glänzende Kleinigkeiten die Kauflust anlocken, hinderten oft während der letzten Tage die Passage. Vergebens forderte der Maire de la Seine im Bunde mit den Polizeipräfekten die Polizeikommissäre auf, diesem unpatentirten Handel Einhalt zu thun! — Der sardinische Gesandte bei der französischen Republik, Herr de Ricci, verläßt morgen Paris, um das ihm übertragene Portefeuille im Kabinet von Turin zu übernehmen. Er war vorher von Karl Albert zum Kongresse nach Brüssel bestimmt. In der letzten Sitzung der französischen Akademie (Donnerstag) wurde Hr. Viennet zum Direktor und Hr. Audelet zum Kanzler für das erste Vierteljahr 1849 erwählt. Gestern wurde im Hotel de Ville das neue Wappen von Paris im Thronsaale aufgestellt. Es ist sehr schön gearbeitet und hat in der Mitte ein silbernes Schiff im rothen Felde, auf dem eine Mauerkrone ruht. Die Schildhalter sind sitzende Genien mit Lorbeerzweigen. Ueber der Mauerkrone erscheinen auf einer vergoldeten Tafel die Worte:

*) Palast des Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

République Française. Constitution de 1848. Liberté, Egalité, Fraternité. Drei Lanzenbündel überragen die Inschrift. Der Ausweis über die Zölle des Monat November 1848 zeigt eine Ziffer von 8,500,000 Franken, 3 Millionen weniger als im November 1847 und gar 5 Millionen weniger als im November 1846. Zucker, Roheisen, Wolle, Blei, Akajou-Holz, Woll- und Leinengespinnste, Oelfrüchte und Unschlitt wurde weniger, dafür mehr Baumwolle, Kaffee, Indigo, Olivenöl, Kohlen, Kupfer eingeführt. Exporte nahmen zu in Wein, Branntwein, Cerealien, gegerbtem Leder, Pelzwerk, Seifen, Rohseide, gefärbte Seide; Seidenstoffe wurden weniger ausgeführt.

Herr Thiers rekapitulirt in der heutigen Nummer seines Organs die politischen Begebenheiten seit Februar und kritisirt die Politik der Regierungen und Völker auf dem alten und neuen Kontinente. Ueber Deutschland spricht er wie folgt: „In wenigen Wochen sah man alle Throne Deutschlands erschüttert. Es schienen die Wellenbewegungen eines und desselben Erdbebens zu sein. Gleich schrieen die Verehrer der Gewalt und der rohen Materie, daß diese Erdstöße alle alten und jungen Monarchieen jenseits des Rheins, vom Gestade der Ostsee bis zum adriatischen Meere, vom Rheine bis zur Donau umstürzen würden, weil ein Geist plötzlich das Volk durchdrungen habe, welches zwischen den erwähnten Grenzen seine Wohnsitze habe. Eine Menge Schöngeister, Schriftsteller, Politiker geheimer Gesellschaften riefen nach Herzenslust dem Volke zu, daß ein Zeichen der Zeit, die Offenbarung eines lange gefühlten und vorausgesagten Bedürfnisses darin zu sehen und der Augenblick gekommen sei, die Einheit Deutschlands zu bewerkstelligen. So entstand nun die Frankfurter Nationalversammlung, einem großartigen Berufe zugewiesen (vouée), aber einem beinahe unmöglichen, weil sie nach dem Gedanken einiger ihrer Häupter zu einer großen deutschen Republik führen, dann aber, nachdem die ersten Tage der Täuschung vorüber waren, wenigstens ein Kaiserreich konstruirt werden sollte, und dieses wieder ebenso auf dem Wege ist, eine Fehlgeburt zu werden. Wenn man nicht, wie die Konstituante von 1789, ein ganzes Volk hinter sich hat, ein seit zweihundert Jahren gleich zusammengefügtes, wenn man sich nicht auf eine solche, seit Jahrhunderten kompilirte Macht stützen und verlassen kann, sollte man nicht die Rolle der Zerstörer übernehmen, weil man eben so unmächtig im Zerstören, wie unfähig zum Aufbauen ist. Weil man in einigen Broschüren Europa in seinen alten Stand zurückidealisirte, weil man in einigen Universitätsreden das alte Deutschland wiederherstellte, weil man als Jüngling in das mittelalterliche Kostüm sich kleidete, um unschädliche Sprüche aufsagen und verbotene Lieder singen zu dürfen, sollte man nicht gleich glauben, der Sachse habe die eingefleischte Antipathie gegen den Baier aufgegeben, nicht annehmen, daß es ein leichtes sei, durch dasselbe Mittel das katholische und protestantische Deutschland zu vereinen und die auseinanderlaufenden Interessen Nord- und Süddeutschlands zusammenzuführen, ohne befürchten zu müssen, daß die feindlichen Elemente bei einer Kraftanstrengung wieder zu den alten Antipathieen zurückkehren würden. Wir werden nun sehen, zu welchem Ende der Fehler dieser Gewaltthat führen wird." Mögen die Deutschen sich vorsehen, daß nicht Herr Thiers Recht behalte!

Portugal.

* Der „Standard" enthält Folgendes: „Das Schiff Pascha welches am 29. in Southampton eintraf, brachte das portugiesische Brieffelleisen mit Briefen aus Lissabon vom 22. Dez. Die Regierung ist durch Geldmangel gar sehr genirt, die Armee ist seit einiger Zeit ohne Löhnung, was die Soldaten unzufrieden gemacht und im Lande einen Zustand von Unsicherheit und Beunruhigung erzeugt hat. Costa Cabral sollte am 23. in Lissabon eintreffen; sein unerwarteter Besuch hängt, wie man vermuthet, mit einer wahrscheinlichen Kabinetsänderung zusammen. Die Cortes werden künftigen 2. Januar eröffnet werden, wo sich das Schicksal des Kabinets Saldanha entscheiden wird."

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 21. Dez. Es ist bestimmt worden, daß von den zwei hier bestehenden Gymnasien das eine polnisch, das andere aber ruthenisch werden solle. In dem ersteren wurde gleich mit Beginn dieses Schuljahres die polnische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt; bei dem zweiten aber wegen bisherigen Mangel an ruthenischen Lehrbüchern und Professoren die deutsche Sprache bis zur Behebung dieses Mangels als Unterrichtssprache belassen und für dieses Jahr bloß an beiden Gymnasien Professoren der ruthenischen Sprache angestellt. (Oest. Korr.)

Italien.

Aus der Lombardei. Laut Privatbriefen wird mit heute, den 1. Jan., gegen Piemont, gegen den Kirchenstaat und Toscana, dem Po entlang, eine vollkommene Sperre eintreten. Am 30. Dez. wurde ein Dekret angeschlagen, welches die Emigrirten unter Androhung der Konfiskation ihrer Güter zurückruft. Die Frist ist bis zum 31. Januar gestellt. Diese Nachricht, welche die N. Z. Z. mittheilt, wird durch Privatbriefe, die nach Basel gekommen sind, bestätigt.

Rom. Man schreibt der „Times" aus Neapel vom 17. Dez.: „Der Papst wird fortfahren in Gaeta zu residiren, bis er Antwort auf sein Schreiben erhalten hat, das er an alle europäischen Regierungen richtete und worin er seine gegenwärtige Lage auseinandersetzte, so wie deren Hülfe verlangte, um wieder auf den Stuhl Petri eingesetzt zu werden. Man weiß nicht, ob die englische Regierung unter der Zahl derjenigen ist, an welche sich der Papst gewendet hat; vermuthlich nicht, da die diplomatischen Verbindungen zwischen St. James und dem Quirinal noch nicht wiederhergestellt waren. Das Schreiben an die vier katholischen Höfe, die ein Veto zu Rom haben, weicht in der Form von denjenigen ab, die an die übrigen Regierungen gerichtet wurden, aber im Grunde ist die Bitte dieselbe. Der Papst verlangt von den Mächten, daß ihm sein Scepter wiedergegeben werde, von dem er nicht weiß, wie er es wieder ergreifen soll. Allem Anschein nach wird die päpstliche Frage bis zur Lösung der italienischen Krisis verschoben werden."

Nach demselben Korrespondenten hätte der russische Gesandte Creptowich eine Konferenz mit dem Könige von Neapel gehabt. Er hätte ihm alle Sympathien des Kaisers ausgedrückt und ihm den Rath gegeben, keinem fremden Einfluß nachzugeben, der ihn hindern würde, seine Prärogative frei auszuüben. Diese Erklärung wurde den Gesandten Frankreichs und Englands offen mitgetheilt. Die HH. Temple und Rayneval erwiederten darauf, daß der König vollkommen frei sei zu thun was ihm gefalle gegenüber von Sicilien, und daß von ihrer Seite ihre respektiven Regierungen sich gänzliche Freiheit zu handeln vorbehalten.

Amerika.

* Vereinigte Staaten. Unter den Nachrichten, welche soeben mit dem Dampfboot „Britannia" in Liverpool angelangt sind, können die über den kalifornischen Golddistrikt im Thale des Sakramento für die interessantesten gelten. Diese Nachrichten lauten so märchenhaft günstig, daß „Galignani's Messenger", der sich nur selten zu einer Redaktionsbemerkung Zeit läßt, sich gemüßigt fühlt, hinzuzufügen: „Die Republik Amerika scheint ohne alle Frage das Lieblingskind der Vorsehung zu sein." Der Newyorker Korrespondent des „Morn. Chronicle" gibt einen Auszug aus dem officiellen Bericht des Obersten R. B. Masson vom 1. Dragonerregiment. Der Korrespondent bemerkt: „Das Schreiben des Obersten Masson ist dem Bericht des Kriegsministers einverleibt; und so Viele auch noch vor einer Woche in Betreff des Goldreichthums von Kalifornien sich Zweifeln hingeben mochten, dieser authentische und amtliche Bericht über den Stand der Dinge im Lande der goldenen Verheißung scheint jeden Zweifel beseitigt zu haben, und das Goldfieber grassirt hitziger denn je." So weit der Weg den Reisenden führte, standen überall die Mühlen still, die Waizenfelder waren ohne Aufsicht und Schutz gegen Rindvieh und Pferde, die Häuser verödet, die Pflanzungen nahezu wüst gelegt. Man glaubt, daß die Regierung von dem Golddistrikt förmlich Besitz ergreifen und eine starke Streitmacht dahin senden werde, um den Bezirk als Staatseigenthum zu schützen; nur fürchtet der Newyorker Korrespondent, daß die Soldaten, wie die Matrosen, fortlaufen werden, um selbst Gold zu sammeln und in kurzer Zeit reich zu werden.

Neuestes.

* **Paris**, 2. Jan. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde eine sehr lebhafte Debatte über einen Vorschlag von Fould geführt, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß jeder Vorschlag dreimal diskutirt und dreimal angenommen werden müsse, und zwar in Zwischenräumen von je 5 Tagen, ehe er Gesetz werde. Gegenstand des Stadtgesprächs bildet die ungeschickte Haltung des Präsidenten bei dem Neujahrsempfang. Alle größeren Blätter sind heute nicht erschienen, weil die Druckereien gestern wegen des Festes geschlossen waren.

Redacteur: **H. Kruse.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 4. Januar. (Schluß.) Zur Handelsgesetzgebung. Hr. Bunsen erwartet. Hr. Banks.) Wien (Der Reichstag. Die Minister. Die Uebergabe von Comorn. Seuche in Galizien. Pillersdorf nach Frankfurt gewählt. Tagesnachrichten.) Berlin (Die Umgestaltung der preuß. Rechtspflege und die Einführung der Geschwornengerichte. Der Prinz von Preußen.) Posen (Petitionen auf Absonderung der polnischen Wahlbezirke.) Aus Baiern (Die Verkündigung der Reichsgesetze.) München (Graf Giech Präsident der 1. Kammer. Der Verein für konstit. Monarchie und religiöse Freiheit.) Kassel (Der Landtag und das Wahlgesetz.) Von der Eider (Heer und Volk. Dänischer Spion.)

Großbritannien. London (Lord Auckland, Marineminister, †. Ankunft des Barons Andrian und der Gräfin Landsfeld.)

Frankreich. Paris (Debatte über die dreimalige Lesung jeder Bill. Unbestimmtes Verhältniß zwischen Präsidenten und Ministern. Unterhandlungen wegen Modifikationen des Cabinets. Verhalten des Präsidenten beim Neujahrsfest. Verfassung und Sitten.)

Oesterreichische Monarchie. Lemberg (Siebenbürgen wählt zum österreich. Reichstag. Die galizischen Juden. Das Handelsministerium.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 5. Januar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 4. Januar. (Schluß.)

Die Sitzung verlängerte sich bis gegen 8 Uhr in die Nacht hinein, wodurch sich das Abbrechen unseres Berichts im gestrigen Stücke dieser Zeitung erklärt. Da aber der ganze Parlamentstag trotz seiner ungewöhnlichen Dauer, nicht einmal ein Ergebniß in der Form zu Wege gebracht hat, indem er mit Verwerfung aller Anträge ausging — vom Ausschußantrage auf einfache Tagesordnung abwärts bis zu dem Vorschlage Uhlands, nach welchem eine förmliche Nichtigkeitserklärung der preußischen Verfassung ausgesprochen werden sollte*) — so dürfen wir uns kurz fassen in unserer nachträglichen Mittheilung. An Sprechern ließen sich über die preußische Angelegenheit ferner vernehmen

Löwe von Kalbe: wozu alles Reden, alles Aufbieten von Scharfsinn in dieser Debatte? da wir uns doch nur darum streiten, auf welchem Wege wir nichts thun wollen. Das preußische Volk hat den Bürgerkrieg, den ihm die Regierung durch ihr Verfahren anbot, für diesmal abgelehnt. Denn die Hand auf's Herz gelegt, wenn die preußische Versammlung die Landwehr zu ihrem Schutze herbeigerufen hätte, glauben Sie, sie wäre nicht gekommen? (Zuruf: Nein!) So wünsche ich nur, daß Sie diesen Ruf mit derselben Zuversicht auch in aller Zukunft wiederholen mögen. Nachdem Löwe darauf hingewiesen hat, wie gefährlich es für die gekrönten Köpfe sei, wenn ihre letzte Sicherheit, nämlich das Vertrauen des Volks zu seinen Vertretern, erschüttert werde, beantragt er motivirte Tagesordnung.

Evertsbusch aus Altona, gewählt für Westphalen, spricht mit mehr gutem Willen als gutem Erfolg für den Ausschußantrag. Dem Ministerium Brandenburg sei nichts vorzuwerfen, als daß es das Vaterland gerettet habe, indem es die scheu gewordenen Pferde des Staatswagens aufhielt und zügelte, als sie dem Abgrunde zujagten. Die für eine politische Versammlung etwas zu populären Wendungen seines Vortrags geben bald zu Widersprüchen, bald zu ironischem Beifall und Unterbrechungen Veranlassung.

Raveaux aus Köln: Die Meinung in Preußen sei allerdings rasch und vollständig umgeschlagen, aber nur durch Gewaltmittel, wie sie seit 1815 nicht dagewesen. Reaktion sei ein zu schwaches Wort dafür. Daß das preußische Volk dennoch nicht Hülfe bei der Nationalversammlung suche, das geschehe darum, weil es alles Vertrauen zu der Versammlung verloren. Ganz Deutschland hat kein Vertrauen mehr zu uns. Beschließen Sie jedoch die einfache Tagesordnung, so kann der Ausschuß, der noch immer die Blum'sche Todesfeier zu berathen hat, zugleich über Ihre Todtenfeier berathen. (Lachen.)

Nachdem hierauf endlich der Schluß angenommen ist, erhält Zachariä als Berichterstatter das Wort. Auch nicht ein Titelchen kann er von dem Berichte zurücknehmen. Habe man denselben unklar genannt, so bewiesen gerade die Einwendungen seiner Gegner, daß er sehr wohl verstanden worden. Ein Staatsstreich sei es allerdings, was in Preußen geschehen. Allein es gäbe gute und böse Staatsstreiche. Ueber den preußischen solle man zur einfachen Tagesordnung übergehen, wie das preußische Volk selbst gethan, welches ebenfalls darüber zur Tagesordnung verschritten sei. (Beifall.)

Da von Schüler aus Jena Zettelabstimmung beantragt wird, so besteht auch diesmal die Rechte auf Verwandlung des unsicheren Verfahrens in Abstimmung durch Namensaufruf. Der Erfolg ist der oben gemeldete, daß weder das Ausschußerachten noch noch irgend einer der folgenden Anträge die Mehrheit für sich erlangt, wonach sowohl selbstverständlich als nach Raveaurs ausdrücklichem Antrage die Sache auf sich beruhen bleibt. Ein höhnisch herausfordernder Antrag Simons von Trier, der nach dem Muster des berüchtigten Schmidt-Wiesnerischen Frechheitsantrags auf eine Selbstverspottung des Parlaments hinausläuft, wird durch den Ordnungsruf des Präsidenten sofort gebührend gewürdigt, dann vertagt sich das Haus bis Montag den 8. Januar, wo die österreichischen Angelegenheiten zur Berathung kommen, wenn der zur Begutachtung des Ministerialprogramms niedergesetzte Ausschuß bis dahin im Stande ist, seinen Bericht vorzulegen.

Frankfurt, 4. Jan. Mehrere der ausgezeichnetsten hydrotechnischen Beamten Deutschlands, nämlich der Geh. Oberbaurath Hagen aus Berlin, der Oberbaurath Lange aus Kassel und der Wasserbaudirektor Hübbe aus Hamburg sind auf den Ruf des Reichshandelsministers Duckwitz hier eingetroffen, um bei der Entwerfung der Gesetze mitzuwirken, welche die Erhaltung und Verbesserung der deutschen Wasserstraßen bei der bevorstehenden Aufhebung der Flußzölle sicher stellen sollen. (O. P. A.)

⁝ **Frankfurt**, 5. Jan. Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, Herr Bunsen sei zu einer Besprechung in Berlin und Frankfurt auf Befehl der preußischen Regierung von London abgereist. Wir haben dieses Gerücht bei näherer Nachforschung bestätigt gefunden. Herr Bunsen wird etwa am 9. in Berlin eintreffen und kurze Zeit darauf sich nach Frankfurt begeben, um sich hier über die Instruktionen für die dänische Friedensunterhandlung mit dem Reichsministerium zu verständigen. Wie wir vernehmen, wird Herr Syndikus Banks von Hamburg, der sich schon einige Wochen hier aufhält und sehr thätigen Antheil an den jetzt außerordentlich beschleunigten Vorarbeiten im Ministerium nimmt, eine wichtige Mission am Orte der Friedensunterhandlungen selbst übernehmen.

Wien, 29. Dezember. Mit großer Bestimmtheit spricht man von einer noch bevorstehenden Auflösung des Reichstags, und es scheint dieß Gerücht dadurch eine Begründung zu erhalten, daß mehrere Hauptsprecher der ministeriellen Partei demnächst gleich Dr. Fischer auf wichtige Verwaltungsposten abgehen sollen. Strobach (?), Mayer, Lasser werden als Gouverneure für Böhmen, Mähren, Salzburg genannt; Schmitt, Gredler u. a. sollen im neuen Justizwesen hervorragende Stellungen bekommen, ja sogar einige jetzt schweigsame Mitglieder der entsetzlichen Linken sollen — versorgt werden. Jedenfalls tritt mit der Beendigung des ungarischen Krieges für den Reichstag eine Katastrophe ein. Entweder er wird so lange vertagt, bis die Abgeordneten der ungarischen Völker ankommen, oder er wird aufgelöst um von einem neuen allgemeinen Reichstag eine oktroyirte Verfassung annehmen zu lassen. (Allg. Z.)

* **Wien**, 31. Dez. Die Nachricht von der Demission des Baron Stifft bestätigt sich nicht, vielmehr sollen alle Differenzen zwischen ihm und dem Finanzminister ausgeglichen sein. Reisende, die ganz kürzlich von Pesth kamen, versichern, daß die Stadt ruhig und sehr still sei und daß man in den sonst vollgepfropften Kaffeehäusern jetzt Niemand sehe. Kossuth befinde sich nebst seiner Familie daselbst. Von mehreren Verhaftungen wird neuerdings gemeldet; darunter auch die eines Bruders des Abg. Raveaur. Man sieht bei Tag und Nacht verstärkte Patrouillen, bei denen eine Avant- und Arrieregarde befindlich ist, welche beide das Gewehr mit gespanntem Hahn im Arme tragend, die Straßen der Stadt durchziehen. Vom Kriegsschauplatze aus Ungarn verlautet heute nichts Neues. Das Amtsblatt der Wiener Ztg. enthält eine Kundmachung über Anschlag und Verkauf von Journalen, Plakaten u. s. w. (Wir liefern den Wortlaut nach). Pillersdorf ist in einem Wahlbezirk bei St. Pölten zum Abg. nach Frankfurt gewählt.

Wien, 31. Dez. Kaum daß die Minister nur einige Tage hier ununterbrochen verweilen konnten, um ihren Geschäften vor-

---

*) — — „daß die Nat.-Verf. die von der Krone Preußen einseitig verkündete Verfassung für rechtsbeständig nicht anerkennt" — verworfen mit 238 gegen 100 Stimmen. Der Ausschußantrag fiel mit 230 gegen 202 Stimmen.

zustehen, so verlassen sie uns schon nächster Tage abermals, um den am 3. Jan. wieder beginnenden Reichstagssitzungen beizuwohnen. Das Gerücht, daß die Festung Comorn sich für den König erklärt habe, erhält sich, ohne daß etwas bestimmteres darüber bekannt wäre. Der Kommandant daselbst ist General Maythenyi. Nachrichten aus Galizien zufolge ist man daselbst wegen der asiatischen Seuche, Dzumy genannt, in Besorgniß, da sie bereits die polnisch-russische Gränze bedrohen soll. Diese Krankheit, die sich durch weiße, schnell anwachsende Blattern offenbart, soll die Menschen in wenigen Stunden dahinraffen. (Allg. Z.)

Wien, 31. Dez. Der Nürnb. Corresp. berichtet: Ein Reisender, welcher Pesth am 29. Dez. Nachts 10 Uhr verließ, theilt uns mit, daß Kossuth und die Seinen sehr entmuthigt seien. Er rechne nur noch auf einen Zuzug von 30,000 Mann aus dem Süden und werde, wenn dieser ausbleibe — was so viel als gewiß sei — gar keine Schlacht mehr wagen.

△ **Berlin**, 3. Jan. Die bekanntlich schon unter dem Justizminister Bornemann begonnene und durch die Justizminister Märcker und Kisker lebhaft geförderte Reform der Justizpflege hat nunmehr ihren Abschluß erlangt. Wie man vernimmt, ist durch den König heute die betreffende Vorlage, sowie auch die Vorlage wegen Einführung der Geschworenen, unterzeichnet worden. In Betreff des Wesens der bevorstehenden neuen Einrichtungen in der Justizpflege erfährt man Folgendes: Diese Reform basirt hauptsächlich auf der Einführung von Kreisgerichten, die an dem Hauptorte des Kreises ihren Sitz erhalten werden. Dieselben werden, wie sich von selbst versteht, kollegialischer Natur sein und aus 5 Richtern (der erste Entwurf hatte nur 3 Richter für nothwendig erachtet) bestehen. Zur Kompetenz der Kreisgerichte werden alle Strafsachen ohne Ausnahme gehören und zwar nach den Kategorien: Vergehen, Verbrechen, schwere Verbrechen. Letztere sind diejenigen, für welche eine dreijährige Freiheitsstrafe bestimmt ist, während nach dem rheinischen Recht dieselben bekanntlich mit denjenigen Verbrechen beginnen, für welche eine mehr als fünfjährige Freiheitsstrafe besteht. Aus diesem Grunde werden auch bereits bei den Kreisgerichten die Geschwornen in Anwendung kommen. Dieselben werden ganz nach dem am Rhein bestehenden französischen Verfahren gewählt werden, sowohl was die Aufstellung der Wahllisten, als was den der Wahlfähigkeit zum Grunde liegende Census betrifft. Letzterer wird nach dem Maßstab von 18 Thlr. Grund-, 20 Thlr. Klassen- und 24 Thlr. Gewerbsteuer angenommen werden; da, wo eine dieser Steuern nicht anwendbar ist, soll eine analoge Abschätzung erfolgen. Unter den Kreisgerichten stehen die Einzelrichter, die namentlich an die Stelle der Patrimonialrichter treten werden. Diese Einzelrichter sollen, damit deren Stellen nicht zu bloßen Durchgangsposten junger Assessoren werden, mit den Mitgliedern der Kreisgerichte in gleichen Beförderungs- und Anciennetätsverhältnissen stehen. An denjenigen Orten, wo bisher Kollegien bestanden und wo nun eigentlich Einzelrichter genügen würden, sollen, mit Rücksicht auf die materiellen Interessen kleinerer Städte, diese Kollegien fortbestehen, jedoch mit den bloßen Befugnissen der Einzelrichter. Die nächste Instanz nach den Kreisgerichten sind die Oberlandesgerichte zu bilden berufen, und zwar mit dem Namen von Appellationsgerichten. Dieselben werden, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, an den Orten verbleiben, wo sie sich jetzt befinden. Die oberste Instanz wird, wie bisher, das geheime Obertribunal bilden, von welchem der rheinische Kassationshof bleibt. Früher war bekanntlich beabsichtigt, den letztern als bloßen Senat mit dem geheimen Obertribunal zu verschmelzen. Was die Assessoren betrifft, so sollen dieselben künftig als Gerichtsassessoren nur bei den Untergerichten, den Kreisgerichten, eintreten; auch sollen sie, bis zu einem Drittel der an den einzelnen Kollegien angestellten ordentlichen Richter, Sitz und Stimme im Kollegium erhalten. Hinsichtlich der Justizkommissarien wird die Einrichtung getroffen werden, daß das Notariat von der Advokatur fortan getrennt bleibt, wie es in der Rheinprovinz wirklich der Fall und als bewährt befunden worden ist. Der Justizsenat zu Ehrenbreitstein und das Oberappellationsgericht zu Greifswald werden vorläufig nicht mit in die neue Reform gezogen werden. Die Konfiskation des Vermögens bei Deserteuren wird demnächst aufgehoben werden; eine Geldbuße von 50 bis 1000 Thlr. wird an ihre Stelle treten. Preß- und politische Verbrechen sollen nach dem neuen Geschworenengesetz auch vor das Forum der Jury gewiesen werden.

Const. Korr. **Berlin**, 3. Jan. Das Offizierkorps des 20. Landwehrregiments brachte heute dem Prinzen von Preußen seine Glückwünsche dar zum neuen Jahre. Nur aus dem Grunde, weil diese Gratulation als ein Akt freiwilliger Huldigung anzusehen, bemerken wir, daß die Offiziere, unter denen sich Vertreter aller Stände befanden, sehr zahlreich erschienen waren. Der Prinz sprach seine Anerkennung aus über die bewährte Haltung der Landwehr unter so schwierigen Verhältnissen, wie sie das verflossene Jahr brachte. Er selbst habe stets auf den vortrefflichen Geist der Wehrmannschaften vertraut, und so lang er mit ihrer Führung beauftragt worden, sich bemüht, diese volksthümliche Einrichtung auf diejenige Höhe zu stellen, welche ihr unter den vaterländischen Institutionen gebühre. Er lebe der Hoffnung, daß auch unter ernstern Verhältnissen, welche noch eintreten könnten, die Landwehr dem Rufe des Königs folgen würde. Sollte ihm dann die Ehre zu Theil werden, an ihre Spitze gestellt zu werden, so werde er nur Eine Wahl kennen: Sieg oder Tod! Nicht allein die verschiedenen Wahlkomité's haben durch Veröffentlichung ihrer Programme rc. ihre Thätigkeit für die Wahlen begonnen, auch Privatleute, die auf die Wahlliste gesetzt zu werden wünschen, fangen an Programme auszugeben.

△ **Posen**, 30. Dez. Die Mitglieder des hiesigen Bezirksvereins der deutschen Verbrüderung haben in einer Volksversammlung eine Petition an das preußische Staatsministerium beschlossen, worin verlangt wird, daß bei der bevorstehenden Abgrenzung der Wahlbezirke für die beiden zu wählenden Landeskammern die Sonderung von Deutsch- und Polnisch-Posen streng festgehalten werde. Dieses Verlangen motivirt sich durch sich selbst. Durch die Demarkation ist aber bedingt, daß der östliche Theil des bisherigen Großherzogthums eine besondere Verfassung erhalte. Wir haben also ein gutes Recht dazu, den Ausschluß der polnischen Vertreter aus der preußischen Abgeordnetenversammlung zu verlangen; ihr Verbleiben in derselben wäre ein direkter Verstoß gegen die Frankfurter Beschlüsse. Aber abgesehen hiervon, gebietet auch jedes Gesetz der wahren politischen Weisheit, den Polen nicht wieder Zutritt zu dieser Versammlung zu gewähren. Deutlich hat die Geschichte der eben aufgelösten Versammlung bewiesen, daß die Verhinderung der gedeihlichen Entwickelung des preußischen und deutschen Staates der Zweck ihrer parlamentarischen Thätigkeit ist. Mit vollem Rechte heißt es am Schlusse jener Petition: „Eine deutsche Gesinnung ist die erste und vornehmlichste Eigenschaft unserer Abgeordneten und wir haben alle Sorge darauf zu verwenden, um in die Lage zu kommen, in diesem Sinne wählen zu können.“ Die Provinz ist übrigens vollkommen ruhig und zu ernsten Befürchtungen ist durchaus kein Grund. Leider sind wir noch immer nicht ganz von der Cholera befreit, die gegenwärtig besonders in Kempno, Ostrowo und Pleschen zahlreiche Opfer fordert, während in der Stadt Posen schon lange keine Fälle mehr vorgekommen sind.

Aus Baiern, 1. Jan. Ueber die Form der neulich erfolgten Veröffentlichung einiger Reichsgesetze ist das Bedenken erhoben worden, daß dieselbe nicht durch das Gesetz-, sondern durch das Regierungsblatt, welches sonst nur die Verordnungen enthalte, erfolgt sei. Einer Korrespondenz in der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge soll Herr v. Lerchenfeld die Bekanntmachung durch das Gesetzblatt verlangt haben. Indeß, wird dort weiter bemerkt, enthalte das Regierungsblatt neben den eigentlichen Verordnungen der Regierung auch alle diejenigen Bestimmungen, welche außerhalb des ständischen Wirkungskreises in Bayern gesetzliche wie administrative Geltung erhalten sollen, während das Gesetzblatt die Bestimmung habe, nur diejenigen Gesetze aufzunehmen, welche auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den Ständen und der Staatsregierung zu Stande gekommen. Darum seien z. B. die ehemaligen Bundestagsbeschlüsse im Regierungsblatt veröffentlicht worden, und dasselbe geschehe mit Staatsverträgen, deren Bestimmungen für alle Behörden, also auch die Justizbehörden, ganz gleiche gesetzliche Kraft hätten. (D.-P.-Z.)

München, 1. Jan. Schon vor mehr als 8 Tagen fand eine Versammlung von etwa 500 Bürgern, Beamten, Geistlichen, Studirenden rc. statt, welche, vom „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“ berufen, eine von Dr. Guido Görres verfaßte Adresse berathen wollte, worin die politische Richtung des Ministeriums verdammt, demselben ein Mißtrauensvotum ausgestellt und direkt auf Hrn. v. Abel hingedeutet werden sollte.

Derselbe Verein sprach vor den jüngsten Landtagswahlen dem ehemaligen Finanzminister Grafen Seinsheim nachträglich ein Vertrauens- und Dankesvotum aus für seine Amtsführung. Der letzte Donnerstag brachte eine Fortsetzung jener ersten Versammlung, in welcher dieselben Grundsätze gepredigt wurden und wo unter Anderm die Nothwendigkeit dargethan ward, auf Beschränkung der Preßfreiheit und des Assoziationsrechts hinzuwirken. Wie gute Zuversicht muß diese Partei auf die baldige Ankunft „ihrer Zeit" haben, da sie es wagt, jetzt schon so offen mit ihren Planen an's Tageslicht zu treten! (A. Z.)

* **München**, 2. Jan. Der König hat am 1. Jan. den erblichen Reichsrath Grafen Giech, derzeit Mitglied der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt, für die Dauer des bevorstehenden Landtags zum Präsidenten der Kammer der Reichsräthe ernannt.

△ **Kassel**, 4. Jan. Wir sehen morgen einer entscheidenden Kammersitzung entgegen. Schon beim Beginn seiner Wirksamkeit hat der dermalige Landtag eine Aufgabe von hoher Wichtigkeit und Dringlichkeit zu lösen. Es gilt, für das gänzlich neu gestaltete Staatsleben die Grundlage zu schaffen, welche dasselbe erst wahrhaft zum Abschluß bringt und fruchtbar macht, es gilt, dem Organe der Mitbetheiligung des Volkes an der Regierung, es gilt, der Ständeversammlung selbst eine Bildung und Zusammensetzung zu geben, welche mit den Forderungen des neuen, auf veränderten Grundlagen aufgebauten Volks- und Staatslebens im Einklang steht. In Anerkennung der Dringlichkeit dieser Aufgabe hatte das Ministerium schon dem vorigen Landtage den Entwurf eines zeitgemäßeren Wahlgesetzes vorgelegt. Kleben demselben auch, was aber bei den schwierigen Verhältnissen, unter welchen es zu Stande kommt, kaum zu vermeiden war, Mängel und Unvollkommenheiten an, so steht doch so viel jedenfalls fest, daß es, gegen das bestehende Wahlgesetz gehalten, überwiegende Vorzüge hat. Deshalb hat denn auch der vorige Landtag den Entwurf mit der für das Zustandekommen eines solchen organischen Gesetzes erforderlichen Mehrheit von Dreiviertel der Stimmen angenommen. Es erübrigt aber noch, wenn der Entwurf wirklich Gesetz werden soll, daß er auch in seiner verfassungsmäßigen zweiten Berathung auf dem gegenwärtigen Landtage eine gleiche Stimmenmehrheit erhalte, und ob dies der Fall, ist in hohem Grade zweifelhaft. Bereits hat der Landtag in seiner Sitzung vom 21. Dez. v. J., nachdem sich — eine wunderbare Allianz — der Adel und die Demokratie verbündet hatten, der erste, weil ihm der Entwurf zu weit, die letztere, weil er ihr nicht weit genug ging, den wichtigen Paragraphen, der über die Zusammensetzung der Kammer handelt, mit 23 gegen 19 Stimmen verworfen und nur mit Mühe wurde eine Vertagung der ferneren Verhandlungen bis zum 5. Jan. erwirkt. Morgen ist dieser Tag und mit ihm wird die Entscheidung kommen. Sollte dieselbe, wie jene frühere Abstimmung es allerdings erwarten läßt, gegen den Entwurf ausfallen, so würden über der weitaussehenden Hoffnung auf etwas Besseres dem Volke die Vortheile eines nahe liegenden Guten auf längere Zeit, vielleicht auf Jahre, entzogen und ein für die gesunde und ungehemmte Entfaltung unseres staatlichen Lebens wesentliches Gesetz allen Wechselfällen einer ungewissen Zukunft preisgegeben werden. Es kommt aber bei der Frage der Annahme oder Nichtannahme des Entwurfs noch ein anderes wichtiges Moment in Betracht. Die Verwerfung einer Gesetzesvorlage von solcher Bedeutung kann an dem Ministerium, von welchem sie ausgeht, auch wenn, der eigenthümlichen Beschaffenheit der Lage nach, kein Grund zum unmittelbaren Rücktritt darin gefunden werden sollte, doch schwerlich ganz spurlos und ohne alle Rückwirkung vorübergehen. Nun aber besitzt dieß Ministerium nicht nur in seiner Gesammtheit, sondern namentlich auch in dem bei jener Gesetzvorlage zunächst betheiligten Departement des Innern, in seltenem Grade das Vertrauen des Volks, und sein Werk besonders ist es, daß es bei dem in der jüngstvergangenen schweren Zeit so tief erschütterten Vertrauen zwischen Volk und Staatsregierung nicht zu den schlimmsten und äußersten Folgen gekommen ist, daß sich vielmehr, zum Heile des Fürsten wie des Volkes, dieses Vertrauen in erfreulicher Weise wieder herzustellen begonnen hat. Jeder Vaterlandsfreund muß daher die Dauer dieses Ministeriums wünschen und bestrebt sein, Alles zu vermeiden, was auch nur den Schein des wankenden Vertrauens zu demselben erregen, was auch nur entfernt als eine Art von Mißtrauensvotum gedeutet und dargestellt werden könnte. Das Land sieht mit großer Spannung der Entscheidung des morgenden Tages entgegen.

= **Von der Eider**, 31. Dez. Ein gütiger Stern leitet sichtlich die Geschicke unseres braven Volkes. Die Drachensaat, die geheimnißvolle Hände unter die Reihen unserer Armee gestreut hatten, ist nicht aufgegangen. Das Insurgentenheer hat sich nicht gegenseitig aufgerieben, ist nicht auseinander gelaufen, hat seinem General nicht den Gehorsam aufgekündigt. Kein Laut des Tadels, kein Murren läßt sich vernehmen gegen die harten, und in der That nur durch die Gefahr des Vaterlandes zu rechtfertigenden Strafen, von denen die Rädelsführer betroffen sind. Nur Eine Stimme, Ein energischer und bewußter Wille des ganzen Volkes, ausgesprochen in Hunderten von Vertrauens-Adressen an das tapfere Oberhaupt des Heeres. In der That, hat der Däne jemals zu früh frohlockt, so ist es diesmal gewesen. Uebrigens dürften mit nächstem höchst merkwürdige Thatsachen über die Art an den Tag kommen, auf welche die dänische Regierung während des ganzen Krieges die Herzogthümer mit einem Netz von Spionerie zu umstricken gewußt hat — und zwar durch die Aussagen eines dem Rendsburger Stockhause diesen Sommer entsprungenen und kürzlich wieder eingefangenen Sträflings, Dänen von Geburt, und höchst gewandten Menschen, der während der Zeit seiner Freiheit sich mit der Kopenhagener Polizei in Verbindung zu setzen und dieser wichtige Dienste in und außer den Herzogthümern zu leisten gewußt hat. Unter Andern ist dieser Mensch auch während des Septemberkrawalls in Frankfurt gewesen.

Großbritannien.

***London**, 1. Jan. Die „Times" von diesem Datum meldet den am gestrigen Tage durch einen Schlagfluß herbeigeführten Tod des englischen Marineministers (ersten Lords der Admiralität), Grafen Auckland, die „Morn. Post" die Ankunft des Barons Andrian und der Gräfin von Landsfeld (Lola Montez) in London.

Frankreich.

* **Paris**, 2. Januar. Wir bringen nachträglich noch folgende Details über die heutige Sitzung der Nationalversammlung: Vor der Sitzung wurden verschiedene Vorschläge unter die Mitglieder vertheilt, welche darauf ausgingen, durch Abzüge an den Gehalten der Beamten und an den Diäten der Abgeordneten das Defizit im Büdget decken zu helfen. Man sieht, das Gespenst des Staatsbankerotts wird täglich schreckhafter. — Der Vorschlag des Herrn Fould, eine dreimalige Lesung jeder Bill schon jetzt einzuführen, welcher dann zur Diskussion kam, war von der Kommission empfohlen worden. Der Berichterstatter Delisle hielt eine lange Rede zu Gunsten desselben, die Herr Boussy sich zu widerlegen bemühte. Die Debatte wurde aber erst lebendig, als Herr St. Gaudin den Vorschlag einen Eingriff in die Rechte und das Mandat der konstituirenden Nationalversammlung nannte. Der Bischof Fayet ging noch weiter. Er nannte den Vorschlag eine der Versammlung gelegte Falle. Die Versammlung sollte durch Annahme desselben ihre ganze frühere Wirksamkeit als unüberlegt verdammen. So wolle man sich wegen des Votums über die Salzsteuer rächen. Die Nationalversammlung habe dieses Votum aber mit guter Ueberlegung abgegeben. In der guten alten Zeit, wo der gesunde Menschenverstand die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten hatte, wurden die Ausgaben des Budgets nach den Einnahmen geregelt; seitdem aber die vielgepriesene Nationalökonomie die Welt aufgeklärt habe (Allgemeine Heiterkeit, — alle Blicke wenden sich auf Leon Faucher) würden die Einnahmen nach den Ausgaben geregelt; (Gelächter) und so entständen die unbezahlbaren Budgets und die Defizits und Staatsschulden. Seit der Nationalökonomie befänden sich nur die Budgets gut und das arme Volk hungere immer. — Stürmischer Beifall folgte den Worten des ehrwürdigen Prälaten. Glückwünschend begleiten ihn die Mitglieder der Linken auf seinen Platz neben Cavaignac. — Dupin der Ae. nimmt das Wort. Er wundere sich, wie ein so ernster Redner, wie der Bischof, eine so ernste Sache heiter behandeln könne. Es handle sich jetzt nicht um die Salzsteuer, es handle sich darum, ob der Art. 41 der Constitution in Anwendung kommen solle oder nicht. Man wende ein, die dreimalige Discussion koste zu viel Zeit, aber man könne nicht genug Zeit anwenden, um die Gesetze gut zu machen — schlechte Gesetze gebe es genug, und gute würden aus den drei Discussionen nur noch besser hervorgehen. Der Redner behauptet, daß wenn die Regierung die

Uebersicht.

Aus der Mappe des Freiherrn von Blittersdorf.

Deutschland. Aus Baden (Heidelberger Universitätszustände.)

Großbritannien. London (Fortschreitende Emancipation der Neger).

Italien. Aus Mittelitalien (Schwäche der Regierungen. Politischer Zustand des Volkes.)

Aus der Mappe des Freiherrn von Blittersdorf.

00 **Frankfurt**, 30. Dez.*) Das dritte Aktenstück, ein Brief vom 12. April 1839 an den General-Lieutenant v. Tettenborn, badischer Gesandter in Wien, enthält Andeutungen über die Zusammensetzung der badischen Kammer dieses Jahres, ihre muthmaßlichen Absichten und den projektirten Operationsplan des Ministers, und Klagen über den Mangel an Unterstützung der Regierungen von Seite des Bundestags: „Die Wirksamkeit des Bundes, die Entwickelung seiner Gesetzgebung, hat in der neueren Zeit nicht nur keine Fortschritte, sondern evidente Rückschritte gemacht. Vergebens wurde durch die belgischen Vorgänge an den Pforten des Bundes gerüttelt, vergebens hat der König von Hannover die Fenster im eigenen Hause zerschlagen: die Wächter des Bundes schienen es nicht bemerken zu wollen und zu glauben, daß auch alle übrigen Bewohner des Hauses ruhig schlafen könnten." Das vierte ist ein Schreiben an den Grafen Münch vom 25. Juni 1842, eine Rechtfertigung des Verhaltens Blittersdorf's in dem bekannten Urlaubsstreit betreffend, ein Verhalten, das B. selbst „einen kleinlichen Nothbehelf" nennt, wozu ihn die Nullität des Bundes, der Mangel einer positiven großartigen Bundespolitik gezwungen. Nr. 5, die Antwort Münch's vom 7. Juli, ermahnt zur Geduld, worauf in Nr. 6 Blittersdorf ziemlich kurz angebunden erwiedert, aus sicherer Ferne zur Geduld und Ruhe ermahnen, sei leichter, als „seine Portion Injurien geduldig hinunterzuschlucken und im Drange des Augenblicks stets das Rechte zu ergreifen." Nr. 7, das kurze Antwortschreiben Münch's vom 12. August, empfiehlt abermals Geduld, worauf Nr. 8, ein Rundschreiben an die badischen Gesandten bei Blittersdorf's Rücktritt von den Geschäften folgt. Nr. 9: Welcher Plan ist zu entwerfen, damit die großherzogl. Regierung einen festen Stand für die Zukunft gewinne? vom 8. April 1846, ist eine jener Urkunden, welche den Verf. „unmöglich" machen, in welchen er die Schalen seines Zornes über die „bürgerliche Staatsdienerschaft" ausschüttet, und durch gemeinsames Handeln der Regierungen „die Rückkehr zu dem früheren monarchischen System" empfiehlt. Eine der wichtigsten Mittheilungen ist Nr. 10, eine Denkschrift vom 5. November 1847, an den Grafen Münch gerichtet, die dermaligen Verhältnisse des deutschen Bundes betreffend. Es kommt über Oesterreichs Stellung zu Deutschland folgende beachtenswerthe Stelle darin vor: „Erwäge ich den Gang, den das österreichische Kabinet seit 25 Jahren in allen Bundes-Angelegenheiten konsequent eingehalten hat, so ist es mir nicht zweifelhaft, daß dasselbe kein in sich geschlossenes Deutschland mit nationalen Tendenzen und gemeinschaftlicher centraler Aktion will und wollen kann. Ein solches Deutschland könnte sich nur auf Kosten des Partikularismus der einzelnen Bundesstaaten bilden, und da Oesterreich seinen Partikularismus nicht mit dem Deutschlands verschmelzen, ebenso wenig aber auch von Deutschland wird ausscheiden wollen, so ist es selbst verstanden, daß der k. k. Hof der Bildung eines solchen neuen Deutschlands entgegen sein muß. Nun ist aber das neue Deutschland bereits in vollem Anzuge begriffen. Mit dem Regierungswechsel in Preußen ist der Damm durchbrochen worden, durch den sein Fortschreiten früher aufgehalten wurde. An ein Wiederherstellen dieses Dammes ist nicht mehr zu denken, wenigstens nicht in voriger Weise. Man wird demnach gezwungen sein, sich nach andern Mitteln umzusehen. Das neue Deutschland, — man darf es sich nicht verhehlen, — schöpft seine Kraft aus wirklichen und nicht blos aus eingebildeten Bedürfnissen der deutschen Völker. Der Zollverein und die sonstigen Vereine über gemeinnützige Gegenstände sind nicht Geburten neuerungssüchtiger Politiker, und es ist deßhalb auch mit dem Regiren und Verwerfen derselben keineswegs gethan. Will man sonach wieder einen wirksamen Einfluß auf die einzelnen Bundesstaaten gewinnen, so muß man sich dieser Tendenzen zu bemeistern und sie in wohlthätige Schranken einzuengen wissen. Sich selbst überlassen, müssen sie in ihrer naturgemäßen Entwickelung zur Sprengung des deutschen Bundes führen. Wo ist aber das Gegengewicht gegen jene Tendenzen zu finden? — Offenbar nur in der Bundes-Versammlung. Als unumstößliches Axiom kann man es betrachten, daß jeder selbstständige Wirkungskreis, den man der Bundes-Versammlung zu erringen weiß, zur Beschränkung der vorhin bezeichneten Tendenzen dient. Wenn aber noch länger fortgefahren wird, die Bundes-Versammlung mit einer Mißachtung und Vernachlässigung zu behandeln, die sie immer tiefer in den Augen der deutschen Nation und der Regierungen herabsetzen müssen, so möge man sich nicht wundern, daß politische Umwälzungen sich vorbereiten, welche den Fortbestand des deutschen Bundes mehr als in Frage stellen. Hat die Bundesversammlung keine Lebensfähigkeit oder will man sie ihr nicht verleihen, so hebe man sie auf und erspare den Bundestagsgesandten die Demüthigungen, denen sie in- und außerhalb des Geschäftsverkehrs täglich ausgesetzt sind. Als Gegenstände, die zu einer solchen bundestäglichen Verhandlung reif sind, bezeichne ich die Münzangelegenheiten, die Postverhältnisse, das Wechselrecht, die Navigationsacte, die Zollvereinsverträge. Es versteht sich übrigens von selbst, daß der Bundesversammlung technische Kommissionen beigegeben werden müßten, um die definitive Erledigung vorzubereiten, damit man nicht länger den Scandal erlebe, daß überall über deutsche Angelegenheiten verhandelt wird, nur nicht am Sitze der deutschen Bundesversammlung." Am folgenden Tage schrieb unter Zahl 11 und am 27. Nov. unter Zahl 12 Blittersdorff noch Erläuterungen zu dieser Denkschrift nieder und schlug darin u. A. vor, die Zollerträgnisse zur Unterhaltung des Bundesheeres, der Festungen und zur Bestreitung der übrigen Bundesbedürfnisse zu verwenden. Zahl 13 ist ein Schreiben an den Fürsten von Leiningen, am 18. Dez. 1847 in Brüssel verfaßt, worin eine Stelle über die Bundesversammlung vorkommt, wie sie die Herren Wiesner, Nauwerk, Vogt und wie die sonstigen unermüdlichen Gegner der „Leiche" heißen, nicht kräftiger hätten liefern können. Sie lautet: „Vernachlässigt, mißachtet, bei Seite geschoben und gestoßen, wie es die Laune oder Eingebung des Augenblicks will, gleicht der Bundestag eher dem allgemeinen Sündenbock der Juden, als einer politischen Institution, die der größten und mächtigsten Nation Europa's würdig wäre. Wo man das Auge in Deutschland hinwendet, überall erblickt man ein reges Leben, ein Streben, Neues zu schaffen, um den Bedürfnissen der Gegenwart abzuhelfen; in Berlin, Leipzig, Hamburg, Dresden, Lübeck, Kiel, überall wird von gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands gehandelt, nur nicht in Frankfurt, wo die Bevollmächtigten der Fürsten tagen, um die spärlich einkommenden, in düstern Kanzleien gefertigten Instruktionen über außerwesentliche Gegenstände zu destilliren und als weißen Dunst zu der Retorte hinausspazieren zu lassen." Zahl 14, ebenfalls an den Fürsten von Leiningen am 27. Januar 1848 gerichtet, bezieht sich auf die Freigebung der Presse für innere Angelegenheiten in Baiern und enthält die prophetischen Worte, daß die durch die Julirevolution hervorgebrachte Aufregung in Deutschland mit der jetzt (im Januar) herrschenden gar nicht zu vergleichen sei, daß Oesterreich durch die italienischen Angelegenheiten gefesselt, für die Beruhigung Deutschlands keinen Schritt thun, Preußen ihm gefällig sein werde und so die mindermächtigen Staaten dem heraufziehenden Sturm erliegen müßten. Zahl 15 endlich enthält B's Denkschrift vom 8. März über die Umgestaltung des deutschen Bundes, wo außer den aus früheren Aeußerungen uns schon bekannten Mängeln der Hauptpunkt hervorgehoben wird, „daß der präsidirende österreichische Bundestagsgesandte seit vielen Jahren nur auf kurze Zeit hier anwesend war," wodurch Oesterreich auf die geräuschloseste Weise alle ihm unbequeme Anträge andrer Staaten aufschieben konnte, wie dieß auch Radowitz in seiner Schrift: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV." in Bezug auf Preußen dargethan. Wenn wir sonach mitunter über B.'s — der freilich auch ein Prophet wider Willen war, wenn er in bitterster Ironie den Abgeordneten Welcker zum Bundestagsge-

*) Fortsetzung aus Nr. 4.

sandten designirte — richtigen Blick in die Zukunft erstaunen, so müssen wir noch mehr durch des gepriesenen Staatsmannes Metternich Blindheit überrascht werden, der bis zum letzten Augenblick den gerechtesten Forderungen der Nation nachzugeben und so den Sturm, den Alle, außer ihm und seinen Helfershelfern, herannahen sahen, abzuwenden hartnäckig verweigerte. Die letzten Mittheilungen beziehen sich auf die Entlassung Blittersdorf's. Wir glauben durch vorstehende Auszüge den Lesern ein Bild von dem reichen Inhalt dieser Schrift gegeben zu haben und können weitere Folgerungen getrost ihrem eignen Urtheil überlassen.

Deutschland.

† Aus Baden, 2. Jan. In unserm Artikel über die medicinische Fakultät hatten wir kein Mitglied derselben getadelt, auf keine Vorlesung einen Schatten geworfen, wir waren keiner Partei ausschließend zur Seite gestanden, wir hatten die Verstärkung eines Lehrfachs Henle's verlangt, der auf der Partei steht, der wir uns annehmen; wir thaten es, weil wir die Mängel auf dieser Seite bei der Stärke der betreffenden Männer nicht zu schonen brauchten, während wir die Schwächen auf der andern Seite auch jetzt noch schonen. Wir wußten, daß Henle kein eigentlich experimenteller Physiolog ist und wünschten diese Seite der Physiologie verstärkt, wohl kundig, daß wir den Männern dieser „Partei“ mit einer solchen Berufung nicht den Harm machen würden, der seiner Zeit Andern mit dem „kühnen Griff“ der Berufung Pfeufer's und Henle's bereitet ward. — Wir erklärten sodann die Gründung eines Hospitals für nothwendig. Wir empfahlen Verbesserung der Sachen; in der Entgegnung der Karlsr. Z. versucht man, nur subtiler als die Badische Z., die Verkleinerung der Personen, die man mit aller Sicherheit direkt oder indirekt bei unserem Artikel betheiligt voraussetzt. Der Prokurator der Partei des Alten in der K. Z. gibt zu verstehen, Henle und Pfeufer verschafften sich dadurch Zuhörer, daß sie sich gegenseitig empfehlen, daß sie für einander „keilen,“ wie er es auf gut studentisch nennt; er deutet an, daß Pfeufer die Kranken für seine Klinik durch „Emissäre“ seiner Farbe „zusammentrommle.“ Darüber wird man in Heidelberg lächeln; wir könnten es freilich Niemanden verdenken, wenn man sich aus Ekel an so niederen und aus der Luft gegriffenen Verdächtigungen auch noch zu einer anderen Mundbewegung verführt sähe. In derselben Linie steht die Andeutung, daß in Folge der Zersplitterung des anatomischen Curses in „wenigstens fünf Vorlesungen“ den Studirenden dies Studium „theuer zu stehen komme.“ In dieser Angabe ist ein Irrthum, der bei der Wohlunterrichtetheit des Einsenders einem absichtlichen Irrthum, d. h. einer Lüge sehr ähnlich sieht. Die Mediziner hören die Anatomie in einem Collegium von Henle (zehn Stunden) und in zweien von Kuhn (wöchentlich acht Stunden), also in drei, und nicht fünf Collegien, wie auf den meisten anderen Universitäten. Der Hauptunterschied gegen die frühere Anordnung ist dieser, daß früher die Anatomie mit Ausschluß der Osteologie und Syndesmologie, die, wie auch gegenwärtig von dem Prosektor gelesen wurde, von Einem Professor in zwei Semestern und jetzt von zwei Professoren in Einem Semester gelesen wird. Daß dies ein Vortheil ist, ist wohl klar. Ob es theurer zu stehen kommt, als die frühere Anordnung, können wir hier allerdings in dem Augenblick nicht ausmitteln; wäre es der Fall, so würden wir uns in unserem höheren Zwecke darum eben so wenig kümmern, wie um den Aufschlag der Vangerow'schen Pandekten gegen die Thibaut'schen, den unser Procurator um keinen Preis der Welt rügen würde, — so lange Vangerow von der Kaste nicht aufgegeben ist. Der Korrespondent sagt, der Curator verdiene den Vorwurf, die Zersplitterung jenes Hauptfaches geduldet zu haben; wir aber müssen in diesem Punkt uns des Curators annehmen. Es wird immer gut thun, die Anatomie und die Syndesis der wissenschaftlichen Disciplinen den Leuten vom Fach zu überlassen; wir haben Proben von gar lächerlichen Experimenten, die mit solchen Scheidekünsten unberufener Curatoren gemacht worden sind, Proben in jener Sammlung von feinerem Pulver, deren wir uns rühmen. Unser Prokurator des Alten, wenn er unglücklicher Weise Curator wäre, würde in denselben Fehler der unberufenen Einmischung verfallen. Denn so tadelt er auch an Henle, daß er über allgemeine Pathologie lese, da er doch „nie einen Kranken behandelt habe“ Man sieht, dieser Mann würde gleich auch Vangerow vorwerfen, daß er Pandekten lese, da er doch nie einen Prozeß geführt — wenn nur Vangerow erst von der Kaste aufgegeben wäre. Was muß dieser Korrespondent, der der medizinischen Fakultät nicht angehört, diese Urtheile über die Intima der medizinischen Literatur und Wissenschaft also nothwendig souflirt erhalten hat, für „besserunterrichtete“ Autoritäten zu Rath gezogen haben! die nicht wußten, daß jene Vorlesung eine in ihrer Art einzige ist, der keine andere Universität etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen vermag! Wir würden uns der besserunterrichteten Zuträger aus der Fakultät schämen, die sich einer solchen Ignoranz schuldig machen können! Wir auch wollen „kein schlimmer Prophet sein,“ aber wenn Männer, die solche Urtheile fällen, auf die Leitung der Universität Einfluß haben und behalten, so müssen wir das Schlimme prophezeihen, daß die so schnöde behandelten Männer der medizinischen Fakultät sehr bald eine andere Heimath suchen und — sehr bald finden werden. Die schärfern Waffen der K. Z. sind gegen Pfeufer gerichtet. In den betreffenden Stellen haben wir zunächst einen Lesefehler zu rügen, dessen sich ein so „gewissenhafter“ Beurtheiler doch nicht schuldig machen sollte; denn er könnte ihm von Schwarzsichtigen auch für eine absichtliche Fälschung ausgelegt werden. Der K. K. citirt aus unserm Artikel: „Die Betten der Pfeufer'schen Klinik seien nur ausnahmsweise besetzt“, und es wird in Folge dieses Satzes die ganze Wirksamkeit Pfeufers als eine geringe dargestellt. Unser citirter Satz sagt aber, die Betten Pfeufers seien nur ausnahmsweise sämmtlich besetzt, was freilich einen großen Unterschied macht. Ueber Pfeufer's Wirksamkeit als akademischer Lehrer kann sich Jeder schon aus der Zahl seiner Zuhörer unterrichten; wer einer Anstalt wie dem Hospital in Zürich mit so wohlbegründetem Ruhme vorgestanden hat, für den konnte es gar nicht „eine schwierige Aufgabe“ sein, als die es der K. K. hinstellt, dem konnte es nicht schwer werden, seine Klinik in Heidelberg, auch trotz der ungünstigsten Verhältnisse, soweit in Gang zu bringen, daß sie den Bedürfnissen und „Forderungen des Unterrichts entspricht“. So weit ist sie im Gange und in soweit wird sich auch Pfeufer nirgends beklagt haben. Eine Klinik entbehrt aber eines großen und nützlichen Reizes, sowohl für den Lehrer wie für den Schüler, wenn sie wenig akute Kranke hat. Diese können nur in geringer Anzahl vorhanden sein, so bald der größere Theil der Hilfsbedürftigen aus, zum Theile großer, Entfernung von der Stadt kommt. Bei einer chirurgischen Klinik ist der Fall umgekehrt; sie ist um so interessanter, je mehr chronische Kranke ihr zukommen, denn diese geben das Hauptmaterial für die Operationen und werden durch sie häufig hergestellt, während die chronischen Kranken der medizinischen Klinik meist unheilbar sind. Die Berühmtheit eines Arztes kann solche chronische Kranken, die für den Unterricht bald überflüssig und werthlos und für die Anstalt sehr theuer sind, im Uebermaße herbeiziehen und zu ihrer Abweisung nöthigen; sie kann aber keine Nervenfieber- und andere acute Kranke aus der Ferne anlocken, denn diese Kranken können nicht reisen. Wenn daher der K. K. meint, Schönlein würde selbst auf einem Dorfe eine wohlbesetzte Klinik haben, so entbehrt das so sehr des medizinischen, ja des gemeinen Menschenverstandes, daß ihn in dieser Meinung selbst ein Chirurg hätte „besser unterrichten“ können. Wenn das Kuratorium ferner sich bei Einrichtung der Pfeufer'schen Klinik große Hoffnung auf zahlende Kranke machte, so hätte sie dieselben wenigstens nicht unter's Dach legen müssen. Der Hauptantrag in unserem medizinischen Artikel ging übrigens auf Gründung eines wohlorganisirten Hospitals; für den, der keine Sonderinteressen hat, ist die Nothwendigkeit außer allem Zweifel. Wir werden belehrt, daß bei der Uebersiedelung der Kliniken die Gründung eines Hospitals mit Nachdruck beantragt, von der Regierung aber nicht beachtet worden ist. Eine neue Anklage eines Fehlers, von dem wir lange wußten, und der selbst von Seiten der Getroffenen einen Beweis bringt, wie mancherlei Materie zu Anklagen noch zurück ist. Die Regierung verdient einen doppelten Verwurf, wenn der Antrag wirklich so mit Nachdruck von den verschiedenen Klinikern gemacht wurde, die damals einen solchen Einfluß besaßen, daß ihnen nichts unmöglich schien, denn sie setzten damals das Unmögliche durch, daß auf die Herrichtung des neuen Lokals eine Summe von vielen Tausenden verwandt wurde, die die Kenner gleich damals für weggeworfen erklärten, weil die ganze

Einrichtung um ein Vierteljahrhundert hinter dem gegenwärtigen Standpunkte der medicinischen Oekonomie und Architektur zurück sei! Die drei klinischen Anstalten in Heidelberg verausgaben jährlich ohngefähr 25,000 fl.! In solche Zahlen spähen jetzt Stände und Gemeinden mit Recht hinein, und um so mehr, da die Regierung hierbei keinerlei Einsicht in das Wie, nur in das Ob der Verwendung hat. Zwischen den drei Anstalten besteht geradezu keine Verbindung, jede hat ihre abgesonderte Verwaltung; es existirt weder eine gemeinschaftliche Spitalkommission, noch eine Aufsichtsbehörde, welche die Hausordnung handhabt. Um von der bestehenden Anarchie nur Ein kleines Pröbchen zu geben. Man hatte bei der Beziehung des neuen Gebäudes einen Portier bestellt, der natürlich für ein Hospital unumgänglich ist. Da der Angestellte für seinen Dienst nicht genügte, so wünschten die drei Direktoren ihn zu entfernen; da fand sich aber Niemand, der ihn angestellt haben wollte, bis endlich, wenn wir nicht irren, die Bau- und Oekonomiekommission sich dazu hergab, ihm zu kündigen. Dieß ist ohngefähr drei Vierteljahre her; der Portier sitzt aber nach wie vor in seiner Wohnung und füttert Ziegen im Spitalhofe! Solch einem Unwesen kann nur ein wohleingerichtetes Spitalregiment steuern, und wenn man dazu in der Presse auffordert, so sollte man Dank erndten, statt frivoler Angriffe. Es kann kleinlich scheinen, daß wir gerade bei unserem Zwecke auf diesem Geschichtchen weilen. Aber es ist ein sprechendes Bild von dem, wie in Heidelberg überhaupt öffentliche Mittel verwaltet werden. Der Karlsruher Korrespondent, um gegen Pfeufer seinen guten Willen zu zeigen, wirft ihm schließlich seine literarische Unthätigkeit vor. Wir auch wollen ihn deshalb nicht rühmen; man könnte ihn so sehr ermuntern mit den vielen schlechten Büchern, die ihre Verfasser berühmt gemacht haben. Würde er uns freilich vielleicht antworten, er wolle nicht aus fünf Compendien das sechste zusammenschreiben, und lieber warten, bis sein Compendium so viele gute und neue Gedanken gesammelt bringe, daß es in der That sein heißen könne, so würden wir beschämt schweigen und uns der ausgedehnten praktischen Thätigkeit des Mannes freuen, an der sich Andere zu ärgern Ursache finden. Daß dieser Tadel des Karlsruher Korrespondenten zunächst gegen die Unterlassung von Berichten aus der Pfeuferschen Klinik gerichtet ist, ist übrigens wunderlicher als der Tadel selbst. Keine der Kliniken in München, Würzburg, Berlin u. a. veröffentlicht regelmäßige Jahresberichte. Warum sollte die zweite Klinik in Heidelberg sie veröffentlichen, zumal da es die beiden andern seit langer Zeit eingestellt haben, also kein Gebrauch dazu aufforderte? Hält das Curatorium die offizielle „Einsendung" solcher Berichte für „ganz zweckmäßig", so tadle es sich doch selbst, daß diese Einrichtung nicht besteht, und nicht die Direktoren der Klinik. Wenn aber an vorem Berichte etwas am Curatorium wahrhaft getadelt werden muß, so ist es vielmehr das, daß niemals darauf gehalten worden ist, von den Herren Direktoren eine jährliche detaillirte Rechnungsablage über die Verwendung ihrer Gelder zu verlangen. Daß dies ein Unfug ist, muß ein so gewissenhafter Beamter, als den sich der gegenwärtige Curator in seinen frühern Stellungen immer bewiesen hat, wohl einsehen. Auch wissen wir ganz genau, daß er das als einen Unfug wirklich und in der That ansieht. Gleichwohl würde er nicht wagen, eine so einfache und nothwendige Vorschrift zu machen. Warum? Weil es gegen das Privilegium der Kaste geht. Wir wollen es derb und dreist heraussagen: Wenn der Curator heute diese Vorschrift erläßt, so wird Pfeufer mit Freude eine bürgerliche Pflicht gegen den Staat erfüllen, Chelius aber wird es für eine Beleidigung ansehen, und vielleicht seine Professur niederlegen. Das sagen wir auf die Gefahr hin, oder noch besser in dem Wunsch, daß man uns sogleich durch die That von dem Gegentheil und von unserm Unrecht überzeugt und uns des bösen Leumunds zeiht. Denn wenn der Staat und die Staatsanstalten dabei gewinnen, so mag man uns jeder Bösartigkeit überführen: weit entfernt, darüber empfindlich zu sein, werden wir uns alle Zeit freuen und uns einen Ruhm daraus machen, den öffentlichen Nutzen mit unserem privaten Schaden zu erkaufen. Thut ihr desgleichen! — Wenn nun die Leser den Artikel der K. Z. noch einmal nachsehen wollen, um nach diesen Einreden seinen Inhalt zu prüfen, so werden sie jetzt unbefangen und gewissenhaft beurtheilen können, wie gewissenhaft und unbefangen der Einsender und besonders wie gut instruirt er gewesen ist!

Großbritannien.

§§ **London**, 30. Dez. Das verhängnißvolle Jahr, welches die definitive Emancipation und Verschwisterung der Nationen begonnen, endigt auch für unsere schwarzen Brüder unter günstigen Auspicien. Was weder den diplomatischen Verhandlungen des englischen Kabinets, noch dem mattherzigen Erlaß Gregor's XVI. (v. 1839) gegen den Sclavenhandel gelungen, das scheint nun die „liebe Noth" bewirken zu wollen. Es hat sich nämlich unlängst eine „Gesellschaft für National-Industrie" in Brasilien gebildet, welche endlich — dort zum erstenmal — offen verlangt, daß der Sclavenhandel ernstlich unterdrückt, die Sclaven stufenweise freigelassen und der Landbau durch Begünstigung der Einwanderung „vorzüglich von Deutschen" gefördert werden möchte. Die Hauptgründe, die dafür angeführt werden, sind nicht, wie anderwärts, Menschlichkeit, Recht, Religion; sondern durchaus materielle Interessen. Für's erste: daß die Sclaven die ansteckenden Krankheiten, welche sie in Folge der greuelvollen Ueberschiffung befallen, im Lande verbreiten; dann, daß der jetzt sehr hohe Kaufpreis der Sclaven, die lässige Arbeit derselben und der Mangel an freien Arbeitern in Folge der Entehrung der Arbeit die Pflanzer in Schulden stürzt; endlich daß, in Folge der überall geduldeten Einschmuggelung der Sclaven, die Zahl der Diebe und Banditen sich stätig mehrt und die sittliche Atmosphäre des Landes mehr und mehr corrumpirt. Diese Gründe, die bereits in mehreren Tagblättern geltend gemacht werden dürfen, lassen hoffen, daß die Regierung sich endlich genöthigt finden wird, den dringenden Forderungen zu entsprechen, welche bisher vergeblich von Religion und Humanität an sie gerichtet worden. Daß man auch auf Cuba und mehr noch auf Porto-Rico mit Erfolg sich freier Arbeiter zu bedienen angefangen, wird Ihnen wohl schon bekannt sein. Mehr als alles andere wird aber dort zur Freigebung der Sclaven die Furcht vor Empörung derselben beitragen, welche seit der Emancipation auf den französischen Antillen auf's Höchste gesteigert worden. Ueber die raschen Fortschritte, welche die Bestrebungen für Abschaffung der Sclaverei in den Ver.-Staaten Nordamerika's in der letzten Zeit gemacht haben, behalte ich mir vor, demnächst ausführlicher zu berichten. Für jetzt will ich nur noch eines Ereignisses gedenken, welches in den Fasten der Geschichte der Menschheit einen denkwürdigen Fortschritt der schwarzen Menschenrasse bezeichnet. Es ist dies die unlängst zum erstenmal von freien Farbigen der Union zu Cleveland im Ohio-Staat abgehaltene große Versammlung, welche dort trotz der hinderlichen Gesetze sogar mit Begünstigungen von Seite der Obrigkeit stattgefunden hat. Auf dieser auch von Weißen zahlreich besuchten Versammlung wurde eine Adresse an sämmtliche Farbige der Union beschlossen, in welcher sie vor Allem aufgefordert werden, alle Kräfte aufzubieten, um auf gesetzlichem Wege sich aus dem Stande der Erniedrigung zu erheben, in welchem sie sich durch die noch allgemein herrschenden Vorurtheile gegen ihre Rasse, aber auch durch eigene Fahrlässigkeit und Indolenz versenkt finden. „Der Geist des Jahrhunderts," heißt es in dieser Adresse, „die Stimme des inspirirten Wortes, die Aufstrebungen der menschlichen Seele, der Kampf des Rechtes gegen die Gewalt, das allgemeine Trachten der Unterdrückten nach Zerbrechung ihrer Ketten — Alles verbürgt uns den endlichen Sieg der Gerechten über die Ungerechten, der Freiheit über die Sclaverei, der Gleichheit über die Vorurtheile der Kaste." Dieser Aufschwung der Farbigen in Nordamerika reiht sich würdig an die Constituirung der aus freigelassenen Negern gebildeten Colonie Liberia zur Republik, deren zu Ende voriges Jahr promulgirte Verfassung mit den Worten schließt: „Im Namen der Humanität, der Tugend und der Religion, im Namen des großen Gottes, unseres gemeinsamen Schöpfers und Richters, appelliren wie an die christlichen Nationen, uns mit Sympathie und freundlicher Beachtung zu begegnen."

Italien.

Aus Mittelitalien, 22. Dez. Es geht in Toscana, wie vor einiger Zeit von einer deutschen Hauptstadt gesagt wurde, ehe es dem entschiedenen Auftreten der Regierung gelang, dem Lügenspiel des Pöbelterrorismus mit einem Male ein Ende zu machen: wir leben in einer gelinden Anarchie. Das Schlimmste dabei ist, daß die Anarchie vom Gouvernement gewissermaßen autorisirt wird. Dasselbe erkennt öffentlich das Recht des gemeinen Volkes (la

plebe) an, durch Straßenaufläufe, die man durch den nicht gerade aus dem Wörterbuch der Crusca entlehnten Namen Dimostrazioni zu veredeln sucht, seinen Willen kundzugeben, und da seit den glorreichen Tagen Livorno's das Volk bekanntlich souverän ist, so kann das Gouvernement nur dessen unterthänigen Diener spielen. In der Absicht jeden Konflikt zu vermeiden, welcher, wie die Minister früher erklärten, mit dem in sie gesetzten Vertrauen unverträglich sein würde, schärft denn auch der Kriegsminister den Truppen ein, ihre Waffen nicht gegen ihre Brüder zu wenden. Alles Dinge, die unglaublich erscheinen würden, wenn man sie nicht mit eigenen Augen läse, mit eignen Ohren vernähme, wenn nicht die ministeriellen Journale darüber jubelten, daß nun auch in Piemont unter dem demokratischen Ministerium die Waffen räsonniren lernen würden, statt in der bisherigen beklagenswerthen Blindheit des Gehorsams zu bleiben. Die Sachen sind gegenwärtig zu dem Punkte gelangt, daß die Befürchtung immer mehr Raum gewinnt: man wolle durch Terrorisiren die Opposition einschüchtern und in der bisherigen rein-arbiträren Weise zu herrschen fortfahren. Die Deputirtenwahlen haben seit mehreren Wochen stattgefunden, meist, wie gemeldet worden, im gemäßigten Sinne; von der Eröffnung des Parlaments ist keine Rede. Wie würden die Demokraten gelärmt haben, hätten Ridolfi oder Capponi so etwas gewagt; aber Ridolfi und Capponi hatten Achtung vor der Konstitution und dem durch dieselbe sanctionirten politischen Rechte; Hr. Montanelli und Kollegen haben beide von jeher verachtet und verletzt. Die wichtige Frage der Steuerbewilligung bietet sich nun jedem dar: mit dem 1. Januar dürfen keine Steuern ohne die Kammern erhoben werden — wie wird das Ministerium sich aus dieser Schwierigkeit ziehen? Man glaubt, durch momentane Zusammenberufung des Parlaments, Steuervotirung, augenblickliche Auflösung und eigenmächtige Abänderung des Wahlgesetzes. Die Voraussetzung zeigt hinlänglich was man vom Konstitutionalismus des Kabinets hält. Unterdeß sind die Einschüchterungen der Oppositionsjournale und Stimmen durch Drohungen und thätliche Mißhandlungen so energisch betrieben worden, daß mehrere Redaktionen erklärt haben, sie müßten unter der Herrschaft solcher Preßfreiheit auf die Besprechung der innern Angelegenheiten verzichten! Den HH. Montazio und Konsorten, der Alba, dem Popolano, dem Corriere Livornese und der täglich sich mehrenden Zahl gleichgesinnter Blätter bleibt somit das Feld immer mehr frei. Während die Toscaner die Verzögerung der wichtigsten legislativen Arbeiten beklagen, welche unter den beiden letzten Ministerien mindestens angebahnt waren, des Polizeigesetzes, des Municipalgesetzes u. s. w., sollen sie durch tägliche Besprechung der zum Ekel abgedroschenen Constituante, dieses todtgehetzten Montanellischen Steckenpferdes, entschädigt werden — und das tägliche Resultat ist, daß man damit ein jämmerliches Fiasco macht. Erst wurde Rom bearbeitet, aber das Mamianische Ministerium zeigte, daß es nicht „à la hauteur des circonstances" ist, und da man dem Kommissionsbericht der Kammer, vom Dr. Pantaleoni, von hier aus nichts ernstliches entgegenzustellen vermochte, hat man ihn als eine antiquarische Abhandlung lächerlich zu machen gesucht. Dann hoffte man goldene Berge von Turin — und siehe da, das Giobertische Ministerium kommt, und sein Programm ist, die Worte abgerechnet, so ziemlich dasselbe seiner als Vaterlandsfeinde stigmatisirten Vorgänger, nur daß das Stichwort der Constituante darin vorkommt — aber eine Constituante unbeschadet der Autonomie der einzelnen Staaten. Beweis genug, wie Hrn. Montanelli's Idee auch dort als ein Utopien erkannt wird und man anderes zu thun hat, als sich darauf einzulassen, wenn man auch, da einmal die Journalistik täglich dies Banner durch die Luft wehen läßt, zur Befriedigung eines in diesem Moment wenigstens ziemlich kindischen Dranges darauf einzugehen Miene macht. Das Programm Gioberti's, welches auch nur wieder die gewohnten Dinge vorbringt und vorbringen kann (die Realität ist etwas anderes, als die politischen Träume und Hirngespinnste, und diese Realität sagt bald: Halt!), gibt zu ernstern Betrachtungen Anlaß. Der politische Zustand Italiens wird von Tag zu Tag haltloser und drohender. Während Frankreich ein merkwürdiges Beispiel bietet, wie das durch Ueberrumpelung dem Lande aufgedrungene republikanische Prinzip nach neun Monaten schon in der Ohnmacht liegt; während Deutschland in den Bestrebungen der Regierungen seiner beiden Großmächte, sowie der Centralgewalt selbst das Bedürfniß des Zusammenhaltens auf möglichst einfache Weise und der Wiederkräftigung des monarchischen Prinzips unter Ausschließung an demokratische Institutionen an den Tag legt: operirt in Italien die Centrifugalkraft immer stärker, weil Leute, die dem Genius der Nation immerfort Gewalt anthun und die Meinung einiger radikaler Klubs mit dieser Nation verwechseln, eine unnatürliche Einheit erzwingen wollen. Nirgends vielleicht in Europa ist die Regierungsgewalt in solchem Maße geschwächt, wie in Toscana und Rom, und Piemont ist auf dem besten Wege, es den Nachbarn gleichzuthun, wenn der tüchtige und verständige Sinn desjenigen Theils des Reiches, welchem dasselbe vorzugsweise seine bisherige Blüthe, seine gute Administration und sein vortreffliches Heer verdankt, nicht bald den Sieg erringt über die destruktiven Prinzipien, welche ihren Sitz in Genua haben. Und je drohender ringsum Gefahren sich aufthürmen, um so heftiger stürmt der Kampf der Parteien. Was ist nicht schon alles in den wenigen Monaten konstitutionellen Lebens versucht worden? „Italien, bemerkt in dieser Hinsicht der Florentiner Conciliatore sehr richtig, hat seine glänzendsten Namen schon verbraucht: die Männer, seit langer Zeit Gegenstand der Zuneigung und Hoffnungen der Nation, wurden von der Unruhe der Faktionen behandelt wie Kleider, die man nach Laune wechselt. Beifall führte sie zur Macht, und nach kurzem ruhmlosen Leben stiegen sie herab unter Schimpf und Zischen. Wir haben mehrmals unsere Besorgnisse bei diesem unergiebigen Ueberstürzen von Umwälzungen, bei diesem anhaltenden Fahnenwechsel ausgesprochen. Die Italiener beachten die Gränzen des Möglichen nicht: sie sehnen sich nach großen Dingen, ohne daß Kraft und Muth zum Erringen derselben dem Verlangen gleichkämen. Deßhalb sehen wir unaufhörliche Veränderungen, die zu nichts als unfruchtbarem Namenwechsel führen; deßhalb beklagen wir Revolutionen, die in der Mitte stecken bleiben, Grundsätze, heut proklamirt, morgen in ihren Konsequenzen verworfen. Und gerade in dieser fieberhaften Aufregung vertrauen die bethörten und unwissenden Völker immer den neuen Verheißungen derer, welche die Panacee für alle Uebel zu besitzen behaupten, das Geheimniß der Kraft und Macht. Aber die Männer verzehren sich, die Uebel werden gefährlicher, die Kräfte nehmen ab, und der ersehnte Genius des Retters erscheint nicht. Wenn wir die legale Ordnung in einem Staate gewaltsam umstürzen sehen, und die zur Macht Gelangten zwanzig Tage lang nichts anderes sagen können als „das Land ist ruhig," so muß man annehmen, daß eine große politische Unkenntniß dessen, was man wagen darf und dessen, was man zu befürchten hat, die Köpfe erfüllt. Wenn wir sagen hören: „In einem, in zwei Monaten werden wir den Krieg beginnen," ohne zu bedenken, daß in Kriegsangelegenheiten das Wollen stets dem Können untergeordnet ist, so scheinen uns Macchiavell's Nachkommen Kinder geworden zu sein. Sähen wir muthige Handlungen und großartige Wagnisse, so würde der Gedanke einer vollständigen Italien zu neuer Gestaltung führenden Umwälzung uns keine Furcht einflößen. Aber wir gewahren mit tiefem Schmerz die Zersplitterung der nationalen Kräfte in fruchtlosem Mühen, große Zurüstungen zu winzigen Erfolgen, betäubenden Donner der Worte und Verstummen der Thaten, und nicht selten Erbärmlichkeit und Ungeschick der Entwürfe und ohnmächtige Alltäglichkeit der Werke. — In Florenz, in Rom, in Turin sind jetzt Leute an der Regierung, welche die Bewegung vorbereiteten oder beschleunigten. An ihnen ist es nun, sich zu verständigen, um die Nation auf die Probe stellen. Es ist eine schwere, es ist vielleicht die letzte Probe: mit Beben erwarten wir den Erfolg — möchte er ein glücklicher sein!" Aber sie werden sich nicht verständigen — sie werden ohnmächtig sein, wie die, welche sie gestürzt haben — sie werden vielleicht Solchen den Platz räumen müssen, in Vergleich mit welchen Guerrazzi und Sterbini pures Gold sind. An wem aber liegt die Schuld? (A. Z.)

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 6. **Frankfurt a. M., Samstag 6. Januar.** **1849.**

Es ist uns vom hiesigen Ober-Post-Amte nachgegeben, auch ein vierteljähriges Abonnement auf die Deutsche Zeitung eröffnen zu können. Der Preis ist Drei Gulden, in Preußen 2 Thaler 7 Silbergroschen. Wir bemerken, daß die Deutsche Zeitung früher als jedes andere Blatt die Parlaments-Verhandlungen in übersichtlicher Darstellung liefert.

Frankfurt a. M., 6. Januar 1849.

Uebersicht.

---

6. Januar.

Wir sprachen gestern von den Gefahren, welche Deutschland in diesem Augenblicke drohen, wo Oesterreich durch die Siege in Italien und Ungarn sich hinlänglich erstarkt fühlt, um seinen alten hemmenden Einfluß in Deutschland wieder geltend machen zu wollen. Gewisse Oesterreicher versichern uns zwar, wir hätten von diesen Gefahren nichts zu besorgen. Sie sagen — wie hieß es doch noch? — wir wärmten die Sünden des Metternich'schen Systems auf, und schöben sie dem verjüngten Oesterreich in die Schuhe. Dem **verjüngten** Oesterreich? Difficile est satiram non scribere! Wer den Gang der Oesterreichischen Dinge aufmerksam verfolgt hat, der wird nicht wissen, ob er lachen oder weinen soll bei dem Gedanken, daß Oesterreich verjüngt sei. Wir haben z. B. schon gestern, an unserer eigenen Erfahrung, angedeutet, wie es mit der freien Presse in Oesterreich wieder bestellt sei; unsere Briefe werden unterschlagen, unsere Blätter mit Beschlag belegt. Die freie Presse war unter allen Errungenschaften des Märzmondes diejenige, welche vom deutschen Volke mit dem größten Jubel aufgenommen wurde. Wir wollen doch wenigstens einen Blick darauf werfen, wie es jetzt mit der Presse in Oesterreich wieder aussieht. Wir reden gar nicht einmal von dem Inhalte der jetzigen österreichischen Blätter — dieser ist meistens entweder nichtssagend oder so feil und erbärmlich, daß er selbst den Machthabern Ekel erregt. Wir wollen blos auf die äußern Verhältnisse der Presse im verjüngten Oesterreich ein Schlaglicht werfen.

Der Belagerungszustand von Wien hat, abgesehen von der größeren Härte der Handhabung, eine ganz andre Bedeutung, als der von Berlin. Oesterreich hat keine bedeutenden deutschen Provinzialstädte, wie Preußen in Königsberg, Breslau, Stettin, Magdeburg, Köln, Aachen, Trier, wo ein selbstständiges politisches Leben seit 1840 sich entwickelt und die Presse seit dieser Zeit zum Theil zu größerer Bedeutung, als in der Hauptstadt selbst, sich erhoben hat. Mit Wien hat man, da die Prager Presse in den Händen der Tschechen ist, den Heerd der österreichischen Bewegung, von dem erst einzelne Funken nach Brünn, Grätz, Linz und Salzburg zu fliegen begannen, glücklich gelöscht; in jenen Provinzialstädten, welche mit dem „Ausland" wenig Beziehungen haben und leicht der gewohnten Beamtenwillkür sich unterwerfen, werden in aller Stille, trotz aller neuen Versprechungen, ganz nach alter Weise die mißliebigen Blätter konfiscirt. So eine Nummer der Linzer Zeitung, welche ohne alle Bemerkungen aus den stenographischen Berichten der National-Versammlung eine Stelle aus den Verhandlungen über Oesterreich abdruckte, so alle Zeitungen, welche in ernster, gewissenhafter Weise das Verfahren der österreichischen Regierung besprechen. Selbst die Allg. Zeitung, welche der österreichischen Regierung gegenüber stets eine — sehr rühmliche Unabhängigkeit bewahrt hat, wird durch Steigerung ihres Preises aufs Vierfache möglichst ausgeschlossen und in Brünn wurde eine allerdings ungezogene Karikatur der „Leuchtkugeln" auf Kaiser Ferdinand nicht allein konfiszirt, sondern man suchte sogar die Pränumerantenliste habhaft zu werden, um jene früher in Kurhessen so beliebten, eben so gehässigen als unnützen Haussuchungen anzustellen. Kurz, Metternich und Sedlnitzky könnten jeden Augenblick wiederkehren, sie würden das Nest eben so warm finden, als sie es verlassen.

Auch hat die österreichische Presse bereits wieder angefangen nach Leipzig überzusiedeln. Kurz, es ist Alles wieder so ziemlich wie es war. Metternich hat bloß seinen hinfälligen Körper nach England geschafft; sein Geist lebt in Oesterreich fort. Nur in der äußeren Politik vermisse nwir Metternich's Geist in etwas. Metternich hat doch noch immer eine ängstliche Eifersucht gegen Rußland zur Schau getragen. Jetzt ist das Einverständniß Oesterreich's mit Rußland so innig wie möglich. Die untere Donau ist freundnachbarlich den Russen preisgegeben und in Siebenbürgen berühren sich schon die kaiserlichen Heere, und können nöthigenfalls jeden Augenblick einen gemeinschaftlichen Feldzug eröffnen, um die gestörte Ordnung Europa's wieder herzustellen. Im eigentlichen Oesterreich läßt diese freilich bereits selbst für den Czaren nichts mehr zu wünschen übrig. Wenn Oesterreich in Deutschland seinen Einfluß wieder gewinnt, kann man zweifeln, in welchem Sinne es denselben benutzen wird? Im alten Sinne, im russischen. Es streift an's Wunderbare, wenn man Diejenigen, welche sich für die wärmsten Freunde der Freiheit halten, mit Hand und Fuß daran arbeiten sieht, dem „alt' bösen Feind" der deutschen Freiheit die

Wege zu bahnen. Wir freuen uns, zu vernehmen, daß die jüngste österreichische Note, welche freilich auch einen Blinden sehend machen könnte, manchen Mitgliedern der Linken die Augen geöffnet und sie zu dem Bewußtsein der Gefahren gebracht hat, welche uns von der österreichischen Haus-, Hof- und Staatspolitik drohen.

Wir wenden uns jetzt zu Denen, welche in Deutschland selbst der Einheit entgegenarbeiten. Es sind besonders die Fürsten der mittleren Staaten, deren Eitelkeit sich sträubt, ein Reichsoberhaupt über sich anzuerkennen. Diese wollen für Deutschland nur die Rattenkönigseinheit, die Dreiheit. Hannover schlug sogar sieben Köpfe vor, und wer weiß wie viel Schwänze. Ueberhaupt hat sich Hannover von Anbeginn am meisten gegen eine kräftige Reichsgewalt gesträubt und wenn wir neulich bemerkten, wie aufrichtig der Wunsch nach Einheit bei den einzelnen Regierungen sei, das werde sich schon bei der Einführung der Grundrechte zeigen, so ist diese Probe sehr schlecht ausgefallen. Die Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen haben so viele Schwierigkeiten erhoben, daß man bemerkt hat, die Einführung der Grundrechte werde wohl auf keine ferneren Schwierigkeiten stoßen, denn — es sei an den schon erhobenen völlig genug. Zunächst an Oesterreich, welches die Einführung der Grundrechte ganz ablehnte, schloß sich Hannover an. Hannover hat große Bedenken gegen diese Grundrechte! Man täusche sich nicht über den Sinn dieser Worte. Auch wir haben unsere Bedenken bei den Grundrechten. Sie sind nicht immer mit der gehörigen Rücksicht auf bestehende Verhältnisse abgefaßt, und in manchen Stücken schwer und nicht auf einmal auszuführen. Ebendeshalb hat es keine Noth, daß sie auf einmal ausgeführt werden.

Die Regierungen haben, besonders wenn sie wollen, Zeit genug zur Ausführung. Der Sinn der hannover'schen Erklärung ist ein ganz anderer. Sie heißt: „Ihr Volksvertreter in Frankfurt, Ihr Ideologen, habt uns nichts zu befehlen, Hannover ist ein selbstständiges Königreich." Alle Bestrebungen der hannover'schen Regierung seit der fehlgeschlagenen Sendung des Herrn v. Wangenheim nach Berlin zur Zeit des Auerswald'schen Ministeriums sind auf die möglichst vollständige Erhaltung dieser Selbstständigkeit gerichtet gewesen. Wir haben mehr als einmal auf diese Bestrebungen hingewiesen, ohne daß die ganz Deutschland beunruhigenden Gerüchte, haben amtlich oder halbamtlich, eine Widerlegung nicht gefunden. Denn eine Entgegnung in der hannover'schen Zeitung, welche allerhand Redensarten macht, und den Punkt, worauf es ankommt, ganz umgeht, bestätigt mehr als daß sie widerlegt. Wir wollen uns gar nicht selbst vertheidigen, wir lassen die Weserzeitung sprechen: „Die hannover'sche Zeitung, sagt sie, macht einen Versuch, den Vorwurf des Partikularismus und der geheimen Sonderbündelei in Bezug auf die Wahl eines deutschen Oberhauptes, welcher von der Deutschen Zeitung — aber nicht von dieser allein — gegen Hannover ausgesprochen ist — von der Regierung abzuwälzen, einen Versuch, den wir zu unserm Bedauern einen gänzlich verunglückten nennen müssen. Wenn keine bessere Rechtfertigung der vaterländischen Politik Hannovers möglich wäre — so müßte der Verdacht durch das Auftreten der Hannover'schen Zeitung nur noch verstärkt erscheinen. „Vertrauliches aus Hannover" überschreibt die Hannover'sche Ztg. ihren Artikel, der aber weder vom Vertrauen eingegeben ist, noch auf Vertrauen Anspruch machen kann. Die Forderung eines erblich einheitlichen Oberhauptes wird eine „schleswig-holstein'sche Doktrin" genannt, die lediglich in der Natur der Verhältnisse liegenden Einwendungen gegen Oesterreich werden als „Verdächtigungen Oesterreichs" verdächtigt. Was Hannover betrifft, heißt es dann, so seien die von der „Deutschen Ztg." vorgebrachten Insinuationen (als ob sonderbündlerische Unterhandlungen zwischen Baiern, Kurhessen und Hannover bestünden) augenfällig „eine wahre Absurdität", da — nun kommt der gewichtige Grund — da kein anderer Staat sich offener zur deutschen Einheit bekannt hat, als eben Hannover!" — Quis putarat! rief bei solchen Gelegenheiten der Staar des Cicero aus, welchen die classisch gebildete Redaktion der Hannover'schen Ztg. kennen wird. „Allein, die Gefahren, welche der deutschen Einheit von Hannover drohen, schlagen wir gering an. Sollte auch der König von Hannover und der ehrenwerthe, aber in der historischen Schule ergraute Mann, welcher an der Spitze der Geschäfte steht, so lang er den hannoverschen Aristokraten das Widerspiel zu halten im Stande ist, sollten sie auch hoffen, Hannover vor den nothwendigen Opfern an seiner Selbstständigkeit zu Gunsten der deutschen Einheit bewahren zu können, hoffen, daß die Reichsgesetze künftig so wenig in Hannover gelten, wie jetzt, so setzen wir eine bessere Hoffnung auf das hannoversche Volk. Dieses verständige, aufgeklärte, gebildete Volk hat schon einmal die hannoversche Regierung gezwungen — deutsch zu sein.

Gefährlicher ist der Widerstand, welchen Baiern einer starken Einheit entgegensetzt. Wir haben neulich angeführt, welche bedeutende Neigungen, kirchlicher und örtlicher Natur, im baierischen Volke einer innigen Vereinigung mit Deutschland widerstreben. Sie geben das Werkzeug ab für die ehrsüchtigen Pläne des baierischen Fürstenhauses. Die beiden letzten Fürsten haben zwar besondere Ansprüche auf die Deutschheit gemacht. Aber jetzt, wo sie auf die Probe gestellt wird, wo es in Hütten und auf den Königsschlössern gilt, zu zeigen, wer der beste Deutsche ist, wird sie zu leicht befunden. Die große Frage des Vaterlandes wird behandelt wie eine Familienangelegenheit zwischen den Häusern Habsburg und Hohenzollern, Welf und Wittelsbach. Zwar hat die baierische Regierung auch in jüngster Zeit mehr als einmal einen Anlauf genommen zu einem ganz besonderen Patriotismus. Es ließ der Reichsgewalt damals durch den Freiherrn von Closen seine unbedingte Unterwerfung anzeigen, es stellte nach dem Malmöer Vertrage das ganze baierische Heer zu Deutschlands Verfügung. Allein Niemand ward dadurch getäuscht. Jeder wußte, wie kleinliche Beweggründe diesen hochklingenden Anerbietungen zum Grunde lagen. Wir haben inzwischen vom baierischen Patriotismus seltsame Proben an's Licht gestellt. Allein die schwerste Anklage bleibt zurück: jene Ränke, welche hinter dem Rücken des Ministeriums Lerchenfeld an mehr als einem Orte, namentlich in Potsdam und Ollmütz, gegen die deutsche Einheit angesponnen sind. Wir haben mitgetheilt, wie der baier'sche Hof durch den Prinzen Karl in Potsdam anbieten ließ, Oesterreich aus dem deutschen Bunde wegzulassen, wenn der König von Preußen in eine Dreiheit willigte, an deren Spitze die beiden Großmächte Preußen und Baiern ständen, daß nachdem Preußen diesen Antrag zurückwies, alsobald der Freiherr von Closen nach Ollmütz abgefertigt wurde, um Deutschland gerade auf die entgegengesetzte Weise zusammen zu setzen, auch mit einer Dreiheit, in welcher Baiern nicht fehlte, aber nicht ohne Oesterreich, welches in Deutschland auf einmal wieder ganz unentbehrlich geworden ist. Von der Trennung von Oesterreich zu reden, ist plötzlich wieder Landesverrath! Also in der wichtigsten Frage, welche Deutschland beschäftigt, wo jeder deutsche Mann die Hand auf's Herz legt, um nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, hat der baiersche Hof gar kein Gewissen. Deutschland mit Oesterreich, oder Deutschland ohne Oesterreich, ist völlig gleichgiltig, wenn Baiern d. h. die Wittelsbacher nur oben bleiben, und um keinen Schritt hinter den Hohenzollern zurückbleiben! Diese Nachricht hat in ganz Deutschland verdiente Entrüstung erregt; aber nirgends ist eine Widerlegung auch nur versucht. Denn einen Versuch zum Widerspruch kann man es kaum nennen, wenn die Allgemeine Zeitung schreibt: „Wären derlei vertrauliche Mittheilungen wirklich gemacht worden, so würde ich sie zwar so verwerflich als unbegreiflich finden, aber fast ebenso unbegreiflich wäre doch, wie man sie aus dem Hofe zu Potsdam warm in die Küche (?) der Deutschen Zeitung schicken mochte. Wollte man in Berlin sich vor dem Verdacht wahren, als leihe man bedenklichen Planen williges Gehör, so genügte eine Anzeige ans Reichsministerium; jener freilich kürzere Weg an die große Glocke eines Tagblatts war wohl kaum der anständigere, und Friedrich Wilhelm ist ein zu feinfühlender Fürst, als daß die Vertrauten des Hofes nicht sich bemühen sollten, die Wege, die zum deutschen Kaiserthrone führen, reinlich zu halten." Wir können das Anstandsgefühl der Allgemeinen Zeitung beruhigen. Jene Mittheilung ist uns weder vom preußischen Hofe zugekommen, noch von einem Vertrauten des Hofes. Wir haben sie aus einer Quelle geschöpft, welche wir für zuverlässig halten. Es handelt sich auch nicht um die Quelle, sondern um die Nachricht. Wir sind begierig, zu erfahren, ob man in München der Aufforderung der Allgem. Ztg. folgen wird, auf die obigen „Vorwürfe" offen zu antworten.

Wir bedauern, heute schon wieder auf Oesterreich und Baiern, oder vielmehr auf die österreichische und baierische Hauspolitik geschmäht zu haben. Denn unsere Gegner nennen es immer Schmähungen, wenn wir Thatsachen anführen, Thatsachen, welche zu verschweigen, wenn man sie in Erfahrung bringt, Verrath am Vaterlande wäre. Mögen unsere Gegner uns nicht schmähen, sondern, wenn sie es können, uns widerlegen!

Deutschland.

* **Frankfurt**, 5. Jan. Der Herr v. Voigts-Rheetz hat an uns ein Schreiben gerichtet, mit Bezug auf eine Nachricht, welche wir gleich den übrigen Zeitungen nach der Berliner lithographischen Korrespondenz über seine Ehrensache mit Hrn. v. Koscielsky mitgetheilt haben. Es heißt darin: „Ich habe dem Hrn. v. K. niemals die Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen, sondern vielmehr dem Ehrenrath für die Garnison Berlin, bei der gesetzlichen Anzeige meiner Forderung ausdrücklich erklärt, daß ich eine Ausgleichung der schwebenden Streitfrage mit Hrn. v. K. zurückzuweisen veranlaßt sei. Auch dem Hrn. v. K. habe ich dies schriftlich angezeigt. Erst in der Mitte des Dezembers v. J. hat der Ehrenrath der 4ten Division, welcher durch Anweisung des Kriegsministeriums die gesetzliche Untersuchung der Sache führt, mir vorläufig offiziell anzuzeigen die Güte gehabt, daß wahrscheinlich im Januar der endliche Spruch erfolgen werde, und auch Hr. v. K. in Folge einer Erklärung eine Vermittelung zurückgewiesen habe.

Hr. v. K. kann also hiernach selbstredend einer Bestimmung von mir seit Anfang Dezembers unmöglich entgegensehen.

Die Verzögerung der Sache hat übrigens allein ihren Grund darin, daß Herr v. K. Berlin, ohne mir Anzeige zu machen, für lange Zeit verließ, nachdem er in einem Zeitungsartikel erklärt hatte: Es sei meinerseits ein unritterlicher Angriff gegen einen gewissen General, daß ich ohne irgend eine weitere Bemerkung historisch angeführt hatte, daß Herr v. K. in dessen Begleitung die Provinz Posen durchreist sei und von ihm eine Mission nach Berlin erhalten habe.

Noch muß ich besonders bemerken, daß es mir niemals eingefallen ist, lange Zeit einen Kampf in Zeitungen und Brochüren mit Herrn v. K. zu führen, sondern daß ich vielmehr, als ein solcher zu entstehen drohte, jede Fortsetzung desselben durch eine sehr verständliche Erklärung kurz abgeschnitten habe, daß aber dessen ungeachtet nochmals ein Inserat (gerichtet an die deutschen Netz-Brüder), in der Vossischen Zeitung erschienen ist, welches einen Angriff gegen mich enthielt. Wenn ich nun dessen ungeachtet, auf Grund meiner, an den oben genannten Ehrenrath gerichteten Erklärung, ein solches Benehmen mit Stillschweigen überging, so werden gerade dadurch Alle, denen die Gesetze der Ehre bekannt sind, nicht verkennen, daß ich in Beziehung auf die Satisfaktionsfähigkeits-Anerkennung des Lieutenant v. K. unzweifelhaft bis zu den äußersten Grenzen des Statthaften gegangen bin. Ich darf von Ihrer Unpartheilichkeit, so wie von der ehrenhaften Gesinnung derjenigen Redaktionen, welche den genannten Artikel der lith. Korr. gebracht haben, mit Zuversicht voraussetzen, daß Sie auch dieser nothwendigen Erklärung die Aufnahme nicht verweigern werden."

.. **Frankfurt**, 5. Jan. Die Nat.-Vers. hatte gestern ihre bis jetzt längste Sitzung. Dieselbe dauerte sieben Stunden. Die Abstimmungen würden rascher erfolgt sein, hätte sich die Linke nicht auf den namentlichen Aufruf capricirt. Sie begehrte ihn allerdings nur für den Ausschußantrag, allein die Rechte verlangte nun consequenterweise auch für die andern Abstimmungen das Gleiche, und es ist unbegreiflich, wie die Linke dagegen opponiren, Vogt darüber so sehr in Harnisch gerathen konnte. So wie in der Berathung der österreichischen Frage, wurden auch in der der preußischen alle Anträge verworfen und dennoch bildet diese Abstimmung kein Pendant zu jener. Nachdem in der Berathung der österreichischen Frage kein Antrag angenommen war, wurde die Sache an den Ausschuß zurückgewiesen, damit er einen der Majorität der Versammlung genehmen Antrag auffinden möge. Dieser Arbeit wurde allerdings der alte österreichische Ausschuß zu seiner Freude durch die Bildung des neuen überhoben. Gestern wurde zwar auch beantragt, es solle die Sache an den Ausschuß zurückgehen, allein die Versammlung beschloß glücklicherweise nach dem Antrage Raveaux's, daß die Sache auf sich beruhen bleiben solle. Wenn durch die Verwerfung aller Anträge die Linke einen negativen Sieg errungen hatte, so besorgte sie auf der andern Seite, es möge ihr dieser Sieg wieder entwunden werden und deßhalb stellte Raveaux seinen Antrag.

Frankfurt, 5. Jan. Die Reichstagszeitung enthält folgende Anzeige:

Herr Vogt!

Beranger, „der Sänger der heiligen Allianz der Völker", hat mich gebeten, ihn mit 20 Franken für die Nachgelassenen Blum's zu unterschreiben. Er setzt hinzu, ich solle ihn anonym einschreiben lassen, wenn dies möglich sei. Ich denke aber, es ist das nicht möglich, und somit bitte ich im Gegentheile „den Freunden der heiligen Allianz der Völker" das Andenken Berangers an ein Opfer der deutschen Freiheit durch die Presse zu verrathen. Frankfurt, 3. Jan. 1849. J. Venedey.

Wien, 31. Dez. Das Amtsblatt der Wiener Zeitung enthält folgende (bereits gestern erwähnte) Kundmachung:

„Um das politische Recht der freien Presse den Staatsbürgern unverkümmert zu erhalten und nicht durch fortgesetzten Mißbrauch beim besseren Theile des Publikums um Ansehen und Theilnahme zu bringen, hat sich der Herr Minister des Innern laut h. Erlasses vom 20. d. M. bestimmt gefunden, mittlerweile, bis diesfalls eine wirksame Abhilfe durch ein im verfassungsmäßigen Wege zu gewärtigendes Gesetz geschieht, folgende Anordnungen zu erlassen, um wenigstens in der äußeren Form der Veröffentlichung die am meisten Aergerniß gebenden Uebergriffe abzustellen und um den Behörden die Möglichkeit einzuräumen, die bisher bestehenden provisorischen Bestimmungen zu handhaben. 1) Das öffentliche Anschlagen von Plakaten und Flugschriften, das Austheilen, Ausrufen und Verkaufen derselben an öffentlichen Orten und auf der Straße, sowie das Hausiren mit denselben ist für Jedermann unbedingt verboten. Dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf Ankündigungen rein örtlichen oder gewerblichen Inhaltes, als: Theaterzettel, Ankündigungen von öffentlichen Lustbarkeiten, von Vermiethungen oder Verkäufen. Die Orte, an denen solche Veröffentlichungen angeschlagen werden dürfen, sind von der Sicherheitsbehörde zu bestimmen. 2) Uebertreter obigen Verbotes verfallen in eine Geldstrafe bis 100 fl. oder im Falle der Zahlungsunfähigkeit in Arrest bis 14 Tagen, unbeschadet der aus dem Inhalte der Druckschrift allenfalls hervorgehenden Verantwortlichkeit. Hiebei wird nicht nur der im verbotwidrigen Austragen oder Anschlagen von Druckschriften unmittelbar Ergriffene, sondern auch Derjenige und zwar strenger bestraft, der diese unerlaubte Verbreitung veranlaßte oder bestellte. Ueberdies werden derlei Plakate sogleich abgenommen und vertilgt, so wie alle in unerlaubter Verbreitung ergriffenen Flugschriften und Plakate in Beschlag genommen werden. 3) Das Anschlagen von Plakaten nicht politischen Inhaltes an Orten, die hierzu von der Lokal-Sicherheitsbehörde nicht ausdrücklich bestimmt sind, wird mit einer Geldstrafe bis 25 fl. gestraft. 4) Der Herausgeber, Verleger und der Redakteur einer Zeitung oder anderen periodischen Schrift politischen Inhaltes werden verpflichtet, von jedem Blatte oder Hefte, ehe noch die Austheilung und Versendung beginnt, ein Exemplar, mit der eigenhändigen Unterschrift des Redakteurs und mit Angabe des Tages und der Stunde der Vorlage versehen, der Behörde zu überreichen. Als Behörde, bei welcher diese Vorlage zu geschehen hat, wird von der Regierung in Wien die Stadthauptmannschaft bestimmt, in andern Orten wird sie von dem betreffenden Kreisamte festgesetzt, welches entscheidet, Falls sich mit den Redakteuren eine Schwierigkeit über die Ausmittelung der Stunde der Ueberreichung ergeben sollte, wobei auf die Zeit der Beendigung des Druckes und des Abganges der Posten Rücksicht zu nehmen ist. Die Austheilung und Versendung der Druckschrift soll durch diese Anordnung in keiner Weise aufgehalten oder verzögert werden. 5) Bei Uebertretung dieser Vorschrift verfällt der Herausgeber oder Verleger und der Redakteur in eine Geldstrafe bis 100 fl. Diese Anordnungen werden hiermit zur genauesten Darnachachtung bekannt gegeben. Vom k. k. Nieder-Oesterreichischen Regierungs-Präsidium. Wien, am 28. Dez. G. Lamberg, kais. königl. Hofrath."

Wien, 31. Dez. Einige gestern hier angekommene Militärs, welche an dem Gefechte bei Babolna Theil genommen, schildern dasselbe als Grauen erregend. Es ist nämlich der herrschende Geist in unserer Armee, daß der Abfall der zu den Ungarn übergegangenen Truppen nur mit ihrem Blute von den Kriegsfahnen Oesterreichs getilgt werden könne. Daher die Wuth der Soldaten, vorzugsweise ihren vormaligen Kameraden gegenüber. Bei den Kroaten tritt noch der Nationalhaß hinzu, welcher durch die an ihren Gefangenen in letzterer Zeit verübten Grausamkeiten neue Nahrung erhielt. Bei der erwähnten Verfolgung des Feindes gegen Babolna begleiteten einige Hundert von Jellacic's Infanterie die zwei Divisionen Wallmoden-Kürassiere. Der Marsch dauerte sechszehn Stunden, größtentheils in der Nacht, wobei die Kavallerie der großen Kälte wegen absaß und die Pferde an den Zügeln führte. Eine sehr aufgeregte Schlachtlust herrschte schon unterwegs in der Truppe, so daß sie einen noch doppelt so starken Feind mit derselben Zuversicht angegriffen hätte. Das sich tapfer wehrende Infanterie-Bataillon „Prinz von Preußen" wurde zersprengt und, bei 600 Mann stark, wie Sie wissen, fast gänzlich zusammen gehauen. Vergebens versuchten es die Offiziere, die Wuth der Soldaten zu zügeln; die Kürassiere machten selbst Verwundeten den Garaus, und die Kroaten feuerten beim Angriff nicht einmal ihre Gewehre ab, sondern stürzten mit den Kolben auf den Feind und schlugen ihn nieder. „Ein Schlachten wars und keine Schlacht zu nennen." Von unserer Reiterei sind etwa zehn Mann getödtet und sechszig verwundet worden. Man konnte von der Gegend des Schlachtfeldes aus mittelst Ferngläsern nach Komorn sehen und gewahrte deutlich die schwarzgelbe kaiserl. Fahne von dieser Festung wehen. (?) Uebereinstimmend damit verbreitete sich hier gestern Morgen das

Gerücht, daß dieser hochwichtige Waffenplatz sich für die Sache des Kaisers erklärt habe, nachdem das irreguläre Aufgebot von der Festung hinaus und über die Donau gelockt worden, worauf die Brücke abgetragen und den Insurgenten alle weitere Aufnahme verweigert worden ist. Bestätigt sich diese wahrscheinliche Nachricht, so kann nichts die kaiserliche Armee mehr hindern, längstens binnen einer Woche in die Hauptstädte Ungarns einzuziehen. Eine nähere administrative Einbeziehung Ungarns und seiner Nebenländer in den Verband eines „einigen" Kaiserthums Oesterreich ist bereits beschlossene Sache. (Nürnb. Korr.)

△ **Wien**, 31. Dez. Es gibt hier eine Anzahl von Personen, die es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheinen, die Militärbehörde beständig in Athem zu erhalten. Kaum sind einige Tage vorüber gegangen seit dem Erlaß des Gouverneurs an die „böswilligen Buben", als ihm gestern wieder ein angeblicher (gezeichneter) Plan zur Ueberrumplung der Bastei zugesandt wurde. Niemand glaubt ernstlich an ein solches Unternehmen, das eben so unsinnig als zwecklos wäre, und die Mehrzahl neigt sich zu der Meinung, daß diese Angebereien und Denunziationen von einer Partei ausgehen, welche um jeden Preis die Fortdauer des Belagerungszustandes wünscht und derlei Erfindungen macht, um zu beweisen, daß fortwährend Ursache dazu vorhanden sei. Die politischen Verhaftungen nehmen indessen ihren friedlichen Fortgang — so ist Schriftsteller Kaiser seit der Militärherrschaft schon zum drittenmale gefänglich eingezogen wegen diesem oder jenem Worte, welches er in Privatcirkeln vertraulich geäußert, das aber an sich immer so unschädlicher Natur war, daß er jedesmal sogleich wieder der Haft entlassen werden mußte. Die Polizeispitzeln bilden jetzt nicht mehr, wie unter Sedlnitzki, eine eigene Kaste — jeder „Gutgesinnte" qualificirt sich dazu, wenn er anders Lust hat und man ist nicht einmal mehr sicher vor der „guten Gesinnung" des Verwandten, des Freundes. In alle Schichten der Gesellschaft bis in das Innerste des Familienlebens ist das Zerwürfniß gedrungen und es ist nichts Seltenes, daß der Vater den Sohn, der Bruder den Bruder oder den erprobtesten Freund wegen politischer Antipathien meidet. Die Aufgeregtesten sind die Schwarzgelben: man sollte glauben, ihrer Partei sei Genüge geschehen und sogar noch etwas mehr; sie haben nicht nur gesiegt, sondern sich auch gerächt, und dennoch sind sie noch nicht befriedigt. Anfangs November klagten sie laut, daß zu wenig „Rebellen" gefallen — jetzt klagen sie, daß zu viele gefährliche Individuen von der Todesstrafe zur Schanzarbeit in Eisen begnadigt und zu wenig Hinrichtungen vollzogen, zu wenig „Beispiele statuirt" werden: sie beweinen buchstäblich die Milde des Fürsten Windischgrätz. Vor Allem sind ihnen die deutschen Nationalitätsbestrebungen ein Greuel — denn sie sind Oesterreicher — was man in Frankfurt anstrebt, ist ihnen leere Träumerei, phantastische Ideologie — nationale Mondscheinpolitik — ohne praktisches Fundament! Der Artikel Ihres Korrespondenten vom Rhein, vom 22. Dezbr., hat auch hier sein trauriges Echo gefunden — er zeigt die deutsche Zersplitterung wie sie ist, und läßt ahnen, was die Folge davon sein muß. Sollte wirklich der rohen Kraft vorbehalten sein, zu vollenden, was die Intelligenz so herrlich begonnen? Fast scheint es so, denn die Regierungen fangen an, zu vergessen, was sie eigentlich Frankfurt schulden!

△ **Wien**, 1. Jan. Das neunte Armeebülletin wird heute veröffentlicht. Es lautet: „Bericht des Feldmarschallieutenant Jellacic an den Feldmarschall Fürsten Windischgrätz. Moor, den 30. Dez. 1848. Gestern erfuhr ich in Kis-Ber, daß ein feindliches Korps unter Perczel, 8—10,000 Mann stark, vor mir abmarschirt sei in der Richtung nach Moor. Hierdurch fand ich mich bewegen, mit meinen sämmtlichen Truppen früh um 5 Uhr aufzubrechen, um den Feind zu verfolgen. Eine Stunde vor Moor fand ich ihn in einer vortheilhaften Stellung; ich hielt mich in der Defensive, um die Division Hartlieb abzuwarten, welche 1½ Stunden hinter mir marschirte. Allein der Feind fing an, sich zurückzuziehen, worauf ich mich genöthigt sah, denselben mit der Brigade Grammont und meiner Kavallerie anzugreifen. Dieser Angriff erfolgte sehr herzhaft, vorzüglich durch beide Kürassierregimenter Hardegg und Wallmoden. In Zeit von einer halben Stunde hatten wir das feindliche Centrum gesprengt, 6 Kanonen erobert, einige tausend Gefangene gemacht, worunter viele Offiziere; auch soll ein feindlicher General erschossen sein. Das Schlachtfeld ist mit Todten bedeckt. Oberstlieutenant Graf Sternberg und Hauptmann Graf Pimotan nahmen an der Spitze einer Division Wallmoden die erste feindliche Kanone. Die Truppen haben den Feind mit solcher Bravour angegriffen, wie es der k. k. Armee geziemt. Die Generäle Ottinger und Grammont haben mit vieler Umsicht und Tapferkeit die Truppen geführt und der Chef meines Generalstabs, Generalmajor Zeisberg, entwickelte, wie bei jeder Gelegenheit, so auch hier, sein militärisches Talent. So eben bringt eine Abtheilung vom 5. Jägerbataillon eine eroberte Haubitze. Der Rest des Perczel'schen Korps — ungefähr 8000 Mann — hat sich gegen Stuhlweißenburg zurückgezogen. Jellacic, Feldmarschallieutenant."

△ **Ollmütz**, 31. Dez. Aus zuverlässiger Quelle kann ich mittheilen, daß vom Kriegsministerium die Errichtung der dritten Reservebataillone für die ganze Armee beschlossen worden ist. Ein Infanterieregiment wird demnach aus 6 Bataillons bestehen, während es im Friedensstand nur 4 hat. Für die Jägerbataillons werden Reservedivisionen zu 2 Kompagnien errichtet; man hofft durch freiwillige Werbung die dazu nöthige Mannschaft zu erhalten, indem eine Kundmachung des Fürsten Windischgrätz alle kriegslustigen und diensttauglichen Individuen zum Eintritt in dieselben auffordert. Doch hat diese Art Completirung bis jetzt nicht den gewünschten oder gehofften Erfolg gehabt; es sollen sich noch sehr wenige kriegslustige Individuen gemeldet haben. Dagegen steht mit der Errichtung des 3. Reservebataillons eine großartige Aushebung von 60—80,000 Mann, welche demnächst stattfinden soll, in Verbindung. Es sollen dazu die Altersklassen von 19—28 Jahren benutzt werden. Der Militärposten in unserem Budget wird dadurch wieder bedeutend erhöht werden müssen; derselbe betrug zu Anfang des Jahres 1848 ungefähr 51 Millionen und steigerte sich allmählig bis zum Dezember auf mehr als 71 Millionen; durch obige Maßregeln dürfte er die Höhe von mehreren 80 Mill. erreichen. Fürwahr eine schlechte Aussicht auf Verbesserung unserer trostlosen Finanzzustände; in dem Verwaltungsjahr 1848 betrugen die Einnahmen 112,507,932 Gulden, die Ausgaben 156,013,094 Gulden, folglich stellt sich ein Deficit von 43,505,162 fl. heraus. So lange der Militäretat sich auf solcher Höhe befindet und krebsartig alle Einkünfte des Landes verzehrt, werden auch die vom Reichstage der Regierung als Christgeschenk bewilligten 80 Millionen nur eine momentane Hilfe gewähren. Und doch kann von einer Reduction der Armee oder Ersparniß im Heerwesen für jetzt keine Rede sein, da die Pacification Ungarns und die Behauptung der Lombardei allein eine Armee von mindestens 200,000 Mann erfordern und Oesterreich zugleich nach dem Resultat der geschehenen Präsidentenwahl in Frankreich auf einen europäischen Kriegsfall gefaßt sein will.

Großfürst Constantin hat uns bereits wieder verlassen und ist nach Prag zu einem Besuche beim Kaiser Ferdinand abgereist. Dagegen kamen gestern der baierische Gesandte Graf von Luxburg und der hannövrische Gesandte Baron von Bodenhausen hier an; da auch der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg vorgestern von Wien wieder eintraf, so darf man wohl mit Recht Besprechungen bezüglich Frankfurts und der in Schwebe stehenden Wahl eines deutschen Reichsoberhaupts erwarten. Sie werden wohl keinesfalls in einem für Preußen günstigen Sinne ausfallen, da Baiern und Hannover sich der preußischen Kandidatur am meisten entgegenstemmen, obgleich diese von allen Seiten betrachtet und in jeder Beziehung für Deutschland und Preußen die vernünftigste und wohlthätigste wäre; selbst die eingefleischtesten Oesterreicher gestehen dies ein.

Prag, 31. Dez. Die Deputation, die sich vor einiger Zeit nach Ollmütz begeben hatte, um dem Kaiser Franz Joseph I. zu huldigen, erschien nur im Namen der Hauptstadt „Czechiens", wie sich der Bürgermeister auszudrücken beliebte. Kein Wunder nun, daß die Deutschen Prags sich in dieser Deputation nicht vertreten sahen. Da aber auch in den deutschen Kreisen Böhmens Stimmen sich für die Huldigung aussprachen, regte der Ausschuß des hiesigen deutschen Vereins die Sache an, und in wenigen Tagen kamen aus den entferntesten Städten Böhmens Deputirte hier an, die gestern im Vereine mit der Deputation der Deutschen Prags nach Ollmütz gingen, um dem Kaiser die Huldigungsadresse der Deutschen Prags und die mit derselben gleichlautenden 47 Adressen der größten Städte Deutsch-Böhmens und 26 der deutschen Vereine Böhmens zu überbringen. Die trefflich verfaßte Adresse enthält unter andern auch folgende für das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland charakteristische Stellen: „Gerecht den gerechten Wünschen einer jeden Nationalität, werden

Ew. Maj. vor Allem nie vergessen können, wie es die deutschen Stammlande waren, um und an welche sich die andern Lande schaarten, wie die erlauchten Häuser Habsburg und Lothringen deutschen Stammes sind, wie Deutschland den glorreichen Habsburgern viel, sehr viel, das Haus Habsburg Deutschland seine ganze Größe zu danken hat. Ew. Maj., mit Recht den Namen Ihres würdigen Verfahren, jenes großen Reformators Oesterreichs, führend, werden, ein zweiter Joseph, nur glücklicher als dieser, die Saat der Verbesserungen und neuer Institutionen nicht nur anpflanzen, sondern auch reifen sehen und die segensreichen Früchte derselben in der Größe, der Macht und dem Wohlstande des Gesammtstaats wie in den Dankesthränen zufriedener und beglückter Staatsbürger einärndten. Aber noch einen andern Namen tragen Ew. Maj., den des letzten deutschen Kaisers. Wir unterlassen es, jenen Wunsch auszusprechen, den diese Erinnerung erregt und welcher in unser Aller Brust glühend lebt: Das aber sei uns gegönnt, den Segen des Himmels herabzuflehen auf das Haupt eines Monarchen, dem das Geschick eine große Zukunft vorbereitet." Diese Adresse wurde auch von den hiesigen Deutschen zahlreich unterschrieben. Von hier gingen 8, vom Lande gegen 20 Deputirte ab, denen sich noch in Ollmütz mehre anschließen werden. Die Lieblingsidee des Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg, ein ministerielles Journal zu gründen, das die Schritte des Ministeriums und deren Motive veröffentlicht, wird demnächst in Erfüllung gehen. Das Journal wird auf Actien herausgegeben. Die Actie lautet auf fl. 1000. Die Zahl der Actien ist auf 80 festgesetzt. Der Bruder des Premierministers hat zehn Stück Actien gezeichnet. (D. A. Z.)

** **Berlin**, 1. Jan. Auf dem Herzen hab' ich heute, da sich die Pforten eines neuen Jahres öffnen, nur den Einen alten Wunsch, der doch nimmer veraltet: die deutsche Einheit. Wenn Demokraten und Ultramontane uns einheitsmüd und mürbe glauben, wenn sie vermeinen, wir hätten den Sommernachtstraum von 1848 ausgeträumt, die schwarz-roth-goldnen Banner wären verblichen — o sie triumphiren wahrlich zu früh. Unsere Sehnsucht ist dieselbe, wie gestern und ehegestern. Unsere Hoffnung stirbt nicht; es ist mit ihr, wie mit Königen: wird eine Hoffnung vereitelt, so heißt es, die Hoffnung trog, es lebe die Hoffnung! Tragen wir nicht die deutsche Reichsversammlung hindurch in's neue Jahr? thront nicht an der Stätte des vielköpfigen Fürstenraths ein deutscher Reichsverweser als lebendiges Symbol, daß es zur Einheit vorwärts und nicht zu einer Trias rückwärts soll? Haben wir doch in der sternenlosen Nacht des deutschen Lebens am 4. März 1845 zu Heidelberg mit etlichen Hunderten auf ein deutsches Parlament angestoßen, so muthen wir uns heute zu, der Zuversicht zu leben, daß in diesem Jahr der hundertjährigen Wiederkehr von Wolfgang Göthe's unsers Dichters Geburt, die deutsche Einheit wahr werde (die „deutsche Dreiheit" macht sie zur Lüge!) und rufen vom Norden nach dem Süden, vom Osten nach dem Westen: Es lebe der Kaiser der Deutschen! Ihm mögen im Vaterland alle frommen Herzen zufallen.

* **Berlin**, 3. Januar. Aus dem heutigen Staatsanzeiger entnehmen wir folgende Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechts bei den bevorstehenden Wahlen Seitens derjenigen Truppentheile der Linie und Landwehr, welche innerhalb der letzten 6 Monate ihren Standort gewechselt haben. Diejenigen, welche nur zeitweise die Garnison verlassen hatten und zur Zeit der Wahlen wieder zurückgekehrt sind, üben das Wahlrecht aus, ohne Rücksicht wie lange sie abwesend gewesen sind, sofern sie nur überhaupt schon 6 Monat zu dem betreffenden Truppentheil gehören. Diejenigen dagegen, welche beim Eintritt der Wahlen sich nicht in ihren regelmäßigen Garnisonen befinden, oder welche neue Garnisonen aber nicht schon vor 6 Monaten bezogen haben, gehen des Wahlrechts verlustig.

Berlin, 3. Januar. Der Oberbürgermeister von Brandenburg, Ziegler, welcher bei dem von der aufgelösten Nationalversammlung gefaßten Beschluß der Steuerverweigerung thätig gewesen ist, und welcher, als die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt wurde, nicht mit nach Brandenburg ging, hat wegen dieses seines Verfahrens mehrfache Anfechtungen gehabt. Namentlich verließen, als derselbe am 22. v. M. auf dem Kreistage erschien, in Folge einer vorher getroffenen Verabredung, sämmtliche anwesende Rittergutsbesitzer den Saal, während der Landrath und die anwesenden Bürgermeister und Kreisschulzen zurückblieben. (V. Z.)

Die kleine Brochüre: „der Magistrat von Berlin", welche den Abgeordneten Jung zum Verfasser hat, ist den Polizeibeamten und Schutzmännern zur Beschlagnahme, wo sie sich findet, befohlen worden. Der Magistrat hat bekanntlich wegen dieser Schrift beim Staatsanwalt gegen Herrn Jung denuncirt. Unter den hiesigen Justizbeamten cirkulirt eine Adresse an das Geheime Ober-Tribunal, worin die Unterzeichneten erklären, daß das Verfahren des Ober-Tribunals gegen Herrn Waldeck nicht geeignet ist, die Würde des Richterstandes zu wahren, und daß sie mit Herrn Waldeck darin übereinstimmen, daß er „im Interesse des ganzen Richterstandes, im Interesse des höchsten Gerichtshofes selbst, im Interesse des bei der Rechtspflege betheiligten Publikums, im Interesse der Volksvertreter die heilige Pflicht hat, sein Amt zu behalten." (Nat. Ztg.)

Berlin, 3. Jan. Der General von Wrangel hat die dem Magistrat und Stadtverordneten ertheilte Erlaubniß zu den Vorberathungen für die Wahlen dahin erweitert, daß bei den einzelnen Versammlungen die Zulassung eines beaufsichtigenden Beamten nicht bedingt sei, sondern daß nur der Stadtverordnete oder Bezirksvorsteher gegenwärtig sein und Sorge tragen solle, daß die Versammlungen nicht störend auf die öffentliche Ordnung und Ruhe einwirken. (D. Ref.)

Königsberg, 24. Dez. Der hiesigen Regierung ist ein Ministerial-Rescript zugegangen, in welchem verfügt wird, daß sämmtliche Regierungsbeamte, die an Klubs Theil genommen, protokollarisch zu vernehmen seien; ferner wird in demselben die Regierung angewiesen, die hiesigen politischen Klubs polizeilich überwachen zu lassen.

Rosenberg in Schlesien, 28. Dez. Der Belagerungszustand hat den „Rosenberg-Kreuzburger Telegraphen" wieder unter Censur gebracht. Der geheime Regierungsrath Kierschke in Oppeln ist der bestellte Censor.

Münster, 29. Dez. Nicht genug mit den bekannten Verhaftungen der Mitglieder des hier stattgefundenen, höchst unschuldigen Provinzialkongresses, nicht genug mit der Verhaftung des Herrn Temme, morgen werden auch noch der Abgeordnete Fischer, Bruchhausen und Decan Schulte eingebracht werden, weil sie die Proklamation an das Volk vom 27. Nov. in Gemeinschaft mit 170 Abgeordneten erlassen haben.

Stuttgart, 31. Dez. Ich hatte gestern Gelegenheit, einen unserer Minister über die durch viele deutsche Blätter gegangene Zeitungsnachricht sich aussprechen zu hören, daß ein Bündniß zwischen Oesterreich, Baiern und Würtemberg gegen die preußische Hegemonie bestehe, dessen Vertragsurkunde viele Personen in Frankfurt gesehen hätten. Derselbe erklärte diese Nachricht, wenigstens so weit sie Würtemberg betreffe, für eine ebenso abgeschmackte als erbärmliche Lüge und fügte hinzu, daß, wenn alle deutschen Regierungen in dieser Frage so unbefangen wären, als die würtembergische, man zum Reichsverweser oder Kaiser machen dürfte wen man wollte. — Aus der ersten Quelle kann ich Ihnen melden, daß im Laufe dieser Woche unsere Regierung eine Verordnung erlassen wird, wodurch sie zur Verwirklichung desjenigen Paragraphen der Grundrechte, der alle nicht von einem Amte herrührenden Titel aufhebt, allen Behörden auf das Gemessenste untersagen wird, künftig in irgend einer schriftlichen oder mündlichen amtlichen Aeußerung irgend Jemanden ein solches nichtamtliches Prädikat, von der Durchlaucht und der Excellenz bis herab zum Wohlgeboren, beizulegen. (Nürnb. Corr.)

♀ **Dresden**, 2. Jan. Mit dem scheidenden Jahre hat Dresden, welchem der moderne Radikalismus überdies ein seltsam kleidendes Gewand übergeworfen hat, durch die Auflösung der Gardedivision eine jener barocken altfränkischen Zierden verloren, welche die Blicke der ankommenden Fremden staunend zu mustern pflegten. Am vorletzten Tage des Jahres räumten die letzten Posten vor dem Portale des königlichen Schlosses nüchternen Infanteristen vom Regiment Prinz Max das Feld. Große Menschenmassen umstanden theilnehmend den Schauplatz, auf welchem die große Katastrophe vor sich ging. „Auch Thränen fehlten ihrem Schicksal nicht," geweint vom ehrlichen sentimentalen Dresdener der alten Zeit, welcher mit diesen kolossalen Bärenmützen mit silbernem Behänge und silberner Granate, mit diesen rothen Röcken, sammtgelben Kragen, Unterfutter und Rabatten, mit diesen weißgelben Westen ein Stück der schönen alten Zeit dahinschwinden sah. Die örtliche Muse sang ihnen im „Anzeiger" eine Elegie nach und zitirte neben einem Napoleonischen Kompimente

(„die Garde Sachsens steht keiner in Europa nach") natürlich auch das dictum spurium von Waterloo. Die Mannschaften, im Ganzen zwei Kompagnien von 446 Mann, sind nun unter andere Regimenter vertheilt, und für das Militärbudget dadurch eine Ersparung von 23,000 Thalern gewonnen worden. Für Gutunterrichtete ist es indeß kein Geheimniß, daß weit mehr als die Aussicht auf Ersparungen, grobe Insubordinationsvergehen, welche ein großer Theil der Mannschaften gegen ihren Kommandanten, sich zu Schulden kommen ließen, den Entschluß zur Auflösung der Truppe herbeigeführt haben. Der König hat dem Kommandeur, Obersten von Dallwitz, die erbetene Entlassung aus der Armee bewilligt.

Altenburg, 31. Dez. Die königl. hannoverschen Truppen haben unser Land nun ziemlich alle verlassen, morgen und übermorgen wird der Rest noch abmarschiren, mit ihnen geht auch der Generalstab fort. Es tritt im Ganzen eine bedeutende Verminderung der Einquartirung ein. (L. Z.)

* **Schleswig**, 31. Dez. In der 63. Sitzung der schleswig-holstein'schen Ständeversammlung, der als Zuhörer die Herzogin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg nebst den Prinzessinnen dieses Hauses und der Reichskommissär Stedmann beiwohnten, kam zuerst der Antrag zur Sprache, ein Comite niederzusetzen zur Begutachtung des von den Abgeordneten des Handelsstandes in Frankfurt abgefaßten Entwurfes eines allgemeinen deutschen Zolltarifs. Nach einigen Bemerkungen über die Wichtigkeit der Sache und nach der Erklärung des Präsidenten, daß es sich hier nicht um einen gesetzgeberischen Akt handle (von dem es zweifelhaft sein könnte, ob nach den Waffenstillstandsbedingungen die Versammlung dazu befugt sei), wurde der Antrag angenommen, und das Comite aus den Herren Ravit, M. T. Schmidt, Callisen, Woll, Prengen, Rheder und Tiedemann gebildet. Abgeordneter Lüders, als Berichterstatter des Finanzcomites, verlas einen Bericht, woraus hervorging, daß der Zustand der Finanzen befriedigend ist. Bei der Berathung des Budgets wird die Frage zur Entscheidung kommen, ob die Zinsen von den dänischen Obligationen, die vor dem 24. März auf die schleswig-holstein'sche Landeskasse angewiesen waren, von der schleswig-holstein'schen Staatskasse auszuzahlen sind. Die Versammlung beschloß, sich zu vertagen, bis das zur Prüfung des Budgets niedergesetzte Comite mit seiner Arbeit vollends fertig sei, und beauftragte das Bureau, sie nach Einreichung des Berichts desselben oder „wenn die Umstände es sonst erforderlich erscheinen lassen," wieder zusammenzurufen. Der Präsident schloß die Sitzung mit den Worten: So wünschen wir dem Lande, wie ich der Versammlung ein frohes Neujahr!

Großbritannien.

***London**, 2. Jan. Montag den 1. Jan. starb, wie gestern bereits kurz erwähnt, unerwartet in Folge wiederholten Schlages Graf Auckland, geboren am 20. August 1784, erster Lord der Admiralität. Seine politische Laufbahn ist mit derjenigen der Whigs eng verflochten, unter andern wurde er im November 1830 zum Präsidenten des Handelsamts ernannt, mit einem Sitze im Kabinete des Grafen Grey, sodann an Stelle des Sir James Graham im Juli 1834 zum ersten Lord der Admiralität, und als nach kurzem Peel'schen Interimistikum (Dez. 1834 bis April 1835) die Whigs im Jahre 1835 abermals an's Ruder gelangten, zum Generalgouverneur von Indien. Unter ihm, doch ohne seine Schuld, fand, nach vorhergegangenen glänzenden Erfolgen, die Insurrektion in Kabul, die Ermordung von M'Naghten und Burnes, der Rückzug Elphinstones statt, worauf der verrätherische Ueberfall in den Kayberpässen (Februar 1842) folgte. Inzwischen war Peel (1841) wieder an die Spitze der Geschäfte getreten und Lord Ellenborough an Lord Auckland's Stelle zum Generalgouverneur von Ostindien ernannt worden. Nach seiner Rückkehr (1842) nahm Lord Auckland seinen Sitz im Oberhause wieder ein und erhielt, als im Jahre 1846 Lord John Russell mit der Bildung eines Kabinets beauftragt wurde, abermals den Posten eines ersten Lords der Admiralität, in welcher Stellung er, nach dem Urtheile aller Stimmfähigen, die vorzüglichsten Dienste leistete. Die Times vom heutigen Tage widmet ihm in einem Nekrolog Worte der wärmsten Anerkennung, die namentlich seiner unbescholtenen Rechtschaffenheit gelten.

Die „Morn. Post" vom 1. Jan. meldet: „Se. Exc. der Baron v. Andrian, Gesandter des deutschen Bundes, kehrte gestern nach London von Frankfurt zurück."

Die „Times" und die „Morn. Post" zeigen an, daß Lola Montez sich nun ebenfalls nach England, dem Asyl aller flüchtigen oder ausgetriebenen politischen Notabilitäten, zurückgezogen hat. „Diese vielgenannte Person, die allzu bekannt ist, als daß man noch nöthig hätte, ihre Abenteuer dem Publikum in's Gedächtniß zurück zu rufen" (wie die Times sich in einer Stelle vom kleinsten Druck vernehmen läßt) ist am 30. Dez. in London von Boulogne, wahrscheinlich via Dover oder Falkestone, angekommen. Ihr Gepäck hatte sie mit „Maria, Gräfin von Landsfeld" bezeichnet.

Die „Newfoundland Times" zeigt an, daß der Gouverneur die Nationalversammlung oder den Provinziallandtag der Insel auf den 14. Januar zusammengerufen habe, klagt aber zugleich über die vielen unerfahrenen und unwissenden Mitglieder, aus denen die Kammer zusammengesetzt sein werde, mit der Bemerkung: „Unsere einzige Hoffnung, die aber wohl leider unerfüllt bleiben wird, beruht darauf, daß die Kammer den Beschluß faßt, keine Remunerationsgelder für geleistete Dienste anzunehmen; denn so lange als Pfunde, Schillinge und Pfennige die Beweggründe sind, welche uns unwissende und unzurechnungsfähige Volksvertreter an den Hals werfen, so lange wäre es lächerlich zu erwarten, daß unsere Gesetzgeber Gentleuten sein sollen oder daß diese Versammlung etwas anders sein werde, als ein Gegenstand des Spottes."

Der „Standard" sagt: Das Gerücht, daß die Minister die Beibehaltung der bestehenden Kornzölle noch für ein weiteres Jahr vorschlagen würden, gewinnt immer mehr Grund und wird um so wahrscheinlicher, da die ministeriellen Organe keine Anstalten machen, diesem Gerüchte zu widersprechen.

Der sonst sehr freisinnige „Examiner" bringt aus Bonn vom 21. Dez. ein Privatschreiben, welches von einem in Bonn lebenden Engländer herrührt und allerdings, wie der „Examiner" bemerkt, „ein lebhaftes (nur freilich ohne Zweifel auch verzerrtes) Gemälde einer in jener Stadt versuchten aufrührerischen Bewegung enthält." Einige der pikanteren Stellen theilen wir mit, nicht darum, um dem talentvollen Kinkel, dem wir allerdings lieber auf einem andern Felde als dem der Aufwiegelung begegnen würden, wehe zu thun, sondern um zu zeigen, wie sich diese künstlich angestifteten Emeuten, diese Zusammentrommelungen von Land- und Stadtproletariat zum Zweck eines nutzlosen, möglicherweise aber doch mit einigem Blutvergießen verbundenen Krawalls, diese propagandistischen Rundreisen und Deklamationen, diese fast komischen Versuche, von Lörrach, oder Heilbronn oder Bonn oder selbst Erfurt aus, Deutschland aus den Angeln zu heben und für seine Person auf eine kurze Stunde etwas Danton, Marrast oder Collot d'Herbois zu spielen (zu letzterem allenfalls hätte der eine oder der andere unserer Schreckensmänner vielleicht einiges Geschick und den nöthigen sittlichen Muth), sich in den Augen eines Engländers ausnehmen, der als Mitarbeiter am Examiner in seinem Vaterlande ohne Zweifel als sehr liberal gelten würde. Nachdem der Britte bemerkt, er habe gehofft, daß Bonn eine Ausnahme von den andern preußischen Städten machen und sich vollkommen ruhig verhalten werde, bemerkt er weiter, daß diese Hoffnung leider getäuscht worden und daß auch an Bonn die Reihe gekommen sei, und zwar sei der eigentliche Anstifter dieses Unheils „ein demokratischer Schuft (scoundrel), Namens Kinkel, ein anrüchiger (disreputable) atheistischer Professor, unterstützt von seiner Frau, welche noch rother republikanisch gesinnt ist, als er selbst." Wir geben diese sackgroben Ausdrücke wieder, wie wir sie eben finden, als Probe englischer Wuth gegen demokratische Wühlereien. Man habe in Bonn, fährt der Britte fort, ein großes Komplot angesponnen, man habe verabredet, das Rathhaus zu stürmen, den Bürgermeister zu hängen (?!), Hrn. Kinkel an seine Stelle einzusetzen (?!), alle Royalisten niederzumetzeln und sich zu Herren der Waffenvorräthe in Brühl und Siegburg zu machen u. s. w. Wird weiter erzählt, wie dieses Komplot vereitelt worden, wie sich die betrunkene Nationalgarde auf der Wache nächtlicher Weile von einem Haufen Studenten die Gewehre stehlen ließ, und wie Hr. Kinkel auch jetzt noch auf dem Lande umherziehe und aufrührerische Reden halte, während seine Frau revolutionäre Flugschriften austheile. Wer Kinkels edles und zartes Gemüth aus seinen frühern Dichtungen kennt, wird bedauern, daß er sich, der Himmel weiß in welcher Verblendung in eine ihm so wenig zusagende Richtung werfen konnte, welche ihn so schiefen Urtheilen und so maßlosen Schmähungen, wie die obigen, bei denen aussetzt, die sein eigentliches Wesen kennen zu lernen keine Gelegenheit hatten.

Spanien.

* **Madrid**, 27. Dez. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer legte die Adreßkommission den Entwurf der Adresse vor. Er ist nur ein Wiederhall der Thronrede. Einige Mitglieder der liberalen Partei beantragten Vorlegung der offiziellen Korrespondenz zwischen den Regierungen von Spanien und England betreffs der Ausweisung von Sir H. Bulwer. Der Minister des Auswärtigen erklärte, es stünde dem nichts entgegen und fügte hinzu, daß die Regierungen nicht die geringste Erbitterung in die Sache mischen wollten. In Folge dessen wurde der Antrag zurückgezogen. Im Senat wurde ein königl. Dekret verlesen, welches Herrn Arrazola, Justizminister, zum Senator ernennt.

Italien.

* Aus Oberitalien. Endlich scheint die Regelung der oberitalienischen Angelegenheiten ihrem Anfang näher zu rücken. Die beiden sardinischen Gesandten für den Brüsseler Kongreß, die Grafen d'Azine und Taffeti sind bereits abgegangen. Die Wahl des französischen Gesandten scheint Schwierigkeiten zu machen. Montalembert war vom Kabinet des Präsidenten dazu bestimmt; das englische Ministerium hat ihn aber wegen seiner papistischen Gesinnungen verworfen; man hat nun Molé in Vorschlag gebracht. Der Großherzog von Toskana hat seinen bisherigen Gesandten in Turin, Giulio Martini, zum Botschafter in Brüssel ernannt. — Seit einigen Tagen spricht man viel von einer Auflösung der Deputirtenkammer in Turin. Bis jetzt hat zwar das demokratische Ministerium Gioberti noch die Majorität in ihr; es muß aber wohl fürchten, sie bald zu verlieren. Einstweilen ist die Kammer bis zum 23. Jan. vertagt. — Eine beträchtliche Anzahl ungarischer Soldaten ist am 22. aus Pavia desertirt und ins piemontesische übergetreten. Sie sind aus dem Regiment Kinsky, das bis jetzt so berühmt wegen seiner Treue war. — Der Marschall Radetzky ist zum Prinzen von Custoza (den Ort, wo er die Sardinier schlug) ernannt worden.

* **Rom**, 26. Dez. Der Papst hat eine Encyclica erlassen, durch welche er seinen Protest vom 27. Nov. bestätigt, die Einsetzung der Giunta für ein direktes Attentat auf seine Souveränität erklärt, und allen Akten des Gouvernements seit dem 16. Nov. jede Gültigkeit abspricht, auch feierlich wiederholt, daß er die weltlichen Rechte, die er von seinem Vorgänger erhalten, unverkürzt an seine Nachfolger aushändigen wolle. Wo das Volk diese Proklamation angeschlagen fand, hat es sie sofort abgerissen.

Schweiz.

) **Bern**, 2. Jan. Die „Neue Schweiz", das Organ Baumgartners, hat gleich bei Annahme des neuen Bundes auf die großen Finanzschwierigkeiten für die neuen Behörden aufmerksam gemacht und kommt nun auf dieses Kapitel zurück. Sie schreibt: Der finanzielle Zustand der Schweiz ist kurz folgender: 1) Die früher nicht unbeträchtliche Kriegskasse ist verbraucht. 2) Die vorhandenen Pfandtitel mußten zur Aufnahme des mehrbelobten Anlehens von 3 Millionen Franken faustpfändlich versetzt werden. 3) Wenn auch die ganze Kriegskontribution von Seite der sieben Kantone einginge, so wird sich doch noch eine schweizerische Zentralschuldenlast herausstellen, die verzinset werden muß. 4) Die Schweiz hat zur Stunde gar keine anderen Einkünfte, als den kleinen Grenzzoll, der nicht genügen kann, um die Schuldenzinsen und die Zentralausgaben zu decken. 5) Zum Sparen werden nicht die mindesten Anstalten gemacht, sondern man ist allerwärts thätig, die Ausgaben auf die höchste Spitze zu treiben, was eine fortgesetzte Erhöhung der Schuldenlast nothwendig zur Folge haben muß. Das sind die finanziellen Erfahrungen und Aussichten der Schweiz. Dabei warnt das Blatt natürlich vor finanziellen Verschwendungen, vor unersättlichen Gelüsten gegenüber der Zentralkasse, spricht von Abstellung eingerissener Mißbräuche, wobei freilich manche Persönlichkeit verletzt werden dürfte, und fährt dann fort: Wir sind begierig, zu vernehmen, wie der Bundesrath alle diese Schwierigkeiten zu pariren bemüht sein wird. Geld ist keines zu finden, als entweder in Grenzzöllen (Mauthen), direkten Geldbeiträgen der Kantone oder endlich mittelst Anleihen. Zu Geldbeiträgen sind die Kantone zu schwach, zu Anleihen der Kredit zu blöd, zur Bezahlung starker Zölle das Volk zu arm. Zwar hat ein guter Theil der Bürger mit besonderer Sehnsucht nach Schutzzöllen der Bundesverfassung ihre Zustimmung gegeben, von woher sie jetzt ihr gewerbliches Heil erwarten; diese haben aber dabei vergessen, daß die andere Masse von Bürgern, welche bei dem gleichen System viel und sehr viel verlieren werde, weitaus die stärkere ist. Hieraus wird sich die unausweichliche Nothwendigkeit ergeben, die Zölle möglichst niedrig zu halten, und wenn dieses geschieht, wird eben die Bundeskasse nicht zu glänzendem Flor gelangen. Nach der vom Bundesrathe den Ständen mitgetheilten Warnung für Auswanderer nach Amerika sind bis zum November v. J. 160,000 Auswanderer in Newyork angekommen, von denen 130,000 nach dem fernen Westen gingen. Sogenannte Agenten oder Renner, welche früher sich auf Newyork beschränkten, gehen nun bis nach Europa und suchen Verträge für die Ueberfahrt, und sogar nach der Ankunft in Amerika für die Reise von Newyork bis in's Innere der neuen Welt, abzuschließen. Gewöhnlich werden dabei die Auswanderer um bedeutende Summen betrogen. Für das Innere von Amerika soll man nie Verträge abschließen. Bei den Ueberfahrtsverträgen dagegen soll man sich der größten Genauigkeit befleißen und nicht vergessen, im Vertrage festzusetzen, daß der Agent auch für die Zeit des Wartens am Orte der Einschiffung bis zur Abfahrt für die Unterhaltung der Auswanderer zu sorgen habe. Die Kantonsregierungen werden eingeladen, dieser Warnung die geeignete Bekanntmachung zu verschaffen. — Die drohende Judenverfolgung im Elsaß, von welcher der Bundesrath den Ständen letzthin Kenntniß gab, scheint sich nicht zu bestätigen. — Die Regierung in Zürich ist gesonnen, in nächster Zukunft dem Gr. Rathe eine ganze Reihe von Verfassungsveränderungen vorzuschlagen. Diese wären hauptsächlich: Einführung des Departemental- statt des Kollegialsystems in der Regierung; ganz veränderte Organisation der Strafjustizbehörden und des Verfahrens (jedenfalls öffentliche und mündliche Hauptuntersuchung, vielleicht sogar Geschwornengerichte). Im Budget für 1849 stellen sich die Einnahmen auf zirka 1,635,000 Fr., die Ausgaben ungefähr gleich hoch. Zu jener Einnahme bedarf es aber einer Vermögenssteuer von 1½ per Mille, deren Ertrag (Erwerbs- und Einkommensteuer inbegriffen) zu 320,000 Fr. veranschlagt ist. Der jährliche Ertrag des Postregals, d. h. die von der Eidgenossenschaft jährlich zu prästirende Summe, wird auf 160,000 Fr. festgestellt. Zur Unterstützung der ärmsten Familien erhielt die Regierung einen Kredit von 100,000 Fr. Hr. Furrer, Bundespräsident, erhält von seiner Vaterstadt Winterthur den jährlichen Zuschuß von 1500 Schw.-Fr. aus der Stadtkasse. Die noch immer im Kanton Tessin weilenden eidgenössischen Repräsentanten haben auf Ansuchen Radetzky's mit Zustimmung der Tessiner Regierung Hausdurchsuchungen in Mendrisio vornehmen lassen. Es wurde ein Waffenvorrath gefunden und derselbe in Beschlag genommen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 12. Dez. Während vor einigen Tagen hier eine Untersuchungskommission aus Bojaren über die bei der letzten Revolution betheiligten und in Verhaft gebrachten Personen eingesetzt worden, ist russischer Seits an das Herrmanstädter Generalkommando die Aufforderung ergangen, die nach Siebenbürgen geflüchteten Revolutionsmänner (bei 60 an der Zahl, worunter auch die Statthaltereimitglieder Eliade und General Tell) festzunehmen und auszuliefern (?). General Duhamel insbesondere entwickelt große Strenge. Die Zahl der russischen Truppen im Fürstenthume ist angeblich 25,000 Mann, sie übersteigt aber thatsächlich den Stand von 30,000 Mann. So eben verlautet die sichere Kunde von dem Anmarsche eines neuen Armeekorps von 16,000 Mann, so daß die allgemeine Meinung, diese bedeutende Heeresmacht sei zu einem Militärkordon an der Grenze Ungarns bestimmt, an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Sollte daher Kossuth, wie versichert wird, die Absicht haben, sich nach der Türkei durchzuschlagen, so wird ihm dies schwerlich gelingen. — In unserer Stadt geht es inzwischen recht festlich zu, und das Fürstenthum scheint nicht blos von russischen Truppen besetzt, sondern eine russische Provinz zu sein. Am Todestag Kaiser Alexanders fand ein feierlicher Gottesdienst statt, Tags darauf wurde das Fest der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus begangen, bei welchem Anlasse auch Fuad Effendi und Omer Pascha einem vom General Duhamel veranstalteten Diner beiwohnten, und auf die künftige Woche wird zur Feier des Namenstages des russischen Kaisers eine großartige Beleuchtung vorbereitet. (Schw. M.)

Nachschrift.

Die französische Post ist gestern Abend ausgeblieben.

Redacteur: **H. Kruse.**

№. 6. Beilage zur Deutschen Zeitung. 6. Januar 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

+ **Frankfurt**, 5. Jan. In der gestrigen Versammlung des hiesigen Bürgervereins wurde die ganz Deutschland jetzt so gewaltig erregende Frage vom künftigen Oberhaupte des neu sich gestaltenden deutschen Bundesstaates verhandelt, und höchst erfreulich war die vollkommene Uebereinstimmung, mit der man sich aussprach, daß die hohe Reichsversammlung beschließen möge, die Krone des neuen Deutschlands mit der Krone Preußens zu vereinigen. So lebhaft man es bedauerte, mit mehreren andern idealen Hoffnungen des verflossenen Frühsommers auch auf den schönen Traum eines alle deutschen Stämme in ganz gleicher Weise und auf das Engste verbindenden mächtigen Deutschlands verzichten zu müssen, so schmerzlich man es empfand, daß die Deutsch-Oesterreicher vorerst wenigstens und bis auf einen gewissen Grad von uns getrennt werden müssen, so allgemein fühlte man doch die Nothwendigkeit, den mächtigsten derjenigen deutschen Fürsten an die Spitze des neuen Deutschlands zu stellen, dessen Interessen ganz und ausschließlich mit denen des gesammten Deutschlands zusammenfallen. Daß eine solche Ansicht gerade in unserer Stadt, die als ehemalige freie Reichs- und Krönungsstadt noch viele lebhafte Sympathieen für Oesterreich bewahrt, so offen und entschieden sich aussprach, möchten wir als einen erfreulichen Beweis der rasch und allgemein zunehmenden politischen Bildung begrüßen. Wo es gilt, wichtige und folgenreiche politische Entschlüsse zu fassen, da dürfen nicht Sympathieen und Antipathieen, so ehrenwerth, so begründet sie übrigens sein mögen, da darf nur die klare Erkenntniß der vorhandenen Verhältnisse uns leiten, da hat nicht das Herz, da hat der Verstand das erste und entscheidende Wort zu führen; daß es sich aber in diesem Augenblicke um einen solchen wichtigen und folgenreichen politischen Entschluß, ja um einen Entschluß handelt, durch den vielleicht auf Generationen hin die Macht und Größe Deutschlands bestimmt wird, — wer wollte, wer könnte das verkennen? Mit Oesterreich verbunden gehen wir einer Erneuerung des alten und unmächtigen Staatenbundes entgegen und was dann unserer harrt, das haben die vergangenen Zeiten hinlänglich gelehrt. Nur mit Preußen an der Spitze dürfen wir die Gestaltung eines künftigen Bundesstaates erwarten, der uns die mühevoll und mit schmerzlichen Opfern errungenen Freiheiten sichert, und der, wenn auch beschränkter in seinen Grenzen, durch Gleichartigkeit seiner Bevölkerung und seiner Interessen das Mangelnde reichlich aufwiegt und nach außen wie nach innen eine Achtung gebietende Stellung einnehmen und behaupten wird. Wer wollte auch bezweifeln, daß auf diesem Wege die deutschen Bruderstämme in Oesterreich uns nicht verloren gehen, jedenfalls ungleich inniger mit uns vereinigt bleiben, als es unter der Herrschaft des Bundestags der Fall war, an dem Oesterreich den Vorsitz führte! Mögen Diejenigen Recht behalten, die auch jetzt nach der kräftigen Erhebung Oesterreichs noch die Ansicht vertheidigen, auf die Dauer lasse sich in unseren, nach freien Staatseinrichtungen ringenden Zeiten der bunte Länderkomplex doch nicht zusammenhalten und Oesterreich werde in viele einzelne Staaten zerfallen, — oder mag die Zukunft die Ansicht Derjenigen bewahrheiten, daß diese einzelnen Staaten nicht blos von außen durch allerlei Regierungskünste, sondern wirklich durch innigere natürliche Bande unauflöslich zusammen gehalten werden, so werden wir in ersterem Falle die bald zu uns zurückkehrenden Deutsch-Oesterreicher mit doppelter Liebe empfangen und in dem wohleingerichteten Staatshaushalte werden sie die ihnen gebührende Stelle finden, im andern Falle aber werden zwei gleich mächtige und ebenbürtige Staaten sich mit einander enge verbinden, wie es die gemeinschaftlichen Interessen verlangen, wie es die gemeinschaftlichen Feinde zur Noth erzwingen werden. Lassen wir uns nicht beirren von den mancherlei Reden wohlmeinender wie übelmeinender Gegner! An allen Orten aber spreche sich das Volk offen und entschieden aus über die vorliegende hochwichtige Frage, wie es bereits früher von Vereinen in Mainz, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Kassel und gestern in dem hiesigen Bürgerverein geschehen ist, damit die Versammlung die wahre Stimmung des Volkes erfahre und zugleich die moralische Kraft und Stütze erlange, die ihr vor allem jetzt Noth thut, wo es gilt, das schwierige Verfassungswerk zum glücklichen und gedeihlichen Ende zu bringen.

Frankfurt, 6. Jan. Die O. P. Z. theilt nachstehend den Text der Oesterreichischen Note mit:

„Wien, 28. Dez. 1848. Ohne in eine erschöpfende Erörterung des von dem Herrn Minister v. Gagern der deutschen Nationalversammlung vorgelegten Programms einzugehen, was einem anderen Zeitpunkt vorbehalten bleibt, glaube ich dennoch die Aufmerksamkeit des Ministers schon heute auf nachstehende Punkte lenken zu müssen. Es wird in Ihrem Programm von der Ansicht ausgegangen, als spreche Oesterreich an, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht einzutreten, d. h. sich von demselben auszuschließen. Die Darlegung der Politik des österreichischen Kabinets, wie sie am 27. v. M. zu Kremsier geschehen ist, hat jedoch ausdrücklich die Regelung der deutschen Verhältnisse einer weiteren Vereinbarung vorbehalten und eine Absicht, wie sie uns in dem Programm des Hrn. v. Gagern unterlegt wird, keineswegs ausgesprochen. Es ergibt sich daraus, daß wenn wir die Prämisse nicht zugeben, wir uns auch mit den weiteren Folgerungen unmöglich für einverstanden erklären können. Oesterreich ist heute noch eine deutsche Bundesmacht. Diese Stellung, hervorgegangen aus der naturgemäßen Entwickelung tausendjähriger Verhältnisse, gedenkt es nicht aufzugeben. Kann es gelingen, wie wir aufrichtig wünschen und gern erwarten, daß eine innigere Verschmelzung der Interessen der verschiedenen Bestandtheile Deutschlands zu Stande gebracht werde, wird das Verfassungswerk, an welchem Oesterreich sich betheiligt, auf eine gedeihliche Weise seinem Ziele zugeführt, so wird Oesterreich in diesem neuen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen. Jedenfalls würde der künftigen Gestaltung des bisherigen deutschen Staatenbundes auf eine wesentliche Weise vorgegriffen, wollte man schon jetzt das Ausscheiden Oesterreichs aus dem, wie es in dem genannten Programm heißt „zu errichtenden Bundesstaat“ als eine ausgemachte Sache annehmen. Eine Folgerung dieser von uns als unstatthaft zurückgewiesenen Voraussetzung erscheint die von dem Hrn. Minister bei der Nationalversammlung nachgesuchte Ermächtigung, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem österreichischen Kaiserreiche anknüpfen zu dürfen. Wir haben, eben so wie alle anderen deutschen Bundesstaaten, einen Bevollmächtigten am Sitze der Centralgewalt. Seine Vermittlung wird, wie bisher, hinreichen, den Geschäftsverkehr mit dem Ministerium zu unterhalten. Ew. werden demnach beauftragt, bei Hrn. v. Gagern dahin zu wirken, daß er von dieser Anknüpfung einer diplomatischen Verbindung aus den oben angedeuteten Gründen absehe. Das, was wir suchen, ist eine gedeihliche Lösung der großen Frage. Diese wird nur — davon möge der Herr Minister überzeugt sein — auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen, unter welchen die Kaiserliche den ersten Platz einnimmt, zu erreichen sein. Gern sind wir bereit, ihm bei dem schwierigen Werke die Hand zu reichen. Wir erwarten auch seinerseits — und seine ausgezeichneten staatsmännischen Eigenschaften rechtfertigen diese Hoffnung — eine richtige Würdigung der Verhältnisse und jenes bereitwillige Entgegenkommen, das allein zu einer befriedigenden Lösung führen kann. Empfangen &c.

(Gez.) Schwarzenberg.“

Die O. P. Z. fügt hinzu:

Wie wir hören, hat der Ministerrath auf Grund dieser Note und mündlicher Eröffnungen, die der neue österreichische Bevollmächtigte gemacht, eine ausführliche Erklärung an den österreichischen Ausschuß gelangen lassen. Wenn irgend möglich, werden wir dieselbe unsern Lesern mitzutheilen suchen.

** **Frankfurt**, 5. Jan. Während selbst baierische Blätter den Abgeordneten Prof. Edel von Würzburg ins baierische Ministerium treten ließen, um die Verwaltung des Kultus zu übernehmen, weiß dieser nichts von seiner Ernennung und weilt ruhig hier. Es darf auch versichert werden, daß Herr v. Beisler nur unter der Bedingung wieder ins baierische Ministerium trat, daß der Kultus nicht von der Verwaltung des Innern getrennt werde. — Hier soll noch bemerkt werden, daß Herr v. Beisler Urlaub von der Nat.-Vers. begehrte, bevor er wieder Minister wurde.

: **Frankfurt**, 6. Jan. Der österreichische Ausschuß hat erst gestern Abend die neuesten österreichischen Papiere erhalten. Die österreichische Angelegenheit wird am Montage daher noch nicht zur Berathung kommen. Was wird Gagern thun? So viel verlautet, daß das Ministerium sich gegen die Weise der Vereinbarung, wie Oesterreich sie fordert, verwahren wird. Die Spannung der Gemüther ist groß. Die Linke ist betroffen. „Als sie das Uebel hatte, merkte sie es!“

00 **Frankfurt**, 4. Jan. Vom 1. Dez. 1847 bis dahin 1848 wurden in Frankfurt und Sachsenhausen 268 Paare getraut, die meisten (31) im März, die wenigsten (13) im Februar. Darunter waren 256 christliche und 12 jüdische Paare. Geboren wurden in Frankfurt und Sachsenhausen 1261 Kinder, die meisten im Juli (117), die wenigsten im Dezember (95). Davon wurden in Frankfurt geboren 1027 Kinder (529 Söhne, 498 Töchter), 841 Christen, 86 Juden; darunter 162 uneheliche (1 von 6,339). In Sachsenhausen wurden geboren 231 Kinder (113 Söhne, 121 Töchter); darunter 44 uneheliche (1 von 5,318). — Es starben in Frankfurt und Sachsenhausen 1262 Personen (1 mehr als geboren wurden), davon die meisten im Januar (133), die wenigsten im November (66). In Frankfurt starben 1103 Personen (600 männlichen, 503 weiblichen Geschlechts), 1002 Christen, 101 Juden. In Sachsenhausen starben 159 Personen (80 männlichen und 79 weiblichen Geschlechts). Von der Gesammtzahl 1262 starben 362 unter dem fünften, 122 über dem siebenzigsten, 51 über dem achtzigsten und 2 über dem neunzigsten Lebensjahre. Das Verhältniß der Geborenen zu den Gestorbenen ist ein sehr schwankendes in Frankfurt, z. B. 1720 geboren 935, gestorben 1241 (— 306). 1822 geboren 1028, gestorben 1088 (— 60). 1842 geboren 1291, gestorben 1127 (+ 164). 1844 geboren 1215, gestorben 1164 (+ 51).

* **Wien**, 1. Jan. Die Sylvesternacht ist ruhig vorübergegangen, trotz der Patrouillen und militärischen Maßregeln, die mehr aufreizen als beschwichtigen. Auch die strengen Vorschriften wegen des Faschings machen böses Blut; sie greifen in die Vergnügungen wie die Interessen empfindlich ein. — In dem Siegesbericht des Banus Jellacic fällt ein kleiner Subtractionsfehler auf. Die Ungarn waren 8—10,000 Mann stark; einige Tausend wurden gefangen, das Schlachtfeld mit Todten bedeckt, und am Ende zog sich der Rest mit 8000 Mann zurück. Man kann den Irrthum um so eher vergeben, als in Schlachtberichten Fehler in der Multiplikation häufiger sind, als in der Subtraktion. An dem Sieg ist sicherlich nicht zu zweifeln. Die in Oesterreich ausgestellten Paß- und Legitimationsurkunden enthielten bisher eine Rubrik für das religiöse Bekenntniß. Man erwartet ein Circular vom Ministerium des Innern, wonach diese Rubrik wegfallen soll. Der Abg. Kudlich ist aus dem Reichstag getreten. Der Verleger und verantwortliche Redakteur der Preßburger Deutschen Zeitung, Karl Wigand, ist gefänglich eingezogen und soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Wien, 1. Jan. Nach den heutigen Nachrichten aus Raab war der Marschall Fürst Windischgrätz, nach Eingang der Nachricht von den Ereignissen bei Moor, gestern Vormittag von Raab aufgebrochen. Nach Allem scheint zu vermuthen, daß er ebenfalls die Fleischhackerstraße über Stuhlweißenburg nach Pesth eingeschlagen hat. Der Banus von Kroatien hat nach dem Siege bei Moor einen Tag Rast gehalten, und rückte gestern gegen Stuhlweißenburg vor. Ueber Komorn ist in Raab nichts Sicheres bekannt gewesen. Nur bestätigt sich, daß der dortige Kommandant die weiße Fahne flattern läßt, und die magyarischen Truppen, die auf dem Rückzug von Raab hinein wollten, zurückwies. Aus Pesth melden die neuesten Berichte vom 27. Dez., daß sich Kossuth zum Widerstand bereitete. Eine vom 22. Dez. datirte Proklamation dieses merkwürdigen Agitators verkündet den Einwohnern, daß Fürst Windischgrätz einen Angriff auf das heldenmüthige Raab gewagt, allein mit großem Verlust zurückgeschlagen und in wilder Flucht begriffen sei. Diese Proklamation enthält die gräßlichsten Schmähungen gegen das Kaiserhaus, die kaiserliche Armee und die Gesammtmonarchie. Man sieht daraus, daß er die Anarchie bis jetzt noch auf der Spitze zu halten sucht. Die Bürger von Pesth verhalten sich ruhig, während Kossuth den Honvéd und Landsturm herbeiruft. Fürst Windischgrätz wird diesem Terrorismus mit Einem Schlag ein Ende machen. (Allg. Z.)

Gratz, 28. Dez. Ueber die Stimmung gegen Deutschland schreibt man der Allg. Z.: Von unsern Deputirten in Frankfurt hat Dr. Paltai vor kurzem ein Mißtrauensvotum erhalten, und für Dr. Strohmair ist so eben ein gleiches im Zuge. Die bekannten §§. 2 und 3 gaben den Anlaß. Ob indessen jene Herren, die damals gar nicht stimmten und durch ein Einziehen der Segel die Klippe ihrer Sendung zu umschiffen meinten, derlei Adressen nicht mehr verdienen, mag dahin gestellt bleiben. Die öffentliche Meinung spricht sich, zumal seit dem Rücktritte Schmerlings, entschieden gegen die Paulskirche und die Centralgewalt aus, und ich glaube, wenn heute das Ministerium Schwarzenberg den Grundsatz einer völligen Lossagung Oesterreichs von Deutschland aufstellen würde, es könnte mit Zuversicht auf die große Majorität des Volkes in Steiermark zählen, das doch sonst dem deutschen Elemente sehr zugethan ist und, wie nicht leicht ein anderes der Monarchie, die schwarz-roth-goldenen Fahnen lustig flattern ließ. Gagern hatte sich mit seiner Rede vom 26. Okt., obgleich selbige den Klarsehenden nicht zu täuschen vermochte, lebhafte Sympathien in den Herzen vieler Steiermärker erworben; seine letzte Reise nach Berlin — vollends sein Ministerprogramm aber, haben schnell das Blatt gewendet und allgemein, wo nicht Haß, so doch Bedauern erzeugt. In dem Maße, als man sich von einer Seite abgestoßen fühlt, neigt man sich inniger auf die andere und so mußte der einleitende Versuch zur Schaffung einer preußischen Hegemonie nothwendig die Stärkung des rein österreichischen Nationalprincips zur Folge haben und den Blick von Berlin und Frankfurt tiefer nach dem Süden ziehen, wo die Pulse nur für Habsburg und ein neues Deutschland (?) zu schlagen scheinen.

Prag, 2. Jan. Nach den neuesten Nachrichten aus dem Banat stehen die Magyaren dort mit großen überlegenen Kräften verstärkt und haben die Verhältnisse für die Serben eben keine sehr günstige Wendung genommen, trotz der kühnen und grausamen Kämpfe Knischanin's. (Leipz. Z.)

= **Berlin**, 4. Jan. Selbst der Wohlmeinendste kann sich jetzt unmöglich mehr verhehlen, daß unser Ministerium einen höchst bedenklichen Weg einschlägt und in Betreff der bevorstehenden Wahlen täglich Maßregeln ergreift, die leicht die übelsten Folgen nach sich ziehen können. Der Rest von Zutrauen, der seit dem 9. Nov. noch zwischen den verschiedenen Parteien besteht, wird untergraben, jeder Glaube an Ehrlichkeit auf der Gegenseite wird vernichtet. Wo aber die Fraktionen so schroff auseinander fallen, wie soll da die nöthige Zeit gewonnen werden, um die neue Verfassung in das Volksleben wirklich einzuführen? wie die nöthige Ruhe, um die Früchte zu reifen, die diesem Keime entsprießen können? — Doch beklage ich das Ministerium mehr als ich es verdamme: Die großen im November begangenen Fehler haben die weiteren Uebel mit unabweislicher Nothwendigkeit nach sich gezogen. Weil man jenen Staatsstreich unternahm, ehe die Pflicht der Selbsterhaltung ihn rechtfertigte, weil man ihn durch die unpopulärsten Männer ausführen ließ: sah man sich genöthigt, am 5. Dez. einen Wahlmodus zu bewilligen, für den die Masse noch nicht reif war, ist man jetzt gezwungen, dieses Wahlrecht durch allerlei Hinterthüren und Schleichwege illusorisch zu machen. Wäre die Oktroyirung durch ein volksthümliches Ministerium erfolgt, so hätte das Wahlgesetz dem Frankfurter analog sein können und müssen: damit wäre auf ehrliche und offene Weise Dasselbe erreicht. Dienstboten und Knechte zu Wählern machen, heißt bei uns nichts weiter, als allen Wühlereien Thür und Thor öffnen. Daß in einigen Provinzen die Landräthe und Schulzen die Stimmen in ihrer Hand haben, während man in andern auf die Versprechungen irgend eines Demagogen hört, der jedem Urwähler einen Morgen Land und eine Kuh verheißt, ist dabei sehr gleichgültig.

Parl. Korr. **Berlin**, 4. Jan. Man sagt, daß im Staatsministerium beschlossen sei, gegen alle die Beamten, welche am Steuerverweigerungsbeschlusse Theil genommen und denselben, mit der Aufforderung ihm nachzuleben, in den Provinzen verbreitet haben, die Untersuchung eingeleitet werden soll. Der frühere Abgeordnete Bucher in Stolpe soll verhaftet sein. Auf Antrag des hiesigen Staatsanwaltes ist die Untersuchung gegen Köhler in Marienwerder wegen Hochverraths eingeleitet. Desgleichen gegen den Regierungsrath Trop in Marienwerder.

Frankfurt a. d. O., 31. Dez. Ein Oberlandesgerichts-Referendarius wurde nach Sorau als Hülfsrichter für das dortige Stadtgericht gesandt. Der dortige Stadtgerichts-Direktor aber, nachdem er die politischen Ansichten des Referendarius aus einem Privatgespräche kennen gelernt und denselben zur schriftlichen Niederlegung der gethanen Aeußerungen veranlaßt hatte, erklärte ihm, einen Mann solcher Gesinnung nicht ins Kollegium einführen zu können, und denunzirte zugleich auf Grund der schriftlichen Auslassung beim hiesigen Oberlandesgericht. Da dieses ihm antwortete, daß poli-

tische Meinungen keinen Grund für die Weigerung, den Referendarius einzuführen, abgeben könne, er vielmehr sofort den Auftrag des Obergerichts zu erfüllen habe, wandte er sich direkt an's Justizministerium, welches dann auch die Abberufung des Referendarius verfügte und dem Oberlandesgericht über sein Verfahren Vorwürfe machte. Dieses hat jedoch die letzteren zurückgewiesen und ist bei dem Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit von politischen Parteiansichten stehen geblieben.

Gegen den hiesigen Buchhändler und Buchdruckerei-Besitzer F. W. Kosky ist der Kriminal-Prozeß wegen des von der Nationalversammlung zum Druck hierher gesandten Plakats in Betreff der Steuerverweigerung eingeleitet worden. (Nat.-Ztg.)

München, 3. Jan. Freiherr v. Closen wird dieser Tage von seiner Sendung nach Ollmütz hier zurückerwartet und dürfte dann wahrscheinlich wieder nach Frankfurt gehen, wenn man es nicht vorziehen sollte, einen andern Staatsmann als Bevollmächtigten dorthin zu senden. (Nürnb. Korresp.)

Bamberg, 3. Jan. Wie vielfach verlautet, soll auf Anordnung der Centralgewalt neben andern auch ein baierisches Armeekorps am Rhein aufgestellt werden. Wie es heißt, wird auch ein Theil der hiesigen Garnison dahin ausmarschiren; nach einer andern Version aber sollen diese Truppen nach Schleswig-Holstein bestimmt sein. (Bbg. Ztg.)

= **Cassel**, 4. Januar. Die öffentliche Meinung spricht sich im Lande hinsichtlich des Wahlgesetzes höchst unzweifelhaft aus. Von allen Seiten strömen die Adressen an Ministerium und Stände zusammen, um jenem ein unbedingtes Vertrauen, diesen ein rückhaltloses Bedauern über ihre Feindseligkeit gegen das ministerielle Wahlgesetz auszusprechen. Ganze Aemter petitioniren, Städte- und Landgemeinden stehen zusammen, das unnatürliche Bündniß zwischen Ritterschaft und Radikalen hat das Urtheil überall entscheidend bestimmt. Die Radikalen müssen auch hier die heilsame Erfahrung machen, daß sie mit dem Volke keineswegs identisch sind. Man kann hoffen, daß ein so unzweideutiges Ergebniß auf das Schicksal des Wahlgesetzes einen höchst günstigen Einfluß ausüben wird. — Von nicht geringem Interesse ist neben dem animosen Verhalten der Ritterschaft eine Denkschrift, welche der Graf von Ysenburg-Wächtersbach dem Landtage vorgelegt hat, worin er die Vorzüge des ministeriellen Entwurfes klar entwickelt, und den richtigen Gesichtspunkt feststellt, daß jeder Veränderungsversuch nur zu Gunsten der radikalen Partei ausschlagen werde.

△ **Darmstadt**, 5. Januar. Unsere zweite Kammer hat ihre Berathungen über das provisorische landständische Wahlgesetz geendigt. Zuletzt ging es, wie gewöhnlich, sehr schnell, auch handelte es sich da weniger mehr um Prinzipienfragen. Im Wesentlichen wurde der Entwurf der Regierung beibehalten: Zweikammersystem; 25 Jahre das erforderliche Alter für die Wähler der ersten und zweiten Kammer; und 30 Jahre das erforderliche Alter für die zur zweiten Kammer zu Wählenden. Bedeutende Aenderungen erfuhr nur der Art. 6, welcher von den zur ersten Kammer zu Wählenden handelt. Schon die Majorität des Ausschusses hatte bedeutend daran geschnitten, indem sie die Qualität, daß man 100 fl. ordentliche direkte Steuern bezahlt, oder 50 fl. dergleichen bezahlt und zugleich nach zurückgelegten Universitätsstudien und bestandener Prüfung 5 Jahre lang sich im Besitz eines Staats-, Kirchen- oder Schulamtes, oder der Advokatur oder der ärztlichen Praxis befunden habe, wegzulassen vorschlug und dagegen für die Wähler zur ersten Kammer einen Census von 20 fl. ordentlicher direkter Steuer festgesetzt haben wollte. Dieses Letztere war früher schon von der Kammer angenommen worden; von der großen Mehrheit gewiß in der bestimmten Voraussetzung, daß bei Art. 6 die angeführten Beschränkungen der Wählbarkeit fielen. Auch entschied sie sich wirklich einstimmig in diesem Sinne, nachdem Gr. Ministerpräsident Jaup gegen Erwarten nicht seinen Zutritt zum Ausschußantrage erklärt, sondern vielmehr gegen einige Redner ausgeführt hatte, daß die vom Ausschuß vorgeschlagene und von der Kammer angenommene Beschränkung der aktiven Wahlfähigkeit sich ganz gut mit der von der Regierung vorgeschlagenen Beschränkung der passiven Wahlfähigkeit vertrüge; auch anderwärts, namentlich in Belgien, gelte der Grundsatz der Kombination; im Allgemeinen habe die Staatsregierung keine Veranlassung, von dem, was sie vorgeschlagen, etwas zurückzunehmen. Eine Niederlage in Gemeinschaft mit der Majorität des Ausschusses erlitt aber das Ministerium hinsichtlich des für die Wählbarkeit zur ersten Kammer vorgesehenen Alters. Es waren da 40 Jahre vorgesehen; Mohr und Zitz wollten 30. Sie hatten bei der Frage des für die zweite Kammer erforderlichen Alters unterlegen, indem da die Mehrheit der Kammer an den 30 Jahren des Entwurfs fest hielt, und die 25, welche Mohr und Zitz vorgeschlagen, abwies. Anders, durch den Zutritt mehrerer Abgeordneten vom Lande, bei der Altersfrage zur ersten Kammer. Hier erklärten 25 gegen 18 Stimmen 30 Jahre ebenfalls für genügend und beseitigten dadurch die Steigerung von 30 auf 40, zwischen zweiter und erster Kammer. Man ist nun erwartend, wie die gegenwärtige erste Kammer sich dazu, sowie überhaupt zum votirten Gesetze verhält. Bei andern Berathungen und Abstimmungen neuerer Zeit zeigten sich besonders die aristokratischen Standesinteressen in derselben geltend, welche jedoch durch die staatsdienerlichen Mitglieder regelmäßig vollständig aufgewogen wurden und so einen unschädlichen Abzug fanden.

Mainz, 1. Jan. Zu den handgreiflichen „Märzerrungenschaften", die uns zum neuen Jahre bescheert sind, gehören vorzugsweise die außerordentliche Einkommensteuer und das neue Papiergeld, die Grundrentenscheine. Mit der Einkommensteuer wird es seine Schwierigkeiten haben, denn auf die in den ersten Tagen des Dezembers ergangenen schriftlichen Aufforderungen, wonach Jeder innerhalb 10 Tage eine genaue Angabe seines Einkommens wie auch seiner zu verzinsenden Schulden einreichen sollte, sind kurz vor dem Schlusse des Jahres sehr dringende Mahnungen gefolgt, woraus sich schließen läßt, daß noch sehr Viele mit dem Nachweise ihres Einkommens im Rückstande sind. (Köln. Ztg.)

Gotha, 1. Jan. In den letzten Tagen haben zwischen einem Theil der hiesigen Bevölkerung und den sächsischen Truppen ziemlich ernste Streitigkeiten stattgefunden. Von Schimpfereien kam es zu Thätlichkeiten, welche mehrere nicht unbedeutende Verwundungen zur Folge hatten. Größeres Unheil wurde nur durch das Einschreiten der Bürgerwehr und die Besonnenheit des Generals Holzendorf verhütet. Die Erbitterung ist groß. Ein großer Theil der Bürger verlangt, daß die sächsischen Truppen ganz aus der Stadt entfernt werden. Diese haben dagegen Verstärkungen verlangt; die hiesige Regierung soll dies selbst gewünscht haben, weil sie die fremden Demokraten fürchtet, welche seit einiger Zeit unsere Stadt zum Schauplatz ihrer Thätigkeit gemacht haben. (Bbg. Ztg.)

Frankreich.

* **Paris**, 3. Jan. Als gestern die Post abschloß, ging die Nat.-Vers. nach Beendigung der allgemeinen Diskussion gerade zur Berathung der einzelnen Bestimmungen über, welche das Princip der dreimaligen Lesung, das im Art. 41 der Constitution zwar schon allgemein anerkannt ist, aber bis dahin auf diese Versammlung nicht angewendet wurde, auch in ihr Reglement einführen sollten. Nach dem neuen System werden alle Bills, mit Ausnahme der rein lokalen, einer dreimaligen Lesung unterworfen; die erste Debatte bezieht sich auf das Princip der vorgeschlagenen Maßregel; die zweite auf die Artikel und Amendements, die dritte wieder auf das Ganze. Alle diese Bestimmungen wurden angenommen; nur der Art. 49 wurde an die Commission zur nochmaligen Prüfung zurückgewiesen. Er bezieht sich auf die Formen, unter denen ein Vorschlag zur vorläufigen Begutachtung an eines der permanenten Comité's oder an das Bureau gehen soll. Ein Vorschlag wegen Gehaltszulage für den Kardinal-Erzbischof von Bourges wurde nach einigen Debatten, worin Dupin und der Kultusminister die Wichtigkeit einer Vertretung der Interessen Frankreichs im Kardinals-Kollegium hervorhoben, mit 431 Stimmen gegen 181 angenommen.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung geschah wenig Erwähnenswerthes. Als die Post abging, beschäftigte sich die Versammlung gerade mit Abänderung der Strafbestimmungen des Code über Arbeiter-Assoziationen.

Die Reaktion gegen die bis jetzt nur vermuthete Absicht des Präsidenten, eine Aenderung der republikanischen Verfassung herbeizuführen, tritt doch stärker hervor, als man erwartet hatte. Nach dem Empfang beim Präsidenten am Neujahrstage begaben sich fast sämmtliche Deputirte, Beamten und Offiziere in Cavaig-

Uebersicht.

Eröffnungen eines alten Diplomaten *).

†† Aus Süddeutschland, 30. Dez. Sollen wir es als ein günstiges oder ungünstiges Zeichen der Zeit ansehen, daß die Diplomaten der alten Schule ihre Mappen öffnen, und auch die Uneingeweihten hineinsehen lassen? Wir wissen es in der That nicht zu sagen und haben uns beim Durchlesen des vorliegenden Schriftchens mehrmals die Frage vorgelegt: warum ist Herr von Blittersdorff so aufrichtig?, ohne daß wir eine ganz genügende Antwort finden konnten. Will der alte Zögling der Metternich'schen Schule sich wirklich nur rechtfertigen, oder ein Paar Collegen von ehedem compromittiren, oder sich der neuen Restaurationspolitik als Geprüften empfehlen, oder mit völliger Resignation nichts weiter als sein politisches Testament aufzeichnen? Wir wüßten keine dieser Fragen ganz bestimmt zu bejahen oder zu verneinen; nur eines scheint uns ganz klar, daß die Worte der Vorrede, die Veröffentlichung habe den Zweck „den Verdächtigungen ein Ziel zu setzen", unmöglich allzu ernstlich gemeint sein können. Denn was die Vorrede als „Verdächtigung" beklagt, das wird nach Durchlesung der Schrift als unleugbare Thatsache dastehen, und mehr als je wird man Herrn v. Blittersdorff, so ungehalten er darüber scheint, „als den verkörperten Ausdruck eines Systems bezeichnen, über das man ohne nähere Prüfung ein allgemeines Verdammungsurtheil fällte". Wir fürchten sehr, der diplomatische Verfasser ist gegenüber dem unerbittlichen Geist der öffentlichen Meinung in derselben Lage, in welcher sich Egmont befand, als ihm Alba zurief: „Unvorsichtig entwickelst du die Falten deines Herzens und klagst Dich selbst weit strenger an, als ein Widersacher gehässig thun könnte".

Herr v. Blittersdorff gehört bekanntlich zu den Staatsmännern, die, wie einmal in einem Frankfurter Blatte bitter geklagt war, im März „in's Wasser gelegt wurden"; nach dem Inhalte der Schrift zu urtheilen, gehört er auch zu denen, die gern wieder aufs Trockene kämen. Wenigstens erträgt er seine Entfernung aus dem öffentlichen Leben ohne den Stoicismus der Entsagung; manch bitterer Seitenhieb auf seine ehemaligen Collegen in Baden beweist, wie unerwünscht ihm das „in's Wasser legen" gekommen ist. Er plaudert bisweilen recht aus der Schule; so wird uns ausdrücklich erwähnt, daß nicht er, sondern sein Nachfolger von Dusch in Karlsruhe, die geheimen Ministerialkonferenzen in Wien hat fabriziren helfen; seiner ehemaligen Collegen Böckh und Jolly gedenkt er in ziemlich unfreundlicher Weise, ja er vergißt sogar nicht, zu erwähnen, daß man bei seiner Entlassung ihm keine Geldentschädigung für Miethe u. dgl. bezahlte, und seine Pension ihm durch Abzüge und Steuern verkürzt habe. Herr v. Blittersdorff weiß vielleicht, daß die Finanzkrisis in Baden auf den ärmeren und gedrückteren Beamten noch viel peinlicher lastet, als auf den großen Pensionären; er erfährt vielleicht bald, daß dort alle, die noch im Stande sind eine Last zu erschwingen, von Neuem werden in Anspruch genommen werden, um das Deficit zu decken, das wir der Reaktion und Revolution zu danken haben. Und bei aller hohen Meinung, welche Freunde und Verbündete des Verfassers von ihm hegen mögen — so groß waren denn doch die Verdienste des Freiherrn von Blittersdorff um die badische Monarchie und das badische Staatswohl nicht, daß man gerade bei ihm hätte eine Ausnahme statuiren dürfen! Daß die Kammer im März seine Entlassung forderte, war das Geringste, was sie thun konnte; daß nichts weiter geschah, daß nicht einmal in der Presse seiner und seiner Freunde weiter gedacht ward, mag Hr. v. Blittersdorff sammt seinen Gesinnungsgenossen dem glücklichen Umstande zuschreiben, daß die hereinbrechende Anarchie die Freunde der Freiheit und Ordnung zu einem anderen Kampfe aufrief und ihnen die Zeit nicht ließ, mit den Trägern der alten Politik gründlich und pünktlich abzurechnen. Diese stillschweigende Amnestie, die vielen Andern, und auch Hrn. v. Blittersdorff damals zu Gute kam, mag ihn für die Besteuerung seiner Pension einigermaßen trösten.

Der Inhalt der Eröffnungen, die er uns aus seiner Mappe mittheilt, stammt aus verschiedenen Zeiten. Ein Theil gehört jener Periode an, wo er sich durch sein ministerielles Wirken in unserem Baden unvergeßlich gemacht hat, ein anderer Theil stammt aus der Zeit, die der Februarrevolution unmittelbar voranging. Das Eine sind die kostbaren Belege jener Art von Machiavellismus, durch den sich Hr. v. Blittersdorff in Baden ein gewisses Renommee erworben hat; das Andere sind Dokumente, aus denen hervorgeht, daß selbst er seit Ende 1847 anfing zu begreifen, wohin die Gänge seiner eigenen Politik schließlich führen mußten. In jenem wird uns gezeigt, wie Hr. v. Blittersdorff eifrigst darauf losarbeitet, das deutsche Staatsschiff leck zu machen; in diesem hören wir den Nothschrei eines Ertrinkenden, der nun mit einem Male die ungestümen Wogen der Zeit in das bundestägliche Fahrzeug hereindringen sieht. So erhält das Ganze ein gewisses dramatisches Interesse; es ist eine Biographie der alten diplomatischen Weisheit, ein ächtes Zeitbild, das er uns vorüberführt, und wir können eben, trotz seines Protestes, am Schluße doch nicht umhin, „ihn als den verkörperten Ausdruck eines Systems" zu betrachten.

Das erste Aktenstück ist ein Memorandum über die deutschen Bundesverhältnisse, welches der Verfasser im Juli 1833 dem Fürsten Metternich in Königswart überreichte; es ist ein Probestück der Einheitspolitik, wie sie Hr. v. Blittersdorff versteht. Es steht passend am Eingang der Brochüre, denn die Politik, die darin niedergelegt ist, schürzt den Knoten, dessen tragische Lösung der Bankerott des Bundestages und die Pensionirung des Herrn v. Blittersdorff war. Herr v. Blittersdorff begründet darin seine Ueberzeugung, daß für die Einheit vom Bunde viel zu wenig geschehen sei; wohlverstanden für die polizeiliche und absolutistische Einheit. Das bischen Lärm in den Kammern, das bischen halblaute Opposition in den Blättern, störte die Einheitsideale der diplomatischen Eleven Metternichs; es sollte anders werden. Hr. v. Blittersdorff beklagt daher vor Allem die Existenz der konstitutionellen Verfassungen; wo solche eingeführt waren, da sind „vor allem jene hochverrätherischen Verschwörungen hervorgegangen, die jeden rechtlich Denkenden mit tiefem Abscheu erfüllen." (S. 5.) daher werde der deutsche Bund durch dies „unrecht ausgelegte" konstitutionelle Prinzip nicht weniger bedroht, als durch die Verschwörungen selbst; man müsse dieser Krankheit, dieser „bundeswidrigen Entwickelung" mit aller Kraft entgegentreten. Es sei in dieser Beziehung viel zu wenig geschehen; die Maßregeln des Bundes, wie sie bis dahin vorbereitet und von den Regierungen aufgenommen worden seien, könnten „nicht dazu dienen, das monarchische Prinzip in den konstitutionellen Staaten in seiner die Existenz des Bundes bedingenden Reinheit wieder herzustellen." Dazu, fährt unser Staatsmann fort, reichen aber Repressivmaßregeln nicht aus; der Bund muß dem konstitutionellen Prinzip das streng monarchische Prinzip entgegenstellen. „Dieß setzt voraus, daß der Bund seine alle Bundesstaaten umfassende Gesetzgebung unaufgefordert fortlaufend und streng zur Anwendung bringe, und sie je nach dem Bedürfniß, das sich zeigt, ohne spezielle Rücksicht auf die Konstitutionen, weiter entwickele." Zu diesem Zwecke will Herr v. Blittersdorff die Thätigkeit der Bundesversammlung etwas besser organisirt sehen; er gibt nicht undeutlich zu verstehen, daß die alte Trägheit und Nichtsnutzigkeit der Herren im Taxischen Palaste aufhören und „eine erhöhte und fortlaufende Thätigkeit eintreten müsse." Weiter meint unser Staatsmann, das was bis jetzt gegen die Presse geschehen sei, genüge durchaus nicht; „die dem Bunde verliehene Befugniß, einzelne öffentliche Blätter zu unterdrücken, sei durchaus nicht ausreichend." (S. 14.) Nicht nur unterdrücken müsse man, sondern „den Zustand der politischen Literatur in den einzelnen Bundesstaaten, die sich durch nachläßige Handhabung der Censur auszeichnen, im Allgemeinen ins Auge fassen, und hierauf Anträge gründen." Daß die Maßregelnkommission in fortlaufender Thätigkeit sein müsse, „ist eine selbstverstandene Sache;" ebenso müsse die Exekutivkommission zu jener Bedeutung gelangen, die ihr bisher gefehlt habe.

Für diese Vervollkommnung der polizeilichen und absolutistischen Einheit bietet dann Herr von Blittersdorff dem deutschen Volke folgenden Ersatz. Es soll eine größere Publicität der Bun-

*) Wir haben über den Inhalt der Blittersdorff'schen Schrift bereits referirt; eine zweite, vorzugsweise kritische Besprechung des interessanten Materials wird unsern Lesern nicht unwillkommen sein. D. Red.

desverhandlungen wieder eintreten; doch, fügt er halb erschrecken hinzu, es versteht sich von selbst, „daß alle politischen Fragen, so wie die Administrativ-Gegenstände, insbesondere aber die Militärangelegenheiten, von der Publizität auszuschließen wären"!! Dann soll der Bund in Bezug auf das Ausland sich aus seinem Nichtsthun ermannen und sich etwas mehr um auswärtige Politik bekümmern, als bisher. Den wahren Grund dafür gibt Herr v. Blittersdorff mit liebenswürdiger Offenheit an; man könne doch nicht wissen, ob nicht Verwickelungen mit dem Ausland, ja selbst ein Krieg eintreten würde „und dann dürfte es höchst bedenklich sein, das Nationalgefühl erst im letzten Momente aufregen zu wollen, indem dies alsdann nicht geschehen kann, ohne Koncessionen zu machen, die man nach wiederhergestelltem Frieden vielleicht bitter zu bereuen hätte." (S. 19.)

Diese kostbare Stelle bildet den würdigen Schluß eines Aktenstücks, das die ganze Summe Blittersdorff'scher Staatsweisheit in nuce enthält. Wir fragen uns abermals erstaunt, was für ein Motiv hatte der Verfasser, hier so offenherzig zu sein? Glaubt er in allem Ernste, dies Experiment der gewöhnlichsten Polizeiweisheit, worin er seinem plumpen Machiavellismus mit den Kunstgriffen der Maßregeln-Politik zu Hülfe kommt, dies Experiment sei im Stande gewesen, den moralischen Bankerutt des Bundestages aufzuhalten oder gar den bösen Geist der Revolution für alle Zukunft zu bannen? Gibt er sich wirklich der Täuschung hin, eine politische Behörde, die sich ein solches Credo schreiben und ihr unwürdiges Spiel mit der Nation auf so trostlose Weise schematisiren läßt, eine solche Behörde könne auch nur einen Tag des politischen Sturmes überdauern? Wenn Herr von Blittersdorff das glaubt, so müssen wir von seinem politischen Verstande ebenso gering denken, wie von seiner politischen Freisinnigkeit. Aber freilich er gehört zu den Unverbesserlichen, die, wenn der junge gährende Most der Zeit die alten Schläuche gesprengt hat, bitter darüber klagen, daß man die alten Schläuche nicht noch fester zugebunden hatte. Als Karl X., jener König, der nichts gelernt und nichts vergessen hatte, sein Land als Flüchtling verließ, sagte er in bitterer Klage: das kommt von den freisinnigen Koncessionen, die wir gemacht haben; so scheint Herr v. Blittersdorff, der flüchtige Bundestagsgesandte, auf seinem Rückzug schmollend auszurufen: das kommt davon, daß der Bundestag seine Staatspolizei nicht besser organisirt und besser gehandhabt hat!

Es folgen dem besprochenen Aktenstück mehrere Briefe, welche die badische Wirksamkeit des Herrn von Blittersdorff betreffen; sie enthalten die praktischen Belege zu der politischen Theorie, welche im ersten Memoire niedergelegt war. Herr v. Blittersdorff theilt Unterredungen mit, welche er mit dem Grafen Münch-Bellinghausen über die badischen Zustände hatte, Briefe die er an den badischen Gesandten in Wien schrieb, Berichte, die er über die badischen Zustände an den Vertreter der Metternich'schen Politik richtete und ähnliches mehr, was zur Genüge beweist, daß der Verdacht Derjenigen, die da klagten die badische Politik von 1837 an sei in Wien und Frankfurt appretirt worden, mehr als Verdacht war, und die Anklage der Andern, die in Herrn v. Blittersdorff nur den Metternich'schen Commis am badischen Hofe sahen, eben nicht blos Verdächtigung war. Wir sehen in diesen mitgetheilten Aktenstücken Herrn v. Blittersdorff als badischen Minister (1837) vor dem Bundespräsidialgesandten in Frankfurt erscheinen und dort Zeugnisse der Zufriedenheit oder des Mißfallens über sein Auftreten in Baden entgegennehmen; wir sehen ihn lamentable Briefe schreiben an den badischen Gesandten in Wien über den ungünstigen Ausfall der Wahlen, die „anmaßende" Haltung der Opposition, die zur Raison zu bringen Herrn v. Blittersdorff's Aufgabe war. „Ich werde, schreibt er an Tettenborn, es so weit treiben, als ich es vermag; ob ich reussire, wird nicht allein von meinen Fähigkeiten, sondern vorzüglich davon abhängen, in wiefern ich soutenirt werde." ..... „Nebst der competenzmäßigen, der Würde Deutschlands (!) angemessenen Thätigkeit des Bundestags, ist auch die Haltung des diplomatischen Corps von erheblicher Wichtigkeit u. s. w." S. 25. 27 (dies bedeutungsvolle u. s. w. hätte Herr v. Blittersdorff nicht so abrupt und unvollständig hinwerfen sollen!)

Es folgt die Zeit des berüchtigten Urlaubsstreits; Herr von Blittersdorff macht nach Frankfurt ausführlichen Rapport. Der Urlaub, sagt er, sei den Abgeordneten verweigert worden, theils um das Ansehen der Regierung gegen die Staatsdiener aufrecht zu erhalten, theils um den stets sich erneuernden Einstreuungen über Schwäche und Gesinnungslosigkeit der Regierung zu begegnen. Die Stände nahmen bekanntlich diesen ersten Versuch ganz richtig als das auf, was er sein sollte; als das Programm eines politischen Systems, das die HH. v. Blittersdorff, Münch-Bellinghausen und Metternich mit einander ausgeheckt hatten. Die Doktrinärs und Sophisten wunderten sich damals, daß man in der Kammer so viel Werth auf diesen Urlaubsstreit legte; Hr. v. Blittersdorff sagt uns aber jetzt selbst: „es sollte damit das System der Regierung ein- für allemal fest ausgeprägt und dadurch das Verständniß über alle künftig zu ergreifenden Maßregeln mit den übrigen deutschen Höfen erleichtert werden" (S. 28). Die Kammer und das Land begriffen dies vollkommen; die Kammer remonstrirte, ward aufgelöst und das Land wählte dieselbe Majorität wieder. Hören wir, welche Staatsweisheit nun Hr. v. Blittersdorff dagegen aufbietet. Er beklagt, daß die Wahlen nicht besser geleitet worden und deßhalb so wenig befriedigende Resultate geliefert haben, daß „die ultraliberalen Lehren auf einen nur zu fruchtbaren Boden gefallen seien", ist indessen zufrieden damit, daß so die innern Schäden ans Tageslicht getreten „und dadurch die Möglichkeit gegeben sei, die erforderlichen Heilmittel anzuwenden." Es müsse demnach zunächst die Stellung der Regierung und zweiten Kammer verändert, der praktische Wirkungskreis der Stände beschränkt und die Staatsdiener durch Exempel die statuirt worden seien, an ihre Abhängigkeit erinnert werden. (S. 30.) Hr. v. Blittersdorff rühmt sich auch des wichtigen Resultates, daß sich durch jene Einschüchterung eine Beamtenpartei in der Kammer bildete, die alles Gouvernementale mit unbeschränkter Servilität guthieß und der „Regierungskommission die Mühe erspare", sich in Corpore in der Kammer einzufinden. „Wenn die zweite Kammer, meint unser Staatsmann, nicht mehr in täglichem Verkehr mit den Staatsbeamten steht, und diese ihr nicht sofort über Alles Rede und Antwort ertheilen, muß die Bedeutung der Kammer nothwendig sinken." Wenn auch, fügt er später hinzu, es den Anschein haben könne, als führe eben doch die Opposition in der Kammer das große Wort und die Regierung erscheine als unbehülflich und schwach, „so geschieht dies doch nur in der Wortvertheidigung, während in der Sache an Nachgeben nicht zu denken ist" (S. 33), d. h. mit andern Worten: mag in der Kammer hundert Mal die konstitutionelle Sache mit Nachdruck und Erfolg verfochten, mag unsere schlechte Politik hundert Mal an's Tageslicht gezogen werden, — wir bleiben ruhig auf unserem Ministersitze und thun was wir wollen, nicht was das Land will. Denn daß die „Ansichten der Menge" sich noch nicht berichtigt haben und daß jede Auflösung nur eine „schlechtere" Kammer bringen könne, das gibt selbst Hr. v. Blittersdorff zu. Im Einklang mit der Theorie, daß man der Kammer und dem Lande zum Trotz regieren müsse, ist unser Staatsmann ganz im Reinen darüber, daß kein Antrag, keine Motion, die von der Kammer ausgehe, bei der Regierung irgend eine Berücksichtigung zu erwarten habe." Unsere Absicht, sagt er bei Gelegenheit einiger Motionen, die erst angekündigt, noch nicht einmal vorgebracht waren, unsere Absicht ist, an den hierüber zu eröffnenden Verhandlungen so gut wie keinen Antheil zu nehmen. Daß die etwa abzugebende Erklärung der Regierung eine durchaus ablehnende sein werde, ist selbstverstanden." Welch fürsichtige und scharfsichtige Staatsweisheit, die jedem Antrag schon vor der Geburt die Physiognomie abzusehen vermag, die nicht nur die vollendeten Thatsachen als solche acceptirt, sondern schon vor den etwa erfolgenden Thatsachen ihre sichere und klare Politik mit solcher Präcision zu formuliren weiß?!

Indessen war auch hier nicht alles Gold, was glänzt, und Herr v. Blittersdorff ist selbst in dieser blühendsten Zeit seines Wirkens nichts weniger als zufrieden. Er bedauert, daß nicht „alle Fäden der Regierungsgewalt in Eins zusammengefaßt seien und so das Ganze nach Einem Sinne und bester Einsicht geleitet werden könne." (S. 36.) Natürlich; denn die Kollegen, so unrühmlich sie ihre ehrenhafte politische Laufbahn durch das Verhältniß zu Blittersdorff beendeten, wollten doch nicht im Sturmschritt dem alten Absolutismus zusteuern und bildeten ein hemmendes Gegengewicht gegen die Allmacht des ministeriellen Diktators, für den der Monarch eben auch nur ein Mittel zum Zwecke war. Darum beklagt er auch, daß in Baden „von einem Adel als Korporation und mit bedeutendem Einflusse, von einer kirchlichen Partei keine Rede sei." Es bleibe daher der Regierung nichts übrig, als die Beamtenaristokratie zu Hülfe zu nehmen; die Disciplinirung dieser Beamten sei deßhalb das Dringendste; ohne Einheit des Kommando's und ohne Energie aber nicht möglich. „Es

müssen mithin eklatante Schritte geschehen, um ein neues, strengeres System im Großherzogthum als ein unabänderliches zu bezeichnen." (Schluß folgt.)

Der Unterricht und die Geistlichkeit in der französischen Republik.

♀ **Aus dem westlichen Preußen**, 28. Dez. Frankreichs politische und sociale Experimente seit 60 Jahren haben ihre exemplarische, ihre belehrende oder warnende Bedeutung für uns und für ganz Europa noch keinen Augenblick verloren, und wir werden über den äußerlichen Begebenheiten die innerlichen Momente dortiger Entwicklungen nicht aus den Augen lassen dürfen. Einen bedeutsamen Beitrag zur Erkenntniß derselben gibt der Rechenschaftsbericht des ersten Kultus- und Unterrichtsministers der Februar-Revolution, Carnot, über seine Amtsführung. (Le ministère de l'instruction publique et des cultes, depuis le 24. Fevrier jusqu'au 5. Juillet 1848. Par A. Carnot. 67 S. 8.) Was Carnot in dieser Schrift über die Richtung, welche er dem öffentlichen Unterricht zu geben versucht, vorbringt, ist jedoch von geringerer Bedeutung für uns. Es ist die Regel der modernen Zeit, bei großen politischen und socialen Umgestaltungen einen Anlauf dazu zu nehmen, die Nation in allen ihren Gliedern ganz besonders durch Schule und Unterricht auf die Höhe des Tages zu bringen, und die Männer der Schule verfehlen in solchen Augenblicken nicht, daran zu erinnern, daß ihnen die Zukunft gehört. Da fehlt es denn nie an großartigen Verheißungen, bis man erkennt, daß wie überhaupt die Beamten auf das Volksleben, so auf das Jugendleben die Schule, die Beamten des Unterrichts, nur einen sehr mäßigen Einfluß üben, und zwar hauptsächlich nur auf dem Gebiete der intellectuellen Bildung, und auch hier keineswegs ausschließlich, während die Entwicklung der Gesinnung und des Charakters, also dessen, was den Bürger macht, unendlich mehr durch die Zustände und Stimmungen des elterlichen Hauses, durch die Jugendkameradschaft, und zuletzt durch den Gesammtzustand des allgemeinen bürgerlichen, sittlichen, religiösen Lebens bedingt ist, in dessen Mitte die Jugend erwächst. Ist aber durch jene Erkenntniß die Ueberschätzung der Schule und ihrer Wirksamkeit auf das Maß der Wirklichkeit zurückgeführt, dann erst pflegt im günstigen Falle eine nachhaltige und praktische Fürsorge für das immer hochwichtig bleibende Schulwesen zu beginnen. Was Carnot als Unterrichtsminister für das Schulwesen erstrebt hat, — es würde, wäre er auch im Amte geblieben, wohl eben so unwirksam sich erwiesen haben, als die hochfahrenden Verheißungen von einer Nationalerziehung, wie die Welt sie noch nie gesehen, welche die Gesetzgeber von 1793 aufs Papier brachten, um dann das Schulwesen beispiellos zu zerrütten, bis ihm Napoleon eine kümmerliche Existenz schuf, aber auch sofort es durch seine Universität in den Schlund grenzenloser büreaukratischer Centralisation warf, in dem es noch heute steckt. Eine reelle Erhebung der Jugendbildung über das Niveau des gesammten Volkslebens ist eben auf die Dauer nicht möglich. Wichtiger aber ist, was Carnots Bericht von seinen Bestrebungen als Kultusminister meldet; denn hier ist er nicht in Utopien, sondern arbeitet in gegebenen Verhältnissen, und offenbart eine praktische Tendenz, die nicht mit ihm von der Bühne getreten ist, sondern noch in Cavaignacs Courtoisieen gegen Pius IX. sich kund gibt und gewiß auch von Louis Bonaparte festgehalten werden wird. Carnot berichtet, wie man anfangs beabsichtigte, die Aufsicht über den Kultus aus den Händen des Justizministers in die des Ministers des Innern zu legen, wie man aber dadurch die Religion in das Bereich der Polizeiangelegenheiten zu stellen besorgt und also schließlich die Kultusangelegenheiten dem Unterrichtsministerium anvertraut habe, weil hier ihr rechtmäßiger Platz sei. Er habe dann als Minister seinen Beamten das höchste Wohlwollen in allen Beziehungen zum Klerus, zugleich aber auch eine unbeugsame Festigkeit zur Pflicht gemacht, um denselben in der Einen und edlen Sphäre zu erhalten, die ihm angehört, und Uebergriffen zu widerstehen, zu denen jede Korporation von Natur hinneige. „Meine anhaltenden Bestrebungen, sagt er, hatten den Zweck, den niedern Klerus an die Republik zu binden; Frankreich vergißt nicht, daß 1789 die Pfarrer sich zu dem dritten Stand in der Nationalversammlung schlugen. Die früheren Regierungen, die in der Religion fast nur ein politisches Werkzeug sahen, markteten unaufhörlich mit dem Klerus: sie begünstigten ihn oder hielten ihn streng, wie gerade die Verhandlungen standen. Der republikanischen Regierung ziemte es, ihn aufrichtig zur Ausübung aller bürgerlichen Rechte und Pflichten einzuladen. **Wir rechneten also auf den Klerus.** Wir hatten nur eine Besorgniß, die sich leider hier und dort verwirklicht hat, die Besorgniß vor der Macht seiner Verpflichtungen gegen eine frühere Gewalt. Er hat einige Male einer Partei den Vorzug vor der Nation gegeben. Wie würde ein Anschluß ohne Rückhalt seinen Einfluß vermehrt, seine Mission ausgedehnt haben!" Also die provisorische Regierung rechnete auf den Klerus. Der Diener der Religion war, wie Carnot ausdrücklich sagt, in seinen Augen eine der Säulen, auf welche der republikanische Bau sich stützen sollte. Seine Pläne, so erklärt er, bezweckten nichts weniger, als die Trennung der Kirche und des Staates. Der Klerus, der nach Carnot's Worten, vermöge seiner Erziehung und seiner bisherigen Stellung nur allzugeneigt ist, sich außerhalb der großen nationalen Bewegung zu halten, sollte durch die zugleich religiöse und nationale Erziehung, welche **die Regierung** ihm in den geistlichen Seminarien geben wollte, umgestaltet werden. Kurz, die Republik will es versuchen, sich, wie die Monarchie, des Klerus zu bedienen und diese Tendenz ist auch seit Carnots Rücktritt dieselbe geblieben. Nun, der Versuch ist neu: versäumen wir nicht, seine Erfolge zu beachten. — Aber seit Carnot's Ministerium hat eine gewichtige Autorität, Pater Lacordaire, offen anerkannt, daß der Klerus immer auf Seiten derjenigen Gewalt ist, welche oben bleibt. Carnot, und wer irgend in seine Fußstapfen tritt, sollte billig, ehe er so viel Vertrauen in den Klerus setzt, sich fragen, bis zu welchem Punkte die Interessen des Klerus und der Religion, wie derselbe sie versteht, sich mit den Interessen der Republik vertragen? Wenn jene Interessen ganz und gar von der Bevormundung der Laien durch die Priester bedingt sind, wie könnten sie denn ihre Rechnung bei dem Fortschritt der Demokratie finden?

Deutschland.

* **Frankfurt.** Das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat eine Denkschrift ausgefertigt, aus der wir Folgendes entnehmen:

„Seit den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung über den Waffenstillstand von Malmoe hat die dänische Regierung bei verschiedenen Anlässen gegen Deutschland Anklagen der Verletzung eingegangener Verbindlichkeiten erhoben, während sie für sich das Verdienst gewissenhafter Vertragserfüllung in Anspruch nahm. Die Centralregierung Deutschlands hat lange zu diesen Vorwürfen geschwiegen, weil sie von den Verhandlungen den Charakter eines Austausches von Beschuldigungen fernzuhalten wünschte, und weil die offenkundige Geschichte des Waffenstillstandes zu laut für ihre Mäßigung und ihren Rechtssinn sprach, als daß sie von Darstellungen, deren Befangenheit dem Urtheile der Staatsmänner Europa's klar vorlag, einen ihr ungünstigen Eindruck hätte befürchten dürfen. Jetzt aber hat Dänemark, indem es die Besatzung der Insel Alsen vertragswidrig durch eine bedeutende Truppenmacht verstärkt und gleichzeitig die Herzogthümer zum Ungehorsam gegen die gemeinsam mit der deutschen Centralgewalt eingesetzte Regierung aufgefordert hat, sowohl den militärischen als den politischen Theil des Waffenstillstandes offen übertreten, ja völlig beseitigt. Die Lage ist hiedurch so unhaltbar und die Gefahr so dringend geworden, daß die Reichsregierung die Pflicht hat, durch eine offene Erklärung über ihr Verhalten zur Prüfung der Frage beizutragen, auf welche Seite die Verantwortlichkeit für die möglichen unglücklichen Folgen eines Bruches zu suchen sei.

Um zu zeigen, daß Dänemark von Anbeginn an, im Unmuth über getäuschte Erwartungen, die wahre Sachlage verkannt und mit unrichtigen Mitteln gegen dieselbe angekämpft hat, ist es nöthig auf den Anfang der eingetretenen Schwankungen zurückzugehen.

Dänemark war, auch nachdem es, dem Frieden zu Liebe, die unbestimmte Genehmigung des Vertrags nicht zurückgewiesen hatte, — was diesseits ehrende Anerkennung fand, — noch immer vollkommen berechtigt, die einzelnen Anträge auf Abänderung abzulehnen. Eben so lag es in seinem Rechte, die Zustimmung zu denselben von Bedingungen und Gegenbewilligungen abhängig zu machen, und die Rücksicht auf thatsächliche Nothwendigkeiten, die ihm zugemuthet wurde, auch für sich zu begehren. Waren aber einmal Verabredungen getroffen, dann stand es Dänemark nicht zu, über diese Vereinbarungen und über ihre Folgen, wie über Verletzungen seines Rechtes, Klage zu erheben.

Die vom 4. und 9. Oktober datirten Erklärungen der Mitglieder der Regierung gestatteten keinen Zweifel darüber, daß die neue Regierung, in der Voraussetzung, nicht strenge an Wort und Sinn des Art. 7 des Waffenstillstandes gebunden zu sein, nur mit Unterstützung der Vertreter des Landes und nach den Formen des Staatsgrundgesetzes ihr Amt zu führen gedenke. Ungeachtet dieser Erklärungen erfolgte am 12. Oktober die dänische Genehmigung der Wahl dieser Regierungsmitglieder, ohne daß ein entgegenstehendes Verlangen von Seiten Dänemarks gestellt wurde, was auch nur die Ablehnung des Amtes würde bewirkt haben.

Unter solchen Umständen kam es zu Schleswig am 21. Oktober zur förmlichen Einsetzung der gemeinsamen Regierung durch die Kommissarien der Reichsgewalt und des Königs-Herzogs.

Diese Behörde war mithin von Dänemark selbst, auf den Grund des ausdrücklich und stillschweigend abgeänderten Vertrages, eingesetzt und zur Regierung der Herzogthümer im Namen des Landesherrn berufen. Daß

dieselbe ihre Stellung nicht anders auffassen würde, wie sie gethan hat, davon hatte Dänemark bestimmte Wissenschaft, wenn dieß auch, um die Einsetzung zu erleichtern, nicht vorher laut verkündigt worden war. Erklärlich ist es, daß die Kundmachung, mit welcher die neue Regierung gleich am folgenden Tage ihre Wirksamkeit eröffnete und wodurch sie fast alle seit dem 17. März bis zu ihrem Amtsantritt erlassenen Verordnungen, einschließlich des Staatsgrundgesetzes, wieder in Kraft treten ließ, in Dänemark Bedauern und Aufregung hervorrief. Fur die dänische Regierung aber enthielt dieser Vorgang keine Ueberraschung. Vielleicht hatte die eine oder die andere Verordnung weggelassen, dieser oder jener Ausdruck anders gewählt, oder die Kundmachung vorerst auf die dringlicheren Verordnungen beschränkt werden können; aber im Ganzen lag in der Kundmachung nur die Erfüllung einer bei allen Betheiligten vorhandenen Voraussicht. Auch war jedes Präjudiz für den Frieden nicht nur durch ausdrückliche Vorbehalte beseitigt, sondern auch dadurch, daß die Regierung die im Staatsgrundgesetze vorgeschriebenen Beeidigungen ausgesetzt ließ.

Dennoch griff Dänemark sofort den rechtmäßigen Bestand der kaum eingesetzten Regierung an. Der dänische Kommissär verließ Schleswig und ließ sich von drohenden Protesten nur durch das Erbieten des Reichskommissärs, ihn nach Kopenhagen zu begleiten, abhalten. In Kopenhagen verlangte das dänische Ministerium Anfangs die ausdrückliche Zurücknahme des Staatsgrundgesetzes und vieler andrer Verordnungen, ließ sich aber durch die Vorstellungen der Vertreter der Reichsgewalt bestimmen, sich mit einem gleichlautenden Proteste der beiderseitigen Kommissäre zu begnügen, für welchen eine Fassung gewählt wurde, wonach zwar das Staatsgrundgesetz und vier andre Verordnungen für ungültig erklärt, jedoch der gemeinsamen Regierung nicht deren ausdrückliche Zurücknahme auferlegt, vielmehr derselben gestattet wurde, die durch den Protest in ihrem Rechtsbestande beseitigten Gesetze und Verordnungen als thatsächliche Anordnungen fortbestehen zu lassen.

Mit der größten Bestimmtheit muß behauptet werden, daß dieser am 28. Oktober erlassene gemeinsame Protest das Ergebniß einer Vereinbarung war, wodurch den Forderungen Dänemarks hinsichtlich der Kundmachung vom 22. Oktober vertragsmäßige Schranken gezogen wurden. Der diesseitige Kommissär würde den Protest nicht unterzeichnet haben, wenn durch denselben nichts entschieden, nicht der Streit hätte geschlichtet werden sollen, ja wenn der dänische Minister nicht ausdrücklich auf die angekündigte Absicht einseitiger drohender Schritte gegen die gemeinsame Regierung verzichtet hätte. Dänemark durfte sich daher nicht für berechtigt halten, auch außer dem Bereiche dieses Protestes weitergehende, mit der Centralgewalt nicht verabredete Forderungen an die gemeinsame Regierung als Bedingung der ferneren Anerkennung ihrer Rechtmäßigkeit zu stellen.

Die dänische Regierung aber entband sich von jetzt an in ihrem Verhalten gegen die Herzogthümer aller Rücksichten auf den Stand der Verhandlungen mit der Centralgewalt. Am 5. Nov., als die Kunde von dem Proteste vom 28. Okt. noch kaum nach Frankfurt gelangt war, ging schon Hr. v. Bülow von Kopenhagen nach Schleswig mit der Aufforderung an die dortige Regierung ab, die fraglichen Gesetze und Verordnungen ausdrücklich aufzuheben und für die Zukunft ein vertragsmäßiges Verhalten zu versprechen, wenn sie nicht für ungesetzlich und insurrektionell erklärt werden wolle. Die Regierung hatte sich damals dem Proteste bereits dadurch gefügt, daß sie sich bei der Aufrechthaltung desselben durch den Reichskommissär beruhigte; der einseitigen dänischen Aufforderung mußte und konnte sie nicht willfahren. Hr. v. Bülow verließ Schleswig sogleich wieder; und bald nachher, am 15. Nov., noch bevor die dänische Regierung die Ansicht der Centralgewalt über den Protest vom 28. Okt. kannte, erließ die schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei zu Kopenhagen, eine während des Waffenstillstandes ganz unberechtigte Behörde, jenes zur Steuerverweigerung und zum Ungehorsam gegen die gemeinsame Regierung auffordernde Reskript, welches von Alsen und andern Punkten aus eifrig unter das schleswig'sche Landvolk ausgestreut wurde, während es dem deutschen Gesandten in Kopenhagen unbekannt blieb. Ein Gefühl der Bedenklichkeit dieses Schrittes scheint denselben, selbst auf geschehene Nachfrage, der Kenntniß des Vertreters der Centralgewalt entzogen zu haben; so daß nicht zu erwarten war, daß wenige Wochen später die Aufforderung zum Ungehorsam selbst die Sanktion des königlichen Namens erhalten werde. Am 18. Nov. übergab Hr. Banks der dänischen Regierung die genehmigende Erklärung der Centralgewalt über den Protest vom 28. Okt. Zwar war diese Genehmigung keine unbeschränkte, aber die außerwesentlichen Einschränkungen und Erläuterungen, die sie enthielt, übten, wie die am 25. desselben Monats ertheilte Antwort annehmen läßt, keinen bestimmenden Einfluß auf die bereits feststehenden Entschlüsse Dänemarks. Für Dänemark gab es bereits keine Regierung mehr in den Herzogthümern; ja Dänemark ließ lieber den ganzen Norden Europas auf die Wiederherstellung der unterbrochenen Postverbindung durch die Herzogthümer warten, als einen dänischen Postbeamten mit einem schleswig-holstein'schen unterhandeln. Immer offener trat der Plan hervor, durch Aufreizungen aller Art den dänisch redenden Theil der Bevölkerung Schleswigs zum Widerstande gegen die Regierung zu bewegen, und immer weniger wurden, um diesem Zwecke zu dienen, Verletzungen des Waffenstillstands-Vertrages gescheut. Die dänische Regierung sprach und handelte nicht mehr anders, als ob in Schleswig eine deutsche Regierung gleichbedeutend wäre mit Anarchie, ein dänischer Aufruhr gleichbedeutend mit Ordnung.

Nachdem Dänemark gegenüber der neuen Regierung der Herzogthümer mit so großer Strenge auf seinem Rechte beharrt und jede Rucksicht auf die Stellung dieser Letzteren in der öffentlichen Meinung ihres Landes verweigert hatte; nachdem diesseits in den gemeinsamen Protest gewilligt war, mußte die dänische Regierung wohl erwarten, nunmehr ihrerseits an Erfüllung des Vertrages gemahnt zu werden. Die rechtswidrige Vorenthaltung der Inseln Alsen und Arroe ward jetzt Gegenstand der lautesten Rüge in den Herzogthümern. Hier handelte es sich nicht um zweifelhafte Auslegung, um mehr oder weniger buchstäbliche Auffassung des Vertrags, sondern um eine Uebertretung desselben in einem ganz zweifellosen Punkte. Die Wichtigkeit Alsen's fur das Herzogthum Schleswig ist bekannt; sie ward erhöht durch das Verfahren der dänischen Behörden, welche nicht nur mit dem Eigenthume einzelner Privaten auf Alsen in einer niemals zu rechtfertigenden Weise schalteten, sondern auch die Insel als eine Angriffsstellung zur Beunruhigung Schleswig's durch alle erdenklichen Agitationsmittel benutzten. Daher erhielt der deutsche Gesandte in Kopenhagen, gleichzeitig mit der Genehmigung des gemeinsamen Protestes, den Auftrag, an das dänische Kabinet das Begehren der Uebergabe der Verwaltung der genannten Inseln zu stellen; welchem Auftrage derselbe am 18. November nachkam.

Inzwischen war, nach dem gemeinsamen Proteste, die dänische Regierung zu dem Entschlusse gelangt, ihrerseits mit Anträgen auf abändernde Vereinbarungen durch ihren Gesandten in Frankfurt hervorzutreten, und lehnte mit Bezug hierauf jenes Begehren ab. Die in Frankfurt solchergestalt am 18. November nachträglich vorgebrachten Gegenforderungen bestanden in drei Punkten: ausdrückliche Mißbilligung des Verfahrens der gemeinsamen Regierung und Zurücknahme oder Annullirung wenigstens der in dem Proteste vom 28. Oktober namentlich bezeichneten Anordnungen; Ueberlassung der Verwaltung von Alsen und Arroe; gänzliche Zurückziehung der deutschen Reichstruppen aus dem Herzogthume Schleswig.

Bereits mit Entschließung vom 23. Oktober, ehe man in Kopenhagen von dem Auftreten der am 22. zu Schleswig eingesetzten Regierung das Geringste wissen konnte, ordnete die dänische Regierung eine neue Verwaltung der Inseln an, mit dem Befehle, dieselbe so lange fortzusetzen, bis sie für den Schutz ihrer Rechte so vollständige Bürgschaft habe, daß sie die Verwaltung mit Zuversicht der Regierung der Herzogthumer übergeben könne. Aus dieser freilich dem deutschen Gesandten in Kopenhagen nicht zur Kenntniß gekommenen Verfügung folgt, daß die Inseln als Pfand für die Erfullung des Waffenstillstandes in dänischem Sinne dienen sollten, wozu der Vertrag kein Recht gewährt. Es dürfen hier die eigenen Worte der dänischen Regierung in einer Note vom 16. Oktober gegen sie gewendet werden, worin es wörtlich heißt:

„Obgleich nicht zu verkennen ist, daß ernste Schwierigkeiten der Ausführung sowohl des Artikels VII., als des Additionalartikels I., der Convention vom 26. August d. J. in den Weg getreten sind, so muß die königliche Regierung doch des Dafürhaltens sein, daß die Erfullung der übrigen Bestimmungen der gedachten Convention von der Ausführung jener Artikel, und namentlich von einer in Betreff der zu installirenden neuen Regierung zu treffenden Vereinbarung, nicht abhängig gemacht werden könne."

Also durfte auch Dänemark die vertragsmäßige Uebergabe der beiden Inseln nicht davon abhängig machen, daß eine in seinem Sinne handelnde Regierung zu Stande komme.

Noch kommt in Betracht, daß die Gesinnung der Bevölkerung der Inseln keineswegs ungetheilt ist; daß Wünsche der Vereinigung und Beschwerden über Bedrückung von Alsen aus an die gemeinsame Regierung gerichtet worden sind; und vorzüglich, daß die Fortdauer der abgesonderten Verwaltung ein in hohem Grade nachtheiliges Präjudiz für den Frieden bildet.

Aus diesen Gründen mußte auf der Uebergabe der Verwaltung der genannten Inseln bestanden werden.

Die dritte Modifikation, die Zurückziehung der Reichstruppen aus dem Herzogthum Schleswig, konnte von der Reichsregierung unmöglich als bindende Verpflichtung zugelassen werden, um so weniger, da Dänemark in militärischer Hinsicht den Vertrag mehrfach, namentlich durch Truppendurchmärsche nach den dänischen Enclaven, überschritten hatte. Um jedoch einen Beweis versöhnlicher und vertrauender Gesinnung zu geben, und mit Rücksicht auf einige vorgefallene Konflikte, gab die Centralgewalt Befehl, für jetzt die Reichstruppen, Badener und Hanseaten, aus Schleswig zurückzuziehen. In Folge dieses Zugeständnisses ist noch in diesem Augenblicke das Herzogthum Schleswig, während es durch die dänische Armee von zwei Seiten her bedroht und durch königliche Proklamationen zum Ungehorsame aufgefordert wird, nicht von einer einzigen Compagnie deutscher oder holsteinischer Truppen, sondern ausschließlich von eingebornen schleswig'schen Mannschaften besetzt, an welche die dänischen Soldaten Aufforderungen zum Abfall über die Grenze schicken. Es ist dieses, im Vorbeigehen bemerkt, dasselbe Schleswig, welches Dänemark nicht müde wird, als dem Terrorismus einer deutschen Partei verfallen darzustellen.

In dieser Weise beantwortete das Reichsministerium am 16. d. M. die dänischen Noten vom 18. und 25. November, und unmittelbar nachher, also ohne daß die dänische Regierung diese Antwort abgewartet hätte, erhielt dasselbe kurz nacheinander die Nachrichten von dem doppelten offnen Bruche des Waffenstillstandes, durch die Verstärkung der Besatzung von Alsen und durch die königliche Erklärung, daß es keine rechtmäßige Obrigkeit in den Herzogthümern gebe.

Ueber beide Maßregeln richtete das dänische Kabinet an die Centralregierung Deutschlands kein Wort der Erklärung oder nur der Nachricht. Vertretern dritter Mächte soll die Versicherung ertheilt worden sein, daß die Verstärkung der Besatzung Alsens nur den Schutz dieser Insel, keinen Angriff auf Schleswig bezwecke.

Die Regierung des Reichsverwesers hat durch die gegenwärtige Darstellung nicht beabsichtigt, die Gefühle eines ehrenwerthen Gegners zu verletzen. Sie hat aber den mehr als nöthig und billig ausgestreuten Vorwurf, als habe Dänemark zum Lohne für bewiesene Vertragstreue und Versöhnlichkeit nur Unrecht über Unrecht erfahren, für jetzt und für immer von dem deutschen Namen abwehren wollen. Sie wünscht zugleich das Ihrige zur allgemeinen Beruhigung zu thun, indem sie erklärt, daß sie sich gegenüber den drohenden Schritten Dänemarks auf Maßregeln der Vorsicht beschränkt hat, daß sie den Waffenstillstand und die spätern Vereinbarungen, so lange sie nicht zum Gegentheile gezwungen wird, freiwillig einzuhalten entschlossen ist, und daß daß sie mit angestrengter Bemühung das Ziel verfolgt, die nicht durch sie heraufbeschworene Gefahr wieder zu beseitigen."

Frankfurt, den 29. Dezember 1848.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 7. Frankfurt a. M., Sonntag 7. Januar. 1849.

Es ist uns vom hiesigen Ober-Post-Amte nachgegeben, auch ein vierteljähriges Abonnement auf die Deutsche Zeitung eröffnen zu können. Der Preis ist Drei Gulden, in Preußen 2 Thaler 7 Silbergroschen. Wir bemerken, daß die Deutsche Zeitung früher als jedes andere Blatt die Parlaments-Verhandlungen in übersichtlicher Darstellung liefert.

Frankfurt a. M., 6. Januar 1849.

Uebersicht.

7. Januar.

Also Oesterreich will uns nicht loslassen! Oesterreich verlangt, daß wir unsre Verfassung nicht vollenden, ohne sie vorher seiner Genehmhaltung unterbreitet zu haben. Gebunden aber will es an Nichts sein, als wozu es eben seine Einwilligung selbst gegeben hat! Solchen Forderungen gegenüber, die in der That etwas sehr — naiv sind, fragen wir natürlicherweise nach dem Recht Oesterreichs, derartige Ansprüche zu erheben, und nach seiner Macht dieselben durchzusetzen.

Das Recht — Oesterreich leitet es ab aus der Bundesakte von 1815 oder auch wohl, wie in der neuesten Note, aus seiner tausendjährigen Stellung in Deutschland, resp. an der Spitze Deutschlands.

Will Oesterreich im Ernst sein altes Kaiserthum an der Spitze des heiligen römischen Reichs deutscher Nation wieder geltend machen? Jenes Kaiserthum, welches von ihm 1814 als die Mehrzahl deutscher Fürsten und die Stimme des deutschen Volkes ihm die Krone Karls des Großen anboten, ja fast aufdrangen, hartnäckig zurückgestoßen ward, angeblich weil die Unabhängigkeitserklärung der deutschen Staaten im Pariser Frieden dies nicht zugelassen? Ein solches Rückwärtsgreifen in eine Zeit, die für immer abgeschlossen hinter uns liegt, wäre doch allzu lächerlich, und selbst der Metternich'schen Politik könnten wir einen solchen Anachronismus kaum zutrauen.

Oder gründet Oesterreich seine Ansprüche auf den alten deutschen Bund? Aber welche Ansprüche?

Zunächst seinen Einspruch gegen das Zustandekommen eines deutschen Bundesstaates ohne seine Zustimmung.

„Die Bundesakte von 1815 besteht noch in Kraft", rufen die Organe des österreichischen Ministeriums, der „österreichische Korrespondent", die „Wiener Zeitung" u. s. w. aus; nach der B. A. aber kann eine Abänderung der Bundesverfassung nur mit Einstimmigkeit sämmtlicher Bundesglieder zu Stande kommen.

Wir wollen hier nicht die Frage aufwerfen: ob die Bundesakte wirklich noch „in Kraft bestehe", ob nicht die Revolution des März, die den ganzen bestehenden Rechtszustand umgestaltet, die u. A. einen Fundamentalsatz des alten Bundesrechts, Art. 57 der Wiener Schlußakte, auch in Oesterreich gänzlich umgestoßen und die Theilung der Staatsgewalt zwischen Souverän und Volk überall zum Staatsgrundsatz erhoben hat, ob diese Revolution nicht jene ganzen Verträge von 1815 über den Haufen geworfen habe.

Nicht fragen wollen wir ferner: ob nicht selbst Oesterreich diesen neuen durch die Märzrevolution geschaffenen Rechtsboden anerkannt habe, da es die Wahlen zur konstituirenden deutschen Nationalversammlung ausschrieb, einer Versammlung, der nach dem Beschlusse des Vorparlaments „einzig und allein, die künftige Verfassung Deutschlands zu begründen, überlassen war," oder die, wie der Bundestag in seinem Wahlausschreiben sich ausdrückt, „das deutsche Verfassungswerk zwischen Volk und Regierungen zu Stande bringen sollte," was ebenfalls die endgültige Entscheidung in ihre Hand legt — nicht fragen endlich, ob nicht wenigstens die einstimmige Uebertragung der Bundesgewalt an die von eben dieser Nationalversammlung freigewählte Centralgewalt die vollgültige Anerkennung des Rechts derselben zur Fortbildung der alten Bundesverfassung in sich schließe.

So unzweifelhaft uns die Antwort ist, die jeder Unbefangene auf diese Frage wird geben müssen, so wollen wir doch selbst darauf verzichten, und uns einmal auf den Rechtsboden des österreichischen Ministeriums, auf den Boden des alten Bundesvertrags stellen. Wir behaupten, daß auch von diesem Boden aus die Anmuthungen des österreichischen Ministeriums grundlos sind und wollen dies beweisen.

Oesterreich hat — die fortdauernde Rechtsgültigkeit der alten Bundesverträge angenommen — einen Anspruch auf die Fortdauer der Rechte, die ihm als Bundesglied zustanden; vorausgesetzt, daß es seine Pflichten als solches erfüllt; es hat aber kein Recht, die übrigen Mitglieder jenes Bundes zu verhindern, unter sich noch ein zweites engeres Bündniß einzugehen. Nach Art. XI. der Bundesakte „behalten die Bundesglieder das Recht der Bündnisse aller Art"; sie verpflichten sich blos, keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären.

Niemand wird behaupten können, daß der Bundesstaat, den die deutschen Staaten gründen wollen, Etwas gegen die Sicherheit des (alten) Bundes, d. h. der Gesammtheit eben dieser Staaten, oder einzelner Theile desselben enthalte. Selbst für den Fall, der hier einzutreten scheint, daß einzelne Glieder des alten

Bundes diesem engern Bündnisse sich nicht anschließen könnten oder wollten, würde solchen doch kein Verbietungsrecht gegen die andern zustehen, so lange diese nicht in ihren neuen Bundesvertrag Etwas aufnehmen, was als eine Feindseligkeit gegen die sich ausschließenden betrachtet werden müßte. Nun ist aber von Seiten der deutschen Nationalversammlung und Centralgewalt — der zur Zeit einzigen Organe der neuen bundesstaatlichen Vereinigung — davon so wenig die Rede, daß vielmehr ihr erstes Wort auf Oesterreichs Weigerung, dieser Vereinigung beizutreten, eine Aufforderung und Einladung zur innigsten freundschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich und dem bundesstaatlich geeinten Deutschland war. So wenig daher jemals Oesterreich gegen die Gründung des deutschen Zollvereins, als eines Bundes im Bunde, Einspruch erhoben hat, ebensowenig könnte es mit Fug gegen eine andere besondere Einigung deutscher Staaten Einspruch einlegen, wenn diese auch eine größere Zahl von Staaten, als der Zollverein, nämlich alle außer Oesterreich, in sich schließt und sich auf mehrerlei Gegenstände, als auf das bloße Zollwesen bezieht.

Ebensowenig wird Oesterreich einen Grund seines Einspruchs daraus ableiten können, daß im alten Bundesvertrage die „Unabhängigkeit" der einzelnen Bundesstaaten gewährleistet sei, diese aber verloren gehe durch ihre Unterordnung unter eine gemeinsame Centralgewalt und Centralgesetzgebung.

Denn nach Artikel VI. der Wiener Schlußakte kann „eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiete haftender Souveränetätsrechte ohne Zustimmung der Bundesversammlung nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen". Sollten also z. B. die zum Bundesstaat vereinigten Staaten die oberste Herrschaft über diesen Bund und damit einen Theil ihrer eigenen Souveränetätsrechte einem einzelnen dieser Bundesglieder übertragen, so würde eine solche Uebertragung schon nach dem angezogenen Artikel der Wiener Schlußacte vollkommen begründet sein.

Die materiellen Ansprüche, welche Oesterreich an den Bund zu machen hat, beziehen sich 1) auf den Bundesschutz seiner deutschen Länder gegen auswärtige Angriffe, 2) darauf, daß kein Glied des Bundes einen solchen Angriff gegen dasselbe unternehmen darf; 3) auf die Freiheit der Auswanderung deutscher Unterthanen nach Oesterreich, 4) auf das Recht der deutschen Oesterreicher im übrigen Deutschland Grundbesitz zu erwerben, 5) auf den gegenseitigen Schutz vor Nachdruck.

Alles Dies und noch viel Mehr dem stammverwandten Oesterreich zu leisten, ist das übrige Deutschland bereit und willig, sei es unter den alten Bundesformen, sei es vermittelst eines neuen, weitergehenden Vertrags.

Aber die formelle Bundesverfassung! Aber die Ansprüche Oesterreichs auf die „erste Stelle im Bunde"!

Die formelle Bundesverfassung — nun diese bestand in der gemeinsamen Berathung und Beschlußfassung über Bundesangelegenheiten, wobei jeder Bundesstaat eine oder mehrere Stimmen hatte und die Majorität, oder ⅔ entschieden. Besteht Oesterreich auf dieser Form, so kann ihm darin wohl nachgegeben werden. Es wird aber dann Oesterreich Nichts dawider einwenden können, wenn wie schon beim alten Bundestag oft ein Gesandter mehrere Stimmen führte, jetzt die sämmtlichen Stimmen der bundesstaatlich geeinten Staaten, natürlich in der gleichen Richtung, durch einen einzigen Gesandten vertreten werden. Oesterreich wird freilich dann in einer steten Minorität sein, aber geschieht ihm damit ein Unrecht? Gab ihm seine Stellung an der Spitze des alten Bundes ein Recht auf materielle Präponderanz oder gar auf Alleinherrschaft darin? Gewiß nicht. Rechtlicherweise kam ihm eine solche wegen seines Präsidiums nicht zu und was es mit Unrecht besaß, das wird es uns doch nicht als sein Recht entgegenhalten wollen?

So viel über das Recht Oesterreichs, wenn es denn einmal durchaus kein anderes Recht geben soll, als der Buchstabe auf dem Papier, den Metternich dictirt hat; des Nächsten sprechen wir wohl einmal über die Macht Oesterreichs, dieses angebliche Recht zu erzwingen.

---

* Wir wünschten, recht viele Erklärungen zu erhalten, wie die folgende.

Herr Redakteur!

In der Ober-Post-Amts-Zeitung vom 5. d. M. befindet sich unter der Rubrik: Deutschland ein Artikel über die Konferenz der Bevollmächtigten der Einzelstaaten im Reichsministerio hinsichtlich der Grundrechte. Dieser Artikel strotzt von Unwahrheiten. Den übrigen Herrn Bevollmächtigten überlassend, zur Ehre der Wahrheit das Ihrige zu thun, beehre ich mich, Ihnen meine zu Protokoll gegebene Erklärung zur Aufnahme in Ihr verbreitetes Blatt zuzustellen. Es ergibt sich daraus, daß der sofortigen Verkündigung der Grundrechte in den Herzogthümern Schleswig-Holstein durchaus kein Hinderniß entgegensteht und bereits am 3. d. M. habe ich dem Reichsministerio im Auftrag meiner Regierung mittheilen können, daß sie mit meiner Erklärung völlig einverstanden sei. Hinzufügen läßt sich noch, daß nach Art. 5 des schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetzes, so lautend:

die für ganz Deutschland oder die Herzogthümer insbesondere, von den gegenwärtigen oder zukünftigen verfassungsmäßigen Gewalten Deutschlands erlassenen oder zu erlassenden Gesetze und Anordnungen, sind für die schleswig-holsteinischen Staatsgewalten und Staatsbürger verbindlich,

eine Verständigung mit der Landesversammlung über die Verkündigung der Grundrechte nicht erforderlich ist. Der Referent in der Ober-Post-Amts-Zeitung hat daher mit der Brille der Täuschung das Protokoll gelesen, wenn er darin gefunden, daß hinsichtlich Schleswig-Holsteins noch Alles im Ungewissen schwebe und eine bestimmte Zusicherung nicht ertheilt werden könne.

In vollkommener Hochachtung Francke.

Frankfurt, 6. Jan. 1849.

„Der Bevollmächtigte für Schleswig-Holstein:

In den Herzogthümern Schleswig-Holstein, welche gegenwärtig durch die gemeinsame Regierung in Schleswig vertreten werden, besteht ein eigenes Gesetzblatt nicht; jedes erlassene Gesetz wird für sich zur Publikation gebracht und die Publikation der Reichsgesetze geschieht in gleicher Weise durch einen besonderen Abdruck der in dem Reichsgesetzblatt enthaltenen Gesetze und Verfügungen; um dabei das Bedürfniß der dänisch redenden Theile des nördlichen Schleswig zu berücksichtigen, wird dem deutschen Originaltexte, nach Maßgabe des Artikels 24 des schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetzes, eine beglaubigte dänische Uebersetzung hinzugefügt. Obgleich in Bezug auf die Grundrechte ohne neue Instruktionen, bezweifle ich doch um so weniger, daß auch diese in der angegebenen Art werden zur Veröffentlichung gebracht werden, sobald ein Reichsgesetz solche verkündet, als auf das Rundschreiben des Reichsministers des Innern vom 23. Okt. d. J., betreffend baldige Verwirklichung der §§. 25—33 der Grundrechte, ich im Auftrage meiner Regierung, am 7. v. M. erwiedern konnte, daß dies Rundschreiben sofort in den Herzogthümern zur öffentlichen Kunde gebracht werde. Ueber die Verkündigung der Reichsgesetze hat seither eine Verständigung mit der Landesversammlung nicht stattfinden können, weil letztere mit dem Regierungsantritt der gemeinsamen Regierung sich vertagte; ob mit der am 27. d. M. wegen der Steuerbewilligung für das nächste Jahr wieder zusammen tretenden Landesversammlung eine solche Verständigung beabsichtigt wird, ist mir nicht bekannt.

Wenn ich sonach keinen Anlaß habe, die sofortige Verkündigung der Grundrechte in den Herzogthümern Schleswig-Holstein zu bezweifeln, da diese deutschen Lande in jeder Rücksicht den Anordnungen der Centralgewalt nachzukommen, stets die größte Bereitwilligkeit an den Tag gelegt haben, so muß ich doch hinzufügen, daß die durch die grundrechtlichen Bestimmungen erforderlich werdenden vielfachen Spezialgesetze, weil nach dem Waffenstillstandsvertrage vom 26. Aug. bis 16. Sept. d. J. die gesetzgebende Gewalt in den Herzogthümern leider für die Dauer des Waffenstillstandes eine ruhende ist, zur Zeit nur vorbereitet werden können. Nach dem Aufhören dieses zeitweiligen Ruhens der Gesetzgebung steht der Erlassung dieser Spezialgesetze, im Einverständnisse mit der Landesversammlung, nichts im Wege."

Deutschland.

Frankfurt, 4. Jan. Die O. P. Z. zeigt an: Se. k. k. apostolische Maj., Franz Joseph I., haben den bisher bei hiesiger freien Stadt accreditirten bevollmächtigten Minister, den k. k. österreichischen wirklichen Kämmerer und Hofrath, Hrn. Ferdinand Freiherrn v. Menshengen, in dieser Eigenschaft bestätigt.

Frankfurt, 6. Jan. Die O. P. Z. theilt nun das Schreiben mit, welches das Reichsministerium in Bezug auf die österreichische Note vom 28. Dez. an den österreichischen Ausschuß hat gelangen lassen. Dasselbe lautet: „Der Präsident des Reichsministerraths an

den Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für Begutachtung des vom Reichsministerium in der österreichischen Frage gestellten Antrags, Abgeordneten &c. Kirchgeßner.

Indem das Reichsministerium dem obengenannten Ausschusse eine Mittheilung abschriftlich zur Kenntniß bringt, welche ihm von Seiten der k. k. österreichischen Regierung durch deren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt zugegangen ist, findet es sich veranlaßt, diese Mittheilung mit folgenden Bemerkungen zu begleiten:

I. In dem Satze 1. des Antrags des Reichsministeriums vom 18. v. M. ist dieses von der Pflicht der Reichsgewalt ausgegangen, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland zu erhalten. Es ist also nicht von ihm in Zweifel gezogen worden, daß Oesterreich eine Bundesmacht und berechtigt sei, im Bundesverhältnisse zu verbleiben.

II. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit will unbestreitbar die frühere Bundesverfassung so umgestaltet wissen, daß die Gesammtinteressen der Nation durch eine Gesammtregierung mit Volksvertretung, unter Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, in so weit sie damit verträglich ist, souverän verwaltet werden. Der Charakter dieses künftigen Bundesstaates ist vorläufig in denjenigen Theilen einer Reichsverfassung (vom Reich, von der Reichsgewalt, vom Reichsgerichte, vom Reichstage), deren erste Lesung stattgefunden hat, gezeichnet. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die konstituirende Nationalversammlung bei der zweiten Lesung solche Veränderungen beschließen werde, die den Charakter des künftigen Bundesstaates wesentlich ändern.

III. Dem so in Aussicht stehenden Bundesstaate beizutreten, wird kein rein deutscher Staat verweigern können. Was aber Oesterreich betrifft, so glaubte das Reichsministerium, und glaubt noch, daß dieses bei der Natur seiner Zusammensetzung mit außerdeutschen Ländern eine Sonderstellung einnehmen werde, einnehmen müsse.

IV. Wenn auch Oesterreich früher nicht ausdrücklich erklärt hatte, in den deutschen Bundesstaat, wie er nach den vorliegenden Beschlüssen sich gestalten würde, nicht eintreten zu wollen; und wenn es sich jetzt seine weitere Erklärung darüber vorbehält, so glaubt das Reichsministerium berechtigt zu sein, aus dem von der öffentlichen Meinung in Oesterreich sanctionirten Programme von Kremsier (27. Nov. v. J.), und aus dem Verhalten der österreichischen Regierung gegenüber den Anordnungen der Centralgewalt und den Beschlüssen der Nationalversammlung, eine solche Ansicht der österreichischen Regierung, in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten zu können, unterstellen zu müssen. In diesem Programm heißt es nämlich: „Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß."

Die Fortdauer einer staatlichen Einheit der österreichischen Monarchie ist unvereinbar mit der Unterordnung eines Theiles unter einen von der Gesammtmonarchie unabhängigen, starken, einheitlich regierten, kurz dem Willen der Nation entsprechenden, deutschen Bundesstaat. Jetzt erklärt der neue österreichische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, daß das österreichische Ministerium die politische Ansicht, welche dem Programm von Kremsier zu Grunde lag, wesentlich modifizirt habe. Die Regierung des Kaiserstaats hält ihre Antwort auf die, an Oesterreich durch den deutschen Verfassungsentwurf gestellte Frage noch für frei. Diese Freiheit ihr zu bestreiten, kann nicht Sache der Reichsgewalt sein. Aber auch nach den, von dem Bevollmächtigten Oesterreichs gegebenen Erläuterungen der Note vom 28. v. M., glaubt das Reichsministerium, daß der Erfolg seine Ansicht rechtfertigen werde.

V. Das Reichsministerium ging in dem fünften Satze des Vorschlags vom 18. v. M. von der Ansicht aus, daß die Verfassung des Bundesstaates nicht Gegenstand der Unterhandlung sein könne. In der Note vom 28. v. M. wird wohl mit Rücksicht darauf bemerkt daß die Lösung der großen Frage nur auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Rang einnehme, zu erreichen sei.

So wenig überall der Weg der Verständigung zu vernachlässigen sein wird, wo er zum Ziele führen kann; so entschieden wird das, mit der von der konstituirenden Nationalversammlung genommenen Stellung unverträgliche allgemeine Vereinbarungsprinzip, bezüglich des Verfassungswerkes, zurückgewiesen werden müssen. Die Hoffnung, wo sie auftauchen möchte, daß die Zeit gekommen sei, den starken Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher oberster Gewalt, in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt; diese Hoffnung wird zu Schanden werden.

VI. Aber auch abgesehen von dem Verfassungswerke, der Note vom 28. v. M. und den Erläuterungen des neuen österreichischen Bevollmächtigten, bleibt eine Verhandlung mit der österreichischen Regierung nothwendig, sowohl um das Inslebenführen der deutschen Verfassung dadurch zu beschleunigen, daß eine gegenseitige Erklärung über das Verhältniß des nicht deutschen Oesterreichs zu dem Gesammt-Deutschlande, oder eventuell eine Union des Gesammt-Oesterreichs zu dem übrigen Deutschlande vorbereitet werde; als auch zur Erreichung der unmittelbaren Regierungszwecke der Centralgewalt, und zur Erfüllung ihrer Pflicht, welche einen Bevollmächtigten an dem Orte nothwendig macht, wo die Neugestaltung eines Reichs sich entscheidet, das zu einem großen Theile zu Deutschland gehört, und wo große europäische Interessen ihren Mittelpunkt finden.

In welcher Form die Verhandlung geführt wird, ist an sich Nebensache. Indem das Reichsministerium die Ermächtigung nachsuchte, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem österreichischen Kaiserreiche anknüpfen zu dürfen, geschah dieß aus dem Grunde, weil die Sendung von Reichskommissären von Seiten der Centralgewalt den Anspruch auf eine executive Gewalt begründet, welche ihr in Oesterreich geradezu abgesprochen worden ist.

VII. Das Reichsministerium wiederholt daher seinen in der Proposition vom 18. v. M. begründeten Antrag dahin, daß es autorisirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs, Namens der Centralgewalt, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten. gez. Gagern."

: **Frankfurt**, 6. Jan. Während Sie Ihre Anklage über die Sonderbündlerei von Baiern und Hannover erheben, laufen von allen Seiten neue Bestätigungen jenes unheilvollen Treibens ein. Ein baierischer und ein hannöverischer Gesandter treffen gleichzeitig in Ollmütz ein, und wie die O. P. Z. berichtet, haben Baiern und Hannover in London erklärt, daß sie einem Reichsoberhaupte sich nicht unterordnen, sondern vorziehen würden, wie Oesterreich in ein blos völkerrechtliches Bundesverhältniß mit dem übrigen Deutschland zu treten. Dies haben sie in London erklärt, im Auslande! Scham und Zorn bewegen uns fast zu sehr, um unsere Gedanken in Worte zu fassen. Nur eine Frage wollen wir thun: Wer hat jene Erklärungen abgegeben? Die Fürsten von Baiern und Hannover, welche nach der Verfassung ihres Landes unverantwortlich sind, aber nichts thun dürfen ohne ihre verantwortlichen Minister? Dann sind jene Erklärungen völlig nichtig. Oder jene Erklärungen sind von den verantwortlichen Ministern gezeichnet; dann wird das Volk durch seine Vertreter sie zur Rechenschaft ziehen. Wache, deutsches Volk! Erhebe dich! Gebrauche deine neue Freiheit, und die Presse, die Vereine, um zu erklären, ob du wieder zum gemeinen Werkzeug ehrgeiziger Fürstenränke herabgewürdigt sein willst!

Frankfurt, 6. Jan. Wie wir vernehmen, ist Herr v. Gagern mit Herrn v. Lerchenfeld, der sich gegenwärtig hier befindet, in Unterhandlung wegen Uebernahme des Portefeuille des Reichsministeriums des Innern. Es soll dies schon seit Herrn v. Lerchenfeld's Austritt aus dem baierischen Ministerium Herrn v. Gagern's Absicht gewesen sein, und er nur haben abwarten wollen, bis die Nationalversammlung über sein Programm, und also über sein eigenes Ministerium werde entschieden haben. (O. P. Z.)

... **Frankfurt**, 6. Jan. Wäre es nicht so ernst, man müßte darüber lachen! Der neue österreichische Ausschuß war gestern Abend noch nicht in den Besitz des vielbesprochenen österreichischen Manifestes gekommen, weil es der Reichsminister selbst noch nicht (wenigstens nicht in officieller Form) erhalten hatte. Heute theilt nun die Oberpostamts Ztg. dieses zur einfachen Note umgewandelte österreichische Manifest mit und es läßt sich doch wohl annehmen, daß es auch nun zur Kenntniß des Reichsministeriums und des Ausschusses gekommen. Der letztere trat in der heutigen Mittagsstunde wieder zusammen und wird denn endlich das Ei des Kolumbus ausgebrütet haben. Der Ausschuß wird nächsten Montag seinen Bericht erstatten und sich ohne Zweifel die Berathung daran reihen. Der Ausschuß wird dem Gagern'schen

Programm nickt beitreten, aber Gagern auch nicht zum Rückzuge drängen wollen und dahin, vermittelnd, wird sich auch die Majorität der Nationalversammlung aussprechen. Immerhin darf man auf die Debatten über die formelle und materielle Frage der österreichischen Angelegenheit gespannt sein. Die österreichischen Abgeordneten versammeln sich heute Abend; Obrist v. Mayern ist seit gestern hier von Wien zurück.

Par:. Korr. **Frankfurt**, 6. Jan. Herr v. Schmerling erklärte in dem Ministrrrath vom gestrigen Tage, daß vor allen Dingen seine Anwesenheit in Wien das österreichische Ministerium zu „wesentlichen" Modifikationen des Novemberprogramms veranlaßt habe. Reichskommissäre, heißt es, könne man sich freilich nicht ferner in Oesterreich gefallen lassen, aber den blos gesandtschaftlichen Verkehr müsse man gleichfalls verbitten. Man behält sich die Freiheit vor, in den deutschen Bundesstaat einzutretrn, man thut ein Aeußerstes, indem man sich bis zu der Verheißung hinauswagt, keine materielle Einigung der deutsch-österreichischen Provinzen mit Deutschland soglrich zu bewerkstelligen, und man stellt endlich, zur Herstellung jenes großen mitteleuropäischen Reiches, von Nruem eine Union auch der außerdeutschen Provinzen mit Deutschland in Aussicht.

In seiner gestrigen Abendsitzung wurbe der Ausschuß über das so modifizirte Programm nicht schlüssig; es wurde der Druck der neuen Aktenstücke verfügt und man ist heute Mittag, während wir diese Zeilen schrriben, in neuer Berathung begriffen. Es ist anzunehmen, daß die bisherige Minorität für den ministeriellen Antrag gegenwärtig sich vergrößern, vielleicht zur Majorität werden wird.

Aus Oesterreich, 2. Jan. Die Ministerialverordnung, das öffentliche Feilbieten, Ausrufen und Anschlagen von Plakaten und Druckschriftrn betreffend &c., soll, wie das Ministerium versichert, blos im Interesse der freien Presse geschehen sein, damit diese nicht bei dem besseren Theile des Publikums um jede Geltung und Theilnahme komme. Die Schriftstellerwelt und der Reichstag dürften dagegen anderer Meinung sein. Es sind obige Bestimmungen unleugbar wichtige Zusatzparagraphen zum provisorischen Preßgesetze vom Mai 1848, und es entsteht die Frage, ob das Ministerium bei drm Vorhandensein des Reichstages berechtigt war, so tief einschneidende Modikationen eines bestehenden Gesetzes ohne reichstägliche Zustimmung zu verfügen. In Prag, wo noch der Athem der freien Presse ungeschmälert weht, sind jedenfalls dagegen energische Remonstrationen zu erwarten. Von Wien kann bei dem jetzigrn Ausnahmszustande keine Rebe sein. — Die drei Bischöfe des Erzherzogthums Oesterreich haben einen energischen Protest gegen die Rrligionsparagraphen ber Grundrechte eingelegt. Sie behaupten, die römisch-katholische Kirche müsse die vorzugsweise vom Staate begünstigte bleiben; sie verwahren das Eigenthum der Kirche vor jeglichem Angriffe, verwerfrn die Civilehe und vindiciren dem Klerus das Recht, auch fernerhin auf den öffenlichen Unterricht Einfluß zu nehmen. Dem Vernehmen nach wird dieser Schritt ähnliche Schritte auch in anderrn Provinzen veranlassen. Man sieht, der katholische Klerus verliert die Fassung und Ausdauer so wenig, als irgend eine politische Macht. — Der Kongreß sämmtlicher Zweigvereine der Slovanska lipa ward zu Prag am 31. v. M. beendet. Hr. Lidlinski stellte den Antrag, der im Juni unterbrochene Slavenkongreß möge neuerdings zusammenberufen werden. Nach mehrfachem Widerspruche ward gleichwohl dieser Antrag zum Beschlusse erhoben. Bei dem mächtigen, weitgreifenden Einflusse der Lipa sehen wir demnach allerdings der Auffrischung des verblichenen Kongresses entgegen. In den ersten Sitzungrn des jetzigrn Lipakongresses, der unter andern auch durch eine glänzrnde Beseda (musikalische Abendgesellschaft) gefeiert wurde, erläuterte Hr. Sabina, die Seele diesrs Vereines, dessen Zwecke und Formen. Er zog eine schaife Unterscheidungslinie zwischen den in Deutschland so benanntrn demokratischen Vereinen; die Lipa wolle vorerst nur die demokratische Heranbildung der Völker, wolle nicht zerstörrn, ohne zugleich dafür aufzubauen, und halte unbedingt an der Intrgrität der österreichischen Monarchie fest. — Eine vollkommen verbürgte Angabe lautet, daß ein großer Theil der österreichischen Ostgrenze, anfangend unterhalb Brody, dicht von russischrn Truppenmassen besetzt sei, während zwischen den Kabineten von Petersburg und Ollmütz fortwährend inniger und lebhafter Verkehr herrsche. — Morgen tritt ber Reichstag wieder zusammen. Ein „wirksames" provisorisches Preßgesetz soll ihm sofort vorgelegt werden. (Leipz. Z.)

Linz, 31. Dez. Der durch seine Novellensammlung: „Studien" rühmlichst bekannte Dichter Adalbert Stifter, welcher schon seit mehren Jahren drn Sommer unter uns zu verleben pflegte und seit drei Vierteljahren ganz zu uns übersiedelt war, und hier als Schriftsteller und Maler in edler Muße procul negotiis lebte, wurde unerwartet vom Minister Stadion ins Ministerium brrufen und ist bereits nach Wien abgrreist. Unser neuer Regierungspräsident Dr. Fischer, hat bereits drn früheren, Baron Skrbenzky, abgelöst. (Fr. Z.)

Innsbruck. Der Bote für Tyrol macht Mittheilungen aus dem ministeriellen Organisationsplan für Tirol, die besonders darum von Interesse sind, weil eine ähnliche Organisation vermuthlich auch den anderen Provinzen zugedacht ist. Die Einrichtung ist folgendermaßen beantragt: Bezirksbehörden, bestehend aus einem Bezirkshauptmann, zwei Adjuncten, Kassirer, technischem Personal, Amtsschreiberei auf Pauschalien beschränkt. (Bezirke sollen 40—60,000 Seelen umfassen.) Diese Beamten ernennt der Minister, der Chef ist ihm verantwortlich, kann die anderen Beamten suspendiren unter Anzeige an den Kreispräsidenten. Kreisregirrung. In Tyrol soll ein wälscher, ein deutscher und ein voralberger Kreis organisirt werden. Organismus derselben: ein Kreispräsident, zwei Räthe, technisches Personal. (Pauschale für Manipulationsgeschäfte.) Die Ernennung, Suspendirung, Entlassung, Pensionirung derselben geht vom Minister aus. Der Kreispräsident hat die Disciplinargewalt über alle untergeordneten öffentlichen Beamten; er ist allein verantwortlich. Gouverneur: Für jede größere oder für zwei oder mehrere kleinere Provinzen zusammen wird ein Gouverneur aufgestellt; er ist verantwortlicher Minister und hat, so oft er im Sitze der Centralregierung anwesend ist, Sitz und Stimme im Ministerrath. Er hat bei sich einen Ministerialrath, Concipirnten und Kanzleipersonal. Er handelt im Namen des Ministeriums; durch ihn grhen die Einlagen an's Ministerium. Er überwacht die Staatsbehörden des Landes und hat einzuschreiten, wo er einen Mißgriff oder ein Zurückbleiben wahrnimmt. Von allen seinen Verfügungen hat er von acht zu acht Tagen Abschriften an's Ministerium zu senden. Ueber seine Stellung zum Landtag und über seinen Einfluß auf denselben enthält das Landtagsgesetz die näheren Bestimmungen.

⊙ **Ollmütz**, 1. Jan. Nebst drr Gratzrr Deputation, die dem Kaiser eine Huldigungsadresse überbracht hat, ist nun auch eine Gesandtschaft der Deutschböhmen zu ähnlichem Zweck hier angelangt. Letztere bezweckt dadurch eine Antidemonstration gegen das Gebahren der vor kurzer Zeit hier gewesenrn Prager Deputation, die sich bei Hofe nur als Gesandtschaft der reinen Czechen gerirte und ihrer Millionen deutscher Brüder im Königreiche Böhmen mit keiner Sylbe gedachte. Man spricht und predigt jetzt an allen Orten und in allen öffentlichen Blättern, den nationalen Haber und die nationale Eifersüchtelei fahren zu lassen; wer aber davon nichts wissen will, das sind gerade bei uns die Czechen, die mit einer bewundernswürdigen Ausdauer den Plan verfolgen, der auf eine allmälige Ausmerzung und Vertilgung des deutschen Elements in Ländern, die, wie sie behaupten, slawisches Eigenthum seit Jahrhunderten waren, hinausläuft. Aus Ungarn laufen jetzt günstige Nachrichten ein, und die trockene Kälte ohne Schnee erleichtert ungemein die Operationen der kaiserlichen Truppen. Die Nachricht von der Uebergabe Komorns ist eine Erfindung und es dürfte wohl noch eine längere Zeit erforderlich sein, bis die kaiserlichen Fahnen von den Wällen dieses durch Kunst und Natur gleich stark befestigten Platzes wehen werden. Hier zirkulirt seit gestern das Gerücht, daß Sardinien Oesterreich den Waffenstillstand gekündigt habe; gewiß soll es sein, daß Radetzky neuerdings dringend eine Verstärkung von 60—80,000 Mann gefordert hat. In Wien sind wieder einige Begnadigungen auf 5- bis 8jährige Schanzarbeit in leichten Eisen und schweren Eisen vorgekommen.

Berlin, 2. Jan. Die Freunde der Verfassung sind nur in der Mitte, — auf der äußersten Rechten hat sie ihre Feinde so gut, wie auf dem anderen Ende. Die „Neue Preuß. Ztg." hält heute eine politische Rundschau, in der sie eben nicht glimpflich mit der neuen Verfassung verfährt. Sie meint: „Es hätte den Ministern für ihre Novemberthaten wohl ein besserer Lohn gebührt, als die Demüthigung im Dezember, diese von Waldeck, Elsner und Genossen „„geschaffene"" Verfassung sich anzueignen." Sie hofft in der Zukunft — wenn auch noch nicht im

Jahre 1849, doch in einem der 1850r Jahre — auf „volksthümliche Staatsmänner, Staatsmänner des Fortschrittes . . ., die eher ihre blutende und rechte Hand selbst, als ihre Namensunterschrift, zu dieser Verfassungs-Urkunde hergegeben hätten." Mit der Gefahr von dieser Seite möchte es noch gute Weile haben, wenn nur von der anderen ihr nicht so sehr in die Hände gearbeitet würde. (Köln. Ztg.)

* **Berlin**, 4. Jan. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von der Heydt, hat unter dem 2. Jan. dieses Jahres folgendes Cirkular an die kaufmännischen Corporationen und Handelskammern (mit Ausnahme des Rheinischen Appellationsgerichtsbezirkes, in welchem bereits Handelsgerichte auf Grund der Rheinischen Gesetzgebung errichtet sind) in Betreff einer allgemeinen Einführung der Handelsgerichte und einer Vorberathung darüber mit Fachkundigen, ergehen lassen:

„Nachdem sich in denjenigen Landestheilen, in welchen besondere Handelsgerichte nicht bestanden, vielfach der Wunsch ausgesprochen hatte, daß dergleichen, in der Rheinprovinz in ersprießlicher Wirksamkeit bestehende, Gerichte auch in den übrigen Provinzen eingerichtet werden möchten, erging das Gesetz über die Errichtung von Handels-Gerichten vom 3. April 1847. (Gesetzsammlung Seite 182). Es durfte erwartet werden, daß durch dasselbe einem vielfach erkannten Bedürfnisse abgeholfen und demgemäß eine lebhafte Theilnahme für die Errichtung von Handels-Gerichten sich zu erkennen geben werde; gleichwohl sind nur wenige hierauf gerichtete Anträge eingegangen. Wenn nun die Errichtung solcher Gerichte gerade in der jetzigen Zeit um so mehr eine sorgfältige Erwägung zu verdienen scheint, als die Publikation einer neuen, allgemeinen Wechsel-Ordnung bevorsteht, und überhaupt eine andere Organisation der Gerichts-Verfassung im Werke ist, so erscheint es von Wichtigkeit, diejenigen Umstände und Rücksichten zu erkennen, welche der Ausführung des Gesetzes vom 3. April 1847 hindernd entgegentreten möchten, und die Maaßregeln zur Beseitigung dieser Hindernisse in Erwägung zu ziehen.

Ich wünsche, mich deßhalb mit Sachverständigen aus dem Handelsstande zu berathen, welche sich hier am 15. d. Monats, Vormittags 9 Uhr, in dem Dienstgebäude des Ministerii für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten versammeln werden, und ersuche Sie, einen dem Handelsstande angehörenden Sachkundigen zu diesen Berathungen abzuordnen, mir den Namen des Beauftragten vorher anzuzeigen und diesen zu veranlassen, daß er sich zu rechter Zeit hier einfinde, damit die Verhandlungen keinen Aufenthalt erleiden. Es kommt nicht darauf an, daß der Gewählte zu den Mitgliedern des Kollegiums gehört; wenn derselbe nur mit dem Gegenstande der Berathung ganz vertraut und geeignet ist, sich bei derselben mit Erfolg zu betheiligen."

Desgleichen hat der Minister von der Heydt unter dem 1. Januar ein Cirkular an die Central-Handwerker-Vereine der verschiedenen Provinzen wegen einer vorberathenden Konferenz mit Sachkundigen in Betreff einer provisorischen Verordnung wegen Handwerks-Angelegenheiten erlassen.

⚌ Aus der preußischen Rheinprovinz, Anfang Januar. Mitten unter den Stürmen, welche durch Europa toben, ist ein seit längerer Zeit vorbereiteter Vertrag, eine Zollübereinkunft für den Eisenbahnverkehr zwischen Preußen, Belgien und Frankreich, zu Stande gekommen und mit dem 1. Januar d. J. ins Leben getreten. Ich erlaube mir deßhalb, mit Uebergehung derjenigen Details, welche nur für das eigentlich handeltreibende Publikum von Interesse sein können, Ihnen die Grundzüge und Hauptbestimmungen des in Frage stehenden wichtigen Vertrags mitzutheilen. Was zuvörderst die Güterzüge angeht, so sollen alle Güter, die in sogenannten Coulisse-Wagen (d. h. solchen Wagen, welche auf allen Seiten hin in festen Wänden geschlossen) oder in mit Schutzdecken versehenen Wagen verpackt sind, unter gehörigem Verschluß dieser Wagen mit Plomben oder Vorlegeschlössern, sowohl beim Ausgang als beim Eingang, bei Nacht oder bei Tage, an Sonn- und Festtagen wie an jedem anderen Tage, den Revisionen bei den betreffenden Grenzämtern nicht mehr unterliegen, sobald bestimmte Bedingungen und Förmlichkeiten erfüllt sind; doch beschränkt sich diese Befreiung zunächst und für's Erste auf die Güterwagen, welche in Frankreich nach Lille, Valenciennes und Paris, in Belgien nach Mons, Brüssel, Antwerpen, Gent und Lüttich, in Preußen nach Aachen und Köln bestimmt sind. Die in dieser Weise den Güterzügen eingeräumte Befugniß, auch Nachts und an Sonn- und Festtagen die Landesgrenze zu überschreiten, wird in einem ferneren Abschnitt des Vertrags auch auf die Personenzüge ausgedehnt und zugleich sind vielfache Erleichterungen für die Revision des Gepäcks bewilligt. Weiter ist festgesetzt, daß die Güter nach ihrem Eintreffen am Bestimmungsorte in besonderen, von den Eisenbahnverwaltungen dazu anzuweisenden Räumen niedergelegt werden sollen und dort unter beständiger Aufsicht der Zollbeamten verbleiben, bis sie, je nach ihrer Bestimmung, zum inneren Consum, zur öffentlichen Niederlage oder zur weiteren Versendung ins Ausland auf Grund einer detaillirten Deklarirung und nach Erfüllung der dafür angeordneten Förmlichkeiten abgenommen werden. Was ferner für den Eingang aus einem Lande in das andere gilt, gilt ebenfalls für den Durchgang durch Belgien, und in Ansehung des Transitverkehrs auf französischem Gebiet endlich sollen diejenigen Waaren, die aus dem Zollverein oder aus Belgien mit der Bestimmung nach Rouen oder Havre und umgekehrt abgefertigt werden, zu Paris von den Bahnhöfen der Bahn von Rouen nach dem Bahnhof der Nordbahn und umgekehrt überladen werden dürfen, eine sehr wichtige Vergünstigung, weil dieselbe die zur Zeit noch vorhandene Lücke in der unmittelbaren Verbindung dieser Bahnen ausfüllt. In der Hauptsache ist also so viel erreicht, daß die Güter ohne weitläufigen Aufenthalt an den Landesgrenzen bis zum Bestimmungs- resp. Einschiffungsorte in Frankreich oder Belgien ein- und durchgeführt werden können, und daß die höchst lästigen und kostspieligen Deklarationen, Visitationen und Verbleiungen des Transitguts an den französischen Grenzen aufhören. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird deshalb namentlich der seither so sehr erschwerte Transit unserer Fabrik- und Manufakturwaaren durch französisches Gebiet zum überseeischen Export jetzt einen außerordentlichen Aufschwung nehmen. Der Vertrag ist übrigens auf sechsmonatliche Kündigung Seitens der betheiligten Staaten abgeschlossen.

⨯ **Köln**, 4. Jan. Der hiesige Bürgerverein hat sich einstimmig für das Gagern'sche Programm ausgesprochen. Man sieht als dessen nothwendige Folge die Ausscheidung der österreichischen Abgeordneten aus der Reichsversammlung, den Austritt Oesterreichs aus dem eigentlichen Bundesstaat an. Das ist eine bittere Nothwendigkeit, aber eine Nothwendigkeit. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß im ganzen nördlichen Deutschland im Volk die früher oft lebhaften Sonderneigungen zu verstummen beginnen. Fast ein Jeder sieht ein, daß eine kräftige Einheit Deutschlands nicht anders geschaffen werden kann, als wenn Preußen an die Spitze kommt. Die Stimmung herrscht nicht bloß im Preußischen vor, obgleich die Stockpreußen nichts vom deutschen Kaiserthum wissen wollen, sondern es vorziehn, ruhig am Erbe Friedrichs des Großen zu zehren, sondern ähnliche Stimmen erschallen in immer größerer Anzahl auch aus den kleineren Staaten. Schlimm ist es, daß in Preußen die Aufmerksamkeit bereits wieder von den allgemein deutschen Angelegenheiten auf die Wahlen zum preußischen Landtage abgelenkt werden. Die Demokraten, welche sich mit der kirchlichen Partei zu verständigen suchen, leben hier der guten Hoffnung, daß sie den Sieg davon tragen werden. Und fast möchte man es glauben, wenn man sieht, daß die gemäßigte Partei, den Kölner Bürgerverein an der Spitze, verbündet mit ungefähr hundert Zweigvereinen zwar sehr gut organisirt wird, aber hinsichtlich der Rührigkeit mit den Demokraten nicht wetteifern kann. Selbst für die erste Kammer hatten sich bis zum Tage vor dem Ablaufe der für die Meldung gestellten Frist, kaum fünfzig Personen als Wähler gemeldet. Professor Kinkel in Bonn wandert wieder als Apostel der Republik auf dem Lande umher und hält Volksversammlungen. Er gehört zu denjenigen, welche unter der Herrschaft des alten Systems zu tief verwundet sind, um sich mit der bestehenden Ordnung aussöhnen zu können. Solche Menschen vernichten sich selbst; hoffentlich werden sich nicht die Lehrer der Universität hinreißen lassen, Schritte gegen Kinkel zu thun. Kinkel steht ja unter allen Gesetzen des Landes, und wird von seinem Amte entfernt werden, wenn er sein Amt nach den Gesetzen verwirkt haben sollte. Anerkennungswerth und erfreulich ist es, daß der junge Fürst von Wied, aus den Verhandlungen des vereinigten Landtags bekannt, sich als Kandidat für die zweite Kammer des preußischen Parlaments gestellt hat. Sie erinnern sich wohl des kleinen Reigens in der Herren-Kurie des Jahres 1847, welcher sich dem Verlangen nach sofortiger Kräftigung der neugeschaffenen Institutionen anschloß und dafür in dem Kreise der durchlauchtigen Genossen allerlei Anfeindungen zu erdulden hatte.

Ging es doch so weit, daß sogar bei einem Gastmahle im königlichen Schlosse, zu welchem sämmtliche Standesherren geladen waren, der Fürst zu Wied allein ungeladen blieb. Seine Reden machten mir damals den Eindruck großer Tüchtigkeit, eines trefflichen, vaterländischen Sinnes und seltener Freiheit von Vorurtheilen. Solche Persönlichkeiten aus den höchsten Ständen der Gesellschaft wären einer Kammer in reicher Anzahl zu wünschen, die berufen sein wird, eine der freiesten Verfassungen der Welt zur Wirklichkeit zu machen — solche Persönlichkeiten dürften am geeignetsten sein, den noch sehr einflußreichen Adel unserer Provinzen mit der neuen Gestaltung der Dinge zu versöhnen, ihn an dieselbe zu ketten. In Düsseldorf geht man damit um, den Prinzen Friedrich von Preußen zu wählen, welcher sich nicht allein seit langen Jahren durch sein anspruchsloses Bürgerthum beliebt gemacht hat, sondern auch auf dem Landtag für Verbesserung des Schicksals der Arbeiter mit Wärme aufgetreten ist.

Nürnberg, 4. Jan. Der hiesige konstitutionelle Verein hat gestern eine Adresse an den abgetretenen Minister Lerchenfeld beschlossen, in welcher diesem die Anerkennung seines Wirkens als konstitutioneller Minister ausgesprochen und die Hoffnung ausgedrückt wird, daß er im gleichen Sinne als Landtagsdeputirter für des Landes Wohl wirken werde. (N. Kur.)

Stuttgart, 4. Jan. Im Laufe des gegenwärtigen Landtags wurde bekanntlich von der Kammer der Abgeordneten beschlossen, die Staatsregierung zu bitten: noch während dieser Sitzung den Ständen ein Gesetz in Betreff der Verminderung der k. Zivilliste und der Apanagen vorzulegen. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde derselben, in Anwesenheit sämmtlicher Minister, die k. Entschließung auf jene der Regierung ausgesprochene Bitte mitgetheilt und begründet. Dieselbe lautet im Wesentlichen dahin, daß der König das Recht der Stände, „auf gesetzlichem Wege die für die Dauer seiner Regierung durch Vertrag festgesetzten Bestimmungen über die k. Zivilliste abzuändern", nicht anerkenne und an seinen Rechten festhalten werde, daß er aber, gleichwie für das vergangene und laufende Jahr, auch für weitere Jahre, wenn es der finanzielle Zustand des Landes ihm erforderlich erscheinen lasse, freiwillig auf einen Theil der ihm gesetzlich zustehenden Zivilliste verzichten werde. In Betreff des Hausgesetzes, welches die bisher zur Anwendung gekommenen Bestimmungen über die Apanagen enthält, wurde zwar von Seiten der Staatsregierung eine Vorlage eines neuen Gesetzes den gegenwärtigen Ständen zugesichert, jedoch gleichzeitig bemerkt, daß das Gesetz nur auf zukünftige, nicht aber auf die schon bestehenden Apanagen seine Anwendung finden werde.

Die erwähnten Eröffnungen wurden ohne weitere Debatte der betreffenden Kommission zum Bericht übergeben. (Karlsr. Z.)

§ **Leipzig**, 1. Jan. Bei dem Anbruch eines neuen Jahres richtet man gern seine Blicke hoffnungsvoll in die Zukunft, und wie große Hoffnungen sind es, die der Vaterlandsfreund in diesem Jahre erfüllt oder für lange Zeit zertrümmert zu sehen erwarten muß! Vor dem Frühjahr muß es zur Entscheidung kommen, ob Deutschland ein großer und mächtiger Bundesstaat werden soll, für dessen Macht und Herrlichkeit ein Jeder bereitwillig sein Opfer bringen muß, um nach der Erfüllung an dem allgemeinen Gewinne auch seinen Theil zu haben, oder ob Eigensucht, Haß, Neid, Eifersucht und politische Roheit, die sich mit dem Namen der entschiedenen Freisinnigkeit brüstet, die Fundamente des stolzen Baues zerstören werden. Es ist leider in Sachsen nicht Alles, wie man es wünschen möchte. Der König selbst ist von einer so lautern Wahrheit und aufopfernden Hingebung, daß an ihm die deutsche Einheit die festeste Stütze finden würde. Aber die Minister scheinen nicht die Fähigkeit zu besitzen, die große Aufgabe recht zu erfassen; sie haben sich durch mancherlei Rücksichten von dem geraden Wege abbringen lassen, und sind dabei, ihr Zimmerchen zu tapezieren und auszuschmücken, ehe noch die Balken des ganzen Hauses gefügt sind. Der Justizminister Braun, welcher noch von seiner Präsidentschaft der zweiten Kammer her und von seiner eifrigen Thätigkeit für Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens einen populären Namen hat; der Finanzminister Georgi und der Kriegsminister Buttlar sind Ehrenmänner, gegen deren Pflichterfüllung in ihrem Geschäftskreise kein Zweifel erhoben wird; aber sie haben noch zu beweisen, daß sie die Kraft und den Willen besitzen, um bei dem großen deutschen Bau tüchtig mit anzugreifen. Die meiste Frische und den weitesten Gesichtskreis rühmte man dem Minister des Kultus und des Auswärtigen, v. der Pfordten, nach. Aber während die Volksvertreter in Frankfurt breit und weitläufig Grundrechte beriethen, die wohl noch lange in der Luft schwebend bleiben möchten, mußte in Sachsen regiert werden, und konnte unabhängiger regiert werden als sonst, da noch Metternich und der Bundestag die Aufgaben stellten. Und leider scheint es, daß die Uebung einer partikular sächsischen Regierung bei dem Minister v. der Pfordten zwar den alten bairischen Sympathieen Raum gelassen, aber die volle deutsche Gesinnung beeinträchtigt, oder wenigstens in den Hintergrund gedrängt habe. Der Minister des Innern, Oberländer, sollte eigentlich Minister der Vaterlandsvereine heißen. Denn außer einer scharfen Verordnung gegen die Maikäfer kennt man von ihm nur die zärtlich abwehrende Haltung, welche er gegen die ungestümen Forderungen der Vaterlandsvereine in und außerhalb der Kammer bewiesen hat. In innigem Zusammenhang mit den Vaterlandsvereinen sind die nicht arbeitenden, sondern Versammlungen haltenden und Forderungen stellenden Arbeiter. Wenn diese ihre Deputirte zu Oberländer schickten und weniger Arbeit und größern Verdienst verlangten, so drückte er ihnen die Hand und versprach Untersuchungen anzustellen und Vorarbeiten machen zu lassen, um ihren Wünschen zu entsprechen. Damit beruhigte er sie, und das mag für den Augenblick ganz nützlich gewesen sein. Was aber die Erfüllung dieser großen Versprechungen betrifft, so kann man zweifelhaft sein, ob irgend jemand ihr gewachsen ist, daß aber der Minister Oberländer es nicht ist, das ist außer Zweifel. Seine Partei, gegen deren Wahlmanifest er sich freilich mit den übrigen Ministern erklären mußte, obwohl sie während der Wahlen seiner Gunst sich zu ihrem Vortheil rühmte, wird die Majorität in der Kammer haben; es sind die Leute, die zu gar nichts tüchtig sind, und die sich deßhalb gesinnungstüchtig nennen. Was sie für entschiedenen Freisinn ausgeben, würde ein Engländer entschiedenen Unsinn nennen; überhaupt möchte etwas englischer Senf nie zweckmäßiger angewendet sein, als bei dieser Partei, aber die ganze sächsische Presse ist ihr theils durch Begünstigung des Ministers Oberländer, theils aus Furcht vor nächtlicher Volksrache ergeben, und die verworrenen Köpfe sind ziemlich sicher, daß ihnen nicht einmal öffentlich eine Fackel vorgehalten werde. Da ist, außer der wild demokratischen Dresdener Zeitung und den bekannten von Blum gestifteten Vaterlandsblättern, das Dresdner Journal, welches in Wien und noch mehr in Berlin radikal-demokratisch ist, Frankfurt mit Geringschätzung behandelt, Baiern schont und im Inlande den Ministern auf ihren unentschiedenen Wegen dienstbar nachwandelt. Die Leipziger Zeitung ist von alter Gewohnheit her eine unschuldige Sammlung der wichtigsten politischen Begebenheiten; in neuester Zeit aber (denn sie ist Staatseigenthum) duckt sie sich vor Oberländer's freisinniger Fuchtel, welcher sogar gegen die reaktionäre Tendenz bezahlter Anzeigen sich ereifert hat. Die Deutsche Allgemeine Zeitung hält Freundschaft mit den Vaterlandsvereinen und mit Oesterreich, und gibt Frankfurt gegenüber zuweilen mit vornehmem Lächeln zu verstehen, daß sie eine hohe Staatsweisheit zu verschweigen habe. Die deutschen Blätter, das Organ der deutschen Vereine, hat nur den Fehler, welchen die deutschen Vereine selbst haben. Die Prinzipien der deutschen Vereine sind untadelhaft; sie halten fest an der Ausbildung gesetzmäßiger Freiheiten und an der Idee eines einigen kräftigen deutschen Vaterlandes, aber sie bewegen sich in einer anständigen Allgemeinheit, und können es mit den oft niedrigen Umtrieben der Vaterlandsvereine nie aufnehmen; sie haben bisher das Ministerium zu stützen gesucht, aber sie werden davon zurückkommen müssen, wenn die Minister in ihrer lauen Haltung gegen die deutsche Centralgewalt verharren. Unter solchen Verhältnissen wird nun in den nächsten Tagen eine solche Kammer einem solchen Ministerium gegenübertreten, und das zu einer Zeit, wo Deutschland eine Hoffnungssonne leuchtet, wie es sie in dem langen Laufe seiner Geschichte noch nicht gesehen hat. Von der Kammer ist nicht zu erwarten, daß sie durch eine ähnliche Erklärung, wie die in Braunschweig erfolgte, die allein mögliche Einheit Deutschlands werde stärken wollen. Wie die Kammer zusammengesetzt ist, fehlt es ihr an Schwung und an Tiefe der Auffassung, um die Wichtigkeit des Moments zu begreifen. Die Majorität der Kammer ist gewöhnt in Volksversammlungen durch schöne Versprechungen einen Einfluß auszuüben, und diesen Einfluß wird sie weder einer sächsischen noch einer deutschen Regierung opfern wollen. Ihr die Folgen vorzuhalten, würde überflüssig sein; sie ist nicht

fähig über ihre sogenannte Freisinnigkeit hinaus einen Blick zu thun; sie fühlt, daß eine jede ernstliche Ueberlegung ihrer Art von Freisinnigkeit einigen Abbruch thut, und sie überlegt daher lieber nicht. Aber sollte auch das Ministerium sich nicht klar zu machen vermögen, welches in dieser wichtigen Zeit des Schaffens die Gefahren einer kleinlichen Politik sein würden? Die Sondergelüste entschuldigen sich gern damit, daß die deutsche Nationalversammlung nicht geleistet habe, was von ihr erwartet worden sei; sie thun ihr häufig damit Unrecht, und laden ihr die eigene Schuld auf. Aber wenn wirklich die gegenwärtige Versammlung allen Tadel verdiente, der von demokratischen Wühlern erhoben und von partikularen Bestrebungen ausgebeutet wird, so hätte doch damit das deutsche Volk noch nicht das Recht verloren, seine Vertreter zu wählen und nach Auflösung der verfassunggebenden Versammlung eine Reichsversammlung zu verlangen. Steht neben dieser eine nach außen und innen geachtete Centralgewalt, in deren Macht der Schutz nach außen und die Vollziehung der Gesetze liegt, so möchte auch die sächsische Regierung besser geborgen sein, als wenn wir in der Nationalversammlung allein den Ausdruck der Einheit hätten und sie in gestaltlosem Verhältnisse zu den einzelnen Regierungen auf beständigen Kampf mit denselben angewiesen wäre. Das wäre doch der Zustand einer dauernden Revolution, in welchem das Volk unendlich leiden und die einzelnen Regierungen ohne Zweifel untergehen würden. Denn so sehr auch in Deutschland noch Alles im Schwanken ist, zweierlei steht doch fest, und würde selbst unterdrückt immer wieder auftauchen, das ist die Preßfreiheit und das deutsche Parlament. Man wird also gut thun so zu bauen, daß man diesen Mächten nicht in den Weg tritt, sondern ihnen die geregelten Bahnen anweist. Wir wollen hoffen, daß unsere Regierung dieß erwägen und sich weder von partikularen Gelüsten noch von dem Drängen der Demokraten werde bestimmen lassen eine Politik zu befolgen, die nur von heute auf morgen berechnet wäre.

† **Aus Baden**, 5. Jan. Sie verbinden mich, wenn Sie, nur in kleinster Druckschrift, ein Paar Druckfehler in meinem Brief vom 1. korrigiren wollen; wenigstens den Einen, der gewiß durch keinen Schreibfehler veranlaßt ist: ich hatte geschrieben, daß wir die Erklärung des Theologen in Ihrem Blatte nicht mit den übrigen Korrespondenzen in Eine Linie stellen. Sodann steht zweimal deutsche statt Karlsr. Ztg. — Dann Sp. 1. Z. 12. v. u. l. bedenken st. träumen. Sp. 2. Z. 2. l. Stütze, von deren Erhaltung und Einfluß die Zuk. — Z. 4. l. dem Kern nach st. der Form. Z. 45. l. theure Kompendien in theuren B. — Auf S. 30. Z. 7. hämisch st. humanist.

= **Kassel**, 5. Januar. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung stellte der Abgeordnete Nebelthau den Antrag, die Kammer möge zu Protokoll erklären, nach ihrer Ansicht erfordere die Einheit, Macht und Wohlfahrt Deutschlands, daß die Nationalversammlung den König von Preußen zum Reichsoberhaupt ernenne. Die Motivirung sprach sich bestimmt dahin aus, daß jeder Vaterlandsfreund es wünschen müsse, dies Verhältniß bleibend und definitiv zu sehen, und behandelte auch die österreichische Frage mit rückhaltsloser Offenheit. Abgeordneter v. Sybel beantragte darauf, diese Punkte der Motivirung auch in den Beschluß aufzunehmen, und zugleich die Staatsregierung aufzufordern, dem Beschlusse beizutreten und den hessischen Bevollmächtigten in Frankfurt darnach zu instruiren. Abgeordneter Theobald widersprach vom Standpunkte der Linken, wozu solche Eile, sich einen neuen Herrn zu geben, ob man das weite Oesterreich, das herrliche Triest, die sechs Millionen Deutsche verstoßen wolle. Abgeordneter Bayrhoffer fand die preußische Hegemonie nothwendig, wollte aber seinerseits „dem Fatum nicht vorgreifen," und sich der Abstimmung enthalten. Abgeordneter v. Sybel zog darauf die übrigen Theile seines Antrags, da sich die Ansicht der Kammer schon in dem Nebelthau'schen Entwurf hinlänglich ausspreche, zurück, und die Kammer beschloß nach dem Inhalte des letztern an die Staatsregierung die nöthige Aufforderung zu erlassen. Bei der Abstimmung zeigten sich nur 6 — 8 negative Stimmen, Radikale und Katholiken.

Gera, 1. Jan. Ein Gutes hat die angestrebte Vereinigung Thüringens uns schon gebracht, nämlich einen Entwurf einer Gemeindeverwaltung für die thüringischen Staaten, der vor kurzem unserer Landtagsdeputation zur Begutachtung vorgelegt wurde. (D. A. Z.)

Wiesbaden, 4. Jan. Gestern überreichte der früher bei der Centralgewalt zu Frankfurt accreditirte österreichische Gesandte, Freiherr von Menshengen am Hofe zu Bieberich sein Creditiv, obgleich der nassauische Gesandte, in Wien schon längst abberufen ist. Oesterreich hat hierdurch aufs neue an den Tag gelegt, daß es ihm mit seiner Selbstständigkeit Ernst ist, und daß es durchaus nicht den Willen hat, sich den Beschlüssen des Frankfurter Parlaments zu unterwerfen. (Fr. K.)

Braunschweig, 4. Jan. Die „Deutsche Reichszeitung" berichtet aus Königslutter, 28. Dez.: In der heutigen Versammlung des hiesigen vaterländischen Vereins wurde nach längeren Verhandlungen über die jetzige Lage Deutschlands und das künftige deutsche Reichsoberhaupt, sowie über die darauf bezügliche Adresse der Mainzer Bürger an die Reichsversammlung, der Antrag des Pastors Appelius: „In Uebereinstimmung mit unseren süddeutschen Brüdern erklären wir, daß wir es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für das Gesammtwohl unsers deutschen Vaterlandes nothwendig halten, daß die Reichsgewalt definitiv an Preußen übertragen werde," einstimmig angenommen.

Schweiz.

Bern. Ueblichermaßen hat am Neujahrstage das anwesende diplomatische Korps dem Hrn. Bundespräsidenten Druey (da der Präsident, Dr. Furrer, noch immer in Zürich weilt) seinen Besuch abgestattet, und soll, wie man hört, mit dem Empfang von Seite des Hrn. Druey sehr zufrieden sein. Auch dem Regierungspräsidenten Funk wurde dieser übliche Gratulationsbesuch beim Jahreswechsel zu Theil. (Bas. Z.)

Graubünden. Aus Italien erhalten wir wieder eine neue Sendung Flüchtlinge. Der Vortrab befindet sich bereits innert unsern Gränzen, und nach den Aussagen desselben sollen noch gegen 2000 folgen. Es sind dies alles junge Leute aus dem Veltlin und aus der Gegend von Bergamo, welche sich durch die Flucht der Konskription entziehen, die so eben begonnen. (Bas. Z.)

Niederland.

** **Haag**, 31. Dez. Wie schon jetzt vorauszusehen, wird sich für die Dienstjahre 1848 und 1849 ein Ausfall von wenigstens 15 Millionen Gulden herausstellen, theils hervorgerufen durch außerordentliche Ausgaben, theils durch den Minderertrag von etwa 11 Millionen aus dem Verkaufe der Kolonialprodukte. Der Ausfall soll, wo möglich, sofort auf abthuende Weise gedeckt werden. Die Ausgabe von Schatzscheinen kann nicht fortdauern, sie ist nur eine Art Anleihe. Nach vielfachen Erfahrungen hegt man hier zu Lande wahren Abscheu gegen jede Geldanleihe; gerade ja an den Folgen dieses zwar sehr bequemen, aber immer höchst kostbaren Mittels leidet am meisten das Land. Ein anderes Anleiheprojekt vorzulegen würde das Ministerium nicht wagen. Lieber neue Lasten auf — zwei Jahre, obschon man glaubte, mit Ausnahme der Luft, die man athmet, sei in Niederland schon alles besteuert. Man will jetzt die Rente von allen Fonds, sowohl inländischen als ausländischen, mit 5 Prozent treffen; mit eben so viel das Reineinkommen von allen liegenden Gütern, sowie alle Besoldungen und Pensionen über einen gewissen Betrag; endlich will man den Handel und die Industrie, um sie nicht zur Aufdeckung ihres Einkommens zu zwingen, blos durch einige Erhöhung der Patentsteuer, also auf die mildeste Weise, zu der neuen Last heranziehen. Mit andern Worten, die Minister wollen sich durch eine allgemeine Einkommensteuer von 5 pCt. retten, welche nur an Handel und Industrie leicht streifen soll. — Die zweite Kammer ist jetzt ziemlich vollständig. Von den Koryphäen der alten konservativen Mehrheit ist in der Regel Niemand wiedergewählt. Kien, Menso, Faber v. Riemsdyk, Verhoeven, Nedderburgh ꝛc. sind ganz unbeachtet geblieben oder haben neuen freisinnigen Männern weichen müssen. Dagegen sind die liberalen Mitglieder der alten Kammer, schier ohne Ausnahme, wiedergewählt, wie Mutsaers, Dam v. Isselt, Luyken, Bots, Storm, Thorbecke, Verweg-Mejan, Schooneveld, von Golstein, Atbarde, v. Helann, Ryckevarsel ꝛc. Von den alten Ministern ist bisher für die zweite Kammer blos Van Hall gewählt worden; doch wird ihm vielleicht Randwyck noch Gesellschaft leisten. Alle zusammen genommen werden die alten Kammermitglieder — durchweg die tüchtigsten und kenntnißvollsten — nur etwa den dritten Theil der neuen Kammer ausmachen, die übrigen zwei Drittel sind meistens neue Leute, von denen jedoch mehrere schon in der Doppelkammer gesessen und sich dort als liberale Männer bewährt haben. Unter den ganz neuen Mitgliedern sind Namen vom besten Klang im ganzen Lande, wie Zuylen, Wintges, van der Linden, Poortmann, Heemskerk, Fokker, Le Clercq ꝛc. Kurz,

nach der Ansicht der gemäßigten Liberalen ist der erste Ausfall der direkten Wahl ein sehr glücklicher zu nennen. Wahrscheinlich wird eine beträchtliche Mehrheit der zweiten Kammer das gegenwärtige Ministerium in seinen weiteren Bemühungen zur Reorganisation des Staats und zur gründlichen Reform des Steuerwesens in einem freisinnigen und mäßigen Geiste unterstützen. Diese Mehrheit wird das Centrum der neuen Kammer bilden; die Linke wird Thorbecke führen, die Rechte van Hall — zwei Männer übrigens, deren Vereinigung, wenn sie nicht unmöglich wäre, dem Ministerium tödtlich werden könnte. Von der wiedergeborenen ersten Kammer läßt sich noch wenig mit Sicherheit sagen. Aus 136 von den Wählern ernannten Kandidaten hat der König für diesmal die 39 Mitglieder der ersten Kammer zu wählen. Eine schwierige, fast peinliche Aufgabe, eine schwere Verantwortlichkeit! Von dieser Wahl wird großentheils der günstige Ausfall der ganzen Grundgesetzreform, die Zukunft Niederlands abhangen. Denn die Ernannten bilden einen wesentlichen, für die nächsten Jahre unabänderlichen Faktor bei den wichtigen organischen Gesetzen, welche die konstitutionelle Wiedergeburt des Staats erst vollenden sollen. Nur einmal kann der König dieses Ernennungsrecht ausüben; darnach gehört unwiderruflich den Provinzialstaaten die Wahl der Mitglieder der ersten Kammer. Was der Regierung die Wahl noch erschwert, ist, daß die aufgestellten Kandidaten im Allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig lassen. Bei der Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer haben die Wähler überall ein großes Interesse bewiesen; sie fühlten, daß bei dieser direkten Wahl die ganze Verantwortlichkeit der Folgen auf sie zurückfalle. Bei der ersten Kammer nahm man es so genau nicht, man theilte mindestens die Verantwortlichkeit mit dem Könige, der aus all den Kandidaten ja nicht viel mehr als den vierten Theil auszuwählen hat, natürlich durch seine verantwortlichen Minister. Auf die gegenwärtigen Minister, welche diesen seltsamen Weg der Bildung der ersten Kammer durchgesetzt haben, fällt allein die Bürde der Wahl. Je nachdem diese ausfällt, wird sie ihnen zur Ehre oder zur Schmach gereichen. Die Wahl im Ganzen und im Einzelnen ist für Jeden von ihnen eine Frage der Ehre und des Amtes: sie tragen gewissermaßen die Verantwortlichkeit mit für das Benehmen jedes Mitglieds. Daher dürfen sie auch nicht etwa jede Provinz, jeden Bezirk durch eine gleichmäßige Anzahl Vertreter ängstlich berücksichtigen wollen, sie wählen die Besten aus der Gesammtzahl. Die erste niederländische Kammer wird so gleichsam zunächst das Gegentheil des zukünftigen deutschen Staatenhauses werden, welches den deutschen Partikularismus vertreten soll. Von jener Ernennung hängt endlich ab, welchen Werth das niederländische Volk der ganzen Einrichtung der ersten Kammer überhaupt noch bemessen soll, ob diese die geschmeidige Dienerin der königlichen Minister, oder der Tummelplatz reactionairer und geldaristokratischer Meinungen, oder ob sie wirklich der Kern des Landes, eine durch Unabhängigkeit der Meinung und des Vermögens, durch Kenntnisse und Gemeinsinn ausgezeichnete Versammlung werden wird. — Die eigenthümlichen Erdbeben in Nordbrabant währen noch fort; namentlich haben sie sich in den letzten Tagen regelmäßig Tag für Tag in den Gemeinden Veghel und St. Oudenrode bemerkbar gemacht. In Veghel ist das Mauerwerk am Schulhause und an einem großen Gebäude eingestürzt, und bei Gelegenheit einer nächtlichen Erschütterung haben sich alle Eingesessenen aus dem Orte geflüchtet. Ein donnerartiges Geräusch pflegt dem Erdbeben unmittelbar vorauszugehn. — Nach dem katholischen Handbuch für 1849 zählte Niederland am 1. Januar 1847 1,171,910 Katholiken, 1,834,513 Akatholiken, 55,800 Israeliten. Die Bevölkerung der auswärtigen Besitzungen betrug circa 15½ Millionen Seelen, worunter 70,000 Christen: von diesen waren 31,000 Katholiken. Die Seelsorge für die niederländischen Katholiken ist 1471 Geistlichen in Europa, und 29 in den überseeischen Besitzungen anvertraut.

Polen.

Von der Weichsel, 28. Dez. Nach glaubwürdigen Nachrichten aus verschiedenen Theilen Rußlands, welche in der Hauptsache übereinstimmen und nur in der Angabe wesentlicher Nebenumstände von einander abweichen, wäre seit Wintersanfang in den östlichen und südöstlichen Gouvernementen des großen Czarenreiches ein Zustand obwaltend, den man, wenn auch nicht offen revolutionär, doch in politischer Beziehung ebenfalls sehr bedenklich nennen dürfte. Namentlich in den Gouvernementen Wjätka, Kasan, Simbirsk und Pensa sollen bewaffnete Bauernhorden, oft 5000 bis 6000 Mann stark, plündernd, sengend, mordend das Land durchziehen, und selbst in Kasan, einer Stadt von 60,000 Seelen, mehrere Häuser in Brand gesteckt haben. Bestätigen sich diese Nachrichten, so könnte man denselben gewichtige Folgerungen entnehmen, und die vorbemerkten Thatsachen vielleicht als die ersten Symptome einer möglichen Erhebung der Leibeigenen im Königreich Kasan, wo nicht in einem weiteren Umkreise, betrachten.

(D. P. Z.)

Nachschrift.

Die französische Post ist gestern Abend wieder ausgeblieben.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 8. Frankfurt a. M., Montag 8. Januar. 1849.

Es ist uns vom hiesigen Ober-Post-Amte nachgegeben, auch ein vierteljähriges Abonnement auf die Deutsche Zeitung eröffnen zu können. Der Preis ist Drei Gulden, in Preußen 2 Thaler 7 Silbergroschen. Wir bemerken, daß die Deutsche Zeitung früher als jedes andere Blatt die Parlaments-Verhandlungen in übersichtlicher Darstellung liefert. Frankfurt a. M., 6. Januar 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

00 **Frankfurt,** 5. Jan. Wenn man die freiwilligen Beiträge zur deutschen Flotte durchmustert, so drängen sich dem Beobachter mannigfache Betrachtungen auf. Zunächst im Allgemeinen die, daß die Deutschen leider immer noch eine mehr gemüthliche, als politische Nation sind, daß sie ihren Blick noch lange nicht genug auf das befreiende Element des Meeres und darüber hinaus gerichtet haben, daß das Gefühl für des Vaterlandes Größe und Macht noch lange nicht allgemein in die mittleren Schichten des Volkes gedrungen ist. Man vergleiche nur die Millionen, welche mit nicht genug zu preisender Nächstenliebe in wenig Wochen 1842 für Hamburg zusammengekommen sind, mit den lumpigen 90—100,000 fl., welche ein Volk von 30 Millionen, trotz unaufhörlicher Anregung in 6 Monaten für seine Flotte zusammengebracht hat, ein Volk, das für Kirchenschiffe, für Ruhmes-, Sieges-, Befreiungs- und Walhallen Millionen verwandt hat. Und wir sind wahrlich für unsre Sorglosigkeit, hinter allen Küstenbewohnern der Erde bis zu Griechenland und Marocco, Chili und Mexico herab, allein durch unsre absolute See-Unmacht zurückgeblieben zu sein, noch leicht genug bestraft, denn der vielgeschmähte Waffenstillstand von Malmoe hat einerseits 7 Monate Frist uns zu rüsten gewährt, — welche nun freilich zur Hälfte schon ungenützt verstrichen ist, — und andrerseits ist unser Feind so schwach, daß wir, wenn wir nur den hundertsten Theil der Energie entwickeln wollten, mit der 260 v. Chr. die Römer gegen Karthago, 1379—81 die Venetianer gegen das sie belagernde Genua, 1653 die Engländer gegen die Holländer, welche bereits die Themsemündung beherrschten, seit 1807 die Dänen nach dem Verlust ihrer Flotte sich eine Seemacht geschaffen, des Sieges gewiß sein können. Vor 8 Jahren etwa war in einem Aufsatze im „Freihafen" als eine Vision erwähnt, daß ein Seereisender einem deutschen Kriegsschiffe unter schwarz-roth-goldner Flagge begegnet. Nicht jedem Volk wird es so gut, das, was es als ein hohes, unerreichbares Ziel betrachtet hat, schon nach so wenigen Jahren ausführen zu können; aber dennoch kann man noch immer Spott über den Plan — nicht die Art der Ausführung — der deutschen Flotte hören; so tief steht noch immer Thatkraft und Selbstgefühl der Deutschen! Was nun die Vertheilung der Beiträge nach Orten und Ständen und die Art ihrer Erhebung betrifft, so sind die wenigen Tröpflein aus Oesterreich als Zeichen guten Willens sehr anzuerkennen. Die Beiträge aus Altbaiern, das bis jetzt die beträchtlichste Summe auf einmal von 15,000 fl. geliefert hat, sind erfreulich als Zeichen deutscher Gesinnung der Regierung gegenüber, welche die Flottenbeiträge verweigert. Eine Menge bedeutender Beiträge sind aus kleinen Staaten und Orten gekommen, wo man das System der regelmäßigen Beiträge in kleinsten Summen (Silbergroschen, Sechsersammlungen) angenommen hat. Dieses System, welches überraschende Resultate liefert, ist das einzige, wodurch eine großartige Betheiligung der ganzen Nation möglich wird, nicht aber, wenn man die Flottenangelegenheit als eine Modesache betrachtet, für die man einen Basar hält, dann aber kein weiteres Interesse zeigt, oder als eine Bettelei, mit der man sich durch einen Beitrag von konventioneller Größe abfindet. Besonders rühmliche Erwähnung verdienen jene wenig bemittelten Vaterlandsfreunde, welche werthlosen, aber ihnen als Andenken theuren Silberschmuck darbringen und im Ganzen auch die Deutschen im Auslande, meist in Hafenstädten wohnend, welche die deutsche See-Unmacht schmerzlicher empfinden, als die daheim gebliebenen, gemüthlichen Landratten. Auffallend dagegen ist die geringe Betheiligung des reichen deutschen Adels. Grollt er der neuen Zeit wegen Aufhebung der Feudalrechte oder ist der Grund das geringe Nationalgefühl des deutschen Adels, womit er sich, statt wie der Französische an der Spitze der Nation zu stehen, von jeher durch Annahme fremder Sprache und Sitte außerhalb der Nation gestellt?

—x **Frankfurt,** 7. Jan. Der Ausschuß für die österreichische Frage, der seinen Bericht wahrscheinlich am nächsten Dinstag erstatten wird, zerfällt in eine Majorität von 10 und eine Minorität von 5 Mitgliedern. Die Minorität, bestehend aus den Herren Barth, Paur von Augsburg, Buttel, Rüder und Linde, schlägt die einfache Annahme des Gagern'schen Programms nebst den dazu gegebenen Erläuterungen vor. Die Majorität hat sich zu einem Antrag folgenden Inhalts vereinigt: „In Erwägung, daß die Verfassung für Deutschland einzig und allein von der Nat.-Vers. festzustellen, das Prinzip der Vereinbarung also hierdurch ausgeschlossen ist; in Erwägung, daß die Feststellung des Reichsgebietes ein Bestandtheil der Reichsverfassung ist; in Erwägung, daß die Nat.-Vers., vermöge ihres Berufs, für alle zum früheren deutschen Bunde gehörigen Länder eine Verfassung zu entwerfen, nicht berechtigt ist, in das Ausscheiden eines derselben zu willigen;

in Erwägung der eigenthümlichen Verhältnisse, die aus der Verbindung deutscher mit nichtdeutschen Ländern füe Oesterreich hervorgehen; in Erwägung endlich, daß die Feststellung der deutschen Verfassung eine innige politische und kommerzielle Verbindung mit den nichtdeutschen Ländern Oesterreichs nicht ausschließt, vielmehr eine solche im Interesse beider Theile liegt — soll die Nationalversammlung beschließen: 1) die vom Reichsministerium ausgesprochene Zurückweisung der Vereinbarungstheorie anzuerkennen; 2) Die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der nichtdeulschen Länder Oesterreichs zum deutschen Bundesstaate mit Oesterreich in Verhandiung zu treten."

Zum Berichterstatter der Majorität ist Venedey gewählt; das Schlußwort für dieselbe wird Giskra übernehmen. Wie sich im Bericht und in der Debatte die Ansichten dieser Herren und ihrer politischen Freunde von der Linken, welche, wenn sie sich nicht inkonsequent werden wollen, auf der strengen Durchführung der §§. 2 u. 3 in Oesterreich bestehen müssen, mit denen des Herrn v. Somaruga und seiner Meinungsgenossen, welche die Integrität der Gesammtmonarchie Oesterreich über Alles stellen, amalgamiren oder durchdringen werden, darauf darf man in der That gespannt sein. Freilich hört man bereits, daß selbst Venedey nicht abgeneigt sei, Modifikationen jener §§. zuzugeben, um Deutsch-Oesterreich um jeden Preis bei Deutschland zu erhalten, und daß Giskra in den Erwägungsgründen von den eigenthümlichen Schwierigkeiten, welche dem Anschluß Deulsch-Oesterreichs vermöge seiner Verbindung mil nichtdeutschen Ländern im Wege stünden, habe sprechen wollen und nur durch seine Freunde von der Linken davon zurückgebracht worden sei. Daß man nicht ernstlich daran denke, Oesterreich mit Gewalt in den Bundesstaat hereinzuzwingen, geben Mehrere von der Majorität zu, aber „man muß doch das Prinzip retten". Also man macht lieber große Worte, von denen man weiß, daß ihnen die That nicht folgt, als daß man das thäte und ganz thäte, was man thun kann und was allein frommt!

*** **Frankfurt**, 8. Jan. Der baierische Exminister v. Lerchenfeld hat nach mehrtägigem Aufenthalte gestern diese Stadt wieder verlassen. Ein hiesiges Blatt hat nicht angestanden, zu berichten, Herr von Lerchenfeld sei zur Uebernahme des Porlefeuille's eines Reichsministers des Innern hierher berufen worden und er werde auch, unter Umständen, in's Reichsministerium treten. Ohne untersuchen zu wollen, in wie weit diese Angaben gegründet sind, möchten wir einige Zweifel äußern. Wenigstens sind jedenfalls die Unterhandlungen nicht abgeschlossen.

* **Wien.** In ihrer ersten Nummer von diesem Jahre bespricht die Ostdeutsche Post abermals das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Die Argumenle sind nicht neu, aber sie können dazu dienen, den österreichischen Egoismus zu charakterisieen, der gar nicht fähig scheint, seinen landsmannschaftlichen Gesichtskreis zu verlassen. Es heißt im Anfang: „Es gibt kein Deutschland ohne Oesterreich; der Name Deutschland ist unrichtig angewendet, sobald man Oesterreich davon abschneidet. Man kann dann sagen ein Theil Deutschlands, aber man darf nicht sagen, Deutschland konstituirt sich, denn hier in Wien, in Linz, in Eger u. s. w. ist auch Deutschland, und so lange wir uns nicht mitkonstituirt haben, so lange ist Deutschland nicht konstituirt." Man hat uns so oft in Oesterreich gepredigt, von dem beschränkten nationalen Standpunkt abzulassen, nicht „kurzsichtig" auf demselben zu verharren. Das wollen wir jetzt befolgen. Die Einheit ist unser Ziel; gelingt es nicht, alle Länder deutscher Zunge unter sie zu bringen, so vereinigen wir vorerst den bei weitem größten, gleichartig gebildeten, durch kein fremdartiges Verhältniß gehemmten Theil. Besser ist es, ein Glied auszuscheiden, als daß das Ganze unter dem Gifthauch fremder Politik verderbe. Wenn man aber Oesterreich mit seinen buntredenden Völkerstämmen mit in den deutschen Staat aufnähme, würde man dann etwa sagen können: Deutschland constituirt sich? Und auf jenes kommt es doch hinaus, wenn Oesterreich auf der einen Seite seine Integrität als Gesammtstaat in Anspruch nimmt, auf der andern in Deutschland mitkonstituiren und mitkonstituirt sein will. Oder wenn man auf weiter nichts ausgeht, als auf das alte Bundesverhältniß, so nenne man das doch nicht Konstituirung Deulschlands, man nenne es doch beim rechten Namen, eine Aufopferung von Deutschlands Glück und Zukunft, damit Oesterreichs Egoismus gedeihe. Von diesem nun ein weiteres Beispiel. „Man übersieht, fährt die Ostdeutsche Post fort, eine Hauptsache in Frankfurt: Wir Oesterreicher haben nicht blos Pflichten, wir haben auch Rechte in Deulschland. Und sagen wir es gerade heraus: wir streiten dem übrigen Deutschland das Recht ab, sich einseitig zu konstituiren, sich eine Verfassungsform zu geben, die uns von vornherein den Beitritt unmöglich macht." Man sollte uns von Oesterreich aus nicht noch daran erinnern, daß die österr. Regierung nicht eine einzige der Pflichten erfüllt hat, welche die Neugestaltung Deuschlands ihr auflegte, während die Abgeordneten Oesterreichs in Frankfurt gleiche Rechte mit den andern ausübten, während ein österr. Prinz zum Reichsverweser bestellt wurde, ein österreichischer Minister im Besitz der wichtigsten Portefeuilles die deutschen Angelegenheiten leitete, während man in Frankfurt die positive Renitenz wie das negative Verhalten der österreichischen Regiurung stets übersah und entschuldigte. Jedes Recht und obendrein eine Reihe von Begünstigungen hat Oesterreich bei der neuen Konstituirung Deutschlands geübt und genossen, dagegen hat es fast keine Pflicht erfüllt, — und als die erste Probe kam, als man zwei beschlossene Paragraphen vor sich hatte, die Oesterreichs Interesse berührten, da wies man sie mit Hohn und Schmähung gegen die beschließende Versammlung zurück. Es ist nicht wahr, daß diese Paragraphen den Beitritt unmöglich machen. Sie machen den Beitritt des deutschen Oesterreichs nicht unmöglich. Das ganze Oesterreich in den deutschen Bundesstaat aufzunehmen, ist nicht der Zweck, so wenig als den alten Staatenbund von neuem aufzurichten. Will man in Oesterreich einen untrennbaren Gesammtstaat errichten, so ist dies eben die Voraussetzung, die in den deutschen Bundesstaat nicht eingeht, und Oesterreichs Ausscheiden nothwendig macht. Wir können es kaum als eine redliche Kampfweise anerkennen, wenn man das Mitleid für die in den inneren Kämpfen und Stürmen Oesterreichs verlassenen Deutschösterreicher rege machen will, wie hier auch die Ostdeutsche Post es thut. Es stimmt nicht zum starken und einigen Oesterreich, zu der „tausendjährigen Großmacht", die so verächtlich auf „Kleindeutschland" herabblickt. Man nimmt ja das Kreuz jener Kämpfe und Stürme mit Willen auf sich, man verhöhnt ja die ideologische Nationalversammlung, die nationale Mondscheinpolitik in Frankfurt, die den sicheren Schirm gegen die österreichischen Stürme dardietet. „Was würdet Ihr von einem Vater denken, sagt die Ostdeutsche Post, der, um sich einschiffen zu können, nur seine gesunden Kinder bei der Hand nimmt, seine kranken aber ihrem Schicksal überläßt?" Das Bild ist vollkommen falsch. Das rettende Schiff liegt am Strande, fertig zur Abfahrt; aber ein Theil von uns will nicht einsteigen; er will uns verbotenen Ballast, feuergefährliche Waaren und fremdes Schiffsvolk mit hereinbringen; er setzt uns der Gefahr aus, daß wir untergehen, oder den Flammen zum Raub werden, oder in Uneinigkeit und Meuterei uns selbst aufreiben. So stoßen wir denn allein ab; einig unter uns, auf wohlgezimmertem Schiffe, vertrauen wir uns getrost dem Winde und den Wellen.

△ **Wien**, 2. Jan. Die Ferien sind vorüber; Minister und Deputirte haben uns gestern verlassen, um nach Kremsier zurückzukehren und vorerst die Berathung der Grundrechte vorzunehmen. Das Centrum oder der Central-Verein hat sich hier neue Ueberzeugung geholt, um damit gleich den ersten Paragraphen derselben: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus" — zu bekämpfen. Das alte Jahr schied eben so traurig, als uns das neue traurig begrüßte. Doch nein, nicht ganz so traurig, denn es brachte uns das neunte Armeebullelin, welches unauslöschliche Heiterkeit erregte durch seine Abfassung. Früher rühmte man uns den Banus als Mann des Gedankens und der Feder, als wir Thaten von ihm zitirt wissen wollten; nach diesem Probestück scheint die Feder auch nicht seine starke Seite zu sein. Was die Thaten anbelangt, so soll in seinem Lager große Konfusion herrschen. Wären die Ungarn nur einigermaßen gut angeführt, so hätten sich die Truppen des ersten Armeekorps in Kisber gar nicht halten können, so sehr waren sie nach dem Berichte von Offizieren exponirt. Ein Offizier, welcher gestern Abend als Kourier hier ankam, erzählt von einem Gefechle, das bei Stuhlweißenburg stattgefunden haben soll; ebenso scheint bei Todis ein Angriff erfolgt zu sein (zwischen Komorn und Stuhlweißenburg). Der Brückenkopf soll von Komorn bereits von den k. Truppen besetzt und die Vorposten bis einige Stunden von Pesth vorgeschoben sein. Die heutige Wiener Zeitung gibt eine Uebersicht der bisherigen Operalionen in und gegen Ungarn aus dem Hauptquartier (ohne Angabe des Orts) vom 31. Dez., welche aber nichts als das Bekannte enthält, nebst der Verfügung

des Sequesters über die im Eisenburger Komitate gelegenen Güter des Grafen Ludwig Bathyany (der gewesene Minister), Kasimir Bathyany, Anton Zapary und Vidos. Es scheint, daß Todesurtheile in Zukunft nur noch gegen Personen vom Militär vollzogen werden und man hofft täglich die Begnadigung der Doktoren Sattner und Plattensteiner aus dem Hauptquartiere des Fürsten Windisch-Grätz, wohin die Urtheile, welche auf Tod lauteten, ihm nachgesandt wurden, zurück zu erhalten. Hr. Padovani hat sich durch die zweifelhafte Rolle, welche er seit seiner Festnehmung spielte, das Wohlgefallen der Militärbehörde zu erwerben gewußt und ist nun nachträglich von jeder Strafe freigesprochen. Einen sehr üblen Eindruck macht fortwährend die Geheimhaltung des Urtheils über den jungen Baron Schlechta, welches auf 12 Jahre Festung lautete und bereits vollzogen, ist aber in keiner hiesigen Zeitung bekannt gemacht werden durfte. Es scheint dies ein Zugeständniß des Fürsten Windisch-Grätz an die Familie Schlechta.

* **Wien**, 2. Jan. Die gestern mitgetheilte Nachricht über die künftige Weglassung des Religionsbekenntnisses in Pässen hat sich bestätigt, und es ist deshalb ein Circular vom Minister des Inneren an die politischen Behörden ergangen. Eine weitere Verordnung enthebt die Staatsbeamten von der ihnen früher auferlegten Verpflichtung, sich eidlich zu erklären, daß sie keiner geheimen Gesellschaft angehören. Aus Ungarn erfährt man, daß das Gros der Armee vor Ofen steht, dahin aber nicht auf der gewöhnlichen, sondern auf der sogenannten Fleischhackerstraße gelangte. Nach anderen Berichten ist es Jellacic, der noch zwei Meilen von Ofen steht. Es ist sehr zweifelhaft, ob Pillersdorf die Wahl nach Frankfurt annehmen wird, da ihm die für den österreichischen Reichstag kaum entgehen dürfte.

Wien. Nach der Wiener Ztg. vom 1. Jan. sind Ludwig Raveaux aus Köln und L. v. Alvensleben aus Berlin wegen thätiger Theilnahme am Oktoberaufruhr zum Tode durch den Strang verurtheilt, dieses Urtheil jedoch bei Raveaux in dreijährigen, bei Alvensleben in einjährigen Festungsarrest verwandelt worden.

Wien, 2. Jan. „Kaiserlich-königliche Centraluntersuchungskommission," so nennt man hier seit den Novembertagen ein Militärgericht, welches durch Todesurtel und auffällige Kundmachungen die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zog. Die jüngste derselben lautet: „Ungeachtet der wiederholten Warnungen, ja der schreckendsten Beispiele, ist es bis jetzt leider nicht gelungen, die Ordnung auf eine zuverläßliche Weise zu sichern; es mußten im Gegentheil schärfere Maßregeln gegen jene Unheilstifter ergriffen werden, die jeder Behörde Hohn lächeln, jedes Gesetz mit Füßen treten. Da nun aber die Erfahrung gelehrt hat, daß ein großer, ja der größere Theil der Eingeborenen Wiens durch Anstiftung fremder Emissäre irre geleitet und zu Handlungen verführt worden sind, die man früher dem gemüthlichen Wiener kaum hatte zumuthen können, so wird befohlen, daß alle Fremde, Ausländer sowohl als nach Wien nicht zuständige Inländer, wenn sie sich nicht vollkommen über ihre gesellschaftliche und politische Haltung (!) und über die Nothwendigkeit ihres Aufenthalts ausweisen können, von Wien sich entfernen. Diejenigen, die es wagen sollten, dieser Verfügung neuerdings zu trotzen und ohne die von der betreffenden Behörde auszustellende Aufenthaltskarte betreten würden, müßten sich selbst die strengste Behandlung zuschreiben, die ohne alle Rücksicht gegen sie eingeleitet würde. Den 31. Dez. 1848."

(D. A. Z.)

Wien, 2. Jan. Hier herrscht noch immer eine bedenkliche Stimmung unter einem Theile der Bevölkerung; aufregende Gerüchte aller Art werden ausgestreut und mit fast unbegreiflicher Leichtgläubigkeit für wahr angenommen. Die Sicherheitsbehörden glauben darin immer noch den Einfluß fremder Elemente zu erkennen, und es ist sonach eine strenge Verordnung gegen diese publizirt worden. Die Siege der Armee in Ungarn treiben die Chefs der aufrührerischen Partei beinahe zur Verzweiflung, und es werden von ihr die unsinnigsten Drohungen verbreitet und Racheversuche ausgeübt. So ist vor einigen Tagen wieder ein Wachtposten auf der Bastei Nachts, man glaubt mittelst Schießbaumwolle, erschossen gefunden worden. In der Vorstadt Wieden fand man Zettel auf den Straßen liegen, welche zu dem nun zeitgemäßen (!) Angriffe auf die Militärgewalt auffordern. Feldmarschall-Lieutenant Welden zieht die Zügel seiner Regierung wieder straffer an, und auf diese Weise könnte unser Belagerungszustand sich noch lange hinausdehnen. (Nürnb. Korr.)

Von der ungarischen Grenze, 30 Dez. Gegen ein fliegendes Corps von 4000 Ungarn, das bei Carlowitz, einige Stunden von Kremsier, die mährische Grenze überschritt, ist alsogleich eine bedeutende Truppenabtheilung abgeschickt worden und der Landsturm des Prerauer Kreises harrt bloß des ersten Winkes, um sich wie Ein Mann zu erheben. In Siebenbürgen sind neuerdings kleine russische Truppenabtheilungen eingerückt, in Otomos ein Detaschement Kosaken mit einem Hetman an der Spitze; die Russen scheinen vorerst nur die Fühlhörner ins Land zu strecken, allein jenseits der Gränze stehen 20,000 Mann und können binnen 36 Stunden in Kronstadt sein. Es ist wirklich unbegreiflich, wie die Wiener Regierung dergestalt verblendet sein kann, die Russen nach Siebenbürgen zu lassen, wo das überwiegende walachische Element einen willkommenen Anknüpfungspunkt darbietet. Die Sachsen scheinen gegen die Szekler nicht so glücklich zu sein als die Walachen, indem sie neuerdings bei Honigberg geworfen wurden, worauf der Ort in Flammen aufging. Auch bei Marienberg erlitten die Sachsen eine Schlappe, deren Folgen der schöne, von wohlhabenden Deutschen bewohnte Flecken büßen mußte.

(Bresl. Z.)

△ **Berlin**, 5. Januar. Aus guter Quelle erfährt man, daß die durch die Nationalversammlung in Frankfurt berathene und durch das Reichsministerium mit der Bestimmung: daß dieselbe spätestens bis zum 1. Mai in Kraft trete, publizirte allgemeine deutsche Wechselordnung dem Könige zur Vollziehung vorliegt und zwar mit dem Antrage des Staatsministeriums, dieselbe bereits am 1. Februar ins Leben treten zu lassen. Es würde demnach die Publikation durch die Gesetzsammlung schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Wenn dagegen die Einführung der Grundrechte Schwierigkeiten zu begegnen scheint, so wird man den Stand der Frage in diesem Punkte richtig würdigen. Die Grundrechte bilden einen Grundstein an der neuen deutschen Verfassung, und Preußen will unter keinen Umständen das Prinzip aufgeben, daß bei der Constituirung dieser Verfassung auch die Staaten als solche mitzuwirken berufen sein müßten. Auch läßt sich nicht leugnen, daß in den Grundrechten manche Bestimmungen enthalten sind, die, weil ihnen theils die nothwendigen Unterlagen, theils die nothwendigen Uebergänge mangeln, auch für Preußen nicht ohne Weiteres anwendbar erscheinen, obgleich Preußen dabei verhältnißmäßig weniger Schwierigkeiten zu überwinden hat, als die meisten übrigen deutschen Staaten.

Konst. Korr. **Berlin**, 5. Jan. Die Zeichnungen zur Gründung der unter den Auspicien Hansemann's ins Leben zu rufenden großen constitutionellen Zeitung haben einen Fortgang, wie ihn wohl ein ähnliches Unternehmen in Deutschland noch nicht gehabt hat. Es scheint, als betrachten unsere Kapitalisten das Unternehmen nicht allein in politischer, sondern auch in pecuniärer Beziehung als ein viel versprechendes. Die Nachrichten aus Schlesien über die Wühlereien und Wahlumtriebe der ultrademokratischen Partei lauten sehr betrübend. Auch aus Sachsen laufen nicht viel günstigere Nachrichten ein.

Konst. Korr. **Berlin**, 5. Jan. Der Palast des Prinzen von Preußen trug bekanntlich in der ersten Zeit der Revolution am Portal die Inschrift: „National-Eigenthum" und bis in gebildete Kreise war die Meinung verbreitet, das Haus gehöre nicht mehr dem Prinzen. Als beim Beginne des neuen Jahrs die Deputation der Stadtverordneten den Prinzen in seinem Palast beglückwünschte, sagte der Prinz: „Sie erinnern sich der Inschrift, welche diese Mauern trugen — National-Eigenthum?" Es schien als ob ein Vorwurf an diese Mahnungen geknüpft werden sollte. Nichts weniger; der Prinz fuhr fort: „Das sind todte Wände, die mit Unrecht so genannt wurden. Dies ist Nationaleigenthum;" er legte die Hand auf's Herz: „Dies ist Nationaleigenthum, hierein gehört die Inschrift!"

⊙ **Stralsund**, 3. Jan. Das neue Jahr brachte uns einige neue Erscheinungen. Der hiesige Bürgerverein, läßt durch einen Redactionsausschuß eine Wochenschrift: „Volksblatt für Neu-Vorpommern und Rügen" herausgeben, welches zunächst auf die Wahlen einwirken, überhaupt aber die politische Bildung des gemeinen Mannes befördern soll. Das ist die rechte Weise! Von unten auf muß man bauen! Andererseits wenden sich auch der sogenannte „Constitutionelle" und der Volksverein mehr zu gemäßigteren Ansichten. Einige der unruhigsten Leiter scheinen immer mehr den bisherigen Anhang zu verlieren und so ist zu hoffen, daß auch

hier der von dem Bürgerverein erstrebte Bund zwischen ächter Volksfreiheit und mächtigem Königthum wirklich zum Abschluß kommen und gute Früchte bringen werde. Fromme Prediger geben ein Volksblatt: „Der Bote für Neu-Vorpommern und Rügen“ heraus. Es findet auf dem Lande gute Aufnahme. Das Blatt, welches die Demokraten herausgeben, heißt der „Fortschritt“; es ist damit der Siebenmeilenfortschritt gemeint. Besonders stolz aber sind wir Stralsunder auf unsere „Stralsunder Zeitung.“ Sie erscheint nämlich jetzt in Klein-Folio und auf Papier, das wirklich ins Weißliche fällt. Sie ist so zu sagen das amtliche Blatt für Neu-Vorpommern und nimmt, wie der Preußische Staatsanzeiger, nichts auf, was nicht schon gedruckt ist. Früher war sie privilegirt, erschien dreimal wöchentlich auf Löschpapier, und es ging wirklich nichts über die Stralsunder Zeitung — für's Fensterputzen. Was die Konkurrenz nicht thut, ja schon die Furcht vor Konkurrenz! Sie müssen uns zu Gute halten, daß wir in Pommern so viel Aufhebens machen von unserer kleinen Presse. Es ist für uns das Neueste und Merkwürdigste.

Der Schiffsbau ruhet; es scheint als wenn in diesem Winter für die deutsche Kriegsmarine nichts geschehen soll; noch ist ein amtlicher Bericht über die Probe-Manövers im Bodden nicht bekannt geworden; aber die Besorgnisse vor den Absichten der Dänen zum Frühjahr nehmen zu. Unsere alte selbstständige Stadtverfassung, die Jahrhunderte überdauert und unter dem jetzigen Könige noch wieder hergestellt war, ist jetzt dem Untergange geweiht. Wir warten auf die neue Gemeinde-Ordnung. Unsere Demokraten wollten sogar ad interim die preußische Städteverfassung eingeführt. Die Regierung ließ auch wirklich auf dem Rathhause Mann für Mann darüber abstimmen, ob die preußische Städteordnung eingeführt werden sollte? Antwort: „Ja!“ mit großer Mehrheit. Inzwischen ging die Aufregung vorüber, und die Städteordnung ward nicht eingeführt. Die Regierung, befragt, warum sie denn jene Abstimmung hätte vornehmen lassen, antwortete: „es sei zur Beruhigung geschehen!“

Aus Westpreußen, 31. Dez. Vor etwa sechs Jahren wurde auf Staatskosten die Königsberger Allgemeine Zeitung unter der Redaktion des bekannten Historikers und Statistikers, Professor Schubert, jetzigen Abgeordneten in Frankfurt, gestiftet, um die Grundsätze des damaligen Gouvernements zu vertheidigen. Indeß fand die Zeitung wenig Leser und noch weniger Freunde. Auch Herr Schubert konnte es nicht ertragen, daß die Tendenz, welche sein Blatt verfolgen mußte, und welche insbesondere aus den ihm eingesandten Artikeln hervorleuchtete, auf seine Rechnung geschrieben wurde. Er legte die Redaktion nieder; die Zeitung veränderte ihren Titel in den einer „Zeitung für Preußen,“ und Herr Dr. Metzel trat an ihre Spitze, die Subvention aus der Staatskasse dauerte fort, während das Blatt immer mehr an Abonnenten und Kredit verlor. Endlich im März d. J. wurde die Subvention zurückgezogen, und am 1. April war die „Zeitung für Preußen“ eines unbetrauerten Todes entschlafen. Aber man glaubte sie nur todt. Das Alte taucht unter neuem Namen wieder auf, und die absolutistische „Zeitung für Preußen“ erwacht nach neunmonatlichem Winterschlafe als „die konstitutionelle Monarchie.“ Hr. Metzel ist wieder in Königsberg; er redigirt wieder die alte Zeitung unter neuem Namen, und wie er früher Jeden einen Feind der Wahrheit nannte, der nicht zur Fahne „der reinen Monarchie“ schwor, wie jeder ihm als Wühler galt, der den Konstitutionalismus vertheidigte, so ist er jetzt ein Ritter der konstitutionellen Monarchie geworden. Doch dergleichen geschieht jetzt überall, nur nicht immer in so auffälliger Weise. (Nat. Z.)

△ **Köln**, 5. Jan. Auf die Springfluth der letzten Monate ist in unserem politischen Leben eine tiefe, tiefe Ebbe gefolgt und selbst die bevorstehenden Wahlen haben noch zu keiner recht umfassenden Agitation geführt, weßhalb auch das Resultat derselben noch nicht entfernt vorauszusehen ist. Wie immer, zeigt sich die demokratische Partei weit rühriger als ihre Gegner und ich habe Ihnen leider zu berichten, daß die Anmeldungen von den Urwählern zur ersten Kammer — aus reiner Indolenz und Besorgniß vor höherer Besteuerung — nur sehr unvollständig eingegangen sind. Die Organisation der konstitutionellen Partei für die Wahlen hat der hiesige Bürgerverein übernommen und auf morgen ist ein Kongreß aller rheinisch-westphälischen konstitutionellen Vereine nach Dortmund ausgeschrieben. Ueber die Verbreitung unserer Tagesblätter kann ich Ihnen folgende Mittheilungen machen, aus denen Sie sich die Schlüsse über die Zu- und Abnahme der Parteien ziehen mögen. Die radikale „Neue Rheinische Zeitung“ hat mit dem 1. Jan. an Lesern gewonnen; namentlich an auswärtigen und auf dem Lande; sie versendet jetzt an 1000 Exemplare, während sie einige hundert Leser in Köln zählt. Die „Rheinische Volkshalle“, das Organ der konservativen katholischen Partei, die erst jetzt ihre Probe zu bestehen hatte, hat keine größere Verbreitung gewonnen und hat noch nicht die Anzahl von 2000 Lesern erreicht; die „Köln. Ztg.“ ist bei ihrer früheren, bekanntlich sehr bedeutenden Leserzahl geblieben.

München. Die „Neue Münchener Zeitung“ schreibt in einem größern Artikel mit der Ueberschrift: Die Angriffe auf die baierische Regierung, u. A. Folgendes: Daß Baiern den Matrikularbeitrag für die Flotte nicht eigens geleistet hat, erklärt sich wohl sehr einfach daraus, daß es, so viel uns bekannt ist, einen als liquid anerkannten Anspruch an die Reichskasse von weit höherem Betrage zu machen hat. Es dürfte seinen Flottenbeitrag an jener Gegenforderung in Abrechnung zu bringen um so mehr befugt sein, als die Ausgaben für die Flotte größtentheils erst später werden zu geschehen haben. Wenn diese Abrechnung noch nicht bereinigt ist, so liegt die Schuld davon wenigstens nicht an der baierischen Regierung. Was die mangelnde Instruktion des baierischen Bevollmächtigten zu einer Erklärung über die Grundrechte betrifft, aus welchem Umstande man anfangs in rührender Weise eine Ausnahme zu machen beliebte, die, „in die schöne Harmonie des feierlichen Abends den einzigen Mißton“ gebracht habe, so ergibt sich schon jetzt, daß alle (?) Bevollmächtigten in ganz gleichem Falle waren, solche etwa ausgenommen, welche zu förmlichen Protesten im Voraus angewiesen waren. Jedem, der die Gesetzesvorlagen und Regierungsmaßregeln in Baiern während der letzten Monate verfolgt hat, muß es übrigens klar sein, daß die baierische Regierung nicht minder, als die hohe Versammlung zu Frankfurt, in den Prinzipien der „Grundrechte“ die Grundlage des ganzen künftigen öffentlichen Rechtszustandes erblicke.

München, 4. Jan. Wie die D. k. Ztg. meldet, werden in diesem Jahre gegen mögliche Störungen der Ordnung im Sitzungslokale der Kammern prophylaktische Maßregeln getroffen. Eine 48 Mann starke Abtheilung Landwehr soll täglich den innern Dienst im „Ständehaus“ versehen. Dasselbe Blatt führt an, zu den bereits bestehenden zwei Thorwachen sollten noch zwei neue kommen, und dazu noch eine Wache in der inneren Stadt. Die Verstärkung der Garnison in Nymphenburg sei gleichfalls beschlossen und die um Augsburg und an der Eisenbahn kantonnirenden Bataillone hätten fortwährend Marschbereitschaft. Die D. k. Z. fragt, wozu dieser bewaffnete Friede solle? und womit die ungeheuren Kosten decken? zumal da zur Hebung der Münchner Gewerbe aus dem freiwilligen Anlehen die Summe von 30,000 fl. angewiesen wurde, während die eingereichten Gesuche um Unterstützung und Vorschüsse sich auf 200,000 fl. belaufen.

München, 4. Jan. Der Geistliche der hiesigen deutschkatholischen Gemeinde nebst einem der Vorstände hatten gestern Abend bei dem neuen Minister des Innern, Herrn v. Beisler, Audienz. Der Minister sprach sich entschieden zu Gunsten der neuen Gemeinde aus und bemerkte ausdrücklich, daß er ihr, insoweit dies nur möglich und ein höherer Einfluß nicht in den Weg trete, seinen ganzen Schutz angedeihen lassen werde, und daß sie unter seinem Ministerium durchaus keine Hindernisse zu fürchten habe. Er versprach, der Gemeinde, die bisher mit bedeutenden Kosten ein ungeeignetes Lokal zu ihrem Gottesdienste miethen mußte, bei Erwirkung eines kostenfreies Lokals behülflich zu sein. Eine vollkommene staatliche Anerkennung werde wohl nicht lange auf sich warten lassen. (Mittelfr. Z.)

München, 4. Jan. Der Erfinder der Stenographie, Ministerialsekretär Gabelsberger, welcher erst in den jüngsten Tagen durch Zuerkennung eines lebenslänglichen Jahresgehaltes einigermaßen für die großen Verdienste belohnt wurde, die er durch seine Erfindung um die wissenschaftliche, ganz besonders aber um die parlamentarische Welt sich erworben hat, verstarb plötzlich in Folge eines Schlagflusses, welcher ihn auf öffentlicher Straße heute Morgen 10 Uhr ereilt hat. (Allg. Ztg.)

Stuttgart, 5. Jan. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer stellte der Abgeordnete Stockmaier an den Ministertisch die Frage, ob, nachdem die Grundrechte und das Einführungsgesetz verkündigt sind, von Seiten der Regierung ein Wahlgesetz für eine konstituirende Versammlung vorbereitet

werde? Staatsrath Römer erwiderte: Ein Wahlgesetz wird gegenwärtig ausgearbeitet und den Ständen vorgelegt werden. Diejenigen aber, welche so sehr auf eine konstituirende Versammlung dringen, geben sich einer Illusion hin, wenn sie der auch im Publikum verbreiteten Ansicht sind, die konstituirende Versammlung dürfe die ganze Verfassung über den Haufen werfen und etwas ganz Neues schaffen; dieser Ansicht muß ich entschieden entgegentreten. Becher: Nicht nur im Publikum, sondern auch in dieser Kammer besteht die Ansicht von der Nothwendigkeit der Zusammenberufung einer konstituirenden Versammlung. Ueber deren Befugnisse will ich keine weitere Debatte herbeiführen, ich erkläre aber, daß einer konstituirenden Versammlung die Vollgewalt der Volkssouveränetät zusteht. Staatsrath Römer: Ich erkläre, daß ich eine würtembergische Volkssouveränetät nicht anerkenne. (Schw. M.)

*** Aus Baden, 6. Jan. Wer Baden im vorigen Sommer gesehen hat und seitdem nicht mehr, kennt es nicht wieder, so gründlich hat sich seine Physiognomie verändert. Damals gährte es in allen Köpfen, und wenigstens die Hälfte des Landes hätte die Republik mit Freuden begrüßt. Aber seit ihr bester und männlichster Apostel vor seinen eigenen Freunden floh, und namentlich seit der letzten Schilderhebung, die mehr noch lächerlich als verbrecherisch war, hat sich ein auffallender Umschwung in der öffentlichen Stimmung bemerkbar gemacht. Das Land befreundet sich mehr und mehr mit einer Regierung, die, wenn sie mit Entschiedenheit und Energie den vereinzelten Kundgebungen anarchischer Bestrebungen entgegentritt, doch auch jeder Zeit den festen Willen an den Tag legt, gleichen Schritt zu halten mit den Bedürfnissen und Forderungen einer wahrhaft freien und volksthümlichen Entwickelung. An dieser Erkenntniß, die sich mehr und mehr Eingang verschafft, scheitern alle Versuche der noch immer thätigen Umsturzpartei, und selbst die verstärkte, zuerst von Baden in's Werk gesetzte Konscription, welche die Centralgewalt verfügte, ist, vereinzelte Widersetzlichkeiten abgerechnet, die mehrentheils auf bloßem Unverstand beruhen mögen, ruhig und ungehemmt von Statten gegangen, obgleich jene Partei gerade darauf gerechnet hatte, daß die Invollzugsetzung dieser, aus nahe liegenden Gründen ihr ohnehin sehr ungelegenen Maßregel, eine Aufregung und Mißstimmung herbeiführen würde, die für ihre Zwecke zu benutzen sie völlig vorbereitet war. Das neue Jahr beginnt für Baden unter den günstigsten Auspizien. — Mit großer Spannung sieht man indeß den politischen Prozessen entgegen, deren lange Reihe, nachdem gegen Karl Heinzen bereits ein auf 2 Jahr Zuchthaus lautendes Contumacialurtheil erlassen worden, demnächst mit der Aburtheilung über das Hecker'sche Attentat eröffnet werden wird; es folgt dann die Fickler'sche Angelegenheit und den Beschluß macht der Struve'sche Freischaarenzug. Die allgemeine Meinung neigt sich dahin, daß die Regierung, im Gefühl ihrer Stärke, die zu erwartenden verdammenden Urtheile nicht in Ausführung bringen, sondern den Betheiligten die Auswanderung nach Amerika gestatten möge. Man muß gestehen, ein politischer Verbrecher hat in unserer Zeit unermeßliche Chancen. Entweder gelingt sein Unternehmen, und dann ist er kein politischer Verbrecher, sondern ein großer Mann und ein Held, und wird Präsident oder Minister, oder es gelingt nicht, dann hat er, wenn die Geschwornen ihn nicht freisprechen, im schlimmsten Fall die sichere Aussicht, einer der Amnestien theilhaftig zu werden, die in unserer milden Zeit alle Vierteljahr befürwortet zu werden pflegen, und kann dann mit Nächstem wieder von vorn anfangen. Ich kann übrigens nicht schließen, ohne Sie auf die Erscheinung besonders aufmerksam zu machen, daß, während sonst gerade in Baden die Antipathien gegen Preußen und gegen das, was man als preußische Anmaßung und Hegemonie-Gelüste betrachtete, am stärksten von ganz Süddeutschland ausgeprägt waren, gegenwärtig vorzugsweise in Baden sich die Stimmung für die Uebertragung eines erblichen deutschen Kaiserthums an die Krone Preußen ausspricht. Der vaterländische Verein in Karlsruhe hat mit einer dahin zielenden Erklärung die Initiative ergriffen, und bereits sind aus mehreren Wahlbezirken — ich nenne darunter den von Mittermaier vertretenen Wahlbezirk von Rastatt und Baden — ähnlich lautende Adressen an die Nationalversammlung abgegangen. Welch' ein Umschwung gibt sich auch darin kund! Vor einem halben Jahr die Republik, und jetzt ein erbliches Kaiserthum des Hauses Hohenzollern!

* **Hanau**, 1. Jan. Der hiesige politische Verein hat sich in einer heute an die Nat.-Vers. abgegangenen Adresse für die Berufung der preußischen Herrscherfamilie auf den erblichen deutschen Kaiserthron ausgesprochen.

** **Hamburg**, 4. Jan. Wir sind von allen Seiten umgeben mit fremdem Militär; eine große Abtheilung Hannoveraner liegt in Harburg, um nach Schleswig bereit zu sein, andere, wie Altenburger, Weimaraner und Sachsen sind bereits angesagt und Alles, was mobil ist von der schleswig-holsteinischen Armee, ist bereits nach Norden abgegangen, um die Ostseeküste und die Grenze der Königsau gegenüber zu schützen. Alle Welt ist voll von Ueberfällen, die an der Nordgrenze vorgekommen sind; doch wurden sie nicht, wie zuerst behauptet, gegen Militärpiquets ausgeübt, sondern gegen wehrlose Civilpersonen.

Großbritannien.

* **London** 3. Jan. „Daily News," das Organ der neuen Reformbewegung im Cobden'schen Sinne, berichtet über zwei Meetings, die in Cockermouth und Edingburgh zu Gunsten gewisser Ersparungen im Staatshaushalt und der Cobden'chen Vorschläge in Betreff der Finanz- und Steuerreform gehalten wurden. Die genannte Zeitung schildert diese Agitation als mächtig im Wachsen, und es mag allerdings politisch klug gewesen sein, daß Cobden, wie es scheint, die im vorigen Jahre begonnene Agitation für Wahl- und Parlamentsreform, welche ihn früher oder später genöthigt haben würde, entweder mit den Chartisten gemeinsame Sache oder ein seinem Rufe als Politiker nachtheiliges Fiasko zu machen, aufgegeben hat und sich für seine Thätigkeit inner- und außerhalb des Parlaments auf Ersparungsvorschläge und Steuerreformen beschränken zu wollen scheint, welche unter allen Klassen der Bevölkerung Anhänger und Schutzredner zählen. Wenn nun aber auch der „Druck von außen" das demnächst zusammentretende Parlament veranlassen sollte und wahrscheinlich wird, der Regierung bei ihren Geldforderungen genau auf die Finger zu sehen und jene vielleicht hier und da um ein Weniges zu beschneiden, so ist es doch durchaus nicht wahrscheinlich, daß Cobden mit seinen umfassenden Ersparungsvorschlägen im Kriegs- und Seewesen irgend Erfolg haben wird zu einer Zeit, wo England, abgesehen von der in Irland zur Erhaltung der Ruhe nöthigen Truppenmacht, bereits in Indien mit einem schwierigen Feldzug belastet ist und selbst nach glücklicher Beendigung desselben große Streitkräfte nöthig haben wird, um das ohne Zweifel alsbald in ein unmittelbar britisches Unterthanenland verwandelte Pendschab in Zucht und Ordnung zu halten und überhaupt allen möglichen Eventualitäten in diesen wie in seinen übrigen auswärtigen weiten Gebieten mit Nachdruck begegnen zu können. Ohnehin weiß man auch in England, daß die Lage der Welt der Art ist, daß ein kleiner Funke einen allgemeinen Weltbrand zu entzünden droht, welchem Großbritannien, das an den verschiedensten und entferntesten Punkten militärische Vorposten aufgestellt hat und durch seine diplomatischen Beziehungen und Agitationen überall hin verflochten ist, unmöglich Gewehr in Arm ruhig zusehen kann. Der wirklich auffallende Eifer, womit Cobden in einer Zeit, wo militärische Massen und zugleich revolutionäre Brandstoffe in allen Ländern aufgehäuft sind, von allen Dächern predigt, die Vertheidigungsmittel Englands zu verringern, erweckt bei Vielen Zweifel an seinem staatsmännischen Beruf. Indeß läßt sich auch der Engländer nicht verdrießen, für Jahre vorauszuarbeiten; sein England besteht ihm nicht bloß aus seiner eigenen werthen Person und etwa noch seiner Partei.

Was nun die Versammlung in Cockermouth betrifft, so wohnten ihr die beiden Vertreter der Stadt, die HH. Aglionby und Horsman bei. Ersterer machte namentlich für sich geltend, „daß er stets dem besten Diener, den je das Land gehabt, dem besten, weil ausdauerndsten und eifrigsten, Joseph Hume zur Seite gestanden." Aglionby fuhr fort: „Dieser alte (Hume ist bereits über 70 Jahr alt) und bewährte Freund wird jetzt von einem der außerordentlichsten Männer unterstützt, den das Zeitalter nur immer hervorgebracht — ich darf kaum sagen, daß ich auf Herrn Cobden anspiele." (Lauter Beifall.) Weiter hob noch der Redner als ruhmwürdige Kämpfer im Parlament die HH. Bright und Villiers hervor, und versicherte zugleich, daß der Partei der Reformer mit jeder neuen Parlamentssitzung neue Kräfte zuwüchsen. Die Reformversammlung in Edinburgh war, wie Daily News bemerkt, nicht von den alten

Whigführern und deren Anhang, um so mehr aber von den eigentlichen Bürgern und den sich emporarbeitenden unabhängigern Politikern besucht. Dies große Reformmeeting, welches unter dem Vorsitz von George Wilson in den ersten Tagen des Januars zu Manchester stattfinden sollte, ist jetzt auf den 20. Januar verlegt worden. Das Cobden'sche Budget mit ersparten 10 Millionen wird jedenfalls der Hauptgegenstand sein, an dem die Radicalreformer gegenüber den Konservativen ihre Kräfte im Parlament erproben werden; in auswärtigen Fragen werden es auch die Tories an Angriffen auf die Politik des Kabinets nicht fehlen lassen.

Neuigkeiten von besonderm politischen oder socialen Belang enthalten sonst die englischen Blätter aus dem Inland nichts. In der irischen Provinz Ulster nahmen in letzter Zeit systematisch betriebene Brandlegungen auf den Farmen in erschreckender Weise zu, ähnlich wie dies vor 16 Jahren in den englischen Landbezirken stattfand. In den gewaltthätigen westlichen und südlichen Bezirken Irlands waren solche Verbrechen von jeher nicht selten, dagegen in der ruhigen Provinz Ulster bisher fast unerhört. — In Belfast war die Cholera eher in der Abnahme, in mehreren Städten Schottlands dagegen, namentlich in Glasgow, wüthete sie in fortdauernd heftiger Weise.

Die Konsols haben heute den hohen Stand von 89⅛ erreicht.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Jan. Den Schluß der vorgestrigen Sitzung der Nationalversammlung bildete eine kurze Verhandlung über die Linderung der Strafbestimmungen in Betreff der Arbeiterkoalitionen. Die Kommission hatte das Gesetz dahin zu fassen vorgeschlagen, daß die Koalition an sich straflos bliebe und nur diejenigen, welche gewaltsam eine Lohnerhöhung oder Erniedrigung zu bewirken versuchten (Arbeiter und Arbeitgeber), der Strafe verfielen. Der Minister des Innern bekämpfte den Vorschlag als unausführbar und unzeitgemäß; er behauptete, daß die Koalition stets zu Gewaltsamkeiten führe, und deßhalb selbst nicht geduldet werden dürfe, und trotz des Widerstandes der Linken, welche das Prinzip der Gleichheit und Verbrüderung gewahrt wissen wollte, wurde der Vorschlag zur nochmaligen Prüfung an die Kommission zurückgewiesen.

Die gestrige Sitzung begann mit einer trostlosen Debatte über die Wiedereinführung der Arbeit in den Gefängnissen, welche die provisorische Regierung bekanntlich abgeschafft hat, um den Industriellen die Konkurrenz zu nehmen. Die Bänke waren dünn besetzt, und die Anwesenden wendeten ihr Interesse Privatgesprächen zu. Erst als der Minister des öffentlichen Unterrichts, Fallour, um das Wort bat, wurde die Kammer aufmerksam. Aus dem Moniteur war bereits bekannt, daß die Regierung den Carnot'schen Entwurf über den Primairunterricht zurückgezogen und eine Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Entwurfs, sowie eine zweite zur Ausarbeitung eines Entwurfs über den Gymnasialunterricht, eingesetzt hatte. Die Zusammensetzung dieser Kommissionen hatte wenig Beifall gefunden. Die Mehrzahl bilden als bigott bekannte Katholiken, Michel, Armand, Henry de Riancey, Cochin, Roux-Lavergne, der Abbé Sibour, Graf Montalembert, Corcelles u. A. Daneben verschwindet das liberale Element, wie Buchey, der Protestant Cuvier, Cousin und Thiers, und wenn auch der Arbeiter Peupin unter den Mitgliedern aufgezählt wird, so sieht man deutlich, daß damit nur der demokratische Schein gerettet werden soll. Abgesehen von der Zusammensetzung hatten die Kommissionen auch Anstoß gegeben, weil man das Unterrichtswesen als zum Ressort der organischen Gesetze gehörig betrachtet, welche die National-Versammlung sich ausschließlich vindiciren möchte. Sie hatte auch gleich bei ihrem Zusammentritt eine Kommission für das Unterrichtswesen niedergesetzt, die zugleich das Gesetz, welches Carnot zur Zeit der provisorischen Regierung gegeben hatte, prüfen sollte. Die Kommission bestand größtentheils aus Eklektikern, an ihrer Spitze Barthélemy St. Hilaire, der bekannte Mitarbeiter der Débats. Der Carnot'sche Entwurf hatte allerdings einen kleinen Beischmack vom Luxemburg-Parlament. Die Kommission hat ihn deßhalb in 54 dreistündigen Sitzungen völlig umgearbeitet, und eben jetzt, da sie mit ihrem Werk fertig ist, kommt diese Intervention Fallours; ihre Arbeit wird für inadmissibel erklärt und neue Kommissionen werden eingesetzt. Wären selbst diese Kommissionen ganz nach Wunsch zusammengesetzt, sie müßten den Groll der früheren erwecken. Man kann sich hiernach denken, mit welcher Aufmerksamkeit man der Debatte entgegensah, welche Fallour anregte. Er erklärte, die Grundsätze, auf denen der Carnot'sche Entwurf ruhte, widersprächen auf gleiche Weise den Ansprüchen der Religion, wie den Rechten der Gemeinde und Familie. Deßhalb habe er Kommissionen eingesetzt, welche einen Entwurf in Uebereinstimmung mit den Ansichten der Gegenwart ausarbeiten sollten. Barthélemy St. Hilaire erhob sich sofort und protestirte gegen diese Maßregel. Er bezeichnete die Ernennung der Kommission als einen außerparlamentarischen Akt, der nur berechnet sei, einen Konflikt zwischen der Regierung und der Nationalversammlung herbei zu führen. Fallour behauptete, nur von seinem Rechte Gebrauch gemacht zu haben, und wies eine solche Absicht mit Unwillen zurück. Herr Keppelin ging in seinem Tadel gegen die Regierung noch weiter; er wollte, daß die Versammlung die Frage an die Bureaux weise und eine Kommission zur Untersuchung niedersetze. Da stieg Odilon Barrot auf die Tribüne und vertheidigte mit großer Energie das konstitutionelle Recht der Regierungsinitiative. „Die Regierung bestreitet der Versammlung nicht das Recht, jeden Gesetzentwurf, der ihr gefiel, vorzubringen; aber in gleicher Weise darf die Versammlung nicht das Recht der Regierung in Zweifel ziehen, einen Gesetzentwurf, den ein früheres Ministerium eingebracht hat, wieder zurück zu nehmen. Beide Gewalten sind souverän, denn beide gehen aus dem allgemeinen Stimmrechte hervor, und jeder Eingriff, den die eine in die Rechte und Privilegien der andern macht, ist eine Gefahr für das öffentliche Wohl. Ich bitte die Versammlung, zu glauben, daß ich nicht nach dem Regierungsantheil strebte, den ich einnehme; aber da ich ihn vertrete, werde ich ihn ungeschwächt zu bewahren wissen. Das jetzige Ministerium kann nicht das Werk seiner Vorgänger mit seiner Verantwortlichkeit decken. In der Verweisung an die Bureaux würde ein Tadel gegen das Ministerium liegen." Dupont de Bussac schlug eine motivirte Tagesordnung vor, die Versammlung ging aber mit 442 Stimmen gegen 302 zur einfachen über. Darin lag ein unzweifelhafter Sieg der Regierung; die Nationalversammlung hat wieder gezeigt, daß sie in ihrer Mehrheit ihr keine Schwierigkeit bereiten wolle; ihr Recht der Initiative hat sie hinterher dadurch gewahrt, daß auch sie eine neue Kommission für denselben Gegenstand eingesetzt hat.

Auch die heutige Sitzung der Nationalversammlung schien ohne alles Interesse bleiben zu wollen, als Herr Trouffard einen Vorfall zum Gegenstand einer Interpellation machte, der ohne ihn wohl ganz unbemerkt vorübergegangen wäre. Gestern nämlich war die feierliche Installirung Jerome Bonaparte's als Gouverneur der Invaliden. Es hat dabei, wie zu erwarten stand eine kleine Parade stattgefunden, und Jerome hat eine Rede gehalten, in der er äußerte, der Kaiser verdanke Alles Frankreich, seine Familie aber noch mehr; sie werde niemals vergessen, daß kein Opfer zu groß ist, das Frankreich dienen kann. Er schloß mit dem Ruf: es lebe Frankreich! Alles für Frankreich! Die Invaliden antworteten: es lebe Frankreich! es lebe der Kaiser! Diesen Ruf nun machte Herr Trouffard zum Gegenstand seiner Interpellation. Odilon Barrot antwortete etwas verächtlich: Changarnier und der Kriegsminister wären dabei gewesen und hätten sich nicht beklagt; man würde diesen Ruf bei alten Kriegern wohl natürlich finden. — Marrast kündigte darauf an, daß der Ausschuß für das Gesetz über die Verantwortlichkeit des Präsidenten und der Minister bereits fertig sei, und der Ausschuß für das Staatsrathsgesetz nächstens fertig werde. Die Versammlung ging dann zur weiteren Berathung des Gesetzes über die Arbeiten in den Gefängnissen über.

Die Ausschüsse entwickeln überhaupt eine große Thätigkeit. Die beiden Ausschüsse, welche den Rateau'schen Vorschlag wegen Auflösung der Nationalversammlung zu begutachten hatten, haben der eine mit 15 gegen 15, der andere mit 19 gegen 18 Stimmen ihn verworfen. Aus dieser geringen Majorität läßt sich aber abnehmen, wie groß die Chancen sind, daß er in der Versammlung selbst durchgehen wird. Von Tag zu Tag wächst unter dem Einfluß der Volksstimmung die Ueberzeugung bei der Nationalversammlung selbst, daß sie sich überlebt hat. — Der Ausschuß für den Jonia'schen Vorschlag, die Gesetze wegen Verbannung der Familien, die einst in Frankreich regiert haben, zurückzunehmen, hielt gestern eine sehr stürmische Sitzung. Leroux vertheidigte die Gesetze aus Gründen der öffentlichen Ruhe. Cremieux sprach mit Abscheu von ihnen. Die Republik ist stark genug, sich gegen alle

Rivalen zu halten, und braucht keinen Prätendenten zu fürchten. Der Ausschuß beschloß den Vorschlag zwar zu empfehlen, zunächst aber eine Vertagung der Frage vorzuschlagen. — Im Ausschuß für die Heeresorganisation hat sich Cavaignac in einer vielgerühmten Rede für Verminderung des stehenden Heeres erklärt. Er gesteht zu, daß eine kürzere Dienstzeit, durch welche dieselbe vorzüglich herbeizuführen wäre, die militärische Thätigkeit verringere; er erkennt aber höhere Rücksichten an, namentlich die auf die Finanzlage des Landes. — Die Finanzfragen machen am meisten zu schaffen. Die Journale sind unerschöpflich in Vorschlägen und Räsonnements; die „Presse" namentlich kommt immer wieder auf ihre Panacee zurück: wie man die Verwaltung sämmtlicher Einnahmen in die Hand eines Mannes lege, so solle man sämmtliche Ausgaben einem Hauptminister überlassen. — Das Journal des Debats enthält einen vortrefflich geschriebenen Artikel über die deutsche Frage. Es hat schon wiederholt seine genaue Kenntniß aller Vorgänge in Frankfurt gezeigt, und weiß die Schwächen der deutschen Verhältnisse auf das Schlagendste nachzuweisen.

Was die Stellung des Präsidenten angeht, so scheint seine Verbindung mit der rue Poitiers immer lockerer zu werden. Unter den Kandidaten, welche sie bei der heutigen Vicepräsidentenwahl aufstellte, befanden sich die beiden abgetretenen Minister Bixio und Maleville. Man war in der Sitzung sehr gespannt, wie die Wahl ausfallen würde, und achtete wenig auf die Debatte. Beim Postschluß war das Resultat noch nicht verkündigt. Da der Präsident sich nun von der rue Poitiers verlassen sieht, wendet er sich den Republikanern mehr zu. Darauf deuten mehrere Ministerkombinationen, mit denen das Gerücht sich trägt; nach der einen sollen Billault, Cremieux, Jules Favre, Barthélemy St. Hilaire an einem neuen Kabinet Theil nehmen, nach der andern gar Lamartine, Pagnerre, Duclerc, Garnier Pagès.

Der Vice-Admiral Cécile ist zum Gesandten in London ernannt worden; Louis Napoleon hat seinem Vetter also doch nicht einen solchen Posten zu geben gewagt. Auch für den Brüsseler Kongreß ist ein Gesandter im Moniteur bekannt gemacht, nämlich Hr. Lagrené; daß der Kongreß aber zu Stande kommt, möchte dadurch noch nicht gesichert sein.

Die Nachricht über die Niederlage des General Concha, welche das Bayonner Blatt gegeben hatte, bestätigt sich durchaus nicht; Concha ist vielmehr wohlauf und fühlt sich sogar stark genug, den Belagerungszustand der Provinzen Ciudad-Real und Toledo aufzuheben.

Einige Journale bemerken mit vielem Wohlgefallen, wie die Minister Louis Philipp's, einer nach dem andern, nach dem alten Taubenschlage wieder zurückkehren. Cunin-Gridaine, Dumont, Trezel und Jayr sind schon hier, Guizot wird täglich erwartet, und Hébert hat sich auch bereits angekündigt.

Oesterreichische Monarchie.

Brody, 25. Dez. Was man so lange vergeblich gewünscht, ist endlich wenigstens zum Theil verwirklicht. Nachdem die bisher mit unglaublicher Strenge gehandhabte russische Grenzsperre dem Handel und Verkehr unserer Stadt monatlang die empfindlichsten Wunden geschlagen, erhalten wir am Schlusse des verhängnißvollen Jahres 1848 als willkommenes Weihnachtsgeschenk eine bedeutende Milderung derselben, welche auf gänzliche Aufhebung hoffen läßt. Getreide, Schlachtvieh, Pferde und Branntwein dürfen von nun an frei aus Rußland eingeführt werden. Wie es ferner mit dem Ertheilen von Pässen nach Rußland gehalten werden soll, darüber weiß man noch nichts bestimmtes. So viel steht fest, daß mehrere Personen, welche schon längere Zeit Pässe erwarteten, dieselben jetzt erhalten. Schon die wieder erlaubte Einfuhr von Getreide, Schlachtvieh rc. ist ein wesentlicher Vortheil für unsere Stadt, und man ist hier allgemein sehr erfreut darüber. Indessen ermangelt man doch nicht, sich über den Zeitpunkt, in welchem diese Milderungen eintreten, über die Ereignisse, von denen sie in unserem Vaterlande begleitet werden, höchlich zu verwundern. Unwillkürlich wird man auf die Idee eines geheimen Einverständnisses zwischen unserm und dem russischen Kabinet geleitet. Diese Idee erweckt natürlich bei uns mehr als irgendwo ernste Besorgnisse. Man zittert, daß ein möglicher europäischer Krieg uns in die Hände Rußlands liefern könnte. Dem zunächst beschäftigt die vor sich gehende Theilung Galiziens die Gemüther. Die Regierung begünstigt offenbar die Ruthenen. Obwohl natürlich in Lemberg während des Belagerungszustandes das Assoziationsrecht suspendirt ist, hält doch der ruthenische Volksrath ungestört seine Sitzungen. (Konst. Bl. a.B.)

Schweiz.

Bern. Die Gesandtschaft des Königreichs Belgien in der Schweiz ist aufgehoben. Die belgischen Konsulate in Basel, Genf und Zürich sind mit dem Paßwesen, Legalisationen und sonstigen Kanzleiakten beauftragt. (N. Z. Z.)

Ungarn.

Die magyarische Armee hat an Geschütz ungefähr 36 Feldbatterien ohne Mannschaft zu ihrer Bedienung, und die Stärke des ungarischen Aufgebots, der Freiwilligen und der Gepreßten soll in der Zahl die Stärke der kaiserlichen Armee übertreffen. Bei Preßburg stand bekanntlich ein aufständisches Corps von 25,000 Mann; bei Kaschau sollen den Versicherungen eines Militärs zufolge, der die Schlacht mitgemacht hat, gegen 30,000 Mann dem Corps des Grafen Schlick entgegen gestanden sein. Alle kaiserlichen Offiziere, die vom Kriegsschauplatze hierher kommen, versichern, daß die magyarische Armee sehr gute Ingenieure haben müsse. Die Verschanzungen an der Drau und bei Preßburg bestätigen dieses Urtheil. (C. Bl. a. B.)

Preßburg, 29. Dez. Die Annahme ungarischer Banknoten in k. k. Kassen ist durch eine Verordnung der k. k. Regierung von heute ab untersagt worden. In Folge dessen sind dieselben alsbald um 10 Pzt. im Kourse gefallen. (Schles. Z.)

Griechenland.

** **Athen**, 21. Dez. Unsere im Taglohn arbeitende Kammern beeilen sich nicht, das Büdget zu votiren, und so wird die Regierung, wie vom Anbeginn der Constitution, auch dieses Rechnungsjahr von provisorischen Crediten leben, bis Voranschlag und Abrechnung zusammenfallen. Dieser Uebelstand und daß wieder zwei Dörfer bei Theben von 40 Räubern ausgeplündert worden sind, kann Ihre deutschen Leser kaum mehr interessiren. Dagegen verdient zu Protokoll genommen zu werden, daß die unabhängige griechische Presse einstimmig ausspricht, es sei vor dem 3. Sept. Alles besser gewesen, als seither unter der Constitution. Namentlich seien doch die Schulden bezahlt worden, seit 1844 aber gähne zwischen den Einnahmen und Ausgaben ein Schlund, der nicht nur die $4\frac{1}{2}$ Million schuldige Jahreszinsen, sondern auch alles auf Straßen, Häfen, Entsumpfung u. s. w. zu verwendende Geld fresse. Dieser Schlund führe in den Bauch oder Beutel der nichtswürdigen Oligarchie. Erlauben Sie mir darüber eine freimüthige Betrachtung. Vor dem 3. Sept. 1843 hat sich unser König, dem nichtzuverachtende deutsche Kräfte zu Gebot standen, darin gefallen, Mittelmäßigkeiten um sich zu sammeln. Dadurch allein ist der 3. September möglich geworden. Nach dem 3. Sept. hat sich König Otto zwar auf außergewöhnliche Menschen gestützt, aber diese meinten es nicht gut mit ihm, wie Koletti, der unbezweifelt große vaterländische Pläne hegte, Piscatory, der mit Ludwig Philipp stand und fiel, und hauptsächlich Prokesch-Osten. Der letztgenannte Diplomat, dessen aufgefangene Correspondenz einen ganz andern Ton anschlägt, als seine lauwarmen Druckschriften, zwingt Einem wohl durch sein politisches Talent und durch seine Consequenz als ächter Oesterreicher Achtung ab, aber gerade deßhalb bringt es uns manchmal zur totalsten Verzweiflung, daß König Otto ihm noch immer vertrauen kann.

Nordamerika.

* **Vereinigte Staaten.** Das neu erbaute Dampfschiff Canada kam am 3. Januar in Liverpool an, mit Nachrichten aus New-York vom 20. Dez. Indem wir uns vorbehalten, morgen einen ausführlicheren Auszug zu bringen, erwähnen wir hier vorläufig nur, daß diesen Nachrichten zufolge die Verhandlungen des Kongresses zu Washington diesmal von nicht gewöhnlichem Interesse zu werden versprechen, da bereits bald nach der Eröffnung desselben der Streit um die innern Lebensfragen der Vereinigten Staaten, um die Sklaven- und um die Tariffrage, mit ziemlicher Lebhaftigkeit entbrannt ist. Eine Denkschrift aus Neu-Mexiko mit dem Gesuch um Nichtgestattung der Sklaverei, dagegen eine Protestation der gesetzgebenden Behörde von Florida im gerade entgegengesetzten Sinne, in auffallend scharfen, entschiedenen, fast drohenden Ausdrücken abgefaßt, die Angelegenheit wegen des angeblich beabsichtigten Ankaufs von Kuba, wegen der angeblichen Verhaftung sog. amerikanischer Sympathisers

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 8. Januar.

Tagesordnung der 147. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des vom Abgeordneten v. Soiron, Namens des Verfassungs-Ausschusses, erstatteten Berichts über §. 19 des Entwurfs „der Reichstag,“ (den Reichshaushalt betreffend).
2) Berathung des vom Abgeordneten v. Dieskau, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts, über mehrere Petitionen wegen Abschaffung und Aufhebung der Hazardspiele, der öffentlichen Spielbanken, der Lotterien und des Lotto's.
3) Berathung des vom Abgeordneten Martens, Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten erstatteten Berichts, über die Anträge des Abgeordneten Mohr, die Einquartirung in der Provinz Rheinhessen betreffend.
4) Berathung des vom Abgeordneten Sprengel erstatteten Berichts über die von dem Hofgerichte zu Sigmaringen beantragte Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen den Abgeordneten Advokaten Würth von Sigmaringen.
5) Berathung des vom Abgeordneten Werner aus Koblenz, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses erstatteten Berichts über verschiedene Eingaben.

Gegen 10 Uhr erst eröffnet Präsident Simson die Sitzung, von deren Tagesordnung der Bericht über das Ministerialprogramm, die österreichischen Angelegenheiten betreffend, wieder verschwunden ist. Die Versammlung ist so unruhig und zerstreut, daß es nur nach und nach den Mahnungen des Vorsitzenden gelingt, die nöthige Aufmerksamkeit herzustellen. Es wird der Austritt des Hrn. v. Dallwitz (Schlesien) aus der Nationalversammlung und dagegen der Eintritt mehrerer neuen Mitglieder und deren Vertheilung an die Abtheilungen angezeigt: Schädler aus Vaduz, Herzog aus Ebermannsdorf, v. Keudell aus Berlin, Gebhard aus Würzburg, Hillebrand aus Pöls, Trabert aus Rauscha.

Groß aus Leer interpellirt das Ministerium des Innern wegen der Weigerung Hannovers, die Grundrechte sofort zu veröffentlichen und durchzuführen. Die Antwort darauf wird für den 15. Januar versprochen.

Sodann überreicht der Reichsminister der Justiz der Nationalversammlung die sämmtlichen (28 Schriftstücke umfassenden) auf die standrechtliche Behandlung Robert Blum's und Julius Fröbel's in Wien bezüglichen Vorlagen. Sie werden dem österreichischen Ausschusse überwiesen.

Roßmäßler stellt heute seinen früher angekündigten, auf die angebliche Verletzung des Briefgeheimnisses bezüglichen Antrag dahin, daß die Nationalversammlung in Berathung nehme, wie §. 12 der Grundrechte zu einer Wahrheit werde. An den Minoritäts- und Petitionsausschuß. Desgleichen ein sogenannter dringender Antrag Würth's von Sigmaringen auf sofortige Entfernung der Reichstruppen aus dem Fürstenthum.

Vicepräsident Kirchgeßner zeigt an, daß der Bericht des österreichischen Ausschusses vollendet und daß man zu einem Mehrheits- und Minderheitserachten gekommen sei. Die letztern lauten:

Mehrheits-Antrag: In Erwägung, daß das Verfassungswerk für das deutsche Reich von der Nationalversammlung einzig und allein festzustellen und sonach die Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen Deutschlands nicht zulässig ist, in Erwägung, daß die Feststellung des Reichsgebietes ein Bestandtheil der Reichsverfassung ist, in Erwägung, daß es die Nationalversammlung mit dem ihr vom deutschen Volke gewordenen Beruf, für alle zum früheren deutschen Bunde gehörigen Länder eine gemeinsame Verfassung zu geben, für unvereinbar erachtet, in die Ausscheidung der zum früheren deutschen Bunde gehörigen Lande Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaate zu willigen, in fernerer Erwägung der eigenthümlichen Verhältnisse, die sich aus der bestehenden Verbindung deutscher und nichtdeutscher Länder in Oesterreich ergeben, in endlicher Erwägung, daß die Feststellung der deutschen Reichsverfassung eine innige, sowohl politische als kommerzielle Verbindung nichtdeutscher Länder Oesterreichs mit dem deutschen Bundesstaate nicht ausschließt, sondern eine solche vielmehr im offenbaren Interesse beider Länder gelegen ist, — beschließt die Nationalversammlung:

1) Die vom Reichsministerium in dessen Erklärung vom 5. d. M. ausgesprochene Zurückweisung des Vereinbarungsprinzipes für die deutsche Reichsverfassung im vollsten Maße anzuerkennen.

2) Die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum früheren deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs zu dem deutschen Bundesstaate zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der österreichischen Regierung in Verhandlung zu treten.

Minoritäts-Antrag: Dem Reichsministerium die auf Vorlage vom 18. Dez. v. J., modifizirt durch Schreiben vom 5. Januar l. J., erbetene Vollmacht zu ertheilen.

Unterz.: Barth, Paur, v. Buttel, Dr. v. Linde, Rüder.

Gevekoht aus Bremen antwortet für den Marineausschuß auf den Antrag Kohlparzers, daß von den für Errichtung einer deutschen Kriegsflotte bewilligten 6 Millionen Thalern die Hälfte für Herstellung einer Kriegsflotte im adriatischen Meer verwendet werden möge. Der Ausschuß glaubt, daß die Interpellation Kohlparzers erledigt, und daß ein weiterer Bericht darüber nicht nothwendig ist; denn die 6 Millionen Thaler seien der Centralgewalt zur Verfügung gestellt worden, und der jetzige Zeitpunkt, besonders in Rücksicht auf die eigenthümlichen Verhältnisse zu Oesterreich, nicht geeignet zu weiteren Erörterungen.

Die Berathung wendet sich unter Abänderung der Reihenfolge der Tagesordnung zuerst zu dem Berichte des volkswirthschaftlichen Ausschusses die Aufhebung der Hazardspiele, der öffentlichen Spielbanken, der Lotterie und des Lotto betreffend. Nachdem v. Dieskau als Referent den Standpunkt der Angelegenheit bezeichnet und namentlich mehrere neue Einläufe aufgezählt hatte, worunter das Gutachten eines bekannten französischen Rechtsgelehrten, welches sich zu Gunsten der Ansprüche der Spielpächter erklärt, — bemerkt Venedey, er werde zwar dem Grundsatze seines Lebens getreu stimmen (welchem?), allein dem Hause doch sehr dankbar sein, wenn es diesmal, wie in so vielen andern Fragen, wo es besondere Verhältnisse schonend berücksichtigt, auch den eigenthümlichen Verhältnissen seiner homburgischen Wähler Rechnung trage. (Gelächter) Mittermaier hält zu allgemeiner Ueberraschung dem Hazard eine Vertheidigungsrede. Nicht im Spiele überhaupt läge die Schädlichkeit, sondern es sei die Neigung dazu vielmehr mit dem germanischen Leben verwachsen. (Ablehnendes Erstaunen). Die öffentlichen Spielbanken nur seien es, gegen welche sich die öffentliche Meinung und mit Recht kehre. Aber sie könnten nicht plötzlich beseitigt werden, ohne gefährliche Verletzung wohlerworbener Ansprüche. Auch sei es nicht rathsam, die Finanzen des Jahres 1849 zu schmälern. Daher beantragt Mittermaier, daß die Aufhebung der Spielbanken auf eine dreijährige Frist hinaus geschoben werde.

Degenkolb. Nicht über die Aufhebung der unmoralischen Spielbanken könne in dieser Versammlung ein Zweifel sein, nur über die Entschädigung. Allein ein Vertrag über die Ausbeutung der schlechten Leidenschaften des Volkes sei von der Art, daß sich die Kontrahenden an einander zu erholen und keine mitleidige Beihülfe in Anspruch zu nehmen hätten. Degenkolb empfiehlt daher den Antrag des Ausschusses, die Nat.-Verf. möge die Aufhebung der Spielbanken und Spielpachtverträge ohne Weiteres beschließen.

Christ. Das öffentliche Spiel sei nur ein gemildertes Uebel zur Vermeidung des heimlichen Spiels, dessen Ausrottung nicht gelingen werde. Er ist daher gegen die Aufhebung. Vischer von Tübingen vergleicht das Hazardspiel mit der Prostitution und fordert die unbedingte Beseitigung der öffentlichen Spielanstalten. Graf Schwerin ist gegen die Aufhebung des Lottos, der Spielbanken rc., weil er darin einen Eingriff der Nat.-Verf. in die Rechte der Einzelstaaten erblickt.

R. v. Mohl. Ich greife die Rechtsbeständigkeit der Spielverträge an (Beifall) und zwar aus einem ganz einfachen Grunde. Es

ist von Hrn. Mittermaier namentlich darauf Werth gelegt worden, das Spiel sei wenigstens von Seiten der Spieler nicht absolut unmoralisch. Ich gebe das zu. Allein etwas Anders ist es, ob das Spiel, Seitens der Bankhalter unmoralisch ist. Nicht mit den Spielern hat der Staat Verträge geschlossen, sondern mit den Bankhaltern, und es sind diese Verträge meiner Meinung nach durch und durch ungültig, (großer Beifall) und wir brauchen gerade vom juristischen Standpunkte aus betrachtet die Aufhebung der Spielbanken keineswegs zu scheuen (Beifall). Will deshalb Jemand einen Rechtsanspruch erheben, so mag er das deutsche Reich verklagen; es wird sich dann zeigen, wer verurtheilt wird, und sind wir es, welche die Verurtheilung trifft, so zahlen wir dann nur für eine alte Sünde. Man wendet uns ein, wir hätten nicht das Recht, in dieser Beziehung Gesetze zu geben. Ich glaube aber doch, daß wir kompetent sind, einen großen Akt der öffentlichen Sittlichkeit zu begehen, und ich möchte die Regierung sehen, welche uns entgegenträte, wenn wir es aussprechen, daß keine öffentlichen Spielbanken mehr existiren sollen. (Von allen Seiten: Bravo! Bravo!) Man hat ferner eingewendet, die provisorische Centralgewalt sei nicht in der Lage, ein solches Gesetz, im Falle es hier gegeben würde, durchzuführen, sie sei zu schwach dazu. Meine Herren! ich weiß am besten, wie schwach die Centralgewalt ist. (Von allen Seiten Heiterkeit.) Allein das Beste wird sein, fassen Sie keinen Beschluß, sondern geben Sie gleich ein Gesetz. Man hat ferner von den Verlusten gesprochen, welche die Orte treffen würden, wo jetzt die Spielbanken sind. Ich glaube nicht, daß sie in dem befürchteten Maße eintreten werden. Sehen Sie doch die Länder und Orte an, wo kein öffentliches Spiel existirt. Sind es denn blos die Spieler, welche in die Badeorte kommen? Wenn dabei auch Einiges verloren geht, so wird dies doch nicht von Belang sein; denn Wiesbaden, Homburg und Baden-Baden z. B. behalten ja ihre Quellen und ihre reizende Lage. Diese werden nach wie vor besucht werden.

Müller aus Würzburg bestreitet zwar den unsittlichen Charakter des Spiels nicht, meint aber doch, man sollte „es gehen lassen." Nachdem noch Grävell gesprochen, erfolgt der Schluß der Debatte. Der Ausschuß vereinigt sich, was die Bestimmung über die öffentlichen Spielbanken anlangt, mit dem nachfolgenden Antrage des Justizministers v. Mohl:

Reichsgesetz. Einziger Artikel.

Alle öffentlichen Spielbanken sind vom 1. Mai 1849 an in ganz Deutschland geschlossen und die Spielpachtverträge aufgehoben.

Bei der Abstimmung erhebt sich das Haus mit einer an Einhelligkeit grenzenden Vollständigkeit für den Antrag des Justizministers. Das beantragte Reichsgesetz ist somit angenommen. Lebhafter Beifall im Hause und von den Gallerien begrüßt dies Ergebniß. Nach dem Antrage des volkswirthschaftlichen Ausschusses beschließt die Nationalversammlung ferner:

a. „die Staats-Klassenlotterien zwar vorjetzt fortbestehen lassen, jedoch die provisorische Centralgewalt zu beauftragen, auf deren Aufhebung in den Einzelstaaten thunlichst hinzuwirken, und
b. Privatlotterien nur gegen Concession der Regierungen der einzelnen deutschen Staaten und lediglich zu gemeinnützigen Zwecken gestatten, zugleich aber
c. zu beschließen, daß die Errichtung neuer Klassen-Lotterien gänzlich untersagt werde."

Endlich wird zum Beschluß erhoben der Antrag des Ausschusses:

„Die Nationalversammlung wolle die Aufhebung des Lotto in allen deutschen Staaten, „in welchen es noch besteht", beschließen und dieselbe von der provisorischen Centralgewalt in kürzester Zeit bewirken lassen,

die Beschlüsse über Lotterie und Lotto an die provisorische Centralgewalt zur Ausführung zu überweisen."

Der Bericht des Verfassungsausschusses über den Reichshaushalt trägt zu §. 19 des Artikels des Verfassungsentwurfs vom Reichstage diejenigen Bestimmungen nach, welche die Finanzen des Reichs betreffen. Nach dem Vorschlage der Mehrheit sollen die nachfolgenden bei der Berathung über §. 19 vorläufig zurückgewiesenen Theile beibehalten werden.

Die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags ist erforderlich:

„Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt, oder nicht vorgesehene Steuer oder Martikularbeiträge erhebt.

Wenn von Reichswegen Banken angelegt oder bewilligt werden.

Wenn die Steuererhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist."

Hinzugefügt werden soll jedoch und als ein besonderer Paragraph:

„Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

1) Alle — die Finanzen betreffende Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus.
2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen.
3) Die Dauer der Finanzperiode ist ein Jahr.
4) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefonds, so wie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstag durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß.
5) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstag zuerst dem Volkshaus vorgelegt, und von diesem in seinen einzelnen Ansätzen und nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und bewilligt.
6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt.
7) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses.
8) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage und zwar zuerst dem Volkshause zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt."

v. Vincke spricht sich gegen den Vorschlag des Verfassungsausschusses aus, weil dadurch dem Staatenhause der ihm gebührende Antheil an der Finanzbewilligung entzogen werde. Das sei eine Ungerechtigkeit, denn gerade die Staaten würden die Steuerzahlenden des Reichs sein und unter ihnen sei es besonders im Interesse der kleineren Mitglieder, daß über die Leistungen ihres Beutels das Volkshaus nicht ohne Anfrage verfüge. Wedekind vertheidigt den Ausschußvorschlag. Moriz Mohl will dem Volkshause nicht blos das Recht sichern, Steuerhöhungen zu bewilligen, sondern auch die Befugniß, die laufenden Steuern einzuhalten. Daher dürften auch die regelmäßigen Ausgaben und Einnahmen des Reichs nicht über Ein Jahr hinaus, ohne einen neuen Beschluß des Volkshauses gelten.

Mathy: Der Verfassungs-Ausschuß hat sich in möglichst allgemeinen Bestimmungen gehalten, um der künftigen Entwickelung der deutschen Reichszustände nicht hinderlich vorzugreifen. Auch ist es nicht rathsam, vor der Hand schon auf Weiteres einzugehen, als auf das Einfache und Nothwendige. Daß der Einfluß auf die Finanzgesetzgebung, die Herr v. Vincke vermißt, den Einzelstaaten nicht fehle, dafür wird der dem Ministerium zur Seite stehende Reichsrath sorgen. Nachdem noch Osterrath, v. Hermann, Freudentheil und Reichsminister der Finanzen v. Beckerath gesprochen, wird die Debatte geschlossen, und vertagt das Haus seine Abstimmung auf die morgende Sitzung, für welche dem Berichterstatter v. Soiron das Schlußwort vorbehalten wird. Außerdem kommen die übrigen unerledigt gebliebenen Gegenstände der heutigen Tagesordnung auf die Tagesordnung der morgenden Berathung.

Parl. Corr. **Frankfurt**, 7. Januar. Wie begreiflich bildete gestern in den collegialischen Besprechungen der Abgeordneten sowie in den Clubsversammlungen derselben Ein Gegenstand den Hauptmittelpunkt aller Gespräche. Es war das Verhältniß des ursprünglichen Gagern'schen Programms zu dem Schreiben, welches das Reichsministerium in Bezug auf die österreich'sche Note vom

28. Dezember an den neuen österreich'schen Ausschuß hatte gelangen lassen. Als Resultat dürfen wir das schon in unsrer Correspondenz ausgesprochene Urtheil bezeichnen: das Ministerium hat seinen Antrag nur in unwesentlichen und formellen Punkten modifizirt, es ist nur da um einen Schritt zurückgewichen, wo ihm stehen zu bleiben, ausdrückliche, präcise und bestimmte Erklärungen der österreich'schen Regierung unmöglich machten. Seinem wesentlichen Inhalte und seiner ganzen Tendenz nach hält das Ministerium das Programm vom 18. December aufrecht: diese Erklärung wurde gestern von Mitgliedern des Ministeriums auf das Bestimmteste abgegeben.

Der in der Zeit der ersten Aufregung gewählte österreichische Ausschuß repräsentirt keineswegs die gegenwärtige Stimmung der Versammlung. Dürfen wir den Versicherungen trauen, welche uns mehrseitig von Mitgliedern der äußersten Rechten gemacht worden sind, so wären von dort aus nahe an 30 Stimmen dem Gagern'schen Antrage gewiß. Die Fraktion des Kasino ist mit 90 Stimmen in Anschlag zu bringen; 40 weitere Stimmen stellt der Augsburger Hof. Auch der Landsberg ist, vielleicht mit Ausnahme einiger weniger Mitglieder, für das Programm — ein Zuwachs von abermals etwa 40 Stimmen. Seitens des Würtemberger Hofs darf auf 22 bis 23 Stimmen mit Sicherheit gerechnet werden. Nimmt man hiezu die Hälfte der Mitglieder in Westendhall, darf man ferner, nach unsren gestrigen Andeutungen, auch auf die Majorität des Pariser Hofes rechnen, so ergiebt sich, auch abgesehen von den keiner Fraktion angehörenden Abgeordneten, sowie von einzelnen Stimmmen der linken Seite des Hauses, eine unzweifelhafte Majorität von 250 Stimmen, welche am Tage der Abstimmung sich noch vergrößeren dürfte. Diese Abstimmung wird voraussichtlich erst am Dienstag eröffnet werden.

Zum Schluß ein Wort in Beziehung auf die in der Oberpostamtszeitung vom gestrigen Tage enthaltene Apologie des Herrn von Schmerling. Wenn es nämlich hier sehr begreiflich und sehr entschuldbar gefunden wird, daß derselbe gerade in Oesterreich in so spezifisch österreichischem Sinne sich ausgesprochen habe, so erinnern wir dem gegenüber an eine mit vielem Beifall aufgenommene Pointe, welche ein preußischer Abgeordneter vor einiger Zeit in der Reformirten-Kirche zum Besten gab. Derjenige, sagte er sehr treffend, werde es ohne Zweifel mit dem Vaterlande am besten meinen, der in Frankfurt recht preußisch, in Berlin recht deutsch sich ausspreche. Herr von Schmerling scheint, mutatis mutandis, das umgekehrte System für das richtigere zu halten. —

⁑ **Frankfurt**, 8. Januar. Der preußische Bevollmächtigte Herr Camphausen, ist heute Morgen nach Berlin abgereist, wo auch Herr Bunsen erwartet wird. Man vernimmt, daß Herr Camphausen dahin zu wirken bemüht sein wird, daß den politischen Verfolgungen in Preußen ein Ziel gesetzt wird. Hr. Camphausen wird dadurch nur den dringenden Wunsch jedes Patrioten, jedes reblichen Freundes von Preußen vertreten. Hauptsächlich soll die Meinung der Herren Bunsen und Camphausen in der Oberhauptsfrage eingeholt werden.

Wien, 3. Jan. Nach uns eben (3 Uhr) zugehenden glaubwürdigen Nachrichten sind Pesth und Ofen gestern von den kaiserlichen Truppen ohne Schwertstreich besetzt worden. (Die Ostdeutsche Post meldet ebenfalls die Besetzung von Pesth.) Kossuth hat mit den Insurgenten die Richtung südöstlich auf Szegedin an der Theiß eingeschlagen. (D. A. Z.)

Wien, 3. Januar. Abends ³/₄7 Uhr. Die Schwesterstädte Pesth und Ofen haben erklärt: keinen Widerstand gegen die k. k. Truppen leisten zu wollen. Fürst Windischgrätz rückte darauf ungehindert vor und schlug am 1. Jan. Nachmittags in Alt-Csuth, 2 Stunden von Ofen — sein Hauptquartier auf. Am 2. Jan. besetzte das k. Heer Ofen und Pesth ohne allen Widerstand. Kossuth hat sich mit allen Truppen nach Szegedin zurückgezogen, wohin alle ungarischen Korps beordert sind. Bei Totis haben die Ungarn ihre Hauptschlacht geschlagen und Wunder der Tapferkeit und die größte Ausdauer bewiesen, aber vergebens; sie sind der Uebermacht (an Kanonen und Disciplin) erlegen. (N. L. Z.)

Reisende aus **Triest** behaupten, daß die österreichischen Truppen vor Malghera durch eine verrätherische List der italienischen Besatzung einen bedauerlichen Verlust erlitten hätten. Man habe unter dem Vorwande einer Uebergabe einen Theil des Cernirungskorps in das Fort zu verlocken versucht und dieselben hinterlistig angegriffen.

⁑ **Posen**, 4. Jan. Die Wahlbezirke sind in Folge ministerieller Anordnung für Deutsch- und Polnischposen gesondert worden — es ist hiermit der erste Schritt geschehen, die Abgrenzung zur Wahrheit werden zu lassen. Diejenigen, welche in den Novembertagen von unserem jetzigen Ministerium nichts in der deutschen Sache gethan haben wollten und einen Theil ihres Hasses sogar auf General v. Schäffer wälzten, den sie als ein „Werkzeug" des Ministeriums Brandenburg bezeichneten, sind also beschämt. Binnen wenigen Tagen wird in Berlin eine Konferenz eröffnet, welche unsere neue Administration auf Grund einer bereits gedruckten Denkschrift näher regeln soll. Nach dem letzten Spruche Frankfurts in unserer Sache treten dann die neuen Verhältnisse sofort ein. Der Regierungsbezirk Bromberg, welcher den Netzdistrikt umfaßt, fällt seinem deutschen Theile nach provinziell zu Westpreußen; der jetzige Regierungsbezirk Posen bleibt in seinem deutschen Theile selbstständig bestehen. Ganz Polnischposen bildet den Regierungsbezirk Gnesen. Die Beziehungen dieses letzteren Theiles, welcher staatsrechtlich bereits in einem anderen Verhältnisse ist, als Deutschposen, zu Deutschland hängen von der zweiten Lösung der deutschen Verfassung ab. Bleiben die §§. 2 und 3 vom Reiche unverändert, so wird der Regierungsbezirk Gnesen zu einem besonderen staatlichen Ganzen, zu einem Herzogthum Gnesen, welches zu Deutschland in das Verhältniß der Personalunion tritt, es sei denn, daß seine Einverleibung nachträglich durchgesetzt wird. Dies kann auf staatsrechtlichem Wege nicht eher geschehen, als bis die deutsche Reichsverfassung in allen ihren Theilen definitiv feststeht. Unter den früheren Verhältnissen gehörte bekanntlich zur Aufnahme eines neuen Gebietes in den deutschen Bund nach der Bundesakte Einstimmigkeit sämmtlicher Bundesglieder. Sie war bei dem Anschluß Deutschposens vorhanden und unterlag der Sanktion der Nationalversammlung. Was die Häupter der Polen beabsichtigen, ist im Augenblick Geheimniß. So viel steht fest, daß die Liga zu jeder Zeit im Stande ist, vermöge ihres Organismus von der polnischen Bevölkerung den Willensausdruck zu erlangen, der ihren Plänen angemessen ist. Auch über den polnischen Wahlagitationen schwebt ein Schleier; von welcher Art sie sind, kann man daraus entnehmen, daß auf unseren nur halbpolnischen aber durchweg katholischen Kämmerei-Dörfern die Bauern auf Fragen nach ihren Kandidaten antworten: „Der Propst hat uns befohlen, darüber zu schweigen und uns schon gesagt, wie wie es machen sollen." Mit eifersüchtigem Auge wacht die Geistlichkeit darüber, daß kein fremder Einfluß sich zwischen sie und ihre Heerde dränge; sie selbst aber bildet die eigentliche geschlossene Kette der polnischen Liga.

* **Breslau**, 5. Jan. Der Fürstbischof hat einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er Gebete für eine glückliche Wahl der Volksvertreter und eine baldige Rückkehr des Papstes auf den Stuhl Petri anordnet.

♀ **Leipzig**, 6. Jan. Die Aussichten auf die Parteienstellung des bevorstehenden Landtags nehmen plötzlich eine durchaus unerwartete, höchst seltsame Wendung. Was wir bisher aus den bekannt werdenden Wahlergebnissen entnehmen konnten, beschränkte sich nämlich auf die trostlose Ueberzeugung, daß auf dem Landtage nur einzelne Männer von geistiger Befähigung und politischer Mäßigung aus dem rothem Meere des Radikalismus auftauchen würden. Ueber die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen täuschte sich Niemand; auch der redlichste Wille, auch die tüchtigste Kraft, so fürchtete man, würde sich brechen an der Hartnäckigkeit der Masse, welche ihre kristallisirten Ansichten argwöhnisch vor jeder umbildenden Einwirkung der Intelligenz hütet. Die bewährtesten und wackersten Männer waren bei der Wahl in kläglicher Minorität geblieben; Moritz Haupt, unser Gustav Harkort, die Minister Braun, von der Pfordten, Georgi waren sämmtlich durchgefallen. Unter diesen Umständen war das Ministerium darauf vorbereitet, einer massenhaften Partei zu weichen. Ein Ministerium Carlowitz stand vor der Thür, dessen Debüt die Auflösung des Landtags gewesen wäre. Soweit reichte allerdings der Instinkt der radikalen Partei, um diese drohende Katastrophe vorauszufühlen; denn an die Möglichkeit eines Ministeriums Joseph-Jäkel hat nur ein verhälnißmäßig geringer Theil im Ernste gedacht. Deßhalb galt es, eine rasche Wendung zu machen. Diese Wendung ist ganz in der Stille von den Häuptern beschlossen und paktirt worden. Die „entschieden freisinnige Partei" wird demnach das Ministe-

rium, dessen „Offenes Wort“ mit ihrem Wahlmanifeste in völligen Widerspruche steht, „stützen.“ „Stürzen“ und „stützen!“ Auf zwei geänderte Buchstaben kommt es nicht an.

Leipzig, 6. Jan. In der gestrigen Sitzung des deutschen Vereins ward gegen Eine Stimme der Beschluß gefaßt, in einer an die Reichsversammlung zu richtenden Adresse die Ansicht auszusprechen, daß unter der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse das einzig Sachgemäße sei, Preußen an die Spitze des einigen Deutschlands zu berufen. Die Frage über das erbliche Kaiserthum wurde dabei als eine offene betrachtet; es wurde dagegen und dafür gesprochen (D. P. Z.)

* In **Hannover** werden die deutschen Grundrechte vom Volke mit Jubel begrüßt. Das Volk wird sie anerkennen, sagt ein hannoversches Blatt, es wird ihnen gehorchen, trotz des Zögerns der Regierungen, trotz der Gerichte, welche als „angesehene“ bezeichnet sind.

Braunschweig, 6. Jan. Am heutigen Tage ist die achte Nummer des „Reichsgesetzblattes“, das Gesetz betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes enthaltend, hier durch die Post ausgegeben, wie es zufolge einer Verordnung vom 12. Okt. v. J. auch mit den übrigen Reichsgesetzen geschehen ist, und wie auf gleiche Weise bei den Landesgesetzen verfahren wird. Es werden dadurch die Befürchtungen, welche die neulich mitgetheilte Nachricht über die angeblich von Seiten Braunschweigs in Frankfurt gegebenen Erklärungen erwecken konnten, vollständig beseitigt. Die deutschen Grundrechte sind natürlich ohne Weiteres auch für Braunschweig giltig, bindend und verpflichtend.

Oldenburg, 3. Jan. Der hiesige Volksverein hat in Folge einer Aufforderung des Centralvereins von Kassel einstimmig die Erklärung erlassen, daß er es zum Heile von Deutschland für nothwendig erachte, die Reichsgewalt an Preußen zu übertragen. Er hat zugleich, mit Hinweisung auf den bekannten Beschluß der braunschweigischen Stände, den hiesigen Landtag aufgefordert, sich in gleichem Sinne auszusprechen. Unser Land hat von jeher, trotz einer ziemlich allgemeinen Antipathie gegen die Person des Königs von Preußen, das Gefühl gehabt, daß nur unter Preußens Hegemonie Deutschland einig und groß werden könne. Es wird überall mit Schmerz empfunden, daß unser Fürst in diesem Augenblicke schweigt. Es wäre jetzt wieder ein Moment, durch offenen, freien Anschluß an die größte ganz deutsche Macht ein großes Beispiel zu geben. (Wes. Ztg.)

Oldenburg, 5. Jan. Die lange erwartete Erklärung des Großherzogs über die Domänen und die Civilliste ist dem Landtage geworden. Aber eine Freudenbotschaft haben wir dem Lande nicht zu bringen. Der frühere Vorschlag, von der geforderten Summe der Civilliste (180,000 Thlr.) für die ersten 3 Jahre mit Rücksicht auf die schwere Steuerlast des Landes 30,000 Thlr. schwinden zu lassen, ist zurückgenommen, statt dessen wird dem Landtage zugemuthet, eine Civilliste von 170,000 Thlr. mit Einschluß aller Appanagen rc. herzustellen in Einkünften von Domänen, welche derselbe als fürstliches Haus- und Familiengut anerkennen soll, und zwar ohne besonderen Nachweis dieser ihrer Natur im Einzelnen (Wes. Z.)

Schleswig, 4. Jan. Ich kann Ihnen heute aus zuverlässigen Mittheilungen berichten, daß der dänische Postbevollmächtigte auf hier zurückgekehrt ist, und daß zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein eine Verständigung über den Postverkehr stattgefunden hat. (S. H. Z.)

Kiel, 2. Jan. Während wir längst aus den Blättern erfahren haben, daß im Norden Schleswigs mehrere dänisch gesinnte Bauern sich weigern, die Kriegssteuer zu entrichten, so dürfte es doch nicht allgemein bekannt sein, daß wir auch in Holstein einen Renitenten haben, dessen Weigerung in politischer Hinsicht eine weit größere Bedeutung beizulegen sein möchte. Der Landgraf Wilhelm zu Hessen-Kassel, vormals General in dänischen Diensten und Gouverneur von Kopenhagen, Schwager Christian des VII. und Vater des präsumtiven Thronerben Dänemarks, besitzt die an der holsteinischen Ostseeküste belegenen herrlichen Güter Panker, Schmoel, Hohenfelde und Clampe, für welche die bis jetzt fällige Grund- und Hypothekensteuer zur Stunde noch nicht entrichtet ist. Es ist deshalb militärische Exekution angeordnet und acht Dragoner lassen es sich auf den Gütern des Landgrafen wohl sein. Mit Ende dieses Monats läuft diese Exekution ab, worauf die Auspfändung eintritt.

Hamburg, 4. Jan. In der gestrigen Sitzung der konstituirenden Versammlung wurde nach längerer Debatte der Antrag des Ausschusses für die definitive Geschäftsordnung in Betreff der Bearbeitung des Verfassungsentwurfes mit großer Majorität angenommen. Vorher war die nachträgliche Vereidigung bei Abgeordneten, welche in den vorigen Sitzungen gefehlt hatten, vorgenommen worden. Diejenigen Abgeordneten, welche auch jetzt noch den Eid verweigerten, wurden für ausgetreten erklärt. Es sind die Herren Precht, Wichmann, C. A. Fischer, Stammann, Schaumann und die Doktoren Frank, Fischer, v. Bönninghausen und Köstlin. (B. H.)

Italien.

* **Mailand**, 3. Jan. In Berufung auf das Ministerial-Programm vom 27. Nov., welches die Erhaltung der Integrität der Monarchie und Gewährung freier Munizipal- und Provinzial-Institutionen ausspricht, hat das kaiserliche Ministerium, um den lombardisch-venetianischen Provinzen ihre Nationalität zu garantiren und sie mit dem obersten Grundsatze der Integrität der Monarchie in Einklang zu bringen, beschlossen, eine Versammlung von Abgeordneten aller dieser Provinzen nach Wien zu berufen. Der kaiserlich bevollmächtigte Kommissär Graf Montecuculi macht diesen Entschluß bekannt. Daneben macht er einen Auftrag des Justizministers Bach bekannt, wonach er mittelst Briefen und öffentlich angehefteten Proklamen die noch im Ausland befindlichen Lombarden auffordern soll, binnen einer bestimmten Frist wiederzukehren, widrigenfalls ihre Güter eingezogen werden würden.

Die Sperre gegen Piemont, Toskana und den Kirchenstaat wird streng gehandhabt, und alle Anzeichen deuten auf Kriegsrüstungen.

* **Rom**, 29. Dez. In der gestrigen Sitzung empfing die Kammer eine Botschaft von der Giunta, worin sie ihr erklärt: daß, wenn die Kammer den Gesetzentwurf zur Einberufung der Konstituante nicht sofort ausarbeite und proklamire, sie selbst die Konstituante proklamiren würde. Das Ministerium las hierauf den Gesetzentwurf zur Ausschreibung der Wahlen vor und stattete seinen Bericht ab, der mit dem Antrage schloß, die Konstituante sofort einzuberufen. Die Majorität, von der man wußte, daß sie gegen die Maßregel war, suchte die Abstimmung zu verzögern. Das Volk rief von den Tribünen über Verrath und drohte den Deputirten. Als man sie endlich zur Abstimmung zwang, hatte die Majorität dennoch den Muth, gegen die Konstituante zu entscheiden. Ein furchtbarer Tumult entstand; viele Deputirte verließen den Saal, die Kammer wurde für nicht mehr beschlußfähig erklärt, und das Ministerium versprach selbst zu handeln. Demgemäß ist heute die Auflösung der Kammer entschieden worden, und die Einberufung der Konstituante steht bevor. Die Aufregung ist auf den höchsten Grad gestiegen, und man sieht einer schnellen Lösung der Krisis entgegen.

* **Turin**, 30. Dez. Durch ein Dekret vom heutigen Tage hat der König von Sardinien die Deputirtenkammer aufgelöst, auf den 15. Januar die neuen Wahlen angeordnet und das neue Parlament auf den 23. Januar zusammenberufen.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 8. Januar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 73¼; 2½pCt. ditto 38¾; Bankaktien fl. 1161; fl. 500. Loose 131½; fl. 250. Loose 76⅝; Badische fl. 35. Loose 26; Hessische Rthlr. 40 Loose 25¼; Polnische fl. 500 Loose 72½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 37⅞; Berbach 67¼. Köln-Minden 79½; 3pCt. inländ. Span. 19⅛; 4½pCt. Würt. 93; 4½pCt. Belg. 77½; Holl. 2½pCt. Integrale 49.

Bei ziemlich lebhaftem Verkehr erhielten sich die Kourse fest im Preise. Bankaktien wurden besser bezahlt, dagegen sind würtemb. 4½ Oblig. etwas zurückgegangen.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaße, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 9. Frankfurt a. M., Dinstag 9. Januar. 1849.

Uebersicht.

Oesterreich und Preußen.

Herr von Radowitz.

Deutschland. Wien (Das neue Rekrutirungspatent. Kriegsnachrichten aus Ungarn. Die Armee vor Pesth und Ofen. Der Reichstag. Der Wojwode Suplikac.) Berlin (Die katholische Kirche und der Landtag. Belästigung der Reisenden. Gesetz über die Organisation der Gerichte. Die Stadtverordneten. Die Wahlen zur ersten Kammer. Die politischen Verfolgungen.) Bernstadt (Auflösung der Bürgerwehr.) Königsberg (Dienstentlassung und Untersuchungen.) München (Die N. Münchener Zeit. über die Stellung der Bevollmächtigten. Die Grundrechte. Graf Max Bothmer. Die Reaction.) Leipzig (Strafurtheil gegen die Zerstörer des österreichischen Consulatwappens. Der deutsche Verein über die Oberhauptsfrage.. Oesterreich und Deutschland.) Hannover (Die neuen Rechte und die alten Sitten. Hr. Kienze. Der König und die Bürgerwehr.) Heidelberg (Die Universität. Henle und Pfeufer.) Mainz (Wahl eines Bisthumverwesers. Fahnenweihe des Arbeitervereins.) Gotha (Die Zusammenkunft der thüringischen Minister.)

Großbritannien. London (John O'Connells Manifest an das irische Volk. Verstärkung der Polizeimannschaft in der Provinz Ulster. Englische und deutsche Buchhändlerhonorare. Pferdeankäufe für Frankreich.)

Rußland. (Russische Orden an dänische Beamte.)

Asien. Britisch Ostindien (Siegreiches Treffen der Briten vor Multan. Neuer Abfall in Peschawer. Anzug des britischen Hauptheers. Beabsichtigte Einverleibung des Pendschab als britisches Unterthanenland.)

Neuestes.

---

9. Januar.

Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wie eine Ständeversammlung nach der andern, wie selbst Mainz und Hanau sich für die Berufung Preußens an die Spitze Deutschlands aussprechen; die Macht und Wahrheit der wirklichen Verhältnisse ist stärker als die kleinen Differenzen und selbst als die gewohnten Vorurtheile, die man beide von gewissen Seiten her mit wachsendem Eifer bemüht ist zu stacheln und zu reizen, um sie dann zum eigenen Gewinn, wenigstens für Gewinn hält man es, auszubeuten. Es muß Deutschland doch endlich klar werden, wo redlich sein Interesse gewollt wird, und wo nicht. Wir hörten Oesterreicher sagen: „Wozu Schiffe kaufen? wäret ihr politisch gescheidt, so müßtet ihr wissen, daß ein Wort Oesterreichs in Kopenhagen mehr bedeutet, als 100,000 Preußen oder Reichstruppen in Jütland; denn Rußland würde auf Oesterreich hören." Und während des Sommers 1848 saß der österreichische Gesandte ruhig in Kopenhagen, während man kämpfte, während man unterhandelte, „und that nichts Gutes und that nichts Schlechtes." Daß Oesterreich sprechen könnte, ist gewiß; ob es sprechen würde, nachdem Deutschland so dumm gewesen wäre, so politisch gescheidt sein zu wollen, ist eine sehr andere Frage, die sich freilich aus früheren Analogien leicht genug beantworten ließe. Man fabelt uns von dem Reiche von 70 Millionen, dem europäischen Mittelreiche unter österreichischem Scepter. Wir kennen das aus dreihundertjähriger Erfahrung, und Deutschland ist darüber schwach und elend geworden — bis endlich aus den Trümmern des zerfallenen Vaterlandes sich ein neuer Staat aufzuerbauen begann.

In demselben Jahre, wo Oesterreich durch die Verwirklichung der pragmatischen Sanktion Deutschland preisgab für die Gesammtmonarchie — denn Maria Theresia's Anfang war der Kampf gegen Kaiser und Reich — in demselben Jahre begann Friedrich II., der erste Vertreter einer neuen wiederbeginnenden deutschen Politik gegen die österreichische. Er verschmähte die Theilung nach der Mainlinie, die ihm Kaiser Joseph bot; er vertrat zweimal das noch bundesstaatliche Reich gegen die Machtgelüste Wiens. Die Wittelsbacher scheinen vergessen zu haben, wer ihnen Baiern rettete. Wahrlich, wir rühmen die preußische Politik in Betreff Polens, in Betreff des Baseler Friedens nicht; aber sie ist Tugend gegen die Künste, welche Kaunitz, Lehrbach, Thugut, Metternich geübt haben, — gelehrt haben, würde man auch heute noch sagen, wenn nicht der Name Stadion das Gedächtniß des herrlichen Jahres der Erzherzoge Karl und Johann erneute, — jenes Jahres 1809, dessen Programm gleichfalls nur zu schnell als „nur mißverstanden" in Abrede gestellt wurde. Und sollen wir an den traurigen Waffenstillstand von 1813 erinnern — an jene schwülen Tage und Wochen die alten Freiheitskämpfer erinnern, die noch in unserer Mitte weilen? — Auch damals sollte die Befreiung Deutschlands darauf warten, bis Oesterreich „fertig" sei, und Oesterreich setzte Alles daran, jenen „höchst elenden Frieden" durchzusetzen, der den Rheinbund bei Frankreich lassen, Preußen mit der Elbe begrenzen sollte. Oder ist es vergessen, wie nach der Leipziger Schlacht und dem Tage von Hanau in Frankfurt unterhandelt wurde und Oesterreich — „kein preußischer Staatsmann ward zugezogen" — die Anerkennung der Rheingrenze forderte? oder vergessen, wie Oesterreich am 3. Januar 1815 die schlaue Allianz mit Frankreich und England schloß, um die arrondirte Herstellung Preußens unmöglich zu machen, jenes Meisterstück der Diplomatie, welches die Begeisterung Deutschlands brach und Preußen in die Arme Rußlands treiben mußte, — getrieben hätte, wäre das damalige Preußen nicht kühn genug gewesen, durch Annahme jener Gebiete am unteren Rhein eine staatliche Gestaltung zu übernehmen, die hinfort sein Schicksal unauflöslich mit dem Deutschlands verschmelzen mußte, in dem Maße, daß es damit die Möglichkeit aufgab, als Preußen eine Großmacht zu sein oder zu werden, es sei denn, daß sein Name fortan in dem Deutschlands aufgehe, wie einst der der Brandenburger in dem preußischen — eine Stellung, die erst vollkommen würdigen läßt, was es bedeutete, wenn der König in einer Proklamation sagte: „nur Deutschland hat gewonnen, was Preußen erworben hat", — eine Stellung endlich, die an Preußen die Vorhut zugleich im Osten und Westen gab und es zu jenen ungeheuren militärischen Anstrengungen, Vorbereitungen, Bauten u. s. w. zwang, die es — wahrlich im Interesse Deutschlands — zu schaffen kein Opfer gescheut hat. Und Oesterreich dagegen? es zog sich völlig von den vorderen Gebieten zurück, es „arrondirte sich"; als 1815 in den Pariser Verhandlungen Preußen den Elsaß forderte, vor Allem um Straßburgs willen, gab es Oesterreich auf, da die Großfürstin Katharina nicht dem Erzherzog Karl, sondern dem Kronprinzen von Würtemberg zu Theil wurde. Aber in den inneren Grenzregulirungen erzwang es mit wahrlich nicht bundesfreundlichen Drohungen von Baiern, daß schon den Tyrol heimgegeben, auch jene Gebiete noch, die den Südwesten Deutschlands nicht militärisch schützen, aber beherrschen. Auch dies scheint man in München vergessen zu haben. Oder liegt nicht immer noch der Südwesten Deutschlands offen? Freilich nicht mehr so wie bis 1840; aber wir kennen so ziemlich die heimliche Geschichte jener Millionen und ihrer Verzinsungen, die seit 1815 zum Bau der Bundesfestungen bestimmt waren und nicht verwendet wurden; und als endlich die Mahnungen Preußens durch den Unwillen der öffentlichen Meinung unterstützt wurden, folgten jene Verhandlungen über die Anlagen der Ulmer Befestigung, die dem Wissenden eine nur zu deutliche Mahnung sind, was Oesterreichs Interesse an Deutschland ist. Man spricht von der Anmaßung Preußens, Deutschland ohne Oesterreich vereinigen zu wollen. Sprechen wir nicht davon, daß es die Revolution von 1848 damit besiegelte, daß es sofort that, was 1817 Oesterreich zu thun gehindert hatte „damit Preußen eine euro-

päische Macht bleibe", daß es nemlich auch mit dem Rest seiner Gebiete in den deutschen Bundesstaat eintrat. Wohl wären noch hundert und hundert Dinge, oft mißkannte oder mißdeutete, zu erwähnen. Heben wir nur eins hervor. Durch Preußen ist der Norden Deutschlands gedeckt; wer nur irgend Einsicht hat, weiß, daß eine Vereinigung Norddeutschlands mit der Mainlinie unendlich stärker in sich sein würde, als ein Hinzunehmen des Südwestens. Für Oesterreich ist dieser Südwesten militärisch allerdings wichtig, er wird langsam preisgegeben, damit man sich dahinter sammeln kann, während sich die Armee in Oberitalien auf Mantua zurückzieht. Geschützt und gerettet kann dieser vorspringende Winkel, Deutschlands nur von Luxemburg und Mainz aus werden; ja wie jetzt die Kraft Süddeutschlands ist, steht dem Feinde der Weg bis Erfurt offen, wenn es auch Oesterreich hindern wollte. Auch dies scheint man in München nicht wissen zu wollen, wenigstens 1840 schloß man sich von denjenigen Verhandlungen aus, auf die Preußen mit Würtemberg und Baden und Sachsen so bereitwillig einging.

Wir tadeln den politischen Egoismus nicht, den Oesterreich jetzt wieder mit so zuversichtlicher Virtuosität übt; aber es gestatte uns anderen Menschen, daß wir durch Erfahrung belehrt, endlich auch wissen, was uns Noth ist; es schreie nicht über Verrath an deutschen Brüdern, über Bruch der Verträge, über preußischen Ehrgeiz und drohe nicht mit dynastischen Vereinbarungen und diplomatischen Desavouirungen, vor Allem, es bespreche nicht mit Rußland, das „eine schützende Hand über die deutsche Verfassung von 1815" hält, die Oktroyirung einer Verfassung für Deutschland, wenn endlich „aus den Splittern — wie zu unserer wahren Freude die Reichstagszeitung vom 6. Januar sagt — in welche unser Volk zerfallen ist, ein einziger mächtiger Stamm sich bilden will, der Mark und Lebenskraft in sich entfalte." Es wisse, daß wir endlich aufhören wollen, von der Politik der Gesammtmonarchie gehemmt, mißleitet, mißbraucht zu werden; es erkenne endlich, daß Oesterreich selbst in dem Maße stärker wird, als ihm zur Seite ein freies und einiges Deutschland erstarkt, das Rücken an Rücken mit ihm steht, um die schwächsten Stellen des Vaterlandes, Nördlingen und Leipzig, zu schirmen, das den Kernstoß Frankreichs, auch den gegen Oberitalien, die Achillesferse der Gesammtmonarchie, in die Flanke nimmt, während Oesterreich den Kernstoß Rußlands auf die Oder und Elbe, eben so auf dem linken Flügel flankirt. In Summa, Oesterreich höre auf zu neiden; auch ohne Baiern ohne Schlesien ist es groß genug und im aufrichtigen Bunde mit Deutschland stark genug. Daß unserer Seits der Bund aufrichtig sei, dafür ist der Beweis, daß wir nicht die von Joseph II., von Metternich 1815 angebotene Mainlinie wollen, sondern daß wir für uns die Südwestecke fordern und für sie einstehen. Wie unsre Schwächen, so unsere Interessen binden uns aneinander; so wenig wir den Böhmen die Elbe sperren wollen, wird Oesterreich den Baiern und Würtembergern die Donau versagen können.

Wir schließen mit dem Wunsch: Oesterreich gewähre Preußen, was es selbst unwiederbringlich verloren hat, als 1806 sein erster und unser letzter Kaiser — der letzte hoffentlich nur bis zum 42jährigen Interregnum — erklärte: „Wir halten es unsern Grundsätzen und unserer Ehre schuldig, auf eine Krone zu verzichten, welche nur so lange Werth in unsern Augen haben kann, als wir dem uns bezeugten Zutrauen der deutschen Fürsten und Völker zu entsprechen und den übernommenen Obliegenheiten zu genügen im Stande waren." Es gewähre diese 1815 wieder angebotene und wieder abgelehnte Krone der Dynastie, welche jene Obliegenheiten zu erfüllen Willens und im Stande ist und welche das Zutrauen des deutschen Volkes und, so Gott will, der deutschen Fürsten dazu beruft. Denn es gilt hier, was 1815 Talleyrand in anderer Wendung sagte: Le roi de Prusse est un principe, tout le reste est une intrigue.

Deutschland.

♁ **Frankfurt**, 7. Jan.*) Wer seit dem Monat Mai vorigen Jahres die Verhandlungen der Nationalversammlung unablässig verfolgte, und die aus derselben herauftauchenden Erscheinungen sich entfalten und entwickeln sah, ist wohl berufen über Charaktere derselben, über hervorragende Persönlichkeiten in ihnen, sich ein Urtheil zu bilden und es auch dann auszusprechen, wenn in der Presse Stimmen sich erheben, die der eigenen Beobachtung entgegen stehen, theilweis dieselben befremden müssen. So geht es uns mit den Besprechungen, die sich seit nicht gar langer Zeit über Herrn v. Radowitz wieder verbreiten, mit den Herausforderungen, die nun gar die Hamburger Börsenhalle macht, indem sie meint, nun werde es sich zeigen, ob der große Staatsmann es ehrlich meine, oder ob er dem Ultramontanismus diene? — Wir haben durch die Reden des Herrn v. Radowitz die innige Ueberzeugung, daß er es mit der deutschen Politik wahrhaft ehrlich meint. Das heißt mit einer Politik, die nie in das Extrem fällt, keine Idealanforderungen macht, sondern die praktisch möglich ist, die allem Bestehenden, den Forderungen unserer Zeit und der Geschichte zugleich Rechnung trägt, die lediglich und allein den wahren Staatsmann ausmacht und auf der einzigen Staatsweisheit gegründet ist. — Sie ist zu allen Zeiten dieselbe, schreibt sich in gerader Linie ihren Weg vor, und es ist so natürlich, daß die sich um dieselbe windende Schlangenlinie einer extremen Politik auch zuweilen die gerade durchschneidet, wie es in der jetzigen Koalition der Paulskirche der Fall ist. Herr v. Radowitz hat seine deutsche Gesinnung in seiner Rede für die Demarkationslinie in Posen bewiesen, er hat gezeigt, daß sie eine umfassend deutsche ist in dem glänzenden Vortrage, welchem sofort die Bewilligung von sechs Millionen für die Flotte folgte, er hat die Vermehrung des Ansehens und der Kraft des deutschen Vaterlandes dem Auslande gegenüber durch die Worte bewirkt, welche eine Erhöhung der deutschen Streitmacht von $1\frac{1}{2}$ auf 2 pCt. verursachten, er hat gesagt, wer in Frankfurt am wärmsten preußisch, in Berlin am eifrigsten deutsch sei und fühle, der diene dem Vaterlande am besten, er hat bei so vielen Fragen dringend drum gebeten, doch ja das Kirchliche von dem Politischen zu trennen, und jenes fallen zu lassen, wo es sich um politische Einigung handle. — Das Alles mag beweisen, daß er eine deutsche und in dieser deutschen eine preußische Gesinnung hat, daß er aber nie durch das Vermischen des Kirchlichen mit dem Politischen für jenes etwas erreichen wollte. — Letzteres wird ihm nun gerade jetzt zur Last gelegt, es wird gesagt, um dem Ultramontanismus zu dienen, lasse er es sich nicht zu gering sein, sich sogar mit der Linken zu verbinden. Und man schließt dieses daraus, daß auch er Oesterreich nicht aus Deutschland will scheiden lassen, nur vergißt man den Unterschied, daß die Linke es nöthigenfalls mit dem Schwerte zwingen will, und er ein Band beansprucht, welches möglich ist, ohne sich dabei an die engbegrenzten Begriffe von Bundesstaat und Staatenbund zu halten. Was aber nun der Presse ein augenscheinlich treffendes Argument ist und auf die komischste Weise ausgebeutet wird, sind einige Unterredungen, die er mit den Herren Vogt und Zimmermann gehabt hat. Soll der Diplomat Radowitz, der manche Wintersaison in London und Paris mit den Vertretern der entgegengesetztesten Interessen in ein und denselben Salons zubrachte, in den freundschaftlichsten Unterredungen mit seinen politischen Feinden getroffen wurde, wir sagen, sollte dieser große Diplomat, von dem das Schwanken des französischen Thrones klar gesehen und ausgesprochen wurde, von dem aber gelogen wird, er habe gesagt, Louis Philipps Thron stehe fest wie Eisen, der in seinen „Gesprächen über Staat und Kirche" unsere politische Jetztzeit vorhergesehen, sollte er seine Natur plötzlich abgelegt haben? Konnte man denn in unserer zerrissenen Zeit wirklich auch im geselligen Leben von nichts Anderem reden, als von der Tagespolitik? Wir können auf eingezogene Erkundigung hin bestimmt versichern, daß die Unterredungen mit Herrn Vogt, deren die Journale so eifrig erwähnen, weder Oesterreich, noch irgend eine sonstige politische Frage, sondern lediglich die unschuldigsten chemischen Betrachtungen zum Gegenstande hatten. Es ist fast lächerlich, daß hierin ein beflissener Beobachter den Stoff zu einer neuen Koalition gefunden hat. Das geben wir zu bedenken und können den Glauben nicht unterdrücken, daß Radowitz nur in der Paulskirche Politiker und Gegner ist, außer derselben Jedermann, der irgend eine Seite hat, nach seinen Verdiensten anerkennt, die Richtung seiner Politik unbeachtet lassend. Dafür spricht am schlagendsten, daß er selbst auf der Tribüne, wenn auch leidenschaftlich, doch nie persönlich wurde, daß er ferner die Hochachtung aller Parteien hat. Und so sehen wir ihn gewiß

*) Auf die Urtheile, welche von der deutschen Presse über Herrn von Radowitz in der letzten Zeit gefällt sind, geht uns die nachfolgende Entgegnung zu. Wir brauchen nicht zu bemerken, an welche unter den Reden Cicero's sie erinnert.

wieder in den nächsten Tagen auf der Tribüne stehen, aber nicht um für den Ultramontanismus etwas zu verlangen, sondern alles Religiöse fallen lassend, für die Erhaltung Oesterreichs, wie sie möglich ist, zu reden. Wir müssen noch einen Blick auf Das werfen, was ihm Schuld gegeben, oder zum Verdienst in dieser Zeit gemacht wird. Wir wollen es aber nur zusammenstellen. Einmal soll er für das Ultramontane das Möglichste zu erlangen suchen, woran man knüpft, daß er darum seines Dienstes in Berlin vom König entlassen sei, und es weiß doch Jedermann, daß er bereits im März seinen Abschied genommen hat. Dann soll er wieder von Frankfurt aus alle Fäden lenken, und das Ministerium Brandenburg unglücklich sein, sich seiner nicht entledigen zu können. Dann wieder heißt es, er suche den König von Preußen um jeden Preis als Kaiser an die Spitze Deutschlands zu bringen. Solche Gegensätze bedürfen gewiß keiner Erläuterung. Jeder Staatsmann wird erkennen, welche unversiegbare Quelle er in Radowitz findet, der König von Preußen am besten wissen, wer sein Freund sei!

Wien, 3. Jan. Die Wiener Ztg. veröffentlicht offiziell das neue Rekrutirungspatent nebst Motivirung. Die Bestimmungen sind die bereits bekannten.

△ **Wien**, 3. Jan. Glaubwürdigen Nachrichten zu Folge ist das Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz heute in Stuhlweißenburg; die näheren Angaben über die Besetzung fehlen noch. Bei Papa scheinen die Ungarn endlich einmal Stand gehalten zu haben, es soll dort eine sehr blutige Affaire statt gefunden haben und der Ort durch Brandraketen in einen Schutthaufen verwandelt sein! Komorn soll heute, und zwar mit 48Pfündnern beschossen werden. Nach dem Gefechte bei Moor am 30. sind gegen 300 blessirte Ungarn eingebracht worden, alle mit Hieb- und Stichwunden, gar keine mit Schußwunden. Das Regiment Wallmoden Kürassiere, dasselbe, welches das nach Ungarn übergegangenene Regiment Preußen beinahe ganz vernichtete, soll auch mörderisch eingehauen haben. Eine Börsennachricht sagt, der frühere ungarische Minister Deak soll im Repräsentantenhause eine Rede gehalten haben, worin er zur unverzüglichen Uebergabe der Stadt Pesth räth, da sich die Stadt unmöglich gegen die Uebermacht von Truppen und Geschützen, welche gegen sie heranziehen, auch nur auf kurze Zeit halten könne. Er soll sogar dem Fürsten Windischgrätz einen Kapitulationsantrag gemacht haben, welcher jedoch mit der stereotypen Antwort des Fürsten: „er unterhandle nicht mit Rebellen" zurückgewiesen sei. Die Vorposten der k. Truppen sind bis einige Stunden von Pesth vorgeschoben. Die Gerüchte über Vertagung unseres Reichstags erinnern an jene, welche Wochen und Monate lang den Belagerungszustand vorhersagten und dieß so oft wiederholten, bis das Gespenst mit allen seinen Schrecknissen zur Wirklichkeit wurde. Die Berathung der Grundrechte scheint jetzt eine neue Gefahr für das Fortbestehen des Reichstags herauf zu beschwören.

△ **Wien**, 4. Jan. Eben eingehenden Nachrichten zu Folge befand sich gestern das Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz in Bia. Die Armee hat die große Poststraße verlassen und den geraden Weg, auf der sogenannten Ochsenstraße, nach Pesth-Ofen eingeschlagen. Heute befindet sich das Hauptquartier in Buda-Örs, gerade vor Ofen, wo also schon heute die ganze Armee konzentrirt ist. Die Vorposten Jellacic's standen schon gestern auf der vorderen Seite vor Pesth. Es scheint, daß die ungarische Partei sich vorgenommen hat, wenn es möglich ist, sich nach Szegedin zurückzuziehen, was aber jetzt wohl nicht mehr ausführbar sein wird. In der Armee zeigen sich einzelne Cholera-anfälle. Heute brachte man den Fürsten Auersperg (nicht zu verwechseln mit dem früheren hiesigen Stadtkommandanten), Rittmeister von Auersperg's Kürassiern, schwer verwundet, getragen aus Ungarn. Der neue Wojwode der Serben, Suplicac, stürzte im Augenblicke einer Anrede, oder erst denselben entgegen reitend, plötzlich todt vom Pferde (s. unten Ungarn). Das Gerücht spricht von Vergiftung. Schade, er war ein tüchtiger Mann im ganzen Sinne des Wortes.

Wien. Aus dem bereits erwähnten Berichte der „Wiener Zeitung" über die Kriegsereignisse tragen wir einige weniger bekannte Züge nach. F.-M.-L. Graf Wrbna hatte das von der Insel Schütt und den beiden Armen der Donau eingeschlossene Komorn zur Uebergabe aufgefordert, was aber von dem Kommandanten Meythény verweigert ward. Donau und Waag, welche die Hauptvertheidigung dieser Festung bilden, sind so fest gefroren, daß man selbe mit den schwersten Geschützen von allen Seiten passiren kann. Die Magyaren hatten sich vielfältig zwecklose Verwüstungen und empörende Gräuelthaten zu Schulden kommen lassen. Zu letztern gehörte die Ermordung von 53 gefangenen Kroaten in Güns und ein Vergiftungsversuch durch frisches Fleisch. „Und, heißt es im Bericht, an der Spitze aller dieser ruchlosen Thaten steht theils der hohe Adel des Landes, theils die gerühmte Intelligenz, welche das Licht und das Glück der Freiheit selbst in den Nachbarstaaten verbreiten sollte." Dafür heißt es denn zum Schluß: „Die Schuldtragenden, und dieß sind wohl nur einige Wüthende der höheren vermöglichen Klassen, und nicht das Volk im Allgemeinen, werden mit Leben und Eigenthum den Schadenersatz, so weit dieß möglich ist, zu tragen haben." Folgen die bereits gemeldeten Confiscationen. — Als Gegenstück zum Obigen berichtet die „Agr. Ztg.", daß bei Cerepaj 600 Magyaren geblieben, 800 gefangen worden, von denen die Serben, im gerechten Zorn, die Mehrzahl theils niedergehauen, theils erschossen hätten. Aehnliches wird von dem Gefecht bei Raab berichtet. Mehrere Compagnien von „Prinz von Preußen" Infantrie wollten sich ergeben; aber die Kürassiere riefen: „Kein Pardon für Euch Lumpen!" und hieben sie zusammen. Zur Entschuldigung wird dort angeführt, daß die Magyaren serbische Kirchen schändeten und rumenische Geistliche an Galgen aufhingen, hier, daß jene Truppen unter die ersten gehörten, die zu den Magyaren übergingen und ihre Offiziere zwangen, mitzugehen.

Berlin, 5. Jan. Die Kontrole über die in die Hauptstadt einpassirenden Fremden wird namentlich rücksichtlich der mit der Eisenbahn Ankommenden sehr strenge geführt. Auf den Eisenbahnhöfen sind Schutzmänner konsignirt, welche jeden einzelnen Fremden zur Vorzeigung seiner Legitimationspapiere veranlassen. Sind dieselben in Ordnung, so kann der Fremde den Eisenbahnhof verlassen, entgegengesetzten Falls wird derselbe unnachsichtlich zur Stadtvoigtei gebracht, um sich zuvor zu legitimiren. Um diese Prüfungen vornehmen zu können, sind besondere Einrichtungen auf den Perron's der Eisenbahnhöfe getroffen, so daß Niemand dieselben verlassen kann, ohne vorher von den Schutzmännern examinirt zu sein. Dieß ist eine große Belästigung des reisenden Publikums.

⁝ **Berlin**, 6. Jan. Die Stadtverordneten haben es abgelehnt, um Aufhebung des Belagerungszustandes einzukommen. Die nämlichen Stadtverordneten, welche noch so eben gegen diese Maßregel, wie gegen alle übrigen Maßregeln des Ministeriums Manteuffel, sich ereiferten! Es gibt aber noch schlagendere Beweise des allgemeinen politischen Abspannung. Der Magistrat sendet eine Liste herum, worauf Jeder eintragen soll, ob er fünfhundert Thaler Einkommen besitzt und demnach berechtigt ist, für die erste Kammer zu wählen. Man glaubt kaum, was für eine Scheu der Berliner Spießbürger zeigt, sein Ja! auf die Liste zu setzen. Mancher hat mehr als tausend Thaler zu verzehren, und schreibt auf die Liste dennoch: Nein! Denn er denkt, es werden ihm Fallstricke gelegt; er werde, wenn er seinen Mammon vereirthe, alsbald zur Einkommensteuer herbeigezogen werden. Man sieht nicht ohne Beschämung, wie wenig diesem Volke die neue Freiheit gilt, wie wenig die Menschen noch geeignet sind für die neue Staatsverfassung. Die Schlaffheit und Feigheit der Besitzenden und Gebildeten ist nicht weniger dem wahren Fortschritte hinderlich, als der Unverstand der Menge. Wenn in diesem in unserem Staate doch gegenwärtig vorherrschenden besitzenden Bürgerstand etwas mehr Thätigkeit, Muth und Beharrlichkeit wäre, so würde er eine öffentliche Meinung bilden, stark genug, um die Regierung vor solchen Mißgriffen zu bewahren, wie die jetzigen politischen Verfolgungen. Man sagt zwar, diese Verfolgungen gingen nicht unmittelbar von der Regierung aus, sondern von den Gerichten. Allein das ist eine elende Ausflucht. Allerdings und leider besitzen wir in den alten Provinzen bis jetzt noch nicht die Einrichtung der Staatsanwalte. Allein man hat in der letzten Zeit nur zu gut erfahren, einen wie großen Einfluß der Geist der Regierung in dieser Beziehung auf den Geist der Gerichtshöfe ausübt. Niemand wird die Stirn haben zu behaupten, daß jene Anklagen und Verfolgungen nicht im Sinn und Geist des jetzigen Ministeriums wären. Sollte Jemand noch daran zweifeln wollen, dem brauchte man nur den Erlaß des Justizministers Rintelen vor das Gesicht zu halten. Jene Verfolgungen sind nicht nur ungerecht, sie sind wahrhaft unsinnig. Die Regierung hat sich während der letzten Zerwürfnisse ebensowenig, wie der Landtag, streng

auf dem Rechtsboden zu erhalten vermocht. Wir wollen hier nicht an einzelne Fälle erinnern. Aber Jedermann weiß, daß die einseitige Verleihung der Verfassung eine Ungesetzlichkeit war, daß nach dem Buchstaben des Gesetzes alle Minister strafbar sind. Und vollends der Justizminister selbst! Wie will Hr. Rintelen Anderen ihre Auffassungen des Rechts und der Gesetzlichkeit zum Verbrechen anrechnen, da seine eigene sich bekanntermaßen so wunderbar rasch verändert hat! Jetzt will man es schon als eine Milde rühmen, daß wirklich nur diejenigen Abgeordneten bestraft werden sollen, welche in irgend einer Art thätig gewesen, um den Steuerverweigerungsbeschluß in Ausführung zu bringen. Allein was will das besagen? Die Abgeordneten schon wegen ihrer bloßen Abstimmung in's Zuchthaus abzuführen, wäre doch ein offenbarer Hohn gewesen auf Alles, was Verfassung und konstitutionelles Wesen heißt. Es widert uns an, lange Beweise zu führen über das, was Jedem sein unverdorbenes Gefühl sagt, daß es sich hier weniger um Gerechtigkeit handelt, als um Rache. Rache oft der kleinlichsten und erbärmlichsten Art, wie diejenige, welche die Räthe in Münster gegen den bei ihnen eingeschobenen Vorgesetzten nehmen. Die allernächste Folge ist, daß Menschen, welche, wie jener Temme, die Theilnahme zum Theil am wenigsten verdienen, so zu sagen mit Gewalt Mitgefühl verschafft wird. Es ist der Geist des alten Beamtenthums, welcher, im Herrn v. Manteuffel verkörpert, jetzt in Preußen wieder zu wirthschaften angefangen hat. Das Ministerium scheint es in der That darauf anzulegen, das Mißtrauen, mit dem es empfangen ward, hinterher zu rechtfertigen. Wenn es auf dem beschrittenen thörichten und unheilvollen Wege nicht zum Innehalten bewegen wird, so ist die so glücklich erzielte Beruhigung des Landes auf's Neue in Frage gestellt. Selbst die Gemäßigtsten werden in die Opposition geworfen und es kommt eine Volksvertretung zu Stande, welche der Regierung ebenso feindlich gegenübersteht wie die erste. Und was dann? Ein neuer Staatsstreich? Dergleichen pflegt nur einmal zu gelingen. Die konstitutionelle Partei, welche zu ihrem Bedauern viele falsche Propheten in ihrer Mitte sieht, sucht überall das Volk in der Weise zu stimmen, daß nur Männer gewählt werden, welche die Rechtsgültigkeit der Verfassung vom 5. Dez. nicht in Frage stellen. Es wäre freilich ein unübersehbares Unglück, wenn der neue Landtag den ganzen Verfassungsstreit wieder von vorn anfangen sollte.

• **Berlin**, 6. Jan. Der Staatsanzeiger von heute Abend enthält die beiden in der Verfassungsurkunde in Aussicht gestellten Gesetze über die Organisation der Gerichtsbehörden und die Einführung von Geschwornen. Die standesherrliche, städtische und Patrimonial-Gerichtsbarkeit, sowie die geistliche werden aufgehoben, in Civil- und Criminalsachen, ebenso der eximirte Gerichtsstand für Personen, Grundstücke und Gerechtigkeiten, für den Fiscus und Corporationen; und statt dessen entscheiden in allen Rechtssachen, für alle Parteien die ordentlichen Gerichte, die sich folgendermaßen gliedern. Die erste Instanz bilden kollegialisch eingerichtete Kreisgerichte, deren Jurisdictionsbezirk durchschnittlich 50,000 Seelen umfaßt. Sie haben die unbeschränkte Zuständigkeit in allen Civil- und Strafsachen. Zur Erleichterung aber der vom Gerichtssitze entfernter wohnenden Einsassen werden in den entfernteren Orten Einzelrichter niedergesetzt, die zwar Mitglieder des Collegiums bleiben, aber einen selbstständigen Wirkungskreis haben. Ihre Competenz beschränkt sich jedoch auf Bagatellsachen (deren Gegenstand 50 Rthlr. nicht übersteigt), auf Injuriensachen, solche Angelegenheiten, die keine kontradiktorische Verhandlung nöthig machen, die Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit und einiges Unwichtigere. Die zweite Instanz bilden 21 Appellationsgerichte, die zugleich die Aufsichtsbehörde über die Untergerichte sind. Die dritte Instanz endlich ist das Geheime Obertribunal, das mit dem Rheinischen Cassationshof vereinigt wird. Das Verfahren ist durchweg mündlich und öffentlich, die Urtheile werden „im Namen des Königs" erlassen. Das Notariat wird von der Anwaltschaft getrennt, die Advokatur bleibt beschränkt. Die höheren Justizbeamten werden vom König unmittelbar, die niederen durch den Justizminister ernannt. — Was das Verfahren in Criminalsachen angeht, so werden die Grundsätze des Anklageprozesses, wie er bisher nur für Berlin bestand, zur allgemeinen Geltung gebracht. Jedes Kreisgericht hat einen Staatsanwalt, jedes Appellationsgericht einen Ober-Staatsanwalt. Die Anwälte gehören nicht zu den richterlichen Beamten. Sie haben die Anklage zu erheben, und das Interesse des Staats bei der Verhandlung zu wahren, namentlich für Beachtung der Gesetze zu sorgen. Das Verfahren selbst ist nach drei Klassen der Verbrechen verschieden. Die erste Klasse bilden die Vergehen d. h. die Verbrechen, auf die nur Geldbuße bis zu 50 Rthlr. oder Freiheitsstrafe bis zu 6 Wochen steht. Bei ihnen kann die Anklage schriftlich oder mündlich geschehen. Das Gericht, das aus einem Richter und einem Gerichtsschreiber besteht, kann die Verhandlung sofort ansetzen, und erkennen. Die zweite Klasse bilden die eigentlichen Verbrechen d. h. solche, auf die eine höhere Strafe als bei den Vergehen, die aber drei Jahre Freiheitsstrafe nicht übersteigt, oder eine Ehrenstrafe gesetzt ist, ferner Amtsverbrechen und endlich der zweite und dritte große gemeine, oder unter erschwerenden Umständen begangene und der erste gewaltsame Diebstahl. Hier entscheidet ein Gericht aus drei Richtern. Der Staatsanwalt muß eine schriftliche Anklage einreichen, und der Einleitung der Untersuchung muß ein förmlicher Beschluß des Gerichts vorhergehen. Die dritte Klasse der Verbrechen bilden endlich die schweren d. h. die, deren Strafe die der gewöhnlichen Verbrechen übersteigt, und die politischen und Preßvergehen. Nur bei diesen kommen Geschworne in Anwendung; auch bei den übrigen entscheidet der Richter nicht nach Regeln, sondern nach seinem Gewissen nur über die Frage, ob der Angeklagte schuldig oder unschuldig ist; hier aber hat er blos das Gesetz anzuwenden, über das Faktum entscheidet das Geschwornengericht.

Zum Geschworenen kann nur berufen werden: wer die Eigenschaft eines Preußen besitzt, 30 Jahre alt ist, im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, lesen und schreiben kann, und wenigstens ein Jahr in der Gemeinde, in welcher er sich aufhält, seinen Wohnsitz hat. Zu Geschworenen können nicht berufen werden: 1) die Minister und Unter-Staats-Sekretäre, 2) die richterlichen Beamten, die Staats-Anwalte und deren Gehülfen, 3) die Regierungs-Präsidenten, Provinzial-Steuer-Direktoren, Landräthe, Polizei-Präsidenten, Polizei-Direktoren, 4) die im aktiven Dienste befindlichen Militärpersonen, 5) die Religionsdiener aller Konfessionen, 6) die Elementar-Schullehrer, 7) Dienstboten, 8) Diejenigen, welche nicht wenigstens jährlich 18 Rthlr. an Klassensteuer oder 20 Rthlr. an Grundsteuer (ausschließlich der Beischläge) oder 24 Rthlr. an Gewerbesteuer entrichten, oder unter Voraussetzung des Bestehens einer dieser Arten der Besteuerung nach ihren Verhältnissen zu entrichten haben würden. Ohne Rücksicht auf den zu 9 erwähnten Steuersatz sind jedoch wählbar zu Geschworenen: die Rechts-Anwalte und Notarien, die Professoren, die approbirten Aerzte und diejenigen Beamten, welche vom König unmittelbar ernannt sind oder ein Einkommen von wenigstens 500 Rthlrn. jährlich beziehen und nicht zu den oben ausgeschlossenen Kategorien gehören.

Jährlich im September werden die Geschwornenlisten von den Landräthen und Magistraten angefertigt. Aus ihnen zieht der Regierungspräsident für jeden Schwurgerichtsbezirk 60 Personen, und sendet die Liste 14 Tage vor dem Anfang des Geschäftsjahres an das Gericht. Dessen Vorsitzender reducirt die Zahl von 60 auf 36, die dann sämmtlich zu den Gerichtssitzungen geladen werden. Die Geschwornen erhalten keine Diäten, aber Reisegelder. Für jede einzelne Sache wird ein besonderes Schwurgericht gebildet. Die Namen sämmtlicher Geschwornen werden in eine Urne gethan, und der Vorsitzende zieht aus ihnen. Der Staats-Anwalt und der Angeklagte können jeden Geschwornen, ohne einen Grund anzugeben, ablehnen; nur müssen 12 übrig bleiben. Die Hälfte der Ablehnungen steht dem Anwalt, die andere Hälfte dem Angeklagten zu. Die ersten 12 gezogenen und nicht abgelehnten Personen bilden das Geschwornengericht. Vor dem Beginn der Verhandlung muß der Vorsitzende des Gerichtshofes die Geschworenen mit den Worten: „Sie schwören und geloben vor Gott und den Menschen in der Anklagesache gegen N. sich den Pflichten Ihres Berufes als Geschworene mit Gewissenhaftigkeit, Festigkeit und Treue zu widmen und unparteiisch, Niemanden zu Liebe und Niemanden zu Leide, einen gewissenhaften Spruch zu fällen zwischen dem Angeklagten und dem Gesetze, dem Sie Geltung verschaffen sollen," als Geschworene verpflichten, und die Geschworenen übernehmen diese Verpflichtung mit den Eidesworten: „ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe," indem sie die rechte Hand erheben. Verhandlung der Sache vor dem Schwurgerichte. Die Verhandlung der Sache beginnt mit Verlesung der Anklageschrift durch den Gerichtsschreiber. Der Vorsitzende des Gerichts befragt den Angeklagten:

ob er sich schuldig bekenne oder nicht schuldig sei? Bekennt er sich schuldig und waltet gegen die Richtigkeit des Bekenntnisses kein Bedenken ob, so faßt das Gericht das Urtheil sofort ohne Zuziehung von Geschworenen ab. Anderen Falls beginnt die Untersuchung und Verhandlung der Sache vor den Geschworenen. Die Leitung der Verhandlung, insbesondere das Verhör des Angeklagten und der Zeugen, gebührt dem Vorsitzenden des Gerichts. Dieser muß dem Staatsanwalte und kann dem Angeklagten oder dessen Vertheidiger, so wie den Geschworenen, gestatten, Fragen, welche sie zur Aufklärung der Sache für angemessen erachten, unmittelbar an die Betheiligten zu richten. An die Verhandlung mit den Angeklagten und den Zeugen schließt sich die Ausführung des Staatsanwalts und des Vertheidigers über die Thatfrage. Der Vorsitzende muß sodann den Hergang und das Resultat der Beweisaufnahme in einer kurzen Darstellung zusammenfassen, auf gesetzliche Vorschriften, welche bei Beurtheilung der Thatfrage etwa in Betracht kommen, aufmerksam machen, schließlich aber die von den Geschwornen zu beantwortenden Fragen und zwar so stellen, daß sie mit Ja oder Nein sich beantworten lassen.

Der Vorsitzende übergibt die schriftlich abgefaßten Fragen den Geschworenen und läßt den Angeklagten aus dem Sitzungssaale abführen. Die Geschworenen begeben sich in ihr Berathungszimmer und wählen daselbst durch Stimmenmehrheit ihren Vorsteher, welcher die Berathung leitet und deren Resultat verkündet. Sie dürfen das Berathungszimmer nicht verlassen, bevor sie ihren Ausspruch beschlossen haben. Niemand darf in das Berathungszimmer eintreten, ohne eine schriftliche Ermächtigung des Vorsitzenden des Gerichts, welcher den Befehl zu ertheilen hat, daß der Eingang zu dem Zimmer bewacht werde. Die Entscheidung erfolgt nach Mehrheit der Stimmen. Ist jedoch das Schuldig rücksichtlich der That oder der die That begleitenden erschwerenden Umstände nur durch eine Mehrheit von sieben Stimmen gegen fünf ausgesprochen, so tritt das Gericht selbst in Berathung und entscheidet nach Mehrheit der Stimmen über den von den Geschworenen nur mit einfacher Mehrheit festgestellten Punkt. Zur Annahme solcher Umstände, welche nach ausdrücklicher Vorschrift der Gesetze die Strafbarkeit mildern, ist es genügend, wenn sechs Geschworene sich für das Vorhandensein derselben aussprechen. Nachdem die Geschworenen ihren Ausspruch beschlossen haben, und in den Sitzungssaal zurückgekehrt sind, befragt der Vorsitzende des Gerichts sie nach dem Ergebnisse ihrer Berathung. Der Vorsteher der Geschworenen erhebt sich und sagt: „Auf meine Ehre und mein Gewissen, vor Gott und den Menschen bezeuge ich, der Spruch der Geschworenen ist: Ja, der Angeklagte ist schuldig u. s. w., oder: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig.

Der Vorsteher muß dabei ausdrücklich erwähnen, ob der Ausspruch mit 7 Stimmen oder mit mehr beschlossen worden ist. Die Richter können übrigens, wenn der Ausspruch in der Form nicht regelmäßig oder in der Sache nicht vollständig ist, die Geschwornen von Amtswegen auffordern, sich noch einmal zurückzuziehen, und den Mangel zu verbessern. Glauben die Richter einstimmig, daß die Geschwornen sich in der Sache geirrt haben, so können sie die Sache an ein neues Schwurgericht verweisen; letzteres aber nicht zum Nachtheil des Angeklagten. Entscheiden die Geschwornen nicht schuldig, so ist der Angeklagte sofort zu entlassen; entscheiden sie schuldig, so stellt der Anwalt seinen Antrag, der Angeklagte wird noch einmal gehört, aber nicht über die Thatsachen; die Richter ziehen sich zurück und fassen das Urtheil nach Stimmenmehrheit. Gegen die Entscheidungen über Vergehen und gemeine Verbrechen steht die Appellation zu; gegen die Appellationserkenntnisse und die Erkenntnisse der Geschwornengerichte nur die Nichtigkeitsbeschwerde, und zwar findet die Nichtigkeitsbeschwerde statt: 1) wegen Verletzung von Förmlichkeiten im Verfahren, deren Beachtung bei Strafe der Nichtigkeit vorgeschrieben ist, 2) wegen Verletzung eines Strafgesetzes. Dem Staatsanwalte steht die Nichtigkeitsbeschwerde nicht zu, wenn von Geschworenen ein Nichtschuldig ausgesprochen ist. Endlich kann der Verurtheilte gegen jedes rechtskräftige Urtheil zu jeder Zeit das Rechtsmittel der Restitution einwenden, wenn er darzuthun vermag, daß das Urtheil auf eine falsche Urkunde, oder auf die Aussage eines meineidigen Zeugen gegründet ist.

Das Verfahren bei Untersuchung der Polizeivergehen stimmt im Allgemeinen mit den bei Untersuchung der Vergehen überhaupt. Beide Gesetze über Organisation der Gerichte (vom 2. Januar 1849) und über Einführung der Geschwornen (vom 3. Januar 1849) sollen mit dem 1. April in Kraft treten und gelten für die ganze Monarchie mit Ausnahme des Bezirks des Appellationsgerichts zu Köln.

Berlin. Die „Spenersche Zeitung" bemerkt bei der Amtsentsetzung des Abgeordneten Schaffraneck durch den Fürstbischof von Breslau: „Die Kirche darf einen Geistlichen nicht wegen Doctrinen verantwortlich machen, welche derselbe im Ständehause ausgesprochen; denn sonst wird künftig kein Geistlicher mehr in die Kammern gewählt werden, oder die Kirche erlangt einen verfassungswidrigen Einfluß auf das weltliche Regiment."

* **Bernstadt**, 2. Jan. Die hiesige Bürgerwehr ist aufgelöst, weil sie sich versammelt hatte, um an dem in Breslau vermutheten Kampfe am 17. Nov. Theil zu nehmen.

Königsberg. Der Lieutenant Schmidt, welcher sich in letzterer Zeit als Redner in Volksversammlungen bemerkbar machte, ist aus seinem diätarischen Verhältniß, in welchem er seit etwa zwei Jahren in dem Bureau der hiesigen Regierung beschäftigt war, plötzlich entlassen. Es sind auch noch Untersuchungen gegen andere freisinnige Administrativ- und Justiz-Beamte eingeleitet worden. (N. Königsb. Z.)

München, 3. Jan. Die N. Münchner Ztg. enthält Folgendes: Nach Briefen die uns aus Frankfurt zugekommen sind, hat der Präsident des Reichsministeriums, Herr v. Gagern, in der jüngsten Zeit wiederholt die Bevollmächtigten der Einzelstaaten zu Konferenzen über Fragen von besonderer Wichtigkeit zusammenberufen. Wir können ein solches Verfahren nur freudig begrüßen als den Beweis, daß man mehr und mehr zu Frankfurt selbst den richtigen Weg zu beschreiten geneigt ist, der allein zum Heil führen kann, den der Verständigung und des einträchtigen Zusammenwirkens aller Theile des großen Gesammtvaterlands für die Maßnahmen, welche alle berühren, und für deren Durchführung alle Glieder des großen Ganzen in solcher Weise nur um so freudiger die Hand bieten werden.

* **München**, 5. Jan. Baierische Blätter wollen wissen, daß die bairische Regierung die Grundrechte des deutschen Volkes vorerst nicht publiziren werde, dieselben jedoch dem Landtage sogleich bei seinem Zusammentritte zur Zustimmung vorlegen wolle.

Die D. konst. Ztg. bringt einen Artikel zur Widerlegung Derjenigen, welche das Publikum glauben machen wollen, daß es in Baiern keine Kamarilla, keine Kabinetsregierung gebe, und auf keine Reaktion abgesehen sei. Als Gegenbeweis wird angeführt, daß unter den zum Neujahr mit Orden beliehenen Personen sich 11 von rein ultramontaner Färbung befinden, daß der Hauptmann Graf Max Bothmer, der wackere Kämpfer in Schleswig-Holstein, dessen offenes und männliches Auftreten im letzten Wahlkampfe, in welchem er leider unterlag, den Herren am Ruder gar nicht behagte, von hier nach Würzburg versetzt worden, daß die Denunziationen von Zeitungsartikeln sich von Tag zu Tag mehren, ja daß die Polizeibehörde sogar solche Artikel hervorgezogen und dem Stadtgerichte überliefert hat, welche schon vor mehreren Monaten in Blättern standen und damals unbeachtet gelassen worden waren, u. s. w.

Leipzig, 3. Jan. Die Individuen, welche das Wappen des hiesigen österreichischen Generalconsulats abgerissen und demolirt haben, sind in der ersten Instanz zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden.

*** **Leipzig**, 6. Januar. Gestern Abend kam im hiesigen deutschen Verein abermals die Oberhauptsfrage zur Sprache. An eine frühere Rede des Dr. Greyhen knüpfte dieses Mal Advokat Klein an, um in überzeugender Weise darzuthun, aus welchen Gründen bei Entscheidung dieser wichtigsten Frage Oesterreich aus dem Spiele bleiben, die Blicke Aller sich Preußen zuwenden mußten. Die Versammlung erklärte sich gegen eine einzige Stimme dahin: „Der deutsche Verein halte es zum Wohle des Vaterlandes unumgänglich nöthig, die Oberleitung Deutschlands an Preußen zu übertragen." Wenn irgend ein deutscher Stamm berechtigt wäre zu Antipathien, so wäre es der sächsische, denn schwer können es die Sachsen verwinden, daß ihnen der schönste Theil des Landes grade an Preußen entrissen wurde; wenn irgend wo man den früheren Einfluß Preußens auf die deutschen Angelegenheiten zu beklagen Grund hatte, so war es in Leipzig, das weiß jeder, der die Lasten des Preßzwangs rc. kennt. Außerdem widerstrebt dem Sachsen das preußische Wesen überhaupt so, daß der preußi-

sche Accent selbst sein Ohr beleidigt. Aber die Sachsen, d. h. der bessere Theil derselben, nicht die, die in den letzten Monaten den Namen Sachsens verrufen gemacht haben in allen deutschen Gauen, bilden einen ächt deutschen Stamm, und ein solcher, dem die Liebe zum ganzen Vaterland über Alles geht, weiß Antipathien dem Glück desselben zu opfern. Diese Gesinnung gab sich gestern in der Versammlung des deutschen Vereins auf das bestimmteste kund, und ihr gemäß genügte es derselben auch nicht, in einer Adresse an das Parlament für sich allein jenen Wunsch auszusprechen, sondern alle deutschen Vereine in Sachsen sollen schleunigst zum Beitritt aufgefordert werden. Ueber die Form, in der Preußen die Macht übertragen werden solle, offiziell sich auszusprechen, hielt man nicht für passend, indem man der Reichsversammlung zu Frankfurt zutraut, sie werde nach reiflichster Ueberlegung nur in dieser hochwichtigen Sache entscheiden. Von den Rednern sprachen sich übrigens manche gegen ein erbliches Kaiserthum, andere für dasselbe aus, einstimmig aber erklärte man, der Entscheidung in Frankfurt auch hierin freudig zu folgen, möge sie auch den individuellen Wünschen nicht ganz Rechnung tragen.

Indem ich diese Zeilen niederschreibe, kommen mir die neuesten Zeitungen zu und aus ihnen ersehe ich, daß Oesterreich immer wieder die alten Metternich'schen Manoeuvres aufs Neue aufstellt. Deutsch, wie wir es wollen, war die österreichische Regierung nie. Sie war es nicht unter Pillersdorf, nicht unter Dobblhof. Letzterer hat freilich nicht so offen gesprochen, wie Schwarzenberg, ich aber weiß mit vollster Zuversicht, daß im August und September im Wiener Kabinet die Ansichten des letztern gleichfalls die geltenden waren. „So lange es uns frommt, so lange ist uns das deutsche Wesen recht; so lange wir Vortheile von ihm haben, wollen wir es nicht über Bord werfen, aber Opfer bringen darf man wohl für uns; wir aber wollen dem gemeinen Wesen nichts opfern, denn wir sind stark und mächtig auch ohne Deutschland." Schwarzenberg, um den Czechen Rechnung zu tragen und sie fester an die deutsche Regierung zu fesseln in dem Augenblick, wo auch sie eine demokratische Richtung einschlagen und gefährlich zu werden drohten, hat zuerst ein offenes Wort gesprochen, nachdem Fürst Windischgrätz mit drei Kugeln seine Ansicht über die Stellung zu Deutschland kund gethan hatte. Schnell aber hat man dieses offene Wort bereut, seine Uebereilung anerkannt, bedauert, der Metternich'schen Schule ungeachtet so ehrlich geredet zu haben, als man sah, welche natürliche Consequenzen sich in Frankfurt die wahren Patrioten daraus zogen. Kaum wandten sich die Blicke dieser fest nach Preußen, kaum wagte man es auszusprechen, nun, wenn Oesterreich denn nicht will und nicht kann, so müssen wir Uebrigen wenigstens ein einiges Volk, ein einiges Land sein, als man österreichischer Seits einen anderen Sinn den klaren und deutlichen Worten unterzuschieben versucht, als man aufs Neue die deutsche Gesinnung anzieht, als man auf Rechte Ansprüche erhebt, deren man sich selbst kurz zuvor begeben hat und an denen man aber kein Recht mehr hat. Und siehe da, alle Feinde der Freiheit und der deutschen Einheit stoßen auf ein Mal mit der österreichischen Regierung in dasselbe Horn, die Ultramontanen, die fanatischen Preußenfeinde, die Separatisten, die Herrn der äußersten Linken. Von unsern Vertretern in Frankfurt fordern wir, daß sie mit aller Energie solchem Treiben entgegentreten. Sie sind berufen von ihrem Volk, ein einiges Deutschland, fest und stark in sich geordnet, zu schaffen; mögen sie ihrer heiligen Verpflichtung nachkommen!

Hannover, 2. Jan. Neben vielen Ordens- und Titelverleihungen hat der Neujahrstag auch eine Reihe von Beförderungen im Heere gebracht; zehn Sekondelieutenantsstellen waren in der Infanterie zu besetzen. Kadetten, „Söhne aus guten Familien", haben diese Stellen erhalten. Nicht ein Unteroffizier ist zum Offizier befördert. Die Bestimmung der Verfassung, „alle Vorzüge der Geburt, unbeschadet der Privatrechte, sind aufgehoben", wird noch lange nichts anderes als bloße Versprechung bleiben. (Wes. Ztg.)

Hannover, 4. Jan. Man versichert von mehren Seiten, daß der Generalsteuerdirektor Klenze im Reichshandelsministerium angestellt werden solle. Andererseits wird behauptet, Hr. Klenze werde von unserer Regierung als Sachverständiger nach Frankfurt a. M. geschickt werden, um dort die hannoverschen Interessen hinsichtlich der Flußzölle etc. zu vertreten. Wir unsrestheils glauben, daß die letztere Mittheilung die richtige ist, da wir uns gar nicht denken können, daß man Hrn. Klenze, dem übrigens bedeutende Fähigkeiten nicht abzusprechen sind, im Reichshandelsministerium anstellen werde. Hr. Klenze war bekanntlich der eifrigste Vertheidiger des Kabinets Scheele-Falcke. Am Neujahrstage wollten die Offiziere der Bürgerwehr dem König und dem Kronprinzen ihre Glückwünsche abstatten. Sie sind indessen, da sie weder im königlichen noch im kronprinzlichen Palaste Audienz erhielten, unverrichteter Dinge nach Hause zurückgekehrt, worüber sie eben nicht erfreut gewesen sein sollen. Weshalb die Audienzen nicht erlangt werden konnten, wissen wir nicht. (D. A. Z.)

< **Heidelberg**, 6. Jan. Im Gegensatze zu den Stimmen, welche sich in der Karlsruher Zeitung und einigen andern Blättern vernehmen ließen, kann der Einsender dieses versichern, daß der unparteiische Theil des hiesigen Publikums die Wahrheit der in Ihrem Blatte veröffentlichten Kritik der hiesigen Universitätszustände durchaus anerkennt. Mit besonderer Befriedigung hat man vernommen, daß das Entlassungsgesuch des Kurators von der Regierung angenommen worden ist. Er wird seine Stelle nur noch bis Ostern begleiten. Die böswilligen Verläumdungen der beiden Professoren Henle und Pfeufer haben, insbesondere auch bei den Studenten, eine große Mißbilligung hervorgerufen. Beide erhielten bei der Wiedereröffnung ihrer Vorlesungen lebhafte Beweise der fortdauernden Anerkennung und Anhänglichkeit ihrer Zuhörer. (Zugleich mit Vorstehendem geht uns von Heidelberg eine Adresse zu, welche von den Studirenden der Medicin in obigem Sinne beschlossen und den HH. Henle und Pfeufer überreicht worden ist.)

.*. **Mainz**, 7. Jan. Heute Sonntag fand die Ueberreichung einer Fahne durch die Frauen und Jungfrauen von Mainz dem Bildungsvereine für Arbeiter statt. Die Feier war sehr erhebend und fand die größte Theilnahme von Seiten des Publikums. Um 11 Uhr versammelten sich die Mitglieder im Vereinslokale und zogen von da, begleitet von Musik und einer unabsehbaren Menschenmenge, in den „Frankfurter Hof," wo die Festlichkeiten stattfanden. Der Festsaal im Frankfurter Hof war prachtvoll dekorirt und mit Fahnen geschmückt. Nach Beendigung der Festlichkeiten fand die Preisvertheilung an diejenigen Arbeiter statt, welche sich in den verschiedenen Unterrichtsfächern ausgezeichnet hatten. Abends ist Concert und nachher Festball. Für den durch den Tod des Bischofs Kaiser erledigten Bischofsstuhl hat unter den zwei Candidaten, Kettner und Lennig (Domkapitular dahier), der erstere die meiste Aussicht, gewählt zu werden. Er hat sich durch eine Reihe von Predigten, die er hier gehalten, die Liebe und Anhänglichkeit des größten Theiles der hiesigen Katholiken erworben. Gestern fand die Wahl des Bisthumsverwesers durch das Domkapitel statt. Dieselbe fiel auf Domkapitular Grimm.

* Ueber die Konferenz thüringischer Minister in Gotha vom 15. und 16. sind wir in Stand gesetzt folgende zuverlässige Auskunft zu ertheilen:

⊙ **Gotha**, 5. Jan. Geleitet von dem Gesichtspunkt, daß eine Mediatisirung der thüringischen Staaten den Bevölkerungen derselben jetzt nicht wunschentsprechend und förderlich sei, daß der Anschluß an größere Staaten und Stärkung derselben auch im deutschen Interesse im gegenwärtigen Augenblick nicht räthlich erscheine, zugleich aber in Erwägung, daß die Festhaltung der bisherigen Isolirung der Angehörigen der thüringischen Staaten im höchsten Grad nachtheilig und auch nicht einmal möglich sei, schlug Weimar vor, daß die thüringischen Staaten in Bezug auf Militärwesen, Vertretung im Staatenhaus, Gesetzgebung auf dem Gebiet des Civil- und Criminalrechts und des Prozesses, Begründung und Ueberwachung von Heil- und Strafanstalten, Ergreifung größerer Verwaltungsmaßregeln, indirekte Steuern, Organisation und Ueberwachung des Justizwesens, zu einem Staatenverein zusammentreten möchten, als dessen Organe ein Gesammt-Ministerium und ein gemeinsamer Landtag vorgeschlagen wurden. Die erstere Behörde sollte der Art eingerichtet sein, daß nach einem angemessenen Stimmenverhältniß, welches — jede Idee einer Präponderanz ausschließend — für Weimar seiner Bevölkerungszahl und seinem Umfange nach eher ein nachtheiliges war (Weimar sollte 3, die drei Herzogthümer jedes 2 und die vier Fürstenthümer jedes eine Stimme führen), in demselben die Majorität entscheiden solle. In der Konferenz vom 16. Dezember ist, mit Ausnahme von Meiningen, die Zweckmäßigkeit einer solchen Vereinigung allseitig anerkannt worden und in der That — da an ein freiwilliges Eingehen auf eine förmliche Mediatisirung von Seiten fast aller dieser Staaten kaum zu denken ist — dürfte dieselbe sowohl im

allgemein deutschen als im speziellen Interesse der betheiligten Bevölkerungen liegen. Der Reichskommissär für Thüringen als Organ der Central-Gewalt, welcher verfassungsmäßig die Vermittlung in dieser Beziehung obliegt, hat, nachdem fast alle thüringische Minister sich im Sinne einer solchen Vereinigung ausgesprochen haben, dem Vernehmen nach diese Vorschläge namentlich in der wiederholten Konferenz vom 3., 4. und 5. Januar unterstützt. Der Staatsrath Bröhmer von Koburg und der Präsident Otto von Greiz hatten auf der erwähnten Basis dieser Konferenz den Entwurf eines Vereinigungsvertrags vorgelegt, der, falls er gebilligt wurde, den verschiedenen Ständeversammlungen zur Berathung und Beschließung vorgelegt werden sollte. Freilich haben sich, wie es scheint, wie in Deutschland, so auch in Thüringen, die Verhältnisse in der Zeit vom 16. Dezember bis zum 3. Januar verändert. Das Projekt scheiterte, wie wir hörten, an dem Widerspruch Meiningens und dem nachträglichen Rücktritt von Koburg-Gotha. Ersteres sah in einer solchen Vereinigung die Gefährdung seiner Selbstständigkeit und gleichzeitig eine Verletzung der seinen Unterthanen inwohnenden Pietät gegen ihren Fürsten. Dieser Staat soll sich selbst gegen den erforderlichen Falls zu bestimmenden und nicht periodischen Zusammentritt ständischer Ausschüsse zur Beschließung gemeinsamer Gesetze und gegen eine gemeinsame Justizpflege erklärt haben, da hierdurch möglicher Weise die Anbahnung eines solchen Staaten-Vereins veranlaßt werden könnte. Demnach mußte das Resultat der letzten Konferenz ein ziemlich mageres werden. Von einem Gesammtministerium und einer gemeinsamen Ständeversammlung soll nicht mehr die Rede sein. Nur die Wahl der Vertreter in's Staatenhaus soll durch gemeinschaftliche Ausschüsse nach dem oben erwähnten Stimmenverhältniß erfolgen. Auch hat man sich dahin geeinigt, eine gemeinsame thüringische Brigade bilden zu wollen. In Bezug auf diese beiden Gegenstände lag freilich die äußere Nöthigung der Frankfurter Beschlüsse zu einer Vereinigung vor. Im Uebrigen soll es beim Alten bleiben und nur die Ausarbeitung etwaiger Gesetzentwürfe durch gemeinsame Staatsdiener-Commissionen in der Regel vorbereitet werden, über welche die Regierungen nachher communiciren. Diese Entwürfe müssen freilich den 8 verschiedenen Parlamenten zur Beschließung vorgelegt werden. Was die Organisation des Justizwesens betrifft, deren Gemeinsamkeit bei der Zerrissenheit der thüringischen Territorien gewiß wünschenswerth wäre, hat man ebenfalls Alles der jedesmaligen Vereinbarung unter den Staaten (wozu natürlich Stimmeneinigkeit gehört) überlassen und nur allgemein sich geneigt erklärt, bei Bildung von Gerichtsbezirken den Anschluß einzelner Ortschaften aus anderen Gebieten an das eigene zu gestatten.

Der von Seiten der Weimarischen Staatsmänner in dieser Beziehung an den Tag gelegte patriotische Aufopferung ward von den übrigen Staaten nicht in wünschenswerther Weise entsprochen.

Uebrigens sind die betreffenden Verhandlungen noch nicht völlig abgebrochen und man kann von der thüringischen Einheit so viel hoffen wie — von der deutschen.

Großbritannien.

*** London**, 4. Jan. Der „Sohn seines Vaters," John O'Connell, gibt den Gedanken noch immer nicht auf, das väterliche Repealgeschäft fortzusetzen. Es ist allerdings richtig, daß, wie der traurige Zustand eines großen Theils von Irland beweist, England für seine „unglückliche Schwesterinsel" das Rechte entweder nicht thun kann oder nicht will, und daß somit das Bedürfniß nach einem eigenen irischen Parlament und legislativer Selbstständigkeit ohne Zweifel nur zu gerechtfertigt erscheint; aber es ist sehr zu fürchten, daß der wenig volksthümliche, wenig energische, mit dem Ultramontanismus liebäugelnde, wenn schon im Ganzen gutmeinende John O'Connell dieser großen Aufgabe nicht gewachsen ist. John O'Connell hat aus London unterm 1. Januar ein Manifest an seine Landsleute erlassen, welches allerlei schöne Floskeln, dabei aber auch einzelne nicht abzuleugnende Wahrheiten enthält. Mit Recht schuldigt er Hrn. Smith O'Brien und seine Genossen an, durch seinen „wahnsinnigen" Aufstandsversuch Irland mehr Schaden als Nutzen gebracht zu haben. Wie sich aber die Politik des Faustrechts im O'Brien'schen Unternehmen, an dem sich übrigens die Irländer als Volk nicht betheiligt hätten, vollkommen zu Grunde gerichtet habe, so sei auf der andern Seite auch das entgegengesetzte Extrem, die unthätige Unterwerfung, ein Unglück für das Land; man müsse also, da von England etwas Gutes für Irland nicht zu erwarten sei, alle Mittel der moralischen Selbsthülfe in Thätigkeit setzen, bis dem irischen Volke, welches durch seine Tugenden die gerechtesten Ansprüche auf Freiheit und Selbstständigkeit habe, sein Recht geworden sei — ein eigenes Landesparlament. Mit allem Eifer verwahrt sich John O'Connell gegen jeden Verdacht des Radicalismus. „Wären die Männer der offenen Revolution," heißt es in diesem Manifest unter anderm, „mit ihrem Unternehmen durchgedrungen, so würden zum Theil die Urheber selbst vor den Folgen dessen, was sie angerichtet, zurückgeschreckt sein, sie würden diese Folgen so gut, wie wir, beklagt haben. Wir würden auch in Irland mit der verfluchten und schmutzigen Fluth des sogenannten Radikalismus überschwemmt worden sein, desselben Radikalismus, der im Laufe der letzten 12 Monate in Europa so große Verwüstungen angerichtet hat. In der unglücklichen Schweiz hat dieser widerliche und ungläubige Radikalismus in politischen, sozialen und namentlich religiösen Verfolgungen und in erbarmungslosen Plünderungen, Konfiskationen und Todtschlägen sich satt geschwelgt. In Paris, Wien, Prag, Frankfurt und Rom hat höllischer Meuchelmord seinen Weg bezeichnet. Die begründeten Hoffnungen und die rechtmäßigen Freiheiten des preußischen und österreichischen Volkes wären in Folge seiner unerträglichen Ausschweifungen fast gänzlich vernichtet und die Mitgefühle Europas von den Kämpfen Italiens abgewendet worden. Und die vollendete Ungerechtigkeit dieses falschen und abscheulichen Radikalismus, dieser wahrhafte Despotismus, diese Ausgeburt der ungläubigen Universitäten des Festlandes im Bunde mit dem Abfall der Gefängnisse, wurde für die Hauptstadt der christlichen Welt aufgespart, wo die undankbaren Römer den hocherlauchten Mann, der sie mit Wohlthaten überschüttete, den höchsten Geist seiner Zeit, den großen, den guten, den bewunderungswürdigen Pius IX. ausgetrieben haben." Der europäische, wie der specifisch irische Radikalismus wird nun nicht mehr im Zweifel sein, wie er zu O'Connell dem Sohne oder dieser zu jenem steht. Aber die hier geführte Sprache des Erb-Agitators von Irland ist insofern nicht ganz gering anzuschlagen, da sie zugleich als der Ausdruck der Gesinnungen des irischen katholischen Klerus, wenigstens der Mehrzahl nach, anzusehen ist. Der Dubliner Korrespondent der Times berichtet, daß die durch eine Kette von Brandstiftungen beunruhigten Baronieen der sonst so friedlichen Provinz Ulster unter die Bestimmungen des Gesetzes für Verhinderung der Verbrechen und Gewaltthaten in Irland (einer Art Kriegsgesetzes) gestellt, und die dortigen Polizeimannschaften auf Kosten der Einwohnerschaft verstärkt werden sollen.

Dem „Athenäum" zu Folge erhält Herr Th. B. Macaulay, als Generalzahlmeister Mitglied des Kabinets, für die beiden ersten Bände seines Werkes über die Geschichte Englands von seinen Verlegern, den Herren Longman, die Summe von 600 Pfund jährlich bis zum Ablauf des auf zehn Jahre festgestellten Verlagsrechtes, im Ganzen also 6000 Pfund, die höchste Summe, welche bisher für ein zweibändiges Werk in England gezahlt wurde. Washington Irving erhielt für sein Leben des Kolumbus in 4 Bänden 4000 Guineen, Moore für sein Leben Byrons 2000, und der jetzige Bischof von Orford und sein Bruder für das 5bändige Werk über das Leben W. Wilberforce's 4500 Pfund. Wir haben eine Revolution in Deutschland gemacht; hoffentlich werden sich unsere Demokraten als bessere Patrone der deutschen Literatur zeigen, als unsere jetzt in den Hintergrund gedrängten Aristokraten, bei denen die Literatur im Ganzen kein großes Glück gemacht hat; sie werden durch ihren Drang nach wissenschaftlicher und schöngeistiger Lektüre und eine diesem Drange entsprechende Kauflust die Verleger in Stand setzen, unseren Gelehrten und Dichtern größere Honorare zu zahlen als bisher und so eine lange gefühlte und gerügte Schmach der deutschen Nation wieder gut zu machen, und hoffentlich werden sich dann auch unsere Verleger willfähriger finden lassen, als bisher, den Fleiß und Schweiß der Gelehrten anständig zu honoriren. Leider aber ist zu fürchten, daß unsere „glorreiche" Revolution viele Mißbräuche und üble Gewohnheiten, die dem Himmel sei's geklagt, gerade diejenigen sind, welche uns auch in politischer Hinsicht mit England zu konkurriren verhindern, stehen lassen. Wo in den obern, wie mittleren und untern Schichten der eigentliche Adel und die wahrhafte Größe und der neidlose reine Schwung der Seele fehlen, da wird die Aufgabee einer politischen Wiedergeburt eine doppelt schwierige.

Dem „Ipswich Expreß" zufolge hat die französische Regie-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 9. Januar. Constituirende Versammlung der freien Stadt. Der Bericht des österreichischen Ausschusses. Der Beschluß gegen die Spielbanken.) Wien (Nachrichten aus Ungarn.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Oberpräsidium von Westphalen. Kurialien. Die Untersuchung gegen Temme. Oesterreichische Politik. Graf zur Lippe. Die Wahlen. Steckbriefe. Erste Bestrafung wegen des Unfugs vom 31. Oktober.) Liegnitz (Suspension eines Regierungsrathes.) Stettin (Verhaftung.) Hannover (Die Einwendungen gegen die Grundrechte.) Schleswig (Aufregung.)

Frankreich. Paris (Die Akten über die Boulogner Expedition. Widerstand gegen die Auflösung der Nationalversammlung. Deputation der Polen. Gerücht daß Molé Minister würde. Befürchtete Intervention Oesterreichs in Rom.)

Italien. Rom (Verkündigung der Constituante.)

Schweiz. Zürich (J. K. v. Orelli †.) Bern (Der sardinische Gesandte. Eidgenössische Hochschule.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 9. Januar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 9. Januar.

Tagesordnung der 148. öffentl. Sitzung.

1) Abstimmung über den vom Abgeordneten v. Soiron, Namens des Verfassungs-Ausschusses, erstatteten Berichts über §. 19 des Entwurfs „der Reichstag," (den Reichshaushalt betreffend).
2) Berathung des vom Abgeordneten Martens, Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten erstatteten Bericht, über die Anträge des Abgeordneten Mahr, die Einquartirung in der Provinz Rheinhessen betreffend.
3) Berathung des vom Abgeordneten Sprengel erstatteten Berichts über die von dem Hofgerichte zu Sigmaringen beantragte Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen den Abgeordneten Advokaten Würth von Sigmaringen.
4) Berathung des vom Abgeordneten Werner aus Koblenz, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses erstatteten Berichts über verschiedene Eingaben.

Vorsitzender Ed. Simson. Der Abgeordnete Wolf aus Steiermark zeigt seinen mit Ende dieses Monats erfolgenden Austritt aus der National-Versammlung an. Eine Eingabe des Reichsministeriums in Bezug auf die posen'sche Abgrenzungslinie geht zur Begutachtung an den völkerrechtlichen Ausschuß.

Mammen aus Plauen ruft das Reichsministerium des Handels an: bis wann der Gesetzentwurf wegen Benutzung der Flußwasserstraßen zu erwarten sei und ob das Reichsministerium auf dem von ihm eingeschlagenen Wege zu einer völligen Befreiung der Flußschifffahrt zu gelangen hoffe?

Freudentheil aus Stade interpellirt wegen der deutschen Kriegsflotte, Zachariä von Bernburg fragt an, ob der nach Bernburg gesandte Reichskommissär noch länger dort verbleiben werde und aus welchen Gründen. Endlich berichtet der Schriftführer Plathner über die Prüfung der Ausweise und Beglaubigungen mehrerer Abgeordneten für die National-Versammlung und ihrer Stellvertreter durch den betreffenden Ausschuß. In den Ausschuß für Prüfung der Wahlen für Thingen und Konstanz werden als gewählt verkündet die Herren Nicol, Ebmeier und v. Breuning.

Von den im Auslande lebenden Deutschen gehen noch immer die reichlichsten Flottenbeiträge ein. Unter den heute angezeigten Beisteuern ist wieder eine aus Rußland.

Pattai und Genossen beantragen die Wiederaufnahme der Grundrechtsberathungen. Wenigstens Ein Tag der Woche soll diesem Gegenstande gehören. Georg Beseler nimmt dagegen die ganze Thätigkeit der Versammlung für das Verfassungswerk in Anspruch, damit dies endlich vollendet werde und wie er mit Vertrauen hofft, in großartiger Weise. (Allgemeiner Beifall.) Der Antrag Pattai's wird sodann verworfen.

Dann wird zu der gestern verschobenen Abstimmung über die Bestimmungen des Reichshaushalts verschritten und v. Soiron erhält das dem Berichterstatter vorbehaltene Schlußwort. Unter dem, was er zur Begründung der Ausschußvorschläge beibringt, heben wir hervor was er sagt, um dem Staatenhause den gebührenden Antheil an den Finanzbewilligungen zu vindiciren: Jede Zeit hat ihren besonderen Enthusiasmus und ein sehr kostspieliger Enthusiasmus unserer Gegenwart ist der volkswirthschaftliche. Dieser könnte leicht in seinem Einheits- und Gleichmachungsdrange so tief in die Taschen der Einzelnstaaten hineingreifen, daß sie dadurch ruinirt würden.

Die zu dem Vorschlage des Verfassungsausschusses gestellten Verbesserungsanträge füllen einen halben Druckbogen und die Ordnung der Fragen ruft eine förmliche Debatte zwischen v. Vincke, Moritz Mohl, Plathner, Hehner, Rösler v. Oels und dem Präsidenten hervor. Nach ihrer Beendigung ergibt die Abstimmung folgendes Resultat. Die Zusätze, welche der Vorschlag der Ausschußmehrheit dabei erfahren hat, sind durch gesperrte Schrift augenfällig gemacht.

„Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

1) Alle die Finanzen betreffende Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus.
2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen.
3) Alle Bewilligungen von Ausgaben sind nur für den besondern Zweck, für welchen sie gefordert wurden, ertheilt anzusehen und nur in der Grenze der Bewilligung kann die Verwendung erfolgen.
4) Die Dauer der Finanzperiode ist Ein Jahr.
5) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefonds, so wie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstag durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß.
6) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstag zuerst dem Volkshaus vorgelegt, und von diesem in seinen einzelnen Ansätzen und nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweise bewilligt oder verworfen.
7) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig entscheidet.
8) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses.
9) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage und zwar zuerst dem Volkshause zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Unter den beantragten Zusätzen der verschiedensten Art, die bei der Abstimmung verworfen werden, ist unter andern der des Abgeordneten v. Hermann aus München auf Aufstellung eines „Reichsrechnungs-Hofes". Die geänderte Nummerzahl der Absätze des §. rührt von der Einschiebung unter Nr. 3 her.

Angenommen wird ferner nach dem Ausschußantrage die Wiederherstellung der bei der Berathung über §. 19 an den Verfassungsausschuß zurückgewiesenen Theile des Paragraphen mit dem Zusatze (des Minderheitserachtens) jedoch, daß die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags auch erforderlich ist (Nr. 3): „Wenn Papiergeld eingeführt oder das Vorhandene vermehrt werden soll."

Die Berathung über den Gegenstand unter Nr. 2 der Tagesordnung ist eine kurze. Denn da der Reichskriegsminister v. Peucker erklärt, daß auch der letzte Rest der in der Provinz Rheinhessen liegenden nicht-großherzogl. hessischen Reichstruppen demnächst zurückgezogen werden würde, so ist der Debatte eigentlich aller Stoff genommen. Dennoch macht der Antragsteller Mohr den Versuch zu einem Vortrage über die Fortdauer des Polizeistaates und über die bessern Anstalten, welche die Freunde der Freiheit bei der nächsten Revolution treffen würden, worauf er selbst die motivirte Tagesordnung beantragt. Die Versammlung geht jedoch zur einfachen über.

Die dritte Nummer betrifft die strafrechtliche Untersuchung gegen den Abgeordneten Würth, wozu von dem Hofgerichte zu Sigmaringen die Erlaubniß gefordert wird. Dies gibt Herrn Würth willkommene Gelegenheit zu einer breiten und äußerst selbstzufriedenen Darlegung seiner Theilnahme an den bekannten Bewegungen in Sigmaringen, wornach er jedoch selbst bittet, daß die verlangte Einwilligung zu der beantragten Untersuchung ertheilt werden möge. Denn sein Rechtsgefühl ist so zart, daß er zwischen Vor-

recht und Unrecht gar keinen Unterschied anerkennt und deßhalb auf ersteres sofort verzichtet. Die Bemerkung Würths, daß er die Beschleunigung seiner Untersuchung auch wünsche, um von Geschwornen und nicht durch die preußische Justiz gerichtet zu werden, wird von Vincke aufgegriffen, der die Befürchtungen Würths mit Heftigkeit widerlegt und dem Fürstenthume Hohenzollern-Sigmaringen nur Glück wünscht, wenn es wirklich unter preußische Verwaltung käme.

Die Versammlung ertheilt darauf, dem Ausschußerachten entsprechend, ihre Einwilligung zu der Untersuchung gegen Würth. Ebenso wird die letzte Nummer der Tagesordnung durch einfache Annahme des Ausschußantrags beseitigt.

Rauwerck und Wesendonck interpelliren, der Erstere den Petitionsausschuß, der zweite den sogenannten Biedermann'-sächsischen Ausschuß um Berichterstattung über Gegenstände, welche die preußischen Angelegenheiten betreffen. Zur Verlesung einer Interpellation von Simon von Trier versagt hingegen das Haus seine Einwilligung.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag und zum ersten Male wieder in der Paulskirche Statt. Für die Tagesordnung kommt die Berathung über das Ministerialprogramm die österreichische Frage betreffend.

□ **Frankfurt**, 8. Jan. Heute Nachmittag hielt die verfassunggebende Versammlung für den Freistaat Frankfurt abermals eine Sitzung. Pünktlichkeit mag die Höflichkeit der Großen sein, die der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt ist sie nicht: die auf 4 Uhr anberaumte Sitzung wurde erst kurz vor 5 Uhr, unter dem Vorsitz des Dr. Kuchler, eröffnet. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der vorigen Sitzung verlas dann der Präsident zuvörderst eine von „vielen Staatsangehörigen" unterzeichnete Adresse, welche, augenscheinlich etwas sehr spät, in überschwenglichen Ausdrücken die Hochachtung darlegte, mit welcher die Unterzeichner gegen die gegenwärtige Versammlung erfüllt seien, weil dieselbe sich so energisch zu Gunsten ihrer „unglücklichen Schwester in Berlin" auszusprechen den Muth gehabt. Dies Aktenstück ging sehr geräuschlos vorüber. Die Versammlung schien nichts weniger als angenehm berührt, jetzt noch an einen Beschluß erinnert zu werden, dessen Gegenstand, die „unglückliche Schwester in Berlin" inzwischen unbetrauert zu Grabe gegangen ist. Hierauf schritt die Versammlung zunächst zu der vorschriftsmäßig alle zwei Monate stattfindenden Ernennung ihres Büreaus. Das Resultat der Abstimmung ergab die Bestätigung des gesammten Büreaus, mit Doktor Kuchler als Präsidenten an der Spitze, durchgängig mit einer an Stimmeneinheit grenzenden Mehrheit; nur die Wahl des ersten Vicepräsidenten schwankte zwischen den beiden bisherigen Inhabern, den Herren Hadermann und Dr. Binding und nur mit 58 gegen 46 Stimmen wurde der erstere wieder gewählt. Die eigentlichen Debatten wurden mit einem dringlichen Antrage des Dr. Schwarzschild eröffnet, die konstituirende Versammlung wolle hohen Senat ersuchen, ihr durch einen Bevollmächtigten die Ursachen zu eröffnen, welche die örtliche Publikation der von der Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte des deutschen Volkes bisher behindert. Der Antragsteller motivirte, nachdem die Versammlung die Dringlichkeit votirt, seinen Antrag in einer langen Rede, Herr Schöff Dr. Souchay übernahm die Antwort. Er sprach die Vermuthung aus, daß der vorliegende Antrag durch den bekannten Art. der O.-P.-A.-Z., durch die Erklärungen, welche die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen bei der Centralgewalt abgegeben haben sollten, veranlaßt worden. Bereits aber sei von einem dieser Bevollmächtigten (S. Nr. 7 der Deutschen Ztg.) jene Mittheilung wesentlich berichtigt, und wenn auch er, der Redner, sich nicht für ermächtigt halte, an dieser Stelle die ferneren Data jenes Berichts Lügen zu strafen, so könne er doch nicht umhin, denselben im Allgemeinen als im höchsten Grade entstellt und ungenau zu bezeichnen und seine Entrüstung auszusprechen über die Leichtfertigkeit, mit welcher man so gerechterweise aufregende Veröffentlichungen in die Welt schleudere; ganz besonders aber erachte er es für Pflicht, vor dieser Versammlung die Erklärung zu wiederholen, welche er, als Bevollmächtigter der Frankfurter Regierung, bei jenem Anlasse abgegeben. Er habe erklärt, daß jedes vom Reichsverweser im Reichsgesetzblatt verkündete Reichsgesetz für ganz Deutschland, mithin auch für Frankfurt, verbindende Kraft habe, und daß die örtliche Verkündigung baldthunlichst und gleichzeitig mit dem nöthigen Einführungsgesetz durch das Amtsblatt und die Gesetz- und Statutensammlung erfolge. Speziell endlich hinsichtlich der Grundrechte, wenn schon in ihnen nicht überall sich dasjenige dargestellt finden möge, was dem Besten des Vaterlandes entspreche, so sei ihm kein Anstand ihrer örtlichen Publikation bekannt. Der Redner setzte schließlich hinzu, daß die Verzögerung der örtlichen Publikation, die ohnehin, da die Gesetzeskraft der Grundrechte durch sie nicht bedingt werde, einen materiellen Nachtheil nicht herbeiführen könne, nur durch die Ueberlastung des Senats mit Geschäften herbeigeführt worden, daß aber sehr wahrscheinlich in der morgen stattfindenden Senatssitzung das Nöthige verfügt werden würde. Die Versammlung, welche dieser Erklärung mit großer Theilnahme gefolgt war, erhob, obgleich der letzte Redner noch darauf aufmerksam machte, daß nach Lage der Sache die Angelegenheit wahrscheinlich erledigt sein werde, ehe man die erbetene Antwort des Senats erlangen könne, den Antrag zum Beschluß und ging dann zu den Verhandlungen der Tagesordnung über. Zunächst stand die Bestimmung in Frage, welche in Civilstreitigkeiten bei den gleichlautenden Uetheilen zweier Instanzen den weiteren Instanzenzug hemmt und das zweite gleichlautende Uetheil sofort in Rechtskraft übergehen läßt. Der Bericht der Kommission sprach sich für die Wiederaufhebung dieser Bestimmung und die Wiederherstellung der drei Instanzen in allen Fällen aus. Nach einer langen und wahrhaft glänzenden Diskussion, an welcher sich namentlich die HH. Dr. Goldschmith, Dr. Reinganum und Schöff Souchay betheiligten und welcher es selbst am komischen Element nicht fehlte, als ein Redner zu Gunsten der dritten Instanz das schlagende Argument anführte, daß er selbst in ihr einen Prozeß gewonnen, den er bereits in zwei früheren verloren, sprach sich die Versammlung für die Konklusionen ihrer Kommission, also für die Wiederherstellung der drei Instanzen auch für den Fall der duae conformes aus, und genehmigte dann einen Zusatzantrag des Dr. Friedleben, hoher Senat wolle der konstituirenden Versammlung, auf Grund der in den Grundrechten des deutschen Volkes enthaltenen Bestimmungen, ungesäumt einen Gesetzentwurf vorlegen, der auch für die dritte Instanz das öffentliche und mündliche Verfahren anordne. Schließlich trat die Versammlung dem Antrage einer ferneren Kommission bei, mit Hinweisung auf die Aussicht, demnächst für die Strafrechtspflege in Frankfurt das rheinische Prozeßverfahren und das großh. hessische Strafgesetzbuch vom 28. Okt. v. J. adoptirt zu sehen, mit der großh. hess. Regierung eine Verhandlung zur Abschließung eines Staatsvertrags zu eröffnen, zu dem Zwecke, dem Oberappellations- und Kassationsgerichte in Darmstadt die Zuständigkeit als Kassations- und Revisionshof in Frankfurter Strafsachen nach Maßgabe des dort einzuführenden rheinischen Strafverfahrens zu überweisen. Allgemein, und nach den Erklärungen, welche der Schöff Dr. Souchay gab, auch von Seiten der Regierung, scheint man den Wunsch zu hegen und die Nothwendigkeit zu fühlen, sich von dem Oberappellationsgericht in Lübeck loszusagen.

*** **Frankfurt**, 9. Jan. Der neue österreichische Ausschuß machte denn die Nationalversammlung einstweilen mit seinem Majoritäts- und Minoritätsantrage bekannt. Mit dem Berichte selbst war der Ausschuß heute Vormittag noch nicht ganz im Reinen, und es entfernten sich deshalb seine Mitglieder zeitig aus der reformirten Kirche, um den Bericht noch einmal vor dem Reindruck zu prüfen. Gestern Abend war der Bericht im Drucke noch nicht vertheilt, und da dies wohl erst heute Vormittag geschieht, so fragt es sich sehr, ob der Ausschußbericht heute noch zur Berathung gelangt. Es wird dann wohl erst am Donnerstage und zwar in der Paulskirche stattfinden, wohin der Umzug am Mittwoch geschehen soll.

*** **Frankfurt**, 9. Jan. Unter den Zuhörern in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung bemerkte man Interessenten der Spielbankfrage, welche sich mit großer Niedergeschlagenheit aus der reformirten Kirche entfernten, nachdem die Nationalversammlung das Todesuetheil über die Spielbanken ausgesprochen. Die Hinrichtung soll in der Walpurgisnacht stattfinden. Personen, welche gestern Abend von Homburg zurückkehrten, melden, daß die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung rasch dort bekannt worden und die Gemüther in besorgliche Bewegung gebracht habe.

* **Wien**, 4. Jan. Die Nachricht von der Einnahme Essegg's durch die kais. Truppen war voreilig. Privatnachrichten von daher melden, daß am 25. Dez. großer Alarm, Sturmläuten u. s. w. in Essegg stattfand und daß die Vorstädte in großer Angst waren, am 26. Dez. aber Essegg immer enger cernirt wurde, sodaß die Passage nur noch gegen die ungarische Seite über die Draubrücke frei ist. — Man vernimmt, daß sich viele ungarische Kavaliere nach Komorn geflüchtet haben; am rechten Donauufer ist der Brückenkopf dieser Festung bereits genommen und die vermeinte Uneinnehmbarkeit derselben fällt bei dem Umstande hinweg, da die Donau und Waag festgefroren sind.

* **Kremsier**, 3. Jan. In der heutigen Reichstagssitzung war das wichtigste Ergebniß die 3. Lesung des ministeriellen Antrags auf einen Credit von 80 Millionen. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen. Man erzählte in der Kammer, es werde ein ministerieller Entwurf der Grundrechte vorgelegt werden.

* **Kremsier**, 5. Jan. In der gestrigen Reichstagssitzung bestieg, nachdem Rieger die Grundrechte zum zweiten Male verlesen, Graf Stadion die Rednerbühne und las eine Erklärung des Ministeriums vor gegen den §. 1 des Entwurfs der Grundrechte: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus.“ Das Ministerium hält dies für einen Eingriff ins monarchische Prinzip, welches in Oesterreich nie in Frage gestellt worden sei, noch gestellt werden könne. Am 15. März habe Kaiser Ferdinand eine Konstitution versprochen, und am 16. Mai habe er die Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung gestattet. Nie aber sei das monarchische Prinzip auch nur auf eine Minute fistirt gewesen oder von einem neuen Beschlusse abhängig gemacht worden. Eine solche Verirrung habe die Anarchie herbeigeführt und das Blut des edlen Latour vergießen machen. Das Ministerium halte es seiner Stellung, der ausgesprochenen Tendenz und dem Rechte der Krone für gemäß, sich gegen diesen an die Spitze der Grundrechte gestellten Paragraphen auszusprechen. Wildner spricht hierauf gegen diese Grundrechte, welche durcheinander gewürfelt und dann durch ein Sieb geschüttelt worden seien; sie seien weder logisch noch historisch geordnet, noch auch vollständig. Szabel beantragt, da jedes Wort der Ministerialerklärung von Bedeutung sei, die Berathung der Grundrechte auf den 8. d. zu vertagen, was angenommen wird.

* **Berlin**, 6. Jan. Dem Geheimenrathe Aulike, einem Sohne der rothen Erde, soll die kommissarische Verwaltung des Oberpräsidiums der Provinz Westphalen übertragen werden. Er ist in seiner Provinz sehr beliebt, während Hr. v. Bodelschwingh das Vertrauen derselben nicht besitzt. Der Justizminister hat verfügt, daß in allen Schreiben des Justizministeriums an Behörden die Kurialien „Wohllöblich, Hochlöblich, Hoch“ nicht mehr gebraucht werden sollen.

Lith. Korr. **Berlin**, 7. Jan. Durch die Verfügung des Justizministers, welche die Untersuchung des Hrn. Temme dem Oberlandesgerichte in Münster abnimmt und die Entscheidung dem Gericht in Paderborn überträgt, sind die über das Verfahren des erstgenannten Gerichts aufs tiefste indignirten Gemüther einigermaßen versöhnt worden. Es scheint als ob Hr. Rintelen das Empörende in dem gegen Temme eingeschlagenen Verfahren selbst mitempfände. Es wird wenigstens versichert, daß derselbe sich zu der Gattin des allgemein beklagten Gefangenen begeben, und dieser die tröstlichsten Zusicherungen gemacht habe. — Die österreichische Politik scheint nicht blos in der deutschen Frage einen merklichen Umschwung erlitten zu haben. Man unterhält sich heut viel über eine Note, die das österreichische Kabinet an das englische und französische gerichtet haben soll, dahin gehend, daß eine Vermittlung dieser beiden Großmächte in der italienischen Frage durch die veränderte italienische Sachlage nunmehr nicht nöthig sei. Bestätigt sich dieses Gerücht, das dem Brüssler Kongreß seine Bedeutung nimmt, so dürften die Folgen zweifelsohne von großer Bedeutung sein. — Die Begründung der demnächst zu erwartenden neuen Zeitung wird durch den Grafen zur Lippe unabhängig von der Mitwirkung des Fürsten Solms in's Werk gesetzt werden. — Dem besondern Wahlkomité, welches der Verein für König und Vaterland gebildet hat, sind „zur Herbeiführung guter Wahlen“ auch die Herren Professor Keller, Prof. Stahl, Geh.-Rath v. Bethmann-Hollweg, v. Bismark-Schönhausen, Legationsrath v. Savigny und der Redakteur der N. preuß. Zeitung Assessor Wagner beigetreten.

Die hiesigen Blätter bringen nicht weniger als drei Steckbriefe hinter Personen, welche der Majestätsbeleidigung angeschuldigt sind. Einer derselben, v. Rüdgisch, soll bereits seit längerer Zeit sich nach Amerika begeben haben. Auch ein Obergerichtsmitglied, Assessor Klatt, befindet sich unter den Verfolgten.

Der erste Akt des Gerichtsdrama's, welches wir den Ereignissen vom 31. Oktober v. J. zu verdanken haben, ist heute vor dem Kriminalgerichte zur Ausführung gekommen. Bei der Bestürmung des Schauspielhauses durch eine von Fackelträgern umgebene Menge sollte der Vergolder Düke sich als Rädelsführer gerirt, eine rothe Fahne getragen und mit einer Fackel einen Angriff auf die Bürgerwehr gemacht haben. Die Zeugen vermochten die Rädelsführerschaft des Angeklagten nicht zu bekunden; dieser wurde daher nur als Theilnehmer zu 6 Monat Festungsstrafe verurtheilt.

Liegnitz, 3. Jan. Unser Bürgerwehroberst, Regierungsrath von Merkel, ist zur Disziplinar-Untersuchung gezogen und deßhalb die Suspension über ihn verfügt worden. Derselbe hat nämlich in einer am 21. Nov. v. J. stattgefundenen Wahlmänner-Versammlung eine Adresse mitunterzeichnet, welche alle von der Nationalversammlung vom 9. bis 15. November gefaßten Beschlüsse billigt.

Stettin, 5. Jan. Der O.-L.-G.-Referendarius Bredow ist hier plötzlich verhaftet worden. Wie wir hören, ist in Folge einer Rede in den berühmten Novembertagen die Anklage auf Hochverrath gegen ihn erhoben. Auch gegen den früheren Abgeordneten Bucher in Stolpe soll die Anklage wegen Verbreitung des Steuerverweigerungs-Beschlusses bereits eingeleitet sein.

(Ostsee-Zeit.)

* **Hannover**. Die „Hannoversche Zeitung“ veröffentlicht, zwei Aktenstücke, in denen die hannoversche Regierung ihre Einwendungen und Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der von der provisorischen Centralgewalt verkündeten Reichsgesetze und gegen die Publikation der Grundrechte motivirt.

* In Schleswig hat die Verbreitung der Nachricht, daß der Friede mit Dänemark auf Grundlage einer Selbstständigkeit Schleswigs (also Losreißung von Holstein) abgeschlossen werden solle, große Aufregung verursacht. In den deutschen Städten des nördlichen Schleswigs fürchtet man sich dagegen besonders vor einer Theilung. Die Frauen und Jungfrauen von Hadersleben wandten sich vor einiger Zeit an die Königin von England, mit der Bitte, dies Schicksal von ihnen abzuwehren!

Frankreich.

Paris, 6. Jan. Wir haben bereits die Erklärungen mitgetheilt, welche Maleville und Sarrut, über die vielbesprochene Veranlassung des Austritts des Ersteren aus dem Kabinet in der Kammer gegeben haben. Diese Erklärungen schlossen sich an einen Brief Sarrut's, den die „Liberte“, ein unter dem unmittelbaren Einfluß der Bonapartischen Familie stehendes Journal veröffentlicht. Der Brief lautet:

Herr Redakteur!

In einem Artikel Ihres Journals, betitelt: die Tribüne und die Presse (dessen Inhalt ich, im Vorbeigehen gesagt, vollkommen billige) äußern Sie in Bezug auf mich und Hrn. Belmontet, einen alten Freund Louis Napoleon's, die Meinung, daß wir kostbare und geheime Aufschlüsse über diese, noch in Nebel gehüllte Geschichte von Boulogne besitzen. Was mich betrifft, mein Herr, so erwartete ich mit einiger Ungeduld die vielfach besprochenen Interpellationen und dann würde meine Stimme der Wahrheit nicht gemangelt haben; allein ich glaube, daß es weder Hrn. Belmontet noch mir geziemt, zuerst und ohne Hrn. Louis Bonaparte die Bahn der Oeffentlichkeit zu betreten, ohne dazu officiell veranlaßt worden zu sein. In demselben Artikel sprechen Sie, mein Herr, von der Vorzeigung der gerichtlichen Aktenstücke an Ort und Stelle u. s. w. Dieses Faktum ist vollkommen irrig. Ich versichere auf die unbedingteste, bestimmteste, entschiedenste Weise, daß es gerichtliche Aktenstücke gegeben hat, wovon keine Spur an Ort und Stelle mehr übrig ist und ich übernehme alle Verantwortlichkeit für diese meine Erklärung, und wenn dieselben heute wieder an Ort und Stelle sein sollten, so würde ich auf die unwiderleglichste Weise darthun: 1) daß die Unterschlagung stattgefunden hat und 2) daß die Wiederaufstellung an Ort und Stelle nach dem Austritt des Hrn. v. Maleville aus dem Ministerium des Innern stattgefunden hat. Für den Augenblick glaube ich meine Angaben nicht erweitern zu müssen; wir werden in der Folge sehen.

Empfangen Sie u. s. w.

Germain Sarrut, Volksvertreter.

Uebersicht.

Eröffnungen eines alten Diplomaten *).

†† Aus Süddeutschland, 30. Dezember. Wir glauben, die mitgetheilten Proben genügen, um ein System des Machiavellismus und der Lüge, das die Monarchie in Deutschland bis auf die Grundfesten erschüttert hat, in seiner ganzen trostlosen Naivetät zu zeichnen. Herr von Blittersdorff hat nur Eins wohlweislich vergessen; er hat es unterlassen, uns auch die Folgen aufzudecken, die sich an jene Politik in Baden speziell geknüpft haben. Was er uns und dem Publikum nicht gesagt hat, wollen wir daher recht gern als Ergänzung zu seiner Schrift hinzufügen. Herr v. Blittersdorff erwähnt an mehreren Stellen mit einem wegwerfenden Seitenblick des Ministers Winter, über dessen Grabe seine eigene Politik zu blühen anfing, aber er vergißt dabei, daß Winter um die Monarchie, als deren warmen Anhänger sich der Verfasser doch allenthalben rühmt, unendlich viel mehr Verdienste hat, als Herr von Blittersdorff. Was haben die „energischen Maßregeln“ dieses Staatsmannes in Baden bewirkt, was ist seiner Wahlkorruption, seinem Einschüchterungs- und Verfolgungssystem, seiner Kunst, die Beamten zu discipliniren, auf dem Fuße nachgefolgt? Mit den persönlichen Verfolgungen hat Blittersdorff und seine Helfershelfer nichts als Märtyrer (zum Theil sehr unverdiente) groß gezogen, mit seinem ministeriellen Terrorismus das ganze Land nur in eine permanente Aufregung versetzt, der Wühlerei Thür und Thor geöffnet und alle besonnenen Freunde des ehrlichen Repräsentativsystems in die Reihen der demagogischen Wühler von Profession zurückgestoßen. Das Blittersdorff'sche System, das mit dem Urheber nicht ausstarb, sondern durch den Nachwuchs der Büreaukratie und Camarilla bis kurz vor der Februarrevolution sein Wesen trieb, hat fast einzig und allein der Anarchie und Wühlerei in Baden den Acker gepflügt. Wenn das System den Namen und den Mund des Fürsten als Instrument gebrauchte, so mochte es damit momentane Erfolge erringen, aber es untergrub die alte Popularität des Regenten und zog jene Scheidewand, die kaum von der besten und ehrlichsten Politik wieder überwunden werden kann. Wenn das System auf die Volkswahlen mit allen Waffen einwirkte, und durch die gebräuchlichen Mittel der Korruption mit Straßen, öffentlichen Bauten, Garnisonen, Eisenbahnen u. s. w. Stimmen kaufte, so erschütterte es damit nur den moralischen Kredit der Regierung und gewöhnte das Volk, das Schlimmste von ihr zu denken. Wenn es den Beamtendespotismus als Hebel benützte und in jedes kleine Lebensverhältniß dessen Chikane und Malice hereinwirken ließ, so vergiftete es eben das Vertrauen einer ganzen Generation und zwang das Volk, in der Regierung nur den gebornen Gegner zu sehen, die Opposition gegen jede Regierung als solche als eine Art Nothwehr erscheinen zu lassen. Wenn es die Beamten als willenlose Werkzeuge des Systems operiren ließ und jeden Mißbrauch, jede Gewaltthätigkeit, jede Spionage, jede Verfolgung der kleinen Tyrannen gut hieß und schützte, so zerstörte sie damit nur allen moralischen Einfluß der Beamten aufs Volk und machte das Regieren derselben unmöglich, sobald einmal Furcht und Schrecken gewichen waren. Wenn Herr von Blittersdorff die Beamten als „zerbrechliche Werkzeuge“ betrachtete und bezeichnete, so mußte es dahin kommen, daß in den Zeiten der Gefahr die ganze Verwaltung ein „zerbrechliches Werkzeug“ war, das weder Stütze noch Einfluß gewährte. Wenn man es lange Zeit versuchte, mit der Minorität der Kammer zu regieren, so mußte einst der Tag kommen, wo es kaum mehr möglich war, mit der Majorität zu regieren. Wenn man den Machiavellismus von Oben in ein System brachte, so konnte es nicht fehlen, daß eines Tages eine gelehrige Schule von unten nachwuchs und denselben Machiavellismus im demagogischen Sinne ausübte. Wenn man in ruhigen Tagen das Nothwendige verweigerte, wo war dann die Kraft, in stürmischen Tagen das Verderbliche abzuwehren?

Es ist Alles schlimmer eingetroffen, als selbst die Pessimisten ahnen konnten. Aber wo war das „energische System“, als die Wogen der neuen Bewegung an das schwankende Staatsschiff anschlugen? Was halfen alle die Hausmittel des konstitutionellen Machiavellismus, was half die Einschüchterung, die Korruption, die Lüge, als der Talisman zerbrochen war, der die Wünsche der Völker gebunden hielt? Wo war Herrn von Blittersdorffs wohldisciplinirter Beamtenstaat, wo seine gefügigen Werkzeuge, als alle Leidenschaften entfesselt waren und nicht der Thron, nein viel mehr als das, durch die dämonischen Kräfte der Revolution bedroht war? Wo waren die büreaukratischen Janitscharen, als es galt, Gesetz und Ordnung gegen die Anarchie zu schirmen, wo war die wohl dressirte Leibgarde, als die Zeit gebot, um die erschütterte Monarchie einen festen Wall zu bilden? Wo war Herr v. Blittersdorff, der den Wind gehört hatte, wo war er, als der Sturm aufging? Wir haben in jenen Tagen viel Abfall und Feigheit allerwärts gesehen, doch nichts war uns gehässiger als das Zittern der Allgewaltigen von Ehedem, das Verlassen des lecken Fahrzeugs durch die schlauen Ratten, das rasche Umschlagen zur Anbetung des neuen Götzen, die widrige Eile im Jagen nach der neuen Gunst, die schnöde Behendigkeit, auch an dem Hofe der neuen Zeit sich „möglich zu machen.“ Das sittliche Verderben hatte aber zugleich bis in die untersten Schichten fortgewühlt, weil man das Volk in der politischen Unwahrheit großgezogen hatte.

Ueber den Rest der Aktenstücke, die Herr von Blittersdorff mitgetheilt, können wir uns kurz fassen. Was er mit seinem Systeme in Baden erreichte, liegt vor Augen; daß seine Erfolge hinter den Erwartungen zurückblieben, gestand er selber ein. Bund und Regierungen wollten nicht recht ziehen; alle stürmischen und dringenden Briefe des badischen Ministers werden von Münch Bellinghausen mit einem ans Komische streifenden Phlegma beantwortet. Ausdauer und Geduld, das ist Alles was der Präsident des Bundestages seinem Freunde in Karlsruhe als Hülfe empfehlen kann. Inzwischen ging Hrn. von Blittersdorff eben diese Ausdauer und Geduld aus. Die ministeriellen Collegen, namentlich Böckh und Jolly, waren mit einem gelinden Systeme bureaukratischer Reaktion sehr wohl einverstanden, erschracken aber vor der gefährlichen Ungeduld des ehemaligen Bundesgesandten und ließen ihn recht uncollegialisch im Stiche, als er den letzten Trumpf auszuspielen sich anschickte. Als er die Alternative stellte, er werde entweder abtreten oder nur bleiben, wenn man einen seiner Nepoten, den Legationsrath von Marschall, noch ins Staatsministerium hereinnehme, zeigte sich am Widerspruch seiner Collegen, daß sie ihn doch lieber in Frankfurt als in Karlsruhe wußten. So trat er aus dem Staatsministerium aus, hinterließ jedoch als Vermächtniß die Ueberlieferung seines Systems, das wenn auch in milderer Form doch mit derselben Zähigkeit noch bis kurz vor der Revolution geübt ward und auch heute keineswegs ganz verwischt ist. Das Vermächtniß ist übrigens für die badische Staatskunst zum giftigen Nessusrock geworden.

Schon im Jahre 1846, als eine neue Auflösung der Kammer die liberale und radikale Opposition verstärkt hatte, war die badische Staatsweisheit in einer Sackgasse angelangt, die, sie durch eine verständige und aufrichtige Politik hätte vermeiden können. Damals rieth selbst Herr von Blittersdorff zu Concessionen und er hat nicht unterlassen, uns den Brief vom 8. April 1846 mitzutheilen, worin er zur Bildung eines Ministeriums Bekk rieth. Aber die Motive und die nähere Ausführung dieses Gedankens sind für die alte Politik viel zu charakteristisch, als daß wir uns versagen könnten, Einiges daraus mitzutheilen. Der Großherzog, räth Herr v. Blittersdorff, müsse sogleich einen Hochgestellten des Landes „nach Wien und Berlin senden“ und den beiden Höfen erklären, daß man sich in die Nothwendigkeit versetzt sehe, das parlamentarische System anzuerkennen, und nicht mehr mit der Minderheit sondern mit der Mehrheit zu regieren. Se. königl. Hoheit hätten sich so lange wie möglich gegen die Anerkennung einer solchen Nothwendigkeit gesträubt, aber es bleibe keine andere Wahl, wenn man nicht zur Umstoßung oder Abänderung der Verfassung schreiten wolle. Jetzt sei freilich die Bundesgesetzgebung über die Presse und ähnliches andre nicht mehr aufrecht zu halten. Indessen habe die Sache auch Vortheile; man entziehe so den „Radikalen“ einen Theil des Bürgerstandes, man dokumentire,

*) Fortsetzung aus Nr. 6.

indem man sie ans Ruder bringe, ihre Unfähigkeit. Da werde dann dem Großherzog bald die Rolle zu Theil werden, die verletzten und bedrohten Rechte und Interessen seiner Mitverbündeten, sowie seiner Unterthanen zu schützen und zu schirmen, und es werde alsdann nicht schwer fallen, das Gehässige der ergriffenen Maßregeln den eigentlichen Urhebern desselben zu überlassen." (S. 49. 50.)

Die Februarrevolution hat diese letzte tröstende Hoffnung fürs Erste versagt; die Annahme des parlamentarischen Systems ist nicht, wie Herr von Blittersdorff wohlwollend hoffte, die Grube geworden, in welcher der badische Liberalismus gefangen ward. Es war uns aber von hohem Interesse, das Maß der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, mit welchem Herr v. B. zu Concessionen rieth, aus seinen eigenen Worten beurtheilen zu können. Es war uns das viel interessanter, als der ganze Rest von Aktenstücken, in welchen Herr v. Blittersdorff als malkontenter Bundestagsgesandter den allmäligen Bankerott des Bundestags herannahen sieht und noch ein paar Palliativmittelchen anweist, mit denen diesem moralischen Bankerott vorzubeugen sei. Wir wollen es anderen Blättern überlassen, diese Denkschriften aus dem Jahre 1847, als Beweise eines hohen Patriotismus und einer tiefen politischen Voraussicht zu preisen. Es wird darin im Grunde nichts vorausgesagt, als was in Deutschland alle Leute von fünf Sinnen wußten, was daher am Ende auch den Diplomaten nicht mehr verborgen bleiben konnte. Wir verweisen die Leser auf die Aktenstücke, deren kassandrische Weissagungen bereits viel zu spät kamen, und wollen es ihnen überlassen zu beurtheilen, ob Herr von Blittersdorffs politische Thätigkeit ihnen dann verdienstlicher erscheinen wird. Dreißig Jahre lang hatte er und seine Partei der politischen Bewegung Handschellen und Daumschrauben angesetzt und nun sieht Herr v. Blittersdorff plötzlich mit Schrecken, daß diese Bewegung kühner, gewaltiger und revolutionärer als je zu werden droht. Dreißig Jahre lang hatte er aus freier Politik alles gethan, um den Bundestag in der politischen und sittlichen Achtung zu discreditiren und nun sieht er mit Entsetzen ein, daß der Bundestag beim ersten Windstoße umgeweht werden müsse. Wenn das große politische Weisheit ist, so haben wir in Deutschland viele Tausende von solchen Weisen gehabt, die längst vor Herrn von Blittersdorff und ohne seine diplomatische Routine etwas ganz ähnliches prophezeit haben.

In diesem letzten Theile haben wir nur eine Stelle gefunden, die uns in ihrer Ehrlichkeit und Wahrheit frappirt hat und die wollen wir zum Schlusse noch mittheilen. Erwäge ich den Gang, schreibt Hr. v. Blittersdorff an Münch-Bellinghausen im November 1847, den das österreichische Kabinet seit 25 Jahren in allen Bundesangelegenheiten consequent eingehalten hat, so ist es mir nicht zweifelhaft, daß dasselbe kein in sich geschlossenes Deutschland mit nationalen Tendenzen und gemeinschaftlicher centraler Aktion will oder wollen kann. Ein solches Deutschland könnte sich nur auf Kosten des Partikularismus der einzelnen Bundesstaaten bilden, und da Oesterreich seinen Partikularismus nicht mit dem Deutschlands verschmelzen und in demselben aufgehen lassen kann, eben sowenig aber auch von Deutschland wird ausscheiden wollen, so ist es selbst verstanden, daß der K. K. Hof der Bildung eines solchen neuen Deutschlands entgegen sein muß. Hierin begegnet sich das Interesse Oesterreichs mit dem Interesse der Dynastien der mindermächtigen Bundesstaaten. Eher noch würde sich Oesterreich mit der Einführung des reinen Repräsentativsystems in den einzelnen Bundesstaaten, als mit der Antwort auch dieser Staaten unter eine centrale Gewalt befreunden können. Insofern erscheint sogar die Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzips nicht als das erste und höchste Interesse. Und wenn das monarchische Prinzip zur Bestärkung des Partikularismus dient, was in der Regel der Fall sein wird, dürfte von österreichischer Seite das Hauptgewicht darauf gelegt werden. Was Oesterreich sonach will und einzig wollen kann, ist ein einiges und friedliches Deutschland mit Aufrechthaltung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der einzelnen Bundesstaaten."

In dieser unschätzbaren Stelle ist mehr politischer Verstand und mehr Ehrlichkeit, als in den meisten Aeußerungen unserer heutigen Diplomaten, und um dieser Ehrlichkeit willen scheiden wir ohne Groll von Herrn v. Blittersdorf, auch wenn seine Schrift mehr eine Jungfernrede sein sollte, als ein politisches Testament.

Kaiser Franz und Metternich *).

00 **Frankfurt**, 10. Jan. Natürlich von Hormayr, das erkennt man auf der ersten Seite! und mit diesem Namen ist denn auch die Natur der Schrift bezeichnet, als ein höchst interessantes, von den wichtigsten Neuigkeiten wimmelndes Bruchstück österreichischer Geschichte, deren tiefster Kenner der Verfasser war, und auf, der andern Seite eine so verwirrte Darstellung, ein solches Ueberspringen von Metternichs Jugend auf sein Alter und auf wenn auch pikante, doch ganz fremdartige Gegenstände, eine solche Menge von Wiederholungen, daß der reiche Stoff eigentlich der Redaktion einer andern Hand, als die ihn gesammelt, vor dem Erscheinen noch hätte unterzogen werden müssen. Besonders die Chronique scandaleuse ist diesmal reich bedacht und ausführlicher behandelt, als der sonst mit seinen, flüchtigen Andeutungen sich begnügende Verfasser pflegte. Die Abenteuer der Königin, deren Gemahl im englischen Parlament „great liar, falsifier, murderer, incestuous" genannt wurde (S. 88), die der Herzogin von Sagan (S. 87), die des Vaters und Sohnes Metternich und der Fürstin M. (S. 90), der ersten Gemahlin des Staatskanzlers, sind ausführlich erörtert. Interessant auch sind die Andeutungen über das von der Taxis'schen Post seit Jahrhunderten betriebene Spionirsystem; allgemein überraschen aber werden die Ausstellungen gegen des Erzherzogs Karl Kriegsführung im Jahre 1809. Soviel von dem Bauwerk des Buchs; über die Hauptcharaktere gestattet der Raum uns nur einige bezeichnende Stellen hervorzuheben. Zuerst über Kaiser Franz, „der an Gerechtigkeitssinn und Gemüth ebenso sehr überschätzt, als sein Verstand und seine List untergeschätzt worden sind! Ueber die bis zum Ekel gefeierte Anpreisung seiner Güte und Gerechtigkeit mußte er in der Stille oft selbst lächeln und machte darüber manchen Sarkasmus vom gediegensten Witz. Es hatte dieser Fürst alle und jede Erbsünden des Habsburgischen Hauses. Kleinlich und unwahr ist er durchgehends gewesen. Er hielt es für Staatskunst, daß man ihn immer für etwas anders halte, daß man ihn immer anderswo suche und besonders lieber eine geringe Idee von ihm hege, als ihn errathe und durchschaue. Trotz seiner auf Stadthoren und Devisen überall laut verkündeten Gerechtigkeitsliebe rügte er es auf seinen Reisen an jedem Kammerprokurator oder Fiskal, daß er dem Aerar oder Fiskus so viel Prozesse verliere. Franzens Eifersucht gegen seine begabteren Brüder, namentlich Karl, stiftete viel Unglück, viele Verfolgungen. Franz konnte gegen Diebe und Mörder, ja gegen Staatskassenangriffe barmherzig sein, nur gegen politische Vergehen oder Verbrechen, gegen Verachtung seiner Person, Legitimität und Absolutismus und gegen Ungehorsam war er unerbittlich und der eigentliche persönliche Rächer seines droit divin, das wohl kein Fürst persönlicher genommen, ein wahrer Ludwig XI., kaum etwas verwässert und gemildert nach den Sitten und der Empfindung der neuesten Zeit."

„Clemens Graf Metternich, 1773 geboren, höchst oberflächlich gebildet in Straßburg seit seinem 16. Jahre und in Mainz seit 1790, kam im Jahre 1794 nach Wien, wo sein angenehmes Aeußere und seine gesellschaftliche Gaben allgemeine Anerkennung fanden, aber sein unstetes Abspringen, seine geringe Beharrlichkeit, sein jeder ernsten, männlichen, vaterländischen Richtung entferntes, zerbröckeltes, lüderliches Leben und die wenige Wahrhaftigkeit seines ganzen Wesens und Thuns behauptete selbst bei den Damen nur geringes Zutrauen." — Im dreiundzwanzigsten Jahre mit der Enkelin des Ministers Kaunitz (1795) vermählt, erhielt er im achtundzwanzigsten Jahre die Gesandtschaftsstelle in Dresden. „Studirt, gelernt und erlernt hatte er eigentlich gar nichts, doch besaß er das Talent der Erzählung in einem hohen Grade und einen habichtscharfen Raubvogelblick, womit er das Wesen des ihm Vorkommenden in einem Augenblicke weg hatte, nicht nur in allen Umrissen, sondern in Miniaturvollendung. Am besten konnte er mit den Doktrinärs fertig werden. Der Titanen

*) „Kaiser Franz und Metternich." Ein nachgelassenes Fragment. Leipzig 1848.

aber wurde er nicht Herr." Hier in Dresden vollendete er seine gesellschaftliche Grazie und knüpfte wichtige Verbindungen an mit der Fürstin Bagration und der Herzogin von Sagan. Nach weiterem Wirken als Gesandter in Paris, Berlin, Petersburg kam er 1806 an die Spitze der Geschäfte. „Damals war M. dreiunddreißigjährig. Bis nahe zu den Achtzigen hinauf währte sein dreiundvierzigjähriges fluchwürdiges Walten, das Ebenbild herzlosen Uebermuthes und herausfordernder Frevel an Menschheit und Vorsehung; diebischer Nepotismus, lähmender Geiz in der Verwaltung, in Schifffahrt und Handel, im Heere; nirgends Früchte eines dreißigjährigen Friedens, überall laute Klagen über Rückschritt, Armuth und Sinken, dagegen die unsinnigste Verschwendung in zwei Zweigen, die Metternich für die einzigen hielt und die er ausschließlich an sich gerissen: in der Diplomatie und in der geheimen Polizei mit ihrer tausendarmigen, volksvergiftenden Verleitung zum Verbrechen und deren Steigerung." „M.'s Nervensystem würde kaum den Anblick einer strengen Militärstrafe aushalten, aber dem namenlosen Unglück und Leiden der schmerzvollen Entwürdigung ganzer Nationen und Welttheile, dem Entsetzen der Seele, wie auf Hellas, in den spanischen Kolonien, in manchem germanischen Duodezreiche hat er sich stets gewachsen gefühlt." Welche Mittel M. anwandte, um die trotz seiner ungeheuern Gehalte stets leere Kasse zu füllen, darüber geben die Seiten 7, 70, 71, 72 der Schrift schätzbare Auskunft und vollenden auch diese Seite des Bildes.

Deutsche Stimmen aus der Fremde.

E. M. A. Bonn, im Januar. Der Philadelphier Demokrat vom 29. Nov. 1848, mir über Havre zugesandt, enthält in deutscher Sprache über die Deutschen und für die Deutschen manche Curiosa, die mir Veranlassung zu einigen Glossen werden sollen, die wahrlich, wie unsre Zeit und unser Gemüth steht, nicht ganz außerhalb unsrer Zeit zu liegen scheinen.

Der Deutsche ist halt ein gutmüthiger und fantastischer Narr. Das sagen die Fremden von ihm, wenn sie mild urtheilen. Wir Deutsche mögen uns das allenfalls gefallen lassen, aber wir müssen denn doch, wenn wir unter uns über uns selbst sprechen, leider nur gar zu oft hinzusetzen: Dieser gutmüthige Narr ist gar zu leicht preisgegeben, in seiner wunderlichen Alfanzerei nicht nur ein närrischer, sondern mitunter recht ein bösartiger Narr zu werden.

Dieses Wörtlein bösartig will ich nicht im allerschlimmsten Sinn hier verstanden wissen, sondern nur als eine Untugend, welche halb eitel und halb unbewußt das Böse mit befördern hilft. Wohin will ich damit? Dahin will ich, daß dieser häufig halb närrische halb bewußte Mensch durch eine gewisse sich leicht aufblähende und sich spreizende Eitelkeit sich mehr als recht und gut gern dem Fremden zudrängt und Ansichten und Urtheile von Fremden und von fremden Völkern, die ihn nichts angehen und nichts angehen sollten, gern nachbetet und umherstreut. Der Deutsche wird leicht ein Völkergeck, wie der Franzose leicht ein Gesellschaftsgeck wird. Geck (Gök, Gauch) heißt Kekel, ein Nachplapperer. Es ist wirklich kein kleines Elend, wie viele verkehrte und verrückte Urtheile von Engländern und Franzosen über uns von unsern Leuten, besonders von den halbjüdischen Leuten, als wenn sie unauslöschliche und unwiderlegliche Wahrheiten wären, von unsern Tagesschriftstellern und Pamphletisten nachgebetet und so unter das verworrene Volk zu größerer Verwirrung und Schwächung seiner Stärke alle Tage gestreut werden.

Schauen wir uns um und beschauen wir uns ein wenig in dem Augenblick, worin wir eben stehen, so ist es wahrlich oft eben so lächerlich als betrübend, wenn wir völlig verkehrte und ungereifte Urtheile und Ansichten von Engländern, Amerikanern, Franzosen u. s. w. von den Unsrigen doppelt dünn und fein — ich will nicht sagen zu Goldschaum, sondern zu Dreckschaum — fein geschlagen, z. B. über neuere deutsche Zustände, vorzüglich über die deutschen Parlaments-Zustände und Verhandlungen, in deutscher Sprache zu lesen bekommen. Da sprechen sich jene Fremden oft aus, als wenn sie von jeher, gleichsam durch ein höheres Geburtsrecht, die Weisen und Verständigen gewesen wären. Die Franzosen haben uns, obgleich sie 60 Jahre länger in Uebung sind, nichts vorzuhalten; die Engländer wahrlich auch nicht, wenigstens dem nicht, der ihre Parlamentshandlungen zwischen 1520 und 1690 kennt; am allerwenigsten die Amerikaner, wenn der ihrer Dinge und Verhandlungen Kundige auf ihre Gerichts- und Reichs-Tage schaut.

Diese Amerikaner aber mit ihren Büchern und Zeitungsblättern führen die Deutschen am meisten und leichtesten aufs Glatteis, indem diese häufig Reindeutsches für Reinamerikanisches nehmen. Wie soll man dies verstehen? Manches, was uns als ächtes amerikanisches Gut und Urtheil in die Hand gegeben wird, ist eben in jüngsten Monaten vom Rhein oder von Elbe und Weser angelangt und kräht wie amerikanischer Hahnenschrei des jüngsten Freiheitstages der Völker zu uns zurück, was er von uns und von unsern Gefühlen und Gedanken eben frisch herübergebracht hat, versteht sich mit dem gehörigen Zusatz von ächtester republikanischer Freiheit und Glückseligkeit und von tapfersten Schmähungen und Schändungen deutscher Fürsten und Könige und hündischer Geduld des verkommenen und verlorenen deutschen Volkes. Das sind die Klänge mancher unsrer Auswanderer oder Verbannten, die wie die großen Freiheitslichter Karl Heintzen, Freiligrath, Herwegh, Hecker von der Seine, Themse oder dem Delaware und Hudson zu uns zurücktönen.

Solche Töne lauten zu hören, kann in gewissen Stunden ärgerlich sein, meistens ist es doch nur belustigend.

So unter Andern enthält unser oben genannter „Philadelphier Demokrat" eine gar belustigende Erzählung eines Herrn Kriege über den bekannten Berliner Demokraten-Kongreß vom verflossenen Herbst. Er wird genannt „ein aus Neu-York Heimgekehrter, einer der ehrlichsten und achtungswerthesten der in Berlin Versammelten." Dann heißt es weiter mit gesunder englisch-amerikanischer Ansicht, daß wer kein Geld hat, keine Macht hat: „Der Centralausschuß, welcher die sociale Republik organisiren sollte, begann seine Wirksamkeit mit einem Geldbestande von 30 Thalern und einigen Silbergroschen. Statt der versprochenen 40,000 Republikaner fand er in Berlin einige zanksüchtige Klubs, die Stadt selbst niedergeschlagen von dem widerwärtigen Eindrucke des Zeughausputsches. Das ideale Proletariat, wie wie es geträumt haben, ist nirgends vorhanden, am wenigsten in Deutschland; unser deutsches Proletariat ist nicht im Stande, sein wahres Interesse selbstständig zu wahren. — Der Ausschuß war besonders durch Geldmangel gelähmt; er hat sich an die Amerikaner gewandt, ist aber ohne Antwort geblieben. Er schrieb für alle demokratischen Vereine eine Kopfsteuer von 1 Silbergroschen monatlich aus, aber die Beiträge (man hatte auf 2000 Thaler, also auf 60,000 Kontribuenten gerechnet) gingen nicht ein. Von politischer Disciplin, von dem Ernste in der Organisation zeigte sich in der Partei keine Spur. Endlich beschloß man, gleich Handwerksburschen reisend sich durchzuschlagen, persönlich zu agitiren. Rau ging nach Würtemberg, wo er viel Enthusiasmus fand; als er aber die Waffen ergriff, ließ man ihn im Stich, und er sitzt jetzt auf dem Asberg. Fröbel ist in Wien, um mit der slavischen Bewegung in Verbindung zu treten; denn als er dorthin abging, da dachte der Ausschuß noch an eine „centraleuropäische Föderativ-Republik" zwischen Deutschen und Slaven. Fröbel ist zur Stunde der Gefahr auf dem Posten geblieben."

Die Helden der deutschen republikanischen Zukunft, Hecker, Struve, Baierhofer, Ruge u. s. w. werden in dem Blatte mehremals genannt; auch liest man darin folgende Ankündigung: „Wir empfehlen die heutige Versammlung bei J. B. Hartmann zu zahlreichem Besuche und das Unternehmen des Heckerballes*) zu reger Theilnahme."

Also Hecker, Heintzen, Struve, das, armes Deutschland, sind deine jetzigen Helden für die Fremde. Wer ein paar derselben gekannt hat, mögte das Wort eines Römers über einen verruchten Verschwörer als Titel über solche Köpfe setzen, das kurze, mächtige und richtig zeichnende Wort: stolidus et ferox. Man wird auch, indem man solcher verwegenen und unberufenen Führer und Verschwörer gedenkt, sich an des großen Jakob Fox' Ausspruch in seiner Geschichte des Hauses Stuart erinnern, des Ausspruches: daß die dummkühnen und mittellosen Verschwörer, die auf ihren hohlen Kopf das Leben von hundert und von tausend Köpfen setzen, ehrlichen Leuten zur Warnung mit einem doppelten Strick gehängt werden sollten.

*) Heckerbälle also in Amerika, wie Polenbälle in London und Paris.

Robert Blum.

Ueber Robert Blum's Ende liegt uns eine Darstellung vor, die wir mittheilen, ohne ihre Wahrheit indeß verbürgen zu wollen: Das in Paderborn erscheinende „Westphälische Kirchenblatt" berichtet nämlich nach einem Schreiben des k. k. Hofrathes Dr. F. Hurter in Wien an einen demselben befreundeten Pfarrer, daß Robert Blum sich vor seiner Hinrichtung mit der Kirche ausgesöhnt habe und als Katholik gestorben sei. In dem Schreiben heißt es wörtlich: Der Ruf, am 9. Nov. des Morgens um 5 Uhr in dem Gefängnisse sich einzufinden, war an den Geistlichen Tages zuvor kurz vor Mitternacht ergangen. Zu wem er sich zu verfügen habe, wußte er nicht, er vernahm es erst beim Eintritt. Wie er zu Blum kam, sagte dieser: Wer hat Sie gerufen? Ich bin Deutschkatholik! (Bei dem Verhör jedoch hatte er sich nicht als solchen, sondern rundweg als Katholik angegeben, wie solches in den Akten steht.) Der Geistliche erwiederte, daß weiß ich, aber den Rath eines Freundes werden Sie doch in so bitteren Augenblicken nicht verschmähen! Blum kam nun auf seine Familie, und bejammerte, von derselben getrennt zu werden, ohne Abschied nehmen zu können; wenn ihm doch nur der Trost zu Theil würde, sie hier in seinem Gefängniß zu sehen und einige Worte des Abschiedes zu ihr zu sprechen. — Der Geistliche bemerkte, das würde seine letzten Augenblicke nur noch schwerer machen, und wies ihn dabei auf das Beispiel des Sokrates, der die Seinigen fortgeschickt habe, um nicht durch deren Klagen in den Unterredungen mit seinen Freunden über die Unsterblichkeit gestört zu werden. Während der Unterredung schien in Blum's Innerem eine große Veränderung vorgegangen zu sein; er faltete die Hände, fiel auf die Kniee und bat inbrünstig, der Geistliche möchte ihm das heilige Sacrament reichen. Herr P. Raimund bemerkte: er müsse wohl wissen, daß dies nur dann geschehen könne, wenn er zuvor durch aufrichtige Beichte mit Gott sich versöhnt habe. Auch dazu erwies sich Blum willfährig. Der Profos verließ das Zimmer, der Verurtheilte beichtete und empfing darauf mit gebührender Andacht den Leib des Herrn. Diesen aber dürfen wir preisen, daß er ihn der Gnade zugänglich und empfänglich gemacht habe, und müssen es allen Einwendungen und absichtlichen Entstellungen als unbestreitbare Wahrheit verkünden: daß Robert Blum vor seinem Ende den deutsch-katholischen Irrthum verlassen und mit der Kirche sich ausgesöhnt habe. Auf dem Wege aus dem Gefängniß nach der Brigittenau, wo das Urtheil vollzogen ward, wurde in einer Kaserne Halt gemacht. Blum mußte dort seinen Wagen verlassen, aber bald darauf wieder einsteigen und weiter fahren. Einen Augenblick schien in ihm die Hoffnung aufzutauchen, er könnte begnadigt werden. In meinem Kopfe, sagte er, ruhen noch so viele Entwürfe; sollen diese alle unter die Erde gehen? Unterwegs schallte der Ton eines Glöckleins herüber; dies erinnerte ihn an seine Knabenjahre in Köln, wo er bei den Benediktinern so oft ministrirt hatte, an seine alte Mutter, die ihn immer mit der Aufforderung, nie von der Gottesfurcht zu weichen, zu der Kirche gesendet. (Köln. Z.)

Paris.

†† **Paris**, 4. Jan. Das Ministerium Odilon Barrot vom 10 Dez. wird ebenso Fiasco machen, wie das vom 24. Februar, auch wenn es nicht täglich in der Kammer Niederlagen erleidet. Gestern wurden die drei Artikel des Code Penal 414, 415, 416 debattirt, welche sich auf die Koalitionen der Arbeitgeber und der Arbeiter beziehen. Das gegenwärtige Gesetz ist dem Arbeitgeber viel günstiger als dem Arbeiter; denn dieser wird immer bestraft, mag er gerechte oder ungerechte Ansprüche durch Koalition verwirklichen wollen. Dagegen verfällt der Meister oder Arbeitgeber erst dann der Strafe, wenn er auf ungerechte und mißbrauchende Weise den Lohn durch Koalition zu erniedrigen sucht. Daß die Meister also gerechte Verkürzung der Löhne durch Koalition herbeiführen dürfen, während den Gesellen bei gerechten Ansprüchen keine gleiche Genugthuung eingeräumt ist, veranlaßte den Repräsentanten Morin (einen Fabrikanten) im letzten Sommer den Antrag auf Reform dieses Gesetzes zu stellen. Der Antrag wurde zuerst dem Comite der Arbeiter, später jenem der Gesetzgebung zugestellt. Von diesem ist der Reformentwurf gestern vorgelegt worden; der Gegenstand soll aber erst nach Vorlage des Berichtes vom Komite der Arbeiter ganz erledigt werden. Vor der Hand sprach der Minister Leon Faucher seine Meinung dahin aus, daß die Koalition immer als ein schweres Vergehen (delit) anzuerkennen sei. Durch diesen Grundsatz kommen die Arbeiter aber in Nachtheil, weil Koalitionen der reichen Arbeitgeber leicht ausgeführt werden können, ohne daß die Gerichte davon Kenntniß bekommen, da hingegen Arbeiterkoalitionen immer öffentlich werden müssen. Der Generallieutenant Despinoy und Herr Thil, Präsident des Kassationshofes, sind heute gestorben. Nach offiziellen Erhebungen des Seinepräfekten hat Paris im Jahre 1849 über 93,000 Arme zu ernähren, und gegen 300,000 Hilfsbedürftige zu unterstützen; ein Proletariat, welches mehr als ein Drittheil der Bevölkerung ausmacht. In den gestrigen Journalen protestirt General Changarnier sehr energisch dagegen, daß er Wünsche für die Wahlen der erledigten Nationalgarde-Kommandostellen ausgesprochen habe.

Bern.

** **Bern**, 5. Januar. Die Lage der hiesigen Regierung wird je länger je schwieriger. Der hauptsächlichste Grund der herrschenden Stimmung liegt zwar allerdings in dem bedenklichen Zustande der Finanzen, und daß die Regierung selbst denselben nicht mehr länger verläugnen kann, geht aus den Berathungen des Budgets pro 1849 deutlich genug hervor; man hofft durch möglichste Herabsetzung der Ansätze den drohenden Sturm zu beschwichtigen und der Niedersetzung einer Kommission von Seiten des Großen Rathes zu Untersuchung des ganzen Staatshaushaltes vorzubeugen. Anbei sucht das Organ der Regierungspartei — die Berner Zeitung — die Schuld des Finanzruins, auf eine freilich sehr bequeme Weise, auf die abgetretene Regierung zu wälzen, während es notorisch ist, daß diese die Staatsfinanzen ihren Nachfolgern in gutem Stande hinterlassen hat. Nebst diesen Finanzangelegenheiten ist es aber namentlich die Unzufriedenheit mit einem großen Theile der gegenwärtigen Beamten, welche Mißstimmung erzeugt. Leider ist es nur allzu wahr, daß viele derselben ihrem Amte nicht gewachsen sind, und zudem wegen ihrer Aufführung und gedrängten ökonomischen Lage, wenig Zutrauen besitzen. Beinahe täglich langen Beschwerden über ärgerliche Auftritte und grobe Pflichtverletzungen von Beamten ein, und die Regierung ist zu schwach, um mit Energie einzuschreiten; nur die Geistlichen machen in dieser Beziehung eine Ausnahme. Es ist sich daher nicht zu verwundern, wenn man je länger je mehr zur Ueberzeugung gelangt, daß es die Radikalen lediglich auf einen Sesselwechsel abgesehen und das Volk durch trügerische Versprechungen getäuscht und irre geleitet haben. Auch gegenüber dem Bundesrathe scheint die Regierung nicht gerade in dem besten Einvernehmen zu stehen. Statt demselben seine schwere Aufgabe möglichst zu erleichtern, wird sie ihm erschwert; ein Beweis davon ist die auf den Antrag des Finanzdirectors Stämpfli noch wenige Tage vor der Uebernahme des Postwesens auf Rechnung der Eidgenossenschaft vom Regierungsrathe dekretirte Besoldungs-Erhöhung mehrerer Postbeamten, gegen welche der Bundesrath umsonst remonstrirte. Auffallend war es ferner, daß der Regierungsrath am Neujahrstage den Vicepräsidenten des Bundesrathes nicht einmal mit einem Besuche beehrte, während das ganze diplomatische Korps und die übrigen Autoritäten diese Höflichkeitsform beobachteten. Es hat dies zwar an sich wenig zu bedeuten, ist aber gleichwohl bezeichnend für den Geist der da herrscht. — Es bestätigt sich, daß General Dufour nach Paris gereist ist, ob aus freiem Antriebe oder auf eine Einladung Louis Napoleon's ist nicht bekannt.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaße, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 10. Frankfurt a. M., Mittwoch 10. Januar. 1849.

Uebersicht.

Louis Napoleon und die Parteien in Frankreich.

Deutschland. Frankfurt (Veränderte Parteistellung. Herr Camphausen. Die Paulskirche. Herr v. Raumer.) Wien (Nachrichten aus der Moldau und Wallachei. Der Reichstag. Verhaftungen und Verurtheilungen. Armeebülletin.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Olmütz (Deputation aus Tyrol. Das Ministerium und die Presse.) Prag (Die deutsch-böhmische Deputation an den Kaiser. Der Kommandant von Josephstadt.) Berlin (Hr. v. Ladenberg und die Universität. Die Wahlen. Die deutsche Sache.) Dortmund (Der Congreß der constitutionellen Vereine für das Gagern'sche Programm.) Leipzig (Adresse des deutschen Vereins.) Hannover (Handschreiben des Königs. Hannöversche Note über die Grundrechte.) Mannheim (Die Bürgerwehr. Der deutsche Zuschauer. Fr. v. Struve. Veränderte Uniformirung der Truppen.) Kassel (Kammerverhandlungen über das Wahlgesetz und die Oberhauptsfrage.) Oldenburg (Der Landtag und die Civilliste.)

Großbritannien. London (Aus den politischen Neujahrsbetrachtungen der englischen Blätter.)

Spanien. Madrid (Heftige Debatten in der Deputirtenkammer.)

Italien. Aus Sardinien (Proteste gegen Buffa.) Neapel (Lage in Sicilien.)

Schweiz. Lugano (Neue Verhandlungen mit Radetzky.)

Nachschrift.

---

10. Januar.

Von Tag zu Tag erwartet man den Umsturz der Republik in Frankreich; es ist also wohl der Mühe werth, zu untersuchen, welche Wahrscheinlichkeit des Gelingens ein Versuch dazu haben würde.

Louis Napoleon ist mit einer Stimmenzahl zum Präsidenten gewählt worden, wie man vernünftigerweise als Ausdruck des einstimmigen Willens des Volkes keine größere verlangen kann. Auf eine so ungeheure Masse können noch so ausgedehnte und geschickte Umtriebe nicht bestimmend wirken; die große Mehrheit muß nach eigenem Antriebe gestimmt haben. Liegt nun in ihrem Votum so ganz unzweifelhaft, wie man gewöhnlich annimmt, ein Einspruch gegen die Republik? Den Hauptbestandtheil dieser Mehrheit macht das Landvolk und das aus ihm hervorgegangene Heer aus. Beide wollten aber nur dem Namen ihre Huldigung darbringen, der, so sehr er auch von seinem gegenwärtigen Träger entweiht wird, ihnen noch immer heilig bleibt; beide sind aber darum im Durchschnitt, nichts weniger als königlich gesinnt. Durch kriegerischen Ruhm könnte das Heer wohl gewonnen werden; eine Vorliebe für die Institution des Königthums aber hat es nicht. — Auf diese Mehrheit also kann Louis Napoleon jetzt nicht zählen, wenn er die Verfassung umstürzen will; er müßte seine Gehilfen in einer andern Fraktion seiner Wähler suchen.

Die politische Partei aber, die ihn auf den Schild gehoben hat, ist am allerwenigsten geneigt, ihm die Krone zu geben. Er sollte nur das Instrument sein, mit dem sie die Herrschaft fassen und führen wollten, und jedem Versuche von ihm, mehr sein zu wollen, traten sie von vornherein entgegen. Odilon-Barrot drohte schon bei der Antrittsrevue, wenn Changarnier die Truppen vive l'empereur! rufen ließe, sofort seinen Abschied zu nehmen; der Justizminister erließ ein Circular, worin er alle Gerichtsbehörden in den Provinzen anwies, Jeden, den sie auf diesem Ruf ertappten, als Aufrührer festzunehmen. Das Widerstreben dieser Partei gegen jeden Anspruch Louis' Napoleons, tritt täglich offener hervor. Louis Napoleon forderte, mehrere Ernennungen vornehmen zu können; Maleville und Bixio widersprachen und traten aus dem Kabinet, und eben diese Beiden stellt jetzt die rue Poitiers als Kandidaten für die Vizepräsidenten der Nationalversammlung auf. Die rue Poitiers vereinigt die alte dynastische Linke und Rechte; die erstere Fraktion war es, auf die Napoleon sich stützen wollte, und sie hat sich bereits mit ihm überworfen; die letztere hatte sich noch früher wieder von ihm losgesagt; ihr Zweck war nicht, die Dynastie Bonaparte zu gründen, sondern die Republik zu stürzen, und von dem Augenblik, wo Bonaparte Präsident derselben wurde, war er ihr Gegner und ihre Journale machten Opposition gegen ihn.

So kann Louis Napoleon auf keinen Theil der Rechten der gegenwärtigen Nationalversammlung zählen, und weil er das Bedürfniß einer Partei hat, fängt er bereits an, sich der jetzigen Linken zu nähern. Man hat schon seinen Besuch bei Marrast und seine freundliche Zuvorkommenheit gegen Cavaignac in diesem Sinne deuten wollen; seitdem aber hat er noch entschiedenere Schritte gethan: mit Dufaure, dem Minister Cavaignac's, hat er wegen Uebernahme eines Portefeuilles offen unterhandelt, und Lamartine soll er Willens sein, zum Vizepräsidenten der Republik vorzuschlagen. Daß er aber, so lange er mit dieser Fraktion verbündet ist, keinen Staatsstreich unternehmen kann, liegt auf der Hand.

Dabei ist es noch immer zweifelhaft, ob er den wahren Ehrgeiz besitzt, der ihn treiben könnte, die Zügel des Staats zu ergreifen; kleine Seelen begnügen sich mit dem Schein der Macht. Das Erste, was er that, war, seine Bedienten in die Livree des alten Kaiserreichs zu kleiden, seine Ställe mit Hofwagen und Luxuspferden zu füllen; dann setzte er einige seiner Verwandten in hohe Stellen ein, und verlangte andere für die Günstlinge seiner Familie und die Abenteurer, die er zu seinen früheren Expeditionen um sich versammelt hatte; die Veranlassung, einen Hoftag abzuhalten, kam ihm sehr gelegen, und er war nahe daran, es im alten Königspalast selbst zu thun, hätte ihn nicht das Geschrei der Presse davon wenigstens abgebracht. Vielleicht, daß ihm dergleichen Aeußerlichkeiten genügen, daß er befriedigt ist, wenn die Zeitungen von ihm melden, wie er mit Hrn. Fould Möbel- und Bronzewaarenniederlagen besucht und verschiedene Einkäufe gemacht habe, wenn er als Beschützer der Industrie und Künste behandelt wird — vielleicht und wahrscheinlich, daß er den Wunsch hat, und namentlich gegen das Ende seiner Präsidentur haben wird, den Glanz seiner Herrschaft zu verlängern, daß er aber nicht die Kraft hat, ihn zu verwirklichen. Wäre er der Mann, der einen 18. Brumaire machen könnte, er würde die Aeußerlichkeiten, die er so geflissentlich hervorgesucht hat, vielmehr vermieden haben; er hätte sich mehr um seine Rechte als um seine Ehren gekümmert. Einen Versuch wird er gewiß machen, wie er zu Boulogne und Straßburg einen gemacht, derselbe wird aber so wenig wie diese glücken.

Man könnte denken, Andere würden für ihn komplottiren, um unter seinem Namen die Früchte zu genießen; aber er hat gezeigt, daß er das Joch, das er nicht entbehren kann, doch ungern erträgt; so daß nicht sicher auf seine Dankbarkeit zu rechnen ist.

Das Ungünstigste aber für ihn, und zugleich ein Beweis seiner Unfähigkeit, ist die Stellung, in die er sich zur Nationalversammlung gesetzt hat. Als verantwortlicher Präsident hat er das Recht, mit den Ministern seiner Meinung unabhängig von der Volksvertretung zu regieren, denn auch er hat sein Mandat unmittelbar vom Volk und er brauchte auf die Stimme der Nationalversammlung nur zu hören, wo ihre Mitwirkung

vorgeschrieben ist; statt dessen verändert er sein Ministerium gemäß konstitutionell-monarchischen Grundsätzen nach dem Votum der Kammer. Freilich hängt dies damit zusammen, daß das Volk in ihm nur für einen Namen und nicht, wie es sein sollte, für ein Prinzip gestimmt hat, welches er dann sogar trotz der Vertretung durchführen müßte; daß er aber seines Vortheils sich nicht bedient und gehandelt hat, als hätte das Volk in ihm eine Politik gewählt, das zeigt eben seine Unfähigkeit; in diesem Punkte mußte er gerade das Gehässige wagen und im Unwesentlichen es vermeiden. Es bliebe also nur noch, daß das Pariser Volk ihn trotz seiner erhöbe und man weist auf die monarchischen Gewohnheiten hin, welche den Franzosen unzweifelhaft eigen sind; aber wenn das Volk der glänzenden Erscheinung einer kaiserlichen Revue zujauchzt und ein Hoffest bewundernd umsteht, so setzt es doch wieder seine Eitelkeit in den Namen Republik und ist zum Widerstand gegen eine Usurpation schon aus Freude am Kampf leicht bereit; und wenn die Beamten und Offiziere sich zu einer monarchischen Cour drängen, die der neue Präsident gibt, so gehen sie doch in demselben Athem zum gewesenen Präsidenten, der als Repräsentant der Republik gilt, um dieser ihre Huldigung darzubringen. Die Wahrscheinlichkeit also, daß Louis Bonaparte Kaiser werden wird, ist nicht so groß, als man gewöhnlich annimmt. Die Republikaner machen freilich nur die Minderheit des Volkes aus; aber die wirklichen Royalisten ebenso. Das Königthum hat sich in allen seinen Formen so verderbt gezeigt, daß es im Herzen des Volkes entwurzelt sein muß. Die große Menge ist gleichgültig; den Thätigen gehört die Herrschaft, und die größte Thätigkeit ist auf Seiten der Republikaner. Eine Möglichkeit haben wir bei alle diesem außer Augen gelassen, die eines Krieges. Aber der Mittelstand in Frankreich, bei dem die Gewalt ist, ist weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen; die Finanzen bieten größere Schwierigkeiten als je und man fühlt, daß der Krieg den Bankerott bedeute. Selbst in der ersten Hitze der Revolution hat Lamartine Kraft und Besonnenheit genug gehabt, die Verträge von 1815, wenn er sie auch grundsätzlich für ungültig erklärte, als thatsächlich zu Recht bestehend anzuerkennen und wenn Bastide später als sein Programm die Freiheit Italiens aussprach, so findet das seine Erläuterung in der Stelle des Manifestes Lamartine's, wo er die Freiheit Italiens auf die unabhängigen Staaten desselben bezieht. Oesterreichs Weigerung, die Lombardei herauszugeben, wird also keine Veranlassung zum Kriege geben und ein anderer casus belli liegt nicht vor. Die Idee der Rheingrenze ist längst aufgegeben und die jetzigen Franzosen sind mehr auf Ausdehnung ihres Handels und ihrer Industrie, als ihres Gebietes bedacht. Ludwig Napoleon versteht mit dem Geschütz umzugehen wie sein großer Oheim, aber schwerlich wie er Heere zu führen. Die Völker Europa's brauchen nicht zu besorgen, daß sein zahmer Adler wieder mit Siegesschwingen durch ihre Länder ziehen wird.

Deutschland.

†* **Frankfurt**, 9. Jan. Die gestrige Parl. Korr. hatte eine Statistik der Stimmen für den Minoritätsantrag in der österreichischen Frage, welche die sanguinischen Hoffnungen der Koalition niederdrücken müßte, wenn sie richtig wäre, ohne deshalb die ministerielle Partei bedeutend zu heben, denn eine absolute Majorität von 20 Stimmen will in einer Kabinetsfrage, wie die vorliegende, nicht viel bedeuten. In der That liegt die Sache ganz anders. Die Ueberzeugung, daß mit der vorliegenden Frage die deutsche Einheitsfrage entschieden wird, hat den größten Raum gewonnen und gerade die Oesterreicher haben in dieser Richtung am entschiedensten gewirkt und die Koalition faktisch aufgehoben. Seit etwa 8 Tagen, als das anonyme, mehreren Zeitungen beigefügte Blatt: „Wie ist aus dem Wirrsaal herauszukommen?" es geradezu in Aussicht stellte, daß nach Abberufung der Oesterreicher, der König von Baiern die Seinigen, und so fort Hannover, Sachsen, Würtemberg, Baden und die andern Staaten die Ihrigen abberufen würden, sind bedeutende Sinnesänderungen eingetreten. Ich will nicht von den veränderten Anschauungen des Hrn. v. R. und einiger seiner Anhänger sprechen, wohl aber von der Stellung, welche eine große Anzahl der linken Fraktionen nunmehr einnimmt, nachdem die Volksstimme sich so entschieden für den einheitlichen Bundesstaat mit preußischer Spitze ausspricht. Man wird um der Oberhauptsfrage willen sich dem Ministerium zuneigen, man möchte jetzt schon keine Kabinetsfrage mit der vorliegenden österreichischen verbinden, und wird H. v. Gagern jedenfalls halten, wenn seine Stellung gefährdet wäre. Der deutsche Patriotismus wird über persönliche Antipathien den Sieg davon tragen, und täuscht uns nicht Alles, den bereits von der Koalition gelösten Theil der Linken zu einer Einigung mit den Centren führen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 9. Januar. Die Abreise des Herrn Camphausen nach Berlin wird in Verbindung gebracht mit der Frage des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland. Jedermann weiß, wie eng diese Frage mit der Oberhauptsfrage zusammenhängt und eine persönliche Rücksprache Camphausen's mit dem Könige und dem Kabinet von Preußen ist dringend an der Zeit. Man glaubt, daß er den König und das Ministerium bestimmen wolle, ganz im Gegensatz zu der österreichischen Erklärung nun rasch im Großen wie im Kleinen dem sofortigen Zustandekommen des deutschen Bundesstaates sichtlich die Hand zu bieten. Heizung und Beleuchtung der Paulskirche ist neu hergerichtet. Gestern Abend schon haben die Fraktionen dort ihre Plätze belegt. Es ist auch die Rede davon, die Sitzungen von nun an Mittags zu beginnen, da man volle Beleuchtung haben kann und da die langen Ausschußsitzungen jetzt nach Vorlage des ganzen Verfassungsentwurfes nicht mehr im Wege sind. Der von Paris zurückgekehrte Reichsgesandte von Raumer hat interessante Schilderungen darüber gegeben, wie man sich in Frankreich über die deutsche Einheit äußere. Es gäbe doch Franzosen von Bedeutung, darunter Bastide, und einige jetzige Minister, welche ein geeinigtes Deutschland als europäisches Bedürfniß anerkannten. Die Mehrzahl aber und darunter die wahrscheinlich meisten Machthaber prophezeihten ein dreifaches Deutschland: Oesterreich, Preußen und — was man früher Rheinbund genannt habe, jetzt aber aus Politik nicht mehr den Rheinbund nennen solle. Der englische Gesandte, Lord Normanby, äußere sich gegen Erwarten unfreundlich über die deutsche Zukunft.

Wien, 3. Jan. Die aus der Walachei und Moldau hier eingehenden Berichte stellen immer mehr und mehr ein Zerwürfniß der Pforte mit Rußland in nahe Aussicht. Die Klagen über die Uebergriffe der russischen Machthaber werden immer lauter, den Vorstellungen der ottomanischen Regierung wird wenig Gehör gegeben, und ein offener Bruch der Gouvernements wird in den dortigen Gegenden als unvermeidlich gehalten. Dagegen taucht in der Türkei die griechische Propaganda wieder auf und zwar ganz im Gegensatz zu ihren früheren Tendenzen sammelt sie anti-russische Elemente um sich und strebt nach einem einigen Griechenthum mit Ausschluß des Slavismus. (D. Ref.)

△ **Wien**, 5. Dez. Das Gerücht einer abermaligen bevorstehenden Prorogation des Reichstags, bis zur Vollendung der Wahlen in Kroatien und Ungarn, erhält sich fortwährend, jedoch mit der bemerkenswerthen Modifikation, daß sie erst nach der Berathung der Grundrechte statt finden solle. Wenn Ungarn erobert ist, wird wohl auch der Ausnahmszustand Wiens sein Ende erreicht haben und ohne Zweifel wird dann der Sitz des Reichstags wieder Wien sein, wonach sich Minister und Abgeordnete sehnen. Es scheint, daß man nachträglich alle Mitglieder des demokratischen Klubs einzieht — ein Kaufmann und ein katholischer Geistlicher, ehemals Mitglieder desselben, wurden vor einigen Tagen in ihrer Wohnung verhaftet. Auch der Kaplan der italienischen Garde, welcher im Verdacht stand, Theilnehmer desselben gewesen zu sein, ist nun zum zweiten Male gefänglich eingezogen worden. Aber mit der Entdeckung von Verschworenen und Verschwörungen hat die Militärbehörde, trotz der hundertfältigen Denunciations-Listen, die ihr meist anonym eingesendet werden, nun einmal gar kein Glück. Trotzdem, daß man unlängst einen Klub in der Vorstadt entdeckt haben wollte und Wirth, Wirthin sammt allen Gästen aufhob, obgleich die Sicherheitswache jeder kleinen Hahnenfeder, die sich zufällig auf einen Hut verirrt hat, oder dem noch gefährlichern Abzeichen einer „weißen Schnalle" wie besessen nachjagt, so kann man doch trotz allen Abmühens, eben keiner Verschwörung auf die Spur kommen, wahrscheinlich aus dem ganz einfachen Grunde, weil keine besteht. Hingegen geht man bei den Verhören immer weiter in die Ereignisse des vorigen Sommers zurück; man ist schon bei den Maiereignissen angekommen. Geht dieß so fort, so werden wir bald die Männer des März vor Gericht stehen sehen: dieß möge unser Justizminister, der unter ihnen eine nicht unbedeutende Rolle spielte, zu rechter Zeit bedenken! Das Strafver-

fahren in den politischen Prozessen wird nun endlich, nachdem der Erlaß des Kaisers am 12. Dez. v. J. es bereits befohlen, nach den Civilstrafgesetzen vollzogen. Demgemäß vermißt man in den jetzigen Urtheilen mit Vergnügen das beliebte „Pulver und Blei" des Fürsten Windischgrätz. Die heutige Wiener Ztg. bringt fünf Verurtheilungen, welche, wenn ich nicht irre, zum erstenmal, statt auf Befehl des Fürsten Windischgrätz, auf den des Gouverneurs Baron Welden zur Oeffentlichkeit gelangen. Ich hebe dies hervor, weil wir alles mit Freude begrüßen, was auf die Ausscheidung des Fürsten aus unseren speciellen Verhältnissen hindeutet. Die Verurtheilten sind: 1) Fehr. v. Brand aus Leipzig, Schauspieler, zu zweijährigem schwerem Kerker verurtheilt, jedoch zu 10monatlichem leichten Kerker begnadigt. 2) Martin Halmdienst von Guntramsdorf in N. Oesterreich, Hausmeister, zu sechsmonatlichem einfachen Kerker verurtheilt. 3) Johann Wegele aus Wien, zu fünfjährigem schweren Kerker. 4) Wenzel Nowak aus Schönweit in Böhmen, Lithograph, zu vierjährigem schweren Kerker und 5) Franz Hipsel aus Wien, Inhaber einer Musikschule, zu einjährigem schwerem Kerker verurtheilt. Unser Gesammtministerium hat viel Unglück auf der Eisenbahn; am 2. auf der Fahrt von Wien nach Kremsier brach wieder ein Rad und gerade an dem Waggon der von dem Ministerium besetzt war. Ein Waggon kam dadurch aus dem Geleise und der Train mußte eine Stunde lang Halt machen. Abergläubische wollen darin ein übles Prognostikon erkennen.

10. Armee-Bulletin.

Zu Folge einer eben erhaltenen Mittheilung von Seiner Durchlaucht dem Herrn Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz hat Hochselber sein Hauptquartier am 3. d. M. nach Bieske und am 4. nach Bia, vier Stunden von Ofen, verlegt.

Am 3. Jänner Nachmittags kam eine von dem ungesetzlich fortbestehenden ungarischen Reichstag an Seine Durchlaucht gesendete Deputation im Hauptquartier zu Bieske an, welche aber von Seiner Durchlaucht dem Feldmarschall als solche nicht angenommen, und unbedingte Unterwerfung als der einzige Weg bezeichnet wurde, fernerem Blutvergießen ein Ende zu machen.

Der Banus hat mit dem ersten Armee-Corps nach dem siegreichen Gefechte bei Moor, um den Rebellen Perezel, der sich nach der erlittenen Niederlage gegen Stuhlweissenburg zurückzog, und seine Vereinigung mit dem Rebellen-Oberst Sekulich bewerkstelligen wollte, von dessen vermeintlicher Rückzugslinie nach Ofen abzuschneiden, seinen Marsch über Lovas Bereny fortgesetzt, wodurch Ofen am rechten Donauufer von unseren Vorposten umgeben ist.

Feldzeugmeister Graf Nugent in Vereinigung mit Feldmarschall-Lieutenant Dahlen hat sich gestern den 4. über Szalba-Egerszegg in der Richtung gegen Kanisa in Marsch gesetzt. Zur Vereinigung mit Warasdin blieb eine starke Besatzung in Lendva, zur Verbindung mit Steiermark eine Besatzung in Körmönd zurück, und das Oedenburger und Eisenburger Comitat wird durch die mobile Kolonne des Oberstlieutenants Graf Althann durchzogen, womit die Verbindung mit der Hauptarmee erhalten wird.

Die von der Armee seiner Durchlaucht des Fürsten Windischgrätz eingetroffenen Nachrichten über die günstigen Operationen gegen Ofen und Pesth bestimmten den Feldmarschall-Lieutenant Grafen Schlick, um in Uebereinstimmung mit diesen offensiven Operationen zu handeln, gegen Miskolez vorzurücken.

Diesem gemäß wurde am 26. Dezember 1848 die Brigade des Herrn General-Majors Grafen Pergen von Kaschau bis Hidas-Némethi vorgeschoben, welcher die Brigade des Herrn General-Majors Grafen Deym als Reserve bis Enyizki nachgefolgt war.

Die Brigade Fiedler blieb in Kaschau als Besatzung.

Am 27. rückte die Brigade Pergen bis Forró, die Brigade Deym bis A. Novaj. Bei Forró hatte der Feind die erste Stellung eingenommen, und es waren daselbst nebst mehreren Geschützen die polnische Legion und einige Hundert Husaren postirt.

Beim Herannahen der Avantgarde zog sich der Feind, ohne das Gefecht anzunehmen, zurück.

Am 28. wurde die Vorrückung gegen Miskolez der Art kombinirt, daß die Brigade Pergen durch eine Umgehung der feindlichen Stellung bei Szikszó, deren linke Flanke und Rücken bedrohte, während die Brigade Deym die Fronte derselben an der Hauptstraße anzugreifen beordert war.

Der Plan gelang; die Brigade Pergen, geführt von Major Baron von Gabelenz des Generalstabs griff Szikszó im Rücken an, wobei eine halbe Kompagnie Honvéd gefangen genommen wurde. Eine andere Honvéd-Abtheilung wurde durch die Chevauxlegers der Avantgarde ereilt und gleichfalls gefangen.

Die an der Straße vorgerückte Brigade Deym konnte sofort den Ort ungehindert und mit klingendem Spiele passiren. Nachdem die Insurgenten mit bedeutenden Streitkräften die vortheilhafte Position an den Höhen bei Szikszó besetzt hatten, beschloß der Korps-Kommandant, trotz der vorgerückten Tageszeit und der Ermüdung seiner Truppen, dennoch den Feind anzugreifen, um ihn aus der Nähe von Szikszó gegen Miskolez zurückzudrängen. Die sämmtliche Kavallerie mit einer 6pfündigen Batterie rückte an der Straße gegen Miskolez in der Ebene vor, und es entspann sich beiderseits ein lebhaftes Geschützfeuer, welches eine erfolgreiche Wirkung gegen die in Uebermacht aufgestellte Kavallerie übte, so zwar, daß sie sehr bald die Flucht ergriff.

Große feindliche Infanteriemassen, nebst Artillerie und eine Husaren-Abtheilung, hatten sich auf dem Höhenzuge westlich der Straße festgesetzt. Die Brigade Pergen mit der Raketten-Batterie wurde beordert, diese Höhen zu erstürmen, welches auch mit dem günstigsten Erfolge geschah; nur die einbrechende Nacht rettete den Feind von der gänzlichen Niederlage.

Dieses Gefecht kostete dem Corps des Feldmarschall-Lieutenant Schlick nur fünf Verwundete. Der Verlust des Feindes ist bedeutend, und es wurden von demselben 85 Mann, darunter 1 Offizier und mehrere Unteroffiziere, gefangen genommen.

Wien den 5. Januar 1849.

Der Militär- und Civil-Gouverneur: **Welden**, Feldmarschall-Lieutenant.

** **Kremsier**, 3. Jan. Graf Stadion beantwortete in der heutigen Sitzung von der Tribüne aus die Interpellation über die Entwaffnung Niederösterreichs. Während der beklagenswerthen Oktoberereignisse, sagte der Minister, wurden die Waffen aus dem Zeughause Beute eines Jeden; auch das Landvolk bewaffnete sich. Die Folge dieser Bewaffnung war Geringschätzung der vollziehenden Gewalt, Eingriffe in's Eigenthum, Jagdexzesse aller Art. Um diesen Uebelständen ein Ende zu machen, hat das niederösterreichische Landespräsidium im Einverständnisse mit den Civil- und Militärbehörden die Entwaffnung angeordnet, und das Ministerium kann diese Maßregel nur billigen. Der Ministerrath kann die allgemeine Bewaffnung nicht als ein konstitutionelles Recht anerkennen, weil es in Oesterreich weder durch ein Gesetz zugestanden ist, noch in andern konstitutionellen Staaten besteht, auch gar nicht denkbar ist als verträglich mit der Sicherheit des Staates. Der Ministerrath widerruft daher die Entwaffnungsverfügung nicht, zumal die Entwaffnung nicht rücksichtslos durchgeführt wurde, sondern die aus besonderen Rücksichten zum Tragen der Waffen Berechtigten blieben im Besitze derselben. — Löhner interpellirte das Präsidium, was bezüglich des Kammerbeschlusses in Betreff der Neuwahlen für solche Mitglieder, die Staatsämter angenommen haben, geschehen sei? Smolka erwiedert, er habe als Präsident eine Note an das Ministerium hierüber erlassen. Stadion findet den Kammerbeschluß nicht angemessen, er greife der Konstitution vor, es sei dieß ein Gesetz und bedürfe erst der Sanktion des Kaisers. Die Minister werden sich wohl einer neuen Wahl unterziehen, weil es in andern konstitutionellen Staaten gebräuchlich sei, aber nicht zu Folge des Kammerbeschlusses. Die in derselben Sitzung erfolgte dritte Lesung des ministeriellen Finanzantrags haben wir bereits gestern gemeldet.

⊙ **Ollmütz**, 3. Jan. Endlich ist nun auch eine Deputation des „allezeit getreuen Volkes von Tyrol" hier eingetroffen, um die Versicherungen der Huldigung und Treue desselben an Franz Joseph I. zu überbringen. Unter den Deputirten befindet sich Graf Wolkenstein, Präsident des Tyroler Landtags, nebst Dr. Schuller, ständ. Archivar und zugleich Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung. Der Tyroler Klerus ward durch einen Domherrn des Brixener Bisthums, der Bauernstand durch den bäuerlichen Landtagsabgeordneten Plathner vertreten. Auch einige Hauptleute der Landesschützenkompagnie waren darunter; hohe, kräftige Gestalten in grauer Jägertracht, mit Hahnenfeder und Gemsbart auf dem spitzen Hut. Diese Männer schritten unangefochten vom Militär mit ihren Federn durch die Gassen der Stadt, obwohl sonst ein solches Attribut den Zorn mancher Militärs im höchsten Grade erregen kann. Erst gestern riß ein Offizier in einem Kaffeehause einem Studenten eine unschuldige Nußhäherfeder vom Hute. — Wie Stadion, der freisinnige Minister, sich herbeilassen konnte, die neue prov. Verordnung über die Presse herauszugeben, ist vielen Leuten ein Räthsel; daß er durch solche Maßregeln binnen kurzer Zeit auch jeden Schein von Popularität verlieren muß, ist gewiß. Zudem kommt noch, daß das ministerielle Organ, der österr. Korrespondent, in der heutigen Nummer in einem leitenden Artikel mit maßloser Heftigkeit über die Prager deutsche Presse herfällt, namentlich über die „deutsche Zeitung aus Böhmen," die er einen Giftpilz des feuchtwarmen Sommers nennt. Zum Schluß wird die „Narodni Nowiny," das Organ der slavischen Ultra's, als Muster empfohlen. Dieser Artikel wird überall Sensation erregen, da der „österr. Korrespondent" eine Stellung zum Ministerium einnimmt, aus welcher man entnehmen kann, daß solche Invektive nicht ohne besondere Veranlassung geschehen. Dr. Julius Seidlitz, der bisherige Redakteur, hat die Redaktion des „Korrespondenten" mit dem Anfang dieses Jahres niedergelegt; man erzählt sich, daß dies auf Verlangen Stadions geschehen sei, der diesen Literaten von früher her nicht vertragen konnte.

Prag, 5. Jan. Die nach Ollmütz gesendete Huldigungsdeputation der Deutsch-Böhmen wurde vom Kaiser sehr gut empfangen, und er besprach sich längere Zeit mit den einzelnen Deputirten. Der Kaiser versicherte die Deputation seiner kaiserlichen Huld und dankte in herzlichen Worten für die in der Adresse ausgesprochenen Aeußerungen der Anhänglichkeit und Treue. Auch Erzherzog Franz Karl empfing die Deputation und richtete an jeden Einzelnen freundliche Worte. Viel Aufsehen macht die in der Prager Zeitung enthaltene Nachricht, daß der Kommandant der Festung Josephstadt, der Feldmarschallieutenant ist, erklärt habe, er nehme von einem Kriegsminister, der nur Generalmajor sei, keine Befehle an, sondern stehe unmittelbar unter dem Fürsten Windisch-Grätz. (D. A. Z.)

$\frac{1}{x}$ **Berlin**, 7. Jan. Der heutige Staatsanzeiger bringt die wichtigen Gesetze über die Neubildung des Gerichtswesens, Gesetze, die vielleicht tiefer in das eigentliche Volksleben eingreifen, und jedem Versuch einer Wiederkehr absolutistischer Regierung einen festeren Damm entgegensetzen, als irgend etwas von dem, was seit den Märztagen geschehen ist. Man muß es dem jetzigen Ministerium wenigstens nachrühmen, daß es überaus thätig ist, und wenn auch die Vorarbeiten der früheren Ministerien eine treffliche Erbschaft waren, so ist doch anzuerkennen, daß diese zu wirklicher Ausführung gebracht und nicht, wie so oft in alten Zeiten, unter einer Last von Bedenken wieder erstickt werden. Auch der Unterrichtsminister hat durch verschiedene Maßregeln auf seinem Felde eine erfreuliche Thätigkeit entfaltet. Hr. v. Ladenberg hat schon in seiner langjährigen Wirksamkeit als Regierungsbevollmächtigter bei der hiesigen Universität sich die Anerkennung der Universitätsgenossen erworben — ein seltener Fall in einer so mißlichen Stellung. In Zeiten, wo die Universitäten arg verfolgt wurden, hat er hier sich nie zu Dingen gebrauchen lassen, welche seine Kollegen anderswo gern ausführten. Von hier aus wurde daher schon seine Wahl zum Ministerverweser freudig begrüßt, und wer wußte, wie oft Hr. v. Ladenberg dem kleinlich parteiischen Verfahren des Ministers Eichhorn seinen Widerstand entgegensetzte, der konnte unmöglich glauben, daß ein solcher Mann — wie es anfangs hieß — sich zum Werkzeug wirklicher Reaktion hergeben würde. Mit dem neuen Jahre ist vom geistlichen Ministerium eine wesentliche, aber gewiß zweckmäßige Aenderung in den Verhältnissen der außerordentlichen Professoren vorgenommen. Viele derselben waren früher nur mit Gratifikationen bedacht, welche, jeden Augenblick widerruflich, leicht wenigstens den Schein der Abhängigkeit von den Ansichten des Ministers hervorrufen konnten. Statt dessen sind nun in würdigerer Weise die meisten dieser Universitätslehrer auf festen Gehalt gesetzt. Es heißt, daß die Gratifikationen ganz wegfallen sollen, und allgemein ist man mit diesen Schritten einverstanden, obwohl für jüngere Docenten dies oft der einzige Weg war, zu einiger Entschädigung ihrer Bemühungen zu gelangen. Von dem Billigkeitssinne des Ministers erwartet man noch andere Verfügungen der Art. Denn allerdings stehen die hohen Gehalte mehrerer unter Eichhorn hierher berufener, völlig oder fast ganz unthätiger Professoren in schneidendem Gegensatze zu dem knappen Maße, auf welches verdiente, mit Geschäften überladene Männer beschränkt sind. Ueberhaupt bildet im Staat der Bildung Alles was auf Bildung verwandt wird, doch wirklich in dem großen Staatshaushalte ein gar zu winziges Item. Ein Kavallerieregiment, lautet ein oft wiederholter Ausspruch, kostet so viel als alle Universitäten. Die Wahlen fangen an, die Gemüther ernstlich zu beschäftigen. Man betreibt sie diesmal ganz anders als im Sommer. Statt der allgemeinen Bezirksversammlungen, welche man damals im Taumel der jungen Freiheit hielt, werden jetzt mehr Parteiversammlungen gehalten. Man stellt von verschiedenen Seiten Programme auf, sucht Unterschriften dafür zu gewinnen und ruft nun die Unterzeichner zusammen, um sich über Kandidaten zu verständigen. Ein konservatives Programm der Art, das von einem Professor der hiesigen Universität ausgegangen ist, hat in einem Bezirke schon mehrere hundert Unterschriften und wird auch in vielen andern von Gleichgesinnten zum Grunde gelegt. Es stellt die Anerkennung der gegebenen Verfassung als leitenden Grundsatz auf. Dem gegenüber fordern die Männer der Linken solche Kandidaten, die „die Vereinbarung ausführen wollen." Auch fehlt es nicht an solchen, die für ein „Centrum" werben, obgleich es doch ein Unsinn ist, einen Punkt Centrum zu nennen, ehe ein Kreis da ist. In anderm Sinne wird man freilich gut thun, sich vor Männern zu hüten, welche ein starres Preußenthum in aller Weise erstreben. Hier aber ist die Gefahr davor sehr gering. Das Geschwätz gewandter Redner übt noch immer großen Einfluß. Und was will man von unsern Athenern an der Spree anders erwarten? Auch geben die politischen Verfolgungen unsern Kleons Stoff genug. Wenn wir vorhin die Thätigkeit der Minister rühmten, so müssen wir diese Art der Thätigkeit ausnehmen. Die konservative Partei bemächtigt sich in einigen Bezirken der Volksgunst durch Wohlthätigkeitsvereine und man spricht von sehr nahmhaften Beiträgen, welche von Begüterten in der Hoffnung gegeben wären, dadurch einer neuen Erschütterung des Kredits, wie ihn radikale Kammern unfehlbar erzeugen würden — vorzubeugen. Die deutsche Sache findet hier jetzt doch nach und nach mehr Theilnahme, als früher. Freilich fehlt es immer noch nicht an Leuten, welche über Frankfurt die Nase rümpfen und zur deutschen Einheit die Achseln zucken, ohne daß sie doch selbst irgend etwas darüber zu sagen wüßten, wie denn die deutschen Angelegenheiten geordnet werden sollten. Andere, bessere Freunde des Vaterlandes, können sich des Gedankens nicht erwehren, daß Preußen für seine Hegemonie in Deutschland große Opfer bringen müsse und werden dadurch etwas lauer in ihrer Hinneigung zu einem preußisch-deutschen Kaiserthum. Allgemein ist aber die Entrüstung über das Benehmen Oesterreichs, das sich nicht begnügt, sich von Deutschland abzusondern, sondern jetzt auch die festere Verbindung des nicht österreichischen Deutschlands hindern will. Man erinnert sich dabei aller der Schmach, die Deutschland um der eigennützigen und volksfeindlichen Politik der Habsburger willen getragen hat und hofft zuversichtlich, daß keine romantisirende Hingebung an Oesterreich die Ausführung der heiß ersehnten festen Einheit des Vaterlandes hindern werde. Auch hier schlagen unzählige treue Herzen für den Mann, der jetzt die hohe Aufgabe übernommen hat, aus den unseligsten Wirren Deutschland zu retten. Die edlere Jugend Deutschlands ist hier begeistert für Gagern — und wo wäre sie es nicht?

Dortmund, 6. Jan. Heute ist hier der außerordentliche Kongreß der konstitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens versammelt. Ueber 100 Vereine (von Saarbrücken bis Minden) sind vertreten. So eben hat der Kongreß einen Beschluß einstimmig gefaßt, den ich, da derselbe die Ansichten der bei weitem überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung vertritt, Ihnen mitzutheilen mich beeile. Er lautet: Der Kongreß erklärt seine Zustimmung zu dem von dem Reichsminister von Gagern in der Sitzung der deutschen Nationalversammlung vom 18. Dez. 1848 vorgelegten Programm, betreffend die Lösung der österreichischen Frage, und in Erwägung, daß Oesterreichs Völker und Regierung für den Fortbestand der österreichischen Staatseinheit sich ausgesprochen haben, daß damit aber der Eintritt von Deutsch-Oesterreich in den deutschen Bundesstaat nicht vereinbarlich, spricht der Kongreß seine Ueberzeugung aus, daß es höchst dringlich ist, die Verfassung des deutschen Bundesstaats und zwar ohne die fernere Mitwirkung der österreichischen Regierung oder österreichischer Abgeordneten endlich zu vollenden, und daß hierauf ein möglichst baldiges inniges Bundesverhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich, im Interesse beider Staaten hergestellt werden müsse. (D. P. Z.)

♀ **Leipzig**, 7. Jan. Die Adresse des deutschen Vereins an die Nationalversammlung, worin er sich für die Oberleitung Preußens im deutschen Gesammtstaat ausspricht, lautet wie folgt: „Der deutsche Verein zu Leipzig spricht gegen die hohe Reichsversammlung seine Ueberzeugung dahin aus, daß ihm die Zukunft Deutschlands, wie sich gegenwärtig die Verhältnisse gestaltet haben, einzig und allein gesichert erscheint, wenn die Oberleitung des Gesammtstaates Preußen überwiesen wird. Daß die vollziehende Gewalt in einer Hand liege, scheint ihm für den dauernden Bestand des deutschen Reiches dringend nothwendig; denn ein sogenannter Fürstenrath würde denselben lähmenden Einfluß auf die Fortentwickelung unserer politischen Zustände ausüben, wie der frühere Bundestag, und die Einheit, die uns mehr noth als je thut, von vornherein vernichten. In Preußen aber erkennen wir für jetzt den einzigen Staat, der, in sich selbst stark, auch die Macht hat, nach Außen und Innen der deutschen Centralgewalt, bestehend aus dem Oberhaupt, seiner verantwortlichen Regierung und vor Allem dem Parlamente des Volkes, die nöthige Achtung und Geltung zu sichern. Der Ausschuß des deutschen Vereins zu Leipzig.

Dr. Göschen, Vorsitzender. Adv. Volkmann, Schriftführer."*) Sämmtliche verbündete Vereine sind zur Mitunterzeichnung aufgefordert worden.

*** Hannover.** Nicht ohne Verwunderung wird man aus der nachfolgenden Note ersehen, aus was für weit und tiefgreifenden Erwägungen die Hannoversche Regierung im Interesse der deutschen Einheit Anstand genommen hat, die Bekanntmachung der Grundrechte zu „verfrühen".

An den Herrn Justizrath von Bothmer, königlich hannover'schen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt zu Frankfurt a. M. Die tief eingreifenden Wirkungen, welche die Verkündigung der Grundrechte auf die gesammte Verfassung des Landes äußern muß, legen der königlichen Regierung die unabweisliche Nothwendigkeit auf, sich die Folgen einer Publikation derselben deutlich und bestimmt vor Augen zu stellen. Sie hat es sich zur Pflicht gemacht, in ihrer Verfügung vom 11. v. M. zu erörtern, welche Nachtheile das Königreich treffen werden, wenn die Grundrechte in der damals allein vorgelegenen ersten Abfassung zur Geltung gelangen sollten. Würden diese Uebel der Preis sein, um welchen die Eintracht des deutschen Vaterlandes allein zu erkaufen wäre: so durfte die königliche Regierung die Uebernahme derselben nicht scheuen. Anders aber liegen ihre Verpflichtungen, wenn, abgesehen von dem großen Einigungswerke, es sich allein um diese Bestimmungen handelt. Zuerst muß sich hier die königliche Regierung die Verpflichtung vergegenwärtigen, den Rechtszustand vor Ungewißheit und Unsicherheit zu bewahren. Daß dieses aber bei einer getrennten Verkündigung so tief greifender Bestimmungen unmöglich sei, wird sich bereits aus demjenigen ergeben, was wir unter dem 4. vorigen Monats bei Gelegenheit der Frage über die Publikation der Reichsgesetze darzulegen Veranlassung gehabt haben. Abgesehen aber auch von dieser moralischen Verpflichtung einer jeden Regierung, sind wir in Gemäßheit der Art. 65, 71, 102 und 103 des Gesetzes vom 5. Sept., so wie des Art. 2 des Gesetzes vom 10. April d. J. verpflichtet, darauf zu halten, und verantwortlich dafür, daß Abänderungen der Gesetze und der Verfassung des Königreichs nicht ohne Zustimmung der Stände vorgenommen werden. Die königliche Regierung hegt das unerschütterliche Vertrauen, daß die Centralgewalt, weit entfernt, irgend eine Landesregierung in Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Obliegenheiten zu bedrängen, es vielmehr als ihre Pflicht erkenne, jeden Angriff auf die gültig bestehenden Verfassungen abzuwehren. Nur das Zustandekommen des neuen Verfassungswerkes, welches nach den, sowohl von den Regierungen als den Völkern Deutschlands durch Anordnung und Vollzug der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung anerkannten Bundesbeschlüssen vom 30. März und 7. April v. J. allein auf dem Wege der Vereinbarung möglich ist, kann diese Stellung ändern. Gewiß wird aber die Centralgewalt auch in dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. Mai, nach welchem alle Bestimmungen der deutschen Verfassungen bis zur Gründung des allgemeinen Verfassungswerks in Kraft bleiben sollen, und in dem ihre eigene Existenz begründenden Beschlusse vom 28. Juni, welcher alle Einwirkung der Centralgewalt auf dasselbe ausschließt, eine noch dringendere Veranlassung finden, Verhältnisse unverletzt zu erhalten, an deren unsanfter Berührung das ganze Verfassungswerk scheitern könnte. Je lebhafter die königliche Regierung die Vermeidung eines so traurigen und für Deutschland so gefahrdrohenden Ereignisses wünscht, und jemehr sie zu der Weisheit der provisorischen Centralgewalt vertraut, daß dieselbe auch hier die richtigen Wege einschlagen werde, um so mehr hält sie sich überzeugt, daß es derselben nicht entgangen sein könne, wie bedenklich sich die Stellung der deutsch-österreichischen Landestheile namentlich zu dieser Frage gestalte. Nicht nur dürften, bei den geringen Majoritäten, mit welchen diese an sich so zweifelhaften Grundrechte beschlossen sind und dem entscheidenden Einflusse, den die österreichischen Deputirten auf dieselben gehabt haben, in dem unglücklichen Falle, wenn Oesterreich sich von dem neuen Verfassungswerke zurückzöge, die Stimmung der Versammlung in Bezug auf dieselben eine wesentlich verschiedene und sonach die verfrühte Publikation eine sehr unerwünschte Erschwerung der ganzen Einigung werden; sondern es ist auch nicht minder zu besorgen, daß eine solche, ohne Rücksicht auf jenen großen Staat und dessen besondere Stellung beschaffte Verkündigung eines Theils der Verfassung dem Beitritte desselben zu dem Ganzen, den jeder wahrhaft Deutschgesinnte und die Interessen des Vaterlandes klar erkennende Mann, mit allen Kräften erstreben muß, unübersteigliche Hindernisse in den Weg wälzen könnte. Unter diesen Umständen erachtet die Regierung nach ihren gesetz- und verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegen das Königreich und im Interesse des Einigungswerkes selbst sich verbunden, der provisorischen Centralgewalt den dringenden Wunsch auszusprechen, daß diese Anstand nehmen möge, mit einer theilweisen Verkündigung der Beschlüsse der Nationalversammlung über das Verfassungswerk, nach Andeutung des Rundschreibens vom 22. Oktober vorzuschreiten. Die Regierung erachtet sich zugleich verpflichtet, die einschlagenden Rechte des Königreichs Hannover, insbesondere die der hiesigen Landesvertretung, ausdrücklich vorzubehalten. Der Herr Bevollmächtigte wolle von dieser Erklärung, mittelst abschriftlicher Uebersendung der gegenwärtigen Eröffnung, das Reichsministerium amtlich in Kenntniß setzen, wolle aber damit im Namen der königlichen Regierung die bestimmte und aufrichtig gemeinte Versicherung verbinden, daß die Regierung das Zustandekommen des Verfassungswerks auf dem dazu betretenen Wege für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes unentbehrlich betrachtet und daß sie einer gleichen Ueberzeugung bei der in den nächsten Monaten zu versammelnden Landesvertretung im Voraus gewiß, in der vorbehaltenen Zustimmung der Regierungen ihrerseits nur eine unerläßliche Gewähr für den dauernden und segensreichen Bestand einer Schöpfung erblickt, bei deren Gründung die deutsche Nationalversammlung sich eine dankende Anerkennung des Vaterlandes für alle Zeiten zu sichern wissen wird. Hannover, 17. Dez. 1848. Königl. hannoversches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Graf v. Bennigsen.

*) In dem *** Artikel aus Leipzig (Nr. 9) zu Anfang ist zu lesen: Dr. Göschen und Adv. Klemm.

Hannover, 5. Jan. Der König hat der hiesigen „Morgenzeitung" zufolge nachstehendes Schreiben an den Stadtdirektor erlassen, wobei man sich erinnern wird, daß Sr. Majestät kein geborner Deutscher ist: „Herr Stadtdirektor! Es thut mir sehr leid, zu erfahren, daß eine Deputation der Bürgergarde soll hier gewesen sein am vorigen Montag, und ist nicht angenommen worden, welches ich erfuhr erst den Abend, sonst hätte ich Sie darüber gesprochen. Mir war gar keine Anfrage gemacht worden, ob und wann ich könnte sie sehen, so daß durch diese Versäumniß es gekommen ist. Und der Hofrath Dr. Holscher hätte vorher sollen angefragt haben. Dieses ist nicht geschehen, so wünsche ich, daß Sie den Herrn in meinem Namen eröffnen, wie leid es mir thut, daß durch diese Versäumniß des Dr. Holscher als Chef ich beraubt gewesen bin, eine Gelegenheit zu haben, den Herrn meinen Dank zu bezeugen für ihre Bemühungen und Eifer, Ordnung in der Stadt zu erhalten. Ich wünsche also, daß Sie dieses dem Corps in meinem Namen eröffnen, und bleibe Ihnen wohlgewogen. Hannover, 4. Januar 1849. Ernst August".

(Mannheim, 7. Jan. Nach langen Debatten und vielen Klagen in öffentlichen Blättern hat endlich die Regierung die Herausgabe der Waffen für die Bürgerwehr versprochen und zur vollständigen Organisation derselben wird dieser Tage zur Wahl des Obristen geschritten werden, wozu ganz bestimmt ein wirklicher aktiver Offizier gewählt werden wird. — Auch eine Bürgermeisterwahl steht nächstens bevor, an die Stelle des bisherigen Bürgermeisters Jolly, welcher jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach abermals gewählt wird. — Der bisherige Präsident des Volksvereins, Florian Mördes, ist von der Präsidentschaft abgetreten; man warf ihm Gesinnungswechsel vor, da er bei der letzten Nummer des „Zuschauers" seinen Lesern erklärte, er nehme Abschied von seinen Lesern, da die Macht in den Händen der Fürsten sei; er glaube, daß es jetzt für das Volk am besten sei, sich zu beugen und von der Zukunft zu erwarten, was die Gegenwart nicht biete rc. In der am selben Tage abgehaltenen Versammlung im Volksverein, wo auch Abg. Vogt und noch mehrere Abgeordnete der Linken zugegen waren, forderte er zum wirklichen, energischen Auftreten auf und machte den Männern aus der Paulskirche, welche im Sinne seines Abschieds im Zuschauer sprachen, Vorwürfe über ihre Lauheit u. dergl. — Der „Deutsche Zuschauer" ging abermals in des Buchhänders Hoff Hände über, wird jedoch erst wieder vom 1. April an erscheinen. — So viel man uns mittheilt, soll Frau von Struve aus ihrer Haft entlassen sein und demnächst hier eintreffen. Doch bedarf dieses Gerücht noch der Bestätigung. — Ein Kriegsministerialerlaß bringt die Veränderungen in der Uniformirung unserer Truppen. Anerkennungswerth ist das Streben, durch die größtmöglichste Einfachheit der Staatskasse große Ausgaben zu ersparen, und die Anschaffungen zu erleichtern. Bei allen 3 Waffen sind die Waffenröcke eingeführt. Alle Veränderungen treten jedoch erst bei neuen Anschaffungen in Wirksamkeit, was bis zur vollständigen Durchführung bei der Mannschaft immerhin gegen zwei Jahre dauern kann.

Kassel, 7. Januar. Ueber den Wahlgesetzkampf kann ich noch kein entscheidendes Resultat berichten. Das neue Wahlgesetz unterscheidet sich von dem früheren hauptsächlich dadurch, daß sämmtliche Standesvorrechte in Betreff der Landesvertretung beseitigt sind, alle Deputirten direkt, und zwar zu einem Drittel von den Landgemeinden, zum zweiten Drittel von den Stadtgemeinden und zum letzten Drittel von den Höchstbesteuerten des Gewerbsstandes und der Ackerbautreibenden gewählt werden, und daß die aktive und passive Wahlberechtigung, wenn auch nicht jedem volljährigen Manne übertragen, doch sehr bedeutend erweitert ist. Der Ausschuß des jetzigen Landtages hat sich mit 5 gegen 4 Stimmen, hauptsächlich aus praktischen Gründen, für die definitive Annahme des Entwurfs entschieden, während ein Minoritäts-Gutachten, das den Deputirten Bayrhoffer zum Verfasser hat, die Verwerfung des Gesetzes, als mit den Principien der Zeit im Widerspruche stehend, beantragt. Die Minderheit vermißt vorzüglich die konsequente Durchführung des Grundsatzes der politisch gleichberechtigten Persönlichkeit jedes

volljährigen Mannes, den sie für das oberste Prinzip der wahren Demokratie, im Gegensatze zu jeder Aristokratie, hält. Bei der Berathung und Abstimmung wurde §. 1 des Entwurfs, welcher die Standesvorrechte beseitigte, mit der erforderlichen Stimmenmehrheit angenommen, der §. 2 dagegen, welcher die eigentliche neue Schöpfung enthält, mit einfacher Majorität verworfen. Es wurde dieser letztere Umstand durch die unnatürliche Verbindung der äußersten Linken mit der äußersten Rechten, den ritterschaftlichen und sonstigen Deputirten, möglich, eine Vereinigung, die jeden unparteiischen Zuhörer mit Indignation erfüllen mußte. Die Zwecke der äußersten Linken sind klar und finden in dem politischen Glaubensbekenntnisse derselben ihre Anhaltungspunkte; die Absichten der äußersten Rechten liegen im Verborgenen und sollen auf Einführung des Zweikammersystems gerichtet sein; ob man vielleicht auch durch die Verwerfung des Wahlgesetzes einen Ministerwechsel herbeizuführen gehofft hat, steht dahin, jedenfalls findet diese Vermuthung hier viele Anhänger. Durch eine geschickte Taktik der gemäßigten Partei ist die Revision und geheime Abstimmung über das Wahlgesetz ausgesetzt, um zuvor die Stimmen des Landes zu hören. In dieser Lage befindet sich der Gegenstand noch jetzt, täglich laufen Adressen aus allen Theilen des Landes an die Ständeversammlung ein, welche sich theils gegen, theils, und zwar in überwiegender Mehrheit, für die Annahme aussprechen; sämmtlich aber drücken sie ohne irgend eine Ausnahme ihr unbedingtes Vertrauen zu dem jetzigen Ministerium aus.

In einer der letzten Sitzungen des Landtags hat der Abgeordnete Oetker unter ausführlicher Begründung zwei Anträge von der höchsten Bedeutung an die Kammer gestellt, deren ersterer darauf gerichtet ist, die Staatsregierung um eine Vorlage über die Feststellung und Beschränkung des Widerspruchsrechts der Regierung in der Gesetzgebung zu ersuchen; während der zweite dahin geht, die Regierung zur Vorlage eines ausführlichen Gesetzes über die Stellung und Verantwortlichkeit der Minister zu veranlassen. Beide Anträge wurden in Erwägung gezogen und einem Ausschusse zur Berichterstattung überwiesen. In der letzten Sitzung vom 5. Januar kam namentlich die Frage über das deutsche Reichsoberhaupt auf Veranlassung des Vicepräsidenten Nebelthau zur Sprache. Herr Nebelthau hatte den Antrag gestellt, die Ständeversammlung möge folgende Erklärung zu Protokoll niederlegen: „Da die historische Bedeutung und das Ziel der Gegenwart darin gefunden werden muß, Deutschland einig groß und mächtig herzustellen; da ferner die Frage vom Reichsoberhaupte in jeder dieser Beziehungen als die entscheidende anzusehen ist; da endlich die gedeihliche Lösung der hochwichtigen Frage von der größtmöglichen Uebereinstimmung aller deutschen Stämme abhängt, — erachtet sich die kurhessische Ständeversammlung berufen und verpflichtet, ihre Ansicht dahin kund zu geben, daß die erforderliche Würde und Macht der Reichsgewalt und die innere Wohlfahrt Deutschlands nicht anders gewahrt werden kann, als indem alsbald der König von Preußen als Reichsoberhaupt an Deutschlands Spitze tritt." Der Antrag wurde alsbald in Erwägung gezogen, von dem Antragsteller begründet, berathen und mit dem Zusatzantrage des Abgeordneten v. Sybel: „sie macht diesen Beschluß der hohen Staatsregierung mit dem Ersuchen bekannt, denselben sich anzueignen und ihn sowohl den übrigen deutschen Regierungen mitzutheilen, als auch ihren Bevollmächtigten bei der provisorischen deutschen Centralgewalt in Gemäßheit desselben zu instruiren" mit 34 gegen 8 Stimmen angenommen. Mögten alle Ständekammern dem Beispiele der kurhessischen folgen und mögten vor Allem die deutschen Regierungen erkennen, daß es in dieser wichtigen Frage vom deutschen Reichsoberhaupte nur drei Möglichkeiten giebt: ein zweiter Bundestag, die Würde des Reichsoberhauptes erblich mit der Krone Preußen verbunden und — Republik. Ein einiges, starkes und nach Außen kräftiges Deutschland ist nur denkbar, wenn man sich der zweiten Alternative zuwendet, und nur unter dieser Voraussetzung wird die österreichische Frage eine gedeihliche Lösung finden können; hiernach mögen Sie beurtheilen, wie man hier von dem v. Gagern'schen Programm denkt.

*** **Oldenburg**, 6. Jan. Der gestrige Tag hat für unser Großherzogthum eine wichtige Entscheidung gebracht, die ohne Zweifel von weitgreifenden und bedenklichen Folgen sein wird. Bekanntlich waren Landtag und Regent bei uns über die Frage der Civilliste in Zwiespalt gerathen. Die — nach dem Urtheile des Landes zu hohe Forderung des letztern (180,000 Thlr.) hatte einen Beschluß des Landtags hervorgerufen, in welchem die Civilliste auf 100,000 Thlr. für den regierenden Großherzog und 15,000 Thlr. für den Erbgroßherzog bestimmt wurde. In Folge dieses Beschlusses, welcher bei Hofe die höchste Erbitterung erregt hatte, ist nun gestern dem Landtag ein — von keinem Minister gegengezeichneter Erlaß des Großherzogs zugegangen, welcher in der Hauptstadt die größte Aufregung hervorgerufen hat und dieselbe in wenigen Tagen über das ganze Land verbreiten wird. Der Großherzog nimmt in dieser Erklärung seine früheren in Betreff der Civilliste und Domänen gegebenen Zusicherungen zurück. Er erklärt, daß sein Vertrauen vom Landtage „getäuscht", seine bisherige Nachgiebigkeit von demselben mißbraucht worden. Er macht dem Landtage die heftigsten Vorwürfe darüber, daß derselbe „ein so geringes Maß sorgfältiger Prüfung der betreffenden rechtlichen und geschichtlichen Verhältnisse des Landes und des Fürstenhauses" angewendet, und daß er „durch gänzliche Entstellung der Verhältnisse die Meinung des Landes irre geleitet und zu dem Wahn geführt habe, daß das Land dem Fürsten eine Konzession mache, statt daß Wir demselben einen Wunsch (die Verwandlung der Domänen in Staatsgut) gewähren." In dem durchaus bedrohend und streng zurechtweisenden Erlasse wird dann ferner behauptet: „Die Domänen und selbst die Regalien" seien ursprünglich und rechtlich unbestrittenes Familieneigenthum des Regentenhauses. Der Großherzog habe „als Chef der jüngern Linie des Schleswig-Holstein-Gottorp'schen Hauses und als Chef des großherzoglichen Spezialhauses die Pflicht jeder die Rechte beider kränkenden Vereinbarung seine Zustimmung zu versagen." Es wird dem Landtage indirekt vorgeworfen, daß derselbe mit jenem seinem Beschlusse über die Civilliste sich den „wühlerischen" Bestrebungen Derer anschließe, welche durch die allmälige „Erniedrigung der Landesfürsten" „offenbar nur einer oder mehreren Republiken in Deutschland den Weg bahnen wollen." Der Großherzog bricht in diesem Erlasse offen mit den Vertretern des Landes. Er nimmt seine Zusicherung: die Domänen gegen eine Civilliste dem Lande zu überlassen, zurück, und beansprucht nun, um noch einen letzten Weg gütlicher Verständigung anzubahnen, einen Antheil an dem Domänialgrundvermögen zu dem Reinertrage von 170,000 Rthlr. als Familienfideikommiß, welches für alle Fälle, also auch für den einer einst möglichen Mediatisirung, Eigenthum der fürstlichen Familie bleiben soll. Auf dieses Grundvermögen und seinen Ertrag soll dann freilich von Seiten des Regenten alles für das Fürstenhaus Nöthige an Apanagen der Prinzen und Prinzessinnen, Witthümern, Aussteuern, Hofpensionen, Baukosten u. s. w. übernommen werden, so daß das Land auch keinen Thaler mehr außer jener Summe für das Fürstenhaus speziell zu zahlen habe. Allein selbst das Organ der gemäßigten ministeriellen Ansicht, die „Neuen Blätter" findet es „unausführbar", ein so bedeutendes Grundvermögen der staatswirthschaftlichen Benutzung zu entziehen und einer bloßen Hofverwaltung zu überlassen, die nach den Erfahrungen der Gegenwart und Zukunft so wenig Garantieen bietet. Sie sehen, die Dinge sind bei uns plötzlich zu einem Aeußersten gekommen. Der Landtag — der den Erlaß in würdigster Haltung entgegen nahm — ist einstimmig entschlossen, auf diesen Erlaß und seine Forderungen nicht einzugehen. Er hat sofort den letzteren in mehreren tausend Exemplaren auf Kosten einer in der Versammlung eröffneten Subscription drucken und im ganzen Lande vertheilen lassen. Eine Kommission, bestehend aus den Abgeordneten v. Thünen, Dannenberg, Müller, Wiebel II. und Bergmann ist ernannt, welche mit dem Ministerium, das in seiner neutralen Stellung in dieser Frage entschieden mit dem Landtage geht, nach Anhörung der verschiedenen Ausschußgutachten die Verhandlungen eröffnen soll. Inzwischen beginnt die Agitation in Stadt und Land durch Presse und Vereine. Man bezeichnet den Erlaß, der den Großherzog leider in eine ganz isolirte Stellung bringt, als das Werk einer Kamarilla, deren Einfluß selbst der abwehrende Rath unseres vom Großherzoge hierher berufenen Frankfurter Gesandten, Obersten Mosle, nicht zu besiegen im Stande war. Der Landtag ist entschlossen, den Boden des Rechts streng einzuhalten. Ob man bis zu einer „Auflösung" desselben vorschreiten wird, bezweifle ich. Das Weitere nächstens.

Großbritannien.

* **London**, 5. Jan. Mit dem Beginn des neuen Jahres beeilten sich die englischen Zeitungen sofort, Rückübersichten über das Epochenjahr 1818 („annus mirabilis“, wie es „Galignani's Messenger“ nennt) zu bringen. Auf einige der bezeichnendsten Aeußerungen hier zurückzukommen, wird, glauben wir, nicht ohne Interesse sein. Der „Spectator“ beginnt seine Betrachtung mit den Worten: „Mit dem Jahre 1848 schloß eins der wunderbarsten Jahre in den Weltannalen, und das Jahr 1849, das ihm folgt, wird kein gewöhnliches sein; 1848 war kein Jahr der Abschlüsse; Alles in Europa war wie von Ketten und Banden los, nichts ist gesichtet und geschlichtet worden; dem Jahre 1849 hat man die Mühe überlassen, in Ordnung zu bringen — was und so vie es kann.“ Der Spectator wirft nun einen Rückblick auf die einheimischen Verhältnisse und findet, daß es da noch ganz leidlich gegangen sei; das Jahr habe mit Königin Viktoria begonnen und mit derselben höchst vortrefflichen Majestät geschlossen; sie brauche sich den Kopf nicht darüber zu zerbrechen, welche Aussichten Prinz Eduard auf die Nachfolge oder Nichtnachfolge habe. Prinz Albert fahre ruhig fort, kleine liebliche Kandidaten für die Thronfolge in's Kirchenbuch einschreiben zu lassen, den Vorsitz im Komite für Beförderung der Künste zu führen und andere solche Jahrespflichten mit der Geduld eines Mannes auszuüben, der einem langen und ruhigen Leben entgegensehe. So schließe das Jahr 1848 für England selbst mit geringerer Gährung, als womit es angefangen, obschon man nicht zu fürchten brauche, daß das Jahr 1849 ein schläfriges, langweiliges Jahr sein werde. Vergangenen Januar sei die Volkscharte noch ein lebendes, wesenhaftes Ding, die chartistische Riesenpetition ein ungeborner Riese gewesen; die Riesenpetition habe sich als eine monströse, von ihren Aeltern absichtlich verleugnete Fehlgeburt gezeigt, und die Volkscharte sei am 10. April von den eigenen Freunden mit Füßen getreten und zum Krüppel verstümmelt worden. Das Jahr sei zu Ende, und der Kohlgarten der Wittwe Cormack (wo die zusammengeraffte Truppe des Hrn. Smith O'Brien durch wenige Flintenschüsse auseinandergesprengt wurde) sei das einzige Schlachtfeld der großen irischen Konföderation geblieben.“

Der „Examiner“ sagt in seiner Uebersicht unter Anderm: „Was die höheren Klassen der festländischen Gesellschaft betrifft, so waren sie, vom Träger einer Krone bis zum Träger eines bloßen Ritterhelms, noch nie von einem so starken panischen Schrecken erfaßt. Aber auch die Proletarier haben keinen Grund, zufriedener zu sein. Selbst da, wo sie sich in den Besitz einer unbeschränkten Macht setzten, machten sie von derselben einen so närrischen Gebrauch, indem sie dieselbe nicht der Fürsorge der mittlern und aufgeklärten Klassen anvertrauten, daß ihre Herrschaft endete, in den Staub zertreten in Paris und Wien und in die tiefste Verachtung gerathen in Berlin.“ Der Schluß dieser Betrachtung ist merkwürdig genug. Die Deutschen werden darin die beklagenswerthesten Opfer des Jahres 1848 genannt. Während die Franzosen achselzuckend bekennen würden, daß eine Revolution, die man für nichts und wieder nichts gemacht, auch unbeklagt dahin fahren möge, während das italienische Volk, von jeher der Schmerzenreich und Leidträger der mächtigeren und minder verfeinerten Nachbarn gewesen, und nichts weiter zu thun brauchte, als sein Trauerkleid wieder anzuziehen und seinen Bettelstab wieder in die Hand zu nehmen, während dem hätten die Deutschen einer Revolution bedurft und das Recht zu einer Revolution gehabt, und würden sich auch wahrscheinlich nicht gefallen lassen, daß man sie darum betrüge. Die Schlußworte des Artikels lauten: „Blicken wir auf die Pariser mit Neugier und auf die Italiener mit Theilnahme, so blicken wir auf die tiefsinnende Stirn des Deutschen mit Gefühlen von Hoffnung, Schreck und Ehrfurcht. Er ist ein Verwandter von uns, dieser Deutsche. Wir wünschen ihn frei, und wir glauben nicht, daß er, der Freiheit und Civilisation beraubt, der einzige Pariah in Europa bleiben wird.“

Die Uebersicht der „Times“ ist, wenn man will, in deren besserm Style geschrieben, in jener charakteristischen Keilschrift, wodurch sich ihre Redaktionsartikel auf den ersten Blick von gewissen Artikeln aus der Fremde unterscheiden, die im weit nachrauschenden Schleppkleide breitgetretener, docirender Perioden etwas pedantisch einherschreiten, vielleicht auch hier und da eine banale diplomatische Wendung zu machen suchen, während die Times im Allgemeinen es liebt, in kurzen, gedrungenen, epigrammatisch schlagfertigen und oft selbst grobkörnigen Sätzen zu schreiben. Die Uebersicht beginnt mit der Aufzählung der Symptome, welche das nahende politische Erdbeben verkündeten, und geht z. B: in Betreff Frankreichs auf die bekannten skandalösen Geschichten zurück, auf den Selbstmord Bresson's, den Wahnsinn Mortiers, die Tragödie Praslin's, den Bestechungsprozeß Teste's. Sodann verfolgt diese Uebersicht die Verzweigungen der Revolution, wie der ihr hart auf dem Fuße folgenden Reaktion durch ganz Europa. Es sind freilich mehr nur die äußerlichen Erscheinungen an einander gereiht, nach einer tiefern Auffassung wird man in dieser Uebersicht vergebens suchen. Dabei ist Manches in einander gemengt, manches wichtige Moment vergessen, manches Mittelglied übergangen, die psychologischen Motive fast überall verschwiegen. Die süddeutsche Bewegung, aus welcher eigentlich das Frankfurter Parlament hervorging, die badischen Volksversammlungen, die Heidelberger Beschlüsse werden im Einzelnen gar nicht der Erwähnung werth erachtet, es heißt nur: die deutschen Staaten hätten sich im Allgemeinen im Revolutionszustande befunden; dagegen wird die deutsche Einheit mit einer Wasserblase verglichen, die man in Frankfurt habe aufsteigen lassen. „Man hatte nun“, heißt es, „ein Parlament, eine Verfassung, einen Reichsverweser, eine Reichsregierung — lauter wesenlose Trugbilder.“ Der Krieg gegen Dänemark wird ein Krieg der Racen, der Prinzipien und der Eroberung genannt. Das Kapitel über die Revolution schließt mit den Worten: „die Revolution hat sich fast überall durch beispiellos gräßliche Verbrechen geschändet; Wien, Prag, Frankfurt, Ofen, Rom besudelten sich mit den schändlichsten Meuchelmorden.“ In dem darauf folgenden Abschnitt über die später mit gleich reißender Schnelligkeit eingetretene Reaktion heißt eine Stelle wie folgt: „Jellacic und Windischgrätz führten gegen die Wiener Meuchelmörder die nicht deutschen Unterthanen des Reichs und brachten mit Hilfe der Waffen von Barbaren die Menschlichkeit wieder zu Recht. (!) — Alle neuen repräsentativen Körper kamen um ihre Geltung. Die Senate von Wien und Berlin wurden aus den Hauptstädten verbannt, die Weisen von Frankfurt, die ohnehin mit unübersteiglichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, mußten erleben, wie eins ihrer Mitglieder von den kaiserlichen Eroberern Wiens wegen Hochverraths erschossen wurde.“ Gelegentlich wird die Palmerston'sche Interventionssucht scharf gegeißelt. Es heißt unter andern: „Was die britische Vermittelung betrifft, so hat sie zwar kein Blut gekostet, aber auch in dieser Krisis des Ruhms und der Schande keine Lorbeern eingeärndet. Nachhinkend in der Schweiz, verlegen gemacht in Sicilien, lächerlich geworden in Norditalien und mit Schmach bedeckt in Spanien, ohne Aussicht die Sache wieder gut oder rückgängig zu machen, ist sie bei der gegenwärtigen Lage der europäischen Angelegenheiten gerade kein sehr machtgebietendes Element.“ Dem neuen Präsidenten Frankreichs werden die friedlichsten Gesinnungen untergeschoben; hierzu nöthige ihn schon eine Mehrausgabe, welche um 20 Millionen Pfd. (?) die Einnahmen vom vergangenen Jahr übersteige. „Krieg ist Bankerott und Bankerott ist Revolution,“ setzt die Times hinzu. Im Ganzen von größerem Werth ist wohl eine ähnliche Uebersicht über die Finanz- und Geldverhältnisse des vergangenen Jahrs. Es wird darin bemerkt, daß Oesterreich bereits 8 Millionen, Frankreich einen gleichen Betrag bedürfe, und daß Preußen, Dänemark und die italienischen Staaten in gleicher Lage seien. Der Weltfrieden beruhe nun hauptsächlich darauf, daß die kontinentalen Staaten auf dem englischen Markte kein Geld erhalten würden. An einer andern Stelle wird auf die geringen Schwankungen, welche die Konsols im Laufe des vergangenen Jahres erlitten, als auf einen Beweis für die finanzielle Unabhängigkeit Englands hingewiesen. Im Januar 1848 hätten die Konsols auf 85 gestanden und wären dann allmälig bis auf 90 heraufgeschlichen. In Folge der französischen Revolution seien sie zwar sofort fast um 10 gefallen, aber der Schreck sei ein verzeihlicher und bloß augenblicklicher gewesen, und sehr bald hätten sie wieder eine steigende Bewegung angenommen. (Sie stehen jetzt wieder auf 89). Schließlich wird darauf hingewiesen, welche ungeheure Veränderungen sich im Geldsysteme ergeben müßten, wenn die Nachrichten über die entdeckte Goldregion in Kalifornien sich in vollem Umfange bestätigten.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Herr v. Radowitz. Die Linke und das Gagern'sche Programm. Sonderbarer Einfall.) Wien (Die Lage der Dinge in Ungarn. Contributionen. Telegraphische Verbindung mit Pesth. Protestantische Kirche. Finanzlage der Stadt Wien. Die Cholera.) Innsbruck (Die Walschtiroler.) Berlin (Hr. Fischer Militärgouverneur des preußischen Thronerben. Zolltarif. Verhaftungen. Hr. v. Manteuffel. Schrift des Hrn. v. Bülow. Hr. v. Seld.) Posen (Die Demarkation. Congreß der polnischen Liga.) Dresden (Drohende Gerüchte.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen über den Zolltarif. Antrag über die Oberhauptsfrage.) Kiel (Erkenntniß.) Hadersleben (Fanatischer Nationalhaß.)

Frankreich. Paris (Interpellation wegen der verschwundenen Aktenstücke. Erklärung des Ministers Maleville. Brief des Präsidenten.)

Spanien. Madrid (Abenteuer der Königin.)

Italien. Aus Oberitalien (Rüstungen zum Kriege.) Rom (Corsini tritt aus der Giunta. Dekret über die Constituante.) Aus Mittelitalien (Finanzverlegenheit. Pläne des Ministeriums. Seine Schreibseligkeit.)

Schweiz. Bern (Die Thätigkeit des Bundesraths.) Tessin (Mazzini.) Waadt (Bischof Marilley.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 10. Januar.)

Deutschland.

× **Frankfurt**, 10. Jan. Erlauben Sie Jemandem, welcher nicht zu den politischen Freunden des Hrn. v. Radowitz gehört, aber den Mann persönlich hochschätzt, die Bemerkung, daß der gestrige Artikel über Hrn. v. Radowitz nicht von ihm selbst herrührt *).

┼* **Frankfurt**, 10. Jan. Wir vernehmen so eben, daß die Rücksicht, welche mehrere Abgeordnete aus den linken Fraktionen in der österreichischen Frage auf die sich immer stärker kundgebende Volksstimme nehmen wollen, zu heftigen Diskussionen, namentlich in der Westendhall, Veranlassung gegeben hat. Schon sprechen auch mehrere Organe der Demokratie für die deutsche Einheit im Sinne Gagerns. Da das Ministerium vor Beginn der Berathung die österreichische Frage noch ausdrücklich für eine Kabinetsfrage erklären will, so wird von Seiten des deutschen Hofes ein Antrag vorbereitet, welcher dahin strebt, dieses zu vereiteln.

† **Frankfurt**, 10. Jan. Die Oberpostamtszeitung enthält in ihrer gestrigen Nummer ein Schreiben aus Berlin a. M., welches sehr an den namenlosen Verfasser des „Wirrsaales" erinnert, eines Schriftchens, das in ganzen Ballen an verschiedene Zeitungen als Beilage versandt worden und ebenfalls die Lehre predigt, daß Preußen sich scheuen müsse, für die deutsche Einheit ohne „Vereinbarung" mit Oesterreich zu wirken, welches doch einmal den ersten Rang auch im neugestalteten Deutschland einzunehmen habe. Der erwähnte Artikel versichert nun, aus guter Quelle zu wissen, daß Preußen zwar mit Einwilligung Oesterreichs die Leitung der materiellen und militärischen Angelegenheiten Deutschlands übernehmen dürfte, aber nur unter der Voraussetzung (man höre!), daß Oesterreich der höhere politische Einfluß, somit der erste Rang und die damit verbundenen Ehrenauszeichnungen nicht entzogen würden! Und diesen sinnreichen Einfall wünscht der Verfasser mit großen Buchstaben abgedruckt zu sehen! Die O. P. Z. druckte ihn nur mit gewöhnlichen Buchstaben ab. Vielleicht wäre die ganz kleine Schrift, welche man in England Fools-cap nennt, für jenen wirrseligen Artikel die passendste gewesen.

Wien, 4. Jan. Fürst Windisch-Grätz hat zur Sühnung des an einigen 50 gefangenen Kroaten verübten Mordes in Güns für das ganze Eisenburger Komitat eine Kontribution ausschreiben lassen, durch deren Ertrag die Witwen und Waisen der armen Opfer lebenslänglich versorgt werden sollen. Unter den Gutsbesitzern, die fast alle Anhänger Kossuth's sind, herrscht jetzt die größte Bestürzung, da Leben und Habe auf dem Spiele steht. (Brsl. Z.)

Wien, 4. Jan. Mit dem Vorrücken der kaiserl. Truppen reichen unsre Postverbindungen mit Ungarn immer weiter, und unsre Nachrichten über Pesth werden zuverlässiger. Es ist nun gewiß, daß Deak im Repräsentantenhause mit Entschiedenheit gegen die Politik Kossuth's aufgetreten ist. Die Wirkung seiner Rede soll den großen Agitator so darniedergeschmettert haben, daß man ihn ohnmächtig aus dem Saale wegtragen mußte. Ebenso gewiß ist es, daß sich der größte Theil der Pesther Bevölkerung von Kossuth abwendet und zu Deak's Partei übertritt. Kossuth mit vielen Magnaten soll sich nach Komorn geflüchtet haben (nach andern Berichten nach Debreczin). Deak dürfte aber der Mann sein, auf den das österreichische Ministerium bei der Umgestaltung Ungarns vorzüglich sein Augenmerk richtete. Deak ist der Aristides der Magyaren; sein Stern konnte für einige Zeit erbleichen, so lange der Feuereifer Kossuth's alle Gemüther in Brand steckte, aber sobald diese Sonne sich verdunkelt, blicken wieder Tausende auf den funkelnden Schein des zweiten Planeten. Das Ministerium sucht und braucht einen Mann, dem es eine Stellung im Kabinet anweisen könnte, wie sie Baron Kulmer inne hat. Es braucht einen Mann, der Ungarn kennt und der von den Ungarn gekannt ist. Deak hat seit seinem ersten Auftreten auf den Reichstagen in Preßburg sich die Achtung aller Parteien und die Bewunderung seines Landes erworben. Er hat das Talent zu organisiren, wenn Kossuth Meister im Zerstören ist, er überzeugt, wenn Kossuth's Leidenschaftlichkeit fortreißt. Ob aber Deak's magyarische Ueberzeugung ihm gestattet, bei der Vereinigung Ungarns mit Oesterreich thätig zu sein, und ob er den Muth hat, selbst für den Fall, daß seine Ansichten denen des Ministeriums begegneten, dem festgewurzelten partikularistischen Stolze seiner Landsleute so entschieden entgegenzutreten, das ist eine Frage, die wir zu lösen nicht im Stande sind, nachdem in den letzten Monaten alle Parteien durch Kossuth so sehr niedergehalten wurden, daß wir von ihren Ansichten und ihrer Wirksamkeit so viel wie nichts erfuhren. Dennoch aber möchte es uns bedünken, als ob kein Ungar, der bis jetzt eine hervorragende Rolle in seinem Vaterlande spielte, sich dazu hergeben wird, im Dienste des österreichischen Kabinets zu wirken. (Allg. Z.)

Ueber den gleichen Gegenstand der künftigen Gestaltung Ungarns schreibt man der D. Allg. Z.: Wie groß auch die Schwierigkeiten zur Reorganisation des Landes erscheinen, eins ist unzweifelhaft, die Bewährung des französischen Sprüchworts: **Les battus payent l'amende.** Dahin zielte auch vorzüglich ein Passus in den letzten „Kriegsnachrichten," in welchen der hohe Adel des Landes besonders compromitirt dargestellt wird, und auch mit mehren ansehnlichen der Sequestrirung zugewiesenen Herrschaften ein Anfang gemacht wird. Es ist gewiß sehr bemerkenswerth, daß die unter Kaiser Franz langjähriger Regierung so sehr auf Unkosten der übrigen Stände Bevorrechteten, der Adel und die Geistlichkeit, gerade es waren, welche der Regierung das Meiste zu schaffen gemacht in Galizien, Italien und Ungarn. Wahrscheinlich wird Deak, der von beiden Seiten hohe Achtung genießt, die schwierige Vermittlungsrolle übernehmen; Erzherzog Stephan ist keinesfalls mehr möglich.

* **Wien**, 5. Jan. Man beabsichtigt die Anlegung eines elektromagnetischen Telegraphen zwischen Wien und Pesth, sobald letzteres von den k. k. Truppen besetzt sein wird, wobei die Eisenbahnen am linken Donauufer benützt werden sollen. Uebermorgen findet die Einweihung der neuen protestantischen Kirche in der Vorstadt Gumpendorf statt. In dem Einladungsprogramm an die Mitglieder wird der Umstand hervorgehoben, daß die Bekenner der evangelischen Lehre sich nun in einer Kirche mit offenem Eingang versammeln dürfen. Bekanntlich war seit Kaiser Josephs Tode die religiöse Toleranz in Oesterreich so wenig vorgeschritten, daß die Evangelischen beider Konfessionen sich in Wien auf enge Bethäuser beschränken mußten, zu denen der Eingang nur vom Hofraum aus verstattet war. Auch mußten sie sich bisher der Glocken enthalten. Das Deficit der Stadt Wien stellt sich beinahe auf 1½ Millionen heraus; dennoch ist man von projektirten neuen städtischen Steuern und Zuschlägen abgekommen. Man sieht der Einnahme Buda-Pesths stündlich entgegen. Die Cholera hat sich in Wien unverkennbar gezeigt. Man schreibt der Allg. Z.: Wir haben elf Choleraleichen! Es ist unwidersprechlich die asiatische Brechruhr und alle Fälle verliefen äußerst vehement und tödtlich, übrigens ausschließlich im Militärspitale, im Civil ist noch kein Fall vorgekommen, selbst nicht in der Gegend des Militärspitals. Es ist daher zu vermuthen, daß Erkältung und derlei Ursachen die Veranlassung gewesen sind; kein Wunder bei dem angestrengten Wachtdienste der Truppen bei 11 bis 13 Grad Kälte, die wir jetzt täglich haben. Uebrigens haben die Behörden alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen: die schon im Sommer, als die Cholera noch an den Grenzen wüthete, organisirte außeror-

*) Ist von uns auch keineswegs behauptet. Uns lag nur ob, anzudeuten, daß jenes Urtheil über die Stellung des ausgezeichneten und auch von uns persönlich hochgeehrten Staatsmannes nicht ohne Weiteres als das unsrige anzusehen sei, sondern als ein Plaidoyer von Freundeshand. Und das wird Niemand leugnen wollen. Die Red.

tentliche Sanitätskommission ist einberufen worden und Nothspitäler werden errichtet. Uebrigens, wie gesagt, nimmt man die Sache zwar so ernst als nöthig, ohne jedoch große Besorgniß zu haben, da während der strengen Kälte bekanntlich die Cholera nirgend heftig aufgetreten ist.

Aus Innsbruck erzählt das constitutionelle Blatt von Böhmen, die Wälschtiroler hätten sich der ständischen Deputation nicht angeschlossen, welche zur Begrüßung des jungen Kaisers nach Ollmütz gehen soll, vielmehr auf eigene Faust eine Deputation dahin gesandt. — In Trient circulire ferner eine Adresse an das Ministerium, welche die Bitte um sofortige Entfernung sämmtlicher nicht italienischer Beamten enthalte. Sogar von den Kanzeln herab werde die Trennung gepredigt. Dazu kommt, daß nach den neuesten Nachrichten von den zum Kaiserjägerregiment jüngst gestellten wälschtiroler Recruten 41 in Folge Aufwiegelung von Seite der Wälschgesinnten desertirt sind.

⅟ **Berlin**, 8. Jan. Der bisherige Militärgouverneur des Prinzen Friedrich Wilhelm, Generalmajor v. Unruh, ist wegen anhaltender Kränklichkeit als Generallieutenant pensionirt und statt seiner der Oberstlieutenant Fischer zu dem wichtigen Amte berufen, dem 17jährigen Throneiben Preußens fortan zur Seite zu stehen. Je wichtiger in diesem Augenblicke die Beziehungen Preußens zu Deutschland sind, desto erfreulicher ist es, daß dieser Posten einem Manne anvertraut wird, der wie der Oberstlieutenant Fischer während mehrerer Monate in Frankfurt Gelegenheit hatte, sich mit den dort herrschenden Stimmungen und Wünschen bekannt zu machen. Ueberdieß steht der Genannte in dem Rufe eines kenntnißreichen und umsichtigen, in keinerlei Standesvorurtheilen befangenen Offiziers.

Lith. Korr. **Berlin**, 8. Jan. Viel Aufsehen macht die gestern erfolgte Verhaftung des Justizkommissär Streber. Wie uns versichert wird, ist der Grund seiner Verhaftung kein politischer. Wegen der Steuerverweigerung in Guben ist jetzt die Untersuchung förmlich eingeleitet. Das Kammergericht hat zur Feststellung des Thatbestandes einen der jüngeren Assesseren, Hrn. Hientzsch, dorthin kommittirt. Auch im Regierungsbezirk Bromberg ist bereits gerichtlich gegen die Vorgänge, die sich an den Beschluß der Nationalversammlung vom 15. Nov. v. J. geknüpft haben, eingeschritten. Die beiden Brüder des Abgeordneten von Czarnikau, Rektors Schmidt, sind wegen Verbreitung des Beschlusses und der Proklamation gefänglich eingezogen, jedoch nach fünfwöchentlicher Haft entlassen worden. Seit zwei Tagen hat Hr. v. Manteuffel das Hotel des Ministeriums des Innern bezogen. Von Hrn. v. Bülow, welcher sich fünf Jahre in den vereinigten Staaten Nordamerikas aufhielt und der eine Zeitlang Direktor der belgischen Kolonie St. Thomas gewesen ist, erscheint in diesen Tagen ein reichhaltiges Werk über Central-Amerika. Zu den thätigsten Agitatoren der konservativen Partei gehört der aus seiner frühern Wirksamkeit im Interesse der Mäßigkeitssache bekannte Baron v. Seld.

Börse. Die an heutiger Börse aufgegebene neue 5 pCt. Stadt-Anleihe, welche zu 97½ bis 97 pCt. verkauft wurde, drückte die Fonds und waren Staatsschuldscheine in Folge dessen auf 79¼ zurückgegangen. Freiw. Anleihe 101½—¼. — Auch Nordbahn-Actien blieben angeboten und gingen im Laufe der Börse von 37¾ auf ¼ zurück, wozu Geld blieb.

Berlin, 8. Jan. Der Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland, welcher von Abgeordneten des Handelsstandes aus den deutschen Seeplätzen und aus einigen Binnenstädten im Herbste vorigen Jahres in Frankfurt a. M. ausgearbeitet und der deutschen Reichsversammlung zur Berücksichtigung bei der Berathung des künftigen deutschen Zolltarifs überreicht worden ist, hat das Interesse des deutschen Handels- und Gewerbestandes in hohem Grade auf sich gezogen. Als Ausdruck der Ansichten, welche ein Theil des Handelsstandes über die Tarif-Fragen hegt, hat er auf dieses Interesse vollen Anspruch; dasselbe ist jedoch noch dadurch gesteigert worden, daß man von manchen Seiten vorausgesetzt hat, der Entwurf sei mehr als eine bloße Privatarbeit und dazu bestimmt, bei der Redaktion eines allgemeinen deutschen Tarifs zu Grunde gelegt zu werden. Diese Voraussetzung, welche bereits lebhafte Besorgnisse erweckt und dringende Reklamationen hervorgerufen hat, ist nicht begründet. Wie in diesem Entwurfe die Interessen eines Theils des Handelsstandes vertreten und als mit dem Gesammt-Interesse Deutschlands identisch dargestellt werden, so sind in anderen, ebenfalls nur von Privaten ausgehenden Vorlagen, von wesentlich anderen Standpunkten aus und in Verfechtung wesentlich verschiedener Interessen, ganz entgegengesetzte Vorschläge gemacht und zur Berücksichtigung empfohlen worden. Jener Entwurf, wie diese Vorschläge, sind für die Ausarbeitung eines neuen Tarifs ein schätzbares Material; auf die Bestimmungen des künftigen Tarifs kann aber weder aus jenem noch aus diesen ein Schluß gezogen werden. (Pr. St. A.)

⁑ **Posen**, 5. Jan. Es ist uns die bestimmte Nachricht zugegangen, daß das Reichsministerium die von dem Reichskommissarius General v. Schäffer gemachte Vorlage über die neue Abgrenzungslinie vollständig gebilligt habe. Da dies am 22. oder 23. Okt. bereits geschehen ist, so erwarteten wir, daß diese Angelegenheit mit anderen ebenfalls leicht zu erledigenden Gegenständen noch auf eine der Tagesordnungen der Nationalversammlung kommen würde, welche der österreichischen und der Oberhauptsfrage vorangehen. Unsere Hoffnung scheint uns zu täuschen, was um so schmerzlicher ist, als unsere Provinzialbehörden keinen Anstand nehmen, sich mit der Unkunde der letzten Abgrenzungslinie dafür zu entschuldigen, daß sie die Demarkation überhaupt noch ignorirten. Endlich ist der von den Polen so sehnlichst erwartete Kongreß der Liga zum 10. Jan. ausgeschrieben. Er wird 3 Meilen von Posen auf dem alterthümlichen Schlosse des Grafen Dzialynski in Kurnik stattfinden. Das organische Statut der Liga und die Wahl der neuen Centraldirektion wird Gegenstand der Berathung sein. Das Statut und eine Geschäftsordnung für die Generalversammlungen sind eben der Oeffentlichkeit übergeben worden. Das Statut enthält in XVII Titeln 102 Paragraphen und füllt einen engen Druckbogen. Der Titel I. handelt von den Zwecken der Liga und enthält vor Allem die Bestimmung: „Die Liga vertheidigt die nationalen Rechte und Freiheiten gegenüber der Regierung, der Landesvertretung und der öffentlichen Meinung im Lande und außerhalb des Landes.“ In ihrem Organismus nach Innen zerfällt sie in die posensche, preußische und schlesische. In wenigen Tagen werde ich Ihnen Nachrichten über die Verhandlungen des ersten Kongresses geben, welchen die Polen als ihre erste Nationalversammlung betrachten, und zu dem die großartigsten Vorbereitungen auf dem Schlosse Kurnik gemacht werden. Der Erzbischof von Gnesen und Posen, Przyluski, hat eben eine Bekanntmachung durch die Liga ergehen lassen, deren Ehrenpräses er ist, daß er durch ein Hochamt die Versammlung am Orte eröffnen werde.

Dresden, 7. Jan. Man macht uns darauf aufmerksam, daß an mehren Orten des Landes, namentlich in Leipzig, das Gerücht verbreitet worden sei und Eingang gefunden habe, als hätte unsere Regierung, von dem Ausfall der Wahlen erschreckt, Einleitung getroffen, um nöthigenfalls preußische Truppen einrücken lassen und Dresden in Belagerungszustand erklären zu können. Wir können aus der besten Quelle versichern, daß an alle Dem kein wahres Wort ist. Die Zustände in Sachsen sind Gott sei Dank der Art, daß man ihrer ruhigen, gesetz- und verfassungsmäßigen Entwicklung mit der vollkommensten Zuversicht entgegensehen kann. (D. Z.)

+ **Karlsruhe**, 9. Jan. Unsere zweite Ständekammer erledigte heute die auf der Tagesordnung befindlichen Kommissionsanträge über die Fortdauer des Vereinszolltarifs. Mit Einstimmigkeit wurden beide Anträge angenommen, sie gehen dahin: 1) „die großh. Regierung zu ersuchen, daß sie durch ihre Bevollmächtigten in Frankfurt die Interessen der deutschen Volksarbeit bei den bevorstehenden Verhandlungen in Zollsachen aufs Kräftigste vertreten lasse.“ 2) „dem provisorischen Gesetz vom 31. Okt. 1848, die Fortdauer des Vereinszolltarifs für die Jahre 1846—1848, sowie die denselben ergänzenden oder abändernden gesetzlichen Verfügungen betreffend, die Zustimmung der Kammern zu geben für die nächstfolgenden Jahre 1849 und 1850, falls in dieser Zeit nicht eine allgemeine deutsche Zollgesetzgebung ins Leben tritt.“ Hieraus wird man entnehmen, wie wenig Anklang die Prinzipien der Freihandelsmänner in Baden finden. Ebenso erhielt die Zustimmung der Kammer ein weiterer Antrag des Abgeordneten Blankenhorn, daß die Staatsregierung sich nachdrücklichst verwenden möge zur Abschaffung der in Preußen geltenden Ausgleichungssteuer auf süddeutschen Wein.

Am Schlusse der Sitzung erbat sich der Abg. Dennig das Wort, um für die nächste Sitzung einen Antrag wegen der bei

der Nationalversammlung obschwebenden Frage über das deutsche Reichsoberhaupt anzukündigen. Einige Mitglieder der äußersten Linken schien diese Ankündigung unangenehm zu berühren, sie wünschten eine Verschiebung bis nach der Debatte in Frankfurt (!!) Ich kann Sie im Voraus versichern, daß Deunig's Proposition die Mehrheit in der Volkskammer erhalten wird; sie soll dahin gehen, die Frage der Vereinbarung über das Verfassungswerk durch die Regierungen im Sinne des Vorparlaments und der bisherigen Ansicht in der Nationalversammlung zu erledigen. also ohne Vorbehalt der Regierungen; sodann auf der Wahl eines erblichen Reichsoberhauptes bestehen und sich gegen Trias und Turnus aufs entschiedenste verwahren. Die hierüber anberaumte Sitzung ist übermorgen.

Kiel, 5. Jan. Das Erkenntniß gegen die bei den kieler Militärunruhen gravirten Soldaten vom 5. Bataillon wurde heute in der Frühstunde publicirt. Von den 11 Betheiligten sind 10 mit Zuchthausstrafe belegt, darunter 3 mit 8jähriger, 6 mit 6jähriger, und einer erleidet eine 3jährige Festungsstrafe. Die zum Zuchthause Verurtheilten wurden sogleich mit dem Morgentrain nach Glückstadt abgeführt. Man darf aus diesem Urtheilsspruche den Schluß ziehen, daß die gemeinsame Regierung von ihrer früheren Ansicht, die älteren dänischen Militärstrafgesetze nicht mehr als geltend anzusehen, wieder abgegangen sei. (A.M.)

Hadersleben, 3. Jan. Die „Nordschlesw. Ztg." berichtet abermals einen Vorfall, der beweist, zu welchen Verbrechen der politische Fanatismus die dänisch Gesinnten zu verlocken vermag. Bei einem hiesigen allgemein geachteten Bürger wurde am gestrigen Abend um 11½ Uhr ein mit mehreren Pfunden Pulver und sonstigen brennbaren Materialien gefülltes Paket durchs Fenster geworfen. Das Paket explodirte, und wenn die Leute des Hauses nicht noch aufgewesen wären und das Feuer im Keime erstickt hätten, würde das Haus sicher ein Raub der Flammen geworden sein. Deutschgesinnte Jäger warfen dagegen einem Dänen die Fenster ein.

Frankreich.

* **Paris**, 7. Jan. Aus den Mittheilungen, die Herr Sarrut in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung machte, geht hervor, daß es sich nicht, wie man bisher geglaubt hat, in dem Streit zwischen dem Präsidenten und Herrn von Maleville um die Aktenstücke betreffs der Straßburger oder Boulogner Expedition handelte, sondern um eine dritte Verschwörung, die im Jahre 1839, gerade als sie ausbrechen sollte, entdeckt wurde. Herr Sarrut gab eine ausführliche Erzählung aller damit verbundenen Umstände. Er konnte es am besten, da er einer der Theilnehmer war. Er wurde festgenommen, und erst nach einer neunmonatlichen Haft, auf Grund eines königlichen Befehls, der die Untersuchung niederschlug, entlassen. Er forderte darauf kraft des Rechtes, das jedem Betheiligten zusteht, die Einsicht der Untersuchungs-Akten, der Procurator aber antwortete ihm, die Akten seien aus dem Palais de Justice, wohin sie allein gehörten, mit allen andern Aktenstücken, welche auf Louis Bonaparte Bezug haben, in die Pairskammer und von da in das Ministerium des Inneren gebracht worden. „Allein wie kommt es denn, führt der Redner fort, daß das Aktenstück von 1839 dort spurlos verschwunden ist? Das will ich Ihnen sagen: es ging, wie es seitdem vielleicht auch gegangen ist: wir sind verrathen worden!" — (Große Aufregung.) Nach einigen Hindeutungen auf schon vorgekommene Unterschlagung von politischen Aktenstücken, wie die über die Verschwörung von Grenoble und über den Tod des Herzogs von Enghien unter der Restauration, schließt der Redner mit Bekräftigung der von ihm angeführten Thatsachen und mit den bedeutsamen Worten: „Glauben Sie, daß der Präsident der Republik nicht das Recht habe, zu wissen welche Männer früher sein Vertrauen getäuscht haben? Glauben Sie, daß er nicht das Recht habe, zu wissen, was vorgegangen ist?" — Odilon Barrot versuchte die Aufmerksamkeit der Kammer von dieser unangenehmen Angelegenheit abzulenken, und stellte es als ihrer unwürdig dar, sich mit persönlichen Fragen zu beschäftigen. — Wirklich wollte die Versammlung auch den Gegenstand verlassen, als Dupont de Bussac unter der Form einer Interpellation über den Austritt des Ministers Maleville ihn wieder aufnahm. „Hat der Präsident wirklich," fragte er, „die Auslieferung der Aktenstücke verlangt und der Minister hat sie ihm abgeschlagen? Würde wohl ein Minister dem andern, wenn dieser es verlangt, irgend welche offizielle Aktenstücke auszuliefern sich weigern, und hat der Präsident der Republik seinen Ministern gegenüber nicht dasselbe Recht?" In seiner Antwort wußte Maleville sehr geschickt die Frage auf ein anderes Gebiet zu spielen. Er erklärte, es hätten allerdings Zwistigkeiten zwischen ihm und dem Präsidenten stattgefunden; aber sie seien durch freundliches Entgegenkommen wieder ausgeglichen worden. „Nicht in diesen Zwistigkeiten liegt der Grund meines Austritts. Was mich veranlaßte, meine Entlassung zu geben, ist folgendes: Wenn ich für die öffentliche Sicherheit einstehen soll, muß ich auch selbst meine Beamten wählen können. Aber es gibt geschäftige Leute, Schmeichler, die schneller kommen, als ich gedacht habe, die sich in die Vorzimmer drängen — auch die Republik hat deren — und diese sind nun gekommen und haben zum Präsidenten gesagt: Ihr Minister hat mich entsetzt; ich will Ihnen einen guten Dienst leisten. Und ferner gibt es Papiere, Akten, welche die Eigenliebe des Staatsoberhauptes berühren. Man hat Mittheilungen von mir verlangt, ich habe sie niemals verweigert, nur die Entfernung (der Akten) habe ich nicht dulden wollen. Ich könnte alle andern kleinen Streitigkeiten mittheilen, aber sie sind unter der Würde der Versammlung, unter meiner eigenen." Die Anspielung auf den Eifer, mit dem die Republikaner von gestern sich der neuen Gewalt aufdrängen, hatte die größte Freude auf der Rechten hervorgerufen, Dupont kam aber um so hartnäckiger immer wieder auf die Frage nach dem konstitutionellen Recht des Präsidenten zurück, dergleichen Mittheilungen zu fordern, bis Leon Faucher endlich versprach, das Verlangen desselben zu erfüllen.

Die Absicht, in der diese ganze ärgerliche Verhandlung angeregt worden ist, kann nur die sein, Zwiespalt zwischen den Präsidenten und sein Ministerium zu bringen; ihre Wirkung ist, daß Beide in der öffentlichen Meinung heruntergesetzt und die Regierung sowohl als die Versammlung aufs Aeußerste in ihrem moralischen Ansehen geschwächt werden. Am merkwürdigsten bleibt aber die Naivetät, mit der Herr Sarrut sich selbst blos gestellt hat; ein Republikaner von gestern hat gar keine Scheu, sich als Bonapartistischen Verschwörer von vorgestern kund zu geben. Ganz klar wird übrigens aus den Verhandlungen noch immer nicht die Streitfrage zwischen dem Präsidenten und den Ministern; von beiden Parteien drückt man sich mit zu viel diplomatischer Vorsicht aus; wir setzen deßhalb zum bessern Verständniß den vollständigen Brief des Präsidenten her, wie ihn die „Patrie" mittheilt.

Im Elysäum, 27. Dez. 1848. Herr Minister! Ich habe den Polizeipräfekten gefragt, ob er nicht zuweilen diplomatische Berichte empfängt; er hat mir bejahend geantwortet und hinzugefügt, er habe Ihnen gestern Abschrift einer Depesche über Italien zugestellt. Sie werden begreifen, daß diese Depeschen mir direkt übergeben werden müssen und ich muß Ihnen mein ganzes Mißvergnügen über die Verzögerung Ihrer Mittheilung an mich ausdrücken.

Ich bitte Sie ebenfalls, mir die sechszehn Cartons, die ich verlangt habe, zuzusenden; ich will sie Donnerstag haben. (Dies sind die Actenstücke über die Affairen von Straßburg und von Boulogne). Ich will ebenfalls nicht, daß der Minister des Innern Artikel abfaßt, welche mich persönlich angehn: das geschah nicht unter Louis Philippe und das darf nicht sein.

Seit einigen Tagen habe ich auch keine telegraphische Depeschen empfangen; kurz, ich bemerke wohl, daß die Minister, welche ich ernannt habe, mich behandeln wollen, als ob die bekannte Konstitution von Sieyès in Kraft stände; allein das werde ich nicht dulden. Empfangen Sie, Herr Minister, u. s. f.

L. N. Bonaparte.

P. S. Ich vergaß, Ihnen zu sagen, daß in St. Lazare noch 80 Frauen gefangen sitzen, wovon eine einzige vor das Kriegsgericht gestellt ist: sagen Sie mir, ob ich das Recht habe, sie in Freiheit setzen zu lassen; denn in diesem Falle würde ich sogleich Befehl dazu ertheilen.

Am Schlusse der gestrigen Kammersitzung hat Herr Germain Sarrut dem Herrn von Mallevile durch zwei seiner Freunde einen Brief überreichen lassen. Die Folgen dieses Schrittes sind noch nicht bekannt.

Spanien.

* **Madrid**, 1. Jan. Ein ganz romanhafter Vorfall wird heute vom Gerücht umhergetragen. Was wäre aber nicht mög-

Ueberſicht.

Zur österreichischen Frage.

* **Vom Rhein**, 8. Jan. Wenn jetzt die National-Versammlung ihren ehemaligen Präsidenten nicht im Stiche läßt, dann ist noch Hoffnung, daß sie sich selber im letzten Stadium ihrer Thätigkeit wieder zu ihrem ersten Glanze und Ansehen emporheben wird, dann hat Niemand seit lange eine so beneidenswerthe, wenn auch dornenvolle Stellung in Deutschland gehabt, wie Gagern, dann wird Er, wie ich früher einmal sagte, der Mann sein, der das Schiff unseres neuen Staates durch die Brandungen des Ufers hindurch in den sichern Port bringt. Dieß endlich ist die Sprache, die in dem Schreiben des Reichsministers an den österreichischen Ausschuß, die wir ein deutsches Ministerium wollen führen sehen, die, wenn sie von Hrn. Heckscher in Schleswig-Holstein, von dem Hrn. v. Schmerling vor Monaten gegen Oesterreich geführt worden wäre, uns die Entwerthung der National-Versammlung und die ganze Verwicklung und Verwirrung dieser gegenwärtigen Lage gespart hätte. Es ist ein Meisterstück, dieses Schreiben, nicht um eines formalen Verdienstes, nicht um eines werthvollen materiellen Inhalts willen, denn dazu lag kein Anlaß vor, sondern um der Gesinnung und des Würdebegriffs willen, der es eingegeben hat. Es ist ein kühner Griff, aber ein solcher, der, wenn er in dieser vorliegenden und jeder ähnlichen Sache so fortgeführt wird, wie hier begonnen ist, die Nation zum Selbstgefühl aufrufen und hinter dem Ministerium des Reichs mit lauter Begeisterung versammeln wird. Wie viel mehr muß man hoffen, daß diese Erklärung für die Nationalversammlung zunächst eine Standarte werden wird, um die sie sich in Masse zur Vertheidigung stellt. Wenn irgend ein Funke von Selbstachtung bei der Linken, irgend ein Patriotismus und eine politische Einsicht in dem linken Centrum übrig ist, so werden, so müssen sie bei diesem Anlasse die einstige Uebereinstimmung der National-Versammlung herstellen! Denn nicht um Oesterreich handelt es sich jetzt mehr allein, sondern um die Verfassung, von der große und wesentliche Theile im Einklange Aller gemacht worden sind, um den Bundesstaat, der in Aller Willen liegt. Wer sind die Leute, die in diesem Falle die Separatisten spielen wollen? Wenn Oesterreich nun erklärt, in den Bundesstaat eintreten zu wollen, so haben wir allerdings kein Recht, es abzuweisen; wir sollten nur Freude haben es aufzunehmen und festzuhalten. Aber die unerschütterliche Bedingung muß dann sein, daß an der Verfassung kein Jota geändert wird. Dabei hätte ich die Paragraphen 2. 3. in einer eigensinnigen „theoretischen" Konsequenz nicht so sehr im Auge, als die Grundrechte und die übrigen Bestimmungen der Verfassung. Erhalten wir Oesterreich um diesen Preis, so ist es dann unsere und unserer künftigen Reichstage Sache, den altösterreichischen Geist, den wir neu walten sehen und den wir fürchten, von Deutschland abzuhalten und ihn in Oesterreich selbst zu bannen. Aber wenn Oesterreich, in Ungarn fertig, in voller Rüstung fähig sich nach Westen zu kehren, darauf denkt, mit seiner imposanten Stellung und seinem nachdrucksvollen Worte uns, auf dem Wege der Vereinbarung, Lockerung der Verfassung und Modifikationen der Grundrechte aufzulegen, wenn es sich besinnt, daß es die Bestimmungen der Grundrechte über kirchliche Verhältnisse in Oesterreich nicht einführen kann und andere nicht einführen will, wenn es verlangt, daß hierüber die Nationalversammlung sich zu einer Verständigung mit den einzelnen Regierungen herbeilasse, bei der dann die österreichische als „die Erste" darunter den Ton angeben werde, wenn es hofft, daß sich das Ganze noch einmal nach dem zurückgebliebensten Theile richten und schicken werde, ja dann möge „diese Hoffnung zu Schanden werden", dann hoffen wir vielmehr, die Nationalversammlung, und die linke Seite nicht am wenigsten, werde sich auf sich selbst besinnen, sie werde sich erinnern, daß sie es auf sich genommen, die Verfassung einzig und allein zu begründen, sie werde sich erinnern, daß die Verfassungsbestimmungen der Grundrechte meist formulirte Forderungen des Volkes enthalten, die es sich nicht mehr will verkümmern lassen, sie werde bedenken, daß wenn sie sich zu einer Vereinbarung entschließen will, diese unmöglich in einem Paktiren mit jedem einzelnen Staate bestehen könne, daß höchstens eine gemeinsame Form zur Verständigung von ihr selbst, der Nationalversammlung, aus freiwilligem Verzicht auf ihr Einzig und allein, vorgeschlagen werden könnte. Die österreichische Regierung hat die Nationalversammlung unter den Bedingungen beschickt und in den Formen, die das Vorparlament bestimmt hatte, es hat damit die Nationalversammlung und ihre Stellung anerkannt. Es hat sich zwar die Vereinbarung reservirt, das konnte es thun, und wie die Lage Oesterreichs ist, mußte es das vielleicht thun; die Nationalversammlung hat sich um die Reservation nichts bekümmert, und mußte das und muß das auch weiterhin thun, wie die Lage Deutschlands ist. Wie wenig aber Oesterreich sich im Anfang und noch jetzt in diesem Augenblicke in die Lage der Dinge in Deutschland und in der Nationalversammlung hat finden können, geht noch aus seiner Note vom 28. Dez. hervor. Dieß wunderliche, unklare, bis zur Unschicklichkeit nachlässige Flickwerk, das, vorn als eine Note an den Reichsminister beginnt und nachher als ein Schreiben an den Bevollmächtigten fortfährt, setzt am Schlusse geradezu voraus, es stände das Reichsministerium zu der Nat.-Vers. in dem Verhältnisse, wie irgend ein anderes Ministerium in einem längst geordneten Staate zu seinem Parlamente; es nimmt die Miene an, als ob der Reichsminister in Beziehung auf die Verfassung nur machen könne; es scheint kaum davon zu wissen, daß die Reichsverweserei und ihr Ministerium nichts mit dem Verfassungswerk zu thun haben. Sehe man endlich in allen Fraktionen der Nationalversammlung ein, mit wem wir verkehren! Die Heftigkeit der Deutschen Ztg. konnte vor Wochen den Gutmüthigen ungerechtfertigt scheinen, heute erkennt man wohl, daß sie nur noch zu gelinde war. Stehe man diesen Gefahren gegenüber, die uns von Osten drohen, um so fester zu Preußen! Alles drängt uns mit den schärfsten Mahnungen dazu, und die Noth der Lage selbst öffnet dem preußischen Gedanken täglich mehr die Herzen aller denkenden und urtheilsfähigen Menschen. In der Allg. und in der Karlsr. Ztg. freilich sagt man, daß dieß nur ein Plan dreier Professoren sei. Wie erklärt uns denn der verbrannte und verrannte Kopf, der der Karlsr. Ztg. ein Neujahrangebinde schickte, daß die Braunschweigischen und Kasseler Stände ausdrücklich, die Badischen und Darmstädtischen indirekt, und wie die Sage geht, die Höfe von Würtemberg und Nassau, sich für diesen Gedanken erklären? Wenn das Alles die drei Professoren bewirkt haben, so scheint es leider, daß der politische Verstand in Deutschland doch noch am ersten in den Professoren zu finden ist! Wie mag doch die Allg. Ztg. solche Artikel abdrucken und dagegen die köstliche Neujahrsgabe Dahlmanns verstümmeln, die überall nur Eine Stimme des Beifalls hervorruft! Der Karlsr. Korrespondent, auf den wir hindeuten, thut mir die Ehre an, besonders meine Wünsche kläglich gescheitert zu nennen! Wie denn so? Die Kaiserkrone ist noch nicht reif, höhnt er! Ich bin nie für den Kaisertitel gewesen! Die Erblichkeit soll auch unter meine gescheiterten Wünsche gehören! Wenn die Nationalversammlung politischen Verstand hat, so wird die Erblichkeit nicht Schiffbruch leiden. Wundern muß ich mich aber über den Karlsruher Korrespondenten, daß er ganz in dem Tone der historischen Schule schreibt, die wir doch Alle so müde und satt geworden sind; er muß am Ende selbst ein Professor sein? Er selbst will den Kaiser und tadelt Andere, daß sie ihn wollen! Er soll nur wie der Apfel vom Baum fallen! Die „natürliche Reife" der Dinge soll ihn machen, von der man immer so viel mystische Dinge in der historischen Schule hörte! Und doch sagt der Karlsr. Korrespondent seinen lieben Mitbürgern in Karlsruhe: „sie und mit ihnen ganz Deutschland wünschten" den Kaiser; das hielte denn ein Anderer, der seine gesunden unprofessorischen Begriffe beisammen hat, für die „natürliche Reife", wo es der Nationalversammlung zukäme, den Apfel zu brechen. Wenn er erst abfällt, möchte es aus Fäulniß geschehen; einen köstlichen Apfel läßt überhaupt kein guter Gärtner abfallen, sondern er pflückt ihn zur rechten Zeit.

** **Berlin**, 31. Dez. In diplomatischen Labyrinthen ist der Ariadnefaden oft nur eine kühne Voraussetzung. Wenn über den Endzweck des Ministeriums Schwarzenberg eine Hypothese gewagt würde, welcher bis jetzt alle Zeichen entsprechen und die sich vielleicht bewahrheitet? Das Kabinet von Olmütz

hat ein bestimmtes Ziel im Auge. Sein Entschluß ist in Betreff der deutschen Frage schon gefaßt. Es hat aber gewichtige Gründe, noch nicht offen mit seinem Plan hervorzutreten. Ob die Eventualität eines „Aufhörens" der Frankfurter Versammlung ihm vorschwebt? Doch wohl nicht. Wenn in Deutschland allein die Schwierigkeit der Ausführung läge, dann hätte Schwarzenberg wahrscheinlich bereits die Karten aufgedeckt. Das Ziel der Männer von Ollmütz dürfte sich ohne Widerstand der „Großmächte" kaum erreichen lassen. Daher soll sich „erst Oesterreich, erst Deutschland verjüngen"! Bis dahin kann sich so Manches ereignen, was die österreichischen Staatslenker veranlaßt, ihren Plan fallen zu lassen. So möge denn einstweilen der „Lloyd" wie von ungefähr über die Saiten fahren und ihnen den bewußten Akkord entlocken, und mögen einige wenige bevorzugten Söhne von Oesterreich einen Blick in die Karten thun. Es handelt sich an letzter Stelle nicht um einen neuen Staatenbund, und dennoch gegen den deutschen Bundesstaat; nicht gegen den Bundesstaat überhaupt, aber gegen den deutschen; und, wenn Deutschland „kurzsichtig" genug wäre, den „untergeordneten nationalen Standpunkt behaupten zu wollen", dann handelt es sich allerdings um den Staatenbund oder um gänzliche Trennung —: doch dann hat Deutschland es so gewollt. Das Kabinet von Ollmütz erstrebt keine Lossagung von Deutschland, wenn es auch eine Unterwerfung unter Frankfurt belächelt, es erstrebt vielmehr die möglichst innige Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich — mit dem ganzen Oesterreich. Rund heraus gesagt; das Problem von Ollmütz ist ein mitteleuropäisches Weltreich, ein Reich der Mitte*).

Die Deutsche Zeitung unterwarf diesen Plan einer mitteleuropäischen Weltmonarchie damals im Sommer einer Kritik, als er zum erstenmal in der Wiener Zeitung auftauchte. Der Erzherzog Johann war österreichischer Reichsverweser und wurde gleichzeitig zum Reichsverweser über Deutschland erkoren; er eilte nach Frankfurt, verpflichtete sich in der Paulskirche und reiste zurück, um Oesterreichs Parlament zu eröffnen; sodann eilte er nach Frankfurt auf seinen hohen Posten. Da schrieb die Wiener Ztg.: Der Erzherzog berufe die deutsche National-Vers. nach Wien, vereinige sie mit dem österreichischen Reichstag und werde so der Stifter eines mitteleuropäischen Reichs. Die Motivirung wird das Kabinet von Ollmütz wohl desavouiren; Johann sei der Einzige, dem jene Völkerschaften, dem auch Ungarn vertraue; denn er hatte kaum den Vermittlungsversuch zwischen Jellacic und Batthyany begonnen; seinem Ruf würden auch die Deutschen Folge leisten; sie hätten ihn ja gewählt. Aber welches Hirn mag die Wiege dieses babylonischen Gedankens sein?

Er schlummerte lange. Doch in den Tagen, als das jetzige Kabinet in der Bildung begriffen war, brachte das „Journal des österreichischen Lloyd", welches von allem sonstigen Einfluß abgesehen, ein Gegenstand der Sorge für Bruck war, unter der Ueberschrift: „die deutsche Frage" zunächst einen Artikel gegen die §§. 2 und 3 der deutschen Verfassung, sodann einen „eigenen Vorschlag" zur Lösung der deutschen Frage. Dieser Vorschlag enthielt jenes Problem des mitteleuropäischen Reichs. Mittlerweile kam das Kremsier-Programm; Niemand blickte durch dessen Hülle nach dem eigentlichen Kern. Wir irren vielleicht, allein vor unsern Augen liegt er offen da, seit Gagern's Programm in der Reichsversammlung auf Widerstand gestoßen ist und auf Widerstand gerade von der Seite.

Wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß das Kremsier-Programm eine Lockerung der Bande zwischen Oesterreich und Deutschland bezweckt, oder vielmehr den Standpunkt des Staatenbundes festzuhalten nöthigt, dann scheint das Benehmen der österreichischen Abgeordneten in der deutschen Reichsversammlung, welche mit dem Programm ihres Ministeriums vollkommen einverstanden und dennoch gegen Gagerns Programm so feindselig aufgetreten sind, sich in unauflöslichen Widerspruch verwickeln. Dieser Widerspruch ist ein scheinbarer. Denn ebenso scheinbar ist die Uebereinstimmung zwischen Gagern und der Staatsweisheit von Ollmütz.

*) Wir halten diese Idee nicht gerade für Ziel und Kern der Politik von Ollmütz; wohl aber für ein sehr wirksames Mittel, um durch sie und ihre mehr oder minder aufrichtigen Anhänger die erreglichen Gemüther anzulocken und für die traditionellen Zwecke der österreichischen Hauspolitik zu gewinnen, unter welcher Form diese sich auch für diesmal realisiren mögen und können. Aus diesem Gesichtspunkt hat die folgende Ausführung des verehrten Correspondenten unsere Beistimmung. D. R.

Die österreichische Monarchie soll in ihrer Integrität verharren, das wollen die Minister und die Abgeordneten Oesterreichs; das wollen auch die Völkerschaften unter Oesterreichs Zepter; das erkennt auch Gagern an und macht es zur Grundlage seiner Unterhandlungen. Aber drei Folgerungen ergeben sich aus diesem Satz: Entweder die deutschen Staaten der österreichischen Monarchie gehören zum „deutschen Reich", welches dann nur eine verbesserte Auflage des Staatenbundes sein kann.

Oder die deutschen Staaten der österreichischen Monarchie stehen im völkerrechtlichen Verhältniß zu dem übrigen in einen Bundesstaat vereinigten Deutschland. Dies ist Gagerns Idee.

Oder: die sämmtlichen Staaten der österreichischen Monarchie bilden mit allen übrigen Theilen von Deutschland Einen Staat, Ein Reich.

Vergleichen wir diese drei Folgerungen aus einem Satze, welchen zunächst fast alle Oesterreicher, und mit Ausnahme der Venedey's und Anderer, welche die Knabenschuhe noch nicht ausgetreten haben, alle deutschen Stimmen anerkennen, aus der fortdauernden Integrität der österreichischen Monarchie, mit den Forderungen und Aeußerungen der Oesterreicher im Parlament, mit den Maßnahmen des Kabinets von Ollmütz, mit den Ansichten der österreichischen Presse und dem Strebeziel deutscher Nation. Die Oesterreicher im Parlament verlangen, daß Oesterreich beisammenbleibe, ferner, daß Oesterreich bei Deutschland bleibe. Der Gesichtspunkt Gagerns ist ihnen verhaßt und die Union, welche er in Aussicht stellt, gilt ihnen als Trennung. Es soll für sie kein deutsches Reich abgesehen von Oesterreich geben. Worauf zielen denn die österreichischen Abgeordneten? Auf einen deutschen Staatenbund? Da wäre ja ganz Deutschland untereinander in so lockerem Verhältniß, welches sie auf Oesterreich angewandt Trennung nennen. Allerdings, die Oesterreicher, welche ihre Monarchie nicht aufgelöst wünschen, und Gagerns Programm verwerfen, müssen entweder für den Staatenbund sein oder für — das mitteleuropäische Weltreich. Die Unterrichteten sind zweifelsohne für das Letztere. Schmerling wahrscheinlich auch. (?) Damit stimmt ihr ganzes Benehmen völlig; es bleibt nicht der leiseste Widerspruch haften. Sie wollen Oesterreich mit Deutschland vereinigt, doch ohne Anwendung der §§. 2 und 3 auf Oesterreich, und ohne dem Staatenbund hold zu sein; sie wollen Oesterreich mit Deutschland zu Einem Staate vereinigt sehen, — aber ganz Oesterreich. Die außerdeutschen Länder Oesterreichs treten in den deutschen Reichsverband und das erbliche deutsche Kaiserthum fällt an das Haus Habsburg; Franz Joseph ist der erste Beherrscher dieses heiligen römischen Reichs. Oder besser: Deutschland, das verjüngte, tritt in den österreichischen Staatsverband! Haben die österreichischen Stimmen nicht Recht, die Integrität Oesterreichs gegen die §§. 2 und 3 zu vertheidigen und dennoch gegen Gagern zu eifern, der die innige Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland, der den babylonischen Thurmbau hindern will? Die Rede, welche Schmerling vor seinen Wählern hielt, spricht auch von dem innigen Anschluß Oesterreichs, das bleiben soll wie es ist, an Deutschland, d. h. Deutschlands an Oesterreich.

Das Kabinet von Ollmütz will erst Oesterreich und Deutschland verjüngt sehen. Erst wird es das Gute erreichen wollen, nämlich die Befestigung der österreichischen Monarchie, wozu die Verwandlung Ungarns in eine „Provinz Magyarien" zu zählen ist, ehe es das Bessere zu verwirklichen strebt, nämlich die friedliche Eroberung von Deutschland. Der §§. 2 und 3 spottet das Kremsier-Programm. Dennoch innige Vereinbarung, nichts von bloßem Bündniß! Inkorporation! Inkorporation, doch unter milden bundesstaatlichen Formen! Ungarn und seine Nebenländer werden unterworfen, werden Provinzen Oesterreichs. Die Lombardei gibt vielleicht Veranlassung, an die Spitze von Italien zu treten. Deutschland tritt an die Stelle von Ungarn; mutatis mutandis! Statt des Palatins verschiedene Könige, von Preußen, von Baiern, von Hannover u. s. w. — Doch einstweilen möge Deutschland seine innern Angelegenheiten ordnen; was in diesen neuen Ordnungen den durch eine Verbindung mit Oesterreich nothwendig werdenden Bestimmungen widerstreitet, ist später zu modifiziren. Möge daher das „Frankfurter" Parlament vorläufig Beschlüsse fassen, wenn sie nur nicht den ganzen Plan vereiteln, wenn die Verhandlungen sich nur so lange noch hinziehen lassen, bis die Sache spruchreif ist in Ollmütz und — St. Petersburg. Vorläufig hat es beim deutschen Bunde sein Bewenden und

Oesterreich, die Großmacht, unterhandelt durch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, nicht etwa mit den anderen deutschen Staaten (das ließe sich rechtfertigen), sondern mit der Centralgewalt. Dem Plan späterer Vereinigung zu einem „Reiche der Mitte" widerspricht ein solches Verfahren keineswegs; deßhalb befremdet es auch die Oesterreicher nicht. Die österreichischen Abgeordneten sehen in dem Verfahren ihrer Regierung nichts Undeutsches, da dieses Verfahren im Einklang mit der Weltreichs-Idee sich bewegt, aber ihnen gilt Gagern's Programm als undeutsch, weil er jenen Plan vereitelt.

Die Stimmen in der österreichischen Presse, namentlich in jüngster Zeit der „Lloyd," bestätigen unsere Muthmaßung von den Eroberungsplänen Oesterreichs. Sie schlagen den Ton der Brüderlichkeit an, den deutschen Stämmen, auch Preußen gegenüber; sie behandeln auch Gagern als Autorität. Aber sie fallen unbarmherzig über die deutsche Reichsversammlung her, weil sie die §§. 2 und 3 beschließen konnte. „Sie dachten, Oesterreich zu zerreißen für Deutschland," ruft der Lloyd, „und sie sind nahe daran, zum Entgelt Deutschland zerfallen zu sehen über Oesterreich!" Eine Zeitlang verhöhnte der Lloyd die deutschthümelnden Abgeordneten Oesterreichs in Frankfurt. Seit Kurzem veränderte sich seine Sprache. Die Häupter der in Frankfurt Tagenden müssen eingeweiht sein; so klingen auch ihre delphischen Orakelsprüche! Dafür haben die Schmähungen des Lloyd aufgehört. Vor einigen Wochen verschleierte noch der Lloyd den alten Plan des Weltreichs. Neuerdings deckt er ihn auf und bringt diejenigen Argumente, welche sich nur irgend dafür anführen lassen. Wir erwähnen ihrer, um sofort die Achillesferse des ganzen Planes aufzuweisen.

„Wer auf dem untergeordneten Standpunkt der Nationalität verharrend," so sagt der Lloyd, „sich damit begnügt, Deutschland, soweit es nachgiebt, in Einen deutschen Staat zu vereinigen, dieser Kurzsichtige wird keinen Sinn für die große staatsmännische Schöpfung haben, und nicht ungern sehen, wenn Deutschland seinen welthistorischen Beruf verfehlt." Ob der Lloyd hiermit auf Heinrich von Gagern anspielt? Gagern „begnügt sich" mit dem deutschen Staat und Millionen mit ihm, und zwar ohne daß Deutschland seine Sendung im Südosten verfehlt! Doch weiter: „Der Deutsche hat eine Mission im Südosten zu erfüllen; er richtet seinen Blick auf die Mündungen der Donau, auf das alte Byzanz und die Südslaven sind im Völkerleben die Zöglinge des deutschen Genius." Hiermit sind wir vollkommen einverstanden und Gagern vor allen Dingen, indem er gegen die §§. 2 und 3 sprach und jetzt den Eintritt Oesterreichs in einen deutschen Bundesstaat als unerreichbar von der Hand weist.

Aber wir folgern daraus: die Nothwendigkeit der österreichischen Monarchie. Oesterreich an der Spitze der südslavischen Völkerschaften macht für deutsche Kultur und deutschen Geist Propaganda, wenigstens wäre das seine Aufgabe. Um diesen Preis entrathen wir im engern, staatlichen Verband der Gemeinschaft Deutsch-Oesterreichs. Oesterreich muß freie Hand im Osten haben, um der Pflicht und Ehre des Deutschthums halber.

In Oesterreich dagegen folgert man daraus: die Nothwendigkeit einer mitteleuropäischen Weltmonarchie. Denn alle Deutschen wollen Einen Staat bilden. Die deutschen Oesterreicher können ihren staatlichen Verband mit dem Ausland unmöglich auflösen, und zwar nicht blos aus österreichischem Interesse, sondern aus deutschem. Wenn nun alle Deutschen beisammen sein sollen, und Oesterreich im Interesse Deutschlands die Vereinigung mit Ungarn u. s. w. aufrecht hält, so müsse Deutschland, Deutsch-Oesterreich und alle österreichischen Lande sich in Einen Staat vereinigen. Dann verfolge das gesammte verbundene Deutschland seine Laufbahn gen Konstantinopel und das schwarze Meer.

Aber das Strebeziel deutscher Nation ist ein anderes. Nicht aus Kurzsichtigkeit und Phlegma, wie der Lloyd vermeint, und noch weniger, weil wir Preußen über Deutschland setzten, verschließen wir unser Ohr der Stimme des Versuchers. Deutschland wird durch ihn auf die steile schwindelnde Höhe geführt, von der herab wir die weiten Gebiete bis zum Bosporus überblicken und die Kuppel der Sophienkirche vom Sonnengolde strahlen sehn zu unsern Füßen. Dies Alles ist unser, wenn wir dem Hause Lothringen-Habsburg huldigen. Was hat dagegen Hohenzollern Geringes zu bieten! Nur ein deutsches Reich!

Das Unglück Deutschlands war der universalmonarchische Charakter seines Reichs; ihm zufolge konnten sich deutsche Staaten anfangs unbeschadet dem Kaiserthum erheben und Bündnisse mit Fremden schließen; denn erhoben sich nicht vordem auch England, Frankreich, unbeschadet der Oberherrlichkeit des Kaisers in der Christenheit? Selbst auf Italiens Zerstückelung wirkte der universalmonarchische Charakter des „heiligen römischen Reichs". Wir wollen kein neues Weltreich. Es wäre der Untergang Deutschlands, ein Untergang in Ueberhebung.

Unser Strebeziel war, die staatliche Form zu finden für den nationalen Gehalt. Ein deutsches Parlament, hieß Anfangs die Losung. Was denkt Oesterreich uns zu bieten? Schon tadeln österreichische Stimmen den Dualismus von Frankfurt-Kremsier; also wir Deutsche tagten künftig alle beisammen, doch natürlich in geringrer Zahl; ein Hamburg könnte besondre Vertreter nicht beanspruchen. Und wir tagten mit den Kroaten und Ruthenen und Magyaren. Oder hätten wir gesonderte Landtage? Wäre Deutsch-Oesterreich dennoch unserem Volkshause fern? Denn in das slawische Parlament fordert es sein deutscher Beruf. Unser Strebeziel war der deutsche Bundesstaat. Das „Reich der Mitte" zertrümmert unsre Hoffnungen; es kann ein Bundesstaat heißen, aber ein deutscher Staat kann es nicht einmal genannt werden.

Und die Lorbeern, die uns winken, wenn wir weniger national und weniger „kurzsichtig" sein wollen, wenn wir das Reich der Mitte gründen? Der Lloyd sagt: „Oesterreich kann ruhig zusehen; es hat nichts zu verlieren, wenn Deutschland die glänzende Zukunft ausschlägt; aber es hat unendlich viel zu bieten und Deutschland hat unendlich viel zu gewinnen." Freilich hat Oesterreich unendlich viel zu bieten und Deutschland hat von Oesterreich unendlich zu gewinnen. Aber dieser Gewinnst ist Deutschland nicht verloren, wenn jenes babylonische Projekt verworfen wird. Der mitteleuropäische Staat bietet Deutschland nichts, was es nicht von Oesterreich ohne diesen Staat hätte; nämlich mittelbar dadurch, daß Oesterreich größer, mächtiger, reicher, wird und unmittelbar durch Handel und Wandel mit dem Bruderlande. Oder Oesterreich müßte die Gründung einer solchen Weltmonarchie, das Eingehen auf diesen Riesenplan, zur Bedingung seiner Freundschaft machen?! Wunderseltsam ist es, daß Oesterreichs Abgeordnete und Presse nur das „Entweder — Oder" kennen, — „Inkorporirt" oder „fremd und feind"! So sagte das Journal des Lloyd: entweder im engsten Verbande, oder völlig getrennt! Deshalb der Zorn wider Gagern's Programm, das weder von dem „Reich der Mitte," noch von einem Bruch etwas wissen mag.

Vergegenwärtigen wir uns also nochmals dies welthistorische Problem, dessen Lösung auf der Tagesordnung von Europa zunächst steht: „Ein mitteleuropäisches Weltreich" oder „ein deutscher Staat"? Wären wir doch nicht Preuße, darauf zu antworten; wir wollten, daß Altbaiern unsre Heimath wäre. Dann riefen wir lauter und weniger schüchtern, als jetzt: Kein Mitteleuropäisches Weltreich! Ein deutsches Reich, ein Kaiserthum der Deutschen! und Preußen erbe von König zu König die deutsche Krone!

Preußen und das Meer.

E. M. A. **Frankfurt**, 7. Jan. In Ihrer Nr. 3 d. J. unter der Aufschrift Frankfurt, 3. Jan. wird über den Absonderungstrieb Sachsens und über die Erscheinung gesprochen, daß viele Sachsen vorzügliche Abneigung gegen Preußen verrathen, und daß es sich daher auch erklären lasse, warum aus jenem Lande manche ganz eigenthümlich metaphysische, mit den Füßen in der Wolkenluft stehende antipreußische Politiker zum Reichstag gesandt seien. Es wird dann versucht, in Verfolgung einer geschichtlichen Linie zu zeigen, worin diese Abneigung ihren Grund habe und wie Sachsens Herrscher und sein reiches Land von dem Hause Hohenzollern und dem armen Lande Brandenburg von Jahrhundert zu Jahrhundert immer mehr überwachsen und in Schatten gestellt seien. Es wird ferner versucht, zu zeigen, wie Sachsens Herrscher glückliche Gelegenheiten größer zu werden versäumt und verscherzt haben.

Wenn man nun die Richtigkeit dieser Schilderung auch ganz zugesteht, wenn man sich auch über die Natürlichkeit einer Abneigung gegen Preußen nicht wundert, wie man sie z. B. nicht allein in Sachsen, sondern auch in Baiern erblickt, wenn man überhaupt nicht nur in jenem Blatte, sondern in hundert und tausend Tagesblättern und Stimmen einen gewissen Harm und

Aerger der Sachsen und Baiern gewahrt, daß ihre Länder, die vor zwei Jahrhunderten sich mächtiger däuchten als Brandenburg, jetzt mit demselben nicht gleichen Fuß beim Mal halten können — so wird bei der Herleitung und Wägung der verschiedenen Größen nur ein Kleines vergessen, ein Kleines, welches in Hinsicht der Macht gerade das Größte ist: das Meer.

Sachsen war durch seine Lage nicht zur hohen Herrschaft berufen, Baiern ist nicht dazu berufen, weil sie beide im Sack stecken. Die Alpen sind der Boden des deutschen Sackes, seine Oeffnung steht an Ostsee und Nordsee. Da gelangt unser Deutschland an die Weltluft und an die Welterquickung und Weltstärkung, an die Größe, deren das Vaterland jetzt wartet; da strecken sich die nicht überreichen Lande Preußen, Pommern, Mecklenburg, Holstein, Friesland hin — und doch sind dort die Goldgruben der Macht.

Ich will den Kundigen und Verständigen hier keine Weisheit predigen, ich will ihnen nur das Sprichwort vorhalten, welches lautet: die See hat einen goldenen Boden. Land und Meer, doppeltes geistiges und politisches Element, doppelter Lebensathem jeglicher kühneren und rührigeren menschlichen und bürgerlichen Thätigkeit, und durch Handel und Schifffahrt die wirklichste Goldgrube von Reichthum und Macht.

Soll ich auf älteste Zeit zurückweisen, auf Tyrus, Karthago, Athen, Syrakus? Ich weise auch auf die jüngere hin. Warum war der Staat der vereinigten Niederlande, damals nicht über 2 Millionen Seelen, 140 Jahre ein mitentscheidender Weltstaat? Warum war es Schweden ein volles Jahrhundert mit nicht mehreren? Darum waren sie es, weil diese Lande aus Inseln und Halbinseln mit weiten Küsten und großen Häfen bestehen. Ohne diese würden sie in der Geschichte kaum zu einem Namen gelangt sein.

Schaut nun von dieser Betrachtung ein wenig nach dem Nordwesten Deutschlands hin, schaut auch Preußen ein wenig an, den großen mächtigen Staat längs den nördlichen Küsten und Inseln — wie viel ihr euch auch mit Händen und Füßen dagegen strebelt und sträubelt, ihr könnt die Meere und Küsten nicht verrücken, ihr könnt den Schwerpunkt der künftigen deutschen Macht nicht verlegen: denn 5 bis 6 Millionen Menschen im Sack sind nicht halb so mächtig als anderthalb Millionen, welche Küsten und Inseln haben.

Lübeck.

× **Lübeck**, im Januar. Die im vorigen Jahre in Leipzig versammelten Pharmazeuten haben beschlossen, einen Ehrenkranz auf das Grab des am 7. August v. J. verstorbenen großen Chemikers J. J. v. Berzelius niederzulegen. Es ist dazu ein Eichenkranz aus Silber bestimmt, mit so viel Blättern, als die Versammlung Mitglieder zählte. Unser Em. Geibel, welcher jetzt hier am Gymnasium Unterricht in den alten Sprachen ertheilt, hat dazu ein schönes Gedicht geschrieben, das mit goldnen Lettern auf schwarzem Maroquin gedruckt, als Votivtafel mit dem Ehrenkranz an die schwedische Akademie der Wissenschaften abgesandt ist. Geibels Gedicht lautet:

In den unsterblichen Kranz um Berzelius ruhende Sterne
Windet auch Deutschland gern Blätter der Eiche hinein.
Denn ihn liebte die Mutter Natur, und den faltigen Schleier
Schlug sie lächelnd zurück vor dem begünstigten Sohn.
Huldreich lehrte sie ihn das Geheimniß der wirkenden Kräfte,
Die sie, zu segnen bereit, schweigend im Busen bewahrt.
Doch er deutet' uns dann, ein erleuchteter Priester der Isis,
Tausend Räthsel, und schloß Wunder um Wunder uns auf.
Wie aus starrendem Fels einst Moses Wasser entlockte,
Lockt er aus Stein und Metall Quellen des Lebens hervor;
Was zu der Menschheit Heil sich hülfreich bindet im Stoffkreis,
Was sich feindlich zerstört, was sich besänftigend löst,
That er den Sterblichen kund. Da rührte der zögernde Tod ihn,
Und in der Mutter Schooß gab er den Liebling zurück.
Schweden bestattet mit Thränen den Leib, Europa beklagt ihn,
Aber das Folgegeschlecht opfert bewundernden Dank.

Straßburg.

** **Straßburg**, 5. Jan. Voll Erstaunen sehen wir die parlamentarischen Kämpfe der Parteien in Paris, so ernst, so tiefgreifend, und diesesmal doch nicht in den Straßen und auf Barrikaden. Die Wahl des gegenwärtigen Präsidenten ist eine wirkliche Revolution für Frankreich. Er, so wie diejenigen, welche ihn jetzt lenken, suchen eine Republik ohne die Republikaner zu gründen; und die Regierung verbirgt diese Absicht so wenig, als sich ihre Gegner täuschen. Erschüttert, aber nicht vernichtet sehen die Republikaner diesem Gange zu: die Präsidentenwahl war ein schwerer Schlag für sie; sie hat das Entschwinden alles Vertrauens in sie von Seiten des Volkes gezeigt. Das Volk hat sich hinreißen lassen für Napoleon zu stimmen, weil er eine Erleichterung im Allgemeinen hoffen ließ, und die Agenten seiner Wahl bestimmte Ersparnisse, so wie Aussicht auf Arbeit und Verdienst zugesagt hatten, und nach der unsinnigen Staatswirthschaft der Republikaner war es nicht schwer, dem Volke die Ueberzeugung beizubringen, daß sie nie eine wohlfeile Regierung gewähren würden. Ihre Ungeschicklichkeit erwies sich eigentlich schon bei der Berathung des Budgets; diese Republikaner waren dabei ganz aus ihrer Rolle gefallen. Sie kamen mir vor, wie ihr Präsident, der sich breit thut in den Salons seines Pallastes: so wollten sie nun auch sich den Ruhm, die Beschützer der Künste und Wissenschaften, der Industrie und des Handels zu sein, zuwenden lassen, und votirten Summen auf Summen, gleich als ob Frankreich noch die alte Monarchie wäre. Wer hätte es vergessen, wie leicht man sich von der Nothwendigkeit überzeugen ließ, die Gehalte der republikanischen Beamten in der frühern Höhe zu erhalten! So gingen sie in die klug gelegte Falle, und verloren das Zutrauen der Nation, welche sie selbst ja am meisten gegen das Milliarden-Budget aufgestachelt hatten. Jetzt versuchten sie es, der siegenden Partei den Rang abzulaufen; sie jagten ihr die Reduktion der Salzabgabe ab. Diese ist schon lange das Thema, welches durch alle Melodien der Oppositionsparteien sich durchzieht, und endlich bei dem Volke Eingang gefunden hat, weil es von den großen Summen hört, welche der Staat von dem bezieht, was die Vorsehung beinahe umsonst gegeben hat, ohne zu berechnen, wie gering die Last ist, die auf dem Einzelnen liegt, gerade weil alle sie gemeinschaftlich tragen, ohne zu begreifen, daß diese Einnahme sich am leichtesten, am wohlfeilsten und ohne Belästigung eintreiben läßt. Etwas über 30 Kreuzer wird jährlich auf den Kopf gezahlt, und dies gibt der Staatskasse nahe an 50 Millionen Franken. Allerdings sind einige Franken jährlich für die Arbeiterfamilie schon etwas, aber in so kleinen Raten abgezwackt, hat es Niemand eigentlich gefühlt. Auch war der Verbrauch des Salzes deswegen nicht geringer, wie oft gesagt worden; denn genaue Berechnungen haben gezeigt, daß in Frankreich die Konsumtion nicht schwächer war, als in benachbarten Ländern, welche keine oder nur eine geringe Abgabe auf das Salz gelegt haben. Wer aber wird es nicht für eine Satyre halten, welche der böse Feind dem Arbeiter-Deputirten Antoine eingeblasen hat, als dieser zum Ersatz die Abgabe auf den Frack, den Rock und Hut vorschlug! Solchen Leuten sollte die Partei ein Schloß an den Mund legen! Nun aber kommen andere Vorschläge, welche die Nationalversammlung vollends um den Kredit bringen sollen: sie sind von bitterer Rache eingegeben. Die Gehalte der Deputirten findet der Mann aus dem Volke längst schon zu hoch, und es war deshalb ein verfänglicher Vorschlag, sie von 25 Fr. auf 10 herabzusetzen. Bewilligen sie dies nicht, so bleibt das Volk in der Ueberzeugung, daß nur der schöne Gehalt die Herren bewegt, so lange die Sitzung hinauszuziehen. Es ist aber natürlich, daß die Nationalversammlung jetzt mehr als je sich nothwendig glaubt, weil sie gern an Ort und Stelle wäre, wenn die Konstitution angetastet werden sollte, und weil sie vor Allem dieselbe durch ein Wahlgesetz zu sichern wünscht.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 11. Frankfurt a. M., Donnerstag 11. Januar. 1849.

Uebersicht.

---

11. Januar.

Wir sprachen neulich über Oesterreichs angebliches **Recht**, uns in unserer staatlichen Entwickelung zu hindern, und erkannten dasselbe als nichtig. Wie steht es um Oesterreichs **Macht**? Recht ohne Macht ist wenig, aber Macht, auch ohne Recht, ist zu fürchten.

„Oesterreich wird seine Stelle im deutschen Bundesstaate zu behaupten wissen" — versichert die neueste österreichische Note. „Oesterreich wird sich nicht aus Deutschland hinausstoßen lassen" — sagen die österreichischen Abgeordneten, und die Offenherzigeren darunter setzen wohl hinzu: „Oesterreich wird seine alten Ansprüche auf die deutsche Kaiserkrone geltend zu machen wissen." Fragt man aber die, welche so sprechen, nach den Mitteln, womit Oesterreich seine Ansprüche geltend machen, womit es uns hindern wolle, unsern Weg ohne dasselbe, wenn es denn einmal nicht aufrichtig mit uns gehen könne, ruhig fortzusetzen, unsere Staatseinheit ebenso selbstständig fertig zu machen, wie Oesterreich die seine — so hört man freilich keine Kriegserklärung, wohl aber die unversteckte Drohung: Oesterreich werde auch ohne Gewaltanwendung seinen Willen durchsetzen. Und forscht man näher nach dem Wie? so merkt man leicht, daß es die **innere Zwietracht** des übrigen Deutschlands ist, worauf von dorther spekulirt wird, das alte *Divide et impera!* einer sich immer und überall gleichen, ränkeschmiedenden Diplomatie. Da wird triumphirend auf den Widerstand Baierns gegen Preußens Hegemonie hingewiesen, da wird händereibend der trotzigen Erklärungen Sachsens gegen die Nationalversammlung gedacht, da wird von Unterhandlungen Hannovers und Baierns zu Olmütz, ja von Protesten dieser beiden Höfe gegen ein deutsches Kaiserthum gemunkelt, die auf dem auswärtigen Amte zu London niedergelegt sein sollen; da wird mit der Sympathie des gesammten katholischen Deutschlands für die Habsburgische Herrschaft geprahlt; da werden die Handels- und Gewerbsinteressen Süddeutschlands zum Kampfe gegen den angeblich ihnen feindlichen Norden aufgerufen, da wird endlich selbst die Bundesgenossenschaft der demokratischen Partei nicht verschmäht und mit geheimem Kitzel jede Spur einer Agitation der radikalen Vereine gegen den Erbkaiser beifällig hervorgesucht.

Wir lassen die **moralische** Seite des Verfahrens für jetzt bei Seite — sie ist hinlänglich in diesen Blättern charakterisirt — wir fragen nur: ist die Rechnung richtig, die die Politik Oesterreichs auf die eben genannten Faktoren baut? Wir wollen sehen!

Baiern, sagt man, wird mit Oesterreich aus dem deutschen Bundesstaate ausscheiden, wird sich der preußischen Hoheit nimmermehr unterwerfen! Wir antworten — und wir stützen uns dabei auf sichere Gewährsmänner: wenn Baiern, d. h. die Regierung Baierns, einen solchen Schritt versucht, so wird sie inne werden, daß ein großer und schöner Theil ihres Landes eher deutsch als bairisch ist und eher von Baiern läßt, als von der deutschen Einheit.

Hannover soll mit Baiern im Bunde sein — Beweis dafür, daß es die Grundrechte nicht publiciren will! Mag sein, aber die Volksstimme in Hannover neigt täglich entschiedener zur unbedingten Hingebung an die Einheit des deutschen Vaterlandes und zur rückhaltlosen Annahme alles Dessen, was diese Einheit gebieterisch fordert, und sie wird, wie sie schon einmal das Kabinet zur Unterwerfung unter die Reichsgewalt genöthigt, diesen „sanften Zwang" allenfalls auch zum zweiten Male ausüben.

Sachsen — nun ja! dort steht der Partikularismus eben jetzt in schönster Blüthe, mit gleicher Sorgfalt gepflegt von den Radikalen wie von der Regierung. Aber schon geht diese unnatürliche Koalition mit raschen Schritten einem Bruch entgegen, der entweder das Ministerium oder die Kammern, vielleicht Beide, in die Luft sprengen dürfte, und aus welchem der bessere Sinn des Volkes sich hoffentlich auf die allein sichere Höhe einer wahrhaft **nationalen** Politik retten wird.

Die eifrigen Katholiken scheinen allerdings in Angst darum zu sein, daß das Primat Deutschlands von der katholischen zu der protestantischen Großmacht übergehen soll. Allein auch sie werden bei ruhigerer Ueberlegung einsehen, wie die Reichsverfassung und die Grundrechte die Interessen ihres Glaubens und ihrer Kirche so vollständig sicherstellen, daß es ihnen ziemlich gleichgültig sein kann, in wessen Namen die Reichsregierung geführt wird; sie werden, bei einer Vergleichung des österreichischen Verfassungsentwurfs mit der preußischen Verfassung und der deutschen Reichsverfassung finden, daß diese letztere mit der Selbstständigkeit der Kirche, mit dem Kloster- und Ordenswesen weit schonender umgehen, als jener; sie werden vollends Beruhigung fassen, wenn im Falle des Austritts Oesterreichs das Stimmenverhältniß im Staatenhause günstiger für Süddeutschland angeordnet und das gefürchtete Uebergewicht des protestantischen Preußens zudem noch durch eine Beschickung des Staatenhauses nach Provinzen vermindert wird.

Auch die Schutzzollpolitik des Südens — mit wie großen und theilweise gerechten Besorgnissen sie die Vergrößerung der Freihandelsliga durch den Zutritt der Nord- und Ostseestaaten betrachten mag — wird doch nicht übersehen, wie viele Vortheile auf der andern Seite dieses Vorrücken des Zollvereins an die See ihr bietet. Und dann — eine Handelseinheit, die durch 15 Jahre bestanden hat, löst sich so leicht nicht auf. Wie oft hat der verstorbene Fr. List mit einem Abfall Süddeutschlands vom Zollverein und einem Anschluß an Oesterreich gedroht — und es ist niemals dazu gekommen. Und jetzt sollte es dahin kommen, jetzt, wo das Band des Verkehrs durch das politische und nationale dreifach verstärkt worden ist? Glaub' es, wer mag!

Endlich die Demokraten — ja diese würden wohl allenfalls die dargebotene Bruderhand des österreichischen Kabinets ergreifen, um gegen die, ihnen zum Trotz dennoch der Vollendung entgegenreifende deutsche Verfassung den letzten, verzweifelten Schlag zu führen, um zu stören und zu zerstören, wie Dies

nun einmal ihre Art ist. Aber könnte wirklich die Politik von Ollmütz so wahnwitzig sein, aus bloßer Schadenfreude in des Nachbars Haus die Brandfackel zu schleudern, welche zwar vielleicht jenes verwüsten, ganz gewiß aber ihre verzehrende Flamme auch in den eigenen Bau des Anstifters hinüber verbreiten würde? Nein! Die Schande wird sie ihrem Altmeister Metternich, von dem sie so viel gelernt, nicht machen!

In Summa also kalkuliren wir, daß Oesterreich mit all seinen Ränken und Drehungen uns zwar wohl erschrecken könnte und gewiß gern möchte, daß es uns aber, wenn wir uns nun nicht schrecken lassen, nicht sonderlich viel anhaben wird. Gehen wir daher ruhig unsern Weg vorwärts, weder rechts noch links sehend, gerade auf das hohe Ziel los, welches der Drang des deutschen Geistes, welches die Stimme unseres Volkes uns bezeichnet, die Einheit, Macht und Stärke unsres Vaterlandes! Den Muthigen ist das Glück hold!

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 10. Jan. Die auf heute anberaumte Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt hat aus Gründen, die ohne Zweifel vollkommen genügend, aber dem Publikum nicht bekannt geworden sind, nicht stattgefunden. Ob nicht diesem Publikum gegenüber, das auch diesmal sehr zahlreich sich eingefunden hatte, die einfache Rücksicht, es von der Aussetzung der Sitzung in Kenntniß zu setzen, hätte beobachtet werden können, mag dahin gestellt bleiben; unbegreiflich aber ist es, daß man eine solche Rücksicht selbst gegen einzelne Mitglieder der konstituirenden Versammlung aus den Augen gesetzt zu haben scheint; wenigstens waren mehrere derselben, und darunter ein Mitglied von Niederrad, welches eigens für diese Sitzung zur Stadt gekommen war, in dem Fall, gleichfalls vor den verschlossenen Thüren umkehren zu müssen.

*** **Frankfurt**, 10. Jan. So wird denn morgen in der Paulskirche die erste Sitzung der Nationalversammlung wieder stattfinden. Die kolossale Kirche ist in Hinsicht der Heizung und Beleuchtung nicht allein sehr zweckentsprechend, sondern sogar sehr elegant eingerichtet. Wahrscheinlich wird morgen bereits von der (nicht durch die englische, sondern durch die hiesige deutsche Gesellschaft eingerichteten) Gasbeleuchtung Gebrauch gemacht werden. Die Berathung des Berichts des neuen österreichischen Ausschusses über das ministerielle Programm, die österreichische Frage betreffend, ist einzig und allein auf der Tagesordnung, und nach allem, was man hört, wird eine große Zahl Redner sich einschreiben lassen, namentlich auch Oesterreicher, welche in den letzten Tagen häufig mit einander getagt haben. Der Bericht des Ausschusses, inclusive des Abdruckes einer großen Zahl theils noch unbekannt gewesener Aktenstücke, ist zwanzig Quartseiten stark. Die Anträge sind bereits mitgetheilt. An besondern Anträgen und Amendements wird es nicht fehlen.

§ **Frankfurt**, 10. Jan. Die Freunde des Herrn v. Schmerling scheinen es ungern zu sehn, wenn er der neue Metternich genannt wird. Es ist wahr, Metternich hat sich in andern Sphären bewegt, und es wird schwer, sich ihn mit Venedey und Jürgens gemeinschaftlich wirkend vorzustellen. Aber wenn Metternich seine abgelaufene Bahn heute begönne, er würde schwerlich andere Maßregeln ergreifen können, um seinem alten Ziele zuzustreben, als mit denen wir jetzt Schmerling auftreten sehn. Metternich hat die ehrliche Gesinnung Friedrich Wilhelms III. zu umspinnen gewußt, so daß dieser es dem Heile seines Volkes für zuträglicher erachtete, wenn er die heiligsten Versprechungen, die je ein König gegeben hat, nicht erfüllte. So wurden die Hoffnungen zerstört, die nach den Befreiungskriegen in Deutschland erwacht waren, und die österreichische Politik schritt siegreich auf ihrer Bahn fort. Jetzt handelt es sich darum, daß Oesterreich sich weder der deutschen Einheit hingeben, noch sie abgesondert von Oesterreich gedeihen lassen will. Daß man daneben mit dem Volke etwas anders reden muß, wie es seit 1815 geschehen ist, versteht sich von selbst; das würde wahrscheinlich Metternich an der Stelle des Hrn. v. Schmerling jetzt auch thun. Deutschland in einem unfertigen, unselbstständigen Zustande als Anhängsel Oesterreichs zu sehn, das war und bleibt das letzte Ziel. Aber wenn in einem großen Familienrathe der älteste Bruder stets sagen wollte: Das sind meine Verhältnisse, die ich nicht ändern kann und will, darum müßt Ihr euch Alle nach mir richten, so wäre es sehr patriarchalisch, wenn alle sich dem Einen fügen wollten; selbstständige Männer würden antworden: So wollen wir dann erst unter uns fertig werden und hernach Dich fragen, ob Du mitthun willst. Hoffentlich wird doch eine gesunde Politik obsiegen und Deutschland retten vor den Ränken österreichischer Diplomaten, vor Venedey's Eifer, der zwei Eierdotter zusammenschütten will, um einen großen Adler auszubrüten und vor der Jürgens' — doch wir wollen unser Urtheil aufschieben, bis wir sehen, in welcher Weise er und seine Freunde handeln.

! **Frankfurt**, 10. Jan. Wird das Ministerium eine Mehrheit, eine bedeutende Mehrheit erlangen? Man hört darüber die verschiedensten Meinungen. Die einzelnen Parteien sind so abgesondert, zum Theil auch noch unschlüssig, daß eine Uebersicht im Ganzen zu gewinnen noch nicht möglich ist. Man ist gespannt auf die Versammlung, welche Donnerstags die meisten Parteien im Weidenbusch zu vereinigen pflegt. Man berechnet, daß die Berathung über die große Oesterreichische Frage drei Tage hinnehmen werde. Möge sie im deutschen Sinne entschieden werden!

* **Wien**, 5. Jan. Man vernimmt von vielen Seiten, daß ungeachtet der für das zweite Semester versprochenen Wiedereröffnung der Wiener Universität, dieselbe in diesem Jahre ganz und gar nicht erfolgen werde, indem die Militärbehörde dagegen Bedenken erhoben hat. Keinem fremden Studirenden wird gegenwärtig der hiesige Aufenthalt bewilligt, außer er kann sich über eine sonstige entsprechende Bestimmung am hiesigen Platze und über zureichende Subsistenzmittel ausweisen. Eben so werden alle fremden Polytechniker und Akademiker von hier weggewiesen, die sich nicht mit ordentlichen Frequentationszeugnissen auszuweisen vermögen.

Wien, 5 Jan. Von Neuem verbreitete sich heute Mittag das Gerücht, Pesth habe sich übergeben, doch haben wir bei genauer Erkundigung keine offizielle Bestätigung des Gerüchts gefunden. So viel ist gewiß, daß laut einem Armeebefehl alle Armeekorps am heutigen Tage in einem Umkreis von 3 Stunden vor Pesth zu erscheinen hatten. (Ostd. Post.)

Triest, 31. Dez. Der österreichischen Marine, der in der letzten Zeit nie ein Strahl von Hoffnung durch die endlich erfolgte Verwendung eines tüchtigen Seemannes lächelte, stehen eben noch einige wichtige Verbesserungen bevor, die, wenn sie aber nicht mit allem Eifer unternommen werden, wahrscheinlich wieder fruchtlos bleiben dürften. Der Frühling wird uns überraschen, und selbst überrascht sein, Alles beim Alten zu finden. Die Venetianer „das große Bettelvolk", wie sie die patriotischen Journale nennen, haben einen Dampfer gekauft, der vielleicht in Kurzem Korsaren-Gastrollen in unserem Golfe geben wird — und Oesterreich? Oesterreichs Marine wurde in dem letzt veröffentlichten Staats-Verwaltungs-Ausweise einem Hofrathe zugetheilt, der nebst der Marine das Witwen- und Waisen-Departement versieht. Passender konnte man die arme verwaiste Marine nicht versorgen. (Lloyd.)

** **Kremsier**, 4. Jan. Die gestern bereits erwähnte Erklärung über §. 1 der Grundrechte, welche Graf Stadion in der Reichstagssitzung von heute abgab, lautet vollständig wie folgt:

Indem die konstituirende Reichsversammlung zur Berathung der Grundrechte schreitet, ist der Ministerrath dem Throne wie dem Volke schuldig, sich über die Stellung, die er bei der dießfälligen Berathung einzunehmen gedenkt, so wie vor Allem über den ersten und bedeutungsvollsten Grundsatz auszusprechen, der im §. 1 der Grundrechte vorangestellt ist. Wird der im §. aufgestellte Satz von dem Ursprunge der öffentlichen Gewalt bloß vom Standpunkte der abstrakten Theorie in Betracht gezogen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein solcher rein theoretischer Satz nicht geeignet sei, dort einen Platz zu finden, wo es sich darum handelt, die Verfassung für bestimmte staatliche Verhältnisse festzustellen. Auch würde das Ministerium es weder in seinem Berufe, noch in seiner Stellung finden, sich bei einer rein theoretischen Diskussion in einem Augenblicke zu betheiligen, in welchem es sich um Thaten handelt und die Völker Oesterreichs sehnsüchtig der Früchte dieser Berathungen, des in's Lebentretens der Verfassung harren. Soll aber diese Doctrin an die Spitze des Grundgesetzes des österreichischen Staates gestellt werden, so muß sich das Ministerium gegen ein Prinzip verwahren, welches den thatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen

unseres Staates nicht entspricht und durch den bloßen Versuch, demselben im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen, die Quelle beklagenswerther Irrungen und folgenschwerer Unordnungen gewesen ist. Unter dem Banner dieser Theorie, die nach dem vorliegenden Kommissionsantrage an die Spitze der Verfassung gestellt werden soll, wurden die Gesetze verletzt, den Vollzugsorganen offener Widerstand entgegengesetzt; unter ihrem Banner wurden die Begriffe der Menge verwirrt, die Straßen zum Schauplatze wilder Ausschweifungen gemacht, wurde das Blut des edlen Grafen Latour vergossen. Es besteht kein Bedürfniß, weisen praktischen Gesetzen durch allgemeine verführerische Lehrplätze Eingang und Beliebtheit zu verschaffen; im Gegentheile, die öffentliche Meinung verwahrt sich gegen Behauptungen, welche die Frage der Konstituirung des Vaterlandes auf einen Boden stellen würden, der nicht weniger mit den Erklärungen der Krone als mit dem Rechtsgefühle der hier vertretenen Völker im offenen Widerspruche wäre. Das erbliche monarchische Recht erscheint in der Staatsform der konstitutionellen Monarchie eine geheiligte und unveräußerliche Quelle der obersten Gewalt. Es ist innerhalb dieser Staatsform unzulässig, den Ursprung derselben neu feststellen und das Bestehende von einer neuen Bestätigung abhängig machen zu wollen. Die Minister haben, als sie das erste Mal vor diese Versammlung traten, die Erklärung abgegeben, an den Grundsätzen der konstitutionellen monarchischen Staatsform festzuhalten, sie würden ihren Pflichten, so wie diesen ihren Grundsätzen untreu werden, würden sie zugeben, daß das richtige Verhältniß der Krone zu dem Volke und dessen Vertretern verrückt werde. Se. Majestät der Kaiser Ferdinand I. haben im März die Verleihung einer Konstitution beschlossen und darein gewilligt, die von Ihren Vorfahren unbeschränkt übernommene gesetzgebende Gewalt mit den Vertretern des Volkes zu theilen. Mit dieser kaiserlichen Bewilligung war Oesterreich eingetreten in die Reihe konstitutioneller Staaten, aber mit dieser Aenderung war die monarchische Staatsform weder aufgehoben, noch einen Augenblick außer Wirksamkeit getreten. Die Unantastbarkeit des monarchischen Prinzips war auch in allen, seit dem Monate März ergangenen kaiserlichen Erlassen, namentlich dem allerhöchsten Manifeste vom 16. Mai, festgehalten, durch welches den Völkern Oesterreichs die kaiserliche Entschließung kund gegeben wurde, daß die verliehene Verfassungsurkunde vom 25. April der Berathung der Volksvertreter unterzogen werden soll und durch welches zu diesem Behufe der erste Reichstag zum konstituirenden erklärt wurde. Das Ministerium wird sich der Thätigkeit des hohen Reichstages, die Konstituirung auf einer anderen, den geänderten Verhältnissen angemessenen Grundlage zu einem gedeihlichen Ziele zu führen, bereitwillig anschließen und an den Berathungen über diese hochwichtige Angelegenheit thätigen Antheil nehmen, weil es wünscht und von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß durch offene gegenseitige Verständigung das Verfassungswerk am schnellsten und sichersten zu einem gedeihlichen Ende geführt werde. Allein es muß auch erklären, daß dieß nur unter der Voraussetzung und Verwahrung statt finden kann, daß das konstitutionell monarchische Prinzip nicht verletzt und das Recht der Krone von dieser Versammlung nicht in Frage gestellt werde. Eine solche Sendung lag nicht in der Berechtigung der Wähler und das Volk in seinem Rechtsgefühle hat sie nie in dieser Weise aufgefaßt. Wir erblicken eine konstitutionelle Staatseinrichtung in der Theilung der legislativen Gewalt mit des Volkes gewählten Vertretern, und es ist mit dem Rechtsbestande unserer Monarchie die Behauptung ganz unvereinbarlich, daß alle Gewalt vom Volke ausgehe. Jene verfassungsmäßige Theilung der legislativen Gewalt ruht wesentlich in der Heilighaltung der wechselseitigen Grenzen, und so wie wir uns zu einem Uebergriffe nie herbeilassen werden, werden wir es stets für unsere Pflicht halten, Solchem mit Entschiedenheit zu begegnen. Mit spezieller Beziehung auf den im §. 1 des Kommissions-Entwurfes der Grundrechte ausgesprochenen Satz hegen wir die sichere Ueberzeugung, daß derselbe von der hohen Kammer nicht werde gebilligt werden und wir glauben es der in allen Fragen gegenüber diesem Hause festgehaltenen Offenheit aller unserer Entschließungen und Handlungen schuldig zu sein, zu erklären, daß wir in der ausdrücklichen oder stillschweigenden Anerkennung des obgedachten Grundsatzes einen Eingriff in die unwandelbaren Grundlagen zu erkennen in der Lage wären."

Als der Minister geendet hatte (schreibt man der D. Allg. Z.), packte er die Schriften zusammen und verließ die Tribüne, ohne daß die Versammlung ein Wort darauf zu sagen wußte. Die Rechte sah hinüber auf die Linke, die Linke hinüber auf die Rechte, und das Centrum blickte drein wie gewöhnlich. Es schien, als fragten sich die Herren im Geheim: was thun wir hier? Endlich, nach einer Viertelstunde, beantragte ein Abgeordneter, daß die Berathung der Grundrechte bis zum 8. Jan. ausgesetzt werden solle da diese Erklärung der Minister so wichtig sei, daß man sie genau erwägen müsse. Die Kammer war froh, so leichten Kaufs den hingewälzten Stein umgehen zu können, und unter Bravo wurde dieser Antrag angenommen. Bis zum 8. Jan. ist aber wahrscheinlich der Entwurf jener Grundrechte bekannt, den die Minister ausarbeiten ließen.

⊙ **Ollmütz**, 4. Jan. Der Reichstag in Kremsier hat seine Sitzungen gestern wieder begonnen und sie mit einer heftigen Debatte eröffnet, deren Endresultat die Ausschließung des laut Kammerbeschluß vom 21. Okt. v. J. für die Stadt Tarnow in Galizien gewählten Abgeordneten Waguza war. Aus der Antwort Stadions auf eine früher schon gestellte Interpellation bezüglich der Entwaffnung des Landvolkes im Erzherzogthum Oesterreich, ersehen wir, daß dieselbe mit Wissen und auf Anordnung des Ministeriums geschah, sowie daß der Märzerrungenschaft der allgemeinen Volksbewaffnung, ebenso wie der Presse, sehr enge Grenzen gezogen werden sollen. Mit mehr Befriedigung vernehmen wir aus demselben Munde, daß für die Verbesserung der Lage der Volksschullehrer, die seit Aufhebung des Zehnten an manchen Orten eine unerträgliche war, bereits die nöthigen Voranstalten getroffen wurden. Die Nachricht von der Einnahme Budapesth's, welche Wiener Blätter von gestern bringen, hat sich bis jetzt noch nicht bestätigt, obwohl alle Nachrichten für die kaiserlichen Waffen sehr günstig lauten und vor mehreren Tagen wieder eine eroberte feindliche Fahne hierhergeschickt wurde. Die Armee verpflegt sich in Ungarn selbst, und hat bis jetzt wenig Gebrauch von den angelegten Proviantmagazinen gemacht. Namentlich sind die wohlgefüllten Weinkeller der Ungarn den Soldaten eine willkommene Erscheinung; eine Streifpatrouille traf bei einer Recognoscirung auf ein Weinlager von mehreren Tausend Eimer, welches sogleich mit Beschlag belegt wurde und zur Erquickung zweier Brigaden diente. Man flüstert sich hier in die Ohren, daß unser Ministerium das Beispiel des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel nachahmen, den Reichstag auflösen und Oesterreich mit einer oktroyirten Verfassung beglücken werde. Ob diese auch an Freisinnigkeit der preußischen gleich sein werde, wird aus verschiedenen Zeichen der Stimmung in höheren Regionen bezweifelt. Daß ein solcher Staatsstreich alle Chancen des Erfolges für sich hat, daß er von der klerikalen Partei, welcher der konstituirende Reichstag schon längst ein Dorn im Auge war, mit Jubel begrüßt werden würde, darauf können Sie sich verlassen.

** **Berlin**, 7. Jan. Ist es Uebelwollen oder wirklich Unklarheit über preußische Zustände, daß in der Augsb. Allg. Ztg., in der Weserzeitung, in der Karlsruher Zeitung, die Kaiser-Idee zur „preußischen Idee" gestempelt, daß dem preußischen Volk im Ganzen ein unmäßiger Eifer in ihrem Dienste zugeschrieben wird? — Nicht oft genug kann es wiederholt werden, daß die Idee eines erblichen auf Preußen zu übertragenden Kaiserthums keinen erbittertern und fanatischern Gegner hat, als das spezifische Preußenthum. Es ist sehr die Frage, ob aus dem Volk heraus in Baiern oder Oesterreich, oder etwa gar in Hannover so systematisch dagegen zu Felde gezogen wird, als in dem Lande, welchem die Krone zugedacht ist. Nur die redlich deutsche Partei ist für das erbliche Kaiserthum; nicht einmal diese ganz ungetheilt. Ob die Erwägung dieses Umstandes in redlichen Gemüthern ohne Eindruck bleiben sollte? Ob nicht jugendliche Schwärmer, wie J. Venedey, wenn sie sich selbst, was außerordentlich leicht ist, überzeugen, welche gewaltigen Anstrengungen in Preußen gegen das Kaiserthum von einer Seite her gemacht werden, der die Einheit selbst ein Dorn im Auge ist, ob diese Phantasten, denen es wirklich um des Vaterlandes Einheit ernstlich zu thun scheint, nicht nachdenklich werden sollten in Betreff dieser seltnen Harmonie der Ansichten und Zwecke mit den Feinden deutscher Einheit?

Wie jedes deutsche Land — und um kein Haarbreit anders — spalten sich in Preußen die Parteien bei Gelegenheit der deutschen Frage. Es wird nicht zu vergessen sein, daß, was sich nur irgend für eine Trias herbeisuchen und sagen läßt, von dem Preußen Hansemann und nicht in Baiern aufgefunden und gesagt ist. Die Zahl Derer, welche in dieser Hinsicht hinter Hansemann stehen, ist in Preußen nicht hoch genug anzuschlagen; es ist der Kern der in allen sonstigen politischen Fragen völlig zerfahrnen Bourgeoisie. Wir finden unter dieser sehr achtbaren Klasse keine Abneigung gegen die Einheit und Macht des Vaterlandes, aber eine ungeheuerliche Nüchternheit und einen nordischen Skeptizismus an der Verwirklichung wo möglich von Dingen, welche bereits verwirklicht sind. Weil ihnen eine Einheit nicht anders möglich, weil ihnen der Preußenhaß und Widerstand in Baiern und sonst unüberwindlich scheint, und weil sie nicht für ein Ungewisses und Utopistisches die sichre Macht und Kraft Preußens gefährdet wissen wollen, also vorzugsweise aus Verzweiflung an den Deutschen — sind unsere Epiciers (hoch und niedrig) gegen das Kaiserthum.

Anders freilich verhält es sich mit den Schwarzweißen, mit unsren Ultra's, die nach und nach, wie auf einen Regen die Frösche, zu Tage kommen. Denen ist die ganze deutsche Idee widerwärtig. Das Streben nach Einheit Deutschlands ist ja bekanntlich in Denen rege gewesen, welche gleichzeitig den verderblichen Gedanken einer Gleichberechtigung aller Staatsbürger

geltend machen wollten. Das Streben nach deutscher Einheit ist ja eigentlich der Grund der ganzen unseligen Erhebung in diesem Jahre! Bereits sind die Männer der neuen Zeit vom Ruder entfernt; der Radikalismus, als Handlanger, wird in Sachsen und Würtemberg Nachlese halten. Aber der „Mann von Heppenheim und Heidelberg", der „ehemalige Genosse von Brentano, Hecker und Struve" — Gagern (!) ist jetzt der Minister in partibus. Die preußische „Kopfzahlversammlung" ist glücklich durch eigene Bemühungen hinweggeräumt, in Frankfurt darf noch eine revolutionäre Versammlung ihr Spiel fortsetzen? Schon bietet Baiern die Hand, sie zu beseitigen und — zu oktroyiren. Doch Camphausen und die Ehrlichkeit (ja wohl die Ehrlichkeit! das muß der Gegner, gerade der Gegner sagen) des jetzigen preußischen Ministeriums stehn im Wege. — Meinen Sie vielleicht, ich übertriebe? Mir ist es vielleicht nur um die Form der Konjektur zu thun. Aber ich könnte dafür den Beweis beibringen, daß die spezifisch preußische Partei mit Oesterreich, mit Baiern, mit unzufriedenen Sachsen, mit Ultramontanen, ungescheut selbst mit der Linken (ich nenne Arnold Ruge) Fäden anknüpft, um die deutsche Einheit zu vereiteln. Wenn ich Ihnen einen Artikel der „Neuen preußischen Zeitung" analysiren wollte, es käme dabei noch mehr zu Tage. Soviel steht unzweifelhaft fest: diejenigen, welche für Preußen einen Sondervortheil suchen, sind nicht für das erbliche Kaiserthum. Und, die Wenigen abgerechnet, welche Gott mit Blindheit schlug, sind die Gegner des erblich auf Preußen zu übertragenden Kaiserthums (ich meine die Sache, nicht den Namen! meinethalben „Schirmherr des Reichs"; — Gegner der deutschen Einheit. Aber zeige ich Ihnen auch noch den Revers der spezifisch preußischen Münze, welche die N. Pr. Ztg. gegen das erbliche Kaiserthum prägt; es lautet darauf: „Russisch-österreichische Allianz." Jetzt, Herr Venedey, wählen Sie!

Berlin, 5. Jan. Die schleswiger Sache geht ihrer diplomatischen Entscheidung entgegen. Eine neue Basis der Unterhandlungen ist von England vorgeschlagen und von den übrigen vermittelnden Mächten angenommen worden. Man will von den älteren Verträgen, die sich hinüber und herüber deuten lassen, ganz absehen und es mit einer Personal-Union, die Schleswig unabhängig bestehen lasse, versuchen. (Köln. Z.)

♂ **Dortmund**, 7. Jan. Gestern tagte hier der konstitutionelle Centralverein für Rheinland und Westphalen. Von den mehr als 100 Ortsvereinen, die denselben bilden, waren über 70 von der Weser her bis nach Saarbrücken durch etwa 160 Abgeordnete vertreten. Lassen Sie mich das Bedeutendste aus den Verhandlungen und Beschlüssen der Versammlung hervorheben.

Der Standpunkt derselben trat gleich anfangs hervor, als über die Zulassung des neuentstandenen Preußenvereins in Crefeld entschieden wurde. Dieser, meist aus Arbeitern bestehend, spricht in §. 4 seiner Statuten aus: „Wir verwerfen die am 18. und 19. März d. J. in Berlin stattgehabte Revolution als unsittliche und gesetzwidrige That. Wir erkennen in ihr nicht die Urheberin der uns gewordenen politischen und bürgerlichen Freiheiten." Nach einem schwach unterstützten Widerspruch entschied die Versammlung fast einhellig, daß die in jenem Paragraphen ausgesprochene historische Auffassung kein Hinderniß sein könne, den Preußenverein in den Centralverein aufzunehmen.

Weiter wurde die Verfassung vom 5. Dez. 1848 und deren Durchbildung als das gemeinsame Programm des Centralvereins fast einhellig anerkannt, und dem Könige für die Verleihung der Verfassung mit einem mächtigen Hoch gedankt. Einige wenige Dissentirende, welche in der Verfassung das demokratische Element gefährdet und durch die Oktroyirung das Recht verletzt fanden, schieden hierauf für sich und ihre Ortsvereine aus dem Centralvereine aus.

Die fernere Mitwirkung der österreichischen Regierung oder österreichischen Abgeordneten bei dem deutschen Verfassungswerke fand die große Mehrheit unstatthaft, forderte aber ein inniges Bundesverhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland, und stimmte dem Gagern'schen Programme vom 18. Dez. hinsichtlich der österreichischen Frage zu.

Auf Anträge aus Elberfeld, Wesel, Münster, Bonn und Hamm wurde die Betheiligung an dem sogenannten Märzverein einstimmig als unvereinbar mit dem Verbleiben in dem rheinisch-westphälischen konstitutionellen Centralverein bezeichnet. Die Beschlüsse des am 18. und 19. Nov. in Münster gehaltenen demokratischen Kongresses, welche unter Anderm dahin lauteten, daß die Nationalversammlung in Berlin die einzige gesetzgebende Gewalt, die einzige Behörde des Landes sei, daß sie die Landwehr für sich aufzubieten habe, daß die Steuerverweigerung Pflicht des Volkes sei, wurden verlesen und in ihrer völligen Nichtigkeit und Unschädlichkeit durch Uebergehen zur motivirten Tagesordnung gewürdigt.

Ein Antrag aus Koblenz, das Staatsministerium zu bitten, keinen der Abgeordneten, welche an dem Beschluß der Steuerverweigerung Theil genommen, deßhalb zu verfolgen, wurde mit Mehrheit abgelehnt, weil die Unabhängigkeit der Rechtspflege in keiner Weise zweifelhaft gemacht werden dürfe. Eben so entschieden sprach sich aber dagegen der Wunsch aus, die politischen Verfolgungen möchten so weit es irgend mit dem Gange des Rechts und der Ordnung der Verwaltung vereinbar sei, vermieden und in ihren Folgen möglichst gemildert werden. Die bevorstehenden Wahlen wurden sodann ausführlich besprochen. Es wurde gewarnt, die indirekten Wahlen nicht dadurch illusorisch zu machen, daß man den Wahlmännern die Wahl bestimmter Abgeordneten zur Pflicht mache; es wurde erinnert, daß es nicht wohlgethan sein würde, von bereits treu und tüchtig erkannten Deputirten, auf welche sich schon im Mai das Vertrauen eines Wahlkreises vereint habe, ohne Noth abzugehen; es wurde anerkannt, daß nur die sittliche und politische Würdigkeit eines Wahlmannes und Abgeordneten, nicht aber seine Konfession in Betracht kommen dürfe; politische Glaubensbekenntnisse gäben keine Bürgschaft für einen Abgeordneten, sondern nur genaue Prüfung seines ganzen Wandels und Lebens. Außer der vorhin erwähnten Aufnahme des märzfeindlichen Preußenvereins, kann wohl nichts mehr den Umschlag der Stimmung bezeichnen, als daß auch bemerklich gemacht wurde, wie wünschenswerth es sei, Hrn. v. Bodelschwingh, dessen „Treue, Kraft und Einsicht das Vaterland so schmerzlich auf dem politischen Schauplatze vermisse," wieder zu einer öffentlichen Wirksamkeit zu berufen; endlich wurde beschlossen, einen Centralwahlausschuß zu bilden, der sich mit Bezirkswahlausschüssen, und den gleichartigen Vereinen in Berlin u. s. w. in Verbindung zu setzen habe, um einen glücklichen Erfolg der Wahlen möglichst zu sichern, und den Bestrebungen der Anarchisten wie der Absolutistischen entgegen zu arbeiten. Der geschäftsführende Ausschuß des Centralvereins in Köln wurde mit der Thätigkeit als Central-Wahlausschuß sofort beauftragt. Daß Fürsorge für die arbeitenden Klassen, gründliche Lösung der sozialen Frage, nicht durch Redensarten, sondern durch Thaten die Aufgabe jedes ächt konstitutionellen Mannes, jedes konstitutionellen Vereins sei, das war eine wiederholt und stark ausgesprochene Ueberzeugung der ganzen Versammlung.

Warmer vaterländischer Sinn, für welchen der Gegensatz zwischen preußisch und deutsch aufgehört hat, war der Grundcharakter dieses freien Landtags zweier Provinzen, der alle seine Glieder belehrt, ermuthigt und gekräftigt in die Heimath entließ.

Baiern. Der Nürnb. Korresp. bemerkt zu der Nachricht, daß mit Hrn. v. Lerchenfeld wegen Uebernahme eines Reichsportefeuilles unterhandelt werde: „So Ersprießliches wir von Lerchenfeld als Reichsminister erwarten würden, so glauben wir doch, daß er für Baiern in der nächsten Zeit noch unentbehrlicher ist, als für das Reich, und würden insofern die Annahme des ihm angebotenen Postens bedauern. Lerchenfeld dürfte auf dem bevorstehenden Landtag ganz unersetzlich sein; denn er allein scheint geeignet, den Kern einer entschiedenen konstitutionellen Opposition zu bilden und so Baiern vor dem Unheil zu bewahren, von dem es bedroht ist. Welche Hoffnungen in dieser Beziehung auf ihn zu setzen sind, das beweist u. A. folgender Vorgang: Bei der Deputation, welche Lerchenfeld die Adresse der Wahlmänner von Kronach überreichte, befand sich ein in die neue Kammer gewählter, der demokratischen Richtung folgender Abgeordneter, der Floßhändler Joseph Fillweber. Dieser erklärte: daß er sich nur unter Lerchenfeld's Fahne stellen werde. Folgen die demokratisch gesinnten Abgeordneten diesem ehrenwerthen Beispiele, dann kann es sich nicht fehlen, daß in der Kammer eine kompakte liberale Mehrheit zu Stande kommt, an welcher alle reaktionären Bestrebungen zu nichte werden müssen."

München, 6. Jan. Zu den beiden Preßprozessen, gegen Oeschler, Verleger des Gradaus und anderer Blätter demokrati-

scher Tendenz und gegen den Redacteur des Blattes: Es muß Tag werden!, Arbeiter Riesle, welche von den Geschwornen abzuurtheilen sein werden, gesellt sich nunmehr ein dritter gegen die Redacteure der Leuchtkugeln, Dr. Ringler und Koller. Man ist namentlich auf das Urtheil in der letzten Sache sehr gespannt. (N.K.)

Ulm, 6. Jan. Nach kürzlich dahier eingetroffenen Nachrichten aus Wien ist bereits eine Weisung an das Regiment Latour abgegangen, daß es sich zum Ausmarsch nach Ulm bereit halten solle. Von einer Lostrennung Oesterreichs aus dem deutschen Reichsverband ist somit keine Rede. (Ulm. Chr.)

÷ **Hannover**, 7. Jan. Unser Ministerium lavirt, wie dies das kürzlich erlassene Ausschreiben des Ministeriums des Innern wegen der Publikation der Reichsgesetze klar an den Tag legt. Ob die augenblicklich in vollem Gange befindlichen Wahlen zur nächsten Ständeversammlung in seinem Sinne ausfallen werden, läßt sich noch nicht übersehen; doch ist dies, wie mir scheint, kaum zu bezweifeln. Dies kann man auch nur wünschen, wenngleich man keineswegs wünschen kann, daß die Ständeversammlung unterliege und namentlich betreffs der deutschen Sache sich vom Ministerium ins Schlepptau nehmen lasse. Wir wünschen und hoffen vielmehr das Umgekehrte. Wie wenig sich hier übrigens unter dem (charakteristisch bei uns noch immer sogenannten) gemeinen Mann ein politischer Sinn zeigt, geht u. A. auch daraus hervor, daß zu einer gestern in der hauptsächlich von Gartenleuten bewohnten Vorstadt vorgenommenen Wahl nur Angestellte und ein einziger Gartenmann sich eingefunden hatten. Sollten derartige Fälle mehr vorkommen, so wäre dies allerdings ein trauriger, aber dennoch schlagender Beweis, daß dem eigentlichen Volke bei uns an dem Besitze politischer Rechte noch wenig gelegen ist und es wäre dann in der That nicht zu verwundern, wenn unsere zweite Kammer auch künftig, wie in den 30er Jahren, nur mit Angestellten besetzt wäre.

† **Aus Baden**, 9. Jan. Die Karlsruher Ztg. vom 5. Jan. hat sich in der That durch Aufnahme eines neuen △Artikels aus Heidelberg fast noch unter die badische Ztg. gestellt; diesen Ruhm wollen wir ihr lassen. Auf Schmähungen haben wir keine Antwort, aber auf Sachen. Nachdem die Reihe an Pfeufer und Henle war, ist sie nun an Gervinus und Häusser gekommen. Wir müssen es den Herren selbst überlassen, ob sie in diesen Schmutz hineingreifen mögen, um sich von den Ehrennamen von Republikanern, Wühlern und Barrikadenbauern zu reinigen!! (Schämt sich die Karlsr. Ztg. nicht?) Das Kreuz des giftigen Neides müssen sie nun schon durch unsere Schuld auf sich nehmen! Der Artikel enthält aber zugleich eine Vertheidigung der Bibliothek, und in den Sachen wollen wir durchaus der Universität Heidelberg und ihrer gegenwärtigen Verwaltung nichts schenken. Einen Augenblick bedachten wir uns dennoch, da der Artikel die Andeutung enthält, die Bibliotheks-Verwaltung selbst werde nicht antworten, habe also mit dieser Antwort nichts zu thun. Seitdem ist uns aber die Versicherung geworden, daß der Hr. Ober-Bibliothekar um die Verfasser und ihr sauberes Stück Arbeit nur zu gut wußte. Also zu den Sachen, zu unserer Vertheidigung, die nicht ohne neue Anklagen, wenigstens nicht ohne neue Begründung der früheren zu führen sein wird. Wir werden angefahren, daß wir das Haus ungeeignet genannt haben. Wir fragen also, ob ein Haus für eine Bibliothek geeignet heißen kann, dessen Hauptfaçade vor Kurzem mit einem Aufwande von vielleicht 12,000 Gulden von Grund auf neu aufgeführt werden mußte, weil die Mauer zu schwach war, die Bücher zu tragen? Es wird uns entgegnet, das Haus sei „schön und zweckmäßig eingerichtet," unsere Klage über Konfusion der Aufstellung innerhalb der Hauptfächer sei „grellste Unwahrheit." Die beiden Hauptstockwerke der Bibliothek sind so hoch, daß die obersten Reihen der Bücher nicht ohne Gefahr auf hohen Leitern erklettert werden müssen; wir haben noch in allen Bibliotheksälen von solcher Höhe überall in der Mitte Gallerien angebracht gesehen; fragt sich nun, ob die Einrichtung in Heidelberg eine zweckmäßige heißen soll. Zumal da sie die Konfusion, von der wir reden, fast nothwendig macht. Bei der enormen Höhe der Schränke gesellen sich die wunderlichsten Fächer zusammen und in den Fächern herrscht, wie gesagt, die wunderlichste Verwirrung. In Einem Schranke stehen Heraldik und Diplomatik wild durcheinander; in einem andern Geschichte von China, Westindien, Byzanz und Afrika; in einem dritten altdeutsche und neudeutsche Literatur in buntester Konfusion; in einem vierten stehen in nächster Nähe die Strategie des Erzherzogs Karl und die gothische Baukunst, ein Werk über das Rauchen der Kamine und die Theorie der Reitkunst freundschaftlich beieinander! Und doch erinnern wir uns eines noch merkwürdigeren Schrankes, wenn wir nicht irren Nr. 212, der an Universalität eine wahre Enzyklopädie heißen könnte und den wir Jedem zur Einsicht empfehlen, der die Schamlosigkeit der Einrede gegen unsere Aufstellung prüfen will. Diese „musterhafte Ordnung nun" haben wir nach dem Karlsruher Korrespondenten der Thätigkeit des Oberbibliothekars zu danken, der noch dazu keine Besoldung als solcher bezieht. Das würden wir der Regierung geradezu zum Vorwurf machen, wenn dieß so wäre. Darnach der Lohn, darnach die Arbeit; gratis, frustra — dawider kann kein Mensch etwas haben. Und darum verargen wir es auch dem Oberbibliothekar gar nicht so sehr, wenn er nichts für die Bibliothek thut; darum wollen wir einen ganzen und eigentlichen Bibliothekar haben. Die Regierung schicke nur einmal eine Kommission nach der Bibliothek, die den Oberbibliothekar auffordere, die z. B. in den medizinischen Schränken herrschende „musterhafteste Ordnung" näher anzugeben. Wir bezweifeln sehr, daß er dieses Examen bestehen würde; ja wir sind so dreist, zu behaupten, daß er gar nicht, nicht einmal annähernd weiß, weder welche Fächer in jenen, noch in vielen andern Schränken der Bibliothek aufgestellt sind. Daraus machen wir ihm weniger Vorwurf, als der ganzen Administration der Universität. Das Oberbibliothekariat ist kein Amt, mit dem man viele andere Aemter kumuliren kann. Der Karlsruher Korrespondent rühmt die „sprichwörtliche Thätigkeit" des Oberbibliothekars, wir haben sie auch tausendmale nennen hören, aber wir müssen feierlich betheuern, hier zum erstenmale im rühmenden Sinne. Der Herr Ober-Bibliothekar in Heidelberg ist nicht allein Professor und Seminardirektor, sondern auch Ephorus und Redakteur der Heidelberger Jahrbücher und ein fruchtbarer, fleißiger Schriftsteller. Dies ist zu viel, um noch einer Anstalt, wie die Heidelberger Bibliothek, nebenbei vorzustehen. Der nicht mechanische Theil der Arbeiten auf einer Bibliothek, die Anschaffungen, können so nebenher nicht gut besorgt werden. Sie werden sinnlos, planlos, ja völlig gewissenlos besorgt, so haben wir gesagt, und dies zu erhärten, geben wir heute folgende Probe zur Beurtheilung, in wie weit der Karlsr. Korr. mit Recht „Umsicht und Zweckmäßigkeit" in diesen Anschaffungen findet, in wie weit die Bibliotheksverwaltung das Lob verdient, „daß sie bei ihren beschränkten Mitteln immer zuerst für die nöthigeren Bedürfnisse Sorge trug." Gehören also folgende neuere Werke, die wir aus den circulirenden halbjährigen Anschaffungslisten als nicht geschenkte ausgezogen haben, und deren Preis wir mit möglichster Sorgfalt theils mündlich, theils aus französischen und deutschen bibliographischen Katalogen ermittelt haben, zu den „nöthigeren Bedürfnissen" einer ganz lückenhaften Bibliothek?

Littà famiglie ital so weit erschienen gegen 1300 Franken, Galerie de Versailles bis jetzt über 1000 Fr. Texier Asie mineure und Arménie bis jetzt gegen 1500 Fr. Zuccagni corografia ital. 728 Fr. Exploration scientifique de l'Algérie bis jetzt 1212 Fr. Flandin Perse bis jetzt 750 Fr. Dilta-Ancil Espagne bis jetzt 470 Fr. Orbigny voyage bis jetzt 428 Fr. Temminck hist. des oiseaux und Forts. 1500—1600 Fr. Hist. nat. des Canaries (!) bis jetzt 612 Franken. Bauzeitung bis jetzt über 200 Gulden.

Dieß sind nur 13 Luxus-Werke, innerhalb wohl kaum 8 Jahren für die Summe von mehr als 10,000 fl. angeschafft, von einer Bibliothek mit eingestandnermaßen beschränkten Mitteln! Nun wollen wir einen Gegensatz suchen. Die ganze literarische Thätigkeit dieses Jahrhunderts hat kein originelleres und glänzenderes Gebiet, als die Naturwissenschaften und was damit in Verbindung steht. Dieß in einer Universitätsbibliothek vertreten zu sehen, ist doch wohl ein nöthiges Bedürfniß? Wenigstens das Wichtigste daraus sollte doch angeschafft sein? Nun suche man aber nach dem Wichtigsten, was in den mathematisch-physikalisch-chemischen Fächern erschienen ist — in den letzten 8 Jahren? Das hieße vielleicht chikaniren, nein, in der ganzen Hälfte dieses 19. Jahrhunderts!

Von Franzosen wie Poncelet und Poisson ist fast nichts da; von Navier nichts; Fourier théorie sur la chaleur, Biot mathematische Physik, Dumas' Chimie nicht da! Von Engländern mit geringen Ausnahmen nichts! nicht Young, nicht Brewster, nicht Airy, von beiden Herschel nichts! von Davy nichts als die Journalaufsätze! Von Deutschen: weder Jakobi's Untersuchungen (mit Ausnahme dessen was in Crelli's Journal steht), noch die mathematischen Werke von Möbius, noch Weber's Wellenlehre und Mechanismus des Gehens, nicht Rose's analytische Chemie, nicht Liebig's

Thierchemie, nicht Gauß und Weber's Resultate! nicht des Schweden Berzelius' Handbuch der Chemie!

Oder sollen wir ein anderes Fach wählen, das der Karlsr. Korr. als „besonders bedacht“ rühmt, die englische Literatur? Von Shakespeare keine Ausgabe als der Baseler Nachdruck. Miltons sämmtliche poetische Werke in keiner gesonderten Ausgabe; seine prosaischen Werke gar nicht! ohe jam satis! Wie steht's erst mit dem Diis minorum gentium!

Wir bewiesen wohl, daß wir die Heidelberger Bibliothek kennen? Wir fragen, sind nach diesem Einen Belege unsere Ausdrücke zu kräftig gewesen? Wir stehen jeden Tag mit neuen zu Diensten, denn dieß Feld ist ganz unerschöpflich! Müßten wir nicht den Raum Ihrer Zeitung schonen, so sprächen wir euch noch ein Wörtchen über die Bibliothek-Commission und die Heidelberger Jahrbücher, die nicht ohne Connexion mit der Bibliothek sind. Aber es wird ja noch sonst Gelegenheit geben, darauf zurückzukommen. Begreift aber die Regierung in Karlsruhe, daß dies nicht eine Bibliothek verwalten, sondern ruiniren — und zugleich die Vorsteher prostituiren heißt? Denn wir sagen es noch einmal, wir wollen diesen Vorstehern durchaus nicht zu nahe treten, sondern der ganz verkehrten Einrichtung. Viele Köche verderben die Suppe; wo sich unter Sechsen Einer auf den Anderen verläßt, thut keiner was; und von einem Oberbibliothekar, dem man die Hände bindet und die Taschen leer läßt, kann man nichts fordern.

Kassel, 7. Jan. Die königlich preußische Gesandtschaft an hiesigem Hofe ist nun förmlich abberufen, und es wird von dem neuen Jahre an kein preußischer Gesandter mehr hier residiren. Graf v. Galen hat bereits seine Abschiedsaudienz gehabt. Derselbe genoß einen Gesandtengehalt von jährlich 10,000 Thlr. nebst andern Emolumenten und ist jetzt mit einer Pension von 2000 Thalern in den Ruhestand versetzt. Er wird sich auf sein Gut bei Münster zurückziehen. — So sehr man sich bei uns seit jeder gegen die Kreirung von Papiergeld gesträubt hat, so ist man doch in der jetzigen Finanznoth auch zu diesem Mittel zu deren Abhülfe geschritten und es werden in Kurzem Tresorscheine bis zum Betrag von einer Million Thaler in Umlauf gesetzt werden. Da aber die Ausführung dieser Maßregel manche vorbereitende technische, noch nicht beendigte Arbeiten erfordert, so ist, um einem augenblicklichen Bedarf abzuhelfen, mit dem Hause Rothschild in Frankfurt ein Kontrakt abgeschlossen worden, nach welchem dieses es übernommen hat, einen Vorschuß von einer halben Million Thaler in baarem Gelde dem hiesigen Staatsschatze, rückzahlbar in einer bestimmten Frist, zu leisten. Freilich sind die Bedingungen, zu denen man sich hat verstehen müssen, äußerst lästig. (Schw. M.)

× **Schleswig-Holstein**, 6. Jan. Alsen's Küste gegen das Festland ist fast seiner ganzen Länge nach mit Batterien versehen. Das Wasser ist diesen Monat noch ganz offen, also an einen Uebergang nicht zu denken. Unmittelbar an der Jütischen Grenze stehen 14—15000 Mann Dänen aufgestellt. Schleswig ist schon einmal unvorbereitet von den Dänen überfallen und wenn gleich jetzt bei Bonin's vorsichtiger Leitung ein Ueberfall auf ganz andere Vertheidigungsmittel stoßen würde, so erfordert doch die deutsche Nationalehre, daß wir nicht in beständiger Furcht vor einem kleinen Feinde leben; das umgekehrte Verhältniß wäre viel natürlicher. Vor mir liegt ein Prachtabdruck der Bittschrift, welche die Frauen und Jungfrauen der Städte Hadersleben, Apenrade, Tondern und Flensburg an die Königin Victoria von Großbritannien und Irland gerichtet haben. Es heißt darin: „Es ist von den Dänen behauptet worden, daß die Erhebung Schleswig-Holsteins gegen die dänischen Uebergriffe nur von einigen Advokaten und Beamten dieser Herzogthümer ausgegangen sei. Wir glauben diese durchaus irrige Ansicht am deutlichsten dadurch zu widerlegen, daß auch wir Frauenzimmer insgesammt von demselben Gefühl des langwierigen, nicht länger zu duldenden Druckes von Seiten der dänischen Krone durchdrungen sind, als unsere Männer, Weiber und Brüder, und daß wir demzufolge dieselbe Begeisterung für die Wahrung unserer heiligen Rechte, dieselbe Liebe zum Vaterlande theilen, die sie bewog, das unerträgliche Joch dänischer Knechtung von sich abzuwälzen. Die schleswig-holsteinsche Erhebung ist auch unserer Ueberzeugung nach aus den allen Schwüren hohnsprechenden Eingriffen hervorgegangen, die sich die dänische Regierung in einer langen Reihe von Jahren in die verbrieften Rechte unserer Herzogthümer zu thun erlaubt hat. Unsere Männer, Väter, Brüder und Söhne wollten nicht länger ungerechter Weise geknechtet, auch wir Mütter, Frauen und Töchter wollten nicht länger dänische Sklavinnen sein. Daher haben denn auch wir geduldig die Leiden des Krieges mit den Männern ertragen, in der freudigen Hoffnung, den Lohn der auch von uns gebrachten Opfer in der Freiheit und Selbstständigkeit unseres Vaterlandes zu finden. Allein neue Gefahren scheinen diese von uns Allen so heißersehnte Freiheit und Selbstständigkeit zu bedrohen, namentlich uns, die wir den nördlichen Theil Schleswigs bewohnen. Man will — so heißt es — uns aufs Neue eine von uns nicht hochzuachtende, uns widerstrebende, unserm ganzen Wesen und Nationalgefühl entfremdete Stiefmutter gewaltsam aufdrängen. Ew. Majestät sind selbst Mutter! Als solche werden Sie wissen, daß ein Kind, wie gern und freudig es sich dankend an die geliebte Mutter schmiegt, nur Abscheu und Widerwillen empfinden kann, wenn man ihm eine fremde Mutter geben will“ u. s. w. Am Schlusse heißt es: „Ew. Majestät, retten Sie uns aus dieser qualvollen Besorgniß! Die Erfüllung dieses unseres Flehens würde sich in ewigen Segenswünschen über das königliche Haupt Ew. Majestät offenbaren und in einem hochbegeisterten Freudenschrei würde das schöne Wort: Victoria! aus unserem Herzen bis an die Stufen Ihres Thrones erschallen.“ Die Dänen haben nicht verfehlt, über diese ihnen unbequeme Kundgebung zu spotten. Das Weib soll allerdings die Seele des Hauses sein; allein handelt es sich nicht um das Haus, wenn es sich um das ganze Land handelt?

** **Hamburg**, 7. Jan. Unsere junge Verfassung wird gewiß die billigste sein, billiger wie je eine Verfassung, denn unsere Deputirten erhalten nach gestern Abend gefaßtem Beschluß keine Diäten, sondern nur baare Auslagen und Thorsperre zurückerstattet, wenn sie es verlangen. Sonst sagt man im Leben, das Billigste ist gewöhnlich das Theuerste. Um aber das Verfassungswerk rasch zu beginnen und zu beenden, ward gestern Abend zur Wahl der Kommissionsmitglieder geschritten und die Wahlen fielen auf die Koryphäen aller Parteien, es wurden erwählt: Dr. Wolffsohn, Dr. Baumeister, Dr. Krenus, Dr. Gallois, Dr. Albrecht, Dr. Eolen, Söhle, Dr. Friedländer, Dr. Trittau, Dr. Johns und Glitza, und es wird nun rasch an die Vorberathung gehen können, da sowohl Dr. Baumeister wie Dr. Trittau eine Verfassung fertig haben. Dr. Baumeisters Entwurf basirt sich auf die Schweizerverfassung, wogegen Trittau mehr auf Frankreichs und Amerika's Verhältnisse Rücksicht genommen und sie unsern Verhältnissen angepaßt hat. Zur Freude Aller werden die Vorfragen bald alle beseitigt sein und an die eigentliche Verfassung Hand angelegt werden können. Außer dieser gesetzschaffenden Körperschaft hat der Senat aber auch in diesen Tagen noch die zu Recht bestehende gesetzliche Körperschaft, die erbgesessene Bürgerschaft zusammengerufen, um die nöthigen Gelder bewilligen zu lassen. Wie vorherzusehen war, wurde aber der größte Theil der Forderungen abgelehnt; doch wurde eine Geldforderung, die Forderung für die Staatswasserkunst bewilligt, dagegen aber alle Forderungen auf Gehaltszulagen abgelehnt. Der politische Prozeß gegen Gallois, Löwe, Marr und Trittau, welcher in diesem Sommer mit so großem Pomp angekündigt wurde, ist jetzt aus Mangel an Indizien niedergeschlagen worden. Was wir damals darüber sagten, hat sich jetzt bestätigt: die Schritte dieser Männer sind straflos und das Einleiten des Prozesses war nur ein Schreckschuß. Von allen seit dem 1. April aufgetauchten Zeitschriften besteht nur noch die Reform und die demokratische Zeitung. Die erstere ist von ihrer hohen Auflage (8000) bereits auf etwa 4 bis 5000 wieder herabgesunken.

Frankreich.

* **Paris**, 7. Januar. Das Journal des Debats hat heute an seiner Spitze einen kurzen Artikel, worin es die Gerüchte von einer Aenderung des Ministeriums widerlegt. Die letzten Abstimmungen in den Abtheilungen der Nationalversammlung, sagt es, und die Absichtlichkeit, mit der die Opposition in ihren Angriffen die Person des Präsidenten von der seiner Minister trennte, gaben den Grund zu dem Gedanken einer Annäherung zwischen dem Präsidenten und dem Theile der Versammlung, welcher seine Wahl am heftigsten bekämpft hatte. Man sagte sogar, der Präsident der Versammlung sei zum Präsidenten der Republik gerufen worden, und dieses Gerücht gab Veranlassung zu tausend Vermuthungen. Man versichert in der That,

daß der Präsident der Versammlung eine Zusammenkunft mit Herrn Louis Bonaparte gehabt hat. Aber wenn wir gut unterrichtet sind, ist Herr Marrast nicht vom Präsidenten gerufen worden, sondern hat sich selbst gerufen. Sein Schritt soll ganz freiwillig gewesen sein und ohne irgend amtlichen Charakter, und seine Anerbietungen sollen nicht angenommen worden sein. Man fügt hinzu, der Präsident der Republik hätte gestern einige der ausgezeichnetsten Mitglieder der Versammlung versammelt, und ganz entschieden seine Absicht ausgesprochen, fortzufahren, die Gedanken, welchen die ungeheuere Mehrheit der Stimmen des Landes durch seine Wahl ihre Zustimmung gegeben hat, zu vertreten. Man fügt ferner hinzu, daß der Präsident der Republik sich vornimmt, nächstens alle Mitglieder des Ministeriums zu vereinigen, und öffentlich die Eintracht darzulegen, die niemals aufgehört hat, zwischen ihm und denen zu herrschen, die er mit der Ausübung der Gewalt betraut hat. — Die letzte Andeutung der Debats bezieht sich auf ein Mittagessen, zu dem Bonaparte vorgestern außer Odilon Barrot und Leon Faucher, auch Thiers und Molé geladen hatte. Gerade bei diesem Essen soll er aber seinen Wunsch geäußert haben, eine entschiedenere Politik zu verfolgen, woraus man auf die Bildung eines neuen Ministeriums im Sinne des Hrn. Thiers oder der Linken der Nationalversammlung schließt. Selbst die legitimistischen und bonapartistischen Blätter sind damit einverstanden, daß der Präsident ein Ministerium aus der Linken bilde. Sie hoffen, um so eher werde dann die Nationalversammlung in ihre Auflösung willigen und eine neue Kammer zusammentreten, von der kein Zweifel sei, daß sie ganz Bonapartisch ausfällt. Man sprach von einem rothen Ministerium Ledru-Rollin.

Was die Auflösung der Versammlung angeht, so dauern die Bemühungen, sie herbeizuführen, fort. Eine Menge Petitionen zu diesem Behuf werden in Umlauf gesetzt, und eine von den Wählern des Seine- und Marne-Departements ist bereits überreicht. Die Wähler von Vaucluse berufen sich sehr naiv auf die Art. 2003 und 2004 des Code, wonach jeder Auftraggeber den Auftrag beliebig zurücknehmen könne; sie nähmen nun ihren Auftrag zurück und alle Abstimmungen ihrer Abgeordneten wären mithin nichtig. — In der 12. Abtheilung der Nationalversammlung hat Herr Achille Fould, als ein Mitglied zu dem Unterrichtsausschuß gewählt werden sollte, ebenfalls die Meinung ausgesprochen, daß die Versammlung sich sofort aufzulösen habe, weil die öffentliche Stimme es fordere. Um nicht zur Wiederaufnahme der Geschäfte beizutragen" erklärte er schließlich, „enthalte ich mich jeder Theilnahme an der Wahl und Abstimmung."

Aus dem Club de l'Institut hat sich ein neuer Verein gebildet. Er spricht in seinem Programm aus, daß der frühere Verein die Aufgabe gehabt habe, die Republikaner de la veille und du lendemain zu verschmelzen. Diese Aufgabe sei vollbracht; ein neuer Zustand sei eingetreten; jetzt handle es sich darum, die Eintracht zwischen den beiden aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Gewalten zu erhalten, und diese Aufgabe habe sich der neue Verein gestellt. — Er zählt bereits mehr als hundert Mitglieder.

Man hatte heute einen kleinen Aufstand oder wenigstens eine Demonstration erwartet; aber man hat sich getäuscht; Paris ist ganz ruhig; die Promenaden sind bei dem schönen Wetter gedrängt voll, und der Pariser geht ungestört seinem Sonntagsvergnügen nach. Die Veranlassung aber, weshalb man heute Unruhen befürchtet hatte, ist folgende. Die Weinhändler in der Vorstadt Batignolles hatten sich geweigert, die Accise länger zu bezahlen, oder vielmehr die Accisebeamten in ihre Keller zu lassen. So versuchte man gestern, welche Kraft der Ueberredung einige Compagnien Soldaten ausüben würden. Der Präfekt und Prokurator, der sie begleitete, fragte zuvor nach dem Grund der Beschwerde. Wir wollen, hieß es, kein Exercice (Recht des Zollbeamten, zu jeder Stunde in die Keller und sonstigen Räume zu dringen) mehr dulden, weil es unmenschlich ist; sondern wir wollen die Weinsteuer per Abonnement (in Pausch und Bogen) bezahlen. Als der Präfekt und der Untersuchungsrichter ihnen bedeutete, daß sie dafür nicht den Weg der Rebellion, sondern den Weg der Petition hätten einschlagen sollen, rief die Menge: Wir haben schon zu oft petitionirt, aber niemals bekamen wir Antwort. Wir schlossen daher unsere Magazine und verweigerten die Inventarisirung unserer Vorräthe, bis unsere Anträge gehört würden. — Der Prokurator stellte ihnen vor, daß die Weinsteuer die Hauptquelle der Pariser Gemeindeeinkünfte bilde, welche gerade jetzt mehr als jemals in Anspruch genommen würden und daß man sich wenigstens vorläufig noch der Ausübung des Exercice unterwerfen solle. Die anderen Punkte sollten sofort gehörigen Orts geregelt werden. Wirklich gaben die Meisten nach, und ließen zu, daß die Steuer- oder Thorzollbeamten unter dem Schutze der Bajonnette die Inventarisirung vornehmen durften. Aber viele Thüren mußten gesprengt werden; mancher Weinhändler war nicht zu Hause. Die Truppen sind zwar gegen 6 Uhr Abends wieder heimgekehrt, ohne daß Blut geflossen wäre; aber der ganze Vorfall hat doch eine gewisse Gährung zurückgelassen, und geschickte Parteiführer wollten sie benutzen, um die Faubourgs aufzustacheln und eine allgemeine Bewegung hervorzurufen. Feingekleidete Emissäre begaben sich aus einem volkreichen Viertel in das andere, und stellten den Arbeitern vor, wie nöthig es sei, einen allgemeinen Zug zum Präsidentschaftshotel (Elysée National) zu veranstalten und Amnestie zu verlangen. Aber die Arbeiter sind gewitzigt; ihre eigenen Journale warnen sie fortwährend vor Unternehmungen, die man ihnen als Schlingen hinlege, und so blieb denn, wie erwähnt, Alles ruhig. Der Moniteur bringt eine amtliche Darstellung des Schulaufstandes in Saint Cyr, in Folge dessen 72 Schüler ihren Regimentern einverleibt wurden. Aus diesem Aktenstücke geht hervor, daß der Oberst jener berühmten Militärschule durch sein barsches Benehmen die allgemeine Empörung in der Nacht vom 19. zum 20. Dez. hervorgerufen hatte. Die Verstoßung jener 72 Schüler ist übrigens nur zeitweilig und sollen sie bei guter Führung und verdoppeltem Fleiße wieder in ihre Grade eingeführt werden können. Die Journale erzählten vor einiger Zeit von einem Rendezvous, das der Präsident bei seiner schönen Cousine, der Fürstin von Belgiojoso, gehabt habe. Sie soll ihn um eine Audienz gebeten, er aber mit altfranzösischer Artigkeit ihr seinen Besuch angesagt haben. Als er nun zu ihr gekommen, habe sie ihm plötzlich einen jungen Mann vorgeführt, der dann eine lange geheime Unterredung mit ihm gehabt habe. Man sagte, dieser junge Mann sei ein Socialist gewesen. Jetzt heißt es, es war der Graf d'Alton Shee.

Schweiz.

Bern, 6. Jan. Das Obergericht hat heute in der bekannten Bieler Untersuchungssache gegen Negoziant J. P. Becker und Mithaften gesprochen. Das amtsgerichtliche Urtheil, welches Hrn. Becker zu einjähriger und Hrn. Hattemer zu sechsmonatlicher Verweisung verurtheilt, ist bestätigt, dagegen in Beziehung auf die andern Angeklagten, Schüler, Daffner und Pohl, aufgehoben; letztere sind freigesprochen worden. (Vrfrd.)

Der Mitredakteur der in Biel angekündigten Wochenschrift „Revolution", Alfred Michel, ein deutscher Flüchtling, ist in Folge einer Polizeimaßregel aus dem Kanton gewiesen worden. Die „Revolution" erscheint nun unter dem Titel „Evolution."

Ungarn.

Fürst Windischgrätz wurde mit aufrichtigem Jubel empfangen, Beweis genug, aus wie gebrechlichem Material die ungarische Insurrektion bestand. Die Truppen fanden bei Pesth so große Verschanzungen, daß deren Vertheidigung, so kostspielig sie auch gewesen sind, den Ungarn rein unmöglich war. Das Ministerium, die Landeswehr-Kommission, Kossuth und sein Personalanhang sind gegenwärtig in Debreczin, wohin sich auch die Studenten und Freiwilligen der ungarischen Armee flüchteten. Aus dem Umstande, daß sich Kossuth's beste Truppen in Süd-Ungarn befinden und tüchtig schlagen, geht unwiderleglich hervor, daß der Agitator sich den Weg übers Banat nach Türkisch-Bosnien sichern und frei halten will. Zu bedauern ist, daß dem Reste seiner treuesten Anhänger erst in dem gedachten letzten Augenblicke die Augen aufgehen werden. (C. Bl. a. B.)

Nachschrift.

Die französische Post ist gestern Abend ausgeblieben.

Redacteur: **H. Kruse.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 11. Januar. Publikation der Grundrechte. Note des badischen Bevollmächtigten. Hamburg und Rostock für das preußische Erbkaiserthum. Die HH. Camphausen und Bunsen. Hr. v. Rönne. Hr. v. Mayern. Die Untersuchung über die Septemberereignisse. Spaltung der Westendhall. Zoll- und Handelssachen.) Wien (Die Universität. Das neue Anlehen.) Berlin (Die Wahlen zur ersten Kammer.) München (Frhr. v. Closen. Adresse an den Verein zum Schutze deutscher Arbeit. Truppen nach Schleswig-Holstein.) Baireuth (Adresse an Lerchenfeld.) Dresden (Der österreichische Gesandte.) Hannover (Der österreichische Gesandte.) Kassel (Der österreichische Gesandte.) Braunschweig (Erklärung vieler Vereine für die Hegemonie Preußens.)

Frankreich. Paris (Baune's Interpellation wegen der auswärtigen Verhaltnisse.)

Verhandlungen der National-Versammlung.
Vom 11. Januar.

Tagesordnung der 149. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des Berichts über das ministerielle Programm, „die österreichische Frage“ betr.
2) Ergänzungswahl in den Central-Legitimations-Ausschuß.

Die Sitzung wird um 9½ Uhr und in der Paulskirche eröffnet. Den Vorsitz übernimmt Präsident Eduard Simson. Die Rückkehr in die gewohnten stattlichen Räume der Versammlung und die Wichtigkeit des Gegenstandes, über welchen die Berathung am heutigen Tage beginnt, haben die den Zuhörern vorbehaltenen Logen und Gallerien in Zeiten zahlreich gefüllt. Ausgetreten sind aus der Nationalversammlung die Herren Joseph aus Sachsen und der preußische Gesandte für England, Herr Bunsen, gewählt in Schleswig-Holstein. An die Stelle des Herrn v. Watzdorf aus Sachsen tritt dessen Stellvertreter Eli Evans. In Bremen hat eine von Frauen und Jungfrauen veranstaltete Lotterie mehr als 5000 fl. für die Flotte eingetragen. (Lebhaftes Bravo.) Der Bevollmächtigte für Oesterreich, Herr v. Schmerling, überreicht im Namen seiner Regierung die sechszehnte Lieferung der statistischen Tabellen für Oesterreich.

Herr Ludwig Simon von Trier trägt eine Anrufung an das Reichsministerium der Justiz vor des Inhalts, daß in Preußen die Preßfreiheit aufgehoben, die Censur wieder eingeführt sei — namentlich auch in Erfurt — was in Erwägung, daß das Parlament und die Centralgewalt dem preußischen Volke seine Freiheiten ausdrücklich gewährleistet habe, das Reichsministerium der Justiz zu thun geneigt sei, die Beseitigung der preußischen Ausnahmemaßregeln zu bewirken?

Eine Anrufung des Abgeordneten Herrn Ziegert an dasselbe Ministerium bringt die unerledigten Forderungen der Staatsgläubiger des ehemaligen Königreichs Westphalen wieder zur Anregung.

Herr Rödinger berichtet für den Petitionsausschuß über mehrere Einläufe an die National-Versammlung. Herr Michelsen für den Gesetzgebungsausschuß über einen Antrag Jucho's, die Vollziehung der Civilehe betreffend. Endlich verfügt der Präsident die Einforderung der Wahlzettel zur Ergänzung des Centrallegitimations-Ausschusses.

Zu den Mehrheits- und Minderheits-Anträgen des österreichischen Ausschusses, dessen Bericht über das Ministerialprogramm hierauf der Berathung untergebreitet wird, ist eine lange Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt. Zuerst einer von Edel, v. Würth und Genossen, das Reichsministerium zu ermächtigen, zur Beseitigung der Schwierigkeiten, welche der Ausdehnung der deutschen Verfassung auf die deutsch-österreichischen Lande entgegenstehen, und zur Anbahnung einer Union auch mit den außerdeutschen Provinzen des Kaiserstaats, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen. Unter den Unterstützenden dieses Antrags ist Karl Welcker. Sodann ein Antrag von Reh aus Darmstadt (auf neun Erwägungen beruhend) 1) daß sich die National-Versammlung im Allgemeinen mit der Note des Reichsministeriums vom 5. Jan. einverstanden erkläre; 2) daß sie der dort ausgesprochenen Zurückweisung des Vereinbarungsprinzips durchaus beipflichte; 3) das Reichsministerium ermächtige, „zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise“ mit der österreichischen Regierung in Verhandlung zu treten.

Drittens stellt Herr v. Linde einen eventuellen Zusatzantrag zu dem Minderheitserachten des Ausschusses.

Herrn v. Lassaulx's Antrag beginnt mit der salomonischen Erwägung: „daß es verständigen Männern nicht zieme, die Wege der Thoren zu gehen, die da meinen, daß die wirklichen Dinge sich nach ihrer Meinung zu richten hätten“ und er verlangt, nachdem er seinem Herzen in diesem Style weiter Luft geschafft hat, das Reichsministerium zu verpflichten, wie mit allen deutschen Regierungen, so namentlich auch mit der ersten derselben, der kaiserl. österreichischen, das innige Einverständniß herbeizuführen, welches zur gedeihlichen Vollendung der Verfassung unerläßlich sei. Hat schon die Einleitung des Lassaulx'schen Antrags zu allerlei Unwillensäußerungen Veranlassung gegeben, so will ihn Jordan von Berlin sogar an den sogenannten Frechheitsausschuß verwiesen sehen.

Ein fünfter Verbesserungsantrag rührt von Ahrens und Genossen her.

Im Ganzen haben sich 94, sage vierundneunzig Redner für den zu behandelnden Gegenstand aufzeichnen lassen. Zum Theil sind es dieselben Sprecher, die wir auch in andern Fragen häufig auf der Tribüne erblicken, zum Theil aber auch ganz neue Namen. Es scheint, als solle keine parlamentarische Kraft im Hause übrig bleiben, die sich nicht bei diesem Streite zu bethätigen sucht.

Der Berichterstatter der Mehrheit des Ausschusses, Hr. Venedey, eröffnet die Debatte mit dem Spruche: Gott mit Deutschland! Um die Theilung des Vaterlandes handele es sich. Man sage, die Trennung geschehe nur, um sich desto sicherer zu vereinigen. Aber Völker, die sich einmal getrennt, kämen nimmer wieder zusammen. Ein preußisches Kaiserthum sei vielmehr des Pudels Kern. Einmal ein Riß gesprengt zwischen Deutschland, werde sich die Kluft nur erweitern, nicht wieder schließen lassen und ein ungeheures Gewicht auf dem Manne lasten, der diese Frage zur Kabinetsfrage mache. Denn er werde die deutsche Zukunft zu verantworten haben.

Dieser Mann, der Reichsminister Heinr. v. Gagern, besteigt unmittelbar darauf die Tribüne und mit demselben Spruche, den Hr. Venedey für sich angeführt. Feierliche Stille. Hr. v. Gagern wiederholt den Inhalt seiner Vorlagen, die er an die Versammlung und an den österreich. Ausschuß gerichtet. Dann wendet er sich an die Erachten, welche der Ausschuß gestellt hat, und erklärt, daß das Reichsministerium den Antrag der Mehrheit nicht annehmen könne, den Antrag der Minderheit dagegen zu dem seinigen mache. Die Revolution, welche diese Versammlung in die Paulskirche gerufen, ist hauptsächlich hervorgegangen aus dem Gefühle der Nation, daß sie die Rolle unter den Völkern Europas nicht spiele, die ihr gebühre. Dies Gefühl habe sich ganz natürlich in den kleinern Staaten am lebhaftesten geltend gemacht, am wenigsten in Oesterreich. Wie es nun aber zu bewirken sei, zu einer einheitlichen Machtgestaltung zu gelangen, ohne die ganze alte Ordnung über den Haufen zu werfen, das war die Aufgabe des Nachdenkens der besten Freunde des Vaterlands. „Sehr bald sprach sich dies Bestreben in dem Satze aus, daß an die Stelle des Staatenbundes ein Bundesstaat treten solle. Es ist in dem Lassaulxschen Antrage gesagt worden, man solle über Schulbegriffe nicht streiten. Ich thue das auch nicht; ich werde sogleich sagen, wie ich den Bundesstaat verstehe. Nennen Sie die künftige Verfassung Deutschlands wie Sie wollen, das Bedürfniß ist, daß es eine Gesammtregierung habe — eine Gesammtregierung, die sich auf den Willen der Nation stützt, wie er sich in der Vertretung der Nation ausspricht. Eine solche Regierung und Vertretung im Geiste der Nation durch die Verfassung zu schaffen, darin habe ich unsre Aufgabe erkannt.“ Ueber die Schwierigkeiten, welche diese Einheit finden würde, und über die große Reihe von Arbeiten, die uns auch jenseit der Verfassung bleibt, habe ich mich nie getäuscht. Was Oesterreich betrifft, so gab es seine sogenannten deutschen Vorlande beim Wiener Kongresse auf und seine Politik richtete sich wesentlich auf die Donauländer und gegen den Osten. Den Preußen wird dagegen ihr Streben nach der Hegemonie Deutschlands zum Vorwurfe gemacht. Im Gegentheil, das specifische Nationalgefühl Preußens widerstrebt eher dem engsten Anschlusse an Deutschland, als daß es ihn sucht, doch hofft der Redner von der Einsicht und Vaterlandsliebe auch dieser Partei eine Umwandlung zum größeren Sinne. (Bravo!) Aber nicht auf eine preußische Hegemonie steuere er hin, sondern auf eine starke deutsche Regierung. Wer bei ihm persönliche Verbindungen, wer Verpflichtungen voraussetze anderer Art, als gegen das große deutsche Vaterland,

der thue ihm Unrecht. (Das glaubt Niemand! Zuruf auch von der Linken: Niemand!) Ich beharre nicht auf einer vorgefaßten Meinung über Oesterreich. Ich werde mich gern als überwunden erklären, wenn man mir beweist: Oesterreich könne sich einer deutschen Gesammtregierung unterwerfen, die Oesterreich nicht selbst, nicht ausschließlich ist. (Bewegung). Nicht also, daß ich Oesterreich ausscheiden wollte aus der deutschen Verfassung — aber ich glaube in der That, es wird sich nicht anschließen. Daher sind alle die Vorwürfe falsch, die von Abtrennung und Ausstoßung sprechen. Denn selbst wenn es unserer Verfassung beizutreten sich weigerte, bin ich weit entfernt, Oesterreich aus unserem Bunde zu lassen, von dem das Maß des alten Verhältnisses das Minimum ist. Sollen die Centralgewalt und deren Ministerium die Pflichten erfüllen, die sie übernommen haben, namentlich was die Vertretung nach Außen anlangt, so müssen wir auch die Mittel dazu besitzen. Die Vorhut gegen Osten steht vorzugsweise bei Oesterreich, daher sind vor Allem klare Verhältnisse und Beziehungen auch in dieser Richtung nöthig. — Nachdem dann Gagern das Programm von Kremsier, welches durch die nachfolgende Erklärung nur wenig modificirt sei, als die Grundlage seiner Ueberzeugung hingestellt, spricht er das Vertrauen aus, der Bevollmächtigte für Oesterreich, der ehemalige Mitarbeiter an dem deutschen Werke, Hr. v. Schmerling, werde ihm auch ein treuer Mitarbeiter zur Anbahnung einer Vereinigung mit Oesterreich werden, die das deutsche Verfassungswerk nicht aufhalte, sondern es fördere. „Auf den Grund einer beschränkten Autorisation kann ich die Pflicht nicht übernehmen, das Verhältniß der Centralgewalt und das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich vorzubereiten. Daß hier nichts vergeben werden soll, versteht sich von selbst. Ueber die letzten Fragen dieses Verhältnisses hat die Nat.-Versammlung unmittelbar zu entscheiden, und ich werde gewissenhaft in den Schranken meiner Befugnisse bleiben. Wenn Sie mich dann fragen, was ich, wenn die Autorisation dem Ministerium ertheilt würde, thun wolle, so ist es zunächst Das, daß ich die Unterhandlung anknüpfe über diejenigen streitigen Gegenstände zwischen den Befugnissen der Centralgewalt und den Hindernissen Oesterreichs, seinen Verpflichtungen in Bezug auf diese Befugnisse zu entsprechen. Ich werde mich weiter bemühen, in Oesterreich das wahre Verständniß herzustellen über den Sinn, in welchem die National-Versammlung ihre Beschlüsse über das Verfassungswerk faßt, damit man nicht glaube, es geschähe in einem feindlich abstoßenden Sinne, während uns alle nur ein Sinn hier belebt, der des brüderlichsten Gefühles aller Deutschen, die sich nicht trennen wollen, sondern die nur die Unmöglichkeit vorerst noch vorsehen, sich so eng an einander zu schließen, wie es für einen großen und den größern Theil Deutschlands zum Bedürfnisse geworden ist, und wie wir dieses Bedürfniß nicht erfüllen können, meines Erachtens, wenn nicht vorher das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland klar gestellt ist. Endlich werde ich, je nachdem der Fortschritt des Verfassungswerkes hier stattfindet, zu dem eigentlichen Verständnisse über die Lage Oesterreichs zu Deutschland zu kommen suchen. In diesem Sinne habe ich die Aufgabe der Centralgewalt zu seiner Regierung aufgefaßt, in diesem Sinne wünsche ich, daß Sie sie auffassen möchten und mir die erbetene Ermächtigung ertheilen. Ich kann aber diesen Platz nicht verlassen, ohne noch einmal Sie zu erinnern, von welchen wichtigsten Fragen es hier sich handelt, die in einem fast unscheinbaren Inhalte der Vorlage des Ministeriums zusammentreffen. Es ist mein tiefstes Gefühl, daß es sich um das Schicksal des Vaterlandes handelt. Ich leugne nicht, ich möchte alle Glieder umspannen in einem Verfassungswerke unter einer Regierung. Aber die Möglichkeit dazu sehe ich jetzt nicht, darum aber glaube ich ein Freund meines Vaterlandes zu sein, wenn ich Ihnen vorschlage, wenn ich Sie bitte, ins Auge zu fassen, das Mögliche erreichen zu wollen. (Allgemeiner, anhaltender Beifall aus der Mitte und von der rechten Seite des Hauses, Zischen links).

Nach den klaren Auseinandersetzungen Gagerns und nach den nachdrücklichen Mahnungen, die von einer so bedeutenden Persönlichkeit unterstützt werden, würde es auch einem stärkeren Redner als Hrn. Arneth von Wien schwer fallen, für die gegentheilige Meinung einige Aufmerksamkeit zu erlangen. Er führt den Zwiespalt zwischen Oesterreich und Deutschland darauf zurück, daß sich das letztere nicht begnügt habe, einen Bundesstaat zu begründen, daß es einen Einheitsstaat herzustellen strebe. Die §§. 2 und 3 der Verfassung seien eine Unmöglichkeit für Oesterreich und eine Verhandlung darüber ganz unmöglich, ja gar nicht denkbar. (Hört!) Nachdem Hr. Arneth dies der Rechten hingeworfen, verletzt er die Linke durch die Hinweisung auf das siegreiche österreichische Heer, welches, wenn man etwa Zwang und Gewalt im Sinne habe, den zweiten Versuch eines Bürgerkriegs zurückweisen werde, wie den ersten kürzlich in Wien gescheiterten. Indessen gehört Arneth doch nicht zu Denen, die, weil sie zunächst auf der unmittelbaren Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland selbst um den Preis der Vereinbarung bestehen, deshalb eine Union im erweiterten Verhältnisse verwerfen. Im Gegentheil hält er es dann für seine heiligste Aufgabe, zu einem brüderlich innigen Bündnisse des vereinigten Deutschland mit Oesterreich beizutragen. (Bravo.)

Ziegert aus Minden bereut lebhaft, daß das Haus den Regierungen zur bereitwilligen Stütze gedient und sie gegen jedes Wetterwölkchen in Schutz genommen habe. Er richtet sogar an den vor ihm sitzenden Staatssekretär (Herrn Bassermann) die Frage, ob er nicht ebenfalls eine ähnliche Reue empfinde. Der lachenden Miene, mit der der Gefragte antwortet, stimmt die Versammlung mit lauter Heiterkeit bei. Herr Ziegert ist der Meinung, Oesterreich hätte wohl an Deutschland gekittet werden können, hätte man nicht die Gelegenheiten dazu vorübergehen lassen. Eine solche Gelegenheit, wenn wir den Redner recht verstehen — denn es wird sehr unruhig während seines Vortrags — sei auch Blum's Hinrichtung gewesen. Im Ganzen erklärt sich die freilich verworrene Schlußfolgerung für das Minderheitsgutachten.

Die hohe Stimme, die hierauf einfällt, um das Ministerialprogramm zu bekämpfen, gehört Herrn Wagner aus Steyer. Er bittet dringend, das schwierigere Werk, die Verfassung mit Oesterreich zu errichten, nicht aufzugeben, um der leichteren Hoffnung willen: zu Stande zu kommen ohne Oesterreich. Das deutsche Volk dürfe keines seiner Rechte aufopfern, es dürfe die Bande nicht lockern, die Oesterreich für immer mit Deutschland verknüpften.

Die Redner, die heute noch auftraten, sind die Herren Wilhelm Jordan und v. Schmerling. Wir geben den Inhalt morgen. Die Sitzung schließt 3½ Uhr Nachmittags ohne Abstimmung, die überhaupt wohl nicht vor Samstag zu erwarten ist.

□ **Frankfurt**, 11. Jan. Der in der letzten Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt gestellte dringliche Antrag hat seine Erledigung gefunden: die heute ausgegebene Nummer des Amtsblattes publicirt das Gesetz über die Grundrechte des deutschen Volks. Es ist Frankfurt, nachdem Würtemberg und Kurhessen damit vorangegangen sind, somit der dritte deutsche Staat, in welchem diese Publikation erfolgt.

Frankfurt, 11. Jan. Der Badische Bevollmächtigte, Herr Welcker, hat der provisorischen Centralgewalt im Namen seines Fürsten nachstehende Note überreicht: „Se. königl. Hoheit der Großherzog hat vom ersten Augenblicke an, wo die politische Umgestaltung Deutschlands zu einem Bundesstaat sich unaufhaltsam zu entwickeln begann, die Ueberzeugung in sich getragen, daß nur ein einiges, mächtig geführtes und zusammengehaltenes Deutschland den Bedürfnissen der Nation und den Forderungen der Zeit genügen könne. Er hat im Einklang mit seinen Ständen erklärt, wie es hier wiederholt erklärt wird: daß er bereit sei, jedes gleichmäßig von ihm wie von allen anderen Bundesgenossen zu verlangende Opfer zu bringen, das zur Erreichung des großen Zieles nothwendig wäre. In getreuer Festhaltung an dieser Gesinnung wollen Se. königl. Hoheit der Großherzog auch in dem jetzigen für die Entscheidung so bedeutenden Zeitpunkt die offene und ausdrückliche Erklärung nicht zurückhalten, daß er keinen Anstand nehmen werde, wenn ein einziges und selbst ein erbliches Oberhaupt an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt werden sollte, sich demselben in allen großen, gemeinsamdeutschen Angelegenheiten nach den Verfassungsbestimmungen, wie sie endgiltig zu Stande kommen werden, unterzuordnen. — Seine königl. Hoheit der Großherzog glaubt mit dieser entgegenkommenden Erklärung nicht bloß als deutscher Fürst im Sinne der Zeit zu handeln, sondern auch gegen sein eigenes Volk eine der schönsten Pflichten zu erfüllen, indem Er sich bemüht, seinerseits dahin mitzuwirken, daß das große Einigungswerk nicht scheitere, und dazu beizutragen, daß sein Volk der Wohlthaten eines großen mächtigen Vaterlandes in vollem Maße theilhaftig werde. Der inneren eigenthümlichen Entwickelung seiner nächsten geistigen und materiellen Wohlfahrt vorzustehen, wird fortwährend die treue

Sorge Sr. königl. Hoheit des Großherzogs bleiben, damit das badische Volk stets als ein würdiges Glied im Zusammenhange des großen Ganzen erscheine." (D. P. Z.)

⁝ **Frankfurt**, 11. Jan. Vom patriotischen Verein in Hamburg, welchem eilfhundert der angesehensten Bürger angehören, ist eine Adresse an die Reichsversammlung eingelaufen, in welcher der Verein seine Ueberzeugung ausspricht, daß Preußen erblich an die Spitze Deutschlands gestellt werden müsse. Augenzeugen beschreiben mit Rührung die Begeisterung, unter welcher jener Beschluß gefaßt wurde. Thränen blitzten in manchem männlichen Auge und Freunde umarmten sich bei dem großen Gedanken, endlich, endlich ein mächtiges, einiges deutsches Vaterland zu erhalten. Eine ähnliche Kundgebung wird von Rostock, der bedeutendsten Stadt Mecklenburgs berichtet.

*** **Frankfurt**, 10. Jan. In den nächsten Tagen werden die Herren Camphausen und Bunsen von Berlin hier eintreffen und Letzterer einen kurzen Aufenthalt hier nehmen, um die für die Friedensunterhandlungen mit Dänemark, als deutscher Reichsgesandter, benöthigten Instructionen zu erhalten. Der deutsche Reichsgesandte in den nordamerikanischen Freistaaten, Herr von Rönne, konnte, wie man vernimmt, sich dort in dieser Eigenschaft noch nicht geltend machen, aber nur deshalb, weil die ihm nachgesendeten Creditive verloren gegangen zu sein scheinen und ihm deshalb neue zugefertigt werden mußten.

*** **Frankfurt**, 10. Jan. Der deutsche Reichstagsdeputirte, k. k. Obrist v. Mayern, der erst kürzlich nach abgelaufenem Urlaub von Wien hier eintraf, soll bereits dorthin zurückgereist sein.

** **Frankfurt**, 10. Jan. Nach einer neulich von dem hiesigen Appellationsgericht an den Reichsjustizminister gerichteten Zuschrift hatte man hoffen können, daß mit dem alten Jahre die Untersuchungen bezüglich der Septemberereignisse geschlossen sein würden. Da indessen in den letzteren Tagen neue, dahin bezügliche Verhaftungen vorgenommen werden mußten, scheint diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen zu sein.

⁝ **Frankfurt**, 11. Jan. Gestern soll es heiß hergegangen sein in der Partei Westendhall. Die österreichische Frage ward verhandelt und Hr. Venedey vertheidigte seinen großen Plan, das deutsche Oesterreich in die deutsche Einheit einzufügen, mit großer Lebhaftigkeit, obgleich er doch selbst nicht die entfernteste Vorstellung haben kann über die Mittel, wie dieser Plan „trotz alledem und alledem" in's Werk geführt werden könne. Leider sprach sich auch Franz Raveaux feindlich gegen das Ministerium aus. Die Abstimmung in der österreichischen Sache ward zur Parteifrage erhoben. Zwei Mitglieder enthielten sich der Abstimmung, sechs andere erklärten, für Gagern stimmen zu wollen. Diese Mitglieder, unter ihnen der Abgeordnete Reh aus Darmstadt, werden aus der Partei Westendhall austreten, wenn sich heute Abend nicht noch ein Ausweg findet. Nicht ohne Bedauern sieht man aufrichtige Patrioten am Untergange des Vaterlandes arbeiten. Herrn Venedeys Stichwort ist, man müsse mit Ehren fallen. Aber man fällt nicht mit Ehren, wenn man mit Unverstand endet.

○ **Frankfurt**, 10. Jan. Wie wir hören, hat der Reichs-Handelsminister Duckwitz in einer Unterredung mit dem Präsidenten des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit, dem Fürsten Felix zu Hohenlohe-Oehringen, sich dahin ausgesprochen, daß bei Berathung der Zoll-Angelegenheiten die Stimme des Ausschusses genannten Vereins gehört werden soll.

Der deutsche Gewerbestand wird in dieser Zusage des Reichs-Handels-Ministers ein Zeichen erkennen, daß derselbe bereit ist, seinen gerechten Ansprüchen Rechnung zu tragen, und hierin eine weitere Veranlassung finden, seine Wünsche und Ansichten bald an das von ihm bestellte Organ zu bringen, damit sie rechtzeitig in die Wagschaale fallen, ohne daß das Reichshandels-Ministerium mit nutzlosen Wiederholungen belästigt wird. Ueber die beliebte Art der Einvernahme des Ausschusses später ein Weiteres.

* **Wien**, 6. Jan. Wie der Allg. Ztg. geschrieben wird, soll die Universität wirklich am 3. Februar eröffnet werden. Die Fakultäten müssen in weit von einander getrennten Lokalitäten vortragen. Das Polytechnikum wird in diesem Jahre gar nicht eröffnet; es liegt in der Nähe des Theresianums, wo die juridischen und philosophischen Vorlesungen stattfinden. Der Unterrichtsminister hatte gestattet, die juridischen und medicinischen Studien gleich zu beginnen, und die bisher früher zu hörenden philosophischen Vorlesungen gleichzeitig mitzunehmen. Diese humane Anordnung wird durch die weite Entfernung zwischen den verschiedenen Lokalitäten illusorisch. Uebrigens fehlen den Studien die Studenten. Nach der Allg. Z. zählte die Secunda an den beiden eröffneten Gymnasien 160 Schüler im Ganzen, wo sonst 5 bis 600 waren, und so durchgehends. In der Vorstadt Wieden wird jetzt noch ein viertes Gymnasium errichtet; die 400,000 Wiener hatten bisher nur drei Gymnasien, während die 180,000 Prager ebenso viele haben. Man erwartet die officielle Bestätigung der Besetzung von Ofen und Pesth durch die kais. Truppen. Das Haus Rothschild soll der österreichischen Regierung wegen Uebernahme eines Theils des neuen Anlehens von 80 Mill. bereits Anträge gemacht haben.

Berlin, 8. Jan. Aus allen preußischen Ständen gehen Klagen ein, daß sich unverhältnißmäßig wenig Wähler zur ersten Kammer bei den Magistraten gemeldet haben. (Voss. Z.)

* **München**, 7. Jan. Freiherr v. Closen ist von seiner nach Ollmütz unternommenen Mission zurückgekehrt.

München, 7. Jan. Von der Handelskammer für Oberbaiern, so wie von dem hiesigen, über 3000 Gewerbsmeister als Mitglieder zählenden Gewerbsverein werden dieser Tage Adressen an den Verein zum Schutze deutscher Arbeit in Frankfurt abgehen. Man wird von hier aus die Bestrebungen dieses Vereins auf alle mögliche Weise unterstützen. (Nürnb. K.)

München, 8. Jan. Das längere Zeit schon hier verbreitete Gerücht, nach welchem baierische Truppen zum Schutze unserer Grenzen nach Schleswig-Holstein entsendet werden sollen, scheint Wahrheit werden zu wollen: wie man aus unterrichteter Quelle vernimmt, haben nemlich das 4te, 7te, 8te, und 13te Infanterie-Regiment, dann eine Division Artillerie und eine Division Chevauxlegers Befehl erhalten, sich für dorthin marschfertig zu machen. (D. konst. Ztg.)

Bayreuth, 7. Jan. Auch von hier ist eine mit vielen Unterschriften bedeckte Adresse an Freiherrn v. Lerchenfeld abgegangen, worin das Bedauern über seinen Rücktritt und das Vertrauen in seine Thätigkeit auf dem nächsten Landtag ausgesprochen ist. (Nürnb. K.)

Dresden, 4. Jan. Am 21. Dez. hat der König den österreich. außerordentl. Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen v. Kuefstein in einer Privataudienz empfangen und dessen neues Beglaubigungsschreiben entgegengenommen.

Hannover, 4. Jan. Heute hat der König in einer dem kaiserlich österreichischen Geheimrath und Kammerherrn Freiherrn Kreß von Kressenstein ertheilten Privataudienz aus dessen Händen ein Schreiben seines Souveräns entgegengenommen, durch welches, derselbe in seiner bisherigen Eigenschaft als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am hiesigen Hofe wieder beglaubigt worden ist.

Kassel, 9. Jan. Gestern hat der Kurfürst den Grafen Hartig in besonderer Audienz empfangen und sein Beglaubigungsschreiben als kaiserl. außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister am kurfürstlichen Hofe entgegen genommen.

Braunschweig, 8. Jan. Eingegangenen Anzeigen nach haben die demokratisch-constitutionellen Vereine zu Seesen, Blankenburg, Hessen, Wolsdorf, Gandersheim, Räbke, Wolfenbüttel und Hasselfelde, so wie der vaterländische Verein zu Königslutter die Frage über die Hegemonie Preußens zur Berathung gebracht, und sich für diese einstimmig oder fast einstimmig erklärt. (D. Reichsz.)

Frankreich.

* **Paris**, 8. Januar. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde um 2½ Uhr eröffnet. An der Tagesordnung standen die lang erwarteten Interpellationen Baune's über die auswärtigen Verhältnisse.

„Bürgervertreter", begann er, „das neue Ministerium schloß sein auswärtiges politisches System in die einzige Phrase: „Wir werden unser Wort nicht leichtsinnig geben, aber, einmal gegeben, treulich halten." Ich wende nichts gegen diese Formel ein, es wäre denn, daß sie zu allgemein sei. Frankreich hat mit sechs Millionen Stimmen den Neffen des Kaisers zu seinem Staats-

Uebersicht.

Das erbliche Oberhaupt.

* Vom Rhein, 10. Jan. Es klingt ungemein weise, wenn man uns immer predigt, man müsse nicht auf das unmögliche Beste, sondern auf das erreichbare Bessere in politischen Dingen zielen. Auf die große Frage vom Reichsoberhaupte angewandt, heißt das bei Hansemann eine Trias, bei einem ÷ Korrespondenten der A. Z. ein zehnjähriger Kaiser, gewählt von beiden Häusern des Reichstags, bei Welcker (denn auch ihn erinnern wir uns sagen gehört zu haben, es sei ihm das Beste nicht gut genug, wenn er es nicht haben könne) eine Wahl durch Kurfürsten und bei Anderen anders. Sonderbare Menschen, wir Deutschen! Hier sind dreierlei Vertreter von dreierlei — man kann es nicht einmal Fraktionen nennen, sondern dreierlei Planmacher auf eigene Hand, die das preußische Erbkaiserthum für ein Bestes anerkennen, und ein Besseres vorziehen, aber jeder ein Anderes, weil sie behaupten, jenes Beste sei nicht zu haben, und weil sie sich einbilden, ihr Besseres sei möglicher. Gleichwohl, wenn man sich der früheren Stimmen und Stimmungen und der gegenwärtigen gleichmäßig erinnert, so müßte sich jeder ruhige Beobachter sagen, es scheine eigentlich jenes Beste allein möglich und dieses entschiedene Bessere gar nirgends vorbereitet. Daß Preußens Beruf sei, sich an die Spitze der deutschen Dinge zu stellen, ist schon seit lange ein populärer, politischer Glaubenssatz, der selbst im Süden große Antipathien überwunden hat. Daß Preußen im Zollvereine faktisch diese Stellung bereits halbwegs eingenommen habe, ist nicht zu leugnen, und daß es von dieser Stellung, wenn zwar keinen rechten Gebrauch, doch auch keinen Mißbrauch gemacht hat, wird ihm von aller Welt eingestanden. Daß wir einer gegen Deutschland wohlgesinnten Macht bedürfen, um unsere neue Verfassung nach innen durchzuführen, gegen außen zu behaupten, sieht jeder ein, daß nur Preußen diese Macht ist und hat, kann Niemand widersprechen. Es gibt uns neues Vertrauen auf den Einheitssinn und auf den politischen Geist dieser Nation, daß Fürsten ihre Bereitwilligkeit erklären, sich Preußens Hegemonie zu fügen, daß Stände deutscher Staaten die Ueberzeugung mit fast Einstimmigkeit aussprechen, daß diese Anordnung allein die den Umständen entsprechende sei, daß die vaterländischen Vereine von allen Orten her den Reichstag zu dieser Maßregeln ermuntern. Woraus soll man doch die Möglichkeit einer politischen Maßregel, und den Grad ihrer Güte zugleich, folgern und beurtheilen, als aus den Stimmen, die darüber laut werden? Es sind wenige, kann man einwenden, wenige Fürsten, wenige Stände und wenige Vereine. Wir müssen aber dagegen fragen: wo sind die Stände und Vereine, die sich für ein Anderes dermaßen ausgesprochen hätten, daß dieses Andere als das Bessere oder Möglichere erschiene? Es haben sich höchstens die republikanischen Vereine entgegen ausgesprochen, auf die sich jene Vertheidiger des „Bessern" doch nicht werden stützen wollen! Geht man auf die Nationalversammlung zurück, so hüte ich mich sehr, mir mit Hoffnungen für meine Ansicht zu schmeicheln, und ich habe dieß in dem Ersten meiner Briefe deutlich genug gesagt; gleichwohl ist es wohl keinem Zweifel unterworfen, daß wenn unter allen auftauchenden Vorschlägen einzeln abgestimmt würde, diese solide, feste, einfachste Ansicht bei weitem die relative Mehrheit haben würde. Dieß aber, sagt man uns, genügt nicht, ein so großes Resultat zu begründen, wie ein erbliches Kaiserthum: es müsse von einem Genius gewonnen oder von einer an Einhelligkeit gränzenden Mehrzahl im Momente höchster Noth oder Begeisterung gegeben werden. Daß doch der Jammer der historischen Schuldoktrin, gegen die man so oft von unten her geeifert hat, nun von unten selbst her, nun vom Reichstag aus uns um unsere politische Ehre und Größe betrügen muß, wie vorher von unseren hohen Höfen aus! Muß ein besonnenes Volk, in dem Augenblicke, wo seinen Vertretern Muße gegeben ist und wo die Verhältnisse Muth und Weisheit provociren, auf einen Zeitpunkt der Verzweiflung hingewiesen werden, um zu einer allein haltbaren Form seiner Verfassung zu gelangen? Ein erster neuer Nothstand, der Anfang einer neuen Revolution, wird uns zur Republik führen und nicht zum preußischen Kaiserthum; ein letzter Nothstand am Ende einer großen und durchgegohrenen Revolution wird uns zu irgend einem Kaiserthum, aber auf den Trümmern aller deutschen Staaten, führen! Beide Nothstände zu vermeiden, die Verfassung nicht einem Anfall der Begeisterung, sondern der weisen Umsicht der Einsichtigen zu verdanken, darum gerade ist es zu thun, darum sollte es den deutschen Fürsten vor Allem zu thun sein. Aber die Fürsten sollen nicht für eine so starke Verfassung reif sein, sie können die Erblichkeit nicht vertragen, die ihnen das Dante'sche Wort entgegenruft: Hier begib Dich Aller Hoffnung! Ach, an dem Eingang des neuen deutschen Staatsgebäudes, dem man eine Bedeckung gibt, deren baldiger Einsturz vorausgesehen, erwartet, ja selbst gewünscht wird, bedenkt man sich nicht, diese Inschrift zu setzen: Begib Dich aller Hoffnung! Schone man die fürstlichen Empfindlichkeiten nur bei dem Eintritt in das neue Haus, wenn sie erst darin sind, mag sie künftig mit Allen Ein Ruin begraben. Allein man sagt uns, nicht um das Schonen der Fürsten ist es, nicht die Fürsten allein, auch das Volk ist nicht reif für jenes erbliche Kaiserthum. Spiele man uns doch nicht in so folgereichen Dingen mit Worten! Das Volk in Masse wird für die Beurtheilung einer solchen Frage nie reif; ich dächte, das sollte man aus der französischen Geschichte seit soviel Jahrzehnten gelernt haben. Am wenigsten ist es in jenen Momenten dafür reif, wo es in Noth oder Begeisterung einstimmig ist. Es kassirt nach Monaten oder Jahren einstimmig, was es einstimmig beschlossen hat. Handelt es sich um Zeiten der Ruhe und Besonnenheit, wozu sich die Unseren anschicken, so läßt sich das Volk von seinen Vertretern bestimmen, und ist die Anordnung, die sie treffen, weise, so überwindet sie bald eine Antipathie, ja selbst materiellen Schaden, ja selbst die Opposition erklärter Volksgünstlinge. Das Alles war in Baden gegen den Zollverein, und das Alles war in einer unnennbar kleinen Frist geradezu verraucht. So würde es geschehen in ganz Deutschland, wenn das preußische Erbkaiserthum ausgesprochen wäre. Möchte Baiern sich enthalten, es würde, wenn auch kein Zwang geübt wird, nachkommen, wie so viele Staaten in den Zollverein nachgekommen sind. Sehr möglich, daß die Republik diese Anordnung benutzen würde, um die Antipathie gegen Preußen zu ihren Gunsten zu waffnen; auf einen Schlag gegen sie müßte man gerüstet stehen; würde er, wie nicht im geringsten zu bezweifeln ist, mit Entschiedenheit geführt, so wäre der Reife des Volkes für dieses erbliche Kaiserthum schlechterdings nichts im Wege. In einer vernünftigen Verfassung reift das Volk schnell für sie. Aber nun der Gegensatz! Wird der energische Schritt zu einem erblichen Kaiserthum gethan, so stößt man damit den Widerwilligen, die man hinlänglich als Feinde aller Staatsbefestigung und Wohlfahrt hat kennen lernen, vor den Kopf, und führt eine schnelle, nur wünschenswerthe Entscheidung herbei. Fürchtet man sich aber vor diesem Konflikt, so wird man natürlich eine schwächere Form der Verfassung wählen, die die Republikaner für den Augenblick mitvotiren, weil sie ihren Wünschen und Planen Aussichten bietet. Der große Unterschied in Resultaten fällt grell in die Augen. Mit dem entschlossenen Schritte zu einer abgeschlossenen Verfassung befriedigt man die Verständigen, führt sie auf einen geordneten Weg der Entwicklung, die Störefriede wird man beseitigen müssen. Mit der Anordnung einer schwachen Exekutivgewalt aber wird man dieser, wenn Preußen gemeint wäre, alle Lust, wenn nicht zur Annahme, so doch zur Entfaltung dieser Gewalt benehmen; man würde halbe Zustände begründen; die nie zu Befriedigenden, die man geschont hätte, würden eben das, was man wesentlich mit um ihrer Haltung willen eingeführt, benutzen um neue Zwietracht zu säen, und die leicht zu befriedigenden Einsichtsvollen würde man entfremdet haben. All dies ist so klar, daß es einem Trauer und Jammer erregt, es erst sagen zu sollen. Und gleichwohl ist die Zeit so arm an energischen Menschen, daß jene Männer leider wohl Recht behalten werden, die auf das Bessere steuern, statt auf das Beste; und dies wesentlich durch ihre eigene Schuld. Denn könnten sie selbst sich zu der Kraft erheben, das Beste zu wollen, so würde ihr Einfluß viel dazu beitragen, die Mehrheit zu beschaffen, die sie begehren. Eine Einstimmigkeit

zu verlangen, wäre uns ein neues Maß von Schwäche. Wir haben uns kennen gelernt, wie wir sind, und können gar nicht wünschen, daß die linke Seite einig mit uns sei, denn sie konnte sich nur einig mit uns stellen. So aber treibt man sich, statt dorthin entschlossene Fronte zu machen, in der Lauheit und Halbheit um, und sucht jene historische Doktrin hervor von der Reife und der Möglichkeit und der Entwicklung, nur um den gleißenden Goldstaub eines Scheingrundsatzes über die Unfähigkeit hinzustreuen, sich zu einem großen Entschlusse zu erheben.

Das künftige Bundesverhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland. *)

Mit Recht hat Ihr Blatt in der österreichischen Frage bisher den Hauptaccent auf deren negative Seite, d. h. darauf gelegt, wie Oesterreich zu Deutschland nicht stehen dürfe, nämlich nicht in dem unklaren Verhältniß eines staatlich mit Deutschland verbundenen und doch nicht völlig ihm angehörigen Bundeslandes. Die andre positive Seite der Frage, das hiernach mit Oesterreich anzuknüpfende anderweite Bundesverhältniß ist allerdings von weniger drängender Bedeutung, da die deßfalls einzuleitenden Unterhandlungen doch schwerlich früher recht in Gang kommen werden, als nachdem die Neubildung der österreichischen Gesammtmonarchie wenigstens einigermaßen konsolidirt, Ungarn bezwungen und der beabsichtigten Staatseinheit eingefügt, Italiens Besitz entweder gesichert oder verloren sein wird, so wie natürlich auch unsre Verfassung erst vollendet und ihre Ausführung sichergestellt sein muß, ehe wir etwas Definitives über unsere Beziehungen zu Oesterreich feststellen können. Indessen wird es doch gut sein, auch diese Seite der Sache schon jetzt in's Auge zu fassen, schon um deßwillen, weil für manche ängstliche Gemüther, die in dem Entlassen Oesterreichs aus der bundesstaatlichen Verbindung mit uns ein gänzliches Aufgeben und Abstoßen desselben erblicken, dieser Gedanke vielleicht viel von seiner beängstigenden Macht verlieren möchte, wenn sie sich vergegenwärtigen, welche Wege einer engen Befreundung zwischen uns und Oesterreich auch dann noch offen stehen.

Das österreichische Programm und ebenso das Gagern'sche, nehmen zum Ausgangspunkte der künftigen Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland das bisherige Bundesverhältniß Beider, vorbehaltlich der nothwendig werdenden Modifikationen dieses Verhältnißes nach Maßgabe der veränderten Umstände.

Wir müssen daher prüfen:

1) welches war der Zweck des bisherigen Bundesverhältnisses?

2) inwieweit ist dieser Zweck auch noch nach der veränderten Sachlage, auf dieselbe oder auf eine andere Weise, erreichbar? endlich

3) welche Erweiterungen dieses Bundeszwecks lassen die dermaligen Umstände für beide Theile als wünschenswerth erscheinen?

Der Zweck des alten deutschen Bundes war, nach der Bundes- wie nach der Schlußakte: Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der im Bunde begriffenen Staaten der Theilnehmer.

I. Der erste Theil dieses Bundeszweckes, die Erhaltung der innern Sicherheit Deutschlands, umfaßte folgende Punkte:

1) die Bewahrung des Friedens zwischen den einzelnen Staaten und die Verhinderung jeder Thätlichkeit des einen gegen den andern;

2) das subsidiarische Einschreiten der Gesammtheit gegen Ruhestörungen in den einzelnen Staaten, wenn die Mittel der einzelnen Regierung dazu nicht ausreichten. Dazu kam noch

3) die Verbürgung gewisser Rechte für die Unterthanen in den einzelnen Bundesstaaten;

4) nach der spätern Bundesverfassung, eine polizeiliche Aufsicht und Gesetzgebung des Bundestags im Interesse der gleichmäßigen Durchführung absolutistischer Grundsätze im ganzen Bundesgebiete.

II. Die Erhaltung der äußern Sicherheit bezog sich auf die Abwehr äußerer Gefahr, mochte sie dem ganzen Bunde oder einzelnen Theilen desselben drohen, durch die gemeinsame Bundeshilfe.

Was den Zweck unter I. 1) betrifft, die Bewahrung des Friedens zwischen den einzelnen Staaten, so ist dieser für die hinfort zum engern Bundesstaat vereinigten deutschen Länder durch den Abschnitt „von der Reichsgewalt", §. 53, vollständig gesichert; es bedarf also für sie jener Bestimmungen des alten Bundesvertrags nicht mehr. Nur für das gegenseitige friedliche Verhältniß zwischen den Staaten, die das neue „deutsche Reich" bilden, einerseits, und der österreichischen Monarchie andrerseits, bleibt der alte Bundesvertrag hierüber in Kraft oder muß durch einen neuen Vertrag ersetzt werden.

Es ist von uns schon in einem früheren Artikel in diesen Blättern (unterm 26. Okt. v. J.) zu diesem Zwecke ein Unionsgericht für die gütliche Austragung etwaiger Streitigkeiten zwischen Oesterreich und Deutschland vorgeschlagen worden. Freilich fehlt hier die Executivgewalt, welche die alten Bundesverträge der Bundesversammlung für solche Fälle beilegten, um nöthigenfalls durch thätliches Einschreiten eigenmächtigen Schritten der Einzelstaaten gegen einander vorzubeugen. Aber, recht besehen, war auch jene Executivgewalt nur dem Namen nach vorhanden, sobald es sich namentlich von einer Widersetzlichkeit der großen Staaten gegen die friedensstiftende Thätigkeit des Bundes handelte, und nur in der moralischen Macht der Verpflichtung durch den Bundesvertrag lag das eigentlich wirksame Motiv für die Einzelstaaten, sich dessen Bestimmungen zu unterwerfen und der Selbsthülfe zu entsagen. Dieses moralische Motiv aber bleibt in Kraft, sobald Oesterreich und Deutschland sich gegenseitig vertragsmäßig verpflichten, ihre Streitigkeiten nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern durch Entscheidung eines Unionsgerichtes auszumachen.

Auf die Spezialitäten einer solchen Institution näher einzugehen (wie es H. W. Lette in seinem als Manuskript gedruckten Vorschlage thut), scheint uns noch zu früh. Die entscheidende Form wird sich leicht finden lassen, wenn man nur die Sache will.

Der unter I. 2. aufgeführte Zweck, die Aufrechthaltung der inneren Ordnung in den einzelnen Staaten, erledigt sich für die Länder des deutschen Bundesstaats ebenfalls durch den schon angeführten §. 53. des Kapitels von der Reichsgewalt, für Oesterreich durch die einfache Betrachtung, daß die österreichische Regierung eine solche Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten weder begehren, noch selbst dulden wird, wir unsrerseits aber keine Ursache haben, eine solche ihm aufzudrängen.

Dasselbe ist der Fall mit Punkt I. 4., denn von einer gegenseitigen polizeilichen Bevormundung Oesterreichs und der deutschen Staaten kann natürlich gegenwärtig nicht mehr die Rede sein.

Dagegen wäre — zu I. 3. — zu erwägen, inwiefern den beiderseitigen Staatsangehörigen gewisse Rechte auch fernerhin durch gemeinsamen Vertrag zu garantiren sein möchten.

Bezüglich der politischen Rechte scheint dieß weniger nothwendig, da die eigene innere Entwickelung der beiden Staatsganzen die politische Freiheit der Angehörigen eines jeden derselben hinlänglich sicher stellt. Näher liegt es, an eine gegenseitige Garantie der nationalen Selbstständigkeit für die in dem einen und dem anderen Staatsgebiete lebenden Angehörigen der verschiedenen Hauptnationen zu denken. Denn ob zwar augenblicklich auch in Oesterreich, gleichwie bei uns, diese nationale Selbstständigkeit und Gleichberechtigung durch Versprechungen ausreichend verbürgt erscheint, so ist doch bei den dortigen Zuständen ein Umschwung der Dinge nicht unmöglich, der das deutsche Element durch die Uebermacht der anderen Nationalitäten gefährden könnte. Für diesen Fall würde eine ausdrückliche Bestimmung in dem Unionsvertrage zwischen Oesterreich und Deutschland, eine solche, welcher durch eine einseitige Verfassungsänderung in dem einen oder dem anderen Staate nicht derogirt werden dürfte, gar wohl am Platze sein.

Es liegt in der Natur der Sache, in der verfassungsmäßig hergestellten, resp. noch herzustellenden Einheit und Untheilbarkeit der beiderseitigen Staatsgebiete, sowohl der österreichischen Gesammtmonarchie, als des deutschen Reichs, daß Garantien der

---

*) Wir nehmen mit Vergnügen den obigen Artikel in unsere Spalten auf, möchten ihn aber nicht durchgängig als unsere eigene Ansicht betrachtet wissen. In vielem übereinstimmend, sind wir in manchem anderer Meinung, namentlich in den die äußere Sicherheit betreffenden Punkten (II. a, b, c).
D. Red.

eben erwähnten Art nicht auf einen einzelnen Theil dieses Staatsgebietes beschränkt, sondern immer nur auf das Ganze erstreckt werden können. Es wird somit die Nationalität der Deutschen nicht blos in den zum ehemaligen deutschen Reiche gehörigen Provinzen Oesterreichs zu garantiren sein, sondern auch die der Sachsen in Siebenbürgen, der Deutschen in Ungarn u. s. w., gleichwie in Deutschland die Nationalität der anderredenden Stämme ebenfalls unterschiedslos für alle Theile des Reichs gewährleistet ist.

Von den Rechten, welche Oesterreich und Deutschland gegenseitig ihren Angehörigen bei sich einzuräumen haben werden, soll weiter unten die Rede sein.

Rücksichtlich der äußern Sicherheit (Punkt II.) enthält die alte Bundesverfassung folgende nähere Bestimmungen:

a) Der Bund hat das Recht, Krieg zu beschließen; jeder Bundesstaat ist verpflichtet, an einem solchen Bundeskrieg Theil zu nehmen, und darf mit dem Bundesfeinde einseitig weder Friedens- noch andre Verträge schließen. Jedoch übt der Bund dieses Recht nur zu seiner Selbstvertheidigung — er führt keine Angriffskriege.

b) Jede Verletzung des Gebiets eines einzelnen Bundesstaates wird von dem ganzen Bunde als ein casus belli betrachtet.

c) Dagegen darf kein Bundesstaat auswärtigen Staaten Anlaß zu dergleichen Verletzungen geben, oder ihnen selbst solche zufügen.

d) Der Bund übernimmt das Vermittlungsamt zwischen seinen Gliedern und fremden Staaten bei entstandenen Irrungen entweder auf Anrufen eines der beiden Theile, oder auch unaufgefordert, vermöge seiner Pflichten und Rechte gegenüber den einzelnen Bundesstaaten.

e) Kriege, welche ein Bundesstaat, der zugleich eine europäische Macht ist, in seiner Eigenschaft als solche beginnt, bleiben dem Bunde fremd, es sei denn daß der Bund in dem Angriff auf die außerdeutschen Besitzungen eines solchen Staates zugleich Gefahr für das Bundesgebiet erkennt.

f) Nach einmal erklärtem Bundeskriege dürfen auch solche Mitglieder des Bundes, welche außerhalb desselben Besitzungen haben, keine einseitigen Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen.

Denken wir uns nun diese Bestimmungen, statt auf eine Vielheit von Staaten, die unter einer gemeinsamen obersten Bundesleitung stehen, auf zwei Staaten angewandt, über denen es eine derartige höhere Gewalt nicht gibt, — wie läßt sich wohl dann ein solches oder ähnliches Verhältniß herstellen? Wir glauben etwa folgendermaßen:

a) Oesterreich und Deutschland garantiren sich gegenseitig die Integrität und Unverletzbarkeit ihrer Staatsgebiete, leisten sich also Bundeshülfe bei jedem Angriff auf das eine oder das andere.

Ob diese Garantie deutscherseits auch auf die nichtdeutschen Länder des österreichischen Gesammtstaats, ob namentlich auch auf Italien und Galizien auszudehnen sei, bleibt der speziellen Vereinbarung vorbehalten. Nach dem Umfange dieser Garantie wird sich die Größe der von Oesterreich uns zu leistenden Bundeshülfe richten. Würden wir ihm seinen gesammten Besitzstand garantiren, so würde es natürlich und jedesmal mit seiner ganzen Macht zu Hülfe kommen müssen. Jedenfalls ist die Bundeshülfe nicht blos auf die Landmacht, sondern auch auf die Seemacht zu erstrecken, dergestalt, daß Oesterreich mit seiner Flotte unsere Schiffe und unsere Küsten gegen feindliche Angriffe zu decken übernimmt, so wie wir mit der unseren, so bald wir eine solche haben werden, die seinigen. Ebenso liegt in dieser Bundesgenossenschaft, daß die gesandtschaftliche Vertretung des einen Theils dem andern Theil und seinen Angehörigen überall, wo solches nöthig ist, mit zu Gute komme.

b) Jeder der beiden Staaten verpflichtet sich, bei entstandenen Irrungen mit dritten Staaten, die Vermittlung seines Verbündeten anzurufen, oder sich derselben zu unterwerfen, wenn sie von dem fremden Staate angerufen wird. Ergiebt sich hierbei, daß der mit dem fremden Staate in Verwickelung gerathene Theil im Unrecht ist, so hat der andere Bundesgenosse ihn vom Streite abzumahnen und ihm, wenn er dennoch einen solchen beginnt, seine Hülfe zu verweigern, so lange nicht wirklich ein ungerechter Angriff gegen denselben erfolgt. Im andern Falle dagegen ist der Angerufene verpflichtet, dem verletzten Bundesgenossen seine wirksamste Verwendung angedeihen zu lassen und solche soweit auszudehnen, als nöthig ist, damit demselben volle Sicherheit und angemessene Genugthuung zu Theil werde.

c) In keinem Falle darf der eine Bundesgenosse Bündnisse mit einer dritten Macht abschließen, welche mit dem andern Bundesgenossen im Kriege ist. Eben so wenig darf in einem Kriege, welchen beide gemeinsam (nach der Bestimmung unter a) führen, der eine Theil ohne den andern Waffenstillstand eingehen oder Frieden schließen.

Ueberhaupt verpflichten sich beide Theile, keine Verträge oder Bündnisse, welcher Art immer, mit dritten Mächten abzuschließen, welche gegen die Sicherheit des andern Theils verstoßen würden, daher auch alle dergleichen Verträge vor ihrem Abschluß sich gegenseitig mitzutheilen. *)

Dies die Grundlagen des zwischen Oestreich und Deutschland zu vereinbarenden Bundesverhältnisses, soweit dasselbe die Bestimmung hat, den alten deutschen Bund lediglich fortzusetzen und zu dem Ende die Erreichung der wesentlichen Zwecke desselben, wo solches nicht durch die veränderte Sachlage unnöthig oder unthunlich geworden, auch für die Zukunft zu verbürgen. In einem folgenden Artikel wollen wir uns mit jenen Seiten des neuen Bündnisses beschäftigen, welche über den alten Bundesvertrag hinausgehen, also eine engere Annäherung Oesterreichs an Deutschland, als während der Dauer des deutschen Bundes bestand, zu vermitteln oder anzubahnen.

Die deutsche Auswanderung.

÷ Vom Main, im Januar. Organisirung der deutschen Auswanderung! Wann endlich wird mit dieser der Anfang gemacht? Frankreich votirt, noch vom Blute der Junitage triefend, Millionen zu großartiger Kolonisation in Algier und bei uns gehört planmäßige Leitung der deutschen Auswanderung noch immer zu den frommen Wünschen. Und doch ist hier Gefahr im Verzuge! unsere europamüden Brüder, getrieben von dem Weh des Staatenbundes mögen die lang anhaltenden Wehen des Bundesstaates, der ihnen doch eine glücklichere Zukunft verhieße, nicht abwarten. Voraussichtlich und zumal im Falle einer nicht durch Krieg unterbrochenen Entwickelung unserer Zustände wird im nächsten Jahre die Auswanderung bedeutender werden, als je zuvor. Die Stockung im Handel und Verkehr wird Viele in die Fremde treiben. Andere werden aus politischen Gründen dem Vaterlande Lebewohl sagen, jenen starren aber achtungswerthen Quäkern gleichend, die den Grund von Pensylvanien legten. Denn derselbe gewaltige Kampf, wie zu jener Zeit, bewegt auch jetzt das westliche Europa, nur daß an die Stellen der Religion die Politik getreten.

Mag denn der junge Bundesstaat, zu sehr beschäftigt mit seinem eigenen Werden, die deutsche Kolonisation einstweilen noch hinausschieben; gesorgt aber muß werden für diejenigen, welche ohne Erwerb daheim auszuwandern wünschen, ohne die dazu erforderlichen Mittel zu besitzen. Dies sind die kranken Säfte, deren der gesundende Körper sich entledigen muß. Dazu bedarf es nichts als Schiffe zur Ueberfahrt und Ernährung während der Reise. Hernach die Auswanderer werden sich schon selbst helfen. Die Kosten der Verproviantirung werden so bedeutend nicht sein. Unsere jungen Kriegsschiffe haben vor der Hand nichts zu thun (?), die Transportirung von Auswanderern erfüllt also doppelten Zweck, indem sie zugleich Uebungsreise für die unerfahrene Mannschaft ist. Bleibt daher Frieden, so säume man nicht, sobald das Frühjahr naht, einige Kriegsschiffe zur Ueberfahrt mittelloser Auswanderer anzulegen, beschränke sich auf den Transport und die Ernährung während der Reise. Lenker solcher Unternehmungen werden sich die Menge finden.

Den Bewegungen dieses Frühjahrs lag ein dreifaches Motiv zum Grunde: ein nationales, ein politisches, ein soziales. Ueber die beiden ersteren laufen wir Gefahr das letztere zu vergessen: der Frühjahrsruf nach Verminderung der stehenden Heere scheint verhallt. Aber er scheint es nur: die soziale Frage ist nur vertagt. Wiegen wir uns nicht ein in gefährliche Anachronismen; ein solcher wäre das einseitige Behandeln der politischen und nationalen Fragen, mit gänzlicher Beiseitlassung der sozialen. Zu

*) Alle diese Bestimmungen unter a, b, c sind nach Analogie der entsprechenden in der Bundesakte und Schlußakte gebildet, zum Theil wörtlich denselben entnommen.

diesen rechnen wir namentlich die planmäßige Leitung der deutschen Auswanderung und Kolonisation. In dieser Beziehung wünschten wir vorzüglich den jüngsten Mittheilungen des verdienten und zuverlässigen Dr. Wappaeus: Deutsche Auswanderung nach Rio de la Plata (der Argentinischen Republik) in Süd-Amerika allgemeine Beherzigung. Während in Nord-Amerika wegen der Zunahme der Bevölkerung in den Küstenländern die Gewinnung des Lebensunterhaltes schon von Tage zu Tage schwerer wird, die unkultivirten billigen Ländereien aber eine weite tagelange Reise voraussetzen, ist in diesem Theile von Süd-Amerika, dessen Klima dem des südlichen Frankreichs gleicht, die einheimische Bevölkerung sehr gering, die Lebensmittel im Ueberfluß und im billigsten Preise vorhanden, und der Werth des fruchtbarsten Bodens so gut wie null. Der Preis eines Schaafes beträgt 1½, der eines Ochsens 8, eines gezähmten Pferdes 13 Fcs.; einer deutschen Quadratmeile guten Bodens circa 6000 Fcs. Die Deutschen werden von der Nationalbevölkerung überdies vorzugsweise gern gesehen wegen ihrer sprüchwörtlich gewordenen Rechtschaffenheit, ihrer Arbeitsamkeit und friedliebenden Charakters. Der Preis des Tagelohns ist enorm: in den Fleischsalzereien wird pro Tag 9 Fcs., den Schiffsbeladern 12—15, den männlichen Dienstboten pro Monat 100, den weiblichen 90 Fcs. gezahlt. Die an Feldarbeit gewohnten und mit der Viehzucht und dem Milchwesen vertrauten Einwanderer erwarten noch weit größere Vortheile. Der gegenwärtige Zustand der argentinischen Republik hat für deutsche Auswanderer nichts besonders Abschreckendes. Gegenwärtig herrscht Ruhe und Ordnung in den argentinischen Provinzen und da in Folge des langen, jetzt so gut als beendigten, Bürgerkrieges die Arbeitskräfte über das gewöhnliche Maß begehrt werden, nimmt man Einwanderer und Familien mit offenen Armen auf. Halten sie sich nun fern von politischen Händeln, zu denen sie als Fremde ja auch durchaus keinen Beruf haben, so können sie ganz unbehelligt ihrem Betriebe nachgeben. Der Bürgerkrieg im Innern ist so gut wie zu Ende; der Krieg mit Montevideo wirkt nur wie ein auswärtiger Krieg. Das jetzige Regierungssystem zeigt sich nur despotisch gegen politische Gegner: im Uebrigen fördert die Regierung Kunst und Wissenschaft und ist tolerant gegen den protestantischen Kultus, welcher in Buenos-Ayres allein vier Kirchen besitzt.

Hier bietet sich ein Feld zu einer planmäßigen deutschen Einwanderung in Masse. Es bedürfte dazu allerdings der Hülfe und Erlaubniß der dortigen Regierung, die aber wahrscheinlich gern gewährt würde. Es käme demnach darauf an, durch dorthin gesandte Bevollmächtigte der deutschen Reichsgewalt von der dortigen Regierung den Erlaß eines die Einwanderung regelnden, Person und Eigenthum der Ansiedler und ihres Kultus schützenden Gesetzes zu erwirken, um in kurzer Zeit eine solche Masse von deutschen Ansiedlern herbeizuziehen, an bestimmten Punkten zu sammeln und dort zu einem festen Kern deutschen Wesens zu organisiren.

Man säume nicht! Noch nicht 1½ Jahr ist es her, daß auch Kalifornien noch für deutsche Kolonisation empfohlen werden konnte und gegenwärtig schon ist auch dieser weite schöne Landstrich, dem die Herrschaft auf dem stillen Oceane einst zufallen muß, von der angloamerikanischen Race verschlungen und damit für Kolonien mit vorherrschend deutschem Charakter verloren — und wie viele Hunderte deutscher Auswanderer sind seit den 1½ Jahren den schändlichen Spekulationen fremder Seelenverkäufer zum Opfer verfallen! — Organisirung der Auswanderung! — Hand an's Werk! — Das schon ungeduldig draußen harrende Volk will Thaten sehen.

Paris.

†† **Paris**, 7. Januar. Wichtiger als alle frühern ist die gestern durch einen Brief des Deputirten Germain Sarrut hervorgerufene Interpellation, welche vom Exminister Maleville an den genannten Deputirten erfolgte. Herr Sarrut mußte gestehen, daß er nicht wisse, wo sich die in seinem Briefe erwähnten Aktenstücke befänden, und machte sich mit der Erzählung der Revolutionsversuchsgeschichte, wo er der dupe war, nur lächerlich. Auch die Interpellation des Herrn Dupont endete mit einer Beschämung, denn Maleville antwortete sehr beißend, daß ihn die unerwarteten Höflinge in der Antichambre der Republik verdrängt hätten. Vielleicht mag wirklich das Zudrängen der Republikaner de la veille in's Elysee-National eine Ursache des Rücktritts von Herrn Maleville gewesen sein, da seine Politik im centre gauche („La France c'est le centre gauche“) ergraute, also mit der gauche extrême nicht sich vereinen kann. Obschon diese Interpellationen die Unterhandlung des Präsidenten mit Maleville nicht aufgeklärt haben, und Herrn Germain Sarrut's Kommentar auch kein Licht gibt, dürfte es zum Verständnisse der Akten-Eskamotage dienen, daß Thiers, damals Minister, in den Sarrut'schen Prozeß sehr verwickelt gewesen sein soll. Damit wird die Ordonnanz ohne Datum verständlich und das Räthsel der Befreiung von Sarrut und Genossen aus der Haft gelöst. Maleville kann wahrheitsgetreu gesprochen haben, weil er nur jene Akten von Straßburg und Boulogne erwähnte, keineswegs aber die vom Parquet verschwundenen des Sarrut'schen Prozesses. In diesen liegt der Knoten, welchen die Freunde des Präsidenten und mehr noch die Feinde des Herrn Thiers gern entwirrt hätten. Herr Thiers wird uns mit seinen Artikeln im Constitutionel und den Rechtfertigungen des Herrn v. Maleville nicht irreleiten. Die Geschichte der ganzen ministeriellen Thätigkeit des großen Historiographen könnte vielleicht bald der Oeffentlichkeit übergeben werden. Wir glauben in dem Aktenstoß-Unterschleif Herrn Maleville von Herrn Thiers sehr unterscheiden zu müssen. Vermuthlich handelte Ersterer unbewußt nur als Werkzeug des Letzten; und Herr Thiers bedauert jetzt, daß sein Werkzeug zu früh die Schärfe verlor.

Der Constitutionel und der National enthalten heute lange Artikel über die terroristische Politik des Marschall Radetzky. Die letzte Proklamation des Diktators von österreichisch Italien, womit er den Ausgewanderten Sequestration ihrer Güter androht, wenn sie während des Monat Januar nicht zum heimathlichen Heerde zurückkehren, gibt den Anlaß zu dieser Polemik. Der National sagt: „Indem man die unbeschränkteste Gewalt von einem Soldaten ausgeübt sieht, welcher Traktate entweiht, Gesetze aufhebt, während das österreichische Ministerium die konstitutionellsten Manifeste erläßt, kann man sich mit Recht fragen: Wo ist das Kaiserthum? Wo der Kaiser? — Das ist wohl eine neue Art von Gesetzgebung, welche der sicher treffende Absolutismus nicht verschmähen wird, und welche der Marschall Radetzky zugleich als Gesetzgeber, Richter und Henker einweihen soll.“ Das im Monat Mai unterdrückte Generalsekretariat des Kriegsministeriums ist wieder mit Herrn Bourgade (einem der eifrigsten Anhänger Guizot's) besetzt. Der National schreibt: „Wir sind nicht im Mindesten überrascht, daß Herr Rulhieres, der von Guizot und Duchatel Besessene, (l'âme damnée de MM. Guizot et Duchatel) Herrn Bourgade nöthig hat, aber es scheint uns nützlich, die Konsequenzen dieses Faktums zu ziehen. Herr Barrot will Politik der Versöhnung spielen. Durch die Ernennung des Hrn. Corel zum Generalprokurator des Appellationshofes von Paris, und des Hrn. Bourgade zum Generalsekretär des Kriegsministeriums hat Hr. Odilon eine historische Notiz gegeben, welche seine künftigen Apologisten in Verlegenheit setzen wird.“ Der General Lauriston bewirbt sich um die Oberstenstelle der 10. Legion der Nationalgarde. Man forderte seine Erklärung, warum er von 1830 bis 1837 den Hof nicht besucht habe, indem dies wie eine Nichtanerkennung der Juli-Revolution zu nehmen sei. Seine Rechtfertigung enthält ein heute erscheinender Brief, welcher bezeugt, daß er dem Marschall Kriegsminister Soult 1830 seine Dienste angetragen habe. Der National warnt ihn zu wählen, weil General Lauriston seit 18 Jahren ein konsequenter Legitimist gewesen sei. Das Bewerben der Legitimisten um Stellen ist seit der Wahl Bonapartes sehr bemerkbar. Sapienti sat!

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 12. Frankfurt a. M., Freitag 12. Januar. 1849.

Uebersicht.

Venedey's Bericht.

Gagern's Rede.

Deutschland. Frankfurt (Rede des Herrn v. Schmerling. Die Linke und das Ministerium Gagern. Hr. v. Radowitz.) Wien (Das Ende des ungarischen Kriegs. Armeebülletins. Einnahme von Ofen und Pesth. Beruhigtere Stimmung. Kriegsgräuel in Ungarn. Die Cholera. Tagesnachrichten.) Reichenberg (Brand der Herzig'schen Fabrik.) Berlin (Schrift des Grafen von Arnim. Hr. Streber. Wrangel und die Wahlen.) Ulm Oesterreichische Garnison erwartet. Bevorstehendes Endurtheil über die Militärerzesse.) Dresden (Die Aktenstücke über R. Blum's Hinrichtung.) Leipzig (Der Ausfall der Wahlen.) Hannover (Der hannöver'sche Adel. Hr. Klenze.) Holzminden (Wahl für Frankfurt.) Freiburg (Struve und Blind.) Rostock (Bürgerschaft für ein preußisches Erbkaiserthum.) Schwerin (Die Kammer für Preußen.) Altena (Verbot der schleswig-holsteinischen Zeitung.) Aus Schleswig-Holstein (Kieler Hafen. Die dänischen und die schleswig-holsteinischen Finanzen.) Lübeck (Eisenbahn. Arbeiten an der Trave.)

Großbritannien. London (Das Staatseinkommen. Liberale Parlamentswahl. Irische Nationalsubscription für John Mitchell. Der Prozeß Duffy's. Fortgesetzte Brandlegungen in Ulster.)

Frankreich. Paris (Die Boulogner Aktenstücke. Ministerkrisis. Ein dynastischer Druckfehler. Zwei neue Klubs. General Lauriston gewählt.)

Spanien. Madrid (Zustand in Catalonien und Burgos.)

Italien. Aus der Lombardei (Verhaftungen in Brescia. Sperre.)

Ungarn. Oedenburg (Die ungarische Armee. Umgewandelte Stimmung. Kossuth.)

Amerika. Vereinigte Staaten. Verhandlungen des Kongresses. Die Protestation aus Südkarolina. Das Goldfieber und die Demonstralisation in Kalifornien. General Taylor und Herr Clay. Neuer Geschäftsträger in Rom. Das Budget. Statistisches.) Mexiko (Der Aufstand in der Sierra Gordo. Indianerkrieg in der Provinz Durango.) Nicaragua. (Krieg mit Costa Rica.) Venezuela (Günstige Wendung der Dinge für Paez.)

Nachschrift.

---

12. Januar.

Wir lasen so eben den Bericht des Ausschusses, welcher in der österreichischen Frage niedergesetzt ist; Beichterstatter J. Venedey. Hat man je eine seltsamere Beweisführung gehört? Der Bericht beginnt mit einer Schilderung der habsburgischen Politik. Er zeigt, wie an derselben alle bisherigen Bemühungen, ein einiges Deutschland, einen wahren Bundesstaat, zu Stande zu bringen, kläglich gescheitert sind.

„Die Idee der staatlichen Wiedergeburt Deutschlands, heißt es darin, mußte bei allen Vaterlandsfreunden nach dem Siege über den Eroberer, der Deutschland's Krone gebrochen hatte, von selbst aufsteigen. Und wirklich war dieselbe leitend bei der großen Mehrzahl aller Kämpfer Deutschland's gegen Frankeeich. Sie fand auch auf dem Wiener Kongreß ihre Vertreter, und zwar vor allem in dem Ehrenmanne, auf den Deutschland ewig stolz sein wied, dem Freiherrn von Stein. Von Stein verlangte damals die Wiederherstellung des deutschen Reiches, und, trotz seiner Vorliebe für Preußen, glaubte er, daß wenn Deutschland nur um den Preis wieder zu Einem Reiche werden könne, Preußen selbst die deutsche Kaiserkrone Oesterreich zugestehen müsse. Aber v. Stein stieß in Wien auf alle Gegner der deutschen Einheit, und ihre Zahl war groß. Das Ausland fühlte, daß das Geschick der Welt seinen Mittelpunkt in Deutschland finden müsse, sobald Deutschland in dem neuerrungenen Bewußtsein seiner Kraft wieder Einen einigen Staat bilden werde. Rußland, England, Frankreich gaben sich die Hand, die Wiederheestellung eines einigen Deutschlands zu verhindern. Das österreichische Kabinet stand sehr bald vollkommen unter dem Einflusse der ausländischen Politik, die überdies in den Sonderbestrebungen der in Deutschland herrschenden Dynastieen, von den größten, Oesterreich und Preußen, bis zu den Herrschern des kleinsten sächsischen Füestenthümchens herab, die willigsten Bundesgenossen fand. v. Stein sah bald seinen Einfluß mehr und mehr hinschwinden; selbst die Leitung der preußischen Politik wurde seiner starken Hand entzogen, denn auch in Preußen wußte das Ausland, und insbesondere Rußland, das dynastische Interesse bei seinen schwachen Seiten zu fassen, und mit ihm die nationalen Anflüge der Jahre 1813, 1814 u. 1815 nach und nach zu verdrängen."

So geht es fort. Die Sünden der österreichischen Politik werden eine nach der andern aufgezählt und namentlich ausgeführt, wie sie in jüngster Zeit, nach dem Falle Wiens, alle Krallen wieder hervorgestreckt habe. Ja freilich, freilich! Man könnte bei der letzten österreichischen Note mit Paolo Sarpi ausrufen: Novi stilum Curiae! Doch weiter: „Wir glanben uns nicht zu irren", fährt der Bericht fort, „wenn wir in diesem Worte: „Restauration der vorrevolutionären Zustände", soweit dies immer möglich, überhaupt den Chaeakter aller Bestrebungen der österreichischen Regierung Deutschland gegenüber von dem Augenblicke an, wo dieselbe in Wien die Revolution und auch das Deutschthum in Oesterreich besiegt hatte, anzudeuten versuchen. Der Hof, und mit ihm die alte Aristokratie und Diplomatie Oesterreich's, hatten wieder das Uebergewicht über das Volk und über die Rechte der Neuzeit erlangt, und hofften von nun an auch die alten Zustände in Deutschland, das System Metternichs im Gewande eines lügnerischen Konstitutionalismus, nach und nach wieder heebeiführen zu können. Deswegen sollte Alles in der Hauptsache in der Schwebe bleiben, bis man mit Oesterreich fertig sei. Wir glauben uns eben so wenig zu irren, wenn wir behaupten, daß der frühere Reichsminister H. v. Schmerling, das Seinige dazu gethan hat, Deutschland und die deutsche Reichsversammlung auf den Standpunkt zu bringen, auf dem die Hoffnung einer solchen, alle Bürgschaften eines einigen, starken und freien Deutschland's zernichtenden Restauration der vorrevolutionären Zustände wieder Fuß fassen konnte, und zwar nicht nur in Oesterreich, sondern auch in allen andern deutschen Staaten, in denen der Hof, die Aristokatie und die Bureaukratie bis heran nur unwillig den Forderungen der Neuzeit Zugeständnisse gemacht hatten."

So der Bericht. Das wären die Prämissen. Und welches ist die Schlußfolgerung? Wir wollen sie nur ohne Weiteres hinsetzen: „Es scheint dem Ausschusse, als ob es die staatsmännische Pflicht der deutschen Centralgewalt sein müsse, die Rechte Deutschlands zu wahren, mit allen Mitteln gegen jeden Eingriff zu protestiren, dafür formen zu helfen, daß die zukünftige Verfassung Deutschlands der Art sei, daß Deutschösterreich vollkommen hineinpasse."

Das ist die Schlußfolge. Wenn das nicht paßt, wie die Faust auf's Auge, so wissen wir nicht, was diese alte deutsche Redensart sonst bedeutet. Man könnte vielleicht vermuthen, daß hier doch sehr wesentliche Mittelglieder ausgelassen wären, daß Hr. Venedey doch iegend eine Brücke gebaut habe über diesen Abgrund, der den Vordersatz von seinem Nachsatze trennt. Doch was Geünde! Man weiß ja, daß Venedey „der ältesten Tochter des Zeus, der ewig beweglichen Phantasie, den Preis gibt," die auch „über Abgründe setzt". Indeß wollen wir redlich sein und angeben, was sich in Venedey's Bericht von solchen Gründen irgend vorfindet. Nachdem er Oesterreich wie den leibhaftigen Teufel an die Wand gemalt hat, sollte man denken, er weede vor Gemeinschaft mit dem Bösen warnen.. Das wäre wenigstens der natürliche Schluß. Aber nein! Venedey weiß diesem Schlusse zu entgehen. Er versichert uns nämlich, an der verhängnißvollen Stelle angekommen, Preußen, Sachsen, Hannover, Baiern, alle, alle! namentlich aber Preußen, wären um kein Haar besser. Damit fällt also Alles weg, was etwa Unglimpfliches über Oesterreich gesagt ist! Folglich darf Oesterreich nicht ausgeschlossen werden. Ferner darf Oesterreich nicht ausgeschlossen werden, weil Deutschland durch diese Ausschließung getheilt werde. Eine sehr richtige

Bemerkung. Wenn es regnet, so wird es naß. Es gibt indessen Fälle, wo man an den alten Hesiodischen Spruch erinnert wird: „Thoren begreifen es nicht, daß halb oft besser als ganz ist!"

„Aber wir wollen sie ja nicht opfern, (läßt Venedey seine Gegner einwenden) es soll ja ein inniges Unionsverhältniß stattfinden", so lautet die Antwort. Die deutsche Geschichte kennt diese Antwort. Sie wurde mehr als einmal gegeben. Im Vertrage von Verdun, — und ganz Lothringen wurde französisch; im Frieden von Basel, — und die Schweiz war und blieb von Deutschland abgerissen; im westphälischen Frieden, — und Elsaß ging verloren, trotz allen Vorbehalten."

In der That uns schwindelt. Lothringen ist französisch geworden durch den Vertrag von Verdun? Die Schweiz durch den Frieden von Basel abgerissen? Hält Venedey das für Geschichte? Das sind ja nichts, als Phantasien. Also, um doch den Gedankengang festzuhalten, Deutschland darf nicht getheilt werden. Denn eine Theilung würde zu der andern führen. Auch dürfen wir unsere deutschen Brüder in Oesterreich nicht aufgeben; denn — nun kommt wieder eine meisterhafte Beweisführung! „Das Deutschthum ist heute augenblicklich in Oesterreich niedergehalten, es darf nicht offen mit seinen Wünschen hervortreten!" . . . Daß Tyrol, Salzburg, Kärnthen, Krain, Mähren u. s. w. terrorisirt werden, daß sie nicht mit ihren Wünschen hervortreten dürfen, das ließe sich allenfalls dadurch vertheidigen, daß vielleicht alle Nachrichten, welche von dort hier eintreffen, verfälscht sind. Sie werden gezwungen, die armen deutschen Brüder, sich vor dem Hute Oesterreichs zu bücken und auszurufen: „Es lebe ein einiges starkes Oesterreich!" Aber wer in aller Welt hat hier unter Schmerling's Schutzherrschaft alle die österreichischen Abgeordneten, die Deym's und Sommaruga's terrorisirt, daß sie zu Venedey's Schmerz gegen die §§. 2 und 3 sich ereiferten? Wer wollte nicht zu Deutschland, als es unabhängig, selbstständig gemacht werden sollte, und wer will jetzt zu Deutschland, wo es abhängig und unselbstständig gemacht werden soll?

„Oesterreich, heißt es im Berichte weiter, will und darf, um seiner selbst willen, nicht aus Deutschland ausscheiden, sich nicht von Deutschland lostrennen; aber es will zusehen, und nachher vereinbaren; und es scheint zu hoffen, später, wenn es mit Ungarn und Italien im Reinen ist, auch in Deutschland auf dem Wege der Vereinbarung die Rückführung Deutschland's auf den alten Staatenbund, wie er vor der Märzrevolution bestanden, durchzusetzen.

Das hat gegenwärtig auch das Ministerium sehr klar eingesehen, und ebenso klar als kräftig diese Frage beantwortet. Es sagt: So wenig überall der Weg der Verständigung zu vernachlässigen sein wird, wo er zum Ziele führen kann, so entschieden wird das, mit der von der constituirenden Nationalversammlung genommenen Stellung unverträgliche, allgemeine Vereinbarungs-Prinzip, bezüglich des Verfassungswerkes, zurückgewiesen werden müssen. Die Hoffnungen, wo sie auftauchen mochten, daß die Zeit gekommen sei, den starken Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden.

Wir freuen uns dieser Kernworte, wir sind von dem Manne, der gegenwärtig an der Spitze der deutschen Reichsregierung steht, fest überzeugt, daß er sie wahrhalten wird; wir sind ebenso überzeugt, daß noch heute, trotz alles absichtlichen und unabsichtlichen Herabdrückens des öffentlichen Geistes, die unendliche Mehrzahl des deutschen Volkes, seine ganze Jugend wie Ein Mann ihm zur Seite stehen wird, wenn er gezwungen wäre, das tapfere Wort zur That werden zu lassen."

So geht in diesem Berichte Alles durcheinander: „Mir wird von Alle dem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum!" Die Summe des ganzen Berichtes wäre demnach also ungefähr folgende:

1) Oesterreich hat sich bei den deutschen Angelegenheiten niemals anders betheiligt und wird sich bei den deutschen Angelegenheiten nicht anders betheiligen, als um sie zu hemmen, und die deutsche Einheit zu hindern.

2) Oesterreich soll sich bei den deutschen Angelegenheiten wiederum betheiligen.

3) Es soll die deutsche Einheit aber nicht hindern.

4) Dies geschieht, (wir müssen die klassischen Worte wiederholen), indem dafür gesorgt wird, daß die künftige Verfassung Deutschlands der Art sei, daß Deutsch-Oesterreich vollkommen hineinpasse.

Das sind ja aber ganz dieselben Worte, welche Herr von Schmerling den österreichischen Ministern in's Ohr geflüstert haben wird! Doch genug von dieser Staatsschrift, welche das allgemeine Urtheil bereits gewürdigt hat. Sie ist nicht widerspruchsvoller, als die Sache, welche sie vertheidigt. Uebrigens enthält sie noch vieles Merkwürdige; wir haben sie nur abgerahmt. Das Merkwürdigste von Allem ist aber, daß der Bericht im Namen einer Mehrheit abgefaßt ist, zu welcher Herr v. Sommaruga und die andern Oesterreicher von der Rechten gehören. Die Politik scheint eine besondere Moral zu haben; sonst würde man an den Staar erinnert werden, der über dem Stuhl des Sprechers in Unterhause beständig schreien sollte: Dishonourable Coalition!

In großen klaren Zügen hat der Ministerpräsident am Anfang der gestrigen Debatte die Politik des Ministeriums, Oesterreich gegenüber, gezeichnet. Und er konnte es leicht, denn diese Politik selbst ist eine durchaus klare und große. Man hat dem Ministerium Gagern vorgeworfen, es wolle Oesterreich aus dem zu gründenden Bundesstaate ausstoßen; ja der Bericht der Majorität des Ausschusses hat sich nicht gescheut, demselben bei der Behandlung dieser Frage fremdartige Motive unterzulegen. Fremdartig aber wäre das Motiv der ministeriellen Politik, wenn sie ihr Verhalten gegen Oesterreich bemessen wollte nach Wünschen oder Absichten, die sich auf einen andern deutschen Staat bezögen, und nicht loyal würde das Ministerium handeln, wollte es deßhalb Oesterreichs Austritt aus dem engern Bundesverband Deutschlands fördern, oder dessen Eintritt in denselben erschweren, weil es die ausschließliche Herrschaft Preußens in diesem Bundesverband begünstigte. Diesen Vorwurf, oder nennen wir es beim rechten Namen, diese Verdächtigung hat Heinrich v. Gagern mit der ganzen unantastbaren Größe seines reinen Charakters niedergeschmettert, und, wenn wir Etwas hierbei bedauern, so wäre es höchstens dies, daß er es der Mühe werth gefunden, auf solche Verdächtigung zu antworten.

Gagern hat es ausgesprochen — und dieser Ausspruch charakterisirt auf erfreuliche Weise die Politik, der er seinen Namen aufdrückt, als eine durchaus offene und ehrliche, als eine wahrhaft deutsche — Gagern hat es ausgesprochen, daß er, obgleich fest überzeugt durch die Betrachtung der thatsächlichen Verhältnisse von der Unmöglichkeit, einen Bundesstaat im wahren Sinn des Worts zu bilden mit Oesterreich, doch nimmermehr aus vorgefaßter Meinung diese Ueberzeugung festhalten werde, sobald die Möglichkeit erwiesen sei, daß Oesterreich einer wahrhaft einheitlichen, nationalen Gesammtregierung des bundesstaatlich gestalteten Deutschlands sich rückhaltlos unterwerfen könne und wolle. Gern werde er dann, so sagte er in edler Selbstverleugnung, sich überwunden bekennen, denn seine Politik fuße nur auf dem einen Prinzip, das Mögliche zu erreichen. Welcher Staatsmann möchte eine andere Politik wollen oder zu empfehlen wagen? Aber freilich, die Staatsmänner sind auch der kleinste Theil in Gagerns Gegnerschaft!

Gagern konnte die Leiter des österreichischen Staates nicht höher ehren, als indem er ihnen dieselbe offene Politik und dieselbe staatsmännische Anschauung des praktisch Möglichen zutraut, die er selbst in der Behandlung dieser Frage bewährt. Er that dies rückhaltlos und wir sind davon überzeugt, aufrichtig. Er sprach die Hoffnung aus, daß sowohl das österreichische Ministerium als dessen neuer Bevollmächtigter ihm in aufrichtiger Loyalität die Hand reichen werde zur Herstellung jenes Verhältnisses, welches für Oesterreich durch den im Programm von Kremsier ausgedrückten und seitdem nicht zurückgenommenen Ausspruch: „Oesterreich in staatlicher Einheit verbunden, sei ein deutsches und europäisches Bedürfniß," für Deutschland durch das im Volke lebende Bedürfniß einer bundesstaatlichen Einigung gleichermaßen zur thatsächlichen Nothwendigkeit geworden sei.

Von einer Aenderung des ministeriellen Programms vom 18. Dez. ist hiernach, wie man sieht, nicht die Rede, denn in den Thatsachen selbst hat sich nichts geändert, und auf dem Boden der Thatsachen allein bewegt sich die Politik Gagern's. Nur Eines hat sich geändert, aber auch blos äußerlich, um nicht zu sagen scheinbar — die offizielle Stellung der österreichischen Regierung zu Deutschland. In dem Programm von Kremsier schien die österreichische Regierung die Antwort auf die in den

§§. 2 und 3 an sie gestellte Frage klar und entschieden zu geben, die Antwort nämlich, daß es in den Bundesstaat nicht eintreten könne, dagegen im staatenbundlichen Verhältniß mit Deutschland bleiben wolle. Diese Erklärung, oder was man dafür nahm, hat die österreichische Regierung in ihrer neuesten Note zurückgenommen, sich die endliche Entscheidung über ihre Stellung zum deutschen Verfassungswerke noch vorbehaltend. Diesen Vorbehalt mußte das deutsche Reichsministerium ehren; es mußte daher die verlangte Ermächtigung dahin ausdehnen, daß innerhalb ihrer die Möglichkeit fiele, Oesterreichs Eintritt in den Bundesstaat durch Unterhandlungen zu vermitteln. Man würde sich aber täuschen, wollte man dies so verstehen, als könne der Gegenstand der mit Oesterreich anzuknüpfenden Unterhandlungen eine Abänderung der durch die Natur des Bundesstaates bedingten Verfassungsbestimmungen sein. Begründeten Rücksichten auf die Eigenthümlichkeit der Einzelstaaten, zumal des größten, Rechnung zu tragen, schließt weder das Prinzip der Souveränität der Nationalversammlung aus, noch das Prinzip der Vereinbarung ein. Begründet aber werden nur solche Rücksichten sein, welche dem wahren, inneren Bedürfniß der Nation nicht widersprechen, welche nicht in der öffentlichen Stimmung selbst ihre Stütze finden.

Das Ministerium macht den Antrag der Minorität des Ausschusses zu dem seinigen — es macht zugleich die schwebende Frage zur Kabinetsfrage. Es mußte dieß, denn wie könnte es ferner seiner Pflicht genügen, wenn man ihm den Boden des Möglichen und Thatsächlichen, auf den es sich gestellt hat, unter den Füßen hinwegzöge.

Hiermit sind die Hoffnung Derer getäuscht, welche glaubten oder zu glauben vorgaben (denn unmöglich können wir solche Naivetät voraussetzen), sie könnten gegen das Programm Gagerns stimmen, ohne doch Gagern zu stürzen! Die Gegner des Programmes werden sich also entscheiden müssen, ob sie dazu mitwirken wollen das Ministerium Gagern zu stürzen. Und sie werden dann sofort die zweite Frage sich in ihrem Gewissen beantworten müssen: woher sie ein Ministerium nehmen wollen, welches an der Stelle des Gagern'schen die Angelegenheiten Deutschlands in die Hand nehmen soll? Denn Verrath am Vaterlande und am Volke wäre es, in einem Augenblicke von so inhaltsschwerer Entscheidung, wie der gegenwärtige, muthwillig ein Ministerium zu stürzen, ohne ein anderes sogleich zur Hand zu haben — aber eines an dessen Spitze ein Name von gleich vertrauenerregenden Klange steht, wie der Name Heinrich Gagern!

Deutschland.

> **Frankfurt**, 11. Januar. Als Herr von Schmerling heute die Tribüne betrat, um gegen das Ministerium zu sprechen, folgte der Unruhe, welche die Rede seines Vorgängers begleitet hatte, die gespannteste Aufmerksamkeit; man erwartete von ihm Aufklärung darüber zu erhalten, welche Gedanken Oesterreich verfolge, wenn es sich der Ausführung des Gagern'schen Programmes widersetze, welche Stellung es sich zu und in Deutschland geben wolle, wenn es zwar an dem Bundesstaat Antheil verlange, sich aber den Bestimmungen der Verfassung zu unterwerfen weigere. Man urtheile selbst! Die Rede des Herrn von Schmerling nahm folgenden Gang: Er begann mit der Vertheidigung seiner Wiener Rede; wenn er gesagt habe, er habe sich auch in Frankfurt als Oesterreicher gefühlt, so heiße das nur, er sei stolz, ein Oesterreicher zu sein; bis jetzt gebe es keine deutsche Geschichte, diejenigen Deutschen seien also glücklich zu preisen, welche zu einem großen Staate mit einer wirklichen Geschichte gehörten. Er rechtfertigte dann die Ansprüche Oesterreichs, in den deutschen Staat aufgenommen zu werden; es sei von jeher eben so deutsch wie Preußen gewesen; es habe ein Recht auf die Aufnahme; die Versammlung habe aber die Pflicht, die Verfassung so einzurichten, daß Oesterreich eintreten könne, wenn ihre Aufgabe dadurch auch eine schwierigere werde, — wenn selbst ohne Oesterreich die Verfassung jetzt schon in's Leben getreten wäre. Man habe, fuhr er fort, Oesterreich eine hinterlistige Politik vorgeworfen, und zwar deshalb, weil das Ministerium sein Programm von Kremsier hinterher modifizirt habe. Hinterlistig sei es aber gewiß nicht, einen Standpunkt, den man für unhaltbar erkenne, aufzugeben und offen zu erklären, daß man ihn aufgebe. Seine Reise nach Wien habe den Zweck gehabt, das Ministerium zu diesem Schritt zu bewegen. Das österreichische Ministerium, schloß er, sei weit entfernt, dem Zustandekommen der deutschen Verfassung Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen; die Aufträge, die es ihm gegeben, seien vielmehr gerade dahin gerichtet, auf ihre Beförderung zu wirken, und er würde sein Amt niederlegen, sobald er Aufträge entgegengesetzter Art erhielte. — Das war seine Rede! Nur so einfach, wie wir sie hier hinstellen, ward sie uns nicht geboten; sie war in eine solche Fülle diplomatischer Wendungen gekleidet, daß es schwer hielt, diesen Kern herauszuwickeln. Und dieser Kern selbst, was ist das Feste in ihm, was das Greifbare und Wirkliche? Wenn Herr von Schmerling uns mit den Mienen einer wichtigen diplomatischen Mittheilung sagt, er habe den Auftrag, die Konstituirung Deutschlands nicht zu hindern, sondern zu fördern, so bleibt uns nur leider der Zweifel, welche Verfassung Oesterreich Deutschland geben will, und wenn er sagt, Oesterreich habe ein Recht und den Wunsch, in den deutschen Staat einzutreten, so frägt es sich nur, wie mit Oesterreich ein Staat möglich sei. Mit der Glätte eines Aales wußte Herr von Schmerling sich aus jeder Frage, in die er sich scheinbar einließ, wieder herauszuwinden, und mit vielen Phrasen zu verdecken, daß er nichts sagte. Und doch — zwei Dinge hat er gesagt, die wir als unschätzbare Wahrheiten aufzeichnen wollen: die erste, daß ohne Oesterreich die deutsche Verfassung wahrscheinlich schon jetzt in's Leben getreten wäre, die zweite, daß das österreichische Ministerium seinen Standpunkt änderte, als es sah, daß er unhaltbar sei, d. h. in die Sprache des gewöhnlichen Lebens übersetzt, als es sah, daß die deutsche Verfassung ohne Oesterreich in's Leben treten würde. — Herr von Schmerling hat einen neuen glänzenden Beweis seiner Geschicklichkeit gegeben; zur Lösung der großen österreichischen Frage aber hat er nichts beigetragen — es sei denn durch die Lehre, die sein Auftreten uns geben kann!

Parl. Korr. **Frankfurt**, 11. Jan. Unsere Vorhersagung, daß alles was an Einsicht und Patriotismus in den Fraktionen der Linken sei, das Ministerium unterstützen werde, ist eingetroffen. Der von Westendhall eingebrachte Antrag wiederholt im Wesentlichen die Motive des Programms vom 18. Dez. und ertheilt dem Ministerium Gagern die geforderte Ermächtigung, wogegen der Antrag des Pariserhofs (Jürgens, Welcker, Edel) eine Vermittlung versucht, für welche freilich in dieser Angelegenheit kaum Platz sein dürfte.

♀ **Frankfurt**, 11. Jan. Der Verfasser des Aufsatzes, Herrn v. Radowitz betreffend, dem ihm unbekannten geehrten × Einsender für die Bemerkung dankbar, daß derselbe keineswegs mit der Persönlichkeit, um die es sich handelt, zu verwechseln sei, befindet sich durch die gestrige Redaktionsbemerkung, daß der Aufsatz ein Plaidoyer von Freundes Hand wäre, aufgefordert zu erklären, daß sich derselbe zu den politischen Gesinnungen jenes Staatsmannes allerdings bekennt, und wenn diese Uebereinstimmung von der Redaktion als Freundschaft betrachtet wird, der Verfasser solche sehr gern acceptirt.

Wien, 5. Jan. Es ist zu hoffen, daß es bei Pesth zu keiner Schlacht kommen, daß die Hauptstadt sich ergeben werde, da nicht zu übersehen ist, daß die Bürger längst entwaffnet wurden, als für Kossuths Plane nicht verläßlich. In Buda-Pesth würde unter diesen Umständen für die Insurgenten kein Heil zu erwarten sein, und sie werden es ebenso rasch verlassen als Raab. Was dann? Nur eine Zuflucht bleibt den allerwärts geschlagenen, zersprengten Haufen: die alte ursprüngliche Magyaren-Heimath, die ungeheuern Steppen beiderseits der Theiß, noch jetzt mit rein magyarischen Anwohnern. Von Solnock bis hinab nach Zombor werden sich die Schaaren auf den unabsehbaren Pußten sammeln, wo meilenweit der nachrückende Rächer sichtbar ist. Aus allen festen Plätzen, aus allen großen Ortschaften nach und nach vertrieben, ein gehetztes Wild, ihre Vorposten kämpfend mit dem erstarrenden Nordost, mit den Schneestürmen der Steppe, ja selbst mit den Wölfen, werden die Haufen immer kleiner und dünner, die Führer werden sich bald alle davon geschlichen haben und die übrig gebliebene verführte Heerde fällt entweder im Verzweiflungskampf unter den Schwertern der böhmischen Kürassiere, oder ergibt sich auf Gnade und Ungnade. An ein Entkommen ist nicht zu denken. Scheinen die Magyaren auch an der Temesch den gegenüberstehenden Serben gewachsen, könnten sie mit vereinter Macht auch hier durchbrechen, so führt ihr Weg doch durch Serbien oder durch die Militärgrenze, wo so viele gemordete Brüder zu rächen sind, daß sie daran wohl nicht denken dürfen. Die Magyaren selber haben im schonungslosen Uebermuth ihrem natio-

nalen Egoismus die rettenden Brücken über die Sawe und Donau abgebrochen; Kroaten und Serben stehen jetzt dort als ihre Feinde, unversöhnliche Blutrache nehmend. Und schlügen sie sich auch endlich durch in die Türkei, so sind die Zeiten doch vorüber, wo der christliche Erbfeind immer bereit war ungarische Unruhen zu unterstützen. Die ergreifenden Klänge des Ragoczy-Marsches sind und bleiben Grabgesang der verblutenden Kraft eines edlen Volkes, das von einem selbstsüchtigen Adel schmählich geopfert wurde. Ist aber auch der Krieg zu Ende, und war er ein noch so leichtes Spiel, der Friede der ihm folgt, ist ein Alpengebirge von Schwierigkeiten. Es handelt sich um nichts geringeres als um durchgreifende Umgestaltung aller Verhältnisse; in der Neugestaltung Ungarns liegt unbestreitbar die Antwort auf die Frage über die Neugestaltung Oesterreichs! (Allg. Z.)

* **Wien**, 6. Jan. Statt des so plötzlich gestorbenen Generals v. Suplikac, Wojwoden von Serbien, ist, nach der Ostd. Post, der k. k. Generalmajor von **Theodorovich** zum Wojwoden ernannt worden; er hat bereits am 5. Januar Grätz passirt, um sich an den Ort seiner Bestimmung zu begeben. Es verlautet, sagt die Allgemeine Oesterreichische Zeitung, daß man im Einverständnisse mit den deutschen Regierungen eine Umschmelzung der kurrenten Silbermünzen beabsichtige. Auf diese Art hofft man die Menge des kursirenden und versteckten Silbers kennen zu lernen und hierdurch dem gesunkenen Kredit aufzuhelfen. Sowohl die Sektion der allgemeinen Statistik als jene des Postwesens sind nun dem Handelsministerium zugewiesen worden. Die Klagen über das Benehmen der untern Postbeamten und deren unverantwortliche Vernachlässigung häufen sich von allen Seiten, und man ist der Ueberzeugung, daß hier nur durch exemplarische Strenge den vielfältig eingerissenen Mißbräuchen gesteuert werden kann. Die Brünner Studenten-Legion ist auf ihr eigenes Ansuchen von jeder Diensteleistung enthoben worden. Am 10. d. M. findet in der Umgegend Wiens die Besetzung einer erledigten Wahl für Frankfurt und am 15. für den österreichischen Reichstag statt.

△ **Wien**, 7. Jan. Das soeben erschienene 12. Armeebülletin sagt nur: „S. D. der Fürst Windischgrätz ist am 5. Mittags, an der Spitze der k. k. Armee, ohne einen Schuß zu thun in Ofen und Pesth eingezogen. Die Details folgen nach. Welden.

△ **Wien**, 7. Jan. Der Schritt des Ministeriums in der Frage des 1. Paragraphen der Grundrechte findet viel weniger Widerspruch in der öffentlichen Meinung, als zu erwarten stand. Ruhig Denkende geben ihm unbedingten Beifall. Was die Kammer morgen in Kremsier thun wird, steht dahin. Jedoch scheint dort zwischen der Linken und den Czechen ein Einvernehmen im Anzuge zu sein, in Folge dessen die Grundrechte und manches andere von beiden Parteien die Stimmen erhalten sollen.

Man wird hier nicht müde, wenn ein Gerücht verschwindet, zehn neue in Umlauf zu bringen, die sich alle mehr oder weniger den nächsten Tag als falsch erweisen. Leider gehören zu den falschen Gerüchten nicht jene fürchterlichen Gräuel, vor denen sich die Haare sträuben, die in Folge der ungarischen Wirren begangen werden, und die einzeln aufzuzählen mir der Muth fehlt. Wir sehen heute eine Bekanntmachung, die als letztes Mittel irgend einen Einhalt, zu thun, in Siebenbürgen z. B. erklärt, daß für jeden erhängten Slowenen zwei Magyaren aufgeknüpft würden. In Böhmen scheint die Stimmung wieder unruhiger zu werden, wovon wir hier in Wien gerade das Gegentheil sagen können, wozu die Offenheit des Ministeriums und des Gouverneurs Welden viel beiträgt. Es scheint mir, als ob die milden Urtheile, welche jetzt seit einer Woche erfolgen, den Haß, der in vielen Gemüthern gegen jede Gewaltthat vorherrscht, mildern und beruhigen, und so dürfte denn bald auch der moralische Friede über unsere arme Stadt niedersteigen, wenn es anders die Narren auf den beiden Extremen dazu kommen lassen, ehe die verständige Mitte es zu einer kompakten Masse gebracht hat, was ihr doch so leicht wäre. Es fehlt uns Deutschen eben hier wie anderwärts Organisirungs-Talent, in den größten wie in den kleinsten Fragen.

Die Cholera ist nun im Militärspital ausgebrochen, aber bis jetzt dort allein, wie die Sanitätskommission anzeigt. Aus Pesth scheinen die Rädelsführer meistens entflohen, doch sollte noch gestern Kossuth bewacht sein. Die Deputation, welche aus Pesth ins Hauptquartier kam, bestand aus den Herrn Minister Ludw. Bathyani, Mailath, und Bischof Lanovicz, wovon ersterer gar nicht die Erlaubniß erhielt ins Lager zu treten, und auch die Uebrigen nur unter der Bedingung unbedingter Unterwerfung die Erlaubniß zurückzukehren erhielten. Die Deputation war von einem Offizier und 20 Husaren begleitet, welche jedoch vorzogen bei ihren Kameraden zu bleiben, und die Herren allein nach Pest zurückkehren zu lassen. Es scheint als ob Ofen durch vier Stunden einem Bombardement unterlag, in Folge dessen die unbedingte Unterwerfung erfolgte.

Das elfte Armeebülletin enthält nichts wesentlich Neues und verliert nach dem Obigen das Interesse. Der Banus Jellacic und der General Götz hatten beide einen Zusammenstoß mit dem Feinde, der wie gewöhnlich mit dem eiligen Rückzug der Magyaren endigte. Im Banat hatte Oberst v. Mayerhofer das Kommando des Wojwoden Suplikac übernommen und ist mit 20,000 Mann, darunter einige Tausend Serben, bereit die Offensive zu ergreifen. Oberst Baron Wernhardt hatte drei von den Magyaren stark besetzte Ortschaften, Deutsch-Bogsan, Walachisch-Bogsan, Reschitz, nach mehrstündigem Gefecht und mit Eroberung von drei Geschützen genommen.

Reichenberg, 5. Jan. Die ausgedehnte Spinn- und Maschinenfabrik der Herren Herzig und Söhne in Grünwald ist ein Raub der Flammen geworden. Den unersetzlichsten Verlust erleidet aber das Etablissement sowohl als die ganze Gegend durch den Tod des Reichstagsdeputirten Karl Herzig, welcher, seit den Kammerferien anwesend, aus seiner Wohnung in Reichenberg zum Brande eilte, sich daselbst anordnend und rettend zu weit unter das brennende Gebälk wagte, und von einem einstürzenden Gewölbe begraben wurde. Auch andere Menschenleben sind bei diesem Brande noch zu beklagen. (C. Bl. a. B.)

Lith. Korr. **Berlin**, 9. Jan. Die Schrift des Staatsministers a. D. Grafen Arnim über „die Verheißungen des 22. März und die Verfassung vom 5. Dez.", welche in glänzendster Ausstattung aus der geheimen Hofbuchdruckerei hervorgegangen ist und mit der „Neuen Preuß. Ztg." unentgeltlich vertheilt wird, ist als ein wichtiges Aktenstück um deßhalb der allgemeinsten Beachtung würdig, weil dieselbe als das Programm der grundbesitzenden, mit dem vormärzlichen Systeme verwachsenen Aristokratie über deren Stellung zu dem konstitutionellen Princip, wie dieses in der Verfassung vom 5. Dez. fixirt ist, betrachtet werden kann. Der Verfasser spricht sich mit anerkennenswerther Unumwundenheit dahin aus: daß die Fortdauer der Wahlgesetze vom 6. Dez. eine gesetzliche Ordnung, eine Monarchie auf die Dauer unmöglich machen müsse. Um dieser Gefahr zu begegnen, schlägt derselbe einen „mit der Verheißung des 22. März und mit dem Ausdruck der breitesten Grundlage übereinstimmenden Weg" dahin vor: „daß diejenigen stimmberechtigten Wähler in jeder Gemeinde, welche keinen Grundbesitz haben und jährlich an Klassensteuer nur zwei Thaler oder weniger entrichten, resp. deren Einkommen in nicht klassensteuerpflichtigen Orten nicht 400 Thlr. erreicht, an der Wahl der Wahlmänner durch Vertreter Theil nehmen, welche sie in einer hiezu anzuberaumenden Wahlversammlung aus ihrer Mitte wählen." Der Justizkommissär Streber ist aus dem Gefängniß, in das er nach seiner Verhaftung zunächst gebracht war, gestern nach Swinemünde abgeführt worden. Der ostensible Grund zu seiner Verhaftung ist, wie wir bereits mitgetheilt, allerdings kein politischer. Allein, wie uns bestimmt versichert wird, handelt es sich nur um Unterschlagung einer Summe von 25 Thlrn., welche dem Verhafteten in einer frühern Stellung als Stadtrichter anvertraut gewesen sein soll. Eine Verhaftung wegen eines so geringfügigen Betrages, zumal wenn, wie im vorliegenden Falle, der Angeschuldigte eine jene Summe bei weitem übersteigende Kaution darbietet, läßt freilich kaum einen Zweifel darüber, daß dieselbe weniger dem ungetreuen Stadtrichter, als dem Gründer und Hauptleiter des Vereins für Volksrechte gelten soll.

* **Berlin**, 9. Jan. Der General v. **Wrangel** hat auf das Ersuchen der Kommunal-Behörden gestattet, daß die Vorberathungen zu den Wahlen nicht wie bisher um 9 Uhr, sondern erst um 10 Uhr geschlossen werden sollen. Auch ist die Gegenwart des Polizei-Kommissarius des Reviers bei den Versammlungen nicht mehr erforderlich, und dürfen die Urwähler der Bezirke zu denselben durch die Zeitungen eingeladen werden!

= **Ulm**, 9. Jan. Es verlautet, daß demnächst das Regiment Latour in die hiesige Reichsfestung verlegt werden wird. Vor einigen Tagen soll von Wien aus die Nachricht hier eingegangen

sein. Man will diese Nachricht mit der letzten Erklärung Oesterreichs bei der Centralgewalt in Zusammenhang bringen und daraus den Schluß ziehen, daß Oesterreich Alles anwende, um die Erinnerung an die von Kremsier betreffs des Anschlusses an Deutschland ausgegangene Erklärung zu verwischen. Man erwartet in der nächsten Woche das Endurtheil in Bezug auf den berüchtigten Ueberfall hiesiger Reiter im Wirthshause zum Schiff. Es ist nun fast ein Jahr vorübergegangen zwischen jener schmählichen That und dem Endurtheile, das von dem Oberkriegsgerichte gefällt werden soll, und die schwer verletzte Bürgerschaft sieht einer dem Verbrechen angemessenen Strafe der Betheiligten mit Spannung entgegen.

Dresden, 4. Jan. Von verschiedenen Seiten, in der Presse und von Vereinen, ist in den jüngsten Tagen darauf hingewiesen worden, daß von den Berichten des sächsischen Gesandten in Wien über sein Verhalten nach der Verhaftung unsers Landsmannes Robert Blum noch nichts zur Oeffentlichkeit gebracht sei, und die Veröffentlichung dieser Berichte lebhaft gefordert worden. Wir können versichern, daß die Regierung dem Verlangen nach Veröffentlichung des Rechenschaftsberichts des Gesandten sich nicht entziehen, sondern jedenfalls entsprechen wird, sie hält es indeß für das Geeignetste, diese Veröffentlichung durch die Mittheilung an die Kammern zu bewirken, weil diese auf Einforderung eines solchen angetragen haben. Im Uebrigen können wir nicht umhin, gleichzeitig die Befürchtung auszusprechen, daß die Bemühungen der Regierung, die Proceßacten in der Blum'schen Sache von der österreichischen Regierung zu erlangen, wahrscheinlich erfolglos bleiben werden. (Sächs. Vaterlandsbl.)

♀ **Leipzig**, 9. Jan. Die Landtagswahlen sind bis auf einige wenige Bezirke, in denen Doppelwahlen vorkamen, bekannt. Das Land sendet aus 75 Wahlbezirken 75 Abgeordnete in die zweite und 50 Abgeordnete in die erste Kammer. Für die letztere wählten je drei Bezirke zwei Abgeordnete. Die Vaterlandsvereine haben von ihren Anhängern und Empfohlenen 40 in der ersten und über 50 in der zweiten Kammer sitzen; die deutschen Vereine haben 6 in der ersten und 15 in der zweiten Kammer. Demnach ist eingetroffen, was ich in einem frühern Briefe voraussagte, kaum ein Dutzend unter den 125 Abgeordneten ist ohne Empfehlungsbrief unserer politischen Vereine aus der Wahlurne hervorgegangen. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Joseph hat beschlossen, das Haupt der Opposition zu sein, und hat zu Dresden im Hôtel de Russie auf heute die erste Klubsitzung angesagt. Gegen wen sie opponiren wollen, wissen sie wahrscheinlich noch nicht; denn sie haben ja auch beschlossen „das Ministerium zu stützen". Genug, sie opponiren, um dem innern Drange des Herzens zu folgen. Es wäre verlorene Mühe, irgend eine Hypothese über die wirkliche Parteienstellung des Landtags zu wagen; jähe Laune eines Häuptlings würde die schönste Kombination zu Schanden machen.

* **Hannover**, 8. Jan. Wie nöthig die Entfernung des Adels aus der Landesvertretung war, zeigen die veröffentlichten Listen der höchstbesteuerten Grundbesitzer, die ein Wahlrecht für die erste Kammer haben. Kaum der sechste Theil gehört dem Adel und diesem Häuflein gehörte das Schicksal des Landes!

Hannover, 8. Jan. Auch die hannov. Ztg. bestätigt nun, daß der General-Direktor der indirekten Steuern, Dr. Klenze, vor einigen Tagen nach Frankfurt a. M. abgereist ist, um auf Ersuchen des Reichshandels-Ministers Duckwitz an den Conferenzen Theil zu nehmen, welche vom Reichshandels-Ministerio unter Zuziehung besonders sachkundiger Männer, sowohl über die Regelung der künftigen Verhältnisse der deutschen Flüsse, als über die Organisation des einheitlichen Zollwesens stattfinden sollen. Der General-Direktor Abrecht und Ober-Finanzrath Witte befinden sich schon zu gleichem Zwecke seit Längerem in Frankfurt.

Holzminden, 6. Jan. Der Finanzdirektor von Thielau aus Braunschweig ist zum Nationalvertreter in Frankfurt an die Stelle des Kaufmanns Stolle von Holzminden erwählt.

⁑ **Freiburg**, 10. Jan. Nachdem die Voruntersuchung gegen Struve und Blind geschlossen worden, hatte die Anklagekammer des hiesigen Gerichtshofes zu entscheiden, ob die Angeklagten wegen der ihnen zur Last gelegten Verbrechen des Hochverrathes, des Straßenraubes und der Erpressung, vor die Geschwornen zu stellen seien? welchen ausnahmsweise und bevor das Institut derselben allgemein eingeführt ist, nach Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Mai 1848 die Aburtheilung der Urheber und Gehilfen aller seit dem März 1848 verübten hochverrätherischen Handlungen zusteht. Die Anklagekammer hat darauf auch unterm 2. d. M. erkannt, daß die beiden Angeklagten vor die Geschworenen zu stellen seien. Gegen dieses Erkenntniß steht denselben das Rechtsmittel der Beschwerdeführung mit aufschiebender Wirkung zu, wofern die Angeklagten behaupten, daß die ihnen zur Last gelegte That durch kein Gesetz mit Strafe bedroht sei, oder daß das Gericht, vor welches sie gewiesen worden, keine Zuständigkeit dafür besitze. Weder der eine noch der andere Fall liegt hier vor; die Angeklagten Struve und Blind behaupten dies auch nicht; dessenungeachtet aber haben sie von der Freiheit Gebrauch gemacht, die einem Angeklagten zusteht, und das Rechtsmittel der Beschwerdeführung gegen das Erkenntniß der Anklagekammer ergriffen. Zeit gewonnen, Alles gewonnen — unterdessen werden die Grundrechte des deutschen Volkes eingeführt, welche bekanntlich die Todesstrafe für politische Verbrechen aufheben.

** **Rostock**, 7. Jan. Der Magistrat und die repräsentirende Bürgerschaft der Stadt Rostock, haben eine Petition an die Nationalversammlung, wegen Uebertragung der erblichen Centralgewalt an die Krone Preußen, überreichen lassen. Ein Gleiches wird Seitens der mecklenburgischen Ständeversammlung geschehen.

Schwerin. In der Landesversammlung ist am 6. d. M. beschlossen worden, an die Nationalversammlung in Frankfurt die Erklärung ergehen zu lassen: „Die mecklenburgischen Kammern anerkennen die politische Nothwendigkeit, daß die neu zu begründende deutsche Centralgewalt erblich an die Krone Preußen übertragen werde." (B. H.)

Altona, 8. Jan. Von Seiten des preußischen Oberpostamts in Hamburg ist an die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung" die Anzeige gelangt, daß berliner Bestellungen auf dieselbe nicht ferner ausgeführt werden können, da die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" dort nicht mehr eingeführt werden dürfe. Diese Maßregel kann Niemand überraschen, der die Schritte der zeitweiligen preußischen Gewalthaber mit Aufmerksamkeit verfolgt hat. Nur Deutschland beklagen wir, welches dazu verdammt ist, in einem Augenblick, wo Alles auf dem Spiel steht, an der Spitze seines ersten Staates ein Regiment zu haben, welches statt durch eine kühne und hochherzige Politik der Freiheit Preußen und Deutschland zu retten, zu den Maßnahmen des alten Polizeistaates seine Zuflucht nimmt. Zum Schluß aber sei der betreffende §. 24 der preußischen octroyirten Verfassung citirt, welcher fast gleichlautend ist mit §. 13 der deutschen Grundrechte: „Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur noch durch Concessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staatsauflagen noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote und ungleichmäßigen Postsatz oder durch andere Hemmungen des fremden Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden." (S. H. Z.)

** Aus Schleswig-Holstein, 8. Jan. Von Kiel aus ging eine Petition an das Kriegsdepartement nach Schleswig, mit der Bitte um stärkere Befestigung des Hafens. Ihren Ingrimm über den verhältnißmäßig glänzenden Stand der schleswig-holsteinischen Finanzen nach den der Landesversammlung vorgelegten Abrechnungen versucht die Berling'sche Ztg., unter das im Büdget in Aussicht gestellte Defizit von 5 Millionen Mark-Courant, das bekanntlich durch den Kassebehalt von 1848 und durch die noch zu remittirenden Kassenscheine mehr als gedeckt ist, zu verbergen, und diesen Kassebehalt selber weiß Flyvenposten sich nicht anders zu erklären, als im Hinblick auf die von den Aufrührern in Rendsburg, in Altona und an andern Orten „gestohlenen" Summen. Die Wahrheit ist sehr einfach. Dänemark ist ein armes Land, das den Sundzoll auf sein Steckenpferd, die Flotte, verwandte, und im Uebrigen vom Fette der Herzogthümer zehrte. Jetzt sind die Dänen auf ihre eignen Hilfsmittel angewiesen. Schleswig-Holstein ist aber ein Land, wo Milch und Honig innen fließt, welches ein Kriegsjahr wohl überstehen kann, ohne zu verarmen.

⊙ **Lübeck**, 8. Jan. Es wird noch erinnerlich sein, daß es nach jahrelangen erfolglosen Bemühungen endlich vor einem Jahre unserer Regierung gelang, in Kopenhagen die Einwilligung zur Anlage einer Eisenbahn von hier nach Büchen auszuwirken, die uns einen Anschluß an die Hamburg-Berliner Bahn gewähren sollte. Das Nivellement war vollendet und eben sollte die nähere Bestimmung der Bahnlinie bei den betreffenden Regierungen nach-

gesucht werden, als der dänische Krieg ausbrach und dadurch jene Angelegenheit, die für Lübeck in der That eine Lebensfrage ist, in's Stocken gerieth. In diesen Tagen hat sich nun das aus Lauenburgern und Lübeckern gleichtheilig zusammengesetzte Generalkomite an die Lauenburgische wie an die hiesige Regierung gewandt und die Genehmigung der Linie, wie eine angemessene Betheiligung bei der Bahn nachgesucht. Nicht minder erfreulich, als die somit gewonnene Aussicht, dem Anschlusse an das deutsche Eisenbahnnetz näher zu rücken, ist die Thätigkeit, welche jetzt hier für die Austiefung und Verbesserung unserer Trave entfaltet wird. Im Senate wird gegenwärtig ein umfänglicher Plan berathen, dessen Durchführung dem Fahrwasser überall die gehörige Tiefe und Breite zu sichern und durch einen Durchstich die Schifffahrt wesentlich zu erleichtern verheißt. Die Kosten sind auf 600,000 Thaler pr. Cour. veranschlagt.

Großbritannien.

* **London**, 6. Jan. Der gestern veröffentlichte amtliche Bericht über das Staatseinkommen im vergangenen Finanzjahr (5. Januar 1848 bis 5. Januar 1849), wird als sehr günstig angesehen, da er eine Zunahme von 533,957 Pfd. für das ganze Finanzjahr nachweist. Diese Zunahme trifft namentlich die Zölle und die Accisegefälle. Der Ueberschuß des letzten Quartaleinkommens beläuft sich auf 560,513 Pf. „Dieser Bericht", sagt die Times, „stellt jene stätige Verbesserung heraus, welche das natürlichste und deshalb auch gesundeste Symptom ist, das man wünschen kann." Für die von Cobden vorgeschlagenen Ersparnisse und Steuerreduktionen kommt dieser Bericht nicht grade gelegen. Daily News bemerkt daher vorbeugend: „Dieser günstige Bericht kann keinesfalls als Vorwand gelten, um in dem begonnenen Kampfe nachzulassen, nämlich in dem Kampfe, in den öffentlichen Ausgaben Ersparnisse zu erzwingen, weil dies das einzige Mittel ist, Erleichterungen in den Steuerlasten zu bewirken."

Von dem Halbdutzend in kurzer Frist durch Zufall erledigter Parlamentssitze ist endlich der eine, der für Liskeard, welchen früher der rühmlich bekannte und vor kurzem verstorbene Ch. Buller, ebenfalls ein Radikalreformer, vertrat, einem entschiedenen Liberalen, Hrn. Crowder zugefallen. Dem „Plymouth Journal" zufolge hätten die Tories große Anstrengungen gemacht, einen Kandidaten von ihrer Farbe ins Feld zu stellen, wären aber gescheitert und hätten so Hrn. Crowder das Feld allein überlassen müssen. In seiner Rede an die Wähler bekannte sich Hr. Crowder zu dem Grundsatze der Ausdehnung des Wahlrechts nach Maßgabe der fortschreitenden Volkserziehung, beleuchtete in seinem als sehr beredt geschilderten Vortrag die nationalökonomischen Ansichten Cobdens und M'Gregors auf sehr ansprechende allgemein faßliche Weise, und versprach im Parlament für Ersparnisse im Finanzwesen zu stimmen, wobei er sich jedoch seine selbstständige Taktik vorbehielt. Die Versammlung, worunter auch sehr viele Damen, nahmen sein Glaubensbekenntniß mit größtem Beifall auf.

Für die Familie des als Verfasser hochverrätherischer Artikel nach der Bermudainsel verbannten John Mitschell haben seine Landsleute eine Subskription eröffnet, welche auf dem Papiere noch nicht ganz 2000 Pf. ergeben hat, wovon jedoch in Wirklichkeit nur 900 Pf. eingekommen und der Madame Mitschell durch den Kassierer, Hrn. Richard O'Gorman, überschickt worden sind. Der Dubliner Korrespondent der Times meint, diese Summe sei gerade kein Beweis großer Freigebigkeit, wenn man erwäge, daß Hr. Mitschell (der in der That unter den Führern der irischen Konföderation einer der begabtesten und aufrichtigsten Patrioten gewesen zu sein scheint), dem Plane für Befreiung Irlands so viele persönliche Opfer gebracht habe. — Der Prozeß gegen Hrn. Duffy schleppt sich noch immer langweilig hin. Die englischen Blätter nehmen hiervon Veranlassung, dem irischen Richterstand Mangel an tüchtiger Geschäftskenntniß und praktischer Geschicklichkeit vorzuwerfen. — Aus der Provinz Ulster hört man von neuen Brandstiftungen. Die Polizei durchzieht, um die Verbrecher zu entdecken, bei nächtlicher Weile die am meisten bedrohten Bezirke, während die Farmer sich bereit halten, ihr Eigenthum mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen.

Frankreich.

* **Paris**, 8. Jan. Germain Sarrut veröffentlicht heute den gestern von ihm in Bezug genommenen Brief des Prokurators Pinard selbst, worin dieser einem Hrn. Crouy-Chanel erklärt, daß von den bei demselben im Sept. 1839 in Folge einer Bonapartistischen Verschwörung in Beschlag genommenen Papiere, sowie von den darauf bezüglichen Aktenstücken nirgends eine Spur zu finden sei. Dabei fragt die Liberté sehr listig, wer denn dem Generalsekretär Herrmann, der nach Maleville's Angabe am 10. Dezember die Aktenstücke des Prozesses von Boulogne versiegelt hat, den Befehl dazu gegeben habe? ob Dufaure, der nichts von der Sache wissen wolle, oder Maleville, der doch damals noch gar nicht officiell Minister war? Zugleich erklärt sie, daß die Sache noch nicht zu Ende sei und daß man an dem nahe bevorstehenden Kampftage die wahren Freunde Louis Napoleons erkennen und finden werde, daß der Präsident etwas anders, als der Platzhüter Heinrichs V. oder des Grafen von Paris sei. Das Ministerium habe durch seine ohnmächtigen Versuche zur Vertheidigung Maleville's in der Sitzung vom Samstag die Person des Präsidenten bloßgestellt und daher die Fortdauer des Ministeriums unmöglich oder wenigstens gefährlich gemacht; das Vertrauen des Präsidenten in sein Ministerium sei sehr geschwächt und die Ministerkrisis werde in wenigen Tagen zu ihrer vollen Entwicklung gelangt sein. Wir machen hiebei darauf aufmerksam, daß die Liberté direkte Verbindungen mit der Familie Bonaparte hat.

Demgemäß fanden sich auch am gestrigen Tage, obgleich Sonntag, die Volksvertreter sehr zahlreich im Konferenzsaale ein, um über den bevorstehenden Ministerwechsel sich zu unterrichten. Thiers, Bugeaud, Molé, hieß es, würden in das Ministerium treten und durch alle legalen Mittel den Umsturz der Nationalversammlung herbeizuführen suchen. Andrerseits habe sich Marrast zum Eintritt in ein Ministerium Dufaure, Vivien, Billault verstanden, und versprochen, auf gütlichem Wege zur Auflösung derselben zu gelangen. Der leitende Artikel des National von heute lautet übrigens sehr melancholisch und scheint auf vereitelte Hoffnungen seiner Partei hinzudeuten. Das Blatt Proudhon's, le Peuple, wünscht eifrig, daß das Ministerium Barrot noch einige Zeit fortbestehen möge, weil es hofft, daß dann die Volksthümlichkeit Louis Bonapartes abgenutzt sein werde, wie die Cavaignac's, und daß, wie man heute gegen das Fortbestehen der Nationalversammlung petitionire, man von allen Seiten Bittschriften einschicken werde, um den Präsidenten zu veranlassen, seine Entlassung zu geben. Bei dem veränderlichen Sinne des Volkes könnten diese Worte wohl prophetisch sein.

Der Moniteur füllt heute drei lange Spalten mit Ernennungen im Justizfache. Man sieht, Herr Odilon Barrot benutzt die letzten Augenblicke seines Ministeriums, um seine Freunde unterzubringen. Bemerkenswerth ist, daß diese Ernennungen die vollständige Namensunterschrift des Präsidenten der Republik tragen und daß der Moniteur an derem Schlusse erklärt, die Nummer des 6. Jan. trage irrthümlich nur die Unterschrift „Louis Napoleon"; sie sei durch „Louis Napoleon Bonaparte" zu ergänzen. Die Berichtigung dieses dynastischen Druckfehlers klingt sehr ergötzlich.

Der Institutklub, unter Paquerre, Garnier Pagès, Barthelmy St. Hilaire, Lamartine 2c. im vorigen Herbste berüchtigt langweilig, hat das Irdische gesegnet. Auf seinem Grabe (dicht in der Nähe des Instituts) bilden sich aber zwei neue Klubs, von denen der Eine in dem byzantinischen Gebäude des Staatsrathes (Quai d'Orsay) und der Andere in den kostbaren Sälen der Akademie der schönen Künste „Konciliation" predigt. Die schönen Künste wollen aber etwas mehr thun. Sie wollen sich hartnäckig zeigen und die Nationalversammlung nicht früher auseinander gehen lassen, als bis sie die organischen Gesetze votirt hat.

Im 10. Stadtbezirk, dem Hauptsitze des Legitimismus, fand gestern die Wahl zu der erledigten Obristenstelle der 10. Legion der Nationalgarde statt. Auf 10,000 Nationalgardisten stimmten nur etwa 4000, wobei der bekannte legitimistische General Lauriston 1852, Herr Raimond, sein republikanischer Konkurrent, 1181 Stimmen erhielt; die übrigen fielen größtentheils auf mehr oder minder entschiedene Legitimisten.

Die Gemeinde Salenstein, im Thurgau, hat ihrem ehemaligen Mitbürger, dem Prinzen Louis Napoleon Bonaparte, zu seiner Erwählung als Präsident der französischen Republik, ein Gratulationsschreiben nach Paris gesandt. Er war seiner Zeit Schulvorsteher und, wenn wir nicht irren, auch Gemeinderath in Salenstein.

Spanien.

* **Madrid**, 2. Jan. In der Deputirtenkammer wurden dem Ministerium bei der Adreßberathung Fragen über den Zustand von Catalonien vorgelegt, allein der Minister des Innern erklärte, er werde erst antworten, wenn die Adresse angenommen worden sei. — Versteht sich, daß die Kammer damit einverstanden war! Die Insurgentenbanden in der Provinz Burgos haben sich bedeutend vermehrt und der General-Capitän hat ein Bando erlassen, worin er alle Alkalden, welche ihm nicht sofortige Anzeige von der Gegenwart der Insurgenten in ihren Bezirken machen würden, mit Erschießen bedroht. Andrerseits bedrohen die Chefs der Montemolinisten jeden mit dem Tode, der eine solche Anzeige machen würde. Die Lage der Alkalden ist darnach nicht ohne Gefahr! — Die Bande des Estudiante hat in der Provinz Burgos eine Niederlage erlitten. Vier montemolinistische Gefangene waren nach Burgos gesandt worden, einer starb bei seiner Ankunft an seinen Wunden; die drei andern sollten erschossen werden. — Cabrera besetzte am 21. Dec. die Stadt Ripoll, wurde aber bald wieder daraus vertrieben.

Italien.

* Aus der Lombardei. In Brescia sollen viele Verhaftungen vorgenommen worden sein. Einigen gelang es durch die Flucht zu entkommen. Die jungen Leute sind in Furcht vor der Einsteckung ins Militär. — Die Sperre wird nach allen Seiten ausgedehnt. Auch gegen das Römische ist sie mit dem 1. Januar eingetreten. Dabei befolgen die Oesterreicher Zeitungen die Politik, sich das Ansehen zu geben, als ob die italienischen Staaten gegen Oesterreich absperrten.

Ungarn.

Oedenburg, 2. Jan. Den Aussagen einiger Offiziere zufolge, welche bei Raab übergegangen und gestern hier durch nach Wien geeilt sind, befindet sich die ungarische Armee in einem Zustand gränzenloser Demoralisation. Alle Bande der ohnedies lokkern Disciplin seien ihrer Auflösung nahe; die Rathlosigkeit und militärische Untüchtigkeit der Anführer übersteige alle Begriffe; Hunderte von Offizieren warteten nur auf die Gelegenheit überzugehen; man traue ihnen auch so wenig, daß sie von ihren eigenen Untergebenen scharf beobachtet würden, und daß letztere den Befehl hätten, sie bei der geringsten verdächtigen Bewegung niederzuschießen. Was ist von einer Armee, die sich in solchem Zustande befindet, noch viel zu erwarten? Ein Reisender der gestern von Pesth hier ankam, erzählt, die Einwohnerschaft der beiden Schwesterstädte könne die Ankunft der österreichischen Armee kaum erwarten, von einem Entschlusse sich zu vertheidigen sei keine Rede (er sprach natürlich nur von der Mehrheit); indessen übe der Landesvertheidigungsausschuß einen ärgeren Terrorismus als je aus, und wende alle Mittel an, den Muth der Truppen und den Glauben der Bevölkerung an ein siegreiches Ende ihres Kampfes aufrechtzuerhalten. Was die Stimmung der Einwohnerschaft hier betrifft, so ist die Umwandlung so groß, daß man kaum seinen Augen und Ohren traut. Leute die noch vor kurzem von Kossuth wie von einem Halbgott sprachen, wünschen ihn jetzt zu allen Teufeln. An seine Prophezeihungen, Ungarn werde glorreich aus dem Kampfe hervorgehen, glaubt kein Mensch mehr. Ich meinerseits kann die Meinung derer nicht theilen, die in dem Benehmen des gewaltigen Diktators keinen andern Hebel sehen wollen, als persönlichen Ehrgeiz und Eigennutz. Es scheint mir unmöglich, daß ein Mensch einen solchen Zauber auf die Gemüther ausüben könne, wie er ihn ausgeübt hat und ihn zum Theil noch ausübt, wenn sein Thun und Reden nicht einem festern sittlichen Boden entspränge. (Allg. Z.)

Amerika.

* Vereinigte Staaten. Vorläufig haben wir bereits erwähnt, daß der Kongreß zu Washington sich gleich anfangs mit einigen wichtigen Vorlagen, welche Lebenspunkte der Vereinigten Staaten betreffen, zu beschäftigen hat. Namentlich droht die Frage wegen Gestattung oder Nichtgestattung der Sklaverei in den neuerworbenen Gebieten, eine böse Klippe zu werden, da, wenn die Sklaverei dort nicht gestattet wird, der Friede zwischen den Nord- und Südstaaten möglicherweise einen argen Stoß erhalten könnte, im gegentheiligen Falle aber das politische Uebergewicht leicht den südlichen und den sklavenhaltenden Staaten überhaupt zufallen dürfte. Eine Protestation der Generalversammlung von Südkarolina (nicht Florida, wie es neulich irrthümlich hieß) lautet sehr entschieden: „Beschlossen, daß wir (die Generalversammlung von Südkarolina) dem Kongreß feierlich die Macht absprechen, in direkter oder indirekter Weise sich darum zu bekümmern, ob die Sklaverei im Kolumbiabezirk besteht oder nicht, oder zu verhindern, daß sie in irgend einem durch Vertrag oder durch gemeinschaftliche Waffenleistung erworbenen Gebiet eingeführt werde; ferner beschlossen, daß diese Generalversammlung die Beschlüsse des gesetzgebenden Körpers von Virginia im Jahr 1847 (worin ungefähr die gleiche Protestation wie in den gegenwärtigen Beschlüssen der Kammern von Südkarolina enthalten war) als ihre eigenen billige und zu den ihrigen mache; endlich beschlossen, daß der Gouverneur dieses Staats hierdurch ersucht wird, eine Abschrift dieser Beschlüsse den verschiedenen ausübenden Gewalten der sklavenhaltenden Staaten zukommen zu lassen, damit sie den betreffenden gesetzgebenden Versammlungen vorgelegt werden; und daß sie aufgefordert werden sollen, zu solchen Maßregeln mitzuwirken, welche zum Schutze der Rechte, des Eigenthums und der Ehre der südlichen Staaten nöthig sein möchten." Der Ausschuß der zweiten Kammer von Südkarolina hatte noch hierzu bemerkt, daß wenn man sich in seinen billigen Erwartungen getäuscht sehen sollte, „ganz Südkarolina wie Ein Mann dastehen würde, gerüstet, wie immer, zu gemeinschaftlichen Vertheidigung der Rechte und der Ehre des Südens." Bis zum Aergerlichen lebhafte Scenen veranlaßte eine Petition von einer Anzahl Bewohner Neumeriko's, worin sie um Nichtgestattung der Sklaverei innerhalb dieses Gebiets bitten. Herr Calhoun ging so weit, diese Denkschrift als eine freche, den Interessen des bestehenden Bundesstaats vorgreifende Anmaßung zu bezeichnen, um so mehr, da sie aus einem eben erst eroberten und annexirten Lande komme. Der Gegenstand wurde dem betreffenden Ausschuß überwiesen. Ferner verlangte ein Mitglied Auskunft über den angeblich beabsichtigten Ankauf von Kuba und über die deshalb gepflogenen Verhandlungen mit dem Hofe von Madrid. Diese Auskunft wurde abgelehnt, „weil dadurch die öffentlichen Interessen Schaden leiden möchten"; um so mehr Vertrauen schenkt man einem Artikel im New-Yorker Herald, worin versichert wird, daß man allerdings den Kauf von Kuba erwogen und noch mehr als bloß erwogen habe. Von andern Seiten will man jedoch nicht recht glauben, daß die Sache schon bis zu Verhandlungen gediehen sei. Der Kongreß hat ferner beschlossen, „der Präsident möge ersucht werden, das Haus davon in Kenntniß zu setzen, ob ihm in Betreff der Verhaftnahme amerikanischer Bürger durch britische Behörden in Irland irgend Kunde zugekommen und wenn so der Fall sei, welches die Ursachen davon gewesen und welche Schritte zur Befreiung der Verhafteten ergriffen worden, auch, wenn dies mit dem Staatsinteresse verträglich erscheine, dem Hause die Abschriften der betreffenden Aktenstücke vorzulegen." Ein andrer wichtiger im Kongreß zur Berathung gekommener Gegenstand betrifft die Erbauung einer Eisenbahn von Chagres nach Panama, quer über den Isthmus. Das Handlungshaus Howland und Aspinwall in New-York hat, (wie es scheint im Einverständniß mit der Regierung von Neugranada) um ein 20jähriges Monopol zur Beförderung der Regierungsposten und der Güter auf einer von diesem Handlungshause zu unternehmenden Isthmus-Eisenbahn nachgesucht. Mit dieser Eisenbahn konkurrirt jedoch noch eine zweite Eisenbahnkompagnie, an deren Spitze kein anderer steht, als General Scott, der Erstürmer der Hauptstadt von Meriko. Außer dieser Eisenbahn wird auch der Plan zur Errichtung eines Tehuantepeckanals in den Zeitungen viel besprochen.

Noch immer sind die die nordamerikanischen Zeitungsblätter mit Berichten über das kalifornische Goldland angefüllt. Wenn auch auf der einen Seite der vom englischen „Standard" ausgesprochenen Hoffnung, „daß in Folge dieses neuentdeckten Eldorado vielleicht die jüdisch-christliche Papiermacht, die bisher die Schicksale der Völker mit Kurszetteln tyrannisirte, ein Ende nehmen werde", seinen Beifall nicht versagen kann, so ist doch ein garstiges Laster die „auri sacra fames", die leidige Goldgier, die Sucht, sich möglichst rasch und mühelos zu bereichern, nie in so häßlichen Zügen hervorgetreten als diesmal bei Bruder Jonathan, und wenn es wahr ist, daß, wie Oberst Masson versichert, diese Goldlager noch für Generationen Hunderttausen-

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 11. Januar. (Schluß.)

Jordan von Berlin: Deutschland ist ein blühender fruchttragender Baum, am Rheine wurzelnd und aufstrebend mit doppelter Krone auf doppeltem Stamme. Ein jeder dieser Wipfel ist stark genug, sich selbst anzugehören. Dennoch muthet man dem einen zu, sich an das Verfassungsspalier des andern binden zu lassen. Der Redner verbreitet sich dann ausführlich über die geschichtlichen Verhältnisse Oesterreichs, über seine Lage und natürliche Bestimmung. Die Unruhe der Versammlung wächst jedoch so sehr von der linken Seite des Hauses her, daß Hr. Jordan dem Präsidenten selber kaum noch verständlich bleibt. Nur unter wiederholten Unterbrechungen und Pausen sind wir im Stande an einzelnen zusammenhängenden Sätzen mit unserem Gehöre anzuknüpfen. Der Redner zeigt, daß es Oesterreich nicht einmal Ernst sei, auch nur mit der Erfüllung der zugesagten Bundespflichten. Aber nicht diese Unterlassung wolle er Oesterreich vorwerfen — nur ein Idealist könne von ihm eine Unterordnung unter Deutschland erwarten — sondern nur den Mangel an Muth zu einer aufrichtigen Erklärung. Auch der Schluß des Vortrags erstickt unter dem Geräusche der Versammlung, die durch kein Mittel zur Aufmerksamkeit oder auch nur zu einem ruhigen Verhalten zurückzuführen ist. Plötzlich stellt sich ein tiefes Schweigen im Hause ein. Der jetzige Bevollmächtigte Oesterreichs bei der Centralgewalt besteigt die Tribüne, Herr

v. Schmerling: Der deutsche Mann, der an der Spitze des Ministeriums steht und den ich mit Stolz meinen Freund nenne, hat ein wahres Wort gesprochen, als er sagte, es sei ein anderes Selbstgefühl, womit der Angehörige eines großen Staats als der eines kleinen auf seine Sondergeschichte blicke. Ich kenne diesen Stolz, denn ich bin ein Oesterreicher. Die Auszeichnungen aber, die mir in Wien zu Theil geworden, galten meiner Wirksamkeit als Reichsminister, meinen Bemühungen für die deutsche Sache, indem ich die Ordnung wieder herstellte in Baden, in Thüringen und hier in Frankfurt selbst diese Versammlung vor einem Ueberfall von Meuchelmördern schützte. (Hoho! von der Linken. Unterbrechung, in Folge deren Hr. Eisenmann zur Ordnung gerufen wird.) Ich wiederhole, daß ich stolz darauf bin, ein Oesterreicher zu sein. Machen Sie, daß Sie ein einiges Deutschland herstellen und dann erst werden Sie eine Geschichte haben. Bis jetzt hat Deutschland keine Geschichte. — (Neue Unterbrechung. Das ist frech!) Sie haben eine preußische, baierische, eine württembergische Geschichte — keine deutsche. Die Zeit wo Deutschland ein Einheitsstaat war, liegt in zu weiter Ferne. (Stimme von der Linken: Die Geschichte der deutschen Einheit hörte auf, als die der Habsburgischen Kaiser begann.) Man hat die Frage verneint, daß Oesterreich und Deutschland in engster Vereinigung zusammengehen könnten. Man hat alle alten Sünden aufgezählt, die Oesterreich an der deutschen Sache begangen haben soll. Ich will die Vergangenheit nicht in Schutz nehmen. Aber nicht Oesterreich allein trifft der Vorwurf, seine dynastischen Interessen über das allgemeine Wohl gestellt zu habrn. Er trifft alle größeren Staaten Deutschlands. Der Redner sucht diese Behauptung durch einen geschichtlichen Ueberblick zu belegen, wobei er nur vergißt, daß unter allen deutschen Staaten keiner eine so unmittelbare Pflicht zur Erhaltung drs Reiches hatte, als der Staat, bei dem die Kaiserkrone gewesen, als der jedesmalige „beständige Mehrer des Reichs." Ich habe der Vergangenheit nur gedacht, um, wenn man meinem engeren Vaterlande ausschließlich die Schuld unerträglicher Zustände zuschreibt, Verwahrung einzulegen. Ich habe die bei weitem wichtigere Aufgabe, die gegenwärtige Stellung Oesterreichs zu Deutschland offen und unumwunden darzulegen. Man tritt vor Allem der österreichischen Regierung um deßhalb entgegen, weil sie das Prinzip der Vereinbarung oder der Verständigung geltend macht, man findet darin einen Anspruch wider das Lebensprinzip dieser Versammlung. Aber vier Wochen, bevor die Reichsversammlung zusammentrat, hat sich die österreichische Regierung allein in ganz Deutschland über die Stellung zu der Nationalversammlung offen erklärt. Am 17. April hat das österreichische Ministerium offen ausgesprochen, daß es den Beschlüssen der N.-V. nur dann Geltung für Oesterreich zugestehen könne, wenn im Wege der Verständigung eine nachträgliche Zustimmung Seitens der österreichischen Regierung geschähe. Auf diese Erklärung hin wurden die Wahlen in Oesterreich ausgeschrieben. Auf diese Erklärung hin traten die Abgeordneten Oesterreichs in dieses Haus. Man hat kein Bedenken getragen, sie an den Berathungen Theil nehmen zu lassen. Sie haben, meine Herren, in der Folge den Beschluß gefaßt, daß Sie allein die Verfassung festzustellen hätten. Demungeachtet ist die österreichische Regierung von ihrer ursprünglichen Erklärung nicht abgegangen, sie ist ihr treu geblieben, wie es auch in der Note vom 28. Dez. gesagt ist, daß sie sich die Verständigung über das Verfassungswerk vorbehalte. Ich erkenne aber darin weder einen Angriff, noch wie man es so häufig geltend machen will, einen Vorgang, der ähnliche Erklärungen anderer Regierungen hervorzurufen geeignet wäre, denn die Maßregel beruht auf dem Gebote der Nothwendigkeit, wenn Sie die eigenthümliche Stellung Oesterreichs zu Deutschland ins Auge fassen. Sie können unmöglich leugnen, daß jede Aenderung in der Verfassung der deutsch-österreichischen Gebietstheile wesentlich in die nicht deutschen Gebiete eingreift, die durch Staatsverträge zu einem Ganzen verbunden sind. Man beschuldigt aber die österreichische Regierung namentlich, indem man ihre Politik als eine zweideutige, als eine hinterlistige bezeichnet und man will diesen Vorwurf damit begründen, daß die neue Depesche des österreichischen Ministeriums in Widerspruche stehe mit dem Programm, was dem Reichstage zu Kremsier vorgelegt wurde und dessen Zustimmung erhielt. Ich kann es hier mit Offenheit aussprechen, daß zu jener Zeit, als das Programm in Kremsier kund gemacht wurde, die öffentliche Meinung in Oesterreich verletzend berührt worden war durch die Frankfurter Beschlüsse. Sie setzte einen Geist der Feindseligkeit voraus, der sie bei der Annahme der §§. 2 und 3 der Verfassung geleitet hätte. Meiner persönlichen Dazwischenkunft ist es gelungen, das österreichische Ministerium über seinen Irrthum aufzuklären, es auf einen richtigeren Standpunkt zu führen. Auf Grund genauerer Kenntnißnahme von den Thatsachen sind die ministeriellen Modifikationen erfolgt. Aber die österreichische Regierung spricht sich auf das Entschiedenste dahin aus, daß sie fern sei, die künftige Gestaltung Deutschlands zu beirren und ich bin von dem Prinzip so durchdrungen, daß ich mein Amt sofort niederlegen würde, wenn mir die Zumuthung würde, hindernd in die Gestaltung Deutschlands einzugreifen. Dabei bekenne ich, es wäre für Deutschland eine bei weitem leichtere Aufgabe, diese Gestaltung zu gewinnen, wenn Oesterreich nicht ein Bestandtheil davon wäre. Ich erkenne vollkommen an, daß die deutsche Verfassung vielleicht zur Stunde schon vollendet sein könnte, ja schon ins Leben getreten wäre; aber an Ihnen ists, die Macht der Verhältnisse und der Thatsachen anzuerkennen und Sie dürfen nicht das Gebäude der Verfassung so entwerfen, daß nothwendig der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland hervorgehen muß. Sie haben vielmehr die Verpflichtung, auf die eigenthümliche Stellung des Ersteren Rücksicht zu nehmen. Der Weg der Verständigung wird ohne Zweifel zum Ziele führen. Zur befriedigenden Lösung der großen Aufgabe beizutragen, dazu bin ich und im Geiste der Politik das österreichische Kabinet bereit. Es gehen meine Aufträge dahin, die Mißverständnisse, die sich zwischen Oesterreich und Deutschland eingedrängt haben, zu beseitigen. Sie gehen dahin, den Weg anzubahnen, daß beide Staaten in jene Beziehung zu einander treten, die zum Wohle Oesterreichs und Deutschlands die allein nothwendige und gedeihliche sein kann. In diesem Sinne bin ich zu wirken bereit, in diesem Sinne faßt Oesterreich seine Aufgabe auf. Ich wiederhole es, daß es weit entfernt ist, der Entwicklung Deutschlands entgegen zu treten. Gelingt es mir, in diesem Sinne zu wirken und mir das Vertrauen des hochachtbaren Mannes, der an der Spitze der Regierung steht, zu erhalten, dann, meine Herren, hoffe ich, daß unser vereintes Wirken nicht ohne Erfolg sein wird. — Beifall von mehreren Seiten

des Hauses und nach Schmerlings Rede wird, wie gemeldet, die Sitzung vertagt. Zu erwähnen ist, daß in Folge der gestrigen Wahl in den Legitimations-Ausschuß Herr Viebig aus Posen eintritt.

Vom 12. Januar.

Tagesordnung der 150. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des Berichts über das ministerielle Programm „die österreichische Frage" betr.

Vorsitzender Präsident Eduard Simson.

Für den Abgeordneten Sonnenkalb aus Altenburg tritt dessen Stellvertreter Herr Fritsche in die Nationalversammlung; eingetreten sind ferner die Herren: Schütz aus Mainz für Brunk aus Fürfeld, Röthig aus Weisholz für v. Unwerth aus Glogau, Wekbeker aus Aachen für Werner aus Koblenz, Houben aus Meurs für v. Mylius aus Jülich.

Es wird ein Flottenbeitrag von 100 Thalern in Gold aus Bernburg, nach und nach eingesammelt unter den Landständen jenes Herzogthums, angezeigt. (Bravo.)

In der österreichischen Frage werden fernere Verbesserungsanträge verlesen, einer von Goltz aus Brieg und ein anderer von Damm aus Tauberbischoffsheim. Dann erhält das Wort Herr

Ludwig Simon von Trier. Den Slawen hat das einige und freie Deutschland in seinem edlen Stolze die Eigenthümlichkeiten ihrer Sitte und Sprache gewährleistet. Jetzt kann das zerrissene und zerstückte Vaterland seine eigene Eigenthümlichkeit nicht mehr behaupten und es gibt seine Brüder, seine Söhne, seine Familien, es gibt Frauen und Kinder — der Gnade der Slawen preiß. Als es Ruge hier aussprach, die Radetzky's müßten vertilgt werden, erklärte der gegenwärtige Ministerpräsident einen solchen Wunsch für einen Landesverrath. Heute sind wir aber im Begriffe, den damals gerügten Landesverrath in weit ausgedehnterer thatsächlicherer Weise an ganzen Provinzen zu begehen. (Lärmender Beifall von der Linken.) Der Redner beleuchtet dann in seiner sarkastisch spottenden Weise, wie es mit der Politik des Ministeriums Schmerling beschaffen gewesen, der beständig von der Tribüne verkündete, daß er der Reaktion und dem Partikularismus mit derselben Entschiedenheit entgegentreten werde, wie der Anarchie. „Wie sodann Herr von Schmerling in Wien unter dem Schutze des Fürsten Windisch-Grätz erklären konnte, er habe in Frankfurt niemals vergessen, daß er ein Oesterreicher sei, das begreife ich. Aber ich begreife nicht, wie er es dann wagen konnte, jemals wieder den deutschen Boden zu betreten" (Beifall). Herr Simon geht hierauf auf eine ausführliche Darstellung der Frankfurter Septemberereignisse ein. Damals als noch kein Schuß gefallen, habe Schmerling die Vermittelung der Linken mit den Worten zurückgewiesen: das Gesetz muß aufrecht erhalten werden (Bravo von der Rechten.) Ich komme auf dies Bravo zurück, meine Herren. Die Strenge des Hrn. v. Schmerling aber war nur unnachsichtlich gegen die untern Schichten des Volks, um desto schonender zu verfahren gegen das Volk — nach oben. Die heldenmüthige Vertheidigung Wiens am 31. Okt. war der letzte Protest der deutschen Partei Oesterreichs gegen die Gesammtmonarchie. Während aber dort eine Schaar tapferer Männer, Angesichts des drohenden Todes sang: „Was ist des Deutschen Vaterland" erkannte es eine parlamentarische Versammlung, in welcher der Dichter jenes Liedes sitzt, nicht für dringend an, jenen deutschen Männern zu helfen. Die Hindernisse Preußens, das Kaiserthum Deutschlands zu empfangen, sind sein König, sind die Antipathien Süddeutschlands, welche durch die oktroyirte Verfassung wieder lebhaft hervorgerufen wurden, ist die Note des österreichischen Ministeriums. Bedenken Sie, daß Sachsen, Baiern, Hannover gegen ein preußisches Kaiserthum sind, bedenken Sie, daß sich diese Staaten auf Oesterreich und daß sich Oesterreich auf Rußland stützt und jetzt fragen Sie sich, wie Sie Kleindeutschland zusammenbringen wollen. Aber da wir (von der Linken) weder eine preußische noch eine österreichische Politik wollen, so lassen Sie sich sagen, was unsere Meinung ist. In dem Antrage des Herrn von Lassaulx erkennen wir die Bezeichnung einer bitteren Wahrheit. Wir wollen dennoch auf unsere Rechte nicht verzichten, wir wollen keine Selbstschändung begehen. Zur Tagesordnung über das Ministerial-Programm. Sonst heißt es künftig: Ein Preußen, Ein Oesterreich, aber kein einiges Deutschland mehr!" Unter dem rauschenden Beifalle seiner Partei kehrt Simon auf seinen Platz zurück. Auf der Tribüne ersetzt ihn Herr

Raveaux von Köln. Auf den rothen Fanatismus folgt die bleiche Sentimentalität der Linken. Hr. Raveaux ist gegen eine Maßregel, die er den Ausschluß Oesterreichs nennt, aus rechtlichen Gründen. Die Wünsche, die uns hierher gesendet haben, waren sehr unbestimmter Art. Sie fassen sich jedoch in den Worten zusammen: Einheit! Freiheit! Kein Theil der deutschen Abgeordneten hat das Recht, den andern auszustoßen. (Von der Rechten: Soll das geschehen?) Es wäre die Konsequenz. Der Ministerpräsident sagt: Oesterreich will nicht in den Bundesstaat eintreten. Er meint damit die Regierung. Das Volk von Oesterreich will aber allerdings in den Bundesstaat eintreten, es darf nur seine Meinung nicht äußern; ich behaupte sogar, selbst das österreichische Ministerium will in den Bundesstaat eintreten. Es ist nur nicht frei in dem Lande, wo die slawischen Soldaten herrschen. Für Schleswig haben wir einen Krieg übernommen, um bei Deutschland zu halten, was zu Deutschland gehören will — ich rathe Ihnen Oesterreich gegenüber keinen Bürgerkrieg, ich rathe Ihnen aber nicht los zu lassen was unser ist. Herr Raveaux kommt dann auf den Empfang der Deputation zu sprechen, die nach Oesterreich ging, den Reichsverweser einzuholen. In Linz sei von Tausenden am Ufer kein Mensch gewichen, bis das Dampfboot, auf dem sich die Abgeordneten des deutschen Reichstags befanden, aus den Augen der Zuschauer verschwunden war. Die Abreise eines Fürsten, hätte damals v. Saucken bemerkt, würde die Masse so lange nicht beisammen gehalten haben. Kein Land in Deutschland sei damals deutscher gewesen als Oesterreich. Dennoch wolle es der Ministerpräsident jetzt aus dem Gesichtspunkte eines Sonderverhältnisses behandeln. Dazu sei kein Grund vorhanden. Am 18. März habe sich der König von Preußen mit so familiärer Herzlichkeit gegen die Deputation und über seine Stellung zur Oberhauptsfrage ausgesprochen, daß er (Herr Raveaux, der zu jener Deputation gehörte) durchaus daran zweifeln müsse, daß König Friedrich Wilhelm IV. jemals die Kaiserkrone annehme. Was dann? die Anarchie würde herrschen statt eines Kaisers. Auch für die materiellen Interessen des Volkes bietet nur die Verbindung mit Oesterreich ersprießliche Aussichten dar. Die Konkurrenz der beiden Hauptmächte Deutschlands ist für Deutschland nothwendig, wir dürfen sie nicht nähren. Wir müssen mit Oesterreich Preußen im Schache halten und mit Preußen Oesterreich, ohne von da oder dort einen Kaiser zu entlehnen. Denn ich denke mir die Spitze der deutschen Verfassung nicht in monarchischer, sondern in republikanischer Form. Die Nation soll regieren, kein Fürst. Ich bin aus Köln, wo das Symbol der deutschen Einheit, der Dom steht. Nehmen Sie Eine Säule heraus aus diesem Dome und Sie machen ihn zu einer Ruine.

Reichsminister Herr v. Beckerath: Kein Theil Deutschlands soll deutscher sein als Oesterreich — wo 70 Wahlbezirke für Frankfurt gar nicht gewählt haben! Erinnern Sie sich des Schreibens des Freiherrn v. Andrian, der Erklärung v. Würth's, der Aeußerungen zahlreicher Korporationen des Kaiserstaats über die §§. 2 u. 3. und gegen ihre Frankfurter Vertreter. Endlich hätte doch das Programm des österreichischen Ministeriums vom 27. Nov. den letzten Zweifel beseitigen müssen. Ich sage das nicht, um einen Vorwurf gegen Oesterreich zu erheben, allein es war natürlich, daß das Ministerium daraus die Erkenntniß schöpfte, daß Oesterreich nicht in den engern Bundesstaat einzutreten im Stande sei. Wesentliche Modificationen dieses Programms sind auch durch die nachträglichen Erklärungen nicht gegeben werden. Wir stünden in Deutschland mithin wieder an den Pforten des Staatenbundes, den wir kaum überwunden haben, d. h. eines Staatenbundes, in welchem eine Volksvertretung in wirksamer und selbstständiger Weise eine Unmöglichkeit ist. Das deutsche Volk will eine solche Vertretung und will das Zusammenfassen seiner Macht. Mit ihr werden auch die materiellen Vortheile kommen, hinsichtlich deren man uns auf Oesterreich verweist. Der Reichstag in Kremsier beschäftigt sich mit den Grundrechten und läßt auf die Feststellung der Verfassung noch monatelang warten. Werfen Sie dieser Zögerung gegenüber, in die wir geriethen, einen Blick auf Frankreich, einen Blick auf unsere verwickelten Verhältnisse zu Dänemark.

Das Warten auf Oesterreich ist das Sterben der deutschen Einheit. (Bravo) Ueber den Bericht der Ausschuß-

mehrheit habe ich nur Weniges zu sagen. Er setzt voraus, daß das deutsche Oesterreich in den engern Bundesstaat eintreten werde. Er setzt also voraus, daß der Gesammtstaat Oesterreich zerfalle. Er geht in dieser Voraussetzung so weit, daß er bereits einen besonderen österreichisch-deutschen Staat annimmt. Das sind nicht Thatsachen, sondern Fiktionen. Hat der Bericht, was ich hier nicht untersuchen will, einen ästhetischen Werth, so hat er doch keinen politischen. Ich habe darin vergebens nach einem Vorschlage gesucht, wie das Problem zu lösen sein möchte, daß das deutsche Oesterreich als ein integrirender Theil der Gesammtmonarchie angehöre und dennoch auch in den deutschen Bundesstaat eintrete. Ich warte nun mit Spannung darauf, ob das geehrte Mitglied aus Oesterreich, welches uns so oft durch sein Gefühl und durch seine begeisterten Reden hingerissen hat, auch noch praktische und klare Mittel angeben wird, wodurch wir es möglich machen können, daß wir unsere deutschen Brüder in Oesterreich in unsre engere Form hineinziehen. Wer aber solche Mittel nicht finden kann, der muß um seiner heiligen Pflicht gegen das Vaterland willen, den einzigen Weg nicht verschmähen, der in den Verhältnissen Oesterreichs zu Deutschland sich darbietet. Wir werden, meine Herrn, diesen Weg, wenn Sie uns die Ermächtigung dazu ertheilen, mit dem heißen Wunsche gehen, daß für die Verbrüderung zwischen Deutschland und Oesterreich, für die unauflösliche Verbrüderung eine lebensvolle, der künftigen Ausbildung fähige Form gefunden werde. Wir werden ihn betreten mit der reinsten deutschen Gesinnung, das erkläre ich hier vor Gott und der Nation (Bravo auf der Rechten, Zischen und Hohn auf der Linken), frei von allem Partikularismus, nur das Gesammtwohl, nur das Heil des gesammten Vaterlandes im Auge haben (Bravo). Daß das Ministerium diese deutsche Gesinnung hat bethätigen wollen, davon werden unser Programm vom 18. Dez. und die spätere Mittheilung an den Ausschuß, was auch da kommen möge, der Nachwelt unumstößliches Zeugniß geben. An Ihnen ist es nun, in diese Bahn einzutreten. Sie haben noch immer in den entscheidenden Augenblicken sich dem bessern Genius des Vaterlandes zugewendet. Sie werden es auch heute thun, Sie werden die Hoffnungen nicht zerstören, die das Volk hegt, die Hoffnungen für die wir als Jünglinge geschwärmt und für die wir als Männer unsere besten Kräfte eingesetzt haben, Sie werden, meine Herrn, die deutsche Sache nicht sinken lassen (Bravoklatschen in der Vers.) Noch ein Wort, meine Herrn: das Programm vom 18. Dez. und die spätere Mittheilung an den Ausschuß sind der innigste Ausdruck unsrer gewissenhaften Ueberzeugung, sie sind Satz für Satz im Ministerrathe erörtert und zum Beschlusse erhoben worden. Mit ihnen stehen und fallen wir, meine Kollegen und ich. Ich glaube das hinzufügen zu müssen, damit auch nicht der mindeste Zweifel darüber obwalte, daß zwischen dem Kollegium und zwischen seinem Präsidenten die engste Solidarität bestehe!"

Wer die Erscheinung des Herrn v. Wydenbrugk, der darauf das Wort nimmt, in's Auge faßt, wird den Wunsch des Redners natürlich finden: „daß die Großen in Deutschland etwas kleiner und die Kleinen dafür etwas größer sein möchten." Sein Standpunkt ist der, daß er, unter dem beifälligen Zurufe der Linken, nur Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Frage sieht und durchaus keinen Ausweg. Ja, er droht sogar, sich von der Monarchie abzukehren und zur Republik, wenn dies die letzte Zuflucht der „Volkskraft" sein sollte. Das ministerielle Programm hat ihn mit dem tiefsten Schmerze erfüllt. Denn er hätte nimmermehr gewünscht, daß eine so tief in deutsches Mark und Leben einschneidende Frage zu einer Kabinetsfrage gemacht würde. Um was es sich zwischen Deutschland und Oesterreich handle, das sei die Auflösung jedes staatlichen Verhältnisses. Denn, wissen Sie, meine Herren, warum man Ihnen die Union nicht näher bezeichnet, die mit Oesterreich errichtet werden soll? Weil sich darunter gar nichts Bestimmtes denken läßt. Ein völkerrechtliches Bündniß wie das, auf welches man uns verweist, können wir auch errichten mit Holland oder mit Dänemark. Wir haben die Verfassung für ganz Deutschland abzuschließen, nicht aber den Auftrag, es zu zerreißen. Das Thor muß offen bleiben für die deutsch-österreichischen Provinzen, wodurch sie jeden Augenblick eintreten können zu der Familie, zu der sie von Gott und Rechtswegen gehören. Die §§. 2 und 3 der Verfassung werden allerdings abgeändert werden müssen; doch nicht blos Oesterreichs, auch anderer Staaten wegen. Wenn die großartige Sonderbündelei zu Stande käme, die man vorhat, was wollten Sie dann sagen, wenn Baiern erklärte: Für die Einheit wären wir zu jedem Opfer bereit gewesen. Trennt Ihr aber Deutschland, so trennen wir auch unser Geschick von Euch. Zerreißen Sie, ich bitte, ich beschwöre Sie, zerreißen Sie vor Allem den Boden nicht, auf dem das Vaterland steht. (Langer, angestrengter Beifall von der linken Hälfte des Hauses.) Der Rede des Herrn Sepp aus München fehlt hinwiederum alle Aufmerksamkeit. Er erklärt, daß Baiern in Deutschland aufgehen wolle, aber nicht blos in Norddeutschland. Durch das immer mehr anschwellende Geräusch schallen endlich nicht einmal einzelne Worte mehr hindurch. Nachdem der Präsident bereits bemerkt hat, daß er selbst den Redner längst nicht mehr verstehe, fügt er später hinzu, durch solche Unruhe werde selbst die stenographische Niederschrift verhindert. Herr Sepp behauptet sich dennoch mit bewunderswerther Tapferkeit auf seinem Platze, den er sodann unter dem ironischen Beifall des Hauses verläßt. Sein Antrag lautet dahin, das Reichsministerium zu veranlassen, daß es dahin wirke, daß Oesterreich mit seinem ganzen Länderkomplexe in den deutschen Bundesstaat eintrete.

Da sich auch die heutige Sitzung über die gewöhnliche Zeit zu verlängern scheint und keine Abstimmung zu erwarten ist, so brechen wir mit unserem Berichte ab, um die Fortsetzung morgen zu geben. Der Redner, der nach Hrn. Sepp die Tribüne inne hat, ist der ehemalige Staatssecretär Herr v. Würth aus Wien.

* **Wien**, 7. Jan. Der Ertrag der Zollgebühren bei dem wiener Hauptzollamt im Jahr 1848 war der schwächste seit dem Jahr 1837. Gegen den Glanzpunkt des Jahres 1844, wo das Hauptzollamt eine Einnahme von 3¼ Mill. aufzuweisen hatte, blieb das Jahr 1848 um 622,705 Fl. zurück. Im Vergleiche zum Durchschnittsertrag der Jahre 1833—47 war das Ergebniß des Jahres 1848 nur um 186,000 Fl. geringer. Es heißt, Zalewski, der jetzige Gouverneur Galiziens, werde in dieser Würde bestätigt werden. Der Entwurf zu der im Prinzip von der Kammer bereits angenommenen Einkommensteuer soll derselben demnächst vorgelegt werden. Nach den neuesten Nachrichten sah man der Prorogation des Reichstags aus dem Grunde entgegen, weil bereits Kroatien und Siebenbürgen und ein großer Theil der Ungarn selbst das Verlangen geäußert hätten, an demselben repräsentirt zu werden, und somit der Reichstag gerade in seinen wichtigsten Aufgaben unvollständig erscheinen würde.

Prag, 8. Jan. Wie es heißt, ist in dem Ministerrath eine Verfassung ausgearbeitet, die für den Fall der Auflösung des Reichstags, die bei Annahme des §. 1 der Grundrechte gewiß ist, verliehen und dann dem ersten allgemeinen österreichischen Reichstage, der am 1. Mai in Wien zusammentreten soll, zur Genehmigung vorgelegt werden wird. Man hört, daß Dr. Brauner, czechischer Abgeordneter, zum Kreishauptmann in Klattau bestimmt sei. (D. A. Z.)

Berlin, 10. Jan. In den letzten Tagen zirkulirte hier das Programm der hier erscheinenden „Konstitutionellen Zeitung". Es beginnt mit den Worten: „Das Bedürfniß, ein kräftiges — gleich bei seinem ersten Auftreten durch den Reichthum des Stoffes und das Talent der Redaktion, dann aber durch seine Verbreitung und seine Stellung — einflußreiches Organ der „Meinung des gesunden Menschenverstandes", ein Blatt der durchaus und wahrhaft freisinnigen, eben deßhalb auch entschieden konstitutionell-monarchischen Partei zu gründen, ist so allgemein gefühlt, daß es einer weitläufigen Begründung kaum bedarf." Zugleich ist der Gesellschaftsvertrag zur Begründung der konstitutionellen Zeitung mitgetheilt. C. Weil ist Hauptredakteur, die Buchhändler Jonas und Veit und Comp. führen auf ihren Namen das Geschäft. Die Aktie darf nicht weniger als 500 Rthlr. betragen. Der Vertrag ist von den genannten Buchhändlern und Herrn Hansemann unterzeichnet. Auch die vom Grafen Lippe begründete Zeitung wird nächstens erscheinen, doch ist Fürst Solms nicht bei ihr betheiligt. (D. Ref.)

Berlin, 10. Jan. (Konst. Korresp.) Heute Morgen ist der neue Direktor des königl. Gewerb-Institutes, Dr. Egen, der seinen Ruf als Direktor der Realschule in Elberfeld gegründet hat, von dem Handelsminister von der Heydt in sein Amt eingeführt worden. Herr Egen ist zu gleicher Zeit zum vortragenden Rath im Handelsministerium ernannt.

München, 8. Jan. Die Neue Münchener Zeitung berichtet: „Es sind schon mancherlei ungereimte Dinge über

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Erklärung des Großherzogs von Hessen für ein Erboberhaupt. Die Adresse der thüringischen Fürsten an den König von Preußen. Adresse der deutschen Verbrüderung in Posen. Kaiser Nikolaus und das österreichische Anlehen. Reichstruppen. Parlamentarisches. Hr. v. Vincke.) Berlin (Die Wahlen. Verbote. Hr. Camphausen.) Dresden (Deutscher Verein für Preußen. Landtag.) Karlsruhe (Erklärung der Kammer in der Verfassungs- und Oberhauptsfrage.) Gotha (Sämmtliche thüringische Fürsten für ein preußisches Erbkaiserthum.) Oldenburg (Der Großherzog für Preußen. Die Grundrechte.) Lübeck (Schwierigkeiten gegen die Grundrechte.)

Deutschland.

* **Frankfurt**, 11. Jan. Wir sind in den Stand gesetzt folgendes Schreiben des großherzogl. hessischen Bevollmächtigten zur öffentlichen Kunde zu bringen:

Die Gesinnungen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen über die Verfassung Deutschlands sind dem jetzigen Präsidenten des Reichsministeriums seit dem März v. J. vollständig bekannt.

Seine Königliche Hoheit halten den Augenblick für gekommen, um, auf jene Kenntniß Sich berufend, der provisorischen Centralgewalt die ausdrückliche Erklärung abgeben zu lassen, daß es diesen Ihren Gesinnungen insbesondere vollkommen entspreche, wenn ein einziges und selbst erbliches, mächtiges Oberhaupt an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt werde.

Seine Königliche Hoheit können nicht zweifeln, daß diese Erklärung auch ganz im Sinne Ihres Volkes erfolge.

Der unterzeichnete Bevollmächtigte beehrt sich, dem ihm gewordenen Auftrage zufolge dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums vorstehende Erklärung zu überreichen.

Frankfurt, 11. Jan. 1849.

Der Großh. Hess. Bevollm. bei der Central-Gewalt,
gez.: Eigenbrodt.

* **Frankfurt**, 12. Jan. Die Adresse der Thüringischen Fürsten an den König von Preußen (s. unten Gotha) ist von jedem der Fürsten besonders eingesandt; bei allen Adressen hat jedoch ein gemeinsamer Entwurf vorgelegen, den wir im Stande sind mitzutheilen. Er lautet:

Die Majorität des Verfassungsausschusses der deutschen National-Versammlung in Frankfurt a. M. hat den Beschluß gefaßt, daß an die Spitze unseres gemeinsamen Vaterlandes ein Kaiser gestellt werde. Wir hoffen, daß die National-Versammlung diesen Beschluß zu dem ihrigen machen werde, denn einig und kräftig wollen auch wir das neue Deutschland, da es nur so die ihm gebührende Stellung nach Außen behaupten, da nur so die gesetzliche Freiheit gedeihen kann.

Darum erkennen wir jenen Beschluß als gerechtfertigt, wenn anders, wie wir nicht zweifeln, das Absehen darauf gerichtet ist, die neue Würde einem Fürsten zu übertragen, der mit dem Willen auch die Kraft hat, dem hohen Beruf vollständig zu entsprechen.

Wollen wir auch nicht undankbar vergessen, was die Erinnerung an frühere Jahrhunderte uns lehrt, so dürfen wir doch auch eben so wenig unbeachtet lassen, was der Lauf der Zeiten uns gebracht hat. Die Geschichte ist der getreue Ausdruck der ewigen Gesetze, welche die Geschicke des Menschengeschlechtes leiten und sie weist Ew. Majestät die erhabene Stelle an. Darum, das göttliche Gebot ehrend, werden Ew. Majestät keinen Anstand nehmen, dem Rufe zu folgen, wenn er auf irgend einem Wege an Höchstdieselben gelangen sollte.

Aber im Hinblick auf die edlen Gesinnungen, welche in einer anderen Richtung Ew. Majestät stets beseelt haben, wollen wir, die unterzeichneten Fürsten Thüringens, nicht säumen, Allerhöchst und Höchstdenselben hierdurch noch besonders die Erklärung zu Füßen zu legen, daß wir Ew. Majestät mit Freuden an der Spitze Deutschlands sehen und anerkennen werden. 2c. 2c.

0 **Frankfurt**, 12. Jan. Der Hauptverein der deutschen Verbrüderung zu Posen hat folgende Adresse an Hrn. v. Gagern gerichtet: „Im Wendepunkt des Jahres sahen wir die deutsche Einheit im Begriff, in Trümmern zu gehen. Der Partikularismus erhob sein Haupt in der ersten deutschen Nationalversammlung, und die selbstsüchtige Politik der Dynastien stützte sich auf ihn. Wir fühlten es doppelt, was Deutschland verlieren sollte; denn unser großes Gesammtvaterland hat in seinem Aufschwunge selbst uns an den fernen Ostmarken einen festen Rückhalt gegeben, als eine fremde Nationalität unser Deutschthum gefährdete. Diese Macht, die in der Idee der deutschen Einheit lag, sollte verlöschen im Streite der Stämme, der durch die habsburgische Politik heraufbeschworen ward. Da war die Stunde gekommen, in welcher Sie, hochverehrter Mann, das Steuer ergreifen mußten. Sie zauderten nicht, dem Rufe des Vaterlandes zu folgen! Noch ist die deutsche Einheit nicht verloren, wenn auch nicht jeder politische Wunsch erfüllt werden wird. Die Nation hat seit den Frühlingstagen Sie an der Spitze ihrer Vertreter als Träger der deutschen Einheitsidee verehrt. Dem Stammeshasse sind blutige Opfer in den Septembertagen gefallen, aber nicht vergebens haben Sie die Fahne der Hoffnung an den Gräbern edler Söhne Deutschlands aufgepflanzt. Das Volk wird auch Ihrem Streben den fruchtbaren Boden leihen, und seine Vertreter werden in großer Majorität zu Ihnen stehen. Sollte aber das Werk einheitlicher Verfassung in dem Augenblicke wirklich scheitern, da es seiner Vollendung nahe war, so wird das Vaterland des Mannes nicht vergessen, der unermüdlich an dem schönen Werke arbeitete, als ein hohes sittliches Vorbild dastand, und Heinrich v. Gagerns Name wird den Grundstein späteren Baues zieren. Posen, 2. Januar 1849."

*** **Frankfurt**, 11. Jan. An der heutigen Börse hieß es, es habe der Kaiser Nikolaus den größten Theil des neuen österreichischen Anlehens übernommen.

† **Frankfurt**, 12. Jan. Die Berathung über die österreichische Frage soll wo möglich morgen geschlossen werden. Die Rede v. Gagern's hat in so fern einen wichtigen Einfluß auf die Fraktionen gehabt, als sie gleichsam zur näheren Inhaltsangabe des Minoritätsgutachtens geworden ist. Der Pariser Hof, welcher einen Antrag im Sinne hatte, der gegen beide Gutachten des Ausschusses ging, wird sich nunmehr noch dem Minoritätsgutachten anschließen. Da nach Abschluß der österreichischen Frage keine größere Vorlage bereit liegt, als die Oberhauptsfrage, so ist man der Ansicht, daß am Ende der künftigen Woche vielleicht schon über die Spitze des Bundesstaates entschieden sein wird.

× **Frankfurt**, 12. Jan. In der heutigen Zeitung findet sich eine Notiz über eine Versammlung von Abgeordneten, welche gestern Abend im Weidenbusch gehalten worden ist. Der Zusatz zu dem Minoritätserachten des Ausschusses ist von dem Herrn v. Vincke nur vorgeschlagen worden, weil einige seiner Freunde sich bereit erklärt hatten, mit diesem Zusatze für den Minoritätsantrag stimmen zu wollen. Herr v. Vincke erklärte aber ausdrücklich, daß er und die Mehrzahl seiner Freunde auf den Zusatz kein Gewicht legten, und auch ohne denselben das Gagern'sche Programm unterstützen würden.

□ **Frankfurt**, 12. Jan. Es circulirt unter den Mitgliedern der Nationalversammlung gegenwärtig eine Adresse zur Unterschrift, welche an den Oberlandesgerichtsdirektor Temme in Münster gerichtet ist und demselben in seiner Haft die Hochachtung der Unterzeichneten ausspricht. Als Verfasser nennt man Herrn Rösler aus Oels. Gestern hat uns das 4. großherzoglich-hessische Infanterie-Regiment verlassen, um in seine frühere Garnison Offenbach zurückzukehren. Statt seiner werden die seither in Offenbach stationirten Baiern hier einrücken.

⁝ **Berlin**, 10. Jan. Aus Berlin ist, außer der Wahlbewegung, kaum etwas zu berichten. Ueber den Ausfall der Wahlen läßt sich noch nichts bestimmen. Jede Partei klagt über den Eifer und die Mittel der andern, sich den Sieg zu verschaffen; jede hofft nichtsdestoweniger auf den Sieg für sich. Wrangel hat endlich die Wahlversammlungen ziemlich frei gegeben. Dagegen hat er an den noch fortdauernden Belagerungszustand durch neue Verbote erinnert. Die Blätter, welche von diesem Verhängniß ereilt wurden, sind die „Lokomotive" von Held (welcher wegen Schulden verhaftet ist), das Witzblatt „Kladderadatsch" und das „Pommern-Vereinsblatt." Hr. Camphausen ist heute hier eingetroffen. So sehr seine edle Persönlichkeit bei Hofe geschätzt wird, so wenig erfreut er sich bei dem jetzt wieder zur Herrschaft gelangten Adel- und Beamtenthume einer sonderlichen Gunst. Von dieser Seite geht der Plan aus, Camphausen zum Statthalter von Sigmaringen zu machen. Er wird schwerlich gelingen. Camphausen hat seinen jetzigen Posten übernommen, um dem Vaterlande seine Dienste nicht zu entziehn. Gedächte man ihm ein Otium cum dignitate anzuweisen, so würde er vermuthlich sein Landhaus am Rheine vorziehen.

№. 12. Extra-Beilage zur Deutschen Zeitung. 12. Januar 1849.

Deutschland und Oesterreich.

Ein glücklicher Zufall hat uns eine sehr interessante Staatsschrift zugeführt, die wir uns beeilen ihrem Hauptinhalt nach mitzutheilen. Der Verfasser derselben ist ein nicht in Deutschland lebender Staatsmann. Sie führt die Ueberschrift: Grundlinien einer staatsrechtlichen und politischen Untersuchung über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland und die dringende Nothwendigkeit, dasselbe vor allen andern festzustellen.

Erster Theil.

Grundlinien der staatsrechtlichen Untersuchung.

A. Das Bundesverhältniß von 1815 ist durch die begonnene Reform und Umgestaltung nicht aufgehoben sondern bleibt für beide Theile bindend.

Die unzerstörbare gemeinschaftliche Basis für das Verhältniß von Oesterreich und Deutschland ist der Bund von 1815.

Dieser ist nach der Bundesacte von 1815 unauflösbar.

Daraus folgt, daß jede weitere Ausbildung die dort festgestellten Einheitspunkte nicht schmälern darf, aber sie verstärken kann. Solche Hauptpunkte sind: eine Bundesgewalt als oberste Vermittelung — das staatsrechtliche Princip, daß deutsche Staaten sich nicht bekriegen, noch Bündnisse gegen Deutschland machen dürfen — das Princip der gemeinsamen Vertheidigung des Vaterlandes — die Freizügigkeit, und eine möglichste Zoll-, Handels- und Schifffahrtsvereinigung: die dort niedergelegten Elemente der Vereinigung sind also das Minimum.

Die Beschränkung weiterer Ausbildung durch die Acte von 1820, wonach Einstimmigkeit gefordert wird für jede organische Veränderung, ist der Bundesacte von 1815 fremd.

Wenn Oesterreich darauf dringen sollte, jene Bestimmung auf die jetzigen Verhältnisse anzuwenden, so würde es den Ereignissen Hohn sprechen, die im Laufe dieses Jahres Europa umgewandelt haben. Es müßte ferner, als durch Furcht gezwungen, alle die bundesrechtlichen Acte für null und nichtig erklären, zu denen es mitgewirkt.

Die legitime oberste Bundesbehörde, der Bundestag, hat schon am 10. März, und dann wiederholt in demselben Monate und im April und Mai, das Princip einer weitern Ausbildung als eine unabweisbare Nothwendigkeit erkannt und die Grundlinien dazu angegeben, namentlich in Bezug auf die Vertretung des deutschen Volkes am Bundestage. Oesterreich müßte drittens als ganz ungültig erklären, daß der Bundestag seine Gewalt am 27. Juni in die Hände der Centralgewalt in Frankfurt niedergelegt hat, und dieser sein legitimer Erbe geworden ist.

Dies Alles thun, heißt nicht, eine Revolution vom Rechtsboden bekämpfen, sondern ist nichts geringeres als eine Gegenrevolution versuchen, auf die Gefahr einer gänzlichen Auflösung Deutschlands, und einer viel zerstörendern Revolution, als bis jetzt gesehen worden. Und sollte dies von Oesterreich in einem Augenblicke erwartet werden, wo —

Es wäre nur die von 1820 — 1847 befolgte Politik, die Politik einer gestürzten Regierung; es wäre ein verspäteter Versuch, mit Preußen die Fabel von den Kastanien Deutschland gegenüber noch einmal aufzuführen. Das geht aber nicht mehr — auch staatsrechtlich nicht —: weder für Preußen, noch für Oesterreich, noch für Deutschland. Aber wenn auch das beschränkende Princip von 1820 seine staatsrechtliche Kraft nicht verloren hätte, wenn man alles Geschehene für ungültig erklären, und auf die Beschlüsse der zur Vereinbarung der Reichsverfassung auf jener legitimen Grundlage legitim constituirten Versammlung kein anderes als factisches Gewicht legen wollte; so kann doch Oesterreich staatsrechtlich nicht mehr fordern, als daß man ihm entgegenkomme mit dem Verlangen, an der Basis des Bundes von 1815 so zu halten, daß ein selbstständiges Oesterreich mit dem selbstständigen Deutschland sich über die möglichste Annäherung und engste Verbindung verständige. Denn die deutschen Bestrebungen dieses Jahres haben doch anerkanntermaßen nicht die Absicht der Einheit welche durch den Bund gegeben, zu zerstören sondern sie weiter auszubilden.

B. Nach den bereits feststehenden Grundsätzen der künftigen Reichsverfassung kann eine überwiegend nichtdeutsche Macht, überhaupt nicht in die Reichseinheit eintreten.

Es ist aus der Bundesacte weder zu beweisen, daß das Deutschland von 1815 ein Bundesstaat, noch daß es ein Staatenbund sei. Sie enthält Beweise für und gegen eine streng durchgeführte Theorie der einen wie der andern Annahme.

Daß Deutschland inskünftige nicht ein Staatenbund sein (oder bleiben), sondern ein Bundesstaat werden (oder vielmehr in dieser Richtung sich weiter ausbilden) solle, ist aber unwiederbringlich ausgesprochen von den Regierungen, in Gemäßheit der allgemeinen Stimme der Nation. Daraus folgt nothwendig, daß die „deutsche Nation" (wie sie während des alten Reichs immer geheißen) wirklich als eine solche Einheit solle dargestellt werden. Denn die Einheit des Bundesstaates ist gleichbedeutend mit der Einheit der Nation, wie weit oder wie eng auch immerhin die Sphäre der Unions- oder Reichsgewalt sein möge.

Wenn man die Aussprüche des Bundestages in Verbindung bringt mit dem Beschlusse, worauf die von den Regierungen einstimmig anerkannte Centralgewalt des Reichsverwesers beruht, so stehen für die Bestätigung der Einheit folgende zwei Punkte fest: erstlich: die deutsche Nation soll gleiche Grundrechte haben und eine parlamentarische Vertretung. Zweitens: es soll eine Reichsgewalt gebildet werden, mit ausschließlichem Rechte Krieg und Frieden zu machen, und Deutschland im Auslande zu vertreten. Daraus folgt, daß diesem angebahnten engeren Verbande keine Macht beitreten kann, ohne für ihre deutschen Lande jene Einheitspunkte anzunehmen.

Kein deutscher Bundesstaat hat ein Anrecht an die deutsche Kaiserwürde. Nicht nach der alten Reichsverfassung. Hier fand seit mehreren Jahrhunderten die Wahl durch die Fürsten statt, mit unvorausgesetzter Zustimmung des Volkes, welche die alten Gesetze ebenso ausdrücklich bei der Kaiserwahl vorschrieben, wie bei der Papst- und Bischofswahl. Nicht nach dem Rechte des Bundes von 1815, welcher nach der Abdankung des letzten Kaisers an die Stelle des alten Reichs trat. Ausgeschlossen von einer Beanspruchung derselben ist aber an sich auch jeder Staat, dessen Bestandtheile nicht ganz oder wenigstens nicht überwiegend deutsch sind. Denn Gleichartigkeit und Gleichberechtigkeit der Mitglieder sind, nach allen Staatsrechtslehrern und Politikern, die ersten allgemeinen Bedingungen eines jeden Bundesstaates. Und mit vollem Rechte. Eine solche Beanspruchung würde nämlich entweder ungleichartige Bestandtheile gleichberechtigt machen, in der Leitung der deutschen Reichsangelegenheiten, und also die Einheit des Bundesreiches zerstören, oder die ungleichartigen Bestandtheile würden untergeordnet werden müssen, gegen ihren Willen und vielleicht gegen ihr Recht. Ein freier Bundesstaat kann aber noch weniger unberechtigte Glieder in sich schließen, als gleichberechtigte ungleichartige.

C. Oesterreich kann also weder aus dem Bunde aus-, noch in das Reich eintreten.

Wenn Oesterreich gerade so wie Preußen der neuen Bundesstaatsbildung Deutschlands beitreten will, welche Eine Nation und Eine Reichsgewalt bedingt, so sind staatsrechtlich folgende Fälle denkbar, in deren Beurtheilung sich staatsrechtliche Principien so innig mit politischen Betrachtungen verbinden, daß wir diese nicht ganz aus der Untersuchung werden ausschließen können. Wir gehen dabei von zwei einfachen aber wichtigen Grundsätzen aus. Einmal, daß ein Staat nicht bestehen könne, wenn sein staatsrechtliches Princip einen innern Widerspruch einschließt, und zweitens, daß ein Widerspruch zwischen dem angenommenen Staatsrechte und der nothwendigen Politik jenes Staatsrecht früher oder später zerstören oder verfälschen müsse.

I. Die ganze österreichische Monarchie tritt in das Bundesreich ein, unter der Bedingung, daß die Kaiserkrone mit dem Kaiserthum der österreichischen Monarchie verbunden wird.

Dies ist jedenfalls nicht möglich für Deutschland aus folgenden Gründen:

1) Das deutsche Element (stammlich nur 6½ Millionen, bundesrechtlich mit Böhmen und allen andern slavischen Elementen 12 Millionen) ist die große Minderheit in der Monarchie: jenes ein Sechstel, dieses ein Zehntel. Dieses ist gegen das bereits festgestellte Grundprinzip des Staatsrechts eines wahren Bundesstaates.

2) Mehrere der übrigen Elemente bedingen nicht allein eine Politik, sondern auch ein Staatsrecht, welches mit dem

Rechte sowenig als den Interessen Deutschlands sich vereinigen läßt, z. B. das italienische.

Deutschland würde also nicht allein wieder in Kriege und Verwickelungen hereingezogen, an denen es sich achthundert Jahre verblutet hat, und deren Opfer es zuletzt geworden ist; sondern sein Grundstaatsrecht würde zerstört oder verfälscht. Deutschland geriethe durch eine solche Verbindung in einen innern Widerspruch mit seinem Grundprincipe als Bundesstaat.

3) Im Allgemeinen ist, wie schon oben bewiesen, ein freier Bundesstaat nicht möglich mit überwiegenden ungleichartigen Bestandtheilen, sei es, daß diese gleichberechtigt sind oder nicht. Er kann keine einigermaßen bedeutende fremden Glieder einschließen, weder als gleichberechtigte, noch als unberechtigte. Es kann dann höchstens ein Staatenbund werden.

4) Alles dieses wird erst recht verderblich und unmöglich dadurch, daß Oesterreich die Kaiserkrone erhält.

Deutschland kann dann nur der österreichischen Hauptpolitik dienen, nie eine Nation werden mit eigner Politik und eignem Staatsrechte.

II. Die ganze österreichische Monarchie tritt in das deutsche Reich ein: das Haus Habsburg erhält aber nicht die Kaiserkrone, oder wenigstens nicht erblich.

Dies ist unmöglich für Oesterreich und für das Haus Habsburg. Die österreichische Monarchie besteht aus nationalen Massen, deren keine sich der andern unterordnen will, sondern deren jede die Herrschaft der andern über sich als feindliche Gewalt betrachtet, nach Sprache, Geschichte und Interessen. Eins dieser Elemente hatte von Anfang an seine eigenen constitutionellen Rechte: allen andern Theilen sind diese, auf den Grund der Gleichberechtigung, nicht allein beim Ausbruche der Revolution, sondern auch noch in dem Programme der jetzigen Regierung feierlich zugesagt worden. Es ist noch ganz ungewiß, in wie weit es möglich sein wird, nach der Besiegung der magyarischen Nationalpartei alle Reiche unter einem allgemeinen parlamentarischen Staatsrechte zu vereinigen. Bis jetzt ist die Macht des regierenden Hauses das einzige Band dieser verschiedenartigen Theile zu einem Gesammtstaate. Nur durch die Erhaltung und Stärkung dieser Einheit und dieser einheitlichen Macht ist die Ausführung des angekündigten Planes, die Anwendung des neuen Staatsrechts Oesterreichs als eines in sich gleichberechtigten Gesammtstaates überhaupt denkbar.

Stellt sich nun das regierende Haus unter eine deutsche Centralgewalt, so verliert es alles Ansehen und die Macht, die Einheit einer so künstlich zusammengestellten Monarchie zu bewahren. Diese muß sogleich auseinanderfallen.

Aus der Betrachtung dieser zwei Fälle ergibt sich unabweisbar der Schluß: Deutschland kann nicht von der österreichischen Monarchie regiert werden und die österreichische Monarchie nicht von Deutschland.

Das erste kann und wird Deutschland nicht wieder dulden; es zu versuchen wäre der Anfang einer Revolution für Deutschland. Das zweite wäre aber der Anfang einer Auflösung der österreichischen Monarchie selbst und Oesterreich würde es nicht dulden, wenn auch das Haus Habsburg daran denken sollte. Beides wäre aber auch staatsrechtlich gegen die ersten Grundsätze, sowohl des Staatsrechts eines Bundesstaats als eines innerlich gleich berechtigten Gesammtstaates.

III. Oesterreich gibt die deutsche Erblande, mit oder ohne Böhmen, in das deutsche Reich, ohne Oberhaupt Deutschlands zu werden.

Dies würde zur Folge haben, daß der Kaiser von Oesterreich in Oesterreich selbst, als solcher einen großen Theil seiner Macht an die Reichsgewalt abgeben müßte. Er müßte sich alsdann entweder auf Deutschland stützen gegen das slavische Element, d. h. gegen die Mehrheit in Oesterreich selbst: und dadurch würden die Slaven mit Recht das Prinzip des gleichberechtigten Staatenbundes verletzt sehen, insbesondere aber die Böhmen. Diese würden sich deshalb nothwendig dem Verhältnisse mit Deutschland ganz zu entziehen suchen. Oder der Kaiser müßte sich in seiner innern Politik ganz auf das slavische Element stützen. Dieses Element kann aber nicht einmal für sich selbst als Ganzes selbstständig dastehen, noch weniger die andern Stämme regieren und zusammenhalten. In dem einen Falle würde Staatsrecht und Politik in einen gefährlichen Widerspruch mit einander gerathen und das ganze Gebäude bald zusammenstürzen.

IV. Oesterreich bleibt mit den Erbstaaten bei Deutschland und sein Kaiser erhält die Kaiserkrone Deutschlands nicht. Da der Kaiser die 28 Millionen nichtdeutscher Unterthanen mit ihren 4 bis 7 gleiche Berechtigung fordernden nationalen Elementen unter seiner Krone behält, so treten alle unter dem zweiten Falle angegebenen Unmöglichkeiten für Oesterreich auch bei dieser Annahme ein. Das deutsche Element ist das civilisirende, das Reichselement der Monarchie: muß der österreichische Kaiser die Gewalt über diesen wichtigsten Theil mit der deutschen Reichsgewalt theilen, so wird seine Macht überhaupt zu sehr geschwächt und die Einheit des Staatenbundes unmöglich. Er kann dann weder eine deutsche noch eine österreichische Politik redlich befolgen, und ebensowenig kann er den staatsrechtlichen Forderungen der verschiedenen nationalen Elemente Genüge leisten und seine in dieser Beziehung gegebenen Versprechen erfüllen.

In allen diesen Fällen besteht also ein entschiedener Widerspruch zwischen dem Staatsrechte des österreichischen Gesammtstaates und dem Staatsrechte Deutschlands als eines Bundesstaats, und wiederum ein Widerspruch jenes Staatsrechtes mit der Politik, welche das Kaiserhaus Oesterreich befolgen kann.

D. Oesterreich kann als selbstständige Gesammtmonarchie nur in das Verhältniß der Bundesverwandtschaftlichkeit treten, mit einem selbständigen durch das deutsche Element ihm eng und unauflöslich verbundenen deutschen Reiche.

Die Formel dieser Stellung für Oesterreich würde diese sein: Oesterreich reorganisirt sich als ganz selbstständiger Staatenbund auf dem Grundsatze der Gleichberechtigung der verschiedenen volklich-staatlichen Elemente, und hinsichtlich der deutschen Lande auf der Basis des Bundes von 1815, mit dem Prinzipe fortschreitender möglichster Annäherung an das einheitliche Deutschland im Sinne der Bundesverwandtschaftlichkeit.

Dies, und dies allein entspricht den staatsrechtlichen Anforderungen Deutschlands sowohl, als denen der österreichischen Monarchie. Dies allein steht im Einklange mit dem vom Anfange März bis 27. Junius in Frankfurt gemachten Erklärungen und der Betheiligung an der Berufung des Parlaments und der Festsetzung der Centralgewalt, endlich mit dem Programm des jetzigen Ministeriums.

In diesem Programme wird zuvörderst der Grundsatz festgestellt, daß die Monarchie als ein Staatenbund reorganisirt werden soll, nach dem Prinzipe der Gleichberechtigung der verschiedenen darin begriffenen Völkerschaften und Staaten.

Ein solcher Staat bedingt ein neues österreichisches Staatsrecht, welches auf die Idee eines innig und gleichartig in allen seinen Theilen zusammenhängenden Gesammtstaates gegründet ist, und auf diesem Prinzipe allein aufgebaut werden kann. Alles was außerhalb dieses Prinzips liegt, also das ganze Staatsrecht eines Bundesstaates muß, wenn der Gesammtstaat Oesterreich bestehen soll, allmälig beseitigt und umgestoßen werden, nach dem Prinzipe der Selbsterhaltung, welches sich allenthalben als das stärkste erweist. Das neue Staatsrecht Oesterreichs bedingt mit Nothwendigkeit die neue österreichische Politik. Dieses neue Staatsrecht gründet nothwendig starkberechtigte Landtage der einzelnen Provinzen, und wenn die verheißene Gesammtverfassung zu Stande kommt, Einen Reichstag über die vielen Landtage: jedenfalls eine Politik, zu welcher die Völker selbst mehr oder weniger mitwirken: nicht wie bisher eine bloße Hof- und Kabinetspolitik auf dem Grunde des, durch Schwäche gebildeten Haus-Despotismus. Das heißt mit andern Worten: alle Folgerungen des neuen österreichischen Staatsrechts machen ein deutsches Bundesrecht und eine darauf gebaute Politik als oberstes Prinzip noch unmöglicher für das nationale Oesterreich als beide für das alte, rein dynastische Oesterreich waren.

Oesterreich kann nicht glauben, daß Deutschland sich noch ferner gefallen lassen werde, die einzige große europäische Nation zu sein, welche kein vernünftiges Staatsrecht und keine eigene Politik hat.

Aber ferner sagt das Programm ausdrücklich*), Oesterreich wolle fortfahren seine Bundespflichten zu erfüllen. Dies anerkennen heißt ebensowohl abstehen von dem Verlangen nach der Krone Deutschlands, als aufgeben wollen jede Idee einer Lostrennung vom Bunde mit Deutschland für die im deutschen Bunde befindlichen Länder der Monarchie.

Wenn es in dem Programme noch ferner heißt: „Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen," so ist das entweder eine absichtlich doppelsinnige Redensart, oder ein heillos unklarer Ausdruck. Soll damit gesagt sein, daß man sich vorerst nur auf die Basis von 1815 beschränken, und sich mit Deutschland in das staatsrechtliche Verhältniß der Bundesverwandtschaftlichkeit zweier selbstständiger Reiche stellen, die weitere Ausbildung dieses Verhältnisses aber sich gegenseitig offen halten wolle, so ist nichts dagegen zu erinnern, als daß dieser Hauptpunkt sehr schlecht ausgedrückt ist in einer übrigens sehr klar und gut geschriebenen Urkunde.

Soll aber jene Redensart andeuten, Deutschland müsse mit seiner Reconstruction warten, bis Oesterreich mit der seinigen zu Stande gekommen; so entbehrt diese Forderung nicht allein alles staatsrechtlichen Grundes, sondern sie beruht entweder auf einer seltsamen Unklarheit oder auf einem gegen Deutschland verrätherischen, für Oesterreich gefährlichen, gegen beide unredlichen Hinterhalte.

Die österreichische Regierung wird durch ihre weitern Schritte zu zeigen haben, daß sie das gewollt, was ihre eigene Ehre ebensowohl als ihre Pflicht gegen Deutschland erfordert. Oesterreich hat ein Recht sich zu erklären gegen die Anwendung des Grundsatzes der Personalunion auf sein künftiges Verhältniß zu Deutschland: allein nicht gegen einen Vorschlag, der eben aus der klaren Erkenntniß jener Unmöglichkeit geflossen ist. Es bedarf durchaus keines Abwartens weiterer staatsrechtlicher Ausbildung, weder in Oesterreich noch in Deutschland, um sogleich zu sagen vom Standpunkte des Staatsrechts wie der Politik: jene Anwendung ist unmöglich, aber ebenso unmöglich ist wegen der Bundespflichten von 1815 das Ausscheiden; es bleibt also das ewige bundesverwandtschaftliche Verhältniß der beiden selbstständigen Staaten übrig. Die Basis ist gegeben: jeder Theil muß und kann dem andern helfen seine Reorganisation möglichst schnell und friedlich zu vollenden: in der möglichsten Annäherung des Bundesstaates Deutschland und des Gesammtstaates Oesterreich, werden sich beide Theile gewiß auf halbem Wege entgegenkommen.

Wir werden leicht erkennen, wie sehr dies im klaren Interesse, ja in der Nothwendigkeit der beiden Staaten, vorzüglich aber Oesterreichs liegt, wenn wir das Verhältniß vom Standpunkte der europäischen Politik betrachten.

Zweiter Theil.

Die Grundlinien der politischen Betrachtung über das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland.

Kein weiser Fürst oder Staatsmann wird die Stellung der europäischen Politik zu der neuen deutschen Verfassung übersehen.

Die europäische Politik kann sich nur mit demjenigen Plane einverstanden erklären, den wir staatsrechtlich als allein zulässig erkannt haben. Abgesehen von aller Eifersucht und allem Neide gegen das Aufstreben einer bisher so verachteten und so verächtlich behandelten Nation, muß jeder europäische Staatsmann sich, aus guter Politik, gegen jede andere Lösung dieser Frage erklären, wohl aber für diejenige, welche aus dem Standpunkte des deutschen Staatsrechts als die allein mögliche sich ergibt.

Wenn ein Staat sich bildet auf einem staatsrechtlichen Prinzipe, welches mit einem innern Widerspruche und Unrecht behaftet ist; so wird ein erfahrener Politiker nicht auf seine lange Dauer rechnen. Es müssen in Folge solcher Widersprüche sich früher oder später Störungen, oft sogleich Umwälzungen ergeben. Ein solcher Zustand von mehr als siebenzig Millionen im Herzen Europa's muß aber für jeden besonnenen Staatsmann höchst bedenklich sein.

Sollte jedoch wider alles Erwarten, eine so ungeheuere Masse sich wirklich zu einem einigen und einheitlichen Reiche erheben, und dauernd befestigen, so müssen die drei übrigen Großmächte, und die kleinern mit ihnen einem solchen Ereignisse mit gerechten Besorgnissen entgegensehen. Insbesondere aber müssen sich Frankreich und Rußland gleichmäßig von ihm bedroht halten. Es ist nichts anders zu erwarten, als daß sie Alles anwenden, damit der Plan scheitere. Sind sie doch schon jetzt der deutschen Einheit gram, und werden nur durch ihre eigenen Besorgnisse oder Machtlosigkeit abgehalten, offen gegen sie aufzutreten und zu versuchen, jene Einheit mit Gewalt im Keime zu ersticken. Es liegt aber die Versuchung sehr nahe, es durch treulose Rathschläge und feine Ränke zu versuchen.

Die Bildung einer solchen Monarchie oder auch nur eines einheitlichen österreichischen Gesammtstaates, welcher den herrschenden Einfluß in Deutschland hätte, müßte zu einem engen Bündnisse Frankreichs und Rußlands führen. Beiden vereinigt würde es leicht sein, alle kleinere Mächte des Festlandes in ihre Politik hineinzuziehen. Daß in der Partei der Bewegung, sowohl in Deutschland als in Oesterreich Eroberungspläne unter dem Titel von nationalen Missionen im Schwunge gehen, ist ja von der Tribüne in Frankfurt, selbst von angesehenen Männern so unbefangen verkündigt, als könne Niemand daran Anstoß nehmen, oder als wisse man vorher, daß es nicht so schlimm gemeint sei.

Unter diesen Umständen muß eine unabhängige Gestaltung beider Reiche, Deutschlands und Oesterreichs, nach der oben angegebenen Formel, Europa nothwendig als ein minderes Uebel erscheinen. Ja man kann sagen, daß wenn Deutschland mit mehr Ruhe und Besonnenheit und mit angemessenern Formen als bisher auftritt, die Zeit nicht ferne ist, wo weise und wohlgesinnte Staatsmänner, in Rußland und Frankreich die Deutsche Einheit bald als ein großes Gut ansehen werden, nämlich als ein conservatives Element, als eine Gewähr des Friedens, den alle Reiche und Nationen bedürfen.

Weder ein deutsches Bundesreich noch ein österreichischer Gesammtstaat können ihren Nachbarn ernsthafte Besorgnisse einflößen, noch auch das bundesverwandtschaftliche Verhältniß beider. Ein wahrer Bundesstaat kann nie erobernd sich andere Stämme einverleiben, weil die Ungleichartigkeit der Mitglieder und Interessen sein Grundprincip der Gleichartigkeit und Gleichberechtigkeit zerstören muß. Außerdem leidet immer ein Theil der Mitglieder mehr von einem Kriege als der andere, und deshalb ist die Regierung eines Bundesstaats nothwendig friedlich, gegen alle Eroberungskriege. Die vereinigten Staaten erobern und erkaufen ungeheure menschenleere Landstrecken: sie einverleiben sich aber keine fremden Elemente. Ein buntscheckiger Staatenbund endlich, wie der österreichische, hat die ganze Kraft der Regierung nöthig, damit die Einheit erhalten werde. Nur in der Erhaltung des Friedens können so ganz verschiedene Nationalitäten und Interessen zusammenkommen. Darauf allein also wird auch das Bundes-Verhältniß Oesterreichs mit Deutschland seine europäische Wirksamkeit erstrecken können.

Dies ist der Grund, weßhalb die großbritannische Regierung mit dem wahrhaft staatsmännischen Blicke, welcher sie auszeichnet, sogleich jene Eventualität mit Vertrauen begrüßt, und sich ohne Bedenken aufs Günstigste für ihre Verwirklichung ausgesprochen hat.

Die innere Politik beider Theile führt zu demselben Ergebnisse.

Oesterreich bedarf Deutschlands Schutz im Westen,
Deutschland bedarf Oesterreichs Schutz im Osten.

Indem Oesterreich 1815 Deutschland jenseits der Donau aufgab, sprach es eigentlich für eine ehrliche und klare Politik, die Forderung eines von ihm unabhängigen aber ihm eng verbündeten Deutschlands selbst aus. Es ist so thöricht gewesen, sich selbst zu betrügen, indem es Deutschland betrog. Jetzt muß es jedenfalls, wenn gleich in der eilften Stunde einsehen, daß nur ein starkes einheitliches Deutschland diesen Schutz gewähren und vor allem ihm im Innern seine sehr schwierige Reorganisation sichern kann. Trügt nicht Alles, so stehen im Osten Europa's größere

*) Die ganze auf Deutschland bezügliche Stelle lautet folgendermaßen: Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen gedenken wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umstaltungsprozesses entgegenzusehen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen, bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen.

Veränderungen bevor als im Westen. Die untere Donau ist mehr bewegt und bedroht als der Rhein. Oesterreich kann, wenn dieser Sturm ausbricht, nur in einem starken mit ihm zur Vertheidigung verbündeten Deutschland seine Stütze finden. Welcher österreichische Staatsmann wüßte das nicht? und indem wir das sagen, sprechen wir die Ueberzeugung aus, daß die Politik des Kaisers Nicolaus keineswegs eine Eroberungspolitik, noch eine principiell feindselige gegen die Idee eines einheitlichen Deutschlands sei. Mit einer richtigen Stellung zu Deutschland hat die österreichische Regierung den ersten Schritt gethan, die Gutgesinnten unter den übrigen Nationalitäten ihrer Monarchie zu beruhigen und die Abwendungen im Zaume zu halten ohne immerfort erschöpfende militärische Kraftäußerungen zu machen. Die Slaven sind nur zufrieden, wenn die Besorgniß verschwindet, daß sie sich von vierzig Millionen Deutschen sollen beherrschen lassen, in einer Monarchie, deren Mehrheit sie bilden. Einem bundesverwandtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs mit Deutschland sind aber die slavischen Politiker aus sehr begreiflichen Gründen, umgekehrt sehr zugethan. Denn darin allein sehen sie eine Garantie für die wirkliche Gewährung und Erhaltung der ihnen verheißenen Freiheiten. Ihre Freiheit kann weder erzielt noch im Gesammtstaate zu Stande kommen, wenn die deutsche Einheitsbewegung unterdrückt wird, und die deutsche Einheit außerhalb Oesterreichs nicht zu Stande kommt. Dasselbe gilt von den Magyaren. Und wenn irgend etwas die Italiener bewegen könnte, sich mit der österreichischen Herrschaft zufrieden zu geben in Hoffnung auf Besseres, so wäre es eben dieses Anschließen Oesterreichs an Deutschland.

Die Möglichkeit des Fortschrittes in Civilisation und Freiheit hängt aber auch für das deutsche Oesterreich selbst davon ab, daß sich eine freie deutsche Nation als Reich bildet, und daß die österreichische Gesammtmonarchie mit Deutschland in Verbindung bleibt.

An die Stelle des Despotismus ist in Wien sogleich Pöbelherrschaft getreten. Daß das Volk in Oesterreich eine constitutionelle Verfassung will, wie die übrigen deutschen Stämme, leidet keinen Zweifel: allein der Uebergang dazu wird schwer und langsam sein, da die Regierung seit Jahrhunderten alle Vorbereitungen versäumt, allen Fortschritt unterdrückt hat. Wird Oesterreich von Deutschland getrennt, so fällt die größte Garantie fort gegen Rückkehr sowohl der Unterdrückung als der Anarchie. Aber ebenso auch die beste Gewähr für die Regierung gegen die maßlose Reaction, welche jener Despotismus in Oesterreich hervorgerufen hat. Jeder der Oesterreich kennt, weiß, daß der Liberalismus seit 20 Jahren dort viel bitterer, maßloser, zerstörender war, als in irgend einem andern Theile Deutschlands, besonders aber als in Norddeutschland. Die deutsche Entwickelung wird der österreichischen Regierung jetzt, da die Regierung in Preußen wieder zu ihrem Ansehen gelangt ist, eher als Maß nützlich, denn als Ausschweifung gefährlich sein: wenn nämlich die deutsche Reichsverfassung sich unter Preußens und überhaupt unter norddeutschem Einflusse bald und friedlich gestaltet. Mitzuwirken, daß dies geschehe, muß also Oesterreichs wahre Politik sein.

Soviel von der österreichischen Politik.

Werfen wir nun noch einen Blick auf Deutschland selbst im engern Sinne: auf das Deutschland des künftigen Reiches.

Die Ausscheidung Oesterreichs aus den Berathungen über die künftige Reichsverfassung ist die erste Bedingung um eine völlige Anarchie zu verhüten.

Das erste Stadium in Frankfurt ist zu Ende. — — —
— — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — —

Unterdessen tritt ein Napoleon an die Spitze Frankreichs: Rußland und Frankfurt drohen in Dänemark: der in wenigen Monaten bevorstehende Krieg in Italien kann den Feind bald an die Grenzen führen. Ganz Süddeutschland ist in Schwäche: Sachsen und Thüringen sind in nicht besserem Zustande. Wer hat größeres Interesse, daß ein Ausweg jetzt gefunden werde, als Oesterreich, wenn es nicht die übrigen deutschen Regierungen sind. —
— — — — — — — — — — — — — —

Allein wie ist dieses möglich, ohne das gleichzeitig das Verhältniß mit Oesterreich festgestellt wird? wie aber kann dies geschehen, ohne daß Oesterreich aus jenen Berathungen ausscheidet, indem seine Regierung mit der Centralgewalt und den Fürsten Verhandlungen eröffnet auf der Basis, die sich staatsrechtlich und politisch als die einzig möglich zeigt?
— — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — —

Also die praktische Betrachtung führt in allen ihren Theilen auf dasselbe Ergebniß. Es ist Europa gut und nur gut, daß ein einheitliches Deutschland als Bundesstaat sich bilde und daneben ein ihm eng und für friedliche Zwecke verbündetes Oesterreich. Die Gestaltung dieses Bundesstaates und dieser Gesammtmonarchie ist ein großes Bedürfniß für Deutschland, wie für Oesterreich: sie ist aber nicht möglich weder für diese Monarchie noch für jenen Bundesstaat, ohne daß Oesterreich sich willig und freundlich, auf der Basis der bestehenden Verträge neben Deutschland stelle und offen erkläre, daß es den engern Reichsverband ebensowenig hindern will, als es ihm beitreten kann: daß es aber das Verhältniß der Bundesverwandtschaftlichkeit auf der Basis des bestehenden Bundesrechts weiter auszubilden sogleich bereit ist.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. F. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 13. Frankfurt a. M., Samstag 13. Januar. 1849.

Uebersicht.

Die gestrigen Verhandlungen in der österreichischen Frage.

Deutschland. Frankfurt (Hr. v. Würth. Parlamentarisches.) Wien (Nachrichten aus Ungarn. Der Belagerungszustand.) Kremsier (Die Erklärung des Ministeriums über die Grundrechte. Oesterreich und Deutschland. Coalition gegen das Ministerium. Drohende Stimmung in Prag.) Berlin (Die Wahlversammlungen. Die politischen Verfolgungen. Allgemeines Militärstrafgesetzbuch. Staatverträge über die elektrisch-magnetische Telegraphenlinie.) Neuß (Temme gewählt.) München (Graf Giech. Freiherr v. Closen.) Aus Würtemberg (Die letzten Debatten der Abgeordnetenkammer.) Hannover (Commodore Parker.) Aus Baden (Von Gottes Gnaden.) Mannheim (Bürgermeisterwahl.) Darmstadt (Die Haltung der ersten Kammer.) Weimar (Die Publikation der Grundrechte.) Schleswig (Die Dänen auf Alsen. Adresse gegen die Abtrennung Schleswigs.) Hamburg (Adresse für das Erbkaiserthum.)

Großbritannien. London (Abreise Bunsens nach Berlin. Kalifornisches Goldfieber. Der Examiner für die preußische Hegemonie.)

Schweiz. Bern (Der Bundesrath Ochsenbein. Der Flüchtlingsprozeß.) Zürich (Der Fremdenhaß und Prof. Lohbauer. Prozeß zwischen der abgetretenen Regierung von Luzern und der von Uri. Radetzky und das Kanton Tessin.)

Aegypten. Alexandrien (Bestätigung des Einzugs Abbas Pascha's.)

Deutschland.

> **Frankfurt**, 12. Jan. Die heutige Verhandlung schien einen für das Ministerium ungünstigen Verlauf nehmen zu wollen. Alle Kräfte seiner Gegner waren aufgeboten, und nur Beckerath unterbrach die fortlaufende Reihe der Redner, die aus verschiedenen Standpunkten und darum bald für bald gegen den Mehrheitsvorschlag, aber alle gegen das Minderheitsgutachten, also gegen das Ministerium, sprachen. Nachdem Ludwig Simon von Trier, wenn er auch die Politik Oesterreichs durch die Zusammenstellung der Widersprüche seines Bevollmächtigten aufs härteste geißelte, dennoch mit Oesterreich eins zu bleiben, mit aller Gluth der Leidenschaft beschworen hatte, nachdem Raveaux durch die treuherzige Biederkeit in der Erzählung von den deutschen Sympathien in Oesterreich die Herzen gewonnen hatte, nachdem Wydenbrugk mit scharfsinniger Dialektik die juristischen Bedenklichkeiten einer Konstituirung ohne Oesterreich nachgewiesen hatte, kam endlich Würth, um durch die materiellen Vortheile, die Oesterreich zu bieten habe, die Schwankenden zu ködern, und bei den Leichtgläubigen Preußen durch Schmähungen herabzusetzen! War es doch, als ob es erst soweit kommen mußte, damit Rächer der beleidigten Wahrheit aufträten! Würth wurde beschämt, und mit derben und einfachen Worten vernichtete Wurm die Scheingründe seiner Gegner.

Herr v. Würth hatte sich nicht gescheut, aus den Quellen, die ihm nur durch seine amtliche Stellung als Unterstaatssekretär zugänglich gewesen waren, zu schöpfen, und noch dazu getrübt sie der Versammlung zuzuführen. Er behauptete versichern zu können, und das sollte heißen, er wisse es aus den Akten des Reichsministeriums, daß das Ministerium Brandenburg geblieben sei, weil die National-Versammlung seine Entlassung gefordert habe, daß auf die Vorstellungen der Reichskommissäre gegen die Auflösung der Berliner Versammlung das Ministerium geantwortet habe, es sei das eine innere Angelegenheit, in welche die Centralgewalt sich nicht zu mischen habe, daß endlich am 5. Dez. selbst, des Nachmittags die Reichskommissäre dem Minister Brandenburg von der Oktroyirung einer Verfassung abgerathen und — der Minister auch davon abzusehen geschienen, sie dann aber, als sie nach Hause gekommen, die Verfassung bereits gedruckt und veröffentlicht vorgefunden hätten! — Da erhob sich aber Hergenhahn, der Eine der beiden Reichskommissäre, hingerissen von dem Gefühl der tiefsten sittlichen Entrüstung; er erklärte die Angaben von Würth für unwahr; und es bedurfte nur der einfachen Berufung auf das Gefühl der Versammlung, ob das ehrliche Waffen wären, deren die Gegner des Ministeriums sich bedienten, um ein einstimmiges Verdammungsurtheil über sie aussprechen zu lassen. Vergebens versicherte Würth, daß es Wahrheit sei, was er gesagt habe — und leider hat er soweit Recht, daß das Ministerium Brandenburg die Oktroyirung der Verfassung den Reichskommissären verheimlicht hat, wenn es sie auch nicht das Gegentheil hat glauben machen — die Versammlung wies solche Mittheilung zurück, und sie hörte mit Vertrauen die Versicherung Simson's, daß aus den Gesammtberichten der Reichskommissäre sich eine andere Anschauung ergeben würde, und daß er wenigstens sich nicht rühmen könne, bei seiner Stellung als Beamter des Reichs sich immer und vor Allem als Preuße gefühlt zu haben! — Schmerlings Gegensatz zuckte durch alle Gedanken; die Gallerie brach in Jauchzen aus.

Herrn Wurm's Rede war wie das Wetterleuchten, das die Luft von unreinen Dünsten säubert; Schlag auf Schlag zerriß er die Wolken, mit denen die Vertheidiger des österreichischen Systems das klare Bild der Wirklichkeit verdunkelt hatten! Hatte Hr. Würth die deutsche Politik Oesterreichs so weit erhoben, daß er Windischgrätz als Stern den preußischen Ministern zur Seite hielt, so bewies Wurm, wie die österreichische Politik sich nicht aus Metternich's Geleise entfernt hätte — und wir könnten ihn mit Beweisen aus der allerneuesten Zeit über das deutschlandfeindliche Verfahren Oesterreichs in der Moldau und Wallachei unterstützen — „die Thatsachen," sagte er, „haben sich nicht geändert; aber ich begreife, daß sich die Sprache Oesterreichs geändert hat." Er zeigte dann den Ursprung jener Politik, welche in Deutschland die beiden großen Mächte sich das Gleichgewicht halten lassen wolle, wie der Gedanke von Frankreich erfunden, von Rußland aufgenommen, und endlich von Oesterreich ausgeführt sei; er zeigte wohin dies Schaukelsystem führe. Er that ferner dar, daß Oesterreichs Eintritt in den deutschen Staat dieses Schaukelsystem erhalten müsse. Wie soll denn sonst, fragte er, Oesterreich in Deutschland eintreten? Die Herren, die soviel von Oesterreichs Theilnahme am deutschen Bundesstaat redeten, sie wüßten wohl nicht eher einen Weg dazu, als er; sie hätten zwar immer gesagt, sie wollten sagen, wie sie sich eine solche Verfassung dächten; aber sie hätten es nie gethan. „Ich bin, fuhr der Redner fort, in Süddeutschland geboren, und wohne in einer freien Reichsstadt; alle meine Sympathieen gehören also dem alten Reich, und ich würde Oesterreich an die Spitze des deutschen Bundesstaats stellen, wenn es sich ihm unterwerfen wollte, ihm unterwerfen könnte — es kann es aber nicht — und das war auch die Anschauung der Gegner zu einer Zeit, als sie noch unbefangen waren; denn zwei Tage vor dem 18. Dezember hatte sich das gesammte Ministerium zu einer Erklärung vereinigt, die von dieser Anschauung ausgeht" und der Redner führte den bekannten Antrag an, den das Ministerium stellen wollte, und nachher zurückzog, worin es heißt, die Lage der Dinge verbiete die Unterwerfung Oesterreichs unter die beschlossene Verfassung. „Endlich", schloß der Redner, „sollte man doch nicht Ausdrücke gebrauchen, welche die Sache verdrehen und im Volke Mißverständnisse erwecken müssen! Kann man das Theilung Deutschlands nennen, wenn zwei Drittel desselben sich enger als bisher zusammenschließen, und mit dem andern Drittel mindestens in demselben Verbande wie bisher — denn darauf geht der ministerielle Antrag — bleiben? Ist das eine

Ausstoßung Oesterreichs, wenn wir ein Gebäude errichten, worin Oesterreich willkommen ist, sobald es eintreten will, sobald es eintreten kann?"

Wir brauchten dieser klaren Widerlegung nichts hinzuzusetzen. Es sei uns aber noch erlaubt, für diejenigen, welche Raveaux's Berufung auf Saucken's Anerkennung der deutschen Sympathien in Oesterreich gehört haben, mitzutheilen, daß Saucken allerdings die angeführte Aeußerung gethan hat, aber zugleich versichert, auf ihn habe der Jubel des österreichischen Volks bei der Wahl des Reichsverwesers den Eindruck gemacht, als freue sich das Volk über die vermeintliche Erwerbung Deutschlands für Oesterreich; als er in einer Tischrede geäußert, Oesterreich solle nun auch in Deutschland aufgehen, „habe man ihn zwar wegen seiner Rede bekomplimentirt, gegen diesen Satz aber protestirt."

Wir haben gestern des Eindrucks erwähnt, den die Rede des Herrn von Schmerling auf uns gemacht hat! Uns ist nicht wohler um's Herz geworden, als wir heute sein Benehmen beobachtet haben. Von dem ruhigen Ernst, den Gagern allen Angriffen, die wahrlich nicht minder maßlos auf seine Politik gerichtet wurden, würdig entgegensetzte, stach das besänftigende Lächeln des österreichischen Diplomaten verletzend ab. Es liegt, auch wenn er schweigt, etwas wie Hohn in dem Wesen dieses Mannes. Das menschliche Gefühl darf zwar in der Politik keine Rolle spielen. Aber es wird wohl Manchem gehn, wie uns, daß es ihm kein freudiges Gefühl erweckt, zu denken, daß wenn Deutschlands Abgeordnete unsern Gagern verlassen, Hrn. v. Schmerling Deutschlands Zukunft anvertraut werden müsse. Denn wem sonst? Ein Abgeordneter der Linken antwortete freilich vor Kurzem auf die Frage: Aber wen wollen Sie denn statt Gagern's zum Minister machen? mit vielem Gottvertrauen: „Das weiß ich nicht!"

—x **Frankfurt**, 12. Jan. Es kann unmöglich der Sache der Oesterreicher förderlich sein, wenn bei ihrer Vertheidigung solche Waffen gebraucht werden, wie wir sie heut den Herrn v. Würth haben gebrauchen sehen. Ist es schon an sich selbst mit den einfachsten Forderungen der Diskretion schwer vereinbar, wenn ein Mitglied des Ministeriums seine frühere Stellung dazu benutzt, um Thatsachen, die es im amtlichen Verkehr erfahren, auf die Tribüne zu bringen, so ist es in der That, wie Abgeordneter Hergenhahn ganz richtig dem Herrn v. Würth entgegenhielt, wahrhaft unerhört, daß ein solches Mitglied amtliche Mittheilungen, die es im Ministerrathe mit eignen Ohren gehört hat, entstellt auf solche Weise preisgibt. Der lebhafte Beifall, welchen die Linke dem sonst so gehaßten Herrn v. Würth bewies, muß diesem das Unangemessene seines Betragens deutlich gemacht haben.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 12. Jan. Die Hoffnung dem Gagern'schen Programm eine Majorität zu gewinnen, wächst mit jeder Stunde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das von Westendhall eingebrachte Amendement, eine Paraphrase des Minoritätsantrags, vor der Abstimmung zurückgezogen. Dagegen ist ein anderes, von der Rechten eingebrachtes, ein Mittel geworden, um an den ministeriellen Antrag noch zahlreiche bisher schwankende oder ganz dissentirende Stimmen heranzuziehen. Indem der Minoritätsantrag noch durch den Hinweis auf die Gagern'sche Rede von gestern als auf eine Interpretation des Programms erweitert wird, ist eine Formel gewonnen, der sich die Minorität des Ausschusses ebensowohl wie das Ministerium anschließen kann, während sie zugleich nicht wenige Stimmen aus der Fraktion der Rechten, sowie aus der des Pariser Hofes — ja, wir hören auch die Stimme des Herrn von Schmerling gewinnen, Andere wenigstens zur Enthaltung von der Abstimmung vermögen wird.

△ **Wien**, 8. Jan. Seit dem gestrigen kurzen Bulletin über die Besetzung von Pesth und Ofen haben wir keine offiziellen Nachrichten mehr von dort. Es ist zwar ein Kurier mit Depeschen für den Feldmarschallleutenant Welden angekommen, doch dem Inhalte nach nichts zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Handelsnachrichten sagen, daß Kossuth sich mit einer großen Streitmacht entfernt und so viel an Geld und Waffen mitgeführt hat, als er zusammenbringen konnte; die Kronjuwelen des heiligen Stephan soll er wirklich weggebracht haben, um sie in Szegedin zu verbergen, wo er für den Augenblick sein Hauptquartier aufschlagen will. Ob die Festung Ofen schon an die kaiserlichen Truppen übergeben ist, weiß man noch nicht mit Gewißheit, da das gestrige Bulletin nur von der Stadt spricht — übrigens soll das ganze schwere Geschütz die neue Kettenbrücke passirt haben, und die Besorgniß, daß sie darunter brechen würde hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Obschon Pesth und Ofen besetzt sind, sieht man doch den Krieg hier noch nicht als beendigt an. Kossuth soll noch immer einen großen Anhang im Lande haben und besonders das Szegediner Komitat soll ganz fanatisirt sein. Doch läßt sich dagegen sagen, daß sich die Ungarn bis jetzt mehr durch rohe Gewaltthaten und Grausamkeiten, als durch wirklichen nationalen Fanatismus ausgezeichnet haben. Ich glaube, daß sie Szegedin preisgeben werden, wie sie Raab und Pesth Preis gaben. Kossuth will in Szegedin neue ungarische Banknoten emittiren, er hat zu diesem Zwecke die Presse mitgenommen. Mit großer Spannung sieht man hier den Ergebnissen der heutigen Reichstagssitzung in Kremsier entgegen, und hält eine Auflösung des Reichstags beinahe für beschlossen, was in diesem Augenblicke nicht ohne nachtheilige Wirkung auf Böhmen bleiben dürfte. — Hier ist es so ruhig, als es der Belagerungszustand mit sich bringt, in welchem in letzterer Zeit wieder einige Verschärfungen eingetreten sind. Die Patrouillen führen des Nachts Kanonen mit sich und bei den Kompagnien, welche zur Ablösung der Wachen bestimmt sind, sieht man jetzt wie im strengsten Festungsdienste Vorposten mit gespanntem Hahne vorausgehen.

** **Kremsier**, 6. Jan. Der Minister des Innern hat aus dem §. 1 der Grundrechte eine Kabinets- oder vielmehr richtiger eine Reichstagsfrage gemacht. Denn im Hintergrunde der Ministerialerklärung steht die unzweideutige Andeutung, daß nach etwaiger Annahme dieses Paragraphen von Seiten der Kammer, nicht etwa das Ministerium, sondern der Reichstag weichen müsse. Die Sensation, die diese Erklärung auf alle Mitglieder des Hauses, ohne Unterschied der Parteifarbung, hervorbrachte, war eine mächtige, die unbedingten Parteigänger des Ministeriums ausgenommen. Die Ueberraschung ließ Niemand Worte finden; bis der Abgeordnete Szabel den glücklichen Einfall hatte, die zweite Lesung der Grundrechte bis zum 8. d. zu vertagen, um den Mitgliedern des Hauses durch die gedruckte Erklärung des Ministeriums die nöthige Einsicht zu verschaffen. Dahin mußte es kommen, um die verschiedenen Parteien des Reichstages das Bedürfniß erkennen zu lassen, sich gegenseitig zu nähern und ihre Kräfte zu concentriren. Nach dem bereits Geschehenen läßt sich mit Gewißheit erwarten, daß die Vereinigung eine vollständige und dauernde sein werde; willig bot die Rechte sowohl, als die Linke die Hand zu diesem Bunde, obwohl die Czechen durch die ihnen gemachten nationalen Zugeständnisse und die sonstigen vom Ministerium ihnen zu Theil gewordenen Begünstigungen nach der andern Seite gezogen waren. Sie allein wurden in speziellen Fällen zu Berathungen eingeladen und hatten mit einigen Auserwählten des Centrums ausschließlich den Zutritt zu den ministeriellen Cirkeln. Jetzt fallen auch ihnen die Schuppen von den Augen.

So wie hier mit den Slawen, so kokettirt das Ministerium jetzt mit Frankfurt, hier durch nationale Zugeständnisse, dort durch machiavellistisch-diplomatische Unterhandlungen. Wehe dir, armes Deutschland, wenn die Früchte deiner Erhebung im Jahre 1848 in seinem Sinne wären! wenn die alte Habsburg-Lothringische Politik dir das Grablied deiner jungen Freiheit sänge! Es schneidet mir durch's Herz, daß ich als geborner Oesterreicher so wenig Sympathie in meinem Herzen fühle für die Regierung des Landes, dem ich angehöre; aber ich muß es deutsch und offen hinausrufen nach meinem deutschen Vaterlande: „Hüte Dich vor Oesterreich, wenn Dir deine Freiheit lieb ist!" Deutsches Parlament in Frankfurt! laß Dich nicht irre führen durch die österreichische Diplomatie, warte nicht, bis Oesterreich, wenn es seine Zwecke bei Dir nicht erreicht, seine Deputirten abruft, ergreife selbst die Initiative, sende uns unsre Deputirten wieder zurück, die Zeit der Einigung Deutschlands ist noch nicht gekommen. Sie wird nicht ausbleiben, denn Oesterreich kann so wenig ohne Deutschland, wie Deutschland ohne Oesterreich bestehn. Aber bis zu diesem Zeitpunkte trenne dich von Oesterreich, mache eine Scheidewand zwischen dir und ihm, denn noch sind wir nicht frei, und Deutschland kann nur freie Brüder brauchen. Möge die deutsche Kaiserkrone wer immer tragen, nur ein Habsburger nicht!

Der Unterstaatssekretär Helfert beabsichtigte an demselben Tage, an dem der Minister des Innern die Erklärung in der Kammer ablas, einen eignen Entwurf der Grundrechte vorzulegen. Er war schon in gedruckten Exemplaren an einige Abgeordnete

der Rechten und des Centrums vertheilt. Ich war in der Lage, Einsicht davon zu nehmen, er ist ganz der Verfassungsurkunde für den preußischen Staat entnommen, nur mit Modifikationen aller freisinnigen Grundsätze. Todesstrafe, körperliche Züchtigung, öffentliche Ausstellung, Brandmarkung und bürgerlichen Tod will er beibehalten wissen. Von der sorgfältigen Ausschließung aller möglichen Preßbeschränkungen ist gleichfalls keine Rede. Religionsverschiedenheit bildet ein Ehehinderniß. Aus diesem Wenigen können Sie den Geist des Entwurfs entnehmen.

In der nächsten Sitzung soll das Ministerium ein Mißtrauensvotum erhalten, welches von der Rechten ausgehend, von allen Mitgliedern derselben, so wie von denen der Linken unterzeichnet ist. Der czechische Abgeordnete Dr. Pinkas sammelt die Unterschriften. Das Ministerium befindet sich gegenwärtig in Wien; was es für Repressalien gebrauchen, wie es sich verhalten wird, darüber sind die Vermuthungen verschieden. Die Einen glauben, man werde die Kammer auflösen, die Andern, das Ministerium werde über das Mißtrauensvotum zur Tagesordnung gehen, und bei dem Vertrauensvotum der Armee sich beruhigen.

△ **Kremsier**, 7. Jan. Gestern Vormittag sandte der Klub der Czechen oder Rechten eine Deputation in jenen der Linken, um sich zu versöhnen und gemeinschaftlich gegen das Ministerium zu operiren. Präsident Strobbach wird morgen den Präsidentenstuhl an den ersten Vicepräsidenten Doblhof überlassen, um selbst mit der Oppositionspartei zu wirken. Die Abgeordneten Pinkas und Rieger waren bei Borrosch, um auch ihm im Namen der ganzen Rechten die Bruderhand zu reichen. Die Oppositionspartei soll auf die Auflösung des Reichstags gefaßt sein, und, wenn das Ministerium nicht nachgeben will, die Niederlegung sämmtlicher Mandate beschlossen haben, um so vielleicht eine größere Wirkung im Lande hervorzubringen, als es nach einer von Sr. Maj. verfügten Auflösung der Kammer der Fall sein dürfte. Der Slovanska Lipa (der sogenannten dritten Staatsgewalt, welche nach allen Seiten hin eine beispiellose Thätigkeit entwickelt), werden diese Ergebnisse unter der czechischen Partei der Kammer zugeschrieben. Nachrichten aus Prag melden, daß sich dort eine große Unzufriedenheit und Aufregung manifestirt, welche eigentlich immer gegen alles Deutsche unter der Asche glühte und die nur eines Vorwandes harrte, um hervorzutreten. Der Vorwand ist gefunden und zwar diesmal in einem Befehle des Ministeriums, welcher bei der dortigen Nationalgarde das deutsche Kommando verfügt, wie es in der ganzen Armee besteht, nachdem man versucht hatte, das Kommando der Prager Nationalgarde in czechischer Sprache einzuführen.

*** **Berlin**, 9. Jan. Noch wissen wir nichts vom Ausschlag unserer Wahlen. Heftigkeit und Ungestüm sind in den Wahlversammlungen gegen früher gewachsen, die Wähler sind seitdem Bürgerwehrmänner gewesen, sie haben Waffen getragen, vielleicht in Steinwürfen und im Feuer gestanden und sind dann aufgelöst worden, und man hat ihnen ihre Waffen abgenommen! Und fehlt es sonst an Gründen, um erbittert zu sein, oder wenigstens zu scheinen, wo das Gespenst der Reaktion in manchen Dingen wirklich verkörpert erscheint? Wo eine Meinung sich geltend machen will, die der Partei der Nationalversammlung nicht gefällt, erhebt sich ein furchtbarer Tumult; die Augen schießen flammende Blicke, die Fäuste ballen sich, die Stühle werden gerüttelt und ein: heraus mit den Reaktionären! wird, je nachdem, vom Gemurmel zum lauten Ruf. Die anders Gesinnten, sind überall, wie Sie wissen, stille Leute; wo die Macht einer Donnerstimme fehlt, reichen vernünftige Vorstellungen und Gründe nicht aus. Ja der Lärm wird oft so bedenklich, daß selbst die Führer der Partei sich alle Mühe geben, ihre Anhänger zu beschwichtigen. Dies könnte uns schon ein Fingerzeig sein, daß die Gefahr nicht so groß ist, als es den Anschein hat; wenn man aber schärfer die Masse in's Auge faßt, sieht man die Schreier immer in einem wohlgeschlossenen Keil zusammenstehen, was auf eine gute Taktik schließen läßt, die der Partei überhaupt nicht abzusprechen ist, aber nicht auf die Gewißheit ihres Sieges. Sie schrieen, um einzuschüchtern, was in Versammlungen seine Wirkung haben mag, bei der eigentlichen Wahl könnte aber das Resultat ein ganz anderes sein. Von den stillen Leuten sind viele in den Stürmen zum Bewußtsein erwacht, was sie zu thun haben, um sich und das Ganze zu retten; sie lernten nicht schreien, aber sie wissen, daß sie handeln müssen, wo es gilt. Nichts destoweniger bleibt die Wahlschlacht hier, und auch anderwärts, eine zweifelhafte, und kein Patriot darf es sich verbergen, daß die Regierung selbst einen Theil der Schuld trägt. Als sie durch die Kraft der That siegte, jauchzte ihr das Land Beifall zu. Wir glauben nicht, daß dieser Beifall weder den König noch das Ministerium berauscht hat. Beide sahen und sehen noch jetzt die hohlen Gründe, die scharfen Erdrisse, zwischen denen ihr gefährlicher Weg sich windet. Sie fahren dazwischen nicht mit dem Stolz des Siegers, nur mit der Entschlossenheit des Mannes, der sein Alles einsetzte für ein unternommenes Werk, sei es auch, sich selbst. Die Anklage gegen die Steuerverweigerer war bei der Regierung selbst nicht von eigentlichem Rachegefühl eingegeben, es war auch nicht Siegesrausch, welcher sie irre führte. Die Regierung ließ sich nur von ihren Anhängern quand même überreden, daß auch dies ein Akt der Nothwendigkeit, ein Theil des Werkes sei, um den Abgrund der Anarchie völlig zu schließen. Der Justiz müsse wegen des Aktes offenbarer Auflehnung Genüge geschehen, eines Aktes der Ungesetzlichkeit, welcher Allen die Augen eröffnet, welcher es eigentlich gewesen, der die Nationalversammlung stürzte. Das riefen zehntausend Stimmen ihr zu, auch die ersten Juristen und Gerichte, die von jener strengen alten, ehrbaren Gesinnung, die Buße verlangte für jeden Frevel. Die Krone vergaß einen Augenblick, welches Unheil die juristischen Consequenzen über das Vereinigungswerk, und damit über das ganze Land gebracht, sie gab dem „gerechten" Verlangen nach, sie ließ die Klage zu. Und es hat sich auf's Neue erwiesen, daß die höchste juristische Weisheit nicht ausreicht, wo die alte Erde, in ihren Fugen erschüttert, aus den Geleisen irrt. Es gilt da einen andern Rechtsboden suchen, als in den Codices und Gewohnheitsrechten. Indem sie den Staatsanwalt die Uebertreter von vorhin angreifen l i e ß — ich lege Nachdruck auf dies letzte Wort, sie ließ es nur zu, weil man ihr vorgestellt, es sei recht und nothwendig — da verließ sie den Boden, das Kampffeld, auf welchem sie eben gesiegt, den Titel der That, der Kraft, des Impulses, und kehrte zum legalen Wege zurück. Das war eine Inkonsequenz, die sich gerächt hat. Kraft eines göttlichen Rechtes, kraft des Rechtes der glücklichen Sieger, der Alexander, Cäsar, Karl, hatte sie das Vorhin überwunden, das Recht, was sie für sich in Anspruch nahm, hätte sie auch für die Ueberwundenen müssen gelten lassen; sie hätte tabula rasa machen, und wenn man nach ihrem Rechtstitel nicht fragen sollte, auch nicht nach den Schuldtiteln ihrer überwundenen Gegner fragen sollen. Daß sie es doch that, wird nicht allein auf die Wahlen unheilvoll einwirken, es hat auch schon auf das Schicksal unseres deutschen Vaterlandes eingewirkt. Es braucht nicht der Argusaugen unserer Feinde, um diese Inkonsequenz zu einem Verbrechen umzustempeln, um das eine Kaiserkrone in Wolken zerfließt und vielleicht — wolle Gott daß es nicht wird! — die deutsche Einheit! Daß die Verhaftung in Münster, einer jener hastigen Schritte juristischer Rechtsversessenheit, gegen den Willen der Regierung geschah, hilft ihr nichts; es hat sich nur auch da das alte Spiel wiederholt, daß unsere Freunde unsere schlimmsten Helfer sind. Wir geben nun deshalb übrigens nichts verloren, denn was die Freunde verderben, werden die Feinde reichlich ersetzen. Laßt sie das legale Verfahren gegen unsere Steuerverweigerer in eine Parallele bringen mit den blutigen Verfolgungen in Wien. Mögen nur ihre Freunde nicht dagegen die Regierung durch Auseinandersetzungen vertheidigen. Sie erreichen damit nichts. Das Gefühl, welches die politischen Verfolgungen in Preußen verdammt, ist zu unmittelbar. Eine Regierung hat, wie wir noch so eben erfahren, keine mächtigere Stütze, als das Mitgefühl der Nation, aber auch keinen gefährlicheren Gegner.

Berlin, 9. Jan. Der geh. Justizrath Fleck vom Kriegsministerium ist vorgestern nach Frankfurt abgegangen, um im Auftrage des Reichskriegsministeriums an der Berathung eines allgemeinen Militärstrafgesetzbuches Theil zu nehmen.

Berlin, 9. Jan. Welche Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten der Unterhandlung der bisherige Zustand des deutschen Staatsrechtes nothwendig macht, um eine große und nützliche Anlage auch nur durch etliche deutsche Dynasten-Länder und die freien Stadtgebiete zu führen, geht z. B. daraus wieder hervor, daß behufs der elektro-magnetischen Telegraphenlinie von Berlin nach Köln und Frankfurt a. M. nicht weniger als 9 völkerrechtliche Verträge und ein Privatvertrag (mit der Thüringer Eisenbahn-Gesellschaft) nothwendig geworden sind. Nämlich Verträge mit Hannover, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Kurfürstenthum

Hessen, Großherzogthum Hessen, Frankfurt a. M., Anhalt-Dessau und Köthen, Großherzogthum Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha. (Voss. Z.)

Neuß, 8. Jan. An die Stelle des Abgeordneten Prof. Dr. Dieringer von Bonn und des zurückgetretenen Stellvertreters Hrn. Kaufmann M. Frings von hier, wurden die Herren Oberlandesgerichts-Direktor Temme von Münster, der bekanntlich verhaftet ist, und als dessen Stellvertreter der Gymnasial-Lehrer Blumberger von hier nach Frankfurt gewählt. Auch hier wurde diesen Morgen eine politische Verhaftung vorgenommen, die schon längst bevorstand; der Verhaftete wurde nach Düsseldorf abgeführt. (Düss. Z.)

München, 8. Jan. Reichsrath Graf v. Giech, der sich gegenwärtig noch in Frankfurt befindet, hat die vom Könige ihm zugedachte Präsidentenwürde in der Kammer der Reichsräthe nicht angenommen. — Die Nachricht, Freiherr v. Closen sei auf der Reise nach Olmütz unterwegs durch einen Kourier, der ihm nacheilte, zurückberufen worden rc., ist gänzlich aus der Luft gegriffen. Frhr. v. Closen war in Olmütz, vollbrachte dort seine Mission, wurde von Sr. Maj. dem Kaiser, wie von dem ganzen kaiserl. Hofe freundlichst aufgenommen und ist gestern Abends, direkt aus Olmütz kommend, wieder hier eingetroffen. Derselbe wird dem Vernehmen nach nicht sofort auf seinen Posten nach Frankfurt zurückkehren, sondern vorerst einige Zeit noch hier verbleiben. (A. Abdz.)

÷ **Aus Würtemberg**, 10. Jan. Die neue Gestaltung des deutschen Staatslebens regt von Zeit zu Zeit ganz neue Fragen an, bei deren Lösung man sich vergebens nach einem positiven Anhalt umsieht und die vielmehr bis jetzt und bis bestimmte Normen darüber feststehen, einzig und allein aus der Natur der Sache zu beantworten sind. Eben deshalb aber mag es von Interesse sein, Fragen dieser Art, wo sie auftauchen, und die Art und Weise ihrer Lösung auch in weiteren Kreisen zu besprechen, und in dieser Rücksicht verdienen die letzten Debatten unserer Abgeordneten-Kammer auch außerhalb Würtemberg eine größere Beachtung, als sie sonst vielleicht in Anspruch nehmen dürften. Es handelte sich um den außerordentlichen Bedarf des Kriegsdepartements für das Budgetjahr 1848—49, hauptsächlich durch den jüngsten Aufenthalt dreier Regimenter in Baden, durch die Ausrüstungsgelder für die Offiziere der nach Schleswig entsendeten Truppen, durch den Ankauf der für letztere weiter erforderlichen Pferde und durch die Mehrkosten des Unterhalts gegenüber dem gewöhnlichen Friedensstande veranlaßt und zu einer Summe von mehr als 750,000 fl. veranschlagt. Die Finanzkommission der Kammer war von der Ansicht ausgegangen, daß, da von der Regierung nicht nachgewiesen worden, daß innere Verhältnisse ein stärkeres Truppenaufgebot, als das des Friedensfußes, erforderlich gemacht, das ganze Mehraufgebot auf Rechnung der Erfüllung von Zwecken des deutschen Reichs zu setzen sei, sei es, daß die Verfügungen der Reichsgewalt unmittelbar die Bereithaltung einer höheren Truppenzahl anordneten oder daß während der Verwendung von Truppen außerhalb des Landes der Abgang durch einen höheren Mannschaftsstand der zurückgebliebenen Regimenter ersetzt werden mußte; wenn nun gleich Würtemberg vollkommen bereitwillig sei, seine Truppen für die von der Nationalversammlung für nothwendig erkannten Zwecke zur Verfügung zu stellen, so müsse man doch, nach dem Grundsatze, daß jeder Aufwand von Demjenigen zu tragen sei, der ihn veranlaßt habe, darauf bestehen, daß den würtembergischen Ständen keine Verwilligung von Kosten angemuthet werde, welche die würtembergische Regierung nicht verursacht und wofür nicht sie, sondern die Reichsgewalt, die Verantwortlichkeit zu übernehmen habe. Auf diese Argumente gestützt, hatte die Kommission den Antrag gestellt, der Regierung zu überlassen, den Ersatz dieses Aufwands von der Seite zu bewirken, von welcher die Veranlassung dazu gekommen und den gesammten Mehraufwand für die außerhalb der würtembergischen Grenze verwendeten Truppen, sowie für den Friedensfuß übersteigenden Etat im Lande zu streichen. So einfach indeß, wie die Kommission sie hier darstellt, dürfte die Sache doch schwerlich sein. Die Centralgewalt war augenscheinlich kompetent, alle die Anordnungen, welche sie für die Sicherheit Deutschlands nach außen und innen getroffen hat, zu treffen, demnach auch den Ausmarsch der würtemb. Truppen anzuordnen, und die würtemb. Regierung war verpflichtet zu gehorchen. Aber es fragt sich, ob der einzelne Staat die für das Ganze aufgewendeten Kosten definitiv zu tragen, oder ob nicht vielmehr, wenngleich den Kammern eines Einzelstaates nicht das Recht zustehen kann, Lasten, welche von der Centralgewalt aufgebürdet werden, ihrer Kognition zu unterziehen, die Centralgewalt die daraus erwachsenden Kosten auf sich zu nehmen und auf die einzelnen Staaten später zu repartiren hat? Die letztere Ansicht erhielt in der Kammer die Majorität und es wurde, mit Verwerfung des Kommissionsantrags, der Beschluß gefaßt, die bereits aufgewendeten Summen zu genehmigen, aber unter dem Vorbehalt ihrer Wiedererwerbung aus der Reichskasse, einer Reichskasse freilich, die, wie der Staatsrath Römer bemerkte, wahrscheinlich gar nicht existire, jedenfalls aber gänzlich leer sei. Ob übrigens im vorliegenden Fall Würtemberg große Ursache hat, auf Ersatz der aufgewendeten Kosten zu dringen, mag dahin gestellt bleiben, da von den meisten übrigen deutschen Staaten und namentlich von Preußen wohl noch weit stärkere Gegenrechnungen eingegeben werden könnten: aber es ist wichtig, im Allgemeinen das Prinzip festzustellen.

Hannover, 9 Jan. Die hiesige „Morgenzeitung" meldet: Commodore Parker, der Boston am 20. v. M. verlassen hat, ist gestern Abend hier durch nach Berlin gereist, um von dort in Begleitung des amerikanischen Gesandten Don Eson nach Frankfurt zu gehen, wohin er zur Theilnahme an den Vorarbeiten für die deutsch Marine eingeladen ist.

△ **Aus Baden**, 10. Jan. Sie erinnern sich, daß das „Von Gottes Gnaden" aus dem Titel des Großherzogs weggefallen ist, obgleich ihrer Zeit 34 evangelische Geistliche des Landes, „im Namen des christlichen Volkes", dagegen protestirten. Die Sache ist jetzt beinahe vergessen, aber da erscheint plötzlich eine mit 547 ländlichen Unterschriften bedeckte Adresse, welche an jenen Protest anknüpfend, die zweite Kammer beschwört, „sich nicht an dieser Gottessache zu versündigen und weitere Strafgerichte Gottes über das Vaterland hereinzuführen." Ob die zweite Kammer dieser Beschwörung widerstehen wird, steht zu erwarten.

Mannheim, 11. Jan. Jan. Bei der heute hier vorgenommenen Wahl eines ersten Bürgermeisters unserer Stadt wurde O.-G.-Advokat L. Brentano mit 109 Stimmen gewählt. Jolly, der bisherige erste Bürgermeister, erhielt 88 Stimmen.

*** **Darmstadt**, 11. Jan. In unserer ersten Kammer werden Symptome sichtbar, aus denen es schwer ist, Schlüsse zu bilden. Zunächst gehört hierher ein von Freiherrn von Breitenstein am 6. d. Mts. erstatteter Bericht, einen Antrag mehrerer Mitglieder der ersten Kammer, die Reichsgesetzgebung über das Verfahren in bürgerlichen Prozeß- und Strafsachen und die denselben entsprechenden Grundlagen der Verfassung und Organisation der Gerichte betreffend. Die Antragsteller dringen auf von der Reichsgewalt ausgehende Prozeßordnungen für Deutschland; etwas, wogegen schwerlich jemand einen Einwand hat, vorausgesetzt, daß wenn die Arbeiten der Reichsgewalt in diesem Fache nicht sehr schnell voranrücken sollten, den Einzelregierungen überlassen bleiben müßte, auf den bereits gefundenen Grundlagen gesetzgeberisch fortzubauen. Statt dessen hat jener Bericht nicht nur beantragt, dem Antrage Folge zu geben, sondern auch eine Verwahrung gegen eine zu erwartende Gesetzesvorlage zu beschließen, die eine neue, der Vereinbarung vom Jahr 1836 nicht entsprechende, vielmehr nach dem Muster der französischen Proceduren verfaßte Gerichtsorganisation mit einem Verfahren in Civil- und Strafsachen für die Provinzen Starkenburg und Oberhessen enthält. Damit soll aber zugleich das Ersuchen verbunden werden, den Provinzen Starkenburg und Oberhessen die in denselben bestehenden, organischen Einrichtungen und Gesetze bis zu einer allgemein deutschen Gesetzgebung zu belassen und denselben zuzusichern, wie dieses in der Proklamation vom 6. März für die Provinz Rheinhessen geschehen ist. Wäre dieser Bericht nicht nur das Werk des Freiherrn v. Breitenstein, sondern auch dasjenige, was er allein auf seine Schultern zu nehmen und vor der zweiten Kammer und der öffentlichen Meinung zu vertreten hätte, so erregte dies keine Verwunderung. Denn der Freiherr, obgleich sonst ein gescheidter und selbst geistreicher Mann, gehört zu Denjenigen unsrer Adeligen, welche nichts gelernt und nichts vergessen haben; und wie er 1820, als Mitglied der zweiten Kammer, in der Oeffentlichkeit von deren Sitzungen blos den Zweck erkannte, „an den Sitzungstagen allemal eine gewisse Anzahl von Staatsbürgern mit dem Staatsinteresse theatralisch zu unterhalten," 1827 aber das französische Gesetzbuch eine „Brochüre" und 1830 den Code civil „ein vulkanisches Produkt der Revolution" nannte, so ist begreiflich,

daß er so viele Jahre später über denselben Horizont der Anschauung nicht hinaus kam. Aber daß der Ausschuß dieselben Töne mit anstimmt, daß er es in einem Augenblicke thut, wo Regierung und zweite Kammer in ganz anderer Richtung sich ausgesprochen haben und insbesondere ein bereits angenommenes Gesetz über Schwurgerichte bald in's Leben treten soll, das ist das Auffallende bei der Sache. Auch kann unmöglich als unabsichtlich angesehen werden, daß der Bericht weit geeigneter ist, die gestellten Anträge zu schärfen, als zu mildern. So ist in demselben von den am 6. Juni v. J. den Ständen vorgeschlagenen Grundzügen der neuen Gesetzgebung gesagt: „um ein solches Geschick von den Provinzen Starkenburg und Oberhessen abzuwenden"; der sogenannten Vereinbarung vom Jahr 1836, wo eine nach zweimaliger Auflösung unter dem starrsten Ministerialeinfluß gewählte zweite Kammer in ihrer Mehrheit allen Vorschlägen der Regierung willig folgte und namentlich die Institutionen Rheinhessens mit Füßen getreten wurden, eine fortgesetzte Anwendung gegeben; die Volkserhebung im März eine „Insurrektion" genannt; und endlich von der Gerechtigkeits- und Vaterlandsliebe des Großherzogs die Erwartung ausgesprochen, daß derselbe „sein altes, treues, hessisches Stammland von eben so fuglosen als schädlichen Neuerungen fernerhin werde verschont lassen." Und so äußert sich ein Brief der ersten Kammer fast zur selben Zeit, wo ihr die Berathung des neuen ständischen Wahlgesetzes vorliegt! Wird die erste Kammer, statt daran zu denken, ruhig und mit Resignation ihre jetzige Zusammensetzung aufzugeben, sich an ihre rothen Sessel klammern, auch da die Insurrektion mit einem Wehe belegen, und durch Verwerfung wesentlicher Bestimmungen des Wahlgesetzes einen Konflikt mit Regierung und zweiter Kammer herbeiführen? Noch liegt ein Schleier auf der Beantwortung dieser Fragen, aber die Vorzeichen sind bedenklich. Schon im Jahr 1820 hatte der jetzige Präsident der ersten Kammer, Prinz Emil von Hessen, als die Regierung sich bereit erklärte, das unfreisinnige landständische Edikt vom 18. März 1820 zurückzunehmen, in der ersten Kammer gesagt: Die erste Kammer sei mit Recht besorgt über die Folgen „einer so plötzlichen unmotivirten Sinnesänderung," und nichts würde ihn abhalten, sie dringend aufzufordern, ihren Pflichten getreu, „die zwar schwierige, aber ehrenvolle Stellung des Ministeriums einzunehmen und mit den Rechten der Kammer zugleich die Rechte des Thrones zu vertheidigen," wenn er nicht hoffe, daß doch keine Gefahren erwüchsen. Wäre es aber, dann u. s. w. (20. Okt. 1820) Dieses Aeußerste trat nicht ein oder scheint nicht eingetreten zu sein, jedenfalls unterließ damals der Prinz die Realisirung seiner Drohung.

Weimar, 10. Jan. Heute ist hier das Gesetz über die Grundrechte des deutschen Volkes in seinem vollen Umfange, sowie das Einführungsgesetz dazu, publicirt worden. Die Bekanntmachung geschah im Regierungsblatte, in welchem alle unsere Gesetze und Verordnungen amtlich erscheinen. (D.P.Z.)

⊙ **Schleswig**, 8. Jan. Die Dänen haben wieder auf Alsen einen Beitrag geliefert zu der Schilderung ihres Benehmens auf den deutschen Inseln. Eine Pastorswittwe in Sonderburg hatte die Sonderburger Adresse mit unterschrieben, worin die gemeinsame Regierung gebeten wird, dafür zu sorgen, daß Alsen nicht Dänemark inkorporirt werde, sondern bei Schleswig verbleibe. Der dortige neue Bürgermeister Lassen, um sich beim dänischen Gouvernement Lorbeeren zu verdienen, ließ die Witwe hierauf zu sich rufen und befrug sie hinsichtlich der Adresse. Die Pastorin erklärte, daß sie allerdings die Eingabe unterzeichnet habe, weil der Inhalt derselben ihrer vollen Ueberzeugung entspreche, weil sie glaube, ein Recht dazu zu haben, die von dem Könige von Dänemark durch seinen Kommissär eingesetzte gemeinsame Regierung für ihre und Alsens höchste Behörde bis zum Ende des Waffenstillstandes zu betrachten. Es erschien dem Herrn Bürgermeister „keck" und „frech," so etwas einem Beamten gegenüber zu äußern, und die Inquisitin wurde für ihre unerschrockene Ueberzeugung zu 10 Rthlrn. verurtheilt. Man forderte hierauf von ihr die Angabe derjenigen Personen, welche die Adresse entworfen haben, und da sie erklärte, nie eine Denunziantin gewesen zu sein, so ward ihr angekündigt, daß sie 1 Thlr. täglich Strafe zu zahlen habe, bis sie den Urheber nenne. Bald jedoch meldeten sich die Entwerfer der Adresse, einige wohlhabende Kaufleute in Sonderburg, und befreiten die gepeinigte Frau aus den Händen des Inquisitors. Den Kaufleuten ist natürlich der Prozeß gemacht wegen Hochverraths und diese Angelegenheit schleunigst noch Kopenhagen berichtet worden. So wird mit den Deutschen auf der Insel Alsen verfahren und dabei hat das dänische Gouvernement die Unverschämtheit zu sagen, es müsse eine starke Truppenmacht auf Alsen zum Schutze der persönlichen Freiheit und Sicherheit der Einwohner halten.

☿ **Schleswig**, 8. Jan. Nachstehende Erklärung circulirt hier in diesen Tagen und wird mit einer freudigen Hast ungewöhnlich zahlreich unterzeichnet, um alsdann nach Frankfurt zu wandern:

An das Reichsministerium des Aeußern in Frankfurt.

Einem hohen Reichsministerium

halten die unterzeichneten Bürger und Einwohner der Stadt Schleswig sich verpflichtet, folgende Erklärung ehrerbietigst zu überreichen.

Es ist zu uns die Kunde gedrungen, als wenn beim Friedensschluß mit Dänemark eine Trennung der seit Jahrhunderten staatsrechtlich auf's Engste verbundenen, unzertrennlichen Herzogthümer Schleswig und Holstein, von Dänemark projektirt und zu dem Ende dem Herzogthum Schleswig für sich eine sogenannte Selbstständigkeit und Souverainetät beigelegt werden könnte.

Wir verzichten darauf, den Sturm der schmerzlichen Gefühle zu schildern, die schon durch das Gerücht allein angeregt, die Bevölkerung Schleswig-Holsteins bewegen; aber wir halten es dagegen für eine unerläßliche, heilige Pflicht, hier unumwunden und laut zu erklären:

daß wir die Ausführung dieses Projekts, daß wir die Trennung Schleswigs von Holstein, in welcher Form es auch immer geschehen möge, als eine Verhöhnung unseres theuersten Rechts, als eine Vernichtung unserer deutschen Nationalität und unseres Landes, als einen Verrath an Deutschland betrachten, und daß wir fest entschlossen sind, für diesen Fall, selbst wenn unser Volk, wenn Deutschland uns verlassen sollte, den Krieg auf eigne Faust, den Krieg auf Leben und Tod mit dem Dänenvolk fortzusetzen! Deutsche waren wir, Deutsche sind wir und Deutsche wollen wir bleiben! Die engste Verbindung mit Deutschland, die endliche Aufnahme in den deutschen Bundesstaat ist das Ziel unserer heißesten Wünsche, und will unser großes Vaterland uns dies nicht erreichen helfen, so wollen wir wenigstens zeigen, daß wir seiner nicht unwürdig sind, und kämpfen, siegen oder untergehen!

Wir betrachten die Ausführung eines solchen Planes wie ein Mährchen! Man will wirklich den Frieden und will zugleich Schleswig-Holstein trennen? Ist es denn gänzlich in Vergessenheit gerathen, wofür die Herzogthümer den Kampf begonnen? Es ist hauptsächlich, um es noch einmal zu sagen, es ist ihr uraltes Recht der Unzertrennlichkeit, was durch dänischen Uebermuth gefährdet wurde. Würde man sie trennen, sei es unter diesem oder jenem Namen, so hieße das nach dem berüchtigten divide et impera, sie wehrlos der dänischen Treulosigkeit überliefern, also für die nächste Zukunft einen förmlichen Vernichtungskrieg provociren! Dies würde jetzt um so sicherer erfolgen, da das deutsche Nationalbewußtsein, eben nach 400jährigem Schlummer verjüngt und lebendig erwacht, durch die neue Zeit heftig angeregt ist. Weßhalb aber könnte man ein so beispielloses Unrecht wollen? Etwa weil an den Grenzen in Nordschleswig 50,000 oder 100,000 Mischlinge wohnen, sich für Dänen ausgebend? Unerhörte Thatsache! Ueber das sonnenklare Recht und den entschiedenen Willen der Bevölkerung eines Landes soll ein kleiner Theil verfügen dürfen, noch dazu der eingebildetste und rohste! Oder entscheidet die dänischer Seits aufgestellte Behauptung: sie (die Dänen) könnten nicht existiren ohne die Herzogthümer? Ist dies Wahrheit, so ist das Verfahren der dänischen Regierung im letzten Decennium völlig unbegreiflich; denn vom Regierungsantritt Christian VIII. bis zum 21. März v. J. haben die Dänen Alles aufgeboten, um die etwaigen Sympathien der deutschen Herzogthümer für Dänemark zu vernichten, um die seit 400 Jahren bestehende unglückselige Verbindung zu lockern und zu lösen.

** **Hamburg**, 9. Jan. Der patriotische Verein hat folgende Adresse in Betreff der Kaiserwahl an die Nationalversammlung in Frankfurt beschlossen.

Hohe Versammlung!

Unverholen und vermessen haben in der jüngsten Vergangenheit die Feinde einer wahrhaftigen und aufrichtigen Einheit Deutschlands ihren engherzigen Auffassungen wiederum Geltung zu verschaffen gesucht. Die Gegner aller staatlichen Ordnung scheinen den selbstsüchtigen Pflegern kleinlicher Sonderinteressen die Hand zum unnatürlichen Bündnisse geboten zu haben. In diesem Bunde werden bald die dritten die sein, welche von sehnsüchtigen Erinnerungen nach dem frühern Zustande der Dinge verzehrt werden, in welchem mit der Einheit zugleich die Freiheit niedergehalten wurde. Was jene zu hoffen wagen, das bildet den Gegenstand der ernstesten Besorgnisse aller Wohlgesinnten. Wem die Macht und das Glück des Vaterlandes, wem die Freiheit seiner Völker über Alles am Herzen liegt, der hat nicht ohne innige Bekümmerniß unzweideutige Anzeichen wahrnehmen müssen, daß der deutsche Boden schon wieder gelockert worden ist, um die Saat der Zwietracht in sich aufzunehmen.

Wenn die Verhältnisse des österreichischen Kaiserstaates von dem

Manne des Vertrauens, wie dieser hohen Versammlung, so des gesammten Vaterlandes, dergestalt beurtheilt werden, daß sie eine innige Verbindung mit Deutschland nicht gestatten; wenn Oesterreich als ein integrirender Theil des deutschen Reichs nicht ferner wird betrachtet werden können, wenn Oesterreichs Vertreter seiner Völkerschaften diese Ansichten des edlen Gagern theilen: so kann denn doch diese beklagenswerthe Erscheinung keinen Grund abgeben, um auch das übrige Deutschland der alten Zerrissenheit zu überantworten. Mehr als 30 Millionen Deutsche auf Ein Reich, Ein Recht und Ein Volk zurückzuführen, die Aufgabe ist so erhaben, daß denen, welche sie lösen, die Geschichte unsterblichen Ruhm, und Mitwelt und Nachwelt unvergänglichen Dank bewahren werden.

Sie sind es, hohe Versammlung! welche aus allen Gegenden Deutschlands zu solchem Werke berufen wurden. Ihrer heißen Vaterlandsliebe, aber auch Ihrer umsichtigen Prüfung sind die Geschicke Deutschlands anheim gegeben. Vorlaute Anmaßung würde es sein, Ihnen in Beurtheilung der Einzelheiten vorgreifen zu wollen. Wenn aber ein leitender Gedanke, wenn ein tief empfundenes Gefühl zu so allgemeinem Bewußtsein überall gediehen ist, als der Gedanke, als das Gefühl: „Deutschland, soll es einig, frei und groß sein, bedarf eines, auf freier Verfassung zu begründenden erblichen Kaiserthrones, und diesen Thron wird nur der mächtigste seiner Herrscherstämme, wird nur das Haus Hohenzollern würdig einnehmen und behaupten können," dann wird, was Alle denken, fühlen, wissen, auch von Allen ausgesprochen werden dürfen. So hält denn auch der unterzeichnete Verein, gebildet aus Mitgliedern aller bei Förderung des Gesammtwohles betheiligten Stände, sich berufen, nach dem Vorgange Vieler, und hoffen wir, unter Nachfolge noch Mehrerer, sich in dem eben beregten Sinne gegen diese hohe Versammlung auszusprechen. Wenn es der Größe, wenn es dem Wohle des geliebten Vaterlandes gilt, werden auch Hamburgs Bewohner zu zeigen wissen, daß ihnen ein warmes Herz für das einige Deutschland im Busen schlägt. Deutsche Männer! Es gilt das künftige Glück, die Freiheit und die Größe des Vaterlandes! Thue ein Jeder seine Pflicht! Hamburg, den 6. Januar 1849.

Der Patriotische Verein.

Gegen vorstehende Kaiserwahl wird von den demokratischen Vereinen eine andere Petition für Frankfurt a. M. ausgelegt werden, welche statt eines erblichen Kaisers einen Präsidenten an der Spitze und Mediatisirung aller kleinen Fürsten fordert, um einem Kriege der Feinde zu entgehen. Unser Senat hat in diesen Tagen den Freiherrn Eugen von Hammerstein, den früheren Redakteur des hannöverschen Volksfreundes, jetzt sehr eifriger Republikaner, der auch freiwillig seinem Adel entsagte, so wie den bekannten Kommunisten Weitling ausgewiesen. Weitling lebte seit 7 Wochen hier mit literarischen Arbeiten beschäftigt, fern von allem öffentlichen Leben, und doch weist man ihn aus in Folge einer früheren Ausweisung vor 7 Jahren. Die demokratischen Vereine traten unter Vorsitz des Bürgervereins zusammen und sendeten gemeinsam eine Deputation an den Polizeiherrn Senator Goßler. Der Polizeiherr konnte die Ausweisung nur bis morgen sistiren, während dem die Vereine gemeinsam beim Senat für den Ausgewiesenen einkommen werden. Ein Rückblick auf das Getreidegeschäft unserer Börse im vergangenen Jahre zeigt trotz aller Störungen des Handels eine bedeutende Lebhaftigkeit. Nicht minder bedeutend war der Umsatz in Wolle und in Kolonialwaaren, selbst das Assekuranzgeschäft, welches durch die fünfmonatliche Stockung wenig erwarten ließ, hat die Höhe von fast 300 Millionen Mark Banko erreicht. Auch der hohe Stand der Louisd'or's hat sich trotz aller Kalifornischen Goldwäscher erhalten, so daß im gewöhnlichen Leben ein Louisd'or zur Seltenheit geworden ist. Die ganze Schuldenmasse aller 297 Falliten beträgt nicht mehr als 3½ Millionen Mark Courant, wogegen der Concours des Hauses Hinck und Comp. im Jahre 1816 allein eine gleiche Höhe erreichte.

Großbritannien.

* **London**, 8. Jan. Das Morning Chronicle meldet, daß Ritter Bunsen Sonnabend den 6. Jan. aus London nach Berlin abgereist ist, wohin er vom Könige von Preußen berufen worden, um an einer Konferenz über die schleswig-holsteinische Frage Theil zu nehmen, sodann aber auch „um die Schlußinstraktionen der preußischen Regierung zu empfangen, in Betreff seines Verhaltens bei den in London wiederaufzunehmenden Verhandlungen, welche die Austragung des Zwists zwischen dem Könige von Dänemark und seinen rebellischen (!) Unterthanen in den Herzogthümern zum Zweck haben." Bunsens Abwesenheit von London dürfte, dem Morning Chronicle zufolge, zwei bis drei Wochen dauern.

Wie sich denken läßt, ist auch John Bull durch das kalifornische Goldfieber Bruder Jonathan's angesteckt worden und um die Dreizahl voll zu machen, wird auch Paddy, dieser wohl am wenigsten lange auf sich warten lassen. In der City haben sich bereits vier Gesellschaften gebildet, um zu gemeinsamen Bereicherungszwecken die Auswanderung nach Kalifornien zu betreiben. Viele Privatpersonen beabsichtigen, auf eigene Faust dahin zu gehen; die meisten nehmen ihren Weg über das Kap Horn. Der „Examiner" berichtet, daß bereits eine Gesellschaft aus Greenock in Schottland nach Kalifornien abgegangen sei, „mit einem gehörigen Vorrath von Spaten und Schmelztiegeln versehen."

Wenn schon vor kurzem in diesen Blättern selbst eine hochachtbare Stimme sich dagegen aussprach, daß die deutschen Zeitungsschreiber das deutsche Publikum mit den Ansichten und Urtheilen der Engländer und Franzosen über uns und unsere Zustände bekannt machen und diese Urtheile „unter das verworrene Volk zu größerer Verwirrung und Schwächung seiner Stärke streuen," so kann sich der Bearbeiter des englischen Artikels doch nicht enthalten, hier und da aus einem oder dem andern Grunde auf die Betrachtungen der englischen Zeitungen zurückzukommen, selbst auf die Gefahr hin, zu den „halbjüdischen" Leuten gerechnet zu werden. Die Betrachtungen aus englischer Feder unterscheiden sich ohnehin meist sehr bald von den außer England gewachsenen und in die Spalten englischer Zeitungen verpflanzten. Abgesehen von den mancherlei unleugbar praktischen Blicken und treffenden Ansichten, die man zuweilen und sogar ziemlich oft in den englischen Zeitungen über deutsche Verhältnisse findet und die doch unmöglich deshalb ihren Werth verlieren, weil sie aus der Fremde kommen, abgesehen von gewissen objektiven Wahrheiten, die man bei uns von keiner Parteiseite aus hört, ist es auch immer von Vortheil, auf die Ansichten seines offenen oder versteckten Widerparts, offenen oder versteckten Nebenbuhlers zu hören, sich aber auch den als gut befundenen Rath der wirklich Wohlmeinenden zu Nutze zu machen, wie es andrerseits Pflicht ist, beleidigende Anmaßungen zurückzuweisen und absichtliche oder unabsichtliche Sinnlosigkeiten und Unrichtigkeiten zu berichtigen, oder amüsant, bloße Dummheiten als das was sie sind, als Kuriosa, anzuführen. Es schadete den Engländern gar nichts, wenn sie zuweilen den Urtheilen und Ansichten der fremdländischen Presse über die Zustände Großbritanniens ein geneigteres Gehör schenkten, als sie in der Regel thun, sie würden dann zuletzt doch wohl zu ihrer Beschämung bekennen, daß bei aller sonstigen Anerkennung ihrer politischen Größe, alle Völker der Erde über die Insolenz, die Zudringlichkeit, den Egoismus und andere unlöbliche Eigenschaften ihrer Politik einig sind, wie es denn auch allerdings von Fortschritt zeugt, daß einzelne vorurtheilslose und selbstständige Zeitungen, z. B. Daily News, der despotischen, überall sich einmischenden Palmerston'schen Politik gegenüber, auf diese unter allen Völkern vorherrschende Stimmung gegen England als auf ein nicht zu verachtendes, bedeutsames Moment aufmerksam gemacht haben. Eine moralische Koalition aller Völker gegen Einen Staat hat zuletzt doch auch ihr Bedenkliches. Wenn England sich hiervon nicht überzeugen will, so mag es früher oder später dafür büßen; wir Deutsche wollen aber unsere kosmopolitische Richtung nicht gegen die britische starre National-Eigensinnigkeit vertauschen, sondern, wie dies unsere Aufgabe wohl sein mag, den deutschen Kern in uns immer fester ausbilden und verdichten, dabei aber auch nicht verschmähen, unsere Fühlhörner nach den verschiedenen Punkten der Peripherie hin vortastend auszustrecken. Diese lange Einleitung zu einem kleinen Auszuge aus einem Artikel des Examiner, worin ein Streifblick über die Zustände Italiens und Deutschlands geworfen und zugleich in der deutschen Oberhauptsfrage die Kandidatur Preußens empfohlen und begründet wird. Den Italienern wird in diesem Artikel die Fähigkeit, sich die Freiheit zu erkämpfen, so ziemlich abgesprochen, oder sie müßten denn erst durch die Elementarbegriffe der Repräsentativregierung und municipaler Einrichtungen dazu geschult werden; „bis jetzt", heißt es in dem angeführten Artikel, „hat das italienische Volk wiederholt gezeigt, daß es weder sich selbst regieren, noch das österreichische Joch abschütteln, noch es zu etwas anderm bringen kann, als zu Geprahle und Gelärm. Die Italiener scheinen in der That dazu berufen, die Demokratie lächerlich zu machen, und das Benehmen des Volks und der Behörden in Genua und Turin scheint eher für die Annalen eines Irrenhauses, (!) als für die der Geschichte gemacht zu sein." Der Examiner hält es für ein unvermeidliches Fatum, daß die österreichischen Heere, nachdem sie so großes Glück in Ungarn gehabt, sehr bald auch an den Ufern des Arno und am Fuße des Kapitol erscheinen würden. Italiens Schicksal hänge von demjenigen Deutschlands ab, das zwar mit dunkelm Gewölk verhängt sei, aber doch

so viel errathen lasse, daß Preußen ohne Widerrede Form und Bildung einer konstitutionellen Monarchie annehmen, Oesterreich aber einen Rückfall in den Militärdespotismus erleben werde. Darum handle es sich in Frankfurt, und dieser Kampf werde allem Ansehen nach zu Gunsten Preußens entschieden werden, wie sich aus der Ausdauer seiner Anhänger schließen lasse, während diejenigen Österreichs phlegmatisch (dull), passiv und „nonchalants" seien. (Der Verfasser dieses Artikels im Examiner kennt offenbar die Oesterreicher nur halb!) Der Examiner fährt fort: „Aber möge dieser Streit ausgehen wie er will, Preußen muß an die Spitze der liberalen Bewegung in Deutschland treten und zugleich diese Bewegung zu einem besonnenen Schritt ermäßigen," während Oesterreich eben so unfehlbar (?) die retrograde Bewegung leiten muß. Diese Bahn scheint für beide Länder durch das Schicksal, wie durch die Nothwendigkeit vorgezeichnet zu sein." Der Examiner stellt gegen den Schluß die etwas zweifelhafte Behauptung auf, „daß im Falle eines Konflikts Preußen die Unterstützung Frankreichs, Oesterreich die Rußlands haben werde. Dieser Konflikt würde vermieden werden können, wenn Italien so nahe an Preußen läge als an Oesterreich. Aber der österreichische Despotismus in Italien und auf der andern Seite eine Republik oder volksthümliche Monarchie in Frankreich wären Dinge, die sich auf die Dauer neben einander nicht vertrügen."

Schweiz.

) **Bern**, 9. Jan. Der Bundesrath ist nun nach dem Eintreffen des Bundespräsidenten Furrer vollzählig. Die Fachkommissionen arbeiten fleißig an ihren größeren Aufgaben, und man glaubt, daß im März die Bundesversammlung zusammentreten werde, um neben den organischen Bestimmungen die Vorschläge über das Militär-, das Post-, das Zoll- und Finanzwesen zu berathen. Herr Bundesrath Franscini, dem das Direktorium des Innern übertragen ist, beschäftigt sich auf's eifrigste mit den Vorarbeiten zu einem Vorschlag über die Errichtung einer eidgenössischen Hochschule. — Vorgestern hat Herr Rignon, bisheriger Gesandter Sardiniens, dem Bundespräsidenten seine Abschiedsvisite gemacht, und bald darauf der neue Gesandte, Herr Farina, seine Creditive abgegeben. — Der Wechsel des Jahres scheint Zürich einen bedeutenden Mann um den andern rauben zu wollen. Am 6. d. verlor es seinen größten Gelehrten und einen seiner edelsten Bürger: J. K. v. Orelli, der Herausgeber des Cicero, der Freund der Griechen, ein Verkämpfer der Humanität im reinsten und wahrsten Sinne des Worts. Das Berner Obergericht hat, wie bereits erwähnt, in Sachen der Mitglieder des Centralausschusses der Deutschen, angeklagt, einen bewaffneten Ausfall der Deutschen aus der Schweiz in das Gebiet Deutschlands, zur gewaltsamen Umänderung der dortigen Staatseinrichtungen, angebahnt zu haben, das Urtheil gesprochen. In einiger Abänderung des Urtheils des Amtsgerichts von Biel, welches gegen alle Angeklagten eine Strafe verhängt hatte, wurden blos Becker in Biel zu einer einjährigen und Hattemer, Lehrer in Biel, zu einer sechsmonatlichen Kantonsverweisung verurtheilt. Die Uebrigen, Schüler, Pohl, Däffner, wurden von der Strafe freigesprochen; hingegen müssen sie gemeinschaftlich ein Viertheil der Kosten tragen.

+ **Zürich**, 9. Jan. Für Unbetheiligte höchst ergötzlich ist die Art und Weise, in welcher ein an sich höchst unschuldiger Beschluß des Bundesrathes kritisirt und angegriffen wird. Trauen Sie unserer Presse aber etwa nicht zu, daß es sich um eine grundsätzliche Opposition handle; ach nein! sie läßt sich allein von der Leidenschaft treiben, und zwar von einer recht häßlichen und widrigen, von der des blindesten Fremdenhasses. Der Bundesrath hat Hrn. Ochsenbein als Militärdirektor den Auftrag ertheilt, den Professor Lohbauer in Berlin für den Militärunterricht nach Bern zu berufen. Diese einfache Thatsache ist es, die unsre Publicisten in eine wahre Berserkerwuth versetzt und ihnen die erwünschte Gelegenheit gegeben hat, ihrer eben so lächerlichen als verächtlichen „Schwabenfresserei" so recht von Herzen freien Lauf zu lassen. Es ist merkwürdig, mit welchem wunderbaren Instinkte der Selbsterhaltung sich diese inhumane Gesinnung bisher immer oder fast immer nur gegen Gelehrte, gegen die Träger der Humanität und Gesittung gewendet hat: L. und W. Snell in Bern, Professor Rheinwald ebendaselbst, Scherr in Zürich u. A. m., welchen maßlosen Angriffen und Verdächtigungen, ja welchen staatlichen und privaten Mißhandlungen sahen sie sich ausgesetzt! Nun soll der unglückliche Lohbauer die Schaar dieser Märtyrer vermehren. Daß unser geistreicher Moniteur, die „N. Z. Z.," in Angelegenheiten dieser Art rüstig verkämpft, können Sie sich vorstellen; zwar muß sie eingestehen, Hr. Lohbauer sei „namentlich in der Kriegsgeschichte ziemlich bewandert;" allein was hilft das? Lohbauer ist ein Schwabe und soll und darf — wie einst Strauß — nicht kommen; „Schwaben und immer Schwaben!" schreit verzweiflungsvoll in der gestrigen Nummer im besten Unteroffiziersstyl ein Korrespondent von Bern, im Sonderbundskriege seien ja über 2000 schweizerische Offiziere im Felde gestanden (Gott sei Dank! sie sind fast Alle gesund und wohlbehalten heimgekehrt); es scheine daher geradezu „empörend," ohne Weiteres einen Ausländer zu berufen; Hr. Lohbauer habe nie einen militärischen Grad besessen, ja er sei „nicht einmal im Stande, die Ladung in 12 Tempo durchzumachen." Wie gesagt, ein korrespondirender Korporal! Um uns von seiner armseligen Hungerleiderpolitik ein Müsterchen zu geben, jammert er darüber, daß die „Schwaben" eben immer den schweizerischen Gelehrten „das Brod in der Heimath vorwegschnappen," und um sich gegen etwaige Vorwürfe einer logischen Denkungsweise gründlichst zu vertheidigen, wirft er Hrn. Lohbauer (der früher Professor der militärischen Wissenschaften in Bern war) vor, von den Früchten seines Unterrichtes habe man „weder bei den bernischen, noch bei den übrigen schweizerischen Offizieren das Geringste verspürt" (sie werden für das Kompliment danken!), nachdem er vorher bemerkt, Hr. Lohbauer habe wöchentlich nur 2—3 Zuhörer gehabt; das Beste kommt aber zuletzt, der Korr. stellt Hrn. Lohbauer die köstliche Alternative: verstehst du etwas, warum bleibst du nicht dort, wo du bist? (nämlich im preußischen Kriegsministerium) verstehst du aber nichts, warum soll die Schweiz dich wiederhaben? Gewiß eine Logik sondergleichen. Sie sehen übrigens, daß der Hauptsache nach der Kampf nicht gegen die wissenschaftliche, sondern gegen die „schwäbische" Persönlichkeit Hrn. Lohbauers geführt wird, und aus diesem Grunde hielt ich es für der Mühe werth, ein wenig auf die Sache einzugehen.

Joh. Kasp. v. Orelli ist letzten Samstag, 61 Jahre alt, nach langem Krankenlager gestorben; die Reihe der zürcherischen Celebritäten lichtet sich mehr und mehr; Zürich hat seit zehn Jahren theils durch den Tod, theils durch Auswanderung die größten, ja ganz unersetzliche Verluste erlitten; ich erinnere nur einerseits an Meier von Knonau, Hirzel, Ulrich, Orelli, andererseits an Schönlein, Keller, Furrer, — Namen, denen ich noch mehrere anzureihen im Stande wäre.

In den letzten Tagen des alten Jahres hatte das „Elcher Landgericht" im Kanton Uri einen höchst schäbigen Prozeß zu verhandeln, indem die Regierung von Uri sich weigerte, den abgetretenen Regierungsmitgliedern von Luzern, welche der Eidgenossenschaft die aus der eidgenössischen Kriegskasse entnommenen Gelder ersetzen mußten, die davon erhaltene Summe zurückzuerstatten; sie stellte vielmehr Rechnungen für Gegenleistungen aus, nach denen die ärmsten Luzerner Regierungsräthe den Urnern sogar noch hätten herausbezahlen müssen. Der Advokat Breni (Baumgartner's Zögling und Freund) aber vertheidigte die Luzerner Regierung so meisterhaft, daß das „Elcher Landgericht," trotz seiner Sympathieen für die einheimischen Vettern, nicht umhin konnte, die Regierung von Uri zur Zurückerstattung und — in die Kosten zu verurtheilen.

In der italienischen Schweiz verdüstert sich — nach Entlassung der eidgenössischen Truppen — abermals der Horizont. Der Staatsrath von Tessin, durch die Noten Radetzky's eingeschüchtert, und andererseits von der Eidgenossenschaft für Aufrechthaltung der Grenzpolizei verantwortlich gemacht, beschloß, Mazzini zu verhaften, was aber begreiflicherweise nicht zur Vollziehung kam. Der „Republikaner" tadelt schon bitter die Willfährigkeit des Staatsrathes, der sich zum Scherrgen der österreichischen Polizei herabwürdige; an großen Worten hat es diesen Leuten überhaupt nie gefehlt, selbst da nicht, als die „malodetti Urani" sie in einem Laufe vom „Gottardo" bis nach Bellinzona jagten. Jedenfalls möge sich der Kanton Tessin vorsehen, und seine internationalen Pflichten nicht vernachlässigen; wäre die Eidgenossenschaft genöthigt, durch sein Verschulden abermals Truppen an die lombardische Grenze zu senden, so geschähe es dieses Mal nicht auf eidgenössische Kosten, sondern auf Kosten Tessins!

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 12. Januar. (Schluß.)

Hr. v. Würth aus Wien, Unterstaatssekretär bis zum Rücktritte v. Schmerling's, vergleicht die ministerielle Forderung des Programms mit dem Vertrage von Verdun, mit der Theilung des römischen in ein östliches und westliches Reich. Die Billigung, welche Heinrich Gagern's Vorschlag von Seiten der französischen und englischen Presse erfährt, läßt ihn vollends den Stab darüber brechen. Aber der Angelpunkt seiner Rede liegt nicht in der Ausführung, daß er und die österreichischen Abgeordneten es als ihre Aufgabe betrachten, die deutschen Provinzen Oesterreichs der neuen deutschen Gestaltung einzuverleiben, und liegt nicht in dem Beweise der Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen und in dem strategischen Uebergewichte, welches er Oesterreich über Deutschland beimißt. Sondern er benutzt seine frühere Stellung beim Reichsministerium dazu, sich den Anschein zu verleihen, als habe er amtliche Geheimnisse der verfänglichsten Art preiß zu geben. Oesterreich werde der Auflehnung gegen die Frankfurter Beschlüsse und gegen die Centralgewalt beschuldigt. Was solle man da von anderen deutschen Staaten, was namentlich von Preußen sagen? (Hört! Hört! von der Linken.) Preußen habe auf das Herbste die Einwirkung der Centralgewalt auf die Verfassungsangelegenheit zurückgewiesen, als eine unberechtigte Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Das Ministerium Brandenburg sei eben nur am Ruder geblieben, weil von Frankfurt dessen Entfernung verlangt worden und bis zu dem Augenblicke, wo in Preußen die oktroyirte Verfassung veröffentlicht worden sei, hätte man in Berlin die Reichskommissäre (Hergenhahn und Ed. Simson) mit der Versicherung getäuscht, man denke an keine oktroyirte Verfassung.

Diese Behauptungen werden mit Entrüstung und mit Scham in die Seele des Redners hinein von der Rechten aufgenommen und von den beiden Centren. Mit hellem Jubel hingegen empfängt sie die Linke. Einer der erwähnten Reichskommissäre erhält das Wort, Hr. Hergenhahn von Wiesbaden. Er bezeichnet die Angaben v. Würth's gradezu und einfach als unwahr. Eine Bemerkung über das Benehmen eines gewesenen Staatssekretärs, der in solcher Weise seine amtliche Stellung mißbrauche, wird ihm durch das Toben der Linken abgeschnitten, die in Hrn. v. Würth einen erwünschten Bundesgenossen anerkennt. Dieser erwidert, daß er nur die Wahrheit gesprochen, zu der ihm die Gefahr des zu zerstückelnden Vaterlandes das Recht nicht nur, sondern auch die Pflicht verleihe. Oesterreich sei nicht schuldiger als die andern. Der Präsident, Hr. Ed. Simson, übergibt den Vorsitz an seinen ersten Stellvertreter, Hrn. W. Beseler, um von der Rednerbühne herab zu erklären, das Haus solle sich die Berichte der Reichskommissäre vorlegen lassen. Nichts sei in ihnen beschönigt oder verschwiegen und dann werde sich zeigen, daß es einer unbefangenen, daß es nur einer vollständigen Einsicht in die Akten bedürfe, um zu einem ganz anderen Urtheil zu gelangen, als Hr. v. Würth abgegeben. Herr Heinrich Simon bestätigt durch sein Zeugniß, daß die Reichskommissäre in der That durch eine Veröffentlichung der oktroyirten Verfassung überrascht worden seien. (Wie es denn längst bekannt ist und in der Natur der Sache liegt, daß den Reichskommissären in Berlin die oktroyirte Verfassung als vollendete Thatsache zugebracht wurde, um ihren voraussichtlichen Einspruch und weitere Verwicklungen zu vermeiden.)

Erst Herr Wurm von Hamburg kehrt zu dem behandelten Gegenstand zurück. Der gute oder der böse Wille der Kabinete, sagt er, habe die Versammlung nicht zu kümmern. Sie ordnete ihre Angelegenheiten im Namen der Nation. Für uns, die wir weder Oesterreicher sind, noch Preußen, ist die Ausführbarkeit der deutschen Verfassung das einzig Entscheidende. Die veränderte Sprache von Ollmütz komme davon her, daß man kein preußisches und kein erbliches Kaiserthum dulden wolle. Es sei nur die erneuerte Kongreßsprache, die sich von dort vernehmen lasse. Unter dem Beifalle der Versammlung, der besonders lebhaft am Schlusse hervorbricht, weist sodann Hr. Wurm die Bemerkung zurück, als bedürfe es zweier Großmächte in den deutschen Angelegenheiten zur Herstellung eines nöthigen Gleichgewichts, ja als vertrüge die deutsche Sache überhaupt eine solche Theilung des Schwerpunktes. Eben so beseitigt er den Vorwurf der Zerstückelung des Vaterlands und der Ausschließung der Oesterreicher.

Der letzte Sprecher ist Herr Moriz Mohl. Unter seinem Vortrage kehrt die vorige Unruhe zurück und nachdem er geendet, vertagt sich die Sitzung auf morgen. Hr. Mohl kommt zu einem andern Schluß als der Ministerpräsident. Könne sich nämlich Oesterreich nicht fügen, außer wenn es selbst und ausschließlich die Regierung bilde, so solle man es dem deutschen Bundesstaate voranstellen. Von Oesterreich hofft er das Beste, namentlich für gedeihliche Handels- und Verkehrsverhältnisse, d. h. Schutzzölle, wenn wir die Worte des Redners oder ihren Sinn nicht irrig aufgefaßt haben.

Vom 13. Januar.

Tagesordnung der 151. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des Berichts über das ministerielle Programm „die österreichische Frage" betr.

Vorsitzender Präsident Ed. Simson zeigt den Austritt der Herren Heide von Ratibor und Zenetti aus der Nationalversammlung an. Auch mehrere Flottenbeiträge — darunter der Ertrag einer Sammlung von den Frauen in Stuttgart und von den Gymnasiasten in Maulbronn — werden verkündigt, worauf die gestern vertagte Berathung fortgesetzt wird.

G. Beseler: Die Frage, die wir behandeln, ist eine Frage der Einheit, aber nicht der idealen, die der Dichter besungen, und wie sie vor unserm Gefühle liegt, sondern der praktischen Einheit. Die Souveränetät des deutschen Bundesstaats, die Macht Deutschlands, zu begründen, ist der Zweck der Verfassung, die wir uns geben, und die Natur des Bundesstaates brachte die §§. 2 u. 3 hervor, nicht daß wir aus einem theoretischen Behagen von diesen Paragraphen aus die Verfassung konstruirt hätten. Für den deutschen Bundesstaat sind sie wesentlich, und wie stellte sich Oesterreich zu ihnen? War die Note von Kremsier nicht deutlich genug? Hat sich der Reichstag ihr nicht angeschlossen und sich die Volksstimme nicht mit aller Bestimmtheit ausgesprochen? So auch die Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten in unserer Mitte. Sie wollen die österreichische Gesammtmonarchie. Nachdem sich der Redner sodann über den bereits von Granvella gefaßten Gedanken jenes politischen Ungethüms eines europäischen Mittelreichs ausgesprochen, so wie über das Band der Freiheit, der Wissenschaft und der brüderlichen Liebe, welches Oesterreich mit Deutschland für immer fest und fester verbinden werde, schließt er mit einer Zustimmung zu dem ministeriellen Programme und mit der Mahnung: Es ist die elfte Stunde und die Feinde sind ringsum. Zur That, welche die deutschen Fürsten und Völker von uns erwarten, zur unerläßlichen That, damit die Einheit gewonnen werde! (Lebhafter Beifall).

Vogt von Gießen: Allerdings auf ein politisches Ungethüm steuert es sich hin, das heißt auf ein erbliches Kaiserthum. Herr v. Gagern hat zwar erklärt, er wolle keine Hegemonie, sondern eine starke Gesammtregierung. Ich denke aber in dem Oberhaupte dieser Regierung steckt der Hegemon. Die Schwierigkeit, die deutsche Einheitsfrage zu lösen, liegt nicht in dem Widerstreben der Stämme, sondern der Dynastieen. Daß Sie einen Bundesstaat mit den Dynastieen begründen wollten, daran wird Ihr Werk scheitern. Das Reichsministerium hat das Prinzip der Vereinbarung zurückgewiesen. Was aber begreift es unter dem Ausdrucke „Verständigung?" Ich hoffe das ist so gemeint, daß die Nationalversammlung das letzte und souveraine Wort hat, sonst wär's eine bedeutungslose Phrase. Dekretiren Sie die politische Trennung Oesterreichs von Deutschland, so zwingen Sie es, sich commerziell gegen uns abzuschließen, so vernichten Sie den deut-

schen Handel nach der Levante, [nach dem Osten und Süden. Oesterreich aber sucht in dem Bundesstaate Deutschlands eine Anlehnung und darum besteht es auf seinem Platze. Statt dessen verweisen Sie es auf eine völkerrechtliche Union, die Ihnen alle Verpflichtungen des Bundesgenossen auferlegt, Sie in alle Verwickelungen der österreichischen Monarchie hineinziehen würde, ohne daß Sie irgend welche Rechte ausübten. Der Redner entwirft dann ein klägliches Bild der „kleinen Einheit," die hergestellt werden würde unter dem Widerstreben des ganzen südöstlichen Deutschlands. Dann geht er auf eine Schilderung der österreichischen Zustände über, wo die deutsche Bewegung mit Hülfe der Südslawen unterdrückt worden, wo die Auflösung des Bandes mit Deutschland von jeher der Zweck der czechischen Bestrebungen gewesen sei. Als die Meinung in Oesterreich frei war und sich für Deutschland aussprach, haben Sie nicht auf ihre Stimme gehört. Jetzt, wo sie von dem Slawenregimente niedergehalten ist, lassen Sie erzwungene Adressen als beweisende Zeugnisse gelten. Wer denn habe die entscheidende Interpretation der Note des österreichischen Ministeriums zu geben, wenn nicht das österreichische Ministerium selbst? Das deutsche Reichsministerium befinde sich in voller Unklarheit über den Plan seines Verfahrens. Der Centralgewalt haben die deutschen Regierungen, um sie zu legitimiren, die ganze Gewalt des vormaligen Bundestags übertragen. Sie hat damit selbst die Befugniß zum Erlaß organischer Gesetze. Warum macht das Reichsministerium nicht Gebrauch von dieser Macht? Selbst die „deutsche Zeitung" hat gesagt: „Deutsches Volk erhebe dich!" Leider nur hört das deutsche Volk nicht auf solche Stimmen (Lachen von der Linken) und auch der Ruf „Macht, Macht, Macht!" gleitet machtlos an ihm ab. Denn bei den Vertretern der deutschen Kaiseridee ist keine Kraft der That. Die Gewalt, auf welche Sie Ihre Einheitspläne stützen konnten, meine Herren, ist nicht mehr. Dagegen hat sich die Gewalt, die Sie unterstützten, gegen Sie gewendet. Machen Sie also, was Sie wollen — es wird nichts daraus. Praktisch ist es ganz gleichgültig, was hier beschlossen wird, weil alle Geltung desselben gleich unpraktisch. (Allgemeiner Beifall von der Linken.)

v. Vincke: Die Aufgabe der Nationalversammlung war und ist die Errichtung einer Verfassung für Deutschland. Daß diese Aufgabe bereits vollendet sei, ist nicht meine Meinung, allein was davon vorliegt, ergibt die Unthunlichkeit von dem Eintritte Oesterreichs. Den ganzen Kaiserstaat in den deutschen Bundesstaat einzuverleiben, 31 Millionen Slawen mit 39 Millionen Deutschen zu vereinigen, wäre ein monströser, kein staatsmännischer Gedanke. Aber auch die deutschen Provinzen können sich unserer Gestaltung nicht anschließen. Sie stehen in untrennbarem Zusammenhang mit den übrigen österreichischen Erbländern. Hier gibt eine Erinnerung an das verehrte Mitglied für Weimar die Veranlassung zu einer kurzen Episode. Herr v. Vincke verliest nämlich, nachdem für eine Aeußerung über die Leichtigkeit, womit sich Herr v. Wydenbrugk auf der Höhe der Zeit bewege, die „Beweise verlangt worden sind" eine Rede dieses Abgeordneten, worin er sich vor seinen Wählern gegen die Republik und wider die „Volksschmeichler" (Lachen im Hause) erklärt. Weder die Oesterreicher noch die Majorität des Hauses will eine Zerstückelung Oesterreichs. Eben der materiellen Vortheile Deutschlands wegen, eben weil wir der österreichischen Vorhut gegen den Osten nicht entbehren wollen, wünschen auch wir ein starkes einheitliches Oesterreich erhalten zu sehen. Die Eröffnungen von Kremsier lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Nur die später hinzugefügten Erläuterungen könnten eine Erläuterung nöthig machen. Wenn es als eine hauptsächliche diplomatische Kunst gilt, mit vielen Worten nichts zu sagen, so fürchte ich seit vorgestern nicht mehr, daß es Deutschland jemals an Diplomaten fehlen werde. Der Herr Ministerpräsident verzeihe mir nur, wenn ich seinem Freunde zu nahe trete, indem ich beklage, daß es mir durchaus nicht gelungen ist, aus den Erklärungen des Herrn v. Schmerling irgend einen bestimmten Gedanken herauszufinden. (Allgemeine Heiterkeit.) Das Mitglied für Gießen hat eine unerwartete Beziehung auf die Bundesakte genommen. Herr v. Vincke hat ein Exemplar derselben bei sich auf der Tribüne, und er weist uns daraus nach, daß der alte Bundestag allerdings nicht die von Hrn. Vogt gerühmte Basis der deutschen Neugestaltung, aber auch kein Hinderniß derselben sein könne. Ohne ein straffes Zusammenfassen der deutschen Macht in einem Bundesstaate ist auch an keine materielle Volkswohlfahrt zu denken. Auch der gesunde Blick Oesterreichs erkennt, daß die Stärkung seines politischen Einflusses in Europa wesentlich bedingt ist durch ein kräftiges und einheitliches Deutschland an seiner Seite. Das Programm von Kremsier hat eine bestimmte Frage an uns gestellt. Politischen Männern, die die Geschicke des Vaterlands festzustellen haben, geziemt es, eine bestimmte Antwort darauf zu geben. Der Bevollmächtigte für Oesterreich hat ferner erklärt, man wolle von dorther unser Verfassungswerk nicht beirren. Als ob man das auch nur könnte! Als ob wir nicht berechtigt wären, uns unsere Gesetze und Einrichtungen selbstständig zu geben! (Bravo.) Der Redner sieht sich nicht behindert dem Programme des Reichsministeriums vollkommen beizustimmen, auch nicht durch die Zurückweisung des Vereinbarungsprinzips. Denn nicht um Prinzipien handelt es sich, sondern wir stehen auf dem Boden der Thatsachen und Ereignisse. Auch pflichtet er dem Beschlusse des Reichsministeriums darin bei, daß es eine so wichtige Frage zur Kabinetsfrage erhoben habe. „Endlich will ich mich noch über die wider die preußische Regierung ausgesprochenen Beschuldigungen äußern. Allerdings hat Preußen nicht Alles gethan, was ihm die Centralgewalt auferlegte. Hr. v. Würth hat besonders den malmöer Vertrag eine Schmach des Vaterlandes genannt. Wie habe er, damals und bis vor Kurzem im Ministerium befindlich, dann jemals eine Maßregel vertreten können, über die er eine so bestimmte Meinung hatte? (Donnerndes Bravo, Beifall von allen Seiten des Hauses spricht das Urtheil über die gestrige Rede des Hrn. v. Würth). Bevor die gegenseitige Verfassung Deutschlands und Preußens festgestellt gewesen, könne von Ungehorsam und Widerspenstigkeit nicht die Rede sein. Das müsse er aber sagen, obschon er sich nur als Privatmann und nicht als Reichskommissär in Berlin befunden habe, daß die Angaben des Herrn v. Würth durchaus ungerechtfertigt seien. Dabei will jedoch Herr v. Vincke nicht entscheiden, ob ein Staatsmann das was er verschweige so lange er im Amte sei, verrathen dürfe, wenn er aus dem Amt getreten sei. (Beifall.) Allein allerdings begreife er jetzt, warum man keinen Oesterreicher im Amte sehen wolle. Pause. Dann beginnen zahlreiche Stimmen von der Linken den Ordnungsruf gegen Vincke zu fordern. „Wir Oesterreicher Alle sind damit beleidigt! Ein ganzer Volksstamm ist gekränkt." Vicepräsident Beseler verweigert den Ordnungsruf. Hr. v. Vincke bemerkt, als er endlich wieder zu Worte kommt, der spezifisch österreichische Standpunkt, der sich an Hrn. v. Schmerling sowohl, als an Hrn. v. Würth kund gegeben, sei das Motiv seiner Aeußerung. Nur diese Oesterreicher habe er im Sinne gehabt. „Es ist hier ausgesprochen worden, der König Friedrich Wilhelm IV. werde die deutsche Krone nicht annehmen Kraft einer Usurpation. Welcher deutsche Fürst würde eine solche Usurpation mit seiner Ehre verträglich finden? Allein noch hat sich kein Hohenzollern seiner geschichtlichen Aufgabe entzogen. Das ist's, was ich jenen Bedenken entgegen zu setzen habe. Wer den Kölner Dom kennt, der weiß auch, daß seine Einheit nicht aus einem, sondern aus mehreren Schiffen besteht. Ich endlich vertraue, es mag in Deutschland süß oder sauer ausfallen, daß das deutsche Volk gesunden Sinn genug haben wird, um den Spruch zu verstehen: Trachtet zuerst nach dem Reiche der Macht, dann wird Euch das Andere alles zufallen! (Lebhaftes Bravo von der Mehrheit, Zischen von der Linken des Hauses.) Herr v. Würth erscheint auf der Tribüne, um das Recht seines Verfahrens aus dem neueren Gebrauche abzuleiten. Die ihm den Gebrauch seines amtlichen Wissens verwehren wollten, bedächten nicht, daß es mit dem alten Polizeistaate vorbei sei.

Nachdem hierauf vom Präsidenten das Zurückziehen mehrer Verbesserungsanträge und die Vereinigung des Minderheitserachtens des Ausschusses mit dem Antrage des Herrn von Wulffen und Genossen angezeigt worden ist, beliebt das Haus den Schluß der Debatte unter ausdrücklichem Vorbehalt des Worts für die Berichterstatter und den Präsidenten des Ministerrathes. Dann wird die Sitzung vertagt, um noch heute und zwar eine Stunde später, d. h. 3 Uhr Nachmittags wieder aufgenommen zu werden.

*** **Frankfurt**, 12. Jan. Neuern Berichten aus Berlin zufolge steht es in Zweifel, ob Hr. Bunsen hierher kommt und in diesem Falle wird ihm alsbald die Instruktion nach Berlin zugehen. Der nordamerikanische Commodore Parker, welcher in deutsche Reichsdienste temporär tritt, soll auf dem Kontinent angekommen sein (s. unser gestr. Bl. u. Hannover) Man

spricht, daß sich die Spielpächter des Taunus und am Rhein die vergebliche Mühe geben, bei der Nationalversammlung um eine Vermittlung für Entschädigung ihrer Verträge ꝛc. zu petitioniren.

Wien, 8. Jan. Ueber die Einnahme von Pesth enthält die Allg. Z. folgendes Nähere: Nach der Zurückkunft der zum Feld-Marschall Fürsten Windischgrätz geschickten Deputation, mit dem Grafen Ludwig Batthyany an der Spitze, zog die magyarische Armee in der Nacht vom 4. auf den 5. d. ganz in der Stille, ohne einen Schuß zu thun, auf der Straße gegen Debreczin ab. Sie war höchstens noch 10 bis 12,000 Mann stark. Am Freitag rückte hierauf der Marschall in Pesth ein. Der Banus führte die ersten Kolonnen an und defilirte vor dem Fürsten, welcher noch den nämlichen Abend seinen Sohn mit den Schlüsseln der Schwesterstädte nach Ollmütz zu Sr. Majestät dem Kaiser sandte. Die Einwohner empfingen die kaiserlichen Truppen als Befreier, und der Banus wurde auf seinem Zug mit freudigen Eljens begrüßt. Am 6. zog das erste Armeekorps auf der Straße nach Debreczin weiter.

Wien. Wie die „Presse“ berichtet, hat sich, Privatnachrichten zu Folge, die ungarische Ständetafel nach Debreczin begeben und die Magnatentafel sich aufgelöst.

* **Kremsier**, 7. Jan. Das Mißtrauensvotum, über welches die Rechte und Linke des Reichstags sich vereinigt haben, besteht in folgendem Antrag: „Die hohe Reichsversammlung erklärt, sie erkenne mit Bedauern in der durch das Ministerium am 4. Jan. vor Beginn der Debatte über den §. 1 des Entwurfs der Grundrechte abgegebenen Erklärung, in Folge deren die Darlegung selbst der loyalsten Gesinnung bei Abstimmung über diesen Paragraphen nicht mehr als freier unbehinderter Entschluß, sondern nur mehr als Ausdruck einer aufgedrungenen Meinung erscheinen muß, eine sowohl nach dem Inhalt als auch nach Fassung der Motivirung dieser Erklärung der Würde freier Volksvertreter unangemessene, und mit der dem constituirenden Reichstage durch die kaiserlichen Manifeste vom 3. und 6. Juni 1848 eingeräumten Stellung unvereinbare Beirrung der freien Meinungsäußerung.“ Der Antrag, von mehr als 150 Abgeordneten unterzeichnet, soll morgen als dringlich eingebracht werden, und man erwartet ihn mit glänzender Majorität angenommen zu sehen. Unmittelbar darauf soll ein zweiter Antrag folgen, der faktisch dem Ministerium seinen Willen thut, indem er den §. 1 der Verfassungskommission überweist, um ihn an einem geeigneteren Orte einzuschalten, als in den Grundrechten, in die er allerdings nicht gehört. Nicht einverstanden mit dem obigen Antrag ist das unbedingt ministerielle Centrum. Wahrscheinlich wird das Ministerium auch diese schwache Regung parlamentarischer Initiative im Keime ersticken. Irgend eine zuvorkommende Erläuterung wird der Kammer ein Mißverständniß der ministeriellen Erklärung aufnöthigen. Man kennt ja diese Art zu interpretiren!

* **Kremsier**, 8. Jan. Der Antrag gegen das Ministerium ist mit 186 gegen 99 Stimmen angenommen. Dobblhof präsidirte an Strobach's Stelle, der mitunterzeichnet hatte. Der Antrag hatte 178 Unterzeichner. Pinkas motivirte den Antrag. Stadion verlas eine Ministerialerklärung, das Kabinet habe nur offen seine Ansicht ausgesprochen, ohne die Diskussion beschränken zu wollen, u. dgl. m., was mit Zischen begleitet wurde. In der D. Allg. Z., welche die vorstehenden Nachrichten bringt, wird dazu bemerkt: „An und für sich ist die Sache von geringer Bedeutung. Stadion ist nicht der Mann, der sich durch solche Demonstrationen von seinem Posten schieben läßt. Aber das Ministerium erhält die erste Schlappe, und rafft sich die Kammer empor, kommt besonders die slawische Partei zur Besinnung, so muß das jetzige Kabinet bald abtreten oder selbst gegen den Reichstag die Militärgewalt anmarschiren lassen.“

Berlin, 11. Januar. Es verbreitet sich die erfreuliche Nachricht, daß es unserer Postverwaltung und der Geneigtheit der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postbehörden zu einer gütlichen Einigung gelungen ist, einige neue Erleichterungen des wechselseitig in einander greifenden Verkehrs festzustellen, welche schon vom 1. Febr. ab in's Leben treten werden. Das Prinzip derselben war die Aufhebung der bisherigen, zwischen beiden großen Verwaltungen bestehenden konventionsmäßigen Portotaxe für Paket- und Geldsendungen; an die Stelle tritt eine neue Portotaxe, die nach den preußischen Taxgrundsätzen entworfen ist, weshalb also nicht allein Gleichmäßigkeit, sondern auch im Allgemeinen Verwohlfeilerung der Sätze die Früchte des neuen Vertrages sein werden. (Voss. Ztg.)

Elbing, 7. Jan. Aus Danzig erfahren wir, daß durch den bekannten Auditeur Marquard vor einigen Tagen die Verhaftung eines Lieutenants vom 18. Infanterieregiment und die Beschlagnahme seiner Papiere bewirkt ist. Derselbe soll sich in seinen politischen Aeußerungen nicht immer in derjenigen Richtung bewegt haben, welche der Graf Dohna in seinem bekannten Corpsbefehl als die einem Officier allein zustehende bezeichnet hat. (Nat. Z.)

Liegnitz, 8. Jan. Gegen den Bürgermeister Krüger ist Disciplinaruntersuchung eingeleitet, weil er im November seine Zustimmung zum Steuerverweigerungsbeschlusse ausgesprochen. Dieselbe Maßregel, verknüpft mit sofortiger Suspension, ist aus gleichem Grunde gegen den Regierungsrath v. Merkel, den Sohn des früheren Oberpräsidenten, verhängt. Dieser war auf dem vereinigten Landtage fast der einzige Abgeordnete der schlesischen Ritterschaft, welcher sich konsequent der Opposition anschloß, und zuletzt die Ausschußwahlen verweigerte. Im vergangenen Sommer erwarb er sich als Kommandeur der Bürgerwehr vielfache Verdienste um unsere Stadt. Die freigesinnte Partei wird ihn und den früheren Abgeordneten Hildebrand bei den bevorstehenden Wahlen als Kandidaten aufstellen. Gegen Dr. Kunerth, Redakteur der Silesia, ist auf Grund eines Artikels über den königlichen Neujahrsgruß an die Armee, Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. (Nat. Z.)

* **Lahr**, 10. Jan. Es sind von hier in diesen Tagen zwei Adressen an die Reichsversammlung nach Frankfurt abgegangen, unterschrieben von Männern der verschiedensten politischen Ansichten, wovon die eine, sich der Erklärung des vaterländischen Vereines in Karlsruhe anschließend, sich gegen die Bestrebungen der Freihandelsmänner ausspricht. Die andere erklärt sich in sehr würdiger und energischer Sprache für ein erbliches konstitutionelles Oberhaupt in Deutschland, und für die Uebertragung dieser erblichen Gewalt an Preußen. Es heißt darin u. a. „Zumal wir Bewohner Badens sind aufs dringendste aufgefordert, mit unsern heißesten Wünschen ein kräftiges, einiges Vaterland herbeizurufen, und um dieses Kleinod zu erringen, die schwersten Opfer nicht zu scheuen, — denn wir in den Westmarken, an den Grenzen Frankreichs, von wo offenbar zunächst wieder Gefahr droht, wir wären die ersten wieder den schmachvollen Einfällen des übermüthigen Feindes bloßgestellt, wenn zur ewigen Schande des deutschen Namens die alte trostlose Zeit des politischen Blödsinns und der ehrlosen Fremdenbuhlerei, welche kein Ehrenmann mehr ertragen würde, über unser unglückliches Vaterland hereinbrechen sollte. Und wenn in Baden zuerst die unseligen republikanischen Sonderbestrebungen zu Tage kamen, so war wohl, wenigstens bei den edleren Elementen derselben, eben die Ansicht hiezu bestimmend, daß mit den königlichen Thronen und den dynastischen Interessen ein einiges Deutschland zu versöhnen nicht möglich sei.“ In Bezug auf Oesterreich vertrauen die Unterzeichner der Adresse, daß die Herstellung einer innigen Wechselbeziehung und einigen Eidgenossenschaft der Vaterlandsliebe und Einsicht der Nat.-Vers. gleichfalls gelingen werde. So bewährt auch diese Adresse, wie der neueste Kammerbeschluß, wie warme Anhänger seiner Einheit und Macht Deutschland in seiner südwestlichen Bevölkerung besitzt.

† **Kassel**, 11. Jan. Was ich Ihnen heute berichte, klingt unglaublich und es ist zu beklagen, solche Dinge aus Kassel berichten zu müssen; an die Wahrheit der Mittheilungen können die Leser bis auf den letzten Buchstaben glauben, da ich Alles mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört habe. Heute waren die Rechtskandidaten Heise und der Buchhändler Raabe wegen Preßvergehen (Majestätsbeleidigung, Beleidigung des kurhessischen Heeres ꝛc.) vor das durch Gesetz vom 26. Aug. 1848 wider Preßvergehen angeordnete Schwurgericht gestellt; es war die erste öffentliche Gerichtssitzung mit Geschwornen, welche seit der Einführung des neuen Strafverfahrens gehalten wurde. Da die beiden Angeklagten der republikanischen Partei angehören, so hatte sich natürlich diese in ihren Mitgliedern sehr zahlreich eingefunden; der Sitzungssaal war gepfropft voll und alle Zugänge mit Zuhörern besetzt. Bis zum Beginne der Sitzung und der Eröffnung des Gerichts wurde die Ruhe ziemlich aufrecht erhalten, aber auch nur bis dahin; unmittelbar nach der Eröffnung und beim Eintritte der Angeklagten und ihrer Vertheidiger (Dr. Kellner und Prof. Bayrhoffer) erhob sich der furchtbarste Lärm, nur mit Mühe gelang es der Klingel und Stimme des Gerichtspräsidenten, für einige Augenblicke Ruhe zu schaffen. Das Toben

begann trotz der wiederholten Drohung, den Saal von Zuhörern räumen zu lassen, stets auf's Neue, vier bis fünf Male mußten die Verhandlungen unterbrochen werden; alle Ermahnungen und Aufforderungen blieben fruchtlos. Die Verhandlungen waren noch nicht bis zur vollständigen Verlesung der Anklageakte und der inkriminirten Stellen aus den Druckschriften gediehen, als die Schranken durchbrochen wurden und allgemeiner Tumult entstand; die Sitzung wurde im eigentlichsten Sinne des Worts gesprengt und mußte aufgehoben werden. Wie weit der Wirrwarr gediehen war, mögen Sie daraus entnehmen, daß Dr. Kellner als Vertheidiger vom Sitzungspräsidenten das Wort erhielt, um das Publikum zur Ruhe und zu gesetzlicher Ordnung zu ermahnen. Als der Staatsanwalt nach geschlossener Sitzung das Lokal verließ, wurde derselbe verhöhnt, mit Schnee beworfen und er würde sicher noch ärgere Mißhandlungen zu erdulden gehabt haben, wenn er sich nicht ins Obergerichtsgebäude geflüchtet hätte. Das war der Hergang und die Haltung der ersten schwurgerichtlichen Sitzung in Kassel und des sogenannten souveränen Pöbels. Von allen Seiten sind Mißgriffe der ärgsten Art begangen worden; der Sitzungssaal war viel zu klein, der Sitzungspräsident, sonst gewiß ein ehrenhafter und tüchtiger Mann, unfähig, einem Schwurgerichte vorzustehen, die Polizei und Bürgergarde hatte mit dem Sitzungspräsidenten vollständig den Kopf verloren, der Staatsanwalt, ein aus früherer Zeit mißliebiger Mann, war unpassend gewählt worden, aber was das Aergste von Allem ist, der Pöbel hat auf's Neue thatsächlich bewiesen, wie entsetzlich unreif er ist. Ich mag nichts weiter hinzufügen, das Blut dringt mir in die Wange bei jedem Worte, das ich niederschreibe. Nur das will ich noch erwähnen, daß während der Sitzung mehrfach — ich weiß nicht, aus welchem Grunde — in der Nähe geschossen wurde. Wann die unterbrochene Sitzung fortgesetzt werden wird, ist noch ungewiß; wünschen wir, daß die ersten Wunden, welche dem Ansehen der Geschwornengerichte in Hessen geschlagen sind, durch Energie, nöthigenfalls mittels Anwendung der schärfsten Gewalt, wieder geheilt werden, und das kann nicht anders geschehen, als wenn alsbald morgen die unterbrochene Sitzung, und zwar à tout prix in demselben für die diesmalige Verhandlung einmal gewählten Lokale, festgesetzt und zu Ende geführt wird. Das Ansehen des Gerichts hat heute entsetzlich gelitten; jedes Zugeständniß würde den letzten Rest vernichten. **Fiat justitia, pereat mundus!**

⊙ **Koburg**, 11. Jan. Nachdem vorgestern der hiesige Bürgerverein eine mit mehreren Hundert gegen 2 Stimmen beschlossene Adresse, welche sich für erbliche Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an die Krone Preußens ausspricht, nach Frankfurt abgesendet hat, ist heute in der hiesigen Abgeordnetenversammlung mit entschiedener Stimmenmehrheit eine Adresse in gleichem Sinne beschlossen worden.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Jan. Die Sicherheit, mit der gestern Ledru-Rollin die kühnsten Behauptungen über die Maßregeln fremder Regierungen aufgestellt hat, erregt heute in den Journalen mehr Erstaunen als Unwillen. Zudem hat man allgemein das Gefühl, daß bei dergleichen Interpellationen nie ein Resultat erzielt wird. Proudhon's „Peuple" nennt sie deshalb auch geradezu eine lästige Posse, die alljährlich ein paar Mal aufgeführt werde, um die Kannengießer und Pflastertreter zu unterhalten. „Die Rollen sind immer dieselben, nur die Schauspieler wechseln. Unter der Monarchie interpellirte Herr Mauguin, unter der Republik Herr Baune. Auf der Tribüne, zu Pferd, wird ganz Europa im Galopp durchritten, von Polen nach Spanien und vom baltischen bis zum Mittelmeer. Die Minister, unter der Monarchie Thiers, Molé oder Guizot, unter der Republik Bastide oder Drouyn de l'Huys, erklären, daß die Unterhandlungen noch immer schweben und daß die Angelegenheiten zu zarter Natur sind, als daß sie darüber etwas sagen könnten. Die Minister beharren unwandelbar bei zwei Dingen: 1) bei ihrem Stillschweigen und 2) bei ihren Portefeuilles. Die Versammlung aber geht zur Tagesordnung über, und die Vertreter stecken ihre 25 Francs ein."

Die Ministerlisten gleichen den Köpfen der Hydra: so oft ein amtliches oder halbamtliches Blatt eine für unbegründet erklärt, tauchen sogleich zwei neue dafür auf. Von allen Schattirungen gibt es deren — der Präsident brauchte blos zu wählen — von Bugeaud bis Ledru-Rollin, und auch mit beliebiger Mischung der Bestandtheile! Daß die Republikaner von gestern nur zu gern ein Portefeuille erhaschten, beweist der Eifer mit dem sie plötzlich die Rechte des Präsidenten vertheidigen: Sarrut beschuldigt die Minister einer Veruntreuung gegen ihn, Dupont de Bussac wirft ihnen ihren Ungehorsam vor, Jules Favre zeiht sie der Rücksichtslosigkeit, weil sie seinen Brief an Maleville veröffentlicht hätten, von dem man doch weiß, daß der Präsident selbst ihn an die Journale geschickt hat. Daß er dies aber gethan, zeigt, daß er auch seinerseits eine Aenderung des Kabinets wünscht. Die Schwierigkeit scheint nur, einmal eine Veranlassung, und dann, Nachfolger zu finden. Die Nationalversammlung scheint entschlossen, das gegenwärtige Ministerium zu halten, weil sie gleichen Dienst von ihm erwartet. Was nun die Konjekturenmacher am meisten in Verlegenheit setzt, ist, daß der Präsident abwechselnd beiden Seiten entgegenzukommen scheint. Vor einigen Tagen speisten Thiers, Bugeaud und Bedeau bei ihm; auf heute Abend ist dagegen das Büreau der Nationalversammlung, Marrast an der Spitze, eingeladen. In der Berathung, die darüber in der gestrigen Sitzung während der Unterbrechung am Präsidentenstuhl gepflogen wurde, wurde denn auch beschlossen, die Einladung anzunehmen, und in großem Kostüm, d. h. schwarzem Frack, dreifarbigem, goldquastigem Band im Knopfloch und ähnlicher Schärpe über die Schulter, zu erscheinen. Dufour, der Bekämpfer des Sonderbundes und frühere Lehrmeister Louis Napoleon Bonaparte's, ist aus Genf im Elysée National eingetroffen.

Man erwartet in diesen Tagen mehrere literarische Neuigkeiten, zuerst wird das neue Werk des Hrn. Guizot über die Demokratie in Frankreich erscheinen. Es ist in 8 Kapitel abgetheilt mit folgenden Titeln: I. Woher kommt das Uebel? II. Von der Regierung in der Demokratie. III. Von der demokratischen Republik. IV. Von der socialen Republik. V. Welches sind die wahren und wesentlichen Elemente der Gesellschaft in Frankreich? VI. Politische Bedingungen des sozialen Friedens in Frankreich. VII. Moralische Bedingungen hierzu. VIII. Schluß. Dann kommt Lamartine's neues Drama, Toussaint Louverture, dessen Aufführung im Theatre français durch die Februarrevolution und Lamartine's Eintritt in die provisorische Regierung unterblieb, nun endlich im Theatre der Porte St.-Martin zur Darstellung. Die Direktion zahlt Hrn. Lamartine ein Honorar von 25,000 Franken für das Recht des Druckes und der Aufführung im Theater St.-Martin; von allen andern Theatern bezieht Hr. Lamartine die gewöhnliche Tantième. Jedenfalls dürfte sich somit der Dichter Lamartine in finanzieller Hinsicht besser stehen, als der Staatsmann Lamartine in der Regierung stand.

Viel Aufsehen macht die Flucht des Kanonikus, Generalsekretärs des Erzbischofs von Aix, mit einer sehr schönen Dame, die erst seit Kurzem sein Beichtkind geworden war.

Spanien.

* **Madrid**, 3. Jan. Das Ministerium beabsichtigt schon morgen den Cortes das Budget vorzulegen. Bei der fortgesetzten Adreßdiskussion griff Moron das Kabinet wegen seines Finanzsystems heftig an. Mon vertheidigte sich und behauptete, daß die Einkünfte, besonders die Salz-, Tabak- und Zoll-Gefälle bedeutend gestiegen seien. Am Schlusse gab er jedoch demungeachtet zu verstehen, daß das Land sich noch auf große Opfer gefaßt machen müsse. Auf Moron folgte Cortina, das Haupt der Radikalen, dessen Rede fast die ganze heutige Sitzung füllte. Er ging die politischen Ereignisse des vorigen Jahres durch und machte namentlich den Bulwer'schen Handel zum Gegenstand seiner Angriffe. Er tadelte das Kabinet bitter und gab den Engländern vollkommen Recht. Seine Rede bildet das Ereigniß des Tages und Pidal wird sie morgen im Namen des Kabinets beantworten.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 13. Januar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. $74\frac{3}{8}$; $2\frac{1}{2}$pCt. ditto $39\frac{5}{8}$; Bankaktien fl. 1170; fl. 500. Loose 132; fl. 250. Loose 78; Badische fl. 35. Loose $26\frac{1}{2}$; Hessische Rthlr. 40 Loose $25\frac{3}{4}$; Polnische fl. 500 Loose $72\frac{1}{2}$; Friedr. Wilh.-Nordbahn 37; Berbach $67\frac{1}{2}$. Köln-Minden 79; 3pCt. inländ. Span. $19\frac{5}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würt. $93\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Belg. $77\frac{3}{8}$; Holl. $2\frac{1}{2}$pCt. Integrale $49\frac{1}{4}$.

Der Umsatz war sehr beschränkt. 3 pCt. Spanier zu höherem Cours gefragt. Oesterreichische Fonds etwas matter. Die Dividende des 2. Semesters der Oesterreichischen Nationalbank ist inclusive des Coupons auf 25 fl. C.-M. festgesetzt worden.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henriette Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.-P.-A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 14. Frankfurt a. M., Sonntag 14. Januar. 1849.

Ueberſicht.

Die deutſchen Fürſten.

Erklärung.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalverſammlung vom 13. Januar (Schluß). Die Parteiſtellung. Hannover und die Centralregierung.) Wien (Büreau fue Preßſtatiſtik. Die Bank. Empfang der Truppen in Ofen. Armeebülletin.) Kremſier (Reichstagsverhandlungen.) Prag (Strobach gewählt.) Baiern (Das bairiſche Heer.) München (Die Lerchenfeld'ſchen Geſetzentwürfe.) Stuttgart (Die Kammer und das Finanzgeſetz.) Leipzig (Berichtigung. Die Zerſtörung des öſterreichiſchen Conſulatwappens.) Aus Baden (Heidelberger Univerſitätszuſtände.) Darmſtadt (Ernennung eines Stellvertreters für den Biſchof von Mainz.) Altenburg (Douai der Haft entlaſſen.) Koburg (Die Miniſter- und Fürſtenkonferenz in der thüringiſchen Frage. Entlaſſung der Hofchargen.) Weilburg (Der konſtitutionelle Verein für Preußen.)

Frankreich. Paris (Der Club de L'inſtitut. Der Präſident und der Nuntius.) Die Auflöſung der N.-V. Das Geſetz über die Gefängnißarbeiten. Das Miniſterium. Die Weinunruhen.)

Spanien. Madrid (Antwort des Hrn. Pidal.)

Portugal. (Entdeckung einer republikaniſchen Verſchwörung. Baron Walter, öſterreich. Geſandter. Graf Thomar. Inhalt der zu erwartenden Thronrede.)

Italien. Lombardei (Verſchwörungen.) Kirchenſtaat (Adreſſe für die Konſtituante.) Gaeta (Weihnachtsfeier. Empfang des diplomatiſchen Korps.)

Ungarn. Vor Ofen (Die Einnahme von Ofen und Peſth.)

Polen. Aus Ruſſiſch-Polen (Die ruſſiſchen Truppen.) Von der Polniſche Gränze (Der polniſche Adel. Die Schulen. Die eingezogenen Güter.)

Nachſchrift.

---

14. Januar.

Die Note des Großherzogs von Baden an die Centralgewalt könnte der Anfang zu der gedeihlichen Löſung der großen Frage werden, auf die wir in Angſt und Spannung warten; möchte ſie es werden! Wir gönnten keinem andern deutſchen Fürſtenhauſe ſo ſehr wie dieſem den Ruhm, den Impuls zu dem dankenswertheſten Werke gegeben, den Weg zu dem ſchwierigſten Ziele geebnet zu haben, das uns zu erreichen obliegt. Von dieſem Lande ging der Anſtoß politiſchen Lebens, von dieſer Regierung die Bezeugung guten Willens von jeher aus in Deutſchland, und ſo verdiente es wohl die Glorie, das rettende Wort auf das Sphinxräthſel unſerer Oberhauptfrage geſprochen zu haben. Warum iſt dieß Wort nicht ſchon früher von irgend einem deutſchen Hofe geſprochen? Oder lag eine richtige Politik darin, damit zu warten bis auf die Stunde der Entſcheidung, wo das Gewicht einer ſolchen Erklärung allerdings viel ſchwerer wiegt? Wir würden es aber, da nun die elfte Stunde geſchlagen hat, jetzt vollends nicht begreifen, wenn ſich auf dies edle Beiſpiel hin nicht ein Hof nach dem andern, nicht eine Ständeverſammlung nach der andern wetteifernd beeilen ſollte, die gleiche Erklärung abzugeben. Was haben doch die kleinen und mittleren deutſchen Höfe dabei zu bedenken? Bei der neuen Reichsordnung werden ſie, auch einem erblichen Haupte gegenüber, durch Geſetze und Parlament in einem beſtimmten Rechte geſchützt ſein. Der Umfang dieſes Rechtes wird ohne allen Zweifel in der kürzeſten Friſt ſchärfer gezeichnet werden müſſen, als es jetzt in der Verfaſſung geſchehen iſt; er wird auch wohl etwas erweitert werden müſſen, was die inneren Verhältniſſe angeht. Wenn dieß geſchehen iſt, ſo wird ihnen im Innern geſichert ſein, was ihnen bisher unter dem Bundestag und unter Oeſterreichs Regiment trotz allen Ständen und aller Souveränetät nicht geſichert war. Man erinnert ſich in Baden noch ſehr wohl der Worte jenes kräftigen Miniſters Winter: mit denen (Ständen) vor ihm wolle er ſchon fertig werden, wenn nur die hinter ihm nicht wären! Dieſe hinter den Regierungen und hinter den Fürſten werden künftig nicht mehr ſein! Die demüthigende Stellung, ſich, nicht etwa von einem Kaiſer, nicht von einem Gleichen, ſondern von irgend einem Parvenü, aus der Schreibſtube in Wien heraus kommandiren zu laſſen und deſſen Konvenienzen ſich fügen zu müſſen, dieſe Stellung, die man bei dem Anſpruch auf Souveränetät einnahm, wird gegen eine weit ehrenvollere vertauſcht werden, wenn die deutſchen Fürſten als Bundesglieder einen geſetzlich befeſtigten Standpunkt einhalten, an den ihnen hinwieder Niemand rühren darf. Jene frühere Stellung hat ſie mit einer fortwährenden Gefahr umgeben, die man ihnen lange bezeichnet hat, die ihnen zuletzt furchtbar nahe getreten iſt; dieſer Gefahr werden ſie für die Zukunft um ſo mehr entnommen ſein, je feſter die Reichsgewalt iſt, je mehr die Verantwortung für den Gang unſerer gemeinſamen Dinge ihr allein zugeſchoben, und nicht auf die einzelnen Staaten vertheilt werden darf. Die Stellung der deutſchen Fürſten nach Außen erleidet vollends nur im Schein und nicht im Weſen eine Veränderung; ihre Souveränetät hätte in keinem Falle irgend eines äußeren Zuſammenſtoßes etwas bedeuten können; ſie mußten, im Falle Oeſterreich und Preußen einig waren, blind folgen, im andern Falle hätten ſie ſich theilen und das Vaterland dem Untergange ausſetzen müſſen. Wir begreifen, daß Baiern ſich ſträubt; doch geſtehen wir, nur, ſo lange wir es natürlich finden, daß die Menſchen in ihrer Schwäche ſich an den Schein halten und nicht an das Weſen. Baiern kann ſich ſagen, daß es eine unabhängige Macht ſo gut wie Portugal und Neapel und viele andere, viel kleinere Reiche bilden könne. Ganz ſo gut geht es ſchon nicht, wegen ſeiner Lage, es wäre vor dem Erſticken nicht ſicher. Aber wenn es auch ganz ſo gut anginge, was wäre nun dieſes ſo gut? Hat ſie irgend etwas Beneidenswerthes, die Rolle, die Portugal gegen England über ſpielt? und die Neapel in der Schwefelgeſchichte geſpielt hat? und in die es ſich mit Sicilien jeden Augenblick verſetzt ſehen kann? Gewiß, man muß nur an dem Flitter der Größe hängen, wenn man eine Macht, die man beſitzt, lieber an ſolch ein Scheinleben ſetzen wollte, als an die reale Förderung eines großen Volkes, zu dem man ſeit ewigen Zeiten einen Theil bildete, in deſſen Verfaſſung jedem Stamme, jeder Regierung, jedem Fürſten die große Aufgabe immer ſicher, immer frei überlaſſen bleibt, die die badiſche Note mit vollkommenem Begriffe der Lage in ihrem Schlußſatze bezeichnet: die Aufgabe, die innere eigenthümliche Entwicklung der nächſten geiſtigen und materiellen Wohlfahrt zu pflegen, damit jeder Theil „als ein würdiges Glied im Zuſammenhang des großen Ganzen erſcheine!" Möchte denn dieſes weiſe Erkennen der Verhältniſſe Ausbreitung und jener Schritt, den der badiſche Fürſt gethan hat, ſchnelle und allgemeine Nachahmung finden! Und wenn wir wünſchen dürften: in Erklärungen für ein einziges erbliches Oberhaupt, ohne das ſelbſt, das die beiden Epitheta in der badiſchen Note trennt. Denn gewiß, in der Erblichkeit liegt nicht ein gleichgültiges Attribut, ſondern das Weſen der Sache, um die es ſich handelt. Die Einheit wird nie im Vaterlande Wurzel faſſen, wenn durch Wahlen in einem Kurfürſten-Kollegium ſtets fortgeſponnene Intriguen und Antipathien ſchon die Einigkeit unter den Fürſten gefährden und wenn von da aus die Antipathien unter den Stämmen, Feindſeligkeit und Eiferſucht wie gefliſſentlich unterhalten werden, während eine ſtarke Einheit bedingt, daß die Verfaſſung und vollends die executive Gewalt mit Einem großen Schritte den Einflüſſen dieſer Triebkräfte ein für allemal entzogen werde. Und ſollte vollends das Parlament an der Wahl Theil nehmen, ſo wäre bei der jedesmaligen Aufregung an eine ruhige Entwicklung unſerer inneren Zuſtände, deren wir ſo ſehr bedürfen, nie zu denken: man ſollte meinen, die neueſten Vorgänge in Frankreich müßten den blindeſten Verfechtern des Wahlreichs den Staar geſtochen haben. In dieſer ganzen Frage ſchien uns immer, als ob die Vorſchläge für einen Wahlmonarchen auf Leben oder auf kürzere Jahre die charakterloſeſten von allen wären; daß ſie die aller politiſchen

Erfahrung am meisten widersprechendsten sind, ist ohnehin eine Thatsache, über die sich kaum streiten läßt. In dieser Frage gibt es nur zwei Prinzipien: entweder wir wollen ein Bundesreich, und dann bedürfen wir einen Reichsfürsten mit der ganzen Gewähr der monarchischen Macht; oder wir wollen blos einen Reichsbund, und dann ist das einzig Folgerichtige eine kollegialische Executive. Was wir von Beidem wollen, darüber hat die Meinung der Nation längst entschieden.

So wollen wir es denn auch! — Die badische Regierung hat sich wahrhaft den Dank der Nation verdient. Sie könnte indessen sich zu diesem ersten Verdienste noch ein größeres erwerben; sie thut es vielleicht schon, während wir es nur wünschen. Sie sollte sich nicht mit dem Beweise ihres guten Willens auch in diesem Falle begnügen, sondern sie sollte bei den übrigen deutschen Höfen ausdrücklich die Nachfolge ihres Beispiels betreiben. Von solcher Stelle wirken Gründe und Antriebe ganz anders, als wenn alle Weisheit der Presse und der Stände spricht. Und wahrlich, es lassen sich solche Gründe angeben, die von Fürsten zu Fürsten gesprochen, auch den Blödesten überzeugen müßten, daß es gerade ihr eigenstes und dringendstes Interesse ist, diese folgenschwangere Frage in diesem Sinne so schnell als möglich zu entscheiden.

Dies war geschrieben, als uns die Erklärung von Weimar, von Gotha, Meiningen, Altenburg, Schwarzburg, Reuß, von Oldenburg und vor Allem die edle, jedes deutsche Herz ergreifende Erklärung des Großherzogs von Hessen erreichte. Ja dieser Fürst verdient es, einen Freund zu haben, wie Heinrich v. Gagern. Dank Euch, Ihr deutschen Fürsten! Wir wollen nicht ängstlich Herz und Nieren prüfen, welcher Beweggrund wohl bei einem jeden Einzelnen der stärkste gewesen sein mag. Vielleicht versuchte der Großherzog von Oldenburg nur auf diese Weise Forderungen zu retten, welche wir so wenig wie sein Land gerecht und billig finden. Aber sie alle, diese deutschen Fürsten haben doch zur rechten Stunde eingesehen, daß Ihr Vortheil und die Wohlfahrt des Vaterlands unauflöslich mit einander verknüpft sind. Heil Euch deutschen Fürsten! Heil dir, Deutschland!

Erklärung.

Herr Giskra hat so eben in der Paulskirche, wenn ich anders recht gehört — wir werden die Worte nach dem stenographischen Berichte bringen — die Frankfurter Zeitungen beschuldigt, sie hätten Geld empfangen, um keine antipreußischen Artikel aufzunehmen.

Es scheint mir nicht angemessen auf diese Beschuldigung zu antworten. Hr. Giskra führte indessen als Beweis seiner Behauptung an, daß ein Artikel, welcher die deutsche Frage vom österreichischen Standpunkte aus behandle, von allen Redaktionen in Frankfurt zurückgewiesen sei.

Ich weiß nicht, welchen Artikel Hr. Giskra meint. Denn ich komme täglich in den Fall, mehrere Artikel zurückweisen zu müssen — wie leicht begreiflich, meistens solche, welche für Preußen geschrieben sind, wenn der Kürze halber dieser Ausdruck erlaubt ist. Die Ursachen einer solchen Zurückweisung sind sehr verschiedner Art: Mangel an Raum, Mängel des Inhaltes, der Darstellung u. s. w. wahrscheinlich auch der bei allen Redactionen so häufige Mangel an Einsicht für die Vortrefflichkeit der eingelieferten Aufsätze. Ich weiß nicht, welche dieser Ursachen die Zurückweisung des von Hrn. Giskra erwähnten Aufsatzes verschuldet haben mag. Wahrscheinlich aber genügte schon eine andere Ursache, die sich so von selbst versteht, daß ich sie noch gar nicht erwähnt habe. Wer eine Zeitung mit einer Zuschrift beehrt, von dem darf vorausgesetzt werden, daß er einige Kenntniß genommen von der Richtung, welche sie verfolgt. Die Deutsche Zeitung strebt allerdings nach der strengsten Unparteilichkeit. Auch wer Tagesgeschichte schreibt, darf und muß nach jener Wahrhaftigkeit streben, welche Niebuhr die Seele der Geschichte nennt. Wir suchen auch jene Unwahrheit zu vermeiden, welche im Verschweigen der Thatsachen besteht. Aber Alles dies bezieht sich auch nur auf Thatsachen. In der Beurtheilung der Thatsachen, in den räsonnirenden Aufsätzen, tragen wir fast ohne Ausnahme nur unsere eigene Ansicht vor. Wir gehören nicht zu den Blättern, welche die wichtigsten Fragen als offene betrachten und den verschiedensten Ansichten ihre Spalten öffnen. Wir wünschen ebensowohl einen bestimmten Charakter zu behaupten wie ein einzelner Mensch, von dem man nicht erwarten wird, daß er etwa bald für die §§. 2 u. 3., bald dagegen spreche und schließlich wohl gar behaupte, er wäre übrigens immer derselben Ansicht. Was man der Deutschen Zeitung auch vorwerfen mag — und es sind in diesen letzten Tagen im Parlamente sehr verschiedenartige Angriffe auf sie gefallen — wenigstens wird man ihr nicht den Vorwurf machen können, sie wisse nicht, was sie wolle.

Frankfurt den 13. Januar 1849.

Dr. Heinrich Kruse,
verantwortlicher Redakteur der Deutschen Zeitung.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 13. Januar. (Schluß.)

Präsident Simson eröffnet die Sitzung ¼ nach 3 Uhr. Das Versammlungslokal ist beleuchtet, die Fenster zugezogen, die Räume der Zuhörer gedrängt besetzt. Auf der Rednerbühne erscheint Reichsminister v. Gagern. Er spricht, nachdem sich die tiefste Ruhe hergestellt hat, Folgendes mit bewegter Stimme und in dem nachdrücklichen Tone der ihm zu Gebote steht. Eine anderthalbstündige Rede von dem mannigfachsten Inhalte, wovon wir leider nur ein unvollkommenes Bild liefern können und von wunderbar bewegender Gewalt:

Ich bin mir bewußt, daß auch ich in dieser wichtigen Berathung den Standpunkt festhalte, den ich in meinem ganzen Leben festgehalten habe, daß ich nämlich nicht irgend einem Volksstamme zu Liebe oder zu Leid rede, daß kein spezielles Interesse mich leitet, daß ich nur das Vaterland im Auge habe. Es ist, wenn ich es nicht bloß der Aufregung des Augenblicks zuzuschreiben hätte, eine niederdrückende Wahrnehmung, daß in diesem Saale, wo wir vor Allem die Einheit repräsentiren sollen, daß da an Sympathien und Antipathien einzelner Volksstämme appellirt worden ist und daß man da sie heraufbeschworen hat die Feinde, die wir längst besiegt zu haben glaubten. (Bewegung). Wir sind noch weit von der Einheit, wenn sich dergleichen wiederholen kann. Die erste Bedingung der Einheit ist doch die, daß wir uns als gleichbefreundet, gleichverbrüdert, als gleichberechtigt betrachten (Beistimmung). Halten wir die Antipathien einzelner Volksstämme nicht mit Macht darnieder, so ist die Lösung der Frage, die uns obliegt, nicht möglich, oder sie führt zum Bürgerkriege. Aber gerade diese traurigen Wahrnehmungen sind eine Unterstützung mehr für den Vorschlag, welchen ich im Namen des jetzigen Ministeriums an diese hohe Versammlung gebracht habe. Wenn noch irgend ein Zweifel darüber hätte bestehen können, ob es nothwendig sei, zu unterhandeln, damit Abweichungen und Mißverständnisse nicht tiefere Wurzel fassen können, damit ihnen vielmehr rechtzeitig vorgebeugt werden könne, so haben wir jetzt die hinreichende Erfahrung darüber gemacht.

Man hat gestritten, ob es möglich sein werde, einen glücklichen Erfolg solcher Verhandlungen als die beabsichtigten, herbeizuführen. Meine Herrn, ich zweifle nicht an diesem glücklichen Erfolge (Bewegung). Ich werde mich nicht irre machen lassen auf der einmal betretenen Bahn und Sie werden mit mir einsehen, daß das persönliche Verhältniß zu dem Manne, welchem zunächst die Vertretung Oesterreichs hier anvertraut ist, eine wesentliche Bedingnng des Zustandekommens des Erfolges dieser Verhandlungen ist. Und so versichere ich Sie, was auch geschehen möge, ich werde dieses Verhältniß nicht vergiften lassen und an dem Vorsatze des Zusammenwirkens mit ihm festhalten, so lang ich einen Erfolg erwarten darf (Bravo). Um was nun handelt es sich zunächst bei den Verhandlungen, für welche ich Ihre Autorisation nachgesucht habe? Um die Beseitigung der Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung des Verfassungswerkes, welches wir zu vollenden im Begriffe sind, entgegen treten könnten, meine Herren, und auf den Erfolg dieser Verhandlung sehe ich in diesem Augenblicke mit größerer Zuversicht als vielleicht noch vor wenig Wochen an dem Tage, wo ich zuerst das Gesuch an Sie gebracht habe. Die österr. Monarchie hat eine große Aufgabe zu erfüllen. Die Schwierigkeiten, sie zu lösen sind unermeßlich. Der Schein kann darüber nicht täuschen, nicht die Erfolge der letzten Wochen. Es bleibt noch viel zu thun übrig und Sie brauchen nur die heutigen Blätter zu lesen um einzusehen, welche neue Schwierigkeiten in Oesterreich auftauchen. Bei dieser Stellung Oesterreichs wird sich die dortige Regierung selbst die Frage vorlegen, was für Oesterreich größeren Vorzug ver-

dient, ob das Fortbestehen des lockeren Einflusses, den es bisher im Bundesverhältniß entwickelte, oder ob es im Hinblicke auf alles das was ihm obliegt, nicht mehr in seinem Interesse liegt, daß ein starkes Deutschland neben ihm sich gestaltet, das Hand in Hand mit ihm geht zur Erreichung der gemeinschaftlichen Zwecke. Wer die Schwierigkeiten, die auf beiden Seiten den beiden großen Staatskompleren gegenwärtig zu lösen obliegen, in's Auge faßt, der wird nicht zweifeln an dem Willen Oesterreichs, die wichtige Frage seiner Stellung zu Deutschland in ernste Erwägung zu ziehen, der wird nicht zweifeln, daß es dem Umschwunge der Dinge Rechnung tragen wird — ich bitte Hrn. Raveaux um Verzeihung für den Gebrauch dieser Worte, — wie sie sich in der Neuzeit ergeben und daß es sich von der traditionellen Politik des alten Oesterreich ablenken werde. Die Verhältnisse sind anders und sie werden auch von den Staatsmännern, die dort das Ruder führen, gewiß anders als sonst beurtheilt. Man wird dort, so gut wie bei uns, einsehen, daß der schwache Zusammenhang eines blos diplomatischen Verbandes nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, sondern daß der Wille und der Einfluß der Völker auf den Gang der Dinge wesentlich in Betracht kommt.

Wenn wir unsere Aufgabe betrachten, d. h. den Plan der künftigen Gestaltung Deutschlands, so treten zwei Gesichtspunkte dabei hervor, die von verschiedenen Seiten geltend gemacht worden sind. Wir müssen unsere Aufgabe nämlich betrachten vom Standpunkte der Theorie und von dem der Thatsachen. Es ist uns vom Standpunkte der Theorie entgegengehalten worden, wir könnten unsere Aufgabe gar nicht mehr lösen. Diejenigen, die uns dies entgegengehalten, boten uns ein anderes Recept und wollten uns verantwortlich machen dafür, daß wir es nicht rechtzeitig befolgt. Dies Recept war, daß wir die Einheit Deutschlands nur gestalten könnten auf einer tabula rasa, nachdem alle Dynastien beseitigt seien und daß alsdann auf diese tabula rasa ein neuer Bundesstaat einheitlich gegründet werden müßte. Diese Ansicht hat nicht den Beifall der Mehrheit dieser hohen Versammlung und ich glaube, sie hat auch nicht den Beifall der Mehrheit der Nation erlangt. (Bravo und Zischen.) Ein andrer Standpunkt war uns daher geboten. Wir mußten uns auf den Standpunkt der Thatsachen stellen. Diese Thatsachen sind das Bestehen der Staaten, die wir nicht die Absicht und auch nicht die Macht hatten umzustoßen, jetzt so wenig, wie zu irgend einer andern Zeit, auf die unsre Thätigkeit zurückgeführt werden könnte. Wenn auch hier und da Unordnungen versucht wurden, wenn auch hier und da die Anarchie aufgetaucht ist, so waren das doch noch keine Symptome des Verfalls. Es waren einzelne Erscheinungen, die sehr bald geschwunden sein würden vor dem kräftigen Einschreiten und sie sind wirklich geschwunden. (Links: durch Gewalt!) Es ist mir heute Morgen der Vorwurf gemacht worden, daß ich mit die Veranlassung sei, daß jener theoretische Standpunkt habe verlassen werden müssen. Ich hätte ein Schock Abgeordneter aus Darmstadt kommen lassen, um sie bei dem Vorparlament gegen die Permanenzerklärung stimmen zu lassen. Die Thatsache kann ich ganz auf sich beruhen lassen, ich kann sagen, daß die Deputirten, die damals hier erschienen, aus eigenem Antrieb hier erschienen sind, um zu handeln, wie sie es für ihre Pflicht hielten. Wäre es aber wirklich so, ich würde den Vorwurf nicht zurückweisen und ich würde glauben, eine gute That gethan zu haben. Ich habe zu jeder Zeit mit hoher Achtung von der Erhebung des Volks in jenem Augenblicke gedacht, welcher das Vorparlament hierher rief. Ich habe aber dem Vorparlament keine andere Wirksamkeit vindicirt — und es sind Herren auf dieser (links deutend) Seite, die dies mir bezeugen können, — als die einer großen Volksversammlung, die sich das Vertrauen der Nation erworben hatte und die auf Grund dieses Vertrauens Aussprüche that.

Wir wollten einen Bundesstaat mit einer Gesammtregierung schaffen, der die Nation mit Ehren nach innen und nach außen verträte. Ein Bundesstaat mit einer starken Regierung, die sich auf den Willen des Volkes stützt, sie unterdrückt die Freiheiten des Volks nicht, sie braucht sie nicht zu unterdrücken. Man sagt, wir hätten uns zu weit entfernt von der Grundlage, auf die wir gekommen, von der Macht, die uns gerufen. Ich weiß nicht, wie weit dieser Vorwurf berechtigt ist, aber ich weiß, daß wir nicht aller Sympathien so ledig sind, als uns hier wiederholt versichert wird (rauschender Beifall von der Mehrheit des Hauses. Hohn und spöttische Gegenrufe von der Linken).

Was die Schwierigkeiten des Werks, an dem wir sind, am anschaulichsten darstellt, ist der Zwiespalt der Meinungen selbst in dieser Versammlung, in der wir uns seit Tagen, seit Wochen mit dieser einzigen Frage beschäftigen. So weit ich die Verhältnisse beurtheilen kann, vermag Oesterreich nicht in den Bundesstaat einzutreten. Nicht blos §. 2 und 3 hindert den Eintritt. Eine ganze Reihe unserer Verfassungsbestimmungen steht diesem Eintritt entgegen. Auch die Freiheit, die wir für unsern Bundesstaat in Anspruch nehmen, steht diesem Eintritt entgegen. Entweder wir müßten diese unsere Freiheit einem ungewissen Stimmverhältnisse preisgeben, oder uns mit einer Art von Provinzialvertretung, jedenfalls mit Formen begnügen, die den Forderungen unseres deutschen Volks nicht entsprechen. Ich habe erklärt, Oesterreich sei nöthig für die deutsche, für die europäische Politik. Ich kann also nimmermehr speculiren auf die Auflösung dieser Monarchie. Ich hielte es vielmehr viel eher für eine staatsmännische, für eine deutsche Pflicht, in redlichem und bundesgenössischem Sinne zur Erhaltung jener Monarchie beizutragen.

Herr Vogt hat mich mißverstanden, wenn er sagt, ich verstecke mein Verlangen nach einer Hegemonie unter der Forderung nach einer starken Gesammtregierung. Ich verstecke nichts, ich bin, wenn Sie es denn hören wollen, für das Kaiserthum und für ein erbliches Kaiserthum (enthusiastischer Beifall von der Rechten und aus der Mitte, Zischen von der Linken).

Es sind nicht blos die dynastischen Interessen, die uns entgegen stehen, es ist auch die Eifersucht der Volksstämme und eine sehr achtbare Eifersucht, die ihre Selbstständigkeit nicht wohlfeilen Kaufes hergeben will. Dies gilt von Baiern, Hannover, Sachsen, Würtemberg u. s. w. Sind wir aber erst mit Oesterreich im Reinen, so werden wir auch mit diesen Kräften zu einem erwünschten Ziele kommen. Darum bitte ich Sie, versagen Sie mir die erbetene Ermächtigung nicht. Wir wären ohne Widerstand, ohne Schwierigkeiten auch nicht hinweg gekommen, wenn wir einen österreichischen Fürsten an die Spitze des Reichs — (von der linken: warum denn überhaupt eine Spitze? Gar keinen Fürsten!) oder wen immer — vorangestellt hätten.

Der Redner verbreitet sich über den Bericht der Ausschußmehrheit. Dann über den Inhalt der Unionsakte, die mit Oesterreich errichtet werden solle sowohl auf den Grund der materiellen als der politischen Interessen der deutschen und österreichischen Staaten. Herr v. Gagern theilt ein in diese Richtung einschlagendes Aktenstück mit. Es ist dasselbe die unter dem 28. Dec. ertheilte Antwort des kaiserl. Ministeriums auf den Antrag des deutschen Reichsministeriums zu Errichtung gemeinschaftlicher Konsulate. Der bereitwillige und sein auffassende Sinn, womit die österreichische Regierung auf den Vorschlag eingeht, wird mit begeistertem Beifall aufgenommen. Nachdem sich die Bewegung beruhigt hat, fährt Hr. v. Gagern fort: „Ich frage nun, ob man eine Union Deutschlands mit Oesterreich noch für unmöglich hält?“ Nachdem sich endlich Gagern nochmals gegen den Vorwurf verwahrt hat, als sei irgend eine Intrigue in dieser Sache vorhanden und als habe er Theil an einer solchen, bemerkt er, daß sich das Ministerium mit dem v. Wulffen'schen Zusatzantrage zum Minderheitserachten einverstanden erkläre. Unter einem so andauernden Beifalle, wie er selbst in der stürmisch bewegten Paulskirche zu den Seltenheiten gehört, verläßt der Ministerpräsident die Tribüne. Der Berichterstatter für die Minderheit des Ausschusses, Hr. Rüder aus Oldenburg, erklärt darauf, daß er der mächtigen Wirkung des Vorredners nichts hinzuzufügen habe. Für die Ausschußmehrheit nimmt Herr Giskra das Wort. In flott dahineilender Sprache gibt er zuerst eine Darstellung des Thatbestandes, auf dem der Ausschußbericht und die Anschauung der Mehrheit beruht. Die österreichische Revolution hat allerdings einen lebendigen Sinn für die deutsche Einheit und Freiheit gehabt. Uebersehen Sie auch nicht, daß zur Stunde noch Zustimmungsadressen zu den §§. 2 und 3 kommen und daß sie sich alle für den unmittelbaren Anschluß an den deutschen Bundesstaat aussprechen. Auch die österreichische Presse redet der Einheit das Wort und fragen Sie nur selbst den österreichischen Bauer, ob er von dem deutschen Reiche und Vaterlande scheiden will. Oesterreich habe die Reichstagsbeschlüsse nicht verkündet, sein Gesandter habe beim Reichsfeind in Kopenhagen gesessen, das Geldausfuhrverbot sei nicht aufgehoben worden u. s. w. Der scharfsinnige Staatsmann aus Weimar (damit ihn der Leser erkenne, fügen wir hinzu: Herr v. Wydenbrugk ist gemeint) und der ehemalige Unterstaatssekretär, Herr v. Würth,

haben diese Vorwürfe schon auf das rechte Maß zurückgeführt. Was auch Preußen, was Sachsen, was Hannover gethan, nichts weiter ist Oesterreichs Schuld. Und war nicht, während Oesterreich mit dem treulosen Sardenkönige um die Lombardei rang, der Gesandte Sardiniens hier am Sitze der deutschen Regierung? Wenn man die Aeußerungen des ministeriellen Zeitungsorgans, wenn man den Eifer betrachtet, womit alles hervorgekehrt wird, um die Trennung Oesterreichs von Deutschland darzuthun, so möchte man fast annehmen, diese Trennung werde gewünscht. Dagegen modificirt das Ministerium seine Note, für deren Sinn es doch wohl selbst der beste Dolmetscher sein muß, und Oesterreich, anstatt seine Abgeordnete zurückzurufen, veranstaltet vielmehr neue Wahlen. Wenn Oesterreich eine deutsche Mission gegen Osten hat, warum sie den 8 Mill. deutschen Oesterreicheen allein zumuthen? Die Urtheile der Frankfurter Presse und der Blätter der nächsten Umgebung sind bestochen (Beweise!). Sie sind bezahlt, wiederholt Hr. Giskra und zum Beleg erzählt er, daß ein Abgeordneter einen Aufsatz über die deutsch-österreichische Frage bei mehreren hiesigen Blättern angeboten habe und nicht habe anbringen können! Die neueste Lage Oesterreichs, seine Siege in Ungarn, erleichterten aber gar sehr die Annahme der §§. 2 und 3, wie überhaupt den Anschluß an Deutschland. Der Redner reiht die Gründe an einander, die Deutschland dazu bestimmen müßten, Oesteerreich, und nicht Preußen an die Spitze zu stellen, dann wendet er sich darauf, daß die vorliegende Frage zu einer Kabinetsfrage gemacht woeden. Er sucht das Haus über ein etwaiges Ministerium der Zukunft zu beruhigen, daß es nicht mit verhängten Zügeln dahinjagen werde. Die Zeit der Revolutionen sei vorüber. „Die Wurzel von dem Baume der Einheit liegt blos. Die Axt ist gehoben! Schlagen Sie zu, wenn Sie den Muth haben.“ Der Beifall, welchen Hr. Giskra am Schlusse seiner Rede einärntet, gibt dem Applause an Lebhaftigkeit nichts nach, den Gagern vorhin erhalten hat.

Eine große Anzahl östeerreichischer Abgeordneten überreicht eine feierliche Verwahrung gegen jeden Versammlungsbeschluß, der Oestereeich von Deutschland trennen wolle, indem sie erklären, daß sie nur auf die Zurückberufung ihrer Wähler aus dem Hause ausscheiden würden.

Die gestellten Veebesserungsanträge vermindern sich durch freiwilliges Zurückziehen derselben, wie Hr. Reh und Hr. v. Linde thun, theils fallen mehrere derselben dadurch, daß sie nicht die hinreichende Unterstützung erlangen. Für den Lassaulx'schen Antrag erhebt sich sogar gar Niemand.

Zur Abstimmung durch Namensruf kommt darauf, nachdem die Ordnung der Fragstellungen festgesetzt ist, der folgende Antrag des Abgeordneten v. Wulffen, welchen die Minderheit zu dem ihrigen gemacht und mit dem sich das Ministerium einverstanden erklärt hat:

„Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. Dezember 1848 — modifizirt durch das Schreiben vom 5. Januar 1849 und erläutert durch die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 11. deff. M. — erbetene Ermächtigung ertheilen.“

Das eintönige Verlesen der Namen und die Antworten darauf erfolgen unter einer Aufmerksamkeit und Stille wie sie sonst niemals bei ähnlichen Gelegenheiten herrscht. Niemand verläßt das Haus. Wenn eine Stimme mit „Ja“ antwoetet, von der sich die Linke eines „Nein“ veesehen hat, so bricht ein Geräusch der getäuschten Erwartung und des Unwillens los. Am stärksten und so anhaltend, daß der Präsident mit dem Ordnungsrufe droht, geschieht dies, als Ernst Moritz Arndt, der Sänger des Vaterlandsliedes, es auf den Aufruf des Schriftführers bejaht, daß er dem obigen Antrage beistimme. Indessen bleibt es nicht lange zweifelhaft, daß die Mehrheit auf Seiten der Bejahenden, mithin des Ministeriums ist.

v. Radowitz, als er aufgefordert wird — fehlt. Desgleichen fehlt bei der Abstimmung — und das wird mit Heiterkeit bemerkt — v. Schmerling. Rößler v. Wien enthält sich der Abstimmung. Karl Welcker antwortet mit „Nein!“ Mittermaier und Zell dagegen, die Führer des Würtemberger Hofs, gehören zur Majorität. Der Antrag des Abg. v. Wulffen ist mit 261 gegen 224 Stimmen angenommen. Man enthält sich jedes Zeichens von Beifall oder von Mißfallen. Aber es regnet von Erkläeungen zu Protokoll und von der Linken wird eine Verwahrung zu Protokoll gegeben, gegen die Vertheilung Deutschlands zwischen Habsburg und Hohenzollern 2c. Ferner erfolgen Erklärungen von Herrn v. Linde, von Sepp, von Schneider von Wien und von Anderen. Die Sitzung hat bis 8 Uhr abermals gewährt, als Herr Wesendonck noch vor dem Schlusse derselben eine Aurufung an die Centrallegitimation richtet, aus der wir erfahren, daß in Neus bei Düsseldorf Heer Temme zum Vertreter für die Nat.-Vers. gewählt worden ist.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 13. Jan. Unsere Zuversicht zu dem Siege des Ministeriums ist duech den Eindruck der Diskussion nicht geschwächt. Wir fürchten nicht das Unterliegen, wir besorgen im Gegentheil, daß die Majorität durch Elemente verstärkt sein dürfte, welche die Bedeutung der endlichen Entscheidung abschwächen, und welche rückwärts auf den Sinn des ministeriellen Antrags einen unrichtigen Schein werfen könnten. Wie die österreichische Note vom 28. Dez., zusammengenommen mit den Erklärungen des neuen österreichischen Bevollmächtigten unvermeidlich die schärfsten Spitzen des Gagern'schen Programms abstumpfen mußte, so ist zu gewärtigen, daß es die parlamentarische Taktik der Unterliegenden sein werde, zum Theil durch ihren Ueebegang in das entgegengesetzte Lager noch eine weitere Schwächung in die Bedeutung jenes Programms hineinzubringen. Es ist wahrscheinlich, daß die Bildung des „Pariser Hofes“ nicht die einzige neue Parteibildung bleiben wird, welche aus der Verhandlung dieser Angelegenheit hervorgehen mußte. Es steht namentlich in Aussicht, daß sich in Wahlverwandtschaft die gespaltenen Fraktionen der Westendhall und des Würtemberger Hofes zu einer neuen Verbindung einigen werden. Vielleicht nicht mit Ungrund bezeichnet man Hrn. v. Wydenbrugk als das zukünftige Haupt derjenigen Linken, deren Grenzen durch die Minorität des heutigen Abends werden bezeichnet werden. Zu unseren gestrigen Notizen über die Willfäheigkeit und das Entgegenkommen der deutschen Regierungen, wenn es sich um die Schaffung eines einheitlichen und erblichen Oberhauptes handelt, sind wir heute im Stande wenigstens eine Andeutung, eine wohlverbürgte, hinzuzufügen. Wenn nämlich sichere Anzeichen nicht trügen, so haben wir alle Ursache zu der Annahme, daß auch Hannover keineswegs der Centralregierung gegenüber so übel gestimmt ist, wie man geflissentlich vielfach verbreitet hat.

* **Wien**, 8. Jan. Im Ministerium des Innern ist ein Bureau für die Statistik der österreichischen Tagespresse gegründet. Es soll dabei nicht allein auf die Journale selbst, sondern auch auf den Leseekreis eines jeden Blattes, und sei es noch so unbedeutend, genau Rücksicht genommen werden. Zu diesem Zwecke wird das Verbindungsnetz des neuen Preßbureaus über den ganzen Kaiserstaat ausgedehnt. In jeder Stadt, wo eine Zeitung erscheint, ist ein Beamter beauftragt, allmonatlich genau über die Tendenzen der Redaktion und Zahl und Gehalt des Leserkreises zu berichten.

Die Bankdividende, für das zweite Semester 1848 auf 46 fl. beantragt, ist von der heutigen Versammlung des Bankausschusses um 21 fl. reducirt und auf 25 fl. festgesetzt worden. Nichts desto weniger haben die Bankaktien, welche anfangs der Börse 1070 angeboten waren, sich nach dem Schluß der heutigen Sitzung auf 1090 erholt. Zu den neu zu besetzenden zwei Bankdirektorenstellen sind die HH. Johann Mayer, Chef des Hauses S. H. Stametz und Comp. und P. Murmann (Firma: S. Muemann's Eebe) erwählt worden.

△ **Wien**, 9. Jan. Großer Jubel in Pesth und Ofen. Kränze im Ueberflusse und Enthusiasmus beim Einrücken der Truppen welche beim schönsten Sonnenscheine, die Kavallerie über die neue Kettenbrücke, die Infanterie in großen Kolonnen über die gefrorene Donau, in Pesth einzogen.

13. Armeebülletin.

Nach einem Berichte des Herrn Patriarchen Rajaesich vom 2. Jan. d. J., haben unsere Truppen unter Anführung des Herrn Obeesten und Interims-Kommandanten v. Mayerhofer an diesem Tage bei Panesowa einen glänzenden Sieg über den Feind erfochten und ihn in die Flucht geschlagen, so daß der Rebellenführer Kiß kaum mit sechs Reitern nach Allibunar und Zsiesidorf entkommen ist.

Der Feind hat die Gränzen des Deutschbanaler Gränzregiments gänzlich geräumt.

Nach der Anzeige des Herrn Obersten Mayerhofer ist eine Anzahl Gefangener in unsere Hände gefallen. — Der serbische Oberst Knicanin hat zum glänzenden Erfolg dieses Sieges wesentlich beigetragen.

In den Karpathen hat General Götz, um mit den Operationen des Herrn Feldmarschall-Lieutenants Grafen Schlick gleichförmig zu handeln, nach der Einnahme von Sillein seinen Marsch gegen Kremnitz und Schemnitz fortgesetzt.

Die Einnahme und Besetzung von Sillein fand am 2. Jänner Statt. 3 Bataillons Honvéd, einige Tausend Garden, 14 Kanonen und ein Detachement Honvéd-Cavallerie, hatten den Brodner Paß besetzt; — nach einem lebhaften Gefechte, wobei dem Feinde 2 Kanonen demontirt und einige Gefangene abgenommen wurden, ist derselbe aus der festen Stellung dergestalt zurückgeschlagen worden, daß er sich in wilder Flucht nach dem Turoczer Comitate zurückzog.

Von dem in Ober-Ungarn operirenden Galizischen Armee-Corps des Feldmarschall-Lieutenant Grafen Schlick sind Nachrichten bis 2. Jänner eingelaufen.

Die Insurgenten beabsichtigten von Leutschau aus einen Angriff auf Eperies. — Eine feindliche Kolonne rückte am 1. Jan. auf der Leutschauer Straße gegen Eperies vor.

Der Kommandant von Eperies, Major Kiesewetter von Nugent-Infanterie, in Zeiten davon benachrichtigt, stellte sich dem Feind entgegen, und faßte vor der Stadt Posto.

Nachdem der Feind sein Vorhaben eines nächtlichen Ueberfalles vereitelt sah, zog er sich zurück.

Von Baetfeld war gleichfalls eine ungefähr 1000 bis 1200 Mann starke Kolonne vorgerückt, deren Wirken wahrscheinlich mit jener von Leutschau kombinirt war; sie rückte in vier Kolonnen mit drei Geschützen an, wurde aber bald zum Stehen gebracht, und nach einem kleinen Geschützfeuer in die Flucht geschlagen, wobei ein Munitionskarren, ein Bagagewagen, elf Pferde, Musketen, Jagdgewehre und viele Tornister erbeutet, so wie auch einige Gefangene gemacht wurden.

Major Kiesewetter verfolgte die Rebellen bis Kapoczán.

Wien, 9. Jan. 1849.

F. M. L. Welden,
Militär- und Civil-Gouverneur.

** **Kremsier**, 8. Jan. (Reichstagssitzung). Den Gegenstand der Debatte und das Resultat derselben, die Annahme des gegen die Ministerialerklärung vom 4. Jan., über §. 1 der Grundrechte, gerichteten Antrags, haben wir gestern gemeldet; wir lassen jetzt das Nähere über die Debatte folgen. Pinkas begründet von der Tribüne seinen Antrag. Er verwahrt sich dagegen, als wäre es in seinem Plane, sich dagegen auszusprechen, daß das Ministerium das Wort vor Beginn der Debatte über die Grundrechte ergriffen. Nicht daß das Ministerium gesprochen, sondern wie es gesprochen, sei der Gegenstand seines Antrages. Die Art der Abfassung, das alles Umfassende dieser Erklärung, welche nicht nur den 1. §., sondern die ganze Zeit, welche der Reichstag tage, in sich faßt, halte er eines konstituirenden Reichstags unwürdig. Das neue österreichische Staatsrecht, die Gewährungen vom 16. Mai und 6. Juni, ja sogar die offizielle ministerielle Mittheilung von 7. Sept. enthalte von Neuem die Zusage, daß der Reichstag ein konstituirender also unauflösbarer sei, es enthalte die Versicherung, daß die in Aussicht gestellte Vereinbarung über die zu beschließende Verfassung, aus der auf freier Abstimmung beruhenden Annahme der von den Volksvertretern als gesetzlicher Ausdruck der Mehrheit der Völker festzustellenden Verfassungsurkunde bestehe. Dieses Staatsrecht ruhe auf der Basis der konstitutionellen Monarchie, aber wann hätte das Haus jemals diese Basis nicht anerkannt? Es hat sie anerkannt im August, im September, neuerdings anerkannt im Dezember und schließlich, mit vieler Hingebung, im Januar. Warum zweifelt man jetzt an dem Reichstage, warum verdächtigt man ihn durch die ministerielle Erklärung vor dem Gesammtvolke Oesterreichs? Ueber Theorien debattiren, heißt noch nicht die Krone antasten. Daß der konstitutionelle Ausschuß diesen Satz aufstellt, sei natürlich, sei sogar nothwendig; wäre der Ausschuß nicht so gedrängt gewesen von den Ereignissen in Wien, dann wäre es minder nothwendig gewesen, einen theoretischen Satz in die Grundrechte aufzunehmen, so aber mußte die Theorie vorausgehen, um darauf die Praxis zu begründen. Er wisse nicht, ob die ministerielle Erklärung noch gestatte, eine Ansicht zu haben; es heiße ja ausdrücklich: Jede ausgesprochene oder auch nur stillschweigende Anerkennung ist eine Verletzung des monarchischen Prinzips. Aber dennoch müsse er seine Ansicht über diesen Paragraph aussprechen. Es gibt Wahrheiten der politischen Offenbarung, der politischen Theorie und der Vernunft, die wahr sind, weil sie sind. Man braucht sie nicht gedruckt vor sich zu sehen, sie brauchen nicht sanktionirt zu sein, und sind doch wahr. Eine solche Wahrheit enthält der so sehr angefeindete §. 1. Der Reichstag selbst ist nur die Verkörperung desselben, und eben deßhalb ist dieser Paragraph durchaus gleichgültig; soll er aufhören, Theorie zu sein, so wird er leben und Praxis werden, aber dieß kann er nur dann, wenn er die ruhige Ueberzeugung des gesammten Volkes für sich hat, und diesem Gesammvolke gehört ja auch die Dynastie an. Wenn er aber des Volkes Ueberzeugung nicht durchdringt, dann ist er zu verwerfen, denn wohin der Volkswahn führt, das habe der Reichstag erlebt, — er führt von Wien nach Kremsier, und von Kremsier in alle Welt. Dieß war die Ansicht des Redners schon vor der ministeriellen Erklärung und ebenso die Ansicht seiner politischen Freunde und, wie er glaube, auch die der Mehrheit des Hauses. Warum also diese Ministerial-Erklärung? sie habe dem Reichstag unmöglich gemacht, aus eigenem Entschluß loyal zu sein. Darum stelle er seinen Antrag, nicht als Mißtrauensvotum, sondern um der Ehre des Hauses willen; man habe es ihm unmöglich gemacht, der Welt kund zu thun, welche Gesinnung es hege, durch seine Beschlüsse die Schmähungen niederzuschlagen, welche eine feile Presse gegen den Reichstag schleudre, und mit Bedauern sage er es, mit Straflosigkeit schleudre; der Ehre des Hauses gelte also der Antrag. (Stürmischer Beifall.) Der Vorsitzende stellt hierauf die Unterstützungsfrage, und der größte Theil des Hauses, eine geringe Fraktion des Centrums ausgenommen, erhebt sich dafür. Fischhof besteigt die Tribüne und ergeht sich in ein langes Sündenregister des Ministeriums seit seinem Amtsantritte. Gredler und Schuselka sprechen als Hauptredner im Namen beider Parteien, der erste gegen, der zweite mit großem Beifall für den Antrag. Stadion verließ hierauf von der Tribüne eine abermalige Erklärung, in welcher das Ministerium ausspricht, daß es nicht die Absicht gehabt habe, die freie Meinungsäußerung der Volksvertreter zu hindern.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Von 295 Stimmenden haben 196 für den Antrag, 99 gegen denselben gestimmt.

Handelsminister Bruck beantwortet eine Interpellation in Betreff der österreichischen Handelsinteressen in Spanien. Er erklärt, daß die diplomatischen Verhältnisse mit dem spanischen Hofe eingeleitet sind und der spanische Gesandte in nächster Zukunft erwartet werde. Das Ministerium wird besorgt sein, die Handelsverträge und die Schifffahrtsinteressen gehörig zu vertreten. Hierauf wird zur zweiten Lesung der Grundrechte geschritten. Vorrosch, Smolka, Klaudi betheiligen sich bei der Debatte. Rieger als Berichterstatter übt seinen Witz zum Ergötzen des Hauses an der von Wildner am 4. Jan. gegen die Grundrechte gehaltenen Rede.

Prag, 10. Jan. Der Reichstagspräsident Strobach, der sich aus Anlaß seiner Ernennung zum Appellationsrath einer neuen Wahl unterzogen hatte, ist mit 46 unter 50 Stimmen wieder zum Abgeordneten von Prag gewählt. (Prag. Bl.)

Baiern. Ueber den Effectivstand des baierischen Heers gibt das Würzburger Abendblatt folgende Nachweisung, wobei nur die wehrbare Mannschaft berücksichtigt ist; a) Linien-Infanterie 16 Regimenter, 48,800 Mann; b) leichte Infanterie, 4 Bataillone Jäger 5420 Mann; c) Cavallerie-Chevauxlegers 6 Regimenter, mit 5208 Mann; d) Cavallerie-Cuirassiere 2 Regimenter, 1736 Mann; e) Linien-Artillerie 2 Regimenter, 4780 Mann; f) ein reitendes Artillerieregiment, 800 Mann mit ungefähr 2000 Pferden für die gesammte Artillerie; g) ein Genieregiment mit 800 Mann; in Summa 67,544 Mann, welche gegenwärtig das stehende Heer bilden, und jeden Augenblick in's Feld rücken können. Bei einer Bevölkerung von 4½ Millionen Bewohnern beträgt dies ungefähr 1½ pCt. Bei der von der Nationalversammlung angeforderten Bewaffnung oder Stellung des Heers mit 2 pCt. käme die Armee auf 101,316 Mann, und sohin wäre eine Ergänzung mit 33,772 Mann zu stellen (wovor uns aber Gott in Gnaden bewahren wolle!). Die bevorstehende gewöhnliche Konskription wird das Resultat zwischen 9 bis 10,000 Mann ergeben.

München, 10. Jan. Die Gesetzentwürfe über Gemeinde-, Bezirks- und Kreisvertretung, wie solche Lerchenfeld den Kammern vorlegen wollte, sind einer Revision unterworfen worden und kommen nun in dieser veränderten Gestalt im Laufe der Woche vor den Staatsrath. Auch das früher schon entworfene Budget soll mehrfache Abänderungen erlitten haben. (N. Wzb. Z.)

÷ **Stuttgart**, 9. Jan. Das der Beschlußnahme der Kammer der Abgeordneten gegenwärtig unterbreitete Finanzgesetz, obgleich dessen Positionen, mit Ausnahme freilich des sehr bedeutenden Mehraufwandes für das Kriegsdepartement, gegen den Bedarf früherer Jahre vielfach wesentlich ermäßigt sind, macht dem Ministerium schwere Sorge: die Finanzkommission, die sich in dem Maße zu dem Systeme größtmöglicher Ersparungen hinneigt, daß sie sogar ernstlich an eine jedenfalls abnorme Besteuerung der Civilliste zu denken scheint, streicht an allen Ecken und die Kam-

mer erklärt sich durchgehends einverstanden mit ihren Anträgen. Zuerst der Bedarf für den Dienst der Staatsschuld, deren Stand sich am 1. Juli 1848 auf die Summe von 42,979,831 fl. 20 kr. belief, mit 1,661,642 fl. 53 kr. zur Verzinsung, 420,528 fl. 20 kr. zur Tilgung und 3800 fl. als Bankkommission für die Einlösung der Zinscoupons, zusammen also 2,085,971 fl. 13 kr. Selbst hier ist es der Kommission gelungen, eine Ersparniß zu ermöglichen: sie hat entdeckt, daß man die Kosten der Einlösung der Coupons vielleicht mit blos 3000 fl. bestreiten könne. Noch gründlicher, beinahe um die volle Hälfte, wurde die Exigenz für das Staatssekretariat moderirt, die ohnehin schon fast 14,000 fl. niedriger als früher angesetzt war, und trotz des lebhaftesten Widerspruchs von Seiten des Ministertisches und der Hinweisung darauf, daß das Volk von jeher gewohnt sei, sich mit Eingaben unmittelbar an den König zu wenden, wurde auf den Antrag des Abgeordneten Reyscher mit 50 gegen 20 Stimmen die völlige Aufhebung des geheimen Kabinets vom 1. Juli 1819 an beschlossen, nicht ohne persönliche Verlegenheit für den Minister Römer, der einst als Abgeordneter die Behauptung der Unentbehrlichkeit dieses Kabinets für eine Mißgeburt erklärt hatte, welche in Spiritus aufbewahrt zu werden verdiene, und der jetzt als Minister für die Erhaltung desselben kämpfte. Von Interesse war übrigens die Auskunft, welche von der Ministerbank über die mit 6000 fl. angesetzten geheimen Ausgaben in der Art gegeben wurde, daß darunter hinfort nur solche Ausgaben begriffen sein sollten, die sich im Voraus nicht berechnen ließen, daß aber dieselben, während bisher der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sie freilich zu vertreten gehabt, die Kammer indeß nie eine spezielle Cognition verlangt habe, künftig jedesmal vor der Kammer, nöthigenfalls in geheimer Sitzung, gerechtfertigt werden sollten. Nicht besser wie den obigen Positionen ging es dem Bedarf für den Geheimerath, obgleich dieser bereits von den früheren 41,000 fl. auf 16,000 fl. ermäßigt ist: es war der Kommission geglückt, die Schreibmaterial-Aversen noch um ein Kleines zu reduciren. Mit besserem Grunde wurde die Verrechnung von Gratifikationen gerügt, die auffallender Weise immer in den Sommer fallen und deshalb, wie eine Stimme boshaft genug bemerkte, fast wie Stellvertretungskosten wegen Badereisen aussehen. Der Schlußantrag der Kommission aber, die Regierung zu ersuchen, noch vor Verabschiedung des Etats einen Gesetzentwurf über die Aufhebung des Geheimeraths einzubringen, allerdings ein gründliches Mittel, die Kosten für den Geheimerath zu sparen, wurde, da eine solche Maßregel die Abänderung der Verfassung involviren würde, von der Kammer abgelehnt. Uebrigens gab sich in dieser Sitzung eine sehr gereizte Stimmung gegen die erste Kammer kund. Es war bisher Gewohnheit, die Beschlüsse der Kammer der Abgeordneten über den Finanzetat im Einzelnen an die erste Kammer gelangen zu lassen: statt dessen hat man jetzt entschieden, daß diese Beschlüsse ihr erst nach völliger Berathung des Etats im Ganzen mitgetheilt werden sollen und der Abgeordnete Scherr durfte sich die Bemerkung erlauben, man solle so wenig als möglich mit der ersten Kammer verkehren.

♀ **Leipzig**, 11. Jan. Mit Erstaunen lesen wir heute in Ihrem Blatte vom 9. d. M. „daß die Individuen, welche das Wappen des hiesigen österreichischen Generalkonsulats abgerissen und demolirt haben, in erster Instanz zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden sind." Das ist eine vollständige Unwahrheit. Die Quelle derselben kann ich für den Augenblick nicht entdecken, doch scheint es mir, als hätte die Weserzeitung zuerst diese Mähr gebracht, welche nur in unlauterer Absicht ausgesprengt sein kann; denn hier ist nicht einmal ein Gerücht ins Spiel und zu Hülfe gekommen. Wäre dieses Verbrechen zur Aburtelung gekommen, so hätte das Justizministerium auf eingesandten Bericht mit Bezugnahme auf das Gesetz vom 18. Nov. 1848 den Fall muthmaßlich vor die nächstens in Funktion tretenden Geschwornen verwiesen und die Unfugstifter wären dann gewiß ziemlich leichten Kaufs davon gekommen; aber auch in dem Falle, daß das hiesige Appellationsgericht das Urtel gesprochen, wäre ein Strafmaß, wie das angegebene, nach dem Paragraphen des sächsischen Kriminalgesetzbuches eine reine Unmöglichkeit. — Thatsächlich an der ganzen längst begrabenen Geschichte ist Folgendes: In der Thomaskirche wurde am Abend des 13. Nov. zur Beschimpfung des österreichischen Wappens aufgefordert, aber einer der Völkerhirten, welche an jenem Abende das große Wort führten, rieth von diesem Vorhaben ab. Dennoch wurde eine halbe Stunde später das Wappen vom zweiten Stockwerk des Hauses abgerissen, zerschlagen und an eine Laterne am Markt aufgehängt. Das hiesige Kriminalamt leitete allerdings eine Untersuchung über diesen Vorgang ein, deren einziges Ergebniß die Feststellung des Thatbestandes war. Die Urheber oder Theilnehmer konnte das Gericht nicht habhaft werden, und somit wurde die Untersuchung sistirt.

† **Aus Baden**, 12. Jan. Wenn wir so leichtsinnig mit unserem und mit Anderer gutem Leumunde umgingen, wie Herr G. K. Chelius uns in seiner Erklärung in Ihrem Blatte zuzutrauen scheint, so würde es uns allerdings ähnlich sehen, daß wir uns eben so leichtsinnig einer so groben Ignoranz schuldig machten, wie man sie uns unterschieben möchte. Wir haben also, um uns gegen diese Unterstellungen zu verwahren, noch einmal unsere Angaben zu erhärten, von denen wir kein Jota zurücknehmen. Wir hatten ausdrücklich gesagt: die Regierung habe keinerlei Einsicht in das Wie, nur in das Ob der Verwendung der Gelder, die in die klinischen Anstalten fließen. Diese Stelle ist der Kern, auf den sich eine Widerlegung unserer Behauptung beziehen mußte. Was Herr Chelius anführt, ist nur ein Beleg dieser Stelle. Wir selbst haben gesagt, die Regierung hat Einsicht in das Ob oder das Daß der Verwendung. Dies geschieht wie in allen Rechnungssachen, ganz so wie es Herr Chelius ausführt; die quittirten Rechnungen werden eingesandt; der Rechnungshof konstatirt dann, ob die Ausgaben und Einnahmen übereinstimmen. Die Kontrole ist eine rein finanzielle, nicht eine sachliche. Um das Wie der Verwendung kümmert sich die Finanzbehörde nicht; sie fragt nicht nach möglichen Ersparnissen; sie forscht nicht nach dem Verhältnisse des Aufwandes zu der Anzahl von Kranken, die anwesend sind. Sie thut das nicht, weil es nicht ihre Sache und Fach ist und es kann das nicht sein, weil Berichte über die Zahl der Kranken nicht an sie gelangen, nicht an sie noch an irgend eine andere Staatsbehörde in Baden. Die Einsicht in den innern Organismus der klinischen Anstalten geht der Regierung also völlig ab; das Organ, durch welches sie zunächst etwas davon erfahren sollte, das Kuratorium, weiß ebensowenig, wie viele Kranken in den Anstalten behandelt werden. Dies ward neulich in der Klage (in der Karlsr. Ztg.) über die unterlassenen Berichte eingestanden. Daran knüpften wir an, und bemerkten, daß diese Berichte allein nicht der eigentliche Mangel sei, über den man Klage führen müsse, sondern daß es an einer Anordnung fehle, durch die das Kuratorium in den Stand gesetzt werde, das Wie und Ob der Geldverwendungen zugleich zu prüfen. Wir müssen uns noch deutlicher machen, um nicht noch einmal mißverstanden zu werden. Wenn z. B. von der Exigenz des physikalischen Kabinets der Direktor zehn Jahre lang nichts als Elektrisirmaschinen angeschafft hätte, so würde die Regierung offiziell gar nichts davon erfahren, und müßte jedenfalls der Presse sehr dankbar sein, wenn sie zu rechter Zeit darauf aufmerksam machte. Oder sollen wir ein Beispiel aus den klinischen Anstalten selbst nehmen? Da ist z. B. für die Küche ein Restaurateur angestellt ohne Gehalt. Der Gehalt muß bei den Portionen natürlich herauskommen; wie hoch es der Anstalt zu stehen kommt, wer will das am Rechnungshof ausmitteln! Daneben besteht eine zweite unabhängige Restauration für die Privatkranken der chirurgischen Klinik, die, wenn keinen anderen, so doch den Mißstand mit sich führt, daß sie einen Raum versperrt, der einmal für eine sehr nützliche Sache, für ein chemisches Laboratorium, in der Klinik nachgesucht und nicht gefunden wurde. Hätte man ein Hospital, so würde man einen Verwalter haben, der auf Kosten der Anstalt Vorrath anschaffte und in Einer Küche kochen ließe. Die Art von Bewirthschaftung, die von so einfachen Grundregeln nichts weiß, greifen wir eben an. Daß die Gelder verwendet werden, unterliegt keinem Zweifel, daß man aber mit den bedeutenden Summen bei einer zweckmäßigen zusammengreifenden Einrichtung mehr leisten könnte, und daß dieses mehr den Hülfsbedürftigen und der Universität zu Gute käme, dies haben wir behauptet und werden es so lange behaupten, bis unser Wunsch, diesen wichtigsten Theil der medizinischen Studien sicherer als bisher begründet zu sehen, erreicht ist.

Sollen wir schließlich über das Persönliche zwei Worte erwidern? Wir haben in unserer beispielweisen Gegenüberstellung durchaus nicht einem um Heidelberg so sehr verdienten Manne wie Chelius wehe thun wollen; wir wollten nur den Mißstand rügen, der darin liegt, daß man von den bestellten Aerzten zugleich ab-

ministrative Geschäfte besorgen läßt, die einem Andern besser überlassen blieben, und haben dabei allerdings die Susceptibilität nicht schonen wollen, die eine alte Gewöhnung und Herkommen nur zu natürlich macht. Aus eben diesem Grunde wollen wir auch nicht übel nehmen, wie sich diese Empfindlichkeit gegen uns kehrt. Wir wollen es sanftmüthig so hinnehmen, als ob uns Hr. Chelius, wie wir oben sagten, nur einen Leichtsinn untergeschoben hätte, und diesen wollen wir auf seine Erklärung ohne weiteres Aufheben zurückschieben.

Darmstadt, 11. Jan. Zum Stellvertreter des verstorbenen Bischofs von Mainz hat der Großherzog, nach Art. 52 der Verfassung, den rühmlich bekannten und hochgeachteten Professor Leop. Schmid in Gießen ernannt. (Darmst.Z.)

Altenburg, 8. Jan. Der Landtagsabgeordnete Douai, welcher schwerer Vergehen halber angeklagt war, ist seiner Haft wieder entlassen worden, worüber unter seinen Anhängern großer Jubel herrscht. (Schw. M.)

* **Koburg**, 10. Jan. Die Minister, welche am 3. in Gotha zusammen gekommen waren, um die Vereinigung der thüringischen Staaten zu bewerkstelligen, sind abermals unverrichteter Dinge auseinander gegangen. Aber der Vereinigungsplan ist dennoch nicht aufgegeben. Am 7. ist der Herzog von Meiningen in Gotha eingetroffen und der Herzog von Altenburg wurde erwartet. Man glaubt, daß die betheiligten Fürsten die Sache jetzt persönlich in die Hand nehmen. — Der Herzog von Koburg-Gotha hat seine adeligen Kammerherrn und andere Hofchargen entlassen und richtet seinen Haushalt immer mehr auf bürgerlichen Fuß ein. (Nürnb. Korr.)

* **Weilburg** a. d. Lahn, 12. Jan. Der hiesige konstitutionelle Verein für Freiheit, Gesetz und Ordnung hat sich in einem Aufruf an das deutsche Volk, der zu gleichen Kundgebungen von allen Seiten auffordert, für die preußische Hegemonie ausgesprochen und zugleich sein Vertrauen zu Hrn. v. Gagern ausgedrückt.

Frankreich.

†† **Paris**, 9. Jan. Die Interpellationen der Herren Baune und Ledru-Rollin über die auswärtige Politik erregten in der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. stürmische Scenen. „Frankreich hat sich durch seine Revolutionen zum solidarischen Bürgen aller in Europa vorkommenden Revolutionen gemacht.“ Das ist der Gedanke des größten Theiles der französischen Politiker schon vor dem Februar 1848 gewesen, und er ist in Lamartine's Proklamation vom 5. März wieder lebendig geworden. Der Klub der Repräsentanten, welcher seine Zusammenkünfte im Palais des beaux arts hält, beschloß gestern mit 200 Anwesenden den Antrag von Rateau auf Auflösung der Konstituante zu verwerfen, kein Amendement dafür anzunehmen, und keinen Termin des Beisammenbleibens festzusetzen. Ferner wurde entschieden, den Beschluß der Nationalversammlung über die organischen Gesetze aufrecht zu erhalten, und für keine Modifikation desselben zu stimmen. Der Konstitutionel erklärt, daß die von Ledru-Rollin behauptete Anrede des Präsidenten an den päpstlichen Nuntius am Neujahrstage, „daß er hoffe den heiligen Vater bald in seine Staaten rückkehren zu sehen,“ falsch sei. Der Präsident sagte nur: „Wenn die Verhältnisse den Papst veranlassen sollten, Italien zu verlassen, hoffe er, daß der heilige Vater die Gastfreundschaft Frankreichs annehmen werde.“

* **Paris**, 10. Jan.*) In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde nach Entscheidung über die Wahl Lucian Bonaparte's von Herrn Grévy der Bericht über den Rateau'schen Vorschlag (auf Auflösung der Versammlung) verlesen. Er ging, wie zu erwarten stand, auf Verwerfung des Vorschlages. Die Verhandlung wurde auf Freitag anberaumt. Die Versammlung scheint entschlossen, wenn sie überhaupt einen festen Termin der Auflösung zuläßt, frühestens den 4. Mai anzunehmen. Von den vier Parlamentsklubs, die gegenwärtig bestehen, haben sich zwei ganz entschieden in diesem Sinne ausgesprochen, der des Palais National und der neu konstituirte des Beaux arts. Der Vorsitzende des Letzteren ist Alem-Rousseau. Es ist derselbe, der in der Rue Saint Georges, bei Sax seine ersten Sitzungen hielt. Der Klub Palais d'Orsay, zu dessen Mitgliedern Walewsky und Lasteyrie gehören, ist für die Auflösung am 15. April, und nur der Klub Rue Poitiers ist für die Auflösung so bald als möglich und also für den Rateau'schen Vorschlag. Der ehemalige Klub Taitbout (äußerste Linke), der jetzt eine geheime Gesellschaft geworden zu sein scheint, wird natürlich mit dem Palais National und den Beaux arts stimmen. So ist deren Sieg gesichert. Es wird nun freilich eine Anzahl von Bittschriften auf Auflösung der Versammlung regnen; man wird aber auch Gegendemonstrationen hervorzurufen wissen.

Ferner wurde gestern noch die nun schon durch eine Reihe von Sitzungen hindurchgehende Verhandlung über die Gefängnißarbeiten geschlossen. Der Gesetzentwurf wurde angenommen, und damit wieder eine Neuerung der provisorischen Regierung aufgehoben. Er geht dahin, daß die Arbeiten so viel als möglich auf Gegenstände des Staatsbedarfs oder auf Ausfuhrgegenstände gerichtet sein sollten. Die Clausel soviel als möglich läßt es eben beim Alten.

In der heutigen Sitzung wurde das Armengesetz für die Stadt Paris berathen und angenommen. Etwas Interessantes ist nicht vorgekommen.

Das Ministerium steht noch, und die ungeschickten Angriffe, die in der letzten Zeit gegen dasselbe gerichtet worden sind, scheinen es eher gestärkt als geschwächt zu haben. Es lebt nicht von seinen Tugenden, sondern von den Fehlern seiner Feinde. Sollte eine Aenderung eintreten, so hat diejenige Liste am meisten Wahrscheinlichkeit, nach der Dufaure und Vivien eine Stelle im neuen Kabinet einnehmen. Wenn Odilon Barrot übrigens, wie das Gerücht geht, zum Vicepräsidenten von Bonaparte vorgeschlagen wird, so bedingt das schon seinen eventuellen Austritt.

Heute Vormittag haben sich die Unruhen der Weinhändler in den Batignolles, von denen wir neulich erzählten, erneuert. Große Truppenmassen, man sagt, 3000 Mann, sind bereits hinausmarschirt, und eben werden Kanonen aufgefahren. Allgemeine Gefahr scheint nicht bevorzustehen.

*) Da die französische Post auch heute (13) Vormittag ausgeblieben ist, so müssen wir unsere Mittheilungen aus den belgischen Blättern entnehmen.

Spanien.

* **Madrid**, 4. Jan. Herr Pidal hat, wie nicht anders zu erwarten stand, nach dem Bericht der ministeriellen Blätter, die Angriffe des Herrn Cortina heute sehr siegreich zurückgewiesen. Die Kammer wünscht über die — allerdings unnützen — Adreßdebatten so schnell wie möglich hinwegzukommen.

Portugal.

* Durch das Dampfschiff Iberia erhielt man in England Nachrichten aus Gibraltar (wo der Prinz Adalbert von Baiern von Lissabon aus am 22. eingetroffen war), aus Cadir und aus Lissabon, aus letzterer Stadt vom 30. Dezbr. Das Land war im Allgemeinen ruhig, obschon man einer republikanischen Verschwörung auf die Spur gekommen war, oder zu sein glaubte, deren Ausbruch angeblich gegen Ende Dezember stattfinden sollte. Hr. Sampayo, Eigenthümer der „Revoluçao de Setembro“, erklärte in Bezug hierauf, zwar seinen Grundsätzen nach ein Republikaner zu sein, aber mit jener Verschwörung nichts zu thun zu haben. Uebrigens beabsichtigte die portugiesische Regierung, nur gegen Herrn Galamba gerichtlich einzuschreiten, gegen welchen sie hinreichende Beweise in Händen hatte. Baron Walter hatte, an Stelle des nach Madrid versetzten Grafen Georg Esterhazy, sein Beglaubigungsschreiben als österreichischer Gesandter überreicht. Der Graf von Thomar (Costa Cabral) war von Madrid zurückgekehrt, um, wie er erklärte, sich wieder an die Spitze der Partei der Charte zu stellen, nicht aber, um in das Kabinet einzutreten. Die Eröffnung der Cortes stand am 2. Januar bevor. Die Times sieht sich in Stand gesetzt, bereits die Thronrede, wie sie gehalten werden soll, in „eiliger“ Uebersetzung mitzutheilen. Diese Thronrede ist eine von der Art, wie sie der verderbliche Scheinkonstitutionalismus unter Ludwig Philipp eingeführt hat. Es wird darin den Portugiesen Glück gewünscht, daß sie, Dank ihrer angestammten Verehrung für die Krone und die Religion der Vorfahren, mitten unter den gegenwärtigen Stürmen sich fein ruhig verhalten hätten; das Schicksal des heiligen Vaters wird, wie sich für die „getreuesten Söhne der Kirche“ geziemt, tief beklagt und mitgetheilt, daß Seitens der Krone demselben ein Asyl in Portugal angeboten worden sei; ferner wird erwähnt, daß Portugal mit Brasilien ein auf billige Gegenseitigkeit gegründetes

Abkommen über die Schiffszölle getroffen habe, daß die Lage der überseeischen Besitzungen, wenn sie auch Manches zu wünschen übrig ließe, sich doch im Allgemeinen gebessert habe. Zwei Abschnitte der Thronrede, in deren einem die Ebbe im Staatsschatz hervorgehoben wird, lassen die Vorlage von Gesetzentwürfen für Aenderungen im Steuersystem und Verstärkung der See- und Landmacht erwarten.

Italien.

Lombardei. Man soll einer weit verbreiteten auswärts angezettelten Verschwörung auf die Spur gekommen sein, welche im Laufe des nächsten Monats zum Ausbruch gelangen sollte. Dies ist wahrscheinlich der Grund der in Brescia vorgenommenen Verhaftungen. Die Stadt Mailand hat wieder ein sehr kriegerisches Ansehen. Auf den Straßen sind Tag und Nacht Truppen und Kanonen aufgestellt, wie in der ersten Zeit nach Wiederbesetzung derselben. Einem piemontesischen Geschäftsreisenden, der vom Militärkommando aus Mailand weggewiesen wurde, soll man gesagt haben: „Mit den Piemontesen werden wir künftig durch Kanonen korrespondiren." (Basl. Z.)

*Aus dem Kirchenstaat. In Bologna hat sich der Stadtrath für die Protestation des Papstes und gegen das Ministerium in Rom erklärt. Sofort versammelten sich die Klubs, und erließen an den Stadtrath folgende Adresse: Ihr, die Ihr nicht die von der Stimme des Volks Erwählten seid, Ihr Ueberbleibsel einer Regierung, die unsern Edelmuth in Vergessenheit begraben will, Ihr habt gewagt im Namen der Bologneser gegen den Gesetzentwurf über die Konstituante zu protestiren. Das Volk, in seinen Rechten und in seiner Würde gekränkt, protestirt gegen diesen Akt und gegen Euch. Als der konstitutionelle Fürst freiwillig Rom verließ, trat das Volk in seine natürlichen Rechte und mußte für seine Sicherheit sorgen. Dazu war eine allgemeine Versammlung nöthig. Nehmet Ihr also Eure schmachvolle Erklärung nicht zurück, um der wahre Ausdruck der Gefühle der Bologneser zu werden, so verlaßt die Sitze, die Ihr nicht werth seid, einzunehmen." In Rom werden ähnliche Manifestationen zu Gunsten der Konstituante laut. Die Anhänger des Papstes sprechen dagegen von einer dritten Encyclica, die er nächstens erlassen wird. Was sie beunruhigt, ist die Spaltung, die jetzt offen zwischen ihm und den Kardinälen ausgebrochen ist.

*Gaeta, 25. Dez. Der Papst soll gesonnen sein, sich für seine Person nach Civita Vecchia zu begeben, von dort aus einen Aufruf an das römische Volk zu erlassen und, wenn dasselbe alsdann nicht zum Gehorsam zurückkehre, den Dingen d. h. einer Intervention ihren Lauf zu lassen. Er hat heute zuerst in seiner Privatkapelle die Messe gelesen; wobei die ganze königliche Familie zugegen war und das Abendmahl nahm. Hierauf begab man sich in großer Prozession in die Hauptkirche, wo das ganze diplomatische Korps schon vereinigt war, und er las abermals die Messe. Im Laufe des Tages wartete ihm dann das diplomatische Korps auf. Der spanische Gesandte führte das Wort: er drückte dem Papste die Bewunderung und Ergebung aus, welche dessen Tugenden besonders in seinen letzten Unfällen der katholischen Welt eingeflößt hätten und erklärte, daß alle Regierungen das lebhafteste Interesse an dem Schicksale Sr. Heiligkeit nähmen; die Sache des Papstes sei zu gerecht, zu heilig, um nicht von dem Lenker der Könige und Völker in Schutz genommen zu werden. Der Papst sprach zuerst seinen Dank aus, und betheuerte dann, daß seine ganze Seelenstärke ihm von dem Gottmenschen, dessen Stellvertreter er sei, eingeflößt worden; „derselbe Gott lehre ihn auch, seine Unterthanen und Söhne sogar an dem Orte, wo er sich jetzt zeitweise befinde, ebenso zu leiten, als er es that, so lange er in Rom sich aufhielt. Die Heiligkeit und Gerechtigkeit seiner Sache werde Gott veranlassen, den Regierungen der Hrn. Gesandten heilsame Rathschläge einzuflößen, um den Triumph einer Sache zu erlangen, welche zugleich die Sache der Ordnung in der katholischen Kirche sei, für die ja die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Oberhauptes das größte Interesse habe."

Ungarn.

Vor Ofen, 5. Jan. Buda-Pesth wurde heute durch die beiden ersten Armeekorps ohne Schwertstreich besetzt. Wie bei Raab standen auch hier die herrlichen Positionen, die Verschanzungen am Blocksberge und an der Wienerseite, nebst allen den leicht zu vertheidigenden Defileen von Promontor bis zur Festung verlassen, und die Magyaren waren in solcher Eile abgezogen, daß sie 8 Geschütze im Stiche ließen. Gestern noch war durch Görgey mittelst eines Plakats Standrecht für Jeden verkündet, der von Uebergabe sprechen würde; gestern noch faselte die Pesther Zeitung von einem Siege, den Görgey über den Banus bei Titeny erfochten, und schloß mit den Worten: „die Hauptstadt kann ruhig sein", und heute früh 4 Uhr machte es Held Görgey wie der Blumauer'sche Aeneas vor Troja. (D. A. Z.)

Polen.

Aus russisch Polen. Die Truppenmärsche haben hier noch nicht aufgehört. „Im Frühjahr — so sprechen die Soldaten — gehts nach Italien!" Die Truppen werden gut gehalten, die Löhnung kommt prompt und — merkwürdiger Weise — ohne die vielen, bisher beliebten Abzüge, die einen Silberrubel oft auf 10 Sgr. zusammenschmolzen. Energische Befehle des Kaisers gegen das bisherige betrügerische Verfahren der Offiziere aller Grade sollen elektrisch gewirkt haben. (N. Kön. Z.)

Von der polnischen Gränze, 31. Dez. Die neuen, mit Nächstem ins Leben tretenden Bestimmungen in Betreff der Schulen im Königreiche Polen sind äußerst drückend. Im ganzen Lande gibt es nur vier Gymnasien, aber keine einzige Universität; die Universitätsstudien müssen in Dorpat, Petersburg, Muskow oder Moskau absolvirt werden und sind deßhalb nur den Söhnen vermögender Eltern möglich. Eine andere große Ungerechtigkeit liegt für den Nichtadeligen darin, daß er sechsmal so viel Schulgeld bezahlen muß, denn für ihn sind 300 polnische Gulden angesetzt, während der Adelige mit 50 durchkommt. Um hier eine Lücke auszufüllen, sind zwar sogenannte Realschulen eingeführt worden, die aber durchaus nicht den Ansprüchen genügen, welche man an Anstalten dieser Art zu machen gewöhnt ist und eine gediegene Schulbildung nicht einmal anbahnen. Das Betragen der Regierung gegenüber dem Adel ist ungewiß und schwankend. Im Mai, nach Veröffentlichung der kaiserlichen Proklamation gegen die ihre politische Freiheit und Mündigkeit verfechtenden Völker des Westens, besonders die Deutschen und hier wiederum hauptsächlich die Preußen, schmeichelte man ihm und zeigte ihm von Ferne die Fata Morgana des Panslawismus; später jedoch kehrte man zu dem früher befolgten Systeme zurück, und es geht heute bei uns alles wieder so, wie wir es seit langen Jahren gewöhnt sind. Von den laut Ukas vom 1. April Begnadigten, welche an dem letzten Aufstande Theil genommen haben, die nach Sibirien verbannt waren, von daher aber nun zurückberufen worden sind, wird wohl keiner nach dem Königreiche zurückkehren dürfen; es werden ihnen vielmehr die Gouvernementsstädte in Podolien und Volhynien als Wohnort und dazu Subsidien aus den Kassen der Krongüter angewiesen werden. Die Amnestie ist also nur eine sehr bedingte und keineswegs eine so allgemeine, wie es der Ukas in Aussicht stellte, da sich die russische Regierung mehr und mehr überzeugt, daß durch einen Aufenthalt in Sibirien die Sympathien für Rußland nicht wachsen und daß es nicht so leicht ist, die aus den unwirthlichen Eisfeldern zurückkehrenden Feinde des Czarenthums plötzlich in Verehrer der Tendenzen desselben umzuschaffen. Von welch ungeheurem Umfange die Konfiskationen der Güter der seit 1830 politischer Vergehen halber Verurtheilten sein muß, geht aus dem Berichte über die Regierungsgüter hervor. Hiernach beträgt, nach Abzug der Schenkungen oder Verkäufe, der größeren Hälfte derselben, ihre Zahl noch über 200 mit über 76,000 Seelen. (K.Z.)

Nachschrift.

Die französische Post von vorgestern ist gestern Abend eingetroffen, die von gestern ausgeblieben. Die wesentlichen Nachrichten, welche mit der ersteren gekommen sind, haben wir bereits aus belgischen Blättern mitgetheilt.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 15. Frankfurt a. M., Montag 15. Januar. 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 13. Jan. Auf den letzten Tag der Berathung über die österreichische Frage schienen die Hauptkräfte beider Parteien verspart worden zu sein. Nach einer warmen Rede Beseler's aus Greifswald nahm Vogt das Wort. Mit der ganzen Bitterkeit einer stets unterlegenen Opposition griff er das Ministerium und die Nationalversammlung an. Indem er Schritt für Schritt die Thätigkeit Beider verfolgte, übergoß er sie mit der Lauge seiner Kritik — und die wunden Stellen schmerzten. Selbst Gagern konnte nicht immer eine zustimmende Bewegung zurückhalten. Wir könnten viele wahre Worte anführen; aber was nützt eine Dialektik, die blos in der Negation stark, im Positiven aber so völlig unfruchtbar sich erweist? „Oesterreich", sagte er, „sucht uns aus egoistischen Gründen, aus Gründen der äußern Politik, wegen Italiens, das wir ihm knechten, wegen seiner Ostländer, die wir ihm unterdrücken helfen sollen! Ich glaube sogar an eine Allianz zwischen Ollmütz und Petersburg" und nun, sollte man glauben, käme der Redner zu dem Schluß: also muß sich Deutschland ohne Oesterreich constituiren. Aber nein, dessenungeachtet soll Deutschland an österreichische Politik gekettet sein, denn „sonst würde Oesterreich uns feindlich gegenüberstehen, wir würden sogar den kommerziellen Zusammenhang mit Oesterreich verlieren." Der Redner hätte schon aus dem Vortrage des Hrn. Arneth, der doch selbst den Eintritt Oesterreichs in den deutschen Staat vertheidigte, aber loyal genug war, die Wahrheit nicht zu verschleiern, schon am ersten Tage hören können, daß das nicht die Folge sei, daß Oesterreich vielmehr, wie es seines Nutzens halber ein Glied des deutschen Staates bleiben wolle, auch seines Nutzens halber, wenn ihm dieser Wunsch unseres Nutzens halber nicht gewährt würde, doch immer Deutschlands politischer und kommerzieller Verbündeter bleiben würde; Herr Vogt wurde heute zum zweitenmal von Herrn von Gagern widerlegt.

Vorher aber noch trat Vincke auf, und als ob er die Ueberlegenheit seiner Dialektik zeigen wollte, zerstörte er mit wenig Schlägen das politische Gebäude der Gegner. Er zeigte, daß nicht ein erbliches Kaiserthum, was Vogt behauptet hatte, „ein antediluvianisches Ungeheuer" sei, sondern daß ein deutscher Staat mit dem gesammten Oesterreich oder mit einzelnen österreichischen Provinzen, solang es zugleich ein Gesammt-Oesterreich gebe, ein nie gesehenes Ungethüm bilden würde. Vernichtend ging er dann über Herrn von Wydenbrugk hin, gab Proben von der Leichtigkeit, mit der „derselbe sich auf der Höhe der Zeit bewege", d. h. den Grundsätzen, die ihm gerade dienlich schienen, sich jedesmal anbequeme, und spottete den neuen Ministerkandidaten — denn Herr von Wydenbrugk wurde von der Opposition als Nachfolger Heinrich von Gagern's bereit gehalten — aus jeder Stellung heraus. Und nun kam die Reihe an Herrn von Schmerling — wahrlich, wir konnten uns des Mitgefühls nicht erwehren; wir glauben, wie wir Herrn von Schmerling kennen, kaum, daß er erdrückt ist; aber eben dadurch nicht erdrückt zu werden, ist nicht beneidenswerth. Als Vincke Herrn von Schmerling zeichnete, wie er mit sardonischem Lächeln und halbgeschlossenen Augen eine wohlgesetzte Rede gehalten habe, ohne Anderes zu sagen, als daß er ein Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich zu vermitteln helfen wolle, welches zu beider Länder Wohl führe, als er ferner äußerte, jetzt sei seine Furcht beseitigt, daß in Deutschland die Zunft der Diplomaten ausgestorben sei, und als er dann schloß, jetzt wisse er, was es heiße, vor Allem ein Oesterreicher sein — da wurde selbst Herr von Schmerling ernst. Noch am Tage vorher hatte er so freundlich zu Herrn von Vincke gesprochen — und mit solchem Undank zu lohnen! Armer Herr von Schmerling! Die Zielscheibe aller Parteien zu sein! Von Ludwig Simon mit Keulen geschlagen, von dem spitzen Degen Vincke's wie spielend zerfetzt zu werden, endlich, von seiner eignen Partei verhöhnt und verlassen! Denn keinen bessern Empfehlungsbrief wußte nachher Giskra seinen einschmeichelnden Worten zu geben, als daß er sich von Schmerling lossagte!

Vincke aber, nachdem er Schmerling zerrissen hatte, stürzte sich auf Würth, und rächte Preußen durch die Verletzung die er durch Betonung der preußischen Beamtenehre bei allen Oesterreichern hervorrief. Dann sich wieder zur Sache zurückwendend, — und die Stammeseifersuchten herauszufordern, gehörte offenbar nicht zur Sache — sprach er Worte des ermuthigendsten Vertrauens auf Preußen's König, auf das deutsche Volk. Noch niemals hat Vincke so offen sein warmes Gefühl für die große deutsche Sache offenbart — die Oppositionsstellung hatte ihn bis dahin stets sein specifisches Preußenthum hervorkehren lassen — noch niemals hat er so bieder und gerade seine Stellung zu den Grundsätzen der Revolution auseinander gesetzt — wie es ihm nie um das leere Prinzip der Vereinbarung zu thun gewesen, sondern nur um die Thatsache, wie er also nicht inkonsequent für das Ministerium gerade da stimme, wo dieses zwar im Allgemeinen zu dem Prinzip sich bekennend, thatsächlich davon abginge. So schroff sein Angriff gegen das, was ihm eine Verletzung der Ehre zu sein schien, gewesen war, so vermittelnd war sein Auftreten, wo er die Würde des Gegners achtete.

Der Sturm, den Vincke's Rede erregt hatte, und das Bedürfniß nach Erholung machte die Aussetzung der Sitzung auf einige Stunden nothwendig. Die Debatte war geschlossen und nur der Ministerpräsident und der Berichterstatter hatten noch das Wort. Noch einmal faßte Heinrich v. Gagern, gemessen, doch bewegt, alle Gesichtspunkte der großen Frage zusammen; nachdem er alle persönlichen Rücksichten beseitigt hatte, zeigte er, um was es sich thatsächlich handle, worin die Schwierigkeiten liegen, die der Verwirklichung des Verfassungswerkes im Wege stünden, und durch welche Mittel sie zu beseitigen wären. Mit der edelsten Offenheit gestand er die Ansichten, von denen er bei seinem Wirken ausgegangen, wehrte die Vorwürfe, daß er die Revolution

gehemmt habe, ab, und sprach es ehrlich aus, zu welchem Ziel er sie zu lenken gedenke: zu dem des erblichen Kaiserthums. Er zeigte, wie sehr die Erreichung dieses Ziels durch den Austritt Oesterreichs aus dem engern deutschen Staat erleichtert werde; und wie falsch es sei, daß eine Union zwischen dem selbstständigen Deutschland und dem selbstständigen Oesterreich nicht bestehen könne, bewies er schlagend durch die Mittheilung einer österreichischen Note, die kurz vor der Ankunft Schmerlings am österreichischen Hofe von dort abgegangen war. Sie steht ganz auf dem Standpunkt des — ungedeuteten — Programms von Kremsier, und eben von der Selbstständigkeit beider Theile ausgehend, bietet sie die Hand zu der engsten Verschmelzung der beiderseitigen Konsulate.

Den siegreichen Eindruck Gagern's suchte umsonst Giskra mit dem Fluß seiner herrlich perlenden Rede zu verlöschen; so lachend die Schilderung war, die er von dem Glücke machte, das deutsche Einsassen in Oesterreichs Ländern erwarte, so schauerlich er die That schilderte, die man zu thun im Begriff stände, — weder verführt noch erschreckt blieb die Mehrheit der Versammlung dem, was sie für Recht erkannte, getreu, und mit mehr Stimmen, als das Ministerium erwartet hatte, ging sein Vorschlag durch. Hr. v. Schmerling nahm keinen Theil an der Abstimmung, und Jeder wird seine Rücksicht ehren; auch Hr. v. Radowitz, obgleich er noch kurz vorher mit Giskra in vertraulichem Gespräch gesehen worden, vermied es, in die Tiefen seiner Politik blicken zu lassen.

Ein Sieg ist erfochten — aber noch ist der Kampf nicht vollendet; hoffen wir, daß Gagern ihn glücklich hinausführen wird! Möge es gelingen, einen Bundesstaat zu gründen, „so kompakt, so centralisirt", wie Hr. v. Andrian in dem Schreiben an seine Wähler sagt, „daß es unzulässig ist, daß ein Theil desselben einem andern Bundesstaat angehört. Nur zwischen gleich bedeutenden Staaten kann ein dauerhafter Bund geschlossen werden, und darum liegt es im österreichischen Interesse selbst, daß dieser Bau groß und mächtig zu Stande komme."

✕ **Frankfurt**, 14. Jan. Erlauben Sie von einem Nichtpreußen folgende Bemerkung: Herr Giskra äußerte gestern in der Rede, die er als Berichterstatter hielt, unter anderm: „Preußen würde von seiner Höhe heruntergeschleudert worden sein, hätten nicht die österreichischen Abgeordneten für den Frieden von Malmoe gestimmt." Mag sein, daß sich die 42 Oesterreicher, die am 16. Sept. für die Genehmigung jenes Waffenstillstandes gestimmt haben, ein derartiges Verdienst zuschreiben, auch Herr von Würth unter ihnen, der damals Unterstaatssekretär gewesen, — jedenfalls die Mehrzahl österreichischer Abgeordneten, nämlich 53, verwarfen den Waffenstillstand, und unter diesen Herr Giskra. Hoffentlich hat man auf beiden Seiten nur im Interesse Deutschlands gestimmt, nicht als Oesterreicher, am wenigsten aus Mitleid oder Scheelsucht gegen Preußen.

§ **Frankfurt**, 15. Jan. Man hat die Rechte so oft der Ideologie beschuldigt; wird die Linke sie jetzt in der Oberhauptsfrage ablösen, wo es am meisten darauf ankommt, sich praktisch zu zeigen? Es ist wahr, Ludwig Simon spricht schön; es fehlt nur das Versmaaß, aber keineswegs der Schwung der Poesie und die ganze Tiefe der politischen Auffassung, um seine Reden zu Freiligrath'schen Gedichten zu machen. Raveaux glaubte, der ganze Kölner Dom werde einstürzen, wenn eine Säule weggebrochen würde, und brachte diesen Irrthum aus dem Baufache in Vergleich mit seiner phantastischen Vorstellung, als habe Deutschland bereits eine kunstreich gefügte Staatsbildung, die man durch Herausreißen eines Theils gefährden wolle. Venedey will mit ganz Deutschland untergehen, und scheint selbst Vogt's rettende Anarchie nicht abwarten zu wollen. Man sieht, es sind schöne Aussichten, die uns von dieser Seite geboten werden. Aber wie verhalten sie sich wohl zu den Beschuldigungen, die man gegen „die Doktrinäre auf der Rechten" ausgesprochen hat? Wo sind nun die Leute, die einen Weg wandeln, der zum Ziele führen muß, und wo sind die Ideologen und Phantasten, die den Sieg ihres Gedankens wollen, wenn auch das Vaterland darüber zu Grunde geht?

⊙ **Frankfurt**, 15. Jan. Die Mehrheit für das Ministerialprogramm (261 gegen 224) Stimmen) wird von der geschlagenen Partei als eine geringe bezeichnet. Denn, sagt sie, wenn wir die Stimmen des Ministerpersonals in Abzug bringen, so schrumpft das Uebergewicht auf 12 bis 15 zusammen. Kann man, fragen sie nun, mit einer so kleinen Mehrheit diese wichtigste Frage als entschieden betrachten, kann man damit regieren? Allerdings kann man damit regieren und mit jeder Mehrheit, auch mit der unbedeutendsten, wenn sie nur keine schwankende ist. Sodann heißt es den Charakter parlamentarischer Körper verkennen, wenn man für Beschlüsse größeren Umfangs eine an Einhelligkeit grenzende Mehrheit fordert. Denn je schwieriger die Entscheidung, desto weiter werden in der Regel die Meinungen von einander gehen. Endlich aber ist die dem Ministerium beipflichtende Mehrheit viel stärker als sie erscheint. Wären nämlich die Stimmen des Ministerpersonals abzuziehen, so wären auch und mit noch viel größerem Rechte in Abrechnung zu bringen die Stimmen von etwa 90 Oesterreichern, die doch in der behandelten Frage wahrhaftig nicht weniger Partei gewesen sind, als die Minister. Niemand wird leugnen, daß dann die erlangte Majorität bei Weitem über das Maß der vorgestrigen Erscheinung hinauswächst.

Den Ausschlag für den österreichischen Beschluß gaben übrigens die Stimmen des **Pariser Hofs**. Wir dürfen den Männern der genannten Partei unsren anerkennenden Dank dafür nicht vorenthalten, daß ihre Vaterlandsliebe im entscheidenden Augenblicke mächtiger war als jede welfische Neigung und als jedes katholische Bedenken gegen das Kaiserthum der vorzugsweise protestantischen Zweidrittheile Deutschlands. Ihnen wesentlich ist's zuzuschreiben, daß wir endlich von der idealen und geographischen Auffassung Deutschlands, an der unsre Zukunft gescheitert wäre, den ersten Schritt zu einer praktischen und staatlichen Gestaltung hin thun konnten. Daß Herr **Jürgens** von Stadt Oldendorf, daß Herr **Ambrosch** von Breslau, **Braun** von Bonn, **Junkmann** aus Westphalen, daß die Herren **Scholten**, **Schlüter**, **Eckart** aus Lohr, **Cornelius** u. s. w. ihre Stimmen für den Wulffen'schen Antrag in die Wagschale legten, bedingte den Sieg. Zugleich ist uns das Verfahren des Pariser Hofs eine sichre Gewähr für seine künftige Haltung. Denn je zäher sowohl die dort vertretenen Begriffe als Personen sind, desto fester ist auf sie zu bauen, daß sie der einmal eingeschlagenen Richtung treu bleiben. Und wir werden ein deutsches Reich herstellen, dem Oesterreich fehlen wird, aber nicht die Macht und ein Vaterland, welches das, was es an der Ausdehnung seiner Grenzen aufopfert, an Einheit gewinnt. Vergleicht die Geschichte des englischen Parlaments in dem Bewegungsjahrhunderte und Ihr werdet finden, daß die Beschlüsse, die das Geschick Großbritanniens für eine lange und, wie wir meinen, inhaltvolle und gewaltige Zukunft bestimmten, von Mehrheiten gefaßt wurden, die eher einer Stimmentheilung als einer Stimmeneinhelligkeit glichen.

⊙ **Frankfurt**, 14. Jan. Die Einheitsbestrebungen schreiten vorwärts. Es ist auch von der Regierung des **Königreichs Sachsen eine Erklärung** eingegangen, die sich mit dem **preußischen Kaiserthum** einversteht. Das Bedenken, was Sachsen dabei äußert, bezieht sich auf ein ernstliches Widerstreben der süddeutschen Staaten. Es wünscht im letzteren Falle, daß die Uebertragung der Kaiserkrone auf Preußen zunächst nur auf eine persönliche Dauer bemessen werde.

† **Frankfurt**, 15. Jan. Ueber die Wirkung der Gagern'schen letzten Rede hat man von verschiedenen Seiten übereinstimmende Urtheile gehört. Sie hat Manchen wohl zu überzeugen vermocht, aber ihn nicht bewegen können, sich — oder seinem eingeschlagenen Wege untreu zu werden. Die Scheu inconsequent zu erscheinen brachte der Gagern'schen Ansicht noch manches „Nein"! trotz der besseren Ueberzeugung. Aber es ist schon viel gewonnen, daß man es eingesteht. Weitere Folgen kommen sicher nach. Wir sehen auf der heutigen Tagesordnung die Berathung über den Bericht in der Oberhauptsfrage. Unbegreiflich! Also über das Oberhaupt soll berathen werden, über das Oberhaupt eines Staates, von dem man noch nicht wissen kann, ob er **ein** Staat sein wird, so lange die österreichische Frage offen ist. Nun wahrlich, das heißt denn doch ein kühnes Luftgebäude weiter bauen. Wir können nur das Ersprießliche in der Sache sehen, daß durch das ewige Zurückkommen der Diskussion auf die österreichische Frage, die politische Idee Gagern's von allen Seiten genau betrachtet werden und immer weiteren Boden gewinnen wird.

†* **Frankfurt**, den 15. Jan. Nur Wenige, welche der Sitzung vom 13. Nachmittags mit offenem Kopf und offenem Herzen beiwohnten, werden läugnen, daß Hrn. v. Gagern's Rede ein Ereigniß war — ein unvorhergesehenes Ereigniß für seine

Anhänger sowohl, wie für seine Gegner. — Wie der Riesengedanke der praktischen Lösung der deutschen Einheitsfrage einzig dasteht in der neueren Politik, so stand der Mann einzig da mit seinen schlichten Worten, seinen einfachen und doch großen Gedanken zwischen allen Rednern vor und nach ihm, und es mußte Jedem klar werden, daß die dunkle Ahnung im Volke eine begründete war, die H. v. Gagern vor Allen zur Schöpfung des Einheitswerkes berief. Ich glaube kein falscher Prophet zu sein, wenn ich sage, daß nicht 14 Tage vergehen werden, ohne die öffentliche Meinung in ganz Deutschland einer wesentlichen Veränderung und zwar immer mehr zu Gunsten Gagerns zuzuführen. Kleinlich erschien der ganz unmotivirte, einer verdächtigenden Insinuation ähnliche Protest der 56 Oesterreicher, welcher gegen ein Hinausdrängen aus der Paulskirche gerichtet war und das Gepräge der gehässigsten Unterstellung trug! Gagerns Plan wird von den Ereignissen getragen, dagegen kann man seine Augen nicht verschließen. Das österreichische Ministerium wird auf diese Bahn gestoßen werden, es mag nun wollen oder nicht. Wägen wir die Kräfte ab. Zwei mächtige Triebfedern bestimmen die Entwicklung der österreichischen Politik — die finanzielle Krisis des Gouvernements, welche gelöst werden muß, und das mächtige, unabweisbare Streben des Slawenthums, Oesterreich von Frankfurt zu lösen. Die fremden Stämme fühlen alle, daß sie im Augenblick noch nicht so vollkommen ausgebildete Glieder sind, um sich in selbstständige Ganze aufzulösen, sie wollen zunächst eine gleichberechtigte Rolle im österreichischen Staate spielen, und fürchten und hassen eine Sonderbündelei Deutschösterreichs, mit dem sie ein einheitliches Ganze bilden wollen. Sie werden eine formelle Trennung von Frankfurt erzwingen — aber dadurch eine materielle Verbindung ganz Oesterreichs herbeiführen, durch das Fallenlassen jeder Zollgrenze. Letzteres ist eine Nothwendigkeit und zwar eine nahe bevorstehende. Mit der Bezwingung Ungarns fällt dessen verfassungsmäßige Sonderstellung — aber nothwendig, zur Hebung des materiellen Wohles seiner, wie der kroatischen und slawischen Stämme, die innere Zollgrenze. Dadurch würde die materielle Existenz der österreichischen Herzogthümer gefährdet, wenn nicht nach Deutschland zu für diese ein Gleiches geschähe und die Verhältnisse ausgliche. Hieraus folgt die Nothwendigkeit eines Unionsverhältnisses zu Deutschland, nach welchem dieses seinerseits ebenfalls auf das Energischste streben wird. Die formelle Scheidung wäre eine innigere Zusammenschmelzung für verschiedene Aufgaben; jeder von beiden Staaten hätte zwei Schwerpunkte gewonnen, einen in sich und einen außerhalb, welcher in dem Verhältniß zu dem anderen Staate beruhte; im europäischen Staatensysteme würden aber beide zusammen einen Organismus bilden, der wegen des Wechselverhältnisses eine unvergleichliche Macht besäße.

Wien, 9. Jan. Die Wiener Zeitung bringt folgende Proklamation des Fürsten Windisch-Grätz: „Die Rebellen haben gleich einer Räuberbande auf ihrer Flucht von Parendorf, Wieselburg und Raab nicht nur viele Ortschaften niedergebrannt, verwüstet, die armen ruhigen gutdenkenden Land- und Städtebewohner gebrandschatzt, und im Preßburger und Neutraer Komitate muthwillig unabsehbaren Schaden angerichtet, zuletzt aus dem k. k. Gestüte zu Babolna alle werthvollen Hengste, so wie eine bedeutende Zahl von aufgestellten Pferden, endlich alle Zugpferde und das Hornvieh geraubt und mit sich fortgeführt. Zur Sühnung dieser unerhörten Schandthaten verordne ich, unter Einem, daß das sämmtliche Vermögen aller der Kossuthischen Partei noch dienenden, so wie mit ihm gemeine Sache machenden Individuen sogleich mit Sequester belegt werde, damit davon nicht nur der dem k. k. Aerar verursachte Schaden, sondern auch jener, so die Gutgesinnten durch die Rebellen getroffen hat, vergütet werden könne, und zu dessen Deckung nicht etwa der arme, sich ruhig verhaltende Landbewohner beisteuern müsse. Hauptquartier Kots, am 1. Jan. 1849. Alfred Fürst zu Windischgrätz, k. k. Feldmarschall."

Der Großfürst Konstantin von Rußland, der Prinz Friedrich von Baden und der Fürst Egon zu Fürstenberg haben von dem regierenden Kaiser das Großkreuz des ungarischen St. Stephansorden erhalten. Ferner macht die Wiener Zeitung ein neues kriegsgerichtliches Urtheil bekannt. Gegen Anton Pokorny, vormals Lieutenant und dann Diurnist, ist wegen Theilnahme an den Oktoberereignissen auf fünfjährige schwere Kerkerstrafe erkannt worden.

* **Wien**, 9. Jan. Ueber Ungarn erfährt man Folgendes: Kossuth war für vogelfrei erklärt worden. Die Zichy's, die durch Kossuth'schen Terrorismus zwei Mitglieder verloren, hatten, wie es hieß, zu dessen Verfolgung eine eigene Freischaar aufgeboten und einen Preis von 50,000 fl. auf seinen Kopf gesetzt. (Nach einem Wiener Brief in der Allg. Ztg. wäre Kossuth von Beamten und Bauern des Fürsten Bretzenheim festgenommen worden.) Seine eigene ihm nachgefolgte Macht war nur auf 8—10,000 Mann geschätzt worden. Ein kleinerer Theil hatte sich in der Richtung von Waitzen zurückgezogen. Mit Ausnahme einer zur Unterstützung des Feldmarschalllieutenants Grafen Schlick entsendeten Kolonne, sollte die Armee in Buda-Pesth einige Zeit sich von den ausgestandenen Beschwerden erholen. Die Romanen in Siebenbürgen, durch die von den Magyaren ausgeübten Greuelthaten fanatisirt, haben eine Freischaar von 80,000 Walachen organisirt. Die ungarischen Gefangenen werden, wenn sie tauglich sind, zum Militär assentirt, die anderen in ihre Heimath auf dem Schube zurückgeschickt. Die Grafen Casimir und Ludwig Batthyany und Minister Deak sollen sich bereits in Haft befinden. Sehr bedeutsam für den Verkehr Oesterreichs mit Ungarn tritt hervor, daß die ungarischen Dreißigstämter an der Zollinie von Oesterreich aufgelöst und die österreichischen Beamten mit der provisorischen Einhebung der ungarischen Dreißigstgebühr beauftragt worden sind. Der frühere Redakteur der „Constitution" — Häfner — ist aus der Festung Josephstadt dem hiesigen Criminalgericht zur weiteren Untersuchung wegen Aufreizung zum Aufruhr überliefert, und von letzterem wegen Mangels des Thatbestandes auf freien Fuß gesetzt worden. Zur Morgen in der Vorstadt Gumpendorf stattfindenden Abgeordnetenwahl für Frankfurt wird die Kandidatur des Dr. Herz von Seite der Gewerblichen besonders bevorwortet, da derselbe berufen scheint, die Vertretung der österreichischen Industrie daselbst zu übernehmen.

△ **Wien**, 10. Jan. In der Nähe von Kaschau hat Feldmarschall L. Graf Schlick den Ungarn, welche in überlegener Anzahl angriffen und zwar unter ihrem Kriegsminister Meszaros, eine Schlacht geliefert, welche glänzend von den kaiserlichen Truppen gewonnen wurde. 36 Kanonen mit vieler Munition, Kassen, über 800 Gefangene, 76 Pferde und eine sehr bedeutende Anzahl Waffen blieben in den Händen der Sieger. Todte und Verwundete bedeckten bei Abgang der Nachricht das Schlachtfeld. Hätte Graf Schlick mehr Kavallerie gehabt, so wäre kein Mann entkommen. Näheres Morgen. Der Banus ist in Verfolgung Kossuths begriffen, welcher die Straßen nach Debreczin und Szegedin eingeschlagen hat, nachdem er mit ungefähr 10,000 Mann in der Nacht ganz stille Ofen und Pesth verlassen, die Krone des H. Stephan und seine Banknotenpresse mit sich führend.

** **Kremsier**, 9. Jan. (Reichstagssitzung.) Der Reichstag beschäftigte sich heute mit der Spezialdebatte über den bekannten §. 1 der Grundrechte. Es sind eine Menge Redner für und gegen den Paragraph eingeschrieben. Schuselka stellt das Amendement: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und sind in der konstitutionellen Monarchie zwischen dem Monarchen und dem Volke getheilt." Trojan's Amendement lautet: „Die Kammer beschließe, der §. 1 von den Staatsgewalten sei bei dem Kapitel von den Grundrechten nicht in Verhandlung zu nehmen." Ein drittes Amendement schlägt eine weitläufige Umschreibung vor. Alle drei finden hinlängliche Unterstützung. Borrosch ist für den Paragraphen und will sich durch die Drohung des Ministeriums nicht abhalten lassen, denselben zu vertheidigen. Er widerlegt die Ansicht, daß durch die Annahme des Paragraphen das monarchische Prinzip gefährdet werden könne. Seine innerste Ueberzeugung sei, daß nur die erbliche Monarchie die Garantien der Volksfreiheit bieten könne, aber er könne sich eine Monarchie nur auf Volksfreiheit basirt denken. Auf den §. 1 zu halten, sei die Pflicht der Volksvertreter. Eine oktroyirte Verfassung dürfe man nicht befördern, es würde den Volksvertretern und der Krone nur zum Nachtheil sein.

Brauner war von Anfang an gegen den Paragraphen; nur ein fremdartiger Einfluß habe ihn verhindert, seine Meinung zu äußern, jetzt thue er es, da das freie Wort möglich sei. Er hält den §. 1 nicht für eine staatsrechtliche Theorie, sondern für eine ewige Wahrheit, wohlverträglich mit der konstitutionellen Erbmonarchie, und tief gewurzelt im historischen Boden Oesterreichs. Er ist aber gegen den Paragraphen, weil er nicht zu Anfang der Grundrechte stehen, sondern in das Blut des letzten Staatsbürgers dringen müsse. Das Ministerium berufe sich in seiner Erklärung darauf, daß unter dem Banner dieser Theorie die Gesetze verletzt worden, da doch im J. 1846 die Regierungsorgane selbst diesen Satz gepredigt hätten, als sie das Volk gegen die Edelleute aufwiegelten. Er spricht sich unbedingt dahin aus, den Paragraphen

ganz wegzulassen, an der Spitze einer schlechten Konstitution wäre er die größte Ironie.

Szabel spricht sich unbedingt für den §. 1 aus. Die Vergangenheit enthalte ein unläugbares Faktum, die Revolution, welche auch nach der kaiserlichen Proklamation zur Einberufung des Reichstages fortgedauert habe. Er bekenne sich unbedingt für die Monarchie und deßhalb gerade müsse er für den §. 1 sprechen, da sie nur auf diese Basis gebaut, dem Andrang der Zeit widerstehen könne.

Schuselka vertheidigt in einer glänzenden Rede den §. 1. Anhaltender Beifall von allen Seiten des Hauses begleitet den Redner bis zu seinem Platze.

Da der Schluß der Debatte verlangt wird, so bestellen die eingezeichneten Redner Löhner zum Generalredner für, Lasser gegen den §. 1. Darauf wird die Sitzung auf Antrag des Abg. Fischhof geschlossen.

In **Kremsier** ging, nach dem Konstitutionellen Blatt aus Böhmen, am 9. Jan. das Gerücht, die Armee werde durch den Kriegsminister gegen alle sie speciell betreffenden Punkte der (im Entwurfe vorliegenden österreichischen) Grundrechte protestiren, namentlich gegen §. 24 („Jedermann hat nach Maßgabe seines Vermögens und Einkommens zu den Lasten des Staats beizutragen").

Prag, 9. Jan. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Ministerium die Errichtung einer allgemeinen slawischen Universität in Prag, wogegen in Wien eine deutsche Hochschule im großartigsten Styl angelegt werden soll. (C. Bl. a. B.)

△ **Posen**, 9. Jan. Die Bedenken wegen des völligen Stillschweigens unserer neuen Verfassung in Bezug auf das Verhältniß von Polnisch-Posen zum übrigen preußischen Staat waren vor mehreren Wochen Anlaß zu einer Anfrage beim Ministerium Seitens der deutschen Verbrüderung geworden. Der Ministerpräsident hat nun in seiner Antwort darauf eine in jeder Beziehung zufriedenstellende Erklärung darüber gegeben. Man erwartet danach in Berlin nur den definitiven Beschluß wegen der Demarkation in Frankfurt a. M., um dann sofort die Maßregeln ins Leben treten zu lassen, welche durch die politische Trennung der beiden Landestheile bedingt sind. — Es ist überflüssig, noch einmal auf die dringenden Wünsche für baldige Erledigung der Sache unter allen Deutschen der Provinz hinzuweisen. Dieselben haben in Bromberg zu einer Petition an das Staatsministerium geführt, worin die Vereinigung des Netzdistriktes mit Westpreußen verlangt wird. Er würde dann mit den Kreisen Deutsch-Krone und Flatow einen besondern Regierungsbezirk bilden.

Mit dem Gagern'schen Programm ist hier Alles einverstanden und dieß gibt sich in mehrfachen Vertrauensadressen kund, die aus Stadt und Kreis Posen, sowie aus der Provinz an den ausgezeichneten Mann abgegangen sind. Der Bromberger deutsche Bürgerverein hat in einer Adresse an die deutsche Nationalversammlung geradezu die Ausschließung der österreichischen Deputirten aus der Versammlung verlangt.

In Bezug auf die Wahlen für die neue preußische Versammlung kann ich Ihnen nun mittheilen, daß nach einer Weisung des Ministeriums die Abgrenzung der Wahlbezirke nach Maßgabe der in Berlin bereits vorläufig genehmigten Demarkationslinie von der hiesigen Regierung angeordnet ist.

Aus Thüringen, 10. Jan. Bürgermeister Gier in Mühlhausen ist vom Landrath im Auftrag der Regierung von seinem Amte suspendirt worden, weil das Inquisitoriat von Heiligenstadt gegen ihn wegen Versuchs zum Aufruhr und Majestätsbeleidigung die Untersuchung eingeleitet hat. Außer den genannten Dr. Cohn und Burchardt sind in Nordhausen nun auch gegen Schuhmann, den Stellvertreter Balzers, und den Antiquar Fischer politische Criminaluntersuchungen eingeleitet. (Voss. Z.)

München, 10 Jan. Nach den bis jetzt schon erfolgten Anmeldungen zu schließen, werden sich die Mitglieder unserer Kammer der Reichsräthe diesmal zahlreicher einfinden, als bei irgend einem frühern Landtage, so daß bei der Berathung über die Umgestaltung dieser Kammer wenige der bisherigen Mitglieder derselben fehlen werden. Man erwartet, daß der hierauf bezügliche Gesetzentwurf einer der ersten sein wird, die dem Landtage vorgelegt werden. Die von Hrn. Reichsrath Graf Giech ausgeschlagene Stelle des ersten Präsidenten der Kammer der Reichsräthe wird dem Vernehmen nach Frhr. v. Zu-Rhein einnehmen. Unser Kriegsministerium läßt 30,000 neue Gewehre anfertigen und 30,000 ältere mit Perkussionsschlössern versehen. Hiesige Gewerbsleute bewerben sich um die Lieferung dieser Waffen, die nicht viel weniger als eine Million kosten werden; Mangel an Geld scheint man demnach im Kriegsministerium nicht zu haben. (Bair. Bl.)

÷ **Stuttgart**, 10. Jan. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung das wichtige, aber etwas trockene Thema des Berichtes der Finanzkommission wieder aufgenommen und zwar zunächst sich mit dem Budget des Justizdepartements beschäftigt, dessen ordentlicher Bedarf für das Budgetjahr 1848—1849 auf 931,525 fl. 27 kr., fast 66,000 fl. höher als der gleiche Bedarf für das abgelaufene Budgetjahr 1847—48, veranschlagt ist, eine Erhöhung, die meistens, sehr bezeichnend, in den vermehrten Ausgaben für Strafanstalten und für Kriminalkosten ihren Grund hat. Die Kommission hatte für diesen Etat ausnahmsweise keine Ersparnisse beantragt, wie auch sich jedes Antrags zur Erzielung eines schnelleren Justizganges enthalten, weil die von der Regierung niedergesetzte Organisationskommission bereits die Reorganisation der Kriminal- und Civil-Justizpflege in Angriff genommen habe und die einschlagenden Gesetzentwürfe voraussichtlich mit Nächstem den Ständen würden vorgelegt werden. Vom Ministertisch her bestätigte Staatsrath Römer diese Voraussetzung und bemerkte, daß, wenn gleich die anfangs beabsichtigte provisorische Einführung der badischen Prozeßordnung der großen entgegenstehenden Schwierigkeiten wegen wieder habe aufgegeben werden müssen, augenblicklich eine Menge Gesetzentwürfe, namentlich eine Revision des Strafgesetzbuchs in seinen wichtigsten Materien, ein Einführungsgesetz zur allgemeinen deutschen Wechselordnung, eine Organisation der Gerichte, ein Gesetz über die Staatsschuldscheine au porteur, über die Beseitigung der Fiskal-Privilegien, über das Verfahren in Strafsachen, die nicht vor die Geschwornen gehören, über die Abkürzung der Verjährungsfristen, über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, endlich, in Gemeinschaft mit andern Ministerien weitere Gesetze über die Unterdrückung von Aufruhr, über Besoldungen und Quieszirungen, sowie über Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, in der Bearbeitung seien. Die Kammer war durch diese Aufschlüsse über die Thätigkeit der Regierung auf einem bisher nur zu sehr vernachlässigten Felde sichtlich erfreut und ging rasch zu den einzelnen Positionen des Etats über. Zuerst das Justizministerium mit 14,500 fl., 7000 fl. weniger als früher, zur Hälfte durch die um so viel geringere Besoldung des neuen Chefs des Justizdepartements erspart, der nicht den Normalgehalt eines Ministers, sondern nur den eines Staatsraths bezieht. Die Kommission hatte davon Anlaß genommen, die Voraussetzung auszusprechen, daß ohne vorhergehende Verabschiedung eine Erhöhung der jetzt regulirten Besoldungen der Departementschefs nicht stattfinden werde; und obgleich sich Römer lebhaft gegen diese Voraussetzung erhob, da die Regierung leicht in den Fall kommen könnte, bei einer solchen Herabdrückung der Besoldungen gar keinen Minister zu finden, obgleich er außerdem auch bei Berathung des nächsten Budgets die Vorlegung eines revidirten Besoldung-Normal-Etats versprach, bei welchem die Regierung sicher nicht außer Acht lassen werde, daß die Kammer keine Freude an hohen Minister-Besoldungen habe, obgleich dann Frhr. v. Linden darauf hinwies, daß eine zu geringe Besoldung es dem Minister unmöglich mache, die Repräsentation im edleren Sinne des Wortes zu üben, die gewiß im Interesse der Regierung und des Landes liege, — entschied doch die Kammer zuvörderst auf den Antrag Zwerger's, mit 61 gegen 6 Stimmen, daß die Regierung, so lange der Normal-Etat nicht regulirt sei, bei jeder Besetzung einer Stelle die Bedingung beizufügen habe, daß den Beamten, einschließlich der Minister, ein Rechtsanspruch auf die seither mit dem Amte verbundene Besoldung nicht zustehe, dann, auf den Antrag Becher's, mit 39 gegen 27 Stimmen, daß die Kammer sich das Recht vorbehalte, wenn die Regierung vor Feststellung des Normaletats einen Minister mit einer höheren Besoldung als der gegenwärtigen von 3600 fl. anstellen würde, das Mehr dieser Besoldung einer Prüfung zu unterziehen. Einen sehr wohlthuenden Eindruck machte übrigens die ausdrückliche Erklärung Römer's, daß es sich, wenn hier eine etwaige künftige Erhöhung der Besoldungen des Departementschefs in Frage stehe, weder um seine Person, noch um die Person seiner Collegen handle. Hatte die Commission aber den Bedarf für das Justizministerium ausnahmsweise ohne Abzug genehmigt,

so entschädigte sie sich, so weit die nicht bedeutende Summe es zuließ, an dem nächsten Posten, der Erigenz für das Obertribunal, und beantragte die Streichung einer Summe von 400 fl., welche der Direktor des Obertribunals, seit der erledigte Präsidentenposten nicht mehr besetzt wird, für die Uebernahme der Präsidialgeschäfte bezieht, und einer Summe von 200 fl. Gehaltszulage für einen der Räthe; die Kammer strich indeß nur die letztgenannte Summe und ging dann, da sie nicht mehr in beschlußfähiger Zahl versammelt war, aus einander.

Zu mannigfachen Vermuthungen und Gerüchten gibt übrigens die Aeußerung Anlaß, welche auf die beiläufige Bemerkung des Abg. Schnitzer, daß die Frage über Ministerwechsel in neuerer Zeit sehr praktisch sei, der Staatsrath Römer fallen ließ: „Die Frage ist allerdings überall praktisch und kann auch bei uns vielleicht bald praktisch werden." Soll man diese Aeußerung als eine bestimmte Andeutung des mit Nächstem zu erwartenden Rücktritts des gegenwärtigen Ministeriums auffassen,? Die Besorgniß, daß dem so sei, hat sich vielfach verbreitet und man fügt sogar die Ursache in der Weigerung des Königs hinzu, das Programm anzuerkennen, mit welchem sein Ministerium die Publikation der Grundrechte des deutschen Volks zu begleiten beabsichtigt habe. Der Argwohn findet eine Bestätigung der umlaufenden Gerüchte selbst in der oben erwähnten Rede des bekannten Freiherrn von Linden in der heutigen Sitzung, in welcher man die Inaugural-Dissertation eines angehenden Ministers zu erkennen glaubt. „Der Linden'sche Vortrag" — sagt ein hiesiges Blatt — „über die Erfoderniffe einer Ministerhaushaltung war so meisterhaft anschaulich, daß man unwillkürlich versucht war zu glauben, der ritterschaftliche Herr Abgeordnete habe sich in Gedanken bereits ganz wohnlich in einer solchen Haushaltung eingerichtet." Die nächsten Tage müssen übrigens über diese Gerüchte, die dem aufmerksameren Beobachter wenig Glauben zu verdienen scheinen, das Wahre herausstellen. Der Schw. M. vom 15. scheint alle diese Vermuthungen niederzuschlagen durch die lakonische Mittheilung: „Die Befürchtung, der König werde das Ministerium ändern, verdient keinen Glauben. (Die Einführung der Grundrechte des deutschen Volks im vollsten Umfange unterliegt nicht dem geringsten Anstande.")

C **Mannheim**, 13. Jan. Wir haben hier seit mehreren Tagen Streitigkeiten zwischen Militär und Bürgern zu beklagen, bei denen es auf Seiten der Letzteren bedeutende Verwundungen gegeben hat. Veranlassung sind theils Neckereien in Wirthshäusern, theils was wir schon bei zwei Fällen zu beklagen hatten, Muthwillen des Militärs. Wir dürfen hoffen, daß solche Störungen strenge geahndet werden. Die Aushebung der Außerordentlich-Konskribirten wird im Laufe der nächsten Woche beendet werden. Daß die Wahl eines neuen Bürgermeisters auf den Abgeordneten **Brentano** fiel, hat bei einem großen Theile der hiesigen Bürger nicht wenig Unzufriedenheit erweckt. Das Gerücht, welches man zu verbreiten suchte, daß die verwittwete Großherzogin **Stephanie von Baden** nach Paris gereist sei, um dort im Hause des Präsidenten die Honneurs zu machen, widerlegt sich durch ihre Ankunft dahier von selbst.

Freiburg, 13. Jan. Der in Ollmütz erscheinende „Oesterreich: Korrespondent" enthält in seinem Verzeichniß der vom 2.—3. Jan. in dieser Stadt angekommenen Fremden den Namen: „Dr. Buß, großh. bad. Hofrath von Wien." (N. Fr. Z.)

△ **Darmstadt**, 11. Jan. Unsere zweite Kammer hält zwar nicht allzuoft Sitzungen, aber dafür fliegt ihr auch, wenn sie eine hält, rasch das Geschäft. So heute, wo sie die Berathung der provisorischen Geschäftsordnung vornahm. Der Ausschuß war im Wesentlichen dem Entwurfe beigetreten, der die Einrichtung der Abtheilungen einführte, das Interpellationswesen ordnete und überhaupt manches Zweckmäßige und Freisinnige enthielt. Indessen wußte die Opposition doch noch Manches aufzufinden, was sie nicht nur mit Grund, sondern auch mit Erfolg angriff. Weniger freilich geschah dieß durch den Abgeordneten Heldmann, als durch Lehne, K. Zöppritz und Glaubrech, die in unserm linken Centrum sitzen. Nach dem Gesetzentwurf sollte in keiner Weise ein Wechsel in den Personen des Präsidenten und Vicepräsidenten eintreten; einmal gewählt, sollte es dabei verbleiben für den ganzen Landtag. Abgeordneter Volhard wollte dagegen einmal, nach den ersten acht Wochen, die Wahl erneuert, weil man da erst die Mitglieder der Kammer näher kennen zu lernen Gelegenheit gehabt habe, wogegen Abgeordneter Zöppritz jene Wahlen nur auf acht Wochen gültig erklärt und nach Ablauf derselben jedesmal eine neue Wahl vorgenommen haben wollte. Anfänglich schien das Amendement K. Zöppritz keine Chancen zu haben, als plötzlich bei der Abstimmung und ungeachtet Jaup dagegen gesprochen, mit 32 gegen 7 Stimmen dafür entschieden wurde. Ein zweiter Punkt betraf die Initiative bei der Gesetzgebung, welche Lehne auch der Kammer zugewiesen haben wollte. Jaup hatte an sich nichts dagegen, bestritt aber, daß es in die Geschäftsordnung gehöre. Die Kammer beschloß auch da mit ansehnlicher Majorität (30 gegen 8 Stimmen) gegen das Ministerium und gegen ihren liberalen Kollegen. Eigene Zeichen an unserm hessischen politischen Himmel! Auch die erste Kammer wird Jaup und dem Wahlgesetz schwerlich Rosen streuen. Hat doch in ihrem Ausschuß derselbe Freiherr v. Breidenstein das Referat über das Wahlgesetz übernommen, der von jeher den Jupiter tonans gegen die rheinhessischen und überhaupt alle freisinnigen Einrichtungen machte.

Altenburg, 11. Jan. Der hiesige Bürgerverein hat sich für Ein erbliches Oberhaupt an der Spitze der Reichsregierung, und für die Uebertragung dieser Würde an den König von Preußen ausgesprochen. Es wurde der Beschluß gefaßt, diese Ansicht in einer Adresse an die Nat.-Vers. auszusprechen. (D. A. Z.)

Jena, 10. Jan. Der hiesige konstitutionelle Verein hat beschlossen, durch den Abgeordneten Michelsen der deutschen Reichsversammlung eine Erklärung übermitteln zu lassen, dahin lautend: 1) daß er die Einheit Deutschlands nur unter einem erblichen Oberhaupt gesichert sehe; 2) daß er unter den vorliegenden Verhältnissen dieses Reichsoberhaupt nur in der Krone Preußen finde; 3) daß er es für eine Untreue am Vaterland achte, wenn Fürsten oder Volksstämme sich dieser Nothwendigkeit entziehen wollen. (D. P. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 9. Jan. Je näher die Eröffnung des Parlaments rückt, um so mehr gibt sich in der Presse, wie in öffentlichen Versammlungen ein regeres Leben in Betreff der innern Verhältnisse kund. Das große, im Voraus viel besprochene Meeting zur Berathung über Finanz- und Parlamentsreform, wird, wie der „Manchester-Examiner and Times" jetzt bestimmt anzeigt, übermorgen in der Freihandelshalle zu Manchester stattfinden. Man verspricht sich von diesem Meeting, welchem Herr G. Wilson präsidiren und die Herren Cobden und Bright beiwohnen werden, einen großen Einfluß auf die zukünftige Taktik der liberalen Partei und rechnet zugleich auf eine sehr zahlreiche Theilnahme. Zu diesen anregenden Versammlungen ist auch ein Festmahl zu rechnen, welches dem sehr geachteten, aber bei den letzten allgemeinen Wahlen durch eine nicht vorausgesehene Ungunst des Schicksals durchgefallenen Radikalformer Roebuck in Bradford gegeben wurde, wobei der Gefeierte eine mit größtem Beifall aufgenommene Rede hielt und ein mit Silber bordirtes Gewand von grünschillerndem Zeug zum Ehrengeschenk erhielt. Hierher gehört ferner eine Versammlung, welche die Agrikulturisten von Warwickshire am 9. Januar in Warwick zu Ehren des verstorbenen Führers der Protektionisten, Lord G. Bentink, hielten, und womit natürlich eine protektionistische Demonstration verbunden war; ferner die wieder beginnende Agitation für die Zehn-Stunden-Arbeitsbill, zu welchem Zweck Abgeordnete der Arbeiter von Manchester vor Kurzem eine Versammlung hielten, welcher Hr. Hindley, Parlamentsmitglied für Ashton, beiwohnte; endlich die Vorbereitungen, welche die irischen Parlamentsmitglieder zum Zweck einer Versammlung treffen, auf der sie über ihre im Interesse Irlands im Parlament festzuhaltende Taktik gemeinsame Berathung zu halten gedenken.

Mit Hrn. Cobden fast gleichzeitig hat sich auch Hr. M'Gregor in einem neuen Finanzplan versucht, so daß der „Atlas" dem Parlament mit der in einer Hinsicht wohl nicht sehr erfreulichen Prophezeiung droht, daß es während der bevorstehenden Session mit Finanzreformplänen überschwemmt werden würde. Aber nicht hier allein ist die Stelle, wo man das Ministerium angreifen wird; die Kolonialpolitik des Grafen Grey hat bereits manche Blößen gegeben, und man wird ihr umsomehr im Parlamente zusetzen, da die Differenzen zwischen dem Reichsparlament in England und der Generalversammlung von Jamaika (worüber nächstens mehr) einen immer bedenklicheren Charakter annehmen. Aber selbst hier ist noch nicht die tödtlichste Stelle des Kabinets; der wenn nicht angreifbarste, doch angegriffenste Minister ist seit kurzer Zeit Lord

Palmerston. Die Blätter aller Farben arbeiten gegen ihn los, nicht nur die torystischen Zeitungen und Reviews, z. B. M. Post, Britannia, Quarterly Review (letzteres in einem Artikel, worin „die Geschicklichkeit, die Tapferkeit, die Menschlichkeit und Nachsicht der Windischgrätz, der Jellacic und Radetzky" eben so hoch gefeiert werden, als die in der That bewundernswerthe „Beharrlichkeit, unbesiegbare Festigkeit und Elastizität Oesterreichs, jene Elastizität, womit es sich gerade dann, wenn es am tiefsten am Boden zu liegen scheint, mit erneuter Kraft erhebt"), sondern auch das ehemals Lord Palmerston ergebene, jetzt peelitisch-torystische Morning-Chronicle, und zwar letzteres ausdauernd und ungemein heftig, endlich auch die liberalen und dem Radikalismus zuneigenden Zeitungen, wie Daily News; alle diese Zeitungen freilich aus verschiedenen Gründen; aber es sieht fast aus, als ob sie unter einander eine Verabredung getroffen hätten, den, wie man auch sonst von ihm denken mag, mit nicht ungerechtfertigtem Selbstbewußtsein allen Angriffen trotzenden stolzen Lord zu stürzen oder seinen Sturz durch Journalartikel vorzubereiten. Jetzt tritt noch zum Ueberfluß die mächtige „Times" in einem ungewöhnlich scharfen Artikel gegen Palmerston auf, worin sie an seiner Politik kein gutes Haar läßt und unter andern äußert, „daß auch jetzt noch die Welt die fehlgeschlagenen, falsch geleiteten Mühewaltungen eines schlechten Ministers nicht mit der wahren Herzensmeinung und den Absichten der Souveränin und des Volks von England verwechsle". Dem viel verfolgten Minister steht fast nur der „Globe" zu Gebot, sich gegen die vielen Wespen und Hornisse zu vertheidigen. Die bewunderuswerthe Redefertigkeit und Energie Lord Palmerston's läßt uns jedoch kaum daran zweifeln, daß es ihm im Parlamente gelingen wird, sich glücklich aus dem nicht ungefährlichen Handel zu ziehen. Indeß kann Niemand in so stürmischer Zeit voraussagen, wie die Würfel fallen. Die Ereignisse sind in solcher Zeit oft mächtiger als die Personen.

* **London**, 12. Jan. In den amtlichen Tabellen über das Staatseinkommen ist durch das Versehen eines Protokollisten die Zunahme der Accise während des abgelaufenen Finanzjahres um eine Million zu gering angegeben worden; die Zunahme betrug 1,101,394 Pf. statt, wie angegeben war, 101,394 Pf.

„Daily News" erwähnt, daß Gold in Barren, an Werth gegen 1,083,000 Pf. oder gegen 13 Mill. Fl., auf Rechnung der Rothschilds von London nach Frankfurt abgegangen ist, und freut sich, daß so die Bank von England für den Ueberfluß an Gold, der sich in ihren Gewölben seit einiger Zeit aufgehäuft, einen Markt gefunden habe. Diese Sendungen, meint die genannte Zeitung, dürften wohl auf Finanz-, wenn nicht Anleihe-Operationen mit den Regierungen von Oesterreich oder Preußen, wenn nicht beiden schließen lassen.

Die „Times" vom 11. Jan. enthält einen Bericht über das große Meeting in Angelegenheiten der Finanz- und Parlamentsreform, welches vorgestern in Manchester in Gegenwart von 6—7000 Personen abgehalten wurde (s. oben), und bringt in der Nr. vom 12. Jan. die sehr lange Rede Cobden's. Außer diesem sprachen noch die Parlamentsmitglieder Gibson und Bright und der Vorsitzende, George Wilson. Auf die bei dieser Gelegenheit gefaßten Beschlüsse, wie auf einen interessanten Prozeß, welchen holsteinische Schiffseigenthümer gegen dänische Matrosen auf Grund brutaler Verunglimpfungen der deutschen Flagge bei dem Thames-Office erhoben haben, kommen wir morgen in Kürze zurück.

Frankreich.

* **Paris**, 12. Jan. Schon seit einigen Tagen war alle Aufmerksamkeit auf die Verhandlung gerichtet, die heute über den Rateau'schen Vorschlag gepflogen werden sollte. Nur von ihm sprachen die Journale und von der Wahrscheinlichkeit seiner Annahme oder Verwerfung; die Börse hob sich oder fiel, je nachdem das Gerücht bald diesen bald jenen Erfolg als wahrscheinlich ankündigte. Die bedeutendsten Männer, wußte man, würden darüber reden, Cavaignac hatte sich schon dagegen einschreiben lassen, von Lamartine erzählte man, er würde dafür sprechen. Endlich um die Aufregung auf's Höchste zu steigern, hatte sich die Nachricht verbreitet, das Volk werde zur Zeit der Sitzung eine große Demonstration zu Gunsten des Antrages machen.

Heute kurz vor 4 Uhr begann denn endlich die Berathung, der Sitzungssaal sowohl wie die Gallerien waren ungewöhnlich gefüllt, in und außer dem Hause militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Der Rateau'sche Antrag geht bekanntlich dahin: 1) die Nationalversammlung vom 19. März aufzulösen; 2) die nächsten Kammerwahlen für den 4. März auszuschreiben; 3) nur noch das Wahlgesetz und das Gesetz behufs Einsetzung des Staatsraths jetzt zu votiren. Er hat zwei Kommissionen vorgelegen; die eine hat ihn nur mit 19 gegen 18, die andere gar nur mit Stimmengleichheit verworfen.

Desèze erhält zuerst das Wort für den Antrag. Er hält einen sehr langweiligen und oft unterbrochnen Vortrag, worin er zu beweisen sucht, daß die Aufgabe der konstituirenden Versammlung mit der eigentlichen Verfassung beendet sei, und daß man sich dem Volksstrome nicht widersetzen könne. Pierre Bonaparte, der Bruder des Prinzen von Canino, bekämpft darauf mit starkem italienischem Accent den Vorschlag. „Ich thue es", sagt er, „weil ich die Dauer unserer republikanischen Einrichtungen wünsche. Die Versammlung wird sich durch keine Fraktion einschüchtern lassen, wie sie im Mai und Juni bewiesen; Jeder wird fest auf seinem Platz bleiben." Allgemeiner Beifall folgt ihm. Bei Postschluß spricht Montalembert.

Aus Italien und Spanien hatte man keine neuen Nachrichten von Bedeutung.

** **Straßburg**, 10. Jan. Die Nationalversammlung ist zu dem Bewußtsein gekommen, daß sie unhaltbar geworden. Die kleinen Hetzereien sind ihrer unwürdig und verbrauchen noch bis auf den letzten Tropfen die Repräsentation des republikanischen Prinzips. In einen ernsten Kampf darf sie sich nicht mehr einlassen, denn das Vertrauen des Volkes ist von ihr gewichen. Der Gang der Regierung verwirrt dagegen auch die, welche sich sonst weise dünken. Ist derselbe Zufall, ein ehrlich gemeintes Prinzip, oder wohl eine kluge Berechnung! Allerdings hat das Programm die Vereinbarung in der Mischung aller Parteien angekündigt; aber sollte hierbei nicht eine gegenseitige Täuschung obwalten? Denn was läßt sich erwarten schon aus der Zusammenknetung des schroffsten Ultramontanismus mit den offenen Anhängern der Freiheit? Ich fürchte sehr hinter Beiden lauscht der Dritte, welcher die Beute in Beschlag nehmen wird. Wir sehen auch, wie zurückhaltend die sind, welche einem entscheidenden Augenblicke sich aufbewahren wollen: Thiers, Bugeaud, Molé; nur der leichtere Odilon Barrot hat sich zum Selbstopfer verstanden, aber wer wird zuletzt den Anderen überlisten? Die Ultramontanen fahren einstweilen am besten. Bei der großen Theilung der Porteseuilles haben sie nur Eines begehrt, aber das Wichtigste: den öffentlichen Unterricht und die Kirchen. Und wer kann die Klugheit hiebei verkennen? Falloux ist kein blinder Pfaffenknecht, kein plumper Jesuit, sondern ein feiner Mann, ein würdiger Schüler Montalembert's, der hinter ihm steht. In allen Verhältnissen, in welche ihn sein Ministerium mit Nichtkatholiken bringt, ist er sehr zuvorkommend, denn er weiß, daß er für jeden Schritt, welchen er diesen entgegengeht, zehn für die Seinen thun darf. Wir werden unter ihm von keinen Bedrückungen der Reformirten hören, im Gegentheil er wird ihnen Vieles gewähren, weil er seiner Kirche dann noch mehr geben kann. Ob der Staat dabei geopfert wird, daran liegt ihm wenig; denn sein Staat ist ein anderer, als der der gewöhnlichen Staatsmänner. So ist es gekommen, daß plötzlich Namen wieder auftauchen, welche des Fanatismus der Träger wegen längst vergessen schienen; der berüchtigte Abbé Laurentie, der Lobredner der Bartholomäusnacht, und ähnliche. Sie sitzen mit dem redlichen Pfarrer Cuvier von Paris in der Kommission um das Gesetz für die Primärschulen zu entwerfen! Wie weit man in dieser Hinsicht zu gehen wagt, zeigt ein Artikel des Moniteur, welcher die Andacht der heiligen Genofeva ankündigt, und die Messen aufzählt, die von den höchsten Klerikern gelesen werden, und in welchen 200,000 Seelen Sündenablaß suchen können. Ein schönes Seitenstück zur Trierer Wallfahrt!

Italien.

Rom, 3. Jan. Gestern Morgens kündigten die Herren Galletti und Camerata, als Mitglieder der obersten Regierungsgiunta, dem Ministerium ihren definitiven Rücktritt von diesem Posten an. Außer ihrer schwachen Gesundheit — ein in der diplomatischen Welt stereotyper Beweggrund bei Abdankungen — führten die Genannten an: vom Augenblick der konstituirenden Versammlung an sei ihr Auftrag vollendet gewesen. Graf Camerata

reist nach Florenz. Am 31. Dez. berührte General Zucchi, wie es scheint von der Schweiz zurückkommend, den Hafen von Civitavecchia, parlamentirte mit dem Delegaten, und nachdem er vernommen, daß der heilige Vater sich nicht, wie das Gerücht gegangen, in dieser Stadt befand, setzte er auf einem französischen Dampfboot seine Reise nach Gaeta fort. Da mit dem Rücktritt Galletti's und Camerata's die moralische Person, worin die Vollziehungsgewalt sich zusammenfaßte, verschwunden ist, so wird das Ministerium eine andere Form provisorischer Regierung für die römischen Staaten versuchen müssen. (A. Z.)

Aus Oberitalien. Zwischen der Lombardei und Piemont bereiten sich die Dinge täglich mehr zum Wiederbeginn des Kriegs vor. Die zuerst auf den piemontesischen dann auch auf den lombardischen Grenzen angeordnete Sperrung jeden Verkehrs, selbst des Briefwechsels und der gewöhnlichen Handelsverbindungen, ist eine Maßregel, die nicht lange aufrechterhalten werden kann ohne zu einem Bruche zu führen. Nach Genueser Blättern sind in Mailand die Truppen stets so bereit wie eine Stunde vor der Schlacht. Zugleich sollen gegen Venedig ernsthafte Angriffe gemacht werden. In den letzten Wochen wurde viel schweres Geschütz gegen Malghera geschafft, das immer enger umschlossen wird. Mittlerweile hat die Regierung in Venedig die Wahl einer permanenten Assemblea ausgeschrieben, welche den Staat repräsentiren soll. Auf je 1500 Einwohner kommt 1 Repräsentant, in allem 128, wozu Venedig 33, Chioggia 9, die Truppen 9 ꝛc. zu liefern haben. Wähler ist man mit 21, wählbar mit 25 Jahren. Die Wahlen sollen am 20. bis 23. Jan. stattfinden; die Dauer der Assemblea ist auf sechs Monate festgesetzt. (A. Z.)

Florenz, 6. Jan. Der Gesandte der deutschen Centralgewalt bei den italienischen Höfen, Dr. Heckscher, ist von Rom, und der preußische Gesandte beim heiligen Stuhl, v. Usedom, von Berlin in Florenz angekommen.

***Neapel**, 29. Dez. Im Mai d. J. verließ der damalige österreichische Gesandte, Fürst Felix Schwarzenberg, plötzlich unsere Stadt, weil das Volk seine Wappen abgerissen und auf öffentlicher Straße verbrannt hatte. Er war entrüstet über die Schwäche des Königs, der nicht einmal die Häuser der Gesandten zu schützen wußte. Er hatte ihm gerathen, die demokratische Partei mit Gewalt zu unterdrücken und verlangte von ihm, er solle öffentlich erscheinen und das loyale Volk um sich sammeln. Er selbst und der russische Gesandte erboten sich, ihn zu begleiten und jede Gefahr mit ihm zu theilen. Damals widerstand der rè bombardatore solchen Rathschlägen und die diplomatischen Beziehungen mit Oesterreich wurden abgebrochen. Jetzt werden sie wieder aufgenommen. Man schließt daraus, Oesterreich und Neapel werden gemeinschaftlich im Kirchenstaat interveniren, Oesterreich wird Bologna und Ancona besetzen, Neapel den Papst nach Rom selbst führen.

Aus Sicilien heißt es, daß die Sicilianer den Waffenstillstand gebrochen hätten, und von Palermo auf Messina anrückten. General Filangieri soll darüber sehr froh sein. Er seinerseits will nun auf Palermo losgehn. Er soll ein sehr ernsthaftes Gespräch mit dem englischen und französischen Gesandten gehabt und sie aufgefordert haben, den Officieren ihrer Geschwader strenge Neutralität zu empfehlen. Er würde keinen Unterschied zwischen Sicilianern und Neutralen machen, wenn er letztere mit den ersteren finge. Filangieri war in der letzten Zeit öfter in Gaeta, um mit dem König, der sich persönlich ganz den religiösen Interessen widmet, Rücksprache zu nehmen.

Schweiz.

Bern. Nach der „Suisse" hat England die neu konstituirte Schweiz nunmehr anerkannt.

Tessin. Laut dem Republikano hat der schweizerische Bundesrath in einem Schreiben an die eidg. Repräsentanten den Kanton Tessin verantwortlich erklärt für jeden weitern Unterbruch der freundschaftlichen Beziehungen zur Lombardei. Der Republ., der das Schreiben selbst nicht mittheilt, bemerkt ferner, daß demselben zufolge nun alle Flüchtlinge, Weiber und Kinder nicht ausgenommen, den Kanton werden verlassen müssen.

Aus demselben Blatt vernimmt man, daß das Dampfschiff auf dem Langensee von der sardinischen Regierung immer noch unter Sequester gehalten wird. Jede Post- und Handelsverbindung mit Piemont und dem größern Theil von Italien sei jetzt unterbrochen. (N. Z. Z.)

Frankfurter Börsenbericht.

(Wochenbericht.)

Nun der Reichstag in Kremsier die verlangten 80 Millionen bewilligt und jeder Tag neue Siegesberichte aus Ungarn bringt, hat sich die Aufmerksamkeit der Spekulanten und Kapitalisten den österreichischen Fonds wieder zugewandt. Die Wiener Börse geht auch mit gutem Beispiel voran. Der gefürchtete Staatsbankerott, die Auflösung der österreichischen Monarchie, haben sich als Hirngespinnste erwiesen, und der alte Satz, daß Oesterreichs Stern, nahe am Erbleichen, um so heller strahlend aus den Kämpfen hervorgeht, scheint sich abermals bewahrheiten zu wollen. — Ueber die Befürchtung eines Staatsbankerotts hat der österreichische Finanzminister in der Reichstagssitzung vom 3. dieses in Kremsier, bei Gelegenheit einer Verhandlung über das Verhältniß der Nationalbank zum Staate, eine bemerkenswerthe Erklärung abgegeben. Nachdem nämlich der Abgeordnete Borrosch sich dahin ausgesprochen, daß es dringend nothwendig erscheine, die Nationalbank vom Staatshaushalt unabhängig zu erklären, damit das Vertrauen wieder eingeflößt werde, welches durch die Furcht vor einem National- oder Staatsbankerott verdrängt worden sei, sagte der Finanzminister: Man habe vom Staatsbankerott gesprochen; dieser sei nicht zu besorgen, die Hülfsmittel seien so groß, daß nichts zu befürchten stehe. In einer Staatsschrift werde er die Mittel andeuten, wie das Mißverhältniß zu lösen sei. Ein Bankerott werde aber durch das Verhältniß der Bank zum Staate weder genährt, noch gehindert. Die Bank habe dem Staat wichtige Dienste geleistet. Die Dividende sei nicht einmal von jenen Organen, welche sie vorzuschlagen berechtigt seien, vom Bankausschuß, bestimmt worden. Einige Anträge, die in einer Direktorenversammlung gestellt worden seien, wären in's Publikum gedrungen und hätten zu falschen Voraussetzungen Anlaß gegeben. Die letzten Aeußerungen beziehen sich wohl auf das Gerücht, daß der Bankausschuß die Dividende auf fl. 46. festgestellt habe, eine Bestimmung, welche die Gegner der Bankverwaltung mit allem Rechte bekämpften. Wahrscheinlich ist nun in Folge der gut begründeten Opposition, der Dividend wirklich auf fl. 25 Conv. Münze, inclusive des Coupons von fl. 15 festgesetzt worden, ein Resultat, welches das Vertrauen in die Solidität des Instituts nur befestigen kann und die Bürgschaft einer wohl organisirten Verwaltung für die Zukunft bietet. Der Kours der Bankaktien an der Wiener Börse hat darum auch keine Alteration erlitten, wogegen auf hiesigem Platze solche um fl. 20 per Stück zurückgingen (fl. 1190 auf fl. 1170). Im Uebrigen waren die Schwankungen in österreichischen Fonds im Laufe der vergangenen Woche von keiner wesentlichen Bedeutung. Auf 5 pCt. und 2½ pCt. Metalliques betrug die Differenz 1½ pCt. und 1 pCt. (73¼ auf 74½ und 38¾ auf 39¾). Die höchste Preisverbesserung erfuhren fl. 250 Loose (76⅝ auf 78), während fl. 500 Loose am letzten Börsentage der Woche von 132½ auf 132 zurückgingen. Lebhafte Umsätze fanden statt in den süddeutschen zinstragenden Papieren. Das Vertrauen scheint sich diesen Effekten wieder zuzuwenden. Ein Beweis dafür ist die Emission der neuen 5pCt. Nassauer Obligationen. In wenigen Tagen war die Liste der Unterzeichnungen geschlossen und die inzwischen eingelaufenen Einkaufsaufträge mußten mit 1pCt. über den Emissionspreis (95) à 96 angeschafft werden.

Die Großherzogl. Hess. fl. 50 Loose sind abermals um 1½ fl. (64¾ à 66¼) gestiegen; auch die Hess. Thlr. 40 Loose und die Badischen fl. 35 Loose sind erstere von Thlr. 23¼ auf ¾, letztere von fl. 26 auf fl. 26½ in die Höhe gegangen. Polnische fl. 500 Loose bleiben zu 72½ gefragt. In Eisenbahnaktien war das Geschäft ohne Bedeutung. Nur Köln-Minden und Friedrich Wilhelm Nordbahn sind mit Rücksicht auf die Notirung in Berlin etwas zurückgegangen, erstere von 79½ auf 79, letztere von 37¾ auf 37.

Course der Wechsel:

Amsterdam k. S. 100¼ G.; ditto 2 M. 99¾ G; Augsburg k. S. 119¾ B.; Berlin k. S. 105¼ B.; Bremen k. S. 99 B.; Hamburg k. S. 87⅞ G.; ditto 2 M. 87¾ B.; Leipzig k. S. 105 G.; London k. S. 120¾ G.; ditto 3 M. 120¼ B.; Paris k. S. 95 G.; Mailand k. S. 99¼ B.; Wien k. S. 106½ B.;

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 15. Januar. Verfassunggebende Versammlung der freien Stadt. Hannover und der Zollverein. Graf Giech.) Wien (Preßfreiheit. Die Nachwehen der Oktobertage. Diplomatisches. Meszaros gefangen.) Posen (Polnisch-Posen will zu Deutschland.) Merseburg (Leo. Ueberfüllung der Gefängnisse.) Naumburg (Gewinn für Europa. Verhaftungen.) Münster (Temme.) Schleswig (Die Postverbindung mit Dänemark.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 15. Januar.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 15. Januar.

Tagesordnung der 152. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „das Reichsoberhaupt, der Reichstag", und zwar über Art. I. §. 1 u. §. 1a.

Die Sitzung wird ¾ nach 9 Uhr durch den Präsidenten Ed. Simson eröffnet. Ausgetreten aus der Nationalversammlung ist Hr. Stolle aus Holzminden; für denselben eingetreten Hr. v. Thielau aus Braunschweig. Flottenbeiträge sind eingegangen 230 fl. von Salzburg, außerdem 600 fl. und 500 Thlr. Martens von Danzig zeigt den Bericht des Untersuchungsausschusses über den Antrag des preußischen Gerichts zu Rothenburg auf Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Abgeordneten Minkus wegen Hochverrathes an. Der Ausschuß hat keinen hinreichenden Grund zur Einleitung dieser Untersuchung finden können.

Der Reichsminister der Justiz Hr. Rob. v. Mohl erklärt in Bezug auf den Stand der westphälischen Schuldangelegenheit, daß er den Regierungen von Preußen, Hannover, Kurhessen und Braunschweig Vergleichsvorschläge gemacht habe. Die Frist zur Antwort darauf ist noch nicht abgelaufen. In Bezug auf die Beseitigung der Ausnahmszustände in Preußen hat sich das Justizministerium ebenfalls mit der königlich preußischen Regierung in Einvernehmen gesetzt. Die Verhandlung darüber ist noch nicht beendet.

Unterstaatssekretär Hr. Bassermann gibt auf die Anfrage Hrn. Zachariä's wegen der fortdauernden Anwesenheit des Reichskommissärs Hrn. v. Ammon in Bernburg zu wissen, daß der betreffende Reichskommissär seinen Aufenthalt in Bernburg auch deßhalb verlängere, um die beabsichtigte Vereinigung der anhaltinischen Länder zu einem Gesammtstaate durch seine Vermittelung zu fördern. Dagegen vertagt der Ministerpräsident Hr. v. Gagern die für heute zugesagte Interpellationsbeantwortung auf die Donnerstagssitzung.

Ein Antrag Hrn. Künßberg's will den ganzen Verfassungs-Entwurf einer neuen Bearbeitung durch einen neu dafür zu ernennenden Ausschuß unterworfen und die Berathung darüber ausgesetzt sehen, bis der zweite Entwurf vorliegt. Obschon die Linke geltend zu machen sucht, der Künßberg'sche Antrag sei ein präjudizirlicher, so wird er doch einfach auf den Ausschußweg verwiesen und die Verhandlung wendet sich gemäß der heutigen Tagesordnung der Berathung des vorliegenden Verfassungsentwurfs, Abschnitt: „das Reichsoberhaupt", zu. Von den Verbesserungsanträgen, die zu den §§. dieses Artikels gestellt sind, ist der ausführlichste der unter dem Texte mitgetheilte Antrag des Freiherrn v. Rotenhan*). Die Liste der für und gegen den Entwurf des Verfassungsausschusses eingezeichneten Redner umfaßt gegen 40 Namen. Fast eben so groß ist die Anzahl der Redner, die sich für die einzelnen Paragraphen des Wortes versichert haben. Auf eine allgemeine Besprechung des Artikels verzichtet die Versammlung.

Es wendet sich daher die Debatte sofort dem §. 1 zu, der nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses lauten soll: „Die Würde des Reichsoberhaupts wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen."

Hr. Schüler von Jena, Mitunterzeichner des Minderheits-Erachtens: — „Die Ausübung der Regierungsgewalt wird einem Reichsoberhaupt übertragen. Wählbar ist jeder Deutsche" — erhält zuerst das Wort. Er kritisirt trockenen Tones und in häufig stockender Rede die verschiedenen Vorschläge zur Besetzung der obersten Stelle im Reich, indem er sie sämmtlich — seinen eigenen Antrag natürlich ausgenommen — herzlich schlecht findet. Was seinen Vorschlag empfehle, das sei der Wegfall der dynastischen und Stammeseifersucht, das sei die finanzielle Billigkeit und die Erkenntniß der Nothwendigkeit, daß den mehr als 30 Monarchieen Deutschlands ein demokratisches Gegengewicht gegeben werden müsse. „Gegen den preußischen Volksstamm ist keine Abneigung in Deutschland vorhanden, sondern was wir hassen ist die preußische Bureaukratie, das preußische Junkerthum. Dennoch sind wir gegen eine Hegemonie auch des mächtigsten deutschen Staates und gerade darum, weil er der mächtigste ist. Der Schwache, der des Schutzes des Staates bedarf, opfert seine Freiheit für diesen Schutz. Wir verlangen eine republikanische Spitze, die über den Dynastien stehe. Dagegen wendet man uns ein, wir würden damit nur den alten Bundestag erneuern und unser Oberhaupt würde ein Befehlshaber ohne Macht und Gehorsam sein. Man vergißt, daß der Reichstag neben ihm stünde und die Sympathien des Volks. Allerdings brauchen wir Macht. Aber eine solche, die wir haben, nicht eine, die uns hat (Beifall von links). Nicht den äußerlich leichten Weg dürfen wir einschlagen, um zum Ziele zu gelangen, sondern einzig den principiell richtigen, auch wenn er der schwierigere zu sein scheint. Das Volk wird uns unterstützen, wenn wir ihm eine volksthümliche Verfassung geben. Aber in keinem Falle werden wir (von der Linken) jemals unsere Stimmen zu einem Systeme geben, welches das Princip der Rechtsgleichheit verletzt. — Auf den langen und unbelebten Vortrag des Herrn Schüler bringt das Auftreten des Herrn

Falk aus Ottolangendorf sofort den entgegengesetzten Eindruck hervor. Gleich die ersten Worte nämlich entzünden die Reizbarkeit der linken Seite des Hauses bis zur heftigsten Unterbrechung des Redners, als er die der Mehrheit des Hauses gemachten Vorwürfe von „verlorenem Vertrauen", von „Fürsten- und Kabinetsdienst" etwas näher beleuchtet. Das Volk hat die republikanische Staatsform zurückgewiesen, es ist nicht unsere Sache sie ihm aufzudrängen. Daher halte ich auch die republikanische Spitze, die man auf unsere Verfassung zu setzen verlangt, für eine monströse Unmöglichkeit. Die Linke, die den Redner bis jetzt durch fortwährende Unruhe gestört hat, schlägt jetzt das Verfahren ein, ihn durch die Schulstubentaktik spöttischer Beifallsbezeigungen zu erdrücken. „Das Direktorium", fährt Hr. Falk fort, „ist eine Form des Partikularismus, für die sich Niemand begeistern, der

---

*) An die Stelle der §§. 1 und 2 des Ausschußentwurfs mögen folgende 6 Paragraphen treten.

§. 1. Die Regierungsgewalt im deutschen Reiche steht den Regierungen der Staaten, welche den deutschen Bundesstaat bilden, zu; sie wird aus Auftrag derselben im Namen des deutschen Bundesstaates geübt von einem Reichsdirektorium.

§. 2. Das Reichsdirektorium besteht aus dem Kaiser von Oesterreich, den Königen von Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover und Würtemberg.

§. 3. Die Mitglieder des Reichsdirektoriums können sich durch ihre verantwortlichen Bevollmächtigten, welchen sie jederzeit zurück zu berufen berechtigt sind, vertreten lassen.

§. 4. An der Spitze des Reichsdirektoriums steht von 4 zu 4 Jahren abwechselnd der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen als Reichsvorstand. (In dem Falle und in solange daß Oesterreich in den Bundesstaat nicht eintreten sollte, übt der König von Preußen die Reichsvorstandschaft.)

§. 5. Der Reichsvorstand führt den Vorsitz und die Geschäftsleitung in dem Reichsdirektorium. Er übt die Repräsentation im Innern des Bundesstaates und gegen das Ausland, beglaubigt die eigenen und empfängt die fremden Gesandten. Der Reichsvorstand ist in Ausübung aller der Reichsregierung verfassungsmäßig zustehenden Regierungsrechte an die Zustimmung des Direktoriums gebunden. In dem Reichsdirektorium werden die Beschlüsse durch Stimmenmehrheit gefaßt.

Weder die Abwesenheit einzelner Mitglieder des Reichsdirektoriums oder ihrer Vertreter, noch der Mangel an Instruktionen für die letzteren darf eine Beschlußfassung hindern.

Wenn eine Stimmenmehrheit in dem Reichsdirektorium nicht erzielt wird, entscheidet der Reichsvorstand.

§. 6. Alle Erlasse des Reichsdirektoriums werden in dessen Namen von dem Reichsvorstand vollzogen.

§. 7. (Statt §. 3 des Entwurfs.) Der Reichsvorstand wird während der Dauer des Reichstages in der Regel am Sitze der Reichsregierung residiren. So oft sich derselbe nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein.

Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung werden einem Reichsgesetze vorbehalten. (§. 4 des Entwurfs fällt weg.)

§. 8. (Anstatt §. 5 des Entwurfs.) Das Reichsdirektorium ist unverletzlich. Es übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus.

§. 9. Die §§. 9 bis 19 (statt 6 bis 16) bleiben gleichlautend mit dem Entwurfe der Majorität des Verfassungs-Ausschusses, mit alleiniger Substituirung des Wortes Reichsdirektoriums an die Stelle des Wortes Kaiser

Niemand eine Lebensfähigkeit zutrauen kann, durch welche man uns die Einheit hinweg eskamotiren möchte.“ Die erbliche Monarchie ist es schließlich, für die sich der Redner unter dem Beifall der Rechten, dem Zischen der linken Seite des Hauses erklärt.

Herr Rösler von Oels beschwert sich über den Vicepräsidenten Beseler, der vorhin eine Zeitlang den Vorsitz geführt hat. Herr Beseler hätte Herrn Gabriel Rießer zur Ordnung rufen müssen, der die Unterbrechung der Linken „schamlos“ genannt habe. Herr Rießer erklärt, daß er mit seiner Bezeichnung zwar nicht die ganze Partei gemeint habe, daß er sich aber in der Unmöglichkeit befinde, es den Persönlichkeiten gegenüber zurückzunehmen, welche die vorige Störung verübt hätten. Auf die Bitte des Präsidenten Simson wird der widerwärtige Zwischenfall beseitigt und es erhält das Wort Herr

Schütz von Mainz. Er bekennt sich als einen entschiedenen Republikaner. Auf den Ursprung dieser Versammlung zurückzeigend, verlangt er, daß die Versammlung ihren revolutionären Charakter auch in der Verfassung bewähre. Er kommt auf die österr. Frage zurück. Die Unterhandlungen des Ministeriums, hofft er, würden zur Rückkehr der österr. Brüder in unsre Mitte führen. Dann werde es nicht nöthig sein, eine neue Kaiserdynastie in Deutschland zu gründen. Oder habe man sich der Einheit nur bedient, um mit ihrer Hilfe die Throne zu stützen und die Freiheit des Volkes zu unterdrücken? Wenn er auch einräumen wolle, daß die Erhebung des Volks im März nicht auf die Republik hinausgegangen, so sei sie doch gewiß gerichtet gewesen gegen die Fürsten-Herrschaft, die Deutschland geknechtet und in's Unglück gestürzt habe. Die deutsche Geschichte sei das Verdammungsurtheil des Kaiserthums und auch der neue Kaiser werde sich „arrondiren“ wollen und zu den demokratischen Wühlern würden sich „fürstliche Wühler“ gesellen, d. h. Regenten, die ihre Mediatisirung mit Unwillen ertrügen und den Boden des Kaiserthums zu unterhöhlen suchten. Im Namen der Freiheit werde man das Volk wider die Einheit zum Widerstande führen. Daß die materiellen Interessen ebenfalls den Zusammenhalt mit Oesterreich fordern, das glaubt der Redner auch in dieser Frage wieder ausführen zu müssen. Den alten Bundestag selbst erachtet er für bei Weitem vorzüglicher, als das beabsichtigte Kaiserthum, dem er Schwäche nach Innen, Ohnmacht nach Außen prophezeit, welches die geltenden Lasten des Volkes vermehren, und welches kein deutscher Fürst annehmen werde. Wenn auch nichts weiter, so beweist doch die sehr gedehnte Rede des Herrn Schütz sehr viel für die Geduld und Bildung der Mehrheit des Hauses. Denn wenn auch nicht mit Aufmerksamkeit, so doch mit Ruhe hört sie die trivialen Wiederholungen abgethaner und längst entschiedener Dinge an, ohne von irgend einem der Mittel Gebrauch zu machen, welche die Linke gegen jede mißliebige Aeußerung bereit hat.

Schriftführer Biedermann: Die republikanische Spitze für unsere Verfassung wird niemand mehr für möglich halten nach den Erfahrungen, die wir an der provisorischen Centralgewalt gemacht haben. Es bleibt mithin nur das Kaiserthum und um zu einer einfachen klaren praktischen Form zu kommen, das erbliche Kaiserthum. Auch dem Auslande gegenüber würde nimmermehr eine andere Macht Geltung und Vertrauen für sich haben. Was aber die Kraft nach innen anlangt, so ist auch dafür die Erblichkeit eine wesentliche Bedingung. Ja, der Fürst, dem Sie, sei's ein zwölfjähriges, sei's selbst ein lebenslängliches Kaiserthum übertrügen, er würde eines Verraths an seinem engern Vaterlande schuldig werden, wenn er es dafür im allgemeinen aufgehen ließe. Sie werden bei mir, einem Sachsen, nicht besondere Sympathien für Preußen voraussetzen und dennoch spreche ich es offen aus: Der mächtigste, der unter allen am festesten zusammengefaßte Staat gehört an die Spitze und das ist Preußen. Ohne ein Zerfallen des österreichischen Staats können die österreichisch-deutschen Provinzen nicht in unsern Staat eintreten. Zerfällt Oesterreich aber, dann ist's auch nicht mehr der mächtige, der europäische Herrschaftsstaat und der hauptsächlichste Grund hätte aufgehört, der ihm den obersten Platz unter uns anweisen würde. Die österreichischen Antipathien gegen ein preußisches Kaiserthum, sie verurtheilen Deutschland zu einer ewigen Schwäche und Zerrissenheit. Betrachten wir aber auch andere Antipathien gegen Preußen.

Was Sachsen anlangt, so muß ich zuerst von seinem Monarchen sprechen und ich thue es gern, denn ich weiß aus der ersten Quelle, daß der König zu jedem Opfer bereit war, welches die deutsche Einheit von ihm fordern könnte. Sollte er inzwischen von seinen Räthen anders berathen worden sein, so würde mir es leid thun, der Minister wegen, die sich sonst um das junge Staatsleben Sachsens wesentliche Verdienste erworben haben. Den Stammesantipathieen gegen Preußen, die in den mittleren Schichten des sächsischen Volkes wohl hier und da noch ihren Sitz haben, stehen bedeutende geistige und materielle Interessen gegenüber. Auch sind die protestantischen Neigungen Sachsens einem preußischen Kaiserthume günstiger als sie es der Hegemonie einer katholischen oder gar als ultramontan verrufenen Macht sein können.

Herr Vogt verzweifelt an unserm Werke, denn wir hätten den rechten Zeitpunkt dazu versäumt. Wir hätten tabula rasa machen und darauf die deutsche Einheitsrepublik begründen müssen. Das wäre aber nach meiner Meinung gerade der Weg zur Theilung Deutschlands gewesen. Hätten wir auch vielleicht den Süden Deutschlands in unsere Bewegung gerissen, der Norden hätte sich uns unfehlbar feindlich gegenüber gestellt (Beifall). Der Redner begegnet dann der Befürchtung, daß uns der Bundesstaat zum Einheitsstaate führen werde. Gegen eine Centralisation, wie sie auf Frankreich laste, seien wir in Deutschland wohl für immer gesichert und dagegen bedürfe unsere Vielseitigkeit desto dringender einer einheitlichen Regierung. Er schließt mit den Worten: wenn wir den mächtigsten Fürsten Deutschlands an die Spitze stellen, so haben wir die Macht Deutschlands begründet, die Einheit gewonnen und damit die Freiheit gesichert. (Lebhafter Beifall.) (Fortsetzung in der Nachschrift.)

□ **Frankfurt**, 13. Jan. Die heutige Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt eröffnete der Präsident Dr. Kugler mit einer Entschuldigung, daß ein Theil der Versammlung sich in dem Fall gesehen habe, an dem auf Mittwoch anberaumten Sitzungstage verschlossene Thüren zu finden: es erkläre sich das einfach dadurch, daß, auch wenn das Präsidium vorläufig eine Sitzung ansetze, dieser Sitzung selbst doch immer noch eine besondere Konvokation der Mitglieder vorhergehe und ohne eine solche Konvokation die Sitzung als ausgesetzt zu betrachten sei. Die Entschuldigung wäre natürlich vollkommen ausreichend, wenn jedes einzelne Mitglied, was aber augenscheinlich nicht der Fall gewesen, gewußt hätte, daß ohne eine nachträgliche specielle Einladung die Sitzung nicht statt finde; selbst in diesem Falle bliebe indeß noch die in diesem Blatte gerügte Rücksichtlosigkeit gegen das Publikum bestehen und zwar ein Publikum, in welchem die Versammlung ihre Kommittenten zu ehren hat. Nachdem darauf die Mittheilung gemacht war, daß die hamburger konstituirende Versammlung der hiesigen ihre Protokolle eingesendet habe, eine Zusendung, welche man von hier aus in gleicher Weise erwiedern werde, erfolgte die Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung, diesmal nicht ohne lebhafte Reklamationen. Herr Dr. Friedleben vermißte darin die höchst bedeutsame Erklärung, welche der Bevollmächtigte Frankfurts bei der Centralgewalt über die Grundrechte des deutschen Volkes gegeben. Hr. Schöff Dr. Souchay erklärte sich bereit, jene Erklärung in der nächsten Sitzung zu Protokoll zu geben und wiederholte, daß weder er, noch irgend einer der übrigen Bevollmächtigten der Einzelstaaten dabei nach Instruktion gehandelt: im Uebrigen aber stellte er anheim, ob nicht der in der vorigen Sitzung zum Beschluß erhobene Antrag, der Senat wolle der Versammlung durch einen Bevollmächtigten die Ursachen mittheilen, welche die örtliche Publikation der Grundrechte bisher behindert, durch die inzwischen bekanntlich erfolgte Publikation derselben als erledigt zu betrachten sei. Dagegen erhob sich indeß zuvörderst Dr. Friedleben mit der Bemerkung, daß die Versammlung doch immer noch ein Interesse habe, zu erfahren, weshalb gerade hier, am Sitze des Parlaments, ein Aufschub nöthig gewesen, den man anderswo, in weiterer Ferne, zu vermeiden gewußt, zumal der Antrag nicht auf Beschleunigung der Publikation, sondern eben auf die Mittheilung der Ursachen der verzögerten Publikation gelautet habe; ein zweiter Redner machte es dem Senat, auch wenn er die verlangte Auskunft jetzt für überflüssig erachte, wenigstens zur Pflicht, der Versammlung durch eine besondere Zuschrift eine Erklärung darüber zu geben; und diesen Gesichtspunkt hielt Herr Dr. Reinganum, der es freilich bisweilen liebt, die Theilnahme des Publikums durch Gespensterseherei bei hellem Tage zu forciren, mit großem Nachdruck fest, die Versammlung sei es ihrer Würde schuldig, auf einer Antwort zu bestehen, auf einer bestimmten Erklärung, wie sie der Se-

nat der gesetzgebenden Versammlung gegenüber nie unterlassen; sie sei es sich um so mehr schuldig, als sich hier und da ein Streben zeige, sie und ihren Beruf herabzusetzen, als sogar schon das „kühne Wagniß" vorgekommen, sie nicht die Verfassung-gebende, sondern Verfassung-vorschlagende Versammlung zu nennen. Dergleichen „nichtswürdige Bestrebungen" müßten im Keime erdrückt werden; es sei die erste Pflicht der Versammlung, solchen „Attentaten" energisch entgegenzutreten. Mit dieser geharnischten Rede, welche das Publikum mit lautem Bravoruf belohnte, schloß die Discussion; den Gegenstand selbst betreffend, so erläuterte der Präsident, daß der Senat erst nach der Genehmigung des Protokolls officiell Kenntniß von demselben erhalte, mithin bis jetzt auf den fraglichen Beschluß sich officiell noch gar nicht habe äußern können. Mit dieser Bemerkung war die Sache einstweilen erledigt und die Versammlung ging zu ihrer Tagesordnung über, auf welcher zunächst ein dringlicher Antrag eines Mitgliedes wegen des Verhaltens des frankfurter Konsuls in London gegen einen frankfurter Staatsangehörigen verzeichnet stand. Das Mitglied, Herr May, trug die seinem Antrage zu Grunde liegenden Thatsachen, gestützt auf eine in der Didaskalia vom 9. d. M. und auch von anderer Seite bestätigten Bericht, mit großem Wärme vor, und begleitete sie mit einer bittern und vielfach leider nur zu gerechten Kritik des deutschen Konsulatswesens im Allgemeinen, namentlich im Gegensatz des Schutzes und der Unterstützung, welche die Angehörigen fremder Nationen in so vollem Maße bei ihren Vertretern im Auslande zu finden gewöhnt sind. Die Sache ist in Kurzem folgende. Der Sohn eines frankfurter Bürgers, ein gewisser Höfler, der sich von Bremen aus nach Amerika einschiffte, litt an der englischen Küste Schiffbruch und landete hilflos und von Allem entblößt, mit drei Leidensgefährte, einem Preußen, einem Sachsen und einem Bremer, in Ramsgate. Der dortige Vicekonsul beförderte die Schiffbrüchigen nach London und hier wandten sie sich zunächst an den preußischen Konsul, um von demselben eine Unterstützung zur Heimreise zu erbitten. Dieser empfing sie sehr freundlich, erklärte aber nur für seinen speziellen Landsmann thätig einschreiten zu können und die andern an ihre eigenen Konsuln verweisen zu müssen. Der Sächsische sowohl als der bremische Konsul gewährten die erbetene Hülfe bereitwillig, nur der Frankfurter Konsul wies den Petenten wiederholt und schroff ab, und ohne die Unterstützung des sächsischen Konsuls hätte er im fremden Lande verhungern oder betteln müssen. So weit die Thatsachen. Die Versammlung beschloß einstimmig, den daran geknüpften Antrag, hohen Senat zu ersuchen, über das Verfahren des Frankfurter Konsuls in London, auch durch Vernehmung der Konsule von Preußen, Sachsen und Bremen sich ungesäumt Gewißheit zu verschaffen und der konstituirenden Versammlung über das Resultat Mittheilung zu machen, sofort in Berathung zu nehmen, und eben so einstimmig erhob sie diesen Antrag zum Beschluß. Von Seiten eines dem Senat angehörenden Mitgliedes wurde übrigens die Erklärung abgegeben, daß bereits die Einleitungen getroffen seien, die durch die vorgebrachten Anschuldigungen so schwer gravirte Person zur Verantwortung zu ziehen. Auf der Tagesordnung stand nächstdem ein Vortrag des Senats wegen einer Vereinbarung mit dem Großherzogthum Hessen, die Erstehung von Festungsstrafen betreffend. Der Senat hat, durch den Wunsch der gesetzgebenden Versammlung veranlaßt, einen Vertrag mit dem Großherzogthum abgeschlossen, nach welchem Hessen die Unterbringung der zur Festung verurtheilten und bisher in einer besondern Abtheilung des hiesigen Arbeitshauses befindlichen Militär-Sträflinge, gegen eine jährliche Entschädigung von fl. 98 für den Kopf, zu übernehmen sich bereit erklärt, und er ersucht jetzt die konstituirende Versammlung diesem Vertrage ihre verfassungsmäßige Zustimmung zu geben. Aus einer Erklärung des Hrn. Schöff Souchay geht außerdem hervor, daß der Senat die Ausdehnung dieses nach seinem Wortlaut nur auf die Militärsträflinge beschränkten Vertrags, nachdem das in Frankfurt zu rezipirende hessische Strafgesetzbuch die Festungsstrafe auch für andere Verbrecher ausspreche, auch auf diese Fälle beabsichtige und auf die Willfährigkeit Hessens dabei zu rechnen Ursache habe. Die Angelegenheit wurde, um den Ausschuß für die Reform des Kriminalrechtes und der Kriminalgesetzgebung nicht zu überhäufen, an einen besondern aus 5 Mitgliedern bestehenden Ausschuß überwiesen. Die Versammlung ging dann zur Erledigung eines weiteren Punktes über, Vortrag des Senats, eine Nachverwilligung auf den Bedürfnißstand für das Jahr 1848 betreffend, eine Summe von beinahe 13,000 fl., die zu Zwecken der Polizeiverwaltung verausgabt worden. Geht an den Finanzausschuß. Es folgte sodann ein Gesetzvorschlag des Senats wegen Aufhebung der Förmlichkeiten bei Pfändung von Liegenschaften. Ist ebenfalls an einen besondern Ausschuß verwiesen. — Nach Erledigung dieses Gegenstandes nahm eine Mittheilung des Senats über den Stand der Untersuchung gegen die Septembergefangenen und die deshalb zu treffenden Einrichtungen die Aufmerksamkeit der Versammlung in Anspruch. Die Mittheilung bestand aus einem Bericht des Appellationsgerichts und darauf ergangenen Beschluß des Senats, und war zunächst durch die Rücksicht veranlaßt, daß sich die Versammlung zur Zeit mit einem Gesetze beschäftige, dem Gesetz über die veränderte Organisation des strafrechtlichen Verfahrens, welches auf das Schicksal jener Gefangenen von wesentlichem Einflusse sei. Das Appellationsgericht macht darauf aufmerksam, daß in den Grundrechten des deutschen Volkes die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens, sowie für alle preßpolitische und schwere Verbrechen die Aburtheilung vor Schwurgerichten verbürgt sei, daß demnächst, da die Untersuchung schon in den nächsten Wochen geschlossen werden könne, die Aburtheilung über die Gefangenen vom 16., 17. und 18. September bevorstehe, daß freilich dieselben, ebenfalls nach Inhalt der Grundrechte, keinen Rechtsanspruch erheben könnten, daß jene grundrechtlichen Bestimmungen auch auf sie schon angewendet würden, daß es aber dennoch wünschenswerth sei und im öffentlichen Interesse liege, wie auch ein schon am 18. Oktober ergangenes Schreiben des Reichsministeriums der Justiz es ausspreche, auch den bevorstehenden Prozeß öffentlich, mündlich und vor einem Schwurgericht verhandeln zu können. Der Senatsbeschluß auf diesen Bericht erklärt, daß man den Vorschlägen des Appellationsgerichts darüber entgegensehe, inwiefern durch vorläufige Einrichtung der nöthigen Lokalitäten und namentlich auch durch Aufhebung der Bestimmung der Verfassung, welche die Anstellung von Ausländern im hiesigen Staatsdienste untersagt, auf die Beschleunigung der Angelegenheit hinzuwirken sei. Aus den erläuternden Erklärungen des Hrn. Schöff Souchay ergab sich, daß man durch die Aufhebung der eben angeführten Verfassungsklausel namentlich die Herüberziehung eines Staatsanwalts aus fremden Diensten zu ermöglichen beabsichtige, da sich für den Augenblick in Frankfurt selbst schwerlich Männer finden dürften, die sich zu diesem Posten qualifizirten. Die Mittheilung wurde schließlich, da auch von Seiten des Senats weiter kein Antrag gestellt war, einfach ad notitiam der Versammlung genommen. — In einem etwas blumenreichen Vortrag, der mit Pathos von dem „undurchdringlichen Schleier" sprach, in welchen „die Natur die Vaterschaft gehüllt", motivirte dann ein Mitglied der Versammlung einen Antrag auf Aufhebung der Vaterschaftsklagen. Der Antrag ist an denselben Ausschuß verwiesen, der über den Gesetzesvorschlag des Senats über die Förmlichkeiten der Pfändung von Liegenschaften zu berichten hat. Den Schluß der Tagesordnung bildete der Antrag des Dr. Supf auf Abdruck des Status exigentiae — die Uebersetzung in Frankfurter Deutsch für Budget — zur Vertheilung an die Mitglieder, zum Zweck der Würdigung des demnächst zu erwartenden Berichtes der Finanzkommission. Dieser Antrag rechtfertigt sich schon einfach dadurch, daß der Status nur 10 oder 14 Tage in der Kanzlei offen zu liegen pflegt und deßhalb eine gründliche Prüfung desselben kaum möglich ist. Herr Dr. Reinganum machte noch besonders geltend, daß mit der Neugestaltung der Verfassung auch eine gänzliche Umgestaltung der Verwaltung werde eintreten müssen, und daß es deßhalb für die Mitglieder dieser Versammlung, so weit sie nicht als Mitglieder der früheren gesetzgebenden Versammlung damit vertraut geworden, wesentlich sei, in den Mechanismus der bestehenden komplizirten Verwaltungsmaschine hineinsehen zu können, eine Einsicht, welche gerade durch die einzelnen Posten des Status am besten gewährt werde. Es wurde, nachdem noch ein Mitglied der Finanzkommission die Erklärung abgegeben, daß auch diese Kommission sich bereits für den Druck des Status ausgesprochen, zuerst dieser Druck genehmigt und dann ein Zusatz-Antrag angenommen, daß der Finanzausschuß mit der Ausführung jenes Beschlusses und der Auswahl der zur Information nöthigen Aktenstücke beauftragt werde. Damit war die Tagesordnung erledigt. Bevor aber die Versammlung aus einander ging, theilte der Präsident noch einen weiteren, erst nach Festsetzung der Tagesordnung eingelaufenen Vortrag des Senates mit, worin derselbe für die Pu-

blikation der allgemeinen deutschen Wechselordnung und das damit in Verbindung stehende Einführungsgesetz, das alle diejenigen Bestimmungen enthält, welche das Reichsgesetz der Partikular-Gesetzgebung überlassen hat, die Zustimmung der konstituirenden Versammlung nachsucht. Die neue Gesetzgebung soll, mit Aufhebung aller früheren wechselrechtlichen Bestimmungen, vom 1. Mai 1849 an in Kraft treten.

Frankfurt, 14. Jan. Der Reichsrath Graf v. Giech ist heute in Folge erhaltener dringender Aufforderung auf ganz kurze Zeit nach München abgereist, um dort bis zur Ernennung eines anderen Präsidenten der Kammer der Reichsräthe die Leitung der Geschäfte dieser eben zusammentretenden Kammer zu übernehmen, da außerdem die Konstituirung derselben gehindert sein würde. (O. P. Z.)

Frankfurt, 14. Jan. Hannover hat, wie wir hören, seinen Vertrag mit Nordamerika gekündigt, ohne dessen Aufhebung seinerseits der Eintritt in die deutsche Zolleinheit nicht möglich wäre. (O. P. Z.)

*****Wien**, 10. Jan. Eine besondere Sensation erregte das gestern Abend eingetretene Verbot der ferneren Herausgabe von Kuranda's Ostdeutscher Post, und zwar erfolgte das Verbot nicht von Seite des Gouverneurs Welden, sondern auf Befehl des Ministers Stadion aus Veranlassung eines als aufreizend befundenen Artikels. Gleichzeitig sind einige Provinzialblätter und schon früher die Breslauer, die Oder- und die Weser-Zeitung verboten worden. Hinsichtlich der in Leipzig eben erschienenen neuen Zeitschrift „Die Wiener Boten" wurde den hiesigen Buchhändlern eine Schrift zur Unterfertigung vorgelegt, worin sie sich verpflichten die gedachte Zeitschrift nicht zu verbreiten. Nach den Erhebungen des Gemeinderaths beläuft sich der Schaden den Wien durch die Oktoberereignisse erlitten, auf 4,102,892 fl. C. M., wovon auf die Jägerzeile allein 1,880,722 fl. entfallen. In allen unsern diplomatischen Missionen stehen Veränderungen bevor und bereits heute wird die Ernennung des Grafen Buol-Schauenstein zum Gesandten in Petersburg angezeigt. Er war früher Gesandter in Turin. So eben läuft die Nachricht ein, daß Meszaros (der Kriegsminister) und Graf Zapary gefänglich eingebracht wurden. Ueber letzteres schreibt man der Allg. Ztg.: Aus Pesth wird von gestern gemeldet, daß die magyarischen Truppen auf ihrer Flucht bei Szolnok eingeholt und aufgerieben wurden. Meszaros der Kriegsminister ist nebst 22 Mitgliedern der Deputirtenkammergefangen.

Posen, 9. Januar. Wir beeilen uns Ihnen die wichtige Nachricht mitzutheilen, daß im Auftrage der Liga polska sich gestern eine Deputation von Polen nach Berlin begeben hat, um von Sr. Majestät die Rücknahme der, Betreffs der Reorganisation des polnisch bleibenden Theils unsers Großherzogthums, erlassenen Demarkations-Anordnungen zu erbitten, indem die Polen hiermit den Wunsch aussprächen, daß dieses Land in seiner ganzen Integrität zu Deutschland geschlagen und so der für Preußen zu erwartenden Constitution theilhaftig werde. (Voss. Z.)

Merseburg, 4. Januar. Professor Leo in Halle entwickelt eine ungeheure Thätigkeit, um mit seiner Partei diesmal auf die Deputirtenwahlen in unsrer Provinz einzuwirken. Er hat in Verbindung mit dem hinlänglich bekannten Herrn v. Tippelskirch zu diesem Behufe auch mehre Male mit hiesigen „Preußischen Patrioten" konferirt, zuletzt aber das Geständniß vernehmen müssen, „daß Merseburg und Umgegend zur Zeit leider! noch nicht einen Boden habe, von welchem die „„Gutgesinnten"" Früchte erwarten könnten." — Die Gefängnisse in unserem Departement sind gegenwärtig so überfüllt, daß man bereits beschlossen hat, das Schloß zu Weißenfels — bis jetzt Kaserne — in ein Gefängniß für politische Verbrecher einzurichten. (Aach. Z.)

Naumburg, 9. Januar. Florencourt wird, wie er in einem hiesigen Lokalblatte selbst erklärt, noch im Laufe dieses Sommers Naumburg und Europa auf immer verlassen. Seit Kurzem haben auch hier wieder mehrere Verhaftungen wegen „politischer Vergehen" Statt gefunden. (Aach. Z.)

Münster, 11. Jan. Temme hat das ihm vom Wahlkreise Neuß übertragene Mandat für die Frankfurter Nationalversammlung angenommen und seine desfallsige Erklärung gestern Abend seinen Mandanten zugehen lassen. Es fragt sich nun: Was wird die Versammlung in Frankfurt thun? Der Land- und Stadtgerichts-Direktor Hülsmann fragte vorgestern beim Oberlandesgericht an, ob er dem Oberlandesgerichts-Referendar v. Bernuth, in Erwägung, daß derselbe als Redakteur unter der „Westphälischen Volkshalle" stehe, ferner noch Arbeiten zuzutheilen habe! (Düss. Z.)

Schleswig, 9. Jan. Der Reichskommissär, Herr Stedmann, macht bekannt: Ich zeige hiemit an, daß die Briefpostverbindung zwischen den Herzogthümern Schleswig-Holstein und dem Königreiche Dänemark wieder hergestellt ist, und daß auch die Personen- und Güterpost vom 10. dieses Monats an täglich über Kolding hin und her befördert wird.

Indessen mache ich darauf aufmerksam, daß die dänischen Behörden von den nach Dänemark reisenden Passagieren die amtliche Bescheinigung fordern, daß sie fünf Tage nördlich der Schlei sich aufgehalten oder daß am Abgangsorte keine Choleraepidemie herrscht. Ich muß auch bemerken, daß für Frachtgüter die Ausstellung von Ankunftsattesten in Dänemark nach den eingegangenen Berichten sehr erschwert ist. (Schl. Holst. Z.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 15. Januar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 75⅛; 2½pCt. ditto 40⅜; Bankaktien fl. 1177; fl. 500. Loose 133½; fl. 250. Loose 78¾; Badische fl. 35. Loose 26¾; Hessische Rthlr. 40 Loose 25⅞; Polnische fl. 500 Loose 72⅞; Friedr. Wilh.-Nordbahn 36⅞; Berbach 68. Köln-Minden 79¾; 3pCt. inländ. Span. 19¾; 4½pCt. Würt. 93; 4½pCt. Belg. 78⅛; Holl. 2½pCt. Integrale 49⅜.

Alle Effektengattungen mit Ausnahme F.-W.-Nordbahn waren zu höhern Coursen begehrt. Anlehnsloose, besonders fl. 50 Darmstädter fanden zu namhaft bessern Preisen willige Käufer.

Nachschrift.

Verhandlungen der Nationalversammlung vom 15. Jan.

Hagen widerspricht der Erblichkeit aus geschichtlichen Gründen. Als wir die sächsischen, fränkischen und schwäbischen Wahlkaiser gehabt, habe es wohl und groß um Deutschland gestanden. Von der Zeit aber, als unter den Habsburgern die Kaiserkrone so gut wie erblich geworden, datire Deutschlands Erniedrigung. Niemand vollends habe weniger Anspruch auf die erbliche Kaiserwürde als die Dynastie Hohenzollern. Denn das Streben Preußens, sich als eine europäische Großmacht zu behaupten und das absolutistische Princip zu vertreten, habe bisher alle Hoffnungen Deutschlands scheitern gemacht, die sich auf Preußen richteten, um von dort die Wiedergeburt des Vaterlandes zu erwarten. Auch künftig würden die Hohenzollern lieber unbedingt über einen kleinern Kreis herrschen, als die Führer eines großen freien Volkes sein wollen. Aus der Erhebung Preußens sieht Herr Hagen einen Bürgerkrieg kommen. Ein Viertel dieses Hauses wenigstens sind Republikaner und dies Viertheil hat mehr Wurzel im Volke als Sie. (Aus der Mitte: mit nichten!) Jedenfalls ist die Partei der Republik eine starke in Deutschland (abermaliger Widerspruch: nein!) Sie dürfen daher nicht in der Erblichkeit das Hinderniß eines Volkswunsches hinstellen, welches ohne Revolution nicht zu besiegen wäre. Wenn Sie wenigstens die andern 34 Dynastien abschaffen wollten, so ließen wir uns Ihr erbliches Kaiserhaus noch gefallen. Nach Herrn Hagens Meinung ist ein verantwortlicher auf Zeit gewählter Verweser des Reichs zu ernennen.

Ein Antrag von Höfken, der verlesen wird, schlägt eine Doppelwahl vor, so nämlich, daß zwischen der ersten und zweiten Lesung der Verfassung, die Urwähler des deutschen Volks über ihre Meinung über den deutschen Kaiser befragt werden sollen.

Die humoristische Ausdrucksweise des alten Jahn aus Freiburg ruft in der ermüdeten Versammlung wiederholt die allgemeinste Heiterkeit hervor. Die Freiheit sei die Tochter der Einheit. Wer die Tochter haben wolle, müsse es mit der Mutter halten. „Ein Kutscher auf dem Bock, Ein Steuermann auf dem Deck, Ein Führer auf dem Feuerwagen der Eisenbahn, Ein Arzt am Krankenbett, Ein erblicher Kaiser!" Darauf wird die Berathung auf die morgende Sitzung vertagt und die heutige 3 Uhr Nachmittags geschlossen.

*** **Dresden**, 12. Jan. Das Büreau der zweiten Kammer ist in ultraradikalem Sinne zusammengesetzt. Hensel erster Präsident, Schaffrath zweiter Präsident, Tschirner dritter Präsident, Fritsche erster Sekretair, Jäckel zweiter Sekretair.

Redakteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 16. Frankfurt a. M., Dienstag 16. Januar. 1849.

Uebersicht.

Die Kaiserwahl.

Deutschland. Frankfurt (Fürst und Stände von Mecklenburg für Preußen. Ein Gesandter der Republik Bolivia. Zolltarif. Ausfuhrzoll auf Lumpen. Die österreichischen Abgeordneten. Statistik der Abstimmung in der österreichischen Frage. Die Oberhauptsfrage.) Wien (Die Sachsen in Siebenbürgen. Die Dinge in Kremsier. Der konstitutionelle Kaiser. Die Universität.) Gratz (Ungarns Zukunft.) Prag (Veränderung der Landesverwaltung.) Berlin (Erklärung des Justizministers.) Köln (Fastnacht. Witzblatt. Wrangel in Koblenz erwartet.) Solingen (Postmißbräuche.) München (Der Verein für Freiheit und Ordnung über Baierns Stellung zur Centralgewalt.) Aus Sachsen (Stimmen für ein Erboberhaupt.) Leipzig (Die zweite Kammer. Bildung des Bureau's.) Hannover (Das österreichische Kabinet in Brighton.) Aus Thüringen (Schlimmer Stand der thüringischen Einheitsbestrebungen.) Jena (Erklärung des konstitutionellen Vereins.) Hildburghausen (Adresse für Preußen.)

Großbritannien. London (Der Prozeß gegen die dänischen Seeleute wegen Beschimpfung der schleswig-holsteinischen Flagge. Die Cholera.)

Frankreich. Paris (Die Armenverwaltung. Der Chimpanse. Der Präsident und die Minister. Das Wetter. Die Bonapartisten. Die Nationalversammlung. Fest bei Bonaparte. Die Unruhen in den Vorstädten.)

Spanien. Madrid (Rede von Narvaez. Concha nicht entsetzt.)

Oesterreichische Monarchie. Agram (Die Stellung Kroatiens zur Oesterreichischen Monarchie.)

Italien. (Die allgemeine Konstituante.) Neapel (Gerücht von der Proklamirung Lucian Murat's.)

Schweiz. Genf (Die Werbungen für Neapel verboten.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Beschluß des Congresses in der Slavenfrage. Komitevorschlag in Betreff Kaliforniens. Hr. Caß jun. Die Cholera.) Jamaika (Feindliche Stellung der Kammer gegen die britische Regierung.) Hayti (Proteste der englischen und französischen Konsuln.) Bolivia (Neue Schilderhebung.) Brasilien (Unruhen in Pernambuko. Zerwürfniß mit dem Diktator Rosas.)

---

16. Januar.

Die große Woche ist angebrochen, in welcher die Entscheidung naht. Die Berathungen über das Reichsoberhaupt haben begonnen, und Jeder fühlt, daß wenn es nicht gelingt, der deutschen Verfassung den Schlußstein einzufügen, der ganze stolze luftige Bau den Einsturz droht. Wir haben oft genug unsere Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Reichsgewalt nur dann wirksam werden wird, wenn eine wirkliche Macht, wenn der mächtigste deutsche Staat, der einzige, welcher bereits in großen Verhältnissen ausgebildet ist, wenn Preußen damit dauernd bekleidet werde. Man hat diesen Gedanken vielfach für eine Idee der Deutschen Zeitung ausgegeben. Man hat unser Blatt unaufhörlich von allen Seiten mündlich und schriftlich angegriffen, weil wir gut kaiserlich sind. Von allen diesen Angriffen wollen wir nur einen mit Entrüstung zurückweisen, der eine Art Rundreise durch die Presse gemacht: den Vorwurf, wir wären selbst schwankend geworden in unserer Ueberzeugung. Da wir sie nicht aus einem Einfalle geschöpft haben, sondern nach vielfältiger, sorgfältiger Erwägung aller Umstände gefaßt, so ist unsere Ueberzeugung eben so unwandelbar, wie diese. Das ist ja eben der Eigensinn, welchen man uns, „den Professoren", Schuld gibt. Und nun sollen wir diesen Eigensinn sogar noch mit Wankelmuth vertauscht haben? In der That, die Behauptung ist sehr seltsam; der Beweis, den man dafür beibringt, ist aber ungleich seltsamer. Wir sind schwankend geworden, heißt es, weil wir einen andern Plan gelobt haben. Die Ueberschrift dieses Planes: Sieben Kurfürsten ohne Kaiser! konnte vielleicht schon andeuten, ob wir von diesem Plane erbaut waren. Diesen Plan sollen wir gelobt haben, indem wir sagten, er sei, von der einzig möglichen Lösung abgesehen, fast noch der richtigste. Allerdings, das haben wir gesagt, aber mit einer kleinen Einschränkung. Mit dem Zusatze: was indessen nicht verhindert, daß jener Plan gründlich unrichtig ist. In der That, unsere Gegner müssen nach unserem Lobe sehr geizig sein, wenn sie frohlocken über ein so bescheidenes. Eine noch günstigere Vorstellung scheinen sie von unserer Macht zu besitzen. Von allen Seiten zieht man gegen die Deutsche Zeitung zu Felde, fast als wäre sie in der Art wie Baiern eine neue deutsche Großmacht; man ereifert sich gegen uns in Wort und Schrift, und selbst mit Bildern zielt man auf uns. Da ist zu sehen, wie der Erbkaiser aus dem Dintenfasse hervorgeholt wird, und die Deutsche Zeitung ist der Bannerträger und Erztrompetenbläser des durch schwarze Kunst gemachten Kaiserleins. Aber man thut uns mit alledem zu viel Ehre an, viel zu viel Ehre. Wir haben uns den Kaiser nicht ausgedacht, ein jeder vernünftige Mensch ist von selbst darauf verfallen. Und es ist etwas Anderes, was in Süd und Nord, in Stadt und Land alle deutsche Herzen mit mehr als Trompetenklang erschüttert, daß Thränen selbst in männlichen Augen zittern, Unbekannte sich in die Arme stürzen, und schon jetzt, schon im Voraus überall, wo denkende und fühlende Menschen zusammen sind, Jubel über Jubel von den Alpen bis zum Meere erschallt! Es ist die Idee des einigen, großen, mächtigen Vaterlandes, das die Herzen des ganzen Volkes erfüllt, daß sie überquellen. Der Gedanke, daß nach Jahrhunderten der Erniedrigung Deutschland wieder ein großes, mächtiges Reich werden und auf den Kaiserstuhl der Ehren erhoben werden soll. Wie hat man uns verspottet mit dem ausgeklügelten Gedanken, und siehe da, er lebt im Herzen der ganzen Nation! Wir haben nur ausgesprochen, was Alle empfanden, was Andere ebensogut, aber Keiner beharrlicher ausgesprochen hat.

Wenn man die deutsche Presse überschaut, so findet man die Ueberzeugung von der rechten Weise, wie der große Augenblick zu gebrauchen ist, ungleich allgemeiner verbreitet, als hier auf dem Reichstage, wo er doch schon überwiegt. Sogar der Haß der Parteien ist theilweise vor der Liebe zum Vaterlande verstummt. Wie wenig Blätter, und vollends wie wenig selbstständige sind es, welche einen der verschiedenen Plane zu vertheidigen übernehmen, von denen jeder fühlt, daß die Einheit Deutschlands dabei nur ein Schein, daß der alte Bundestag nur erneuert sein würde, daß das Volk dadurch um seine Hoffnungen betrogen sein, daß es sich bald von Neuem erheben und in seinem Zorn nichts von den alten Einrichtungen übrig lassen werde, die man jetzt wie alte Lappen auf das neue Kleid setzen will. Wird Deutschland nicht durch die Fürsten einig, so sucht es einig zu werden durch die Republik. Der Ueberzeugung können sich allmälig auch die Widerstrebendsten nicht verschließen. Schon beeilen sich die Fürsten, als die Ersten im Volke, ihre Unterwerfung anzuzeigen. Eine frohe Botschaft nach der andern hatten wir in den letzten Tagen anzuzeigen. Am willigsten sind die kleinsten Fürsten gewesen. Sie haben es noch jüngst gesehen, daß nur eine starke Reichsgewalt sie stützen könne. Sie haben in der That bewiesen, was ihre Bevollmächtigten so oft auseinandersetzten, daß die kleinen deutschen Staaten der deutschen Einheit am wenigsten Hindernisse entgegensetzten, daß sie deren Kitt und Mörtel wären. Aber auch die bedeutenderen Fürsten sind nicht zurückgeblieben. Der Großherzog von Baden hat es sich nicht nehmen lassen, zu zeigen, daß sein Land am weitesten in den Erfahrungen des öffentlichen Lebens vorgeschritten ist. Der Großherzog von Hessen hatte seinen deutschen Entschluß schon gleich gefaßt und im Anfang der Bewegung deren nothwendiges Ende vorausgesehen. Eben, wie wir dies schreiben, hören wir, daß auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin sich mit den Wünschen seines Volkes einverstanden erklärt hat. An der Bereitwilligkeit des Großherzogs von Strelitz ist gar nicht zu zweifeln. Und es bleibt kaum noch ein kleinerer deutscher Staat übrig, in welchem nicht voraussichtlich des Volkes Stimme dem Fürsten zu Gottes Stimme werden wird. Nur von einer Regierung, der Schleswig-Holsteinischen, dürfen wir eine solche offene Erklärung wie

von den andern deutschen Regierungen nicht erwarten, denn sie steht noch in einem nicht ganz klaren Verhältnisse zum Könige von Dänemark. Der König von Dänemark könnte beanspruchen, daß zu einer solchen Erklärung seine Ermächtigung ertheilt werde und die wird er nicht hergeben; denn er wie alle Feinde Deutschlands sind bekanntlich eifrige Anhänger der Dreispaltigkeit, des Reihums oder der übrigen Ungeheuerlichkeiten, welche als Muster für Deutschlands Reichsverfassung aufgestellt sind. Nur nicht Einheit! nur nicht Preußen an die Spitze! Aber über die Gesinnung der Schleswig-Holsteinischen Regierung kann am wenigsten Zweifel obwalten. Sie ist der Ausdruck der Stimmung des Landes und diese verlangt den König von Preußen zum Schirmherrn. Das Heil der Herzogthümer liegt im Schwert und Preußen hat das Schwert. Wir müssen lächeln über die Ungeschicklichkeit unserer Gegner, welche uns ein Vergehen daraus machten, daß wir einen Kaiser haben wollten, der in Schleswig-Holstein „vom Leder ziehe", und unsere Lehre vom Erbkaiser eine meerumschlungene nennen. Ihr blinden Thoren, was werdet Ihr sagen, sobald der Krieg am Rhein ausbrechen sollte, und wir sagten, Preußen muß an die Spitze, damit es unsere Grenzen gegen Frankreich schütze? Dann würdet Ihr vermuthlich unsere Lehre eine rheinländische nennen, oder eine laubumkränzte. Und wenn unsere östlichen Grenzen bedroht sind und Preußen gegen die Russen helfen muß, wie wollt Ihr dann unsere Lehre nennen? Sehet Ihr nicht Gottes wunderbare Hand? Das kleine Brandenburg, gegründet, um Deutschlands Marken gegen Norden zu hüten, ist jetzt zu Preußen geworden, das Deutschlands Marken nach allen Seiten zu vertheidigen berufen ist. „Wir haben nichts zu thun, als das Werk der Geschichte anzuerkennen, welches rückgängig zu machen unmöglich ist."

Selbst die größeren Staaten Deutschlands, deren Herrscher es nicht verschmäht haben, sich von Napoleon — eine Krone in die Hand drücken zu lassen, damit er Könige im Vorzimmer habe, selbst jene Staaten, durch welche mit dem neuen Titel ein höherer Ehrgeiz bis zum Anspruch auf ein Reich und eine Großmacht angeregt ist — selbst in diesen Staaten, wo bisher bei den Höfen ein großes Widerstreben sich regte, sich einem Kaiser unterzuordnen, welcher früher, wenigstens dem Namen nach ihres gleichen gewesen, selbst dort scheint jetzt die richtige Einsicht zu siegen. Würtemberg ist schon lange gepriesen eines Entschlusses wegen, der durch die gefährdete Lage des Landes und des Herrscherhauses freilich auch früher als anderswo sich als nothwendig aufdrängen mußte. Gestern haben wir bereits die Erklärung des Königs von Sachsen gebracht, an dessen persönlichen Ansichten niemals gezweifelt werden konnte. Ja, selbst der starre König von Hannover läßt ab auf seine volle Selbstständigkeit zu bestehen. Unterstützt von seinem Minister, welcher sich nicht trennen kann von einer gewissen Geringschätzigkeit, mit der er auf eine Gesetzgebung herabblickt, welche nicht in den Aktenstuben gereift ist, hat er bis zuletzt sich zu sträuben versucht. Der Versuch vom 7. Jul., sich von der Reichsgewalt unabhängig zu machen, endigte zwar mit der Unterwerfung am 21. Aug. Aber wiederum hat sich Hannover gegen die Einführung der „sogenannten" „noch zweifelhaften" Grundrechte gewahrt. Indessen beginnt sich das Volk bereits wie beim ersten Male zu erheben und die neuesten Schritte der Regierung zeigen, daß sie nachgibt oder nachgeben muß. Sie hat, „sichern Anzeichen" nach, sich gefügiger gegen die Reichsgewalt gezeigt. Sie hat noch einen deutlicheren Schritt gethan, indem sie den Schifffahrtsvertrag mit Amerika kündigte, wodurch sie die Möglichkeit gewinnt, in den Zollverein einzutreten, und jene abgesonderte Stellung aufzugeben, welche „adlig Hannoverland" gegen das übrige Deutschland einnahm.

So steht Baiern, der größte deutsche Staat nach Preußen, welcher sich einem erblichen Kaiserthume am wenigsten unterzuordnen Miene machte, beinahe verlassen da. Freilich hat es zu einem solchen Widerstande am meisten Kraft, aber doch nur, wenn die kirchlichen und örtlichen Neigungen des alten Baierns geflissentlich gegen Preußen aufgeregt werden. Das geschah freilich. Dem Herrscherhause fiel es zu schwer, sich dem preußischen Königshause unterzuordnen. Die baierischen Blätter hatten selbst kein Hehl, daß allerdings ein solcher Umstand, der bei dem Heil eines großen Volkes nicht in Betracht kommen darf, allen Bestrebungen gegen die deutsche Einheit zum Grunde lag. Die Wittelsbacher, hieß es, sind das älteste Herrscherhaus in Europa; wir werden uns den Burggrafen von Zollern nicht unterordnen. Doch geben sich auch in Baiern Zeichen kund, daß das Vergebliche des Widerstandes sich nachgerade bemerklich macht. Als die von der Oberpostamts-Zeitung wiederholt gemeldete Nachricht, daß Baiern und Hannover in London Erklärungen eingereicht gegen ein erbliches Reichsoberhaupt, allgemeinen Unwillen erregte, erklärten beide Höfe jene Nachrichten für ganz ungegründet. Freilich lastet auf dem baierischen Hofe noch ein anderer Vorwurf, zu dessen Widerlegung die Allgemeine Zeitung dringender aufgefordert hat, als wir, die wir jene Nachricht mitgetheilt; denn wir wußten, daß eine Widerlegung nicht möglich sei. Aber wir werfen gern einen Schleier auf das Vergangene. In aufgeregten Zeiten wird das eigene Wohl und das allgemeine leicht verwechselt. Es gilt jetzt ja eine große Einigung der Deutschen. Wir möchten jetzt lieber versöhnen, als anklagen.

Wir verhehlen uns die Schwierigkeiten nicht, welche das große Werk der Einheit trotz alledem, und namentlich in Preußen selbst, noch zu überwinden hat; von Oesterreich nicht zu reden. Wir hoffen, daß die Oesterreicher selbst gerechter gegen uns sein werden, daß sie das Opfer bringen werden, von uns zu lassen: es ist für uns selbst kein minder schweres. Wir schwimmen Beide auf einem Brette und die Wogen drohen uns zu verschlingen. Wenn sie loslassen, so ist eine rettende Küste für sie nahe. Beide zugleich können wir nicht gerettet werden.

Um über alle Schwierigkeiten, alle Bedenklichkeiten hinwegzukommen, welche bei jedem großen Entschlusse übrig bleiben, bedarf es einer erhöhten Anspannung der Kräfte. Das ganze Volk muß sich immer deutlicher erklären, um durch seine Theilnahme den Muth der Versammlung zu tragen, um die Vollziehung ihrer Beschlüsse zu sichern. Die andern Fürsten alle haben sich dem Volkswillen ergeben, auch die beiden größten werden ihm dann nicht widerstehen. Jetzt, deutsches Volk, gilt es, alle deine Kräfte zu beleben; wo Großes geschaffen werden soll, da muß jede Sehne gespannt sein.

Die Raben fliegen um den Kyffhäuser; wird der Kaiser erwachen?

Deutschland.

Frankfurt, 15. Jan. Der großherzoglich mecklenburgische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt hat dem Reichsministerium folgende Erklärung übergeben: Am 6. d. M. wurde in der 36. Sitzung der hiesigen Abgeordnetenversammlung der nachstehende motivirte Antrag eingebracht: In Erwägung 1) daß das deutsche Volk schon seit einer Reihe von Jahren die Nothwendigkeit der innern Einheit Deutschlands, nicht blos einer allgemeinen geistigen, sondern auch einer politischen, erkannt hat; 2) daß das deutsche Volk in der großen Bewegung des verflossenen Jahres sowohl den Willen, als auch die Befähigung und die Macht gezeigt hat, die politische Einheit unter Vernichtung aller sich absondernden Bestrebungen, in geschlossener Gliederung zu gestalten; 3) daß diese gegliederte Einheit für die Sicherung ihrer innern Lebendigkeit durch eine einfache, dauernde und kräftige Centralgewalt bedingt ist; 4) daß eine solche Centralgewalt nur in dem Oberhaupte eines nicht bloß intelligenten, sondern auch mächtigen, aus überwiegend deutschen Bestandtheilen zusammengesetzten und die Interessen von Nord- und Süddeutschland in sich vereinigenden Staats gefunden werden kann; 5) daß daher jetzt die Krone Preußen allein geeignet erscheint, Trägerin der deutschen Centralgewalt zu sein — beschließt die Versammlung, der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt eine Erklärung dahin zugehen zu lassen: die Versammlung der Abgeordneten beider Mecklenburg hieselbst anerkenne die politische Nothwendigkeit, daß die neu zu begründende deutsche Centralgewalt an die Krone Preußen erblich übertragen werde. Durch Beschlußnahme der Versammlung ward dieser Antrag angenommen. Das Ministerium erlaubt sich Ihnen diesen Beschluß mit dem Hinzufügen mitzutheilen, daß Se. k. Hoh. der Großherzog mit dem materiellen Inhalt desselben vollkommen einverstanden sind, und fordert Sie auf, dies an geeignetem Orte sowohl auszusprechen, als auch mit allen Kräften im Bereich Ihrer Stellung dahin zu wirken, daß der hier dargelegte Wunsch über die zukünftige Gestaltung Deutschlands eine Wahrheit werde. Schwerin am 9. Jan. 1849. Großherzoglich-mecklenburgisches geheimes Staatsministerium, Lützow.

÷ **Frankfurt**, 15. Januar. Unter den hier weilenden Fremden befindet sich Herr Mascasenas, Gesandter der Republik

Bolivia. Er ist von seinem Gouvernement nach Deutschland geschickt, um betreffs der deutschen Auswanderung die Aufmerksamkeit der deutschen Regierungen auf sein Vaterland zu lenken und Vorbereitungen zu einem zwischen der Republik Bolivia und Deutschland abzuschließenden Handelsvertrage zu treffen. — Bolivia gehört zu den Ländern Südamerika's, die von unserer Seite sowohl bezüglich der Auswanderung als Betreffs unseres Handels und unserer Industrie die höchste Beachtung verdienen, leider aber bis jetzt noch nicht gefunden haben. Das bolivianische Gouvernement ist der deutschen Auswanderung manche Vortheile zu gewähren bereit, so unter andern will es sich verbindlich machen, deutschen Einwanderern eine 50jährige Freiheit von allen Steuern und Abgaben zuzusichern.

÷ **Frankfurt**, 16. Januar. Es wurde in diesem Blatte kürzlich eine dem preußischen Staats-Anzeiger entlehnte anscheinend halbamtliche Mittheilung gebracht, welche sich dahin aussprach, daß der von der Freihandelspartei ausgearbeitete Entwurf zu einem Zoll-Tarif für das vereinte Deutschland nur als eine Privatarbeit anzusehen sei. Wie wir vernehmen sind inzwischen auch Erklärungen von anderen norddeutschen, dem Zollverein nicht angehörigen Regierungen eingelaufen, welche sich gegen die in gedachtem Entwurfe vorgeschlagene Aufhebung der Ausfuhrzölle auf Lumpen rc. aussprechen. Eine Aufhebung des Ausfuhrzolles auf Lumpen (der beiläufig gesagt in Hannover und Schleswig-Holstein höher ist als im Zollverein) würde in der That auch die Papierfabrikation nicht allein des Zollvereins sondern eben so sehr auch die der nicht zollvereinten norddeutschen Länder von Grund aus zerstören.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 15 Jan. Zu den signifikantesten Erscheinungen gehört ein von der Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten unterzeichneter und zu Protokoll abgegebener Protest, welcher Verwahrung gegen künftig vielleicht gegen ihr oder Oesterreichs Interesse zu fassende Beschlüsse einlegt und die Gültigkeit derselben im Voraus negirt. Schwerlich hätten diese Herren ihre Stellung in der Reichsversammlung mehr kompromittiren können als durch diesen Protest; was soll man von dieser ihrer Stellung, was von ihrer Berechtigung, mitzutagen und vollgültig mitzubeschließen denken, wenn sie schon jetzt im Voraus bestreiten, daß gewisse künftig vielleicht zu fassende Beschlüsse des Hauses, wenn sie nicht nach ihren Wünschen ausfallen, für sie bindende Kraft haben könnten? Ist ihr Benehmen nicht ein Spiegelbild der österreichischen Kabinetspolitik überhaupt, die auch überall mitbeschließen und bestimmen, ihrerseits aber nicht an Beschlüsse und Bestimmungen gebunden sein will? — Bei der vorgestrigen Abstimmung stimmten gegen das Ministerium 87 Oesterreicher, mit Ausnahme von Graf Deym, Rößler, Pretis und Schreiner, welche sich der Abstimmung enthielten und v. Schmerling, welcher während der Abstimmung nicht anwesend war; auch Laube, der in Böhmen gewählt ist, gab seine Stimme nicht ab; 115 der gegen das Ministerium abgegebenen Stimmen gehörten der Linken bis mit Einschluß des Würtemberger Hofes an; 22 in gleichem Sinne abgegebene Stimmen gehörten baierischen Abgeordneten und einzelnen andern Mitgliedern der Rechten an.

Schon aus diesen Stimmenverhältnissen ergibt sich, daß mehrere der bisherigen parlamentarischen Parteien von einer Auflösung in landsmannschaftlichem Sinne bedroht sind; dieser Umstand erhält in denselben eine gewisse unsichere Gährung und läßt die auf die Ministerialfrage so unmittelbar folgende Diskussion über das Reichsoberhaupt allerdings etwas verfrüht erscheinen; viele Schwierigkeiten würden sich leichter besiegen und eine den Wünschen der Majorität des deutschen Volkes entsprechende Abstimmung leichter sichern lassen, wenn man der Stimmung des Volkes und der Regierungen noch einige Zeit Raum gelassen hätte, sich noch vielfältiger auszusprechen, als es bisher schon geschehen ist. Daß die Majorität des Volkes wie die Mehrheit der deutschen Regierungen ein erbliches Kaiserthum will, ist nicht nur eine unleugbare Thatsache, sondern auch ein erfreuliches Zeugniß der viel größeren politischen Reife, zu welcher sich das Volk im Lichte der neuen Zeit entwickelt. Ein ernstlicher Zweifel daran, daß sich die deutsche Reichsversammlung endgültig für dasselbe entscheiden werde, kann nicht stattfinden; bei der jetzigen ersten Lesung werden dieser Entscheidung noch manche Stimmen durch den gegenwärtigen Stand der österreichischen Angelegenheit entzogen werden, die ihr zufallen werden, sobald sich das Verhältniß zu Oesterreich durch die anzuknüpfenden Unterhandlungen klarer entwickelt haben wird.

Wien, 6. Jan. In dieser stürmischen Zeit ist die Anhänglichkeit der Sachsen in Siebenbürgen an die Gesammtmonarchie eine ganz eigenthümliche, nicht genug zu beachtende Erscheinung. Jetzt theilt der Lloyd eine Denkschrift der sächsischen Nationaldeputation an den Kaiser mit, welche er mit der Betrachtung einleitet, daß überall, nur in Siebenbürgen nicht, das Deutschthum sich schmiegsam und unterwürfig gegen fremde Nationalitäten gezeigt habe, und daß es dort inmitten ihm feindlich gesinnter Völker zu einer seltenen Kraft erstarkt sei. Den Grund haben wir theils in der alten sächsischen Verfassung zu suchen, theils in der einfachen Sachlage, wodurch die Sachsen inmitten zur Opposition mehr oder weniger geneigter Völkerschaften ihre Existenz an die der österreichischen Gesammtmonarchie gebunden fühlten. Während man hier sich noch über die Stellung streitet, welche Oesterreich zu Deutschland einnehmen soll, ist für sie Oesterreich und Deutschland ein und derselbe Begriff, sie wollen Oesterreich nur um Deutschland willen, weil nur Oesterreich ihnen ihr Deutschthum erhalten kann; sie wollen aber auch, wie sich von selbst versteht, Oesterreich ohne Hintergedanken, und wenn auch vielleicht ihre Wünsche über Kremsier nach Frankfurt gingen, so würden sie doch für alle Zeiten nur in Oesterreich ihr Heil und ihren Rettungsanker sehen. Uebrigens stehen jetzt auch Glieder der sächsischen Nation, welche nur von Deutschland, nicht zugleich von Oesterreich etwas wissen wollen, auf Seite der Magyaren, wenngleich man annehmen kann, daß der ganze Kern der Bevölkerung durch die Nationaldeputation vertreten ist. Welche Kämpfe dieser Nation noch für die Zukunft bevorstehen werden, ist kaum abzusehen. Wer steht ihnen dafür, daß nicht später das Slawenthum sich gegen sie wenden wird? Bis jetzt schon haben sich die Sachsen unter den Kämpfen, welche sie zu bestehen hatten, keineswegs vermehrt, sondern vermindert. An einer Stelle des Sachsenlandes haben die Sachsen — wenn ich nicht irre, slawische — Kolonisten zugelassen unter der bedenklichen Bedingung, daß sie später, sobald die Sachsen es wollen, sich wieder entfernen müßten. (Allg. Z.)

Wien, 8. Jan. Was man aus Kremsier erfährt, stimmt trübe, insofern daraus hervorginge, daß die vielbesprochene Reaktion denn doch kein Gespenst, wohl aber die Liberalität Stadion's eine Maske gewesen sei. Man will hiemit gewisse Traditionen in Uebereinstimmung bringen, wonach noch zu Metternich's Zeit Stadion und Windisch-Grätz als die der Nächstzeit Oesterreichs vorbehaltenen Männer designirt worden wären. So viel tritt ziemlich deutlich hervor, daß Windisch-Grätz' Einfluß von keinem andern überboten wird, sowie es auch keinem Zweifel unterliegt, daß derselbe den so viel entscheidenden Thronwechsel hervorrief. Was man vom jungen Kaiser berichtet, ist durchaus nicht in das Gebiet der Uebertreibung zu verweisen; er bewährt in der That bei manchen Gelegenheiten einen den Jahren vorangeeilten Verstand. Außer dem ausgezeichneten Rednertalent wird noch an ihm eine besondere Gewandtheit in allen Körperübungen gerühmt. Allein keine noch so vortreffliche Eigenschaft des Geistes, Charakters oder Körpers vermöchte den Abgang derjenigen zu ersetzen, welche die Zeit ihm beigelegt: diejenige eines konstitutionellen Kaisers, und gäbe es wirklich auch nach oben Wühler, die sie zerstören wollten, sie würden das Land in einen unabsehbaren Abgrund stürzen, siegestrunken mit hineinstürzen. Denn darüber sind denn doch Rechte und Linke, Czechen und Deutsche eins: die österreichische Charte muß zur Wahrheit und zwar zur wirklichen, nicht zu einer Ludwig-Philipp'schen werden, und der Polizeistaat ist gewesen. Da wollten wir denn auch den heutigen Machthabern, wie jener Wahrsager dem Cäsar, zugerufen haben: Denk' an die Jous des Märzes! (D. A. Z.)

* **Wien**, 9. Jan. Ueber den Wiederbeginn der Studien an der Universität enthält die Prager Ztg. eine Verordnung des Unterrichtsministeriums, die in Wien bis jetzt noch nicht publicirt worden ist. Die juristischen, medizinischen und philosophischen Studien beginnen hiernach im Februar 1849. Die Vorlesungen an dem polytechnischen Institute und an der Akademie der bildenden Künste bleiben einstweilen noch ausgesetzt. Nur österreichische Staatsangehörige können zu dem beginnenden Studienkurs zugelassen werden. Die Lehrkörper sind dafür verantwortlich, daß Niemand zugelassen werde, der sich nicht über gute Sitten und tadelloses Benehmen auszuweisen vermag. Wegen

Beschränktheit der Lokalitäten kann vor der Hand nur eine beschränkte Zahl von Zuhörern aufgenommen werden. Die in und um Wien Wohnenden werden hierbei den Vorzug haben. Zu den juristischen Studien können nur solche zugelassen werden, welche in Oesterreich unter und ob der Enns, zu den chirurgischen und philosophischen nur solche, welche in Oesterreich unter der Enns ihren bleibenden Wohnsitz haben.

Graz, 6. Jan. Alle Nachrichten aus Ungarn stimmen darin überein, daß dieses Land — nach Beendigung des Feldzugs — eine gar trübe Zeit zu bestehen haben wird. Ueberall wo die Kossuthianer den Kaiserlichen weichen, zünden sie nicht nur die Heumagazine an und alle Vorräthe die sie nicht mitschleppen können, sondern stecken auch häufig die Landhäuser und Dörfer in Brand, während durch diese Verheerung des eigenen Landes den Kaiserlichen ein Schicksal zu bereiten, wie es die Franzosen in Rußland traf. Aber Windischgrätz-Cunctator läßt kein Armeecorps vorrücken bevor hinlänglich für Proviant gesorgt und das Land im Rücken durch improvisirte Verwaltung gehörig sicher gemacht ist. Da muß denn natürlich oft weit umher fouragirt werden, und die armen Bauern müssen noch weiter wandern um Nahrung und Obdach für sich zu finden. Nicht besser sieht's aus für die großen Guts- (Herrschafts-) Besitzer. Ich habe selbst einige gesprochen die über 100,000 Joch Land besitzen und arm sind. Vor undenklichen Zeiten haben sie ihren Bauern bestimmte Ländereien für sich angewiesen gegen die Verbindlichkeit, die Herrschaftsgründe mit zu bearbeiten; das waren die Bauern so gewohnt, daß die Herren nicht einmal eine specielle Aufsicht darüber führen ließen. Jetzt verlangen die Bauern entweder so hohen Taglohn, daß die Kosten den Ertrag übersteigen würden, oder sie wollen gar nicht arbeiten und andere Arbeiter gibt es nicht. Die Herrschaften werden also nichts einbringen und noch dazu in Verfall gerathen, und daß die Herren keinen Kredit haben, ist bei der bisherigen Magyarenwirthschaft sehr begreiflich. Dazu noch der aufs Höchste gesteigerte Haß zwischen allen dasselbe Land bewohnenden Nationalitäten, die schlimme Gewohnheit der Magyaren, sich als alleinige Herren des Landes zu betrachten, und jetzt endlich die furchtbare Demoralisation durch Kossuth und C. Das sind in der That traurige Zustände, trübe Aussichten für die nächste Zukunft. Glücklicherweise ist unter den Slowaken, Ruthenen rc. von keiner Abneigung gegen die Deutschen die Rede. Eine Ausschließung der Deutschen vom Grunderwerb würde außer den Magyaren keinem ungarischen Volksstamm in den Sinn kommen, am wenigsten den Slowaken (der Hauptbevölkerung nebst den Magyaren in den großen Ebenen). Wenn sich also die letztern künftig mit nationaler Gleichberechtigung begnügen müssen, so wird der deutschen Einwanderung im Großen nichts im Wege stehen, und darin liegt wohl auch das beste Mittel, den innern Wohlstand Ungarns wieder zu heben und zugleich der sehr grundlosen Slawenangst in Deutschland einen Damm zu bauen. Was ich Ihnen da schreibe, sind keine Einzelbemerkungen, sondern Resultate sehr vielfacher und ebenso verschiedenartiger Nachrichten. (Allg. Z.)

Prag, 8. Jan. Das Ministerium Stadion, welches dem Prinzipe der Centralisation und einer Schwächung der Autonomie der Provinzen vom Anbeginn ergeben war, soll den schon einmal ausgesprochenen Grundsatz der Creirung von vier politischen Landesstellen, deren keine den Sitz in der Provinzhauptstadt haben wird, in Ausführung bringen wollen. Es bliebe dann für die Hauptstadt sonach die Errichtung eines Ministerialgouvernements übrig, dessen Vorstand der jeweilige Präsident der Provinz wäre. Die Korrespondenz in politischen Amtssachen würde in den meisten Fällen unmittelbar zwischen den angedeuteten Länderstellen und dem Ministerium stattfinden. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 13. Jan. Der Staatsanzeiger bringt folgende Erklärung des Justizministers Rintelen:

Das Verfahren, welches die Gerichtshöfe in Betreff der im vorigen Jahre so häufig vorgekommenen anarchischen Unternehmungen, namentlich der Aufreizung zur Steuerverweigerung, der Verleitung der Truppen zum Treubruch, eingeleitet haben, ist seitdem, daß dieses Verfahren auch auf solche Betheiligte ausgedehnt worden, welche früher Abgeordnete der am 5. Dezember aufgelösten Nationalversammlung gewesen sind, in den öffentlichen Blättern zum Theil in einem Sinne beurtheilt worden, der nothwendig einer Aufklärung bedarf. Nach einigen von diesen Tageblättern soll nämlich jenes Verfahren der Gerichte aus Verfolgungssucht durch die Regierung veranlaßt sein oder doch vom Volke so angesehen werden — man wolle zugleich, wird insinuirt, die Wiederwahl jener Mitglieder der Fraction Unruh zu den Kammern unmöglich machen, werde sie aber umgekehrt zu Märtyrern der Freiheit stempeln, und die Untersuchung würde ihnen vielmehr zur Empfehlung bei den Wahlen dienen. Ob dem so sein werde, wird die nahe Zukunft entscheiden. Die Regierung muß hierin hauptsächlich dem gesunden Sinne des Volkes vertrauen. Der Minister der Justiz glaubt indeß verpflichtet zu sein, jene Andeutungen öffentlich als falsch zurückzuweisen. Er nimmt einerseits für die Gerichtsbehörden und Staats-Anwälte entschieden die Voraussetzung in Anspruch, daß sie bei ihren Handlungen nur dem Gebote der Gerechtigkeit, den Gesetzen und ihrem Gewissen folgen, — daß eben sie auch vor Allen in der Lage sind, am richtigsten beurtheilen zu können, welche Anschuldigungsgründe gegen die einzelnen Angeklagten wirklich vorliegen. Die preußischen Richter sind zugleich, wie Jedermann bekannt, völlig unabhängig und selbstständig in ihrem Urtheil. Ohne irgend einer Anweisung von Seiten des Justiz-Ministers zu bedürfen, leiten sie namentlich auch Untersuchungen von Amtswegen ein, und selbst der König ist, nach Art. 47 der Verfassungs-Urkunde, nicht einmal zur Niederschlagung derselben berechtigt. Auch die Staats-Anwälte haben bei ihren Anklagen dem Gesetze und ihrem Ermessen zu folgen, — indem sie nur dem übertretenen Gesetze Genugthuung zu verschaffen haben. Wenn es aber allerdings gesetzlich nicht gerade unzulässig ist, daß der Justiz-Minister in einzelnen Fällen besondere Anweisung zur Einleitung einer Untersuchung ertheilen kann, deren Resultat dann aber, wie sich von selbst versteht, dem freien Endurtheil der Gerichte überlassen bleibt, so versichere ich, der unterzeichnete Justiz-Minister, doch hierdurch öffentlich und auf das bestimmteste,

> daß eine solche Anweisung in Beziehung auf keinen einzigen der Abgeordneten der aufgelösten National-Versammlung ertheilt worden ist.

Was den allgemeinen, auf die Verbrechen der Eingangs bezeichneten Art, die im vorigen Jahre allzu sehr überhand genommen hatten und zu nehmen drohten, gerichteten Erlaß vom 8. Dezember v. J. betrifft, so ist dieser durch den Staats-Anzeiger vom 22 Dezember v. J. der öffentlichen Beurtheilung bereits dargeboten

Berlin, den 11. Januar 1849.

× **Köln**, 13. Jan. Trotz Alledem und Alledem wollen wir unsern Fasching feiern, die Vorversammlungen werden gehalten und Hanswurst geht wieder in den Zeitungen um und macht seine kaum dem Einheimischen verständlichen Witze. Ja es erscheint hier jetzt ein eigenes Witzblatt, von Sternau: Kölner Funken. Indeß ist den Meisten die Lust zum Spassen vergangen, Alles rüstet sich in Stadt und Land zu den Wahlen. Und während wir vielleicht inneren Kämpfen entgegengehen, deuten die Maßregeln der Regierung, das Zusammenziehen der Truppen, auf mögliche Gefahren von Außen. Das königliche Schloß in Koblenz wird für den Oberbefehlshaber, Herrn von Wrangel, in Stand gesetzt.

♉ **Solingen**, 11. Jan. Da Ihr Blatt für Ihre hiesigen Abonnenten nur dann Interesse haben kann, wenn dieselben regelmäßig und sobald wie möglich in dessen Besitz gelangen, so erlaube ich mir Sie darauf aufmerksam zu machen, daß dasselbe zwei bis drei Tage braucht, um hieher zu gelangen, während ein Brief von dorten nur einen Tag dazu nöthig hat. Die meiste Zeit kann man am Abend vorher (7 Uhr) Auszüge aus der deutschen Zeitung in der Kölner lesen, wenn dieselbe den andern Morgen hier eintrifft.

München, 10. Jan. In der jüngsten Versammlung des „Vereins für Freiheit und Ordnung" dahier wurde eine Adresse an die Reichsversammlung beschlossen, in welcher die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen werden soll, daß in die Reichsverfassung keine Bestimmung aufgenommen werde, die es Oesterreich unmöglich mache, in den zu bildenden deutschen Bundesstaat einzutreten. Es kamen dann in dieser Versammlung des Vereins die vielen Anklagen zur Sprache, welche in jüngster Zeit die baierische Regierung in mehreren deutschen Zeitungen bezüglich ihrer Stellung zur Centralgewalt erfahren, ferner der Umstand, daß der baierische Bevollmächtigte in Frankfurt bezüglich der Grundrechte ohne Instruktion gewesen und die Regierung hierüber noch keine bestimmte Erklärung gegeben hat, dann die Art, wie die vier ersten Reichsgesetze in Baiern veröffentlicht worden. Nach einigen Debatten wurde folgender Beschluß gefaßt: „In Erwägung, daß in einigen Tagen der Landtag zusammentritt und die Vertreter des Volkes es unzweifelhaft als ihre erste und heiligste Pflicht erachten werden, über vorgenannte Punkte von den verantwortlichen Räthen der Krone bestimmte Aufschlüsse und Erklärungen zu verlangen, und in der Ueberzeugung, daß die Minister sich in der Lage befinden werden, Aufschlüsse und Erklärungen zu geben, die die Kammern und das Volk im vollsten Maße befriedigen, soll vorerst keine deßfallsige Vorstellung an das Gesammtministerium eingereicht, sondern abgewartet werden, welche Schritte in dieser Beziehung, und mit welchem Erfolge, die Vertreter des Volkes thun werden." (Bair. Bl.)

Aus Sachsen. 12. Jan. Es darf gewiß als ein günstiges Zeichen einer wenigstens in der Umkehr zum Bessern begriffenen Stimmung von oben her betrachtet werden, daß das Dresdener

Journal, bekanntlich das Organ des sächsischen Ministeriums, in seiner Nummer vom 12. Januar einen Artikel unter der Ueberschrift: „Ein deutscher Kaiser" bringt, dessen Quintessenz den nachstehenden Satz enthält: „Allen Anforderungen kann nur durch folgende Organisation entsprochen werden: An der Spitze ein erbliches, unverantwortliches Oberhaupt, ausgestattet mit einer Hausmacht, beschränkt durch ein Reichsparlament. In zweiter Linie die Landesherren, deren Macht nach oben gerade da aufhört, wo die Macht des Kaisers mit dem Parlamente anfängt. Im Parlamente werden durch ein Staatenhaus die Interessen der Landesherren und Landestheile als solcher, im Volkshause die Interessen der einheitlichen Nation und ihre Freiheit gesichert." Noch vor kurzem nahm dasselbe Blatt nicht einmal den Bericht des Reichtagsabgeordneten Biedermann an seine Wähler auf, we cher das gleiche Thema im gleichen Sinne behandelte, so daß dieser in den „Deutschen Blättern" zu Leipzig erscheinen mußte. (Fr.J.)

*** **Leipzig**, 12. Jan. Eben erhalte ich die Nachricht, daß in der zweiten sächsischen Kammer gewählt sind: zum ersten Präsidenten Hr. Hensel aus Zittau mit 53 Stimmen, zum zweiten Präsidenten Schaffrath mit 48, zum dritten Präsidenten Tzschirner mit 46 Stimmen. Zum ersten Sekretär wurde mit 51 Stimmen Fritzsche, mit 53 Stimmen Jäckel zum zweiten ernannt. Ultraradikaler konnten, wie Sie sehen, die Wahlen nicht ausfallen. Uebrigens scheint es, als wollten sich die Herren nach Links den Rang ablaufen. Wenigstens erzählt man sich, daß, als Schaffrath den äußersten Platz links einnahm, der Herr v. Trützschler Frankfurter Andenkens sich einen Stuhl aus dem Nebenzimmer holte, und sich über Schaffrath setzte. Möglich ist es indessen vor allen Dingen, daß wir in der allerjüngsten Zeit neue Wahlen haben, da dem Vernehmen nach mehrere Deputirte den Eid der Treue dem König nicht leisten wollen und die Linke gesonnen ist, trotzdem auf ihrem Eintritt in die Kammer zu beharren, oder selbst auszutreten. Das heißt schon nichts anderes, als Selbstauflösung der Kammer, denn die Linke bildet bei Weitem die Majorität. Das sind schöne Aussichten, denn in diesem Augenblick sind die Wähler zu dem größten Theile noch keineswegs von ihrem Irrwahn geheilt und die Wahlen würden noch schlechter ausfallen.

Hannover, 11. Jan. Hier umlaufenden Gerüchten zufolge soll das österreichische Kabinet sich in Brighton befinden, wo Metternich eine vollständige Kanzlei eingerichtet haben soll. (D. Reichsztg.)

Aus Thüringen, 9. Jan. Die weniger zuversichtliche Erwartung von den Resultaten der Konferenz zu Gotha, welche die thüringer Einheit schaffen sollte, ist vollständig durch die Reihe der vom 3. bis 7. d. M. gepflogenen Verhandlungen gerechtfertigt worden. Die Kommissarien haben sich getrennt, ohne sich zu einigen, der Entwurf des Staatsrathes Bröhmer ist auch noch jetzt nur Entwurf. Zwei Rücksichten sollen am meisten zu diesem Ausgang der Verhandlungen, die gänzlich vertagt sind, beigetragen haben: die Unbestimmtheit der Frankfurter Dinge nämlich und die Unmöglichkeit, auch mit vereinigten Kräften und selbst unter Zuziehung von Altenburg und Reuß, die von der Centralgewalt geforderte Vermehrung der Militärkräfte um 700 Mann Kavallerie und 300 Mann Artillerie mit Geschützen zu beschaffen. Um in letzterer Beziehung Aushilfe oder Erleichterung zu erhalten, ist gestern am 8. d. M., der weimar'sche Staatsminister, Herr v. Watzdorf, nach Dresden gereist. Ob aber Sachsen geneigt und im Stande sein dürfte, den thüringer Staaten, wenn auch gegen Entschädigung, ihr Contingent an Artillerie und Kavallerie abzunehmen, ist wohl sehr zu bezweifeln. Vor Erledigung dieses Punktes wird aber an eine neue Verhandlung zum Zweck der Einigung Thüringens schwerlich zu denken sein. (D. Ref.)

⊙ **Jena**, 10. Jan. Der hiesige constitutionelle Verein hat heute an den Abgeordneten Michelsen in Frankfurt die folgende, bereits gestern erwähnte Erklärung, die Oberhauptsfrage betreffend, zur Einreichung an die Nationalversammlung gesandt:

„Hohe Nationalversammlung! Als in dem verwichenen Frühling der jugendliche Hauch der Begeisterung über unser Vaterland dahinwehte, als das Volk sich erhob, um die heiligsten Güter, bürgerliche Freiheit und nationale Einheit zu erringen, hat es in Ihre Hand das Mandat gelegt, diese Ideen zu verwirklichen. Die freie Wahl des deutschen Volks, welche mit Beistimmung aller deutschen Regierungen erfolgte, gibt Ihnen die erhabene Vollmacht einer konstituirenden Nationalversammlung. — In den Grundrechten haben Sie der Freiheit einen gesetzlichen Ausdruck gegeben; aber unser Volk fordert mehr als bloß die bürgerliche Freiheit. — Sie müssen zugleich seine tausendjährige Sehnsucht nach einer gediegenen staatlichen Einheit stillen, welche ihm eine würdige Stellung unter den großen Nationen Europa's sichere und zugleich die einzige Garantie seiner Freiheit ist. Ohne Einheit würde die Freiheit untergehen vor jenem vaterlandsverrätherischen Sondergeist, welcher sein Haupt wieder so frech zu erheben beginnt; ohne Einheit würde unser Vaterland der Eroberungssucht kriegslustiger Nachbarn bald zum Opfer werden. Von Parteien zerrissen, von Feinden umlauert, bedürfen wir vor Allem einer kräftigen, kriegsgerüsteten Obergewalt. Kein schnell wechselnder Turnus, kein erneuter Bundestag, kein Reichsverweser ohne eigene Hausmacht, nur ein erbliches Oberhaupt kann uns retten, welches seine eigene Macht, seine eigene Größe zur Mitgift bringt. Preußen ist durch seine glorreiche Geschichte, durch seine rein deutsche Nationalität, durch seine imposante Kriegsmacht, durch seine freie Verfassung zu dieser erhabenen Stellung berufen. In Tagen wo die alten Sondergelüste von neuem drohen, um die Hoffnung auf Deutschlands Einheit zu zerstören und der Same einer neuen unberechenbaren Revolution von Denen ausgestreut wird, die das Gegentheil wollen, muß Ihnen daran gelegen sein, die Stimme des Volkes zu hören, auf das Sie rechnen können. Dieser großen laut werdenden Volksstimme uns anschließend, erklären wir der hohen Nationalversammlung, wie wir es schon in diesem Frühjahre unserem Abgeordneten gegenüber gethan haben: 1) daß wir die Einheit Deutschlands nur unter einem erblichen Oberhaupt gesichert sehen; 2) daß wir unter den vorliegenden Verhältnissen dieses Reichsoberhaupt nur in der Krone Preußens finden; 3) daß wir es für eine Untreue am Vaterlande achten, wenn Fürsten oder Volksstämme sich dieser Nothwendigkeit entziehen wollen; 4) daß wir vom Reichsministerium Gagern und der Nationalversammlung vertrauensvoll erwarten, die Einigung mit dem deutschen Oesterreich werde so stark und innig abgeschlossen werden, als die feste Einheit des deutschen Reiches es zuläßt. Jena den 10. Jan. 1849. Der constitutionelle Verein zu Jena. Im Namen des Vorstandes. Dr. Wagele."

Hildburghausen, 12. Jan. Aus hiesiger Stadt wird in diesen Tagen folgende mit vielen Unterschriften versehene Adresse nach Frankfurt abgehen: Hohe Nationalversammlung! Die Unterzeichneten, durchdrungen von der Wichtigkeit der demnächst über die definitive deutsche Centralgewalt zu fassenden Beschlüsse und beseelt von dem lebhaften Wunsche, daß dieselben zur Wohlfahrt des Vaterlandes ausfallen mögen, halten es für ihre Pflicht, der hohen Nationalversammlung ihre Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß sich Deutschland einer starken und dauernden Einheit, eines wirksamen Schutzes geordneter Freiheit und einer kräftigen Vertretung nach außen nur dann zu erfreuen haben wird, wenn die Centralgewalt erblich mit der Krone Preußens vereinigt sein wird.

Großbritannien.

* **London**, 12. Jan. Am 2. Januar erschienen vor der Themsepolizei drei holsteinische Schiffskapitäne, in Begleitung eines Hrn. Bonour vom dänischen Konsulat, Klage führend über die Mannschaft dänischer Schiffe, welche die Abwesenheit der Kapitäne sich zu Nutze machend, die drei holsteinischen, theils in den ostindischen, theils in den westindischen Docks liegenden und nach Blankenese gehörigen Fahrzeuge Lucie, Elbe und Par in Masse und unversehens überfallen, die dort aufgepflanzte deutsche Flagge (an einer andern Stelle des „Sun" heißt es, „schleswig-holsteinische Flagge") mit brutalster Gewaltthätigkeit zerrissen, die Fetzen mit sich genommen und einen Mann, der die Flagge auf dem Fahrzeug Elbe gegen diese Beschimpfung schützen wollte, auf rohe Weise mißhandelt hatten. Bonour erklärte, daß es Wunsch des dänischen Konsuls selbst sei, daß diese Schändlichkeit nicht ungestraft bleibe. Kapitän Bornholdt erklärte, daß, wenn er sich am Bord des Schiffes befunden hätte, er eher sein Haupt als seine Flagge preisgegeben und daß es dann Blut gekostet haben würde. Auch die andern beiden Kapitäne beklagten, durch ihre Abwesenheit den Dänen Gelegenheit zu einem solchen Ueberfall geboten zu haben, worauf Hr. Bonour versicherte: wenn sich solche Auftritte öfter wiederholten, so würde es unfehlbar zum Blutvergießen kommen, welchem vorzubeugen dem dänischen Konsul sehr am Herzen liege. Hr. Tyrwhitt, welcher die Klagenden abhörte, begab sich mit ihnen nach der zuständigen Polizeistation zu Wapping, wo jedoch der Polizeikommissär erklärte, es sei in dieser Sache nichts zu thun, ohnehin hätten die Dänen wohl in keiner verrätherischen Absicht die Flaggen abgerissen, sondern nur um ihre nationalen Empfindungen darüber kundzugeben und zu zeigen, daß die Schleswig-Holsteiner noch dänische Unterthanen seien. Unter diesen Umständen, setzt der „Sun" hinzu, haben die deutschen Schiffsherren ihre Maßregeln genommen, um jedem weiteren Ueberfall die Spitze zu bieten. So weit der „Sun."

Der „Herald" erzählt nun in seiner Nummer vom 10. Jan., daß Sonnabend den 6. Jan. die dänischen Schiffsherren und Matrosen, welche sich jenen Ueberfall erlaubt hatten, vor der Themsepolizei erschienen, wobei die Räume von dänischen und deutschen Seeleuten bis zum Ersticken überfüllt waren. Der Instruktions-Richter, Herr Pelham, verbreitete sich über

den Fall in einem langen Vortrage und äußerte darin, „es sei wünschenswerth, beiden, sowohl den Deutschen als Dänen, die Lehre beizubringen, daß England nicht das Land sei, wo sie ihre Streitigkeiten ausfechten dürften. Die Schleswig-Holsteiner hätten sich keine Handlung des Angriffs zu Schulden kommen lassen, wohl aber hätten die Dänen dies gethan. Es befänden sich jetzt zwischen 3 bis 400 Fahrzeuge aus Dänemark, Holstein, Memel und der Elbe in den Docks und es sei nothwendig, den öffentlichen Frieden zu bewahren und jeder Wiederholung der groben Gewaltthat, welche sich die Dänen vergangenen Montag zu Schulden kommen gelassen, vorzubeugen; man müße den Dänen zeigen, daß sie gegen die Schleswig-Holsteinische Flagge in keinem neutralen Hafen Krieg führen dürften." Peter Begsen, Matrose auf dem holsteinischen Schiffe Lucie, sagte aus: die Dänen seien mit Hebelbäumen und andern Werkzeugen bewaffnet gewesen und hätten ihn und seine Gefährten, nur vier an der Zahl, überwältigt, während Kapitän Wulff, am Dock-Quay stehend, die Angreifenden durch Handbewegungen ermuthigt habe; die Dänen hätten die Flagge eine Räuberflagge geschimpft u. s. w. Hr. Gronsund, als Wortführer der Angeklagten, meinte, die Flagge sei eine ungesetzliche, die schleswig-holst. Schiffe hätten kein Recht, eine andere Flagge aufzuhissen als die dänische, wogegen Hr. Thierdley bemerkte: ob die Flagge eine ungesetzliche? eine Räuber- oder Piratenflagge sei, das hätten allein die Behörden zu entscheiden; sollte daher so etwas je wieder in diesem Hafen begangen werden, so würde er die Beleidiger mit Untersuchungshaft belegen. In diesem Falle wolle er jedoch kein entscheidendes Urtheil sprechen, ehe er nicht die Oberbehörden zu Rathe gezogen hätte, weshalb er das weitere Verfahren bis nächsten Dienstag aussetze. Hierauf forderte er die Angeklagten auf, Bürgschaft für ihr Erscheinen am Dienstag zu leisten und bis dahin Friede zu halten.

In London und Nachbarschaft waren bis zum 11. Januar an der Cholera erkrankt 696, in den englischen Provinzen 438, in Schottland 5965, in London gestorben 363, in den Provinzen 46, in Schottland 2598; zusammen erkrankt 7099, gestorben 3181, genesen 1445, in Behandlung 2470. Am 11. kamen im Ganzen 164 Erkrankungs- und 76 Todesfälle zur Anzeige, wovon allein 113 Erkrankungs- und 41 Todesfälle auf Glasgow kommen. Ueberhaupt wird Glasgow unter allen englischen und schottischen Städten von der Cholera am härtesten mitgenommen; an zwei Tagen, den 7. und 8. Januar, erkrankten hier allein 318, starben 109.

Frankreich.

†† **Paris**, 11. Jan. Die Assemblée nationale berieth gestern das Reorganisationsgesetz der Armenverwaltung von Paris, oder wie die Reforme persiflirt, la grande charte des pauvres. Die Wichtigkeit dieses Verwaltungszweiges werden die folgenden Ziffern anschaulicher machen. Die Verwaltung der Spitäler und Zufluchtshäuser von Paris umfaßt in Einnahme und Ausgabe 15 bis 16 Millionen Francs. Die fünfzehn Spitäler von Paris nehmen jährlich bei 90,000 Kranke auf, vier große Hospize und sieben Ruhehäuser beherbergen 8000 Greise und Sieche, eine Armenunterstützung wird mehr als 100,000 Bedürftigen in den Wohnungen gereicht. Von der provisorischen Regierung wurde der vormals bestandene conseil général des Hôpitaux aufgelöst, und die Verwaltung einem Generalrathe übertragen, welcher den Dienst in den Spitälern zu regeln und deren Direktion zu besorgen hatte, dem aber zur Ausführung seiner Beschlüsse eine zweite Verwaltungskommission beigegeben war. Jede dieser beiden Behörden verfolgte ihre eigenen Gedanken und Wege und die Interessen der Bedürftigen wurden vernachläßigt oder doch verkürzt. Die Nationalversammlung beabsichtigte deßhalb die Verwaltung wieder zu koncentriren, und nahm einen Gesetzentwurf des Exministers Dufaure an, dessen acht Artikel die Verwaltung dem Präfekten der Seine und dem Minister des Innern unterstellen, sie aber einem verantwortlichen Direktor übertragen, welchen ein Ueberwachungsrath nur kontroliren soll. — Dieser Tage starb im Jardin des plantes der Chimpanse, ein großer Affe vom Senegal. Er wurde noch nicht 3 Monate alt aus der heißen Zone seiner Heimath hieher gebracht. Man hatte alle Vorsicht aufgeboten, ihn am Leben zu erhalten. Er bewohnte die warme Rotunde, wo die Giraffen gepflegt werden. Man hatte ihm einen Paletot und einen Pantalon von warmem Wollenstoffe angezogen. Man gab ihm sogar Thee und Liqueur zu trinken — alles vergeblich. Die Naturforscher betrauern den Verlust des interessanten Thieres. — Die Liberté bewacht mit sorgsamen Augen die Prärogative des Präsidenten gegenüber seinen Ministern. Sie sagt: „was auch die Form der Regierung sei, es müssen vier Beamte vielmehr die Männer des Chefs der höchsten Gewalt als seiner Minister sein. Der Polizeipräfekt, der Generaldirektor der Polizei, der Direktor des Telegraphen, der Generalpostdirektor, haben jeden Morgen dem Oberhaupte des Staates einen Rapport über die Ereignisse des letzten Tages einzusenden. Der Bericht der Präfektur und der Generalpolizeidirektion berichtigt und ergänzt sich gegenseitig; der des Telegraphenamtes gibt die Uebersicht aller abgesendeten und eingelaufenen Depeschen; und der des Generalpostdirektors die Ankunft der Kouriere und ihre Meldungen über wichtige Begebnisse, die sie unterwegs gesehen oder erfahren, den Zustand der Straßen, das Begegnen von Truppen u. s. w. Diese Rapporte bestehen seit der Einsetzung des Direktoriums. Die Berichte an den Konsul und Kaiser enthielten sehr interessante Schilderungen, und oft herben Tadel der Worte und Handlungen der Minister. Um dem Kaiser etwas zu verhehlen, hätte der Präfekt mit dem Generalpolizeidirektor und noch mit dem Direktor der Nationalpolizei gemeinschaftliche Sache machen müssen. General Cavaignac erhielt täglich auf dem gewohnten direkten Wege die vier Rapporte. Der Präsident Napoleon empfängt sie erst auf dem Umwege durch das Ministerium des Innern." Die Liberté reflektirt, daß das verantwortliche Staatsoberhaupt um so mehr diese Rapporte direkt als Kontrole seines Ministeriums empfangen müsse, als für einen unverantwortlichen Regenten dieselbe Rücksicht eine Observanz war. Gestern erregten Proletariergruppen auf der Brücke de la Concorde und zunächst dem Palais der Nationalversammlung Aufsehen. Sie verhielten sich ruhig, es schien ihr Versammeln in größerer Zahl einigen Zusammenhang mit den in Batignolles und Montrouge erwarteten Unruhen zu haben. In den erwähnten Vorstädten erschienen gestern Morgens die Agenten der Weinregie, um von den Wirthen die rückständige Getränksteuer einzutreiben. Die Nationalgarde sollte als Exekutionswache dienen, sie erschien aber auf das Trommelzeichen nicht; es wurde darauf von der Behörde ein Piket Linientruppe beigestellt. Die Fiskalbeamten vollendeten ihre Operation ohne auf Widerstand zu stoßen. Nächsten Sonntag treten die Journalisten von Paris und den Departements zusammen zur Bildung einer Société de la presse parisienne et départementale. Wir erfreuen uns sehr warmer Wintertage. Schnee fiel nur einmal und verschwand nach sechs Stunden. Seit einem Monat ist Paris täglich lebhafter geworden. Das milde Wetter lockte mich gestern aus der Stadt des Lebens hinaus zur Stadt der Todten nach Père la chaise. Die stummen Bewohner sprechen zum Besucher mit den Namen Grouchy, St. Cyr, Casimir Perier, David, welche er zufällig auf der Stirne der Grabkapellen liest. Sie erzählen ihm die Geschichte des großen Frankreichs.

• **Paris**, 12. Jan. Während der Constitutionel sich alle Tage zu der innigen Vereinigung der gemäßigten Parteien Glück wünscht und sehr bedeutungsvoll erklärt, daß die Revolution den Unterschied zwischen den Legitimisten und den Quasilegitimisten aufgehoben habe, suchen die Bonapartisten der Liberté nach wie vor den Traum einer republikanisch-bonapartistischen Nationalpartei durch Vereinigung der Majorität in der Nat.-Vers. mit den Stimmen des Landvolks zu verwirklichen. Zugleich streben sie, sich der materiellen Macht zu versichern und so ist die Bewerbung von Napoleon Bonaparte, Sohn Jerome's, um die Oberstenstelle bei der 2. Legion des Weichbildes von Paris (Mont martre, Batignolles), die immer sehr napoleonistisch gesinnt war, von doppelter Bedeutung, umsomehr als die Zahl der napoleonistischen Abgeordneten sich mit jeder neuen Wahl vermehrt. Der General Ornano, Verwandter der napoleonischen Familie, ist nach heute angekommenen Nachrichten im Departement Indre und Loire mit 17,000 Stimmen zum Abgeordneten ernannt worden, während sein Mitbewerber Piscatory, früher Gesandter in Athen, nur 10,000 Stimmen erhielt. Eine gestern vom Moniteur veröffentlichte Präfektenliste erregt den größten Unwillen der republikanischen Partei und der National bemerkt, daß Odilon Barrot, wäre er Präsident des Ministerraths unter Louis Philipp geworden, mehrere derselben gewiß sogleich abgesetzt haben würde, und daß er mehr wage, als Guizot selbst, indem er öffentlich anerkannte Legitimisten anstelle.

Die Nat.-Vers. ist jetzt so gesättigt mit persönlichen Debatten,

wie sie in der letzten Zeit so häufig vorkamen, daß sie jeden Versuch zu neuem Scandal unwillig zurückweist. Vorgestern verlangte Laussedat das Wort, um den berühmten Chemiker Orfila der Unterschlagung von Geldern, die ihm zu wissenschaftlichen Zwecken übergeben worden waren, zu beschuldigen. Der frühere Minister des Unterrichts rechtfertigte den Gelehrten mit wenig Worten und die Versammlung ging zur Tagesordnung über. Gestern wollte Paguerre den Finanzminister interpelliren, kaum ließ ihn der Lärm zu Worte kommen. Endlich hörte man: „Ein Beschluß der Nat.-Vers. hat verordnet, daß das Finanzministerium eine Generalrechnung über sämmtliche Ausgaben der provisorischen Regierung anlegen und vorlegen solle. Die Frist hiefür ist seit zwei Wochen verstrichen, ohne daß dieses geschehen. Ich stelle hiermit den Finanzminister zur Frage, warum dies noch nicht geschehen?" Passy antwortete: „Ich schrieb diesen Vormittag an das Präsidium der Nationalversammlung, um es zu benachrichtigen, daß die fraglichen Rechnungen bereit lägen. Nur die Belege über die Ausgaben der Nationalwerkstätten liegen nicht bereit. Ich konnte sie nicht auftreiben. Ich habe sie von meinen Vorgängern vergebens reklamirt. Die vorhandenen Aktenstücke liegen zur Einsicht der Nat.-Versammlung bereit." Und die Versammlung geht wieder zur Tagesordnung über.

Heute Abend wird nun das Loos über die N.-Vers. und das Ministerium geworfen; wird der Rateau'sche Vorschlag verworfen, muß das Ministerium abtreten, (selbst wenn es keine Cabinetsfrage daraus macht), denn die Partei, der dasselbe vorzugsweise angehört, war es, die auf dem Vorschlag so heftig bestand. Es wäre möglich, daß ein Vermittlungsantrag angenommen wird, der keine der beiden Parteien vor den Kopf stößt. Nach Herrn Montalembert und Pierre Bonaparte sprachen noch Billault und Odilon Barrot. Um 7 Uhr beginnt die Abstimmung.

Louis Bonaparte gab gestern eine glänzende Abendgesellschaft. Junge Damen in reichen Toiletten, alte Soldaten in funkelnden Uniformen drängten sich in den Sälen des Elysée National. Viele Abgeordnete und das ganze diplomatische Korps waren anwesend, Molé und Lord Normanby, Duclerc und Lord Stanley und viele Andre. Immer mehr nimmt der Präsident den Glanz der Majestät an; in den Theatern geht er in die königliche Loge und zeigt sich nie ohne Adjutanten und Gefolge. Dafür hat er aber auch von zudringlichen Bittstellern und Rathgebern Unglaubliches zu leiden. Wer nur je mit einem Napoleoniden in Berührung gekommen, glaubt sich berechtigt, eine Belohnung zu fordern oder seinen Rath aufzudringen. So soll neulich dem Präsidenten ganz ernsthaft das Ansinnen gestellt worden sein, um die Hand der in Eisenach wohnenden Wittwe des Herzogs von Orleans zu werben und sich dann zum Kaiser proklamiren zu lassen.

Die Unruhen in der Vorstadt Batignolles, wenn sie auch gerade keine ernsthaften Besorgnisse einflößen, geben doch viel zu denken. Daß zwei Legionen Nationalgarde sich weigerten, einzuschreiten, und durch die Linie abgelöst werden mußten, macht immer einen unangenehmen Eindruck. Die Weinhändler beharren bei ihrem passiven Widerstand. Sie lassen sich die Thüren aufbrechen, ehe sie die Abgaben zahlen. Die Arbeiter haben sich bis jetzt ruhig verhalten. Gestern Vormittag zog eine große Deputation derselben, welcher weißgekleidete Mädchen mit einer rothen Fahne „Société des Travailleurs" voranschritten, nach dem Elysée National. Sie erhielten Einlaß und überreichten friedlich dem Präsidenten eine Bittschrift um Amnestie.

Spanien.

***Madrid**, 5. Jan. In der Deputirtenkammer wurde die Adresse-Debatte geschlossen. Benavides und Bravo Murillo griffen in heftigen Reden die Regierung an, die Narvaez vertheidigte. Als er auf die Ausweisung des englischen Gesandten Sir H. Bulwer und eine im englischen Unterhause darüber gefallene Aeußerung kam, sagte er: Ich protestire gegen die Behauptung, daß Ihre Majestät die Königin ihren Thron der Mitwirkung der Engländer verdanke und daß diese daher ein Recht haben, sich in die Angelegenheiten Spaniens zu mischen. Ihre Majestät sitzt auf ihrem Thron in Kraft ihrer Rechte, des Willens Gottes und der treuen Anstrengungen ihrer Unterthanen. Anders gibt es keine Königin von Spanien. Uebrigens ist es nicht die Absicht der spanischen Regierung gewesen, die englische Nation oder gar die Königin dieser mächtigen Nation zu beleidigen, und was in der Macht der spanischen Regierung liegt, und mit ihrer Ehre verträglich ist, wird sie thun, eine Versöhnung herzustellen. Betreffs Frankreichs bemerkte Narvaez, es hätte sich edel und hochherzig gegen Spanien benommen, sowohl Lamartine und Bastide als Cavaignac wären der Achtung jedes Spaniers würdig, und jeder Fremde wäre das nach seiner Meinung, in dem Maße, als er die Königin (von Spanien) und das Land ehre. — Narvaez erhielt viele Glückwünsche wegen seiner Rede, und die Adresse wurde mit 147 gegen 40 Stimmen angenommen.

Lesseps, der Vertreter der französischen Republik, gibt morgen einen großen Ball.

Die Gerüchte, welche Concha in seinen Kämpfen gegen Cabrera in Catalonien durch den General Villa longa ersetzen ließen, haben sich als durchaus falsch erwiesen.

Oesterreichische Monarchie.

Agram. Die Vertreter von Kroatien und Slavonien haben ein Memorandum an das österreichische Ministerium gerichtet, in welchem sie gemeinschaftlich mit der serbischen Wojwodschaft erklären: „Die Vertreter der Königreiche Kroatien und Slavonien, dann jene der serbischen Wojwodschaft interveniren am allgemeinen konstitutionellen Reichstage in zweierlei Absichten: 1) Als Vertreter freier, in staatsrechtlicher Beziehung nur an die pragmatische Sanktion gebundener Staaten, welche ihr früheres mittelbares Konföderationsverhältniß mit Oesterreich nun unmittelbar unter den Bedingungen nationaler Unabhängigkeit, insofern solche eine kräftige Centralregierung zulässig macht, dann unter der ausdrücklichen Bedingung, daß kein Theil der österreichischen Erblande irgend einem Sonderbunde außerhalb der Staatsgrenzen des österreichischen Kaiserthums angehöre, daher die österreichischen Deputirten von Frankfurt abberufen und selbst die österreichische Bundesakte von 1815 aufgehoben werde, erneuern wollen; 2) als freie, durch eine gegenseitige Konföderation einen gemeinsamen Staatszweck verfolgende österreichische Staatsbürger, welche in Bezug auf die Abfassung der Konstitution, dann alle auswärtigen Kriegs-, Finanz- und Handelsangelegenheiten mit den übrigen Provinzen ein untheilbares, gleichmäßig vertretenes Ganzes bilden und in dieser Hinsicht nur den Beschlüssen der Majorität des von allen Völkern der konstitutionellen Monarchie zu beschickenden Reichstages sich zu fügen haben." Die Allg. Z., welche für gut findet, den ganzen vorstehenden Passus mit Stillschweigen zu übergehen, theilt aus dem Inhalt des Memorandums folgendes Weitere mit: Es wird darin des näheren ausgeführt, daß Kroatien und Slavonien und die serbische Wojwodschaft, des scheinbaren Konföderationsverhältnisses mit Ungarn durch dessen gewaltsame Losreißung entbunden, eine neue kroatisch-slavonische Föderation mit Oesterreich einzugehen vollkommen berechtigt seien. Es wird vorgeschlagen, vorerst eine geringe Zahl Ablegaten aus dem Landtage nach Kremsier abzusenden, wo sie mit einem Ausschusse des Reichstags und dem Ministerium über die Prinzipien der Konföderation sich einzuvernehmen, sonach eine förmliche Bundesakte, deren Abfassung für alle Nationalitäten des Kaiserstaates nothwendig erschiene, aufzunehmen hätten. So lange diese Unterhandlungen dauern, könnte nun die Ausschreibung der Wahlen zum konstituirenden Reichstage angesucht und vorgenommen werden, und nach Feststellung der staatsrechtlichen Beziehungen Kroatiens, Slavoniens und der Wojwodschaft zu Oesterreich, würden die Vertreter dieser Länder, gleich jenen der übrigen Theile der Monarchie, in den Reichstag eintreten.

Italien.

Die italienische Konstituante ist jetzt die Losung der nach Freiheit und Unabhängigkeit ringenden Italiener geworden. Seitdem in Rom, in Florenz, in Palermo, nun selbst in Turin die Ministerien sich zu Gunsten eines italienischen Verfassungsrathes ausgesprochen, seitdem Vereine sich gebildet, welche die Verwirklichung dieses Gedankens sich zur Aufgabe gemacht, ist in den Augen der Italiener die Konstituante zum Rettungsbalken geworden, an den sie immer fester sich anklammern. In Florenz hat sich ein Centralausschuß zusammengethan um ihr Zustandekommen zu fördern. Er hat bereits an alle Volksvereine Rundschreiben erlassen und sie zur Thätigkeit in dieser Richtung angespornt. Dieser Ausschuß (als unterzeichnende Mitglieder erscheinen Modena, Bonetti, Arrivabene, Zanetti, Mordini) warnt vor der Aufstellung von Verfassungsräthen für die Einzelstaaten und will den römischen Verfassungsrath wegen der besondern Verhält-

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 16. Januar.

Tagesordnung der 153. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „das Reichsoberhaupt, der Reichsrath", und zwar über Artikel I. §. 1 und §. 1 a.

Neun und dreiviertel Uhr früh eröffnet der Präsident Herr Simson die Sitzung. Herr E. M. Arndt zeigt an, daß der Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses auf einen Antrag Rauwerck's, die italienische Angelegenheit betreffend, auf einfache Tagesordnung lautet. Hr. v. Buttel desgleichen berichtet für den Petitionsausschuß, daß über den Antrag Jahn's, daß das Gesetz zum Schutze der Mitglieder der Nationalversammlung ausdrücklich für unanwendbar erklärt werden solle, auf solche Mitglieder des Hauses, die ihren Posten verlassen, „um Meuterei zu stiften" — der Uebergang zur Tagesordnung empfohlen werde.

Herr Heinrich Simon ruft den Minister des Innern an, ob die Papiere über die Wahl des in Münster verhafteten Herrn Temme zur Nationalversammlung eingefordert seien, damit das Haus nach deren Einsicht seine Entscheidung treffe. Herr v. Gagern erklärt, daß er noch keine amtliche Kenntniß von der Wahl Herrn Temme's habe und daß er die Simon'sche Anfrage in der Donnerstagssitzung beantworten werde.

Handelsminister Herr Duckwitz beantwortet sodann eine Reihe von Anfragen in folgender Weise:

Auf die Interpellation des Herrn Wernher von Nierstein, dänische Holzeinkäufe in den Ostseehäfen betreffend, erwiedere ich, daß dergleichen Ankäufe seitens der dänischen Regierung jährlich zu geschehen pflegen, und nicht in einem Umfange stattgefunden haben, der Anlaß zu Besorgnissen geben könnte. Die Ausfuhr dieses Holzes ist unlängst durch den eingetretenen Frost inhibirt. Es wird von den Umständen abhängen, ob gegen Frühjahr der Holzausfuhr Hindernisse in den Weg zu legen sein werden; jeden falls wird das Ministerium die Sache nicht aus den Augen verlieren.

Auf die Interpellation des Herrn Mammen vom 4. d. M., den Zeitpunkt der Vorlage eines Gesetzentwurfs, die Aufhebung der Flußzölle betreffend, bemerke ich, daß dies Gesetz, wenn nicht die nachtheiligsten Folgen für die Flußschifffahrt herbeigeführt werden sollen, nur in Verbindung mit verschiedenen anderen die Flüsse und deren Beschiffung betreffenden Gesetzen erlassen werden kann, deren Bearbeitung in raschem Vorschreiten begriffen ist. Wenn ich auch nicht im Stande bin, den Tag anzugeben, wann diese Gesetze vorgelegt werden können, so bezweifle ich doch nicht, daß dieses im Laufe des Monats Februar wird der Fall sein können.

Die Herrn Freudentheil und Genossen haben unterm 5. Januar die Fragen an das Ministerium des Handels, Abtheilung für die Marine gestellt:

1) Wird die deutsche Marine bis zum Ende des Waffenstillstandes in dem Zustande, daß sie den deutschen Handel und die deutschen Interessen schützen könne, sich befinden?
2) In welchem Zustande befindet sich dermalen die deutsche Marine, und was gedenkt das Reichsministerium zu thun, um es wahr zu machen, daß wie bei Vertheidigung der siebenmonatlichen Dauer des Waffenstillstandes behauptet worden, die Zwischenzeit zur Gründung einer deutschen Kriegsflotte benutzt werden solle?

Hiermit bedauere ich, in der gewünschten Weise nicht antworten zu können, da es nicht räthlich sein dürfte, über Vertheidigungsmaßregeln öffentlich Auskunft zu ertheilen. Es kann indeß die Versicherung ertheilt werden, daß bereits geschehen ist, was nach Lage der Umstände geschehen konnte.

Reichsminister der Finanzen, Herr v. Beckerath, ertheilt über den Eingang der Matrikularbeiträge zur Begründung einer deutschen Marine nachstehende Auskunft;

Die Matrikularbeiträge zu der unterm 10. Okt. v. J. ausgeschriebenen Umlage von 3 Mill. Thlrn. sind von nachfolgenden Staaten berichtigt worden: Hannover, Holstein, Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg, Würtemberg, Baden, Großherzogthum Hessen, Braunschweig, Nassau, Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Waldeck, Lippe, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Hessen-Homburg, Frankfurt, und zwar geschah die Berichtigung theils durch baare Einsendung an die Reichskasse, theils durch Anweisung auf die preußische Regierung, welche in Folge einer deßfallsigen Verhandlung sich bereit erklärte, außer ihrer eigenen Beitragsquote auch diejenigen Kontingente, welche Zollvereinsregierungen auf die demnächst eingehenden Zollüberschüsse anweisen möchten, sofort zur Verfügung zu stellen.

Daß die österreichische Regierung die baare Entrichtung der auf sie fallenden Quote abgelehnt hat, ist der hohen Versammlung aus dem in der Sitzung vom 11. d. M. zur Verhandlung gekommenen Ausschußbericht, welcher die betreffende Erklärung Oesterreichs enthielt, bekannt; Mecklenburg-Strelitz, Lichtenstein, Luxemburg und Limburg sind noch im Rückstand. Baiern und Kurhessen haben gegen ihre Matrikularbeiträge die Forderungen aufrechnen wollen, die sie wegen Truppenaufgeboten an das Reich zu stellen haben, die aber, abgesehen davon, daß sie erst in einer noch vorzunehmenden Liquidation näher festzustellen sind, bei Aufbringung des Marinefonds nicht als Kompensation zugelassen werden können. Auf die in dieser Beziehung seitens des Finanzministeriums ertheilte ausdrückliche Erklärung steht zu erwarten, daß eine befriedigende Regulirung, die besonders der baierische Bevollmächtigte in einer neuern Note in Aussicht gestellt hat, demnächst erfolgen wird.

Schließlich ist anzuführen, daß mit der sächsischen Regierung, die ebenfalls ihre Beitragspflicht anerkannt hat, über den Modus der Zahlung noch eine Verhandlung schwebt, die unbezweifelt baldigst zur Erledigung auch dieses Postens führen wird.

Ich füge hinzu, daß seitens des Finanzministeriums die Aufbringung des Marinefonds als eine dringende Angelegenheit erkannt und demgemäß behandelt wird.

Darauf wird die gestern vertagte Berathung über das Reichsoberhaupt wieder aufgenommen. Der Präsident theilt einen Antrag von Wilh. Schulz aus Darmstadt mit: daß die Wahl des Oberhaupts zunächst nur auf ein Jahr erfolgen und daß sie den Urwählern des gesammten Reichsgebiets zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Ein neu eingebrachter Antrag von Rödinger und Genossen will die „regierenden" Fürsten von der Wahl ausgeschlossen sehen. Sodann erhält das Wort Herr Phillips aus München: Er kommt in einem geschichtlichen Rückblicke auf seinen „großen" Freund Görres zu sprechen. (Gelächter und Widerspruch von der Linken gegen die Größe.) Niemals sei dieser gewaltige Mann begeistert gewesen für ein preußisches Kaiserthum, für ein Kleindeutschland, „wie es Herr Ludwig Simon unübertrefflich genannt hat." Ich verkenne die Verdienste Preußens nicht. Allein wir müssen uns vergegenwärtigen, wie sich die Sachen gestalten würden, wenn der Plan durchginge, Preußen an die Spitze zu stellen. In dem Augenblick, wo Oesterreich ausscheidet ist der Sieg des Nordens über den Süden entschieden. Kein Mann in Deutschland berücksichtigt die Gefühle der andern deutschen Stämme so sehr als der König von Preußen, der erklärt hat die Kaiserkrone nicht annehmen zu wollen, wenn diese Stämme widerstreben. Baiern von Oesterreich ganz umgeben wird strategisch entblößt, kommerziell zu Grunde gerichtet, wenn es zu einem preußischen Kaiserthum kommt, gegen das es ein tiefes Mißtrauen hegt. Herr Phillips kann sich daher nur für den Rotenhan'schen Vorschlag erklären, daß ein Reichsdirektorium er-

richtet werde. Das preußische Kaiserthum wäre der Weg zur Republik. Es würde keine sechs Monate bestehen.

Stahl aus Erlangen: Ich komme von meinem ebenfalls bairischen Standpunkte auf ein ganz anderes Resultat, als mein Vorgänger. Der Partikularismus wird im Staatenhause hinreichend vertreten sein, er wird sogar im Volkshause nicht ganz fehlen. Deshalb fürchte ich von der Herstellung eines Kaiserthums ohne Oesterreich noch keine Niederlage des Südens durch den Norden. In dieser Hinsicht halte ich mich an Zahlen. Baiern, Würtemberg und Baden haben zusammen mehr Stimmen im Staatenhause, als Preußen, obschon es diese drei an Umfang übertrifft. Aber wer hätte denn das speziell preußische Uebergewicht mehr zu fürchten? Doch die nördlichen Staaten zu allererst. Wir würden bei Sachsen, bei Hannover, bei den Hessen immerfort Bundesgenossen finden gegen ein bedrückendes Verhältniß Preußens. Ich bin aber durchaus gegen ein vielköpfiges Direktorium, nur eine Einherrschaft kann uns die Einheit sichern. Eben in diesem neuen Deutschland erst wird Baiern den würdigen Platz einnehmen, der ihm gebührt. Wo war bis jetzt sein politischer Einfluß? Künftig aber gibt es mit Preußen den Ausschlag in den deutschen Angelegenheiten, sowie es bei einem Vordrängen Preußens die Rechte der kleinern Staaten gegen etwaige Beeinträchtigungen zu vertreten im Stande ist. Gegen die Erblichkeit des Kaiserthums sind von republikanischer Seite die materiellen Interessen in's Feld geführt worden, während doch gerade im Gegentheil die Erblichkeit der Krone eine Gewähr bietet für die Stetigkeit unserer Politik und namentlich auch der Handelspolitik. Gestehen doch selbst die amerikanischen Staatsmänner, daß ihnen der vierjährige Wechsel des Präsidenten das Verfolgen einer entschiedenen Handelspolitik zur Unmöglichkeit mache. Man hat auf die Schutzzölle hingewiesen — und doch würden gerade diese einen dauernden Anhalt viel eher als an einem wechselnden Oberhaupte finden. Baiern ist aus verschiedenartigen Bestandtheilen zusammengesetzt, einige seiner Landschaften stehen seit Jahrhunderten unter demselben Fürstenhause, andere sind erst kürzlich hinzugekommen. Mein Geburtsort ist München. Ich darf mich daher mit vollem Rechte einen echten Baiern nennen und ich versichere, daß selbst in Altbaiern das Widerstreben gegen eine deutsche Gestaltung mit Hilfe Preußens mehr künstlich erregt, als natürlich ist. Man spiegelt aber diesem Volksstamme erlogene Nachtheile vor. Man verschweigt ihm die einen Thatsachen, die anderen verfälscht man, um eine feindselige Stimmung gegen die Einheit hervorzubringen. Herr Stahl zählt darauf die Mittel auf, die angewendet werden, um den Blick des bairischen Volks zu verwirren.

Und wir Baiern, gehören wir denn geschichtlich zu Oesterreich? Im Gegentheil, Oesterreich hat von jeher aus allen Kräften darnach gestrebt, Baiern zu verschlingen, und eben diese Politik hat Baiern in die unpatriotischen Allianzen mit Frankreich gedrängt.

Ich weiß es, daß man in einigen Theilen Baierns sich lieber von Deutschland wegwenden, als sich einer preußischen Hegemonie anschließen möchte. Dennoch ist das kein Hinderniß, wenn man das erbliche Oberhaupt für gut hält, unbedingt dafür zu stimmen. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß nur mit einem erblichen Oberhaupte Deutschland als Deutschland bestehen kann und bin sogar der Ueberzeugung, daß, wenn wir es jetzt nicht beschließen, Deutschland sich nie einigen läßt. Nähmen Sie das Direktorium, so würden Sie nichts damit gewinnen, kaum einen Uebergang. Von der republikanischen Spitze will ich nicht sprechen. Ich glaube nicht, daß sie die Majorität bekommen könne, halte sie praktisch für unmöglich und als der Versammlung für unwürdig, mit einem solchen Trugbilde täuschen und captiviren zu wollen. Was Sie wollen, das thun Sie, sage ich. Lassen Sie uns nicht Deutschland in Gefahren hineinwerfen, die etwa in der Zwischenzeit eintreten. Wenn man das Gute erkannt hat, so mag man es sogleich in's Werk setzen und dabei bleiben.

Auf die inhaltsvolle Rede Herrn Stahls verschafft das Auftreten Herrn Venedey's dem Hause eine Pause der Ruhe. Er ist der Meinung, es möge ein deutscher regierender Fürst an die Spitze gestellt werden, welcher es immer sei, er werde keinen Gehorsam bei den übrigen Regenten finden. Dagegen ist er überzeugt, die Macht werde einem Reichsoberhaupte nicht fehlen, dem keine dynastische Eifersucht entgegenstünde, sobald es aus dem Volke hervorgehe und das ganze ungetheilte Volk zur Stütze habe.

Staatssekretär Herr Bassermann wendet sich gegen die Herren Phillips, Venedey und Schüler, indem er die Gründe durchmustert aus denen der Erstere ein Direktorium verlangt, die Letzteren aber die regierenden Fürsten von der Wählbarkeit zum Oberhaupte ausgeschlossen sehen wollen. Er weist auf das Beispiel Frankreichs hin, um zu zeigen, wie schnell persönliche Sympathien wechseln. Herr Schüler wolle ein bewegliches Laubdach auf den Bau der deutschen Einheit setzen. Er solle bei Sturm und Wetter auf den Kölner Dom treten und sich dort sein Laubdachverlangen nochmals überlegen. Der Turnus, fährt Hr. Bassermann fort, setzt uns dem Eigennutze der wechselnden Fürsten, er setzt uns ihrem Ehrgeize aus, wovon grade der edelste Ehrgeiz, der seinen Platz nicht verlassen will, ohne das Gedächtniß einer kühnen That zu hinterlassen, der dem Vaterlande gefährlichste werden kann. Welchen Gebrauch hat das belgische Volk von seiner Souverainetät gemacht? Eine feste Monarchie begründet, die vor den Stürmen des Jahres 1848 kräftig bestand. Sie werfen uns vor, wir vermehrten die 34 Dynastien um eine 35ste mit unserm Vorschlage. Im Gegentheil, das thäten Sie. Wenn wir Preußen an die Spitze stellen, bleibt es vielmehr bei der alten Zahl. Hr. Bassermann legt dann die Zustimmungsschriften der deutschen Fürsten und Stände mit Recht als ein erhebliches Gewicht in die Wagschale für die Erblichkeit. Die Anklage: „wir würfen Oesterreich hinaus“, bezeichnet der Redner als einen Wahnsinn. Oesterreich wird sich vielleicht von uns sondern, allein sagen Sie nicht, unser sei die Schuld. Der Ausspruch des Kaisers Nikolaus: es gibt nur zwei Staatsformen, die absolute Monarchie und die demokratische Republik, der hier angeführt worden, ist vom Czar gebraucht worden den besiegten Polen gegenüber. Dann adoptirte ihn Metternich. Aber ihm widerspricht die Verfassung Englands. Dort sehen wir eine konstitutionelle Monarchie, deren Dauerbarkeit sich hinlänglich bewährt hat. Eine solche Verfassung lassen sie uns gründen. Es ist nicht wahr, daß wir die letzte Karte ausspielten, daß wir nur noch einen einzigen Schlußstein aufzusetzen hätten. So armselig ist die Lage nicht, obschon ich ihre Schwierigkeiten nicht verkenne. Wenn die deutschen Fürsten bemüht sind, ihre Unabhängigkeit zu retten — wie stand es denn mit dieser Unabhängigkeit? Oesterreich und Preußen beschlossen, was die Uebrigen dankbar annahmen. Als über den Zollverein verhandelt ward, wurden dieselben Befürchtungen im Süden von Deutschland angeregt, wie jetzt bei der Einheitsfrage. Jene wurden überwunden, wie auch diese zu überwinden sein werden. Weil wir Ihren (zur Linken) dringlichen Anträgen nicht beigestimmt, weil wir das Volk in Wien und Berlin verlassen hätten, sagen Sie, habe uns das Volk verlassen. Ich bin vom Gegentheil überzeugt. Wir ließen uns in keine Excesse hineinreißen und eben das Beispiel von Berlin und Wien zeigt deutlich genug, wohin die Maßlosigkeit und die Ausschreitungen auf Rechnung dieses vorgeblichen Volkswillens führen. Wenn wir keinem ähnlichen Schicksale verfielen, so verdanken Sie es wesentlich der Standhaftigkeit der Mehrheit dieser Versammlung (Beifall). Ihrer besonnenen Haltung wird, wenn unser Werk zu einer glücklichen Vollendung gedeiht, dies Werk zu verdanken sein. Herr Bassermann sucht dann u. A. aus dem Absatze verschiedener Parteiblätter auf die Theilnahme des Volkes zu schließen, deren sich die linke Seite des Hauses vorzugsweise zu besitzen schmeichle. So sei ihm denn zufällig bekannt, daß die Reichstagszeitung von 800 Exemplaren im neuen Jahre auf 400 gesunken sei. Woher kam und kommt der Widerstand gegen die Einheit? Von Ihrer Seite, meine Herrn und die Schadenfreude dazu, daß auch diesmal aus dem deutschen Einheitswerke nichts werden könnte. Ihr Frohlocken stimmt wunderbar zusammen mit dem Frohlocken der Feinde Deutschlands, mit dem Jubel in Dänemark und Rußland bei der Hoffnung auf ein Fehlschlagen der deutschen Sache. Uns aber (nach der Rechten deutend und in die Mitte des Hauses) soll es nicht stören, den eingeschlagenen Weg entschlossen weiter zu gehn. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß des Berichts folgt in der Nachschrift.)

□ **Frankfurt**, 16. Jan. Das heute ausgegebene Amtsblatt publizirt das Reichs-Finanz-Gesetz vom 22. Dez. v. J., welches den Reichsministerien für die Ausgaben der Monate Oktober, November und Dezember einen Kredit von 10,518,622 fl. 32 kr. bewilligt, nebst der Verordnung vom folgenden Tage, welche zur Ergänzung dieses Kredits auf Grund der bestehenden Bundesmatrikel eine Umlage von 217,456 fl. 32 kr. auf die

einzelnen Staaten ausschreibt. Für die freie Stadt Frankfurt beträgt dieselbe 327 fl. 21 kr.

Frankfurt, 15. Jan. Die heutige Verhandlung hat ein interessantes Faktum ans Licht gestellt. Die Linke hat gegen die Bezeichnung der **Reichstagszeitung als ihres Organs** sich laut verwahrt. Die Verbreitung der Reichstagszeitung, an welcher früher Robert Blum als Redakteur thätig war, hat beträchtlich abgenommen.

*** **Frankfurt**, 15. Jan. Man spricht davon, daß der Reichsverweser die Hoffnung hege, gegen Ende Februar seine hohe Mission erfüllt zu sehen, und also bis dahin nach Oesterreich zurückkehren zu können. Es dürfte indessen doch zu bezweifeln sein, ob die Nationalversammlung bis zu diesem Zeitpunkte ihre Aufgabe völlig gelöst hat. — Wie man hört, hat der Verfassungsausschuß der Frankfurter verfassunggebenden Versammlung den Verfassungsentwurf vollendet. Näheres alsbald darüber.

** **Frankfurt**, 15. Jan. Unser gefeierter Künstler, Ad. Schroedter, ist mit einer großen allegorischen Composition beschäftigt, deren innern Raum der Wortlaut **der Grundrechte des deutschen Volks** einnehmen und so das Ganze zu einem prachtvollen Gedenkblatte dieser uns gewordenen reellen Märzerrungenschaft gestalten soll. Man muß diese Idee als eine glückliche begrüßen, da sie diesem wichtigen Werke der deutschen Nationalversammlung eine Form unterlegt, die ihm als Symbol deutscher Freiheit überall einen stets augenfälligen und würdigen Platz in jeder Familie anweisen wird. Das mit großem Kunstfleiße ausgeführte patriotische Unternehmen geht aus Karl Jügel's Verlag hervor und wird schon in Kürze erscheinen.

Wien, 11. Jan. Das heute veröffentlichte 11. Armeebulletin lautet: Nach so eben eingelangtem Berichte des in Oberungarn operirenden galizischen Armeekorps unter Feldmarschallieutenant G. Schlick vom 5. Januar hat dasselbe am 4. Januar das unter Kommando des Rebellen Meßaros zum Ueberfalle gegen Kaschau anrückende Insurgentenkorps, in der Stärke von 18 Honved- und Nationalgardenbataillons, mit 33 Kanonen und 800 Husaren, siegreich in die Flucht geschlagen. Diese höchst wichtige Affaire fand zwischen Kaschau und den Höhen von Pareza statt. Es wurden den Insurgenten auf dem Schlachtfelde 10 Kanonen, 6 Munitionskarren, 1 Fahne, über 200 Gewehre und 40 Pferde abgenommen, 2 Offiziere, auch 800 M. Gefangene gemacht. Die Chevauxlegers verfolgten den fliehenden Feind und überfielen dessen Arrieregarde, wobei noch 6 Mörser, 1000 Gewehre, viele Pferde erbeutet und mehrere Gefangene gemacht wurden. Das Regiment Parma zeichnete sich bei diesem Gefechte rühmlich aus, es schlug die polnische Legion, brachte ihr einen bedeutenden Verlust bei, nahm ihr eine Kasse mit 10,000 Stück Dukaten ab und außerdem eine Schriftenkiste Meßaros', die polnischen Angelegenheiten betreffend. Ungeachtet des heftigen Kampfes hatten wir nur sehr wenig Todte und Verwundete. Unsere braven Truppen, vom besten Geiste beseelt, bei einer furchtbaren Kälte, fielen den sehr gut gekleideten und mit den besten türkischer Gewehren bewaffneten Feind unter Hurrahgeschrei mit dem Bayonnet an und warfen ihn mit Ungestüm zurück. Meßaros entging dem Tode nur dadurch, daß die Pistole, welche ein k. k. Offizier auf ihn abdrückte, versagte. Als ein erfreulicher Beweis, daß Ehre und wahrer Soldatengeist unter allen Nationalitäten der k. k. Armee herrsche, mag nachfolgende, so eben angelangte offizielle Nachricht dienen: Am 4. Januar 4 Uhr Nachmittags marschirten vier Kompagnien des 1. Bataillons Janini, geführt vom dermaligen Bataillonskommandanten, Hauptmann Baron Masburg, von Neusatz, wo sie in Garnison lagen, ab und trafen um 3 Uhr bei den k. k. Vorposten auf der Römerschanze von Kaacs ein. Diese brave Truppe — ihre Offiziere, die k. k. Oberlieutenants Marchisetti und Kodics, Lieutenant Chevalier Dewerchin, als Bataillonsadjutant, dann die Lieutenants Kresek, Effenberger, und die durch den Rebellenanführer Alexander Esterhazy provisorisch ernannten Lieutenants Menhardt, Kramer, Nowak, Nikolazy und Rosina an der Spitze, ihre Fahne, Waffen und Munition mitbringend, wurden von den diesseitigen Truppen mit Enthusiasmus aufgenommen, und vereint ließen Alle Se. Maj. hoch leben. Wenn man bedenkt, daß ein so beträchtlicher Körper, unter den schwierigsten Umständen, unter den Augen einer aufrührerischen Population und im Angesicht einer Hauptfestung diesen Beweis von Anhänglichkeit an den Staat und seine Fahne ablegte, der er nur durch falsche Nachrichten und Vorspiegelungen eine Zeit lang scheinbar ungetreu geworden, so kann wohl über das Bestehen Oesterreichs selbst mit den zusammengesetzten verschiedenartigsten Nationalitäten kein Zweifel mehr sein. Selbst in dieser verworrenen Zeit hat jede italienische, ungarische, polnische und deutsche Truppe die schönsten Beweise ihrer Hingebung für den Staat aufzuweisen, und nur durch elende Fanatiker verführt, konnte der treue Sinn der Bevölkerung eine Zeit lang wankend gemacht werden. Allen Zweiflern möge dies als Anhaltspunkt dienen: „Oesterreich wird bestehen immerdar;" es darf nur seine Kräfte entwickeln. Wien, am 10. Januar 1849. F.-M.-L. **Welden**, Militär- und Civilgouverneur.

** **Kremsier**, 10. Jan. In der heutigen Sitzung wurde über den §. 1 der Grundrechte zur Abstimmung geschritten. Das Amendement des Abg. Ullepitsch, das sich am weitesten von dem Hauptantrag entfernt, kam zuerst zur Abstimmung. Es geht dahin: „Den §. 1 des Entwurfes der Grundrechte als nicht hieher gehörig wegzulassen und mit der Vertirung der Bestimmungen über die Uebertragung der Staatsgewalt, den mit dem Entwurfe des andern Theils der Konstitution beschäftigten Ausschuß zu beauftragen." Das Amendement wurde mit Majorität angenommen und dadurch entfielen die übrigen.

Lith. Korresp. **Berlin**, 13. Jan. In den Bezirkswahlversammlungen gerathen die politischen Parteien immer heftiger an einander. Der Belagerungszustand thut jetzt der Lebhaftigkeit der Wahlagitationen wenig Abbruch. Die Parteien stehen sich schroffer als im April gegenüber. Die entscheidende Frage ist meist die Rechtsbeständigkeit der Verfassung, eventuell die Veränderung des absoluten Vetos in ein suspensives und vor Allem der Artikel über das Steuerbewilligungsrecht.

Der Aufhebung des Belagerungszustandes in den nächsten Tagen sieht man umsomehr entgegen, als Anfang künftigen Monats nach dem Bürgerwehrgesetz (3 Monat nach der Auflösung) mit der Reorganisation der Bürgerwehr begonnen werden muß. Es ist jedoch zu erwarten, daß der frühere Eifer, mit dem sich früher die männliche Bevölkerung zur Theilnahme drängte, jetzt etwas erkaltet sein wird.

Zu unsern bisherigen drei Theatern wird mit dem Februar auch ein viertes treten. Die Kroll'schen Erben beabsichtigen nämlich eine Art Tivoli-Theater zu errichten, das sich vorzüglich mit dem Vaudeville und mit dem Lustspiel befassen soll.

In Charlottenburg sind vorgestern von einigen Soldaten Excesse begangen worden. Der dortige Polizeichef hat nämlich verordnet, daß in der Weinhandlung von Egbert Bauer (eines Bruders von Bruno Bauer) keinerlei politische Gespräche geführt werden sollten. Vier Berliner, die sich dort trafen, kehrten sich an diese Vorschrift nicht; ihrem Vergehen folgte die Strafe auf dem Fuße. Einige Soldaten drangen in die Weinstube mit gezogenem Säbel ein und verwundeten zwei jener politisirenden, ganz harmlosen Leute ziemlich schwer, leider waren dies gerade zwei Conservative, die wenige Minuten vorher in der straffälligen Debatte für „Gesetz und Ordnung" gekämpft hatten.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Jan. Das Loos ist über die National-Versammlung geworfen: mit 404 gegen 401 oder wie die berichtigte Zählung heute ergab, mit 400 gegen 396 Stimmen wurde gestern Abend für den Rateau'schen Vorschlag entschieden. Damit ist derselbe selbst freilich nicht angenommen, denn es handelte sich zunächst nur darum, ob er zur Erwägung gezogen werden sollte; aber das Prinzip ist doch immer anerkannt und im besten Fall geht das Amendement des Herrn Pagnerre u. s. w. durch, welches als Termin der Auflösung den 4. Mai festsetzt. Daß aber diese vorläufige Entscheidung im Sinne des Ministeriums ausgefallen ist, rührt vorzüglich daher, daß Alle, welche für das Pagnerre'sche Amendement stimmen wollen, jetzt das Ministerium unterstützen mußten.

Die Sitzung gestern war eine der stürmischsten, die die stürmische National-Versammlung aufzuweisen hat. Die Versammlung sollte zuerst einige unwichtigere Gegenstände erledigen, aber die Unaufmerksamkeit und Unruhe war so groß, daß man sofort zur Tagesfrage übergehen mußte. Nachdem Herr Desèze, ein Nachkomme des berühmten Vertheidigers Ludwig's XVI., mit verletzenden Anspielungen auf die baldige Herstellung der Monarchie den Rateau'schen Vorschlag vertheidigt hatte, nachdem Peter Bonaparte mit der ganzen Gluth seiner südlichen Natur die Rolle des Brutus spielend, diejenigen „Rebellen" genannt hatte, welche kontrerevolutionäre Gedanken hegten, und ihnen gedroht hatte, sie würden einen kräftigen Widerstand finden, der die Volksthümlichkeit desselben großen Namens für sich haben würde, in den die Gegner sich hüllten, nachdem die Versammlung durch alles dies in die höchste Aufregung versetzt war, nahm Montalembert das Wort, um seinem Groll Luft zu machen. „Ich befand mich", beginnt er ironisch, „zeitlebens in der Opposition, d. h. in der Minorität und wenn dann die Zeit kam, daß die Majoritäten fielen, sagte ich nicht zu ihnen: Gehet von hinnen, sondern: Gehen wir von hinnen! Dieser Fall ereignet sich auch heute. Ich sehe mich in

Uebersicht.

Das Stockpreußenthum.

** **Berlin**, 9. Jan. Wenn ich Sie jetzt ersuche, Raum
zu geben dem „Flügelschlag“ „einer deutschen Seele“, so geschieht
es, um vor Deutschland als Kläger meinee eignen Landsleute auf-
zutreten und den Gegnern des erblichen Kaiseethums darzuthun,
daß in Preußen Alles, was undeutsch ist, mit ihnen streitet, Al-
les, was deutsch ist, gegen sie. Es mag wohl kaum in der deutsch-
reformirten Kieche bei ehrlichen, teeuen Seelen, welche die Einheit
im Stiche lassen, um sie da zu suchen, wo sie nicht zu finden
ist (Trias, Turnus), eine Ahnung dessen obwalten, zu welcher
Macht die Ultra's in Preußen anschwellen und welchen Haupt-
accent sie auf das Fehlschlagen der Kaiseeidee setzen. Wenn ich
sage „Ultra's“, so meine ich nicht im entfeentesten darunter
Staatsmänner, welche soweit „links“ oder im „Centrum“ sind,
wie Herr Rintelen und die übrigen Minister! Ich wollte doch
rathen, daß in Frankfuet das Büchelchen „signatura temporis“
fleißig gelesen würde, worin ein Ultra die Geschichte unseree Tage
mundgerecht gemacht hat. Das Buch ist weit verbreiter und
wird mit Begeisterung gelesen; denn es ist gesund antirevolutio-
när und der Veefasser ist ein „eingeweihter“ Mann. Der Le-
ser lernt aber zugleich daraus, daß das Uebel, welches er in
diesem Sommer so sehr hassen geleent hat, älter ist als seit
dem März; die Opposition auf dem vereinigten Landtag ist
der Ursprung aller Revolution; die damaligen Minister des Kö-
nigs, also Thile, Bodelschwingh, Eichhorn, waren nicht alle
„hinlänglich ergeiffen von den in der Thronrede vom 11.
April ausgesprochnen Grundsätzen; die Zusammenkunft in Hep-
penheim steht in genauster Beziehung zu der Bewegung von
1848; überhaupt das westliche Deutschland (namentlich Hessen-
Darmstadt!) war der Heed aller Agitationen und Umtriebe; end-
lich, die Einheit Deutschlands und „ein Volkshaus am Bundes-
tage“ rechnet der Verfasser zu den „Hoffnungen“ und „Träume-
reien“, welche die Freiheitskriege „in unteegeordneten Kreisen“
entstehen ließen. Das nenne ich Ultra! doch nun schlage ich
Ihnen die Neue Peeußische Zeitung auf, Nr. 2 dieses Jahes; da
finden Sie eine „Rundschau zu Neujahr 1848“, worin höchst be-
deutsamer Aufschluß über Absichten und Bundesgenossenschaft des
spezifischen Preußenthums in und zwischen den Zeilen zu lesen
ist; diese „Rundschauen“, welche auch monatlich erscheinen, wee-
den der Feder Otto's v. Gerlach zugeschrieben, der wahrscheinlich
bei weitem mehr Geist hat, als er in der N. P. Z. verrathen
darf; denn es schleicht sich unter die plumpen Schimpfartikel mit-
unter ein Passus oder ein Aufsatz ein, der feine Klassizität hat.
Gönnen Sie mir, eine Analyse nue des Schlusses dieser „Rund-
schau“ zu bieten, wo die N. Pe. Z. „zu Oesterreich übergeht“.
In der That, man glaubt, Herrn v. Somaruga statt Heten v.
Gerlach zu lesen. Heer v. Radowitz rieth an, in Frankfurt preu-
ßisch und in Preußen deutsch zu sein. Wenn der Abgeordnete
von Rüthen eben nicht sonderlich preußisch in Frankfuet sein soll,
(ou est-ce-que c'est une nouvelle fausse?), so ist
die Neue Preußische Zeitung gleichfalls nichts weniger in Ber-
lin, als deutsch. Eher russisch, eher schwarzgelb! die geheime
Wahlverwandtschaft der Kreuzzeitung mit dem Protektor von
Luzern, welcher wir am Ende dieser „Rundschau“ begegnen,
wo die N. Preuß. Z. einen Psalm auf das Würzburger Ma-
nifest vom Martinstage (!) anstimmt, scheint darauf hinauszu-
kommen, daß beide zu Frankfurt und Berlin „österreichisch“
geworden sind. Die Neue P. Z. ist mit ihrem schwarzgelben
Enthusiasmus natürlich weit, weit deutscher als Gagern mit
seinem „Theilungs-Peojekt“, über welches der Verfasser
der Rundschau sein Tuch wirft, wie Tartüffe über den Nacken
der Dorine. Wenn ihn Elmire nun entlarvt? Wenn ihn der
edle Orgon kennen lernt? Ist Orgon noch Herr seines Hau-
ses? Oder hat Tartüffe die Schenkung schon erschlichen? —
Großer Molière, begleit' uns auf dem Gange gegen einen Tartüffe,
der Deutschlands Einheit und Hohenzollerns Sendung verrathen
möchte! „Die Kopfzahlmänuer“ schreibt die N. P. Z., die
seit Oesterreichs und Preußens Eehebung im Oktober und No-
vember jetzt nur noch in Frankfurt sich breit machen dürfen,
erdreisten sich, Oesterreich die Deutschheit abzusprechen,
weil sein deutscher Theon auch Slawen, Magyaren und Italiener
beschattet, und deutsches Wesen, deutsche Bildung, deutsche Treue und
Tapferkeit weit über die Grenzen von Deutschland hinaus geltend
macht.“ Klingt das nicht ganz aus der Tonart der österreichischen
Note? „Die Deutschheit absprechen“! Nun „mahnen“ aber
die Stimmen derer, welche die Fäden der Marionetten der N. P.
Ztg. in Händen halten, „Preußen, den letzten Willen König
Feiedrich Wilhelms des dritten in treuem Andenken zu bewahren,
der seinem Sohn und Nachfolger die österreich-russische Alli-
anz in's Herz geschrieben hat“.

In der N. Pr. Z. folgt hierauf eine Verdächtigung, welche die große Mehrzahl im deutschen Volk von dem „wahrhaft deutschen“ Könige“ nimmer glauben wird: „daß ... gewiß auch Herzensneigung des Königs die preußische Politik unzweideutig auf diesen einen geraden Weg hinweise.“ Soviel steht fest: diejenigen, welche Peeußen zurückstoßen und gegen Preußens Hegemonie arbeiten, bewerkstelligen das peeußisch-russische Bündniß; Preußen ohne Deutschland, zurückgestoßen von Deutschland, ist auf Rußland angewiesen; daher arbeiten unsre Ultea's und „Pensionäre“ so heftig gegen die Kaiseridee.

Von dem russisch-österreichischen Bündniß hat die N. Pr. Z. nur einen Schritt zu dem Gedanken „vielleicht bald zum letzten Mal von Frankfurt aus Deutschland zu überschauen:“ „In Frankfurt scheinen die Pflanzen der Märztage, die in Wien und Berlin schon vertrocknet sind, einen perennirenden Charakter annehmen zu wollen.“ Heinrich von Gagern, welchen die signatura temporis den damaligen „Genossen Brentano's, Struve's und Hecker's“ nennt, heißt auch hier der „Mann von Heppenheim und Hetverg.“ Die Reichsversammlung, deren konservative Haltung der N. Pe. Z. natürlich ein Greuel ist, wird der „Halbheit“ angeklagt! Doch nun heißt es von ihr — Venedey könnte es geschrieben haben! — „Jetzt ist sie in dem geoßen Werke der Einigung Deutschlands soweit vorgeschritten, daß sie ein Drittheil Leibes der Nation abschneidet und daran gibt.“ Wir wollen diesen Satz uns einpeägen. — Hieeauf folgt ein Hymnus auf Oesterreich — „und welches Deittheil“ —! Berufung auf Baiern! auf den von ihm (Dönniges) gedrohten Rheinbund! da sehen Sie, — schwarzgelb, schwarzweiß, weißblau, das sind überall dieselben; und nun will man die Idee der peeußischen Hegemonie verschwärzen, als ob Preußen seinen eignen Vortheil dabei suchte! Thut doch die Augen auf und seht, Alles was gegen die deutsche Einheit sich verschwört, eifert dagegen, die Ultra's in Peeußen obenan! Gemeinschaftlich keeuzigen sie den Glauben an eine große Zukunft des Vaterlandes und das spezifische Preußenthum wälzt selbst den Stein „Oestereeich“ vor des Geabes Thür!

Doch weiter, weiter. Es kommt noch vaterländischee, noch deutscher! „Und diese Frankfurter Zerfleischer von Deutschland wagen es noch, nachdem Wien und Berlin dem Radikalismus aus den Klauen geeissen (?) sind, dem Könige von Preußen eine Krone von Goldpapier anzubieten? dem Könige von Gottes Gnaden eine Keone von der Kopfzahl (!) Gnaden? dem Könige, der so eben die Revolution besiegt hat, eine revolutionäre Krone? dem Könige, der Deutschlands geborner Vertheidiger ‚ist (sic), eine Krone behaftet mit der Schande des Verlustes eines Drittheils von Deutschland? dem Könige, der sich identifizirt hat mit der Idee der Einheit und Geöße von Deutschland, eine Keone, die Zwiespalt stiftet zwischen Preußen und Oestereeich, zwischen Nord- und Süddeutschland, zwischen dem katholischen und protestantischen Deutschland, einen Zwiespalt, über den auch die übrigen zwei Drittheile von Deutschland verloren gehen würden.“ —

Gut ausgesonnen, Pater Lamormain!
Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheidt,
Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen!

Die Idee der Einheit und Größe Deutschlands foedert — daß Deutschland uneins bleibe; die Idee der Einheit und Größe Deutschlands fordert, daß über einer „Einigkeit der Drittheile“

die Einheit verloren gebe! Welchen Trank der Circe verabreicht die N. Pr. Z. ihren unbefangenen Lesern!

„Nicht aus Kopfzahlwahlen (die N. P. Z. rächt sich an Jedem, der Kopf hat!), sondern aus Treue und Recht, aus Tapferkeit und Sieg, erwachsen große Reiche." Vergleichet, ruft die N. Pr. Z., Windischgrätz, Radetzky, Jellacic, „wie man ein uneiniges Reich einig macht" — das ist deutlich! Nicht durch eine verfassunggebende Reichsversammlung, sondern „mit Pulver und Blei!"

Nun folgt eine gar artige Verdächtigung: „Wohl eben so vielen Dank wie für die Novemberthaten, die unser engeres Vaterland befreit haben, sind wir unsrem König für die Zurückweisung dieser Anträge schuldig, die, so widersinnig sie auch sind, doch verführerisch sein konnten für ein Ohr, das den Einflüsterungen des Zeitgeists offen gestanden hätte." Die Zurückweisung? Welcher Anträge? — „Durch diese, Oesterreich nicht nur, sondern dem großen Vaterlande bewiesene Treue, hat der König das rechte Fundament der Einheit Deutschlands (über Euch Heuchler!) sicher gestellt, nämlich" — Sie werden kaum glauben, daß nun buchstäblich folgt: — „die Einigkeit Oesterreichs, Preußens, Baierns und überhaupt der großen deutschen Staaten." Und nun weiter: „Diese Einigkeit ist selbst schon deutsche Einheit" — Muß nicht Jedem dabei das Hexen-Einmaleins aus dem Faust einfallen? —

Aber diese Einigkeit der großen deutschen Staaten scheint denn doch selbst dem Hexen-Einmaleins der Kreuzzeitung nicht eigentlich die deutsche Einheit, sondern nur unartikulirt, nämlich „deutsche Einheit" zu sein, wie Preußen am Ende für sich auch deutsche Einheit ist. Denn es heißt ferner: „sie kann und wird mit Gottes Hilfe (ich bitte, geben Sie Acht, was aus der Einigkeit oder unartikulirten Einheit mit „Gottes" Hilfe wird) durch allmäligen organischen Anschluß der kleinen an die großen Staaten immer mehr Einheit werden, wogegen aus dem Frankfurter Irrsaal (buchstäblich) Zwiespalt und immer ärgerer Zwiespalt hervorgehen muß." Das Ende vom Liede, „immer mehr Einheit", ist demnach in jenem versengten Hirn so gedacht, daß Herr von Griesheim zuerst Deutschland erobert und den organischen Anschluß „aus Treue und Recht", nämlich Kriegsrecht, mit Pulver und Blei vollzieht, daß aber Deutschland sich einstweilen mit der unartikulirten Einheit, nämlich der Koalition der großen gegen die kleinen Staaten und dem allmäligen Mediatisiren der letztern beruhigen muß, — bis Herr v. Griesheim oder ein anderer Epigone der Freiheitskriege, deren Kreuz jene Zeitung blasphemirt, im regelmäßigen und in den Märztagen etwas errungenschaftlich vorschreitenden Avancement es bis zum Marschall Vorwärts gebracht haben wird! — „Frankfurt will mit Preußen ohne Oesterreich Deutschland einig und groß machen. Möge lieber Preußen mit Oesterreich ohne Frankfurt Hand an dieses edle Werk legen — denn, ohne Oesterreich ist Deutschland nie gewesen und kann Deutschland nicht sein."

„Es ist aber gewesen und kann und wird sein ohne die Frankfurter Versammlung. Ist Heinrich v. Gagern ein wahrer Patriot, so springe er, sammt seinen kühnen Griffen und allen Machwerken seines Vorparlaments, seines Fünfziger-Ausschusses und seiner Konstituante, wie Curtius in die Grube, die mitten in Deutschland klaffend und finster sich aufthut, damit sie sich schließe und das Vaterland auf dem Platze, den sie jetzt schändet, seine Einheit und Größe aufbaue." Ja, diese Grube thut sich auf; sie wird gegraben von Fürsten und Demokraten, von Weißblauen, Schwarzweißen, Schwarzgelben und von regenbogenfarbigen — Jesuiten — aber das Sprichwort verheißt: „Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein." Dann wird so Manches von dem Platze schwinden, welchen es jetzt schändet! Eine gute Moral ist aus dem „Freischütz" zu lernen, wie der Max verleitet ist, nach der Taube zu schießen und den Kaspar trifft. Denen, welche die Maximiliane und Andere anstacheln, gegen unsere Einheit zu operiren, wird es nicht besser als dem Kaspar ergehen.

Hierauf ergötzt sich die N. Pr. Ztg. an den „Grundrechten deutscher Nation", worin sie eine Sammlung von Gemeinplätzen der Revolution, Widerwillen athmend gegen alles eigenthümlich deutsche (!) Wesen erblickt: „Der Staat, sogar die Schule losgerissen von der Kirche (hört, hört,), folglich der Staat entweiht, die Schule heidnisch, und die Kirche, wie Vogt von Gießen richtig weiter schließt (die N. Pr. Ztg. zitirt Vogt!), soweit der Frankfurter Macht reicht, vernichtet." — Da hätten wir denn den christlich-germanischen Staat in seiner Ursprünglichkeit, wie Eichhorn und bessre Thile ihn hegten und pflegten, bis sie die Revolution großgezogen hatten. Nicht wahr, diese „Rundschau" läßt nichts zu wünschen übrig; auch dazu kommen wir — natürlich am Schlusse, der das Ganze krönt.

„Hoffentlich wird zunächst Preußen seine Fürsorge für die Einheit von Deutschland dadurch bethätigen, daß es Hand in Hand mit Oesterreich und nicht minder bestimmt (nicht mehr bestimmt?), als dieses schon gethan hat, diese ohnmächtigen Anmaßungen „der unverbesserlichen Gegner der Einheit", (d. h. „dieser Frankfurter") zurückweist. — Zunächst? Das Zunächst dieses Zunächst's würde Camphausens Entfernung sein, der einer ähnlichen „Fürsorge" Baierns „für die Einheit" neuerdings heimgeleuchtet haben soll. An Camphausens Entfernung wird gearbeitet aus dem patriotischen Grunde, weil er nicht genug „Fürsorge für die Einheit von Deutschland (siehe oben) bethätigt" und das „Hand in Hand gehen" nicht liebt. Ein Ruheposten in Sigmaringen wird ihm von „alten Freunden", die ihm Dank schuldig sind, bereit gehalten — — doch Camphausen würde wahrscheinlich sein Köln vorziehen.

Jetzt wird Gervinus (Gervinus in der Neuen Preußischen!) vorerst begeifert, sodann — als Autorität zitirt, wegen gewisser ihm zugeschriebener Worte aus der D. Ztg., worin die Reife der Deutschen zur Selbstregierung und Einheit bestritten war. Dem fügt die N. Pr. Ztg. hinzu: „Wenn die Kopfzahlversammlungen in Berlin, Wien und Frankfurt Bankerott machen, darum brauchen doch Preußen, Oesterreich, Deutschland (1. Preußen, 2. Oesterreich, 3. Deutschland, wie einst die Debats schrieben zum allgemeinen Zorn aller Deutschen!) darum nicht zu verzweifeln und Bankerott zu machen; ja, — dann fangen die Geschäfte dieser soliden Firmen erst recht zu blühen an." Das wäre also die Firma „Deutschland" neben den Firmen „Preußen" und „Oesterreich" — Also Deutschland ohne Preußen und ohne Oesterreich! Da haben wir denn die N. Pr. Ztg., welche in der übergroßen „Fürsorge für die Einheit von Deutschland" (s. oben:) „soweit vorgeschritten ist, daß sie zwei Drittheile des Leibes der Nation abschneidet und daran gibt"! Und mit Preußen: „welches Drittheil"! „Die Monarchie", wie die N. Preuß. Ztg. von Oesterreich und wie wir von Preußen sagen, „die Monarchie, in der zuerst Deutschland als Weltmacht sich konzentrirt." Wir haben die Einheit Deutschlands, welche die N. Preuß. Ztg., das Organ des spezifischen Preußenthums verfolgt (in des Worts verwegenster Bedeutung: verfolgt!) kennen gelernt und sagen nun mit ihren eignen Worten: „Wir schließen mit einem Blick auf einen Lichtstrahl, der in diese Finsterniß fällt." Doch die Finsterniß, welche das Blatt der Finsterniß meint, ist die politische Weltbewegung; und der Lichtstrahl, mit dem Blicke worauf das spezifische Preußenthum endigt (sit nomen et omen), ist — —: die am Martinstage (am Luther- und Schiller-Tage!) 1848 von den aus ganz Deutschland in Würzburg versammelt gewesenen römisch-katholischen Bischöfen erlassene öffentliche Ansprache, worin an der „im Wesen des Staats und der Kirche tief begründeten Verbindung der Kirche mit dem Staat festgehalten wird." Wohlgemerkt: „im Wesen des Staats und der Kirche," sodann „Verbindung der Kirche mit dem Staat." — Welch' ein Lichtstrahl! —

Was ist die Koalition gegen Gagern im Parlament, gegen dies Höllengebräudel der Neuen Preuß. Zeitung! Pietismus, Metternichismus, Russenthum und Ultramontanismus! Damit sämmtliche zum Untergange Deutschlands verschworne Mächte darin repräsentirt seien, fehlt nur noch das früher in der Allg. Preuß. Ztg. ertönende kommunistische Feldgeschrei gegen die Bourgeoisie, und insbesondere: — die Ruge'sche Weltanschauung. Vielleicht wäre Ruge für die Neue Preuß. Ztg. zu gewinnen? Hat er doch bereits Herrn von Manteuffel in einer Audienz vorgetragen, wie das Ministerium Brandenburg seinen Sieg hätte brauchen sollen — — gegen Frankfurt!

Die deutsche Kriegsmarine.

In diesen Tagen ist eine Brochüre erschienen, betitelt: „Entwurf zur Bildung einer deutschen Kriegsflotte nebst Kosten-Anschlag derselben. Von Patrick Colquhoun, Doktor beider Rechte und ehemaligem Bevollmächtigten der Hansestädte in Konstantinopel und Athen". (Leipzig bei Friedrich Fleischer.)

Dieses kleine Werk erscheint allerdings etwas spät, aber kei-

neswegs zu spät, um mit Vortheil benutzt und mit Interesse gelesen zu werden. Es dürfte im Gegentheil einen höheren Werth haben dadurch, daß es nicht in der Hitze der ersten Begeisterung geschrieben, sondern nach ruhiger Ueberlegung und Wahrnehmung der Verhältnisse, des Zustandes, der Mängel und der Hülfsquellen von Deutschland, und als Solches ist es dem gebildeten Publikum sehr zu empfehlen, während eine kurze Besprechung des „Entwurfs“ in dieser Zeitung nicht ohne Interesse sein dürfte.

Der Verfasser ist bekanntlich der Sohn des allgemein geachteten hanseatischen Gesandten in London, und ist mit unseren Zuständen und der deutschen Sprache vollkommen vertraut, wie Figura zeigt. Sein Hauptzweck ist, zu beweisen

daß Deutschland durch das Streben, als Seemacht ersten Ranges aufzutreten, seine Stellung als Landmacht gefährden würde, sogar ohne seinen Endzweck, den Schutz seines Handels und seiner Schifffahrt zu erreichen;

daß die Bauhäfen von den Zufluchts- oder Kriegshäfen zu trennen sind;

daß Deutschland die Leitung dieser Angelegenheit denjenigen überlassen sollte, deren geographische Lage und langjährige Erfahrung im Seewesen sich am besten dazu eignet, und

daß eine so bedeutende Maßregel nur zur Friedenszeit unternommen und mit Erfolg gekrönt werden kann.

„Als das Prinzip — sagt Hr. Colquhoun S. 3 — müssen die Bauhäfen von den Zufluchtshäfen getrennt bleiben, damit nicht ein Feind, durch den doppelten Bewegungsgrund und durch eine doppelte Prise gelockt, seine Kraft auf die Stelle konzentrire, wo nicht allein eine segelfertige Flotte vor Anker liegt, sondern wo nach geschehener Vernichtung derselben auch noch eine reiche Beute von Kriegsvorräthen im Hintergrund liegt. Die Hansestädte eigneten sich stets am besten für Kriegswerfte und gerade aus demselben Grunde, welcher sie als Zufluchtshäfen untauglich macht, nämlich durch ihre Unzugänglichkeit. Die Seichtheit der Elbe und Weser, die an den Mündungen derselben befindlichen Sandbänke, die Entfernung Hamburgs und Bremens von der See, und die schmale tiefe Trave, ohne Rücksicht auf den Eisgang im Winter, schützen diese Plätze gegen feindliche Angriffe, ja sogar gegen Dampfboote, und im Sommer, wenn nur die Ufer mit geeigneten Batterien und die Flüsse selbst mit abgetakelten, nicht mehr seetüchtigen schwimmenden Batterien versehen werden. Dagegen eignen sich vorzüglich die Jahde, Ems und Kiel zur Anlegung von Nothhäfen.“

Was der Verfasser über die Zweckmäßigkeit von Dampfschiffen sagt und seine Ansichten über zu große oder zu kleine Fahrzeuge, sind so treffend und scharfsichtig, daß sie hier in seinen eigenen Worten folgen mögen:

„Kanonenböte aller Art sind aus der Rechnung zu lassen, da diese veralteten Kriegsfahrzeuge heutzutage vortheilhafter durch Dampfschiffe verschiedener Art ersetzt werden, die nicht allein mannigfaltigere, sondern auch bessere Dienste leisten, so daß ein einziges Dampfschiff in kurzer Zeit eine ganze Flottille Kanonenböte vernichten würde. Vor der Hand wenigstens sollte Deutschland gar nicht an Linienschiffe denken, sondern sich nur auf größere und kleinere Fregatten und Dampfschiffe, besonders auf letztere beschränken, weil die die kleineren Kanonenböte ersetzenden Dampfschiffe insbesondere zu jeder Zeit als Postschiffe, woran Deutschland den größten Mangel leidet, durch Besorgung der überseeischen Posten und Passagiere einträglich gemacht werden können; denn bis jetzt ist Deutschland in dieser Beziehung immer vom Auslande abhängig gewesen. Im ersten Jahre dürfte man dieser Zahl 3 größere Fregatten von 60 Kanonen zufügen und jedes nachfolgende Jahr 1 Schiff jeder der schon angegebenen Benennungen, also jährlich 6 Schiffe, bis die Zahl sich verdoppelt hätte; nach einer 7- oder 8jährigen Erfahrung würde es alsdann bald Zeit sein, an Linienschiffe zu denken; wahrscheinlich würde man alsdann auch gefunden haben, daß diese Art Schiffe für die deutschen Verhältnisse gar nicht paßt. Will aber Deutschland die Stellung einer Kriegsmacht ersten Ranges einnehmen, will Deutschland Frankreich oder Rußland offensiv zur See anstatt zu Lande angreifen, kurz will Deutschland sein Geld in's Meer werfen, so baue es Linienschiffe. Zur Blockirung, zum Schutze des Handels, zum Kapern, Kreuzen, kurz zu allen nützlichen und praktischen Zwecken brauchen die seefahrenden Nationen ausschließlich Fregatten und kleinere Fahrzeuge und neuerdings besonders Dampfschiffe; dagegen sind Linienschiffe nur zur geordneten Schlacht tauglich. Nur dann, wenn Deutschland gegen die überlegene und fast ausschließliche Seemacht Englands, welche bisher die Flotte einer jeden Nation, die mit ihr in die Schranken getreten, auf immer, oder jedenfalls auf längere Zeit vernichtet hat, oder wenn es vielleicht gegen das entferntere Amerika feindselig auftreten will, was weder in den politischen, noch in den Handels-Interessen Deutschlands liegt, sind Linienschiffe nöthig.“ (Hamb. Corr.)

Deutschland.

Konst. Korresp. **Berlin.** In Nord-Amerika, welches einen sechsfach stärkeren Betrieb des Wallfischfanges aufzuweisen hat, als ganz Europa, berechnete man schon vor einigen Jahren den Betrag der in diesem Gewerbe angelegten Kapitalien auf 25 Mill. Dollars und die Einnahme davon auf 5 Mill. Dollars, d. i. auf 20 pCt. Und doch kommt in Amerika die Beköstigung der Mannschaft mehr als doppelt und der Schiffbau fast dreimal so hoch zu stehen, wie z. B. in den preußischen Ostsee-Provinzen. Der Gewinn für uns wäre demnach sehr beträchtlich. Preußen würde einer Wallfischjägerflotte von mindestens 150—200 Segeln bedürfen, um nur sich selbst und die Zollvereinsstaaten nebst den Hinterländern mit den Erzeugnissen des Wallfischfanges zu versorgen und dadurch eine Einfuhr in Rohprodukten (Thran, Fischbein u. s. w.) von mehr als 6 Mill. Thlrn. der inländischen Rhederei zuzuwenden. Welche Aussichten für die Belebung unseres Zollvereinshandels! — Für die Entwickelung der Schifffahrt ist der Betrieb der Südseefischerei deshalb von so großer Bedeutung, weil er die Seeleute mehr als jeder andere Zweig des Seewesens in allen Meeren der Erde umherführt, sie also praktisch für die Beschiffung derselben vorbildet und zur Betheiligung am großen Welthandel befähigt. Wie sehr es daran noch jetzt in Deutschland fehlt, geht daraus hervor, daß von allen Hamburger Schiffen nur 15pCt. auf transatlantischen Fahrten in See gehen. Was endlich die Bedeutung der Südseefischerei als treffliche Vorschule für den Seekriegsdienst anbelangt, so wollen wir hier das Urtheil eines Sachverständigen anführen. Der Engländer Bennett sagt in seinem Werke über die Südseefischerei: „Der Wallfischfang ist unbedingt der vorzüglichste Zweig der gesammten kaufmännischen Schifffahrt. Er ist im Frieden das geeignetste Mittel, den Muth, die Ausdauer und den Unternehmungsgeist britischer Seeleute in ihrem hellsten Lichte zu zeigen und sich entfalten zu lassen.“ Demgemäß geben auch die englischen Flottenoffiziere unbedenklich zu, daß in vieler Beziehung der Flottendienst im Frieden bei weitem nicht so gut als Vorübung für den Kriegsdienst wirke, wie der Wallfischfang. Aus demselben Grunde halten die Nordamerikaner im Frieden nur eine geringe Flottenmannschaft. Die Regierung sorgt nur für das nöthige Flottenmaterial, während ihr in den 24,000 Matrosen der Wallfischfahrer für den Fall der Noth eine „Seewehr“ zu Gebote steht, welche an Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit der preußischen „Landwehr“ gewiß nichts nachgibt.

† **Aus der Pfalz**, im Jan. Wie weit wird es noch mit unsern Volksschullehrern kommen? Das Thermometer ihrer Wünsche und Hoffnungen ist immer noch im Steigen begriffen und hebt sich im Hinblick auf die bevorstehende Ständekammer abermals mit Macht. Wenn der Lehrerstand in der gegenwärtigen allgemeinen Volkserhebung entschieden darauf hinarbeitete, von der Aufsicht der Geistlichen befreit zu werden, so darf das nicht Wunder nehmen. Die ganze Bildung der Volksschullehrer, wie sie durch die Einwirkung humanistischer Theorieen auf die Pädagogik und das Unterrichtswesen in den letzten Decennien immer allgemeiner geworden ist, drängte unabweisbar darauf hin, daß dem Lehrerstande als solchem seine gebührende Selbstständigkeit öffentlich zuerkannt und gewährleistet würde. Auch haben nicht wenige Geistliche katholischer und protestantischer Konfession durch ihre Unkenntniß des Schulfaches, ihre verkehrte Behandlung der Lehrer, ihre inhumane und unkluge Arroganz das Ihrige redlich dazu beigetragen, jene Bestrebungen zu unterstützen. Doch blieben die Lehrer bei diesen nicht stehen. Aus dem Verlangen nach Emancipation der Lehrer von der Aufsicht der Geistlichen entstand naturgemäß das Verlangen nach Emancipation der Schule von der Kirche überhaupt. Kommunalschulen ist nun das Stichwort geworden, welches die Lehrer fast beständig im Munde und in der Feder führen. Die Schule, sagen sie,

sorge für das, was allen Menschen ohne Ausnahme nöthig sei und gewährt werden könne, die Kirche habe nur einen Theil der Menschen im Auge; die Schule vertrete das Allgemeine, die Kirche das Besondere; darum könne die Schule unmöglich unter der Kirche stehen. Mithin geht das Bestreben des Lehrerstandes jetzt dahin, sich als solchem eine Stellung außerhalb der Konfessionen oder vielmehr über denselben zu erringen. Hierbei fanden die Lehrer der Pfalz einige Geistliche als eifrige Vertheidiger. Man liest in dem Schulblatte: „Herr Pfarrer Eckhard, welcher in Landau zum Abgeordneten der nächsten Ständekammer gewählt wurde, hat sich bereit erklärt, die Sache des Lehrerstandes zu der seinigen zu machen. Er will unsere gerechten Forderungen und Wünsche trotz allem Zetergeschrei der Ultramontanen standhaft verfechten und besonders für die Trennung der Schule von der Kirche in die Schranken treten. Wir müssen Herrn Eckhard kräftig in die Hände arbeiten. Es ist ganz besonders wichtig, Beispiele anführen zu können — exempla docent — wie manche Geistlichen, oder besser Pfaffen, ihre Gewalt mißbrauchen, um die Lehrer zu knechten und wie sie ihre schändlichen Plane, das Volk in Unwissenheit zu erhalten, um es desto leichter nach ihrer Art ausbeuten zu können, nur durch die Unwürdigkeit, in der sie die Schule und ihre Lehrer zu halten suchen, zu erreichen hoffen." Entschiedener aber nahm sich in der letzten Zeit der pfälzer Volksverein dieser Bestrebungen der Lehrer an. Er erkannte mit gutem Grunde in ihnen nicht unwichtige Mittelspersonen, um in den Gemeinden mit seinen Tendenzen gehörigen Fuß fassen zu können. Durch die Lehrer wurde es ihm besonders möglich, politische Lesevereine in nicht geringer Anzahl zu gründen, die von ihm herausgegebenen oder seinen Grundsätzen entsprechenden literarischen Produkte unter's Volk zu bringen und die Demokratisirung des Landes vorzubereiten. In der Pfalz hat der Volkslehrerstand vielleicht eine günstigere Stellung im Ganzen, als in den meisten übrigen Ländern Deutschlands. In Folge der französischen Gesetzgebung steht er hier nicht unter dem Geistlichen als solchem, sondern nur auf Anordnung der Regierung, in deren Händen die Sorge für das Schulwesen ruht. Auch der Gehalt ist wenigstens anständig; sie erhalten öfters noch freie Zulagen und haben im Sommer Zeit genug, ihre Oekonomie gehörig abzuwarten. Es wurde ihnen darum in der Pfalz auch leicht möglich, sich mehr als Korporation zu organisiren, als vielleicht in irgend einem deutschen Lande geschehen ist. Sie haben ihre selbstgewählten Kantonsausschüsse, ihre freien Versammlungen, ihr Schulblatt und, man kann es nicht leugnen, es herrscht ein reges Leben unter ihnen, von dem man nur wünschen möchte, daß es eine für ihr Amt, das Wohl ihrer eigenen Person, und das des Volkes, dem sie zu dienen haben, günstigere Richtung eingeschlagen hätte. Es ist nämlich nicht mehr zu verkennen, daß ihre Polemik nicht blos der Kirche, sondern auch der christlichen Religion überhaupt, nicht blos der mangelhaften Schale, sondern zugleich dem guten Kerne gilt. Nur einige Proben dazu aus dem pfälzer Schulblatt. Unterm 9. Dez. bringt es ein Gedicht, überschrieben: „christliche Erziehung," worin es heißt:

„Lehrt meinem Volk hübsch fromme Lieder,
So sprach der Fürst zu seinen Pfaffen,
Bückt es mir hübsch zur Erde nieder,
Um ihm des Himmels Heil zu schaffen.
Und daß es zahle fromm die Steuer,
Lehrt nach dem Evangelium;
Denn gebt dem Kaiser das was euer,
Sagt Christus, und das war nicht dumm.
Dem Volk laß ich den Himmel
Mit seinem Sterngewimmel,
Wenn mir nur bleibt die Erde."

Ein andermal empfiehlt dasselbe Blatt die in Heidelberg gedruckte neue Zeitung „Der Volksführer", welche als Fortsetzung der Mannheimer Abendzeitung betrachtet werden darf, mit folgenden Worten: „Die Redaktion, durchdrungen von der Ansicht, daß die vielen politischen Rückschläge, welche wir seit dem März des Jahres erlebten, hauptsächlich eine Folge sind von der nicht in Abrede zu stellenden politischen Unbildung des Volkes, die ihren Grund wiederum in der verfehlten Einrichtung des Schulwesens hat, hat sich vorgesetzt, in umfassender Weise die Interessen der Bildung und der Bildungsanstalten zu vertreten und mit allen Kräften Diejenigen zu bekämpfen, welche in der Verdummung des Volkes ihr Heil suchen. Die Schullehrer werden daher die Verpflichtung auf sich nehmen müssen, zur Verbreitung des Blattes Alles beizutragen, was in ihren Kräften steht . . . Es liegt im Interesse der Lehrer, ja diese haben die Verpflichtung, das Blatt womöglich in alle Hütten zu verbreiten, damit die darin vertretenen Ideen im Volke Einfluß gewinnen. Dieses ist nicht schwer. So viel Einfluß hat jeder Lehrer . . ." Mit aller Entschiedenheit muß man solchen Bestrebungen des Lehrerstandes gegenüber hervorheben, daß die Freiheit des Unterrichtes nicht in der Zügellosigkeit der Lehrer bestehen kann; daß der Staat, auch wenn er den Lehrern die äußere Stellung garantirt, nimmermehr ihnen die Achtung in den Gemeinden, welche nur auf ihrer eigenen sittlichen Amtstüchtigkeit beruht, garantiren kann; daß kein Hausvater gezwungen werden kann noch darf, Lehrern seine Kinder anzuvertrauen, von deren schädlichem Einfluß auf Geist und Herz derselben er Gelegenheit hatte sich gründlich zu überzeugen; daß endlich, wenn wirklich ein wahrhaft konstitutionelles Volksleben, in welchem Volk und Fürst in wahrer Freiheit sich gegenseitig tragen und heben, zu Stande kommen soll, an der Jugend angefangen und in ihrem bildsamen Herzen, durch eine ächt religiöse und sittliche Bildung der Grund zur wahren Freiheit gelegt werden muß. Raffinirte Köpfe, pfiffige Spekulanten, durchtriebene Allerweltskerle machen den Staat und das Volk nicht glücklich, sondern können höchstens die demokratischen Klubs bevölkern, und durch beständiges Revolutioniren eine Säbelherrschaft nöthig machen.

Frankreich.

†† **Paris**, 12. Jan. Die Akademie hat heute den Herzog von Noailles, ehemaligen Pair von Frankreich, zu ihrem Mitgliede für den verstorbenen Herrn v. Chateaubriand mit 25 Stimmen unter 31 Votirenden erwählt. Der Anwesenheit des Schweizer Generals Dufour und seinen vielen Conferenzen mit dem Präsidenten Bonaparte wird ein diplomatischer Zweck untergelegt. Man vermuthet, der Präsident der Schweizer Republik habe Herrn Dufour wegen seiner näheren freundschaftlichen Verbindung mit Louis Napoleon gewählt, um die Stellung und Handlungsweise der französischen Republik bei einem Angriffe auf die Schweiz von Seiten Oesterreichs oder Deutschlands zu erkunden. Die Schweiz ist eine strategische Vorhut Frankreichs nach dem Süd- und Nordosten. Jeder Angriff auf die Schweiz ist ein strategisch feindlicher gegen Frankreich. Uns ist es klar, welche Stellung in diesem Kriegsfalle der gestern wieder nach Paris zurückgekehrte Marschall Bugeaud mit der Alpenarmee in Piemont, oder bei einem Angriffe der nördlichen Schweiz, der General Changarnier am Rhein und in Belgien nehmen würde. In Brüssel ist für Sonntag den 21. Jan. ein großes Demokratenbanket aus allen Theilen des belgischen Staates berufen, um eine republikanische Centralgesellschaft zu konstituiren. Man ist gespannt, wie sich die Regierung dabei benehmen wird. Der Präsident Louis Napoleon hat einen Hauskaplan für's Palais Elysée National ernannt, und der Citoyen Bonaparte läßt sich „Mon Prince," „Monseigneur" tituliren. Die Grundrechte, welche den Adel abschaffen, scheinen ihm noch nicht geläufig zu sein. Die Nationalversammlung debattirte in der Sitzung vom 11. Jan. über den Salzeinfuhrszoll, welcher jetzt für 100 Kilogramm (200 Pfund) auf französischen Schiffen 50 Centimes und auf fremden Schiffen noch einmal so viel beträgt. Man wollte die Salzfabrikation des Landes durch einen höheren Schutzzoll heben und dekretirte den Zoll für fremde Schiffe auf 2 Francs 25 Centimes, für französische auf 1 Frank 75 Centimes. In Grenoble wurde folgendes Bulletin zu Tausenden auf den Straßen vertheilt: „Aufruf an die Bürger, welche für Louis Napoleon Bonaparte gestimmt haben. Bürger! der Präsident der Republik kann die gerechten Hoffnungen, welche wir durch ihn hegten, nicht erfüllen, weil sein Weg nicht frei ist. Eine Petition um Auflösung der Kammer wurde entworfen; sie liegt am Platze St. Louis 4, im 2. Stock, auf. Kommt und unterschreibt sie!"

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 17. **Frankfurt a. M., Mittwoch 17. Januar.** **1849.**

Uebersicht.

Das Reich der Mitte.

Deutschland. Frankfurt (Die Posener Frage. Die Stimmung in der Oberhauptsfrage.) Wien (Angriffe auf Wachposten. Die ostdeutsche Post. Die Geldangelegenheiten.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Schwarz Professor in Halle. Schmidt von Jena berufen. Rintelen noch immer Minister. Staatsrath. Der König und die Urwähler. Die politischen Verfolgungen. Prozesse.) Aus Masuren (Denunziantenwesen. Die deutsche Sache.) Aus Schlesien (Politisches Votum der Consistorien.) Posen (Die katholischen Prälaten und die Wahlen. Die Umtriebe der Polen. Was in Frankfurt zu thun ist.) Stralsund (Die Ostseeküste und Dänemark. Rußland. Kanonenbote. Wahlen.) Langensalza (Verhaftung.) München (Hr. v. Aretin nach Ollmütz. Ankunft des Hrn. v. Mayern. Ministerkonferenz mit Abel und Gise. Gerüchte über Oesterreich.) Mannheim (Florian Mördes verhaftet. Die Vereine.) Darmstadt (Kammerverhandlungen. Antrag über die Oberhauptsfrage.) Gotha (Die Konferenz der thüringischen Regierungen.) Koburg (Verkündigung der Grundrechte.) Weimar (Günstige Stimmung für die preußische Hegemonie.) Nassau (Die Landesregierung und die deutsche Einheit.)

Großbritannien. London (Die große Reformversammlung in Manchester.)

Frankreich. Paris (Die Journale über die letzten Verhandlungen der Nat.-Vers. General Pelet nach Turin. Brief von Bugeaud. Madame Drouyn de Lhuys.)

Spanien. Madrid (Plan eines Triumvirats.)

Italien. Rom (Ultimatum des Papstes. Rüstungen.) Florenz (Adresse an die Römische Regierung in Betreff der Constituante.)

Schweiz. Bern (Die Tessiner Angelegenheit.) Tessin (Die Flüchtlinge.)

Niederland. Haag (Einberufung der neuen Kammern.)

Griechenland. Athen (Die Cholera an der Grenze. Seltene Kälte. Das Budget für 1849. Das Ministerium gegen die Marschälle.)

Neuestes.

---

17. Januar.

In dem Augenblicke, wo man in der Paulskirche über das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich verhandelte, brachten diese Blätter in einer Beilage Auszüge aus einer Staatsschrift, welche dieselbe Angelegenheit so nüchtern und doch so schlagend in ihren Grundlinien zeichnet, daß man in der Nationalversammlung kaum viel Neues dafür oder dagegen hat aufbringen können. In einer Zeit, wo sich in Bezug auf unser wichtigstes nationales Verhältniß ganz dasselbe Spiel wiederholt, das einst die politischen Wochenblätter, der „Janus" und der „Rhein. Beobachter" gegen die Vertheidiger der konstitutionellen Monarchie mit einem so kläglichen Ausgang getrieben haben, wo man wieder nur als „Professorenerfindungen" das alles verächtlich abzuthun meint, was die Nothwendigkeit der Dinge uns unabweisbar früher oder später in den Weg drängen muß, in einer solchen Zeit dürfen wir uns schon doppelt darüber freuen, wenn ein Staatsmann, der offenbar auf einem freieren Standpunkte steht, als ihn unsere politischen Kreise gestatten, ganz zu demselben Ergebniß gelangt, wie jene verfehmten Professoren, die nun einmal nicht dazu zu bringen sind, „die ältesten Sünden auf die neueste Art zu thun". Was werden die politischen Dilettanten, die nicht einmal die groben Umrisse historischer und politischer Verhältnisse kennen und ihre Unwissenheit noch dazu mit aller Süffisance angehender Staatsmänner der Zukunft zur Schau tragen, was werden die viel dagegen vorbringen können! Oder die Politiker von heute, die mit aller paradiesischen Unschuld zur Lösung großer Staatsfragen herangekommen sind und so recht das „auserwählte Volk" bilden für jenen Nachwuchs Metternich's, so recht die bequeme Handausgabe deutscher Gutmüthigkeit und Unbehülflichkeit, die zu behandeln jenen diplomatischen Meistern ein Spielwerk ist! Was werden alle die rührigen Korrespondenten jener Blätter dazu sagen, die sich zwar wohlweislich hüteten, viel mit Gründen hervorzurücken, die aber um so eifriger bemüht waren, wie ihnen alles rein persönliche oder Parteisache ist, so auch die große Angelegenheit Deutschlands wie eine persönliche Angelegenheit von Dahlmann, Beseler u. s. w. hinzustellen? Es war ein Kniff, den vor acht Monaten und früher die „schlechte" Presse mit vieler Emsigkeit und vielleicht auch nicht ohne Erfolg geübt hat; die Alltagsleute ließen sich damals in's Bockshorn jagen und wären jetzt froh, wenn sie das Eisen geschmiedet hätten, so lang es noch heiß war. Die Zeiten haben sich indessen geändert; heute ist es die „gute" Presse, die sich bemüht, in den schlechten Künsten der schlechten Presse ihre Virtuosität zu bewähren.

Auf die Gefahr hin, wiederholt bezichtigt zu werden, es sei uns nur um eine Grille deutscher Professoren zu thun; auf die Gefahr hin, daß der Unverstand nachbetet, was ihm die berechnende Sophistik vorsagt, greifen wir noch einmal das Verhältniß zu Oesterreich auf, mit Gründen und Thatsachen, nicht mit abgegriffenen Schlagwörtern oder aufgebrauchten Verdächtigungen. Wir thun es, unbekümmert um den Erfolg, auch wenn wir gewiß wüßten, daß die Gegner nichts Besseres zu entgegnen wissen, als „die Weiber, die beständig zurück nur kommen auf ihr erstes Wort, wenn man Vernunft gesprochen stundenlang."

„Oesterreich soll nicht von Deutschland losgerissen, nicht hinausgedrängt werden" — das ist die Phrase, womit man alle staatsrechtlichen Erwägungen glaubt niederschlagen zu können, ohne daß man sich deßhalb die Mühe gäbe, uns auch nur in allgemeinen Umrissen zu sagen, welches die vernünftigen und möglichen Mittel sind, „jenes Hinausdrängen", wie man es nennt, zu vermeiden. Oder hält man in allem Ernste das für ein vernünftiges und mögliches Mittel, daß man Deutschland und die österreichische Gesammtmonarchie wieder aneinanderschließt, wie in den Zeiten des Wiener Kongresses? Hat man die ganze Erinnerung der letzten 30 Jahre so mit einem Male abgelegt, daß man ernstlich daran denken kann, das Gewebe der Penelope von Neuem zu beginnen? Haben wir wirklich so rasch vergessen und so wenig gelernt, daß nach dreißig bitteren Erfahrungsjahren unsere Volksrepräsentanten gerade wieder bei dem Punkte anlangen, bei dem die Diplomaten unter Metternichs und Talleyrands Aufsicht stehen geblieben waren?

Freilich man faßt die Sache diesmal bei einem andern Punkte an, man sucht den Drang nach einem politischen Dasein, der in unserem Volke trotz alles Mißgeschicks mächtig erwacht ist, mit dem Gedanken an das neue Reich der Mitte, das von der Saar bis an die Donaumündungen und von der Nordsee bis an den Po gehen soll, zu bestechen. Bei einem Volke, das zwar die Elemente zu einer politischen Existenz in sich trägt, bei dem aber diese Elemente noch unverarbeitet und ungeordnet durcheinander liegen, schlagen solche Mittel wohl an. Eben weil der Drang nach politischer Selbstständigkeit und Stärke bei allen Besseren in unserer Nation lebendig geworden ist, ebendeßhalb ist es so leicht, die deutsche Ideologie zu ködern und die ernste, praktische Frage über die Vereinigung und Stärkung unserer bundesstaatlichen Macht zu einem Stoffe politischer Phantasien zu verflüchtigen. Man spricht so viel von Professorenweisheit in unserer heutigen Politik; aber ein grellerer Professorengedanke im schlimmsten Sinne des Wortes ist uns noch nicht vorgekommen, als dies neue Reich der Mitte, in welchem Deutsche, Polen, Czechen, Magyaren, Kroaten, Italiener u. s. w. sich vereinigen sollen zu einem beweglichen, lebenskräftigen Staate von fast 20,000 Quadratmeilen. Wir begreifen recht wohl die kühne politische Schwärmerei, die sich an dem Gedanken eines solchen Mittelreichs ersättigt, aber wir begreifen die politische Kindlichkeit nicht, die von einem solchen babylonischen Thurmbau die Ordnung und Schlichtung unserer verwickelten Verhältnisse erwartet.

Hier sind wir in dem Falle, auf den wir oben anspielten, die „ältesten Sünden auf die neueste Art zu thun." Oder müssen wir an die edlen und herrlichen Kräfte erinnern, die zu anderer Zeit an einer ähnlichen, wenn auch damals viel leichteren

Aufgabe verblutet sind? Das Ziel- und Maßlose in der Politik unsrer größten mittelalterlichen Kaiser würden wie so in einer schwächeren Periode und unter schwächeren Menschen zurückführen, die kostbare Zeit unserer innern Entwicklung und Stärkung in einem endlosen Gewirre nie zu schlichtender Sorgen zersplittern. Damals wie heute wußten unsre Nachbarn vortrefflich, sich im Innern zu einigen und nach außen zu stärken; damals legten sie die festen Grundlagen der unzerstörbaren Macht und Einheit, von deren Erbschaft sie heute zehren. Heute wie damals würden wir in den alten Fehler zurückfallen, das Ziellose und Ungeheure anzufassen und über das Nächstliegende und Nothwendigste wegzusehen, heute wie damals im besten Falle nur einer Politik der Erinnerungen nachgehen, nicht, was das dringendste Bedürfniß gebietet, unser Haus bestellen und es mit Dach und Fach versehen, so daß es vor den nächsten Stürmen geschützt sei.

Daß Bestrebungen von einem solchen Umfang in einzelnen Perioden erfaßt und ausgeführt werden können, vorausgesetzt, daß sich die Männer dazu finden, ist gewiß. Aber auf dem friedlichen Wege des Beschlusses macht man dergleichen nicht fertig; die gewaltige Hand eines Friedrich Barbarossa oder Napoleon — und auch die nur mit zweifelhaftem Erfolge für die Zukunft — kann solch verwickelte Knoten schürzen und zusammenhalten. Bei uns aber, wie die Sachen liegen, ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen; ein Zusammenkoppeln Deutschlands und der österreichischen Gesammtmonarchie wird für uns weder die Zeiten Barbarossas, noch für Europa die Uebermacht Napoleons zurückführen; wir würden höchstens eine zweite Auflage der Geschichte seit dem Wiener Kongresse erleben.

Vergegenwärtige man sich nur die politische Mißgestalt, welche man zu schaffen unternähme, eine Verbindung zwischen Deutschland und dem österreichischen Kaiserstaate unter einem Oberhaupte herzustellen, und rede man dann noch von einer deutschen Einheit, von einem deutschen Bundesstaate. Zeige man uns, wie man diese heterogenen Bestandtheile, die nicht nur nach Sprache und Nationalität, sondern nach ihren Bedürfnissen, ihrem Kulturzustande und ihrer Auffassungsweise total von einander verschieden sind, in ein Staatsgebäude vereinigen oder ihnen allen eine und dieselbe Richtung, einen und denselben stetigen und gleichartigen Gang der Entwickelung geben kann. Zeige man uns, wie in dies Chaos ein leitender Gedanke gebracht oder gar die tausend Interessen, welche die politische Entfaltung der deutschen Nation berücksichtigt sehen muß, gepflegt werden sollen. Zeige man uns, wie Deutschland selbstständig stehen und in freier Bewegung gehen soll, wenn man dies Bleigewicht von Sonderinteressen, verschiedenen Nationalitäten und Entwicklungsgraden an uns hängt und uns von dem Gange der Halbkultur oder der Unkultur abhängig macht. Kann man aber das nicht, muß man uns einräumen, daß eine solche ungeheuerliche Verbindung nichts weiter enthielte, als das ausgesprochene Preisgeben aller wesentlichen Volksinteressen, welche die Bewegung des Jahrs 1848 in uns gezeitigt hat, so muß man sich auch dazu bequemen, die Dinge zu nehmen wie sie sind und nicht politischen Experimenten unverständig oder unüberlegt nachjagen, deren Kosten Oesterreich und Deutschland zugleich tragen müßten.

Denn es ist reine Täuschung, wenn Stimmen der Koalition, wie jüngst eine in der Karlsruher Zeitung, dem Parlamente schon übermüthig den Rath ertheilen, rasch einzupacken, das Verfassungswerk in der begonnenen Form aufzugeben, und höchstens ein Paar Punkte noch zu retten — oder wenn sie, wie jene, prahlend hinzufügen: die Siege von Custozza, von Wien, die Einnahme von Ofen werden bald auf Frankfurt herüberwirken müssen. Dieser höhnende Uebermuth kann, wie wir das schon erlebt haben, sehr rasch wieder in den kläglichsten Kleinmuth umschlagen; denn so weit sind wir noch nicht, daß es mit einem einzigen Griffe den Anhängern Metternichs im Reich gelingen wird, alle Früchte der Revolution zu vereiteln und eine zweite Periode der Restaurationspolitik zu eröffnen. Es ist kein Beweis großer Staatsklugheit und Mäßigung, so schnell die letzte Karte zu verrathen, und in Briefen, die das Datum Frankfurt an der Stirne tragen, nicht nur die patriotischsten Männer Deutschlands zu verläumden, sondern zugleich auf Radetzky, Windischgrätz und Jellacic in aller Naivetät drohend hinzuweisen. Es können Verwicklungen eintreten und zwar sehr bald, wo es die Freunde der Ollmützer Politik bereuen dürften, um die Sympathien Deutschlands auf diesem Wege geworben zu haben.

Diesen Uebermuth einer erträumten Eroberungspolitik fürchten wir nicht; aus ihm spricht nur der Trotz kleiner Seelen, die weder große Glücksfälle noch große Unglücksfälle mit männlicher Haltung zu tragen vermögen. Die Uebermacht fürchten wir nicht, aber die Ohnmacht. Eine Uebermacht wird man in Europa nicht besorgen von einer Verbindung, die viel zu unnatürlich ist, um Dauer zu versprechen. Aber die sichere Ohnmacht wird man voraussehen, bei einem Staatswesen, dessen Theile so vereinigt werden, daß es Niemand gestattet ist, sich in freier, ungestörter Weise zu entwickeln; wo eine unnatürliche Verbindung versucht wird, deren unvermeidliche Folge nur eine um so feindseligere Entzweiung sein müßte. Denn nur kurze Zeit bedürfte es für Deutschland, um das Unmögliche eines solchen Regiments einzusehen und es wäre nichts erreicht, als der perfidesten Reaktion gelungen, die Hauptaufgabe unserer Revolution, den deutschen Bundesstaat, vereitelt zu haben.

Wollen wir an dem festhalten, so ist die Frage leicht beantwortet; wir können dann eine Vereinigung Deutschlands mit der österreichischen Monarchie so wenig wollen, als die österreichische Monarchie die „reine Personalunion" annehmen will. Glaubt sie ein Recht zu haben, ihre Selbständigkeit zu wahren, sträubt sie sich gegen die Anmuthung vom deutschen Bundesstaat ins Schlepptau genommen zu werden, so haben wir eben ganz dasselbe Recht und dieselbe Pflicht, gegen ein solches „ins Schlepptau nehmen" Deutschlands uns feierlichst zu verwahren.

Deutschland.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 16. Jan. Außer den wichtigen Debatten, die gegenwärtig unsere Zeit und Kräfte in Anspruch nehmen, steht uns binnen Kurzem noch eine weitere bevor, die nicht verfehlen wird, viele Leidenschaften und Interessen wieder in Bewegung zu setzen und zu erhitzen! Die Frage über die Genehmigung der neuesten Demarkationslinie in Posen liegt dem völkerrechtlichen Ausschusse zur Begutachtung vor, welcher Hrn. Schubert aus Königsberg mit Ausarbeitung des Berichts beauftragt hat. Der Ausschuß wird sich seiner großen Majorität nach für die Genehmigung der Linie aussprechen. Ob der Antrag, das ganze Großherzogthum in den deutschen Bund aufzunehmen, wie er polnischer Seits bereits in Berlin gestellt worden, auch hier zur Erörterung kommen wird, steht wohl nicht im Zweifel, wir glauben jedoch, ohne jedoch unsere Ansicht für maßgebend zu halten, nicht, daß derselbe die Majorität des Hauses für sich haben würde, so wenig wie man in Berlin darauf einzugehen scheint. Die Debatte über das Reichsoberhaupt wird, obwohl sie schwerlich noch für die eine oder andere Ansicht Proselyten machen dürfte, heute wohl noch nicht zum Abschluß gelangen. Das Resultat derselben erscheint uns in so fern nicht zweifelhaft, als sich die absolute Majorität für die Einheit aussprechen wird; ob auch für die Erblichkeit, steht sehr in Frage, indem viele Mitglieder derselben nur eventuell beistimmen werden.

* **Wien**, 11. Jan. Abermals wird von Schüssen berichtet, die aus Häusern auf Wachtposten und vorüber gehende Soldaten gerichtet wurden. Sie veranlaßten eine neue Kundmachung des Gouverneurs Welden, worin den Hauseigenthümern die strengste Aufsicht ihrer Häuser anbefohlen wird. Der Grund des Verbotes der „Ostdeutschen Post" ist der Aufsatz „ein Ereigniß zu Kremsier." Der Gouverneur hat sich hierbei ganz passiv benommen und nur den ihm aus dem Ministerium mitgetheilten Erlaß notifizirt. Die Verleger haben in einem Cirkular das sie betreffende schmerzliche Ereigniß mit kurzen Worten kundgegeben. Hinsichtlich der hiesigen Geldangelegenheiten glaubt man noch immer in England und Rußland Hilfsquellen zu finden, und der feste Stand der Fonds spricht für diese Ansicht.

** **Kremsier**, 10. Jan. Wir tragen das Nähere aus der heutigen Sitzung nach, deren Resultat bereits gemeldet worden ist. Lasser als Generalredner gegen den §. 1, erklärt denselben für ein Produkt staatsrechtlicher und philosophischer Spekulation. Der §. enthalte eine ewige unbestrittene Wahrheit, sei leichter zu sagen, als zu beweisen, und er halte etwas auf Beweise. Im Interesse der Freiheit und der Ehre des Reichstages halte er es für wünschenswerth, daß dieser §. ausgelassen werde, denn er glaube nicht, daß Jemand wünschen würde einen Konflikt mit der Krone herbeizuführen. Er gebe sich daher der Hoffnung hin, daß durch seine Vermittelung das Amendement des ersten Red-

ners, des Abg. Ullepitsch, (s. d. gestr. Beilage) angenommen werde. Löhner (Generalredner für den §.), macht das bemerkenswerthe Geständniß, er hätte gewünscht, daß dieser §. vertagt worden wäre auf eine Zeit, in welcher die Gegensätze nicht so grell wären, als in der gegenwärtigen. Allein jetzt sei es anders geworden; nach der Erklärung des Ministeriums könne und dürfe man nicht mehr schweigen, es habe ja selbst die stillschweigende Anerkennung des in dem §. 1 ausgesprochenen Prinzips als Verletzung des monarchischen Prinzips auslegen wollen. Er erklärt, daß auch er und seine politischen Freunde für die Monarchie seien, allein sie halten dafür, daß die Pflichten eines Thronfolgers dieselben sind, als die, von dem er sie übernommen. Er könne nicht einsehen, daß die Rechte des Herrschers mit den Beherrschten nicht getheilt sein könnten. Er sei daher mit seinen politischen Freunden geneigt, dem Amendement Schuselka's (s. Nr. 15) beizutreten. Es sei gefährlich, das erbliche Fürstenrecht durch eine mystische göttliche Bestimmung begründen zu wollen. Man habe Dynastien ohne Völker und Völker ohne Dynastien gesehen, und von welchen kehre der Blick befriedigter zurück? Auch das jetzige Ministerium müsse die Versprechungen des früheren halten, sonst sei die Verantwortlichkeit keine Wahrheit. Er schließt mit den Worten, der Tag sei ein wichtiger, doch möge die Kammer sich fest behaupten auf dem Boden, worauf sie rein und schuldlos stehe, und wenn sie auch aufgelöst werden sollte, so sei es besser ehrenvoll sterben, als bei lebendigem Leibe verfaulen. (Stürmischer Beifall). Vaccano begründet hierauf das Minoritätsvotum des Ausschusses, welches er vor den §. 1 zu stellen beantragt. Es lautet: „Die Aufgabe des Staates ist der Schutz der Rechte und die Förderung des Gesammtwohles. Der Staat erklärt den Schutz der angebornen und erworbenen Rechte seiner Angehörigen und die nur durch Zusammenwirkung aller Staatsbürger mögliche Förderung ihres Gemeinwohles für seine Aufgabe. Die einzelnen Staatsbürger übertragen von der Gesammtheit ihrer Rechte nur soviel an den Staat, als zu diesem Zwecke nothwendig ist.“

Berichterstatter Rieger bekämpft in einer 1½stündigen glänzenden Rede zunächst das eben vorgelesene Amendement Vaccano's, und geht sodann zur Widerlegung der Gegner des §. 1 über. Es sei keineswegs die Absicht des Ausschusses gewesen, durch diesen §. das konstitutionelle Prinzip anzugreifen. Es sei nicht damit gesagt, daß alle Gewalt dem Volke allein zukomme, aber daß sie ursprünglich vom Volke ausgegangen sei. Fast einstimmig habe dieß der Konstitutions-Ausschuß anerkannt, und er müsse sich wundern, daß der Abgeordnete Lasser, als Mitglied des Ausschusses, jetzt diesen Satz bestreite; er wolle nicht sagen, daß seine jetzige Ansicht keine wahre sei, aber jedenfalls sei sie von frischem Datum. Der Reichstag habe zu wählen; das Prinzip des Ministeriums anerkennen, heiße die absolute Monarchie aussprechen, das des Ausschusses heiße wahre Volksfreiheit anerkennen. Es scheine fast, daß das Ministerium durch seine Erklärung sich der Verantwortlichkeit entziehen wolle. Das Ministerium sage ferner, daß es nicht der Wunsch des Volkes sei, dieses Prinzip auszusprechen. Nicht das Ministerium, sondern die frei gewählten Vertreter des Volkes seien in der Lage, den Wunsch des Volkes zu kennen. Es sei dieß ein ganz unerhörter konstitutioneller Vorgang, daß Minister, die nicht einmal alle Deputirte sind, die nicht wissen, ob sie noch nach Annahme der Staatsämter das Vertrauen des Volkes besitzen, gegen die Vertreter des Volkes auftreten und sagen, sie kennten dessen Wünsche besser als jene. Man möge sich nicht auf die Gesinnung der Bevölkerung Wiens berufen; denn als die Stimmung in Wien eine solche war, daß man den Gesetzen Hohn sprach, habe er, der Redner, gesagt: Wien ist nicht Oesterreich, und jetzt wiederhole er dieses Wort. Die niederträchtige Denunciationssucht, der ekle Servilismus, der sich unter dem Schatten der Kanonen breit macht, ist nicht der Ausdruck der Gesinnung der Völker Oesterreichs. Nachdem Rieger unter stürmischem Beifall die Tribune verlassen hat, wird zur Abstimmung geschritten, deren Resultat die Annahme des Amendement des Abgeordneten Ullepitsch ist.

△ **Berlin,** 13. Jan. In dem Maße, als die politischen Verhältnisse sich einigermaßen beruhigen, wird auch der Wissenschaft wieder größere Aufmerksamkeit zugewendet. Der früher mißliebige und zurückgesetzte Licentiat Schwarz in Halle, der einen Ruf an eine süddeutsche Universität erhalten hatte, ist durch seine Ernennung zum außerordentlichen Professor der Universität Halle, die gerade in der theologischen Fakultät von jeher einen guten Ruf hatte, erhalten worden. Von Jena ist, wie man so eben erfährt, der Kriminalist Professor Schmidt nach Greifswalde berufen worden und hat den Ruf angenommen. Die Universität Königsberg erhält durch die Rückkehr des Ministerialraths Professor Rosenkranz, die nunmehr definitiv zu Ostern stattfinden wird, eine neue Zierde wieder. — Der Propst Brinckmann an der hiesigen Hedwigskirche geht als Domkapitular nach Münster. Seine geschwächte Gesundheit machte ihm die Verwaltung seiner über 20,000 Seelen fassenden Pfarrei nicht mehr möglich. — Justizminister Rintelen hat nicht seine Entlassung eingereicht; es war niemals die Rede davon. Die Mittheilung darüber, welche durch manche Zeitung gebracht ward, darf als unverbürgt angenommen werden. Der heutigen Sitzung des Staatsministeriums wohnte Camphausen bei. Es wurde die deutsche Frage verhandelt. Ein definitiver Beschluß ist, wie man hört, noch nicht gefaßt.

Berlin, 13. Jan. Die Urwähler der Dorfgemeinde Nessin bei Kolberg hatten sich mit einer Vorstellung an Se. Majestät den König gewandt, um eine Lösung der Zweifel zu erhalten, in welche sie durch heimlich und angeblich in Allerhöchstem Auftrage verbreitete Flugschriften versetzt worden waren. Sie fragten in dieser Vorstellung namentlich an, ob, wie ihnen in solchen Flugschriften mitgetheilt worden, Se. Majestät der König wirklich durch Seine Rathgeber gezwungen worden sei, die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung aufzulösen und die Verfassung vom 5. Dez. zu verleihen; ob es ferner der Allerhöchste Wille sei, das Grundeigenthum zu theilen und den Besitzlosen zuzuwenden, und ob nur die Gutsbesitzer und Beamten der Ausführung dieser Absicht hindernd entgegenträten, ob sie endlich nach dem Willen Sr. Majestät bei den bevorstehenden Wahlen mit Ausschluß der größeren Grundbesitzer nur Leuten aus ihrer Mitte ihre Stimme geben sollten? Die Bittsteller erbaten sich die unmittelbare Belehrung Sr. Majestät über diese Punkte, so wie eine bestimmte Anweisung über die Person des zu Wählenden, indem sie nur zu Allerhöchstdenselben in dieser Beziehung volles Vertrauen hätten und das, was ihnen von Sr. Majestät angerathen werde, unbedingt ausführen würden. Se. Majestät der König haben hierauf folgendes Allerhöchste Schreiben an die Bittsteller erlassen:

„Auf die Vorstellung vom 5. d. M., deren treue und vertrauensvolle Worte Meinem Herzen wohlgethan haben, eröffne Ich Euch Folgendes:

Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung habe Ich auf den Rath Meiner Minister, aber in eigener, freier Entschließung aufgelöst.

Niemand anders hat Mich dazu gezwungen, als jene Versammlung selbst, indem die Mehrzahl ihrer Mitglieder Meinem Rufe, in Brandenburg ihre Berathungen fortzusetzen, nicht folgte, und durch gesetzwidrige Beschlüsse den Staat und Mein Königliches Haus in die äußersten Gefahren brachte.

Ich durfte es nicht dulden, daß durch die Verirrungen jener Abgeordneten die von Mir verheißenen Freiheiten länger dem Lande vorenthalten und Ruhe und Ordnung länger gestört und dadurch das Gedeihen der Gewerbe und die Wohlfahrt des Landmanns beeinträchtigt wurden.

Ich habe demnach bei Auflösung jener Versammlung ebenfalls aus freier, eigener Bewegung Meinem Volke ausgedehnte Rechte und Freiheiten in einer Verfassungs-Urkunde feierlich verbrieft. Die nochmalige genaue Prüfung und jede mögliche Verbesserung der Verfassung sind vorbehalten und werden unter Mitwirkung der jetzt zu wählenden Abgeordneten ausgeführt werden.

Nachdem solchergestalt ein geordneter Zustand gegründet, und nachdem auch das mehrfach erschütterte Ansehen des Gesetzes wiederhergestellt worden, wird, so hoffe Ich zu Gott, das preußische Volk neuem Ruhme und erhöhtem Glücke entgegengehen, und die Segnungen einer wohlgeordneten, sorgsamen und kräftigen Regierung werden allen Einwohnern des Staates, vornehmlich auch den Armen und Besitzlosen, deren Lage zu verbessern Ich eifrigst bemüht bin, zu Statten kommen. Diejenigen täuschen Euch aber und verdienen Euer Vertrauen nicht, welche Euch sagen, es sei Meine Absicht, die Besitzenden ihres Eigenthums zu berauben und es an die Besitzlosen zu vertheilen. Damit würde Niemanden geholfen, wohl aber Recht und Gerechtigkeit, welche aufrecht zu erhalten Mein von Gott Mir ertheilter heiliger Beruf ist, in schmählicher Weise verletzt werden. Fragt Ihr endlich, wen Ihr wählen und als Abgeordneten nach Berlin senden sollt, so habe Ich zwar darüber bestimmte Vorschriften nicht zu ertheilen und hoffe, daß mein biederes und treues Volk seiner würdige Vertreter ausersehen wird; Meinen Rath aber will Ich Euch nicht versagen: lenkt Eure Wahl auf Männer, die eine wahrhafte Liebe zum Vaterlande beseelt, vor denen Ihr aufrichtige Achtung wegen ihres ehrbaren und tadellosen Wandels hegt, die ein warmes Herz für die Noth der Armen durch Thaten bewährt und genügende Einsicht und Willenskraft haben, um bei der Gesetzgebung des Staats zum Glück und Heil seiner Einwohner gedeihlich mitzuwirken. Solche Männer wählt, wo Ihr sie findet, unter Gutsbesitzern oder Bauern,

unter Niederen oder Hohen; hütet Euch aber vor denen, welche Euch mit unerfüllbaren Hoffnungen schmeicheln, welche Haß und Unfrieden säen und Euch die verdächtigen, welche Ihr zeit Eures Lebens als zuverlässig und redlich kennen gelernt habt.

Eure Bitte in Gnaden gern gewährend, habe Ich diesen Bescheid, dessen Veröffentlichung Ich Euch gestatte, eigenhändig vollzogen und lasse ihn Euch unmittelbar zufertigen.

Berlin, den 12. Januar 1849.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(gegengez.) v. Manteuffel.

An
den Schulzen Krengel, den Tagelöhner
Gräber und die übrigen Urwähler
in
Nessin bei Kolberg." (Pr. St.-A.)

: **Berlin**, 14. Jan. Wir haben seiner Zeit auf den Erlaß aufmerksam gemacht, welchen der Minister des Unterrichts, Herr von Ladenberg, kurz vor Weihnachten an alle Provinzial-Schulbehörden erließ, um sie aufzufordern, dem üblen Einflusse zu begegnen, welchen die politische Gesinnung und Thätigkeit mancher Lehrer auf die Jugend äußere. Wir sagten damals, die Worte des Erlasses könnten wenigstens so gedeutet werden, daß dadurch keinerlei Inquisition, kein Eingreifen weder in die Ueberzeugung des Einzelnen, noch weniger in seine freie Meinungsäußerung als Staatsbürger in außeramtlichen Verhältnissen angeordnet sei. Sie könnten so gedeutet werden; allein leider müssen wir berichten, daß sie bereits anders gedeutet sind. Wenigstens hat die Regierung in Magdeburg, Abtheilung für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen, schon gleichzeitig, am 20. Dez. ein Rundschreiben erlassen, in welchem es unter Anderm heißt: „Bei den bereits eingeleiteten Kriminal-Untersuchungen wegen der Gesetz-Uebertretungen, welche in neuester Zeit auf dem politischen Gebiete stattgefunden haben, hat sich leider ergeben, daß auch angestellte Lehrer bei diesen strafwürdigen Ungesetzlichkeiten sich vielfach betheiligt haben. Sie werden der wohlverdienten Strafe nicht entgehn.

Es kommt dabei aber auch noch in Erwägung, daß die zeitraubende Betheiligung der Lehrer an den politischen Bestrebungen, die zum größten Theile außerhalb ihres Gesichtskreises liegen, sie von ihren eigentlichen Berufsgeschäften abziehen und auf die ihnen anvertrauten Schulen nur nachtheilig einwirken kann, ja in vielen Fällen schon große Nachtheile für die Lehrer selbst hervorgebracht hat, indem sie dadurch das Vertrauen der Familienväter ihrer Schulgemeinde verscherzt haben, und ihre Stellung zu diesen sowie zur Schulanstalt unhaltbar geworden ist.

Die Herrn Schulinspektoren und die unmittelbaren Aufsichtsbehörden der Lehrer mögen sowohl deren amtliches, als außeramtliches Verhalten der genauesten Aufmerksamkeit würdigen, die Schwachen aufrichten, die bloß Irregeleiteten durch freundliche Belehrung auf den richtigen Weg zurückzuführen versuchen, die absichtlich aber gegen die gesetzliche Ordnung und gegen die bestehende Staatsgewalt Ankämpfenden und keiner Belehrung Zugänglichen ohne fernere Nachsicht zur Verantwortung ziehen, die etwanigen ungesetzlichen Handlungen sofort möglichst feststellen und uns die Verhandlungen zur weiteren Veranlassung vorlegen. Wenn alle öffentlichen Lehrer schon bisher zu den mittelbaren Staatsdienern gehört haben, und ihnen durch Art. 20 der Verfassungs-Urkunde vom 5. d. M. die Rechte der Staatsdiener von Neuem versichert sind, so müssen sie auch auf der anderen Seite die allen Staatsdienern obliegenden Pflichten erfüllen, das heißt vor Allem ihres geleisteten Diensteides eingedenk sein, und nichts unternehmen, was das Ansehen der bestehenden Staatsregierung schwächen oder gar zur Aufregung und Unzufriedenheit mit derselben führen könnte. Die Lehrer sind auf diese ihre unerläßliche Pflicht noch besonders aufmerksam zu machen und ist ihnen in unserem Auftrage zu eröffnen, daß jede Verletzung derselben nach Befinden der Umstände entweder im Disciplinar-Wege unnachsichtlich geahndet oder dem betreffenden Gerichte zur Einleitung der Untersuchung mitgetheilt werden wird.

Die Polizei-Behörden unseres Departements haben wir heute gleichzeitig angewiesen, sobald es zu ihrer Kenntniß gelangt, daß Volksschullehrer außeramtlich eine Handlung begangen, welche durch Strafgesetze verboten ist, dies sofort polizeilich zu untersuchen, die polizeilichen Verhandlungen an das kompetente Kriminal-Gericht Behufs Einleitung der Untersuchung abzugeben, und aber von einem jeden solchen Falle besondere Anzeige zu machen."

Da hätten wir also mit den deutlichsten klarsten Worten, welche eine doppelte Auslegung gar nicht zulassen, die Aufforderung zu einer allgemeinen Denunciation und Inquisition, nicht bloß in die amtliche, sondern auch in die außeramtliche Thätigkeit der Lehrer. Und zwar werden sie so ziemlich auf den Fuß der Offiziere gestellt, welchen der Graf von Dohna zu Königsberg in seinem Korpsbefehl, nicht etwa 1847, sondern ganz kürzlich vorschrieb, sich auch in ihren Privatgesprächen in keiner anderen Richtung zu bewegen, als in der von Sr. Majestät dem Könige vorgeschriebenen. Wie unerfreulich wird man an die nächste Vergangenheit erinnert, wo von Hrn. Eichhorn allgemeine Untersuchung wegen des Festmahls der Gymnasiallehrer in Wesel angestellt wurde, und die einzelnen Lehrer schriftlich angeben sollten, was ihre Amtsgenossen und Freunde beim fröhlichen Mahle gesprochen! Wir müssen darauf zurückkommen, daß man der mißliebigen politischen Wirksamkeit der Lehrer gewiß dadurch am besten steuerte, wenn man ernstlich begönne, den Paragraphen der neuen Verfassung in Ausführung zu bringen, welcher den Lehrern ein hinlängliches Auskommen gewährleistet. Leider herrscht jetzt auch in andern Zweigen der Verwaltung ein ähnlicher Geist, vor allem in der Rechtspflege. Untersuchungen und Verhaftungen, Verhaftungen und Untersuchungen, das sind ja, mit einigen Ausweisungen vermischt, die täglichen politischen Neuigkeiten, die man jetzt aus Preußen vernimmt. Es gibt Leute, die daneben mit bewunderungswürdiger Gemüthsruhe und Gedankenschärfe auseinandersetzen, daß die jetzige Regiegierung durchaus keine Schuld habe an diesen politischen Verfolgungen; die Regierung, das Ministerium, sagt man, hat keinen, noch weniger also der König irgend einen Theil daran, nicht einmal eine Einwirkung auf die Eröffnung oder den Gang der gerichtlichen Untersuchungen, in keinem Falle mehr wie jeder Privatmann, dem es ebenfalls freisteht, Anzeigen von Vergehen und Verbrechen bei dem Staatsanwalt zu machen. Von diesem allein hängt es ab, ob er solche Anzeigen beachten oder fallen lassen, aus eigenem Antrieb handeln oder zusehen will. Allein seiner Beurtheilung ist dieß anheimgegeben und seine Beurtheilung kann nicht beirrt werden. Er ist sodann Sache der Gerichtshöfe, daß die Justiz ihren Weg gehe, und macht sie Mißgriffe, so hat sie dieselben zu verantworten. Jede Einwirkung von Seiten der Regierung würde ungesetzlich sein. So sind denn auch alle Untersuchungen, welche jetzt die Gerichtshöfe und das Publikum beschäftigen, lediglich von den Staatsanwälten und den Gerichten ganz selbständig ausgegangen und eingeleitet; das Ministerium konnte sie nicht provociren, aber auch nicht hemmen, ohne gegen die Verfassung zu handeln. Ebensowenig können nach der Verfassung die bereits eingeleiteten Untersuchungen niedergeschlagen werden, denn nach §. 47 der Verfassung kann der König bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besondern Gesetzes niederschlagen. So sprechen die Vertheidiger des Ministeriums. Also Verfassung, Paragraphen, Summum Jus! Indeß wollen wir bei dieser Beweisführung vom streng juristischen Standpunkt aus nur einige wenige sehr einfache Bemerkungen zu bedenken geben. Zuerst, daß der streng juristische Standpunkt in den Zeiten politischer Wirren sich so oft, und namentlich in Preußen im vergangenen Jahre gänzlich unzulänglich bewiesen hat. Sodann, daß wenn der streng juristische Standpunkt durchaus eingehalten werden soll, das Ministerium, der Oberbefehlshaber u. s. w. sich in einer sehr üblen Lage befinden würden, und wenn ihre Gegner gesiegt hätten, nach strengster Form Rechtens und unwidersprechlichen Paragraphen der Untersuchung und Verhaftung ausgesetzt sein würden. Wenn jene Vertheidiger das Ministerium entschuldigen wollen, daß es der unabhängigen Rechtspflege gegenüber nicht im Stande sei, jene gerichtlichen Verfolgungen zu verhindern, so getrauen wir uns zu behaupten, daß das jetzige Ministerium nicht bloß mittelbar, sondern auch unmittelbar zu jenen Untersuchungen und Verhaftungen aufgemuntert habe. Wir wollen dabei gern zugeben, daß die eigentliche treibende Ursache in der Erbitterung der durch die neue Ordnung der Dinge vielfach beleidigten älteren Beamten liegt. Was hat dabei die Regierung, das Ministerium, namentlich Hr. Rintelen, die höchste richterliche Person in Preußen gethan? Was hat er gethan, um die erbitterten Leidenschaften, die mit den Paragraphen des Landrechtes wie mit Schwertern und Stangen ausgerüstet ausziehen, zu mäßigen, zu versöhnen, wie es doch offenbar höhere Staatsweisheit, ja, wir möchten sagen, höhere Sittlichkeit so dringend erforderte? Der Justizminister erließ seinen berüchtigten Erlaß,

durch welchen zu strenger und unnachsichtlicher Untersuchung aller Schuldigen, zu einer allgemeinen Verfolgung, zu einer großen Gerechtigkeit post festum aufgefordert wird. Das that derselbige Mann, welcher so eben im Preußischen Staatsanzeiger in seinem Rechtfertigungsversuche von den preußischen Richtern gesagt hat: „Ohne irgend eine Anweisung von Seiten des Justizministers zu bedürfen, leiten sie Untersuchungen von Amtswegen ein." Warum erließ er, der Justizminister, denn eine solche Anweisung und zwar eine von der schärfsten Art? Warum goß er Oel in's Feuer, während seine Anhänger behaupten wollen, der unschuldige Mann könne das Feuer bloß nicht ersticken? Und von diesem seinem Erlasse bemerkt Herr Rintelen eben daselbst: „Was den allgemeinen auf die Verbrechen der Eingangs bezeichneten Art, die im vorigen Jahre nur allzusehr überhand genommen hatten und zu nehmen drohten, gerichteten Erlaß vom 8. Dez. v. J. betrifft, so ist dieser durch den Staatsanzeiger vom 22. Dez. v. J. der öffentlichen Beurtheilung bereits dargeboten." Dieser Erlaß hat allerdings seine Würdigung in der öffentlichen Meinung bereits gefunden. Was ich selbst darüber zu bemerken hätte, würde noch gelinde sein gegen die scharfen Worte Ihres Korrespondenten vom Rheine. Ich bitte bloß noch die oben unterstrichenen Worte zu erwägen. Jener Erlaß soll gegen Verbrechen gerichtet sein, die in Preußen am 8. Dezember überhand zu nehmen drohten. Am 8. Dezember! Drei Wochen nach der Steuerverweigerung, wo die Opposition längst geschlagen, ja von der öffentlichen Meinung zerschmettert am Boden lag, wo über alle Vergehen, welche während der unnatürlichen Erhitzung der politischen Leidenschaften begangen worden, längst das härteste moralische Gericht ergangen war! Hinter diese unwahre Wendung sucht Herr Rintelen sein Gewissen zu verstecken. Das bloße Papier, auf welchem seine Rechtfertigung gedruckt ist, die Spalten des Preußischen Staatsanzeigers, erinnern unwillkürlich an die, man darf sagen unanständige Unterstützung, welche das sonst so überaus diskrete Blatt den Versuchen der hohen Gerichtshöfe lieh, die ihrer politischen Thätigkeit wegen ihnen mißliebigen Mitglieder aus ihrer Mitte zu verdrängen, Versuchen, über welche jedes fernere Wort wohl überflüssig sein würde. Soviel über den unmittelbaren Einfluß der Regierung auf die Thätigkeit der Gerichtshöfe. Wenn man aber gar so weit gehen will, den mittelbaren Einfluß der jetzigen Regierung abzustreiten, den Einfluß, welchen das Ministerium Manteuffel und dessen Verbleiben, obgleich oder gar weil die Reichsversammlung dessen Abtreten verlangte, auf die Thätigkeit der Justizbeamten äußert, so ist das geradezu ein Pasquill auf den gesunden Menschenverstand. Mein Brief ist schon zu lang geworden. Ich schließe mit einem kleinen Beispiel, wie sich der oben bezeichnete Geist von unten auf gesehen ausnimmt. Eine heutige Zeitung berichtet folgenden Vorfall: Der geheime Justizrath Dr. Schröder, als erster Direktor des hiesigen königl. Stadtgerichts, hat am 11. d. M. drei Subaltern-Beamte verwahrt, daß sie sich aller Aeußerungen gegen die jetzige Regierung und deren Maßregeln enthalten sollten, widrigenfalls er sich bei einer wiederholten Denunziation veranlaßt sehe, gegen sie die Untersuchung einzuleiten, und zwar würde er bei den Hülfsarbeitern mit deren sofortiger Entlassung vergehen. Auf die Bemerkung dieser Beamten, daß sie weder in einer öffentlichen Versammlung als Redner aufgetreten noch Mitglieder irgend eines Klubs wären, und er ihnen daher die Denuncianten nennen möge, damit sie sich gegen die ihnen zur Last gelegten Aeußerungen vertheidigen könnten, hat derselbe erwidert, daß er sich darauf nicht einließe. Ueberdies ständen ihnen als Beamte Aeußerungen gegen die Regierungsmaßregeln nicht zu, indem sie dem König den Eid der Treue geleistet und vom letztern noch nicht entbunden wären; es sei daher ihre Pflicht, stets im Sinne der Regierung zu wirken und auch in Privatgesprächen sich so zu äußern, daß ein schwankendes politisches Gemüth der Regierung nicht abwendig gemacht werde.

Berlin, 16. Jan. Die Vossische Zeitung berichtet: Die politische Aufregung unserer sogenannten Revolutionszeit gewährt unsern Gerichts- und Polizeibehörden noch immer eine reichliche Ausbeute zu Anklagen aller Art. Außer dem großen Processe gegen die Abgeordneten selbst und den verschiedenen Tumult-Processen schweben aus jener Zeit, in welcher die Mißachtung der Gesetze an der Tagesordnung war, bei den betreffenden Behörden noch eine Menge kleinerer Processe wegen der verschiedenartigsten Gesetzesverletzungen, welche ein wunderliches Quodlibet bilden, z. B. gegen eine Anzahl Kaufleute, welche der Bürgerwehr Patronen verkauft hatten, ohne daß sie die polizeiliche Erlaubniß zum Handel mit Schießpulver besaßen; gegen verschiedene Buchdrucker, welche ohne genaue Angabe der Firma und des Wohnorts Schriftstücke gedruckt hatten; gegen eine Menge von Gewerbsleuten, welche die Arbeit verabredeter Maßen eingestellt hatten; gegen Leute, welche in der Nähe bewohnter Gebäude Gewehre abgeschossen hatten u. s. w. Kommt in dieser Beziehung nicht bald eine Amnestie zu Stande, so werden uns jene 6 verhängnißvollen Monate noch lange zu schaffen machen.

** **Aus Masuren**, 31. Dez. An den Handlungen der Minister soll seit dem 5. Dez. wenig auszusetzen sein? 14 Tage in der Provinz und man findet nichts mehr für die Minister einzusetzen! Das frühere Denunziantenwesen, die alte Demagogenriecherei sind nie so stark gewesen, als jetzt; Servilismus ist die Seele von dem Allen. Ich will nicht einmal sagen, daß das Gouvernement etwas dafür thut; aber es handelt unwürdig, indem es ein solches Unwesen auch nur duldet. — So wie hier die deutsche Frage aufgefaßt wird, dürfte sie selten angesehen werden. Uns ist das Zustandekommen der deutschen Einheit völlig identisch mit einer Bürgschaft unserer Freiheit. Ich habe für diese nur die eine Hoffnung. Sie besteht darin, daß es dem Manne der Zeit, Heinrich v. Gagern, noch vor unserer neuen Kammerwirthschaft gelingt, ein einiges Deutschland, freilich ohne Oesterreich, zu schaffen und unsern König zum Kaiser zu machen. Geschieht dies, so wird unsere konstitutionelle Atmosphäre sich reinigen, und vor Allem wird der gute König eine bessere Luft athmen lernen, als die pontinische Sumpfluft der Gerlachs, Leo's, Hermesse und Aehnlicher. Er wird als Kaiser kaiserlich thronen müssen und um unseres Adlers Horst wird dann der reine Aether der Gebirge sich verbreiten.

* **Aus Schlesien**. In den Cirkularen der königl. Konsistorien an die Superintendenten der Provinz heißt es: „Je zahlreicher und gefährlicher die Wunden sind, aus denen unser armes Vaterland blutet, und je flehentlicher alle Gläubigen um deren Heilung zu Gott rufen, desto schmachvoller ist es, daß einige der zu Mitgliedern der nunmehr aufgelösten Nationalversammlung zu Berlin gewählt gewesenen Prediger der heiligen Obliegenheiten ihres göttlichen Berufes so weit vergessen konnten, daß sie nicht nur zu dem unheilvollen Beschluß der Steuerverweigerung ihre Stimme gegeben, sondern sogar durch verbrecherische Aufreizungen zur Auflehnung gegen die von Gott geordnete Obrigkeit und gegen unsern theuern König, dem sie den Eid der Treue geschworen, ihres Standes sich gänzlich unwürdig gezeigt haben."

Wir brauchen kaum zu erinnern, wie ungeziemend eine solche amtliche Rüge der politischen Thätigkeit der Abgeordneten aus dem Predigerstande erscheinen muß.

‡ **Posen**, 13. Jan. Während der Erzbischof von Kulm, Herr Sedlag, den Geistlichen seiner Erzdiözese die ernstliche Mahnung zukommen läßt, die Kanzel nicht zu Ankündigungen politischer Versammlungen zu mißbrauchen, und noch weniger die Kirchen zu denselben herzugeben, schlägt unser Herr Erzbischof Przyluski den entgegengesetzten Weg ein, ermuntert seine untergebenen Priester förmlich dazu und beschwichtigt ihr Gewissen, wenn sie sich an ihn wenden und erklären, daß die Politik nicht zum Berufe eines Priesters gehöre. Die Gazeta polska veröffentlicht einen Brief des Herrn Erzbischofs an einen Pfarrer, in welchem es ausdrücklich heißt: „ich theile Ihre Ansicht durchaus nicht, daß der katholische Klerus zur Zeit der herannahenden Wahlen sich passiv verhalten soll, im Gegentheil dürfen wir dabei nicht die Hände in den Schoß legen und mit gleichgültigem Auge zusehen wie sich unsere Heerde bei den Deputirtenwahlen verhält". Welche Umtriebe in Folge eines solchen Verfahrens stattfinden werden, läßt sich voraussehen. Daß Kirchen zu national-politischen Versammlungen von den Polen gebraucht werden, ist bei uns bereits usus geworden, und so wie zur Zeit des letzten Aufstandes die Geistlichkeit die Erlasse des Ausschusses von den Kanzeln publizirte, so geschieht dies jetzt mit den Ankündigungen der Ligaversammlungen u. dgl. m. Ja unser Gouvernement läßt einen polnischen Reichstag in Deutschposen 3 Meilen von unserer Provinzialhauptstadt tagen, dessen offener Zweck die Berathung einer Verfassung der Liga ist, die sie zu einem Staat im Staate macht. Während ein solcher Organismus sich ruhig und ungestört gestaltet und die Deutschen sogar in unserem Deutschposen stellenweis in die Ver-

theidigung drängt — petitionirt man bereits in Berlin um den Anschluß auch des polnischen Theiles. Die Politik ist einfach. Daß man nichts beabsichtigt, als die territorialen Verhältnisse unverändert zu erhalten, um künftig — vielleicht in nächster Zukunft, neue politische Versuche zu machen, um auch im deutschen Volkshause zu Frankfurt, wie weiland in Berlin, seine Intriguen zu spielen, das muß Jedem einleuchten, der mit dem Jesuitismus der polnischen Adelspolitik einigermaßen vertraut ist. Wir fürchten leider vergebens unser timeo Danaos et dona ferentes! ausgerufen zu haben! Die Polen werden kommen nur um Mitleid flehen — die alte Büreaukratie wird ihre Ländergier bei uns mit Wuth stillen, und den Brocken, sei er noch so unverdaulich, gern verschlingen! Möchte man in Frankfurt wenigstens dann keine Einverleibung, nur einen Anschluß dekretiren, und vor Allem zunächst die Abgrenzung der wirklich deutschen Gebiete sanktioniren.

⊙ **Stralsund**, 12. Jan. Die ganze Ostseeküste verlangt nach Frieden mit Dänemark. Wenn das aber nicht sein kann, nach einem schleunigen entscheidenden Kriege. Mit der größten Ungeduld verlangt man etwas Bestimmtes über die deutsche Kriegsflotte zu hören, das heißt, über die Erwerbung großer Schiffe; das Uebrige ist ja nur Nebensache. Die, wie es scheint, vom Marine-Departement ausgehende Versicherung, die Geräuschlosigkeit habe auch ihr Gutes, hat hier gar keinen Eindruck gemacht. Im Gegentheil, die Ungeduld, etwas Bestimmtes zu hören, steigt bis zum Unmuthe. Der einzige Hoffnungstrahl ist für uns die Nachricht gewesen, daß zwei große amerikanische Dampfschiffe für 400,000 Dollars angekauft und amerikanische Flottenoffiziere zu deren Führung angeworben wären. Hier sollen nun endlich vier Kanonenboote „recht rasch" gebaut werden. Aber vorher soll noch Riß und Baumeister kommen, welche sich mit unsern Schiffsbaumeistern in die bekannten Beamtenschwierigkeiten vertiefen werden, an denen der ganze Bau am Ende noch scheitert. Kanonenboote mögen recht nützlich sein; aber um den dänischen Krieg zu beenden helfen sie uns nicht. Wenn man doch in Frankfurt jetzt nicht die Pfennige sparte, während der kleinste Krieg nachher die Thaler scheffelweis kostet! England scheint die Sache lau nehmen zu wollen und Rußland wünscht dem deutschen Pack alles mögliche Unheil; es läßt keinen Deutschen über die Gränze. Einer unserer angesehensten Kaufleute konnte durch gute Bekannte und Verwandte nicht einmal für seinen Sohn einen Paß nach Riga bekommen.

Die Wahlen regen hier Alles auf. Die demokratische Partei ist am rührigsten. Doch hat sie einen ihrer Führer verloren. Der Steuerinspektor Tülff, der sich ein wenig mit der Steuerverweigerung abgegeben hatte, ist nach Cavelpaß an der mekleuburgischen Grenze versetzt, wo es sehr idyllisch ist und er bei einsamem Heerdengeläut über die Pflichten der Staatsorgane nachdenken kann, wie sich die Beamten früher gern nannten. Nichtsdestoweniger will seine Partei ihn hier wählen. An Frankfurt denkt man leider hier weniger, als an Berlin. Unser Ländchen ist kaum ein Menschenalter mit Preußen verbunden, und noch immer nicht eigentlich mit demselben zusammengewachsen. Doch sieht man es hier zu Lande für ausgemacht an, daß aus der ganzen Sache, ich meine der deutschen Einheit, gar nichts wird, wenn Preußen nicht an die Spitze kommt.

Langensalza, 10. Jan. So eben hat man von hier den Kandidaten Stieler vom Verhöre aus, wohin er sich ohne schriftliche Vorladung begeben, festgenommen und in seinen dürftigen, gegen die Winterkälte ihn blosstellenden Kleidern nach Erfurt ins Inquisiteriat abgefahren. (Magdeb. Z.)

• **München**, 13. Jan. Der Nürnb. Korr. enthält folgende Mittheilung: Legationsrath Freiherr v. Aretin ist heute mit einer besondern Mission an das österreichische Kabinet nach Ollmütz abgereist. Dem Vernehmen nach bezieht sich diese Mission auf die deutsche Frage, bezüglich welcher, wenn nicht alle Anzeigen trügen, in kürzester Zeit von dem größten Theil der deutschen Regierungen irgend eine Maßregel, oder doch wenigstens eine Erklärung zu erwarten steht. Die Ministerkonferenz, welche unter Zuziehung der Herren v. Abel und v. Gise vorgestern in unserem Ministerium des Aeußern stattfand, soll durch denselben Gegenstand veranlaßt gewesen sein; ebenso dürfte die vor einigen Tagen erfolgte abermalige Hieherkunft des österreichischen Reichstagsabgeordneten Obersten v. Mayern damit in Verbindung stehen. Hr. v. Mayern, der erst vor einigen Wochen hier war, ist wohl abermals mit einer Mission der Centralgewalt (?) hier eingetroffen, sonst hätte er nicht die Nationalversammlung in dem Augenblicke, wo eben die österreichische Frage der Entscheidung unterliegt, verlassen.

Die D. konst. Ztg. theilt die von ihr als glaubwürdig ausgegebene Nachricht mit, daß nach völliger „Pacificirung" Ungarns eine bedeutende österreichische Heeresmacht sich an der Grenzlinie von Bregenz bis Salzburg und Schärding aufstellen werde; ferner, daß von Ollmütz aus an Baiern die Erklärung erfolgt sei, daß man dort zwar selbst die deutsche Kaiserkrone nicht begehre, deren Vergebung an einen Anderen aber auch nicht dulden werde!

C **Mannheim**, 15. Jan. Gestern wurde Florian Mördes auf Requisition der Untersuchungs-Kommission in Weinheim Morgens 7 Uhr arretirt und unter Gensdarmerie-Begleitung dahin gebracht. Er soll angeklagt sein, in einer Rede zum Hochverrath aufgereizt zu haben. Die politischen Vereine in unserer Stadt fangen an sich bedeutend zu regen; so ist vorgestern auf Antrag des Arbeiter- und des Gewerbevereins eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen worden um Berufung eines sozialen Parlamentes. Der Volksverein hat Brentano zu seinem Präsidenten erwählt; Florian Mördes sollte an dessen Stelle zum Abgeordneten durchgesetzt werden.

△ **Darmstadt**, 15. Jan. Unsere hiesige Ständeversammlung und namentlich unsere zweite Kammer verhält sich zur Frankfurter Reichsversammlung wie ein gewöhnlicher Ziehbrunnen zu einem nicht weit davon vorbeifließenden großen Strome. Die Bewegungen, die da stattfinden, wirken dort nach, und zwar nicht blos sachlich, sondern selbst persönlich. So hatten neulich die 5 Abgeordneten, welche zugleich Mitglieder der Reichsversammlung sind, mit Ausnahme eines einzigen (Heldmann), welcher die Linke vertrat und deßhalb fast beständig in Aktion war, bei der Berathung der neuen Geschäftsordnung ihren Abzug nach Frankfurt genommen; es waren die Tage der Vorkämpfe über das Gagern'sche Programm; nun aber, wo die Kämpfe selbst eingetreten waren, nahm selbst jenes letzte Mitglied Reißaus und ließ den Rest der Kammer mit dem Gesetz über die Weideberechtigungen fertig werden. Nun, es ist doch ganz gut gegangen. Statt der Herren Zitz und Heldmann schwangen die Herren Cretzschmar und Th. Zöppritz die Banner der Opposition und diesmal wenigstens war es in der Regel kein Verlust, daß sie nicht siegten. Cretzschmar, der das Gesetz ganz und gar abgewiesen haben wollte, blieb bei der Abstimmung mit nur noch zwei Stimmen in der Minorität. So gab denn der Verlauf der 46 Artikel, aus welchen das Gesetz besteht, keinen weiteren besonderen Anstand. Die Hauptpunkte lagen eigentlich in Art. 1 und Art. 21. Dort hatte der Regierungsentwurf die Pflicht der Entschädigung etwas eng gegriffen; der Ausschuß wollte sie erweitern, fiel aber bei der Abstimmung in der Kammer durch. Umgekehrt siegte der Ausschuß bei Art. 21, wo nach dem Entwurf auch die Berechtigten auf Ablösung sollten dringen können, während der Ausschuß dieses blos dem Verpflichteten zugestand. Zunächst wird nun wohl das sogenannte „rheinhessische Gesetz", wodurch der Provinz Rheinhessen in Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit viele Erleichterungen werden sollen, Berathungsgegenstand der zweiten Kammer. Nun noch kurz von einem andern Rapport der hiesigen zu den Frankfurter Verhandlungen! Analog den Anträgen auf ein erbliches deutsches Kaiserthum und dem Gedanken an Preußen dabei hatten neulich mehrere Abgeordnete, worunter Schenck, Wernher, einen Antrag, das demnächstige Oberhaupt von Deutschland betr., gestellt. Später traten noch andere Abgeordnete diesem Antrag bei. Was that aber die reichstägliche Linke, oder vielmehr ihr Vertreter, Herr Heldmann? Er stellte einen Antrag, die Berufung des Großherzogs von Hessen als Reichsstatthalter an die Spitze von Deutschland betreffend. Es sollte eine Gegenmine sein. Vielleicht auch ein schwacher Spaß, der als Gegenmine gelegentlich wirken sollte. Er hat es aber nicht gethan. Schon vor mehreren Tagen nämlich ist die Erklärung des Großherzogs an die Centralgewalt erschienen, und der Ausschuß der zweiten Kammer hat auf Ablehnung des Heldmann'schen Impromptu's angetragen. Was den Schenck'schen Antrag betrifft, so hat sich der Ausschuß darüber in seiner Ansicht geschieden, indem eine Mehrheit dafür, eine Minderheit dagegen war.

Gotha, 9. Jan. Die mehr erwähnte Konferenz bei der acht Staatsregierungen durch 11 Bevollmächtigte vertreten waren, fand am 3., 4. und 5. Jan. hier statt. Der Staatsrath Bröhmer aus Koburg war bei der ersten Zusammenkunft (am 15. und 16. Dec.) beauftragt worden, eine Vertragsurkunde über die Bildung eines thüringischen Gesammtstaats zu entwerfen. Dieser Entwurf, sowie die Idee eines Gesammtsstaats überhaupt, fand jedoch, ungeachtet der Befürwortung des Reichskommissärs v. Mühlenfels, wenig Anklang, weil sie die staatliche Individualität der einzelnen Länder gefährde. Dagegen berieth und vereinigte man sich über folgende gemeinschaftlich zu treffende Maßregeln: 1) Vertretung im Staatenhause, und zwar so, daß von sämmtlichen thüringischen Staaten 3 Regierungsbevollmächtigte durch Majoritätsbeschluß der betreffenden Staatsregierungen, und 3 Volksvertreter durch Ausschußkommissionen der einzelnen Volkskammern gewählt werden sollen, indem die weimarische Abgeordnetenversammlung zu dieser Kommission 3 Mitglieder, die gothaische 2, die meiningsche 2, die altenburgische 2, die rudolstädter, die sondershäuser, die reußische jüngere und die ältere Linie, jede 1 Mitglied, stellt; 2) Vollziehung der Grundrechte; 3) Civil- und Kriminalrechtspflege; 4) Heil-, Straf- und Besserungsanstalten; 5) Organisation des Justizwesens, so daß über diese gemeinschaftlich zu errichtenden Institutionen von einer baldigst zu erwählenden Kommission die nöthigen Gesetze ausgearbeitet und binnen 6 Monaten den einzelnen Volkskammern vorgelegt werden sollen; und 6) Militärwesen, dessen Organisation von der Centralgewalt dem königlich sächsischen Generalmajor Grafen v. Holtzendorff übertragen worden ist. Weiter vereinigten sich die Mitglieder der Konferenz in dem Gedanken, die deutsche Einheit noch in einem größern Maßstabe, durch Begründung eines sächsischen Reichskreises, zu verwirklichen, und haben alsbald bei der königl. sächsischen Regierung den Antrag gestellt, sich diesem Vorschlag anzuschließen und zwar unter der eigenthümlichen Bedingung, daß ein deutsches Reich unter Preußens Hegemonie ins Leben trete. Die Verhandlungen sollen in Gemeinschaft mit der Krone Sachsen später fortgesetzt werden. (D. A. Z.)

Koburg, 13. Jan. Die deutschen Grundrechte sind als Nr. 68 der Gesetzsammlung für das Herzogthum Koburg mit dem heutigen Regierungsblatte publizirt worden. (Nürnb. Korr.)

Weimar, 13. Jan. Wie der D. Allg. Z. geschrieben wird, gewinnt auch in der dortigen Gegend die Ansicht von der Nothwendigkeit, Preußen an die Spitze der deutschen Angelegenheiten zu stellen und die erbliche Kaiserkrone seinem Königshause zu übertragen, immer weitere Verbreitung. Auch in Weimar hat sich nun, wie in Jena, der konstitutionelle Verein in einer Adresse an die Nationalversammlung in diesem Sinne ausgesprochen.

Großbritannien.

* **London**, 13. Jan. Mit wenigen Worten wollen wir auf das Reformmeeting zurückkommen, welches am 10. Januar in der Freihandelshalle zu Manchester in Gegenwart von 6—7000 Personen gehalten wurde. Der Vorsitzende, Herr George Wilson, der bekannte Präsident der Anti-Corn-Law-League, bemerkte in seinem einleitenden Vortrage mit Recht, daß eine Ersparniß von 10 Millionen, wie sie Herr Cobden vorgeschlagen und motivirt habe, keine Kleinigkeit sei, besonders bei einem Volke, welches das Geld so lieb habe, wie das englische, und es sei doch besser, daß man diese hübsche Summe in die Taschen des Volks wieder hinein, als durch die Finger der Steuereinnehmer gleiten lasse. (Beifall.) Herr Wilson hat Recht, das Cobden'sche Kunststück, 10 Millionen, wie man die Hand umdreht, aus den Staatskassen in die Taschen des Volks wieder zurück zu eskamotiren, wäre kein übles, wenn es überhaupt gelänge, oder wenn es dem vereinigten Königreich nicht in anderer Weise zum Schaden gereichte. Denn so sehr man mit dem Prinzip einer den Verhältnissen nach möglichst wohlfeilen Regierung einverstanden sein muß, so ist doch die Wohlfeilheit an sich leicht ein trügerischer Maßstab und selten kauft man da gerade am wohlfeilsten, wo man die geringsten Preise bezahlt. Wohlfeil muß eine Regierung freilich namentlich dadurch erscheinen, daß sie die Steuern nach richtigem Verhältniß vertheilt und die ärmeren Klassen möglichst wenig belastet. Es ist aber ohne Zweifel wahr, daß die Sparsamkeit der Hume-Cobden'schen Fraktion ein wenig in Knauserei überschlägt, wie denn Cobden, in so verhängnißvoller Zeit, mir nichts dir nichts 110 Obersten und alle Admirale bis auf 14 abgeschafft wissen will. Er betrachtet ganz England wie ein großes Handelsetablissement, eine Fabrikanlage, ein Waarenmagazin, und glaubt, es sei da mit einem bloßen Speicher gethan; aber England muß, um ein solcher Weltstapelplatz zu bleiben, zugleich eine Festung sein, mit einer Menge vorgeschobener Außenwerke und Bastionen an allen Ecken und Enden der Welt. Wie dem auch sei, Herr Cobden stellte in besagter Versammlung den Antrag: „Diese Versammlung beschließt, mit dem Liverpooler Reformverein und andern ähnlichen Vereinen gemeinsam dahin zu wirken, daß die Summe der Staatsausgaben mindestens auf ihren Standpunkt von 1835 wieder zurückgebracht und ein gleichmäßiges und ökonomisches Steuersystem eingeführt werde." Einstimmig angenommen. Hr. Milner Gibson, P. M., beantragte: „daß eine dauernde Steuerermäßigung nicht eher bewirkt werden könne, als bis das Volk eine direktere Aufsicht über das Haus der Gemeinen dadurch erlangt, daß das Wahlsystem weiter ausgedehnt wird." Ebenfalls einstimmig angenommen. Schließlich spricht noch das Parlamentsmitglied John Bright, der Quäker, welcher behauptete, daß 60 Mill. Pf. Steuern von einer Regierung vergeudet würden welche die Ansichten des diese Steuern zahlenden Volkes nicht repräsentire; das Unterhaus müsse mit gesunderem demokratischeren Blut aufgefrischt werden u. s. w. Uebrigens soll den 31. ein großes Festmahl der Cobden'schen League in Manchester stattfinden, wozu bereits die bedeutendsten Notabilitäten dieser Partei Einladungen erhalten und angenommen haben, außer einer guten Zahl Oppositionsmitglieder des Parlaments, auch die Mayors von Leicester, Salford, Wakefield, Warrington und Ashton.

Frankreich.

Paris, 13. Januar. Wie sich die Journale über die gestrige Entscheidung der National-Versammlung auslassen, läßt sich leicht denken. Der National sucht in seinem leitenden Artikel die Bewegung des Landes als einen bloßen Journal-Krieg hinzustellen, während die Reforme den Nothruf ausstößt, daß die Nationalversammlung Frankreich und die Revolution verrathen würde, wenn sie nicht das Konstitutionswerk ganz beendigte. Der Constitutionel, nach wie vor das Organ des Hrn. Thiers trotz der Gerüchte über ein Zerwürfniß zwischen diesem und Hrn. Veron, weiß sich vor Freuden über die unerwartete, wenn auch noch so geringe Majorität kaum zu fassen und macht der Nationalversammlung die zärtlichsten Komplimente. Die Debats treten aus ihrer bisher beobachteten Zurückhaltung hervor und loben die Versammlung über den gefaßten Beschluß. Das Univers erklärt geradezu die Versammlung jetzt so gut wie todt. Bemerkenswerth ist die Vorsicht der „Union," welche, obgleich die legitimistische Partei das Meiste bei der Auflösung gewinnen wird, erklärt, sie wolle nicht zu früh triumphiren, denn das gestrige Votum sei nur der erste Schritt zu der gewünschten Lösung des Ganzen. Die Kourse an der Börse sind gestiegen.

Der General Pelet geht als außerordentlicher Gesandter nach Turin. Der Moniteur du soir sagt: Es habe nöthig geschienen, an den Hof von Sardinien Jemanden zu schicken, der nützliche Rathschläge für Krieg und Frieden geben könne. Der Passendste dazu habe General Pelet geschienen — obgleich er allgemein für eine geistige Null gilt.

Die Liberté gibt einen Brief des Marschalls Bugeaud an den Volksvertreter Lucian Murat, worin der Marschall dem Sohne des ehemaligen Königs von Neapel seine Unterstützung bei dessen Bewerbung um die Oberstenstelle der 1. Legion der Nationalgarde anbietet. Er schließt: „Sprechen Sie und ich werde handeln, wie Sie es mir angeben werden. Ich sage allen meinen Freunden, daß man keine bessere und bedeutungsvollere Maßregel ergreifen kann, als Sie zu wählen; denn man würde in Ihrer Person den Ruhm der Republik und des Kaiserreichs ehren."

Bei dem gestrigen Feste des Präsidenten näherte sich Madame Drouyn de Lhuys (Frau des Ministers des Auswärtigen) dem Blumenkorbe, den die Arbeiterinnen des Faubourgs St. Antoine dem Präsidenten zum Geschenk gemacht hatten. Sie roch daran. „Das riecht nach Amnestie!" sagten einige Deputirte, welche in der Nähe standen. „Ist möglich" antwortete Drouyn für seine Frau, „aber Sie haben den Schnupfen".

Spanien.

* **Madrid**, 7. Jan. Aus Anlaß des neulichen Abenteuers der Königin, das wir berichteten und wobei sie das Unglück hatte,

Uebersicht.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 16. Jan. Es ließ sich erwarten, daß die Bewohner Homburgs, namentlich die Häuserbesitzer, die Vermittlung ihres Fürsten zur Zurücknahme des Beschlusses der Nationalversammlung, bezüglich der Aufhebung der Spielbanken, in Anspruch nehmen würden. Dieses Gesuch mußte natürlich zurückgewiesen werden, und es soll den Homburgern bedeutet worden sein, daß sie sich auch den Konsequenzen eines Zustandes unterwerfen müßten, für welchen sie sich im März ja ausgesprochen.

*** **Frankfurt**, 16. Jan. Heute traf hier die Nachricht aus Hamburg ein, daß am 13. d. dort der Mitdirektor des dasigen Stadttheaters J. B. **Baison** an den Folgen eines Nervenfiebers gestorben ist. Baison war drei Jahre Mitglied der Frankfurter Bühne und eine Zierde derselben. Ein eminenter Fleiß und die vollste Hingebung für seinen Beruf, verbunden mit unablässigem Streben nach der intellektuellsten Ausbildung ließen ihn eine höchst ehrenvolle Stufe unter den dramatischen Künstlern erreichen. Er unterlag seiner rastlosen Thätigkeit im besten Mannesalter.

** **Frankfurt**, 16. Jan. Der Commodore Parker soll in den ersten Tagen hier eintreffen und wird sich dann an den Arbeiten zur Gründung der deutschen Marine wesentlich betheiligen. Man glaubt sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß bis zum Frühjahre die Resultate unter den gegebenen Umständen sehr erfreulicher Natur sein werden.

*** **Frankfurt**, 16. Jan. Die Spendesammlung für die Kinder des trefflichen Auerswald nimmt hier einen gedeihlichen Fortgang und es soll die Gesammtsumme bereits 7000 fl. übersteigen.

△ **Wien**, 12. Jan. Aus Kremsier kommt uns heute das Gerücht, daß das Ministerium, in Folge der Abstimmung in der Reichstagssitzung vom 10., worin der §. 1. zwar nicht verworfen, jedoch als nicht an diese Stelle gehörig jetzt übergangen und dem Konstitutions-Ausschusse zur Einrückung an geeigneter Stelle übergeben wurde — bei seiner Majestät seine Demission eingereicht habe. Ist das Gerücht wahr, so stünde es nun in der Macht des Kaisers, die Demission der Minister anzunehmen oder — den Reichstag aufzulösen. Man glaubt übrigens, daß die Czechen auch einer physischen Macht sicher waren, ehe sie sich dem Protest vom 8. anschlossen. Da der § 1. fürs Erste beseitigt ist, so wüßte man sich den Grund zu einem Rücktritt des Ministeriums — was doch eigentlich noch keine Niederlage erlitten — nicht zu erklären, doch könnte er in den Worten des Grafen Stadion vom 4. zu finden sein, wo er sagt, „daß das Ministerium sowohl in der ausgesprochenen als in der stillschweigenden Annahme des § 1. eine Verletzung des monarchischen Prinzips finden würde." Nun hat sich aber die Kammer nicht eben stillschweigend verhalten, indem sie der Rede Rieger's für den § 1. einen wahren Beifallssturm folgen ließ. Dem Vernehmen nach sind heute bedeutende Truppenabtheilungen mit der Eisenbahn nach Kremsier abgegangen — alle diese Gerüchte deuten auf Sturm! Der böhmische Charivari brachte gestern einige sehr witzige Karrikaturen gegen das Ministerium und seine Stellung gegenüber dem Fürst Windischgrätz. Unter andern eine wo der Fürst dem Ministerium die Exekutivgewalt zurückgibt in Form einer kleinen Ruthe, während er in der Faust auf dem Rücken eine mächtige Knute zurückbehält ɾc. Dann finden wir in demselben böhmischen Blatt folgende Anzeige: „Es ist vor zwei hundert Jahren die böhmische Königskrone verloren gegangen, der redliche Finder wird gebeten dieselbe in St. Petersburg bei dem Czaar Nikolaus abzugeben, wofür er ein ganzes Faß voll Kavider als Belohnung erhalten wird." Sie sehen hieraus, daß der Belagerungszustand in Böhmen sichtbare Früchte trägt — welche von der Slovanska Lipa gepflegt und in Folge dessen unantastbar sind! Am Nachmittage des 9. sind drei Schüsse aus dem rothen Hause in der Alstervorstadt auf vorübergehende Soldaten, jedoch ohne zu treffen, abgefeuert worden. Das Haus wurde durchsucht, man fand aber nirgends eine Feuerwaffe, nur ein Paquet Patronen wurde bei einem Herrn Schleifer gefunden, der sofort ins Gefängniß abgeführt wurde. Man legt dieser tollen Handlung übrigens gar keinen politischen Werth bei — obwohl sie eine Kundmachung des Gouverneurs veranlaßte, worin er die Ablieferung aller in Privathäusern befindlichen Munition von heute an binnen drei Tagen bei strenger Ahndung befiehlt.

* **Wien**, 12. Jan. Als Deputirter für Frankfurt ist vorgestern im Bezirk Gumpendorf, Gar, ein deutschgesinnter und antiquarisch gelehrter Staatsbeamter, gewählt worden, zum Ersatzmann Dr. Herz. — Aus Pesth erfährt man, daß wegen dem Einlaß und Ausgang daselbst eben so strenge Vorkehrungen getroffen wurden, als in der ersten Zeit der Besetzung Wiens. Perczel hatte noch Tags zuvor dem Stadtrichter gedroht, ihn auf dem Marktplatz hängen zu lassen, wenn er von Uebergabe spräche; nichtsdestoweniger fand dieselbe ohne Schwertstreich statt. Obschon Zeitungen und Gerüchte die Gefangennehmung Kossuth's wiederholt bringen, so hat sich dieselbe doch noch nicht bestätigt. Er soll noch in der letzten Zeit zwei seiner Unterhändler nach Paris und London geschickt haben, um die dortigen Regierungen um Vermittlung anzugehen. Der Festungskommandant von Komorn, General Maitheny, soll dem Fürsten Windischgrätz Vorschläge wegen Uebergabe dieser Festung gemacht haben. Privatnachrichten aus Kronstatt in Siebenbürgen melden, daß die Szekler-Insurgenten endlich zurückgetrieben wurden. Die k. k. Truppen griffen bei Hidveg die Rebellen an und erfochten einen vollkommenen Sieg über selbe. Eine große Anzahl blieb todt auf dem Platze und noch bei weitem mehr geriethen in Gefangenschaft. Eben so wurde das Szeklerlager bei Purkeretz von dem Landsturme der Romanen erobert und niedergebrannt. Eine Kundmachung des Gouverneurs Welden motivirt die Unterdrückung des Journals, die „Ostdeutsche Post", weil der Redakteur dieses Journals durch die Aufnahme des Artikels: „das Ereigniß von Kremsier", den Bedingungen entgegen gehandelt hat, unter welchen ihm das Wiedererscheinen dieser Zeitschrift gestattet wurde. Dieser Artikel hätte wegen seines aufreizenden und revolutionären Inhaltes selbst in gewöhnlichen Zeiten nicht geduldet werden können; ganz unzulässig und unvereinbarlich erscheine er aber mit dem Belagerungszustande; die stattgefundene Unterdrückung dieses Journals soll den Redakteurs der übrigen Zeitschriften zur Warnung und Aufforderung dienen, ihre Sprache stets inner der Grenze der Mäßigung zu halten, die sich mit der Freiheit der Meinung sehr gut vereinigen lasse. Med. Dr. Satter aus Steiermark ist überwiesen worden, am 30. Okt. das Volk wiederholt zur Fortsetzung des Widerstandes aufgefordert zu haben; da jedoch seine aufreizenden Schritte ohne Erfolg geblieben, wurde er zu nur dreimonatlichem leichten Kerker verurtheilt. Es haben hier außer den erwähnten Cholerafällen im Militärspital noch drei vereinzelte in den Vorstädten unter den untern Volksklassen stattgefunden, ohne daß man hiervon besondere Notiz nahm. Die ungarische Banknotenfrage erregt große Bangigkeit unter der hier dabei betheiligten industriellen Klasse. Man zweifelt sehr an einer Anerkennung derselben.

* **Kremsier**, 11. Jan. In der heutigen Reichstagssitzung besteigt Justiz-Minister Bach die Tribüne: Rieger habe einzelne Stellen aus seinen Reden herausgenommen, die nicht im Einklange mit der Erklärung vom 4. Jan. stimmten, wofür er solidarisch einstehe. Er verwahre sich dagegen, daß man nach einzelnen Aeußerungen die politische Haltung eines Mannes beurtheile. Die Grundsätze seiner Thätigkeit haben sich seit dem Embryo eines Oesterreichs nicht geändert; er wollte und wolle ein großes, freies Oesterreich. Schon das vorige Ministerium hat die Gleichstellung

aller Nationalitäten auch in Ungarn durchführen wollen. Als die Redefreiheit nicht zur Ungebühr gehandhabt wurde, wie gestern, als man den Konvent spielen wollte und die exekutive Gewalt lähmen, da hatte das vorige Ministerium den Muth, diesen Tendenzen mit unbeugsamer Stirne entgegenzutreten; der Kampf wurde gewagt, aber das Ministerium ist erlegen, obwohl mit Ehre. Als es sich handelte um die Stellung der Krone zu diesem Hause, als eine Tagesmeinung die Krone in den Schatten stellen wollte, zu jener Zeit hat das frühere Ministerium seine Ansicht offen ausgesprochen. Diese Grundsätze des vorigen Ministeriums sind nicht im Widerspruch mit jenen des jetzigen. Ist der Vorwurf gegründet, daß ich meiner Ueberzeugung untreu wurde? (Schweigen.) Die Erklärung des 4. Jan. ist in Uebereinstimmung mit jener vom September. Sie haben die Form der Erklärung mißbilligt; Ihre gestrige Abstimmung hat das Prinzip bestätigt. (Zischen). Ich bin es mir bewußt, meiner Pflicht treu und ehrlich jederzeit nachgekommen zu sein und nie mein Mandat aus den Augen gelassen zu haben. Dies war ich meiner Ehre und politischen Stellung schuldig. (Klatschen im Centrum, Zischen von den Seiten.) Man geht zur Berathung der Grundrechte §. 2. Borrosch will gegen Bach sprechen, wird aber zur Sache gewiesen, und erklärt: daß die gestrige Abstimmung über §. 1 keineswegs eine Verwerfung, sondern blos eine Vertagung sei.

△ **Berlin**, 15. Jan. Die neuesten Berichte aus Frankfurt, die uns, des Schneefalles wegen, freilich verspätet zugegangen sind (wir haben heute Abend erst die Berichte vom 12.), haben hier in allen Kreisen einen sehr guten Eindruck gemacht. Dieser günstige Eindruck wurde indessen, auch dies darf man nicht verkennen, hauptsächlich gestützt durch die Erklärungen der Großherzoge von Baden und Hessen, sowie der acht thüringischen Fürsten, durch die Erklärungen der badischen, kurhessischen, koburgischen, mecklenburgischen, braunschweigischen Ständekammer, durch die vielen Einzelerklärungen von Vereinen aller Länder, von Vereinen in Württemberg, Baden, Mainz, Hanau, Lübeck, Schleswig-Holstein u. dgl. Man gewinnt hieraus die Ueberzeugung, daß alle kleineren Fürsten, von den Großherzogen abwärts, und alle Ständekammern der kleineren Staaten, daß von den Königen vielleicht Württemberg, einer ähnlichen Erklärung beitreten werden, wodurch mittelbar oder unmittelbar die Wahl der Nationalversammlung, wenn sie auf den König von Preußen fällt, ein großes Mitgewicht zur Realisirung erhält. Aber in Betreff Baierns, Sachsens und Hannovers fürchtet man, daß sie sich dem Einflusse Oesterreichs, der dahin geht: „Kontrerevolution zu machen,", nicht so leicht entziehen werden; und mit einem Baiern, Hannover und Sachsen, die wider Willen im Bunde sind, hat Preußen auch jetzt noch keine Lust zu regieren, weil eine solche Regierung auf die erheblichsten, vielleicht auf unüberwindliche Hindernisse stoßen würde. Die Bereitwilligkeit, sich der deutschen Sache hinzugeben, hat Preußen erklärt; daran hält es fortwährend: aber es kann nicht zu Dem die Hand bieten, was voraussichtlich unmöglich wird. Wenn die O.-P.-A.-Z., gewiß mit Recht erklärt, daß die Märzrevolution noch nicht als geschlossen betrachtet werden könne, falls nicht die feste Konstituirung des großen deutschen Gesammtstaates jetzt erfolgt, so fragt sich nur, ob die Zustände, welche in sicherer Aussicht stehen, wenn einzelne mächtige Glieder im Bundesstaat renitiren, wenn Oesterreich außer dem Bundesstaat eine feindliche Stellung einnimmt, besser sind, sowohl für die feste Durchführung des Gesammtstaats, als diejenigen Verhältnisse, welche durch eine Vollendung der Märzrevolution zu erwarten wären? Wenigstens läßt sich darüber streiten, und in jedem Falle darf man fragen, ob jener Zustand, der aus einer Renitenz Baierns ꝛc. hervorginge, nicht auch die Phase einer Revolution sei, oder eine Revolution hervorrufe. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß nicht die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Dinge im Vordergrund stehen müsse, und daß nicht deßhalb das Bestreben der Nationalversammlung, diese friedliche Lösung herbeizuführen, aus allen Kräften von allen Seiten zu unterstützen sei. Im Gegentheil. Auch Preußen wird, soviel an ihm liegt, die Nationalversammlung stützen; aber es kommt darauf an, wie man ohne Weiteres einsieht, daß die Nationalversammlung ihre materielle und ihre moralische Macht gerade in der vorliegenden Frage möglichst voll zur Geltung bringe. Wenn dies geschieht, so läßt sich an der Bereitwilligkeit Preußens, die mit der großen Ehre immerhin noch verbundene große Gefahr sofort zu übernehmen, vielleicht nicht mehr zweifeln, so bestimmt auch im entgegengesetzten Falle seine Weigerung sein würde. Die Anwesenheit des Oberpräsidenten v. Beurmann aus Posen in Berlin hat zum Zweck, die polnische Frage ihrer definitiven Lösung soviel als möglich entgegenzuführen. Wie man vernimmt, werden morgen die Sitzungen des Staatsministeriums über diese Frage beginnen. Auch über das Preßgesetz und das Gesetz wegen des Assoziationsrechts werden in den nächsten Tagen die Berathungen des Staatsministeriums stattfinden. Ueber die Hansemann'sche Zeitung erfährt man noch immer nicht, ob dieselbe zu Stande kommen werde. Die Summen, welche bereits gezeichnet sind, scheinen jedenfalls nicht so bedeutend zu sein, daß man wagen wird, das Unternehmen in's Leben zu führen. — Die Wahlbestrebungen gehen eifrig fort; die Rechte hoffte sehr, die Oberhand zu behalten; aus Schlesien, vom Rhein her, selbst aus Sachsen lauten die Nachrichten bis jetzt günstig für die Konservativen. Hier in Berlin hat Herr Jung nicht einmal Aussicht zum Wahlmann gewählt zu werden.

Parl. Korr. **Berlin**, 15. Jan. Das Ausbleiben der gestrigen Wiener Post hat die betrübende Veranlassung, daß der Wiener Zug mit dem Schlesischen zusammengestoßen ist. Von Verwundungen und Unglücksfällen verlautet noch nichts. Ein großer Verlust an Gütern ist schon jetzt zu beklagen.

Der Gesandte der französischen Republik, Herr Arago, wird in neun bis 10 Tagen Preußen verlassen. Man erwartet den Herzog von Dalmatien als seinen Nachfolger; doch ist dieses Letztere nicht mit derselben Bestimmtheit anzunehmen, als daß uns Herr Arago verlassen wird.

Konst. Korr. **Berlin**, 15. Jan. Die Vorversammlungen haben in den meisten der 270 Wahlabtheilungen Berlins begonnen. Wie es den Anschein hat, wird sich die Mehrheit der hiesigen Einwohnerschaft auf einen Boden stellen, welcher die Revolution als abgeschlossen betrachtet und die Verfassung des 5. Dez. unbeschadet ihrer weiten Ausbildung als rechtsgültig anerkennt. Fast sämmtliche Programme dürften sich demnach dem Programme des Centrums (Dunker-Haase) anschließen, besonders in folgender Hauptstelle. „Wir verkennen nicht, daß durch die Auflösung der Nationalversammlung und die einseitige Verleihung der Verfassung der Boden des Gesetzes verlassen worden ist. Wir erkennen aber auch zugleich an, daß die Würde der Krone, die innere und äußere Lage des Vaterlandes, die Rettung seiner höchsten und theuersten Güter die Abbrechung der in gutem Glauben versuchten und angestrebten Vereinbarung zu einer Nothwendigkeit gemacht hat."

Das Krönungs- und Ordensfest wird am 18. d. M. in gewöhnlicher Weise stattfinden.

Lith. Korr. **Berlin**, 15. Jan. Die Vorlesungen, welche Bruno Bauer auf Veranlassung des Vereins der jüngeren Kaufmannschaft im Börsensaale zu halten beabsichtigte, sind durch das Polizeipräsidium untersagt worden.

+ **Karlsruhe**, 16. Jan. Die 2. Kammer beschäftigte sich während der letzten vier Sitzungen mit den von der Regierung vorgelegten neuen Konscriptionsgesetzen. Nach den in dieser Beziehung bis jetzt noch geltenden Bestimmungen war es fast unmöglich, die Erhöhung unseres Militärstandes auf zwei Prozent der Bevölkerung gemäß des Beschlusses der Nationalversammlung vom 15. Juli v. J. auszuführen. Darum schlug denn der neue Entwurf vor, die Stellvertretung aufzuheben und alle Taugliche zum Dienste einzuberufen, sowie die noch weiter fehlende Summe im Wege der außerordentlichen Konscription aus früheren Altersklassen zu ergänzen. Gerade diese letztere Maßregel war geeignet, einige Aufregung im Lande hervorzurufen, denn dadurch wurden Männer getroffen, welche sich der Militärpflicht enthoben glaubten und darum eine Familie und ein Geschäft gegründet hatten. Unsere Wühler fanden hierin eine reiche Ausbeute, doch scheiterten ihre Versuche an dem gesunden Sinne unserer Jugend. Indessen mußte sich gleichwohl die Kammer veranlaßt fühlen, alle Härten, die für die außerordentlich Konscribirten sich ergeben müßten, so viel wie möglich zu mildern. Hatte die Regierungskommission auch bereits erklärt, daß nur eine sechswöchentliche Einübung und hierauf eine unbeschränkte Beurlaubung stattfinden solle, so glaubte die Kammer doch noch weiter gehen zu müssen und behielt die bisherige sechsjährige Dienstzeit in der Linie bei, während die Regierung eine fünfjährige proponirt, damit aber zugleich ein weiteres Zurückgreifen auf die außerordentlich Kon-

skribirten zugelassen hatte. Hierin besteht die wesentlichste Abweichung der Kammer von den Vorschlägen der Regierung, doch wurde hiebei zugleich ausgesprochen, daß das ganze Gesetz als ein transitorisches längstens bis zum Schlusse des nächsten Landtags gelten solle, wenn nicht vorher ein deutsches Bundesgesetz erfolgen würde. Die Hauptpunkte, um welche sich weiter die Diskussion drehte, betrafen noch 1) die Frage, ob die Dienstpflicht ohne alle Ausnahme ausgesprochen, 2) ob nicht noch bis zum Erscheinen eines allgemeinen deutschen Wehrgesetzes das Einstandswesen beibehalten, und 3) ob die einjährige Dienstzeit für solche, die sich den Wissenschaften, Künsten und höhern Gewerben widmen, ausgesprochen werden solle. Nach langen Verhandlungen vereinigte man sich im erstern Punkte mit den bisherigen Normen, so daß eine Befreiung vom Dienste in der Linie erfolgen kann, wofür aber der Dienst in der Reserve eintritt; sodann sprach man sich entschieden und mit großer Majorität gegen die Stellvertretung aus, und nahm endlich die einjährige Dienstzeit an. Beim Beginn der heutigen Sitzung brachte der Abgeordnete Oster die Befestigung von Rastatt zur Sprache, welche lange nicht in dem vollständigen Umfange geschehen soll, wie sie früher beabsichtigt war. Der Kriegsminister, Generallieutenant Hoffmann, gab jedoch eine so befriedigende Erklärung hierüber, daß die Kammer von der Fassung eines besondern Beschlusses Umgang nahm. Das Gleiche geschah auf eine Anfrage des Abgeordneten Bissing, welcher die kostspielige Ausrüstung der Offiziere der Kavallerie und Artillerie tadelte und verlangte, daß die gleiche Einfachheit, wie bei der Infanterie, eingeführt werden solle. Wenn es richtig ist, was der Abgeordnete vorbrachte, daß ein Badischer Kavallerieoffizier 1700 Gulden zu seiner Equipirung bedarf, so ist das Avancement des Unteroffiziers, der vermögenslos, eine reine Unmöglichkeit. — Als Episode der heutigen Sitzung verdient das Benehmen des Abgeordneten Brentano eine kurze Erwähnung. Dieser Abgeordnete erscheint selten in den Sitzungen der Kammer, glaubt aber sein Erscheinen jedesmal mit einem Eclat kundgeben zu müssen. Heute zum erstenmale nach Neujahr erschienen, forderte er den Präsidenten in einer brusken Sprache auf, eine Interpellation, die er früher wegen Führung der politischen Untersuchung in Weinheim angekündigt, auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Diesmal war dieser Ton dem sonst sehr nachsichtigen Vicepräsidenten Weller doch zu anstößig; in voller Entrüstung erklärte er, daß der Abgeordnete Brentano ihm nichts vorzuschreiben habe und bemerkte ihm, er scheine nur da zu sein, um die Kammer zu tyrannisiren. Ein hierauf entstandener Sturm endete damit, daß Brentano wiederholt zur Ordnung gerufen wurde.

C **Mannheim**, 18. Jan. Der Zwiespalt zwischen Militär und Bürger scheint eher im Zunehmen, als im Abnehmen begriffen. Von den Schlägereien, welche leider zur Tagesordnung geworden und zu denen das Militär — wie nicht zu läugnen — meistens die Veranlassungen gibt und der Bürger den Kürzeren zieht, habe ich Ihnen schon berichtet. Gestern war wegen der Waffen der Bürgerwehr, die von der Regierung noch nicht herausgegeben sind, eine Versammlung in der Aula. Hier brachte der bekannte Strauber, als Deutschkatholik schon vor den Märztagen oft genannt, die Rede auf diese „Brutalitäten" und bediente sich gegen das Militär des Ausdrucks „Buben in Uniform". Dr. Ladenburg protestirte gegen diesen Ausdruck, konnte jedoch nicht durchdringen, besonders da er gegen den Antrag war, eine Klagschrift wegen Verweigerung der Waffen einzureichen. Um 8 Uhr wurde ihm gestern Abend dafür eine Katzenmusik gebracht. Heute reichten die Dragoner eine Schrift an den Gemeinderath ein des Inhalts, „daß Strauber den Ausdruck widerrufen sollte, widrigenfalls sie für nichts stünden." Von der Infanterie soll eine gleiche Schrift im Werke sein.

⊙ **Lübeck**, 13. Jan. Heute ist hier eine Adresse an die Nationalversammlung in zahlreicher Versammlung angenommen und sofort mit Unterschriften von Bürgern der verschiedensten Stände bedeckt worden.

Die Unterzeichneten, Bürger einer freien deutschen Stadt, sprechen mit freudigem Vertrauen vor Ihnen die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die großen Lehren der Geschichte, deren Nichtbeachtung kein Volk schwerer getroffen hat als das deutsche, in diesem gewichtigen Augenblick an uns nicht verloren sein werden. Wenn jemals, so ist jetzt die Zeit gekommen, wo die deutsche Nation sich in und durch sich selbst zu Macht und Blüthe erheben muß. Jetzt gilt es, die beiden Versuchungen zu meiden, von denen die eine so oft im glücklichsten Moment den freien Aufschwung unserer Kräfte gelähmt, die andere die traurigsten Blätter unserer Geschichte mit ihren unseligen Folgen gefüllt hat, — zu meiden: die verderbliche Vermengung unserer Geschicke mit denen der Nachbarländer und den unheilvollen Bruderzwist.

Daß die Einheit des Vaterlandes, welche die Besten seiner Bürger mit heißem Verlangen ersehnen, nicht abermals ein Opfer undeutscher Politik oder einheimischer Zwietracht werde, dazu bedarf es der Hand eines mächtigen Schirmherrn.

Wir wollen ihn mächtig, damit alle Glieder des Bundesstaats mit Vertrauen seiner Führung folgen, damit jedes schmachvolle Gelüste Einzelner nach Entfremdung von dem großen Ganzen im Keime erstickt werde. Aber wir wollen auch einen deutschen, einen ganz und von Grund aus deutschen Fürsten an der Spitze Deutschlands sehen, damit seine Gedanken und Sorgen nur dem Vaterlande zugewandt seien, damit nicht die zufälligen Interessen seiner fremdländischen Provinzen uns, wie es so oft geschehen ist, in fernabliegende Verwickelungen ziehen.

Nur Preußen, dessen kräftige Entwickelung eine Reihe der edelsten deutschen Stämme zu einem mächtigen Staate verbunden hat, ist dieser Aufgabe gewachsen. Mag Unglück und Verschuldung Preußens Verhältniß zu Deutschland in schweren Zeiten getrübt haben, immer hat in den entscheidendsten Momenten Preußen unter Hohenzollerschen Fürsten dem Vaterlande die unvergeßlichsten Dienste geleistet. Möge es denn auch in diesen Tagen einer Entscheidung, welche die Zukunft des Vaterlandes in sich trägt, Preußen sein, welches die innere Freiheit, auf deren Ausbau unter dem Schirme des Gesetzes und Friedens wir hoffen, an der Spitze des gesammten Deutschlands schütze und wahre!

Wir vertrauen der Festigkeit und Vaterlandsliebe einer hohen Nationalversammlung: es wird und muß gelingen, das Vaterland aus Ohnmacht zur Stärke, aus Zersplitterung zur Einheit zu führen!

Gestern starb der kaufmännische Senator Weber. Zwar schreibt die Verfassungsurkunde vor, daß Vakanzen im Senate innerhalb vier Wochen nach ihrem Eintritt wieder besetzt werden sollen; indeß wird im Bürgerausschuß ein Antrag auf Aussetzung der Wahl vorbereitet. In der That wird es auch mißlich, wenn eine ständische Bürgerschaft, welche nach sechs Wochen einer aus allgemeiner und freier Wahl hervorgegangenen das Feld räumen wird, die der Bürgerschaft bis zur vollen Hälfte zustehende Mitbetheiligung bei der Wahl eines Senators ausübt. Dazu kommt, daß gegenwärtig noch zehn Kaufleute im Senate sitzen, eine Zahl, die mit Eintritt der Reform des Senates wahrscheinlich um die Hälfte sich verringert.

Frankreich.

* **Paris**, 14. Jan. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung wurde endlich die ermüdende Verhandlung über den Einfuhrzoll auf Salz geschlossen; zu guter Letzt entschied die Versammlung noch, daß im Laufe dieses Jahres eine enquête parlementaire aller Salzverhältnisse stattfinden solle.

Zu dem Rateau'schen Vorschlage, der also nächstens zur Endentscheidung kommen wird, sind bis jetzt folgende Amendements eingegangen: 1) Wolowski, Lasteyrie und Gerard beantragen: „Artikel I. Die legislative Kammer wird für den 10. April 1849 zusammengerufen. Die Mandate der Nationalversammlung erlöschen an diesem Tage. Artikel II. Die Wahlen für Ernennung der 750 Glieder jener Kammer sollen am 25. März statthaben." 2) Dabaux (Haute-Garonne) verlangt die Abschaffung des Gesetzes vom 15. Dez. 1848, das die zehn organischen Gesetze aufzählt, welche sich die Nationalversammlung zu berathen vorgenommen hatte. Sie soll nur das Wahlgesetz berathen und dann unmittelbar die neue Kammer einrufen. Dieser Dabaux ist einer der vollblütigsten Legitimisten, welchen die spanische Grenze in die Nat.-Versammlung geschickt hat. 3) Endlich liegen noch die Birio'schen und Paguerre'schen Anträge (Auflösung am 4. Mai) vor.

Das Bedürfniß, den öffentlichen Geist zu kennen und auf ihn zu wirken, veranlaßt den Präsidenten der Republik, das mit Cavaignac eingegangene Bureau de l'Esprit public (das Korrespondenzbureau mit der Departementspresse) wieder herzustellen. Dasselbe wird jedoch nicht im Ministerium des Innern, sondern im Elysée National selbst angelegt.

†† **Paris**, 11. Jan. Ein Ministerialbefehl ordnet die Bewaffnung und Ausrüstung aller disponiblen vollständigen oder unvollständigen Kriegsschiffe im Hafen von Toulon an. Sie sollen Truppen aller Art und Pferde transportiren können. Da im Hafen von Toulon selbst nicht genug Matrosen sind, wird eine Aushebung im fünften Marine-Arrondissement eingeleitet. Die Dampffregatte Magellan sollte am 8. mit einem Truppendetachement nach Algier abfahren, die Marinebehörde behielt sie aber im Hafen zurück auf einen von Paris erhaltenen sehr kategorischen Befehl. Auch in Cherbourg werden einem Ministerialbefehle zu Folge die Segelfregatten: La Forte, l'Alceste, la Clorinde und die Dampf-

Ueberſicht.

England und die deutſche Einheit.
Deutſchland. Frankfurt (Blühender Unſinn. Auswanderung oder Einwanderung. Die 4te Wagenklaſſe auf der bad. Eiſenbahn.) Wien (Das Miniſterium gegen Deutſchland und gegen den Reichstag. Die öſtreichiſche Poſt. Beamtenrevolution.) Meiningen (Das Herzogthum Meiningen und die thüringiſche Einheit.) Aus dem Mecklenburgiſchen (Die Parteien in Mecklenburg.)

England und die deutſche Einheit.

M. v. M. **London,** im Januar. Die Deutſche Zeitung enthielt vor Kurzem einen leitenden Artikel über den inneren Zuſtand Englands, mit dem die Engländer im Ganzen ſehr wohl zufrieden ſein konnten. Er warf jedoch ſchließlich auf die engliſche Politik gegenüber der deutſchen Einheit einen tadelnden Seitenblick, welcher nicht durch die Thatſachen gerechtfertigt erſcheint. Ein ruhiger Beobachter nimmt davon Veranlaſſung, Ihnen ein Wort über die öffentliche Meinung Englands und die engliſche Politik in Bezug auf die deutſche Einheitsbewegung zu ſagen.

Die Engländer ſind bekanntlich „eine Krämernation", ſie ſind Freunde geſetzlicher Freiheit, ſie ſind praktiſche, nüchterne Politiker, aber ſie haben nicht nur ein ſtarkes, ſtolzes Gefühl ihrer eigenen Nationalgröße, ſondern auch ein Herz für die männliche Freiheit und politiſche Größe fremder Völker.

Kann man hiernach von dem engliſchen Volke verlangen, daß es für die deutſchen Zuſtände überhaupt und die deutſchen Einheitsbeſtrebungen insbeſondere begeiſtert ſei?

Die Krämernation liebt als ſolche Ruhe und Frieden; der Freund geſetzlicher Freiheit haßt und verachtet nichts mehr als anarchiſche Zuſtände; jeder nüchterne Politiker mußte doch gewiß den Kopf ſchütteln, als er die Beſtrebungen mancher deutſchen Kammern ſah. Können wir verlangen, daß all dies unſer politiſches Stammeln und Lallen England große Achtung einflöße? Können wir von ſeiner öffentlichen Meinung im Ganzen und Großen verlangen, daß ſie alle Schwierigkeiten, mit denen wir in unſerer Entwickelung zu kämpfen haben, gehörig kenne und in Anſchlag bringe?

Und nun die deutſche Einheit. Der Engländer ſah dieſe Bewegung auf eine mindeſtens ſehr unregelmäßige Weiſe beginnen. Das Vorparlament, der Fünfziger-Ausſchuß, der Reichsverweſer ſelbſt wollte ihm nicht in den Kopf, er mußte fürchten, daß aus ſolchem in ſeinen Augen revolutionären Anfang kein gutes Ende hervorgehe. Daneben gänzliche Rathloſigkeit der Regierungen, Anfeindung der verſchiedenen Stämme untereinander. Aus der Nationalverſammlung ſah John Bull lange nichts Greifbares hervorgehen, er ſah ſie in der däniſchen Sache in's Kriegshorn ſtoßen, dann wieder nach der andern Seite ſchwanken; er ſah neuerdings friſch ausbrechenden Stammeshader, gänzliche Desorganiſation der Parteien, Sonderbündelei der Regierungen, einen Theil der Verſammlung für Preußen, und Preußen nicht geneigt, mit dieſem zu gehen. Ich möchte den ehrlichen, verſtändigen Deutſchen ſehen, dem nicht unter dieſen Umſtänden von Zeit zu Zeit einmal alle Hoffnung auf die Einheit geſchwunden. Soll da etwa der nüchterne John Bull ein Zutrauen zu der deutſchen Einheit faſſen, ſoll er daran glauben, ſich dafür begeiſtern?

Zu viel Begeiſterung freilich dürfte man auch unter andern Verhältniſſen für jetzt von ihm nicht verlangen und erwarten. John Bull iſt, wie Sie wiſſen, ein ſtarker, dicker Mann, der ſich nichts Geringes einbildet. Nun hört er, daß die 38 deutſchen Michel, die meiſt ſo dünn und klein, daß er ſie bequem in die Taſche ſtecken kann, damit umgehen, zuſammen einen ſtarken, dicken Michel zu bilden. Das fährt ihm natürlich in die Naſe, er braucht einige Zeit ſich an den Gedanken zu gewöhnen, daß dieſe Kleinen ſich aufthun wollen. So ſind aber alle etwas hochmüthigen, ſtarken, dicken Leute von jeher geweſen.

Endlich aber darf man der „Krämernation" doch auch nicht verdenken, wenn ſie, bei der Gefahr, die ihr von einer protektioniſtiſchen deutſchen Einheit drohen könnte, dieſer letzteren gegenüber, ſo lange ſie noch ungeboren, ſich etwas zurückhaltend und froſtig bezeigt.

Die öffentliche Meinung Englands iſt alſo nicht begeiſtert für die deutſche Einheit. England hat ſeine Zweifel, ob Germania diesmal wirklich guter Hoffnung ſei. Es betrachtet aber doch mit einigem Mißbehagen die Möglichkeit, daß ein ſtarker Mann geboren werde, der in Europa ein Wort mitzuſprechen haben möchte und ſeine Grenzen dem engliſchen Gewerbfleiß verſchließen könnte. Und das Alles kann man England gerechterweiſe nicht verdenken, man muß es natürlich finden.

Unrecht aber, meiner Ueberzeugung nach, thut man der öffentlichen Meinung Englands, wenn man glaubt, daß ſie geradezu feindſelig oder leidenſchaftlich erbittert gegen die deutſche Einheitsſache ſei. Man hat ſeine Zweifel, ſeine Beſorgniſſe, nicht aber entſchiedenen Widerwillen und Abneigung.

Man könnte ſich in dieſer Hinſicht in Deutſchland leicht durch die Stimmung der engliſchen Blätter, beſonders der Times und des M. Chronicle irre führen laſſen. Es iſt eine Vorſtellung, die man oft bei uns antrifft, die Times zumal repräſentire die wahre öffentliche Meinung Englands und der Chronicle ſei das Organ Palmerſton's. Das Wahre iſt, daß beide Zeitungen Frauenzimmer von ſehr gefälligen Grundſätzen ſind. Sie ſind die willigen Dienerinnen der öffentlichen Meinung und außerdem noch Dieſes und Jenes. In der inneren Politik errathen ſie mit ſchlauem Inſtinkt, woher der Wind wehen wird, oder ſie warten klüglich ab, bis er anfängt zu wehen; mitunter verrechnen ſie ſich auch und dann wird friſch umgeſattelt. In der auswärtigen Politik ſind ſie die Freundinnen dieſes und jenes. Denn im Allgemeinen bekümmert ſich das engliſche Volk nicht ſehr viel um die äußere Politik. In dieſem Augenblick nun wird die äußere Politik beider Zeitungen, abgeſehen von gelegentlichen kontinentalen Lufthauchen, von den toryſtiſchen Gegnern Palmerſton's eingeblaſen und es iſt oft erbaulich, wie an einem und demſelben Tage beide Blätter das Eingeblaſene ſo einträchtiglich wieder in die Welt hinausblaſen. Aus dem Geſagten erhellt und wird ſogleich noch mehr erhellen, warum man Deutſchland gegenüber einen ſo boshaften, höhniſchen und unverſchämten Ton angeſchlagen hat. Es iſt ja kein ſehr tiefes Geheimniß, wer die Verfaſſer der Leitenden über das Auswärtige in jenen Blättern ſind. Doch genüge es zu ſagen: ſie ſind in ihrem eignen Land nicht wichtig und geachtet genug, als daß wir Deutſche uns durch ſie die Galle ſollten erregen laſſen.

Die engliſchen Blätter alſo dürfen uns über die öffentliche Meinung Englands nicht irre machen. Sie iſt uns, wiederhole ich, im Ganzen nicht feindſelig. Ja ein großer Theil der gebildeten Klaſſe iſt ſogar entſchieden freundlich gegen uns geſinnt. Hier hat die eigene Anſchauung, die Bekanntſchaft mit Deutſchland und ſeinen Bewohnern, ſeiner Literatur und Kunſt, ein Gefühl der Verwandſchaftlichkeit, der gemüthlichen Theilnahme für uns hervorgerufen. Wie ſehr aber ſelbſt die große öffentliche Meinung fähig iſt uns auch politiſch anzuerkennen, wo wir es verdienen, das hat die Art und Weiſe gezeigt, wie der vereinigte Landtag Preußens in England gewürdigt wurde. Der Beifall, die aufrichtige Sympathie, waren allgemein und einſtimmig. Zeigen wir erſt einmal der Welt die Einigkeit, von der wir ſo viel geſprochen, zeigen wir überhaupt Kraft und Beſonnenheit, gründen wir eine männliche, geſetzliche Freiheit, bauen wir eine ſtarke Einheit, und das engliſche Volk wird das erſte ſein, uns mit freudigem Zuruf zu begrüßen.

Ich komme nun zu der auswärtigen Politik der engliſchen Miniſter. Ich muß behaupten, daß ſie der öffentlichen Meinung vorausgeeilt ſind. Ihre Andeutungen des Gegentheils ſind mir kaum verſtändlich. Die engliſchen Miniſter pflegen die Intereſſen Englands zur Richtſchnur ihrer Politik zu nehmen. Sie werden ſich gefragt haben: „Wie verhält ſich das engliſche Intereſſe zur Einheitsſache? Mit Oeſterreich wäre der deutſche Bundesſtaat eine europäiſche Gefahr, entweder durch Uebermacht oder durch innere Kraft-, Halt- und Zuſammenhangsloſigkeit. Der deutſche Bundesſtaat ohne Oeſterreich könnte uns zwar vielleicht kommerciell gefährlich werden, politiſch aber wäre er ein Gewinn für uns, für Europa, ein Element des Friedens und der Erhaltung im Herzen Europa's." Ohne natürlich jene mögliche Gefahr aus dem Auge zu laſſen, werden die Miniſter zu dem Entſchluß gekommen ſein, ſich der Verwirklichung der deutſchen Einheit eher förderlich als hinderlich zu erweiſen. Thatſache wenigſtens iſt es, daß England in dieſem Sinn in Berlin und Frankfurt gewirkt hat in den bisher wichtigſten zwei Fragen der deutſch-öſterreichiſchen und der Frage zwiſchen Berlin und Frankfurt. Es wird

auch in diesem Sinne fortwirken, wenn sich nicht durch einen Umschwung der Verhältnisse sein Interesse ändern sollte.

Nun ist es allerdings nicht unmöglich, daß englische Agenten hie und da an den kleinen deutschen Höfen sich bis vor kurzem in andrem Sinn ausgesprochen, daß manche auch jetzt noch nicht ganz gern in die Politik des Ministeriums eingehen. Schon Lord Chesterfield klagte, daß Großbritannien im Ausland meist sehr mittelmäßig vertreten sei und es ist eine eigene Thatsache, daß seine Diplomaten an den kleinen Höfen sich mit deren Interessen und Ansichten sehr bald ganz wunderbar identifiziren lernen. So könnte ich mir etwa erklären, was die Deutsche Zeitung von bösen Rathschlägen und Einflüsterungen sagte.

Dergleichen wird aber den Kundigen vorerst nicht irre machen in der Behauptung, daß Deutschland unter den Großmächten gegenwärtig keinen Bundesgenossen habe als England.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 12. Jan. Ueber die Rede des Hrn. W. Jordan am 11. und die Unterbrechungen die er zu leiden hatte, erfährt man folgendes Interessante durch einen hiesigen Korrespondenten der Karlsr. Zeitung: „Wie ist dieser Vorfall zu erklären? Hier der Schlüssel des Räthsels. Höchlich erbittert darüber, daß ihr Herzenswunsch, Oesterreich aus Deutschland hinaus zu drängen, vereitelt worden, wollten die Schwarzweißen einen Skandal herbeiführen. Die Berechnung war, Hr. Jordan solle durch sein endloses Gesalbader die Linke, welche ihn von früher her als Abtrünnigen haßt, so lange reizen, bis ein wüthender Lärm entstehe und im Tumult die Sitzung geschlossen werden müsse. Hintendrein hätte man dann durch die Deutsche Zeitung der Welt erklärt: die Paulskirche sei so schwefelgelb geworden, daß sie nicht einmal mehr einen der bedeutendsten preußischen Redner anhören wolle. Aber die Linke war von den Absichten des Hrn. Jordan unterrichtet und verhielt sich im Ganzen leidlich ruhig; so blieben die Folgen des verunglückten Schlags auf Hrn. Jordan sitzen. Dieser Plan, dem man es ansieht, daß seine Urheber den Kopf verloren haben, ist von einer bekannten Partei ausgegangen, welcher auch der Politiker „vom Rheine" angehört, der die D. Ztg. mit so vielen lichtvollen Artikeln beschenkt, und in der zweiten Beilage jenes Blatts zum 10. Jan. Ihren Korrespondenten, d. h. mich, einen verrannten und verbrannten Kopf zu nennen die Güte hatte; derselbe Politiker, sage ich, welcher am ebengenannten Orte die drei Professoren Dahlmann, Waitz und Beseler (denen hoffentlich als vierter auch noch der berühmte Gervinus beigezählt werden darf), für den Inbegriff des politischen Verstandes von ganz Deutschland erklärte. Ich halte fest an dem Wahlspruche Ulrich's v. Hutten: „viel Feind', viel Ehr'"; darum sage ich dem höflichen Gegner Dank, und wünsche ihm, daß ganz Deutschland sich seiner Meinung zuwenden möge, wozu allerdings — nach den Erfahrungen der letzten vier Monate zu schließen — verdammt wenig Aussicht vorhanden ist."

‡ **Frankfurt**, 12. Jan. Hand an's Werk! organisirt die Auswanderung! vergeßt bei der Lösung der nationalen Frage nicht die sociale! so ruft Ihr Korrespondent vom Main in einem Athem und leitet in Gedanken bereits ganze Schaaren betriebsamer Deutschen nach — Südamerika! Aber so sind wir, die Kulturverhältnisse der argentinischen Republik erhitzen unsere Phantasie und des eigenen Vaterlandes Grenzmarken liegen da mit ergiebigem Boden und schwach hingestreuter Bevölkerung! Seit 9 Monaten sind nun die Zustände in Deutschposen Gegenstand von Erörterungen und Betrachtungen gewesen, Jedermann weiß, wie wichtig diese Ostmark unserem Vaterlande ist, welche große Aufgabe die dortige Bevölkerung zu erfüllen hat, und wie eine beträchtliche dankbare Bodenfläche vielleicht das dreifache ihrer gegenwärtigen Bevölkerung bedarf, um in einen entsprechenden Kulturzustand zu gelangen. Eine Eisenbahn führt vom Westen Deutschlands bis an die äußerste Grenze jenes Gebietes, bis nach Posen, aber noch scheut man sich im südwestlichen Deutschland, Entdeckungsreisen dorthin zu unternehmen, die nicht vergeblich sein würden. Der Ankauf von kleinem Grundbesitz zu beispiellos billigem Preise wird jetzt durch die bevorstehende Parcellirung von Domänen noch gefördert, da es im Sinne der preußischen Regierung liegt, auf jede Weise den Landbau zu heben. Es trifft dies Streben den Deutschen und Polen in gleicher Weise, den letzten ganz besonders wohlthätig, weil ihm Gelegenheit geboten wird, von dem Deutschen zu lernen, in dessen Nähe er angesiedelt ist. Was bisher von der Reise nach Osten abschrecken konnte, das unbestimmte Verhältniß, es wird jetzt endgültig geregelt. Die polnischen Theile jenes Landes sind ausgesondert und der Deutsche kann ungestört die Früchte seiner Betriebsamkeit genießen, er kann mit Befestigung des Deutschthums zugleich die schöne Pflicht erfüllen, zur Hebung des polnischen Bauernstandes mit beizutragen, der sich gern und dankbar ihm anzuschließen pflegt. Also nicht nach Südamerika, nach Deutschposen leiten wir einmal die Auswanderung, zumal jetzt, wo mancher Bauernhof, manches Schulzengut eines Erwerbers harrt, um nicht wieder in den großen Ackerbesitz des Edelmanns einverleibt zu werden.

== **Frankfurt**, 14. Jan. L'exploitation de l'homme par l'homme! eines der Schlagwörter der französischen Sozialisten, fiel mir ein, bei einer Reise im neuen Jahr von Basel nach Frankfurt a. M., auf den badischen und hessischen Dampfwagen. Recht behaglich saß ich in der 2ten Klasse, die schneidende Kälte und den eisigen Sturmwind, der an jenem Tage mit der Lokomotive um die Wette pfiff, in einem warmen Pelz verachtend. In Rastatt ermahnten mich meine steifen Glieder daran, daß sie der Bewegung bedurften, und so stieg ich aus, um die paar Minuten zu benutzen. Doch, welch' ein Anblick bot sich mir da! Zwei Wagen 4ter Klasse, ohne Bänke und an allen Seiten offen, nur oben mit einem Dach versehen und an den Seiten einige 3 — 4 Fuß hoch, mit Brettern eingeschlossen, waren in unserm Zuge und — mit mehr Menschen angefüllt, als sämmtliche Wagen der drei ersten Klassen. Hier ein paar Handwerksbursche in einem Winkel zusammengekauert, wie die Igel, dort ein armes Dienstmädchen, nur mit dünnen baumwollenen Kleidern bedeckt, hier eine Bäuerin, die ihr Kind auf dem Arme durch ihren Athem an den kleinen Händen und Füßen zu erwärmen suchte, da ein junger Bursche, der, wie vom Veitstanz besessen, herumtanzte, in der That aber nur seine schlecht beschuhten Füße etwas zu erwärmen suchte, und die tragikomische Figur eines, wie es mir schien, beurlaubten Soldaten, der über seine Uniform eine gestrickte weiße wollene Jacke halb angezogen hatte, halb, sage ich, weil die andere Hälfte einen Arm und Schulter seines Mädchens bedeckte, so daß beide, von hinten gesehen, zwei neue siamesische Zwillinge bildeten. Mit klagenden, neidischen Blicken und klappernden Zähnen betrachteten die armen Insassen der 4ten Klasse meinen warmen Pelzrock und Filzstiefel; die Schamröthe stieg mir in's Gesicht und ich bat den Schöpfer, mir nur dies Einemal Wunsches Kraft zu verleihen; ich hätte sie anzuwenden gewußt: sämmtliche Reisende aus den drei ersten Klassen hätten mir augenblicklich, ich mit einbegriffen, mit Hinterlassung ihrer Mäntel, Pelze und Fußsäcke, in die 4te Klasse wandern müssen und die aus der 4ten Klasse in die 1ste und 2te; nur 5 oder 6 Stündchen hätte ich diesen Wechsel dauern lassen, die Kälte nicht unter 12 Grad und der Wind wo möglich die Lokomotive im Pfeifen übertreffend; dann hätte ich ausdrücklich gewünscht, daß unter den in die 4te Klasse Transportirten, einige Deputirte der badischen und hessischen Kammern und der Nationalversammlung sich befunden; es durften Mitglieder der linken Seite sein, die in in ihren Bärten doch etwas Schutz gegen die grimmige Kälte haben; einige Regierungs- und Medizinalräthe, etliche Mitglieder des Vereins gegen Thierquälerei und wo möglich ein paar regierende Fürsten und Hofdamen mit Schooßhündchen hätten auch nicht schaden können; — Eisenbahndirektoren, Aktionäre und dergleichen, ein ganzes Rudel! — Ich hoffe, daß auch ohne ein solches Parforcemittel die hohen Herren sich der armen Teufel erbarmen, die nicht die Mittel haben, einen Platz in der 2ten oder 3ten Klasse zu bezahlen und für die Folge, und zwar bald, alle Wagenklassen der deutschen Eisenbahnen im Winter wie im Sommer mit Glasfenstern ganz geschlossen werden können und Bänke zum Sitzen, sowie im Winter eine Strohmatte für die Füße haben; ein gutes Pferd oder ein fetter Ochse wird auch jetzt schon, sowie ich glaube, im Winter auf den Eisenbahnwagen eine Stroh-Unterlage bekommen, allein ich weiß nicht, ob ein Mensch, der auf der 4ten Wagenklasse fährt, der Kasse so viel einbringt, als ein Stück Vieh. — Möchten doch die Herren Demokraten unserer Zeit die Augen weit öffnen, und sie würden finden, daß es eine Menge solcher 4ter Klassen gibt, die sich auch ohne Republik mit leichter Mühe verbessern lassen und das harte Loos der ärmeren Mitmenschen lindern. Ein Eremit vom hohen Venn.

△ **Wien,** 11. Jan. Eigenthümlich ist der Eindruck, welchen die Erklärung unseres Ministerpräsidenten an den der deutschen Centralgewalt auf die österreichischen Deutschen macht. Sie hatten mit Deutschland bereits abgeschlossen, für sie gab es nur noch ein großes einiges Oesterreich; sie trieben die Loyalität so weit, daß ihnen kein Ausdruck des Tadels, der deutschen Nationalversammlung gegenüber, stark genug war — wie unsere Journale und sogar die Reden einzelner Abgeordneter an ihre Wähler zur Genüge beweisen; — sie erwarteten nichts weniger, als die Abberufung unserer Abgeordneten aus Frankfurt, kurz sie betrachteten die faktische Trennung Oesterreichs von Deutschland, nach den Oktoberereignissen und deren Konsequenzen, nach der zweifelhaften und geschraubten Aufnahme der Reichskommissäre, nach dem Programm vom 27. Nov. aus Kremsier, als ein fait accompli! — Und nun tritt das Ministerium selbst auf und erklärt Oesterreich für eine deutsche Großmacht und die Auslegung seines klaren Programms für ein Mißverständniß! Dies kommt ihnen etwas plötzlich und sehr unerwartet. Ebenso hat sie ihre Voraussicht in Bezug auf Kremsier getäuscht, denn sie bilden zugleich die ministerielle Partei und hielten es im Interesse der Regierung für nöthig, den Reichstag herabzusetzen und sogar seine Auflösung als beschlossen auszuposaunen, und siehe da, der geschwächte Reichstag geht mit all der moralischen Kraft aus dem Konflikte mit dem Ministerium hervor, die ihm seit seiner Verbannung in die gesegneten Fluren der Hanna unwiederbringlich verloren zu sein schien. Dem starken Ministerium blieb nichts übrig, als dem schwachen Reichstag gegenüber einzulenken und abermals für die Deutung seiner Einsprache gegen §. 1 ein Mißverständniß in Anspruch zu nehmen; denn es war zu klug im Bewußtsein seiner Kraft, durch Auflösung des Reichstags bei der jetzigen Stimmung Böhmens ein Schauspiel hervorzurufen, wie jenes in Ungarn, dessen Beendigung, trotz allen Siegen und aller Feigheit der Ungarn, in einzelnen Gebietstheilen noch nicht abzusehen ist. — Aus all' diesen Mißverständnissen kann übrigens den österreichischen Deutschen zweierlei klar werden, 1) daß sie ministerieller waren als das Ministerium selbst, und daß es kein Verbrechen mehr ist, ein deutscher Oesterreicher zu sein, und 2) daß die Czechen zuweilen doch nicht die einzigen Rathgeber der Räthe der Krone zu sein scheinen. — Diese Ueberzeugung, welche auch den Czechen neu zu sein scheint, dürfte sie wieder auf längere Zeit mit der deutschen Linken in Kremsier vereinigen. Die deutschen Oesterreicher holen wieder etwas tiefer Athem, das erstemal seit der Umgehung des Gesetzes zum Schutze der Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, sie blicken wieder, Vieles wünschend und Manches hoffend, nach Frankfurt. Doch wünschen sie vor Allem Deutschlands Macht und immer wieder seine Macht. Wenn wir nicht wesentlich dazu beitragen können und nur den Krebsschaden bilden, der sie hindert — so möge es für den Augenblick keine Rücksicht auf unsre, wenn auch noch so natürlichen und sehnlichen Wünsche nehmen. Ist die Vereinigung wirklich ein naturgemäßes gegenseitiges Bedürfniß, so wird sie trotz aller momentanen Störungen doch erfolgen und um so dauerhafter sein, wenn erst die feste, kräftige Basis gegründet. Mit dem Erscheinen von Kuranda's Ostdeutscher Post ist es gegangen wie er selbst es prophezeite; sie hat drei Wochen nicht überlebt. Seit gestern ist sie verboten, man weiß nicht ob auf ministeriellen Befehl oder auf Befehl der Militärbehörde, jedenfalls weil sie Opposition gegen das Ministerium machte. — Die heutige Wiener Zeitung beruhigt die Beamten über die Furcht, daß der Staat in Zukunft bei Anstellungen keine Pensionen mehr bewilligen würde, welches Gerücht eine förmliche Beamtenrevolution, natürlich in einer, dem Belagerungszustande angemessenen Art, hervorgerufen hatte.

x **Meiningen,** 11. Jan. In verschiedenen Zeitungen ist die Rede davon gewesen, daß die von Weimar beantragten und von dem Reichskommissär von Mühlenfels bevorworteten Vorschläge zu einer Verschmelzung der acht thüringischen Staaten hauptsächlich an dem Widerstande unserer Regierung gescheitert seien. Die Thatsache scheint wahr zu sein, jedenfalls unrichtig ist aber die daran geknüpfte Bemerkung, daß besagter Widerstand in Sondergelüsten seinen Grund habe: daß dergleichen von unserer Regierung nicht gehegt werden, geht daraus hervor, daß alle Reichsgesetze, daß namentlich die Grundrechte hier bereits am 6. d. Mts. ohne allen Vorbehalt mit voller Gesetzeskraft veröffentlicht worden sind. Daß Sondergelüste auch im Volke nicht vorhanden sind, ergibt sich daraus, daß eine Adresse an die Nat.-Vers., „es möge die Krone Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt und mit der erblichen Würde des Reichsoberhauptes bekleidet werden" hier in der Stadt zahlreiche Unterschriften gefunden hat, und Gleiches vernehmen wir aus andern Städten des Herzogthums.

Wenn also Regierung und Volk, welches überhaupt dem jetzigen Ministerium das vollste Vertrauen schenkt, darin einig sind, daß jene weimarischen Anträge nicht zum Heil führen, so muß das wohl andere Gründe haben, auf die wohl auch die Verfechter jener Verschmelzung einmal hören dürften.

Die besagten Anträge verlangten unter Anderm ein gemeinsames Staatsministerium und einen gemeinsamen Landtag für die acht thüringischen Staaten, von einem gemeinsamen Staatsoberhaupte war nicht die Rede. Würde aber ein solches nicht eingesetzt, so könnten das gemeinsame Ministerium und der gemeinsame Landtag nur durch Verhandlungen mit sämmtlichen Einzelregierungen zu thatsächlichen Resultaten gelangen; dies kann aber eben so gut jetzt geschehen; jene gemeinsamen Behörden würden also vor der Hand nur eine kostspielige Erweiterung der Geschäfte zur Folge haben sie würden gerade so wirken, wie eine Trias oder ein Direktorium für das gesammte Deutschland, deren Abgeschmacktheit die Deutsche Zeitung zur Genüge dargethan hat. Sollten also jene gemeinsamen Behörden irgend wahren Nutzen gewähren, so müßte doch in nicht gar zu ferner Zeit auch ein gemeinsames Oberhaupt geschaffen werden. Das konnten sich die Urheber jenes Vorschlags eben so gut sagen, wie wir, und eben weil sie diese nothwendige Folgerung jetzt verschwiegen haben, rechtfertigt sich das Mißtrauen, welches sich gegen jene Vorschläge vielfach ausspricht. Denn das ist klar: gingen jene Vorschläge durch und machte sich dann später das unabweisbare Bedürfniß eines gemeinsamen Oberhaupts geltend, so würde Weimar als der größte der Staaten auf eine solche Stellung zunächst Anspruch machen; und so hatte der Vorsitzende unseres Staatsministeriums gewiß Recht, wenn er, wie man behauptet, bei der letzten Zusammenkunft geäußert hat, den Vorlagen müsse noch als schließlicher Zusatz beigefügt werden: „Die sieben kleinern thüringischen Staaten gehen in Weimar auf."

In Weimar aber aufzugeben haben wir durchaus keine Lust: langjährige Verhandlungen über Grenzregulierungen, Forstgerechtsame u. dgl., um derentwillen kostspielige Kommissionen monatelang fruchtlos zusammengetreten sind, haben uns gelehrt, daß mit der weimarischen Regierung schlecht Kirschen essen ist. Ferner waren wir bis ganz vor Kurzem in unsern Staatseinrichtungen weit vor Weimar voraus. Justiz und Verwaltung sind bei uns seit zwanzig Jahren, dort seit viel weniger Monaten getrennt; unsere Finanzverwaltung war eine musterhaft geordnete, während jene sehr im Unklaren lag; warum also sollten wir uns einem Staate unterordnen, den erst das Jahr 1848 aufgestachelt hat, uralte Versäumnisse gut zu machen, über die wir längst hinaus sind? warum sollten wir mit unsern in so vielfacher Beziehung geordneten Verhältnissen uns einem Staate anschließen, der noch in der, von jeder Neugestaltung unzertrennbaren Bewegung begriffen ist? Wir wollen recht gern nicht nur, was die Reichsverfassung vorschreibt, ein gemeinsames Armeecorps der thüringischen Staaten bilden helfen, sondern auch manches andere Gemeinsame, z. B. Gerichtsbezirke, welche über die Landesgrenzen herüber und hinüber greifen; aber auf einen Plan eingehen, der, mögen das die Urheber bezwecken oder nicht, auf ein Großherzogthum Sachsen-Thüringen statt Sachsen-Weimar hinausläuft, das wollen wir nicht.

Aber stecken hinter dieser Abneigung nicht doch zuletzt Sondergelüste? sind wir nicht dem Heile des gesammten Vaterlandes dieses Opfer schuldig? Nein, wir sind es nicht, denn das Gesammtvaterland hätte von einer solchen Verschmelzung wenig oder nichts. Gewiß verkennen die Einsichtigen auch bei uns nicht die Uebel der Kleinstaaterei. Wir verkennen nicht, daß wir uns in finanzieller Beziehung nur schwer werden halten können; aber wir haben einen Reichthum vor größeren Staaten voraus an unsern Domänen; sind diese erst in das rechte Verhältniß zu den Staatseinkünften gesetzt, so können wir bei einer weisen Sparsamkeit unser Leben wohl fristen. Wir verkennen ferner nicht, daß die kleinen Staaten, ohne Volks- und Staatsgeschichte von irgend einiger Bedeutung, auch nicht leicht zu einem wirklichen Volks- und Staatsleben gelangen können; aber wir hoffen mit Bestimmtheit, daß dieser Uebelstand schwinden wird, je mehr wir uns als lebendige Glieder eines neuen, großen und einigen Va-

terlandes fühlen lernen; nicht als Sachsen-Meininger, wohl aber als Deutsche werden wir fortan ebenso gute Staatsbürger sein können, als die Angehörigen irgend eines großen Staates. Endlich verkennen wir auch nicht, daß die konstitutionelle Staatsform und das konstitutionelle Staatsleben, daß Schwurgerichte u. dgl. in den kleinen Staaten nur schwer eine Wahrheit werden können, da persönliche Rücksichten und kleinliche Interessen hier beim besten Willen kaum jemals allen Einfluß verlieren werden. Liegt darin aber ein Todesurtheil für die kleinen Staaten, so wäre durch ein Großherzogthum Thüringen von kaum einer Million Einwohner wenig gebessert. Sollte der Verlauf der Zeit zeigen, daß wir in unserer bisherigen Selbstständigkeit nicht länger dauern **können**, so wollen wir die mancherlei Vortheile, die auch unsere gegenwärtige Lage gewährt, nur gegen große und großartige Verhältnisse vertauschen, nur in einem schon bestehenden großen Staate auf- oder untergehen. Bis dahin aber berufen wir uns auf den Beschluß der Nationalversammlung, daß kein Staat ohne die unzweifelhafte Zustimmung seiner Angehörigen mediatisirt werden solle.

△ **Aus dem Mecklenburgischen**, 10. Januar. Ihrem Wunsche gemäß, Ihnen hin und wieder Darstellungen über die politischen Verhältnisse Mecklenburg's zu liefern, beginne ich mit einer kurzen Charakteristik unsrer politischen Parteien. Den Ausgangspunkt einer größeren Theilnahme an politischen Dingen bildete der Kampf der adelichen und bürgerlichen Gutsbesitzer. Allein beide Parteien waren doch im Grunde Aristokraten, wenn auch die bürgerlichen Gutsbesitzer darauf Anspruch machten, die Ideen der Zeit zu vertreten. Das den Interessen des Landes zu sehr widerstrebende Verfahren des Landtages in der Eisenbahnangelegenheit hatte Allen die Erkenntniß aufgedrungen, daß nur durch die Einführung des konstitutionellen Systems die ausschließliche politische Berechtigung des großen Grundbesitzes gebrochen und so Mecklenburg besseren Zuständen entgegengeführt werden könne. Diese Ansicht, die in Folge der Februar- und Märzereignisse einen weiteren Eingang im Volke fand, war hauptsächlich im Reform-Vereine zu Rostock vertreten, welcher im Anfange alle Diejenigen in sich vereinte, die überhaupt eine gründliche Reform unserer Verhältnisse als nothwendig erkannten. Die Einigkeit unter den Mitgliedern des Vereins, welche über das Wie und Wieweit sehr von einander abwichen, dauerte jedoch nur so lange, als der gemeinsame Gegner, der alte Landtag, bestand. Sowie dieser seine Einwilligung zu einer die neue Verfassung mit dem Großherzoge vereinbarenden Versammlung gegeben hatte, trat der bis dahin unterdrückte Kampf der verschiedenen Ansichten im Vereine selbst hervor. Durch größere Energie und Thätigkeit hatte die weitergehende, theoretisch wenigstens der Republik zugethane Partei allmälig die ausschließliche Besetzung des Komité's durch ihre Anhänger erreicht, und später ohne Zustimmung der Vereinsmitglieder alle Diejenigen ausgeschlossen, welche nicht ein von ihr ausgehendes Programm unterzeichnet hatten. Im Herbste endlich, als die Wühlereien des Reformvereines in den städtischen Angelegenheiten Rostocks ein engeres Zusammenschließen der Gemäßigten erforderten und die Wahlen zur Kammer nahe bevorstanden, bildete sich in Rostock ein konstitutioneller Verein, welcher mit dem Programme der konstitutionell-demokratischen Monarchie, nach unserem Speachgebrauche des suspensiven Veto und des allgemeinen Wahlrechtes, hervortrat, und durch die talentvolle Leitung Thöl's zu einer bedeutenden Macht herangewachsen war. An denselben lehnte sich der größte Theil der Gebildeten, jedoch war der Einfluß auf die Wahlen unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechtes nur ein geringer, da der Reformverein durch die Centralleitung der zahlreichen Zweigvereine in den kleinen Städten einen großen Vorsprung vor den neugebildeten konstitutionellen Vereinen voraus hatte. Die neue im Oktober zusammengetretene Kammer brachte anfangs eine Majorität der sogenannten Reformpartei. Doch war diese Majorität nur von kurzer Dauer, da das rücksichtslose Auftreten derselben den gemäßigteren Theil dieser Partei zur Bildung eines linken Centrum's veranlaßte. Unter diesen Umständen ist das Verhältniß der Parteien in der Kammer etwa folgendes geworden. Eigentliche Rechte, d. h. die Partei des alten Landtages mit den durch die Zeitverhältnisse bedingten Modifikationen: etwa 20 Personen. Rechtes Centrum (Partei der konstitutionellen Vereine, hauptsächlich durch Bolten, Brandt und Ackermann geleitet und in der Presse durch die Mecklenburgische Zeitung vertreten): 23. Linkes Centrum: 13, die Volkssouveränetät theoretisch anerkennend. Die Hauptpersönlichkeiten sind Trotsche, Brummerstädt und Dr. Ernst; in der Presse durch das in Parchim erscheinende „wiedergeborene Mecklenburg" vertreten). Linke von 43 Personen, unter Leitung von Pohle und Wippers, derzeitigen Präsidenten der Versammlung. Die Regierung, welche durch das Hinzutreten des Dr. Tippe aus Rostock und des der liberalen Fraktion des alten Landtages angehörenden Dr. Groth und Stever verstärkt ist, stützt sich vornehmlich auf das rechte Centrum, und würde bei neuen Wahlen gewiß einer großen Majorität sich erfreuen. Denn die an die große Masse von der Linken gestellten Aussichten auf eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage haben nicht in Erfüllung gehen können; statt dessen sind neue Steuern nöthig geworden, dazu kommt für die Linke der Vorwurf, daß sie statt der nothwendigen Beschäftigung mit der Verfassung alles Mögliche in den Kreis ihrer Berathungen zog. Dem gemeinen Manne steht jetzt das Bild vor Augen, daß alle schönen Versprechungen nicht in Erfüllung gehen, und er bezeigt seinen Führern daher keine Theilnahme. Am 30. December hatte die Linke einen Rechtfertigungstermin im Schleuder'schen Saale in Rostock angesetzt. Aber man kann mit Recht sagen: si tacuisses etc. Die ganze Vertheidigung lief auf folgende zwei Sätze hinaus: Einmal „wir haben auch manches der Reform Bedürftige vorgenommen". Allerdings. Aber die allgemeinen Grundzüge der Verfassung sind eben vor der Hand das Wichtigste. Gebt uns erst den Bauplan, dann erst wird der Bau im Einzelnen durchgeführt werden können. Zweitens: „wir wollen kein bloßes Stück Papier dem Lande geben, sondern eine **wirkliche** Reform der Verhältnisse. Dazu müssen wir, wie eine Verwaltungsbehörde, auf Alles genau eingehen. Wir wollen ländliche Gemeinden, aber vorher müssen wir ihre Lage bessern." Es ist aber klar, daß die Versammlung **zunächst** eben nur ein Stück Papier uns bieten kann. Die wirklichen Reformen müssen der Regierung und den künftigen Abgeordnetenversammlungen vorbehalten werden, wenn man nicht in Schwerin in's Unendliche hinein gehen, und auf diesem Wege eine vollständige Verwirrung, nicht aber eine Verbesserung unsrer Verhältnisse herbeiführen will. Unter solchen Umständen war denn auch die Furcht vor der Oktroyirung einer Verfassung hereingebrochen, welche wenigstens das Gute gehabt hat, daß man jetzt in der Abgeordnetenkammer sich eifriger mit unsrer Verfassung beschäftigen wird, wie dies in einem am 6. Jan. gefaßten Beschlusse als nothwendig hingestellt ward. Dieselbe Sitzung brachte einen zweiten sehr erfreulichen Beschluß zu Stande, nämlich die Erklärung der Abgeordnetenkammer für die erbliche Kaiserwürde Preußen's. Der Beschluß würde sich einer größern Majorität erfreut haben, wenn nicht die Fassung desselben, derzufolge die Nationalversammlung unmittelbar Preußen's Krone mit der neuen Würde belehnen sollte, unsere dem Vereinbarungsprinzipe anhängenden Mitglieder der Rechten bewogen hätte, sich der Abstimmung zu enthalten. Wie sehr die große Mehrzahl der Gebildeten in Mecklenburg von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß ein deutscher Bundesstaat nue unter Preußischer Hegemonie denkbar ist, und daß die jetzige Verbindung der Linken mit den Oesterreichern nur die Verewigung des deutschen Partikularismus und folgeweise den Sieg der Reaktion zu Wege bringen wird, zeigt sich am deutlichsten darin, daß die Bürgerschaft des sonst so preußenfeindlichen Rostock sich fast einstimmig für das Prinzipat Preußen's ausgesprochen hat.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 18. Frankfurt a. M., Donnerstag 18. Januar. 1849.

Uebersicht.

18. Januar.

Wir berichteten gestern von den großen Rüstungen, welche die französische Regierung in Toulon anstellt, wo eilf Dampfschiffe auf einmal in Stand gesetzt werden. Ihre Bestimmung kann keine andere sein als Italien, dessen Wirren von Neuem die europäische Politik beunruhigen. Werfen wir daher einen Blick auf die transalpinische Halbinsel!

Einen Augenblick schien es, als ob die revolutionäre Bewegung in Italien sich mäßigen, als ob die demokratische Partei, zufrieden ihre alten Führer an die Leitung der Geschäfte gebracht zu haben, den Fehler, der in andern Ländern ihren Sturz nach dem Siege herbeigeführt hat, den Fehler der Ungenügsamkeit vermeiden wollte!

In Sardinien hatte der Andrang des Volkes das Ministerium Alfieri-Pinelli gestürzt und Vincenzo Gioberti an die Spitze der Regierung getragen. In Genua, welches das Schicksal fast aller Seestädte theilt, der Hauptsammelplatz der unruhigen Köpfe zu sein, glaubten sich die Anhänger des „demokratischen Ministeriums" nun Alles erlaubt, und wollten den Anfang ihrer Herrschaft damit bezeichnen, das königliche Militär aus der Stadt zu entfernen. Das bestürzte Ministerium schickte Einen aus seiner eignen Mitte, den Minister Buffa, an Ort und Stelle, damit er um jeden Preis den Ausbruch eines Kampfes verhüte, der nur zum völligen Umsturz oder zu einem Rückschlag führen könnte. Buffa gestattete die Entfernung der Soldaten, um vor Allem die Aufregung des Volks zu besänftigen; dann aber, als die Masse mit den Symbolen, welche in Italien jeder Bewegung zum Grund liegen oder zum Vorwand dienen, mit den Fahnen „Unabhängigkeit Italiens", „Italienische Konstituante" vor ihn zogen, da rief auch er zwar Unabhängigkeit Italiens, Italienische Konstituante! aber, setzte er in begeisterter Rede hinzu, auf dem sicheren Wege ruhiger Entwicklung, auf dem Wege der Ordnung und des Friedens! und die leicht entzündlichen Italiener schwärmten jetzt ebenso für die Ruhe, wie sie eben noch für den Kampf geschwärmt hatten, und die Civica schwor, die ihr anvertraute Stadt dem König zu erhalten.

Aehnlich war es in Rom gegangen. Als Rossi mit dem Lächeln der Verachtung auf den Lippen gestorben, der Papst entflohen, und Mamiani in das Ministerium eingetreten war, verlangte das Volk, das in den Klubs vertreten ist, sofort jede Verbindung mit dem Papst abgebrochen und eine neue Verfassung völlig ohne Rücksicht auf die päpstliche Herrschaft eingeführt zu sehen. Auch hier war es die Nationalgarde, welche die republikanische Schilderhebung unterdrückte. Auf den Ruf des Ministeriums, das wenigstens den Namen der päpstlichen Herrschaft bewahrt wissen wollte, sammelte sie sich, drohte Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen, und nachdem sie die Volkshaufen zerstreut hatte, erzwang sie sogar die Entfernung der Rädelsführer.

Aber an beiden Orten war der Sieg der Gemäßigten von keiner Dauer. Zwar erneuerten sich in Genua die Straßenunruhen nicht; aber die ganze Bewegung warf sich nun auf die auswärtigen Verhältnisse, auf den Krieg mit Oesterreich. Alle Hebel wurden angewandt, die Begeisterung für diesen Krieg wieder rege zu machen; Damen stellten sich an die Spitze von Sammlungen, um die nöthigen Geldmittel herbeizuschaffen, Concerte und Theatervorstellungen wurden zu gleichem Zweck gegeben, Aufrufe über Aufrufe wurden erlassen, die waffenfähige Mannschaft unter den Fahnen zu sammeln. Das Ministerium selbst hatte erklärt: nicht von Unterhandlungen wolle es die Freiheit Italiens abhängig machen, und hatte damit den Oesterreichern eine erwünschte Gelegenheit gegeben, von dem Kongreß der eben in Brüssel eröffnet werden sollte, sich wieder loszusagen. So lange Oesterreich mit seinen eignen Erblanden zu kämpfen hatte, mußte es sich dem Willen der Großmächte fügen, die von ihrer Uebereinkunft das Schicksal Italiens entschieden wissen wollten. Jetzt aber, wo Oesterreich im Innern die feindlichen Parteien unterdrückt hat und die Ungarn gewichen sind, jetzt weist es jeden Anspruch gegen sein gutes Waffenrecht zurück. Es erwidert Sardiniens drohende Worte mit feindlichen Maßregeln. Es verbietet jeden Verkehr mit Piemont und handelt ganz, wie gegen eine Macht, mit der man im Krieg begriffen ist. Radetzky spricht, wie zur Gegendrohung, offen davon, daß er in zwei Schlachttagen seine Truppen nach Turin führen wolle, und reizt den Uebermuth seiner Soldaten. Von beiden Seiten scheint darnach der Krieg unvermeidlich; im Grunde kommt er aber den Sardiniern ungelegener als den Oesterreichern, weil sie trotz aller Ueberschwänglichkeit ihre Schwäche fühlen und wohl wissen, daß wenn die Franzosen zu Hilfe kommen, sie doch die Zeche zahlen müssen. Gioberti hat deßhalb nochmals an das Volk appellirt. Er hat die Kammern aufgelöst, obgleich sie in der Mehrheit seinem kriegerischen Programm, wie früher Pinelli's Friedenswünschen beigestimmt hatten. Entscheidet nun das Volk durch die Wahlen für den Krieg, so trifft ihn geringere Verantwortung, entscheidet es dagegen, so kann auch er davon abstehen.

Aber selbst wenn Sardinien die Waffen nicht wieder erheben wollte, in der Lombardei wird doch der Krieg sehr bald von Neuem ausbrechen. Radetzky legt den unglücklichen Lombarden einen Druck auf, wie ihn kein Volk erträgt, so lang es noch die geringste Kraft in sich fühlt. Das verarmte Land muß Millionen von Kriegssteuern zahlen, den Ausgewanderten sollen ihre Güter konfiscirt werden, die Offiziere und Beamte verlangen täglich neuen Ersatz für ihre im Krieg verlorenen Effekten. Daher hat auch die systematische Anfeindung der Oesterreicher bereits wieder begonnen; die Damen gehen nur in schwarzer Kleidung und weisen jeden Oesterreicher aus ihrem Umgang; als die Scala in Mailand wieder eröffnet wurde, war kein Italiener unter den Zuschauern und Fledermäuse flogen aus den Logen. Mit der ihnen eignen Erfindungsgabe wissen sie jede Gelegenheit zu benutzen, ihre An-

tipathieen gegen die Gewalt, der sie sich beugen müssen, an den Tag zu legen. In Brescia befahl der Militärkommandant, daß kein Einwohner Abends ohne Laterne ausgehen solle. Man fügte sich, man nahm aber bunte Lichter und zwar von verschiednen Farben, so daß, indem immer drei zusammengingen, die italienische Trikolore leuchtete. Durch solche kleine Mittel wird der Nationalhaß rege gehalten und eine Versöhnung unmöglich gemacht. Noch hält sich Venedig; die Oesterreicher werden ohne Zweifel bald einen Versuch machen, sich auch der Lagunenstadt zu bemächtigen; wer weiß, ob dies nicht das Signal für das ganze Land wird, wieder aufzustehen?

In Toskana, das früher durch die Ordnung seiner Verwaltung, durch die Volksthümlichkeit seines Fürsten für den innerlich festesten Staat Italiens galt, sind die Widersprüche jetzt nicht schwächer, als in jedem andern Theil der Halbinsel. Was Genua für Sardinien, ist Livorno für Toskana. Ja Livorno war noch weiter gegangen, als Genua. Es hatte sich schon völlig von der Regierung in Florenz losgesagt und eine selbstständige Behörde unter Guerrazzi errichtet, und nur die Berufung dieses selben Guerrazzi in's Ministerium zugleich mit Giuseppe Montanelli konnte die Zersplitterung des Landes oder den Bürgerkrieg verhüten. Den Kammern zum Trotz hatten diese Männer die Regierung übernommen, und es blieb ihnen deshalb nichts übrig, als ebenfalls die Kammern aufzulösen und neue Wahlen auszuschreiben. Die Wahlen, die gerade jetzt vor sich gehen, werden für die Radikalen der Anlaß zur angestrengtesten Thätigkeit, und nirgends wird deshalb eifriger die Lehre der Unabhängigkeit Italiens und der Konstituante gepredigt. Die Konservativen dagegen finden eine Hauptstütze in dem erst kürzlich erworbenen Lucca. Hier, wo der Verlust der Selbstständigkeit und aller materiellen Vortheile die sich an sie knüpfen, ohnehin viel Unzufriedne gemacht hat, ist es den Feinden der bestehenden Regierung leichter, Boden zu fassen und so haben die Luccheser ganz kürzlich die Häupter der Radikalen geradezu vertrieben, die Nationalgarde, der sie nicht recht trauten, aufgelöst, und Militär sich erbeten. Im Allgemeinen ist aber in Toskana noch nicht wie in den andern italienischen Staaten die Unordnung bis auf die Straßen gestiegen, und die Volksmassen führen noch nicht geradezu die Herrschaft. Die Anarchie hat sich hier mehr auf die Regierung beschränkt. Der öftere Wechsel der Ministerien hat die Fortführung der administrativen Reformen, die in Toskana seit lange angebahnt waren, unmöglich gemacht, und der Uebergang zu entgegengesetzten Grundsätzen hat eine Unstätigkeit in der Leitung der Geschäfte hervorgebracht, die um so schädlicher wirkte, als hier der Staatshaushalt an die strengste Ordnung gewöhnt war. Die Hauptschwierigkeiten der Regierung sind deßhalb gegenwärtig in Toskana die finanziellen. — Verwickelungen schlimmerer Art gefährden den Kirchenstaat, deren Lösung sich deßhalb die fremden Mächte angelegen sein lassen wollen.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 17. Jan. Zu den Maßregeln der parlamentarischen Partei, welche die Einigung Deutschlands um jeden Preis zu hintertreiben sucht, weil es allerdings eine Einigung ist, die nicht unter *ihren* Bedingungen zu Stande kommt, gehört neuerdings die, daß die Oberhauptsfrage vom Parlamente nur vorläufig entschieden oder gar vertagt werden möge, um sie den Urwählern zurück zu geben. Das war von derselben Seite her verlangt, der sonst nicht rasch und nicht unbedingt genug beschlossen werden konnte in souveräner Kraft des Venedey'schen Volks von 45 Millionen! Wir sind aber bereits an Widersprüche von dorther so gewöhnt, daß wir auch diesen jüngsten ohne erhebliches Befremden betrachten. Gesetzt also, wozu nur die Zeit fehlt, indem durch die neue Versäumniß auch noch das letzte Endchen von günstiger Gelegenheit verloren ginge, gesetzt, wir ließen uns auf den Vorschlag ein. Ob nicht der einfache Mann, der mit fleißigem Spaten dem Boden des Vaterlandes irgend eine Frucht entlockt, ob nicht der rechtschaffene Bürger in großen und kleinen Städten und bei wem sonst eine Stimme über die Verfassung einzuholen wäre, mit gutem Bewußtsein und gesunder Erkenntniß gerade die Antwort ertheilte, die wir und nicht die *jene* von ihm erwarten! Die verwickelte Rechnung und der unklare Gedanke sind doch wahrhaftig nicht auf unserer Seite. Der Bauer und Bürger würden sich allerdings des Vortrags und der Frage wundern. Das Jahr 1848 ist ihnen so theuer zu stehen gekommen an Vorparlamenten und ständischen Ausschüssen, an Landtagen und Nationalversammlungen, wie keins vorher. Und jetzt wüßten die, so nach Frankfurt geschickt worden, nicht einmal, wo sie des Reiches Grenze zu stecken und wer und wie er darin zu regieren hätte? Aber, würde der Bauer antworten, wo viele Gemeinden einen Anger zusammen besitzen, auf den Niemand ein ordentliches Recht ausüben, woraus Niemand den gehörigen Nutzen zu ziehen vermag, da ist die Theilung kein Verlust sondern ein Gewinn. Die über die gleiche Wirthschaft und die gleichen Gesetze einig sind, sollen sich zusammen thun und wenn sie auch hier und da einen Vortheil und einen erblichen Anspruch fahren lassen müßten, so sollen sie doch lieber das kleinere Stück nehmen und die Herren darauf werden, als unbestimmt taumelnd mit dem großen Ganzen in der Schwebe bleiben. Das ist die Frage vom Reichsgebiet. Zum Andern, wer der oberste Führer sein soll unter den Hauptleuten, so wird der unbefangenste Verstand am Sichersten erwiedern: „Der welcher der stärkste unter ihnen ist. An's Große setzt sich das Kleinere leicht und natürlich an zum festen Körper. Aber nicht umgekehrt. So stellt denn den Preußen oben an, wie er einmal das Meiste schon in Einer Hand hat, damit er nach unseren Gesetzen und Aufsehen regiere. Säße er verletzt durch den Vorrang eines Andern auf der Seite, so könnte ja unser Aller Gehorsam das Reich nicht so stark machen, als es sein einziger Ungehorsam schwächte! Und laßt die Krone erblich sein, damit was der Kaiser thue, auch für des Kaisers Sohn gethan sei in Ehre, Nutzen oder Gefahr. Nur dann werden wir beständig getreue und vorsichtige Hüter der Macht haben. Und spricht etwa das Volk nicht so? Sind die Zuschriften, Adressen, Bitten aus allen Theilen Deutschlands um ein erbliches Kaiserthum und durch Preußen nicht seine Stimme? Aber Ihr glaubt nur an den Willensausdruck des Volks, wenn er das Echo Eures Willens ist.

†* **Frankfurt**, 17. Jan. Ueber das Resultat der Ende dieser Woche bevorstehenden Abstimmung bezüglich §. 1. a. der Oberhauptsfrage läßt sich bereits jetzt mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit ein Urtheil abgeben. Die Frage des einheitlichen Oberhauptes wird bejaht werden, wenn nämlich in der Fragstellung in der Weise vorgegangen wird, daß zunächst gefragt wird: soll Einer oder sollen Mehrere die Spitze bilden? Es läßt sich das schon aus der einfachen Wahrnehmung schließen, daß der größere Theil der Redner der Linken für die einheitliche Spitze gesprochen, aber natürlich für einen Präsidenten. Die Frage der Erblichkeit bleibt aber eben so sicher bei der ersten Lesung in der Minorität, als sie bei der 2. Lesung, nach Lösung der österreichischen Frage, eine große Majorität zu erwarten hat. Wir kommen auf dies Resultat, wenn wir von der Zahl 261, welche die Majorität vom 13. Januar bildete, und in welcher die jetzigen Anhänger der Erblichkeit fast alle enthalten sind, die folgenden Stimmen abziehen. Erstlich die 10 Stimmen der Herren Reichensperger und Genossen, sodann die größere Hälfte der für das Ministerium gestimmt habenden Baiern (also von 24 etwa 14), endlich circa 30—40 Stimmen aus dem linken und rechten Centrum. Es bleiben demnach etwa 190—200 Stimmen für die Erblichkeit, während alle diejenigen, welche sich am 13. Jan. der Abstimmung enthalten haben, die entgegenstehende Majorität vergrößern werden. Ganz anders wird es bei der 2. Berathung der Sache nach Lösung der österreichischen Frage sein. Nimmt man an, daß dann aus der Minorität vom 13. Jan., also von den 224 Stimmen die 89 der Oesterreicher fortfallen (denn diese werden sich doch dann des Stimmens in dieser Frage enthalten), daß ferner auch von den 41 süddeutschen Stimmen derselben Minorität, welche nicht bairisch sind, die meisten zur Majorität vom 13. Jan. übergehen (also etwa 21), so verbleiben gegen die Erblichkeit etwa 41 baierische, 20 andere süddeutsche, und wenn wir wollen (was nicht wahrscheinlich) die 63 norddeutschen Stimmen, welche am 13. gegen das Ministerium waren, im Ganzen also eine Minorität gegen die Erblichkeit von circa 124 Stimmen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 17. Jan. Sollte das erbliche Kaiserthum, wie wir übrigens nicht fürchten, bei der ersten Lesung in der That noch keine Majorität erlangen, so wird sich ganz gewiß auch für keines der übrigen Projekte, welche in §. 1. a. und als Amendements zu demselben aufgetaucht sind, eine große Anzahl von Stimmen finden. Unter diesen Projekten befindet sich auch

eines von Herrn v. Rotenhan, welches ein aus dem Kaiser von Oesterreich und den Königen von Preußen, Baiern, Sachsen und Würtemberg bestehendes Reichsdirektorium an die Spitze von Deutschland stellen will. Es ist von einer sehr weitläufigen Motivirung begleitet, welche vielleicht weniger für die Mitglieder der Nationalversammlung, als für die Leser, welche es im größeren Kreise finden könnte, berechnet ist; wie wir so eben hören, sollen 1600 Exemplare zur Versendung nach Baiern bestimmt sein. Wir würden es sehr bedauern, wenn jetzt, wo alles mit Nothwendigkeit zu festester Einigung des Vaterlandes hindrängt, die Stimmung in Baiern noch gespaltener und einem einheitlichen Reichsoberhaupte noch abgeneigter würde, zu dem sie aus leicht begreiflichen Gründen überhaupt dort weniger hinneigt, als anderwärts, und für welches sie nur durch eine klarere Einsicht in die Verhältnisse unseres Vaterlandes gewonnen werden kann. Daß sich diese Ansicht Platz machen werde, läßt sich mit Bestimmtheit hoffen, da wir gerade unter den baierischen Deputirten Männer vom besten Korn haben.

Die gestrige Soirée bei dem Erzherzog Reichsverweser war sehr besucht, von Deputirten aller Parteien und aller — Landsmannschaften. Ist es doch als ob sich dies unglückselige Wort nicht mehr vermeiden ließe, seitdem die Deputirten Oesterreichs für sich entschieden Partei bilden; wie sie es schon gleich bei Beginn unserer parlamentarischen Thätigkeit versuchten, aber später aufgaben.

Herr Camphausen wird stündlich von Berlin zurückerwartet, oder ist vielleicht in diesem Augenblicke schon zurückgekehrt. Ueber die Bedeutung seiner Sendung täuscht sich Niemand; alles ist auf die Resultate derselben um so mehr gespannt, je größern Einfluß sie auf die nächsten Abstimmungen in der National-Versammlung möglicher Weise auszuüben geeignet sein könnten.

☿ **Wien**, 12. Jan. Das Ministerium Schwarzenberg-Stadion beginnt aus der Rolle zu fallen. Schon die Erlasse gegen den öffentlichen Zeitungsverkauf und gegen die Plakatenfreiheit in der gesammten Monarchie hatten selbst in unserer dumpfen, unter der Glasglocke des Belagerungszustandes zusammengedrückten Atmosphäre unangenehmen Wiederhall gefunden! aber die plötzliche Unterdrückung der Ostdeutschen Post von Kuranda wird in ganz Wien nur von den sehr, sehr Wenigen, welche den Muth haben, sich offen zur Reaktion zu bekennen, entschuldigt und beschönigt. Als Grund dieser Unterdrückung, welcher keine Warnung oder Vermahnung vorherging, wird im heutigen amtlichen Theile der „Wiener Zeitung" ein Artikel („das Ereigniß in Kremsier") über den §. 1 der Grundrechte angeführt; dieser Artikel sei aufreizend, und selbst in gewöhnlichen Zeiten nicht zu dulden, geschweige während des Belagerungszustandes. Man muß aber clairvoyant seyn oder nicht deutsch verstehen — Letzteres scheint bei uns Ministern wie Philistern zu passiren — um in einer kalten und ruhigen Abwägung der beiden Standpunkte, welche das Ministerium und der Reichstag, dem §. 1 gegenüber, einnehmen, etwas Revolutionäres zu sehen. Der §. 1 hat dem Ministerium auf dem Kremsierer Reichstage, in der Sitzung vom 8. Jan., eine Schlappe zugezogen, und das Ministerium ist es auch, von welchem die Unterdrückung der Ostdeutschen Post ausgeht; denn in der amtlichen Anzeige heißt es ausdrücklich, „auf Befehl des hohen Ministerrathes", und, wie aus zuverlässigen Quellen allgemein bekannt ist, hat die militärische Behörde mit dieser Maßregel Nichts zu schaffen. Der wackere Welden, unser Militär- und Civilgouverneur, soll geäußert haben, daß es ihm nie eingefallen wäre, ein im anständigsten Tone gehaltenes Oppositionsblatt, wie die Ostdeutsche Post, zu unterdrücken. Also das Ministerium, welches sonst sein Bedauern über, und seine Ohnmacht gegen den Belagerungszustand erklärt hat, nimmt, in eigener Sache, den Belagerungszustand in eigene Hand, und handhabt ihn rücksichtsloser als die gefürchtete Militärbehörde. Wir werden hoffentlich bald auch Hochverrathsprocesse wegen „frechen und unehrerbietigen Tadels" des Ministeriums erleben; denn ist oder heißt auch der Kaiser nicht mehr absolut, so scheint doch das Ministerium Schwarzenberg-Stadion auf absolute Machtvollkommenheit Anspruch zu machen.

Wien, 12. Jan. Das C. Bl. a. B. enthält folgende drei Nachrichten, die es, wenn sie sich anders richtig verhalten, mit Recht ein bitteres Kleeblatt nennt: Das Ministerium des Innern hat wieder die Verordnung vom Juli des Jahres 1846 gegen die Deutschkatholiken in Wirksamkeit gesetzt. Diese Verordnung erklärte bekanntlich die Deutschkatholiken als zur Kategorie der verbotenen Gesellschaften gehörig, und versagte jedem den Eintritt über die Gränzen Oesterreichs. Das starke österreichische Ministerium fordert von dem schwachen Sachsen die Auslieferung der nach den Oktobertagen aus Wien nach Dresden und Leipzig geflüchteten Schriftsteller. Baron Kulmer, der Minister für Kroatien, äußerte sich, daß er die Slowanska Lipa in Agram nicht dulden werde.

Triest, 8. Jan. Zwei hier angekommene neapolitanische Bevollmächtigte haben, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, keine andere Aufgabe als die, mit der Dampfschifffahrtsgesellschaft des Oesterreichischen Lloyd einen Vertrag wegen Ueberschiffung der 4000 Schweizer, die hier eingeschifft werden sollen, abzuschließen. (C. Bl. a. B.)

Ollmütz, 8. Jan. In dem Gefühle der Nothwendigkeit, die Würde und das Ansehen des Oberhauptes der katholischen Kirche aufrecht zu erhalten, und dem heiligen Vater eine von allen äußeren Einflüssen unabhängige Stellung zu sichern, schlug das Kabinet von Madrid sämmtlichen katholischen Höfen und Regierungen Europa's vor, einen Kongreß an einem zu bestimmenden Ort zu versammeln, um darüber zu berathen, wie im Interesse der katholischen Christenheit wie des Weltfriedens der Papst in seine volle Autorität wieder einzusetzen sei. Der Oesterr. Korresp., der dieß mittheilt, ist der Ansicht, daß diese Aufforderung „nicht ohne Erfolg bleiben dürfte."

⊙ **Ollmütz**, 10. Jan. Die ungarische Sache wird durch die vor einigen Tagen erfolgte Besetzung von Buda-Pesth als beendigt betrachtet. Trotzdem wird wohl noch einige Zeit erforderlich sein zur gänzlichen Pacificirung des Landes, da bis jetzt die ungarische Armee wohl in einzelnen Gefechten Verluste erlitten hat, aber noch nichts weniger als total geschlagen oder vernichtet ist, vielmehr in völliger Ordnung mit dem Reichstage in ihrer Mitte sich nach Szegedin und Debreczin in Niederungarn zurückgezogen hat. Daß übrigens dieser Krieg ein so schnelles Ende zu nehmen scheint, wird allgemein der Plan- und Kopflosigkeit der ungarischen Heerführer zugerechnet, unter denen, Moritz Perczel ausgenommen, kein einziger ist, der eine größere Truppenmasse mit Erfolg zu verwenden oder anzuführen weiß; von Organisationstalent ist gar keine Rede; Widerstandsmittel waren sonst in dem Lande genug vorhanden. Messaros, der ungarische Kriegsminister, wurde von Schlick dadurch geschlagen, daß er das Terrain nicht recognoscirt hatte, so daß ihm Schlick in die Flanke fallen konnte. Es ist in diesem Kriege eigenthümlich, daß die Ungarn jedesmal durch Flankenangriffe geschlagen wurden. Die Ungarn, scheint es, haben sich die Kriegskunst der frühern österreichischen Generale zum Muster genommen; sie zersplittern auch wie diese an viele Orte ihre Macht, so daß sie jedesmal vor dem überlegenen, conzentrirten Feinde das Feld räumen müssen. Die kaiserliche Armee kommt unterhalb Pesth's in eine Gegend, wo den Ungarn ihre zahlreiche Kavallerie sehr zu statten kommt; das Land ist hier eine meilenlange Ebene, ohne Dörfer, ohne Wald. Die einzeln stehenden Häuser, von Lehm gebaut und mit Stroh gedeckt, werden alle von den Ungarn angezündet, so daß die kaiserlichen Truppen allem Ungemach der Witterung ausgesetzt sein werden, und jeden Augenblick auf die Angriffe der windschnellen ungarischen Reiterei gefaßt sein müssen. Die bedeutende Kälte dürfte übrigens wohl eine zeitweilige Sistirung in den Operationen bewirken. Die Kälte ist auch hier so streng, daß heute zwei Kanoniere auf ihren Posten ganz erstarrt gefunden wurden und an Rettung ihres Lebens gezweifelt wird; und doch dauert die Zeit des Wachestehens nur eine Stunde. — Se. Majestät befindet sich in Folge einer Erkältung seit mehreren Tagen unwohl.

* **Kremsier**, 11. Januar. In der heutigen Reichstagssitzung wurde der nunmehrige §. 1 der Grundrechte in folgender Fassung angenommen: „Die Konstitution und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die österreichische Staatsbürgerschaft ausgeübt, erworben und verloren wird. Die Gesammtheit der Staatsbürger ist das Volk." Im weiteren Verlauf der Sitzung kam der nächste §., die Abschaffung der Standesvorrechte und den Ausschluß der Ausländer aus dem Staatsdienst betreffend, zur Verhandlung. In Bezug auf Letzteres nahm der Kriegsminister Cordon eine Ausnahme für die Marine in Anspruch. Er fügte hinzu, daß noch mehrere in verschiedenen Paragraphen behandelte persönliche Verhältnisse der österreichischen Staatsbürger auf das Heerwesen nicht unbedingt

ihre volle Anwendung würden finden können, weßhalb am Schluß der Grundrechte, wie auch diese durch die Entscheidung des Reichstags sich gestalten möchten, jedenfalls einige Bestimmungen beizufügen sein möchten, welche die das Heerwesen betreffenden Beschränkungen berücksichtigen, und den besonderen Gerichtsstand der Militärpersonen vorbehalten. Die Debatte über Abschaffung der Standesvorrechte, bei der viele Redner sich betheiligten, war am Ende der Sitzung noch zu keinem Schluß gekommen.

Kremsier, 11. Jan. Der Fünferausschuß hat den zweiten Theil der Konstitutionsurkunde bereits vollendet, und wird dieselbe in den Verfassungsausschuß bringen. Es ist darin das Prinzip der Föderation festgehalten. (C. Bl. a. B.)

Prag, 11. Jan. Die Prager Zeitung veröffentlicht einen Entwurf der neuen Kriminalprocedur nach den Principien der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und Geschworenengerichte für alle bedeutenden Verbrechen. Auch der Entwurf einer Konkursordnung ist uns zugekommen. Es sind dies meist Elaborate aus einer frühern Periode. Der Vicepräsident Mecsery sollte zum Präsidenten des Guberniums von Böhmen ernannt werden, da aber Böhmen in vier Kreise eingetheilt werden soll, von denen jeder seine eigene Verwaltung bekommt, und dadurch die Stellung Mecsery's eine ganz bedeutungslose würde, so hat er die Stelle nicht angenommen. In der heutigen officiellen Prager Zeitung widerspricht er dem ziemlich verbreiteten Gerücht, als hätte er aus Ollmütz volksfeindliche Erlasse mitgebracht, mit deren Veröffentlichung er noch zögere. Vorgestern fand unmittelbar vor der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums abermals eine Demonstration von circa 60 Kattundruckern statt, die mit Gewalt in das Sitzungslokal der Stadtverordneten einzudringen versuchten. Eine Abtheilung der Nationalgarde zerstreute diese unruhigen Arbeiter. Der berühmte czechische Gelehrte, Professor *Swoboda*, starb plötzlich dieser Tage. Er gehörte zu den wenigen Czechen, die es mit der Gleichberechtigung ehrlich meinten, und unterschrieb deßhalb auch den Protest gegen Einführung der czechischen Sprache an dem kleinseitner Gymnasium. (D. A. Z.)

Prag, 13. Jan. Zu Kremsier cirkulirte das Gerücht, die Minister Stadion und Bach würden austreten, dagegen Dobblhof und Strobach an ihre Stelle ins Ministerium kommen. Ich brauche wohl nicht zu bemerken, daß dieses Gerücht der Glaubwürdigkeit vollkommen entbehrt. Sicher ist dagegen, daß Schwarzenberg im Namen des Gesammtministeriums dem Monarchen ein Entlassungsgesuch überreichte, welches aber nicht angenommen ward. Unter solchen Umständen gewinnen die Auflösungsgerüchte neuen Bestand. Die sehr heftige gegen das Ministerium gerichtete Rede des Abgeordneten Rieger scheint den stärksten Eindruck gemacht zu haben. Die tiefer liegende Ursache des zwischen den Ministern und der czechischen Rechten bewirkten Bruches ist die Lebensfrage: Föderation oder Centralisation? Von ersterer und nur von ihr wollen die Slawen hören und ihre bedeutenderen Organe sprechen sich sämmtlich in diesem Sinne aus. Redakteur Häfner, bei Gelegenheit einer im Oktober mit dem Dampfschiffe unternommenen Reise angeblich als Aufwiegler des Landvolks verhaftet, hierauf nach der Festung Josephstadt transportirt, von da dem Wiener Kriminalgerichte übergeben, ward von diesem wegen Mangel an Thatbestand, d. h. ab instantia entlassen; kaum hatte er aber den Kerker verlassen, so ward er neuerdings in Haft gebracht, man weiß nicht, ob eines Preßvergehens oder einer nachträglichen Denunciation wegen. Man will des Mannes sich keinesfalls so billig entäußern. (Leipz. Z.)

** **Berlin**, 14. Jan. Der frühere Gouverneur des jungen Erbprinzen Friedrich, der General v. Unruh, ein sehr ehrenwerther Charakter, war seit längerer Zeit kränklich und in letzter Zeit wohl äußerst mißgestimmt und grämlich; so daß die frische Jugend des Prinzen, der im vergangenen Sommer schon durch die ungerechte Kränkung seines Vaters hart mitgenommen war, nicht füglich solchen geistigen Einflüssen überlassen bleiben durfte. Der *Oberst Fischer*, welcher zum Gouverneur des Erbprinzen ernannt ist, unter Camphausen Director im Kriegsministerium, dann beigeordnet dem preußischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, ist ein Mann, sowohl durch Charakter, als echt deutsche Gesinnung (wie denn ein *wahrer* Preuße nicht anders gesinnt sein kann), als auch durch hohe wissenschaftliche Bildung und geistige Ueberlegenheit so sehr ausgezeichnet, daß seine Wahl eine überaus glückliche genannt werden kann. Wir erinnern uns mit Vergnügen der Sitzung der Nationalversammlung, als der Abg. Jung das Kriegsministerium über „reaktionäre Gesinnungen" im Heer und „geladene" Kanonen im Zeughause interpellirte, und statt des Grafen Kanitz, der an ihn verwies, Herr Fischer von der Rednerbühne mit einer glänzenden und von dem lauten Beifallruf aller Seiten des Hauses mehrmals unterbrochnen Improvisation antwortete. Stellen waren in dem Vortrage, z. B. die lebhafte Erinnerung an die Heere der Republik, unmittelbar auf die Linke berechnet, und wirklich von schlagender Beweiskraft. Jung hat seitdem nur noch *einmal* das Interpelliren gewagt und da Baron Arnim ihm nachwies, daß er den Vertrag, weswegen er interpellirte, *gar nicht kenne*, verstummte der Frager! Oberst Fischer hat die Befreiungskriege mitgemacht, trägt das eiserne Kreuz und war ein Kriegskamerad und vertrauter Freund des Generals v. Auerswald, wie er denn auch dessen überlebenden Brüdern *geistesverwandt* und *innig* befreundet ist.

Berlin, 14. Jan. Laut Mittheilungen hierher hat das österreichische Konsulat in Jassy offiziell die Bekanntmachung ergehen lassen, daß vom 1. Januar ab keine ausländischen, d. h. auch deutsche, Zeitungen in die Fürstenthümer eingeführt und durch die österreichische Post spedirt werden dürfen. Nur diejenigen Blätter, welche für den englischen und französischen Konsul bestimmt sind, bilden davon eine Ausnahme. Daß auch die preußischen Zeitungen von dem Interdikt betroffen, erregt hier allerdings Mißbehagen, indem es für die Vertretung unserer Interessen daselbst durch Hrn. v. Loos eben kein günstiges Vorurtheil erweckt; über die Connivenz österreichischerseits, dem Russificirungs- und Absperrungssystem in den Fürstenthümern auch hierin nicht entgegen zu wirken, wundert man sich nicht mehr. (Fr. J.)

Berlin, 15. Jan. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat nachstehende Verfügung an sämmtliche königliche Regierungen zur Mittheilung an die Volksschullehrer erlassen. Die im Eingange erwähnte Verfügung des Herrn Ministers des Innern ist der schon veröffentlichte Erlaß vom 26. vorigen Monats, in welchem die Behörden aufgefordert werden, für die vollständige Freiheit der Wahl zu sorgen, und sich jeder Einmischung zu enthalten. Die gesperrt gedruckten Stellen sind auch im Original hervorgehoben.

„Die Königliche Regierung veranlasse ich, obenstehende Verfügung des Herrn Ministers des Innern an die Volksschullehrer Ihres Bezirkes zu vertheilen. In diesem Erlaß ist die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen in die preußischen Kammern für die weitere Entwicklung unseres neuen Staatslebens, und die Aufgabe der Behörden in Bezug auf diese Wahlen klar dargelegt. Bei dem Einfluß, welchen die Volksschullehrer, namentlich auf dem Lande, in ihrem steten Verkehr mit den Familien und Gemeinden, nach Maßgabe des ihnen zugewendeten Vertrauens auf die Berichtigung irrthümlicher Ansichten und Mißverständnisse, auf die Belehrung des Volkes über die Fragen, um deren Entscheidung es sich gegenwärtig handelt, üben, kann es für dieselben nur ein Beweis meines in sie gesetzten Vertrauens sein, wenn ich durch Mittheilung des obenstehenden Erlasses die Ueberzeugung bethätige, daß sie den gegenwärtigen Zeitpunkt als einen solchen verstanden haben, wo nicht die *Regierung*, sondern das Vaterland, die Vergangenheit und die Zukunft des Volkes fordert, *daß nicht durch ihre Unthätigkeit und Versäumniß, oder gar durch ihre Schuld die Wähler unaufgeklärt bleiben über ihre Pflichten und die Anforderungen, welche die höchsten Interessen des Staates und des Volkes gebieterisch an seine jetzt zu wählenden Vertreter stellen.* — Die Wahlen, welche das Volk jetzt trifft, werden entscheiden, ob die schreckliche Lehre der nächsten Vergangenheit verstanden worden ist, oder ob der frevelhafte Versuch wiederholt, und die Existenz eines auf Sitte, Wahrheit und Recht gegründeten Staats nochmals auf die gefährliche Probe gestellt werden soll. Nur solche Vertreter, welche mit der nöthigen Einsicht in das Wesen und die Aufgabe des Staates selbstständige Erfahrung in ihrem nächsten Lebensberuf verbinden; deren Herz nicht weniger lebendig für die gesetzliche Freiheit des Volkes, wie treu für den König und das angestammte Herrscherhaus schlägt; die durch rechtliches und unbescholtenes Leben in Familie und Gemeinde das Recht als die Grundlage jedes Gemeinwesens haben achten gelernt; welche wahre Bildung und ächt religiösen Sinn als die Bedingungen der weiteren, auch materiell gedeihlichen, Entwicklung des Volkslebens schätzen, und welche fern von allen eitlen und selbstsüchtigen Zwecken den Muth und die Hingebung besitzen, diese ihre Erkenntniß und ihren Willen zum Besten des Volkes geltend zu machen: nur solche Vertreter werden im Stande sein, im treuen Bunde mit einer starken, das Gesetz und die Ordnung schirmenden, freisinnigen Regierung das Werk zu vollenden, welchem der einsichtsvolle und treue Theil des Volkes sehnsüchtig entgegensieht. Das Volk hat solche Männer genug in seiner Mitte! Es liegt mit in der Hand der Lehrer, solche Männer zu bezeichnen, ihre Wahl zu sichern, und in dieser Weise in einer freien, ihnen als Bürger des Staats zustehenden Thätigkeit den Behörden die Lösung der Aufgabe erleichtern zu helfen, welche denselben durch den vorstehenden Erlaß des Herrn Ministers des Innern gestellt worden ist. Mir genügt es, die Lehrer auf diese ihre Pflicht als Bürger aufmerksam gemacht zu haben, und glaube ich erwarten zu dürfen, daß dieselben bei dieser Gelegenheit beweisen werden, wie sie die hohe

Aufgabe verstanden haben, die der Schule, und in derselben den Lehrern durch die neue Verfassung zugewiesen ist. Berlin, den 30. Dezember 1848. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. v. Ladenberg."

** **Berlin**, 15. Jan. Es wird bei den Wahlen, da sich's bei den neuen Kammern insbesondere darum handelt, ob die reformatorische Bahn mit Anerkennung der Verfassung betreten oder der revolutionäre Kometenlauf von Neuem begonnen werden soll, der dann auch das ganze Deutschland mit sich risse, wahrscheinlich ein Wichtiges aus dem Auge gesetzt werden, das ich meinen Landsleuten am liebsten von Frankfurt aus zuriefe — nämlich Männer zu wählen, welche den deutschen Beruf Preußens zu erfassen und die den Kammern vorliegenden, schwerwiegenden Fragen z. B. über das künftige Verhältniß der preußischen Sondervertretung zu der Reichsverfassung und dem Reichstage, zu würdigen verstehen; ja welche, wenn genügende Vorlagen von der Regierung in ähnlicher Richtung nicht gemacht werden, das verfassungsmäßig jeder Kammer zuständige Recht der Initiative üben. Solcher Männer ist Gottlob in Preußen eine große Zahl. Die jetzigen Abgeordneten in Frankfurt dürfen zu Berlin im März nicht fehlen. Außerdem ist es wohl eher wünschenswerth, daß Männer, wie Rudolf und Alfred v. Auerswald, Camphausen, Beckerath, G. Beseler, Dahlmann, Vincke in mehreren Wahlkreisen gewählt werden, als daß sich Ein Kreis auf den andern verläßt! Wir erlauben uns, in dieser Hinsicht an einen würdigen Mann zu erinnern, der in Berlin deßhalb nicht fehlen darf, den ehemaligen Minister, Freiherrn v. Arnim. Denn wir stehen jetzt eben in der „elften Stunde", wie Arnim am 17. März dem König schrieb.

8 Von der Oder, 13. Jan. Schon vor fünf bis sechs Wochen las man in allen Zeitungen, daß von dem allgemeinen Kriegsdepartement in Berlin bereits die Aufträge zu dem Bau von 35 Kanonenbooten an die verschiedenen Schiffbaumeister der Ostseeküste gegeben wären. Allein im Widerspruche damit erfahren wir soeben aus ganz sicherer Quelle, daß bis zum 10. d. M. noch kein einziger Kontrakt mit den Bauunternehmern abgeschlossen war, sondern daß das erwähnte Departement Sommer, Herbst und Winter damit hingebracht hat, die Holzhändler, Schiffbaumeister und Seeleute der Ostseeküste mit nutzlosen Fragen zu quälen, die oft genug Mangel an Sachkenntniß verriethen und belacht wurden. So steht es in Berlin. Ob es in Frankfurt besser steht? Uns schrieb vor Kurzem ein Freund, wie ein dortiger gesagt: Er wolle lieber auf einem Wrack ohne Mast auf offener See treiben, als in Frankfurt Flotten bauen. Wir erwarten in der That auch nicht viel von dort. Was kann man auch von einer technischen Reichs-Marine-Kommission erwarten, in welcher sich, mit Ausnahme der Kapitäne Schröder und Donner, kein Techniker, kein einziger Schiffbaumeister befindet? Wenn wir auch in Deutschland keine oder doch nur wenige Schiffbaumeister besitzen, welche Kriegsschiffe gebaut haben, so haben wir doch deren genug, welche ebensowohl, wie jeder Marine-Baumeister, im Stande sind, die allgemeinen Vorfragen bei Gründung einer Marine zu beantworten. Weshalb hat der Staat junge Leute reisen lassen, um uns Marinen kennen zu lernen, wenn jetzt deren Kenntnisse dem Volke, auf dessen Kosten dieselben gesammelt wurden, nicht zu gute kommen sollen? Weshalb sind jene 35 Kanonenboote nicht längst gebaut? Warum hat man jene kostbaren Versuche bei der Insel Rügen angestellt, wenn man jetzt, wie wir soeben in der Ostsee-Zeitung lasen, nicht die dort erprobten Boote zum Muster für unsere Küstenflotte nehmen will, sondern drei Entwürfe wählt, welche von Offizieren der Landarmee gemacht sind, welche ihre maritimen Erfahrungen auf der Havel und am Schaafgraben gesammelt haben? Doch was helfen uns zuletzt alle kleinen Boote, wenn wir keine großen Schiffe haben? Ueber den Ankauf zweier großen Damfschiffe haben wir uns sehr gefreut. Der Amerikaner, Kommodore Parker, welcher jetzt in Frankfurt erwartet wird, ist hoffentlich ein Rough and Ready, der kurzen Prozeß macht, und die Landwasserweisheit über Bord wirft. Denn was soll sonst werden, wenn im Frühjahr der dänische Krieg wieder losgeht? Der Weserzeitung ward zwar neulich von Frankfurt aus geschrieben, der Krieg mit Dänemark werde nicht wieder der Kampf der Dogge mit dem Fische werden, denn die Dogge hätte inzwischen schwimmen gelernt. Aber ich möchte die Marinekommission nicht in's Wasser werfen, um den Versuch zu machen.

Aus Thüringen, 10. Jan. Hier dauern die politischen Prozesse ꝛc. ungeschwächt fort; in Mühlhausen hat man den Bürgermeister Gier vom Amte enthoben, nachdem das Inquisitoriat zu Heiligenstadt ihn wegen des „Versuchs" zum Aufruhr und Majestätsbeleidigung in Untersuchung genommen hat. In Nordhausen, wo die Polizei äußerst streng auf jeden Fremden vigilirt, sind neue Kriminaluntersuchungen eingeleitet worden.

Nürnberg, 15. Jan. In Folge des vergangene Nacht eingetretenen Thauwetters und heftigen Regens schwoll heute nach Mitternacht die Pegnitz zu einer solchen Höhe an, wie man sie hier noch nicht erlebte. Man spricht als bestimmt davon, daß mehrere Menschenleben verloren gegangen sind; die Verluste in den dem Flusse nahe liegenden Waarenlagern müssen bedeutend sein, da diese bei der unerwartet reißend anwachsenden Wassermasse nicht geräumt werden konnten. Ein gleiches Schicksal traf wohl auch einen großen Theil des Inhalts der auf der Insel Schütt aufgestellten Meßbuden. Ein Arbeiter (dem Vernehmen nach ein Ahlenschleifer) wurde, nachdem er in einem fast ganz mit Wasser angefüllten Mühlengange mehrere Stunden in einer verzweifelten Lage zugebracht hatte, durch einige entschlossene Männer mit höchster eigener Gefahr gerettet. (Nürnb. Kur.)

-:- **Stuttgart**, 11. Jan. Sparsamkeit ist ein gut Ding, im Privatleben, wie im Staatshaushalt; aber sie kann unter Umständen zum Unrecht oder lächerlich werden. Die Finanzkommission der Kammer der Abgeordneten scheint das nicht immer bedacht zu haben. Unrecht muß man es nennen, wenn sie im Verlauf ihres Berichts über den Etat des Justizdepartements, eine für die 15 ältesten der trotz der hohen Wichtigkeit ihres Amts so spärlich besoldeten Gerichtsaktuare beantragte Gehaltserhöhung von 200 fl. streichen will und zwar aus dem Hauptgrunde, weil im andern Fall auch die Beamten gleicher Kategorie in den übrigen Departements ähnliche Anforderungen machen könnten: es bedurfte aber dennoch der ganzen Beredsamkeit des Staatsraths Römer und der Hinweisung, wie wichtig es sei, um jeder Korruption zu begegnen, auch die unteren Beamten, auf welchen eine große Verantwortlichkeit laste, so zu besolden, daß sie leben könnten, um eine schwache Majorität der Kammer für die geforderte Erhöhung, wenn auch nur in der Gestalt einer persönlichen Zulage, zu gewinnen. Lächerlich erscheint es, wenn Kommission und Kammer durch die minutiöseste Berechnung herausbringen, daß an den Kanzleikosten für das Justizministerium und die Kollegien zum Belaufe von 17,000 fl. die Summe von zusammen — 48 fl. erspart werden könne, da ein Departementschef statt mit 50 mit 30 fl., ein Vorstand, Rath oder Assessor statt mit 30 mit 15 fl. und ein Expeditor statt mit 28 ebenfalls mit 15 fl. für Schreibmaterialien auszureichen im Stande sei. Der ganze erste Theil der heutigen Kammersitzung bot überhaupt nur durch einige angeregte Inzidentfälle ein Interesse. So zuerst, als der Abgeordnete Pfäfflin, in einem Anfall übel verstandener Humanität, den wunderbaren Antrag stellte, das Ministerium möge den Bezirksgerichten anempfehlen, in Schuldklagsachen nicht so schnell mit der Vergantung vorzuschreiten, ein Antrag, den der Staatsrath Römer kurz mit der Bemerkung abwies, daß die Gerichte vor allen Dingen verpflichtet seien, sich an die Gesetze zu halten und daß das Ministerium sie doch unmöglich legitimiren könne, die gesetzlichen Bestimmungen nicht zu erfüllen. Dann als, auf Anlaß einer Bemerkung des Abgeordneten Süskind, daß der Herr Departementschef (Römer), wenn er noch auf den Bänken der Abgeordneten säße, ohne Zweifel gegen die jetzt von ihm befürwortete Gehaltserhöhung der Aktuare sprechen würde, der Angegriffene sehr lebhaft erwiderte, daß er noch immer derselbe sei, wie damals, daß er durch seine neue Stellung, welche er durch das Vertrauen des Volkes bekleide, demselben nicht ferner gerückt sei und sein Wohl noch immer so warm im Herzen trage wie vordem. Die ganze Entgegnung auf den jedenfalls sehr unmotivirten Angriff war übrigens, wenn auch mit entschiedener Wärme gesprochen, doch sehr würdig gehalten, nur der Schluß: „Würde ich meine Grundsätze je verändern, ich müßte ein Schurke sein!" schien etwas stark auf das Publikum der Gallerie berechnet. Das eigentliche Interesse der Sitzung konzentrirte sich wesentlich in der Diskussion, welche die Exigenz für gerichtliche Strafanstalten im Betrage von etwas über 200,000 fl. veranlaßte. Zuvörderst stellte der Abgeordnete Reyscher die Frage, ob die Regierung sich bereits entschieden habe, ob in den Strafanstalten des Landes das pennsylvanische oder das

Auburn'sche System einzuführen sei? und es regnete bei dieser Gelegenheit Vorwürfe und Spott über das in Stuttgart im Bau begriffene großartige Gefängniß, nach dem früheren Departementschef, welcher den Bau begonnen, im Munde des Volks gewöhnlich „Prieserslust“ genannt. Staatsrath Römer entgegnete, daß seine übrigen überhäuften Arbeiten und namentlich seine Abwesenheit in Frankfurt ihn bisher abgehalten, einem Gegenstande, den er allerdings für außerordentlich wichtig halte, seine volle Aufmerksamkeit zu schenken, daß er aber ungesäumt sich damit beschäftigen und alles aufbieten werde, die Humanität mit der Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Es hatte sodann, auf Anlaß eines außerordentlichen Bedarfs zum Ankauf von Arbeitsmaterial für die Strafgefangenen, die Kommission den Antrag gestellt, die Regierung möge in Erwägung ziehen, ob nicht neue Fabrikationszweige, durch welche die Handwerker im Lande keine Beeinträchtigung ihres Erwerbes erführen, in den Strafanstalten eingeführt, ob nicht die Sträflinge mehr als bisher zu öffentlichen Arbeiten verwendet und ob nicht die jugendlichen Verbrecher in einer landwirthschaftlichen Kolonie untergebracht werden könnten? Vom Ministertische her wurde dazu bemerkt, daß die Regierung bereits darauf bedacht gewesen sei, die Beschäftigung der Strafgefangenen so zu organisiren und auf solche Gegenstände zu richten, daß sie andere rechtmäßige Interessen nicht beeinträchtige und daß, was die gewünschte Verwendung zu öffentlichen Bauten betreffe, z. B. schon die Eisenbahnarbeiten in der Nähe von Ludwigsburg meistens von Sträflingen des Arbeitshauses ausgeführt worden seien. Die Kammer trat schließlich sämmtlichen Anträgen der Kommission, von welchen namentlich der letzte, die jugendlichen Gefangenen, nach dem Vorbilde des mit segensreichem Erfolge zu Mettrai in Frankreich bestehenden Instituts, mit landwirthschaftlichen Arbeiten zu beschäftigen, mit schöner Wärme unterstützt wurde, einstimmig bei.

÷ **Stuttgart**, 13. Jan. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten war eine der interessantesten, welche die diesmalige Session gesehen. Den Anfang bildete die Anmeldung einer Eingabe, wie sie gegenwärtig häufig einlaufen, diesmal von Einwohnern der Stadt und des Bezirkes Urach ausgehend, um alsbaldige Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, vielleicht auch diesmal speziell durch die Agitation eines der äußersten Linken angehörenden Abgeordneten veranlaßt, der in dieser Richtung besonders thätig ist; nächstdem die Verlesung einer von der volkswirthschaftlichen Kommission entworfenen Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung, welche sich lebhaft für den Schutz der inländischen Industrie und der landwirthschaftlichen Erzeugnisse, darunter namentlich der Weinproduktion, und gegen den vorzugsweise im Interesse des Freihandels ausgearbeiteten Zolltarif ausspricht. Auf der Tagesordnung stand sodann die weitere Berathung des Etats des Justizdepartements und diese wurde ziemlich summarisch zu Ende gebracht; doch hatte die Kommission auch diesmal wieder in ihren exorbitanten Sparsamkeitsgelüsten einige Ansätze für Heizungskosten zu hoch gefunden und an dem Schreibmaterial-Aversum des Expeditors des Strafanstaltenkollegiums von 28 fl. 15 gestrichen. Einiges Aufsehen erregte, bei dem Kapitale des Budgets der einzelnen Strafanstalten, der unverhältnißmäßig große Durchschnittsaufwand für die Gefangenen auf der Festung Asperg. Dieser Aufwand beträgt hier auf den Kopf 327 fl., während er in allen übrigen Strafanstalten nur zwischen 82 und 115 fl. varirt. Es kam deshalb auch die Aufhebung des Aspergs zur Sprache, der ohnehin durchschnittlich nur fünf Gefangene beherbergt, doch ließ die Kammer den Gegenstand wieder fallen; ob in Folge der boshaften Bemerkung des Abgeordneten Schnitzer, es sei nicht wünschenswerth, eine Anstalt aufzuheben, an die sich so viele schöne Erinnerungen knüpften, mag dahin gestellt bleiben. Auf Anlaß einer Exigenz für Wartgelder der vier Scharfrichter gab endlich der Staatsrath Römer die Erklärung ab, daß bereits seit der ersten Verlesung der Grundrechte kein Todesurtheil mehr vollzogen, sondern stets Begnadigung eingetreten sei und daß, wenn hier nicht vielleicht ein Vertragsverhältniß bestehe, dieser Aufwand künftig wegfalle. Damit war der Etat des Justizdepartements erledigt.

Erst jetzt folgt der eigentlich interessante Theil der Sitzung, als der Staatsrath Römer das Wort nahm. Er erhob sich zunächst gegen die Angriffe, welche in einer früheren Kammersitzung einzelne Untersuchungsrichter in politischen Prozessen von Seiten einiger Abgeordneten zu erdulden gehabt. In entschiedener und bisweilen schneidender Weise führte er die vorgebrachten Beschwerden, unter welchen die Zurückweisung eines für einen Gefangenen bestimmten Korbes mit Zwetschen eine große Rolle spielt, auf ihren wahren Werth zurück; er wies nach, daß sich dieselben zum größten Theil als nichtswürdige Entstellungen oder offenbare Lügen herausgestellt hätten und sprach sein Bedauern aus, daß man, auf die allerunzuverlässigsten Gewährsmänner gestützt, so leichtfertig die schwersten Beschuldigungen gegen pflichtgetreue Beamte gehäuft. Vergebens suchten die Abg. Becher und Trotter die Wahrhaftigkeit jener Gewährsmänner in Schutz zu nehmen, vergebens machte der erstere geltend, daß gegen eine geheime Justiz jeder Argwohn von vorneherein gerechtfertigt sei, vergebens verdächtigte der letztere die Zeugnisse der Gerichtsbeisitzer, „von welchen man wisse, daß sie in der Regel schlirfen“: Die Kammer ließ, durch die Erklärungen vom Ministertisch aus vollständig befriedigt, den Gegenstand fallen, und es erhielt der Abgeordnete Scherr zu einer Interpellation das Wort. Nach einer langen Verwahrung, daß er durchaus nicht Willens sei, mit dieser Interpellation dem Ministerium irgend welche neue Schwierigkeiten zu bereiten, daß vielmehr dasselbe bei Verwirklichung der in seinem Programm ausgesprochenen Grundsätze auf seine kräftige Unterstützung rechnen könne, bat er, veranlaßt einestheils durch den „seltsamen“ Artikel einer benachbarten (der Karlsruher) Zeitung über die in Würtemberg geschehene Verkündigung der Grundrechte, aus der Feder einer Person, die mit der Luft, welche in den allerhöchsten Regionen wehe, vertraut sei, anderntheils und hauptsächlich aber durch den Umstand, daß jene Verkündigung die Unterschrift keines einzigen der verantwortlichen Minister getragen, die Regierung möge in dieser Beziehung eine öffentliche Erklärung abgeben, welche die vielfach im Umlauf befindlichen beunruhigenden Gerüchte niederschlage. Staatsrath Römer gab diese Erklärung sofort und in der bündigsten Weise. „Wenn — so lautet diese Erklärung — „der Abgeordnete Scherr das Regierungsblatt nachliest, so wird er dort finden, die Verkündigung der einzelnen Reichsgesetze werde bei uns durch Beilage eines Exemplars des Reichsgesetzblattes erfolgen. Diese Erklärung habe ich Anfangs und ein für allemal unterzeichnet. Richtig ist nur, was in der Karlsruher Zeitung steht, daß die Verkündigung auf einem Mißverständniß der Redaktion des Regierungsblatts beruht; denn es war die Absicht, der Verkündigung eine Instruktion für die Beamten mitzugeben; diese war bereits fertig, und es wären mit ihr die Grundrechte, statt am 31. Dez., am 3. Jan. dieses Jahres verkündigt worden. Die Grundrechte sind verkündigt und haben volle Gesetzeskraft, und die Instruktion für die Beamten, die sich namentlich auf das Judengesetz zu beziehen hat, wird hiermit in Einklang stehen. Dies ist der ganze Hergang der Sache.“ Scherr dankte für diese Auskunft, die zur Beruhigung des Landes wesentlich beitragen werde, und damit war die Sitzung geschlossen. Es erledigen sich übrigens mit dieser Darstellung der Sachlage auch die verschiedenen Gerüchte, welche die Existenz des Ministeriums als bedroht darstellen; allem Anschein nach steht dasselbe fester als je.

Hannover, 12. Jan. Von wie trauriger Art die Ausflüchte sind, mit denen man in Hannover Etwas zu erreichen gedenkt, davon liefert die jüngst veröffentlichte Note vom 4. Nov. ein Beispiel. Es war darin gesagt, die hannoversche Regierung befinde sich nicht in dem Besitze des authentischen Protokolls über den Bundesbeschluß vom 10. Juli, wodurch bekanntlich im Namen sämmtlicher Regierungen alle Bundesgewalt auf den Reichsverweser übertragen wurde. Nun wird in der Ztg. f. Nordd. die bestimmte Versicherung gegeben, „es existirt kein Protokoll über jenen angeblichen Bundesbeschluß vom 10. Juli. Es war eine diplomatische Lüge, wenn am 12. Juli die Uebertragung der Centralgewalt als ein Beschluß vom 10. Juli mitgetheilt wurde: es war kein solcher Beschluß am 10. gefaßt, sondern nur mündlich in der Verwirrung und Rathlosigkeit des Augenblicks hatten die Bundestagsgesandten sich kurz vorher darüber verständigt. Weder die hannov. Regierung kann daher das Protokoll dieses Beschlusses publiciren, noch kann die Centralgewalt es ihr mittheilen. Das hannov. Ministerium mußte es durch den hannov. Bundestagsgesandten wissen, daß die Centralgewalt das nicht kann, — und dennoch begründet des jetzt vor dem Publikum seine Weigerung auf die oben angegebene Weise!“ Die Hannov. Ztg. möge uns die Versicherung glauben, wir würden von Herzen erfreut sein, wenn sie die Anschuldigung eines so

unwürdigen Possenspiels als eine in der Wahrheit nicht begründete nachzuweisen vermöchte. (Wes. Ztg.)

Osnabrück, 10. Jan. Der hiesige vaterländische Verein hat einstimmig ein Gesuch an das Gesammtministerium um Verkündigung der Reichsgesetze gerichtet und das Gesuch vorgestern durch seinen Vorstand absenden lassen. Der Verein ist der Ansicht, daß diese Angelegenheit auch nicht einmal bis zur Versammlung der Stände hinausgeschoben werden könne, da jeder Tag Hunderten von Bürgern Schaden und Nachtheil bringe, so lange die Verbindlichkeit der Reichsgesetze nicht officiell erklärt sei. Er glaubt, daß eine Publikation des Bundesbeschlusses vom 10. Juli v. J., durch welchen die Befugniß der ehemaligen Bundesversammlung auf die Centralgewalt übertragen wurde, die Regierung in den Stand setze, die Reichsgesetze auch in hiesigen Landen in solcher Weise zu verkündigen, daß über deren rechtsverbindliche Kraft kein Zweifel bleibe. Unterzeichnet ist das Gesuch von den nächsten Freunden Stüves, u. A. von Breusing, Droop und Raven. (D. Rchsz.)

C **Mannheim**, 15. Jan. Man theilt uns so eben mit, daß bei Neckargemünd, an der Stelle, wo sich die Chaussee hinabsenkt, der Neckar dieselbe so überschwemmt habe, daß der in später Nacht daherfahrende Eilwagen sammt den Pferden und dem Kutscher versank und daß die Reisenden sich nur mit Mühe auf die Bäume retten konnten, wo man sie bei Tagesanbruch noch fand und mit Nachen rettete.

* **Mannheim**, 14. Jan. Der hiesige neue vaterländische Verein hat in einer offenen Erklärung seine Anerkennung ausgesprochen für die Erklärung des Großherzogs von Baden an die Centralgewalt.

‡ **Freiburg**, 14. Jan. Mein Bericht in Nro. 12 der Deutschen Zeitung über den Stand der Untersuchung gegen Struve und Blind enthält einen Druckfehler, den ich Ihre Leser zu verbessern bitte. Struve und seine Genossen sind nicht des Straßenraubes — sondern des Kassenraubes angeklagt, indem sie in allen Ortschaften von denen sie Besitz ergriffen, die Kassen der Ober- und Untereinnehmer, der Zoll- und Hüttenverwalter gewaltsam weggenommen und sich zugeeignet haben.

Gotha, 13. Jan. In der hiesigen Abgeordnetenversammlung, deren Berathungen heute eben so interessant als stürmisch waren, wurde über den Antrag des Abg. Bufleb: „Daß die herzogliche Staatsregierung ersucht werden möge, den einheitsfeindlichen Bestrebungen, die in manchen deutschen Staaten zu Tage treten, kräftig entgegen zu wirken," zur Tagesordnung übergegangen, weil die Ansicht geltend gemacht wurde, daß man im Fall einer solchen Verwendung der Abgeordnetenversammlung, die nicht einmal zu einer Vereinigung mit Koburg die Hand bieten wolle, und dem Staatsministerium, das der Idee eines thüringischen Gesammtstaats hindernd entgegen getreten sei, möglicherweise erwidern könne, daß sie doch zunächst vor ihren eigenen Thüren kehren möchten, ehe sie sich in andere Händel mischen wollten. Dagegen beantragte der Abg. Schwendt, es möge sich, wie bereits die hiesige Staatsregierung gethan, auch die Abgeordnetenversammlung dahin verwenden, daß die deutsche Reichsversammlung ihren Sitz nach Gotha verlege. In der deßfalls zu erlassenden Adresse sollen die Vortheile auseinander gesetzt werden, welche Gotha dem Aufenthalt und den Berathungen der Nationalversammlung bietet. (D. A. Z.)

† **Aus Nassau**, 11. Jan. Es ist außer Zweifel, daß unser Land sich mit aufrichtigem Willen als Glied dem deutschen Reichskörper einfügen wird. Die Grundrechte werden, wie die anderen erlassenen Reichsgesetze, blos durch das Reichsgesetzblatt, welches die Staatsbehörden von der Ministerialkanzlei aus erhalten, und dessen Anschaffung allen Gemeinden durch das Gemeindegesetz geboten ist, also auf die richtigste Weise und angemessener als mittels Aufnahme in ein Landesgesetzblatt, verkündigt. Wie der Herzog, zuerst unter allen deutschen Fürsten, für die Umgestaltung der deutschen Staatsverhältnisse sich erklärt hat, so wird auch von ihm und seiner Regierung unverändert der Weg zu dem Ziel der Wiedergeburt eines einigen und mächtigen Deutschlands eingehalten, und sie werden wenigstens die Verantwortlichkeit nicht theilen, welche auf den Lenkern der Staaten ruht, die den Rückweg nach dem Partikularismus suchen. Das Beklagenswertheste ist freilich, daß die Verblendung an den Fortbestand einer baierischen oder hannoverschen Souveränität zu glauben, auch den Unschuldigen mittrifft. Es ist die dringendste Pflicht, dieser Gefahr entgegenzutreten, und wer den Machthabern treuen und guten Dienst erweisen will, der sollte sie vor solcher Verkennung der Lage warnen, die am geschäftigsten von der Partei des Umsturzes genährt wird. Eines steht in dem deutschen Volke fest, daß Deutschland zum einheitlichen Staat werden müsse, und von dem Momente an, wo diese Idee vereitelt wäre, würde sich der Kampf gegen die Fürsten als nunmehr unzweifelhafte Hinderniße der Einheit richten, dessen Ausgang vorherzusagen ist. Es würde auch nichts ändern, wenn die Zerreißung eine Zeitlang durch irgend ein Scheinbild verdeckt würde, denn die Probe der Wirklichkeit wird nicht lange ausbleiben. Wenn irgend ein Land einer starken, einheitlichen Regierung bedarf, so ist es Deutschland, das erst ein Ganzes werden soll, nachdem es durch die Vielherrschaft von dem Gipfel der Macht zu einem Zustand herabgesunken, daß nicht einmal das Gedächtniß des alten Glanzes übrig geblieben ist, und während in Frankreich ein Name, der an die Macht eines großen Reiches erinnert, einen unbedeutenden Mann an die Spitze des Staates hebt, wir nur mit nüchterner Logik die absolute Nothwendigkeit beweisen oder bestreiten.

Rendsburg, 10. Jan. Unser Altstädter Bürgerverein hat dieser Tage in der deutschen Oberhauptsfrage eine Adresse nach Frankfurt abgefaßt und einstimmig genehmigt, in der man sich für die Uebertragung der Reichsgewalt an das Haus Hohenzollern ausspricht.

Großbritannien.

* **London**, 13. Jan. Unter der Ueberschrift: „Englische Politiker im Auslande" bringt „Galignani's Messenger" aus einem englischen Provinzialblatt folgende Notiz: „Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß manche unserer Landsleute, die sich auf dem Festlande ansässig gemacht haben, daselbst sehr ehrenhafte Stellungen einnehmen, ja daß einige derselben sehr lebhaft in die politischen Verhältnisse mit eingegriffen haben. Unter andern können wir Hrn. E. Roß nennen, Theilhaber an der Firma Vidal, Roß u. Comp., welcher einer der Abgeordneten für die wichtige Stadt Hamburg im Frankfurter Parlamente ist (war). Dieser Herr ist der Vorsitzende und Leiter der Freihandelspartei, welche reißende (?) Fortschritte in Deutschland macht. Der Stadtrath von Elbing, einer beträchtlichen Seestadt an der baltischen Küste, hat einstimmig Hrn. Philipps ein Vertrauensvotum zuerkannt, dem ehemaligen Vertreter der genannten Stadt auf der Berl.-Vers., deren Vicepräsident er war, zugleich aber auch einer der bedeutendsten Opponenten gegen die Willkürlichkeiten der Regierung." Als den dritten im Bunde nennt dasselbe Blatt Hrn. Prince Smith, „den wohlbekannten Führer der Freihandelspartei in Preußen." Alle drei sind, jenem Blatte zufolge, geborne Engländer, aber naturalisirte Deutsche. Man erkennt übrigens aus diesen wie aus andern Fällen, wie wohlbedient England durch seine Söhne in allen Theilen der Welt ist. Sämmtliche genannte drei Herren machen Freihandelspropaganda im englischen Sinn und Interesse. Die Herrn Roß und Prince Smith sind als Freihandelsapostel bekannt genug; Elbing, wo sich Hr. Philipps, der allerdings nach Auflösung der Nationalversammlung sich mit britischem Takt und britischer Gradheit benahm, eingebürgert hat, gilt als einer der Hauptsitze der Freihandelstheorien in Preußen. Wir tadeln die Herren darum nicht, wir wünschen England zu ihnen und den vielen seiner Söhne Glück, die, mögen sie naturalisirte Preußen oder Dänen oder Portugiesen oder Chinesen sein, doch vorzugsweise Briten bleiben und in ihrem neuen Vaterlande hauptsächlich im Interesse ihres Mutterlandes thätig sind; wir drücken dagegen unser Bedauern aus, daß die anderwärts heimisch gewordenen Söhne Deutschlands in der Regel für ihr Vaterland verloren oder sogar geneigt sind, vorkommenden Falls im Interesse ihres Adoptivvaterlandes gegen das Interesse ihres deutschen Geburtslandes Partei zu nehmen. An der Spitze der unserer inneren freien Entwickelung so schädlichen russischen Diplomatie stehen wenigstens deutsche Namen und in den höheren Stellen des russischen Heeres dient mancher Deutsche, der im Falle eines Krieges mit Deutschland ohne Bedenken sein Schwert gegen uns ziehen würde. Auch in England kam mancher Deutsche zu politischer Auszeichnung; die Barings, die es zu der Peerswürde der Ashburtons brachten, stammen aus Bremen; das bekannte Oppositionsmitglied Georg Friedrich Muntz ist der Sohn eines deutschen Kaufmanns (Baron Lionel Rothschilds nicht zu gedenken), aber

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 18. Januar. Schreiben des Ministerpräsidenten an den badischen Bevollmächtigten.) Wien (Proklamationen von Windischgrätz.) Berlin (Krönungsfest. Die Ordensvertheilung. Hr. Diezardt. Fremdenpolizei. Zeitungsverbot. Hr. Sethe. Hr. Kuhn.) Reichenbach (Verhaftung.) Posen (Polnischer Reichstag.) Münster (Temme nochmals gewählt.) München (Der Landtag. Ministerkonferenz mit Abel und Giese.) Stuttgart (Einführung der Grundrechte.) Dresden (Eidesleistung der zweiten Kammer. Bevorstehende Eröffnung. Das Bureau der ersten Kammer.) Schleswig-Holstein (Eifer der Herzogthümer für die Flotte.) Hamburg (Die Ausweisung Weitling's. Verfassunggebende Versammlung. Heckscher.)

Oesterreichische Monarchie. Herrmannstadt (Klausenburg von den kaiserlichen Truppen geräumt.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 18. Januar.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 18. Januar.

Tagesordnung der 151. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „das Reichsoberhaupt, der Reichsrath", und zwar über Artikel I. §. 1 und §. 1 a.

Vormittags 9¾ Uhr. Vorsitzender: Präsident Simson. Ausgetreten aus der Nationalversammlung ist Hr. Karl Liebelt aus Posen. Nachdem Hr. Lette für den volkswirthschaftlichen und für den Wehrausschuß Hr. Schultze aus Potsdam kurze Berichte erstattet haben, besteigt der Präsident des Reichsministeriums, Hr. v. Gagern, die Tribüne, zur Beantwortung zweier Interpellationen. Die erste betrifft die Veröffentlichung der Grundrechte in Hannover. Der Minister verliest ein darauf bezügliches Schreiben, desgleichen eine anderweite Erklärung des Bevollmächtigten der königlich hannoverschen Regierung bei der Centralgewalt, worin die Verkündigung der Grundrechte auf die Vollendung der Verfassung vertagt, zur Begründung der deutschen Verfassung aber der Weg der Vereinbarung als ein unerläßlicher bezeichnet und die provisorische Reichsregierung zugleich ersucht wird, von der Veröffentlichung einzelner Theile der Verfassung abzustehen.

„Das Reichsministerium" bemerkt Herr von Gagern nach Mittheilung dieser Aktenstücke, „muß bei diesem Anlasse die Bereitwilligkeit anerkennen, die es bisher bei der königlich hannoverschen Regierung stets gefunden, die Aufgabe der Centralgewalt zu unterstützen und ihren Anordnungen nachzukommen.

Es bewährte sich dies durch die stets und bei verschiedenem Anlaß erfolgte Stellung von Truppen für den Reichsdienst, durch die prompte und selbst zum Voraus angebotene Einzahlung des matrikularmäßigen Beitrags zur Gründung einer Kriegsflotte; und noch in den letzten Tagen, nachdem von Seiten des Reichshandelsministeriums an die Staaten Hannover, Meklenburg und Oldenburg desfallsige Aufforderung erfolgt war, durch die theilweise Kündigung des Handelsvertrags, der zwischen Hannover und den vereinigten Staaten von Nordamerika besteht, um dadurch das Hinderniß des Eintritts Hannovers in die deutsche Zolleinheit zu beseitigen.

Es darf ferner nicht unerwähnt bleiben, daß es nicht diejenigen Bestimmungen der Grundrechte sind, welche den Schutz der Freiheit gewähren, die in Hannover Bedenklichkeiten erregt haben, sondern wesentlich der §. 33, der von der Theilbarkeit des Grundeigenthums handelt.

Wie dem aber auch sei, das Reichsministerium geht davon aus, daß die Grundrechte nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 27. September 1848, betreffend die Verkündigung der Reichsgesetze rc. rc. für Hannover gesetzliche Kraft erlangt haben und würde bei begründeten Beschwerden wegen Nichtvollzugs demgemäß verfahren."

Was die Interpellation Heinrich Simon's angeht, so hat das Ministerium auch heute noch keine amtliche Anzeige von der Wahl Hrn. Temme's. Aber es hat von dem Bevollmächtigten Preußens bei der Centralgewalt die Vorlage der Aktenstücke begehrt.

Herr Groß von Leer dankt für die ausführliche Beantwortung der die hannover'schen Angelegenheiten betreffenden Anfrage und behält sich seinen Antrag unter der ausdrücklichen Bemerkung vor, daß er mit dem von der hannover'schen Regierung behaupteten Vereinbarungsprinzip nicht übereinstimme. Herr Grumbrecht von Lüneburg erklärt seinen Beitritt zu der so eben beantworteten Interpellation.

Dann wird der Tagesordnung gemäß die Berathung über den Abschnitt des Verfassungsentwurfs vom Reichsoberhaupte eröffnet.

Barth aus Kaufbeuern: Nur ein Kaiser kann unser Oberhaupt sein und ein erblicher Kaiser. Bleiben wir diesmal mit unserer Bewegung nicht vor den Thronen stehen. Nicht um sie umzustürzen, rufe ich Ihnen diese Mahnung zu, sondern um dem deutschen Reiche einen dauernden Abschluß durch einen Thron zu geben, der uns und dem Auslande Vertrauen einflößt. Kein Widerspruch aus dem Süden und dem Osten darf uns abhalten, das Gute und Rechte zu beschließen. Auch kein religiöses Bedenken. Die Grundrechte stellen jede Ueberzeugung unantastbar hin und haben wir damit der Kirche gegeben, was Gott gehört, so soll auch die Kirche geben, was des Kaisers ist. (Beifall) Seit jenem Tage, wo es schien, unser tausendjähriges Reich sei für immer untergegangen, ist Deutschland seiner Wiederherstellung nie so nahe gewesen, als in diesem Augenblicke. Täuschen wir die Erwartung des Volks nicht! Der Redner schließt unter dem lauten Beifall des Hauses, nachdem er daran erinnert hat, heute sei der Tag, wo die Grundrechte ihre gesetzliche Geltung erlangen, der Tag, von welchem Deutschland seine magna Charta datiren werde.

Eisenstuck aus Chemnitz weist auf seine (die linke) Seite der Versammlung hin, wo auch die vorliegende Frage nicht den mindesten Zwiespalt der Meinungen hervorgerufen habe. Daraus gehe hervor, daß die Grundsätze der linken Parteien die Mutter der Eintracht seien! Daß ein Bundesstaat eine bewegliche Spitze haben könne, dafür seien geschichtliche Beispiele vorhanden; allein nicht umgekehrt. Dann legt Hr. Eisenstuck dem Abgeordneten aus Erlangen die übertreibendsten Aeußerungen über den Schutz der Handelsinteressen und über Nordamerika in den Mund, um dann mit Eifer zu bekämpfen, was Herr Stahl gar nicht behauptet hat. Ich fürchte, fährt er fort, wenn wir nicht den Schlußstein unserer Verfassung legen, so werden die 34 Souveräne an unsere Stelle treten. Ohne eine Mehrheit von ⅔ der Stimmen ist jedoch die Kaiserfrage gar nicht zu entscheiden (Gelächter.) Es bleibt Ihnen mithin keine Wahl, als die Annahme des Mayfeld'schen Vorschlags, demgemäß Sie das deutsche Volk selbst zu einer Abstimmung über das Oberhaupt zu veranlassen haben. Der deutsche Zollverein Preußens war nur das Mittel zur Erreichung großer politischer Zwecke. Die Zolltarife dieses Vereins aber — ich muß es endlich einmal von diesem Orte herab erklären — sind seit 1820 in London diktirt worden. Darum wurde keiner der Anträge der deutschen Gewerbtreibenden berücksichtigt, daher lasen wir die neubeschlossenen Zollansätze zuerst in — englischen Blättern. Nun ist in den handelspolitischen Kreisen kein Zweifel darüber, daß nur durch den Beitritt Oesterreichs das Gleichgewicht zwischen dem Süden und Norden hergestellt und damit die Gewähr einer gesunden deutschen Handelspolitik gegeben würde. Ohne Oesterreich haben Sie nur eine Linke und ein Centrum in dieser Frage, keine Rechte. Im August vergangenen Jahres versammelten sich in Töplitz 69 Vertrauensmänner des deutsch-österreichischen Gewerbsstandes. Sie beriethen dort über den Anschluß der kommerziellen Verhältnisse Oesterreichs an Deutschland, gegründet auf politische Einheit und erklärten sich dafür. Auch von dem gegenwärtigen Handelsminister Oesterreichs erwartet der Redner nur Förderung, keine Hindernisse der Identifizirung des deutschen mit dem österreichischen Interesse, so daß er denn dringend darauf besteht, daß Oesterreich nicht von Deutschland abgetrennt werde. Was die besondere Stellung Sachsens zur Kaiserfrage anlange, so müsse er, Herrn Biedermann gegenüber (was dieser gar nicht geleugnet hat), es aussprechen, daß dort Niemand sei, der die Minister Braun und Oberländer nicht für vollkommen deutsche Männer halte. Zähle man die Majorität nicht mehr nach Köpfen, so wisse er (der Redner) nicht, wornach man sie ermitteln solle. Von 125 Kammermitgliedern in Sachsen aber sind nur 14 nicht aus dem Schooße der Partei hervorgegangen, die von den Vaterlandsvereinen vertreten werde und diese Vereine haben gegen §. 1 des vorliegenden Verfassungsabschnitts Widerspruch erhoben.

Sachsen ist ein wesentlich industrielles Land. Es ist auch ein gut protestantisches Land, stolz darauf, daß aus ihm die Reformation hervorgegangen und zugleich tief betrübt darüber, daß der Platz, wo die Wiege der Reformation gestanden, nicht mehr zu Sachsen gehört. Eine Neigung für Preußen ist nicht vorhanden und für das preußische Kaiserthum. Aber ich will nicht sächsisch reden, sondern eben nur deutsch, durchaus deutsch und von diesem Standpunkte empfehle ich Ihnen den Mayfeld'schen Verbesserungsantrag.

Karl Welcker: Ich habe nur einen Zweck vor Augen, daß wir keine der deutschen Großmächte von unserem Reiche ausschließen, und daß wir das Vaterland nicht zerstückeln. Daher habe ich im Verfassungsausschusse vorgeschlagen, daß die Oberleitung der deutschen Angelegenheiten zwischen Oesterreich und Preußen sechsjährig wechsle. Kein Volksstamm darf der erbliche Herrscher des andern sein, und hätte mein Vorschlag, nach welchem Preußen sogleich den Anfang machen und zunächst die Regierung führen sollte, Annahme gefunden, so wäre die Gefahr der Theilung Deutschlands, die Gefahr des Bürgerkriegs vermieden worden. Hr. Welcker beklagt sodann die Einmischung der Leidenschaften in diese Frage, und warnt vor jeder heftigen Wallung, die den Blick verwirren könnte. Dies bringt einen ganz eigenthümlichen Eindruck hervor, da eben die Stimme selbst, die vor der Leidenschaft warnt, von dem allerleidenschaftlichsten und heftigst eifernden Charakter ist. Nach Welcker's zornglühender Meinung steht dem Eintritte Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat auch gar kein Hinderniß entgegen. Auch nicht nach dem Programm von Kremsier. Was sind kleine Abweichungen von unserer Verfassung, von unserem Heerwesen, die wir den Oesterreichern werden gestatten müssen, gegen den unermeßlichen Vortheil des Zusammenhalts? Das Aufgeben eines theoretischen Traums gegen die lebendige Wirklichkeit, weiter nichts. Wie oft hat Oesterreich für Deutschland gekämpft, ohne das wir nicht blos französisch, sondern sogar türkisch geworden wären! An ein Schutz- und Trutzbündniß denke man, an eine Union der materiellen Interessen? Wen man ausstoße, den verbinde man sich nicht. Es ist eine Täuschung unseres guten Volks, wenn man ihm sagt, Oesterreich könne und wolle nicht zu uns. Die Art ist freilich etwas konfus, in der Herr Welcker den Beweis dafür liefert, allein sie erhält einen lebhaften Applaus derselben *linken* Seite des Hauses, von der der Redner bisher nur verhöhnt zu werden gewohnt war. Nicht blos nicht austreten wolle Oesterreich — es könne sogar gar nicht bestehen ohne Deutschland, wenn es nicht slavisch werden, wenn es nicht dem russischen Einschlusse verfallen wolle.

Die Rückkehr und den Sieg der österreich. Politik in unserer Mitte, wenn dies Reich bei uns bleibt, wird doch ein deutsches Parlament nicht fürchten? Dann thäte es mir leid um dies Parlament. Und ist denn die österreich. Politik so arg gewesen als sie uns geschildert wird? Selbst die Politik Metternichs wird über Gebühr verläumdet, was Hr. Welcker mit den Veröffentlichungen aus der Mappe eines alten Diplomaten zu belegen sucht. Die Zerstückelung Deutschlands in zwei Hälften wäre ein Durchschneiden des organischen Lebens. Die Nation, der einzelnen Staaten Deutschlands hätten keine Existenz neben dem erblichen Kaiserthum und anstatt des Parlaments von Frankfurt würde das Parlament von Berlin herrschen. Habe man aber die Einzelstaaten wegräumen wollen zu Gunsten des Einheitsstaats, warum habe man denn nicht die rothen Republikaner darauf losgelassen? (Jubel von der Linken.) Die Republikaner sodann hätte man ja mit einer Reichsarmee wieder bändigen können. Auch das Sprichwort „mit Speck fängt man Mäuse," liegt der parlamentarischen Sprache des Hrn. Welcker nicht zu niedrig um es aufzunehmen und gegen die preußische Erblichkeit zu verwenden. Auch die Stärke, die Sie für Deutschland zu begründen gedenken, ist nur eine Täuschung. Das katholische Deutschland würde beständig gegen das protestantische konspiriren. Am meisten scheint der Redner selber das preußische Erbkaiserthum zu hassen. Denn um nur letzteres zu vermeiden, würde er selbst dem Rotenhan'schen Direktorium seine Stimme geben (stürmischer Beifall von der Linken). Frei wollt Ihr sein und wisset nicht gerecht zu sein! Dies Wort des Franzosen ruft Welcker am Schlusse denjenigen in der Versammlung zu, die Deutschland von Oesterreich ablösen wollen. Auf der Tribüne folgt ihm *Wernher* von Nierstein. Ueber ihn, so wie über die Fortsetzung der Debatte berichten wir in der Nachschrift.

Frankfurt, 17. Jan. Dem großh. badischen Bevollmächtigten ist vorgestern nachstehendes Schreiben vom Präsidenten des Reichsministerrathes zugegangen: „Der Reichsverweser hat von der Erklärung Kenntniß genommen, durch welche Se. k. Hoh. der Großherzog von Baden den Entschluß ankündigt, sich einem einzigen und selbst erblichen Oberhaupte, wenn ein solches an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt werden sollte, in den großen gemeinsam deutschen Angelegenheiten nach den Verfassungsbestimmungen, wie sie endgiltig zu Stande kommen werden, unterzuordnen. In dieser hochherzigen Erklärung hat der Reichsverweser mit inniger Freude eine starke Bürgschaft des Gelingens des seiner Obhut anvertrauten Werkes erkannt. Als der erste Vertreter der nationalen Einheit Deutschlands hat er den Unterzeichneten mit dem Auftrage beehrt, bei Sr. königlichen Hoheit den Ausdruck des Dankes zu übernehmen, in welchem das ganze Vaterland übereinstimmen wird. Das badische Fürstenhaus hat sich ein neues und unvergängliches Anrecht auf die Liebe des Volks erworben, indem es seinen Namen einzuzeichnen eilte auf derjenigen Tafel der gemeinsamen Geschichte, an welcher fortan, wenn die Hoffnung der Einigung nicht scheitert, die theuersten Erinnerungen des deutschen Volks haften. Ganz Deutschland wird dem badischen Lande und seinem Fürsten zu dem gegebenen Beispiele Glück wünschen; und was jetzt als ein Opfer empfunden werden mag, dafür wird hoffentlich eine nahe Zukunft weit höheren Ersatz bieten in dem Antheil, welcher den Fürsten Deutschlands an der Kraft und Würde des Ganzen zufallen wird. Die Zeit der Schwäche und Zersplitterung Deutschlands kann nicht die Zeit des ächten Glanzes deutscher Fürstengeschlechter sein. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für Baden, diese Erwiederung zur Kenntniß des Großherzogs zu bringen. Frankfurt a. M., den 13. Jan. 1849. (gez.) *Gagern*. (O. P. Z.)

* **Wien,** 13. Jan. Eine (ältere) Proklamation des Fürsten Windisch-Grätz an die Ungarn lautet: „1) Jeder Einwohner, der mit was immer für einer Waffe in der Hand gefangen genommen wird, ist augenblicklich durch den Strang hinzurichten. 2) Jede Ortschaft, aus welcher mehre Einwohner vereint sich erkühnen, von der k. k. Armee Kuriere, Transporte oder einzelne Kommandanten anzugreifen, oder ihr auf welch immer für eine Art zu schaden, wird der Erde gleich gemacht. 3) Die Ortsobrigkeiten bürgen mit ihrem Kopfe für die Aufrechthaltung der Ruhe." Dagegen wird aus Pesth gemeldet, daß F.-M. Windisch-Grätz einen Aufruf an alle von der k. k. Fahne abgefallenen Militairs gerichtet hat, worin sie zur Rückkehr unter Versicherung einer völligen Verzeihung aufgefordert werden. Dem Abendblatte der Wiener Zeitung zufolge hat Kossuth die beiden Generale *Roth* und *Filipovich* als Geiseln mit sich nach Debreczin genommen.

△ **Berlin,** 16. Jan. Das *Krönungs-* und *Ordensfest*, welches in früheren Jahren an dem vor- oder nachfolgenden Sonntage gefeiert wurde, wenn der Festtag nicht etwa selbst auf einen Sonntag fiel, wird in diesem Jahre übermorgen, am 18., gefeiert werden, dem Festtage selbst. Aus diesem Umstand ergibt sich auch der *Sinn*, in welchem die Feier geschehen soll. Es handelt sich nämlich nicht, wie man fürchtete, und wie auch in einigen Blättern bereits angedeutet wurde, um eine besonders brillante Feier des *Ordensfestes*, etwa als Opposition gegen die bekannten Beschlüsse der Nationalversammlung, sondern es handelt sich um die Feier des *Krönungsfestes*, um die Feier des Tages, an welchem der Nachfolger des großen Kurfürsten sich zu Königsberg die preußische Königskrone aufs Haupt setzte, um die Feier des Tages, an welchem Preußen in die Reihe der Königreiche trat. Eben deßhalb wird er in diesem Jahre, nachdem Königreich und Königthum so manche Stürme bestanden, die jetzt glücklich beseitigt sind, mit *doppelter* Bedeutung gefeiert. Die Rede Ehrenbergs zu dem Festtage wird, wie man vernimmt, gerade auf diesen Punkt hinweisen. Die Vertheilung von Orden wird als eine *mit dem Tage von altersher verbundene* Feierlichkeit beibehalten. Uebrigens wird die Zahl der vertheilten Orden in diesem Jahre nicht so groß sein als in frühern Jahren. So sollen für gewöhnliche Pflichterfüllungen gar keine oder fast keine Orden ausgesetzt sein; sondern hauptsächlich nur für besondere Dienstleistungen, die dem Staate oder der Gemeinde von wesentlichem Nutzen gewesen sind. Unter der Zahl der zu Dekorirenden befindet sich, soviel man erfährt, kein Abgeordneter. Gestern ist das bekannte Mitglied des vereinigten Landtags, Hr. Diergardt aus Viersen, hier angekommen, um den Konferenzen des Handelsministeriums über Gewerbverhältnisse beizuwohnen. Derselbe hat in seinem Wahlkreise Aus-

sicht, für die erste Kammer gewählt zu werden. Solcher Sachverständigen bedürfen wir in den Kammern!

*** Berlin**, 16. Jan. Das Polizeipräsidium hat die Fremdenpolizei verschärft. Das Oberkommando der Truppen in den Marken hat die **Bürger- und Bauernzeitung**, redigirt von Otto Ruppius, in Berlin und im Umkreise von zwei Meilen verboten.

Die Spenersche Zeitung bringt folgende Mittheilung: „Dem Vernehmen nach hat der wirkliche geheime Rath Sethe, Präsident des rheinischen Revisions- und Kassationshofs, bei Sr. Maj. dem Könige darauf angetragen, ihn in den Ruhestand zu versetzen. Ein gleicher Antrag soll auch von dem wirklichen geheimen Rath Kuhn, Chef-Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Breslau, dessen Name in der ganzen Provinz Schlesien mit großer Achtung genannt wird, eingereicht worden sein. Mehrere andere höhere und ältere Justizbeamte sollen bei der bevorstehenden Umformung der Gerichtsbehörden, deren Durchführung jüngere Kräfte erfordert, Willens sein, diesem Beispiele gleichfalls zu folgen."

Die Vossische Zeitung berichtet, daß Herr Temme, nachdem das Oberlandesgericht in Paderborn sich für inkompetent erklärt, eine zweite nachdrückliche Vorstellung eingereicht habe, um seine Freilassung zu bewirken. Man werde ihn doch nicht eingesperrt lassen, bis die Gerichte sich über die Kompetenzkonflikte geeinigt. Inzwischen ist Herr Temme zum zweitenmale für Frankfurt gewählt. (S. unter Münster.)

Reichenbach, 12. Jan. Gestern Mittag ist der Redakteur des „Wanderer", Herr R. d'Oench, plötzlich verhaftet und unter militärischer Eskorte nach Schweidnitz gebracht worden. Die Veranlassung zu diesem Verfahren ist noch unbekannt.

⁑ Posen, 11. Jan. Manches Wunderbare hat das Jahr schon gebracht, uns beschenkte es zunächst mit einem polnischen Reichstag in bester Form. Am 10. Januar versammelten sich die Deputirten der polnischen Liga aus Westpreußen und Posen in der Kirche zu Kurnik, drei Meilen von Posen zu einem feierlichen Hochamt, bei welchem der Erzbischof celebrirte. Sodann wurde die Kirche zum Sitz des Reichstags selbst umgestaltet, und die Deputirten hielten, nachdem sie sich durch ihre Vollmachten legitimirt, ihren Einzug mit einer großen Menschenmenge im Gefolge. Vor dem Hochaltar erhob sich die Rednerbühne, an welcher der polnische Adler prangte, dahinter der Sitz des Präsidenten und der Sekretäre, in unmittelbarer Nähe davon die Stühle der zeitherigen Centraldirektion der Liga, an deren Spitze bisher der Erzbischof von Gnesen und Posen, Dr. Przyluski stand. Derselbe eröffnete den Reichstag mit einer längeren Rede, in welcher er ganz besonders auch hervorhob, daß er die Würde eines Ehrenpräses, welche er jetzt in die Hände der Versammlung niederlege, mit Stolz getragen, und mit Liebe die Pflicht erfüllt habe, das heilige Werk der Liga in's Leben zu rufen. — „Ich habe die Pflicht, mit Hand daran zu legen, als Pole, aber noch ganz besonders als Priester und Haupt der Kirche im Großherzogthum Posen gefühlt; denn wie Sie wissen, meine Herren, unsere Nationalität war von jeher mit dem Glauben unserer Väter eng verbunden, möchte sie auch künftig nie von ihm getrennt sein! Indem ich mit diesem Gedanken die Versammlung der Vertreter der polnischen Liga eröffne und mit der ganzen zeitherigen Direktion mein Mandat niederlege, fordere ich die hochgeehrte Versammlung zur Wahl eines Alterspräsidenten auf und erkläre hiemit den General-Congreß für bestehend und constituirt!" Bei diesen Worten nahm er seinen Platz wieder ein. Durch Akklamation erwählte man hierauf unter einigem Getümmel den General Szembek zum Alterspräsidenten. Nachdem derselbe sich zwei Sekretäre zugesellt, wird eine vorgelegte Geschäftsordnung in Pausch und Bogen angenommen. Nach derselben wird nunmehr der wirkliche Präsident des Kongresses ernannt, welcher sich sein Bureau ergänzt. Hierauf erstattet die provisorische Centraldirektion der Liga über die Wirksamkeit ihrer Abtheilungen Bericht. Es zeigt sich, daß die Thätigkeit der Presseabtheilung im Verein mit den Berliner polnischen Landtagsdeputirten eine bedeutende war. Die Abtheilung für das Innere hat Lesevereine, polnische Läden und Handwerkstätten in Menge etablirt und einen Kornhandel mit dem Londoner Hause Maikowski angeknüpft. Die statistischen Arbeiten der einzelnen Ligas sind vorgerückt. Die Abtheilung für das Aeußere ertheilt Aufschlüsse über ihre Verbindungen mit Frankreich und England, und beklagt den allzufrühen Tod des polenfreundlichen Lords Beaumont. Es ist eine Adresse von der Direktion an den Sohn des edlen Lords erlassen und er angegangen worden, an seines Vaters Stelle die Beschützung der polnischen Sache zu übernehmen. Die Finanzabtheilung legt Rechnung über ihre Einnahmen ab. Aus der Fremde hat London und Leipzig Beiträge geliefert; Ausgaben aus den eigenthümlichen Fonds hat die Liga noch nicht gemacht, sondern nur die Kassenbestände der Insurrektionskomite's aufgebraucht. Nach dem Rechenschaftsbericht wird der Centraldirektion ein Dank zu Protokoll votirt; was jedoch nicht hindert, dieselbe noch nachträglich mit beschuldigenden Interpellationen zu überhäufen, namentlich deßhalb, weil man bei der Wahl der Deputirten einen Census dadurch grübt, daß man den Unbemittelten keine Reisekosten und Diäten bewilligt. Hierauf soll die Verfassung der Liga berathen werden, welche im Entwurf vorliegt. Es erhebt sich dabei aber ein solches Durcheinander von Widersprüchen, daß man lebhaft an die alte Zeit des liberum veto erinnert wird. Endlich nach einem stundenlangen Getümmel setzt der Präsident es durch, daß die nach Regierungsbezirken getheilten Deputirten eine Kommission zur Berichterstattung ernennen, welche in 12 Stunden einen Theil der Vorlage machen soll. Die Wahl wird vorgenommen und die erste Sitzung damit geschlossen, daß der ganze Reichstag in der Abenddämmerung zu einem Mahle auf das Kurnicker Schloß sich begiebt.

Münster, 12. Jan. Hr. Temme ist, nach so eben hier eingetroffenen Nachrichten, im Kreise Chemnitz ebenfalls und zwar einstimmig, zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt worden. (N. Rh. Z.)

München, 13. Jan. Von den Landtagsmitgliedern ist schon eine gute Zahl in München eingetroffen, unter ihnen auch Freiherr v. Lerchenfeld. Fürst v. Leiningen wird erwartet. Wer die Stelle eines ersten Präsidenten der Kammer der Reichsräthe erhalten soll, ist immer noch nicht offiziell bekannt. Die feierliche Eröffnung des Landtags soll auf nächsten Sonnabend festgesetzt sein. (Allg. Z.)

München. Von hier schreibt man der Augsb. Abdz., in der Ministerkonferenz, an welcher die Herren v. Abel und Gise Theil genommen, seien sicherem Vernehmen nach einige Vorschläge über die Vereinbarung der Reichsverfassung durch die Regierungen mit der Nationalversammlung zur Berathung gekommen; diese „an sich nicht unpraktischen" Vorschläge seien vom preußischen Kabinet ausgegangen.

÷ Stuttgart, 16. Jan. Wenn nach den unumwundenen Erklärungen, welche von der Ministerbank aus in der Kammer gegeben worden, noch ein Zweifel bestehen könnte, daß die Regierung die von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossenen Grundrechte des deutschen Volks sofort und ungeschmälert für Würtemberg ins Leben treten zu lassen entschlossen sei, so ist derselbe jetzt vollständig gehoben: eine heute veröffentlichte und von sämmtlichen Ministern unterzeichnete Verfügung vom vorgestrigen Datum enthält, neben der ausdrücklichen Erklärung, daß mit der am 31. Dez. v. J. geschehenen Publikation des in Frage stehenden Reichsgesetzes diejenigen Bestimmungen desselben, welche sofort ins Leben treten sollen, mit dem 17. Jan. l. J. für Würtemberg verbindliche Kraft erhalten, die fernere Zusicherung und zwar „auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs", „daß die übrigen Bestimmungen des Gesetzes nach Maßgabe des Einführungsgesetzes später und längstens binnen 6 Monaten in Kraft treten werden." Es folgen sodann in dieser Verfügung, um die nöthige Gleichförmigkeit in der Anwendung der Grundrechte, soweit diese schon mit dem 17. Jan. Wirkung erhalten, zu erzielen, mehrere dahin einschlagende Abänderungen der bisher bestandenen Vorschriften und Normen, im Wesentlichen, neben verschiedenen durch die Grundrechte bedingten Modifikationen der Strafprozeßordnung namentlich in Bezug auf die Verhaftung eines Staatsbürgers, die folgenden. Nachdem der Adel als Stand und alle Standesvorrechte aufgehoben sind, hören alle diejenigen öffentlichen und Privatrechte auf, welche das Gesetz bisher adeligen Personen und Gütern vor bürgerlichen einräumte, darunter speciell die Befreiung von der Einquartirung und von Steuerbeiträgen, das Recht der Einsprache bei Bürgerannahmen, die Beeidung der Verwalter und das Vorzugsrecht an dem Vermögen derselben für künftig entstehende Forderungen, endlich die Befreiung von der Militärpflicht. Die Aufhebung der adeligen Justiz- und Polizeiverwaltung, des privilegirten Gerichtsstandes und der ständischen Ver-

tretung wird durch das Gesetz geregelt. Nachdem ferner die Grundrechte die Gleichberechtigung aller Konfessionen gewährleistet, sind sämmtliche Benachtheiligungen und Unterschiede des öffentlichen und Privatrechts, welche die Gesetze bisher an das Bekenntniß einer andern Religion, als der drei christlichen Konfessionen knüpften, gänzlich aufgehoben und finden also namentlich die Bestimmungen des Gesetzes vom 25. April 1828, über die bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten keine Anwendung mehr; nur diejenigen Vorschriften des allegirten Gesetzes, welche die bürgerliche Gleichstellung und Verschmelzung der Israeliten bezwecken, sowie diejenigen, welche sich auf Aufenthalt und Einwanderung der armen außerdeutschen oder einem andern deutschen Staate angehörenden Israeliten beziehen, bleiben in Kraft. Die Verfügung spricht schließlich die Hoffnung aus, der wir uns von ganzem Herzen anschließen, „dies erste große Werk der deutschen Nationalversammlung werde das Wohl und die gesetzliche Freiheit Deutschlands, und somit auch Würtembergs, dauernd begründen und wesentlich dazu mitwirken, daß den verschiedenen deutschen Volksstämmen nicht nur die Freiheit gewonnen sei, sondern auch die nationale Einheit."

Das heute ausgegebene Regierungsblatt enthält übrigens auch ein Gesetz, wornach zur Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften jeder Art die Einholung einer Konzession der Regierungsbehörden, mit Aufhebung aller entgegen stehenden Bestimmungen, nicht mehr erforderlich und der für die Erlaubniß zur Herausgabe von politischen Zeitschriften vorgeschriebene Sportelansatz aufgehoben ist.

A **Dresden**, 15. Jan. Die zweite Kammer hat so eben in der letzten vorbereitenden Sitzung den Eid auf die Verfassung abgelegt. Gestern noch zirkulirte in der Stadt das Gerücht, die Entschiedensten unter den Entschiedenen gedächten eine Eidesverweigerung zu riskiren. Die Kammer hat weder eine Rechte noch eine äußerste Rechte; fünfzehn bis zwanzig Gemäßigte sitzen im Centrum; alles Uebrige sitzt links. Die feierliche Eröffnung der Kammern findet bestimmt übermorgen, den 17. Januar, durch den König selbst statt. Der König hat dringend gewünscht, daß an seiner Stelle Herr v. d. Pfordten dieses Geschäft übernehme.

In der ersten Kammer wurde zum Präsidenten Dr. Joseph von Lindenau, zum ersten Vizepräsidenten Bürgermeister Tzschucke von Meißen, zum zweiten Vizepräsidenten Ablösungskommissär Haden von Lotzdorf, zu Sekretären die Abgeordneten Jungnickel und Hohlfeld gewählt.

⨯ Schleswig-Holstein, im Jan. Den Herzogthümern wenigstens darf man nicht vorwerfen, daß sie säumig wären am großen Werke der deutschen Flotte. Von den uns vom Marinedepartement zugetheilten 12 Kanonenbooten sind 6 bereits seefertig und die 6 andern werden zum 1. März fertig sein.

** **Hamburg**, 14. Jan. In der konstituirenden Versammlung ist man eben im Begriff, die deutschen Grundrechte zu berathen und in demselben Augenblicke nimmt der Senat die Ausweisung Weitlings trotz der Verwendung der demokratischen Vereine nicht zurück, sondern gibt auf die Supplik der Vereine die einfache Antwort: „dem Gesuche kann nicht deferirt werden", ohne Angabe aller Gründe. Die demokratischen Vereine werden morgen aufs Neue sich versammeln, um eine Supplik zu berathen, in der um Motivirung der Entscheidung gebeten werden soll. Wir sind wirklich neugierig auf die Entscheidungsgründe. Das Verfahren zeigt nur, wie wenig Gewicht die Regierung auf die Arbeiten in Frankfurt legt. In der gestrigen Sitzung der konstituirenden Versammlung trugen die einzelnen Kommissionen des Ausschusses für die Grundrechte auf Ernennung neuer Kommissionen für die Zustände der Schule und der bäuerlichen und grundbesitzenden Verhältnisse an.

Heckscher, der Reichsgesandte in Turin und Neapel, wird seine öffentliche Laufbahn wieder schließen, er wird zurückkehren und wieder Advokat der kleinen Börse werden, deren Rechnungen er bisher regelte und einklagte.

Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 29. Dez. Alle Gemüther sind in großer Aufregung, denn die Westgrenze ist vom Feind überschritten, und die Unsrigen haben Klausenburg geräumt. Der am 18. Dez. bei Banffy-Hunyad von Urban versprengte Insurgentenhäuptling Katona erhielt vom General Bem Verstärkung. Ueber Banffy-Hunyad und Dees rückten die Feinde in zwei Colonnen auf Klausenburg heran und nöthigten das kaiserliche Militär, das durch Truppensendungen nach Haromszek sehr geschwächt war und den klausenburger Magyaren nicht traute, die Stadt zu verlassen. Feldmarschalllieutenant Wardener zog sich nach Nagy-Enyed zurück, während die Obersten Jablonsky und Urban Bistritz zu besetzen suchten. Urban, von dem es hier anfangs hieß, er sei gefallen, ist in Bistritz ohne Verlust angekommen und wird nächstens durch Truppen aus Galizien verstärkt werden, um die Feinde aus dem Westen wieder zurückzudrängen. Große Gefahr ist übrigens für uns nicht da, denn der Feind besteht nach amtlichen Anzeigen nur aus 10—12,000 Mann mit 15 Geschützen. Zwar haben die Blutgerichte gegen die im Nordwesten wohnenden Walachen von neuem begonnen, aber weitere Fortschritte zu machen dürfte dem Feinde schwerlich gelingen, indem das gegen Haromsze. aufgestellte Heer, das neulich einen bedeutenden Sieg über die Szekler erfochten hat, jedem Angriffe gewachsen ist. (D. A. Z.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 18. Januar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. $76\frac{3}{4}$; $2\frac{1}{2}$pCt. ditto $40\frac{7}{8}$; Bankaktien fl. 1185; fl. 500. Loose $137\frac{1}{2}$; fl. 250. Loose $80\frac{1}{2}$; Badische fl. 35. Loose $26\frac{7}{8}$; Hess. Rthlr. 40 Loose $26\frac{1}{4}$; Großh. Hess. 50 fl. Loose $69\frac{3}{4}$; Polnische fl. 500 Loose $73\frac{7}{8}$; Friedr. Wilh.-Nordbahn $37\frac{7}{8}$; Berbach $68\frac{7}{8}$; Köln-Minden $80\frac{3}{4}$; 3pCt. inländ. Span. $19\frac{7}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würt. $93\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Belg. $79\frac{1}{2}$; Holl. $2\frac{1}{2}$pCt. Integrale $49\frac{1}{2}$.

Alle Fonds waren, bei lebhaftem Umsatz, in steigender Bewegung; besonders beliebt waren Oesterr. und Großh. Hessische Loose, so wie alle süddeutsche Papiere. 5pCt. Badische zu 96, neue 5pCt. Nassauer zu $96\frac{3}{4}$ gesucht.

Course der Wechsel:

Amsterdam k. S. $100\frac{1}{4}$ G.; ditto 2 M. $99\frac{3}{4}$ G; Augsburg k. S. $119\frac{5}{8}$ G.; Berlin k. S. 105 G.; Bremen k. S. 99 B.; Hamburg k. S. 88 G.; ditto 2 M. $87\frac{7}{8}$ B.; Leipzig k. S. 105 G.; London k. S. $120\frac{7}{8}$ B.; ditto 3 M. $120\frac{1}{4}$ B.; Paris k. S. 95 G.; Wien k. S. $106\frac{1}{2}$ G.

Course der Geldsorten:

Neue Louisd'ors fl. 11. 5 kr.; Pistolen fl. 9. 54 kr.; ditto preußische fl. 9. 55 kr.; holländische fl. 10 Stücke fl. 10. 1 kr.; Randdukaten fl. 5. 36 kr.; 20 Frankenstücke fl. 9. 35 kr.; Englische Sovereigns fl. 12. 2 kr.; Gold al marco fl. 382; Laubthaler fl. 2. $43\frac{1}{4}$ kr.; preußische Thaler fl. —. — kr.; Hochhaltig Silber fl. 24. 24 kr.; Gering und mittelhaltig fl. 24. 18 kr.

Nachschrift.

Verhandlungen der Nationalversammlung vom 18. Jan.

Wernher von Nierstein entlehnt die Gründe, die ihn zu der Forderung eines erblichen Kaiserthums bestimmen, der Geschichte der Rheinlande und der Gestalt, welche dort die Verhältnisse seit Anfang dieses Jahrhunderts angenommen. Das linke Rheinufer will nicht die Republik, aber es verlangt große Standpunkte, weite Aussichten im Staate. Geben Sie Deutschland eine feste Verfassung, machen Sie, daß es seine Größe habe und Sie werden grade an uns von jenseits des Rheins die treuesten Anhänger besitzen.

Siemens aus Hannover. Wir haben keine partikularistischen Interessen, wir sind für die Einheit jedes Opfers fähig und auch einem preußischen Kaiserthum würde unserer Seits kein Hinderniß entgegenstehn. v. Lassaulx aus München: Die Lebensdauer großer Reiche pflegt 1000 Jahre zu sein. Wie aber das echte Rom eine unechte Fortsetzung in Konstantinopel gefunden hat, so scheine man das in Wien abgestorbene Reich Karls des Großen in Berlin wieder aufleben lassen zu wollen. Das ist nun nicht nach Herrn v. Lassaulx's Sinne. Wollen wir einen deutschen Kaiser — so sei's der von Oesterreich und er trete zu uns mit seiner ganzen Macht, mit allen Nationalitäten seines Reichs. Auch dem Hrn. v. Lassaulx wird der lebhafte Beifall der Linken gespendet, den er nur dadurch etwas verscherzt, daß er mit dem jugendlichen Kaiser von Oesterreich auch dessen „große Feldherrn" zu uns herüberziehen will. Er ist für ein Direktorium, durch das er die wirkliche Macht Deutschlands zu begründen hofft. — Die Sitzung schließt gegen 3 Uhr um morgen fortgesetzt zu werden.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 2ᵃ Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 19. Frankfurt a. M., Freitag 19. Januar. 1849.

Uebersicht.

19. Januar.

Von Rom war die italienische Bewegung ausgegangen, und Pius war es, der das Ziel gesteckt hatte, die alten veralteten Staatsformen Italiens allmälig im Sinne unserer Zeit umzuwandeln und die getrennten italienischen Staaten durch einen Bund zu einem Ganzen zu vereinigen. Aber Pius konnte sich nur kurze Zeit an der Spitze der Bewegung halten: das Drängen der Völker, die Furcht der Fürsten überstürzte die Aenderungen; Rom blieb sehr bald in den Neuerungen zurück. Pius IX. mochte auch fühlen, daß seine Stellung als Kirchenfürst in einem unlösbaren Widerspruch mit den Forderungen des konstitutionellen Staats stehe, und er hemmte deshalb absichtlich die Entwicklung der von ihm angeregten Ideen. Damit entfremdete er sich aber die Anhänger dieser Ideen, und verstärkte die Partei Derjenigen, welche ihn ganz von der weltlichen Regierung entfernen wollten; weil sie einsahen, daß er als Papst sich nicht an die Verantwortlichkeit seiner Minister binden oder einer höheren Behörde fügen könnte, eine Trennung der weltlichen und geistlichen Interessen aber nicht möglich war, so lange die Spitze beider in ihm lag, wollten sie ihn auf seine geistliche Stellung beschränken. Als nun der Papst im März offenbar gegen das Interesse der nationalen Politik, aber im Interesse der katholischen Kirche, gegen die Theilnahme am österreichischen Kriege Einspruch that, gelang es jener Partei, ihre Absicht zu erreichen; das Ministerium, an dessen Spitze damals auch Mamiani stand, wurde ganz unabhängig von seinem Willen gestellt. Der Krieg mit Oesterreich fiel aber unglücklich aus, und unter der Rückwirkung dessen gelang es Pius noch einmal, den Druck abzuwälzen und mit Rossi's Hilfe die Zügel des Staats wieder in seine eigene Hand zu nehmen. Die nationale Partei sah darin, von ihrem Standpunkt aus nicht mit Unrecht, einen Verrath an der italienischen Sache und sie ermordete Rossi. Der Pabst aber, um nicht wieder in die alte Abhängigkeit zu kommen, entfloh. Dessen ungeachtet fuhr das Ministerium fort, in seinem Namen zu regieren. Die republikanische Partei jedoch, die durch ganz Italien stark verbreitet ist, und statt eines konstitutionellen Bundesstaats einen republikanischen Einheitsstaat anstrebt, und an deren Spitze in Rom der Prinz Canino steht, glaubte diese Gelegenheit günstig, die päbstliche Herrschaft für immer und auch dem Namen nach zu vernichten. Mamiani unterdrückte sie; aber zugleich trat er aus.

Da der Papst trotz aller Deputationen, die man an ihn schickte, darauf beharrte, nicht wiederzukehren, so war Mamiani's Stellung, als Vermittler zwischen der Revolution und dem Pabst, unhaltbar geworden. Die Gewalt ging an Sterbini über, und was Mamiani hatte verhindern wollen, geschah jetzt durch den Einfluß der Klubs und trotz des Widerspruchs der Kammern: die Einsetzung einer Giunta an die Stelle der gleichsam ausgetretenen höchsten Regierungsbehörde, und die Zusammenberufung einer Konstituante zur neuen Regelung der Staatsgewalten. Die Giunta hat sich indessen schon wieder aufgelöst; der Papst erläßt von Gaeta aus Protestationen über Protestationen, die zwar nur heimlich verbreitet werden, aber doch Viele einschüchtern, so daß wenn die Konstituante nicht schnell zusammenkommt oder der Pabst wiederkehrt, eine völlige Zerrüttung eintritt. Die Provinzen waren in der ersten Zeit nach Rossi's Ermordung sehr geneigt, sich ganz von Rom loszusagen, und Zucchi, der päpstliche General, wurde in Bologna zum Abgeordneten gewählt; jetzt scheint sich die Stimmung geändert zu haben. Man hatte offenbar Furcht gehabt, es würde in Rom eine Schreckensherrschaft eingeführt werden, die wie die Französische das ganze Land terrorisiren wolle, und da die Legationen von jeher dem Einfluß einer Centralregierung abhold waren, so wollten sie noch viel weniger einer revolutionären sich unterwerfen. Sobald aber die Einberufung der Konstituante ausgesprochen war, war diese Furcht verschwunden und die Legationen erklärten ihren unbedingten Anschluß — unterdessen ist freilich Zucchi von Bologna abgereist — und es scheint, als ob sie den Gedanken, den Kirchenstaat als einen weltlichen einzurichten, mit vielem Feuer ergriffen.

Das Ansehen des jetzigen Pabstes möchte darnach auf immer gebrochen sein. Es ist zwar nicht wahrscheinlich, daß es ihm wie Karl I. von England und Karl X. von Frankreich ergehen wird, die auch ihre Hauptstadt nur auf kurze Zeit zu verlassen dachten, und nie zurückkehrten, denn dagegen schützen ihn die großen Mächte; aber Achtung wird er bei seinem Volke nie wieder gewinnen. Seine Flucht hat gezeigt, daß es ihm an der Stärke fehlt, die zur Herrschaft über die Parteien nöthig ist. Und indem er sich fremder Hülfe bedient, um in seine Staaten zurückzukehren, gibt er diesen Fremden den Anlaß und das Recht, ihm den Gang seiner ferneren Regierung vorzuschreiben. Er hat das wohl gefühlt, darum hat er lange die Intervention hinausgeschoben. Da seine Völker ihn aber nicht freiwillig zurückriefen, hat er doch zu ihr greifen müssen und hat damit alle die Verlegenheiten auf sich herabgezogen, welche seine Vorgänger so sehr behinderten. Es war nicht bloße Gottesfurcht, was alle Mächte trieb, dem flüchtigen Knecht der Knechte wetteifernd ihre Ehrfurcht zu bezeigen, und mit spanischer Höflichkeit sich und ihr ganzes Haus ihm zur Verfügung stellen; es handelte sich ganz einfach darum, wer künftig in Rom herrschen sollte. Darum beseelte gleicher Eifer die akatholischen Mächte, wie die katholischen. Der Kaiser von Rußland, das Haupt der griechischen Kirche, beschwor ihn in den zärtlichsten Ausdrücken, ganz entgegengesetzt dem Tone, den er vor 18 Monaten in der polnischen Frage gegen ihn angeschlagen hatte, seine Hülfe anzunehmen. Das protestantische England war nicht weniger aufmerksam. Es hatte den Vortheil, gleich ein Kriegsschiff zur Stelle zu haben. In welches Feuer endlich Frankreich gerieth, wie Cavaignac gleich ein ganzes Geschwader schicken wollte, ist nur zu gut aus den Angriffen bekannt, die ihm die Vergeblichkeit der Unternehmung zuzog. Der König von Neapel gar, ungleich seinen normannischen Vorfahren, welche, wenn sie einmal einen Pabst gefangen hatten, ihn hinter eisernen Gittern zu verwahren pflegten, suchte Pius IX. durch die Rosenbande, die er um ihn

flocht, zu gewinnen. Er und sein ganzes Haus eilten, ihm den Fuß zu küssen; alle Freuden, alle Ehren wurden verschwendet, und nicht als die geringste für den Papst mag König Ferdinand es angesehen haben, daß er zur Erinnerung an den Aufenthalt desselben in Gaeta den Unterrichter daselbst zum Range eines Oberrichters erhob!

Aber Pius will sich nicht länger fesseln lassen und um die Eifersucht der Mächte zu versöhnen, wird er wohl mit ihren vereinten Kräften sein Land wieder zu gewinnen suchen. Schon rüsten sich auch die Römer zur Vertheidigung und wenn es nicht noch gelingt, sie durch Unterhandlungen zu gewinnen oder einen Umschwung bei ihnen selbst hervorzurufen, werden wir das widerwärtige Schauspiel erleben, wie ein Fürst seine eignen Unterthanen bekriegt. Daß die Partei des Papstes übrigens noch zahlreich in Rom ist, wenn sie gegenwärtig auch durch die Radikalen eingeschüchtert wird, zeigt sich darin, wie schwer es der jetzt herrschenden Parthei wird, die höchsten Stellen zu besetzen. Dazu kommt, daß Viele sich vor dem kirchlichen Interdict fürchten, mit dem Pius IX. schon gedroht haben soll. Auf Seite seiner Gegner ist dagegen die ganze Kraft der nationalen Ideen, deren sich die Opposition um so mehr bemächtigen wird, als Pius sich fremdem Einfluß hingibt, und in den Legationen wird sie ihre Hauptstütze finden.

So wird vielleicht im Kirchenstaat eine Trennung eintreten, wie sie gegenwärtig schon im Königreich beider Sicilien besteht. Die Insel Sicilien ist jetzt schon so lange selbstständig, daß an eine Unterwerfung nicht mehr gedacht werden kann. Eine völlig geregelte Regierung führt die Verwaltung zur Zufriedenheit der Sicilianer und zur Vollendung der Verfassung fehlt nur noch die Wahl eines Königs. Im Königreich Neapel ist es, seitdem die Schweizerregimenter dem König die absolute Herrschaft wieder erkämpft haben, anscheinend ruhig. Daß diese Ruhe aber keine sichere ist, beweisen die Vorsichtsmaßregeln, welche gerade jetzt in Neapel getroffen werden. Nicht zufrieden mit den Kastellen, von denen aus er die Stadt schon einmal so siegreich beschossen hat, baut König Ferdinand jetzt Strandbatterien bis nach Portici hin und bepflanzt selbst die Klöster mit Kanonen. Er fürchtet die Unzufriedenheit des Volkes. Die Vornehmen haben sich auf ihre Güter zurückgezogen, der Toledo ist wie verödet und wer nichts einzusetzen hat als sein Leben, wirft sich nach Kalabrien, wo der Guerillakampf wieder begonnen hat. Dennoch hat König Ferdinand den Gedanken nicht aufgegeben, Sicilien wieder zu erobern. Es macht ihm Muth, daß es ihm mit Messina bereits gelungen ist, und er läßt sich nicht durch die Schwierigkeiten warnen, die das eroberte Messina ihm bereitet. Kein Sicilianer will eine Stelle annehmen; die geflüchteten Einwohner von Messina wollen nicht zurückkehren, und welche Mittel auch Filangieri, der neapolitanische Obergeneral, anwenden mag, die Stadt bleibt leer. So könnte der König höchstens das Land erobern, aber die Einwohner nicht unterwerfen. Auf die Dauer ist solch ein Zustand doch unhaltbar. Die Sicilianer rechnen auch außerdem auf französische und englische Vermittlung: indessen hat der französische und englische Einfluß in Neapel sehr abgenommen und der König hat sich ganz dem russischen Kabinet in die Arme geworfen. Als kürzlich der englische und französische Gesandte eine gemeinschaftliche Note einreichten und Vorschläge zu einem Vergleich zwischen Neapel und Sicilien machten, antwortete ihnen der neapolitanische Minister des Auswärtigen in einem sehr spitzen Schreiben, worin er ziemlich unverschleiert andeutete, daß die beiden angeblich befreundeten Mächte an dem Abfall Siciliens durch ihre Intriguen Schuld wären und die Unterwerfung durch ihre Dazwischenkunft hinderten. Und indem er sich darauf bezog, daß Spanien, als Verwandter und möglicher Nachfolger auf dem Thron von Neapel, Anspruch gemacht hätte, bei allen etwaigen Unterhandlungen zugezogen zu werden, die diplomatischen Verbindungen zwischen England und Spanien gegenwärtig aber gelöst wären, wies er kurz jede Einmischung zurück. Dieses energische Verfahren Neapels stützt sich auf die Hilfe, welche Chreptowich, der russische Gesandte, dem König nöthigenfalls zugesagt hat und da England und Frankreich kein förmliches Recht zur Einmischung haben, werden sie sich wohl fügen müssen. Anders freilich würde es, wenn die Sicilianer, wie die letzten Nachrichten besagen, einen Vetter des Präsidenten von Frankreich zum König wählten; daß dann die Franzosen selbst auf Gefahr eines russischen Krieges offen für sie Partei nehmen würden, ist kaum eine Frage; nur wird England eine solche Wahl zu hintertreiben wissen. Jedenfalls genügt auch die heimliche Unterstützung der Engländer und Franzosen, um Sicilien, für Neapel allein, uneinnehmbar zu machen.

Fassen wir nun die Zustände auf der italienischen Halbinsel in ein Bild zusammen, so sehen wir das unglückliche Land theils von inneren Parteien zerrissen, theils von äußern Feinden unterdrückt. Während im Norden das Verlangen nach Unabhängigkeit Italiens zu dem krankhaften Zustand geführt hat, in dem man mit dem Gefühl der Schwäche sich doch des Kampfes nicht enthalten kann, ist in Mittelitalien das Streben zur Freiheit in völlige Zügellosigkeit ausgeartet, die jede Regierung unmöglich macht und das Einschreiten fremder Mächte selbst herausfordert. Im Süden bekämpfen sich in dem Augenblick, wo der Bund Italiens in Aller Munde ist, zwei unter Einem Scepter vereinigte Völkerschaften. Wer das Glück der Völker nur im Wohlstande und in der Ruhe sieht, der wird Italien tief beklagen; wer aber im Leben der Völker die Entwicklung weltgeschichtlicher Gedanken sucht, und Sinn hat für das ideale Streben einer Nation, den werden diese Zuckungen, von denen Italien jetzt erschüttert wird, nicht irre machen an dem Glauben, daß es auf dem Wege der Erhebung ist, und wie furchtbar auch die Kämpfe sind, von denen es zerrissen wird, die modernen Nationen, oder wie Gioberti sagt, die christlichen, sterben nicht.

So lange freilich Italien nicht geistig einig ist, kann es weder staatlich eins, noch unabhängig werden; so lang es den Geist des Partikularismus nicht unterdrücken kann, so lange jeder Stamm und jeder Ort fordert, daß Alles nach seinem Sinn gehen soll, so lange ist an eine Reorganisation Italiens nicht zu denken. Wie soll eine allgemeine Konstituante zusammen kommen, wenn der eine Staat fordert, die Wahlen sollen auf Grund eines allgemeinen, der andere, sie sollen auf Grund eines beschränkten Wahlrechts vorgenommen werden, wenn der eine das Mandat der Konstituante dahin versteht, daß sie blos die Bundesverhältnisse, der andre, daß sie auch die innern Verhältnisse der einzelnen Staaten ordnen soll, wenn über Alles, Zweck und Fundament, Streit ist und Keiner nachgeben will? Was wir also den Italienern wünschen, ist Friede im Innern, Versöhnung der Parteien; dann werden sie stark genug sein, das Joch der Fremden abzuschütteln und jede Einmischung zurückzuweisen. Jetzt aber — wo wieder fremde Mächte im Begriff stehen, ihre Angelegenheiten zu ordnen — können sie andern Nationen zum warnenden Beispiel dienen, wohin es sie führen wird, wenn sie nicht Einem Willen sich unterwerfen wollen!

Deutschland.

I **Frankfurt**, 18. Jan. Es ist allemal traurig, wenn eine politische Berühmtheit banquerott wird. Und so beklagen wir es auch aufrichtig, daß Herr Welcker, der so lange als eine staatsrechtliche und staatsmännische Autorität für Deutschland gegolten, diese Geltung von Monat zu Monat mehr verwirkt durch die wiederholten Kundgebungen einer einseitigen, leidenschaftlich befangenen und — wir müssen es sagen — völlig unstaatsmännischen Auffassung unsrer neuen politischen Verhältnisse. Aerger aber, als in seiner heutigen Rede, hat Herr Welcker kaum noch seine politische Gegenwart mit dem rühmlichen Nachklange seiner politischen Vergangenheit in Widerspruch gesetzt; trauriger ist uns, im Hinblick auf Welckers vielfach so tüchtige patriotische und echt freiheitliche Wirksamkeit, noch Nichts gewesen, als das laute, zujubelnde Beifallsklatschen und Lachen, womit jene Rede von einer Seite her aufgenommen ward, auf welcher der Redner selbst schwerlich die Apostel wahrer Freiheit und Vaterlandsliebe suchen wird.

Wir beklagen zunächst die durch Nichts begründete Verdächtigung, welche Welcker gegen so viele seiner alten politischen Freunde und gegen Männer schleuderte, denen er Ehrlichkeit des Charakters sicherlich nicht absprechen wird, vor Allen gegen den Mann, welchen er doch selbst am Schlusse seiner Rede als den Einzigen bezeichnete, der die Nation zur Lösung dieser schwierigen Frage führen könne — jene Verdächtigung, als ob man Oesterreich hinausgewiesen habe, um Preußen an die Spitze zu stellen. Es ist schon oft und ganz deutlich zumal von Gagern selbst gesagt worden, daß der Zusammenhang der Oberhauptsfrage mit der österreichischen Frage keineswegs der

ist, den Herr Welcker hier voraussetzt, daß keineswegs eine persönliche „Vorliebe" für Preußen, sondern lediglich die klarste und unbefangenste objektive Anschauung der thatsächlichen Verhältnisse zu derjenigen Lösung der einen wie der andern Frage geführt hat, in welcher (und schon dies hätte jene mehrfach wiederholte Verdächtigung weit hinweg weisen müssen!) die erprobtesten Freunde der Einheit wie der Freiheit und die Genossen der verschiedensten deutschen Stämme sich begegnen.

Nicht minder beklagen wir die vielfachen Trugschlüsse, in denen Welcker, der einst vielgefeierte Lehrer des Staatsrechts, rücksichtlich der österreichischen Frage sich verstrickte. Wir beklagen es ebensowohl um seines Rufes willen, der dadurch nicht gewinnen kann, als auch um der Schuld willen, die er dadurch auf sich geladen, indem er — zufolge jener Autorität, die von sonst her ihm noch beiwohnt — viele Sprecher und Denker in der Versammlung wie im Volke dadurch noch mehr verwirrt und befangen gemacht haben dürfte in Beurtheilung einer Frage, in welcher doch vor Allem Klarheit und Nüchternheit noth thut. Herr Welcker hat der Mehrheit und dem Ministerium vorgeworfen, daß sie eine andre Logik hätten gegenüber Oesterreich als gegenüber Preußen. Aber wir möchten wohl fragen, ob das, was uns Herr Welcker heute zum Besten gegeben, überhaupt eine Logik sei? Wenn Herr Welcker die österreichische Gesammtstaatspolitik leugnet, weil man ja keinen Gesammtreichstag, sondern nur Ausschüsse als Organe der gemeinsamen Vertretung aller einzelnen Theile der Monarchie wolle, ohne zu bedenken und zu sagen, daß dabei die Einheit des Heerwesens, der Finanzen und der äußern Politik als selbstverstanden jederzeit und überall vorausgesetzt werde; — wenn er fragt, warum wir denn in unserer Verfassung Nichts gesagt hätten von Posen, welches ja auch reell mit Preußen verbunden sei — dabei aber vergißt, daß die Aufhebung dieser Realunion nach festgestellter Demarkationslinie ebenfalls etwas Selbstverstandenes sei, und die preußische Regierung auch schon ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt habe; — wenn er das Verhältniß Holsteins zu Schleswig dem der deutschen und der nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs gleichstellt und ferner behauptet: Schleswig seinerseits sei stets durch Realunion mit Dänemark verbunden gewesen und diese werde Dänemark nicht aufgeben, während doch bekannt ist, daß eben aus dem Versuche eine wirkliche Realunion Schleswigs mit Dänemark eine Inkorporation herbeizuführen, anstatt der allein rechtlich bestehenden und von jeher bestandenen, wenn auch nicht immer ganz rein durchgeführten Personalunion zwischen beiden Staaten (die ja sogar nicht einmal die gleiche Erbfolge in sich schloß), die Erhebung der Herzogthümer und unser Krieg mit Dänemark entstanden — wenn Welcker die Modifikationen, welche der Abschnitt unserer Verfassung über das Heerwesen in Folge der aufrecht zu erhaltenden Untheilbarkeit des österreichischen Gesammtheeres dort erleiden mußte, nur in „einigen Punkten des Reglements" oder gar in „der Form der Uniformsknöpfe" findet; wenn ihm endlich kein Bedenken darin aufstößt, daß die äußere Politik für Deutschösterreich gleichzeitig in Kremsier und in Frankfurt gemacht werden soll — so sind dies eben so unbegreifliche Behauptungen im Munde eines Kenners und Lehrers des Staatsrechts, als es unerhört ist, von einem Geschichtsforscher, wenn er eine Parallele zieht zwischen dieser beabsichtigten Auseinandersetzung Oesterreichs und Deutschlands und zwischen der Theilung des alten karolingischen Reichs zwischen die Söhne Ludwigs des Frommen, und wenn er behauptet, wie damals Bruderkrieg die Folge gewesen sei, so werde er es auch jetzt wieder sein. Denn welche Aehnlichkeit ist wohl zwischen einer Zeit, wo fast jede Erbtheilung einen Kampf um Wiedervereinigung des getheilten Erbes zur Folge hatte, und einem Zustand wie der gegenwärtige, wo zwei freiheitlich organisirte Staaten sich nach ihren Bedürfnissen mit einander auseinandersetzen und vertragen wollen? Oder geht Herr Welcker von der Ansicht aus, daß in Oesterreich nicht diese Politik freier Völker, sondern die alte Metternich'sche Haus- und Kabinets-Politik auch fortan herrschen werde? Nun, dann beweist er nur zu unsern Gunsten die Nothwendigkeit für Deutschland, der wieder hereinbrechenden Herrschaft dieser Politik so rasch als möglich sich zu entziehen. Und wer kann sich wohl eines ungläubigen Lächelns erwehren, wenn Herr Welcker von einer organischen Einheit spricht, welche der gemeinsame Kulturfortschritt für Deutschösterreich und das übrige Deutschland geschaffen habe und welche zerrissen werde durch das Nichteintreten Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat? Organische Einheit! Und das wagt Herr Welcker zu sagen Angesichts der schwarzgelben Schlagbäume, welche ebensowohl die deutschen Gedanken, als die deutschen Waaren abzuhalten suchten und noch heute suchen! Und damit berückt er schwache Gemüther, daß sie glauben, wir verlören etwas, wenn Deutschösterreich nicht in den Bundesstaat einträte, während doch schlimmsten Falls Alles so bleibt, wie es zeither war, im gehofften besten Falle aber (wenn eine Union mit Oesterreich zu Stande kommt) eine viel größere und in gewissen Beziehungen eine wirklich organische Einheit zwischen uns und unsern österreichischen Brüdern zu Stande kommen wird.

Herr Welcker schlägt einen sechsjährigen Turnus vor zwischen Preußen und Oesterreich; — doch werde er eventuell, setzte er hinzu, auch für das Direktorium, auch für die Wahl auf Zeit, überhaupt für Alles stimmen, damit nur nicht das preußische Erbkaiserthum angenommen werde! In der That, wenn das nicht eine blinde Feindschaft gegen jene Oberhauptsform ist, so wissen wir nicht, was anderes so heißen könnte; am wenigsten aber begreifen wir, wie Welcker noch irgend Jemanden eine „blinde Vorliebe" für eben diese Form schuldgeben möge.

§ **Frankfurt**, 18. Jan. In Müllner's „Schuld" sprechen am Schluß die Ueberlebenden aus, daß das Wie ihnen klar sei, aber das Warum nicht. Gerade den entgegengesetzten Gedanken erregte die heutige Rede Eisenstuck's, welcher vom Standpunkte der Industrie (wenn wir nicht irren, Baumwollen-Industrie) die Oberhauptsfrage behandelte. Der Redner ließ sich nicht darauf ein, den Weg anzugeben, wie die von ihm gewünschte politische Gestaltung möglich werden sollte, aber er glaubt, ein Präsident wie der amerikanische, werde besser für Handel und Industrie sorgen, und dies war höchst überraschend, da auch seine Feinde, die Freihändler, die amerikanischen Finanzzölle in Deutschland einführen möchten. Dagegen glaubt er, der König von Preußen werde durch seine Freundschaft mit England der deutschen Industrie schaden; er scheint Preußen die Verfolgung politischer Zwecke zum Vorwurf machen, aber die dynastischen Zwecke Oesterreichs schonen zu wollen. Hierin war auch Welcker, der ihm auf der Rednerbühne folgte, der gleichen Ansicht. Er hat den Ruhm, der Linken den Werth der Einheit klar zu machen, denn während sie sonst zischt, wenn ein Redner eingesteht, die Einheit vor der Freiheit im Auge zu haben, so läßt sie sich jetzt gefallen, der deutschen Einheit wegen, Oesterreich und der österreichischen Politik jede Rücksicht zu gönnen. Welcker scheint eine große deutsche Gallert zu wollen, in der sich die beiden Großmächte als feste Körper befinden, und hat den glücklichen Glauben, daß diese ganze zitternde Masse vom deutschen Parlament werde regiert werden können, wie England vom englischen. Ohne Zweifel wird diese Idee, die etwas englisches haben soll, in England mehr Heiterkeit erregen, als in Deutschland.

Frankfurt, 18. Jan. Auch von Tübingen traf eine von den meisten Universitätslehrern und Mitgliedern des Gerichtshofs, von vielen Bürgern und Studenten unterzeichnete Adresse an die Nationalversammlung ein, worin die Uebertragung der Kaiserwürde an Preußen als der einzige Weg bezeichnet wird, auf welchem Deutschland einig und mächtig werden könne. (D. P. Z.)

Parl. Korr. **Frankfurt**, 18. Jan. Hr. v. Radowitz, dessen Abwesenheit bei der Abstimmung vom 13. Jan. uns verhinderte, seine Ansicht in der österreichisch-ministeriellen Frage kennen zu lernen, hat dieselbe jetzt des weitern in einer gedruckten Rede (Flugblätter Nr. 5.) entwickelt; allein bei aller Zustimmung zu vielen seiner Bemerkungen haben wir doch für die endliche Lösung dieser Frage keine bestimmte und befriedigende Antwort erhalten. Das Ziel ist nach ihm von vorn herein so zu stecken, daß diese (d. i. die deutsch-österreichischen) Lande ein Glied der österreichischen Monarchie und zugleich des deutschen Reiches bleiben. Demnach soll man für Deutsch-Oesterreich, Limburg, Schleswig Uebergänge und Ausnahmen vorbehalten, und wenn hierdurch innerhalb des Reichsverbandes eine engere Verbindung neben einer weiteren entstehen wird, so soll es eben Sache einer billigen und verständigen Erwägung bleiben, die Rechte am Reichsregimente und an der Reichsvertretung in richtigem Verhältnisse zu den verschiedenen Pflichten festzustellen. Die Art und Weise, wie solches Verhältniß ermittelt, so wie überhaupt der Reichsverfassung mittelst Zuziehung von Regierungsbevollmächtigten eine leichte Einführung gesichert sein soll, wie beherzigenswerth sie auch sonst sein möchte, zeigt aber gerade, in welche Ferne hinaus dadurch der End-

punkt unseres Werkes gerückt werden würde. Allein in dem letzten Punkte liegt gerade das Schwierige und Treibende dieser Frage; Warten auf Oesterreich, um die Worte Beckerath's zu wiederholen, ist das Sterben der deutschen Einheit. Wenn also nicht bestimmt und sogleich das Verhältniß formulirt werden kann, welches sowohl Oesterreich im deutschen Bundesstaate (hierauf ist immer wieder Gewicht zu legen) erhält, als den Bestand der österreichischen Gesammtmonarchie sichert, so wird doch nichts übrig bleiben, als dem Ministerium die Ermächtigung zu den betreffenden Unterhandlungen zu ertheilen und inzwischen mit der Verfassung fortzuschreiten. Für diese Ermächtigung spricht sich auch Hr. v. Radowitz zum Schlusse aus und will nur seine Betrachtungen dem Ministerium für diese Verhandlungen an's Herz legen.

In unserer gestrigen Korrespondenz ist irrthümlich angegeben, daß Hr. v. Rotenhan 1600 Abdrücke seines Vorschlags über das Reichsoberhaupt zur Versendung nach Baiern bestimmt habe. Dieselben sind vielmehr nur als Beilage zu den Flugblättern besonders abgezogen.

Der Verfassungsausschuß hat das Wahlgesetz beendet; dasselbe liegt nur noch zur Redaktion vor. Auch beschäftigt sich der Ausschuß bereits mit den Garantien der Verfassung; desgleichen bereitet die Werkommission die bisher angenommenen Verfassungsabschnitte zur zweiten Lesung vor. Der Bericht über alle diese Artikel wird wohl schon in nächster Woche in die Versammlung gebracht werden können.

Wien, 10. Jan. Die letzten Nachrichten aus Siebenbürgen erwähnten zwar noch mancher Gräuelthaten, welche kurz vor dem Anrücken der kaiserlichen Truppen von den ungarischen Rebellen in einzelnen Ortschaften gegen die treugebliebenen Romanen verübt worden sind, lauten jedoch im Ganzen schon beruhigender. Bis zu welchem Grade Mord, Brand und Grausamkeiten jeder Art in jenem unglücklichen Lande gewüthet haben, und wie kannibalisch die Walachen von den Magyaren behandelt wurden, geht daraus hervor, daß der Oberstlieutenant Urban auf seinem letzten Marsche bei Dées an einem einzigen Orte 32 von den Ungarn erhängte Walachen gefunden hat, die er vom Galgen nehmen und beerdigen ließ! (Allg. Z.)

Wien, 12. Jan. Die Wiener Zeitung sagt: „In der Reichstagssitzung am 9. d. M. wurde von dem Abgeordneten Fleischer, in Absicht auf die Zulässigkeit des Besuches der ausländischen Universitäten durch unsere Studierenden, eine Interpellation an das Unterrichtsministerium gerichtet, und die Frage gestellt, ob derzeit der Besuch fremder Hochschulen schon erlaubt sei? Die Beantwortung dieser Interpellation und Frage läßt sich aus Heintl's „Mittheilungen aus den Universitäts-Acten" entnehmen, wornach über einen Antrag des Wiener philosophischen Lehrkörpers „die bestandene Vorschrift, welche den Inländern das Studieren im Auslande untersagte, als mit dem allerhöchst ausgesprochenen Prinzipe der Lernfreiheit im Widerspruche stehend," schon durch einen Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 14. Juli 1848 aufgehoben worden ist. Der in unseren Blättern wiederholt besprochene zahlreiche Besuch der Münchener Universität durch österreichische Studenten u. s. w. mag zugleich als Beleg dienen, daß die Aufhebung des erwähnten Verbotes allgemein bekannt ist, und daß davon wirklich Gebrauch gemacht wird."

Wien. Die Wiener Ztg. enthält nachstehende Berichtigung des 9. Armee-Bulletins, durch welche der lächerliche Irrthum in der Abfassung desselben der gesammten Zeitungspresse in die Schuhe geschoben wird:

„Man liest in mehreren Blättern als 9. Armee-Bulletin den Bericht des F.-M.-L. Baron Jellachich über das am 30. v. M. bei Moor stattgehabte Gefecht mit dem Perczel'schen Corps, und findet am Schlusse desselben die Worte: „Der Rest des Perczel'schen Corps hat sich, ungefähr 6000 Mann, gegen Stuhlweißenburg zurückgezogen." Dieser willkürliche Zusatz ist, man weiß nicht, aus welchen Ursachen, jedenfalls aber ganz unrichtig, in dem sonst aber im Wesentlichen ganz getreu abgedruckten Bericht des F.-M.-L. Baron Jellachich in die Zeitungs-Artikel aufgenommen worden. Von der gesammten feindlichen Infanterie sind kaum 50—60 Mann durch Moor zurückgegangen, die Cavallerie und Artillerie allein floh im Galopp durch den genannten Ort. Somit kann die Infanterie dieses Corps als vollkommen aufgerieben angesehen werden und von einem Reste von 6000 Mann keine Rede sein. Pesth, am 6. Jan. 1849. Im Auftrage Sr. Exc. des Banus von Croatien. Zeisberg, G.-M., Chef des Generalstabes vom 1. Armee-Corps.

Wien, 12. Jan. Der Allg. Z. wird geschrieben, daß nach der offiziellen Bekanntmachung des Verbots der ostdeutschen Post in allen Gast- und Kaffeehäusern nach der verhängnißvollen Nummer gefragt, sie um ganz hübsche Preise verkauft wird und die Geschichte jetzt in Kreise dringt, wohin die „Ostd. Post" nicht so leicht gekommen wäre. Hebbel's Maria Magdalena ist verboten! Daum's Elysium aber darf eröffnet werden.

Aus Kärnthen, 7. Jan. Es wird hier eine Petition an das Ministerium und an den Reichstag vorbereitet, in welcher für die Provinz Kärnthen eine von jeder andern Provinz abgesonderte politische Verwaltung gefordert wird. (Lloyd.)

** **Kremsier**, 12. Jan. Die Ausbeute der heutigen Verhandlungen ist dürr und unerheblich. Die Sitzung wurde meist mit Förmlichkeiten ausgefüllt. Von den Eingaben und Anträgen, die vorgetragen wurden, heben wir als erwähnenswerth hervor: 1) eine Zuschrift des obersten Gerichtshofes gegen den Abgeordneten Kaim, welcher sich in Kriminal-Untersuchung befindet, weil er in einem, ihm absichtlich beigebrachten Zustande des Rausches, sich beleidigende Ausdrücke gegen den Kaiser Ferdinand erlaubt haben sollte. Der Präsident sprach die Ansicht aus, daß die Untersuchungsakten in den Abtheilungen vorberathen und dann in einer geheimen Sitzung die Vollberathung über diesen Gegenstand statt finden möge. 2) Ist unter mehreren vorgetragenen Anträgen einer des Abgeordneten Smolka gelesen worden, nach welchem die Aufhebung sämmtlicher Taxen für Fakultätsgrade und Würden beschlossen werden soll. Der Antrag wird gedruckt und wird einer, gleichfalls heute vom Abgeordneten Prazak beantragten, eigens zu bildenden Kommission für das Unterrichtswesen zugewiesen werden.

Ollmütz, 11. Jan. Graf Moritz Esterhazy hat vor einigen Tagen von Wien aus die Reise nach Gaeta angetreten, wohin er sich in außerordentlicher Mission begibt, um den diplomatischen Verkehr mit dem kirchlichen Oberhaupte wieder herzustellen. — Graf Bernsdorf, k. preuß. Gesandter, weilt gegenwärtig am kaiserlichen Hoflager. (Oest. C.)

⊙ **Ollmütz**, 14. Jan. Der Verleger von Kuranda's „Ostdeutsche Post," Buchhändler Gerold aus Wien, ist heute hier eingetroffen, um die nöthigen Schritte beim Ministerium und Reichstage zur Aufhebung des Verbots seines Blattes zu thun. Man zweifelt, daß seine Bemühungen Erfolg haben werden; denn Stadion will à tout prix die Unterdrückung jedes Oppositionsblattes durchsetzen. Als Beleg dafür können die neuesten Preßbeschränkungen gelten. Das Damoklesschwert der Konfiskation hängt immer über dem Haupte eines halbwegs freisinnigen Blattes; solche Maßregeln und die neuesten Vorgänge in Kremsier können freilich nichts beitragen, daß das Ministerium Stadion die öffentliche Meinung für sich gewinne. Aus Ungarn kann ich Ihnen die zuverlässige Nachricht mittheilen, daß der Kommandant von Leopoldstadt, einer kleinen alten Festung aus der Zeit der türkischen Invasionen, entschlossen ist, sich bis zum Aeußersten zu vertheidigen. Kommandant ist ein in Ungarn angesiedelter norddeutscher Baron von Bayer, bekannt unter dem Schriftstellernamen Rupertus. Der Befehlshaber von Komorn, von Maithenyi, früherer Husarenrittmeister, hat dagegen dem Cernirungs-Korpskommandanten, F. M. L. Ramberg, einen Vergleich anbieten lassen, den dieser aber nicht einging; man hofft, diese Hauptfestung, da alle Gräben und zahlreichen Moräste, die sie von allen Seiten umgeben, fest zugefroren sind, durch Sturm zu nehmen. In Pesth und Ofen werden dieselben strengen Maßregeln gehandhabt, wie nach der Erstürmung in Wien; Niemand darf zu den Thoren den Tag über ohne Passirschein des Stadtkommando's aus- oder eingehen; während der Nacht ist der Ein- und Ausgang gänzlich untersagt. Unter den in letzterer Zeit hier eingetroffenen Fremden befindet sich der neapolitanische Gesandte, welcher das Glückwunschschreiben seines Souveräns zur Thronbesteigung Franz Josephs I. überbrachte.

Konst. Korr. **Berlin**, 16. Jan. Unsere Zeitungen enthalten heute einen Aufruf an die preußischen Urwähler zu freiwilligen Beiträgen behufs Erbauung eines Kriegsdampfbootes für den Schutz des preußischen Handels und Eigenthums. Das Schiff soll den Namen führen „Der preußische Urwähler (22. Jan. 1849)" und die Kosten durch eine allgemeine Sammlung an den großen Wahltagen des 22. und 29. Januar gedeckt werden. „Wenn die Beiträge auch nur durchschnittlich die Höhe von einem Silbergroschen für jeden Urwähler erreichen, so würde doch eine Summe zusammenkommen, die genügend wäre, ein Kriegsschiff herzustellen, welches zum Schutz unseres Handels verwendet, den

Namen des „preußischen Urwählers“ in allen Welttheilen verherrlichen würde.“

Gegen den flüchtigen Redakteur der Zeitungshalle, Dr. Julius, ist von dem hiesigen Kriminalgericht, Abtheilung für Voruntersuchungen, wegen „Majestätsbeleidigung und Erregung von Mißvergnügen“ ein Steckbrief erlassen. Als besonderes Kennzeichen wird angegeben: „jüdisches Aussehen.“

Berlin, 16. Jan. Vor einigen Tagen ging durch verschiedene Blätter eine „Enthüllung der Wahl-Operationen der Demokraten“, in der Hr. Waldeck für Berlin eine große Rolle spielte; gleichzeitig war ein wunderlicher Brief erwähnt, den Hr. Waldeck an den Redakteur der Oderzeitung in Breslau geschrieben haben sollte. Gegen diese Anklagen rechtfertigt er sich heute durch folgendes Schreiben an den Redakteur der Spen. Ztg.:

„Sie haben in Ihrer Zeitung vom 9. Januar eine Bekanntmachung unter dem Titel: „Enthüllung der Wahl-Operationen der Demokraten,“ welche von dem „Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen“ erlassen sein soll, mitgetheilt. Alles, was dies Pamphlet über meine Thätigkeit bei den jetzigen Wahl-Bewegungen enthält, ist unwahr; ich weiß nichts von der Existenz eines hinter dem Komite für volksthümliche Wahlen stehenden geheimen Ausschusses, bin nicht Mitglied eines solchen, und habe an der Leitung der Wahlsache hier in Berlin gar keinen Theil genommen; mir ist auch ein Plan für das Benehmen der Abgeordneten in den künftigen Kammern gänzlich fremd, und die Existenz eines solchen unbekannt. Der vollständige Inhalt jener Bekanntmachung, welchen die Kölner und Schlesische Zeitung bringen, gibt über den böswillig lügenhaften Charakter desselben Aufschluß. Sie enthält namentlich die infame Verläumdung, ich habe den dort mitgetheilten Brief an den Redakteur der Oderzeitung geschrieben, welcher mir gänzlich unbekannt ist und an den ich nie ein Schreiben erlassen habe. Die moralische Versumpfung Derjenigen, die sich solcher trostlosen Kampfmittel bedienen, macht einen betrübenden Eindruck auf jeden, dem die politische Ausbildung unseres Vaterlandes am Herzen liegt. Waldeck.“

Quedlinburg, 12. Jan. Aus glaubwürdiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß auch in hiesiger Gegend die Regierung bemüht ist, wider die Theilnehmer am Steuerverweigerungsbeschlusse mit aller Energie einzuschreiten. In Aschersleben ist schon seit mehreren Tagen ein Deputirter des Inquisitoriates mit dem Auftrage, wider die Führer der dortigen Demokraten die Untersuchung einzuleiten, und hier in Quedlinburg erhalten die Denunzianten täglich 20 Sgr., (?) um dafür Alles, was seit den Märztagen Hochverrätherisches geredet (geschehen ist hier nichts), getreulich und gewissenhaft anzuzeigen. Ob es der Regierung gelingen wird, auf solche Weise die Achtung vor dem Gesetze und die Ordnung wieder herzustellen, ist sehr zweifelhaft; gewiß aber ist es, daß durch dieses Verfahren viele Gemüther erbittert und der Regierung abgeneigt werden, welche bisher nichts weniger als radikal waren. Möge man die Todten ruhen lassen, und dafür mit regem Eifer an der Ausführung der Versprechungen arbeiten, welche in der oktroyirten Verfassung gemacht worden sind! (Rh. Volksh.)

* **Aachen**, 15. Jan. Während die Presse in Berlin unter Kriegsbefehl steht und an der völlig freien Aeußerung der Ansichten gehindert ist, liegt der Presse in den preußischen Provinzen um so mehr die Pflicht ob, die jetzige Regierung und ihre Maßregeln einer freimüthigen Beurtheilung zu unterwerfen. Unter den preußischen Blättern nimmt die Aachener Zeitung durch Einsicht und durch Mäßigung, wie durch eine feste Haltung, einen hervorragenden Platz ein. Ueber die politischen Verfolgungen, gegen die sie sich schon wiederholt ausgesprochen hat, bemerkt sie in ihrem heutigen leitenden Artikel: „Das Gericht zu Breslau hat sich dahin erklärt, daß die Steuerverweigerung und die in Folge derselben etwa von Mitgliedern der Nationalversammlung erlassene Aufforderung keinen Grund zu einer Verfolgung geben könnte. Wir haben nie daran gezweifelt, daß es auch selbstständige und über den Parteistandpunkt erhabene Gerichte geben werde, welche diese Ansicht aussprechen würden. Die Sache ist klar genug, so daß ein Mißverständniß bei verständigen Männern nur als ein absichtliches erscheinen muß. Wenn zwei Partien miteinander kontrahiren — abgesehen davon, daß diese ganze Vereinbarung allerdings etwas sehr Unlogisches war, da es an einem Dritten fehlte, um die uneinigen Parteien bei einer Zerwürfniß zusammenzubringen — so ist doch das Eine wenigstens klar, daß, welche Forderung auch die eine Partei stellte, die andere diese zwar verwerfen, aber nicht sie für straffällig erklären und auch zugleich die Strafe dafür erequiren kann. Das Verhältniß des Kontrahirens, der gleichen Berechtigung der Parteien, von welcher der ganze Akt ausging, würde dadurch ganz verschoben. Die Verfolgung der Deputirten ist daher unrecht und unpolitisch. Aber, sagt man, die Regierung hat hierbei die Hand gar nicht im Spiele, das Gericht in Münster ist aus eigenem Drange über seinen Direktor hergefallen. Angenommen, daß dieses Gericht die Sache anders aufgefaßt hat, wobei es schlimm, daß sein Widerwillen gegen die Person seines Vorstehers schon vorher so deutlich an den Tag getreten, so ist doch kaum anzunehmen, daß es auf eigene Hand einen so übereilten Schritt gethan hätte. Es mußte wenigstens wissen, daß überhaupt in Berlin die Absicht vorzuliegen schien, die Majorität der Nationalversammlung ihre Widerspenstigkeit entgelten zu lassen. Ueber diese Absicht schwebte kein Dunkel. Es war täglich davon die Rede und die Reaktion hetzte täglich dazu auf. Wäre der Antrieb, direkt oder indirekt, nicht von Berlin gekommen, das Gericht von Münster hätte sich nicht erst der drückenden Verlegenheit ausgesetzt, seinen Direktor in feierlicher Sitzung empfangen zu müssen. Es hätte ihn vorher eingesperrt. Hätte das Gericht ganz freiwillig gehandelt, so hätte es ohne Noth dadurch seine Stellung verdorben. Selbst wenn die Leidenschaft in demselben vorherrschte, was wir nicht annehmen dürfen, so wäre dies nicht vorauszusetzen, weil es zu ungeschickt erscheinen müßte. Die Sache ist: wenn es auch an direkten Befehlen von oben fehlte, so wußte man doch, daß ein Geist der Verfolgung wehte. Wenn diese bis jetzt auf gerichtlichem Wege noch nicht weiter gegangen ist, so darf nicht vergessen werden, daß die allgemeine Entrüstung, welche der eine Fall erregte, von weiteren Schritten abgehalten haben kann. Man kann eingesehen haben, daß man damit das Gegentheil von dem, was man beabsichtigt, erreichen würde und daß es ein Skandal wäre, wenn ein Gericht die Klage abwiese, welche ein anderes aufnähme und daß dasselbe Vergehen, wenn von einem Vergehen die Rede sein konnte, hier als straffällig, dort vielleicht als eine Tugend berühmt würde. Daß es in Berlin nicht an Willen mangelt, die Abgeordneten der Majorität ihr Verfahren fühlen zu lassen, geht aus den administrativen Handlungen der Regierung hervor. Wo sie einen solchen Abgeordneten erreichen kann, ohne an die Gerichte zu appelliren, greift sie mit schwerer Hand zu, wie sie überhaupt täppisch überall dreinschlägt, wo sie glaubt, dadurch die neuen Wahlen in ihrem Sinne zu gestalten. Sie setzt Beamte ab, versetzt sie nach bester Willkür, und bestärkt dadurch in der Annahme, daß die Gewalt ihr süß genug erscheine, um sie um jeden Preis behaupten zu wollen. Anfangs hieß es, sie wollte nur den Uebergang sichern. Als man damals einwendete, es sei doch sonderbar, daß das Ministerium nicht gleich anfangs bestimmt erklärt habe, es sei nur für wenige Tage geschaffen und es wäre Unrecht, es anzugreifen, da es um so patriotischer, weil es sich für wenige Tage opfere: da wurde erwidert, dies sei eine schlechte Chikane. Wenn der Kabinetschef dies nicht ausgesprochen, so sei nur sein Mangel an Rednertalent Schuld oder es sei vergessen worden. An ein längeres Bleiben sei durchaus nicht zu denken, es wäre lächerlich, so etwas nur zu vermuthen. Das Ministerium wisse sehr gut, daß es nicht passe, und es würde auf der Stelle sich zurückziehen, sobald die Verfassung gegeben und die Ruhe hergestellt sei. Das ist nun längst Alles vorüber, aber die Minister beziehen ihre Hotels und richten sich häuslich ein. Sie bearbeiten die Wahlen, um zu versuchen, ob sie nicht die Majorität erhalten und um so länger bleiben können. Wenn sie sich halten können, so haben sie Unrecht, denn man wird ihnen die Schuld etwaiger schlechter Wahlen beimessen und die Kammern werden dadurch an Kredit verlieren. Wenn nicht, so wird das neue Ministerium nicht Lust haben, die Verantwortlichkeit für die von seinen Vorgängern entworfenen Gesetzentwürfe zu übernehmen. Es wird neue machen, und das Land dadurch wieder eine Menge Zeit verlieren. Wo ist da der Patriotismus?

Düsseldorf, 13. Jan. Der gestern kommissarisch zum Oberbürgermeister ernannte Graf von Villars wird nächster Tage sein Amt antreten, dagegen beabsichtigt der Gemeinderath, wie es heißt, gegen ein Aufdringen des Oberbürgermeisters, als der Gemeindeordnung widersprechend, zu protestiren. Es heiße nämlich ausdrücklich, daß ein solcher wo möglich aus der Gemeinde selbst genommen werde und wenigstens mit den Lokalitäts-Verhältnissen bekannt sei, und da der neue Oberbürgermeister nur vor etwa 2 Monaten von Berlin hierher gekommen sei und als Substitut bei der hiesigen Regierung gearbeitet habe, so könne derselbe die Bedingungen nicht erfüllen, welche die Gemeinde-Ordnung vorschreibe. (D. Ref.)

München, 14. Jan. In der jüngsten Versammlung des hiesigen „Vereins für Freiheit und Ordnung" wurde nach längerer und lebhafter Debatte über die Stellung Oesterreichs zum künftigen deutschen Bundesstaat eine Adresse an die Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossen, worin der genannte Verein in der Erwartung, daß von Seite der österreichischen Regierung das deutsche Einigungswerk im Sinne der Erhebung von 1848 aufrichtig und ohne Rückfall in das von der Geschichte gerichtete System des alten Staatenbundes gefördert werden wolle, und in dem Verlangen, daß dieselbe bei solchem Beginnen von deutscher Seite nicht behindert, noch auf ausweichende Bahnen getrieben werde, und in Rücksicht auf die Pflicht des Volks bei großen Entscheidungen nicht stumm zu bleiben, die zuversichtliche Erwartung ausspricht, daß in die Reichsverfassung keine Bestimmung aufgenommen werde, welche die Ausschließung Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaat zur Folge haben müßte. (Der konstitutionell-monarchische Verein in Augsburg hat sich dafür ausgesprochen, daß dem Kaiser von Oesterreich die deutsche Krone angeboten werde. Für die Uebertragung dieser Krone an Preußen hat sich bis jetzt in Baiern, unsers Wissens, kein Verein und kein Journal erklärt.) (Allg. Z.)

In einer am 4. Jan. erlassenen Ansprache des Vereins für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit in München an den nächsten Landtag findet sich über die deutsche Verfassungsfrage folgende Stelle: „Daß aus dem Ringen und Kämpfen dieser Zeit sich ein freies, einiges, großes und mächtiges Deutschland erhebe, ist einer unserer theuersten Wünsche, und Baiern wird zu allen nothwendigen Opfern gerne bereit sein und mit seiner ganzen Macht für die deutsche Sache einstehen. Allein mit gleicher Treue an unserer beschworenen Landesverfassung festhaltend, erwarten wir, daß das noch in Berathung begriffene neue Reichsgrundgesetz unseres verjüngten deutschen Vaterlandes in Baiern nur auf verfassungsmäßigem Wege durch die Berathung und vereinbarte Zustimmung der Krone und der beiden Kammern zur Geltung und Wirksamkeit gelange, indem nur so zugleich mit der Macht und Größe Deutschlands auch die Selbstständigkeit und Freiheit Baierns in seinen inneren Angelegenheiten gewahrt werden kann. Da das Schicksal unserer Zukunft von der neuen Reichsverfassung abhängt, da sie uns neue Opfer, neue Verpflichtungen auferlegen wird, so hat das Land ein doppeltes Recht, auf dieser verfassungsmäßigen Vereinbarung zu bestehen. Auf solcher Bahn allein kann eine wahrhafte, sichere und dauerhafte Einigung Deutschland erreicht und die Macht des großen Gesammtvaterlandes gegen äußere und innere Stürme gesichert werden."

Aus dem Großherzogthum Hessen, 14. Jan. Die der „Darmstädter Zeitung" entnommene Nachricht, unser Großherzog habe den Professor der Theologie in Gießen, Herrn L. Schmid, zum Stellvertreter des verstorbenen Bischofs Kaiser ernannt, ist dahin zu berichtigen, daß diese Ernennung nur in Beziehung der Eigenschaft des katholischen Landesbischof als Mitglied unserer ersten Kammer in Darmstadt zu betrachten sei; da in Betreff der geistlichen Vertretung bereits der älteste Domkapitular, Herr Grimm in Mainz, die Leitung als bischöflicher Verweser interimistisch übernommen hat. (O.-P.-A.-Z.)

Darmstadt, 15. Jan. Die beiden Söhne des bekannten Volksmannes Ernst Emil Hoffmann, Karl Johann und Karl Ernst Emil Hoffmann, haben einen Abdruck der Grundrechte des deutschen Volkes in etwa 10,000 Exemplaren auf Schreibpapier veranlaßt, welcher bestimmt ist, unentgeltlich abgegeben zu werden und so der unbemitteltesten Klasse, und namentlich auf dem Lande, in Hessen die Kenntniß der Grundrechte zu ermöglichen. (Fr. J.)

Großbritannien.

* **London**, 15. Jan. Die Morning Post meldet, daß Baron Andrian, Gesandter der Centralregierung von Deutschland, am 11. von der Königin in einer Privataudienz empfangen worden ist, um sich vor seiner Abreise nach Deutschland bei ihr zu verabschieden.

Die Times vom heutigen Datum zeigt an, daß Sir Francis Thornhill Baring, Mitglied des Unterhauses seit 1826, unter den früheren whiggischen Kabinetten seit 1830 theils Lord, theils einer der Sekretäre des Schatzes und von 1839 bis 1841 Kanzler der Schatzkammer, den durch den Tod Lord Aucklands erledigten und von Lord J. Russell ihm angebotenen Ministerposten des ersten Lords der Admiralität angenommen hat. Die Times wünscht dem Kabinet zur Ernennung dieses Mannes Glück, der durch seine früheren Erfahrungen im Finanz- und Verwaltungsfach und durch Geschäftskenntniß und Umsicht ganz besonders geeignet sei, im Seewesen Ersparungen zu treffen, so weit sich dies mit der Sicherheit des Landes vertrage. Zuvor hatte Lord J. Russell einen Versuch mit Sir James Graham gemacht, der schon früher von 1830 bis 1834 denselben Posten bekleidet hatte, später aber, eine konservative Richtung einschlagend, als Staatssekretär des Innern an der Peel'schen Verwaltung von 1841 bis 1846 Theil genommen hatte. Lord John Russell hatte also zu Sir James Graham geschickt, um durch ihn, wie die Times sich ausdrückt, „seine Verwaltung zu kräftigen, zugleich aber auch in der redlichen Absicht, alle zwischen beiden Männern früher bestandenen Zerwürfnisse und Meinungsabweichungen der Vergessenheit zu übergeben." Die Times hebt dies als ein abermaliges Beispiel jener Russell'schen Unparteilichkeit und Großherzigkeit hervor, womit er auch vordem schon früheren politischen Gegnern, wie Lord Lincoln und Hrn. Sidney Herbert, Stellen in seinem Kabinette angeboten hatte und endlich Lord Dalhousie zu dem „wichtigsten Posten, den ein Unterthan der Krone nur immer bekleiden kann" (nämlich zum Generalgouverneursposten von Indien) berief. Sir James Graham hatte sich auch wirklich mit seiner Gemahlin nach London aufgemacht, und hier mit Lord John eine Unterredung gehabt; beide Staatsmänner scheinen aber über gewisse Punkte nicht zu Stande gekommen zu sein wie die Ernennung Sir F. Th. Barings klar beweist. Mit dieser Ernennung ist wohl auch allen übrigen Muthmaßungen über bevorstehende Aenderungen im Ministerium ein Ziel gesetzt; Lord John wird nicht abdanken und Graf Carlisle nicht zum Lordstatthalter von Irland ernannt werden, da das umlaufende Gerücht, daß Graf Clarendon zum ersten Lord der Admiralität ausersehen sei, durch obige Ernennung von selbst in Nichts zerfällt. Am 12. Jan. hatte Lord J. Russell mit Lord Palmerston — der sich übrigens wegen plötzlicher, doch nicht sehr bedeutender Unpäßlichkeit auf seinem Wohnsitz halten muß — eine lange Unterredung, die vermuthlich auf jene Ernennung Bezug hatte. An demselben Tage fand im Ministerium des Auswärtigen ein Kabinetsrath statt; auf heute ist, laut dem Globe, eine Geheimrathssitzung bei der Königin im Schloß Windsor angesagt.

Frankreich.

* **Paris**, 15. Jan. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war das Hauptereigniß die Präsidentenwahl, deren Resultat wir bereits mitgetheilt haben. Vor der Sitzung waren die Abtheilungen versammelt gewesen, um die (ebenfalls schon mitgetheilten) Wahlen in die Kommission für den Rateau'schen Vorschlag vorzunehmen. Die Debatten, welche bei Gelegenheit derselben stattgefunden hatten, und der Ausfall der Wahlen beschäftigte die Gedanken der Abgeordneten noch lange nachher. Daher kam es, daß, als man endlich zur Berathung über das auf der Tagesordnung stehende Gesetz betreffs des neuen Staatsraths übergehen wollte, und Cordon die allgemeine Diskussion eröffnete, Keiner das Wort begehrte. Nun traf es sich gerade, daß bei diesem Gesetz die neu angenommene englische Sitte der dreimaligen Lesung zum erstenmale angewendet werden sollte; und es erregte allgemeine Heiterkeit, daß die erste Lesung so schnell abgemacht wurde. Man begann dann die Berathung der Erbschaftssteuer, ohne in der heutigen Sitzung zu einem Resultat zu kommen.

Wie sich erwarten läßt, ist die allgemeine Aufmerksamkeit auf Toulon gerichtet. Wird es diesmal wirklich zu einer Expedition kommen, oder wieder nur bei der Drohung sein Bewenden haben? Das sind die Fragen, die Alle beschäftigen. Der „Republique" wird aus Toulon geschrieben: „Ungeachtet der Hast, mit der man seit vorgestern die Hand an alle brauchbaren Schiffe legt, hält man die ganze Bewegung für eine Schein-Expedition und zweifelt, daß die Schiffe je unsere Rhede verlassen. Bis heute war noch von keiner Artillerie die Rede; kein Stück ist aus dem Zeughause geliefert; die Pferde liegen unter hölzernen Schuppen längst der Hafenufer und bis Postschluß wurden nur Kohlen eingeschifft. Die Vervollständigung der Schiffsmannschaften geht sehr langsam vor sich. Zum dritten Male genießen wir nun schon dieses Schauspiel und darum glaubt man auch dieses Mal nicht an den Ernst desselben. Kommt es

aber dazu, so werden offenbar diejenigen Regimenter zunächst eingeschifft, welche in den 2 Departements (Rhonemündungen und Var) seit langer Zeit einer ähnlichen Bestimmung entgegensehen und zur Alpenarmee ursprünglich gehörten. Nicht unwichtig ist folgende Nachricht: Die hiesigen Hafenarbeiter haben sämmtlich eine Protestation unterzeichnet, welche gegen die jüngsten Beschlüsse der Nationalversammlung rücksichtlich ihrer Arbeitsweise (à la journée) gerichtet sind. Sie haben zwei Abgeordnete gewählt, die auf gemeinschaftliche Kosten morgen nach Paris reisen, um dort die Protestation dem Marineminister oder der Nationalversammlung zu übergeben. (Nachschrift.) Der Dämpfer Liamone hat den Hafen noch nicht verlassen. Es scheint, daß Contreadmiral Trehouart auch diese dritte Dampferpedition wieder befehlige."

Der Moniteur veröffentlicht heute die Erträge der indirekten Steuern des Jahres 1848. Laut seiner amtlichen Tabellen nahm der Staatsschatz im Ganzen 530,720,000 Franken an indirekten Steuern ein; die 45 Centimen-Steuer brachte 162,524,000 Fr. Das Ministerium scheint mit diesem Ertrage nicht sehr zufrieden; es scheint eine Erhöhung der indirekten Steuern zu beabsichtigen, und prüft zu diesem Zweck durch seine Organe die öffentliche Meinung. So sagt die Patrie heute in ihrem leitenden Artikel: „Der Staat will eine neue Anleihe von 100 Millionen bei der Bank machen. Diese 100 Millionen geben in Verbindung mit den übrigen Beständen der schwebenden Schuld dem Finanzminister 435 Millionen in die Hände. Mit dieser Summe soll er ein Defizit von 715 Millionen decken. Wir wissen noch nicht, durch welche Mittel Hr. Passy diese Schwierigkeiten zu lösen gedenkt; wir wissen nur, daß er unsere Abneigung gegen Einführung der Einkommensteuer und der sonstigen Goudchaux'schen Finanzentwürfe theilt. Wie wäre es, wenn sich der Finanzminister durch Erhöhung der Eingangszölle zu retten suchte? Unsere Douanen bringen jährlich nur 130 Millionen; das ist im Vergleich zur britischen Skala äußerst wenig. Darum müßte es ein Leichtes sein, diese 130 Millionen auf 300 Millionen zu erhöhen. Möge Herr Passy diesen Vorschlag überlegen, ehe er sich in neue Anleihen stürze! Jedenfalls brennen wir voll Neugierde, seine Finanzpläne zu kennen."

Der Moniteur benachrichtigt die officielle Welt, d. h. Abgeordnete, Gesandte u. dgl., daß ihr die Säle des Präsidenten der Republik Montags und Donnerstags Abend von 8 bis 10 Uhr geöffnet seien. Was die übrigen Personen (autres personnes) betreffe, so gestatte die Beschränktheit der Räume des Elysee National nicht, sie anders als gegen Specialeinladungsscheine zu empfangen.

Pierre Bonaparte wird in Folge der offnen Opposition, die er gegen den Präsidenten, seinen Vetter, macht, die ihm bereits zugesagte Stelle als Gouverneur von Algerien nicht erhalten. General Lebreton bekommt sie. Ueber den Grund des Zerwürfnisses zwischen dem Präsidenten und Pierre Bonaparte erfahren wir Folgendes: Bei einem großen Mittagessen in dem Palast des Elysée National, ein oder zwei Tage vor der Diskussion des Rateau'schen Vorschlages, fanden Pierre Bonaparte und sein Bruder Lucian ihrem Vetter Jerome Bonaparte, Sohn des Ex-Königs von Westphalen, den Vorrang gegeben. Pierre Bonaparte verließ sofort die Gesellschaft und verschmähte die versöhnliche Erklärung des Präsidenten.

Spanien.

* **Madrid**, 9. Jan. Im Laufe der gestrigen Verhandlungen des Senates entstand ein persönlicher Streit zwischen den Generalen Pavia und Cordova wegen der Amtsführung des ersteren in Catalonien. In der heutigen Sitzung wurde die Angelegenheit nochmals zur Sprache gebracht und man fürchtete, daß es zu einem Duell kommen würde. — Die Königin hat die von den Kriegsgerichten verurtheilten Insurgenten begnadigt; acht unter ihnen gehörten zu der Bande des Estudiante. — Ein Brief von den Grenzen Cataloniens giebt Nachricht von einem blutigen Treffen zwischen den Truppen der Königin unter dem Befehle des Generals de la Concha und den Insurgenten unter der Führung Cabrera's. Durch dieses Treffen, welches am 7. zwischen Vich und St. Hippolyte stattfand, wurden zwischen 600 und 700 Mann von beiden Seiten kampfunfähig gemacht und, wie es heißt, Cabrera zur Flucht genöthigt. — Der Brief fügt hinzu, der Oberst Bwer habe 32 Mann von einer Bande Republikaner nebst Munition und Pferden gefangen genommen. Zwei Insurgentenführer Namens Rivas und Sabalet nebst 160 Mann haben sich unterworfen und die Bande des Santo ist zerstreut worden.

Italien.

* **Rom**, 6. Jan. Das Ministerium erließ dieser Tage wichtige Verordnungen rücksichtlich der Erwerbs- und Eigenthumsverhältnisse. Im Kriegsministerium herrscht große Thätigkeit. Viel grobes Geschütz geht nach Bologna und Ankona ab. Man überwacht die Rüstungen der Oesterreicher in Piacenza, Modena und Ferrara aufs Genauste. Die Kardinäle Altieri und Ferretti sind aus Gaeta hier eingetroffen. Es heißt, der Papst wolle einen Bannfluch schleudern.

Neapel, 3. Jan. Es hat allen Anschein, daß die Feindseligkeiten in Sicilien wieder beginnen werden, oder wenn die Nachrichten von verschiedenen Seiten her nicht alle falsch sind, bereits begonnen haben, indem bei Milazzo von den Sicilern versucht worden, die dortige Besatzung zu überfallen, was aber von derselben vereitelt worden. General Filangieri ist vor drei Tagen von hier nach Messina abgegangen (man sagt mit unumschränkter Vollmacht zu Fortsetzung des Kriegs), und eine Heeresabtheilung der neapolitanischen Truppen (ohne Schweizer) soll sich in Marsch gegen Catania und Syrakus gesetzt haben. Die öffentliche Meinung hier geht dahin, daß das Ultimatum nicht angenommen, und daher die Regierungen von England und Frankreich das Waffenglück zwischen den Parteien ohne weitere Dazwischenkunft entscheiden lassen wollen. Es sollen viele Freiwillige anderer Nationen, als Polen, Franzosen, Engländer, Italiener, worunter auch General Antonini, der bei Vicenza einen Arm verloren, die Reihen der Sicilier verstärkt haben; auch geht das Gerücht, sie hätten die Krone Lucian Murat angetragen. (Allg. Z.)

Schweiz.

) **Bern**, 16. Jan. Gestern eröffnete Herr v. Tillier den Bernischen Gr. Rath mit einer Rede, in welcher er einen prüfenden Blick auf die gegenwärtigen Zustände in Europa wirft. Von Deutschland sagte er, es befinde sich noch in fortwährender Gährung. „Allein wie dieses bei den Vulkanen häufig einzutreten pflegt, so hat sich die äußere Gestaltung in Deutschland plötzlich verändert. War nämlich noch vor wenigen Wochen die Centralgewalt frisch und kräftig, während sich einzelne Theile und gerade von den allergrößten Bundesstaaten aufzulösen schienen, so stellt es sich jetzt umgekehrt dar, als ob diese letzteren wieder zu Kraft gekommen wären, während die allgemeine deutsche Reichsgewalt im Reiche der Wirklichkeit mehr und mehr Boden verliert, um ihren Einfluß bloß noch in demjenigen der Abstentionen geltend zu machen." Das großherzoglich badische Untersuchungsgericht in Freiburg hat seinerseits von der Regierung in Baselland die Auslieferung der provisorischen Regierung der Republik Deutschland — als der Beraubung der öffentlichen Kassen schuldig — verlangt. Es wurde auf dieses Verlangen erwiedert, nach Art. 10 der Bundesverfassung müsse dieses Gesuch an den Bundesrath gerichtet werden. Auf dieses hin hat das badische Untersuchungsgericht das nämliche Begehren an den Bundesrath gestellt. Letzterer hält nun in einem Schreiben an die basellandschaftliche Regierung dafür, daß, bis die einschlagenden Verhältnisse durch ein Bundesgesetz näher regulirt seien, es in der Kompetenz der Kantonsregierungen liege, über solche Auslieferungsbegehren einen Entscheid zu fassen; daß jedoch eine allfällige Schlußnahme durch das Organ des Bundesraths an die requirirende, auswärtige Behörde mitzutheilen wäre. Da sich aber laut Bericht der Polizei keine der in Frage stehenden Flüchtlinge mehr im Kanton befinden, so ist wohl diese Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Der große Rath von Luzern war an dem Tag, an welchem die Amnestirung der Mitglieder des abgetretenen großen Raths verhandelt werden sollte, nicht vollzählig versammelt. Die Reise Dufours zu Louis Napoleon, der ihn nach verschiedenen Berichten sehr herzlich und mit vieler Auszeichnung empfangen haben soll, wird ihm von mehreren Blättern übel aufgenommen.

Ungarn.

Pesth, 9. Jan. General Weber ist Stadt- und Festungskommandant; als k. k. Kommissär hat der ehemalige Statthaltereirath Havas die Zügel der Herrschaft ergriffen. Große Beruhi-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 19. Januar. Die Verkündigungsfeier der Grundrechte. Versammlung des Centralmärzvereins.) Wien (Truppen nach Kremsier. Ungarische Gefangene. Klausenburg in den Händen der Ungarn. Die Cholera. Niederlage der ungarischen Armee.) Kremsier (Ministerkrisis.) Berlin (Französische Gesandtschaft. Rodbertus. Dresden (Eröffnung der Kammer. Thronrede des Königs.) Hannover (Ausfall der Wahlen im deutschen Sinne. Feier zur Einführung der Grundrechte.) Osnabrück (Stüve gewählt.) Schwerin (Publikation der Grundrechte.)

Frankreich. Paris (Niederlage des Ministeriums und der Rechten. Der Ton des Ministeriums. Die Reforme über die preußische Verfassung. Kredit für die Nationalwerkstätten. Gesetz über Besteuerung der Gemeindegüter.)

Italien. Rom (Die Exkommunikation.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 19. Januar.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 19. Januar.

Tagesordnung der 155. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „das Reichsoberhaupt, der Reichsrath“, und zwar über Artikel I. §. 1 und §. 1 a.

Vorsitzender: Präsident Simson. Ausgetreten ist der Freiherr v. Doblhof aus Baden bei Wien. Es werden auch heute mehrere Flottenbeiträge angezeigt. Herr Schulz aus Weilburg ruft sodann das Reichsministerium mit Hinweis auf die desfallsigen Bestimmungen der Grundrechte an: welche Maßregeln es zu ergreifen gedenke, um den deutschen Auswanderern den zugesagten Schutz zu sichern.

Nachdem zur Tagesordnung verschritten worden ist, werden mehrere neue Verbesserungsanträge zu §. 1 mitgetheilt, dann erhält das Wort Herr

Zimmermann von Stuttgart. Erst nach acht Monaten sind wir bei dem angelangt, was gemeinhin die Spitze der Verfassung genannt wird. Was bei unserm Zusammentritt leicht und einfach gewesen, ist durch diese Verschleifung allerdings sehr schwierig geworden. An eine unbedingt beglückende Staatsform zwar glaube ich nicht, aber ich bin der Meinung, daß wegen augenblicklicher Vortheile niemals eine ganze große Zukunft des Vaterlandes preis gegeben werden dürfe. Die Spitze, die wir herstellen sollen, darf nicht von der Art sein, daß sie das Volk erdrücke. Der gemeine Mann, die Bourgeoisie huldigt der Staatsform, die ihr die wenigsten Lasten zumuthet. Ob Sie daher zum Vollzieher des höchsten Willens einen Statthalter setzen oder Kaiser, das gilt mir gleich, wenn nur das Volk sich selbst regiert, wenn nur das Oberhaupt nichts ist, als der Vollstrecker des Volkswillens. Aber Ihr Ausschußkaiser ist kein demokratischer Kaiser. Es ist entweder ein absolutistischer oder ein konstitutioneller. Von dem Konstitutionalismus aber habe ich gleich dem Kaiser Nikolaus von Rußland niemals etwas gehalten. Ich glaube wie er, daß die konstitutionelle Monarchie die Herrschaft der Korruption ist. Ihr Ausschußkaiser ist nicht an der Zeit. Er ist eine unzeitige Geburt. Denn so ein neues Kaiserthum kostet sehr viel neues Geld, und wir haben dem Volke noch keine neuen Einnahmsquellen eröffnet, bei allen neuen Auflagen, die wir dem Volke zugemuthet. Und glauben Sie denn, ein 34ster Monarch zu den 33 sei ein Fortschritt? Der Absolutismus hat sich überlebt und der Konstitutionalismus hat noch keine Proben abgelegt. Darum ist Ihr Ausschußkaiser nicht ausführbar. In ganz Süddeutschland, wie in Sachsen würde das Volk den Kaiser zurückweisen — in Baden nicht, rufen Sie mir zu? Der Großherzog und die Kammer in Baden haben sich zwar für das Kaiserthum ausgesprochen, dennoch sage ich, das Volk ist dagegen. Sie beschließen den Bürgerkrieg, wenn Sie den Kaiser beschließen. Es will kein Blut für einen andern Zweck vergossen haben, als für den Luxus einer Kaiserkrönung, es wird kein Blut von Neuem vergießen gegen ein preußisches Kaiserthum. Das wäre im Jahre 1815 populär gewesen, es wäre möglich gewesen, nach einer 7jährigen Regierung des jetzigen Königs von Preußen — aber heute nicht mehr. Das preußische Kaiserthum liege von der Geschichte geschaffen vor uns, sagt man, wir hätten nur die Thatsache anzuerkennen. Derselbe große Historiker hat uns auch Wilhelm von Oranien als den Begründer der englischen Freiheit hingestellt, und da ich Beides Hrn. Dahlmann nicht glauben kann, so wird er mich einen langsamen Kopf nennen. Aber lieber ein langsamer, als ein rückwärts gewendeter Kopf. Ein auswärtiger Krieg werde die langsamen Köpfe belehren, behauptet Hr. Dahlmann. Das Volk, sage ich, würde diesen Krieg führen, wie es den von 1813 geführt hat, mit deutschem Blute, deutscher Tapferkeit und Ehre. Dazu ist keine Kaserneneinheit nöthig. Dann vergleicht Hr. Zimmermann das Werk des Verfassungsausschusses mit dem Unternehmen eines Goldschmieds, der einen Ring für einen Riesen schmieden solle. Noch wären nicht alle Edelsteine in seinen Händen und doch vollende er schon seine Arbeit. Die Freiheit, fährt er fort, ist der Zweck, die Einheit das Mittel dazu. Wie, wenn Preußen das österreichische Kunststück nachahmte, wenn es die Politik der alten heiligen Schaar des Absolutismus erneuern wollte? Der Augenblick sei entscheidend, ruft man uns zu, wir (von der Linken) sollten uns anschließen an die Rechte, damit die Stunde nicht versäumt werde. Ich denke, es ist besser, man wartet zu und läßt die Ereignisse sich reifer gestalten. Hr. Bassermann hat ein ganz neues Bild gebraucht — vom Kölner Dom, um uns die Nothwendigkeit einer festen Bedachung nachzuweisen. Die Griechen aber hatten gar kein Dach als den blauen Himmel der Freiheit für ihre Verfassung und befanden sich sehr wohl dabei. „Die Sklaverei zur Grundlage“ wendet mir der Präsident des Reichsministeriums ein? Nun ich kenne die Geschichte und darf aus ihr versichern, daß sich unsere armen, geknechteten Bauern glücklich schätzen würden, dürften sie ihren Zustand mit der griechischen Sklaverei vertauschen. (Verneinung und Gelächter.) Hätte man vor acht Monaten die allgemeine Volksbewaffnung durch ganz Deutschland verfügt, so wäre es nicht also gekommen, nämlich so — daß wir endlich am Berge stehen. (Heiterkeit.) Hrn. Bassermann's Angaben über die Abnahme und das Wachsen der Abonnentenzahl verschiedener Parteiblätter werden dann von dem Redner auch damit erwidert, daß „Hrn. Bassermann's eigene Zeitung, die „Deutsche Zeitung“ zu Anfang des neuen Jahres nur 1200 Abnehmer gehabt habe.“*) Dann kommt er auf die Haupteigenschaft zurück, welche die Verfassungsspitze seiner Meinung nach haben müßte, auf die Billigkeit. Hunderte von Millionen werde das Kaiserthum kosten! (Lachen.) Machen Sie reinen Boden, meine Herren, wenn Sie die Auflagen für das Kaiserthum durchsetzen wollen. Sonst sagt der Jesuit Mariana (Lachen) — der Jesuit Mariana also sagt, wenn dem Volke neue Auflagen zu den alten zugemuthet werden, so steht eine Revolution bevor. (Heiterkeit.) Eine Prophezeihung Chateaubriand's über die Zukunft der Monarchie bringt Herrn Zimmermann auf die Verräther und auf die ungeschickten und übertreibenden Freunde der Freiheit zu sprechen. Aber ihr auf Felsen gegründeter Tempel wird endlich doch den Pforten der Hölle trotzen. Die Sterne gehen ihre ewigen Bahnen und der sie lenkt, wird die kleinen Gespinnste der Menschen zerreißen. Wenn Sie einen unvolksthümlichen Kaiser machen, so dürfte er der Vorläufer eines blutigen Volksheilands sein. Der Redner wünscht keine abermalige Revolution, aber er hält sie für unausbleiblich. Dann werde das Volk wallfahrten nach einer einsamen Stelle der Brigittenau, wo das edelste Blut vergossen worden! (Unruhe.) Ich bin am Ende (Beifall.) Thun Sie keinen Griff nach einem Kaiser. Es wäre ein Mißgriff in dieser Zeit der schweren Noth.

Die Mittheilung mehrerer neuer Verbesserungsanträge und ein abgelehnter Antrag von der Linken auf Schluß der Debatte führen eine Unterbrechung herbei, nach welcher auf der Rednerbühne erscheint Herr

Mittermaier aus Heidelberg. Ein Bundesstaat aus Monarchien gegründet ist möglich in Deutschland, sei der Ausspruch eines berühmten Nordamerikaners, wenn die Fürsten, die an der Spitze der einzelnen Staaten stehen, ihre fürstlichen Interessen denen des Volks unterordnen. Wenn ferner Derjenige, der an die Spitze des Reichs gestellt wird, es fühlt, daß er nur der Erste unter Gleichen ist. Deutschland will ein einheitliches Reich und will so mächtig sein wie Frankreich und England. Wir müssen daher eine Form für unsern Staat erschaffen, die Vertrauen ein-

*) Wir halten weder auf die Behauptung Herrn Zimmermanns, als wäre die „Deutsche Zeitung“ noch jetzt das Blatt des Herrn Bassermann, noch auf seine Angabe über den Absatz unseres Blattes eine Berichtigung für nöthig. Die Red.

flößt für ihre Stetigkeit. Die Erblichkeit der Oberhauptswürde hält der Redner dazu nicht für nöthig, sondern er räth zu einer Wahl auf Lebenszeit, aber er fügt hinzu: wir kommen durch die natürliche Entwicklung des Bundesstaats zum Einheitsstaate. Lassen Sie sich nicht irre machen durch vorgebliche konfessionelle Abneigungen, durch einen Zwiespalt von Nord- und Süddeutschland, den man Ihnen als ausbrechend vorspiegelt. Im Namen Baierns protestire ich gegen die undeutsche Gesinnung, die man diesem Volksstamme Schuld gibt. Baiern wird sich eben so gern der deutschen Einheit einordnen, als irgend eine andere Landschaft.

Der Schluß der Debatte wird jetzt von mehreren Seiten zugleich beantragt und angenommen, worauf Hr. Beseler als Berichterstatter das Wort erhält:

Nachdem vor sieben Monaten die Frage über das Oberhaupt lange herüber und hinüber gewogt, entschied man sich für die Einherrschaft und rief den Mann an die Spitze der deutschen Regierung, der ihr seitdem vorgestanden hat. Leider ist dieselbe Frische des Entschlusses nicht mehr in der Versammlung und es sind bei der Behandlung dieser letzten Debatte sogar Wege eingeschlagen worden, auf die ich nicht folgen kann. Fassen wir den §. 1 in's Auge, ohne für jetzt auf Weiteres, und namentlich ohne auf die Erblichkeit einzugehen. Das Direktorium würde eine Kollektivregierung, keine auf selbstständigem Willen beruhende Bundesregierung sein. Was an Intrigue, an Egoismus und Partikularismus in den deutschen Regierungen irgend steckt, das würde dort seine Vertretung finden. Wenn Sie Deutschland beruhigen, wenn Sie einen Abschluß unseres Werkes finden wollen, so stehen Sie von einem Direktorium ab. Allein noch verderblicher wäre der Turnus. Jeder Staat, der eben an der Spitze stünde, würde für sich sorgen, und wehe dann dem deutschen Bundesstaate! Die Zwietracht heiße es säen, nicht die Eintracht. Sollte endlich die republikanische Spitze die passende Form sein, die auf dreißig Monarchien zu setzen wäre? Nur ein großer, ein außerordentlicher Mann würde es vermögen, seinen Willen so vielen widerstrebenden Interessen gegenüber zum Vollzuge zu bringen. Gegen die Monarchie ist der Kostenpunkt angeführt worden. Als ob die wohlfeile Regierungsform auch darum die beste wäre? Gegen die Zeit der Auflösung des deutschen Reiches bezog der Kaiser, Judenschutz und alles eingerechnet etwa 14,000 fl. vom deutschen Reiche. Meine Herren, nichts ist dem deutschen Reiche so theuer zu stehen gekommen als dies wohlfeile Kaiserthum! (Beifall.) Das Kleindeutschland, wie es verächtlich genannt worden ist, wird 33 Millionen enthalten. Ist dies nicht eine achtungswerthe Anzahl deutscher Männer? Und gehen nicht Adressen und Zustimmungserklärungen von allen Seiten an uns ein? Dieser Meinungsausdruck ist zum allerwenigsten nicht zu behandeln — mit Spott. Sogar mit Spott von einem Bevollmächtigten derselben badischen Regierung, deren Großherzog sich mit so vieler Hingebung für die deutsche Sache erklärt hat. (Beifall.) In Norddeutschland, woher ich genaue Nachrichten habe, weiß man sehr wohl was daran liegt, daß eine energievolle Gewalt geschaffen werde und der niedersächsische Volksstamm gibt, was er einmal erfaßt hat, nicht so leicht auf. Das sind keine dynastischen Interessen in Oldenburg, Hannover, Schleswig, Mecklenburg, ebensowenig wie in Preußen, denen man das vorgeworfen hat. Sie wollen eine starke Gewalt in Deutschland, weil sie nur so in Deutschland sich glücklich fühlen (wiederholter Beifall). Aber sagt man, welche Gefahr! Wer bürgt uns dafür, wenn wir eine kräftige einheitliche Gewalt über Deutschland setzen, daß nicht unsre Freiheit bedroht wird? Daß sie nicht verloren geht? Nun, meine Herren, wenn bei der Verfassung, die wir gründen, bei den Grundrechten, welche wir von hier aus gegeben haben, wenn bei der ganzen Umgestaltung des deutschen Volks, unsere Freiheit beeinträchtigt werden kann durch ein monarchisches Oberhaupt, dann ist Deutschland der Freiheit nicht werth. (Lebhaftes Bravo.) Dann mag es die Sklavenknute küssen, aber mag nicht sagen, daß es aus einer Nation von Freien bestehe. (Große Unruhe.) Diese Unterbrechungen widerlegen mich nicht. Das, was ich spreche, fühlt Jedermann im Volke, und wenn die Männer im Volke zusammenhalten und ehrlich die Freiheit wollen, dann kann kein Monarch der Erde sie nehmen. Ich sage, es kommt darauf an, daß wir die Form finden, welche uns die Einheit der Gewalt gibt und die Macht der Vollziehung. Nehmen Sie an, was Ihnen von der Mehrheit des Verfassungsausschusses geboten wird! (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung soll so erfolgen, daß von den Anträgen, die eine Mehrzahl von Personen mit der Reichsgewalt ausstatten wollen, ausgegangen und je nachdem sie abgelehnt werden, bis zu den Vorschlägen verschritten wird, die ein einziges Oberhaupt an die Spitze stellen. Hr. v. Schmerling ist der Meinung, daß der umgekehrte Weg einzuschlagen sei. Aber der obige vom Präsidenten angegebene Abstimmungsmodus wird durch Versammlungsentscheidung genehmigt. Es kommt daher zunächst zur Abstimmung der v. Rotenhan'sche Verbesserungsantrag. Da wir ihn in Nr. 15 dieses Blattes bereits vollständig abgedruckt haben, so wiederholen wir von seinen neun Paragraphen heute nur die ersten vier, zu denen die übrigen die weiteren Ausführungen bilden.

„An die Stelle der §§. 1 und 2 des Ausschuß-Entwurfs mögen folgende 6 Paragraphen treten: §. 1. Die Regierungsgewalt im deutschen Reiche steht den Regierungen der Staaten, welche den deutschen Bundesstaat bilden, zu; sie wird aus Auftrag derselben im Namen des deutschen Bundesstaates geübt von einem Reichsdirektorium. §. 2. Das Reichsdirektorium besteht aus dem Kaiser von Oesterreich, den Königen von Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover und Würtemberg. §. 3. Die Mitglieder des Reichsdirektoriums können sich durch ihnen verantwortliche Bevollmächtigte, welche sie jederzeit zurück zu berufen berechtigt sind, vertreten lassen. §. 4. An der Spitze des Reichsdirektoriums steht von 4 zu 4 Jahren abwechselnd der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen als Reichsvorstand."

Auf Namensaufruf erklären sich für den Rotenhan'schen Antrag nur 97 Stimmen. Dagegen: 361. Drei Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. Ein Antrag von Haubenschmidt', Schauß und Genossen auf ein ähnliches Reichsdirektorium, dessen Vorsitz ein zwischen Oesterreich und Preußen sechsjährig wechselnder sein soll, über den durch Aufstehen abgestimmt wird, wird sodann ebenfalls abgeworfen. Ebenso fällt das Minoritätserachten von Schreiner, Somaruga und Genossen auf ein Reichsdirektorium von fünf Gliedern. Der nächste Antrag, über den wiederum durch Namensaufruf abgestimmt wird, ist der Welckers:

„Die höchste Regierungsgewalt wird den Regenten derjenigen zwei Einzelstaaten, welche die größte Volkszahl haben, in der Art gemeinschaftlich übertragen, daß die Ausübung derselben von sechs zu sechs Jahren unter ihnen wechsle, und daß für Verhinderungsfälle jeder von ihnen als Stellvertreter des Andern Reichsverweser sei."

Hinsichtlich des Erfolgs so wie des Ausgangs fernerer Abstimmungen verweisen wir auf die Nachschrift.

** **Frankfurt**, 18. Jan. Die Feier der Verkündigung der Grundrechte ist von heute — an welchem Tage die Grundrechte des deutschen Volkes in Kraft getreten — auf nächsten Sonntag vom Montagskränzchen anberaumt. Man behauptet, die Grundrechte seien nicht durchgehends freudigen Muthes hier aufgenommen worden, und sie mögen auch wirklich einzelne Interessen verletzt haben. Im Allgemeinen aber heißt man auch in Frankfurt die Grundrechte von Herzen willkommen; möge man deßhalb nicht die beabsichtigte Verkündigungsfeier als die Demonstration einer politischen Fraktion erscheinen lassen.

** **Frankfurt**, 18. Jan. Der Centralmärzverein hielt vorgestern im Deutschen Hof eine öffentliche Generalsitzung. Diejenigen hatten sich getäuscht, welche wähnten, es würde darin eine der obschwebenden großen deutschen Fragen berathen. Nach einer Ansprache über den Zweck des Vereins wurden Berichte über die Ausbreitung und den geschäftlichen Gang desselben erstattet, woraus u. a. zu ersehen, daß sich namentlich die demokratischen Vereine in den deutschen Ländern ihm anschlössen. Einige aufmunternde Worte beendigten den officiellen Theil der Versammlung. Die Generalversammlung war ziemlich stark besucht.

△ **Wien**, 12. Jan. Ueber die Truppensendungen nach Kremsier vernehme ich heute Abend folgendes Nähere. Der Befehl zum Abmarsch von 2 Bataillonen traf vorige Nacht um Mitternacht ein; drei Stunden später setzten sich 2 Bataillone welche in Klosterneuburg eine Stunde von hier lagen, mit einer Fußbatterie gegen die Nordbahn in Bewegung von wo sie nach Kremsier abgingen. Heute brachte man eine große Anzahl gefangener ungarischer Offiziere in Ketten hierher, unter ihnen sollen sich Graf Ludw. Batthiany — der gewesene ungarische Ministerpräsident — Graf Anton Zapary und General Moga befinden. Der Festungskommandant von Ofen, General Hrabovski, ist

ebenfalls hierher gebracht worden, doch befindet er sich während der Untersuchung, welche gegen ihn eingeleitet ist, auf sein Ehrenwort auf freiem Fuße. Die Wiedereinnahme Klausenburgs durch die Ungarn, welche seit vier Tagen als Gerücht hier cirkulirte, bestätigt sich leider. Die dortigen Deutschen werden von der ungarischen Schreckensjustiz nicht verschont bleiben. Wir konnten an diesem ungarischen Sieg — welchen übrigens General Bem mit einer Wiener Legion erkämpfen half — nur schwer glauben, weil er mit der bis jetzt bewiesenen ungarischen Feigheit in zu grellem Widerspruche steht und uns eher ein Resultat ihrer bekannten Großsprecherei schien. Doch ist nach den heutigen Nachrichten nicht mehr daran zu zweifeln.

Wien, 13. Jan. Die Cholera, die bisher blos auf das k. k. Militärhospital beschränkt geblieben, hat jetzt diesen Zauberkreis überschritten und beginnt auch unter der Bevölkerung mit unerbittlichem Ernst ihre Opfer abzufordern. (Bresl. Z.)

Wien, 13. Jan. Nach den heutigen Nachrichten aus Pesth, worüber bis Abends noch ein Bulletin erwartet wird, soll die ungarische Armee zwischen Szegedin und Debreczin eine furchtbare Niederlage erlitten haben. Eine bedeutend große Zahl ist, wie man hört, gefangen genommen, die übrigen sind nach allen Seiten zersprengt worden. (Schles. Z.)

Kremsier, 12. Jan. So eben kommt mir die verbürgte, höchst wichtige Nachricht zu, Stadion und Bach hätten sich mit dem Ministerpräsidenten, welcher auf Auflösung des Reichstages besteht, deßhalb entzweit und ihre Demission eingereicht. Wir gehen somit ernsten Ereignissen entgegen. Da die nächste Reichstagssitzung erst auf Dienstag den 16. Dezember anberaumt ist, so dürfte die Bestätigung obiger Nachricht kaum früher zu erwarten sein. (O. P. Z.)

Lith. Korr. **Berlin,** 17. Jan. Der Fürst von der Moskwa, oder wie er sich jetzt nennen muß, Herr Moskwa, welcher fortan die französische Republik hier zu vertreten bestimmt ist, wird in Kürze erwartet. Manches berechtigt übrigens zu der Erwartung, Hrn. Arago diese Stellung bald wieder einnehmen zu sehen.

In dem Wilhelmsstraßenbezirk, in welchem Hr. Rodbertus inmitten der Creme unserer Aristokratie von seinem Urwählerrechte Gebrauch machte, wurde derselbe bei seinem ersten Erscheinen in der vorberathenden Versammlung mit Mißfallsbezeugungen empfangen. Er ließ sich hierdurch jedoch nicht abhalten, an der Konstituirung der Versammlung Theil zu nehmen, und zwar mit dem überraschenden Erfolge, daß die Majorität der Versammlung ihn zum Vorsitzenden wählte.

A **Dresden,** 17. Jan. Heute Mittag um 1 Uhr wurde im Landhause im Sitzungssaale der zweiten Kammer der sechste sächsische Landtag in solenner Weise durch den König eröffnet. Zu beiden Seiten des Thrones standen neben dem Könige die Prinzen Johann und Albert; rechts vom Throne hatten die fünf Minister: von der Pfordten, Georgi, Oberländer, von Buttlar und Treitschke (welcher interimistisch für Braun das Justizministerium verwaltet) Platz genommen. Die Mitglieder beider Kammern waren zahlreich versammelt und begrüßten den König bei seinem Eintritt und Austritt mit herkömmlichem Hochruf. Der König verlas mit tonloser Stimme nachstehende Thronrede, an welche sich ein Exposé über die Landtagsvorlagen schloß, welches Hr. von der Pfordten den Kammern vortrug. Einige Diplomaten wohnten der Feierlichkeit bei, welche gegen 2 Uhr ihr Ende erreicht hatte.

Thronrede des Königs.

Meine Herren Abgeordneten! Obwohl zwischen der Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes, auf Grund dessen Ich Sie heute um Mich versammelt sehe, und dem Schlusse des vergangenen Jahres nur wenige Wochen innelagen, so ist es doch durch die rasche Förderung des Wahlgeschäftes möglich geworden, in Gemäßheit des §. 115 der Verfassungsurkunde die Einberufung des Landtages noch im Laufe der letzten Finanzperiode zu bewerkstelligen und heute denselben mit Ihnen zu eröffnen. Indessen blieb es immer nöthig, wenn nicht ein Stillstand in dem regelmäßigen Gange der Verwaltung eintreten sollte, wegen Forterhebung der zeitherigen Steuern eine Verordnung zu erlassen, welche Ihnen zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden wird. Es reihen sich daran der Rechenschaftsbericht auf die Finanzperiode $18^{43}/_{45}$, eine vorläufige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben in der Finanzperiode $18^{46}/_{48}$, ein Voranschlag der Einkünfte und Ausgaben für das Jahr 1849 und ein provisorisches Finanzgesetz auf das Jahr 1849, welchen Vorlagen im Laufe des Landtages das Budget auf die ganze Finanzperiode $18^{49}/_{51}$ nachfolgen wird. Wenn dieses Verfahren nicht allenthalben dem bei früheren Landtagen beobachteten entspricht, so liegt der Grund lediglich darin, daß es unmöglich ist, schon jetzt den Einfluß zu überblicken, welchen die Umgestaltung der deutschen Verfassung sowohl als wesentlicher Theile der Verwaltung des Königreiches auf die Einnahmen und Ausgaben der folgenden Jahre üben wird. Der gegenwärtige Landtag fällt in einen wichtigen Abschnitt der deutschen Geschichte. Das Verfassungswerk Deutschlands geht seiner Vollendung entgegen, hoffen wir zum Frommen vernünftiger Freiheit, dauernder Einheit und dadurch möglicher Stärke im Innern wie nach Außen. Wie Meine Regierung zur Förderung dieser hohen Zwecke, so viel an ihr ist, beizutragen nicht anstehen wird, so rechne Ich auch hierbei, Meine Herren Abgeordneten, auf Ihre Unterstützung, wenn es sich um die nach der Verfassungsurkunde den Kammern zustehende Mitwirkung handeln wird. Was die innern Reformen anlangt, so ist die Trennung der Justiz von der Verwaltung bereits grundsätzlich ausgesprochen. Zur Durchführung derselben, so wie zur Erzielung größerer Vereinfachung und dadurch erreichbarer Ersparnisse haben Vorarbeiten begonnen, deren Ergebnisse Ihrer Prüfung werden unterstellt werden. Abänderungen des Gewerbe- und Personalsteuergesetzes, wie der das Pensionswesen regelnden Gesetze haben nothwendig geschienen. Auf die Entwürfe hierüber wird sich Ihre Thätigkeit zu erstrecken haben. Dasselbe gilt von den Vorlagen, welche wegen Beseitigung mehrerer Grundlasten erforderlich sind. Umfangreiche Vorarbeiten sind in vollem Gange wegen Umgestaltung des bürgerlichen und peinlichen Rechtes und Gerichtsverfahrens, wegen Begründung einer selbstständigen Verfassung der evangelischen Kirche, wegen Verbesserung des gesammten Unterrichtswesens, wegen Revision der Gemeindeverfassung. Von den seit dem letzten ordentlichen Landtage mit andern Staaten abgeschlossenen Verträgen wird Ihnen gehörige Kenntniß gegeben werden. Genauere Mittheilung über die zur Vorlage bestimmten Gegenstände wird Ihnen der von Mir hierzu beauftragte Staatsminister nachher eröffnen. Wie Ich das Bewußtsein in Mir trage, stets aufrichtig bemüht gewesen zu sein, auf verfassungsmäßigem Wege das Staatsleben in gesundem Entwickelungsgange weiter zu führen, so werde Ich dieses Ziel auch fernerhin zu erstreben suchen. Ich rechne dabei auf Ihre Mitwirkung und glaube, daß durch gegenseitige Verständigung über die hochwichtigen Fragen, welche Gegenstand Ihrer Berathung sein werden, den Erwartungen am besten entsprochen werden wird, welche das Land an die gegenwärtigen Kammern zu stellen berechtigt ist.

⁂ **Hannover,** 16. Jan. Die Wahlen zum bevorstehenden Landtage sind jetzt im Gange, und man sollte der Bewegung nach zu urtheilen fast zu dem Glauben kommen, als werde das hannoversche Volk in der politischen Bildung wirklich Fortschritte machen. Wahlmanifeste, Verdächtigungen, Wahlversammlungen rc. drängen sich, und der ungeübte Mann hat seine Noth, das Richtige zu finden. Vor allen Dingen war diese Bewegung hier in der Hauptstadt stark, die bekanntlich in politischen Angelegenheiten selten energisch mitzusprechen hat. Der Volksverein war der Tummelplatz, auf dem sich die verschiedenen Kandidaten, Hantelmann II., Literat Dr. Gödecke und Lederhändler Schütz zeigten, um offen ihr Glaubensbekenntniß abzulegen. Der ehemalige Stadtdirektor Rumann war der Kandidat des Bürgerthums und Min. V. Stüve der Beamten, die früher mit gleicher Begeisterung dem alten Regimente gedient haben. Die Wahl der Wahlmänner wurde meistentheils so vorgenommen, daß man sah, wie dringend man direkte Wahlen wünscht. Vorher mußte gesagt werden, wer zum Abgeordneten gewählt werden sollte. Das Resultat war zweifelhaft, die Parteien, einerseits für Rumann und Schütz, andererseits für Hantelmann und Gödecke, standen sich ziemlich gleich gegenüber, als Hantelmann einen Ruf von der Stadt Eimbeck erhielt, so ehrenvoll, wie es vielleicht noch wenigen Männern zu Theil geworden ist, weßhalb er ihn auch annehmen mußte und somit hier aus den Reihen der Bewerber schied. Bei der nunmehr stattfindenden Wahl wurde von 63 Stimmen Rumann mit 37 und K. Gödecke mit 32 Stimmen gewählt; beide haben entschieden erklärt, daß sie die Souveränetät der Nationalversammlung mit aller Kraft aufrecht erhalten und ihren Beschlüssen unbedingt gehorchen wollen. Das Ministerium erhält also sogar in der Hauptstadt wegen seiner sonderbündlerischen Politik die entschiedenste Niederlage, und namentlich durch die Wahl Gödeckes, der mit einer eisernen Konsequenz in der hiesigen Morgenzeitung stets als offener Gegner der Minister in der deutschen Frage aufgetreten ist. Die Freunde Stüve's haben ihm sicherlich einen schlechten Dienst erzeigt, ihn hier als Kandidaten aufzustellen; er erhielt trotz aller Reden nur 5 Stimmen. Wie es den Anschein gewinnt, fallen überhaupt die Wahlen gut deutsch aus; zwar finden wir noch einige Bürgermeister und Amts-Assessoren, allein im Ganzen siegt die so sehr geschmähte Partei der Volksvereine fast überall, und unser Land wird wiederum zeigen, daß es die separatistischen Bestrebungen der Minister nicht theilt. In Duderstadt ist der Reichstagsabgeordnete Dr. v. Reden, in Peine Dr. Thiermann von Göttingen gewählt, und in der Universitätsstadt selbst unterliegt die Wahl Ellissens wohl keinem Zweifel mehr, wogegen die alte Oppositionsstadt Hameln einen Mann schickt, der dem Ministerium Schele treu gedient hat und die Republik für die beste Staatsform hält. Stüve wird wahrscheinlich von seiner Vaterstadt Osnabrück gewählt, sonst fürchten wir, daß unsere Kammern zu wenig Intelligenz in sich schließen werden, denn so bieder und ehrlich unsere Bauern und Handwerker sind, so stehen sie doch leider noch politisch auf einer zu tie-

Uebersicht.

Die österreichische Frage vor der Nationalversammlung.

*Vom Rhein, 16. Jan. Es ist mir von hohem Interesse gewesen, die Reden in der National Versammlung über die österreichische Frage aufmerksam zu verfolgen; erlauben Sie mir, einige zerstreute Bemerkungen niederzuschreiben, wie sie gerade nach der Reihenfolge der Lektüre in mir aufsteigen. Ich kann der gründlichen Berathung in der Paulskirche nichts hinzuthun; es ist aber dem großen Publikum gewiß nicht unwichtig, die Glossen der Unbetheiligten zu dem Texte der Redner zu hören, die durch die Rücksichten des Anstandes vielfach gehindert sind, das letzte Wort zu sprechen, oder es mit dem Nachdrucke zu sprechen, der der Sache gemäß wäre. Blicke ich gleich in die Rede des Vorkämpfers, Herrn Venedey, so ist da unter der Bewegung der Versammlung das Wort gesprochen worden: daß es sich um eine Theilung Deutschlands handle. Innerhalb der Paulskirche müssen sich nun die meisten Redner aus bloßer Rücksicht hüten, sich zu einer so vorwurfsvoll klingenden Absicht zu bekennen. Wir Profanen hier außen machen uns keinen Vorwurf aus diesem Bekenntniß und stehen daher auch nicht an, es kahl und nackt auszusprechen. Ja, dem unseligen Dualismus der Großmächte soll ein Ende gemacht werden, und wenn es auch um den Preis der Verkleinerung Deutschlands geschieht: denn innerlich wird es zur Vergrößerung beider gesonderter Theile dienen. Wenn es dem deutschen Volke erst geläufig werden wird, sich aus seiner methodischen Enthusiastik loszuwinden, so wird es — nicht einsehen, (denn da ist nichts einzusehen) sondern nur sich besinnen, daß seine letzte Geschichte mit Oesterreich fast nichts war, als eine faktische Theilung, Trennung und Scheidung; und daß Alles was im Gegentheile, ausnahmsweise, Zusammenhang und Verbindung war, nur zu Deutschlands Hemmung und Schaden gereichte. Soll Deutschland getheilt werden, heißt in diesem Falle nichts als: soll das Bestehende anerkannt und den hemmenden Verbindungen ein Ende gemacht werden? Und diese Frage beantwortet man sich trocken mit Ja! Oesterreich und Preußen können nur in passiver Unthätigkeit beisammen im deutschen Staate stehen; das Zusammenstehen dieser beiden Mächte in Einerlei Staat ist die nothwendige und ganz unausweichliche Ursache seiner Unmacht und seiner Bewegungslosigkeit. Darum ist von Oesterreich der deutsche Bund uranfänglich als eine neutrale Friedensmacht, d. h. als eine politische Null gemeint, gewollt und organisirt worden. Darum hat es Preußen's schwachen vorigen König in denselben Grundsatz der politischen Passivität und der Friedenspolitik um allen Preis verwickelt. Und dieß war ihm noch nicht genug, es hat sich mit Preußen zusammen der russischen Politik gefügt, wie um einen Bürgen des ewigen Friedens unter sich und nach Außen mehr zu haben. Als man in Preußen die unseligen Folgen dieser unnatürlichen Hemmung der Bewegungskraft eines großen Volkes früher zu fühlen begann, als in dem roheren, zur Stagnation geduldigeren Oesterreich, da konnte in den 30er Jahren der Anfang einer freieren Bewegung Preußens und der andern deutschen Staaten im Zollverein nur durch eine Art Bruch des Bundes, nur durch einen heraustretenden Akt der Scheidung von Oesterreich geschehen; als man kurz vor 1848 in Preußen zum zweitenmale die Natur der nahenden Zeit vorauswitterte, geschahen Schritte von Berlin aus, die nochmals zu einem zweiten Bruche des Bundes und mit Oesterreich geführt hätten. Die Antipathien zwischen Oesterreich und Preußen, lehrt uns Hr. Venedey, werden lebendiger werden als je, wenn wir sie scheiden. Wir weisen nach, daß sie während der Vereinigung schon rege werden mußten, sobald sich Ein Theil zum Handeln entschloß; und selbst während sie nicht handelten, waren die Antipathien nur im Schlummer. Wenn ein Volk aus einem Zustande politischer Nichtigkeit und Bewußtlosigkeit zu einer neuen Existenz erwachen soll, so fordert dieß wesentlich, daß es sich seiner wahren staatlichen Bedürfnisse und Interessen bewußt werde. Dieß wird um so leichter geschehen, je gleichartiger und kompakter der Staat ist. In einem Bundesstaate ist es schwer; in der Mitverbindung zweier großer Staaten, deren jeder den Anspruch auf Autarkie, auf Selbstgenugsamkeit und Selbstständigkeit macht, deren jeder in der That die verschiedensten Interessen und Bedürfnisse hat, ist es geradezu unmöglich. In solch einem Fall ist die Scheidung der unverträglichen Elemente nur Wohlthat. Beide Staatengruppen, Preußen mit Deutschland, Oesterreich mit seinen verbundenen Staaten, werden ganz im Großen zeigen, was für Vortheile in der Arbeitstheilung liegen; in beiden Gruppen wird die Theilung eigentlich erst der Anfang zur Arbeit überhaupt sein. Es werden sich dann rasch die Bedingungen herausstellen, unter denen sich beide Theile konstituiren wollen, können, müssen; es werden sich schnell die Interessen und Bedürfnisse abklären und man wird reine Rechnung halten können, in wie weit sie sich vertragen mit einander und wie weit nicht. Fände sich, daß sie gleich seien, so kann der Wiedervereinigung nichts im Wege stehen; fände sich, daß sie sich in vielen Punkten entsprächen, so können diese ein Gegenstand der Union werden und bleiben; fände sich, daß sie sich bis zur Feindlichkeit widersprächen, so denke man doch ja nicht, daß dies durch eine gezwungene Vereinigung in Einen Bundesstaat geändert oder gehindert werde. Die Sache wäre nur, daß wir die zeitweilige Vereinigung um den Preis von tausend Zerwürfnissen und Hemmnissen der zeitweiligen Trennung verzögen, die uns beiderseitig nur fördern kann. Statt daß wir uns mit den gegenseitigen Vorwürfen erbittern, wir Deutsche stießen aus, und die Oesterreicher schlössen sich aus, gestehen wir uns nur: es kommt auf beiden Seiten nur der Bruch zu Tage, der lange und immer da war, der auch in Frankfurt gleich sichtbar ward, als die Oesterreicher sich in der Sokrateslege landsmannschaftlich zusammen thaten und die Anderen sich nicht dazu fanden. In dem allgemeinen Schrei Oesterreichs gegen Frankfurt, gegen die §§. 2 und 3 kam der vorhandene Schaden von neuem an's Licht, und jetzt, da sich selbst die deutschen Fürsten für Preußens Häuptlingschaft erklären, jetzt kann Oesterreich lernen, bis zu welchem Grade sein bisheriges System, das im besten Wiederkehren ist, Deutschland von ihm entfremdet hat. Die braven Männer aus Oesterreich, die uns und sich einreden wollen, dieser Bruch sei nicht vorhanden, irren sich und uns mit Selbsttäuschung, sie halten uns auf und vergeuden ihre Thätigkeit in einer falschen Richtung. Herr Wagner aus Steyr stellt uns Oesterreich weit deutscher dar, als wir aus den Kundgebungen der Presse und der Adressen glauben durften. Ich gestehe offen, daß keine Rede für unsere diesseitige Ansicht des Verhältnisses mit Oesterreich mir so sehr dafür gesprochen hat, wie diese Rede die dagegen gemeint war. Wir meinen den deutschen Standpunkt da zu erkennen, wo selbst eine zur Reaktion gezwungene Regierung nicht zu dem Rigorismus gegen die Presse, nicht zu den Mitteln die Presse zu beherrschen greift, wie die österreichische gethan hat, wir fühlen uns deutsch nur da, wo, wenn sie es thäte, ihr ihre Anstrengung nichts hülfe. Wir fühlen uns heutzutage nur da deutsch, wo der Servilismus eine so ungeheure, folgenschwere National-Lüge nicht mehr zu Tag fördern kann, wie die Erklärung Oesterreichs aus allen Ecken und Enden gegen die Personalunion wäre, wenn sie nicht in Wahrheit der Ausdruck des Landes sein sollte! Wir fühlen uns nur da deutsch, wo Machinationen dieser Art keine Vereine, keine Magistrate, keinen Clerus, ja nicht einmal Handwerksbursche mehr zu Werkzeugen finden! Wenn die Mehrheit für die §§. 2 und 3 in Oesterreich wäre, warum spräche das Land nicht zuerst diese Erklärung gegen seine Regierung aus? Warum ließ man es schweigend geschehen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt in Zeitungen, Adressen und Reden fortwährend verunglimpft wurde? Warum unterstützte man nicht mit dem großen Rückhalte der Volksgesinnung die deutsch-patriotischen Deputirten Oesterreichs in Frankfurt? Wir fühlen uns da nicht deutsch, wo man das nicht wagt! Wenn die rechte Aufklärung in Oesterreich über die §§. 2 und 3 nicht vorhanden ist, die ein anderer österreichischer Redner gerade so sehr rühmte, warum wenden die Deputirten nicht dorthin alle ihre Thätigkeit, um diese Aufklärung zu verbreiten, warum rufen sie nicht in Manifesten auf zu dem deutschen Einheitswerk und warnen ihre Landsleute nicht vor einer ungerechtfertigten Animosität und Feindseligkeit? Wir fühlen uns nicht deutsch, wo man das nicht wagt! Die inwendige Spaltung zwischen deutschem und österreichischem Geist, ich wiederhole es, wird durch nichts so anschaulich als gerade durch diese Rede. Wenn Oester-

reichs, des Volkes, Meinung ist, den strengen Bundesstaat nicht zu wollen, so scheidet uns das; wenn es seine Meinung nicht ist, so scheidet uns die traurige Rolle, in der es kund gegeben hat, daß es seine Meinung sei. Die Kluft zwischen uns ist da, sie wird nicht gemacht, sie muß ausgefüllt werden. Dieß geschieht nicht dadurch, daß wir uns über der Kluft mühselig die Hände reichen, sondern dadurch, daß wir sie, jeder von seiner Seite her, zuwerfen. Erkennen wir diese Kluft an und scheiden wir uns freudig, ohne „Krokodilsthränen"! Entfalte dann Oesterreich seine innern Kräfte, öffne es uns Deutschen seine Schulen und die unsern seinen Kindern, lasse es die Zollschranken fallen, gebe es deutscher Kolonisation einen großartigen Spielraum (es ist dieß der Hauptboden der Gemeinsamkeit unserer Interessen), bewähre es seine Verjüngung in Thätigkeit, und die deutschen Stämme im Besonderen in ihrem geistigen und politischen Wetteifer mit dem slawischen Elemente, — und ich würde mich des deutschen Vaterlandes ewig schämen, ich würde das Volk, das ich zeitlebens kennen zu lernen strebte, vollständig verkannt haben, wenn wir nicht ehrlich österreichisch würden, wenn wir nicht von Tag zu Tage mit Oesterreich mehr verwüchsen, wenn wir in einem gefahrvollen Zusammenstoße mit slawischen Anmaßungen Oesterreich jemals im Stiche ließen.

Das deutsche Licht in der österreichischen Frage.

E. M. A. Große und unausweichliche Kämpfe und Streite bei den schwersten Fragen über Oesterreichs Stellung zum übrigen Deutschland und über den künftigen Kaiser, hadervolle, schmerzenvolle Streite, wie es ja leider nicht anders sein könnte. Eine gewisse ultramontanische Partei der Baiern und das liebevolle warmdeutsche österreichische Herz, das gern ganz in uns bleiben will und das wir in seiner ganzen Lebens- und Leibesfülle auch äußerlich ganz bei und in uns zu behalten wünschten, während es uns innerlich unverloren bleiben wird, möchten um jeden Preis die vollgeschlossene österreichische Verbindung mit dem ganzen Deutschland festhalten, ja sie möchten uns die 20 Millionen fremdartiger größtentheils halbbarbarischer Völkerstämme, die als Bruchstücke früherer Völkerfluthungen zwischen den Karpathen und den Bergen des alten Macedoniens und Illyriens hie und da unter dem österreichischen Scepter wohnen, obenein noch in den Kauf geben, was einige Ihrer Leser wohl eine Erquickung und Stärkung Germaniens nennen. Aber eben hier begegnet uns die schmerzenreiche Schwierigkeit, ja im gewissen Sinn die deutsche Unmöglichkeit, denn die Deutschen, welche ein eignes Leben und eigne Freiheit wollen, müssen sich für dieses dickleibige Geschenk bedanken: ein Nessusrock, der ihnen gelegentlich nicht blos die Haut abziehen helfen, sondern in langsamer Plage ihr bestes Mark aus den Knochen saugen, ihr bestes Herz aus dem Leibe reißen würde. Wenn wir der deutschen Zeugungskraft auch das Menschlich-mögliche zutrauen, — so viele wilde barbarische Elemente sich zu assimiliren und ungefährlich in sich zu verdauen, trauen wir ihr doch nicht zu. Wir halten auf edles Blut und wollen doch gern ein wenig ächte Merinos bleiben.

Man hat uns diese volle Vereinigung mit dem vollen ganzen Oesterreich, mit seinen 40 Millionen Seelen, unter dem Titel eines europäischen Mittelreichs von 70—75 Millionen gepriesen. O wie schön kommt der Namen hier der innern Bedeutung entgegen! China heißt bekanntlich in Asien das große Reich der Mitte. Absit nomen et omen! Wir, die doch der Hoffnung leben, aus eignen, eigensten Keimen etwas edles und großes Deutsches entwickeln und bilden zu können, wollen uns diesen Völkerrührbrei verbitten und die bestellsamen Köche, die ihn zusammenbrodeln wollen, aus unsrer Küche hinausjagen und ihre Töpfe zerschmeißen.

Dieses sogenannte große europäische Mittelreich ist bei dem Streit darüber ein Ungethüm gescholten worden, ein monstrum horrendum ingens, cui lumen ademtum. In der That dieses Ungethüm, wenn es auch nicht alles Lichts entbehrt hätte, würde auf jeden Fall das bischen germanische Licht, das noch leuchtet und leuchten soll, mehr und mehr mit schwarzgrauen und zum Theil stinkenden Nebeln überzogen haben. Wenn ein solcher Völkerrührbrei etwas liebliches wäre, warum hätten wir den Dschingis Chan unsrer Tage, Napoleon Bonaparte, nicht frei walten lassen? warum hätten wir die zornigen deutschen Arme, die sich im Jahr 1813 zum Kampf auf Leben und Tod für das Deutsche erhoben, nicht als zu einem frevelhaften, gelindest gesagt, als zu einem dümmsten Beginnen erhoben, gescholten und verdammt?

Doch wir wenden unsre Blicke ein wenig weg von den Schmerzen und Wehen des Augenblicks, wenn wir auch die tiefe Trauer der edelsten Stämme, die Trauer der Baiern, Tyroler und Oesterreicher theilen; wir wenden uns ein wenig zu dem lumen zurück, nicht zu dem dunkeln Nebellichte jenes Ungethüms, welches unser Licht verdunkeln helfen könnte, sondern zu jenem Lichte, welches sich als ein germanisches Licht hinfort in unserm Osten anzünden und so zur letzten lieblichsten Vereinigung mit Deutschland, zur endlichen Vollendung der deutschen Einheit, die Hauptwaffe werden könnte. Wir wollen dieses Licht von seiner politischen Seite einmal noch näher betrachten.

Wir Germanen sind das Volk der Mitte, das Volk des Mittelpunkts in Europa, wir und unsre Stammgenossen in allen Ländern — wir sind das Volk der Wissenschaft und Kunst, das Volk der Philosophie und Theologie, das Volk des Lichts. Eben an diesem germanischen Lichte hat es gehangen, daß in Deutschland die Frage um die Herrschaft jetzt zwischen Zweien stehen muß: eben daran, daß das Haus Oesterreich-Habsburg durch eine unselige italienische und spanische Politik, sich seit drei Jahrhunderten von dem germanischen Licht, wenigstens von dem Mittelpunkt dieses Lichtes, fast völlig abgewendet hatte — abgewendet nur von dem Jahre 1520 bis zum Jahre 1780 (macht 260 volle Jahre) und daß es seit dem Jahr 1790 in diese Lichtscheu wieder zurückgefallen ist.

Der Geist macht frei, das Licht macht frei, die Wissenschaft macht frei und herrscht mit dem mächtigsten Scepter: durch den freien protestantischen Geist sind in ihren Tagen Holland, Schweden, Preußen groß geworden, durch den Geist und durch das Meer; denn von dem Meere weht noch lebendiger als von den Bergen die unüberwindliche Freiheitsluft. Durch einen undeutschen, durch einen italienisch-spanischen Geist, ist Oesterreich still gestanden: wer still steht, geht politisch, er geht in Allem zurück.

Was Preußen nur berührt hat, das hat es germanisirt, hat es mit den sprudelnden übersprudelnden Funken germanischen Lichts gefüllt; aber selbst in Oesterreichs deutschen Ländern hat das deutsche Element nirgends das slavonisch-wendische überwinden oder sich einverleiben gekonnt. Das haben die blutig grauenvolle Vertilgung des Protestantismus und die Jesuitenschule und Jesuitenuniversitäten verschuldet. Von der österreichischen Zukunft, wenn der Geist wirklich freigegeben wird, wollen wir Besseres und Glücklicheres hoffen.

Bei dem großen Streite, welcher diese jüngsten Wochen die Herzen und die Munde erregt und bewegt hat, ist von vielen wackern Oesterreichern, welchen wir den überwallenden Zorn gern verzeihen, bei der Erörterung von Oesterreichs Beruf für das deutsche Vaterland, auf den Osten unserer Donau und auf das schwarze Meer und auf die Küsten und Länder darüber hinaus mit Recht hingewiesen worden, und wie Oesterreich deutsches Licht und Leben dahin tragen und die Wege und Auswege für alle äußeren und stofflichen Vortheile und Belange des deutschen Vaterlandes dahin öffnen und brechen werde. Bis jetzt — wer will es leugnen? — hat es das nicht genug gekonnt, ja hat es deswegen wenig gekonnt, weil es das deutsche Licht daheim unter den Scheffel gestellt hatte.

Und nun, indem ich auf diese Ansicht und Betrachtung nicht weiter eingehe, wie Oesterreich die mannichfaltigen durch einander geworfenen Völkerstämme, welche südlich und nördlich um die Donau herum bis zu ihren Ausflüssen hin gleichsam als vorsündfluthliche Brüche der Geschichte daliegen, allmälig hätte germanisiren und durchleuchten können und sollen, wenn es der rechte prometheische Laternenträger geworden wäre, werfen wir von jenem Osten gegen unseren Süden und Südwesten wieder einen Lichtblick zurück und zeigen die Zukunft in folgenden Hoffnungen und Entwickelungen:

Man klagt, in demselben Augenblicke, wo man so viel von Deutschlands Einheit fable und stolz und trotzig singe „das ganze Deutschland soll es sein!" werde Oesterreich gleichsam halb ausgeschieden, und durch diese Ausscheidung, durch diese auf jeden Fall nur losere Verbindung gleichsam entlassen. Die Heftigen sagen sogar ausgestoßen. So sieht es aus. Wir wollen hoffen, daß es so nicht geschehen könne, daß das deutsche Licht, das jung angezündete Licht der deutschen Freiheit und Liebe solches

Unglück siegreich verhindern werde. Und hier spreche ich mein Letztes, Größtes aus, dessen Vorahnung diese ganze Betrachtung zu Papier gebracht hat.

Wenn Oesterreich die große politische Freiheit wirklich ersiegt, wenn das freie fröhliche Element des Lichts wirklich entfesselt wird, wenn Wissenschaft und Kunst mit allen ihren Flammen brennen und leuchten dürfen, dann darf ich, wie ich die verschiedenen Triebe und Anlagen der Völker kenne, keinen Augenblick zweifeln, daß das germanische Element über die unvollkommneren fremdartigen Elemente immer mehr siegen wird, daß die Sehnsucht nach dem großen Urlichte immer lebendiger und glühender wachsen wird: ich sage, nach dem Lichtmittelpunkte, nach dem Herzen Deutschlands. Oesterreich kann und wird uns für die Zukunft nicht verloren gehen, sondern wird, je frischer und stärker unsere Lebenspulse schlagen und unsere Lichter funkeln, von Jahrzehend zu Jahrzehend immer mehr wieder unser werden, ja endlich wieder ganz und mit vollster Inbrunst der Liebe uns an's Herz fallen.

Ich setze hier, wie eben gesagt, bei uns den frischen Fortschritt des Lebens, ich setze Freiheit, Macht und Ruhm voraus. Wenn wir hier wirklich leidlich gute und tüchtige Arbeit machen, wenn unsere Nachfolger in diesem Hause das Werk immer mehr vollenden — o, dann haben wir uns nicht blos nach den österreichischen Brüdern umzusehen; es werden in das warme, freundliche Vaterhaus mehrere Söhne wieder hineintreten, die lange abgeschieden waren. Nicht um Oesterreich allein ist zu sorgen und zu klagen, **das ganze Deutschland** muß es sein! Es sind noch vier liebe Brüder da, der Schweizer, der Elsässer, der Belgier, der Holländer. Sie werden einst wieder kommen, sie werden wieder kommen müssen, beides aus Noth und aus Liebe.

Wir müssen also das liebe Vaterhaus wohnlich ausbauen, mit starken Mauern, hellen Fenstern, luftziehenden Schornsteinen, damit Rauch, Dampf und Dunst gehörig hinausfliegen können, und mit einem festen, schirmenden Dache darüber. Das lose und dünne sogenannte republikanische Laubdächelchen, womit Schnee und Sturm und Regen ein leichtes Spiel hätten und woraus die rothe Mord- und Blutfahne als höchste Zier und Spitze ragen soll — dieses in diesen jüngsten Tagen uns so sehr anempfohlene Dach mögte die ausgeschiedenen Brüder eher abschrecken, sich wieder wohnlich bei uns niederzulassen.

Berlin.

*****Berlin**, 14. Jan. An uns rächt sich die Sünde. Hätten wir ein starkes Parlament, eine gesunde Nationalversammlung, hätten wir den vereinigten Landtag hinter uns mit seinen Charakteren und Talenten, welches Gewicht würde Preußen in die germanische Wagschaale werfen! Jetzt sind es nicht unsre eigenen Kräfte, Thaten, Stimmen, die für uns die Kugeln in die große Wahlurne thun, es sind die Stimmen der andern Stämme, zum Theil derer, die bisher unsre Feinde waren. Es sind, wenn die Wahl für uns ausschlüge, nicht unsre Tugenden und Verdienste, (die wir wohl verfechten würden zu anderer Zeit), es ist die Macht der erkannten Nothwendigkeit. Wir selbst sind still, und wir müssen still sein, wo wir ein Recht hätten laut zu reden. Welches Wirrsal, welche wunderbar geschlungene Macht der Verhältnisse zwingt uns zum Schweigen! Bescheidenheit, Gottergebenheit, Besorgniß vor neuen Umschwüngen, vor neuen Rivalitäten und — wahnsinnige Parteiverbissenheit. Lassen wir die ersteren Faktoren ganz bei Seite; aber sie sind da! Wer änderts, daß Die, um deren Haupt der verbleichende Glanz der Krone, oder die Erbaussicht darauf schwebt, nicht von Friedrichs kühnem Geist erfüllt sind, daß sie, erschreckend vor kühnem Griffe, es an sich kommen lassen wie Gott will. Wer änderts, daß die Vorsehung solch wunderbar Spiel zuließ, im Volke die sittlichen und religiösen Gefühle von einem Wahnsinnfieber verzehren lassend, während sie den Kronenträgern ascetische Demuth ins Blut hauchte! Sonst vertrug sich wenig damit das körnige alte, das specifische Preußenthum; nun will auch das der Zufall, daß sie beide auf derselben Schanze stehen. Das Preußenthum steht fest da, läugnen wir es uns nicht ab, in stolzer Selbstgenügsamkeit will es die fremde Krone nicht, es fürchtet, daß die Krone, die der erste Friedrich sich selbst aufs Haupt drückte, an welcher der zweite das Gold zu sprödem Stahl umhämmerte, dadurch an Haltbarkeit verlieren könne. Aber dies hat im Ganzen wenig auf sich. Wenn die Reichstagsboten mit der Kaiserkrone zum Finkler kämen, und er nähme sie an, zum Wohl des ganzen Volkes, dann würde das murrende Gefolge in das Unvermeidliche sich finden; vielleicht zuletzt sich freiwillig zum Römerzuge stellen. — Das Alles ist das Mindere, indeß wir in diesem großen Momente, von dem Deutschland und die Weltgeschichte eine neue Wendung erwarten, kaum an das Moment denken, das darin liegt, und im kleinen Parteikampfe das Ungeheure übersehen! Wird das die künftige Zeit glauben können, wollte ich mich eben fragen, daß im Augenblick, wo die Völker auf Preußen hinblicken, um Deutschland seine Einheit zu geben, daß in diesem gewichtigen Augenblick die Parteien in erbittertem Wahlkampf sich in den Haaren liegen, daß das ihnen das Wichtigste scheint? Aber die Geschichte hat längst darauf geantwortet. Wo nicht intriguirten und zerfleischten sich die Parteien, während der Gesammtfeind vor den Mauern stand, und wenn nicht in seiner Gräßlichkeit, so hat sich Jerusalems Beispiel nur zu oft in seiner Erbärmlichkeit im heiligen römischen Reiche wiederholt. Ueber die Wahlschlacht, die in acht Tagen beginnen wird, ist jene Frage in den Hintergrund gerückt. Ein einiges Preußen, und wir hätten ein einiges Deutschland, trotz Baiern, Sachsen und Hannover. Aber es ist besser, auf Tod und Leben zu kämpfen, ob die Verfassung, über deren Güte wenigstens zu $\frac{5}{6}$ die Parteien einig sind, und deren letztes Sechstel im Wege der Revision leicht geändert werden kann, als zu Recht bestehen kann, weil sie oktroyirt ist, oder ob man sie umwerfen muß, weil das Prinzip der Vereinbarung verletzt ist? Diese Kämpfe, bis in die Bierkneipen und Branntweinschenken hinab geführt, widern uns an. Und erläge Deutschland darüber, welche höhnische Freude bereiteten wir den Nationen, die uns verachtet, daß sie uns eine Grabschrift setzen könnten: „Hier liegt eine Nation von Theoretikern und Idealisten; sich selbst bis in den Tod getreu, starb sie, ehe sie zum Bewußtsein ihres Lebens erwachte, an einem Prinzipienstreite." Und wer werden diese Nationen sein, die an unserem Grabe stehen und in unsere Erbschaft sich theilen? Der Franzose und der Russe und der kleine grimm lächelnde Däne? Mit spöttischer Wehmuth rief uns ja mancher Franzose ehelängst zu: liebe Nachbarn, warum werdet ihr Politiker, Geschöpfe wie wir Alle, und gebt darum auf euer Patrimonium der Wunderlichkeit, Gemüthlichkeit, der Gelehrsamkeit und Idealistik, die euch freilich nicht satt machten, aber doch interessant? Ich sorge am wenigsten vor dem Franzosen. Er ist des Eroberns satt, aber die Furcht ist vor den Schutzherren. Wenn der russische Adler seine Flügel über uns breitet, um uns an seiner warmen Brust vor der Zügellosigkeit und Gottlosigkeit zu schützen, dann freilich muß auch die gallische Henne uns ihrerseits schirmen wollen. Es geht nicht anders. Und liegen wir im Todeskampf zwischen den Krallen unserer Schutzherren, dann wäre es wohl möglich, daß der Leopard von Albion sich seines armen Vetters in der letzten Stunde erbarmte, mit gewaltigem Satz dazwischen führe, und wenigstens, um der Verwandtschaft willen, ein Stück vom Leibe unter sein Schild nehme. Ich glaube, er meinte es nicht ernst, als er jüngst sprach: weil wir die Freiheit nicht begriffen, wären wir der Knutenherrschaft werth. Nein, er beglückte wohl das gerettete Theil unseres zerrissenen Ichs mit einer Prokonsularherrschaft, unter der wir unsere Eigenthümlichkeit ausbilden könnten ganz nach Gefallen, wie die Griechen in den jonischen Inseln, die Malteser, die Spanier in Gibraltar. Auch wäre er vielleicht übergroßmüthig und baute uns eine deutsche Flotte unter dem Kreuz von Sankt Gürgen. Und noch eine Möglichkeit! In Oesterreich bohren und miniren die Südslawen und finden vielleicht im durchwühlten Boden die Krone der Libussa zu einem großen Slawareiche. Die Czechen verstehen es wenigstens, sie halten fest zusammen und lachen still über unsern Prinzipienstreit. Sie wissen was sie wollen, und greifen darum nicht nach Theorien. Wie, wenn sie es wären, die nach der Erbschaft der Jungfrau Germania griffen, gestorben in den Wehen einer Geburt, die zu heftig war für ihre alternden Kräfte? Das sind häßliche Träume! Wie sollen sie anders sein, da sie nur das verzerrte Spiegelbild der Wirklichkeit sein können? Und doch, während ichs schreibe, schießt wieder ein hellerer Morgenstrahl aus Frankfurt auf. Wenn Sie dies drucken, vielleicht ist's bis dahin entschieden, und möchten Sie die Nachschrift machen können: es waren lügnerische Träume, wir sind zu einem schönern Morgen erwacht.

Aus Thüringen.

♃ Aus Thüringen, 18. Jan. Jetzt, wo die Versuche einer festeren Gestaltung Thüringens an den unauslöschlichen Sondergelüsten der Einzelstaaten so ziemlich gescheitert erscheinen, dürfte es Ihnen vielleicht nicht uninteressant sein, Einiges über unsere Zustände aus ungetrübter Quelle zu erfahren. Ich werde mich bemühen, so parteilos als möglich zu schildern, was ich gesehen und gehört; sprechen die Thatsachen gegen die eine oder die andere Partei, so kann ich nichts dafür; ich vermag nicht weiß zu finden, was mein geistiges Auge schwarz nennen muß. Es ist natürlich, daß die Agitation der Fortschrittspartei in Thüringen einen sehr fruchtbaren Boden fand. Es war eben sehr wenig fortgeschritten worden in politischer Hinsicht. Das väterliche Regiment der meisten der vielbenachbarten Souveräne hatte sich häufig mit Aeußerlichkeiten begnügt, und so gering, namentlich in Reuß und Schwarzburg, die Staatsabgaben waren, so drückend waren vielfach die gutsherrlichen Lasten, an deren Lösung Niemand ernstlich gedacht zu haben scheint, obgleich Sachsen so nahe liegt, wo man des Beispiels genug finden konnte, wenn man wollte. So entstand denn auf dem Wege der naturgemäßen Folgerichtigkeit Zweierlei: Eine heftige Aufregung und ein sehr fester passiver Widerstand gegen alle Feudallasten und eine der drolligsten politischen Bewegungen, die das an merkwürdigen Erscheinungen so reiche Jahr 1848 darzubieten vermag. Das politisch noch ganz kindliche Volk (ich spreche von der Majorität der Massen) glaubte, es sei endlich die Zeit der Selbsthilfe gekommen; es ward nichts mehr geleistet und gezahlt, wie anderwärts, mochten auch die angeblichen Feudallasten erst durch Verträge vor 8 bis 10 Jahren geschaffen worden sein — wie ich durch Beispiele zu belegen vermag. Nirgends hat die Idee mehr Wurzel gefaßt, als hier, daß die ganze Bewegung ein Rechtsmittel der Armuth gegen den Reichthum sei, und die Armen schwören aufs Evangelium, die Stände — oder die Republik — werde als erstes Geschäft ihnen ein entsprechendes Eigenthum zuweisen, steuer-, tax- und sportelfrei versteht sich, und die besitzenden Bauern meinen, die Steuern hätten schleunigst aufzuhören. Wo das an die Armen Herauszugebende herauskommen soll, erfährt man nur zufällig; es wird Einem da in's Ohr geraunt: vom Adel. Der Adel zählt nicht zum Volke, hat Berlepsch so oft erzählt, und der Wäldler schließt einfach weiter: folglich hat er keine Menschenrechte. — Es gibt nun zwar jetzt, neben den zahlreichen Behörden, immer noch eine starke Brigade Reichstruppen im Lande, aber sie werden nicht verwendet. Die mühsam heraufbeschworene Begriffsverwirrung über die Eigenthumsrechte will von einem Anerkennen gültiger Rechtstitel nichts wissen — abgelöst wird nicht, nur geschenkt genommen und einstweilen nicht bezahlt; wir sind auf dem besten Wege, das Eigenthum als eine Sünde zu erklären; Staats- und Privatwaldungen werden noch jetzt auf eigene Faust von den Nachbardörfern abgetrieben, so daß ich zwei ansehnliche Strecken von Augenschein kenne, wo 30—40jährige Bestände auf diese Weise in kulturbedürftigen Waldboden umgewandelt wurden. Wie das möglich sei? Ja, Herr Redakteur, es ist eben das allgemeine Kreuz: Vernunft und Muth sind nicht beisammen. Die vernünftigen Leute legen die Hände in den Schooß und seufzen gen Himmel, während das mündige und souveräne Volk Holz — nimmt, wo es dasselbe findet und in anderweiter eigenthümlicher Begriffsverwirrung seine Mündigkeit klar an den Tag legt. Ach, sagen viele Leute, sogar in Aemtern, wenn nur die Reichstruppen dableiben, wir riskiren sonst Alles! Und darum geschieht nichts, trotz der Anwesenheit der Reichstruppen.

Die Wahlen, die aus einem dergestalt theils indifferenten, theils getäuschten, in beiden Theilen aber äußerst mündigen — denn auch Muth gehört zur Mündigkeit — Volke hervorgehen können, ist leicht zu ermessen. Die Wortführer der Radikalen, die so viel der oben angedeuteten Begriffsverwirrung Schmeichelhaftes versprochen haben, daß sie anderwärts, d. h. bei einer mündigen Bevölkerung, als Lügner mit Schimpf und Schande von den Rednerbühnen verjagt worden wären — und der ihnen nothwendige Schweif blindgläubiger Jaherren, das sind die Landtage der souveränen thüringischen Staaten. Noch nirgend sind so glänzend unfähige politische Versammlungen gesehen worden als hier, von dem Geraer Parlamente, in dessen Sitzungslokal, wegen freierer Berathung, die Tribünen mit Strohmatten belegt sind, bis zur Rudolstädter Konstituante, deren jetziger Präsident ein treffliches Mittel gefunden hat, seine Ansichten durchzubringen. Er wirft nämlich dem hartnäckigen Gegner ein keckes: Sackerment, Sie haben nun genug gesprochen! entgegen, wohlgemerkt, ohne daß das folgsame Haus ihn zur Ordnung verweist, und nimmt sich dann die nöthige Zeit, um seine Ansichten vorzutragen. Und warum nicht? führt der Weg etwa nicht zum Ziele? Wer wird sich an kleinliche Bedenken, wie parlamentarischer Gebrauch rc. rc. in so großen Zeiten stoßen? Früher ward es als ein Verbrechen verrufen, wenn ein Offizierkorps eines seiner Mitglieder wegen politischer Ansichten ausschied. Jetzt ward von besagter Konstituante dem Rudolstädter Offizierkorps eine solche Purifikation als Ehrensache aufgelegt, weil eines seiner Glieder eine Meinung geäußert, die allerdings weder zeitgemäß noch klug sein mag, aber keineswegs verbrecherisch ist, noch der Pflichterfüllung des sonst tüchtigen Offiziers hinderlich wird. Die Verhandlungen über den Lobensteiner Exzeß waren die spaßhaftesten, die ich je gehört; man bemerkte, wie lüstern die Herren nach dem Regieren sind. Möchte nur wissen, ob die armen Regierten nach längerem Regimente besagter Herren noch lüstern nach der Fortsetzung sein werden!

Was soll aus diesen Zuständen werden? Auf der einen Seite Mangel an sittlichem Gefühl, an Achtung vor dem Gesetz, geschickt und keck benutzt von ehrgeizigen und nicht sehr engherzigen Lenkern, die ihre Differenzen mit den Kriminalgesetzen durch ihre Sorge für das Volkswohl zu rechtfertigen suchen; auf der andern Seite Mangel an moralischem und physischem Muthe, Indifferentismus, kleinliche Bedenken, ob Nachbar Kunz seinen Schnaps sonst bei Hinz holt, anstatt bei mir, und dergl., der Radikalismus in schönster Gestalt mit all seinen klingenden Phrasen und erbärmlichen Leistungen, seinem Gefolge von Unverstand und Bornirtheit im Besitze der Gesetzgebung, keine Behörde durch sich selbst bei Macht und Ansehen, keine Bürgerschaft mit dem Entschlusse, sich nicht mehr durch ihre bewaffneten Proletarier tyrannisiren zu lassen — — angesichts dieser Zustände müssen Verhandlungen scheitern, die den einzigen Weg zum Heile öffnen können? Ist denn ein anderer Grund für die allgemeine Auflösung als eben die Zerrissenheit, die Kleinheit, die bewirkt, daß jeder Mißton, auch der leiseste, im ganzen Staatsgebäude wiederhallt? Denkt man denn, Deutschland könne immer Reichstruppen hier haben auf allgemeine Kosten? So wenig ich Freund ausgedehnter Centralisation bin, — aber wer Kraft haben will, muß sie vereinigen, sonst wirkt sie nicht. Und gedenkt man denn wirklich mit 8 Landtagen durchzukommen? für einen Distrikt nicht so groß wie Sachsen? Hält man das Gesetzgeben für so leicht, daß man glaubt, Material zu 8 Landtagen liefern zu können? Und wo bleibt die Teilung der Gewalten bei einer Konstituante für 15, sage fünfzehn Quadratmeilen? Ja, sagen die Radikalen, wir wollen die Gewalt nicht theilen, und die Regierungen sagen auch ja, weil sie lieber ihr Land in den Händen unfähiger Versammlungen sehen, als ein Titelchen von ihrer Partikularsouveränetät hergeben.

Das Spiel, das die mittleren Staaten mit der Centralgewalt spielen, zeigt sich in Miniatur bei den kleinen, und während Baiern vielleicht auf seine Souveränetät eifersüchtig sein darf, weil es doch wenigstens einen Schatten davon wirklich besitzt, bewachen Meiningen und Koburg nur den schattenlosen Namen einer Sache, die ein Unding ist für fünfzig Quadratmeilen. Wohin soll das führen? Hat man sich diese Frage nicht beantwortet oder täuscht man sich mit unmöglichen Phantasien? Armes Deutschland! Es ist wirklich, als stünde geschrieben, du solltest nicht zu Macht und Ansehen gelangen!

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 20. Frankfurt a. M., Samstag 20. Januar. 1849.

Uebersicht.

Die Berathung über das Reichsoberhaupt.

Deutschland. Frankfurt (Die österreichische Regierung und die österreichischen Deputirten. Commodore Parker. Der Herzog von Nassau für ein Erboberhaupt.) Wien (Ministerium und Reichstag. Die Grundrechte. Die Deutschkatholiken.) Olmütz (Die Ostdeutsche Post. Der Reichstag. Einfall der Szekler in die Bukowina.) Berlin (Die Wahlbewegungen. Wunderbare Gerüchte. Die Stellung Preußens. Schrift des Herrn v. Usedom. Schreiben des Herrn Temme an den Justizminister. Berathungen im Handelsministerium. Schulmännerberathung. Irvingianer.) Posen (Weitere Sitzung des polnischen Reichstags. Adressen aus Bromberg an die National-Versammlung.) Magdeburg (Rundschreiben des Konsistoriums. Gebete für die Wahlen.) München (Konstituirung der zweiten Kammer. Vorversammlung. Ministerium und Kammer. Auflösung des baierischen Truppenkorps in Schwaben.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Duderstadt (Herr v. Reden.) Karlsruhe (Störung in der Sitzung der zweiten Kammer.) Kassel (Adresse des kurhessischen Landesvereins für Preußen. Kammerverhandlungen über die deutsche Oberhauptsfrage.) Offenbach (Der Bürgerverein für Preußen.) Aus Schleswig-Holstein (Adresse gegen die Losreißung Schleswigs. Fregattenbau in Flensburg.) Kiel (Versammlung von Volksvertretern.) Hadersleben (Empfang der Schleswig-Holsteinischen Post in Jütland.) Hamburg (Verfassunggebende Versammlung. Writting.)

Großbritannien. London (M. Chronicle über die preußische Oberleitung. Verstärkung und neue Organisation der Polizei in Irland. Freude in Portsmouth über Baring's Ernennung. Erledigte Parlamentssitze. Palmerston und die Zeitungspresse.)

Oesterreichische Monarchie. Von der galizischen Grenze (Galizien und die Bukowina in Belagerungszustand.)

Italien. Rom (Die Stimmung des Volks. Die Exkommunikation und die Gegendemonstration.) Aus Oberitalien (Die Gesandten zum Brüßeler Congreß.)

Nachschrift.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 19. Jan. Endlich, nach vier langen Tagen, sind die unerquicklichen Verhandlungen über §. 1 der Oberhauptsfrage geschlossen worden. Welche entsetzliche Geduld gehörte dazu, ihnen zu folgen! Fast nur Dii minorum gentium traten auf, die Andern hielten sich weislich zurück. Wie war es auch möglich, in dieser nach allen Seiten, in Reden und Schriften, so bis auf den Grund erschöpften Frage noch etwas Neues vorzubringen — oder auch nur für das Bekannte eine neue anziehende Form zu gewinnen? Mit Absicht zog die Mehrheit die Verhandlungen in die Länge; sie hoffte vielleicht, durch irgend ein äußeres Ereigniß, durch die Erklärungen der Fürsten und Stände für den König von Preußen, durch die Mittheilungen die Camphausen von Berlin bringen sollte, manches noch schwankende Gemüth zu sich hinübergezogen zu sehen; sie setzte sogar, wahrscheinlich um Camphausen zu erwarten, die Verhandlungen einen Tag aus; zuletzt mußte sie auch ohne seine Ankunft zur Abstimmung schreiten.

Die Würde des Reichsoberhaupts wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen — das ist das Ergebniß, das gewonnen worden. Die praktischen Rücksichten, die bei dieser Entscheidung zur Sprache kamen, waren alle schon in der österreichischen Frage gewürdigt worden; soweit die Verhandlungen sich also nicht auf theoretischem Felde bewegten, waren sie nur Wiederholungen dessen, was in der vorigen Woche bereits durchgekämpft worden — und wir fürchten sogar, wir sind noch nicht am Ende dieser Wiederholungen, denn wer seine Meinung über alle diese eng verbundenen Gegenstände noch nicht geäußert hat, der wird sich bei der Frage nach der Erblichkeit zum Worte melden.

Wie dankbar wir unter solchen Umständen denen sein müssen, die den abgespannten Nerven die wohlthätige Erschütterung des Lachens bereiteten, kann jeder Gefühlvolle ermessen. Wirklich fügte es auch ein gütiges Geschick, daß fast jede Sitzung ein so wohlthätiges Ende nahm. Die Ermüdung des ersten Tages, die um so größer war, als die Versammlung sich noch nicht von der Leidenschaftlichkeit der österreichischen Berathung erholt hatte, unterbrach Jahns urkräftige Ausdrucksweise. Die Derbheit seiner volksthümlichen Vergleiche stach gar zu wunderbar ab gegen die Magerkeit der vorgegangenen Abstraktionen! Am folgenden Tage gab sich Hr. Strache aus Böhmen her, die Versammlung aufzuheitern. Er wiederholte die Versicherung „Deutschland bestehe aus Oesterreich, Preußen und den übrigen deutschen Ländern," so lange, bis die Versammlung zu einer seltenen Einstimmigkeit im Lachen gekommen war. Er nahm dies für ein Zeichen der Ungläubigkeit, und bestand nur desto fester darauf; „man halte es zwar für eine Abgeschmacktheit, es sei aber doch wahr: Deutschland besteht aus Preußen, Oesterreich und den übrigen deutschen Ländern!" Am dritten Tage endlich war Herr von Lassaulx naiv genug, ein Kaiserthum Habsburg damit der Linken empfehlen zu wollen, daß er die großen Feldherrn Windischgrätz und Jellacic verhieß!

Sollen wir nun ernsthaft den Kern der Verhandlungen angeben, so sind es vor Allem die Gegensätze, in denen derselbe Partikularismus sich aussprach, die wir hervorheben müssen. Es war, als ob jeder Stamm übereingekommen wäre, was von dem Gesichtspunkt seiner speciellen Verhältnisse für und gegen die Einheit der Verfassung gesagt werden könne, geltend zu machen. So traten sich aus Baiern Phillips und Stahl, aus Sachsen Eisenstuck und Biedermann gegenüber. Man bewunderte vor Allem den Reichthum der Sachkenntniß, mit der Herr Stahl alle die Einwände zurückwies, als würde der Süden vom Norden übervortheilt werden können, als würde Baiern seinen politischen Einfluß verlieren, als würde namentlich die Industrie keinen genügenden Schutz finden. Herr Biedermann hätte für die Wärme, mit der er von seinen engern Landsleuten den Vorwurf undeutscher Gesinnung zurückwies, mehr Dank verdient, als ihm Herr Eisenstuck später zu Theil werden ließ. Welche Gründe die republikanische Partei für ihre Vorschläge aufzustellen pflegt, ist bekannt; uns ist in dieser Beziehung nichts Neues aufgefallen. Mit unendlichem Humor aber widerlegte Herr Bassermann alle ihre Deduktionen, oder vielmehr, er räumte sie aus dem Wege: aus den Gründen, die verschiedene ihrer Redner aufgestellt hatten, wußte er immer zwei herauszunehmen, die, nebeneinandergestellt, sich widersprachen, und so schlug er sie mit ihren eignen Waffen. Als er bemerkte: Sie wollen ein eignes Reichsoberhaupt schaffen, wir wollen einen der schon vorhandenen Fürsten dazu machen — so sind wir es doch nicht, welche die Throne vermehren: Geht es nach unserm Sinn, so bleibt es ja bei den 34 — da lohnte allgemeiner Beifall den heiteren Beweis.

Einen würdigen Abschluß der ganzen Verhandlung machte des Berichterstatters Beseler's Rede. Er trennte von der Frage, die zur Entscheidung vorlag, Alles, was von Nebensachen durch die langen Berathungen hineingemischt war, und mit einfacher, würdiger Sprache faßte er kurz zusammen, welche überzeugenden Gründe für die Einheit sprächen.

Drei Prinzipien waren es, welche in den Anträgen, über die jetzt abgestimmt werden sollte, enthalten waren: eine einheitliche fürstliche Spitze, eine vieltheilige fürstliche und eine republikanische. Was sollte man zuerst zur Frage stellen? Darüber entspann sich jetzt ein kurzer Kampf. Den Anhängern der ersten war es offenbar am günstigsten, wenn ihr Antrag zuletzt kam, weil sie dann Einige, die vielleicht in zweiter Linie für ihn stimmten, gewinnen konnten, umgekehrt wünschten es natürlich die Anhänger eines Direktoriums. Das Stärkste, sagten sie, und unter ihnen Hr. Schmerling, müsse zuerst kommen, und das sei der Kaiser; das Allerstärkste aber, entgegnete mit einem glücklichen Wortspiel Herr v. Vincke, sei doch, den Deutschen zuzumuthen, sich sechs Herren zu

setzen; das Direktorium müsse zuerst kommen. Man entschied sich nach seiner Meinung, und nachdem alle übrigen Anträge verworfen waren, wurde der des Verfassungsausschusses mit einer größern Mehrheit, als man erwartet hatte, angenommen. Die Anhänger des Direktoriums bewiesen eine traurige Konsequenz; Rotenhan, Detmold, Schmerling und Welcker stimmten auch jetzt noch dagegen, Radowitz stimmte dafür. So oft aber ein Mitglied der Linken, z. B. Löwe von Calbe, sein Ja abgab, erscholl lauter Jubelruf der Versammlung und der Gallerie — und der Beifall wollte kein Ende finden, der die Verkündigung des Ereignisses begleitete.

Mögen die Mitglieder der Versammlung, die ihre persönlichen Wünsche aufgaben, um eine Entscheidung herbeiführen zu helfen, welche das Wohl des Vaterlandes erheischt, mögen sie in diesem Beifall, den ein tausendfältiges Echo durch ganz Deutschland trägt, ihren Lohn finden! Wenn erst die echt vaterländische Gesinnung der Selbstentäußerung bei uns heimisch wird, dann ist es um Deutschlands Größe wohl bestellt!

00 **Frankfurt**, 19. Jan. Gestern hörten wir die Aeußerung eines österreichischen Deputirten: „Wenn die Deutsche Zeitung (vom 18.) uns für so dumm hält, wir würden austreten, oder uns des Stimmens enthalten, so irrt sie sich gewaltig; wir werden zu verhindern wissen, daß ein preußischer Fritz zum deutschen Kaiser gemacht werde." Es handelt sich aber bei der Frage des Austritts oder des Nichtstimmens während der Ungewißheit über das Schicksal Oesterreichs nicht um eine Frage des politischen Verstandes, sondern um eine Frage des Taktes, den Schein zu vermeiden, als ob man blos das Zustandekommen jedes Resultats verhindern wolle. Der hohe patriotische Sinn aus dem zweiten Theile der Aeußerung ergibt sich von selbst. Die Oesterreicher scheinen überhaupt zum Theil wieder auf den Standpunkt angekommen zu sein, wo sie sich mit ihrer Regierung solidarisch verbunden dem Ausland, d. h. Deutschland, gegenüber betrachten, sonst hätten sie schon in der Frage über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland, statt gegen die Majorität der Nat.-Vers. und die §. 2 und 3, vielmehr gegen ihr eigenes Ministerium und dessen Erklärung Front machen müssen. Noch mehr müßten sie es jetzt, wo, schlimmer als der eingestandene und offene Absolutismus Metternichs, eine Despotie neben einer Scheinverfassung und einem Scheinreichstag regiert, den man bei seinen Berathungen maßregelt, hinter dem das Ministerium ein Preßgesetz, ein Rekrutirungsgesetz gibt, Zeitungen unterdrückt, Religionsgesellschaften ausschließt, die Lehrfreiheit auf auch unter Metternich unerhörte Weise beschränkt, kurz ein Reichstag, der nur eine Steuerbewilligungsmaschine ist. Aber gegen dieses Verfahren hört man keine Beschwerden, ja einem solchen täglich um eine Freiheit verkürzten Staate sollen wir uns unterordnen!

Parl. Korr. **Frankfurt**, 19. Jan. Gestern ist Commodore Parker hier eingetroffen. Er wird wohl zunächst die von dem Reichsministerium bisher getroffenen Anstalten mit kundigem Auge prüfen. Hoffentlich sind die Vorbereitungen der Art, daß der ehrenwerthe Commodore darin die Veranlassung findet, im Falle der Noth die Anführung unserer jungen Flotte zu übernehmen, womit das Kabinet von Washington, wie wir versichern zu dürfen glauben, sich vollständig einverstanden erklären würde.

Aus glaubwürdiger Quelle geht uns soeben die Nachricht zu, daß auch der Herzog von Nassau geneigt ist, in derselben Weise, wie die Großherzoge von Baden und Darmstadt gethan, sich über die Oberhauptsfrage auszusprechen. Die rasche Aufeinanderfolge dieser Erklärungen möchte doch wohl nicht blos darin ihren Grund haben, daß die Fürsten, von denen sie ausgegangen sind, um ihrer eigenen Selbsterhaltung willen genöthigt seien, an eine mächtige Centralgewalt sich anzuschließen, denn wir finden unter denselben die nach den Königen mächtigsten Fürsten; es scheint, daß die Zurückhaltung der Könige durch die Aussicht auf die Bildung eines Direktoriums, in dem sie möglicher Weise eine Stelle finden könnten, bedingt wird, daß dagegen gerade die Abneigung gegen das Direktorium, welches die Ungleichheit deutscher Fürsten weit peinlicher empfindlicher läßt, als die Unterordnung Aller unter ein gemeinsames mächtiges Oberhaupt, bei denjenigen Fürsten sich bemerklich macht, die keine Königskrone tragen. Die negative Seite dieser Erklärungen ist daher gewiß nicht minder beachtenswerth als ihr positives Ergebniß.

△ **Wien**, 13 Jan. Die Ministerkrisis, welche man in Kremsier befürchtete, bestätigt sich glücklicherweise noch nicht. Das Ministerium hat am 4. einen Mißgriff gethan, die Kammer hat ihn gerügt, sie hat ihre Würde gewahrt, wollte aber gleichwohl dem Ministerium keine Verlegenheit bereiten und beseitigte den Paragraph 1. nach einer 2 tägigen Debatte, welche genugsam beweisen konnte, daß die Majorität dafür war. Das Ministerium ist damit zufrieden und hat wirklich Ursache zufrieden zu sein, daß seine unzeitige Einsprache gegen einen §, dessen Beseitigung ohnehin beschlossen war und der ohne die ministerielle Einsprache vielleicht ganz verworfen worden wäre — keine schlimmeren Folgen hatte. Für §. 2. wird wahrscheinlich der Verbesserungsantrag Schuselka's, welcher durch die überwiegende Hälfte der Kammer unterstützt wurde, in folgender Fassung angenommen: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich, alle Standesrechte sind abgeschafft, Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen noch anerkannt. Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Ausländer als solche sind vom Eintritte in Civil-Dienste und in die Volkswehr ausgeschlossen. Zu öffentlichen Auszeichnungen oder Belohnungen berechtigt nur das persönliche Verdienst. Keine Auszeichnung ist vererblich."

Wien, 14. Jan. An den hiesigen Gemeinderath ist ein Schreiben des Ministeriums gelangt, worin dieses erklärt, das Hofdekret vom August 1846, welches den Deutschkatholizismus in Oesterreich verbietet, sei noch zu Recht bestehend. (D. Ref.)

⊙ **Ollmütz**, 14. Jan. So eben erfahre ich das Resultat der Bemühungen Hrn. Gerold's um das Wiedererscheinen der Ostdeutschen Post. Dieselbe darf unter der Bedingung wieder herausgegeben werden, daß Hr. Kuranda von der Redaktion abtrete: welches der Verleger zusagte. Darum wird aber doch nach wie vor Kuranda die eigentliche Seele dieses Blattes sein, wenn auch ein anderer Name als verantwortlicher Redakteur darauf steht. Diese Geschichte macht in allen Kreisen Sensation und bildet das Tagesgespräch. Obgleich sich die drohenden Gewitterwolken über dem Haupte unseres Reichstages scheinbar wieder zertheilt haben, so ist dem doch in Wahrheit nicht so. Ein hochgestellter Mann soll versichert haben, daß wir in einigen Tagen ein großartiges Ereigniß zu erwarten haben; dieses großartige Ereigniß soll aber nichts anders sein, als die Auflösung der Kammer, die durch ihr Auftreten in den letzten Tagen eben-so sehr die Gunst und das Wohlgefallen des Hofes und der Minister verloren hat, als sie in der Achtung des Volkes gestiegen ist.

Als nicht verbürgt kann ich mittheilen, daß gestern ein Kourier die Nachricht gebracht haben soll, daß einige tausend Szekler aus Siebenbürgen in die fast gänzlich von Militär entblößte Bukowina eingedrungen sind, und mit Feuer und Schwert daselbst Alles verwüsten und zerstören.

Berlin, 13. Jan. Ich theile Ihnen nachstehendes, so eben in vertrauteren Kreisen bekannt gewordenes Schreiben Temme's an den Justiz-Minister Rintelen mit: „Ew. Exzellenz haben bereits am 31. v. Mts. mein Perhorreszenz-Gesuch gegen das hiesige Ober-Landes-Gericht für begründet erachtet und die Entscheidung über die von demselben gegen mich eingeleitete Untersuchung ꝛc. dem Ober-Landes-Gericht zu Paderborn überwiesen. Bis jetzt habe ich von diesem Kollegium einen Bescheid noch nicht erhalten. Dagegen liest man schon seit dem 10. d. M. in öffentlichen Blättern, daß dasselbe nicht sich, sondern einzig und allein das K. Kammer-Gericht in Berlin für kompetent in dieser Sache erklärt habe. An der Richtigkeit dieser Nachricht kann ich nicht zweifeln. Das ungesetzliche Verfahren des hiesigen Ober-Landesgerichts hat die Sache allerdings von vornherein in einen Weg bringen müssen, auf dem sie nur mit Schwierigkeit zu dem Rechte wird zurückgeführt werden können. An sich kann mir dies in dem Bewußtsein, stets nur meiner Pflicht gemäß gehandelt und in keiner Weise zu den gegen mich verübten Ungerechtigkeiten Veranlassung gegeben zu haben, um so mehr gleichgültig sein, als diese Ungerechtigkeiten von der öffentlichen Meinung bereits laut und entschieden gerichtet sind. Eins aber ist klar. Habe ich auch schon lange genug das Opfer eines schmählichen Unrechtes sein müssen, so darf ich nicht auch noch das Opfer eines Kompetenzkonfliktes werden. Schon seit mehr als 14 Tagen sitze ich hier im Zuchthause in einer Haft, in die mich die empörendste Willkür hineingeworfen hat. Mit derselben Willkür bin ich gegen Gesetz und Recht von meinem Amte suspendirt worden. Meine

Haft und Suspension dürfen unter dem entstandenen Konflikte der Behörden nicht länger fortdauern, wenn nicht der ohnehin schwer genug verletzten Preußischen Rechtspflege eine neue Schmach zugefügt werden soll. Ew. Exzellenz sind das dem Rechte, Sie sind es mir und meiner mit mir tief leidenden Familie schuldig. Ich trage demnach gehorsamst an, daß Exzellenz sofort meine Haft und die gegen mich verfügte Amtssuspension aufheben wollen."
Münster, 12. Januar 1848. Temme. (Rhein. Z.)

V **Berlin**, 16. Jan. Die Wahlen sind noch immer das große Losungswort des Tages. Kaum wird ein anderer Gegenstand in den politischen Gesprächen berührt. Hoffnungen und Befürchtungen werden ausgetauscht, Berechnungen gemacht, Stimmlisten entworfen, und als wären wir aufgewachsen in einem öffentlichen politischen Leben, so geschickt maschiniren die Parteien gegen einander, so leidenschaftlich geschäftig wird offen und geheim agitirt. — Während im vorigen Jahre die meisten Urwähler hier in Berlin fast ihre erste Bekanntschaft in den Vorversammlungen machten und ein schnelles, entschiedenes Auftreten leicht zu der Würde eines Wahlmanns verhalf, so treten dieses Mal die Parteien schon in beinahe abgeschlossener Organisation in die Vorversammlungen; mit einer bloßen Rede für die Kandidatur ist es nicht mehr abgethan, Interpellationen werden von beiden Parteien, der konservativen und der liberalen, an den Kandidaten gerichtet und wir haben es mehr als einmal erlebt, daß ein solcher Kandidat, der so eben durch seine Rede den Beifall dieser und das Mißfallen jener Partei sich erworben hatte, durch seine Antwort auf eine dann folgende Interpellation einen plötzlichen Umschwung in der Stimmung seiner Urwähler hervorbrachte.

Wie die Wahlen ausfallen werden, läßt sich kaum auch nur annähernd bestimmen. Die beiden extremen Parteien, die wahrhaft reaktionäre und die radikale, haben hier nur in einigen wenigen Bezirken Aussicht, ihre Kandidaten durchzusetzen. Das Volk ist hier glücklicher Weise schon so weit politisch gebildet, daß es weder von seinen Rechten etwas aufgeben noch auch durch einen formellen Rechtsstreit seine ganze staatliche Existenz in Frage gestellt sehen will; hier wie in ganz Preußen hat das Volk die Verfassung vom 5. Dez. angenommen. Es handelt sich nur darum, auf die Revision welcher Paragraphen der Verfassung der künftige Deputirte sein Augenmerk zu richten habe.

Bei der Diskussion hierüber neigt sich fast durchgehends die öffentliche Meinung auf die Seite der liberalen Partei. Die klare, bestimmte Feststellung des unbedingten Rechtes der Steuerbewilligung, die Aufhebung der Bestimmung über die ministeriellen Ordonnanzen, die Beschränkung der Möglichkeit, die Grundrechte zu suspendiren, die demokratische Organisation der Geschwornengerichte (die in ihrer jetzigen ministeriellen Gestalt allerdings hinter den mäßigsten Erwartungen zurückbleiben), der Gemeinde- und Bezirksordnung, der ersten Kammer — das sind die Punkte, welche das A und O in den Reden aller liberalen Wahlmanns-Kandidaten bilden.

Es ist eine ziemlich langweilige Gleichförmigkeit in allen diesen Diskussionen, in den Gründen und Gegengründen, in der Vokal- und Instrumental-Musik dieser unharmonischen Koncerte; Hände und Füße bewegen sich in der Metropole der Intelligenz nicht feiner und ästhetischer, als anderswo — so mag es denn mit dieser Andeutung davon genug sein.

Interessanter ist der Wahlkampf, den die Parteien in Zeitungen und Flugblättern mit einander führen. Da geht es wahrhaft gewaltig her! Ist es auch nicht ein Kampf von Rittern und Helden — auch Knappen und Knechte schlagen recht munter auf einander los. Da können Sie die Spener'sche Zeitung mit einem Male die Schildzeichen vertauschen und statt des halblahmen Rosses eines sehr zahmen Konstitutionalismus einen feurigen Renner, der etwas von demokratischem Uebermuth an sich hat, besteigen, dann die deutsche Reform wuthentbrannt eine stattliche Lanze brechen sehen gegen den treulosen Bundesgenossen, der kurz vor der Entscheidung zum Feinde übergeht; da erblicken Sie die Neue Preußische, wie sie darauf ausgeht, „Kredit und unbescholtenen Ruf den Demokraten zu stehlen," und die Vossische, wie sie, ihr treulich zur Seite und leider mit Recht besorgt, daß die Fabeln der Kreuzzeitung zu anrüchig geworden sind, um Glauben zu finden, über die verruchten Pläne der Demokraten Aufschlüsse gibt, die jedem rechtschaffenen Manne das Herz in der Brust erstarren machen. Heute hat sie ihren Lesern das zweite Blatt der „Enthüllungen" mit zugehen lassen, in denen „der Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen" die Pläne der Demokraten entlarvt. Diese Enthüllungen bringen denn heute nichts weniger als einen furchtbaren Vertheidigungsplan, den die HH. Hexamer, Braß, v. Mauschwitz, Ohm, die Lieutenants a. D. Chevallerie, Faltin und Nord, der General a. D. v. Hochstetter, die Abgeordneten Reichenbach, Grebel, Reuter, Lipski, Schramm-Striegau u. A. am 12. Nov. „in einer Eckstube des zweiten Stocks im Hotel de France" entworfen haben sollen. Dieser Plan zerfällt in zwei Abtheilungen: in die Vertheidigung der Königsstadt und den Angriff der Friedrichstadt; er wimmelt von Barrikaden, Kanonen, Bürgerwehr, Studenten, Sektionen des Demokratischen Klubs, Pechkränzen, Brennmaterialien, angezündeten Häusern, geheimen Parolen und andern Schrecknissen in so reichlicher Anzahl, daß er ans Komische gränzt. Was daran wahr ist, wird sich bald herausstellen, da die oben genannten Herren es wohl nicht an Gegenerklärungen fehlen lassen werden. Jedenfalls ist diese Art monströser Geschichten durch die Mythen der Neuen Preußischen über die große blutige Vesper bereits stark verbraucht worden und der vorliegende Bericht, der sich für einen „wörtlichen" Abdruck jenes Planes ausgibt, ist mindestens halb verfälscht, da er das Haus des Abgeordneten Schramm an den Hausvoigteiplatz verlegt, während dieser Herr bekanntlich an der Schloßfreiheit seine Wohnung hatte. Das ist der Kriegslärm der uns hier umtobt — eine chronique scandaleuse statt eines gehaltvollen Buches! — Wir wenden aus der Misere dieser Umgebung unsern Blick nach Frankfurt, um uns zu erheben an dem Eindruck, den die große Entscheidung der letzten Tage auch in dieser Ferne auf uns macht, an der Hoffnung nun endlich einen wichtigen Schritt in der deutschen Sache weiter gethan zu haben, an dem wahrhaft ermuthigenden Bewußtsein, daß nun ein Gagern statt eines Schmerling, ein Staatsmann statt eines Diplomaten, die Geschicke Deutschlands lenkt.

Berlin, 16. Jan. In dem Ministerio für die geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten wird zur Vorlage für die nächstens zusammentretenden Kammern ein alle Zweige des Unterrichtswesens umfassendes Gesetz vorbereitet. Dasselbe hat auch über die Schullehrerbildung die nöthigen Festsetzungen zu treffen. Zur Vorbereitung des hierauf bezüglichen Theiles des Gesetzentwurfes hatte der Herr Minister die praktische Erfahrung einzelner Direktoren und Lehrer an den Schullehrer-Seminarien entgegenzunehmen gewünscht. So fanden sich denn am 15. Jan. die nicht erwählten, sondern vom Ministerium berufenen Schulmänner ein. Den Vorsitz bei der Berathung führte der Geh. Reg.-Rath Stiehl in der ersten Sitzung. Man vereinigte sich über die beiden Sätze: 1) Der Staat sorgt durch vollständig organisirte öffentliche Seminarien für die Bildung der Volksschullehrer. 2) Jede Provinz erhält die für sie erforderliche Anzahl von Seminarien, die aus allgemeinen Staats- oder Provinzial-Schulfonds unterhalten werden. Ein Seminar soll nicht mehr als höchstens 60 Zöglinge haben. Die begonnenen Besprechungen werden täglich fortgesetzt.

Lith. Korr. **Berlin**, 17. Januar. Konferenz im Handels-Ministerium, betreffend die Berathungen über den Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der allgemeinen Gewerbeordnung. Die erste Sitzung der zu dieser Konferenz berufenen Sachverständigen fand heute Vormittag statt. Im Auftrage des Ministers eröffnete der Ministerialdirektor Hr. v. Pommer-Esche die Versammlung. Er deutete darauf hin, daß, um den vielseitigen Wünschen und Kundgebungen der Handwerker zu genügen, die Regierung provisorische Verordnungen zur Regelung der Handwerkerverhältnisse zu erlassen beabsichtige. Dieselbe habe indeß Bedenken getragen, das mehrfach gestellte Verlangen nach Wiedereinführung des Innungszwanges zu berücksichtigen. Der gesetzgebenden Kammer müsse überlassen bleiben, schließliche und umfassende Bestimmungen hierüber festzustellen. Hierauf wurde den Deputirten des Handwerksstandes ein „vorläufiger Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845" vorgelegt. Derselbe besteht aus 42 Paragraphen und enthält zunächst (§. 1) für eine Reihe von Handwerken zu den allgemeinen und maßgebend bleibenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung die Beschränkung, daß ihnen der Beginn des selbstständigen Gewerbebetriebes nur dann zu gestatten sei, wenn sie entweder in eine Innung aufgenommen sind, oder ihre Befähigung durch

das Zeugniß einer Prüfungsbehörde nachweisen. Zu den so beschränkten Gewerben (im Ganzen etwa 70) gehören: die Müller, Bäcker, Fleischer, Schneider, Tischler, Schuhmacher, Schlosser, Riemer u. s. w. Die Zulassung zur Prüfung ist bedingt durch den Nachweis, daß der zu Prüfende das Handwerk innungsmäßig erlernt habe, nach der Gesellen-Prüfung entlassen worden, und seit der Entlassung mindestens 3 Jahre verlaufen seien. Bei Innungsangelegenheiten, welche die Gesellen berühren, muß diesen gestattet werden, ihre Interessen durch Vertreter (Altgesellen) vor der Innung zur Sprache zu bringen. Es folgen dann die schon früher der Nationalversammlung vorgelegten Bestimmungen gegen das Trucksystem (§. 16 und ff.). Fabrikinhaber dürfen die Arbeiter nur in baarem Gelde befriedigen (ausgenommen ist Anrechnung des Lohnes auf verabreichte Wohnung, Arzneien u. s. w.), ihnen keine Waaren kreditiren und Forderungen deßhalb nicht einklagen. Uebertretungen werden mit 5 bis 500 Thlr. bestraft; die Geldbußen fließen den Kranken- und andern Hülfskassen zu, deren Mitgliederschaft durch Ortsstatuten jedem Gewerbtreibenden zur Pflicht gemacht wird. In gleicher Weise kann die Verpflichtung festgesetzt werden zu andern gemeinnützigen Einrichtungen (Unterstützung hülfsbedürftiger Gesellen und Fortbildung der Lehrlinge), und der Beitritt und die Beitragspflichtigkeit zwangsweise auferlegt werden. Besonders wichtig ist §. 33. Er lautet wörtlich: „Die Ortspolizei ist ermächtigt, die Bäcker und die Verkäufer von Backwaaren anzuhalten, die Preise und das Gewicht ihrer verschiedenen Backwaaren für gewisse, von ihr zu bestimmende Zeiträume durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufslokale zur Kenntniß des Publikums zu bringen. Dieser Anschlag ist kostenfrei mit dem polizeilichen Stempel zu versehen und täglich während der Verkaufszeit auszuhängen. Ueberschreitungen der erwähnten Taxen werden nach §. 186 der Gewerbe-Ordnung bestraft." Außerdem wird in den nächsten Tagen ein Entwurf zur Bildung von Gewerbsgerichten vorgelegt werden.

Nach Verlesung und allgemeiner Erläuterung der ersteren Vorlage wurde die Frage an die Versammlung gestellt: ob sie die vorläufige Erlassung einer solchen Verordnung im Allgemeinen für rathsam halte? Es wurde indeß von mehreren Deputirten der Antrag gestellt, die Berathungen darüber zu vertagen, damit noch erst private Erörterungen und Verständigungen unter den Vertretern des Handwerkerstandes über diese unerwartete Vorlage statthaben könnten. In Folge dessen wurde die Sitzung bis zum 19. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr ausgesetzt. Die Vertreter des Handelsstandes, welche soeben ihre Berathungen über Handelsgerichte beendet hatten, wurden von dem Ministerialdirektor zur berathenden Theilnahme an den Verhandlungen der Handwerker eingeladen. Die Deputirten der Handwerke erhalten an Diäten während der Dauer der Verhandlungen für jeden Tag: die Meister 2 Thlr., die Gesellen 1½ Thlr.

Konst. Korr. **Berlin**, 17. Jan. Man erinnert sich des interessanten literarischen Streites zwischen der Frau Charlotte Birch-Pfeiffer und Herrn Berthold Auerbach. Der Rechtsbeistand der Ersteren macht heute bekannt, daß der Staatsanwalt des Kammergerichts auf Grund des von dem sachverständigen Vereine abgegebenen Gutachtens beschlossen habe, von der durch Berthold Auerbach gegen Charlotte Birch-Pfeiffer beantragten Erhebung der Anklage wegen Nachdrucks Abstand zu nehmen. Der genannte Verein ist der Ansicht gewesen, daß Charlotte Birch-Pfeiffer durch Abfassung ihres Drama's „Dorf und Stadt" und Ueberlassung desselben zur Aufführung den Dr. Auerbach als Verfasser der Erzählung „die Frau Professorin" nicht verletzt und daß der Abdruck des erwähnten Drama's einen unerlaubten Nachdruck der gedachten Erzählung nicht enthalte.

Berlin, 17. Jan. Seit den Erklärungen der Mehrzahl der deutschen Fürsten über die Oberhauptsfrage, denen sich auch der König von Sachsen angeschlossen hat, und dem Siege des Ministeriums Gagern gewinnt die Sache der deutschen Einheit festere Gestalt. Preußen hat bisher in ehrenvollem Schweigen der Entwickelung der Dinge zugesehen: jetzt ist es wohl an der Zeit, dieses Schweigen zu brechen und durch ein offenes Wort zu erklären, daß es sich dem Berufe, den die Geschicke ihm anweisen, nicht zu entziehen gedenkt.

Berlin, 17. Januar. Die deutsche Reform bringt die Nachricht, daß die deutsche Flotte auf's Schleunigste weiter besprochen werden soll. Nach näherem Vernehmen, sagt sie, gehen die in dem heutigen Blatte erwähnten Einleitungen wegen Ankaufs von Schiffen und Engagirung von Marine-Offizieren in Nordamerika nicht von Preußen aus, sondern von dem Reichsministerium für die Handels- und Marine-Angelegenheiten in Frankfurt a. M. Auf den Wunsch desselben, dabei auch den Fabriken-Kommissionsrath Wedding zuzuziehen, ist das Handelsministerium bereitwilligst darauf eingegangen, ihn zur Reise nach Frankfurt behufs der weitern Besprechung zu beurlauben.

Berlin, 17. Jan. Bereits seit Monaten besteht hier eine Sekte Irwingianer, welche sich die „Neuen Apostel" nennt. Die Mitglieder haben ihr Versammlungslokal in dem Saale der Wittwe Genß, Zimmerstraße 78, neben dem bekannten Klausing'schen Bierlokale. Ihr Vorsteher ist niemand Anderes, als der Oberlandesgerichtsassessor und Chef-Redakteur der Kreuzzeitung — Herr Wagner. Auch die Frau Assessorin soll in Herbeiziehung weiblicher Mitglieder sehr thätig s.in. (Nat.-Zeit.)

Berlin, 18. Jan. Im Verlage von Hertz (Besser'sche Buchhandlung) ist ein ausgezeichnetes Werk, wie es scheint, aus der Feder unseres Gesandten in Rom, Herrn v. Usedom, erschienen. Der Titel lautet: „Politische Briefe und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart", mit dem Motto: „aequo pondere." (D. Ref.)

⁑ **Posen**, 15. Jan. Die Sitzungen auf dem Kurnikee Reichstage werden immer stürmischer, je mehr die alte polnische Natur erwacht; die Autorität des Erzbischofs vermag nicht viel. Es ist indessen Alles zugegen, was nur irgend unter den Polen einen Namen hat. Die Grafen Raczynski, Dziatynski, Cieszkowski, Plater, Sokolnicki u. s. w., Dr. Libelt, Moraczewski, v. Potworowski, v. Lipski, der größere Theil der polnischen Berliner Abgeordneten, aus Westpreußen der bekannte Lyskowski und Zulodziejewski. Bemerkenswerth ist, daß der berüchtigte Krautofer-Krotowski wegen mangelhafter Legitimation exkludirt wird, und daß alle Deputirten mit ihren Legitimationskarten in der Hand abstimmen müssen. Die Kommission hat die ersten Paragraphen des Verfassungsentwurfs in ihrer Redaktion geändert, und es entsteht eine aufgeregte Diskussion über dieselben, wobei Jeder vom Platze sprechen will. Die Kommission hat als Zweck der Liga nur die Nationalität im Allgemeinen ausgesprochen wissen wollen. Graf Cieszkowski vertheidigt den Ausdruck „die nationale Sache," worunter er auch die künftige Unabhängigkeit Polens begreift. Ungeheurer Beifallsturm folgt seiner Rede. Auch v. Potworowski macht darauf aufmerksam, daß man doch auf einen allgemeinen slawischen Nationalkongreß rechnen dürfe, und daß man ihn beschicken werde. Wenn es sich um bloße Volksthümlichkeit handle, so könnte man sich ja mit dem Frankfurter Marek'schen Beschlusse begnügen und hätte gegen die Abgrenzung in Posen nichts einzuwenden, die man doch so oder so hintertreiben müsse. Auch müßte man dann Westpreußen aufgeben, welches man doch noch zu einem politischen Ganzen zu verbinden hoffe. Diese Gründe wirken, unter großer Aufregung wird die letzte Fassung angenommen. Der Präsident vertagt die Versammlung auf eine halbe Stunde, und ein Kourier geht mit dem Beschluß ab. So lebendig, wie in Kurnik das polnische, regt nun freilich das deutsche Element bei uns sich nicht. Zwar die deutsche Einheitsfrage, welche für uns eine Lebensfrage ist, hat auch hier zu Adressen an H. v. Gagern und die Nationalversammlung Veranlassung gegeben, und es sind in diesen Tagen namentlich mehrere Adressen aus Bromberg in diesem Sinne nach Frankfurt abgegangen, die sich für ein enges Zusammenschließen des Bundesstaates und ein erbliches Oberhaupt aussprechen, doch sehen wie auch unserer Verlassenheit wegen vor Allem sehnsüchtig nach Westen, von wo wir gern eine Einwanderung deutscher Ackerbauern begrüßen möchten. Aber der Beruf nach Osten, um dessen Willen man sich so sehr an Oesterreich lehnt, scheint für uns nicht zu gelten. Inzwischen haben auch deutscher Seits Wahlagitationen begonnen. Für die erste Kammer werden die Deutschen bis auf 3 oder 4 alle Abgeordneten wählen, weil die bei Weitem größte Zahl der Urwähler für die erste Kammer Deutsche sind, in deren Händen sich zwei Drittel des Besitzes befinden.

* **Magdeburg**, 16. Jan. Das Konsistorium für die Provinz Sachsen hat ein Rundschreiben erlassen, durch welches die Prediger an die Erfüllung ihrer Pflichten bei den bevorstehenden Wahlen erinnert, und am 21. d. M. allgemeine Kirchengebete für deren glücklichen Ausfall verordnet werden.

München, 15. Jan. Das Reichskriegsministerium hat endlich die Auflösung des baierischen Truppenkorps in Schwaben be-

fohlen, und die nur noch geringen Bestandtheile desselben an Mannschaft und Offizieren werden in ihre Friedensgarnisonen zurückkehren. (D. konst. Z.)

† **München**, 17. Jan. Die Kammer der Abgeordneten ist konstituirt, es haben sich bis gestern Abends bereits 109 Abgeordnete bei der Einweisungskommission angemeldet. Gestern Nachmittags hielten die anwesenden Deputirten eine Versammlung, in welcher sich die Mehrheit dahin einigte, den durch die Verfassung vorgeschriebenen, von jedem Abgeordneten zu leistenden Eid nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalte ablegen zu wollen, daß diejenigen Abänderungen der baierischen Verfassungsurkunde, welche durch die vom deutschen Parlamente zu Frankfurt publizirten Grundrechte nöthig werden, sofort eingeführt werden. Die feierliche Eröffnung soll nächsten Samstag stattfinden.

0 **München**, 17. Jan. Die Abgeordneten des Königreichs sind nun endlich einmal versammelt und lernen sich vorerst in vorberathenden Versammlungen und geselligen Zusammenkünften kennen. Ueber die Stellung und die Stärke der Parteien läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen, nur so viel hat sich bereits herausgestellt, daß in der deutschen Sache eine kompakte Majorität der rath- und thatlosen Regierung gegenüber steht, die bis zum heutigen Tage die Grundrechte weder im Gesetz- noch im Regierungs-Blatte promulgirt hat, und morgen erlangen dieselben bereits in andern deutschen Ländern Rechtskraft. Wie verlautet, dürfte die erste That der neuen Kammer ein mit großer Mehrheit an die Krone zu bringender Antrag sein, der dahin gehen soll, daß die deutschen Grundrechte sofort für Baiern verkündet werden sollen. In eine spezielle Diskussion über dieselben, welche vielleicht von gewisser Seite gewünscht und beantragt werden wird, wird man sich keinenfalls einlassen. Das Einfachste, wodurch auch die Bedenklichkeiten des skrupulösesten Richters gehoben würden, wäre die Vorlage eines Gesetzentwurfs, der bestimmte, daß alle im Reichsgesetzblatte verkündeten Reichsgesetze am zwanzigsten Tage nach ihrer Promulgirung ohne Weiteres in Baiern Gesetzeskraft erhielten. Wir wissen wohl, daß der König der Verkündigung der Grundrechte auf das Entschiedenste entgegen ist, daß der Minister des Innern und Kultus, Herr von Beisler, auf Vereinbarung besteht: — aber Herr von Beisler weiß selbst, daß er die ersten Stürme des Landtags nicht überstehen wird, da er nicht Eine Partei für sich hat, denn die Partei des Fortschritts, die unter allen Umständen die unbedingte Unterordnung unter das Reich verlangt, haßt in ihm den Vereinbarer und den Bureaukraten und die Ultramontanen sind ihm todtfeind wegen seiner Kämpfe gegen die Freiheit der Kirche. Auch der König wird sich fügen, wenn die Kammer energisch fordert, und sie aufzulösen wird man nicht wagen; denn zu einem solchen Wagniß gehört Muth und Thatkraft, die man in Nymphenburg nur in sehr geringem Maße besitzt. Außerdem ist es unzweifelhaft, daß gerade diejenigen, welche am Entschiedensten die deutsche Sache in der Kammer befürworten werden, wieder gewählt werden und was hätte man dann mit einer Auflösung gewonnen? Ein Ministerium Abel würde allerdings zu einer solchen Maßregel Muth genug besitzen, aber das hat die ultramontane Partei selbst eingesehen, daß ihre Zeit noch nicht gekommen ist, wie geneigt man ihr auch in Nymphenburg sein mag, was der Stoßseufzer einer hohen Person, der publik geworden ist, sattsam bekundet. Ein weiteres Zeugniß ist die Sendung eines der Häupter der ultramontanen Partei, des Herrn von Aretin, nach Wien, der bisher hinter dem Rücken des Ministeriums im Auftrage der Krone die Unterhandlungen mit dem Ollmützer Hofe geleitet hat und den man nun, nachdem dieses inkonstitutionelle Verfahren ruchbar geworden ist, um die Ehre des Ministeriums zu retten, mit einer offiziellen Mission beauftragt.

-:- **Stuttgart**, 17. Jan. „Und der Mensch versuche die Götter nicht", das heißt in diesem Fall: Man fahre, wenn man andern Tages Sitzung halten soll, nicht nach Marbach. Dreiunddreißig Mitglieder der Abgeordnetenkammer, welche einen Ausflug dahin unternommen, haben in Folge der plötzlich eingetretenen Ueberschwemmung einen ganzen Tag dort festgesessen und die auf vorgestern anberaumte Sitzung konnte, da die Kammer nicht mehr in beschlußfähiger Zahl versammelt war, nicht abgehalten werden. Erst gestern fand die erste Sitzung wieder statt. Es wurde dieselbe mit einem Bericht der Ablösungskommission über die abweichenden Beschlüsse eröffnet, welche die 1. Kammer über das Jagdgesetz gefaßt und in welchen sie im Wesentlichen, nur mit einigen Abänderungen, die ihr durch die inzwischen erfolgte Verkündigung der Grundrechte geboten scheinen, auf ihren früheren Beschlüssen beharrt. Die Kommission trug, nicht ohne bittere Ausfälle auf die andere Kammer, darauf an, der Regierung einfach die Anzeige von dem dermaligen Stande der Sache zu machen und weitere Vorlage abzuwarten, und die Kammer trat diesem Antrage bei. Staatsrath Duvernoy erklärte sodann, daß die Regierung allerdings gewünscht hätte, es möge dieser Gegenstand in der 2. Kammer nochmals, ruhig und gründlich berathen worden sein, sie werde indeß das Ihrige thun, den Wünschen des Volks so bald als möglich zu entsprechen, und die Kammer ging dann zu ihrer Tagesordnung über, der Berathung über den Etat des Departements des Innern. Die Kommission hatte sich auch hier wieder aus besonderer Vorliebe mit den Ausgaben für Schreibmaterial und Heizung beschäftigt und glücklich herausgebracht, daß ein Departementschef mit 30 und ein Rath oder Expeditor mit 15 fl. für Schreibmaterial auskomme, an den Heizungsposten aber der gesunkenen Holzpreise wegen $^1/_{20}$ abgezogen werden könne: das sind die Ersparnisse auf ein Budget von 1,736,000 fl. Doch sprach der Bericht die bestimmte Erwartung aus, es werde der erhöhten Thätigkeit und Umsicht der Staatsregierung gelingen, durch veränderte organische Einrichtungen und Vereinfachung der Verwaltung eine bedeutende Zahl von Beamten, namentlich im Departement des Innern, entbehrlich zu machen, und dadurch den gedrückten finanziellen Zustand des Landes wesentlich zu erleichtern. Von den Einzeinheiten der Debatte ist nur Weniges herauszuheben. Zunächst wurde bei Gelegenheit einer Forderung für Diäten das ganze Diätenwesen, die eingerissene förmliche Diätenjägerei, in herben Worten gerügt, dann, nicht ohne Humor, der Unsinn der sogenannten Visitationen der Apotheken zur Sprache gebracht, denen der vorsichtige Hr. Medizinalrath viele Wochen vorher seine Ankunft ankündigte, um dann allerdings ganz sicher zu sein, das ganze Haus, vom Taubenschlag bis zum Keller, in schönster Ordnung zu finden. Die längste Diskussion veranlaßte die Exigenz für das Landjäger-Korps, im ordentlichen Betrage von 170,000 fl., und zur vorübergehenden Verstärkung des Mannschaftsstandes in Gegenden, wo sich die gewöhnliche Landjägerzahl als ungenügend erwiesen, außerordentliche 5000 fl. Die Kammer genehmigte schließlich die ganze Summe, aber es kam lebhaft zur Sprache, ob nicht die übermäßige Zahl der Offiziere dieses Korps, das bei einer Stärke von nur 446 Köpfen einen Obersten mit Oberstengehalt, außerdem einen Major und so weiter zählt, wesentlich zu beschränken sei. Die Oberstenstelle, meinte der Abgeordnete Scherr, sei ein Luxus, „wie es ein Luxus sei, wenn ein Ländchen, das von einem Oberamtmann regiert werden könne, von einem Fürsten mit einer großen Civilliste regiert werde." Die Kammer schloß sich, obgleich Staatsrath Duvernoy sich alle Mühe gab, den Obersten zu retten, der Bitte an, denselben vom 1. Juli 1849 an nicht mehr in das Budget zu bringen, und vertagte sich dann auf heute.

Ich berichte Ihnen einstweilen nur über den Anfang dieser Sitzung. Der Präsident nahm das Wort: „An der Spitze der Volksvertretung unsers Würtembergs vermöchte ich die heutige Sitzung nicht zu eröffnen, ohne auf den 17. Januar 1849 hinzusehen, auf den welthistorischen Tag, an welchem die von dem deutschen Volke sich selbst gegebenen Grundrechte gesetzlich in Wirksamkeit treten. Wird auch diese für unsere Gewohnheiten, für unsere Gesetze, unsere materiellen und geistigen Interessen, so tief gehende Umgestaltung nicht überall wolkenlos ins Leben treten, so können wir sie doch, das ganze Vaterland im Auge habend, begrüßen als die erste Hauptgrundlage eines einigen und freien Deutschlands." Die ganze Kammer erhob sich zum Zeichen ihrer Zustimmung, doch konnte der Freiherr von Hornstein nicht umhin, mit einer Offenheit, die ihm alle Ehre macht, zu erklären, daß leider Ein Stand die Lücke habe ausfüllen müssen, die man in die Gesammtheit habe brechen wollen und daß, wie sehr er sich der Einheit Deutschlands freue, er doch glauben würde, die Ehre seines Standes, die Ehre seiner Vorfahren zu verletzen, wenn er den Jubel theilen wollte, daß sein Stand vernichtet worden. Man kann dem Gefühl, welches diese Worte diktirte, seine Theilnahme nicht versagen, aber, wie der Staatsrath Römer darauf entgegnete, es war nothwendig, diese Lücke auszufüllen, und wenn der Adel mehr verliert, als alle übrigen Stände, so geschieht das aus dem Grunde, weil er bis-

her unendlich mehr gehabt, als die übrigen. Nachdem dann noch der Abgeordnete Holzinger, auf Anlaß der im Regierungsblatt enthaltenen Verfügung betreffend die Einführung der Grundrechte, darauf aufmerksam gemacht, daß die verfassungsmäßige Prüfung dieser Verfügung, welche einen großen Theil des öffentlichen wie des Privatrechts theils aufhebe, theils wesentlich modificire, so bald als möglich werde eintreten müssen, und diese Prüfung der staatsrechtlichen Kommission überwiesen werden, nahm die Kammer ihre Tagesordnung auf.

Duderstadt, 13. Jan. Hier ist Freiherr v. Reden, Reichstagsabgeordneter, mit großer Stimmenmehrheit in die 2te Kammer gewählt.

† **Karlsruhe**, 18. Jan. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer sah man die Räume der Gallerien wohlbesetzt; bekannte Physiognomien aus den Märztagen ließen auf die Aufführung irgend eines Spektakelstückes schließen; diese Aussicht fand darin noch eine weitere Unterstützung, daß, als der Abgeordnete Malsch eine Petition von hier gegen die Auflösung der Kammern vorlegte, ein Hohngelächter von einem Theile der Gallerie erfolgte. Alsbald interpellirte der Abg. Brentano den Chef des Justizministeriums über einen durch die Mannh. Abendzeitung veröffentlichten Erlaß des Untersuchungsrichters Herterich in Weinheim, aus welchem hervorging, daß dieser Beamte einen politischen Flüchtling, der sich zur Untersuchung stellen wollte, mit Hohn und offenbarer Mißkennung seiner richterlichen Stellung behandelt hatte. Allein die Waffe wurde Herrn Brentano durch die würdige Erklärung des Staatsraths v. Stengel entwunden, die dahin ging, daß das Justizministerium den in Frage stehenden Erlaß durchaus mißbilligt und dem vorgesetzten Hofgerichte den Auftrag ertheilt habe, gegen den Untersuchungsrichter Herterich eine dienstpolizeiliche Untersuchung anzuordnen. Eine zweite von dem Abg. Leblbach begründete Interpellation über Verletzung des Briefgeheimnisses durch denselben Untersuchungsrichter konnte als verfehlt betrachtet werden, da selbst der Abg. Brentano zugestehen mußte, daß nach bisherigen gesetzlichen Bestimmungen der Untersuchungsrichter hierzu das Recht besitze, und der Präsident des Justizministeriums noch weiter anzustellende Erhebungen zum Behufe der Mittheilung an die Kammer zugesagt hatte. Die Clacque auf der Gallerie, in sichtlichem Aerger über einen solchen Ausgang, mußte sich nun nach einem andern Stoff umsehen. Sie fand ihn an einem durch den Abg. Baum vorgetragenen Bericht der Petitionskommission über eine Eingabe des verabschiedeten Lieutenant Siegel (Bruders des bekannten Führers im Hecker'schen und Struve'schen Zuge). Dieser war durch kriegsgerichtliches Urtheil unter Verabschiedung aus dem Militär zu einer einjährigen Festungsstrafe verurtheilt wegen Verführung eines Kommando's Soldaten zur Insubordination und Fahneneidbruchs und beschwerte sich in seiner Petition darüber, daß das Urtheil, welches anfänglich einfach auf Festungsstrafe gelautet habe, später in einen geschärften Grad des Arrestes umgeändert worden, wodurch er mit dem Verlust des Augenlichts bedroht sei. Der Bericht hob mit einigen scharfen Zügen mehrere Punkte der Untersuchung, die einem strengen Juristen nicht zusagen und vielleicht nach einem s. g. Tendenzprozesse riechen konnten, hervor und tadelte insbesondere, daß man, nachdem einmal das Kriegsgericht auf Festungsarrest ohne Angabe des Grundes erkannt habe, nicht die in anderer Beziehung geltenden Bestimmungen zum Vortheil des Verurtheilten angenommen und somit den leichten Grad des Arrest vollzogen hätte. In dem auf empfehlende Ueberweisung der Petition an das Staatsministerium gestellten Kommissionsantrag lag zugleich der Wunsch, daß die Haft des Petenten wegen seiner Kränklichkeit erleichtert werde. Der Chef des Kriegsministeriums, General Hoffmann, widerlegte hierauf in einem längeren Vortrag den Bericht, in dem er nicht die nöthige Unpartheilichkeit, sondern die Schrift eines Anwalts entdeckte; er beleuchtete das Verbrechen Siegel's, welches in allen andern Staaten, und namentlich in Frankreich, mit dem Tode bestraft worden wäre, gab aber freimüthig zu, daß darin ein Fehler gelegen sei, daß man das Urtheil des Kriegsgerichts anfänglich vollstreckt habe, ohne zu wissen, welcher Grad des Arrestes erkannt sei; doch wies er nach, daß Petent eine solche Freiheit genieße, die ihm keinerlei Gefahr für sein Augenleiden bringe. Ein hierüber ausgestelltes ärztliches Zeugniß bestätigte die Behauptung. Brentano ging sofort in eine Kritik des kriegsgerichtlichen Urtheils ein, suchte das Verbrechen Siegel's als geringfügig darzustellen und fand zuletzt sich veranlaßt, Anspielungen auf Windischgrätz und Jellacic zu machen. Dies wirkte elektrisch auf die Clacque, und mit wohl noch nie hier gehörtem Trommeln, Klatschen und Bravorufen begleitete sie die Exklamation ihres Lieblings. Vergebens suchte die Schelle des Präsidenten die Ruhe herzustellen und so geschah denn das Unvermeidliche, daß der Präsident befahl, die Gallerie zu räumen. Wirklich entfernte sich auch ein großer Theil der Zuhörer, allein gegen 40 — 50 „Volkssouveräne" fanden für gut, dem Befehle des Präsidenten offenbar Hohn zu sprechen, zu lärmen, die Mützen aufzusetzen und sich die Miene zu geben, als sei die Gallerie ihre Märzerrungenschaft, von der sie nicht vertrieben werden könnte. Eine peinliche mehrere Minuten andauernde Situation trat ein, bis der Abg. Böhme den Präsidenten aufforderte, eine Kompagnie Militär zu requiriren, um dem Scandal ein Ende zu machen. Der Präsident wandte sich dann an die dienstthuenden Unteroffiziere und verlangte durch sie die Räumung der Gallerie. Nicht ohne grobe Störungen und mehr als pöbelhafte Redensarten erfolgte endlich dieselbe. Auf Häußer's Antrag wurde dann die Sitzung für heute geschlossen. Dem Unbefangenen mußte aus diesem frechen, vorher beschlossenen Excesse klar werden, wie sehr eine Partei dahin arbeitet, das Ansehen der Kammer herabzuwürdigen; doch konnte ein solcher Scandal nicht eintreten, wenn nicht schon in der Kammer selbst manchmal ein Benehmen eingehalten worden wäre, was ihre Würde untergraben mußte. Indessen war die heutige Mine allzu plump angelegt, um nicht auf ihre Urheber zurückzuprallen.

Kassel, 16. Jan. Der als Vorort des kurhessischen Landesvereins fungirende Ausschuß des hiesigen Bürgervereins hat an die kurhessischen Abgeordneten in der deutschen Reichsversammlung eine Adresse gerichtet, dahin lautend, daß die von der kurhessischen Ständeversammlung officiell kundgegebene Ansicht: „es könne die erforderliche Würde und Macht der Reichsgewalt und die innere Wohlfahrt Deutschlands nicht anders gewahrt werden, als indem alsbald der König von Preußen als Reichsoberhaupt an Deutschlands Spitze trete", in der That dem Willen des kurhessischen Volkes entspreche, wie solcher sich in den Beschlüssen einer größeren Anzahl von Vereinen zu erkennen gebe. Diese Beschlüsse sollen der Reichsversammlung seitens des Vororts durch eine Adresse noch zur nähern Kenntniß gebracht werden. Zwar hätten sich einzelne Vereine, um der Reichsversammlung nicht vorzugreifen, noch gar nicht, andere eine entgegenstehende Ansicht geäußert, aber gerade nach der jüngsten Erklärung des österreichischen Ministeriums habe z. B. der politische Verein in Hanau seine Meinung geändert und sich unumwunden dahin geäußert, daß bei den jetzigen Verhältnissen und in Berücksichtigung der Stellung Oesterreichs gegenüber Deutschland und der Reichsversammlung nur in der erblichen Berufung der preußischen Herrscherfamilie auf den Kaiserthron Heil für das Vaterland zu erblicken sei. Die Abgeordneten Kurhessens möchten deßhalb bei der Erfüllung ihrer Mission den Willen ihres engeren Vaterlandes nach Möglichkeit berücksichtigen. (D. P. Z.)

Kassel, 17. Jan. In der gestrigen Sitzung der Stände interpellirte der Abgeordnete v. Sybel die Landtagskommission darüber, ob von Seiten der Regierung bereits etwas geschehen sei, um deren Einverständniß mit dem ständischen Beschluß vom 5. d. M., die Erhebung des Königs von Preußen zum deutschen Reichsoberhaupte betreffend, zu bethätigen. Mit je größerem Wetteifer mehrere deutsche Regierungen in diesem Sinne sich bereit hätten, zustimmende Erklärungen zu geben, um so weniger dürfe Hessen in diesem Wetteifer zurückbleiben, damit nicht wieder Anlaß zu solchen Gerüchten gegeben werde, wie sie unlängst durch die gründliche und erfreuliche Erklärung des Ministers des Auswärtigen beseitigt worden seien. Der bestimmten und dringenden Erklärung der Kammer hätte alsbald eine eben so bestimmte Erklärung der Regierung folgen müssen. Der Landtagskommissär bedauerte, nicht alsbald eine spezielle Erklärung geben zu können und sich dieses für eine der nächsten, vielleicht schon für die nächste Sitzung vorbehalten zu müssen. Abgeordneter Henkel beantragte, auf den nächsten Tag eine Sitzung zur Entgegennahme einer Erklärung von Seiten der Regierung anzuberaumen. Von anderer Seite wurde der Bestimmung eines Termins widersprechen, und die Kammer begnügte sich mit dem Beschlusse, der Regierung zu erklären, daß die Ständeversammlung eine Antwort auf ihren Beschluß vom 5. d. M. erwarte. (Hess. Bl.)

Offenbach, 18. Jan. Der hiesige Bürgerverein hat in seiner Sitzung am 10. l. M. sich für die Verleihung der erblichen deutschen Kaiserwürde an das preußische Königshaus ausgesprochen, und in diesem Sinne eine Adresse an die Reichsversammlung beschlossen und bereits abgesandt. (O. P. Z.)

** Aus Schleswig-Holstein, 15. Jan. Selbst das dänisch gesinnte Flensburg hat nun eine Adresse an die National-Versammlung entworfen, welche mit dem dringenden Petitum schließt: „die Nationalversammlung wolle darauf hinwirken, daß bei einem etwaigen Friedensabschlusse Schleswig in seiner Verbindung mit Holstein als Theil des deutschen Bundesstaats anerkannt werde." Das neue englisch-dänische Friedensprojekt beabsichtigt eine Losreißung Schleswigs von Holstein; gibt es aber wohl eine unglücklichere Idee, als diese, für die Herzogthümer? Wir können auch nicht glauben, daß Deutschland jemals diesen Plan gut heißen werde, da dieser Plan es ja gerade war, welcher Deutschland zum Krieg vermochte gegen Dänemark. Ueber die mit 26,017 Unterschriften versehene Adresse, welche der Abgeordnete With in der dänischen Ständekammer einbrachte, fordernd Schleswigs untrennbare Verbindung mit Dänemark, ein wichtiger Beleg zu der im Lande herrschenden Stimmung und als Beweis, daß das dänische Volk weder die Fähigkeit noch den Muth verloren habe, auf das Aeußerste für Dänemarks Ehre und Recht zu kämpfen, ging man ohne Berathung zur Tagesordnung über. Das Reichsministerium beabsichtigt, in Flensburg Fregatten von 40—60 Kanonen und Dampfschiffe bauen zu lassen; es trafen zwei Schreiben vom Kriegsministerium und Marineausschuß ein, welche über diese Fragen Auskunft fordern. Flensburgs Hafen ist sehr tief und Flensburgs Werfte eine der tüchtigsten in Deutschland; wir hoffen daher, daß Flensburg mit dem Bau von Schiffen beauftragt werden wird. Vorläufig sind in Flensburg Kommissionen niedergesetzt, welche aus Sachverständigen bestehen und Risse, Kostenanschläge u. s. w. entwerfen, um sie, sobald sie beendet sind, nach Frankfurt einzusenden.

Kiel, 14. Jan. Gestern Abend fand in der hiesigen Harmonie eine vertrauliche Besprechung derjenigen Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesversammlung statt, welche gerade hier anwesend waren. Die Zahl derselben betrug 37, worunter der Präsident der Versammlung, Herr Bargum, der Herzog und der Prinz von Augustenburg rc. Die Verhandlungen, welche lediglich den Stand der Friedensunterhandlungen zum Gegenstand gehabt haben sollen, führten zu dem Resultat, daß die große Mehrheit der Anwesenden es für sehr wünschenswerth erklärte, daß die Landesversammlung bald möglichst wieder zusammenberufen werde, um offizielle Schritte in jener Angelegenheit vornehmen zu können.

Hadersleben, 13. Jan. Die Post, welche am Donnerstag zum erstenmal nach der wiedereröffneten Postkommunikation von hier nach Kolding abging, wurde dort nicht in der freundschaftlichsten Weise aufgenommen. Dem Conducteur wollte man die schleswig-holsteinische Kokarde abschneiden und ihm eine dänische an die Mütze heften. Ein dem Posthaus gegenüber wohnender Bäcker verlangte unter Schimpfwörtern und Drohungen, daß der mit dem schleswig-holsteinischen Wappen versehene Postwagen entfernt werde, da er den Anblick desselben gerade vor seinem Hause nicht ertragen könne und wolle. Eine Menge Soldaten sammelten sich um den Postwagen und das schleswig-holsteinische Wappen desselben ward mit rother Kreide überstrichen.

Hamburg, 14. Jan. In der gestrigen Sitzung der konstituirenden Versammlung wurden zwei neue Ausschüsse, je von 11 Mitgliedern, für Schulangelegenheiten und für die Verhältnisse des Grundeigenthums niedergesetzt. Den ersteren bevorwortete Dr. Rée in einer glänzenden Rede, welche von der Gallerie herab mit dem Rufe: „Es lebe die Linke" belohnt wurde. Auf Gallois' Antrag wurde auch eine Kommission für die Wahl eines bessern Lokals für die Versammlungen niedergesetzt.

Die Deputation verschiedener demokratischer Vereine an den Senat, in Betreff Weitlings, hat nichts ausrichten können. Das Ersuchen wurde abgelehnt und zwar ohne Motivirung. Der Bürgerverein beschloß daher für morgen eine öffentliche Generalversammlung. (Wes.-Z.)

Großbritannien.

* **London**, 15. Jan. Das „M. Chronicle" war nie ein Freund der Einheit Deutschlands, wenigstens hat diese Zeitung schon seit langem vorausgesagt, „daß Oesterreich seinem ganzen Wesen nach mit Deutschland nimmer Ein Fleisch werden könne." Aber auch Preußen glaubt sie warnen zu müssen, die Oberstelle in Deutschland anzunehmen, obschon Berlin, „dieser Parvenu unter den europäischen Hauptstädten", und Friedrich Wilhelm hierzu vielleicht nur zu geneigt sein möchten. (In Preußen selbst bezweifelt man zum Theil diese „zu große" Geneigtheit.) Das M. Chron. sagt: „Möge Preußen die Kosten veranschlagen — wir warnen es jetzt, wie wir es auch vordem gewarnt haben — ehe es seine Hand ausstreckt, um den schimmernden aber luftigen Schatz in Empfang zu nehmen. Möge Preußens Volk ein wenig sich besinnen, ehe es gestattet, daß die durch die Tapferkeit und Weisheit seiner Ahnen errichtete Monarchie in dem desorganisirten und zerrissenen Deutschland dahinschmelze. Möge sein Herrscher alle möglichen Folgen abwägen und sorgfältig und aufmerksam die Zeichen der Zeit prüfen, ehe er das mühevoll errungene Erbe des Hauses Hohenzollern gegen eine getheilte Herrschaft, gegen eine ungesicherte Würde, gegen einen schwankenden Thron vertauscht." Man muß auch auf solche Stimmen hören, welche, wie diese, auf die Opfer hinweisen, die Preußen dem beabsichtigten Einheitsplane zu bringen hat, während man von gewissen Seiten her nur zu geneigt ist, die Frage so zu stellen, als ob die Opfer, welche diese Einheit nöthig macht, allein von den übrigen deutschen Staaten gebracht werden müßten. Das M. Chron. spricht geradezu von einer „Entthronung" Preußens, gibt aber doch wieder zu, daß Preußen unter jeder Bedingung an Macht und Einfluß wachsen müsse und werde, mit dem Beisatze: „wenn es irgend ein Mitglied der europäischen Gemeinschaft gibt, welches geeignet ist, seinen Nachbarn mit dem Beispiele eines festen, wenn schon liberalen Konservatismus voranzuleuchten, so ist dies die große Nation, welche an der Spitze Deutschlands schreitet." Aber freilich, wie das M. Chron. weiter zu verstehen gibt, nur unter der Bedingung, daß Preußen bei seinen deutschen Nachbarn ein England wohlgefälliges Handelssystem befürwortet!

Der „Naval and Military Gazette" zufolge geht man damit um, die irische Konstablerie sehr bedeutend zu vermehren und sie der Art zu organisiren, daß sie fortan aus drei Waffengattungen, Reiterei, Fußvolk und Artillerie, bestehen würde. Das wäre doch nur eine Vermehrung des Militärs, unter dem vorsichtigern Namen und vielleicht auch der minder kostspieligen Form der Konstablerie!

In Portsmouth herrscht über die Ernennung des Sir Francis Thornhill Baring, der einer der beiden Vertreter der Stadt im Unterhause ist, eine so große Freude, daß man wegen dieses „glücklichen Ereignisses", wie die Bevölkerung es nennt, die Glocken läutete. Die Bewohner von Portsmouth glauben, daß Sir F. Th. Baring auch als erster Lord der Admiralität die Interessen der Stadt nicht vergessen werde und rechnen diese Ernennung sich selbst zur Ehre an. Baring wird, wie es heißt, nicht zur Peerswürde erhoben und daher für Portsmouth, ohne Zweifel einstimmig, in's Unterhaus wieder gewählt werden.

Nachdem Viscount Ingestre in Folge des Absterbens seines Vaters, des Grafen von Talbot, zur Peerswürde erhoben worden, ist einer der Parlamentssitze von Süd-Staffordshire in Erledigung gekommen. Süd-Staffordshire hatte bisher zwei Vertreter im Unterhause, einen konservativen und einen liberalen, jenen aus der Familie der Talbot, diesen aus der Familie der Anson. Man wird ohne Zweifel diesmal einen Versuch machen, auch für den bis jetzt durch einen Konservativen vertretenen Bezirk einen Liberalen in's Feld zu stellen. Der Erfolg ist, wie die Times meint, zweifelhaft. Auch der Parlamentssitz für die Grafschaft Donegal in Irland ist durch den Tod des Oberstlieutenants Conolly, eines Konservativen, erledigt. Der Sohn des Verstorbenen, wie sich kaum zweifeln läßt, ebenfalls ein Konservativer, ist einer der Wahlkandidaten. Endlich ist auch für den Bezirk Cardigan ein Vertreter zu wählen. Die Konservativen haben hier einen Herrn John Scandrett Harford als Kandidaten aufgestellt, nachdem ihre Partei unter dem Vorsitz eines Majors Lewis zu diesem Zwecke in Aberaron ein Meeting gehalten hatte.

Der „Globe" enthält eine wohlgelungene Vertheidigung der Politik Lord Palmerston's gegen die ungestümen Angriffe der Times, deren Tadel den edeln Lord tiefer gekränkt zu haben scheint, als die Polemik irgend einer der andern in Parteiinteressen befangenen Zeitungen. Die Hauptpointe dieser Vertheidigung im Globe (ohne Zweifel wohl eine Selbstvertheidigung) liegt in folgenden schlagenden Worten: „Die Times wirft mit affektirtem Bedauern einen zärtlichen Blick auf die Tage, als „ce bon et excellent Aberdeen", wie Ludwig Philipp und Guizot ihn zu nennen pflegten, im auswärtigen Amte gebot, und als Niemand

Uebersicht.

Deutschland.

Frankfurt, 19. Jan. Das Reichsministerium hat heute nachstehendes Schreiben erhalten:

„Seine Hoheit der **Herzog von Braunschweig** ist seit dem Beginne der Verhandlungen über die Umgestaltung des deutschen Bundes fortwährend der Ansicht gewesen, daß ebensowohl eine würdige und kraftvolle Vertretung der deutschen Nation nach Außen, um ihr den Platz unter den europäischen Staaten anzuweisen, den sie einzunehmen berufen und berechtigt ist, als auch eine den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechende, neben der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten zu bildende Einheit im Innern sich nur werde erreichen lassen, wenn ein **erbliches Oberhaupt** an die Spitze der Reichsregierung tritt. Diese Ansicht Sr. Hoh. des Herzogs, mit welcher sich bereits die Vertreter des Herzogthums einverstanden erklärt haben, bin ich ermächtigt, Ihnen, Herr Präsident, offen auszusprechen. Frankfurt, den 19. Januar 1849. Der Bevollmächtigte für Braunschweig bei der provisorischen Centralgewalt. (Gez.) Liebe. An den Herrn Präsidenten des Reichsministerrathes, H. v. Gagern." (O.-P.-Z.)

§ **Frankfurt**, 20. Jan. Unsere politische Bildung nimmt wunderliche Wege. Welcker durfte es in der Paulskirche wagen, uns mit Metternich's Politik einigermaßen versöhnen zu wollen, und in der Sitzung vom 19. d. bekennt sich Zimmermann von Stuttgart sogar zu der politischen Weisheit des Kaisers Nikolaus. Beide glauben, daß die konstitutionelle Monarchie die Herrschaft der Korruption ist, woraus man schließen darf, daß die Partei des Hrn. Zimmermann sich mit der russischen Regierung gleicher Sittenreinheit und Unbestechlichkeit rühmt. Die Russen ertragen große Kälte, wenn sie aber im Zimmer sind, so liegen sie so nahe als möglich am Ofen; es gehört, wie es scheint, schon eine gewisse Bildung dazu, um sich in gemäßigter Wärme behaglich zu fühlen und zu bewegen. Aber eine Freude muß es dem Kaiser Nikolaus sein, wenn er erfährt, welche Eroberung der russische Geschmack an Hrn. Zimmermann gemacht hat! Er könnte ihm nur etwa erinnern, wie Junker Christoph dem Junker Tobias: „Dir steht es besser, aber mir steht es natürlicher!"

§ **Frankfurt**, 20. Jan. Camphausen ist heute von Berlin zurückgekehrt sein, jedoch ohne Bunsen, da dieser in wichtigen Verhandlungen noch bis zum 24. in Berlin beschäftigt sein würde.

Wien, 14. Jan. Den bei der ungarischen Insurgentenarmee befindlichen k. k. Officieren und Soldaten ist eine nochmalige Frist von 14 Tagen zur straflosen Rückkehr unter ihre Fahnen gegeben worden. Ein großer Theil der in Ungarn konfiscirten Güter soll ferner unter gewissen Bedingungen zur Einlösung der ungarischen Banknoten und Entschädigung der schuldlosen Eigenthümer verwendet werden. (Bresl. Z.)

* **Wien**, 15. Jan. In den mährischen Provinzialblättern wurden die Signalements Pulßky's, Tausenau's und Kossuth's angegeben, da man der Vermuthung Raum gibt, daß sie auf diesem Wege sich nach Schlesien zu flüchten beabsichtigen. — Dem Vernehmen nach sind in der Steuererhebung größere Vereinfachungen in der Beamtenhierarchie im Werke. Es soll nämlich das in Frankreich noch vor der Revolution eingeführte Institut der „Generaleinnehmer" auch bei uns nachgebildet werden. Zu solchen würde man Bankiers von anerkannter Solidität erwählen und ihnen nebst dem sehr anzuschlagenden Vortheile zeitweilig ohne Zinsenvergütung zu benutzender Fonds noch eine Provision zugestehen, wogegen die Einhebung durch ihre eigenen Beamten ohne diesfällige Vergütung vom Staate eintreten würde. Die Exekutivgewalt sollte ihnen in den erforderlichen Fällen, gleichwie in Frankreich, zu Gebote stehen. — Privatbriefe aus Pesth melden, daß in der Nähe dieser Stadt ein blutiges Gefecht vorgefallen, wobei Perczel mit dem Reste seines Armeekorps gänzlich zerstreut worden, dabei aber auch unsererseits der Verlust an Mannschaft nicht unbeträchtlich sei. — Aus Kremsier erfährt man, daß die Abfassung des §. 3 der Grundrechte auf folgende Weise erfolgt sei: „Alle Standesvorrechte sind abgeschafft, daher kein weiteres Adelsdiplom verliehen wird. Den Ausländern soll der Eintritt in österreichische Dienste nicht verwehrt werden."

Wien, 15. Jan. Ministerium und Reichstag werden wohl für einige Zeit in unzufriedener Ehe fortleben, und dennoch, wie dies auch anderweitig zu sein pflegt, manche Frucht dabei zur Welt bringen. Das Ministerium bleibt, was auch Gerüchte sagen mögen; aus der Antwort, welche dasselbe den Wienern auf die von ihnen überreichte Adresse ertheilte, läßt sich das auch schon entnehmen. Hier in Wien greift ohnehin nichts an, und so sehr man z. B. Rieger's Rede über den §. 1 als die gelungenste, die an diesem Reichstag gehalten wurde, bewundert, so bleibt man doch hierbei stehen. — Heute machte die Nachricht, daß General Bem mit einem ansehnlichen Korps in Galizien eingefallen sei und dieses Land in Insurrektion zu bringen trachte, einigen Eindruck, allein auch dieser verwischte sich bald, und die Zuversicht auf die Sieghaftigkeit unserer Waffen trat überwiegend hervor. Stadion und Bach sollen sehr ungehalten über den hiesigen Kommandanten Welden sein. Sie hatten darauf gerechnet, daß er die Unterdrückung der ostdeutschen Post nicht von sich abwälzen würde, allein dieser rauhe Kriegsmann scheint seine eigene Meinung zu haben. Ueberhaupt, so wenig die Stellung Welden's geeignet ist, ihn bei den Wienern beliebt zu machen, so ist man doch darüber einig, daß er ein Charakter, und zwar ein ehrenwerther sei. — Unsere emeritirten Staatsmänner überantworten ihre Ansichten, faute de mieux, der Presse. Die Wage (Pillersdorf's) in Kuranda's Ostdeutscher Post hat freilich vorerst ausgewogen. Dafür sucht man Wessenberg in den Artikeln über Souveränetät im Lloyd. (D. A. Z.)

Berlin, 18. Jan. Die Feier des Krönungs- und Ordensfestes wurde auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs heute begangen. Zu diesem Feste versammelten sich Vormittags auf dem königlichen Schlosse die in der Residenz anwesenden, seit dem 23. Jan. v. J. ernannten Ordensritter und Inhaber von Orden und Ehrenzeichen, so wie diejenigen, denen Se. Majestät der König aus Veranlassung der diesjährigen Krönungs- und Ordensfeier Orden und Ehrenzeichen zu verleihen geruht hatten. Die Letzteren empfingen von der Generalordenskommission im Allerhöchsten Auftrage die für sie bestimmten Dekorationen und wurden darauf von derselben mit den zuerst erwähnten Ordensrittern und Inhabern von Ehrenzeichen in den Rittersaal geführt. Der Oberschenk von Arnim, Mitglied der gedachten Kommission, verlas hier in Gegenwart Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen von Preußen und der königlichen Prinzen, so wie der dazu besonders eingeladenen Ritter, zunächst eine Allerhöchste Bestimmung vom 16. Sept. v. J., wonach Offiziere, denen der rothe Adlerorden für militärische Auszeichnung verliehen wird, die Dekoration mit zwei übereinander stehenden Schwertern erhalten, und bei Verleihung der höheren Ordensklassen für Auszeichnung im Frieden die Schwerter am Ringe des Kreuzes und auf den Ordenssternen über dem Mittelschilde beibehalten werden sollen, wogegen die Schleife und das Eichenlaub dann wegfallen. Hierauf verlas dasselbe Mitglied der Generalordenskommission die von Sr. Majestät vollzogene Liste der in Folge der kriegerischen Ereignisse in Schleswig-Holstein, so wie der Ereignisse im Großherzogthum Posen und zu Frankfurt am Main stattgehabten, so wie das Verzeichniß der am heutigen Tage geschehenen Ordensverleihungen.

Zu der religiösen Feier des Festes begaben Sich hierauf Se. Majestät der König, Ihre Majestät die Königin, Ihre königliche Hoheiten der Prinz und die Prinzessin von Preußen und Ihre königliche Hoheiten die andern Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, so wie auch die hier anwesenden hohen fürstlichen Personen, die Ritter des schwarzen Adler-Ordens, die Ritter des rothen Adler-Ordens erster Klasse und die von der General-Ordens-Kommission geführten neuen Ritter und Inhaber von Orden und Ehrenzeichen, nach der Schloßkapelle, wo der Hof- und

Dom-Prediger von Gerlach, untrr Assistenz zweier Hof- und Dom-Prediger, die Liturgie und die der Feier des Tages gewidmete Predigt hielt. Nach dem Schlusse derselben, und nachdem der Segen gesprochen war, wurde das Tedeum angestimmt.

Se. Majestät der König und Ihre Majestät die Königin, umgeben von den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und dem Hofstaate, verfügten sich demnächst in den Rittersaal, wo Allerhöchstdenselben von dem wirklichen geheimen Rathe von Massow, in Vertretung des Präses der General-Ordenskommission, die seit dem vorjährigen und diesjährigen Ordensfeste ernannten Ordensritter und Inhaber von Orden und Ehrenzeichen vorgestellt wurden. Se. Majestät der König geruhten, den ehrfurchtsvollen Dank derselben huldvollst entgegenzunehmen.

Die allerhöchsten und höchsten Herrschaften, denen die Versammlung der Eingeladenen folgte, begaben Sich hierauf zur königlichen Tafel, welche in der Bildergallerie, deren Nebenkammern, und im Weißen Saale angeordnet war.

Nach Aufhebung derselben begaben Se. Majestät der König, Ihre Majestät die Königin und Ihre königliche Hoheiten die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses Sich mit den Anwesenden in den Rittersaal, wo die Versammlung demnächst von Sr. Majestät huldvoll entlassen wurde. (Pr. St.-A.)

Das Verzeichniß der Personen, welche Orden und Ehrenzeichen erhalten haben, füllt im Staatsanzeiger nicht weniger als fünf Spalten. Freilich sind auch die vielen kriegerischen Auszeichnungen, welche in Folge der Kämpfe in Schleswig, Posen und Frankfurt verliehen worden, unter diesem Verzeichnisse begriffen. Aber es bezeichnet doch wiederum den Geist der jetzigen Staatsverwaltung, daß die Verleihung der Orden, welche vor Kurzem, um nicht zu sagen seit Langem, eingeschränkt, wenn nicht gar abgeschafft werden sollten, bei diesem ersten Ordensfest nach den Märzereignissen so zahlreich wie je erfolgen, und überdies jene kleinlichen Unterschiede noch vermehrt sind, welche die ganze Sache vollends als Spielwaaren erscheinen lassen. Bekanntlich sind jene Abstufungen mit Klassen, Stern, Eichenlaub, Schleifen u. s. w. alle erst in diesem Jahrhunderte eingeführt. Den schwarzen Adlerorden hat der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen erhalten. Herr v. Wrangel erhielt den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern; Herr Camphausen erhielt den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Stern und Eichenlaub.

× **Berlin**, 18. Jan. Zur Feier des Ordensfestes wurde heute, wohl nicht ohne Bedeutung, im Opernhause die Gretrysche Oper „Richard Löwenherz" (namentlich durch ihre Arie: „O Richard, o mon roi"! beliebt und bekannt) gegeben, und zwar wie die Ankündigung besagte, „mit allerhöchster Genehmigung". Der gefeierte Tenorist, Herr Bader, trat, in der Rolle Blondels an diesem Abend zum letztenmal auf, die königliche Familie seit der Märzkatastrophe zum ersten Male in diese Räume ein. Es wird Ihren Lesern gewiß von Interesse sein, zu erfahren, daß der Empfang des Paares einer allgemeinen, tief aus dem Herzen kommenden Huldigung, das Ganze einer Versöhnungsfeier nach langem Schmollen und gegenseitiger Verkennung glich. Das königliche Paar wurde mit stürmischem Applaus begrüßt, welcher den König sichtlich tief zu ergreifen schien, und sodann auf allgemeines Begehren das „Heil dir im Siegerkranz" vom Orchester gespielt und von allen Anwesenden mitgesungen. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die Zuneigung der Berliner zu ihren Hohenzollern zu fest begründet ist, um länger als für Augenblicke erschüttert und unterwühlt zu werden. Dieser Abend hat es, glauben wir, deutlich dargethan.

△ **Posen**, 16. Jan. Aus einigen Theilen der Provinz berichtet man, daß das niedere Volk, besonders in den Städten, über die Aussicht auf eine polnische Regierung hoch erfreut sei. Seltsam genug klingt der dort jetzt oft gehörte Ruf: Vivat Polska nasza, Napoleon niech zyje (Vivat unser Polen, Napoleon soll leben)! Soviel steht jedenfalls fest, daß die Leute der Liga im Volke große Hoffnungen auf L. Napoleon erregt haben. Die nach Maßgabe der Demarkationslinie erfolgte neue Eintheilung der Wahlkreise in der Provinz ergibt aus dem polnischen Theile für die erste preußische Kammer 3, für die zweite 5 Deputirte, aus dem deutschen 7 und 15. Daß übrigens auch von den Deputirten der zweiten Kammer ein beträchtlicher Theil aus Polen bestehen wird, ist unschwer vorauszusagen; für die erste Kammer werden wohl nur Deutsche gewählt werden, denn die Zahl der polnischen Urwähler für dieselbe ist bei dem erforderlichen Census von 5000 Thlr. Vermögen oder 500 Thlr. Einkommen sehr gering. In der Stadt Posen z. B. sind unter etwa 11—1200 Urwählern nur etwas über 200 Polen. In Bromberg ist eine aus Juristen, Verwaltungsbeamten, Kapitalisten, Kaufleuten und Landwirthen bestehende Kommission in's Leben getreten, um den Ankauf von Grundstücken in unsrer Provinz für Deutsche aus andern Gegenden des Vaterlands möglichst zu erleichtern.

* **Nürnberg**, 18. Jan. In dieser alten und treuen deutschen Stadt ist zur festlichen Begehung des Tages, an welchem nach dem Beschlusse der Nationalversammlung die Grundrechte in ganz Deutschland Gesetzeskraft erhalten sollen, heute eine entsprechende Feier veranstaltet worden. Der Nürnb. Korr. berichtet über diese Feier: Nach 9 Uhr setzte sich der Festzug an welchem sich mehrere Tausende betheiligten, bestehend aus Repräsentanten sämmtlicher Gewerke, der politischen Vereine, einem benachbarten Bauernvereine, den Gesangvereinen, den Turnern, Eisenbahnarbeitern u. s. f., sämmtlich mit ihren zum Theil prachtvollen Fahnen, und begleitet von großen Volksmassen, mit zwei Musikchören vom Rathhause aus in Bewegung. Der Zug sammelte sich im Katharinensaale, wo unter Mitwirkung der Gesangvereine eine dem Ernste und der Würde des Tages angemessene Feier stattfindet. An den Eingängen des Katharinensaales waren Schüsseln zur Entgegennahme von Beiträgen für unsere durch das Hochwasser beschädigten Mitbürger aufgestellt. Dieses erst vor wenigen Tagen in großem Maßstabe eingetretene Unglück war auch die Ursache, daß viele Häuser in den niedern Stadttheilen nicht mit Fahnen geschmückt waren, da alle Bewohner die Hände voll zu thun haben mit Aufräumen, Reinigen, Ersetzen des noch ungeschätzten Schadens. Während des Zugs ertönten häufig Freudenschüsse. Von 3 Uhr Nachmittags an findet allgemeine Versammlung im Saale des Bamberger Hofes zur Fortsetzung der Feier in freier Rede und Gesang statt. Um 7 Uhr Abends ist Zusammenkunft sämmtlicher Theilnehmer des Festzuges auf dem Marplatze zu einem Fackelzuge, welcher mehrere Straßen durchzieht, worauf nach Ausführung von patriotischen Gesängen die Festfeier schließt. Am Tage zuvor hatte der konstitutionelle Verein seine Zustimmung zu dieser Feier einstimmig ausgesprochen und zugleich eine Adresse an den Landtag beschlossen, worin die schleunige Durchführung der Grundrechte wiederholt zur Pflicht gemacht wird.

:- **Stuttgart**, 17. Jan. Die Kammer ist im besten Zuge, mit ihrem kleinlich-unverständigen Ersparungssystem sich in der Meinung des Landes gründlich zu ruiniren; während sie die kostbare Zeit mit Bagatellen vertrödelt und einem unglücklichen Expeditor 15 fl. abzieht, kostet sie selbst das Fünfzigfache dieser Summe, und ein Ministerium, das augenscheinlich die Sympathien des Volkes hat, sieht sich bei jedem Schritte vorwärts behindert und selbst seine Existenz in Frage gestellt. So arg aber als in der heutigen Sitzung der Kammer ist, was hier gerügt wird, kaum noch getrieben worden. Es wurde in dieser Sitzung der Bericht der Finanzkommission über die Zulässigkeit besonderer Zulagen oder Gratifikationen für die Uebertragung von Nebenämtern an besoldete Beamte vorgetragen. Der Bericht geht von dem allgemeinen Grundsatz aus, daß der Beamte, der neben seiner vom Staat ihm ausgeworfenen Besoldung nicht noch auf andere Einnahmen angewiesen sei, dem Staate alle seine Kräfte, Thätigkeit und Zeit zu widmen die Verpflichtung habe, und daß daher eine besondere Vergütung für irgend eine vom Staat ihm aufgetragene Beschäftigung, auch wenn solche mit seinem ursprünglichen Amte nicht in einem nothwendigen Zusammenhang stehe, nur in dem Falle zulässig sei, wo der Betreffende durch das übertragene Nebenamt in eine Stellung versetzt werde, die an und für sich eine höhere Besoldungsklasse mit sich bringe, oder wenn sich eine bestimmte Anzahl von Arbeitsstunden für ihn festgesetzt finde; und auf diesen Grundsatz hin, der die Beamten zu den elendesten Lastthieren macht, denen man für ihr Futter so viel aufladet, als sie irgend zu tragen vermögen, hatte nun die Kommission die sämmtlichen Beamten, welche Zulagen oder Gratifikationen beziehen, in eine Masse von Rubriken gebracht und auf Beibehaltung resp. Streichung der Nebengebühren, in den bei weitem meisten Fällen natürlich auf Streichung, angetragen. Die Kammer war wenigstens so vernünftig, über die allgemeinen Grundsätze des Berichts zur Tagesordnung überzugehen und sogleich die einzelnen Positionen zu debattiren. Es wird Sie wenig interessiren, ihr dahin zu folgen: das einzige

Kuriosum mag hier angeführt werden, daß die Anwendung der oben aufgestellten Theorie auf das Strafanstalten-Kollegium zu dem Resultate führte, daß der Direktor dieses Kollegiums hinfort 100 fl. weniger bezieht, als der Vicedirektor! Aber freilich, die Konsequenz ist gerettet! Auch über den weiteren Verlauf der Sitzung eile ich schnell hinweg, da es voraussichtlich ebenfalls wenig Interesse für Sie hat, daß eine für die Polizeisoldaten in der Residenz beantragte Gehaltserhöhung — von der endlos langweiligen Diskussion über diesen Gegenstand gar nicht zu reden — gestrichen ist. „So lange man oben nichts wegbringt, kann man unten nichts hinthun", meinte der Abg. Platz; und als der Staatsrath Düvernoy erklärte, daß der Beschluß der Kammer nicht ausgeführt werden könne, weil der Aufwand theilweise schon bestritten sei, entgegnete der Präsident trocken: „Der Hr. Staatsrath werde sich schon zu helfen wissen." Im Laufe der Sitzung wurde übrigens der bereits angekündigte Gesetzentwurf über die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit vorgelegt.

A **Dresden**, 18. Jan. Die zweite Kammer feiert ihre halcyonischen Tage; sie gewährte heute in ihrer ersten Sitzung ein merkwürdiges Schauspiel tiefsten Friedens. Auf der Tagesordnung war die Adreßfrage. Gestern Abend war im Klub der „entschieden Freisinnigen" nach einigem Gezänk eine Spaltung eingetreten und eine Fraktion von etwa 18 Mitgliedern stand im Begriff, unter der Führung v. Trützschler's sich als äußerste Linke von der großen Masse loszureißen. Sie bestand darauf, die Thronrede (und das „offene Wort" der Minister) durch eine Adresse zu beantworten. Ueber Nacht ist sie andern Sinnes geworden. Als in heutiger Sitzung Abgeordneter Fincke den Antrag stellte: „die Kammer möge beschließen, unter obwaltenden Umständen von ihrem Rechte, eine Adresse zu erlassen, keinen Gebrauch zu machen," erhob sich kein einziger Redner dagegen und der Antrag wurde mit Einstimmigkeit angenommen; ein gewiß seltsames Ereigniß in einer Kammer, in welcher 36 Advokaten und kein einziger Graukopf sitzen. Es ist als ein bloßes Spiel des Zufalls zu betrachten, daß der aus dem früheren Landtage wohlbekannte „Interpellationsrath" Tzschirner das Ministerium mit der ersten Interpellation bedachte. Sie verlangt die Vorlage des Rechenschaftsberichts des sächsischen Gesandten in Wien, v. Könneritz, über sein Verhalten bei der standrechtlichen Verurtheilung Blum's. Minister v. d. Pfordten schien durch diese Interpellation sehr unangenehm überrascht, versicherte jedoch, er würde diesen Rechenschaftsbericht auch ohne Erinnerung der Kammer baldigst vorgelegt haben. Er bat um Aufschub für die Ertheilung seiner Antwort, bis er Abschriften einiger Aktenstücke aus Frankfurt erhalten haben würde. Der Rechenschaftsbericht des Hrn. v. Könneritz wird und kann jedoch der Kammer unter keinen Umständen genügen; die Kammer verlangt nach dem Ausdrucke des Interpellanten „Sühne", und wird diese vortreffliche Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, dem Hrn. Minister des Auswärtigen nach Kräften einzuheizen. Die Regierung, welche auf ihre diplomatischen Verbindungen (auf ihre Konsuln in Kanton und Venedig) sich nicht wenig einbildet und es vorläufig noch für unthunlich hält, sich durch deutsche Gesandten und Konsuln vertreten zu lassen, weiß recht wohl, daß sie durch die Abberufung des Hrn. v. Könneritz in die fatale Nothwendigkeit geräth, auf die erneute Besetzung dieser Gesandtenstelle für's erste zu verzichten, und wird diesen tragischen Ausgang möglichst zu vermeiden suchen. Vielleicht wird sie durch diese Frage ein wenig über das Mißliche einer machtlosen diplomatischen Vertretung belehrt.

Stade, 12. Jan. Für die Erblichkeit der deutschen Krone in Verbindung mit der preußischen hat der konstitutionelle Bürgerverein gestern eine Adresse an die Reichsversammlung beschlossen. Ich erlaube mir nur auf einen Passus jener Adresse aufmerksam zu machen, in welchem zufolge mehrfacher Aeußerungen in der Versammlung gesagt ist, daß uns keineswegs besondere Sympathien zu der Krone Preußen hinzögen, sondern die Ueberzeugung von der politischen Nothwendigkeit. Man mag daraus entnehmen, daß auf eine partikularistische Abneigung der „treuen Küstenbewohner" gegen Preußen bei sonderbündlerischen Bestrebungen nicht zu rechnen ist.

+ **Karlsruhe**, 19. Jan. Die gestern unter großem Skandal abgebrochene Sitzung der 2. Kammer wurde heute mit Fortsetzung desselben Gegenstandes wieder aufgenommen; es ließ sich aber an der zahlreich besetzten Gallerie merken, daß nicht die Partei der Anarchie und Rohheit die Oberhand hatte. Brentano lobte in auffallender Weise den Kommissionsbericht und erblickte in ihm ein Mißtrauensvotum gegen den Kriegsminister, durch dessen Annahme von Seiten der Kammer die Minister gezwungen seien, entweder die Kammer aufzulösen oder abzudanken. Er beging aber darin einen gewaltigen Fehler, daß er noch einen weitern Zusatz zum Kommissionsantrage in Vorschlag brachte, wodurch die Kammer aussprechen sollte, daß sie den Lieutenant Siegel unter die zu Amnestirenden begreifen wolle. Der Präsident des Kriegsministeriums warf mit seiner liebenswürdigen Offenheit das künstliche Gebäude des Hrn. Brentano schnell zusammen und hob hervor, wie gerade der badische Krieger dafür gesorgt habe, daß die Verfassung gegen ihre Feinde sicher gestellt werde und welches Verdienst er sich weiter dadurch angeeignet habe, daß er selbst die gefangenen Rebellen gegen die Drohungen und Thätlichkeiten des aufgeregten Landvolks in Schutz genommen. Weiter wiesen noch einige Mitglieder der Petitionskommission und selbst der Berichterstatter Baum nach, daß im Kommissionsantrage keineswegs eine feindliche Absicht gegen die Kriegsverwaltung gefunden werden könne. Auch Staatsrath Bekk sprach vortrefflich und erndtete, wie der Kriegsminister, mehrfachen Beifall von der Gallerie und im Hause selbst. Lamey aber, sichtlich empört über den von Brentano in Bezug auf die Anarchisten gebrauchten Ausdruck „sogenannte Rebellen", erinnerte den inkonsequenten Abgeordneten an die gegen Hecker erlassene einstimmige Erklärung der Kammer, worin sie das Unternehmen desselben mit ähnlichen Namen bezeichnete; und sprach ganz klar seine Verachtung gegen die Maulhelden aus, die aus der Ferne die Aufwiegelung erstrebten, während er gegen Männer, die mit Entschiedenheit und Offenheit die Waffen ergriffen hätten, eher noch Achtung fühlen könne. Endlich nach 4stündiger Diskussion beschloß die Kammer durch namentliche Abstimmung, den Kommissionsantrag mit 33 Stimmen gegen 6 anzunehmen, dagegen verwarf sie mit 29 Stimmen gegen 10 Brentano's Antrag.

+ **Karlsruhe**, 19. Jan. Die braven Pforzheimer haben eine mit einer großen Masse von Unterschriften bedeckte Dankadresse an den Großherzog über dessen neueste Erklärung wegen des Bundesoberhauptes durch eine Deputation hierher bringen lassen, welche heute übergeben wurde. Der Großherzog nahm dieselbe gerührt an und zeigte in seiner Antwort, welche deutsche Gesinnungen in ihm leben. Auch dem Präsidenten der Kammer bezeigte dieselbe Deputation ihre Anerkennung über den in voriger Woche geschehenen Beschluß hinsichtlich der Oberhauptsfrage.

Altenburg, 16. Jan. Heute sind bei uns die „Grundrechte des deutschen Volkes" als Gesetzblatt publicirt worden, und es ertheilt hierbei in einer Einführungsbekanntmachung das Ministerium die erfreuliche Versicherung, daß es sich eifrigst bemühen werde, seinerseits dahin zu wirken, daß auch die durch das Reichsgesetz vorerst nur in Aussicht gestellten, beziehentlich der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Grundrechte den Staatsangehörigen des Herzogthums baldthunlichst zu Theil werden. (D.-P.-Z.)

Gera, 6. Jan. In der heutigen Versammlung des Bürgervereins ist beschlossen worden, die in seinem Kreise herrschende Ansicht über die Oberhauptsfrage in einer Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt dahin auszusprechen: daß Preußen baldthunlichst an die Spitze der deutschen Staaten gestellt, und daß seinem Beherrscher die deutsche Kaiserkrone erblich übertragen werden möchte.

Frankreich.

* **Paris**, 17. Jan. Die Verhandlungen der National-Versammlung waren heut, wie schon seit einigen Tagen, völlig leer und bedeutungslos. Ein Gesetzentwurf über die Entschädigung der Sklavenbesitzer in den Kolonien wurde zum erstenmal verlesen, d. h. er wurde, wie es Sitte zu werden scheint, ohne daß Jemand das Wort verlangte, zur zweiten Lesung bestimmt. Am Schluß der Sitzung schlug Odilon Barrot ein Dekret vor, wonach die Urheber des Attentats vom 15. Mai vor die haute cour gestellt werden sollten, welche die Verfassung für solche Fälle vorgesehen hat. Weil die Untersuchung schon ohnedies sehr in die Länge gezogen worden sei, bat er, das Gesetz für dringlich zu erachten, d. h. es nicht einer dreimaligen Lesung zu unterwerfen, sondern nach Begutachtung durch eine Kommission mit Einem darüber zu entscheiden. Die Versammlung trat seinem Vorschlage bei.

Die Liberté enthält heute folgende Nachricht, welche durch die bonapartischen Verbindungen des Blattes Bedeutung erhält:

Uebersicht.

Die österreichische Frage vor der Nationalversammlung.

II.

* Vom Rhein, 17. Jan. Man kann uns auf den Schluß meines gestrigen Briefes antworten: Es sei doch wenig Aussicht auf unser brüderliches Beispringen in einem Zusammenstoße der österreichischen Deutschen mit dem Slawismus, wenn wir gleich bei dem ersten Anlasse Oesterreich in der That im Stiche ließen; denn dieß sei eben jetzt schon die Noth, daß wir den dortigen Deutschen „ihre Stellung gegen die Slawen erschweren", wenn wir Oesterreich loslassen oder ausstoßen. Dagegen sagen wir: Oesterreich soll uns in diesen inneren Konflikten, die ihm zunächst bevorstehen, beweisen, daß es der Selbstthätigkeit und des eigenen Handelns fähig ist, zu dem wir uns trotz unserer Kleinstaaterei anfänglich geschickter glauben. Oesterreich hat sich im Gefühle seiner Schwäche bisher bei allen Anlässen in seiner äußeren Politik eine übermäßig starke Bundesgenossenschaft gesucht, weil es jede einigermaßen unsichere und gefährliche Probe der eignen Thaten scheute; wenn dieß auch in seiner inneren Politik künftig der Fall sein soll, wenn man uns nur als Bundesgenossen sucht, eine innere Hemmung zu überwinden, so kann uns das nicht dienen, da bei uns das ganze, große, das für jeden Staat erste und unabweisliche Interesse der Selbsterhaltung fordert, daß wir unsere Kräfte nach außen entwickeln und von dem ewigen Brüten über den inneren Verhältnissen ablenken. Oesterreich soll uns zeigen, daß es für sich allein mit seinen Deutschen den geistigen und nationalen Wettkampf mit dem Slawismus aufnehmen will. Wir können es nun einmal nicht vergessen, daß Metternich die slawischen und ungarischen Elemente Oesterreichs emancipirt hat in einer feindlichen Absicht gegen die Ideologie, den Geistesschwindel, die unruhige Strebsucht der Deutschen. Wir können es nicht vergessen, daß die drei „Wallensteine", um die sich heute die österreichische Politik herumdreht, Slawen sind. Wir können es nicht vergessen, daß sie wenigstens theilweise aus Metternich's Schule sind. Soll unser erster politischer Gang damit beginnen, daß wir in engster Verpflichtung mit Oesterreich die erbsündliche Schuld seiner Verbindung mit den Slawenländern mit ausbüßen sollen, die Deutschland von Anfang an mehr zum Schaden als zum Nutzen gereichte, so zeigt sich uns eben auf der Schwelle schon das Unheil, das wir gerade vermeiden wollen. Ist Oesterreich zu schweren inneren Kämpfen durch Natur und Bestandtheile, durch seine alte und neue Politik verdammt, durch eine Politik, an der wir keinen Theil und keine Schuld haben, so wollen wir uns frei von diesen lebensgefährlichen Krisen halten, zu denen uns weder Natur und Beschaffenheit, noch alte oder neue Verschuldung mitverurtheilt. Oesterreich ist eine Großmacht, die eben jetzt ihre Stärke und ihre Fähigkeit zu handeln neu erprobt hat; Hr. von Schmerling fühlt sich ja so ganz in dem stolzen Selbstgefühle auf diese Größe und Macht seines Vaterlandes: so mag es sie nun in dieser nächsten Aufgabe erproben. Hic Rhodus hic salta! Jetzt gilt es, zu zeigen, daß man nicht allein das Handeln mit Soldaten versteht, sondern daß man auch der richtigen und weisen Thätigkeit der Organisation, der Befriedigung, der Civilisation gewachsen ist. Was braucht Oesterreich, dazu zu helfen, uns kleine, geschichtlosen Deutschen? Wer den Schaden hat, darf für den Spott nicht sorgen. Dieß hegemonische Oesterreich hat uns systematisch um unsern Ruhm und unsere Geschichte als deutsche Nation gebracht, um sich eine österreichische Glorie auf unsere Kosten zu machen, und nun kommt dieser österreichische Bevollmächtigte, und spricht mit vornehmem Hohne auf unsere Geschichtsarmuth herab, mitten im Schooße unserer Nationalversammlung! O wir dulden Vieles, wir guten Deutschen! aber möchte dieß zu dem wenigen Letzten gehören, das wir von diesem Oesterreich dulden wollen. Ist da Niemand gewesen, der bei diesem Hohne mit diesem übermüthigen Manne Rechnung hielt über seinen österreichischen Stolz? Es war eine Zeit, wo Oesterreich ein kleiner deutscher Staat neben andern Staaten war, das ist Oesterreichs reine und edle Geschichte, wo es sich neben den andern zeigen darf. Von den Zeiten an, da es sich von Deutschland trennte und seine eigenen Wege ging, wo ist der Deutsche der im 15. Jahrhundert nicht stolzer gewesen wäre, ein Hussite zu sein als ein Oesterreicher? wo ist der Deutsche, der in der Reformationszeit sich nicht mehr eingebildet hätte ein Sachse zu heißen als ein Oesterreicher? Wo ist der Deutsche, der im 30jährigen Krieg nicht lieber unter des hessischen Wilhelm, unter des weimarischen Bernhard Fahne gestanden hätte, als unter Oesterreichs? Wo ist der Deutsche, der in der Glanzzeit unserer Literatur sich der österreichischen Barbarei nicht geschämt hätte? Wo der Deutsche, der im 7jährigen Krieg nicht lieber Preuße als Oesterreicher, und nicht lieber 1813 Preuße als 1809 Oesterreicher gewesen wäre? Und wer hätte gerechteren Stolz auf die Geschichte seiner letzten 30 Jahre, der kleine Badener oder der große Oesterreicher? Dort gab es die Minister, die gegen Metternich wagten, doch o der Schande, daß der Angehörige eines Staates von 30 Millionen, die gegen ihren geistarmen und sittenverderbten Zwingvezier nicht zu mucken wagten durch 30 Jahre, den gespaltenen kleinen Stäätchen vorwerfen darf, daß sie sich gegen den Mann nicht regten, der sie eben mit diesen 30 Millionen im Rücken drückte, und daß er dieß verworfen darf, ohne daß man ihm die grelle Wahrheit des Sachverhalts entgegen warf: daß diese kleinen Staaten sämmtlich in ihren Ständen einen 30jährigen Kampf gegen diesen Metternich geführt haben, ehrenhaft und unermüdet, einen Kampf, ohne den heute noch Metternich in Wien residirte. Wahrlich an allen diesen unwillkührlichen Aeußerungen österreichischer Denkungsart ist für uns rücksichtsvolle Deutsche höchstens der ungemeine, für uns ganz unfaßbare Grad von Naivetät entschuldigend auf der Einen Seite; auf der andern aber sollte uns eben die Naturwüchsigkeit dieser Denkart überführen, daß uns, wie wir gestern ausführten, eine breite Kluft von diesem Stamme trennt, daß wir mit diesem Stamme nicht ohne unser förmliches Verderben zusammen gehen können, so lange dieser alte Sauerteig nicht völlig ausgegohren, dieser alte sündige — Oesterreicher nicht völlig ausgezogen ist. — Aber zurück zu unserem Gedankengange! Der Anlaß möge diesen Ausbruch deutschen Selbstgefühles entschuldigen. Wir müssen, der Ruhe zurückgegeben, eingestehen, daß wir zur Bescheidenheit und Demuth Ursache haben, wenn von unseren staatlichen Vorzügen und Anlagen die Rede ist. Wozu braucht uns, war unsere letzte Frage, uns kleine geschichtarme Deutsche das große Oesterreich zu seinen inneren Kämpfen? Wie mag es sich mit diesem Stolze auf sich selbst und seine Macht so demüthigen, auf unsere Großmuth Anspruch zu erheben? Wir haben, wie gesagt, alle Ursache, nicht Großmuth zu üben, so lange wir demüthig bekennen müssen, wie viel wir noch mit uns selbst zu thun haben! Wir sollen Einheit und Macht in unserem neuen Staate begründen. Die Einheit, wenn sie eine wahrhafte und feste ist, gibt nothwendig Macht; die Macht, die uns mit Oesterreich zuwüchse, gibt nicht allein keine Einheit, sondern sie lockert oder zerstört sie vielmehr. Wir brauchen daher die Einheit zuerst und vor Allem als die Bedingung der Macht. Welche Einheit uns mit Oesterreich reifen würde, das kann man aus der Blüthe, die jetzt in Frankfurt zu sehen ist, schon schließen. Herr v. Schmerling selbst ist zu dem Geständnisse genöthigt (und dieß ist naiv ehrlich), daß wir ohne Oesterreich unsere staatliche Gestaltung leichter und schneller erhalten würden als so. Dennoch sollen wir (und das ist naiv österreichisch) die Verpflichtung haben, auf Oesterreich Rücksicht zu nehmen bei dem Bau dieser Verfassung, auf das Oesterreich, das sich noch dazu mit tausend Zungen losgesagt von uns. Wir sollen darunter leiden, daß sich Oesterreich (nach dem alten Landsturmliede) am spätesten besinnen und „klar machen" kann, wir sollen, das größere Ganze, Rücksicht auf den Theil nehmen, während der Theil alle Rücksichtslosigkeiten der Welt gegen das Ganze üben darf. O es ist naiv österreichisch! Wenn wir hiergegen besonnen deutsch sein wollen, so fordert dieß unaufschieblich, daß wir unseren Verfassungsbau ausführen, ohne Oesterreich; wir haben die Frage gestellt in den §§. 2, 3 und die Antwort ist auf alle Fälle unzweideutig gehalten; wir können die Bestimmungen der Verfassung, die auf eine strengste Form des Bundesstaats dringen, nicht fallen lassen, wir müssen sie erhalten, um Deutschland zu erhalten; wir können den Rechten und den Ansprüchen dieses Volkes nichts vergeben wegen einer Rücksicht auf den Theil; Radetzky hat uns das Wort gelehrt: Deutschland muß sich lieber von Oesterreich trennen als von Deutschland, denn es gilt die Keime neuer und unabsehlicher Revolutionen

von uns abzuhalten. Es gilt also zunächst die strengste Einheit, die mit Oesterreich nicht zu haben ist. Auch selbst dann nicht, wenn Oesterreich sich in allen Punkten in den Bundesstaat fügte. Die Rivalität zwischen Preußen und Oesterreich würde immer die Einheit gefährden. Wir brauchen also ein einheitliches Deutschland, Preußen an der Spitze. Aber um die Macht, die uns diese Einheit als rohe Materie zubringen wird, flüssig zu machen, bedarf es unserer ganzen Anstrengung, und dieß ist der Grund, warum wir Oesterreich nichts von unseren Kräften mit unzeitiger Großmuth abgeben können. Preußen's äußere Politik ist durch österreichischen Einfluß seit 30 Jahren verdorben und verstört worden. Preußen für sich allein durfte als ein Schüler in seiner Großmachtrolle bisher auftreten, aber mit Deutschland in Gemeinschaft muß es lernen eine Großmacht zu sein. Das Selbstgefühl der Nation muß es das lehren. Die Vermächtnisse von Metternich in der preußischen Politik zu tilgen, wird es noch Mühe und Arbeit kosten. Wir brauchen also, um es noch einmal zu sagen, unsere Kräfte für uns, alle unsere Kräfte für uns. Es ist nicht nöthig, daß wir im staatlichen Verbande mit Oesterreich noch die Eifersucht und den Neid der ganzen Welt auf uns laden. Wir haben ohne das genug zu thun. Doch ist uns für unsere Aufgabe nicht angst. Wir sind außen im Reiche, wir haben seit 50 — 60 Jahren etwas gelernt! Oesterreich auch hat 1848 ein erstes Examen bestanden. Auf diesem Wege möge es fortfahren. Wenn es die Maturitätsprüfung besteht, werden wir allezeit bereit sein, es aufzudingen und aufzunehmen. Und wenn es die Meisterschaft über uns davon trägt, zweifle es nicht daran, so lassen wir uns von ihm aufdingen und aufnehmen.

III.

• Vom Rhein, 18. Jan. Wenn Oesterreich, getrennt von uns, sich in geistigen und materiellen Beziehungen mit uns verbündet, wenn sich ein herzliches Verhältniß unter den Stämmen bildet, das von dem Regiment und seiner Natur unabhängig ist, wenn man uns die Donauländer zur deutschen Kolonisation öffnet, dann wird man mit übermächtigen Thatsachen den Willen, mit Deutschland in Verbindung zu gehen, bewährt haben, dann wird man Deutschland an sich ketten durch tausend ideelle Bande und materielle Interessen. Wenn dieß Alles innerhalb eines Staatenbundes geschähe, hätte es nicht den mächtigen Einfluß und die moralische Bedeutung, die es so haben würde; es würde nicht für Uneigennützigkeit gelten und kein freigewordenes Verhältniß, es würde sogleich ein Mißbrauch deutscher Kräfte zu österreichischen Zwecken scheinen. Wir haben in diesen Blättern früher die Unmöglichkeit durchgefühlt, daß Oesterreich mit uns, daß wir mit Oesterreich gehen könnten; wie damals die Sachen standen, konnte man übrigens glauben, es werde dieser Staat in solche Lagen kommen, daß er unter allen Bedingungen seine deutschen Lande bei Deutschland lassen müsse; unter diesen Bedingungen war die unsere immer die preußische Oberhauptschaft. Wir hatten dabei die Ansicht, Oesterreich werde sich vorerst als eine slawische Macht gestalten müssen. Das österreichische Glück hat für den Augenblick die Dinge so gewendet, daß wenn nun das Regiment mit starker Hand die in Ungarn errungenen Vortheile benutzen wollte, durch deutsche Kolonisation in Masse ein Keil zwischen die slawischen Stämme geschoben werden könnte, der ihre Konsolidirung unmöglich machte, der deutsche Kultur und Gesittung plötzlich in Einem Zusammenhange bis Siebenbürgen und an die türkischen Gränzen vorschöbe, in ganz anderer Weise, als dies bisher der Fall war. Das Reich der Mitte könnte so allerdings sich gestalten, das für uns Deutsche eine gewaltige Anziehung hätte. Aber was darin Bedrohliches für uns läge, wenn es nun mislänge, wenn sich nun, was man so lange gefürchtet hatte, die österreichischen Staatsbestandtheile bereits zu selbstständig fühlten, um sich auch nur von deutschem Geiste beherrschen zu lassen, wenn sie zu dem Gegensatze gegen den österreichischen Gesammtstaat übergingen und die Hülfe aller Panslawen und aller politischen Abenteurer und der gesammten europäischen Mächte dazu für sich interessirten, — was darin Bedrohliches läge, das sieht und fühlt man wohl ohne Nachweis durch, man hätte Oesterreich und Deutschland zugleich auf's Spiel gesetzt. Sie haben, mir mein heutiges Thema von der Zunge wegnehmend, in Ihrem gestrigen Leiter so vortrefflich diesen Gegenstand behandelt, daß ich darauf hindeutend sogleich weiter gehe, und mich begnüge, Ihnen heute nur einen kleinen Anhang zu jenem Artikel zu schicken. Soll dies Werk jemals gelingen, so muß es von langer Hand vorbereitet werden; es müssen die österreichischen Staaten sich nationell und selbstständig entwickeln; sie müssen bei Sitten, Sprachen und Freiheiten geschützt werden; sie müssen sich überzeugen, daß deutsche Bevölkerung in ihrer Mitte, deutsche Herrschaft an ihrer Spitze ihren Bestand und ihre Zukunft nicht gefährdet. Das Alles wird viel besser erreicht werden, wenn es als eine häusliche österreichische Angelegenheit behandelt wird, wo sich diese Völkerschaften im Uebergewichte fühlen, während sie einem deutschen Reiche angehängt oder gar eingefügt, die unheimliche Wucht eines furchtbaren Einflusses empfinden würden, die selbst den Muth zu ihrer eigenständigen Entwickelung lähmen würde. Bereite denn Oesterreich den Weg deutscher Civilisation, für sich abgetrennt, nach Osten hin; es wird das erste, große, siegreiche Zeichen seines Deutschthums überhaupt sein, und wird seine Rückwirkung auf uns nicht verfehlen, die wir uns derweile in unserer Aufgabe versuchen werden. Das ungeheure Ganze aber zu verbinden, das wird, wie Sie ganz richtig sagen, einen Bonaparte oder Cäsar verlangen, selbst wenn es künftig geschehen soll, und heute noch viel mehr. Wenn von Verfassungen die Rede ist, mag ich von der historischen Doktrin nichts hören; aber wo es gilt, einer Welt in Waffen gegenüberzutreten, da möchte man doch allerdings gerne die Leute erst sehen, die das durchführen sollen. Nun sind da freilich, wenn man die österreichischen Posaunen anhört, drei Cäsare für Einen. Es sind auch keine verächtlichen Leute; hätten wir ihrer nur recht viele in Deutschland. Sie haben Karl Albert geschlagen, Prag und Wien bezwungen, Ungarn zu ihren Füßen gelegt, sie haben den Erzherzog Rainer in Mailand beseitigt und den Kaiser und seinen nächsten Nachfolger; es ist kein Zweifel, daß, was auch die vielfachen Motive zu dem Thronwechsel in Oesterreich waren, die Werkzeuge dazu nur diese Feldherren gewesen sind. Das alles sieht Wallensteinisch genug aus. Sieht man freilich näher zu, so schwindet diese Größe ganz ungemein zusammen. Eine rebellirte Stadt zu nehmen, gilt heutzutage nicht mehr für ein so gefährliches Unternehmen, wenn man nur erst zu dem Entschlusse gekommen ist, Menschen und Steine nicht zu schonen. Italienische Heere geschlagen zu haben, dafür haben in den 20r Jahren österreichische Feldwebel vor unseren Augen und Ohren mit einer Art Erröthen abgelehnt, gelobt zu werden. Was aber Kossuth für ein Gegner war, das wissen alle Oesterreicher besser als wir. Die inneren Siege stellen sich auch nicht als große Heldenthaten heraus. In Italien hatte die geistige Nichtigkeit des Vizekönigs die Dinge so zum Aeußersten kommen lassen, Radetzky ward noch Ende Januar 1848 von Generalmajor Heß gerühmt, er sei allein Schuld, wenn durch das „Altweiberregiment" in Mailand die Stadt noch nicht verloren sei. Radetzky konnte die Stadt aber nicht erhalten, der Vizekönig war durch die Umstände entfernt. Auch lag die Schuld des schlechten Gangs der Dinge höher hinauf; ein Sohn des Vizekönigs selbst schob sie in einem Brief an seinen Bruder auf das „Weiberregiment" in Wien um den „Idioten," den Kaiser herum! Denkt man sich über dem Altweiberregiment in Mailand, wie die Soldaten sagten, das Weiberregiment in Wien, wie es der junge Rainer selbst nannte, und über und zwischen beiden als den bindenden Kitt das alte Weib Metternich, so ist in diesem köstlichen Klimax keine gloriose Gegnerschaft, die die Feldherrn hier zu überwinden hatten. Der Letztere, der Hauptfeind, mußte dazu von dem Volke beseitigt werden; hätte Er aushalten können, so würde Er wahrscheinlich noch heute mit Radetzky Briefe wechseln „über die Harmonie mit der sie zusammen gearbeitet, und über die Schwierigkeit, Gespenster zu besiegen." Um auf meinen Gedanken zurück zu kommen: Alles bisher in Oesterreich Geschehene beweist nur, daß seine inneren und äußeren Feinde, um mit Metternich zu reden, als „Körper" noch unmächtig, als „Gespenster" jetzt wie vorher, jetzt mehr als vorher zu fürchten sind; es beweist nur, daß Oesterreich ein Militärstaat ohne starke Elemente der Bildung und der moralischen Kraft ist, als welcher er sich auf die Länge nicht erhalten kann. Es kommt jetzt darauf an, ob sich die Herren vom Säbel auch als Organisatoren erweisen werden, denn was die Alexander und Bonaparte erst zu dem machte was sie waren, das war nur diese Verbindung der Friedenstalente mit den Kriegsgaben. Das aber wollen wir Deutsche lieber erst an österreichischen Experimenten abwarten, als daß wir uns den Erfolgen dieser Künste mit aussetzten. So viel aber leuchtet auch ohne Auseinandersetzung ein: Wie ich gestern am Schlusse meines Briefes von unserer deutschen Seite sagte, daß sie über und über genug mit sich selbst zu thun hätte,

so gilt es noch vielmehr von Oesterreich. Es hat so viel mit sich zu schaffen, daß es der deutschen Geschäfte wohl selbst wünschen sollte, erledigt zu sein. Gebe es das Eine Haupt des Doppeladlers willig an Preußen ab und wache es mit dem andern nach Osten. Die Rücken mögen in der innigsten Bundgenossenschaft verwachsend einander decken. Nur daß der Gedanke kein officieller sei, den ich mit wahrem Schrecken in der D.-P.-A.-Z. in einem leitenden Artikel lese: daß sich Oesterreich in Folge dieses Bündnisses „die Gemeinschaft der Leitung der höheren Politik" mit Preußen vorbehalten solle! Dann lieber mit Eins in das österreichische Kaiserthum hinein oder in den alten Bundestag zurück! So weiß man doch woran man ist.

Herr Giskra.

Die Worte, deren sich Herr Giskra vorigen Montag über die deutsche Presse und die Frankfurter insbesondere bediente, lauten nach dem stenographischen Berichte: „Man sehe auf die veränderte Haltung vieler öffentlichen Blätter, die hier und in einem großen Umkreise, und in Norddeutschland erscheinen; man sehe den heftigen Ton gegen Oesterreich in Blättern, die von der Paulskirche aus mitredigirt werden; man lese darin die Weihrauch-Wolken gegen Preußen; man erwäge das Gerücht, daß unter den Blättern einige Unterstützungen erhalten sollen; ich sage ausdrücklich: „sollen," um in gleicher Richtung fortzuwirken. (Stimmen auf der Linken: Aha! Hört! Hört! Aufregung im rechten Centrum; Stimmen daselbst: Beweis! Verdächtigung! Große Unruhe.) O, meine Herren, ich hoffe, Keiner wird mir zumuthen, daß ich so etwas unserem hochachtbaren Ministerpräsidenten, oder Einem aus diesem Hause unterschiebe, ich sage auch nicht, daß eine Regierung von Deutschland sich dazu hergeben würde. (Heiterkeit.) Allein es gibt auch andere Leute, die in ihrem Sinne wühlen. (Bewegung und Unruhe im rechten Centrum; Stimmen daselbst: Thatsachen!) Erwägen Sie, daß Blätter, die hier im Hause ihre besten Kräfte haben, diese Richtung offen predigen, und auf den Austritt Oesterreichs dringen, und urtheilen Sie dann noch, ob ich zuviel gesagt! Wollen Sie aber noch Thatsachen, so hören Sie die eine unverfängliche, aber sehr laut sprechende, daß ein Abgeordneter aus diesem Hause hier in der Umgebung in mehrere der gelesensten Blätter einen Aufsatz über die österreichisch-preußisch-deutschen Verhältnisse einrücken lassen wollte, in dem die Person des Verfassers jedes Bedenken gegen die Zulässigkeit ausschloß, und daß keine Redaktion ihn aufgenommen hat (Stimmen auf der Linken: Hört! Hört! Unruhe), und es hat sich, meine Herren, gerade bei ihm, der in der Staatsverwaltung der früheren Zeit viel Erfahrung hat, die Ueberzeugung herausgestellt, daß eine Censur ausgeübt wird, welche härter erscheint, als die alte Regierungscensur, eine Censur durch die Redaktionen der Zeitungen. (Eine Stimme auf der Rechten: Im März haben wir auch nichts hineinbringen können!)" *Τέκνον ἐμόν, ποῖόν σε ἔπος φύγεν ἕρκος ὀδόντων;*

Der hannover'sche Partikularismus.

00 **Frankfurt**, 8. Jan. Schreiber dieses behält sich vor, einen geschichtlichen Rückblick auf die deutschen Länder zu werfen, welche mit fremden Staaten in Realunion gestanden haben und aus ihren Schicksalen die Nothwendigkeit der vielangefochtenen Paragraphen 2 und 3 zu begründen, welche man unbegreiflicher Weise nur auf Oesterreich bezogen, als wenn eine Verfassung nur für den Augenblick und ein Prinzip nur für einen bestimmten Fall festgestellt werden könnte. Hier soll nun von einem Lande die Rede sein, das bei seiner Union materiell jedenfalls das beste Loos gezogen hat, auf dessen politisches Leben die Verbindung aber desto ungünstiger gewirkt hat und noch wirkt. Die Universität Göttingen mit ihren reichhaltigen Anstalten, ihrer großartigen Bibliothek war in einem ganz anderen Styl gegründet, als die dürftig ausgestatteten deutschen Hochschulen jener Zeit und englisches Geld vermehrte fortwährend jene Schätze. Der von den vielen Höfen der braunschweig-lüneburgischen Linien herangezogene verarmte Adel fand in englischen Kriegsdiensten eine ruhmvolle Laufbahn im Dienste seines eigenen Monarchen, die zugleich durch den „Halbsold" lebenslängliche Versorgung versprach. 1775 schloß der König von England mit sich selbst als Kurfürsten von Hannover einen Hülfsvertrag zur Stellung von Truppen nach Gibraltar und Minorca, 1781 wiederholte sich dies in Bezug auf Ostindien, 1803 wurde aus dem in Folge der Kapitulation mit Bernadotte aufgelösten hannover'schen Heere die „deutsche Legion" gebildet, welche zu Englands Nutzen und Ruhm unter englischen Fahnen und in englischen Uniformen mit dem größten Heldenmuthe in Spanien, Portugal, Sicilien, Dänemark, Frankreich, Belgien und Deutschland gegen Napoleon focht. Noch mehr als durch die Verbindung wurde durch die unzähligen in's Privatleben zurücktretenden englischen Pensionäre englische Sitte und Anschauungsweise im ganzen Lande verbreitet. Dem hielten keine vaterländisch gesinnten Städte das Gegengewicht, denn von den neuhannover'schen Ländern hatten Ostfriesland, dessen Verbindung mit Preußen erst 1744 begann, und das geistliche Fürstenthum Hildesheim ein staatliches Sonderleben geführt und dem Reiche sehr fern gestanden, in den althannover'schen Landen war von den Residenzen Celle, Lüneburg, Hannover kein selbstständiges Bürgerthum zu erwarten; das durch den dreißigjährigen Krieg verwilderte und fast zum Dorf gesunkene Göttingen verdankt seinen Aufschwung einer fürstlichen Stiftung, und andere Punkte, wie Stade und Osnabrück, sind zu klein. Dazu einen Beamtenstand und ein Landvolk, dessen politische Dumpfheit die Jahre 1837—41 genügend gezeigt. Mit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs bekam „adlig Hannoverland" wieder die langersehnte wirkliche Residenz, für welche der König mit Hülfe seiner englischen Apanage von 15,000 Pfd. St. Vieles that. Bei dem Landvolk machte er sich beliebt durch eine gewisse Gradheit und Energie gegen Beamtenwillkür, welche Kraft man unter der Verwaltung des gutmüthigen Herzogs von Cambridge vermißte. Das Fernhalten vom Zollverein, der Schifffahrtsvertrag mit England vermehrte den hannoverschen Partikularismus, und bei der Entlassung der sieben Professoren konnte die Regierung hervorheben, daß sechs von ihnen „Ausländer" seien, nicht vollwichtige Hannoveraner.

Wahlprogramm.

• Unter den unzähligen Wahlaufrufen und Programmen, welche jetzt in allen Theilen Preußens erscheinen, heben wir das folgende, von den Herren Duncker, Haase u. s. w. unterzeichnete hervor, welches verdiente Anerkennung gefunden hat.

„Programm. Die Unterzeichneten haben sich zu einem Wahlkomité vereinigt, um bei dem bevorstehenden großen Wahlakt denjenigen Bestrebungen einen Mittelpunkt darzubieten, welche gemeint sind, durch die Wahlen die Bildung sowohl durch Zahl als Gesinnung tüchtiger Centren in beiden Kammern zu fördern. — Wir halten es für Pflicht, uns vor allen Dingen offen über unsere Stellung zu der von dem Könige verliehenen Verfassung auszusprechen.

Wir verkennen nicht, daß durch die Auflösung der National-Versammlung und die einseitige Verleihung der Verfassung der Boden des Gesetzes verlassen worden ist. Wir erkennen aber zugleich an, daß die Würde der Krone, die innere und äußere Lage des Vaterlandes, die Rettung seiner höchsten und theuersten Güter die Abbrechung der in gutem Glauben versuchten und angestrebten Vereinbarung zu einer Nothwendigkeit gemacht hat.

Wir erkennen ferner in dem von der Krone eingeschlagenen Weg einen solchen, der dem Volke die volle Möglichkeit gewähet, seine Wünsche, Bedürfnisse und Rechte geltend zu machen. Wir halten es daher für Pflicht, auf die vorbehaltene Revision, in welcher wir die Anerkennung und möglichste Wahrung des wohlerworbenen Rechtes der Vereinbarung erblicken, einzugehn, wir halten es für Pflicht, auf diesem Wege die herben Wunden, welche nicht ohne allseitiges Verschulden dem Rechtszustande geschlagen sind, zu heilen, nicht aber sie von Neuem aufzureißen und unheilbar zu machen. Die Vereinbarung ist ein Recht des Volkes und ein tiefes Bedürfniß der Krone. Die Krone wird nicht in dem täuschenden Gefühl ihrer gegenwärtigen Machtfülle, und in Verkennung des wahren Grundes derselben, lediglich auf ihre eigene Gefahr versuchen wollen, gegen Willen und Geist des Volkes zu regieren.

In der Revision der Verfassungsurkunde durch zwei Kammern erblicken wir keine Schmälerung der Volksrechte, keine Verkümmerung oder Verfälschung der Volksvertretung, sondern vielmehr eine Vervollständigung der Letzteren. Es soll von der Theilnahme an dem Werke, das zu begründen und auszubauen ist, Niemand ausgeschlossen sein, weder faktisch noch rechtlich, es darf daher auch nicht die Vertretung großer, durch Besitz und Lebensstellung einflußreicher Volksschichten dem bloßen Walten des Zufalls überlassen bleiben, wenn nicht auch das Resultat der bevorstehenden Arbeit auf den Zufall gestellt werden soll, indem die auf die Länge einflußreichsten Elemente des Volkes anstatt zu Mitarbeitern, zu Gegnern gemacht werden.

Es ist auch nicht zu erwarten, daß eine erste Kammer, deren Wähler kaum einen höheren Census nachzuweisen haben, als die Wähler für die zweite Kammer in dem freien Belgien, den Gegensatz zwischen Begüterten und Unbegüterten hervorrufen, oder gar zu einem feindlichen, der Vermittlung unzugänglichen, steigern könnte. Im Uebrigen liegt es in der Hand der Gemeinden der einzelnen Wahlkreise, die Wahl auch für solche sonst befähigte Männer möglich zu machen, welchen es schwierig sein würde, aus eigenen Mitteln ihre Subsistenz als Abgeordnete zu bestreiten, und wir würden darin keine illegale Umgehung der Verfassung erblicken, wenn die Gemeinden sich vereinigten, auch in dieser Hinsicht die Wahl zu einer freieren zu machen.

Was den Inhalt der verliehenen Verfassung betrifft, so erklären wir, an demselben, soweit er den Verheißungen vom März entspricht und die Freiheit des Volks nicht weniger als die Kraft und Würde der Krone zu

wahren geeignet ist, festhalten zu wollen. Bestimmungen, welche die Ausübung der gesetzlichen Rechte des Volkes der Gefahr mißbräuchlicher Beschränkung durch die Verwaltung auszusetzen scheinen, werden nach unserer Ueberzeugung entfernt werden müssen, im Interesse des Volks wie der Regierung selbst, die auf die Dauer am Meisten unter Maßregeln leidet, welche im besten Falle den Schein der Willkür nicht von sich abweisen können. Das Steuerbewilligungsrecht muß der Volksvertretung unverkümmert bewahrt werden. Bei geordneter konstitutioneller Ausübung kann dasselbe niemals dazu führen, die Existenz des Staates zu gefährden, sondern nur dazu dienen, die Gewähr zu liefern, daß der Geist der Verwaltung dem vernünftigen Willen des Volkes entspreche.

Wir wollen eine Bezirks-, Kreis- und Gemeinde-Ordnung, welche die Selbstständigkeit der Gemeinden in sich sowohl, als in ihrem Zusammenhange in Bezirken und Provinzen sichert, welche Alle vollständig und ohne Bevorzugung in die Volksgemeinde aufgehen läßt und Allen mit der gleichen Freiheit zugleich Schutz gegen Unterdrückung und unbillige einseitige Belastung gewährt.

Wir wollen mittelst der Bezirksordnung zugleich eine Umgestaltung des Verwaltungs-Systems, eine Aufhebung der bisherigen Abgeschlossenheit desselben, und die Herstellung eines organischen ununterbrochenen lebendigen Verkehrs mit dem Volksleben, mit seinen wahren Wünschen und Bedürfnissen.

Wir wollen die Interessen der Industrie und der Gewerbe, deren gedrückte Lage wir nicht verkennen, auf's Entschiedenste gewahrt und gefördert wissen. Wir wollen endlich die Beseitigung aller noch bestehenden persönlichen Lasten, volle Freiheit des Grund und Bodens durch schleunige Aufhebung und billige Ablösung der bäuerlichen Lasten, wir wollen dieselbe im Interesse der Verpflichteten, wie in dem wohlverstandenen Interesse der Berechtigten, damit die Wirksamkeit der Verfassung, die es gilt zu vereinbaren, nicht ferner durch die aus alten Zeiten herübergetragenen Gegensätze gestört und verfälscht werde.

Berlin, den 1. Januar 1849."

Windischgrätz und Kossuth.

Die „Köln. Ztg." enthält nachstehende Beschreibung des Feldmarschalls Windischgrätz: „Er ist nicht groß, aber die militärische Haltung der, trotz der vorgerückten Jahre, auffallend elegant gebliebenen Gestalt läßt ihn größer scheinen, als er wirklich ist. Dünnes graues Haar legt sich schlicht um die Stirn, auf der entschlossene Thatkraft ihren Thron aufgeschlagen hat. Die etwas tief liegenden Augen blicken kalt und stolz, die kühne und scharf vorspringende Nase vermehrt den gebieterischen Eindruck des Gesichts, um die schmalen Lippen schwebt ein harter Zug, der eben sowohl auf Strenge, wie auf ein schweigend ertragenes Weh deuten kann. Man mag sich von dieser Erscheinung angezogen oder abgestoßen fühlen; vergessen wird sie Keiner, der sie einmal sah. Es ist eine von unumstößlichen Ueberzeugungen erfüllte Seele, die uns in dieser Gestalt verkörpert entgegentritt."

Als Gegenstück möge hier die Schilderung stehen, die der „Oesterreichische Lloyd" von Kossuth gab: „Kossuth mag an die vierzig Jahre zählen; er hatte in der Jugend einnehmende Gesichtszüge, jetzt ist er durch unausgesetzte Aufregung gealtert, sein Gesicht ist eine Ruine, nur das Auge blitzt unheimlich; die Gestalt schmächtig, die Stimme stark und wohltönend. In ruhiger Berathung, unter Wenigen, wo Verstand und Wissen entscheidet, ist er unbedeutend; seine Beredtsamkeit wird aber groß, wenn er Massen vor sich hat; dann regt er die Leidenschaften auf, furchbar wie der Orkan das Meer aufpeitscht. Er ist der größte lebende Volksredner. Sein positives Wissen ist gering. Wenn er Wissenschaft, wenn er Talent braucht, läßt er sich von seinen Anhängern Ausarbeitungen liefern, die er dann benützt. Er hat die Fehler des magyarischen Charakters in höchster Potenz: ungeregelte Phantasie und Selbstüberschätzung. Sein Talent ist zerstörend, niederreißen kann er wie Niemand, besser etwas gründen als er, kann Jeder. Er ist ein politisches Erdbeben. Er hält sich für den ersten Finanzmann der Welt, versteht aber von Finanzen gar nichts."

Eine wenig schmeichelhafte Schilderung entwirft dasselbe Blatt von dem Grafen Ludwig Batthyany, dem frühern ungarischen Premierminister: „Graf Ludwig Batthyany's Physiognomie hat viel von der Tigerkatze, wenn sie auf ihre Beute losspringen will. List und Härte ist der Ausdruck seines Gesichts, und das Gesicht lügt nicht. Er ist freisinnig nach oben hinauf; hart und despotisch gegen Alles, was unter ihm steht. Nur seinem eisernen Willen verdankt er es, daß er Chef der Magnatenopposition geworden ist, denn sein Wissen ist gering und oberflächlich; als öffentlicher Redner ist er unbedeutend. Die Anhänger nennen seine Eigenschaften anders, als die übrigen Menschen. Seine List heißt Klugheit; sein Entêment Konsequenz; seine Tyrannei Kraft; sein Kampf gegen alles Höhere Freiheitssinn. Er ist eben so zerstörender Natur wie Kossuth, aber ohne dessen Talente."

Paris.

††Paris, 16. Jan. Die Sentinelle von Toulon schreibt am 9. d. „Der Befehl zur Bewaffnung und Ausrüstung von eilf Dampfschiffen ist seit gestern bestätigt. Diese Fahrzeuge werden 7500 Militärs an Bord nehmen und nach Civitavecchia bringen, wo der Papst den Sitz seines Gouvernements aufschlagen will. Man glaubt, daß diese Expedition im Einverständnisse mit Frankreich, England und Oesterreich abgemacht wurde. Englische Truppen sollen sogar schon in Civitavecchia gelandet haben und Garnison halten. Die französischen Truppen werden solange im päpstlichen Staate bleiben, bis die weltliche Autorität des Papstes wieder hergestellt ist. Heute werden wir Interpellationen über diese Intervention in der Nationalversammlung hören. *) Vorläufig glauben wir an die ehrlichen Absichten der französischen Regierung nicht ganz. Religionseifer des Präsidenten und Kabinets ist nicht das einzige Motiv der angebotenen und jetzt ausgeführten Hülfe. Die Republik will festen Fuß in Italien fassen, und welche Stadt wäre für die Seemacht des Mittelmeeres lockender, als die Festung Civitavecchia im Centrum von Genua, Livorno, Neapel und Palermo? Wir glauben ferner an kein vorhergegangenes Einverständniß mit Oesterreich, wohl aber mit England. Die Fürgänge der Radetzky'schen Herrschaft in Italien, das Desavouiren der französisch-englischen Vermittelung und des Kongresses von Brüssel dürften mit dieser Expedition ihre Antwort erhalten haben. (?) Wir halten die italische Bewegung in ihrer jetzigen deutschen Zerspaltung der Fürsten gelähmt — aber ein Impuls von Frankreich verjagt die Ursachen der Uneinigkeit und das tausend Jahre geknechtete, von Pabst oder Kaiser gejochte Italien wird seine Sklavenketten abschütteln, deren Endglieder an Wien und Petersburg, an London und Paris geschmiedet sind. — Der Repräsentant Stourm interpellirte gestern das Ministerium über die beabsichtigten Maßnahmen betreffs des Gesetzes über Nachfolge- und Schenkungssteuer. Er bemerkt, daß den Steuervermehrungen jede mögliche Steuerverminderung und Oekonomie im Staatshaushalte vorhergehen müsse. Er fragt, ob das Ministerium die Land- und Marine-Armee zu vermindern gedenke. Mit der Herabsetzung der Salzauflage habe die Assemblée nationale dem Ministerium einen heilsamen Wink geben wollen, welchen das Ministerium durchaus nicht zu verstehen Miene mache. Der Minister des Innern unterbricht den Redner, ihn ermahnend, sich geziemenderer Ausdrücke zu bedienen. Die Versammlung brach in zorniges Murren über diese Störung aus und Herr Stourm sagte dem ihn unterbrechenden Minister, daß die Organe der Regierung mehr als alle Anderen die Gebote der Schicklichkeit und Mäßigung achten sollten. Der Finanzminister will den Vorschlag des Komite über Einführung dieser Vermögenübergangssteuer annehmen, weil der Staat in keine Verlegenheiten kommen dürfe, und das Defizit des Salznachlasses noch nicht gedeckt sei. — Neuerdings hatte Herr Odilon Barrot seine Entlassung eingegeben, zog sie aber nach zwei Stunden wieder zurück. Man sagt, er wolle lieber Ministerpräsident bleiben, als Vicepräsident der Republick werden. Herr Billault hätte wahrscheinlich Odilon ersetzen müssen. Der Präsident unterhandelte mit ihm schon. Louis Napoleon hat dem Armengesellschaftsfond der Stadt Paris 50,000 Franken geschenkt, zu dem Zwecke, Armenhäuser und Arbeitshäuser bauen zu lassen. Gestern fuhr des Präsidenten Equipage in der Rue de la Paix bei einem Kaufladen vor. Gleich sammelte sich eine Menschenmasse in der Straße und sperrte die breite Gasse. Alles wollte den Staatschef sehen. Nach einigen Minuten trat aber eine Dame statt Napoleon heraus. Es begleitete sie Lucian Bonaparte. Einige „vive Napoleon" entfuhren den Enthusiasten der Bonaparte, dagegen kämpfte das „vive Cavaignac" einer kräftigen Männerstimme. Peter Bonaparte antwortet heute in einem Briefe an das Journal „Assemblée nationale" auf die von diesem spitz gestellte Frage, ob er den 15. Mai in der Nationalversammlung anwesend gewesen sei, unter Berufung auf ehrenwerthe Zeugen, daß sein Benehmen an diesem Tage seiner Stellung als Repräsentant vollkommen entsprochen habe.

*) Sie sind verschoben worden, bis nähere Nachrichten aus Italien eingelaufen sein würden. Anm. d. Red.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 21. Frankfurt a. M., Sonntag 21. Januar. 1849.

Uebersicht.

Hannover.

Deutschland. Frankfurt (Die Abstimmung in der Oberhauptsfrage. Parteiversammlung.) Wien (Die Nationalbank. Der Klerus und die Grundrechte.) Berlin (Krönungsfest. Aussichten. Die Doppelwahlen. Theodor Mundt. Zeitungsverbote. Die Wahlen.) Königsberg (Die Parteien und die Wahlen.) München (Hr. Heckscher.) Ulm (Die Grundrechte. Ueberschwemmung. Urtheil über die Militärexcesse.) Leipzig (Ausweisung österreichischer Literaten.) Vom Oberrhein (Der Stand der deutschen Sache.) Von der Möveninsel (Schleswig und das deutsche Nationalgefühl.)

Großbritannien. London (Die argentinischen Händel. Nachfrage nach dem aus Buenos Ayres ausgewiesenen deutschen Konsul. Der neue französische Gesandte. Die Exminister Ludwig Philipps. Der sardinische Geschäftsträger. O'Connor und die Chartisten.)

Frankreich. Paris (Die Stellung der Demokraten zur National-Versammlung. Bernard's Rede. Fawtier's Wahl.)

Spanien. Madrid (Mon's Erklärung über den neuen Tarif. Cabrera bei Vich verwundet.)

Oesterreichische Monarchie. Von der ungarischen Grenze (Der Krieg in Siebenbürgen und im Banat.) Bukowina (Bem geschlagen und zurückgetrieben.)

Italien. Mailand (Krieg mit Sardinien.) Florenz (Thronrede des Großherzogs. Poniatowsky nach Paris. Fest des englischen Gesandten.) Rom (Stimmung der Stadt. Bannfluch des Papstes.) Neapel (Antwort der Herren Temple und Rayneval auf die Note des Fürsten Cariati. Zweck der Verbindung mit Oesterreich.)

Ungarn. (Graf Szapary. Serbische Hülfstruppen.) Von der ungarischen Grenze (Konfiskationen. Verhaftungen. Die Cholera in der Armee.) Preßburg (Milderes Verfahren Windischgrätz's.)

Neuestes.

---

21. Januar.

„Ich bin Tory gewesen und soll jetzt Whig sein", sagte neulich König Ernst August von Hannover, „vielleicht werde ich auch noch ein Radikaler. Aber — und hier brauchte Sr. Majestät einen sehr derben Ausdruck, ehe ich Preußisch werde!" Wir können diese Nachricht nicht verbürgen; sie ist aus der „Independance" geschöpft. Aber was wir verbürgen können, ist, daß noch neulich einer der bekanntesten hannover'schen Staatsmänner sich schriftlich dahin äußerte: „Nächst der Sünde hasse ich nichts so sehr als das Preußenthum und den gemeinen Geist der preußischen Regierung." Man sieht leicht, daß in beiden Fällen zwar von Preußen geredet wird, aber daß es sich in der That um ganz etwas Anderes handelt, als um Preußen. Es handelt sich um die deutsche Einheit, der Hannover seine Selbstständigkeit nicht opfern will und um diesen Mangel an vaterländischer Gesinnung zu verdecken, wird gegen Preußen geeifert, durch welches allein eine starke Einheit zu Stande zu bringen ist. Jener hannover'sche Staatsmann glaubte mit seiner Redensart nebenbei etwas gegen die Deutsche Zeitung gesagt zu haben. Allein er beweist nur, daß er die Deutsche Zeitung ziemlich lange nicht gelesen haben muß. Wer hat unermüdlicher, als wir, auf den falschen Weg aufmerksam gemacht, welchen das jetzige preußische Ministerium wandelt? Wer wiederholt beständig, daß die preußische Regierung den Sieg, welchen die Verblendung ihrer Gegner ihr in die Hände gespielt hat, mit weiser Mäßigung benutzen soll? Daß eine allgemeine Ueberwachung und Angeberei in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, in amtlichen und außeramtlichen Verhältnissen, fortwährende Suspensionen, Verhaftungen, Untersuchungen, Ausweisungen, Verbote, Ausnahmszustände aller Art: daß dieser alte Polizeiweg nicht der Weg des Heils sei? Freilich verkennen wir dabei nicht so blind wie die von einem etwas andern und gerade nicht in allen Stücken besseren Geiste beseelten hannover'schen Beamten zuweilen thun, die hohen Vorzüge der geregelten und in größeren Verhältnissen angelegten preußischen Staatsverwaltung, die persönliche Ehrenhaftigkeit und tüchtige Bildung der preußischen Beamten. Doch Alles dies hat mit der eigentlichen Sache nichts zu schaffen. Man ist sehr ungerecht, wenn man uns Vorliebe für Preußen vorwirft. Wir besitzen nur eine Vorliebe: die Liebe zum Vaterlande. Und zu Deutschlands Frommen, nicht aus Vorliebe für das Preußenthum, wollen wir, die wir so wenig Preußen sind, wie der hannover'sche Staatsmann, Preußen mit der Reichsgewalt bekleiden. Wer in Hannover gegen das Preußenthum eifert, der denkt dabei weniger an Deutschland, als an — Hannover.

Aus den beiden eben angeführten Aeußerungen lassen sich so ziemlich die vornehmsten Gründe der hannoverschen Abneigung gegen die deutsche Einheit herauslesen. Das Fürstenhaus will sich nicht einem andern unterordnen. Der Beamte, welcher sich in seinen alten Beamtenstaat eingelebt hat, will sich in seinem Wesen nicht stören lassen. Daher das Widerstreben gegen die Reichsgewalt, die Reichsverfassung, daher das Sträuben gegen die Einführung der Grundrechte.

Wenn man gewisse Hannoveraner hört, so ist es freilich das Volk selbst, welches sich gegen die Grundrechte wehrt. Der Kern des Volkes, heißt es, drei Fünftel des Landes, die ehrenwerthe Bauernschaft, erhebt sich gegen die Grundrechte, durch welche ihre Rechte von Grund aus zerstört werden sollen. Ja, die hannoverschen Bauern erheben sogar selbst ihre Stimme in den öffentlichen Blättern. „Die Theilbarkeit des Grundbesitzes, schreiben sie dort, richtet die Bauernhöfe zu Grunde. Die „Hofschlächter" werden sie zusammenkaufen oder zerschlagen. „Durch die Freizügigkeit, sagen die „einfachen Söhne der Natur," nämlich die hannoverschen Bauern in der Zeitung, „würde unser wenig bevölkertes, wohlhabiges Land bald aus den dichtbevölkerten südlichen Ländern mit Landstreichern überfüllt werden, die nicht bloß ernährt, sondern auch bestraft und gebessert werden müßten. „Die Paragraphen der Reichsverfassung über die Flüsse, Kanäle, Seen", sagen die Leute „in ihrer Bauerneinfalt", „bedrohen die Existenz vieler Tausende unserer Mitbauern. „Wir, sagen die schlichten Söhne der Natur, nehmen zur Wahrung unserer hannover'schen Rechte die uns von der Frankfurter Versammlung mit Trompetenschall verkündete Volkssouveränetät in Anspruch!" Doch genug des Possenspiels. Man merkt leicht, daß es keine Bauern sind, die so reden. Die Weisheit kommt ihnen von oben. Das sind ja gerade die Stichwörter der Stüve'schen Partei. Wir wissen aus mehrfachen Nachrichten, wie viele Mühe sich die hannoverschen Beamten geben, das Landvolk in ihrem Sinne zu bearbeiten. Aber im Ganzen mit wenig Erfolg. Das Volk von Hannover ist anders gestimmt wie sein Ministerium. Es erkennt dessen Tüchtigkeit in vielen Dingen, seine innere Verwaltung an, aber es will nicht, daß Hannover der deutschen Einheit einen Stein nach dem andern in den Weg lege. Einlenken in der deutschen Sache! das ist es, was überall die Wahlbewerber als ihre Forderung an das Ministerium aufstellen. Und das Volk wählt überwiegend die Fürsprecher der deutschen Einheit. Das hannoversche Volk liebt das preußische Wesen nicht; „wir hegen keine Sympathien für die Krone Preußen, sagt z. B. die Adresse von Stade; aber wir sehen die politische Nothwendigkeit ein, die deutsche Krone mit der preußischen zu vereinigen." Zu unserer Freude scheint sich zu bestätigen, was wir neulich als Hoffnung aussprachen, daß das gebildete, aufgeklärte, verständige Volk von Hannover seine Regierung nöthigenfalls zum zweitenmale zwingen werde, deutsch zu sein.

Wir glaubten so viel über die Haltung des Volkes in Hannover vorausschicken zu müssen, um den folgenden Versuch zu einer Vertheidigung des Verfahrens der hannoverschen Regierung vom richtigen Standpunkte zu betrachten. Er ist uns aus bestunterrichteter Quelle zugekommen, und für seinen Abdruck unsere Unparteilichkeit in Anspruch genommen. Wir lassen ihn daher unverändert folgen:

„Lassen Sie mich zunächst einiger unserer Regierung angemu-

theten Fakta gedenken. Die Frankfurter Blätter haben wiederholt die Nachricht gebracht, Hannover hätte sich mit Oesterreich und Baiern in London gegen den deutschen Bundesstaat und nur für eine Wiederbelebung des alten Bundes erklärt. Ich kann Ihnen auf Ehre, Wort und zuverlässiges Wissen versichern, daß die ganze Sache so durchaus aller Wahrheit und jedes auch nur entferntesten Grundes ermangelt, daß sie vollkommen aus der Luft gegriffen erscheint. Glaubt man denn etwa, daß unsere Regierung, wenn sie das Bedürfniß fühlt, ein Wort in den allgemein deutschen Angelegenheiten zu reden, aller Kraft und Energie so gänzlich bar ist, um den Umweg über London zu suchen, und nicht direkt und unumwunden nach Frankfurt geben würde? Oder ist man vielleicht der Meinnng, daß man in Hannover nach den Erfahrungen, welche wir vor einigen Jahren in unserer Verfassungsfrage bei dem alten Bunde machten, noch besondere Sympathien für ihn und seine Wiederbelebung hegt? Mag man unserem Ministerium einen Vorwurf daraus machen, daß es die deutsche Verfassungsfrage mit klarem, nüchternen Verstande ohne Träumereien und Utopien behandelt: daß es seine Ansichten und Pläne aber auf dem Wege der Intriguen und der Stärke verfolge, kann nur Uebelwollen oder solche behaupten, welche die Männer weder in ihrer früheren noch in ihrer gegenwärtigen Wirksamkeit kennen. Wozu also solche Verdächtigungen? Wird Deutschland einig, wenn man Hannover verketzert?

Und nun die Hannoversche Gesandtschaft in Ollmütz. Warum vermuthet man denn auf einmal Verrätherei gerade hinter der Anwesenheit des Herrn von Bodenhausen in Ollmütz, der seit mehr als zwanzig Jahren den hannover'schen Gesandtschaftsposten in Wien versieht, während doch auch alle anderen deutschen und nichtdeutschen Gesandten dort anwesend waren, und zwar alle zu demselben Zweck, um dem jungen Kaiser ihre Accreditive zu überliefern? Wollte man etwas aus diesem Umstand folgern, so hätte man doch auch nicht so gar bescheiden sein, und lieber gleich errathen sollen, Hannover habe eine europäische Verschwörung angezettelt, den Selbstherrscher aller Reußen und den türkischen Sultan nicht ausgeschlossen, und habe sich an die Spitze gestellt. China hätte man auch recht geschickt in den Hintergrund bringen können, denn, so viel ich weiß, sind dort gerade vor Kurzem einige hannover'sche Konsuln ernannt worden. Freilich, aber hätte dieses Gerücht jenes erste, London betreffende, vortrefflich unterstützen können, wenn es nur etwas wahrscheinlicher gewesen wäre.

Vor unserer Diplomatie darf man sich wahrlich nicht fürchten; und überdies habe ich eine Ahnung, daß das undeutsche Hannover jene Gerüchtsfabrikanten nächstens vielleicht einmal damit überraschen dürfte, daß plötzlich alle hannover'schen Gesandtschaften zu Gunsten der Centralgewalt verschwinden, mit Ausnahme weniger Orte, wo augenblicklich keine deutschen Gesandtschaften sind, oder wo persönliche Beziehungen mit in Betracht kommen.

Es verlohnt sich in der That kaum der Mühe, allen diesen Verdächtigungen und Gerüchten ernstlich entgegentreten zu wollen, deren Ungrund Jeder leicht genug erkennen wird, der die Haltung unserer Regierung in ihrem ganzen Auftreten und in ihren offiziellen Aeußerungen verfolgt. Und ich frage nochmals: ist es im Interesse der Einigung Deutschlands, wenn eine Partei, mit welcher unser Ministerium nicht denselben Weg zum gemeinsamen Ziele geht und gehen kann, es sich fortwährend angelegen sein läßt, Hannover als undeutsch anzufeinden, und es aller deutschen Gesinnung ledig zu erklären? Man wirft Zweck und Mittel absichtlich durcheinander, um Hannover, weil es sich nicht mit diesen unbedingt einverstanden erklärt, und an der Ausführbarkeit des erblichen Kaiserplanes zweifelt, auch um so nachdrücklicher als Gegner des ganzen Zweckes anfeinden zu können. Glauben Sie indessen der Versicherung eines Mannes, der sich lange und weit genug in der Welt bewegt hat, um nicht einseitiger Hannoveraner zu sein, daß sich ächt deutsche Gesinnungen und Männer unter uns finden, denen das einige Deutschland ein unverrückbares Ziel ist, welches sie, und ohne Scheu unabweislicher Opfer, zu erreichen wissen werden, so viel an ihnen ist: ein Ziel, zu welchem sie sich schon laut bekannten, als Manchen bei dem bloßen Worte Deutschland noch die blasse Angst schüttelte. Unterlasse man deswegen doch das kindische oder gehässige Treiben, welches immer Mittel und Zweck vermengt, und gleich an der Aufrichtigkeit der Gesinnung zweifelt, sobald man nur über den einzuschlagenden Weg uneins.

Und welche sind denn überhaupt die Belege, die man gegen Hannover aufführt? Zunächst das Reskript des Ministeriums vom 1. Juli. Man wärmt das immer und immer wieder auf, ohne im Geringsten Rücksicht darauf zu nehmen, ob die Annahme der Reichsverweserschaft durch den Erzherzog Johann damals schon in Hannover bekannt war und bekannt sein konnte. Dies war aber nicht der Fall, wie es aus den veröffentlichten, bekannten Aktenstücken unumstößlich klar hervorgeht. Durch diesen Beweis wird der ganze Charakter jenes Erlasses wesentlich geändert. Aber das übergeht man, und ebenso die im August erfolgte, unumwundene Anerkennung der Centralgewalt; oder höchstens gedenkt man dieser als einer erzwungenen Maßregel der Schwäche, während sie doch nichts ist, als die vollkommenste Konsequenz in der ganzen deutschen Haltung der hannovrrschen Regierung, die erst spricht und verspricht, wo sie gewiß ist, auch handeln und halten zu können.

Ferner behauptet man, Hannover habe unbedingt gegen die Publicirung und Einführung der Reichsgesetze und der deutschen Grundrechte protestirt. Geht das etwa aus den in Nr. 5 (5. Jan. 1849) der Hannoverschen Zeitung mitgetheilten Aktenstücken hervor? Es heißt dort: „Von der nach hiesiger Verfassung für alle übrigen Gesetzverkündigungen mithin unerläßlich bleibenden Zustimmung der dießseitigen Stände kann gleichwohl die Rechtsverbindlichkeit der von der provisorischen Centralgewalt zu publicirenden Reichsgesetze nicht haben abhängig bleiben sollen, während hinwiederum auch in dem die provisorische Centralgewalt begründenden Gesetze vom 28. Juni keine Vorschrift anzutreffen ist, welche die Regierung ermächtigt, bei dee örtlichen Veröffentlichung jener Verkündigungen von dem Requisite der ständischen Zustimmung abzusehen.“ Ferner heißt es bezüglich der Grundrechte: „Unter diesen Umständen erachtet die Regierung, nach ihren gesetz- und verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegen das Königreich und im Interesse des Einigungswerks selbst, sich verbunden, der provisorischen Centralgewalt den dringenden Wunsch auszusprechen, daß diese Anstand nehmen möge, mit einer theilweisen Verkündigung der Beschlüsse der Nationalversammlung über das Verfassungswerk, nach Andeutung des Rundschreibens vom 22. Okt., vorzugehen.“ Jeder Unbefangene wird doch wohl gestehen müssen, daß in diesen Worten weder ein Protest noch Abneigung gegen das deutsche Einigungswerk verborgen liegt, sondern lediglich eine Anfrage und das von Vielen, dem Einigungswerk keine neuen Schwierigkeiten in den Weg gelegt zu sehen, ausgesprochen wird. Warum liest und verbreitet man solche Aufschlüsse und Belege über hannover'sches Wollen und Thun nicht mehr? Möchten sie etwa zu viel unwillkommenes Licht auf die offene Haltung und das gerade Verfahren Hannover's werfen?

Die ganze Politik Hannover's bezüglich der Einführung der Grundrechte liegt doch wahrlich in den erwähnten Aktenstücken für einen Jeden, der aufrichtig Belehrung sucht, klar genug vor. Die augenblickliche Einführung der Grundrechte, ohne die Zustimmung der Stände, wäre eine Verletzung unserer Verfassung, welche doch durch den Beschluß der Nationalversammlung vom 27. Mai bis zur Gründung des allgemeinen deutschen Verfassungswerks garantirt ist. Bis dieses letztere nicht vollendet ist, kann also von einer Einführung ohne die Stände keine Rede sein, und zwar in Folge der von der Nationalversammlung und der Centralgewalt selbst ausgesprochenen und übernommenen Garantie. Und eine vorhergehende Feststellung der definitiven Verfassung ist in der That doppelt nothwendig, wenn es sich um Bestimmungen handelt, wie z. B. die der unbedingten Theilbarkeit des Grundeigenthums, welche uns, wo fast vier Fünftel alles Grundbesitzes untheilbar, und dies innigst mit Sitte und Denkweise unserer Bevölkerung verschmolzen ist, fast geradezu auf den Kopf stellen würde. Daß indessen Hannover auch diese Opfer nicht scheuen wird, liegt in den Worten: „Würden diese Uebel der Preis sein, um welchen die Eintracht des deutschen Vaterlandes allein zu erkaufen wäre, so dürfte die königliche Regierung deren Uebernahme nicht scheuen.“ Aber ehe man so tief in die einmal fest begründete Ordnung det Dinge eingreift, ist es doch im Interesse des engern wie des großen Vaterlandes absolut nothwendig, daß man über die neue Ordnung und den neuen Halt gewiß sei.

Lasse man Hannover doch auch Gerechtigkeit widerfahren.“

So die hannoversche Berichtigung. Mag sich Jeder selbst sein Urtheil bilden, wie viel oder wie wenig dadurch eigentlich be-

richtigt sei. Uns fallen dabei folgende Worte der Weser-Zeitung ein: „Die Hannoversche Zeitung könnte viel Druckerschwärze sparen, wenn sie statt aller Abwehrungen, die doch nur halben Glauben finden, offen mit der Sprache herausrückte, auf welchem Wege sie das einige Deutschland zu erreichen gedenkt.“ Dieser Weg ist jetzt so ziemlich zu übersehen. Ein Schreiben Stüve's an seine Wähler ist so eben veröffentlicht worden. Wir wollen nach der Anleitung dieser gehaltreichen Schrift den betreffenden Weg nächstens zu verfolgen suchen. Vorläufig bemerken wir nur, daß das Ende desselben ziemlich leicht abzusehn ist. Er führt nach dem Thurn und Taxischen Palais in der Eschenheimer Gasse.

Deutschland.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 20. Jan. Das Bestehen auf namentliche Abstimmung war gestern von besonderer Bedeutung, für die Versammlung selbst noch mehr, als für den weiteren Kreis der Oeffentlichkeit. Wer Freund, wer Feind, mußte endlich einmal zu statistischer Genauigkeit erhoben werden. Die Haltlosigkeit der Koalition, der jede positive Einigung fehlt und welcher nur malcontentes Widerstreben theils republikanischer, theils partikularistischer Art gegen eine große politische Nothwendigkeit zu Grunde liegt, wurde diesmal in das volle Licht gestellt. Die österreichischen und baierischen Gegner der einheitlichen Macht Deutschlands wurden von ihren republikanischen Freunden verlassen und konnten nur 97 Stimmen für das von Hrn. v. Rotenhan vorgeschlagene Direktorium gewinnen. Der von Hrn. Welcker gestellte Antrag auf einen zwischen Oesterreich und Preußen wechselnden Turnus erhielt eine noch geringere Minorität, da er auf den Beifall der Baiern nicht rechnen durfte. Als nun aber die einheitliche Form der CentralgewaltDeutschlands mit großer Majorität zum Beschlusse erhoben, da scheuten sich die Anhänger des Direktoriums nicht, mit den Republikanern, von denen sie eben verlassen, gemeinschaftliche Sache zu machen, um gegen die fürstliche Qualifikation des deutschen Oberhauptes ihre Stimmen abzugeben. Das hieß nichts Anderes als lieber Alles vernichten, die ganze Oberhauptsfrage zum Gespött machen, lieber das deutsche Volk um das Einheitswerk völlig betrügen, als die fest gewurzelten Sonderinteressen aufgeben. Ob diese Belle-alliance, diesmal mit 47 Stimmen geschlagen, nicht auch einmal die Freude des Sieges haben wird, und vielleicht schon in den nächsten Tagen, wenn es die Erblichkeit des deutschen Oberhauptes gilt, — das ist nicht mit Bestimmtheit vorauszusagen, entbehrt aber keineswegs aller Wahrscheinlichkeit. Uebrigens ist der Trost der gestern geschlagenen Direktorialisten der, daß unsere Beschlüsse in dieser Sache überhaupt von sehr geringer Erheblichkeit seien, daß die Kabinette von Berlin, Ollmütz und München schließlich entscheiden werden, und daß namentlich der König von Preußen nichts ohne das Einverständniß Oesterreichs thun, die ihm zugedachte deutsche Kaiserkrone aber keinesfalls annehmen werde. Letztere Nachricht wurde als ausgemachte Thatsache in der Versammlung von gewisser Seite her aufs eifrigste verbreitet, hat aber, wie es scheint, Niemanden irre gemacht.

Heute Abend wird sich die Majorität von gestern zu gemeinsamer Berathung im Saale des Weidenbusches vereinigen, um wo möglich für alle folgenden Abstimmungen eine kompakte Einheit zu bilden.

Wien. Der eben erschienene Vortrag des Bankgouverneurs übertrifft an Interesse und Gewichtigkeit der Daten bei Weitem alle vorangegangenen. Die jetzige Gesammtforderung der Bank an den Staat beträgt, die noch zur Disposition liegenden 16½ Mill. eingerechnet, 196,893,208 fl. 47½ kr., also rund cirka 200 Millionen fl. Hievon gehören 134 Millionen dem Zeitraume vor dem Monat April 1848, die andern 63 Millionen dem seitherigen an, und es wird dargelegt, daß durch die letztgedachte Aushülfe die Existenz des Staates gesichert ward. Ein besonderer Ausweis stellt die Deckung dieser Vorschüsse heraus, und es ergibt sich, daß cirka 23 Mill. hypothekarisch und 20 Millionen durch Verpfändung von 10,751 Wien-Gloggnitzer Eisenbahnaktien und der nördlichen Staatseisenbahn versichert, übrigens aber 72 Mill. unter Verheißung kurzer Rückzahlungstermine entlehnt worden sind, deren Zins durchschnittlich der Nation auf 2⅗ pCt. zu stehen kommt.

Wien, 15. Jan. Nach dem Beispiele der drei Erzbischöfe von Wien, Ollmütz und Salzburg wird die katholische Geistlichkeit Tyrols nächstens einen Protest gegen jene Paragraphe der Grundrechte einlegen, welche von den religiösen Angelegenheiten handeln. (C. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 16. Jan. Wir vernehmen immer aufs Neue, daß bei den Wahlen ängstlich vermieden werden soll, Einen und denselben Mann in mehreren Bezirken zu wählen. Dies spricht nicht für eine sonderliche politische Reife. Jeder Wahlkreis soll für sich wählen und sich seinen Mann aussuchen, ohne zu fragen, ob er anderswo gewählt wird. Es waltet hierbei noch außerdem, daß ein berühmter und volksthümlicher Mann, vielleicht eben weil seine Wahl anderswo gesichert erscheint, gerade deßhalb nirgends gewählt werden kann, eine sehr entscheidende Rücksicht. Wenn das gegenwärtige Ministerium fest entschlossen wäre, zurückzutreten, wen beauftragt der König mit Bildung eines Kabinets? Wer ist volksthümlich? Darauf gibt es nur Eine Antwort. Diese Antwort geben allein die Wahlen, wenn sie ohne Affektation ausfallen, d. h. wenn so gewählt wird in jedem Kreise, wie man gesonnen ist, ohn' alle Sonderrücksicht.

** **Berlin**, 17. Jan. Sie werden sich entsinnen, daß jährlich am Sonntag nach dem 18. Jan., dem Jahrestage der Königskrönung, das Ordensfest gefeiert zu werden pflegte. Der erste preußische König hatte bekanntlich zu Königsberg den schwarzen Adlerorden gestiftet, der den Wahlspruch des Hauses: „Jedem das Seine“ trägt; die Stiftung gab den Anlaß. In diesem Jahr unterbleibt die Feier an dem Sonntage. Dagegen wird der Tag selbst festlich begangen; aber nicht als Ordensfest, sondern als Jahrestag der Krönung, als Wiegenfest einer der wunderbarsten Schöpfungen der Geschichte. Die Herren von Zollern und Grafen von Hohenzollern wichen den Burggrafen von Nürnberg; diese den Kurfürsten von Brandenburg; diese den preußischen Königen! Die Bewegung, welche jetzt durch die deutsche Welt geht, ist nicht hoch genug zu schätzen. Sie ist rein reformatorisch; man spürt das Wehen eines Geistes, der Niedriggeboren und Hochgeboren mit gleicher Gluth und Macht ergreift und durchdringt. Wenn man die Worte der acht Fürsten von Thüringen liest, da gewahrt man erst wieder, daß die Träger jener Kronen nicht ein eingewandertes fremdes Geschlecht und bloß fremder Sprachen mächtig, sondern von unserem Mark und Bein, von unserem Fleisch und Blut sind. Es mahnt mich der achtfache Kaisergruß aus Thüringen an Gervinus' Wort, daß die werdenden Gedanken unserer Nation Anfangs an den Grenzmarken dort und hier Ausdruck finden, doch, wenn die Zeit ihres Sieges und ihrer Reife naht, in der eigentlichen Mitte von Deutschland einen Hauptherd finden. So die Ritterpoesie, die Kirchenreformation, die Literaturperiode — jetzt die Kaiser-Idee! Fragen Sie mich, wie es bei uns ausschaut? Es kann nicht besser stehen da, wo ich's meine, als eben jetzt. Das was Gagern im Eingang seiner ersten Rede sagte, das hätte mit gleicher Treuherzigkeit hier ein nicht minder aufrichtiger Patriot, an dem Vieles hängt, sagen können: er suche nichts Andres, als des Vaterlandes Bestes! Ich versichre Sie, wenn die Ueberzeugung Platz greift, was ich wahrzunehmen meine, daß des Vaterlandes Wohl einen großen Entschluß fordert, ich versichre Sie, dieser Entschluß wird dann (dann!!) schneller gefaßt sein, als man in München wünschen mag. Ebenso schnell und freudig würde jedes Opfer gebracht, jede Entsagung geübt werden; aber unser Vincke, dessen Stellung zu Gagern und zur „Vereinbarung“ hier freudig anerkannt wird, hat Recht. Ein Hohenzoller wird seine Sendung zu erfüllen wissen. Vielleicht überrascht, in nicht ferner Zeit, ein offenes Wort von hoher Stelle. Daß Preußen nicht Oesterreich die Schleppe tragen wird, wie die Neue Preußische Zeitung anrieth, das können Sie bestimmt annehmen. Wer auf krummen Wegen geht, der hat es in Potsdam und Charlottenburg verdorben. Gagern's Art, das ist die rechte; wie schon an und für sich, so besonders für die Kreise, welche ich im Sinn habe. Hoffentlich wird das Kabinet von Kremsier seinen Sinn abermals ändern und offen und ohne Umschweif mit einer Nation unterhandeln, von welcher beinahe 7 Millionen dem österreichischen Kaiserstaat angehören.

Lith. Korr. **Berlin**, 18. Jan. Zu den neuaufgetretenen Kandidaten gehört Hr. Theodor Mundt. Er hat eine Ansprache („Revision oder Vereinbarung?“) drucken lassen. Sein Bekenntniß lautet: 1) die Revision ist Vereinbarung; 2) Kein Protest! Auch Bruno Bauer wird wieder auftreten. Er hat seine Ansicht

von der Lage der Dinge in der Zeitungshalle entwickelt. Endlich präsentirt sich auch der aus dem Schuldgefängniß wieder befreite Hr. Held dem Wahlpublikum durch zwei Brochüren. Seine hier verbotene „Lokomotive" erscheint wie die Zeitungshalle jetzt in Neustadt-Eberswalde. Die Umgehung des Verbots mehrerer periodischer Schriften durch Wiedererscheinen derselben unter anderem Namen hat Hrn. v. Wrangel, der darin „eine absichtlich böswillige Umgehung" erblickt, veranlaßt, auch die Herausgabe neuer Zeitschriften von seiner Erlaubniß abhängig zu machen. Die Karnevals-Zeitung, welche an die Stelle des Witzblattes Kladderadatsch treten sollte, ist verboten.

* Ueber den Ausfall der Wahlen in Berlin läßt sich noch nichts Bestimmtes voraussagen. In Potsdam werden sie konservativ ausfallen.

CB **Königsberg**, 13. Jan. Die Wahlen verschlingen auch hier alle Andere Gegenstände der Aufmerksamkeit. Die Parteien befolgen eine gleiche Taktik, daß sie ihre Kandidaten nicht aus den äußersten Enden aufgestellt haben: so werden die Demokraten durch Kosch und Sperling, die Konservativen durch Simson und Tamnau repräsentirt; Jakoby's entschiedene Anhänger sind hier in zu geringer Zahl vertreten, als daß sie auf ein erfolgreiches Wirken für ihren Kandidaten rechnen könnten. Aus der Provinz erhalten wir Nachrichten, die darauf schließen lassen, daß in vielen Bezirken die Wahlen im Sinne der Linken ausfallen werden; so wird Temme's und Kirchmann's Wiederwahl (Ragnit und Tilsit) trotz dem Gegenwirken des Barons v. Seld, der diese Kreise bereist hat, als sicher angenommen. Der Parteiorganisation sind übrigens durch die eigenthümliche Bildung der Wahlkreise große Schwierigkeiten entgegengestellt; so müssen, um ein Beispiel anzuführen, die Wahlmänner der Stadt Memel zur Wahl sich nach Wehlau begeben, d. h. eine Tour von 22 Meilen zurücklegen. Seitens der demokratischen Partei haben sich durch die Provinz Vereine gebildet, welche es sich zur Aufgabe machen, die Diäten für die Mitglieder der ersten Kammer aufzubringen; es ist dabei eine Besteuerung der ländlichen Grundbesitzer mit 10 Sgr. für die Hufe, der Grundbesitzlosen mit dem einmonatlichen Klassensteuersatz eingeführt. Das Kultusministerium hat einen, unsere Stadt berührenden Schritt gethan, der lebhaft an die Eichhorn'schen Zeiten erinnert. Aus der wissenschaftlichen Prüfungskommission ist Professor Lehrs, eine philologische Celebrität, entfernt, und an seine Stelle Gymnasial-Direktor Ellendt gesetzt, weil — Lehrs eine Zustimmungsadresse an die Nationalversammlung unterzeichnet hat. Referendarius Beuthien, Vicepräsident des hiesigen demokratischen Klubs, der auf seine Versetzung nach Halberstadt angetragen, ist von dem dortigen Oberlandesgericht (sein Chef ist der ehemalige Minister Märker) zurückgewiesen, „weil," wie es in der Verfügung heißt, „die Luft dort schon demokratisch genug sei, und das Kollegium keine demokratischen Referendarien weiter gebrauchen könne."

München, 17. Jan. Der Reichsgesandte Hr. Heckscher befindet sich, von seiner Sendung an die italienischen Höfe zurückkehrend, seit einigen Tagen in unserer Stadt und hatte bereits Audienz bei Sr. Majestät dem König.

= **Ulm**, 19. Jan. Die Einführung der Grundrechte — durch eine Ministerial-Verordnung unseres Regierungsblattes vom 16. d. als rechtskräftig anerkannt, soweit dieß Art. 1 des Einführungsgesetzes bestimmt — hat dahier bis jetzt wenigstens noch zu keiner Festlichkeit Veranlassung gegeben und es wird auch wohl schwerlich dazu kommen. Die entschiedenen Freunde der deutschen Freiheit und Einigkeit sind der Ansicht, daß zwar mit den Grundrechten auch der Grundbau für beide gelegt sei, glauben aber, daß das deutsche Volk nur dann erst seine Freude darüber kundgeben sollte, wenn sie in ganz Deutschland bereits in Rechtskraft getreten und sich über dem Grundbau überhaupt der ganze großartige Bau der deutschen Freiheit erhebt. Man hört, daß in vergangener Nacht die hier seit dem schmählichen Schiffüberfall inhaftirten Reiter heute Nacht heimlich von hier weggebracht worden sind. Die Publicirung des längst erwarteten Urtheils steht bevor und es ist möglich, daß man Unruhen befürchtet, da dasselbe vielleicht etwas zu gelinde für die immer noch herrschende Erbitterung ausfallen dürfte. Vor Kurzem sprach man dahier von der Ankunft des österreichischen Regiments Latour; doch wird dieselbe nun bereits in Abrede gestellt. — Unsere Festung soll durch das Austreten der Donau oder vielmehr des Nebenflüßchens, der Blau, nicht unbedeutenden Schaden erlitten haben. In Folge des vor einigen Tagen eingetretenen milden Wetters und starken Regens schwollen nämlich die Blau, Iller und Donau, so wie die übrigen Landesflüsse bedeutend an, so daß die Kommunikation allenthalben gehemmt war, die jetzt übrigens durch das Zurücktreten derselben in ihre Ufer wieder hergestellt ist.

Nachschrift. Unsere Vermuthung betreffs der Schiffsgeschichte bestätigt sich. Eben vernehmen wir, daß die Strafen der Schuldigen ungemein gelinde ausgefallen seien. Obristlieutenant v. Minckwitz soll blos 6 Monate, Lieutenant von Gaisberg blos 2 Monate Festungsstrafe erhalten, während der erstere für den intellektuellen Urheber des freveihaften Attentats gilt. Der Mörder selbst wird nur mit 6 Jahren Gefängniß bestraft. Es herrscht hier große Erbitterung über diese Strafen, die man für unverhältnißmäßig zu der Größe des Verbrechens hält.

Leipzig, 18. Jan. So eben wird mir noch bekannt, daß die aus Wien geflüchteten Demokraten: Kalisch, Gritzner, Frank und Engländer, welche hier das neu erscheinende Journal „Die Wienerboten" redigirten, die Weisung erhalten haben, Leipzig und Sachsen binnen 24 Stunden zu verlassen. Die beiden Redakteure des Wiener Studentenkouriers, Buchheim und Falke, haben Deutschland verlassen, indem sie einer Einladung des Dr. Hecker nach Nordamerika folgten. (D. A. Z.)

*** Vom Oberrhein, 16. Jan. Ist es die franke deutsche That unseres Großherzogs in der Verfassungsfrage, ist es sonst ein Märzhauch der heimlich über unsere Häupter zieht — es drängt mich nach längerem Schweigen zum Reden. Ich verstehe nichts von Politik. Ich verkauf's, wie ich's gekauft habe. Wie die übrigen vaterländischen Vereine werden sich auch die Schutzvereine in Adressen an die Nationalversammlung für das Gagern'sche Programm und für Vollendung der Verfassung aussprechen. Es treibt zum Schluß. Der Abend zieht über das Vaterland auf. Preußen wo bist du? Und was man fühlt, was man sich sagt? Wenn die Verfassung sich nicht im Sinne einer einheitlichen, konzentrirten Centralgewalt gestaltet, so läutet das Sterbeglöckchen für Deutschland. Was wird im Falle eines Krieges? Was, wenn eine feindliche Armee am Rheine eine große Schlacht gewonnen? Dann wiederholt sich für unsern Südwesten das Jahr 1796. Die einzelnen Kleinstaaten ohne Hoffnung auf das Ganze, hülflos vor der einheitlichen Feindesmacht, werden nach einander, wie die Perlen eines Rosenkranzes, zu den Füßen des Siegers fallen. Preußen und Oesterreich ohne Vorhut und von Kleindeutschland verlassen, werden den Feind auf der Schwelle haben, die sie dem Freunde verboten. Wie lange sie noch Großmächte bleiben, darauf mag Preßburg und Tilsit die Antwort sein. Was vollends soll es werden im Falle eines zweiten revolutionären Stoßes? Dann wird der Leviathan mit keiner Tonne mehr spielen. Thron und Gesellschaft werden vor der Frage: was habt ihr aus Deutschland gemacht? zusammenbrechen. Jede bisherige, jede bekannte Autorität wird flüchten müssen; das Abenteuerlichste, das Unbekannte wird allein noch Hoffnung und Glauben finden. Deutschland wird wie Lissabon am Tage seines Erdbebens. Um den Preiß der Einheit, der von Frankfurt schimmerte, ließ sich der Wüstenlöwe noch einmal und zum letztenmal zur Ordnung streicheln. Man hat kein Wort und keinen Bannspruch mehr, wenn die Einheit eine Lüge war. Aber Oesterreich? Schon vor Stadion hat die österreichische Regierung ihr letztes Wort über den neuen Bund gesprochen. In der Brigittenau. Läßt sie ihr deutsches Oesterreich nicht in unseren Bundesstaat eintreten, so möge sie darum nicht das übrige Deutschland zu Rede stellen. Wagt erst Deutschland mit Preußen den entscheidenden Schritt allein, bald genug wird jenes den Schmollwinkel im alten Bunde meiden. Schon scheint es, als ob Gagern's Programm zum Oberonshorn für Stadion geworden, für Deutschösterreich werden wolle. Deutschland wird ewig offene Arme für sein Oesterreich haben. Alte Erinnerungen walten im Süden vor, an die Kaiserlichen, an Joseph, an den Erzherzog Karl, in Blut und Sprache fühlt sich der Süden mit Oesterreich verwandt. Wird über kurz oder lang das deutsche Element in Oesterreich seiner natürlichen Affinität sich entziehen können? Wird der Racenkampf ausbleiben, kein Wallenstein, kein Tekely, kein Gegenparlament sich erheben im Kaiserstaate? Und dann, was würde dann aus Deutschland, was aus Deutschösterreich, wenn der neue Bundesstaat nicht schon vollendet stünde?

Y Von der Möveninsel (Schleswig), 16. Jan. Viele Leute haben sich Mühe gegeben und geben sich noch immer Mühe,

die schleswig-holstein'sche Sache falsch darzustellen und zu entstellen. Bald nimmt die Unkunde, bald die Perfidie die Feder in die Hand. Was deshalb schon hundert Mal gesagt ist, muß immer und immer wieder gesagt werden: das Recht Schleswig-Holsteins im Kampf gegen Dänemark ist klar und völlig unzweifelhaft, bestand anerkannt und beschworen von den dänischen Königen bis auf diesen Tag; ist aber Dänischerseits auch eben so lange gemißhandelt. Aber theurer noch als sein Recht ist dem Schleswig-Holsteiner seine Nationalität, weshalb es weniger Widerspruch erwecken möchte, wenn der gemischte Norden von Schleswig abgeschnitten würde und dafür der reindeutsche Süden für alle Zeit mit Holstein verbunden bei Deutschland bliebe, als wenn man ganz Schleswig von Holstein, also Deutsche von Deutschen trennen wollte. Beide Projekte freilich enthalten eine arge Rechtsverletzung; aber letzteres außerdem noch eine Verletzung der Nationalität, die sehr traurige, blutige Folgen haben muß! Es wäre wohl der Mühe werth, daß die privilegirten Volksbeglücker dies in Erwägung ziehen möchten! Der Nordamerikaner nennt den Deutschen spöttisch den weißen Neger, weil er sieht, daß er für Geld und gute Worte auch zu den niedrigsten Arbeiten zu haben ist. Der Diplomate behandelt ihn, wie der übermüthige Pflanzer seinen Neger, weil er bisher leider sich geduldig hat so behandeln lassen. Wie das möglich sei? fragt man. Es ist dies die nothwendige Folge des Mangels an Nationalgefühl, des gänzlichen Mangels an Nationalehre! Der eine nennt sich Hesse, der andere Sachse oder Würtemberger, Hannoveraner, Preuße, Schleswig-Holsteiner, Hamburger u. s. w.; aber keiner sagt im Vollgefühl seiner Nationalität: ich bin ein Deutscher! Dies aber und gerade dies ist es, was durch die Einheit Deutschlands geweckt, genährt und ausgebildet würde. Sie würde das Gefühl für wahre Nationalehre werden, sie würde am besten jeden Deutschen lehren mit Stolz zu sagen: auch ich bin ein Deutscher! Damit ist die große, aber wirklich einfache praktische Aufgabe der Nationalversammlung gesetzt! Hier im Norden fühlt man dies vielleicht lebhafter, als im Süden; denn die dänische Knechtschaft z. B. ist im frischesten Andenken und das volle freie Nationalgefühl in erster Jugend, weshalb es auch die geringste Gewaltthat mit Gewalt zurückzuweisen geneigt ist. Mag denn immerhin der unheilvolle Herenkessel der Diplomatie brodeln und kochen, man wird hier mit Umsicht und Besonnenheit das verhängnißvolle: „Erscheint!" erwarten und alsdann handeln nach dem Wort: „von nun an sei der Erstling meines Herzens, auch gleich der Erstling meiner Hand!"

Großbritannien.

* **London**, 16. Jan. Der „Globe" bemerkt, daß zwar die in Toulon ausgerüstete Expedition nicht, wie man ausgesprengt habe, nach dem Rio de la Plata bestimmt sei, daß aber die französische Regierung allerdings damit umgehe, demnächst im Interesse Montevideos eine entschiedene „Demonstration" zu machen, und daß sie zu diesem Beschlusse gekommen sei, seitdem Hr. Picolet d'Hermillon, der sardinische Botschafter, von Rosas aus Buenos der Ayres ausgewiesen worden. Der genannte Botschafter hatte sich französischen Unterthanen mit großem Eifer angenommen, und zwar von dem Zeitpunkte an, wo der französische Konsul Buenos Ayres verlassen hatte. Hr. Picolet d'Hermillon besorgte zuletzt auch die botschaftlichen Geschäfte für England und soll mit Aufklärungen versehen sein, welche für das künftige Verfahren in der argentinischen Frage bestimmend sein dürften. Der Globe setzt hinzu: daß die englischen Kaufleute durch diese Angelegenheit in große Sorge versetzt seien, indem der Handelsverkehr mit der argentinischen Republik auf's empfindlichste abgenommen habe. (Englische Blätter erwähnten, daß auch ein deutscher Geschäftsträger oder Konsul aus Buenos Ayres ausgewiesen worden; wir erinnern uns nicht, hierüber in deutschen Zeitungen eine offizielle Aufklärung gelesen zu haben, weshalb wir es dahin gestellt sein lassen müssen, ob dieses Schicksal, welches freilich unter den auswärtigen Konsuln und Botschaftern in Buenos Ayres wie eine unvermeidliche Krankheit grassirt, den baierischen, bremischen, hamburgischen oder preussischen Konsul betroffen hat; denn wenn wir nicht irren, so sind diese vier Staaten oder freie Städte Deutschlands in Buenos Ayres durch Agenten oder Konsule vertreten. Unsere Centralregierung gehört freilich noch nicht zu den „satisfaktionsfähigen", um für Beleidigungen deutscher Ehre und Beeinträchtigung deutscher Interessen Genugthuung zu nehmen oder zu geben, und unsere Einzelregierungen haben schon ärgere Zurücksetzungen als diese des anerkannten Raufbolds Rosas hingenommen, und zum Theil aus Machtmangel hinnehmen müssen. Aber einige Nachfrage oder Theilnahme im deutschen Publikum müßte ein solcher in den englischen Blättern erwähnter Fall doch zur Folge haben, sollte sich diese Theilnahme auch nur in einer Interpellation der doch sonst so interpellationssüchtigen Linken in Frankfurt oder sonst wo äußern. Freilich ist diese zu sehr mit ihren inneren, das eigene Haus betreffenden Angelegenheiten beschäftigt, um für auswärtige reale Beleidigungen der deutschen Ehre Zeit und Stimmung übrig zu haben.)

Das „M. Chronicle" enthält folgende Notiz: „Der neu ernannte französische Gesandte (an Stelle des Hrn. G. de Beaumont), Vizeadmiral Cecille, ein ausgezeichneter Flaggenoffizier in der französischen Marine, wird wie man erwartet, gegen Ende der nächsten Woche von Paris in Manchester-House eintreffen. Hr. v. Montherot besorgt bis zur Ankunft Sr. Excell. die Geschäfte eines chargé d'affaires. Wir erfahren, daß die Exminister Ludwig Philipp's nach Frankreich zurückgekehrt sind, Herrn Guizot ausgenommen, der, wie es heißt, erst im künftigen Frühjahr dorthin zurückzukehren gedenkt." Dem „Herald" zufolge ist der sardinische Gesandte, Chev. Adriano Thaon de Revel aus London abberufen worden.

Auch Hr. O'Connor hat es für angemessen gefunden, vor Beginn der Parlamentssession seine Partei anzuschirren und mit ihr Parade zu reiten. Man kann überzeugt sein, daß es unter den Chartisten ganz wackere Leute gibt, es ist ferner ohne Zweifel wahr, daß ihre Forderungen zum großen Theil ihre Berechtigung und auch unter den mittleren Klassen ihre Anhänger haben, nur scheint O'Connor, der sich erst in der letzten Session mit seiner sogenannten Riesenbittschrift, wie kurz darauf mit der von ihm angeordneten Monstreprozession am 10. April, endlich auch durch sein „Landschema", wie durch seine Poltronerie und sein Pochen auf königliche Abstammung vollkommen lächerlich gemacht hat, keineswegs der Mann dazu zu sein, eine Volkssache mit Ehren durchzuführen und ihren Gegnern Achtung, ihren aufrichtigen Anhängern Vertrauen einzuflößen. Wie gesagt, Hr. Feargus O'Connor, freierwähltes Parlamentsmitglied für Nottingham, versammelte Abends, den 15. Jan., einen Theil der Seinen im literarischen Institut in der Johnstreet. Gegenwärtig waren von den namhafteren Chartisten die HH. Dickson, M'Grath, und der erst neulich in West-Yorkshire als chartistischer Parlamentskandidat durchgefallene Kydd, Vorsitzender der Versammlung Hr. Roß. Die Beschlüsse waren sehr heftiger Natur und richteten sich namentlich gegen die politischen Verfolgungen in Irland und gegen die in der letzten Session durchgegangenen Zwangs- und Ausnahmsgesetze für Irland. Man beschloß unter stürmischem Applaus, daß die arbeitenden Klassen nicht eher nachlassen sollten, als bis die Volkscharte Gesetz des Landes sei, doch auch nicht der Cobden'schen neuen Reformbewegung entgegenzuarbeiten, obschon sie wenig Vertrauen verdiene. Zum Ueberfluß beschuldigte O'Connor, statt sich selbst anzuklagen, die armen, in der O'Connor'schen Tretmühle sich umsonst abarbeitenden und von ihm ausgebeuteten Chartisten, daß sie durch ihre Säumigkeit und ihr geringes Selbstvertrauen es allein verschuldet hätten, wenn die Charte noch nicht im Parlamente durchgegangen sei. (!) Man schied unter Lebehochs für die Charte, das Volk und „die Opfer der verfolgungssüchtigen Whigs."

Frankreich.

* **Paris**, 17. Jan. Man hat seit einiger Zeit bemerken wollen, daß die Klubs, welche ganz eingeschlafen zu sein schienen, wieder mehr Thätigkeit zu entwickeln anfangen. Seitdem der Kampf um die Auflösung oder Fortdauer der Nationalversammlung zwischen ihr und dem Ministerium begonnen hat, werfen sich dieselben Demokraten, die früher gegen sie nicht genug Worte des Hasses finden konnten, die ihr sogar offene Gewalt anthun wollten, zu ihren eifrigsten Vertheidigern auf — und durch die Klubs wirken sie auf die große Masse des Volks, der die Journale unzugänglich bleiben. Der Klub im Saal Valentino — derselbe, der neulich auf Ansuchen des Wirths von der Polizei geschlossen wurde — gilt jetzt für den ersten; der famose Bernard präsidirt ihm. „Unsere Pflicht, rief er neulich, „ist es jetzt, die Nationalversammlung zu erhalten. Im Grunde, was will man? Sie heimschicken, um an ihre Stelle eine königlich gesinnte Kam-

mer zu setzen. Die Karlisten, die Philippisten, die feilen Knechte der Thaler und der Könige, sie allein schreien gegen sie. Schützen wir unsere Deputirten gegen die Feinde der Republik!" Und dann auf den Gewinn übergehend, den „der Berg" an Peter Bonaparte gemacht hat, auf welchen die Pariser Demokraten ebenso stolz sind, wie die Römischen auf den Prinzen Canino, warf er die Frage auf, ob Peter Bonaparte ein wahrer Republikaner sei? „Es gibt ein einfaches Mittel, antwortete er sich, das zu prüfen. Wir wollen ihm sagen: Wenn dein Vetter Louis Napoleon Bonaparte sich zum Kaiser wählen oder ausrufen ließe, würdest du ihm einen Dolch in die Brust bohren, um ihn für den Mord der Republik zu strafen?" Die Versammlung fing Feuer; Bravo! rief es von allen Seiten, Tod den Prätendenten! Nur eine schüchterne Stimme rief aus dem Gedränge: Keinen Mord! Da entflammte erst recht die Begeisterung des Redners: „Vor Allem die Freiheit! Verbrechen ist Alles, was den Glanz der Revolution hemmt; Tugend, was ein Volk emanzipirt. Charlotte Corday hat ein Verbrechen begangen, und der Römer, der seinen Dolch in das Herz Rossi's stieß, ist ein großer Bürger!" „Wenn ein Cäsar jemals wagen sollte, so schloß er, ein Attentat gegen die Republik zu begehen, so soll er erfahren, daß jeder Demokrat ein Brutus ist, um ihn zu strafen."

Die Reden dieser Partei stehen denen der alten Revolutionsmänner in nichts nach; aber sie sind nur das Fell des Löwen. Man würde sich täuschen, wollte man den Löwen selbst noch lebendig glauben. Diese Partei ist bedeutungslos seit der Juniniederlage. Sie klammert sich an die Nationalversammlung, um, nachdem ihr die demokratische Republik zu gründen nicht gelungen ist, wenigstens die konstitutionelle zu retten, an der jetzt so mächtige Feinde rütteln. Aber es stünde um die Nationalversammlung schlecht, hätte sie nicht mächtigere Freunde. Sie hat noch immer eine bedeutende Partei gerade in dem entscheidenden Mittelstande, und wenn es unleugbar ist, daß ein großer Theil Frankreichs für sie eingenommen ist, so darf man diese Stimmung doch nicht für die allgemeine halten. Einen Beweis dafür liefert die neuliche Wahl Fawtier's in dem Departement Haut-Rhin. Fawtier ist einer der Präfekten der provisorischen Regierung, und zwar einer ihrer eifrigsten Anhänger. Das jetzige Ministerium setzte ihn deßhalb ab. Sofort trugen ihm die Wähler des Departements die Kandidatur an, und ohne die geringste Bemühung seinerseits wurde er zum Abgeordneten gewählt. So möchte sich noch an vielen Stellen aufrichtige Sympathie für die Republik finden! Darauf gestützt könnte die Nationalversammlung getrost den Angriffen der Legitimisten trotzen, wenn nicht aus der Mitte der Republikaner selbst sich Stimmen gegen sie erhöben. So hat es ihr einen harten Stoß gegeben, daß Lamartine in seiner Abtheilung gegen sie gesprochen hat. Wir werden seine Rede weiterhin geben. Wenn aber auch solche Männer für Auflösung der Nationalversammlung sind, muß man sich hüten, aus der Auflösung allein gleich den Untergang der Republik zu prophezeiben; es kommen dabei soviel Rücksichten in Betracht, daß auch der bestgesinnte Republikaner in dem Sinne stimmen kann, zu dem sich die Legitimisten aus unzweifelhaft unlautern Absichten bekennen.

Spanien.

* **Madrid**, 10. Jan. In der heutigen Sitzung des Senats richtete Herr Collado heftige Angriffe gegen die Finanzverwaltung Mon's. Herr Mon antwortete in einer langen Rede, in der er auch auf die neuen Handelszollpläne der Regierung zu sprechen kam. Er sagte dabei: „die Regierung weiß sehr wohl, daß ihre Feinde sich darin gefallen, in böser Absicht falsche Gerüchte über die Absichten der Regierung betreffs des Tarifs zu verbreiten. Ohne im Voraus die Entscheidung anzugeben, welche die Regierung über eine so zarte und verwickelte Frage treffen wird, will ich doch erklären, daß keine Industrie des spanischen Volkes von den Reformen, welche die Regierung beabsichtigt, zu leiden haben soll; im Gegentheil, die Regierung wird so sorgfältig als möglich alle vorhandenen und wohlerworbenen Interessen schützen, und sie wird keine der etwa entstehenden Fragen, ohne die gesetzgebenden Körper hinzuzuziehen, entscheiden. Dabei muß man nicht aus dem Auge verlieren, daß die Regierung den großen Ausgaben Rechnung tragen wird, welche den Bedürfnissen des Handels gemäß und zum Schutze aller Interessen des Staats gemacht worden sind und zu machen sein werden." Der Senat spendete Herrn Mon vielen Beifall und verwarf den Antrag Collado's.

In einem Treffen, welches kürzlich in der Gegend von Vich zwischen den Truppen der Königin und den Karlisten stattgefunden hat, ist Cabrera in der Schulter verwundet worden und verlor 40 Pferde.

Oesterreichische Monarchie.

Von der ungarischen Grenze, 12. Jan. Das Waffenglück in Siebenbürgen ist ziemlich launenhaft, denn bald sind die Magyaren, bald die Truppen des Feldmarschall-Lieutenants Puchner im Vortheil. Die k. k. Armee ist offenbar zu schwach für das große, thälerreiche Land und die walachischen Landstürmler und die sächsischen Nationalgarden scheinen den Szeklerschaaren an moralischer Kraft nicht gewachsen zu sein, woraus sich das wechselvolle Kriegsglück von selbst erklärt. Im Banat dagegen haben die Serben, durch frische Zuzüge verstärkt, in der letzten Zeit wieder das verlorne Uebergewicht erlangt. (Brsl. Z.)

Bukowina. Bem mit seinem starken Insurgentenkorps ist von den hier stationirten k. k. Truppen unter dem Oberbefehl des F. M. L. Malchowski gänzlich geschlagen und zurückgetrieben worden. (C. Bl. a. B.)

Italien.

Mailand, 12. Jan. Tag für Tag mehren sich die Gründe zu glauben, daß Karl Albert noch einmal mit der österreichischen Armee anbinden wolle, um sich die eiserne Krone aufzusetzen. Die ansehnliche Zahl der nach Piemont ausgewanderten Lombarden, und Alberts eigene Truppen sollen zusammen ein Heer von 100,000 Mann bilden. Man ist auf Einschwärzungen von Waffen, selbst von zwei Kanonen, nach Mailand gekommen. Ueberhaupt dürfte keine geringe Zahl Waffen in dieser und auch in den andern Städten versteckt sein. (Allg. Z.)

* **Florenz**, 10. Jan. Aus der Thronrede des Großherzogs, die wir bereits erwähnt haben, tragen wir noch folgende Stelle nach: „Es ist der Wille des Volkes, daß der Krieg fortdauere, da dieselben Antriebe, dieselben Gefahren, aus denen er hervorging, noch vorhanden sind. Die Beziehungen zwischen Toscana und den fremden Mächten, Oesterreich ausgenommen, sind durchaus freundschaftlich; die toscanische Regierung hält besonders fest an der Nothwendigkeit einer festen Verbindung mit den andern italienischen Staaten. Eine Vermittlung ist im Werke, welche die Streitigkeiten zwischen Toscana und dem neapolitanischen Hof ausgleichen soll. In der päbstlichen Frage geziemt es Toskana der Politik der andern italienischen Staaten zu folgen, einer Politik, die offenbar durch die größte Ehrfurcht vor dem Haupt der katholischen Kirche bestimmt wird. Die Konstituante, welche in Toscana verkündet werden soll, wird nicht eine Ursache der Zwietracht und Uneinigkeit sein, sondern im Gegentheil, der Schöpfer von Kraft und Eintracht. Sie verwirft keine zulässige Staatsform, und hofft die Zustimmung der übrigen italienischen Staaten zu erhalten. Ein toskanischer Gesandter wird bei den Konferenzen in Brüssel zugegen sein. Verschiedene Völkerschaften von Oberitalien sind durch ihre Neigung für Toscana bewogen worden, einen Anschluß an den Staat zu verlangen und sie sind deßhalb als Theile desselben zu betrachten." Mit diesem kriegerischen Ton der Thronrede stimmt die Nachricht überein, die wir aus Paris erhalten, daß der Fürst Poniatowsky, Oberst der Florentiner Nationalgarde, daselbst angekommen ist und geäußert hat, in vierzehn Tagen werde der Krieg wieder beginnen. Die konservative Partei der Kammer, welche vielleicht den Wunsch hat, gegen den Krieg zu stimmen, hat nicht den Muth dazu. Sie fürchtet den Terrorismus der radikalen Partei. Die Alba selbst, das Organ der letzteren, theilt mit, die Konservativen beabsichtigten bei dem ersten Einschüchterungsversuch ihr Mandat in Masse niederzulegen, und an das Volk zu appelliren. Daß die Alba nöthig findet, diese Nachricht als Gerücht mitzutheilen, um die Konservativen vor einem solchen Schritt zu warnen, beweist schon, daß die Furcht dieser nicht ganz ungegründet ist. Der englische Gesandte Sir George Hamilton hat kürzlich ein glänzendes Fest gegeben. Es war eine wohlthätige Unterbrechung der traurigen Stille, die jetzt in Florenz herrscht. Am 30. d. will er einen Maskenball geben.

* **Rom**, 10. Jan. Die Stimmung schwankt hin und her; man fürchtet neue Reaktion oder Intervention und fühlt sich doch wieder durch die Maßregeln der Regierung beruhigt. Patrouillen der Nationalgarde und Karabiniere ziehen durch die Straßen, und alle Vertheidigungsmittel werden prahlend entfaltet. In einem Aufruf vom 8 fordert die Regierung auf, ihrer Kraft,

ihrem Eifer zu vertrauen. Sie werde die große Aufgabe, die ihr gestellt sei, zu Ende zu führen wissen. „Vertraut, ruft sie, der Gerechtigkeit unserer Sache! Zweifelt nicht. Sie ist heilig. Es wird kein Mittel geben, sie zu bekämpfen. Es wird keinem Kunstgriff gelingen, sie zu besiegen!"

Die Bannbulle des Papstes lautet im Auszuge: „An meine sehr lieben Unterthanen! In diesem friedlichen Aufenthalt, wohin es dem Himmel gefallen hat, uns zu führen, wollten wir warten, bis das Gewissen unseren verirrten Söhnen schlagen würde über die Verbrechen, die sie zum Theil gegen die uns ergebenen Personen (a noi addette) von denen einige ermordet, einige auf die barbarischste Weise verstümmelt worden sind, zum Theil gegen uns selbst und unsere Wohnung verübt haben. Aber wir haben bis jetzt nur eine trockene Aufforderung, in unsere Hauptstadt zurückzukehren, erhalten, ohne daß auch nur ein Wort der Verdammung gegen die begangenen Attentate ausgesprochen oder die geringste Bürgschaft gegeben wurde, welche uns gegen diese Bande von Wilden sicherte, die Rom und den Kirchenstaat beherrschen. Ja, ein noch schrecklicherer Akt heuchlerischer Treulosigkeit und wahren Aufruhrs ist begangen worden, die Berufung einer sogenannten Nationalversammlung (sic!) welche die Staatsformen des Kirchenstaats neu regeln sollte. Wir sind überzeugt, Ihr seid bei dieser Berufung von heiliger Entrüstung ergriffen worden, und werdet eine so unwürdige und verbrecherische Zumuthung weit von Euch gestoßen haben. Indeß, um Euch jeden Vorwand zu nehmen, als wäret Ihr verführt worden oder hättet nicht gewußt, was die Feinde der Ordnung schmieden, wollen wir unsere Stimme noch einmal erheben und den unbedingten Befehl geben, Euch fern zu halten von den Zusammenkünften, die man zu Wahl der Personen veranstalten könnte, welche zu dieser verdammten Versammlung geschickt werden sollen. Zu gleicher Zeit rufen wir Euch ins Gedächtniß, daß dies Verbot sich gründet auf die Gesetze unserer Vorgänger und der heiligen Koncilien, namentlich des Tridentinischen (Sess. 22 c. 11 de reform.), in welchen die Kirche wiederholt mit ihren Censuren und vorzüglich mit der größeren Exkommunikation droht, die Denjenigen ohne weitere Ankündigung trifft, der sich eines Attentats gegen die weltliche Hoheit der römischen Kirchenfürsten schuldig macht, wie wir erklären, daß sie die getroffen hat, die mitgewirkt haben (tutti coloro che hanno dato opera) zu den oben erwähnten Akten. Indessen werden wir nicht aufhören, Tag und Nacht mit erhobenen Händen Gott um die Bekehrung der Verirrten zu bitten. Die Hoffnung darauf wird durch den Gedanken an die Einstimmigkeit gestärkt mit der die ganze katholische Welt ihre Bitten mit den unseren verbindet. Gaeta, den 1. Januar 1849. Pius."

* **Neapel**, 4. Jan. Wir erwähnten neulich die Note, die die Herren Temple und Rayneval mit Vermittlungsvorschlägen in der Sicilianischen Sache an den Fürsten Cariati gerichtet haben, so wie der spitzen Antwort, in welcher dieser sie ein für allemal abwies und erklärte, der spanische Gesandte wolle bei allen Verhandlungen mit zugezogen werden. Herr Temple hat jetzt eine gewaltig lange Replik erlassen, in der er auf seinen früheren Vorschlägen, namentlich der Trennung des Sicilianischen und Neapolitanischen Heeres beharrt, und mit allerhand Sophismen die Zuziehung des spanischen Gesandten von der Hand weist. Herr Rayneval hat eine ähnliche, nur weniger peremptorische Erwiederung eingereicht, und die größere Mäßigung desselben veranlaßt den Korrespondenten der Times zu der boshaften Bemerkung: Frankreich würde sich wohl von der Vermittlung ganz zurückziehen, und dann würde die Waffe der alten Weiber — das letzte Wort — der Englischen Regierung bleiben. Wie wenig sich Neapel jetzt noch um diese vermittelnden Mächte kümmert, beweist der Umstand, daß unmittelbar nach Einreichung dieser Noten Filangieri zur Fortsetzung des Krieges nach Sicilien abgereist ist. Neapel stützt sich dabei ganz offenkundig auf Rußland. Doch will Chreptowich, der russische Gesandte, nicht das Ansehen haben, als mische er sich in die Sache und hat deßhalb gegen die Erwähnung seines Namens in dem Notenwechsel protestirt.

Daß engere diplomatische Verbindungen zwischen Neapel und Oesterreich angeknüpft werden, haben wir schon neulich berichtet. Der Korrespondent der Times legt dem als unbedenklich die Absicht beider Höfe unter, gemeinschaftlich gegen die republikanischen Bewegungen in Italien zu interveniren, und zwar soll diese Intervention nicht auf Rom beschränkt werden, sondern sich auch auf Toskana und Piemont erstrecken, wenn hier nicht von selbst ein Umschwung eintrete. Vor einer allgemeinen italienischen Konstituante namentlich soll Oesterreich Besorgnisse hegen und fest entschlossen sein, sie zu hindern.

Ungarn.

Nach Berichten aus **Pesth** vom 13. hatte F.-M. Fürst Windischgrätz den Grafen Sczapary wieder auf freien Fuß setzen lassen, was große Sensation machte. Aus Semlin ist so eben die Nachricht vom 10. d. eingetroffen, daß 9000 Mann reguläre serbische Truppen mit 30 Kanonen die Donau überschritten haben, um sich an die k. Armee im Banat anzuschließen. (A. Ab. 3.)

Von der ungarischen Grenze, 10. Jan. Graf Schlick hat die in der Gegend von Leutschau belegenen Güter, im Werthe von 700,000 Fl., des gewesenen Staatssekretärs Pulszky, der das Geld zur Wiener Oktober-Revolution ausbezahlte, mit Sequester belegt, um als Haftung für den von den Insurgenten angerichteten Schaden an Aerarial- und Privatgut zu dienen. Während Einige Pulszky nach Breslau geflüchtet sein lassen, sagen Andere, daß er sich in der Umgebung Kossuth's zu Debreczin befinde. Die Verhaftungen in Pesth und in allen von den k. k. Truppen besetzten Gegenden des Landes mehren sich von Tag zu Tag. Windischgrätz scheint entschlossen zu sein, der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen und nicht die adeligen Häupter der Insurrektion auf Kosten des verlockten Volkes zu schonen. Die häufigen Erkältungen haben die Cholera in den Reihen der Armee eingebürgert. (Brsl. Z.)

Preßburg, 11. Jan. Windischgrätz scheint in Ungarn milder zu verfahren, als in Wien. Rudolf Kulemann und Joh. Vörösmarti wurden wegen Theilnahme an der Rebellion (freilich in minderem Grade) zum Strange verurtheilt, vom Fürsten aber begnadigt und auf freien Fuß gesetzt.

Neuestes.

* **Paris**, 19. Jan. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung waren es zwei Gegenstände, welche die Aufmerksamkeit ausschließlich in Anspruch nahmen, der Dekretentwurf wegen der Maigefangenen und die Liste der vom Präsidenten vorgeschlagenen Vicepräsidenten. Der erstere lautet: „Die Urheber und Mitschuldigen des Attentats vom 15. Mai 1848, welche ein Beschluß des Pariser Appellhofs vom 16. Januar 1849 in Anklagestand versetzte, werden vor den hohen Nationalgerichtshof gestellt. Artikel II. Dieser Nationalgerichtshof tritt binnen einem Monat, nach Annahme des gegenwärtigen Gesetzentwurfs durch die Nationalversammlung, in Bourges zusammen. Zu denen, auf welche sich dieses Dekret bezieht, gehören Blanqui, Albert Barbès, Sobrier, Raspail, Thomas, und die geflüchteten L. Blanc, Huber, Caussidière. Der hohe Gerichtshof besteht nach §. 92 ff. der Verfassung aus 3 vom Kassationshof bezeichneten Richtern und einer gewöhnlichen Jury von 12 Geschwornen. — Die Versammlung hatte nicht sofort über das Dekret selbst zu entscheiden, sondern nur eine Kommission zur Begutachtung der Dringlichkeit niederzusetzen. Aber selbst diese Wahl beschäftigte sie so, daß über die Rechnungsablegung der prov. Regierung schnell hinweggegangen wurde. Ueber alle Ausgaben sind beglaubigte und regelmäßige Beweisstücke da, nur ein Posten von 60,000 Fr. die durch Hrn. Flocon an deutsche, belgische, polnische und italienische Arbeiter vertheilt worden sind, damit sie in ihre Heimath zurückkehren könnten, ist ohne alle Belege. Es entspinnt sich hierüber eine Debatte, in der Flocon seinen Gegnern erklärt, daß er auf Befehl der provisorischen Regierung gehandelt habe und dieser allein verantwortlich gewesen sei. Hätte die mit der Prüfung der Rechnungen beauftragte Kommission von ihm Nachweisungen verlangt, so würde er sie augenblicklich gegeben haben, allein das sei nicht der Fall gewesen — übrigens sei er bereit, jetzt gleich in der Sitzung die Versammlung vollständig aufzuklären und so die seit Kurzem übliche Taktik der indirekten Verdächtigungen zu bekämpfen. Die erste Lesung des auf die Rechnungsablage bezüglichen Dekrets wird mit Einstimmigkeit angenommen. Hierauf wird unter der größten Aufmerksamkeit der Versammlung ein Vorschlag Ternaux's über die Aenderung des Marinegeneralstabes berathen und endlich verworfen. Plötzlich nimmt Leon Faucher das Wort und verliest die sehnlichst erwartete Botschaft des Präsidenten der Republik, worin er folgende Kandidaten für die Vicepräsidentschaft vorschlägt: 1) Boulay (de la Meurthe) (Allgemeines mißbilligendes Oh!). 2) General Baraguay d'Hilliers (Stürmisches Gelächter). 3) Vivien. (Ah!! Gut!)

Ueber die Toulouer Rüstungen enthalten die Blätter noch keine entscheidende Aufklärung; eine Lesart des National. werden wir morgen geben. Die Presse enthält eine Mittheilung über die Sendung des Generals Pelet nach Turin, aus der hervorgeht, daß sie ohne wichtige politische Zwecke ist.

Die Börsenkurse vom 18. sind wie folgt: 3 pCt. 45. 60; 5 pCt. 75. 30 (Anleihe 75. 10); Bank 1695; belgische 5 pCt. $88\frac{1}{2}$; neapol. $79\frac{1}{4}$; spanische 1836ger 24; dito 3 pCt. 29; römische $68\frac{1}{2}$ à $\frac{1}{4}$; Nord $388\frac{3}{4}$; Orleans $706\frac{1}{4}$; Rouen 435; Basel $82\frac{1}{2}$; Straßburg $332\frac{1}{2}$.

Aus Italien nichts Neues; die Regierung in Rom beschäftigt sich mit Zusammenstellung der Wahllisten für die Konstituante. Aus Spanien werden die Einfälle neuer Carlistenkorps von der französischen Grenze her gemeldet.

Redacteur: H. Kruse.

[00] Abscheu und Entrüstung müssen jeden redlichen Menschen erfüllen, wenn er vernimmt, was heute Abend zwischen der hiesigen Bürger-Ressource und dem Militär sich zugetragen hat. Wir theilen dies Ereigniß mit, wie es sich zugetragen in Wahrheit.

Die Bürger-Ressource besteht seit dem 15. Dezember 1846; hieraus und aus den Statuten, welche §. 1 bestimmen: „Die allgemeine städtische Ressource bezweckt die Beförderung des geselligen Verkehrs und belehrender Unterhaltung in den verschiedenen Kreisen der Einwohnerschaft", geht klar hervor, daß die Bürger-Ressource kein politischer Klub ist. Wenn sie in den Bewegungen des verflossenen Jahres von den Errungenschaften des März, welche auch die oktroyirte Verfassung anerkannt, so weit Gebrauch machte, daß sie auch politische Gegenstände in den Kreis ihrer Unterhaltungen zog, so wird darin Niemand, der einiges Gefühl für Gerechtigkeit besitzt, einen Grund zum Vorwurfe finden, selbst wenn er anderen politischen Ansichten huldigt, als die Mehrzahl der Mitglieder der Ressource. Nur absichtliche Verläumdung kann der Gesellschaft einen wühlerischen und staatsgefährlichen Charakter unterlegen. — Obgleich vielfach durch Wort und Schrift angegriffen, hat die Bürger-Ressource ungestört ihre Sitzungen im verflossenen Jahre fortgesetzt, und selbst die zahlreiche Theilnahme des Militärs an einigen Sitzungen gab keine Veranlassung zu Mißhelligkeiten, da die Soldaten selbst durchaus nicht wünschten, daß die Ressource ihre Sitzungen in einem andern Lokale als dem öffentlichen des Rathkellers halte. Am 20. Dezember vorigen Jahres nun aber geschah es, daß von den wiederum sehr zahlreich anwesenden Soldaten Einige Anstoß an einem Witzworte nahmen, welches aus einer Zeitschrift harmlos wie andere Gegenstände mitgetheilt wurde. Der Vorsteher der Gesellschaft: Justizverweser Schulze, nahm hiervon Veranlassung, den früheren Antrag wieder aufzunehmen und die Vertauschung des Lokals mit einem andern vorzuschlagen, wo die Bürger als abgeschlossene Gesellschaft zusammenkommen könnten. Die Gesellschaft ging darauf ein, und kam nun am 3. Januar in dem vorläufig vom Vorstande ausersehenen Lokal bei dem Schenkwirth Herrn Schandau zusammen, und zwar nur zu dem Zwecke, um ein neues definitives Versammlungslokal zu berathen. Das Lokal schien darum zumal zweckentsprechend, weil außer Montag's daselbst kein Soldat hinkommt, oder wenigstens höchst selten. Um jeder Störung aber vorzubeugen, räumte der Wirth für Gäste ein anderes Zimmer ein, und somit war die Gesellschaft, die ausdrücklich als geschlossene Gesellschaft dem Wirthe sich angemeldet hatte, keineswegs verpflichtet, andere Personen als Mitglieder einzulassen. So waren die Verhältnisse, als zwei oder drei Soldaten eintraten und eingeschenkt verlangten. Auf das Bedeuten des Wirthes, daß ein anderes Zimmer für die Gäste eingeräumt sei, entfernten sich diese mit drohenden Aeußerungen. — Einige Zeit nach diesem Vorfalle erscholl aus dem unteren Theile des Hauses ein heftiger Lärm. Der Wirth hatte einen gewissen Schwabe angestellt, um in dem, den fremden Gästen eingeräumten Zimmer einzuschenken. Ueber diesen waren die in größerer Anzahl eingedrungenen Soldaten mit Schlägen hergefallen. Dieser Lärm erzeugte unter der Ressourcegesellschaft einige Aufregung; einige Bürger meinten, man müsse dem Schwabe zu Hülfe kommen, „damit er nicht das Leben unter den Händen der händelsüchtigen Soldaten einbüße." Der Vorsitzende aber ermahnte wiederholentlich zur Besonnenheit und Ruhe, damit kein Konflikt entstehe. Indessen zog sich der Lärm die Treppe herauf, eine Anzahl Soldaten drang in das Lokal der Ressourcegesellschaft stürmisch ein, und einige begannen sogleich unter dem Rufe: „Heraus, heraus mit Euch!" und: „Schlagt die Hunde todt!" die Bürger aus der Thüre hinauszuwerfen. Die Patrouille war hinzugekommen. Der Vorsitzende erklärte derselben im Namen der Gesellschaft, daß man bereit sei, den Soldaten das Lokal zu räumen und verlangte, daß den Bürgern das Fortgehen in Frieden gestattet werde; daß das Haus mit Soldaten bis an die Hausthüre erfüllt sei, ahnte er nicht. Diese Worte wurden weder von der Patrouille, noch von den übrigen Soldaten beachtet. Sie verlangten vielmehr sogleich die Akten. Der Vorsitzende erklärte sich bereit, diese dem Major zu übergeben, wenn die Patrouille ihn dahin begleiten wolle. Statt aller Antwort griff ein Soldat mit namenloser Rohheit dem Vorsitzenden in den Bart und entriß ihm die Akten, darauf wurde er hinausgeschleudert und vor der Thüre mit fünf oder sechs Schlägen auf den Kopf getroffen, deren Schwere man sich vorstellen kann, wenn man die Waffen betrachtet, welche in Stuhlbeinen, Hausspritzen, Mangelhölzern, Holzscheiten &c. bestanden. Betäubt von dem letzten und schwersten Schlage, und gestoßen von den kannibalisch hausenden Soldaten, stürzte er die Treppe hinunter. Unten rafft er sich auf, fühlt das Blut in Strömen vom Kopfe fließen und findet, daß er die Haartour verloren, der es es allein zu verdanken hatte, daß jene Keulenschläge nicht tödtliche Verletzungen verursachten. Kaum der Besinnung mächtig, stürzte er zwischen den auch unten im Hause spalierförmig aufgestellten und bewaffneten Soldaten hindurch zur Thüre hinaus. — — Wir theilen hier das Schicksal des Vorsitzenden, auf den es nach verschiedenen Aeußerungen vor und nach dem schmachvollen Ereigniß besonders abgesehen war, im Detail mit, um ein deutliches Bild von dem Kampfe zu geben, bei welchem nur von der einen Seite ein Angriff, von der andern aber weder eine Reizung (wie man gerne zur Entschuldigung des Militär's glauben machen möchte), noch weniger irgend eine Vertheidigung, resp. thätlicher Widerstand geleistet wurde. Denn theils waren die Bürger nicht im Entferntesten einer so bestialischen Rohheit und boshaft angelegten Gewaltthat gewärtig, theils wäre auch jeder Widerstand vergeblich gewesen, da die Bürger nur ihre unbewehrten Arme den Knütteln und Keulen der edeln Söhne des Vaterlandes hätten entgegensetzen können. — Nicht zehn der anwesenden Bürger sind ohne Mißhandlungen davon gekommen; einige haben sogar höchst gefährliche Verletzungen davon getragen; ein alter ehrwürdiger Mann, der Tuchmacher Schirmer, ist zu Boden geworfen und mit Füßen getreten worden, weil er den Soldaten vorgehalten, daß ihr Benehmen kein würdiges sei. Wir unterlassen es, alle die Einzelnheiten dieser That mitzutheilen.

Worüber soll man nun mehr empört sein — über die Schmach, welche den friedfertigen Bürgern angethan worden ist, oder über die Rohheit, mit welcher die Soldaten gegen ihre Wohlthäter verfahren sind? Denn Wohlthäter können die Bürger genannt werden, da gewiß jeder Soldat in seinem Quartiere die freundlichste Aufnahme und alle möglichen Bequemlichkeiten gefunden hat. Man versucht auf mannigfache Weise das Betragen des Militär's bei diesem Vorfalle zu entschuldigen, und als hätten die Mitglieder der Bürger-Ressource die Veranlassung gegeben, diese zu verdächtigen; allein wenn man erwägt, wie sich die Soldaten kurz zuvor im Rathskeller aufgeführt, von wo sie nach dem Schandau'schen Lokale erst hinzogen; wenn man erwägt, wie der Angriff auf die Bürgergesellschaft förmlich organisirt worden ist; wenn man endlich erwägt, daß gleich zu Anfang mit Hast die Akten gesucht wurden, die für den Soldaten doch wahrlich keinen Werth haben können — so tritt nicht allein die Absichtlichkeit unzweifelhaft zu Tage, sondern man gelangt auch zu der Vermuthung geheimer Triebfedern, aus welchen eine Handlung entsprungen, die ein Flecken für die Ehre eines preußischen Soldaten und eine freche Verhöhnung der von Sr. Majestät selbst geheiligten Rechte des Volkes ist. Wahrlich, der König wird schlecht geehrt, wenn seine Soldaten, die Stützen seines Thrones, die bestallten Beschützer der Ordnung und Freiheit, nach solchen Ausbrüchen kannibalischer Wuth ihm, wie es hier geschehen, Lebehochs ausbringen!

(Einsender dieses hat weiter nichts hinzuzusetzen, als seine felsenfeste Ueberzeugung, daß dereinst eine Zeit kommen wird, in welcher die wahren Menschenfreunde, zu denen der gemißhandelte Vorsteher der Bürgergesellschaft zu Löwenberg gehört, ungehindert ihr schönes Ziel verfolgen werden, und der Soldat zur Einsicht kommen wird, daß er keine Maschine sein soll.)

Löwenberg in Schlesien am 3. Januar 1849.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Strasburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 22. Frankfurt a. M., Montag 22. Januar. **1849.**

Uebersicht.

Erklärung von Welcker.

Deutschland. Frankfurt (Versammlung der Kaiserlichen im Weidenbusch. Das politische Gewissen. Herr Camphausen. Der Stand der deutschen Sache in Berlin. Protest aus Homburg gegen den Spielbankenbeschluß.) Wien (Milde Temperatur. Nachrichten aus Pesth und Lemberg. Armeebülletin. Bem's Einfall in die Bukowina. Die ungarische Armee. Pillersdorf gewählt. Wassersnoth. General Görgey. Konferenz über die künftige Stellung Ungarns.) Berlin (Thätigkeit der Ministerien. Die Reallasten. Lehrerkonferenz. Arbeiterkrawall.) München (Die Parteistellung auf dem Landtag. Wahl der Präsidentschaftskandidaten. Erklärung über die Eidesleistung. Zusammensetzung der Bureau's. Erste öffentliche Gerichtsverhandlung.) Ludwigsburg (Abgeordnetenwahl.) Aus Baden (Heidelberger Universitätszustände.) Kassel (Sitzung des Schwurgerichts.) Lübeck (Veröffentlichung der Grundrechte. Berathung der Hansestädte über die Vermehrung der Truppen. Städtisches.)

Frankreich. Paris (Der National und das Morning Chronicle über die Toulonner Expedition. Die Sendung des Generals Pelet. Die große Verschwörung. Die Stellung des Präsidenten. Die Finanzen. Guizot's Democratie en France.)

Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Der ungarische Einfall. Russische Hülfe.) Cattaro (Slawische Bewegungen.) Agram (Pancsowa von den Magyaren bombardirt.)

Schweiz. Zürich (Schreiben des Bundesrathes an die eidgenössischen Repräsentanten in Tessin. Altorf, das Hauptwerbedepot für Neapel. Der Luzerner Amnestieentwurf.)

Frankfurter Börsenberichte (Vom 13. bis 20. Januar.)

Erklärung.

Ich lese soeben in der Beilage zu der Deutschen Zeitung vom 19. Januar, Herr Beseler habe in der Nationalversammlung auf der Rednerbühne gesagt: Und gehen nicht Adressen und Zustimmungserklärungen von allen Seiten an uns ein?" (In Beziehung nämlich auf die unmittelbar zuvor behandelte Erbmonarchie mit Ausschließung Oesterreichs.) „Diese Meinungsäußerung ist allermindestens nicht zu behandeln mit Spott. Sogar mit Spott von einem Bevollmächtigten derselben badischen Regierung, deren Großherzog sich mit so vieler Hingebung für die deutsche Sache erklärt hat." Meine Rede liegt, ganz so wie ich sie hielt, in den stenographischen Berichten der Welt vor. Nicht mit einer einzigen Sylbe berührt sie irgend eine Adresse und Zustimmungs-Erklärung in Beziehung auf die Oberhaupts- und die österreichische Frage, also auch nicht die meines Fürsten, welche übrigens nur ein Oberhaupt und „selbst" ein erbliches anerkennen zu wollen erklärt, wenn es verfassungsmäßig gültig bestellt würde, aber Deutungen im Beselerischen Sinne des Ausschlusses von Oesterreich u. s. w. durchaus nicht rechtfertigt. Sie rechtfertigt wohl auch eben so wenig eine Entgegensetzung gegen die hoffentlich ebenfalls für „die deutsche Sache" ausgesprochene Ueberzeugung eines Abgeordneten, der um das deutsche Oesterreich nicht auszuschließen, zur Zeit nur einen Wechsel der Oberhauptswürde oder eine Wahl auf kürzere Zeit zwischen den beiden mächtigsten deutschen Fürsten vorschlug. In einem ganz anderen Theile meiner Rede, der gar nicht von der Oberhauptsfrage handelt sondern von einer heilsamen leicht möglichen Verständigung mit den Bundesstaaten über Einführung der ganzen Verfassung nach deren Beendigung, schließe ich mit den Worten „Kleinere Regierungen schließen sich sicher den größeren an. So ist der Friede und die Achtung unseres Werkes verbürgt. Bei einigen Ständeversammlungen würden Sie selbst, wenn Sie beschlössen, daß man auf dem Kopfe gehen solle, vorausgehende Zustimmung anführen können." Berechtigte nun Dieses zu der bedauerlichen falschen Denunziation gegen einen Regierungsbevollmächtigten, der doch wohl, als Mitglied der Nationalversammlung, seine eigne Ueberzeugung pflichtmäßig aussprechen darf und soll? Das Urtheil dem Leser!

Frankfurt den 20. Januar 1849.

K. Welcker.

Deutschland.

— x **Frankfurt**, 21. Jan. Die Versammlung der „Kaiserlichen" im Weidenbusch am gestrigen Abend mochte von etwas über 200 Abgeordneten besucht sein. Leider war gerade der Theil der vorgestrigen Majorität, mit welchem man eine Verständigung zu Gunsten der Erblichkeit herbeizuführen hoffte, theils gar nicht erschienen, theils nicht zum Aussprechen seiner Bedenken gegen die Erblichkeit zu bewegen. Nur ein Abgeordneter aus Baiern erklärte für sich und mehrere Gleichgesinnte, daß sie, obschon sie aus wichtigen Rücksichten, namentlich auf das künftige Verhältniß zu Oesterreich, zunächst für eine lebenslängliche Wahl des Oberhauptes gestimmt, dennoch, weil sie die Wichtigkeit des Zustandekommens eines festen Resultats in dieser Lebensfrage vollkommen einsähen, eventuell, nach Verwerfung der Lebenslänglichkeit, auch für die Erblichkeit, ja sogar, in dem Falle, daß diese zuerst zur Frage gestellt würde, sofort dafür stimmen würden. Diese Erklärung ward mit großem Beifall aufgenommen. Ebenso die von mehreren Abgeordneten abgegebene entschiedene Erklärung: daß sie nur für die Erblichkeit und gegen alles Andere stimmen würden, möge die Reihenfolge der Abstimmungen sein, welche sie wolle. Bei vorgenommener förmlicher Abstimmung hierüber erklärte sich die ganze Versammlung einmüthig im gleichen Sinne. Eine angestellte Rechnung ergab, daß wahrscheinlich eine, wenn auch schwache Mehrheit für die Erblichkeit zu erreichen sein werde, wenn man nur fest zusammenhalte und entschieden handle, daß aber jedenfalls für keinen andern Vorschlag eine Majorität sich bilden werde. Was geschehen solle, falls dennoch auch jener erste Antrag verworfen, also gar kein Resultat erzielt würde, darüber ward auch verhandelt, und man kam überein, daß dann diese Frage bis zur zweiten Lesung des Abschnitts vom Reichsoberhaupte auf sich zu beruhen hätte. Man war der bestimmten Ueberzeugung, daß in der Zwischenzeit die bereits begonnene Bewegung in der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Erblichkeit so große Fortschritte machen würde, daß bei der zweiten Lesung die Versammlung sich schwerlich der Annahme dieses Prinzips möchte entziehen können. Die Versammlung war von Mitgliedern aller Fraktionen von der äußersten Rechten an bis zur Westendhall (mit alleiniger Ausnahme des Pariser Hofes) zahlreich besucht und von einem Mitgliede des Würtemberger Hofes, Abgeordneten Grumbrecht, präsidirt.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 21. Jan. Man verbreitet geflissentlich, daß die Nachrichten, welche Camphausen von Berlin mitgebracht, ungünstig lauteten; aber wir können das Gegentheil mit Bestimmtheit versichern. Das deutsche Volk hat auf einen zustimmenden Entschluß des preußischen Königs zu rechnen, wenn sein Parlament, nach dem Vorgange der meisten seiner Fürsten, demselben die Kaiserkrone antragen wird. Wir hören sogar von der Absicht einer darauf bezüglichen Erklärung des Berliner Kabinets an das Reichsministerium, und wenn unter diesen Umständen das Aussprechen der Erblichkeit der Oberhauptswürde ein neues Motiv erhält, so wird es zugleich zur unerläßlichen Pflicht. Denn es liegt auf der Hand, daß die Erblichkeit allein diejenigen Garantien bietet, unter denen Preußen das Opfer seiner Selbstständigkeit bringen, unter denen Deutschland dies Opfer fordern darf und die Früchte desselben genießen kann. — Es ist jetzt in der That von Seiten Homburg's ein Protest gegen den Beschluß der Nationalversammlung über die Spielbanken eingelaufen. - Das

Reichsministerium ist nichts destoweniger zur Publikation des Gesetzes entschlossen.

† **Frankfurt**, 22. Jan. Es ist eine eigene Sache um das politische Gewissen selbst bei sonst charakterfesten Männern. Den schlagendsten Beweis für die Wandelbarkeit desselben gaben die Abstimmungen in der österreichischen und der Oberhauptsfrage. Es finden sich darin Inkonsequenzen, die vor keiner Logik bestehen können und die vor Allem am Prüfstein unbeschränkter Vaterlandsliebe nicht bestehen würden. Von den 97 Männern, die für das Direktorium stimmten, gehört der bei weitem größte Theil der Rechten an und steht auf dem Boden der Monarchie. Dennoch, und obwohl sie mit der Idee des Direktoriums in einer ungeheuren Minorität geblieben waren, stimmten sie gegen ein einheitliches Oberhaupt bei dem betreffenden Verfassungsparagraphen. Es ist offenbar, daß der rein partikularistische Standpunkt ihren politischen verrückt hatte; da der Eine nicht ihr König war, so durfte es überhaupt keiner sein. Dieselben Männer gehen aber weiter. Sie beabsichtigen gegen Alles zu stimmen, was weiter über die Oberhauptsfrage zur Abstimmung kommt und aus allen Kräften dahin zu wirken, daß die Majoritäten für das Beschlossene nur geringe seien. Betrachtet man unbefangen dieß Bestreben, so muß man gestehen, daß es eine große Weite des Gewissens verräth, wenn man, von der Nation zum Zustandebringen der Verfassung berufen, sein Mandat zum Hintertreiben derselben benutzt und Dasjenige zur Wahrheit zu machen bestrebt ist, worüber Herr Vogt als endliches Resultat bereits frohlockte, „daß Nichts zu Stande kommt." Es war Prinzip der Linken, gegen die Beschlüsse der Majorität an die Massen zu appelliren, um ihnen die Autorität zu rauben. Es scheint Prinzip gewisser Männer der Rechten werden zu sollen, grundsätzlich durch entgegengesetztes Abstimmen die Majorität zu schwächen, um ihrem Ausdrucke die Bedeutung zu rauben. Ein Enthalten von der Abstimmung wäre zu rechtfertigen, denn das verriethe bloß die Absicht, nicht mehr am gemeinsamen Werke Theil zu nehmen, welches dem Partikularismus zu große Opfer auferlegt, sondern diesen zu retten. Ein Entgegenstimmen ist aber eine feindselige Operation gegen den Theil des deutschen Volkes, welcher diesen Partikularismus wirklich zum Opfer bringt.

‡ **Frankfurt**, 22. Jan. Es werden allerhand Gerüchte seit der Ankunft des preußischen Ministers und Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Herrn Camphausen, verbreitet, welche von seinem Eintritt in das Berliner Ministerium an Brandenburgs Stelle sprechen, und auch andeuten, daß seine Bemühungen in Berlin in der deutschen Oberhauptsfrage an der Entschlossenheit des Königs, nunmehr auf keine Weise an die Spitze Deutschlands zu treten, gescheitert seien. Wir haben guten Grund zu glauben, daß diese Gerüchte mindestens nicht aus unterrichteter Quelle geflossen sind.

△ **Wien**, 15. Jan. Auf den bisher wirklich russischen Winter ist eine wahre Frühlingstemperatur gefolgt, was die Operationen der kaiserlichen Armee in Ungarn und Siebenbürgen hemmen dürfte, da in Ungarn wie bekannt bei Thauwetter die Straßen bodenlos sind. Die Einnahme von Klausenburg durch die Ungarn bestätigt sich nicht nur, sondern sie haben auch an Terrain gewonnen. General Bem scheint die Absicht zu haben, die Kommunikation mit der Moldau offen zu halten, um im Nothfalle über die Grenze entweichen zu können. Aus Pesth kommen täglich große Massen von Gefangenen hier an — nicht weniger als sieben ungarische Generale erwarten bereits hier ihren kriegsrechtlichen Urtheilsspruch, welcher, wenn man nur einigermaßen in der hier bewiesenen Strenge konsequent bleiben will — auf Erhängung mit doppelten Stricken lauten müßte! — Seit dem 11. ist der Postverkehr mit Pesth wieder hergestellt, bis dahin diente die Postanstalt nur als Feldpost. Doch lauten die Privatnachrichten über die Besetzung der Stadt durch die kaiserlichen Truppen und den obligaten Belagerungszustand so vorsichtig, daß man immer noch nicht klar darüber ist, was eigentlich der Besetzung vorhergegangen und was Kossuth veranlaßen oder nöthigen konnte, die Stadt ohne Schwertstreich zu übergeben. Ein Privatbrief vom 12. aus Pesth gibt folgende allgemein gehaltene Notizen: „20,000 Personen verließen wenige Tage, ja nur wenige Stunden früher (vor der Besetzung am 15.) die beiden Städte aus Furcht vor einer Bombardirung und Plünderung. Andre, obwohl dasselbe befürchtend, wollten lieber bleiben, als mit Frauen und Kindern bei einer Kälte von 18 — 20 Graden durch fußhohen Schnee im Lande umher zu irren. Alles jedoch ging still und gefahrlos vorüber bis auf die Plackereien des Belagerungszustandes, welche jedoch nicht gezählt werden dürfen! Wir haben dreißig Mann Kroaten im Hause und dürfen uns noch glücklich schätzen, da Andre deren bis auf eine Anzahl von 120 zu beherbergen genöthigt sind. Während 10 Wochen haben wir weder Briefe noch Zeitungen erhalten und waren vollkommen getrennt von der übrigen Welt."

Nachschrift. Graf Ludwig Batthyany hat eine große Kaution angeboten, um die Erlaubniß zu erlangen, während seines Prozesses auf freien Fuß gesetzt zu werden, aber die Militärbehörde wies sein Anerbieten wie sein Gesuch zurück. Befremdend ist, daß dem tollen Grafen Anton Zapari gewährt wurde, was jenem versagt blieb; er geht bereits frei hier herum. Privatnachrichten aus Lemberg zu Folge, war dort eine Verschwörung angezettelt, welche aber dem Baron Hammerstein verrathen und vereitelt wurde.

15. Armee-Bulletin.

In den ersten Tagen des Jänners war eine Kolonne der Rebellen, nachdem der Versuch, sich bei Kaschau nach Galizien durchzuschlagen, mißlungen, gegen Siebenbürgen gezogen, hatte sich gegen Klausenburg gewandt, um von dort über Bistritz den Versuch zu machen, durch die Bukowina durchzubrechen.

Dieser feindliche Haufe, an dessen Spitze sich der berüchtigte Polen-Häuptling Bem befand, hatte, die ganze Gegend in eine Wüste verwandelnd, eine schwache Truppenabtheilung unter Oberst Urban, bis Kinpolung zurückgedrückt. Zu schwach um einen ernsten Widerstand zu leisten, hatte sich dieser bis in die Bukowina zurückgezogen, wurde jedoch sehr bald von jenen Streitkräften, die Feldmarschall-Lieutenant Malkovsky um Czernowitz gesammelt, verstärkt und so in den Stand gesetzt, wieder offensiv vorzugehen und den Feind bis Watra-Dorna zurückzudrücken.

Mittlerweile hatte der kommandirende General der Cavallerie Baron Hammerstein große Truppenmassen zusammengezogen, und selbe unter General-Major Fischer bei Sery aufgestellt.

Zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, so wie zum Schutze des Lebens und Eigenthums gegen herumziehende Banden, wurde die Bukowina, die Provinz Galizien und Krakau in Kriegszustand erklärt, alles entwaffnet, was nicht zu dem vom kommandirenden General aufgestellten Aufgebote gehörte, die Erscheinung der Tagesblätter, alle Zusammenrottungen in Städten und auf dem flachen Lande untersagt, das Standrecht verkündet und die strengste Aufmerksamkeit längs der ungarischen Grenze anempfohlen.

Diese Maßregeln wurden vom besten Erfolge gekrönt. Schaarenweise strömten die braven Bauern zur Unterstützung des Militärs herbei und drohten Tod und Verderben jedem, der sich gegen die Regierung feindselig beweisen, oder in das Land eindringen würde. Auch sind alle nach Ungarn führenden Päße gut besetzt, und es dürfte in dieser Richtung den Rebellen schwer werden, sich durchzuschlagen.

Der Bericht des kommandirenden Generals ist von Lemberg am 11. d. M. datirt.

Die von Ofen und Pesth entflohenen Haufen werden von den Kolonnen des ersten und zweiten Armee-Korps nachdrücklich verfolgt. Es haben sich in der Gegend von Gran und der großen Schütt mehrere zersprengte Truppenkörper gezeigt, gegen welche nun von allen Richtungen vorgerückt wird.

Im Oedenburger und Eisenburger Komitate hat das Streifkorps unter Oberstlieutenant Graf Althann, nachdem diese Gegenden gesäubert waren, den Marsch nach Papa angetreten, wo es den 13. eintraf, um sich in der Richtung von Weßprim und dem Bakonyer Walde vorzubewegen, in welchem noch einzelne Parteien des gesprengten Perczel'schen Corps ihr Unwesen treiben.

Auf dem linken Donau-Ufer hatte die Brigade des Generals Baron Neustädter in der Gegend von Aßod am 13. d. M. Mittags ein Gefecht mit einer feindlichen Abtheilung, bei welchem wir leider den Tod des ausgezeichneten Oberstlieutenants Baron Geramb zu beklagen haben.

Der Kaiserkadet Zvibanek, Kommandant einer halben Batterie, hatte durch längere Zeit das Feuer vom überlegenen feindlichen Geschütze mit dem größten Erfolge erwiedert.

Eine Brigade des Feldmarschall-Lieutenants Simunich war von Neutra gegen Vereselly vorgerückt.

F. M. L. Welden,
Militär- und Civil-Gouverneur.

△ **Wien**, 16. Jan. Zu dem beifolgenden Armeebülletin kann ich Ihnen folgende authentische Notizen geben. Das Korps, mit welchem General Bem in die Bukowina einfiel, soll aus 15,000 Mann bestehen und mit 13 Geschützen versehen sein. Er war anfangs siegreich gegen eine Kolonne des Generals Wardener, der, weil er Hermannstadt bedroht glaubte, sein Korps in 2 Kolonnen getheilt hatte, wovon die eine nach Hermannstadt zog, die andere von Bem geschlagen wurde, welcher hierauf vordrang bis an einen Engpaß in der Bukowina, wo Oberstlieutenant Urban eine günstige Stellung einnehmen konnte und mit nur 1800 Mann die Vorposten von Bem schlug, worauf sich dieser bis Watra-Dorna zurückzog. In allen westlichen und östlichen Provinzen Gallizıens ist der Landsturm bereits organisirt, um im Verein mit den k. Truppen die Grenzen zu vertheidigen. In Lemberg selbst ist nur eine ganz geringe Truppenanzahl, 2 Ba-

taillone von dem Regiment Deutschmeister, doch wird sie — mit den Russen an der Grenze (!) als hinreichend erachtet, um Ordnung zu halten. Aus den Papieren, die in jener Kiste enthalten waren, welche man Meszaros in der Affaire am 4. zwischen Kaschau und den Höhen von Parcza abnahm, geht hervor, daß die ungarischen Führer in Uebereinstimmung mit der permanenten polnischen Revolutionspartei die Absicht hatten, den Kampf, im Falle einer Niederlage auf ungarischem Boden, auf das polnische Gebiet (Gallizien und Posen) hinüberzuleiten. Wenn es den Ungarn gelingen sollte, nochmals in Gallizien einzudringen, so ist die kaiserliche Gesinnung der ruthenischen Bauern vom Jahre 1846 her hinlänglich bekannt, um ihre Vernichlung als gewiß vorherzusagen. Es scheint nun, daß sich die Reste der ungarischen Armee unter Kossuth, Meszaros, Perczel rc. in Szolnok sammeln; auch scheint es sich zu bestätigen, daß die sogenannte ungarische Regierung Debreczin verlassen, und jener Ort eine Deputation von Bürgern an den Fürsten Windischgrätz gesandt hat, um Unterwerfung anzubieten. Privatbriefe aus Pesth berichten, daß in den dortigen Verschanzungen nur sechs vernagelte Zwölfpfünder zurückgeblieben seien. Alles, was an Munition, Geschützen rc. vorhanden war, haben die Insurgenten auf der Eisenbahn nach Szolnok fortgeschafft, deren Schienen sie an mehreren Orten hinter sich zerstörten. Die kaiserlichen Truppen sollen entsetzlich gelitten haben durch Erfrieren der Hände und Füße; ganze Linien konnten sich der Hände nur wie eines Stumpfs bedienen und waren genöthigt, das Essen mit beiden Armen zum Munde zu führen, weil die Finger den Dienst versagten. Der Bischof von Lemberg, Levitzki, hat auf Veranlassung des Gouverneurs Zaleski einen Hirtenbrief an die ihm untergeordneten Geistlichen des Landes ergeben lassen, worin er sie auffordert, ihre Pfarrkinder zu ermahnen (meistens ruthenische Bauern), mit den Polen in Frieden und Eintracht zu leben, — welch patriotischer Akt ihm hier eben nicht als sehr loyal ausgelegt wird, obwohl man direkt keinen Tadel aussprechen kann! Aus Italien erwartete man täglich die Kunde der Einnahme von Venedig, doch scheint es, daß Radetzky nicht Truppen genug halte, um das günstige, seit 40 Jahren nicht dagewesene Ereigniß des Gefrierens der Lagunen zu benützen. Ein hiesiges Blatt bringt als Gerücht, daß die Sitze im hiesigen Reichstagssaale um 200 vermehrt werden und fügt hinzu: „Jedes patriotische Herz muß höher schlagen! Heil dem vereinigten Oesterreich!“ Solange wir noch nicht weniger als drei Provinzen und die Hauptstadt des Reiches im Kriegszustand sehen — scheint uns dieser Jubel zu früh! Pillersdorf, welcher bekanntlich im ersten Bezirk der Stadt Wien nicht wieder gewählt wurde, hat die Genugthuung erhalten, in Bruck an der Leitha mit einer großen Stimmenmehrheit (gegen Hrn. Tomaschek, Professor an der hiesigen Universität) als Abgeordneter für Kremsier gewählt zu werden.

△ **Wien**, 16. Jan. Abends 4 Uhr. Auf unserer Bastei wehen **rothe Fahnen** — erschrecken Sie nicht, sie verkünden nur den Bewohnern Wien's und besonders der Leopoldstadt die drohende Wassersnoth. In Folge der milden Witterung und zweier Gewitter, welche sich schnelle mit Donner, Blitz und Regen hintereinander folgten, ist in wenigen Stunden die Donau so hochgestiegen, daß leider viel Unglück schon geschehen ist und mehr noch zu befürchten steht. Innerhalb weniger Stunden haben die Eismassen die Geh'Höhe jeder unserer Brücken erreicht, und drohen sie alle bald zu überragen. Das Wasser wächst zusehends, alle Gebäude in der Nähe der Donau stehen schon darin, in der Leopoldstadt sind die meisten ersten Stockwerke, tief in Erdberg, schon höhere Etagen von demselben erreicht. Die Noth, so plötzlich gekommen, wird dadurch fürchterlicher, weil wir der Nacht entgegengehen. Alles rennt zu sehen oder zu helfen. In der Stadt selbst steht das rothe Thurmthor, das Müller'sche Gebäude und der untere Anfang des Salzgrieses, ersteres schon 4 Fuß unter Wasser; dann der ganze Zeughaushof, wo die schweren eisernen Kanonen liegen, bis zu 3 Fuß Höhe. — Noch hört man gottlob von keinem Unglücke, das ein Menschenleben gekostet, während, wäre dieß mitten in der Nacht gekommen, es gewiß hunderte, vielleicht mehr, gekostet hätte, da auch nicht die kleinste Vorkehrung getroffen, und noch vor wenigen Tagen im Gemeinderath auf den künftigen Eisgang 12 oder 1500 Brückenböcke dekretirt wurden, weil kein Mensch sich das Ereigniß so nahe denken konnte. Die Theile der Stadt, wo vor wenigen Wochen das Feuer aus menschlicher Hand gewüthet, bedeckt nun der unaufhaltbare Strom mit seinen Wogen! Sie brechen sich dort an Ruinen! Wird unser armes Wien aus Feuer und Wasserproben endlich geläutert zu neuem Glanze hervorgehen?!

Wien, 16. Januar. Der ungarische General Görgey, der sich mit seinem Korps Komorn nähern wollte — wahrscheinlich um dort eine Zuflucht zu finden — ist vom Feldmarschallieutenant Simonich, dem Korps des Generals Götz, der bei Schemnitz stand, und von der Brigade Jablonowski, welche sich vorgestern bei Ipoly-Ságh befand, eingeschlossen. Sicherem Vernehmen nach sollte vorgestern gegen denselben ein entscheidender Schlag ausgeführt werden. Der ehemalige ungarische Kanzler Graf Apponyi, der frühere siebenbürgische Kanzler Baron Josika und der neue siebenbürgische Gouverneur-Stellvertreter Graf Miko befinden sich hier und konferiren mit dem Ministerium über die künftige Stellung Ungarns und Siebenbürgens. (Allg. Z.)

△ **Berlin**, 19. Jan. Die Klage, daß in unseren Ministerien keine den Bedürfnissen der Zeit entsprechende Thätigkeit entwickelt werde, ist, man mag sonst über das Ministerium oder die Ministerien denken, was man will, offenbar ungerecht. Aus dem Justizministerium ist bereits der umfassende Gesetzentwurf über die Justizreform und die Geschwornengerichte hervorgegangen; im Handelministerium wurden die Gewerbekonferenzen, die Berathungen der Bergwerkskommission rc. abgehalten; für das Unterrichtsministerium ist wenigstens die Berufung der Lehrerkonferenz in Anschlag zu bringen; das Finanzministerium hat das Budget vorgelegt; das Ministerium des Innern veröffentlicht heute im Staats-Anzeiger die beiden Entwürfe der Gemeinde-Ordnung und der Kreis- und Provinzial-Ordnung, und von dem Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten steht demnächst die Veröffentlichung des wichtigen und weitgreifenden Gesetzentwurfs über die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse zu erwarten. Was den Entwurf der Gemeinde-Ordnung betrifft, so ist derselbe zum Theil auf die Städte-Ordnung von 1808 gegründet; doch sind die Forderungen der Gegenwart und das Streben nach Einheit in der Gesetzgebung als wesentliche Momente in Anschlag gebracht worden.*) Was den Gesetzentwurf über die Ablösung der Reallasten rc. anlangt, so erfahren wir aus guter Quelle folgendes Nähere darüber: Im Wesentlichen hat man an den Grundlagen festgehalten, welche bereits in dem bekannten Patow'schen Memoire entwickelt sind: nämlich **Das zu gewähren, was, bei naturgemäßer Entwickelung der Gesetze von 1807 und 1811, sich schon früher als nothwendig herausgestellt haben würde.** Außerdem hat man die Berathungen der National-Versammlung und die Vorschläge ihrer Centralabtheilung nicht unbenutzt gelassen. Auch dieser Entwurf wird, wie die oben erwähnten Gesetzentwürfe über die Gemeinde- und Kreisordnung, den Oberpräsidenten zur gutachtlichen Berichterstattung zugesandt werden, da man erst die so gewonnenen Ergänzungen abwarten oder die dadurch möglicherweise nothwendig gewordenen Umarbeitungen den Kammern vorlegen will; auch Nichtbeamte sollen von den Oberpräsidien hierbei zu Rathe gezogen werden. Außerdem erfährt man über den Entwurf selbst, daß derselbe nicht mehr als etwa 80 Paragraphen enthalten und damit alle jene 22 Ablösungs- und Regulirungsgesetze ersetzen wird, welche jetzt in den verschiedenen Landestheilen der Monarchie im Gebrauche sind. **Alle** gutsherrlichen Abgaben, Dienste und sonstige Reallasten sollen ablösbar sein und nach bestimmten Normalsätzen in eine bestimmte Geldrente verwandelt werden, welche mit dem 18fachen Betrage abgelöst werden kann. Wenn diese Ablösung nicht durch den Pflichtigen selbst erfolgt, so erfolgt sie von Amts wegen durch die Rentenbank. Das Gesetz über die Rentenbanken steht sonach mit obigem Gesetz über die Ablösung der bäuerlichen Lasten in innigem Zusammenhang, wird daher gleichfalls ununterbrochen berathen. Durch die Rentenbank soll dem Berechtigten das Ablösungskapital in zinstragenden, auf jeden Inhaber lautenden Rentenbriefen, gegen Ueberlassung der Rente, gewährt, dafür aber diese Rente von dem Verpflichteten so lange fortbezogen werden, bis die Verzinsung und allmälige Tilgung vollständig erfolgt ist. Die Verpflichteten erhalten dadurch die Möglichkeit, von ihrer Rente in 32 Jahren vollständig befreit zu werden, wenn sie dieselbe jährlich ganz auszahlen, und in 41 Jahren davon befreit zu werden, wenn sie jährlich neun Zehntel der

*) Wir werden eine genaue Uebersicht der wichtigsten Bestimmungen bringen. D. Red.

Rente abtragen. Andrerseits ist den Verpflichteten die Möglichkeit gegeben, außer der Einzahlung der Rente auch noch Abschlags- und Theilzahlungen zu leisten, um so die Zeit der Ablösung zu vermindern. Es ist wahrscheinlich, daß die Kammern auf die hier entwickelten Grundsätze, die, wie erwähnt, auch bei der vorjährigen Nationalversammlung bereits Anerkennung fanden, eingehen werden. Man hat es auffallend gefunden und getadelt, daß der Seminardirektor Diesterweg nicht mit zu den hier stattfindenden Lehrerkonferenzen gezogen worden ist. Doch muß bemerkt werden, daß Herr Diesterweg im vorigen Jahre von seiner Stelle als Direktor des hiesigen Seminars zurückgetreten ist. Der Arbeiterkrawall, welcher gestern in den sogenannten Rehbergen stattfand, war nicht unbedeutend. Einer der verwundeten Aufseher ist noch gestern Abend gestorben. Heute morgen sah man einzelne, jedoch höchst mäßige Haufen, eigentlich nur Gruppen von Arbeitern vor dem Handelsministerium, um Arbeit zu verlangen. Man ist nicht ohne Besorgniß für die Lösung der Arbeitsfrage.

A **München**, 17. Jan. Unser Landtag ist seit zwei Tagen versammelt. Bei der Wichtigkeit der von demselben zu leistenden Arbeiten und seiner größtentheils neuen Zusammensetzung drehen sich begreiflicher Weise alle Gespräche lediglich um dieß Eine Thema. Bis jetzt sind wohl kaum mehr als Muthmaßungen über die Stärke der verschiedenen Parteien möglich, da denselben noch keine Gelegenheit gegeben war, sich zu sondern, indem der gestrige und heutige Tag durch das rein formelle Geschäft des Legitimations-Ausschusses in Anspruch genommen war. Einigen Anhaltspunkt möchte der Umstand bieten, daß, wie man vernimmt, eine Anzahl von 59 Abgeordneten erklärt hat, den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung nur mit dem Vorbehalte leisten zu wollen, daß die Grundrechte publizirt würden. Diese Zahl dürfte die Stärke der Linken bezeichnen, da, wie man hört, die Abgeordneten, welche sich zum Centrum zählen, von der Ansicht ausgehen, daß der Eid aus diesem Grunde nicht zu verweigern sei, weil die Bestimmungen der baierischen Verfassung noch so lange zu Recht bestehen, bis dieselben auf dem durch das Einführungs-Gesetz der Grundrechte bestimmten Wege abgeändert sind. Als Führer der Linken wird Stockinger genannt, während Lerchenfeld wohl der natürliche Führer des Centrums, und der vormalige Minister Abel der der Rechten ist.

+ **München**, 19. Jan. Gestern Abend wurde in drei Skrutinien die Wahl der verfassungsmäßig dem Könige vorzuschlagenden sechs Präsidentschafts-Kandidaten beendet. Das Resultat derselben ist, daß im ersten Skrutinium Frhr. v. Lerchenfeld mit 78 Stimmen, Graf Hegnenberg-Dux mit 71 Stimmen, der Abgeordnete Willich mit 69 Stimmen gewählt wurde. Im zweiten Skrutinium erhielt Ministerialrath Feder 62 Stimmen, im dritten der Abgeordnete Stockinger 69, Professor Dr. v. Scheurl 63 Stimmen. Die Zahl der Stimmenden war 124. Der Abgeordnete Dr. Müller von Than erhielt im 1. Skrutinium eine große Anzahl Stimmen und wäre in nachfolgenden Skrutinien sicherlich unter die Zahl der 6 Kandidaten gewählt worden, hätte er nicht vorher noch die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er eine auf ihn fallende Wahl jedenfalls ablehnen werde. Herr v. Abel, welcher der Führer der ultramontanen Partei zu werden scheint, hat bei dieser Wahl gar keine Stimme erhalten, ein sicheres Zeichen, wie wohl organisirt und wohl berathen diese Partei sich auf den Kampfplatz stellt. Heute wird dem Ministerium des Innern eine von 59 Mitgliedern der liberalen Partei unterschriebene Erklärung des Inhalts übergeben: „Die unterzeichneten Abgeordneten der 2. Kammer erklären dem königl. Staatsministerium gegenüber, daß sie den Verfassungseid in der Ueberzeugung leisten, an der Anerkennung der Gültigkeit der Reichsgesetze, insbesondere der die Grundrechte betreffenden, hierdurch nicht gehindert zu sein."

A **München**, 19. Jan. Lerchenfeld wird wahrscheinlich die Stelle eines Kammerpräsidenten nicht annehmen und so dürfte die Ernennung des Grafen Hegnenberg zum 1ten Präsidenten zu erwarten sein. Graf Giech besteht auf seiner Weigerung, die Stelle eines Präsidenten der Reichskammer anzunehmen, und will demnächst nach Frankfurt zurückkehren. Frhr. v. Staufenberg soll demgemäß zum ersten Präsidenten ernannt werden; die 3 Kandidaten für die Stelle eines zweiten Präsidenten der genannten Kammer sollen heute gewählt werden, während in der Kammer der Abgeordneten die Wahl der beiden Sekretäre statthaben wird. Soeben erfahre ich noch, daß Advokat Griesmaier von Neuburg zum ersten und Bürgermeister Meier von Ansbach zum zweiten Sekretär der Kammer der Abgeordneten gewählt wurden. Beide waren vom Centrum als Kandidaten für diese Stelle aufgestellt — ein Beweis also, daß das Centrum allmählig an Zahl und Einfluß zunimmt.

München, 18. Jan. Heute wurde die erste öffentliche Gerichtssitzung in Strafsachen im Sitzungssaale des k. Stadtgerichts abgehalten. Zu den Verhandlungen, die zwar nur gemeine Verbrechen, Diebstahl und Betrug betrafen, drangte sich eine solche Menschenmenge, daß der ohnehin nicht sehr geräumige Saal kaum den achten Theil fassen konnte. (Nürnb. Korr.)

Ludwigsburg, 19. Jan. Stadtschultheiß Bunz ist mit 93 von 96 abgegebenen Stimmen an Strauß' Stelle zum Abgeordneten der hiesigen Stadt heute gewählt worden.

† Aus Baden, 20. Jan. Was ich Ihnen dießmal heute und morgen schreibe, ist der definitive Schluß dieser Korrespondenz. — Das einzige, worin unsere Artikel, die gegen alte bekannte Schäden und Sachen zu Felde zogen, gehässig erscheinen konnten, war die Art der Erwähnung einiger ganz weniger Männer, wo die Persönlichkeit selbst die Sache war; auch diese Stellen sind durch Expektorationen von Morstadt und den Vertheidigern der Bibliothek leider glänzend gerechtfertigt, nach ihrem Inhalte und ihrer Form. Hier deckt man mit wundersamen Eifer die cloaca maxima auf, wo sie am tiefsten ist. Solche Gegner muß man haben, um ohne Schlagen zu siegen! Unser Waizen blüht aber auch sonst noch. Der Kurator von Heidelberg hat in einer Broschüre unsere Artikel beleuchtet. Er ist mit seiner mächtigen Bundesgenossenschaft geradezu auf unsere Seite getreten! Er hat unsere Rügen vielfach bestätigt, er hat sie mit neuen verstärkt. Wenn jedes Beispiel bei uns ein Irrthum gewesen wäre, so wäre in des Kurators Schrift dennoch jeder Satz eine Bestätigung der gerügten Uebelstände im Ganzen. Eine herzerfreuendere Genugthuung konnte uns nicht zu Theil werden. Unsere Leser müssen uns das Vergnügen gönnen, davon Anzeige zu machen. Wir hatten die Verwaltungssachen, den Mangel einer Kontrolle, die Willkür der Körperschaften und der Vorstände der Anstalten zu einem Hauptgegenstand unserer Anklagen gemacht. Nicht weniger thut es der Herr Kurator selbst. Die Verleihung der Stipendien des philologischen Seminars und der katholischen Stiftungsstipendien blieben ihm ein Geheimniß. Die Bau- und Oekonomie-Kommission, eine Behörde, von der wir ganz geschwiegen hatten, ist „gänzlich desorganisirt", soll sich ergänzen und ergänzt sich nicht, „verfügt über eine bedeutende Summe ohne irgend eine höhere Genehmigung", dem Kurator wird eine Baurelation über 3000 fl. Aufwand nicht einmal zur Einsicht vorgelegt! Der Kliniken erwähnt der Kurator nicht, aber ganz wie dort so ist's auch hier. Es ist ein „status in statu", das Eine wie das Andere. Die „Unmöglichkeit einer wohlgeordneten Verwaltung" bei solchen Eigenmächtigkeiten wird mit ausdrücklichen Worten eingestanden. „Ueber die Ankäufe der Bibliothek bestehen von allen Seiten Klagen, jede Fakultät und in jeder Fakultät jeder Zweig hält sich für vernachlässigt!" Der Oberbibliothekar verreist ohne Anzeige davon zu machen, wem die Bibliothek inzwischen anvertraut sei. Die Bibliotheks-Kommission könnte eine gute Anstalt sein, aber „sie ist gar nichts, wenn sie keine Berathungen pflegt", (und sie ist, während sie monatlich zusammentreten soll, jetzt vielleicht in Jahresfrist nicht zusammengewesen); sie ist „ganz unnütz, wenn sie blos die Verzeichnisse der schon angekauften Bücher zirkuliren läßt", wie es geschieht. Gewissenlosigkeit scheint auch der Kurator die Anschaffung von vier erbärmlichen italienischen Zeitungen zu nennen, und dabei hat die Deutsche Zeitung kein Antheil, die nie mit der Bibliothek in der geringsten Verbindung gestanden. — Wir hatten die mangelhafte Fürsorge für Berufungen und Besoldungen in verschiedenen Fakultäten getadelt, wir hatten geschehene Berufungen nicht gut geheißen. Es wird „durchaus wahr" gefunden, daß Leute, die wesentliche Lücken ausfüllen, nicht nach Verdienst beachtet wurden; es war dies lange ein Grund der Unzufriedenheit des Kurators selbst; er konnte nichts durchsetzen. Ueber die Berufung eines Archäologen, deren Resultat wir angegriffen haben, werden uns die näheren Details mitgetheilt, die die Sache weit schlimmer stellen, als wir gethan hatten. Wir hatten bei dieser Gelegenheit und bei Erwähnung der Berufung Rauschenplatt's gesagt, es sei schwer hier keine Satyre zu schreiben. In beiden Fällen ist der Kurator weiter ge-

gangen als wir, er hat beidemal und in dem letzten Falle recht humoristisch, die Satyre wirklich geschrieben! Die Berufung eines Philosophen, die eines zweiten Mathematikers, hat der Kurator seit zwei Jahren vergebens betrieben. Bei dieser Gelegenheit hat er „bei den dadurch berührten Ordinariis keine erfreulichen Erfahrungen" gemacht!! Ueber Schürmayers Berufung scheint der Kurator etwas anderer Ansicht zu sein als unsere Artikel; in dem abgedruckten Gutachten der medizinischen Fakultät aber hat er die unrechte Stelle in gesperrten Lettern abdrucken lassen; die eigentliche Meinung der Fakultät liegt sehr deutlich in einem folgenden Satze ausgedrückt und diese Meinung rechtfertigt die unsere. — Wir hatten die Verwaltung des Universitätsamts und der akademischen Polizei gerügt; der Kurator konnte menatliche Listen der erkannten Disciplinarstrafen und Nachweise über ihren Vollzug nie erhalten! Von den Exceſſen im Theater hat er nie eine Meldung erhalten! „Aber er glaubt im Voraus das Schlimmste was man davon sagen kann!" Dies Schlimme mußte der Kurator aber nicht auf Rechnung des Bestandes eines Theaters setzen, das er nicht geduldet haben will, wie es in Bonn, Halle, Göttingen, Jena, sei; dies sind Irrthümer; in Halle ist ein ständiges Theater, in Bonn und Göttingen sind immer zeitweise Theater gewesen, es war nur Anstand und Ordnung dabei. — Wir haben allen diesen Mißständen, eingewurzelten alten Gebräuchen, schwer ausrottbaren Gewöhnungen gegenüber gefunden, der Kurator müsse sie mit Parteien, die von Staat und bürgerlicher Pflicht und Ordnung strengere Begriffe haben, zu erschüttern suchen; er allein sei dazu zu schwach, er habe sich überall als kein wirklicher Kurator erwiesen. Dieß wird von ihm selbst ausführlich eingestanden und belegt. Es sei im „größern Maße" richtig, sagt er, daß er kein wirklicher Kurator sei. Dies gewisse Maß geht aber in der That über das hinaus, was wir selber wußten und behaupten konnten. Er gesteht selbst ein, daß er wenig thun und wenig ungethan machen konnte, was er wünschte. Er ist an Erfolglosigkeit seiner Anträge gewöhnt worden. Er hat siebenmalige Anträge gestellt, ohne daß eine Entschließung erfolgte. Er selbst ist von der Art und Weise, wie die Bau- und Oekonomiekommission geordnet ist, und wie die Bibliothekskommission ihre Pflicht thut, schlecht erbaut, er kann es aber nicht ändern. Ein Verlangen nach dem anderrn bleibt ohne Erfolg. Von oben und unten wird ihm unfreundlich begegnet. Er stößt auf Intriguen und hat sogar Unziemlichkeiten hinzunehmen (alles ipsissima verba!). Er selbst nennt seine Stelle eine „unter den Umständen ganz überflüssige, in der er schon darum mehr schaden als nützen kann." „Der Kurator in Heidelberg ist ein Werkzeug, sagt er, das man gebraucht oder liegen läßt ad libitum, den man drängt, wenn man Etwas will und umgeht, wenn man's ohne ihn erhalten kann." Er geht so weit, den Kurator einen Famulus zu nennen. Er belehrt uns, was wir nicht wußten, daß er ohne alle Instruktionen, ohne alle Umgrenzung seiner Befugnisse sei, „ohne Rath und Gewalt, aber auch ohne Verantwortung hingestellt." Von dieser Belehrung aus haben wir dem Kurator allerdings einiges abzubitten, was wir fälschlich auf seine Rechnung setzten. Aber darunter kann nicht die Aeußrerung gehören, das Kuratorium habe nichts auf sich gehalten. Der Kurator nennt sie falsch und bezeichnet es mit einem harten Ausdruck, daß wir einen Zweifel auf seine „Würde" geworfen. Und doch gesteht er selbst, daß er siebenmal Anträge gemacht, ohne eine Entschließung zu erhalten und daß er sechsmal um seine Entlassung gebeten. Das hätten wir, sagt er dann p. 10, allerdings nicht wissen können, und „es scheine verzeihlich, daß wir daraus folgerten, daß der Kurator nichts auf sich halte." Aber dieß folgern wir in der That vorzugsweise gerade hieraus. Wir, im Gefühl unserer Würde, würden nur Einmal um Entlassung gebeten haben.

So schön geht der Kurator der Heidelberger Universität selbst mit uns in allen Hauptfragen, auf die uns allein etwas ankommt, gemeinschaftlich Hand in Hand. Er belehrt uns, er geht weiter, oder die Sache selbst führt ihn weiter, wo er uns immer eben in solchen Hauptsachen belehrt. Er rühmt sich bei seinen Eröffnungen der „Schonung der Anstalt", und auch unsere Artikel müssen dann im gleichen, ja größeren Grade schonend genannt werden. Denn wo wären wir weiter gegangen, als auf die unerfreulichen Erfahrungen mit bestimmt bezeichneten Ordinariis hinzuweisen? wo wären wir so weit gegangen, den Kurator mit den Namen zu benennen, die Er selber gebraucht, und nur so weit, vorauszusetzen, daß er ein Kurator ohne Instruktion sei?

Kann aber der Leser, der so weit aufmerksam mit gelesen hat, irgend begreifen, daß ein Mann, der so einträchtig unserer Meinung ist, der auf „innere Uebelstände" von weit größerem Umfange hindeutet (p. 40), als wir in unserer Unwissenheit uns träumen lassen, ein Mann, dessen Schriftchen wir überall, wo nicht persönliche Differenzen mit uns eine Meinungsverschiedenheit verursachen, gern, gern unterschrieben, ein Mann, der ganz geschaffen scheinen sollte, mit uns Hand in Hand zu gehen, daß der den „Artikelmacher" der Deutschen Zeitung einmal über das andere mal einen Pasquillanten selbst an Stellen (p. 39) nennt, wo er seine Anführungen geradezu unterschreibt, daß er von seiner bösen Laune und Schmähsucht spricht, daß er einen kaum Viertels-Irrthum p. 38 eine Lüge nennt, daß er das, was Andere ein Attentat nannten, eine Buschklepperei nennt, daß er Alles auf die Eingebung der Unwissenheit und Bosheit von Verleumdern schiebt, daß er Zachariä und Muncke in den Koth gerissen nennt, da von dem Letzteren dieser Todten nur etwas kleines Wahres, von dem ersteren sogar nach dem sehr zweideutigen Sprichworte nur etwas Gutes gesprochen wurde? Fürwahr, von diesem Augenblicke an, werden wir an keine, weder aristokratische noch ästhetische Hofhaltung des Kurators von Heidelberg weiter glauben, denn wenn dieß höfische Sitten sind — — !

† **Kassel**, 18. Januar. Heute wurde die am 11. d. M. begonnene, aber in schmachvollster Weise unterbrochene schwurgerichtliche Sitzung über die wegen „Aufforderung zur Revolution, des Hochverraths halber, wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung des kurhessischen Militärs, insbesondere des Offizierstandes" (Preßvergehen) Angeklagten: Rechtskandidat Heise und Buchhändler Raabe, unter dem Vorsitze des Obergerichtsdirektors Endemann in demselben Lokale fortgesetzt und zu Ende geführt. Zweckmäßige Anordnungen des Vorsitzenden, dem die Polizeimannschaft und die bewaffnete Macht zur Handhabung der Gerichtspolizei und zur Wahrung des Gerichtsfriedens nach gesetzlicher Bestimmung zu Gebote stehen, ließen die Verhandlungen ohne irgend eine Störung vor sich gehen, obgleich es immerhin zu beklagen ist, daß zu dem Zwecke mehrere hundert Mann der Bürgergarde requirirt werden mußten. Ueber beide Angeklagte wurde von den Geschwornen einstimmig das Nichtschuldig gesprochen. Daß dies hinsichtlich der Majestätsbeleidigung statt fand, hat vielfach Erstaunen erregt; das traurige Andenken, in dem das Verbrechen bei uns steht, hat — wenn es überhaupt gestattet ist, den Ausspruch der Geschwornen einer Kritik zu unterziehen — vielleicht Einfluß geäußert. Das verletzte Ansehen des Gerichts kann als wiederhergestellt betrachtet werden. Mit größter Spannung sieht man hier den jetzigen Berathungen der Nationalversammlung zu Frankfurt entgegen und hofft in überwiegender Mehrheit, daß die erbliche Uebertragung der Centralgewalt an die Krone Preußen daraus hervorgehen werde. Die kurhessische Regierung hat sich trotz einer sehr dringenden Interpellation von Seiten der Stände über diesen Gegenstand noch nicht ausgesprochen; die nächste Ständesitzung wird voraussichtlich die Erklärung des Einverständnisses, und daß demgemäß dem hessischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt Instruktion ertheilt sei, bringen.

⊙ **Lübeck**, 18. Jan. Das heutige Regierungsblatt veröffentlicht das Reichsgesetz in Betreff der Grundrechte des deutschen Volkes, mit dem Bemerken, „daß die zufolge des Einführungsgesetzes hieselbst noch weiter erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen demnächst gleichfalls getroffen und veröffentlicht werden, bis wohin es hinsichtlich solcher der weitern Gesetzgebung annoch vorbehaltenen Verhältnisse und Beziehungen bei dem bisher Bestandenen verbleibt." Die nächste und wahrscheinlich letzte Sitzung der jetzigen Bürgerschaft ist auf den 25. Januar anberaumt. In derselben wird der Senat beantragen, im Hinblick auf die beschlossene Reform des Senates, die kürzlich erledigte Stelle eines kaufmännischen Senators vorläufig unbesetzt zu lassen. Den wichtigsten Gegenstand der Berathung wird ohne Zweifel die erforderliche Vermehrung des Militärs bis auf volle 2 Prozent der Bevölkerung ausmachen; eine Angelegenheit, in welcher augenblicklich der Präses unseres Militärdepartements, Senator Behrens, mit Abgeordneten von Hamburg und Bremen in Hamburg sich beräth. Für die bevorstehenden Wahlen in die Bürgerschaft sind in den eilf Wahlbezirken zusammen an 3500 Wählerkarten verlangt und ausgegeben, so daß sich ungefähr die Hälfte sämmtlicher Staatsbürger bei den Wahlen betheiligen wird.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Jan. Das Charivari stellte neulich Frankreich unter dem Bilde eines jungen, frischen Weibes dar, das aber matt und traurig hingestreckt liegt, weil Blutverlust es erschöpft hat. An allen Gliedern ist es mit Blutigeln behangen; andere kriechen gierig an ihm hinauf; und an dem Boden liegt eine ganze Schaar, die sich schon vollgesogen hat. — Da ist es freilich kein Wunder, wenn trotz aller Reformen die Finanzlage Frankreichs mit jedem Jahre schwieriger wird. — Der Moniteur gab in diesen Tagen eine Uebersicht über die finanziellen Verluste im Jahre 1848. Daraus ging hervor, daß in diesem Jahr hundert und drei und vierzig Millionen Franken weniger eingekommen sind, als im vorigen Jahr, während die gesammte Einnahme überhaupt nur 677,000,000 betrug. Wie soll nun dieses ungeheure Deficit gedeckt werden? Die Republikaner von gestern und die von heute streben aufrichtig, den Bankerott zu vermeiden, daran ist kein Zweifel; aber die bis jetzt ergriffenen Maßregeln sind völlig unzureichend. Vielleicht daß Passy hilft; die politische sowohl als die Geschäftswelt hat großes Vertrauen zu ihm. Er scheut die Unpopularität nicht, die mit Auflegung neuer Lasten verbunden ist, und scheint mit der größten Offenheit vorgehen zu wollen. Auch die Nationalversammlung wird ihm, seitdem sie sich hinterher von den üblen Wirkungen ihres Beschlusses über die Salzsteuer überzeugt hat, ihre Mitwirkung nicht versagen, und so erwartet man denn nächstens mit Hülfe aller der neuen Steuern, die jetzt beschlossen, eine Ausgleichung des Budgets für 1849, dessen Nachträge der Finanzminister noch dieser Versammlung vorzulegen versprochen hat.

Auf die Schäden der französischen Gesellschaft, von denen die Finanzverwicklung nur ein Symptom ist, bezieht sich die kürzlich erschiene Schrift Guizot's, la démocratie en France. Nicht die wahre Demokratie, mag sie in einem monarchischen oder republikanischen Staatsform ihren Ausdruck finden, ist verderblich, sondern, wie Guizot es nennt, der Götzendienst mit der Demokratie. Sobald alle Bürger als gleich vor dem Gesetz erklärt sind, und man spricht noch davon, daß die Demokratie zur Geltung gebracht werden muß, so begeht man einen Anachronismus. Man mißversteht das Wort, wenn man meint, in einer Demokratie sollen alle Unterschiede des Geistes, des Charakters, des Rufs, und der Familie aufgehoben sein. Die Gesellschaft nivelliren, heißt sie vernichten. Diese Fehler begingen aber viele Republikaner. Sie sahen das Volk nur in den niedern, nicht in den höhern Schichten, und glaubten deshalb, die Regierung müsse immer nach unten, nicht nach oben streben. — Guizot's Schrift erregt übrigens bis jetzt fast mehr Aufmerksamkeit in der englischen als in der französischen Presse. Englische Blätter beurtheilen die Schrift sehr günstig, bringen aber den Schriftsteller in eine sehr ungünstige Verbindung mit ihr. „Es gibt keinen Menschen" bemerkt die Times boshaft „den man so gern von Demokratie sprechen hört, als Herrn Guizot, denn er ist mit ihrer Geschichte aufs Engste verbunden. Ein Flüchtling vor der Demokratie, wurde er ihr Zögling, und kaum ihrem Schwert entronnen, trat er in ihre berühmteste Schule*). Ein neuer Triumph derselben gab ihm Ruhm und Macht. Er trug den Preis über alle Mitbewerber davon. Vor 17 Jahren war er erster Minister. Sein Ministerium war aber ein Kampf mit der Demokratie, in dem er stets mächtiger und zuversichtlicher, sein Gegner milder und hülfloser wurde. Aber plötzlich zerbrach die Demokratie ihre Ketten, und Herr Guizot, ihr Waise, Verbannter, Schüler, ihre Hoffnung, ihr Gegner und siegreicher Feind, ist geschlagen und muß eine Zuflucht im Herzen einer konstitutionellen Monarchie suchen!" Aehnlich spricht sich der Examiner aus. Guizot sagt in der Vorrede, er habe bei der Schrift sich ganz vergessen und habe nur an die Lage seines Vaterlandes gedacht. „Herr Guizot" meint der Examiner „hätte doch an sich denken sollen, wenigstens soweit, um sich zu erinnern, wie viel Schuld er wohl an dieser Lage seines Vaterlandes haben mag. Sein Leben war die Darstellung seiner „Lehre" in ihrer zweideutigsten Gestalt." Guizot wird übrigens bei der nächsten Wahl in Frankreich unzweifelhaft gewählt werden, ebenso Hebert und Duchatel, auch von Herrn v. Villèle behauptet man es. Die Wahl dieser Männer wird sicherlich die Republik nicht gefährden; je eher sie einen Platz im republikanischen Staatsleben einnehmen, desto besser steht es um die Republik.

* **Paris**, 18. Jan. Ueber die Toulоner Expedition enthält heute der National unter der Aufschrift: „Mitgetheilt" folgende Notiz: Die Absendung eines französischen Geschwaders nach Civita-Vecchia ist das Resultat von Unterhandlungen mit einer der größten katholischen Mächte Spaniens, welche an die französische Regierung folgende Ansprache richtete: „Der Papst ist seiner Hoheitsrechte beraubt; wir wollen ihn in dieselben wieder einsetzen. Wir wünschen im Voraus zu wissen, wie Frankreich diese Intervention betrachten wird; auch wünschen wir seine Beistimmung und Mitwirkung zu haben. Allein wir sind in jedem Falle entschlossen zu handeln." Die Antwort auf dieselbe ist der Abgang eines Geschwaders nach den Küsten von Italien, den man nur auf zwei sehr verschiedene Arten auslegen kann. Der Morning Chronicle betrachtet das Unternehmen als einen Handstreich Napoleons, mit dem derselbe bloß beabsichtigte, sich kurz vor der Wahl der gesetzgebenden Kammer populär zu machen. Er vergleicht es mit der Besetzung Ancona's im Jahre 1832, die Kasimir Périer auch nur vorgenommen habe, um der Eitelkeit der Franzosen zu schmeicheln, und sich auf diese Weise beliebt zu machen. Die Sendung des Generals Pelet nach Turin hat in der letzten Zeit viel zu sprechen gemacht; die „Presse" gibt folgende Aufklärung darüber: Die sardinische Regierung hat zu wiederholten Malen von der Regierung Frankreichs einen General für das Oberkommando ihrer Armee verlangt, zuerst dem Marschall Bugeaud, dann den General Bedeau. Allein der General Cavaignac, getreu dem Prinzip strenger Neutralität, schlug das Begehren ab und versprach nur zuletzt einen nicht aktiven Offizier, den General Pelet, Direktor des Karten-Depots im Kriegsministerium, zu der Reorganisation der sardinischen Armee zu schicken. Louis Napoleon hat nun das im Namen Frankreichs gegebene Versprechen erfüllt, zugleich aber auch, um den Schein zu vermeiden, als trete ein französischer Offizier in die militärischen Dienste Sardiniens, den General Pelet mit einem diplomatischen Charakter bekleidet.

Man trägt sich mit dem Gerücht von einer zahlreichen und gefährlichen geheimen Gesellschaft, welche sich in diesem Augenblick bereits über ganz Frankreich erstrecken soll. In Paris und dem Weichbilde ist, wie versichert wird, diese Gesellschaft nach dem Vorbilde der Nationalgarde in Legionen, Bataillons und Kompagnien organisirt. Ihre Mitglieder versammeln sich häufig und in geringer Zahl in den Weinschenken der Hauptstadt, und schließen sich zur Abhaltung ihrer Berathungen ein. Das Central-Büreau, früher in der Straße Montmartre, jetzt auf dem Boulevard St. Denis, steht mit einem Ausschuß in jeder Departemental-Hauptstadt, dieser mit den Ausschüssen der Bezirke u. s. f. in thätiger Verbindung. Jules Favre, der bekannte Verfasser des terroristischen Rundschreibens Ledru Rollins, dessen chef de cabinet er war, jetzt mit den Napoleoniden in enger Verbindung, soll den Präsidenten wo möglich auf friedlichem Wege zur Besetzung aller öffentlichen Aemter mit Männern der Gesellschaft bestimmen. Gelingt dies nicht, so werden bei einem zu erwartenden gewaltsamen Ereigniß vorher bezeichnete Mitglieder der Gesellschaft sofort und proprio motu von den öffentlichen Aemtern Besitz ergreifen. Die Leiter der Verschwörung sollen auch bereits für den Fall des Mißlingens mit Pässen ins Ausland versehen sein, welche sie am 20. Dezember auf der Polizei-Präfektur haben wegnehmen lassen. Der Präsident hat bis jetzt die ungeheure Summe von 140,000 Bittschriften um Unterstützung oder Anstellung erhalten. Namentlich werden ihm viele Pfandzettel der Leihhäuser (Mont de piété) zur Einlösung zugeschickt. Den Unbemitteltsten hat der Präsident bis jetzt ihre Bitte gewährt; allein es begreift sich, daß er mit seinen 600,000 Franken jährlich nicht sehr weit kommen kann. Auch hat man die Absicht, bei der Nationalversammlung die Erhöhung seines Gehalts auf eine Million jährlich zu beantragen. — Andrerseits empfängt der Präsident in seinem Palast so viele Geschenke, Wildbret, alte Weine, Trüffeln u. dgl., daß man täglich beinahe ein Regiment damit ernähren könnte. Auch hat er beschlossen, allesolche Geschenke entweder wieder zurückzusenden, oder an die Armee vertheilen zu lassen. —

Zuchi, der päbstliche General, ist in Paris angekommen. Welchen Zweck sein Aufenthalt hier hat, weiß man nicht. — Rothschild ist vor einigen Tagen nach Frankfurt gereist. Er soll daselbst

---

*) Eine Anspielung auf den Aufenthalt Guizot's in Gent bei Ludwig XVIII. während der hundert Tage, und auf seine Theilnahme an der republikanischen Verbindung Aide-toi, in die er 1827 eintrat und die soviel zur Julirevolution beitrug.

mit dem Russischen Bankier Stieglitz die Bedingungen verabreden wollen, unter denen sie beide die Oesterreicher Anleihe übernehmen könnten.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 11. Jan. Der ungarische Einfall in die Bukowina hatte keinen geringen Schrecken im Lande verursacht. Namentlich Cernowic war voll Angst und es wurden die Kassen sogleich nach Bojan an der moldanischen Gränze geschafft. Das kaiserliche Gestüt von Radauz sollte unter russischen Schutz gestellt werden, und unsere guten Freunde, die Kosaken, saßen bereits an der Gränze zu Pferde, und neben ihnen Artilleristen mit brennender Lunte bei ihren Kanonen. (C. Bt. a. B.)

Briefe aus **Cattaro** bringen die Nachricht, daß man dort die italienisch und deutsch gesinnten Beamten vertrieben und patriotische Männer eingesetzt habe; auch sollen sich die Boechesen für die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien ausgesprochen haben, welche Idee in Dalmatien immer mehr Anklang findet und besonders von der Slovanska Lipa in Zara lebhaft unterstützt und verbreitet wird. (C. Bl. a. B.)

Agram. Die „Agr. Z." meldet, daß Panesowa vom 1. Jan. bis zur Mitte des 2. von den Magyaren bombardirt, diese aber zurückgeschlagen worden sind. Nach mehreren Gefechten hatten sie sich gegen Arad und Szegedin zurückgezogen und schienen den angedrohten Angriff auf Panesowa aufgegeben zu haben. Bei Arad wollten sie die jüngst erlittene schmachvolle Schlappe auswetzen; Szegedin ist das von Kossuth auserſehene magyarische Leipzig, wo er das Schicksal seines Luftschlosses Kossuthien entscheiden will. Der betrübende Tod des Wojwoden scheint jedoch in ihren Operationen eine Aenderung herbeigeführt zu haben, und indem sie auf Verwirrung und Muthlosigkeit rechneten, glaubten sie Panesowa als leichte Beute nehmen zu können.

Wenn die Anzeichen nicht täuschen, so wird im Banate und in der Bacska, wo im gegenwärtigen Magyarenkampfe das erste Blut geflossen, auch das letzte vergossen und die alte Wojwodschaft dürfte noch manches serbische Opfer kosten und auf einem Schutthaufen wieder auferstehen; denn wenn auch die Kossuth'sche Partei zur Einsicht gelangt sein wird, daß sie im Kampf gegen die Monarchie und ihren selbstständigen Fortbestand erliegen müsse, so wird sie doch in den letzten Zuckungen an den Serben die möglichst größte Rache zu üben suchen.

Schweiz.

+ **Zürich**, 16. Jan. Der Bundesrath hat ein Schreiben an die eidgenössischen Repräsentanten in Tessin erlassen, aus welchem klar hervorgeht, daß er die Neutralität in guten Treuen beobachten, und daß er nicht der Sympathie eines Landestheiles wegen die Ruhe und vielleicht die Wohlfahrt des Ganzen auf's Spiel setzen will. Da der Regierung des Kantons Tessin eine gleichlautende Abschrift jener Depesche zugesandt wurde, sah sich der „Republicano ticinese" in den Stand gesetzt, dieselbe zu veröffentlichen, nicht jedoch ohne vorher seinem Publikum zu versichern, die Note strotze von „Extremitäten," und es sei nur den Bemühungen Druey's und ganz besonders Franscini's zu verdanken, daß sie nicht noch viel Schlimmeres enthalte. Wir entnehmen aus dem Schreiben die fünf Klagepunkte, über welche sich der österreichische General Haller bei den eidgenössischen Repräsentanten beschwerte; sie lauten also: 1) Mazzini halte sich noch im Kanton Tessin auf. 2) Es werde eine Masse von Droh- und Brandschriften aus dem Tessin in die lombardischen Provinzen geschleudert. 3) Eine Bande von einigen 80 Mann habe sich gebildet, um Waffen einzuschwärzen; die Gebrüder Soldini in Chiasso betrieben die heimliche Spedition derselben. 4) Im Café Terreni zu Lugano bestehe ein geheimes lombardisches Komité, welches Emissäre mit Brandschriften, Proklamationen und Aufforderungen zum Desertiren über die Gränze schicke. 5) Die tessinische Regierung habe das gegen die Flüchtlinge gerichtete Ausweisungsdekret vom 11. Dez. nicht vollzogen, es halte sich noch eine große Anzahl derselben im Kanton auf. — Indem der Bundesrath die Aufmerksamkeit der Repräsentanten auf die angegebenen Beschwerdepunkte lenkt, fordert er sie ernstlich auf, alle Wachsamkeit und Energie aufzubieten, nöthigenfalls selbst zu nächtlichen Hausdurchsuchungen zu schreiten, um endlich einmal diesen Uebelständen und ewigen Neckereien radikal zu begegnen. Mazzini sei im Betretungsfalle sofort aus dem Kanton zu entfernen, wohlverstanden nicht über die lombardische Gränze; die Bildung von geheimen Komités, das Einschmuggeln von Waffen und aufrührerischen Schriften müsse durch alle nur mögliche zustehende Mittel verhindert werden; kommen Deserteure über die Gränze, so sei die vom Staatsrath festgesetzte Frist von acht Tagen, während welcher dieselben im Kanton bleiben könnten, viel zu lang; endlich sei die Anzahl der im Kanton befindlichen Flüchtlinge, wenn man auch auf Alter, Geschlecht, Krankheit u. s. w. billige Rücksicht nehmen wolle, immer noch zu groß. — Ausdrücklich wird der Kanton Tessin verantwortlich dafür gemacht, wenn wieder durch sein Verschulden eine Unterbrechung der freundschaftlichen Beziehungen mit der Lombardei stattfinde, wenn wieder eidgenössischen Truppen zu dem für Alle beschwerlichen Gränzdienst aufgeboten werden müßten. — Auf dieses Schreiben hin, bemerkt der „Republicano ticinese" giftig, sei der Regierung nichts weiter übrig geblieben, als nun alle Flüchtlinge ohne Unterschied des Alters, Geschlechts u. s. w., also auch Weiber und Kinder, aus dem Kanton zu verweisen. Sie ersehen daraus, daß die Aufrechthaltung der Neutralität allen Ernstes von den eidgenössischen Behörden betrieben wird, und der tessinische Staatsrath wird sich, in Anbetracht der angedrohten Verantwortlichkeit, wohl hüten, seine und der tessinischen Bevölkerung Sympathien den heiligsten Interessen der gesammten Eidgenossenschaft voranzustellen. Der Oberstlieutenant vom 2. Schweizerregiment in Neapel: Tob. Müller, von dessen Empfang bei Radetzky unsre Blätter, mit geheimem Stolz, so Rührendes zu erzählen wissen, stellte an die Regierung von Uri das Gesuch, das Hauptwerbedepot der vier neapolitanischen Schweizerregimenter von Genua, woselbst die Sache gegenwärtig allerdings etwas mißlich sein mag, nach Altorf verlegen zu dürfen. Am 11. beschäftigte sich der hohe Landrath mit dieser Angelegenheit; das Hauptbedenken ging von der Ansicht aus, die Sittlichkeit des Landes dürfte durch ein solches stehendes Depot eben nicht gefördert werden; die Gegner erwiderten aber siegreich, die Angeworbenen stünden ja unter ihren Offizieren, sowie unter den sehr strengen Kriegsgesetzen, auch werde dreimal des Tages Appell gehalten, und endlich dürfe — nach der „Laderette" (volksthümlich für Retraite) Niemand die Kaserne verlassen. Solchen Argumenten vermochte der wohlweise Landrath nicht zu widerstehen, einstimmig bewilligte er das Gesuch des tapfern Obristlieutenants. Die Liberalen sprachen, wie die „Schwyzer Zeitung" boshaft bemerkt, dagegen, stimmten aber dafür. — Der Amnestieentwurf des Regierungsrathes von Luzern hat durch die Hartnäckigkeit und Selbstsucht der Freischaarenpartei, die Herren Schnyder und Heller an der Spitze, eine eigene Wendung genommen, und ist vorläufig als gescheitert zu betrachten. Er bestand bekanntlich darin, den an den Freischaarenzügen Betheiligten ihre Strafe und Loskaufsgelder zurückzuerstatten, und den Mitgliedern des alten Großen Rathes, der Ruswyler Komités und der Beamten, welche für den Sonderbund gewirkt, die auferlegte Kontribution und überhaupt alle Strafe zu erlassen, mit Vorbehalt des Vetos der Bevölkerung. Der Große Rath vom 12. nun beschloß mit 62 gegen 30 Stimmen Trennung beider Angelegenheiten, und entschied sodann mit 68 gegen 27 Stimmen die Priorität der Freischaarenangelegenheit, und, nach Austritt von 25 Betheiligten, mit 61 gegen 5 Stimmen die Zurückerstattung der den Freischärlern abgepreßten Summen in noch näher zu bestimmenden Terminen; das Veto wurde mit nur 35 gegen 34 Stimmen beliebt. Am folgenden Tage aber, als es sich darum handelte, zu bestimmen, ob der gefaßte Beschluß als „Dekret" oder als „Gesetz" (welches zweimalige Berathung verlangt) zu betrachten sei, zeigte es sich, daß der Große Rath nicht mehr in beschlußfähiger Anzahl vorhanden; es mußte daher die ganze Angelegenheit bis zur nächsten Session (5. März) vertagt werden. Um die Sache noch mehr zu verwirren, schickten inzwischen die Freischärler, die vorher um Rückerstattung petitionirt, eine Erklärung an den Großen Rath, sie verzichteten auf die Zurückgabe, da man dieselbe dem Veto des Volkes unterlegen, da man sie also nicht als Recht, sondern nur als Gnade gewähren wolle; sie behielten sich dagegen vor, „auf dem Wege des Civilprozesses" wieder zu dem Ihrigen zu gelangen. —

Frankfurter Börsenbericht.
(Wochenbericht.)

Seit der vormärzlichen Zeit zeigte sich keine solche Regsamkeit an der Börse, wie im Laufe der vergangenen Woche. Gleichwie im dritten Akt der Oper „Robert der Teufel" die Sargdeckel

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 22. Jan. Die Feier der Grundrechte.) Wien (Verurtheilungen Die Cholera. Galizische Adresse. Steckbriefe auf Kossuth. Die Ueberschwemmung.) Berlin (Camphausen und das Ministerium. Notenwechsel zwischen Oisterreich und Preußen über die Nationalversammlung.) Dresden (Kammerverhandlungen.) Karlsruhe (Verkündigung der Grundrechte.)

Großbritannien. London (Die Königin wird das Parlamint in Person eröffnen. Ausschreiben Russell's. Stephinson in Egypten wegen der Suez-Eisenbahn. Das Athenäum über den beabsichtigten Verkauf der Gemäldegallerie in Venedig. Der Reformverein von Westminster. Das Revisionsgesuch Smith O'Briens und Genossen abgewiesen.

Portugal. Lissabon (Eröffnung der Cortes. Quarantaine wegen der Cholera. Vicomte Moncorvo nach England.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 22. Januar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 22. Januar.

Tagesordnung der 156. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl zweier Mitglider in den Ausschuß für Wehrangelegenheiten.
2) Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs," das Reichsoberhaupt, der Reichsrath", und zwar über Artikel I. §. 1 a. und eventuell §. 2.

Vorsitzender Präsident Simson. Der Abgeordnete Herr Arndts aus München behauptet, daß in das Protokoll von der letzten Sitzung einige Irrthümer hinsichtlich der Abstimmungsangaben gekommen seien, was er durch namentliche Anführungen zu bestätigen sucht. Auch die stenographischen Mittheilungen enthielten ähnliche Unrichtigkeiten. Der Präsident nimmt davon Gelegenheit, die Versammlung zu größerer Ruhe und Aufmerksamkeit bei den Abstimmungen zu ermahnen, indem dies das einzige Mittel sei, dergleichen Irrthümer zu vermeiden.

Ausgetreten sind aus der Nationalversammlung die Herren Murschel aus Bahlingen und von Ketteler aus Westphalen. Unter den Flottenbeiträgen werden 1750 Gulden rheinisch von oberösterreichischen Ständen angemeldet. (Allgemeiner Beifall.) Nachdem hierauf für den Wehrausschuß von Herrn Schultze aus Potsdam der Bericht über den Antrag Werner's aus Oberkirch — auf Tagesordnung lautend — angezeigt worden, läßt der Präsident die Stimmzettel zur Ergänzungswahl zweier Mitglieder für eben diesen Wehrausschuß einfordern.

Dann wird die Berathung über §. 1 a des Verfassungsentwurfs, Abschnitt: Das Reichsoberhaupt eröffnet. Von Neubauer aus Wien ist ein von zahlreichen österreichischen Abgeordneten mit unterzeichneter Verbesserungsantrag eingebracht, der dreijährige Wahl des Reichsoberhaupts verlangt. Von den eingezeichnetern Rednern erhält zuerst das Wort Herr

Ahrens aus Salzgitter. Er erklärt sich für das von ihm mit gestellte Minderheitserachten: „Das Reichsoberhaupt wird auf sechs Jahre erwählt." Die Idee eines Erbkaisers, behauptet er, sei eine von der Nation verworfene Träumerei der überspannten Jugend, eine Erneuerung des Mittelalters, eine Ironie des Absolutismus. Das Parlament ist die wesentliche Anstalt des Bundesstaats, sie wird die einzige sein, die einen Fortbestand hat. Lassen Sie dies Parlament durch kein Erbkaiserthum erdrücken (Sehr gut! von der Linken.) Herr Bassermann hat auf Belgien hingewiesen. Aber der Unterschied ist, daß König Leopold ohne eine Hausmacht und daß er von englischen Erfahrungen erzogen nach Belgien kam (Sehr gut! von derselben Seite.) Ein Erbkaiserthum läuft dem Begriffe des Bundesstaates schnurstracks zuwider. Ich kann es nur als das Erzeugniß einer fieberhaften Aufregung betrachten. (Bravo! von links.) Dazu ist die Oberhauptsfrage nicht blos eine politische, sondern auch eine nationale, die nur mit Rücksicht auf Oesterreich entschieden werden kann. Ich bin der Ueberzeugung, daß der große Völkerprozeß, der jetzt in Oesterreich vorgeht, kein Prozeß der Auflösung ist, sondern der naturgemäßen Umbildung zum festesten staatlichen Zusammenschluß. Es ist ein Verkennen der Verhältnisse, wenn man meint, daß eine Union dieses sich selbst überlassenen Oesterreichs mit Deutschland möglich sei. Vielmehr würde dort nach der Trennung von uns der slawische Einfluß überwiegen, Deutschland aus- und Rußland dafür einziehen. Das ist nur zu vermeiden, wenn Oesterreich in unserem Bundesstaate und in unserem Parlamente unmittelbar vertreten bleibt. Die Verfassung, die wir schaffen wollen, um ein Zwitterding zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat herzustellen, wird freilich einige Modifikationen zu Gunsten Oesterreichs gestatten müssen. Allein das ist unerheblich gegen die große Aussicht auf das Mittelreich, welches wir mit Oesterreich zu bilden berufen sind. Nachdem Herr Ahrens noch die gewisse Erwartung ausgesprochen hat, das Reichsoberhaupt selbst werde nimmermehr in eine Abtrennung der österreichischen Lande vom Reiche willigen, scheidet er unter dem Beifall der Linken von der Tribüne. Ihm folgt Herr

Beda Weber aus Meran. „Mein Vorredner hat in dieser Angelegenheit de omni re scibili et de quibusdam aliis gesprochen. Sie werden mir daher auch erlauben, daß ich mich ebenfalls etwas des Breiteren über diese Frage auslasse und da muß ich zuvörderst dem Herrn Ministerpräsidenten meinen Dank öffentlich erstatten, daß er so aufrichtig und ehrlich uns entgegengekommen ist. Er hat endlich den Schleier davon hinweggzogen, daß man uns die Verfassung weise und vorsichtig auf eine solche Weise eingerichtet hat, daß Oesterreich nothwendigerweise davon ausgeschlossen werden muß. Jetzt liegt das Verfassungswerk erst in seiner Klarheit vor uns da: der regierende Fürst, der erbliche Fürst und der erbliche preußische Kaiser."

Was Herr Weber hierauf in diesen Style bald dem preußischen Kaiserthum bald Herrn Bassermann zum Nachtheil redet, das geht den „hundert unabhängigen Männern der Linken" zu Gute, die denn auch jede seiner Aeußerungen mit dem fröhlichsten Beifall begleitet. Oesterreich, von dem Brandmale der Abstoßung getroffen, wird auf keine Union mit „Kleindeutschland" eingehen. Herr Dahlmann suche in seiner Neujahrsgabe „Kleindeutschland" wie es Herr Beda Weber unausgesetzt nennt, durch die Franzosenfurcht zu schrecken. Ohne Oesterreich werde man allerdings keine Schlacht bei Jena und Auerstädt, aber auch keine Schlacht bei Leipzig haben. Was Herr Stahl über das österreichische Getreideausfuhrverbot gesagt, das treffe entweder beide Staaten: Oesterreich und Baiern in gleicher Weise, oder es sei eine offenbare Unwahrheit. Den konfessionellen Hader anlangend, an dem Deutschland endlich Land und Leute genug verloren, so rechnen unsere katholischen Brüder weder auf einen katholischen Kaiser von Oesterreich, noch fürchten sie etwas von dem protestantischen Könige Preußens. Sie setzen vielmehr ihre ganze Hoffnung auf die Volkssouveränetät, die ihnen die Freiheit ihrer religiösen Ueberzeugung hinlänglich verbürgt. Es sei ihm von Beseler einmal die Kraft zugeschrieben worden, daß er (Beda Weber) Teufel austreiben könne. Wäre es mit dieser Kraft in Wahrheit begründet, so möchte er den Exorcismus wohl versuchen (Stürmischer Zuruf), allein das Volk wird sich Kleindeutschland nicht gefallen lassen, es wird seine Vereinigung durchsetzen und wenn die Welt voll Professoren wäre. Eigentlich wäre ich für einen österreichischen Erbkaiser. Da aber dieser unmöglich ist, so bin ich gegen einen preußischen Kaiser nnd für einen Präsidenten. (Beifall von der Linken).

Rümelin aus Nürtingen (Wirtemberg): Ich habe um das Wort gebeten, weil ich einer der wenigen Süddeutschen bin, die entschieden mit dieser (nach der Rechten deutend) Seite gehen, bereit, sich keines Opfers zu entschlagen, welches für die Einheit Deutschlands zu bringen ist. Die Idee eines preußischen Erbkaiserthums, ich weiß, daß sie in meinem engern Vaterlande Hindernisse finden würde, aber diese Hindernisse sind nicht unübersteiglich. Wir aus Südwestdeutschland haben das größte Interesse an der Einheit Deutschlands, wenn auch gerade wir eine Scheidung von Oesterreich am schmerzlichsten empfinden würden. Aber ausgesetzt jedem ersten Angriffe des Feindes ist es uns schon darum Ernst mit dem Gedanken einer festen Vereinigung Deutschlands. Dann betrachtet der Redner die materielle Lage der Bevölkerung seiner Heimath. Diese fordere allerdings Schutz für die vaterländische Industrie, aber diesen Schutz werde eine Versammlung des Volks dem Volke nicht versagen. In dem Zusammen-

ferner auch den gewissen strategischen Schutz gegen feindliche Einbrüche. Bleiben zwei Großmächte im deutschen Bundesstaate, so behalten wir auch 30 kleine Mächte. (Beifall.) Es gibt dann wieder ein Oesterreich, ein Preußen, aber kein Deutschland. Das Parlament? ruft man mir zu. Das Parlament würde ohnmächtig sein einer solchen Zusammensetzung des Bundesstaats gegenüber. Ich fühle den ganzen Schmerz der Klage: das ganze Deutschland soll es sein! Allein ich habe auch die Kraft mich zu entscheiden, wenn ich erkennen muß, daß uns zwar die Gegner alles mögliche Böse von dem sogenannten preußischen Kaiserthume zu sagen wissen, daß sie aber weit entfernt sind, mit einem festen Plane hervorzutreten, um den mißliebigen Gedanken durch eine andere mögliche Gestaltung zu ersetzen. Der Redner weist alsdann die Bezeichnung „Kleindeutschland" zurück, und die Befürchtung, daß wir anstatt einer Union mit Oesterreich den Bürgerkrieg von dorther zu erwarten hätten. Für die Erblichkeit will ich nur einen Grund anführen. Wir wollen einen preußischen Erbkaiser, damit wir nicht preußisch werden. Wir wollen uns ganz hingeben, damit Preußen in den Stand gesetzt werde, sich auch uns ganz hinzugeben. (Lebhafter Beifall.) Man beruft sich auf die Unklarheit der österreichischen Verhältnisse. So spreche man denn ein deutliches Wort nach dieser Richtung aus und die Klarheit wird kommen. Unser Ministerium soll unterhandeln und hat die Grundlagen der Verfassung nicht, auf die hin es unterhandeln soll. Freilich wenn Sie keinen Bundesstaat errichten, so kann Oesterreich eintreten, wenn sie aber das entscheidende Wort sprechen, ist die Frage von Ihrer Seite gelöst, und das Weitere wird folgen. Ich gebe zu, die Erblichkeit ist ein großer und kühner Gedanke (links Lachen), es ist ein kühner Griff, etwas hinzustellen, was den Ausgang zum Zielpunkt der künftigen Geschichte Deutschlands machen wird. Denn alles Andere, was Sie der Erblichkeit gegenüberstellen, sind Provisoria. (Sehr wahr! sehr gut!) Bei allem Anderen was Sie beschließen, schieben Sie die Entscheidung der Zukunft zu. Das deutsche Volk hat uns berufen, daß wir ihm eine Verfassung geben. Um unseres Namens in der Geschichte willen möchte ich, daß wir das Werk vollenden. Ihr (zur Linken) Wahlspruch ist: die Zukunft wird es machen. Unser Wahlspruch ist umgekehrt: nicht die Zukunft soll die Verfassung Deutschlands, sondern die Verfassung die deutsche Zukunft machen (Lebhafter Beifall von der Mehrheit des Hauses).

Uhland aus Stuttgart: Nachdem der Beschluß gefaßt ist, daß nur regierende Fürsten zur Oberhauptswürde des Reichs zu berufen sind, bleibt mir nur noch gegen die Erblichkeit zu sprechen. Ich will die Verdienste der konstitutionellen Staatsform nicht herabsetzen, aber eine Schattenseite muß ich hervorheben. Das ist die Unverantwortlichkeit des erblichen Monarchen, die ihn zugleich in vielen Fällen in die Unmöglichkeit der Selbstbestimmung versetzet. Der neue Geist Deutschlands fordert auch neue Staatsformen. Ich war daher schon der Widersacher des doktrinären Erbkaisers, als er noch in der Wiege lag bei den Siebzehnern. Denn es ist ein Jüngling in grauen Haaren. Der Ausschluß Oesterreichs endlich — als wir Schleswig eroberten, wer hätte gedacht, daß wir Oesterreich verlören! Als die österreichischen Abgeordneten mit den deutschen Bändern geschmückt in Frankfurt einzogen, wer hätte gedacht, daß sie ohne Sang und Klang aus der Paulskirche scheiden würden! Dieß ist eine stümperhafte Einheit, die ein Drittheil ausschließt. Wenn ich einen Oesterreicher hier reden hörte und war's auch nicht nach meinem Sinne, so schien mir es doch immer, als hörte ich eine Stimme von den Tyroler Bergen, oder als hörte ich das adriatische Meer rauschen. Unser Werk wird nicht gelobt werden, wenn wir ohne Oesterreich nach Hause kommen. Ich werde mit meinem Landsmanne, der vor mir gesprochen, keinen Bürgerkrieg beginnen. Aber ich weiß, daß auch meine Anschauungen nicht in der Luft stehen. Der Thurm Preußen am deutschen Dome ragt hoch auf. Lassen Sie Platz für den Thurm Oesterreich. Verwerfen Sie die Erblichkeit, schaffen Sie keinen herrschenden Einzelstaat, stoßen Sie Oesterreich nicht ab, retten Sie das Wahlrecht, das letzte Wahrzeichen des Geistes der uns hierhergerufen. „Es wird kein Haupt über Deutschland herrschen, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist."

Dahlmann: Meine Herren! Ich werde darnach trachten, mich der ernsten und würdigen Haltung meiner beiden letzten Vorredner anzuschließen, keineswegs aber dem wieder lebendig gewordenen Pater a Sancta Clara nacheifern (Beifall), welcher von diesem Platze einen tiefen ernsten Gegenstand mit mannigfaltigen Späßen überschüttet hat. Sie haben in Ihrer letzten Abstimmung die Würde des Reichsoberhauptes einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen und eben damit die Grenze bezeichnet, in welcher sich die heutige Diskussion zu halten hätte, wiewohl zu meinem Bedauern sich mehrere der Herren Vorredner keineswegs innerhalb dieser Grenzen gehalten haben. Ich habe mit meinen Gesinnungsgenossen im Verfassungsausschuß ein Minderheitserachten aufgestellt, welches also lautet: „Diese Würde ist erblich in dem Hause des Fürsten, dem sie übertragen wird."

Dies Minderheitserachten zu vertheidigen bin ich hieher getreten, wiewohl ich Ihnen gestehe, daß das Geschäft, welches ich übernommen habe, mir nicht unähnlich dem Geschäfte zu sein scheint, als hätte ich es übernommen, eine Lobrede für das Einmaleins zu halten. (Links Hoho!) Denn gerade wie es mit dem Einmaleins beschaffen ist, daß sich ihm gar nichts besonderes Scharfsinniges oder gar Liebenswürdiges nachsagen ließe, sondern immer nur einfach soviel: es sei richtig damit, es lasse sich dem nicht widersprechen, es sei ohne dem gar nicht auszukommen in Haus und Hof ohne das Einmaleins: grad' ebenso ist es mit dem Erbrechte beschaffen. Es läßt sich freilich auseinandersetzen, vor welchen Uebeln das Erbrecht bewahrt, wie es bewahrt vor den mannichfach und schwer empfundenen Uebeln der Wahlberechtigung, wie es bewahrt vor den Uebeln des Zwischenreichs ꝛc. Aber am Ende kehrt es doch immer auf das Allereinfachste zurück und wir müssen zugestehen, daß grad' da das Erbrecht sich am liebenswürdigsten bezeigt, wo es am meisten staatsmännisch auftritt, indem es nämlich in seiner vollkommenen Ausbildung auf höchst ungalante Weise alle Frauen ausschließt von dem Throne, solang noch einer vom Mannsstamme vorhanden ist, indem es alle Jüngeren ausschließt, alle jüngeren Prinzen, so lang noch ein älterer da ist, indem es endlich keinem Prinzen einen Theil am Genusse der Herrschaft vergönnt, bis die Reihe an ihn gekommen ist, Allen nur das Ganze übrig läßt. Und dennoch hat dieses System der Erbherrschaft neben so vielen Herbheiten auch seine zarteren und in das innere Wesen der Menschheit dringende Seiten, nachdem es vor allen Dingen den Staat sicher gestellt hat, denn der Staat muß in alle Wege die Hauptsache bleiben. Nachdem es vor allen Dingen den Staat sicher gestellt hat, gießt es in das Staatswesen die Wärme der Familie ein, indem es die Herrschaft an ein regierendes Haupt knüpft. Ich weiß gar wohl, daß ich hiermit, wenn ich das Lob der Erbherrschaft rede, eine Saite anschlage, die in den Augen Vieler vor Ihnen längst zersprungen ist. Das aber hindert mich auf keine Weise. Erlauben Sie, daß ich eine einfache Thatsache erzähle, die sich zu Ende des Jahres 1812 in Mitteldeutschland begab. Da war der erste Strahl der Hoffnung nach Deutschland gedrungen, daß wir wohl des fremden Regiments entledigt werden würden. Da fanden sich in Mitteldeutschland Volksversammlungen der Landleute und Bauern. Man beredete sich wie es zunächst werden solle. Darin waren Alle einig, die Fremden müssen vertrieben werden, aber sollte man den alten Fürsten wieder aufnehmen? Es begab sich daß in einem Lande, ich will es lieber nicht nennen, wo der alte Fürst keineswegs gelobt und sonderlich geliebt war, — man wußte ihm Manches, was nicht zum Frieden diente, nachzusagen — in der Schenke des Dorfs die Sache verhandelt ward. Viel war hin und her gesprochen worden. Das Nein schien zu überwiegen. Da erhob sich unter den Vielen ein Greis der bisher nichts gesprochen hatte und rief: Wahr ist's, ein alter Esel ist er, aber auf den Thron seiner Väter soll er doch wieder (allgemeine Heiterkeit). Sie lachen darüber, meine Herrn, und ich selber habe wohl darüber gelacht. Dennoch aber sehe ich in dieser einfachen Geschichte etwas Tieferes. Ich sehe doch darin das Gewicht eines Hauses, das die Schwächen, die Fehler, selbst die Laster des einzelnen Individuums zu überbieten vermöge. Ein Haus gilt als ein Individuum. Nehmen Sie den Völkern, nehmen Sie dem Volksleben seine tieferen Anhänglichkeiten, nehmen Sie dem Individuum selbst seine edleren Täuschungen, so nehmen Sie ihm das Leben selbst, tödten das Leben ab. Dann verwandeln Sie den melancholischen Ausspruch eines großen Dichters in Wahrheit, der in der Wiege des Menschen nur den umgekehrten Sarg erblickt, und selbst Ihr Freiheitsjubel, nennen Sie es hange mit einem starken Norddeutschland erblickt Herr Rümelin immer so — nicht getragen, verwandelt sich in eine leere Chimäre.

Allein ich verlasse immerhin den allgemeinen Standpunkt, um auf das was dem Vaterlande jetzt Noth thut, einzugehen. Sie haben durch Ihre letzte Abstimmung für Deutschland genehmigt ein deutsches Oberhaupt, welches genommen wird aus der Zahl der in Deutschland regierenden Fürsten und haben damit zuerst der Einheit ihre billige Ehre gegeben, demnächst aber auch anerkannt, daß diese Einheit mit einer gewissen Machtausstattung versehen sein müsse, welche sie zur Herrschaft hinzubringt. Das war ein wichtiger Schritt zum Heile; denn in der Einheit Deutschlands ist die Zukunft Deutschlands enthalten.

In der Einheit ist die Zukunft Deutschlands enthalten. Was ich politisch geworden bin, ich bins geworden durch eine lange Reihe bitterer vaterländischer Erfahrungen. Auf einem schweren Lebensgange hat sich mir die Ueberzeugung eingeprägt, daß wir nur durch die Einheit zum Ziele gelangen. Oesterreich kann uns nicht vollständig angehören wie die Dinge stehen. Dagegen ist gar keine Zukunft Deutschlands möglich, ohne daß wir uns des Herrscherhauses Hohenzollern so versichern, daß es alle seine Kraft und Sorge, nicht blos als Nebengeschäft, sondern gänzlich dem deutschen Vaterlande widme. Vergessen Sie nicht, daß die absolute Herrschaft in Preußen unmöglich wurde seit Friedrich II., vergessen Sie nicht, daß, als Preußen in den napoleonischen Kriegen sank, auch Deutschland mit ihm sank und daß sich auch Deutschland nur mit Preußen wieder erhob.

Ich würde glauben, mit Allem gebrochen zu haben, was mir theuer und heilig ist, wenn ich meine Stimme anders abgeben sollte, als für das erbliche Kaiserthum der Hohenzollern, in welchem eine unbegreifliche Barmherzigkeit des Himmels unserem zerrissenen Vaterlande die Rettungsbahn gezeigt hat.

Fröbel bezeichnet die Stellung der Parteien so, daß die rechte Seite des Hauses die Thatsachen, die linke die Principien zu vertreten habe. Ein Staat, fährt er fort, kann nur dann vom Kleinen zum Großen wachsen, wenn er von dem richtigen Mittelpunkte ausgeht. Für Deutschland, ja für ganz Europa sind die österreichischen Länder dieser Mittelpunkt. Alles würde ich daransetzen und mich selbst mit jeder Staatsform leicht zufrieden geben, könnten wir den Sitz unserer Centralgewalt nach Wien verlegen. Seine Meinung in Bezug auf die Oberhauptsfrage aber ist die, daß das Volk selbst und daß es auf die kürzeste Periode wähle.

v. Vincke: Wenn Sie einen Wahlmonarchen an die Spitze Deutschlands stellen, so machen sie den höchsten Wächter der Verfassung zu deren entschiedenen Widersacher, sagt der Redner u. A. indem er die hauptsächlichsten Gründe zusammenfaßt, die für die Erblichkeit sprechen. Denn jeder Herrscher werde bemüht sein, das Wahlreich in ein Erbreich zu verwandeln. Das Bedenken, daß auch ein persönlich unfähiger Mann durch die Erblichkeit zur Herrschaft gelangen könne, werde bei Weitem überwogen durch den Vortheil, daß keine Intrigue, kein niederer Eigennutz, keine Verstellung und Bestechung zur Würde des Oberhauptes zu führen vermöge. Die erbliche Monarchie ist sogar selbst im Interesse der demokratischen Parteien, wie Hr. v. Vincke mit dem glücklichsten Humor darzuthun sucht, wonach er sich mit derselben witzigen Schärfe gegen Beda Weber, der sich heute als Wasserträgerin der Linken liebenswürdig zu nahen gesucht habe, wider Philipps, Welcker und endlich gegen Eisenstuck's volkswirthschaftliche Irrthümer wendet. Auch eine ausführlichere Inhaltsangabe, als diese abgekürzte, zu der uns der Abschluß unseres Berichts nöthigt, würde jedoch kein Abbild des lebensvollen Vortrags gewähren, der häufig von dem Beifalle aller Parteien unterbrochen wird. Nach Vincke's Rede vertagt das Haus die heutige Berathung auf die morgende Sitzung.

*** **Frankfurt**, 20. Jan. Das Montagskränzchen blieb uns bis jetzt die Aufklärung schuldig, warum es auf die von ihm angeregte auf morgen angesetzte Einführungsfeier der Grundrechte in unserer Stadt nicht zurückkam. Einer frug heute den Andern, ob die Feier stattfinden werde und Niemand wußte darauf zu antworten. Dagegen wird das nahe Bockenheim morgen diese Verkündigungsfeier in angemessener Weise begehen.

* **Wien**, 17. Jan. Die heutige Wiener Zeitung verkündigt die Strafurtheile über vier Personen, welche mehr oder minder im Publikum durch ihre Stellung und Geistesfähigkeiten bekannt waren: Vincenz v. Emperger, Dr. der Rechte aus Klagenfurt, Deputirter des steierischen Landtags; Andreas Schumacher aus Wien, Schriftsteller, Redacteur der Zeitung „Die Gegenwart;" Baron Callot, nacheinander Offizier in östreichischen, russischen und ägyptischen Diensten, zuletzt Geometer bei der Nordbahn; Ludwig Ribarz aus St. Pölten, als Handelsagent hier lange bekannt. Mehr oder minder bei den October-Ereignissen betheiligt, wurde Emperger zu 18, Schumacher zu 10, Callot zu 7 und Ribarz zu 4jährigem schweren Kerker verurtheilt; Letzterer jedoch vom Gouverneur Welden in 2jährigen gemildert. Aus der Kundgebung des Erkenntnisses über Dr. Emperger scheint eine Kompromittirung der Dep. Fischhof und Goldmark hervorgehen zu sollen, indem es darin heißt, daß er sich flüchtend bei denselben willige Aufnahme gefunden habe. Obrist v. Mayern und Ritter v. Kalchberg sind zu Ministerialräthen im Departement des Handels und der öffentlichen Bauten ernannt worden. Nach einer officiellen Bekanntmachung der hiesigen Sanitätscommission sind seit dem 29. v. M. bis zum 15. d. in den Militärspitälern 49 Mann an der muthmaßlichen Cholera erkrankt; hievon sind 26 gestorben, 18 in der Reconvalescenz und 5 in der Behandlung. Man vermuthet nach allen Erscheinungen, daß die asiatische Cholera hier noch nicht zum Ausbruch gekommen sei. Vorgestern ist der Rechnungsrath der k. k. Hofpostbuchhaltung Burgermeister, welcher sich bei den Octoberereignissen kompromittirt haben soll, verhaftet worden. Einwohner Galiziens haben an das Ministerium einen Vertrauensmann mit dem Auftrag abgesendet, demselben eine an Kaiser Ferdinand gerichtet gewesene Adresse sammt einem Memoriale zu überreichen, in welchem gegen eine Theilung dieser Provinz sehr rücksichtswürdige Gründe entwickelt werden. Aus Ungarn erfährt man Kossuths Ankunft in Debreczin, während er auf der mährisch-schlesischen Route steckbrieflich verfolgt wird. Die Steckbriefe erstreckten sich bis auf die Personalbeschreibung seiner Gattin, von der wir darin erfahren daß sie „hochmüthige Blicke" werfe. Bei der Personalbeschreibung Madarasch's heißt es, daß er ganz den Totaleindruck eines gewöhnlichen Zigeuners mache. Der Lloyd läßt sich aus Triest schreiben, daß man daselbst einer Wiedereröffnung der Feindseligkeiten von der Seeseite entgegensehe. — Das Wasser ist bei Abgang der Post aus den überschwemmten Vorstädten ganz abgelaufen und hat nicht so viel Schaden angerichtet als man befürchtet hatte. Doch ist noch nicht alle Besorgniß abgewendet, da der Eisstoß sich an manchen Stellen sehr hoch aufgethürmt hat.

! **Berlin**, 20. Jan. „Camphausen Minister-Präsident; Graf Brandenburg hat seine Entlassung eingereicht, und Camphausen übernimmt den Vorsitz im Ministerium!" Diese Nachricht verbreitete sich gestern wie ein Lauffeuer durch die Stadt und machte sogar auf der Börse die Course steigen. So allgemein ist überall die Ueberzeugung, daß das jetzige Ministerium und der von demselben ausfließende Geist keine Bürgschaft der Dauer in sich trage. Jeder glaubte was er wünschte; denn welch ein unberechenbarer Vortheil für die Regierung würde es sein, wenn sie dem Volke ein volksthümliches Ministerium als Bürgschaft ihrer Absichten zeigen könnte! Allein die Nachricht zerstob bald wie eine glänzende Leuchtkugel. Unsere Nachrichten über den Erfolg der Sendung des Hrn. Camphausen, die sich bekanntlich zunächst auf die Einführung der Grundrechte bezog, lauten ganz anders. Das Beste, was wir davon sagen können, ist, daß bessere Nachrichten zu hoffen sind. Daß Preußen, in dessen Namen Herr Camphausen erklärt hat, er hoffe, der Einführung der Grundrechte werden keine erhebliche Bedenken im Wege stehen, dennoch jetzt solche Bedenken aufwerfen, und statt ein Beispiel von Gehorsam gegen das Reich zu geben, in Hannovers Fußtapfen treten wollte, diesen Grad politischer Unvernunft können wir selbst Ministern nicht zutrauen, welche so wenig wie die gegenwärtigen für die deutsche Einheit schwärmen. Es scheint dennoch, daß jetzt die Idee der deutschen Einheit allmälig hier mehr Fuß fasse. Der König selbst hat sich bekanntlich wiederholt in dem Sinne ausgesprochen, daß er nur mit Bewilligung der deutschen Fürsten die Oberhoheit über Deutschland anzunehmen gedenke. Er hängt der Vorstellung nach, als ob seit 1806, wo das Recht zur Wahl des Kaisers bei den Kurfürsten war, nur ein Zwischenreich eingetreten sei. Allein diese Vorstellung ermangelt offenbar der Begründung. Wo sind denn jetzt die Kurfürsten? Der Bundestag hat sie begraben, wie dieser selbst begraben ist, hoffentlich ohne Hoffnung auf selige Auferstehung. Da nun die deutschen Fürsten in immer größerer Zahl ihre Erklärung für Preußen abgeben, so hoffen wir, daß die Bedenklichkeiten des

Uebersicht.

Die österreichische Frage vor der Nationalversammlung.

IV.

* **Vom Rhein**, 19. Jan. Wenn nach Hrn. v. Schmerlings bündigster Versicherung die österr. Regierung fern davon ist, die künftige Gestaltung Deutschlands zu beirren, so sollte sie im eminenten Sinne dieses Wort dadurch lösen, daß sie ihre Abgeordneten abberuft, und dies zwar unverweilt. Ihre Anwesenheit beirrt die künftige Gestaltung auf alle Weise. Durch ihre Anwesenheit sind die Parteien in der Nationalversammlung verschoben, die Gemäßigtsten stimmen mit der äußersten Linken, so daß der Partikularismus die politischen Gesinnungen kreuzt und ein Resultat reiner Abstimmung in den Verfassungsfragen kaum zu erhalten ist. In keiner Frage war man so unbeirrt, wie in der von der Personalunion; kommt sie zum zweitenmale vor, so wird man gewahren, wie sehr Oesterreich uns in unseren einträchtigsten Entscheidungen irre macht. In der Frage der Erblichkeit würden die Oesterreicher, wenn Alles im ruhigen Gleise gegangen wäre, auf der bejahenden Seite gestanden haben, in der Hoffnung, daß die Wahl auf Oesterreich fiele, jetzt, nachdem Deutschland das Vertrauen zu Oesterreich verloren, Fürsten und Stände sich wetteifernd für Preußen aussprechen, werden sie dagegen stimmen. Sie wird verloren gehen und unsere Verfassung und Zukunft ist Wind und Wetter Preis gegeben. Oder sie wird im höchsten Falle mit einer ganz geringen Majorität durchgehen, und dieß wird eine Waffe für neue Wühlereien bieten. Preußen wird an die Spitze Deutschlands gestellt werden, trotz dem Entgegenstimmen der Oesterreicher und dieß wird eine Animosität in Oesterreich erregen, die mit dem freiwilligen Rücktritt Oesterreichs wegfiele. Geht Preußens Oberherrschaft nicht durch, so wird Oesterreichs auch nicht durchgehen; in diesem Falle wird man Animosität in Preußen erregen, ohne daß Oesterreich Nutzen davon zöge. Man wird auf eine Dreiherrschaft kommen. Oesterreich wird den Bundestag (mutatis mutandis) hergestellt haben, es wird in alter Weise uns hemmen und sich nicht fördern. Aller Haß wird sich bei einer zweiten Bewegung auf Oesterreich entladen, und die Sympathieen werden dann ganz verscherzt sein; alsdann werden wir auch nicht einmal ein Bündniß mehr mit Oesterreich eingehen. Man sieht, Oesterreichs Mitwirken bei unserer Verfassung beirrt uns auf dem Wege und bei dem Ausgange, und es ist eine Irrung Oesterreichs, wenn es mit dieser Beirrung etwas für sich zu gewinnen hofft. Möge denn die Nationalversammlung wenigstens auf dem ersten Worte Gagerns fest wie ein Thurm bestehen, daß die Frage mit Oesterreich entschieden sein muß, ehe das letzte Wort in der Verfassungsfrage gesprochen, ehe der Schlußstein auf ihr Werk gesetzt werden kann; möge der Minister durch seine Verhandlungen seine Hoffnung zur Thatsache machen, daß Oesterreich sich so bald erklären werde, damit das dringende Werk, das uns zu schaffen obliegt, nicht aufgehalten werde. Ich gestehe offenherzig, daß ich diese Hoffnung nicht theile, oder nur unter der Voraussetzung theile, daß Gagern seine Unterhandlung über diesen Hauptpunkt, mit Beiseitesetzung aller anderen Punkte, mit einer gebieterisch energischen Eile betriebe, und daß er hierin aufs treueste von dem österreichischen Bevollmächtigten unterstützt werde. Diese Energie kann ich auch kaum voraussetzen, weil der Nachdruck der Nationalversammlung nicht groß genug ist; und was das Entgegenkommen Oesterreichs betrifft, so hat Herr v. Schmerling selbst gesagt, wie natürlich es ist, wenn Oesterreich nicht schnell dazu kommt, sich „klar zu machen." Der Zirkel in dem wir uns drehen, liegt — wie wir lange ausgesprochen haben, wie neulich der Abgeordnete Wedekind in der Allg. Z. gewiß nicht ohne genaue Berathung mit österreichischen Freunden auseinandergesetzt hat, darin: Oesterreich will das erbliche Kaiserthum übertragen haben, und dann wird es sich für den Bundesstaat und sein Verbleiben im Bundesstaate unter annehmbaren Bedingungen aussprechen; wir wollen, daß es zuerst das Letztere thue oder für unthunlich erkläre, und daß wir dann zur Wahl des Oberhauptes schreiten. Möglich, daß Oesterreich auf die Erklärungen der deutschen Fürsten hin jetzt etwas mehr bestimmt wird, sich vorher zu einer Entscheidung bereit finden zu lassen; sehr möglich aber auch, daß das Gerücht der Blätter Bestätigung erhält, daß es selbst auf die Kaiserwürde resignire, aber sie auch Preußen nicht werde übertragen lassen. Dieß wäre ein Streich, der ganz Metternichs werth wäre. Es wäre unter den nöthigen Abweichungen ganz wieder die Wiener Kongreß-Rolle, die wir vorausgesagt haben. Es wäre ein Paroli geboten auf Gagerns Satz an den Ausschuß. Gagern hat in seiner ersten Rede gesagt, es werde Niemand in den Sinn kommen, Oesterreich müßte gegen seinen Willen in ein bestimmtes Verhältniß zu Deutschland gezwungen werden; ich habe aber den nothwendigen Gegensatz vermißt, daß es Oesterreich auch nicht in den Sinn kommen werde, sich in ein von ihm bestimmtes Verhältniß zu Deutschland zwingen zu wollen. Hätte Oesteerc ch diese Absicht und verfolgte es sie auf dem Wege, den jene Zeitungsgerüchte andeuten, wie wollte Gagern, wie wollte die Nationalversammlung sie „zu Schanden machen"? Oesterreich würde keinen Bürgerkrieg mit uns anfangen wegen der preußischen Kaiserwahl; aber wir würden es auch gar nicht einmal darauf hin wagen können, denn der König von Preußen würde auf jenes Interdikt hin die ihm dargebotene Würde nicht annehmen. Von der kleinen persönlichen Delikatesse dieses Mannes einen so großen politischen Nutzen zu ziehen, wie die Vereitlung des deutsch-preußischen Kaiserthums der engbrüstigen Wiener Politik scheinen wird, wie sollte man das unterlassen, zumal da man zwei bis drei deutsche Königreiche im Rücken und zur Entschuldigung hat? Diese Wendung ist so einfach praktisch, daß wenn die österreichische Regierung, wie wir sie uns nun einmal denken müssen, diesen Gedanken nicht selbst gehabt hätte, sie ihn dem Zeitungsschreiber, der ihn erfand, mit jedem Anerbieten lohnen müßte. Oder die österreichische Regiernng ist glücklicherweise nicht so wie wir sie uns denken? Dann lasse sie ihre Abgeordneten austreten! Bei so vielen Mitteln uns zu beirren, die Oesterreich hat, wird man nicht eher an seine ehrlichen Absichten glauben. Kann es ja doch mit dem Vorbehalte geschehen, auch auf den Wiedereintritt, auf Koncessionen in der Verfassung hin zu unterhandeln! Noch eine andere Beirrung fang' ich an zu fürchten, selbst für den günstigsten Fall, für den Fall der Scheidung. Ich habe am Schluß meines Gestrigen die Stelle der O.-P.-A.-Z. mit Schrecken abgeschrieben, die mir den Gedanken zu verrathen scheint, als denke selbst das Ministerium an einen Staatenbund zwischen den zwei Bundesstaaten und an ein drittes Haupt über den beiden Leibern. Gagern's Rede tröstet mich über diesen Argwohn wenig. Er sagte, Deutschland solle sich zu einem Bundesstaat abschließen, und in dem Bundesverhältniß von 1815 bleiben, dieses Bundesverhältniß ausbilden, so weit es möglich ist mit dem mächtigen Oesterreich, das sich einer gemeinsamen Centralregierung, die außer ihm stehe, nicht unterwerfen werde. In dieses so weit es möglich ist, fügt sich jener Satz der O.-P.-A.-Z. so gut ein. Es wäre das Unglücklichste von Allem was geschehen könnte. Denn was sollte uns unsere preußische Selbstständigkeit in materiellen und militärischen Beziehungen nützen, wenn die Leitung der höheren Politik wieder eine gemeinsame mit Oesterreich werden sollte? Wenn das Bundes- und Unionsverhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich eine volksthümlichere, brüderlichere, innigere Gestaltung erhalten soll, als sie eine blos geschriebene völkerrechtliche Akte zwischen zwei selbstständigen Staaten gibt (deren Inhalt übrigens dafür das Meiste, um nicht zu sagen Alles thun könnte), so dürfte man höchstens den Zusammentritt berathender Versammlungen aus Deputirten beider Staaten an einem möglichst neutralen Orte beantragen, deren Besprechungen keinerlei direkten Einfluß auf die Regierungen beider Staaten haben könnten, dagegen ein Unermeßliches dazu beitragen würden, die volksthümliche Annäherung beider Bundesstaaten zu erhalten, die brüderlichen Verhältnisse zu nähren, die Interessen auszugleichen, die Wiederverschmelzung anzubahnen.

V.

* **Vom Rhein**, 20. Jan. In der staatsmännischen Rede von Beckerath's ist als die Aufgabe, um die es sich in unserm Verhältnisse zu Oesterreich handelt, hingestellt: die Auffindung einer lebensvollen, der Ausbildung fähigen Form, die das Ausscheiden Oesterreichs verhütet. Das Ausscheiden Oesterreichs kann nach meiner Meinung nicht verhütet werden sollen, wenn es sich nicht ganz und voll dem Bundesstaate fügen kann und will; das Ausscheiden aus unserem Staate ist die Grundbedingung, wenn dem verderblichen Dualismus ein Ende gemacht werden soll. Es scheint, daß selbst die Formel für die bloße Aufgabe erst noch gefunden werden muß. Der Eintritt Oesterreichs in den Bundesstaat ist von Oesterreich, von Regierung und Volk, so unzweideutig als möglich für unmöglich erklärt worden. Was nützt es, wenn Herr von Würth und wenige Deputirten mit ihm und wenige Wähler hinter ihnen die Personalunion möglich finden! Alle, die noch in diesem Sinne gesprochen haben, schliessen mit dem Seufzer: Wenn es aber denn doch sich als unmöglich erweisen sollte —! sie selbst glauben also nicht an diese Möglichkeit! Aenderte man selbst die Paragraphen über die Personalunion dahin ab, daß sie in ihrer ganzen Strenge nur auf künftig zutretende Glieder des Bundesstaates angewandt werden sollten, daß für die älteren Glieder des Bundes nur festgestellt würde, was nach Wydenbrugk's scharfer Bemerkung wohl unser einziges Recht ist: daß kein Bundesglied durch einen andern Staatsverband von den Pflichten dispensirt werden könne, die ihm die Verfassung des neuen Bundesstaats auferlegt, so würde selbst so Oesterreich nicht beitreten wollen, noch nach Lage und Beschaffenheit können. Die Formel, die Wydenbrugk, der den Beitritt Oesterreichs für möglich erklärt, für die Verbindung beider Staaten findet, lautet so: „In allen Angelegenheiten, die in das Bereich der deutschen Verfassung fallen, sollen die Bestimmungen des Bundesstaates unbedingt maßgebend für Deutschösterreich sein." Dies sagt entweder nichts, oder es sagt das, was Oesterreich eben nicht will. In das Bereich der deutschen Verfassung gehören die militärischen Angelegenheiten; die will Herr v. Würth für Oesterreich besonders zugerichtet wissen; es gehört dahin die einheitliche Vertretung Deutschlands, die auch Wydenbrugk will, während Oesterreich verweigern wird, seine Gesandten blos für seine nichtdeutschen Staaten zu bestellen, eine Sache, die auch unmöglich ist, sobald der österreichische „Gesammtstaat" einen Sinn haben soll; es gehören in das Bereich der deutschen Verfassung die Grundrechte über religiöse Freiheit, auf welche Oesterreich durch die Metternich'sche Ausweisung der Deutschkatholiken antwortet. Moritz v. Mohl, der auf der österreichischen Seite steht, hat die Unmöglichkeit des Beitritts Deutschösterreichs bewiesen; täusche man sich doch auch selbst nicht ewig fort mit Dingen, die kein schlichter Sinn begreiflich findet! Wenn man zuletzt aus dieser Position eingestanden geschlagen ist, so greift man eine viel unmöglichere an, den Beitritt von ganz Oesterreich! Man schmeichelt uns mit diesem ungeheuren Reiche, das kein Feind anzugreifen wagen würde, das aber seinen größten Feind in sich selber hätte! Was nützt es, daß uns Hr. v. Würth die Gleichheit der Interessen von ganz Oesterreich und Deutschland herrechnet! Das Alles kann einmal so werden, aber es ist nicht so! Das Alles könnte unter der zwingenden Hand eines energischen Reformators schnell so werden, aber nicht unter diesem Geschlecht! Wenn Deutschland einerlei Interesse mit Oesterreich an der Donau hat, so hat es gar kein Interesse dabei, die Schmach mit Oesterreich zu theilen, daß es die Russen in den Donaufürstenthümern wirthschaften läßt und dadurch alle Ausbreitung deutschen Einflusses dort selbst unmöglich macht. Wenn Deutschland ein Interesse dabei hat, Oesterreich als einen Wall gegen Rußland zu besitzen, so hat es gar keins dabei, mit Oesterreich in russische Allianz zu treten: diese Allianz (russische Geldhülfe) existirte einem bekannt gewordenen Briefe des jungen Erzherzogs Rainer zufolge, vor den Februartagen schon, und existirt noch jetzt und wird immer existiren, so lange Oesterreich seine Slawen zu fürchten hat. Rede man uns also nicht von Verbindungen mit ganz Oesterreich. Der politische Leichtsinn und die geschichtliche Unkunde derer, die so gedankenlos hierauf hinsteuern, ist gleich groß. Geben sich diese Männer nur die Mühe, in der Geschichte zurückzulesen, was selbst in solchen kleinen aber kompakten und mächtigen Staaten wie England, in Staaten, die für Einheit geschaffen waren, die Zusammenexistenz mit Stämmen anderer Sprache, anderer Befähigung, anderer Kultur für Zustände herbeiführte. Die Geschichte von England und Irland ist die Geschichte Eines fortgesetzten Greuels. Möchte nie eine solche Geschichte über ungarisch- und slawisch Oesterreich kommen! Sie kann nur verhindert werden, wenn Oesterreich sich der Pflege dieser fremdstämmischen Interessen und Kultur aufrichtig und ehrlich hingibt; wenn nie auch nur die Furcht in diesen reizbaren Völkern aufkommen kann, daß es auf ihre Unterdrückung abgesehen sei. Sollten diese Lande ihre Abgeordneten nach Deutschland schicken, könnte man sie dazu bewegen oder zwingen, ja selbst, wollte man den bunten Reichstag in Wien als alleiniges legislatives Organ aufrecht erhalten, so würde der Repealruf sehr bald in diesen Landen erschallen und der Ruf nach Abtrennung und Unabhängigkeit würde folgen. Denn dort ist nicht Irlands lange Erschlaffung, nicht Irlands Isolation. Will Oesterreich sich diese Provinzen erhalten, so gebe es sich ihnen hin und schaffe durch Freiheit und Milde dem deutschen Geiste dort eine willkommene und gerne gesehene Herrschaft. So wie es mit der ganzen Wucht deutscher Macht dorthin drückte, würde es sich Argwohn und Mißtrauen säen und in ihrem Gefolge alle denkbaren politischen Gefahren zuziehen. Welch Interesse haben wir denn dabei, einen so zusammengesetzten Staat ganz oder auch nur theilweise an uns zu ketten? nicht auszustoßen, denn er ist nie bei uns gewesen! Was predigt man uns denn von Verrath und was stellt es Hr. Lassaulx als ein ganz undenkbares hin, daß Jemand in England auf den Gedanken kommen könne, sich von Irland zu trennen! Der Fall ist ganz anders, denn Irland ist nun so lange Ein Staat mit England, aber Oesterreich ist seit vier Jahrhunderten nicht mehr deutsch gewesen. Und doch, wie manchen Engländer habe ich sagen hören, für Irland wäre nichts besser, als wenn die Fluth es bedeckte! Das ist schlimmer als von Trennung sprechen! Scheuen wir denn unnatürliche Verbindungen; weinen wir lieber jetzt Krokodilsthränen bei unserer Trennung, oder vollziehen wir sie mit freudiger Einsicht in das Bessere, damit wir nicht einmal diese englischen Thränen über Irland nachweinen müssen. Eine bundesstaatliche Verbindung mit ganz Oesterreich kann also nicht die Formel unserer Aufgabe sein. Ich wünsche aufrichtig, daß auch die bundesstaatliche Verbindung mit Deutsch-Oesterreich unsere Aufgabe nicht werde, obgleich ich völlig begreife, daß wenn Oesterreich dieselbe eingehen will, wir kein Recht haben es zurückzuweisen. Ueber den Jammer eines restaurirten Dualismus hat Wurm so vortrefflich gesprochen, über seine künftige Unmöglichkeit hat v. Beckerath so scharfe Worte gesagt, daß es in der That im Munde eines so scharfsinnigen Mannes, wie Wydenbrugk, unbegreiflich klingt, wenn er gar noch einen Turnus dieser Zweigewalt vorschlägt! Das Elend dieser Doppelmacht in Deutschland ist bisher gewesen, daß ihre gegenseitige Balancirung die Unthätigkeit des Ganzen hervorrief, wie Wurm sagte, die Ruhe, die diesen Sturm gebracht. Denkt man sich gar durch den Turnus die Schaukel in Thätigkeit, so empfindet man völlig was alles Schaukeln erregt, Schwindel und Ekel, im Voraus. Selbst wenn die Verfassung völlig anders und neu wird, Oesterreich an die Spitze tritt, so wird es die Rücksicht auf Preußen in äußeren Angelegenheiten nie außer Acht lassen können. Und in inneren Beziehungen würden die verschiedenen Interessen ewigen Hader erzeugen. Preußen weiß genugsam, wie schwer es nur ist, die Interessen seiner zwei Hälften zu versöhnen; wir kennen den Zwiespalt mit Süddeutschland im Zollverein, was würde erst werden, wenn wir mit allem dem die Interessen der österreichischen Industrie und Agrikultur durch einerlei Gesetzgebung versöhnen sollten! Das Alles geht ganz gut, wenn der Reformator da ist, der die nivellirende Kraft der Revolution schonungslos anzuwenden wagt. Dieß ist in Oesterreich bereits jetzt ganz unmöglich geworden. Und dann hat man bei dieser Aussicht auf Beibehaltung Oesterreichs, und bei dem Gedanken, es an die Spitze Deutschlands zu stellen, Einen Punkt gänzlich außer der Berechnung gelassen. Man hat bisher so viel Rücksicht auf Oesterreich, auf Baiern und Hannover gepredigt, auf Preußen keine. Hätte man es erst zurückgeschoben, so möchte der König es sich wohl gefallen lassen, aber der Rückschlag einer gewaltigen Mißstimmung im Volke würde nicht auf sich warten lassen. Und mit der unerwarteten Lösung unsrer Frage möchte sich eine unberechnete neue Schwierigkeit erster Größe erst dann unerwartet herausstellen: der große deutsche Stamm würde plötzlich reden, der bisher in einer musterhaften Bescheidenheit geschwiegen hat, die um der Hoffnung willen,

die sie eingab, in ihrem Werthe nicht geschmälert wird. Ich hätte daher gewünscht, der staatssinnige vorletzte Redner des zweiten Tages hätte nicht so bereitwillig für Oesterreichs erste Stelle gesprochen, auch wenn es ehrlich und aufrichtig sich unterwerfe. Bei dem Mächtigsten suche Schutz, ruft uns Hr. v. Würth zu, und wer der Mächtigste sei, darüber sei kein Zweifel. Ach, vor sechs Monaten war der Zweifel darüber sehr groß! und bei Allen, die kein gemüthlicher Patriotismus blind macht, ist er es noch! Dieser Staat hat heute den Schein und den Anspruch der Macht und Größe für sich, und wo ist der Prophet, der mit Sicherheit sagen will, was er in Einem Jahre ist? Es ist unbestreitbar: wenn wir einer gesicherten Zukunft entgegen gehen sollen, muß unsere Aufgabe eine andere sein, als einen Bundesstaat mit Deutsch- oder mit ganz Oesterreich zu gründen.

Volks- und Länderkarte der österreichischen Monarchie.

Wien, 6. Jan. Vor uns liegt der Entwurf zu einer neuen Völker- und Landkarte von Oesterreich — ein Riesenwerk, dessen Ausführung im Auftrage des Ministeriums unternommen, und berechnet ist, einen sichern Anhaltpunkt und Maßstab bei der vorzunehmenden neuen Eintheilung des weiten Kaiserstaates zu bieten. Eine beigefügte statistische Arbeit gibt uns zugleich einen genauen Ueberblick der Bevölkerung der österreichischen Monarchie nach Volks- und Sprachstämmen abgetheilt. Nicht allein in den einzelnen Provinzen, sondern auch in den Unterabtheilungen derselben ist das Nationalitätsverhältniß der bunt zusammengewürfelten Stämme mit möglichster Genauigkeit dargestellt. Daß bei der mühevollen Arbeit alle vorhandenen Quellen, besonders die neueren ethnographischen Werke und Sprachkarten, mit größter Gewissenhaftigkeit benützt wurden, bedarf wohl kaum der Erwähnung bei dem Umstande, daß der umsichtige und kenntnißreiche Czörnig*) mit der Leitung des Ganzen beauftragt war.

Wir beschränken uns vorläufig darauf, dem Leser eine übersichtliche Darstellung des vor uns liegenden Entwurfs zu geben; eine näher eingehende Beurtheilung werden wir erst dann folgen lassen, wenn das vollendete Werk der Oeffentlichkeit vorgelegt wird.

Die Karte ist im Maße von 1/864000 der Natur entworfen. Diese Größe macht es möglich, daß bei der Bezeichnung der Stamm- und Sprachverschiedenheiten selbst auf die kleinsten Ortschaften Rücksicht genommen werden konnte.

Die Völkerschaften sind nach ihrer Sprache und Abstammung durch Farben von einander geschieden. Wo — wie bei den Slawen — eine zu große Mannigfaltigkeit der Stämme vorherrscht, wurden mehrere Stämme unter eine Farbe gebracht. So erscheinen die slawischen Völkerschaften folgendermaßen durch die Farbe geschieden:

1) Die Polen.
2) Die Serben und Croaten.
3) Die Czechen, Mähren und Slowaken.
4) Die Ruthenen.
5) Die Slovenen (Wenden).

Die gemischten Stämme der Walachen und Romanen haben ebenfalls eine gemeinsame Farbe. Die übrigen Völkerschaften: die Deutschen, Italiener, Ungarn, Albaner, Armenier, sind in ihrer Gesammtheit getrennt bezeichnet. Ueberall sind mit Hülfe der statistischen Notizen die Details der Verzweigungen und Abstufungen leicht aufzufinden.

Ein einziger Blick auf die Karte genügt um zu zeigen, daß eine staatliche Trennung der Hauptelemente, aus welchen der große Länderkomplex des Kaiserreichs gebildet ist, unmöglich wäre, wenn man nicht eine neue Völkerwanderung hervorrufen, oder eine große, aber weit umher gestreute Anzahl deutscher Ansiedlungen, als verlorene Vorposten aufgeben wollte. So sehr sind die deutschen, slawischen und ungarischen Stämme im Lauf der Jahrhunderte mit einander verwachsen. Ein Beweis, daß Denen, welche die Lostrennung Deutsch-Oesterreichs von dem Gesammtstaat anstrebten, die ethnographischen und statistischen Verhältnisse des Kaiserreichs ganz unbekannt sein mußten. Ein Beweis ferner, daß die Regierung, indem sie die Aufrechterhaltung der Integrität des Gesammtstaates zu einer conditio sine qua non machte, nicht eine Politik der Willkür, sondern eine Politik der Nothwendigkeit befolgte.

Bei einem Blick auf die ungarischen Lande gewahren wir, welch ein unendliches Feld hier noch wüst und öde liegt und seiner Erlösung aus dem Bann der Wildniß entgegenharrt. Die Natur schafft hier für sich allein, ohne daß der Mensch fördernd und veredelnd dabei mitwirkte, und doch brauchte er nur seine Hand auszustrecken, um die nimmer versiegenden Schätze aus dem Schooße der Erde zu heben. Wenn es gelänge — worauf so oft und nachdrücklich in neuerer Zeit hingewiesen ist — den Strom deutscher Auswanderung in diese gesegneten Lande zu lenken, wo er lange Jahre hindurch münden könnte, ohne der Ansiedler zu viele zu bringen, die Folgen würden von unberechenbarem Nutzen sein für Land und Leute. So dünn gesäet sind die Wohnungen der Menschen hier, daß zu den 11 Millionen Einwohnern Ungarns noch neue 11 Millionen kommen könnten, ohne das Land zu übervölkern. Nur das unregelmäßige Länderviereck, welches südwestlich von sloveno-kroatischem Gebiet begrenzt und im Süden und Osten von der Donau umschlungen wird, und in dessen Mitte sich der Plattensee anmuthig hinschlängelt, macht hier eine Ausnahme durch seine dichter zusammengedrängte Bevölkerung, aus welcher sich, theils in geschlossenen Massen, wie in dem Donauwinkel zwischen Wißzelgrad und Hanzelbek, theils zerstreut und bunt übers Land gesprenkelt, deutsche Ansiedelungen hervorheben. Dagegen bietet das ganze weite Land am linken Donauufer, sowie das sich südöstlich ausbreitende, von der Theiß und vom Körösfluß bespülte Gebiet ein noch fast brach liegendes Feld zum Anbau.

Ueberraschend und neu dürfte es Vielen erscheinen, bei der Betrachtung von Galizien und der Bukowina zu finden, daß die seit Stadions Statthalterschaft in Galizien so viel genannten Ruthenen, im Verhältniß zu den übrigen Stämmen, den bei weitem überwiegenden Theil der Bevölkerung ausmachen. Das Verhältniß der einzelnen Stämme zu einander ist folgendes: Ruthenen 2,612,793, Polen 2,005,149, Deutsche 131,000, Russen 2,339, Czechen 2,182.

Es dürfte noch eine geraume Zeit vergehen, ehe die statistischen Tabellen, bei deren Abfassung noch die alte Provinzialeintheilung zu Grunde gelegt wurde, der Oeffentlichkeit übergeben werden; ich glaube daher Ihren Lesern einen Dienst zu erweisen wenn ich ihnen vorläufig einen Gesammtüberblick des Nationalverhältnisses in den einzelnen Provinzen gebe.

1. Oesterreich unter der Enns zählt 1,501,458 Einwohner, worunter 1,481,023 Deutsche, 11,881 Czechen, 4,258 Sloveno-Croaten.
2. Oesterreich ob der Enns und Salzburg 857,007 Deutsche.
3. Steiermark 649,000 Deutsche und 353,041 Slovenen.
4. Kärnthen und Krain 784,685 Einwohner, wovon 260,700 Deutsche, 506,288 Slovenen, 7,078 Sloveno-Croaten, 10,619 Croato-Serben.
5. Küstenland 489,916 Einwohner, wovon 9,385 Deutsche, 172,422 Slovenen, 3,300 Slovene-Croaten, 134,545 Croato-Serben, 116,823 Italiener, 48,426 Furlaner, 1,555 Walachen, 3,490 Juden.
6. Tyrol 859,673 Einwohner, wovon 320,212 Italiener, 8,612 Ladiner.
7. Böhmen 4,347,444 Einw., wovon 1,727,432 Deutsche, 2,549,975 Czechen, 70,037 Juden.
8. Mähren und Schlesien 2,263,021 Einw., wovon 756,706 Deutsche, 1,330,213 Czechen, 135,375 Polen, 663 Slovene-Croaten, 10,064 Juden.
9. Galizien und Bukowina (Krakau inbegriffen) 5,255,621 Einw., wovon 131,000 Deutsche, 2,182 Tschechen, 2,005,149 Polen, 2,612,793 Ruthenen, 2,339 Russen, 114,626 Walachen, 5,381 Armenier, 5,446 Albanesen, 316,702 Juden.
10. Dalmatien 404,640 Einw., wovon 374,725 Slovenen, 28,500 Italiener, 1,005 Albanesen, 110 Juden.
11. Lombardei 2,670,833 Italiener.
12. Venedig 2,257,200 Einw., wovon 12,036 Deutsche, 26,317 Slovenen, 1,873,002 Italiener, 311,085 Furlaner, 4,760 Juden.
13. Ungarn 11 Millionen, wovon 4,500,000 Magyaren, 1 Million Deutsche, 2,300,000 Slawen, 400,000 Ruthenen und Russen, 50,000 Krainer und Wenden, 700,000 Croaten,

---

*) Direktor des unter Hrn. v. Bruck stehenden Bureau der administrativen Statistik.

800,000 Serben, Schokazen, Slavonier, Dalmatiner und Istrier, 10,000 Bulgaren, 930,000 Walachen, 37,000 Zigeuner und Albanesen, 10,000 Griechen, 3,000 Armenier, 260,000 Juden.

14. Siebenbürgen (mit der siebenbürgischen Militärgränze) 2,383,880 Einw., wovon 250,000 Deutsche, 200 Bulgaren, 660,500 Ungarn, 1,497,180 Walachen (Moldauer), 60,000 Zigeuner und Albanesen, 9,000 Armenier, 7,000 Juden.

15. Militärgränze 1,091,748 Einw., wovon 48,229 Deutsche, 9,951 Czechen, Mähren und Slowaken, 535,736 Croaten, 354,876 Serben, Schokazen, Slavonier, Dalmatiner und Istrier, 136,917 Walachen (Moldauer), 965 Albanesen und Zigeuner, 532 Juden.

Hiezu das k. k. Militär (approximativ) 492,486 Mann, wovon 105,486 Deutsche, 104,000 Czechen, Mähren und Slowaken, 40,000 Polen, 54,000 Ruthenen und Russen, 20,000 Slovenen, Krainer und Wenden, 24,000 Croaten, 21,000 Serben, Slavonier, Dalmatiner und Istrier, 44,000 Ungarn, 60,000 Italiener, 20,000 Walachen (Moldauer).

Danach stellt sich für den Gesammtstaat folgendes Resultat heraus:

Deutsche	7,819,275	Einw.
Czechen, Mähren, Slowaken	6,308,202	"
Polen	3,180,524	"
Ruthenen, Russen	3,069,132	"
Slovenen, Krainer, Wenden	1,143,367	"
Croaten	1,270,355	"
Serben, Schokazen, Slavonier, Dalmatiner, Istrier	1,685,146	"
Bulgaren	10,200	"
Ungarn	5,214,047	"
Italiener	5,066,846	"
Furlaner	389,511	"
Ladiner	8,642	"
Walachen (Moldauer)	2,630,278	"
Zigeuner	97,000	"
Albanesen	1,970	"
Griechen	10,000	"
Armenier	17,384	"
Juden	740,256	"
Gesammtbevölkerung	37,662,135	Einw.

(Allg. Z.)

Paris.

†† **Paris**, 17. Jan. Im Café, beim Restaurant, auf den Boulevards, in den Passages, im französischen Cercle, beim englischen Rout, überall hört man ein Schlagwort, ja in der stillen Stube selbst tönt es noch in den Journalen nach, welche es seit zehn Tagen nach allen Seiten buchstabiren, Inhalt und Gedankenstoff aus dem armen Worte pressen, welchen kein Sterblicher in ihm geahnt hat — Rateau. Bei ruhiger Betrachtung der Streitfrage, welche der Abgeordnete Rateau heraufbeschworen, muß man den Republikanern de la veille vorwerfen, daß sie die Wichtigkeit ihrer sogenannten lois organiques viel zu hoch angeschlagen, daher eine Auflösung der Nationalversammlung nach Feststellung des Wahlgesetzes kein so entsetzliches Unglück für Frankreich wäre, auch abgesehen von der Ersparung der täglichen 25 Francs für je einen von neunhundert Repräsentanten. Organische Gesetze, ein zu unbestimmter Ausdruck für Grundrechte! Nur Letztere sollte die Konstituante entwerfen und zur unumstößlichen Gesetzeskraft — salvo jure der Revolution — erheben. Alle übrigen Gesetze gehören ohne Zweifel der gesetzgebenden Kammer zu! Die Konstituante verkennt ihren Zielpunkt und ihre Würde, wenn sie mit unbedeutenderen Ordonnanzen und Arrêtés des Präsidenten konkurriren wollte. Das Votum der Auflösung der Nationalversammlung sollte der Epilog ihres Verfassungswerkes sein. Die Kommission zur Prüfung der Anträge auf Einberufung der gesetzgebenden Kammern und Modifikation der Dekrete vom 15. Dez. über die organischen Gesetze hat sich gestern konstituirt und erwählte zum Präsidenten Hrn. Lichtenberger, zum Sekretär Peter Bonaparte. Die politische Bedeutung dieses Napoleoniden steigt im Verhältnisse seiner Opposition gegen seinen Vetter Präsidenten, bei welchem er in entschiedene Ungnade gefallen ist. Gestern z. B. gab Louis Napoleon ein großes Diner, und neben Bugeaud, Molitor, Gerard, Sebastiani war auch seine Familie gebeten — Peter Bonaparte aber war nicht da. Auf dem ersten Balle beim Seine-Präfekten, Hrn. Berger, wo Alles, was Paris an Glanz und Ruhm besitzt, vereinigt war, fehlte nur der Präsident. Wegen einer zwischen ihm und Hrn. Berger obwaltenden Uneinigkeit soll er nicht erschienen sein. Hr. Persigny, Ordonnanzoffizier des Präsidenten, geht mit einer besondern Sendung nach Deutschland, vermuthlich die Großherzogin Stephanie nach Paris zu begleiten (?). Der Präsident hat in den drei ersten Theatern Logen gemiethet, und zwar die von Louis Philipp früher besessenen. Der Erpair d'Alton Shee schlug sich gestern mit dem Redakteur des Journals la Revolution demokratique et sociale. Beide wurden an Hand und Arm verwundet.

Aus Mittelitalien.

Aus Mittelitalien, 8. Jan. Die toskanischen Kammern werden übermorgen eröffnet werden, und man ist nicht ohne Besorgniß vor Unruhen. Maueranschläge bedrohen Deputirte und Senatoren, man werde sie in den Arno werfen, unter dem gewohnten Vorwande, daß sie den Interessen des Volks feindlich seien. Mit dem Namen Volk wird ein großartiger Mißbrauch getrieben. Schaart sich ein Haufen Gesindel zusammen, Personen zu beleidigen und zu mißhandeln, Eigenthum zu verletzen, so heißt es, il Popolo habe Gerechtigkeit geübt. Die Polizei ließ neulich den Redakteur des Stentarello kommen, erklärte ihm, man beabsichtige Gewaltthätigkeiten gegen ihn und sein Blatt, und die Regierung habe nicht die Kraft ihn zu schützen. Man fragt sich, wozu denn die Regierung da sei? Hoffentlich trifft sie wenigstens Vorkehrungen, den Abgeordneten, welche vor einem Jahre noch in den vordersten Reihen der Liberalen glänzten, und von denen es heute heißt, ihr Liberalismus sei nur travestirter Despotismus (leider findet dies auf manche der gegenwärtigen Stimmführer volle Anwendung), Freiheit der Bewegung und des Wortes zu verschaffen. Die Polizei macht unterdeß ernstliche Anstalt, in den Straßen die Ordnung herzustellen. Das schöne und anmuthige Florenz hat sich in der neusten Zeit immer mehr mit Bettlern gefüllt, die den Vorübergehenden kaum weniger plagen als die wortreichen römischen; dazu nahm die Ansicht, daß die Straße Privateigenthum sei, auf welchem man sich zu jedem beliebigen Geschäft ohne Scheu noch Rücksicht auf die andern einrichten könne, in immer steigendem Maße überhand. Die Via Calzajoli, die Hauptarterie des gewerbtreibenden Theils der Stadt, war zu einem förmlichen Markte geworden: zwei unabsehbare Reihen von Handkarren mit Waaren aller Art, ambulante Buden, sonstiger Hindernisse nicht zu gedenken, beengten den Raum in solchem Grade, daß trotz der Breite dieser schönen und lebendigen Straße, die Kommunikation äußerst erschwert war. Solcher Mißbrauch, wie das Verunreinigen der öffentlichen Wege, welches mehr und mehr allem Schicklichkeitsgefühl Hohn sprach, ist nun durch ein sehr verständiges Dekret streng untersagt worden; wir wollen sehen, mit welchem Erfolg. Ein wohlthätiges Projekt kommt hoffentlich unter Theilnahme der Kommune zur Ausführung. Es fehlt sehr an gesunden und anständigen Wohnungen für die ärmeren Klassen. Im Vergleich mit andern Hauptstädten gehören zwar die Armenquartiere, namentlich die sogenannten Camaldoli von St. Lorenzo und St. Frediano, keineswegs zu den schlimmen, aber die Zahl der verfallenen, feuchten, lichtlosen Wohnungen ist doch groß genug. Mehrmals schon hatte man an die Anlegung eines neuen Stadttheils für die Bedürftigen gedacht; jetzt hat eine Gesellschaft einen solchen Plan veröffentlicht, welcher mittelst Aktienzeichnungen ausgeführt werden soll. Man will einen Häuserkompler bauen, welcher in zwölf Abtheilungen von drei Geschossen 40 Wohnungen enthalten soll, je vier mit gemeinsamer Treppe, aber vollständiger Abtrennung. Vom Phalanstere will man so das in ökonomischer Hinsicht einzig Praktische entlehnen. Die Gemeinde von Florenz würde zu diesem Behuf ein ihr gehöriges Grundstück innerhalb des Mauerkreises in schöner und gesunder Lage, in der Nähe neuer Straßenanlagen für die wohlhabenderen Klassen zu niederem Zinse hergeben. Die Baukosten sind auf etwa 105,000 Konv. Gulden, in 800 Aktien abgeschätzt. (Allg. Z.)

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 23. **Frankfurt a. M., Dinstag 23. Januar.** **1849.**

Uebersicht.

---

23. Januar.

Der neueste Vorschlag zum Frieden zwischen Dänemark und Deutschland lautet dahin, daß man ein besonderes Herzogthum Schleswig bilden solle, mit Dänemark in manchen und gerade in wichtigen Beziehungen verbunden, im Uebrigen aber mit einer gewissen Selbstständigkeit bewidmet. Dieser Vorschlag geht von Dänemark aus. Er ist von Lord Palmerston aufgegriffen und wird von Rußland, Schweden und Frankreich lebhaft unterstützt. Dieser Plan ward in unsern Blättern schon vor längerer Zeit in einer Mittheilung aus Schleswig erwähnt, und damals ein Mährchen genannt: Und in der That klingt er auch mährchenhaft. Denn weßhalb haben sich die Herzogthümer gegen den König von Dänemark erhoben, als weil dieser Schleswig von Holstein losreißen wollte? Weshalb sind wir den Holsteinern zu Hülfe geeilt und haben einen kostspieligen Krieg geführt, als um das gute Recht der Herzogthümer zu wahren, bei einander zu bleiben ungetheilt? Und jetzt wird als erste Bedingung des Friedens dennoch jene Losreißung vorgeschlagen?

Wer Schleswig-Holstein kennt, der weiß, wie sehr eine solche Losreißung alle Lebensnerven der Herzogthümer durchschneiden würde. Ihre Verbindung ist Jahrhunderte alt. Ihre Gemeinschaft erstreckt sich nicht bloß auf öffentliche Einrichtungen, auf Verwaltung, Rechtspflege, Kirchenverfassung, Zölle und dergleichen, sondern auch auf die kleinsten Dinge des gewöhnlichen Lebens. Die wichtigsten Geschäfte beider Herzogthümer werden auf dem Kieler Umschlag abgemacht, hier vereinigt sich der Geldverkehr von der Königsau bis zur Elbe. Alle Vereine und Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen sind gemeinschaftlich; es macht keinen Unterschied, ob jemand nordwärts oder südwärts vom Kanale wohnt. Aber gesetzt die Losreißung Schleswigs wäre möglich, so würde sich doch gar bald die Selbstständigkeit Schleswigs als eine Unmöglichkeit erweisen. Das kleine Schleswig, abgesperrt an der Eider von Holstein und von Hamburg, seiner alten Verbindungen beraubt, wird seine Vereinzelung nicht lange ertragen können. Es wird um jeden Preis sich an den Süden oder an den Norden anschließen müssen. Es wird nach dem deutschen Süden wollen, aber nach dem dänischen Norden müssen; denn wenn die Herzogthümer schon jetzt nicht im Stande waren, sich den beständigen Uebergriffen der Dänen in Sprache, Kirche, Schule, Verkehr zu erwehren, was wird Schleswig ausrichten können, wenn es den Rückhalt verliert, welchen es bis jetzt an dem ganz deutschen Holstein besaß? „Begierig sieht Dänemark dem Zeitpunkt entgegen, sagt die neueste Kieler Adresse, „wo das erschöpfte isolirte Schleswig sich ihm in die Arme zu werfen gezwungen sein wird, und willig sichert es, wie bereits öffentlich ausgesprochen wird, statt der Inkorporation dem Herzogthum Schleswig eine selbstständige Stellung zu, das Projekt, wir wissen nicht mit welchen Bedingungen verbrämend: aber wir sehen voraus, daß Schleswigs deutsche Söhne werden gezwungen werden, in Dänemarks Heer und auf Dänemarks Flotte, wenn es sein muß, gegen Deutschland selbst, zu dienen; daß die Frucht deutschen Fleißes in Schleswig zum Unterhalt der dänischen Kriegsmacht, zur Tilgung der dänischen Staatsschuld, nach Grundsätzen verwendet werden wird, welche unter dem Scheine der strengsten Gerechtigkeit die ärgste Prägravation bergen. — Kann nicht Deutschland die Deutschen in Schleswig jetzt noch schützen vor solchem Loose?"

Die Nachricht von der beabsichtigten Losreißung Schleswigs hat die Herzogthümer, über welche bereits nach so vielen Unruhen eine gewisse Abspannung gekommen war, von Neuem in Bewegung gesetzt. Von allen Seiten laufen Erklärungen und Verwahrungen ein. Sogar von Flensburg, welches durch seinen Verkehr mehr als irgend eine andere Stadt an Dänemark gebunden ist, sind durch den Schleswig-Holsteinischen Bevollmächtigten der Reichsversammlung und dem Reichsministerium acht Petitionen und Adressen mit zahlreichen Unterschriften übergeben. In der Hauptstadt Schleswig hat man sich noch bei keiner andern Gelegenheit eifriger zum Unterschreiben gedrängt, als bei der Verwahrung gegen den „Todesstoß in das Herz Schleswig-Holsteins." Das alte Land der Angeln versammelte sich in der Kirche zu Süderbrarup und wiederholte in einer feierlichen Verwahrung an die deutsche Reichsgewalt den alten Schwur: Wi laven, dat Schleswig-Holsteen schall bliwen ewig tosammende ungedeelt!

Wir glauben auf die entschiedenen Zeichen der öffentlichen Stimmung und auf deren wohlberechtigte Ursachen aufmerksam machen zu müssen, damit die Diplomaten sich nicht die verlorene Mühe geben, auf einem unhaltbaren Grunde zu bauen. Die Diplomaten können nicht mehr wie sonst über Land und Leute entscheiden, ohne Land und Leute gehört zu haben. Deutschland wird es nicht ertragen, daß so viele Tausende seiner Landsleute von der gesetzlichen Verbindung von ihm losgerissen und offenbar, wenn die neuen Zustände dauern könnten, für immer entrissen werden. Aber jeder Friede, welcher auf Losreißung Schleswigs hinausliefe, würde noch gewisser wie der Malmoer Waffenstillstand schon am Widerstande der Herzogthümer scheitern. Das alte Sprichwort vom treuen Holsten würde sonst ja zu Schanden werden! Es ist die nächste Pflicht der Herzogthümer, an die Selbstvertheidigung ihres Landes zu denken. Sie können sich jetzt nicht wie voriges Frühjahr damit entschuldigen, daß sie unvorbereitet wären. Wir können nur einstimmen in eine Stimme in ihrer Presse, welche sie zum kräftigen Handeln auffordert: „Wir Schleswig-Holsteiner sind schon im ganzen Deutschen Reich, und weit über die Grenzen desselben hinaus, wegen unserer Vorliebe für Adressen 2c. bekannt, und haben auch, ehrlich gestanden, in den letzten Jahren etwas in diesem Fache geleistet. Muß man

nun freilich bedauern, daß wir bis jetzt mehr Worte gemacht haben, als Thaten vollbracht, und muß man auch den Wunsch hegen, daß dies endlich einmal anders werde, so wollen wir damit doch nicht die Wichtigkeit beider Gegenstände in Abrede stellen, welche jetzt zu Adressen ꝛc. Veranlassung geben. Es sind dieses erstens die Friedensfrage, und zweitens die Oberhauptsfrage. Die Proteste, welche gegen das famose dänische Friedensprojekt, namentlich aus dem zunächst bedrohten Herzogthum Schleswig, abgehen, häufen sich, und es wird bald keine Stadt, kein Distrikt sein, der nicht in einer Eingabe an die Centralgewalt, die Reichsversammlung und die gemeinsame Regierung es ausgesprochen hätte, bei Holstein bleiben und mit ihm vereint an der Zukunft Deutschlands Theil nehmen zu wollen. Das ist Alles recht gut, aber es genügt nicht. Soll der Wille Schleswigs, bei Holstein und Deutschland zu bleiben, Berücksichtigung finden, so muß die That hinzukommen. Es ist wohl kein Schleswig-Holsteiner, der nicht die Nothwendigkeit einsähe, jetzt Alles daran zu setzen, um von Dänemark freizukommen, und um unsere Selbstständigkeit zu bewahren. Es gehört aber nur geringe Einsicht dazu, es zu begreifen, daß, wenn die Großmächte uns nicht schützen wollen, die Entscheidung unseres Schicksals ganz allein von unserer eigenen Haltung abhängt. Sehen unsere Deutschen Brüder, daß wir in Demuth das uns von den Diplomaten beschiedene Loos hinzunehmen bereit sind, sehen sie, daß wir geduldig es geschehen lassen, wenn die tausendjährigen Bande gelöst werden, welche Schleswig und Holstein zu einem Ganzen vereinigen, sehen sie, daß wir, während unsere heiligsten Rechte mit Füßen getreten und unsere Existenz vernichtet wird, uns wiederum auf das Adressenschreiben verlegen und höchstens dem Liede „Schleswig-Holstein, stammverwandt," einige neue Verse hinzusetzen: dann sind wird verloren!"

„Rüsten! rüsten und wieder rüsten", ruft ein anderer Schleswiger, „das ist unsere nächste Aufgabe, damit uns der Feind nicht wehrlos finde mit unserer eigenen Schuld, wie wir im März vorigen Jahres wehrlos waren ohne unsere Schuld." Bonin ist den Herzogthümern glücklicher Weise erhalten, und so stehen deren Vertheidigungsmittel unter geschickter Leitung. Die schleswig-holsteinische Landesversammlung wird am 26. d. M. zusammentreten, um über das Budget von 1849 und ohne allen Zweifel auch über diese in das Leben der Herzogthümer tief einschneidenden Angelegenheit zu berathen. Auch Deutschland wird die Seinigen nicht schutzlos lassen, wenn es nur am 26. März — Ein Deutschland gibt!

Auch bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder, man möchte sagen, wie von selbst die einzig vernünftige Lösung des widerwärtigen Streites. Die nördlichen, ganz dänischen Striche des Herzogthums nehmen keinen Theil an der oben erwähnten Bewegung. Ihre Begriffe sind, wie die Deutschen in den Herzogthümern es ausdrücken, „sehr verwirrt", oder wie wir mit mehr Unpartelichkeit sagen, sehr deutlich. Sie sind dänisch und wollen dänisch werden. Und das übrige Schleswig ist deutsch und will deutsch werden. Eine Lostrennung jener völlig dänischen Striche ist, wenn dauernde Zustände geschaffen werden sollen, nicht zu umgehen, und das Aufgeben mancher deutscher Ortschaften ist dabei ein schmerzliches, aber nothwendiges Opfer.

Es möchte gerathen sein, jetzt über Schleswig nicht zu sprechen, weil man uns in Hannover und München fortwährend vorwirft, wir wünschten die deutschen Angelegenheiten blos auf eine solche Weise geordnet, daß Schleswig dadurch beschützt werde. Dies sei unser Standpunkt. Allein wir stoßen einen solchen Vorwurf nicht mit der Hand, sondern mit dem Fuße zurück; er ist zu erbärmlich. Der Schleswig'sche Handel ist augenblicklich unsere einzige auswärtige Verwicklung. Es ist die erste Gelegenheit, wo das freie, und so Gott will, einige Deutschland zu zeigen hat, ob seine auswärtige Politik noch so ohnmächtig sein soll, wie die zur Zeit des alten Bundes, wo wir eigentlich gar keine hatten. Die Einigung Deutschlands wird ja hauptsächlich deshalb von allen Deutschen so sehnlich verlangt, damit wir endlich unsern Rang unter den Nationen einnehmen. Der Schleswig'sche Streit gab die erste Gelegenheit, das schlummernde Nationalgefühl zu erwecken, und jetzt gibt er Gelegenheit, dies edle Gefühl zu zeigen. Es gilt, das Nationalgefühl innerhalb der Schranken des Rechts und der Billigkeit zurückzuweisen, innerhalb derselben aber auch den Ruhm deutscher Tapferkeit und Ausdauer zu bewähren. Es wäre feige, aus Furcht vor elenden Mißdeutungen jetzt über Schleswig zu schweigen. Deutschland muß besonders aufmerksam sein auf diese Landschaft, pflegt und liebt doch auch eine Mutter am meisten ein leidendes Kind, das ihr auf immer entrissen zu werden droht.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 22. Jan. Wir sprachen neulich die Befürchtung aus, daß auch in der Verhandlung über die Erblichkeit des Reichsoberhauptes noch viele Reden gehalten werden möchten, die, um Vincke's Worte zu brauchen, „für die österreichische Frage vorbereitet worden waren", und leider hat sich diese Befürchtung bestätigt. Der erste Theil der heutigen Sitzung ist ganz mit solchen Reden gefüllt worden. Herr Ahrens aus Salzgitter und Herr Beda Weber aus Meran, beide griffen das Erbkaiserthum aus Rücksicht auf Oesterreichs Stellung zu Deutschland an, und erklärten sich *gegen* einen Kaiser, weil es nicht der Kaiser von Oesterreich sein könne. Herr Beda Weber sagte das Alte wenigstens auf neue Weise — und die Versammlung wußte ihm vielen Dank dafür. Mit der Naivität und Derbheit, die in seiner Heimath zu Hause sind, zog er gegen die Anhänger des Kaiserthums zu Felde und, ein zweiter Abraham a Santa Clara, wie Dahlmann ihn treffend bezeichnete, hat er zwar schwerlich seine Zuhörer gebessert, sie aber jedenfalls unterhalten.

Ihm folgte Rümelin aus Würtemberg, der mit der Sprache des gesunden Menschenverstandes die Gründe entwickelte, weßhalb sein engeres Vaterland trotz persönlicher Antipathieen ein preußisches Erbkaiserthum wünsche. Bisher sei der Südwesten bei jedem Kriege eine Beute der Feinde geworden, eine *feste* Einigung Deutschlands würde ihn schützen. „Wenn ich zwei Arme hätte, sagte er, und der eine wäre einem andern Menschen angewachsen, ich würde ihn abhauen und lieber mit einem Arme gehen als mit einem zweiten, über den auch ein Anderer verfügen könnte". Er schloß damit, die schöne Zuversicht auszusprechen, daß das Werk zu Stande käme, auch wenn die Versammlung es nicht vollbrächte. Aber um ihres Namens in der Geschichte willen, wünsche er, daß sie es thäte. „Nicht die Zukunft soll die Verfassung Deutschlands, sondern die Verfassung soll die deutsche Zukunft machen!"

Uhland, der deutsche Dichter, nahm jetzt das Wort. In sich gekehrt und mit seitwärts gewendetem Gesicht sprach er von seinen „Frühlingsträumen," und wie ein Traum scholl es zu uns herüber von der „deutschen Eiche, die kein Brutnest von Reichsadlern sein sollte", von „dem Reichsapfel, der abgeschält würde", von „dem Rauschen des adriatischen Meeres", von dem „Thurme Preußen und dem Thurme Oesterreich" — es mochten Phantasien eines Sängers sein, politische Weisheit war es schwerlich. Die Versammlung aber hörte mit Ehrfurcht, und achtete auch in dem Redner noch den Dichter.

Als nun Dahlmann die Tribüne betrat, bezeichnete schon die Bewegung, die sich der Versammlung bemächtigte, den Meister. Athemlose Stille folgte. Er führte die Verhandlung sogleich auf ihr eigentliches Gebiet, auf die Erblichkeit zurück. „Es ist mir," sprach er, „wenn ich auf die Erblichkeit eine Lobrede halten soll, als sollte ich das Einmaleins vertheidigen. Wie dieses so einfach ist, daß seine Richtigkeit sich eben nicht *beweisen* läßt, so auch die Erblichkeit. Nicht das ist ihr Wesen, was man gewöhnlich an Vorzügen derselben aufzuzählen pflegt, daß sie vor den Uebeln der Wahl, des Zwischenreichs bewahrt u. dgl.; ihr Wesen ist eben das Allereinfachste, daß, nachdem sie den Staat sicher gestellt hat, sie die Wärme der Familie in das Staatsleben gießt." Der Redner ging dann auf seine eigene Lebensgeschichte über, um zu zeigen, wie nicht aus einer vorgefaßten Meinung, sondern aus den traurigsten Lebenserfahrungen diese seine Ansicht sich festgestellt habe, und mit jenem erschütternden Ton der tiefsten Ueberzeugung, den man aus früheren Verhandlungen an ihm kennt, sprach er auch heute Worte, die durch das ganze Vaterland klingen werden. „Wir brauchen Ein Herrscherhaus, das ganz in Deutschland aufgeht. Oesterreich kann es nicht, es krankt an seiner Stärke, Preußen aber ist schon in den Napoleonischen Kriegen mit Deutschland gefallen, mit Deutschland gestiegen. *Dieses Hauses* also müssen wir uns so versichern, daß es uns ganz angehört. Wir können es nicht auf die Probe berufen. — Ich würde glauben, mit Allem gebrochen zu haben, was mir heilig und theuer ist, mit der Geschichte Deutschlands, mit meinem Vaterlande, wenn ich anders stimmte als für das Haus Hohenzollern."

Nach einer solchen Rede mußte es auch einem Andern als

Fröbel schwer werden, die Aufmerksamkeit zu fesseln; mit trockner, trüber Dialektik suchte er theoretisch nachzuweisen, wie das Kaiserthum für Deutschland nicht passe, weil jeder Organismus, der neu geschaffen werden solle, doch immer nur die Ausbildung derjenigen Elemente sein könne, die an sich schon in ihm lägen. Er schloß mit seiner bekannten Lehre, daß das Oberhaupt durch Urwahlen, vom Volk, und zwar auf die kürzeste Periode, zu wählen sei. Selbst die Linke wagte nicht, dieser Rede Beifall zu zollen.

Zuletzt trat Vincke auf, und wieder wie der Schlachtengott fuhr er durch die Reihen seiner Feinde. Nachdem er kurz die Mängel des Wahlreiches aufgezeigt und an dem Beispiel Louis Napoleon's dargethan hatte, welche Beweggründe bei der Wahl eines Oberhaupts entscheidend zu sein pflegen, nämlich nicht die Rücksicht, wer der Beste sei, sondern wer am meisten singuläre Interessen zu fördern verspräche, oder wer am meisten den Parteien Aussicht böte, daß sie während seiner Herrschaft für sich wühlen könnten, — nachdem er schlagend bemerkt hatte, daß man das Oberhaupt zum Feinde der eignen Verfassung mache, wenn man es nicht erblich festsetze, weil es dann ja das Wahlreich in ein Erbreich zu verwandeln stets bemüht sein werde, ging er auf die Gründe ein, welche gegen seine Ansicht vorgebracht worden waren, und wußte stets die Gegner mit ihren eignen Waffen zu schlagen. Beda Weber und Phillips, Welcker und Eisenstuck, sie wurden unbarmherzig zerpflückt; weder die nationalen noch die politischen, weder die religiösen noch die kommerciellen Bedenken blieben unwiderlegt. Endlich, um den Spott auf die Spitze zu treiben, wies er den Demokraten nach, wie in ihrem eignen Interesse ein Erbkaiserthum liege; bei jeder Wahl sei Gelegenheit zu Umtrieben, welche die unruhigen Köpfe benutzen würden, und die Unordnungen würden jedesmal in natürlichem Rückschlag eine desto härtere Herrschaft herbeiführen. Zum Schluß kam er darauf, daß nicht die Rücksicht auf Preußen es sei, die ihn so reden und stimmen mache; er würde für ein erbliches Kaiserthum sein, auch wenn Oesterreich diese Würde erhalten, und Preußen sich ihm unterordnen sollte. Er sei nicht wie jene Oesterreicher, die früher sich wohl für ein Erbkaiserthum ausgesprochen hätten, jetzt aber, wo die Umstände der Art seien, daß Oesterreich nicht am deutschen Staat Theil nehmen könne, plötzlich einen Wahlkaiser wollten!

Der edle Zorn, der während dieses Schlusses aus ihm geleuchtet hatte, bewegte die Versammlung sichtlich: sie vertagte die weitere Berathung.

Morgen wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Abstimmung vor sich gehen. Das Ergebniß wird zeigen, ob die inhaltschweren Reden, welche heute von den Ersten der Versammlung gehalten worden sind, es vermocht haben, das ungünstige Stimmenverhältniß zu ändern. Wie aber auch die Würfel fallen mögen, diese Reden werden nicht vergebens gewesen sein; sie werden, wenn nicht in der Versammlung, im Volke nachwirken, und die Stimme des Volkes wird mächtig werden auch] die zu zwingen, die sich bis jetzt gesträubt haben.

Frankfurt, 22. Jan. Das Reichsministerium hat an den Bevollmächtigten für Sachsen-Weimar, Herrn von Wydenbrugk, nachstehendes Schreiben erlassen:

„Der Reichsverweser hat aus Ihrer sehr geschätzten Mittheilung vom 18. Kenntniß davon genommen, daß Se. königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar gleichzeitig mit den Fürsten der übrigen thüringischen Staaten in einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen Ihre Zustimmung zu dem Antrage des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung ausgesprochen, wonach an die Spitze Deutschlands einer der regierenden deutschen Fürsten gestellt werden soll. Dieser Antrag ist von der verfassunggebenden Reichsversammlung gestern zum Beschluß erhoben worden. Die Fürsten Thüringens finden sich dadurch mit den Vertretern der deutschen Nation in erfreulichem Einklange und tragen durch den gegebenen Beweis hochherziger Bereitwilligkeit auf dankenswerthe Weise zu der trostreichen immer mehr erstarkenden Gewißheit bei, es werden die Leiden und Anstrengungen des deutschen Volkes nicht vergebens und durch eine Zukunft belohnt sein, welche den Fürsten wie den Völkern wohl bald die Zeiten der Schwäche und Zersplitterung wird vergessen lassen. Der Unterzeichnete hat darum mit Freude den Auftrag übernommen, Sr. königlichen Hoheit den wärmsten Dank im Namen der Centralgewalt auszusprechen, und bittet Sie, Herr Bevollmächtigter, Gegenwärtiges zur Kenntniß des Großherzogs bringen zu wollen.' Frankfurt, 20. Jan. 1849. (Gez.) Gagern."

(O.-P.-Z.)

: **Frankfurt,** 22. Jan. Die französischen Zeitungen können sich nicht einigen, welchen Zweck die Seerüstungen in Toulon hatten. Wir können aus sicherer Quelle folgende Mittheilung machen, die über diese Rüstungen Licht verbreiten dürfte. Vor ungefähr drei Wochen sagte Louis Napoleon zum Abgesandten der Republik Bolivia: „In kurzer Zeit werden 6000 Franzosen unterwegs sein, um gegen Rosas zu kämpfen. Schreiben Sie das Ihren Landsleuten!"

♈ **Frankfurt,** 22. Jan. Heute hat, nachdem das Stadtgericht schon seit einiger Zeit mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit verhandelt, auch das Appellationsgericht die erste öffentliche Sitzung gehalten. Das nicht juridische Publikum hatte sich in sehr geringer Zahl dabei eingefunden, wie es denn überhaupt eine eigenthümliche und zu manchen Betrachtungen veranlassende Erscheinung ist, daß diese durchgreifende Aenderung in unserem Gerichtsverfahren, die doch seit Jahren so oft und so ungestüm gefordert wurde, jetzt, da sie wirklich angeordnet worden, anscheinend ohne die geringste Theilnahme des Publikums ins Leben tritt.

⊙ **Ollmütz,** 16. Jan. Die Truppen mit denen General Bem in Galizien einfiel, schätzt man auf beiläufig 15—20,000 Mann. (?) Meszaros maskirte durch seinen Angriff auf Schlick Bem's Unternehmen, welches auch in Siebenbürgen den ungarischen Waffen Vortheile brachte, indem Klausenburg wieder in die Hände der Magyaren fiel, und außerdem in zwei Gefechten die fliegenden Korps der Obersten Urban und Jablowsky geschlagen worden sein sollen. Bem wollte eine Insurgirung der östlichen Kreise Galiziens versuchen; ein Experiment, das bei der fanatischen Anhänglichkeit der polnischen Bauern an Oesterreich kein Gelingen versprach. Der Hauptzweck des Einfalles scheint nach der Aeußerung Kriegskundiger in Wirklichkeit nur der gewesen zu sein, die ungarische Hauptarmee auf einer Seite von dem Feinde, der sich ihr von Nordwesten unter Schlick nahte, zu befreien. In der heutigen Reichstagssitzung in Kremsier kommt der Paragraph, durch welchen der Adel abgeschafft wird, zur Berathung. Die Kammer soll, laut zuverläßigen Nachrichten, für Beibehaltung desselben gestimmt sein und somit mit den Ansichten des Ministeriums wieder in Zwiespalt gerathen. Daß aus diesen Reibungen und Differenzen für einen oder den andern Theil Entlassung oder Auflösung in Aussicht steht, ist gewiß. Gestern flüsterte man, das Ministerium hätte in corpore seine Entlassung von Sr. Majestät gefordert, der Kaiser sie aber verweigert. Fällt also das Ministerium nicht, so dürften uns die nächsten Tage über das Schicksal der Kammer Gewißheit bringen. Vielleicht daß der Einfall Bem's in Galizien die Katastrophe abermals um einige Zeit hinausschiebt; man fühlt und traut sich auch noch nicht genug, auf eine solche Art mit der öffentlichen Meinung zu brechen. Daß bedeutende Mißstimmung in allen Schichten der Bevölkerung herrscht, ist eine unläugbare Thatsache; selbst in Wien glimmt das Feuer unter der Asche fort, und bedürfte keines Sturmwindes mehr, um wieder zur lodernden Flamme zu werden. — Censur haben wir seit unsern Märztagen keine gehabt; dem Namen existirt auch jetzt noch keine, aber in Wirklichkeit ist sie doch schon wieder eingeführt. Als Beweis dafür erzähle ich Ihnen, daß der hiesige Theaterdirektor, Friedrich Blum, jedes Stück, bevor es zur Aufführung kommen darf, dem Kreishauptmann zur Einsicht und Prüfung vorlegen muß. Auf eine solche Weise werden die Errungenschaften des österreichischen Volkes, zu deren Aufrechterhaltung Ferdinand I. mehr als einmal sein Wort verpfändete, von den gegenwärtigen Machthabern respektirt.

* **Kremsier,** 16. Januar. In der heutigen Reichstagssitzung wurde die Debatte über §. 3 der Grundrechte (Abschaffung des Adels) fortgesetzt, ohne zum Schluß zu gelangen. Der Unterstaatssekretär Helfert legte die Ansicht des Ministeriums dar, die auf Abschaffung der Vorrechte, aber auf Beibehaltung der Adelstitel geht. Er warnt, nicht etwas zu nehmen, was man nicht nehmen dürfe und könne. Mehrere Abgeordnete interpellirten wegen suspendirter Journale. Doblhoff zeigte seinen Austritt aus der Kammer an. Herr von Schmerling, der von seinen Wahlmännern Urlaub erhalten hatte, aber nicht vom Reichstag, der allein das Recht hat ihn zu ertheilen, suchte bei diesem darum nach, der Reichstag lehnte aber heute die Bewilligung ab. Die Sache

hat keine praktischen Folgen, ist aber ein Symptom der Stimmung gegen das Ministerium.

Von der österreichischen Grenze. Soeben erging an die Militärbehörden ein Ministerialerlaß, wonach die konskribirten Regimenter (36) um ein zweites Reservebataillon von 1027 Mann vermehrt werden sollen und die entsprechende Bildung von Reserveabtheilungen bei Artillerie, Kavallerie, Jägern u. s. w. angeordnet wird. Ein Infanterieregiment wird sonach aus beinahe 10,000 Mann bestehen. Die Armee, welche jetzt fast 600,000 Köpfe beträgt, wird sonach um etwa 5000 Mann vermehrt. (Leipz. Z.)

> **Berlin**, 18. Jan. In den nächsten Tagen wird uns der bekannte spanische Diplomat und Ingenieur General Zarco del Valle verlassen und demnächst durch den Marquis de Valdegamas ersetzt werden, da Ersterer nicht länger den militärischen Funktionen in seiner Heimath sich entziehen kann und auch seinen Platz in der ersten Kammer wieder einnehmen wird. Wir verlieren ihn sehr ungern, da sein besonderes Interesse für deutsche Zustände, mit denen er wie wenige Ausländer genau bekannt ist, ihn vorzugsweise zum Vertreter Spaniens in Deutschland befähigte, haben aber die Aussicht, sobald das deutsche Einigungswerk vollendet sein wird, ihn nach dem Sitz der deutschen Reichsgewalt wiederkehren zu sehen.

✕ **Köln**, 19. Jan. Wie in Koblenz die Rhein- und Moselzeitung, so bietet hier die Rheinische Volkshalle Alles auf, um dem preußischen Erbkaiserthum entgegenzuwirken. Beide Blätter vertreten einen immerhin nicht unbeträchtlichen Theil der katholischen Partei. Der Piusverein hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Adresse angenommen: „Hohe Reichsversammlung! Wir wollen ein einiges Reich, in welchem Alle deutschen Stämme inbegriffen sind. Kein zerstückeltes Deutschland! Wir wollen Ein Oberhaupt, welches der Mehrheit der deutschen Nation genehm ist. Deutschlands Volk möge daher in direkter Wahl sich selbst seinen Kaiser wählen. Das wollen wir, das wünschen wir, hohe Reichsversammlung, das wollen und wünschen wir, die große Mehrzahl am Rhein, keineswegs!" Die Präsidentenwahl in Frankreich hat uns nach einer solchen allgemeinen Oberhauptswahl keineswegs lüstern gemacht. Katholiken wie Protestanten sehen entschieden das Heil in der preußischen Hegemonie. Bei weitem die verbreitetste unserer Zeitungen, die Kölnische, vertritt diese Ansicht, ebenso die konstitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens. Im hiesigen Bürgervereine wurde auf den Antrag des Herrn Compes eine Mißbilligung gegen die politischen Verfolgungen in Preußen ausgesprochen und das Verfahren der Gerichtshöfe gegen ihre politisch andersdenkenden Mitglieder nachdrücklich und einstimmig getadelt.

München, 20. Jan. Der König hat den Abgeordneten Freiherrn v. Lerchenfeld zum ersten und den Abgeordneten Grafen von Hegnenberg-Dux zum zweiten Präsidenten der Kammer der Abgeordneten ernannt. (N. M. Z.)

÷ **Stuttgart**, 18. Jan. Die Kammer übertreibt die Sache nachgerade; wenn das so fortgeht, nimmt das einzige Budget des Departements des Innern noch einen vollen Monat in Anspruch. Weit über eine Stunde ward die Frage debattirt, ob in der Irren-Pflegeanstalt Zwiefalten — es standen die Fonds für die Beschäftigungs- und Heilanstalten zur Diskussion — 6 Kühe angeschafft werden sollten oder nicht, und es ist kaum glaublich, daß über diese Sechskühefrage sogar die namentliche Abstimmung verlangt und noch dazu meistentheils motivirt gegeben wurde. „Im Interesse der großen Anzahl würtembergischer Narren, Ja!" stimmte der Abgeordnete Graf Degenfeld, und die Kammer entschied für die 6 Kühe; die würtembergischen Nicht — Narren mögen sich darein ergeben und sich christlich in Geduld fassen; Geduld wird ihnen vor allen Dingen nöthig sein. „Wenn uns schon — fragte in gerechter Besorgniß der Abgeordnete Scherr im Hinblick auf die noch bevorstehende Diskussion über die Aufhebung des Landesgestüts — die Zwiefalter Kühe eine volle Stunde beschäftigt haben, wie wird es erst bei den Stuttgarter Hengsten ergehen?" Der Himmel weiß es, wir müssen auf Alles gefaßt sein. Im Uebrigen bot die Diskussion wenig Bemerkenswerthes. Die Kommission hatte der Regierung die Frage zur ernstlichen Erwägung anheimgegeben, ob nicht die Beschäftigungsanstalten thunlichst bald wieder aufzuheben und dagegen zur Unterbringung arbeitsscheuer Individuen durch Errichtung landwirthschaftlicher Kolonien Einleitungen zu treffen seien? Darüber war man ziemlich einverstanden, daß jene Anstalten, wie sie gegenwärtig eingerichtet seien, ihren Zweck nur in sehr geringem Maße erfüllten, und Staatsrath Duvernoy gab auch die Erklärung ab, daß die Kreisregierungen sich bereits mit der Erörterung der hier angeregten Frage beschäftigten. Ob dagegen die Ansicht des Abgeordneten Preilmayer, daß man die Arbeitsscheu mit einer tüchtigen Tracht Prügel am besten und sichersten heilen werde, die richtige sei, können wir füglich dahin gestellt lassen. Die Kammer beschloß schließlich, den Antrag der Kommission zu befürworten, daß die Regierung, da die öffentlichen Irrenanstalten für den Bedarf nicht genügend seien, Privatanstalten dieser Art von bewährtem Rufe eine Unterstützung angedeihen lassen, sowie der Kretinen-Anstalt in Marienberg einen Zuschuß zuwenden möge.

*** **Leipzig**, 19. Jan. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer ist von 32 Mitgliedern der 2. Kammer, und in der Sitzung der 2. Kammer von 20 Mitgliedern der 1. Kammer folgender Antrag zur Registrande gegeben worden: „In Gemäßheit der §§. 2—4 und §. 109 der Verfassungs-Urkunde, sowie der §§. 124—126 der provisorischen Geschäftsordnung, stellen wir den Antrag an die hohe Kammer, in Gemeinschaft mit der jenseitigen Kammer, folgenden Beschluß zu fassen: Indem die Kammer wiederholt die thatkräftige Ueberzeugung des sächsischen Volks von der Nothwendigkeit der Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes ausspricht, versichert sie zugleich der Regierung den entschiedensten Widerwillen des sächsischen Volkes gegen die Uebertragung der Regierung des deutschen Bundesstaates auf ein unverantwortliches und erbliches Oberhaupt, wie gegen die Uebertragung der deutschen Regierungsgewalt an eine der Kronen eines deutschen Einzelstaates, und erklärt, daß sie an die Spitze Deutschlands einen verantwortlichen Präsidenten wünscht."

Ich theile Ihnen das in aller Eile mit, damit man in Frankfurt, soweit es nur auf den Bänken der Paulskirche Besonnene giebt, einsieht, wie nöthig es ist, daß man in der Frage über das Reichsoberhaupt fest zusammenhalte, um so alle derartigen Demonstrationen von vornherein zu paralysiren. Wie unsere Kammern zusammengesetzt sind, steht nicht zu bezweifeln, daß der Antrag die Majorität erhält.

† Aus Baden, 21. Jan. Es thut uns leid, unseren gestrigen Brief abgesandt zu haben; den heutigen brechen wir ab. Nach einer gestrigen Andeutung wollten wir heute Mittheilungen von einer Entschließung der Partei machen, auf deren Bildung wir hinarbeiten, einer Entschließung, die für uns das Motiv enthielt, diese Korrespondenz vorläufig zu unterbrechen. Diese Entschließung und dieses Motiv fällt heute weg und macht einer andern Platz. Der Kurator der Universität Heidelberg hat seine Entlassung erhalten. Von diesem Augenblicke an stellen wir jede Polemik gegen ihn ein, und vernichten den Brief, der bestimmt war, seine Verunglimpfungen und seine Zurechtweisungen zurückzuweisen. Wir lassen sie nun auf sich beruhen oder auf uns haften. Auch gegen jede andere Seite sistiren wir Angriffe und Abwehr, in der Hoffnung, daß dieser Schritt der Regierung eine Veränderung anbahne, wie sie unseren Wünschen entspricht. Wir hatten von Anfang an erklärt, daß wir diese Aufgabe nur im Interesse des Landes und der Universität aufgegriffen haben, und daß wir um den Preis des öffentlichen Nutzens unseren Schaden, „den Schein der Bosheit und des Eigennutzes," gerne hinnähmen. Wir haben ihn reichlich zu tragen gehabt und tragen ihn mit leichtem Gemüthe. Man stellte sich zwar sehr erbittert darüber, als ob wir diesem Scheine mit Anonymität auszuweichen suchten; aber man stellte sich nur. Das wahre Verhältniß des rechten Mannes zu diesen Artikeln war von Anfang an hier zu Lande ein offenes Geheimniß. Und alle Gegner und Entgegner unserer Artikel haben sich immer gegen denselben Mann mit derselben Sicherheit, mit demselben Gifte, mit derselben Verdächtigung des Eigennutzes, mit denselben Worten gewandt. Ote-toi, que je m'y mette, das war nach einstimmigem Aburtheile der Beweggrund dieser Artikel: und es blieb höchstens zweifelhaft, ob es der Autor auf ein Ordinariat, oder auf die Stelle des Oberbibliothekars, oder auf das Kuratorium abgesehen hatte. Für das Letztere neigten die Meisten. Und doch war dies bisher eine Stelle, die man seinem Feinde nicht gönnen durfte: konnte denn nicht vielmehr gerade eine Wunderthat von uneigennützigster Feindesfreundschaft der Beweggrund dieser Briefe gewesen sein? Zwar der Schreiber dieses fühlte von jeher und fühlt auch jetzt noch

von Feindseligkeit gegen den bisherigen Inhaber dieser Stelle nicht die geringste Spur in sich. Aber dieser selbst traute ihm dieselbe eigensüchtige Absicht zu. Und doch erzählt er selbst in seiner Schrift, wie dieser selbe ehrsüchtige Mann eine angebotene Stelle abwies, und er hätte hinzufügen können, wie er sich selbst gegen einen angebotenen Titel so lange sträubte, bis es Unschicklichkeit oder demokratische Ostentation scheinen konnte, ein Anschein, der denn auch nicht in seinem Ehrgeize lag. Wir können versichern, daß der Mann, um den es sich handelt, eher darauf denkt, seine bisherige lockere Stellung zur Universität auch noch aufzugeben, als sie stärker zu machen. Man wird sagen: jetzt, nachdem sich die Trauben sauer erwiesen. Nun, derselbe Mann hat vor Jahren eine Reihe viel heftigerer Kunstbriefe über München geschrieben. Die Palette hat er nie geführt, Hofmaler konnte er doch nicht werden wollen. Damals auch soll eine hohe Person durch alle Ateliers gefragt haben: was der Mann gegen ihn oder München habe? Als ob man nie Uebelstände, Unsinn, Mißbräuche angreifen dürfte, ohne etwas gegen Einen zu haben oder etwas von Einem haben zu wollen, als ob immer Eigennutz oder Bosheit die Triebfeder des Tadels sein müßten! Dieses arme Geschlecht begreift nicht, daß die Wahrheit für sich ein Motiv und ein Zweck sein kann, und daß es keine reinere Handlungsweise gibt, als die von diesem Motive auf diesen Zweck ausgeht.

△ **Heidelberg**, 20. Jan. Nachdem der Kurator der Universität, Geheimerath Dahmen, in dieser Woche seine Stelle definitiv niedergelegt, ist heute die Uebertragung des Kuratoriums an den bisherigen Ministerialreferenten, Staatsrath Brunner in Karlsruhe, der Universität eröffnet worden. An Rothe's Stelle ist in diesen Tagen Kirchenrath Dr. Schwarz in Jena auf den Antrag der theologischen Fakultät von der Regierung berufen worden. Wir hoffen, daß derselbe dieser ehrenvollen Vokation Folge leisten werde.

C **Mannheim**, 21. Jan. Daß Brentano von der Regierung nicht bestätigt würde, daran hat man nicht gedacht; es kam sehr unerwartet, wird aber wahrscheinlich zur Folge haben, daß er wiederholt gewählt wird und die Regierung sich nach der dritten Wahl genöthigt sehen wird, nach §. 10 der Gemeindeordnung, ihn bestätigen zu müssen. — Streuber hat in der hiesigen Abendzeitung eine Erklärung hinsichtlich der in der Aula-Versammlung gethanen Aeußerungen veröffentlicht, „wonach er nicht den „Stand" gemeint habe, sondern sich des Wortes „einige Buben" bedient hätte." — Florian Mördes ist gegen eine Kaution von 3000 fl. aus seinem Arreste entlassen worden.

△ **Darmstadt**, 20. Jan. In der heutigen Sitzung unserer zweiten Kammer überschüttete wahrhaft der Abgeordnete Volhard den Kriegsminister mit Interpellationen, oder wie Hr. Volhard sagt, mit Anfragen, und dabei steckten, wie in jedem Kernhaus mehrere Kerne, so auch beinahe in jeder Interpellation einige kleinere ditto. Aus welchen Gründen das zweite Regiment von hier „weggeschickt" wurde? (Es wurde in die Gegend von Friedberg „verlegt".) An welchem Tage es von hier abzog? Wie viel durch dessen Abwesenheit von hier täglich mehr an Kosten veranlaßt wurden, als bei seiner Anwesenheit dahier entstanden sein würden? Aus welchem Grunde die Truppenverschickung von 150 Mann des dritten Regiments nach Alzey statt gefunden? u. s. w. Dann kamen mehr lokale Fragen. Ob der großh. Garten vorm Jägerthor dahier wenigstens bei Nacht mit einer Truppenabtheilung besetzt sei? Ob deßgleichen das großh. Jagdhaus Wolfsgarten bei Langen? Zuletzt wird sich nach der Zahl der Schildwachen, nach den Orten, wo sie ausgestellt werden, und nach den sogenannten Ordonnanzen erkundigt. In Summa 21 Fragen! Ein Gegenstand der Berathung war der Antrag des Abgeordneten Gölzenleuchter aus Offenbach, auf Zuziehung des Einkommens des Fürsten von Thurn und Taxis aus dem Betrieb der großh. Posten zur außerordentlichen Einkommensteuer für 1849. Der Ausschuß war diesem Antrag beigetreten und das Gefühl des Antragstellers sowie des Ausschusses hatten dabei recht. Aber ich gestehe, daß mir ihre Gründe, nach der Gesetzgebung, wie sie vorliegt, etwas schwach schienen. Namentlich die aus der Behauptung abgeleiteten, daß der Fürst von Thurn und Taxis als Erblandpostmeister zugleich hessischer Staatsdiener sei u. dgl. Mehr Beifall verdiente noch die Annahme, daß das Wohnenmüssen im Großherzogthum, welches das Einkommensteuergesetz vorsieht, nicht direkt geschehen müsse, sondern auch durch angestellte Beamte geschehen könne. Genug: bei der Abstimmung war die Kammer mit 36 gegen 3 Stimmen (die Adelsdeputirten v. Rabenau II., von Löw und v. Günderode) für den Antrag Gölzenleuchters und der Antrag des erstgenannten Abgeordneten, den Fürsten vom 1. Januar 1849 zur Gewerbsteuer zu ziehen, welchem Antrag auch der Regierungskommissär geneigt war, während er den Gölzenleuchterschen bestritt, kam gar nicht zur Abstimmung. Indessen hat Thurn und Taxis schon mißlichere Lagen bestanden.

Aus Thüringen, 19. Jan. Von verschiedenen Ortschaften des altenburgischen Amtsbezirkes Roda und des weimarischen Amtsbezirkes Jena ist so eben eine Adresse von Gutsbesitzern, Geistlichen und Schultheißen an die Reichsversammlung nach Frankfurt abgesandt, welche lebhaft den patriotischen Wunsch ausdrückt, daß Preußen als erbliches Oberhaupt an die Spitze Deutschlands treten, zugleich aber mit Oesterreich die innigste Union geschlossen werden möge. (D. P. Z.)

Weimar, 17. Jan. Während für die thüringer Einheitsfrage für den Augenblick nach der gescheiterten Januarkonferenz nichts mehr zu hoffen ist, beschränkt sich die Thätigkeit im Verkehr der Einzelstaaten auf Verständigung wegen des zu vermehrenden Militärkontingents. Nachdem Hr. v. Watzdorff, wie es scheint und vorauszusehen war, im Dresden zu keinem Resultate gelangen konnte, ist derselbe vorgestern, den 15. d. M., nach Frankfurt abgereist, um zu versuchen, ob nicht die Gestellung der 700 Mann Kavallerie und 300 Mann Artillerie für Thüringen abzuwenden ist, wenn dagegen eine größere Zahl Infanterie gestellt wird. (D. Ref.)

Weimar, 29. Jan. Die Landtagswahlen in der Stadt Weimar sind, wie sich voraussehen ließ, nicht im demokratischen, sondern im streng konservativen Sinne ausgefallen. Es wurden der vormalige Landmarschall von der Gabelenz (jetzt Minister in Altenburg) und der Buchbindermeister A. Henß gewählt. (Fr. J.)

Detmold, 13. Jan. Heute hat unsere Regierung auf Befehl der Centralgewalt die Grundrechte des deutschen Volks im Regierungsblatt publicirt.

Schleswig, 16. Jan. Eine heute Abend hier abgehaltene Bürgerversammlung, der etwa 1000 Personen anwohnten, hat eine Adresse an die deutsche Reichsversammlung beschlossen und einstimmig angenommen, dahin lautend: daß die deutsche Kaiserkrone dem Hause Hohenzollern übertragen werden möge. (D. P. Z.)

Schleswig, 17. Jan. Das Büreau der schleswig-holsteinischen Landesversammlung hat gestern Abends beschlossen, die Landesversammlung auf den 26. d. zu konvociren, so daß sie also Freitag über acht Tage, Mittags 12 Uhr, hier zusammentreten wird.

Die mit 600 Unterschriften versehene Adresse aus Flensburg, welche der Nationalversammlung durch den Abgeordneten Francke gestern übersandt worden ist, lautet:

„An die hohe Nationalversammlung in Frankfurt. Bereits zweimal, im August und Dezember v. J., haben sich zahlreiche Einwohner der Stadt Flensburg in Adressen an die hohe Nationalversammlung gewandt; durch den Hinblick auf die bevorstehenden Friedens-Unterhandlungen finden wir uns gedrungen, nochmals das Schicksal des Herzogthums Schleswig dieser hohen Versammlung ans Herz zu legen. Nach den bisherigen Ereignissen können wir als gewiß voraussehen, daß das Streben der dänischen Regierung hauptsächlich darauf gerichtet sein wird, dem Herzogthume Schleswig das zu entreißen, wofür das schleswig-holsteinische Volk sich einmüthig erhoben, was als unzweifelhaftes Recht des Herzogthums Schleswig, wie des Herzogthums Holstein feststeht, wie solches vom ganzen Deutschland anerkannt worden: „die innige Verbindung beider Herzogthümer mit einander, das Recht derselben auf eine gemeinsame Regierung, auf eine gemeinsame Verfassung." Jede andere Stellung Schleswigs, wie dieselbe immer werden möchte, würde niemals zur Beruhigung der Gemüther gereichen, keine Gewähr für die Dauer des Friedens in sich enthalten; es würde durch jede andere, scheinbar noch so selbstständige Stellung Schleswigs dem Gelüste der Dänen neue Nahrung, dem nationalen Bewußtsein der Schleswiger keine Befriedigung gewährt werden. Damit aber Schleswigs innige Verbindung mit Holstein ungeschmälert bleibe und vor neuen feindlichen Angriffen geschützt sei, wird es kein anderes Mittel geben, als daß die bisherige nationale Verbindung Schleswigs mit dem großen deutschen Vaterlande durch förmliche Aufnahme Schleswigs in den deutschen Staatsverband noch stärker befestigt und Schleswig-Holstein ungetheilt und auf gleiche Weise Theil des großen Ganzen werde. Demnach bitten wir die hohe Nationalversammlung dringend:

Dieselbe wolle darauf hinwirken, daß bei einem etwaigen Friedens-Abschlusse Schleswig in seiner Verbindung mit Holstein als Theil des deutschen Bundesstaates anerkannt werde."

Bremen, 16. Jan. In einer gestern hier abgehaltenen Volksversammlung wurde von ungefähr 2000 Bürgern beschlossen,

eine Adresse nach Frankfurt a. M. zu senden, um das Haus Hohenzollern an die Spitze des Reichs zu stellen. (O. P. Z.)

Hamburg, 17. Jan. An einem der nächsten Tage wird auch hier die Publikation der Grundrechte erfolgen, und zwar selbstverständlich durch den Senat, welcher jedoch dabei auf die von der konstituirenden Versammlung zu erwartende Einkleidung dieser Grundrechte für manche unserer Specialverhältnisse Bezug nehmen dürfte. — Was die bürgerliche und politische Gleichstellung der Israeliten betrifft, so wird solche — nach mehrseitigem Vernehmen, wie kürzlich auch in Lübeck geschehen — direkt vom Rathe ausgesprochen werden. (Wes. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 18. Jan. Die „Times" bringt über die deutsch-österreichische Frage einen Artikel, den wir nicht mit Stillschweigen glauben übergehen zu dürfen, namentlich da man wohl zu der Annahme berechtigt sein mag, daß dieser Artikel aus einer offizielleren Quelle stammt, als wofür die Bureaus der Times in diesem Falle gelten können. Der Artikel beginnt mit einem Hinblick auf die großen Erschütterungen im Frühling, wo es geschienen, als solle Oesterreich, „diese Masse konföderirter Königreiche", Glied für Glied aus einander gerissen werden. Dennoch sei es im Laufe von zehn Monaten gelungen, in den vier großen Hauptstädten des Reichs, Prag, Mailand, Wien und Pesth, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Nicht ohne Widerstreben könne man diesen militärischen Siegen seine Billigung schenken; aber möchten sich doch Diejenigen, welche über die Erfolge des Fürsten Windischgrätz den Stab brächen, selbst fragen, was aus Oesterreich geworden wäre, wenn es nicht gelungen, der Revolution Einhalt zu thun? In Prag würden alsdann die czechischen Agitatoren sich eingenistet und ihre entzündenden Revolutionsaufrufe von hier aus an die unwissendsten und zugleich erregbarsten Stämme des Reiches gerichtet haben; in Wien würde man einen Sicherheitsausschuß gehabt haben, welcher unter dem Schutz der akademischen Legion getagt und das mit der Ermordung Latour's begonnene Werk der Proscription und des Güterraubs fortgesetzt hätte u. s. w. Doch dieser Abschnitt des zitirten Artikels ist es nicht eigentlich, welcher unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, aber wohl der folgende Abschnitt, welcher mit den Worten beginnt: „Das wichtigste politische Ergebniß des beendigten Feldzugs in Ungarn ist jedoch nicht so sehr in den unmittelbaren Beziehungen Oesterreichs zu Ungarn selbst, als vielmehr in der Stellung zu suchen, welche Oesterreich nun Deutschland gegenüber einzunehmen besser im Stande sein dürfte." Es läßt sich denken, wohin diese Worte zielen. Die „Times" meint: Oesterreich sei Monate lang in einer Lage gewesen, wo es sich von Frankfurt Alles habe gefallen lassen und gute Miene zum bösen Spiele habe machen müssen. Anders gegenwärtig: jetzt sei es offenbar geworden, daß die Frankfurter Behörden mit Oesterreich als mit einem unabhängigen Staate verhandeln müßten, einem Staate, „der sein eigenes politisches System habe, welches auf die Bestimmungen der Bundesakte von 1815 sich stützt, die, Allem nach, noch nicht außer Kraft gesetzt sind und in welchem dem zu mächtig Werden einer andern Macht vorgesehen ist." Der Artikel geht nun die verschiedenen Pläne in Betreff der Stellung Oesterreichs zu Deutschland durch. Dasjenige Schema, wonach die deutschen Provinzen Oesterreichs vollkommen mit Deutschland verschmelzen werden sollen, während doch die Oberleitung leicht einem nordischen und protestantischen Souverän übertragen werden könnte, würde, meint die Times, „natürlich als eine Kriegs-Erklärung von Oesterreich angesehen werden, insofern irgend ein Versuch gemacht würde oder gemacht werden könnte, diesen Plan auf dem Wege des Zwangs ins Leben zu rufen." Die Absurdität dieses Plans, bemerkt die Times weiter, sei von Gagern und seinen Freunden auch eingesehen worden, und diese hätten nun einen Plan entworfen, der allerdings alle Verlegenheiten beseitigen würde, „wenn dadurch auf der einen Seite nicht der absolute Grundsatz der deutschen Einheit verletzt, oder wenn der Plan andrerseits von Oesterreich nicht mit äußerster Scheelsucht angesehen würde; „denn, offen gesprochen", sagt die Times, „dieser Plan schließt eine unermeßliche Machtvermehrung und Einigung desjenigen Theils von Deutschland in sich, in welchem Oesterreich öfter seine Feinde als seine Landsleute gefunden hat." Der Artikel schließt: „Sollte die deutsche Centralgewalt sich erlauben, noch entschiedenere Maßregeln gegen Oesterreich zu beschließen, oder sollte der König von Preußen offen die höchste Gewalt in Deutschland an sich nehmen und zwar ohne Zustimmung des Wiener Kabinets, so würde nicht nur die Einigkeit, sondern auch der Friede Deutschlands schwer bedroht sein, denn was den Punkt militärischer Kraft betrifft, so haben die letzten zwei Monate gezeigt, daß Oesterreich in der Lage ist, seine Rechte sowohl im Innern als nach außen zu vertheidigen."

Es wird erlaubt sein, diesem Artikel einige Bedeutung beizulegen, nicht weil er etwa reich an neuen, sondern gerade weil er reich an alten spezifisch österreichischen Ansichten und Vorstellungen ist, nicht weil er in der Times steht, sondern weil er eben so gut in einem Organ der österreichischen Regierung stehen könnte. Weniger ausführlich dürfen wir uns bei der Privatansicht anderer Blätter, z.B. „Daily News" aufhalten, einer demokratischen Zeitung, die unter sehr gesunden und beherzigenswerthen Ansichten auch viele einseitige, leidenschaftlich bornirte und lustige bringt, denen alle Realität fehlt. Man darf es dieser etwas schwärmerischen Zeitung noch hingehen lassen, wenn sie versichert: daß mit Ausnahme des an Lamberg verübten Mordes und ähnlicher wilder Thaten, die man gegen einige österreichische Gefangene von edler Geburt begangen, die Ungarn sammt ihrem Kossuth gar nicht anders handeln konnten, als sie bisher gehandelt. (Der Artikel erschien jedoch früher, ehe noch die Einnahme von Buda-Pesth bekannt geworden.) Bedenklicher erscheint es, wenn dieselbe Zeitung versichert, daß weder der Erzherzog Palatin noch die Esterhazy's die Sache der Ungarn aus Ekel aufgegeben hätten, oder wenn sie einen Ekel gefühlt, so hätte er eher der Aufführung des Hofes gegolten. Dieser Artikel schließt: „Es ist ein nationaler Krieg, in welchem die Ungarn wohl für eine Zeit auf das Haupt geschlagen werden dürften; aber obschon wir ihre Niederlage fürchten, sprechen wir doch den Siegern die Macht ab, einen Feind, der Oesterreich an Lebenskraft und Stärke weit überlegen ist, für die Dauer in's Joch beugen zu können." Das ist ein verwegenes Wort, einem Feldzug gegenüber, in welchem sich der „Oesterreich weit überlegene Feind" von Anfang an, um nicht zu sagen feig, doch im höchsten Grade plan- und kopflos gezeigt hat und keineswegs mit Ehren, ja nicht einmal mit dem gewöhnlichsten militärischen Anstand unterlegen ist. Der Ungar ist in disziplinirten Reihen ein guter Soldat, aber welche Feldherrn hat Ungarn den österreichischen an die Seite zu stellen, welche Resultate hat es auf dem Gebiete der Kunst, der Literatur, der Wissenschaft, der staatlichen und sozialen Einrichtungen aufzuweisen, wodurch es gerechtfertigt erscheinen könnte, wenn man diesem etwas martialischen Volke, dem es an gutgemeinten Aufwallungen allerdings nicht fehlt, größere Lebenskraft beilegt, als dem österreichischen Centrallande, das sich in Betreff der politischen Freiheiten sogar stiefmütterlicher behandelt sah als Ungarn und sich trotzdem im Ganzen reicher und mannigfaltiger entwickelt hat! Der Wahrheit viel entsprechender lautet folgende Bemerkung der Times: „Nach all ihren prahlerisch ausposaunten Vertheidigungsanstalten haben die Ungarn buchstäblich nicht einen Streich geführt, um ihren Ruf kriegerischer Tapferkeit zu Ehren zu bringen. Kein Treffen von größerer Bedeutung ist gefochten worden, höchstens ein erfolgloses Scharmützel; kein militärischer Plan ist entworfen worden, und die Rebellion hat in äußerster Verachtung geendet. Neben dem Widerstande, den die Polen den russischen Streitkräften im Jahre 1831 entgegensetzten, ist die ungarische Insurrektion unwerth, nur erwähnt zu werden."

Endlich gehört hierher ein Artikel des Morn. Chronicle, welcher mit den Worten beginnt: „Stark durch jene unzerstörbare Lebenskraft, welche der Macht Napoleons die Spitze bot, elastisch im Unglück, und gekräftigt durch seinen Fall, hat sich Oesterreich wieder erhoben von der tiefsten Tiefe der Erniedrigung bis zu einer Höhe von Macht, welche es selbst in den sonnigsten Tagen seiner Sicherheit und wolkenlosen Wohlfahrt selten erreicht hatte." Morning Chronicle meint, daß durch den siegreichen Feldzug des Fürsten Windischgrätz in Ungarn die österreichische Regierung in den Stand gesetzt sei, freier über die großen inneren Hilfsquellen der Monarchie verfügen zu können, als ihr dies zu Anfange des eben abgelaufenen so verhängnißvollen Jahres möglich gewesen, und Franz Joseph sitze jetzt vielleicht fester auf dem Thron seiner vielen Reiche, als Ferdinand zu der Zeit, da die Kossuth'sche Rebellion in höchster Blüthe stand. Ungarn sei ein erobertes Land, das lasse sich nicht bezweifeln. Aber die österreichische Regierung möge sich nicht beikommen lassen, ein so intelligentes, mit einem so straffen Sinn für nationale Unabhängig-

keit ausgestattetes, an Ausübung politischer Rechte gewöhntes Volk wie das ungarische, nur in Folge des unsichern Rechtstitels der Eroberung in erzwungener Unterthänigkeit halten zu wollen; was Noth thue, sei die Unterordnung der ungarischen Verwaltung unter die Regierung, nicht Oesterreichs, sondern eines Staates (eines Föderativ-Staates, wenn man wolle), welcher von den deutschen Provinzen und den slawischen Königreichen im Norden, Osten und Süden und den mit ihnen gleichberechtigten Ungarn gebildet werden müsse — ein bekanntes Schema, von dem das verzogene und etwas hochfahrende Ungarn vielleicht nicht gerade sehr erbaut sein dürfte, trotz der schönen Komplimente und Versicherungen der wärmsten Sympathie, welche das M. Chronicle (nämlich „wir als freie Männer und Briten" wie es in diesem Artikel weiter heißt), bei dieser Gelegenheit den Ungarn zu machen nicht unterläßt.

Frankreich.

* **Paris**, 19. Jan. Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung stattete Flandin Bericht ab im Namen der Kommission, welche über die Dringlichkeit des Dekretentwurfs betreffs der Maigefangenen entscheiden sollte. Die Kommission war einstimmig für die Dringlichkeit, und die Verhandlung wurde auf Sonnabend festgesetzt. In der heutigen Sitzung fand eine etwas verwirrte Debatte über den Gehalt des Vicepräsidenten statt. Der Finanzausschuß hatte 60,000 Fr. vorgeschlagen und dabei erklärt, die Summe sei etwas niedrig; es würden sich später vielleicht Repräsentationsgelder einfügen lassen. Du Bry war natürlich entgegengesetzter Meinung, und es wurden zuletzt 48,000 Fr. (der Gehalt des Präsidenten der Nationalversammlung) festgesetzt, und zugleich beschlossen, daß der Luxembourg die amtliche Wohnung des Vice-Präsidenten sein solle.

Ueber die drei Kandidaten zur Vice-Präsidentschaft äußert sich die Liberté folgendermaßen: Hr. Boulay (de la Meurthe) ist ein treuer Bonapartist, Hr. Baraguay d'Hilliers repräsentirt den Klub der Rue Poitiers, Hr. Vivien die Partei Orleans. Es begreift sich, daß dieses Blatt, das Organ des bonapartischen Familien-Interesses, dem „treuen Bonapartisten", dem Repräsentanten der „napoleonischen Demokratie" (ein eigens erfundener Kunstausdruck der Liberté!) den Vorzug giebt.

Merkwürdigerweise soll sich aber auch der Klub des Beaux-Arts und der des Palais National für diesen Mann ausgesprochen haben, dessen Kandidatur die Kammer nicht ohne Lachen aufnehmen konnte. Die ehrenwerthen Abgeordneten haben nach einer Lesart damit die Absicht, den Präsidenten lächerlich zu machen und dem Lande zu zeigen, wie er sein Spiel mit ihnen treibe; nach einer andern wollen sie ihre aufrichtige Anhänglichkeit an den Präsidenten und seine Partei zeigen.

Schweiz.

** **Bern**, 18. Jan. Seit dem 15. ist hier der Gr.-Rath versammelt. Der Präsident Herr von Tillier eröffnete denselben mit einer Rede, in welcher er unter anderm auf würdige Weise die von dem Zürich'schen Großraths-Präsidenten Herrn Escher den Bernern in Betreff des Bundessitzes gemachten Vorwürfe zurückwies, sodann in einigen Zügen die Lage des Kantons schilderte, und auf die Mittel hinwies, wie der Zerrüttung der Finanzen gesteuert werden könnte. Obschon bis jetzt noch keine wichtigern Geschäfte zur Behandlung gekommen sind, so herrscht doch unläugbar eine gedrückte Stimmung bei vielen Mitgliedern der gesetzgebenden Behörde, und selbst dem Regierungsrathe ist es nicht mehr ganz wohl zu Muthe. Namentlich im Oberaargau, wo sonst der Radikalismus so ziemlich zu Hause war, herrscht große Unzufriedenheit, und es bedürfte keiner großen Anstrengungen, um einen gewaltsamen Ausbruch herbeizuführen. Allein mit einem „Putsch" ist die Sache nicht gemacht, und die Erfahrung hat zur Genüge bewiesen, daß man nur auf gesetzlichem Wege zu nachhaltigen Verbesserungen im Staatswesen gelangen kann. Selbst mit einer Verfassungsrevision wäre im gegenwärtigen Augenblicke nicht viel gewonnen, weil das Grundübel unserer Zustände nicht allein in unseren staatlichen Einrichtungen, sondern hauptsächlich in der mit dem Finanzruin gleichen Schritt haltenden allgemeinen Demoralisation liegt. Leider fehlt es uns an einsichtsvollen Staatsmännern, welche das Uebel bei der Wurzel anzufassen verstehen. Seitdem Ochsenbein in den Bundesrath getreten, ist Stämpfli allmächtig geworden; denn in dem ganzen Regierungsrath befindet sich Niemand, der ihm die Spitze böte. Allein auch sein Stern ist im Sinken begriffen. Denn er gehört nicht nur zu den Advokaten der sogenannten „jungen Schule," gegen welche große Erbitterung herrscht, sondern ihm gebührt auch ganz vorzüglich das Verdienst, zu unserem Finanzruin Vieles beigetragen zu haben. Zu den vielen Schlappen, die er und seine Anhänger in jüngster Zeit erhalten haben, hat der Große Rath gestern eine neue hinzugefügt, indem er zur Untersuchung des Antrages des Herrn Raulen gegen die Advokaten — entgegen dem Antrage des Regierungsrathes und des Obergerichts — eine besondere Kommission niedergesetzt hat, deren Zusammensetzung deutlich zeigt, daß der Große Rath die gegen den Advokatenstand vorgebrachten Beschwerden nicht für so ganz unbegründet ansieht, wie die Herren Stämpfli, Niggeler und Mathys, — die Koryphäen der sogenannten jungen Schule — glauben machen wollen. Einen erfreulichen Gegensatz gegen unsere Kantonal-Angelegenheiten bildet das Benehmen des Bundesrathes. Ohne viel von sich reden zu machen, verfolgt er unausgesetzt sein Ziel, und wendet seine volle Thätigkeit sowohl der inneren Organisation und Administration, als der Unterhaltung und Wahrung der internationalen Verhältnisse zu. Die energischen Weisungen, welche er den eidgenössischen Kommissarien in Tessin ertheilt hat, zeigen, daß es ihm mit der strengen Beobachtung der Neutralität ernst ist.

** **Bern**, 20. Jan. Die radikale Partei hat schon wieder eine empfindliche Schlappe erhalten. In der gestrigen Sitzung des Großen Rathes handelte es sich um die Wiederbesetzung der durch die Erwählung Ochsenbeins zum Bundesrathe vakant gewordenen Stelle im Regierungsrathe. Von radikaler Seite wurde alles in Bewegung gesetzt, damit ein Fürsprecher der sogenannten jungen Schule, Namens Butzberger, gewählt werde. Statt desselben wurde mit 100 gegen 80 Stimmen ein schlichter gemäßigter Landmann, Herr Lehmann von Gutenburg ernannt, welcher bereits als Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission viel praktischen Verstand gezeigt hat. Militärdirektor wurde Regierungsrath Funk, welcher schon seit einiger Zeit diese Stelle provisorisch versehen hatte. Als Ständeräthe wurden bestätigt die Herren Niggeler und Migy. Ferner wurde eine besondere Kommission erwählt, um endlich einmal das längst verheißene und täglich dringender erscheinende Verantwortlichkeitsgesetz auszuarbeiten. — Das von französischen Blättern verbreitete Gerücht, als ob der Reise des Generals Dufour nach Paris ein politischer Zweck zu Grunde liege, wird aus gut unterrichteter Quelle widersprochen. Sein Aufenthalt daselbst hat, sicherm Vernehmen nach, keinen andern Grund als den, bei den dortigen Aerzten Rath und Hülfe zu suchen für ein Leiden, mit welchem der ehrenwerthe General schon seit längerer Zeit behaftet ist, und das in Folge der Strapazzen des Sonderbundskrieges sich verschlimmert hat. Daß er nebenbei den Aufenthalt benutzt, um den Präsidenten der Republik zu besuchen, kann nicht auffallen, da er mit diesem schon seit langem in genauen Verbindungen stand. Weit wichtiger ist die Anwesenheit von James Fazy in Paris. Denn die bekannten Tendenzen dieses Mannes lassen bei ihm, weit eher als bei Dufour, politische Zwecke vermuthen, besonders wenn man sich an die mehr als zweideutige Rolle erinnert, die er seiner Zeit bei Anlaß des der Schweiz angetragenen Bündnisses mit Sardinien gespielt hat, und damit die Trennungsgelüste in Verbindung bringt, die sich eben jetzt aufs neue in Savoyen kund geben.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. Jan. Die „Berling'sche Ztg." bringt als Entgegnung auf die Denkschrift der Centralgewalt eine Reihe von Aktenstücken, deren Inhalt sich summarisch dahin angeben läßt, daß die dänische Regierung sich in der Unmöglichkeit befinde weiter nachzugeben, d. h. daß Alsen und Arröe nach wie vor der gemeinsamen Regierung werden vorenthalten bleiben. Zugleich wird gegen die Vertretung Schleswigs in Frankfurt protestirt. Dabei wird dem dänischen Unterhändler in Frankfurt, Baron Dirckink-Holmfeld, ein möglichst versöhnlicher Ton bei mündlichen Verhandlungen anempfohlen, damit man in Frankfurt einsehe, wie die dänischen Rüstungen keineswegs aus dem Wunsche hervorgingen, einen unnatürlichen Krieg erneuert zu sehen.

(Schlesw. Holst. Z.)

Das vom Reichstage niedergesetzte Finanz-Komite hat seine Anträge dahin gestellt: 1) den Finanzminister zu ermächtigen

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 23. Jan. Schreiben des Reichsministeriums an den braunschweigischen Bevollmächtigten. Preußische Erklärung. Feier der Grundrechte im Montagskränzchen. Commodore Parker. Thätigkeit für die Marine. Die preußische Staats- und die Reichskasse.) Wien (Ueberschwemmung. Hr. v. Schmerling. Dobbthof. Die Cholera. Armeebülletin.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Wahlen. Hr. Robbertus ausgewiesen. Der Handelsminister.) München (Präsidium und Sekretäre der ersten Kammer. Lerchenfeld.) Dresden (Beschlüsse der Kammer in der Oberhauptsfrage.) Neu-Strelitz (Verkündigung der Grundrechte.) Schleswig (Verkündigung der Grundrechte.)

Frankreich. Paris (Rede von Boulay. Greby wieder Berichterstatter der Rateau'schen Commission. Thiers über den Unterricht. Entlassung von 63 Insurgenten.)

Italien. Aus der Lombardei (Sorge der Regierung für das Vergnügen. Die Provinzial-Congregationen wollen nicht zur konstituirenden Versammlung wählen.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 23. Januar.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 23. Januar.

Tagesordnung der 157. öffentl. Sitzung.

1) Ersatzwahl eines Schriftführers an die Stelle des austretenden Herrn Plathner.
2) Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs," das Reichsoberhaupt, der Reichsrath", und zwar über Artikel I. §. 1 a. und eventuell §. 2.

Vorsitzender: Präsident Simson. In den Wehrausschuß sind gestern die Herren v. Baumbach aus Kurhessen und v. Keudell aus Pommern gewählt worden. Herr Schlutter aus Poris ruft das Reichsministerium des Innern wegen beeinträchtigten Vereinsrechts im Herzogthum Sachsen-Altenburg an. Herr v. Gagern erwidert darauf, daß er von dem Reichskommissär für die sächsischen Herzogthümer Bericht über die Beschwerde eingefordert habe, nach dessen Eingang er die Anrufung beantworten werde.

Nachdem zum Ersatz des ausgetretenen Schriftführers, Herrn Plathner, Hr. Martens aus Danzig mit 135 Stimmen zum Schriftführer des Hauses erwählt worden ist, wird die gestern abgebrochene Berathung über das Reichsoberhaupt aufgenommen und das Wort ergreift Herr

Edel aus Würzburg: Zuerst hat man gesagt, Oesterreich will nicht, denn es kann nicht, es fehlt nur noch, daß es auch noch heißt: Oesterreich darf nicht eintreten in's deutsche Reich. Allein ich hoffe, es wird sich seine Rechte an Deutschland von Niemand nehmen lassen und seine Pflichten zu erfüllen wissen. Tritt Preußen in den Bundesstaat, so bin ich freilich nicht zweifelhaft über die Erblichkeit der Kaiserwürde, aber sie Preußen zu verleihen, wäre der Untergang der übrigen Einzelstaaten. Der Redner vindicirt den sogenannten Ultramontanen und der äußersten Linken eben so viel Liebe zum Vaterlande, als sich diejenigen zuzuschreiben pflegten, die für „Kleindeutschland" streiten. Eben deßhalb wollen sie Deutschland nicht getheilt sehen. Der Redner bietet sodann alle Gründe des Partikularismus, namentlich des süddeutschen auf, um das preußische Erbkaiserthum als eine verhaßte und niederdrückende Hegemonie darzustellen. Nicht eine Machtfrage, eine Existenzfrage ist das preußische Erbkaiserthum nach Herrn Edels Meinung und Deutschland wäre dadurch verloren. In einem großen Theile Süddeutschlands würde es nur durch den Belagerungszustand aufrecht zu erhalten sein. Und ist es denn sicher, daß Preußen in der erblichen Kaiserkrone so große Vortheile finden würde, als Sie ihm zudenken? (Verneinung aus dem Centrum. „Wir wollen den Vortheil Deutschland's, nicht Preußen's.") Es würde eine gewisse Krone aufopfern für eine solche, deren Glanz noch ungewiß ist. (Sehr richtig! Und dieser Patriotismus wird ihm nicht fehlen!) Der Redner wendet sich dann gegen die Aeußerungen der Herren Stahl und Mittermaier. In dem Palaste und in der Hütte — ohne allen Unterschied der Landsmannschaft — finde sich in ganz Baiern nur dieselbe Abneigung gegen das preußische Kaiserthum. Selbst in der Pfalz ist die Bevölkerung, um sich für Preußen zu erklären, einerseits zu deutsch, andererseits zu demokratisch. Das zeige auch die Presse, selbst der protestantischen Städte Frankens. Unser Wohlstand, die Sicherheit unserer Grenzen, beruht auf dem Zusammenhange mit Oesterreich. Unter solchen Umständen sei's wirklich wunderbar, daß die in Baiern herrschende Aufregung habe als eine künstlich erregte bezeichnet werden können. Die Stetigkeit eines Handelssystems hängt nicht von der Erblichkeit ab. Was Baierns Geschichte anlangt, so lehet sie vor Allem, von welcher Gefahr die Staatstheilungen sind. Hat sich Baiern gegen die Umarmung Oesterreichs seit Jahrhunderten gesträubt, so wird es sich mit derselben Ausdauer gegen jede andere Umarmung wehren, die man ihm zumuthen könnte.

Grumbrecht aus Hannover weist darauf mit Nachdruck den partikularistischen Standpunkt ab, aus welchem Herr Edel gesprochen. Denn nicht im Namen Hannovers, sondern im Namen Deutschlands wolle er sich hier äußern. Er führt dann ein Minderheitserachten der Herren Detmold, v. Rotenhan, v. Mühlfeld, v. Lassaulx u. s. w. zu den viel besprochenen §§. 2 und 3 der Verfassung an, worin ein völkerrechtliches Bündniß Deutschlands mit Oesterreich nicht blos für möglich gehalten, sondern sogar beantragt wird. Hätten wir irgend eine Aussicht, daß Oesterreich in unsern Bundesstaat eintreten könnte, so läugne ich gar nicht, daß unsere Rechnung eine ganz andere wäre. Denn ich läugne eben so wenig, daß ein preußisches Kaiserthum ein Minderes ist, mit dem wir uns begnügen müssen, weil wir das Größere nicht haben können. So wie aber die Sachen einmal stehen, fahre ich fort: schaffen Sie Macht, d. h. stellen Sie den mächtigsten Fürsten erblich an die Spitze. Man glaube nicht, daß wir Hannoveraner irgend einen materiellen Vortheil aus dieser Gestaltung Deutschlands erwarten dürfen — im Gegentheil wir bringen Opfer. Noch unbegründeter ist der Vorwurf der Intrigue. Allein wir wollen ein einheitliches Reich und als den körperlichen Vertreter eines solchen einen erblichen Kaiser. Noch mehr: wenn Sie in Hannover nachfragen, so wird man Ihnen eher eine Abneigung gegen Preußen eingestehen, als irgend welche Vorliebe. Aber, wird man hinzufügen: die Nothwendigkeit will es und so verlangen wir doch, daß Preußen an die Spitze komme. Wie dann die Erblichkeit des preußischen Kaiserthums das einzige Mittel sei, um Preußen in Deutschland aufzulösen und nicht umgekehrt Norddeutschland an Preußen auszuliefern, weist der Redner nach. Auch widerlegt er die Vorwürfe, die wider die konstitutionelle Monarchie erhoben worden sind. Aber nicht England, sondern Belgien ist das Land, an dessen Verhältnissen wir uns zu spiegeln haben. Mit einem Direktorium oder Präsidenten, das ist einerlei. Ohne ein kräftiges Oberhaupt werden Sie die Einigkeit des Ungehorsams in Deutschland begründet haben, aber nie eine Einheit des Gehorsams. Wenn wir uns einen Hohenzollern zum Regenten geben, so ist unserer Verfassung allerdings die Spitze aufgesetzt, aber sind deshalb für Oesterreich die Thore geschlossen? Sie stehen vielmehr weit auf. „Ein anderer Einwand hat für mich, ich gestehe es, etwas Heiteres. Der Einwurf nämlich, welcher in dem von dem Abgeordneten für Leipzig vorgelesenen Protest vorkommt, daß wir nicht berechtigt seien, eine monarchische Spitze zu schaffen. Dafür sehe ich nun keinen Grund. Wir sind ermächtigt, die Verfassung Deutschlands zu gründen und noch dazu von Staatsbürgern, die hauptsächlich nur die konstitutionelle Monarchie kennen. Von einem philosophischen Standpunkte mag man zu einem Resultate kommen wie der Abg. von Leipzig. Von einem politischen gewiß nicht. Endlich ist noch ein Grund, der für einen Wahlkaiser oder ein Bundesdirektorium angeführt wird — eins ist so schlecht wie das andere — daß wir eine Ueberleitung brauchten. Das wäre ein Provisorium. Ich glaube, wir haben Provisoria genug gehabt, um zu sehen, wohin solche Zustände führen. Nicht als ob dies in der Art läge, wie unsere Regierung geführt worden, sondern die Staatsregierungen sind zu mächtig geblieben, als daß sie gezwungen werden konnten, Alles der Centralgewalt zu überlassen. Und ich glaube, Sie werden auch Preußen nicht zwingen, sich ganz der Centralgewalt hinzugeben, wenn Sie nicht Preußen selbst als erbliche Monarchie an die Spitze stellen. Ich will Ihnen zugestehen, ich habe geglaubt, es hätte andere Mittel gegeben, das Aufgehen Preußens und Oesterreichs in Deutschland zu erreichen, und ich bin mir bewußt für alle Anträge gestimmt zu haben, welche darauf hinausgingen. Die Majorität dieses Hauses hat damals und namentlich in der preußischen Frage anders beschlossen. Ich habe das schmerzlich empfunden, kann mir aber nicht verhehlen, wenn ich aufrichtig bin nach den Erfahrungen der letzten Zeit, daß die Majorität die Kraft des Volks besser geschätzt

hat und ich zweifle jetzt, ob die angeführten Mittel zum Ziele geführt hätten. Aber soll ich nun nicht wählen unter dem was übrig bleibt? Ich würde nie die Verantwortung übernehmen, ein Mittel zurückzuweisen, welches zum Ziele führt, wenn es mir auch nicht zusagt. Meine Herren! (zur Linken) mit wem verwerfen Sie es? Mit Denen, die ganz andere Zwecke verfolgen, als Sie, die nach durchaus anderen Richtungen streben. (Stimmen: das geht uns nichts an.) Ich, von meinem Standpunkte, der ich früher meist oder fast immer mit Ihnen (der Linken) gestimmt habe, schließe mit den Worten: Wollen Sie ein mächtiges Deutschland nach Außen durch die Einheit, wollen Sie die Freiheit im Innern, so stimmen Sie für ein erbliches Oberhaupt. (Beifall.)

Nach Herrn Grumbrechts Rede entscheidet sich das Haus für den Schluß der Debatte und der Präsident bereitet die Abstimmung vor, indem er die vorliegenden Anträge zur Unterstützung bringt. Die Reihenfolge der Fragen wird von ihm in der Weise vorgeschlagen, daß von der kürzesten beantragten Dauer der Reichsoberhauptschaft vorwärts geschritten werde bis zur längsten, beziehentlich also bis zur Erblichkeit. Dagegen erhebt Herr Welcker den Widerspruch, es würde durch solches Verfahren die Erreichung eines ehrlichen Resultats gefährdet. Die Herren Plathner und v. Vincke unterstützen den Vorschlag des Präsidenten. Herr Rösler von Oels dagegen erklärt sich für das Welcker'sche Bedenken, ebenso Herr Arndts aus München und Reichensperger aus Trier. Ueber den Vorschlag des Präsidenten wird, da das Ergebniß zweifelhaft bleibt, durch Zettel abgestimmt. Mit 270 gegen 216 Stimmen entscheidet sich die Versammlung für den umgekehrten Weg. Es kommt daher zuerst zur Abstimmung durch Namensaufruf das Minderheitserachten des Verfassungsausschusses:

„Diese (des Oberhauses) Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden; sie vererbt im Mannesstamme nach dem Rechte der Erstgeburt."

Die Versammlung beobachtet ein tiefes Stillschweigen während der Abstimmung, nur hier und da unterbrochen von einer Aeußerung des Staunens. Von 263 gegen 211 Stimmen wird die Erblichkeit verworfen. Zehn Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. Unter den acht zu Protokoll gegebenen Erklärungen sprechen sich mehrere dahin aus, daß ihre Unterzeichner gegen die Erblichkeit nur gestimmt haben, weil das Verhältniß zu Oesterreich noch nicht aufgeklärt sei. Andere behalten sich eine veränderte Abstimmung für die zweite Lesung der Verfassung je nach den Umständen ausdrücklich vor.

Die Abstimmungen währen noch fort; darüber in der Nachschrift.

Frankfurt, 22. Jan. Das Reichsministerium hat an den Bevollmächtigten für Braunschweig, Herrn Dr. Liebe, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Aus Ihrer sehr geschätzten Mittheilung vom 19. d. M. hat der Reichsverweser Kenntniß davon genommen, daß Se. Hoh. der Herzog von Braunschweig schon seit dem Beginne der Verhandlungen über die Umgestaltung des deutschen Bundes fortwährend der Ansicht gewesen, daß zur würdevollen Vertretung Deutschlands nach Außen, wie zur Herstellung einer kräftigen inneren Einheit ein erbliches Oberhaupt an die Spitze der Reichsregierung treten müsse. In diesem Ausspruche erkennt der Reichsverweser einen neuen Beweis hochherziger Bereitwilligkeit deutscher Fürsten, zu dem Gelingen des seiner Obhut anvertrauten großen Einigungswerkes beizutragen. In den Dank, welchen der Unterzeichnete Seiner Hoheit dafür darzubringen beauftragt ist, wird das ganze deutsche Volk einstimmen. Denn mit jeder neuen Kundgebung echt fürstlicher Gesinnung schwindet der quälende Zweifel, als könnten die Leiden und Anstrengungen der Nation abermals vergeblich gewesen sein, und eröffnet sich eine nahe Zukunft, welche Fürsten wie Völker sicherlich bald die Zeit der Schwäche und Zersplitterung wird vergessen lassen. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für Braunschweig, diese Erwiederung zur Kenntniß des Herzogs zu bringen. Frankfurt, den 20. Januar 1849. (gez.) Gagern."
(O. P. Z.)

§ **Frankfurt**, 23. Jan. Dem Vernehmen nach ist von Preußen die Erklärung eingegangen, daß es kein Bedenken habe, der Herstellung eines Bundesstaates innerhalb des Staatenbundes beizutreten, und daß es bei den übrigen deutschen Regierungen angefragt habe, welche Einwendungen man dagegen zu machen habe, jedoch ohne hierin das Prinzip der Vereinbarung aufstellen zu wollen.

*** **Frankfurt**, 23. Jan. Das „Montagskränzchen" hatte auf seine Anregung zur Feier der Einführung der Grundrechte, wie man hört, von der einschlagenden Behörde keine Rückäußerung erhalten. Deshalb beschloß der genannte Verein in seiner gestrigen Versammlung die für die Allgemeinheit fruchtlos angeregte Feier für sich zu begehen und hatte zu diesem Zwecke die Mitglieder der Linken der Nationalversammlung besonders eingeladen.

*** **Frankfurt**, 23. Jan. Wie man vernimmt, steht der Kommodore Parker, kaum erst über Berlin hier eingetroffen, im Begriffe, nach Nordamerika wieder abzureisen, doch nicht auf direktem Wege. Der Kommodore wird aber alsogleich nach der Wahl des neuen Präsidenten in Washington mit den deutschen Dampffregatten unter Segel gehen und hoffentlich zeitig genug an der norddeutschen Küste erscheinen. In der Marineabtheilung des Handelsministeriums herrscht unausgesetzt besondere Thätigkeit und man überläßt sich der Hoffnung, daß diese bis zum nächsten Frühjahre sehr fruchtbringend sein werde.

*** **Frankfurt**, 23. Jan. In der Handelswelt soll es überrascht haben, daß die preußische Staatskasse auf sie von der Reichskasse gezogene Wechsel, deren Betrag indessen nur bis zu 40,000 Rthlr. angegeben wird, mit Protest habe zurückgehen lassen. Wenn sich diese Angabe wirklich bestätigt, so kann dazu nur ein formeller Grund vorhanden sein, denn die preußische Regierung hat sich ja nicht allein bereit erklärt, ihre Matrikularbeiträge zu liefern, sondern auch für andere deutsche Regierungen, wenn es sein muß, Vorschüsse zu leisten.

△ **Wien**, 18. Jan. Die überschwemmten Vorstädte sind zwar theilweise wieder vom Wasser befreit, doch ist die Gefahr noch immer sehr drohend; das Thauwetter dauert fort, die Schneemassen sind ungeheuer und in der großen Donau geht das Eis bis auf den Grund. An der großen Donaubrücke und Eisenbahnbrücke sind mehrere Joche ganz zerstört. Beide Brücken ruhen förmlich auf dem Eise, und das wenigste, was bei dem folgenden Eisgang geschehen muß, ist ihre gänzliche Zerstörung. Die Post, welche zwei Tage ausgeblieben war, wurde gestern Abend durch einen Postbeamten zu Fuß abgeholt, welcher mit Gefahr des Lebens die Bahnbrücke passirte. Auch ein Theil der Minister, welche nach Kremsier abgehen wollten, um bei der wichtigen Verhandlung über die Adelsfrage gegenwärtig zu sein, mußte hier zurückbleiben. Die Bahn scheint durch den Schnee beinahe unbrauchbar zu sein; ein Zug, welcher sonst in 7 Stunden von hier nach Hallein geht, braucht deren jetzt 22 und mehr. Nachrichten aus Ungarn, die jedoch noch der Bestätigung bedürfen, sagen, daß Meszaros mit einem bedeutenden Korps bis Tyrnau vorgedrungen sei. Komorn soll bombardirt worden sein. In Pesth haben sich nach der Freilassung des Grafen Anton Zapari Zweihundert der am meisten Kompromittirten, die sich verborgen gehalten hatten, freiwillig der Militärbehörde gestellt. Ueberhaupt scheint man in Ungarn nicht mit der Strenge vorgehen zu wollen, wie in Wien, welches „den ersten Strahl der Wiederkehr der absoluten Macht" am härtesten fühlen mußte! Auch sieht man wohl ein, daß man es dort mit einem, wenn auch kleinen, doch zum Theil verzweifelten Volke zu thun hat, während es hier ein Leichtes war, an einer Stadt ein „Beispiel zu statuiren." Der Bevollmächtigte Oesterreichs bei der deutschen Centralgewalt dürfte Sie nächstens verlassen, wenn es Hr. v. Schmerling nicht vorziehen sollte, sein Mandat für Kremsier — das freudigste Ereigniß seines ganzen Lebens, wie er es selbst nannte — niederzulegen, denn sein Urlaubsgesuch wurde vom Reichstag nicht bewilligt. Da auch die Ernennung Doblhoffs als Gesandter im Haag nun offiziell bekannt gemacht ist, so stehen nun zwei neue Wahlen bevor — man zweifelt hier nämlich nicht, daß sich Hr. v. Schmerling in Frankfurt nöthiger glauben wird, als in Kremsier. Doblhoff gab schon ein Abschiedssouper, wobei sich alle Fraktionen des Reichstags in der gemüthlichsten Uebereinstimmung die Hand reichten, wo Pinkas die Deutschen, Schuselka die Slawen hochleben ließ, und Oesterreich mit der freisinnigsten aller Konstitutionen in ein mittel-europäisches Reich umgemodelt wurde. Wenn die Herren Abgeordneten nur die Hälfte dieser Eintracht mit in die Reichstagsdebatten bringen, so werden die Völker Oesterreichs das Abschiedssouper Doblhoffs noch lange segnen, und er hätte damit mehr für die Monarchie gethan, als durch seine ganze ministerielle Thätigkeit, deren ehrliche Tendenz wir allerdings nicht in Frage stellen wollen. Eine amtliche Kundmachung bestimmt heute als Signal für den Eisgang rothe Fahnen auf den Thürmen, bengalische Feuer und Läuten der Glocken, da die sonst üblichen Kanonensalven nur für politische Zwecke vorbehalten bleiben. Die Höhe des Wasserstandes blieb bis jetzt in den unteren Vorstädten

noch 2 Fuß vor der im Jahre 1830 zurück; in der Brigittenau steht das Wasser jetzt schon um 4 Fuß höher als damals. Es scheint, daß in der Nacht vom 16. auf den 17. abermals ein Zündhütchen aus dem rothen Hause, wie schon einmal vor 10 bis 12 Tagen, auf eine vorübergehende Patrouille abgefeuert wurde. Das Fremdenblatt macht dazu die gesunde Bemerkung: In das rothe Haus scheinen sich einige Tollhäusler verirrt zu haben. Die politischen Verhaftungen werden noch immer mit Eifer fortgesetzt; neuerdings wurde wieder der Gutsbesitzer Anton Kohl aus Kärnthen, als bei den Oktoberereignissen kompromittirt, verhaftet. Auch die letzten Urtheile sind wieder schärfer.

Die Cholerafälle beschränken sich nur auf das Militärspital und entstanden meistens durch Erkältung. Bis jetzt kamen 49 Erkrankungen vor, wovon 26 Individuen starben und 18 rekonvaleszirt sind. Nachfolgend das neueste Armeebülletin:

16. Armee-Bulletin.

Nach Mittheilungen aus dem Hauptquartiere Ofen vom 15. Jänner, hat Se. Durchlaucht der Feldmarschall Fürst Windischgrätz bei der fortschreitenden Besetzung des größten Theils von Ungarn durch die kaiserl. königl. Truppen, bereits 3 Militärdistrikte zu errichten anbefohlen. So ist das Preßburger, Neutraer, Trentschiner, Arvaer, Liptauer, Turoczer, Sohler, Barser und Komorner Komitat unter den Befehl des Herrn F. M.-L. v. Kempen mit dem Sitze in Preßburg, das Pesther, Weißenburger, und Graner Komitat, so wie der Cumaner und Jazyger Distrikt unter die Befehle des Herrn F.-M.-L. Grafen Wrbna mit dem Sitze zu Ofen, dann das Baranyer, Tolnaer, Somogyer, Szalader, Veszprimer, Oedenburger, Eisenburger, Raaber und Wieselburger Komitat unter die Befehle des Herrn G.-M. Baron Burits mit dem Sitze zu Oedenburg gestellt worden.

F.-M.-L. Csorich, der mit 8 Bataillons, 6 Eskadrons und 36 Geschützen beauftragt wurde, die im Rückzug begriffene feindliche Kolonne unter dem Rebellenchef Görgey in der Richtung von Ipoly-Sagh über Leva zu verfolgen und gegen Schemnitz zu drängen, war bereits am 15. in dieser Richtung vorgegangen, während die Colonne des G.-M. Götz gegen Neusohl und Kremnitz vorrückte.

Der Insurgentenchef Meszaros treibt sich in der Gegend von Erlau herum.

Die Brigade des G.-M. Ottinger hat schon den 13. den fliehenden Feind bis Szolnok verfolgt, diese Stadt besetzt und dort ein Magazin mit 98,000 Metzen Früchten erbeutet. Die Einwohner dieser Gegend, so wie jene von Ketskemet sind vom besten Geiste beseelt, und haben die ihnen so lange vorenthaltenen Manifeste und Proklamationen mit Jubel aufgenommen.

Aus allen besetzten Landestheilen gehen fortwährend Deputationen mit Unterwerfungs-Erklärungen nach Ollmütz zu Sr. Majestät dem Kaiser.

Die Kolonne unter dem Oberst Horwath hat Veszprém und Stuhlweißenburg besetzt; — jene unter dem Oberstlieutenant Graf Althann hat am 15. um 2 Uhr früh eine feindliche Abtheilung von 300 Mann unter Mednyansky und Bihár-Andor, die sich in dem Bakonyer-Walde herumtrieb, in dem Kloster Bakony-Bél überfallen, 10 Mann getödtet, mehrere gefangen, die sodann standrechtmäßig behandelt und in Papa erschossen wurden. Lieutenant Kotur von den Oguliner und ein Gemeiner wurden unserer Seits leicht verwundet. Hauptmann Roknitz von demselben Regimente, welches den Ueberfall kommandirte, hat sich durch seine Tapferkeit eben so sehr ausgezeichnet, als Oberstlieutenant Graf Althann durch seine Thätigkeit und Umsicht, mit der er seit dem Einrücken unserer Truppen in Ungarn dieses Streifcorps über Oedenburg, Steinamanger bis Papa führte.

Wenn man diese kurze Zusammenstellung, die durchaus auf amtlichen Berichten beruht, übersieht, und die Resultate, die sie liefert, erwägt, muß man immer noch über die Frechheit, mit der die schlechtesten Gerüchte in der Hauptstadt erfunden und von da nach allen Richtungen der Monarchie verbreitet werden, erstaunen. So sollte F.-M.-L. Graf Schlick gefangen, ein Insurgentenheer gegen Preßburg vorrücken, die Armee des Feldmarschalls bereits umzingelt, auch Feldzeugmeister Graf Nugent bis Fürstenfeld zurückgedrängt worden sein, während er doch zur Stunde unangefochten in Groß-Kanisa verweilt. Daß derlei Gerüchte von böswilligen Buben ausgestreut, ist minder zu wundern, als daß sie von besser gesinnt sein Wollenden geglaubt werden.

Es kontrastirt dieß sonderbarer Weise mit den täglich ankommenden Protestationen eines zunehmenden bessern Geistes in der Hauptstadt, von dem die Proben indeß bis jetzt durchaus noch mangeln.

Wien, am 17. Jänner 1849.

F. M. L. Welden,
Militär- und Civil-Gouverneur.

** **Kremsier**, 17. Jan. Abg. Szabel interpellirt das Ministerium wegen des Verbots der Ostdeutschen Post. Er macht besonders aufmerksam auf folgende Stelle der betreffenden Verordnung: „Diese Zeitung wird daher auf ausdrücklichen Befehl des Hrn. Ministerpräsidenten sogleich unterdrückt und darf von Morgen an nicht mehr erscheinen". Dieser inhaltsschwere Satz deutet darauf hin, daß die Verordnung nicht allein wegen des Belagerungszustandes Wiens gegeben wird; hier spricht der Ministerpräsident und nicht der Stadtgouverneur, hier hat der lokale Standpunkt aufgehört, und es beginnt der staatliche; mit kurzen Worten, der Minister als verantwortlicher Repräsentant der Krone tritt der freien Presse auf den Nacken — und sich nicht begnügend mit den Garantieen, welche aus höhern Staatsrücksichten gegen den Mißbrauch durch Repressiv-Maßregeln geboten sind, über deren Anwendung eine Jury zu entscheiden hätte, greift es in eigener Sache als eigener Richter zum letzten Mittel und erdrückt die Presse. Der Redner findet diese That des Ministeriums mit dem Programme desselben im grellen Widerspruche. Er stellt daher an den Hrn. Ministerpräsidenten, eventuell an das Gesammtministerium, folgende Fragen: 1) Ob das Ministerium gesonnen sei, die den Völkern Oesterreichs zugesicherte Preßfreiheit aufrecht zu erhalten? 2) Ob im Bejahungsfalle das Ministerium diese oberwähnte Maßregel in Betreff der Ostdeutschen Post, als eine inkonstitutionelle, jede Preßfreiheit vernichtende, aufzuheben gedenke? (Anhaltender Beifall.)

Hierauf wird die Diskussion über §. 3 des Entwurfs der Grundrechte fortgesetzt. **Brestl**, **Machalski**, **Kromer**, **Sierakowski**, **Kautschitsch**, **Schuselka**, **Borrosch**, **Strasser**, **Szabel**, **Löhner**, **Schmitt** und zuletzt **Hein** als Berichterstatter des Konstitutions-Ausschusses sprechen von der Tribüne. Alle sind für Abschaffung des Adels, nur Strasser und Borrosch wollen die Beibelassung der Adelsbezeichnung. In Bezug der Aufnahme der Ausländer in Staatsdienste sind die Meinungen mehr getheilt. Vor der Abstimmung ergibt sich, daß 16 Amendements zu diesem Paragraphen vorgelegt wurden. Ueber die Aufhebung des Adels wird die Abstimmung mittelst Kugelung verlangt. Das betreffende Amendement Schuselka's lautet: „Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen noch anerkannt." Bei der Abstimmung mittelst Kugelung nahmen 315 Abgeordnete Theil, 231 stimmten für und 84 gegen die Annahme. Der §. 1 der Grundrechte lautet in seiner endgültigen Gestalt folgendermaßen: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich. Die Konstitution und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben, ausgeübt und verloren wird. Die Gesammtheit der Staatsbürger ist das Volk. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen noch anerkannt. Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle dazu befähigten Staatsbürger gleich zugänglich. Ausländer sind vom Eintritt in Civildienste und in die Volkswehr ausgeschlossen. Ausnahmen werden durch besondere Gesetze bestimmt. Zu öffentlichen Auszeichnungen oder Belohnungen berechtigt nur das persönliche Verdienst; keine Auszeichnung ist vererblich. Amtstitel dürfen nicht als bloße Ehrentitel verliehen werden". Mit großer Majorität angenommen.

⁝ **Berlin**, 21. Jan. Morgen wird gewählt! Der allgemeinen Meinung nach werden die Wahlen hier überwiegend demokratisch ausfallen, doch haben freilich seltsame Enthüllungen, welche die „Neue Preußische Zeitung" und die „Vossische Zeitung" über furchtbare Mord- und Brandplane brachten, welche die Demokraten im November beabsichtigt haben sollten, dieser Partei manches ängstliche Gemüth entführt. Man denke nur, daß ganze Häuserreihen in die Luft gesprengt werden sollten! Die abenteuerlich klingende Sache wird gerichtlich untersucht werden. Manche Handlungen der Regierung in jüngster Zeit leisten freilich den Demokraten willkommene Dienste. So ist der frühere Minister, Herr v. Rodbertus, ein wohlhabender pommer'scher Gutsbesitzer, von Berlin ausgewiesen worden, weil er sich über den Zweck seines Hierseins nicht ausweisen könne. Die Berathungen der Gewerbtreibenden im Handelsministerium dauern fort. Aber selbst für Herrn v. d. Heydt sind die Forderungen der Leute, welche auf den größtmöglichsten Schutz, das heißt Zunftvorrechte aller Art, hinauslaufen, doch allzustark. Unser jetziger Handelsminister ist bekanntlich ein erklärter Schutzzöllner, und schon dieser Umstand könnte die Süddeutschen beruhigen, welche irriger Weise Preußens Oberleitung der deutschen Angelegenheiten für gleichbedeutend halten mit einem Siege des freien Handels. In Meklenburg und andern Staaten gelten wir Preußen gerade für große Zöllner.

A **München**, 20. Jan. Bei der Wahl der drei Kandidaten für die Stelle eines zweiten Präsidenten der Kammer der Reichsräthe erhielten die Mehrheit der Stimmen: Freihr. v. Zu-Rhein, Graf Reigersberg und Graf Karl Seinsheim, alle drei in früherer Zeit Minister, von denen jedoch Graf Reigersberg, obwohl hoch bejahrt, eines der thätigsten, freisinnigsten und in jeder Beziehung ausgezeichnetsten Mitglieder unserer Kammer ist. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Freihr. v. Zu-Rhein die königliche Bestätigung erhalten wird. Zu Sekretären der Reichsrathskammer wurden Hr. v. Niethammer und Graf August

Uebersicht.

Entschließe dich!

Germania an Borussia.

Entschließe dich, Kind meiner Kraft und Liebe,
Wirf von der Stirn der falschen Würde Schein,
Und wag' es deiner Größe wahrem Triebe,
Wag' es, in mir dir selber treu zu sein:
Als mir das Reich, das größte einst auf Erden,
In Stücke brach, mein alter Stern verblich,
Sandt' ich dich aus, mein neuer Stern zu werden,
Des jungen Reiches Kern — entschließe dich!

Rückwärts gekehrt, nach meiner Thaten Wiege,
Von meinem Stamm ein abgelöstes Reis,
Versammelt um das Zepter ihrer Siege
Dort Austria der Völker bunten Kreis;
In meines Völkerringes eh'rne Hallen
Tritt Du statt ihrer stark und jugendlich,
Der Krone Wucht, die ihrem Haupt entfallen,
Dir biet' ich sie zum Leh'n — entschließe dich!

Ich kann von dir, du kannst von mir nicht lassen;
Wohin sich streitend auch dein Schritt gewandt,
Hing all dein Handeln, Irren, Lieben, Hassen
Doch unverrückt an meiner Liebe Band:
Ich lenkte dir das Schwert im Schlachtenspiele,
Dein war der Sieg, du stand'st und fühltest mich;
Nun wink' ich sichtbar heut' am letzten Ziele
Zum schönsten Siege dir — entschließe dich!

Ein Opfer gilt's: des Theiles Dünkel brechen,
Die Knoten lösen, die dein Stolz geschürzt,
Wie sich der Fluß mit allen seinen Bächen
Begeistert an des Stromes Busen stürzt!
Der halbgeachtet, mit erlognem Schwalle,
Selbstständig-ängstlich nach der Küste schlich,
Jauchzt nun einher als mächtigster Vasalle
Des ersten Stroms der Welt — entschließe dich!

Schon wächst die Fluth, verworren aufgethürmet,
Des Stromes Zügel fehlt, die Hölle lacht,
Von Brüderwuth und Fremdenhaß umstürmet,
Wankt halbgestürzt mein Banner in der Schlacht:
Borussia hier, hieher du sturmbewährtes
Volk meines Bluts, der Feinde Schaaren brich,
Streck' deinen Arm mir zu, mein Volk des Schwertes,
Hier ist Germania's Hand — entschließe dich! —

* * 18. Jan. 1849. A.

* Obiges Gedicht, das uns von auswärts, von einem Königsschlosse eingesandt ist, stehe hier als schönes Zeugniß, wie der nämliche Gedanke jetzt fern und nah alle deutschen Herzen entzündet.

Die österreichische Frage vor der Nationalversammlung.

VI.

* Vom Rhein, 21. Jan. *) Oesterreich hat die Initiative der Trennung ergriffen; wir haben den Fehler begangen, nicht sogleich einzuschlagen. Alles ist dadurch verwickelter geworden, und droht es zu bleiben. Wir haben auf den Zauber der Worte mächtiger Staaten wiederholt aufmerksam gemacht, und Oesterreich kennt von Metternich her, wo es nichts als Worte zu machen hatte, die Macht die hierin gelegen ist vollkommen. Preußens Regiment, im Reden und Schweigen ungeschickt, hält sich zurück, so daß, wenn nicht die kleineren Staaten dießmal eine patriotische Selbstständigkeit bethätigten, in den Schlußverhandlungen über die wichtigsten Fragen Oesterreich wieder wie in Wien das erste Wort führen würde. Die Noten Oesterreichs besagen, daß es sich als im Bunde, und den Bund als bestehend betrachte. Dies hingeworfene Wort, das nach Wydenbrugks Auseinandersetzung gar keinen Sinn haben kann, ist hinreichend, um vielleicht ein ganz falsches Staatssystem darauf zu bauen. So sind wir Deutsche. Die Symptome werden immer stärker, als komme unter den verhandelnden Stellen in Frankfurt, Wien und Berlin die Ansicht von einem deutschen Bundesstaate in einem Staatenbunde mit Oesterreich immer mehr als die Formel der Aufgabe auf. Aus Berlin schreibt man der O.-P.-A.-Ztg.: „Oesterreich möge im deutschen Bunde (!) nach Artikel 2 der Schlußakte verbleiben, nur statt wie bisher mit den einzelnen Staaten, so jetzt mit dem Einen Bundesstaate in wechselseitigen gleichen Vertragsrechten und Pflichten; in äußeren Beziehungen aber bleibe es mit diesem dieselbe in politischer Einheit verbundene Gesammtmacht, wie sie durch die europäischen Verträge vorgeschrieben sei". Ich wiederhole es: ehe die Nationalversammlung eine solche Form und Formel annimmt, votire sie auch auf die Gefahr einer preußischen Bewegung hin lieber das österreichische Kaiserthum. Was uns die österreichische Herrschaft für Gefahr unserer Freiheiten droht, mag dann die Nation und der Reichstag abwehren, was sie uns für Irrungen in der auswärtigen Politik droht, mag er zurecht zu rücken suchen: immer wäre doch eine einzige Richtung der letzteren da, und eine aktive Bewegung derselben denkbar, und daran, das sagen wir allen Pfahlbürgern im deutschen Reiche in der eintönigsten Wiederholung, daran liegt Alles, daß wir diese erhalten; ohne diese führt die verdächtige Ruhe unseres Landes zu stets neuen Konvulsionen im Innern, ohne diese ist unsere politische Macht ein Traum und unsere Freiheit eine Illusion. Dieser Staatenbund wäre um kein Haar besser als der bisherige in diesen wichtigsten äußeren Beziehungen. Dieselbe Wage der zwei Großmächte würde die freie Bewegung nach außen aufheben; für Oesterreich nicht in dem Maaße, weil es Staaten außer Deutschland hat, für Deutschland geradezu. — Es gibt nur Eine Form der Verbindung mit Oesterreich: ein völkerrechtliches Bündniß. Will man dafür den Fortbestand des bisherigen Bundes, von dem man ja nie herausbringen konnte, ob auch er nur ein bloßes völkerrechtliches Bündniß, oder ein Staatenbund, oder ein Bundesstaat war, als bloße Formel, als den Namen bestehen lassen, so wird Niemand was dagegen haben. Der Sache nach können wir nichts mit Oesterreich wollen als ein völkerrechtliches Bündniß. Der Satz, der so oft vorkommt, das bisherige Bundesverhältniß müsse als ein Minimum des künftigen Bundes angesehen werden, erschreckt mich, wenn ich ihn auf eine Form beziehen muß; er ist vollkommen richtig, wenn man ihn nur sachlich verstehen darf. In Bezug auf das Formale muß das bisherige Verhältniß sogar ein Maximum gewesen sein, das nicht zu halten ist; der Staatenbund muß in ein völkerrechtliches Bündniß herabgesetzt werden. Materiell und sachlich betrachtet aber kann und soll und müßte, nach uns, ein viel innigeres Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland eintreten, als es bisher, als es jemals statthatte. Eine Verbindung der geistigen Interessen hat bisher nicht existirt, eine Verbindung der materiellen ebensowenig; was darin gethan werden, was zur Annäherung der Handelsgesetzgebung und der Handelspolitik, zur Gleichung der Verbindungs- und Verkehrsmittel geschehen kann, das möge in dem abzuschließenden Vertrage möglichst weit getrieben werden. Bisher war, wie es Wydenbruck ausdrückt, der Hauptbestandtheil der Bundesbeziehungen „der in dynastischer Vertretung beruhende, mehr hemmende als fördernde politische Gehalt und Verband;" an dessen Stelle müßte jetzt ein Verband der Völker-Interessen durch Verträge treten. Von dem früheren Verhältnisse, wie es Wydenbrugk formulirt, kann nach Zusammenschluß Deutschlands in einen Bundesstaat formell nichts als erhaltbar gedacht werden, als eben der „hemmende politische Verband, der auf dynastischer Vertretung beruht" und das hieße demnach ein Zusammenhalten des Kaisers von Oesterreich und des Kaisers des deutschen Bundes, etwa mit Hinzuziehung von dessen Reichsrath, in den äußeren politischen Beziehungen. Dieß ist ganz die unselige Formel, der wir in den Aufsätzen der O. P. A. Z. jetzt so oft begegnen! Es hieße dieß dem österreichischen Wiesel einen Weg in das Nest des deutschen Adlers anweisen, so oft dieser auffliegen wollte; es hieße mit ihm unsere Selbstständigkeit auf dem Hauptgebiete theilen, auf dem Gebiete, wo ein Parlament am wenigsten Einfluß haben und schützen kann, auf dem Gebiete der äußeren Politik. Nein, wenn über die Formel des bloßen völkerrechtlichen Bundes hinaus ein Organ bestehen soll, das die Verbindung beider Staaten beurkunden soll, über das Papier des Vertrages hinweg,

*) Diese Folge von Briefen über die österreichische Frage ist geschrieben, wie die Folge der Reden in den drei stenographischen Berichten sie eingab, die ersten ohne noch die letzten zu kennen.

in einer lebendigen Weise, in der für Aufrechthaltung nicht nur, sondern auch für Fortbildung der Union Sorge getragen werden könnte, so sei es eine berathende Unionsversammlung und keine dynastische Vertretung zwischen zwei Monarchen. Einer solchen Versammlung könnte auch für jeden einzelnen Fall die Bemessung der gegenseitigen Interessen bei äußeren Kollisionen überlassen bleiben, besser als daß man ein verklausulirtes Schutz- und Trutzbündniß in die Unionsakte aufnähme. Ich halte ein solches Schutz- und Trutzbündniß, das Rücksicht auf bestimmte Eventualitäten nähme, für unmöglich zu verfassen; ein allgemeines, unbedingtes, allumfassendes aber für unmöglich anzunehmen. Denn die Bedingungen Deutsch-Oesterreichs und der nichtdeutschen österreichischen Staaten sind zu verschieden, als daß wir unsererseits ein Schutz- und Trutzbündniß auf völlige Gegenseitigkeit mit ihnen schließen könnten. Diese Unionsakte zu entwerfen allerdings ist eine beneidenswerthe Aufgabe für unsere Staatsmänner. Die Union selbst ist das ergiebigste Feld für gemeinsame, freundnachbarliche Förderung und Entwickelung der Staatskräfte zweier mächtiger Völker. Man nenne das die „laxe Idee" eines völkerrechtlichen Bündnisses; es kann ihm, sieht man wohl, ein so fester, konkreter, unverbrüchlicher Inhalt gegeben werden, daß auf den laxen Namen nichts ankommt. Ich frage: was könnte mit einem solchen Bündnisse nicht erlangt werden, das die staatenbündliche Verbindung den beiden Theilen brächte? während auf der andern Seite alle Hemmungen und Nachtheile dieser Form vermieden werden. Ich sehe mich um, was in den vielen glänzenden Reden gegen dieses Bündniß vorgebracht worden ist, und finde nichts. Wydenbrugk, auf den ich als auf den scharfsinnigsten Gegner besonders Obacht habe, wußte nichts zu sagen, als: Ein solches Bündniß sei möglich, aber ob wir es schließen würden, sei eine andere Frage. Das ist schwach! Darum soll ja unterhandelt werden! Glücken die Unterhandlungen, schließen wir also das Bündniß, gut, und je früher desto lieber, und je fester desto besser. Schließen wir es nicht, so muß der Widerwille des einen oder des andern Theiles daran Schuld haben, oder die widerstrebende Natur der Verhältnisse, Bedürfnisse und Interessen beider Theile. Und wenn sich eines oder das andere herausstellen sollte, dann wollen wir mit diesem anders interessirten oder mißstimmten Volke einen Staatenbund oder einen Bundesstaat lieber eingehen, als ein Bündniß? Es gibt viele Dinge, die ein menschlicher Verstand begreift, aber dies geht weit über den meinen.

Stimme aus Baiern.

∾ **Aus dem baierischen Franken.** Mitte Januar. *Οὐκ ἀγαθὸν πολυκοιρανίη, εἷς κοίρανος ἔστω!* Gestatten Sie mir in Ihrem Blatte einige Worte, welche dem zum Ausdrucke dienen sollen, was außer mir Viele hier zu Lande in der wichtigsten unsrer deutschen Verfassungsfragen denken, wünschen und erstreben. So viel steht mir und meinen zahlreichen Meinungsgenossen fest: soll die Erhebung des Jahres 1848 zu dem von den Besten des Vaterlandes längst ersehnten Ziele der Einheit und Macht und eben damit zu gesicherter Freiheit führen, so muß ein einheitliches und erbliches Oberhaupt an die Spitze treten, und dieses Oberhaupt kann kein anderes sein, als der Fürst des mächtigsten aller deutschen Sonderlande, kein Anderer als Preußens König. Und das sagen wir nicht etwa, weil uns für die Persönlichkeit des jetzt regierenden Hohenzollern, geschweige für den Charakter des gegenwärtigen preußischen Regimentes oder überhaupt für preußisches Wesen sonderliche Sympathieen beseelten, oder weil wir ausschließlich den zu jenem Königreiche vereinigten Stämmen — um ihrer Stammeseigenthümlichkeit willen — den Beruf der Hegemonie zuerkennten, sondern einzig darum weil wir — erhaben über den vaterlandsfeindlichen Partikularismus — dasjenige wollen, wovon wir überzeugt sind, daß es dem Ganzen wahrhaft fromme, — wollen, was ebensosehr die unverkennbaren Weisungen der letzten Jahrhunderte deutscher Geschichte für sich hat, als es in den Grenzen des Möglichen sich hält und fern bleibt von den Nebelgebilden luftiger, wenn auch nicht selten wohlgemeinter, patriotischer und unpatriotischer Fantasieen und Theorieen. Auch wir bedauern es zwar, die Millionen deutscher Brüder im Südosten alsdann nicht so enge mit uns verbunden zu sehen, als es an sich zu wünschen wäre; aber wir täuschen uns nicht über die geschichtliche Nothwendigkeit, vermöge derer — gewiß nicht ohne providentielle Bedeutung — der Schwerpunkt jener Provinzen noch — wer weiß, wie lange — in einem national gemischten österreichischen Gesammtstaat liegt, und trösten uns mit einem auch so noch möglichen, ja am Ende für beide Theile unumgänglichen Verbande, als einstweiligem Unterpfand künftiger entsprechenderer Gestaltungen. Wir täuschen uns indeß ebensowenig darüber, daß, — sollte unsre Hoffnung sich nicht erfüllen und die theilweise so widernatürliche Koalition jener habsburgischen, stockpreußischen, altbaierischen, ultramontanen, radikalen 2c. Elemente und Parteien den Sieg davon tragen, — die deutsche Einheit sowohl als der gesicherte Besitz und die heilsame Fortentwicklung ächter Freiheit wieder auf geraume Zeit vertagt wäre, ja daß wir — vielleicht nach zeitweiliger Rückkehr zu einem etwas veränderten Staatenbunde mit seiner undeutschen, seiner russifizirten österreichisch-preußischen Politik (der sogenannten nordischen Mächte) — den Stürmen einer neuen, dann aber schrecklicheren und die deutschen Throne nicht blos erschütternden Revolution preisgegeben würden. Doch Sie sind wohl begierig, ob wir zum Schlusse nicht noch vom bairischen Standpunkte aus uns vernehmen lassen. Daß wir den der N. Münchner Zeitung, auch den des Nürnberger Korrespondenten nicht theilen, bedarf nach dem bisher Gesagten keiner ausdrücklichen Versicherung. Dagegen können wir nicht umhin, von ganzer Seele dem trefflichen Votum beizustimmen, das unser Landsmann, der Abgeordnete Stahl aus Erlangen, in der Sitzung vom 16. Januar vor der Nationalversammlung abgegeben hat. (Vrgl. Deutsche Zeitung 1849, Nro. 16, Beilage). In einem anderen Sinn als er, wissen auch wir von keinem baierischen Standpunkte; und wir schließen diese vielleicht schon zu umfangreiche Darlegung mit dem herzlichsten, dringenden Wunsche, daß unser König sammt Regierung und Kammern noch zu rechter Zeit und zum Heile des Vaterlandes Baierns schönsten Ruhm und Ehrgeiz darein setzen möge, deutsch zu sein, auf daß nicht die Herzen vieler deutschen Brüder nur mit Erröthen sich zur baierischen Heimath bekennen müssen.

Deutschland.

Wien, 11. Jan. Während des Jahres 1848 wurden in Wien 18,915 Kinder geboren, und zwar 9,663 Knaben und 9,252 Mädchen. Dem Vorjahr gegenüber, haben die Geburten um 104 abgenommen. Die Zahl der geborenen Mädchen differirt gegen das Vorjahr blos um 12. Getraut wurden 2,575 Paare, 155 weniger als im Jahre 1847. Die Zahl der Verstorbenen beläuft sich auf 17,583, darunter 4,900 erwachsene Personen männlichen, 4,213 weiblichen Geschlechts, 4,087 Knaben, 3,672 Mädchen im Alter bis 10 Jahren. Todtgeburten zählte man 711: 410 Knaben, 301 Mädchen. Die stürmische Bewegung des verflossenen Jahres, welche gewiß mächtigen Einfluß auf den Gemüths- und auf den physischen Zustand der Menschen übte, hätte eine größere Sterblichkeit gegen das friedliche Jahr 1847 erwarten lassen, es sind aber 1448 Personen weniger gestorben. Die Lungenseuche hat abermals sehr viele Menschen — 3895 — hinweggerafft. An zufälligem Tode, worunter auch durch Schußwunden, sind im Jahre 1848 97 Personen mehr gestorben, eine Folge der Revolutionskämpfe. Ein Alter von und über 90 Jahre haben 23 Personen erreicht, 20 weniger als im Jahre 1847. Im Jahr 1848 hat kein einziger der Verstorbenen ein Alter von 100 Jahren erreicht — der zweite Fall seit dem Jahre 1835; der erste ähnliche Fall ergab sich im Jahre 1840. (Lloyd.)

⊙ **Koblenz,** 19. Jan. Die „Flugblätter" eine in Neuwied erscheinende Volkszeitung, enthalten seit Kurzem gelegentliche Mittheilungen, denen man leicht die Feder des in jener friedlichen Stadt rastenden Staatsmannes, des Freiherrn von Arnim, ansieht. Eben kommt mir eine ältere Nummer derselben vor's Gesicht, in welcher eine Hinweisung auf unser westliches Nachbarland benutzt wird, um die uns Alle beschäftigende Kaiserfrage mit treffenden Worten zu beleuchten. Den Anlaß bieten ihm Auszüge aus einer kleinen Schrift des bekannten Alex. Weill in Paris, welcher sich von gewissen Theorieen und Verbindungen von der Zeit vor dem Februar lossagt — ein bekehrter Republikaner. — Man freut sich, unsern edlen Freiherrn in so ganz volksthümlichem Tone mit seinen Lesern reden zu hören, und sucht sich (wie man es in seinen größeren Schriften gewöhnt ist) manch' hübsches Goldkörnchen heraus. „Nur zu oft" heißt es darin, „haben wir uns üble Vorbilder aus Frankreich zur Nach-

abmung gewählt; nehmen wir nun auch einmal die guten Vorgänge bei unseren Nachbarn zur Nachfolge.

Der neueste Vorgang dieser Art, im Großen, ist die Wahl des Präsidenten von Frankreich in der Person von Ludwig Bonaparte. Was auch die Wahl im Einzelnen für die Parteien, die dabei zusammen gewirkt haben, bedeuten mag, im Ganzen und für die große Mehrzahl der fünf Millionen, welche für diese Wahl stimmten, bedeutet sie: Einheit und Macht im Innern und nach Außen, Aufhören der Anarchie, Wiederbelebung des Wohlstandes, Ordnung.

Alles das können wir auch brauchen, ja haben wir eben so dringend nöthig als Frankreich. Nehmen wir uns also ein Beispiel an Frankreich und nachdem wir seine Revolution nachgeahmt haben, ergreifen wir jetzt auch mutatis mutandis dieselben Mittel, um gleich ihm wieder zur Ordnung und zu allem was daran hängt, zu gelangen.

Frankreich hat sich einen Präsidenten gegeben, in welchem es eine kaiserliche Zukunft der Einheit im Innern und der Macht nach Außen sieht.

Deutschland antworte ihm darauf durch die Kaiserwahl des Einen und des Mächtigsten, welcher allein im Stande, seinen Geschicken im Kriege und Frieden zu präsidiren.

Das ist die rechte, würdige, heilsame und deutsche Nachahmung, nicht Nachäffung, eines französischen Beispiels.

Während in Frankreich das Präsidium in die Kaiserherrschaft überzugehen strebt, kann und wird in Deutschland die Kaiserwürde durch die Verhältnisse immer etwas von dem Charakter eines Präsidiums erhalten.

Dort wird der kaiserliche Präsident herrschen.

Hier soll der präsidirende Kaiser regieren.

Wer das nicht will in Deutschland, der will die Uneinigkeit und die Zwietracht, die Schwäche und die Machtlosigkeit, der will das Zerfallen und den Untergang des theuren Vaterlandes neben dem in Einigkeit und Macht mit neuen Kräften sich aufraffenden drohenden Frankreich.

Und wer das will ist kein guter Deutscher und kein braver Preuße."

⚹ Aus Thüringen, 19. Jan. Der Artikel aus Meiningen in Ihrer zweiten Beilage vom 17. Jan., welcher vom Standpunkte der meiningenschen Regierung aus die Hintertreibung jeder staatlichen Vereinigung der thüringischen Staaten zu rechtfertigen sucht, gibt ein zu deutliches Bild von den falschen Gründen, mit denen man eine Festhaltung unserer kleinstaatlichen Misere durchsetzen will, als daß eine Darlegung dieser Blößen nicht im Interesse sowohl unseres speciellen, als des Gesammtvaterlandes liegen sollte. Der Verfasser dieses Artikels ist gegen die Einführung eines thüringischen Gesammtministeriums und Gesammtlandtags zuvörderst aus dem Grunde, weil ohne Einsetzung eines gemeinsamen Staatsoberhauptes es doch für jede gemeinschaftliche Maßregel der Verhandlungen mit sämmtlichen Einzelregierungen bedürfen würde. Dies könne jetzt eben so gut geschehn; jene gemeinsamen Behörden würden daher die Geschäfte verweitläufigen und so abgeschmackt sein, als eine Trias oder ein Direktorium für Deutschland. Unter den jetzigen Verhältnissen bedarf es indeß der Einstimmigkeit von acht Regierungen und neun Ständekammern zu einer gemeinsamen oder gleichmäßigen Maßregel. Nach der projektirten Vereinigung dagegen würde die Majorität der Regierungen und des einen Gesammtlandtags dazu genügen. Auch ist zu berücksichtigen, daß das Gesammtministerium nach konstitutionellen Grundsätzen nur in wichtigern Fällen umfragen und auch in diesen meist in Auftrag handeln würde. Es ist ein starkes Stück, wenn man diesen Stand der Dinge als eine Verweitläufigung der bisherigen darstellen will. Auch die Kostenersparniß liegt auf der Hand. Die einzelnen kleinen Staaten würden nicht mehr drei Minister brauchen (soviel besitzen einzelne derselben), würden überhaupt für die vielen gemeinsamen Einrichtungen ihre Beamtenzahl verringern können, und dieselben Fragen, welche jetzt in acht Parlamenten von gegen 190 Mitgliedern breitgetreten werden, würden in einer Versammlung von 70—80 Gliedern abzumachen sein. Die Einzellandtage würden ungleich kürzere Sitzungen halten und für die Ausgaben des Gesammtstaats nichts zu verwilligen haben, sondern genöthigt sein, von den durch den Gesammtlandtag verwilligten Steuern nur die Art der Ausbringung zu bestimmen. Obgleich wir ferner zugeben, daß es für Deutschland eine bessere Verfassung gibt, als ein Direktorium, so geben wir doch gegen die für Thüringen gezogene Analogie zweierlei zu bedenken: 1) daß für die Verhältnisse eines Einzelstaats ohne größere Politik und Beziehungen zum Ausland der Nachtheil des Direktoriums weniger in die Augen springt. 2) Daß selbst wenn man in Bezug auf Deutschland die Wahl hätte zwischen einem Direktorium als Spitze und einer völligen Isolirung der einzelnen Staaten, es abgeschmackt wäre, bei dieser Wahl einen Augenblick zweifelhaft zu sein. Man beruft sich ferner — und auch jener Artikel thut es — gegen die thüringische Vereinigung auf die Phrase: „Wenn wir einmal nicht selbstständig bestehen können, so sind wir durch einen Staat Thüringen von kaum einer Million Einwohner wenig gebessert und würden dann nur in einem bestehenden großen Staat aufgehen wollen." Dieser Satz ließe sich anhören, wenn man zu einem solchen Aufgehen überhaupt geneigt wäre, statt sich mit Leibeskräften dagegen zu sträuben. Die Nicht-Mediatisirung ist ja eben eine Voraussetzung des Vereinigungsprojektes. Da die Staaten nicht völlig annullirt sein wollen, da ferner der Fortbestand in der bisherigen Weise nicht mehr möglich ist, so treibt die logische und faktische Nothwendigkeit dazu, daß wenigstens in den Beziehungen des Staatslebens, die unbedingt eine breitere Basis verlangen (Militärwesen, Gesetzgebung, Rechtspflege, größere Verwaltungsmaßregeln) durch Vereinigung eine solche geschaffen werden müsse. Gelingt es auf diese Weise mit dem Nutzen eines erweiterten und naturgemäßeren Staatslebens die Vortheile zu verbinden, welche den Bevölkerungen durch das Vermögen und den Aufwand der Fürsten erwachsen, so dürfte im Wesentlichen den Bedürfnissen jener Ländchen vor der Hand genügt sein. Solchen praktischen Gründen gegenüber kommen doktrinäre aus der Theorie der Staatsverfassungen weniger in Betracht. Ein Staat von einer Million — wie die beiden Hessen, die Mecklenburgs, Baden — hat schon eine Mittelgröße, wie sie für deutsche Einzelstaaten, die ja künftig nur als Glieder eines Bundesstaats in Betracht kommen, ausreicht und förderlicher ist, als die der einheitsgefährlichen großen und der lebensunfähigen kleinen Lande. In ihm ist — wie die Erfahrung zeigt — ein konstitionelles Leben, die Bildung einer wirklichen öffentlichen Meinung als Kontrole der Gewalten, die Rechtspflege mit Schwurgerichten u. s. w. möglich. Daß alles dies aber in diesen Duodezländchen schwerlich möglich sei, muß der Herr Verfasser selbst zugeben. Jedenfalls aber ist die Hinweisung auf größere Opfer, die man gar nicht zu bringen gedenkt, ein eigenthümlicher Grund, um sich jedem mäßigen Opfer an Selbstständigkeit zu entziehen.

Aber es gibt ein noch zweideutigeres Mittel, durch das man namentlich die Bevölkerungen gegen das Vereinsprojekt einzunehmen sucht. Man sagt ihnen, daß das Eingehen darauf sie Weimarisch machen, sie dem Weimarischen Staate unterordnen werde. So wiederholen sich die Umtriebe einer gewissen Partei in Deutschland, die z. B. den Baiern den Popanz vorhält: man wolle sie preußisch machen. Es bedarf kaum unter Einsichtsvollen der Widerlegung eines solchen Vorwandes. Die Weimarischen Vorschläge in Bezug auf Organisation der obersten Regierungsgewalt des Gesammtstaates gehen bekanntlich auf eine verhältnißmäßige Gleichberechtigung der Fürsten, dahin, daß die 3 Herzogthümer jedes 2, die 4 Fürstenthümer jedes eine, Weimar dagegen 3, sage drei unter 13 Stimmen haben soll. Seiner Bevölkerungszahl und seinem Umfange nach ist der letztere Staat also eher nachtheilig bedacht. Ist es nun nicht abgeschmackt, von einer Hegemonie, einer Präponderanz u. s. w. zu reden? „Aber die Zukunft", fahren die Herren fort, „würde zu unserer Unterjochung führen!" Es bedarf dagegen kaum der Erwähnung, daß zu einer Erweiterung des jetzt vorgeschlagenen Maßes der Vereinigung ein neuer Vertrag, also Einstimmigkeit gehören würde, daß die Nothwendigkeit einer solchen, im Fall die Betheiligten sich vernünftig gebärden, noch keineswegs ausgemacht und vorauszusetzen ist, daß endlich selbst für den Fall, daß diese Nothwendigkeit eintreten sollte, Meiningen sich die Befugniß zum Rücktritt und zum Anschluß an einen bestehenden großen Staat (wenn es ihm damit Ernst ist) vorbehalten kann. Ueberhaupt ist die Amalgamirung eines zweimal so großen Länderkomplexes, wie die übrigen Staaten im Verhältniß zu Weimar ihn bilden, durch einen halb so großen Staat eine Unmöglichkeit für jeden, der in solchen Dingen einen gesunden politischen Blick hat.

Wir können nicht glauben, daß die in dem besprochenen Artikel gerüchtweise mitgetheilte Aeußerung des Meiningen'schen Mi-

nister-Präsidenten bei der letztn Zusammenkunft wirklich gethan worden, denn die unter solchen Verhältnissen an's Unschickliche streifende Form derselben spricht uns dagegen. Jedenfalls sucht man sich in Meiningen vor sich selbst häufig dadurch zu entschuldigen, daß man der Weimarischen Regierung solche weitergreifende eroberungssüchtige Tendenzen unterlegt. Diese hat aber anerkennenswerthe Beweise des Gegentheils gegeben. Liegt schon in den erwähnten auf die thüringische Vereinigung bezüglichen Vorschlägen eine allerdings durch richtige Einsicht gebotene Aufopferung (denn Staaten wie Weimar und Oldenburg sind allenfalls auch allein lebensfähig zu nennen), so geben die neueren Vorschläge derselben Regierung, welche auf Anbahnung einrs ähnlichen Verhältnisses mit Sachsen, wie es bisher für Thüringen projektirt worden, dem Vernehmen nach gegangen sind, den klaren Beweis, daß keine Nebenzwecke, sondern bloß die Sache selbst sie leiten. Dieser Einsicht und diesem Patriotismus sollte man nachstreben, statt ihnen falsche Tendenzen unterzulegen. Aber komisch wird es, wenn als ferneres Motiv auf kleine Vorzüge Bezug genommen wird, die Meiningen in Rücksicht auf gewisse Staatseinrichtungen, z. B. Trennung der Justiz von der Verwaltung, bis vor Kurzem (also nicht einmal jetzt mehr) gehabt zu haben behauptet. Wir haben mehrfach in früherer und neuerer Zeit Gelegenheit gehabt, die kleinen Thüringischen Staaten zu durchstreifen. Wir können in Bezug auf staatliche Einrichtungen keinem einen entschiedenen Vorzug geben. Der eine hat dieses, der andere jenes besser. Im Ganzen gleicht sich dieses aus. Aufrichtig gesagt, haben wir den Staatsorganismus nirgends sehr vollkommen gefunden. So wenig wir also für das eine dieser Ländchen gegen das andere uns zu begeistern Veranlassung haben, so müssen wir doch unparteiisch und ohne Beziehungen zu irgend einem der Thüringischen Ministerien, wie wir sind, der Wahrheit die Ehre geben und anerkennen, daß Meiningen keineswegs Ursache hat, sich so selbstgefällig über seinen Nachbar zu erheben, als der Herr Verfasser jenes Artikels es thut. Es steht vielmehr Meiningen in Bezug auf die Haltung und Kapacität seiner Regierung in jetziger sowohl als in früherer Zeit, in Bezug auf Gesetzgebung, Kapacitäten unter den Beamten, auf Ausstattung mit wissenschaftlichen Hülfsmitteln u. s. w. dem Großherzogthum unbedingt, auch verhältnißmäßig, nach. Es ist zu erwähnen, daß bis jetzt nur in Weimar die politischen Verbrecher der Wohlthat des Geschwornengerichtes theilhaftig sind, daß eine neuerdings eingeführte wesentliche Verbesserung in der Organisation der Verwaltung in Meiningen namentlich durch Beseitigung der Mittelbehörden ganz den Ideen eines in Thüringen vielfach besprochenen, schon früher erschienenen Programms des Weimarischen Ministeriums entspricht. In Meiningen weniger als anderwärts in Thüringen fanden wir Ausnahmen von der kleinstaatlichen und kleinstädtischen Auffassung der Dinge, welche nicht über den Gesichtskreis des eigenen Kirchthurmes hinausgeht.

Der besprochene Artikel verwahrt schließlich das Auftreten der Meiningischen Regierung in Bezug auf das Vereinigungsprojekt vor dem Vorwurf des Partikularismus. Es heißt zwar: Qui s'excuse, s'accuse. Wir sind indeß bereit, hinter den Maßregeln dieser Regierung die besten Gründe zu suchen. Nur führe man uns diese Gründe an! Die in dem besprochenen Artikel aufgestellten können wir kaum als ernstgemeint, geschweige denn als stichhaltend anerkennen. — Die eines wahrhaft konstitutionellen Lebens unfähige Kleinstaaterei muß aus Thüringen auf die Länge eine wunde Stelle von Deutschland machen. Reichstruppen geben jetzt unseren Zuständen einigermaßen ihren Halt. Bald müssen die dafür verwilligten Fonds erschöpft sein. Wird die Nationalversammlung neue Summen verwilligen? Wird sie nicht müde werden, unlebensfähige Verhältnisse durch große Ausgaben, durch Vermehrung der allgemeinen Lasten aufrecht zu erhalten?

Schweiz.

) **Bern**, 19. Jan. Durch alle Schweizerblätter geht jetzt die Debatte über die Nothwendigkeit hoher Schutz-Mauthbarrieren für den schweizerischen Handel. Ein kompetenter Richter, der jetzige Bundesrath Franscini, spricht sich in seiner ausgezeichneten Statistik der Schweiz an verschiedenen Stellen über diesen Gegenstand folgendermaßen aus: „Da die Schweiz nicht viel über 2 Millionen Seelen (etwa 2,320,000) zählt, so kann sie dem Industrie- und Handelsfleiße keine große Masse von Konsumenten zusichern, wie es Frankreich stets vermochte und auch der deutsche Zollverband es heut zu Tage vermag. Darum wurde es auch den Schweizern sehr schwer, sich einen Rang unter den blühenden Handelsnationen zu verschaffen, und erst vor Kurzem hat die Schweiz begonnen, sich auf eine ehrenvolle Weise durch Handelsfleiß bekannt zu machen. Diesen vortheilhaften Fortschritt der Gesellschaft verdankt sie, wie alle übrigen Fortschritte, der Freiheit. Alle kleinen Staaten der Schweiz wurden frühzeitig an eine reiche Gabe der Freiheit in Bezug auf Alles gewöhnt, was die Herbeischaffung der zum Lebensunterhalt und zur Kleidung nöthigen Dinge oder auch den Absatz ihres Ueberflusses bedarf.

So kam es, daß die Schweiz immer einen großen Ueberfluß an jeder Art von Waaren besitzt, die aus fast allen Ländern der Welt und auf allen Handelsstraßen so frei als möglich zu uns gelangen; und während alle unsere Grenzstaaten den Handel der Industrieprodukte und oft sogar der nöthigsten Lebensbedürfnisse beschränken und erschweren, und dadurch der Gesammtnation das Leben vertheuern, obschon sie sich zu Lehren bekennen, welche den Nationalfleiß beschützen sollen, gewährt uns der wohlfeile Ankauf unserer Lebensbedürfnisse und Bequemlichkeiten, oder der Urstoffe für die Künste und die Industrie, die mannigfaltigsten Vortheile. Es verschafft zugleich diese Spekulationsfreiheit den Schweizern einen äußerst wichtigen inländischen Handel, sei dieser nun ein Zwischenhandel oder ein Niederlagshandel; denn es bleibt ausgemacht, daß diese Freiheit unzählige Spekulationen ins Leben ruft und eine Handelsbewegung entwickelt hat, von deren fast unbegreiflicher Größe wir sogleich sprechen werden. Darum ist die Einfuhr der Kolonialwaaren, der Seide und Manufakturprodukte so bedeutend geworden, daß sie die Bedürfnisse des Landes weit übersteigt. Darum begreift die Ausfuhr nicht allein Produkte der schweizerischen, sondern auch solche der englischen und französischen Industrie; darum findet im Innern der Schweiz eine so große Thätigkeit für den Transport und die Spedition der Waaren statt.

Die Schweiz ist, wie man nach den Ergebnissen ihres Gesammthandels mit Stolz aussprechen darf, ein ungeheurer, mittelländischer Freihafen oder Stapelplatz, der sich von den Ufern des Lemanersees und des Lago maggiore bis zum Rheine und dem Bodensee erstreckt. In der That: die Schweiz ist ein Stapelplatz von Rohstoffen für die Fabriken. Denn der Fabrikant bezahlt gerne etwas mehr für die Rohstoffe, wenn er sie erst im Augenblicke des Bedürfnisses kaufen und nöthigenfalls auf so lange Kredit erhalten kann, bis er mit den verarbeiteten Waaren zu bezahlen im Stande ist. Die Schweiz ist ferner ein Stapelplatz von Kolonial- und andern Waaren, die zum Theil im Lande selbst abgesetzt werden, zum Theil wieder in das Ausland gehen. Denn weil zu billigen Bedingungen auf Schweizerplätzen Magazine möglich sind, so strömen die Kleinhändler dorthin und kaufen sie gerne zu einem etwas höheren Preise nach Bedürfniß und auf Kredit ein. Die Schweiz bildet endlich einen Stapelplatz für fremde Kaufleute, welche ihre Waaren auf eigene Rechnung zu uns spediren, um einen etwaigen Absatz bei uns zu versuchen, oder von unserem Boden wieder in das Ausland einzuschmuggeln. So kommt es, daß die Schweiz gleichsam eine Freistätte der von den Mauthjägern der Nachbarstaaten verfolgten Waaren bildet und einen Gesammthandel (d. h. einen Ausfuhr- und Einfuhrhandel) besitzt, welcher eine Summe von 450 Millionen französische Franken erreicht, was auf jeden Einwohner der Eidgenossenschaft einen Theil von 180 bis 190 französische Franken beträgt, während derjenige Frankreichs auf das Individuum nur 71 Franken ausmacht, also fast dreimal geringer ist, und dennoch besitzt Frankreich Kolonien, Flotten, Kanäle, Eisenbahnen, ja sogar — ein strenges Schutzzollsystem! Noch geringer stellt sich gegenüber der Schweiz die Handelsbewegung Preußens, Oesterreichs und Badens mit 40, 16 und 67 franz. Fr. auf den Kopf. Diese bewunderungswürdige industrielle Entwickelung eines Ländchens, welches weniger als 2½ Millionen Einwohner einschließt, und weder Häfen, noch Kanäle, noch Eisenbahnen besitzt, dagegen von mächtigen Gebirgszügen vielfach durchschnitten und durch künstliche Hindernisse in seinem Transit- und Binnenhandel vielfach gestört wird — diese großartige industrielle Entwicklung, welche uns neben den größten Handelsnationen einen bedeutenden Rang sichert, verdanken wir: der bisherigen Handelsfreiheit!"

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zigs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 24. Frankfurt a. M., Mittwoch 24. Januar. 1849.

Uebersicht.

Die Posener Frage.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 23. Jan. (Schluß). Das Parlament in der Erblichkeitsfrage. Erklärungen der preußischen Regierung.) Wien (Die Fahrten auf der Nordbahn unterbrochen. Das öffentliche Vertrauen. Steckbrief auf Kossuth und seine Gemahlin. Nachrichten aus Pesth. Slawische Propaganda.) Triest (Seerüstungen. Der türkische Gesandte.) Gratz (Auflösung der deutsch-katholischen Gemeinde.) Brünn (Bauernunruhen.) Ollmütz (Auflösung der akademischen Legion.) Kremsier (Die Auflösung des Reichstags. Doblhof. Klubs.) Berlin (Zur Ministerfrage. Camphausen's Bestimmung Die Vorbereitungen zu den Wahlen. Hr. Camphausen. Hr. Bunsen. Die Kandidaten der Konservativen. Politisches Glaubensbekenntniß des Freiherrn v. Canitz. Untersuchungen. Allgemeine Bestrafungen.) Posen (Schluß des polnischen Reichstags. Urwähler zur Kammer.) Greifswald (Verhaftung.) Magdeburg (Die Regierung und die Lehrer. Der Magistrat gegen die Regierung.) München (Parteistellung. Die Grundrechte und Hr. v. Beisler. Die Eröffnung der Kammern. Deputation von Abgeordneten bei Hrn. v. Beisler.) Erlangen (Ergänzungswahl für Frankfurt.) Aus Rheinbaiern (Feier der Grundrechte.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Hannover (Das Volk und die Grundrechte.) Kassel (Der nationale Verein für Preußen.) Meiningen (Auflösung der alten Ständeversammlung und Einberufung der neuen.) Oldenburg (Ordensfest ohne Orden.) Schleswig (Adresse für Preußen.) Hamburg (Das erste Californische Gold.)

Großbritannien. London (Der Duffy'sche Prozeß gegen die Krone entschieden.)

Spanien. Madrid (Die Königin und der zudringliche General.)

Oesterreich. Monarchie. Cernowie (Russische Hülfe.)

Italien. Rom (Die Aufhebung der Mahlsteuer.)

Niederland. Haag (Reformkommission für die höhern Stände. Erste Kammer.)

Ungarn. Pesth (Nachrichten aus Debreczin. Armeebefehle. Jellacic.) Raab (Die ungarischen Banknoten.) Preßburg (Antwort des Kaisers an die Deputation.)

Nachschrift.

---

24. Januar.

Zum dritten Male tritt die posener Frage vor die National-Versammlung, scheinbar zur endgültigen Entscheidung und dennoch nicht zum letzten Male. Denn schon bereiten die Polen, nachdem sie in den parlamentarischen Kämpfen zu Frankfurt erlegen, in Berlin aber durch die Ereignisse um die Früchte ihres Sieges gebracht worden, die Einverleitungsanträge für den reinpolnischen Theil vor und haben bereits das erste Stadium mit denselben bei der preußischen Regierung betreten.

Sie gewähren ein eigenthümliches Schauspiel, diese Kämpfe einer fanatisirten Nationalität, welche vorzüglich auf dem Felde der Intrigue und im Ganzen von wenigen Personen geführt, doch die Bestrebungen der Deutschen in Posen zu Schanden machen und sie plötzlich um die erreichtgeglaubten Siegesfrüchte bringen — weil das stete Zögern der deutschen Regierung, mit entschiedenen Maßregeln vorzugehen, die Politik der polnischen Parteiführer zu begünstigen scheint.

Am 24. und 26. März vorigen Jahres hatten die Polen die nationale Reorganisation des ganzen Großherzogthums verbrieft erhalten, die Ausführung war in ihre Hand gegeben und der Antheil der Deutschen daran ihrer Gnade überlassen. Kein Mensch verstand die nationale Reorganisation, welche nur von den Polen, in specie dem Hrn. Erzbischof, dem Geistlichen Janiszewski, dem so berüchtigten Krauthofer-Krotowski rc. in Berlin durchgesetzt worden war, anders, als daß sie eine polnische sein solle. Wer daran zweifelte, dem wies Herr Erzbischof Przyluski mit triumphirenden Mienen seine Kabinetsordre. Da regte sich denn doch der deutsche Michel, dem die Krakusenmütze nicht zusagen mochte.

Es kostete ihm jedoch unsägliche Mühe, theils drohende Haltung, theils demüthige Bitte, um sich durch eine Abgrenzung zu retten, welche die „nationale" Reorganisation von den deutschen Theilen fernhalten sollte. Er erhielt durch die Kabinetsordren vom 14. und 26. April die Erlaubniß, deutsch zu bleiben, der Bundestag seligen Andenkens verleibte ihn sogar Deutschland ein. Nur die Polen wollten ihm das nicht erlauben, mochten keine polnische Verfassung blos für den polnischen Theil Posens, keinen polnischen Oberpräsidenten, kurz nichts von den schönen ihnen zugestandenen Sachen. Sie erfanden daheim den passiven Widerstand (schon im Mai) und in Frankfurt ergriffen sie die Offensive. Denn während General v. Pfuel die Abgrenzungslinie zog (die Insurrektion war bereits gedämpft), operirten ihre Emissäre bei dem Vorparlament und dem Fünfziger-Ausschuß so glücklich, daß es ihnen gelang, die deutschen Abgeordneten aus Posen ausschließen zu lassen und die posener Frage offen zu erhalten.

Die Demarkationslinie war inzwischen gezogen worden, aber anstatt durch die administrative Trennung der Gebietstheile eine Wahrheit zu werden, blieb sie ein Bleistiftstrich auf der Landkarte. Die deutschen Abgeordneten der abgegrenzten Theile waren jedoch in der Nationalversammlung in Frankfurt erschienen, erhielten auch vorläufigen Zutritt trotz des Widerspruchs des Herrn Venedey und der Linken, die in ihnen nur eine Verstärkung Preußens sah, jenes Staates der Soldateska, gegen welche man im Mai und Juni schon Kreuzzug predigte. Mit den deutschen Abgeordneten war aber auch eine Schaar polnischer Delegirten aus Westpreußen und Posen erschienen; die pariser Emigration sandte ihre Bevollmächtigten dazu, Galizien lieferte deren auch zwei. Alle hatten dieselbe Aufgabe, die neue „Theilung Polens" im Großherzogthum Posen zu verhindern, um die Deutschposener aus dem Parlament zu bringen. Da regnete es Proteste aus aller Welt Enden auf die Nationalversammlung, in deutscher und französischer Sprache. Die deutsche Presse lieh zum Theil ihre Organe zur Schmähung jenes deutschen Namens auf ehemals polnischer Erde, der zu einer Art Paria gestempelt wurde. Es wurde selbst mit erzbischöflichen Briefen bewiesen, daß er nur in ganz unbeträchtlicher Anzahl, oder wo möglich gar nicht in Posen vorhanden, daß seine große Zahl eine Erdichtung des Beamtenthumes sei, und daß endlich der „eigentliche Pole deutschen Namens" keine andere als die Nationalität des Großherzogthums wolle.

Nach einer dreitägigen parlamentarischen Schlacht wurde endlich am 27. Juli das Recht der deutschen Abgeordneten Posens, an den Verfassungsarbeiten, und das der deutschen Bevölkerung jenes Gebietes, an den Rechten des deutschen Volkes Theil zu nehmen, anerkannt, die Abgrenzung sanktionirt.

Die Polen wandten sich nach Berlin, sie hofften auf die Verzögerung der Ausführung der Beschlüsse der Nationalversammlung und auf die Vereitelung derselben mit Hülfe der Berliner Landesversammlung. Ihre Pläne gelangen; am 23. Okt. v. J. setzten sie einen die Abgrenzung aufhebenden Beschluß durch, wobei die Stimme des Tagelöhners Griebe den denkwürdigen Ausschlag gab. Das Phillips'sche Amendement brachte die posen'sche Angelegenheit auf den Standpunkt des 24. März zurück und verlieh den Polen ein besonderes organisches Verfassungsgesetz für das ganze Großherzogthum. Unter solchen Umständen spotteten sie der weiteren Beschlüsse der Nationalversammlung vom 7. Oktober und der Arbeiten des nach Posen entsandten Reichskommissärs. Sie bauten auf die Ohnmacht der von ihnen so sehr verachteten Frankfurter Versammlung und die steigende revolutionäre Macht der Berliner. Die Ereignisse betrogen sie. Nunmehr war die Verwirklichung der Abgrenzung auf dem Wege des Widerstandes nicht mehr zu hintertreiben, zumal das Ministerium Brandenburg Ernst machte, die administrative Trennung auszuführen.

Eine entgegengesetzte Politik wurde also eingeschlagen. Der sehr gut ersonnene, noch besser in's Leben gerufene Organismus

der Liga hatte die polnische Bevölkerung zu einem Repralsystem vereinigt, welches unter einer freien Verfassung sie zu einer kompakten Macht inmitten der deutschen Bevölkerung erhob. Diese Vereinigung machte den Plan einer besondern Verfassung in Polnischposen im Augenblick entbehrlich, weil sie selbst eine Art Staat im Staate wurde und durch ein organisches Statut die Polen unter preußischem Zepter in ein Ganzes brachte. Dabei war ausdrücklich die Vereinigung der ehemals polnischen Gebiete und die innere Erneuerung des alten Polens zur letzten Aufgabe gemacht und die Verbindung mit den Polen unter österreichischer Hoheit, so wie mit dem Slawenthum überhaupt eingeleitet. Auch legte man Fäden nach Paris und London. Ein solcher Organismus kann ganz gut bestehen, selbst wenn ganz Posen Deutschland einverleibt wird, er würde aber beeinträchtigt dadurch, daß die in Deutschposen befindliche polnische Bevölkerung enger mit dem deutschen Stamm verwüchse, an welchen namentlich den polnischen Bauer das materielle Interesse und die höhere Kultur knüpft. Nach ruhiger Erwägung und nach Erprobung der Kräfte der polnischen Liga ist man nun polnischer Seits zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Abgrenzung wegen der drohenden vollständigen Germanisirung Deutschposens gefährlicher sei, als die Einverleibung des ganzen Großherzogthums, in welchem dann die polnische Bevölkerung in kompakter Masse neuen politischen Konstellationen mit Hoffnung entgegensehen kann. So wird denn bald, wie weiland das hölzerne Roß durch Troja's Mauern, ganz Posen über die deutschen Grenzen rücken sollen, wie jenes mit einem geharnischten Uebel in seinem Innern. Hütet Euch!

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 23. Januar. (Schluß.)

Das Minderheitserachten IV: „Das Reichsoberhaupt wird auf sechs Jahre gewählt" — wird verworfen mit 264 gegen 196 Stimmen. Dann kommt der Verbesserungsvorschlag Neugebauer's zur Abstimmung:

„Die Wahl des Reichsoberhauptes geschieht auf drei Jahre und wird das Erstemal durch die konstituirende Nationalversammlung und später in gemeinschaftlicher Sitzung des Volkshauses und des Staatenhauses vorgenommen. Absolute Stimmenmehrheit ist erforderlich."

Verworfen mit 305 gegen 120 Stimmen. Der Abgeordnete, Herr Schulz von Darmstadt, zieht seinen auf ein einjähriges Oberhaupt lautenden Antrag zurück, desgleichen Herr Höfken. Herr Schoder verlangt darnach, da kein Antrag die Mehrheit erlangt habe, daß die Bestimmungen über die Dauer der Oberhauptswürde an den Verfassungsausschuß zurückgegeben und einer zweiten Bearbeitung unterbreitet werden möchten. Dies sowohl, als der Antrag auf Niedersetzung eines neuen Ausschusses für die Oberhauptsfrage wird abgelehnt und dagegen beschlossen, in der Berathung über den vorliegenden Verfassungsentwurf nächsten Donnerstag, den 25. Jan., fortzufahren.

> **Frankfurt**, 23. Jan. Die Würfel sind gefallen — nicht so, daß wir den Sieg davon getragen hätten, doch immer so, daß wir uns als die Stärksten erwiesen haben. Und wenn man erwägt, was Alles gegen uns in die Wagschale gefallen ist, nicht blos abweichende politische Grundsätze und persönlicher Ehrgeiz, sondern auch nationale Eitelkeit und partikularistische Beschränktheit, so wird man auch diese Stärke schon als einen Sieg betrachten.

Die Entscheidung ließ nicht lange auf sich warten: die Versammlung war des Redens überdrüssig, und drängte nach der Abstimmung. Nur zwei Redner sprachen heute noch, Edel aus Würzburg und Grumbrecht aus Hannover. In beiden faßten sich die Beweggründe noch einmal zusammen, die auf beiden Seiten bestimmend wirkten.

Edel, der bairische Ministerkandidat, sprach es offen aus, nicht vom deutschen, sondern vom bairischen Standpunkt stimme er gegen ein Erbkaiserthum. Die speziellen Interessen Baierns würden verletzt, wenn Deutschland ohne Oesterreich sich ausschließe. Baierns Sicherheit sei gefährdet, denn, ohne Oesterreich als Vormauer, stände es jedem Feinde offen, Baierns Wohlstand sei bedroht, denn seine industriellen Bedürfnisse fänden keine Unterstützung mehr. Und weil Hr. Edel so einen Widerspruch fand zwischen dem, was seinem engeren Vaterland und dem, was dem Ganzen frommte, so trug er kein Bedenken, geradezu das Ganze opfern zu wollen; denn was soll es anders heißen, wenn er sagte: Machen Sie nur immerhin ein Deutschland ohne Oesterreich und vielleicht ohne Baiern! — Wir aber sagen ihm und seinen Gesinnungsgenossen: Führt immerhin Eure Drohung aus, trete jeder Staat zurück, der sich durch ein preußisches Erbkaiserthum gefährdet glaubt, und die Zukunft wird zeigen, ob es mehr dieser Staaten oder Preußens Vortheil war, was wir vertraten! Hr. Edel selbst hatte die Naivetät einzugestehen, Preußen finde in der Kaiserkrone nicht die Vortheile, von denen eine gewisse Partei stets vorgibt, Preußen suche sie — was anders also als Deutschlands Interesse kann Preußen bewegen, diese Krone anzunehmen? Hr. Edel aber häufte nur Drohung auf Drohung. Ging er doch zuletzt soweit, zu sagen, nur durch den Belagerungszustand würde bei einem Erbkaiserthum die Ruhe in Süddeutschland aufrecht erhalten werden können! Wie sehr die Linke ihm diesen Ausfall dankte, wird Jeder sich vorstellen. Ist es doch auch nur billig, daß man neuen Bekanntschaften einige Artigkeiten erzeigt! So legen wir es nur aus, wenn Herr Edel auch behauptete, Baiern sei zu demokratisch für ein Erbkaiserthum. — Wenn Herr Edel dann aber für sich in Anspruch nahm, die Meinung von ganz Baiern zu vertreten und kühnlich vorgab, keine Stimme würde sich in Baiern in widersprechendem Sinne erheben, so stellen wir Versicherung gegen Versicherung und berufen uns auf Hrn. Stahl's entgegengesetzte Angaben. Denn das sind Fragen, die der Einzelne, und wenn er siebenmal gewählt ist (wie Herr Edel von sich rühmte) nie entscheiden kann — und wäre es so, wie Herr Edel sagt, so dürfte auch das den Staatsmann nicht bewegen, denn der soll weiter blicken als die Menge!

Wie Herr Edel unverholen vom partikularistischen Standpunkt gesprochen hatte, so sprach Herr Grumbrecht vom allgemeinen. „Nicht im Namen Baierns, nicht im Namen Hannovers, im Namen Deutschlands werde er sich äußern." Er widerlegte auf das Glänzendste alle die Befürchtungen, die davon hergenommen werden, daß Oesterreich nicht in ein Unionsverhältniß zu Deutschland treten würde. „Dieselben Herren, die jetzt sagen, ein solches Unionsverhältniß sei gar nicht möglich, dieselben haben, als die §§. 2 und 3 im Verfassungsausschuß berathen wurden, ein solches Unionsverhältniß nicht blos als möglich, sondern als nothwendig hingestellt", und der Redner verlas ein Minderheitsgutachten, das die Herrn Detmold, von Rotenhan, von Mühlfeld und von Lassaulx in diesem Sinn gestellt haben. „Ist aber klar, daß ein solches Verhältniß eintreten kann, so fallen alle die Besorgnisse, die Süddeutschland wegen seiner isolirten Lage hegen könnte!" Der Redner ging dann darauf über, daß man Norddeutschland vorwerfe, es wolle und werde Süddeutschland übervortheilen, und wies auf das Bündigste nach, wie viel besser materiell sich Hannover in einer gesonderten Stellung befinde, denn als Theil des Ganzen. „Aber diese materiellen Opfer, wie das Opfer seiner persönlichen Neigungen bringe es gern, eben des Ganzen halber." Nachdem der Redner ferner dargethan hatte, daß die Furcht lächerlich sei, Deutschland würde bei einem Erbkaiserthum preußisch regiert werden, denn es gebe dann ja kein Preußen mehr — es würde preußisch regiert bei einem Wahl-Kaiserthum, denn dann bliebe Preußen als etwas von Deutschland Geschiedenes bestehen — sprach er sich zuletzt noch über seine persönliche Lage aus. „Auch er habe gewünscht, man hätte andre Mittel gefunden, Preußen und Oesterreich mit Deutschland zu verbinden; da man aber keine andern gefunden habe, so könne er es nicht über sein Gewissen bringen, gegen dieses Mittel zu stimmen, weil es seinen Wünschen nicht zusage. Er habe gegen die Majorität gestimmt in der Preußischen, in der Oesterreichischen Frage; er wolle aber nicht der Konsequenz halber das Vaterland verrathen".

Herrn Grumbrechts Rede war die beste Kritik derjenigen Bestrebungen, die, aus einer falschen Liebe zu den Einzelstaaten hervorgegangen, das Unnatürlichste thun, um das natürlich Gegebene zu verhindern. Wie sein deutscher Standpunkt über dem partikularistisch Baierischen oder Sächsischen steht, so steht seine schlichte Gradheit über jenem Geist der Intrigue, der die Verbindung der widerstrebendsten Parteien nicht scheut, um sein Ziel zu erreichen. Wer es ehrlich und aufrichtig meint, der müßte doch irre werden, wenn er sieht, daß er mit denen zusammengeht, „die ganz andere Zwecke verfolgen, nach durchaus anderen Richtungen streben."

Nachdem die Erblichkeit verworfen war, liefen eine Menge von Erklärungen ein, des Inhalts, daß die Unterzeichner jetzt gegen die Erblichkeit gestimmt hätten, weil das Verhältniß zu Oesterreich noch nicht entschieden sei, und daß sie eine andere Stimmgebung bei der zweiten Lesung sich vorbehielten. So haben wir denn die Gewißheit, daß, was heute ein relativer Sieg war, das nächste Mal ein absoluter werden wird. Müßte man denn nicht auch an der Vernunft verzweifeln, wenn das, was für jeden Menschen mit fünf gesunden Sinnen von Anfang an hätte entschieden sein sollen, sich zuletzt nicht doch Bahn bräche? Nach Geschichte und Gegenwart kann nur Preußen an die Spitze treten, und die Frage war nur: werden die anderen Stämme die alte kleinliche Eifersucht und das gehässige Wesen überwinden können?

⁂ **Frankfurt**, 22. Jan. Die preußische Regierung hat am 20. v. M. beschlossen: 1) Durch Rundschreiben sämmtliche deutsche Regierungen zu einer Erklärung aufzufordern, in welcher Weise sie den Berathungen der verfassunggebenden Nationalversammlung über das Verfassungswerk gefolgt, und ob sie geneigt wären sich kollektiv darüber zu äußern oder einzeln ihre Stimmen darüber abzugeben. 2) Der Centralgewalt zu erklären, daß Preußen auf jeden Fall, ob Oesterreich eintrete oder nicht, an der Form des Bundesstaates für Deutschland festhalten werde. Durch diesen Beschluß ist der Rücktritt Camphausens aus seiner Stellung, wenn er zu befürchten stand, sicherlich verhindert.

△ **Wien**, 19. Jan. Die Züge auf der Nordbahn gehen seit vorgestern nur bis Floridsdorf, da die beiden Brücken über die Donau zerstört und dadurch die Kommunikation beinahe ganz unterbrochen ist; nur einzelne Personen können die Brücken noch passiren und auch diese nur mit Lebensgefahr. Die Güterversendungen sind bis auf Weiteres ganz eingestellt. Der Wasserstand ist in der verflossenen Nacht leider wieder etwas gestiegen. Auch unser politischer Horizont will sich noch immer nicht klären; wie sich Volk und Regierung noch gegenüber stehn, können Sie aus den Stoßseufzern sehen, mit welchen der Civil- und Militär-Gouverneur Welden das gestrige 16. Armeebülletin begleitet. Er sieht in jedem der Armee nicht unbedingt vortheilhaften Gerücht „einen bösen Geist" und in jedem Erzähler desselben „einen böswilligen Buben." Ob es ihm damit wirklich Ernst ist, lasse ich dahin gestellt sein, genug — der Belagerungszustand dauert unter diesen Prämissen fort und die Jugend darf ihre Studien nicht wieder beginnen, was beiläufig gesagt, alle Eltern, deren Söhne Universitäts- oder technische Studien machen sollen, beinahe zur Verzweiflung bringt; selbst eine Abtheilung der Gymnasialklasse ist wieder geschlossen. — Wie sehr unser Ministerium durch die vorgeschlagene Gemeindeordnung, durch das provisorische Preßgesetz und namentlich durch die Art der Einsprache vom 4. gegen den §. 1. der Grundrechte an Popularität eingebüßt hat, sogar und vorzüglich bei den Slawen, beweist ein Artikel der Agramer Zeitung vom 14. d. M., welcher ganz offen Partei für das Votum des Reichstags vom 8. nimmt und scharfen Tadel gegen das Ministerium ausspricht. Er enthält ferner eine Zurückweisung aller reaktionären Bestrebungen, welche man den südslawischen Ländern vorwerfe und ist darin ganz in Uebereinstimmung mit der Antwort, welche Jellacic der Deputation der Vorstadt Landstraße gab. Es ist überhaupt merkwürdig, welche Uebereinstimmung unter den slawischen Stämmen, vielleicht mit Ausnahme einer Fraktion der Polen, herrscht; sie wäre den Deutschen namentlich in diesem wichtigen Augenblicke zur Nachahmung zu empfehlen. Die Abnahme des Vertrauens in das Ministerium ist um so mehr zu bedauern, als es wirklich bei seinem Eintritt gar keine Opposition vorfand; es gehörten wiederholte und eben so große als unzeitige Mißgriffe dazu, um dieselbe zu wecken. Die Personalbeschreibungen des Ludwig Kossuth und mehrerer ungarischen Anführer, namentlich aber die der Frau Kossuth in der gestrigen Wiener Zeitung erregten wieder, gleich dem 9. Armeebülletin des Banus Jellacic, eine unauslöschliche Heiterkeit. Frau Kossuth wird darin zuerst als verehlicht aufgeführt, dann folgt: Charakter — verheirathet. Als besondre Kennzeichen führt man an: hochmüthig, mit stolzem, Verachtung ausdrückenden Blick rc. Diese Beschreibungen kommen unverkennbar aus einer ungarischen oder kroatischen Feder, wie sie aber in den amtlichen Theil der Wiener Zeitung gerathen, das bleibt dem Leser zu errathen überlassen, da die militärische Censur vergessen hat, eine Einleitung dazu zu geben, welche sagen sollte, daß es Steckbriefe sind. In Pesth scheint bis jetzt nur Eine Hinrichtung vollzogen zu sein. Major Szöll, der Anführer des sogenannten Trikolor-Jägercorps, welches in der Gegend von Dunaecz stand, soll sich am 5. d. M. mit seinem Adjutanten nach Pesth begeben haben, um sich zu überzeugen, ob die Stadt wirklich von den k. k. Truppen besetzt sei; er wurde sogleich festgenommen und soll am 6. hingerichtet worden sein. Ein neuer Beleg zu der Thätigkeit der Slovanska Lipa ist das Faktum, daß in der ersten Lyceatklasse zu Ollmütz seit dem 1. Januar d. J. Mathematik, Naturgeschichte und Philosophie in slawischer Sprache vorgetragen werden. Wie stimmt dies zu dem angeblichen Berufe Oesterreichs, im Osten und Nordosten zu germanisiren?

Triest, 14. Jan. Die nach England gesandte Kommission zum Ankauf von Kriegsdampfschiffen hat noch immer, wie es scheint, keinen Kauf zu Stande gebracht. Dagegen freut es mich Ihnen anzeigen zu können, daß die Regierung große Einkäufe von Schiffbauholz hier macht, also selbst Schiffe zu bauen gedenkt. Mit dem gestrigen Lloyd'schen Dampfer langte der türkische Gesandte hier an. (Allg. Z.)

Graz, 17. Jan. Gestern langte vom Ministerium die Weisung hierher, daß die freie deutsche (deutsch-katholische) Gemeinde aufzulösen und dem Prediger Scholl der Aufenthalt hier nicht länger zu gestatten sei. (Gr. Z.)

Brünn, 12. Jan. Aus dem hradischer Kreise läuft die betrübende Nachricht ein, daß die Bauern die obrigkeitlichen Gründe gewaltsam einziehen.

Ollmütz, 17. Jan. Heute wurde vom National-Garde-Oberkommando bekannt gemacht, daß nach der vom Ministerium verfügten Auflösung aller akademischen Legionen, auch die Ollmützer ihre noch nicht abgelieferten Waffen in möglichst kurzer Zeit abzugeben habe, weil die Bestimmung derselben dahin gehe, den Gemeinden an der mährisch-ungarischen Grenze zur Vervollständigung ihrer Wehrhaftmachung zu dienen. (N. Z.)

** **Kremsier**, 15. Jan. Die Vermuthungen, daß der Reichstag entweder prorogirt oder gar aufgelöst werde, scheinen immer mehr Wurzel zu fassen. Nicht blos, daß einige im Solde des Ministeriums stehende Journale deutlich eine solche Möglichkeit in Aussicht stellen und der Krone unbedingt dieses Recht zugestehen, auch Deputirte, die sonst gut unterrichtet und in manche Geheimnisse des Kabinets eingeweiht zu sein pflegen, stellen eine solche Möglichkeit nicht in Abrede. Gestern wurden sogar von Deputirten Wetten eingegangen für die in nächster Zeit bevorstehende Auflösung. Wir wagen es nicht, mit Bestimmtheit darüber ein Prognostikon zu stellen, da wir in letzterer Zeit zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß alle Unmöglichkeiten möglich werden können. Doblhoff verläßt nun wirklich den Reichstag, um den Gesandtschaftsposten in Haag anzutreten. Er gab seinen Freunden gestern ein Abschiedsfest, zu dem Deputirte aller Parteien und Nationalitäten geladen waren, Czechen, Polen, Oesterreicher, Männer von der Rechten, Linken und vom Centrum waren bunt durcheinandergewürfelt. Zwei ausgebrachte Toaste, glaube ich nicht stillschweigend übergehen zu dürfen; der czechische Deputirte Pinkas erwähnte, er hätte es lieber gesehen, wenn Doblhoff nach innen und Windischgrätz nach außen gewirkt hätte, und Doblhoff selbst leerte ein Glas auf das Wohl Fischhof's, des ersten Redners der Studenten im März; beide Toaste gewiß sehr bezeichnend in einer Versammlung von so bunt politischer Färbung. Im hiesigen österreichischen Central-Klub ist eine Spaltung entstanden. Es haben sich nämlich mehrere Glieder desselben, unter denen Szabel, Hein, Wieser, Vaccano u. A. losgetrennt, weil der Klub seinem Programm untreu geworden sei, und einen andern Klub unter dem Namen „linkes Centrum" gebildet. Dieser neue Klub hat seit gestern bereits eine bedeutende Anzahl Mitglieder gewonnen.

** **Berlin**, 20. Jan. „Es ist ein unleugbarer Vorzug der konstitutionellen Staatsform," sagt die signatura temporis, S. 49, 50, „daß sie die Regierungsmittel in den Händen des Fürsten mehrt und diesem doch eine gesicherte Stellung gewährt. Indem die Wahl der Minister in seiner Hand ist, kann er, wenn die Zeiten danach angethan sind, Organe der Regierung konstituiren, die ihrer Ueberzeugung nach so in seinem Willen aufgehen, daß seine Persönlichkeit überall wie durch ein farbloses Medium durch sie hindurchglänzt und er in jeder Hinsicht als Leiter und Regent auftritt; wieder aber, wenn die Umstände drängen und seine Persönlichkeit zu der Stimmung des Augenblicks einen scharfen oder doch schärfern Gegensatz bildet,

kann er seine ganze Stellung, sein ganzes formelles und materielles Recht durch Waffen wahren, die er den Zeughäusern der auftretenden Opposition entnimmt, indem er aus ihr seine Minister wählt, die dann auch im eigenen Interesse die Regierung in ihrem Recht vertheidigen, während sie sie anderseits mit gutem Gewissen im Sinne der stattfindenden Bewegung führen." Die Signatura nimmt eine derartige „konstitutionelle Zurückgezogenheit" (S. 65) des Königs seit März an. Am 7. Septbr. war die Krone in ihrem Recht, nach dessen allerengster Fassung, tödtlich angegriffen, die Opposition war keine konstitutionelle mehr. Die Krone, da es sich um ihre Existenz handelte, sah — mit Recht oder Unrecht! — sich nach Rathgebern um, die so „in dem Willen" ihres Fürsten „aufgingen", daß sie das geduldige Werkzeug desselben und doch für die Folgen konstitutionell verantwortlich würden. Anfangs schien das „farblose Medium" in dem Ministerium Pfuel gefunden. Es war aber in diesem Kabinet eine größere Selbstständigkeit, als erwartet sein mochte, und, wenn Bonin der Chef und Pfuel höchstens Kriegsminister gewesen wäre, wenn eine starke Majorität der Nationalversammlung es unterstützt hätte, dann möchte das „farblose Medium" vielleicht ganz überflüssig geworden sein. Doch im wahrhaft entscheidenden Moment — denn am 31. Okt. stand das Kabinet auf den Trümmern der Demokratie wie bisher noch keines — erfolgt die wahrhaft unbegreifliche Handlungsweise seines greisen Vorsitzenden, die wahrlich mit nichts in der weiten Welt, als mit dem hohen Alter und dessen negativen Eigenschaften entschuldigt werden kann, und wir erhielten, mit der Signatura zu reden: Das Ministerium des farblosen Mediums. Der Feldzugsplan zur Rettung der Krone, berechnet auf alle Eventualitäten, war längst fertig. Wenn ich nicht irre, so gewann das Kabinet einen Anflug von Farbe, durch Gewinnung des Herrn Rintelen, von dem Shakespear seinen Heinrich sagen läßt:

„Erscheint er gleich ein wenig aus der Mode,
Der Wälsche hat viel Sorgsamkeit und Muth!"

Denn man kann schwerlich gemeint sein, daß durch die Erlasse und Amtshandlungen des Justizministers die „allerhöchste Persönlichkeit" wie durch ein farbloses Medium hindurchglänzt. Vielmehr glänzen durch alle diese Erlasse die „Disputationen", das „Argumentiren", das „freundliche Kommuniziren" des Kapitän Fluellen hindurch: anlangend „die Ordonnanz der Disziplin"! denn: „das ist der wahre Punkt"!

Obgleich nun keineswegs der Augenblick gekommen scheint, wo die Persönlichkeit des Monarchen zu der öffentlichen Stimmung einen „scharfen oder schärfern Gegensatz" bildet, so scheint doch nicht unwahrscheinlich, daß das Ministerium des „farblosen Mediums" eine bestimmte Färbung erhält.

Wenn Camphausen jetzt nicht Ministerpräsident wird, so geschieht es nur deßhalb nicht, um ihn aufzusparen; denn man fürchtet, ihn so dem „ersten Schaumspritzen" der jungen Kammern auszusetzen. Aber wenn Camphausen's Eintritt als Ministerpräsident im Lande vor den Wahlen bekannt wird, dann bringen die Wahlen uns gar nicht solche Kammern, deren Mehrheit einen Camphausen zu stürzen sich berufen hielte. Es würde in diesem Augenblick ein Ereigniß sein, sowohl für Preußen und die Wahlen insbesondere, als ebenfalls für das deutsche Parlament. Denn, die Färbung, welche das Kabinet von Berlin durch diesen „verschlossensten aller Staatsmänner" erhielte, könnte nicht umhin, in der Stadt der Kaiserwahl eine freudige Sensation hervorzubringen!

∀ **Berlin**, 21. Jan. Seit ich Ihnen das letzte Mal schrieb hat sich hier wenig äußerlich Sichtbares zugetragen, wenigstens nichts der Art, worüber ein gewöhnlicher Sterblicher hätte berichten können. Um den Glanz des Ordens- und Krönungsfestes nach Würden zu schildern, müßte ich entweder die graziös-leichte Feder eines preußischen Hofpoeten besitzen, oder in dem stattlich pomphaften, einfach großen Styl des officiellen Berichterstatters des Preußischen Anzeigers zu schreiben verstehen, und auch dann hätte ich meinen Bericht immer noch schließen müssen, wie Jules Janin: „D'ailleurs je n'ai pas vu la pièce," oder um Sie mit Gerüchten über Ministerkrisen, dieser Crême aller Korrespondenten-Speisen zu fetiren, hätte ich minder gewissenhaft, als schreibselig sein müssen.

In leisem, stillen Gange gehen die Vorbereitungen zu unserer künftigen politischen Entwicklung vor sich. Morgen führt das preußische Volk die Generalprobe des großen Schauspiels der kommenden Monate auf. Hier sind diese ganze Woche lang große Studien dazu gemacht. In Bezirks- und Parteiversammlungen, in Privatgesprächen, mit erlaubten und unerlaubten Mitteln hat man das große Werk betrieben. Das Virgilische **Illi inter sese magna vi brachia tollunt** fand eine volle Anwendung, leider bisweilen auch im buchstäblichen Sinne. Die rein geistige Agitation durch die Presse trat allmälig in den Hintergrund; denn wenn es auch nicht an Flugschriften und Programmen aller Art fehlte, an Ansprachen des unermüdlichen Harkort und der auf Tod und Leben kämpfenden Meusebach-Gummerow'schen Partei einerseits, sowie der demokratischen Partei anderseits, so wirkten diese doch sicherlich mehr in den Provinzen als hier in Berlin selbst, wo der Mensch dem Menschen näher gerückt seine persönliche Einwirkung bequemer und entscheidender ausüben konnte.

Wie morgen die Wahlen ausfallen werden, läßt sich natürlich nur mit ungefährer Wahrscheinlichkeit bestimmen. Die liberale — um nicht zu sagen, demokratische Partei hat hier mit jeder Vorversammlung an Terrain gewonnen. Es war wohl natürlich, daß die konservative Partei mit ihrem Fanatismus der Ruhe auf die Dauer nicht Stich halten konnte gegen die in's Einzelne eingehende Opposition der Liberalen, gegen die Frische und Keckheit, welche die Opposition fast immer vor der bedächtigen Zufriedenheit vorauszuhaben pflegt. Einen großen Einfluß hatten dabei auch die Erinnerungen an den ehemaligen Bürgerwehrdienst. Die Liberalen verfehlten niemals, genau hervorzuheben, daß ihre Kandidaten dem Bezirke bereits durch ihre Theilnahme am öffentlichen Leben, durch ihre rege Pflichterfüllung bei den Diensten der Bürgerwehr, hinlänglich bekannt seien und oft genug traf es sich, daß die Kandidaten der konservativen Partei, zwar hinlänglich angesehen durch Rang und Stellung, doch seit einem Jahre kaum in irgend einer öffentlichen Angelegenheit zu erblicken gewesen waren. Nehmen Sie dazu, daß hier in Berlin ein guter Witz so gut wie eine gewonnene Schlacht ist, daß es wie ein Lauffeuer durch die ganze Stadt geht, wenn Louis Drucker, der Auferstandene, einem konservativen Wahlmann, der seinen innigen Dank für das großmüthige Geschenk des Königs allerunterthänigst auszudrücken nicht Worte der Ergebenheit genug finden kann, ohne Weiteres erwidert: „nach dem Gesetze seien Almosenempfänger nicht stimmberechtigte Urwähler, der Herr Redner möge also die Versammlung sofort verlassen" — nehmen Sie das Alles zusammen und erweitern Sie diese Andeutungen zu einem vollen Bilde, so haben Sie eine hinlängliche Anschauung von dem Gange, den die Wahlagitationen hier angenommen haben. Von dem aristokratischen Westend, dem sogenannten Geheimerathsviertel an, durch die Friedrichsstadt hindurch, bis an die Ausläufer der City, dem Köpnicker Feld und dem Wedding der Rehberger steigt fast in geometrischen Proportionen die demokratische Tendenz unserer Bevölkerung. Während man am Potsdamer und Brandenburger Thore, wo die Urwählerlisten fast nur Geheimeräthe mit ihren Bedienten, Kutschern und Gärtnern aufführen, in überwiegender Zahl vornehme Aristokraten als Wahlmänner aufstellt, kann man in der Gegend des Köpnicker Feldes die Republikaner nicht roth genug finden; die größere Mitte der Stadt steht auch politisch in der Mitte dieser Extreme, jedoch auch hier fast durchgehends etwa auf dem Standpunkte des linken Centrums. Das wird überhaupt, wenn nicht alle Anzeichen trügen, der durchschnittliche Charakter der Wahlmänner Berlins sein. In der nächsten Woche werden dann bald die bedeutungsvolleren Vorkämpfe für die Wahl der Deputirten beginnen. Eine große Anzahl Kandidaten ist schon jetzt aufgetreten — Bruno Bauer, Theodor Mundt, Freiherr von Kanitz, der ein sehr ausführliches Programm geschrieben hat; daneben natürlich Waldeck, Berends, Jacoby, auch Jung, der jetzt wieder einen herzlich schlechten schriftstellerischen Versuch gemacht hat; die Herren Duncker, Ulfert u. s. w. Bald werden Sie erfahren, wohin sich die Wahlschlacht entscheidet. Wenn gegen das jetzige Ministerium, so wird es endlich Zeit sein, das konstitutionelle Prinzip zur Ausführung zu bringen. Ich meine, das Volk durch Männer zu regieren, durch die es regiert zu werden wünscht.

: **Berlin**, 21. Jan. Hr. Bunsen hat Hrn. Camphausen lebhaft unterstützt, und seine Bemühungen auch nach dessen Abreise fortgesetzt. Man vernimmt, daß Hr. Camphausen die Beibehaltung seiner Stellung in Frankfurt von dem Erfolg seiner Reise abhängig gemacht hat. Hr. Bunsen denkt am Mittwoch von hier abzureisen, jedoch erst am Freitag in Frankfurt einzutreffen. Außerordentlich bezeichnend ist es, daß die Hannover'sche

Zeitung bei Gelegenheit der Durchreise Bunsen's durch Hannover bemerkt, Hr. Bunsen sei in der letzten Zeit ultradeutsch (für Hrn. Stüve!) geworden; hoffentlich werde man (Hr. v. Strotha und Genossen) ihn in Berlin zu mäßigen wissen!

Lith. Korresp. **Berlin**, 21. Jan. Folgende Herren sind durch den Vorstand des Vereins für König und Vaterland sämmtlichen Mitgliedern, Zweig- und verwandten Vereinen mittelst besonderen Circulars als Kandidaten empfohlen: Professor Stahl, Professor Keller, Geh. Oberregierungsrath v. Bethmann-Hollweg, v. Bismark-Schönhausen, v. Kleist-Reegow, Minister von Manteuffel, die früheren Minister Graf v. Alvensleben und Baron v. Canitz, Präsident v. Gerlach, Fürstbischof v. Diepenbrock, Graf Fürstenberg-Stammheim, und die Assessoren Graf v. d. Golz, Biedewald und Wagener (Redakteur der Neuen Preußischen Zeitung). Herr v. Canitz tritt mit einer der Neuen Preußischen Zeitung beigegebenen Ansprache selbst als Kandidat vor das Publikum. Es bleibt immer interessant, einen Minister des alten Regime so menschlich mit den Leuten wie mit Seinesgleichen reden zu hören. Die Kardinalpunkte des sechs enggedruckte Seiten umfassenden Glaubensbekenntnisses sind folgende: 1) Eine Wiederherstellung der Dinge, wie sie vor der Revolution standen, erklärt Hr. v. Canitz nicht im Sinne zu haben. „Ich habe nicht in das jubelnde Juchheh! einstimmen können, das die Revolution wie eine Erlösung aus vieljähriger Verknechtung begrüßte, als ob das preußische Volk, wie einstens die Juden, in einer babylonischen Gefangenschaft geschmachtet hätte; — da aber nun einmal eine Revolution über uns gekommen ist, so halte ich es für verkehrt, wenn wir thun wollten, als wäre keine gewesen. Wir müssen hindurch!" 2) Die Frage: „ob er die Umgestaltung der monarchischen Staatsform in die republikanische für eine zeitgemäße politische Verbesserung halte?" beantwortet der Kandidat, wie leicht zu denken, mit Nein! 3) Ein „juste milieu zwischen Royalismus und Liberalität" glaubt er sich verbitten zu müssen; 4) in kirchlichen Dingen vollständige Glaubens- und Bekenntnißfreiheit. „Die weltliche Obrigkeit soll in allen Verhältnissen dieser Welt auf Recht und Ordnung halten, den Weg zum ewigen Heile soll sie Niemanden mit Zwangsmaßregeln vorzeichnen wollen, sie soll also auch die christliche Kirche schützen, aber nicht kommandiren wollen"; 5) Deutschlands Einheit, aber nicht „ein Aufgeben alles dessen, worauf das preußische Nationalgefühl ruht." Aus einem besonders beigefügten Ueberblick seines Lebenslaufs erfahren wir, daß der Herr Kandidat 1787 in Kassel geboren ist, die Feldzüge von 1806, 1807, 1812—1815 mitgemacht, 1828 eine Sendung nach Konstantinopel, 1831 eine andere zur russischen Armee in Polen erhalten und von 1832—45 als Gesandter erst in Kassel, dann in Hannover, dann in Wien gewirkt hat. Von da ab bis zum 18. März v. J. verwaltete Hr. v. Canitz das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Berlin, 21. Jan. Es ist kaum glaublich, wie groß die Menge von Personen ist, welche sich gegenwärtig in Beziehung auf die Vorgänge der letzten Monate wegen politischer Vergehen in Untersuchung befinden. In der Provinz sind diese Untersuchungen noch weit zahlreicher als in der Hauptstadt. So befinden sich z. B. fast sämmtliche männliche Einwohner der Stadt Dahme bei Jüterbogk in Untersuchung, weil dieselben bald nach den Märzereignissen ihren Bürgermeister eigenmächtig abgesetzt haben sollen. Dieser Bürgermeister ist zwar später ebenfalls in Untersuchung gezogen und vom Amte suspendirt worden, weil sich die gegen ihn erhobenen Beschwerden als gegründet erwiesen haben sollen. Aber durch das vor einigen Tagen publizirte Erkenntniß des Kammergerichts sind 198 Bürger aus Dahme, darunter selbst mehrere Rathsherren und Stadtverordnete, zu Freiheitsstrafen von 2 bis 18 Monaten verurtheilt worden. — Auch ein Theil der Bürgerschaft zu Cremmen befindet sich wegen eines ähnlichen noch aus den Märztagen stammenden Verfahrens gegen den dortigen Bürgermeister in Untersuchung. Ferner sind sämmtliche männliche Einwohner von vier in der Nähe von Wrietzen belegenen Dorfschaften, auf einige Hundert an der Zahl, von dem betreffenden Ortsgericht zu Zuchthausstrafen, welche bis auf 8 Jahre ansteigen, verurtheilt worden, weil sich dieselben in den Märztagen gegen die Gutsherrschaft aufgelehnt haben. Kommt zu diesen Untersuchungen nun noch die Steuerverweigerungs-Untersuchung und die Untersuchungen wegen der Arbeitseinstellungen u. s. w. hinzu, so scheinen sich unsere Justizbehörden allerdings in einer sehr kritischen Lage zu befinden und unsere neuen Kammern werden hierin um so mehr eine Aufforderung finden müssen, das Verfassungswerk so sehr als möglich zu beschleunigen, damit wir nach Vollendung desselben endlich einen Schleier der Vergessenheit über das Vergangene werfen können. (Voss. Z.)

‡ **Posen**, 16. Jan. Die letzten Sitzungen des polnischen Reichstages in Kurnik, welche mit der Berathung des Verfassungsentwurfs ausgefüllt waren, boten noch zwei interessante Erscheinungen. Die erste war das Auftreten eines gewissen Dr. Maczig, welcher um die Erlaubniß bat, in deutscher Sprache reden zu dürfen, und nach Gewährung seiner Bitte unter ungeheurem Beifallssturm eine Vergötterungsrede für die polnische Nation hielt, welche er als den leidenden Christus unter den Völkern bezeichnete. Am Schlusse erklärte er, daß die Polen deutschen Namens (sic!), welche im Lande seit undenklichen Zeiten sich niedergelassen, auch das Bedürfniß fühlten, in die Liga zu treten, und beantragte ihre Gleichberechtigung. Unter ungeheurem Beifall beschloß die Versammlung den Druck seiner Rede in zwei Sprachen. Der zweite merkwürdige und zugleich sehr bezeichnende Vorgang war die Diskussion des Paragraphen, welcher von dem Beitritt der Juden handelt. Fast alle Redner ergoßen sich in Ausbrüchen des Hasses gegen dieselben und waren gegen die Aufnahme solcher räudigen Schaafe unter die reine Heerde, die sie gefährden würden. Nur ein Redner wagte es, darauf aufmerksam zu machen, daß die Zeiten des Hasses vorüber seien und die der Brüderlichkeit folgen müßten. Der Wunsch der größten Anzahl der Deputirten, ihre Heimath noch vor den Urwahlen zu den preußischen Kammern zu erreichen, beschleunigte die Berathung der Verfassung, welche am dritten Tage geschlossen wurde. Man schritt hierauf noch zur Wahl der Centraldirektoren der Liga und es fiel dieselbe auf den Erzbischof von Gnesen und Posen, Dr. v. Przyluski, als Ehrenpräses; auf die früheren Berliner Abgeordneten v. Potworowski, Graf Cieszkowski, v. Lipski, die einst in Frankfurt anwesenden Dr. Libelt und Geistliche Janiszewski und endlich auf einen bäuerlichen Wirth Palacz. Der Reichstag fuhr auseinander, nachdem er noch zuvor in Posen im Saale des Bazar am 15. seinen zahlreichen Mitgliedern aus Westpreußen ein Ehrenmahl gegeben. Die Urwählerlisten für die Stadt Posen zur ersten Kammer ergeben unter der Zahl 1100 nur 240 Polen, also etwas über $^{1}/_{5}$, was genau im Verhältnisse des Besitzstandes beruht. Auch in den Kreisen gestaltet sich die Sache in ähnlicher Weise, da auch hier, selbst wo die Deutschen an Kopfzahl in der Minorität sind, doch der Besitz vorwaltend in ihren Händen ist. Anders wird es sich mit den Urwahlen der zweiten Kammer gestalten, für welche die Rührigkeit der Polen sich bei weitem größer zeigt und auch mehr erzielen wird. Die Wahlbezirke sind fast durchweg so gelegt, daß die Bevölkerungen im Gleichgewicht sind, wobei es leicht kommen kann, daß die Gleichgültigkeit des einen Stammes die Wahl fast sämmtlicher Abgeordneten aus dem anderen Stamme zur Folge haben kann. Wir sprechen natürlich nur von Deutschposen, in welchem durch die neueste Abgrenzungslinie leider die Polen in die Majorität gekommen sind.

Greifswald, 16. Jan. Kandidat L. Bartholdy, der frühere Redakteur des „Greif", ist unmittelbar nach einer mehrstündigen Vernehmung des Untersuchungsrichters verhaftet worden. Grund dazu war, wie man hört, die bekannte Anklage „wegen Erregung von Mißvergnügen."

Magdeburg, 18. Jan. Unter dem 30. Dez. v. J. ging den Volksschullehrern ein Regierungsreskript zu mit der Aufforderung, ihre Stellung zu dem Volke zur Aufklärung desselben über die Wahlen zu benutzen, „daß nicht durch ihre Unthätigkeit und Versäumniß, oder gar durch ihre Schuld die Wähler unaufgeklärt bleiben über ihre Pflichten und über die Anforderungen, welche die höchsten Interessen des Staates und des Volkes gebieterisch an seine jetzt zu wählenden Vertreter stellen." Die Lehrer, dies muß man ihnen bezeugen, haben ihre Pflicht in diesem Sinne gethan. Sie haben in politischen Vereinen und Versammlungen und in kleinen Kreisen das Volk politisch aufzuklären und besonders in Bezug auf die Wahlen das Ihrige im Interesse des Volkes zu thun gesucht. Sie mögen dies für ihren Beruf erachtet haben, schon ehe jene Mittheilung an sie erging. Wenige Tage nachher fordert aber ein Regierungserlaß sämmtliche Diözesan-Behörden unseres Regierungsbezirks auf, „der Lehrer amtliches sowohl als außeramtliches Verhalten der genauesten Aufmerksamkeit zu würdigen." „Wenn alle öffentlichen Lehrer, heißt es in jenem

Erlasse, schon bisher zu den unmittelbaren Staatsdienern gehört haben, und ihnen durch Art. 20 der Verfassungsurkunde v. 5. d. M. die Rechte der Staatsdiener von Neuem versichert sind; so müssen sie auch auf der andern Seite die allen Staatsdienern obliegenden Pflichten erfüllen, d. h. vor Allem ihres geleisteten Diensteides eingedenk sein und nichts unternehmen, was das Ansehen der bestehenden Staatsregierung schwächen oder gar zur Aufregung und Unzufriedenheit mit derselben führen könnte." Jede Verletzung dieser Pflicht soll angezeigt werden, damit sie im disziplinarischen Wege geahndet oder dem betreffenden Gerichte zur Untersuchung mitgetheilt werden könne. Der hiesige Magistrat, als unmittelbare Aufsichtsbehörde der städtischen Schulen, hat das in dem Reskripte gestellte Ansinnen mit dem Bemerken von der Hand gewiesen, daß nur das amtliche Verhalten der ihm untergebenen Lehrer unter seiner Kontrole stehe; außer seinem Amte sei aber der Lehrer Staatsbürger und er meine, Niemand habe die Befugniß, ihm seine staatsbürgerlichen Rechte zu beschränken, die er etwa in politischen Vereinen und Versammlungen ausübe. Der Magistrat hat demnach seinen Lehrern obiges Reskript gar nicht mitgetheilt. Aehnliche Reskripte zirkuliren in mehreren, vielleicht allen Verwaltungszweigen und in manchen wird geradezu zur Denunziation aufgefordert, z. E. in einem Reskripte der Generalkommission für Separationen rc. in Stendal an die untergebenen Vermessungsrevisoren rc. (Aach. Z.)

München, 19. Jan. Die Erklärung wegen des Abgeordneten-Eides ist heute in einer aus den HH. Binder, Maier aus Ansbach, Föckerer, Dr. Kubner, Waibel, Willich bestehenden Deputation dem Minister des Innern überreicht worden. Derselbe äußerte sich dahin, daß ihm zu der ausgesprochenen Verwahrung ein Grund nicht vorhanden zu sein scheine, wonach wir das Recht zu der freudigen Annahme haben, daß auch das Ministerium an der Rechtsverbindlichkeit der Reichsgesetze nicht zweifelt und selbe der Kammer unmittelbar nach deren Eröffnung zu dem einzigen Zwecke vorlegen wird, um durch Erfüllung der in Baiern vorgeschriebenen Form jedes Bedenken an ihrer Gültigkeit zu beseitigen. Eine konsequente Folge der Anschauungsweise des Hrn. Ministers war dessen ausgesprochene Vermuthung, daß das übergebene Aktenstück eine Art Mißtrauensvotum sei, was von den Abgeordneten zwar entschieden verneint wurde, dem Hrn. Minister jedoch Veranlassung zu der Bemerkung gab, daß ein ihm kundgegebener Mangel an Vertrauen die Niederlegung seines Portefeuille zur Folge haben werde. (D. k. Z.)

+ **München**, 20. Jan. Die Parteien in unserer Kammer fangen an, sich zu sondern und in Klubs zusammenzutreten. Allem Anscheine nach wird die ultramontane Partei, die nicht sehr wählig ist in den Mitteln um zu ihrem Zwecke zu gelangen, die Majorität der Kammer unter Abel's Anführung wenigstens für die erste Zeit erhalten. Die Wahl des Direktoriums und die ganze gegenwärtige Parteigruppirung sprechen für diese Annahme. Unter der Firma „linkes Centrum" hat sich eine Fraktion gebildet, die ganz brüderlich mit den Ultramontanen und ihrem aus harmlosen, des politischen Treibens unkundigen Leuten bestehendem Anhange stimmen. Wie lange eine so unnatürliche, realer Grundlagen entbehrende Parteistellung möglich ist, bleibt der nächsten Zukunft zur Entscheidung vorbehalten. Die Grundrechte sind bis zur Stunde in Baiern nicht publizirt worden; der Minister von Beisler hat einer vom März-Verein dahier an ihn gesandten Deputation geantwortet, daß die Publizirung derselben ohne Zustimmung der Kammern nicht geschehen könne und daß er fürchten müßte, ohne vorgängige Einwilligung der Kammern wegen eigenmächtiger Publizirung der deutschen Grundrechte in Anklagestand versetzt zu werden! Die feierliche Eröffnung der Kammer ist noch nicht bekannt; vor nächstem Montag dürfte sie kaum zu erwarten sein.

• **Erlangen**, 20. Januar. Bei der am vorigen Montag hier stattgefundenen Ergänzungswahl für die deutsche Reichsversammlung ist bei der dritten Abstimmung Bürgermeister Lammers mit 61 Stimmen gegen 52, welche Professor Rudolf v. Raumer erhielt, zum Abgeordneten gewählt worden. Raumer wurde zum ersten, der quieszirte Landgerichtsassessor v. d. Pfordten zum zweiten Ersatzmann gewählt.

Aus Rheinbaiern, 21. Jan. Gestern Abend sahen wir auf unserem Hardtgebirge riesige Feuer emporlodern, zum Zeichen, daß auch die Pfalz den vom deutschen Volke festgesetzten Grundrechten huldige und sie als die Schwalben des kommenden Sommers begrüße. Nach vorliegenden Nachrichten und Programmen finden heute an vielen Orten des Landes deßhalb öffentliche Feierlichkeiten statt. Wenn diese das Gepräge „einer Demonstration" tragen, so liegt der Grund hauptsächlich darin, daß die Staatsregierung die Verkündigung der Grundrechte weder im Gesetzes- noch im Regierungsblatte vollzogen hat: denn der richtige Sinn des Volkes erkannte die Nothwendigkeit der thatsächlichen Verkündigung, weil die gesetzliche unterblieben ist. In Kirchheimbolanden soll dieses sogar durch eine notarische Urkunde verbrieft werden. Bei uns herrschen durchweg ächt-deutsche Gesinnungen. Wie jetzt die Dinge stehen, müssen auch wir Preußen, dem mächtigsten deutschen Stamme, die Geschäftsführung in die Hände gelegt wünschen. Zunächst die Einheit, die Freiheit müssen wir uns selbst erwerben! Unsere Provinz, — ein à jour gefaßter Edelstein der bairischen Krone, — würde sicherlich dem Könige nicht beistehen, wenn er die „Opfer", die die Einheitsfrage des großen Vaterlandes von ihm fordert, verweigern wollte. Vor Allem Deutsch und dann Baierisch!

÷ **Stuttgart**, 19. Jan. Die idyllisch-bukolischen Debatten in der Kammer sind noch immer in vollem Gange; in der vorigen Sitzung haben wir die specielle Zwiefalter Kuhfrage erledigt, in der heutigen Sitzung ist die Rindvieh- und Hengstfrage im Allgemeinen abgethan, Milch und Butter und Weide, Beschäler und Mutterfohlen und Landoberstallmeister, Alles ging bunt durcheinander und wurde mit einer Gründlichkeit verhandelt, die nicht bloß das spärlich versammelte Publikum, sondern auch die größere Hälfte unserer Gesetzgeber selbst zur Verzweiflung brachte; Sie werden mir Dank wissen, wenn ich Ihnen die Details erspare, die ohnehin einen eigenthümlichen Düngergeruch, selbst im Munde eines freiherrlichen Redners, nicht verleugnen können. Nur über das Landesgestüt, das bekanntlich auch außerhalb Würtembergs einen verdienten Ruf erlangt hat, mögen mir einige Worte gestattet sein. Die Kommission hatte, wie gewöhnlich, ein probates Mittel, Ersparungen einzuführen, zur Hand: kein Gestüt, keine Kosten mehr für ein Gestüt; sie trug demgemäß darauf an, die gänzliche Aufhebung der Anstalt anzubahnen. Vergebens wies Staatsrath Duvernoy auf das warnende Beispiel Frankreichs hin, welches ebenfalls im Jahr 1806 das Beschälwesen der Privatindustrie überlassen, aber seitdem nicht weniger als 80 Millionen Franks für Prämien ausgegeben habe und sich doch noch genöthigt sehe, im Ausland, in England und Deutschland, Hilfe zu suchen, während die würtembergische Pferdezucht, wenn auch Ersparungen in diesem Zweige vielleicht wünschenswerth und möglich seien, notorisch die erfreulichsten Resultate ergebe. Die Kammer war für diese Rücksichten wenig empfänglich und schloß sich mit großer Majorität dem Kommissionsantrage an. Dagegen hat merkwürdigerweise die Exigenz zur Abhaltung des landwirthschaftlichen Festes in Kannstatt Gnade in den Augen der Kommission und der Kammer gefunden, und in der That würde die Aufhebung dieses wahrhaften Volksfestes schwerlich einen guten Eindruck machen; großen Anklang fand aber ein Antrag des Abgeordneten Grafen Degenfeld, nach dem Vorgange anderer Länder eine besondere Staatsunterstützung für die Schießübungen mit der Büchse auszusetzen und solche Uebungen mit jenem Feste in Verbindung zu bringen. Die Büchse, bemerkte der Abgeordnete mit Recht, hat das Eigenthümliche, daß sie dem, der sie zu handhaben weiß, ein gewisses Selbstvertrauen einflößt, und nur durch die Büchse, nicht durch die Muskete, kann die Volksbewaffnung zur Wahrheit werden. Sonst ist aus dem Verlauf der Sitzung nur noch der Antrag des Abgeordneten Becher zu erwähnen, ob es nicht angemessen erscheinen würde, die Grundrechte an einem und demselben Tage im ganzen Lande mündlich von der Kanzel oder auf dem Rathhause obrigkeitlich verkünden zu lassen, damit das Volk nicht in den Fall komme, sie für eine freilich süße, aber verbotene Frucht zu halten. Staatsrath Duvernoy entgegnete, daß hier nicht bloß eine süße, sondern auch eine reife und gesunde Frucht vorhanden sei und daß die Regierung den Antrag in Erwägung ziehen werde.

Hannover, 18. Jan. Zur Feier der Grundrechte, welche das Volk anerkannt und gültig erachtet, noch nicht aber das Kabinet, wird am Sonntage der Rathhaussaal benutzt. Dem Lehrerkollegium der höheren Bürgerschule, das mit den Schülern am Festzuge theilnehmen wollte, hat der Magistrat diese Feier — verboten! (D. Rbz.)

† **Kassel**, 20. Jan. Der Vorort der nationalen Vereine für Deutschland hat im Namen und besonderen Auftrage des

größten Theils der diesen Gesammtverein bildenden Zweigvereine*) an die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung in einer Adresse die dringende und ehrfurchtsvolle Bitte gerichtet:

durch erbliche Uebertragung der deutschen Reichsgewalt an die Krone Preußen der deutschen Verfassung Einheit und Macht zu verleihen.

Es heißt in dieser Adresse u. A.: „Indem wir diese unsere Bitte mit den Kundgebungen des deutschen Volkes vereinigen, wie sie in diesen Tagen in den verschiedensten Theilen des Vaterlandes vernommen sind, indem wir ein Zeugniß zu den vielen hinzufügen, aus denen die hohe Versammlung das Bedürfniß, das Gefühl und den Willen des Volkes erkennen mag, glauben wir, uns selbst, der hohen Versammlung und dem deutschen Volke gegenüber, eine unerläßliche Pflicht zu erfüllen. Der Augenblick ist gekommen, in welchem die Verfassung des deutschen Volkes durch die Beschlüsse seiner Vertreter vollendet werden soll. In diesem Augenblicke der Entscheidung, auf welchem die Hoffnungen des Volkes ruhen, an welchen die Größe und Zukunft der Nation geknüpft ist, — in diesem Augenblicke geht Ein Gefühl durch das gesammte deutsche Volk. In dem Einen Gefühle drängen sich jetzt alle politischen Erwägungen zusammen, dieses Eine, im entscheidenden Augenblicke gewaltig hervorwallende Gefühl ruft laut und vernehmlich aller Orten dem verfassunggebenden Reichstag zu: schaffet uns, was der Freiheit eines Volkes Noth thut, schaffet uns die nationale Macht und damit Einheit."

Meiningen, 20. Jan. Mittelst landesherrlicher Verordnung vom 18. d. M. ist unsere alte Ständeversammlung aufgelöst und die Eröffnung des neuen Landtags (zu welchem die Abgeordneten ohne Rücksicht auf Stand, Religion und Census gewählt worden sind) auf den 10. Februar d. J. anberaumt worden. (D. P. Z.)

Oldenburg, 18. Jan. Das Ordensfest des Herzogs Peter Friedrich Ludwig fand gestern mit dem gewöhnlichen Pomp im hiesigen Schlosse statt, nur — ohne Verleihung von Orden; wohl das erste Mal, so lange das Fest gefeiert wird. Wie es mit unsern Titeln ohne Aemter wird, — und deren haben wir eine ziemliche Anzahl, — die doch mit dem gestrigen Tage alle fallen mußten, wissen die Götter. (Wes.-Z.)

♉ **Schleswig**, 17. Jan. Gestern wurde hier in einer sehr zahlreichen Versammlung hiesiger Einwohner einstimmig beschlossen, sich in einer Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt für die Wahl eines erblichen Kaisers aus dem Hause Hohenzollern auszusprechen. Man ging nicht weitläufig darauf ein, in wie verschiedener Weise die Einheit Deutschlands vielleicht sonst noch ermöglicht und erreicht werden könnte; man fragte blos: „was ist jetzt ausführbar, was ist praktisch?" Die Antwort lag auf der flachen Hand. Dabei kamen zwar auch andere Projekte zum Vorschein, wie sie in der Nationalversammlung vorgekommen sind. Sie wurden in einfacher, doch deshalb nicht weniger gründlichen und zum Theil derber Weise zurückgewiesen. Die in Frankfurt jetzt hervorgekommene Metternich'sche Korporalschaft hat in den Sympathien des Nordens dem Hause Oesterreich außerordentlichen Abbruch gethan. Man erinnert sich, daß in einzelnen Schlössern Schwedens noch Bildnisse des berühmten Orenstierna's sich finden mit der Umschrift: Magnus divisor Germaniae! und meint, Oesterreich scheine darnach zu geizen, diese Umschrift seinem vor 200 Jahren schon heimgegangenen, berühmten Gegner abzujagen!

Hamburg, 19. Jan. Das erste Gold aus Kalifornien zirkulirte an unserer Börse und war im Besitz des Herrn Rücker. Das plötzliche Ereigniß übt schon seinen Einfluß auf Europa aus, Louisd'ors, die fortwährend weit über Cours standen, waren in diesen Tagen um 11 M. 3 Sch. Banco nicht zu begeben, selbst die Nachfrage hatte darnach aufgehört und Gold war al marco zu 436⅓ Mark Banko angeboten und nur mit Mühe fanden sich Käufer. (Pr. M.)

Großbritannien.

* **London**, 19. Jan. Der zuständige Gerichtshof in Dublin hat am 18. Jan. in dem gegen Hrn. Duffy schon vor längerer Zeit eingeleiteten politischen Prozeß gegen die Krone entschieden, indem er den Antrag des Kronanwalts auf einen Endurtheilsspruch abwies und somit dem Angeklagten gestattete, sein Kassationsgesuch weiter zu verfolgen. Dem Standard zufolge wird der Angeklagte nun auf „Nichtschuldig" antragen, und zwar am 6. Febr., bis wohin die Sitzungen des Hofes ausgesetzt wurden. Wie der Times geschrieben wird, sollte folgenden Tags bei der Dubliner Queens Bench der Antrag gestellt werden, Hrn. Duffy zur Bürgschaftstellung zuzulassen. Dieser eben so langwierige als langweilige Duffy'sche Prozeß hat wieder einmal die Spitzfindigkeiten und Schwerfälligkeiten des englischen Prozeßverfahrens recht aufgedeckt, auf der andern Seite aber allerdings einen abermaligen Beweis geliefert, daß gerade diese ängstliche Scheu in der buchstäblichen Beobachtung verzwickter gesetzlicher Vorschriften und Klauseln zu der selbstständigen und unabhängigen Stellung der Gerichtshöfe der Krone gegenüber viel beiträgt. Die Krone, bei all ihrer Macht, vermag doch den Buchstaben des Gesetzes nicht zu erschüttern. Der Standard bezeichnet die jetzige Wendung des Duffy'schen Prozesses als einen „ausgezeichneten Triumph Duffy's über den Kronanwalt." Gegen solche Rechtsniederlagen ist man in England bekanntlich sehr empfindlich, weil nicht die Willkür oder die Intrigue, sondern nur das Recht der einzige Schutz der Krone gegen Beeinträchtigungen Seitens der Unterthanen ist. Glücklicherweise hat die Krone in letzter Zeit auch mehrere glänzende Rechtssiege in Irland erfochten.

Spanien.

* **Madrid**, 14. Jan. Ihre Majestät pflegt, wenn sie nach dem Prado fährt, am Eingang der Allee d'Altocha auszusteigen, und einen kleinen Spaziergang zu machen. Gestern hatte sie kaum ihren Wagen verlassen, als eine elegante Equipage heranrollte, aus der ein junger General, der in Madrid wohl bekannt ist, sprang und, den Hut unter dem Arm, sich an die linke Seite Ihrer Majestät drängte und ihr stets dicht nachfolgte, aber ohne mit ihr zu sprechen. Ihre Maj. etwas verlegen, winkte ihrem Wagen und fuhr nach Hause. Der General ließ seinen Kutscher nach dem königlichen Palast folgen. Er kam mit der Königin zugleich dort an und folgte ihr die Treppe hinauf. Als Ihre Maj. eben in das Zimmer treten wollte, bat er sie ehrfurchtsvoll, ihm einige Worte zu erlauben. Die Königin gab ihm Gehör, bemerkte aber nach wenig Minuten, daß er nicht recht bei Sinnen sei. Er verlangte, sie solle alle ihre Minister versammeln, und solle ihm in deren Gegenwart Genugthuung für eine Beleidigung geben, die er erhalten habe. Sie versprach sein Verlangen in Erwägung zu ziehen, ging auf einen Augenblick hinaus und schickte eilig zum Herzog von Valencia. Er kam, nahm den zudringlichen General unter den Arm und führte ihn nach Hause.

Oesterreichische Monarchie.

Czernowic, 12. Jan. Durch General Wardener, der sich in Carlsburg eingeschlossen hat, ist ein Verständniß mit General Lüders in der Walachei herbeigeführt worden, das noch die Bestätigung von Petersburg benöthigt, die bis zum 14. Januar eintreffen muß. Somit wäre den österreichischen Truppen, falls die Nothwendigkeit es erheischt, auch ein russisches Auxiliar-Korps in Aussicht gestellt, das um so schneller bei der Hand wäre, als die russischen Truppenkörper bis hart an die siebenbürgische Grenze vorgeschoben sind. (C. Bl. a. B.)

Italien.

* **Rom**, 10. Jan. Die Demonstrationen gegen die Exkommunikation dauern fort. Dem Pfarrer von St. Maria Maggiore, einem der Wenigen, die den Muth hatten, die Bannbulle zu verlesen, sind die Fenster eingeworfen worden. In Orvieto sollen noch heftigere Willensäußerungen gegen den Pabst vorgekommen sein. — Das Wahlkomite besteht aus den bekanntesten Demokraten, von Canino bis Cicerovechio. Welche Männer darnach zur Konstituante gewählt werden, läßt sich leicht ermessen. — Das Ministerium hat für die Provinzen die Mahlsteuer erlassen. Diese Maßregel wird dort sehr günstig für die neue Ordnung der Dinge stimmen. Die Kardinäle Antonelli und Ferretti sind heftig aneinander gerathen. Der letztere will, daß der Pabst nachgebe. Er ist nach Gaeta gereist, um Pius Vorstellungen in diesem Sinne zu machen.

Niederland.

** **Haag**, 17. Jan. Die Regierung hat aus Kuratoren und Professoren der drei Landesuniversitäten, sowie aus mehreren

---

*) Dem nationalen Verein für Deutschland haben sich bis jetzt angeschlossen: 40 deutsche Vereine in Sachsen (Centralausschuß in Leipzig), die vaterländischen Vereine in Baden, die deutschen Vereine am Mittelrhein (Großherzogthum Hessen und Nassau; Centralausschuß in Gießen), der Landesverein in Braunschweig (18 Vereine umfassend), 23 kurhessische Vereine, eine Anzahl einzelner Vereine in Oldenburg, Hamburg, Bremen, Münden, Corbach, Klagenfurt (Kärnthner Verein) u. s. w.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Schreiben des Reichsministeriums an den großh. hess. Bevollmächtigten. Die 263. Die Abstimmung über die Erblichkeit. Ausführung der Grundrechte. Flottenbazar.) Wien (Tagesnachrichten. Sieg Simunic's in Ungarn.) Ollmütz (Deputation aus der Bukowina. Das Thauwetter und die Operationen in Ungarn.) Berlin (Die Wahlen sind demokratisch ausgefallen.) Münster (Radikale Wahlen zu erwarten). Koblenz (Die Wahlen radikal ausgefallen.) Köln (Die politischen Verfolgungen.) München (Eröffnung der Kammern. Thronrede des Königs.) Erlangen (Erklärung.) Stuttgart (Stimmung für Uebertragung der Kaiserkrone an Oesterreich. Feier der Grundrechte.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen. Frhr. v. Andlaw.) Darmstadt (Kammerverhandlungen.) Gotha (Die Ständeversammlung für Preußen.) Aus Nassau (Johannisberg.) Schleswig (Aufregung wegen des Trennungsplans. Die Ritterschaft gegen die Grundrechte. Dänische Seerüstungen.)

Großbritannien. London (Die Times über die Kriegs- und Friedensfrage.)

Spanien u. Portugal. Madrid (Die Ausnahmsmaßregeln aufgehoben.)

Italien. Aus dem Kirchenstaat (Der Pabst soll dem Beispiel des Königs von Preußen folgen wollen. Attentat auf den König von Neapel.)

Ostindien. Britisch Ostindien (Treffen bei Ramnuggur. Tod des Brigadegenerals Cureton. Lord Gough setzt über den Tschenab. Rückzug Shir Singhs. Zerstreute Aufstände. Pathenkote und Attock von den Insurgenten belagert. Major Lawrence in Gefangenschaft bei Tschutter Singh.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 24. Januar.)

Deutschland.

Frankfurt, 23. Jan. Auf die in Betreff der Oberhauptsfrage von dem großherzoglich hessischen Bevollmächtigten überreichte Erklärung vom 11. d. M. hat der Präsident des Reichsministeriums folgende Antwort ertheilt:

„Der Reichsverweser hat aus der dem Reichsministerium überreichten Erklärung vom 11. d. M. Kenntniß davon genommen, daß es den Gesinnungen Sr. königl. Hoh. des Großherzog von Hessen vollkommen entspreche, wenn ein einziges und selbst erbliches Oberhaupt an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt werde. In diesem hochherzigen Ausspruche erkennt der Reichsverweser eine weitere starke Bürgschaft des seiner Obhut anvertrauten Einigungswerkes. Er hat den Unterzeichneten beauftragt, dafür den Ausdruck des Dankes zu übernehmen, in welchem das ganze deutsche Volk übereinstimmen wird. Denn nach so vielen Leiden war diesem schon die Sorge genaht, ob das große Ziel auch wirklich werde erreicht werden. Seine Zuversicht aber richtet sich wieder auf an der Wahrnehmung so edler Bereitwilligkeit deutscher Fürsten, und die vaterländische Geschichte wird solchem Beispiele des schönsten Zusammenwirkens einst das Denkmal großer Anerkennung nicht versagen. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für das Großherzogthum Hessen, diese Erwiederung zur Kenntniß des Großherzogs zu bringen. Frankfurt, 20. Jan. 1849. (unterz.) Gagern. (O. P. Z.)

*** **Frankfurt,** 23. Jan. Erlauben Sie mir, daß ich einige Momente der heutigen Abstimmung der Nationalversammlung, welche schwer im Gedächtnisse aller wahren Vaterlandsfreunde haften wird, bespreche. Mit der Ablehnung des ersten Minoritätserachtens, das das erbliche Reichsoberhaupt beantragt, mußten alle Anträge auf eine Wahlperiode fallen, da man den Erbkaiserlichen — um mich dieses Ausdrucks zu bedienen — und auch den Radikaldemokraten die Aufrechthaltung ihres Prinzips zutrauen durfte. Herr Schoder hatte deshalb Unrecht, wenn er von einer Koalition und gar einer monströsen spricht, welcher die sechsjährige Wahlperiode zum Opfer geworden sei. Die Linke war für die sechsjährige Wahlperiode in die Schranken getreten, weil sie die Konsequenzen befürchtete, welche sich von selbst gestalten werden, wenn, wie es nun geschehen, gar kein Beschluß zu Stande komme. Die Linke konnte aber nicht den entschiedensten Theil des „Donnersberg" bestimmen, von seinem Prinzip abzugehen, und die Entschuldigungserklärung der Linken konnte diesen Theil des Donnersberg nicht versöhnen. — Darf aber auch zugestanden werden, daß die Erblichkeit des Reichsoberhaupts im deutschen Volke manchen Gegner gefunden, so wird das peinliche Gefühl, das uns Alle überkommen muß, weil gar kein Beschluß zu Stande gekommen, die Bedenken gegen die Erblichkeit weit überwiegen.

*** **Frankfurt,** 23. Jan. Analog den Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volks hat der Senat in seiner heutigen Plenarsitzung beschlossen, daß den Beisassen das volle Staatsbürgerrecht verliehen werde.

*** **Frankfurt,** 23. Jan. Die Ausstellungen in dem Bazar weiblicher Arbeiten zum Besten der deutschen Flotte wurden heute Abend geschlossen. Die Zahl der ausgestellten, zum Theil nicht unbedeutenden Gewinnpreise beläuft sich auf circa 1200 Stück; bis heute Mittag waren 7—8000 Loose à 24 kr. abgesetzt.

§ **Frankfurt,** 24. Jan. Wenn man die Richtung der Partei, welche gegen die Erblichkeit im Hause des Oberhauptes gestimmt hat, in einen Ausdruck zusammenfassen will, so kann man diese nicht anders nennen, als die Partei der Zwietracht. Ihr Ziel ist nicht Erbauen, sondern Zerstören, in sich aber ist sie so uneinig, daß sie nach dem Siege, wenn sie ihn wirklich erränge, sich selbst zerfleischen würde. Man hat wohl auch anderwärts Koalitionen entgegengesetzter politischer Parteien gesehen, um ein allgemein verhaßtes System zu stürzen; aber hier ist das verhaßte System die Einheit des Vaterlandes! Man sagt, die Abstimmung sei gegen den König von Preußen gerichtet gewesen, aber von der Person handelt es sich ja noch gar nicht, und wenn die der preußischen Krone Abgeneigten annehmen, daß unter den obwaltenden Umständen keine andere Wahl zu erwarten sei, so weisen sie damit nur selbst auf die Nothwendigkeit dieser Wahl hin, geben aber zu erkennen, daß es ihnen an Vaterlandsliebe fehlt, um dies Opfer zu bringen. Man wollte seit dem März in erster Linie Deutschland konstituiren und in zweiter die einzelnen Staaten und die Fürstenhäuser erhalten; haben wohl die 263, welche gegen die Erblichkeit gestimmt haben, dies festgehalten? Zwar Herr Wydenbrugk soll einen kühnen Schritt beabsichtigen; er will — si fabula vera! — mit den §§. 2 und 3. in der Hand, für Deutschland die deutsch-österreichischen Lande fordern und im Falle des Widerspruchs Oesterreich den Krieg erklären. Ob wohl die Oesterreicher, die mit ihm gestimmt haben, auch diesen Heldenmuth theilen? Und wie werden sich nach dem Siege Herr Vogt und Herr Jürgens verständigen? Eine solche Verbindung erinnert an den Riesen und den Zwerg, die mit einander auf Abenteuer zogen. Denn mag ihren gemeinschaftlichen Bemühungen die deutsche Einheit erliegen oder mag sie siegen, und das wird sie zuletzt gewiß, so wird Herr Vogt lachend davongehen, und Herr Jürgens wird den Schaden behalten.

* **Wien,** 19. Jan. Die Minister Schwarzenberg und Bruck sind gestern mittelst telegraphischer Depesche nach Ollmütz berufen worden. Fürst Windischgrätz soll zum Herzog von Friedland ernannt werden, wie Radetzky bereits zum Herzog von Custozza ernannt wurde. Aus Ungarn verlautete gestern Abend, daß F. M. L. Simunich einen neuen Sieg errungen, und circa 3000 Honvéds zu Gefangenen gemacht habe.

⊙ **Ollmütz,** 18. Jan. Heute ist hier eine Deputation aus der Bukowina, bestehend aus mehreren adeligen und bäuerlichen Grundbesitzern, so wie einigen Bürgern, den Bischof von Czernowitz an ihrer Spitze, eingetroffen, um Sr. Majestät die Huldigung dieser Provinz zu überbringen. Sie bestätigte zugleich die Nachricht, daß General Bem mit seinem Invasionskorps von den kaiserlichen Truppen unter Feldmarschall L. von Malkowsky bereits bis an die siebenbürgische Grenze zurückgedrängt worden sei und daß die galizischen Bauern überall in Masse bewaffnet sich mit den kaiserlichen Heerführern zur Zurückschlagung des Feindes vereinigten. Als Grund des vom General Hammerstein über ganz Galizien verhängten Belagerungszustandes, erfährt man jetzt, daß in den von Meszaros in dem Treffen bei Kaschau verlorenen Papieren ganz deutlich die Spuren einer neuen Schilderhebung der polnischen Demokratenpartei gefunden wurden, und daß damit der Einfall Bem's in engstem Zusammenhange stehen soll. Ein Theil der Garnison Lembergs, die bei einer Kälte von 22° Reaum. ausmarschirte, mußte, da die Soldaten sich Hände, Füße und Gesicht erfroren hatten, zurückgebracht werden.

Seit einigen Tagen haben wir hier ein wahres Frühlingswetter; Schnee und Eis sind überall vor den warmen Strahlen der Sonne geschwunden. Man ist in Besorgniß, daß die Operationen der Armee in Ungarn dadurch auf längere Zeit verhindert sein dürften; die Belagerung Comorns ist unter den jetzigen Umständen eine Sache der Unmöglichkeit geworden, da die Waag und die Donau im Frühjahre ihre Gewässer hier so weit ausgießen und die Gegend so sehr überfluthen, daß die Festung wie eine Insel aus dem Meere hervorragt und von keiner Seite weder zu beschießen noch zugänglich ist. Es hieß in letzterer Zeit, daß das Cernirungskorps auf den festzugefrorenen Morästen und Sümpfen

um Comorn Batterien von schwerem Belagerungsgeschütz aufgeführt habe; wenn diese nicht bei Zeiten in Sicherheit gebracht worden sind, so können sie leicht eine Beute der so plötzlich und unerwartet eingetretenen Ueberschwemmung geworden sein. Die Gegend von Raab bis Budapesth wird sehr durch ungarische Husarenstreifkorps unsicher gemacht; ein Schreiben eines zur Armee nach Pesth von hier abgegangenen Offiziers berichtet, daß von Raab aus alle Sendungen ins Hauptquartier nur unter starker Bedeckung stattfinden können.

℣ **Berlin**, 22. Jan. Ich beeile mich, Ihnen das Resultat der heutigen Wahlen mitzutheilen, soweit ich es bis jetzt nach den sorgfältigsten Ermittelungen habe erfahren können. Die demokratische Partei hat einen wahrhaft glänzenden Sieg erfochten. Nach den mir vorliegenden Notizen über die Wahlen aus 60—70 Bezirken ist das Verhältniß der liberalen Wahlmänner mindestens 3 zu 1. Trotz aller Bemühungen des Magistrats, der noch zuletzt seine Stellung dadurch bekundet hat, daß er die 44 Stadtverordneten, welche bei der neulichen Adreßdebatte in der Minorität geblieben sind, sämmtlich in der Besetzung der Wahlkommissarien-Stellen übergangen hat, trotz aller Anstrengungen der Konservativen, trotz Wrangel und Belagerungszustand hat sich die Stimmung des Volks gegen die jetzige Regierung fast überall Geltung verschafft. In den meisten Bezirken sind die Wahlen in 5—6 Stunden beendet, die Parteien vortrefflich organisirt gewesen und engere Wahlen haben im Durchschnitt nur wenige stattgehabt.

Die Zeitungen werden morgen die ausführliche Bestätigung der obigen Mittheilungen bringen — die Bestätigung, sage ich; denn meine vorstehende Behauptung von dem Siege der Demokraten gründet sich fast nur auf die Kenntniß von dem Ergebniß der Wahlen in der Friedrichstadt — was werden wir erst aus der Königsstadt hören? — Die Konstabler- und Polizeikommission haben Auftrag, sofort über den Ausfall der Wahlen Bericht zu erstatten; eine ähnliche Aufforderung soll an die Behörden in den Provinzen ergangen sein — ob der Geist (sit venia verbo!) des Ministeriums Brandenburg Morgenluft wittert?!

Münster, 19. Jan. Die Stimmung der Landleute im Münsterlande tritt immer klarer hervor. Adressen an Temme, Rathnehmungen mit den Führern der hiesigen Demokratie, die große Theilnahme welche man den auf Verführung der Landleute berechneten Schriften, wie z. B.: „Buer paß up!" zuwendet, welche durch sogenannte Pottkrämer zu Tausenden auf dem Lande verbreitet werden; der sich bei jeder Gelegenheit kund gebende Haß gegen den Adel, der geringe Anklang den der bischöfliche Erlaß an die Pfarrer und Rektoren des Bisthums Münster findet, lassen kaum noch Zweifel über das Wahlergebniß im Regierungsbezirk Münster, selbst für die erste Kammer, aufkommen, da die überwiegende Zahl der Wähler aus vermögenden Landleuten besteht. Es sind besonders Temme, Gierke und Waldeck, auf die man das Augenmerk richtet. Letzterer wird heute hier erwartet. Die Sammlung zu einem Ehrengeschenk für Ersteren überstieg in Kurzem die hierzu bestimmte Summe. Stündlich noch steigert sich der Unwille über dessen Verhaftung. Dieselbe hat jedenfalls der guten Sache nur geschadet. (P. M.)

* **Koblenz**, 23. Jan. Die Wahlen der Wahlmänner sind hier völlig radikal ausgefallen. Morgen Näheres.

Köln, 16. Jan. Am verflossenen Freitag wurde in dem hiesigen konstitutionellen Bürgerverein beschlossen zu erklären, daß die gegen Abgeordnete der Nationalversammlung wegen Ausführung des Steuerverweigerungsbeschlusses eingeleiteten Untersuchungen den politischen Ansichten des Vereins widerstreiten, und daß das von Mitgliedern hoher Gerichtshöfe gegen ihre Kollegen wegen des Verhaltens derselben in der Nationalversammlung in kollegialischem Verbande beliebte Benehmen Mißbilligung verdiene. Man ist in unserer Provinz beinahe aller Orten mit diesen Vorgängen unzufrieden. Als die Noth an den Mann ging, waren die Gerichte todt und das Volk läßt sich seine Voraussetzungen nicht nehmen, wenn auch der Justizminister für die Gerichtsbehörden und Staatsanwälte entschieden die Voraussetzung in Anspruch nimmt, „daß sie bei ihren Handlungen nur dem Gebote der Gerechtigkeit, den Gesetzen und ihrem Gewissen folgen." Die kollegialisch ausgeübten Gesinnungsmanifestationen sind unselige Uebereilungen, die man hinterher lieber gelassen als gethan haben möchte. Der durch diese Dinge entwickelten und genährten Stimmung ist schon manches Unangenehme zu verdanken. Eine erste Frucht derselben ist die mit 42 Stimmen gegen 40 in Neuß bewirkte Wahl des dort persönlich ganz unbekannten Oberlandesgerichtspräsidenten Temme nach Frankfurt, und manche für Berlin erfolgende Wahl wird sich nicht anders erklären lassen. Die Demokraten wissen die Umstände zu benützen, und die Regierung müßte ernstlich darauf denken, dagegen klug auf der Hut zu sein und den Konstitutionellen die nöthige Wirksamkeit nicht zu verderben. Indessen wird der gute Rath nicht beachtet. Neuerdings hört man wieder von Disciplinaruntersuchungen gegen Bürgermeister, die in ihrer Eigenschaft als Wahlmänner sich für die forttagende Nationalversammlung ausgesprochen haben. (Allg. Z.)

+ **München**, 22. Jan. Nachm. 2½ Uhr. Der feierliche Gottesdienst in der Michaelshofkirche fand unter den üblichen Ceremonien heute Vormittag 10 Uhr statt. Die Theilnahme der Bevölkerung an der Feier war ungewöhnlich groß; Massen von Menschen standen vor der Kirche während des ganzen Gottesdienstes, und manch Wörtchen der Hoffnung, aber auch des Zweifels über das gedeihliche Wirken dieses Landtages wurde laut unter der harrenden Menge. Um 1 Uhr war die feierliche Eröffnung im Saale des Ständehauses. Sämmtliche Reichsräthe und Deputirten waren anwesend, die höchsten Militär-, Civil- und Hofbeamten wohnten der Feier bei, und der für die Zuschauer bestimmte Raum im Saale und auf den Gallerien war überfüllt. Der König hielt die folgende Thronrede:

Meine Herren Reichsräthe und Abgeordnete! Der zweite Landtag ist es, den Ich seit Meiner Thronbesteigung eröffne. Kaum hat der erste seine wichtigen Arbeiten vollendet. Das Land, glaube Ich, darf mit Zufriedenheit auf diese Monate zurückblicken; nicht Weniges ist in diesem kurzem Zeitraume geschehen. Die meisten der vereinbarten Gesetze sind in's Leben getreten, oder in der Ausführung begriffen. Die Aufgabe dieses Landtages ist es, das begonnene Werk fortzuführen im wahren, wohlverstandenen Interesse des Volkes; weise Rechnung tragend den Anforderungen der Zeit. Folgende Gesetzentwürfe werden Ihnen vorgelegt werden: Die vorgeschriebenen Nachweisungen über die Verwendung der Staats-Einnahmen, dann über den Stand der Staatsschuldentilgungskasse für die Jahre 1845/46 und 1846/47; die Uebersicht des Staatsbedürfnisses und der Gesammt-Staats-Einnahmen, in welcher das Zahlen-Lotto außer Ansatz geblieben ist (allgemeiner Jubel); ein Gesetzes-Vorschlag, die Kapital- und Einkommen-Steuer betreffend; Gesetz-Entwurf, die allgemeine deutsche Wechselordnung betr.; Gesetz-Entwürfe, die Gerichtsverfassung betreffend, resp. Trennung der Justiz und der Administration und Einführung des Notariats (abermals Jubel und Hochrufen der Versammlung); Entwurf eines Preß-Straf-Gesetzes; Gesetz-Entwurf über Aburtheilung der Preßvergehen in der Pfalz; Gesetz über die Geschäftsordnung der beiden Kammern des Landtages; ein Polizei-Straf-Gesetz; die Revision des Gemeindeedikts; die Revision des Distriktsumlagengesetzes; die Revision des Landraths-Gesetzes; ein Gesetz: die Bildung der Kammer der Reichsräthe betreffend; ein Gesetz über Association und Versammlung; Gesetz über die Landesbewaffnung; Gesetz über die Verhältnisse der Juden, resp. deren Emancipation; Gesetz gegen Auflauf und Verpflichtung zum Ersatze der hiebei verursachten Beschädigung und Kosten; Gesetz über den Religionswechsel der Minderjährigen; Gesetz über die Heimath der Schullehrer; nebst anderen minder bedeutenden Gesetz-Entwürfen.

Treu und gewissenhaft habe Ich die bei Meiner Thronbesteigung ertheilten Verheißungen gehalten und werde sie halten, als konstitutioneller König im Geiste und Sinne der Verfassung regierend: diese ist der Grundbau, der Boden, auf dem Wir stehen, den Wir nicht verlassen dürfen. Wahrheit wird die Grundlage Meiner Regierung sein und bleiben. Recht und gesetzmäßige Freiheit soll herrschen im Gebiete des Staates wie der Kirche. Die Anarchie werde Ich mit aller Kraft bekämpfen und zähle dabei auf Ihre Mitwirkung. Alle deutschen Stämme bewegt der Drang nach einer lebenskräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Einigung. Auch Mich beseelt dieses Streben, und vereint mit Ihnen hoffe Ich das schöne Ziel zu erreichen. Die nothwendig werdenden neuen Gesetze und Verfassungs-Abänderungen sollen an Sie gelangen. Baiern konnte nicht unberührt bleiben von den Stürmen der Zeit: aber auch in diesen gab es rühmendes Zeugniß seiner ehrenhaften, biedern, treuen Gesinnung. Möge der Allmächtige auch ferner schirmend seine Hand über Uns ausstrecken, dem Könige wie dem Volke seinen Willen erkennen lassen und den Weg, der allein zu dauerndem Heile und Segen führt.

Am Schlusse der Rede wurde ein dreimaliges Hoch dem Könige gebracht. Nach Beeidigung der Abgeordneten und der neu eingetretenen Mitglieder der Kammer der Reichsräthe wurde die Feierlichkeit beendet.

* Aus **Erlangen** geht uns folgende Erklärung zu, der wir recht viele Nachfolge wünschen: „In dem „Nürnberger Korrespondenten v. u. f. Deutschland" erscheint in neuester Zeit eine Reihe von Artikeln, in welchen die Autorität der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt a. M. nicht anerkannt, die Beschlüsse dieser Versammlung als Ausgeburten unreifer jugendlicher Phantasie verunglimpft, ein Sonderbund Baierns mit einer nicht ausschließlich deutschen Großmacht angerathen, und überhaupt in dem Zustandekommen einer einheitlichen Centralgewalt die größten Gefahren für die baierischen Interessen gesehen werden, eine Besorg-

niß zu welcher, Angesichts der durch die Reichsverfassung bereits festgestellten Beschränkung der künftigen Centralgewalt, nicht der leiseste Grund vorhanden ist. Die Verfasser jener Artikel sind aber nicht zufrieden, durch solche Artikel das Volk gegen die Autorität der Reichsversammlung aufzustacheln — nein, sie entblöden sich selbst nicht, der Regierung glauben machen zu wollen, daß jene partikularistische und unpatriotische Ansicht die des Volkes sei! — Nachdem hiesigen Orts die allgemeine Indignation über jene Artikel von Tag zu Tage gewachsen, so wurde am Abend des 18. Januars bei Gelegenheit einer Feier der Verkündigung der Grundrechte, an welcher außer den hiesigen konstitutionell-monarchischen und übrigen politischen und sonstigen Vereinen auch der größte Theil der Universität nebst Hunderten von anderen Bürgern und selbstständigen Einwohnern aus allen Ständen Theil nahmen, der Beschluß gefaßt, durch öffentliche Erklärung die Behauptung jener Artikel Lügen zu strafen. Es war unter allen Ständen, unter allen Parteien und Parteischattirungen nur Eine Stimme: Wir wollen in guter deutscher Treue festhalten an der Anerkennung der Autorität der Reichsversammlung; wir wollen festhalten an der Einheit Deutschlands; wir wollen, daß wenn die Stimme des Vaterlandes ruft, jede partikulare Rücksicht schweige; wir vermögen in nichts anderm eine Gefahr zu erblicken als darin, wenn der Bau deutscher Macht und Größe, der Spitze nahe, durch Sonderbündelei gesprengt würde. Das ist — bei uns, und gewiß auch in ganz Franken — des Volkes Stimme, und wir bitten dringend, daß aller Orten in Baiern Alle, die mit uns an der deutschen Einheit festhalten, in öffentlichen Erklärungen unser Beispiel nachahmen möchten, auf daß sich nicht zwischen Volk und Fürst ein Gewebe verderblichster Täuschung lagere!

Stuttgart, 20. Jan. Auch in Stuttgart findet eine Adresse für die Uebertragung der Kaiserkrone an Oesterreich Unterzeichner. Unter den Abgeordneten, welche dieselbe unterschrieben haben, sind auch einige protestantische Würtemberger. Unser Handels- und Gewerbstand ist zum Theil gleichfalls gegen Preußen wegen des bisherigen Widerstandes der preußischen Handelspolitik gegen genügende Schutzzölle. (Karlsr. Z.)

Stuttgart, 21. Jan. Die Verkündigung der deutschen Grundrechte wurde heute durch eine große Musterung der gesammten hiesigen Bürgerwehr gefeiert. Der König nahm in eigener Person die Parade ab und dankte bei dieser Gelegenheit dem Kommandanten Generalmajor v. Alberti für die von den Wehrmännern an den Tag gelegten Gesinnungen der Treue. Auch in mehreren anderen Städten Würtembergs wurde der heutige Tag festlich begangen. (D. P. Z.)

+ **Karlsruhe**, 22. Jan. Der blaue Montag führte auch heute wieder einen ansehnlichen Theil des souveränen Volkes auf die Gallerie des Ständesaales; er labte sich an den Petitionen, welche für Auflösung der Kammern einliefen. Aber die Kammer war grausam genug, die von dem bekannten Fickler über seinen Hochverrathsprozeß eingereichte Petition gegen Kuenzers Antrag nicht vorlesen zu lassen. Indessen erhob sich eine Diskussion über eine Petition des Fl. Mördes und P. Grohe zu Mannheim wegen des Verbots der Abhaltung einer Volksversammlung daselbst. Brentano bewies dabei als Advokat eine auffallend schlechte Gesetzeskenntniß, indem er von unserm Gesetze über Volksversammlungen, welches im J. 1833 mit Zustimmung der Stände gegeben wurde, gar nichts wußte und durch Staatsrath Bekk seiner Rechtsunkenntniß überführt wurde. Dies hielt ihn jedoch nicht ab, die hämischsten Verdächtigungen gegen die Kammer auszusprechen und eine Sprache zu führen, wie sie wohl noch nie im Ständesaal gehört wurde. Häußer wies ihn in einer Art zurecht, die ihn verstummen machte und wogegen er mit Anspielungen auf Mißtrauensvoten gegen einige Deputirte antwortete, die er um jeden Preis aus der Kammer entfernt wünschte. Als darob seine Claque Beifall schrie, belehrte sie der energische Vicepräsident Baum auf so eindringliche Weise, daß sie fortan die Grenzen des Anstandes nicht mehr überschritt. Der von der Petitionskommission gestellte Antrag, über obige Petition zur Tages-Ordnung überzugehen, wurde, nachdem Itzstein seinen Antrag auf empfehlende Ueberweisung an das Staatsministerium aus guten Gründen zurückgezogen hatte, mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Alle weiteren Berichte, die zur Diskussion gelangten, boten nur geringes Interesse dar.

Heute hat Freiherr v. Andlaw, nachdem er vorgestern seinen Antrag auf Niedersetzung einer Kommission zur Revision der Verfassung hatte durchfallen sehen, seine Stelle als Deputirter des Adels niedergelegt; dasselbe that auch ein Abgeordneter der zweiten Kammer von der linken Seite, Hr. Heimburger.

△ **Darmstadt**, 22. Jan. In der heutigen Sitzung unserer zweiten Kammer beantwortete der Großh. Ministerpräsident Jaup die neulichen Interpellationen des Abg. Mohr: 1) die Entschädigung der Quartierträger in Rheinhessen, und 2) die Publikation der Reichsgesetze betreffend. Beide Beantwortungen waren ein Muster von Vollständigkeit und Klarheit. Sodann wurde in der gedachten heutigen Sitzung die Berathung über den Gesetzesentwurf, die Ausführung der Aufhebung des Lehnsverbandes betreffend, (im Ganzen 27 Artikel) begonnen und beendigt. Die Kammer nahm Art. 1 in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung: „Der Lehnsverband ist aufgehoben und Lehen können nicht wieder errichtet werden," einstimmig an. Längere Debatte veranlaßte Art. 10 des Entwurfs, wonach auf dem Heimfall stehende Lehen beim Ableben des jetzigen Besitzers dem Lehnsherrn heimfallen sollen und daher ohne Zustimmung des letzteren ein solches Gut weder veräußert noch belastet werden dürfe. Die Kammer setzte nämlich, nachdem sie mit 23 gegen 15 Stimmen abgelehnt, 75 pCt. des Werths zum Zweck der Ablösung zu substituiren, mit 21 gegen 17 Stimmen 50 pCt. fest. Ein vom Abg. v. Riedesel gestellter Antrag, zu beschließen, daß die am 11. d. M. auf Antrag des Abg. Lothreißen getroffene Bestimmung, die Diäten und Reisevergütungen der künftigen Kammermitglieder betr. (die Herabsetzung der Diäten von 5 fl. auf 3 fl. 30 kr. und die gleiche Taxirung der bisher sehr hoch vergüteten Reisekosten), von heute an auch für die gegenwärtige Kammer eintreten solle, wurde mit 21 gegen 16 Stimmen verneint, dagegen der Antrag der Majorität des Ausschusses, die Regierung zum Erlasse eines solchen Gesetzes zu ermächtigen (dem aber dann auch die erste Kammer beistimmen muß,) mit 22 gegen 15 Stimmen angenommen.

Gotha, 20. Jan. Die hiesige Abgeordnetenversammlung hat am 16. Jan. eine vom Abgeordneten Ritz entworfene Adresse an die deutsche Reichsversammlung in Frankfurt gesendet, in der sie der lebhaften Ueberzeugung Worte leiht, daß es „unter den gegebenen Verhältnissen unabweislich geboten erscheine, den Staat Preußen ausschließlich an die Spitze der neu zu begründenden deutschen Bundesverfassung und zwar so schleunig als möglich zu stellen." (D. A. Z.)

Aus Nassau. Bekanntlich wurde die fürstl. Metternich'sche Domäne, Johannisberg am Rhein, von der nassauischen Regierung im März oder April v. J. mit Sequester unter dem Vorwand belegt, ihr Besitzer sei mit Steuerentrichtungen im Rückstande verblieben. Diese Sache befindet sich nunmehr ausgeglichen, der Sequester ist aufgehoben, und Fürst Metternich wieder in den unbeschränkten Genuß der Einkünfte seines Besitzthums gesetzt worden. (K. A. Z.)

⊙ **Schleswig**, 19. Jan. Die Aufregung im ganzen Herzogthum Schleswig rücksichtlich des diplomatischen Abtrennungsplanes dauert fort und wird sich wohl erst mit dem Zusammentritt der Landesversammlung zum 26. d. M. legen, da die Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Volkes eine amtliche Kundgebung wider die diplomatischen Machinationen, Schleswig einstweilen oder für immer von Deutschland und Dänemark zu trennen und als Zwitterstaat zu konstituiren, erlassen werden. Die deutschen Grundrechte sind hier zwar gestern publicirt worden, aber die Ritterschaft, unter Leitung des Herzogs von Augustenburg, wird bald einen sogenannten Standesprotest in die Welt schicken, welcher sich energisch gegen die Aufhebung der Fideikommisse, wie sie in den Grundrechten angeordnet worden, zu verwahren beabsichtigt. Unsere Ritterschaft will sich aus den Salons auf die dürre Haide der Politik begeben und ein großartiges ritterschaftlich politisches Organ herausgeben. Wie sehr man in Dänemark, sei es daß man das Ausland zu täuschen oder daß man wirklich zu rüsten beabsichtigt, bemüht ist, sich auf jedweden Ausgang gefaßt zu machen, zeigt ein Rundschreiben des dänischen Marineministers an den Handelsstand in Dänemark. Die Kaufleute und Rheder werden nämlich benachrichtigt, daß die Marine zum Frühjahr über alle auf den Kauffahrteischiffen befindlichen, zum Seedienst pflichtigen Matrosen werde disponiren müssen und daß deßhalb bei Zeiten die Rheder mit ausländischen Matrosen sich zu versehen hätten. Der Bestand der Flotte soll zum Frühjahr um ein Linienschiff und zwei Corvetten vermehrt werden.

Uebersicht.

Die österreichische Frage vor der Nationalversammlung.

VII.

* Vom Rhein, 22. Jan. Beim Schlusse meines vorigen Briefes hatte ich noch nicht die stenographischen Berichte über die dritte Tagesverhandlung in der österreichischen Frage gelesen. Sonst hätte ich aus den Reden von Beseler, Vincke und Gagern erfahren können, daß die Form einer Verbindung mit Oesterreich, die man sucht, schon bestimmter in den Ansichten in Frankfurt ausgebildet ist, als ich dachte und wußte; ich konstruirte mir mehr argwöhnend aus zerstreuten Stellen zusammen, was in diesen Reden schon sehr deutlich ausgeführt worden ist. Mein alter Satz von dem Zauber der Machtworte der Mächtigen, wenn sie auch nur Wortmächtige sind, findet neue Bewährung. Als vor einiger Zeit der erste Sturm über die österreichische Frage losbrach, ging ein Hauptangriff auf die unklaren Begriffe über ein staatenbündliches Verhältniß Oesterreichs zu dem deutschen Bundesstaate, und dieser Angriff schien mir damals den Erfolg gehabt zu haben, daß selbst Gagern diesen seinen Gedanken sich deutlicher gestaltete, und auf ein völkerrechtliches Bündniß mit Oesterreich zurückkam. Heute ist unversehens wieder Alles auf diesem staatenbündlichen Verhältniß. Oesterreich hat inzwischen gesagt, daß der Bund bestehe und daß es im Bunde sei. Beseler sagt uns also, daß eine Union möglich sei, die zugleich staats- und völkerrechtlich wäre; eine solche Vermittelung sei wohl denkbar, da man sie in der Bundesakte schon kenne. Das wird denn auch freilich Niemand bestreiten, daß eine solche Union möglich sei, daß sie aber verderblich sein werde, scheint mir die Geschichte des deutschen Bundes ebenso zu beweisen, wie die Bundesakte ihre Möglichkeit. Gagern nimmt ein anderes Beispiel, zu zeigen, daß eine Union mit Oesterreich möglich sei, die über ein bloßes völkerrechtliches Bündniß hinausgehe: wenn wir nämlich beispielweise gemeinsame Handelspolitik und Zollgesetzgebung, gemeinsame Konsulate, und wie im Zollverein gemeinsame Zollkassen mit Oesterreich hätten. Daß dies über ein gewöhnliches völkerrechtliches Bündniß hinausgehe, gebe ich zu, es wären aber doch nichts als eben ungewöhnliche Staatsverträge, die wir mit jedem uns ganz fremden Staate jeden Tag eingehen könnten; wie denn auch wunschweise sehr oft von Zuziehung nicht deutscher Staaten zu dem deutschen Zollvereine die Rede gewesen ist. So verbundene Staaten werden von dem Auslande nicht als staatliche Einheiten anerkannt. v. Vincke aber will, daß wir mit Oesterreich in einer engsten staatlichen Verbindung bleiben. Es soll, nach ihm, bei der Bundesakte bleiben. Beide Staaten sollen sich also ihren Bestand gegenseitig garantiren, keine Bündnisse gegen einander eingehen, und Verpflichtungen zu bestimmten Geldleistungen und Truppenstellungen übernehmen. Es soll die Union mit Oesterreich noch weiter gehen, als die Bundesakte: es soll eine kommerzielle Einigung erzielt werden. Das Alles aber sei, meine ich, nichts anders als die völkerrechtlichen Bestimmungen der Bundesakte, wenn sie auch über das Gewöhnliche einer bloßen Allianz hinausgehen. Selbst wenn v. Vincke eine gemeinsame Vertretung der gemeinsamen Verhältnisse wünscht, die in Wien und Frankfurt gewählt werden könnte, so würde, wenn er sich diese Vertretung, wie ich in meinen hingeworfenen Einfällen, bloß berathend dächte, auch sie dieser Verbindung von Staaten so wenig einen staatlichen Charakter geben, als ein Zollkongreß dem Zollverein gegeben hätte; allerdings aber würde sie beweisen, was auch ich nicht in Abrede stelle, daß eine Union möglich sei, die weit von der Bahn der gewöhnlichen völkerrechtlichen Bündnisse abläge. Erst wenn diese Vertretung eine beschließende legislative Gewalt hätte, erst dann würde eine staatliche Verbindung eintreten, die zugleich eine gemeinsame Regierung bedingte. Würde das Beispiel von der Bundesakte festgehalten, so würde ein Regierungsorgan wie der Bundestag bestehen, ohne beigegebene Vertretung. Das aber wunderte mich, daß von diesem allein wichtigen Punkte alle die Männer, die von einer staatlichen, staatenbündlichen Union mit Oesterreich sprechen, geschwiegen haben. Soll ein weiteres Regierungsorgan neben und über der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates und über der oesterreichischen Regierung bestehen? Worin Oesterreich seinen Einfluß mit dem Haupte des deutschen Bundesstaates theilt? Soll nach jenen Andeutungen der Blätter, die mich so ängstigten, die Leitung der großen äußeren Politik Deutschlands diesem obersten Regimente anvertraut sein? Fast scheint es Herr v. Vincke so zu wollen. Denn indem er es vertheidigte, daß die österreichischen Deputirten in der Nationalversammlung blieben, sagte er: „Wir sind berufen, nicht eine einförmige Verfassung zu machen, sondern eine solche, die dem Interesse des Gesammtvaterlandes entspricht, und wenn wir der Ansicht sind, daß Oesterreich nicht in den Bundesstaat eintreten kann, sondern in einem anderen Verhältnisse mit uns innig und fest verbunden sein wird, wollen Sie denn die österreichischen Deputirten ausschließen, an diesem gemeinsamen Werke mitzuarbeiten?" Es sollen die österreichischen Deputirten also an dem Werke der gemeinsamen Verfassung des deutschen Bundesreichs mit Oesterreich konstituirend mitarbeiten, es soll eine Staatsverfassung werden, die beide Theile umschließt. (Ich schweige hier von der sonderbaren Verwechselung, daß die österreichischen Deputirten, die für dieses Werk mitarbeiten sollen, auch über unseren Bundesstaat sollen mitstimmen dürfen, in den sie nicht eintreten, eine Unnatur, über die ich Raveaux's ungekünstelter Ansicht bleibe, ein gemüthlicher deutscher Hokuspokus, über den man in England und Frankreich die Lauge des bittersten Hohnes gießen würde, wenn man dort die Verhältnisse überall so klar durchsähe, wie es zur Satyre nöthig ist.) Ist nun dies die ministerielle Absicht, ein so verschränktes Staatsschachtelwerk zu machen, die — wenn sie erst errungen ist — so mühselig errungene deutsche Regierungseinheit gleich wieder dadurch zu vereiteln, daß man eine mehrköpfige Regierung wieder darüber setzt, dann wiederhole ich meinen flehentlichen Wunsch: lieber das österreichische Kaiserthum, ja lieber zum Bundestage zurück! Man hatte uns zur Bundestagszeit die Schwingen an den Flügelknochen gebunden, und jetzt, nachdem wir sie gelöst hatten, sollen wir sie wieder an den Federspitzen zusammenknüpfen lassen! Mache man sich endlich klar, daß wenn wir wirklich eine neue Bahn politischer Entwickelung einschlagen sollen, vor allen Dingen von klaren einfachen Verhältnissen ausgegangen werden muß. Will man Oesterreich schonen, will man nicht den Anschein darauf werfen, als sei es aus dem Bunde gedrängt, will man vor den Augen der Mächte den Bund scheinbar aufrecht erhalten, der ja immer nur scheinbar existirt hat, so mache man uns schnell, auch nur in Entwürfen und Umrissen, über den beabsichtigten Inhalt der Union mit Oesterreich klar. Der deutsche Bund selbst war nach der Schlußakte nur ein völkerrechtlicher Verein. Diesen Begriff halte man fest und baue die Union mit Oesterreich in Gottes Namen auf Grundlage dieser Akte auf. Aber lasse man dann, zur Beruhigung der Gemüther, Alles heraus, was auf ein gemeinsames Regiment hinweisen könnte; jeden volksthümlichen, moralischen und materiellen Verband suche man dagegen aufs umsichtigste zu fördern. So wird man das Band mit Oesterreich, ohne Hemmungen für uns, festigen wie es nie gefestigt war. Wir stoßen Niemanden aus; wir trennen nur formell, was faktisch immer getrennt war aus tausend schwerwiegenden inneren Gründen. Wir achten diese Gründe, weil sie sind, waren und, wie wir fürchten, noch lange sein werden. Weil sie waren, darum waren wir getrennt trotz der Verbindung; weil sie sein werden, würden wir durch eine gezwungene Verbindung leicht zu einer feindseligen Trennung gelangen. In gegenseitiger Freiheit, unsere Interessen stufenweise einander zu nähern und mit einander zu verflechten, werden wir den sichersten Weg finden, alle Feindseligkeit unter diesen Stämmen zu tilgen, die Verbrüderung neu zu begründen. Ist das alte System in Oesterreich abgethan, wie Wydenbrugk zu unserem Befremden versicherte, so wird uns ein natürlicher Zug bald ganz vereinigen; aber die Thore, die nach Herrn v. Würth durch Metternichs Sturz sich geöffnet hatten, haben sich bereits wieder geschlossen. Soll uns dieß nicht als Stämme und Völker untereinander und gegeneinander verbittern, so sorge man ja, daß man alle Gemeinschaft des Regiments beseitige. Die ewige Vermischung von Volk und Regierung hat uns auch selbst Preußen so entfremdet, so lange wir von den Maßnahmen der preußischen

Regierung mitzuleiden hatten; was uns mehr mit ihm versöhnt hat, war das Gute, das durch Preußens Vorgang im Zollverein auf uns zurückfloß. Auf dem ähnlichen Wege stelle Oesterreich zuerst seinen moralischen Einfluß in Deutschland her; es öffne der Einwanderung deutschen Geistes und deutscher Bevölkerung die Thore, wer weiß, was dann in seiner Zukunft gelegen ist! Uns überlasse es inzwischen uns selber, daß wir zu so viel staatlichem Selbst- und Gemeingefühl gelangen, als Oesterreich bereits besitzt. Dieß wird durch seinen Rücktritt von unserem Bundesstaate zuverlässig geschehen, wir werden den Bundesstaat dadurch voll und ganz erhalten, dessen dürfte Raveaux fest überzeugt sein. Ich fürchte auch gar nicht, daß die anderen deutschen Staaten den Rücktritt Oesterreichs nachahmen und das Recht dazu auch für sich in Anspruch nehmen würden. Die Bevölkerung wird, selbst in Baiern, sich ganz anders für die Verbindung mit dem deutschen Bundesstaat regen, als in Oesterreich.

Deutschland.

* **Berlin**, 21. Jan. Der Staatsanzeiger von gestern enthält den Entwurf der Gemeinde-, Kreis und Provinzial-Ordnung, welchen der Minister des Innern den Regierungen mittheilt, damit sie ihn unter Zuziehung erfahrener Männer, Beamten und Nichtbeamten, begutachten und ihm ihre Bedenken mittheilen möchten. Der Minister verwahrt sich dabei ausdrücklich dagegen, daß dieser Entwurf die den Kammern zu machende Vorlage sein sollte; sie soll vielmehr nur einen Anhalt bei der Berathung im Staatsministerium bilden.

„Die Gemeindeordnung ist dieselbe für Stadt und Land. Alle Einwohner des Gemeindebezirks gehören zur Gemeinde. Die bisherigen Unterschiede zwischen Klassen der Einwohner (Bürger, Schutzverwandte, Beisassen u. s. w.) sind aufgehoben. Jeder Preuße, welcher seit einem Jahr in einer Gemeinde gewohnt, das 24. Jahr vollendet, und nicht in Folge rechtskräftigen Urtheils der staatsbürgerlichen Rechte ganz oder theilweise entbehrt, ist zu allen Gemeindeämtern wählbar, und wirkt außerdem bei wichtigen Gemeindeangelegenheiten auf gewisse Weise mit. Den Gemeinden steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten zu. Jede Gemeinde wird durch einen Gemeinderath vertreten und durch einen Gemeindevorstand (Bürgermeister und Schöffen, Magistrat) verwaltet. Gemeindewähler sind alle Männer, welche die oben bezeichneten Eigenschaften und 1) in Gemeinden von weniger als 2500 Einwohnern entweder Grundbesitz im Werthe von mindestens 200 Rthlrn. oder ein reines Einkommen von 150 Rthlrn., 2) in Gemeinden von 2500 bis 5000 Einwohnern entweder Grundbesitz im Werthe von 300 Rthlrn. oder ein reines Einkommen von 175 Rthlrn., 3) in Gemeinden von 5000 und mehr Einwohnern entweder Grundbesitz im Werthe von 500 Rthlrn. oder ein reines Einkommen von 200 Rthlrn. haben. Der Grundbesitz muß in der Gemeinde belegen sein.

Der Gemeinderath besteht aus 9 Mitgliedern (Gemeinde-Verordneten) in Gemeinden von 100 bis 500 Einwohnern, aus 12 in Gemeinden von 500 bis 1000 Einwohnern, aus 15 in Gemeinden von 1000 bis 2500 Einwohnern, aus 18 in Gemeinden von 2500 bis 5000 Einwohnern. In Gemeinden von 5000 bis 10,000 Einwohnern steigt diese Zahl um 3 Gemeinde-Verordnete für jede Vollzahl von 5000 Einwohnern. Demnach besteht der Gemeinderath einer Gemeinde von 100,000 Einwohnern aus 75 Gemeinde-Verordneten. In Gemeinden von mehr als 100,000 Einwohnern tritt für jede weitere Vollzahl von 10,000 Einwohnern ein Gemeinde-Verordneter hinzu. Zu Mitgliedern des Gemeinderathes können nicht gewählt werden: 1) die Beamten der exekutiven Staatsgewalt, als: der Regierungs-Präsident, der Landrath, die Königlichen Polizeibeamten; 2) die zum stehenden Heere gehörenden Personen. Vater und Sohn, so wie Brüder, dürfen nicht zugleich Mitglieder des Gemeinderaths sein. Die Mitglieder des Gemeinderathes werden auf 3 Jahre gewählt. Alle Jahr scheidet ein Drittel aus.

Der Gemeinde-Vorstand (Orts-Obrigkeit) besteht aus dem Bürgermeister, einem Beigeordneten, als dessen Stellvertreter, und einer Anzahl von Schöffen (Stadträthen, Rathsherren, Rathmännern), nämlich: in Gemeinden von weniger als 2500 Einwohnern 2 Schöffen, in Gemeinden von 2500 bis 10,000 Einwohnern 3 Schöffen, in Gemeinden von 10,000 bis 30,000 Einwohnern 4 Schöffen, in Gemeinden von 30,000 bis 60,000 Einwohnern 6 Schöffen, in Gemeinden von 60,000 bis 100,000 Einwohnern 8 Schöffen. Bei mehr als 100,000 Einwohnern tritt für jede Vollzahl von 25,000 Einwohnern ein Schöffe hinzu. In Gemeinden von mehr als 2500 Einwohnern wird vom Gemeinderath für jeden Wahlbezirk aus den Einwohnern desselben ein Bezirks-Vorsteher ernannt, welcher den Gemeinde-Vorstand in den örtlichen Geschäften des Bezirks zu unterstützen hat. Die Mitglieder des Gemeinde-Vorstandes werden von dem Gemeinderathe durch absolute Stimmenmehrheit mittelst verdeckter Stimmzettel auf sechs Jahre gewählt. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Der Bürgermeister und die etwaigen besoldeten Mitglieder des Gemeinde-Vorstandes können auf mehr als sechs Jahre gewählt werden. In denjenigen Gemeinden, in welchen die Polizei-Verwaltung nicht der Gemeinde-Behörde überlassen, sondern einer Königlichen Behörde übertragen ist, werden für die Stelle des Bürgermeisters drei Kandidaten gewählt. Die gewählten Bürgermeister und Beigeordneten bedürfen der Bestätigung der Staatsregierung. Die Bestätigung steht zu: in Gemeinden von weniger als 10,000 Einwohnern dem Ober-Präsidenten, in größeren Gemeinden dem Könige. Die Bestätigung kann nur nach Anhörung des Provinzial-Ausschusses versagt werden. Wird die Bestätigung versagt, so schreitet der Gemeinde-Rath zu einer neuen Wahl, wird auch diese Wahl nach Anhörung des Provinzial-Ausschusses nicht bestätigt, so steht der Staats-Regierung die unbeschränkte Ernennung zu. Wenn drei Kandidaten gewählt sind, ernennt der König aus diesen den Bürgermeister.

Der Gemeinde-Rath hat über alle Gemeinde-Angelegenheiten zu beschließen, so weit dieselben nicht ausschließlich dem Gemeinde-Vorstande überwiesen sind. Sein Gutachten gibt er über alle Gegenstände ab, welche ihm zu diesem Zwecke durch die Aufsichts-Behörden vorgelegt werden. Die von dem Gemeinderathe gefaßten Beschlüsse sind für die Gemeinde verpflichtend. Die Mitglieder des Gemeinderathes sind an keinerlei Instruktionen oder Aufträge der Wähler und der Wahlbezirke gebunden. Der Gemeinderath kontrolirt die Verwaltung. Er ist daher berechtigt, sich von der Ausführung seiner Beschlüsse und der Verwendung aller Gemeinde-Einnahmen Ueberzeugung zu verschaffen. Er kann zu diesem Zwecke die Akten einsehen und Ausschüsse aus seiner Mitte ernennen. Der Gemeinderath wählt jährlich einen Vorsitzenden, so wie einen Stellvertreter desselben, aus seiner Mitte. Der Gemeinderath versammelt sich, so oft es seine Geschäfte erfordern. Die Zusammenberufung des Gemeinderathes geschieht durch den Vorsitzenden; sie muß erfolgen, sobald es von einem Viertel der Mitglieder des Gemeinderathes, (oder, wenn deren weniger als zwölf vorhanden sind, von mindestens drei derselben), oder wenn es von dem Gemeinde-Vorstande verlangt wird. Die Sitzungen des Gemeinderathes sind öffentlich. Die Entwürfe der Beschlüsse über die nachstehend bezeichneten Gegenstände werden ihrem Inhalte nach in ortsüblicher Weise bekannt gemacht und an den von dem Gemeinderathe ein für allemal zu bestimmenden Orten offen gelegt, damit sämmtliche (großjährige u. s. w.) Einwohner ihre Ansichten darüber einem Kommissar zu Protokoll geben können. Die Gegenstände sind: 1) Ankauf oder Veräußerung von Grundstücken und Gerechtsamen, welche jenen gesetzlich gleichgestellt sind; 2) Verpachtungen auf mehr als 9 Jahre; 3) Ausführung von Neubauten; 4) Richtung von Gemeindewegen; 5) Veränderungen in dem Genusse von Gemeindenutzungen; 6) Veränderungen der Grenzen des Gemeinde-Bezirkes; 7) alle andere Gegenstände, bei welchen der Gemeinderath, der Kreis- oder der Provinzial-Ausschuß die Offenlegung beschließt. Die Rechnungen und der Finanzetat werden ebenfalls öffentlich ausgelegt. Zu Veräußerungen und Anleihungen ist die Genehmigung des Provinzial-Ausschusses; zu Beschlüssen über Veränderungen in dem Genusse der Gemeinde-Nutzungen die Genehmigung des Kreis-Ausschusses erforderlich. Die Theilnahme an den Gemeinde-Nutzungen kann von dem Gemeinde-Rathe an die Entrichtung einer jährlichen Abgabe, aber nicht an Einkaufsgelder geknüpft werden. Wer bereits durch Einkaufsgeld ein Theilnahmrecht erworben hat, bleibt von der Entrichtung der jährlichen Abgabe befreit. Die Erhebung von Zuschlägen zu den direkten Steuern kann von dem Gemeinde-Rathe beschlossen werden. Zur Erhebung von Zuschlägen, die nicht in gleichen Prozenten auf alle direkten Steuern gelegt werden, so wie zur Erhebung aller anderen Arten von Gemeinde-Abgaben, außer den Abgaben für Gemeinde-Nutzungen, muß die Genehmigung des Provinzial-Ausschusses eingeholt werden.

Der Gemeinde-Vorstand ist berufen, die Geschäfte der Gemeinde-Verwaltung zu besorgen, insbesondere: 1) die Gesetze, die Verordnungen und die Beschlüsse der ihm vorgesetzten Behörden auszuführen; 2) die Beschlüsse des Gemeinde-Raths vorzubereiten und auszuführen. Der Gemeinde-Rath ist berechtigt, die Ausführung solcher Beschlüsse zu beanstanden, die er für dem Gemeindewohl nachtheilig erachtet. Erfolgt alsdann in der nächsten Gemeinderaths-Sitzung keine Verständigung der beiden Gemeinde-Behörden, so ist dem Kreis-Ausschusse Anzeige zu machen, welcher alsbald einen Kommissar abordnet und, wenn auch dadurch die Sache nicht erledigt wird, die Entscheidung des Provinzial-Ausschusses einholt; 3) die Gemeinde-Anstalten zu verwalten und diejenigen, für welche besondere Verwaltungen eingesetzt sind, zu beaufsichtigen; 4) die Einkünfte der Gemeinde zu verwalten, die auf dem Etat oder besonderen Gemeinderaths-Beschlüssen beruhenden Einnahmen und Ausgaben anzuweisen und das Rechnungs- und Kassenwesen zu überwachen; 5) die von dem Gemeinde-Rathe beschlossenen Prozesse zu führen; 6) das Eigenthum der Gemeinde zu verwalten und ihre Rechte zu wahren; 7) die von der Gemeinde besoldeten Beamten zu beaufsichtigen; 8) die Urkunden und Akten der Gemeinde aufzubewahren; 9) Namens der Gemeinde mit Behörden und Privatpersonen zu verhandeln, den Schriftwechsel zu führen und die Gemeinde-Urkunden auszufertigen; 10) die den einzelnen Einwohnern und Grundbesitzern obliegenden Gemeinde-Abgaben und Leistungen nach den Gesetzen und Beschlüssen zu vertheilen, die Vertheilungs-Nachweisungen (Rollen) aufzustellen und, nachdem sie von dem Bürgermeister vollstreckbar erklärt sind, für die Beitreibung zu sorgen. Die Rollen müssen, bevor dieselben vollstreckbar erklärt werden, vierzehn Tage offen gelegt sein. In allen Fällen, wo die vorherige Beschlußnahme durch den Vorstand einen nachtheiligen Zeitverlust verursachen würde, muß der Bürgermeister die dem Gemeinde-Vorstand obliegenden Geschäfte vorläufig allein besorgen, jedoch dem letzteren in der nächsten Sitzung behufs der Bestätigung oder anderweitiger Beschlußnahme Bericht erstatten. Jedes Jahr, bevor sich der Gemeinde-Rath mit dem Haushalts-Etat beschäftigt, hat der Gemeinde-Vorstand in öffentlicher Sitzung des Gemeinde-Rathes über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten einen vollständigen Bericht zu erstatten. Der Bürgermeister hat die gesammte Sicherheits-, Ordnungs-, Gesundheits-, Bau-, Feuer-, Gewerbe-, Handels-, Strom- und Wasser-Polizei, soweit sie nicht in Gemäßheit der Verfassungs-Urkunde besonderen Königlichen Behörden übertragen ist, unter der Leitung der vorgesetzten Polizei-Behörde in der Gemeinde zu handhaben. Ueber alle Ausgaben, Einnahmen und Dienste, welche sich im voraus bestimmen lassen, entwirft der Gemeindevorstand jährlich im September einen Haushalts-Etat. Der Entwurf wird vierzehn Tage lang, nach vorheriger Verkündigung, in einem oder mehreren von dem Gemeinderathe zu bestimmenden Lokalen zur Einsicht aller Einwohner der Gemeinde offengelegt und alsdann von dem Gemeinderathe festgestellt. Der Gemeindevorstand hat dafür zu sorgen, daß der Haushalt nach dem Etat geführt werde. Ausgaben, welche außer dem Etat geleistet werden sollen, bedürfen der Genehmigung des Gemeinde-Raths.

Die Mitglieder der Gemeinderäthe erhalten nur eine Vergütigung für ihre baaren Auslagen, jedoch keine Reisekosten. Die Bürgermeister haben Anspruch auf Besoldung. Die übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes werden in der Regel nicht besoldet; jedoch bleibt es den größeren Gemeinden überlassen, ob sie mit einer oder mehreren Stellen im Gemeindevorstande, z. B. der eines Syndikus, Kämmerers, Stadt-Schulraths, Stadt-Bauraths, Besoldungen verbinden wollen.

Die Aufsicht über die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten wird bei Gemeinden von mehr als 10,000 Einwohnern von dem Provinzial-Ausschusse, bei den übrigen Gemeinden in erster Instanz von dem Kreis-Ausschusse, in zweiter Instanz von dem Provinzial-Ausschusse geführt. Der letztere kann dem Kreis-Ausschusse Aufträge ertheilen. Wenn der Gemeinde-Rath einen Beschluß gefaßt hat, welcher dessen Befugnisse überschreitet, die Gesetze oder das allgemeine Interesse verletzt, so hat der Bürgermeister die Ausführung zu untersagen. Derselbe ist alsdann verpflichtet, sofort die Entscheidung des Oberpräsidenten einzuholen und den Gemeinde-Rath davon zu benachrichtigen. Der König kann einen Gemeinde-Vorstand, oder einen Gemeinde-Rath vorläufig seiner Verrichtungen entheben und dieselben besonderen Kommissarien übertragen. Die schließliche Bestimmung erfolgt alsdann durch ein Gesetz."

Analog sind nun die Bestimmungen der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung.

„Den Kreisen, Bezirken und Provinzen steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten unter Mitwirkung der Staats-Regierung zu. Die Organe der Staats-Regierung sind die Landräthe, Regierungs-Präsidenten und Oberpräsidenten; sie werden vom Könige ernannt. Kreis- und Provinzial-Angelegenheiten sind: Errichtung, Einrichtung und Veränderung von Kreis- und Provinzial-Instituten, Anlagen im besonderen Interesse des Kreises oder der Provinz (Straßen, Kanale, Meliorationen rc.), Erwerbung, Benutzung und Veräußerung von Kreis- und Provinzial-Eigenthum. Zu den Bezirks-Angelegenheiten gehören die Bezirks-Straßen und die Institute, welche Eigenthum eines Bezirkes sind. Was außerdem als Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Angelegenheit zu betrachten ist, bestimmen die Gesetze. Ueber die Kreis-Angelegenheiten beschließt die Kreis-Versammlung. Der Kreis-Ausschuß ist mit der Verwaltung der Kreis-Angelegenheiten beauftragt. Die Kreis-Versammlung besteht aus 20 Kreis-Abgeordneten, wenn der Kreis nicht mehr als 30,000 Einwohner hat. In den übrigen Kreisen tritt für jede Vollzahl von 3000 Einwohnern noch ein Abgeordneter hinzu. Die Kreis-Abgeordneten werden von den Gemeinde-Wählern in Kreis-Wahlbezirken gewählt. Wählbar ist jeder Gemeinde-Wähler des Kreises. Die Kreisabgeordneten werden auf drei Jahre gewählt. Die Kreis-Versammlung verpflichtet alle Kreis-Einwohner durch ihre in Kreis-Angelegenheiten gefaßten Beschlüsse. Sie hat insbesondere das Recht, für Kreis-Angelegenheiten, so wie zur Beseitigung eines Nothstandes, Ausgaben zu beschließen und dieselben auf die Gemeinden des Kreises zu vertheilen. In gleicher Weise hat die Kreis-Versammlung auch diejenigen Abgaben, welche nach Kreisen aufzubringen sind, zu vertheilen, insofern nicht das Gesetz in anderer Weise darüber bestimmt. Zu allen Beschlüssen, durch welche die Gemeinden des Kreises zu Beiträgen über drei Jahre hinaus oder zu Leistungen von mehr als 10 Prozent der direkten Staatssteuern verpflichtet werden sollen, ist die Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen erforderlich.

Der Kreis-Ausschuß besteht aus dem Landrathe und vier von der Kreis-Versammlung aus ihrer Mitte gewählten Mitgliedern. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit auf 4 Jahre; jedes Jahr scheidet ein Mitglied aus und wird durch eine Neuwahl ersetzt. Die Ausgeschiedenen können wieder gewählt werden. Der Austritt aus der Kreisversammlung hat den Austritt aus dem Ausschusse zur Folge. Der Kreis-Ausschuß hat die Angelegenheiten der Kreis-Korporation zu verwalten, die Beschlüsse der Kreis-Versammlung vorzubereiten und auszuführen, den Rendanten und die etwa sonst erforderlichen Beamten der Kreis-Korporation zu ernennen und deren Geschäftsführung zu leiten und zu beaufsichtigen, die Kreis-Korporation, Dritten gegenüber, zu vertreten und die ihm sonst durch die Gesetze überwiesenen Verrichtungen auszuüben. Der Kreis-Ausschuß gibt seine Meinung über alle ihm auf Grund der Gesetze oder durch die Staatsregierung vorgelegten Gegenstände ab. In dringlichen Sachen übt der Kreis-Ausschuß die der Kreis-Versammlung vorbehaltenen Befugnisse aus. In diesem Falle muß die Genehmigung der Kreis-Versammlung nachträglich eingeholt werden. Zur Bewilligung von Steuern und Veränderungen des Etats ist der Ausschuß niemals ermächtigt.

Ueber die Provinzial-Angelegenheiten beschließt die Provinzial-Versammlung. Der Provinzial-Ausschuß ist mit der Verwaltung der Provinzial-Angelegenheiten beauftragt. Die Abgeordneten zur Provinzial-Versammlung werden durch die Kreis-Versammlung aus der Zahl der Gemeindewähler, welche ihren Wohnsitz in der Provinz haben, gewählt. Für jeden Kreis wird ein Abgeordneter gewählt. Erreicht die Bevölkerung des Kreises 60,000 Seelen, so werden zwei Abgeordnete gewählt; für jede fernere Vollzahl von 40,000 Seelen tritt noch ein Abgeordneter hinzu. Die Provinzial-Abgeordneten werden auf drei Jahre gewählt. Jede Wahl verliert ihre Wirkung mit dem Aufhören der Bedingungen der Wählbarkeit. Alljährlich scheidet ein Drittel aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden. Die Provinzial-Versammlung verpflichtet alle Einwohner der Provinz durch ihre in Provinzial-Angelegenheiten gefaßten Beschlüsse. Sie hat insbesondere das Recht, für Provinzial-Angelegenheiten, so wie zur Beseitigung eines Nothstandes, Ausgaben zu beschließen und dieselben auf die Kreise oder auf die Gemeinden der Provinz zu vertheilen. Die Provinzial-Versammlung vertheilt in gleicher Weise die Abgaben, welche nach Provinzen aufzubringen sind, insofern nicht das Gesetz in anderer Weise darüber bestimmt. Die Mitglieder der Provinzial-Versammlung erhalten ein Tagegeld von zwei Thalern; falls sie von dem Versammlungsorte weiter als zwei Meilen entfernt wohnen, werden ihnen sowohl für die Hinreise, wie für die Rückreise 15 Sgr. für jede Meile vergütet.

Der Provinzial-Ausschuß besteht aus dem Oberpräsidenten und aus sechs auf sechs Jahre von der Provinzial-Versammlung gewählten Mitgliedern. In dringlichen Sachen übt der Ausschuß die der Provinzial-Versammlung vorbehaltenen Befugnisse aus. In diesem Falle muß die Genehmigung der Provinzial-Versammlung nachträglich eingeholt werden. Zur Bewilligung von Steuern und Veränderungen des Etats ist der Ausschuß niemals ermächtigt. Die jährlichen Einnahme- und Ausgabe-Etats der Kreise und Provinzen werden, nachdem sie von den Kreis- und Provinzial-Versammlungen festgestellt worden, durch die Kreis- oder Amtsblätter veröffentlicht. Dasselbe geschieht mit den Etats der Bezirks- und kommunalständischen Institute.

Endlich verlieren die Mitglieder der Kreis- und Provinzial-Versammlungen und Ausschüsse ihre Stelle durch Annahme eines besoldeten Staatsamtes oder Beförderung im Staatsdienste, und bedürfen, um ihre Verrichtungen weiter zu versehen, einer Wiederwahl.

⊲ **Weimar**, im Jan. Deutschland — die alma mater — liegt in Geburtswehen. Ein Zittern und Zagen, ein freudiges Leben und Hoffen geht durch seine Stämme. Die große Stunde naht, wie sie in tausend Jahren nur Einmal kommt. — Es wird hart halten! Aber da ist keine Wahl; was reif ist, das muß geboren werden: Ein Kaiser und Ein Reich! — trotz der Erstgeborenen, welche schmollen und grollen, wie das wohl ältere Söhne in diesem Falle thun; gilt doch hier nicht das Recht der Erstgeburt, sondern das des Geistes und der Kraft: „die Letzten sollen die Ersten werden!" Noch unter dem alten Bann der Zwietracht erfolgt die neue Geburt. Nachdem das republikanische Windei, an dem der gallische Hahn Vaterfreuden zu erleben hoffte, nach viel Gegacker mit Gestank und Ach und Krach zerfahren ist, da macht sich noch manch anderes windige Wesen Luft. — Was wir wollen? Wir wollen kein Präsidentchen, denn das ist schon in dem Ei verdorben. Wir wollen auch keinen Wechselbalg oder Turnus, wie man ihn höflicher mit fremdem Namen nennt; noch wollen wir der armen Mutter zumuthen, sie solle 2, 4 oder 10 Jahre in solchen Schmerzen liegen wie heute. Gott bewahr' uns vor Zwillingen oder Drillingen, wo schon vor der Geburt einer von des andern Leben zehret. Uns frommt nur Einer, der, wie Jovis Tochter, in blanker Wehr und Waffe an's Licht geboren wird und, wie Alkmene's Sohn, schon in der Wiege die alte Schlange der Zwietracht erdrückt. Dieß hoffen und deß harren wir!

Frankreich.

†† **Paris**, 18. Jan. Die „Liberté" zeigt die Abberufung des russischen Gesandten von Paris an und unterlegt als Ursache, daß Frankreich durch die Wahl Louis Napoleons die Traktate von 1815 verletzt habe. Dies scheint uns jedoch nicht der Grund der zwischen Frankreich und Rußland eingetretenen Spannung zu sein. Es ist vielmehr gewiß, daß es an einem Notenwechsel zwischen dem Minister des Aeußern, Hrn. Drouyn de l'Huys, und dem Gesandten von Rußland über die Hafenkontroversen der französischen und russischen Schiffe in Konstantinopel liegt. Der russische Gesandte bei der Pforte, Hr. v. Titow, ließ am Tage der Proklamation der französischen Republik die russischen Schiffe keinen Salut feuern. Hr. Aupick, französischer Gesandter in Konstantinopel, erwiderte diese Demonstration, indem er am Namenstage des Kaisers die französischen Schiffskanonen schweigen ließ. Eine Korrespondenz von Turin gibt die Streitkräfte Piemonts auf 65,000 Mann und 20 Batterien an, welcher österreichischerseits 108,000 Mann Linientruppen, 60 Schwadronen Kavallerie, 32 Feldbatterien, 10 Raketen- und 8 Mörserbatterien entgegenstehen. Der Fürst Poniatowski kehrte auf seiner Rückreise von Italien bei Karl Albert ein und wurde von diesem mit einer konfidentiellen Botschaft an den Präsidenten Louis Napoleon betraut.

Schweiz.

┼ **Zürich**, 20. Jan. Die schweizerische Presse hat zu einem sehr großen Theile auf eine Weise das neue Jahr begrüßt, welche diejenigen, die es mit dem etwas ungezogenen Kinde wohl meinen, zu einem bedenklichen Kopfschütteln nöthigt, welche aber Unbetheiligte oder Entferntstehende zu einem unauslöschlichen Gelächter verführen dürfte. Während der gute deutsche Michel ihr früher nichts recht machen konnte, während er daher die fortdauernde Zielscheibe ihrer gesalzensten oder auch ungesalzensten (mehrentheils!) Einfälle war, ließ sie den abstrakten Michel plötzlich in Ruhe, um sich dafür mit der ganzen Energie ihres Grimmes, auf einen konkreten deutschen Michel, auf den armen, vom Bundesrath berufenen Professor Lohbauer zu werfen, und so den

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 25. **Frankfurt a. M., Donnerstag 25. Januar.** **1849.**

Uebersicht.

Die Erblichkeit und ihre Gegner.

Deutschland. Frankfurt (Die Reichskasse und die preußische Regierung.) Vom Main (Die sächsische Kammer und die Oberhauptsfrage.) Wien (Die milden Beiträge für die Verunglückten vom Oktober. Wassersnoth. Eindruck der letzten Verhandlungen in Kremsier. Nachrichten aus Ungarn.) Gratz (Protest gegen die ministerielle Gemeindeordnung.) Ollmütz (Steckbriefe auf die Häupter der ungarischen Insurrektion.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Das Ministerium und die Wahlen. Ueberfüllung der Festungen.) Stralsund (Die Wahlen. Kanonenböte. Einführung des neuen Gerichtsverfahrens.) Koblenz (Die Wahlen am Rhein.) Wetzlar (Der Lahnwehrbund.) Aus Würtemberg (Ministerium und Kammer.) Stuttgart (Entwurf einer neuen Kirchenordnung.) Leipzig (Adresse an v. d. Pfordten.) Mannheim (Die Militärexcesse. Brentano und Siegel. Verschanztes Lager bei Donaueschingen.) Weimar (Die Universität Jena.)

Großbritannien. London (Gerichtliche Untersuchung gegen den Direktor eines Erziehungsinstituts. Hr. Ashburnham, erster Gesandschaftssekretär in Konstantinopel †. Verwickelungen mit den Kolonien. Passiver Widerstand im Kaplande gegen die Einführung von Sträflingen.)

Frankreich. Paris (Die drei Kandidaten zur Vicepräsidentenschaft. Die Akademie. Lucian Bonaparte noch nicht Oberst. Die Ungarische Emigration. Die türkische Gesandtin.)

Schweiz. Wallis (Die Simplonstraße.) Genf (Memoires de Lola Montez.)

Dänemark. Kopenhagen (Die Civilliste.)

Ungarn. Von der ungarischen Gränze (Generalpardon.) Pesth (Untersuchungscommission.)

Griechenland. Athen (Gegen eine Verunglimpfung des Königs.)

Asien. Persien (Aufstand in Schiras und Ispahan.)

Nachschrift.

---

25. Januar.

Mit den neulichen Abstimmungen ist ein großer Wendepunkt in der Geschichte des Vaterlandes vollbracht. Die Frage der Erblichkeit ward verneint, aber keine der anderen Formen, die man für das künftige Reichsoberhaupt ersonnen hatte, vereinte auch nur eine gleich große Stimmenzahl auf sich. Die Nationalversammlung in ihrer jetzigen Gestalt scheint unfähig, dem Vaterlande das zu schaffen, wonach es lechzt. Es ist schon von Andern bemerkt worden, daß sich in diesen entscheidenden Fragen die Versammlung in ihre partikularistischen Elemente zersetzt zeige. Am stärksten sind darin die Oesterreicher: „ich wünschte, sagte Beda Weber, ein Erbkaiserthum, wenn es an Oesterreich kommt, sonst einen republikanischen Präsidenten." Und ihm entgegnete Vincke: „ich und gewiß die meisten Preußen werden gerne das Erbkaiserthum Oesterreichs anerkennen, wenn Oesterreich mit Wahrheit in den deutschen Bundesstaat eintreten kann." Jetzt in der Frage über die Erblichkeit stimmten 88 Oesterreicher, Mühlfeldt, Schmerling, Würth so gut wie Wiesner, Pattai, Berger, gegen die Erblichkeit, und kaum vier unserer „österreichischen Brüder" versagten sich der Abstimmung. Auch von den Baiern waren es nur 7 unter 58, die nicht über republikanische oder partikularistische Neigungen das Vaterland aus den Augen verloren; Herr Edel, Herr Kirchgeßner mochten lieber einen sechsjährigen, einen dreijährigen Kaiser, als die allein rettende Erblichkeit.

Mit tiefem Schmerz sehen wir auch in dieser Frage Deutschland nach der Mainlinie getheilt; was südwärts liegt, die 88 Oesterreicher abgerechnet, hat nur 17 gegen 90 Stimmen für die Erblichkeit gehabt — und die Demarkationslinie von 1795 hätte doch jene Südwestecke erinnern sollen, was es heißt, nicht durch eine starke einheitliche Macht Deutschlands, sondern durch Oesterreich geschützt zu sein. Im Norden der Mainlinie ergaben sich 192 Stimmen für die Erblichkeit, 82 gegen dieselbe. Freilich Sachsen hatte nur 2 Stimmen für dieselbe gegen 16, Preußen 131 gegen 37; die übrigen Staaten Norddeutschlands, wahrlich nicht aus Vorliebe für Preußen, sondern in würdiger Erkenntniß des Nothwendigen, 59 Stimmen für die Erblichkeit, 29 gegen dieselbe. Es liegen in diesen Zahlen für den Beobachter wichtige Lehren. Auch sonst konnte man in diesen Tagen lehrreiche Beobachtungen machen. Wird das Volk noch immer glauben sollen, vor Allem von jenen „Linken" repräsentirt zu sein, die nicht einmal ihrem Princip treu bleiben, sondern ein fürstliches Oberhaupt möglichst ohnmächtig an die Spitze zu stellen beeifert sind? Wie will Herr Schoder den Würtembergern die Grundrechte sichern, wenn die Resultatlosigkeit der souveränen Nationalversammlung die Regierungen nöthigt, das was die Versammlung nicht zu schaffen vermocht hat, nach eigenem Interesse oder Belieben zu ergänzen? Oder meint Herr Heinrich Simon mit seinem sechs- und resp. dreijährigen Kaiser den Weg gefunden zu haben, auf dem man die 34 Throne aufrollt? Und gar was soll man von Welcker sagen, der sich auch in diesen Blättern so ungebärdig anstellt, wenn er auf die Professoren schelten kann und ist doch sein Lebelang nichts anderes gewesen? Und was von den Holsteinern Engel und Clausen, deren Heimath ihre ganze Hoffnung auf die Macht und Freiheit des Vaterlandes setzt? Und was von Phillips, der als er von den Erbärmlichkeiten Sieyes sprach, Preußen zu beschimpfen meinte, uneingedenk nicht bloß der Heimath — denn als Knabe sah er, der geborne Elbinger, die Erhebung Preußens gegen die Fremdherrschaft — sondern uneingedenk auch des Freundes Jarcke in der politischen Wochenschrift seit 1830, der er später die historisch-politischen Blätter folgen ließ: **matre pulchra filia pulchrior.** Mein armes Deutschland! Nur Schmerling sahen wir mit dem bekannten Lächeln diesen resultatlosen Abstimmungen zuhören; denn es ist ja alle Aussicht, daß aus Deutschland nichts wird.

Freilich ohne die 88 Stimmen Oesterreicher wäre die Zukunft Deutschlands schon heute gesichert; eben ist ja die Berliner Circularnote eingetroffen, daß Preußen der Meinung und des Willens sei, daß unbeschadet des Bundes von 1815 das übrige Deutschland außer Oesterreich sich zu einem engeren Bundesstaat einige, und zwar nicht auf dem Wege der Vereinbarung. Ohne jene 88 Stimmen wäre Deutschland heute eine Macht, die fünfte Großmacht Europas. Das empfanden jene 211, die für die Erblichkeit stimmten; ihre Gegner waren ihnen um 52 Stimmen überlegen. Ohne Oesterreich hätte Norddeutschland den Süden mitgerettet. Was nun werden soll? Herr Jürgens wird uns vielleicht einen Bundestag ersinnen, Herr Phillips ein Kaiserthum von St. Peter, Herr Heinrich Simon glaubt vielleicht, wie sich, so das Vaterland zu beglücken, wenn „jeder Deutsche wählbar ist", Herr Vogt erheitert uns vielleicht mit „gar keinem Standpunkt", und Herr Welcker söhnt sich gewiß mit der Krawallsouverainetät aus, nachdem er mit ihr Hand in Hand sein „nur kein Erbkaiserthum" durchgesetzt hat. Die 211 aber schauen ernsthaft darein. Gott erleuchte das deutsche Volk!

Deutschland.

• Eine vielfach in der Presse erwähnte Angabe wird durch folgende Mittheilung berichtigt.

Ⓗ **Frankfurt**, 24. Jan. Die gestrige Nummer Ihres Blattes erwähnt einer Angabe, daß Wechsel, von der Reichskasse auf die preußische Staatskasse gezogen, mit Protest zurückgekommen seien. Ich kann Ihnen aus guter Quelle mittheilen, daß die Reichskasse keine Wechsel ausgestellt hat und daß auch keine für ihre Rechnung ausgestellten Tratten zurückgekommen sind, sondern lediglich die Annahme der letztern, in Folge einer in Berlin stattgehabten Verspätung des Avises, um einen Tag verzögert worden, dann aber sofort erfolgt ist.

♁ Vom Main, 24. Jan. Sie haben bereits über die Verhandlungen und Beschlüsse der zweiten Kammer des Königreichs Sachsen in der deutschen Oberhauptsfrage berichtet. Ueberraschen konnten dieselben Niemanden, der da weiß, aus welchen Elementen sie zusammengesetzt ist, der da weiß, daß eine große Fraktion derselben, mit dem Vicepräsidenten Tzschirner an der Spitze, die bisherige äußerste Linke für nicht viel weniger als Reaktionäre ansieht und, parallel laufend mit den dunkel-rothen Republikanern, sich als alleräußerste Linke konstituirt. Gleichwohl erlauben Sie mir, bei einigen Einzelheiten jener Sitzung zu verweilen. Ich spreche nicht von den Aeußerungen der gehässigsten Leidenschaftlichkeit, welche gegen Preußen und seinen König fielen: in dieser Beziehung mag selbst die Geschichte Sachsens Manches, wenn auch nicht entschuldigen, so doch erklären; ich spreche auch nicht von dem parlamentarischen Anstand, von welchem beispielsweise derjenige Abgeordnete Zeugniß ablegte, dem der König von Preußen nicht so viel Sympathien für das Kaiserthum erwecken kann, „als zu des Kaisers Nase gehören“, es war am Ende nur das Roheste, aber noch bei weitem nicht das Stärkste, was in dieser Richtung gesprochen wurde; ich spreche gleichfalls nicht von den wuthathmenden Ausbrüchen gegen den Reichstagsabgeordneten Biedermann, den „ungetreuen Sohn des Vaterlandes“: Herr Biedermann wird die gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen selbst zurückzuweisen wissen; ich spreche endlich nicht einmal von dem Inhalt der gefaßten Beschlüsse, nach welchen die Kammer „nur mit entschiedenem Widerwillen“ ein erbliches und unverantwortliches Oberhaupt für Deutschland und ebenfalls „nur mit entschiedenem Widerwillen“ die Uebertragung der Kaiserwürde an die Krone eines Einzelstaats sehen würde; es mag der Kammer immerhin freistehen, selbst in starker Sprache ihre Ansichten und Wünsche über die künftige Gestaltung der Spitze der Reichsverfassung auszusprechen, und noch war der Beschluß der Nationalversammlung, welcher die Würde des Reichsoberhaupts einem regierenden deutschen Fürsten überträgt, in Dresden nicht einmal bekannt. Aber wohl spreche ich von dem Geiste, den der Tzschirner'sche Antrag athmet, der Antrag, „die Volksvertretung Sachsens wolle die Gesammtverfassung Deutschlands nur dann genehmigen, wenn an der Spitze derselben ein Vollziehungsausschuß oder ein verantwortlicher Präsident stehe“, denn dieser Antrag ist keine Kritik der Beschlüsse der Nationalversammlung mehr, er ist eine Aufforderung zur Auflehnung gegen eine berechtigte Gewalt, die, wenn die sächsische Kammer den Anspruch machen darf, der Ausdruck des Willens des sächsischen Volksstammes zu sein, mit gleichem Rechte für den Ausdruck des Willens des gesammten deutschen Volkes, Sachsen nicht ausgenommen, gelten muß; er ist eine Provokation zum Bürgerkrieg. Allerdings ist dieser Antrag nicht zum Beschluß erhoben: aber er ist nur mit einer Majorität von 33 Stimmen gegen 31 gefallen und unter den verwerfenden Stimmen waren mehrere, welche sich lediglich aus formellen Gründen dagegen erklärten. „Ein Pfeiler der deutschen Einheit“ — mit dieser Ueberschrift konnte die Ober-Postamts-Ztg. vor Kurzem die erste hochherzige Erklärung eines deutschen Fürsten bringen: soll einer deutschen Volkskammer der traurige Ruhm beschieden sein, den Bau des Domes deutscher Einheit zu hemmen?

Wien, 18. Jan. Der Schaden, den die Oktoberereignisse durch Brand und Plünderung angerichtet haben, beträgt an fünf Millionen. An milden Beiträgen ist bis vorgestern eingegangen die Summe von 259,312 fl. 58 kr., also etwa der achte Theil des Schadens. Interessant ist die Statistik der Beiträge, inwiefern sie einen Maßstab der Sympathie für die Wiener Sache abgibt. Obenan steht das kaiserliche Geschenk von 200,000 fl. Aus der Monarchie selbst lieferten Oberösterreich 14,619 fl., Unterösterreich 8657 fl., Böhmen 3126 fl., Mähren 1618 fl., Fiume 1000 fl. (ein einziges Handlungshaus), Kärnthen 669 fl., Triest 200 fl., Steiermark 41 fl., Galizien 10 fl., Ungarn 5 fl. (Tirol schickte also nicht Einen Kreuzer für die Nothleidenden.) Stadt und Vorstädte Wiens selbst steuerten bei: 8893 fl. 13 kr., eine veranstaltete Sammlung ergab überdies in der Stadt 10,701 fl., in den Vorstädten 9149 fl. K.-M. Außerhalb Oesterreich steuerte Frankfurt bei: 100 Dukaten in Gold, und Schweden 70 fl.

(Allg. Z.)

△ **Wien**, 20. Jan. Der Wasserstand hat im Laufe der vergangenen Nacht beinahe wieder die Höhe vom 16. erreicht — und in den Straßen der Vorstädte Leopoldstadt, Erdberg, Roßau fährt man mit Kähnen herum. Auch das rothe Thurmthor und das Müller'sche Gebäude (innere Stadt) stehen vier Fuß hoch unter Wasser. Ebenso ist das Wasser in alle Keller der nördlichen Stadtseite gedrungen — und die Donau starrt noch immer wie ein unbewegliches Eisfeld! Drei Fahnen sind als Zeichen der höchsten Gefahr an allen bedrängten Punkten aufgesteckt, aber unsere Behörden sind plötzlich, in panischem Schrecken vor der Farbe, die sie selbst aufgepflanzt, zurückgewichen, und es klingt wirklich beinahe wie Ironie, daß sie in der Noth kein anderes Rettungssignal zu finden wußten, als gerade — die rothe Fahne.

Aus Kremsier dringt ein ungebändigter hannakischer Jubel zu uns herüber, welcher der Freude über die Annahme der Paragraphe 2 und 3 als §. 1 der Grundrechte gilt, wodurch der Adel vor dem Gesetze aufgehoben und dessen neue Verleihung aufgehört hat. Die Hannaken trinken Branntwein in Strömen auf das Wohl der Deputirten der deutschen Linken, wie der czechischen Rechten; man sieht aus dieser echt natürlichen Freude erst recht, wie tief der Widerwille gegen die Privilegien im Volke Wurzel gefaßt hatte. Auch hier nahm man die Abstimmung mit großer Befriedigung auf, und die Kammer hat sich in der öffentlichen Meinung nur noch mehr befestigt, obwohl die konservativ-ministeriellen Blätter bereits Zeter schreien und nicht eben undeutliche Anspielungen auf die Auflösung der Kammer und die Verweigerung der Sanktion des Kaisers für solche Grundrechte, machen. Die Interpellation des Abg. Szabel in der Sitzung vom 17. an das Gesammtministerium wegen der Ostdeutschen Post hat eine pfeilschnelle Wirkung gehabt. Schon gestern Abend erhielt Kuranda die Erlaubniß zum Wiedererscheinen derselben.

Aus Ungarn lauten die Nachrichten schlimm. Es scheint, daß sich die Honvéd in einzelne Räuberbanden auflöst, die sich in dem unglücklichen Lande vertheilen. Kossuth hat die Krone des heiligen Stephan in der Kirche zu Debreczin aufgestellt und läßt alle Bauern der Umgegend darauf schwören, sie zu vertheidigen. Die Debrecziner Bürger haben jedoch merken lassen, daß sie die Stadt bei Herannahung der k. Truppen übergeben würden. Kossuth ließ sie daher entwaffnen und vertheilte die Waffen an die Bauern. Allen in Ungarn lebenden Protestanten verhieß er die protestantische Religion zur Staatsreligion zu machen, wenn sie sich um ihn schaaren würden, um für die Selbstständigkeit Ungarns zu kämpfen. General Bem, der in der Gegend von Bistritz steht, soll von den k. Truppen und dem ruthenischen Landsturm so gedrängt sein, daß er kaum entkommen dürfte. Der von dem Jahre 1846 her berühmt gewordene Bauernführer Schela soll auch jetzt wieder eine besondere Thätigkeit entwickeln. Die ruthenische Hauptversammlung wirbt auf Staatskosten ein Freikorps.

Graz, 16. Jan. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses des provisorischen ständigen Landtages wurde eine Protestation gegen die vom Ministerium provisorisch einzuführende Gemeindeordnung beantragt und angenommen, und hierdurch begründet, weil dieses Gesetz zu viele Kontrole in sich fasse, und die Gemeinden in ihrer freien Bewegung hindere, und weil bei Betrachtung des Ganzen die Befürchtung einer allzugroßen Centralisation und die Beseitigung der Provinziallandtage hervortrete.

(Oest. Bl.)

⊙ **Ollmütz**, 18. Jan. Einige Notizen aus den auf die Häupter der ungarischen Insurrektion in diesen Tagen erlassenen Steckbriefen sind vielleicht Ihren Lesern nicht unwillkommen. Allen Amtsbehörden wird darin auf das Strengste die Fahndung auf „Ludwig Kossuth und sein Eheweib sammt ihren drei Kindern, dann auf Lazar Meszaros, Szöllesy, Ladislaus Madarasz und Daniel Iranyi“ mit der Weisung befohlen, „diese Individuen bei ihrem Betreten gleich fest zu halten, ihre Entweichung möglichst zu hindern und dieselben bis zur sorgsamen Einlieferung an das nächste Kreisamt wohlgeschlossen in doppelten Eisen in einem sicheren Arreste verwahrt zu halten.“ Aus den Personalbeschreibungen dieser in unseren Tagen vielgenannten Männer entnehmen wir folgende biographische Notizen: Ludwig Kossuth ist 45 Jahre alt, aus Jasperin in Ungarn gebürtig, akatholisch, verheirathet, Advokat und Journalist, zuletzt Präsident des ungar. Landesvertheidigungsausschusses. Theresia, verehelichte Kossuth, geborne Meßling, ist 30 Jahre alt, unbekannt woher, katholisch; als besonderes Kennzeichen wird ein „stolzer Verachtung ausdrückender Blick“ angegeben, auch führt sie ihre drei Kinder, Franz, Nina und Lajos (Ladislaus) mit sich. Lazar Meszaros, 60 Jahr alt, unbekannt wo in Ungarn geboren, katho-

lisch, ledig, gewesener Kriegsminister, zuletzt Kommandant des gegen General Schlick gesandten Armeekorps; große hagere Statur mit einem grauen Husarenbart und würdevollem Aeußern. Szöllesy, auch Nagy genannt, 50—55 Jahre alt, aus Siebenbürgen, unbekannt wo, gebürtig, katholisch, verheirathet, früher k. k. orientalischer Dolmetscher in Semlin, zuletzt Sekretär des Kossuth; spricht, außer fast allen bedeutenden europäischen Sprachen, vollkommen türkisch und serbisch; als besonderes Merkmal wird bei ihm angegeben: „macht im Gehen große Schritte und im Sprechen zuweilen eine Bewegung mit dem Kopfe." Ladilaus Madarasz ist 46 Jahr alt, im Stuhlweißenburger Komitate unbekannt wo geboren, „Kalviner," Wittwer, Mitglied des bestandenen ungarischen Landesvertheidigungsausschusses und Landespolizeipräsident; kleine Statur und hohe offene Stirn; besondere Kennzeichen: „der Totaleindruck der eines gewöhnlichen Zigeuners, spricht schnell, ist jähzornig und weiß sich zu mäßigen." Daniel Iranyi, 30—32 Jahr alt, bei Eperies im Zipser Komitate gebürtig, Sohn eines akatholischen Predigers, akatholisch, ledig, Wechsel- und Gerichtsadvokat, zuletzt Landtagsdeputirter und ausgesandter Kommissär der ungarischen Regierung; groß und korpulent, offene Stirn, große blaue Augen ꝛc., spricht deutsch, ungarisch, slowakisch und englisch; wechselt häufig seine Kleider und ist immer sorgfältig und modern gekleidet. — Die steckbriefliche Verfolgung dieser Personen geht von der Voraussetzung aus, daß sie über die schlesisch-mährische Grenze zu entkommen suchen würden (Pulszky ist wirklich auf diesem Wege glücklich nach Breslau entkommen); eine Annahme, die sich schwerlich bewahrheiten dürfte.

** **Kremsier**, 19. Jan. (Reichstagssitzung) Machalski interpellirt in Gemeinschaft mit noch 46 Abgeordneten das Gesammt-Ministerium über die Verhängung des Kriegs- und Standrechtes in der ganzen Provinz Gallizien, Krakau und Bukowina. Die Interpellation wurde beifällig vom Hause aufgenommen. Darauf beginnt die Berathung über §. 4 der Grundrechte, die Garantie der persönlichen Freiheit betr. Sämmtliche Redner sind für, keiner gegen den Paragraphen eingeschrieben. Zyszewski bemerkt einiges in Betreff der Armee, der er angehört. Er glaubt, daß derselben das Recht einzuräumen sei, das ihr als einer so zahlreichen Anzahl Staatsbürger zukomme, aus ihrer Mitte Vertreter zum konstitutionellen Reichstage zu wählen, damit auch die Interessen derselben als Staatsbürger am Reichstage vertreten seien. Er werde zu jedem Paragraph die Armee berücksichtigende Amendements stellen. Bei diesem Paragraph sei es einleuchtend, daß in der Armee die Freiheit der Person in beschränkterem Maßstabe stattfinden müsse. Er finde es für zweckmäßig, daß in den Grundrechten, zum Schluße, der Armee ein eigener Abschnitt gewidmet werde.

Nachdem Borrosch und Mayer gesprochen, wird die Debatte geschlossen; Schuselka spricht als Generalredner, Hein als Berichterstatter. Darauf wird über den §. 4 des Entwurfs (nunmehr §. 2) abgestimmt und derselbe einstimmig angenommen. Er lautet: „Die Freiheit der Person ist gewährleistet. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden, privilegirte und Ausnahmsgerichte dürfen nicht bestehen. Niemand darf verhaftet werden, außer Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehles, den Fall der Betretung auf der That ausgenommen. Der Verhaftungsbefehl muß dem Verhafteten sogleich oder spätestens 24 Stunden nach der Verhaftung zugestellt werden. Jeder von den Organen für die öffentliche Sicherheit Angehaltene muß binnen 24 Stunden an sein ordentliches Gericht abgeführt oder freigelassen werden. Jeder Angeschuldigte ist gegen eine vom Gerichte nach dem Gesetze zu bestimmende Bürgschaft oder Kaution auf freiem Fuße zu untersuchen, die Fälle ausgenommen, welche das Strafgesetz bestimmt."

⁏ **Berlin**, 22. Jan. Die Wahlen sind ausgefallen, wie wir es so oft vorausgesagt, wie es beim Bleiben des Ministeriums Brandenburg und bei der unerfreulichen Thätigkeit, welche es entfaltete, nicht anders erwartet werden konnte. Die meisten Wahlmänner, welche heute erwählt sind, gehören, besonders in der Königsstadt, der Opposition an. Unter den Erwählten erwähnen wir Diesterweg, Behrends, Theodor Mügge, Stadtrath Runge, Agathon Benary u. s. w. Die Wahlmänner der Konservativen gehören meistens dem höheren Beamten- oder reichen Bürgerstande an. Der Bürgermeister Naunyn siegte nur mit der Mehrheit Einer Stimme. Professor Lichtenstein, der berühmte Naturforscher, unterlag seinem Sohne, dem Assessor Lichtenstein. Die Wahlen in den Vorstädten lassen sich noch nicht übersehen, doch bei der dort vorherrschenden demokratischen Stimmung ist der Ausfall für die jetzige Regierung wohl noch mißlicher. Man kann der Regierung freilich nur zurufen: Du hast es gewollt! Warum trat das Ministerium Manteuffel nicht zurück, wie es am 16. Dezember im richtigen Gefühl seiner Lage beschlossen? Der dadurch der Krone geleistete Dienst würde kaum minder hoch anzuschlagen gewesen sein, als der gelungene Staatsstreich. Es blieb und blieb, und namentlich der Justizminister Rintelen entfaltete eine Thätigkeit, welche den Demokraten nur zu sehr in die Hände arbeitete. Der ganze Geist, der sich in den verschiedenen Verwaltungszweigen kund gab, rechtfertigte nur zu sehr das Mißtrauen, mit welchem ein solches Ministerium empfangen worden war und das Land, welches sich eben noch so gut königlich und ordnungsliebend gezeigt hatte, ward der Opposition in die Arme geworfen. Was nun? Das Ministerium beabsichtigt abzutreten, sobald der Ausfall der Wahlen keinen Zweifel über die Stimmung des Landes übrig läßt. Das neue Ministerium soll vor dem Zusammentritt der Kammern gebildet werden. Bis jetzt glaubte das Ministerium noch nicht an die Nothwendigkeit, vollständig abzutreten. Es glaubte, der Rücktritt einzelner Persönlichkeiten, z. B. des übereifrigen Hrn. Rintelen, möchte genügen, um die öffentliche Meinung zu versöhnen. Graf Brandenburg hat unverholen mehrfach ausgesprochen, er werde auf seinen früheren Posten zurückgehen. Aber der Ausfall der Wahlen wird den Ministern über die Nothwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zurücktretens keinen Zweifel übrig lassen. Was hat der preußische Staat gewonnen durch das hartnäckige Verbleiben des Ministeriums Manteuffel, gegen welche politische Kurzsichtigkeit Ihre Zeitung sich unablässig und auf eine für Manchen unbequeme Weise ausgesprochen hat? Demokratische Wahlen, und, wie man leider besorgen muß, neue Reibungen zwischen Regierung und Volksvertretung. Wir können nur wünschen und rathen, daß das Ministerium sogleich zurücktrete, ehe die Abgeordneten erwählt werden. Dieß wird gemäßigtere Wahlen in Aussicht stellen.

Berlin, 22. Jan. Die Festungen sind in Folge der vielen politischen Prozesse mit sogenannten Staatsgefangenen (Festungs-Stuben-Gefangenen) überfüllt. Diese Ueberfüllung ist so groß, daß fast sämmtliche Kommandanturen gegenwärtig die Aufnahme neuer Gefangenen verweigern und daß das Kammergericht und Kriminalgericht nicht mehr wissen, nach welchen Festungen sie ihre Arrestanten abliefern sollen. Die genannten Gerichte sollen deshalb schon beim Staatsministerium Reklamationen erhoben haben. (Voss. Z.)

⊙ **Stralsund**, 19. Jan. Die Wahlen für die zweite Kammer in Berlin haben hier und in der Umgegend ein außerordentlich lebhaftes Bestreben der Parteien aufgeregt; es haben sich hier vereinigte und Central-Komite's auf beiden Seiten, dann wieder für jeden Bezirk besondere, gebildet, die bestimmte Kandidaten aufgestellt haben und nun, theils persönlich, theils durch Schrift und durch die Presse, Majoritäten zu sichern bemüht sind, mit einem Eifer, der selbst in Paris und London kaum größer sein kann. In der Stadt und auf dem Lande werden nicht bloß Flugblätter, sondern auch besondere Adressen in großen Massen vertheilt und wenn die Urwähler wirklich für Belehrung zugänglich sind, so fehlt es wenigstens nicht an Zugang; freilich ist das, was geboten wird, öfters trostlos unsinnig. Die demokratische Partei zeichnet sich durch Thätigkeit und Benutzung der Schwächen des gemeinen Mannes besonders aus. Nachdem die einzelnen Bezirke einzeln berufen und möglichst mit allerlei Reden bearbeitet worden, soll am Tage vor der Wahlhandlung, am Sonntag, noch eine Generalversammlung aller Urwähler der Stadt, etwa 3000, gehalten werden. Die Konservativen scheinen nicht geneigt zu sein, eben so energisch vorzuschreiten, indessen glaubt man doch, daß im Allgemeinen das Ergebniß der Wahlen aus dieser Provinz keine Ultra-Gesinnten zur zweiten Kammer nach Berlin bringen werde. In Damgarten, Barth, hier und in Greifswald sind einige Kanonenboote kontrahirt; die gewünschte Ablieferungszeit wird aber schwerlich inne gehalten werden können. Die zum ersten Februar bevorstehende Einführung des neuen Gerichtsverfahrens bedroht viele Verhältnisse mit unwillkommenen Umwandlungen. Man hat berechnet, daß es dem prozessirenden Publikum wohl 6—8000 Thaler jährlich mehr ko-

sten werde als bisher, und man wird in manchen Fällen die gütliche Vermittelung obrigkeitlicher Richter wohl vermissen. Indessen hat das Neue mit den Geschworenen nicht nur den Reitz der Neuheit, sondern läßt auch gute Einwirkung auf den öffentlichen Geist hoffen. Der Löwen'sche Saal des Rathhauses (größer als der Saal des Römers in Frankfurt) wird ein seltenes Lokal für die Verhandlungen bieten können. So sieht das alte herrliche Gebäude, aus dem Lösegelde eines gefangenen Prinzen erbaut, nach Jahrhunderten wieder das Volk selbst nach der Väter Weise öffentlich Gericht halten.

♀ **Koblenz**, 23. Jan. Dem gestrigen Tage der Urwahlen für die neue zweite preußische Kammer sahen wir hier wie am ganzen Rhein mit der Spannung entgegen, mit welcher man ein großes Hazardspiel zu begleiten pflegt, an dem man stark betheiligt ist, ohne zu einer verständigen Berechnung des Ausgangs irgend einen Anhalt zu haben. Denn ein Hazardspiel wird es immer heißen müssen, wenn ein Volk zu solch einem großen Akt schreitet, ohne irgendwie dafür organisirt und gegliedert zu sein. Organisirt für jene Thätigkeit war aber unsere Bevölkerung offenbar gestern ebenso wenig wie im Mai 1848; ist ja doch heute wie damals nur eine büreaukratische Gliederung des Volkes vorhanden: Beamte ohne Wurzel im Volksleben gegenüber einer atomistischen Masse. Wo das Volk nicht in irgendwelchen Genossenschaften lebt, die durch gleiche naheliegende Interessen und gemeinsame Arbeit für dieselben verbunden, und ihren Gliedern übersichtlich sind, in welchen es seine Leute wirklich nach ihrem Thun kennen lernen und sich üben kann, sie auszusuchen, wie sollte es da zu Wahlen für die Landesvertretung gerüstet sein, vollends bei allgemeinem Stimmrecht? Selbst diejenige Organisation des Volks, welche noch im letzten Mai als die einzig mächtige und scheinbar lebensvolle sich erwies, die katholisch-kirchliche oder richtiger die klerikalische, war mittlerweile wirkungslos geworden.

Also organisch gerüstet für die Wahlen waren wir ganz und gar nicht. Dagegen in den Umtrieben, wodurch Einzelne ihrem Willen den Namen des Volkswilles zu verschaffen suchen, waren wir hier und in dem ganzen Rheinland seit neun Monaten sichtbar unermeßlich vorgeschritten. Waren damals nur Priester und Radikale, und letztere doch noch ziemlich stümperhaft, thätig, während die andern Parteien verdutzt und rathlos da standen, so entwickelten jetzt alle eine planvolle und rastlose Thätigkeit. Ministerialreskripte hinsichtlich der Wahlen ergingen in allen Dienstzweigen, selbst unmittelbar an die Elementarlehrer; Konsistorialerlasse wetteiferten mit bischöflichen Hirtenbriefen; Zeitungsartikel und ein Heuschreckenschwarm von Flugblättern jeder Art und jeder Farbe, ungeschlacht und fein, lügenhaft und wahr, überschwemmten das Land. Volksversammlungen und Klubs, demokratische, katholisch-demokratische, katholische, konstitutionelle Lokal- und Central-Wahl-Komite's und Kongresse thaten ihr Bestes, das Volk zu belehren, wie und wen es wählen müsse. Regierungs-Kommissäre und Klubsemissäre flogen durch das Land, Priester und Juden rannten hin und her: kurz, es fehlte der Agitation kein einziges Element.

Und nun sind gestern die Minen gesprungen, die Würfel gefallen. Hier in Koblenz, dem Mikrokosmus der Rheinprovinz, war das Ergebniß ein gewaltig entschiedenes für die radikale, oder wie sie sich selbst nennt, die demokratische, genauer die katholisch-demokratische Partei. Lauter Wahlmänner, die dieser Richtung entschieden angehören. Justizrath Werner z. B. lange Mitglied der Frankfurter Versammlung, erlag einem Schlosser, der lange Mitglied der Claque in der Paulskirche war. Ihr armer Korrespondent, welcher sich der konstitutionell-monarchischen Partei zuzählt, hatte glücklicher Weise Humor genug, es komisch zu finden, als er in seinem Wahlbezirk in einer Minderheit von fünf gegen mehr als 200 Stimmen stand. Das Ergebniß aus der übrigen Rheinprovinz ist noch nicht bekannt, es dürfte aber mit Ausnahme der Lande Cleve, Berg und Meurs, und der Landstriche, wo fleißige und unverständige Bauern durch Instinkt und andere Einflüsse anders geleitet werden, z. B. auf den Hunsrück, dem Westerwald, an der Nahe und der Lahn, ein ähnliches sein wie hier.

Ein bedeutsames Moment tönt grell bei den hiesigen Wahlen hervor: die starke Niederlage der katholisch-priesterlichen Partei hier in Koblenz, dem angeblichen Zion der Priesterschaft, wo die rheinische familia sacra residirt, und von wo vor 4 Jahren fast die ganze Bevölkerung sich nach Trier zum heiligen Rock schicken ließ, genügte es gestern, zu sagen, ein Kandidat sei von der Geistlichkeit empfohlen, damit er durchfiel. Ein katholischer Volksverein, welcher es hochmüthig und albern verschmäht hatte, mit dem konstitutionellen Bürgerverein sich zu verständigen, welcher zwar großentheils aus Protestanten besteht, aber konfessionelle Tendenzen entschieden fern hält, spaltete sich 14 Tage vor den Wahlen in einen demokratisch-katholischen Verein, in welchem die Lehre gepredigt wird, die Papst Pius VII. als Bischof von Imola vor 50 Jahren schon verkündigte, daß Moses der erste und Christus der größte Demokrat sei, und in einen katholischen Wahlverein. Ersterem fiel die Menge zu; der letztere zeigte sich ungeschickt und ohnmächtig. Die Geistlichen aber, welche im Mai siegsgewiß in den Wahlversammlungen umherrannten und raunten, wagten gestern nicht sich in denselben zu zeigen. Sie mochten aus guten Gründen Insulten fürchten. Die Geistlichkeit hält es mit den Aristokraten, hörte ich wiederholt aussprechen. Und allerdings ist ihre Haltung sehr verändert. Sie scheint zu fühlen, daß das Feuer, mit dem sie lange gespielt, um nicht zu sagen, daß sie es selbst geschürt, sie selbst zu verbrennen droht und daß auf dem Acker der Demokratie ihr Waizen nicht blüht, und Mancher mag mit Schmerz daran denken, wie er den Helden des März von der Kanzel Hosianna gerufen. Es ist aber auch hier — trop tard! Wer übrigens die wirkliche innere Haltung der Koblenzer Bevölkerung, überhaupt die Bevölkerung weiland geistlicher Staaten kennt, für den hat dieser scheinbare Umschlag nichts Ueberraschendes. Mich wenigstens würde es nicht befremden, hier einen Pendant zu den Scenen von 1794 zu erleben, als Görres zuerst auftrat und als man hier einer Vernunftgöttin zujauchzte und die städtische Hauptkirche nur durch den Rath des braven Juden Seligmann, Mitglied der Municipalität, vor dem Abbruch gerettet wurde.

Was lernen wir aber aus dieser Historie? sagt der alte Hübner. Zunächst, daß zur Zeit über den Ausgang der Wahlen lediglich hominum confusio et dei providentia entscheidet. Weiter aber schwerlich, daß das allgemeine Wahlrecht durch einen mäßigen Census beschränkt werden muß, wonach die Politik der épiciers sich sehnt, die denn doch schwerlich so kühn sein möchte, diese Reaktion, zumal in einem Lande allgemeiner Wehrpflicht, zu versuchen. Würden doch auch dann die Wahlen vor wie nach ein Hazardspiel, nur in einem ein klein wenig verjüngten Maßstabe, bleiben. Und der mächtigste Antrieb, für Hebung der Massen zu sorgen, fiele dann scheinbar und vorläufig weg, bis auch hier das letzte und furchtbarste zu spät! ertönte. Denn ohne den Drang der Furcht wird unsre Liebe und Einsicht nie dahin gelangen, an dieses höchste Problem der Gegenwart mit Ernst und Nachdruck zu gehen. Also das lernen wir: Leitet die Massen zu einer Organisation, welche sie befähigt, das Wahlrecht, das sie besitzen, mit Verstand und Urtheil auszuüben; merkt, daß die politische Frage auch in diesem Punkte, wie überall, klein wird gegen die sociale, daß sie ganz darin aufgeht. Doch über diese Seite der Sache nächstens!

△ **Wetzlar**, 19. Jan. Die Gießener Zeitung „der jüngste Tag" redigirt von A. Becker, welche seit dem Beginn des neuen Jahres den Namen „Wehr Dich!" trägt und sich als Organ der demokratischen Vereine Oberhessens und des Lahnwehrbundes ankündigt, bringt in ihrer 2. Nummer vom 4. Jan. die Statuten des Lahn-Wehrbundes, welche von Abgeordneten der Bürgergarden von Wetzlar, Butzbach und Gießen am 21. Dezember berathen worden. Nach den Statuten bezweckt der Bund brüderliches Aneinanderschließen nachbarlicher Bürgerwehren ohne Unterschied des Staats zu gegenseitiger Unterstützung im Falle der Noth und zur Anbahnung allgemeiner Volksbewaffnung; er erwartet, daß sämmtliche Bürgerwehren des Lahngaues und der Nachbargaue sich anschließen. Ein Zentralausschuß, ein gemeinschaftliches Dienstreglement, eine gemeinschaftliche Kasse, periodische gemeinsame Dienstübungen sollen sie vereinen. Jede Bürgerwehr ist verpflichtet, die zum Zentralorgane bestimmte Zeitung zu halten, wozu vor der Hand die Zeitung „Wehr Dich!" erwählt ist, welche in ihrem ersten Stück erörtert, warum Hecker's Empörung „damals nichts helfen konnte" daß heute aber die Sache Deutschlands besser als je stehe, und welche eben daselbst fordert, daß jeder zum „Galgenkandidaten" erklärt werde, „welcher der deutschen Nation einen erblichen Kaiser aufbürden hilft." Nach §. 14 der Statuten ist im Fall

der Noth jede Bundeswehr verpflichtet, dem Nachbarn, wenn er dazu auffordert, Hülfe zu leisten; ein gemeinschaftliches, vorher verabredetes Handeln mehrerer Kreise kann aber nur „auf Requisition des Obmanns" Statt finden. Die Statuten sollen durch Abgeordnete des Bundes revidirt werden, wenn sie „mit einem Gesetz in Widerspruch treten", und der Nationalversammlung in Frankfurt „zur Einsicht" vorgelegt werden. Zum Vororte des Bundes ist vor der Hand Wetzlar, zum Obmann der Bürger Dr. med. Herr zu Wetzlar Major der Bürgergarde daselbst, erwählt. So weit von dem Inhalt der Statuten. Der Versuch, welcher sich in ihnen darstellt, eine selbstständig außerhalb des staatlichen Organismus dastehende bewaffnete Macht zu bilden, welche möglichst viele Bürgerwehren umfaßt und zu ihrem Zentralorgan den „jüngsten Tag" oder den „Wehr Dich!" hat, wird sich sicherlich als eine kindische Fehlgeburt erweisen, namentlich werden die Quellen für die Zentralkasse nur jämmerlich fließen, aber als ein Symptom von noch immer auftauchenden Hoffnungen und Bestrebungen hat er ein pathologisches Interesse.

♄ **Aus Würtemberg**, 21. Jan. Die Wolken, welche sich vor Kurzem, als die Verkündigung der Grundrechte in Frage stand, über dem Haupte des Ministeriums Römer emporzuthürmen drohten, haben sich zertheilt: was auch an den Gerüchten von den Intentionen in den höchsten Kreisen und den damit zusammenhängenden Kombinationen eines Ministeriums Linden, welches, wenn es auch nicht der Ausdruck einer Reaktion gewesen wäre, doch in der öffentlichen Meinung dafür gegolten haben würde, Begründetes gewesen sein mag, die Besorgniß, welche man in dieser Richtung hegte, ist vollständig geschwunden, seit die Krone vollständig und unumwunden sich zu der Politik bekannt hat, welche, wie Niemand in Zweifel gezogen, das Ministerium von vorneherein zu befolgen beabsichtigte. Aber, wenn die Gefahr von dieser Seite abgewendet ist, so scheint von einer ganz andern Seite her eine neue Gefahr im Anzuge zu sein, es scheint, als ob die Kammer die Existenz der gegenwärtigen Verwaltung bedrohe; wenigstens ist der ganze Bericht der Finanzkommission über das zur Zeit der Berathung der Kammer unterbreitete Budget in einem Geiste ausgefallen, der ein wenig verhehltes Mißtrauen athmet, und die Beschlüsse der Kammer sind, trotz aller Verwahrungen, welche sie hin und wieder eingelegt hat, wenig geeignet, ein Zeugniß des Gegentheils abzulegen. Die Kammer steht, das kann Niemand leugnen, durch den Bericht ihrer Finanzkommission und die darauf basirten Beschlüsse, dem Ministerium vielfach feindlich gegenüber. Ob die Rolle, in welche sie sich hineingespielt, ersprießlich für das Land ist, ob ihre Opposition im Lande auch nur auf Sympathien stößt, ist eine andere Frage, die vielleicht verneinend zu beantworten ist, wenn man bedenkt, daß die Männer des gegenwärtigen Ministeriums lange Zeit hindurch der Mittelpunkt aller freisinnigen Bestrebungen im Lande waren und daß die jetzige Kammer wenig Namen aufzuweisen hat, die ihnen ebenbürtig zur Seite stehen, daß aber andrerseits, wenn auch die Abgeordneten nimmer zu blinden Jaherren werden sollen, es doch in Zeiten so gewaltiger Aufregung als ihre Hauptaufgabe erscheinen muß, die trüben Elemente, die hier und dort gähren, niederzuschlagen und im engen Anschluß an ein Ministerium, dessen ernsten Willen, die Freiheit des engeren Vaterlandes dauernd zu befestigen, sie nicht in Zweifel ziehen können, zur Beruhigung der Gemüther und zur Konsolidirung unserer neuen Zustände das Ihrige zu wirken. Es vergißt diese Opposition, daß ein Ministerium, auch das allerfreisinnigste, an Rücksichten gebunden ist, welche der Volksvertretung allerdings fremd sind und fremd bleiben müssen, daß ein Ministerium, welches die Gesetze nicht bloß zu geben, sondern auszuführen hat, vor Allem das begrenzte Gebiet des praktisch Möglichen und Ausführbaren ins Auge fassen, daß es die hundert Schwierigkeiten beachten muß, welche sich diesem oder jenem an und für sich empfehlungswerthen Vorschlag in concreto entgegenstellen, daß es zwischen Forderungen, welche einen absoluten und rücksichtslosen Charakter tragen, und zwischen dem wirklich Erreichbaren vermitteln und vergleichen muß. Doch auch das Ministerium dürfte sich von Fehlern nicht frei fühlen. Das unbedingte Vertrauen, welches seine Mitglieder, gestützt und gewissermaßen pochend auf ihre Vergangenheit, bei jeder Gelegenheit in Anspruch nehmen, widerspricht dem ganzen Wesen des konstitutionellen Prinzips: in dem konstitutionellen Prinzip ist es wesentlich begründet, daß keine Person hoch genug steht, um ihr in jedem Falle blindlings zu vertrauen; das Gegentheil würde uns in seiner Konsequenz dem patriarchalischen Staate wieder zuführen. Möchte man von beiden Seiten einlenken und von beiden Seiten erkennen, worin man bis jetzt gefehlt; eine prinzipielle Differenz zwischen dem Ministerium und der Kammermehrheit ist bis jetzt nicht vorhanden und jede andere Differenz wird beseitigt werden können und im Interesse des Landes beseitigt werden müssen.

Stuttgart, 20. Jan. Der Entwurf einer neuen Ordnung für die evangelische Kirche Würtembergs, angepaßt der in den Grundrechten verliehenen Unabhängigkeit der Kirche, ist dieser Tage im Druck erschienen. (Karlsr. Z.)

* **Leipzig**, 22. Jan. Von hier wird in diesen Tagen folgende Adresse an den Staatsminister v. d. Pfordten abgehen: „Herr Minister! Sie haben in der verhängnißvollen Sitzung der zweiten Kammer vom 2. Jan., welche zur Schande Sachsens die endlich herannahende Erfüllung der Hoffnungen der deutschen Nation im Keime zu ersticken bemüht ist, es ausgesprochen, daß die Feinde Deutschlands über diese Sitzung frohlocken werden, denn sie haben Verbündete und Genossen in der Mehrzahl der sächsischen Abgeordneten gefunden. Wir vertrauen diesem Worte, hochgeehrter Herr, wir vertrauen darauf, daß Sie selbst es aussprechen, wohin dieser Weg führt. Sie kennen die Genossen, mit denen gemeinschaftlich Sie ihn würden wandeln müssen. Ist auch der souveräne Unverstand für den Augenblick zur Herrschaft gelangt, so sind doch seine Tage gezählt; die bethörte Mehrheit im Volke wird die Augen öffnen und endlich begreifen, daß nur in und mit Deutschland für unser sächsisches Land eine bessere Zukunft gedeihen kann. Mit Vertrauen erwarten wir, daß Sie der Stimme Deutschlands und Ihres Gewissens folgen werden, und daß Sie kein Mittel werden unversucht lassen zur Rettung Sachsens und Deutschlands. Eingedenk, daß Sie ein Deutscher, zuerst und vor Allem ein Deutscher sind, werden Sie, wir zweifeln nicht daran, in dieser großen Erfüllungswoche das Heil des ganzen deutschen Vaterlandes einzig und allein bedenken. Leipzig, 22. Jan. 1849."

☾ **Mannheim**, 23. Jan. Ueber die verschiedenen Exzesse des Militärs sind bereits Untersuchungen angeordnet und ohne Zweifel werden die Schuldigen streng bestraft werden; denn man ist mit Recht von Seiten der Bürger darüber aufgebracht. Das Auftreten Brentano's zu Gunsten des verabschiedeten Lieutenants Siegel in unserer Kammer konnte nur Staunen erregen, indem sich das Betragen desselben in keiner Weise entschuldigen läßt. Selbst die Soldaten, welche derselbe aufzuwiegeln suchte, als sie den Gefangenen-Transport nach Rastatt gebracht hatten, waren über sein Betragen so empört, daß nur die Epaulette ihn vor einer handgreiflichen Demonstration schützte. Wir haben gleich nach diesem Vergehen diese Soldaten in Freiburg gesprochen und hätten nie gedacht, daß ein solches Benehmen in unserer Kammer je vertheidigt werden könnte. Es hieße die Grundsäulen des ganzen Militärstandes niederreißen, würden derartige Vergehen ungerügt gelassen. Es gibt im Militärstande andere, wichtige Mißstände, die zu beseitigen eher die Aufgabe freisinniger Abgeordneten wäre. Ein Privatschreiben theilt uns die Nachricht mit, daß bei Donaueschingen ein verschanztes Lager projektirt sei, zu welchem bereits die Ausmessungen stattgefunden hätten. Wann und zu welchen Zwecken dasselbe errichtet werden soll, wurde uns nicht bekannt.

♂ **Weimar**, 20. Jan. Das Gerücht, welches in einigen Zeitungen das Eingehen der Universität Jena als wahrscheinlich gemeldet hat, ist völlig ungegründet. Vielmehr ist zu erwarten, daß auch die Frequenz dieser Hochschule schon das nächste Semester wieder steigen werde. Die gute Haltung der jenaischen Bürgerschaft wird dazu wesentlich beitragen. Die Festlichkeiten, welche in hiesiger Stadt regelmäßig im Monat Februar zu den Geburtstagen des Großherzogs und der Großherzogin stattzufinden pflegen, werden dieses Jahr unterbleiben.

Großbritannien.

* **London**. Einiges Aufsehen erregen die gerichtlichen Untersuchungen, die gegenwärtig gegen einen gewissen Drouet geführt werden, welcher in Tooting bei London eine Verpflegungs- und Erziehungsanstalt unterhält und dem unter andern auch von den Armen-Pflegern des St. Andreas-Kirchspiels (im Londoner Stadtviertel Holborn) im November und Dezember vorvorigen Jahres 211 Armenkinder anvertraut wurden, nachdem man über die Bekleidungs- und Beköstigungssumme ein paar Briefe gewechselt

hatte. Drouet hielt aber seine Zusagen nicht, bekleidete und verpflegte die Kinder schlecht und steckte das Ersparte in die Tasche. Man wird durch ihn an den gewissenlosen Schulmeister in Boz's „Nickelby" nur zu sehr erinnert. Die Kinder mußten zum Theil zu dreien in einem Bette schlafen; die erste Nachricht, die eine arme Frau von ihrem Kinde seit dessen Aufnahme in Drouet's Institut erhielt, war die, daß es gestorben und bereits begraben sei u. s. w. Plötzlich brach die Cholera in der Anstalt aus. Sofort brachte man 151 Knaben und Mädchen aus derselben in das königl. Freihospital in Gray's Inn-Lane, und es fand sich hier, daß 135 von diesen Kindern mit der Krätze behaftet waren! Vier davon starben bald nach ihrer Verpflanzung in das königliche Freihospital an der Cholera. Ein neuer Beweis, daß diese Privatanstalten in England nur zu oft der ekelhaftesten Spekulation ihre Entstehung verdanken und zu wenig unter Aufsicht stehen. Nicht allein auf Drouet fällt der Tadel, auch die Armenverwaltung von Holborn bewies jene in England nicht eben seltene Gleichgültigkeit gegen das Unglück, indem sie für Verpflegung und Bekleidung nichts Kontraktliches festsetzte und sich überhaupt um die unglücklichen Geschöpfe wenig gekümmert zu haben scheint, bis die Cholerakatastrophe den Schleier lüftete. Es ist auch ein schlimmes Zeichen, daß die Cholera gerade in den englischen Arbeitshäusern viele Opfer hinwegrafft.

Die englischen Zeitungen melden mit großem Bedauern den am 21. Dez. v. J. in Konstantinopel erfolgten Tod des Herrn Ashburnham, ersten Sekretärs bei der großbritannischen Gesandtschaft daselbst. Hr. Ashburnham starb an der Cholera, die, nachdem sie auf einige Zeit verschwunden, sich von neuem in Konstantinopel blicken läßt. Obgleich erst seit drei Monaten der Gesandtschaft beigegeben, hatte sich der Verstorbene doch sehr bald die Achtung Aller, die mit ihm verkehrten, zu erwerben gewußt. Auf dem europäischen Gottesacker, der hoch über dem Eingange des Bosporus gelegen ist, wurde der Verstorbene bestattet. Sir Stratford Canning ging an der Spitze des Leichenzuges.

Man hat Nachrichten und Zeitungen vom Kap, die bis zum 21. Nov. reichen. Die Kolonien fangen an oder fahren fort, der englischen Regierung manche Sorge zu machen. Während Kanada's Handel im Verfall ist und die Papineau'sche Partei in Unterkanada noch nicht aufgehört hat zu „wühlen", während die westindischen Kolonien Klagen auf Klagen, Bittschriften auf Bittschriften an das Mutterland richten, während die Kammer von Jamaika mit dem englischen Reichsparlament, die Pflanzer von Jamaika mit dem Kolonialministerium in London fast in erklärter Feindschaft leben, während im indischen Fünfstrom-Land (dem Pendschab) ein gefahrvoller und kostspieliger Feldzug zu führen ist, hält man im Kaplande, namentlich in der Kapstadt selbst, Versammlungen, um gegen das Ansinnen des Mutterlandes, welches gebesserte Sträflinge nach dem Kaplande zu verpflanzen wünscht, die heftigsten Beschlüsse zu fassen. Man werde sich, wurde auf einem Meeting in der Kapstadt beschlossen, der Einführung von Sträflingen, unter welcher Form oder Bedingung sie auch versucht werden solle, mit allen nur möglichen Mitteln widersetzen. In Bezug hierauf äußert der „African Advertiser", daß man im Kaplande weder Spitzbuben, noch Chartisten, noch Repealer haben wolle.

Frankreich.

* **Paris**, 21. Jan. Herr Boulay zum Vice-Präsidenten gewählt! „Wir haben so viel seltsame Dinge seit 10 Monaten gesehen" bemerkt das Journal des Debats ironisch, „daß wir über nichts mehr in Verwunderung gerathen. Jede andere Wahl hätte uns nicht viel Vergnügen gemacht, diese macht uns keine große Schmerzen. Sei es denn um Herrn Boulay!" Hr. Boulay gehörte bis 1830 zur liberalen Opposition, und ging dann zu den Konservativen über. Er galt als ein Ehrenmann, aber nicht als ein politisches Talent. Seine Hauptthätigkeit bezog sich auch stets auf städtische Verwaltungsgeschäfte. Sein Titel zur Kandidatur der Vice-Präsidentschaft war sein Alt-Bonapartisten-Name und seine persönlichen Verbindungen mit Louis Bonaparte. Noch viel unfähiger als er gilt der zweite Kandidat Baraguay d'Hilliers, ein alter Militair. Er ist Präsident des Klubs Rue Poitiers, weil der Klub in seinem Hause abgehalten wird. Er stimmte selbst in das Gelächter mit ein, das die Verlesung seines Namens im Hause erregte. Der dritte Kandidat, Herr Vivien, ist ohne Zweifel der bedeutendste. Er wurde nicht gewählt, weil er der Kandidat des Ministeriums und der Kandidat des Herrn Thiers war. Thiers intriguirt jetzt so offen zum Umsturz der Republik, daß alle Parteien sich gegen ihn zusammenschließen. Die Presse wirft ihm unverholen vor, daß er, seitdem er die Aussicht verloren, Präsident der Republik zu werden, nur noch Ministerpräsident des Regentschaftsraths zu werden strebe. Thiers wird dem Ministerium noch so viel Feindschaft erregen, daß es zuletzt doch fällt. Den Präsidenten selbst hat er schon gegen sich, weil er fühlt, daß man noch über ihn hinaus will, und die Versammlung wird es auch nicht an entschiedenen Feindseligkeiten fehlen lassen. Diesen Sinn hatte schon ihre Wahl des Herrn Boulay; sie wählte ihn, weil sie wußte, das Ministerium wolle ihn **nicht**. Die Herren Cavaignac, Lamoricière u. A. stimmten für Vivien, weil er ihr früherer Kollege war, ohne aber damit sich als Anhänger des Ministeriums und des Herrn Thiers erklären zu wollen. Alles sagt sich los von ihm, was nicht entschieden zur legitimistischen Partei gehört, selbst die gemäßigte Fraktion der Rue Poitiers.

Ueber den Wahlakt selbst sagt der Charivari: „Die drei Kandidaten waren vertieft in die Vorbereitung der Reden, die Einer von ihnen improvisiren zu müssen im Begriff war. Jeder bereitete die seinige deshalb im Voraus vor, um nicht unvermuthet überrascht zu werden. Während Herr Boulay diesen Anfang fand: Bürger, ich bin glücklich und stolz über die Ehre, die Sie mir so eben erwiesen haben — sagte Herr Baraguay leise zu sich selbst: Bürger, mit ebenso viel Freude als Stolz empfange ich die Ehre, die Sie mir erzeigen . . . . Was Herrn Vivien angeht, so zählte er als dritter Kandidat und als ein Redner, der ruhig auf der Tribüne wartet, bis ihm die Worte kommen, schon eher auf die Eingebung des Augenblicks. Aber die Sitzung hatte kaum begonnen, als Herr Baraguay einsah, es wäre unnütz, wenn er seine Phantasie weiter anstrengte. Herr Boulay aber verwandelte sich sichtlich, und nach der Art, mit der er zuletzt seinen Rock bis an's Kinn zuknöpfte, hätte Jeder dreist, ihn mit dem Finger den Damen zeigend, sagen können: Mesdames, sehen Sie unsern Vicepräsidenten . . . . es ist der dicke Herr auf der Rechten. So präsentirte sich denn auch Herr Boulay, als der kleine Papa Marrast ihn so feierlich proklamirte, als ob es sich um den Ehrenpreis der Veteranen gehandelt hätte, wie der Vicepräsident, der von der Loire-Armee kommt. Er hatte schon für sich allein die Würde des gesammten Stadtraths. Wir wollen hinzufügen (es ist zwar eine etwas thörigte Betrachtung), daß er, durch seine sehr erklärliche Aufregung halb erstickt, uns unwillkürlich an den berühmten kleinen Seehund erinnerte, der ganz deutlich immer Papa sagte." Um aber vom Charivari wieder auf den Ernst des Lebens zu kommen, so macht gerade die Wahl des Herrn Boulay eine Aenderung des Ministeriums, von der das Gerücht schon seit Wochen geht, wahrscheinlicher als je. Die Ministerliste, die man am häufigsten hört, ist: Billault, Girardin, Bugeaud. Das wäre allerdings eine Verschmelzung der Parteien sonder Gleichen!

Die Akademie hat kürzlich Herrn Saint-Priest zu ihrem Mitglied ernannt. Wer ist Herr Saint-Priest? „Darüber können wir Auskunft geben", sagt wieder der Charivari. „Herr Saint-Priest ist der reichste Besitzer von Trüffeln im ganzen Departement du Lot, wo er sogar den Beinamen des Marquis von Carabas erhalten hat." Die Akademie verfährt etwas wissenschaftlich — rücksichtslos in ihren Ernennungen; das vorletzte Mal wählte sie Herrn von Noailles, dessen Haupttitel seine aristokratische Herkunft war, jetzt wählt sie Herrn Saint-Priest. Es scheint nöthig zu werden, was einige Blätter andeuten, daß die Akademie reorganisirt werde.

Herrn Lucien Bonaparte ist es noch nicht gelungen, Oberst der 1. Legion der Nationalgarde zu werden. Zweimal ist gewählt worden; beide Mal hat er noch nicht die absolute Mehrheit erhalten. Er kämpft mit dem General Gourgaud. Morgen wird er mit ihm auf die engste Wahl kommen.

Der Brea-Prozeß findet wenig Theilnahme. Ein Zeuge nach dem andern wird verhört, um die Mörder des unglücklichen Generals herauszufinden. Die trübe Einförmigkeit der Verhöre schreckt selbst die Damen ab, die sonst die eifrigsten Zuhörer bei Kriminalverhandlungen sind.

Der ehemalige ungarische Unterstaatssekretär F. Pulszky ist vorgestern glücklich hier angekommen. Die Art und Weise, wie er mitten durch die österreichische Armee sich nach Schlesien rettete und bis zu seinem Betreten des französischen Bodens tausend Gefahren entging, ist höchst merkwürdig und abenteuerlich. Täglich treffen angesehene Ungarn der Kossuth'schen Partei hier ein

und es bildet sich hier eine ungarische Emigration, die der polnischen weder an Zahl noch an aristokratischer Bedeutung nachstehen wird. Unter den bereits einige Zeit hier weilenden Wiener Flüchtlingen befinden sich auch der Journalist Mahler und der Generalstabschef der Insurrektion, Haug. Tausenau wird, eingetroffenen Briefen zufolge, täglich erwartet.

Der Admiral Cecile hat Paris verlassen, um sich auf seinen Posten als Gesandter in London zu begeben. Die diplomatische Welt hat einen Ersatz für seinen Verlust erhalten — an der Frau des türkischen Gesandten. Der türkische Gesandte hat der Vielweiberei entsagt und eine reizende Christin, Wallachin von Geburt, geheirathet. Die vornehme Welt schwärmt von ihrer Liebenswürdigkeit und ihr Hotel in der Rue St. Florentin wird nicht leer von Bewunderern.

Schweiz.

Wallis. Die Simplonstraße ist durch den Schnee ganz unwegsam geworden. Während 4 Tagen konnte kein Postwagen über den Berg gelangen. Die Häuser sind buchstäblich im Schnee begraben. Der Briefpostdienst wird durch Lastträger besorgt, welche sich tausend Gefahren aussetzen, indem sie das Brieffelleisen von einem Wirthshaus zum andern tragen. — Eine große Anzahl Arbeiter sind mit Wegräumung des Schnees von der Straße beschäftigt. (Basl. Z.)

Genf, 15. Jan. Die „Memoires de Lola Montez" werden nicht erscheinen. Der Verfasser, ein intriguanter junger Mensch, scheint den Prospectus nur publicirt zu haben, um von diesen oder jenen Leuten, die darin kompromittirt werden sollten, eine Geldsumme zu erpressen. Außerdem hat die hiesige Polizei Prospekt und Buch untersagt. (Allg. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Jan. Die heutige Berling. Ztg. enthält einen schwülstigen Artikel über die in der Sitzung der Reichsversammlung vom 13. Jan. zur Sprache gebrachte Ermäßigung der Civilliste. Die Versammlung wird wegen ihrer Haltung in der Sache gerühmt und obgleich der Antrag vom Antragsteller selbst zurückgezogen und dadurch die ganze Sache erledigt war, wird doch nachgewiesen, welche Lasten von der Civilliste zu tragen seien. Dabei wird denn auch dem „volksbeliebten" König der gewohnte Weihrauch gespendet. Er, der Feind alles Glanzes und aller Pracht, werde schon wissen, welche Ersparnisse die Lage des Landes von ihm fordere, und von ihm habe man nicht zu fürchten, daß er dem Beispiel seines Vorfahren, Friedrichs IV., folgen werde, der sich im Jahre 1713, also mitten im Kriege, 220,000 Rbthlr. blos für die Küche und den Weinkeller anweisen ließ. (Schlesw.-holst. Z.)

Ungarn.

Von der ungarischen Grenze. Der Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz hat dto. Ofen 12. Januar eine Proklamation erlassen, in welcher er allen unter den Befehlen der revolutionären Partei stehenden k. k. Truppen vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts Generalpardon verheißt, wenn sie sogleich zu der kais. Fahne zurückkehren; den Oberoffizieren verspricht der Fürst, für sie die Milde des Kaisers anzusprechen, nachdem sie sich vor einer Militär-Untersuchungskommission verantwortet haben werden. (Lloyd.)

Pesth, 15. Jan. Heute wurde nachstehende Kundmachung erlassen: „Se. Durchlaucht der k. k. Herr Feldmarschall und Oberkommandant der k. k. Armee, Alfred Fürst zu Windischgrätz, haben eine Kommission zu dem Zwecke zu konstituiren befunden, um denjenigen Individuen, welche an den revolutionären Umtrieben in Ungarn entweder gar nicht oder nur in minderem Grade Theil genommen haben, Gelegenheit zu ihrer Rechtfertigung zu bieten. Diese Kommission hat unter der Benennung k. k. militärisch-politische Centralkommission in dem ersten Stockwerk des Gebäudes des k. k. Generalkommando's in Ofen ihre Amtswirksamkeit begonnen, was mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß den Vorladungen und Verfügungen dieser Kommission von Jedermann unweigerlich Folge zu leisten sei. Ofen, am 15. Jan. 1819. Vom k. k. Militärdistriktskommando." Diese Kundmachung hat einiges Herzklopfen verursacht; ich glaube jedoch nicht, daß diese Kommission zu einer „Chambre ardente" traurigen französischen Andenkens, sich gestalten werde. Es wäre gegen alle Politik, die kleine Fraktion, die Ungarn in so maßloses Unglück stürzte, auf dem Papier der Untersuchungsakten zu vergrößern. (C. Bl. a. B.)

Griechenland.

** **Athen,** 7. Jan. Hier hat eine Stelle des illustrirten Leipziger Kalenders für 1849 in den höchsten Regionen einen sehr widrigen Eindruck gemacht*). Wir glauben nicht, daß sie besondere Beachtung verdiene, weil der Verfasser nur eine ganz oberflächliche Kenntniß der griechischen Verhältnisse an den Tag legt: „Die wichtigste Frage für Griechenland im verflossenen Jahre war nicht eine Frage der Hofsitte," sondern es handelte sich um Krieg oder Frieden des Orients. Der Antheil aber, den der König daran nahm, zeugt gerade für seinen „Muth" und seine „Kraft", denn er wollte, was sein Volk will, die Befreiung der geknechteten Brüder vom türkischen Joch. Daß dieser Wille „das Völkerrecht verletze", wäre eine neue Theorie. Wer diesen Willen für „ungerecht" hält, mag ihn „schimpflich" nennen, wir halten ihn für gerecht und preisen ihn als höchst rühmlich. Dieser Wille war und ist unausführbar, so lange sich die europäischen Kabinete im Konzert widersetzen, und ein solches Konzert gegen Griechenland ist freilich „ein klägliches Schauspiel". Aber wir haben in den letzten 8 Monaten so viel erlebt, daß uns eine neue Politik für den Orient nicht wundern sollte. Dann, hoffen wir zuversichtlich, wird es sich Deutschland zur Ehre rechnen, „mit Griechenland durch seinen Herrscher in näherer Beziehung zu stehen." Die fremde Diplomatie hat treulich gesorgt, daß Volk und Regierung nicht zu Athem kommen, aber dadurch hat sie wider Willen auch dem Land ein Gutes gethan, sie hat den kriegerischen Geist wach gehalten. — Aendert sich mit der europäischen Politik auch die hiesige Diplomatie, so wird Griechenland bald aufhören, das „fast schlechtestverwaltete Land in der Geschichte" zu sein. — Jene Aenderung aber erwartet der Grieche von den Folgen der Präsidentenwahl Louis Napoleon's.

Asien.

* Persien. Das Morgenblatt des Wiener „Lloyd" vom 17. Jan. meldet nach Berichten, welche dieser Zeitung aus Konstantinopel vom 3. und aus Smyrna vom 6. Jan. zugegangen sind, über die inneren Zustände Persiens Folgendes: Nach dem Tode des Schach Mahomed empörten sich die Städte Schiras, Ispahan und andere große Ortschaften des Reiches, und der neue Schach hat nun vollauf zu thun, um den Aufstand zu unterdrücken, was ihm trotz der energisch von ihm ergriffenen Maßregeln wohl kaum gelingen dürfte.

Nachschrift.

* **Paris,** 22. Jan. Die Nationalversammlung hat heute nach einer zweiten sehr lebhaften Verhandlung das Gesetz, wonach die Maigefangenen vor den „hohen Gerichtshof" gewiesen werden, mit 466 gegen 288 Stimmen angenommen. Lucian Bonaparte ist bei der Obersten-Wahl in dem 1. Arrondissement durchgefallen, Gourgaud ist gewählt worden; dagegen hat im 2. Arrondissement Napoleon Bonaparte die meisten Stimmen erhalten. Aus Toulon schreibt man, daß man glaube, die Rüstungen hätten überhaupt noch keinen bestimmten Zweck; es wäre noch immer kein Befehl gekommen, der auf eine wirkliche Ausführung der Unternehmung deute. — Die Course waren heute, wie folgt: 3pCt. 45, 40; 5pCt. 75, 15; Bankaktien 1685.

Aus **Neapel** wird gemeldet, daß die Erzählung von dem Attentat auf den König von Neapel unrichtig sei und daß der Papst den sardinischen außerordentlichen Gesandten, Grafen Martini, nicht amtlich empfangen wolle. In Rom ist eine Verschwörung zu Gunsten des Papstthums unter den Linienoffizieren entdeckt worden. Sonst ist die Stimmung dem Ministerium sehr günstig, und eine Verordnung, wonach die Nationalgarde ihren Oberst selbst zu wählen hat, findet allgemeinen Anklang.

In **Madrid** hat in der Deputirtenkammer Galvez Canero den Minister wegen einiger Gewaltthätigkeiten des Militärs in Valencia heftig angerufen.

*) Für Griechenland, das durch seinen Herrscher zu Deutschland in einer näheren Beziehung steht, war die wichtigste Frage eine Frage der Hofsitte, und wir erlebten das klägliche Schauspiel, daß ein König, der sich so weit vergaß, das Völkerrecht zu verletzen, nicht den Muth und die Kraft in sich fand, den begangenen Fehler durch ein offenes Geständniß wieder gut zu machen, sondern lieber dem Königthum den höchsten Schimpf zufügte, um gerecht zu erscheinen (!?!). Von der Regierung Griechenlands zu sprechen, ist ein zu unerfreuliches Geschäft, als daß wir dabei verweilen sollten, denn fanariotische Schlauheit reicht französischer Rücksichtslosigkeit die befleckte Hand (schöne Phrase, aber zufällig war weder Koletti Fanariot, noch sind Palamides, Zavellas, Konduriotis, Chrestenites, Kanaris, Chrestides endlich Fanarioten) und kaum hat die Geschichte ein Beispiel eines schlechter verwalteten Landes aufzuzeigen.

Redacteur: H. Kruse.

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 25. Januar.

Tagesordnung der 158. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs, „das Reichsoberhaupt, der Reichsrath", und zwar über Artikel I. §. 2 und folgende.

Vorsitzender Präsident Simson. Aus der Nationalversammlung ausgetreten sind die Herren Aulike aus Berlin, v. Hagenow, Jeitteles und Schloleßnigg. Dagegen treten als neue Mitglieder ein die Herrn Matthies und Hofer.

Der Reichsminister der Justiz überreicht dem Hause ein Gesuch des k. preußischen Inquisitoriats in Grüneberg, worin die Erlaubniß zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Abgeordneten Levysohn wegen seiner Redaktion des dortigen Wochenblattes beantragt wird. Die Angelegenheit geht an den Untersuchungsausschuß. Unter den Flottenbeiträgen sind 40 Louisd'or gesammelt in den hannoverischen Aemtern Scharnebeck und Osterholz. (Bravo.)

In Bezug auf §. 2 des zu berathenden Abschnittes des Verfassungsentwurfs ist der präjudizielle Antrag eingebracht, daß der ganze Paragraph: — „das Reichsoberhaupt führt den Titel: „Kaiser der Deutschen" — indessen übergangen und die Berathung sofort auf §. 3 folgg. erstreckt werden möge. Herr Arndts aus München empfiehlt den obigen von Grundner aus Ingolstadt eingebrachten Antrag auf Aussetzung oder vielmehr Beseitigung des Paragraphen. Herr Waitz dagegen widerspricht diesem Verlangen und die Versammlung verwirft den Grundner'schen Antrag, indem sie auf die Besprechung verzichtend sogleich zur namentlichen Abstimmung verschreitet.

Von 419 Anwesenden antworten 214 mit „Ja" auf die Frage, ob das Reichsoberhaupt den Titel Kaiser der Deutschen führen soll. Von 205 Stimmen wird sie verneint. Der Paragraph ist mithin nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses angenommen. Bewegung im verschiedenartigen Sinne.

Auch über §. 3 wird die Besprechung abgelehnt und derselbe dann (durch Aufstehen und Sitzenbleiben) zum Beschluß erhoben:

§. 3. „Die Residenz des Kaisers ist am Sitze der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren.

So oft sich der Kaiser nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein.

Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung werden einem Reichsgesetze vorbehalten."

Ueber §. 4. „Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt", ergreift

Herr Buß aus Freiburg das Wort dagegen. Er hoffe, daß Derjenige, welcher an die Spitze der Nation gestellt werden wird, auf die Civilliste verzichten werde. Daher will er den Paragraphen darüber gestrichen sehen. (Lachen.) Es ist ein offenes Geheimniß, wir wollen von beiden Seiten einen Kaiser von Deutschland. (Widerspruch von links.) Sie aber wollen den König von Preußen, wir den Kaiser von Oesterreich. (Unruhe.) Zur Rechten gewendet, will der Redner die Gründe auseinander setzen, die ihn und seine Gesinnungsgenossen veranlassen, gegen diese Seite des Hauses zu stimmen. (Ruf: zur Sache!) Einer derselben sei auch, daß der Kaiser von Oesterreich keine Civilliste beanspruchen werde. Man beruft sich vielfach auf die öffentliche Meinung. So will ich Ihnen denn etwas vom Stande der öffentlichen Meinung in Oesterreich erzählen (Unruhe. „Zur Sache!") Das österreichische Volk von der Mur bis an die sächsische Grenze will, daß sein Monarch an die Spitze Deutschlands gestellt werde. (Unruhe und Lachen.) Ich denke wir werden noch Gelegenheit haben, diese Stimme des österreichischen Volks in diesem Saale zu vernehmen. Wenn das rechte Centrum so lebhaft für die Erblichkeit streitet, so sollte man doch dabei historische und moralische Rücksicht auf Oesterreich nehmen (Zur Sache! Civilliste!). Von dem Hause, welches bis zum Anfang dieses Jahrhunderts die deutsche Krone mit Würden und Ehren getragen, von dem Hause sollten wir uns nicht abwenden (Civilliste!). Da Herr Buß endlich so oft unterbrochen wird, als er von dem Gegenstande abschweift, so verlangt er Abstimmung darüber, ob er bei der Sache sei oder nicht. Der Präsident erklärt keine Abstimmung darüber zulassen zu können, und fügt die Mahnung an Herrn Buß hinzu, sich an den Inhalt des Paragraphen mit seiner Besprechung näher anzuschließen. Herr Buß: So werde ich verzichten! (Gelächter.)

Ihm folgt Herr Zachariä von Göttingen: Nicht für Oesterreich, nicht für Preußen, sondern für Deutschland sollen wir die Verfassung errichten. Dies ist was ich in Bezug auf Auslassungen wie die des Vorredners zu bemerken habe. Eine Ausstattung wird das deutsche Reichsoberhaupt nicht entbehren können. Will man nun nicht auf Naturalleistungen, z. B. auf Spanndienste bei Reisen zurückkommen, so wird eine Civilliste allerdings nöthig sein. Ja ich meine sogar, daß, wer immer an die Spitze des Reichs gestellt werde, derselbe gar nicht auf die Civilliste verzichten dürfe.

Der Schluß der Debatte wird hierauf beliebt und darnach §. 4 in der mitgetheilten Fassung angenommen.

Es folgt Art. II. §. 5. „Die Person des Kaisers ist unverletzlich.

Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Minister aus." Auf die Diskussion wird verzichtet und der Paragraph darauf angenommen.

Desgleichen

§. 6. „Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt."

Ebenso Art. III. §. 7. „Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reichs und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an und führt den diplomatischen Verkehr".

Ueber §. 8. „Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden" — wird eine Besprechung eröffnet und es erhält das Wort

Cullmann aus Zweibrücken: Nur dem Volkshause steht das Recht des Kriegs und Friedens zu, weil jeder Krieg allein mit den Kräften des Volkes geführt wird. Sie (gegen die Rechte) begründen eine konstitutionelle Monarchie nach dem Muster der oktroyirten Verfassung, keine demokratische, wenn sie das Recht des Kriegs und Friedens, anstatt in die Hände der Volksvertretung, in die Hände des Kaisers geben. Auf die Ausführung dieser kurzen Sätze verwendet Herr Cullmann eine sehr lange Zeit und einen außerordentlichen Eifer, indem er mit überangestrengter, in sich erstickender Stimme alle Uebel des dynastischen Regiments, des Absolutismus, die Rückkehr des Legitimitätsprinzips, kurz die Koalition der schlimmsten Elemente aus der Annahme des Paragraphen nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses verkündigt.

Wurm aus Hamburg: Ich weiß nicht, ob der Redner die englische Verfassung für eine oktroyirte hält, oder die norwegische, oder die belgische, oder, um der jüngsten zu gedenken, die niederländische. Sie sämmtlich legen das Recht des Krieges und Friedens in die Hand des Staatsoberhaupts. Daß wir bei der Errichtung der provisorischen Centralgewalt der Nationalversammlung das Recht des Kriegs und Friedens vorbehielten, hat seinen guten Grund gehabt in dem Vorübergehenden dieser Centralgewalt. Was die, zahlreichen Versammlungen anhaftende Gefahr leidenschaftlicher und übereilter Entschlüsse anlangt, so beziehe ich mich auf Mirabeau. Wenn es Ihnen um das Volk zu thun ist, meine Herren, so nehmen Sie das Recht des Kriegs und Friedens nicht unmittelbar in Ihre Hände. Freilich wenn wir nur auf Zeit, auf eine kurze Zeit von Jahren die Gewalt und Würde des Oberhaupts ver-

leihen, so kann der Beschluß, ihm das Recht des Kriegs und Friedens zu übertragen, sein Bedenkliches haben. Jeder Grund zur Besorgniß hingegen weicht, wenn die Regierung an einen Staat in der Weise übertragen wird, daß sich dieser Staat mit dem Reiche ganz identifiziren kann.

Beseler als Berichterstatter des Ausschusses: Auch diese Frage ist eine Frage der Macht und nicht der Freiheit. Wir sind umgeben von Staaten, deren öffentliche Gewalt sich in Einer Hand koncentrirt. Schon Demosthenes warf den Athenern vor, daß sie ihre Politik auf offenem Markte verhandelten, während König Philipp seine Anschläge von seinem Kabinette aus gegen Griechenland richtete.

Die Abstimmung erfolgt durch Namensaufruf. Aus ihr ergibt sich die Annahme des §. 8 mit 282 gegen 136 Stimmen.

Ohne Diskussion wird angenommen

§. 9. „Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstags, insoweit diese verfassungsmäßig vorbehalten ist."

Desgleichen:

§. 10. „Alle Verträge nicht rein privatlichen Inhaltes, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme, und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen."

§. 11. „Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen."

§. 12. „Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlags. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen."

§. 13. „In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, sowie der Amnestirung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung einer einzelnen Untersuchung kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen."

Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu.

§. 14. „Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob."

§. 15. „Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht."

§. 16. „Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reichs nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm stehen als Träger dieser Gewalt diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind."

Mit der Annahme des Abschnittes: Das Reichsoberhaupt ist die heutige Tagesordnung erschöpft, worauf gegen 2 Uhr Nachmittags die Sitzung schließt. Morgen: Berathung des Theils der Verfassung, der vom Reichsrathe handelt.

Frankfurt, 24. Jan. Dem Reichsministerium ist nachstehendes Schreiben zugekommen: „Der unterzeichnete Bevollmächtigte für Kurhessen ist beauftragt, der provisorischen Centralgewalt in Bezug auf die Reichsoberhauptsfrage die Erklärung abzugeben, daß Se. königl. Hoheit der Kurfürst, von dem Bewußtsein durchdrungen, daß nur ein einiges, kräftig zusammengehaltenes Deutschland den Bedürfnissen des deutschen Volkes entspreche, und daß zu diesem Zwecke die Einsetzung eines starken Reichsoberhauptes erforderlich sei, keinen Anstand nehme, schon jetzt sich dahin auszusprechen, wie Allerhöchstdieselben bereit sind, in Uebereinstimmung mit Ihren Bundesgenossen zur Erreichung jenes hohen Zieles diejenigen Opfer zu bringen, welche gleichmäßig von den übrigen deutschen Regierungen, so auch von der kurhessischen, bei endgiltiger Feststellung des deutschen Verfassungswerkes erheischt werden dürften. Frankfurt a. M., den 24. Jan. 1849. (gez.) Jordan." (O. P. Z.)

*** **Frankfurt**, 24. Jan. Die Hoffnung der gegen den Beschluß der Nationalversammlung bezüglich der Spielbanken protestirenden Spielpächter muß doch eine sehr schwache auf den Erfolg ihrer abwehrenden Schritte sein; denn man erfährt (wenigstens heißt es so), daß die Homburger Spielpächter sich auf belgischem Boden, in Spaa, das Terrain zu ihren Civilisationsplänen ausgesucht haben. Wohin sich die Wilhelmsbader Spielpächter flüchten werden, ist noch unbekannt, allein das steht wohl außer Zweifel, daß Wilhelmsbad, mit seiner üppigen Vegetation und als reizender ländlicher Erholungspunkt, auch ohne Spielbank gern besucht werden wird, sowie auch Homburg von der Natur hinlänglich bedacht ist, um nicht zu unmoralischen Existenzmitteln greifen zu müssen.

△* **Frankfurt**, 24. Jan. Commodore Parker hat sich heute beim Prinzen Adalbert und Herrn Duckwitz beurlaubt und wird Morgen von hier abreisen, um nächstens nach Amerika zurückzukehren. Er ist ein erfahrener Seemann von einnehmendem, Zutrauen erweckendem Wesen, hält sich aber selbst etwas zu alt für das schöpferische Unternehmen, eine deutsche Flotte herzustellen. Hoffentlich kommt er bald zurück mit einigen tüchtigen jungen Marineoffizieren. Wahrhaftig, frische Anstrengung thut uns Noth! Die paar alten englischen Dampfschiffe (Britannia und Akadia, von den Cunard-Schiffen), die erst mit großen Umständen und Kosten für den Kriegsdienst umgeändert werden müssen, sind wahrlich keine sehr hoffnungsreichen Seekreiser für die deutsche Flotte! Warum haben Sie meine neuliche scharfe Mahnung zurückgelegt? Etwa weil das Marinedepartement versichert, die Geräuschlosigkeit habe auch ihr Gutes? Ich bin wenigstens bei dieser Angelegenheit entschieden anderer Meinung. Kein anderer gemeinschaftlicher Gedanke bewegte in höherem Grade im Süden und Norden das ganze deutsche Volk. Mit der größten Kraft, mit der größten Oeffentlichkeit hätte er verfolgt werden sollen. Er hätte zu einem Eckpfeiler der deutschen Einheit werden können. Statt dessen ist die Sache schon jetzt, wo sie doch noch durch äußere Umstände so dringend in den Vordergrund geschoben wird, in der öffentlichen Theilnahme fast eingeschlafen. Sie soll, wie ein Veilchen, im Verborgenen blühen. Niemand erfährt etwas davon, selbst die Küstenländer nicht, welche am meisten dabei betheiligt sind. Unmuth und Verdruß ist an die Stelle der Begeisterung getreten. Soviel erfährt man leider doch, daß wenig zu Stande kommt. Von der Ostseeküste haben Sie selbst die Nachrichten gebracht, daß gezögert und gezaudert ist, bis jetzt selbst die Kanonenboote nicht mehr fertig werden. Sogar der Ankauf des Schiffsbauholzes war eingestellt. Die preußische Regierung hat nun Auftrag gegeben, dennoch mit dem Ankauf bis zu einer bestimmten Summe (200,000 Thaler) fortzufahren. Das ist unsere ganze Großthat! Schade, daß man mit geradem und krummem Eichenholz keine dänische Fregatte kapern kann!

*** **Frankfurt**, 25. Jan. Die verfassunggebende Versammlung der freien Stadt oder vielmehr des freien Staats Frankfurt wird in der nächsten Zeit sich mit ihrer eigentlichen Mission, der neuen Verfassung Frankfurts, zu beschäftigen haben. Der Ausschuß soll mit dem Entwurf bald hervortreten können und wie man hört, bestätigt es sich, daß die exekutive Gewalt aus 7 Mitgliedern nebst einem Präsidenten und Vizepräsidenten, und die legislative Gewalt aus 96 Mitgliedern bestehen soll. Man zweifelt nicht daran, daß der Entwurf, wenn auch mit Modifikationen, von der „Konstituante" angenommen werde. Damit ist aber die Verfassung noch nicht in's Leben getreten, sondern sie muß erst der Bürgerschaft (wohl jetzt der Staatsbürgerschaft) zur Prüfung vorgelegt werden.

Wien, 18. Jan. Wir vernehmen, daß Hr. v. Schwarzer sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt hat. (Lloyd.)

Wien, 19. Jan. Vom 1. Febr. angefangen wird die österreichisch-französische Post von Wien aus nicht wie bisher durch Baiern, sondern in geschlossenen Paketen über Aachen, Köln und Berlin befördert werden. Die Beförderung nach Paris wird dadurch um mehr als 20 und von Paris nach Wien um nahe 34 Stunden befördert werden. Die „Ostdeutsche Post" hat zwar die Bewilligung zum Wiedererscheinen erhalten, wird aber von derselben unter den jetzigen Verhältnissen keinen Gebrauch machen. Dem Vernehmen nach ist Kuranda im Begriff Wien zu verlassen. Es begleitet ihn allgemeine Achtung. (Allg. Z.)

Wien, 20. Jan. Einer soeben aus Ungarn eingetroffenen Nachricht zufolge haben die kaiserlichen Truppen die wichtigen Städte Schemnitz und Kremnitz besetzt, worüber man noch heute Abend ein Armeebülletin erwartet. Der Fürst Windischgrätz soll zwischen heute und morgen hier eintreffen, sein Aufenthalt bei uns jedoch nur von kurzer Dauer sein. Heute versicherte man

mich mit ziemlicher Bestimmtheit, daß der ehemalige ungarische Premier Ludwig Batthiany zum Tode verurtheilt sei. Briefe aus Pesth vom 17. erwähnten indessen davon noch nichts. (Allg. Z.)

In Folge einer Ministerialverordnung wurde in **Triest** die Jury aufgelöst, weil sie in ihrer Zusammensetzung nicht die geeignete Garantie bildet, welche man im Interesse der Ordnung und Freiheit von ihr fordert. (A. O. Z.)

Berlin, 23. Jan. Was ich Ihnen schon gestern über den Ausfall der hiesigen Wahlen mitgetheilt habe, hat sich heute auf das Vollkommenste bestätigt. Die liberale Partei ist Sieger geblieben; im Verhältniß von 3 : 1. Sogar in den Militär-Wahlbezirken sind mehr Unteroffiziere und Feldwebel gewählt worden, als höhere Offiziere. Im Allgemeinen ist es sehr ruhig bei den Wahlen hergegangen. Oft haben sich die Parteien fast gleich stark entgegengestanden, so daß die Wahl mit einer Majorität von nur einer oder sehr wenigen Stimmen entschieden worden ist. Wo indeß einmal ein unruhiger Geist die versammelten Staatsbürger erfaßt hat, da ist es denn auch bald zu sehr turbulenten Auftritten gekommen: in der Sebastianstraße hat sich die Versammlung bei der vierten Wahl nach einigen Thätlichkeiten völlig aufgelöst, in der Friedrichstädt'schen Halle ist es so wüst hergegangen, daß das Militär (noch anderswo die Konstabler) hat einschreiten müssen. Man hört von vielfachen Reklamationen, die von beiden Parteien erhoben werden sollen. Doch werden diese schwerlich den Stand der Parteien ändern.

Lith. Korr. **Berlin**, 23. Jan. In Folge der gestrigen Wahlen ist die hiesige Bevölkerung in einem Siegesrausche, wie sie ihn seit dem März v. J. nicht empfunden hat. Nach dem gestern Abend vom Minister des Innern erstatteten Bericht soll die Zahl der unzweifelhaft oppositionellen Wahlmänner sich auf 605, die der zweifelhaften auf 46 und die der konservativen auf 362 belaufen haben. Ueber mehr als 200 Wahlmänner fehlten noch die Angaben. Wir können nach ziemlich sicherer Schätzung heute mittheilen, daß mehr als 3/4 der Wahlen oppositionell ausgefallen sind. Man würde indeß irren, wollte man annehmen, daß im gleichen Verhältniß die Vortheile des Sieges der Demokratie zufallen werden. Die Opposition ist diesmal aus ziemlich verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt und besteht zwar vorwiegend, doch keineswegs ausschließlich, aus Männern der demokratischen Partei. Gegen Adel und Beamtenaristokratie gab sich überall die entschiedenste Abneigung kund; eine noch größere gegen die Mitglieder der Stadtbehörden. Diese hatten zuletzt noch das Mißfallen eines großen Theils der Bevölkerung dadurch erregt, daß sie diejenigen Stadtverordneten, die sich geweigert hatten, die Dankadresse an den König zu unterzeichnen, nicht zu Wahlkommissarien bestellten. Nur auf einige der auf diese Weise ausgeschlossenen Stadtverordneten lenkten sich deßhalb die Wahlen. Die unverwüstliche Frivolität des Berlinerthums hat sich auch bei dieser Gelegenheit nicht verleugnen können. Der vielgenannte „vergnügte Weinhändler" Louis Drucker ist in seinem Bezirk zum Wahlmann gewählt. Arnold Ruge wurde vorgestern ungeachtet seiner Krankheit, ja trotzdem die Hrn. v. Manteuffel und v. Hinkeldey, wie uns versichert wird, energisch sich für seine Berechtigung hier zu bleiben, ausgesprochen hatten, lediglich nach dem Willen des Hrn. v. Wrangel polizeilich genöthigt, die Stadt zu verlassen. Ebenso der gelehrte Orientalist Dr. Goldstücker aus Königsberg. Derselbe hielt sich hier auf, um zu gelehrten Arbeiten die hiesige Bibliothek zu benutzen. Die ihm hierzu ertheilte Ermächtigung des Ministers v. Ladenberg, die entschiedensten Remonstrationen der Herrn v. Schön und Rosenkranz vermochten nichts gegen die Allgewalt des Oberbefehlshabers in den Marken.

△ **Köln**, 23. Jan. Unsere Wahlen für die zweite Kammer sind wahrhaft erschrecklich ausgefallen. Kappusbauern, Branntweinbrenner, Bierbrauer, alles von der reinsten demokratischen Gesinnung — bilden die ungemeine Majorität. Die guten Bürger waren, wie gewöhnlich, aus reiner Indolenz ruhig zu Hause geblieben, und lange nicht die Hälfte der Urwähler hatte es für nöthig gehalten zu erscheinen, während die Demokraten unter der besten Disziplin standen. So weit meine Nachrichten reichen, ist in Bonn, Düsseldorf, Koblenz, Düren, Aachen, selbst in Elberfeld, überall aber auf dem Lande, das Resultat ebenso oder noch weit entschiedener für die sogenannte Demokratie gewesen. Sie haben immer Preußens Zukunft groß und glücklich gewünscht, Ihnen darf ich deßhalb vor Allen zurufen: — Gott schütze Preußen!

× **Wetzlar**, 23. Jan. Die Demokraten haben hier die ganze Nacht gejubelt und die Urwähler mit Bier und Branntewein bewirthet, denn alle neunzehn Wahlmänner gehören ihrer Partei an. Die Konstitutionellen, die fast ein Drittel der Urwählerzahl ausmachten, unterlagen in allen sechs Wahlbezirken. Das Uebergewicht der Demokraten war so entschieden, daß das Wahlgeschäft in wenigen Stunden beendigt war. Vom Lande aus, der kleinen hübschen preußischen Enclave, sind etwas günstigere Ergebnisse zu erwarten, da das arme Landvolk in Folge der Märzereignisse manche Erleichterungen erlangt hat. Die wohlhabenden Bauern aber sind alle konservativ und möchten gern alle „Giftschlangen" mit dem Knüppel todt schlagen.

∸ **Stuttgart**, 20. Jan. Varietas delectat: man darf nicht ewig über Kühe und Rinder und Hengste verhandeln, das sieht unsere Kammer sehr wohl ein und ist deßhalb zu einem andern Thema übergegangen. Nichtsdestoweniger müssen Sie die varietas cum grano salis verstehen und nicht etwa glauben, daß wir das Gebiet der Viehzucht verlassen haben, um allenfalls theologica oder juridica zu traktiren; wir haben uns einstweilen nur zur Hagelversicherung gewendet. Wenn Sie wüßten, was sich für tiefe Wahrheiten über die Hagelversicherung sagen ließen! Wissen Sie bereits, daß die Hagelversicherung, die Hagelversicherung im Allgemeinen wie die Hagelversicherung in Würtemberg in specie, ein sehr nützlich Ding ist? Wenn Sie es noch nicht wissen, so lesen Sie die langen und gediegenen Reden, welche in der heutigen Sitzung über diesen Gegenstand einander drängten, aber, lesen Sie sie anderswo, verlangen Sie um Gotteswillen nicht, daß ich Ihnen weiter darüber berichte; begnügen Sie sich mit dem Resultat, daß auch für die Zukunft der bisherige Zuschuß von 15,000 fl. jährlich an die Hagelversicherungsanstalt verwilligt und die mehrseitig beantragte Einführung einer Zwangsversicherung, sowie der Erhebung der Anstalt zur Staatsanstalt abgelehnt worden ist, das letztere, weil sich der Staat dadurch nur neue und sehr beträchtliche Kosten aufbürden würde, das erstere, weil die Versicherungssumme sich ohnehin bereits auf mehr als 14 Mill., den vierten Theil des gesammten Rohertrags der Bodenkultur, soweit diese bei einer Versicherung gegen Hagelschaden in Betracht kommt, belaufen hat und wahrscheinlich sich schon noch höher gestellt hätte, wenn nicht vielfach noch im Volke der Glaube herrschte, daß eine solche Versicherung ein sündliches Auflehnen gegen die Vorsehung enthalte, ein Glaube, der von der frommen Geistlichkeit mitunter sorgsam unterhalten wird. Interessanter wurden übrigens die Debatten, als die Kammer zu den Positionen für Gewerbe und Handel überging. Zunächst hatte die Regierung zur Errichtung einer Centralstelle, wie sie seit einer Reihe von Jahren für die Landwirthschaft bereits besteht, auch für Gewerbe und Handel eine Summe von 12,000 fl. gefordert, und außerdem, ebenfalls zum erstenmale, eine weitere Summe von 50,000 fl. zur Gewerbeunterstützung, theils zur Deckung der Kosten für Begründung einer Gewerbe- und Handelsstatistik, zur Absendung von Sachverständigen ins Ausland, um dessen Einrichtungen und Zustände kennen zu lernen und einzelne Industriezweige von auswärts nach Würtemberg zu verpflanzen, sowie zum Ankauf von Modellen, Zeichnungen und Werkzeugen, theils und hauptsächlich aber zu Anlehen an solide Gewerbetreibende, welche die Mittel nicht besitzen, ohne Beihilfe verbesserte Einrichtungen in ihrem Fache ins Leben zu rufen oder an solche, die Gewerbezweige im Lande betreiben, durch welche der inländische Bedarf nicht gedeckt wird oder die Erzeugnisse liefern, welche im Auslande leicht einen Markt finden und die arme Bevölkerung einer Gegend zu beschäftigen geeignet sind. Die Kammer bewilligte beide Forderungen, selbstverständlich freilich mit der stereotypen Ermäßigung für zu ersparende Schreibmaterialien und Heizung, mit ungewohnter Bereitwilligkeit und war nur mit Mühe abzuhalten, zur Unterstützung der Gewerbe sofort das Doppelte zu votiren; doch machte sich auch überwiegend die Ansicht geltend, daß Gewerbe und Handel trotz aller Einzelanstrengungen nicht gedeihen würden, so lange nicht Deutschland im Großen diese wichtige Angelegenheit in seine Hand nehme, so lange unserer Schifffahrt Fesseln angelegt seien, deutsche Erzeugnisse nicht auf alle deutsche Märkte gebracht werden, kein großartiges Auswanderungs-System organisirt, unser Münzwesen nicht geregelt und unsere Kommunikationswege nicht geordnet seien. Staatsrath Duvernoy konnte übrigens die Versicherung geben, daß die Regierung bereits mit der von vielen Seiten dringend geforderten Revision der Gewerbeordnung beschäf-

Uebersicht.

Die rothe Republik und ihre Folgen.

K. M. A. Sollen wir denn einander ewig etwas vorgaukeln, oder vorgaukeln lassen? Es wird Zeit, daß wir uns nicht länger gleich begeisterten Knaben oder Jünglingen gebärden, daß wir Satz und Gegensatz, Freund und Feind klar und offen einander gegenüber stellen.

Wir haben in den parlamentarischen Verhandlungen und Kämpfen dieser Tage, wenn nicht die Wahrheit und Wirklichkeit, doch die Scheine und Gegenscheine von Monarchie und Republik, von der monarchischen und republikanischen Spitze Deutschlands gegen einander hin und her spielen sehen, in welchem Spiele denn doch zum Glück des Vaterlandes die Mehrheit der Kämpfer für die konstitutionelle Monarchie zu spielen schien. Wir sagen absichtlich spielen, denn es spielen hier mit rückwärts und vorwärts gerichteten Blicken die verschiedenen Spieler in einem absichtlichen und doch oft sehr zufälligen und augenblicklichen, eines tieferen Grundes ermangelnden Spiel wunderlich durch- und nebeneinander, offenbar in der Hoffnung, es werde das Spiel sich matt spielen und endlich kein tüchtiger Ernst als Erfolg herausspringen. Doch wir springen über dieses Spiel hinweg und beschauen uns den tiefen Ernst ein wenig, der in der Nähe und Ferne hinter der republikanischen Spitze oder rothen Mütze hervorragt.

Republikanische Spitze? Rothe Mütze? Wie? Du unterfängst dich das für Eins und Dasselbe zu nehmen?

Ja, dessen unterfange ich mich, wenn wir von Deutschland und von Deutschlands Verhältnissen und Zuständen sprechen, ich unterfange mich dessen, nicht für Ansicht und Gesinnung, sondern für Ausgang und Erfolg.

Wie soll ich dich hierin verstehen?

Verstehe mich also, wie folgt:

Zuvörderst gestehe ich dir zu, daß ich nicht alle deutschen Republikaner für Rothmützen halten darf, daß ich auf diesem Gebiete die Rothen und die Weißen seit lange unterscheiden gelernt habe. Ich glaube, die meisten hier auf unsrer Linken sitzenden Republikaner sind wirklich weiße; ich darf ja, ohne mir möglicher Weise einen gefährlichen Rechtshandel zuzuziehen, nicht aussprechen, daß ächte Rothe unter uns sitzen, obgleich Einige allerdings durch offene Preisung des Pariser Konvents, grauenvollsten Gedächtnisses, durch freche Verhöhnung des Christenthums, welches die altdeutsche Lehre der Unsterblichkeit und Seligkeit ist, und durch Anerkennung der Nothwendigkeit, die rothe Blutfahne der Freiheit müsse bei uns entwickelt werden, sehr dahin spielende Gelüste verrathen haben.

Wie dem immer sei, ich glaube, daß die ehrlich begeisterten Weißen in unserer Versammlung und im Vaterlande die weit überwiegende Zahl sind. Wenn es anders wäre, müßte ich an der so oft und so laut gepriesenen deutschen Treue und Ehrenhaftigkeit verzweifeln. Ich glaube das, ja ich bin durch Erfahrung fest davon überzeugt, durch Erfahrung, die ich hin und wieder in Gesprächen und Streiten mit mehreren auf unserer Linken sitzenden begeisterten Jünglingen gemacht habe. Gottlob die meisten sind hier Weiße, und so wird es auch im Volke sein, wo sich republikanische Gelüste und Ansichten regen, oder vielmehr, wo solche dunkle, unverstandene und für dasselbe inhalt- und begrifflose Gelüste und Ansichten künstlich erregt worden sind. Leider muß ich hier bedauern, daß es mir selten gelungen ist, einen dieser guten Weißen in seinen Ansichten und Aussichten zu erschüttern, geschweige ihm etwas abzugewinnen. Wir gelangten nach manchen Schwenkungen und Gefechten hin und her immer wieder bei dem Schlußreim an, der da lautet: Wir sind endlich zu freien Menschen mündig geworden; deßwegen ist die Republik jetzt die Richtung der Weltgeschichte, sie ist die reine Idee der reinen Vernunft: der Würdigste und Edelste, wo er sich immer findet, soll herrschen und regieren u. s. w. Was man aus der wirklichsten europäischen und auch aus der deutschen Wirklichkeit, wie sie eben vor uns steht, auch hiegegen stellen, was man aus der Geschichte des menschlichen Herzens und aus den Geschichten der Völker und der Reichezwischen ihre Gründe und Grundsätze werfen mochte — es waren vergebliche Hiebe und Stöße; die Panzer ihrer Ansichten und Aussichten hielten sich undurchdringlich.

Dies sei im Allgemeinen gesagt über die Ansicht und Gesinnung, welche ich ja nicht anklagen will noch anklagen darf, denn auch hier weht die Luft des Zeitalters, die in letzter Erwägung, doch auch eine Luft Gottes heißen muß. Sie werden von einem unbewußten Triebe fortgetrieben, nur leider so ungestüm und uferlos und gränzenlos fortgetrieben, daß sie die verschiedenen möglichen und wirklichen Gestaltungen und Vermittelungen der sogenannten reinsten Staatsidee (meinethalben einer vollen platonischen Republik) auch nicht im Kleinsten anerkennen wollen noch können. Denn vergebens verarbeiten wir uns selbst gegen diese Weißen, ihnen die Möglichkeit zu weisen und zu erweisen, aus den gegebenen deutschen Stoffen und Verhältnissen eine Gestalt zu bilden, welche alle Vortheile und Vorgänge der gesetzlichen Monarchie und der freiesten Republik mit einander verbinde, eine Eidgenossenschaft zu bilden von Königen, Fürsten und Freistaaten, so frei, so stark, und so liebenswürdig, daß alle Freistaaten und Königthümer der von uns abgerissenen Stämme eben durch ihre Macht, Stärke und Liebenswürdigkeit kräftig gereizt werden würden, sich wieder unter die schirmenden Flügel unsers Kaiseradlers zu stellen. Darin aber zeigen diese Weißen am meisten ihre Unkunde der Welt und der Geschichte, daß sie an all das Blut und an all das Gemetzel und Verderben, was die ächten Rothen ihnen doch nicht verhehlen, nicht scheinen glauben zu wollen, daß sie an den Jammer und die Verwilderung, daß sie an den fürchterlichen Ausspruch, Ausgang und Erfolg nicht scheinen glauben zu wollen, welchen das Wagniß der Stiftung einer großen deutschen Republik unvermeidlich haben werde. Ja, selbst viele Gute, viele wirklich weißeste Weiße sprechen mit erstaunenswürdiger Zuversicht von der Leichtigkeit der Vollendung dieses Wagnisses. Aber ... aber ...

Ich halte euch den Spiegel vor, euch die ihr vor Blut und Mord noch menschliche Schaudergefühle empfindet. Schaut einmal ein wenig hinein, beschaut euch selbst darin mit allem, was auf eurem Antlitz, was in eurem Herzen Menschliches und Göttliches geschrieben steht — und dann reckt die Hand zum Schwerte und die Zunge zum Rufe aus für die große deutsche Republik, die nach der Natur des deutschen Menschen und nach den Verhältnissen und Entwickelungen der deutschen Staaten eine rothere und blutigere werden muß, als in den Geschichten dieses Erdtheils jemals eine erlebt worden ist.

Wir schauen denn, wie es möglicher Weise geschehen könnte, wahrscheinlicher Weise geschehen würde:

Z. B. man beginnt in den kleinen Staaten Deutschlands, wo die Arbeit leichter scheint, man fährt in den großen fort.

In den Kleinstaaten von Thüringen, Westphalen u. s. w. erstes leichtes Spiel. Die Herzoge von Sachsen, die Fürsten von Schwarzburg und Reußen, die von Lippe, Waldeck, Anhalt leicht und geschwind verjagt; einige, die nicht sogleich fliehen, sondern sich noch wehren wollen, auch wohl erschlagen oder ermordet. Darauf geht es an die größeren Herren: Würtemberg, Hessen, Mecklenburg u. s. w. Endlich werden in Berlin, München, Wien Zeughäuser gestürmt und Wagenburgen gebaut, und frisch und unverzagt wird an den Thronen der sogenannten mächtigen Despoten und Tyrannen geschüttelt. Auch dort scheint die Arbeit zuerst sehr zu gelingen; Entschlossenheit und Kühnheit, die keine menschliche Rücksicht noch Bangigkeit kennen, feiern erste geschwinde Siege: Aechtung und Plünderung, Stricke und Strang, Axt und Beil, Galgen und Guillotine begehen die Triumphe der Freiheit gegen die knechtischen Fürstendiener und feigen Volksverräther. Die allgemeine große deutsche Republik ist ausgerufen, sie hat — so sagen sie — aus allem Volk, zum Theil aus zugefallenen, herübergelockten Königssoldaten für ihre Macht und Herrschaft fürchterliche Kriegerschaaren gesammelt — aber — . . . aber . . . nun erhebt sich der deutsche Gegenschlag oder Widerschlag, und er wird ein viel fürchterlicherer und grau-

figerer Gegenschlag und wahrscheinlich Umschlag werden, als vor 50 und 60 Jahren die französischen Wechsel und Umschläge gewesen sind. Hört!

Das große Unternehmen in der größten Unschuld gedacht, den reinsten Willen und die edelsten Absichten und redlichsten Ziele bei den Weißen vorausgesetzt: leider, eine weiße Republik läßt sich in Deutschland nimmer machen. Versucht es — sie wird roth, fürchterlich roth, röther als irgendwo gerathen. Die Rothen versichern uns freilich: „Nein! nein! Dem ist nicht so, dem wird nicht so sein; grade in Deutschland ist es so gestellt und bestellt, daß die Republik leichter, kampfloser, unblutiger durchzuführen sein wird, als in irgend einem Lande Europas. Denn eben die Vielherrschaft in Deutschland, diese kleinliche Vielherrschaft ohne Würde, Macht und Majestät, begünstigt ihre Durchführung; die wankenden und wurmstichigen Stühle und Throne der Könige und Fürsten werden von selbst fallen; sie selbst werden nach London, Petersburg und Rom abreisen — und der erhabene unverantwortliche Präsident der Republik wird den neuen Thron der Freiheit einweihen."

Ich aber rufe den also Redenden zu: „Geduld! Geduld! wenn diese Schwäche der Herrschaft und Mißachtung der Hoheit zum Theil auch wirklich da ist, wenn es euch gelänge, durch Verlockung und Verführung, durch List und Gewalt, durch Angst und Schrecken diesen neuen Thron aufzurichten, wenn er wirklich schon da stünde, wahrlich dann würden sich andere Mächte und Schrecken gegen ihn erheben. Es müßte die letzte deutsche Tugend, es müßte die letzte Liebe und Treue, wodurch unser Volk bisher verherrlicht worden, wodurch es allein verhütet worden, daß wir bei unserer unordentlichen Vielherrschaft, bei unserm schwachen und machtlosen Wahlkapitulationskaiser doch kein polnisches Schicksal gehabt haben — diese müßten völlig erloschen und ausgestorben sein, wenn sich aus dem Unglück der in's Elend gejagten, aus den Gräbern der erschlagenen oder ermordeten Fürsten nicht Hunderttausende tapferer Rächer erhöben."

Ja diese Ritter und Kämpfer für das Alte, auch für das gut und würdig Alte, diese Rächer der Untreue und des Aufruhrs würden sich erheben; wir würden einen vielgestaltigen, blutigsten Brudermordkrieg haben.

Und wahrscheinlich würden die Deutschen in diesem Mordkampfe der Drachensaat sich nicht allein untereinander morden; die ländergierigen Nachbarn würden wohl dabei sein, zum Theil wohl unter dem Titel dabei sein, die entthronten Könige und Fürsten wieder auf ihre Stühle zu setzen, aber auf jeden Fall zum doppelten Verderben des Vaterlandes, vielleicht zu seiner Zerreißung, zur Vollendung des endlichen jammervollen Schicksals des ersten und edelsten Volks, das auf Erden lebt.

Setzen wir aber auch den Ausgang und Erfolg ganz anders, setzen wir, daß die blutig kühne Stärke der jungen Republik siegte, daß sie durch die mächtigste gewaltigste Spannung und Zusammenziehung all' ihrer jugendlich begeisterten und fanatisirten Kräfte die inneren und äußeren Feinde niederschlüge — wodurch würde solcher Sieg, solche Niederschlagung möglich? Nur durch einen oder durch mehrere gewaltige Fürsten des Degens, wie sie aus solcher Saat der Drachenzähne hervorzugehen pflegen.

Hier angelangt, frage ich nicht nur die rothen, ich frage die weißen Republikaner: Kann man solche in Umwälzungen aufgehende strahlende Meteore der Schlachtfelder leicht beseitigen, wann sie ihre Blutarbeit gethan haben? Ich weise euch statt aller andern Zeichen und Gründe nur auf die Zeichen der Geschichte hin. Hört, wenn ihr hören könnt: Marius, Sulla, Cäsar, Augustus, Cromwell, Napoleon u. s. w. Durch Solche und vor Solchen werden eure Republiken in den von ihnen selbst bereiteten und aufgerissenen Abgrund hinabstürzen, und das herrliche Ding, was man in ihrem Namen Freiheit und Gleichheit nennt, wird mit hinabstürzen. Deutschland würde keinen Washington finden, auch durch keinen Washington gerettet werden können.

Hasse ich die Republik? verabscheue ich die Republik? Nein! nein! Ich müßte ja die menschliche Vernunft verabscheuen, ich müßte ja ein Narr sein. Sie ist eine hohe Idee; aber wie ihr Weißen — ich sage nicht, ihr Rothen — sie auffasset und nehmet, ist sie eine Unmöglichkeit, für Deutschland in seinen Zuständen und Verhältnissen eine grauenvolle Unmöglichkeit und deswegen schaudere ich vor ihr zurück.

Wir sahen ihr Spiel in den Köpfen und durch die Köpfe hin, queer über alles hin, was Kopf heißt. Wir haben ja von den Vorspielen ihrer Proben genug gehabt, einen verantwortlichen Präsidenten, einen verantwortlichen Reichsverweser u. s. w. So wollten sie sogleich in ihren Anfängen sich blind und toll von Präsidenten zu Präsidenten, von Reichsverweser zu Reichsverweser, in ihre eignen Abgründe überstürzen. Und wenn auch nicht sogleich ein Degenfürst da wäre, in einer solchen Republik den bereiten Raub zu fassen, nothwendig würden bei solcher Lockerheit der Macht Erschütterungen auf Erschütterungen folgen, bis ein tapferer und kühner Despot oder Thronräuber als Beruhiger und Stiller der Unruhen und Empörungen damit durchginge.

Solche blutige, mordliche, kostbarste Proben sollten wir Angesichts der alten und jungen Geschichte, sollten wir Angesichts der Geschichte des jüngsten Jahrsechzigs, sollten wir Angesichts Frankreichs machen? Das wolle Gott und deutscher Verstand und deutsche Gewissenhaftigkeit verhüten!

Umwälzungen sind meistens Unvermeidlichkeiten bei großen Wechseln des Weltgangs und der Weltgeschichte; sie sind nimmer Glückseligkeiten. Am schlimmsten und gefährlichsten sind ihre Wirkungen, wenn sie lang sind und gleich springenden Erdbeben sich in häufigen Wechseln wiederholen. Wir Deutsche leben jetzt noch in einer Umwälzung. Verhüten wir, daß sie keine lange werde! Kürzen wir sie mit der möglichsten Geschwindigkeit ab!

Umwälzungen sind Entfesselungen und Aufwühlungen aller elementarischen Kräfte, der menschlichsten wie der thierischsten. Leider gewinnt in ihnen die Thierheit gar zu leicht das Uebergewicht über die Menschlichkeit. Auch uns haben die Aufwühlungen des jüngstverflossenen Jahres Schlamm und Dreck genug, die sich wie fruchtbare Erde gebärden, auf die Köpfe gespült. Schauen wir hier aber- und abermals Frankreich an, gedenken wir der Hunderte und Tausende von Namen der französischen Umwälzung, welche die Geschichte gebrandmarkt hat! Wie einsam stehen unter diesen befleckten Vielen die Boissy, d'Anglas, Lanjuinais, Carnot! Sollen wir Tage herbeiwünschen, wo alle verlorene Ritter des Blumenfeldes des Leichtsinns und des Blutfeldes des Frevels in einer langen oder öfter wiederholten Umwälzung nach oben kämen, wo Menschen, welche ein Ehrenmann sonst kaum mit der Fingerspitze anrühren möchte, wo Namen von verwegenen Abenteurern und Glücksrittern, wie Karl Heintzen, Metternich, Eylert, als große deutsche Namen glänzten? O nimmer! nimmer!

Frankreich kann wegen der eiteln ränkevollen und habsüchtigen Menschen, die mit seinen Geschicken spielen, keine Ruhe finden, es zittert, zuckt und verzuckt und verblutet sich bis diesen Tag an den vielen und langen Wechseln und Umwälzungen, die sich ewig wiederholen; es will Republik sein und hat die größte Magerkeit an republikanischen, ja nur an monarchischen Tugenden. Ränkesucht, Herrschsucht, Habsucht, Glücksjägerei, Bestechlichkeit, Verkäuflichkeit u. s. w.

Ich will hier auf ein großes Volk keine Makel werfen, als ob solcher Jammer ein ihm angeborner Jammer wäre. Nein, dieser Jammer ist die natürliche Folge seiner Erlebnisse und Durchläufe des jüngsten Jahrsechzigs.

Darum rufe ich zum vierten und fünften Male, Krieg mit den Rothen! und hüte dich, Deutschland! Du hast noch viele Tugenden der Einfalt, Redlichkeit und Treue zu verlieren.

Oesterreich und Tirol.

‡ **Botzen**, 15. Jan. Das österreichische Ministerium kann eine Wiederherstellung der vormärzlichen Verhältnisse nicht wollen, es muß den neuen Ausbau staatlicher Formen, die Konstitution ernstlich und aufrichtig ausführen; jeder Versuch, in den alten Absolutismus einzulenken, würde an einer neuen Revolution scheitern. Für keinen der civilisirten Staaten Europas sind gewaltsame Umwälzungen gefährlicher als eben für Oesterreich; es besteht nicht aus Provinzen sondern aus Reichen; die Völker in Gallizien, Ungarn, Siebenbürgen, — mit Ausnahme der Sachsen, — der Militärgrenze, Dalmatien und Italien, haben keine nationalen Sympathien untereinander oder für die deutschen Stämme; was sie an Deutschösterreich knüpft, sind materielle Interessen und das geistige Band der Kultur, worin der kaiserliche Joseph die Möglichkeit der Verbrüderung des Ungleichartigsten erkannte. Civilisation und Humanität erscheinen als das Ziel aller staatlichen Einigung, eine

freie Entwicklung der Nationalitäten, wie sie unsere Demagogen träumten, führt zur Auflösung und Zersetzung in die Urstoffe; sie führt der Rohheit, Verwilderung und Rückkehr in eine völkerwandernde Zeit entgegen. Man kann diese centrifugalen Kräfte nur durch eine strenge Unterordnung unter den Staatszweck, durch eine starke Verwaltung einigen; nationale Entzweiung, kleine Eifersucht der Stämme war der Kern der Staatskunst Metternichs, einer Staatskunst, deren faule Frucht eben in letzter Zeit ihre gleißende Schale abwarf; das völkerrechtliche wie das dynastische Interesse will ein durch Einheit mächtiges Ganze. Dahin zielen meines Bedünkens die neuen ministeriellen Entwürfe: ein allgemeiner Reichstag und Gesammtministerium für ganz Oesterreich, Vereinigung der kleinen Provinzen in ein Gouvernement, die innige Verbindung der Gouverneure mit dem Ministerium, Beseitigung aller Eifersucht der Stämme unter sich durch ihre Abtheilung in Kreise, endlich gleiche Grundrechte für die ganze Monarchie, denen sich auch die „freie Gemeinde" fügen muß. Dies nenne ich Freiheit und Humanität, daß jeder, ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntniß, Stand und politische Gesinnung, gleiches Recht genieße mit seinem Mitbürger, und in dessen Ausübung, so lang er jeder Rechtsverletzung ferne, ungestört bleibe.

Ein guter Theil meiner tirolischen Brüder hegt darüber andere Ansichten, namentlich die Mehrzahl unserer Landtagsmitglieder. Gleich in der zweiten Landtagssitzung vom 26. Okt. v. J. vernahm man aus dem Munde des Vicepräsidenten, daß Tyrol ob der damaligen Wirren der Hauptstadt „seinen Halt und seine Stellung in sich selbst finden müsse," auch als das Wiener Demagogenthum unter der Herrschaft der Degen und Bajonette ins Gegentheil umschlug, trug man sich mit der Hoffnung eines „zwiespaltigen Reichstags" in Wien und Kremsier, man dachte „auf diese Weise die auf einen zweigipflichen Punkt getriebene Verwirrung auf das Höchste gesteigert," und witterte noch am 11. November den „rechten Zeitpunkt," die Selbstständigkeit Tirols gegenüber den übrigen Provinzen, wie dem Reichstag und Ministerium auszusprechen. „Wir haben immer unsere ziemlich speziellen Interessen, Rechte und Bedürfnisse," erklärte hiebei einer unserer Abgeordneten vom deutschen Nationalparlament, „wir wollen uns nicht alles gefallen lassen, was die Mehrheit will," und dieser Grundsatz fand Anklang bei der Mehrheit. Den Schwerpunkt dieser ziemlich speziellen Interessen bezeichnete kurz nachher die Adresse an den Kaiser, worin ihre Schöpfer und Leiter nach sechs Monaten wieder einmal die „Kultuseinheit" als das größte und wichtigste Anliegen Tirols betonten. „Tirol würde zwar, hieß es daselbst, auch im schlimmsten Falle gegen Se. Majestät die unverbrüchlichste Treue und den pflichtmäßigen Gehorsam beibehalten und bewähren, aber nach dem Verluste jenes Vorzugs würde jener angeerbte patriotische Eifer, der bisher für Staat und Kaiser so bereitwillig und freiwillig Gut und Blut hinopferte, höchst wahrscheinlich erstarren." Man ging so weit, den Eintritt akatholischer Kulte als ein „Uebel" zu bezeichnen, das nicht „im frommen väterlichen Willen seiner apostolischen Majestät liegen könne." Sie sehen, Tirol will keine Freiheit in einem ihrer wesentlichsten Punkte gewährt wissen; nach der Stufe der Intelligenz, wozu es sich von selbst bekennt, erscheint sein Glaube schon durch die irgendwie fühlbare Nähe einer andern religiösen Ueberzeugung gefährdet. Ich glaube nicht, daß unser Volk bei aller Wärme gläubiger Gesinnung mit dem himmlischen Reiche oder einer andern insularischen Celebrität jenseits des großen Oceans um das wenig beneidenswerthe Vorrecht der Unduldsamkeit wetteifere; die Gefahren von dieser Seite sind das Schreckbild weniger Selbstsüchtigen oder Aufgeregten, die uns trotz ihrer gegentheiligen Versicherung das „deutsche Element," den Schatz deutscher Bildung und Kenntniß nahezu verschließen möchten. Scheint es doch, als ob man vor dem Einbruch dieser beiden Feinde unserer Separation nicht minder in blassen Schrecken geriethe, als einst vor den Schaaren Schärtlins von Burtenbach oder Moritz's von Sachsen. Die Opposition der Träger dieser Oriflamme gegen wahre Freiheit und ächtdeutsche Gesinnung trat nie entschiedener auf, als in jenem Wirbel von Staub und Nebel, der auf den vorarlberger Vertrauensmann, Dr. Schmidt, über dessen Vorwurf tirolischer Sonderstellung losstürmte. Was man ihm als falsche Muthmaßung vorhielt, ward in der Sitzung vom 11. November mit stetem Hinblick auf den einen Zweck klar ausgesprochen. Ich zweifle nicht, daß auch die letzthin mit dem Glückwunsch zur Thronbesteigung nach Ollmütz abgegangenen Repräsentanten unserer vier Stände diese Gelegenheit ergriffen haben werden, dieselbe Bitte um Sonderstellung in allen Angelegenheiten der Kirche und Schule dem jungen Monarchen an's Herz zu legen.

Der kleine Hader in Tirol ist nicht entscheidend in den Fragen des Kaiserreichs. Man weiß sogar, daß das „Erstarren" der Sympathien für Oesterreich auch hier an andern Fäden hängt, als unsere Wortführer möchten glauben machen. Materieller Wohlstand wiegt mehr als alle Phantome der nach Herrschaft Geizenden. Der Eintausch von Ausnahmsgesetzen für Religionseinheit gegen eine Organisirung als militärische Vorhut, als nachgebildetes Kroatien, läge vielleicht in den Interessen, die man ehedem dynastische nannte, allein die Zeiten, wo derlei Hebel, wie 1816 in Gallizien, von der Regierung zu absolutistischen Zwecken ausgebeutet wurden, gehören gottlob, ich bemerkte es schon anfangs, der Vergangenheit an. Unsere gegenwärtige Staatsverwaltung kann nur den einen großen Zweck staatlicher Einigung im Auge behalten; sie allein gewährt auch größtmöglichste Freiheit des Einzelnen mittelst der Civilisation des ganzen Volkes. Freisinnige Grundrechte sind ihr Eckstein.

Schwedens Stellung am Ende des vorigen Jahres.

Die Umwälzung in Deutschland muß, wie auf das Machtverhältniß in Europa überhaupt, so namentlich auf seine Nachbarländer von fortdauerndem Einfluß sein. Je ferner die Möglichkeit tritt, daß die sonst so eng verbundenen Mächte, Rußland, Preußen und Oesterreich, sich wieder zu einem gemeinsamen Handeln verbinden, je größer die Gefahren sind, denen sich beide letztere dadurch aussetzen würden, desto mehr muß auch die Stellung der Mächte zweiten und dritten Rangs zu Rußland eine andere werden, vorerst eine höchst verlegenheitsvolle, denn so wenig auch die Bedeutung der deutschen Revolution zu verkennen ist, so wenig weiß man noch, namentlich Fremde, wessen man sich von ihr zu versehen hat. Das legt den kleinern Mächten eine Zurückhaltung auf, die ihnen höchst lästig fallen muß, indeß jedenfalls nur von vorübergehender Art sein kann. Schweden hat, wie wir früher bemerkt, in dem dänisch-deutschen Hader des vorigen Jahrs eine eigenthümliche, nicht gehörig aufgeklärte Rolle gespielt, und es ist nicht ohne Interesse, jetzt, da diese Rolle ihrem Ende sich zu nähern oder wenigstens ihres geheimnißvollen Schleiers sich zu entkleiden scheint, einige Worte darüber zu sagen.

Es leidet wohl keinen Zweifel, daß Rußland den Streit zwischen Dänemark und Deutschland zu verbittern suchte, und es nicht ungern gesehen hätte, wenn Schweden wirklich das Schwert gezogen und auf dem festen Lande von Jütland oder Schleswig erschienen wäre; an Gelegenheit zu offiziösen Einmischungen hätte es dann nicht gefehlt. Es sieht beinahe aus, als habe Schweden dieser Aufforderung nachgeben, aber auch nur zum Schein nachgeben wollen, und darum seine Kriegsmacht auf eine ganz nutzlose und unerklärliche Weise in Fühnen stehen lassen, denn als Schreckmittel gegen Deutschland konnten 25,000 Mann nicht dienen, und als Nachhalt für eine diplomatische Vermittlung wären sie eben sowohl in Schweden geblieben. Aber König Oskar hat, um den Friedens-, nicht Kriegszug zu koloriren; den skandinavischen Ideen einen gewaltigen Schwung gegeben, mit wahrer Affektation hat man diese allenthalben gepredigt, und es dem Aftonblad sehr übel genommen, daß es ganz ruhig bei seiner anfänglichen Erklärung blieb, ein Krieg gegen Deutschland sei ein Unsinn und Schweden solle seine Kräfte gegen Rußland sparen. In Schweden selbst, in der Masse des Volks, ist der Skandinavismus nichts, wohl aber wiegt er schwer in den gebildeten Klassen, deren Ansichten, wie wir in Deutschland aus einer gewaltigen Erfahrung wissen, am Ende die Nation trotz aller Hindernisse mit fortreißen. Indem also König Oskar dieser Idee sich bediente, regte er eine für den Augenblick zwar unbedeutende und gegen Deutschland schwache, für die Zukunft aber mächtige und gegen Rußland sehr bedeutende Gewalt auf, deren er früher oder später in einem Kampfe mit Rußland wohl bedürfen wird. Der Skandinavismus ist Rußlands, nicht Deutschlands Feind, wie einige fanatische Deutschenfresser in Dänemark meinten. Oskars Zug scheint eine Vorarbeit für eine abermalige Union der drei skandinavischen Reiche gewesen zu sein, denn die Vereinigung Dänemarks mit Schweden kann nicht ausbleiben, wenn ersterem Schles-

wig auf immer entrissen wird. Macht aber Dänemark mit Norwegen und Schweden nur Ein Reich aus, dann ist Rußland und zum Theil auch England benachtheiligt, indem beide Ufer des Sunds dann Einer Macht gehorchen würden. So scheint man sich jetzt auf Seite Rußlands und Englands zu entschließen, die bloße Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern zu fördern, die Thronfolge demgemäß zu ändern und es zu keinem Kriege zwischen Dänemark und dem deutschen Reiche mehr kommen zu lassen, um nicht dem König Oskar die Gelegenheit zu geben, seine Fahnen abermals jenseits des Sunds wehen zu lassen; ja letzterer soll von Rußland nicht undeutlich bedroht worden sein, im Fall der skandinavischen Idee noch weiterer Vorschub geleistet würde.

Schweden ist dadurch, so lang es nicht wirksamer von Deutschland unterstützt werden kann, in einiges Gedränge gebracht, ja es haben sogar schon an der kurzen Landgrenze hoch im Norden Häkeleien zwischen den Grenzbeamten stattgefunden, die nicht weiter aufgeklärt wurden, aber kein friedliches Gepräge tragen. Darum sehen wir jetzt in Schweden eine Bewegung, die von sehr weitgreifenden Folgen sein kann; wir bemerken hier nur noch, daß die Reformgesellschaften sich im Laufe des Monats Dezember weit emsiger als bisher gerührt haben, auf eine Koncentrirung der Kräfte aller Reformgesellschaften im Lande hinarbeiten, daß sich in der Reformgesellschaft in Stockholm Leute befinden, die man beinahe im Einverständniß mit der Regierung glauben muß, und daß endlich die ultrakonservative Partei, welche noch bis ans Ende des Reichstags so hochfahrend auftrat, die Ohren nicht wenig hängen läßt. Bringt man damit in Verbinbindung, daß die Oppositionsjournale die Regierung sichtlich schonen und sie lieber gar nicht erwähnen, daß dagegen einige neu errichtete konservative Journale eingehen, während es ihnen sonst nicht an Mitteln fehlte, so wird man zu dem Schluß berechtigt, daß die Regierung jetzt auf den Punkt gebracht ist, das Reformwerk selbst zu fördern, um in diesem eine Stütze gegen Rußlands Anmaßungen zu finden. Die Zeit ist günstig hiezu, denn die beiden privilegirten Stände haben durch ihr Benehmen auf dem letzten Reichstag den Bauernstand nicht wenig erbittert. Diese Erbitterung und die Stellung Rußlands dürften die Bedenklichkeiten des Königs beseitigt und sein langes Schwanken besiegt haben. Ist dieß gegründet, so wird Schweden in diesem Sommer einen konstituirenden Reichstag sehen. (Ausland.)

Programm.

+ **München,** 21. Jan. Die Linke der zweiten Kammer hat folgende Grundzüge ihres Programms aufgestellt:

1) Volkssouveränität, — Alles für das Volk und durch das Volk, vermittelst allseitiger Vertretung desselben, nach seiner freien Wahl; folglich Wahrung aller März-Errungenschaften, vollständige Erfüllung aller März-Verheißungen. 2) Freiheit und Einheit Deutschlands, — keine maßlose Centralisation, dagegen aber Kräftigung der deutschen Reichsgewalt und unbedingte Unterordnung der einzelnen deutschen Länder unter dieselbe in allen Verhältnissen, in denen solches erforderlich ist, damit das gemeinsame deutsche Vaterland kräftig und geachtet nach Außen, blühend und glücklich im Innern werde. Zu diesem Zwecke der Anbahnung einer Einigung des leider noch so sehr zersplitterten Deutschlands: 3) Festhalten an dem Grundsatze unbedingter Geltung der „Grundrechte des deutschen Volkes" in allen Einzelstaaten, folglich auch in Baiern, und zwar in der Weise, daß das in den Grundrechten Gewährte als das geringste Maß der Volksrechte gelte, welches sonach vermehrt, in keiner Beziehung aber vermindert werden darf. 4) Neue Gestaltung der baierischen Staatsverfassung. 5) Abfassung eines neuen Landraths-Gesetzes, unter Sicherung frei gewählter Vertretung der Kreise. Umgestaltung des Ausscheidungsgesetzes, und Oeffentlichkeit der Landrathsverhandlungen. 6) Herbeiführung neuer Distrikts- und Gemeindeordnungen, sowohl für die 7 ältern Kreise, als auch für die Pfalz, unter zu Grundlegung des Prinzips der Selbstverwaltung des Volkes, sonach freie Wahl seiner Vorstände und Beseitigung einer in der bisherigen Ausdehnung jeden Aufschwung hemmenden und durch maßlose Förmlichkeiten und Beamtenwillkür verderblichen Bevormundung; Sicherung der Oeffentlichkeit der Distrikts- und Gemeindeverwaltung. 7) Entfernung aller Verschwendungen im Staatshaushalte; Verminderung der Civilliste, der Appanagen und der zu großen Besoldungen und Pensionen; Beseitigung von bloßen Luxusunternehmungen, insbesondere von Luxusbauten; Abschaffung aller überflüssigen Stellen und Institute, namentlich der Gesandtschaften und des Staatsrathes in seiner bisherigen Form; Hinwirkung auf möglichste Verminderung des jedenfalls volksthümlich zu organisirenden stehenden Heeres, und Ersetzung eines großen Theils desselben durch eine zweckmäßig geordnete Volkswehr. 8) Einführung eines den Steuerkräften eines jeden Staatsangehörigen entsprechenden, sonach allein gerechten Steuersystemes, insbesondere sofortige Abänderung des Häuser- und Gewerbesteuer-Gesetzes; der Gesetze über Taxen, Sporteln, Enregistrement und Stempelgebühren; Verminderung und Gleichstellung der Salzpreise, und Aufhebung des sittenverderblichen Lottos. 9) Abänderung des Ablösungsgesetzes zu Gunsten der Belasteten; unbedingte Durchführung des Grundsatzes der Aufhebung der Feudallasten, Revision der Forst- und Jagdgesetze. 10) Förderung des Ackerbaues, der Gewerbe und des Handels durch die Gesetzgebung, durch geeignete Einrichtungen und Anstalten, insbesondere durch Vernehmung von Betheiligten und Sachkundigen. 11) Möglichste Fürsorge für die arbeitende Klasse, und Verbesserung ihrer Zustände. 12) Zeitgemäßes Gesetz über das Gesammt-Unterrichts- und Erziehungswesen. Erstrebung alles Voranstehenden mit Anwendung aller gesetzlichen Mittel.

Dieses Programm ist bis jetzt von 48 Abgeordneten unterzeichnet, fast ohne Ausnahme aus Franken und der Pfalz, darunter Willich aus Frankenthal, Dr. Hepp aus Neustadt (der bekannte Präsident des Pfälzer Volksvereines), Kolb aus Speyer, Stockinger aus Frankenthal, Dr. Müller von Dahn u. a.

Aus Italien.

Der nachfolgende Brief eines österreichischen Offiziers, von dem wir schon früher ein Schreiben aus Modena mitgetheilt haben, wird nicht ohne Interesse gelesen werden. Die politische Färbung, die wir nicht ganz vertreten wollen, rechtfertigt sich aus der Stellung des Schreibers.

Sassuolo, (in Modena) 9. Jan. Ich befinde mich wie exilirt in Sassuolo, einem aufrührerischen Städtchen am Fuße der Apenninen, dicht an den Ufern der Secchia. — So angenehm diese Station im Frühjahr oder im Sommer wäre, so langweilig ist sie im Winter. In Modena hatten wir doch eine gute Oper mit einem Ballet (Masnadieri und Puritani), ein zwar düsteres Kaffeehaus, aber es wurde von den Offizieren von 5 Bataillons besucht, ein gutes Gasthaus, eine schöne Promenade u. dgl., aber hier — die gräßlichste Langeweile! Weite Ausflüge dürfen wir nicht machen, wegen der Verantwortung, die wir uns zuziehen würden, sollten während unserer Abwesenheit Unordnungen vorfallen.

Unsere naiven Kinder der Natur, die Kroaten, haben eine eigene Manier, den lauen Wirth zu strafen und dabei ihren Beutel zu schonen. — Sehr oft kommen sie ins Wirthshaus und schreien: „Osteria! porta capon! ma subito! dieses subito wird besonders laut hervorgehoben — kommt es dann zum Zahlen, so sagen sie: **miga portato subito, niente pagare,** stehen auf und empfehlen sich. — Kroatien hat aber die Monarchie gerettet; wären die 30,000 Kroaten nicht so schnell in Italien erschienen und später vor Wien, wie stände es um die Monarchie? Und wären sie so schnell erschienen, wenn ihre Institutionen nicht rein militärisch auf den Gehorsam basirt wären? — Drum sei ihnen manches verziehen!! — Die Crociati in den Gefilden der „alta Italia" haben schrecklicher gehaust; sie trugen das Kreuz auf der Brust und waren ein Schrecken der Landbewohner, statt diese Furcht den Feinden einzujagen; nirgends waren sie aber uns sichtbar.

In Sassuolo haben wir keine Zeitung und von Modena her erfahren wir auch nichts — die italienischen Blätter haben sich erschöpft, es tritt ein Zustand der allgemeinen Abspannung ein.

Der Pater Gavazzi, der im Mai in den großen Städten, wie in Modena, Reggio, Parma, die wahnsinnigsten Reden unter dem stürmischen Beifall einiger tausend Zuhörer gehalten hat, wurde kurze Zeit darauf als Narr verlacht, endlich in Bologna gefänglich eingezogen, ohne daß sich nur Einer um ihn kümmerte.

Dem vergötterten Insurgentenhäuptling Garibaldi wurde sogar der Eintritt in Bologna verweigert; und einige Tausend an Fieber hinsiechende Bologneser der Kolonne Zambeccari, welche aus Venedig zurückkehrten, wurden entwaffnet, da man Anstand nahm, diese verwilderte Horde in Bologna zu belassen.

Wir müssen sehen, wie sich die Sachen im Allgemeinen gestalten. Sollte sich in Brüssel alles beilegen lassen rc., kurz, treten friedliche Verhältnisse ein, so könnten wir im Frühjahr eine sehr wohlfeile Reise machen und Florenz, Livorno und Rom einsehen. Sind die Unruhen in Ungarn beigelegt, so wird Oesterreich nicht säumen, sich an die Spada d'Italia zu wenden und um Ersatz der verursachten Kriegskosten anzusuchen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig.** — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 26. Frankfurt a. M., Freitag 26. Januar. 1849.

Uebersicht.

26. Januar.

Nicht einzig die etwaige Aufnahme von ganz Posen kann für Deutschland verderblich werden, sondern auch ein zu weites Vorschieben der Reichsgrenze in diesem Lande, so daß dadurch in Deutschposen selbst das deutsche Element in eine Minderzahl kommt. Diese Betrachtung führt uns auf die neue, letzte Abgrenzungslinie, welche in den nächsten Tagen Gegenstand der Tagesordnung sein wird, und wir fragen uns, indem wir uns in die Lage eines Bewohners jener Ostmarken versetzen, einfach: „Was wollten die Deutschen in Posen, als ihre Bewegung in den letzten Märztagen des vorigen Jahres eine polenfeindliche Richtung nahm?"

Offenbar, erstens: Die Suprematie von sich abwenden, welche die Polen durch die sogenannte nationale Reorganisation des ganzen Großherzogthums über sie gewonnen hätten; zweitens, Theil haben an der Verfassung Deutschlands und ihm einverleibt werden; und endlich drittens, verfassungsgemäß von den polnischen Gebieten so getrennt werden, daß in dem abgegrenzten deutschen Theile das polnische Element in dem überwiegend deutschen aufging, wodurch die Deutschen in jenen Marken und Deutschland selbst vor den Angriffen eines inneren polnischen Feindes in alle Zukunft gesichert war.

Die beiden ersten Punkte sind erreicht worden. Was aber ist für den letzten geschehen? In ihm ruht, wie leicht ersichtlich, die ganze Bedeutsamkeit der Abgrenzungsfrage, welche zugleich eine Verfassungsfrage ist und wenn sie nicht ein leeres Wort sein soll, die Schöpfung verschiedener Institutionen voraussetzt, welche die beiden Stämme an den Grenzen auch innerlich naturgemäß scheiden müssen. Bis zur Reichsgrenze diesseits müßte die deutsche Verfassung reichen, jenseits der polnische Stamm nationale Institutionen erhalten, nach denen er ins Geheime doch fortringen wird, wenn er sie auch formell jetzt abweist, denn er thut dies nur, um durch sein Eindringen in die preußischen Kammern und auch in das deutsche Volkshaus, sich ein Feld offen zu erhalten, auf welchem er (wie daheim mit den Waffen) für seine territorialen Ansprüche auf das ganze Posen ewig kämpfen und die Dinge verwirren wird.

Wir fragen nochmals, was ist für die Abgrenzung im wahren Sinne des Wortes wirklich geschehen? Wir antworten: im Anfange des vorigen Jahres, in der Periode des Ministeriums Camphausen, viel, sehr viel! unter den anderen Ministerien bis zum Ministerium Brandenburg hin, wenig, sehr wenig. Wir rechtfertigen diese Aussprüche sogleich. Während Camphausens Ministerium sprach man es klar und offen aus, daß die Abgrenzung die verschiedene Organisirung beider Nationalitäten bedinge. Diese Politik ruhte auf dem Volkswillen und hatte nur die polnische Adels- und Priesterpolitik gegen sich, welche letztere noch besonders die Aufhebung des Diözesanverbandes fürchtete. Diese Politik war vor Allem wahrhaft deutsch und stand dem Geiste der alten Bureaukratie entgegen, für welche eine neue Organisirung der Provinz, eine Trennung der Administration, ein erschrecklicher Gräuel war. Die schöne bequeme alte Maschine sollte eingehen! Der alte ruhige Schlendrian sich ändern! Das war ein Donnerschlag; es schien, als solle der Himmel einfallen! Man sträubte sich mit Händen und Füßen, man erklärte die Verfügungen in diesem Sinne als unausführbaren Unsinn!

Aber die Kabinetsordre vom 26. April pr. kam und dekretirte die Abgrenzung und die Einverleibung und die deutsche Verfassung für den deutschen Theil, und folgerichtig bestimmte sie für den polnischen: „Die polnischen Theile des Großherzogthums erhalten eine eigene konstitutionelle Verfassung. Der höhere und niedere Schulunterricht, die Gerichtsverfassung und Administration wird eine nationale sein. Die Beamtenstellen werden mit Landesangehörigen besetzt. Das von diesem Landestheil zur Armee zu stellende Kontingent wird aus Eingeborenen gebildet. Die polnische Sprache wird die Geschäftssprache. Das Wappen des Großherzogthums verbleibt diesem Landestheile. Die Großherzogthumssachen werden mit den preußischen vereinigt getragen."

Das Ministerium Camphausen hat ferner in seinem Verfassungsentwurf eben so entschieden die deutschen Gebietstheile von den polnischen getrennt und den nationalen Standpunkt festgehalten. Nur eine unselige Inkonsequenz kam gleich vor. Die Deputirten der polnischen Theile wurden bei der deutschen, preußischen Landesversammlung zugelassen, statt daß sie, nach ihren offenkundigen Protesten und Aufrufen, zu einem besonderen Landtag zusammentreten mußten. Die Folge dieser Inkonsequenz war der Phillips'sche Antrag, den die Berliner Versammlung zum Beschluß erhob und der eine polnische Verfassung unter der Form eines besonderen organischen Gesetzes wieder für das ganze Großherzogthum in Aussicht stellte.

Der Bundestag billigte, die Nationalversammlung sanktionirte durch die beiden Beschlüsse vom 27. Juli und 7. Oktober gerade nur die Idee der Abgrenzung nach den Nationalitäten, also im Sinne der deutschen Bevölkerung, im Sinne auch des Polenthums — aber nicht nach dem Geschmack des polnischen Adels und der alten Büreaukratie, die sich hier, freilich mit verschiedenen Absichten, aber mit gleichem Länderappetit, auf dem Gebiete der Territorialpolitik unvermuthet zusammenfanden.

Beiden war die Demarkationslinie ein Gegenstand des Abscheu's — und nun mußten sie gar drei Auflagen derselben erleben! Aber zum Glück waren diese veränderten Auflagen der Art, daß sie immer mehr nach ihrem Geschmack ausfielen. Denn die Abgrenzungen verließen immer mehr den nationalen Standpunkt und die Ländergier der Büreaukratie wurde mit manchem Bissen frisch einverleibten polnischen Landes gesättigt. Der polnische Edelmann aber lachte sich dabei in's Fäustchen. Er sah zweierlei Gutes darin; einmal war seiner Nationalität die Majorität selbst in Deutschposen gesichert, und dadurch die Möglichkeit zu bösen polnischen Geistererscheinungen auf den deutschen Reichstagen vorhanden; die Germanisirung im Lande war gelähmt, das Feld zu Insur-

reklionen offen. Zweitens aber sah er darin auch einen guten Vorwand, schlimmsten Falls das Mitleid Deutschlands für die Aufnahme des Restchens anzuflehen, wodurch die ganze Demarkationsgeschichte eine Posse wurde und die alte Sachlage blieb.

Wenden wir uns nun zu den drei Demarkationslinien. Die erste provisorische am 12. Mai durch General v. Pfuel gezogene, befriedigte die Deutschen allgemein und berücksichtigte die nothwendigsten strategischen Punkte. Sie war noch im Geiste des Ministeriums Camphausen entworfen.

Die zweite, in Folge von Reklamationen durch denselben General veränderte vom 4. Juni. war zwar wegen ihrer seltsamen Biegungen und Krümmungen und durch das Hereinziehen von Städten, die nicht einmal durch gangbare Straßen mit dem deutschen Gebiet verbunden waren, unausführbar, hielt aber gleichfalls noch den nationalen Standpunkt fest. Der deutsche abgegrenzte Theil umfaßte zwar sehr viel polnische Striche mit, allein die deutsche Bevölkerung hatte in ihm doch die Majorität.

Diese Linie war vorläufig von der Nationalversammlung genehmigt worden und der Reichskommissarius reiste zu ihrer Revision und den nothwendigen Aenderungen an Ort und Stelle, um die letzten Erhebungen zu machen. Diese ergaben eine endliche Abgrenzungslinie, welche nicht mehr auf dem Prinzipe nationaler Abgrenzung beruht, um das die deutsche Bevölkerung den Kampf erhoben hat. Es waltete bei dem Feststellen derselben der strategische Gesichtspunkt allen andern vor und dazu kam die Berücksichtigung eines gefährdet scheinenden Privatvertrages bei der Aufnahme des Fürstenthums Krotoschin (Besitz des Fürsten Thurn und Taxis) in den deutschen Theil.

Es ist hier nicht unsere Absicht, in eine Kritik der Denkschrift einzugehen, welche diese letzte Abgrenzung rechtfertigt. Dieselbe wird den Mitgliedern der Nationalversammlung mitgetheilt werden und also der Beurtheilung eines Jeden vorliegen: nur darauf müssen wir entschieden hinweisen, daß mit dieser Abgrenzung nicht der Wille der deutschen Bevölkerung Posens ausgedrückt wird.

In Deutschposen innerhalb dieser Linie ist das polnische Element in bedeutender Majorität vorhanden und der Zweck, den die Deutschen erreichen wollten, nämlich die Sicherstellung des Deutschthums, so gefährdet, daß bei feindlicher Organisirung des polnischen Elementes ein inniges Zusammenhalten und Zusammenschmelzen des deutschen fast nicht mehr möglich ist. Darum können wir nicht umhin, am Schlusse unserer Betrachtung an die Worte zu erinnern, welche das deutsche Centralkomite in einer Denkschrift im Juni v. J. an die deutsche Nationalversammlung gerichtet hat:

„Wir halten fest daran", so lauten sie, „daß jedes Volk jetzt einer unbedingt freien, ungemischt reinen Entwickelung seines eigensten Wesens bedarf. Darum verlangen wir um des wahren Heils nicht nur der Deutschen, sondern auch der Polen willen: eine durchgreifende, völlige politische Sonderung der polnischen Gebiete von den deutschen. So lange noch wie bisher eine starke polnische Bevölkerung durch das Band gemeinsamer Verwaltung mit der deutschen verknüpft ist, so lange wird es unmöglich sein, zu der Stetigkeit der hiesigen Verhältnisse auch nur einiges Vertrauen zu fassen. Niemals werden die Polen ihre unberechtigten Ansprüche auf den Boden des Landes aufgeben, wenn er nicht vor aller Welt als Eigenthum des deutschen Geistes, als Schauplatz deutschen Volkslebens, dem Bereiche ihrer Pläne völlig entzogen wird. War bei einer Monarchie ein gleichberechtigtes Neben- und Zwischeneinanderstehen beider Nationalitäten möglich, so muß jetzt je nach den verschiedenen räumlichen und statistischen Verhältnissen, die polnische in der deutschen oder die deutsche in der polnischen allmälig aufgehen. Nur hiedurch wird es möglich, jeder Gefahr neuer Insurrektion vorzubeugen und für künftig das Unheil zu vermeiden, das der unglückliche Aufstand von 1846, das der Bürgerkrieg von 1848 über unser Land gebracht hat . . . Noch ist die glückliche Lösung der polnischen Frage möglich, noch ist es Zeit, die dauernde Wohlfahrt dieses Landes fest zu gründen, und zugleich Deutschlands Ostmarken dauernd festzustellen. Wenn aber die Beschränktheit der Jetztlebenden Schuld sein sollte, daß alle diese mühsam eingeleiteten Pläne nicht ausgeführt werden können, so wird uns das Bewußtsein, das Rechte gewollt und nach Kräften erstrebt zu haben, von jeder Verantwortung freisprechen. Sie wird auf Diejenigen fallen, denen ihr einseitiger Vortheil mehr galt als die Zukunft der Völker!"

Möchte dieser Zuruf an der Nationalversammlung bei der bevorstehenden Berathung der posener Frage nicht unbemerkt vorüber gehen und sich daran auch der Gedanke knüpfen, daß dem endlichen Beschluß gemäß das Ministerium Brandenburg die vorbereitete administrative Trennung ins Leben rufen und die Geschicke Deutschposens auf lange Zeit hin bestimmen wird.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 25. Jan. Das Uebel der vorgestrigen Abstimmung lag nicht bloß darin, daß bei einem der wichtigsten Punkte der Verfassung die Entscheidung hinausgeschoben wurde, sondern mehr noch in der Gefahr, daß die einmal zerrissene Mehrheit, deren Zusammenhalten nöthig ist, um das Verfassungswerk überhaupt hinauszuführen, sich nicht wieder vereinigen könnte. Diese Gefahr ist glücklicherweise beseitigt, und damit scheint auch die Bürgschaft gegeben, daß jene Entscheidung eben nur hinausgeschoben, nicht vereitelt ist.

Als heute Morgen nämlich der Paragraph, welcher den Namen des Reichsoberhauptes festsetzen sollte, zur Verhandlung gestellt wurde, da glaubte die Partei, welche neulich die Annahme der Erblichkeit hintertrieben hat, ihren Sieg weiter verfolgen zu können und behauptete, durch jene Abstimmung sei der Grundsatz angenommen worden, daß alle Fragen über das Oberhaupt in der Schwebe bleiben sollen. Herr Grundner aus Ingolstadt stellte deshalb den Antrag auf Aussetzung des Paragraphen, und Herr Arndts aus München vertheidigte den Antrag mit der spitzen Bemerkung: „wolle man nicht die ehrbare Messerschmiedezunft zusammenrufen, und sie befragen, ob ein Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt, ein Rasirmesser oder ein Federmesser zu nennen sei?" — Gerade dieser Uebermuth mochte aber Manchem von jenen 263, die gegen die Erblichkeit gestimmt hatten, zeigen, welche Sache sie unterstützt haben, und nachdem Waitz mit einfachen Worten darauf hingedeutet hatte, daß doch immer schon einem deutschen Fürsten die Würde des Reichsoberhaupts übertragen, also etwas sehr Positives gewonnen sei, dem man nun auch Form und Namen geben könne, wurde in namentlicher Abstimmung, mit der umsonst die Gegner einzuschüchtern suchten, der Paragraph in der ursprünglichen Fassung „Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Deutschen" angenommen.

Damit waren die Hoffnungen derer vereitelt, welche schon den ganzen Verfassungsbau aufgehoben glaubten, und schnell wurde nun weiter Stein auf Stein eingefügt!

Nur zwei Bestimmungen gaben noch Anlaß zu besonderer Besprechung: der §. 4, welcher dem Kaiser eine Civilliste festsetzt, und der §. 8, welcher dem Kaiser das Recht gibt, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Bei der Verhandlung über §. 4 wollte Herr Buß aus Freiburg Gelegenheit nehmen, eine Lanze für den Kaiser von Oesterreich zu brechen. Die Kammer war aber nicht Willens, die alten Streitigkeiten wieder erneuern zu lassen, und so oft er abwich von dem dürren Felde der Civilliste auf die grüne Weite der Kaiserfrage, zog sie ihn unerbittlich auf das ihm angewiesene Gebiet zurück. So sah er sich zuletzt genöthigt, zur großen Genugthuung der Versammlung auf das Wort zu verzichten.

Bei dem §. 8 nahm Hr. Cullmann aus Zweibrücken es über sich, für die Heiterkeit der Versammlung zu sorgen. Die gewöhnlichen Gründe: die Entscheidung über Krieg und Frieden sei wichtiger, als die Bestimmung über ein gewöhnliches Gesetz, das Dasein des Staats hänge von solcher Entscheidung ab, man dürfe sie nicht der absolutistischen Willkür anheimgeben u. dgl. würzte er mit allerhand historischen Notizen und juristischen Beweisführungen und suchte so die Meinung des Verfassungsausschusses zu entkräften. Aber nicht blos was er sagte, auch wie er es sagte, gab seinem Vortrag Interesse. Je schwächer die Gründe, um so mehr glaubte er sie betonen zu müssen, damit der Nachdruck den Eindruck hervorbringe — erfordert ja auch ein Wurfgeschoß, je leichter es ist, desto mehr Kraft, es weit zu schleudern — und nun mit Kopf und Händen schüttelnd, die heisere Stimme bis zum Ueberschlagen erhebend, kämpfte der Unglückliche den vergeblichen Kampf. Denn Mephistopheles Wurm, der ihm auf die Tribüne folgte, hatte mit wenig Bemerkungen alle seine Anstrengungen hinweggespottet. Er wies nach, daß nicht blos in oktroyirten Verfassungen, wie Herr Cullmann gemeint hatte, die Regierung das Recht über Krieg und Frieden zu entscheiden haben werde und daß die Bestimmung

ein Gesetz vom 28. Juni v. J., wonach der provisorischen Centralgewalt dieses Recht nicht zusteht, eben in dem provisorischen Charakter dieser Gewalt und darin seinen Grund hat, daß während ihrer ganzen Dauer auch die Volksvertretung versammelt ist. Zahlreiche Versammlungen seien stets geneigt, sich zu hochherzig scheinenden und leidenschaftlichen Beschlüssen fortreißen zu lassen, weil die Menge aufrege; Gegenstände also, bei denen die Gefahr solcher Beschlüsse nahe liege, müßten von Wenigen entschieden werden. Außerdem sei eine Verantwortlichkeit der Abgeordneten undenkbar; wolle man also für diese allerwichtigsten Gegenstände wirklich Jemanden verantwortlich machen können, so müsse man die Beschlußfassung über dieselbe den Räthen der Krone anheimgeben.

Weniges setzte Beseler von Greifswald hinzu, aber Entscheidendes! Es sei nicht eine Frage der Freiheit, sondern eine Frage der Macht! Wie sollten die auswärtigen Mächte Achtung vor den Ministern Deutschlands haben, wenn sie wüßten, daß ihren Worten nicht die That folgen könne! Eine starke Regierung zu schaffen, sei die Aufgabe. Und wäre eine Republik beliebt worden: der republikanischen Regierung das Recht des Krieges und Friedens zu geben, würde er vorschlagen; denn über Republik und Monarchie gehe noch Deutschland!

Mit großer Mehrheit wurde in namentlicher Abstimmung der Paragraph angenommen und schnell war der ganze Abschnitt über das Reichsoberhaupt vollendet.

Noch wenige Tage und das ganze Werk kann bis auf die Durchsicht beendet sein. Wie ein drohendes Gespenst steht freilich die Erblichkeitsfrage und der Wahlakt noch im Hintergrunde, aber auch diese Gespenster werden weichen, und taghell wird es werden im neuen, jungen Deutschland!

*□ **Frankfurt**, den 25. Januar. Es ist heute ein werthvolles Büchlein in meine Hände gekommen „das neue deutsche Reich und die kleineren Staaten" betitelt, worin die Centralgewalt und die Nation gewarnt werden, Hand anzulegen an das gesunde Knieholz unseres deutschen Waldes, die Kleinstaaten. Wahrhaftig, es stünde gut um unser Vaterland, wenn jeder große Gegenstand von Freund und Feind mit so viel Milde, Treue und Redlichkeit behandelt würde! Daran schließt sich noch eine Nachschrift späteren **Datums** (1. Januar 1848) hinterher, die nicht mehr für „kleinere Staaten" und deren Erhaltung eifert, sondern für „das neue deutsche Reich" selber. Was so Mancher fühlt und nur wenige aussprechen, tritt uns hier aus des kundigen Beobachters Worten recht anziehend wieder entgegen. Der Mann muß aber ein gutes Theil mehr wissen, als er sich den Anschein giebt.

⁝ **Frankfurt**, 25. Jan. Von dem Abgeordneten **Francke** ist folgende Petition mit 7127 Unterschriften übergeben:

An die hohe deutsche Centralgewalt in Frankfurt am Main! In dem Augenblicke, wo nach vielseitiger Mittheilung die Friedensverhandlungen zwischen dem deutschen Reiche und dem Königreiche Dänemark beginnen, halten wir Unterzeichnete, Bewohner der Landschaft Angeln im Herzogthum Schleswig uns in unserm Gewissen um so mehr gedrungen, gegen Eine hohe deutsche Centralgewalt eine bestimmte Erklärung über unsere Willensmeinung abzugeben, als die zu unserer Kunde gekommene, von der Krone Dänemark vorgeschlagene Basis der Friedensunterhandlungen unser Recht und unsere materielle Wohlfahrt mit gänzlicher **Vernichtung bedroht.**

Wir halten fest an unserm Recht, protestiren daher für uns und unsere Nachkommen entschieden gegen jegliche Trennung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, und sind entschlossen, jeden Versuch, welcher die Aufhebung der länger als 400 Jahre dauernden, durch alle Bande des Blutes, der Verwandtschaft, der Sitte, der Sprache unauflösbar gewordenen, zugleich auch alle materiellen Interessen des Lebens umschließenden Verbindung dieser Lande, sei es in staatsrechtlicher oder sei es in administrativer Beziehung, zu bewirken sucht, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen und die Waffen, zu denen wir nothgedrungen haben greifen müssen, nicht eher niederzulegen, als bis unser Recht gesichert ist.

Die beste Garantie für die Aufrechthaltung unseres Rechts, der unzertrennlichen Verbindung dieser Lande, sehen wir lediglich in der Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bundesstaat, und wünschen diese um so sehnlicher, da wir uns ganz als Deutsche fühlen.

Wir bitten daher so dringend als ehrerbietig, Eine hohe Centralgewalt wolle keinen andern Frieden schließen, als solchen, wodurch das Herzogthum Schleswig, ungetrennt von Holstein, in den deutschen Bundesstaat aufgenommen wird. Kirchspiel .... 10/12. Jan. 1849.

** **Frankfurt**, 26. Jan. Unerwarteter Weise langte Herr Bunsen schon gestern Abend hier an und stieg im russischen Hofe ab. Hoffen wir, daß er jene entscheidenden Erklärungen seiner Regierung mitgebracht habe, deren Ankündigung an den hiesigen Bevollmächtigten in unsern parlamentarischen Kreisen so große Freude erregte.

◊ **Frankfurt**, 24. Jan. Die Redaktion der Flugblätter aus der deutschen National-Versammlung, welche zuletzt von Hrn. K. Jürgens geführt wurde, ist mit dem heutigen Tage in die Hände des Hrn. Wilh. Obermüller übergegangen. Die Flugblätter haben nach und nach ihre Tendenz ganz geändert; zuerst unter der Redaktion von Löw, Bernhardi und Jürgens waren sie ein Organ des Centrums in der deutschen Nationalversammlung; dann nach dem Abgange der beiden zuerst genannten Herren nahmen sie eine Färbung weit nach Rechts hin an. Herr Jürgens erhielt sich in seinem Kredit so lange, als seine Verbindungen mit bedeutenderen Mächten jenen Kredit unterstützten. Nachdem er aber bei dem Abgange Schmerlings sich vom Kasino trennte und im Pariser Hof ein eigenes Haus etablirte, machte er in seinem Blatte Bankerott. Seine Flugblätter haben jetzt nicht bloß den Standpunkt der Rechten, sondern auch der Rechtlichen verlassen. Die ausgegebene Nummer 7 entblödet sich nicht, dem Bureau der National-Versammlung absichtliche Fälschung, und ihrem Präsidenten böswillige Parteilichkeit zu unterlegen. Also zu solchen Mitteln greift das im österreichischen und jetzt auch ultramontan-katholischen Sinne redigirte Blatt!*) Die Flugblätter scheinen ihren Namen davon zu führen, daß sie nach allen Seiten fliegen. Oder sind sie richtiger Fluchblätter zu schreiben? Der Segen ist wenigstens längst von ihnen gewichen.

×× **Frankfurt**, 25. Jan. Es haben in der Frage über die Erblichkeit 474 Mitglieder der Nationalversammlung gestimmt, 10 haben sich der Abstimmung enthalten, unter diesen 3 Preußen, 1 Holsteiner, 1 Hannoveraner u. s. w. Die Stimmen für und gegen die Erblichkeit vertheilen sich folgender Maßen:

	für	gegen
I. Im Norden der Mainlinie.		
Preußen	132	37
K. Sachsen	2	16
Hannover	16	9
Kurhessen	6	4
Schleswig-Holstein u. Lauenburg	7	3
Braunschweig	3	1
Oldenburg	2	3
Mecklenburg	6	2
Nassau	3	3
Luxemburg-Limburg	2	—
Anhalt	2	—
Waldeck und Lippe	2	—
Thüringen	6	4
Freie Städte	5	—
	194	82
[Ohne Preußen	61	45]
[Ohne Preußen und Sachsen	59	29]
II. Im Süden der Mainlinie.		
Oesterreich	—	90
Baiern	6	52
Würtemberg	6	20
Baden	2	8
Hessen-Darmstadt	3	10
Hohenzollern	—	1
Lichtenstein	—	1
	17	182
[Ohne Oesterreich	17	91]
	211	263.

Parl. Koresp. **Frankfurt**, 24. Jan. Auf der Diplomatentribüne befand sich am 23. d. auch der dänische, der französische und der englische Gesandte. Baron Dirkink-Holmfeld vergaß den Diplomaten bis zu dem Grade, daß er sich in rein dänischer

*) Die O. P. A. berichtet, daß Hr. Jürgens seine bedingungsweise Zusage, auch künftig noch bei den Flugblättern mitarbeiten zu wollen, zurückgezogen hat.

Freude über das Resultat der Abstimmung ausließ. Hinter glücklicheren Formen wußte der Gesandte der jungen Republik seine Freude zu verbergen; aber mit ernstem Wort beklagte Lord Cowley den traurigen Ausgang des Tages.

⁝ **Frankfurt**, 25. Jan. In der Schrift: Brustbilder aus der Paulskirche, sind auch folgende Herren, als: Ahrens aus Salzgitter, Eckart aus Bromberg, Federer aus Stuttgart, Zell aus Trier, Reh aus Darmstadt, Hallbauer aus Meißen, Backhaus aus Jena, Bresgen von Ahrweiler, Gravenhorst aus Lüneburg, Makowiczka aus Krakau, Plaß aus Hannover, Freudentheil aus Stade, Käferlein, v. Wydenbrugk aus Weimar, Nicol aus Hannover, unter den Mitgliedern des Märzvereins aufgeführt. Diese Angabe beruht, wie im Namen dieser Herren versichert werden kann, auf einem Irrthume.

⁝ **Frankfurt**, 24. Jan. Von dem Abgeordneten Francke ist heute folgende Adresse aus der Stadt Hadersleben mit 530 Unterschriften, dem Reichsministerium übergeben:

An die hohe Centralgewalt in Deutschland.

Wir unterzeichneten Einwohner der Stadt Hadersleben verwahren uns gegen jeden Eingriff in die dem Herzogthum Schleswig noch verbrieften Urkunden und den ausdrücklichen Zusicherungen der drei letzten dänischen Könige zustehende staatsrechtliche Verbindung mit dem Herzogthum Holstein und gegen jede andere Verbindung mit dem Königreiche Dänemark, als solche durch jene Urkunden begründet und nach unserem Staatsgrundsatz durch eine reine Personalunion gegeben ist. Zugleich erklären wir, daß es unser lebhafter Wunsch ist, in dieselbe staatsrechtliche Stellung zum deutschen Reiche zu treten, wie solche für das Herzogthum Holstein bei der definitiven Feststellung der Reichsverfassung wird angeordnet werden.

Frankfurt, 25. Jan. Das heute ausgegebene Reichsgesetzblatt Nr. 10 enthält das Gesetz über die Schließung der öffentlichen Spielbanken und Aufhebung der Spielpachtverträge, wonach in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 8. Jan. alle Spielbanken vom 1. Mai 1849 an geschlossen und die Spielpachtverträge aufgehoben sind.

Wien. Der österr. Korrespondent (das Ollmützer Hofblatt) sagt über die jetzigen Verhandlungen in der Paulskirche: „Aber wie viele Sitze österreichischer Abgeordneten stehen leer in der St. Paulskirche! Viele sind gar nicht hingegangen, in manchen Bezirken ist nicht gewählt worden, andere Abgeordnete sind auf Gesandtschaftsposten, andere auf eigene Faust abwesend, andere haben ihr Mandat niedergelegt u. s. f. Wär' es nicht nothwendig, energisch dafür zu sorgen, daß kein Sitz des österreichischen Volkes in der Paulskirche leer bleibe, damit nicht ein gerechter Vorwurf, wenn es einmal zu spät sein wird, ertöne: Wenn von den fehlenden österreichischen Deputirten nur die Hälfte im Sinne Oesterreichs gestimmt hätte, würde kein Beschluß zu Stande gekommen sein, der Oesterreich Verlegenheiten bereiten könnte. Schon bei der ersten Lesung der §§. 1 und 2 hätte sich eine andere Majorität herausgestellt, wenn nicht so viele Oesterreicher gefehlt hätten. Wäre es nicht im Interesse der Lösung dieser deutsch-österreichischen Frage, wenn nunmehr redlich dafür Sorge getragen würde, daß alle österreichischen Abgeordnetenplätze in Frankfurt, sei es durch Ersatzmänner, sei es durch Rückkehr der Abwesenden auf ihre Sitze vollzählig besetzt würden? Kann Oesterreich sagen: es habe das Seinige gethan, so lang es seine Stimmen nicht vollzählig ausübt? Fällt nicht, wenn übereilte Beschlüsse in Frankfurt es vielleicht zum Austritt zwingen, ein Theil der Schuld auf die unvollkommene Vertretung? Wir wünschten, daß dieser Umstand beherzigt und schleunige Abhülfe getroffen werde, um Oesterreichs Stimmenkontingent in Frankfurt auf den normalen Stand zu setzen." — Die Allg. Ztg. meint dazu: „Wenn in solcher Weise ein Hof- und Regierungsblatt des Kaiserstaats spricht, wenn ferner alle in Frankfurt anwesenden Deputirten von Deutsch-Oesterreich ihr Festhalten am deutschen Verfassungswerke erklären, wie sie es gethan haben, wenn in den Wahlgemeinden nicht Eine Stimme dagegen sich erhebt, so wird man wohl endlich in Frankfurt aufhören müssen zu sagen, Oesterreich wolle nichts von dem neuen Werke das man in Deutschland bereitet." Die Wahlgemeinden hätten ihre Stimmen nicht erhoben? Wenn sie den Stimmen konsequent bleiben wollen, die sie vor Kurzem erst erhoben haben, so könnten sie nicht laut genug die völlige Abberufung der Abgeordneten aus Frankfurt fordern. Daß sie es nicht thun, beweist nur, daß die Wahlgemeinden in dieser Sache gar keine Stimme mehr haben. Und daß man in Frankfurt noch so hartnäckig verblendet ist, immer und immer wieder zu sagen, Oesterreich wolle nichts von dem neuen Werke das man in Deutschland bereitet! Dieses Oesterreich, das im nämlichen Augenblicke eine Note nach Berlin schickt, es möchte nun wohl Zeit sein, dem Frankfurter Parlamente das Handwerk zu legen! Dieses Oesterreich, das mit Unterdrückung der Presse, mit Auflösung der deutschkatholischen Gemeinden eine so erfreuliche Antwort auf die Grundrechte gibt! Nein, dieses Oesterreich will offenbar sehr viel von dem neuen Werke in Frankfurt, nur gerade das nicht, was das deutsche Volk von seinem Parlamente will und erwartet. Bei dieser Gelegenheit möge die Allg. Ztg. uns noch eine andre Bemerkung erlauben. Es heißt in ihrer Nr. 19: die Deutsche Ztg. sage, niemand denke an die Fortweisung der Oesterreicher, das sei eine Verleumdung, eine gehässige Parteiunterstellung. Niemand, der unsere Ansicht über das Verhältniß zu Oesterreich im Ganzen und im Zusammenhang aufmerksam verfolgt hat, kann uns eine solche Unterstellung machen; wir haben nie ein Hehl gehabt, daß wir das Ausscheiden der österreichischen Abgeordneten aus der Paulskirche für durchaus nothwendig und unumgänglich halten. Die neuesten Kundgebungen der österreichischen Regierung haben uns darin natürlich nicht irre gemacht. Gegen den Ausdruck „Fortweisung" und ähnliches aus dem Wörterbuche der Oesterreicher und der Linken haben wir uns wohl manchmal erklärt; spielt die Allg. Ztg. etwa mit dem Worte?

Wien, 17. Jan. Ein in der Gratzer Zeitung abgedrucktes Schreiben eines Mannes aus der Umgebung des Fürsten Metternich an einen Freund macht ungeheuere Sensation, weil darin ganz unumwunden die Hoffnung ausgesprochen ist, daß im nächsten Frühling nach wiederhergestellter Ruhe im Kaiserstaate der Fürst-Staatskanzler sich auf seine Güter nach Böhmen zu begeben gedenke, um alsdann auch wieder als Berather der Krone die Zügel in die Hand zu nehmen, welche ihm ohnedem nie ganz entfallen waren. Die öffentliche Meinung ist um so mehr geneigt, dieser Angabe Glauben zu schenken, weil die Ansicht in den Köpfen Vieler seit lange her nistet, daß der Hof mit Metternich noch immer in engster Verbindung stehe und dieser alle Schritte der inneren und auswärtigen Politik leite, und der vielgelesene Artikel des französischen Publizisten über die politische Emigration in England diese Meinung nicht blos bekräftiget, sondern sogar in ungeahnter Weise ausführt und begründet. (Bresl. Z.)

Wien, 19. Jan. Nach Berichten aus Pesth vom 17. d. hatte der Banus von Kroatien diese Hauptstadt verlassen und sich zu seinem Armeekorps begeben. Es herrschte fortwährend die größte Ruhe in beiden Schwesterstädten. Karl Bürgermeister, aus Leista in Böhmen, Rechnungsrath der k. k. Postbuchhaltung, ist wegen Theilnahme am Oktober-Aufstande zu sechsjährigem schwerem Kerker und Alexander Peplovsky aus Burstin in Galizien wegen gleicher Theilnahme zu vierjährigem schwerem Kerker verurtheilt. Bei Beiden jedoch wurde die Strafe in zweijährigen Kerker gemildert. (Wien. Ztg.)

Ollmütz, 13. Jan. Ein Erlaß des Justizministers aus Kremsier vom 8. Januar d. J. an das Präsidium des galizischen Appellationsgerichtes verordnet mit Bezug auf die Ausübung der Volkssprache bei Gericht, die Uebersetzung der Gesetzbücher sammt den bezüglichen Nachtragsgesetzen aus der deutschen in die landesüblichen Sprachen. Polnische Gesetzbücher sind bereits vorhanden und alle nachträglichen Verordnungen in deutscher und polnischer Sprache kund gemacht worden. Wegen der Uebertragung der Gesetze ins Moldauische, welches in der Bukowina üblich ist, wird das Ministerium besondere Verfügungen treffen. Die Uebersetzung ins Ruthenische hat durch eine Kommission unter Leitung des Appellationsrathes Joseph Wochnacki zu geschehen. Auch verordnete der Justizminister, daß bei Organisirung des künftigen mündlichen und öffentlichen Gerichtsverfahrens die anzustellenden Gerichtsbeamten vollkommen der üblichen Landessprachen mächtig seien. Die bereits Angestellten sollen von Seite des Appellationsgerichtspräsidiums ermahnt werden, sich diese Sprachkenntniß in möglichst kurzer Frist zu erwerben, weil die vollkommene Kenntniß der Landessprache eine unumgängliche Bedingung für die Anstellung bei den Gerichtsbehörden dieser Provinz ist. Nebenbei bemerken wir, daß die Uebersetzung der Gesetzbücher ins Illyrische bereits veranlaßt ist und jene ins Czechische schon besteht. (Bresl. Z.)

△ **Berlin**, 23. Jan. Aus Potsdam vernimmt man, daß dort nur 50 konservative, dagegen 80 radikale Wahlmänner gewählt worden. In Halle hat dagegen die gemäßigte Partei gesiegt. Die Gerüchte von einem Ministerwechsel, die seit etwa acht

Tagen umgeben, sind in diesem Augenblicke grundlos. Noch weniger als an einen Ministerwechsel im Allgemeinen wurde bereits an bestimmte Namen in dem neuen Kabinette gedacht. Dagegen stellt sich die Frage anders: ob das gegenwärtige Ministerium in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung auch vor die Kammer treten werde. Wie aus guter Quelle versichert werden kann, ist ein definitiver Beschluß in dieser Beziehung noch nicht gefaßt; indeß scheint das Ministerium sein Erscheinen vor den Kammern von dem Ausfall der Abgeordnetenwahlen abhängig machen zu wollen. Wenn die Wahlen derart ausfallen, daß sie ein Vertrauen in das Ministerium bewiesen, so beabsichtigt das Ministerium zu bleiben, „um wieder einmal einige Konsolidation in die Verwaltung zu bringen und große legislatorische Arbeiten durchzuführen." Es wird indeß aus solchen Träumen durch die Nachrichten aufgeweckt, welche von allen Seiten über den Ausfall der Wahlen einlaufen.

! **Berlin**, 23. Jan. Wir sprachen gestern unsere Meinung aus, daß jetzt keine Zeit zum Handeln zu verlieren sei. In Berlin sind drei Viertel der erwählten Wahlmänner in der Opposition, und wenn man auch von einigen Orten z. B. von Stettin, Nachrichten hört, welche für das Ministerium günstiger lauten, so läßt sich doch so viel übersehen, daß unter den Wahlmännern das Ministerium Manteuffel eine sehr große Mehrheit gegen sich haben wird. In dieser Lage der Dinge sollte die preußische Regierung, eine bleibende Person, die so wenig stirbt, wie der König, sich beeilen, sich nicht länger mit mißliebigen Persönlichkeiten zu identificiren. Das Mißtrauen gegen sie ist jetzt nicht mehr zu besiegen. Denn es beruht nicht mehr wie früher auf Meinungen und Voraussetzungen, sondern auf bestimmten Thatsachen. Treten diese Minister sogleich zurück und machen, ehe der Tag der Wahl für die Abgeordneten herankommt, Männern Platz, welche ein größeres Vertrauen besitzen, dann ist Hoffnung, daß der drohende Sturm noch beschworen werden kann. Denn die Wahlmänner, welche der Opposition zugezählt werden, sind zum Theil nichts weniger als Demokraten. Sehr gemäßigte Männer gehören zu den entschiedenen Feinden des jetzigen Ministeriums. Die Wahlen der Abgeordneten werden ganz anders ausfallen, wenn ein neues Ministerium die Stimmung beruhigt. Wir haben schon wiederholt die Erfahrung gemacht, daß dieselben Wahlmänner sehr verschiedenartige Wahlen getroffen haben. Der Jubel unter den Demokraten ist hier groß. Inwiefern die Wahlen zur ersten Kammer ihn mäßigen werden, ist zu erwarten. Der Zudrang zu der diätenlosen ersten Kammer ist nicht sehr groß. Auch die Wähler haben sich zu derselben aus Steuer-Gründen wenig zahlreich gemeldet. Im Ganzen sind für Berlin 13,000 Personen mit dem nöthigen Vermögen (500 Thaler Einkommen), gewiß eine sehr kleine Anzahl, wenn man bedenkt, daß Berlin allein 9000 Hausbesitzer zählt. Der Wohlstand Berlins hat in dem letzten Jahre außerordentlich gelitten; man schätzt die Abnahme der Einwohnerzahl auf 50,000 Menschen. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist erschrecklich. Die trüben Aussichten in der Heimath vermehren die Auswanderungslust. Es haben sich hier mehrere Gesellschaften gebildet, die zum Theil wöchentliche Zusammenkünfte halten, wo Männer und Frauen zusammenkommen, um mit einander bekannt zu werden und gemeinschaftliche Angelegenheiten zu besprechen.

:- **Berlin**, 23. Jan. Die Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz und Schwerin sind vor einigen Tagen wieder von hier abgereist. Ihr Besuch am hiesigen Hofe soll den Zweck gehabt haben, in Person dem preußischen Monarchen die Anzeige zu machen, wie sie gerne bereit wären, falls die deutsche Verfassung dies fordere, dem Könige von Preußen als erblichem und einheitlichem Oberhaupte sich unterzuordnen. Deutschland wird fest an seinen Fürsten halten, wenn sie in so edler Weise ihre Sonderinteressen dem allgemeinen Besten unterordnen. Die Vertreter des deutschen Volkes in der Paulskirche dürfen aber in dem Wetteifer an Opferwilligkeit, den wir in letzter Zeit bei vielen unserer Fürsten und der Mehrzahl der deutschen Ständekammern gesehen, nicht zurückbleiben.

Part. Korr. In **Halberstadt** war für den 17. d. M. unter den dortigen politischen Gefangenen, namentlich dem Prediger der dortigen freien Gemeinde, Wislicenus, dem Auskultator Bertog u. s. w. der Plan verabredet worden, mit Hülfe des in das Komplott gezogenen Gefängniß-Inspektors Koch, zu entweichen. Der Umsicht und Thätigkeit des Polizei-Inspektors Schlumberger gelang es jedoch den Plan zu vereiteln, und ist in Folge dessen Hr. Koch sofort suspendirt worden.

München, 20. Jan. Am 10. haben sich die Abgeordneten aus dem Stande der Gewerbtreibenden und Oekonomen vereinigt, um die rein materiellen und socialen Fragen zu besprechen. Die Versammlung war von ungefähr 60 Abgeordneten besucht. Gegenstand der Diskussion war Art. 1 §. 3 der Grundrechte, ein Paragraph, der überhaupt schon vielfach angefochten wurde, weil man darin eine unbedingte Gewerbsfreiheit erblicken wollte. Es haben etwa 25 Redner darüber gesprochen. Ein erfreuliches Resultat war, daß die meisten Redner sich für unbedingte Annahme der Grundrechte erklärten. Den Vorsitz führte der Abgeordnete Schad aus Schweinfurt. Man fühlte das Bedürfniß, sich öfters zu versammeln und konstituirte sich daher als „Socialer Verein." In einer der nächsten Versammlungen soll Gegenstand der Berathung eine Adresse an die Nationalversammlung zu Frankfurt sein, in welcher die Forderungen und Wünsche des baierischen Gewerbstandes ausgesprochen werden sollen. Man will einerseits Anerkennung der Beschlüsse des Gewerbekongresses zu Frankfurt, andererseits aber blos allgemeine Bestimmungen rücksichtlich einer Gewerbeordnung; die weitere Aus- und Durchführung soll Sache der Einzelstaaten sein. Durch eine Entschließung des k. Ministeriums der Justiz werden die Untersuchungsgerichte (wahrscheinlich in Folge von Beanstandungen) darauf hingewiesen, daß von Gewährung eines privilegirten Gerichtsstandes in Strafsachen fortan nicht mehr die Rede sein könne. (Nürnb. Korr.)

* **Regensburg**, 21. Jan. Die R. Z. berichtet über die Festlichkeiten, welche zur Feier der „Rechtsgültigkeit der Grundrechte des deutschen Volks" von der Bevölkerung der Städte Regensburg und Stadtamhof unter bereitwilligster Mitwirkung der Gesangsvereine und Zünfte, an diesem Tage veranstaltet wurden. Die Festlichkeiten bestanden in einem Umzuge mit Fahnen und Emblemen, in der Absingung des Arndt'schen Vaterlandsliedes, Abends in einer Versammlung der Festbegeher im Saale des neuen Hauses, wo Gesänge und Instrumentalmusik wechselten und mehrere Redner der Bedeutung des Festes entsprechende Vorträge hielten.

* **Stuttgart**, Von verschiedenen Orten in Würtemberg bringen die Blätter Berichte über Festlichkeiten zur Einführungsfeier der deutschen Grundrechte; so aus Hall, Gaildorf, Calw, Balingen, Leonberg u. s. w.

Stuttgart. Vom 27. November bis 14. Dezember 1848 dauerten die Arbeiten der Kommission, welche hieher berufen war, um eine neue Kirchenordnung für die evangelische Kirche Würtembergs zu entwerfen. Bei Vorlegung des von ihr verfaßten Entwurfes richtete die Kommission an das evangelische Konsistorium die Bitte, daß eine Vereinbarung zwischen dem bestehenden landesherrlichen Kirchenregiment und einer aus 50 gewählten Abgeordneten der Landeskirche, nebst einem Abgeordneten der evangelisch-theologischen Fakultät der Landesuniversität, zu bildenden Synode baldigst möge getroffen werden. (Schw. M.)

Stuttgart, 23. Jan. Seit einigen Tagen ist die Nachricht verbreitet, daß die würtembergische Staatsregierung Unterhandlungen mit dem Fürsten von Thurn und Taxis wegen Auflösung des Postlehensverbandes gegen Entschädigung angeknüpft habe. (Schwäb. M.)

* **Sachsen**. Nach einer statistischen Uebersicht in der Leipz. Zeitung hat das Jahr 1848 vom März bis zu Ende Dezember im Umkreis von Sachsen und Thüringen 70 neue Zeitschriften aller Gattungen ins Leben gerufen. Darunter befindet sich eine deutsche Innungszeitung, eine deutsche Krieger- und deutsche Universitätszeitung, alle, wie es kaum der Bemerkung bedarf, in Leipzig ans Licht getreten. Zwei Zeitschriften vertreten slawische Interessen: die bekannten (Jordan'schen) Jahrbücher für slawische Literatur, Kunst und Wissenschaft, und die Slawische Rundschau. Aus dem alltäglichen Gewimmel von Tage- und Wochenblättern, Anzeigern und Boten heben sich ferner, wenigstens durch den Titel bemerkbar, heraus: neben einem Arbeitsfreund und fünf verschiedenen Volksfreunden, ein Volkstribun, ein Weltbürger, zwei Stadtbarbiere, ein Thurmwart, ferner die Biene, die Barrikade, Schwert und Zopf (später das Leipziger Reibeisen), Klitsch-Klatsch-Pumpernickel u. s. w. Wir finden leider nicht bemerkt, wie viele von diesen flüchtigen Ephemeren das Licht des Jahres 1849 erblickt haben. Als die beste Frucht der überreichlichen Ernte werden wir wohl (allen andern übrigens unbeschadet) die „Deutschen Blätter" begrüßen dürfen.

Dresden. Die in der Sitzung vom 20. Jan. abgegebene Erklärung des Ministers v. d. Pfordten in der deutschen Oberhauptsfrage lautet vollständig nach dem Dresdner Journal: „Ich habe gestern schon erklärt, daß die Regierung diejenige Erklärung in der Oberhauptsfrage nicht abgegeben hat, von der in den Zeitungen behauptet worden ist, daß sie erfolgt sei. Sie hat sie weder in Frankfurt bei der Centralgewalt abgegeben, noch in Berlin, weder direkt noch indirekt. Sie hat überhaupt, um ganz bestimmt mich auszusprechen, außer ganz allgemeinen Aeußerungen und Vorschlägen, die vor sieben oder acht Monaten bei den ersten Erörterungen über die deutsche Verfassungsfrage vorgekommen sind, keinerlei Erklärung über die Lösung der Oberhauptsfrage abgegeben. Sie wird dies auch heute nicht thun, und der Gründe dafür sind hauptsächlich, um andere bei Seite zu lassen, zwei: Es ist von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. dem Reichsministerium die Ermächtigung ertheilt worden, die Verhandlungen über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland zu eröffnen. Die Regierung glaubt, daß, bevor man überblicken kann, welches Resultat diese Verhandlungen haben werden, eine gründliche Erwägung und eine das Wohl des Vaterlandes fördernde Entscheidung der Oberhauptsfrage nicht möglich ist. Der zweite Hauptgrund ist folgender: Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. hat selbst die Oberhauptsfrage noch nicht zu Ende berathen und noch nicht vollständig entschieden. Bevor das geschehen ist, glaubt die Regierung ihrerseits eine bestimmte Erklärung aussetzen zu müssen. Die Regierung hat vom Anfange der jetzigen deutschen Bewegung den Grundsatz festgehalten, sie hat ihn bei Erlassung des Wahlgesetzes für Frankfurt an die Spitze gestellt und auf dem letzten außerordentlichen Landtage vertheidigt, den Grundsatz, daß die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. nicht berufen sei, allein und ausschließlich die deutsche Verfassung zu gründen, sondern daß die Regierungen der einzelnen Staaten, unter verfassungsmäßiger Mitwirkung ihrer Kammern natürlich, ein Wort in der Gründung der Verfassung zu reden berechtigt und berufen seien. Die Regierung hält an diesem Grundsatze fest, sie hat ihre Ansichten in dieser Beziehung von Anfang an nicht um ein Jota geändert. Wie sie der Nationalversammlung zu Frankfurt niemals die alleinige Entscheidung zuerkannt hat, so wird sie niemals zu der Ansicht kommen, daß sie darüber nicht einmal zu hören sei. Die sächsische Regierung hat ihre Selbstständigkeit niemals aufgegeben in der deutschen Verfassungsbewegung, aber auch niemals ihre Vaterlandsliebe und ihre Hingebung an die Aufgabe, zu deren Lösung als eins der wichtigsten Organe die Nationalversammlung zu Frankfurt besteht und berufen worden ist. Dieses sind die Gründe, warum die Regierung glaubt, auch heute einen Ausspruch über die Oberhauptsfrage nicht geben zu können. Sie wird deßwegen eine solche Erklärung auch nicht geben, selbst wenn die Kammer den Antrag des Abg. Tzschirner zu ihrem Beschlusse erheben und an die Regierung bringen sollte. Man hat zwar unter Hinweisung auf die Pflicht der Regierung, für das Wohl des Landes zu sorgen, sie zu einer solchen Erklärung aufgefordert. Aber eben in dem Bewußtsein dieser schweren Pflicht und in dem Entschluß, derselben zu genügen, wird die Regierung eine Entscheidung über die Lebensfrage des deutschen Vaterlandes nicht vorzeitig, nicht vorschnell geben, nicht eher, als bis sie nach ruhiger Prüfung die Ueberzeugung gefaßt hat, daß es Zeit sei, zu reden. Dann aber, wenn dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, wird sie die Mitwirkung, die nach der Verfassungsurkunde der Kammer zusteht, in keiner Weise umgehen. Dann wird es Zeit sein, einzugehen auf die Gründe für und wider, und sie wird Manches darauf erwiedern auf die staatsrechtlichen Ansichten, die die heutige Diskussion zu Tage gefördert hat. Darauf zu antworten hätte die Regierung mancherlei Veranlassung gehabt, aber sie glaubt, von dem Grundgedanken ausgehend, den ich vorausgestellt habe, jetzt noch hierauf verzichten zu müssen. Eins kann ich aber zum Schluß nicht verschweigen: Wenn die Feinde Deutschlands die heutige Diskussion gehört haben, und sie werden sie hören — so werden Viele unter ihnen sein, die nicht trauern. (Die letzten Worte wurden von dem Redner mit tiefer Bewegung gesprochen.")

♉ **Gießen**, 23. Jan. Unsre Universität ist dem schneller und gewaltsamer als je dahinrollenden Rade der Geschichte noch vorangeeilt und hat das Beispiel einer Selbstverläugnung und Liberalität gegeben, wie wir es von den übrigen Hochschulen deutscher Zunge noch zu erwarten haben. Studienfreiheit, insbesondere Aufhebung des Bienniums für Landesangehörige, sind schon längst in's Leben getreten, Reformen anderer Art werden unermüdlich vorbereitet — ob fruchtbar, das muß freilich die Zeit lehren. Bis jetzt finden die Berathungen des Senates und der akademischen Reformkommission par excellence getrennt von denen der jüngeren Docenten, denen die Pforten des siebenten Himmels noch verschlossen sind, statt, und die Resultate beider stehen sich wohl in mehr als einem Punkte principiell entgegen, wenn schon unser Ministerium die Vorschläge letzterer auch der Professorenkommission „zur geeigneten Berücksichtigung" empfohlen hat. Wir behalten uns vor, ein andermal hierauf zurückzukommen. — Die juristische Fakultät, seit Jahren durch den Tod Fell's verwaist, hat jetzt nur noch einen Vertreter des römischen Rechts, den würdigen, immer noch rüstigen Löhr, während die durch Fells Tod erledigte Stelle eines zweiten Romanisten faktisch noch nicht wieder besetzt ist. Professor Dernburg, einst renommirter Advokat zu Mainz, hat wenig Erfolge gehabt und dürfte dem Vernehmen nach bald eine seiner umfassenden Kenntniß des französischen Rechts und Gerichtsverfahrens entsprechende Stelle bei der bevorstehenden Reorganisation der Gerichte in den althessischen Provinzen erhalten. — Die Frequenz der Universität hat sich gegen die vormärzlichen Zeiten merklich verringert und beträgt 450 Studenten, wohl hauptsächlich eine Folge jener oben erwähnten liberalen Konzessionen, die, von den übrigen Universitäten bis jetzt unerwiedert, Gießen entschieden Abbruch thun. — Ich erwähne zum Beschluß noch ein Gerücht, demgemäß Liebig und Bischoff ihren seitherigen Wirkungskreis mit Heidelberg vertauschen würden. Liebig weiß übrigens zu gut, welche Stellung er hier hat und wie er sie schwerlich anderswo in ähnlicher Weise finden würde; er hat deßhalb schon mehrere glänzende Anerbietungen ausgeschlagen und wird sich auch wohl diesmal bedenken.

Hamburg, 19. Jan. Auch der Senat der freien Stadt Hamburg hat nun mit der örtlichen Verkündigung der Grundrechte nicht weiter gezögert. Folgende Bekanntmachung ist dem Text derselben vorausgeschickt: „E. Hochedl. Rath bringt die von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beliebten und von der provisorischen Centralgewalt Deutschlands am 28. Dezember v. J. publizirten Grundrechte des deutschen Volks sammt dem Einführungsgesetze hiermit zur öffentlichen Kunde. Aus dem Einführungsgesetze geht hervor, daß die in den Grundrechten enthaltenen Principien theilweise noch erst durch Reichsgesetze, theilweise durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten näher bestimmt werden, theilweise endlich sofort ins Leben treten sollen. Insofern aber die zu dieser letzten Kategorie gehörenden Grundsätze nicht ohnehin schon bei uns Geltung haben, sind zur Verwirklichung derselben in Hamburg und dessen Gebiet ebenfalls annoch mehrfache, wenn auch, so weit Verfassungsfragen dadurch berührt werden, nur provisorische gesetzliche Verfügungen nöthig. E. Hochedl. Rath ist mit den Einleitungen dazu bereits beschäftigt und wird das Nähere darüber fördersamst bekannt gemacht werden. Gegeben in unserer Rathsversammlung. Hamburg, den 19. Januar 1849."

Bremen, 22. Jan. Die Publikation der Grundrechte ist nun auch für unseren Freistaat demnächst zu erwarten.

Großbritannien.

* **London**, 20. Jan. Man erhielt in England Nachrichten und Zeitungen aus den englischen Kolonieen in Australien, die aus Sidney bis zum 31. und aus dem Bezirk Fort Phillip bis zum 19. Aug. reichen. Sie melden unter anderm das Kuriosum, daß die Bevölkerung von Melbourne, der Hauptstadt des letztern Bezirks oder der Landschaft Australia Felix, man möchte fast glauben in einer Anwandlung von spaßhafter Laune, mit Stimmenmehrheit den Kolonialminister Grafen Grey zu ihrem Vertreter in den gesetzgebenden Rath zu Sidney gewählt hat. Man weiß nicht, ob sich Graf Grey diese seltsame Anerkennung für die vielen Angriffe, denen er ausgesetzt ist, zum Trost gereichen lassen wird. „Daily News" meint: der Minister möge doch ja diese Ehre nicht ausschlagen, er möge seinen Sitz im Parlament von Sidney immerhin einnehmen, Niemand werde und könne ihn halten; während der Zeit seiner Abwesenheit würden die Kolonialangelegenheiten nicht schlechter versorgt sein, und wenn er nach etlichen Jahren zurückkehre, so werde er dasjenige hoffentlich mitbringen, was ihm jetzt abgehe: Bekanntschaft mit den Bedürfnissen und der wirklichen Lage der Kolonieen. Indeß sind gegen diese lustige Wahl so viele Protestationen eingelaufen, daß man sich veranlaßt sah, eine neue Wahl auszuschreiben. Sonst melden die südaustralischen Zeitungen, hierunter der „South Australian Register," der „Maitland Mercury" u. s. w. noch die Ankunft

des neuen Gouverneurs für den Bezirk Port Phillip, Sir H. E. F. Young, und das Eintreffen einer Gesellschaft deutscher Auswanderer, 262 an Zahl, mit dem Bremer Schiff Leontine. Der „South Australian Register" bemerkt, daß sich unter ihnen 28 Kajütenpassagiere und mehrere Kapitalisten befänden, welche beabsichtigen, Ländereien anzukaufen, und daß von ihnen unterwegs nur ein Erwachsener und zwei oder drei neugeborne Kinder gestorben seien. Der „Maitland Mercury" enthält die jedoch nicht verbürgte Angabe, daß unser Landsmann, Dr. Leichardt, der berühmte Erforscher Neuhollands, nach einem kühnen Zuge, auf dem er sich 300 englische Meilen weit von seinen Begleitern entfernte eine herrliche, mit schönen Weiden und Gewässern reich ausgestattete Gegend entdeckt habe, die sich für den Anbau köstlich eigne. Die offiziellen Tabellen weisen nach, daß sich die Wollenausfuhr aus Australien nach England innerhalb dreier Jahre um 24pCt. vermehrt hat.

Frankreich.

* **Paris**, 22. Jan. Das heutige Journal des Debats enthält einen zweiten sehr beißenden Artikel über die Wahl des Hrn. Boulay (de la Meurthe) zum Vicepräsidenten der Republik. Nachdem es angeführt hat, daß derselbe als Mitglied des Conseil général des Seine-Departements und als Oberst der 11. Legion der Nationalgarde einige Dienste geleistet und mit Eifer für die Verbesserung der Pariser Stadtschulen gesorgt habe, fährt es fort: „Das sind alle seine Verdienste; allein er hat anerkannt, daß er diesen den Platz auf der Kandidatenliste nicht verdankt; er ist der Freund des Prinzen und deßhalb wurde er zum Kandidaten gemacht, deßhalb wählte ihn die Nationalversammlung! Wir tadeln nicht die Ansicht des Prinzen. Er ist einfach und rechtschaffen; er hat die Freundschaft der Größe vorgezogen; er hat lieber seine Zuneigung bezeugen als sich selbst erhöhen wollen, indem er einige große Namen sich untergeordnet hätte." In diesem ironischen Ton fährt das Journal fort, um zuletzt an die Nationalversammlung, in der bekanntlich die Verlesung des Namens Boulay als Kandidaten allgemeine Heiterkeit erregte, die Frage zu richten: „War es Spott, war es Schmeichelei, daß ihr dem Freund des Prinzen eure Stimmen gabt? War es Spott, wann werden endlich die versteckten Gedanken zu Tage kommen? War es Schmeichelei, soll etwa die Idee eines demokratisch-sozialistischen Kaisers an die Stelle der demokratisch-sozialistischen Republik treten?" — Der National sucht die Wahl des Hrn. Boulay darzustellen, als habe die National-Versammlung dem Präsidenten einen Beweis geben wollen, wie sehr sie sich mit ihm in ein gutes Einvernehmen zu setzen wünsche und als habe sie dem Ministerium jeden Vorwand nehmen wollen von einer systematischen Feindseligkeit der Nationalversammlung als Hemmniß der Regierung zu sprechen.

Die „Presse" enthält einen Artikel über die italienischen Angelegenheiten, der über den Geist Aufschluß gibt, in dem die französische Diplomatie diese Frage behandelt. In dem von dem früheren Minister des Aeußern, Hrn. Bastide, der Nationalversammlung vorgelegten Programm über die Grundlagen der französisch-englischen Vermittlung wurde „die Befreiung Italiens" als unabänderliches Prinzip ausgesprochen. Nach obigem Artikel ist es sehr wahrscheinlich, daß auf dem Kongreß zu Brüssel diese „Befreiung" als eine blos politische und nicht als eine territoriale ausgelegt werden wird, eine Betrachtungsweise, welche allerdings durch die „vollendete Thatsache" der Wiedereroberung der Lombardei durch die Oesterreicher sehr unterstützt werden wird.

Nach dem „Credit" ist es außer Zweifel, daß eine Expedition nach Civitavecchia abgehen soll. Gestern erhielten mehrere auf Urlaub in Paris befindliche Offiziere den Befehl, sich für jeden Augenblick zur Abreise bereit zu halten. Zwei Fahrzeuge der spanischen Flottille sind auch bereits aus dem Hafen von Barcelona nach Gaeta abgesegelt. Die spanische Flottille wird im Ganzen aus acht Fahrzeugen bestehen, die zum Theil im Hafen von Cadir mit großem Eifer ausgerüstet werden. Carl Albert dagegen soll sehr entschieden gegen die Intervention einer fremden, d. h. nicht italienischen Macht in den Kirchenstaat protestirt, und sich selbst zu einer friedlichen und nöthigenfalls selbst bewaffneten Intervention erboten haben.

Wir sprachen schon neulich von der lebendigeren Thätigkeit, die sich in den demokratischen Klubs wieder bemerklich mache. Auch die Regierung scheint jetzt ihr Augenmerk auf diesen Punkt zu richten. Es ist unleugbar, daß die Klubs, wie sie das Symptom eines krankhaften Staatslebens sind, so die Gefahr, welche in dieser Krankheit liegt, eher vermehren als vermindern. Der Constitutionel beweist in einem glänzenden Artikel, wie falsch der Satz sei, daß die Klubs gleichsam als Ventile der revolutionären Bestrebungen einen Ausbruch verhüteten, wie sie vielmehr eher den Blasebälgen glichen, die diese Bestrebungen anfachten, wie gewöhnlich das Bureau eines Klubs der Kern einer geheimen Gesellschaft sei, und die geheimen Gesellschaften, weit entfernt, durch die Klubs beseitigt zu werden, aus ihnen hervorgingen. Nach diesen Grundsätzen handelt nun auch das Ministerium, so weit es ihm die Gesetze erlauben, die bekanntlich öffentliche Klubs unbedingt und geschlossene nach eingeholter Erlaubniß gestatten. Der Minister des Innern hat folgendes Rundschreiben an die Präfekten erlassen: „Herr Präfekt! Eine Gesellschaft hat sich unter dem Titel Solidarité Républicaine gebildet. Sie hat durch alle Departements Verzweigungen angelegt und die Grundsätze, in deren Namen sie besteht, sind im Widerspruch mit dem gegenwärtigen System. Vor der Präsidentenwahl drückte man die Augen zu, man ließ sie gewähren. Aber seitdem hat diese Gesellschaft mit Recht Besorgnisse erregt und man ließ deshalb das Lokal ihrer Centralsitzungen (bei Montesquieu?) schließen. Man begreift in der That, daß, wenn man eine solche Gesellschaft duldet, sie einen Staat im Staate bilden und die Gesellschaft in Gefahr bringen müsse, besonders wenn sie von feindlichen Absichten geleitet wird. Vom Standpunkte der Gesetzlichkeit aus darf keine derartige Gesellschaft bestehen, denn wenn man sie als Klub betrachtet, so müßte sie ihre Sitzungen öffentlich halten; wäre sie eine Gesellschaft, so müßte sie um vorherige Genehmigung eingekommen sein. In jedem Fall bliebe es ihr untersagt, ihre Arme durch's ganze Land zu strecken (d'établir des affiliations). Da sie also weder Klub noch Gesellschaft, so kann sie nur eine geheime Gesellschaft sein und verfällt mithin der Strafe der Gesetze. Da ich nun mehrere Gründe habe, zu glauben, daß sie trotz der Schließung ihres Centralsitzungslokals noch fortbesteht und Verbindungen in allen Departements besitzt, so verpflichte ich Sie hiermit, die Schritte derselben in Ihrem Departement zu überwachen und jede Zusammenkunft und jeden Schriftenverkauf zu behindern. Nöthigenfalls werden Sie sich mit den Gerichtsbehörden in Einvernehmen setzen. Ich zähle auf Ihre Pünktlichkeit und Entschlossenheit."

Spanien.

* **Madrid**, 16. Jan. Nach dem Clamor Publico denkt die Regierung ernstlich an Regulirung der Staatsschuld und das Kabinet beschäftigt sich mit Maßregeln zu diesem Zweck. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer war bis zu Postschluß nichts von Bedeutung vorgekommen. Eine Deputation der Kammer hatte der Königin die Adresse überreicht. — Prinz Adalbert von Baiern war in Madrid angekommen und von dem König und der Königin festlich empfangen worden.

Italien.

* **Rom**, 13. Jan. Soll man den italienischen Blättern glauben, so ist die Stimmung für das Ministerium hier ganz vortrefflich; und nicht hier blos, in ganz Italien soll die Exkommunikation nicht den Römern, sondern dem Papst geschadet und so die Waffe sich gegen den Schützen gekehrt haben. Der Centralausschuß der Volksvereine für die Verbreitung und Verwirklichung der Idee einer italienischen Konstituante in Florenz hat ein Schreiben an das römische Volk erlassen, worin dieses ermahnt wird, die weltliche Herrschaft der Päpste zu beseitigen. Das Papstthum in seiner jetzigen Gestalt wird als das größte Hinderniß zur italienischen Einigung bezeichnet. Selbst die Person Pius IX. ändere nichts an diesem Verhältniß. „Befreit Italien — heißt es u. a. in diesem Schreiben — befreit Rom von diesem seinem ewigen Feinde, der, nachdem er sich geweigert, den österreichischen Räuber zu bekämpfen, nun beflissen ist, den Bürgerkrieg zu entzünden und aus den befleckten Zimmern des Königs von Neapel über seine „geliebten Söhne" den Bannfluch spricht. Setzt Eurem Werke die Krone auf; trennt den Papst ganz vom Fürsten, und Ihr werdet Euch um Religion und Aufklärung verdient machen, denn Ihr macht einem Skandal, der die wahren Gläubigen verletzt, ein Ende. Macht, daß die Priester zum Altar zurückkehren, daß sie nicht mehr Tyrannen sein können und daß Christus nicht ferner durch sie als Losung zu Bürgerkrieg und Empörung mißbraucht werden könne!" Die Carnevalsfeste sind übrigens für dieses Jahr in Rom untersagt.

* **Neapel**, 11. Jan. Die Regierung ist sehr besorgt wegen der Aufregung, welche die Muratsche Partei im Heere hervorge-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 26. Jan. Konstituirende Versammlung der freien Stadt. Die Fürsten von Meiningen u. Oldenburg für Preußen. Abendgesellschaft bei Camphausen. Abwesenheiten in der Paulskirche.) Wien (Die kaiserliche Bibliothek. Kossuth. Kriegsnachrichten aus Ungarn.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen. Präsidentenwahl.) Berlin (Die Wahlen.) München (Kammerverhandlungen.) Dresden (Die erste Kammer tritt dem Schaffrath'schen Antrage bei. Kammerverhandlungen.)

Italien. Rom (Note des Papstes an die auswärtigen Mächte.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 26. Januar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 26. Januar.

Tagesordnung der 159. öffentl. Sitzung.
Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „der Reichsrath", Artikel 1 §. 1 — 6.

Präsident Simson eröffnet die Sitzung 9¾ Uhr Vormittags. Der Abgeordnete Hr. Haupt aus Wismar und der Abgeordnete Hr. Henges aus Heilbronn zeigen ihren Austritt aus der Nationalversammlung, Letzterer den seinigen für den 1. Februar an. Während Hr. Stöcker aus Langenfeld bis jetzt nur auf einem allerdings überschrittenen Urlaub abwesend ist, hat sich Hr. Lammers aus Erlangen zu dessen Ersatz gemeldet. Es wird aber beanstandet, Hrn. Lammers einen Sitz im Hause einzuräumen, bevor eine Erklärung von Hrn. Stöcker eingegangen.

Hr. Wurm aus Hamburg bringt den dringenden Antrag ein, daß sämmtliche Ausschüsse über die ihnen mitgetheilten Einläufe raschen und übersichtlichen Bericht erstatten möchten. Namentlich sind es die in Bezug auf die Oberhauptsfrage eingehenden Anträge, deren stete Kenntnißnahme Hr. Wurm für die Versammlung für erforderlich hält. Hr. Waitz ist der Ansicht, daß das Hauptwerk allzu sehr aufgehalten würde, wenn z. B. der Verfassungsausschuß über den Inhalt jener Unzahl von Petitionen und Adressen berichten sollte, die sich fortwährend aus allen Theilen des Reichs an ihn wenden. Mehrere Mitglieder anderer Ausschüsse sprechen sich aber für den Wurm'schen Antrag günstiger aus, der auch von Hrn. Biedermann unterstützt und schließlich von der Versammlung zum Beschluß erhoben wird. Nachdem noch Hrn. Künßberg's Antrag auf Niedersetzung eines neuen Verfassungsausschusses dem Petitionsausschusse zur Berichterstattung über die Materie selbst überwiesen worden ist, geht die Versammlung zur Berathung über den Abschnitt des Verfassungsentwurfs: „der Reichsrath" über.

Von Verbesserungsanträgen ist ein einziger eingegangen, der von der Partei des Pariser Hofs herrührt. Die Debatte eröffnet

Hr. Schütz aus Mainz, indem er sich gegen die Anstalt des Reichsraths im Ganzen erklärt. Durch diesen Reichsrath werde das monarchische Prinzip ungebührlich vor den demokratischen Elementen begünstigt und das werde sich rächen. Die Demokratie werde den Kampf mit dem monarchischen Prinzipe immer wieder aufnehmen, bis sie ihren Rechten Geltung verschafft habe. Das beweise auch die Geschichte der 23 verschiedenen Regierungen, die in Frankreich seit der Revolution aufeinander gefolgt. Keine habe Bestand gehabt, weil sich keine aus den demokratischen Elementen naturgemäß entwickelt habe. England, welches man uns als Beispiel aufgeführt hat, kann keine konstitutionelle Monarchie genannt werden, denn dort ist die Demokratie nicht in's Staatsleben aufgenommen, die ganze englische Verwaltung ist vielmehr eine Sache der Aristokratie. Kommen einmal die Chartisten in's Unterhaus, dann wird auch in England der Kampf der demokratischen Elemente mit dem monarchischen Prinzipe beginnen, und dann erst wird man die deutschen Zustände mit den englischen vergleichen können.

Hr. Jahn aus Freiburg a. d. Unstrutt. (Wir benutzen den Raum, den uns die heutige Sitzung übrig läßt, um den originellen Redner einmal wörtlich wiederzugeben.) „Sehr geehrte Versammlung! Nicht auf fremde Staaten und fremde Völker will ich Rücksicht nehmen; nicht, was ich aus alten und neuen Büchern hätte zusammenlesen können, vertragen, sondern ich halte mich rein an Deutschland. Wir bestehen bekanntlich aus vielen größeren, kleineren und mittleren Staaten; es ist keine Macht, die sie zusammenzwingen kann, daß eine Einheit daraus entstehe, weder eine staatliche, noch eine volkliche. Wir haben in den letzten Reden so oft gehört, daß in Deutschland nichts hängt, als ein Sonderzopf. Wie fangen wir es aber an, daß wir ihn wegbringen, daß wir ihn auskämmen? Er ist schon vielmal ausgekämmt worden, aber er wächst immer wieder; es ist ein wahrer Weichselzopf. (Heiterkeit.) Wir müssen Schutz dagegen haben. Wir wollen uns betrachten als eine Gesellschaft von Aktien-Inhabern; diese kamen zusammen, und da ist ausgemacht worden, daß Derjenige, welcher viele Aktien hat, auch viele Stimmen haben soll, und so haben wir das Staaten- und das Volkshaus begründet, das ist recht und löblich. Aber jetzt fehlt noch etwas. Ich will es geradezu sagen: daß die dynastischen Interessen vertreten werden, denn sonst werden sie im Geheimen vertreten. Sie sollen aber öffentlich vertreten werden, damit sie keinen Schaden thun. Wir haben ein Zwittergeschöpf, das sind die bevollmächtigten Vertrauensmänner. Hier sitzen sie auch als Abgeordnete, und treten auf die Tribüne und sprechen. Allein man weiß nicht, sprechen sie als Abgeordnete oder als Bevollmächtigte. (Zuruf: Sehr gut!) Wir wollen aber Ordnung haben. Laßt sämmtliche Dynastieen ihre Vertreter haben. Sie können in einem Kolleg zusammen sein, da sind sie nicht schädlich. Diplomatie wird bleiben bis an's Ende der Tage. Sie soll aber nicht sein, wie der preußische General Müller bei der Eroberung von Mainz sagte. Er ließ einen Spion zu sich bescheiden mit den Worten: „Lassen Sie mir den Diplomaten hereinkommen. Ein Spion ist ein Diplomat ohne das Prädikat Exzellenz." (Gelächter.) Gegen das Minderheitserachten bin ich geradezu; das ist gar nichts, das ist wie im Sprichworte „wasche mir den Buckel und mache mir ihn ja nicht naß." Wie sollen die anhaltischen Staaten zusammenwählen mit den thüringischen? Jeder Staat muß für sich vertreten sein. Wir haben ja sogar das Beispiel, daß die Staaten Bernburg und Köthen mit einander im Streite sind. Sie schicken Deputationen hin und her und können sich nicht vertragen. Jede Dynastie muß daher vertreten werden im Reichsrathe, und da kommen sie mit dem Reichsministerium zusammen und sagen, was sie wollen. Da können sie nicht schädlich werden. Schädlich kann also der Reichsrath durchaus nicht sein, er ist nützlich und sogar nothwendig. Wenn Sie Deutschland fest und mächtig wollen und die dynastischen Sondergelüste geschwächt, — so stimmen Sie für den Reichsrath, so werden sich die Regierungen zufrieden geben, dann haben Sie offene Leute und das gibt Schutz und Stärke. Denken Sie sich, wir wären in Worms zu Luthers Zeit und Kaiser Karl wäre, da mit allen Fürsten und Herren. Da kamen die Herren noch selbst, später schickten sie ihre Gesandten, und dadurch ist der Reichstag schlecht geworden. Durch die Gesandten und durch die Heimlichkeit. Der schlimmste Wühler von allen ist der diplomatische Wühler. Stimmen Sie für den Reichsrath!" (Lachen und Beifall.)

Herr Buß aus Freiburg: Wenn das Staatenhaus bei der zweiten Lesung einige Abänderungen erleidet, so wird der Reichsrath unnöthig sein. Nicht blos zum Zweck der Gesetzgebung, sondern noch mehr für Maßregeln der Vollziehung, wird aber mehr und genauere Kenntniß der Einzelverhältnisse nöthig sein, als von einem Staatenhause zu erwarten, wie Sie es vor der Hand zusammengesetzt haben. Errichten Sie einen festen Dom der Verfassung, allein lassen Sie auch die Luftlöcher daran offen, durch die der Wille des Volkes Eingang finden kann.

Hr. Karl Welcker: Der Natur der Sache nach kann der Reichsrath nur einen begutachtenden und moralischen Einfluß auf die Maßregeln der Regierung ausüben. Wäre also die Demokratie wirklich ein so gewaltig übertretender Strom, wie sie uns Hr. Schütz bezeichnet hat, so lassen Sie der Monarchie diesen Damm. Sie kann ihn dann nur um so weniger entbehren. Wenn Sie ein festes Werk begründen wollen, so dürfen Sie die Interessen der einzelnen Regenten nicht ohne Vertretung lassen. Nur wer das monarchische Prinzip geradezu zerstören wollte, könnte den deutschen Fürsten, an denen ihre Stämme noch immer mit unerschütterlicher Liebe und Pietät hängen, ihre Stimme im Gesammtstaatswesen verwehren. An eine so große Umgestaltung, wie Hr. Buß für das Staatenhaus gefordert hat, glaube ich nicht. Um einen gesunden, organischen Bundesstaat zu bilden, dazu ist daher der Reichsrath nach meiner Meinung, wenn auch

nicht etwas unbedingt Nothwendiges, so doch ein kaum aufzugebendes und durchaus nützliches Glied.

Für den Ausschuß tritt, nachdem der Schluß der allgemeinen Besprechung beliebt ist, Herr G. Beseler auf. Berechtigte Sonderinteressen sollen im Reichsrathe ihre Vertretung finden. Die Reichsregierung wird durch ihre Minister und Beauftragten an den Berathungen Theil nehmen und ihren Einfluß auf dieselben ausüben. Der Reichsrath ist zwar blos eine konsultative Behörde, aber er ist auch nicht eine blos technische, wie ein Staatsrath. Wollte er einen die Maßregeln der Reichsregierung hemmenden Charakter annehmen, so hätte die Verfassung in den Organen des Staaten- und Volkshauses Mittel genug dagegen.

Herr Schüler v. Jena erklärt sich für sich und seine Genossen von der Minderheit des Verfassungsausschusses (Hr. Simon, Wigard, Reh, Mittermaier, Ahrens, Somaruga, Schreiner, Zell) gegen die Anstalt des Reichsraths überhaupt. Er begreift nicht, wie gerade die Partei des Hauses, die immer mit so viel Eifer verkünde, daß sie vor Allem nach der Macht des Reiches trachte, die Centralgewalt durch einen Reichsrath schwächen wolle. Im Sinne dieser Minderheit ist der nachfolgende Antrag Herrn Wigards gestellt:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, das von der Mehrheit des Verf.-Ausschusses vorgeschlagene Institut eines Reichsraths in das Verfassungswerk nicht aufzunehmen" — über welchen durch Namensaufruf abgestimmt wird. Mit 211 gegen 200 Stimmen verworfen. Eine Erklärung aus dem Centrum besagt indessen, daß die Unterzeichneten für die Anstalt des Reichsraths nur gestimmt haben in der Voraussetzung, daß die Erblichkeit der Reichsoberhauptes-Würde bei der zweiten Lesung zum Beschluß erhoben werde.

Bei der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen stellt sich folgendes Ergebniß heraus. Angenommen wird die erste Bestimmung des §. 1: „Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten." Verworfen wird hingegen der fernere Vorschlag sowohl der Ausschußmehrheit, als der Ausschußminderheit, worauf der nachstehende Antrag von Arndts, Graf, Edel &c. zur Abstimmung kommt: „Preußen, Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg und Baden ernennen dazu je ein Mitglied. Das achte die drei Hessen. Das neunte Nassau, Luxemburg, Limburg und Braunschweig. Das zehnte Schleswig-Holstein, Lauenburg, beide Mecklenburg und Oldenburg. Das eilfte die thüringischen Fürstenthümer, Anhalt, die beiden Lippe, Waldeck, (Hohenzollern, Lichtenstein). Das zwölfte die vier freien Städte." Wird gleichfalls verworfen mit 206 gegen 204 Stimmen.

Der dritte Absatz von §. 1 dagegen: „Die Ernennung der Mitglieder des Reichsraths geschieht durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatsverbände —" wird angenommen. Desgleichen:

§. 2. Der Reichsrath bildet ein begutachtendes Kollegium. Derselbe tritt am Sitze der Reichsregierung zusammen.

Den Vorsitz im Reichsrathe führt der Bevollmächtigte des größten deutschen Staates, dessen Regent nicht das Oberhaupt ist.

§. 3. Die Beschlüsse des Reichsrathes werden durch Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 4. Die Reichsminister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes beizuwohnen oder sich in denselben durch Kommissarien vertreten zu lassen.

§. 5. Dem Reichsrathe sind die Gesetzentwürfe, welche die Reichsregierung bei dem Reichstage einbringen will, zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichsrath hat sein Gutachten binnen einer jedesmal von der Reichsregierung zu bestimmenden Frist zu erstatten. Wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Reichsregierung hierdurch an dem Einbringen des Gesetzentwurfs bei dem Reichstage nicht behindert.

§. 6. „Die Reichsregierung ist befugt, in allen Fällen, in welchen es ihr angemessen erscheint, das Gutachten des Reichsrathes einzuziehen."

Hiermit ist die Berathung über den Abschnitt vom „Reichsrathe" beschlossen.

Herr Ludwig Simon stellt den dringenden Antrag, die Nationalversammlung möge die Aufhebung der wider Hrn. Temme verhängten Haft verfügen. Der Antrag wird als ein dringlicher erkannt, worauf Herr Simon zur Begründung desselben das Wort ergreift. Thatsache sei, daß Temme in die Reichsversammlung erwählt worden, und daß er verhaftet sei. Das genüge, um einen Beschluß zu fassen, damit Herr Temme in die Lage gesetzt werde, hierher zu kommen und seinen Platz in der Paulskirche einzunehmen. — Staatssekretär Hr. Bassermann theilt mit, daß der preußische Bevollmächtigte auf Anregung des Reichsministeriums die beschleunigte Vorlage der Herrn Temme betreffenden Akten zugesagt.

Herr G. Beseler beklagt mit dem ganzen Hause die in Preußen gegen die Mitglieder der Berliner Versammlung verhängten Verfolgungen. Allein juristisch hält er das Haus noch nicht für hinlänglich unterrichtet und berechtigt zu einer Entscheidung. Er räth über Herrn Simons Antrag Uebergang zur motivirten Tagesordnung.

Herr Vogt von Gießen: So wie die Sachen stehen, liegt Alles daran, daß die preußische Regierung die Wahllegitimation Temme's einsende. Wir müssen unsere Mittel aufbieten diese Einsendung zu beschleunigen oder zu erzwingen. Herr Simon von Trier bemerkt, daß Temme's Wahl schon am 8ten d. M. Statt gefunden. Die seither vergangene Zeit würde für pflichtgetreue Behörden wohl ausgereicht haben, um ein Aktenstück von Neuß über Koblenz hierher einzusenden. Das Gesetz zum Schutz der Nationalversammlung sei in Preußen verkündet, mithin stehe einer Verfügung des Hauses kein Hinderniß entgegen. Der Reichsjustizminister Hr. Rob. v. Mohl räth jedoch der Versammlung eine Freilassung des Hrn. Temme, ohne Einsicht in die Akten, heute noch nicht auszusprechen. Sie solle sich begnügen, die beschleunigte Vorlage der Wahlakten zu beantragen.

Unter Ablehnung der Anträge Simon's und Beseler's erhebt die Versammlung diesen Antrag von Rob. Mohl zum Beschlusse. Die nächste Sitzung findet Montag den 29. Januar statt. Die Zusammensetzung ihrer Tagesordnung bleibt dem Präsidenten vorbehalten.

□ **Frankfurt**, 25. Jan. Die heutige Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt — sie war erst um 8 Uhr vollendet — drängt uns zuvörderst eine allgemeine Bemerkung auf. Es ist gewiß in hohem Grade rühmens- und dankenswerth, wenn die Versammlung bei ihren Arbeiten mit gewissenhaftester Gründlichkeit zu Werke geht, aber diese Gründlichkeit muß, im Interesse der Sache selbst, Maß und Ziel haben. Die Ströme und die Bächlein der Beredsamkeit, die heute von allen Seiten zusammenflutheten, um oftmals Dinge zu beweisen, die wohl eines Beweises nicht bedürfen, haben, wie der Versammlung selbst nicht entgangen sein wird, am Ende einen Theil ihrer eigenen Mitglieder veranlaßt, sich aus dem Saale zu retten und es ist ein peinliches Gefühl für den Zuhörer, wenn er sieht, wie ein Dutzend Menschen keuchend einen kolossalen Hebebaum herbeischleppen, um einen Strohhalm aus dem Wege zu räumen. De minimis non curat praetor, heißt ein guter alter Spruch der Jurisprudenz: wir hätten gewünscht, daß das ausgezeichnete rechtsgelehrte Mitglied auf der linken Seite der Versammlung und daß namentlich die beiden gleichlautenden Namen in seiner nächsten Nähe das römische Recht in so weit durch die Grundrechte nicht als antiquirt betrachteten. Und jetzt zur Sitzung selbst.

Die Tagesordnung eröffnete ein Antrag des Dr. Textor, daß hinfort, nach Anleitung der Bestimmung der Grundrechte, um einen wissenschaftlichen Beruf auszuüben oder ein Staatsamt zu bekleiden, die Erwerbung eines akademischen Grades nicht mehr erforderlich sein solle, während bekanntlich zur Zeit noch jeder Advokat und Arzt zuvor das Doktor-Diplom erlangen muß und die Staatsämter in der Art an den Besitz eines Grades geknüpft sind, daß noch nach neueren gesetzlichen Vorschriften selbst der Polizeiassessor Dr. juris sein muß.

Dr. Friedleben stellte, da der Antrag nur einen halben Schnitt enthalte und der alte Zopf ganz fallen müsse, ebenfalls mit Bezug auf die Grundrechte, sofort den Zusatzantrag, daß die Bestimmung der Medizinalordnung aufgehoben werde, nach welcher es erforderlich sei, beim hiesigen Examen die Zeugnisse über gehörte Kollegia vorzulegen. Physikus Dr. Mappes war der Ansicht, daß diese Bestimmung, gleichwie die Vorschrift über die Beibringung einer lateinisch geschriebenen Inaugural-Dissertation und über den Nachweis eines vierjährigen Studiums auf Universitäten, nach Verkündigung der Grundrechte von selbst aufgehoben sei, und Schöff Souchay war mit dieser Ansicht einverstanden. Eine Aufhebung aller den Grundrechten entgegenstehenden Be-

stimmungen im Einzelnen sei nicht wohl zulässig, sondern nur in besonders wichtigen oder in zweifelhaften Fällen wünschenswerth oder geboten, was beides hier nicht zutreffe; nur das müsse natürlich durch ein Gesetz ausdrücklich ausgesprochen werden, was etwa an die Stelle des Wegfallenden trete. Uebrigens beschäftige sich der Senat bereits mit einer Vergleichung der Grundrechte und der noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, um in dieser Beziehung die nöthigen Vorlagen zu machen. In Folge dieser Erklärung und da außerdem darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Anträge die Staatsdiener-Pragmatik so nahe berührten, daß man wohl auch die Ansichten der Regierungsbehörden zu beachten haben würde, wurden dieselben mit Zustimmung der Antragsteller einstweilen nur zur Rückäußerung an den Senat gebracht. Die Versammlung verhandelte dann zunächst über eine als dringlich bezeichnete Anfrage, weshalb den Landbewohnern noch immer die Waffen vorenthalten würden. Schöff Souchay erklärte, daß bekanntlich nicht die hiesigen Behörden ihnen die Waffen abgenommen, mithin auch nicht sie dieselben zurückgeben könnten; der Senat habe aber den Wunsch um Rückgabe der Waffen gegen die Centralgewalt schon ausgesprochen, und es sei zu hoffen, daß sie zurückgegeben würden. Dr. Friedleben erklärte sich durch diese Erläuterungen, die, da der Hr. Schöff nicht als Senatsmitglied hier sitze, rein privater Natur seien, nicht befriedigt; Schöff Souchay entgegnete, daß er auch nicht die Absicht habe, das verehrliche Mitglied zu befriedigen; er habe nur gesagt, was er wüßte. Damit war die Sache erledigt: Die Anfrage geht zur Erklärung an den Senat. (Schluß f.)

Frankfurt, 25. Jan. Wir freuen uns, abermals folgende Zuschriften, welche das Reichsministerium erhalten, mittheilen zu können:

I. „Schon in den ersten Tagen dieses Jahres haben Se. königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg, geleitet von der Ansicht, es sei unter den gegenwärtigen Umständen dringende Pflicht und Aufgabe der deutschen Fürsten, ihre Meinungen zu vereinigen und dieselben unverhohlen auszusprechen, in einem Schreiben an Se. Majestät den König von Preußen den Wunsch und die Hoffnung ausgedrückt, daß es Höchstdemselben gefallen möge, der sich immer deutlicher erhebenden Stimme des deutschen Volkes und dem wahrscheinlichen Vorschlag seiner Vertreter gemäß, die oberste Leitung des neu zu gründenden Bundesstaats zu übernehmen. Der Unterzeichnete ist veranlaßt, dem Reichsministerium des Innern von diesem Schritte Sr. königl. Hoheit des Großherzogs Kenntniß zu geben. Frankfurt a. M., den 24. Januar 1849. (Gez.) Mosle."

Ferner:

II. „Se. Hoheit der Herzog zu Sachsen-Meiningen, durchdrungen von dem ernsten Wunsche, daß die neue Verfassung des deutschen Vaterlandes auf dem von der Nationalversammlung bis jetzt gelegten Grunde bald und glücklich zur Vollendung komme, hat den unterzeichneten Bevollmächtigten beauftragt, an das Reichsministerium, wie hiermit geschieht, die offene Erklärung zu richten, daß Höchstdieselben nur in der Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an Se. Maj. den König von Preußen einen das allgemeine Wohl sicher verbürgenden Abschluß des unternommenen Verfassungswerkes zu erkennen vermögen und deßhalb eine dem entsprechende Entscheidung der noch schwebenden Frage wegen Ernennung eines Reichsoberhauptes mit Freude annehmen und anerkennen würden. Frankfurt, den 21. Januar 1849. Der herzoglich sachsen-meiningsche Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt. (gez.) Seebeck."

Zugleich hat der Bevollmächtigte für Altenburg der Centralgewalt amtliche Kenntniß von der Adresse gegeben, die Se. Hoh. der Herzog von Altenburg in Gemeinschaft mit den übrigen thüringen'schen Fürsten an Se. Maj. den König von Preußen gerichtet. (O. P. Z.)

‡ **Frankfurt**, 25. Jan. Auffallend war in der gestrigen Sitzung in der Paulskirche die Abwesenheit von fast 50 Abgeordneten, die zum großen Theil den Centren und der Rechten angehörten. Sie findet nicht ganz ihre Erklärung in dem Umstande, daß viele Mitglieder nach Mainz gegangen waren, um den Assisen beizuwohnen, sondern hatte wohl auch andere noch minder wichtige Veranlassungen. — Dieser Abwesenheit aber ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß sich für §. 2 nur eine Majorität von 214 Stimmen fand, während über 30 Mitglieder, welche gegen die Erblichkeit gestimmt, diesmal für den Kaisertitel stimmten.

† **Frankfurt**, 26. Jan. Unter den zahlreichen Gästen der gestrigen Abendgesellschaft bei dem preußischen Bevollmächtigten, Minister Camphausen bemerkte man neben Abgeordneten aller Fraktionen fast sämmtliche Bevollmächtigte bei der Centralgewalt. Auch Herr v. Schmerling, Herr Welcker, Herr v. Wydenbrugk, Herr v. Bothmer fehlten nicht. Prinz Adalbert und H. v. Gagern waren gleichfalls erschienen, dagegen fanden sich Viele in der Erwartung getäuscht, Ritter Bunsen in dem belebten Kreise begrüßen zu können. Er traf indessen unerwartet noch gestern Abend in Frankfurt an.

Wien, 21. Jan. Die Wiener Z. meldet, daß der Lesesaal der k. k. Hofbibliothek Montag den 22. Jan. wieder dem Publikum geöffnet werden wird. Laut Nachrichten aus Pesth vom 18. Jan. war dort die Nachricht vom 15. Jan. aus Debreczin eingetroffen, daß Kossuth in Folge der für ihn bedenklichen Stimmung in Debreczin mit seiner Schaar sich nach Großwardein geflüchtet hatte. Debreczin wollte eine Deputation an den Fürsten Windischgrätz schicken.

Wien, 21. Jan. Die gestrige, bis jetzt zwar noch nicht offiziell bestätigte, Nachricht von der Besetzung von Schemnitz durch unsere Truppen wird auch heute als verbürgt wiederholt. Noch wichtiger wäre die Bestätigung des heute verlauteten Gerüchtes, daß der Banus Jellacic, welcher sich mit seinem Armeekorps gegen Szegedin gewendet hatte, daselbst eingerückt sei. Weißkirchen im Banate soll vom General Theodorovich beschossen und nach einem heftigen Widerstand genommen worden sein. Aus Pesth wird gemeldet, daß der Fürst Windischgrätz, nach Ollmütz beschieden, bereits dahin abgereist sei. (Allg. Z.)

* **Kremsier**, 20. Jan. Die heutige Präsidentenwahl gab ein neues Zeugniß von der Stimmung des Reichstags. Strobach, obwohl der Koalition gegen das Ministerium angehörend, schien immer noch in zu naher Verbindung mit dem Ministerium. Dennoch wäre die Linke wohl bereit gewesen, ihm ihre Stimmen zu geben, wenn die Czechen zu einer Gegenkoncession sich hätten verstehen wollen. Der Rest des Centrums stellte einen eignen Kandidaten auf, den bisherigen Vicepräsidenten Haßlwanter. In drei Skrutinien maßen sich die Parteien; im ersten erhielt der Pole Smolka, der Kandidat der Linken, 145, der Czeche Strobach 118, der Tyroler Haßlwanter 50 Stimmen; im zweiten Smolka 153, Strobach 108, Haßlwanter 49; im dritten gab das Centrum seinen Kandidaten auf und wandte sich zur Linken; Smolka erhielt 201, Strobach nur 104 Stimmen. Der Oktoberpräsident also nimmt von neuem den Stuhl ein. Erster Vicepräsident wurde Hein aus Troppau, ein Abtrünniger des ministeriellen Centralklubs, jetzt zum linken Centrum gehörig; er überwand seinen Rivalen, den Czechen Brauner. Zweiter Vicepräsident wurde Prettis aus Italienisch-Tyrol, gegen Szaszkiewich, den griechischen Geistlichen und Ministerialrath, den die Rechte der Ruthenen wegen durchsetzen wollte. Das ganze Präsidium gehört also der Linken an, und den drei Nationalitäten, welche die Linke der österreichischen Völker bilden.

* **Berlin**. Die National-Zeitung bringt Siegesberichte für die demokratische Partei aus Potsdam, Brandenburg (hier scheinen die Wahlen indessen ziemlich getheilt zu sein) Frankfurt a. O. (⅞ Demokraten) Küstrin (27 Wahlmänner unter 34) Kremmen, Neuruppin, Wittstock (wo sämmtliche 26 Wahlmänner Demokraten sind), Magdeburg (wo nach dem Ausdruck der N. Z. unter 241 Wahlmännern 222 zur Volkspartei gehören und 19 zur Partei der Befriedigten) u. s. w. Auch aus Breslau ruft ihr Berichterstatter: Freut Euch Athener; denn wir haben gesiegt! Doch scheint hier das Ergebniß nicht sehr entschieden. In Stettin hat die konservative Partei den Sieg davon getragen. In Naumburg sind nach der „Deutschen Reform" unter 54 Erwählten 43 Demokraten. Aus der Provinz Sachsen berichtet die lithogr. Korrespondenz: Die Wahlen sind, so viel bis heute (23. Jan.) bekannt geworden, fast durchweg demokratisch, an vielen Orten mehr als demokratisch, ausgefallen. In Nordhausen haben die Demokraten ihre sämmtlichen Kandidaten, 53 an der Zahl, mit mehr als genügender Majorität durchgesetzt. Die Gegner brachten einen ihrer Kandidaten durch; und — wie sich nachher ergab, war auch dieser ein entschiedener, nur noch nicht allgemein bekannter Demokrat, der sich mit Hülfe einer Mystifikation auf die Listen der Gegenpartei gebracht hatte! — In **Erfurt**, wo

Uebersicht.

Die neuesten russischen Bauernrevolten.

Bs. Aus Mitteldeutschland, 19. Jan. Aus dem Spätfrühling und Sommer des vorigen Jahres erinnert man sich der immer wiederkehrenden falschen Nachrichten von einem Anrücken unzähliger russischer Truppenmassen an die preußische Grenze, vom Aufschlagen befestigter Lager an der galizischen Grenze, von großartigen Magazinirungen zum Zwecke der Unterstützung einer soeben auszuführenden Invasion in das preußische und österreichische Gebiet. Solche Nachrichten erschienen immer zu dem Zeitpunkte, wenn die revolutionirenden Demokratenparteien ihre Anschläge und Pläne zu weitverbreiteten Aufständen eben vereitelt sahen, sie erschienen stets wie das Mittel, um die öffentliche Stimmung in einen, wenn auch unbestimmten Alarm zu versetzen, welchen man dann für die Revolutionszwecke praktisch auszubeuten gedachte. Auch weiß man noch recht wohl, wie diese Gerüchte mit aller möglichen Gewißheit und täuschenden Einzelangaben die deutschen Blätter überschwemmten, während sie zugleich durch jenen Ukas unterstützt wurden, welcher die Völker Rußlands zum Kampfe „gegen die Heiden" aufrief. Bis im Juli jene andere russische Note erschien, welche mit unermeßlichen Prahlereien von der russischen Freundschaft gegen Deutschland dem früheren czarischen Manifeste die herausfordernden Spitzen abzustumpfen suchte, waren solche Alarmwirbel auch immer vom ungeheuersten Eindruck; und jene Lieblingsidee der idealistischen Demokraten: einen deutschen Angriffskrieg gegen Rußland im Interesse der polnischen Freiheit zu erregen, hätten sie beinahe zur Verwirklichung gebracht. Später wurden dagegen solche Alarmsignale der Partei vollkommen wirkungslos, ja leider so wirkungslos, daß die endliche wirkliche Besetzung der Donaufürstenthümer durch russische Truppen von der eigentlichen Masse des Publikums lange nicht mit jener besorglichen Aufmerksamkeit verfolgt wurde, welche sie verdient. Oder noch richtiger, man war des ewigen Geschrei's vom Wolfe müde und hatte sich durch mehrere sogenannte friedliche Manifeste Rußlands gern einlullen lassen, weil man in den eigenen, nächsten, inneren Angelegenheiten zu stürmisch beschäftigt war, darum nur allzu gern daran glaubte, daß in den kleinrussischen Gouvernements, in Podolien, Beßarabien und der Krimm Unruhen der bäuerlichen Bevölkerung ausgebrochen seien, zu deren Dämpfung die Truppen aus dem Polnischen südwärts zögen. Man hoffte, diese inneren Unruhen sollten dem übrigen Europa wenigstens im Augenblicke den östlichen Feind fernhalten, man hoffte wohl selbst, sie sollten Rußland nöthigen, die Revolution eben so faktisch anzuerkennen, wie es die übrigen Staatsmächte des europäischen Festlandes zu thun gezwungen waren. Ob wirklich weitverbreitete Unruhen in den südrussischen Gouvernements geherrscht haben, ist seitdem durch keine einzige bestimmte Nachricht bestätigt worden. Wohl aber überschritten die Russen plötzlich den Pruth, und noch war kaum die erste Kunde von der dortigen Erhebung der nationalen Partei gegen die russischen Regierungseinflüsse eingelaufen, als auch bereits die Nachricht davon zur Gewißheit wurde, daß die Russen in Jassy ihre Winterquartiere aufgeschlagen hatten. Die Folgen dieses Schrittes, auf welchen eigentlich selbst die Kabinette der zunächst betheiligten Staaten unvorbereitet waren, während er das ganze übrige Europa, obschon längst geahnt und gefürchtet, gleich einem Blitz aus scheinbar fernstehender Wolke überraschte, gehören nicht hierher, so bedeutungsschwer sie auch für die ferneren politischen Weltgeschäfte werden müssen.

Wir haben das Vorhergehende nur angeführt, um an die Verhältnisse zu erinnern, welche seit der deutschen Revolution die Nachrichten von russischen Bewegungen, sei's des Heeres (also der Staatsmacht) oder des Volkes, begleiteten und ihnen folgten, da jetzt eben wieder neue Kunde von weitverbreiteten Volksbewegungen in den östlichen und südöstlichen Provinzen Wjätka, Kasan, Simbirsk und Pensa die deutschen Blätter durchlaufen. Aus diesen Notizen scheint soviel hervorzugehen, daß sich die bäuerliche Bevölkerung gegen ihre Grundherren empört habe und nun plündernde, sengende, mordende Massen durch das Land aussende. Also eine sociale Revolution. Daran knüpft die zwar stets in falschem Stolz geleugnete, wenn schon vollkommen gerechtfertigte Russenfurcht sogleich die hoffnungsvolle Bemerkung, daß diese Revolution der äußern Politik Rußlands leicht ein nicht unbeträchtliches Hemmniß werden könne. Wir wollen nicht in Betracht ziehen, daß diese Nachrichten ihren Weg vom Westen gegen den Osten nehmen, also aus der Entfernung gegen den angeblichen Schauplatz der Begebenheiten hinlaufen, was allerdings schon gegen deren Glaubwürdigkeit sprechen könnte. Wir haben jedoch bei längerem Verweilen in Rußland, besonders in dessen westlichen Provinzen, zu häufig den Fall erlebt, daß dort Nachrichten über bestimmte Vorgänge im Innern längst mit allen Einzelheiten verbreitet waren, während man in der verhältnißmäßig nächsten Nachbarschaft des Schauplatzes gar nichts davon wußte, dort erst viel später davon erfuhr und bei näherer Erkundigung trotzdem die Bestätigung von Vorfällen erhielt, welche den erzählten wenigstens ähnlich, wenn gleich vom Gerücht vergrößert, oft selbst ganz umgestaltet worden waren. Wir mögen also auch jetzt keineswegs die gerüchtweise mitgetheilten Aufstandsnachrichten als ganz grundlos verwerfen. Allein wir vergessen eben so wenig, daß im verflossenen Sommer beinah wörtlich gleiche Erzählungen über solche Bauernerhebungen in Litthauen und selbst beinah wörtlich gleiche Bemerkungen über deren möglichen Einfluß auf Rußlands äußere Politik die Zeitungen durchliefen, ehe Rußlands Truppen eine Wendung von den mehr südlichen polnischen Provinzen nach den mehr nördlichen machten. Freilich hat man später nicht erfahren, ob diese Diversion der Truppen durch die angeblichen Aufstände zur Nothwendigkeit geworden war; denn das russische Geheimniß lagert über dem Ende jener wirklich stattgehabten Unruhen. Auch war es blos eine aus irgend einem russischen Gesandtschaftszimmer herausgeflogene Notiz, als uns später schließlich und beiläufig erzählt wurde, die Aufhebung einer großen Räuberbande sei in Litthauen plötzlich vollführt worden. Ja, noch mehr! es ist sogar möglich, daß der ursprüngliche Aufruhr später allerdings in einen großartigen Raubzug zusammenschrumpfte; denn dies ist bisher noch immer das Ende dieser fortwährend und überall im russischen Reiche auftauchenden socialen Revolten gewesen. Soviel nun ist sicher, daß dieser ebenfalls so großartig verkündete litthauische Bauernaufruhr ohne den geringsten Einfluß auf die umfassendere, innere wie äußere Politik Rußlands geblieben ist. Auch dieser neue Bauernaufruhr in den östlichen und südöstlichen Provinzen wird es bleiben, ausgenommen es träten Verhältnisse ein, welche in der bisherigen innern Geschichte Rußlands unerhört, weil in den Landes- und Bevölkerungszuständen vollkommen ohne natürliche Grundlage sind. Darum können wir nicht dringend genug davor warnen, sich leichtgläubig einer Beruhigung in Bezug auf die östliche Gefahr hinzugeben, zu welcher die ruhebedürftigen, angstvollen Seelen, besonders derer geneigt sind, welche die Sache der europäischen Freiheit ohne wesentliches Hinderniß und kriegslos zum Ziele gelangend glauben, falls nur Rußland sich fern hält von der Einmischung in die europäischen innern Händel zwischen Herrschermacht und Volk.

Die soziale Revolution wird allerdings, unseres Erachtens, der Beginn der Umwälzungen werden, welche Rußland, seiner innern Nothwendigkeit zufolge in der fortschreitenden Geschichte seiner Menschheit durchzumachen hat. Dies theils, aber nur zum geringern Theile deßhalb, weil Rußland eben seit Peter I. keinen Fortschritt einer innern politischen Geschichte seiner Völker zuläßt, während es die materiellen Ergebnisse der fortschreitenden europäischen Bildung in sein Land überträgt, sonach ein Mißverhältniß zwischen den verschiedenen Richtungen der Entwicklungen hervorruft, das nothwendig zum dereinstigen Bruche führen muß. Anderen und zwar wichtigeren Theils muß die sociale Revolution deßhalb in Rußland zuerst kommen, weil der Staat in socialen Beziehungen Hoffnungen erregt und Versprechungen gemacht hat, welche er, durch seine eigne Regierungspolitik gehindert, nur in einem Maße erfüllt, dessen praktisches Ergebniß eine zur äußersten Unzufriedenheit führende Halbheit

der Stellungen des Volkes ist. Wir erinnern zum Beweise an die Bauernfreiheit in den westlichen Provinzen, verbunden mit dem Freizügigkeitsrecht, doch ohne das Recht des frei zu handhabenden Grundbesitzes; ferner an die ursprünglich nach socialistischen Prinzipien eingerichteten Militärkolonien, deren allgemeine Rückführung in viel weniger freie Verhältnisse durch den einzelnen Aufstand bei Nowgorod bedingt wurde; endlich an die Verleihung eines in der Praxis rein illusorischen Rechtsbodens für die Leibeigenen gegen die Anmaßungen und Willkürlichkeiten ihrer Herrn; zuletzt noch an die sogenannte Freiheit der Kronbauern, während deren thatsächlich unbedingte Abhängigkeit von der Beamtenwillkür den Einzelnen viel schwereren Plackereien preisgibt, als während der frühern Leibeigenschaft nur irgend vorkamen. Wir dürfen ja überhaupt nicht vergessen, daß Rußlands ganzes inneres Leben fortwährend den grellsten und schmerzlichsten Widerspruch zwischen dem Prinzip, der Norm, dem Gesetz und deren Praxis dort überall offenbart, wo diese Theorien in einem, vom russischen Standpunkt aus freisinnig gemeinten Sinne durch die Regierung aufgestellt wurden. Rußlands dereinst selbstmörderischer Fehler hinsichtlich der innern Politik liegt in der fortwährenden Verwechslung, Vermischung, Verschmelzung, Identifizierung der Begriffe einer von organischen Idee getragenen Verwaltung mit einer willkürlichen, vom augenblicklichen Vorfall bedingten Polizeihandhabung. Hierin liegt auch eines der Momente, welche die sociale Revolution dereinst in das politische Stadium überführen müssen, keineswegs in dem absoluten Monarchismus allein.

Es muß weiteren Ausführungen dieser Frage an anderer Stelle überlassen werden, hierzu die Nebenpunkte beizufügen, welche die Priorität der socialen Revolution in Rußland bedingen. Aber in Bezug auf jene Hoffnung, daß die jetzt sich allerdings mehr und mehr häufenden socialen Revolten bereits den Einfluß äußern könnten, Rußlands Aufmerksamkeit und Thätigkeit von seiner ausgreifenden äußern Politik auf die innern Verhältnisse zu wenden, bedarf es noch der Beantwortung der Frage: sind diese bäuerlichen Revolten für Rußland wirklich in höherem Maße bedenklich, sind sie wirklich der Beginn seiner socialen Revolution? Sie sind weder das eine noch das andere; sie sind ganz isolirte Erscheinungen und werden es bleiben; sie sind nicht der Beginn, sondern nur die äußersten Vorzeichen einer socialen Revolution, deren kompaktere Gestaltung nur aus den Städten und dem Militär hervorgehen kann und welche dereinst zunächst ganz andere Ziele und Zwecke verfolgen wird, als diese nur gegen lokale Beschwerden und Plagen gerichteten Erhebungen. Die Leibeigenschaftsfrage als solche ist dem Russen der niedern, der arbeitenden Klassen noch keineswegs eine drückende Lebensfrage, wenn gleich sie es natürlich allen jenen (doch verhältnißmäßig höchst wenigen) Leibeigenen ist, welche sich zu materiell bessern Lebensstellungen aufschwangen, und nunmehr allerdings von den Fesseln des Eigenhörigkeitsverhältnisses wund gerieben worden bis auf den innersten Lebensnerv. Die große Masse derjenigen Leibeigenen dagegen, welche unsern Bauern gleichsteht, fragt wie diese nicht um die Uebelstände ihres Standes im Allgemeinen und Ganzen, sondern nur nach der lokalen Behandlung durch den Grundherrn und die Beamten. Wie bei uns, so grenzen auch dort die harten und milden, die billigen und unbilligen Grundherrn aneinander; aber sie grenzen nicht so nahe aneinander, daß das einzelne Dorf, die einzelne Grundherrschaftsbevölkerung auch über den nächsten Grenznachbar hinaus mit sämmtlichen übrigen Gemeinden in eine unmittelbare oder mittelbare Beziehung träte. Die einzelnen Dörfer und Gemeinden liegen vielmehr inselgleich, umgeben von weiten, menschenleeren Flächen, umrauscht von tiefen Wäldern. Wenn sich also auch irgendwo der Stoff des Aufruhrs entzündet, so ist eine rasch weitergreifende Ausbreitung der Flamme nicht zu fürchten. Ueberdies darf man nicht vergessen, daß im Durchschnitte die Leibeignen der kleinern adeligen Grundbesitzer allein unmittelbar von der Härte des Herrn getroffen werden, während die Eigenhörigen der großen Grundbesitzer ihren Leibherrn mitunter im ganzen Leben nicht von Angesicht zu Angesicht sehen, ja selbst häufig kaum irgendwie von den Leibeigenschaftsfesseln wirklich gedrückt werden. Eine organisirte Revolution, vom Flachland ausgehend, ist, außer unter den frühern Verhältnissen der Militärkolonien, beinahe ein Ding der Unmöglichkeit. Es wird immer nur bei isolirten Revolten bleiben. Und wenn Schaaren von 5—6000 Mann mordend, sengend, plündernd durchs Land ziehen, so werden sie selbst von einem großen Theile ihrer Leidensgenossen einfach als räuberische Feinde empfangen werden; selbst ehe noch die überall verstreuten Reserveregimenter gegen sie ausziehen. Gesetzt auch, einige Gemeinden schlössen sich ihnen an, so würde der Pope in andern den Fanatismus seiner Heerde gegen sie als „Gottesfrevler" kehren. Die russische Kirche und der jetzige Bestand des russischen Staates sind ja Verbündete auf Leben und Tod, eben weil im jetzigen Bestand der kirchlichen, socialen, staatlichen Dinge die einzige Möglichkeit der Lebenserhaltung beider liegt.

Eine sociale Revolution, im Flachland entbrennend, ist also an sich ein Ding der höchsten Unwahrscheinlichkeit nach dem jetzigen Stande der Verhältnisse, nach der einfachen geographischen Vertheilung der Menschen sogar beinahe ein Werk der Unmöglichkeit. Aber wenn auch beides anders gedacht würde, so bliebe sie immerhin noch machtlos, so lange nicht eine kirchliche Bewegung dazu träte. Allerdings ist auch diese vorbereitet durch die Zerspaltung der russischen Kirche in eine so große Anzahl von Sekten, wie deren kein anderes Glaubensbekenntniß aufzuweisen hat. Allein diese Sekten treten als kompakte, einander berührende und von der orthodoxen Kirche befehdete Häuflein eben auch nur in den größeren Städten auf, während hier gleichzeitig der Einfluß der Popen auf die Rechtgläubigen bei Weitem geringer, als im Flachland ist. Doch selbst diese kirchlichen Spaltungen erscheinen vorderhand vom russischen Regierungsstandpunkt aus minder gefährlich, weil sie sich eben in gar zu viele Einzelabtheilungen versplittern, deren jede einzelne der andern mit herber Bigotterie entgegensteht, während doch alle der orthodoxen Kirche neben sich ein Bestehensrecht einräumen. Erst wenn mehrere dieser Sekten zu gegenseitlichen Wechselbeziehungen gelangen und sich gleichsam bündnerisch wenigstens in Hauptpunkten ihres Dogmas berühren, kann das religiöse Element zum revolutionirenden werden.

Dieser Zeitpunkt wird jedoch, unsers Erachtens, dem russischen Charakter zufolge erst dann herangekommen sein, wenn die verschiedenen Sektirer durch ihre materiellen Verhältnisse gemeinsame Interessen gewinnen. Sprechen wir es aus: Die Noth, der Hunger muß sie vereinen. Dies kann nach den gegenwärtigen Gemeindeeinrichtungen und nach dem gegenwärtigen Verhältniß der Bevölkerung zum Boden des Flachlandes nur in höchst einzelnen, höchst beschränkten Bezirken eintreten. Dagegen ist in den Städten allerdings durch die wundersamen Sprünge im nationalökonomischen Systeme Rußlands der Grund dafür gelegt. Wir wissen, daß Rußland die Manufakturindustrie unter Kankrins Finanzsystem durch 16 Jahre mit wahrhaft unsinnigen Opfern zu einer vollkommen naturwidrigen Blüthe emporzutreiben versuchte. Wir wissen, daß der Staat in den letzten fünf Jahren der Regierung Kankrins und den darauf folgenden vier Jahren der Fortsetzung dieses Systems durch Wrontschenko ebenso mit Gewaltmaßregeln diejenigen Theile der Städtebevölkerung, über welche er unmittelbar und fraglos verfügen konnte, wieder zum Ackerbau hintrieb, daß er plötzlich die Unterstützungen der Fabriken aufgab, daß er die vorherige Begünstigung bei deren Errichtung in eben so harte Verhinderungen verwandelte. Aber die Massen waren bereits in den Städten zusammengehäuft; man konnte sie nur theilweise mit Zwang zum Acker zurücktreiben; eine viel größere Menge blieb brodlos zurück; der erst allenthalben angeregte Zug der Bevölkerung vom Flachland nach den Städten ließ sich nunmehr nicht gleichermaßen plötzlich zurückwenden. So war ein Proletariat entstanden, und dessen treuer Begleiter, der Pauperismus, begann seine Eroberungen in den Städten. Die diesen Uebelständen verfallenen Bevölkerungsklassen lassen sich nicht wieder vertilgen und ihre Nachkommen wachsen überzählig heran. Ein anderes Proletariat, einen andern Pauperismus erschafft zudem alljährlich die Armee, indem sie ihre Ausgedienten, regelmäßiger Arbeit ungewohnten, mit dem Makel der soldatischen Genossenschaft behafteten als Freie auf das freie Feld setzt. Natürlich bleibt auch von ihnen die Mehrzahl in den Städten zurück, weil hier für ehrlichen und unehrlichen Lebensunterhalt mehr zu hoffen ist, als in Dörfern. Diese unglückliche Bevölkerungsklasse der uniformirten Proletarier vermehrt sich sonach in den Städten in quadratischen Verhältnissen. Ueberdies sind die verhältnißmäßig wenigen großen Städte Rußlands noch in viel höherem Grade die Centralpunkte der Provinzen, als in den übrigen europäischen Ländern, weil auch in dieser Beziehung (wie in der bürgerlichen Gesellschaft) der Mittelstand, die Mittelstädte, fehlen. Nur die Ostseeprovinzen, nächstdem Polen, haben deren aufzuweisen; im übrigen Rußland sind auch diejenigen Städte, welche ihrer Einwohnerzahl nach

Mittelstädte zu sein scheinen, ihrem Leben nach nichts als vergrößerte Dörfer. Aus den größern Städten also, nicht vom Flachland, aus dem Proletariat, nicht aus der Leibeigenschaft, aus der industriellen, nicht aus der bäuerlichen Bevölkerung wird in Rußland die soziale, die socialreligiöse Revolution emporwachsen. Erst wenn die sociale Revolution religiöse Elemente hereingezogen hat, kann sie wirklich eine rasche Weiterverbreitung im Volke finden. Erst nachdem die Revolution einen vollkommen sozialreligiösen Charakter angenommen hat, wird ihr Uebergang ins politische Stadium gereift sein. Aber daß dies Alles komme, bedarf es einer noch unbestimmten Zeit, bedarf es noch eines Heranwachsens der proletarischen und pauperistischen Zustände zu einer Höhe, welche vorderhand noch nirgends außer in einzelnen Stadttheilen Petersburgs, Moskau's, Odessa's, Warschau's und Riga's erreicht ist. — Ueberdies bedarf es auch noch eines Kaisertodes. So lang Nikolaus mit eisernem Szepter herrscht, glauben wir nicht an die Möglichkeit einer sich weit ausbreitenden russischen Revolution.

Und was ist die Lehre der langen Fabel? Daß wir uns nicht einlullen lassen sollen von vagen Voraussetzungen möglicher Ereignisse, weil die Voraussetzungen irrig und die Ereignisse unmöglich sind. Daß wir nicht glauben sollen, Rußland könne seine Truppen wegen der Gefahr in den innern Provinzen nicht frei handhaben, weil der mögliche Verbrauch von Militärkräften im Innern verhältnißmäßig äußerst gering ist gegen die vorhandenen Schaaren vollständig ausgerüsteter Heere. Daß wir den Blick, so stürmisch uns auch die Gefahren des eignen innern Staatslebens umtoben, nicht einen Augenblick vom großen Drohniß des Ostens abwenden dürfen. Das ist die Lehre der Fabel. An den europäischen Grenzen Asiens wird die deutsche Macht- und Freiheitsfrage blutig ausgekämpft werden.

Aus Baiern.

** Aus Baiern, 24. Jan. Unser Land und Volk scheint eine traurige Berühmtheit erlangen zu sollen. „Bairisches Stammesbewußtsein, bairische Antipathien gegen Preußen, bairische Sympathien für Oesterreich" und dergleichen sind die Stichwörter, welche wir jetzt von allen Seiten um unsere Ohren sausen hören. Von der einen Seite werden sie gebraucht, um uns einen häßlichen Fleck aufzubrennen vor dem deutschen und besonders norddeutschen Volke, als läge das Hinderniß der Einigung Deutschlands in unserem thörichten Partikularismus; von der andern Seite werden sie benutzt, um die Unwissenden zu täuschen und die Zaghaften zu schrecken und uns wie einen drohenden Popanz hinzustellen, für Alle gleich fürchterlich. Wir halten es für Pflicht, diese vollauf kursirenden Phrasen auf ihr wahres Maß zurückzuführen und darin zu beweisen, wie auch in diesen Dingen sehr häufig die Unkenntniß sich breit macht auf Kosten der Wahrheit.

„Oesterreich darf nicht ausgeschlossen werden, die Baiern sind dagegen." Wenn wir vor allen diese Redensart zuerst herausgreifen aus der Menge der andern, die uns berühren, so geschieht es hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie der allerersten Berichtigung bedarf. Nach unsern bairischen Begriffen kann nur Derjenige ausgeschlossen werden aus irgend einer Gemeinschaft, der schon zuvor darin war und als lebendiges Glied sich geltend machte an derselben Gemeinschaft. Sind aber die Deutschösterreicher bei uns und mit uns gewesen in unserer deutschen Gemeinschaft? Zwar die österreichische Staatskunst war sehr bei uns, sie hatte überall die Hände im Spiele, wo es drauf ankam, uns die Flügel zu schneiden, wenn wir einmal zu fliegen versuchten, und hat uns den Kopf hübsch zu Boden gehalten, damit wir ja das Kriechen nicht verlernten nach Metternichs Dressur. Aber das Volk, das deutschösterreichische Volk war nicht bei uns, es war vor uns wie vor Pestkranken abgesperrt und abgepfercht durch tausend und abertausend Schlagbäume und Wächter, welche wie eine chinesische Mauer das österreicher Land umgeben und jedem deutschen „Ausländer" ihr Halt entgegenrufen. Die österreichischen Brüder sollten nichts von uns wissen noch haben, weder Tabak noch Salz, noch Tücher und Bücher, noch irgend ein anderes leibliches oder geistiges Gut; in allen Stücken sind sie schon lange von uns gelöset. Kein Deutschösterreicher durfte auf einer deutschen Universität „im Reiche" studiren, kein Protestant durfte ohne höhere Erlaubniß eine Bibel aus „Deutschland" beziehen. Angesichts solcher Thatsachen, welche wir Baiern als die nächsten Nachbarn von Oestrreich besser wissen als Andere, scheint es uns mehr als bloße Ungereimtheit zu sein, wenn man ruft und pocht, daß Deutschösterreich nicht ausgeschlossen werde, weil wir es nicht dulden. Wäre Oesterreich immer bei uns gewesen, ja wir Baiern würden es nicht dulden, daß es von uns genommen werden, daß es ein integrirender Theil des deutschen Reiches nicht sein sollte; nun aber ist es von dem deutschen Leibe schon länger gerissen und mit den Slowaken, Ruthenen und Czechen und anderen Völkern so mächtig geeinigt, wie das Elsaß mit Frankreich: und wenn es fortan nur bündlich mit uns zusammenstehen will und kann, nach dem Vorschlage Gagerns, sind wir dessen schon froh als eines gewaltigen Fortschritts zum Bessern. — Wenden wir uns aber zu andern Stichwörtern des Tages, welche zusammenlaufen in dem Gedanken, daß in Baiern Sympathien für Oesterreich, dagegen Antipathien gegen Preußen zu finden seien, so thut vor Allem Noth, auf die dermalige Komposition des bairischen Staates aus Altbaiern, Schwaben und Franken, einige Rücksicht zu nehmen. In dem eigentlichen Altbaiern ist eine Antipathie gegen Preußen leicht möglich, sobald die Priester dem gutmüthigen Volke klärlich beweisen, daß der König von Preußen „luthrisch" ist, und wenn er zum Kaiser erwählt wird, alle katholische Christen Gefahr laufen, am Ende auch „luthrisch" zu werden. Man kennt ja die Skandale, welche einzelne altbairische Priester aufführten bei der Leichenfeier ihrer „luthrischen" Königin Karoline. Aber so sehr auf der einen Seite das altbairische Volk aus religiösem Mißtrauen zu einer Antipathie gegen Preußen kann aufgeregt werden, so wenig wird es auf der andern Seite zu einer Sympathie für Oesterreich sich stimmen lassen. Ja wenn die Geschichte nicht wäre, und die Erinnerungen und die Erzählungen nicht wären aus den vergangenen Zeiten, wo die Oesterreicher so fürchterlich hausten in dem Baierlande! Die Alten erzählen es und die Jungen lesen es in den Büchern, wie zu den Zeiten des Kurfürsten Max Emanuel die Oesterreicher grausam gewüthet vom Inn bis zum Lech, und wie die Bauern aufgestanden in ganz Baierland, aber jammervoll erschlagen wurden von den Kroaten und Panduren bei Sendling und Aidenbach, wo jetzt die Denkmale zeugen von jenen Thaten; — und wie dann später zu den Zeiten des Karl Theodor der habsburgische Doppeladler seine großen Klauen ausgestreckt, um mit einem kühnen Griff das ganze Baierland auf einmal an sich zu reißen; und daß es gelungen wäre, und kein Wittelsbacher mehr auf einem bairischen Thron säße, wenn nicht der alte Fritz von Preußen mit seinen Graubärten sich aufgemacht und das Baierland gerettet hätte. In Erinnerung solcher Dinge und zuletzt des Rieder Vertrags (1813), wodurch Oesterreich das schöne Innviertel uns abgeschachert, hat der Altbaier keine Sympathie für Oesterreich und kann sie nicht haben, und es bleibt ein eitles Unternehmen, wenn man dennoch eine solche ihm andichten will. Viel eher läßt sie sich bei den Bewohnern des schwäbischen Kreises suchen, da diese ehedem zum größten Theile entweder reichsstädtisch oder Unterthanen der nordösterreichischen Markgrafschaft Burgau waren. Ganz anders aber verhält es sich mit den Franken (Ostfranken und Rheinfranken), welche zusammen die Hälfte des Königreiches bilden und sich von den Altbaiern mannigfach unterscheiden. Ober- und Mittelfranken, das wie Schwaben durch Napoleonische Dekrete und Bajonnette zu Baiern geschlagen worden, sind bekanntlich die Stammprovinzen der preußischen Dynastie. Als Burggrafen von Nürnberg waren die Hohenzollern die Dynasten des Ansbacher und Bayreuther Landes und die Geschichte dieses Landes ist innigst verwebt mit der Geschichte des preußischen Regentenhauses. Hier ist Sympathie und große Sympathie für Preußen zu finden, und es wäre wahrhaft gegen Natur und Geschichte, wenn ein Volk, das mehr als 600 Jahre mit einem Fürstenhause zusammengelebt in guten wie in bösen Tagen, in kürzester Frist dasselbe gänzlich vergessen und alle Gefühle der Anhänglichkeit mit Einmal abschütteln oder gar in Antipathien umwandeln sollte. Zu diesem Umwandlungsprozesse müßte von dem neuen Regimente unendlich viel geschehen sein, am allerwenigsten aber religiöse Bedrückung, wie man sie leider vor Jahren gesehen. In Unterfranken wird man für Preußen nicht schwören, aber nach dem Charakter des Volkes eine Hinneigung zur österreichischen Oberherrlichkeit auch nicht zu entdecken seyn. Und dieß endlich am wenigsten bei den Rheinpfälzern, die am weitesten vorgeschritten unter den bairischen Stämmen; sie würden feierlichst protestiren gegen ein Zusammenwerfen ihrer Sympathien mit den altbairischen Sympathien.

Wenn aber solche Differenz unter den Baiern besteht, so rufen wir hiemit allen Denen zu, die so eben hier von bairischen

Antipathien und Sympathien den Mund voll nehmen, nicht Alles in Einen Topf zu werfen, sondern etwas Acht zu haben auf die Stämme und ihre historischen Eigenthümlichkeiten seit vielen Jahrhunderten.

Hamburg.

X **Hamburg**, 20. Jan. Erlauben Sie mir als Einleitung zu künftigen Berichten über die wichtigsten Ereignisse des Tages einige Worte über unsern Zustand im Allgemeinen. Wer Hamburg früher gekannt hat und jetzt hierher zurückkäme und die stille Einförmigkeit des damaligen Gemeindelebens mit den aufgeregten Zuständen der Gegenwart vergleichen wollte, der würde kaum die Frage unterdrücken können, ob er wirklich dasselbe Hamburg wieder betrete. Der Mittelpunkt der ganzen Bewegung, die eigentliche Seele von Allem, war damals unsere Börse und den Maßstab dessen, was als öffentliche Meinung gelten konnte, durfte man nur in dem sogenannten: „Ausspruch der Hamburger Börse" zu finden hoffen. Das waren die Worte, deren sich unsere Stock-Hamburger — denn es gibt ihrer so gut, als es Stock-Preußen gibt — in dem seit Jahr und Tag genährten Gefühl ihrer Allmacht, wie in dem Wahne ihrer Unfehlbarkeit zu bedienen pflegten. Sprach man es auch nicht öffentlich aus, so trugen doch die Meisten den Gedanken im Herzen: Hamburg ist der Mittelpunkt der Welt und wir — ein jeder für sich — sind der Mittelpunkt von Hamburg. So lächerlich dies klingen mag, so stand diesem Glauben dennoch eine legitime Entschuldigung zur Seite und man konnte, beim Lichte betrachtet, kaum etwas anders als diese selbstzufriedene Stimmung von einer Bevölkerung erwarten, die wirklich zufrieden war, in dem Vollgenuß einer rationellen Freiheit und ihres Freihandels den Weg zum Wohlstande gefunden, sich die Erhaltung dieser beiden wichtigsten Elemente der öffentlichen Wohlfahrt, unter allen Völkern der Erde, zur Aufgabe gestellt, jede Neuerung mit mißtrauischen Augen aufzunehmen und jede Abweichung von der üblichen Bahn für gefährlich zu halten gewohnt war, bevor nicht „die Börse" ihr fiat! darüber ausgesprochen hatte. Nur aus dem Gesichtspunkte der Handelsbeziehung betheiligte man sich in der Regel an dem Gange der Weltereignisse; eine nähere Berührung schien man zu vermeiden, denn ein instinktartiges Gefühl sagte einem jeden Hamburger, daß das Gute, das eine Veränderung der bestehenden Zustände für ihn herbeiführen könne, nicht auf der Oberfläche liege, jedenfalls problematisch, und nicht leicht zu ermessen sei. Das Gefühl der deutschen Nationalität war in dem Hamburger nicht erstorben, aber es schlief. Es bedurfte eines heftigen Impulses, eines Kraftstoßes von Außen, um es zu erwecken, zu beleben und ihn selbst zu der Erkenntniß zu bringen, daß er sich nicht mit der Routine der einfachen Pflichterfüllung eines guten Bürgers seiner besonderen Kommunität begnügen dürfe, sondern daß ihm auch andere Pflichten obliegen, denen er sich weder als Staats- noch als Weltbürger entziehen könne. Als die Nachricht von der Pariser Februarrevolution hier ankam, war der Eindruck unbeschreiblich. Ein Jeder sah seinen Nachbar blitzbetroffen an und war von seiner bisherigen Lethargie gewaltsam aufgerüttelt; als aber bald darauf die mächtigen Märzereignisse stattfanden und eine außerordentliche Begebenheit der anderen, Schlag auf Schlag, folgte, da erwachte in allen Klassen das Bewußtsein innerer Kraft, und daß man nicht länger als bloßer Zuschauer dastehen könne, das empfand ein Jeder. Die Windrose der „Börse" drehte sich um und um — man fühlte den Boden unter sich wanken und hatte die Richtung verloren. Man fand sich wie ein Schiff auf hoher See, ohne Ruder und ohne Kompaß, mitten in den brausenden Wogen der Zeitbewegung, fühlte aber, daß eine Zeit herannahe, welche die Kräfte eines jeden tüchtigen Deutschen in Anspruch nehmen müsse. Einige unserer bedeutendsten, wahrhaft patriotisch gesinnten Männer entschlossen sich, Dr. Heckscher nach Frankfurt zu senden um — zu beobachten. Kaum hatte sich dieser gewiß begabte Mann die Bahn zu dem Fünfziger Ausschuß gebrochen, als alle Verschiedenheit der Meinungen in Hamburg — aufhörte, ob es an der Bewegung Theil nehmen solle oder nicht. Man sah ein, daß die Apathie der Enthaltsamkeit unter diesen Umständen ein Vergehen an dem Vaterlande sein würde. In den Wahlen unserer Abgeordneten zur Nationalversammlung in Frankfurt zeigte sich das letzte Auftreten unseres Börseneinflusses; aber die Wahlen zu unserer Konstituante, in welchen, mit wenigen Ausnahmen, die Kandidaten der demokratischen Partei den Sieg davon trugen, bewiesen, daß die Börse nicht länger als der ausschließliche Sitz der öffentlichen Meinung gelten dürfe, daß unter allen Klassen der Bevölkerung außerhalb derselben, an Kapacitäten kein Mangel herrsche und daß das Bedürfniß eines zeitgemäßen Fortschrittes von Jedermann instinktartig gefühlt werde und ihn ergriffen habe. Diese Erfahrung war durchaus nöthig, und hatte unter der ziemlich aristokratisch gesinnten Elite unserer Bevölkerung, der es weder an Aufklärung noch an Bildung, wohl aber an Toleranz fehlt, eine heilsame Wirkung. Kein Stand in der Welt ist vielleicht, durch tägliche Gewohnheit und durch die immer wiederkehrende Nothwendigkeit der Uebung seines Scharfsinns, besser befähigt als der Kaufmannsstand, den eigentlichen Kern einer Lebensfrage zu entdecken, die rechte Bahn von den Irrgängen der Unerfahrenheit und des bösen Willens zu unterscheiden, schneller seinen Entschluß zu fassen und ihn mit größerer Ausdauer zu verfolgen. Und so ist denn das Gute erzielt worden, daß man sich allgemein versteht, daß ein gemeinsames, friedliches Streben nach dem großen Zielpunkte, nach der großen Aufgabe der Zeit, der deutschen Einheit, stattfindet und daß alle Intelligenzen sich in der Wahl der zweckmäßigsten Mittel zu vereinigen wissen, wodurch auch Hamburg der Erreichung dieses höchsten Wunsches Deutschlands seine mächtige Hülfsleistung verleihen könne. Man fühlt nicht länger nur als Hamburger; man fühlt, daß man, vor Allem, ein deutscher Staatsbürger ist, daß Hamburg Vorurtheile verabschieden, daß es Opfer bringen müsse und seinen höchsten Lohn nur in dem Erfolge der großen Maßregeln finden könne, die das Band der Einheit enger schürzen, Deutschland stark und mächtig machen werden. Der wunderbare Einklang der hier in Rücksicht der beiden mächtigsten dieser Maßregeln herrscht, liefert einen redenden, sicherlich den unwiderleglichen Beweis, daß in unserer Vaterstadt das Gefühl ihres Berufs und ihres Ranges, als Mitglied des deutschen Staatskörpers, von nun an jedem anderen vorangeht und daß sie auch im Stande sei, ihren deutschen Mitgenossen das Beispiel der Entsagung und der Opfer zu geben. Ich rede hier von dem Zolltarif-Entwurf für das vereinte Deutschland und von der laut ausgesprochenen Bereitwilligkeit, die erbliche Hegemonie Preußens als Oberhaupt des deutschen Kaiserreichs anzuerkennen. Wer es je gewußt und erfahren hat, mit welcher Anhänglichkeit Hamburg sich an seine politische Unabhängigkeit und an die freie fessellose Bewegung seines mächtigen Handels gekettet hatte, wie sehr es in den Augen eines jeden Hamburgers beinahe für ein Verbrechen galt, hierin die mindeste Aenderung auch nur zu wünschen, der wird es zu beurtheilen wissen, welcher Umschwung der öffentlichen Meinung hier hat stattfinden müssen, welchen Boden die Ueberzeugung des innigen Anschlusses an das übrige Deutschland und der künftigen Macht seines Vaterlandes unter, der preußischen Hegemonie gewonnen hat, ehe man sich dazu hergeben konnte, beide Ideen nicht bloß als Kinder der Nothwendigkeit, sondern selbst mit einer gewissen Vorliebe zu adoptiren und zu verfolgen. Hier zeigte sich — und das kann man mit voller Gerechtigkeit aussprechen —, der rechtliche Charakter des Hamburgers. Was er will, das will er ganz und in vollem Ernst. Langsam und zögernd, bevor er seinen Entschluß ergreift, ist er entschlossen und ausdauernd, wenn er ihn ergriffen hat, und vor allem läßt er sich nicht irre machen („nicht verblüffen"). Welchen Einfluß die Einführung der preußischen Oberherrschaft auf die besonderen politischen Verhältnisse Hamburgs ausüben werde, liegt noch im Schooße der Zukunft und läßt sich nicht berechnen. Das Vorgefühl des Segens eines mächtigen Schutzes und größerer Kraft beseelt jedoch einen Jeden. Was man aber mit einer gewissen Bestimmtheit zu berechnen weiß, das dürfte die Wirkung des neuen Zolltarifs sein, wenn er angenommen würde, nicht allein in partikulärer Hinsicht für Hamburg, sondern in einer allgemeinen für Deutschland. Der Vortheil ist augenscheinlich ganz auf der Seite des letzteren. Süddeutsche Brüder müssen einsehen, daß man hier nur mit dem Entgegenkommen den Antrag gemacht hat und daß man auf der andern Seite etwas Besseres thun könnte, als ganz im Sinne des alten Verdächtigungssystems aufzutreten, und von dem Einfluß des englischen Goldes zu reden.

Redacteur: **H. Kruse**.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zigs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 27. Frankfurt a. M., Samstag 27. Januar. 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Konstituirende Versammlung der freien Stadt. Deutsche Kolonisation in Ungarn. Freiherr von Arnim. Der Verfassungsentwurf für Frankfurt. Agitation gegen den Spielbankendeschluß. Herr von Wüeth nach Ollmütz.) Wien (Die deutsch-katholische Gemeinde.) Ollmütz (Thätigkeit in der Gesetzgebung. Fremde Gesandte.) Berlin (Stimmung der Parteien. Die Wahlen und die Parteien. Verbote. Orden. Arnold Ruge verhaftet.) Fiddichow (Verhaftung.) Greifswald (Verhaftung.) Posen (Dr. Libelt. Wahlbewerber.) Stralsund (Wahlen.) München (Die Thronrede und ihre Wirkungen.) Vom Main (Die baierische Kammer und die deutsche Sache.) Leipzig (Die Kammer und die Oberhauptsfrage. Ein landesflüchtiger Deputirter. Petition des deutschen Vereins um Einführung der Grundrechte.) Hannover (Lord Palmerston und die hannover'sche Zeitung. Feier der Grundrechte. Die Wahlen.) Emden (Zwei Vereine für das preußische Erbkaiserthum.) Freiburg (Beendigung der politischen Untersuchungen.) Lörrach (Dankadresse an den Großherzog.) Mainz (Assisen.) Weimar (Auflösung der preußischen Gesandtschaft.) Oldenburg (Beschluß des Landtags in der Oberhauptsfrage.) Bremen (Rath und Bürgerschaft über die Grundrechte.)

Großbritannien. London (Der Examiner über die deutsche Krisis, über Wien und Ungarn. Die Times über den Krieg in Ostindien.

Frankreich. Paris (Die Minister und Hr. Boulay. Finanzopposition. Verbindung und Thätigkeit der Legitimisten. Aeußerung von Lagrange. Die amnestirten Insurgenten.)

Spanien. Madrid (Ferien der Deputirtenkammer. Gesetz wegen Ausstattung der Geistlichkeit. Begeisterung für die Wiedereinsetzung Pius IX.)

Oesterreich. Monarchie. Krakau (Kundmachung.)

Italien. Mailand (Salzverordnung.)

Schweiz. Bern (Unruhen in Neuenburg. Drohende Stimmung in Freiburg. Die Schweizer in Neapel. Der russische Gesandte.)

Ungarn. Pesth (Rückkehr der ungar. Truppen unter die kais. Fahnen.)

Amerika. Kanada (Zusammenberufung der gesetzgebenden Versammlung.) Vereinigte Staaten (Die Cholera in New-Orleans, Alabama und Texas. Der englische nordamerikanische Postvertrag. Neue Golddistrikte in Kalifornien.) Neufoundland (Hungersnoth.) Venezuela (Parzieller Sieg der Regierungstruppen.) Brasilien (Die Unruhen in Pernambuko.) Montevideo (Landung der Franzosen.)

Nachschrift.

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 26. Jan. (Constit. Vers. der freien Stadt. Schluß des gestern abgebrochenen Berichts.) Das Hauptinteresse der Sitzung koncentrirte sich in dem von der betreffenden Kommission ausgearbeiteten Bericht (Berichterstatter Dr. Reinganum), welcher, zur Herstellung der durch die Grundrechte gebotenen Abänderung bestehender Gesetze, den folgenden Gesetzentwurf enthält: „1. Alle bürgerlichen und staatsbürgerlichen Beschränkungen der Israeliten, Beisassen und Landbewohner sind aufgehoben. 2. Die vorhandenen Beisassen und deren Kinder werden kraft dieses Gesetzes in das Bürgerrecht aufgenommen. 3. Eine Annahme von Beisassen findet künftig nicht mehr statt. 4. Alle Mitglieder der Stadtgemeinde werden Frankfurter Bürger, alle Mitglieder der Landgemeinde Gemeindebürger genannt. 5. Oeffentliche Aemter sind für alle Staatsbürger gleich zugänglich. 6. Die den vorstehenden Grundsätzen widerstreitenden Bestimmungen des älteren Rechts sind sämmtlich außer Kraft getreten." Gleichzeitig lagen zwei Vorträge des Senats in derselben Angelegenheit vor, der erste, ein Gesetzentwurf, welcher, „auf Antrag des Vorstandes der israelitischen Gemeinde," im Sinne des §. 16. der Grundrechte alle seither noch bestandenen staatsbürgerlichen und privatrechtlichen Beschränkungen der Israeliten aufhebt; der zweite, die Mittheilung, daß der durch §. 1. der Grundrechte gebotene Uebergang der Beisassen und Ortsbürger zum vollen Staatsbürgerrecht, eben weil die Grundrechte ihn geboten, zu einer besonderen Gesetzvorlage keine Veranlassung gebe, daß man aber die Bestimmungen über die etwa zu modificirenden Bedingungen der Aufnahme ins hiesige Staatsbürgerrecht passend bis zu dem Abschluß der Verhandlungen über das deutsche Heimathsrecht aussetze. Da diese Vorträge nur einen Theil der in dem Kommissionsbericht enthaltenen Punkte erledigten, so hielt sich die Versammlung an den Bericht, und ohne irgend erhebliche Diskussion wurden die obigen sechs Paragraphen einstimmig angenommen, dann auch mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit der übrige Theil des Berichts dem Senat zur Einleitung der betreffenden Maßregeln überwiesen. Trotz der Einstimmigkeit der Versammlung hielt es Dr. Reinganum „wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes" für seine „Pflicht", noch nachträglich die namentliche Abstimmung zu begehren: Die Operation nahm eine weitere Viertelstunde hinweg und es bedarf nicht der Bemerkung, daß sie die Einstimmigkeit der 113 Anwesenden bestätigte. In der Tagesordnung folgten jetzt ein Vortrag des Senats, welcher die Anzeige enthält, daß das Bauamt von dem für den Fahrweg am neuen Gallusthor von der Versammlung beschlossenen Plan abgewichen sei und, unter unverholener Mißbilligung eines solchen eigenmächtigen Verfahrens, gleichwohl die getroffene Abänderung zu genehmigen bittet. Der Gegenstand veranlaßte eine Diskussion von entsetzlicher Breite und erst durch namentliche Abstimmung wurde entschieden, die vom Bauamt beliebte Abänderung, (53 gegen 51 Stimmen) zu genehmigen. Schwer aber war der Sturm zu besänftigen, der sich von allen Seiten gegen das Bauamt erhob, welches den Beschluß der konstituirenden Versammlung „schnöde mißachtet", und Dr. Reinganum mußte die ungewohnte Rolle eines Vermittlers übernehmen, um die hochgehenden Zorneswogen zu ebnen. So wurde denn endlich der Antrag des Dr. Friedleben, der Senat solle das Bauamt vor Gericht stellen, ein Antrag, den ein anderes Mitglied, mehr wahr als höflich, als „lächerlich" bezeichnete, zurückgezogen, und zwei fernere Anträge, dem Amte seine Eigenmächtigkeit zu verweisen, resp. es für die Zukunft zu verwarnen, erhielten nicht die Majorität. Die Tagesordnung war damit erledigt: noch aber wurde eine Reihe interessanter Aktenstücke mitgetheilt: Zuerst eine Rückäußerung des Senats auf die Anfrage, welche Ursachen die Verzögerung in der Publikation der Grundrechte veranlaßt? Der Senat wies im Eingange darauf hin, wie er schon seit Jahren und namentlich in dem verflossenen Jahre, noch ehe die Nationalversammlung die Grundrechte beschlossen, im Sinne der darin enthaltenen Bestimmungen verfahren und beschlossen habe; er sprach dann bestimmt aus, daß er der Ansicht sei, jedes Reichsgesetz habe, wenn es auch örtlich noch nicht verkündet sei, schon als solches gesetzliche Kraft für Frankfurt, „möge es für Frankfurt Erfreuliches enthalten oder nicht;" übrigens habe der Senat über seinen Geschäftsgang keine Auskunft zu ertheilen und da ohnehin, nachdem er die Verkündigung der Grundrechte schon am 9. Jan. beschlossen, von einer Verzögerung dieser Verkündigung nicht füglich die Rede sein könne, so „finde er sich nicht in der Lage, die Gründe einer nicht vorhandenen Thatsache auseinander setzen zu können." Dr. Friedleben erhob sich in sehr starker Sprache gegen diesen „unvollkommenen Beschluß", mit welchem er sich gleichwohl, in Betracht der „mißlichen Lage" des Senats, begnügen zu wollen erklärte, und die Versammlung ging denn auch, nach einigen ernsten Worten eines Mitglieds, daß man durch eine Sprache, wie sie der vorige Redner gebraucht, nicht die in einer so schlimmen Zeit doppelt nöthige Eintracht zwischen den Staatsgewalten fördere, zur Tagesordnung über. Ein weiterer Vortrag ertheilt die Anzeige, daß der Senat bereits die Unterhandlungen eingeleitet habe, den Kassationshof in Darmstadt zeitweise zum Kassations- und Revisionshof in Frankfurter Strafsachen zu erheben, so wie, neben der Mittheilung, daß der Senat ungesäumt das Erforderliche zur Herstellung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit auch in der dritten Instanz anordnen werde, den Gesetzentwurf, welcher die §§. 57 und 58 der Verordnung vom 7. Novbr. 1848 über das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen wieder aufhebt und in allen Fällen die dritte Instanz wieder einsetzt. Sodann, auf den Bericht des Appellationsgerichts gestützt, ein Antrag, die Ermächtigung zur Herüberziehung eines rechtsgelehrten Staatsanwalts aus fremden in hiesige Dienste, da ein bloß theoretisch gebildeter, nicht auch praktisch in dem neuen Verfahren schon bewanderter Jurist schwerlich eine Angelegenheit bewältigen werde, welche, wie das Attentat vom

16. bis 18. Septbr., nicht weniger als 300 Inkulpaten begreife. Den Schluß bildet eine Petition des Literaten Friedrich Funk gegen ein Urtheil des Polizeigerichts, welches einen hiesigen Buchdrucker wegen Drucks und Verbreitung eines Flugblattes in der Oberhauptsfrage kurzweg und ohne Angabe von Gründen zu einer 14tägigen Gefängnißstrafe verurtheilt, ein Verfahren, bei welchem allerdings, wie Dr. Reinganum richtig bemerkte, nichts weiter fehlt, als daß dabei der Bundesbeschluß vom 20. Sept. 1819 citirt würde.

÷ **Frankfurt**, 25. Jan. Wie wir vernehmen, hat Herr v. Schmerling bei der Centralgewalt einen Vorschlag der österreichischen Regierung eingereicht, der dahin geht, Ungarn vermittelst deutscher Einwanderung zu kolonisiren. Die Verhältnisse Ungarns sind aber vor der Hand der Art und werden noch lange der Art sein, daß „Kleindeutschland" solchen Vorschlag nicht mit „halbgeschlossenen Augen", sondern weit eher mit „sardonischem Lächeln" aufnehmen dürfte. Ganz abgesehen davon, ob es der deutschen Emigration Segen bringen dürfte, auf den konfiszirten Gütern ungarischer Patrioten — so nennen sie auch die Gegner der magyarischen Erhebung, wie ja auch der deutsche Minister Schmerling im Sommer noch mit ihnen sympathisirte — sich niederzulassen, wird auch der ungarische Krieg noch lange nicht beendet sein. Wir können aber wahrlich nicht wünschen, daß deutsche Auswanderer, wie die unglücklichen Wiener Studenten, in den österreichischen Train gesteckt, oder den Magyaren gegenüber als Kanonenfutter verwendet werden, oder endlich günstigen Falles als friedliche Ansiedler den in Räuberschaaren aufgelösten Trümmern der ungarischen Armee ausgesetzt bleiben. Denn darin stimmen alle des Landes und der Verhältnisse Kundigen überein, daß selbst in dem vollständig unterjochten Ungarn Jahre lang noch italienische und spanische Zustände herrschen werden. Es ist nun ein starkes Zumuthen an unsere Auswandererschaaren, wie weiland Curtius in die Grube zu springen, um späteren Generationen Bahn zu brechen. Auch sollte man denken, daß unsere wunden Stellen — Nordschleswig und Posen — uns hinlänglich vor solchen Nationalitäten-Vermengungen, die auf Kosten anderer Nationen geschehen, warnen sollten. Wir müssen, ohne nach rechts und links abzuweichen, unserer Aufgabe eingedenk bleiben: im Kleinen groß und nicht im Großen klein sein, oder, mit anderen Worten, einen festen, kompakten und lieber kleinen Bundesstaat, als einen großen, mit Sloveno-Croaten, Croato-Serben, Furlanern, Ladinern und wie die österreichischen scepterunterworfenen Nationalitäten alle heißen, versetzten Staatenbund bilden, der allerdings, wie Vincke sagte, ein nie gesehenes Ungethüm sein würde. Non multa, sed multum; vor dem kleinen Athen fiel das große Perserreich.

Womit genug gesagt sein wird, um uns vor dem ungarischen Mäusefallenhändler zu warnen.

÷ **Frankfurt**, 25. Jan. Unter den Fremden von Auszeichnung, die augenblicklich in unserer Stadt weilen, befindet sich auch der frühere preußische Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Arnim. Er wird mit Recht von Allen, die sein Wirken verfolgt, denjenigen deutschen Diplomaten beigezählt, die zugleich Staatsmänner sind. Die Zahl unserer so qualifizirten Diplomaten ist bekanntlich nicht Legion. Selbst aus dem Herenkessel der Berliner Nationalversammlung, welche den staatsmännischen Flug der HH. Hansemann und Milde so unbarmherzig und vermuthlich für immer gehemmt hat, ist Hr. v. Arnim unversehrt hervorgegangen und hat, wie Camphausen, bei seinem Rücktritt die Achtung Aller, auch seiner politischen Gegner, mit sich genommen. Auch die Auszeichnung theilen beide Staatsmänner, daß sie bei der Neuen Preußischen Zeitung in Ungnade stehen. Auf diese und ähnliche Männer werden hoffentlich die preußischen Wahlmänner für die im Februar zusammentretenden Kammern ihr Augenmerk richten: dann wird Preußen gern in Deutschland aufgehen und Deutschland Preußen gern an die Spitze stellen.

= **Frankfurt**, 26. Jan. Es ist wieder einmal das Gerücht verbreitet, der neue Verfassungsentwurf für Frankfurt beantrage nicht blos die Aufhebung jeder und aller indirekten Steuer, sondern auch die Einführung einer Einkommenssteuer, welche die jetzige um das fünfzehnfache übersteige. Die letzte würde vollkommen hinreichen, Frankfurt von seinen wohlhabenden Einwohnern zu entvölkern, und Freizügigkeit und volle Gewerbefreiheit würden hier dann einen großen Spielraum finden.

*** **Frankfurt**, 26. Jan. Dem Vernehmen nach werden alle deutschen Spielbankorte gemeinschaftliche Schritte thun, um die Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung, die Aufhebung der Spielbanken am 1. Mai betreffend, zu suspendiren. Dies zu thun bleibt ihnen unbenommen, allein es ist eine Lächerlichkeit, behaupten zu wollen (wie es bereits geschieht), es werde die Suspendirung des Beschlusses der Nationalversammlung sicher stattfinden. Vor einer solchen Blame wird sich die Nationalversammlung zu wahren wissen.

Frankfurt, 26. Jan. Wie wir hören, berichtet die O.P.Z., hat der Bevollmächtigte Oesterreichs bei der Centralgewalt gestern Abend Herrn v. Würth nach Ollmütz gesandt, um nun endlich eine schleunige und bestimmte Erklärung dort auf Grund einer ausführlichen und umfassenden Zuschrift des Reichsministeriums einzuholen, welche dieses vor wenigen Tagen an ihn gerichtet.

Wien, 20. Jan. Auf eine Adresse der deutsch-katholischen Gemeinde, welche dieselbe in Betreff ihrer Konstituirung an den Gemeinderath gerichtet hatte, und welche dieser dem Ministerium zur Einsicht vorlegte, hat letztres eine überraschende Antwort gegeben. Es wurde ihnen nämlich das vom Minister Metternich im Jahre 1846 in Betreff der Deutsch-Katholiken ertheilte Regierungsdekret, nach welchem sie verbannt und mit Kriminalstrafen bedroht werden, als Antwort ertheilt. (Bresl. Z.)

Ollmütz, 19. Jan. Wir hören aus glaubwürdiger Quelle, daß im Ministerium ein auf äußerste Billigkeit basirter Entwurf in Betreff der Entschädigung für die am 7. Sept. v. J. aufgehobenen Urbariallasten so weit vorbereitet liegt, daß er schon nächster Tage der Kammer zur Berathung vorgelegt werden kann. So viel wir vernehmen konnten, soll von dem ermittelten Werthe der aufgehobenen Lasten ein Drittel unentgeltlich erlöschen, ein Drittel vom Staat und nur ein Drittel von dem Verpflichteten getragen werden. Tirol, Dalmatien und Galizien sollen wegen ihrer eigenthümlichen Verhältnisse einer besondern Behandlung unterzogen werden. Auch ein vollständig ausgearbeitetes Jagdgesetz soll zur Vorlage und provisorischen Einführung bereit liegen. Darin wird den Gemeinden das Jagdrecht in solcher Ausdehnung zugestanden, als es mit der öffentlichen Sicherheit vereinbar ist und das Recht selbst nicht illusorisch wird. Die Privaten bleiben nur dann im ausschließlichen Besitze des Jagdrechts, wenn sie es auf einem eigenthümlichen Aerar von 200 Joch zusammenhängenden Waldes ausüben können. Es soll demnächst eine provisorische Advokatenordnung ins Leben treten, ferner die neue Gerichtsorganisation in Oesterreich ob der Ens; ein Entwurf einer Vorschrift über das Verfahren in Kriminalfällen mit Mündlichkeit, Oeffentlichkeit und Schwurgerichten liegt gedruckt vor uns; an einer Instruktion über die Führung der Grundbücher wird gearbeitet. Auch eine ähnliche Verordnung rücksichtlich der Gleichstellung der Sprachen vor Gericht, wie sie vor kurzem für die ruthenischen Kreise Galiziens ergangen ist, soll für Dalmatien, Kärnthen, Krain und Küstenland ergehen. Der sächsische Gesandte Baron Könneritz und der holländische Gesandte Baron Heckeren sind hier angekommen, haben gestern dem Kaiser ihre Kreditive feierlich überreicht und wurden zur Tafel, sowie Abends in einen Familienzirkel bei der Erzherzogin Sophie gezogen. (Oest. Corr.)

Konst. Korrsp. **Berlin**, 24. Jan. Die bei den Konservativen eingetretene Niedergeschlagenheit, fast möchten wir sagen, Angst und Trauer, ist wo möglich noch größer als es ihre siegträumerische Zuversicht vor der Wahl war. Wie wir die Zuversicht weder begreifen noch billigen konnten, eben so wenig vermögen wir die heutige Niedergeschlagenheit und Muthlosigkeit zu theilen. Einmal ist ein Wahlmann noch immer kein Abgeordneter, und dann, wenn wir uns die Liste der hiesigen sogenannten demokratischen Wahlmänner etwas genauer ansehen, so finden wir sehr, sehr wenig demokratische Ultra's unter denselben und mancher gewichtige Name, z. B. der Waldeck's, fehlt. Weiter ist zu bedenken, daß die Gewählten eben Bürger Berlins sind, d. h. Männer, die einen nochmaligen Umsturz des Bestehenden nicht wollen können, weil sie den Wehrmuthskelch der ersten Umwälzung noch nicht ausgetrunken haben, die also gewiß keine Deputirten in die zweite Kammer senden werden, von denen sie die Ueberzeugung haben, daß sie das Wohl des Landes entweder auf die lange Bank schieben oder ihren Minister- und sonstigen Gelüsten unterordnen werden. Eine Einigung jener Konservativen, welche mit aufrichtigem Herzen die Freiheit eben so eifrig als die Gesetzlichkeit und Ordnung anstreben, mit dem besonnenern, der Ueberstürzung frem-

den Theile der Demokratie, darf als gewiß bevorstehend angenommen werden, weil das Heil Preußens, das Heil Deutschlands diese Vereinigung erheischt und weil beide Parteien doch nichts anderes als das wollen können.

⁝ **Berlin**, 24. Jan. Die Wahlen haben hier und nach den einlaufenden Berichten auch in den Provinzen gegen die Regierung, oder wie wir lieber sagen, gegen das Ministerium entschieden. Alle Beschuldigungen, Verwahrungen, Anklagen werden an diesem Ergebniß im Ganzen nichts ändern. Auch werden die kleinen Mittel, welche man hier und da empfohlen hat, um die Wahl der Abgeordneten im konservativen Sinne zu gewinnen, im Großen nichts ausrichten. Was ist aber zu thun, um dennoch das Unheil abzuwenden, von welchem Preußen in der That bedroht ist, wenn es — sächsische Kammern bekommt? Es kann auf die Wahlmänner allerdings eine große und entscheidende Wirkung hervorgebracht werden, wenn die Regierung inzwischen in andere Hände übergeht und eine andere Richtung einschlägt. Dann werden viele Wahlmänner von selbst ministeriell sein und nicht mehr zur Opposition gehören. Die Wahlmänner, welche die Demokraten jetzt zu den Ihrigen zählen, gehören großentheils nichts weniger als zu einer äußersten Partei. Ueberhaupt bildet die äußerste Linke verhältnißmäßig keine große Zahl. Bezeichnend ist es, daß die Wahl des Hrn. Waldeck, dem doch so eben der Unverstand seiner Amtsgenossen einen Märtyrerkranz geflochten hat, trotzdem daß sie in fünf Bezirken versucht ward, nicht durchzusetzen war. Die gemäßigte Opposition wünscht mit den Rothen gar nichts zu thun haben, aber freilich ebensowenig mit den Schwarzweißen. Es ist für den Freund einer gesetzlichen Freiheit gewiß ein stilles Herzeleid gewesen, wenn er mit Menschen dieser Gattung, den eigentlichen Stockpreußen, als deren höchster Ausdruck das jetzige Ministerium in manchen, wenn auch nicht in allen Beziehungen angesehen wird, wenn er mit diesen Menschen, die sich zum Theil kaum die Mühe gegeben, ihre Vorliebe für die alten Zustände zu verstecken, zu der nämlichen Partei gezählt wird. In den gegenwärtigen Umständen liegt eine dringende Aufforderung, ein solches unnatürliches Bündniß zwischen den wahren und falschen Freunden einer gesetzlichen, verfassungsmäßigen Freiheit aufzugeben. Wenn die freisinnigen s. g. Konstitutionellen, und die gemäßigten s. g. Demokraten einander die Hand reichen, so darf man in Preußen noch jetzt auf einen Ausfall der Wahlen rechnen, bei welchem der Vaterlandsfreund nicht zu verzweifeln braucht. Eine noch so konservative erste Kammer gibt allein keine Bürgschaft für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe. Denn ist das Volkshaus von einem völlig andern Geiste beseelt, so werden bald unheilbare Zerwürfnisse hereinbrechen. Ein solches Volkshaus würde die Verfassung vom 5. Dezember sammt der ersten Kammer verwerfen. Möge Jeder bei so schweren Gefahren des Vaterlandes das Seinige thun, um sie abzuwenden. Von Seiten der Regierung ist vor Allem nöthig, von dem zuletztbeschrittenen Wege, dem alten Polizeiwege, gegen den wir so oft gewarnt haben, offen wieder einzulenken. Freilich mag das dem jetzigen Ministerium schwer fallen. Es wagt nicht einmal den Belagerungszustand, wie es in Düsseldorf eben geschehen ist, auch in der Hauptstadt aufzuheben. Denn es fürchtet sich vor der Presse und hat auch alle Ursache dazu. Bis jetzt wird noch immer mit Verboten fortgefahren. So sind so eben wieder der „Krakehler" redigirt von Dr. Beta, und die „Ewige Fackel" redigirt von Arthur Müller, verboten worden. Wenn es der Regierung wirklich Ernst ist, verfassungsmäßig, d. h. im Einklang mit der Volksvertretung zu regieren, und wir können und wollen durchaus nicht daran zweifeln — so ist ein baldiges Einlenken ja dringend nöthig. Aber das Einlenken muß, wenn Friede im Lande bleiben soll, kein bloß äußerliches sein. Die obersten Klassen der Gesellschaft, vor Allem das Herrscherhaus selbst, müßen sich aufrichtig befreunden mit der neuen Ordnung der Dinge, mit dem Wehen des Geistes der Zeit. Es muß nicht versucht werden, ihn wohl gar eigensinnig herauszufordern, wie neulich durch zahlreiche Austheilung der Orden geschah. Sogar die Minister selbst sollen dagegen gewesen sein, und wenigstens darauf bestanden haben, selbst keine Auszeichnung dieser Art zu erhalten. So eben meldet der Staatsanzeiger, daß der bekannte Gelehrte, Hr. Guizot, die Friedensklasse des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste erhalten. Auch Wilhelm v. Kaulbach ist die Auszeichnung zu Theil geworden.

Berlin, 24. Jan. Der frühere Abgeordnete zur Frankfurter Nationalversammlung und Redakteur der Reform, Arnold Ruge, welcher von der Polizeibehörde schon längst verfolgt wird, weil man ihn republikanischer Bestrebungen für verdächtig hält, ist vorgestern hierselbst in einer in der Dorotheenstraße belegenen Wohnung, in welcher er sich mit zwei anderen, von Berlin verwiesenen Personen heimlich aufhielt, verhaftet worden. (Voss. Z.)

Fiddichow in Pommern, 20. Jan. Der Gastwirth Doß ist hier plötzlich verhaftet worden, nachdem derselbe kurz vor der Verhaftung noch ein Plakat an die Urwähler, keinen Reaktionairen zum Wahlmann zu machen, verbreitet hatte. (D. Rchsztg.)

Greifswald, 10. Jan. Der Stud. med. Herr W. von der Rahmer, bekannt als eifriger Redner der hiesigen demokratischen Partei, ist auf Grund einer gegen ihn „wegen Erregung von Mißvergnügen" erhobenen Kriminaluntersuchung verhaftet worden und bewohnt dasselbe Arrestlokal, welches seinen politischen Freunden Heinze, Sperling, Bartholdi, angewiesen ist. (D. Rchsz.)

⁝ **Posen**, 20. Jan. Dr. Libelt, Abgeordneter des Buksamterschen Wahlbezirks in Deutschposen für Frankfurt, welcher so eben zum Minister der Presse in der Liga ernannt worden, hat so eben ein Rundschreiben an seine Wähler erlassen, in welchem er ihnen eröffnet, daß er im Sept. v. J. nur nach Frankfurt gegangen sei, weil er gehofft, die Posener Abgrenzungsfrage bei der Berathung des Paragraphen über die deutsche Reichsgrenze noch rückgängig zu machen. Da er sich aber von der Unmöglichkeit dieses Unternehmens bald überzeugt, da ferner ein Reichskommissär zur endgültigen Ausführung der Abgrenzung abgesandt worden, so habe er es nicht vor seinem Gewissen verantworten können, die Deutschland einverleibten, also deutschen Kreise zu vertreten, und deshalb sein Mandat niedergelegt. Bei der bevorstehenden Neuwahl fordert er nun seine Mitbürger auf, dennoch mit zu wählen, um die Wahl eines Deutschen zu verhindern. Er schließt mit den Worten: „es muß ein Pole nach Frankfurt gehen, um ein lebendiger Vorwurf für das politische Gewissen der Völker zu sein. Er soll wie das Gespenst des zerrissenen Landes sich unter denen herumbewegen, die es zerfleischten!"

Ein großer Theil unserer Wahlkandidaten für die neuen Kammern sind schon bekannt. Man bezeichnet für die erste Kammer den Minister Flottwell, früher Oberpräsident der Provinz, dessen segensreiche Verwaltung in frischem Andenken ist, General-Major v. Brandt, welcher aus Gesundheitsrücksichten im Sommer v. J. aus dem Frankfurter Parlament ausschied, den Major v. Olberg, welcher sich um die deutsche Sache der Provinz im vorigen Jahr sehr verdient gemacht, Hrn. v. Schleinitz, Sohn des Oberpräsidenten von Schlesien, ferner den Forst- und Domänenrath v. Ballioz. Für die zweite Kammer den Abgeordneten Dr. Goeden, den Stadtsyndikus Stedmann von Berlin, den Direktor Grützmacher, Stadtverordneten Hirsch, den Major v. Voigts-Rhetz u. A.

⊙ **Stralsund**, 23. Jan. Die „Rechten" hatten eine große Urwählerversammlung auf dem Löwen'schen Rathhaussaale ausgeschrieben. Allein die „Linken" entschlossen sich schnell und nahmen den größeren Theil des Saales in Beschlag, so daß ein großer Theil der Rechten auf dem Markte stehen blieben. Nun wurde in dem dichtgedrängten Saale mit wechselndem Erfolg gesprochen. Allein auf den Erfolg des Wortgefechtes kommt es wenig an, da am folgenden Tage der Wahlkampf sich für die Linke entschied. Sie brachte 40 der Ihrigen durch, die Rechte nur 30. In Greifswald haben die Demokraten alle ihre Leute durchgebracht.

A **München**, 24. Jan. Die Thronrede ist fortwährend der Gegenstand aller Gespräche, und wird allenthalben auf das Ungünstigste beurtheilt. Namentlich ist es die Art, mit welcher der deutschen Angelegenheiten Erwähnung geschah, — oder eigentlich besser gesagt, nicht Erwähnung geschah, — welche Jedermann unbefriedigt läßt. Man hatte gehofft, es werde die unbedingte Unterwerfung unter die Centralgewalt, und Anerkennung der Grundrechte in der Thronrede ausgesprochen werden, — ja, man glaubte sich zu einer solchen Hoffnung um so eher berechtigt, als mehrere Tage vor der Eröffnung der Kammern von der Partei der Regierung verbreitet worden war, die Thronrede würde sicher allen Wünschen entsprechen, und die Erwartungen Aller übertreffen. Und nun? — mit ein Paar nichtssagenden Phrasen glaubte man eine Frage abthun zu können, welche so tief in Aller Herzen gedrungen ist. Wahrlich, weit besser wär' es gewesen, offen auszusprechen, daß man bei einer definitiven Gestaltung der Central-

gewalt die Interessen Baierns zu wahren suchen werde: man hätte dann doch wenigstens gewußt, was die Regierung will, und eine solche Politik würde, wie sich nicht leugnen läßt, allerdings den Wünschen einer zahlreichen Partei entsprochen haben. Aber Phrasen, wie sie in dieser Beziehung die Thronrede brachte, konnten wahrlich ebenso gut bei einer Kammer-Eröffnung im Jahre 1847, bei Lebzeiten des Bundestages, gebraucht werden! — Die Folgen sind aber zum Theile bereits eingetreten. Acht Mitglieder der Kammer, welche sich dem Centrum angeschlossen hatten, sind sogleich aus demselben ausgetreten und zur entschiedenen Linken übergegangen, weil sie nunmehr eine kräftige Opposition für unumgänglich nothwendig halten. So sind denn auch die gestern Nachmittags stattgehabten Wahlen eines Ausschusses zur Entwerfung der Antworts-Adresse auf die Thronrede vollkommen im Sinne der Linken ausgefallen; es wäre deßhalb durchaus nicht unmöglich, daß der Wortlaut der Adresse so ausfiele, daß die Stellung des Ministeriums vollkommen unhaltbar würde. Und welche Männer würden dann wohl dessen Nachfolger werden?

⁂ **Vom Main**, 25. Jan. In der zweiten bairischen Kammer hat sich nun auch ein Centrum konstituirt, welches zur Zeit 28 Mitglieder zählt und in dessen Programm es bezüglich des Verhältnisses zur deutschen Nationalversammlung und Centralgewalt heißt: „Wir erachten als unsere Pflicht die Bethätigung des entschiedensten Anschlusses an die deutsche Nationalversammlung und deren von der Centralgewalt bereits publicirte Beschlüsse; wir verlangen, daß unsere Staatsregierung, den von der Versammlung in Frankfurt selbst angebahnten Weg der Verständigung einschlagend, die rasche Vollendung einer Deutschlands Einheit und Stärke fest begründenden Reichsverfassung kräftig unterstütze und auf Grund derselben unter Mitwirkung der Kammern die baierische Verfassungsurkunde einer Revision unterstelle." Sie sehen, daß in unserer baierischen Kammer die Linke und das Centrum eine wenigstens nicht undeutsche Gesinnung an den Tag legen; diese beiden Fraktionen zählen zusammen 76 Mitglieder d. h. die absolute Majorität, und es dürfte deßhalb von Seite der baierischen Volksvertretung dieser elende partikularistische Widerstand gegen die hier festgestellte Verfassung, wie ihn „Sachsens getreue Söhne" an den Tag legen, nicht zu befürchten sein. Ob jedoch nicht eine feindselige Stimmung gegen Frankfurt sich entwickeln sollte, wenn in zweiter Lesung die Nationalversammlung sich für das Erbkaiserthum entscheidet und wenn die Verhandlungen mit Oesterreich den Nichteintritt desselben in den deutschen Bundesstaat herbeiführen, das wollen wir nicht entscheiden.

*** **Leipzig**, 23. Jan. Der Eindruck, den die Debatte über die Oberhauptsfrage in der zweiten sächsischen Kammer auf jeden besonnenen Mann machen muß, kann nur ein im höchsten Grade peinlicher sein, mag er übrigens in dieser Angelegenheit denken, wie er will. Die ganze Frage dreht sich, und das wollen wir hoffen, doch nur darum, ob Preußen an die Spitze Deutschlands treten soll oder nicht, und ob das Scepter des deutschen Reichs erblich der Krone Preußen verliehen werden soll, ob nur auf Lebenszeit dem jetzigen Könige. Glauben Sie mir, wenn nicht schon weit mehr Erklärungen aus Sachsen für die Uebertragung der Centralgewalt an Preußen eingelaufen sind, es liegt lediglich in der tief gewurzelten Antipathie des sächsischen Volks gegen Preußen, eine Antipathie, die wir, wollen wir billig sein, gerechtfertigt nennen müssen. Dieselbe geht aber keineswegs soweit, daß man sie nicht dem Wohl des deutschen Vaterlandes zum Opfer bringen möchte, nur entschließt man sich schwer, durch eine öffentliche Erklärung sie feierlich und förmlich zu annulliren. In Dresden und Leipzig ist es aufrichtigen und begeisterten Freunden des Vaterlandes gelungen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, indem sie die Wichtigkeit und Nothwendigkeit, eine bestimmte Erklärung abzugeben, klar zu machen wußten; in andern Theilen des Landes fehlt es an solchen Männern, die Gegenpartei aber läßt alle Minen springen, um Preußen zu verdächtigen, zu verunglimpfen und den alten Haß anzufachen. Deßhalb glaube ich auch, hat die Sitzung der zweiten Kammer vom 20. d. M., wenn man sie als Demonstration gegen das preußische Kaiserthum betrachtet, den empörenden Eindruck, den die wirklich deutsch fühlenden Sachsen davon bekommen haben, nicht so allgemein gemacht, der deutsche Enthusiasmus ist eben bei uns etwas erlahmt und die Idee eines preußischen deutschen Kaiserthums noch nicht populär genug. Empört, erschreckt aber ist man durch die Debatte, weil sie ein richtiges Bild von dem gibt, was uns diese Kammern ferner bringen werden. Auch in Frankfurt wird man bereits die Verhandlungen spezieller kennen. Eigentlich kann man sie kurz und bündig bezeichnen, denn es wird in ihnen geschimpft, geschimpft und wieder geschimpft. Diese Rohheit des Ausdrucks, diese Gehaltlosigkeit des Inhalts, dieses Hintansetzen jedes Schicklichkeitsgefühls, dieses Terrorisiren der kleinen Minorität, die Ungeschicktheit und Parteilichkeit des Präsidenten, wie sie sich bei der ersten wichtigen und principiellen Debatte kund gegeben haben, lassen uns das Schlimmste fürchten. Und in der That, hier ist man allgemein der Ansicht, einer solchen Kammer gegenüber kann sich kein Ministerium halten, eine solche Kammer muß bei uns dahin führen, wohin sie in Preußen geführt hat, und Leute, die sonst nicht zu den ängstlichen und schwarz sehenden gehören, sprechen es seit gestern unumwunden aus, „wir werden in Sachsen sehr bald Reichstruppen haben." Niemand freut sich über das Alles mehr, als die Reaktionäre, deren es bei uns wie überall gibt; denn sie sehen schon ein Ministerium Falkenstein wieder an der Spitze und in seinem Gefolge die ganze alte Wirthschaft. Haben doch in Dresden, wie es ganz zweifellos scheint, die sogenannten vornehmen Leute bei den Wahlen ihre Stimmen den Kandidaten der Vaterlandsvereine gegeben, weil sie die Kammern eben recht schlecht wünschten.

♀ **Leipzig**, 23. Jan. Ein in die zweite Kammer vom Wahlbezirke Zschopau gewählten Abgeordneter, der Advokat Böttcher von Chemnitz, wurde bisher durch das Chemnitzer Stadtgericht wegen seiner Betheiligung an der Chemnitzer Revolte (September 1848) steckbrieflich verfolgt. Die Zeitungsberichte jener Zeit gaben ihm sogar die Anstiftung des Aufruhrs Schuld. Zufolge einer Verordnung des königl. Ministeriums der Justiz vom 15. Januar ist der hinter ihm erlassene Steckbrief außer Wirksamkeit gesetzt worden, und die entschieden Freisinnigen der zweiten Kammer hoffen nunmehr ihren landflüchtigen Kollegen, der sich in Straßburg befinden soll, baldigst in ihrer Mitte zu sehn.

*** **Leipzig**, 24. Jan. Der deutsche Verein zu Leipzig hat heute folgende Petition an beide derzeit versammelte sächsische Kammern abgehen lassen: „Das mächtige Streben Deutschlands, aus seiner unseligen Zerrissenheit endlich zur Einheit zu gelangen, hat in der Nationalversammlung zu Frankfurt das erste Stadium seines Abschlusses nach langem Harren erreicht. Die Grundrechte des deutschen Volkes sind zur Beschlußnahme gebracht und deren Veröffentlichung den einzelnen Staaten zur Pflicht gemacht.

Die Verfassunggebende Versammlung zu Frankfurt ist durch die freie Wahl des gesammten deutschen Volkes berufen worden, im Namen des gesammten deutschen Volkes Deutschland die Grundrechte und die Verfassung seiner Freiheit und Einheit zu geben. Sie ist in Bezug auf Verfassung und Grundrechte der letzte Ausdruck gesetzlicher Entscheidung. Vor ihr ist keine Appellation an die Ständekammern der einzelnen deutschen Staaten möglich. Die Männer deutscher Wahl in Frankfurt, das gesammte deutsche Volk muß darauf im Namen der deutschen Ehre halten. Die Einheit Deutschlands fordert gebieterisch, daß die Gesetze von Frankfurt nicht nochmals durch die 34 deutschen Staaten hindurch berathen, begutachtet, verändert werden.

Deutschlands Einheit steht in Frage. Die Publikation der Grundrechte wird das erste Zeichen sein, ob Deutschland fähig ist, ein einiges zu sein.

In diesem Bewußtsein hoher Bedeutung, welche die unbedingte Annahme der Grundrechte für Deutschlands Einheit hat, erlauben sich die ehrerbietigst Unterzeichneten an die Ständekammer die dringende Bitte auszusprechen:

Die Ständekammer möge die sächsische Regierung auffordern, die Grundrechte des deutschen Volkes, wie sie von der Nationalversammlung zu Frankfurt ausgegangen sind, sofort zu veröffentlichen und in Rechtskraft treten zu lassen.

In der festen Zuversicht des Gewichtes, welches die deutsche Einheit in die Wagschaale der ausgesprochenen Bitte legt, verharren die ehrerbietigst Unterzeichneten.

Der deutsche Verein zu Leipzig.
Dr. Göschen, Vorsitzender.

Leipzig, den 24. Jan. 1849.

Ueber die Aufnahme dieser Adresse in unsern derzeitigen Kammern kann man mit Recht Besorgniß hegen. Es läßt sich fürchten, daß Alles, was auf Deutschland Bezug und warmes Herz für deutsche Einheit zeigt, nicht ohne Hohn von ihr aufgenommen wird.

Hannover, 22. Jan. Die Hannoversche Zeitung enthält an der Spitze ihrer heutigen Nummer einen heftigen Artikel gegen die Idee eines einzigen Reichsoberhauptes, insbesondere eines erblichen. Die „Professorenpolitik" wird darin scharf mitgenommen und Gagern wegen seines Programms bitter getadelt. Das Wichtigste im ganzen Artikel ist aber die darin veröffentlichte Entdeckung, daß der eigentliche Urheber dieser Bestrebungen Niemand anderes sei als — Lord Palmerston in London, von dem Gagern seine Inspirationen empfange. Der Whig Palmerston scheint die bête noire der Hochtories in Hannover zu sein; darum muß Er der Urheber des Planes sein, Oesterreich auszuschließen, da sein Streben offenkundig vor Allem dahin gehe, Oesterreich zu ruiniren. Zuletzt bekommt auch der Zollverein einen Hieb, und Theoretiker, Erbkaiserliche, Schutzzöllner werden mit — den Diplomaten parallelisirt und ihnen die gegenwärtige Lage der Dinge Schuld gegeben. Sehr kontrastirend hiermit ist folgende Correspondenz, die sich die Hannoversche Zeitung in derselben Nummer zu veröffentlichen gezwungen sieht:

** **Hannover**, 23. Jan. Am Sonntag wurde hier ein Fest gefeiert, wie es unsere Stadt lange nicht gesehen hat. Es galt den Grundrechten, deren großen Werth man in vielen Kreisen zu schätzen weiß, so sehr auch das jedem Ministerium willfährige Beamtenthum sich Mühe gegeben hatte, einzelne Bestimmungen dieser ersten Grundlage des deutschen Einheitsbaues zu verdächtigen und als gefahrdrohend für unser Land hinzustellen. So wenig die Gewerbefreiheit darin ausgesprochen ist, mit der man unsere kurzsichtigen Handwerker übrigens zu Allem bringen kann, so oft wird dies doch behauptet, und so kam es, daß dieselben Leute, welche kurz vorher 2 Abgeordnete gewählt hatten, die aussprachen, unverbrüchlich an allen Beschlüssen der Nationalversammlung zu halten, namentlich die Grundrechte ins Leben zu führen, jetzt zögerten, sich an der Feier des Tages zu betheiligen. Sie bliesen in Ein Horn mit den Beamten, die die alte gute Zeit niemals vergessen werden. Dessen ungeachtet war die Feier großartig, ernst und würdig; der Himmel sandte uns den schönsten Sonnenschein und wenn auch höhern Orts den Militärmusiken verboten war, die Festzüge zu begleiten, so hinderte diese an die frühere Zeit erinnernde Verfügung nicht, daß Alles auf das Feierlichste hergerichtet war. Die Eisenbahnarbeiter, der Volksverein, der städtische Verein, der Arbeiterverein, der Buchdruckerverein 2c., ungefähr 3000 Männer, zogen im ernsten Zuge mit ihren Fahnen vom Rathhause aus durch die Stadt nach dem Neustädter Markt, wo die Grundrechte verlesen wurden, eine treffliche Rede Gallins die zahllosen Massen begeisterte, und ein feierliches Gebet das Fest beschloß. Patriotische Lieder und Choräle gaben demselben eine Würde, welche die gleichfalls von der Geistlichkeit versagte Kirche nicht vermissen ließ. Die Bürgerwehr als solche hatte sich ausgeschlossen, da sie nur zur Aufrechthaltung der Ordnung da sei. Herr Stüve ließ vorher die Festkommission vor die Polizei citiren und verantwortlich für die Ruhe der Stadt machen. Das Militär stand unter den Waffen, mit ihm gleichfalls ein Theil der Bürgerwehr, aber Alles blieb ruhig, wie jeder vorher wußte, der die Stimmung der Feiernden kannte; man mußte, wenn auch kleinlich genug, seinen Unmuth an Frankfurt auslassen, aber man hat das Gegentheil erreicht. Die Grundrechte gehen in's Volk über, und es wird daran festhalten als an einem Schatz, den es selbst gehoben hat, an dem keine „Gnade" der Fürsten klebt. Die Stände werden nun vollends die Sondergelüste unserer Herren Minister zu Schanden machen, und unser Volk zeigen, daß es wahrhaft deutsch sein will. Der „vaterländische Verein", ein Zwitterding, dessen Statuten freisinniger sind, als manche seiner Mitglieder, lehnte die Feier ab, weil man erst die Spitze des Verfassungswerkes abwarten wolle, trotzdem im I. Paragraph steht: „Der Verein will durch Wort und That zur Verwirklichung der Beschlüsse der Nat.-Vers. nach Kräften wirken". Die Sitzung war lebendig, aber die Herren v. Münchhausen und Wedemeyer machten wieder bange und das gute Bürgerthum ließ sich einschüchtern. Der Verein hat dadurch einen Stoß bekommen, von dem er sich schwerlich erholen wird; die bedeutende Minorität hat bereits auf eine unumwundene Anerkennung der Gesetzeskraft der Grundrechte angetragen und es wird sich nächstens zeigen, ob die Windungen der alten Büreaukraten hier ausbeiten können. Die Wahlen zur zweiten Kammer sind fast alle erfolgt, wenn auch, wie gesagt, echt deutsch, doch wie wir fürchten, in der Mehrzahl ohne die gehörige Intelligenz. Handwerker und Bauern sind allerdings unter Umständen gut, allein zu den großen politischen und gesetzgeberischen Arbeiten des nächsten Landtags werden sie wenig nutzen. Wie man hört, will Hr. Stüve die Wahl des Reichstagsabgeordneten Dr. v. Reden beanstanden, da derselbe, wenngleich hannöverischer Gutsbesitzer, doch im preußischen Staatsdienste stehe. Der Abt von Lochtum, der früher einen erblichen Platz in der ersten Kammer hatte, ist von der Geistlichkeit wieder gewählt, hat aber abgelehnt und an seine Stelle ist ein orthodoxer Prediger, Lührs, gewählt. Gegen den Reichsabgeordneten Plaß siegte bei den Gymnasiallehrern der Kandidat der Regierung, Dr. Ahrens von Lingen. Vor allen Dingen thut uns, neben direkten Wahlen, aber eine gleichmäßige Vertheilung der Wahldistrikte Noth, die wahrhaft himmelschreiend ist; während 50,000 Köpfe nur einen Abgeordneten wählen, schicken anderswo 2—3000 Einwohner gleichfalls einen.

* Auch in Osnabrück ist eine Feier zu Ehren der Grundrechte gehalten worden.

Emden, 19. Jan. Der Vaterländische und der Volksverein haben sich, wie neulich in der Grundrechtsfrage, nun auch in dem entschiedenen Wunsche des preußischen Erbkaiserthums, geeinigt und eine Erklärung dieses Inhalts an das Ministerium abgehen lassen. Das Gefühl für diese koncentrirte Einheit unseres Vaterlandes scheint doch weiter verbreitet zu sein, als in einigen schleswigschen Professorenköpfen, wie Sie neulich sagten. Wenn aber alle Fürsten und Völker in diesem Wunsche — diesem Willen übereinstimmen, brauchen sie dann Oesterreichs Groll, Oesterreichs Bund mit Rußland zu fürchten? — — „Was werden die anderen Mächte dazu sagen?" heißt es. Eben, daß sie unzufrieden sind über die drohende Einheit des gewaltigsten Volks, das sollte uns zeigen, daß wir sie haben müssen. Ich kann mir nicht helfen — belehren Sie uns, wenn wir Unrecht haben. Krieg wünschen wir nicht, aber scheuen ihn auch nicht. Wir sprechen mit Karl XII.: „Einen ungerechten Krieg will ich nie unternehmen, einen gerechten aber bis zum Tode kämpfen." (Leipz. Z.)

Freiburg, 24. Jan. Die Untersuchungen gegen die politischen Verbrechen sind nunmehr beinahe überall beendet. Mehrere Untersuchungsrichter haben ihre Geschäfte bereits ganz vollendet und sind in ihre Heimath zurückgereist, fast alle andern werden ihnen gegen Ende dieser Woche folgen und nur einer und der andere dürfte noch kurze Zeit länger zu thun haben. Die Vorbereitungen zu den gerichtlichen Verhandlungen werden dem entsprechend nach Kräften gefördert und dürften die letzteren wohl um die Mitte des folgenden Monats eröffnet werden. Der Rekurs, den Struve gegen seine Versetzung in Anklagestand ergriffen hatte, ist vor einigen Tagen verworfen worden. (N. Fr. Z.)

* Der vaterländische Verein in Lörrach hat in einer Adresse an den Großherzog seine dankbarste Anerkennung für dessen Erklärung an die Centralgewalt ausgesprochen.

, **Mainz**, 25. Jan. Vergangenen Montag sind die Sitzungen des Assisengerichtes eröffnet worden. Der Präsident dieser Saison ist Herr Dr. Schmidt, ein ausgezeichneter Jurist. Der zweite Fall, der am 23. zur Verhandlung kam, und bis den 24. Abends dauerte, erregte das allgemeinste Interesse. Der Sitzungssaal war nicht blos von Einwohnern der hiesigen Stadt, sondern der ganzen Umgegend überfüllt, auch mehrere Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung waren als Zuhörer anwesend. Der Angeklagte war Kaufmann Karl Peter Haagen von hier, wegen betrügerischen Bankerotts. Der Fall war sehr verwickelt und schwierig. Der Angeklagte wurde theilweise für „schuldig", theilweise für „nicht schuldig" von den Geschwornen erklärt und deshalb vom Gerichtshofe nur in eine Zuchthausstrafe von 15 Monaten verurtheilt, wovon an der Untersuchungshaft 3 Monate in Abrechnung zu bringen sind. Das Publikum war über diese milde Strafe sehr ungehalten, indem die allgemeine Stimmung sehr gegen Haagen war. — Seit heute Mittag ist die Rheinbrücke wieder aufgefahren.

Weimar, 22. Jan. Die hiesige Preußische Legation wird aufgelöst und der dermalige Gesandte, v. Salviati, hat sein Abberufungsschreiben erhalten. (Fr. J.)

Oldenburg, 21. Jan. Der hiesige Landtag hat beschlossen: „die Nationalversammlung möge über die Oberhauptsfrage beschließen, was sie für das Vaterland gut und recht erkennt; einmüthig unterwerfe man sich jedem ihrer Bescheide und wünsche, daß kein Mann Deutschlands sei, der anders denkt." (Nordd. Bl.)

× **Bremen**, 22. Jan. Endlich hat unser Senat sich über die Grundrechte ausgesprochen, und man darf sagen auf eine sehr kunstvolle Weise. Er macht keine Vorstellungen gegen die Grundrechte, er äußert nicht einmal das geringste Bedenken. Im Gegentheil, er hebt hervor, wie im Ganzen die Grundrechte mit der vergangenen und künftigen Verfassung der Stadt gar trefflich im Einklange ständen. Nur wird zuletzt bemerkt: „Mehrere Bestimmungen bleiben indeß übrig, wofür auf nähere gesetzliche Anordnungen Bedacht zu nehmen sein wird; wie denn auch in dem Einführungsgesetz für die Grundrechte ausdrücklich auf die zu erlassenden landesgesetzlichen Vorschriften hingewiesen ist. Die Bürgerschaft wird die Ansicht des Senats theilen, daß diesem Erforderniß baldthunlich und mit möglichster Sorgfalt entsprochen werden muß. Bei der Wichtigkeit dieses Gegenstandes scheint es aber am angemessensten, daß derselbe der Berathung und Berichterstattung einer gemeinschaftlichen Deputation von allen Seiten unterzogen werde." Die Bürgerschaft hat auf diese gewundene Erklärung sehr deutlich und sehr deutsch geantwortet. Sie bedauert, daß der Senat die gesetzliche Frist für die Veröffentlichung der Grundrechte habe verstreichen lassen. Die Bürgerschaft fordert den Senat dringend auf, unverzüglich mit dieser Publikation zu verfahren. Sie verkennt zwar mit ihm keineswegs die großen Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten, welche die unvorbereitete und nicht in allen deutschen Einzelstaaten gleichmäßige und gleichzeitige Anwendung einzelner Bestimmungen dieser Grundrechte in den gegebenen Verhältnissen unseres Staats- und Gemeindelebens zur Folge haben würde; sie legt aber auf die Grundrechte im Allgemeinen zu großen Werth, als auf die Grundsteine des Baues der Freiheit des deutschen Volks und seiner Einheit in dieser Freiheit. Sie hält ferner die rückhaltlose Unterwerfung jedes Einzelstaats unter die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung für eine zu unerläßliche Bedingung der endlichen Konstituirung eines einheitlichen deutschen Gesammtstaats, als daß sie ihrerseits auch nur einen Augenblick die Veröffentlichung der Grundrechte verzögert und auf unseren Staat auch nur den Schein einer Absonderung von der großen Sache des Vaterlandes herbeigezogen sehen möchte. Sie willigt schließlich in die gemeinschaftliche Deputation; aber der ganze Inhalt der Antwort bürgt dafür, daß diese Deputation nicht zu einem Sicherheitshafen werden wird, in welchem die Grundrechte ruhig vor Anker liegen.

Großbritannien.

* **London**, 21. Jan. Der „Examiner" bringt mehrere Artikel über die Lage des Kabinets, auf die insofern etwas zu geben ist, da dieses Blatt unter whiggischen Einflüssen steht, wie sich namentlich aus seinen warmen Schutzreden für die Palmerston'sche Politik erkennen läßt. Palmerston und der großbritannische Gesandte in Paris, Lord Normanby, haben, dem Examiner zufolge, allein den Frieden der Welt aufrecht erhalten, während die Einigung Deutschlands unter preußischer Oberleitung seine weitere Dauer verbürgen würde. „Wenn die Regierungen Italiens und Deutschlands", sagt der Examiner, „dem Andrang französischer Ideen erlegen sind, (sollte die deutsche Einheitsidee auch eine französische sein?) so haben sie dies ihrer eigenen Schwäche und Gebrechlichkeit zu danken, und wenn diese Ideen nicht französische Bajonette hinter sich hergezogen haben, so hat man dies der versöhnlichen Sprache, welche Lord Palmerston in Paris geführt, und der ihm immerdar zu Theil gewordenen klugen diplomatischen Beihilfe Lord Normanby's zu danken. Der damals glücklich abgewandte Krieg droht freilich noch immer, aber mit jedem Tage Aufschub nehmen die Wahrscheinlichkeitsgründe für sein Nichteintreten zu. Es mag allerdings richtig sein, daß Rußland die österreichische Regierung dazu hetzt, eine Politik zu verfolgen, welche geeignet ist, die Verwirrung zu verlängern, und daß es die hohe Pforte in irgend einen kleinen Handel zu verstricken sucht, der ihm zur Entschuldigung dienen könnte, wenn es diese Verwirrung zur Erfüllung längst gehegter Pläne benutzt. Aber in wenigen Wochen werden wohl die etwas gar zu ängstlichen Bedenken des Königs von Preußen und damit das Haupthinderniß überwunden sein, welches der Lösung der deutschen Schwierigkeiten im Wege stand. Trennt Oesterreich von der deutschen Union, festigt und kräftigt die deutsche Union unter preußischer Oberhoheit, und die Gefahr wird dann fast ganz beseitigt sein!" Der Examiner spricht davon wie von etwas Gewissem, daß Frankreich heimlich manövrire, um zu verhindern, daß die Oberhoheit über Deutschland an Preußen oder Oesterreich falle und daß es sich namentlich hinter die süddeutschen Wühlereien gegen Preußen stecke, meint aber, der Einfluß und die Macht Frankreichs seien gegenwärtig zu gering, um diesen Plan durchzusetzen; der französische Einfluß würde vielmehr, wo er sich etwa spüren lasse, gerade das Gegentheil zur Folge haben. Der Examiner kommt auch auf die österreichisch-ungarischen Wirren zu sprechen und sagt bei dieser Gelegenheit: „Die Ungarn haben ihre Freunde auf's tiefste beschämt und ihren Feinden einen Triumph bereitet, indem die gänzliche Nichtigkeit ihres Widerstandes nur zu sehr mit der Großmäuligkeit ihres früheren Trotzes kontrastirte. Die Ungarn haben für die tapfersten Soldaten des Südostens, für die ihrer Landesunabhängigkeit am ritterlichsten ergebenen gegolten. Die Wiener dagegen galten für Hasen, die bei jedem kriegerischen Ton zitterten. Aber die Wiener haben wie Helden gefochten, die Ungarn dagegen einen jämmerlichen Mangel an Muth, Geschicklichkeit und Ausdauer gezeigt." Insofern darf man den Wienern für ihre etwas unüberlegte und übel berechnete Oktoberrevolution weniger zürnen, da sie dazu gedient hat, im Auslande die Achtung vor ihrem Kriegsmuth wieder herzustellen, welcher im Jahr 1529 und 1683 die civilisirte Welt von der verheerenden Ueberschwemmung der Türken rettete und sich auch in späteren Kriegsereignissen glänzend bewährte. Nur dem früheren Polizei- und Entsittlichungssystem konnte es gelingen, der allerdings von jeher lebenslustigen Stadt den Stempel der unmännlichsten Frivolität und des erbärmlichsten Sklavensinnes für eine kurze Zeit aufzudrücken. Wenn irgendwo, war in Wien die Explosion vom März an nothwendig und die vom Oktober nicht ohne tiefere Motive, (abgesehen von den schlauen Demagogenkünsten der Polen und der etwa stattgehabten ungarischen Korruption), wenn sie schon in etwas jungmännischer Weise improvisirt, von meist unreifen, ihre Kräfte weit überschätzenden, eiteln Männern plan- und ziellos geleitet wurde und daher von vornherein kein glückliches Ende absehen ließ.

Die Times enthält eine anschauliche Uebersicht der letzten Kriegsereignisse im Pendschab, welche durch das Labyrinth der offiziellen Berichte, der Privatbriefe und Zeitungsmittheilungen sicher und fest hindurchleitet. In solchen gedrängten Uebersichten ist die Times überhaupt meister- und musterhaft. Seit dem blutigen Kampfe von Ramnuggur (siehe Beilage zu Nr. 21) und in Betracht der Stellungen der kriegführenden Parteien überhaupt, scheint die Times den gegenwärtigen Krieg im Pendschab nicht so leicht zu nehmen wie früher. Die Times gibt an, daß am 22. Nov. bei Ramnuggur den Britten wohl 30,000 Sikhs, hierunter mindestens zwei Drittel gut eingeübte reguläre Truppen, gegenüberstanden; diese haben sich, Allem nach, zwar am 2. Dez. zurückgezogen, doch, wie die Times bemerkt, schwerlich mit großem Verlust und in ziemlicher Ordnung, wie daraus hervorgehe, daß sie ihr sämmtliches Geschütz und ihre Vorräthe mit sich genommen hätten, und zwar zögen sie sich in eine Gegend zurück, welche mit festen Stellungen überzahlreich versehen sei. Es wird von der Times bemerkt, daß der vom längst berühmten 14ten Dragoner-Regiment bei Ramnuggur bewiesene Heldenmuth über alles Lob erhaben gewesen, daß sich aber auch die aus Landeskindern bestehende Reiterei durch ihre Tapferkeit so auszeichnete, daß der Obergeneral dem 5ten eingebornen Reiterregiment aus Anerkennung eine Gabe von 50 Pf. verehrte, wofür die mohamedanischen Truppen den britischen Dragonern ein Festessen gaben. Der Tod des Generals Cureton und der andern bei Ramnuggur gefallenen hohen und höheren Offiziere wird um so mehr bedauert, da sie bei einer ganz erfolglosen und vielleicht ganz unnütz unternommenen Rekognoszirung geblieben sind. Uebrigens haben die Engländer von jeher in den meisten ihrer Feldzüge und Schlachten auffallend viele höhere Offiziere verloren, wie man aus den Todtenlisten der betreffenden Schlachten leicht nachweisen kann. Im Dienste des Vaterlandes ist jeder Brite gewöhnt, im geeigneten Augenblicke seine Pflicht zu thun; anderwärts thut man öfters sogar mehr, zuweilen aber auch weniger!

Frankreich.

* **Paris**, 23. Jan. In gewöhnlichen Zeiten würde man Berechnungen wagen über das Bestehen oder den Fall des Ministeriums; jetzt thut man am besten, alle Vorhersagungen zu unterlassen, denn das Wahrscheinlichste unterbleibt und das Unwahrscheinlichste geschieht. Man hat aus der Rede Boulay's schließen

wollen, daß er und also der Präsident die Politik der Minister mißbillige. Jetzt hört man, Hr. Boulay habe den ganzen Sonntag dazu verwendet, um alle Minister zu besuchen und sie seines vollkommenen Einverständnisses mit der von ihnen befolgten Politik zu versichern.

Die dem Ministerium feindliche Majorität der Nationalversammlung gedenkt übrigens, dasselbe vorzugsweise auf dem Gebiete der Finanzfragen anzugreifen. Billault, der Haupt-Ministerkandidat, will der Nationalversammlung vorschlagen, für den Staatshaushalt dieselbe Regel zu befolgen, die ein vernünftiger Familienvater beobachtet, der zuerst nachrechnet, was er einzunehmen hat und dann erst seine Ausgaben bestimmt, — und demgemäß das Einnahme-Budget vor dem Ausgabe-Budget zu berathen. Dieser Vorschlag wird aller Wahrscheinlichkeit nach den Portefeuillekrieg durch ein hitziges Gefecht eröffnen, wenn nicht gleich entscheiden. Ein Antrag Billault's, für diesen Vorschlag eine Kommission niederzusetzen, ist bereits, wie wir gestern berichteten, für dringlich erklärt worden.

Dem Bunde der Legitimisten und Philippisten gegenüber suchen sich jetzt die Socialisten aller Schulen, die bisher in den Wahlen ohne alle Disziplin stimmten, zu vereinigen. Sie haben bereits durch freiwillige Subscription ein Grundstück in der Vorstadt Poissonnière gekauft und darauf einen großen Schuppen erbaut, wo sie Klubs und Bankette halten. Gestern Abend fand daselbst das erste Bankett mit Gesang und Musik statt; mehrere Repräsentanten vom Berge, u. a. Pierre Leroux, Felix Pyat und Joly, wohnten demselben bei. Sie entwickeln auch sonst eine ungeheure Thätigkeit; so wollen sie die Einführung der neuen Brieftaxe benutzen und, in Erwartung, daß die Arbeiter häufiger als früher an ihre Angehörigen schreiben werden, Briefpapier zu dem Preise des gewöhnlichen verkaufen, dessen erste Seite jedesmal mit einem lithographirten Aufsatze im Sinne der kommunistischen Propaganda bedruckt ist. — Die Sprache der Klubs hat sich nicht wesentlich geändert; es ist bekannt, daß nach dem Gesetze in ihnen stets ein Polizeikommissär anwesend sein muß, der die Pflicht hat, über den wesentlichen Inhalt jeder Sitzung Bericht zu erstatten, und es ist dann nicht selten, daß die ihrer Sache sichern Redner, zu großer Belustigung ihrer Zuhörer, ihre Mittheilungen etwa in folgender Weise einleiten: Citoyens, le fait dont je vais vous parler — et je prie Mr. le commissaire de police de faire bien attention, afin qu'aucune erreur ne se glisse dans son rapport — prouve évidemment, que le gouvernement plus que jamais etc. etc. — Von welcher Siegesgewißheit jetzt diese Partei ist, davon gibt einen kleinen Beleg eine Aeußerung des bekannten Repräsentanten Lagrange (vom Berge) gegen den Präsidenten der Nationalversammlung Marrast. Er hatte seit Wochen schon einen Antrag auf Amnestirung der Maigefangenen stellen wollen, aber Marrast hatte ihn nie auf die Tagesordnung gestellt. Als Marrast nun am Schluß der gestrigen Sitzung erklärte, die Versammlung habe einen Tag zur Diskussion des Antrages festzustellen, trat Lagrange zu ihm heran, machte ihm die bittersten und ironischsten Vorwürfe über die beabsichtigte Beseitigung des Antrags und endete mit den Worten: „Das wird übrigens ein Ende haben; wir sehen wohl, wir müssen das Zeug über den Haufen werfen." (Il faudra renverser la boutique.)

Von den bereits begnadigten Insurgenten hört man, daß sie auf ihrem Rücktransporte nach Paris durch die westlichen Provinzstädte die Einwohner durch ihre heftige und drohende Sprache so in Schrecken gesetzt haben, daß das Ministerium für nöthig gefunden hat, sie über Nantes auf der Loire und der Eisenbahn transportiren zu lassen, wo sie nicht nur mehr abgesondert, sondern auch weniger lange unterwegs sind. Einige Hunderte derselben werden nach Montereau, wo die Straße von Paris nach Genf rektifizirt wird, dirigirt.

Spanien.

* **Madrid**, 17. Jan. Die Deputirtenkammer hält heute keine Sitzung, weil kein Stoff zur Berathung vorliegt. Ebenso wird es wohl auch in den nächsten Tagen sein.

* **Madrid**, 17. Jan. Das Ministerium hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher die Ausstattung der Geistlichkeit festsetzt und die dazu nöthigen Mittel anweist. Damit werden nicht allein Mißstimmungen im eigenen Lande beseitigt, sondern auch die Schwierigkeiten in der Stellung zum päpstlichen Stuhl gehoben. Die Gesammtsumme beträgt für das Jahr 1849 153,511,316 Realen (etwa 10 Millionen Thaler.) Seit einigen Tagen ist man hier nicht ohne Besorgnisse wegen des katalonischen Krieges. Es heißt, der Ministerrath sei fast in permanenter Sitzung. Die Unternehmung zur Wiedereinsetzung Pius IX. findet hier den größten Anklang. Als die Nachricht ankam, eine fremde Macht habe Einspruch dagegen gethan, stieg die Begeisterung für diesen Kreuzzug, durch den Stolz gehoben, zu einer wahrhaften Ueberschwenglichkeit. Die Regierung macht sich sehr volksthümlich damit.

Oesterreichische Monarchie.

† **Krakau**, 20. Jan. Der kommandirende General in Galizien, Hammerstein, hat folgende Proklamation erlassen: „Die mit falschen Gerüchten verbundene Nachricht von dem Vorrücken des Anführers der Insurgenten, Bem, bis auf die Grenze der Bukowina, hat manche Gemüther so beunruhigt, daß ich mich veranlaßt fühle, alle Gutgesinnten zu benachrichtigen, daß die Regierung hinreichende Kräfte besitzt zu einer angemessenen Abwehr des verrätherischen Feindes und daß, wenngleich das Absenden neuer Verstärkungen zur Unterdrückung des Feindes für die Bukowina erwünscht zu scheint, doch die innere Kraft der Regierung zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit hinreichend ist.

Italien.

Mailand. Graf Montecuccoli, der hier die Gewalt mit Radetzky theilt, hat am 15. d. eine Kundmachung erlassen, durch welche das Gerücht, als beabsichtige die Regierung den Salzpreis wieder zu erhöhen, als lügenhaft bezeichnet, zugleich aber angezeigt wird, daß, da es sich ergeben, daß Salzankäufe gemacht worden, die weit über den Bedarf der Käufer gehen, bis auf Weiteres die Privaten das Salz nur bei den Kleinhändlern in den von den Verordnungen bestimmten Quanten kaufen dürfen.

(N. Z. Z.)

Schweiz.

) **Bern**, 24. Jan. In Neuenburg ist eine Revolution ausgebrochen. Was ich bis jetzt erfahren konnte, ist Folgendes: In Ausführung des Gesetzes, nach welchem alle Geistlichen des Kantons einer periodischen Wiedererwählung unterworfen sein sollen, war die neue Besetzung aller Pfarrstellen des Kantons auf den 22. d. festgesetzt. Schon mehrere Tage vorher wurde ausgestreut: an diesem Tage geht's los. Daß die Gegner der jetzigen Regierung, also die preußisch gesinnte Partei, die durch den genannten Beschluß des großen Raths im ganzen Lande erfolgte Aufregung benützte und für ihre Zwecke ausbeutete, ist begreiflich. Als nun in der Stadt Neuenburg die Wahl beendigt war und die Royalisten gesiegt hatten, ertönte schon in der Kirche der Ruf: „Nieder mit der Regierung!" Auf der Straße rotteten sich große Volkshaufen zusammen und durchzogen unter dem Geschrei: „Es lebe der König von Preußen! Nieder mit der Schweiz! Nieder mit der Republik! Nieder mit der Regierung!" Fahnen an der Spitze, die Straßen, und kamen vor das Schloß, wo der Staatsrath seine Sitzungen hält. Der Tumult wuchs und die Masse machte unter fortwährendem Rufen drohende Bewegungen gegen das Gebäude. Da tritt Hr. Staatsrath Steck, der Direktor der Erziehung und des Kultus, vor das Volk; er will sprechen und zum Auseindergehen auffordern. Die Masse hört nicht, tobt weiter, bemächtigt sich der Person des Hrn. Staatsraths und mißhandelt ihn aufs gröblichste. Mittlerweile war die Bürgerwehr zusammengetreten und vom Lande war bewaffneter Zuzug gekommen. Mit den Waffen dringt man auf das Volk ein und endlich gelingt es, besonders mit Hülfe der Feuerspritzen, die Massen auseinanderzutreiben und die Ruhe wieder herzustellen. Mehrere angesehene Neuenburger, wie Chambrier und Calame, sind gefänglich eingezogen worden. So wird der Hergang hier erzählt; genauere Berichte fehlen noch. Auch in Freiburg wird die Stellung des Volkes täglich drohender, besonders seitdem der große Rath dem Staatsrath mit fast einstimmigem Beschluß den Auftrag gegeben hat, gegen die im Lande herumgebotene Petition oder vielmehr gegen das Mißtrauensvotum, wozu der große Rath in dieser Petition gegen den Staatsrath aufgefordert wird, polizeilich einzuschreiten. Der Verfasser der Petition, Ruffieux, ist flüchtig in Bern angekommen. Der große Rath von Bern hat das Anerbieten des Regierungsraths, daß jedes Mitglied dieser Behörde im Interesse der Staatskasse auf 500 Fr. seiner Jahres-

Uebersicht.

Deutschland. Wien (Kossuth. Die Bibliothek. Neue Eintheilung der Provinzen. Schwarzer. Wahlen. Kaiser und Reichstag. Baron Könneritz. Unerhörtes Ereigniß. Späte Reue. Armeebülletin. Wassernoth. Hinrichtung.) Ollmütz (Der russische Gesandte. Die deutsche Oberhauptsfrage. Nachrichten aus Wien und aus Ungarn. Die Redaktion der Wiener Zeitung.) Berlin (Suspendirung und Verhaftung. Buchdruckergehülfen. Geh. Finanzrath Camphausen Präsident in Düsseldorf. Die Minister. Die Oberhauptsfrage. Der Ausfall der Wahlen. Tagesbegebenheiten.) Königsberg (Die Wahlen. Landrath Reuter. Neuer Entwurf zum Grundsteuergesetz. Begnadigung. Märzverein.) München (Sieg der Linken bei den Ausschußwahlen.) Würtemberg (Adresse gegen das preußische Kaiserthum.) Rotenburg (Petition an das Ministerium in der Oberhauptsfrage.) Karlsruhe (Praktische Durchführung der Grundrechte. Kammerverhandlungen.) Heidelberg (Papiergeld. Die junge badische Presse. Zöpfl Prorektor.) Baden-Baden (Petitionen für den Fortbestand der Spielbank.) Kassel (Erklärung über die Oberhauptsfrage. Anwendung der Grundrechte.) Gotha (Stimmen für die Vereinigung Sachsens und Thüringens.) Altona (Feindseligkeit der Dänen.) Hamburg (Sammlung für die Hinterbliebenen Auerswald's.)

Frankreich. Paris (Petitionensturm in der National-Versammt.)

Oesterreichische Monarchie. Agram (Serbische Abgeordnete nach Kremsier.)

Ungarn. Pesth (Die Presse. Wiederkehrende Geselligkeit.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 27. Januar.)

Deutschland.

△ **Wien**, 20. Jan. Kossuth soll sich nach den letzten Nachrichten aus Pesth auch aus Debreczin geflüchtet haben, da ihm die dortige Meinung anfing ungünstig zu werden. Er soll sich nun mit dem Rest seiner Anhänger nach Großwardein geworfen haben. Die Krone des hl. Stephan, als einziges Mittel, um auf das Landvolk zu wirken, hat er natürlich von Debreczin mitgenommen. Szolnok soll schon von der k. Kavallerie-Brigade Ottinger — welche sich in der Affaire bei Moor ausgezeichnet — besetzt sein und Jellacic gegen Szegedin vorrücken. Die am 31. Okt. v. J. durch das Bombardement der innern Stadt in Brand gerathene Hofbibliothek ist nun mit einem Nothdache versehen, und insoweit hergestellt, daß man vom 22. d. M. angefangen das Lesezimmer derselben wieder eröffnet. Dem Vernehmen nach hat das Ministerium die Absicht, in mehreren Provinzen eine neue geographische Eintheilung zu treffen; so soll Böhmen in fünf Kreise, — in drei böhmische und zwei deutsche, eingetheilt werden. In Ungarn und Siebenbürgen stehn nach der Pazifizirung dieselben Anordnungen nach nationalen Elementen bevor, so wie in Galizien die Ruthenen und Polen abgesonderte Verwaltung erhalten. Die nimmer müde Slovanska lipa gibt sich in Zara alle erdenkliche Mühe, um die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien durchzusetzen. In Cattaro sollen schon die italienisch oder deutsch gesinnten Beamten vertrieben und slawische eingesetzt sein. Ernst von Schwarzer, der verunglückte Arbeitsminister, hat sein Mandat für Kremsier niedergelegt, um wieder ganz Redakteur zu sein. An neuen Deputirten für Kremsier wurden gewählt, im Wahlbezirke Leitsch, der Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Blasius Ovjagh aus Laibach und in Neunkirchen Dr. Joseph Neumann von hier.

△ **Wien**, 21. Jan. Es scheint, daß die Regierung die Absicht hat, den Reichstag nun doch zu prorogiren und zwar bis zum Mai. Auch erzählt man sich, der Kaiser werde nächstens seinen Aufenthalt nach Klosterneuburg (eine Stunde von Wien) verlegen und das Ministerium wegen der Schwierigkeit der Verbindung zwischen hier und Ollmütz seinen bleibenden Sitz wieder hier nehmen. — Baron Könneritz, der sächsische Gesandte aus den Oktobertagen, hat sich vorgestern nach Ollmütz begeben, um dem Kaiser die Kreditive zu überreichen, welche ihm wider alles Erwarten neuerdings von der sächsischen Regierung anvertraut wurden. Daß Baron Klosen den ihm vom Kaiser verliehenen Leopoldsorden nicht angenommen, hat bei dem vormärzlichen Theil der hiesigen Gesellschaft jenes starre Erstaunen erregt, welches dem Entsetzen gleich kommt: Aehnliches ist in Oesterreich noch nicht da gewesen! Es wird Epoche in der österreichischen Spezial-Geschichte machen. Nachträglich fängt man an sehr lebhaft zu bedauern, daß man seiner Zeit keine Wahlen für Frankfurt in Böhmen vornehmen ließ. Durch die böhmischen Abgeordneten hätte man jetzt in Frankfurt die Majorität! Dies ist so mathematisch richtig als möglich und es läßt sich nur darauf sagen: „tu l'as voulu, George Dandin!"

17. Armee-Bulletin.

General-Major v. Götz berichtet aus Mossocz vom 17. d. M., daß er nach Unterwerfung des, durch seine Terraingestaltung sehr schwierigen Turoczer Komitats, und nach Besetzung dessen Eingänge bei Batuska und Stuben gegen Neusohl und Kremnitz den 16. Nachmittags eine Rekognoszirung gegen diese Bergstadt angeordnet hatte, um nähere Nachrichten vom Feinde und seiner Stellung zu erhalten.

Die zu diesem Behufe ausgesendete Abtheilung stieß bei Turczek auf den Feind, vertrieb ihn aus seiner Stellung, wobei Lieutenant Beciaay eine Haubitze eroberte, besetzte sie, wurde aber durch die mittlerweile eingebrochene Nacht verhindert, den bereits erlangten Vortheil kräftig zu verfolgen.

Den 17. früh rückten neue Insurgentenschaaren aus Kremnitz an, die den Abend zuvor verlorene Position wieder zu gewinnen.

Durch den festen Widerstand unserer Truppen aber, und den in kurzer Zeit erlittenen Verlust von 117 Gemeinen und 4 Offizieren an Gefangenen, von 100 Mann, welche todt auf dem Schlachtfelde blieben, und vielen Verwundeten, die sie wegführten, entmuthigt, zogen sie sich nach vierstündigem Gefechte wieder zurück, nachdem sie durch ihren Angriff unserer auf Entdeckung geschickten Abtheilung Gelegenheit gegeben hatten, ihre Aufgabe mit glänzendem Erfolge zu lösen, und den Hrn. General-Major v. Götz in Kenntniß ihrer Stellung und Stärke, somit in die Lage zu setzen, diese feindliche Schaar, welcher Hr. Feldmarschall-Lieutenant Baron Csarich von Pesth über Waitzen auf dem Fuße gefolgt war, im Einverständnisse mit ihm und unter seiner Mitwirkung anzugreifen und zu vernichten.

Berichte aus dem Hauptquartier des Herrn Feldmarschall-Lieutenants Graf Schlick vom 17. d. M. enthalten die Nachricht, daß der zu Debreczin versammelte ungarische Reichstag, von der Unmöglichkeit überzeugt, seinen wühlerischen Plänen eine weitere Folge zu geben, den Beschluß gefaßt hat, die ungarische Armee aufzulösen.

Um ihn in dieser Ansicht zu bestärken, und jeden etwaigen Fluchtversuch einzelner Führer der Insurgenten zu vereiteln, hat oberwähnter Herr Feldmarschall-Lieutenant, in der Kenntniß, daß eine Kolonne unserer Armee, 4 Bataillons, 8 Eskadrons und 18 Geschütze stark, unter dem Befehl des Herrn Feldmarschall-Lieutenant Schulzig sich von Pesth über Gyöngyös und Mezökövesd gegen Miskolz, jene des General-Major von Götz sich über Kremnitz und Schemnitz gegen die Zips bewege, und die Umstände in Siebenbürgen neuerdings eine günstige Gestaltung angenommen haben; Leutschau durch Major von Kiesewetter mit einer angemessenen Abtheilung besetzen lassen, und den 15. d. M. ein Streifkorps von Eperies gegen Hanusfalva, Varano bis Homona entsendet, um sich am Rückwege bei Gerenda und Töke Terebes mit einem zweiten, den 17. d. M. von Kaschau ausgehenden zu vereinigen, und sodann über Sarospatak gegen die Theiß zu manövriren.

Feldmarschall-Lieutenant Graf Schlick marschirt, nach Zurücklassung der Brigade Deym in Kaschau, selbst mit der Haupt-Kolonne gegen Talya, sammelt daselbst wieder sein ganzes Korps und rückt gegen Tokaj und Debreczin.

Wien, am 21. Jan. 1849.

F. M. L. Welden,
Militär- und Civil-Gouverneur.

Wien, 21. Jan. Mittags. Seit gestern haben wir wieder 16½ Fuß Wasserhöhe, die Eismassen stehen unbeweglich im Donaukanal, und es ist nicht abzusehen, bis wann die anliegenden Vorstädte vom Wasser befreit werden, das nun wieder seit 24 Stunden alle tiefern Straßen bedeckt. Gefahr scheint nicht zu fürchten, aber die Parterrewohnungen sind auf lange ruinirt, 5 Häuser sind übrigens theils schon eingestürzt, theils dem Einsturz nahe. Gestern früh einmal wieder eine Hinrichtung! Ein Gemeiner des Regiments Deutschmeister, im Oktober übergegangen, wurde beim Belvedere (nicht mehr im Stadtgraben) erschossen. (Allg. Z.)

⊙ **Ollmütz**, 21. Jan. Unter den in letzter Zeit am Hoflager hier eingetroffenen Personen von Belang befindet sich auch der Kardinal und Fürsterzbischof von Salzburg, Fürst F. Schwarzenberg; Graf Medem, russischer Gesandter, traf ebenfalls ein und soll Anerbietungen russischer Hülfe gemacht haben, im Falle Bem mit seinem Korps in Galizien weiter vordränge. Der Rückzug Bem's nach Siebenbürgen, wo er sich mit den Szeklern vereinigte, hat das Einrücken eines russischen Hülfskorps vor der Hand überflüssig gemacht. Am Hofe soll eine gewisse Verstimmung herrschen über die Wendung, welche die deutsche Kaiserwahl genommen; man mißgönnt dem Hause Hohenzollern die Krone Caroli magni und besonders eine hohe Person hätte gern das Haupt des jugendlichen Kaisers nicht bloß mit der österreichischen, sondern auch mit der deutschen Kaiserkrone geschmückt gesehn.

Reisende, die aus Wien kommen, erzählen, daß die Stimmung daselbst noch eine sehr gedrückte und unzufriedene sei. Wie Feuer brennt jeden Wiener der Gedanke, daß man gerade gegen Wien mit einer so schonungslosen Härte verfährt, daß der Belagerungszustand und die Verurtheilungen kein Ende zu nehmen scheinen, während man in der Lombardei und selbst in Ungarn vergleichsweise viel milder verfährt. Trotzdem die Kugel jeden Saumseligen bedroht, werden noch Tausende von Waffen geheim gehalten und vor wenigen Tagen erst fand man in einem Magazine einige tausend Stück scharfe Patronen. Was den Wiener ebenfalls sehr verdrießt, ist, daß man ihm sogar das Wirthshausleben beschränkt; wer diese Lieblingsgewohnheit unserer Residenzbewohner kennt, wird einsehn, daß die Verordnung, welche die Sperrung aller öffentlichen Häuser um 11 Uhr besiehlt, viel böses Blut macht. Aus Ungarn erfahren wir trotz der Armeebülletins des Fürstenfeldmarschall nichts Zuverlässiges; Gerüchte aller Art cirkuliren; so will man wissen, daß unterhalb Pesth die Brigade des Generalmajor Baron Neustädter ein sehr nachtheiliges Gefecht mit einem Insurgentenkorps unter Görgey bestanden hätte; dann daß die kaiserlichen Vortruppen durch die furchtbare Kälte außerordentlich gelitten und von dem Kürassierregiment Hardegg, welches auf einer Pußte die Vorposten durch mehrere Tage beziehen mußte, allein 16 Offiziere sich Hände und Füße erfroren haben, die ihnen zum Theil amputirt werden mußten.

Der Redakteur der Wiener Zeitung, Eitelberger, hat die Redaktion dieses Blattes auf Veranlassung des Ministeriums des Fortschrittes Herrn Seuffert übergeben müssen. Herr Eitelberger war im Abendblatte unsern Ministern zu liberal.

△ **Berlin**, 25. Jan. Sicherem Vernehmen nach ist der geheime Finanzrath Camphausen, Bruder des Staatsministers und Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, zum Präsidenten der Regierung in Düsseldorf bestimmt. Der frühere Präsident der dortigen Regierung, Hr. v. Spiegel, hat bekanntlich den Staatsdienst verlassen, und Hr. v. Möller, der jetzt das Präsidium in Düsseldorf verwaltet, wird in Köln, wo er Regierungspräsident ist, selbst nothwendig genug sein, als daß die definitive Besetzung des Regierungspräsidiums in erstgenannter Stadt nicht eine dringende Nothwendigkeit wäre. Die Provinz Westphalen erhält einen gewünschten Chef an dem geheimen Oberregierungsrath und Direktor der katholischen Angelegenheiten im Kultusministerium, Hrn. Aulicke, der in den nächsten Tagen nach Münster abgehen wird, um daselbst die kommissarische Verwaltung der Provinz zu übernehmen. Es bedurfte eines solchen Mannes, um den Staatsminister Flottwell zu ersetzen, der als Staats- und Verwaltungsmann anerkannt zu den tüchtigsten preußischen Staatsbeamten gehört. Ueber den Ministerwechsel oder die Modifikation des Ministeriums geben fortwährend bald mehr bald minder variirende Gerüchte durch die Presse, so daß wir heute mit einigen Worten darauf zurückkommen müssen. Diese Gerüchte sind nicht gegründet; das Ministerium wird in diesem Augenblicke nicht abtreten, weder in seiner Gesammtheit, noch in seinen hervorragendsten Mitgliedern. Dadurch ist indeß nicht ausgeschlossen, daß nicht über diese Frage berathen worden sei. Es können allerdings Eventualitäten eintreten, wo ein Ministerwechsel wenigstens vorbereitet sein muß. Jedoch ist nicht zu bezweifeln, daß, solang es möglich ist, das Ministerium seine seit dem 5. Dez. festgehaltene Absicht, selbst vor die Kammern zu treten und seine Handlungen, wie seine Verwaltung zu rechtfertigen, nicht aufgeben wird. Blos dann, wenn die Wahlen zu beiden Kammern, die unter allen Umständen abgewartet werden, schon im voraus sich als scharf ausgeprägt übersehen lassen, und wenn sie in dieser Ausprägung dem Ministerium durchaus ungünstig sein sollten, liegt ein Kabinetswechsel nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit. Nach einer andern Seite hin hat man die Nothwendigkeit eines Ministerwechsels aus der Stellung des gegenwärtigen Ministeriums zu der deutschen Frage herzuleiten gesucht, indem man, freilich bei völliger Unkenntniß der Sache, die Ansichten der „Neuen Preußischen Ztg." mit den Ansichten des Ministeriums Brandenburg zusammenwarf. Das gegenwärtige Ministerium verfolgt, wie aus aufmerksamer Anschauung der Verhältnisse versichert werden kann, keine exklusiv-preußische Politik; nur sträubt es sich dagegen, bei der Lösung der wichtigen deutschen Frage etwas Anderes als die wirklichen Verhältnisse, freilich diese in ihrem ganzen Umfange, als maßgebend und entscheidend anzuerkennen. Eine bestimmte Erklärung dürfte, nachdem die Erblichkeit des Reichsoberhauptes mit so ansehnlicher Mehrheit verworfen ist, von der preußischen Krone indeß schwerlich vor der zweiten Lesung dieser Frage abgegeben werden, und allen gegenlautenden Gerüchten wird man mit gutem Grunde den Glauben versagen dürfen. Der Ausfall der Wahlmännerwahlen im Lande läßt sich nun schon mehr übersehen. Im Allgemeinen stellt sich heraus, daß die Wahlen in den großen Städten im Sinne der demokratischen Partei, die Wahlen auf dem Lande aber und in den kleinen Städten ziemlich vorherrschend im Sinne der konservativ-konstitutionellen Partei ausgefallen sind.

Lith. Corr. **Berlin**, 25. Jan. Gestern fanden bereits Parteiversammlungen der aus den Wahlen vom 22. hervorgegangenen Wahlmänner statt. Die der konservativen Partei angehörigen Mitglieder scheinen so lange als möglich ein gemeinsames Berathen mit den Männern der Gegenpartei vermeiden zu wollen. Ihre Thätigkeit wird jedenfalls eine mehr organische und einheitliche sein. In der Oppositionspartei geben sich mannigfache Verworrenheiten und Unklarheiten kund, die einer gehörigen Organisation hinderlich werden und die Kräfte zersplittern dürften. Diese Partei ist nur in dem einen Punkte einig: Waldeck zu wählen. Für Jakoby und Temme ist eine solche Einheit schon nicht vorhanden. Die im Verhältniß zu den Maiwahlen diesmal ungleich größere Zahl von Handwerkern und Gesellen unter den Wahlmännern besteht darauf, „Männer des Faches," namentlich solche, welche Innungszwang u. dgl. vermeintliche Schutzmaßregeln durchzusetzen verheißen, in die zweite Kammer zu bringen. Die Berathungen des sogenannten Handwerkerparlaments über die ihnen vorgelegten Ergänzungen zur allgemeinen Gewerbeordnung sind jetzt beendet. Die sehr ausführlichen Verhandlungen werden demnächst im Drucke erscheinen.

Aus dem Wupperthale ist eine Anzahl Arbeiter hier zu dem Zweck eingetroffen, um bei den verschiedenen, die Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten betreffenden Konferenzen im Handelsministerium ihre als Mitglieder derselben fungirenden Fabrikherren zu überwachen. Vorzugsweise Theilnahme schenkten dieselben den Verhandlungen über die gegen das Trucksystem gerichteten Bestimmungen des vorgelegten Gesetzentwurfs.

Der Herzog von Koburg-Gotha ist hier anwesend und überbringt persönlich Sr. Majestät für sich und einige andere thüringische Fürsten die Bitte, die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Der thüringische Staatenbund, der in Aussicht stand, scheint an der gegenseitigen Eifersucht der kleinen sächsischen Herzoge zu scheitern und man soll es Seitens dieser vorziehen, mit Zuziehung des Königreichs Sachsen einen Staatenbund zu schaffen, in welchem das letztere die Suprematie erhält.

Das frühere Junkerparlament ist in drei Vereine zerfallen, an der Spitze des einen steht Hr. v. Bülow, ein zweiter sieht in dem frühern Minister Grafen Arnim Boitzenburg seinen Leiter und ein dritter hat den Grafen Hirter zum Führer.

Konst. Korresp. **Berlin**, 25. Jan. In den konservativen Kreisen Berlins ist man wegen der augenblicklich zu Gunsten der Demokratie ausgefallenen Wahlen in großer Besorgniß gewesen. Das Verhältniß der konservativgesinnten Wahlmänner zur Demokratie, welches wie 1:2 angegeben wird, dürfte sich indeß wesentlich anders stellen, wenn man unter Demokratie diejenige Parteifärbung versteht, wie sie früher durch den demokratischen Kongreß vertreten wurde. In diesem Sinne möchten demokratische Wahlen nur äußerst selten vorgekommen sein. Unter demokratischen Wahlen im neuern Sinne würden wir demnach nur solche zu verstehen haben, die antiministeriell ausgefallen sind. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir, an den bestimmtern Bezeichnungen des parlamentarischen Brauches uns haltend, das Ergebniß der Berliner Wahl so betrachten, daß 2/6 zur Rechten, 3/6 zum Centrum und nur 1/6 zur Linken zu rechnen sind. Aus eigener Erfahrung können wir hinzufügen, daß sich in mehrern Bezirken unter dem Namen einer demokratischen Partei von der Partei der sog. Reaktionäre auch Diejenigen trennten, welche fern von einem Proteste gegen die Verfassung, dieselbe als den Rechtsboden für künftige Reformen anerkannten und von den Gegnern nur in Hinsicht auf das ihrer Meinung nach nöthige Maaß der Erweiterung unserer Freiheiten abwichen. Für das Gedeihen unseres Vaterlandes hoffen wir auch nach diesem Ergebnisse noch das Beste.

Berlin, 25. Jan. Aus Löwenberg erhalten wir ein Schreiben vom gestrigen Datum, wonach daselbst aus politischen Gründen der Bürgermeister suspendirt und der Präsident des demokratischen Klubs verhaftet worden ist. Die sämmtlichen hiesigen Buchdruckergehülfen, 500 an der Zahl, haben dem königl. Kriminalgericht mit Bezug auf die neuliche Verurtheilung der fünf Mitglieder ihres Komites eine Schrift überreicht, in welcher sie erklären, daß das gedachte Komite lediglich in ihrem Auftrage gehandelt habe und in welcher sie deswegen das Verlangen stellen, sämmtlich vor Gericht gestellt zu werden. Der Staatsanwalt wird diesem Verlangen wohl jedenfalls Genüge leisten müssen, da er keine ungesetzliche Handlung ungerügt lassen darf. (Voss. Z.)

Königsberg, 20. Jan. Der Abgeordnete Reuter, Landrath des Johannisburger Kreises, theilt in den hiesigen Blättern die ihm von der Gumbinner Regierung zugegangene Suspensions-Verfügung mit; dieselbe lautet: „Der Herr Minister des Innern hat uns in Kenntniß gesetzt, daß die erforderlichen Einleitungen zur gerichtlichen Untersuchung gegen Ew. Wohlg. wegen Ihrer Betheiligung an dem von einer Fraktion der aufgelösten National-versammlung gefaßten Steuerverweigerungs-Beschlusse und Mitwirkung bei der Ausführung desselben, getroffen sind, und uns gleichzeitig angewiesen, Sie sofort vom Amte zu suspendiren. Sie haben hienach die Verwaltung des dortigen Landrathsamtes nicht wieder zu übernehmen, und ist unsere Hauptkasse angewiesen, bis zur Beendigung der Untersuchung Ihnen nur die Hälfte Ihres Gehalts zu zahlen." Der Suspendirte theilt vorstehende Regierungsverfügung seinen Mitbürgern zur Erwägung bei den bevorstehenden Wahlen mit; er wünscht, „daß das Volk bei der Wahl von Beamten vorsichtig sei und zur Wahrung seiner eigenen Hoheit und Würde nicht selbst dazu beitrage, daß seine Vertretung nicht zu einem gefügigen Beamten-Institute herabsinke." Es ist übrigens auch in unserer Provinz nicht bei der Verfolgung von Abgeordneten geblieben; so eben hören wir, daß ein Gutsbesitzer und zwei Lehrer des Wehlauer Kreises wegen direkter Aufforderung zur Steuerverweigerung zur Kriminaluntersuchung gezogen sind.

Unserer Regierung ist ein Gesetzentwurf über die Regulirung der Grundsteuer zur Begutachtung zugegangen; derselbe weicht wesentlich von dem Hansemann'schen Plane ab und ist, nach der Mittheilung unseres Oberpräsidenten v. Auerswald, noch ein Produkt Bodelschwingh's.

Auch in unserer Stadt zeigt sich die traurige Erscheinung, daß viele Urwähler zur ersten Kammer von ihrem Rechte keinen Gebrauch machen wollen, weil sie befürchten, daß sie, in Folge ihrer Deklaration, ein Einkommen von fünfhundert Thaler zu besitzen, für die Zukunft zur Steuer höher herangezogen werden dürften. Die Liste führt nur 1800 Urwähler auf, während sicherer Berechnung nach gegen 4000 städtische Einwohner den im Wahlgesetze gestellten Bedingungen entsprechen.

Der Hauptmann Chudochowski, der zur Kassation und sechsjährigem Festungsarrest verurtheilt war, weil er eine Adresse des hiesigen demokratisch-konstitutionellen Klubs an die National-Versammlung mitunterzeichnet hatte, ist durch königliche Kabinets-Ordre für straflos erklärt und bereits aus der Festung entlassen.

Der Aufruf des Märzvereins hat hier großen Anklang gefunden; sämmtliche Vereine, sowie die meisten der hiesigen Gewerke haben sich zu einem Centralverein konstituirt und ihren Anschluß dem dirigirenden Komite in Frankfurt angezeigt.

Königsberg, 22. Jan. Die Wahlen der Wahlmänner zur zweiten Kammer, sind weit überwiegend im liberalen Sinne ausgefallen. Bedeutendere Störungen, so daß der Wahlact unterbrochen werden mußte, sind nur in 2 Wahlbezirken (im 32. u. 37.) vorgekommen. Die Ruhe der Stadt ist nicht gestört. (N. König. Z.)

† **München,** 25. Jan. Die gestern Nachmittags und heute vollzogenen Ausschußwahlen sind ganz im Sinne der Linken ausgefallen. Nachmittags wird die Wahlverhandlung fortgesetzt.

* Würtembergische Blätter berichten neuerdings von Adressen an die Reichsversammlung gegen das preußische Kaiserhaus, die aus Ellwangen und andern Orten abgegangen sind.

* **Rotenburg,** 21. Jan. Der Volksverein hat an das hannoversche Ministerium eine Petition abgesandt, welche darauf dringt, daß die Krone Hannover sich den andern fürstlichen Erklärungen anschließe.

† **Karlsruhe,** 26. Jan. Unserer Staatsregierung scheint wirklich Alles daran gelegen zu sein, die einzelnen Bestimmungen der Grundrechte so schnell wie möglich ins Leben einzuführen. Vor wenigen Tagen legte der Chef des Justizministeriums einen Gesetzentwurf über Beschlagnahme von Papieren und Briefen, sowie über die Vornahme von Haussuchungen der zweiten Kammer vor. Heute folgten ähnliche Entwürfe über Verhaftungen und über die Aufhebung der Todesstrafe. Mit Nächstem wird ein anderes Gesetz über das Volksschulwesen erwartet. So dürften denn nur wenige Wochen vergehen, um in unserem Staate die Beschlüsse der Nationalversammlung verwirklicht zu sehen. In den Verhandlungen der zweiten Kammer, welche vorgestern und heute stattfanden, kamen meist Petitionsberichte von untergeordnetem Interesse zur Diskussion. Auf Mittermaiers Bericht verhandelte sodann die Kammer heute zum drittenmale über das Gesetz hinsichtlich der Einführung von Schwurgerichten und nahm nach einer kurzen Diskussion die beiden letzten Punkte, über die sie mit der ersten Kammer nicht übereingestimmt hatte, nach der Fassung der letzteren an. Sie betrafen das Resumé des Präsidenten, gegen welches sich die Majorität der 2. Kammer früher ausgesprochen hatte und das Rekursrecht des Staatsanwalts. Bei der Hauptabstimmung erklärten sich alle Abgeordnete für das Gesetz. Auf Kuenzers Interpellation beschäftigte sich sodann noch die Kammer mit der Ausführung der Amnestie für die politischen Verbrecher des Hecker'schen Zuges; es wurde fast durchgängig anerkannt, daß die Regierung mit aller Milde verfahre, doch gab man einen Wunsch zu Protokoll, daß die Bedingungen, unter welchen die Amnestie erfolgen werde, durch das Regierungsblatt verkündigt würden.

∾ **Heidelberg,** 26. Jan. Unsere Regierung hat einen Münzbeamten, Herrn Kachel, nach Berlin gesandt, um über die Fertigung von Papiergeld Notizen zu erheben; man will alle Vorkehrungen, welche die fortgeschrittene Technik bietet, anwenden, um betrügliche Nachahmungen zu erschweren. Es werden höchstens anderthalb Millionen Gulden in Papiergeld emittirt werden; eine so mäßige Summe kann für den Verkehr im Lande dienen, und wird viel Umlauf außerhalb desselben weder haben noch bedürfen. Ein Drittheil der ganzen emittirten Summe wird von dem Gouvernement immer baar in Bereitschaft gehalten werden, Behufs der Umwechslung in klingende Münze, wo sie verlangt wird; dieß scheint nach allen Erfahrungen eine vollkommen hinreichende, ja reichliche Reserve.

Wenn man die Hauptprodukte unserer Preß-Freiheit, unserer badischen politischen Blätter, Abend-Zeitung und badische Zeitung, Republik und Seeblätter, Volksführer u. s. w. betrachtet, so muß man offen bekennen, daß uns bis jetzt die Preßfreiheit wenig Gutes gebracht hat. Wir müssen uns damit trösten, daß frisch gegrabene Brunnen zuerst nur trübes Wasser zu liefern pflegen, — es wird auch besser kommen!

Vor einigen Tagen wurde Hofrath Professor Zöpfl zum Prorektor der hiesigen Universität gewählt; nach dem bisherigen Brauch hätte die Wahl dießmal auf den bekannten Professor Morstadt fallen sollen.

Baden-Baden, 23. Jan. Auch hier werden, nach der Bade-Zeitung, Petitionen an die Nationalversammlung, die badische zweite Kammer und die badische Regierung vorbereitet, um Aufschiebung der von der Reichsversammlung beschlossenen Aufhebung der Spielbanken wenigstens um ein Jahr.

† **Kassel,** 23. Jan. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung gab der Landtagskommissär zur Antwort auf die Interpellation des Abgeordneten von Sybel, wegen der dem kurhessischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt zu ertheilenden Instruktionen in Betreff der Oberhauptsfrage, der Kammer Kenntniß von der bereits bekannten Erklärung, welche der kurhessische Bevollmächtigte „aus Anlaß der Verhandlungen, welche insbesondere bei der deutschen Nationalversammlung über die Frage wegen des Reichsoberhauptes bevorstehen," bei der provisorischen Centralgewalt abzugeben den Auftrag erhalten habe. — Vor wenigen Tagen sind von Seiten des hiesigen Stadtgerichts die deutschen Grundrechte zuerst als Entscheidungsnorm zur Anwendung gebracht worden, was um so mehr Anerkennung verdient, als in dem betreffenden Falle die Heranziehung der Grundrechte meiner Ansicht nach mit Unrecht geschehen ist. Näheres alsbald!

Uebersicht.

Die deutsche Kriegsmarine.

Diesen Gegenstand behandeln folgende drei, in neuester Zeit erschienene, der Besprechung nicht unwerthe Schriften:

1) Die deutsche Seemacht und ein deutsch-scandinavischer Bund. Von Marcus Niebuhr. Berlin bei G. Reimer.
2) Entwurf zur Bildung einer deutschen Kriegsflotte. Von Patrick Colquhun. Leipzig bei Fleischer.
3) Deutsche Bundes-Kriegshäfen als Bedürfniß für eine deutsche Kriegsmarine. Von Dr. Chr. Fr. Harleß. Bonn.

Der Verfasser von Nr. 1, ein Sohn des berühmten Bartold Georg Niebuhr, spricht für Deutsche wie Scandinaven so politische und zugleich so herzliche Worte, daß wir an ihrem Wiederklang in den Gemüthern beider Völker kaum zweifeln. Ja, es ist wahr, politische Nothwendigkeit und Stammesverwandtschaft fordern gleich stark ein Bündniß dieser Nationen und eben jetzt, wo Deutschland im Begriffe steht, sich eine Flotte zu bauen, ist der Augenblick da, wo dieser Bund geschlossen werden muß, wenn er nicht vielleicht gänzlich unmöglich werden soll.

Zunächst erhebt der Verfasser die Frage, ob Deutschland sich mit einer kleinen Marine zur Vertheidigung seiner Küsten und zum nothwendigsten Schutze seines Handels in der von Prinz Adalbert vorgeschlagenen Größe begnügen dürfe. Er beantwortet diese Frage mit einem entschiedenen Nein, weil eine solche Marine in einem Kriege gegen eine Koalition kleiner Seemächte, oder gegen auch nur eine große Seemacht uns nur schaden könnte, indem sie, unsere Kraft zu Lande schwächend und außer Stande, den Küsten und dem Handel einen wirklichen Schutz zu gewähren, entweder sich im Hafen verschließen oder zwecklos opfern müßte. Ein Krieg mit einer einzelnen kleinen Macht, Dänemark, Schweden, Holland, sei aber in Zukunft unwahrscheinlich. Deshalb sei eine Flotte, welche das vom Prinzen Adalbert angegebene äußerste disponible Minimum nicht übersteige, als allem Vermuthen nach überflüssig, viel zu kostbar, da sie mit der erforderlichen Reserve, den Kreuzern, Avise- und Transportschiffen, ohne die kleine Ausrüstung, immer an 12½ Millionen Thaler und ihre jährliche Unterhaltung im Frieden mindestens zwei Millionen und im Kriege wenigstens 4,800,000 Thaler kosten würde.

Da es nun entschieden sei, daß Deutschland in die Reihe der Seemächte zu treten habe, so müsse ihm eine große Flotte zu Gebote stehen. Aber eine große Seemacht könne es für sich allein nicht werden, dazu fehlten ihm, neben der Ungünstigkeit seiner geographischen Lage, die materiellen Mittel und die genügende Mannschaft. Eine Allianz mit einer großen Seemacht würde Deutschland in Abhängigkeit von dieser bringen. Dagegen liege in einem Bündnisse mit Scandinavien keine Gefahr, wohl aber die Möglichkeit eines Widerstandes gegen die großen Seemächte. Ebenso sei eine Allianz mit Deutschland, in dessen Interesse keine Eroberung liege, dem Bedürfnisse Scandinaviens gemäß. Verbündet könnten sich beide Nationen gegenseitig nach Osten und Westen hin decken und ungestört ihrer politischen, geistigen und kommerziellen Entwickelung nachgehen. Dann könnten auch die Handelsverhältnisse der dänischen Inseln mit Schleswig-Holstein aufrecht erhalten werden, woran sonst nicht zu denken sei. Deutsche und Dänen müßten gegenseitig vergeben und vergessen und gegen einander billig und gerecht sein. Zwischen edlen Völkern könne eine vorübergehende Feindschaft die natürliche Verbindung nicht hindern und nahe verwandt seien wir wahrlich. Wie leise seien nicht die Uebergänge in Sprache, Sitte und physischer Gestaltung, wie leicht werde nicht der Deutsche ein Däne, der Däne ein Deutscher! Sei doch im vorigen Jahrhundert der Hof, die Geschäftssprache und das Militärkommando in Dänemark deutsch gewesen. Das habe zwar nicht sein sollen, allein es zeuge doch von innerer Verwandtschaft. Die deutsche Literatur habe in Kopenhagen Schutz gefunden, als Deutschland sie verstoßen, Baggesen und Oehlenschläger gehörten ja beiden Stämmen an und Bartold Georg Niebuhr, des Verfassers Vater, gewiß ein Deutscher in jedem Ding, wie Wenige, habe Jahre lang nur dänisch gesprochen und sei der feurigste dänische Patriot gewesen. „War das Widerspruch? nein es war Beweis, daß beide Völker eins sind." — „Und die Schweden und Normannen? Ist nicht das Volk, dessen König Gustav Adolph war, unser Brudervolk? und gibt es einen besseren Zeugen unserer Stammeseinheit mit den Normännern, als der edle Steffens?"

Die Flotte, welche Deutschland zu der verbündeten Marine stellen müßte, berechnet der Verfasser mit Einschluß der auswärtigen Kreuzer und der Reserve auf 20 Linienschiffe, 16 Fregatten, 16 Brigantinen, 32 Dampfschiffe und 140 Kanonenboote, welche innerhalb 11 Jahren nach und nach anzuschaffen wären. Die vereinigte Flotte würde nach Ablauf dieser Frist 30 Linienschiffe, 36 Fregatten, 42 Brigantinen (Korvetten, Schooner), 40 Dampfschiffe (Fregatten, Korvetten und Schooner) und 590 Kanonenboote zählen. (Die englische Flotte zählte nach der um Neujahr 1849 veröffentlichten Navy-list 671 Fahrzeuge aller Klassen.) Die Kosten der Anschaffung, vollständigen Ausrüstung, Arsenalbauten und nothwendigen Befestigungen (ob mit Einschluß der eigentlichen Hafenbaukosten?) berechnet Niebuhr für Deutschland zu 61 Millionen Thaler und die Kosten der laufenden Unterhaltung, des periodischen Neubaus, der Besoldung der Mannschaft u. s. w. auf jährlich 11 Mill. (im Frieden), freilich eine bedeutende, nur mit Mühe zu erschwingende Ausgabe, welche, da Deutschland in seiner Gesammtheit an seiner Landmacht nichts sparen kann (ja diese sogar noch vergrößern soll), eine reine Mehrausgabe wäre. Wir wollen nicht in das Einzelne dieser Zahlenangaben eingehen, obgleich wir die Nothwendigkeit eines so großen Aufwandes bezweifeln, da es sich nach den Mittheilungen des österreichischen Hauptmanns Moering, in dessen Schrift „Armee und Flotte der Vereinsstaaten Nordamerika's (Wien bei Tendler 1848), empfehlen würde, statt der Linienschiffe nur Dampffregatten nach den amerikanischen Mustern der „Union" oder des „Princeton" zu bauen, welche, einem Dreidecker von 100 Kanonen überlegen, um mehr als die Hälfte billiger als ein solcher zu haben sind und wegen ihres geringen Tiefganges (die „Union" von 1000 Tonnen Gehalt geht 13 Fuß tief, und nach dem „Princeton" sind Schiffe von 500—800 Tonnen mit 12 bis 16 Fuß Tiefgang zu bauen) sich für die Ost- und Nordsee besonders eignen würden. (Forts. folgt.)

Deutschland.

♈ **Frankfurt**, 24. Jan. Bekanntlich fehlte es der Linken bisher am hiesigen Platze an einem größeren Organ der Oeffentlichkeit; die Reichstagszeitung, ohnehin vor Kurzem in öffentlicher Sitzung von einer großen Fraktion desavouirt, hat nur eine geringe Verbreitung. Wie wir vernehmen, wird das Frankfurter Journal diesem Bedürfniß abhelfen und, nachdem es bis jetzt durch eine vollständige Farblosigkeit geglänzt hat, hinfort eine entschieden demokratische Färbung annehmen. Es wird übrigens diese Metamorphose durch keinerlei Programm angekündigt werden, sondern ganz ohne alles Geräusch ins Leben treten.

Frankfurt. Eine hiesige Korrespondenz der N. Münchener Ztg. enthält Folgendes über angebliche Instruktionen, die dem Hrn. von Schmerling am 20. Dez. von Ollmütz zugegangen sein sollen: „Danach ist Oesterreich entschlossen, unter keiner Bedingung aus Deutschland zu scheiden, und würde sein Recht nöthigenfalls mit Waffengewalt zu wahren keinen Anstand nehmen. Für seine deutschen Lande wird es die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung anerkennen, jedoch mit Festhaltung des Vereinbarungsprinzips; für seine außerdeutschen Lande würde es mit Deutschland in ein Schutz- und Trutzbündniß und in einen allgemeinen Zollverein treten. Die Einwanderung nach Ungarn würde von Seite der Regierung begünstigt und beschützt werden; der hier.

über nöthige Vertrag liegt bereits vollständig im Entwurfe vor. Die Grundrechte, mit Ausnahme einiger wenigen Punkte (z. B. der Güterzersplitterung), würden auch in Oesterreich verkündet werden, und endlich stünde die ganze Heeresmacht der Reichsregierung zur geeigneten Verfügung, ohne Rücksicht auf die Abstammung der einzelnen Truppengattungen, da eine Sonderung bei der österreichischen Heereseinrichtung nicht leicht zu bewerkstelligen wäre; denn jede Landschaft liefert vorzugsweise eine bestimmte Waffengattung: Galizien und Ungarn die leichte Reiterei, die deutschen Provinzen die Artillerie, die böhmischen die schwere Kavallerie, das Gebirgsland die Schützen; kein Heereskörper könnte aber die nöthige Schlagkraft entwickeln, wenn er nur aus einer von diesen Waffenarten bestünde. Die diplomatische Vertretung nach außen würde zwischen dem Ost- und Westreiche getheilt, wie dieß schon früher für die Besetzung der Konsulate vorgeschlagen wurde, und was endlich den österreichischen Reichstag beträfe, so würde er bezüglich der deutschen Provinzen unter dem deutschen Reichstage stehen, und bei strenger Durchführung des Grundsatzes der Gleichberechtigung aller Nationalitäten seine Bedeutung größtentheils verlieren, da in jedem einzelnen Landestheile die Provinziallandtage dessen jetzige Befugnisse im Wesentlichen erben würden. Sie sehen, Oesterreich hat freiwillig so den Weg eingeschlagen der allein zur vollen Einigung mit Deutschland führen kann." (?)

‡ **Botzen**, 19. Jan. Der „Tiroler Bote" brachte jüngst mehrere Auszeichnungen durch Orden, Medaillen und Belobungen für einige Leiter und Führer der letzten Landesvertheidigung, welche wiederholte bittere Nachklänge in unseren Tagesblättern hervorriefen. Man klagt, daß dabei Mancher, der sich wacker ins Feuer wagte, leer ausging, Andere hingegen, deren Wirksamkeit mehr als zweifelhaft, und Solche, die sich nur ihrer Verspätungen rühmen können, vor allem Volk als diejenigen bezeichnet worden, denen das Vaterland zu besonderem Dank verpflichtet sei; unwillkürlich werde man an eine Zeit erinnert, von der Beranger sagt, daß „Ländersucht einst allgemein geworden, und Frankreich schwer an dieser Seuche litt." Das Volk erblickt darin eine Hofgunst und meint dagegen gewiß nicht mit Unrecht, der ganze mann- und wehrhafte Stamm der Deutschtiroler sei es gewesen, der für die Marken des Landes mit Blut und Leben eingestanden; die in Betracht der allgemeinen Erhebung verschwindenden Leistungen Einzelner kämen nicht in Berechnung. Daß sich Alle wie Ein Mann dafür erhoben, daß keine Hufe breit deutscher Erde vom Vaterlande losgerissen werde, wäre wohl ein unzweideutiger Schritt zum festen Anschluß an Deutschland, wie der Beitritt zum deutschen Zollverein der passendste Lohn für solche erprobte Gesinnung. Der materielle Wohlstand des ganzen Tyroler Volkes würde dadurch gehoben, ihm insgesammt würde vergolten, was es angestrebt und erkämpft. Auch wünscht Tyrol diese Bürgschaft seines künftigen Aufblühens nicht für sich allein, es theilt sie gern mit seinen anderen Brüdern in Oesterreich, und gibt sich auch hierin mit der Anerkennung zufrieden, kein nutzloses Glied des großen Einen Ganzen zu sein. Der Tag, an dem die Zolleinigung mit Deutschland bei uns verkündet würde, wäre nun freilich der letzte unserer frommen Sonderbündler; sie hängt, wie uns Dr. Schuler auf dem letzten Novemberlandtag belehrte, allzu sehr mit der politischen Frage, d. h. mit der Stellung der österreichischen Monarchie zu Deutschland, zusammen. Unser naturwüchsiger Provinzialismus wäre durch engeren Verkehr mit jenen, die ihre christlichen Gesinnungen in anderen Dialekten aussprechen, mehr als gefährdet. Noch immer und erst letzthin im Tiroler Boten (Nr. 11.) wird uns die Gewissensfreiheit als der „wichtigste" oder gefährlichste Punkt der Grundrechte betont, vor dem wir uns zu wahren hätten. Diese Ansicht ist aber, wie manche Stimmen zeigen, nicht mehr die allgemeine hier zu Lande, und Jene, die ihr nicht beipflichten, gewinnen immer mehr Anhang, wenn auch kein Ordensband.

Göttingen, 21. Jan. Der hiesige Bürgerverein hat folgende Adresse an das hannoversche Ministerium erlassen:

„Der Bürgerverein zu Göttingen hat mit großem Bedauern aus den Aktenstücken, welche das königliche Ministerium veröffentlicht hat, ersehen, daß dasselbe die von den Vertretern des deutschen Volkes beschlossenen und von der provisorischen Centralgewalt publizirten Grundrechte des deutschen Volkes nicht unbedingt als zu Recht bestehend ansieht, vielmehr deren Anerkennung von Bedingungen, namentlich von der Zustimmung der hannoverschen Landstände, abhängig macht. Das deutsche Volk hat seine Vertreter nicht als Rathgeber, sondern als Gesetzgeber nach Frankfurt geschickt; es sieht in den dort beschlossenen Grundrechten das geringste Maß dessen, wofür es die unbedingte Anerkennung aller deutschen Regierungen fordern darf. Es kann dem königlichen Ministerio, dem ersten, welches aus dem Willen des hannoverschen Volkes hervorgegangen ist, nicht gleichgültig sein, die Stimmung des Volkes auch in dieser Beziehung kennen zu lernen. Aus diesem Grunde fühlt sich der Bürgerverein zu Göttingen, welcher nur aus volljährigen Bürgern und Einwohnern Göttingens besteht, dem Ministerio gegenüber zu der Erklärung gedrungen, daß er die von der provisorischen Centralgewalt publicirten Grundrechte des deutschen Volks als gegenwärtig im Königreiche Hannover, wie im ganzen deutschen Vaterlande rechtskräftig gültig ansieht und gegen jede Verletzung derselben, von welcher Seite sie auch komme, feierlich protestirt."

Zugleich hat der Bürgerverein viele hundert Exemplare der Grundrechte in alle Ortschaften der Provinz Göttingen — Grubenhagen zur Vertheilung gesandt und dabei die Aufforderung ergehen lassen, den heutigen Tag, als den ersten Sonntag nach dem Gültigwerden der Grundrechte, als einen Fest- und Freudentag in geeigneter Weise zu begehen, namentlich, wie am 17. Mai v. J. bei Eröffnung des Parlaments, Feuer auf den Bergen anzuzünden.

Hier wird der Tag durch eine große Parade der Bürgerwehr mit Rede und Hoch auf das Vaterland gefeiert. Der Märzverein versammelt sich zu einem festlichen Mahle. Bei Eintritt der Nacht lodert ein Freudenfeuer auf dem nächsten Berge empor, worauf alsbald auf verschiedenen Höhepunkten der Umgegend gleiche Signale sichtbar werden.

△ **Darmstadt**, 25. Jan. Der Ministerpräsident Jaup und der Kriegsminister Graf Lehrbach fanden sich in der heutigen Sitzung unserer zweiten Kammer ein, um auf die 21 Interpellationen, welche der Abg. Volhard am 20. d. M. an das Kriegsministerium gerichtet, Antwort zu geben. Es geschah das in sehr würdiger Weise. Auf die erste, zugleich auffallende Frage des gedachten Abgeordneten: „Warum das zweite Regiment von hier weggeschickt wurde?" bemerkte der Kriegsminister: Zu jener Verlegung des zweiten Regiments von hier nach Friedberg hätten die bekannten Vorgänge in diesem Regiment vor einiger Zeit die Veranlassung gegeben. Er würde es bedauern, dieser hier erwähnen zu müssen, wenn er nicht zugleich die Genugthuung hätte, anzeigen zu können, daß sich in Folge der geführten Untersuchung eine mindere Schuld herausgestellt habe. Freilich, was geschehen, verdiene Entschuldigung nie, doch Erklärung durch die noch täglich und stündlich versuchte Aufregung von Außen; man habe sogar nicht Bedenken getragen, zu der Lüge seine Zuflucht zu nehmen; ob es nun nicht in der Pflicht der Regierung gelegen habe, in Folge des erkannten Uebels beim Großherzog darauf anzutragen, das Regiment von hier, wo es auf alle Weise umgarnt und zum Treubruch zu bringen versucht worden, zu verlegen? Der Reichskriegsminister sei selbst nach jener traurigen Scene der Insubordination und der Gewaltthätigkeit hier gewesen und habe mit dem diesseitigen Ministerium gefordert, daß jene Verlegung geschehe. Nun habe er aber die erfreuliche Mittheilung zu machen, daß dem braven zweiten Regimente als solchem nichts zu Last komme, sondern nur einzelnen Verführten, welche ihrer Strafe nicht entgehen würden. Es sei richtig, daß diese Verlegung große Kosten verursacht — er führte die Beträge an — aber das Ministerium sei der Meinung gewesen, daß in diesem Falle, wo höhere Rücksichten auf dem Spiele stünden, sie nicht zu umgehen seien. (Das zweite Regiment ist vor mehreren Tagen wieder hier eingerückt.) Zur vierten Frage des Abg. Volhard: „Aus welchem Grunde die Truppenverschickung von 150 Mann des dritten Regiments nach Alzey (vor einigen Monaten) stattgefunden habe?" bemerkte der Ministerpräsident Jaup das Nöthige. Er erläuterte die Maßregel als bedingt durch die berichtlichen Anzeigen der Behörden, welche eine solche vorbeugende Maßregel als geeignet haben erscheinen lassen und durch die Haltung der Presse in Rheinhessen, welche mit Ausnahme der Wormser Zeitung durchaus demokratisch sei; eine Zeitung, er glaube die Rheinische, welche anders gefaßt, sei aus Mangel an Abonnenten in der Hauptstadt der Provinz eingegangen. Es wäre das geschehen in einer Provinz, in welcher, er

sage das gerade und offen heraus, seit dem Eintritt Gagern's ins Ministerium keine Gemeinde und kein einzelnes Individuum behaupten könne, daß seinen wohlerworbenen Rechten zu nahe getreten worden sei. In solcher Lage sei es eine Pflicht der Regierung, Exzessen vorzubeugen, auch darum/ daß nicht eine Bestrafung deshalb stattfinden müsse. Der Kriegsminister fuhr hierauf fort mit Beantwortung der übrigen Fragen, die wir hier füglich übergehen dürfen. Kriegsminister und Ministerpräsident durften sich mit der gegründeten Hoffnung entfernen, die Volbard'schen Interpellationen genügend beantwortet zu haben. Auch schwieg Hr. Volbard selbst dazu, vielleicht etwas überrascht über die ausführliche Antwort, die ihm geworden.

Frankreich.

Paris, 6. Jan. Wenn ich in meinem letzten Schreiben die Meinung äußerte, Lamartine könne den Ausspruch, den er einen Monat vor den Februartagen gethan, die Revolution sei in allen Gemüthern, jetzt umkehren und sagen: die Contrerevolution sei in allen Gemüthern, so konnte ich unter der Bezeichnung „alle Gemüther" ebensowenig als Lamartine eine Uebereinstimmung ohne Ausnahme verstehen, ich konnte offenbar nur sagen, daß der Gedanke an eine Contrerevolution das ganze Publikum lebhaft beschäftigt und tief aufregt. Zu starken Irrthümern könnte in der That der Glaube verleiten, es gebe keine oder so viel als keine Republikaner mehr; es seien nur noch ein paar hundert oder höchstens ein paar tausend unverbesserliche Feinde des Königthums und socialistische Schwärmer von der großen republikanischen Phalanx des vorigen Frühlings übrig, und wenn die Monarchie zurückkehrte, würden nur vereinzelte Stimmen sich dagegen auflehnen. Ich bin im Gegentheil fest überzeugt, daß die Zahl der Republikaner in diesem Augenblick bei weitem größer als vor dem Februar ist; aber auch die Gegner der Republik haben gewonnen, nicht an Masse, aber an Haltung und Zusammenhang; sie haben sich zu schaaren und zu verständigen, sie haben Zucht und Wachsamkeit gelernt, sie sind gründlicher in ihrem Haß, stolzer in der sittlichen Verachtung des Gegners und umsichtiger in Schätzung seiner Streitkräfte, beharrlicher in ihrem Streben, entschlossener im Handeln und kühner in der Wahl der Wege die zum Ziele, und der Waffen, die zum Siege führen, geworden. Sie erwarteten in Guizots neuem Buche einen Oppositionsplan und die Andeutung eines Regierungssystems, Verhaltungsvorschriften und Auskunftsmittel zu finden; sein Buch sollte eine Fahne und ein Wegweiser sein, und Guizot gab ihnen nichts, als eine sehr geistvolle Statistik der in Staat und Gesellschaft vorhandenen Elemente, eine Anleitung zu reaktionärer Andacht, Ermahnungen voll schwungvoller Beredsamkeit zur Erhebung ihres Geistes und Stärkung ihres Herzens. Das ist allerdings für ein Buch noch viel, als politische That aber zu wenig, und es ist ganz natürlich, daß die Freunde des großen Publicisten, wenn sie auch in der Presse ihre Enttäuschung nicht sehr laut werden ließen, mit der aus England ihnen herübergekommenen Gabe nicht sehr zufrieden waren. Hat nun Guizot den Ansprüchen der Royalisten, der Partei, die sich selbst, mit einem sehr elastischen Ausdruck, die gemäßigte nennt, nicht genügt, so hat er auch gewissen Erwartungen, die man in einem andern Lager hegte, nicht entsprochen. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, Guizot, gewitzigt durch die Erfahrung und gebessert durch das Unglück, habe mit der neuen Staatsform Frankreichs sich versöhnt, die erwiesene Möglichkeit, das allgemeine Stimmrecht ohne Störung der Ruhe durchzuführen, habe auf seinen praktischen Geist einen tiefen Eindruck gemacht, und man könne seine Bekehrung zur Republik als ausgemacht ansehen; er werde die Sache vielleicht öffentlich nicht in aller Form eingestehen, aber seine innere Umwandlung so deutlich offenbaren, als es der Anstand einem Manne erlaube, der elf Jahre Minister eines vertriebenen und noch lebenden greisen Königs gewesen. Als nun Guizots Buch erschien, und jedermann nachsehen konnte, wie unsanft der elfjährige Minister des gestürzten Königs alle wunden Stellen des demokratischen Frankreichs berührt, da wurden die Republikaner wild und fingen an zu schelten. Ein schlechtes Buch, ein elendes Buch, ein Buch ohne Inhalt, ein Jammer, eine Schande! Von dieser Sorte waren die Schönheiten die mir zu Ohren kamen. Und glauben Sie ja nicht, daß blos die Lehrlinge und Diener sich so ausließen, auch die Meister wütheten. Lamartine rief aus, er hätte das Buch nicht auslesen können, und ich glaub's ihm. Dufaure soll nicht minder streng gewesen sein und gesagt haben: es ist immer der alte Guizot, es scheint tief und ist hohl. Aber gerade dieser Zorn, den Guizot in den Kreisen der Republikaner erregt, wird wieder ein Verdienst für ihn in den Reihen der andern Partei. Sein Buch, das man zu reinspekulativ für den Moment finden mochte, wird so ein Parteibuch und erhält eine Bedeutung, die es durch sich selbst vielleicht nicht erlangt hätte. (Allg. Ztg.)

Paris, 16. Jan. Noch immer ist nichts darüber entschieden, ob Abd-el-Kader auf freien Fuß gesetzt werden soll oder nicht. Im Ministerium sind die Meinungen hierüber getheilt; die Minorität ist der Ansicht des Präsidenten der Republik, der sich mit Energie dahin geäußert haben soll, man müsse dem Emir das gegebene Wort ehrlich und ohne Winkelzüge halten; die Majorität dagegen, den Kriegsminister an der Spitze, macht höhere Staatsrücksichten geltend, die eine Entlassung des Gefangenen in diesem Augenblick nicht gestatteten. Wir kennen diese höheren Staatsrücksichten ganz genau und sind weit entfernt, die Gefahren in absolute Abrede zu stellen, die aus der Befreiung Abd-el-Kaders für die Ruhe von Algerien, selbst wenn er einen feierlichen Eid leistete, sich hinfüro aller Feindseligkeiten zu enthalten, erwachsen könnten. Das verhindert aber nicht, daß Abd-el-Kader, bevor er sich überlieferte, dem General Lamoriciere Bedingungen stellte, die dieser einging und der damalige Gouverneur von Algerien gutbieß, und daß das Gouvernement Ludwig Philipps sich berechtigt glaubte, diesen Vertrag auf das Unerhörteste mit Füßen zu treten. Der General Lamoriciere selbst hat damals eingestanden, daß es vom Emir abgehangen hätte, zu entkommen. Daß er sich dennoch ergab, geschah also nur, weil er Vertrauen in die Ehre Frankreichs setzte, und es will uns bedünken, daß es ungeachtet aller höhern Staatsrücksichten der Regierung eines großen Staates durchaus unwürdig sei, ein solches Vertrauen zu täuschen. So meint auch der Marschall Bugeaud. Das Ministerium hatte ihn um seinen Rath in dieser Sache gebeten, und der Marschall hatte geantwortet, es sei die Pflicht des französischen Gouvernements, den Bestimmungen der zwischen dem Emir und dem ehemaligen Gouverneur von Algerien abgeschlossenen Konvention getreu und ohne längern Aufschub nachzukommen. Der General Changarnier theilt ebenfalls diese Ansicht. Nichtsdestoweniger ist auf den Vorschlag des Kriegsministers entschieden worden, alles beim Alten, d. h. den Emir in französischer Gefangenschaft zu lassen. — Die Wuth unserer Demagogen hat sich seit einiger Zeit gegen die Bilderläden gerichtet, in denen die Porträts des Herzogs von Bordeaux und seiner Schwester ausgestellt sind. Nachdem die Männer der Freiheit im Laufe der vorigen Woche einem reaktionären Bilderkrämer in der Rue du Bac die Fenster eingeworfen hatten, richteten sie vorgestern ihre Batterien gegen ein Magazin in dem Durchgang Choiseul. Allerdings ist der Eigenthümer desselben ein ungewöhnlicher Verbrecher, der sich nicht auf den Verkauf des Bildnisses des Grafen v. Chambord beschränkt, sondern ohne das geringste Schamgefühl die Konterfeien aller legitimistischen Berühmtheiten, den Grafen v. Montemolin nicht ausgenommen, in seiner Bude auszustellen wagt. Auch machte man etwas mehr Umstände mit ihm, als mit seinem Kollegen in der Rue du Bac. Man warnte ihn anfangs wohlmeinend in anonymen Schreiben, dann drohte man ihm, und erst als alles dies nichts half, wollte man ihm im Namen der Freiheit das Haus das unterste zu oberst kehren. Unglücklicher Weise hatte der Mann seine Maßregeln getroffen, und als die rothe Bande vor seinem Hause erschien, ward sie von der Polizei in gebührenden Empfang genommen. Es versteht sich von selbst, daß seit der Bekanntwerdung dieses Ereignisses der genannte „Durchgang" zu einer wahren Sackgasse geworden ist, in der die braven Pariser Kopf an Kopf stehen, um das Porträt Heinrichs V. zu sehen. Das ist alles, was diesmal die Rothen mit ihrer Brutalität gewonnen haben. (Allg. Z.)

Rußland.

Von der russischen Grenze, 16. Jan. Eine kleine Ausbeute aus russischen Blättern wird Ihnen hoffentlich nicht unwillkommen sein. In der „nordischen Biene," dem halboffiziellen Organe, von Gretsch, dem wirklichen Staatsrathe Custine'schen Andenkens, redigirt, begegnen wir dem immerwährenden Streben, es den loyalen Russen klar zu machen, wie alle Revolutionen nur Werke des Antichrists seien, und das gute alte Recht wieder überall zur ihm gebührenden Herrschaft gelangt. Aus

Wien läßt sich dieses Blatt schreiben, daß Alles ganz entzückt ist, weil der neue Kaiser das Beiwort „konstitutionell" an den Nagel gehängt, und das romantische „Von Gottes Gnaden" wieder sich zugelegt hat. In Frankreich findet es das monarchische Prinzip wieder neu gekräftigt, und führt als Beweis nicht nur den auferstandenen Ruhm der Napoleoniden an, die sogar mit dem Hause Romanoff verwandt sind, sondern auch einen Artikel der katholischen l'Union, welcher gegen alle Revolutionen und sogar gegen die Reformation loszieht, und alle Unglücke und Plagen der Welt von diesen teuflischen Gelüsten herschreibt. Auch erlaubt sich dieser treue Kämpe der Legitimität den kleinen Rechnungsfehler, bei der Aufzählung aller Stände und Gesellschaftsklassen, die auf dem Kremsierer Reichstage repräsentirt sind, die Bauern auszulassen, wahrscheinlich um bei den russischen Bauern keine allzu große Lust nach verbotenen Früchten zu erregen. Dafür heben alle russischen Zeitungen mit besonderer Emphase hervor, daß Seine russische Majestät, um die junge polnische Generation ganz zu russifiziren, anbefohlen, daß alle Polen, die bei den Ministerien in Dienst zu treten wünschen, früher drei Jahre in irgend einem Gubernium Großrußlands sich mit dem russischen Bureaukratenwesen und den automatischen Formen des russischen Lebens vertraut machen müssen. Bemerkenswerth ist auch, daß zu einer Zeit, wo, wie es heißt, das Haus Stieglitz für die russische Regierung 50 Mill. Gulden bei der neuen österreichischen Anleihe zeichnet, der Staatsschatz also wohl versehen seyn muß, in den russischen Blättern eine Sammlung von mehreren Tausenden eigenhändigen Radirungen und Skizzen der größten Maler Italiens, Frankreichs und Deutschlands, im Ganzen auf 200,000 Rubel geschätzt, jetzt für die Hälfte öffentlich ausgeboten wird. Diese höchst merkwürdige Sammlung, welche Kunstwerke von Titian, Raphael, Albrecht Dürer und Holbein enthält, verdankt ihre Entstehung einem Fürsten Galitzyn, der als Gesandter Katharina's II. in Wien unter Maria Theresia durch Kaunitzs Vermittelung sich diese Kunstschätze erwarb. Jetzt gehören sie zur Hinterlassenschaft eines Fürsten Dolgorucki, und unwillkürlich stößt einem die Frage auf, warum der große Czar, der Mäcen aller Künste, der Freund eines Horace Vernet, das Erbe der russischen Aristokratie nicht zum Staatseigenthum zu machen sucht, während Millionen für ausländische Anleihen gezeichnet, weitere Millionen in fremden Banken untergebracht, und endlich unzählige Summen für den Bau und die Ausschmückung der byzantinischen Isaakskirche, dieser inkrustirten Geschmacklosigkeit, verschwendet werden. (Nat. Z.)

Griechenland.

** **Athen**, 11. Jan. Der Minister des Innern, Lontos, fährt fort, die Präfekten und Unterpräfekten zu ändern und zu versetzen. Er findet hierbei keine Schwierigkeit, die Unterschrift des Königs zu erhalten, obwohl seine Verwandten reichlich bedacht werden. Er rühmt sich daher, er habe die Scheidewand zwischen König und Ministerium hinweggeräumt, der Hof leiste ihm keinen Widerstand. Mit welchem Recht, erzählt die Minerva.*) Als Lontos mit einem Vorschlag zur Unterdrückung des Straßenraubs in Attika und Böotien zum König ging, fand er den General Gardikiotis, der einige Tage mit dem Hofe geschmollt hatte, im Vorsaal. Mit zorniger Miene fuhr ihn Gardikiotis an: Wohin Herr Lontos? maßest du dir an, mich zu übergehen? Wirklich erhielt der verblüffte Minister die Unterschrift des Königs nicht, und beeilte sich, Gardikiotis' Vorschlag zum seinigen zu machen. Aber zu spät; als er wiederkam, war ihm der Kriegsminister zuvorgekommen. Auch mit der Kammer geht es Lontos nicht nach Wunsch; es erhebt sich gegen ihn eine lärmende Opposition, an deren Spitze Rigas Palamides steht, der ihm nach der Stelle strebt. Er mag es jetzt bereuen, daß er mit dieser Kammer verwalten zu können gemeint hatte. Im Senat geht es ihm nicht besser. Unsere Gesetzgeber, sagt die „Hoffnung", gleichen Raubvögeln, deren Magen unersättlich ist. Je mehr Atzung man ihnen vorwirft, desto größer wird ihr Heißhunger. Es gibt z. B. einen Senator, der außer seinem monatlichen Gehalt von 500 Drachmen drei Söhne angestellt hat; für den vierten sucht er gleichfalls eine Stelle nach. Eine große Familie, die aus Senatoren und Deputirten besteht, erhielt 30,000 Drachmen jährlich; der Fiskus hat ihr neuerlich noch weitere 4000 Drachmen geben müssen. Ein Senator hat einen Sohn, der Deputirter ist, einen zweiten und einen Klienten hat die Regierung zu Unterpräfekten machen müssen. Es gibt eine Familie, deren Haupt Senator ist und die 15 Glieder zählt, welche Deputirte, Unterpräfekten, Finanzbeamte, Einnehmer, Sekretäre, Bürgermeister ꝛc. sind. Kurz alle Aemter, administrative, finanzielle, militärische, ja die Richterstellen selbst müssen unserer Oligarchie ertheilt werden. Daß sie auch das Begnadigungsrecht übe, beweisen wieder zwei Beispiele. Ein Priester, der einen Mann bei hellem Tage getödtet hat, und ein Einwohner von Eleusis, der ein unschuldiges Weib gemeuchelmordet, sind dieser Tage begnadigt worden. Die begnadigten Verbrecher waren vor einem Jahre durch die Assisen von Athen zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurtheilt. Geschieht der Oligarchie der Wille nicht, so macht sie Opposition, und dies scheuen die Minister mit unbegreiflicher Zaghaftigkeit. Den Willen der Nation, die mit einem Worte Gerechtigkeit fordert, schlägt die Regierung gering an, denn sie stützt sich dagegen auf die irreguläre Kriegerkaste. Vom letzten großen Avancement, dem bald ein noch größeres folgen soll, sagt die Minerva: wir gehen eine Wette ein, daß so viele Grade und Auszeichnungen nicht bei Gelegenheit der größten Siege Napoleons ertheilt worden sind. Der athenische Kurier sagt: man will uns, scheint es, in eine Bevölkerung von Offizieren verwandeln. Und wofür alles dies? Etwa für eine großartige Idee? O nein, die Oligarchie ist befriedigt durch den Status quo, sondern zur Belohnung der angeblichen Siege über Aufrührer, welche die öffentliche Meinung nicht für schuldig hält. Die Geschwornen von Athen haben so eben wieder fünf Angeschuldigte freigesprochen, welche Grizziotis bewiesener Maßen aus dem Gefängniß befreien halfen. Ueberall spricht die Jury die politischen Verbrecher frei, während gemeine Verbrechen in der Regel ihr „Schuldig" trifft. Ist das nicht ein Beweis, daß der gesunde Kern des griechischen Volks, der Mittelstand, keine politische Verfolgungen will, daß der griechische Bürger die innerste Ueberzeugung hegt, jene Verbrechen fielen dem System zur Last?

P. S. So eben wird der Minister des Aeußern, Th. K. Kolokotronis begraben, der unerwartet an einem Brustübel gestorben ist.

*) Es ist gut, Quellen anzuführen, damit man nicht glaube, das trübe Gemälde entspringe der Hypochondrie eines Einzelnen.

Aegypten.

Der neue Statthalter Abbas Pascha hat den Befehl erlassen, die von seinem Großvater, Mehemed Ali, zu großartig nach dem Maßstabe von Frankreich und England angelegten Fabriken auf eine geringere Ausdehnung zurückzuführen; die Zahl der Schüler, welche für den Besuch der öffentlichen Unterrichtsanstalten von der Regierung genährt und besoldet werden, bedeutend zu vermindern, die Prüfungen zu verschärfen und nur solche Jünglinge aufzunehmen, deren natürliche Fähigkeiten ein genügendes Resultat erwarten lassen; von den 30,000 Mann sehr mittelmäßiger Truppen nur 9000 im Dienste zu behalten, dieselben aber zu tüchtigen Soldaten zu bilden, ihnen bessere Kleidung und Nahrung zu geben und ihre Löhnung zu erhöhen. Die besonders die ärmere Klasse drückende Kopfsteuer hat er aufgehoben. Ebenso das von den türkischen Beamten auf die schändlichste Weise ausgebeutete Monopol, welchem Mehemed Ali die Produkte Abyssiniens, Sudans ꝛc. unterworfen hatte. Von letzterer Maßregel verspricht man sich einen neuen Aufschwung des Handels nach jenen Ländern. (Allg. Z.)

Asien.

Tiflis. Am 7. Dez. wurde der Grundstein zu einer steinernen Brücke über den Kur gelegt, welche in jener Gegend ihrer kolossalen Arbeit wegen ihres Gleichen nicht haben wird. Fürst Woronzow, welcher die vortheilhafte Lage des jenseits liegenden Grundstücks, Kuki genannt, erkannte, sobald selbiges in einer ununterbrochenen Verbindung mit Tiflis stehen würde, ließ dasselbe parzelliren und verkaufen; jetzt, nachdem nach Verlauf von zwei Jahren dort eine neue Stadt entstanden ist, schritt man, um eine solche Verbindung herzustellen, zum Baue einer steinernen Brücke. Der Kur bildet hier zwei Arme und in der Mitte eine große Insel; über den rechten Arm wird ein Bogen und über den linken und Hauptarm drei Bogen, jeder von 15 Faden Länge und 5 Faden Breite, geschlagen; beide Brücken durch einen Erddamm, der die Insel durchschneidet, vereinigt werden.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in **Leipzig.** — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 28. Frankfurt a. M., Sonntag 28. Januar. 1849.

Uebersicht.

Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Die preußische Note. Berichtigung. Schreiben des Reichsverwesers. Abwesenheiten in der Paulskirche. Die Spielpächter in Wilhelmsbad.) Wien (Die Universität. Die Emigration. Auslieferungsbegehren an auswärtige Behörden. Die Wassersnoth.) Berlin (Die Wahlen und ihre Folgen. Die Parteien. Herr von Unruh. Das Handwerkerparlament.) Posen (Blutige Wahlen.) Magdeburg (Das Patronat und die oktroyirte Verfassung.) Köln (Wahlen im Rheinland und Westphalen.) Koblenz (Berichtigung.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Dresden (Kammerverhandlungen.) Kiel (Adressen. Flottenbeiträge.) Schleswig (Versuch einen dänischen Landsturm zu bilden. Riesenadresse. Prälaten und Ritterschaft gegen die Losreißung Schleswigs.)

Großbritannien. London (Agitation für die Cobdenschen Finanzreformvorschläge. Ersparungsplan der Regierung. Finanzplan aus dem Bentinck'schen Nachlaß. Erklärung der Protektionisten gegen Cobden.)

Frankreich. Paris (Boulay war nicht bei den Ministern. Scene zwischen Thiers und Cousin. Protestation des Pariser Volks in Betreff der Maigefangenen. Brief Canino's an den Präsidenten.)

Spanien. Madrid (Einfall von Montemolinisten.)

Oesterreich. Monarchie. Lemberg (Oesterreichische Gebräuche.) Agram (Organisationspläne.) Kronstadt (Hülfstruppen aus der Moldau und aus Galizien.)

Italien. Aus Oberitalien (Stimmung auf beiden Seiten.) Rom (Militärverschwörung. Thätigkeit der Regierung. Furcht vor der Intervention. Fürst Cesarini zum Obersten der Nationalgarde gewählt.)

Schweiz. Tessin (Die Cantonsregierung und der Bundesrath.)

Dänemark. Kopenhagen (Wehrpflicht. Hr. v. Pechlin nach Ollmütz. Handelsbeschränkungen. Erlaubniß der Pferdeausfuhr.)

Ungarn. Pesth (Truppenbewegungen.)

Nachschrift.

Deutschland.

> **Frankfurt,** 26. Jan. Als Gott die Götzen des Königs Ninus umstieß und die Sprachen verwirrte, konnte keine größere Uneinigkeit entstehen, als jetzt im Parlamente herrscht, wo die alten Parteien sich aufgelöst, neue sich noch nicht gebildet haben, und die Einen aus entgegengesetzten Beweggründen dasselbe, die Andern aus denselben Beweggründen Entgegengesetztes thun.

Es handelte sich heute um den Reichsrath. Nach der Absicht des Verfassungsausschusses soll der Reichsrath zweierlei Zwecke erfüllen: er soll einmal die Behörde bilden, welche, nach Art des Staatsraths in andern Ländern, der höchsten Regierungsgewalt berathend zur Seite steht, er soll ferner, dem Bundescharakter des deutschen Staats gemäß, den Einzelstaaten eine Gelegenheit mehr geben, ihre Interessen wenigstens zur Erwägung zu bringen. Eine Minderheit des Ausschusses stimmte gegen die Errichtung eines Reichsraths; der Bundescharakter, meinte sie, sei schon genügend im Staatenhaus gewahrt, und wenn die Stimme des Reichsraths gesetzlich auch nicht eine entscheidende sei, so werde sie es doch thatsächlich werden und damit die einheitliche Regierung hindern. Die Wichtigkeit, daß der Regierung ein sachverständiger Rath zur Seite stehe, namentlich in den Zeiten, wo das Parlament nicht beisammen ist, schien ihr nicht groß genug, jenen wahrscheinlichen Uebelstand aufzuwiegen.

Von Seite dieser Minderheit war deßhalb der präjudicielle Antrag ausgegangen, den Reichsrath überhaupt zu streichen.

Hr. Schütz aus Mainz, der junge Republikaner, wie er sich selbst in einer frühern Verhandlung bezeichnet hatte, sprach mit wohlgefälliger Breite für den Antrag, ohne aber in seiner fließenden Rede über die allgemeinen Begriffe: Demokratie und monarchisches Princip, hinauszukommen. Nachdem er „den Strom der Demokratie“ geschildert hatte, der „alle Dämme des monarchischen Princips zerreiße“, was er mit dem Beispiel der französischen Verfassungen von 1789 und 1791 (sic) belegte, endete er mit einer Polemik gegen Bassermanns Ansichten von der englischen Verfassung, ohne trotz aller Rufe der Versammlung zum Reichsrath gekommen zu sein.

Mit derben Worten und schlagenden Gebärden wies dagegen Jahn nach, wie man gerade um den Sonder-Weichselzopf los zu werden, den dynastischen Interessen geben müsse, was ihnen gebühre; gewähre man ihnen einen Weg, sich offen auszusprechen, so vermeide man, daß sie heimlich intriguiren. — Der schlichte Mann mit dem schwarzen Sammtkäppchen und dem weißen Bart, mit der jugendlich kräftigen Stimme und den drastischen Bewegungen verfehlt nie, einen gewissen, freilich nicht immer gleichartigen Eindruck auf die Versammlung zu machen.

Dießmal war auch Welcker für den Verfassungsausschuß. „Wenn denn die Demokratie so ein gewaltig großer Strom sei, so solle man doch der Monarchie dies schwache Dämmchen gönnen.“ Welcker fand in dem Reichsrath die berechtigte Vertretung der bestehenden Staaten gegenüber dem neu zu schaffenden. Er kann den Haß gegen diesen, der ihm mit einem Mal ein revolutionärer Greuel geworden ist, nicht los werden. „Wie reimt es sich,“ fragte er, „daß derselbe Mann, der dem neuen Staat die Wärme und das Leben geben will, (Dahlmann), da, wo Wärme und Leben bereits besteht, sie nicht achtet?“ Sein Angriff paßte in die Verhandlung über die Erblichkeit; es war aber unlogisch, in dem Augenblick gegen „das mit Füßen treten der bestehenden Monarchien“ zu reden, wo gerade den bestehenden Monarchieen neue Bürgschaften gegeben werden sollten!

Herr Schüler aus Jena wollte es sich nicht versagen, auch sein Scherflein gegen den Ausschuß zu schleudern. „Der Reichsrath wäre so herzlich schlecht, daß die Republikaner, wenn sie blos auf ihren Vortheil bedacht wären, den Ausschuß ruhig gewähren lassen würden; die Verfassung würde dann bald durch ihre eigne Schlechtigkeit zu Grunde gehen; aber sie wären zu ehrlich dazu, und so thäten sie ihr Möglichstes, die Verfassung zu verbessern, und ihre Dauerhaftigkeit zu sichern.“ Und Herr Schüler that sein Möglichstes!

Als es nun zur Abstimmung kam, da stimmten von Denen, welche für die Erblichkeit gestimmt hatten, Einige, welche den Reichsrath als ein Mittel ansahen, das Erbkaiserthum den Fürsten, welche sich ihm unterwerfen sollten, annehmlich zu machen, für ihn, in der Erwartung, wie sie ausdrücklich erklärten, daß die Erblichkeit bei der zweiten Lesung angenommen werden würde, andere stimmten, von derselben Ansicht ausgehend, dagegen, weil die Erblichkeit bei der ersten Lesung verworfen worden wäre, eine dritte Klasse verwarf den Reichsrath grundsätzlich! Von den Gegnern der Erblichkeit stimmten Einige für ihn, welche den Einzelstaaten soviel als möglich geben wollen, die meisten dagegen, weil sie gegen jedes monarchische Institut sind. Das Ergebniß war, daß mit 11 Stimmen Mehrheit der Grundsatz des Reichsraths angenommen wurde.

Eine weitere Verhandlung über die Einzelnheiten fand nicht statt; zwar war sie bereits eröffnet, aber die Versammlung sprach so deutlich ihren Willen aus, daß alle Redner auf das Wort verzichteten; man war zu ungeduldig, das Spiel der Abstimmung zu versuchen, denn wirklich — ein Glücksspiel war es. Nachdem der Satz angenommen war, „Der Reichsrath besteht aus den Bevollmächtigten der deutschen Staaten“, sollte entschieden werden, wie viel Bevollmächtigte und von wem sie zu schicken wären. Die Mehrheit des Ausschusses wollte jedem Staat oder Staatenverband einen Bevollmächtigten geben; ein Verbesserungsvorschlag setzte die Zahl auf zwölf fest, die nach Art der Stimmen in der früheren engeren Bundesversammlung vertheilt waren. Grundsätzlich also stimmte Beides überein, denn wenn jetzt auch noch keine festen Staatenverbände der kleineren deutschen Staaten bestehen, so sollen doch nach dem Verfassungsausschuß solche errichtet werden, und es kann nur eine thatsächliche Frage sein, ob die zu errichtenden Verbände mit den vorgeschlagenen Verbindungen für eine Kuriatstimme zusammenfallen oder nicht. Der

Antrag des Verfassungsausschusses wurde verworfen. Als es nun an den Verbesserungsvorschlag kam, stimmte ein Theil der Anhänger des Ausschusses, in dem Gefühl, daß es besser sei, eine thatsächliche Abweichung von dem, was ihnen das Beste geschienen, zu gestatten, als zu keinem Beschluß überhaupt zu kommen, auch für diesen Vorschlag, der andere Theil stimmte dagegen. So wurde auch dieser Vorschlag verworfen, und es blieb unentschieden, wie der Reichsrath zusammengesetzt sein sollte. Der Reichsrath und der deutsche Kaiser sind also bis jetzt ein paar schöne Statuen, welche noch keine Füße haben, auf welchen sie stehen können. Die übrigen Bestimmungen über die Rechte und Pflichten des Reichsraths fanden keine Schwierigkeit.

Nachdem der Reichsrath erledigt war, brachte Ludwig Simon eine Angelegenheit zur Sprache, die jeden wahren Freund des Vaterlandes nur mit Schmerz erfüllen kann, die Verhaftung Temme's, und seine Entfernthaltung von dem Platz, der ihm durch seine Wahl gebührt. Wir freuen uns, daß die Versammlung die Dringlichkeit des Antrages anerkannte. Mit Recht erinnerte Ludwig Simon an den Beschluß der Versammlung, die Freiheit des preußischen Volkes schützen zu wollen, mit Recht behauptete er, daß wenn man mit der Entscheidung über Temme's Haft warten wolle, bis die Legitimationspapiere eingelaufen seien, es in die Hand der Regierung gegeben sei, diese Entscheidung so lange sie wolle hinauszuziehen, indem sie dem Verhafteten die Legitimationspapiere nicht aushändige; daß man Temme das Recht jedes Abgeordneten geben müsse, einstweilen in der Versammlung zu sitzen, bis die Wahl- und Untersuchungsakten eingetroffen seien und über sein Recht und seine Verhaftung ein definitives Urtheil gestatteten. — Beseler aus Greifswald machte dagegen auf die juristischen Bedenklichkeiten, den Antrag anzunehmen, aufmerksam. Er gestand, wie er und das ganze Haus das Verfahren der preußischen Regierung tief beklagen, doch wollte er sich nicht der Gefahr aussetzen, da, wo möglicherweise die Verhaftung gerechtfertigt sei, voreilig, vor Einsicht der Akten, die Freilassung zu beschließen, er fürchtete auch, damit dem Ansehen der Gerichte zu nahe zu treten. — Aber es handelt sich hier nicht darum, ob die Verhaftung in den juristischen Formen vor sich gegangen ist oder nicht; die Nationalversammlung ist kein Gerichtshof, sondern eine politische Behörde; sie hat nicht nach juristischen Regeln, sondern nach Grundsätzen der höheren, staatlichen Sittlichkeit zu entscheiden. Sie darf freilich nicht den Gerichten entgegentreten; aber diese Unverletzbarkeit der Gerichte bezieht sich nur auf deren Urtheilssprüche; sonst dürfte sie auch nicht nach Einsicht der Akten, einen Verhafteten, der zum Abgeordneten gewählt ist, freilassen, sie dürfte sonst nie, wie Vogt schlagend bemerkte, das Gesuch eines Gerichts auf Einleitung der Untersuchung gegen einen Abgeordneten abschlagen. Es handelt sich hier nur um die politische Erwägung, ob Temme ein Verbrechen begangen hat, das ihn vom Sitz in der Versammlung ausschließen müßte; und die Möglichkeit dessen durfte da nicht in Betracht kommen, wo es so notorisch wie seine Wahl ist, daß er das Opfer einer Verfolgung geworden, für welche die preußische Regierung, wenn sie sie auch nicht direkt befohlen hat, doch die moralische Verantwortlichkeit trägt, weil sie die gesinnungslose Leidenschaft der Richter durch ihre Ansprache erregt hat.

Wahrlich, wir sind weder Freunde von Temme's Grundsätzen, noch von seiner Persönlichkeit; aber wie Götz das Bild des Kaisers auch in seinem schmutzigsten Konterfei verehrt, so wollen wir die Freiheit des Bürgers auch in unseren politischen Feinden geachtet wissen.

Die Versammlung ging nicht so weit, wie Herr Beseler, und verwarf die von ihm vorgeschlagene motivirte Tagesordnung; sie genehmigte aber auch den Antrag von Ludwig Simon nicht, sondern trat dem des Reichsjustizministers bei, die preußische Regierung zur schleunigsten Einsendung der Akten — mit der sie bereits 18 Tage gezögert hat, auffordern zu lassen.

Wir hätten gewünscht, sie hätte sich nicht durch juristische Bedenklichkeiten abhalten lassen, ein Votum abzugeben, das ein offener „Tadel des Verfahrens der preußischen Regierung" ist, und das alle die Vorwürfe widerlegt hätte, welche man schon so lange und zum größten Theil so ungerecht auf sie häuft, daß sie nicht wage, ihre Grundsätze aller Welt gegenüber geltend zu machen. Gerade hier durfte sie sich durch keine Rücksicht abhalten lassen, zu zeigen, daß über jedes Bedenken der augenblicklichen Lage hinaus Recht ihr als Recht und Wahrheit als Wahrheit gilt!

*** **Frankfurt**, 26. Jan. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war es eine auffallende Erscheinung, daß nahe an Einhundert Mitglieder fehlten, und so stand der präjudizielle Antrag der Ausschußminorität, den Reichsrath aus dem Verfassungswerk zu entfernen, unter dem Schicksal einer geringen Majorität und fiel auch nur durch eilf Stimmen. Keiner Frage unterliegt es aber, daß bei Vollzähligkeit der Versammlung der präjudizielle Antrag mit einer weit größeren Majorität gefallen wäre, denn es fehlten in der Linken verhältnißmäßig weniger Mitglieder, als in den übrigen Fraktionen.

*** **Frankfurt**, 27. Jan. Das „Reichsgesetzblatt" publicirte vorgestern das Gesetz über die Spielbanken. Die Spielpächter und die in ihr Interesse gezogenen Spielbankorte sind dadurch enttäuscht worden in der Hoffnung, es werde die Publikation des Gesetzes eine Vertagung erfahren. Sie werden auch in der weiteren Erwartung enttäuscht werden, ihre verzweifelten Anstrengungen könnten eine Suspendirung der Ausführung des Gesetzes zur Folge haben. Wenn aber einmal geschieden sein muß, so wollen die Spielpächter **Wilhelmsbads** bis zum 1. Mai nicht ruhig die Hände in den Schoos legen. Sie sollicitiren vielmehr bei dem kurhess. Ministerium darum, sofort das Glücksrad in Wilhelmsbad wieder in Bewegung setzen zu dürfen, um bis zum 1. Mai noch einige Aernte halten zu können. Das kurhess. Ministerium war im Herbste nicht zu bewegen, die „Saison" auch im Winter fortdauern zu lassen und man ist gespannt, ob es den Spielpächtern gestattet wird, in der Mitte des Winters die „Saison" einzig und allein zur Ausbeutung der Spieler in Wilhelmsbad eröffnen zu dürfen.

N. S. Ich vernehme so eben, daß das kurhess. Ministerium das Ansuchen des Spielpächters von Wilhelmsbad genehmigt hat und somit das Spiel in Wilhelmsbad am 1. Februar eröffnet werden soll.

Frankfurt, 27. Jan. Den Vorsteherinnen des Vereins, welche die Ehre hatten, den von vielen hiesigen Frauen und Jungfrauen verfertigten Teppich Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser zu überreichen, ist so eben nachfolgendes Schreiben zugekommen, welches sie sich zur angenehmen Pflicht machen, ihren Mitbürgerinnen mitzutheilen:

„Ich habe mit gerührtem Herzen die schöne und sinnige Gabe empfangen, die Sie mir bei Gelegenheit meines Geburtstages im Namen Ihrer Mitbürgerinnen dargereicht haben. Diese von deutschen Frauen und Jungfrauen ausgeführte herrliche Arbeit liefert den Beweis, was gemeinsames Zusammenwirken zu leisten vermag. Es wird für die spätesten Tage meines Lebens ein theures Andenken an meinen Aufenthalt in dem schönen Frankfurt und eine sprechende Erinnerung an die Zeit verbleiben, wo neue Hoffnungen uns Alle belebten, wo der Wunsch, für des Vaterlandes Einigkeit und Kraft im Vereine mit dessen Vertretern zu wirken, dieses Streben mit Erfolg gekrönt zu sehen, mich nach der alten Krönungsstadt geführt hatte. — Drücken Sie — ich bitte Sie darum — denen Frauen und Jungfrauen Frankfurts, die im Vereine mit Ihnen dieses schöne Werk mit dem Bilde unserer Germania geschaffen, meinen herzlichen Dank aus. Sagen Sie denselben, daß dieses Sinnbild Deutschlands, nach seinem vollen Werthe gewürdiget, im Süden unseres gemeinsamen Vaterlandes, wo der kräftigen Alpensöhne biedere Herzen warm und treu für dessen Ruhm und Glück schlagen, aufbewahrt bleiben wird. Ein werthes Zeichen der Anerkennung redlichen Willens und uneigennütziger Bestrebungen, bleibt es für mich und meine Nachkommen ein theures Pfand der Gesinnungen deutscher Frauen. Ihr aufrichtiger **Johann**. Frankfurt, den 23. Jan. 1849." (O.P.Z.)

Parl. Korr. **Frankfurt**, 27. Jan. Die preußische Note ist dem Reichsministerium von Herrn Bunsen übergeben worden. Sie spricht den Wunsch des Zusammentritts der Bevollmächtigten der Einzelstaaten in **Frankfurt** aus, damit dieselben die Bedenken ihrer Regierungen (die dem Vernehmen nach sehr unerheblich sein sollen) über die bisher angenommenen Bestimmungen der deutschen Verfassung, in gemeinsamer Fassung, der Reichsversammlung vor der zweiten Lesung übergeben könnten. Das Verhältniß zu Oesterreich ist in dieser Note in der bereits bekannten (?) Weise aufgefaßt.

Der dänische Gesandte, Baron Dirkinck, zeigt uns an, daß er bei der Abstimmung über die Erblichkeit in der Paulskirche nicht gegenwärtig gewesen sei. Hiernach ist die Notiz in Nr. 42 unserer Korrespondenz zu berichtigen.

Wien, 20. Jan. Der Tag der Eröffnung der hiesigen Universität ist auf den 20. Febr. d. J. festgesetzt, an welchem Tage auch die Vereinigung der Josephsakademie mit der Universität statthaben wird. Die werthvollen Sammlungen der erstern gehen in das Eigenthum der letztern über. (Schles. Z.)

* **Wien**, 22. Jan. Sicherem Vernehmen nach hat der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg ein Cirkularschreiben an sämmtliche hohe Notabilitäten, die ihren Wohnsitz in Wien zu nehmen gewohnt waren, ergehen lassen, um sie zur Wiederaufnahme desselben zu Gunsten der heimgesuchten Hauptstadt zu vermögen. An die sächsischen und preußischen Behörden ist die Anmuthung gestellt worden, mehrere bekannte politische Flüchtlinge auszuliefern; da jedoch dieß außerhalb der Konventionen liegt, so wäre die kriminalrechtliche Einziehung in Bezug auf die Latour'sche Sache vorgeschoben worden. Die Gewarnten haben sich weiter begeben. — Das Wasser in der Leopoldstadt ist gefallen, und man besorgt nunmehr kein weiteres Unglück.

*** **Berlin**, 24. Jan. Wer kann angeben, was mehr auf den Ausfall der Wahlen gewirkt hat, die Verfolgungen und Verhaftungen, die erlittenen Martyrien, die Furcht vor der Reaktion, die Publikation der Enthüllungen des Vereins für die Provinzen, kurz ob Unmuth oder Schreck, oder Geld oder Schnaps? Es ist nur soviel gewiß, daß die Wahlen anders ausgefallen wären, wenn sie bald nach dem 5. November stattgefunden hätten. Beide Parteien haben nachher, die ungeheure Tragweite der Momente richtig würdigend, ihr Spiel gespielt und alle Influenzen angewandt, um die träge Masse durch Furcht und Hoffnung zu elektrisiren. Die wohl organisirte Partei der Radikalen fing ihre Bewerbungen früher an, war thätiger, geschickter im Verfolg derselben und hat demnach gesiegt — in Berlin wenigstens, vielleicht auch an vielen andern Orten. Lassen wir den Sieg selbst einstweilen bei Seite, und betrachten einen Augenblick den Kampf allein. Nach dem März waren die Wahlkämpfe nur von Leidenschaft, Begeisterung, Ingrimm diktirt, dieser Januar zeigte uns schon das ganze entwickelte, künstliche Getriebe eines intriguenvollen Wahlkampfes, wir waren um Jahrhunderte vorgerückt in das politische Getriebe und kaum war eine der Künste, die man in England und Frankreich braucht, um Kandidaten durchzubringen oder zu beseitigen, die nicht auch hier in Anwendung kam. Und es galt nur Männer zu wählen, die erst wieder unsere Deputirte wählen sollen! Komite's organisirten sich, aber immer zu spät von Seiten der Konservativen. Wenn sie ihre Umgänge anfingen, fanden sie das Terrain bereits von den Gegnern eingenommen; welche Versprechungen hierbei gebraucht wurden, davon schweigt die Geschichte, aber ich glaube, daß dießmal von beiden Seiten die Phrasen nicht mehr die bedeutende Rolle von früher gespielt haben, daß vielmehr weit reellere Dinge in die Wagschale gethan wurden. Die Demokraten erhoben laute Klage über die Verführungskünste der Reaktionäre, daß dieselben sich aus den Bezirksversammlungen absonderten, exklusiv beriethen und hinterlistig durch Verheißungen ihnen Stimmen abzugewinnen suchten. Das war nun nichts anderes als die Klage des Wolfs an der Quelle, daß ihm das Lamm am Fluße unten das Wasser trübe. Aber die Konservativen lernten schnell von der Gegenpartei, nur zu schnell und überhasteten sich dann in der Anwendung der erlernten schlimmen Mittel. Dahin rechne ich, wenn mehrere große Gewerbsleute durch die Zeitungen bekannt machten, daß sie ihre Geschäftsverbindungen mit Solchen unbedingt aufheben würden, welche nicht von den demokratischen Wühlereien abließen. Das ist freilich die höchste Ausbildung, aber auch die tiefste Zerrüttung gesellschaftlicher Zustände, wenn die politische Parteiung den Krieg ins Familien- und Geschäfts-Leben hineinspielt. Ich glaube, das hat sich gerächt; es geschah in letzter Zeit Manches von der konservativen Seite, was nicht unbedingt, und bedingt nicht darum gebilligt werden kann, weil es nur Wiederholung von dem war, was die Gegner sich zu Schulden kommen ließen. Den Konservativen gingen Talente, Redner, Charaktere von unantastbarem Rufe ab, während auf der andern Seite die Sprachgabe reichlich vorhanden ist. Man hat sich zu seltsamen Kombinationen verstehen müssen, und meines Erachtens war es ein großer Fehler, daß man Männer auf die künftige Kandidatenliste brachte von entschieden reaktionärer Färbung. Was sollte ein Graf Bismark Schönhausen, einst der nicht ungeschickte Führer der Aristokraten auf dem vereinigten Landtage, was ein Professor Keller auf der Liste der Männer, mit denen man den Einbruch der Republikaner zurückschlagen wollte! Ein Keller, einst der wüthendste Demagog und Agitator der Schweiz, dann blasirt, in die Kutte des preußischen Royalismus und der Bureaukratie gekrochen, in der Stille beobachtend, jetzt ein Preußischer Konservativer! Es war allen Ernstes einige Augenblicke vor der Wahl die Besorgniß da, daß die Wahlen zu reaktionär ausschlagen könnten. Aus *dieser* Besorgniß schlugen sich viele Bürger auf die entgegengesetzte Seite. Man hörte sie am Wahltage laut klagen: sie hätten kein Centrum gefunden, da hätten sie wohl so handeln müssen. Nun der Ausschlag so ganz anders schien, als man vermuthet, beklagten sie es doppelt.

Und was machte diesen Ausschlag so? Am Wahltage selbst ward schwerlich noch etwas versehen. In der überwiegenden Mehrzahl der Wahlquartiere waren die Parteien schlagfertig geordnet, es war keine Unsicherheit in den Operationen zu bemerken. Die meisten Abstimmungen erfolgten, ohne daß es zu einer engeren Wahl kam, mit einer geringen, aber mit einer absoluten Stimmenmehrheit. Alle Kandidaten der Demokratie, ob intelligent, oder beliebt, oder sehr bekannt, darauf kam es nicht an, sie hatten bei jeder Abstimmung dieselbe Stimmenzahl für sich; also schien der Ausgang der Schlacht schon lange vorher bestimmt. Und doch nicht ganz, da wo es sich nur um wenige, oft nur um 2 bis 3 Stimmen handelte. Noch ward in der Stille geworben; die Branntweinflasche, das Weißbier, die Cigarre, bis zum Champagner hinauf, spielten ihre Rolle. Man wirft den Konservativen vor, daß Viele der süßen Gewohnheit des Mittagstischs nicht entsagen können; sie eilten hinaus und kamen doch zu spät wieder. Ein Bekannter hatte beim Beginn des Wahlakts ein Häuflein jener Indifferenten um sich gesammelt, denen die Sache höchst gleichgültig ist und die die Beute jedes Führers werden, der sich ihrer bemächtigt. Ihm war das gelungen, und sie stimmten in drei Wahlen auf sein Kommando. Sich auf das treue Korps verlassend, verließ er nur auf eine Viertelstunde zu einer Erfrischung das Lokal; aber als er wiederkehrte, war sein Häuflein verschwunden, ein anderer Häuptling hatte sie an sich gezogen, recht in einen Winkel abgeschlossen und sie stimmten jetzt mit demselben guten Muthe gegen ihn. Die Frage wird auftauchen, sie ist längst aufgetaucht, und sie schwebt schon jetzt: ob überhaupt eine Regierung, sei es es welche es will, mit einem Wahlgesetz auf dieser breiten Grundlage möglich ist? Auf einer Grundlage, wo eine immense Majorität so ganz Hab- und Besitzloser ist, daß, bei ausgebildeterer Corruption und Gleichgültigkeit der Individuen, die Mehrzahl derselben durch einige Groschen wird gewonnen werden können! Vielleicht kommt gerade von Seiten der Demokraten selbst das Bedenken gegen ein Wahlgesetz, das den Reichen die Mittel in die Hand gibt, sich Wähler zu schaffen. Es käme dann nur darauf an, die Gränze der „Selbstständigkeit" schärfer zu ziehen. Einstweilen, d. h. bei diesem Kampfe, kann kein Theil dem Andern Vorwürfe machen. Wenn die eine Partei die brodlosen Gesellen, Arbeiter, Proletarier an sich zog, so wird der andern der Vorwurf gemacht, daß sie mit königlichen Stallknechten, Soldaten, Laquaien debütirt und ihre Kandidaten durchgesetzt habe.

Wer hat denn nun gesiegt? — Die Demokraten haben den Sieg gefeiert, hier wie auswärts, und eine entsetzliche Niedergeschlagenheit bemächtigte sich der Konservativen — am ersten Tage, auch noch am Vormittage des gestrigen Tages! Seit dem aber haben sich die Ansichten geändert, man zählt anders. Die als wüthende Radikale aufgeführt wurden, protestiren dagegen, was sie können; von der großen Zahl der Demokraten quand même welche die demokratischen Zeitungen als ihre Bundesgenossen aufzählen, wird behauptet, daß es gut freisinnige und konstitutionelle Wahlmänner seien, welche nun mit Herz und Blut gegen die Reaktion, aber auch gegen die Anarchie wählen würden. Viele, die über den Sieg jubeln, erschrecken schon über die möglichen Folgen, und Alles scheint anzudeuten, daß wir in der wirklichen Wahl auf wenige Extreme nach Rechts und Links, aber auf ein starkes Centrum rechnen dürfen, insofern rechte Männer für das Centrum sich als Kandidaten einstellen. Darauf wird freilich Alles ankommen. Ich höre sehr versöhnliche Stimmen unter den Wahlmännern, (ganz entgegengesetzt freilich denen unter den Urwählern, wo die Erbitterung durch den Wahlakt nur im Wachsen ist) auch unter solchen, die von der Demokratie gewählt sind, daß man vor Allem trachten müsse, frisches Blut, neue Männer in die Kammer zu bringen, und wo möglich nicht solche, die den Krieg, der am 9. November unterbrochen ward, am 22. Febr.

an derselben Stelle wieder fortsetzen. Der erste Schrecken ist vorüber, es riecht weder nach Reaktion noch nach Anarchie, nach Revolution. Aber die Siegenden sagen: Die Regierung möge sich aus der Abstimmung die Lehre zu Herzen nehmen, daß die demokratische Neigung im Herzblute des Volkes liege, und das mag man sich gefallen lassen.

⁝ **Berlin**, 25. Jan. Wie soll man die beiden Parteien nennen, welche sich hier und anderswo so schroff gegenüber gestanden haben? Die einen sagen: Konstitutionelle und Radikale! die andern: Demokraten und Reaktionäre oder Ultrakonservative, Rechte, Linke, Wühler, Heuler u. s. f. Aber alle diese Bezeichnungen treffen in diesem Falle nicht zu. Der richtigste Name ist Befriedigte und Unbefriedigte und wir müssen wiederholt unsere Ueberzeugung aussprechen, daß es in der Hand der Regierung steht, durch schleunige Maßregeln, vor allem durch den Rücktritt des Ministeriums, noch Viele mit sich auszusöhnen, noch Viele aus Unbefriedigten zu Befriedigten umzuschaffen. Ueber die Wahlen lohnt es sich kaum noch zu berichten. In allen größeren Städten, selbst in Pommern und Preußen, haben die Unbefriedigten gesiegt. Wir wüßten von größeren Städten nur Halle und Elbing, vielleicht auch Stettin und Erfurt anzuführen, wo die sog. Demokraten unterlegen sind; in allen übrigen haben sie gesiegt und meistens sehr entschieden. Aber unter diesen Demokraten ist nur eine geringe Zahl Derjenigen, welche auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse losgehn. Sehr viele sind gemäßigte Männer, die sich nur die Herrschaft der Preußenvereine und die Manteuffel'sche Wirthschaft nicht länger wollen gefallen lassen. Und wer kann es ihnen verdenken? Die Ausgaben für die Gefängnisse möchten bald die öffentlichen Lasten zu sehr erhöhen! Dowiat, der zu sechsjähriger Festungshaft verurtheilt ward, ist nach Weichselmünde abgeführt, wie die Gegner des Ministeriums sagen, weil alle näher liegenden Festungen bereits mit Gefangenen überfüllt wären. Noch ist es Zeit, aber auch die höchste Zeit, jene gemäßigte Partei aus der Opposition herauszuführen. — Herr v. Unruh hat eine Flugschrift verfaßt, in welcher er sein Verfahren rechtfertigt. Er hat sie dem Könige selber übersandt und ein Schreiben hinzugefügt, in welchem er seinen tiefen Schmerz ausdrückt, daß man ihn in Folge seiner jüngsten Wirksamkeit als einen Feind des Königthums und als einen Anarchisten zu verdächtigen gesucht habe, und in welchem er diesem Vorwurfe mit Gründen und unter Hinweisung auf den Inhalt dieser Brochüre selbst begegnet, ja den König beschwört, nicht diejenigen allein als seine wahren Freunde zu betrachten, die gegenwärtig in einem dem frühern Landtage feindlichen Sinne auf seine Entschließung einzuwirken bemüht seien. Der König soll in der edlen Regung seines Herzens gewillt gewesen sein, dieses Schreiben in entsprechender Weise zu beantworten, aber seine gegenwärtigen Rathgeber haben ihn davon abgehalten. Das Ministerium ist verblendet genug, den Zusammentritt der Kammern abwarten und vor denselben seine Maßregeln vertheidigen zu wollen. Möge eine bessere Erkenntniß sie bewegen, von jenem gefährlichen Entschlusse abzustehn! Herr v. d. Heydt ist unwohl, und Herr v. Pommeresche hat statt seiner den Vorsitz bei den Berathungen des Handwerkerparlaments geführt. Es ist ein eigen Ding, wenn sogenannte Sachverständige allein über eine Sache berathen sollen. Man möchte die Behauptung wagen, daß gerade sie am wenigsten zu einem Urtheile befähigt sind, das heißt zu einem unparteiischen. Sie sind am meisten betheiligt, und schließen gewöhnlich, wie der Gerber, der zur Vertheidigung der Stadt nichts für so nöthig hielt, als Leder.

⁑ **Posen**, 24. Jan. Wie zu erwarten stand, sind die Urwahlen der Stadt nicht ohne Tumult vollzogen worden. An drei Wahlorten kam es zu ernstlichen Reibungen und es floß Blut. Wo eine oder die andere Nationalität das entschiedene Uebergewicht hatte, da ging es am ruhigsten zu. Die Polen stimmten wie Ein Mann für ihre Kandidaten, ebenso die Deutschen. Schlimm war es da, wo die Nationalitäten im Gleichgewicht waren und der Akt nicht energisch geleitet wurde. So fand an einem Orte ein Zuströmen von polnischen Wahlmännern anderer Bezirke statt, die größte Unordnung riß ein, man zückte die Waffen, 2 Artilleristen wurden dabei verwundet und die Wahlhandlung mußte aufgehoben werden. — Dies geschah an zwei Orten, und es sind deshalb 12 Wahlmänner weniger gewählt. Das Resultat ergab 105 Deutsche und 46 polnische Wahlmänner, unter den Deutschen 15—20 Kandidaten. Die Polen beklagen sich bitter darüber, daß die Demokraten sie da im Stich gelassen hätten, wo sie den Ausschlag geben konnten, und gestehen ganz naiv, daß jene doch hätten wissen können, daß kein Pole auf der Rechten Platz nehmen würde.

Magdeburg, 20. Jan. Der Artikel 15. der Verfassung vom 5. Dezember: „Das dem Staate zustehende Vorschlags-, Wahl- oder Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben" — ist verständlich und klar genug, um hier und in der Provinz, wo auf kirchlichem Gebiet so lange und eifrig gegen Uebergriffe der Konsistorialgewalt gekämpft ist, volles Genüge zu erwecken. Man hielt sich nun gegen Glaubenszwang und alle erfahrenen hierarchischen Gelüste gesichert; besonders benutzten unsere „Befriedigten" diesen §. der Verfassung, um die Vortrefflichkeit derselben ins Licht zu setzen. Durch ein Ministerialreskript sind wir aber schrecklich enttäuscht. In einer Predigerwahl der hiesigen Deutsch-reformirten Kirche, deren Gemeinde protestirt hatte gegen die versuchte Aufdrängung eines orthodoxen Predigers Seitens des Kirchenvorstandes, ist vom Konsistorium, dem das Bestätigungsrecht zustand, jenes Ministerialreskript veranlaßt. In demselben heißt es: „Die Ausübung des landesherrlichen Patronats wird dem Konsistorium um so mehr verbleiben, als in Art. 14. die Feststellung der Bedingungen für die Aufhebung des Patronats der künftigen Gesetzgebung ausdrücklich vorbehalten ist. Die in Artikel 15. ausgesprochene Aufhebung des dem Staate zustehenden Wahl-, Vorschlags- und Bestätigungsrechtes bei Besetzung geistlicher Stellen beweiset, wie der Gegensatz zu Art. 14 ergibt, selbstredend die patronatische Verleihung nicht, und bezieht sich lediglich auf die von dem Staate gegenüber der katholischen Kirche bisher ausgeübten Befugnisse". Das Volk scheint inne zu werden, daß eine Verfassung, deren Paragraphen so sehr einer Deutung unterliegen können, wie der angezogene in klaren verständlichen Worten ausgedrückte, doch einer gründlicheren Revision zu unterwerfen sei, als unsere „Befriedigten" wollen. (Aach. Z.)

⨯ **Köln**, 26. Jan. Die Nachrichten aus allen Theilen der Rheinlande bestätigen den Sieg der Demokraten. Doch haben in den Städten Barmen, Crefeld, Hagen und Schwelm die Konservativen die Oberhand. Dagegen haben in Münster die Demokraten in 14 Wahlbezirken unter 14 gesiegt. Der kirchliche Haß wird dort gegen die protestantische Regierung geschürt, und das Volk ward gegen seine eigene Geistlichkeit mißtrauisch gemacht. Auch in Bielefeld siegten die Demokraten.

♀ **Koblenz**, 26. Jan. In dem Abdruck meines Artikels vom 23. Januar, Nr. 25 der „Deutschen Zeitung", findet sich S. 196 Sp. 1 Z. 7 von unten ein arger, meinen Gedanken zu seinem Gegentheile in der ärgerlichsten Weise verkehrender Druckfehler. Ich habe nicht geschrieben: „fleißige und unverständige Bauern", sondern: „fleißige und verständige Bauern."

-:- **Stuttgart**, 23. Jan. Wenn Leporello, nachdem er im tiefsten Baß: „Keine Ruh, bei Tag und Nacht" seine kleinen Leiden geklagt, hinzufügen darf: „Nein, das halt' der Teufel aus!" — was soll denn ich sagen, der ich heute neun Stunden, schreibe neun Stunden lang, von Morgens neun bis Abends sechs Uhr den Verhandlungen der Kammer habe folgen müssen, welche sich die volle Hälfte der Zeit um die Herstellung einer Interims-Vorrichtung an einem Mühlwehr im Neckar, um eine Unterstützung für Uferbauten an die Gemeinde Kiebingen und um ähnliche europäische Interessen drehten? — was soll denn ich sagen, der ich genöthigt war, die Eifersucht zwischen den Anwohnern der Donau und des Neckars, der Iller und der Jart und wie unsere Flüsse und Flüßlein sonst heißen mögen, die spärlichen Summen sich abstreiten zu sehen, welche für die gleichwohl seither stark vernachlässigte Korrektion der verschiedenen Flußstraßen im Budget angesetzt sind? Bei alle dem hatten diese unglücklichen Verhandlungen doch das Gute, daß sich die Kammer zu einer Bitte an die Regierung einte, sie möge eine Kommission von Sachverständigen, die an Ort und Stelle die nöthigen Informationen im Einzelnen einzuziehen habe, niedersetzen und von dieser ein Landes-Kulturgesetz, mit besonderer Rücksicht auf die Fluß- und Uferbauten, vorbereiten lassen. Damit war dieser Gegenstand glücklich erledigt und die Kammer wandte sich zu einem weiteren Theile des Budgets, der, weil er in die großen sozialen Fragen des Tages eingreift, ein größeres Interesse als die eben beseitigten ermüdenden Verhandlungen in Anspruch nehmen darf. Zunächst lag ein Antrag des Freiherrn von Hornstein vor, der Regierung

zur Verbesserung des Looses der Armen im Königreiche eine Summe von im Ganzen einer Million Gulden zu bewilligen, und zwar die Hälfte zur Unterstützung wirklich arbeitsunfähiger Personen, die andere Hälfte zur Uebersiedlung arbeitsfähiger, aber arbeitsloser Individuen nach Amerika. Beide Theile des Antrags wurden indeß schließlich abgelehnt. Die Kammer verkannte, was die Armenunterstützung angeht, keineswegs, daß, wo die Unterstützung durch die einzelne Gemeinde nicht ausreiche, der Staat sich in's Mittel zu schlagen habe, aber es wurde andererseits mit Recht hervorgehoben, daß direkt durch Almosen doch keine nachhaltige Hilfe geschafft werde, oder wenigstens Millionen aufgewendet werden müßten, um schließlich den Land- und Stadt-Bettel vielleicht in einen Staats-Bettel zu verwandeln, daß man die Angelegenheit im Ganzen und Großen getrost der Assoziation überlassen könne, denn noch sei die Privatmildthätigkeit nicht erstorben und es fehle ihr blos an der gehörigen Organisation; die umsichtige Regelung des Zoll- und Gewerbwesens, die Stärkung der durch die Gleichheit der Besteuerung und die Gleichheit vor dem Gesetze erhöhten Kraft der Gemeinden, die Freiheit, welche die neue Zeit geboren, werde hinreichen, das drohende Gespenst der Verarmung zu beschwören. Die Versammlung beschränkte sich, in Würdigung dieser Gründe, darauf, der Regierung eine Erhöhung des Etatssatzes eintretenden Falls bis auf 50,000 fl. anzubieten, und Staatsrath Duvernoy erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, den Vorschlag der Kommission in Erwägung zu ziehen, ob nicht kulturfähige Plätze in den Staatswäldern aufgefunden und zur Ausrodung und zum Anbau an arme Familien ausgetheilt werden könnten. Was die durch den Hornstein'schen Antrag angeregte Auswanderungsfrage betrifft, so wurde dieselbe mit besonderer Gründlichkeit verhandelt; es hatte nämlich zugleich die Regierung, in diesem Jahre zum ersten Male, zur Unterstützung der Auswanderung einen Kredit von 50,000 fl. beantragt. Von mehreren Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge eine planmäßig organisirte, in großartigem Maßstabe geleitete Auswanderung unvermögender und arbeitsloser Staatsbürger in's Werk setzen und die Kommission hatte speciell den Antrag gestellt, daß dieselbe mit der Centralgewalt in Verbindung treten und die Frage erörtern möge, wie etwa durch Ankauf von Ländereien in fremdem Lande Vorsorge für die Auswanderer getroffen werden könne, damit diese wenigstens nicht, wie seither so oft der Fall gewesen, in die Hände selbstsüchtiger Spekulanten fielen. Dagegen wurde von anderer Seite ausgeführt, daß eine Uebervölkerung, also auch die Nothwendigkeit, die Auswanderung zu veranlassen oder zu fördern, gar nicht vorhanden, vielmehr noch Raum und Beschäftigung genug für alle müßigen Hände zu beschaffen sei, wenn man nur die ganze Masse der Arbeit, die man gegenwärtig dem Auslande zuwende, im Inlande herstellen lasse und diejenigen Verbesserungen vornehme, welche sich als nothwendig herausstellten, um die noch unbebauten Landstrecken in den Kreis der Landwirthschaft hinauszuziehen. Diese Ansicht, vom Ministerium lebhaft unterstützt, überwog: die Kammer verwarf, wie gesagt, den Hornstein'schen Antrag und begnügte sich, die Exigenz der Regierung zu bewilligen, und damit ist endlich die Berathung des Budgets des Innern, welche nicht weniger als sieben Sitzungen gefüllt hat, beendet. Zu erwähnen bleibt übrigens noch, daß in der heutigen Sitzung ein Gesetzentwurf wegen Besteuerung der Appanagen, sowie der aus der Staatskasse zu entrichtenden Pensionen über 600 fl. vorgelegt wurde.

* **Dresden**, 25. Jan. Die Leipziger Adresse an den Minister v. d. Pfordten (s. Nr. 25) hat den Zorn der sächsischen Volksvertreter in hohem Grade rege gemacht. In der heutigen Sitzung interpellirte deßhalb der Abg. Auerswald den (abwesenden) Minister v. d. Pfordten. Auf das Gesuch dieses Abgeordneten, die Adresse vorlesen zu dürfen, bemerkte Vicepräsident Schaffrath: Die Adresse sei das Produkt einer Partei, welche, im Gefühl ihrer Niederlage, nur solche schmutzige und erbärmliche Mittel gebrauchen könne. Sie sei nicht werth, vorgelesen zu werden. Die Kammer beschließt, die Adresse nicht vorlesen zu lassen. Der Interpellant läßt sich indeß nicht abhalten, natürlich im Interesse des betreffenden Ministers — seine drei Fragen zu stellen: 1) ob der Minister die fragliche Adresse empfangen und angenommen, 2) ob und was er auf dieselbe geantwortet, und 3) was er in Bezug auf die Unterzeichner der Adresse zu thun gedenke? Zu der außerordentlichen Deputation, welche die Blum'schen Akten prüfen und etwaige weitere Anträge stellen soll, werden gewählt die Abg. Tzschirner, Schaffrath, Helbig, Auerswald, Kell, Jäckel, Benseler.

Heidelberg, 24. Jan. Durch ein Cirkular wurde den Angehörigen der Universität offiziell mitgetheilt, daß nach den Reichsgrundgesetzen alle Titulaturen, welche nicht das Amt bezeichnen, aufgehoben seien. (Schw. M.)

☾ **Kiel**, 21. Jan. Von allen Seiten werden noch Adressen gegen die beabsichtigte Losreißung Schleswigs von Holstein abgeschickt. An den Abgeordneten Francke sind so eben wieder neun Adressen aus verschiedenen Theilen des Landes abgegangen, welche um Einverleibung des Herzogthums Schleswigs in den deutschen Bund bitten. Das ganze Herzogthum werden wir zwar nicht erhalten können, aber den deutschen Theil wird und darf Deutschland sich nicht entreißen lassen. Wir wollen nur noch einen für Deutschland nicht unwichtigen Umstand hervorheben. Kiel wird, wie wir ohne Ruhmredigkeit sagen, den trefflichsten Kriegshafen Deutschlands abgeben. Kommt aber Schleswig und damit das nördliche Ufer des Kieler Meerbusens unter dänische Botmäßigkeit, so kann der Zugang zum Hafen von den Dänen gesperrt werden. Die freiwilligen Beiträge für den Flottenbau betragen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein bis jetzt 163,189 Mark Courant oder 65,276 Thaler Preußisch. Sie werden zum Bau von Kanonenböten verwendet.

× **Schleswig**, 22. Jan. Die Dänen geben sich die möglichste Mühe, um der Welt zu beweisen, Süd-Jütland, wie sie Schleswig betiteln, brenne vor Sehnsucht, mit Dänemark vereinigt zu werden. Sogar einen schleswigschen Landsturm wollen sie im nördlichen Schleswig zu Stande bringen. Schon seit Wochen wurden auf beiden Seiten der Königsau die Bewohner aufgefordert, sich durch ihre Unterschrift zum Landsturme zu verpflichten. Den Widerstrebenden wurde die Drohung vorgehalten, die bald wiederkehrenden Dänen würden sie schon zu finden wissen. Mit welcher Frechheit die Sache betrieben wurde, das geht sattsam hervor aus folgender Anzeige des „Ribe Avis": „Auf der bewußten Stelle in der Hvidding Haede sind jetzt jeden Tag Gewehre, Kugeln und Pulver zum Gebrauch für den Landsturm zu erhalten. Stillschweigen und Standhaftigkeit!" Gleichzeitig sind eine Menge dänischer Soldaten mit ihren Waffen beurlaubt und bearbeiten das Landvolk. Wozu die Dänen den Landsturm haben wollen, ist klar; nicht sowohl zum Kriegführen, sie wollen damit nur Staat machen bei den Friedensverhandlungen. Ein unschuldigeres Mittel zum nämlichen Zwecke ist eine Riesenpetition, welche 15,000 Schleswiger gegen die Vereinigung mit Deutschland unterzeichnet haben sollen. Die Formulare dazu wurden mit Fuhrmanns-Gelegenheit in's Land geschmuggelt. Wir wollen nicht leugnen, daß die ländliche Bevölkerung in einem bedeutenden Theile des nördlichen Schleswigs dänisch gesinnt ist. Der Gedanke, welchen wir immer als den einzig zum Ziele führenden betrachtet haben, jene nördlichen Striche aufzugeben, und durch dieses nothwendige Opfer unsere Verbindung mit Deutschland zu erkaufen, bricht sich jetzt, wo mit der Losreißung von ganz Schleswig gedroht wird, immer mehr Bahn. Jetzt haben auch Prälaten und Ritterschaft und Besitzer adeliger Güter eine dringende Vorstellung an den Reichsverweser abgehen lassen, in welcher sie bitten, die Friedensunterhandlungen auf keiner anderen Grundlage führen zu wollen, als auf der Unzertrennlichkeit der Herzogthümer. Die Herzogthümer haben gewiß alle Ursache, den Frieden aufrichtig herbeizuwünschen. Der Wohlstand ist erschüttert, die Steuern drücken. Aber es muß uns ein möglicher Friede geboten werden. Beklagenswerth ist es zu sehen, wie Dänemark fortfährt, sich selbst zu Grunde zu richten, statt den Gedanken des früheren Kriegsministers Tscherning aufzufassen, der das Heil Dänemarks nur in einer näheren Verbindung sieht, und es selbst ausspricht, was uns Deutschen, als wir die Aeußerung wagten, so sehr verdacht ward, Dänemark müsse Deutschlands Admiralstaat werden.

Großbritannien.

* **London**, 22. Jan. Die Nähe der Parlamentseröffnung veranlaßt Parteiversammlungen und politische Zweckessen in immer größerer Zahl. Am 17. Jan. versammelte sich der Liverpooler Finanzreformverein in der Konzerthalle und gab seine Zustimmung zu den von der großen Versammlung in Manchester am 10. Januar gefaßten Beschlüssen, wie seinen Dank für die Cobden'schen Finanzentwürfe zu erkennen. Auch zu Norwich und Sheffield

fanden zu gleichem Zwecke Versammlungen statt; in letzterem Orte beschloß man, einen neuen Reformverein zu bilden, dessen Aufgabe es sein solle, in jeder Weise für Finanzreform, Förderung des Freihandels, Ausdehnung des Wahlrechts und Einführung der geheimen Abstimmung zu wirken, der weiteren Ausdehnung kirchlicher Dotationen aber entgegenzuarbeiten. Wie es scheint, ist namentlich deßhalb ein ökonomischer Finanzmann wie Baring an die Spitze des Marineministeriums gestellt worden, um durch vorzunehmende Ersparnisse im Seewesen dem allgemeinen Verlangen nach wohlfeilerer Verwaltung entgegenzukommen und die Theilnahme für die neue Cobden'sche Agitation einigermaßen zu schwächen. Dahin deutet auch ein offenes Schreiben des neuen Ministers an die Bürgerschaft von Portsmouth, die er bekanntlich im Unterhause vertritt, worin er mit britischer Offenheit andeutet, daß letzterer Umstand für ihn in seiner neuen Stellung kein Grund sei, in Betreff gewisser auf den Werften vorzunehmenden Ersparnisse gerade für Portsmouth eine Ausnahme zuzulassen. Die Times versichert in Bezug auf diesen Gegenstand, daß die Regierung im Stande sein werde, sofort nach Beginn der Session dem Hause Vorschläge über Verminderung der Ausgaben für Landheer und Flotte zu machen; was aber den nun eintretenden Wegfall der Kornzölle betreffe, die voriges Jahr noch eine erhebliche Summe eingetragen hätten, so werde der Aufschwung des Handels, der sich immer bedeutender gestalte und bald dem von 1846 gleichkommen werde, diese Einbuße wohl ausgleichen. Gelinge es der Regierung außerdem, die Ausgaben ohne Schaden für die innere Verwaltung auf den Etat eines noch früheren Jahrs zu ermäßigen, so dürfe sie auf die einmüthige Zustimmung und Unterstützung der Nation rechnen. (In Betreff der Kornzölle wollen übrigens andere Blätter wissen, daß die Regierung den Antrag stellen werde, die Kornzölle für den Augenblick noch beizubehalten).

Inzwischen sind auch die Protektionisten nicht müßig, ein Theil derselben versammelte sich unter dem Vorsitze des Lord John Manners am 18. in der Agrikulturhalle zu Waltham. Der Hauptzweck galt dem Andenken Lord Bentincks; es kamen aber natürlich auch die Fragen des Tages zur Besprechung. Lord J. Manners kündigte an, daß Bentinck einen Plan für Besteuerung des Handels hinterlassen habe, der sich durch lichtvolle Anordnung, wie durch gerechte Abwägung der Interessen sowohl der Konsumenten als der Produzenten, endlich auch durch billige Berücksichtigung des Staatsschatzes aufs Vortheilhafteste ausgleiche; dieser Plan werde demnächst dem Publikum vorgelegt werden. Der Marquis Granby eiferte gegen die neue (Cobden'sche) Bewegung und drückte sein Bedauern darüber aus, daß Lord G. Bentinck nicht mehr unter ihnen sei, „um die Thorheit und Trüglichkeit des Cobden'schen Finanzreformplans gehörig aufzudecken." Hiernach hat sich Cobden auf die Unterstützung der Protektionisten in keiner Weise Rechnung zu machen.

Frankreich.

* **Paris**, 24. Jan. Der „National" ist sehr aufmerksam darauf, daß keine Nachricht verbreitet werde, die eine dem Ministerium günstige Wirkung hervorbringen könne. So widerlegt er die von der ministeriellen Patrie und dem Constitutionel gegebene Nachricht, daß Hr. Boulay am Sonntag allen Ministern Besuche abgestattet habe, um dieselben, im Widerspruche mit dem Geiste seiner bekannten Rede, seines Einverständnisses mit ihrer Politik zu versichern. Hr. Boulay hat an dem Tage keinen Besuch gemacht, sondern seinen Freunden, unter denen sich kein einziger Minister befand, in seinem Hause ein glänzendes Frühstück gegeben. Dagegen freut sich der National ungemein, wenn er ein Geschichtchen mittheilen kann, das den Feinden des Republik einen Stich gibt. Daß er dabei sehr gewissenhaft verfährt, wollen wir nicht verbürgen. Heute erzählt er eine sehr erbärmliche Scene zwischen Thiers und Cousin, die sich im Schooße der Fallour'schen Unterrichtskommission zugetragen haben soll. Es handelte sich in der betreffenden Sitzung um Feststellung des Kostenpunkts des Volksunterrichts, der bisher in Frankreich so schlecht bezahlt wurde, daß die meisten Schulmeister noch nebenbei die Dorfschneiderei oder Gemeindeschusterei, wenn nicht noch Mühevolleres, treiben mußten, um sich und die Ihrigen zu ernähren. Cousin beantragte Erhöhung aller Primär-Gehalte und Gratisertheilung des Unterrichts für die Kinder, Abschaffung des Privatschulpfennigs u. s. w. Thiers aber erklärte, daß Frankreich nicht so reich sei, um allem Volksgesindel freie Schule zu gewähren. „Hr. Thiers — unterbrach ihn Cousin — es dauert mich, Sie an etwas erinnern zu müssen; aber Sie scheinen vergessen zu haben, daß Sie auf Staatskosten erzogen wurden. Sie waren ein Freischüler. (Vous avez été boursier.) Ich bin dem Staate denselben Dank schuldig und werde dies nie vergessen. Wäre Frankreich nicht reich genug gewesen, die Kosten unserer Erziehung zu tragen, so wären weder Sie noch ich dorthin gekommen, wo wir eben stehen." Hr. Thiers antwortete keine Sylbe.

In den Bureau's mehrerer radikalen Journale liegt gegenwärtig eine Protestation gegen den Beschluß der Nationalversammlung, welcher die Mai-Angeklagten vor den National-Gerichtshof zu Bourges stellt, zur Unterzeichnung auf. Sie ist in folgenden kräftigen Ausdrücken abgefaßt: „Protestation des Volkes von Paris gegen die Ueberweisung der Mai-Angeklagten an den hohen Gerichtshof zu Bourges. In Erwägung, daß das Dekret der Nationalversammlung vom 22. Januar nach dem Vorschlage des Präsidenten und des Ministeriums die Mai-Angeklagten ihren natürlichen Richtern entzieht; in Erwägung, daß der hohe Gerichtshof ein politisches Ausnahme-Tribunal ist, das überdies erst sechs Monate nach den Mai-Ereignissen errichtet worden ist; in Erwägung, daß das erwähnte Dekret „die dem positiven Gesetz vorangehenden und voranstehenden Rechte", welche die Konstitution selbst anerkennt, verletzt: protestirt das Volk von Paris gegen die Ueberweisung der Mai-Angeklagten an das Ausnahme-Tribunal zu Bourges. Es ladet die Gefangenen zu Vincennes ein, dieses politische und rückwirkende Gerichtsverfahren abzuweisen und sich jeder kollektiven oder individuellen Vertheidigung zu enthalten. Es ladet die abwesenden Angeklagten ein, sich nicht dem Urtheile der Feinde der Republik zu überliefern."

Wie jede politische Frage in Frankreich sich mit den niedrigsten persönlichen Verwickelungen durchzieht, so jetzt wieder die Unternehmung zu Gunsten des Papstes. Der Sohn Lucian Bonaparte's, der Prinz von Canino, soll an seinen Vetter, den Präsidenten der Republik, geschrieben haben, um ihm zu erklären, daß wenn Frankreich für Pius IX. intervenire, er eine Reihe von Briefen Louis Bonaparte's veröffentlichen würde, die ihrem Verfasser großen Schaden bringen würden. Die Thatsache wird zwar in Abrede gestellt; man bringt damit aber eine Stelle aus der Aussage eines Zeugen in dem gegenwärtig schwebenden Prozeß gegen die Mörder des Generals Brea in Verbindung, und gibt ihr so doch eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Dieser Zeuge versicherte in dem gestrigen Verhör, bei einem der Angeklagten ein Schreiben desselben an Louis Bonaparte gesehen zu haben, worin er diesem Rechenschaft über die Verwendung der erhaltenen Summen ablegt und ihm außerdem seine Auslagen für vertheilten Branntwein und andere Gegenstände berechnet.

Spanien.

* **Madrid**, 18. Jan. Eine Bande von 200 Montemolinisten und Republikanern ist in Guipuzcoa und Navarra eingedrungen. Die französische Regierung hätte dies verhindern können und man beklagt sich, daß sie jetzt sich nicht so gut gegen die spanische Regierung benehme, als unter General Cavaignac. General Nouvillas wollte am 14. Cabrera bei Amer angreifen; allein dieser wich aus und flüchtete sich in die unzugänglichen Berge von Monseny.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 13. Jan. Unter den Gefangenen, die das Korps des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Schlick zwischen Kaschau und Eperies gemacht hatte, waren 80 Lemberger Akademiker. Sie erhielten jeder 25 Stockstreiche (!!) und wurden mit Eskorte hieher instradirt, um sogleich in die Regimenter eingereiht und nach böhmischen Festungen abgeschickt zu werden. In der Kasse, die bei dieser Gelegenheit dem ungarischen Exkriegsminister Meszaros abgenommen wurde, fanden sich 10,000 blanke Kremnitzer Dukaten, überdieß aber — was das Wichtigste — eine zahlreiche Korrespondenz zwischen den aufrührerischen Magyaren und den mit ihnen sympathisirenden Polen, wodurch viele hierländische Gutsbesitzer und andere Personen arg kompromittirt sein sollen.

(Nürnb. Korr.)

Agram, 18. Jan. Die Landeskommission hat einen Gesetzvorschlag über die Organisation des verantwortlichen Landeskonsiliums (der Königreiche Kroatien, Slawonien und Dalmatien) verfaßt. Hiernach übt in allen zur innern Verwaltung dieser Königreiche gehörigen Angelegenheiten der Ban als Stell-

vertreter des Königs die Exekutivgewalt aus. Alle diesfälligen Anordnungen, Beschlüsse oder Ernennungen sind nur dann gültig, wenn sie vom Ban unterzeichnet und von einem der Staatsräthe gegengezeichnet sind. In den Umkreis des Staatsraths gehören ohne Ausnahme alle Zweige der Staatsverwaltung, inwiefern sie diese Königreiche betrifft. Nur die auswärtigen Angelegenheiten des Staats, inwiefern dieses die Einheit der Monarchie den übrigen europäischen Staaten gegenüber erheischt, die Finanzen, insoweit dieses die gemeinschaftliche Staatsökonomie erfordert, und die Kriegsgeschäfte, inwiefern dieses die äußere und innere Sicherheit des österreichischen Gesammtstaats bedingt, sind dem Centralministerium der Gesammtmonarchie überwiesen und werden in Bezug auf diese Königreiche von demselben unter Gegenzeichnung eines für diese Königreiche bestellten Ministers verwaltet. Jeder Staatsrath ist für Alles, was er im Bereiche seiner Amtssphäre anordnet oder unterzeichnet, oder dem Gesetze zuwider unterläßt, dem heimischen Landtage verantwortlich. Der Staatsrath hat in Agram seinen Sitz. Bei der Centralregierung wird von Seite dieser Königreiche stets ein Minister sich befinden, der alle Anordnungen und Entschließungen des Königs sowohl als auch der Centralregierung, inwiefern sie diese Königreiche betreffen, gegenzeichnen wird. Alle Staatsbeamten, deren Ernennung bisher dem Könige zustand, werden auf Vorschlag des Bans vom König unter Gegenzeichnung des für diese Königreiche bestellten Ministers ernannt. Der Ban ist Präsident des Staatsraths. Die Staatsräthe haben Sitz beim Landtag und müssen auf ihr Verlangen angehört werden. Auf Verlangen des Landtags sind die Staatsräthe schuldig, vor demselben zu erscheinen und die gewünschten Aufklärungen zu geben. Ein Staatsrath kann zur Verantwortung gezogen werden. Der Staatsrath hat dem Landtage zur Genehmigung a) den Einkommen- und Kostenvoranschlag für das künftige Jahr, und b) einen genauen und ausführlichen Rechnungsausweis der Landeseinkünfte, die er im verflossenen Jahre verwaltet hat, alljährlich vorzulegen. (Agr. Z.)

— **Kronstadt**, 6. Jan. Starke russische Truppenabtheilungen sind in den letzten Tagen in die dicht an der Grenze gelegenen Orte einmarschirt. Die ganze Grenze ist mit ihnen besetzt. Das Regiment Hoch- und Deutschmeister und eine Division Kürassiere mit 6 Kanonen sind aus Galizien als Hilfstruppen in Siebenbürgen angekommen. Schon hatte sich die Nachricht verbreitet, Klausenburg sei wieder von den kaiserl. Truppen besetzt worden. (Oesterr. Bl.)

Italien.

* Aus Oberitalien. Von beiden Seiten werden immer entschiedener Vorbereitungen zum Kriege getroffen. Die Oesterreicher, heißt es, konzentriren sich bei Piacenza. Die Lombarden setzen ihre heimlichen Feindseligkeiten fort, und weigern überall die Wahl der Abgeordneten nach Wien. Die sardinischen Blätter reizen das Volk auf durch Schilderung der Brutalität der Oesterreicher. In Modena ist eine Verordnung ergangen, welche vor der Verleitung der österreichischen Soldaten zur Desertion warnt.

* **Rom**, 16. Jan. Wir haben bereits von der Verschwörung zu Gunsten des Papstes und der durch ihre Entdeckung veranlaßten Einsetzung eines Sicherheitsausschusses gesprochen. Die allgemeine Zeitung bringt jetzt nähere Einzelheiten: Es circulirte ein Programm, worin man die „guten Bürger" einlud, sich in eine einzige Familie zu einigen, das jetzige Ministerium für gestürzt zu erklären, und eine provisorische Regierung, gebildet aus den Befehlshabern der Guardia Civica, einzusetzen, welche eine Deputation an den Papst senden würde, um ihn zur Rückkehr in seine Staaten einzuladen. Dieses Programm war schon von 4000 Personen unterschrieben. Selbst Galletti, vordem Mitglied der Giunta, und Oberst Calderari, welche von der Sache Wind bekommen, wollten sich dem Verein anschließen; aber da diesen Männern niemand trauen konnte, so hatte man ihnen geantwortet, daß ein solcher Verein nicht bestehe. Vier Linienoffiziere hatten in ihren Kompagnien gegen die jetzige Regierung gesprochen, und in ihren Leuten das Gefühl der Treue gegen die Person des heiligen Vaters zu erregen versucht. Sie wurden zum Kriegsminister Campello beschieden, streng getadelt und dann nach verschiedenen Plätzen beordert, mit der Drohung sie, wenn sie solche Reden wiederholten, sogleich erschießen zu lassen. Dabei erfuhr man denn, daß General Zucchi sich den Truppen durch eine von Gaeta datirte Proklamation auf's Neue als Kriegsminister angekündigt und seine Rückkehr an der Spitze fremder Soldaten mit ziemlich klaren Worten in Aussicht gestellt, dabei die Offiziere an ihren Diensteid erinnert und ihnen Brüderlichkeit und Eintracht mit den zum Schutz der Rechte des Papstes herbeieilenden Waffengefährten empfohlen hat. Dagegen nun hat man eine Giunta di Sicurezza eingesetzt, welche jeden Angriff auf sie als Hochverrath zu behandeln droht, und schreitet rasch zur Wahl der Volksrepräsentanten, welche durch gedruckte Zettel, auf denen sich die Namen derer befinden, die man gewählt zu sehen wünscht, vorbereitet wird. Diese Partei ist in der Verfolgung ihrer Zwecke ebenso rasch, umsichtig und energisch, als die Freunde des Pabstes in der Wahrnehmung der Interessen des heil. Stuhls saumselig, zaghaft und feig sind. Daß die vom Pabst den 27. Nov. in Gaeta eingesetzte Regierungskommission so gut wie nichts zur Veröffentlichung der hieher gesandten Aktenstücke gethan hat, beklagt sogar Kardinal Antonelli. Da dieser Vorwurf zunächst den Kardinal Castracane trifft, so ist er in dem Munde eines Kollegen doppelt hart, und der Unwille über sein Betragen muß groß sein, daß man ihn so auszusprechen gewagt hat, da sich ja sonst Niemand mehr schont, als die Geistlichen unter einander, zumal in so hoher Stellung. Das Erscheinen spanischer Truppen, von dem man sich seit acht Tagen ins Ohr raunt, ohne daß Jemand einem so wunderlichen Gerücht hätte Glauben schenken mögen, wird jetzt auf nächsten Donnerstag angesagt. Es heißt, 2000 Mann befänden sich bereits in Gaeta und würden mit neapolitanischen Truppen zusammen hier einrücken. Wenn das geschieht, so hat man in der That alles gethan, um die Intervention so verhaßt wie möglich zu machen. Denn keine Namen klingen dem Römer schrecklicher in das Ohr, als die eines Neapolitaners oder gar eines Spaniers als Soldaten. Letzterer macht furchtbare Bilder rege aus der grausenhaften Katastrophe des Sacco di Roma. — Am 16. ist Fürst Cesarini zum Bürgergeneral erwählt worden. Er gehört zu denen, die man hier als Reaktionäre bezeichnet. Seine Ernennung scheint daher Schwierigkeiten zu unterliegen. Einige behaupten, man habe ihn für den Fall der Annahme mit Mord und Todschlag bedroht, andere sind der Meinung, die Ernennung werde vom Ministerium beanstandet. Eine andere Fraktion der Reaktionspartei hatte sich zu Kardinal Castracane begeben, und ihre Plane und Absichten wegen des Sturzes der Regierung dargelegt. Um dem neuen Provisorium ein gesetzliches Ansehen zu sichern, wollte man ihn, Monf. Roberti und Fürst Barberini, als die vom Pabst ernannten Inhaber der Regierungsgewalt erklären. Der Kardinal hat abgelehnt, und ruhige Leute meinen, es sei so besser.

Schweiz.

Tessin. Der Staatsrath hat das Schreiben des schweizerischen Bundesrathes klagend beantwortet. Er beschwert sich, daß die schweizerische Bundesbehörde den Aussagen eines österreichischen Generals unbedingten Glauben schenke und, auf die einzelnen Ausstellungen eingehend, sucht er nachzuweisen, daß die meisten der von den Oesterreichern angeführten Thatsachen unerwiesen und daß andere der Art seien, daß keine Regierung sie zu verhindern vermöge. Es gebe in Allem eine Grenze und der Bundesrath gehe offenbar über diese Grenze hinaus. (N. Z. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 19. Jan. Der Reichstag hat heute den vierten Paragraphen des wahrscheinlich nun bald erledigten Wehrpflichtgesetzes einstimmig angenommen. Dieser Paragraph bestimmt, daß alle bisher Freigewesene der Wehrpflicht unterworfen sein sollen, so weit sie 1826 oder später geboren sind.

Baron v. Pechlin, früher Bundestagsgesandter in Frankfurt, ist nach Olmütz abgereist, um Kaiser Franz Joseph im Namen des Königs zu beglückwünschen.

Ein durch das höchste Gericht bestätigtes Urtheil der Polizei beschränkt den fremden Handlungsreisenden die ihnen durch einen Zulassungsschein von 80 Rbthlr. zustehende Freiheit, Waaren en gros in den Städten feilzubieten und abzusetzen, auf die „einfache Aufnahme von Aufträgen zur Lieferung von Waaren en gros nach vorgezeigten Proben." Ein Lager zum Ausverkauf darf nicht gehalten werden, sondern wird konfiszirt.

Oersted setzt übermorgen seine Vorlesungen über Naturlehre des Schönen fort (die genialen und tiefen Ideen des großen Physikers über die Naturlehre des Schönen wurden zuerst in den

„Hamburger literarischen Blättern“ in einer vom Verfasser selbst nachgesehenen Uebersetzung veröffentlicht).

Kopenhagen, 20. Jan. Die heutige Sitzung des Reichstages war eine sehr lebendige. Der § 5. der Wehepflichtordnung war auf der Tagesordnung, und der General Hansen erklärte, daß er die durch die Verordnung vom 23. Sept. ihm zur Disposition gestellte Mannschaft nicht entbehren könne und der Minister des Innern fordert die Versammlung im Namen der Regierung auf, jene Verordnung, deren Nothwendigkeit der Kriegsminister bewiesen, auch aus Gründen der Billigkeit gegen die bis jetzt Dienstfreien aufrecht zu erhalten.

Das Finanzministerium bringt in Veranlassung eines Beschlusses des Staatsraths zur öffentlichen Kunde, daß bis auf Weiteres der Ausfuhr von Pferden nach den Herzogthümern Schleswig und Holstein, wie nach dem Auslande kein Hinderniß im Wege steht und alle in dieser Hinsicht getroffenen militärischen Maßeegeln zurückgenommen sind. (B. H.)

Ungarn.

Pesth, 19. Jan. In der heutigen Nacht erhielt ein bedeutender Theil der hier liegenden Truppenmacht plötzlich Befehl sich zum Aufbruch bereit zu halten, und es sind heute Morgens etwa 8 bis 10,000 Mann, meist Kroaten, in nordöstlicher Richtung gegen Erlau und Kaschau abgegangen. Wie es heißt, sollen sie dem Feldmarschallieutenant Schlick, der bedrängt zu sein scheint, zu Hilfe kommen. Sonst haben wir keine Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Hier herrscht vollkommene Ruhe. Die Eisenbahnfahrten nach Waitzen und Szolnok sind noch nicht eröffnet, übrigens sind die Verheerungen an dieser Bahn nicht so groß, als man anfangs glaubte, so daß man hofft, in einigen Tagen sie benützen zu können. (Allg. Z.)

Nachschrift.

* **Paris**, 25. Jan. Am Schluß der gestrigen Sitzung kündigte der Präsident an, heute sollten die Bureaus die oft erwähnte dreißiger Finanzkommission bilden; Deslongrais verlangte Aufschub der Wahl, bis die Bureaus neu konstituirt seien, was nach zwei Tagen geschieht. Der Präsident wollte darüber abstimmen lassen, die beschlußfähige Zahl war aber nicht mehe vorhanden, und er setzle die Wahl **nicht** auf die heutige Tagesordnung.

Ueber diesen Vorfall erwartete man heute heftigen Streit in dee Kammer, ünd sie war schon frühzeilig vollzählig; selbst Thiers war gleich zu Anfang anwesend. Aber die heutige Sitzung glich (bis zum Postschluß) genau der gestrigen: zuerst Ueberreichung von Petitionen für und wider die Auflösung, dann Verhandlung über den Staatsrath, während deren die Abgeordneten Privatgespräche führen.

Die Stimmung in der Stadt war besorgt; man sprach nicht mehr von Ministerkrisen, aber von Arbeiterunruhen. An der Börse ganz dieselbe Stagnation wie gestern. Das Gerücht ging um zwei Uhr, in den Faubourgs cirkulirten Patrouillen.

3pCt. 45. 40; 5pCt. 75. 20; (Anleihe 75; Bank 1690; Belgische 5pCt. 88; Neapol. 80; Spanische 3pCt 29, ditto Innere 19⅝ Stadtobligationen 1145; Nord 388. 75;) Orleans 702. 50; Rouen 440; Straßburg 331. 25; Basel 83. 75.

Aus **Italien** meldet man, daß der römische General Garibaldi sich an den Abruzzen aufstellt, um eine Intervention neapolitanischer Truppen mit einem Angriff auf Neapel zu beantworten. Radetzky hat Mailand verlassen; ob er gegen Venedig oder nach Piacenza gegangen, ist ungewiß.

Die **Madrider** Zeitung vom 19. enthält ein königliches Dekret, wonach vom 1. Febr. an die Noten der San Fernando Bank von den Zollbehörden nicht mehr als Zahlung angenommen werden, und zwar aus dem Grunde, weil dieselben wieder ihren Nominalwerth erreicht haben und die Regierung nicht mehr für ihren Credit zu sorgen braucht.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 29. Frankfurt a. M., Montag 29. Januar. 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Das Journal de Francfort und die preußische Note. Deutschlands Ansehen bei den hohen Diplomaten. Die preußische Politik.) Wien (Schwarzer. Hinrichtung. Gerüchte. Windischgrätz nach Ollmütz. Nachrichten aus Ungarn. Kossuth noch in Debreczin. Jellacic Herzog von Syrmien.) Gratz (Wahl nach Frankfurt. General Theodorovic prov. Wojwode von Serbien.) Ollmütz (Hof und Ministerium. Prag (Postreform.) Berlin (Minutoli. Aus den Donaufürstenthümern. Die Ungarn in der Bukowina.) Köln (Wahlaussichten.) München (Die Adreßkommission. Verhaftung. Ausschußwahlen im Sinne der Linken. Parteibildung.) Stuttgart (Abschaffung der körperlichen Züchtigung. Der Kronprinz und sein Hof. Hackländer.) Dresden (Ministerkrisis.) Leipzig (Der Rücktritt des Ministeriums.) Mannheim (Heerschaarenführer zur Bürgerwehr. Militärisches. Vereine.) Freiburg (Frau v. Struve. Kassel (Truppen nach Schleswig.) Darmstadt (Kammerverhandlungen über die Oberhauptsfrage.) Weimar (Wahlen.)

Großbritannien. London (Die irischen Staatsgefangenen. Fortgesetzte Brandstiftungen in der Provinz Ulster. Weiblicher Heroismus. Die irischen Nothstände. Unternehmungen des Gouverneurs an der Goldküste. Außerordentlicher sardinischer Gesandter. Reduktionen im Heer. Rechtsniederlage der Krone im Prozeß Hrn. Gegarty's.)

Frankreich. Paris (Professor Lherminier ausgetrommelt. Furcht vor Unruhen. Anzeige der Bergpartei Die Toulouner Rüstungen sollen zur Unterstützung der Sicilianer sein. Palastpolizei. Die landwirthschaftliche Ausstellung. Der Karneval.)

Spanien. Aus den östlichen Pyrenäen (Gefecht bei Labajol.)

Schweiz. Bern (Unruhen im Jura. Zunahme der Verbrechen. Preßlicenz.) Graubünden (Italienische Flüchtlinge.) Neuenburg (Die Regierung begehrt Truppen vom Bundesrath.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 27. Januar.)

Deutschland.

⊕ **Frankfurt**, 28. Jan. Das Journal de Francfort beweist schon durch die Sprache, in welcher es erscheint, daß es darauf verzichtet, als ein Organ des deutschen Volkes betrachtet zu werden. Ob es im Auslande einigen Ansehn's genießt, lassen wir dahin gestellt sein. Wir sind geneigt, es zu bezweifeln, wenn wir uns der Urtheile erinnern, die wir darüber im Osten, Westen und Süden gehört. Auch werden unsre Zweifel dadurch nicht vermindert, daß das Journal de Francfort in Rußland und Polen, und schon vor den Bewegungen des vergangenen Jahrs hin und wieder in Italien an öffentlichen Orten auslag, ohne der Censur den mindesten Argwohn einzuflößen. Wir erkennen an, daß lange Artikel über die russischen Siege am Kaukasus und über die Wohlthaten des russischen Protektorats in den Donaufürstenthümern ihren Leserkreis haben mögen und finden es natürlich, daß man im Auslande auch nicht besonders unangenehm empfindet, wenn das Journal seine neuesten Nachrichten, zumal die deutschen, der zeitraubenden Uebersetzung wegen mindestens 24 Stunden später bringt, als die übrigen Blätter. Wir geben, wenn auch nicht die Nothwendigkeit, doch die Berechtigung solcher Zeitungen zu, die durch den Namen politischer Salon- oder Damenblätter am besten bezeichnet werden dürften. Namentlich ist die Revue fremder Zeitungen recht bequem, wenn gleich nicht zu verkennen, daß sie aus den Urtheilen ausländischer Journale über Deutschland mit einer gewissen Vorliebe diejenigen auswählt, welche den Einheitsbestrebungen unseres Vaterlandes feindlich sind. — Wir würden daher das Journal de Francfort seiner harmlosen Vornehmheit gern überlassen und die bebänderten Herren, welche dahinter stehen, in ihrem politischen Dilettantismus nicht stören, wenn das genannte Blatt nicht für gut befunden hätte, uns seit einiger Zeit durch leitende Artikel über die Zukunft Deutschlands zu beglücken. Es hat uns mit Schmerz erfüllt, diese Erzeugnisse deutschen Kleinmuths in französischer Sprache von dem Sitze der deutschen National-Versammlung in das Ausland geschleudert zu sehen. Wir verzichten darauf, diese Anhäufung lauwarmer politischer Phrasen näher zu beleuchten. Der Kerngedanke davon ist, trotz aller scheinbar entgegengesetzten Redensarten, etwa der: die Herstellung eines starken, einigen Deutschlands hat große Schwierigkeiten und wird vielfache Opfer kosten. Darum wollen wir es lieber beim Alten lassen und uns mit einem Staatenbund begnügen, der ja überdieß, durch das Parlament, vor manchen Uebelständen früherer Zeiten bewahrt sein wird. Das Palladium dieser Politik ist natürlich die Bundesakte und die Wiener Schlußakte. Deshalb, am Schluß des gestrigen Leitartikels die so triumphirende Verweisung auf das Postscriptum. In diesem aber ist eine vollkommen unbegründete Nachricht mitgetheilt. Es heißt daselbst, in der oft erwähnten, kürzlich erlassenen preußischen Cirkularnote erkläre die königliche Regierung, die neue Organisation Deutschlands müsse auf Grund der Bundesakte und der Wiener Schlußakte erfolgen. Wir wissen aus bester Quelle, daß in der erwähnten Note an die deutschen Regierungen weder die eine noch die andere Akte mit einem Wort erwähnt ist. Preußen erklärt, der deutsche Bund bestehe noch, aber innerhalb dieses Bundes werde ein deutscher Bundesstaat zu errichten sein, und in Bezug auf diese neue Schöpfung erkenne die königliche Regierung nach wie vor die Pflicht, auf dem durch die Berufung der deutschen Nationalversammlung betretenen Wege fortzuschreiten. Zu einer Verständigung hierüber in Frankfurt am Main ladet es die deutschen Regierungen ein, um durch allseitiges Entgegenkommen dem gefährlichen Gegensatze starrer Prinzipien die Spitze abzubrechen. Man vergleiche nun hiermit die Nachricht des Journal de Francfort:

Le Gouvernement prussien, en son nom et en celui de ses alliés declare, que les affaires politiques de l'Allemagne reposent sur l'acte fédéral et l'acte final de Vienne, et que c'est sur cette base, que S.M. Prussienne, d'accord avec ses fidèles alliés, pense établir la nouvelle organisation de l'Allemagne.

Es fällt in die Augen, daß dieser Notiz ein ganz anderer Gedanke zu Grunde liegt, als derjenige, welcher sich durch die preußische Cirkulardepesche hindurchzieht.

⁑ **Frankfurt**, 29. Jan. Man bringt die Abreise des Hrn. v. Würth nach Ollmütz mit der preußischen Cirkularnote in Verbindung, welche an alle deutsche Regierungen ergangen ist. In dieser Note soll der Gedanke offen ausgesprochen sein, daß nachdem die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung frei und unbehindert an ihrem Werke gearbeitet und dasselbe der Vollendung nahe gebracht, es Pflicht der deutschen Regierungen sei, welche leider durch innere Verhältnisse an der Theilnahme und Förderung des Werkes bisher gehindert worden, dasselbe aus allen Kräften zu unterstützen und im Verein mit der Nationalversammlung zu Ende zu bringen und ins Leben zu rufen. Es sei daher nöthig, daß endlich eine gemeinsame Verständigung zu dem Zwecke erfolge, und nachdem sie, die preußische Regierung diese im Juli vergangenen Jahres vergebens versucht, und bis jetzt auf Oesterreich geharrt hätte, welchem als erste Macht des Bundes zukäme, die Initiative zu ergreifen, lade sie alle deutschen Regierungen zur Aeußerung nach Frankfurt hin ein. Natürlich kann man voraussetzen, daß diese Verständigung vor der zweiten Lesung der Verfassung stattfinden und dabei auch die Art und Weise der Einführung der Grundrechte in den einzelnen Staaten ihre Erledigung finden wird. Was die künftige staatliche Form Deutschlands betrifft, so soll auch hierüber die preußische Regierung sich dahin ausgesprochen haben, daß die Feststellung derselben nicht das frühere Bundesverhältniß auflösen, sondern nur ein innigeres Zusammenschließen der einzelnen Staaten zu einer Einheit bezwecken könne. — Preußen soll dabei an seinem Streben festhalten: das einheitliche Band Deutschlands, welches in dem Zollverein schon seinen Ausdruck gewonnen, in der Form eines Bundesstaates im Sinne des Frankfurter Verfassungswerkes zu vervollkommnen. Dabei wird Oesterreichs Theil-

nahme natürlich vorausgesetzt, die etwaige Nichttheilnahme aber nicht als hinderlich für die Ausführung des begonnenen Werkes betrachtet, da ein noch engeres Zusammengehen der Zollverbandsländer kein österreichisches Interesse gefährden, wohl aber ein neues Verhältniß zu ihm, auf der Grundlage des Bundes, die erfreulichsten Aussichten bieten könne.

Ist die Lage der Dinge wirklich so, dann dürfte durch diese eben so klare als bestimmte Politik Preußens, Oesterreich ebenfalls zu einer bestimmten und klaren Aeußerung genöthigt und die Widersprüche, die dem armen Vaterlande den elenden landsmannschaftlichen Hader gebracht, bald gelöst werden.

: **Frankfurt**, 28. Jan. Am 26. waren die sämmtlichen Bevollmächtigten der Einzelstaaten zu einer Konferenz mit dem Reichsministerium eingeladen, um über Gegenstände von allgemeinem Interesse (nicht über die Oberhauptsfrage) ihre Ansichten mitzutheilen und auszutauschen. Alle waren dieser Einladung gefolgt, nur nicht der österreichische Bevollmächtigte, welcher kurz vor der Zusammenkunft brieflich sein Ausbleiben damit entschuldigte, daß er zu derselben Zeit beim Lord Cowley zum Diner geladen sei.

Wien, 22. Jan. Die Redaktion der Allg. Oest. Z. erklärt, sie wisse nichts von der durch viele Blätter gegangenen Nachricht, der Abgeordnete Schwarzer habe sein Mandat niedergelegt oder gedenke es niederzulegen.

△ **Wien**, 23. Jan. Das Gerücht, welches am 20. d. M. einen Studenten in der Alserkaserne erschießen ließ, ist nun dahin berichtigt, daß der Delinquent ein Gemeiner des Regiments Hoch- und Deutschmeister war, Namens Stephan Aringer aus Nußdorf bei Wien, welcher in den Oktobertagen bis zum 31. in der Studentenlegion und später in der Nationalgarde Dienste geleistet hatte. Das Urtheil lautete auf Tod durch den Strang und wurde am 20. Morgens „durch Pulver und Blei" vollzogen. Das Gerücht über Prorogation des Reichstags bis zum 4. Mai erhält sich; auch das über den Wechsel des Aufenthalts des Kaisers gewinnt an Wahrscheinlichkeit; in Kloster-Neuburg werden 30 Gemächer in bewohnbaren Zustand gebracht, ohne daß der Zweck mit Bestimmtheit angegeben wäre. Etwas Verhängnißvolles geht jedenfalls vor, denn Fürst Windischgrätz hat in der Nacht von vorgestern auf gestern Wien passirt und sich nach Ollmütz begeben. Der ungarische Widerstand scheint sich nur noch auf Siebenbürgen zu beschränken, wo Klausenburg noch in den Händen der Ungarn ist und Enyed neuerdings von den kaiserlichen Truppen verlassen wurde, angeblich wegen Mangel an Lebensmitteln. Die Auflösung des Görgey'schen Korps, welches bei Kremnitz steht, wird täglich erwartet. In Triest sind Vorkehrungen getroffen, um den etwaigen Versuch einer Flucht Kossuth's, seiner Gattin und noch übrigen Anhänger zu vereiteln.

Wien, 23. Jan. Das gestrige Gerücht von der Auflösung des ungarischen Reichstags in Debreczin hat sich nicht bestätigt, da die neuesten Nachrichten vielmehr melden, daß Kossuth mit seinem Anhange und Gefolge sich noch in Debreczin befinde. Zugleich ist die Nachricht eingetroffen, daß die kleine Festung Leopoldstadt (zwischen Tyrnau und Neutra) vom Feldmarschall-Lieutenant Simonich beschossen und der dortige Kommandant, weil er kapituliren wollte, von den Magyaren ans Thor der Festung genagelt worden ist. Auf diese Weise hätte der Baron Bayer, auch unter dem Schriftstellernamen Rupertus bekannt, seinen Magyarismus schwer gebüßt, denn er war es, der in jener Festung das Kommando führte und früher auf die wiederholte Aufforderung zur Uebergabe geschworen hatte, sich eher unter den Trümmern zu begraben als die Thore zu öffnen. Hier cirkulirt das Gerücht, daß nebst der Ernennung des Marschalls Radetzky zum Herzog v. Custozza und des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz zum Herzog von Friedland auch der Banus Jellacic den Titel eines Herzogs von Syrmien erhalten soll. (Allg. Z.)

In Gratz hat am 22. Jan. eine neue Wahl nach Frankfurt stattgehabt. Herr v. Kaisersfeld wurde zum Deputirten gewählt.

Gratz, 22. Jan. Nach einem so eben aus Temesvar uns zugekommenen verläßlichen Briefe wurde statt des verstorbenen Wojwoden der serbischen Nation, Generals Suplicac, der Generalmajor Theodorovic provisorisch zum Wojwoden erwählt. (Grtz. Z.)

Ollmütz, 22. Jan. Der Hof soll fest entschlossen sein, über den Sommer in Ollmütz zu bleiben, und auch der allgemeine österreichische Landtag soll nicht nach Wien ausgeschrieben werden. Interessant wäre es, diese Nachrichten, die mehr als bloße Gerüchte sind, durch Wien selbst bestätigt zu sehen, nämlich dadurch, daß in der Reitschule nichts zubereitet wird. Das Ministerium soll gleichfalls fest entschlossen sein, auszuharren. Gestern war wieder großes Ministerkonseil. Einer der Minister soll gesagt haben, daß die Auflösung des Ministeriums ein großes Unglück für Alle wäre, weil dann nur ein militärisches kombinirt werden könnte; hinter dem jetzigen stehe der Kaiser, der eine sich entwickelnde Persönlichkeit und noch kein politisches Prinzip sei, das schon für ein System starr eingenommen wäre; es stehe hinter dem Ministerium der größte Theil des Volkes, dem Erhaltung der Ordnung nun über Alles gehe, es stehe hinter dem Ministerium die ganze Armee. Auch der Reichstag in Kremsier soll aufrecht erhalten werden, obschon nun die Opposition gegen das Ministerium größer geworden, da die Slawen sich nicht mehr nach der Nationalität, sondern nach dem Freiheitsgrade zu gruppiren beginnen. (Konst. Bl. a. B.)

Prag, 24. Jan. Wie wir vernehmen, wird an die Reform des Postwesens ernstlich Hand gelegt. So ist die Hofpostverwaltung in Wien, welcher die Provinzialpostbehörden unterstanden und die ein großer Hemmschuh bei jeder zeitgemäßen Verbesserung war, aufgehoben worden und die Oberpostverwaltungen der einzelnen Provinzen unterstehen nun unmittelbar dem Handelsministerium. In den Korrespondenzen mit demselben, sowie in der gesammten Manipulation, ist die größte Einfachheit angeordnet. Auch ist den Chefs der Provinzialpostbehörden das Recht zuerkannt worden, die ihnen unterstehenden Beamtenstellen bis zu 500 fl. C. M. jährlichen Gehaltes selbst zu besetzen, ohne deßfalls erst in Wien anfragen zu müssen. Eben so ist es mit allen Auslagen bis zum Belaufe von 500 fl. C. M. zu halten. Wichtig ist auch, daß die Personenbeförderung nicht mehr ein Vorrecht der k. k. Post bleibt und daß mithin Gesellschaften sowohl als einzelne Private unbehindert Messagerien und Personenbeförderungsanstalten jeder Art auf allen Straßen unternehmen können. (Konst. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 23. Jan. Wie man weit geneigter ist, sich mit Institutionen zu befreunden, als mit Persönlichkeiten sich auszusöhnen, davon geben die Konstitutionellen von Heute nur zu häufige Beweise; das veranschaulicht aber am besten die schiefe Stellung, in welche Männer von hohem Verdienst jetzt versetzt werden, weil man ihnen das Verbrechen beimißt, in jener Zeit beliebt und volksthümlich gewesen zu sein, wo man selbst hinter geschlossenen Fensterläden sein Dasein fristete. Nur so läßt sich die Behandlung deuten, welche dem ehemaligen Polizeipräsidenten Berlins, Herrn v. Minutoli, namentlich in letzter Zeit widerfährt. Er hatte das Glück, oder wenn man will, das Unglück, in den verhängnißvollen Tagen des März in allgemeiner Achtung zu stehen. Man vergißt, daß diese Achtung ihm vorzugsweise von denjenigen Schichten der Gesellschaft gezollt wurde, welche dem Umsturz am fremdesten blieben. Genug, eine Popularität in den Märztagen ist unverzeihlich und ein damals volksthümlicher Chef der Polizei deßhalb so gut als verurtheilt. Herr v. Minutoli wurde, nachdem er seinen Posten aufgegeben, zu verschiedenen Missionen verwandt, deren er sich mit dem ihm eigenen Geschick entledigte. Bei seiner Rückkehr schien er, wie man im März sagte, — unmöglich geworden zu sein. Nämlich ganz in dem Sinne der Klubs und Volksversammlungen: unmöglich ohne weitern Grund, auf bloßen Verdacht hin, aus Mißliebigkeit, wie damals Prinzen „unmöglich" genannt wurden. Als Herr von Minutoli bei den damaligen Ministern auf Erklärungen drang, was seiner Wiederanstellung im Wege stehe und, falls etwas wider ihn vorliege, verlangte, vor seinen Richter gestellt zu werden, wurde ihm eröffnet, daß nichts gegen ihn vorliege. Er wurde darauf zu einer Präsidentenstelle designirt. Sein Nachfolger im Amt erhielt sie statt seiner. Neue Beschwerden! In jener Uebergehung sei keine Zurücksetzung beabsichtigt; bei neuer Vakanz werde ihm Rechnung getragen werden. Die jetzigen Minister sahen erklärtermaßen keinen Grund, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Der König vielmehr befahl Herrn v. Minutoli bei seinem Hiersein zur Tafel. Die nächste Vakanz brachte wiederum eine und zwar ostensible Uebergehung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß konstitutionellen Ministern die Wahl ihrer Beamten durchaus frei steht. Hier handelt es sich aber um einen Mann, der scheel angeblickt, gemieden, zurückgesetzt wird und dem auf seine dringenden Bitten, ihm die Ursache zu nennen, die Versicherungen vollkommener Hoch-

achtung mit hastigen Worten entgegnet werden. Es gibt nur Ein Tribunal, wo dieser Mann sich eine wahrhafte Genugthuung vor seiner Nation verschaffen kann; das ist eine der beiden Kammern des Königreichs. Aber thäte er auch nur den gewöhnlichsten Schritt, um gewählt zu werden, den man Keinem verdenkt, es würde ihm nicht verziehen werden. Ueberdieß weilt er fern vom Schauplatz, bei seinen Verwandten in Süddeutschland, wie wir vernehmen, fast wie im Exil. Möge deßhalb die Aufmerksamkeit auf diesen Freund des Königs und des Vaterlandes gelenkt sein! Die erste Kammer würde in ihm ein talentvolles Mitglied erhalten.

△ **Berlin**, 26. Jan. Aus einem so eben von Jassy hierher gelangten Privatbriefe, der vom 15. Jan. datirt ist, ersehen wir, daß die durch verschiedene Blätter gemeldete Nachricht, Fürst Stourdza habe am 2. Januar die Regierung niedergelegt, völlig ungegründet ist. Fürst Stourdza stand am 15. Januar fester als je. Demselben Schreiben zufolge sind die Ungarn nunmehr bis in die Bukowina eingerückt. Die Nachrichten von den durch sie verübten Gramsamkeiten werden als sehr übertrieben bezeichnet; wenigsten sei ihr Auftreten in der Bukowina nicht ohne eine gewisse Mäßigung.

△ **Köln**, 27. Jan. Die demokratischen Sieges-Bülletins werden Ihnen jetzt aus unserer Provinz in größter Fülle zugegangen sein. Es ist nicht zu leugnen, daß der Sieg ein großer und unerwarteter gewesen ist; Sie werden aber dennoch wohl thun, sich auf das nachträgliche Vorkommen sehr bedeutender Subtraktionen gefaßt zu machen. Es stellt sich schon jetzt bei den Vorberathungen der Wahlmänner heraus, daß die Handwerker und Arbeiter, welche die demokratische Partei durchgebracht hat, damit noch lange nicht radikal geworden sind. Unsere Stadt kann Ihnen davon schon jetzt ein Beispiel geben. Diejenigen, welche hier nach dem Ausfall der Wahlen die meiste Aussicht auf einen Platz in der zweiten Kammer zu haben scheinen, sind Raveaux, Advokat Schneider II. und Kyll. Gegen 80 Wahlmänner von der demokratischen Partei und zwar aus dem Handwerkerstande sind aber von dieser Liste schon abgegangen und suchen einen aus ihrer Mitte, einen tüchtigen und gebildeten Schuhmacher von gemäßigter Gesinnung, Namens Schützendorf, in die Kammer zu bringen, und der einflußreiche, ultramontane Pius-Verein reicht ihnen dabei die Hand. Auf diese und ähnliche Weise wird an vielen Orten noch manche Hoffnung der Demokraten zu Schanden werden. Daß die zweite Kammer sich sehr zur linken Seite neigen wird, unterliegt keinem Zweifel; ebenso ist aber zu besorgen, daß die durch das Resultat der Wahlen aus ihrer Trägheit aufgeschreckte Bourgeoisie sich jetzt zusammenrafft und in die erste Kammer zu viel reactionäre Elemente sendet, wobei denn von einem Centrum unserer Nationalversammlung kaum die Rede sein würde.

München, 24. Jan. Gestern wurde der Redakteur des „Gradaus", Vecchioni, ein Mitglied des Märzvereins, verhaftet. Diese Verhaftung soll in einem Artikel des von ihm redigirten Blattes liegen, weil er die Anklage auf Majestätsbeleidigung begründet haben soll. (W. Z.)

München, 24. Jan. Die gestern Abend von der zweiten Kammer gewählte Adressekommission hatte bereits heute Vormittag eine mehrstündige Sitzung. So, wie die Kommission zusammengesetzt ist, steht jedenfalls eine in entschiedenem Ton abgefaßte Adresse zu erwarten. Ich höre, daß man sich in der Adresse für die unbedingte Geltung der Reichsgesetze, insbesondere der Grundrechte des deutschen Volkes, aussprechen wird. Von den 9 Mitgliedern der Kommission haben 7 die bekannte Erklärung bezüglich des Verfassungseides unterzeichnet. Drei der Kommissions-Mitglieder gehören der Linken an, fünf dem Centrum (von diesen drei dem linken Centrum); nur einer, Dr. Stautner, ist von der Rechten, und auch dieser wurde erst im 5. Skrutinium mit drei Stimmen Mehrheit gewählt. Es haben bei diesem Skrutinium 9 Abgeordnete gefehlt, die größtentheils der linken Seite des Hauses angehören, so daß, wenn diese anwesend gewesen wären, auch das eine Mitglied der Rechten nicht gewählt worden wäre. — Die Debatte über die Adresse in der zweiten Kammer wird jedenfalls nicht vor Samstag, vielleicht erst am Montag beginnen. (Nürnb. Korr.)

+ **München**, 26. Jan. Bei der gestern Nachmittag fortgesetzten Wahl der Ausschüsse wurden in den 3. Ausschuß bei Anwesenheit von 130 Mitgliedern, somit einer Stimmenmehrheit von 66, folgende gewählt: Abgeordneter Willich mit 68, Selbert mit 68, Wächter, Julius, mit 68, Schad mit 68, Föckerer mit 67, Scharpf mit 67, Reinhard mit 66 Stimmen.

Auch bei dieser Wahl siegte die Linke wieder. Morgen folgt die Fortsetzung der Wahlen für den 4. und 5. Ausschuß, welche mit höchster Wahrscheinlichkeit gleichfalls im Sinne der Linken ausfallen werden.

+ **München**, 27. Jan. Gestern Nachmittag wurden die Wahlen in die Ausschüsse fortgesetzt. Das Resultat war wieder wie bei den vorangegangenen Wahlverhandlungen für die liberale Partei äußerst glänzend; es wurden lauter Männer der Linken oder des eigentlichen linken Centrums gewählt. Es bleibt jetzt nur noch der VI. (Petitions-) Ausschuß zu wählen, welcher in gleicher Weise ausfallen muß, da dessen Formation durch die Wahl eines Mitgliedes von Seite eines jeden Ausschusses aus seiner Mitte geschieht. Die Stellung der Parteien und ihre Ausscheidung wird nunmehr mit jedem Tage klarer. Die Linke ist jetzt mit Einrechnung der noch fehlenden drei Pfälzer und dreier Deputirten aus Mittelfranken, welche wegen Wahlbeanstandung noch nicht in die Kammer treten konnten, auf die Zahl von 56 gestiegen; das neu gebildete linke Centrum unter der Führung von Dr. Mayer aus Ansbach ist 15—20 stark. Das Lerchenfeld-Grießmayer'sche (rechte) Centrum zählt nach seinem heute ausgegebenen Programm 34 Mitglieder; einige Deputirte, unter welchen Dr. Müller aus Damm, haben sich noch gar keiner Partei angeschlossen, stimmen aber bisher mit dem linken Centrum; ihre Zahl ist 5 bis 6. Der Rest gehört der Abel'schen Partei an, die mit Ausnahme Abels und Oberkamp's keine Kapacitäten hat. Die Thronrede, die immer allgemeineres Mißfallen findet, hat der liberalen Partei bedeutende Kräfte zugeführt. Das bairische Ministerium hat sich durch dieses Zwitterding in ein wo möglich noch schieferes Licht gebracht, als es bereits früher der Fall war; die Mehrheit des bairischen Volkes und seiner Vertreter erkennt die Fragen und Bedürfnisse der Zeit besser, als die Regierung, die noch immer in dem Wahne begriffen scheint, daß das Volk sich mit schönen Worten abspeisen und nach wie vor als domaniales Eigenthum des Hauses Wittelsbach behandeln lassen werde. In der Kammer der Reichsräthe ist die Adreßkommission in Thätigkeit und wird nächsten Montag zur Berathung des mittlerweile gefertigten Entwurfs schreiten.

θ **Stuttgart**, 27. Jan. Der Kronprinz wird die Residenz den 1. Febr. verlassen, um seine Gemahlin von St. Petersburg, wo sie den Winter zubringt, wieder abzuholen. Leicht dürfte sich Beider Rückkehr über die Zeit der Hin- und Herreise etwas verzögern, sofern politische Gründe einer längeren Abwesenheit nichts in den Weg legen. Es hat unlängst im kronprinzlichen Hofstaate einige persönliche Veränderungen gegeben, die hier vielfach besprochen worden sind; auf die Entlassung des Hofmarschalls folgte sehr rasch die Entlassung des Sekretärs des Kronprinzen, des als humoristischer Schriftsteller wohlbekannten Hofraths Hackländer. Als rein persönliche Hofnachrichten haben alle diese Dinge für ein größeres Publikum und eine politische Zeitung nur insofern Bedeutung, als aus dem häufigen Wechsel in der Umgebung des Kronprinzen — Kammerherr, Adjutant, Hofmarschall, Leibarzt und Sekretär hat er bereits verändert — auf die innere Stimmung oder äußere Bestimmbarkeit des künftigen Regenten Würtembergs, namentlich fremden Einflüssen gegenüber, allerlei Schlüsse nahe liegen.

Stuttgart. Das Reg. Blatt vom 27. Jan. enthält das Gesetz, wonach die Strafe der körperlichen Züchtigung, soweit sie bisher noch bei dem Militär, abweichend von dem bürgerlichen Strafgesetzbuche, bestanden hat, abgeschafft ist. (Schw. M.)

:: **Dresden**, 26. Jan. Unser Ministerium hat heute den Kammern angezeigt, daß sämmtliche Minister ihre Entlassung vom Könige erbeten haben. Angeblich konnten sie sich — mit dem Könige — nicht über die Veröffentlichung der deutschen Grundrechte vereinigen, namentlich konnte sich der König nicht für die Einführung der Civilehe erklären. Der eigentliche Grund aber der Abdankung des Ministeriums mag wohl darin zu suchen sein, daß sie die Regierung mit den jetzigen Ständen nicht vereinigen zu können glauben. Heute Abend wird es sich entscheiden, ob der König die Entlassung annehmen wird. Hier herrscht die größte Spannung, was daraus werden wird — ein Ministerium

Schaffrath-Joseph? oder ein Ministerium Nostiz-Wallwitz-Karlowitz? Beide Kombinationen können das Land in große Bewegung versetzen. Wir stehen an einer furchtbaren Krisis.

♀ **Leipzig**, 27. Jan. Ein Extrablatt der „D. A. Zeitung, welches gestern Abend ausgegeben wurde, lautet: „Ich beeile mich, die erschütternde Mittheilung zu machen, daß sämmtliche Minister diesen Morgen ihre Entlassung bei dem Könige eingereicht haben. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, wo sämmtliche Minister anwesend waren, ergriff nach dem Vortrage der Registrande Staatsminister v. d. Pfordten sogleich das Wort und sagte ungefähr Folgendes: Sämmtliche Minister, mit Einschluß Brauns, der sich seit gestern hier befindet, hätten es für ihre Pflicht erachtet, nachdem ihrer erfolgreichen Wirksamkeit unübersteigliche Hindernisse erwachsen wären, ihre Entlassung dem Könige anheim zu geben. Dieser habe sich jedoch die Entscheidung noch vorbehalten; das Ministerium werde diese, sobald sie erfolgt sei, den Kammern mittheilen. Inzwischen werde sich das Ministerium enthalten müssen, auf Erörterung von Prinzipfragen und auf Beantwortung an dasselbe gerichteter Interpellationen einzugehen. Nach diesen Worten verließen sämmtliche Minister den Saal und nur der Regierungskommissar Todt blieb an dem Ministertische sitzen. In der Kammer und auf den überfüllten Galerien herrschte eine tiefe Bewegung, welche der Vicepräsident Tzschirner mit den Worten unterbrach: Die ministerielle Erklärung hat den Grund des Rücktritts der Minister zweifelhaft gelassen. Es gehe daraus nicht hervor, ob es ihnen unmöglich erscheine, mit den gegenwärtigen Kammern zu regieren, oder ob es gewissen Einflüssen von Außen nicht zu widerstehen vermöge. Zur Beruhigung des Publikums müsse er erklären, daß das Erstere unmöglich der Fall sein könne; der wahre Grund der eingereichten Dimission sei jedenfalls in den Hindernissen zu suchen, welche der Einführung der Grundrechte, in Betreff deren morgen eine Interpellation zu beantworten gewesen wäre, unerwartet erwachsen seien. Jedenfalls würden die Minister morgen darüber Auskunft ertheilen; übrigens rathe er an, die laufenden Geschäfte ungestört abzumachen. Was denn auch geschah. Die Befürchtung einer baldigen Kammerauflösung gewinnt immer mehr Halt." Diese Mittheilung ist am 26. Jan. Mittags in Dresden abgegangen. Der Zug, welcher gestern Abend ½9 Uhr aus Dresden in Leipzig ankam, brachte nichts Neues, nicht einmal einen Brief für die offizielle Leipziger Zeitung. Reisende, welche Dresden um 5 Uhr verlassen hatten, versicherten, daß die Ruhe bis zu dieser Stunde nicht gestört worden sei. Es ist jedoch zu befürchten, daß ernstliche Unruhen nicht ausbleiben, zu deren Unterdrückung die Dresdner Kommunalgarde schwerlich ausreichen wird. Nach einem ganz unsichern Gerüchte hatte der König am Nachmittage den früheren Kriegsminister von Oppel mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt; eine andere eben so unverbürgte Nachricht nannte als designirte Minister von Carlowitz, Ramhorst, von Zeschau, von der Planitz.

C **Mannheim**, 28. Jan. Morgen ist die Wahl des Heerschaarenführers für die Bürgerwehr; es wird dazu ein Offizier des hier in Garnison liegenden Infanterie-Regiments erwählt werden. Bereits ist an die Infanterie-Regimenter unseres Landes der Erlaß ergangen, daß die außerordentlich Konskribirten demnächst einrücken — es werden 3000—4000 Mann sein — und sechs Wochen zur Einübung verbleiben würden. Nur die Infanterie erhält von denselben zugetheilt, indem eine Einübung in den übrigen Waffen eine längere Zeit in Anspruch nehmen würde. In Bezug der Erlangung von Offiziersstellen ist für die Unteroffiziere und Soldaten Folgendes bestimmt: Soldaten und Unteroffiziere bis zum gedienten Feldwebel müssen ein Examen bestehen. Vor dem Eintritt in die Militärbildungsanstalt ist ein Jahr praktischen Dienstes erforderlich. Der hiesige „neue vaterländische Verein" hat sich um 140—150 Mitglieder vermehrt, die allwöchentlichen Berathungen, denen das „Mannh. Journal" laut seiner eigenen Erklärung als Organ dient, sind sehr besucht und betreffen die wichtigsten Tagesfragen. In der letzten Sitzung wurde die Anerkennung eines erblichen Kaiserthums und zwar des Hauses Preußen beschlossen; — im Volksverein dagegen die Anerkennung eines wählbaren Präsidenten.

Freiburg, 26. Jan. Die Anklagekammer unseres Hofgerichts hat das Erkenntniß gefällt, daß Frau v. Struve in Anklagestand zu versetzen sei. Der Gefangenen, die sich in dem hiesigen Gefängniß befindet, ist dasselbe heute morgen eröffnet worden.

(N. Fr. Z.)

Kassel, 21. Jan. Von Seiten des Reichs-Kriegsministeriums ist vor einigen Tagen die Verfügung bei dem hiesigen Kriegsministerium eingetroffen, daß bis 1. März 10,000 Mann kurhessische Truppen in mobilem Stand sich befinden sollen, um sofort den Marsch nach Schleswig antreten zu können.

(Schw. M.)

△ **Darmstadt**, 27. Jan. Am 4. d. M. stellten unsere Abgeordneten Gölzenleuchter, v. Riedesel, Schenck, Wernher und K. Zöppritz nachstehenden Antrag: „In Betracht der Lage des deutschen Vaterlandes beantragen wir folgende Erklärung der Ständeversammlung an die Staatsregierung: die Stände des Großherzogthums Hessen werden es mit großer Freude begrüßen, wenn bei endlicher Feststellung der deutschen Verfassung, Preußen an die Spitze von Deutschland gestellt wird. „Am 11. d. M. erklärten noch 13 Abgeordnete zu diesem Antrage ihren Beitritt. Am nämlichen Tage stellte aber auch der Abgeordnete Heldmann den Gegenantrag: „Die Stände des Großherzogthums Hessen werden es mit großer Freude begrüßen, wenn bei endlicher Feststellung der deutschen Verfassung der Großherzog von Hessen als Reichsstatthalter an die Spitze von Deutschland gestellt wird." Als Gründe für seinen Antrag, den Herr Heldmann als Reichstagsabgeordneter klüglich zu reproduziren unterlassen, hatte er angegeben: daß der Großherzog von Hessen „Königliche Hoheit," der erste deutsche Fürst gewesen, welcher das Todesurtheil über den deutschen Bundestag gesprochen und die Versprechungen vom 6. März v. J. „bis dahin" gehalten habe; sodann, daß an der Spitze von Deutschland ein Mann stehen müsse, dem die gesammte Nation Vertrauen schenken könne. Außerdem gab Herr Heldmann als nachträgliches Motiv der Kammer zu bedenken, „daß durch diese Ernennung der, die Einheit Deutschlands hindernde Partikularismus der „sogenannten" Großmächte und deren Eifersucht „möglicher Weise" beseitigt werden könnte; daß Darmstadt nach seiner geographischen Lage in der Nähe des Sitzes der Reichsgewalt sich sehr gut zum Sitz des Oberhaupts eigne, und daß, da der Reichsstatthalter nicht zugleich regierender Fürst sein dürfe, hiermit eine Wiedervereinigung beider Hessen zu einem Staate angebahnt werden könnte." Man sieht, Herr Heldmann hatte in seiner Mixtur alle möglichen Mittel zusammen gebunden. Die „Königliche Hoheit" gab Zeugniß von seinen loyalen Gesinnungen, das „bis dahin" legte eine Skepsis an den Tag, welche bis in die Reihen der äußersten Linken ihm Beifall verschaffen mußte; das „möglicher Weise" parirte im Voraus jeden Vorwurf ab, wenn er sich als schlechten Propheten beweisen sollte und nach dem kategorischen Satz, daß der Reichsstatthalter nicht zugleich regierender Fürst sein dürfe, zog wie um eine Bergesspitze die letzte dämmerhafte Andeutung, daß hiermit eine Wiedervereinigung beider Hessen zu einem Staate angebahnt werden „könnte," als sanfter Nebel. Am 15. d. M. erstattete der Ausschuß durch den Abgeordneten Buff seinen Bericht über die Anträge. Die Mehrheit war für, eine Minderheit (die Abgeordneten Lehne und Kloch) gegen den Antrag von Schenck und Genossen. Bei dem Heldmannischen Antrag gingen Mehrheit und Minderheit des Ausschusses einig und trugen auf seine Abweisung an. Auf heute war die Berathung des Antrages der Abgeordneten Schenck, Wernher und Genossen festgesetzt. Die Kammermitglieder hatten sich zahlreich eingefunden und insbesondere waren alle Kammermitglieder, welche zugleich Reichstagsmitglieder sind, an ihren Plätzen. Die Abgeordneten Mohr und Heldmann hatten zuerst das Wort erbeten; Mohr wollte motivirte Tagesordnung, Heldmann den Gegenstand vorerst auf sich beruhen lassen. Gegen diese Anträge sprach Schenck. Er zeigte nach, daß die Kammer das Recht habe, Wünsche auszusprechen und daß es sich hier um nichts anders als um einen Wunsch handle. In ähnlichem Sinn sprach Reh; er bestand dabei auf Berathung des Materiellen des Antrages. Anders Frank. Er meinte, die Freude sei eine Thätigkeit der menschlichen Seele und darüber könne keine Majorität verfügen. (Mehrere Stimmen: das solle ja auch nicht geschehen.) Er werde nicht mit abstimmen. Wernher zeigt das Unrichtige in Frank's Ansicht nach. Zitz ist fürs Beruhenlassen der Sache. Die Kammer sei nicht vom Volk, sondern blos von Abtheilungen des Volks delegirt, also nicht kompetent zur beantragten Erklärung. Aber auch der Gesichtspunkt ihrer eigenen Würde müsse die Kammer abhalten, sich in Dinge zu mischen, die sie nichts angehen. Schließlich trägt er eine Protestation seiner und seiner Gesinnungsgenossen vor. Bei der Abstimmung erklärte sich die

Kammer mit 28 gegen 15 Stimmen gegen den Heldmann'schen Antrag auf Beruhenlassen des Gegenstandes und trat also in den Gegenstand selbst ein. Heldmann sprach nun zuerst von der Tribüne gegen Schenck's, Wernher's und Genossen Antrag. Es war eine Repetition der in selber Richtung schon vorgebrachten Gründe der Paulskirche, aber leider ohne Abkürzungen. Nach ihm sprachen Schenck und Wernher für ihren Antrag. Zitz bestritt in einer langen und heftigen Rede den Antrag. Bei aller Schärfe des Ausdrucks blieb aber der Redner doch die Darlegung Dessen schuldig, was er positiv wolle; seine Rede war ein fortgesetztes Negiren und ein Laissez aller, in seiner Weise verbrämt. Ein starker Ausfall auf die Centralgewalt, die Anfrage: ob man eine Revolution gemacht habe, um 34 Fürsten fortbestehen zu lassen und noch oben einen darauf zu setzen? und der Wunsch nach seinem lieben alten Bundestage, den er anbeten wolle, schlossen die Diatribe, der auf der Gallerie lautes und anhaltendes Bravo folgte. Der Präsident befahl darauf die Räumung der Gallerie, mit Ausnahme der Journalisten, schloß aber bald darauf die Sitzung überhaupt für heute.

Weimar, 24. Jan. In voriger Woche sind im ganzen Großherzogthume die Wahlen zu dem bevorstehenden Landtage vorgenommen worden. So weit die Ergebnisse bekannt geworden, gehört die Mehrzahl der Gewählten der radikalen Partei an. Unser liberales Ministerium, obwohl es mit freisinnigen Gesetzen zur Umgestaltung des öffentlichen Lebens und zur Durchführung der Grundrechte vor den nächsten Landtag treten wird, bekommt dennoch einen schwierigen Stand. (D. W. Z.)

♈ **Schleswig**, 23. Jan. Abends. Ueber die in öffentl. Blättern bereits erwähnten Unruhen im nördlichen Schleswig kann ich Ihnen jetzt aus der zuverlässigsten Quelle folgende genauere Nachrichten mittheilen. Durch die von dänischer Seite unablässig fortgesetzten Aufwiegelungen im nördlichen Schleswig, namentlich durch die überall heimlich verbreiteten Proklamationen des Königs von Dänemark, in welchen die Schleswiger zum Aufruhr und zur Steuerverweigerung aufgefordert werden, war im Amte Hadersleben theilweise eine solche Aufregung entstanden, daß es nothwendig war, an einzelnen Orten zur Eintreibung der Steuern militärische Exekution anzuordnen. Zu diesem Behufe war auch eine kleine Abtheilung Dragoner von 10 Mann nach dem Kirchdorfe Schnorebeck, hart an der Grenze einer dänischen Enklave, beordert. Am letzten Sonnabend rückte ein mehrere Hundert Mann starker bewaffneter Haufe, hauptsächlich aus Zuzüglern vom Königreich Dänemark bestehend, gegen Schnorebeck und zwang die Dragoner, die auf solchen Angriff nicht vorbereitet waren und überdies Befehl hatten, alles Blutvergießen zu vermeiden, vorläufig zu einer rückgängigen Bewegung. Von Flensburg und Hadersleben aus ward sofort Verstärkung nach der Westseite des Amtes Hadersleben abgeschickt und bereits am Montag rückte wieder eine Schwadron Kavallerie und eine Abtheilung Jäger unter Anführung des Rittmeisters Rumohr in Schnorebeck ein. Gestern ward demselben gemeldet, daß von der jütischen Grenze von Ripen her ein 500 bis 600 Mann starker, mit Flinten und Piken bewaffneter Haufe einen Einfall auf das Schleswig'sche Gebiet gemacht habe und über Reisbye nach Schleswig vorrücke. Rumohr zog sogleich mit seiner Mannschaft diesen dänischen Freischaaren entgegen und traf mit ihnen bei Bröns zusammen. Er suchte sie zuerst durch gütliches Zureden zum Niederlegen der Waffen zu bewegen. Während dieser Unterhandlungen fiel von dänischer Seite ein Schuß, durch den ein Dragoner getödtet wurde. Nun ließ der Anführer unserer Truppen angreifen, und es kam zu einem förmlichen Gefecht, das mit der vollständigen Niederlage und Zersprengung der Dänen endete. Außer dem oben erwähnten Dragoner ist auf unserer Seite ein Jäger gefallen; auf Seiten der dänischen Freischärler sind 3 Mann getödtet, 4 sehr schwer verwundet und 22 theils leicht verwundet, theils gefangen; die Uebrigen sind in die Flucht getrieben.

Großbritannien.

* **London**, 26. Januar. Dem Globe zufolge, haben von den Staatsgefangenen, welche durch den außerordentlichen Gerichtshof zu Clonmel des Hochverraths überführt und demgemäß abgeurtheilt wurden, drei, nämlich die Herren Meagher, M'Manus und Donoghue, den Beschluß gefaßt, für eine Berufung an das Oberhaus keine Schritte zu thun; dagegen beabsichtigt Hr. Smith O'Brien, wenn er die nachgesuchte Zustimmung der Krone hierzu erhält, mit seinem auf angebliche Formfehler gestützten Revisionsgesuche sich an die Herrn des Oberhauses zu wenden.

Aus Irland erfährt man, daß die Brandstiftungen in der Grafschaft Down (Provinz Ulster) noch immer kein Ende nehmen wollen und daß es bis jetzt leider nur einen der Uebelthäter einzufangen gelungen ist. Ein Artikel im „Northern Whig" beginnt mit den Worten: „Die Brandlegungen in unserer Nachbarschaft haben einen sehr beunruhigenden Charakter angenommen; kaum eine Nacht vergeht ohne eine gewaltthätige Handlung." Viel bewundert wird der Heldenmuth zweier Jungfrauen, die, nachdem sie ihren Vater, Besitzer einer kleinen Farm, und ihren Bruder überredet, sich zu Bette zu begeben, deren Kleider anzogen und, die eine mit einem Schießgewehr, die andere mit einem alten Bajonnet bewaffnet, sich auf die Lauer stellten. Bald nahte auch eine Rotte Brandstifter aus neun Mann bestehend. Die entschlossenen Dirnen trieben sie aber nach heldenmüthigem Kampfe in die Flucht, tödteten einen derselben und verwundeten drei. In Sligo, Mayo und Donegal die alte Noth, obschon nach der Versicherung des als parteilos bekannten Quäkers John Lamb im „Northern Whig" der höhere Grundadel, (hierunter auch namentlich Lord Palmerston auf seinem Eigenthum in der Grafschaft Sligo) alles Mögliche thut, um die Noth zu lindern und die Armen zu beschäftigen, namentlich indem er Verbesserungen auf seinen Gütern vornehmen läßt. Leider greift die Mittellosigkeit auch unter den Gutsbesitzern zweiten Ranges und der unbepfründeten und nur auf freiwillige Gemeindebeiträge angewiesenen katholischen Geistlichkeit immer mehr um sich. John O'Connell hat mit seinem ultramontanen Neujahrsprogramm und mit seiner abermaligen Anpreisung seiner vom Vater ererbten „Milch- und Wasseragitation", wie sich denken ließ, nirgends Glück gemacht und es nachgerade mit allen Parteien verdorben, ein kleines Häuflein päpstlich oder vielmehr jesuitisch Gesinnter etwa ausgenommen.

Allen Anzeichen nach ist der berühmte Nordpolreisende Sir John Franklin mit seiner letzten Expedition in den Eisfeldern des Polarmeeres verunglückt. Unter andern kehrte das britische Schiff Herald, welches am 29. November im Hafen von Mazatlan eintraf, geradewegs aus der Behringsstraße zurück, ohne von der Expedition Franklin's etwas gehört oder bemerkt zu haben.

Die „United Service Gazette" berichtet nach Briefen von der afrikanischen Westküste, daß der Gouverneur an der Goldküste, Kapitän Winniett, dem kriegerischen Könige der Aschantis demnächst einen Besuch abzustatten gedenkt. Dieser erwartet, wie es heißt, den englischen Gouverneur mit großer Ungeduld und trifft pomphafte Anstalten zu seiner Aufnahme; man rechnet, daß er bei seiner Ankunft von nicht weniger als mindestens 35,000 Mann empfangen werden wird. Der unternehmende Winniett hat schon früher den König von Dahomey (der namentlich auch durch seine aus Weibern gebildete Leibwache bekannt ist) besucht und einen Freundschafts- und Handelsvertrag mit ihm abgeschlossen, dessen wohlthätige Folgen jetzt von den Kaufleuten zu Whydah gespürt werden. Er hat an letzteren auch einen Offizier abgeschickt mit dem Entwurf zu einem Vertrage über Aufhebung des Sklavenhandels. Erst vor kurzem hat Winniett gegen einen Insurgentenchef ein Korps von 6500 Mann ins Feld geführt und einen vollkommenen Sieg erfochten, der zur Folge hatte, daß eine bisher vollkommen gesperrte Gegend dem Handel erschlossen wurde. Von den Magistraten, Kaufleuten und anderen Ansiedlern der Goldküste erhielt der Gouverneur für seine vielen Dienste ein in den schmeichelhaftesten Ausdrücken abgefaßtes Dankschreiben.

Die „Post" meldet die am gestrigen Tage erfolgte Ankunft des Marquis Santi, außerordentlichen sardinischen Gesandten, von Paris.

Sir Robert Gardiner, Gouverneur von Gibraltar, ist nach einer Besprechung mit dem Grafen Grey im Kolonialamt gestern nach Gibraltar abgereist.

Dem Chronicle zufolge, beabsichtigt die Regierung, um dem allgemeinen Verlangen nach Ersparnissen entgegenzukommen, eine Verminderung des Heeres um 10,000 Mann. Diese Reduktion würde hauptsächlich den im Mutterlande dienenden Theil des Heeres treffen.

Die Rechtsniederlagen der Krone in Irland folgen sich so rasch, daß sie anfangen, einiges Bedenken zu erregen. Dohenty, eines der Häupter der früher bestandenen irischen Revolutionsklubs, hat wegen angeblichen Formfehlers auf Revision und Kassation

geklagt, der Gerichtshof hat für ihn entschieden und der Staatsgefangene ist dadurch der Strafe einer siebenjährigen Deportation glücklich entschlüpft.

Frankreich.

†† **Paris**, 24. Jan. Großer Skandal entweihte gestern die der Wissenschaft geweihten Hallen des College de France. Der Professor Lherminier wurde in seinen Vorträgen, vor einigen Jahren schon, durch gewaltthätiges Lärmen oft gestört und gezwungen, den Lehrstuhl seiner Unpopularität zu opfern. Nach einer langen Pause trat er gestern das erste Mal wieder vor ein Auditorium. Er wollte über vergleichende Gesetzgebung lesen. Seine früheren unversöhnlichen Feinde machten neuerdings Partei gegen ihn. Die ersten Worte des unglücklichen Professors wurden schon durch Pfeifen und Zischen unterbrochen. Der Lärm ging von zwanzig bis dreißig Personen im Centrum des Saales aus, und übertäubte trotz den Wünschen des übrigen Publikums den Vortrag des gelehrten Herrn. Selbst Hr. Barthelemy Saint-Hilaire konnte in seiner Eigenschaft als Administrator des College, Volksrepräsentant, „Demokrat und volksthümlicher Mann", die Ruhe nicht herstellen. Seine Ermahnungen und Bitten blieben fruchtlos. Fast eine Stunde lang versuchte er mit allen Vernunftgründen den Ruhestörern ihr Unrecht zu beweisen und die Redefreiheit der Republik für den Professor Lherminier anzusprechen; umsonst, die Revolution hatte in dem friedlichen Saale ihren Sitz aufgeschlagen und wollte keine andere Logik als die der willkürlichen Gewalt anerkennen. Endlich verließen die Herren des College de France den Saal unter Pfeifen und Lärmen der Ercedenten. — Der Klub de la Redoute, welchem Herrn Levy präsidirte, wurde gestern provisorisch geschlossen. — Nächsten Donnerstag wird ein Trauergottesdienst für Charles Bonaparte, Vater des Kaisers, in der Kirche St.-Leu Taverny abgehalten. In dieser Kirche sind die irdischen Reste der Väter des Kaisers und des Präsidenten Bonaparte, des Königs von Holland, beigesetzt. Heute werden Demonstrationen in den bevölkerten Vorstädten befürchtet. Jeder Soldat hat 100 Stück Patronen für den Fall der Noth empfangen. Die Ursache der Bewegung ist das Votum der Assemblée, welches die des Attentats vom 15. Mai Beschuldeten vor einen eigenen Gerichtshof schickt, welcher in Bourges seine Sitzungen halten wird. General Changarnier visitirte gestern alle Kasernen der Stadt. Drei Generale und sein Stab begleiteten ihn. Hr. Thiers soll in einer Sitzung des Komite über den öffentlichen Unterricht folgende (von uns bereits mitgetheilte) Aeußerung gemacht haben: „Es gibt nur zwei Mittel, die Ruhe in Frankreich wieder herzustellen und die gefährlichen Ideen zu unterdrücken: Krieg nach Außen oder Aufhebung der Primärschulen." Der National gab die Ansicht des Herrn Thiers vor zwei Tagen seinem Publikum zum Besten; gestern widerrief der Constitutionel die Nachricht des National und nannte sie lächerlich. Heute haben zwei Journale die Aeußerung des Hrn. Thiers mit der Behauptung wieder gebracht, daß in dem Komite diese Worte von Hrn. Thiers wirklich gesprochen wurden. — Von der Bergpartei der Volksrepräsentanten wurde folgendes Avis erlassen: Die Repräsentanten des Volkes, Mitglieder des Vereines vom Berge, erkennen die Nothwendigkeit öffentliche Vereine zu bilden, in welchen sie die Grundsätze ihres Programmes erklären können. Zu dem Zwecke werden sie einen Klub im Saale de la Fraternité, Martelgasse Nr. 9 eröffnen. Zwei Sitzungen werden jede Woche gehalten werden, Montag und Donnerstag. Der Klub wird Donnerstag den 25. eröffnet. Um Mitglied des Klubs zu werden, muß man von drei Mitgliedern eingeführt werden und die Majorität der Stimmen der Mitglieder des Bureau erhalten. Die Sitzungen sind öffentlich, welchen alle Bürger, ohne einen Beitrag zu zahlen, beiwohnen können. — Hr. Cyprien Robert begann gestern seine Vorlesungen über slawische Literatur am Collège de France. — Die in Toulon ausgerüstete Erpedition ist noch immer in geheimnißvolles Dunkel gehüllt. Niemand weiß, wohin die vielen Dampfer gerichtet sind. Es ist sogar der Korrespondenzdampfschifffahrtsdienst zwischen Toulon und Algier eingestellt, um eine möglichst große Anzahl unbewaffneter Handelsdampfschiffe der Regierung zur Disposition zu stellen. Die Einschiffung mehrerer Detachements zur Verstärkung nach Algier wurde verschoben. Ein Pariser Korrespondent der Times glaubt das Ziel der Erpedition von Toulon zu kennen. Es handele sich, den Sizilianern gegen den König von Neapel zu helfen, und nachdem England seine Vermittelung zwischen den beiden Sizilien zurückgezogen hat, den französischen Einfluß im Süden Italiens herzustellen. Den Vorwand zur Intervention in Sizilien habe Rußland mit der Neapel gebotenen Hilfe gegeben. Von Neapel wird über dasselbe Thema geschrieben: England beabsichtige keine weitere Vermittelung mehr in den sizilianischen Angelegenheiten. Der englische Gesandte habe die Wiedereröffnung des englischen Parlaments im Auge, und wolle Lord Palmerston durch mögliche Interpellationen keine neue Schwierigkeiten bereiten. Er bleibt deshalb stumm und unthätig. Der König von Neapel sehe übrigens seine Stellung klar ein. Er wolle sein Ministerium nach liberalem Sinn umgestalten, träume aber nicht einmal die Kostituente italiana zu berufen, wie die Turiner Concordia berichtet. Der König wolle den konstitutionellen Weg nicht verlassen, darauf möglichst vorschreiten. Wir müssen über die Leichtgläubigkeit des Korrespondenten von Neapel lächeln. Die Werbung der sonderbündlerischen Schweizer, die intime Allianz mit Rußland, das abgeschlossene Kartell mit Radetzky, das zuvorkommende Bombardiren von Messina, das Unterstützen der Pfaffenkamarilla von Gaeta sind wahrlich keine vielversprechenden Prämissen für des Königs konstitutionelle Vorsätze. Der Präsident bekommt täglich über 1000 Bettelbriefe, Petitionen um Anstellungen u. dgl. Die Palastpolizei wird im Elysee-National strenge geübt. Eintreten dürfen nur die Personen, welche mit einem Laissez passer, von Ordonnanzoffizieren ausgestellt, beim Portier sich ausweisen, daß sie im Palais zu thun haben. Eine Ordonnanz des Präsidenten der Republik verordnet auf einen Vortrag des Kriegsministers, daß die Würde des Gouverneurs der Invaliden in Zukunft nur Marschällen oder Divisions-Generälen in Aktivität oder im Ruhestand verliehen werden kann. In dem großen Carré der Champs Elysées erhebt sich schon das Gerüste der Gebäude für die Ausstellung der Ackerbau- und Industrieprodukte, welche vom 1. Juni bis letzten Juli dauern wird. In jedem Departement wird eine Jury von Präfekten ernannt, um über die Annahme oder Zurückweisung der eingelieferten Erzeugnisse das Urtheil zu sprechen. Auch hat diese Jury über die Personen einen Bericht zu erstatten, welche sich am verdienstlichsten in der Beförderung der Ackerbau- und Gewerbs-Industrie hervorgethan haben. Die für die Ausstellung angenommenen Erzeugnisse werden von der Hauptstadt des Departements nach Paris und wieder zurück auf Kosten des Staates geschickt. Auf Vortrag der Pariser Centraljury und des Ackerbau- und Handelsministers wird der Präsident der Republik die Preise an die verdienstlichsten Gewerbsmänner, Arbeiter, Ackerbauer vertheilen lassen, womit der Ackerbau u. Handelsminister beauftragt ist. — Der Karneval von Paris ist sehr lebhaft. Bälle, Konzerte, Theater erfreuen sich großen Besuches. Der wöchentliche Maskenball im Opernhause ist so glänzend als je. Der Ernst der Zeit übt auf den Karneval-Charakter des Parisers keinen störenden Einfluß; tausend und tausend leichte Gestalten im Sinnenrausche schwelgend sind lauter Satyren auf die Karrikatur der sozialen Bankette, bei welchen die Menschenverbesserer sich gerade so geberden, wie die Menschenverderber im Cancan des Pariser Opernballes.

Spanien.

Aus den östlichen Pyrenäen schreibt man: Am 18. fand in der Nähe von Lebajol, jenseits Bellegarde, ein blutiges Gefecht zwischen den, 1300 Mann starken königlichen Truppen und einer Abtheilung von 250 Republikanern unter dem Kommando von Victoriano Ametler statt. Die Letzteren verloren viele der Ihrigen und waren genöthigt, sich auf französisches Gebiet zu flüchten, wohin die königlichen Truppen sie verfolgten und ihnen trotz der Dazwischenkunft des Maires und eines französischen Detaschements von 25 Mann an den Thoren der Mairie noch viele tödteten und 18 Gefangene abnahmen. Unter diesen befand sich der Anführer und mehrere Offiziere.

Italien.

* **Turin**, 20. Jan. Der König hat auf den Vorschlag des Ministeriums eine Kommission niedergesetzt, welche das Bürgerwehrgesetz umarbeiten soll. In welchem Sinn dasselbe zu ändern sei, erhellt aus dem Bericht des Ministers, der dem Gesetz als Motiv beigegeben ist, nicht.

Die heutige piemontesische Zeitung veröffentlicht eine offizielle Note, welche das Madrider Kabinet am 21. Dezember an alle katholischen Höfe Europa's gerichtet hat. Frankreich, Oesterreich,

Baiern, Sardinien, Toskana und Neapel werden darin eingeladen, Bevollmächtigte zu einem Kongreß in Madrid oder anderswo zu schicken, um sich über die Wiedereinsetzung des Papstes in seine weltliche Macht zu vereinigen und die besten Mittel dazu zu verabreden. Das piemontesische Ministerium hat durch den Minister des Aeußern Gioberti unter dem 6. Januar auf diese Note ablehnend geantwortet und zwar aus folgenden Gründen: 1) Eine Verhandlung über die innern politischen Angelegenheiten Italiens, von denen die religiöse Frage nicht getrennt werden kann, würde den Ansichten der italienischen Mächte widersprechen. 2) Ein besonderes Bedenken würde bei den italienischen Mächten gegenwärtig die Theilnahme Oesterreichs an der erwähnten Zusammenkunft erregen. 3) Der öffentliche Geist in Rom würde einer fremden Einmischung in die Angelegenheiten des Kirchenstaates auf das heftigste widerstreben. — Dagegen will die sardinische Regierung Alles thun, um den Papst zur Rückkehr in seine Staaten zu bewegen und ihn mit seinem Volke zu versöhnen. Auch will sie die gemäßigte Partei in Rom unterstützen, um einem vollständigen Bruch des Papstes mit seinem Volke vorzubeugen.

* **Venedig**, 13. Jan. General Welden soll Radetzky aufgefordert haben, sofort mit allen Streitkräften gegen Venedig vorzurücken, um der Sache mit einem Mal ein Ende zu machen. (Damit würde die Nachricht von Radetzky's Abreise von Mailand stimmen). — In Padua scheint man einen Ausfall von Venedig zu fürchten. Ein elektrischer Telegraph ist längst der Eisenbahn gezogen und wird von Soldaten bewacht. Den Ungarn, die zur Besatzung gehören, traut man nicht recht, und hat ein scharfes Auge auf sie. — In Bassano war ein heftiger Kampf zwischen den italienischen Konskribirten und den Oesterreichern. Erstere weigerten sich, die Uniform der Unterdrücker ihres Vaterlandes anzuziehen, und wehrten sich mit ihren Messern. Fünf von ihnen sind verwundet und zwei getödtet worden. Von den Oesterreichern sind 1 Offizier und 5 Soldaten getödtet, 20 andere verwundet worden. Dafür muß der Ort eine Strafe von 30,000 Fr. zahlen, und zwar in einem kurzen Termin, widrigenfalls für jede Stunde 2000 Fr. Zinsen dazukommen.

* **Rom**, 17. Jan. Die provisorische Regierung hat gestern eine Proklamation an die Völker Italiens erlassen, worin sie die römische Konstituante zugleich zur italienischen erklärt. Sollten 200 (die Zahl der Abgeordneten des Kirchenstaats) als betreffender Theil eines italienischen Parlaments zu viel sein, so würde nur ein Ausschuß derselben für dieses sitzen. „Italiener!" schließt die Proklamation, „unsere Einigung ist nicht mehr ein Wunsch blos. Rom hat für seinen Theil schon gehandelt. Es hatte die Ehre und den Muth, zuerst den Grundsatz des allgemeinen Stimmrechts zu verkünden und anzuwenden. Rom wird den ersten Stein zu dem Gebäude gelegt haben, das in einen Gedanken, in ein Leben, in eine Nation die verschiednen Völker dieses schönen Theils, dieser uralten Königin Europa's vereinigt, den ersten Stein zur Assemblea costituente italiana." Auch der Sicherheitsausschuß hat heut eine Proklamation erlassen. Er bittet ihn in seiner Aufgabe, den Zusammentritt der Konstituante und die Ruhe bei den Wahlen zu sichern, zu unterstützen. Von der andern Seite wird eben so auf die Stimmen zu wirken gesucht. Wir erwähnten schon der Zuschrift des Generals Zucchi an das Heer. Sie enthält folgenden Brief des Papstes an den General: „Herr General-Lieutenant Zucchi! Als Sie von Uns in den Dienst des heiligen Stuhls berufen wurden, mit dem hohen Auftrag, die päpstlichen Truppen zu leiten und zu organisiren, waren Wir sehr erfreut, von Ihren loyalen Worten und Ihren Gesinnungen der Ergebenheit gegen Unsere Person und die Ordnung. Gleich die Hand an's Werk legend, haben Sie die Aeußerungen Ihrer Lippen durch die That bekräftigt. Allein der von den Feinden der Gesellschaft heraufbeschworne Sturm hat Ihre Thätigkeit und Unsere Hoffnungen unterbrochen. Das Benehmen der in Rom garnisonirenden Truppen während des letzten Novembers, als Sie in einer Ihnen von uns anvertrauten Sendung in Bologna zurückgehalten waren, hat uns höchlich betrübt. Die schimpflich befleckte militärische Ehre, die nichtswürdig verrathenen Pflichten des Gehorsams, die im Staat, in Italien, in der ganzen Welt eingetretene Verachtung, das waren und sind die Früchte, welche diese Truppen an dem verhängnißvollen 16. Nov., als sie in dem schmachvollen Gewande des Verraths den Platz des Quirinal verließen, geerntet haben. Gleichwohl wissen wir die Verführten von den Verräthern zu unterscheiden und beauftragen Sie daher, allen Truppen ohne Ausnahme bekannt zu machen, daß wir von ihnen und besonders von denen, welche militärische Ehre und militärische Treue bewahrt haben, einen Akt des Gehorsams und der Ergebenheit erwarten, indem sie zur Behauptung der noch treuen Provinzen in dem Gehorsam gegen ihren Souverän beitragen; indem sie die frei von uns gewählten Stellvertreter der Regierung unterstützen und indem sie der sogenannten römischen Regierung den Gehorsam verweigern; indem sie Ruhe und Ordnung überall aufrecht erhalten oder wiederherstellen und die Befehle ihrer legitimen Obrigkeit befolgen. Während wir den treugebliebenen Truppen das verdiente Lob spenden, insbesondere der Garnison von Bologna, welche den friedlichen Bürgern dieser Stadt die Ruhe erhalten haben, bitten wir den Herrn um die Erfüllung des großen Wunders, die Verräther zur Reue zurückzuführen.

Gaeta, den 5. Jan. 1849. Pius P. P. XI.

* **Neapel**, 16. Jan. Es zirkulirt hier das Gerücht aus Rom, daß der Mörder Rossi's in Perugia wieder ermordet worden ist und zwar von derselben Hand, die ihm 12,000 Kronen als Preis der That auszahlte. Man wollte ihn los werden, weil man seine Enthüllungen fürchtete.

Schweiz.

(**Bern**, 26. Jan. Gestern verbreitete sich das Gerücht im Jura seien Unruhen ausgebrochen; bald darauf sah man Munitionswagen nach Biel abgehen. Zu gleicher Zeit machte der Präsident des Regierungsraths im großen Rath folgende Eröffnung: der Regierungsrath habe den Beschluß gefaßt, der zu Saignelegier ausgebrochene offene Aufruhr sei mit Waffengewalt zu unterdrücken, weswegen 1 Bataillon Infanterie und 1 Scharfschützenkompagnie aufgeboten seien. Der Regierungsstatthalter von Freibergen berichtete schon früher von einer bedenklichen Stimmung in dieser Gegend, die sich durch Katzenmusiken, welche den Beamten gebracht wurden, Luft machte und am 2. in offene Empörung ausbrach. Der Regierungsstatthalter fand bei den Gemeindebehörden keinen Beistand, da selbst Mitglieder des Gemeinderathes an der Spitze des Aufruhrs stehen. Die öffentlichen Büreaux wurden bedroht und die Gemahlin des Regierungsstatthalters mißhandelt. Ursache dieser Volksbewegung ist die beschlossene Ausweisung der Ursulinerinnen. Der Regierungsrath mußte nach der Verfassung dem eben versammelten großen Rath offizielle Mittheilung von dem Vorfall und den getroffenen Maßregeln machen. Blösch und andere Konservative verlangten, der Regierungsrath solle zuvor die Maßregeln von dem großen Rath genehmigen lassen. Diesem Antrag gegenüber wurden die energischen Anordnungen des Regierungsraths mit 103 gegen 3 Stimmen anerkannt.

** **Bern**, 26. Jan. Seit einiger Zeit nehmen die Verbrechen jeglicher Art hier dermaßen überhand, daß wenn nicht bald energische Maßregeln getroffen werden, es um die öffentliche Sicherheit in hiesiger Stadt geschehen ist. Abgesehen von dem Haus- und Straßenbettel, welcher seit der Einführung des neuen Armengesetzes auf schreckhafte Weise eingerissen ist, verstreicht beinahe kein Tag, an welchem nicht Diebstähle der frechsten Art, oft sogar mit Einbruch begleitet, verübt werden, deren Thäter in der Regel unentdeckt bleiben. Dazu kommen die häufigen nächtlichen Ruhestörungen und Schlägereien, zu deren Verhinderung oder mindestens Bestrafung von Seite der Regierungsbehörden und Beamten, welchen die Sicherheitspolizei in der Hauptstadt übertragen ist, wenig oder nichts geschieht. Die Unzufriedenheit des ordnungsliebenden Publikums über diese Zustände und die Klagen über die Unthätigkeit der Staatsbehörden sind so allgemein, daß nicht nur der Gemeinderath die geeigneten Schritte bei der Regierung gethan hat, um sofortige Abhülfe zu verlangen, sondern daß auch der Bundesrath sich bewogen fand, auf Maßregeln Bedacht zu nehmen, wie die öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Bundesstadt aufrecht zu erhalten und zu wahren sein dürfte. — Auch die Zügellosigkeit der hiesigen Presse beginnt die Aufmerksamkeit der Behörden in Anspruch zu nehmen. Namentlich ist es der hier erscheinende, von dem Buchhändler Jenni redigirte „Guckkasten", welcher durch freche Verhöhnung des Christenthums und Herabwürdigung der Geistlichkeit schon seit längerer Zeit die allgemeine Entrüstung des ehrbaren Publikums gegen sich erweckt hat, ohne daß die Regierung, wie sie nach dem Preßgesetz verpflichtet ist, gegen diesen Preßunfug eingeschritten wäre. In einer

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 28. Januar. Kündigung des oldenburgischen Veetrags mit Nordamerika.) Wien (Ministerkombination. Füster. Wahlen. Nachrichten aus Ungarn und Siebenbürgen. Der Wasserstand.) Kremsier (Der Klerus und die Grundrechte. Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Der Kaiser von Oesterreich Chef eines Regiments. Die Wahlen. Versammlungen. Der Belagerungszustand.) Dresden (Erklärung der Minister.) Leipzig (Die Ministerkrisis.) Kassel (Minister Eberhard reicht seine Demission ein.) Arolsen (Die Fürstin von Waldeck für Preußen.)

Frankreich. Paris. (Grevy's. Bericht. Der Billaul'sche Vorschlag. Verbot der Klubs. Stimmung der Journale. Bauernaufstand. Brief von Barbès. Die Toulouer Expedition aufgegeben.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 29. Januar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 29. Janyar.

Tagesordnung der 160. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des vom Abgeordneten Zachariä aus Göttingen erstatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Schüler aus Jena, die diplomatischen Verbindungen Deutschlands und der deutschen Staaten betreffend.
2) Berathung des vom Abgeordneten Osterrath erstatteten Berichts, die Verhältnisse der arbeitenden Klasse betreffend.
3) Berathung des vom Abgeordneten Lette, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichts, über die demselben bis jetzt zugegangenen Petitionen, wegen Aufhebung der Feudallasten.
4) Berathung des vom Abgeordneten Wachsmuth, Namens des Peioritäts- und Petitions-Ausschusses erstatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Jahn, auf Veranlassung einer Untersuchung gegen Mitglieder der konstituirenden Nationalversammlung.
5) Berathung des vom Abgeordneten Zachariä aus Göttingen, Namens des internationalen Ausschusses erstatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Jucho und Genossen, den diplomatischen Verkehr mit Rußland betreffend.
6) Berathung des vom Abgeordneten Höfken, Namens des völkerrechtlichem Ausschusses erstatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Schulz aus Weilburg, und Genossen, die Niedersetzung eines besondern Ausschusses zur Berathung der Donaufrage.
7) Berathung des vom Abgeordneten Gustav Fischer, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung erstatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Eisenstuck, die Begründung der vom Verfassungs-Entwurfe gestellten Verdesserungs-Anträge betreffend.
8) Berathung des vom Abgeordneten Michelsen, Namens des Gesetzgebungs-Ausschusses erstatteten Berichts, über den Anteag des Abgeordneten Jucho, auf Erlassung eines Reichsgesetzes zur Ausführung des Grundsatzes über Eingehung der Ehe durch einen Civilakt.
9) Berathung des vom Abgeordneten Rödinger, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses erstatteten vierten Berichts, über verschiedene an die Reichsversammlung gelangte Eingaben.
10) Berathung des vom Abgeordneten Martens erstatteten Berichts, über die von dem königlich prrußischen Stadtgerichte zu Rosenberg beantragte Zustimmung zur Einleitung einer steafrechtlichen Untersuchung wegen Hochverraths gegen den Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung, Herrn Minkus.
11) Berathung des vom Abgeordneten Lette, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichts, über die Anträge mehrerer Abgeordneten, die Aufhebung oder Ablösung der auf dem Bergbau ruhenden Zehnt- und andern Abgaben und Lasten betreffend.
12) Berathung der vom Abgeordneten Schulze aus Potsdam, Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten erstatteten Berichts:
    a) über die unter Nro. 3552 vorliegende Petition des Göttinger Bürgervereins vom 27. September 1848, wegen Vermehrung der deutschen Kriegsmacht, vermittelst Volksbewaffnung;
    b) über den Antrag des Abgeordneten Werner aus Oberkirch, in Betreff der Ergänzung des großherzoglich badischen Armeekorps, Nro. 550 und über verschiedene den gleichen Gegenstand betreffende Petitionen Nro. 5500.
13) Berathung des vom Abgeoednaten Mittermaier, Namens des Gesetzgebungs-Ausschusses erstatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Rösler und Genossen, die authentische Uebersetzung der Reichsgesetze betreffend.
14) Berathung über den Antrag des Abgeordneten Würth aus Sigmaringen, auf ungesäumte Zurückziehung der noch im Fürstenthum Sigmaringen befindlichen Reichstruppen.

Vorsitzender Präsident Simson. Seinen Austritt aus der Nationalversammlung zeigt für den letzten dieses Monats an: Hr. Lang aus Verden im Königr. Hannover. Für den 15ten Wahlbezirk des Königreichs Sachsen ist eine Neuwahl anzuordnen, indem der dort ernannte Stellvertretee erklärt, daß er verhindert sei, seinen Platz in der Paulskirche einzunehmen.

Unter den heute verkündeten Flottenbeiträgen werden namentlich die sehr beträchtlichen Beisteuern aus Erlangen und aus Heidelberg von dem lebhaften Bravo der Versammlung ausgezeichnet.

Als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschasses zeigt Herr Waitz die Vollendung des (bereits gedruckt vertheilten) letzten Abschnitts des Entwurfs: „Gewähr der Verfassung" an. (Beifall.) Von den übrigen Mittheilungen aus den Ausschüssen ist hervorzuheben der Bericht Hrn. Schubert's aus Königsberg darüber, daß und wie die Feststellung der Abgrenzungslinie zwischen Deutsch-Posen und Polnisch-Posen geschehen sei.

Die langen Tagesordnungen führen in der Regel nur kurze und uneeheblichen Verhandlungen herbei. Für die folgende Berathung übernimmt Vizepräsident Herr Kirchgeßner den Vorsitz. Der Antrag des Heren Schüler aus Jena, der die erste Nummer der Tadesordnung bildet, lautet auf Abschaffung der deutschen Einzelngesandtschaften und besondern Konsulate und Ersatz derselben durch diplomatische Anstalten der Centralgewalt. Nur Herr Buß ergreift das Wort, indem er hinsichtlich der hohen Pforte dazu räth, daß die deutschen Gesandtschafts-Angelegenheiten dem österreichischen Internuntius übertragen werden möchten. Das Ausschußerachten ist folgendes:

„Die deutsche Nationalversammlung beschließt, daß der Antrag des Abgeordneten Schüler aus Jena der Centralgewalt zur förderfanesten Berücksichtigung zu überweisen sei."

Die Versammlung tritt dem bei.

Der zweite Gegenstand erledigt sich, ebenfalls dem Ausschußantrage gemäß, durch Uebergang zur Tagesordnung.

Desgleichen die dritte Nummer.

In Bezug auf die vierte Nummer hat Hr. Jahn selbst seinen Anteag schriftlich zurückgenommen. Obschon der Antragsteller nicht gegenwärtig ist, um seine Erklärung auch mündlich abzugeben, so ist die Versammlung doch der Meinung, daß die Angelegenheit damit als erledigt zu betrachten und daher von einer Abstimmung über das Erachten des Ausschusses

„die hohe Versammlung wolle beschließen, daß über den Antrag des Abgeordneten Jahn in Betracht von dessen Unschlüssigkeit und Unstatthaftigkeit, so wie dessen Ungehöeigkeit nach Form und Inhalt, zur motivirten Tagesordnung überzugehen sei"

abzusehen sei.

Der fünfte Gegenstand betrifft den Antrag Herrn Jucho's auf Herstellung eines diplomatischen Verkehrs mit Rußland. Nur der Antragsteller ergeeift das Wort, indem er darauf aufmerksam macht, daß wir in Petersbueg ohne alle „deutsche" Vertretung seien und auf die Mißlichkeiten hinweist, die durch den Mangel einer solchen Vertretung entstehen könnten, wenn das Reich mit Rußland in Feindseligkeiten geriethe. Das Ausschußerachten

„daß unter Ueberweisung des Antrags des Dr. Jucho und Genossen an das Reichsministerium zur geeigneten Berücksichtigung, zur Tagesordnung übergegangen werde"

wird von Herrn Schubert vertheidigt, indem er vornehmlich auf den provisoeischen Zustand der Centralgewalt und darauf aufmerksam macht, daß ein dipiomatischer Verkehr nicht einseitig eingeleitet werden könne. Die kurze Debatte endet mit Annahme des Ausschußantrags.

Die sechste Nummer ruft Hrn. Schulz aus Weilburg auf die Rednerbühne. Er beklagt, daß der Bericht über seinen Antrag um ein ganzes Vierteljahe verspätet worden sei. Besonders für die deutsche Auswanderung sei die Donau von unermeßlicher Wichtigkeit. Die Entwickelung einer gesunden Politik gegen den Osten sei versäumt und dagegen in Mitten der Versammlung die Parteileidenschaft aufgestachelt und die Kleinstaaterei im Reiche in Schwung gebracht worden. Jetzt sei die Zeit dazu freilich vorüber, einen besonderen Ausschuß für die Angelegenheit niederzusetzen. Hr. Schulz vertraut aber den von ihm angeregten Gegenstand mit Zuversicht dem völkerrechtlichen Ausschusse an, indem er einen neuen Antrag zu dem früheren einbringt, daß auf Herstellung eines gesicherten Rechtszustandes in den Donauländern, namentlich in Ungarn, zum Behuf deutscher Auswanderung kräftig hingewirkt werde. Darnach wird dem Erachten des völkerrechtlichen Ausschusses gemäß beschlossen:

„Dem Antrage auf Niedersetzung eines besondern Ausschusses zur Berathung der Donaufeage zur Zeit keine Folge zu geben; vielmehr die darauf bezüglichen Anträge und sonstigen Eingänge, wie bisher geschehen, an den völkerrechtlichen Ausschuß zu verweisen."

Desgleichen wird Uebergang zur Tagesordnung beliebt über den unter Nummer sieben aufgeführten Eisenstuck'schen Antrag.

In Bezug auf den von Herrn Jucho beantragten Erlaß ei-

nes Reichsgesetzes zur Einführung der bürgerlichen Ehe unterstützt Herr Buß das Erachten des Gesetzgebungs-Ausschusses, welches auf Uebergang zur Tagesordnung lautet. Herr Huck aus Ulm dagegen will im Interesse der Einheit und Gleichartigkeit auch über die Eingehung der Civilehe allgemeingiltige Bestimmungen erlassen sehen. Berichterstatter Herr Michelsen: Es gibt keine Civilehe, es gibt nur einen Civilakt zur Eingehung der Ehe. Die Bestimmungen darüber gehören ausschließlich der Partikulargesetzgebung an. — Die Versammlung pflichtet auch hier dem Ausschußantrage bei.

Desgleichen werden Nummer neun die von Herrn Rödinger im Namen des Prioritäts- und Petitionsausschusses berichtlich aufgezählten Eingaben an die Nationalversammlung ohne weiteren Beschluß zu den Akten genommen.

Der Ausschußbericht über die vom königlich preußischen Stadtgerichte zu Rosenberg beantragte Zustimmung zur Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung wegen Hochverraths gegen den Abgeordneten Herrn Minkus geht dahin, daß die Nat.-Vers. die nachgesuchte Genehmigung nicht ertheile. Das Wort nehmen Hr. Haubenschmidt aus Passau und Herr Rößler aus Oels. Der Grund, aus welchem der Nationalversammlung vom Ausschusse angerathen wird, die begehrte Erlaubniß zu verweigern, ist die Unvollständigkeit der eingesandten Aktenstücke. Herr Rößler von Oels greift die Unzulänglichkeit der gegen Minkus vorliegenden Anschuldigungsgründe auch materiell an. Nachdem noch als Berichterstatter Herr Martens aus Danzig gesprochen, wird das Ausschußerachten mit Ablehnung des von Herrn Haubenschmidt beantragten Zusatzes, daß die Erlaubniß nur „zur Zeit" verweigert werden möge, zum Beschlusse erhoben.

Der Gegenstand unter Nr. 11 der Tagesordnung ist ein Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über mehrere Anträge auf Ablösung der auf dem Bergbau ruhenden Lasten. Nach dem Erachten des genannten Ausschusses soll das Recht der Gesetzgebung über das Bergbauwesen der Reichsgewalt zugesprochen und die deßfallsige Bestimmung in die Verfassung aufgenommen werden. Der Gegenstand wird durch Versammlungsbeschluß dem Verfassungsausschusse zur Prüfung und zur geeigneten Berücksichtigung übergeben.

Die auf die Wehrangelegenheiten bezüglichen, unter Nr. 12 verzeichneten beiden Anträge werden wiederum durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Nr. 13 betrifft den Antrag des Abgeordneten Herrn Rößler von Oels, „daß die Nationalversammlung das Reichsministerium auffordere, für authentische Uebersetzung der bis jetzt erlassenen oder noch zu erlassenden Reichsgesetze und sonstigen von dem Reiche ausgehenden Veröffentlichungen, vorläufig in das Polnische, Czechische, Illyrische, Dänische und Italienische, und für geeignete Veröffentlichung dieser Uebersetzung in den betreffenden Landestheilen auf verfassungsmäßigem Wege Sorge zu tragen." Der Gesetzgebungsausschuß ist der Meinung, daß die Besorgung authentischer Uebersetzungen der Reichsgesetze in die nichtdeutschen Sprachen den Einzelregierungen zu überlassen sei. Obschon Herr Rößler seinen Antrag von der Rednerbühne herab nochmals der Beachtung des Hauses empfiehlt, wogegen Herr von Breuning das Ausschußerachten rechtfertigt, so erfolgt doch auch über diesen Gegenstand nur einfacher Uebergang zur Tagesordnung.

Der dringliche Antrag des Hrn. Würth aus Sigmaringen lautet:

„In Erwägung, daß das Fürstenthum Sigmaringen schon seit Monaten mit Reichstruppen besetzt ist; daß diese Besetzung den belasteten Gemeinden um so härter fällt und um so beschwerlicher wird, als früher keine und in jüngster Zeit nur eine ganz ungenügende Vergütigung an die Quartierträger geleistet wurde; daß Grund zu einer derartigen Maßregel nie vorgelegen ist, und heute noch weniger vorliegt, und daß endlich alle bisherigen Schritte, welche dazu unternommen wurden, fruchtlos geblieben und mit grundlosen Einwendungen zurückgewiesen worden sind, stelle ich an die hohe Nationalversammlung den Antrag, zu beschließen: die noch im Fürstenthum Sigmaringen befindlichen Reichstruppen seien ungesäumt zurückzuberufen."

Nachdem schon eine kleine Debatte darüber geführt worden ist, ob der Würth'che Antrag — ohne vorhergängige Berichterstattung darüber — auch nur zur Berathung zuzulassen sei, erregt folgende Erklärung, die Herr Stavenhagen Namens des Reichskriegsministeriums abzugeben ermächtigt ist, die allgemeine Heiterkeit der Versammlung. Sie erledigt nämlich den Würth'schen Antrag vollständig durch die amtliche Mittheilung: daß seit dem 24. Januar kein Mann Reichstruppen mehr in Sigmaringen stehe (Gelächter), indem seitdem auch die letzten beiden dort stehenden Kompagnien Würtemberger — im Ganzen 300 Mann — zurückgezogen worden seien!

Herr Würth steht darnach allerdings davon ab, daß über seinen Antrag ein Beschluß gefaßt werde.

Die heutige Sitzung schließt schon ein Uhr Nachmittags. Morgen Berathung über den Abschnitt des Verfassungsentwurfs, der von der Gewähr der Verfassung handelt.

Frankfurt, 28. Jan. Auch die oldenburgische Regierung hat gleich der hannöverischen auf die Aufforderung des Reichsministeriums des Handels die erforderlichen Schritte bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gethan, um das Hinderniß zu beseitigen, welches der Handelsvertrag zwischen Nordamerika und Hannover, dem Oldenburg beigetreten ist, der deutschen Zolleinigung in den Weg legt. Obwohl eine Erwiderung von Washington noch nicht erfolgt ist, ist doch Grund vorhanden, es für unzweifelhaft zu halten, daß man dort mit aller Bereitwilligkeit auf die Wegräumung derjenigen Hemmungen eingehen wird, welche die Begründung eines kommerciell einigen Deutschlands in den Verträgen jetzt noch entgegenstehen. (O.P.Z.)

△ **Wien**, 24. Jan. Alle unsere Blätter bringen nach der Reihe die neue Ministerkombination; doch ist die Ernennung des Finanzministers Kraus zum Gouverneur von Galizien völlig unbegründet, der neue Gouverneur ist in dem Hrn. Golukowski bereits bezeichnet. Der abtretende Gouverneur Zaleski soll zum Unterstaatssekretair im Ministerium des Innern (oder des Unterrichts) ernannt werden. Unser Reichstag dekretirt die Aufhebung des Adels und das Gerücht läßt zu gleicher Zeit den Grafen Radetzki zum Herzog von Custozza und den Fürsten Windischgrätz zum Herzog von Friedland — ein für Oesterreich und seine Dynastie verhängnißvoller Name — ernannt sein. Nichts wäre allerdings bezeichnender für die Stellung unseres Ministeriums zum Reichstage, als diese Standeserhöhungen. Die Enthebung des Reichstagsabgeordneten Füster von seiner Stelle als Professor der Theologie an der hiesigen Universität ist nun officiell bekannt gemacht; in Kremsier wurde er dafür zum Mitglied des Studienausschusses gewählt. Für unsern R. T. wurde am 18. in Böhmen Graf Albert Deym gewählt. Aus Siebenbürgen lauten die Nachrichten noch immer trostlos: in Hermannstadt rüstet man gegen die Ungarn und in Klausenburg sollen auf Befehl des Generals Bem 17 Personen erhängt worden sein! Aber nicht nur die magyarischen Schaaren, auch die Wallachen und Romanen verüben Gräuel und Willkür. So hat am 5. d. M. der Führer des romanischen Landsturms, Präfekt Dyonis Popovits in Broos eine „Brand- und Lebenskapitulation" von fl. 30,000 W. W. verlangt und auch fl. 20,300 (fl. 8,120 C. M.) wirklich davon erhalten. Er wurde von dem General-Kommando seines Amtes zwar entsetzt aber der unglückliche Ort war und blieb einmal gebrandschatzt. Nachrichten aus Debreczin sagen, daß es den dortigen Einwohnern gelungen sei, die „heilige Stephanskrone" aus den Händen Kossuth's zu retten. Aus Debreczin soll eine solche Masse von Goldstücken nach Pesth gebracht worden sein, angeblich Gold, welches Kossuth abgenommen wurde, daß das Agio bedeutend herabgesetzt werden konnte. In Folge des Ausspruchs des ungarischen Repräsentantenhauses zu Debreczin, daß sich die Armee aufzulösen habe, sind zwei vollzählige Husarenregimenter zu den k. Truppen übergegangen, darunter das Regiment „König von Hannover." Heute Nacht fiel das Wasser bedeutend und seit zwei Stunden geht glücklicherweise auch der Eisstoß, ohne uns weitere Gefahr zu drohen. Aber in den Vorstädten sind durch die Ueberschwemmung wieder viele Familien zu Bettlern geworden, und die Ermächtigung des Finanzministeriums, womit es dem Gemeinderath bis zu fl. 500,000 zur Unterstützung für Hülfsbedürftige bewilligt, kommt zur guten Stunde.

** **Kremsier**, 23. Jan. Ich theile Ihnen hier das Sendschreiben mit, welches vom Linzer Bisthume an den dortigen Diöcesan-Clerus erlassen wurde: „Unserem hochwürdigen Bischofe wurde neuerlichst von Wien aus höchst achtbarer und verläßlicher Hand folgende Nachricht zu Theil: „Einem freundlichen Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten Fürst Schwarzenberg aus Ol-

müß zu Folge, erkläre sich das hohe Ministerium, daß es Vorstellungen der kirchlichen Oberhirten gegen die Grundrechte als einen Beweis ihrer Berufstreue ansehen wolle und auch nicht unterlassen werde, solche zu unterstützen." Unser hochwürdigster Herr Ordinarius glaubt, eine so trostbringende Nachricht auch seinem geliebten Diöcesan-Klerus nicht vorenthalten zu dürfen."

Reichstagssitzung. An der Tagesordnung ist die Diskussion über §. 5 der Grundrechte; derselbe lautet: „Das Verfahren vor dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen ist öffentlich und mündlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. In Strafsachen gilt der Anklageproceß. Schwurgerichte haben jedenfalls bei Verbrechen, bei politischen und Preßvergehen zu erkennen. Niemand darf wegen einer strafbaren Handlung, rücksichtlich deren er bereits durch das Geschwornengericht für nicht schuldig erklärt wurde, nochmals in Untersuchung gezogen werden." Nach Erledigung der Formalitäten interpellirt der Abgeordnete Vaciano das Finanzministerium, betreffend eine auf die Grundsteuer bezügliche Maßregel, die in dem Voranschlage für 1849 erwähnt wird.

Vom Abgeordneten Zbyszweski wird ein dringlicher Antrag eingebracht, wonach die Armee in Italien, in ihrer Eigenschaft als ein Inbegriff von österreichischen, zu dem hier vertretenen Länderkomplex gehörigen Staatsbürgern, drei Abgeordnete zu dem konstituirenden Reichstage wählen soll. Diese Wahl soll jedoch nur für die jetzigen außerordentlichen Umstände gelten und daraus für die Zukunft keine Folgerung zu machen sein. Der Antrag wird einhellig unterstützt. Es wird zur Tagesordnung übergegangen und Berichterstatter Rieger liest den §. 5. Haßlwanter, Ullepitsch, Kudler sprechen gegen den Paragraph und begründen zum Theil Amendements; für denselben treten auf Borrosch, Violand, Hawelka. Brestl beantragt den Schluß der Debatte, die noch eingeschriebenen Redner wählen Dylewski zum Generalredner für, Lasser gegen der Paragraph. Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Berlin, 27. Jan. Das „Militärwochenblatt" enthält folgende Allerhöchste Verordnung: „Ich habe des jetzt regierenden Kaisers Franz Joseph von Oesterreich Majestät zum Chef des Kaiser Franz Grenadier-Regiments ernannt, dessen bisherige Benennung, der früheren Bestimmung gemäß, unverändert bleibt, und das Regiment anweisen lassen, Sr. Majestät allmonatlich seinen Rapport, so wie die Offizier-Rangliste, einzureichen. Charlottenburg, den 11. Jan. 1849. (gez.) Friedrich Wilhelm. gegengez. v. Strotha."

: **Berlin**, 27. Jan. Zu den wenigen größeren Städten, in welchen die Konservativen gesiegt haben, ist noch Danzig zu rechnen. Im Allgemeinen ist kein Zweifel mehr übrig, daß die sich seit dem November als Sieger ansehende Partei, die in der Neuen Preußischen Zeitung triumphirte, vollständig geschlagen ist. Auch die eigentliche Rechte ist der Linken offenbar unterlegen, selbst in Westphalen, über welche loyale Provinz erst jetzt nähere Nachrichten eintrafen. Nicht blos in Münster, Paderborn und Arnsberg, überhaupt im katholischen Theile, haben die Demokraten gesiegt, sondern auch in Hamm und Dortmund und in der treuen Grafschaft Mark. In dem nördlichen evangelischen Theile haben sich die Parteien die Wage gehalten. Da die Konservativen in der zweiten Kammer keine Aussicht haben, so wenden sie ihr Augenmerk auf die erste Kammer. Hier dürfen sie auf ein Uebergewicht rechnen. Allein ein zu großes möchte ihnen gefährlich werden. Gerade die Demokraten beabsichtigen, wirklichen Reaktionären ihre Stimme zu geben, um die erste Kammer gründlich verhaßt zu machen. Sie hoffen, daß sich die zweite Kammer zur alleinigen Volksvertretung aufwerfen werde. Die Wahlmänner zur zweiten Kammer beginnen ihre Besprechungen. Die Wahl des Herrn Waldeck ist als gewiß zu betrachten. Die übrigen Kandidaten der Demokratie sind Temme, Jacobi und Behrends, welcher letztere sich jedoch aus einer Versammlung zu entfernen genöthigt war, als er gesagt hatte: Wir brauchen keine erste Kammer! Weg mit der Verfassung vom 5. Dezember! Das Ministerium weigert sich, den Belagerungszustand aufzuheben. Die Aufhebung solle erfolgen, sobald die Umstände es gestatteten. Die Umstände werden aber schwerlich dazu angethan sein, ehe das Ministerium abgetreten ist. Das Ministerium gleicht einem Handlungshause, welches seiner Zahlungsunfähigkeit sich bewußt ist, aber den Tag der Erklärung hinausschiebt. Seine Gläubiger, hier die Nation, können dabei nur verlieren.

== **Dresden**, 27. Jan. Die Minister erschienen heute wieder in der zweiten Kammer und Hr. von der Pfordten gab die Erklärung ab, daß die umgehenden Gerüchte, als haben sie ihre Dimission eingereicht, weil der König gegen die Publikation der deutschen Grundrechte, vornehmlich gegen die Civilehe sei, durchaus unbegründet seyen. Der König habe durchaus nichts gegen die Grundrechte, die auch für Sachsen in den nächsten Tagen angenommen und veröffentlicht werden sollten. Der Entschluß der Minister, abzutreten, beruhe auf ganz andern Gründen, die sie jetzt nicht angeben könnten — also doch wohl, weil sie mit der jetzigen Majorität der Kammer nicht auskommen zu können glauben! — Der König hat aber die Dimission der Minister noch nicht angenommen und viele glauben auch, daß er sie nicht annehmen und das Ministerium zum Bleiben bewegen werde. Hier herrscht in dieser Krisis die größte Spannung.

§ **Leipzig**, 26. Jan. Mit dem Eisenbahnzug von Dresden kommt so eben die Nachricht, daß Ministerium sei abgetreten. Nun wird es sich darum handeln, ob der Schade des Landes durch Schneiden geheilt werden soll, oder ob man ihn wird ausschwüren lassen, das heißt, ob der König die Kammern auflösen, oder ein Ministerium aus ihrer Majorität berufen wird. Wenn man über die augenblickliche Unbehaglichkeit hinwegsieht, so möchte letzteres vorzuziehen sein. In den Wahlen hat sich der Wunsch des Landes ausgedrückt, die Politik der Bierhäuser ganz ungeläutert in den Kammern vertreten zu sehn; es würde belehrend sein, diese Politik in ihrem natürlichen Zustande nun auch an der Spitze der Verwaltung zu erblicken. Das Volk hat nichts verlangt als entschiedenen Freisinn; Verstand und Fähigkeit waren mit Recht als aristokratisch verschrieen. Man wird nun vielleicht die Erfahrung machen, wie weit mit dem Freisinn, ohne alle andere Befähigung, zu kommen ist. Es wäre jedenfalls ein merkwürdiger Versuch, der so wohl noch nie gemacht worden ist.

Kassel, 27. Jan. Minister Eberhard hat heute seine Entlassung eingereicht, dieselbe aber noch nicht erhalten. (Näheres wird noch nicht mitgetheilt.) (Fr. J.)

♉ **Arolsen**, 25. Jan. Von hier ist ebenfalls dem Reichsministerium die Erklärung unserer Fürstin zugegangen, daß auch sie ein einziges und selbst erbliches, mächtiges Oberhaupt an die Spitze Deutschlands gestellt zu sehen wünsche und nicht zweifle, hierdurch zugleich die Wünsche Ihres Volkes ausgesprochen und ganz in dessen Sinne gehandelt zu haben. Das letztere ist, soviel wir mit der öffentlichen Meinung uns haben bekannt machen können, in der That der Fall; nur in Einem und zwar in einem mächtigen Oberhaupt findet man hier die nöthige Garantie für die Ruhe und für eine gesetzliche Freiheit und Ordnung und sieht mit Sehnsucht einer festen Gestaltung der Zustände Deutschlands entgegen. Daß man bei der Frage, in welche Hände die höchste Reichsgewalt zu legen? nur an Preußen denkt, ist eine sehr natürliche Folge unserer Lage. Mit dem von uns weit entfernten Oesterreich stehen wir in gar keiner Verbindung, während Preußen einer unserer Nachbarn ist, mit dem wir in täglichem Verkehr stehen, der aber auch seine freundliche und wohlmeinende Gesinnung gegen uns schon in vielen Fällen durch die That bewiesen hat.

Frankreich.

* **Paris**, 26. Januar. Die Berathung des Staatsrathsgesetzes wurde in der gestrigen Sitzung durch die Erscheinung Grevy's unterbrochen. Er erscheint auf der Rednerbühne, um den Bericht der neuen, zur Prüfung des Inhalts des Rateau'schen Vorschlages niedergesetzten Kommission vorzulesen. Nachdem die Inbetrachtnahme dieses Vorschlages, der die Ausschreibung der neuen Wahlen auf den 4. März und die Auflösung der jetzigen (konstituirenden) Nationalversammlung am 19. März zum Gegenstand hat, mit einer sehr geringen Majorität beschlossen worden war, hatte die Nationalversammlung zur Prüfung des Inhaltes selbst eine Kommission von 15 Mitgliedern ernannt, von denen 14 entschieden gegen den Vorschlag waren. Es ist also nicht zu verwundern, daß Grevy, der Berichterstatter dieser Kommission, auf unbedingte Verwerfung nicht nur dieses, sondern selbst aller ähnlichen Vorschläge anträgt. Mit diesem Gutachten, welches die Gesinnung der republikanischen Parteien der Nationalversammlung ausdrückt, ist der monarchischen Partei und dem Ministerium der Handschuh hingeworfen. Wie bekannt wollen Pagnerre, Barthélemy, St. Hilaire und einige gleichgesinnte Freunde den Termin für die Auflösung der Nationalversammlung bloß bis zum Monat Mai hinausgeschoben wissen; andere, namentlich Lamartine, waren der Meinung, die Zahl der von der Nationalversammlung vor

ihrem Auseinandergehen zu votirenden Gesetze von 10 auf 3 herabzusetzen; allein die Mehrzahl der republikanischen Partei, der bisherigen Vorpostengefechte und Scharmützel gegen das Ministerium Odilon Barrot und die vereinigte Partei der Legitimisten und Orleanisten müde, will von einer Vermittelung nichts wissen und sucht einen Alles entscheidenden Kampf herbeizuführen, dessen Beginn sie mit der Diskussion des Rateau'schen Vorschlages und des Grevy'schen Berichtes auf Montag den 29. Januar festgesetzt hat. Die Hauptpunkte des Grevy'schen Berichtes sind folgende: im Hinblik auf den Präsidenten der Republik behauptet der Bericht, daß die Nationalversammlung seine Wahl bloß deßwegen sehr beschleunigt habe, um seine ersten Schritte zu überwachen und daß daher die Versammlung ihre Absicht verfehlen würde, wenn sie sich in kurzer Zeit auflöste; in Hinblick auf das Ministerium sagt der Bericht, daß die Nationalversammlung sich ebenfalls vor dessen Haltung und Sprache nicht zurückziehen könne, daß das Ministerium die Unterstützung der Nationalversammlung zurückweise und daß diese durch ihren Rücktritt nicht die Verantwortlichkeit für die Thatlosigkeit des Ministeriums auf sich nehmen dürfe; im Hinblick auf die eingelaufenen Petitionen um Auflösung der Nationalversammlung vindicirt der Bericht derselben das Recht einer gesetzlich konstituirten Souveränität und weist den moralischen Zwang, den man durch 173,000 Unterschriften ausüben wolle, als der Würde der das ganze Volk repräsentirenden Versammlung zuwider mit Entschlossenheit zurück.

Noch während der Vorlesung des Berichts stürzen die Abgeordneten zum Büreau, um sich für oder wider einschreiben zu lassen. 16 Redner schreiben sich für den Kommissionsbericht, also gegen die Auflösung, ein, unter anderen Jules Favre, Ducoux, Baune, Felix Pyat, Th. Bac, Buvignier; 27 gegen den Commissionsbericht, u. a. Pagnerre, Barthélemy St. Hilaire, Victor Hugo, Combarel de Leyval, Ferdinand Barrot. — Darauf geht die Nationalversammlung auf den Kommissionsbericht über, den der Abgeordnete Dezeimeris über die Dringlichkeit des Billault'schen Vorschlages zur Untersuchung des Einnahme-Büdgets vor dem Ausgabe-Büdget erstattet. Die Versammlung erkennt die Dringlichkeit an, so daß sie auf Billault's Antrag, den Passy selbst unterstützt, schon Sonnabend zur Verlesung des Kommissionsberichtes über diesen Gegenstand bestimmt. — Auch beschließt sie die Ernennung einer Kommission von 30 Repräsentanten, ihrem Votum vom 23. gemäß, ebenfalls zur Prüfung des Büdgets schon heute den 26. vorzunehmen. —

Die heutige Sitzung beginnt wieder mit dem schon seit einigen Tagen gebräuchlichen Petitionsscharmützel. Vergebens sträubt sich Marrast, wenn auch im Parteiinteresse, doch mit Recht, gegen diese Unsitte. Die Rechte beharrt darauf als der einzigen Waffe der Minderheit, wie das Journal des Debats sagt. Dann kommt eine kurze Verhandlung über ein Lokalgesetz, eine Steuer der Stadt Marseille betreffend. Endlich erscheint der Minister des Innern, und Faucher legt einen Gesetzentwurf über das Verbot aller Klubs vor. Er erklärt, daß die Regierung Alles gethan habe, zu dem Versuch, diese Freiheit dem Volke zu gestatten, aber die Zügellosigkeit, die in den Klubs herrsche, erlaube nicht, den Versuch weiter fortzusetzen. Die Klubs hätten alle Vorsichtsmaßregeln des Gesetzes umgangen, und seien nichts anders als eine Hülfsanstalt für geheime Gesellschaften. Man müsse die Klubs nicht mit dem Rechte der Zusammenkünfte, das die Februar-Revolution gesichert habe verwechseln. Dieses werde nicht nur fortbestehen, sondern sogar freier werden, wenn es nicht mehr unter dem Druck der Klubs bestehe. Der Nationalkonvent habe die Nothwendigkeit die Klubs zu schließen schon gefühlt. Die jetzige Nationalversammlung, im Begriff auseinander zu gehen (allgemeiner Ruf, Oho, Oho, noch nicht!), werde nicht weniger thun wollen. Das Ministerium halte den Verbot der Klubs für unumgänglich nothwendig, aber die Freiheit kann nicht darunter leiden, denn mit der Preßfreiheit, mit dem Rechte der Zusammenkünfte und dem allgemeinen Stimmrechte sei sie mehr als gesichert. — Folgendes ist das vorgeschlagene Gesetz: Art. 1. Alle Klubs sind fortan verboten. Jede Versammlung, in öffentlichen oder Privathäusern, die sich mit politischen Gegenständen zu regelmäßigen Perioden beschäftigt, wird als Klub betrachtet. Art. 2. Die Urheber dieser Vereinigungen werden mit einer Geldstrafe von 100—500 Franken und der Entziehung der bürgerlichen Rechte von ein bis fünf Jahre gestraft. Art. 3. Jeder Hauseigenthümer, der sein Lokal hierzu hergegeben, wird mit einer Geldstrafe von 100—500 Franken belegt. Die Versammlung entscheidet, daß morgen der Bericht über die Dringlichkeit abgestattet wird. Der Berg protestirt gegen das Gesetz als unkonstitutionell. Man kommt schließlich zur Fortsetzung der Berathung über das Gesetz für den Staatsrath.

Die heutigen Journale beschäftigen sich alle mit den gestrigen Verhandlungen der Nationalversammlung und die republikanischen außerdem mit der gestern im Moniteur veröffentlichten Präfektenliste. Das Journal des Debats sagt bei Gelegenheit der ersteren in sehr entschiedener und fast drohender Sprache: „Der Würfel ist geworfen. Die Auflösung wird dennoch stattfinden, wir wissen es, und zwar in einer nahen Zeit. Sie wird stattfinden und alles, was man gewonnen haben wird, das wird sein, daß man es mit einem aufgeregten und durch den Zorn verwirrten Lande zu thun haben wird.“ Ueber die Präfektenliste sagt der National: „Selbst Herr Duchâtel, republikanischen Andenkens, würde sich gescheut haben, einige dieser Ernennungen zu unterzeichnen; er würde gefürchtet haben, sich zu kompromittiren.“

Zu all diesen Schwierigkeiten kommt die Aufregung der bäuerlichen Bevölkerung, namentlich im Süden Frankreichs. So heißt es, es seien abermals ernstliche Unruhen im Departement du Lot ausgebrochen, weil die Bauern, durch die Versprechungen der bonapartistischen Wahlagenten getäuscht, sich von den Steuern der 45 Centimes befreit glaubten und deren Leistung verweigerten. Man sieht Wolken genug stehen an dem politischen Himmel Frankreichs, und wären die Gesetze der politischen Meteorologie nicht noch schwankender, als die der physischen, so möchte man wohl mit Zuversicht ein Gewitter noch vor Ende des Frühlings vorhersagen.

Barbès hat einen Brief veröffentlicht, worin er gegen die Entscheidung der Nationalversammlung, welche für die Maigefangenen einen Gerichtshof zu Bourges errichtet, protestirt, nicht für sich, fügt er, denn er erkenne den einen Gerichtshof so gut nicht an, wie den andern, und appellire an die Stimme des Volks, die noch ganz andere Urtheile kassirt habe, aber für seine Mitgefangenen, welche von einer Jury freigesprochen worden wären. „Es ist immer schon etwas, dieser Ausnahmsgerichtshof“, schließt er, „der mit dem Bagno endet, vermuthlich für die Vertreter des Volks wie für die armen Vertretenen, welche diese Herren der monarchischen Klassen, sobald sie nicht mehr Furcht haben, Kanaille nennen“.

Die Unternehmung von Toulon scheint wirklich wie eine Seifenblase zu zerstieben. Die Regierung hatte die nach Algier bestimmten Truppen, sowie die für den Postdienst zwischen Algier und Toulon bestimmten Paketboote zurückbehalten — beide Maßregeln sind jetzt wieder aufgehoben, ein ziemlich sicherer Beweis, daß der ursprüngliche Plan aufgegeben ist.

Cousin erklärt heute die gestern von uns mitgetheilte (aber auch gleich bezweifelte) Erzählung des National von der Aeußerung des Hrn. Thiers gegen den Volksunterricht für unwahr. „Es würde keinem Menschen gelingen“, schreibt er, „Thiers und mich über die Grundsätze zu entzweien, die 50 Jahre den öffentlichen Unterricht in Frankreich geleitet haben. Ich werde darin nie etwas Anderes zu thun haben, als Hrn. Thiers zu folgen, und ich würde erröthen, wollte ich meine Anhänglichkeit an die Universität gegen den Mann kehren, der sie am besten vertheidigt hat, und der noch ihre sicherste Stütze ist“. In gleicher Weise enthalten die Organe der Regierung eine halboffizielle Mittheilung, welche die Existenz des Drohbriefes des Prinzen von Canino an den Präsidenten der Republik in Abrede stellt.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 29. Januar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 76½; 2½pCt. Metall. 40½; Bank-Aktien fl. 1229; fl. 500. Loose 137½; fl. 250. Loose 81¾; Badische fl. 35. Loose 28⅛; Hess. 26⅝; Hess. Rthlr. 40 Loose —; Großh. Hess. 50 fl. Loose 72¼; Polnische fl. 500 Loose 75; Friedr. Wilh.-Nordbahn 37⅜; Bexbach 71¼; Köln-Minden 79; 3pCt. inländ. Spanier 20⅜; 4½pCt. Würt. 93⅝; 5pCt. Bad. 96¾; Belg. 79¼; Integ. 49½.

In Folge der niedrigen Wiener Notirung wurden österreichische Fonds mit Ausnahme der fl. 500 Loose billiger abgegeben. Auch die übrigen Anlehnsloose konnten sich nicht auf ihren früheren Stand behaupten.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 7 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.-P.-A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 30. Frankfurt a. M., Dinstag 30. Januar. 1849.

Uebersicht.

Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Die preußische Note und die deutschen Regierungen. Berichtigung.) Wien (Orkan. Die Cholera. Verurtheilungen. Nachrichten aus Ungarn.) Olmütz (Diplomatisches. Gerücht über Ministerialveränderungen.) Kremsier (Der Verfassungsentwurf. Reichstagsverhandlungen.) Von der österreichischen Grenze (Der Reichstag. Nachrichten aus Ungarn. Die Stimmung in Böhmen.) Berlin (Bairische Korrespondenzen aus Berlin. Camphausen und die politischen Verfolgungen.) Stralsund (Küstenflotte. Klagen des Handelsstandes. Fürst Putbus. Aristokratie und Demokratie.) Magdeburg (Hr. v. Pfuel. Hr. v. Unruh. Das Volk und die Untersuchungen.) Posen (Ansichten der Polen.) Arnsberg (Dienstentlassungen.) Koblenz (Politische Prozesse.) Wesel (Verhaftung.) München (Baron Bayer.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Dresden (Kammerverhandlungen.) Leipzig (Adresse der deutschen Vereine an das Ministerium. Die Ministerkrisis.) Kassel (Ministerkrisis. Außerordentliche Sitzung der Stände. Minister Eberhard bleibt.) Jena (Der konstit. Verein gegen die sächsischen Kammern.) Schleswig (Die dänische Presse.) Hamburg (Ausweisungen.) Lübeck (Die Wehrpflicht.)

Großbritannien. London (Bevorstehender Besuch der Königin in Manchester. Beabsichtigtes Handelsbündniß mit Siam. Versammlung irischer Parlamentsmitglieder. Beschlüsse der römisch katholischen Geistlichkeit in Westport.)

Frankreich. Paris (Journalurtheile über den Grevy'schen Bericht. Billault's Antrag. Verminderung der Mobilgarde. Bauernunruhen.)

Spanien. Madrid (Ungewißheit über die Vorgänge in Catalonien. Hoffeste.)

Oesterreichische Monarchie. Lemberg (General Bem.)

Italien. Rom (General Zamboni. Die Intervention.) Palermo (Jahrestag der Revolution. Contrerevolutionsversuch. Füsilade auf Befehl der provisorischen Regierung.)

Schweiz. Zürich (Der neuenburgische Aufstand. Zustände in Tessin und in der Lombardei. Vikar Rollfus. Die Zürcherische Post.) Tessin (Die Rekruten für Neapel.)

Ostindien. Ceylon (Neuer Aufstand der Eingebornen. Erbitterung der Kolonisten gegen das Kolonialministerium.)

Nachschrift.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 29. Jan. Die Nationalversammlung hielt heute keine förmliche Berathung; sie pflog, was die Engländer eine parlamentarische Unterhaltung nennen, eine Unterhaltung aber, die nicht durchweg so interessant war, als die Gegenstände, welche sie berührte, mannigfaltig. Bisweilen kam es auch nicht einmal bis zu einer Unterhaltung, sondern die stummen Zeichen des Aufstehens und Niedersitzens dienten zum einzigen Ausdruck des Willens der Versammlung.

Wir heben nur einzelne Gegenstände heraus. Verschiedene Anträge bezogen sich auf die diplomatischen Beziehungen Deutschlands. Herr Schüler aus Jena hatte die Abschaffung der Einzelgesandtschaften und Ersatz derselben durch Reichsgesandtschaften, Herr Jucho aus Frankfurt die Errichtung einer Reichsgesandtschaft in Rußland insbesondere beantragt. Herr Buß aus Freiburg nahm bei dem ersteren Antrage Gelegenheit, die Anknüpfung des diplomatischen Verkehres mit der Pforte von Seiten des Reichs zu widerrathen; vielmehr sollten die deutschen Interessen dort dem österreichischen Gesandten zur Mitvertretung übergeben werden. Wir kennen die Vorliebe des Herrn Buß für ein katholisches Oberhaupt; die Naivetät aber, mit der er dieses katholische Oberhaupt schon als fait accompli behandelte, war wirklich überraschend. Niegends weniger als in Konstantinopel und in Petersburg möchte wohl eine Vertretung deutscher Angelegenheiten durch Oesterreich geeignet sein. Oesterreich hat hier zu viel eigne Interessen, namentlich das der Verbindung mit Rußland, um die völlig abweichenden Deutschlands unparteiisch vertreten zu können. Weiß man doch nur zu gut, bis zu welcher Null der österreichische Einfluß in Konstantinopel vor dem russischen zusammengekrochen ist, daß die ganze Thätigkeit des österreichischen Gesandten darin besteht, in hohlen Noten den Schleppträger russischer Politik zu machen! Oder soll man daran erinnern, daß bereits, nachdem Oesterreich ein konstitutioneller Staat geworden war, der Minister des Auswärtigen, Ficquelmont, die österreichischen Agenten in der Moldau und Wallachei anwies, sich nicht um die dortigen Verwicklungen zu kümmern, Rußland allein habe das Recht, für Ruhe und Ordnung in diesen Ländern zu sorgen? — Wenn eine deutsche Gesandtschaft in Konstantinopel machtlos sein sollte, wie Herr Buß behauptet, so wird sie sich wenigstens nicht dazu hergeben, fremdem Vortheil zu dienen.

Einen mehr oder minder hiermit verwandten Gegenstand betraf ein Antrag des Hrn. Schultz von Weilburg, eine Kommission zur Begutachtung der Donaufrage niederzusetzen. Obgleich Hr. Schultz anerkannte, daß es eigentlich nicht mehr an der Zeit sei, „jetzt, wo die Versammlung bald auseinanderginge, Aller Augen auf die Stände der Einzelstaaten gerichtet seien, und Viele nur noch mit Einem Fuße in der Paulskirche stünden", diese Frage anzuregen, so konnte er sich doch nicht versagen, die Wichtigkeit der Donau-Kommission wegen der Ansiedlung deutscher Einwanderer in den Donau-Ländern des Lebhaftesten auseinanderzusetzen; er knüpfte daran die russische Frage, meinte, das sei zugleich eine innere Frage für uns, die aber in Wien entschieden werden müsse, tröstete uns für den bevorstehenden russischen Kampf damit, daß, wie Gott den Hellenen vergönnt habe, die Perser zu besiegen, er uns vielleicht den Sieg über die Russen verleihen würde, und schloß mit der räthselhaften, von der Linken heftig beklatschten Andeutung, „die deutsche Einheit bedürfe einer Feuermauer!" — Die Frage wegen der Einführung deutscher Kolonisten nach Ungarn ist in diesen Blättern schon einmal bei Gelegenheit der Schmerling'schen Note besprochen worden. Es mag aber doch wohl nützlich sein, wieder darauf hinzuweisen, daß das Anerbieten der österreichischen Regierung, deutsche Kolonisten aufzunehmen, mehr in eigenem als in deutschem Interesse gestellt sein möchte. Sie sollen etwa entstandne Lücken ausfüllen oder zur Versetzung einer unzufriedenen Bevölkerung mit besseren Elementen dienen, aber für sie selbst möchte wohl am schlimmsten gesorgt sein. Was in Ungarn nicht von Adel ist, gehört zur misera plebs contribuens und ein adliger Schaf- oder Rinderhirt gilt bis jetzt vor Gericht mehr als ein bürgerlicher Grundbesitzer. Und wie reimt sich mit den Schilderungen von der Unendlichkeit des Raumes, welcher der deutschen Thätigkeit daselbst geboten sei, der Umstand, daß die siebenbürgische Hofkanzlei schon 1846 gegen die weitere Zulassung von Einwanderern Einspruch that und daß in Folge dessen der kaiserliche Gesandte in Stuttgart angewiesen wurde, etwaigen deutschen Einwanderern das Paßvisa zu verweigern? — Uns scheint, es läge hierin Grund genug, uns vorzusehen, damit wir nicht blindlings in die Grube laufen.

Die Sitzung schloß mit der Besprechung eines Antrages von Würth, die Zurückziehung der Reichstruppen aus dem Fürstenthum Sigmaringen betreffend. Es entspann sich ein lebhafter Streit über die formelle Behandlung des Antrages, den Herr Stavenhagen, als Vertreter des Reichskriegsministers, damit beendete, daß er erklärte — es seien gar keine Reichstruppen mehr in Sigmaringen! Ein Homerisches Gelächter erscholl, und selbst Herr Würth mußte sich, so schwer es ihm sichtlich fiel, zu dem Geständniß herablassen: „wenn denn die Reichstruppen aus dem Fürstenthum herausgezogen seien — so sei es gut!" aber der Philippica wegen unerschwinglicher Belastung unschuldiger Bürger, Unterdrückung der Volksrechte u. dgl., welche der Versammlung einmal zugedacht war, entging sie doch nicht!

†* **Frankfurt**, 29. Jan. Man erwartete heute in der Paulskirche die Mittheilung der preußischen Circularnote an die Regierungen und Ueberweisung derselben zur Kenntnißnahme an den Verfassungsausschuß. Es ist dies jedoch nicht geschehen, und es scheint auch nicht in der Absicht des Reichsministeriums zu liegen, die Note, welche den allgemeinsten Anklang findet, zu veröffentlichen. Inzwischen vernimmt man, daß bereits von mehre-

ren Seiten zustimmende Erklärungen der Regierungen einlaufen, und wir dürften bald einer entscheidenden kollegialischen Berathung sämmtlicher Bevollmächtigten bei der Centralgewalt in dieser Angelegenheit entgegenzusehen haben.

* **Frankfurt**, 29. Jan. Das „Frankf. Journ." widerspricht der in unserm und mehreren andern Blättern mitgetheilten Nachricht, daß es hinfort eine bestimmte Farbe haben werde. Wahr sei nur das, daß es einzelnen tüchtigen Mitgliedern der Reichsversammlung aus dem Klub Westendhall seine Spalten geöffnet habe und ferner öffnen werde, ohne deßhalb jedoch einen Akt von Verbindlichkeit eingegangen zu haben.

△ **Wien**, 25. Jan. Kaum sind wir von der Wassernoth befreit, so trifft uns schon wieder ein anderes Mißgeschick. Seit gestern Mittag wüthet ein so furchtbarer Orkan, wie er seit Menschengedenken hier nicht erlebt wurde. Die Straßen sind überdeckt mit den Trümmern eingestürzter Schornsteine, zerschmetterter Fensterscheiben und abgedeckter Dächer. Das neu aufgeführte Nothdach über dem Naturalienkabinet und der Bibliothek liegt eingestürzt auf dem Josephsplatz, nebst einem Theile der Mauer. Wer genöthigt ist auszugehn, riskirt das Leben; auf einem Gange von zehn Minuten sah ich gestern drei Verwundete wegtragen. Eine Frau, welche der Wind umgeworfen, hatte die Hand gebrochen und zwei Männer waren durch einen herabstürzenden Schornstein verwundet. Auch heute tobt der Sturm noch furchtbar, wenn auch gegen gestern eine Verminderung eingetreten ist. Viele hoffen, daß er das etwa vorhandene Miasma der Cholera mitnehmen wird. Außer dem Militär ist übrigens bis jetzt nur ein Fall vorgekommen. In den letzten drei politischen Verurtheilungen fällt die eine besonders unangenehm auf, da sie wieder nach dem Militär-Strafgesetzbuche und nach den verschollen geglaubten Proklamationen des Fürsten Windischgrätz vom 20. und 23. Okt. gefällt ist. Sie lautet: Heinrich Maier, aus Wien gebürtig, 41 Jahre alt, katholisch, verheirathet, des Geschäfts ein Blumenmacher, ist theils durch sein Geständniß, theils durch Zeugen überwiesen, in einem hiesigen Gasthause gegen hohe und höchstgestellte Personen, sowie auch über Se. Maj. den Kaiser in Gegenwart mehrerer Gäste aufwiegelnde Reden geführt zu haben und ist deshalb nach den Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuches in Verbindung mit den Proklamationen des Fürsten Windischgrätz zu zweijähriger Schanzarbeit in leichten Eisen verurtheilt. Die beiden andern Verurtheilten sind ein hier ansäßiger Schuhmacher aus Ellingen in Baiern und Ignaz Gerhold aus Oberdöbling bei Wien, Schuhmachergeselle, der erste zu zweijährigem, der zweite zu achtmonatlichem schwerem Kerker verurtheilt. Privatnachrichten aus Ungarn sagen, daß Kremnitz durch die k. Truppen unter General Götz besetzt sein soll. Der Präsident des aufgelösten ungarischen Reichstags, Pazmandy, hat sich nach Pesth begeben, aber andere Mitglieder sollen noch unter dem Namen eines Landesvertheidigungs-Ausschusses in Großwardein fortfungiren unter der Leitung Kossuth's.

Ollmütz, 23 Jan. Die diplomatischen Verhandlungen mit dem Hofe zu Neapel werden nächstens wieder angeknüpft werden. Für den wichtigen Botschafterposten zu London ist Graf Colloredo, zuletzt Bundestagsgesandter, bestimmt. Eine Ministerialveränderung scheint insofern nicht unwahrscheinlich, als man höheren Orts Hrn. v. Schmerling gern im Ministerium sähe. Sollte man jedoch meinen, der Einfluß dieses Staatsmannes sei jetzt noch in Frankfurt von irgend einer Bedeutung, so dürfte man sich sehr irren. Die Unterbringung des letztbewilligten Anlehens von 80 Millionen Gulden findet viel Schwierigkeiten. Zu deren Beseitigung und weil der Minister des Innern denn doch ein guter Redner sein sollte, was Hr. v. Stadion nicht ist, dürfte, wie das Gerücht umläuft, Bach dessen Stelle erhalten, während Stadion Minister der Finanzen würde. Eine Systemsveränderung liegt darin durchaus nicht. (Leipz. Z.)

△ **Kremsier**, 23. Jan. Der mit dem Entwurf der Konstitutionsurkunde beauftragte Fünferausschuß hat seine Arbeit bereits vollendet und die Konstitutionsurkunde wird jetzt dem Dreißigerausschuß, dann aber den einzelnen Abtheilungen zur Berathung und Prüfung übergeben, worauf sie dann zur Vollberathung der ganzen Versammlung gebracht wird.

** **Kremsier**, 24. Jan. Scherzer interpellirt das Finanzministerium über die Anerkennung des Nennwerthes der ungarischen Banknoten und ob das Ministerium annäherungsweise von dem Belauf der ausgegebenen Noten unterrichtet sei. Klaudi interpellirt den Justizminister, die Vorlage der Untersuchungsakten über die Prager Juniereignisse betreffend. Nachdem der Finanzminister einige Interpellationen beantwortet hat, wird zur Tagesordnung übergegangen. Dylewski spricht als Generalredner für den §. 5 der Grundrechte. Bei Gelegenheit der Bestimmungen über den Belagerungszustand führt er an, daß jetzt 8256 Quadratmeilen der Monarchie in Belagerungszustand versetzt seien. Er fügt aus seiner eigenen Erfahrung bei, er habe das alte Strafverfahren durchgemacht; die Untersuchung habe drei Monate gedauert, auf den Urtheilsspruch aber habe er 26 Monate warten müssen. Wenn er die Paragraphen über den Belagerungszustand, über die Presse ansehe, so könne er sich nicht genug wundern, wie der Abgeordnete Wildner ihnen den Vorwurf machen konnte, daß sie des österreichischen Gefühles ermangeln. Lasser als Generalredner gegen §. 5. führt an, daß ungeachtet des so angefeindeten und schlechten Gerichtssystems die Strafgerichtspflege in unserem Staate dennoch einen guten Ruf behauptet habe. Er geht dann in eine Kritik der einzelnen Amendements ein, und ermahnt zum Schluße, bei der Abstimmung über diesen Paragraphen nur das Interesse der Gerechtigkeit im Auge zu behalten und keine Parteifrage darin zu erblicken.

Rieger als Berichterstatter macht u. a. darauf aufmerksam, wie der Deutsche sein Schöppengericht gehabt, so habe der Slawe sein Schöffengericht. Die Geschwornengerichte seien nicht, wie der Abgeordnete Lasser bemerkt habe, von der Jurisprudenz erfunden worden, sie seien entstanden und da gewesen, ohne Juristen, so wenig wie die Pädagogik von den Erziehern, die Vernunft von Kant erfunden worden rc. Er schließt mit den Worten Mittermaiers: „Viele von unsern Juristen sprechen von Oeffentlichkeit, Mündlichkeit, Jury und dem Anklageprozesse mit einer Art konsequenter Durchführung dieses Grundsatzes, sie schaudern zurück vor einem Geiste, den sie heraufbeschworen, über den sie aber keine Macht haben; sie suchen sich durch Transaktionen auszuhelfen, und glauben schon viel gethan zu haben, wenn sie Altes und Neues vereinigen und einen scheinbar freisinnigen Grundsatz mit so viel Ausnahmen und Beschränkungen versehen, daß ihnen die Regel unschädlich ist."

Der Kommissionsantrag wird in allen seinen Sätzen mit starker Majorität angenommen. Es lautet demnach der ganze Paragraph: „Das Verfahren vor dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen ist öffentlich und mündlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte haben jedenfalls bei Verbrechen, bei politischen und Preßvergehen, zu erkennen. Niemand darf wegen einer strafbaren Handlung, rücksichtlich deren er bereits durch das Geschworenengericht für nichtschuldig erklärt wurde, nochmals in Untersuchung gezogen werden, ausgenommen den Fall der Kassation des ganzen Verfahrens".

Berichterstatter Rieger liest hierauf §. 6. „Eine Strafe kann nur durch gerichtlichen Spruch nach einem zur Zeit der strafbaren Handlung schon bestandenen Gesetze verhängt werden. Die Todesstrafe für politische Verbrechen ist abgeschafft. Die Strafen der öffentlichen Arbeit, der öffentlichen Ausstellung, der körperlichen Züchtigung, der Brandmarkung, des bürgerlichen Todes und der Vermögenseinziehung dürfen nicht angewendet werden."

Hauschild, als erster Redner gegen den Paragraphen, erhält das Wort und begründet vorzüglich sein Amendement auf völlige Abschaffung der Todesstrafe. Nachdem noch ein anderer Redner für den Paragraphen gesprochen, wird die Sitzung aufgehoben, da das Haus nicht mehr in der nöthigen Anzahl anwesend ist.

Von der österreichischen Grenze, 25. Jan. Die Prorogation des Reichstags zu Kremsier ist jetzt vollkommen gewiß. Doch drängen sowohl Linke, Rechte, als Centrum zur Berufung des bevorstehenden Gesammtreichstages nach Wien. Für Preßburg, womit man es versuchen wollte, ergibt sich durchaus keine günstige Stimmung. Dagegen soll in der kaiserlichen Familie unbezwingliche Antipathie gegen den baldigen Wiederbesuch Wiens vorherrschen. Der Ausnahmszustand Galiziens wird in Kurzem aufhören, da der Geist der Bauern, im eigentlichsten Sinne des Wortes schwarzgelb, jede Besorgniß verschwinden macht. General Bem hat sich in die Karpathen geworfen. Es bestätigt sich vollkommen, daß die Magyaren sich in den Bergstädten Kremnitz und Schemnitz zu behaupten fest entschlossen sind. Die Ausschreibung der bekannten Steckbriefe erscheint einstweilen noch überflüssig. Kossuth hielt im freilich sehr zusammengeschmolzenen Repräsentantenhause zu Debreczin eine Rede, worin er seinen Zweck

als edel, reell und ausführbar darstellte, übrigens den Tod durch Freundeshand einer schimpflichen Gefangenschaft weit vorzuziehen vorgab. Die nach der Wiener Zeitung angeblich durch den ungarischen Reichstag dekretirte Auflösung der Armee ist noch nicht erfolgt, und bedarf dieser wahrscheinlich nur bedingungsweise ausgesprochene Beschluß sehr der Bestätigung. Aus Böhmen werden alle disponiblen Militärkräfte nach Italien entsendet werden, und man spricht sogar von der Wiedererrichtung der akademischen Legion. Wird Böhmen von den wenigen Truppen, die sich jetzt hier befinden, entblößt, dann wird es entscheidend auftreten. Sie können manches wichtige Ereigniß von hier erwarten. Die Stimmung ist gerade in den slawischen Provinzen furchtbar antiministeriell, der Centralisationsidee wegen. (Leipz. Z.)

***Berlin**, 24. Jan. Wir sind darauf aufmerksam geworden und mit uns auch in Süddeutschland Viele von unseren Freunden, daß die Augsburger Allg. Ztg. uns Berliner Korrespondenzen seit nicht langer Zeit bringe, welche besonders die Gleichgültigkeit der Preußen für die deutsche Sache hervorhebe und selbst in ihrer Weise, über die Reichsverfassung zu sprechen, deren wichtigster Theil im Werke ist, einen Beleg dazu liefere. Solche gleichgültige Menschen gibt es allüberall; auch hier. Doch, obwohl die Wahlen hier sehr die Gemüther beschäftigen, kann man sagen, daß noch nie mit so gespanntem Interesse die Verhandlungen der Reichsversammlung verfolgt wurden und bis tief in die Mittelklassen und den Schooß der Familien deutsches Bewußtsein verbreitet war, als eben jetzt. Jene Korrespondenzen selbst sind aber kein Beleg, denn sie sind zwar in Berlin geschrieben, aber die Augsburger Zeitung hat einen ihrer Mitarbeiter hergeschickt, um in baierischem Sinne aus Berlin zu berichten. Die Berliner selbst müssen ihr also doch zu deutsch geschrieben haben!

Berlin, 26. Jan. Lith. Korr. Bei seiner letzten Anwesenheit soll Hr. Camphausen sich in einem Cabinetsrathe, zu dem er zugezogen worden, sehr entschieden gegen die politischen Verfolgungen, welche in der neuesten Zeit in Preußen vorgekommen, ausgesprochen haben. Insbesondere hat Herr Camphausen darauf hingewiesen, wie die Maßnahme verschiedener Richterkollegien gegen ihre Mitglieder und vorzugsweise die Behandlung des Herrn Temme selbst in den konservativsten Fraktionen des Frankfurter Parlaments Mißbilligung hervorgerufen hätten. Auf seinen Rath hat Justizminister Herr Rintelen die Freilassung Temme's aus seiner Untersuchungshaft verfügt, um so den etwaigen Remonstrationen der Frankfurter Versammlung zuvorkommen.

⊙**Stralsund**, 26. Jan. Von dem Probe-Manöver der ersten deutschen Küsten-Flottille ist zwar auch jetzt der amtliche Bericht noch nicht öffentlich bekannt, indessen erfährt man doch soviel, daß die hölzernen und die eisernen Jollen für unsre Gewässer und die Preußische See-Küste überhaupt ganz unbrauchbar befunden worden sind. Eine genaue Probe der übrigen, verschiedenartigen Schaluppen war, bei dem sehr schlechten Wetter im November, mit einer ganz ungeübten Bemannung gar nicht möglich; namentlich für Ruder- und Segelfähigkeit.

Mit der Anschaffung selbst scheint man jetzt Ernst machen zu wollen; allein die bisher bekannt gewordenen Einleitungen sind nicht von der Art, daß die Dänen deshalb in Sorge gerathen könnten; das Holz wächst noch im Walde, die Schiffbaumeister scheuen die büreaukratischen Formen der Bedingungen und die Jahreszeit läßt weder einen raschen, noch tüchtigen Bau zu. Fünf Monate von den sieben des Waffenstillstandes sind schon unbenutzt verschwunden, und in den zwei bevorstehenden kann zwar Vieles angefangen, aber nichts vollendet werden; Gutes gewiß nicht. Kaufleute, Rheder und Schiffer bereiten Petitionen und Deputationen vor, um auf schleunige Entscheidung in der Friedensverhandlung zu dringen und ein lebhafter Unmuth wehet an der deutschen Ostsee-Küste entlang, wo die gewohnte Seerüstungszeit herannaht und nun Nichts geschehen kann, weil Keiner weiß was zu hoffen oder zu fürchten!

Die Wahlen sind auf Rügen noch mehr im Sinne der Demokraten ausgefallen, als in unserer Stadt. Leider geht uns eine Hauptbedingung zu einer wahren und ächten Demokratie ab: ein zahlreicher kleiner Grundbesitz. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts sind unzählige Bauernstellen gelegt und ganze Bauerndörfer verschwunden. Der Grundbesitz ist meistens in den Händen großer Gutsbesitzer; der Fürst Putbus z. B. zählt in seinem vor wenigen Jahren erweiterten Majorate 66 Güter. Nichts destoweniger bezog dieser reichste Mann der Provinz ein Jahrgehalt von 6000 Thaler für den Titel eines General-Gouverneurs, und hat auch jetzt nur auf die Hälfte dieser Summe verzichtet. Und wenn man bei ihm nur wenigstens etwas gehört hätte, von einer großsinnigen Unterstützung öffentlicher Unternehmungen! Der Fürst leitet sein Geschlecht von den alten Wendischen Königen der Insel Rügen ab: mit ihm erlischt der Mannsstamm seines Geschlechtes; aber eine solche Aristokratie, die nur Morgen Landes zusammenhäuft, wie ein Geizhals die Thaler, sieht man ohne Bedauern fallen. Wäre nur die neu sich erhebende Demokratie mehr erfreulicher Art! Sie stellt sich zuerst als eine Schilderhebung der Besitzlosen gegen die Besitzenden dar. Doch wollen wir unter allen Umständen die wiedererwachende Theilnahme des Volkes an seinen eigenen Angelegenheiten als eine hohe Errungenschaft betrachten.

Magdeburg, 24. Jan. Die Bauern in den Jerichow'schen Kreisen haben ihr Augenmerk bei der Wahl ihres Deputirten in die erste Kammer auf den Ex-Ministerpräsidenten von Pfuel, der in unserer Nähe bei einem verwandten Prediger im Dorfe Randau lebt, geworfen. v. Pfuel hat sich in einigen Bauernversammlungen für völlige Gleichbelastung durch die Grundsteuer ausgesprochen. Dies hat den Bauern gefallen, welche die drückende Last den fast steuerfreien Rittergutsbesitzern gegenüber nun schon so lange haben tragen müssen. — Uhlich hat öffentlich erklärt, daß er keine Wahl zum Abgeordneten wieder annehmen werde; er will ganz seiner Gemeinde leben. — Man hört, daß auch gegen v. Unruh Voruntersuchungen wegen der Steuerverweigerung im Gange sind; die in dieser Sache vernommenen Personen haben aber nichts ihn Gravirendes ausgesagt. Auch gegen Militär, welches die hiesigen Bürger-, und Volksversammlungen besucht und Erklärungen für die in Berlin verbliebene Majorität der Nationalversammlung unterschrieben hat, ist ebenfalls eine Untersuchung eingeleitet. Dergleichen Untersuchungen sollten auch in der Altmark, namentlich in Tangermünde gegen den Vorstand eines dortigen Volksvereins, der eine Proklamation des Stendal'schen Abgeordneten Pilet vervielfältigt und verbreitet hatte, angeordnet werden. Schon war die Untersuchung mit der Verhaftung der höchst geachteten Männer jenes Vorstandes und ihrer Abführung ins Polizei-Gefängniß nach Stendal begonnen, als die Tangermünder Bevölkerung unruhig wurde, mit mehreren Wagen, ihren Magistrat an der Spitze, nach Stendal zog, die Befreiung der Gefangenen erlangte und nun mit bekränzten Wagen unter dem Jubel der Menge aus Stendal und bei voller Illumination der Sadt Tangermünde in letztere einzog. Eine schnell improvisirte Volksversammlung, in der die Wahlen besprochen wurden, endete mit einem Banquet zu Ehren der Verhafteten. So richtet das Volk über die Vorgänge seiner Vertrauensmänner! (Aach. Z.)

⁏ **Posen**, 26. Jan. Die „Gazeta polska" vom gestrigen Tage berichtigt die Gerüchte, welche von einer polnischen Deputation in Umlauf waren, die in Berlin für die Einverleibung auch Polnischposens wirken sollte. Sie schiebt die Verbreitung dieses Gerüchts den Deutschen zu und bemerkt, daß die Herren Piluski, J. Mycielski und Poninski nur den Auftrag gehabt hätten, die Abgrenzung der Wahlbezirke nach der Demarkationslinie zu hintertreiben. „Wenn Deutschland," so schließt dieses Blatt seinen Artikel, „mit einem erheuchelten Gefühl von Gerechtigkeit nach eigener Willkür ein polnisches Ländchen herstellen will, so kann es das, denn es ist heute der mächtigere Theil! Aber mag es nicht denken, daß wir jemals zu diesem Aufbau eines polnischen Ländchens, welches Deutschland ersann, helfen oder aber gar unsere Einverleibung in ein mächtiges deutsches Reich erflehen werden!" Nach den Nachrichten, die uns aus den Kreisen zugehen, sind sowohl in Meseritz, als in Krotoschin die Wahlen überwiegend auf Deutsche gefallen.

Arnsberg, 22. Jan. Nach einem hier unterm 15. d. eingetroffenen Justiz-Ministerial-Rescripte sind — auf Antrag des hiesigen Justizkollegiums — die Referendarien Kindermann und Schmidts wegen Theilnahme an der Abfassung eines Mißtrauens-Votums an den Abgeordneten Kaplan Gelshorn und einer Zustimmungsadresse an die Nationalversammlung aus dem Justizdienste entfernt. (Köln. Z.)

Koblenz, 26. Jan. Heute stand der Redakteur der „Kreuznacher Zeitung," Würmle, vor dem hiesigen Zuchtpolizeigerichte, beschuldigt, öffentlich zur thätlichen Widersetzlichkeit gegen Steuerbeamten aufgefordert zu haben. Bei der Verhandlung ergab sich,

daß Würmle gleich nach der Ankunft des Steuerverweigerungs-Beschlusses denselben in einer Volksversammlung in Kreuznach verkündet und hinzugefügt halte, es sei nun keine Verpflichtung mehr vorhanden, Steuern zu bezahlen, und er würde, wenn nichtsdestoweniger ein Steuerbote ihm Steuern abforderte, demselben gegenüber von seinem Hausrechte Gebrauch machen. Das Gericht verurtheilte den Beschuldigten zu drei Monaten Gefängniß. (Rh.- u. M.-Ztg.)

♂ **Wesel**, 24. Jan. Die Zahl der verfolgten politischen Verbrecher gewinnt immer mehr an Umfang. Außer mehreren anderen Verhaftsbefehlen ist bei hiesigem Land- und Stadtgerichte auch ein Verhaftsbefehl des Oberlandesgerichtes zu Hamm gegen einen der geachtetsten hiesigen Kaufleute, Hrn. Friedr. Veenstied, eingegangen. Hr. Veenstied ist wegen mehrerer Aeußerungen in einer hiesigen Gesellschaft denunzirt und der Majestätsbeleidigung angeklagt.

* **München**, 27. Jan. Der deutschen konst. Ztg. entnehmen wir die Mittheilung, daß der unter dem Pseudonamen Rupertus auch als Schriftsteller bekannte Baron Bayer, der eine Zeitlang das Kommando der Festung Leopoldstadt geführt hat und wie es heißt, wegen beabsichtigter Kapitulation von seinen eigenen Leuten an's Thor genagelt worden sein sollte, nach mancherlei Abenteuern glücklich entkommen ist und sich eine Zeitlang in München aufgehalten hat, von wo er sich nach seiner Heimath am Rheine begab. Auf Anordnung Kossuth's hatte Baron Bayer das Kommando der Festung dem Major Ordody übergeben und hierauf an dem Gefecht von Tyrnau Theil genommen, von wo er, verwundet und nach verlegtem Rückwege, auf deutschen Boden flüchtete.

÷ **Stuttgart**, 26. Jan. Die Kammer der Abgeordneten hat sich in ihren beiden letzten Sitzungen, gestern und heute, mit einem Gegenstande beschäftigt, der seit der Verkündigung der Grundrechte in derselben oder doch in ähnlicher Weise in den meisten übrigen deutschen Staaten zur Sprache kommen muß und dessen Erledigung, wie sie hier beschlossen worden, vielleicht deßhalb noch ein höheres Interesse in Anspruch nehmen darf, weil dieselbe, während sie den Ansprüchen der Jetztzeit willig Rechnung trägt, sich doch zugleich fern gehalten hat von der Ungerechtigkeit, mit welcher man jetzt, im Namen des Zeitbewußtseins, vielfach rücksichtslos bestehende Rechte über den Haufen wirft, weil sie vielleicht nie Rechte hätten werden sollen. Es stand der Gesetzentwurf über Bannrechte und dingliche Gewerbsberechtigungen mit Ausschlußbefugniß zur Berathung. Die durch die Grundrechte gebotene Aufhebung solcher Bannrechte konnte überall nicht in Frage kommen, aber wohl wurden lebhafte Erörterungen darüber gepflogen, ob dieselben ohne Weiteres oder ob sie nur gegen Entschädigung aufzuheben, sodann, als die letztere Ansicht den Sieg davon getragen, wie das Maß der Entschädigung festzustellen sei. Gegen die Bewilligung einer Entschädigung wurde namentlich geltend gemacht, daß alle dergleichen Berechtigungen, wenn man sie auch zu Privatrechten gestempelt habe, doch in der Regel im öffentlichen Rechte ihren Ursprung gehabt oder wenigstens durch irgend eine Art von öffentlicher Gewalt vermittelt worden seien, daß diese öffentliche Gewalt sich dabei selbst selten vergessen und sich für ihre Vermittlung, die allein den Fortbestand der verliehenen Berechtigungen auf ewige Zeiten habe sichern können, Abgaben ausbedungen, die weiter nichts Privatrechtliches gehabt als den Zweck, ein Einkommen zu bilden und daß nur das ursprüngliche, das allmälige Zusammenwerfen solcher Abgaben mit rein privatrechtlichen ihnen den Schein einer privatrechtlichen Natur gegeben; daß aber der Inhalt dieser Rechte in nichts Anderem bestehe, als in der Verkümmerung natürlicher und staatsbürgerlicher Befugnisse, die nicht durch privatrechtliche Erwerbungsarten gewonnen werden könnten; und wenn also die Gesetzgebung dergleichen Privatberechtigungen aufhebe, so gebe sie den übrigen Staatsbürgern nur die seither entbehrten natürlichen und staatsbürgerlichen Befugnisse zurück, und eine Verpflichtung derselben zur Entschädigung könne um so weniger begründet sein, als die gegenwärtige Generation an der Entäußerung jener Befugnisse nicht den geringsten Antheil habe. Die Majorität der Kammer ging dagegen von der gewiß richtigen Ansicht aus, daß die Bannrechte, gleichviel wie sie entstanden, doch seit sehr langer und bis auf die neueste Zeit als Privatrechte anerkannt und behandelt worden seien, daß sie seitdem im Privatverkehr ihren Preis und bei Veräußerungen der berechtigten Anstalten sowohl, als bei sonstigen Uebergängen aus einer Hand in die andere, wegen der mit ihnen verbundenen Gerechtigkeiten einen höheren Verkehrswerth gehabt, daß außerdem die Aufhebung ohne Entschädigung sehr ungleich wirken und mancher Inhaber eines Bannrechtes kaum nennenswerth verlieren würde, während ein Anderer gänzlich dadurch zu Grunde gerichtet sei, dieser Verlust auch, da der Staat und die Grundherrschaften, namentlich in neuerer Zeit, die ihnen zustehenden Bannrechte zu veräußern gesucht, vielfach die Unschuldigsten treffen werde und daß endlich die Gleichheit auch nicht durch Verminderung der Ablösungssumme der auf den bannberechtigten Anstalten noch ruhenden Abgaben zu vermitteln sei, weil viele dieselben bereits abgelöst oder die Lasten im Wege rechtsgültiger Verträge mit Opfern beseitigt hätten, welche im Falle unentgeldlicher Aufhebung ganz auf ihre Schultern gewälzt werden würden. Ob dagegen aus dem Stillschweigen der Grundrechte über den streitigen Punkt ein Argument für die Entschädigung abzuleiten sei, dürfte wohl richtiger verneint und in diesem Fall den einzelnen Landesregierungen die Befugniß zugesprochen werden, die Lücke in der Reichsgesetzgebung in der einen oder anderen Weise zu ergänzen. Was endlich den Betrag der zu gewährenden Entschädigung betrifft, so hat die Kammer — und auch diese Entscheidung zeugt von umsichtiger Berücksichtigung aller divergirenden Interessen —, dahin entschieden, daß derselbe den Berechtigten zu der Hälfte des Unterschieds zwischen demjenigen Verkaufswerth zu leisten ist, welchen die betreffende Gewerbsanlage haben würde, wenn ihr das Bannrecht verbliebe, und zwischen demjenigen, welchen sie jetzt nach Aufhebung des Bannrechts hat und daß diese, in 10, zu 4 pCt. zu verzinsenden Jahreszielen zu zahlende Entschädigung zur Hälfte die Staatskasse, zur Hälfte, je nach den Umständen, die einzelnen Bannpflichtigen oder die Gemeindekassen zu prästiren haben.

* **Dresden**, 27. Jan. In der Sitzung der zweiten Kammer kam nach der bereits mitgetheilten Erklärung des Ministers v. d. Pfordten über die ministerielle Krisis der Klette'sche Antrag auf schleunigste Publizirung der Grundrechte zur Berathung; gegen den ausdrücklich ausgesprochenen Wunsch des Ministers, der zugleich erklärt hatte, das Ministerium werde sich an der Diskussion nicht betheiligen. Wehner hatte den Antrag gestellt: „Die Kammer möge die Regierung auffordern, die von der Centralgewalt publizirten Grundrechte den Kammern zur Prüfung und Genehmigung unverzüglich vorzulegen.“ Die Kammer nahm aber den Antrag Schaffrath's: „Die Regierung wolle die im „Reichsblatte“ publizirten Grundrechte unverzüglich verfassungsmäßig ein- und durchführen,“ einstimmig an, und gegen wenige Stimmen den Zusatz Dr. Bertling's: „insoweit nicht durch sächsische Landesgesetze dem Volke ein größeres Maß von Freiheit gewährt werde.“

Leipzig, 27. Jan. Der Deutsche Verein hielt gestern Abend eine Sitzung, in welcher, nachdem die Nachricht vom Rücktritt unserer Minister bekannt gemacht worden, der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, den Ausschuß zu ermächtigen, Namens des Vereins sofort eine Vertrauensadresse an das Ministerium zu erlassen und darin auszusprechen, wie sehr das Land diesen Schritt bedauern müsse, er möge nun aus was immer für einer Ursache erfolgt und für sie als Ehrenmänner nothwendig geworden sein. Zugleich wurde noch mitgetheilt, daß schon der Ausschuß des Arbeitervereins eine dieselben Gesinnungen aussprechende Adresse an die Minister abzusenden beschlossen habe. (D. A. Z.)

♀ **Leipzig**, 28. Jan. Es scheint als stellten sich der Entlassung der Minister gleiche Schwierigkeiten entgegen, als ihrem Bleiben. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß sie noch einmal den Versuch machen werden, ihre Portefeuilles zu behalten. Herr von der Pfordten hat gestern Mittag der zweiten Kammer eröffnet, daß der König ihre Dimission nicht angenommen habe (s. oben Dresden). Den wahren Grund weßhalb das Ministerium seine Entlassung verlangte, kann man aus den ganz allgemein gehaltenen Phrasen Pfordten's nicht erkennen; „die Gesammtlage der Verhältnisse“ ist selbst uns, die wir die Verhältnisse in nächster Nähe betrachten, ein zu dunkles Wort.

† **Kassel**, 27. Jan. Abends spät. Seit heute Morgen ist die Stadt durch die Gerüchte von einem bevorstehenden Ministerwechsel in große Aufregung versetzt; der Minister des Innern, Staatsrath Eberhard, hat sich veranlaßt oder genöthigt gesehen, seine Entlassung zu verlangen. Auf Veranlassung dieser Gerüchte, die im Laufe des Vormittags sich immer bestimmter gestalteten,

so daß man schon die Namen der neuen Minister nannte (Herr v. Eschwege, Nebelthau und Bergk), rief der Präsident der Ständeversammlung diese zu einer außerordentlichen Sitzung auf heute Abend 6 Uhr zusammen; sämmtliche Minister waren anwesend. Nachdem der Präsident den Grund der außerordentlichen Zusammenkunft angegeben, eröffnete der Minister des Innern der Kammer, daß er allerdings seine Entlassung verlangt habe; die nächste Veranlassung sei eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kurfürsten und ihm in Betreff der Ausführung des Gesetzes über die neue Landesverwaltung, die mit dem 1. Februar in Kraft treten müsse; im Bewußtsein seiner vollen Verantwortlichkeit habe er seine Ansicht nicht aufgeben können. Andere Gründe führte er nicht an, man konnte aber aus dem Schweigen erkennen, was auch Jeder weiß, daß ihm das Leben sehr, sehr sauer gemacht worden ist. Der Minister der Justiz, Hr. v. Baumbach, bestätigte die Eröffnung mit dem Bemerken, daß die übrigen Minister den Kurfürsten noch so eben ersucht hätten, die Entlassung nicht anzunehmen und den Grund derselben zu beseitigen, ferner, daß sie sämmtlich mit Eberhard stehen und fallen würden. (Stürmisches Bravo.) Hr. Eberhard bat die Versammlung, nichts zu thun, sondern ruhig den Ausgang der Sache zu erwarten. Die Versammlung erklärte sich indeß gegen den Wunsch des Ministers und beschloß auf den Antrag des Hrn. v. Sybel, und zwar mit Stimmeneinheit, und unter dem jauchzenden Beifalle des Publikums, „daß man es als eine Kalamität des Landes betrachten müsse, wenn das jetzige Ministerium zurücktrete"; ferner wurde beschlossen, noch dieselbe Nacht eine Adresse an den Kurfürsten zu entwerfen und ihm solche Morgen früh 11 Uhr, wenn nicht bis dahin beruhigende Entschließungen zur Kunde der Kammer gebracht seien, in corpore zu überbringen. (Ungeheurer Jubel auf den Gallerien.) Diese Sitzung wird in dem Gedächtnisse aller Anwesenden fortdauern, solche Begeisterung, solches Vertrauen zum Ministerium, solche Entschlossenheit und Kraft hat der Ständesaal noch nicht gesehen; Hr. Henkel wußte auch heute, wie immer bei solchen Gelegenheiten, dem Gefühle die passendsten Worte zu geben.

┼ **Kassel**, 28. Jan., Mittags. Die Krisis ist vorüber; der Kurfürst hat Alles genehmigt, das Ministerium bleibt, es sind Maßregeln getroffen, daß solche traurige Differenzen nicht wieder vorkommen können. Um 11 Uhr waren die Stände versammelt; eine ungeheure Menschenmasse umstand das Haus; Herr v. Sybel hatte kaum die Adresse bis zum Schlusse verlesen, als Herr Minister Eberhard eintrat und den Ausgang der Sache mittheilte; die Sitzung wurde geschlossen, die Adresse zum ewigen Gedächtenisse zu den Akten genommen und den anwesenden Ministern, HH. Eberhard und Wippermann, vom Publikum ein rauschendes Lebehoch gebracht. Alles ist in alter Ordnung; nur die Anhänglichkeit an den Fürsten hat einen neuen, bei Vielen den letzten Stoß bekommen. Der Abg. Henkel sagte gestern von dem Ministerium: „Dieses Ministerium gehört uns, wir betrachten es als eine Märzerrungenschaft, welche wir nicht fahren lassen", und so denkt mit sehr wenigen Ausnahmen das ganze kurhessische Volk.

Die beabsichtigte Adresse ist bemerkenswerth; sie lautet: „Ew. k. Hoheit! Mit tiefem Bedauern hat die Ständeversammlung in ihrer gestrigen Sitzung vernommen, daß der Vorstand des Ministeriums des Innern seine Entlassung in die Hände Ew. k. H. niedergelegt hat, daß die übrigen Minister diesem Beispiele zu folgen entschlossen sind, daß somit das gegenwärtige Staatsministerium in seiner Auflösung begriffen ist. Wenn wir uns erinnern, welche Verbesserungen und Schöpfungen durch eine solche Krisis gestört und in Frage gestellt werden, so müssen wir schon in dem angedrohten Rücktritte des Ministeriums ein tiefes Unglück für das Vaterland erkennen; wenn wir vollends die Erschütterung aller Rechtszustände, die Aufregung aller Leidenschaften, die Unsicherheit der großen deutschen Angelegenheiten erwägen, so erscheint uns die zwischen Ew. k. H. und den Ministern eingetretene Trennung als eine dringende Gefahr des Vaterlandes. Das hessische Volk will keine gesetz- und regierungslose Freiheit. Aber es verlangt eine Regierung durch Männer seines Vertrauens, es verlangt die Herrschaft allein der Gesetze und gerechter Gesetze. Deßhalb sieht es mit Freude und Stolz auf die jetzigen Minister, es nennt sie die seinen und will nicht von ihnen lassen. Im Angesichte und im Namen dieses Volks — eingedenk unserer heiligen Aufgabe, über die Wohlfahrt des Vaterlandes nach allen Richtungen zu wachen, — eingedenk des Eides, der uns das Wohl des Landesfürsten als unzertrennlich von dem Wohle des Vaterlandes zeigt — fühlen wir uns zu der feierlichen Erklärung gedrungen: daß das gegenwärtige Ministerium das Vertrauen des gesammten hessischen Volks genießt, daß jede Abweichung von den Grundsätzen desselben eine Gefahr für das Recht, die Freiheit und das Wohl des Vaterlandes sein würde, daß wir in diesem Augenblicke keine gebieterischere Pflicht erkennen, als den Ausdruck der ehrfurchtsvollen und dringenden Bitte, Ew. k. H. wolle die drohende Auflösung des gegenwärtigen Ministeriums sich nicht vollenden lassen. Wir verharren ꝛc."

⊙ **Jena**, 25. Jan. Der deutsche konstitutionelle Verein zu Jena hat in seiner gestrigen Sitzung durch die neuesten politischen Vorgänge im benachbarten Sachsen sich veranlaßt gefunden, im Interesse der allgemeinen deutschen Sache die entschiedene Erklärung abzugeben: „daß er die auf Antrag des Vicepräsidenten Schaffrath und Tzschirner von der zweiten sächsischen Kammer in Bezug auf die Oberhauptsfrage am 20. d. M. gefaßten Beschlüsse (welchen am 23. auch die erste Kammer beigetreten ist), mit Entrüstung und tiefem Bedauern über die in denselben sich kund gebende Gesinnung vernommen hat. Es erscheint ihm als unaussprechlich schamlos und schmachvoll, wenn zum Theil dieselben Männer, welche in Frankfurt auf's Aeußerste für die souveräne Berechtigung der Nationalversammlung sich ereiferten und nicht einmal auch nur eine zustimmende Verständigung mit den Regierungen der Einzelstaaten für zulässig hielten, wenn jetzt eben diese Männer im Namen der sogenannten sächsischen Volksstimme selbst zuerst ihrer Regierung zumuthen, durch Widerspruch gegen die Schlußbestimmungen der deutschen Nationalversammlung die Lebensfähigkeit des ganzen, die Einheit der deutschen Nation bezweckenden Verfassungswerks in Frage zu stellen. Der konstitutionelle Verein glaubt von der Einsicht, dem Patriotismus und der männlichen Festigkeit der sächsischen Regierung erwarten zu dürfen, daß sie von den politischen Sondergelüsten und dem blinden Fanatismus der sächsischen Stände sich nicht werde werfen lassen, und hofft zur Ehre des sächsischen Volkes, daß das Gesetz der Einheit, der Eintracht und des Friedens in Deutschland ihm höher stehen werde, als seine dermaligen Vertreter, deren retrograde Bahn nur zur Zwietracht, Zerrissenheit und zur apathischen Nullität der gesammten Volkskraft führen würde und müßte."

Y **Schleswig**, 24. Jan. Es ist den Dänen gegenwärtig unbequem, daß sich im ganzen Herzogthume Schleswig eine so allgemeine und entschiedene Darlegung gegen das neueste Friedensprojekt ausspricht, wonach Schleswig von Holstein getrennt und scheinbar selbstständig gestellt werden soll, um sodann auf einem Umwege um so sicherer Dänemark inkorporirt zu werden. Es kam darauf an, dieser Bewegung den Charakter des Ursprünglichen und Unmittelbaren zu nehmen und sie als eine gemachte, von außen hervorgerufene darzustellen. Aber wer soll diese Bewegung gemacht haben, wer regt die Leute in den Städten und Dörfern auf, wer treibt sie in die Versammlungen und heißt sie Adressen unterschreiben? Das muß allerdings ein hoher Einfluß sein, und gewiß, es ist kein Anderer, als der Präsident des Reichsministeriums, Heinrich v. Gagern. Das steht zu lesen in der dänischen offiziellen Staatszeitung. Diese berichtet uns, daß am 7. Jan. in Schleswig ein Schreiben Gagern's eingelaufen sei, in welchem er die Forderung ausgesprochen habe, daß alle Obrigkeiten in Schleswig in ihrem eigenen, und im Namen ihrer Untergebenen nicht allein den Wunsch, sondern das bestimmte Verlangen ausdrücken sollten, in den deutschen Bund aufgenommen zu werden. Natürlich nur aus Respekt gegen das Reichsministerium, aus Deferenz gegen den Wunsch des Herrn Ministers, kommen nun alle diese zahllosen Adressen zu Stande. Herr v. Gagern wird sich gewiß selbst wundern, wenn er in Ihrer Zeitung liest, was er für ein Unheil angerichtet hat, und wie er hauptsächlich die Schuld trägt, daß man hier auf das schöne dänische Friedensprojekt nicht eingehen will. Die Dänen denken, es liest doch Niemand ihre Zeitungen außerhalb Dänemark und so komme es doch nicht an den Tag, was sie dort in stiller Zurückgezogenheit ihren Landsleuten vorlügen. Aber es mag doch gut sein, sie zuweilen daran zu erinnern, daß Lügen nur kurze Beine haben.

** **Hamburg**, 26. Jan. In demselben Augenblicke, wo man in Hamburg die Grundrechte publizirt, weist man die Dichterin Frau Louise Aston, welche still hier lebte, aus. Demselben

Schicksale unterlagen mehrere andere mißliebige Personen. Die Ausgewiesenen begeben sich gewöhnlich nach Altona, wie dies Weitling, Dr. Kleinpaul, Prinz und andere Schriftsteller gethan haben. Auch Anders aus Breslau, der frühere Redakteur der Geißel, welcher von dort entflohen, wird sich hier oder in Altona habilitiren, wenn man ihm in Hamburg den Aufenthalt nicht gestattet.

⊙ **Lübeck**, 25. Jan. Den nächsten Gegenstand der heutigen Versammlung der Bürgerschaft bildeten die auf die Vergrößerung unseres Infanteriekontingents bis zu zwei Procent der Bevölkerung bezüglichen Anträge des Senates. Abgesehen von den bedeutenden, auf die Länge geradezu unerschwinglichen Kosten, mit welchen dadurch unser Budget beschwert wird, standen besonders zwei Schwierigkeiten einer sofortigen Erledigung der Angelegenheit entgegen. Einmal der Umstand, daß wir bisher überhaupt noch Stellvertretung für unser Kontingent gehabt haben, und eine sofortige Abschaffung derselben, für welche sich die Bürgerschaft abweichend vom Senatsantrage entschied, jedenfalls keine rückwirkende Kraft auf die Dienstpflichtigen aus den Jahren 1824 — 26 üben kann, welche sich jenes Recht bereits erworben haben, andererseits die zur Förderung des Seedienstes auf Lübeckischen Schiffen getroffene Einrichtung, nach welcher eine eigene Stellvertretungskasse für militärpflichtige Lübeckische Seeleute gegründet und dotirt worden ist. Ueber den letzteren Punkt wird erst morgen ein Beschluß gefaßt werden; im Uebrigen sind die Anträge des Senates angenommen, jedoch mit dem Zusatze, der Senat möge der Bürgerschaft baldthunlichst darüber Vorschläge entgegenbringen, wie eine engere Verbindung mit Nachbarstaaten in Bezug auf gemeinsame Erfüllung der Wehrpflicht zu erzielen sei. Daß die veränderten Verhältnisse eine Auflösung der mit Oldenburg abgeschlossenen Militärkonvention zur Folge haben werden, ward von allen Seiten als unzweifelhaft erkannt. Je schwerer aber die vermehrten Ansprüche an die Leistungen für das Heerwesen einen kleinen Staat treffen, zumal wenn er dabei Gefahr läuft, seinen Handelsschiffen die unentbehrlichen Matrosen zu entziehen, um so mehr Anerkennung verdient es, daß unsere Bürgerschaft mit ansehnlicher Mehrheit den Beschluß faßte, dem Vaterlande jene Opfer zu bringen.

Großbritannien.

* **London**, 26. Jan. Der „Manchester-Courier" berichtet, daß die Königin wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahrs der Stadt Manchester einen Besuch abstatten werde, und zwar im Herbst, bald nach dem Schlusse des Parlaments, auf ihrer gewöhnlichen Reise von oder nach Schloß Balmoral in Schottland. Sollte die Königin dies wirklich im Sinne haben, so wäre damit ohne Zweifel die Absicht verbunden, dem Radikalismus des so mächtigen Manchester, das als Hauptsitz der industriellen Thätigkeit die Stelle einer zweiten Hauptstadt Englands einnimmt, eine Artigkeit zu erweisen.

Die Handelskammer von Singapore hat an Lord Palmerston eine Denkschrift gerichtet, worin sie ihm die Vortheile auseinandersetzt, welche ein geregelter und gesicherter Handelsverkehr mit Siam und die Errichtung einer Gesandtschaft daselbst für den englischen Handel zur Folge haben würde. Großbritannien hat zwar von früherer Zeit her einen Handelsvertrag mit Siam, der aber für jetzt ein todter Buchstaben ist. Der jetzige König ist den Briten nicht günstig und hat ihrem Handel seit 1840 durch exklusive Maßregeln in hohem Grade zu schaden gesucht. Dagegen haben die Engländer einen warmen Freund an einem der Söhne des Königs, dessen Wissen kein gewöhnliches, dessen Kenntniß der englischen Sprache und der europäischen Sitten nicht unbeträchtlich sein soll. Dazu kommt, daß gegenwärtig unter der Bevölkerung ein großes Mißvergnügen herrscht — ein Umstand, welcher den Briten, wenn auch nicht bei sich zu Hause, doch unter fremden Völkern meist sehr erwünscht ist, und von ihnen auch immer sehr gescheidt zur Durchführung ihrer Zwecke benutzt wird.

Unter dem Vorsitz des Herrn Grattan fand am 24. eine Versammlung irischer Parlamentsmitglieder in Dublin statt, zu der sich jedoch, außer dem Vorsitzenden, nur 9 Mitglieder eingefunden hatten, (die übrigen, ohnehin nicht sehr zahlreichen Zuhörer, gehörten nicht dem Parlamente an), so daß ernstlich davon die Rede war, die Versammlung auseinander gehen zu lassen. Indeß zog man es vor, auch in diesem engeren Zirkel irischer Politiker kräftige Reden zu halten und Beschlüsse zu fassen, um doch nicht ganz umsonst zusammengekommen zu sein. Unter den zehn Mitgliedern, welche dem Meeting beiwohnten, befand sich auch eines von konservativer Färbung, auf welches der Vorsitzende jedoch so wenig Rücksicht nahm, daß er im Eingange seiner Eröffnungsrede erklärte: es sei seine Absicht, gegen jede Regierung, sei sie eine der Tories oder der Whigs, zu stimmen und ihr in jeder Weise, welche die Regeln des Hauses erlaubten, zu opponiren, wenn diese Regierung nicht den irischen Angelegenheiten ihre besondere Aufmerksamkeit widme. (Also irischer Partikularismus!) Dies sei auch vordem schon O'Connells Gedanke gewesen, damals habe er, Grattan, diese Politik nicht billigen wollen; aber jetzt seien die Zeiten der Art, daß ihn nichts dazu bringen werde, von diesem Plane auch nur ein Zollbreit abzuweichen. Nachdem die Hauptredner, hierunter Herr Fagan, ihrer Sprechlust hinlänglich Genüge gethan, beschloß man endlich, das Meeting bis Donnerstag 12 Uhr auszusetzen, wo man eine größere Zahl Mitglieder beisammen zu haben hoffte.

Eine Versammlung anderer Art hielten die römisch katholischen Geistlichen der Dechanei Westport, unter dem Vorsitze des Erzbischofs von Tuam, M'Hale, eines bekannten Ultramontanen. Die Beschlüsse betrafen den Nothstand der Gegend, die Sprödigkeit der Exekutive von Irland, sich thätig bei der Abhülfe der Noth zu betheiligen, die Mängel in den Armengesetzen und deren Ausübung und spezieller Anwendung. Unter andern beschloß man: sich mit der Bitte an das Parlament zu wenden, daß man eine doppelte Steuer auf Wiesenland, eine dreifache aber auf diejenigen Ländereien legen möge, von welchen während der letzten drei Jahre Pächter ausgetrieben wurden. Der erste dieser Beschlüsse lautet: „Beschlossen, daß wir uns, wenn auch mit Widerstreben, verpflichtet fühlen, der Regierung und dem Reichsparlament Angesichts von ganz Europa zu erklären, daß die Armen in unsern Kirchspielen gegenwärtig in die allerbetrübendste und alleräußerste Nothlage gebracht sind, und daß man sie trotzdem dem Schicksal überläßt, entweder vor Hunger zu sterben, oder von halb verfaultem Unrath, den sie auf den Feldern und Straßen auflesen, ihr jämmerliches Dasein fristen zu müssen." Schauderhaft genug! Von der Unzulänglichkeit der jetzigen Armengesetze in Irland ist nachgerade Jedermann, auch der Konservativste überzeugt; es geht aber wie mit so vielen Einrichtungen, deren Unzweckmäßigkeit Jederman einsieht, ohne daß doch Einer, auf sein Gewissen befragt, genau und mit Sicherheit angeben könnte, was an ihre Stelle zu zu setzen sei.

Frankreich.

†† **Paris**, 26. Jan. Der Bericht des Kommissionsgliedes Herrn Grevy über den Rateau'schen Antrag bringt in die Saharawüste der unfruchtbaren Nationalversammlung wieder einige Vegetation. Ritter Thiers läßt durch seinen Schildknappen, den Constitutionel, den Bericht der Kommission anrennen. Nach seiner Ansicht überschreitet dieser Bericht durch den Absolutismus der Schlußfolgerungen, durch Armuth an Logik, durch ketzerische Behauptung seiner Beweggründe, selbst das bizarrste Resultat, welches von einer Kommission erwartet werden durfte, die in der großen Mehrheit aus Republikanern de la veille zusammengesetzt war. „Es scheint in der Absicht des Berichtes der Kommission zu liegen, die Nationalversammlung zu vermögen, eine Wiederholung des langen Parlamentes aufzuführen. Der Bericht fordert von der Nationalversammlung alles zu vollenden, was sie für ihr bisher gefördertes Werk noch nöthig erachtet." Mehr als die antipathischen Gründe des Berichtes ärgert den Constitutionel die Ironie des Herrn Grevy, welcher die Nothwendigkeit des Fortbestehens der Nationalversammlung für das Ministerium behauptet, dem die Mitwirkung und Unterstützung der republikanischen Majorität der Kammer angeboten sei, das sie aber nicht angenommen habe. Unterstützung! ruft der Constitutionel zornentbrannt aus und stellt die Frage: „Ist die Mitwirkung, welche die Finanzen unordnet, das Ministerium alle Augenblicke mit unnützen oder gefährlichen Interpellationen neckt, eine systematische Feindschaft hegt, durch die Taktik der Anträge ebensoviele Kriegserklärungen an das Ministerium stellt — ist diese Mitwirkung der Republikaner de la veille eine Unterstützung des Ministeriums?" Der Constitutionel hofft die Nationalversammlung werde den Antrag des Berichtes verwerfen. Der National im Gegentheile findet es der Würde der Konstituante angemessen, den Antrag anzunehmen. Er schreibt: „Die Nationalversammlung läßt

sich nicht einschüchtern, sie erkennt in den Stimmen einzelner Faktionen nicht die Sprache und Willensmeinung des Volkes. Für sie gibt es nur Eine Souveränetät — und für diese Souveränetät nur Einen Charakter: Einheit und Untheilbarkeit; nur Einen Ausdruck: allgemeines Wahlrecht; nur Eine wahre aufrichtige rechtskräftige Vertretung: konstituirende oder gesetzgebende Versammlungen. Und die Jetzige hat das geheiligte Pfand der Grundsätze, Ordnung und Machtvollkommenheit vom Volke empfangen, sie wird es unverletzt an dasselbe zurückstellen." Eine zweite wichtige Frage der gestrigen Sitzung bildete die Dringlichkeits-Erklärung der Assemblée über den Budget Antrag des Hrn. Billault, welcher zum Zwecke hat, in Kürzestem das Einnahmbudget von einer Kommission prüfen zu lassen, um es durch eine eigene Verordnung zu regeln, und auf dieser Basis von der Regierung zu verlangen, in dem Monate der Publikation des Einnahmenbüdgets ein mit diesem übereinstimmendes Ausgabenbüdget vorzulegen. Nach einer lebhaften Debatte, worin Fould hervorragte, wurde der Antrag einer Kommission überwiesen, welche Samstag den Bericht darüber zu erstatten hat. Der Antrag Deudé's, die Ernennung des vierten Theiles der Unter-Präfekten aus den Auditoren des Staatsrathes vom Präsidenten auf Antrag des Staatsrathes allein abhängig zu machen, und dem Minister des Innern nur die Freiheit zuzugestehen, die Ernannten Tags darauf wieder abzusetzen, wurde von Odilon Barrot bekämpft und in der Fassung angenommen, daß der Minister des Innern den Vorschlag zu genehmigen habe. — Durch Ordonnanz vom 21. Jan. sind wieder 16 größtentheils monarchische Präfekten und 38 Unterpräfekten ernannt. — Der Minister des Innern hat dem Präsidenten seinen Bericht über die Reduktion der Garde mobile vorgelegt. Er beantragt eine Verminderung der 25 Bataillons auf 12 und Soldermäßigungen. — In der Gemeinde Nozac, Departement du Lot, sind Unruhen vorgekommen. Die Bewohner verweigerten die Zahlung der 45 Centimes-Steuer. Eine Deputation verlangte bei der Behörde die Aufhebung des gehäßigen Steueraufschlags mit einer Sturmpetition. Als diese nicht zugestanden wurde, schleuderte die Volksmasse einen Steinhagel gegen die Fenster der Unterpräfektur. Die herbeigezogene Militärtruppe zerstreute mit einem Bajonettangriff die Rotte. — Der Minister des Unterrichtes hat eine Kommission eingesetzt, welche die Mittel vorzuschlagen hat, die französische und arabische Sprache gegenseitig bei den Arabern und Franzosen zu verbreiten. — Herr Michelet eröffnete gestern seine Vorlesungen im College de France. Eine große Anzahl Zuhörer fand sich dabei ein. Der Professor wurde mit lebhaften Zurufen empfangen. — Aus Montevideo wird geschrieben, daß Diktator Rosas in seiner Botschaft an die Kammer Paris einen verdammten Pfuhl des Lasters genannt, welcher jetzt gezüchtiget wurde mit den Entsetzen des Juni, welche Rosas vorausgesagt, und daß sie von den Franzosen Barbaren genannt werden, während sie als Civilisirte gegen den französischen Barbarismus einschreiten sollten.

Spanien.

Madrid, 18. Jan. Ueber den Krieg im Norden — wenn diese Hin- und Herzüge und Treibjagden so heißen dürfen — gewinnt man aus den spanischen und französischen Blättern durchaus kein klares Bild. Eben jetzt soll, so versichert der Heraldo, Cabrera durch die kaltblütige Taktik des Generals Concha sehr außer Fassung gebracht sein. Hingegen, dem Clamor Publico zufolge, konzentrirte dieser Carlistenanführer seine Streitkräfte in der Gegend von Guillerias, entschlossen einen Entscheid durch eine Hauptschlacht herbeizuführen. Er soll einen ausgezeichneten englischen Offizier an seiner Seite haben. Mittlerweile rauscht und braust die Hofburg in Madrid von unaufhörlicher Karnevalslust. Nach der altspanischen Hofdogmatik hatten die Königinnen von Spanien keine Füße; aber die unschuldige Isabelle und ihre Frau Mutter, die Herzogin von Rianzares, widerlegen diesen Glauben thatsächlich. Sie tanzen — zwar nicht „Goethe", wie weiland Fanny Elsler — aber, wie der englische Punch bemerkt, „Zeugenbeweis für das salische Gesetz." Christine, obgleich „fair, fat and forty (d. h. blond, fett und vierzigjährig)", schwebt wie eine Fee; der Bärenführer bei Heinrich Heine hat daher sehr unrecht, daß er Mumma, die schlecht tanzende Gattin Atta Trolls, Frau Munnoz schimpft. Sein anderes Hypokoristikon besteht freilich zu Recht. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 18. Jan. Auf allen Straßenecken liest man hier Steckbriefe gegen General **Bem** mit genauer Beschreibung seiner Person, deren Auslieferung mit besonderer Strenge angeordnet wird. Es geht das Gerücht, er habe sich, nachdem seine Truppe zersprengt worden ist, nicht nach Siebenbürgen zurückgezogen, sondern sei in die Karpathen entkommen, wo er sich bis jetzt noch herumschlage. (Oest. Korr.)

Italien.

Rom, 18. Jan. General Zamboni, der sich nach Gaeta aufgemacht hatte, ist drei Millien vor Porta S. Giovanni bei der sogenannten Osteria de' Spiriti aufgehoben und gefangen nach Rom zurückgebracht worden. Er muß die Sache möglichst ungeschickt angefangen haben, da Don Pirlone seinen Abzug bereits vorgestern als bevorstehend verkündigte. Man hatte gehofft, Papiere bei ihm vorzufinden, die ihn hätten kompromittiren können; diese Erwartung ist indessen, scheint es, fehlgeschlagen. Vergangene Nacht sind einige andere Offiziere entwichen, und auch Fürst Cesarini scheint verschwunden zu sein, nachdem er mit seinem Generalat Fiasco gemacht hatte. Daß wegen einer Anleihe von einer Million mit Rußland Unterhandlungen gepflogen worden sind, kann ich Ihnen aus glaubwürdiger Quelle berichten. Ob ein Resultat erzielt worden sei, war indessen zur Zeit noch nicht bekannt. Aus Gaeta treffen fast jeden Posttag Warnungen ein, sich vor diesem oder jenem Datum aus Rom zu entfernen, um den Konflikt mit den Interventionstruppen zu vermeiden. Zuletzt wurde mit Bezugnahme auf Aeußerungen, ja sogar Vermahnungen des Papstes, der zwanzigste dieses Monats als der Termin der Katastrophe genannt. Alles, was mit der Diplomatie zusammenhängt, scheint sich auf einen längern Aufenthalt in Gaeta gefaßt zu machen. Hier wird inzwischen dem König von Neapel sein nahes Ende verkündigt. Ihn, behauptet man, habe die Exkommunikation getroffen, die allezeit die Ungerechten ereile und die Unschuldigen verschone. (A. Z.)

* Aus **Palermo** berichtet die „Times" unterm 13. Jan., daß der Tag vorher als Jahrestag der Revolution in der Stadt und Nachbarschaft durch Erleuchtung, Feuerwerk, Parade der Nationalgarde und der Truppen u. s. w. höchst festlich und munter begangen wurde. Wenige Tage vorher war zu **Livona**, einer Stadt von 5000 Einwohnern im Val di Noto (Provinz Girgenti), eine Kontrerevolution versucht, aber sehr bald unterdrückt worden. Der Anführer, ein früherer Polizei-Offizier, und acht Andere, wurden erschossen! Man sieht, daß die Männer der Freiheit die blutigen Maßregeln des Königs von Neapel und des Fürsten Windisch-Grätz mit Erfolg zu den ihrigen zu machen wissen.

Schweiz.

+ **Zürich**, 27. Jan. Der unsinnige Aufstandsversuch der **Neuenburger** Royalisten ist, wie Sie wissen, ohne fremde Hülfe zu Boden geschlagen; „nach zweitägigem Kampfe," wie sich das „Sol. Blatt" hochtrabend ausdrückt; glücklicherweise scheint dieser Kampf nicht viel Blut gekostet zu haben. Daß aber der ganze Putsch nicht schon am ersten Tage beendigt wurde, daß er sich am zweiten mit neuen Kräften wieder entzündete, das scheinen wir den Rohheiten der herrschenden radikalen Partei zu verdanken zu haben, die sich nicht damit begnügte, die ärgsten Schreier zu verhaften, sondern die dieselben, als sie auch noch im Gefängniß ihren Lärm fortsetzten, auf eine rohe Weise mißhandelte und sie endlich mittelst einer Feuerspritze zum Schweigen brachte. Als die Stadt am nächsten Morgen diese Unwürdigkeit erfuhr, begann der Spektakel von Neuem. So berichten wenigstens konservative Stimmen; die radikalen sagen freilich kein Wort davon; die Mißhandlung des Staatsrathes Steck hingegen wird umgekehrt von den ersteren total ignorirt und von den letzteren mit den lebhaftesten Farben ausgeschmückt. — Die beiden Bataillone, welche die Regierung von **Neuenburg** zur völligen Wiederherstellung der Ordnung vom Bundesrath verlangt hat, werden voraussichtlich nicht die einzigen Truppen sein, welche die Eidgenossenschaft in kürzester Frist aufzustellen hat; denn schon steigen im Süden wieder drohende Wolken auf. Abgesehen davon, daß die italienischen Verhältnisse im Allgemeinen einen Punkt erreicht haben, der täglich den Wiederausbruch des italienisch-österreichischen Krieges herbeiführen kann, abgesehen davon, häuft sich an der tessinisch-lombardischen Grenze wieder Zündstoff in Masse an, seit die letzten eidgenössischen Truppen den Kanton verlassen haben. Bei der gegenseitigen Erbitterung ist es unvermeidlich, daß Gebietsverletzungen hüben und drüben vorfallen; dabei kommt es nicht selten zu Schlägereien, ja es sind schon scharfe Schüsse gewechselt, ohne daß die Regierung im Stande wäre, solchem Unfug wirksam entgegen zu treten. Ohne Zweifel in Folge der Wegelagerung

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 30. Januar.

Tagesordnung der 161. öffentl. Sitzung.

1) Ersatzwahl zweier Mitglieder in den Ausschuß für Geschäftsordnung.
2) Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „Gewähr der Reichsverfassung".

Vorsitzender Präsident Simson zeigt an, daß das Herrn Temme betreffende Wahlprotokoll und dessen Erklärung, daß er die Wahl annehme, von der preußischen Behörde eingegangen, sowie daß die Zusendung der übrigen Aktenstücke binnen der kürzesten Frist zu erwarten sei.

Herr Fehrenbach aus Säckingen ruft das Reichsministerium des Kriegs wegen der fortdauernden Besetzung eines Theils von Baden mit fremden (würtembergischen) Reichstruppen an. Für den Ausschuß zur Prüfung der Wahlen für Thiengen und Konstanz zeigt Herr Reichensperger an, daß das Erachten dahin laute, die Papiere über die neuerdings wieder bewirkte Wahl Friedr. Heckers, ohne weiter darauf einzugehen, zu den Akten zu nehmen.

Dann findet die Einsammlung der Stimmzettel zur Ergänzung des Geschäfts-Ordnungs-Ausschusses Statt.

Der Abschnitt des Verfassungsentwurfs: „Gewähr der Reichsverfassung" umfaßt 4 Artikel in 7 Paragraphen. Der erste Artikel behandelt den Regierungswechsel und Regierungsantritt des Kaisers; Artikel 2 das Verhältniß der Landesverfassungen zur Reichsverfassung; Artikel 3 die Formen, welche für Abänderungen der Verfassung vorgeschrieben werden; Artikel 4 die Aufhebung einzelner Bestimmungen der Grundrechte im Falle des Kriegs oder Aufruhrs.

Beim Verlesen der Redner erregt es einiges Erstaunen, Herrn Buß aus Freiburg neben Herrn Tellkampf aus Breslau unter den Vertheidigern der Verfassungsvorlage im Allgemeinen eingezeichnet zu finden. Herr Buß ist auch beflissen gewesen, sich bei mehreren einzelnen Paragraphen des Wortes zu versichern.

Auf eine Besprechung des Entwurfs im Ganzen verzichtet jedoch die Versammlung. In Bezug auf Artikel I. §. 1 erhält das Wort Hr. Mölling aus Oldenburg. Der für den Regierungsantritt dem Kaiser vorgeschriebene Eid ist's, gegen den sich der Redner erklärt, wie überhaupt gegen alle Verfassungs- und Diensteide. Sie sind unmoralisch und unwürdig, seiner Ansicht nach, weil sie nicht aus einer freien Ueberzeugung hervorgehen und weil sie Mißtrauen in die Person des zu Verpflichtenden verrathen.

Hr. v. Schrenk aus München kann mit seinem Vorgänger darin nicht übereinstimmen, daß die Meinung des Volkes schon so weit vorgeschritten sei, um den Eid für etwas Unnöthiges und Unwesentliches zu erachten. Dann empfiehlt er den §. 1 in der Fassung der Ausschußmehrheit der Annahme der Versammlung.

Nachdem Hr. Waitz als Berichterstatter die Motive der beiden zu §. 1 gestellten Minderheitsanträge widerlegt hat, bemerkt er, daß Hrn. Mölling's Bedenken gegen den Eid in die Grundrechtsdebatten, aber nicht hierher gehörten. Die Abstimmung entscheidet sich dann unter Ablehnung der Minderheitsvorschläge für die Annahme des §. 1 in folgender Fassung der Ausschußmehrheit:

Gewähr der Reichsverfassung.

Art. I. §. 1. „Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen in der Art, wie er das letztemal zusammengesetzt war. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstags einen Eid auf die Reichsverfassung.

Der Eid lautet: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen, so wahr mir Gott helfe!"

Erst nach geleistetem Eide ist der Kaiser berechtigt, Regierungshandlungen vorzunehmen."

Desgleichen wird angenommen §. 2. „Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Das Nähere bestimmt die Dienstpragmatik des Reichs."

Ebenso §. 3. „Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt."

Zu Artikel II., §. 4 bemerkt Herr Buß, daß ihm die Bestimmungen über das Verhältniß der Reichsverfassung zu der Landesverfassung ungenügend erscheinen. Wo die größte Gefahr ist, dahin muß der größte Schutz gewendet werden. Nicht die Einheit hat die Geschicke Deutschlands jemals gefährdet, wohl aber der Partikularismus und wider ihn muß gleich unsere Verfassungsurkunde ihre Maßregeln nehmen, indem sie ausdrücklich auch die Verbindlichkeit der Reichsgesetze und der unter der Autorität des Reichs abgeschlossenen Verträge den Einzelstaaten gegenüber ausspricht.

Nachdem die Annahme des §. 4 nach dem Ausschußvorschlage erfolgt ist, bleibt das Ergebniß der Abstimmung durch Aufstehen über einen Zusatz im Sinne der Buß'schen Rede zweifelhaft. Die Abstimmung durch Zettel ergibt für den Verbesserungsantrag des Herrn Buß nur 194 Stimmen gegen 206, wornach also der Paragraph unverändert lautet:

Art. II, §. 4. Keine Bestimmung in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Einzelstaates darf mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen.

Ueber §. 5 nimmt das Wort Hr. Schüler aus Jena, um den Minderheitantrag zu empfehlen, nach welchem der Paragraph zu streichen sein würde, weil er nicht die Reichsverfassung gewährleistet, sondern die Verfassung der Einzelstaaten. Der Entwurf der Mehrheit verrathe das Bestreben, die Monarchieen zu stützen. Hr. Schüler will es dagegen den Einzelstaaten unverwehrt lassen, sich in Republiken zu verwandeln, besonders da Republiken das bei weitem Geschmeidigere und Lenksamere seien, was sich von der Centralgewalt mit viel größerer Leichtigkeit handhaben lassen werde, als die spröden Monarchieen. Wenn die konstitutionell-monarchische Staatsform wirklich die unbedingt beste, wenn sie diejenige sei, in der sich das Volk am wohlsten befinde, so würde eben dies Volk auch niemals an eine Abänderung denken und von keiner republikanischen Wühlerei sei etwas zu fürchten.

Hr. v. Soiron: Nur das deutsche Volk in seiner Gesammtheit ist die Trägerin der Souveränetät, nicht die einzelnen achtunddreißig Nationalitäten. Daher kann keine Verfassungsveränderung in einem einzelnen Lande vorgenommen werden, ohne Zustimmung der Gesammtheit. Schon der alte Staatenbund erkannte diesen Grundsatz an, um wie viel mehr muß der straffere Bundesstaat auf demselben Rechte beharren, welches sich noch viel schärfer ausdrückt, als in unserm Entwurfe, in der nordamerikanischen Union und in der schweizerischen Tagsatzung.

Hr. Hagen von Heidelberg ist äußert erstaunt über diese Auslegung der Volkssouveränetät aus dem Munde des Herrn v. Soiron, der früher verkündet habe, nur vom Willen des Volkes werde das Fortbestehen der verschiedenen Dynastien abhängen. (Von der Rechten: Allerdings! Dieser Wille hat sich ausgesprochen!) Aber wenn Sie denn von dem Unpraktischen der Republik so gänzlich durchdrungen sind, wenn Sie so genau wissen, daß sie für Deutschland nicht paßt, warum wollen Sie denn nicht einmal auch nur den Versuch dazu machen? (Gelächter.) Daß die Gelegenheit zu einem solchen Versuche nicht für immer abgeschnitten werde, dazu werde eben der Wegfall des §. 5 dienen. — Die Redseligkeit des Herrn Buß hat bereits die Folge, daß sein Erscheinen auf der Tribüne jedesmal von einem brausenden Geräusche der Abwehr begleitet ist. Dies geschieht auch, als er jetzt kommt, um zu beweisen, daß wenn das Volk im Ganzen die Souveränetät habe, sie auch in jedem einzelnen Theile vorhanden sein müsse. Dennoch will er, daß der vorgeschlagene Paragraph angenommen werde. Denn die Einheit und der Zusammenhalt des Bundesstaats erfordere ihn, so daß nur diejenigen dagegen stimmen könnten, die anstatt eines Bundesstaats nur den lockeren Staatenbund wollten.

Herr Wigard aus Dresden behauptet, daß der Ausspruch

des Herrn v. Soiron eine Mediatisirung sämmtlicher 34 Fürsten enthalte. Dann entwickelt er, warum ihm und seinen politischen Freunden das zweite Minderheitserachten: „Ueber die Verantwortlichkeit der Reichsminister wird ein besonderes Reichsgesetz erlassen", hierher gehörig erscheint.

Herr **Gombart** aus München verwendet sich für den Paragraphen nach dem Mehrheitsvorschlage, indem er darin ein nothwendiges Bindeglied des Ganzen erblickt. Herr **Schwarzenberg** aus Kassel erklärt sich in einem entgegengesetzten Sinne. Herr Staatssekretär **Bassermann** führt die jetzt versammelte sächsische Kammer gegen die Behauptung Herrn Schülers an, daß die Republik ein besonders geschmeidiges, die Monarchien hingegen — deren 17 ihre Uebereinstimmung mit dem Verfassungsabschlusse erklärt haben — das für die Reichsgewalt spröde und unlenksame Element seien. Die Geschichte der französischen Republik in den 90er Jahren, selbst der letzte royalistische Aufstand in Neuenburg, beweisen dem Redner, daß auch die Republik ohne Schutzmittel und oft Schutzmittel der gewaltsamsten Art nicht bestehen kann, wie auch im Interesse der Gleichheit der verschiedenen Bestandtheile des Reichs der Paragraph nothwendig sei. Wenn Herr Hagen gefragt, warum wir mit der Republik nicht wenigstens einen Versuch machten, so wäre diese Frage nicht an uns, sondern an die republikanischen Führer, an das Volk selbst zu richten gewesen. Ueberhaupt probirt man Staatsformen nicht (Beifall). Man preist uns von einer gewissen Seite des Hauses die Macht, zu der sich Oesterreich plötzlich wieder erhoben hat. Ich denke, daß auch dies Beispiel zeigt, was die Geschichte Frankreichs, Venedigs, Genuas, selbst Englands, darthut — daß zwischen der Freiheit und Machtentwicklung eines Staates ein gewisses Wechselverhältniß stattfindet, so daß die erstere weder eine unbedingte noch eine unterdrückte sein darf. Geht nun §. 5 nicht einmal so weit, als die viel strengeren Bestimmungen der Verfassung der nordamerikanischen und schweizerischen Freistaaten, so halte ich ihn für unerläßlich zur Begründung einheitlicher Verhältnisse und zur Begründung der Macht des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird der Schluß der Besprechung beliebt und Herr **Waitz** als Berichterstatter bemerkt u. A., daß unter „Veränderung der Regierungsform" nicht Verfassungsabänderungen der Art wie die Verschmelzung von zwei Kammern in Eine zu begreifen sei. Nicht blos im Interesse der Einheit, auch im Interesse der Freiheit sei die Bestimmung des §. 5. Ein verehrtes Mitglied des Hauses hat kürzlich unter dem Beifall von ganz Deutschland erklärt: „er kenne keine würtembergische Souverainetät!" Auch §. 5. ist nur ein Schritt mehr zu der Einheit, aus der die Macht unseres Vaterlands hervorgehen soll! (Beifall von der Mehrheit des Hauses).

Die Abstimmung findet durch Namensaufruf Statt. Sie ergibt die Annahme der ersten Hälfte des Paragraphen mit 294 gegen 137. Desgleichen die Annahme des zweiten Satzes mit 237 gegen 189 Stimmen. Vollständig lautet demnach:

§. 5. „Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Diese Zustimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen (§. 6.) gegeben werden.

Hiernach vertagt sich die Berathung. Als in den Ausschuß für Geschäftsordnung gewählt, verkündet der Präsident die Herren Graf Giech aus Thurnau und Heimbrod aus Soran. Die nächste Sitzung Donnerstag, den 1. Februar, wird sich mit der Fortsetzung des Abschnitts: „Gewähr der Verfassung" beschäftigen.

Frankfurt, 29. Jan. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat das Reichsministerium heute, 12 Uhr, sämmtliche Herren Bevollmächtigte versammelt, um ihnen aus Anlaß der viel besprochenen preußischen Note offizielle Kenntniß zu geben von dem Stadium, in welchem sich die Berathung der deutschen Verfassung in der Paulskirche befindet, und um durch sie die sämmtlichen Regierungen Deutschlands aufzufordern, die etwaigen Erklärungen, welche auf Preußens Einladung an das Reichsministerium einzureichen seien, möglichst zu beschleunigen, da die zweite und also definitive Lesung der Verfassung sehr nahe bevorstehe und mit der längst ersehnten Vollendung derselben nicht gezögert werden dürfe. (O. P. Z.)

Frankfurt, 30. Jan. Die O. P. Z. bringt heute die von uns bereits dem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilte Erklärung der Fürstin-Vormünderin und Regentin von Waldeck für ein einziges und selbst erbliches, mächtiges Oberhaupt. Auch von den Regierungen von Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt sind Erklärungen eingelaufen, deren Inhalt der von uns veröffentlichten Gesammtadresse der thüringischen Fürsten an den König von Preußen entspricht.

* **Wien**, 25. Jan. Das Armeekorps des Feldzeugmeisters Nugent, 35,000 Mann stark, hat den Befehl zum Aufbruch nach Italien erhalten, wo man dem erneuten Ausbruch der Feindseligkeiten entgegen sieht. Man erwartet zunächst einen Schlag gegen Venedig. Die Verbindungen zwischen Piemont und der Lombardei sind auf's äußerste beschränkt. Graf Franz Colloredo-Wallsee ist zum außerordentlichen Gesandten am britischen Hofe ernannt. In Kelskemet war eine Deputation aus Szegedin eingetroffen, um die Stadt dem Banus zu unterwerfen. Das unter General Bem in Siebenbürgen stehende Korps soll in allen Richtungen so eingeschlossen sein, daß ihm keine Hoffnung bleibt, als sich zu ergeben. Die Besetzung von Kremnitz bestätigt sich.

⁝ **Berlin**, 28. Dez. In den Vorversammlungen der Wähler zur ersten Kammer geht es nichts weniger als so ruhig zu, wie man von den feinen Berlinern erwarten sollte. Aber es geht den Berlinern, wie den Parisern: sie haben die weißen Glacéhandschuhe längst ausgezogen. Morgen werden die Wahlmänner für die erste Kammer gewählt. Die Wahlen werden ohne allen Zweifel konservativ ausfallen. Es bestätigt sich, was ich Ihnen neulich meldete, daß die Demokraten, da sie an ihrem Siege bei der ersten Kammer verzweifeln, die Absicht hegen, gerade rechten Reaktionären ihre Stimme zu geben. Wir billigen diese Politik nicht, die Politik: es recht schlimm zu machen, damit es besser werde. Sie ist seit 1789 häufig angewandt, aber stets mit schlechtem Erfolg. Es wird Tag und Nacht gearbeitet, um die Oertlichkeiten für die neuen Kammern in Stand zu setzen. Die Minister arbeiten an Gesetzesvorlagen. Sie kommen mir vor, wie Mazarin, der sich auf dem Todbette schminkte. Bemerkenswerth ist es, daß General v. Wrangel neulich in einem abschlägigen Bescheid an den hiesigen Buchhändler Lassar, welcher das Verbot gegen den „Krakehler" rückgängig zu machen wünschte, unter den Gründen der Weigerung auch anführte: „zumal auch voraussichtlich in den durch den angeordneten Belagerungszustand herbeigeführten beschränkenden Verhältnissen der freien Presse bald eine wesentliche Erleichterung zu erwarten steht." Bis jetzt ist es hier mit Belagerungszustand und sonstigen beschränkenden Maßregeln völlig beim Alten. Ja, noch dieser Tage ward der Professor Nees von Esenbeck aus Berlin ausgewiesen. Daß Hr. v. Rodbertus, der frühere Staatsminister, ausgewiesen sei, wird in Abrede gestellt. Dagegen ist bemerkt worden, daß der preußische Staatsanzeiger die Ankunft der früheren Minister Rodbertus und Gierke gegen den sonstigen Gebrauch nicht meldet, während er die Ankunft des Hrn. Milde verzeichnet. Hr. Milde hat ein Programm erlassen, in welchem er seine politische Gesinnung auseinandersetzt. Es heißt darin: „Meine parlamentarische Wirksamkeit wird alle Zeit dahin gerichtet sein, den Einfluß der Mittelklassen auf die Leitung der Staatsangelegenheiten fest zu begründen und zu sichern, denn in ihnen finden alle Kräfte der Nation ihren edelsten Ausdruck und in den sich stets erneuenden Trägern von Wissenschaft, Kunst, Handel und Gewerbe liegt die einzige Garantie einer wahren Repräsentation des Volks und seiner produzirenden und geltenden Potenzen. Weder die Herrschaft der Massen, noch die der Bevorrechteten will die Zeit." Also Herr Cobden im Kleinen.

Die von dem Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen ausgehenden **Enthüllungen** rufen fortwährend den lebhaften Widerspruch der in jenem Erzeugniß als mitbetheiligten genannten Personen hervor. Auch Hr. v. Unruh zeigt an, daß er nicht bloß den Drucker jener Enthüllungen, sondern auch den Redakteur der Vossischen Zeitung als Verbreiter jener Verläumdungen gerichtlich belangt habe.

♀ **Leipzig**, 28. Januar. Die gestrige Abstimmung der Kammer über die Grundrechte und Verwerfung des Wehner'schen Antrags scheinen zu beweisen, daß die Kammer etwas räsonnabler zu werden beginnt. Morgen wird sich Herr v. d. Pfordten wahrscheinlich besonnen haben, ob er noch eine Zeitlang Minister zu bleiben gedenkt oder nicht. Seine Klagen über die partikularistische Gesinnung der Kammer sind nicht geeignet, Diejenigen zu rühren, welche es nicht vergessen haben, daß er durch sein eigenes Verhalten den Leuten, die „lieber freie Sachsen als unreife Deutsche" sein wollen, diese traurigen Irrwege zuerst gezeigt hat.

△ **Darmstadt**, 29. Januar. Heute wurde in unserer zweiten Kammer die durch das Bravo für Zitz am 27. d. M. gestörte Berathung über den Antrag der Abgeordneten Schenck, Wernher und Genossen, das demnächstige Oberhaupt von Deutschland betreffend, fortgesetzt. Zuerst sprach Reh, nach längerer Einleitung, für den Antrag (für Preußen). Lehne behandelte sein schönes Talent wie einen verstimmten Dudelsack, der denn doch nur unerquickliche Töne gibt. Mit einer Kraftphrase hatte er seinen Vortrag geschlossen, (ungefähr: „Er werde sich nie dazu herablassen, daß einem Könige eine Krone zu Füßen gelegt und ihm dann überlassen werde, sie anzunehmen oder mit einem Fußtritte von sich zu stoßen") und welch' höheren Lohn konnte er dafür erndten, als daß Zitz ihm ein Bravo rief? Volhard freute sich, daß noch andere Stimmen aus Rheinhessen laut würden, als man von manchen Seiten behaupte. Präsident Hesse motivirte noch am Schluß seine Abstimmung für Preußen. Hierauf erfolgte Abstimmung. 28 gegen 16 Stimmen wollten die Diskussion geschlossen. Abg. Mohr zog seinen Antrag auf motivirte Tagesordnung zurück. Also blieb nur noch übrig der Antrag der Minorität des Ausschusses: einfach zur Tagesordnung überzugehen, und der Antrag der Majorität: dem Antrag der Abgeordneten Schenck, Wernher und Genossen Folge zu leisten. Der Antrag der Minorität ward mit 30 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Während der hierauf stattgefundenen Abstimmung über den Antrag der Majorität, wobei sich mehrere Abgeordnete, verfassungswidrig, obgleich anwesend der Abstimmung enthielten, erhob ein Theil der Gallerie, der früher schon mehrmals vom Präsidenten zur Ruhe gesprochen war, einen Spektakel, indem er die ihm mißfälligen (dem Antrag Schenck geneigten) Abstimmungen mit Murren begleitete. Der Präsident bemerkte also, er könne nicht zugeben, daß bei der Abstimmung der Abgeordneten sich auf der Gallerie Tadel erhebe. Es seien daher die Gallerien zu räumen. Da vielleicht die Hälfte der auf der Gallerie Befindlichen sie nicht verließ, erschien nach einiger Zeit eine Abtheilung Fußartillerie mit einem Oberlieutenant und einem Trompeter. Der Trompeter gab das Signal, der Oberlieutenant forderte im Namen des Großherzogs und des Gesetzes auf, die Gallerie zu räumen. Darauf marschirte er vorwärts. Die Gallerie war bald und ohne weitere Widersetzlichkeit geräumt. Nachdem darauf die bewaffnete Macht die Gallerie verlassen hatte, wurde die Abstimmung zu Ende gebracht. Die Stimmenzahl stellte sich wie früher: 30 für den Antrag, 5 dagegen, 9 hatten sich der Abstimmung enthalten. Heldmann verzichtete nun selbst auf eine Berathung seiner versuchten Parodie des Antrages. Die Kammer erklärt einstimmig den Heldmann'schen Antrag für erledigt.

⨯ **Schleswig**, 26. Jan. Heute hielt die schleswig-holsteinische Landesversammlung ihre erste Sitzung, die, wie zu erwarten, noch nichts Bemerkenswerthes darbot. Nach der Sitzung empfing der Vicepräsident der Versammlung, Herr Theodor Olshausen, welcher an Stelle des noch verhinderten Präsidenten Bargum den Vorsitz geführt, in einem andern Zimmer, jedoch in Beisein aller Abgeordneten, Deputationen aus Apenrade, Bredsted, Eckernförde, Flensburg, Hadersleben, Hoyer, Neumünster, Schleswig, Tonning, Tondern und von verschiedenen Vereinen, alle mit Adressen versehen. Außerdem waren Landleute aus der Landschaft Harde und der Gegend von Gravenstein erschienen, welche erklärten, daß sie keine Adressen mitgebracht hätten, weil in ihrer Gegend Niemand mehr etwas, was nach Deutschland schmecke, zu unterschreiben wage, aus Furcht vor den Mißhandlungen, denen er im Fall einer abermaligen dänischen Invasion ausgesetzt sein würde. Der Wortführer der Deputation, Bürgermeister Schow aus Apenrade, sprach die Bitte und die Forderung des Landes aus, sein ältestes Recht gewahrt zu sehen: das Recht der Unzertrennlichkeit der Herzogthümer. Der Vicepräsident Olshausen wies in seiner Antwort darauf hin, daß unsere gerechte Sache jedenfalls noch zwei Stützen habe, das starke, einige Deutschland und die eigene Kraft Schleswig-Holsteins. Das starke einheitliche Deutschland sei als solches aber erst im Werden, es könnte möglicherweise der Fall eintreten, daß wir uns auf die eigene Kraft allein verlassen müßten. Wie sehr der Plan, Schleswig von Holstein loszureißen und mit einer sogenannten Selbstständigkeit zu bewidmen, die Gemüther in den Herzogthümern wieder aufgeregt hat, davon will ich noch ein Beispiel anführen. Das Land Angeln hat durch den Abgeordneten Francke in Frankfurt eine Adresse gegen die Losreißung an die deutsche Reichsgewalt einreichen lassen, welche nicht weniger als 7183 Unterschriften zählt. Wenn man bedenkt, daß das ganze Ländchen nur 45,000 Seelen zählt, so wird man abnehmen können, wie groß die Besorgniß ist, welche einen so ruhigen Menschenschlag in eine solche allgemeine Aufregung versetzt. Die Adresse aus Pinneberg zählt 3901 Unterschriften. Mann für Mann unterzeichnet und die allgemeine Aufregung spiegelt sich in unserer Presse. „Es ist jetzt wieder ein neues Ungewitter im Anzuge," sagt das Itzehoer Wochenblatt. „Es soll noch kein Friede geschlossen werden, auch der Krieg nicht wieder eröffnet, sondern ein neuer Waffenstillstand, und zwar noch ungünstiger, als der berüchtigte Vertrag von Malmoe, eintreten. Es soll Schleswig ganz und gar von Holstein getrennt werden. Dadurch würde unsere gemeinsame Regierung aufgehoben, die Landesversammlung zersprengt, unsere kaum gebildete Armee vernichtet. Alles zwar „ohne Präjudiz für den Frieden," thatsächlich wäre aber durch einen Vertrag von solchen Folgen unsere Erhebung beseitigt, und unsere Unterjochung durch Dänemark vollendet. Wenn man sich daran erinnert, wie zur Zeit des Malmöer Vertrages Dänemark glaubte, jetzt sei Alles vorbei, und es sei kein Hinderniß, die Herzogthümer in Ruhe zu besetzen, so würde jetzt dasselbe der Fall sein. Die weggelaufenen oder verjagten Dänen und Dänenfreunde würden wieder in Schleswig eindringen, die von der provisorischen und gemeinsamen Regierung eingesetzten Beamten würden entlassen werden. Statt daß jetzt Schleswig durch die Armee der Herzogthümer einen guten Schutz hat, würde es dann wehrlos allen Bedrückungen und Erpressungen von Seiten der Dänen ausgesetzt sein." Die Schleswig-Holsteinische Zeitung (redigirt von Otto Fock), fordert zu den entschiedensten Maßregeln auf. Allerdings die Gefahr ist dringend. Erläßt doch in Kopenhagen das Kriegsministerium eine amtliche Aufforderung an gute Schützen, sowohl Schweden, Norweger, als eingeborne Dänen, die ihre bisherige gute Aufführung und ihre Schußfertigkeit nachweisen können, wo möglich ihre eigne Büchse mitbringen und sich verpflichten wollen, für den ganzen bevorstehenden Feldzug oder doch mindestens mit zweimonatlicher Kündigung zu dienen. Sie sollen Lohn, Verpflegung und Montirung gleich einem Korporal oder Oberjäger haben und werden bei den verschiedenen Korps eingetheilt und in Eid genommen.

Bei der ungewissen Zukunft Deutschlands sind wir zunächst an unsere eigene Kräfte angewiesen. Für die Ausrüstung unserer Kriegsfahrzeuge wird bereits gesorgt. Es werden Offiziere angeworben und in Kiel beginnt am nächsten Montag die Seeaushebung. Möge man auch zu Lande, wo der eigentliche Kampf geführt wird, bei Zeiten alles vorbereiten. Die neulichen Vorfälle an der nördlichen Gränze können als Vorspiele des neuen Feldzuges gelten. Es wäre zu schmählich, wenn er verliefe, wie der vorigjährige!

Frankreich.

* **Paris**, 27. Jan. Als gestern Leon Faucher den Entwurf des Klubgesetzes vorlegte, erhoben sich sogleich die Vorzeichen des nahenden Sturmes. Der Volksvertreter Gent, vom Berge, stürzte auf die Tribüne und machte seinem Unwillen in den stärksten Ausdrücken Luft: er erwarte von der Versammlung, daß sie einem solchen Gesetzentwurf gar nicht die Ehre anthun werde, ihn zu berathen. Bei der vorläufigen Abstimmung über die Dringlichkeit des Vorschlages erhob sich jedoch auch der ganze Berg für die Bejahung, um „endlich einmal mit dem Ministerium fertig zu werden". Man sieht, das Ministerium hat den durch den Gréon'schen Bericht ihm hingeworfenen Handschuh aufgehoben. Es versetzt durch den Gesetzentwurf über die Klubs die Nationalversammlung in die Nothwendigkeit, den Charakter der Mäßigung und Vermittlung, dem sie bisher treu geblieben, aufzugeben und sich zur Beschützerin der Klubisten zu machen, oder mit der radikalen Partei, den rothen Republikanern, Sozialisten und Kommunisten, welche in der Frage über die Auflösung der Nationalversammlung sich alle vereinigt hatten, entschieden zu brechen und sich auf diese Weise in eine sehr zweifelhafte Stellung zwischen Thüre und Angel zu versetzen. Die Politik der Versöhnung hört auf; die Ereignisse drängen unaufhaltsam zu einer Entscheidung. Biegen oder brechen, Roth oder Weiß, heißt es jetzt für die Nationalversammlung.

Wie zu erwarten, liefert die von der Regierung beantragte Maßregel den heutigen Journalen Stoff zu den heftigsten Diskussionen. In den politischen Zirkeln, in welchen gestern Abend diese Maßregel ebenfalls auf das eifrigste besprochen wurde, war die Meinung vorherrschend, daß das Gesetz, wenn es überhaupt durchgehe, wohl einige bedeutende Milderungen erleiden werde.

Uebersicht.

Die preußische Note.

Berlin, 28. Jan. Die Königliche Regierung hat an alle ihre bei den deutschen Regierungen beglaubigten Missionen folgendes Cirkular erlassen:

„Die Verhandlungen der im April des vergangenen Jahres zum Zweck der Begründung einer neuen Verfassung für Deutschland nach Frankfurt a. M. berufenen deutschen National-Versammlung nähern sich dem Zeitpunkt, in welchem die deutschen Staaten sich über das Resultat der Arbeiten der Versammlung auszusprechen haben werden.

Zur Zeit des Zusammentritts derselben war die begonnene Revision der Bundes-Verfassung nicht so weit gediehen, daß es den deutschen Regierungen möglich gewesen wäre, einen gemeinsam verabredeten Verfassungs-Entwurf der Versammlung vorzulegen und vor derselben zu vertreten. Die Versammlung befand sich in der Nothwendigkeit, selbstständig das Verfassungswerk anzugreifen, und sowohl die Passivität der Regierungen, wovon Viele ihre ganze Kraft durch innere Angelegenheiten in Anspruch genommen sahen, — als die greifbare Schwierigkeit der Vereinbarung mit 37 verschiedenen und unabhängigen Staaten, mochten dazu mitwirken, die Vorstellungen über den Umfang der staatsrechtlichen Befugnisse der Versammlung hoch zu steigern. Auch die Königliche Regierung hat geglaubt, der Lage, worin sich die deutschen Staaten, gegenüber einer aus der Gesammtheit der Nation auf gesetzlichem Wege erwählten Versammlung befanden, großes Gewicht beilegen zu müssen; sie hat geglaubt, die äußersten Anstrengungen machen zu sollen, um einer Versammlung, der die Regierungen einen positiven Vorschlag nicht vorgelegt hatten, nicht durch Negation entgegenzutreten; sie hat geglaubt, die deutsche Nation sei zu der Forderung berechtigt, daß der Versuch, auf dem von den deutschen Regierungen theils gesetzlich angebahnten, theils zugelassenen Wege zur Einigung zu gelangen, möglichst vor äußeren Hemmungen geschützt werde. Auf diesen Punkt hat die Regierung, nachdem ihr im Monat Juli gemachter Vorschlag zur Gewinnung der Grundlagen einer kollektiven Vertretung der Regierungen gescheitert war, nachdem auch andere Versuche, auf den Weg der Verständigung zu leiten, erfolglos blieben, ihr vorzüglichstes Augenmerk gerichtet, und zugleich, während sie ohne Zögern bereit war, für einige Zeit von der ausführenden Gewalt des Bundes zurückzutreten und deren Uebertragung auf Se. Kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich zu genehmigen, mit nicht geringererer Hingebung und oft mit Selbstverleugnung die Centralgewalt Deutschlands durch die Macht und die Mittel Preußens gestützt und getragen. Der Zweck ist erreicht worden; die National-Versammlung zu Frankfurt hat sich beinahe acht Monate hindurch in freier Bewegung ihrer Verfassungs-Arbeit widmen dürfen, und indem diese Arbeit anscheinend ihrem Ende naht, wird jede deutsche Regierung den Beruf fühlen, dahin zu wirken, daß sie zu einem glücklichen Ergebniß führe, und daß ein mögliches Fehlschlagen dieser Hoffnung nicht einem Verschulden der Regierungen beigemessen werden könne. Die preußische Regierung darf sich der Hoffnung überlassen, vor einem solchen Vorwurf gesichert zu sein; allein sie ist sich sehr wohl bewußt, daß ihre alleinige Zustimmung nicht ausreicht, eine Umgestaltung der deutschen Verfassung in das Leben zu führen, und daß das Scheitern des großen Zweckes nicht minder zu beklagen wäre, wenn auch zweifellos feststände, daß er nicht an Preußen gescheitert sei.

Durch diese Betrachtung bewogen, würde die Regierung vielleicht schon früher dazu übergegangen sein, die Vorbereitung der in einiger Frist von den Staaten des deutschen Bundes erwarteten Erklärungen in Vorschlag zu bringen. Allein eine bedeutungsvolle Entwickelungs-Periode des eigenen Staates traf zusammen mit einer entscheidenden Wendung der inneren Zustände Oesterreichs, welches, als das mächtigste Glied des Bundes, zu einer Initiative um so mehr berufen war, als die europäische Stellung und der hohe Beruf des österreichischen Kaiserstaates, verbunden mit der eingeschlagenen central-konstitutionellen Richtung, ihm das Eingehen in manche jener bundesstaatlichen Bestimmungen erschweren mußten, in welchen die National-Versammlung zu Frankfurt am Main den Ausdruck eines gemeinsamen Verlangens der deutschen Nation gefunden zu haben glaubte. Der österreichische Staat ist mit alten Banden an Deutschland gekettet, und er hat ihnen in der bewegtesten Zeit des vergangenen Jahres eine neue Innigkeit verliehen, indem ein Fürst des österreichischen Kaiserhauses die Leitung der Angelegenheiten Deutschlands übernahm. Seinerseits kann das übrige Deutschland auf die alte Verbindung mit Oesterreich nicht verzichten, und am wenigsten hätte die preußische Regierung einen auf Ablösung der bisher bestandenen Bande beruhenden Plan bevorworten können, vielmehr war es für sie unerläßlich, die Absichten der kaiserlich österreichischen Regierung in Bezug auf die Verfassung Deutschlands nach der wieder gewonnenen festeren Gestaltung der inneren Zustände im österreichischen Kaiserstaate zu kennen.

Mit hoher Befriedigung sieht die Königliche Regierung nunmehr festgestellt, daß Oesterreich, mit uns den deutschen Bund als fortbestehend betrachtend, in demselben beharren und an dessen kräftiger Entwickelung theilnehmen will und zu einer Verständigung darüber mit der National-Versammlung und den übrigen Regierungen Deutschlands bereit ist. Diese Verständigung wird jedenfalls der Art sein müssen, daß in ihr weder die Bestrebungen des Kaiserstaats in seinem ganzen Länder-Komplexe zu einer kräftigen, dem inneren Bedürfniß desselben genügenden Konstituirung zu gelangen, noch die Bestrebungen Deutschlands, die auf die Darstellung eines dem Auslande gegenüber einheitlich verbundenen politischen Körpers, so wie auf die Verschmelzung der kommerziellen und materiellen Interessen und eine möglichste Ausgleichung der inneren Gesetzgebung gerichtet sind, ein Hinderniß finden. Es ist von der kaiserlich österreichischen Regierung zu erwarten, daß sie auch hierzu nach Kräften die Hand bieten und auch bei der Gestaltung der inneren Verhältnisse jener Monarchie auf die Beziehungen zu Deutschland die möglichste Rücksicht nehmen werde. Wenn sie indeß glauben sollte, an der eben angedeuteten Entwickelung Deutschlands nicht in vollem Maße Antheil nehmen zu können, wenn sie die dazu erforderlichen Beschränkungen der Souveränetäts-Rechte zu Gunsten einer kräftigen Central-Gewalt des Bundes und die Anwendung der materiellen Verknüpfung der Interessen auf ihre deutschen Länder nicht eintreten lassen könnte, so würde daraus freilich folgen, daß Oesterreich einerseits nicht begehren würde, Rechte auszuüben, denen nicht die korrespondirenden Pflichten gegenüberständen und daß andererseits den übrigen deutschen Staaten nicht anzusinnen wäre, einer aus der Gesammt-Bevölkerung des Bundes hervorgehenden Vertretung und einer die Angelegenheiten der Gesammtheit leitenden Bundes-Regierung, in welcher Oesterreich seine Stelle behauptete, Rechte in Beziehung auf die auswärtige allgemeine und kommerzielle Politik, auf die innere Gesetzgebung und Finanzwirthschaft einzuräumen, bei deren Ausübung das österreichische Bundesgebiet nicht in gleichem Umfange den Beschlüssen der Centralgewalt unterworfen wäre. Es würde aber daraus noch nicht der Schluß zu ziehen sein, daß Deutschland ausschließlich zu den wesentlichen Grundlagen des Staatenbundes zurückkehren und daß der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung gänzlich verlassen werden müsse.

Vielmehr wird sowohl die Aufrechthaltung und Entwickelung des deutschen Bundes, — Oesterreich, so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingeschlossen, — als die Erhaltung der dem österreichischen Kaiserhause gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar sein mit dem Zusammentritte der übrigen deutschen Staaten zu einem engeren Vereine, zu einem Bundesstaate innerhalb des Bundes. So wie innerhalb des Bundes der Zollverband, nicht nur einen engeren Verein für Handel, Gewerbefleiß und Verkehr darstellend, sondern auch die Wurzeln zu einer gemeinsamen handelspolitischen Vertretung nach außen in sich tragend, entstehen und bestehen konnte, ohne den Bund selbst und das Verhältniß zwischen den dem Zollverein angehörenden und den demselben nicht angehörenden Bundesgliedern zu stören, so kann auch ein noch weitere Interessen umfassender Verein unter der Mehrzahl der Bundesglieder geschlossen werden und innerhalb des Bundes bestehen.

Die königliche Regierung erkennt nach wie vor die Pflicht, auf dem durch die Berufung der deutschen National-Versammlung betretenen Wege fortzuschreiten.

Zu dem Ende wird zu geneigter Erwägung der Vorschlag anheimgegeben, daß die deutschen Regierungen der National-Versammlung zu Frankfurt a. M. durch das Reichs-Ministerium vor der zweiten Berathung über die Theile der entworfenen Verfassung, welche die Titel: „Das Reich und die Reichsgewalt", „der Reichstag", „das Reichs-Oberhaupt", „der Reichsrath" führen, Erklärungen über den Inhalt, wie er nach der ersten Berathung festgestellt worden, zur Erwägung übergeben wollen.

Wir glauben, daß dieser Vorschlag sich sowohl den deutschen Regierungen als der National-Versammlung empfehlen werde, da wir auf beiden Seiten das ernstliche Bestreben voraussetzen, zu einer redlichen Verständigung zu gelangen. Die Stellung, welche die letztere zu dem Verfassungswerke einnimmt, ist im Eingange angedeutet worden. Die meisten deutschen Regierungen hingegen haben niemals auf das Recht der Zustimmung verzichtet und insbesondere ist dies von Preußen nicht geschehen. Wollte man diesen Gegensatz noch jetzt auf die Spitze treiben, so ist es wohl Niemanden zweifelhaft, daß nicht allein das Verfassungswerk nicht zu Stande kommen, sondern auch das deutsche Vaterland den gefährlichsten Krisen ausgesetzt und in seiner ganzen Entwickelung gehemmt werden würde. Je fester daher ein deutscher Staat entschlossen wäre, an dem Rechte der Zustimmung festzuhalten, je mehr er befürchten könnte, dieselbe versagen zu müssen, um so lebendiger dürfte sich ihm die Verpflichtung aufdringen, sich nicht auf die nachträgliche Negation zu beschränken, sondern die Bedenken und Abänderungs-Vorschläge rücksichtlich der vorläufigen Beschlüsse zur Kenntniß der National-Versammlung zu bringen und derselben zu deren reiflicher Erwägung vor der zweiten Beschlußfassung Gelegenheit zu geben. Und wenn wir auf der anderen Seite sehen, wie selbst die das Vereinbarungsrecht im Prinzip am entschiedensten bestreitenden Fraktionen der National-Versammlung doch die Herbeiführung einer Uebereinstimmung mit den Regierungen als wünschenswerth erkennen; so dürfen wir hoffen, daß die Versammlung selbst, eingedenk ihrer Würde und ihrer Pflicht gegen das gesammte Vaterland, durch ein gleiches freundliches Entgegenkommen auf dem Wege der Verständigung jenem gefährlichen Gegensatze die Spitze abbrechen werde.

Die königliche Regierung glaubt daher mit diesem Vorschlage um so mehr den Wünschen der deutschen Regierungen entgegenzukommen, als sie fest überzeugt ist, daß das wahre Interesse der Regierungen mit den Bedürfnissen und Wünschen des deutschen Volks Hand in Hand geht. Sie darf daher auch hoffen, daß, wenn auch die Ansichten in einzelnen Punkten auseinander gehen mögen, doch bei dem bei allen Regierungen vorausgesetzten deutschen Sinn und der Gemeinsamkeit der Interessen in den wesentlichsten Stücken Uebereinstimmung herrschen werde. Der Gewinn wird um so größer sein, je mehr die Staaten sich gleichmäßig aussprechen; und indem die königliche Regierung dazu die Hand bietet, erwartet sie ein gleich vertrauensvolles Entgegenkommen von den anderen deutschen Regierungen.

Sie hat ihren Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. mit umfassenden Instruktionen zu diesem Zweck versehen, und indem sie der Ansicht ist, daß jener Ort für alle Regierungen den geeignetsten Mittelpunkt der Verstän-

digung bilden werde, so stellt sie das Ersuchen an dieselben, dorthin baldmöglichst ihre Bemerkungen und eventuellen Vorschläge auf geeignetem Wege gelangen lassen zu wollen, da sie eine baldige Besprechung und Verständigung im Interesse des gesammten Deutschlands für höchst wünschenswerth halten muß.

Ew. rc. wollen die hier ausgesprochenen Erwägungen und Vorschläge der rc. Regierung vorlegen und zu der, der Wichtigkeit der Sache gemäßen Berücksichtigung empfehlen.

Zugleich aber wollen Ew. rc. nicht unterlassen, die rc. Regierung über die wahren Gesinnungen der noch neuerdings vielfach angefochtenen Regierung Sr. Majestät aufzuklären. Preußen strebt nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst; es begehrt, wie auch die deutsche Verfassung sich gestalte, keinen anderen Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt, als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach, ihm anweist. Es wird keine ihm angebotene Stellung annehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen; es hält sich aber verpflichtet, sich bereit zu erklären, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte. Es wird dabei eben so gern Allem entgegen kommen, was, ohne Gefährdung des gemeinsamen Zweckes, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu erhalten geignet ist. In Folge dieser Gesinnung kann ich es schon jetzt Ew. rc. aussprechen, daß Se. Majestät der König und Höchstdessen Regierung nicht der Ansicht sind, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung nothwendig sei; daß wir vielmehr befürchten müssen, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunkts der wirklichen Erreichung jenes Zieles der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Es dürfte wohl eine andere Form gefunden werden können, unter welcher, ohne Aufopferung irgend eines wesentlichen Bedürfnisses, das dringende und höchst gerechtfertigte Verlangen des deutschen Volkes nach einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammt-Entwickelung vollständig befriedigt werden könnte.

Wir glauben im Interesse der Sache einer baldigen Erwiederung der rc. Regierung auf diese Mittheilung entgegensehen zu dürfen.

Berlin, den 23. Januar 1849.

(gez.) Bülow. (Pr. St.-A.)

Die deutsche Kriegsmarine *).

Nr. 2. Der Hauptzweck des Verfassers, welcher, wenn auch mit der Marine nur als Liebhaber bekannt, hier das Resultat eigner Erfahrungen auf englischen Kriegsschiffen und seiner mit Mühe und Sorgfalt aus den zuverläßigsten Quellen und von hervorragenden Marine-Offizieren sowie Kennern und Leitern des Kriegsschiffbau's eingezogenen Erkundigungen mittheilt, ist der: Für die deutsche Marine ein von den Amerikanern entlehntes, in Anwendung der Hülfsdampfkraft bestehendes System zu empfehlen.

Er dringt auf eine Trennung der Werfthäfen von den Zufluchts- (Noth-) Häfen, weil dadurch die Flotte vor gänzlicher Vernichtung um so gewisser gesichert werde. Für Kriegswerfte hält er nämlich die Hansestädte, weil sie wegen ihrer Entfernung von der See, der Seichtigkeit der Elbe und Weser und der Sandbänke in den Mündungen dieser Flüsse gegen feindliche Angriffe völlig geschützt seien, besonders geeignet. Als Nothhäfen dagegegen empfiehlt er an der Nordsee vor allem die Jahde, (S. 52.) auch die Ems, für die Ostsee vornehmlich Kiel und die Mündungen der Trave und Swine.

Mit der Küste der Ostsee nicht genau bekannt, maßen wir uns über die an dieser vorgeschlagenen Oertlichkeiten kein Urtheil an, doch möchten wir bei hinlänglicher Tiefe die Travemündung zur Anlage eines Nothhafens der Kieler Bucht vorziehen, weil letztere zu weit am westlichen Ende der Ostsee, an der Grenze Schleswigs gelegen, wegen der schmalen Zugänge zwischen Fehmern und Laaland und durch die Belte zu der eigentlichen Ostsee leicht von dieser abgeschnitten werden kann. In Betreff der Nordsee aber, deren Küsten wir kennen, halten auch wir die Jahde zu einem Nothhafen am meisten geeignet.

Besondere Werfthäfen, um die Ergänzung und schlimmsten Falles die Wiederherstellung der Flotte zu sichern, billigen wir; indeß scheint uns in der Unzugänglichkeit eines Hafens für feindliche Kriegsschiffe wegen Seichtigkeit und Sandbänke u. s. w. eben keine Empfehlung desselben zum Werfthafen zu liegen. Solche Umstände würden auch sehr nachtheilig wirken, indem die Schiffe dort dann nicht vollständig ausgerüstet werden könnten, wodurch, wenn dieses erst im Nothhafen möglich wäre, der ganze Zweck der Trennung beider Häfen von einander verfehlt werden würde. Die Hauptsache bei den Werfthäfen wäre wohl ihre weitere Entfernung von der offenen See, verbunden mit einer größeren Fortifikabilität. Tiefe des Wassers aber und leichte Einfahrt halten wir bei ihnen für ebenso nothwendig, als bei den Nothhäfen. Nach unserer Ansicht eignen sich also zu Werfthäfen, welche zugleich Zufluchtshäfen zweiter Klasse, Sukkursalhäfen, sein könnten, die Mündungen der Elbe und Weser allerdings, aber die der ersteren vorzugsweise nur auf der Strecke von Brunsbüttel hinauf bis Glückstadt und allenfalls Stade am linken und rechten Ufer, nicht aber noch bei Hamburg, wo überdies wegen theueren Lebens und verstärkter Nachfrage nach Arbeitern die Schiffe um 50 Prozent mehr zu bauen kosten, als in den übrigen deutschen Häfen an der Nordsee, (vgl. Andersen-Siemens, „Vorschläge zur Begründung einer deutschen Kriegsmarine." Frankfurt a. M. 1848), und die Weser vom Bremerhafen bis Brake. Am allermeisten leistet aber auch in Bezug auf Werfthäfen wieder die Jahde, welche dazu den ausgezeichnetsten Platz an der südlichen Küste des Kirchspiels Heppens bei der Fährhuk in ihrem inneren Busen bietet. Durch eine Befestigung der Landspitzen bei Heppens und gegenüber bei Eckwarden, sowie der Inseln, die oberahnschen Felder genannt, von welchen Punkten aus die Einfahrt in den inneren Jahdebusen mit Pairhans durch Kreuzfeuer auf das Vollständigste zu hindern ist, gesichert, gelangen hier die erbauten Schiffe vom Stapel unmittelbar in eine Wassertiefe, bei Ebbe von 21 Fuß und bei Fluth von 33—35 Fuß, eine Tiefe, die hinreichend ist, um das größte, vollständig ausgerüstete Linienschiff aufzunehmen. Von da würden die Schiffe dann, vollkommen equipirt, binnen einer halben Stunde zu dem großen Nothhafen an der kniphänsischen Küste und in anderthalb Stunden nach Horummersiel, wenn man nämlich hier den Nothhafen oder einen Sukkursalhafen anlegen wollte, gebracht werden können. In der Jahde bei Fährhuk müßte daher nach unserm Dafürhalten die Hauptkriegswerfte sein.

Die Ausführung und Administration der Marine-Angelegenheit will der Verfasser den betreffenden Uferstaaten überlassen wissen, deren praktische Kenntniß im Seewesen und geographische Lage unnöthigen Ausgaben und kostspieligen Mißgriffen vorbeugen würden. Auch hierin geben wir ihm Recht, wobei wir an Berlin erinnern, woselbst sich, wie die Ostsee-Zeitung berichtet, die Landratten die Köpfe zerbrechen, um aus einer Zusammensetzung des schwedischen und dänischen das Ideal eines Kanonenboots zu schaffen.

Wenn der Verfasser, um die Handelsflotte vor einem durch die Kriegsflotte zu befürchtenden Mangel an Matrosen zu schützen, für die letztern eine Werbung der Matrosen vorschlägt, so stimmen wir hierin nicht mit ihm überein. Die Werbung vertheuert die Bemannung, gibt, wenn sie auf Fremde sich erstreckt, unzuverlässige Leute und beeinträchtigt, wenn man sie auf Deutsche beschränkt, wieder zu sehr die einheimische Handelsmarine. Für viel zweckmäßiger halten wir die von Prinz Adalbert in seiner Denkschrift vorgeschlagene jährliche Einziehung einer angemessenen Zahl von Schiffsjungen, die für jedes der vier Jahre ihrer Erziehungszeit etwa 3 Jahre als Matrosen auf Kriegsschiffen zu dienen verpflichtet wären. Ein eines freien Volks unwürdiges, ungerechtes und schädliches Zwangssystem, wie Colquhoun es nennt, ist dieses System, welches mit dem Matrosenpressen in England nicht die entfernteste Aehnlichkeit hat, keineswegs. Es wäre nichts Anderes, als eine militärische Konskription, welche natürlich von der zum Landheer befreien müßte. Bei der großen Neigung der Bewohner der Küstenstaaten für die Schifffahrt, glauben wir, bedürfte es der eigentlichen Konskriptiption zur Heranziehung der nothwendigen Mannschaft nicht einmal. Den Küstenstaaten es überlassend, statt des Landkontingents oder eines Theils desselben, Matrosen für die Flotte zu stellen, brauchte man nur für diese die Freiheit vom Landmilitärdienste auszusprechen und ihnen die Aussicht auf eine kleine Pension nach Ablauf der 16 Jahre ihres Dienstes und auf Versorgung im Ruhe-Hospital, wenn sie im Seedienst alt oder zu Krüppeln geworden, zu geben, um sicher sein zu können, daß es niemals an Freiwilligen für den Seedienst fehlen werde. Die Pension, welche sich nach dem Mehr der Dienstzeit und dem Grade des Dienstes stufenweise steigern müßte, brauchte dem Reiche keine großen Summen zu kosten, wenn ein Pensionsfond gebildet würde, zu welchem jeder Matrose schon als Schiffsjunge im Verhältnisse zur Größe seiner Löhnung beizusteuern hätte, was bei der Beträchtlichkeit der letzteren ihm sehr wohl möglich wäre.

Der Verfasser schildert sodann das System der Marinesoldaten, ohne zu sagen, ob er dasselbe billigt. Wenn er be-

*) Fortsetzung aus Nr. 27.

hauptet, daß die Franzosen dieses System nicht kennen, so hat das insofern seine Richtigkeit, als es dort (wie in Rußland) abgeschafft ist. Ursprünglich ist nämlich dieses System, die bataillons de marine und die compagnie d'artillerie de marine, gerade eine französische (Napoleonische) Erfindung. Die Amerikaner haben es nie angewendet, und es möchte sich in der That auch nicht empfehlen, da eine Bedienung der Kanonen besser durch behende, der Seekrankheit nicht unterworfene, mit den Bewegungen des Schiffes durchaus vertraute Leute, d. h. durch Matrosen, geschieht.

Auf die Art der zu bauenden Schiffe übergehend, erklärt sich der Verfasser ganz bestimmt gegen die Kanonenboote, weil diese gegen Dampfer, die ohne Zweifel in Zukunft fast den ganzen Bestand der hauptsächlichsten Marine ausmachen würden, nichts ausrichten könnten. Er räth daher statt der ersteren zur Anschaffung der letzteren. Dies ist auch unsere Ansicht, die wir in einem beachtenswerthen Artikel des Hamburger Korrespondenten vom 11. und 12. Jan. d. J. weiter ausgeführt finden. Ueberhaupt will der Verfasser hauptsächlich nur Dampfschiffe, die auch im Frieden als Postschiffe Dienste thun können. Sein Grund ist, weil er Deutschland nur eine defensive Stellung zur See anweisen möchte. Für uns, die wir mit Niebuhr dafür halten, daß Deutschland, wenn möglich im Bunde mit Skandinavien, auch den großen Seemächten gegenüber zu maritimer Geltung gelangen muß, ist zwar ein solcher Grund nicht maßgebend, aber dennoch möchten auch wir vor Allem zur Anschaffung von Dampfern rathen, da diese nach den Mustern der amerikanischen „Union" und „Princeton" konstruirt, nach dem Urtheile von Kennern im Stande sind, die Linienschiffe zu überbieten und folglich überflüssig zu machen.

Was der Verfasser über die Klassen und Kosten der englischen Kriegsschiffe und über die Besoldung der englischen Marine anführt, müssen wir hier, so interessant es auch ist, der Kürze wegen übergehen, theilen übrigens seine Ansicht, daß die deutschen Kriegs-Seeleute nicht schlechter als die englischen besoldet werden, und gleiche Aussicht auf Pension und Versorgung erhalten müssen, als die englischen und amerikanischen, weil wir sonst zu fürchten hätten, daß sie den Dienst des Vaterlandes verlassen, wie dies sogar oft bei den englischen Matrosen der Fall ist, die des höheren Lohnes wegen in Amerika Dienst nehmen.

Das Material zum Schiffsbau anlangend, so entscheidet sich der Verfasser für die eisernen Schiffe, wenigstens in der Mehrzahl, wobei er auf J. Granthams Werk: „Iron as a material for shipbuilding" fußt. Die eisernen Schiffe haben nach den hier mitgetheilten Erfahrungen vor hölzernen Schiffen den Vorzug der größeren Stärke (Der Great-Britain lag einen ganzen Winter über auf einem ungeschützten Strande an der irischen Küste und wurde im Frühjahr wieder flott gemacht. Ein eisernes Schiff lief in Blackwall vom Stapel und blieb dabei mit dem Hintertheile im Kies des Flusses stecken, während das Vordertheil an der Helling hing bis die Fluth zurückkehrte, und doch war nicht eine Niete losgegangen), bei größerer Leichtigkeit (Ein hölzernes Schiff von 200 Tonnen ist so schwer wie ein eisernes von 250 Tonnen), des geringeren Tiefganges — wobei auch ein beweglicher Kiel, wenn nöthig, leichter in ihnen anzubringen ist, was für die deutsche Marine wegen der vielen seichten Stellen in der Nord- und Ostsee von Wichtigkeit wäre; ferner der größeren Sicherheit gegen Feuersgefahr, der Schnelligkeit (sie halten den Wellenschlag besser aus, stürzen nicht so sehr und können feiner geformt werden als die hölzernen), der Dauerhaftigkeit (sie halten 50 Jahre aus, die hölzernen nur 13 bis 15), der minderen und leichteren Reparatur (hölzerne Schiffe kosten an Reparatur in 10 bis 12 Jahren soviel als ihr Neubau, eiserne würden in derselben Zeit fast keiner solchen bedürfen. Vermittelst der Stopfmaschine kann jedes Loch, weil es in eisernen Schiffen immer rund ist, leicht verschlossen werden), der geringeren Baukosten (das Verhältniß ist 21 zu 25) und der größeren Sicherheit für Leben und Gesundheit der Mannschaft, denn bei zweckmäßiger Konstruktion der eisernen Schiffe sollen alle nicht geraden Schüsse abgleiten, auch entstehen nur $^1/_8$ bis $^1/_{12}$ der Verwundungen durch die Schüsse selbst, die übrigen durch die Splitter, welche beim Eisen nicht vorkommen. Der bedeutendste Nachtheil der eisernen Schiffe bestand bisher in der Variation des Kompasses, doch ist diese durch eine Erfindung des Astronomen Airy überwunden, und was die Unthunlichkeit der Bekupferung betrifft, so wird diese durch öfteres Abkratzen, wozu neuerdings zweckmäßige Instrumente erfunden sind, paralysirt. Uebrigens bemerken wir, daß der „Union" und der „Princeton" von Holz sind.

Die volle Bemannung schlägt der Verfasser an:

Für eine Flotte von

10	Fregatten I. Klasse	à	400	Mann zu	4000
18	„ II. „	à	300	„ „	5400
15	Schoner von 600 Tonen	à	100	M. zu	1500
15	„ „ 500 „	à	75	„ „	1125
6	Dampffregatten I. Klasse	à	200	„ „	1200
12	„ II. „	à	110	„ „	1320
10	„ III. „	à	60	„ „	600
86	Schiffen.			zu	15,145 M.

Davon wären dann etwa $^3/_4$, also 11,100 Mann Matrosen. Wenn man indeß fast nur Schiffe mit Hülfsdampfkraft nach der „Union" und dem „Princeton" bauen ließe, so reichte man vielleicht mit der Hälfte dieser Mannschaft aus, denn die volle Bemannung der „Union" beträgt nur 120 Mann, während dieselbe als Segelschiff nach alter Art 300 Mann gebraucht haben würde. So hätte man dann noch den Vortheil, lauter Matrosen zur Bedienung des Geschützes halten zu können.

C. empfiehlt mit Recht das französische System des Avancements, welches im übrigen das Dienstalter berücksichtigt, nur daß der Behörde das Recht zusteht, jede dritte erledigte Stelle außer der Reihe zu besetzen.

Zuletzt spricht der Verfasser noch von einer Bildungsanstalt für die Marine und von einem Ruhe-Hospital. Die erstere möchte er in Lübeck errichtet wissen, was wir billigen, wenn in der Mündung der Trave der Haupt-Nothhafen der Ostsee angelegt würde, sonst aber nicht, denn wir glauben, daß die Marineschule, wenn möglich, in der Nähe eines Haupthafens sein sollte. In Kiel ist, wie die A. A. Ztg. in ihrer Beilage zu Nr. 7 von d. J. berichtet, schon der Grund zu einer Marineschule gelegt worden, freilich, wie es bei den beschränkten Mitteln nicht anders sein konnte, nur noch in kleiner Weise. Es ist dieß äußerst anerkennenswerth, allein, wenn das oben erregte Bedenken bezüglich Kiels als Haupt-Nothhafens gerechtfertigt wäre, so möchte doch auch die Marineschule dort nicht wohl bleiben können. Deshalb wäre, so lange jene Frage nicht zu Gunsten Kiels entschieden worden, eine solche Beförderung dieser Anstalt, welche dieselbe an den Ort fesseln könnte, nicht räthlich. Wenn, unserer Meinung entgegen, für die Marineschule auf die Nähe eines Haupthafens nichts ankäme, so möchte für sie kein Platz geeigneter sein als das für den Weltverkehr so bedeutende Hamburg, denn nirgends an der deutschen Küste wäre dem Marineschüler eine so günstige Gelegenheit zur theoretischen und praktischen Ausbildung in den nautischen Wissenschaften und den fremden Sprachen und zur Erlangung einer großartigen Anschauung seines Berufs gegeben. Außerdem würde auch der Reichthum Hamburgs einer solchen Schule ohne Frage sehr zu Gute kommen.

Die im Dienste verkrüppelten und veralteten Matrosen will C. in einem Hafen zur Bewachung, oder als Aufseher in Bauwersten und Arsenälen, als Inspektoren und Beaufsichtiger von Arbeiten verwendet und nur die ganz unfähigen in einem Hospital, das etwa in Vegesack oder einem anderen ruhigen und wohlfeilen Orte zu errichten wäre, untergebracht wissen, was uns richtig scheint.

Was wir sehr ungern in dem Schriftchen vermissen, das ist die Mittheilung der Ansicht des Verfassers darüber, ob und wie er die Schwierigkeit und unter Umständen sogar Unmöglichkeit, die auf die Nord- und Ostsee zu vertheilende Flotte im Nothfall zu vereinigen, zu beseitigen für ausführbar hält. Es ist zu diesem Zwecke bekanntlich ein schon vor vielen Jahren zur Vermeidung des Sundzolls gemachter Vorschlag, mittelst eines durch das Herzogthum Holstein zu bauenden Kanals die Nord- und Ostsee mit einander zu verbinden, wieder aufgenommen worden und neuerdings hat der Hauptmann Moering proponirt, diesen Kanal, und zwar als einfachen Durchstich ohne Schleusen, von Kiel nach Brunsbüttel über Bokelholm durch das Thal der Gieselau zu führen, auf welchem Wege Niveau und Terrain günstig sein sollen. — Wir betrachten eine Verbindung der Ost- und Nordsee für die größten Schiffe durch Holstein als die erste Bedingung einer deutschen Seemacht und als eine Nothwendigkeit, um un-

fern Handel in jenen Meeren von Dänemark und Schweden unabhängig zu machen. Beides ist dann wieder das Mittel, Skandinavien zu einem Bündnisse mit Deutschland günstig zu stimmen, denn nur unter von einander völlig unabhängigen Völkern ist ein redlicher Bund denkbar. Nur in Verbindung mit Deutschland würde Dänemark den Sundzoll, falls es ihn nicht entbehren kann, gegen andere Völker aufrecht erhalten können. Ob der Kanal von Kiel oder von der Trave aus nach Brunsbüttel zu führen wäre, das würde wieder davon abhangen, ob man die Einfahrt von Kiel oder die Mündung der Trave zur Anlage des Haupt-Kriegshafens benutzte. Denn daß für eine Kanalverbindung der Trave und Elbe (durch das Thal der Trave, der Schmalfelder-, der Braun- und der Wilsterau) größere Schwierigkeiten zu überwinden seien, als für eine solche der Kieler Bucht mit der Elbe, möchten wir nicht glauben, vielleicht wären die Schwierigkeiten geringer. — Der Vorschlag, statt des Kanals eine Eisenbahn zu bauen, auf der die größten Kriegsschiffe von dem einen Meere zum anderen geschafft werden könnten, will uns nicht so ganz unpraktikabel erscheinen, als er sich auf den ersten Blick darstellt, und es wäre wohl zu wünschen, daß sich kompetente Stimmen darüber hören ließen. — Was sich auch als die zweckmäßigste Art der Verbindung herausstellen möchte, unser sehnlichster Wunsch ist immer der, daß diese **sobald als möglich** in Angriff genommen werde. Unsere so nahrungslose Zeit bietet dazu augenblicklich noch eine besondere Aufforderung. (Schluß f.)

Deutschland.

Υ **Aus Sachsen**, 27. Jan. Das sind nun unsere Demokraten und Volksmänner! Sind sie in der Minorität, so schreien sie fortwährend über die Tyrannei der Majoritäten, auch wenn es diesen nicht einfällt, sie zu tyrannisiren; haben sie aber die Mehrheit, so spielen sie die Tyrannen nach bester Art, schneiden den Rednern der Gegenpartei das Wort ab, verweigern ihr die von ihr gewünschte Fragstellung, auch wenn es die allein gerechte und logisch richtige ist, wollen von einer Geschäftsordnung nichts wissen, von der doch Herr Schaffrath in Frankfurt so oft versichert hat, daß sie der einzige Hort der unterdrückten Minorität sei und darum über jedem Majoritätsbeschlusse stehen müsse, durch keinen solchen abgeändert oder ausgelegt werden dürfe! Ferner: welchen ausgedehnten Gebrauch haben unsere Demokraten stets von dem Rechte der Petitionen und Adressen gemacht! Ich bin weit entfernt sie darum zu tadeln, denn die Volksstimme soll sich aussprechen in Adressen und Petitionen, und sowohl Regierungen als Volksvertretungen sollen auf solche Aeußerungen des Volkswillens achten. Selbst den Mißbrauch dieses Rechts haben unsere Demokraten, die jetzt in den Kammern herrschen, nicht immer gescheut; denn Mißbrauch nenne ich es allerdings, wenn man in einer Adresse gegen Beschlüsse der gesetzlichen Landesvertreter im Voraus protestirt, sie für null und nichtig erklärt, wie das z. B. beim außerordentlichen Landtag von 1847 in einer Adresse von Leipzig aus geschah, deren sich gleichwohl die Herren Schaffrath, Joseph, Hensel II. in der Kammer auf's Wärmste annahmen! Sei Dem aber, wie ihm wolle, jedenfalls sollten die Volksmänner, die immer das Volk und wieder das Volk im Munde führen, so konsequent, ich will nicht sagen so gerecht sein, auch solche Aussprüche des Volkswillens, die ihnen nicht genehm sind, zu respektiren. Oder gehören zum ächten „Volk" nur Die, welche Adressen im Sinne des Hrn. Schaffrath und Genossen unterschreiben, Die aber, welche das Gegentheil thun, nicht? Sind diese etwa nur „Aristokraten", die nicht mitzählen, auf die ein wahrer Demokrat keine Rücksicht zu nehmen, denen er keine Gerechtigkeit widerfahren zu lassen braucht? Was würde wohl Hr. Schaffrath sagen, wenn Einer aus der Gegenpartei irgend eine Adresse aus dem Volke, sei sie ihm auch noch so anstößig nach Form und Inhalt, als das „schmutzige und erbärmliche Produkt einer Partei" bezeichnen wollte? Wie würde er nicht da über Verletzung der „Volksouveränetät" schreien! Aber freilich: „**hereticis fides non est servanda!**" sagen die Jesuiten und: „Ein Volksmann hat allemal Recht und seine Gegner haben allemal Unrecht," sagen unsere Alleinseligmacher, die Herren Schaffrath, Auerswald und ihres Gleichen. Herr Auerswald geht so weit, den Minister zu fragen: „Was er in Bezug auf die Unterzeichnung der Adresse zu thun gedenke?" Ei, ei, Herr Auerswald, wollen Sie den „alten Polizeistaat" wieder heraufbeschwören? Wollen Sie Untersuchungen oder Disziplinarverweise gegen die Unterzeichner von Adressen veranlassen? Denn was Anderes könnte denn der Minister **als solcher** „in Bezug auf die Unterzeichner der Adresse thun?" darüber, ob er den Adressanten höflich oder grob, beifällig oder mißbilligend antworten werde, können Sie ihn doch unmöglich interpelliren wollen, da dies ebenso, wie die Adresse selbst, eine reine Privatsache ist. Wie sehr muß es die Herren v. Könneritz und Falkenstein kitzeln, wenn sie sehen, wie dasselbe, was sie 1847 gegen die Unterzeichner der Adresse der 900 im Leipziger Schützenhause verfügten — polizeiliche Vernehmungen, Disciplinarverweise u. s. w. — jetzt von ihren heftigsten Gegnern **verlangt** wird! Wie werden sie in Freude und Unschuld die Hände reiben und triumphirend ausrufen: „Da seht Ihr's, daß wir Recht hatten, denn Ihr machts ja ebenso! Da siehst du es, sächsisches Volk, daß unsere Gegner nichts weiter wollten, als uns verdrängen, um sich an unsere Stelle zu setzen, und den Polizeistock, den sie unsern Händen entwanden, nun selbst zu schwingen!" Nun, ich hoffe, der Minister (der leider nicht anwesend war) wird dem Herrn Interpellanten dieses oder etwas Aehnliches antworten oder wahrscheinlich bereits geantwortet haben, denn, wenn auch unsere Minister nicht energisch genug dem unpatriotischen und unparlamentarischen Treiben unserer Radikalen bei anderer Gelegenheit entgegengetreten sind, so werden sie doch hoffentlich Angriffen auf ein so wichtiges **Volksrecht**, wie das der freien Rede und der Petition ist, die gebührende Zurechtweisung angedeihen lassen.

▽ **Leipzig**, 25. Jan. Erlauben Sie mir nur eine kurze Bemerkung in Betreff der Sammlung für die hinterbliebene Familie Robert Blum's, der, in der Paulskirche schon halb verschollen, durch den Fürsten Windischgrätz in der Brigittenau wieder zu einem neuen Leben erweckt worden ist, den man unnöthigerweise zu einem Märtyrer seiner Partei gemacht hat, damit der aristokratischen Partei nicht allein der Ruhm und der Vortheil verbleibe, eine ganze Reihe von Märtyrern auf die große Schlachtbank dieser stürmischen Zeit geliefert zu haben, damit, in Einem Worte, beide Parteien mit einander quitt seien und in Bezug auf die Anwendung blutiger und gewaltiger Maßregeln einander nichts vorzuwerfen hätten, damit endlich die demokratische Partei, statt eines bloß imaginären, nun einen **wirklichen** Stoff zu aufreizenden Deklamationen und Wühlereien allerlei Art erhielte. Doch ich will hier nicht über den an Robert Blum leider vollzogenen Akt und dessen Nachwirkungen sprechen, obschon ich noch erwähnen könnte, daß der **todte** Robert Blum manchen Ultra in die sächsische Kammer geschickt hat, der sonst wohl schwerlich hineingekommen wäre, sondern, wie gesagt, eine Glosse zu den für die Blum'sche Familie veranstalteten Geldsammlungen machen. Daß seine Partei diese veranstaltet, ist ganz in der Ordnung, und auch der Verfasser dieser Zeilen findet es in hohem Grade erfreulich, daß sie einen so guten Fortgang genommen haben und noch nehmen; aber die Frage darf wohl erlaubt sein: warum sammelt diese Partei nur für die Hinterlassenen Robert Blum's, den die von einem Schwager Blum's redigirte Reichstagszeitung nicht müde wird, den „Liebling des deutschen Volkes" zu nennen? Ist nicht auch das Blut anderer unglücklicher Opfer in der Brigittenau geflossen? Hat nicht Jellinek, der unschuldigste und zugleich verworrenste Schwärmer, der je für seine Meinung blutete, wie man aus den Zeitungen erfuhr, einen Vater zurückgelassen, der sich muthmaßlich in dürftigen Umständen befindet? Sollte nicht noch einer oder der andere der in der Brigittenau durch Pulver und Blei zu „stillen Männern" gemachten Demokraten nächste Anverwandte, die der Unterstützung nicht blos, sondern auch des Trostes bedürftig sind, zurückgelassen haben, und hat die Partei der deutschen Demokraten für diese keinen Kreuzer übrig? Tag für Tag trägt man Steine zu Blums Grabe hinzu, damit sein Mausoleum in die Höhe wachse und recht in die Augen falle; die Gräber Bechers und Jellineks, selbst Messenhausers, die kleineren Opfer der Brigittenau nicht zu erwähnen, deckt bereits fast gänzliche Vergessenheit. Und doch mag leicht Ein oder der Andere darunter gewesen sein, der es mindestens eben so ehrlich gemeint hat als Robert Blum, und dessen Blut eben so edel war, dessen Herz eben so warm schlug, als das Robert Blum's!

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in **Leipzig**. — Druck von **H. L. Brönner** in **Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henriette Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaße, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungsexpedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreifältigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 31. Frankfurt a. M., Mittwoch 31. Januar. 1849.

Uebersicht.

---

31. Januar.

Mit gemischten Gefühlen haben wir die vielbesprochene preußische Note gelesen. Ihr nächstes einfaches Ziel, eine passende Mitwirkung der Regierungen beim Verfassungswerke herbei zu führen, können wir nicht anders als mit großer Freude aufnehmen. Der eigenthümlich gemäßigte Geist dieser deutschen Bewegung gebot sie von Anfang an, die weitere Entwickelung mußte sie herbeiführen; in jedem Stadium derselben bot sie sich mit erneuter Nothwendigkeit dar, und jedesmal war es die Aufgabe dieses Blattes, die Stunde auszurufen und zum Unerläßlichen zu mahnen. Es kann uns nur erfreulich sein, wenn wir die bisherige Geschichte des Verfassungswerkes in einem offiziellen Aktenstücke der ersten deutschen Macht mit sachlicher und geschichtlicher Richtigkeit aufgefaßt finden. Die Passivität der Regierungen und ihr athemloser Kampf mit heimischen Schwierigkeiten war es, der von den gleichen Eigenschaften im Volke getragen die Nationalversammlung in die Luft stellte und die Regierenden wie die Völker der Einzelstaaten übersehen ließ, wo das rechte Heilmittel zu finden sei für alle Uebel der besonderen Heimath. In der Nationalversammlung war die Blüthe der politischen Erkenntniß und der Geist maßvoller Freiheit; in den Einzelstaaten ist davon nur wenig verspürt worden. Es kann uns nur noch erfreulicher sein, wenn auch dieses anerkannt wird in der Note einer Regierung, die manchen Grund zum Zwiespalt mit der Nationalversammlung hatte. In der Weise, wie die Stellung der Nationalversammlung aufgefaßt wird, erkennen wir abermals treffende Richtigkeit, Würde und bemerkenswerthe Zartheit. War es auch ein Gebot wirklicher Pflicht, so ist es doch kein minderes Verdienst, zu fühlen und auszusprechen, „daß man einer Versammlung, der die Regierungen einen positiven Vorschlag nicht vorgelegt hatten, nicht mit Negationen entgegentreten dürfe". In den schönsten Zeiten unserer Erhebung sprachen wir die Erwartung aus, daß auf beiden Seiten redlicher Wille sich finden werde, um das Nothwendige auch mit Frieden und Freude zu thun; die Nationalversammlung zögerte nicht, dies zu bewahrheiten; und von doppeltem Werthe ist es, wenn von der andern Seite das Gleiche zu so später Zeit bewährt wird, wo die edeln Impulse jener Frühlingstage schon so vielfach aus den Geistern wieder verschwunden sind, wo die Kabinetspolitik von neuem gefürchtet und von manchem Orte her ihr unheimliches Wesen verspürt wird. Was in höheren Regionen, so oft sie unheilvollen Einfluß auf die Geschicke der Völker ausübten, von den Freunden des Gemeinwohls zu allen Zeiten schmerzlich vermißt ward, ist Pflichtgefühl. Daß es auch dort geweckt wird, wo es am leichtesten verloren geht, ist der Segen schwerer Zeiten; die Heimsuchungen des Welttheils seit 60 Jahren haben es in steigendem Maße genährt und wir erkennen es noch hier als den Geist, der die Worte durchweht: eine jede deutsche Regierung werde den Beruf fühlen, dahin zu wirken, daß die Verfassungsarbeit und das „dringende höchst gerechtfertigte Verlangen des deutschen Volkes," zu einem glücklichen Ergebniß führe, daß wenigstens ein Fehlschlagen dieser Hoffnung nicht einem Verschulden der Regierungen beigemessen werden könne. Wenn aber auch eine einzelne und sogar die mächtigste Regierung, sich selbst von solchem Verschulden frei wüßte, so wäre doch „das Scheitern des großen Zwecks nicht minder zu beklagen."

Wir haben aber die Note mit gemischten Gefühlen gelesen, und zwar weil sie selber gemischten Inhalts ist und den gleichen Ton, die gleiche Richtung auf den genannten einfachen Zweck nicht durchgängig einhält. Man wird es z. B. natürlich finden, daß die Note einen Punkt nicht übergehen konnte, der vielleicht die Absichten der preußischen Regierung nicht in dem vollen reinen Lichte erscheinen ließ, das sonst in ihrer Meinungsäußerung niemand vermissen wird. Wir finden die Erklärung sehr natürlich und sehr verständig, daß Preußen keinen andern Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt verlange als denjenigen, „welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach, ihm anweist;" wenn es dagegen bereit ist, „Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte." Wir finden es gleichfalls natürlich, und in diesen Blättern ist die Voraussicht bereits ausgesprochen worden, daß Preußen den Kaisertitel ablehnt. Aber wir finden es nicht gut, daß diese letzte Erklärung bereits hier, in dieser Note geschieht. Sie geht auf der einen Seite über die Linie hinaus, die der Note durch ihren Zweck gesteckt ist und geht auf der andern Seite wieder nicht weit genug, um an irgend einem festen Punkte anzulangen. Wir sagen dies wahrlich nicht aus irgend einer Schwäche für diesen Kaisertitel; wir legen gar kein großes Gewicht darauf. Es ist in diesen Blättern selbst bemerkt worden, was sich gegen ihn anführen ließ, vorzüglich, daß er der bürgerlichen Neigung und Sitte dieser Zeit nicht entspreche. Ein schwererer Grund als irgend eine persönliche Vorliebe wäre uns schon der, daß die Nationalversammlung erst vor wenig Tagen durch einen Beschluß diesen Namen ihrem Werke angeeignet hat. Wenn die Beschlüsse der Nationalversammlung gerade nach dem Geiste des preußischen Vorschlags als die Grundlage der Verständigung, gleichsam als die eine Partei im Schiedsgericht dastehn, so ist es gewiß nicht gut gethan, wenn eine mächtige Regierung so von vornherein gegen einen dieser Beschlüsse, und wäre er auch unwesentlich, ihr gewichtiges Wort in die Schale wirft. Aber der schwerste Grund liegt erst gerade darin für uns, daß wir aus den Worten der Note nicht sehen, ob die preußische Regierung diesen Beschluß für wesentlich oder unwesentlich hält. Was bedeutet es, wenn die neue Kaiserwürde eine Form genannt wird, eine Form, „deren ausschließliches Anstreben der wirklichen Erreichung des Zieles der Einigung wesentliche Hindernisse in den Weg legen würde?" Geht dies auf den leeren Titel oder geht es auf das Wesen „des

an und für sich nothwendigen Einheitspunktes?" Diese Ungewißheit, an solchem Orte und von solcher Seite ausgesprochen, ist ein Schwergewicht, das die einzelne Macht vor der gewünschten gemeinsamen Verständigung und präjudizirend in die Rechnung bringt: es ist mithin gegen den richtigen Geist des eignen Vorschlags und erregt uns jene zweifelhaft gemischte, heterogene Empfindung, die das Aktenstück seiner besten und wahren Absicht nach durchaus nicht hervorbringen sollte.

So wichtig der eben berührte Punkt erscheinen mag, so ist er doch noch nicht der wichtigste; das ganze Bedenken wäre vielmehr augenblicklich von selbst gelöst oder wenigstens durch die Natur der Verhältnisse zur Ungewichtigkeit herabgedrückt, wenn die entscheidende Vorfrage beantwortet wäre: das Verhältniß zu Oesterreich. Daß dieß Verhältniß in der Note berührt wurde, war ganz unumgänglich; schon darum, weil Preußen hier gegen die Tradition einer wenig rühmlichen Vergangenheit zum erstenmal die gebührende Stellung als erste und leitende Macht in Deutschland einnahm. Es war ganz passend, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, wie Oesterreich selbst dieses naturgemäße Verhältniß anerkannt hatte durch eine veränderte Stellung in seinem Innern, durch die von ihm eingeschlagene „central-konstitutionelle Richtung", die eine veränderte Stellung zu Deutschland im natürlichen Gefolge hatte. Hatte man diese von Oesterreich aus freiem Willen und mit innerer Nothwendigkeit eingenommene Stellung anerkannt, so konnte und durfte man immerhin die Absichten der österreichischen Regierung in Bezug auf die Verfassung Deutschlands kennen lernen; sie konnten weder Deutschland das Resultat *seiner* innern Gestaltung, noch Preußen seine in Folge dessen gewonnene neue Stellung streitig machen, sie konnten aber auch mit Oesterreich zu einem fruchtbaren, lebensfähigen Verhältnisse führen, was dessen frühere Verbindung mit Deutschland bekanntlich nicht gewesen war.

In dieser Weise könnten und müßten wir denn auch „die hohe Befriedigung verstehen, mit welcher die preußische Regierung nunmehr festgestellt sieht, daß Oesterreich, mit ihr den deutschen Bund als fortbestehend betrachtend, in demselben beharren und an dessen kräftiger Entwicklung theilnehmen will und zu einer Verständigung darüber mit der Nationalversammlung und den übrigen Regierungen Deutschlands bereit ist." Hier kommt Alles noch auf die Art und Weise der gesuchten Verständigung an, eben so wie bei dem Gagern'schen Vorschlag, der, wenn auch mit etwas andern Worten, ganz den gleichen Sinn hat, den wir den betreffenden Worten der Note so eben untergelegt haben. Weiterhin finden wir aber die Linie der Note ebenso wie oben überschritten, um ebenso wie dort bei keinem festen Punkte anzulangen. Wir wollen hier noch kein Gewicht legen auf die ausgesprochene Erwartung, „daß die österreichische Regierung bei der Gestaltung der innern Verhältnisse der Monarchie auf die Beziehungen zu Deutschland die möglichste Rücksicht nehmen werde": mit welcher „möglichsten Rücksicht" doch unmöglich den vollen Forderungen des deutschen Bundesstaats Genüge geleistet werden könnte, während im andern Falle eine solche Rücksichtnahme der reingehaltenen innern Entwicklung beider Staaten Eintrag thun könnte, in der sich die beiderseitigen Beziehungen von selbst fruchtbare Geltung verschaffen müssen. Wie gesagt, wir wollen darauf so großes Gewicht nicht legen; aber warum blieb man nicht stehen bei den nun folgenden trefflichen und einfachen Grundlinien: „wenn die österreichische Regierung glauben sollte, an der eben angedeuteten Entwicklung Deutschlands nicht in vollem Maße Antheil nehmen zu können, wenn sie die dazu erforderlichen Beschränkungen der Souveränetätsrechte zu Gunsten einer kräftigen Centralgewalt des Bundes und die Anwendung der materiellen Verknüpfung der Interessen auf ihre deutschen Länder nicht eintreten lassen könnte, so würde daraus freilich folgen, daß Oesterreich, einerseits, nicht begehren würde, Rechte auszuüben, denen nicht die korrespondirenden Pflichten gegenüber ständen, und daß, andererseits, den übrigen deutschen Staaten nicht anzusinnen wäre, einer aus der Gesammtbevölkerung des Bundes hervorgehenden Vertretung und einer die Angelegenheiten der Gesammtheit leitenden Bundesregierung, in welcher Oesterreich seine Stelle behauptete, Rechte in Beziehung auf die auswärtige allgemeine und kommerzielle Politik, auf die innere Gesetzgebung und Finanzwirthschaft einzuräumen, bei deren Ausübung das österreichische Bundesgebiet nicht in gleichem Umfange den Beschlüssen der Centralgewalt unterworfen wäre." Warum wird daraus zunächst der unrichtige, wenigstens nicht am nächsten liegende Schluß einer möglichen oder nothwendigen Rückkehr zum Staatenbunde gezogen? Und warum wird dann ein Projekt vorgelegt, das abermals der gemeinsamen Verständigung vorgreift, das von dem Gewicht der Macht unterstützt wird, der unbefangnen politischen Erwägung aber sich gar nicht unbedingt empfiehlt? Es wird als die Aufgabe ausgesprochen, eine engere Verbindung nach Analogie des Zollvereins innerhalb des bestehenden Bundes aufzurichten. Dies ist nicht gerade das im März von dem Volkswunsch aufgestellte Programm: es ist vielmehr das Ziel, nach welchem vor dem März hätte gestrebt werden sollen, um eine staatliche Verbesserung in Deutschland herbeizuführen. Daß es unterlassen wurde, oder daß es aus der jetzt wiederkehrenden übertriebenen Rücksicht auf Oesterreich nicht gehörig gefördert ward, rief die Märzbewegung mit ihren weitergehenden Forderungen hervor, von denen sie jetzt schon abzulassen schwerlich geneigt ist. Wenn man indeß das Obige als diplomatische Formel für die Aufgabe einer Verständigung betrachtet, so kann man sich vielleicht nach klarer Erkenntniß des wahren Sinnes damit aussöhnen. Es bleibt aber immer noch eine und die andere Vorfrage. Folgerecht werden Holland und Dänemark in die gleiche Stellung wie Oesterreich hereingezogen. Vielleicht geschieht dies nur, um manche rein deutsche Staaten von zu weit getriebenen Konsequenzen abzuhalten. Aber auf der andern Seite steht das Reichsministerium gegenwärtig in Verhandlung mit Oesterreich und mit Dänemark, und muß in kurzer oder längerer Zeit mit Holland in Verhandlungen treten. Wir fragen, ob es wohlgethan ist, wenn die erste deutsche Macht eine Erklärung abgibt, die diesen Verhandlungen vorgreift und leicht ein gedeihliches Resultat gänzlich zu nichte machen kann. Wir können durch solche Vorsorge freilich manchen Verwicklungen entgehen, aber gegen unsere Interessen und unsere Würde Verwicklungen zu vermeiden, kann jetzt nicht mehr als die höchste Aufgabe unserer Politik betrachtet werden. Die an sich schon verschiedenen Verhältnisse zu Oesterreich, Holland und Dänemark treten aber gerade aus dem Gesichtspunkt des Interesses und der Würde in ein noch mehr verschiedenes Licht. Oesterreich hat eine innere prinzipielle und staatsrechtliche Veränderung seines Staatswesens gemacht; es hat sie gemacht ohne viel umzufragen und entgegenstehende Rechte zu verklausuliren, weil die Veränderung durch die Lage des Staats und das höchste Gesetz seiner Erhaltung geboten war. Wir unsererseits hatten nie die Absicht, uns dieser Veränderung zu widersetzen, theils weil wir das Recht der Nothwendigkeit und der innern Umwandlung anerkannten, theils weil die neue Gestaltung Oesterreichs ebenso in unserem wohlverstandenen Interesse lag, als unsere neue Gestaltung im wohlverstandenen Interesse Oesterreichs. Holland und Dänemark haben solche innere Veränderungen nicht gemacht, und wenn sie sie gemacht hätten, so wäre es gegen unser *Interesse* gewesen, sie anzuerkennen; darin liegt gerade der Unterschied unseres Verhältnisses zu Oesterreich und zu andern Mächten, zwischen dem man nach Aufhebung der jetzigen Verbindung gar keinen Unterschied hat finden wollen. Außerdem haben Holland und Dänemark sich nie bedacht, in das Recht des deutschen Bundes einzugreifen; und darum ist es gegen unsere *Würde*, ihnen von vornherein Konzessionen zu machen, damit man sie nicht möglicherweise zu Gegnern habe. Wir können darin nur einen Rest der alten verwerflichen Politik erkennen, die immer zuerst auf den Standpunkt des auswärtigen Staates sich stellte und zuletzt auf den des eigenen. Darum wollen wir uns dem Prinzip einer völligen *Auseinandersetzung* aller Beziehungen, ebenso mit Holland und Dänemark wie mit Oesterreich, wenn dieß in der Note gemeint sein sollte, keineswegs verschließen, selbst wenn es auf beiden Seiten nicht ohne Opfer durchgeführt werden könnte. Aber dazu ist dann das Festhalten des alten Bundesverhältnisses von vornherein der allerschlimmste Weg. Freilich kommt auch hier Alles auf die Ausführung der bloßen Formel an; nur als eine solche muß ja die lose Natur des alten Bundesverhältnisses erscheinen, wenn es nach der Entwicklung eines lebensfähigen bundesstaatlichen Kernes noch fortbestehen soll. Es kann sogar als ein Ding der Unmöglichkeit erscheinen, daß es anders fortbestände als in rein völkerrechtlicher Weise. Der *allein wichtige und entscheidende Punkt* ist dieser, ob jenen Mächten außer den völkerrechtlichen Eigenschaften des alten Bundesverhältnisses noch ein Antheil an der Regierung und der politischen Leitung der deutschen Angelegenheiten eingeräumt werden soll. Bis zu diesem Punkte aber geht die Note nicht. Einmal ist die Rede von einer

Verständigung über die Fortentwicklung des Bundes, ein andermal von einem engeren Vereine innerhalb des Bundes. So läßt uns die Note abermals an dem wichtigsten Punkte im Stich, sie präjudizirt sowohl der gemeinsamen Verständigung als den Verhandlungen mit den betheiligten Mächten, sie wirft einen Schatten von Unklarheit und falscher Politik auf den Lebenspunkt des Verfassungswerkes. Denn das hätten wir doch nicht nöthig zu sagen, daß gerade diese beiden Punkte, die dynastische Mitwirkung nichtdeutscher Mächte bei der Leitung unserer Politik, und eine von dem Vorschlag des erblichen Oberhaupts wesentlich abweichende Form des „an und für sich nothwendigen Einheitspunktes", zugleich unwürdig und unpolitisch, ja geradezu die Vernichtung des ganzen Einheitswerkes wären. Wollte Preußen als einzelne deutsche und europäische Macht seine Ansicht von Anfang an als eine gewichtige und maßgebende hinstellen, so mußte dieß mit Bestimmtheit und völliger Klarheit geschehen; wollte es nur als bundesgenössischer Staat die übrigen Genossen zu gemeinsamer Berathung auffordern, so durfte es dieser nicht weiter vorgreifen, als es selbst unmittelbar von den vorliegenden Verhältnissen berührt war. Das Schwanken zwischen beiden Stellungen ist unpolitisch und dem Ziele verderblich, das die preußische Regierung so dringend und gerechtfertigt findet als wir und das gesammte deutsche Volk.

Wenn etwas uns über diese schmerzlichen schwerwiegenden Bedenken Beruhigung geben kann, so ist es der Geist und Ton der Note selbst. Wenn man aus diesem schließt, so hat sich Preußen als Bundesmacht, wenn auch wie sich gebührt, als die erste gefühlt. Es hat als solche seinen Bundesgenossen den Weg zu einer wahren Verständigung eröffnet. Was in seinen Vorschlägen über diesen Zweck hinausgeht, wird es eben nur als Vorschläge betrachtet haben. Die bevorstehende Berathung wird früheren Kongreßberathungen nicht ähnlich sein. Die Natur der Verhältnisse, die Wünsche der öffentlichen Stimmung, das Urtheil gesunder Politik werden darin ihre Stimme haben, und das Machtwort herrschender Mächte wird nicht die Entscheidung geben. Die kleineren Staaten, die bereits mit ehrenhafter Selbstständigkeit eine politische Initiative ergriffen haben, die ihnen früher verkümmert war, werden ihre Wünsche und Interessen gleichfalls zur Geltung bringen. Dieß alles folgern wir aus dem Geist des vorliegenden Aktenstücks, aus den Lehren der Vergangenheit und der Stimmung der Gegenwart. Sollten wir uns darin getäuscht haben, so müßten wir es doppelt beklagen, daß die Nationalversammlung die so oft in diesen Blättern an sie ergangene Mahnung überhört hat, ihrerseits den Anfang zu machen zur Verständigung mit den Regierungen.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 30. Jan. Wir begreifen, daß das Parlament immer mehr und mehr die Verhandlungen zu vermeiden und die ihm vorliegenden Gegenstände durch einfache Abstimmung zu entscheiden sucht, denn wenn immer und immer, so oft das Wort freigegeben wird, Herr Buß aus Freiburg und Herr Schüler aus Jena es nehmen, so muß das auch den Geduldigsten ungeduldig machen.

Kaum war heute der erste Artikel des Abschnitts „von der Gewähr der Verfassung", welcher die Beeidigung des Kaisers und der Beamten auf dieselbe feststellt, erledigt, so kam Herr Buß, um bei dem Artikel, welcher die Reichsverfassung gegen widersprechende Bestimmungen der Landesverfassung sichern soll, eine ausdrückliche Anerkennung der Verbindlichkeit der Reichsgesetze für die Einzelstaaten mit nicht geringer Wichtigkeit zu fordern. Sein darauf zielender Antrag wurde verworfen.

Der folgende Paragraph des Entwurfs macht die Aenderung der Regierungsform der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig. Da nahm es nun wieder Herr Schüler über sich, die Freiheit der Einzelstaaten in ihren „inneren Angelegenheiten" zu vertheidigen. Herr v. Soiron machte dagegen die einfache Bemerkung, daß, wie es nicht 38 Nationalitäten, sondern nur Ein deutsches Volk gebe, so auch die Volkssouveränetät eine einzige sei. In der Gesammtheit ruhe diese, und die Organe der Gesammtheit müßten deßhalb die entscheidende Stimme bei der Frage nach der Verfassung haben. Wer hätte gedacht, daß diese schlichten Sätze, welche, solange die Lehre der Volkssouveränetät besteht, für unbestritten gelten, so viel Widerspruch finden würden? Aber Herr Buß, der Unvermeidliche, fand sie unlogisch, denn was das Ganze kann, müsse auch jeder Theil können — welches Axiom Herr Buß zur großen Erbauung der Versammlung dahin spezifizirte: „wenn 40 Millionen souverän sind, ist es auch 1 Million und wenn 1 Million, jeder Einzelne — und Herr Wigard und „Nachbar" haben sie gar „graulich" gemacht, denn, wenn die Einzelstaaten nicht mehr souverän wären, so wären es ja auch ihre Fürsten nicht mehr, und Hrn. v. Soiron's Theorie käme also auf allgemeine Mediatisirung heraus.

Wir würden die ganze Verhandlung nicht erwähnen, hätte sie nicht Herrn Bassermann Gelegenheit zu einer Rede gegeben, die nicht zu seinen größten, aber zu seinen angenehmsten gehört. Wenn Herr Bassermann auch sonst mit freundlicher Heiterkeit die Irrthümer seiner Gegner durch Scherz und Ernst entkräftet und widerlegt, so war er doch heute gegenüber dem leidenschaftlichen Stammeln seiner Vorredner von ganz besonderer Annehmlichkeit. Nachdem er offen gestanden, daß der vorgeschlagne Paragraph allerdings vor unzeitiger Einführung republikanischer Verfassungen sichern sollte, und die Zumuthung des Herrn Hagen, man solle sie doch die Republik probiren lassen, zurückgewiesen hatte, zeigte er aus der Geschichte aller Zeiten, wie jede Staatsform und die Republik am meisten dergleichen Schutzmittel aufgestellt habe, und erwiederte auf die Einwendungen der Partei, welche nie genug Freiheit finden kann, und überall nur die Freiheit betont, daß zwischen der Freiheit und der Machtentwicklung eines Staates ein gewisses Wechselverhältniß bestehe, daß die letztere weder ein zu geringes noch ein zu großes Maß der ersteren ertrage. Zur Machtentwicklung Deutschlands gehöre eine gewisse Uebereinstimmung in den Verfassungen der Einzelstaaten, welche durch den vorgeschlagenen Paragraph gesichert werden solle.

Nachdem noch der Berichterstatter Waitz darauf hingewiesen hatte, daß es sich nicht darum handle, einzelne Verfassungsänderungen, sondern nur die gesammte Regierungsform von der Zustimmung der Einzelstaaten abhängig zu machen, wurde in namentlicher Abstimmung nicht allein dieser Grundsatz, sondern auch die nähere Bestimmung angenommen, daß die Zustimmung in denselben Formen erfolgen müsse, wie die Aenderung der Reichsverfassung selbst, nämlich durch einen zweimaligen Beschluß beider Häuser, der mit zwei Drittel Mehrheit bei der Anwesenheit von ebenfalls zwei Dritteln gefaßt, und durch das Reichsoberhaupt bestätigt worden ist.

*** **Frankfurt**, 29. Jan. Es ist sicher keine zufällige Erscheinung, daß mit der Publikation der „Grundrechte des deutschen Volks" in unserm Freistaat — oder vielmehr unserer Freistadt — ein emsiges Bestreben hervortritt, den sogenannten bürgerlichen Erwerb gegen „fremde" Invasion zu sichern; man spricht sogar von einer beabsichtigten Assoziation, um die den hiesigen Nahrungsstand benachtheiligenden Bestimmungen der Grundrechte der Wirkung nach (Ausführung darf man doch gewiß nicht sagen) zu paralysiren. Es muß gewiß anerkannt werden, daß die Grundrechte des deutschen Volkes nicht allen Sonder- und Lokalinteressen Rechnung tragen können, um mich eines verpönten parlamentarischen Ausdrucks zu bedienen; — es muß zugestanden werden, daß die Nahrungsinteressen der Stadt Frankfurt (— nicht des Staats, denn die Stadt hat bekanntlich seither das Frankfurter Land in den gewerblichen Interessen wie das [deutsche] Ausland behandelt), durch manche Bestimmung der Grundrechte gefährdet zu werden scheinen, — dies Alles hindert aber nicht die „Grundrechte des deutschen Volkes" als einen Hort der Freiheit und Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes anzuerkennen. Sollen aber die Grundrechte ein wirkliches Gemeingut werden, so müssen sie überall zur vollsten Geltung gelangen und, daß sie das werden, davon überzeugt uns ihre freudige Begrüßung auf dem Lande. Es darf aber auch behauptet werden, daß die Gefahr für die Nahrungsstände durch die Einführung der Grundrechte auch in Frankfurt nicht so groß sein werde, als sie auf den ersten Augenblick erscheint; dann dürfte doch auch zu bedenken sein, daß sich eine große Zahl Hiesiger, die nicht dem Handels- und Gewerbestande angehören, schon lange vormärzlich einer sehr starken fremden Konkurrenz ausgesetzt sah, ohne den Nahrungsschutz in Anspruch zu nehmen oder nehmen zu können. Soll die deutsche Einheit eine starke moralische Macht im Innern werden, so kann dies nur auf festem Fundamente geschehen — und dieses sind — die „Grundrechte des deutschen Volks!

Wien, 24. Jan. Unser dritter Heerführer, Jellacic, sollte gleicherweise, wie die zwei andern, ausgezeichnet werden und der Titel eines Herzogs von Syrmien ward für ihn ausersehen, als man sich noch zur rechten Zeit erinnerte, daß bereits der Fürst Odescalchi jenen Titel führe. In der nun alles Ernstes zu berücksichtigenden Reorganisation Ungarns ist der Banus bei den sich schroff entgegenstehenden Nationalitäten unmöglich geworden. Man hat, wie schon bemerkt, die Augen auf Deak geworfen, nachdem der Reichstag zu Debreczin willige Unterwerfung, unter Vorbehalt der Autonomie, für die rein magyarischen Landestheile in einer oder der andern Weise angeboten haben soll. Eine Kundmachung des hiesigen Gouverneurs Welden meldet den in verwichener Nacht an einer Schildwache im Schlosse zu Hetzendorf verübten Meuchelmord, ohne daß es bisher geglückt wäre den Thäter zu entdecken. Dieselbe schließt mit den Worten: „Die letzte Zeit hat leider so manche Fälle solcher Bosheit aufzuweisen, aber daß auch die rechtlichen Bürger sich noch nicht verbinden, um derlei Schandthaten auf die Spur zu kommen, daß immer nur die Waffengewalt ihr entgegentreten muß, das ist wohl das Bedauernswürdigste." (D. A. Z.)

Triest. Das hiesige „Costituzionale" widerspricht dem in Wien verbreiteten Gerüchte von der Auflösung der Jury in Triest.

** **Kremsier**, 25. Jan. Minister Stadion beantwortet mehrere Interpellationen, zunächst die des Abgeordneten Fleischer wegen Gestattung des Besuchs ausländischer Universitäten dahin, daß demselben kein Hinderniß entgegen stehe. Die zweite Frage, ob im Auslande erworbene Studienzeugnisse auch bei Staatsprüfungen anerkannt werden sollen, ist vom Ministerium noch nicht entschieden worden. (!) Auf die Interpellation der Abgeordneten Madovizza, Vidulich und Defranceschi wegen Unterdrückung der Gazetta Triestina, erwiedert der Minister, daß von Seiten des Ministeriums dieses Blatt nicht unterdrückt worden sei, es habe aufgehört zu erscheinen aus Mangel an Abonnenten. Dasselbe sei nicht für Triest und den Lesekreis der Provinzen, sondern auf Erregung von Unruhen in Italien berechnet gewesen. Der Feldmarschall Radetzky habe es daher im lombardisch-venetianischen Königreiche verboten und deßhalb sei es eingegangen. Auf die Interpellation Machalski's in Betreff des Belagerungszustandes in Galizien, sagte der Minister: Ich glaube, daß es kaum nothwendig sein wird, in viele Details einzugehen, um erklärlich zu machen, daß in Galizien ein Zustand war, oder vielmehr gedroht hat, der eine solche Maßregel nothwendig machte. Galizien gränzt an Ungarn gewiß längs einer Strecke von 100 Meilen. Wie bekannt, haben die Magyaren sich nach Galizien zu werfen gesucht. Bem zog in die Bukowina, Meszaros, über Kaschau nach Galizien, Görgey hatte dieselbe Absicht, indem er gegen Tyrnau marschirte. Heute sei ihm wieder eine neue Nachricht von Lemberg zugekommen, daß ein gewisser Oberst Pietrowski in Szigeth ein Insurgentenkorps sammle, in der Absicht nach Galizien einzudringen. Dieses habe den Kommandirenden und den Gouverneur veranlaßt, den Landsturm aufzubieten und zwar in allen Kreisen, welche an der ungarischen Gränze liegen. Die Civilmaßregeln seien nicht hinreichend gewesen, um einen solchen Landsturm gefahrlos für das Land zu machen. Es lag in der Nothwendigkeit, zugleich die Entwaffnung des Landes vorzunehmen und in Hinsicht auf die Presse die in konstitutionellen Staaten bestehenden Bestimmungen aufzuheben: die Entwaffnung deßwegen, weil, wie bekannt, eine gewisse Eifersucht zwischen den Bauern und Edelleuten in Galizien besteht, so daß durch eine Reibung leicht große Exzesse entstehen konnten und Auftritte wie im Jahre 1846 hervorgerufen worden wären. Der Minister fragt, ob bei solchen Zuständen die Regierung nicht das Recht, sondern vielmehr die Pflicht habe, solchen Ereignissen vorzubeugen? Zum Schlusse antwortet er auf eine vom Abgeordneten Sadil an den Handelsminister gestellte Interpellation, ob ein Gewerbegesetz in Bearbeitung sei, daß der Handelsminister ihn ersucht habe, die Frage dahin zu beantworten, daß ein solches Gesetz bereits im Werke und bedeutend vorgeschritten sei. Der Rest der Sitzung wird ausgefüllt durch eine lange Diskussion über die Todesstrafe, die noch zu keinem Resultate führte.

∀ **Berlin**, 27. Jan. Nicht allein um die Existenz des Ministeriums Brandenburg handelt es sich. Die Wahlen müßten mehr als konservativ ausfallen, wenn ein solches Ministerium auch nur einen Augenblick Bestand haben sollte, nachdem die Volksvertretung zusammengekommen. Scheint man sich doch sogar in den höheren Regionen schon mit dem Gedanken vertraut zu machen, dieses Kind der Liebe aufzugeben — denn wie wenig Wahres auch an dem Gerüchte von der Bildung eines Ministeriums Camphausen sein mag, es ist keinenfalls ohne alle Veranlassung entstanden.

Andere tiefer gehende Bedenken stoßen uns auf, wenn wir die politische Stellung unserer Partei erwägen. Im vorigen Jahre gingen die Wahlen unter dem unmittelbaren Eindrucke der großen europäischen Revolution vor sich. Wir haben es erlebt, welchen Erfolg diese Wahlen hatten. Welche Erscheinungen haben wir auftauchen sehen in dem Gewoge des vergangenen Jahres! welchen Schlamm führte das tiefaufgewühlte Meer aus seinem Grunde mit sich herauf! Preußen, das Land der Bildung, hätte eine andere Bildung seiner Volksvertretung erwarten können.

Und heute?! — Es ist nicht das kleinste Unglück, welches das jetzige Ministerium Brandenburg über Preußen gebracht hat, daß die Wahlen dieses Mal wiederum in einer ähnlich erregten Lage vor sich gehen. Die organisirte Contrerevolution hat ganz natürlich einen höchst energischen Gegenstoß bewirkt und viele, die bei ruhiger Entwicklung unserer konstitutionellen Verhältnisse jetzt zu den Konservativen gehören würden, sind nun wieder in äusserste Opposition getrieben. Erbitterter als je stehen die Parteien einander gegenüber; die großen prinzipiellen Gegensätze, die den Staat in zwei feindliche Heerlager spalten, haben ihre Entscheidung nicht in den Debatten der Nationalversammlung finden können, man hat ihre Lösung aufs Neue in das Volk hinein verlegt und während im vorigen Sommer die Krone noch außerhalb dieses Kampfes stand, hat sie jetzt auf das Entschiedenste Partei ergriffen — das nächste Parlament wird uns nicht mehr das Schauspiel eines Kampfes der Rechten und Linken, sondern der Krone und des Volkes darbieten.

In heilloser Begriffsverwirrung wirft sich das Volk den Führern der extremsten Opposition in die Arme, wie leider die Krone vor ihm ein Bündniß mit den Extremen der Reaktion eingegangen ist. In heilloser Begriffsverwirrung, sage ich — denn wohl können einem die Begriffe etwas schwinden, wenn ein Mann, wie Alfred von Auerswald, als Kandidat der reaktionären Partei bezeichnet wird, wenn hier in Berlin nur noch Männer der äußersten Linken als wahrhafte Demokraten gelten. Zwar tritt Hr. Jung glücklicherweise allmälig in den Hintergrund, auch die Herren Ruge und Benary werden schon gebührend ignorirt (wie es denn auch zum Lobe der Konservativen nicht unerwähnt bleiben darf, daß sie an die Stelle der Herren Bauer und Jonas sich nach fähigeren Kandidaten umsieht) — aber alle diejenigen, die auch nur um eine Stufe höher stehen, als die vorbenannten, hat die öffentliche Meinung schon ihres Märtyrerthums wegen zu ihren Idolen auserkoren. Da ist Berends, bei dem die gute Gesinnung Alles ersetzen muß, Temme, der als Kriminalist vielleicht bedeutend, an politischer Befähigung doch nur eine Null ist und Gott weiß wodurch sich einen Namen erworben hat, wenn man nicht die völlig verunglückte Kopie der Ballhausscenen, die er am 12. Nov. zum Besten gab, für eine politische That rechnet; da sind die Herren Stein, ein pedantischer Schulmeister, den uns die zweite Stadt des Reiches, Breslau, auch wohl nicht erlassen wird, Elsner, Behnsch, Reichenbach, Brill, d'Ester — hoc genus omne — die wir sämmtlich wieder sehen und hören werden, weil es ihnen leider nicht vergönnt worden ist, ihre Rolle zu Ende zu spielen und sich langsam zu Tode zu bluten, weil man ihnen leider einen Nimbus als Volksheilige verliehen hat, der für den Aberglauben der leichtgläubigen Menge der vollgültige Beweis ihrer glorreichen Thaten ist.

Wie ganz andere, würdige Vertreter würde das demokratische Prinzip haben, wenn die Krone dasselbe zur Herrschaft erhoben hätte; wie anders würden die Sachen stehen, wenn die Regierung im September, wo sie an dem verhängnißvollen Scheidewege stand, die Wahl des Herkules getroffen, wenn sie den Weg eingeschlagen hätte, den Beckerath ihr vorzeichnete! „Ja, der Könige Vergehen büßten die Griechen, wie wir!" — Das ist ein Wort, dessen Wahrheit Preußen noch lange schmerzlich empfinden wird und diejenigen, welche das Jakoby'sche „Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen", für eine banale Phrase auszugeben nicht ermüdeten, werden bald genug einsehen, wie treffend dieser einfache Ausspruch noch immer ist.

Aber es ist für die Demokratie oder den Liberalismus nicht die einzige Gefahr, daß die Hauptvertreter dieses Prinzips zum großen Theil nichts weniger als gebildet, als einsichtsvoll, als patriotisch sind — wir müssen leider befürchten, daß gerade die Stellung dieser Oppositionsführer diesem Könige gegenüber noch viel weniger zu einer Befestigung unserer politischen Lage führen wird. Dem jetzt regierenden Könige sind die Ersten der Opposition beinahe sammt und sonders personae ingratae; nach den Ereignissen des November wird sich schwerlich ein gutes persönliches Vernehmen zwischen ihnen herstellen.

Abgesehen davon, daß es ein ganz natürlicher Ehrgeiz der Männer der Opposition ist, selbst in die Regierung des Landes einzutreten, wird es eine kaum zu überwindende Schwierigkeit sein, ein Ministerium zu bilden, das den Prinzipien der jetzigen Opposition entspräche und doch nicht aus Deputirten gebildet wäre. Allein aus dem einfachen Grunde, weil man schwerlich außerhalb der Kammer demokratische Männer von der nöthigen Befähigung findet, weil Alles, was die Opposition an Talenten aufzuweisen hat, in der Kammer selbst seinen Platz haben wird.

Hier scheint im besten Falle, wenn nicht der Charakter des Königs plötzlich eine neue Seite entfaltet, und der König die fast unglaubliche Versöhnung mit den gemäßigten Männern der „Fraktion Unruh" eingeht, kaum etwas Anderes übrig zu bleiben, als daß die Krone mit einem neuen, liberaleren Ministerium den Kammern entgegenkommt, welches durch Talent, Geschicklichkeit und Energie, durch eine verständige Koalition mit dem Centrum eine — wenn auch nur geringe Majorität in der Kammer sich zu gewinnen weiß. Ob Camphausen der Mann zu einem solchen Ministerium sei? ein Ministerium Camphausen würde jetzt mindestens eine eben so schwierige Stellung haben, wie im vorigen Jahre. Ja der Kampf wird diesmal noch erbitterter sein.

Der einzige Mann, der die oben angedeutete Aufgabe nach der Seite der Krone hin glücklich lösen könnte, ist niemand anders, als Vincke. Sein Namen hat freilich in Berlin, in Preußen, nicht mehr den alten Klang, ist nicht so willkommen, als der Camphausens — aber wie man auch über die staatsmännischen Talente beider Männer denken mag, das wird jeder zugestehen, daß jener allein aus dem harten Stoff gemacht ist, um alle die Stöße auszuhalten, die das Schicksal bald in Königsgestalt, bald in mehr demokratischer Form gegen den Sterblichen austheilen wird, der das Glück genießt, die weitläuftige Universal-Erbschaft des Ministeriums Brandenburg anzutreten.

Wir sagten, ein Ministerium dieser Art sei im besten Falle der Ausweg, den die Krone einer demokratischen Kammer gegenüber einschlagen werde. Im besten Falle — denn schon beginnen Gefahren ganz anderer Natur von Neuem am Horizonte aufzutauchen. Die reaktionäre Partei hat schon lange den kühnen Griff verwünscht, mit dem der vereinigte Landtag von 1848 das allgemeine Wahlrecht dem Lande verlieh; Graf Arnim hat in seiner neulich erschienenen Brochüre diese reaktionäre Anschauung von der breiten Grundlage in ein System gebracht, die oktroyirte erste Kammer ist der erste Hemmschuh, den die Regierung dem demokratischen Konstitutionalismus angelegt hat — schon scheint die kölnische Zeitung nach neuen Oktroyirungen zu verlangen, welche die „reine Demokratie" retten sollen, hier in Berlin selbst hört man schon von Möglichkeiten reden, die eintreten könnten, wenn das Volk sich wieder „überstürzte."

** **Berlin**, 28. Jan. Der Lloyd Nr. 42. enthält den Auszug eines Briefs von Herrn v. Möring aus Frankfurt über die Abstimmung des Art. 1. §. 1. vom Reichsoberhaupt. Er verdient einen Abdruck; der Verfasser hat sich in effigie dadurch an den Pranger gestellt. Ich müßte ihn wörtlich abschreiben, wenn ich nicht die Zuversicht hegte, Sie würden ihn aufnehmen. Ich hebe daraus nur hervor, daß Hr. v. Möring sich nicht entblödet, das Wort des Vaticinium Lehninense auf den König von Preußen anzuwenden:

„Is rex nefandum scelus audet morte piandum."

Wir fragen Herrn v. Möring, was er darunter verstanden wissen will!

Ihnen aber die Versicherung, daß ich keinen der Stämme meiner Nation, auch nicht den österreichischen, nach dessen Hefe zu beurtheilen mich hinreißen lassen werde.

Wer deutscher Kaiser werden soll, sagt Hr. v. Möring unter andern nicht minder befremdlichen Stellen, ist nach meiner Ansicht rein eine Frage der Unterhandlungen zwischen den Großmächten der heiligen Allianz! In der That! Sind wir wirklich bereits wieder bei der heiligen Allianz? Das ist reißend schnell gegangen!

⚔ **Barmen**, 26. Jan. Die Sammlungen für ein „preußisches" Kriegsdampfschiff, welche nach der Aufforderung des in Berlin gebildeten Komités in den meisten unserer Wahlbezirke am 22. d. stattgefunden haben, ergaben ein erfreuliches Resultat. Eine Veröffentlichung der Einnahme ist zwar noch nicht erfolgt, jedenfalls aber wird die Zahl der eingekommenen Groschen derjenigen der Urwähler gleichstehen. Die Geschäfte sind bei uns noch immer im Flauen, und nur diejenigen haben keinen Grund zur Klage, die auf den Export gerichtet sind. Am meisten leidet der Handwerkerstand und besonders die Bauhandwerker, weil weder Neubauten, noch sogar auch Reparaturen vorgenommen werden. Wenn nicht bald Friede ins Land kommt, steht uns eine noch trübere Zukunft bevor. Möchte darum unsere Regierung bei Revision der Verfassung den Gesammtwillen des preußischen Volkes endlich zur Wahrheit werden lassen! Im verflossenen Jahre sind aus unserer Stadt gegen 200 Köpfe ausgewandert, und man sprach damals davon, daß im gegenwärtigen Frühjahre mehr als die doppelte Zahl und zwar aus dem guten Mittelstande, nachfolgen würde. Allein trotz der Verschlechterung der Zeiten beschränkt sich die Zahl derer, die zur Emigration nach Amerika entschlossen sind, nur auf einige wenige Familien und einzelne Personen. Diese Abnahme des Auswanderungsfiebers ist zum großen Theil den Briefen der im verflossenen Frühjahr Abgegangenen zuzuschreiben, vor Allem aber den gediegenen ausführlichen Berichten des mit seiner Familie von hier nach Milwaukie in Wiskonsin erzogenen Herrn Theodor Wettstein. Diese Berichte des hier allgemein Hochgeachteten wurden in einem hiesigen Lokalblatte veröffentlicht; sie tragen den Stempel der inneren Wahrheit an der Stirne. Herr Wettstein spricht sich in einer so klaren Weise über die Bedingungen aus, unter denen allein zur Auswanderung gerathen werden kann, er berichtet so treu über die Mühseligkeiten der Reise und die Schwierigkeiten der Ansiedlung, daß man leicht fühlt, wie er nur wohlthätig auf so manchen Leichtsinnigen wirken kann. Dabei gibt er auf der andern Seite aus seinen auf der Reise mit offenem Auge überall gesammelten Erfahrungen auch die genauesten Angaben über die Mittel und Wege zur Ausführung eines nach vernünftigem Ermessen gefaßten Auswanderungsplanes. Herr Wettstein räth zur Reise über Bremen und mit Bremer Schiffen. Seit Anfang dieses Jahres ist die bergisch-märkische Eisenbahn für den Güterverkehr eröffnet und macht selbst in der Winterzeit vorzügliche Geschäfte. Der Plan einer direkten Eisenbahn von hier oder Elberfeld nach Köln taucht jetzt wieder lebhaft hervor.

♀ **Leipzig**, 28. Januar. Die Universität ehrte heute früh 11 Uhr in der Aula das Andenken ihres unvergeßlichen Gottfried Hermann durch eine des großen Todten würdige Feier. Die Denkrede sprach Professor Otto Jahn.

△ Aus Baden, 29. Jan. Im Angesichte der Eventualität einer konstituirenden Landesversammlung sind die Parteien, die in zwei großen Lagern einander gegenüberstehen, rühriger als je; eigene Umlaufschreiben, welche in den letzten Tagen von den beiderseitigen Ausschüssen, beide mit dem Namen eines Landesausschusses geschmückt, erlassen worden, fordern zu wirksamer Organisation und erneuter Thätigkeit auf, und da diese Umlaufschreiben die Tendenzen und Bestrebungen der beiden Parteien vollständig charakterisiren, so mögen hier die bezeichnendsten Stellen einen Platz finden. Auf der einen Seite sehen wir, mit entschieden radikal-republikanischer Tendenz, die Volksvereine, an ihrer Spitze, als erster Vorsitzender des Landesausschusses, der Abgeordnete Brentano. Das Umlaufschreiben dieser Partei weist auf die Macht der Organisation und der Presse in folgenden Worten hin: „Die Februar-Revolution in Frankreich wurde durch die im ganzen Lande bestandenen politischen Klubs und durch die große Verbreitung der politischen, die freie Presse im ganzen Umfange benützenden Tagblätter vorbereitet, und als kaum der Kampf in Paris zu Ende war, standen auch schon allerorts durch ganz Frankreich die im Voraus bezeichneten Männer der republikanischen Partei an der Spitze der Bewegung und führten rasch die Beschlüsse der provisorischen Regierung aus. Gewiß auch in unserm Deutschland, und zunächst auch in unserm engern Baden, wäre in der ersten Zeit der Bewegung des vorigen Jahres ein ganz anderes Ziel erreicht worden, hätte die Organisation bestanden, welche wir, durch

die Erfahrung klug gemacht, nunmehr anstreben wollen und welche wir als wahre Volksfreunde mit aller Anstrengung anstreben müssen... Wir müssen vor Allem durch die Presse zu wirken suchen, theils dadurch, daß der Landesausschuß eigene Organe zu großer Verbreitung unter das Volk schafft, oder daß wir die bestehenden Blätter unserer Partei, wie die Mannheimer Abendzeitung, die in Konstanz erscheinenden Seeblätter und die in Heidelberg erscheinende Republik in einer Weise unterstützen, daß sie in großer Zahl unter das Volk kommen, theils dadurch, daß wir bei wichtigen Fragen, welche entscheidend für die Rechte des Bürgers und die Verfassung werden können, schnell in großer Zahl Flugschriften unter die Bürger aller Orte verbreiten. . ." Die hier ausgezogenen Stellen bezeichnen zunächst Zweck und Grundsätze der Volksvereine, dann auch die Mittel, welche sie ans Ziel führen sollen, zur Genüge. Die Mannheimer Abendzeitung und die Seeblätter, welche hier öffentlich als Organe der Volksvereine genannt werden, haben bekanntlich diejenige Partei vertreten und vertreten sie noch, welche im vorigen Jahre die Fackel des Bürgerkriegs ins Land schleuderte, und wem das noch nicht deutlich genug ist, der lese in jenem Umlaufschreiben, wie der Landesausschuß das Mißlingen jener vorjährigen Bewegung bedauert und zur besseren Organisation aufmuntert. Damit ist der Gegenpartei, die in den vaterländischen Vereinen vertreten ist, zunächst ihre Aufgabe vorgezeichnet: die Abwehr und Niederhaltung jener Tendenzen und aller Besprechungen, die den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Weg und den konstitutionell-monarchischen Boden verlassen: die Mittel zum Zweck kann sie von ihren Gegnern lernen; auch sie wird auf eine festere Organisation bedacht sein und durch die Macht der Presse hauptsächlich in dem Wendepunkt der politischen Entwicklung unseres Landes, der mit der Einberufung einer konstituirenden Versammlung eingetreten sein wird, zu wirken suchen. Der Kampf wird leichter sein, als Mancher glauben mag; Baden ist gegenwärtig nicht in dem Maße, als vielleicht noch vor Kurzem, mit republikanischen Sympathien geschwängert. Das Beispiel Frankreichs hat seine Früchte getragen. Haben die Klubs und die Presse die Februarrevolution gemacht, so haben sie auch, als sie Tod und Verderben predigten gegen die Grundlagen jeder menschlichen Gesellschaft, die rothe Republik und den Juni-Aufstand vorbereitet; die irre geleiteten Massen haben ihre Verblendung mit ihrem Blute bezahlt und die Nation hat ihre Feinde weit von sich geschleudert. Das beginnt auch in Baden zu wirken und zunächst an der Schweizer Grenze; aber dort, wo die Freischaaren die Fahne der Empörung entfalten konnten, hat jetzt eine größere Zahl von Gemeinden ein förmliches Trutz- und Schutzbündniß gegen jeden republikanischen Angriff geschlossen: das ist eine Erscheinung, die insofern betrübend sein mag, als sie von einem gänzlichen Mißtrauen gegen die Kraft der Staatsregierung zeugt, aber sie legt noch ein lauteres Zeugniß ab von dem Eindruck, welchen die Republik dort hinterlassen, wo man Gelegenheit gehabt, sie und ihre Apostel in der Nähe zu sehen.

λ **Kassel**, 28. Jan. Was lange vorhergesehn, häufig behauptet und eifrig geleugnet worden, ist endlich zum Ausbruch gekommen: wir haben eine Ministerkrisis gehabt, in einer Weise, wie sie nur hier möglich ist. Die Persönlichkeit unseres Kurfürsten ist bekannt, man weiß, mit welcher Mühe er auf das Ministerium **Eberhard** sich eingelassen, wie oft er seit dem April v. J. nur durch die Drohung, das ganze Kabinet werde sich auflösen, zur Vollziehung irgend einer Maßregel gebracht werden konnte. War er zuweilen zerknirscht, manches Mal überzeugt, so machte die Zähigkeit seines Wesens sich doch immer auf die Dauer wieder geltend, und man kann es als den einzigen Mangel in Eberhard's milder Natur bezeichnen, daß er in diesem Verhältniß nicht mit etwas derberer Konsequenz auftrat. Als die gegenwärtige Ständeversammlung Ende November mit einem glänzenden Vertrauensvotum für das Ministerium debütirte, schien auch in den höchsten Regionen Alles in bester Ordnung. Bald aber traf Mehreres störend zusammen. Das Erste war die Mehrheit, welche am 21. December sich gegen das ministerielle Wahlgesetz erklärte. Es wurde sogleich betreffenden Ortes geltend gemacht, daß dies demokratische Ministerium nicht einmal mehr die Ständeversammlung zu lenken wisse, welches Verdienst ein Ministerium von Hanauer Volksmännern noch beanspruchen könne, wenn ihm jenes fehle. Bald nachher traten die skandalösen Pöbelscenen ein, welche den Beginn unseres öffentlichen Gerichtsverfahrens besudelten. Das eine Mal war gar keine Vorsorge getroffen, das andre Mal ließ das Einschreiten der Bürgerwehr etwas auf sich warten: bei den spezifischen Freunden der Ordnung war nur Eine Stimme über die Nothwendigkeit einer kräftigen Regierung. Unterdeß hatte das Ministerium alle Kräfte auf die eben in Ausführung begriffene neue Organisation der Verwaltung zu verwenden; es bemerkte mit Anfang v. J. ein immer stärker hervortretendes Widerstreben des Fürsten, auf seine Vorlagen, die übrigens nur die Vollziehung längst gegebener Gesetze betrafen, einzugehn. Schon vor 14 Tagen kam es darüber zu einer Krisis, die aber ganz en cachette vorüber ging, da der Kurfürst nachzugeben für gut fand. Es war gerade die Zeit, als die Ständeversammlung mit Ungeduld die Antwort auf ihren Beschluß in der Oberhauptsfrage erwartete; die lange Zögerung hatte ihren Grund in der augenblicklichen Auflösung des Kabinets, nicht in einer vermutheten Widerwilligkeit; noch in den letzten Tagen erklärte vielmehr der Minister v. Schenck offiziell, die kurhessische Note habe keinen andern Sinn und Zweck als die badische. Acht Tage nach den erwähnten Vorfällen wiederholte sich die Sache; dieses Mal war aber das Gerücht davon schneller verbreitet, und auf die Aufforderung einer Deputation von hiesigen Bürgern wandte sich der Präsident der Ständeversammlung, sowie der Oberbürgermeister, unmittelbar an den Kurfürsten um Belehrung. Audienz erhielten sie nicht, weil sie sich nicht an den Hofmarschall gewandt hätten, wohl aber durch den Adjutanten die Auskunft, die Minister hätten in der That ihre Entlassung eingereicht. Darauf hin berief der Präsident die außerordentliche Sitzung der Stände, in welcher der bekannte Beschluß gefaßt wurde, dem Fürsten eine Adresse in Corpore zu überreichen. Die Stadt war in lebhaftester Bewegung; ohne Frage wäre jener Zug durch die halbe Bevölkerung verstärkt worden. Der Kurfürst war indeß, wie man hört, erstaunt, daß Alles publik sei, daß die Stände gleich kommen wollten; er verhandelte gestern Vormittag mit den Ministern mehrere Stunden lang. So konnte denn, eben als Abgeordneter v. Sybel die Adresse vortrug, Staatsrath Eberhard mit der Erklärung eintreten, daß Alles geschlichtet und nach den stattgefundenen Erörterungen das Ministerium auch für die Zukunft einer hinlänglichen Berücksichtigung seiner Anträge sicher sei.

Damit war die Sache denn für den Augenblick zu Ende. Auf wie lange jetzt der Staatswagen im ebenen Gleise bleiben wird, steht dahin. Es wird viel von der Festigkeit der Minister abhängen, den Sieg für eine weitere Zukunft zu benutzen, viel von der Einsicht der Stände, sich nicht, wie sie es in der Wahlgesetzfrage gethan, zu spalten und dadurch das Ministerium zu isoliren. Unsere Demokraten haben an der ganzen Bewegung keinen Theil genommen, sie haben ihre Freude an den nothwendigen Krämpfen der konstitutionellen Monarchie. Ueber die Widerwärtigkeit des ganzen Vorgangs, über seine Schädlichkeit für jede monarchische Sympathie, kann Niemand im Zweifel sein. Sollten wir einmal zu einer geordneten und starken Reichsgewalt gelangen, so würde ich es für eine ihrer dringenden Aufgaben halten, hier mit nachdrücklicher Einwirkung aufzutreten.

(**) **Oldenburg**, 27. Jan. Die Aussichten auf eine gütliche Beilegung des bedauerlichen Konflikts über die Domänenfrage sind seit gestern fast ganz verschwunden. Der Großherzog hat gestern eine Deputation der Wahlmänner von den sechs Kreisen des Landes zu empfangen sich geweigert, weil dieselbe von etwa 150 Wahlmännern, welche aus allen Theilen des Landes sich hier zur Versammlung eingefunden hätten, bis auf den Schloßplatz begleitet wurde, woselbst die Begleiter, meist lauter angesehene Landleute und Grundbesitzer, stehen blieben, um die Rückkehr der Deputation zu erwarten. Der Großherzog ließ der Deputation sagen, sie möge, wenn er sie empfangen solle, die Entfernung der auf dem Platze Befindlichen veranlassen. Vergebens stellte die Deputation vor, daß sie dazu keine Vollmacht habe, daß aber jene Männer nur in der Absicht sich aus den entlegensten Landestheilen hier eingefunden hätten, um dem Fürsten auf seine Berufung an die Stimme des Landes in gesetzlicher Weise zu antworten, und daß sie (die Deputation) sich für die ruhige Haltung derselben verbürgten. Sie ward nicht angenommen. Diese Abweisung erregte große Erbitterung. In zwei nach einander abgehaltenen Versammlungen ward jeder Antrag auf eine Erneuerung der Deputation verworfen, und beschlossen, die Adresse an das Ministerium und an den Landtag zu überweisen, und beiden auszusprechen, daß sie das Vertrauen des Landes besitzen, und daß man von ihnen ein festes Beharren auf dem Rechte des Landes

in der Frage der Domänen erwarte. Es ist jetzt leider durch diesen Schritt eine höchst bedenkliche und bedauerliche Verbitterung in die Gemüther gekommen, die bei dem ruhigen aber zähen und ausdauernden Charakter unserer Landsleute nicht sobald schwinden wird. Es zeigt sich hier auf's Neue, wie unheilvoll die Stellung unseres noch immer unverantwortlichen Ministeriums, gerade durch diese Unverantwortlichkeit, die Persönlichkeit des Fürsten einem Konflikte Preis gibt, der die Wurzeln der Popularität desselben zu untergraben nur zu sehr geeignet ist. Diese friedlichen und ruhigen Bewohner unserer Marschen können sich darüber nicht beruhigen, daß ihr Fürst — was nie zuvor geschehen — Leute, die viele Meilen Wegs zum Theil zu Fuß durch unsere Kleiwege zu ihm gekommen, ungehört entlassen konnte, und sehen in dem Grunde ihrer Abweisung nur einen Vorwand, weil sie sich ihrer friedlichen Absicht bewußt waren. Die gestrige Versammlung dauerte von 5 Uhr Abends bis nach Mitternacht, und viele der Provinzialwahlmänner befinden sich noch in der Stadt, um die am 29. d. M. erwarteten Eröffnungen der Regierung an den Landtag abzuwarten.

⊙ **Lübeck**, 27. Jan. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft ward beschlossen, die Wahl eines neuen Senators bis dahin auszusetzen, daß der Senat oder die Bürgerschaft die Wahl für nothwendig erachten würden. Auf die in der Militärangelegenheit gefaßten, bereits gemeldeten Beschlüsse erfolgte die Zustimmung des Senats. Die Dienstzeit ist somit vorläufig auf 4 Jahre erweitert, und die Stellvertretung schon für die in wenig Tagen eintretenden Dienstpflichtigen aufgehoben. Auf den Antrag der Bürgerschaft, „der Staat möge in kürzester Frist und durch geeignete Unterhandlungen auf eine völlige Umgestaltung unserer Wehrverfassung zu dem Ziele Bedacht nehmen, daß nach Verschmelzung unserer Streitkräfte mit denen der deutschen Nachbarstaaten ein Landwehrsystem errichtet werde, durch welches allein eine wirkliche Wehrhaftigkeit der Bevölkerung neben den nothwendigen Erleichterungen für den Staat und für den Einzelnen erreicht werden könne", — behielt sich der Senat seine Erklärung vor. Desgleichen in Beziehung auf die von der Bürgerschaft beantragte Niedersetzung einer gemeinsamen Kommission, welche die in einigen Jahren eingeführte neue Armeeordnung auch in Rücksicht auf die Grundrechte einer genauen Prüfung unterziehen sollte.

Großbritannien.

* **London**, 27. Jan. Dem „Standard" zufolge hat sich Sir Edward Lytton Bulwer von der Wahlkandidatur in Leominster — warum, wird nicht gesagt — zurückgezogen, und Herr Phillimore, ultraliberaler Kandidat, d. h. Wahlreformer im englischen Sinne, wird wieder vor die Wähler von Leominster treten, um die Wahl Hrn. Fr. Peel's, Sohnes des Sir Robert, streitig zu machen. Der freiwillige Rücktritt Bulwer's dürfte namentlich dem Minister für die auswärtigen Angelegenheiten wehe thun, nachdem dieser von dem berühmten Novellendichter in dessen neuestem politischen Gedichte „King Arthur" in so warmer Weise gefeiert worden ist — eine poetische Genugthuung für die ziemlich prosaischen Angriffe, welche sich die Zeitungskritik und die Parteieifersucht in letzter Zeit so vielfach gegen Lord Palmerston gestattet hat.

Der Urtheilsspruch, welchen die Todtenschaujury in der Sache des Peter Drouet gefällt hat (vergl. Nr. 25), lautet: „Wir, die ernannte Jury, um die den Tod des James Andrews (so hieß einer der verstorbenen Knaben aus Drouet's Erziehungsinstitut) betreffenden Umstände zu untersuchen, sind einstimmig über folgendes Endurtheil übereingekommen, dahin lautend, daß P. Drouet des Todtschlages schuldig ist und daß die Armenpfleger des Kirchspiels von Holborn sich in ihren mit Hrn. Drouet getroffenen Verabredungen wie in ihren Besuchen seiner Anstalt äußerst nachläßig gezeigt haben; wir bedauern, daß die Armengesetzakte unzureichend ist für die Zwecke, für die sie gegeben ist, und hoffen, die Zeit werde nicht mehr fern sein, wo solche Anstalten, wie diejenige Hrn. Drouet's, nicht mehr nöthig sein werden." Schlechte und unzulängliche Nahrung, dürftige Kleidung und Unreinlichkeit waren, Allem nach, die Ursachen des Umsichgreifens der Cholera im Drouet'schen Institut zu Tooting. Die Zeugenaussagen haben im Verlaufe der Untersuchung über die filzige und harte Behandlung, welche sich Peter Drouet, der ein französischer Industrieritter zu sein scheint, gegen die ihm anvertrauten Kinder zu Schulden kommen ließ, noch manches Empörende an den Tag gebracht. Auch anderswohin, z. B. in das Arbeitshaus von St. Pankraz, wurde mit den kranken Kindern aus dem Drouet'schen Erziehungsinstitute die Cholera verschleppt. Ein toryistisches Journal sagt mit Recht: „Gott stehe den Armen bei, welche keinen bessern Schutz haben, als Worte, und Leuten, die aus deren ersten Lebensbedürfnissen ein einträgliches Gewerbe machen, zur Gefangenschaft übergeben werden."

Je näher die Eröffnung des Parlaments rückt, um so zahlreicher werden die Zweckessen, Parteiversammlungen und Ehrenfestmahle und Ehrengeschenke. In Tamworth, dem Wahlorte Peel's, fand ein solches Festessen Abends den 26. statt, wobei Robert Peel selbst eine Ansprache hielt; in Lambeth wurde Hrn. Hawes, Unterstaatssekretär im Kolonialamt, ein Festmahl gegeben und demselben ein silberner Präsentirteller überreicht; die Agrikulturisten (Protektionisten) der Grafschaft Sussex kamen am 25. in Brighton, die von Essex in Chalmesford zusammen; die Gesellschaft für Ersetzung des Kriegs durch ein Schiedsgericht, welches aus einem Völkerausschuß zu bestehen hat, hielt in Sheffield am 23. Januar unter großem Zudrange eine Versammlung, und Feargus O'Connor versuchte mit Hilfe einiger Freunde in der Chartistenhalle zu London am 22. ein Meeting zur Anwerbung von Rekruten für die Sache des Chartismus abzuhalten; zuletzt aber schlich Einer nach dem Andern hinaus und schließlich, wie wenigstens das Morn. Chronicle versichert, ließen sich statt der 400 nur 6 Mann in die chartistische Stammrolle einzeichnen.

In England und Schottland zusammen erkrankten an der Cholera bis zum 24. Jan. 8929, starben 3836, genasen 2211, blieben in Behandlung 2782. Hiervon kamen allein auf Schottland 7619 Erkrankungen und 3312 Todesfälle. Am 25. wurden aus Schottland und England 172 neue Cholerafälle und 69 Todesfälle angezeigt, aus Glasgow allein 63 Erkrankungs- und 19 Todesfälle. Hiernach ist übrigens auch in Glasgow die Cholera in der Abnahme.

Frankreich.

* **Paris**, 27. Jan. Wir geben den ausführlichen Bericht über die Verhandlung wegen der Dringlichkeit des Klubgesetzes. Hr. Senard, als Berichterstatter, sprach: Vor Allem muß man die Natur des Entwurfs prüfen. Man schlägt Ihnen nicht vor, die Klubs an strengere Ordnungen zu binden, auch nicht, sie zeitweilig zu suspendiren. Man verlangt vielmehr: das Recht selbst wird bestritten. Das geht sowohl aus den Motiven als aus dem Text des Art. 1. hervor, welcher wörtlich sagt: Die Klubs sind verboten. Wie traurig auch die Folgen der Klubs sein mögen, wie fest auch der Wille der Versammlung sein mag, bedauerlichen Unordnungen ein Ende zu machen, das Recht dazu ist durch das Gesetz geheiligt. Das Dekret vom 28. Juli kann keinen Zweifel in dieser Beziehung lassen, und man muß gestehen, daß der Entwurf, um seinen Zweck zu erreichen, an den Art. 8. der Konstitution rühren muß. Die Frage schien uns zu ernst, um ohne Prüfung entschieden zu werden. Wir glaubten, es könne nicht dringlich sein, sie unmittelbar zu entscheiden, außer wenn die Umstände es schlechterdings erforderten. Wir haben den Minister des Innern in Folge dessen vor uns gefordert; die Aufklärungen, die er gegeben hat, schienen der großen Mehrzahl von uns eine Dringlichkeitserklärung nicht zu rechtfertigen. Die Zahl der Klubs, die zur Zeit des Dekrets vom 28. Juli 37 war, ist jetzt nur noch 11, von denen 5 auf Grund richterlichen Befehls geschlossen sind. Alle Anordnungen sind mit lobenswerther Festigkeit verfolgt worden, und wenn auch einige Versuche gemacht worden sind, sich der Gerechtigkeit zu entziehen, so ist kein Vergehen ohne Strafe geblieben. Wenn es Gründe für die Versammlung gibt, das Gesetz anzunehmen, so ist es besser, es mit den gewöhnlichen Formen und Bürgschaften zu thun. Es schien uns, daß aus dem Ernst der Berathung dann das Gesetz ein größeres Ansehen gewinnen würde. Ihre Kommission schlägt daher vor, die Dringlichkeit nicht zu erklären.

Odilon Barrot: Ich glaubte, die Frage der Klubs gehöre zu denen, die, wenn sie einmal aufgeworfen worden sind, auf das schnellste entschieden werden müssen. Es schien mir, daß die Versammlung dies Gefühl theilte, als sie das Gesetz einer Kommission übergab, mit dem Auftrag, in kürzester Frist Bericht zu erstatten. Dies Gefühl war das wahre; seit langem wird die Frage der Klubs verhandelt. Je einfacher die von der Regierung gestellte Frage ist, desto schneller muß sie gelöst werden. Wenn man sie umgehen will, so ist das ein schlechtes Mittel; besser ist, sie zurückzuweisen, als Unruhe und Furcht im Volke zu säen.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die Bevollmächtigten bei der Centralgewalt. Versammlung der äußersten Linken. Schwurgerichtliche Verhandlung in Hanau. Contreadmiral Kudriaffsky.) Wien (Das Preßbureau in Abrede gestellt. Die Rekrutenaushebung.) Prag (Bedrohliche Stimmung. Die Nationalgarde.) Berlin (Die Wahlen der Wahlmänner zur ersten Kammer. Bettelei. Fliegende Buchhändler. Die deutsche Sache. Das Ministerium.) Halle (Wegscheider †.) Dresden (Kammersitzung. Die Ministerkrisis beendigt.) Leipzig (Das Ministerium bleibt.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen. Baron Bayer.) Schleswig (Landesversammlung. Der dänische Freischaarenzug.) Bremen (Der Bremer Handelsstand über den Zolltarif. Rhederei. Annahme der Erblichkeit der Senatorenwürde.)

Frankreich. Paris (Die gestrigen Niederlagen des Ministeriums. Anklagepunkte. Proudhon's Vertheidigung. Thiers und Trélat.)

Spanien. Madrid (Das Ministerium bleibt unverändert. Kammersitzung.)

Italien. Turin (General Petet. Note an die Schweiz.) Rom (Militäraufstand. Militärgerichtshof).

Frankfurter Börsenbericht (Vom 31. Januar.)

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 30. Jan. Es verlautet, daß bereits mehrere Bevollmächtigte bei der Centralgewalt dieser die Anzeige gemacht, daß sie sich auf kurze Zeit an den Sitz ihrer Höfe in Urlaub begeben. Es unterliegt keiner Frage, daß es sich dabei um Instruktionen im Hinblick auf das von Preußen für die Einzelregierungen beantragte Vereinbarungsrecht für das Verfassungswerk handelt.

*** **Frankfurt**, 31. Jan. Die bekanntlich durch die Abstimmung in der Oberhauptsfrage in starke Disharmonie gekommene äußerste Linke ist auf heute Abend um 6 Uhr in den „Donnersberg" eingeladen worden, um eine Aussöhnung und Wiedervereinigung zu versuchen.

= **Frankfurt**, 31. Jan. In Hanau fand gestern die erste strafrechtliche Verhandlung vor dem Schwurgericht statt. Der Volksrath von Hanau war angeklagt, die Nationalversammlung in einer Adresse an das kurhess. Ministerium durch einige Ausdrücke beleidigt zu haben. Als Vertheidiger des Volksrathes traten die Mitglieder der Linken, Kuhlmann aus Rheinbaiern und Würth aus Sigmaringen auf. Viele Mitglieder der Linken begaben sich nach Hanau. (Wie die Hanauer Ztg. meldet, sind sämmtliche Angeklagte freigesprochen worden, auf den Grund eines einstimmigen Verdikts der Geschwornen.)

♂ **Frankfurt**, 30. Jan. Wie man vernimmt, ist der österr. Kontreadmiral Kudriaffsky mit der Inspizirung der norddeutschen Häfen von der Centralgewalt beauftragt.

Wien, 25. Jan. Die Wiener Zeitung bemerkt: „Mehrere Provinzialblätter enthalten eine Notiz über ein angeblich im Ministerium des Innern errichtetes Büreau zur Ueberwachung der Tagespresse, welches sein Netz über alle Provinzen ausspinnen soll. Wir können aus zuverlässiger Quelle versichern, daß diese Angaben unwahr sind. Im Ministerium des Innern werden alle achtbaren inländischen Blätter pränumerirt und gelesen, wie dies in jedem Ministerium, das der öffentlichen Meinung seine Aufmerksamkeit widmet, der Fall ist. Alle übrigen mysteriösen Nachrichten gehören in das Reich der Erfindung."

Wien, 25. Jan. Bezüglich der sehr bedeutenden **Rekrutenaushebung** berichtet das Constitutionelle Blatt aus Böhmen die Thatsache, daß von den aus den deutsch-slawischen Ländern Oesterreichs zu hebenden 70,000 Mann die Provinz Böhmen allein 19,000 zu stellen mittelst eines jüngst erlassenen Ministerialdekretes verpflichtet wird.

Prag, 23. Jan. Hier wird eine neue sinnreiche Art, unsere ohnehin durch die Idee des czechischen Kommandos und fortwährende Umtriebe der Lipa erschütterte, fast zur Ohnmacht reduzirte Nationalgarde ganz zu entwaffnen, angewendet; die Nationalgarde hatte noch vor den Oktobertagen Wiens 6000 Stück Aerarialgewehre zur Bewaffnung abgefaßt; nun verlangt das Generalkommando in höherem Auftrage die Bezahlung von fl. 36,000 Conv.-Münze dafür, oder die sogleich zu erfolgende Rückstattung derselben in die Zeughäuser. Man weiß recht gut, daß die Finanzen der Stadt so zerrüttet sind, daß an eine Zahlung nicht zu denken; muß nun die Rückgabe der Gewehre erfolgen, so ist unsere Garde entwaffnet, ohne Grund zum Protest zu haben. (Bresl. Z.)

Prag, 25. Jan. Große Aufregung der Gemüther bewegt einmal wieder unsere Stadt; der czechische Partikularismus ist beleidigt und ergrimmt über die Wahl Smolka's zum Reichstagspräsidenten. Die „Slovanska lipa" tritt in ihrem gleichnamigen Organ sehr slawisch-trotzig auf. Bakunin hat durch einen slawisch-radikalen „Aufruf an die Slawen," der in Leipzig herausgegeben, in vielen Exemplaren hier verbreitet und durch die Zeitschrift der Slovanska lipa, welche die Sache zu ihrer eigenen machte, sehr gefördert worden ist, neue Brandfackeln unter die Czechen geworfen. Die Prager Zeitung ist in einem leitenden Artikel, der von der anderen Seite so große Theilnahme fand, daß das Blatt zwei Mal aufgelegt werden mußte, dagegen aufgetreten und hat den Slawenkongreß und die „Slovanska lipa" wegen der gegen sie erhobenen Beschuldigungen zur Rechtfertigung aufgefordert. Darauf trat die „Slovanska lipa" wieder sehr scharf auf und hat dabei Bakunin's Grundsätze in Schutz genommen. Genug, unsere Zustände sind wieder so geworden, daß man nicht ohne Grund davon spricht, Kaiser Ferdinand und Viele vom hohen Adel wollen die Stadt verlassen und diese werde größere militärische Auflage erhalten. Dazu kommen noch die gar mißlichen Verhältnisse mit Ungarn und Italien und die ziemliche Gewißheit, daß der Reichstag in seinen Berathungen, in der Feststellung der Grundrechte, gestört und bis zum 15 Mai vertagt werden soll, da die Minister mit dem Reichstag nicht auszukommen glauben und einsehen, daß sie mit ihm ihre reaktionären Tendenzen nicht durchführen können. Als Grund für die Auflösung oder Vertagung der Kammer wird man anführen, daß alle österreichischen Länder in dem allgemeinen Reichstage vertreten werden sollen, was man nicht eher als bis zum 15. Mai ausführen könne. Genug, unsere speziellen wie allgemeinen Verhältnisse regen eben nicht zu großer Freudigkeit an. (Leipziger Ztg.)

⁝ **Berlin**, 29. Jan. Die Wahlen für die erste Kammer sind, wie vorausgesagt, mit großer Mehrheit für die Konservativen ausgefallen. Zu den Gewählten gehören die Generale von Gerlach und v. Reyher, der frühere Polizeipräsident v. Puttkammer, Geh. Postrath Schmückert, Geheimerath Diterici, die Professoren Trendelenburg, Dove, Stahl, Keller und Lichtenstein, die Gymnasialdirektoren August und Bonnell, Legationsrath v. Gruner, Graf Oriola u. s. w., außerdem viele reiche Banquiers und Kaufleute, Herr Decker, Besitzer der Geheimen-Oberhofbuchdruckerei, u. s. w. Die Theilnahme an den Wahlen war unter dem Volke nur gering. Eine Erste Kammer kann nur durch die Geschichte, durch die Erfahrung über den Nutzen, welchen sie leistet, volksthümlich werden. Unsere Zustände sind unbehaglich. Die Bettelei nimmt so überhand, daß dem Polizeirichter, der über Bettelei zu erkennen hat, ein Beistand hat gegeben werden müssen. Unser Belagerungszustand dauert fort, doch richtet man mit der Beschränkung des geistigen Verkehrs nicht viel mehr aus, als früher mit der Censur. Täglich werden 20 bis 30 Knaben, meistens unter 14 Jahren, verhaftet, welche nach wie vor ihr Gewerbe als fliegende Buchhändler treiben. Die Aussicht, daß die Regierung, wenn sie nicht bald und völlig einlenkt, mit der neuen Volksvertretung in neue Zerwürfnisse gerathen wird, gibt bereits jetzt zu allerhand Gerüchten Veranlassung, z. B. daß die Versammlung nach Brandenburg verlegt werden solle, wo alle Vorrichtungen im Dom noch geblieben sind. In der deutschen Sache ist von hier aus endlich etwas geschehen; aber es hat Mühe genug gekostet. Und kaum war die Note weg, so hätte der König gern wieder daran geändert. Und doch macht sie gewiß nur einen bescheidenen Anfang zu dem selbstständigen Handeln, mit welchem Preußen das Werk der deutschen Einheit zu unterstützen verpflichtet ist. Trotz aller Vorstellungen hat Herr Camphausen die Veröffentlichung der Grundrechte bis jetzt nicht durchsetzen können. Was in der deutschen Sache geschehen ist, verdanken wir den Herren Bunsen und Camphausen. Unser Ministerium hat für die deutsche Sache höchstens ein halbes Herz. Der Fall desselben ist gewiß. Es könnte ja nur durch einen Staatsstreich aufs Neue gehalten werden. Und solche Absichten darf man einem Ministerium nicht unterstellen, welches so oft und so feierlich versichert hat, es wolle auf konstitutionellem Wege wandeln. Wenn aber das Ministerium die Nothwendigkeit seines Rücktrittes einsieht, warum entschließt es sich nicht, diesen nothwendigen Schritt zu einer Zeit zu thun, wo er dem Vaterlande noch nützen kann? Bei Weitem am Besten wär' es gewesen, wenn das Ministerium Manteuffel vor den Wahlen der Wahlmänner zurückgetreten wäre,

dann wären die Wahlen anders ausgefallen. Die Minister schwebten aber noch in der irrigen Meinung, die Auflehnung des Landes gegen den Wahnsinn der Steuerverweigerer sei ein Vertrauensausspruch für sie gewesen. Da diese handgreifliche Täuschung zerronnen ist, so erfordert die geringste Ueberlegung, die geringste Vaterlandsliebe den sofortigen Rücktritt des Ministeriums vor den entscheidenden Wahlen.

Halle, 27. Jan. Die Universität hat heute eine ihrer Celebritäten durch den Tod verloren; Professor Wegscheider, der treue Gesinnungsgenosse von Gesenius und Paulus, ist in der vorigen Nacht im zurückgelegten 77. Lebensjahre selig entschlafen.

***Dresden**, 29. Jan. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erschienen die Minister Oberländer und v. d. Pfordten. Der Letztere nahm das Wort um anzuzeigen, daß Sr. Majestät die Minister wiederholt aufgefordert habe, in ihrer Stellung zu verbleiben, worauf die Minister nach nochmaliger Ueberlegung beschlossen hätten, ihr Entlassungsgesuch zurückzunehmen und ihre Geschäfte fortzuführen. Die Kammer nahm diese Erklärung mit anhaltendem Bravoruf entgegen. Minister Oberländer beantwortete darauf eine Interpellation über die Ausweisung der Wiener Flüchtlinge. Requisitionen von der österreichischen Regierung seien nicht eingegangen, außer einer vertragsmäßig nicht abzuweisenden gegen einen Deserteur, der übrigens nicht zu treffen gewesen sei. Uebrigens entspreche es den Ansichten der Regierung nicht, politische Flüchtlinge, welche das sächsische Gastrecht in Anspruch nehmen in Betreff von Aufenthalt und Durchreise, auszuweisen. Die Regierung werde diesen Grundsatz mit den vorkommenden Fällen in Einklang zu bringen suchen. Minister von der Pfordten kündigte darauf eine spätestens zu Ende der Woche zu erwartende Vorlage bezüglich der Grundrechte an, die den Weg bezeichnen werde, welchen die Regierung unter Mitwirkung der Kammern gehen wolle, um die Grundrechte in Sachsen zur Geltung zu bringen.

§ **Leipzig**, 29. Jan. So eben kommt von Dresden die Nachricht, daß das Ministerium bleiben zu wollen erklärt habe, nachdem der König die verlangte Entlassung verweigert hat. Die Kammern werden ohne Zweifel auch bleiben und das wird Alles unserm sächsischen Elende ganz angemessen sein. Niemand wagt einen entscheidenden Schritt zu thun, das Ministerium so wenig als die Republikaner und diese so wenig als die große Zahl aller Gebildeten, welche für die deutsche Einheit und die konstitutionelle Monarchie — seufzen. Indessen sind die lahmen politischen Kämpfe auf ein ganz neues Feld geleitet worden; vielleicht gibt es da eine unerwartete Besserung. Der in einer Adresse an den Minister v. d. Pfordten erwähnte souveräne Unverstand hat die Demokraten in und außerhalb der Kammer in Harnisch gebracht; sie machen also, wie man hieraus sieht, den Anspruch, außer entschiedenem Freisinn auch Verstand zu haben; wenn sie diese ganz neue Richtung mit Ernst und Beharrlichkeit verfolgen wollten, so könnte unermeßlicher Vortheil daraus hervorgehen. Aber es wäre in der Beziehung noch viel zu leisten. Als neulich der Minister v. d. Pfordten bemerkte, durch Publikation der Grundrechte könne eine rückwirkende Kraft ihrer Bestimmungen von selbst nicht eintreten, erwiederte der Abgeordnete Haustein: „So wenig über den Geschmack disputirt werden könne, so wenig könne über wissenschaftliche Grundsätze disputirt werden.“ Diese Haustein'sche Weisheit wurde selbst von der zweiten sächsischen Kammer belacht; aber man bedenke, daß Haustein nicht etwa bäuerlicher Abgeordneter, sondern Bürgermeister und Advokat ist, also sich einmal auf einer Universität aufgehalten haben muß. Für seine Wähler ist das übrigens ganz einerlei; denn wegen gesunden Menschenverstandes ist er nicht gewählt worden, sondern wegen entschiedenen Freisinns. Dem Vize-Präsidenten Schaffrath machen die „Deutschen Blätter“ eine unangenehme Zusammenstellung; er hat nämlich am 20. Jan. d. J. gesagt: „Diejenigen, die hier in Sachsen in dieser Versammlung den Grundsatz der Souveränetät der Frankfurter Beschlüsse predigen, verletzen wenigstens als Sachsen, hier — nach meiner Ansicht — ihre Pflicht und ihren Eid auf unsre Verfassung.“ Und am 27. Mai v. J. in einem mit Hartmann und Kolb gemeinschaftlich gestellten Antrage: „Die Verfassungen und Gesetze der einzelnen deutschen Staaten..... sind nur in so weit gültig, als sie mit dieser einzig und allein von der konstituirenden Nationalversammlung festgesetzten Verfassung Deutschlands übereinstimmen.“ Und dieser Mann, fahren die „Deutschen Blätter“ fort, den sein Eid bald bindet, bald nicht bindet, je nachdem es ihm paßt, oder nicht paßt, je nachdem er in Dresden ist oder in Frankfurt, dieser Mann mit dem zweischlächtigen Gewissen, ist der Vize-Präsident der zweiten sächsischen Kammer, der Führer der radikalen Kammer-Majorität und bald vielleicht — Minister! — Wenn aber die „Deutschen Blätter“ sich gegen Schaffrath so hart äußern, so sollten sie ihm doch den Ruhm lassen, daß er innerhalb seiner Majorität an moralischer, politischer und wissenschaftlicher Bildung immer noch ein strahlender Stern ist. Uebrigens muß man die partikulare Gewissenhaftigkeit, in welcher Schaffrath und v. d. Pfordten übereinstimmen, zu den Märzerrungenschaften zählen; denn wer erinnert sich nicht, wie der ehemalige, nicht vom Volke gewählte Bundestag dergleichen nicht aufkommen ließ und trotz Ständen und Ministern, z. B. die Censur als ein Grundrecht des deutschen Volkes geltend zu machen wußte?

+ **Karlsruhe**, 30. Jan. Unter den Maßregeln, welche unsere Regierung zur Deckung des laufenden Defizits von ungefähr 5 Millionen Gulden vorgeschlagen hat, befindet sich auch die Einführung einer außerordentlichen Vermögenssteuer. Der hierüber von der Regierung vorgelegte Gesetzesentwurf wurde gestern und heute in der zweiten Kammer berathen. Das bezügliche Gesetz beschränkt sich vor der Hand nur darauf, die Grundsätze aufzustellen, wie die Vermögenssteuer ermittelt und erhoben werden soll, ohne das Maaß derselben näher zu bestimmen; doch scheint aus der Vorlage der Regierung hervorzugehen, daß sie 12 Kreuzer von 100 fl. Steuerkapital zu erheben gedenkt. Was nun die einzelnen hauptsächlichen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs anbelangt, so gehen sie dahin, daß alles schuldenfreie Vermögen, was die Summe von 2000 fl. bei einer Familie und von 800 fl. bei einem Einzelnen übersteigt, ohne Rücksicht auf seinen Ertrag steuerbar ist, ferner daß jeder Steuerpflichtige dem Schätzungsrathe seines Wohnorts sein Vermögen auf Ehre und Gewissen in einer schriftlichen, theilweise speziellen Erklärung anzugeben hat, welcher aber ein offenes oder versiegeltes Verzeichniß der Kapitalien und Aktien mit Angabe der Schuldner und ebenso ein Verzeichniß der einzelnen Schuldposten mit Angabe der Gläubiger beizufügen ist; diese Verzeichnisse kann die Steuerverwaltung nur wegen der Kontrole erbrechen, wenn sie Unrichtigkeiten zum Nachtheile der Steuerkasse vermuthet. Andere Bestimmungen beziehen sich auf den Rekurs und die Strafe der Defraudation, welche im vierfachen Betrage der defraudirten Summe bestehen soll.

Die allgemeine Diskussion über den Gesetzesentwurf nahm die gestrige Sitzung vollständig in Anspruch, sie bezog sich hauptsächlich darauf, ob eine Vermögenssteuer zweckmäßig sei. Von den Gegnern derselben wurden andere Maßregeln in Vorschlag gebracht, wie das Ausgeben von Papiergeld, eine Erhöhung der jetzigen direkten Steuer, ein freiwilliges oder ein erzwungenes Anlehen, eine Einkommensteuer; die bessere Finanzlage unseres Staates im Verhältniß zur Zeit der Vorlage des Gesetzentwurfs, und die veratorischen Bestimmungen boten allerdings sehr erhebliche Gründe dafür dar. Allein mit Recht wurde entgegen gehalten, daß gerade der Kredit unseres Staates erheische, den Schuldenstand nicht zu vermehren, daß nicht alle Lasten auf die Zukunft gewälzt werden dürften, daß gerade die Vermögenssteuer auf einer wirklich gerechten Basis beruhe, während die jetzige direkte Steuer keine Rücksicht auf das verschuldete Vermögen nehme und daß gerade die durch die Vermögenssteuer erzielten Grundsätze weitere Anhaltpunkte für die zukünftige, gerechtere Steuergesetzgebung abgeben müßten. Den weitaus bedeutendsten Effekt machte die Begründung des Staatsraths Bekk, welcher unumwunden erklärte, daß es gut sei, wenn die Kammer noch weiter, als die Vorlage der Regierung, in ihren Bewilligungen von Geldmitteln ginge, um durch öffentliche Bauten, Straßen u. s. w. der ärmeren Klasse Verdienst zu schaffen; das Mißverhältniß zwischen arm und reich sei wirklich zu groß, um nicht selbst im Interesse der Wohlhabenden zu wünschen, daß eine höhere Zufriedenheit bei den Armen mit ihrem Loose hergestellt werde. Staatsrath Hoffmann zählte die Ersparnisse auf, welche bei den einzelnen Ministerien nach dem neusten Budget erzielt würden; so bei der Civilliste 100,000 fl., bei den Apanagen 50,000 fl., beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 80,000 fl., beim Finanzministerium 50,000 fl., beim Ministerium des Innern durch Wegfallen der Kreisregierungen 140,000 fl. und

durch Wegfallen der Amtsrevisorate 70,000 fl. Allerdings sehr bedeutende Summen, wofür aber die demokratische Partei noch immer keine Anerkennung zollt! Nachdem sich noch andere einflußreiche Redner für das neue Gesetz ausgesprochen hatten, scheint sein Zustandekommen gesichert zu sein, was sich auch bei der heutigen speziellen Berathung zeigte. Hier gaben nur wenige Artikel Anlaß zu einer längern Debatte, so z. B. die Frage, in wie weit auch die Gemeinde-Korporationen von der Vermögenssteuer betroffen sein, und ob nicht statt einer speziellen Angabe einiger Vermögenstheile eine Versteuerung in runder Summe stattfinden solle? Die Bedenken gegen letzteres waren allzuerheblich, als daß man hierauf eingehen konnte, dagegen wies man die Frage über die Beiziehung des Gemeindevermögens an die Kommission zurück. Morgen wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Gesetz zu Ende gebracht und mit geringen Modifikationen angenommen werden.

△ **Karlsruhe**, 29. Jan. Mehrere öffentliche Blätter haben die buntesten Gerüchte über den Tod des zu Leopoldstadt Kommandirenden v. Bayer (genannt Rupertus) mitgetheilt. Ich kann Ihnen die zuverlässige Nachricht geben, daß derselbe gestern wohlbehalten hier eingetroffen und heute nach Straßburg abgereist ist.

♈ **Schleswig**, 27. Jan. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung ward dem in der gestrigen Besprechung gefaßten Beschlusse gemäß ein Antrag von dem Obergerichtsrath Kamphövener gestellt, dahin gehend, daß sofort ein Ausschuß von neun Mitgliedern gewählt und dieser beauftragt werde, der Versammlung Vorschläge zu machen über die etwa von hier aus hinsichtlich der obschwebenden Friedensunterhandlungen vorzunehmenden Schritte. Die Dringlichkeit dieses Antrags ward einstimmig von der Versammlung anerkannt, und nachdem der Antragsteller in einem kurzen und kräftigen Vortrag auf die große Bedeutung des gegenwärtigen Augenblickes und auf die Unmöglichkeit jedes Friedens, durch welchen die unzertrennliche Verbindung der Herzogthümer nicht anerkannt wäre, hingewiesen hatte, ward ohne Diskussion der Antrag einstimmig angenommen und sofort zur Wahl des Ausschusses geschritten. In diesen Ausschuß sind durch Stimmenmehrheit folgende Mitglieder gewählt: Theodor Olshausen, Syndikus Prehn, Kamphövener, Adv. Wiggers aus Plön, Dr. Balemann, Graf Reventlow von Preetz, Dr. Lorentzen, Bremer und Neergaard. Der Ausschuß wird bereits heute Abend eine Sitzung halten. Außerdem beantwortete der Departementschef Mommsen heute die gestrige Interpellation des Dr. Prien in Betreff der Aufbringung schleswig-holsteinischer Schiffe durch die Dänen, und der Verhöhnung unserer Post in Kolding; es sei in diesem Betreff bei dem Reichskommissär reklamirt, aber bis jetzt ohne Erfolg. Auf die Anfrage von Th. Olshausen, ob und wann hier die Grundrechte publizirt würden, antwortete der Departementschef Mommsen, daß die Publikation von der Regierung bereits angeordnet sei. Zu nächstem Montag hat Dr. Heiberg eine Interpellation wegen der für Hrn. Bunsen anzuordnenden Ergänzungswahl für die Nationalversammlung angekündigt. Der übrige Theil der heutigen Sitzung der Versammlung ward durch die Fortsetzung der Berichterstattung über das Ausgabenbudget ausgefüllt. Die hiesige Landesversammlung ist einstimmig in dem Wunsche, daß die Reichsgewalt erblich an Preußen komme, jedoch wird, aus Ursachen, eine Erklärung hierüber nicht abgegeben werden.

Die in den Gefechten bei Bröns am letzten Montage gefangen genommenen dänischen Freischärler, im Ganzen 25 Mann, sind heute hier in Schleswig eingetroffen, um zunächst von einer Militärkommission vernommen zu werden. Wie man vernimmt, ist dieser seltsame Freischaarenzug von Ripen aus förmlich auf Subskription unternommen worden, indem bei einem vollständig eingerichteten Werbebureau die Theilnehmer an dem Zuge sich durch ihre Unterschrift verpflichtet und dafür ein nicht unbedeutendes Handgeld empfangen haben sollen. Und dieser neue offene Bruch des Waffenstillstandes ist nicht nur von den dänischen Behörden geduldet, sondern ist sogar von dem obersten Beamten in Ripen, dem dänischen Stiftamtmann Graf Sponnaeck offen begünstigt worden.

⨯ **Bremen**, 27. Jan. Die hiesige Kaufmannschaft hat über den Entwurf eines Zolltarifs für das vereinigte Deutschland ihre Meinung ausgesprochen. Die leitenden Grundsätze jenes von Abgeordneten eines Theils des deutschen Handelsstandes entworfenen Tarifs sind die folgenden: 1) Zollbefreiung der nothwendigen Lebensmittel. 2) Bestimmung der Eingangsabgaben für sonstige Verzehrungsgegenstände, namentlich Kolonialwaaren, Gewürze, Weine und Südfrüchte, unter Rückführung derselben auf das beim preußischen Tarif von 1818 ursprünglich stattgefundene Verhältniß des Zollbetrages zum Werthe der Waaren, und mit Rücksicht darauf, daß die Abgaben bei keinem Artikel den niedrigsten Satz überschreiten, bei dem die größeste Zolleinnahme zu erwarten steht. 3) Zollbefreiung oder doch nur ganz niedrige (in der Regel 3pCt. nicht übersteigende) Eingangsabgaben für Fabrikmaterialien und Halbfabrikate. 4) Bestimmung der Eingangsabgaben für Fabrikate nach dem Maßstabe von reichlich 10pCt. des durchschnittlichen Werthes. 5) Aufhebung aller Ausgangsabgaben. 6) Fernhaltung jedes Schifffahrtsgesetzes und jedes Differentialzollsystems. Bei der Abfassung des Tarifentwurfes ist man ferner von der Voraussetzung ausgegangen, daß sämmtliche Transitabgaben aufgehoben werden, daß durch Beseitigung des Salzmonopols in den einzelnen Staaten und durch eine gleichmäßige und in die gemeinschaftliche Zollkasse fließende Steuer auf im Inlande erzeugtes Bier, Branntwein, Wein und Tabak, die sogenannte Ursprungsabgabe im Binnenlande aufhören werde, daß endlich das System der Ausfuhrprämien auch fernerhin in keinerlei Form und unter keinem Vorwande zur Anwendung kommen werde. — Dieser Entwurf ward der Bremer Kaufmannschaft zur Begutachtung vorgelegt und von dieser am 15. d. eine besondere Versammlung anberaumt, in welcher diese sich in der Hauptsache ablehnend aussprach. Sie erkennt den Werth der Denkschrift an, sie erkennt auch an, wie wünschenswerth für den Handelsverkehr niedrize Zölle wären, aber sie glaubt sich in dieser allgemein vaterländischen Angelegenheit nicht auf den Standpunkt ihrer eigenen Stadt oder der Küstenländer stellen zu müssen. Ueber die einzelnen Punkte des Entwurfes spricht sie sich folgendermaßen aus: „Nach dieser allgemeinen Bemerkung erklärt sich der Bremische Handelsstand mit den zu I und V aufgestellten Sätzen einverstanden, auch mit dem unter III so weit er sich auf Fabrikmaterialien bezieht, nicht weniger mit Aufhebung der Transitabgaben und Einführung einer gleichmäßigen Steuer auf im Inlande erzeugtes Bier, Branntwein, Wein und Tabak. „Zu II. stimmt er im Allgemeinen mit dem Prinzipe überein, daß die Angabe bei keinem Artikel den niedrigsten Satz überschreiten dürfe, bei dem die größte Zolleinnahme zu erwarten steht; kann dies aber keineswegs in der Rückführung auf das 1818 zufällig bestandene Verhältniß des Zolls zum Werthe der Waare finden. Auch vermißt man bei der Reduktion der einzelnen Zollsätze des preußischen Tarifs die erforderliche Rücksicht darauf, daß nur bei einigen, nicht bei allen Artikeln sich eine der Reduktion des Zollsatzes mehr oder weniger entsprechende Vermehrung der Konsumtion erwarten läßt. Denn so sicher z. B. in Folge einer Erniedrigung des Zolls auf Kaffee und Zucker ein vermehrter Verbrauch derselben eintreten wird, so wenig läßt sich dies bei Piment, Pfeffer und andern Artikeln erwarten, die in dem Entwurfe eine eben so starke Herabsetzung des Zolls erfahren haben. „Zu III und IV. Der ganz willkürlich herbeigezogene Maßstab von 10pCt. ist durchaus zu verwerfen, ebenso die Stellung der Twiste und anderer Artikel als Halbfabrikate unter die Fabrikmaterialien. Der als Schutzzoll wirkende fiskalische Zoll muß Deutschland eine große Industrie verschaffen, das fiskalische Interesse muß hier mit dem des Schutzes Hand in Hand gehen und besonders muß bei diesen Zöllen auch darauf Rücksicht genommen werden, daß jeder aufblühende innere Betrieb die Konsumtion steuerpflichtiger Waaren vermehrt und es auf andere Weise dem fiskalischen Interesse wieder zu Gute kommt, wenn der Zoll seinen Zweck erreicht und demnach keine Einnahme liefert. Durch das zu IV. ausgesprochene Princip ist aber weder das fiskalische, noch das Interesse der Industrie gewahrt. Zu VI. Könnte der Handels- und Völkerverkehr nach theoretischen Grundsätzen geordnet werden, so würde sich die Richtigkeit des aufgestellten Princips nicht bestreiten lassen, während bei der gegenwärtigen Lage der Handelspolitik solche Mittel schwerlich ganz entbehrt werden können und, wo sie den Beeinträchtigungen anderer Völker gegenüber die eigenen Rechte zu schützen geeignet sind, in Form von Repressalien zweckmäßig erscheinen. Ausfuhrprämien endlich sind allerdings nicht zu empfehlen. Dasselbe läßt sich aber keineswegs von eigentlichen Rückzöllen sagen, selbst dann nicht, wenn dieselben als Ausfuhrprämien wirken sollten."

Uebersicht.

Die deutsche Kriegsmarine *).

Nr. 3. Diese Schrift ist die weitere Ausführung einer schon im August d. J. dem Marine-Ausschusse der Nationalversammlung überreichten Abhandlung des Verfassers, Professors Harleß in Bonn. Da derselbe, obgleich weder Techniker noch Seemann, doch mit anscheinender Sachkunde und mit einer jedenfalls zu ehrenden Vorliebe seinen Gegenstand behandelt, so dürfen wir seine Schrift mit Recht zur Lesung und zur Beherzigung manches darin Gesagten empfehlen.

Nachdem der Verfasser die künftige Bedeutung der deutschen Kriegsmarine hervorgehoben, berichtet er über den durch zahlreiche Beiträge, die freilich zu der Größe des Unternehmens in keinem Verhältnisse stehen, bethätigten Enthusiasmus, mit welchem in allen Theilen unseres Volkes, sogar von unsern deutschen Brüdern im fernen Auslande, der Gedanke eines Eintritts Deutschlands in die Reihe der Seemächte ergriffen wurde, sowie über das, was zur Erreichung dieses Zweckes von der Reichsgewalt und von einzelnen deutschen Staaten bereits geschehen. Dabei ist der Verfasser jedoch im Irrthum, wenn er meint, die von der Nationalversammlung bewilligten 6 Millionen seien später auf 3 Millionen reduzirt. Es ist vielmehr vorläufig nur die Hälfte davon ausgeschrieben und nach der Bundesmatrikel repartirt.

Er geht sodann auf die Kriegshäfen selbst über, für deren Anlegung er auf die Nothwendigkeit einer durch hinreichende Wassertiefe und Geräumigkeit der Rhede bevorzugten, gegen feindliche Angriffe gesicherten Oertlichkeit, ohne nahe und gefährliche Klippen und Sandbänke mit gutem Ankerboden nicht nur, sondern auch der Salubrität der Luft, des Entferntseins von Sümpfen und der guten Beschaffenheit des Trinkwassers, sowie auf den Vortheil hinweist, welcher darin besteht, daß in der Nähe die Materialien zum Bau und zur Ausrüstung der Schiffe, zur Verproviantirung und Equipirung der Mannschaften, zur Fortifikation und zum Hafenbau zu haben sind.

An der Nordsee hält er zwei, und an der Ostsee ebensoviele Häfen für erforderlich, von welchen einer in jedem Meere ein Kriegshafen erster Klasse zur Aufnahme und Stationirung von Kriegsschiffen ersten und zweiten Rangs sein müßte.

Für die Seestädte, die zu Kriegshäfen gewählt werden könnten, schlägt er den ihnen aus diesem im Frieden erwachsenden Vortheil höher an, als den Nachtheil, dem sie in Kriegszeiten ausgesetzt sein würden **). Wir stimmen hierin nicht mit dem Verfasser überein. Die Vortheile, welche solchen Städten, (wir denken dabei an größere See-Handelsplätze) im Frieden durch den Kriegshafen erwachsen würden, sind in der That nicht so bedeutend, daß sie deßhalb die Anlage eines solchen beanspruchen könnten, während auf der andern Seite im Kriege leicht ihr ganzer Handel vernichtet werden möchte. Am nächsten liegt uns in dieser Beziehung das Beispiel Antwerpens in den Jahren 1813 und 1830. Wir meinen darum, daß, wenn nicht höhere Rücksichten ihre Wahl rechtfertigen, die Kriegshäfen, wenigstens der ersten Klasse, nicht in ihrer Nähe angelegt werden sollten, ja nicht einmal an den Flüssen, an welchen jene Städte liegen. So würden wir z. B. die Anlage eines Hauptkriegshafens an der unteren Elbe oder Weser im Interesse des Handels von Hamburg und Bremen entschieden mißbilligen, so lange an der Nordsee noch eine andere für einen Kriegshafen erster Klasse gleichpassende Oertlichkeit sich fände, um so mehr, als das Fahrwasser dieser Flüsse auch in ihren Mündungen zu schmal ist, als daß nicht die Kriegs- und die Handelsmarine sich gegenseitig beeinträchtigen müßten.

An der Ostsee möchte der Verfasser Danzig (Neufahrwasser) mit dem Putziger Wiek vor allen andern Plätzen berücksichtigt sehen, dann Swinemünde oder Kiel, Rostock (Warnemünde) und Wismar aber nur als Hülfskriegshäfen. Die Häfen von Memel, Pillau und Elbing scheidet er ganz aus. Der Travemündung erwähnt er nicht, die doch Colquhoun, welcher Danzig für weniger geeignet hält, so sehr empfiehlt.

Die Nordsee, das Hauptmeer für unsere künftige Flotte, bedarf eines Hafens zur Aufnahme der größten Kriegsschiffe, und dazu findet der Verfasser Curhaven, Tönningen, Glückstadt, ferner die Ems- und die Wesermündung, vor allen aber die Jahde geeignet. Bezüglich der Jahde mit dem Verfasser vollkommen einverstanden, können wir ihm in Ansehung der anderen Plätze nicht beipflichten. Bei Tönningen, das ja auch zu Schleswig gehört, über welches wir noch nicht verfügen können, ist die Tiefe viel zu gering, und die Küste weit ins Meer hinein verschlammt und versandet. Am rechten Ufer der Emsmündung ist es nicht viel anders, auch liegt dasselbe den Nordwestwinden offen, dazu ist das Bedenken, daß das linke Ufer niederländisches Gebiet ist, gewiß gar sehr zu beachten, da das Fahrwasser nach Emden unter den Kanonen von Delfzyl hinführt. Curhaven, wenn auch mit mehr als hinreichender Tiefe, bietet doch, wie auch der Verfasser zugibt, weder eine hinreichend sichere, noch eine (ohne Beschränkung der Handels-Schifffahrt) genugsame (kaum 1500 Fuß) breite Rhede. Strömung, Wellenschlag und Eisgang sind hier stark, und den Nordwestwinden, welche die ganze von Sandbänken eingeengte Elbeeinfahrt beherrschen, liegt die Rhede bloß. Glückstadt ist von größeren Kriegsschiffen nur zur Fluthzeit zu erreichen, was ein bedeutender Uebelstand ist, und liegt auch zu weit landeinwärts, als daß die Flotte immer schnell genug zur offenen See gelangen könnte. Bei Bremerhafen hat die Weser zu wenig Tiefe, auch würde die Kauffahrteischifffahrt dort beeinträchtigt werden und was am wenigsten zu übersehen ist, die Einfahrt in die Weser ist lang, voll Sandbänke und den Nordweststürmen ausgesetzt, welches letztere auch namentlich von der Rhede Bremerhafens gilt. Eher würde noch am linken Ufer der Weser die Anlage eines Hafens praktikabel sein, etwa im sogenannten Geamsbergsloch, wo nicht nur eine größere Tiefe, sondern auch mehr Schutz gegen Nordweststürme ist. Strömung und Eingang sind Nachtheile, welche die Weser mit der Elbe gemein hat. Die Jahde dagegen, deren geringste Tiefe bei ordinärer Elbe in der Mündung 30 englische Fuß und bei gewöhnlicher Fluth an 42 Fuß beträgt, läßt für einen Kriegshafen erster Klasse allerdings fast nichts zu wünschen übrig. Die Kürze und Breite (an den schmälsten Stellen noch immer 3000 Fuß) ihrer durch Handelsschiffe wenig in Anspruch genommenen Einfahrt ohne gefährliche Sandbänke und Klippen, ihre Richtung von Nord nach Süd, welche vor Nordstürmen sichert, ihre Freiheit von Strömung, starkem Wellenschlage und Eisgang, ihre breiten und tiefen Rheden (wenigstens an zwei Stellen) ihre Lage inmitten der Nordseeküste und mit einer Einfahrt, die nicht wie die der Weser und namentlich der Elbe, von Helgoland beherrscht wird, die Möglichkeit ihrer unbedingten Sicherstellung gegen feindliche Angriffe durch Errichtung von Forts auf ihren hervorspringenden Küsten bei Schilligerhörn, Langwarden, Heggens und Eckwarden, auf der Insel Wangerooge und den Platen Mellum und Minser-olle-Oog, sowie der Voslapper- und Heggenser-Plate und den oberahn'schen Inseln (Feldern) empfehlen sie mehr als jeden andern Theil der Nordseeküste, deren einzelne Vorzüge für eine Hafenanlage sie sämmtlich in sich vereinigt. Dazu hat sie als Meerbusen noch den Vorzug des Salzwassers, in welchem ein hölzernes Schiff nicht so leicht vom Rothulme und ein eisernes nicht so stark vom Roste angegriffen wird, auch ein großes Schiff um einige Zoll weniger tief geht, als im süßen Wasser; ferner vor der Weser und Elbe den Vortheil der Ebbe- und Fluthströmung und überdies besitzt das Großherzogthum Oldenburg, in welchem sie liegt, alles zum Bau und zur Ausrüstung der Schiffe, Verproviantirung der Mannschaft, Errichtung von Hafen- und Festungswerken Erforderliche und gute Matrosen obendrein.

Was die an der Jahde zu Hafenanlagen sich vorzugsweise eignenden Plätze anbetrifft, so empfiehlt der Verfasser die Oertlichkeiten bei Horummersiel, zwischen der „Voslapper-*) und der

*) Vergl. Nr. 27 und 30.

**) Vergl. jedoch S. 36, wo der Verfasser für Curhaven das Bedenken aufwirft: ob sich die Handelsinteressen eines so großen Emporiums, wie Hamburg, mit der Umwandlung Curhavens zu einem Kriegshafen vertragen würden.

*) Nicht Voslappen, wie es in der Schrift einmal heißt. Auch ist die von dem Verfasser gegebene Etymologie („Lappen" d. h. Sandbank) un-

Heggenser Plate und an der südlichen Küste des Kirchspiels Heggens (bei Fährhuk). Wenn er von Horummersiel sagt, es sei neuerdings „aufgegeben" worden, so kann das nicht richtig sein, da noch gar keine Untersuchung, außer etwa von der oldenburgischen Regierung, die aber nicht zu entscheiden hat, stattfand. Ebenfalls unrichtig ist es, daß bei Horummersiel weniger Wassertiefe sei, als an den beiden anderen Plätzen, vielmehr stehen Horummersiel und die Gegend zwischen der Voslapper- und der Heggenser Plate sich an Tiefe wohl fast ganz gleich (bis 42 Fuß bei ordinärer Ebbe), während die Tiefe bei Fährhuk freilich bedeutend geringer ist (höchstens 24 Fuß). Uebrigens halten wir allerdings die Oertlichkeit bei Horummersiel für dem offenen Meere reichlich nahe, dazu ist sie nicht so fortifikabel als die beiden anderen angeführten Punkte und mithin einem feindlichen Handstreiche ausgesetzter, auch möchte die Rhede dort nicht so sicher sein, als an jenen Plätzen. Von diesen nun hat die Fährhuk den Vorzug, daß hier eine Wassertiefe von circa 21 Fuß unmittelbar an das feste Ufer herantritt und daß sie durch die Befestigung der Landspitzen von Heggens und Eckwarden, sowie der oberahnschen Felder noch eine erhöhte Sicherheit erhalten kann. Dagegen steht sie nicht nur an Tiefe (wie erwähnt), sondern auch an Breite (sie ist höchstens 1500 Fuß breit, in der Tiefe von 21 bis 24 Fuß aber viel schmaler) und an Ausdehnung der Küste von Kniphausen nach, wo die Rhede für die stärkste Flotte Raum und für die größten Schiffe eine mehr als hinreichende Tiefe hat und dabei gegen Stürme, namentlich aus Nordwest, geschützt ist; gegen Südweststürme jedenfalls mehr, als die, nur den Nordweststürmen, aber diesen auch vollkommen unzugängliche Fährhuk. Wenn der Verfasser aber dieser letzteren eine „sehr starke Strömung" zuschreibt, so ist das wieder nicht richtig. Die Jahde hat, weil kein Fluß von einiger Bedeutung durch sie mündet, nur eine Fluth- und Ebbeströmung, welche nie sehr stark sind; doch mag die Ebbeströmung im Ausflusse der Fährhuk und vor derselben, in dem eigentlichen Jahde-Bette, wo die größeren Schiffe, für welche in der Fährhuk selbst keine hinreichende Tiefe und wohl auch kein genügender Raum wäre, würden ankern müssen, allerdings stärker sein, als vor der kniphäusischen Küste und vor Horummersiel, denn es dachen dahin die im inneren Jahdebusen befindlichen Sandbänke ziemlich plötzlich ab. Wie wir die Plätze an der Jahde benutzt sehen möchten, haben wir schon oben gesagt: der größte Werfthafen der Nordsee an der Fährhuk, der Haupt-Nothhafen 1. Klasse an der kniphäusischen Küste, oder bei Horummersiel, bedingungsweise am letzteren Orte ein Sukkursalhafen *).

„Kommt nicht", so schließt der Verfasser seine Schrift „in nächster Zeit ein einiges Deutschland zur Wirklichkeit, so bleiben Kriegsflotte und Kriegshäfen entweder eitle Wünsche oder doch unvollkommene, ungenügende und unhaltbare Experimente." Wohl wahr das. Die Einheit Deutschlands und seine Macht sind identisch. Quod deus bene vertat!

richtig. Die Plate hat ihren Namen von einigen gegenüber an der Küste liegenden Häusern, welche Voslapp heißen.

*) Ueber diese Oertlichkeiten geht uns so eben das Schreiben eines vormaligen Seemanns, des Hrn. v. F. aus N. in Ostfriesland zu, in welchem es heißt: „Wenn zugleich in Horummersiel eine gute Lootsen-Station errichtet wird und die anzulegenden Kriegshäfen mit praktischer Sachkunde ausgeführt werden, so möchte fast nichts zu wünschen übrig bleiben, und dürften sich am ganzen deutschen Ufer der Nordsee nirgends so günstige Chancen finden, als grade hier."

Deutschland.

Gratz, 20. Jan. Die Gratzer deutschkatholische Gemeinde hat einen warmen und energischen Protest an das Gesammtministerium eingereicht gegen die Suspendirung ihres Gottesdienstes und Ausweisung ihrer Priester. Das ministerielle Dekret wird darin eine „Ausgeburt des Metternich'schen Systems" genannt. Die Gemeinde beruft sich, und wohl mit Recht, auf §. 17 der Konstitution Ferdinands vom 28. April, die wörtlich lautet: „Allen Staatsbürgern ist die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet." Der Protest selbst ist aus einer tiefen religiösen Ueberzeugung entsprungen, denn nur eine solche konnte der Gemeinde den Muth und die Kühnheit geben, dem Ministerium so entschieden gegenüberzutreten. Die Schlußworte des Protestes lauten: Treu unserer Ueberzeugung, treu unserem Gewissen und den kaiserlichen Zusagen, sind wir fest entschlossen, in unserem Glauben uns nicht beirren zu lassen. Wir können Niemanden das Recht zugestehen, in Glaubenssachen uns befehlen zu wollen, denn der Glaube ist nach unserer Ueberzeugung dasjenige Eigenthum und Heiligthum des Menschen, worüber er einzig und allein sich selbst und seinem Gott verantwortlich ist. (Allg. Z.)

** **Berlin**, 24. Jan. „Oesterreich soll der Platz offen gelassen, unsere Verfassung soll so eingerichtet werden, daß Oesterreich zu jeder Zeit wieder eintreten kann." „Das erbliche Kaiserthum schließt Oesterreich für immer aus." Was bedeuten diese Sätze?

Auf deutsch heißen sie so viel, als daß die Reichsversammlung keine definitive Centralgewalt, sondern wiederum ein Provisorium schaffen soll. Einstweilen, so lange Oesterreich nicht in der Lage ist, am Reiche theilzunehmen, vorläufig und bis auf Weiteres gebe sich Deutschland eine Verfassung. Aber sie sei so transitorisch, so wenig haltbar oder doch so dehnsam, daß unter völlig veränderten Umständen sie noch immer oder vielleicht dann erst paßt!

Wir haben die Ansicht nicht getheilt, daß Oesterreich aus Indifferentismus oder Abneigung oder überhaupt mit Willen sich von Deutschland lossage. Die Gründe, weßhalb es nicht an dem deutschen Bundesstaat theilnehmen kann, sind nicht erfunden und zufällig, sondern entdeckt und nothwendig. Sie sind aber bleibender Natur. Die deutsche Verfassung so herstellen, daß Oesterreich jetzt, wie es da ist, daran partizipire, d. h. zum Staatenbund zurückkehren, das ist eine augenfällige Thorheit. Doch der Verfassung gewisse Bedingungen der Dauer und Festigkeit zu geben, darauf verzichtet man einer ungewissen Eventualität zu Liebe und doch ist diese Halbheit, in die man dadurch verfällt, weit ärger, als jene entschiedene Reaktion.

Betrachten wir, wann wird Oesterreich in den deutschen Bundesstaat eintreten können? Sehen wir von der Idee eines europäischen China völlig ab, so bleibt nur die einzige Möglichkeit, daß die österreichische Monarchie sich auflöste. Wir halten ihre Integrität wirklich für ein deutsches Bedürfniß, für ein Bedürfniß der europäischen Civilisation. Wenn Deutsch-Oesterreich von dem ganzen übrigen Gros der Monarchie getrennt wird, dann ist der einzige Fall eingetreten, den jene Weisen im Auge haben können, indem sie dringend empfehlen, Oesterreich nicht für alle Zukunft auszuschließen. Was geschieht aber in jenem so wenig wünschenswerthen Falle? Oesterreich kommt, wie Medina Sidonia von dem Wrack der Armada, als ein Besiegter und Geschlagener. Dann soll es sich darum handeln, ob nicht dieses um seinen weltgeschichtlichen Beruf nicht ohne eigene Schuld gekommene Land an Deutschlands Spitze stehen soll! Einem so aus dem Schiffbruche geretteten Lande soll das erbliche Kaiserthum bei seiner Vereinigung mit Deutschland im Wege stehen? Wenn Oesterreichs Monarchie zerstört ist, wenn Deutsch-Oesterreich in den deutschen Bundesstaat eintreten kann, dann ist es ein Staat von 6½ Millionen Deutscher, welcher ebensowohl wie Baiern sich unter eine Reichsgewalt einordnet, welche der König eines Staats von 16 Millionen nach der Reichsverfassung handhabt. — Sollte aber in der That die Flucht Deutsch-Oesterreichs in den deutschen Reichsverband eine Aenderung der deutschen Verfassung wünschenswerth machen, warum sollte sie dann nicht in Uebereinstimmung der drei Faktoren eintreten können?

Die Verfassung so von vornherein durchlöchern, daß Oesterreich, wenn es im Osten geschlagen ist, hineinschlüpfen kann, das heißt ja, in der Paulskirche auf den Ruin Oesterreichs spekuliren.

Doch nicht allein das erbliche Kaiserthum, wenn es einer künftigen Vereinigung mit Oesterreich im Wege stände, sondern jede Verfassung, die nicht bloß provisorisch ist, ist in gleichem Falle. So, wenn es gegolten hätte, ein Reichsdirektorium zu bilden, an welchem Oesterreich wegen seiner staatlichen Verbindung mit dem Ausland doch ebensowenig hätte theilnehmen können, wäre bei dessen Zusammensetzung Oesterreich der Eintritt verschlossen, wie man zu sagen beliebt hat. Denn, wenn das Direktorium aus Preußen und andern Bestandtheilen kombinirt wäre, und Oesterreich würde später haben hinzutreten wollen, so hätte die Zusammensetzung des Direktoriums im Wege gestanden, da Oesterreich sich einem solchen noch weit weniger, ja bei aller innern Haltlosigkeit nicht unterwerfen würde, wenn es nicht dabei konkurrirte.

Wer Oesterreich den Platz offen halten will, der setzt den

Untergang der habsburgischen Monarchie voraus. Wenn aber unglücklicherweise dieser Fall eintritt, dann ist es um so nothwendiger, daß ein starkes deutsches Reich den deutschen Provinzen Oesterreichs das Asyl biete. Wenn daher Deutschland von erblichen Kaisern aus dem Hause Hohenzollern regiert würde, so steht Oesterreich gerade der Eintritt am offensten. (Es bliebe dann nur zu bestimmen, wie dasselbe im Staatenhause vertreten sein sollte.) Der deutsche Kaiser wird aber, ehe es dahin kommt, eine Bürgschaft dafür sein, daß Oesterreich nicht in die unglückselige Lage geräth, so ruhmlos an dem Herde seiner Brüder ein Obdach zu suchen. Die sogenannte „Wiedervereinigung" mit Oesterreich ist kein Gedanke für ein strebsames Volk, das eine große Zukunft hat und das seine 6½ Million Oesterreicher aus dem Vaterhause entläßt, weil außerhalb ihnen herrlichere Ziele winken. Wenn die Phönikier neue welterobernde Kolonien stifteten, wenn die Schiffe zur Abfahrt die Anker lichteten, schwärmten sie von keiner „Wiedervereinigung"; die Entfernung der Brüder war Machterweiterung; jede neue Kolonie war eine neue Tochter zum größern steigenden Ruhm der Mutter. So betrachten wir die Trennung, die scheinbare, von unsrem Oesterreich. Es muß, um unsres eignen Heils willen, sich innig und unauflöslich mit Slawen, Magyaren, verbinden. Wir, die wir staatlich nichts mit ihm gemein haben können, wollen nicht müde werden, mit Allem, was sonst Deutschland groß gemacht hat, Oesterreich uns zu erhalten und mit deutschem Geist und Wesen es zu inspiriren. Aber eine Wiedervereinigung ist nicht nur finis Austriae, sondern finis Germaniae. Das Slawenthum wäre dann Sieger geblieben. Nicht zur Paulskirche mit gesenkten Fahnen, Ihr Brüder von Oesterreich, erwarten wir Euch, sondern wir ersehnen die Stunde, da das Banner von Habsburg von der Kuppel der Sophienkirche wehen wird; wir dürfen Euch nicht in unser Reich aufnehmen und wir wollen es auch nicht, weil, was sein soll, auch gewollt sein will von freien Männern; dafür erwarten wir aber die baldige Kunde von Euren deutschen Erfolgen im Südosten.

Wir mögen an eine staatliche Wiedervereinigung nicht glauben, weil der Gedanke an den Verfall deutscher Macht in Oesterreich uns unerträglich dünkt; wir lassen keinen Platz offen in unsrer Verfassung; anders als staatlich geschieden, wird Deutschland von seinem Oesterreich nun und nimmer sein!

† **Aus der Pfalz**, 26. Jan. In der nunmehr eröffneten Ständekammer in München haben sich die Parteien gleich von vorn herein scharf geschieden, und die Pfälzer Abgeordneten konnten, wie vorauszusehen war, ihren Platz nirgends anders als auf der Linken nehmen. Mit Vergnügen haben wir in dem von dieser Seite ausgegebenen Programm außer den beliebten und vielfach mißbrauchten Reden von Volkssouveränetät, Märzerrungenschaften u. s. w. gelesen, daß sie fest halten will an der Freiheit und **Einheit Deutschlands**, daß sie keine maßlose Centralisation, aber Kräftigung der deutschen Reichsgewalt und unbedingte Unterordnung der einzelnen deutschen Länder unter dieselbe in allen Verhältnissen, in denen solches erforderlich ist, anstrebt. Mit Recht will sie zu diesem Zwecke auch festhalten an dem Grundsatze unbedingter Geltung der Grundrechte des deutschen Volkes in allen Einzelstaaten, folglich auch in Baiern. Das Programm ist laut der „Speierer Zeitung" abgefaßt von deren Herausgeber, dem Bürgermeister **Kolb** von Speier; unter den Unterzeichnern befinden sich 15 Pfälzer, 14 Unterfranken, 6 Mittelfranken, 4 Oberfranken, 3 Schwaben und 1 Niederbaier. Unter den pfälzer Abgeordneten befindet sich der mit dem Volksverein in so unangenehme Kollision gerathene Pfarrer **Berkmann** nicht; er soll sich wider Erwarten durch die gegen ihn erhobenen Demonstrationen und Mißtrauensbezeugungen von dem Eintritt in die Kammer haben abhalten lassen. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß es unsern Deputirten mit ihren deutschen Bestrebungen ein rechter Ernst ist. Von Frankfurt aus haben sie wenig oder nichts gethan, um das deutsche Nationalgefühl unter den Pfälzern zu heben. Gerade die „Speierer Zeitung" und das auch von einem für Frankfurt gewählten Deputirten redigirte, in Kaiserslautern erscheinende Blatt, „Bote für Stadt und Land" haben durch ihre gehässigen Ausfälle gegen die andersdenkenden Mitglieder der Nationalversammlung viel dazu beigetragen, das Ansehen der Versammlung bedeutend zu schmälern und die deutsche Einigkeit zur Phrase oder auch zum Deckmantel gewöhnlicher Wühlerei zu machen. Es thut der Pfalz Noth, in einen immer größeren Lebens-Verkehr mit dem übrigen deutschen Vaterland zu treten. Die bisher in ihr so isolirt geltende französische Gesetzgebung und ihre Bevorzugung vor den übrigen deutschen Ländern durch mancherlei schätzenswerthe Freiheiten haben einen nicht unbedeutenden Separationsgeist erzeugt, welchem von der bairischen Staatsregierung freilich auch nicht mit den rechten Mitteln begegnet wurde. Dieser Geist trat hervor unter einem Theil der protestantischen Geistlichkeit, dem das Herbeiziehen jenseitiger Kandidaten der Theologie ein Hauptanstoß war. Die Rechtskandidaten haben ebenso gegen das Herbeiziehen jenseitiger Kräfte protestirt und auch unter den Aerzten arbeitet man jetzt im Angesichte dieser Einheitsbestrebungen dagegen, daß ihre Anstellung von der Regierung der Pfalz in die Hände des Ministeriums übergehe, da man befürchtet, alsdann von Jenseitigen genirt zu werden. Soll Deutschland einig werden, so müssen solche Bestrebungen aufhören. Man weiß daher noch nicht, was man von jenen Verheißungen der Linken in München zu halten hat. Wir legen auch noch keinen zu hohen Werth darauf, daß am letzten Sonntag die deutschen Grundrechte an mehreren Orten, z. B. in Dürkheim, Neustadt, Deidesheim vor dem versammelten Volk öffentlich verlesen und besprochen wurden. Solche Feierlichkeiten würden nur dann einen wahren Sinn haben und zu sicheren Hoffnungen berechtigen, wenn mit ihnen das Wirken für Stärkung der deutschen Centralgewalt Hand in Hand ginge; wenn bei Gelegenheit derselben vielleicht Adressen vorbereitet worden wären zu Gunsten Dessen, der allein fähig ist, die Zügel der deutschen Staaten durch einen mächtigen Arm zu regieren: wenn man daran gedacht hätte, der jungen Pflanze der Freiheit und Einheit ein sicheres Obdach und feste Schutzmauern zu erbauen, um sie unter allen ihr noch bevorstehenden Stürmen unversehrt erhalten zu können.

△ **Aus dem Mecklenburgischen**, 22. Jan. In unserer Presse wird die Frage der Union beider Mecklenburg mit großem Eifer behandelt. Die Schrift des Herrn von Oertzen auf Leppien: „über die Möglichkeit des Fortbestehens der Union" hat zwei Gegenschriften hervorgerufen, deren eine den jüngst verstorbenen Landsyndikus Oesten zum Verfasser hat, die andere „Union oder Trennung" C. M. gezeichnet ist. Die Oertzen'sche Schrift hatte sich nämlich für ein Fortbestehen der Union von 1523 in der Art ausgesprochen, daß die legislative Thätigkeit von einem gemeinsamen Landtage geübt werde, während die administrative und finanzielle besonderen Landtagen für Schwerin und Strelitz zufallen sollte. Gegen eine derartige theilweise Union sucht die Oesten'sche Schrift nachzuweisen, daß die seitherige Union wesentlich mit dem Bestehen der landschaftlichen Korporationen zusammenhänge, und daß mit dem Fortfallen der letzteren auch die Grundlage der Union in sich zerfiele. Die Frage könne daher nur die sein, ob von Neuem eine Union beider Mecklenburg auf eine neue Basis anzuordnen oder ob (wofür der Verfasser sich erklärt) eine vollständige Trennung beider Länder vorzuziehen sei. Die Schrift von C. M. sucht in 3 Abschnitten 1) die Unmöglichkeit einer theilweisen Trennung, wie Oertzen sie wünsche, 2) die Unnöthigkeit einer theilweisen Union und 3) die pekuniären und politischen Vortheile einer vollständigen Trennung für Strelitz nachzuweisen. Darin, daß eine Union mit zwei selbstständigen Fürsten einem gemeinsamen Landtage gegenüber bei einer konstitutionellen Verfassung wenigstens etwas Halbes und zu vielen Unbequemlichkeiten Führendes sei, stimme ich mit beiden Schriften völlig überein. Aber darin glaube ich mit Allen, welche unbefangen die Sachlage betrachten, denselben entgegentreten zu müssen, daß deshalb eine vollständige Trennung beider Länder herbeizuwünschen sei. Mir scheint vielmehr der richtige Ausweg die Einverleibung von Mecklenburg-Strelitz zu sein, weil es gewiß nicht zeitgemäß ist, einen neuen konstitutionellen Staat Neu-Strelitz zu schaffen. Daß man, um dieses Projekt den Strelitzern zu verleiden, auf den Verfall von Neu Strelitz hindeuten, und daß man ferner geltend machen würde, daß bei der Unterstützung der Eisenbahnen Strelitz beisteuern müsse, ohne selbst irgend einen Vortheil daraus zu ziehen, ließ sich im Voraus erwarten. Ferner ist noch ausgesprochen, daß es doch ein großer Vortheil für Strelitz sei, wenn die Strelitzer Abgeordneten im Lande selbst ihre Diäten verzehren würden und daß diese lange nicht so viel Zeit brauchten und also auch nicht so viel Geld kosteten, wenn sie sich nur mit Strelitzischen Angelegenheiten befaßten. Endlich wird noch ohne alle Belege gesagt, daß Strelitz höchst stiefmütterlich von

Schwerin behandelt sei. Gibt man auch alle diese Einwendungen zu, so ist damit der entscheidende Punkt, nämlich daß zwei selbstständige Hofhaltungen und Regierungen mehr kosten, als eine einzige, nicht widerlegt. Auch möchten wir zu bedenken geben, ob nicht Rostock und Wismar für ihre besonderen Interessen mit eben so viel Fug und Recht ihre feierlich garantirte besondere Stellung würden behaupten können. Wir erwarten, daß unsere Abgeordnetenkammer mit Entschiedenheit auf eine Union dringen wird und hoffen, daß das neue Reichsministerium eine derartige Märzerrungenschaft, wie den konstitutionellen Staat Strelitz, nicht wird ins Leben treten lassen.

Während der konstitutionelle Verein Rostock's sich einstimmig für die erbliche Kaiserwürde Preußens ausgesprochen hat, hat der dortige Reformverein sich gegen dieselbe erklärt. Es wird dabei wiederum behauptet, daß in diesem Falle die Abgeordnetenkammer nicht gemäß dem Willen des Mecklenburgischen Volkes gehandelt habe. Wir bitten um Beweise, da wir an die Allwissenheit der Reformkomite's zu glauben uns nicht veranlaßt sehen. Oder wird es mit Falstaff rufen: „Gründe? und wenn die Gründe so billig wären, wie Brombeeren, ich gebe keine Gründe." Ueberdieß gibt es nur einen gesetzlichen Ausdruck für den Willen des Mecklenburgischen Volkes, und dieß ist eben unsere Kammer.

γ Aus Schleswig-Holstein, 23. Jan. „Der Zweck des Art. 7 der Malmöer Waffenstillstandskonvention war hauptsächlich die Wiederherstellung des vor dem Ausbruch des Aufruhrs existirenden Zustandes. Für alle seine Konzessionen, für das bedeutende, durch die Freigebung der mit Beschlag belegten Schiffe dargebrachten Opfer belang Dänemark sich kein anderes wesentliches Aequivalent, als eine auf Treu und Glauben gegebene Zusage in Betreff des Abtretens der provisorischen Regierung, natürlicherweise nicht um dieselbe durch eine andere von derselben Beschaffenheit ersetzt zu sehen, sondern um während des Waffenstillstandes zum status quo ante zurückzukehren." So spricht sich wörtlich das dänische Ministerium aus in einer dem dänischen Gesandten in Frankfurt, dem Baron v. Dirkinck-Holmfeldt ertheilten Instruktion, die in diesen Tagen veröffentlicht ist als Erwiederung auf die Denkschrift des Reichsministeriums in Betreff der Unterhandlungen über die Ausführung des Waffenstillstandes. Dieser Zweck des Waffenstillstandes, sagt das dänische Ministerium, sei durch das Auftreten der gemeinsamen Regierung vereitelt; deßhalb sei Dänemark auch seinerseits nicht verpflichtet, den Waffenstillstand zu erfüllen; deßhalb sei es berechtigt, Alsen und Arroe zurückzuhalten und die gemeinsame Regierung als insurrektionell zu behandeln. Die Konsequenz mag richtig sein — die Voraussetzung ist es nimmermehr. Der Zweck des Waffenstillstandes hätte sein sollen, in den Herzogthümern den status quo ante wieder herzustellen? Wäre dies richtig und wäre der Waffenstillstand in diesem Sinne ausgeführt, so wären alle weiteren Friedensunterhandlungen überflüssig. Denn dann wären die Herzogthümer wehrlos der dänischen Gnade oder Ungnade überliefert. Was war der status quo ante? Es war der Zustand, zu dessen Abwehr sie endlich, als Dänemark aus der ungerechten Thatsache ein scheinbares Recht machen wollte, zu den Waffen gegriffen haben. Es war die Gemeinsamkeit des Heeres, die Gemeinsamkeit der Finanzen mit Dänemark, die Abhängigkeit aller Verhältnisse von Kopenhagen; es war die thatsächliche, dem Rechte widersprechende Einverleibung in Dänemark; es war die Unmöglichkeit des eigenen sich selbst bestimmenden Handelns. Daß Dänemark diesen Zustand wieder herstellen, daß es die Herzogthümer wieder zum Schemel seiner eigenen eingebildeten Größe herabwürdigen möchte, ist begreiflich. Daß es aber behauptet, dieser Zustand sollte jetzt schon wieder hergestellt sein — daß es behauptet, durch den Malmöer Traktat wieder gewonnen zu haben, was es auf dem Schlachtfelde verloren hat, das ist eine Unverschämtheit. Niemand hat hier den Art. 7 des Malmöer Traktates anders verstanden, als daß dadurch die Erhaltung des status quo in den Herzogthümern während des Waffenstillstandes gesichert werden sollte. Deßhalb ist bestimmt, daß die Gesetzgebung ruhen soll, damit nicht durch weitere organische Veränderungen in den Institutionen des Landes der Friede nach irgend einer Seite erschwert werde. Dieser Bestimmung haben wir uns bereitwillig gefügt, im Interesse des allgemeinen Friedens, wie schwer auch eine Hemmung der gesetzgeberischen Thätigkeit, namentlich in einer Zeit des Ueberganges, auf uns lasten mag. Wäre aber wirklich es die Absicht gewesen, den status quo ante wiederherzustellen, dann hätte man wissen müssen, daß ein solcher Waffenstillstand nur mit Waffengewalt in den Herzogthümern zur Ausführung gebracht werden konnte. Gewiß hat Niemand in Deutschland an eine solche Auffassung des Waffenstillstandes gedacht! Aber es ist gut, daß endlich einmal Dänemark in einem offiziellen Aktenstück es ausgesprochen hat, was seine Absicht war; es ist gut, daß man in Deutschland keinen Zweifel mehr hegt über die Konsequenz, mit der die Dänen in ihrem Uebermuth handeln. Sagt doch die dänische Regierung selbst in einem ebenfalls veröffentlichten Aktenstücke, daß alle Gesetze, welche auf die Voraussetzung selbstständiger schleswig-holsteinischer Finanzen und eines selbstständigen schleswig-holsteinischen Heerwesens begründet sind, dem Frieden präjudiziren und deßhalb nicht hätten wieder hergestellt werden dürfen. Wir in den Herzogthümern kennen aus langjähriger Erfahrung zur Genüge die Treulosigkeit der dänischen Politik, und die Dänen thun Alles, uns diese Erfahrung zu bereichern durch die systematischen Aufwiegelungen im nördlichen Schleswig, durch „Smaadrillerien", wie sie mit Selbstzufriedenheit diese während des ganzen Waffenstillstandes fortgesetzten kleinlichen Neckereien nennen.

Schweiz.

☽ Bern, 27. Jan. Ich muß Ihnen einige Beispiele erzählen, wie hart von unseren Richtern in Anwendung des todten Buchstabens des Gesetzes mit unglücklichen Menschen umgesprungen wird. Die Beispiele sind alle dem gräßlichen Winter 1847 entnommen, wo förmliche Hungersnoth auch bei uns herrschte. Einem Vater von drei Kindern sagte seine Frau, es befinde sich nicht das geringste Eßbare mehr im Hause, um den Hunger der Familie zu stillen. Der unglückliche Vater ging nun darauf aus, etwas auf Borg zu bekommen; seine Bemühungen jedoch blieben erfolglos. Er will nun, von Noth und Verzweiflung getrieben, einer Hausgenossin etwas Geld entwenden, wird auf der That ergriffen und dem Richter überliefert. Das entwendete Geld kam alles der Eigenthümerin wieder zu. Das Obergericht verurtheilte den unglücklichen Vater zu zwei Jahren Zuchthaus. Ein Anderer erhält wegen Entwendung von Schafen, um sich und seine Familie vom Hungertode zu retten (wörtlich aus den Akten) zwei Jahre Zuchthaus; ein anderer, noch ganz junger Sträfling wegen Entwendung von zwei Tabakspfeifen und einem Federmesser, zusammen im Werthe von 17 Batzen, zwei Jahre Kettenstrafe; ein Familienvater wegen Entwendung von Erdäpfelsetzlingen 2 Jahre Kettenstrafe; ein 16jähriger Knabe, eine elternlose Waise, wegen kleiner Diebereien zwei Jahre Zuchthaus; eine Mutter von fünf Kindern, die laut Urtheil von Hunger und Noth getrieben und nachdem ihre Bitten um Nahrung erfolglos geblieben waren, aus einem offenen Keller, an dem sie vorüberging, nach Angabe des Klägers ein Mäß Erdäpfel entwendete, 1 Jahr Zuchthaus. Mit Recht ruft die „Berner Zeitung" bei Aufzählung dieser Thatsachen: „Was, ihr Herren, für diese Elenden habt ihr kein Brod, nur Zuchthäuser?" u. s. w. Diese Strafen geben gewiß ein trauriges Zeugniß von unserm Recht. — Nach dem „Neuchatelois" wäre der ganze jüngst gemeldete Aufruhr in Neuenburg so gering und so wenig politisch gewesen, daß es lächerlich sei, so großes Wesen und solchen Lärm davon zu machen. Kein Geschrei von „nieder mit der Schweiz, es lebe der König!" keine Kanonen auf Seite der sogenannten Rebellen. Staatsrath Steck sei nicht von den Royalisten mißhandelt worden, sondern kam nur, als er abwehren wollte, in's Gedränge. Den Anlaß habe hauptsächlich die Angst der Regierung gegeben, dadurch hervorgerufen, daß nach erfolgter Wiedererwählung des Pfarrers Guilebert gegen 400 Personen sich in seine Wohnung begaben, um ihn zur Annahme der Wahl zu bewegen, die er aber entschieden ablehnte, weil er es nicht mit seinem Gewissen vereinigen könne, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Pfarrer zu sein. Die Wohnung des Pfarrers befindet sich in der Nähe des Schlosses, und der Staatsrath fürchtete von der Masse einen Angriff. Einige Gefangene mußten eine unangenehme Nacht zubringen, da man, um ihr Gemurr zu dämpfen, mit Feuerspritzen durch die Fensterlöcher gespritzt, und die Arrestanten gänzlich durchnäßt hat. Von der Verhaftung der Herren Chambrier und Calame weiß der Neuchatelois nichts.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2¼ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 32. Frankfurt a. M., Donnerstag 1. Februar. 1849.

Uebersicht.

1. Februar.

Mit dem ersten Tage des Februar eröffnet sich der Welt ein imposantes Schauspiel — denn als solches glauben wir den Zusammentritt des Senats und Volkshauses von Großbritannien bezeichnen zu dürfen — ein Schauspiel, imposant durch seinen ernsten, ruhigen, würdigen Charakter, wie durch seine mächtige welt- und menschengeschichtliche Bedeutung. Das englische Parlament in seiner jetzigen ausgebildeten festen Form und Gestalt trägt freilich kein Zeichen revolutionärer Ursprünge an sich, und der Liebhaber dramatischer Parteikonflikte und stürmischer Auftritte, welche andere aus jüngeren revolutionären Bewegungen hervorgegangene Parlamente wie auf ein Pulverfaß in unmittelbarer Nähe einer brennenden Lunte stellen, dürften sich, wenn sie sich darauf Rechnung machen sollten, arg getäuscht sehen; sie werden sich höchstens nur mit einem humoristischen Zwischenfall oder einer kleinen persönlichen Zankscene begnügen müssen. Der englische Politiker kokettirt nicht mit der Leidenschaft, wie dies von so manchem schauspielerhaften politischen Emporkömmling des Festlandes oft in fast komischer Weise geschieht; er ist vielmehr stolz auf die Besonnenheit und Nüchternheit seines Verstandes, der eben genug Wärme besitzt, um das Wohl und das Gemeinbeste seines Vaterlandes die oberste und einzige Richtschnur seines politischen Thuns und Nichtthuns sein zu lassen, und wieder Kälte genug, um nur das für den Augenblick oder die nächste Zukunft Erreichbare, Mögliche und Ausführbare zu wollen, statt sich oder dem Volke ideale Luftbilder vorzuspiegeln, die vielleicht einer in weite Ferne gerückten Zukunft, wenn überhaupt einer, angehören.

Eben diese Charakterbildung verleiht dem Briten jene bewunderswerthe zähe Widerstandsfähigkeit gegen alle zu ungestümen Forderungen von unten, wie gegen alle Willkürversuche von oben. Diese Charakterbildung hat ihm die unbestrittene Herrschaft über alle Meere und Küsten, über die übrigen unpraktischeren Völker und zum Theil auch in den Kabinetten, dadurch aber — wir sagen nicht zu viel — die Loose über Krieg und Frieden in die Hand gegeben; diese Charakterbildung hat den Briten befähigt, von seiner insularischen Lage alle immer nur denkbaren Vortheile zu ziehen, alle Naturkräfte, die Gase und Dämpfe, das Element des Wassers und des Feuers sich leibeigen zu machen, in dem schwierigen Gebiete des Maschinenbaues die kühnsten Kombinationen auszuklügeln, unter der Last seiner in ungeheuren Massen nach dem Kontinent geschleuderten Manufakturwaaren den Gewerbfleiß des Auslandes zu erdrücken und dabei das Räderwerk seiner vielbewunderten Verfassung, von welcher Lord Russell rühmt, daß in ihr das schwierige Problem einer demo-aristokratischen Verfassung bei monarchischer Spitze zum ersten Mal aufs glücklichste gelöst sei, in ihrem ruhigen und ungestörten Gange zu erhalten. Man darf mit Recht behaupten, daß eine Staatsverfassung wie die englische auch eine Gemüthsverfassung wie die der Engländer voraussetzt. Zum Beleg für diese Behauptung nur das eine Beispiel. Der Baron Rothschild ist von der Altstadt London zu einem ihrer Vertreter erwählt worden; Rothschild ist ein Jude; der frühere Parlamentseid enthielt eine Formel, wodurch die Juden vom Parlament ausgeschlossen wurden; Lord Russell, um seinem Freund Rothschild die Pforte des Unterhauses zu erschließen, trug im Laufe der letzten Session auf den Wegfall jener Formel an; das Unterhaus sagte Ja, das Oberhaus Nein; Baron Rothschild ist bis auf den heutigen Tag vom Parlament ausgeschlossen und die City demzufolge im Parlament nur unvollständig vertreten. Die Presse kritisirte den negativen Beschluß des Oberhauses, die Bürger der City sprachen ihr Bedauern darüber aus, zollten aber dem Beschlusse die Achtung und legten ihm selbstverstanden die gesetzliche Geltung bei, auf welche die Beschlüsse einer obersten gesetzgebenden Behörde Anspruch haben, welche sie fordern müssen, wenn überhaupt die Regel statt der beliebigen Ausnahme die Grundlage eines Staates sein soll. In wie ganz anderer Weise würde bei unpraktischeren Völkern, deren gesetzliches Bewußtsein durch früheren polizeilichen Druck erschüttert ist, die durch gewaltsame Sprünge in wenigen Monaten eben so viel und mehr zu erreichen meinen, als der Brite schrittweise im Laufe eben so vieler Jahrhunderte erreicht hat, ein solcher Vorfall vom Parteigeist zu seinen Zwecken benutzt worden sein, sei es, um durchzusetzen, daß der allerdings rechtmäßig gewählte Vertreter trotzdem seinen Sitz im Parlament einnehme, sei es auch nur, um wieder einigen politischen Skandal aufzurühren, während der Brite, trotz mancher Anzeichen vom Gegentheil, durchaus kein Liebhaber des bloßen politischen Skandals ist. Die Politik ist dem Briten kein bloßes Schauspiel, bei dem zuletzt jeder Statist und Lampenputzer oder jede Figurantin nach Willkür eine Rolle spielen kann, sondern sie ist ihm ein Feld praktischer Thätigkeit, wo zuvörderst der allgemeine Nutzen, nicht die Befriedigung der Neugier und der Schauspielsucht, in Betracht kommt. Es sind im Laufe des vergangenen Jahres auch in England hier und da einige unbedeutende Emeuten veranstaltet worden, aber die dabei Betheiligten machten nicht einmal den Versuch, den Schauplatz mit den Koulissen von französischer Erfindung, mit Barrikaden, auszustatten.

Soviel zur Charakterisirung der allgemeinen Gemüthsart und der politischen Bildung des Briten, unter deren Einflüssen das englische Parlament eben diejenige Würde, Gemessenheit und praktische Ruhe bewahrt, die ihm eigenthümlich sind und sich nicht so leicht nachahmen lassen, als gewisse Aeußerlichkeiten. Bei der Eröffnung einer gesetzgebenden Versammlung ist nun die erste Frage: wie und in welcher Stärke sich die Parteien in ihr verhalten?

in welcher Lage sich das Ministerium zu den Parteien befindet? ob es auf eine Majorität im Hause zählen darf? ob diese Majorität von derjenigen Partei gebildet wird, aus deren Schooße es hervorging? oder ob es die Umstände benutzen muß, um aus den übrigen Fraktionen eine Majorität für sich zu gewinnen, für diese Maßregel aus jener, für eine zweite Maßregel aus dieser Partei? Wenn man nun fragt: ob das englische Ministerium im Hause, worunter wir zunächst das Unterhaus verstehen, auf eine unbedingte Majorität zu zählen hat, (die, wie die Guizot'sche Majorität beweist, unter Umständen einer Regierung im höchsten Grade gefährlich werden kann, insofern sie mit beleidigender Konsequenz nur als Hebel eines drückenden Regierungsdespotismus gebraucht und mißbraucht wird) so muß man diese Frage mit einem runden Nein beantworten. Die reinen Whigs bilden nicht die Majorität des Hauses; das Kabinet hat sich bis jetzt namentlich durch die Toleranz und Unterstützung der Anhänger Peels erhalten, indem diese Partei, obschon nicht sehr zahlreich, in allen Lebensfragen für das Ministerium den Ausschlag gab. Das Ministerium geht so freilich, an diese Partei gekettet, wie mit gebundenen Füßen; es durfte bisher nicht wohl wagen, entschiedenere, zugleich die Bedeutung von Kabinetsfragen an sich tragende Maßregeln vorzuschlagen, die zu auffallend gegen das in manchen Dingen sehr konservative Prinzip der Peeliten verstoßen würden.

Die Stärke des Russel'schen Ministeriums liegt namentlich in der Schwäche und Uneinigkeit der übrigen Parteien. Die Whigs zählen nicht nur bedeutende Staatsmänner und oratorische Talente ersten Ranges (die so ziemlich im gegenwärtigen Kabinette bei einander sind) in ihren Reihen, sie haben zugleich den Ruf der Redlichkeit, der Ehrlichkeit, der Humanität und des reinsten Patriotismus, und sind ohnehin zahlreich genug, um jedem aus einer andern Partei gebildeten Ministerium das Leben sauer, und wenn sie dazu entschlossen sind, zuletzt unmöglich zu machen. So sind sie in einer Lage, wo sie bald mit dem Centrum der Peeliten den rechten oder linken Flügel, bald mit dem linken Flügel den rechten schlagen; denn selbst die mehr nach links neigende Hume-Cobden'sche Partei, bis herab zu dem radikalen Einzelposten O'Connor, hat in manchen Fragen, namentlich kirchlichen, nicht umhin gekonnt, für das Kabinet gegen die Tories zu stimmen. So ist das Russel'sche Ministerium eigentlich ein Vertrauensministerium aller Parteien; wie es selbst die Parteien möglichst berücksichtigt, so wird es auch wieder von den Parteien geschont; ja es darf sogar hier und da eine kleine Schlappe erleiden, ohne daß dadurch seine Ehre oder seine Existenz wesentlich gefährdet würde.

Ein Londoner Korrespondent der Allg. Ztg. deutete darauf hin, daß ein Kompromiß zwischen den Tories und Whigs, die ja allerdings vom reinsten aristokratischen Blut sind, in Aussicht stehe, um die ehrgeizigen Entwürfe Peel's, der freilich seiner sekundären Rolle manchmal überdrüssig sein mag, nöthigenfalls zu kreuzen. Es wäre auch nicht das erste Mal, daß eine Partei den raschen kühnen Entschluß faßte, alle frühern von ihr auf Tod und Leben bekämpften Reformen anzuerkennen, d. h. alle früher im Verzweiflungskampfe vertheidigten Positionen für immer verloren zu geben, um sich mit gesammelten Kräften in der noch festgehaltenen Position um so kräftiger halten zu können und nicht noch diese vielleicht letzte Stellung zu verlieren; auch ist es richtig, daß die Whigs den Tories lange nicht so verhaßt sind, als der von ihnen in einem entscheidenden Augenblicke abgefallene Robert Peel, „der Verräther von Tamworth", wie sie ihn gemeinhin nennen; aber wenn die Tories und Whigs auch auf jedem andern Felde ein Abkommen treffen möchten, so glauben wir doch kaum, daß sich die Tories, die auch für die religiösen Güter die höchsten Schutzzölle fordern, in den kirchlichen Fragen je mit den liberalen, überall dem gemäßigten Fortschritt zugethanen Whigs verständigen und vertragen werden.

Lord Russell hat vielmehr stets eher eine Neigung gezeigt, aus den Reihen der Peeliten sein Ministerium zu verstärken, wie er denn gleich bei Gründung des jetzigen Kabinets Hrn. Sidney Herbert und den Grafen Lincoln, der oder dessen Freunde in letzter Zeit freilich gegen das Kabinet im Morning Chronicle einen höchst erbitterten und gereizten Ton angenommen haben, und erst jüngst nach Lord Auckland's Tode dem Sir J. Graham, ehemals von whiggischer Färbung, Anträge machte, in sein Kabinet zu treten. Man kam jedoch über gewisse streitige Punkte zu keiner Verständigung; wie viel weniger denkbar wäre ein solcher Kompromiß mit einem Protektionisten! Gegen die liberale Partei des ehrgeizigen Cobden, obschon es nicht unmöglich ist, daß ihr bei eintretenden Landeskrisen und bei weiterem Umsichgreifen des demokratischen Geistes die Zukunft gehört, hat die Regierung ein Schutz- und Trutzbündniß mit den Tories nicht nöthig, da diese ohnehin gegen die Cobden'schen Vorschläge wie Ein Mann stimmen werden, nachdem sie bereits bei der neulichen Agrikulturistenversammlung zu Waltham ihren Verdammungsspruch gegen die neuen Cobden'schen Finanzpläne geschleudert haben. In allen Fragen, in welchen das Ministerium ernstlich den Fortschritt will, wird es sogar auf die Zustimmung der ungemein rührigen, aber im Hause unverhältnißmäßig schwächer als außerhalb desselben vertretenen Cobden'schen Partei rechnen dürfen. Der Hauptkampf, dies ist nicht zu verkennen, ist zwischen den Vertretern der Fabrikbezirke und denen der Agrikulturbezirke, den Freihändlern und Protektionisten, jene zum Theil bis zum Demokratismus liberal, diese zum Theil fast bis zur absolutistischen Starrheit konservativ, nur daß, nach den jetzt noch bestehenden Wahlgesetzen, die Landdistrikte zahlreicher als die Fabrikdistrikte vertreten sind; gleichsam die beiden auf- und absteigenden Schalen, darüber der Wagebalken, die Whigs, deren Kraft eigentlich darauf beruht, daß sie die Interessen der Intelligenz, des humanen Fortschritts, die allgemeinen Landesinteressen, nicht aber ein spezielles Gewerbe- oder Geldinteresse vertreten, endlich das Zünglein an der Wage, der Anhang Peel's. Dies die allgemeinen Umrisse. Es bleibt nun noch übrig, die einzelnen Parteien sammt ihren Hauptrednern und Vorkämpfern genauer zu gruppiren und aus den Fragen der äußern und innern Politik diejenigen herauszuheben, die muthmaßlich den Zankapfel für die Parteien und den Prüfstein für die staatsmännische Weisheit wie für die Unerschütterlichkeit der Minister abgeben werden. In ungewöhnlicher Zeit täuschen nicht selten alle Voraussagen. Russell steht nicht fester als Peel zu stehen schien, im Augenblicke seines letzten Sturzes.

Deutschland.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 31. Jan. Welchen Einfluß die preußische Note auf die fernere Berathung des Verfassungswerkes ausüben wird, läßt sich vorläufig noch nicht beurtheilen; wie verlautet, haben mehrere Bevollmächtigte sich dahin vernehmen lassen, daß eine Rückäußerung ihrer Regierungen in sehr kurzer Frist nicht zu erwarten stehe, mithin dürfte es noch geraume Zeit währen, bevor über die Art und Weise, wie die Verständigung erfolgen soll, über ein zu dem Ende zu schaffendes gemeinschaftliches Organ, worüber gleichfalls die Verhandlungen schweben, eine Uebereinstimmung herbeigeführt wird. In letzterer Hinsicht soll, wie man uns aus glaubhafter Quelle mittheilt, der österreichische Bevollmächtigte einen Vorschlag gemacht haben, welcher auf der bisherigen Militärorganisation des Bundesvertrages fußt; derartig, daß sich die über das Verfassungswerk auszugebenden Stimmen der Einzelstaaten nach der Zahl der Armeekorps bestimmen, welche dieselben, sei es in Gemeinschaft mit anderen, oder für sich allein zu stellen gehabt. Schwerlich aber dürfte ein solcher Plan weder von Seiten der, solchergestalt zu einer Stimme vereinigten Einzel-Staaten, unter denen alsdann wieder eine besondere Verständigung über ihr Stimmenverhältniß stattfinden müßte, noch von Seiten der Nationalversammlung, welche gerade bei den auf diese Weise beeinträchtigten kleineren Staaten, auf die unbedingteste Zustimmung zu der Verfassung zu rechnen hat, Billigung finden. Derartige, in Folge der preußischen Note herbeigeführte „Verständigungsvorschläge" haben hin und wieder die Befürchtung laut werden lassen, daß die fernere Berathung der Verfassung ihretwegen eine zweckwidrige Verzögerung erleiden möge. Wir können versichern, daß diese Befürchtungen ungegründet sind und das Verfassungswerk in gewohnter Weise seinen Fortgang nehmen wird. Die Nationalversammlung beabsichtigt, sobald der Verfassungsausschuß, wozu derselbe allerdings noch einiger Zeit bedarf, die zweite Lesung vorbereitet haben wird, sofort damit zu beginnen; bis dahin wird sie an dem bereits fertigen Entwurfe über das Wahlgesetz, und dem Berichte des völkerrechtlichen Ausschusses über die Posener Demarkationslinie, hinreichenden Stoff zur Berathung haben.

*** **Frankfurt**, 31. Jan. Die Liquidation der Verpflegungskosten der Reichstruppen wird in der allernächsten Zeit noch nicht erfolgen können. Abgesehen davon, daß unter der Ungunst der Umstände die Matrikularbeiträge einzelner Staaten langsam

fließen, ist das Liquidationsgeschäft selbst zeitraubender und schwieriger Natur, da ein jeder Posten genau geprüft werden muß. In unserer Stadt haben über 5000 Quartierträger ihre Berechnung eingereicht und wenn sich unter diesen die reichsten Bewohner unserer Stadt befinden, so vernimmt man, daß die von ihnen zu beziehenden Beträge einem milden Zwecke — den v. Auerswald'schen Kindern — zufließen sollen. Die Gesammtsumme, welche für unsere Stadt, resp. deren Quartierträger, bei der Reichskasse zu liquidiren ist, wird 110 bis 120,000 fl. betragen.

*** **Frankfurt**, 31. Jan. Die polnische Emigration nach Frankreich hat noch nicht aufgehört. Erst gestern wurde wieder eine ziemlich starke Anzahl meist junger und kräftiger Polen auf der Main-Neckareisenbahn von hier gen Frankreich weiter befördert. Die jungen Männer sollen große Hoffnung auf die Entwicklung der Dinge in Frankreich mit über den Rhein nehmen. Immer die alte polnische Täuschung!

Wien, 24. Jan. Eine offizielle Kundmachung stellt die Modalitäten fest, unter denen das Institut der Privatdozenten an den höheren Lehranstalten ins Leben treten soll. Hierbei tritt die Gleichstellung der Kollegien des Privatdozenten mit jenen des ordentlichen Professors vor dem Gesetz als Hauptmoment hervor. Zur Habilitirung wird erfordert: das Doktorat jener Fakultät, in welcher gelehrt werden soll; eine gedruckte oder geschriebene Abhandlung, worüber zu lehren beabsichtigt wird; ein Kolloquium mit dem Lehrkörper auf Grund dieser Abhandlung; endlich eine Probevorlesung. Bei dieser Gelegenheit ist zu bemerken, daß die Dozenten zugleich mit den außerordentlichen nnd ordentlichen Professoren integrirende Theile der Lehrkörper bilden werden, diesen aber die Autonomie in Besetzung der Lehrämter zugestanden wird. (Leipz. Ztg.)

△ **Wien**, 26. Jan. Während beim Reichstage der Paragraph über Abschaffung der Todesstrafe verhandelt wird, folgen sich hier die Exekutionen wieder schneller. Gestern früh wurden ein Korporal des Regiments Großherzog von Baden und ein Gemeiner der Grenadierdivision Ritter von Heß, beide Wiener, wegen Theilnahme an dem Oktoberaufstand nach kriegsrechtlichem Urtheil erschossen. Ein anderes Strafurtheil lautet auf fünfjährige Schanzarbeit in leichten Eisen. Der Orkan, welcher endlich gestern sein Ende erreichte, hat in Wien und in der Umgegend vielen Schaden verursacht. In der Stadt deckte er über 200 Dächer ab, ein Kirchthurm stürzte sogar ganz ein, die Kuppel und der Thurm der Minoritenkirche sind stark beschädigt. Von den Personen, welche in großer Anzahl verwundet wurden, sollen schon mehrere gestorben sein. In den überschwemmt gewesenen Vorstädten (15,000 Häuser standen bis zum ersten Stock unter Wasser) ist das Elend unbeschreiblich: alle bewegliche Habe wurde den Einwohnern zu ebener Erde weggeschwemmt oder unbrauchbar gemacht; viele Magazine und ganze Häuser stürzten ein, zumal diejenigen, die bei dem Bombardement stark gelitten hatten. Ganze Straßen stehn ohne ein einziges ganzes Fenster. Wie weit bei den Kroaten die Disziplin geht, beweist folgender Zug. Am 16. stand ein Kroate Schildwache am Tabor, das Wasser trat über die Ufer, die Schildwache stand schon bis über die Knie im Wasser und verließ immer noch nicht ihren Posten: endlich erinnerte sich ein Offizier des verlorenen Postens und ließ ihn ablösen. Feldmarschallieutenant Welden schickte dem Kroaten 20 fl. als Anerkennung seiner Ausdauer.

△ **Wien**, 27. Jan. Die an der zerstörten Taborbrücke zur Ueberfahrt aufgestellten Dampfschiffe wurden gestern zum erstenmal benützt, um die Minister Stadion, Krauß und Thinnfeld überzusetzen. Graf Stadion wird heute sämmtliche Vorkehrungsanstalten für Cholerakranke besichtigen. In den Vorstädten sind nun leider wirklich einige Cholerafälle vorgekommen. Die Sanitätskommission entwickelt eine außerordentliche Thätigkeit und hat neuerdings die wohlthätige Einrichtung getroffen, daß allen ausübenden Aerzten die Erlaubniß ertheilt wurde, jedem Kranken unentgeltliche Arzneien verschreiben zu dürfen für die nächste Apotheke, eine Erlaubniß, die bisher nur für die Bezirksärzte bestand. Um jede Erfahrung zu benützen, ist sogar Lord Ponsonby von unserem Ministerium des Aeußern ersucht worden, ihm die Ergebnisse der Londoner Beobachtungen und die Resultate der von der dortigen Sanitätskommission vorgelegten Fragen in Cholerafällen mitzutheilen.

Das Verbot der Ausfuhr von Gold- und Silbermünzen, welches vom Auslande so scharfen Tadel erfährt, ist nun auch auf Ungarn und die Nebenländer ausgedehnt, zu Folge eines neuerlichen Erlasses des Finanzministeriums. Trotz alldem verschwindet hier das Metall immer mehr und die Papierschnitzel werden als Bezahlung immer häufiger!

Nachrichten aus Pesth sagten gestern, daß Debreczin durch das Korps des Feldmarschallieutenant Schlick besetzt sei, doch fehlt noch die offizielle Bestätigung. Die Stimmung in Mailand wird den Deutschen so ungünstig als möglich und noch erbitterter als vor dem 18. Februar v. J. geschildert. Am Ticino sollen 40,000 Piemontesen schlagfertig stehn. Unsre Armee in Italien beträgt ungefähr 120,000 Mann, wovon man übrigens wegen der nöthigen Besatzung der Städte kaum mehr als 40,000 mobil machen kann. Man ist eben im Begriff, weitere 80,000 Mann in den Provinzen, besonders in Ungarn auszuheben.

Ollmütz, 25. Jan. Nachdem letzthin schon Abgeordnete der Stadt Preßburg von Sr. Maj. in einer Audienz empfangen und über ihre Loyalitätsadresse mit dem Ausdrucke des kaiserl. Wohlwollens entlassen worden waren, erschien heute eine Deputation des Preßburger Komitats, um dem Kaiser eine Ergebenheitsadresse vorzutragen. Der Monarch erwiederte die Ansprache der Deputation in folgender Weise: „Die Worte der Treue und Unterwürfigkeit, welche Ihr im Namen des Preßburger Komitats zu mir gesprochen habt, erfreuen mein landesväterliches Herz, denn sie beweisen, daß Ihr meine wohlwollenden und gnädigen Absichten zu würdigen wisset. In den Gesinnungen, wie die von Euch geäußerten, liegt die sicherste Bürgschaft für die baldige Wiederherstellung des innern Friedens in Ungarn und dessen feste Einigung mit der Gesammtmonarchie." (Oestr. C.)

⊙ **Ollmütz**, 25. Jan. Heute feierte die hiesige Lipa Slowanska in der Garnisonskirche einen Trauergottesdienst zu Ehren des vor Kurzem verstorbenen Feldmarschall-Lieutenants und Wojwoden der Serben, Suplikac. Außer einigen Offizieren und den Mitgliedern der Lipa Slowanska hatte sich sonst Niemand zu dieser Festlichkeit eingefunden. Gestern verbreitete sich zugleich mit der Ankunft einer ungarischen Huldigungsdeputation, an deren Spitze Fürst Palfy und Bischof Lonowits stehen, die Nachricht von dem Einmarsch von 12,000 Mann Russen in Bosnien. Eine serbische, in Belgrad erscheinende Zeitung bestätigt diese Nachricht und fügt zugleich hinzu, daß ein größeres Armeekorps noch binnen kürzester Zeit nachrücken und daß diese Truppen nach Italien, der Lombardei oder Neapel bestimmt sind, und durch Slavonien, Kroatien und Istrien den Landweg dahin einschlagen werden. (?) Ein plötzlich eingetretenes Thauwetter, begleitet von Regengüssen, hat die Eisdecke der March gebrochen und diesen Fluß so angeschwellt, daß er weit hinaus über seine flachen Ufer getreten ist. Die nördliche Seite unserer Festung gleicht einem See, aus welchem wie Inseln einzelne Höfe, Dörfer, Mühlen rc. hervorragen. Bis jetzt weiß man erst von einem Menschenleben, welches den Fluthen zum Opfer fiel. Die Ueberschwemmung soll in weit höherem Grade in den weiter gegen Kremsier zu liegenden Gegenden stattfinden. Dieser Tage trifft der aus einer Ballgeschichte vom Athener Hofe her wohlbekannte Diplomat Mussurus hier ein, um dem Kaiser von Oesterreich sein Kreditiv als Gesandter der hohen Pforte zu überreichen. Der Hof lebt sehr einfach und zurückgezogen, doch wird das Theater, obgleich es wie jede Provinzbühne nur mittelmäßig besetzt ist, fast täglich von ihm besucht. Namentlich Erzherzog Franz Karl, Vater des Kaisers, ist jeden Abend in seiner Loge zu sehen, und das überaus ernste Gesicht dieses Prinzen erheitert sich jedesmal beim Anschauen Nestroy'scher Stücke, in denen so häufig mit hausbackenem Humor das Leben des vormärzlichen Wiens geschildert ist. Vorgestern mitten in der Nacht, marschirten plötzlich über Hals und Kopf zwei Kompagnien Infanterie von der hiesigen Garnison nach Jablunka, zur Besetzung des Passes daselbst. Man wollte Wind bekommen haben, daß einige der vornehmsten Häupter ihre Flucht über Jablunka bewerkstelligen wollten. Tausenau und Pulsky sind aber durch den Jablunkapaß bereits glücklich entkommen und die Besatzung kam zu spät. Messarosz soll sich erschossen haben, aus Verzweiflung über das Mißlingen der ungarischen Insurrektion.

** **Kremsier**, 26. Jan. An der Tagesordnung war heute der Dringlichkeitsantrag Zbyszewsky's auf einen Antheil am Wahlrecht für die italienische Armee, der vor drei Tagen beinahe einhellig von der Kammer unterstützt wurde. Es ließ sich daher um so weniger erwarten, daß dieser Antrag einen solchen Sturm

heraufbeschwören würde, wie wir ihn heute erlebt haben. Selinger und Joseph Neumann (letzterer erst seit einigen Tagen als neues Mitglied eingetreten) waren gegen den Antrag, Borkowski für denselben als Redner eingeschrieben. Letzterer nahm seine Motive, für den Antrag zu stimmen, aus dem Verhalten des Ministeriums, das, wie es Spaltungen unter den Nationalitäten erzeugt habe, eben so zwischen Volk und Armee einen Unterschied machen wolle. Es habe sich auf diese Weise eine eigene militärische Nationalität gebildet, und dadurch habe auch die Armee Anspruch, am konstituirenden Reichstage vertreten zu sein. Sie würde dann ein größeres Interesse an den Verhandlungen nehmen, die oft einen bedeutendern Eindruck machten, als die Beschlüsse. Nun besteigt Joseph Neumann die Tribüne, um die ersten parlamentarischen Sporen im Kremsierer Reichstage zu verdienen. Die Vorsehung hatte es aber anders beschlossen. Er beleidigte nach rechts und nach links, und der Präsident rief ihn zweimal zur Ordnung. Unter stürmischem Tumult wurde gefordert, daß der Redner die Tribüne verlasse. Er äußerte seine Verwunderung, daß gerade von der Seite dieser Antrag ausgehe, von welcher der Armee die Anerkennung der Tapferkeit verweigert worden, während doch der Antrag von vier Offizieren gestellt war. Ein Redner vor ihm (Borkowski) habe von Einigkeit gesprochen, und doch sei dieser Redner aus einem Lande, wo er bisher die Einigung vermisse. Auf diese Worte standen die Polen wie Ein Mann auf, und der Präsident erließ den ersten Ordnungsruf. Eine weitere Andeutung, daß bei den Kandidaturen zum Reichstage unredliche Mittel gebraucht worden seien, brachte beinahe das ganze Haus in Harnisch und der Präsident erneuerte den Ordnungsruf. Unter Zischen und Murren verließ der Redner die Tribüne.

Strobach wies die Vorwürfe des Redners vor ihm zurück und stellte das Amendement, daß Se. Majestät durch das Ministerium angegangen werde, im Nachhange zur oktroyirten Wahlordnung vom 9. Mai eine Wahl für jene Staatsbürger aus dem Militärstande anzuordnen, die durch den Drang der Verhältnisse an den Wahlen zum konstituirenden Reichstage nicht Theil nehmen konnten. Der Antrag wurde mit Majorität angenommen. Schuselka bemerkt, der Reichstag habe der Armee keinen Anlaß gegeben, sich für beleidigt zu halten; man sollte nicht alte Wunden aufreißen und neuerdings Uneinigkeit säen. Er verwundere sich, wie ein Mitglied, welches bisher noch nicht Mitglied des Hauses war, sich eine Kritik über die frühern Verhandlungen erlauben könne. Er erklärt sich für Strobach's Amendement. Zbyszewski, welcher seinen Antrag zurückzieht und sich gleichfalls für Strobach's Amendement erklärt, richtet noch eine Widerlegung an Neumann. Er preist den Himmel, daß der Abgeordnete Neumann im Verlaufe seiner Rede durch Aeußerungen des Unwillens der Versammlung zurückgehalten worden von dem Aussprechen einer Beschuldigung, die er als Mann von Ehre, als Militär nicht gleichgültig hätte aufnehmen können.

Nachdem der Ministerpräsident Schwarzenberg einige frühere Interpellationen beantwortet, wird die Sitzung geschlossen.

Von der österreichischen Grenze, 28. Jan. Am 24. um 10 Uhr Vormittags ward in der fürsterzbischöflichen Residenz zu Ollmütz bei verschlossenen Thüren eine hochwichtige Berathung gepflogen. Das ganze Ministerium, die gesammte Generalität der Ollmützer Garnison nebst mehreren Generalen verschiedener österreichischer Provinzen, darunter Graf Khevenhüller, kommandirender General in Böhmen, nahm daran unter dem Präsidium des Kaisers Theil. Gegenstand der Berathung war die sehr bedrohlich gewordene Lage der Dinge im lombardisch-venetianischen Königreiche. Viel wird in Ollmütz und Wien von zu Prag bevorstehenden Belagerungszuständen gesprochen; ich aber kann davon unter allen Umständen nichts glauben. Nicht blos die gegenwärtige, sondern jede, ja jede oberste Gewalt Oesterreichs muß fortfahren, sich auf das Slawenthum zu stützen, wenn sie anders nicht in den leeren bodenlosen Raum stürzen, d. h. fallen und verschwinden will. So hat nun einmal die Lage der Dinge sich gestaltet, und darüber sich Illusionen zu machen wäre ganz vergeblich. Der Belagerungszustand Galiziens hat bereits mehrere wesentlich mildernde Modifikationen erfahren und auf der Rednerbühne erklärte Graf Stadion das Ausnahmsgesetz für Galizien nur als ein kurz vorübergehendes! Bei so gearteten Umständen wäre es ein zweckloses und schädliches Wagestück, auch Böhmen, der von Truppen fast entblößten Provinz, die Wohlthat standrechtlicher Behandlung angedeihen zu lassen. Ungeachtet der auf allen Straßen umlaufenden Steckbriefe gegen Tausenau weiß man doch bereits, daß er auf dem Wege nach Paris sich befindet, wo Pulszky bereits angelangt ist und wo sich eine österreichisch-ungarische Emigration nach Art der polnischen zu bilden im Begriffe steht. Noch befindet sich Görgey's Armee in Kremnitz eingeschlossen; sie soll wünschen zu kapituliren. (Leipz. Z.)

** **Berlin**, 29. Jan. Ihr Korrespondent vom Rhein hat nicht ohne Noth auf den Ambos gehämmert; hätte man ihn nur das Eisen verarbeiten lassen, als es heiß war. Es ist aber jetzt kalt geworden und wenn es ein Unglück sein sollte, dann ist es geschehen. In der preußischen Note vom 23. d. M. prangt der „Bundesstaat im Bunde". Wenn Oesterreich nicht alle Verpflichtungen im Reich übernehmen kann, das deutet sich gesunder Witz, wenn die §. 2 und 3 auf Oesterreich nicht Anwendung finden können, dann spricht die Note von Berlin demselben alles Recht ab, gleiche Berechtigung zu beanspruchen und eine Politik, welche den ohne Oesterreich dann zu errichtenden Bundesstaat im Auge hätte, müßte auf Preußen sicher bauen. Aber damit ist uns noch nicht über den „Bundesstaat im Bunde" hinweggeholfen. Uns erscheint dieses vermeintliche Schachtelsystem nicht gar so luftraubend. Zunächst ist damit die vermittelnde Form gegeben, uns mit Oesterreich auseinanderzusetzen, ohne gewisse Zartfühligkeiten im Parlament und gewisse Empfindsamkeiten außerhalb des Parlaments und dießseits der Mainlinie zu verletzen. Wir haben es in Kremsier mit schlauen Diplomaten zu thun; wenn wir auch ehrlich bleiben wollen, es scheint doch gerathen, keinen Verstoß zu machen und die Glacéhandschuhe anzulegen. Ein solcher Handschuh ist die Formel „Bundesstaat im Bunde". Entziffern wir dieß hieroglyphische Zeichen; welcher Dämon lauert dahinter? Der deutsche Bund, der unauflösliche, bleibt bestehen; Oesterreich und das deutsche Reich sind künftig seine Glieder. Es wäre tödtlich absurd, über beide noch eine Centralgewalt oder auch nur einen Bundestag zu setzen. Wir sind auch nicht so verblendet, um nicht-wahrzunehmen, daß dann über Oesterreich und Deutschland wieder Oesterreich gesetzt sein würde, dem sich Deutschland und Oesterreich dann unterwürfe! Aber die Bundesakte ist ja durch und durch voll Löcher und Ritzen. Der Bundestag ist aufgehoben. Die Centralgewalt, wenn auch über Oesterreich und Deutschland (über Oesterreich!), ist nur für das Provisorium bis zur Vollendung des Verfassungswerks. Der deutsche Bund, also abgesehen von seiner Mitgliedschaft, hat gar kein Organ. Sollte es hergestellt werden, so müßte das doch erst geschehen. Ein großer Theil der Bundesverfassung hat ohne den Bundestag gar keinen Sinn. Es bedarf also der völligen Umarbeitung der Bundesakte. Mir scheint, als übersehe der Seher am Rhein den großen Vorzug, welchen eine, wenn auch gänzliche, Umarbeitung vor einem völligen Neubau voraus hat. Eine Basis ist gegeben, von der aus nun über eine Lockerung oder Festigung zu unterhandeln sein wird. Eine Basis zu finden für Unterhandlungen ist aber doch jedenfalls ein Gewinn. Schlimmstenfalls kann sie verlassen werden. Die Unionsakte zwischen Oesterreich und Deutschland würde ein Verhältniß zu neuer Anerkennung bringen, was immer bestanden hat, ein im Sinne der Wiener Schlußakte „völkerrechtliches". Dieses Wort steht in keinem Gegensatze zu der Natur eines Staatenbundes, zu dem Wesen der deutschen Union. Die neue Bundesakte könnte nach ihrem Inhalt ebensogut zwischen fremden Staaten eingegangen werden, wenn denselben eine so innige Wechselwirkung wünschenswerth erschiene. Doch eben wünschenswerth wird ein solches ungewöhnliches völkerrechtliches Verhältniß nicht zwischen beliebigen Staaten, sondern nur zwischen solchen sein, welche, wie Deutschland und Oesterreich, zusammengehörig und durch mächtige und dauernde innere Bezüge auf einander angewiesen sind. Eine gemeinschaftliche Vertretung Deutschlands und Oesterreichs nach Außen brauchte nicht die Folge zu sein. Denn der deutsche Bund hat von seinem Recht, Gesandte zu akkreditiren, nicht Gebrauch gemacht und der Zollverein hätte gar wohl Gesandte ernennen können. Ich muß gestehen, dies scheinbar so monströse Wort „Bundesstaat innerhalb des Bundes" ist an sich sehr unschuldig und schadlos. Dagegen sind die Vortheile, welche sich aus dieser Formel ziehen lassen, zumal da von Oesterreich das Bundesrecht so stark betont wird, so vielversprechend, daß es sich wohl eher verlohnt, diese Formel in Schutz zu nehmen, als sie zu diskreditiren.

Aus der Stelle der preußischen Note betreffs des Kaiserthums

lesen Sie hoffentlich nicht, wie dessen Widersacher thun werden, einen Protest dagegen heraus! Klar gelesen und nüchtern verstanden, bedeuten jene Worte nur so viel, daß Deutschland und das Gelingen des Einheitswerkes und zwar das Gelingen durch die Reichsversammlung, Allem voranstehen, daß Preußen Gefahren für die Einigung besorgt in der Verfolgung jener Idee um ihrer selbst willen, und um dieser Gefahren willen das Kaiserthum nicht begünstigt. Jene Worte erklären es für „nicht nothwendig," aber eben so wenig das Aufgeben der Kaiseridee für „nothwendig." Von Preußen also steht nichts im Wege, die Kaiserwürde zu errichten, und Preußen wird unwandelbar treu der deutschen Sache verbleiben, auch wenn das Kaiserthum verworfen wird. Manche werden das, was Preußen ins Werk gesetzt hat, weil die „erste Macht des Bundes" sich ihrer Initiative begeben, resp. damit Mißbrauch getrieben, „Vereinbarung" nennen, und manche Preußenseele wird darüber ruhiger im Herrn entschlafen. Wir wollen uns darob nicht beunruhigen. Wenn die deutschen Regierungen auf Preußens Vorschlag eingehen, so wird das Parlament vor der zweiten Lesung wissen, woran es mit den Regierungen ist, ihr Votum vernehmen, und das letzte, das entscheidende Wort in der zweiten Lesung sprechen. Die ärgsten Feinde der Vereinbarung können gegen eine solche Verständigung nichts einwenden. Denn vor der zweiten Lesung kann Jedermann seine Meinung sagen, nicht nur jeder Deutsche. Daß das Votum der deutschen Regierungen ein anderes Gewicht in die Wagschale werfen wird, als ein Dafürhalten der sächsischen Kammern, ist eine andere Sache. Hingegen ist auch den vereinbarerischen Regierungen genug gethan; denn es ist nicht gesagt, welcher von beiden Kontrahenten das letzte Wort, und daß erst vereinbart werden solle, wenn das Parlament ausgeredet hat! sondern es wird doch auch solchen Vereinbarungssüchtigen einleuchten, daß zum Ziel gelangt werden soll und daß besser die Eine Reichsversammlung, als die 37 Regierungen das letzte Wort sprechen, damit dies nicht ein letztes Wort wie beim babylonischen Thurmbau werde und Jeder die deutsche Einheit auf seine Weise wolle! Dennoch, dennoch, Einer Sorte von Vereinbarern hat Preußen vor die Stirn geschlagen, denen, welche auch noch die Kammern aller 37 Lande mithineinziehen wollen. Doch das ist auch das Todesurtheil der Reichs-Versammlung und, wer ihr diese Vereinbarungsgrube hat graben wollen, wird zu Schanden werden.

△ **Köln**, 30. Jan. Nachdem Sie in Betreff der Wahlen zur zweiten Kammer fast unaufhörlich Siegesbulletins der demokratischen Partei zu bringen hatten, werden Sie jetzt eine Zeit lang ebenso viele Niederlagen derselben zu berichten haben. Von allen Seiten laufen hier schon die Nachrichten über den Ausfall der Wahlen zur ersten Kammer zusammen, und sie melden übereinstimmend den vollständigsten Sieg der konstitutionellen Partei. In Köln und Deutz, in Bonn, in Aachen und Burtscheid, in Eschweiler, sogar in Düsseldorf, dem Vorort der rheinischen Republikaner, überall ist auch nicht ein einziger Demokrat gewählt, überall ist die Theilnahme der Wahlmänner — sehr abweichend von dem, was wir vor acht Tagen bei den Wahlen zur zweiten Kammer erlebten — eine ungemein bedeutende gewesen. So weit ich übersehen kann, ist auch meine Befürchtung, daß diese Wahlen sich im Gegensatz zu den Wahlen für die zweite Kammer zu sehr auf die äußerste Rechte neigen würden, bisher nicht in Erfüllung gegangen, doch lassen andere Provinzen für noch sehr bedeutende Befürchtungen Raum.

München, 28. Jan. Das Staatsministerium des Innern hat in Folge einer Beschwerde der hiesigen deutschkatholischen Gemeinde gegen das Stadtpfarramt von St. Ludwig erkannt, daß dieser Religionsgesellschaft die Führung des Namens Deutschkatholiken unbedingt zustehe und ihr derselbe weder von einer weltlichen, noch von einer geistlichen Behörde des Königreichs verweigert werden dürfe. (Nürnb. Korr.)

C **Mannheim**, 29. Jan. Vom großherzoglichen Staatsministerium kam nunmehr die Weisung an sämmtliche Civilstellen, daß in Zukunft alle Stellen mit dem Prädikat „Großherzoglich" zu betiteln, hingegen die Formeln Hoch- und Wohlgeboren rc. zu vermeiden seien. Der Erlaß schließt mit der Weisung, nach und nach den Kanzleistyl dem Redestyl des gebildeten Standes zu nähern. Eine Brochüre, unter dem Titel: „Der zweite republikanische Aufstand in Baden. Von M. W. Löwenfels, F. Neff und G. Thirlmann. Nebst einigen Enthüllungen über das Verbleiben der republikanischen Kassen*)", wurde gleich bei ihrem Erscheinen konfiszirt. Für die Bundesfestung Rastatt kommen fast täglich Kanonen zum Transport hier durch, so daß dieselbe binnen kurzer Zeit ihre bestimmte Anzahl Geschütze gewinnen dürfte. So viel uns Briefe von dort versichern, soll der Bau mit Eifer betrieben werden und bis Frühjahr könnte sie bereits stark und wehrhaft genug sein, um einem ersten Andrange zu widerstehen. Uebrigens ist nicht zu leugnen, daß sie allein gegen Frankreich nicht genug Schutz bietet und namentlich ist unser badisches Oberland im Fall eines Angriffes vollständig preisgegeben, da erst der Schwarzwald ein natürliches Bollwerk darbietet. Eine Befestigung Breisachs liegt daher für uns im nächsten Interesse, was auch vor mir schon an verschiedenen Orten erörtert wurde, jetzt aber wegen der theilweise herrschenden sympathisirenden Stimmung mit Frankreich um so mehr von dringender Wichtigkeit ist.

*** **Mainz**, 30. Jan. Abends 11 Uhr. Soeben ist die heutige Sitzung des Assisenhofes beendet. Der Angeklagte, Georg Schweizer, welcher im Dezember v. J. zu Niedersaulheim einen reichen Juden und dessen Frau ermordete und des Verbrechens geständig war, wurde von den Geschworenen für „schuldig" erklärt und vom Gerichtshofe zum Tode verurtheilt. Der Saal war von Morgens 9 Uhr, wo die Verhandlung begann, bis soeben mit Zuhörern dicht angefüllt, worunter auch mehrere Abgeordnete der Nationalversammlung. Die Verlesung des Urtheils erfolgte unter der lautlosesten Stille und größten Spannung der Zuhörer und machte großen Eindruck. Der Angeklagte hofft auf Begnadigung und Verwandlung des Todesurtheils in lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Großbritannien.

* **London**, 28. Jan. Ueber die Absichten der Regierung in Betreff der Kornzölle weiß man noch immer nichts Gewisses. Das Gerücht wiederholt sich, daß die Regierung im Sinne habe, einen niedrigen aber festen Zoll von 5 bis 6 Sch. per Quarter zu beantragen, wogegen die Zölle von Thee und Kaffee ermäßigt werden sollen. Die Oppositionsblätter, z. B. das Morning Chronicle, Organ der Lincoln'schen Fraktion der Peeliten, erhitzen sich über dieses Schema in einem Grade, als ob es bereits mehr als Gerücht wäre, ohne sich weiter an den gegen dieses Gerücht erhobenen Widerspruch einer ministeriellen Zeitung zu kehren.

Am 26. Jan. starb der General Sir Thomas Arbuthnot, Kommandant der nördlichen und mittlern Bezirke, auf seinem Wohnsitz in Salford. Dieser verdiente Offizier erfreute sich, obschon bereits 72 Jahr alt, gerade in letzter Zeit einer sehr trefflichen Gesundheit, so daß er mit Leidenschaft seiner Lieblingsneigung, dem edlen Waidwerk, obliegen konnte. Sein Tod war die Folge einer Erkältung, die er sich auf einer Jagdpartie zuzog.

Admiral Cecille, der neue französische Gesandte, ist, wie die „Morning Post" meldet, am 24. Jan. in der Hauptstadt Englands angekommen. Der „Globe" weiß bereits, daß Graf Colloredo zum Gesandten Oesterreichs am Londoner Hofe ausersehen sei.

Die Familie Ludwig Philipps hat sich aus Richmond wieder nach Claremont begeben. Die Mitglieder der Familie haben, wie der „Globe" meldet, in letzter Zeit viele und kostbare, zu ihrem früheren Besitzthum gehörige Effekten vom Kontinent zugeschickt bekommen; so der Prinz von Joinville eine beträchtliche Menge Silbergeschirr, der Herzog von Aumale Vieles, was er in seiner hohen Stellung zu Algier besaß."

Frankreich.

△ **Paris**, 22. Jan. Man sieht hier mit großer Spannung den nächsten Abstimmungen in Frankfurt entgegen und nie habe ich die Franzosen aller Parteien so niedergeschlagen gesehen, als jetzt, da es doch Ernst in Deutschland wird. Der Constitutionel, die Debats und die meisten großen Journale bringen seit der Abstimmung über Oesterreich gar keine Artikel aus Frankfurt mehr; aber sie möchten Gift und Galle speien, da es ihnen immer gewisser wird, daß Deutschland durch alle Kämpfe, durch alles Ringen, das ihm noch bevorsteht, einer großen gewaltigen Zukunft entgegen geht, und in Frankreich alles ungewiß, alles zwiespältig und zerfahren ist.

┼ **Paris**, 28. Jan. Die republikanische Majorität hat das reaktionäre Ministerium zu Schanden gemacht (?). Die Ausfer-

*) Basel. Verlag von Helbig und Scherb.

derungen Hrn. Odilon's und Faucher's e di tutti quanti — wie der National sie summirt — haben die Verbindung der wahren und der Ultra-Republikaner verursacht. Das Kabinet baut auf die Unterstützung Changarnier's und die Schwäche des Präsidenten. Vorläufig theile ich Ihnen den Unterschied der Stimmsummen über die Dringlichkeit des Faucher'schen Grsetzantrags mit, welcher 418 gegen 342 beträgt. Der Berichterstatter Senard hatte kurz aber scharf die Gründe gegen Faucher zusammengefaßt und erklärt, daß die Kommission die absolute Unterdrückung der Klubs nie dulden werde. Nach dem ministerfeindlichen Votum bestieg Ledru Rollin die Tribüne und legte eine Petition von 88 Montagnards auf dem Bureau des Präsidenten nieder, welche die Versetzung der Minister in Anklagestand fordert. Die Linke und die äußerste Linke begrüßte die Petition mit dem Rufe: „Vive la Republique!“ Die Nationalversammlung berieth ferner den §. 66 des Gesetzes über den Staatsrath. Es handelte sich um die Bestimmung, ob von der Konstituante der Staatsrath auf die nächsten 6 Jahre ernannt werden soll, oder die Kreirung der Hälfte desselben der legislativen Kammer überlassen wird. Die letzte Entscheidung wurde angenommen, nud damit ein neuer Schlag den Günstlingen des Kabinets versetzt. Das Votum des gestrigen Abends hat vor dem Richterstuhle des Constitutionel keine Gnade gefunden. Mit der gewöhnlichen Salbaderei frömmelt dieser Apostel der Intrigue, welcher unter der Kapuze der geheuchelten Ruhe und Ordnung das Gesicht eines Exministers versteckt hat, über das Verderbniß der Jugend und über die schwere Noth der Zeit, welche mit dem verwegenen Rufe des Sozialisten Proudhon sogar die Absetzung des Präsidenten durch das Volk (Proudhon's Journal „Le Peuple“) fordert. Wir sehen der politischen Katzbalgerei mit dem neugierigen Interesse eines Unbetheiligten zu, und wollen über den Erfolg nicht vorzeitig urtheilen; obschon das alte Sprichwort: „Intra duos litigantes tertius gaudet,“ von den Legitimisten mit einem verdächtigen Schmunzeln oft in den Bart gebrummt wird. Indem wir das Ausspielen der letzten Trümpfe erwarten, falten sich die Physiognomien der Hazardspieler finsterer und unheilvoller. Mettez gros! Ein Kaiserthum auf eine Republik. Le roi a gagné. Dies wird wohl die nächste Geschichte Frankreichs sein. Augenzeugen berichteten dem National ein folgenschweres Ereigniß vom Generalstabe der Nationalgarde. Wir geben es hiermit. Das Ministerium hat die Mobilgarde auf die Hälfte zu reduziren begonnen. Die Entlassung der braven Junikämpfer erregte in den Bataillons lebhaften Unwillen. Um diesen zu besänftigen oder vielmehr zu unterdrücken, berief General Changarnier gestern Morgens die Chefs der 25 Bataillons und hielt eine nichts weniger als freundliche Anrede, wobei er sagte, daß die Mobilgarde die Eifersucht der regulären Armee errege, und weil die letztere zahlreicher sei, müsse die erstere nachgeben. Er endigte mit den Worten: „Die Mobilgarde ist unzufrieden, sagt man; morgen will sie nach dem Carré Marigny ausrücken: daß sie sich in Acht nehme! Wenn sie Excesse begeht, lasse ich sie zusammensäbeln.“ *). Die Chefs hörten schweigend zu. Der General ging aber noch weiter. Ueber 4 Bataillonschefs verfügte er einen monatlichen Arrest im Gefängnisse de l'Abbaye. Das Vergehen des Einen war, daß er einen General nicht gegrüßt hatte, zwei Andre befriedigten mit ihrer ganzen Aufführung nicht, und dem Vierten wurden wieder Disziplinfehler zur Last gelegt. Changarnier's Ausspruch veranlaßte einige Erklärungen der Betroffenen. Ohne zu antworten, zieht der General die Glocke und übergibt den eintretenden Gensdarmes die vier Arrestanten. Unter den sonst anwesenden Bataillonschefs befand sich aber auch Herr Aladenize, ein treuer Freund des Präsidenten. Aladenize ist ein Offizier, welcher vom Pairshofe zum Tode verurtheilt war, weil er das Attentat des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte auf Boulogne unterstützte. Er war nicht wie die Andern von der Armee zur Mobilgarde versetzt worden, sondern freiwillig eingetreten und daher unabhängiger als seine Kameraden. Empört über die strenge und ungerechte Verfügung des Generals, erklärt Herr Aladenize seinen Austritt, zerbricht den Degen und wirft ihn dem General vor die Füße und spricht nun als Bürger auf das Energischste seine Entrüstung aus. Er nannte den General einen Verräther des Vaterlandes und der Republik. Der General war sehr überrascht, und ließ nunmehr statt der vier Andern, Herrn Aladenize allein nach dem Gefängnisse L'Abbaye abführen. Erst Abends erhielten die vier andern Chefs Befehl, nach demselben Arreste sich zu verfügen. Die 25 Bataillons Mobilgarde wollen ein großes Meeting in den Champs Elysées halten, um Maßregeln gegen ihre Auflösung zu besprechen. In den Kasernen war es gestern sehr unruhig. Ein Konflikt zwischen Linie und Mobilgarde würde beiden Truppenkörpern angenehm sein. Sie hassen sich gegenseitig. In einem meiner Berichte habe ich das vorhergesagt, was jetzt bevorsteht. Die Mobilgarden haben als Gemeine Barrikaden vertheidigt, als Aspiranten auf die Ehrenlegion Barrikaden nehmen gelernt. 25,000 Gamins mit 25,000 Gewehren in der Hand dürften gleich 50,000 sein. — Der National schließt: Das Publikum wird nun wissen, was es von einem General zu halten habe, welcher jene Offiziere so behandelt, die dem Vaterlande die wichtigsten Dienste geleistet haben. — Außer der Konfiszirung des „Peuple“ wurde auch von der Nationalversammlung die Bewilligung erbeten, den Volksrepräsentanten Proudhon wegen der von ihm unterzeichneten Artikel gerichtlich verfolgen zu dürfen. Es wird den Artikeln vom Generalprokurator „Angriffe auf die Rechte und Autorität des Präsidenten, Aufreizung zum Haße und Verachtung der Regierung, Störung der öffentlichen Ruhe und Aufhetzung einer Partei gegen die Andern“ vorgeworfen. Die Petition wurde einer Kommission zugewiesen, welche Montag Bericht erstatten wird. Proudhon erklärte von der Tribüne, daß er mit den beiden Artikeln die Verantwortlichkeitsfrage des Präsidenten in der Presse, in seinem Vaterlande und auf der Rednerbühne in der Nationalversammlung einführen wollte, daher die Verantwortlichkeit derselben gern übernehme und sie sowohl vor dem Büreau als auf dieser Stelle vertheidigen werde. — Der National fordert in seinem leitenden Artikel das Volk auf, sich ruhig zu verhalten und der Nationalversammlung die Durchführung der Entfernung dieses unwürdigen Ministeriums zu überlassen. Auch der Peuple hat nachstehendes Avis an seiner Spitze: „Wir beschwören alle guten Bürger, alle Jene, welche mit uns den Fortschritt der Revolution, die Befreiung der Arbeiter wünschen, sich in diesem äußersten Augenblicke jeder Art von Manifestation zu enthalten, Zusammenrottungen zu vermeiden, auf keine Herausforderung zu antworten, und von Repräsentanten die Initiative ergreifen zu lassen, wie immer auch die reaktionären Handlungen der Regierung oder die Abstimmungen der Nationalversammlung ausfallen mögen. Das Heil des Volkes und der Republik hängt davon ab. Wir dürfen in diesem Augenblicke nicht mehr sagen.“ (Die Redaktoren des Peuple, Proudhon und neun Andere unterschrieben). Der Peuple wurde seit dem 8. Juli zweimal unterdrückt, fünfmal konfiszirt und fünfmal prozessirt und der verantwortliche Redakteur siebenmal vor Gericht geladen. Seit dem Juli gab es gerade so viele Ministerien als das Journal konfiszirt wurde; dennoch, sagt die heutige Nummer, sei der Peuple bereit, heute das Grabgebet für die zu sprechen, welche morgen sterben werden. — Das Ministerium hat ein sonderbares Mittel gefunden, dem letzthin vom Lehrstuhle vertriebenen Professor Lherminier ein Auditorium zu sichern. Drei Bataillone Linie, eine Schwadron Kavallerie im Hofe und bei hundert Polizeiwächter auf der Stiege, im Gange und Hörsaale schützten den Professor nebst den Regierungskreaturen (?), welche Eintrittskarten erhalten hatten, mit der Weisung, beim Vortrage des Professors zu erscheinen. Einige Studenten, welche trotz Lehrfreiheit nicht in den Hörsaal gelassen wurden, riefen: „Vive la République!“ Sie wurden deßhalb arretirt. Mit ihnen noch viele im Saale selbst, welche gegen den Aufdringling murrten. Eine zahlreiche Kolonne Studenten und Arbeiter zog dann vor die Assemblée nationale, wo einige Deputirte beim Obelisken sie anredeten. Vom Obelisk gingen sie zum Redakteur der Demokratie pacifique und redigirten drei Proteste. Einen an die Nationalversammlung mit der Bitte, Lherminier abzusetzen und Mickiewicz dessen Lehrstuhl zu übergeben; einen zweiten an Lherminier selbst mit der Forderung, gleich abzutreten und den Dritten zur Einschaltung im erwähnten Journale. Das Quartier Latin und Elisee National blieben gestern bis spät in die Nacht mit Truppen besetzt. Heute ist alles müde vom Opernball, Paris daher ruhig.

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen. Der Krieg wird zwischen den Parteien, schreibt man der Breslauer Zeitung, mit großer Erbitterung

*) Nach dem Siècle klangen die Worte des Generals doch etwas anders. Anm. d. Red.

geführt. Die Magyaren haben sich von jeher als die Herren des Landes betrachtet, und wollen es nicht dulden, daß die anderen Volksstämme gleiche Rechte ansprechen. Die Walachen haben einige Jahrhunderte hindurch erduldete Knechtung zu rächen, und sie üben Grausamkeiten, wovor sich die Menschheit entsetzt. Gleiches hat man jedoch auch den Magyaren vorzuwerfen. Gegen die Sachsen betragen sich Letztere milder, weil sie dieselben gern auf ihre Seite ziehen möchten. Was nun die gegenseitige Stellung betrifft, so ist sie folgende. Die Ungarn und Szekler dominiren, sie haben das Land bis an die Distrikte der Sachsen inne und beherrschen, da sie im Besitze von Klausenburg sind, den Paß nach Ungarn, der über Bansy-Hunyad und Fekete-To geht und bei Barod in die Ebenen Niederungarns mündet. Allem Anschein geht General Bem jetzt damit um, mit einem möglichst großen Heerhaufen durch diesen Paß vorzudringen und Kossuth aufzunehmen, der ja sein Hauptquartier schon in Groß-Wardein haben soll, was nur vier Stationen (acht Meilen) von Barod liegt. Sollte ihm dies gelingen, so würde das Ende des Kampfes, wenn Beide vor der ihnen gegenüber stehenden größeren Macht zurückweichen, in Siebenbürgen sein.

Italien.

* **Rom**, 22. Januar. Ueber die Intervention herrscht noch immer dieselbe Ungewißheit. Die Wahlen haben begonnen. 40,000 Bürger sollen daran Theil genommen haben. In Bologna zählte man am 21. d. 1000 Stimmzettel. In Rieti hat der Bischof den ersten Stimmzettel abgegeben. Den verschiedenen Waffengattungen ist eine Erklärung der Treue und Anhänglichkeit an die provisorische Regierungskommission der römischen Staaten übergeben worden, welche jeder Soldat und Offizier unterschreiben soll. Im Ganzen hatte heute das Geniekorps, mit Ausnahme von fünf Mann, dieselbe unterschrieben. Die Sappeurs verweigerten die Unterschrift. Gestern hatte man sämmtliche Truppen in ihren Quartieren zurückgehalten: man fürchtet eine militärische Bewegung. Die Provinz Matritima und Campagna, das Land der Herniker und Volsker, ist im Aufstand gegen die Regierung von Rom. Mayo, der neue Präsident der Provinz, mußte von Frosinone flüchten; später ist er dahin zurückgekehrt. Viele Gemeindemagistrate fordern ihre Entlassung. Man erwartete die unter den Befehlen Bartolomeo Galletti's, weiland Gewürzhändlers, stehende Legion: sie ist zu Besetzung der Provinz Frosinone bestimmt.

Ungarn.

* Einem Privatbriefe entnehmen wir folgende bezeichnende Einzelnheiten:

In **Ungarn** sind die Namen fast aller bedeutenden Familien stark kompromittirt, ja Einige wollen behaupten, daß sogar ein erlauchter Name mit verflochten sei. Wie künstlich und erfolgreich Kossuth Ungarn von allen Nachrichten abzusperren wußte, beweist z. B. der Umstand, daß die nicht etwa im tiefen Ungarn, sondern im Preßburger Komitat lebende, mit aller Welt in Korrespondenz stehende Gräfin A—y mehrere Wochen lang ohne alle Nachricht verblieb, was außer Ungarn geschah, obschon sie kein Mittel unversucht ließ, sich zu unterrichten; auch sie mußte endlich glauben, was Kossuth den Leuten glauben machen wollte. Gräfin C—y, die ihre beiden fanatischen Söhne ins Feldlager der Insurgenten begleitete, soll todt sein. Viele entsetzliche Scenen werden bereits erzählt, die dieser Bürgerkrieg im Gefolge führt.

In **Ofen** sind 25,000 Mann und in **Pesth** 53,000 Mann einquartirt. Die Anzahl der Geschütze beläuft sich auf 231 Stück.

Polen.

Warschau, 21. Jan. Fortwährend gehen Kouriere nach Ollmütz und dem österreichischen Hofe, das innige Einverständiß des Czaren mit den österreichischen gesammtstaatlichen Eroberungsgelüsten darzulegen. Wir wissen hier sehr gut, daß die Donau-Fürstenthümer am Petersburger Hofe bereits als russische Provinzen betrachtet werden, und man macht kein Hehl daraus, daß man mit Hülfe Oesterreichs einst, wenn die deutschen Einheitsbestrebungen in ihrem anti-österreichischen Charakter beharren werden, die freiheitslüsternen Deutschen zu Paaren treiben möchte. Deutschland muß, das geht aus allen bisherigen russisch-österreichischen Unterdrückungsmaßregeln hervor, gar sehr auf seiner Hut sein; Fürst **Metternich**, der Feind **Polens**, der Generalunterdrücker Europas, erhält nach wie vor vom russischen Hofe sein jährliches Gnadengehalt (?) und seine Rathschläge werden getreulich benutzt, wo es gilt, das berüchtigte Prinzip der Legitimität gegen das Andringen der volksfreiheitlichen Kämpfe aufrecht zu erhalten. Hier heißt es, wenn man die Offiziere in der russischen Armee sprechen hört, daß Rußland keinen bessern Verbündeten gegen das revolutionäre Deutschland gewinnen konnte als Oesterreich; deßhalb ist auch russischer Seits ein Preis (?) auf die hervorragenden Häupter der ungarischen Freiheitskämpfer, Kossuth, Meszaros, besonders General Bem, gesetzt worden, weil man diese Männer besonders rücksichtlich einer Erhebung in Polen fürchtet. Die Polizei ist hier ungemein thätig; die Truppen sind der Citadelle konsignirt, weil man jeden Augenblick Unruhen befürchtet. Der Fürst Paskewicz leitet alle gegen Polen gerichteten strengen Maßregeln. (B. H.)

* Nach Nachrichten von der preußischen Grenze herrscht in Polen seit der Erhebung Louis Napoleon's wieder eine bedeutende Aufregung.

Amerika.

* Kanada. Nach den letzten Nachrichten sah man stürmischen Sitzungen in der gesetzgebenden Versammlung entgegen, welche auf den 18. Januar einberufen war. Nicht weniger als drei Parteien werden einander gegenüberstehen, eine konservative (altenglische), eine entschieden antienglische oder diejenige Papineau's, und eine Reformpartei, deren Tendenz Erweiterung des Wahlrechts ist. Möglichst freier Handel mit den Vereinigten Staaten, soweit er durch Aufhebung der bestehenden Schifffahrtsgesetze zu realisiren ist, und ein wohlfeiles Briefportosystem gehören zu den Hauptwünschen der Bevölkerung. Leider nehmen die Einkünfte und der Handel von Jahr zu Jahr ab, während die Staatsschuld von Kanada bereits fast 14 Mill. Dollars beträgt. Großbritannien hat an seinen amerikanischen Kolonien schon seit langem wenig Freude.

Vereinigte Staaten. Die letzten Verhandlungen des Kongresses erscheinen weniger bedeutend. Am 5. Januar kam die Kubafrage zur Verhandlung. Im Senat stellte Hr. Miller von New Yersey den Antrag, daß der Präsident aufgefordert werde, alle mit der spanischen Regierung gewechselten Schriftsachen über den Ankauf von Kuba dem Hause vorzulegen. Dieser Antrag wurde mit 24 Stimmen gegen 19 angenommen. Hr. Foote, vom Missisippi, glaubte Hrn. Miller, der gegen die Annexation von Kuba zu stimmen und aus allen seinen Kräften zu wirken versprach, versichern zu dürfen: da würde er in drei Monaten in eine nicht angenehme Lage kommen, indem der künftige Präsident, General Taylor, entschieden für den Anschluß von Kuba sei. Der Plan des New-Yorker Hauses Aspinwall zur Errichtung einer Panama-Eisenbahn hat die Zustimmung des Kongresses noch nicht erhalten, weil andere Aktiengesellschaften oder Unternehmer frühere Ansprüche geltend machten, doch wird wohl die Angelegenheit bald ins Reine gebracht und die Eisenbahn noch vor Ablauf von zwei Jahren in Betrieb sein. Auch der Kanal, von See zu See über den Isthmus von Tehuantepek, kam zur Besprechung, und zwar als selbstständiger Plan, der neben und abgesehen von der Eisenbahn zur Ausführung kommen soll. — Im Publikum sprach man von der beabsichtigten Errichtung einer Dampfschifffahrtsverbindung zwischen San Fernando und Kalifornien einerseits, und den Sandwichinseln und China andererseits. Von den Sandwichinseln hatte die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten schon eine beträchtliche Ausdehnung erreicht, auch waren sogar einige Chinesen von dem kalifornischen Goldsande an- und herübergeleckt worden. Wir haben bereits erwähnt, daß man von Neuem große Goldlager in Kalifornien entdeckt hat; die Ausbeute beträgt täglich im Durchschnitt schon 100,000 Dollars und ist täglich noch im Wachsen. Aber es ist ein halb tragisches Schauspiel, welches von den Goldsammlern in Kalifornien aufgeführt wird; mit allem Golde können sie doch keine Lebensmittel herbeizaubern, und Krankheiten und Todesfälle in Folge des Mangels nehmen überhand. Mit Gold beladene Menschen schleichen wie die Bettler umher, in Lappen und Kleidungsreste dürftig eingehüllt. Dazu die gräßlichste Trunksucht! Branntweinschenker machen größeres Glück als die Goldsammler selbst. Ein Mann, der mit zwei Fässern Branntwein nach Kalifornien kam, verschenkte das Getränk gläserweis und gewann auf diese Weise 14,000 Pf. in Gold.

Meriko. Von hier erfährt man, daß die der Kriegspartei angehörigen Generale Tenorio und Garriere ohne Zustimmung der Regierung beabsichtigen, die dem Anschluß an Nordamerika geneigte Stadt Tampiko nebst Festung in Besitz zu nehmen. Jener liegt mit 600 Mann und 6 Geschützen in Alt-Tampiko gelagert, dieser wird mit 300 Mann täglich erwartet. Die nur 500 Mann

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 1. Februar. Kaiser und Reich. Adresse aus Sachsen an die Nationalversammlung.) Wien (Ungarische Unterwerfungserklärungen. Die Prorogation des Reichstags. Heer und Flotte. Einnahme von Essegg.) Berlin (Die Wahlen zur ersten Kammer. Schlimme Aussichten. Die Wahlen. Organisation der Gerichte.) Königsberg (Die Wahlen.) Dresden (Vertrauensadresse an das Ministerium.) Hanau (Schwurgerichtliche Verhandlung.) Gotha (Der Herzog. Die Reichstruppen. Die Militärangelegenheiten der thüringischen Staaten.)

Frankreich. (Letzte Nachricht aus Paris.)

Schweiz. Bern (Bewegungen in Genf, Waadt, Neuenburg und Freiburg. Beschlüsse des Bundesraths über das Werbedepot in Uri. Die deutschen Flüchtlinge. Spielbank in Interlaken.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 1. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 1. Februar.

Tagesordnung der 162. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „Gewähr der Reichsverfassung", und zwar über §§. 6, 7 und 7 a.

Vorsitzender: Präsident Simson. Herr Moritz Stöckler aus Langendorf hat jetzt seinen Austritt aus der Nationalversammlung angezeigt, so daß dem Eintritte des Herrn Lammers von Erlangen zu seinem Ersatz kein Hinderniß mehr entgegensteht. Die seit dem 25. Januar neu hinzugekommenen Abgeordneten Herren Glar von Gumpendorf, Härtel von Kronach, von Kaisersfeld und Liebel aus Steiermark, sowie Pfeifer von Landshut werden den verschiedenen Abtheilungen zugewiesen. In Bezug auf die von Herrn Arndts gerügten Unrichtigkeiten bei der Abstimmung in der Oberhauptsfrage verkündet der Präsident, daß die nachträglichen genauesten Ermittelungen des Bureaus ergeben: die Majorität habe 258, wie aufgeführt, und nicht weniger gezählt, dagegen die Minderheit allerdings um eine Stimme, nämlich von 211 auf 212 wachse.

Herr Pfeiffer aus Adamsdorf stellt den Antrag, die Centralgewalt zu ersuchen, daß sie bei der k. preußischen Regierung die Aufhebung der Ausnahmezustände in Berlin und der Umgegend, soweit durch dieselbe die Grundrechte beschränkt werden, bewirke. Allein nur eine Minderheit des Hauses erkennt dem Antrage die Dringlichkeit zu, wornach derselbe anstatt zur unmittelbaren Berathung zu gelangen, an den betreffenden Ausschuß zur Berichterstattung übergeht.

Artikel III. §. 6 des Abschnittes des Entwurfs „Gewähr der Reichsverfassung", worüber hierauf die Verhandlung eröffnet wird, lautet nach dem Vorschlage der Mehrheit:

„Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhauptes erfolgen.

Zu einem solchen Beschlusse bedarf es in jedem der beiden Häuser:

1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder;
2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß;
3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen."

Der wesentliche Punkt, um den sich die folgende Besprechung bewegt, ist das bedingte oder unbedingte Veto des Reichsoberhaupts bei Verfassungsveränderungen. Herr Mölling aus Oldenburg, dessen Rede die Debatte eröffnet, erklärt sich gegen ein unbedingtes Zustimmungsrecht des Reichsoberhaupts, Herr Plathner aus Halberstadt dafür. Die Gründe für und wider sind im Allgemeinen dieselben, welche bereits bei der Berathung über den hierher einschlagenden Paragraphen der Reichsgewalt entwickelt wurden, nur verstärkt nach der ersteren Seite hin durch das Moment, daß es sich heute nicht um die Zustimmung des Oberhaupts zu einem einfachen Reichstagsbeschluß handelt, sondern um Umgestaltungen der Verfassung. Herr Plathner führt schließlich noch zwei Gründe an, die er für besonders entscheidend hält. Nicht der Republik, sondern der Despotie und der Militärherrschaft werde eine allzugroße Biegsamkeit der Reichsverfassung Vorschub leisten. Sodann aber werde kein „regierender deutscher Fürst" eine Gewalt nach Herrn Vogt's Ausdrucke „auf Kündigung" annehmen. Da die Herren Schüler von Jena und Vogt aus Gießen auf das Wort verzichten, so gelangt sofort nach Plathner Herr von Vincke auf die Tribüne. Im Interesse der Dauerbarkeit und Stetigkeit, die er für eine Verfassung für unerläßlich hält, erscheint ihm der Zwischenraum von 8 Tagen, der zwischen den zwei verfassungändernden Beschlüssen liegen soll, als ein viel zu kurzer. Die Frist reiche ja kaum aus, auch nur die stenographischen Nachrichten von dem Beschlusse bis an die Enden Deutschlands zu tragen. Dem Volke werde dadurch die Gelegenheit entzogen, seine Meinung zu äußern. Der Antrag v. Vincke's geht deßhalb dahin, daß zwei Abstimmungen in zwei verschiedenen Sitzungsperioden festgestellt werden. In der Entziehung des unbedingten Zustimmungsrechts des Reichsoberhaupts erkennt der Redner eine Schwächung der Monarchie, die zum Staatsumsturze führe. Die Anarchie oder die Usurpation werde aus einer Regierungsgewalt hervorgehen, die man geflissentlich zu entnerven suche. So lange noch die Liebe und Hingebung der deutschen Völker zu ihren angestammten Fürsten besteht (Hohn von der Linken), so lange unsere politische Lage zwischen Rußland und Frankreich dieselbe bleibt, so lange uns die Pflanzstätten im Auslande fehlen, um die sozialen Elemente, die im Vaterlande keinen Raum mehr finden, dahin auszuwandern, bedürfen wir der Monarchie für Deutschland und einer starken Monarchie. Aus Quadern, nicht aus Backsteinen wollen wir unsere Verfassung aufbauen; wir wollen ihr nicht im Voraus ein Loch anbohren um unser Mißtrauen in ihre Forteristenz zu verrathen. Aus den Gründen aus welchen ich für die Erblichkeit des Oberhaupts bin, bin ich auch für das unbedingte Veto, damit die Monarchie im Stande sei, unsere Verfassung als ein heiliges Fideikommiß unverletzt von Jahrhundert zu Jahrhundert an unsere Nachkommen zu überliefern.

Hr. Vogt von Gießen nimmt von einer Aeußerung Vincke's Gelegenheit, doch noch das Wort zu begehren. Der Vorredner habe ihm Pessimismus vorgeworfen und nachgesagt, daß er die Revolution als eine Naturnothwendigkeit betrachte. Allerdings. Allein man könne eine Naturnothwendigkeit anerkennen und doch sie beklagen, nicht herbei wünschen. Auch haben wir (von der Linken) nur die Warner vor der Revolution abgegeben, wir haben gesagt: baut das Haus, daß es sicher sei vor revolutionärem Einsturz. Eine Verfassung für Jahrhunderte gründen zu wollen, schon darin erblicke ich eine unverzeihliche Anmaßung. Ein Strom überschreitet sein Ufer nur und sprengt die Brücken, wenn er zu hart eingeengt wird. Und das ist (zur Rechten gewendet) gerade Euer Stück Arbeit.

v. Vincke: Auch einen politischen Gegner greife ich nicht bei seiner Gesinnung an, wohl aber halte ich mich an seine Aeußerungen. Er verliest hierauf die Stelle einer Vogtschen Rede, worin dieser sagt, wenn das Verfassungswerk scheitere, so werde er keinen Kummer darüber empfinden — im Gegentheil!

Die Besprechung des Paragraphen wird hierauf geschlossen, und da die Berichterstatter der Mehrheit sowohl, als der Minderheit des Verfassungsausschusses sich des Worts begeben, so erfolgt sofort die Abstimmung. Zuerst und durch Namensaufruf über den ersten Satz des Paragraphen: „Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhauptes erfolgen." Wird mit 259 gegen 196 Stimmen angenommen. Die übrigen Sätze des Paragraphen werden — unter Ablehnung des Vincke'schen Antrags auf Verlängerung der zwischen der Doppelbeschlußfassung liegenden Frist, um den Raum von einer Sitzungsperiode zur andern — ebenfalls ganz in der oben mitgetheilten Gestalt des Vorschlags der Ausschußmehrheit im gewöhnlichen Abstimmungsverfahren angenommen.

Zu dem folgenden über Aufhebung einzelner Bestimmungen der Grundrechte im Falle des Kriegs und Aufruhrs handelnden §. 7 sind mehrere Verbesserungsanträge eingebracht, worunter einer des Herrn von Schmerling und Genossen auf Einräumung wesentlich erweiterter Befugnisse an die Regierungsgewalten geht, während auf der anderen Seite die Hrn. Wigard und Genossen die Erklärung des Belagerungszustandes überhaupt nicht gestattet wissen wollen. Die Besprechung eröffnet Herr Tellkampf, der das erste Minderheitserachten empfiehlt, nach welchem, sowie Ausnahmsmaßregeln der bezeichneten Art verhängt sind, „ohne Verzug" die Zustimmung des Reichstags oder des gesetzgebenden Körpers des Einzelstaats einzuholen ist. Hr. Schneer dagegen spricht sich für den Antrag der Ausschußmehrheit aus,

indem er mit besonderer Schärfe das Minderheitserachten unter Nr. 2 angreift, wornach nicht nur im Falle des Kriegs oder Aufruhrs einzelne Grundrechtsbestimmungen aufgehoben, sondern geradezu das **Kriegsrecht** verkündet werden soll.

Herr **Heinrich Simon**, Mitunterzeichner des Minderheitserachtens Nr. 1.: Ein Aufruhr ist stets das Symptom einer schweren Krankheit des Volkes, wobei es sich wohl immer der Mühe lohnen wird, den Arzt, d. h. die Volksvertretung einzuberufen. Ein Hauptmangel unserer deutschen Gegenwart ist der Mangel an Achtung vor dem Gesetze — sowohl von oben her, als von unten. Auch §. 7. des vorliegenden Abschnittes ist ein Erzeugniß dieser Mißachtung. Der Redner verbreitet sich hierauf mit großer Ausführlichkeit über die Gründe dieser Mißachtung und tritt endlich dem Minderheitserachten unter Nr. 1 mit den Zusatzanträgen des Hrn. Max Simon bei, die auf sofortige Berufung der Volksvertreter in dem Maße lauten, daß diese Volksvertreter spätestens am 21. Tage nach Verkündigung der Ausnahmemaßregeln versammelt sein müssen.

Hr. v. **Schmerling**: Sind die Grundrechte ein bedeutendes Geschenk der Freiheit genannt worden, so ist ihnen auch eine angemessene Macht zum Gegengewicht zu geben. Denn setzen wir Freiheit und Macht nicht in das nöthige Gleichgewicht, so wird das Mißverhältniß zu einem Kampfe führen, der leicht zum Nachtheil der Freiheit ausschlagen könnte. Ich spreche mithin im Interesse der Freiheit (Unruhe und Spott von der Linken), wenn ich den Wegfall der Bestimmung beantrage, daß allemal auch die Kammern einzuberufen seien, sowie einmal irgendwo der Belagerungszustand, sei's auch nur für die kürzeste Zeit, verkündigt werden mußte. Ist es auch eine Ausnahmemaßregel und wie ich nicht leugne, eine gefährliche, so wird es doch genügen, das Ministerium dafür zur Verantwortung zu ziehen bei der nächsten regelmäßigen Sitzung. Dies Verlangen rechtfertigt Hr. v. Schmerling auch durch den Kostenpunkt. Denn es werde dann jeder kleinste Aufstandsversuch hinreichen, dem großen deutschen Reiche die Kosten einer halben Million für die Zusammenberufung seiner Abgeordneten aufzubürden.

Nach einer ganz anderen Richtung hin geht natürlich die Meinung des Hrn. **Vogt** von Gießen, der auf Schmerling folgt: selbst das französische Verfahren gestatte den Belagerungszustand einzig in Festungen, und nur, weil Paris eine Festung sei (Gelächter), sei dort die Aufhebung der sonst giltigen Gesetze möglich. Ich habe einigen Umwälzungen in der Schweiz beigewohnt, aber niemals Ausnahmsmaßregeln erlebt, wie dort z. B. der ganze Sonderbundskrieg geführt ward, ohne daß eine Beschränkung der Preßfreiheit und ähnlicher Rechte eintrat. Auch die nordamerikanische Verfassung gestatte keine Ausnahmsmaßregeln, wie sie §. 7. vorschreibe. Herr Vogt behauptet, daß in Wien, in Berlin und an andern Orten die Minderheit anstatt der Mehrheit regiere, der nicht auch noch gesetzliche Zwangsmittel vorgeschlagener Art angeboten werden dürften. „Das Recht der rettenden That", wie es in Preußen geübt worden, gibt Veranlassung zu einer Unterbrechung — diesmal von der rechten Seite des Hauses. Auch jetzt, fährt der Redner alsdann fort, werde man vielleicht wieder sagen: das sei keine Frage der Freiheit, sondern der Macht. Nur daß man dabei die Gewalt nach außen verwechselt mit der Gewaltthätigkeit nach innen. So lange Napoleon ein bloßer Konsul der französischen Republik war, befand sich sein Stern im Aufsteigen. Er sank, nachdem aus dem Konsul ein unumschränkter Kaiser geworden. Aber was uns hier als Macht geschildert wird — wir brauchen es gar nicht. Wir wollen nicht erobern und die Kraft, unsere Freiheit zu schützen, wird uns nicht fehlen. Der Minderheitsantrag unter Nr. 2 muthet uns den Erlaß eines unerhörten Blutgesetzes zu. Trauen wir den Regierungen nicht, sie werden alle ihre Mittel nur gebrauchen, um ihre Macht zu vergrößern und die Freiheit zu unterdrücken.

Herr v. **Vincke**: Wäre die Achtung vor dem Gesetze in Deutschland wirklich so gering, als es das Mitglied für Magdeburg geschildert, so müßte eine desto größere Aufforderung für uns darin liegen, die Macht zu stärken, welche diesem Gesetze Ansehen verschaffen soll. Will man keine Ausnahme zugestehen, so wird damit auch das Recht der Nothwehr geleugnet. Ums Himmelswillen solle man sich aber hüten vor Beispielen aus der Republik und aus der französischen Republik. Sei Paris eine Festung, was sei dann Rouen, wo ebenfalls der Belagerungszustand verkündet worden? Man entlehne auch Beweise aus der alten Welt, man citire Rom. Wolle man sich aber der Geschichte zum Zeugnisse bedienen, so müsse man sie kennen. (Unruhe auf der Linken.) Das wenigstens ists, was Sie von den vielfach angegriffenen Professoren dieser Versammlung erlernen könnten — Geschichte." (Beifall.)

Die Versammlung beliebt hierauf den Schluß der Debatte, doch ist die Abstimmung, unter Vorbehalt des Worts für den Berichterstatter, auf Sonnabend (wegen des morgenden Marientags) ausgesetzt. Außerdem werden in der Sitzung des 3. Febrs. die Präsidentenwahlen erneuert.

♉ **Frankfurt**, 1. Febr. August Wilhelm Schlegel sagt einmal: „ich nehme keinen Tadel meiner Uebersetzungen an, wenn mir der Rezensent nicht auf der Stelle beweist, daß er es besser machen kann." Ein praktischer Spruch, wie ich meine, der auch wohl weiter hinaus seine Anwendung findet. Die vielbesprochene preußische Note will vom „Kaiser der Deutschen" nichts recht wissen. Immerhin! wenn sie nur etwas an die Stelle setzte. Der „König der Deutschen" ist denn doch in Wahrheit in der Anwendung höchst ungelenk, oder will man statt kaiserlicher Befehle künftig königlich-deutsche oder deutsch-königliche? Als ob die andern deutschen Könige nicht auch Deutsche wären? — Das deutsche Volk erkennt auf den ersten Blick, was ihm **Kaiser** und **Reich** bedeuten und in gutem Glauben haben wir keine Bundesstaatstruppen und Bundesstaatsminister, sondern **Reichs**truppen und **Reichs**minister aufgestellt. Allein die Schwierigkeiten bei andern Mächten? Wenn uns die heutige französische Post die Nachricht brächte, das französische Volk sei zum Kaiserthum zurückgekehrt, Jedermann würde das ganz natürlich finden und unsere Diplomaten beglückwünschten sich wohl gar. Nur uns armen Deutschen soll das Natürliche nicht natürlich sein.

Wir rathen den Männern der Paulskirche, unbeirrt ihres Weges weiter zu gehen, sich Kaiser und Reich nicht nehmen zu lassen und auch sonst nichts, woran sie Glauben haben.

—x **Frankfurt**, 31. Jan. Aus Wechselburg im Königreich Sachsen ist nachstehende Adresse an die deutsche National-Versammlung eingegangen:

„Im Namen und Auftrag des hiesigen Staatsbürgervereins theile ich, als dessen erster Vorsteher, dem hohen Reichstag die Erklärung und Protestation mit, welche jener gegen den Beschluß der zweiten sächsischen Kammer vom 20. Jan.*) 1849 an dieselbe hat gelangen und auch sonst veröffentlichen lassen. Wechselburg. Dr. Leonh. Kalb, Pfarrer." „„An den sächsischen Landtag beider Kammern. In Erwägung, daß es Unrecht und Unsinn wäre, dem sächsischen Volke zuzumuthen, Reichstagsabgeordnete seiner Wahl aus seiner **rechten** Tasche in Frankfurt zu beballen, damit sie den Verfassungsbau eines einigen Deutschlands begründen helfen und **zugleich** Landtagsabgeordnete in Dresden aus seiner **linken** Tasche dafür zu besolden und mit der Befugniß auszustatten, jenen Bau wieder umzustoßen; in Erwägung, daß es widersprechend wäre, die Grundrechte, einen Theil der Verfassung, anzunehmen und aus subjektivem Belieben die andern Theile zu verwerfen; in Erwägung, daß es unwürdig ist, die Regierungen gegen die seiner Zeit von der Linken am lautesten begrüßte Nationalsouveränetät des deutschen Reichstags aufzureizen, wohl gar um der kleinlichen Rache und verletzten Eitelkeit einiger ehemaligen, meist überstimmten und deshalb verstimmten sächsischer Reichstags-Abgeordneten zu einer Demonstration eine Grundlage zu bieten, wozu der Landtag nicht gewählt, berufen noch ermächtigt ist; in Erwägung, daß unter andern Behauptungen des Antragstellers **Schaffrath** auch das Motiv gegen den gesunden Menschenverstand geht, als ob die Aufstellung eines konstitutionellen Kaiserthums dem republikanischen Gelüste förderlicher wäre, als die sogenannte demokratische Spitze einer Präsidentur, deren vielbelobte Verantwortlichkeit sogar in Schuldfällen keinen Schutz und keinen Ersatz gegen allgemeine Reichs- und Landschäden bietet und die dem Volkswohl schädlichen Schwindeleien, Schwankungen, Wühlereien und Parteiungen nur begünstigt; in Erwägung, daß ein solcher Vorgang Sachsens die Einheit Deutschlands und mit ihr seine Macht und in dieser seine Wohlfahrt gefährdet, dem deutschen Patriotismus und der politischen Intelligenz eines großen und nicht des schlechtesten Theils des sächsischen Volkes eine **unverdiente** Schmach anthäte und anderweitige Sondergelüste gegen dringende Nationalbedürfnisse hervorrufen würde, — erklärt hiermit der hiesige Staatsbürgerverein, der aus Mitgliedern verschiedener politischer Farben besteht, **einstimmig** seinen Unwillen über die Annahme des **Schaffrath**schen Antrages und seinen Protest gegen die Rechtsgültigkeit des Beschlusses über den 2. Theil des Tschirner'schen Zusatzes in der 3. öffentlichen Sitzung der zweiten sächsischen Kammer vom 20. Januar 1849."" Wechselburg den 23. Januar. Der Staatsbürgerverein."

Wien, 26. Jan. Die Wiener Zeitung bringt von den vielen **Unterwerfungserklärungen**, welche, seitdem die Armee den Boden Ungarns betreten hat, bei dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz eingelaufen sind, die von Pesth, Ofen und Gran. In der ersten heißt es: Wir Unterfertigte, als Gesammtmagistrat der königl. Freistadt Pesth, erklären hiermit feierlichst,

*) Die deutsche Oberhauptsfrage betreffend. Anm. d. Eins.

daß wir Se. k. k. apostolische Majestät Franz Joseph als gesetzmäßigen König von Ungarn huldigend anerkennen und uns seinen Befehlen unbedingt unterwerfen. Aus der Magistratssitzung. Pesth, 5. Jan. 1819.

* **Wien**, 27. Jan. Die Prorogation des Reichstags soll den Hauptgegenstand der Berathungen im Ministerium bilden. Kraus und Stadion sprechen sich entschieden dagegen aus, der Ministerpräsident Schwarzenberg, so will man wissen, dafür. Aus authentischer Quelle geht hervor, daß die österreichische Armee in 19 Grenadier-, 314 Füsilierbataillonen, 170 Kompagnien Artillerie, Mineurs, Sappeurs und Pionniere und 291 Schwadronen Kavallerie 516,000 Mann zählt, ungerechnet 20,000 Mann Fuhrwesen und die im laufenden Monat errichteten, auf 45,000 Mann anzuschlagenden Reservebataillone der Linieninfanterie. Sehr gerühmt wird die Thätigkeit des Kontreadmirals Soudean, welcher seit sechs Wochen das Kommando des Geschwaders in Pola übernommen hat. Die kaiserlichen Truppen sind in Essegg eingerückt.

ꝟ **Berlin**, 29. Jan. Die konservative oder die reaktionäre Partei — ich weiß es kaum bestimmter anzugeben — hat bei den Wahlen zur ersten Kammer einen vollständigen Sieg erfochten. Kaum daß hier und da ein nur einigermaßen demokratischer Wahlmann durchgekommen ist. Bei diesem Ergebniß kommt es auf das größere oder geringere Maß von Reaktion oder Konservatismus kaum noch an. Soviel ist klar, daß eine zweite Kammer, wie sie voraussichtlich zusammentritt, mit einer ersten Kammer, die nach diesem Berliner Maßstabe gebildet ist, nun und nimmer zu einem Ziele gelangen kann. Daß aber dieser Berliner Maßstab so ziemlich maßgebend sein wird, ist wohl mehr als wahrscheinlich. In den kleinen Städten und auf dem Lande ist die Zahl der Urwähler für die erste Kammer verhältnißmäßig viel geringer, als hier in einer großen Stadt, und der Einfluß der Konservativen, der reichen Gutsbesitzer u. s. w. noch überwiegender. Der Rückschlag des heutigen Tages wird noch dazu bei den Wahlen für die zweite Kammer eine bedeutende Wirkung üben. Selbst die Gemäßigten werden durch die Erfahrungen von heute immer mehr dahin getrieben, in der zweiten Kammer den einzigen Rettungsanker des Liberalismus zu suchen und werden daher diesen Anker so fest als möglich zu machen bestrebt sein. — Schon jetzt gewinnt die energisch demokratische Partei in den Versammlungen der Wahlmänner von Tag zu Tag das Uebergewicht, in dessen Erreichung sie durch die Nachrichten aus den Provinzen nicht wenig unterstützt wird. In dem dritten größern Wahlbezirk ist Waldeck's und Jacoby's Wahl völlig gesichert; man weist es sogar zurück, Waldeck erst noch über seine Stellung zu der oktroyirten Verfassung zu hören und es ist so gut wie beschlossen, ihm carte blanche zu geben. So hat denn der Prolog begonnen. „Ich komme nicht mehr, daß Ihr lacht" — so kündet er sein Spiel uns an. Von sonstigen Tagesneuigkeiten habe ich nur zu erwähnen, daß das Anlagekapital für die große „Konstitutionelle Zeitung," die von Hansemann projektirt wird, in diesen Tagen zusammengebracht ist. Die Zeichnungen sind namentlich unter der kaufmännischen Welt erfolgt; man nennt bedeutende auswärtige Häuser, die sich mit ziemlich hohen Summen bei dem Unternehmen betheiligt haben. Am 15. Februar oder spätestens beim Zusammentritt der Kammern wird die erste Nummer ausgegeben werden. Man ist sehr begierig, wie der Konstitutionalismus des Redakteurs, Herrn Weil, ausfallen wird, da die konstitutionelle Politik Louis Philipp's, der Herr Weill bekanntlich mit Leib und Seele treu ergeben war, nicht mehr Anklang findet; aber schon Sophokles besingt ja die Geschicklichkeit des Menschen, sich in den schwierigsten Verhältnissen zurecht zu finden, mit so ewiger Wahrheit, daß wir nicht zweifeln, auch Herr Weil werde seinen neuen und ganz besonderen Weg einzuschlagen wissen.

Eine andere Neuigkeit ersten Ranges hat uns der heutige Staatsanzeiger in der Circularnote der preußischen Regierung gebracht — doch deren Wirkung werden Sie wohl in der Nähe mehr empfinden, als ich es hier kann, wo die Wahlen alle Aufmerksamkeit des Publikums gebieterisch in Anspruch nehmen.

⁝ **Berlin**, 30. Jan. Der Sieg der Konservativen in der ersten Kammer ist vollständig. In Breslau, in Halle ist kein einziger ihrer Gegner zum Wahlmanne erkoren. Es steht also eine erste Kammer, die ganz rechts, und eine zweite, die ganz links ist, in Aussicht. Keine angenehme Aussicht! Wie soll der Wagen aus der Stelle kommen, wenn das eine Pferd vorn angespannt ist, und das andere hinten? Ich hörte einen reichen Gewerbsmann sagen, er wickele sein Geschäft ab, um möglichst bald nach England zu entkommen. Neue Zerwürfnisse drohen, das läßt sich nicht verkennen. Hr. Waldeck erklärte in einer Versammlung in der Villa Colonna, ein Zerwürfniß mit der Krone sei unvermeidlich, er halte es jedoch für Pflicht, den Zusammenstoß so lange wie möglich zu vermeiden. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß er ganz und gar vermieden werden könne. Dazu muß Jeder Hand ans Werk legen, zunächst die Regierung. Uns entschwindet die Hoffnung auf eine ruhige Zukunft, wenn wir die Minister, hoffentlich mehr aus Rathlosigkeit als aus schlimmen Absichten, noch immer an ihren Plätzen kleben sehen; daß sie durch Thätigkeit in den Verwaltungszweigen ihr Dasein zu rechtfertigen suchen, wollen wir gern anerkennen. Namentlich in der Rechtspflege wird eifrig gearbeitet. Der frühere Justizminister Kisker, welcher die Gesetze über die Aufhebung der Patrimonialgerichte, über die anderweitige Organisation der Gerichtsbehörden und die Einführung der Geschwornengerichte ausgearbeitet hat, ist nach Naumburg abgereist, wo er Präsident des Oberlandesgerichtes ist, um zunächst in seinem eigenen Kreise die neue Einrichtung zur Ausführung zu bringen. Er soll demnächst im Justizministerium die Umwandlung der Gerichte im ganzen Staate leiten. Wenn es vor allen Dingen dem Unterrichtsminister gelänge, den Schullehrern das durch die Verfassung gewährleistete ausreichende Einkommen zu verschaffen! Allein wenn die Sorge für die Volksschullehrer auf dem Lande den Gemeinden und den einzelnen Haushaltungen aufgebürdet werden soll, so wird die Stellung des Schullehrers da auch eine sehr mißliche. Er wird unbeliebt, und seine Einnahme wird gutentheils auf dem Papiere stehen bleiben. Von Seiten des Unterrichtsministers ist, wie der Staatsanzeiger meldet, Sorge getragen, daß beim Verkauf der Domainen für die Erhaltung der Schloßruinen und geschichtlich merkwürdigen Gebäude Sorge getragen wird. Wir erkennen dies an. Aber die Erhaltung der Lebenden ist eine noch dringendere Aufgabe. Wie viele arme Schulmeister verkommen im Elende und werden zu lebenden Ruinen! Im auswärtigen Amt kaut man die Nägel wegen Schleswigs. Der Vorschlag Dänemarks, Schleswig eine (scheinbare) Selbstständigkeit einzuräumen, ist, wie man hört, am Widerspruch der deutschen Reichsgewalt, oder vielmehr an seiner eigenen Unmöglichkeit gescheitert. Die ganze Ostseeküste verlangt zu wissen, woran sie ist, ob Krieg oder Friede mit Dänemark sein wird? Leider ist es, trotz aller schönen Versicherungen über die erfolgreiche Thätigkeit des deutschen Marinedepartements nur allzu wahrscheinlich, daß beim Ablauf des Waffenstillstandes keine deutsche Flotte ausgerüstet sein wird, um auch nur die Mündung von Elbe und Weser frei zu halten. So weiß man denn vorläufig keinen andern Rath, als eine Verlängerung des Waffenstillstandes. Wenn das große Deutschland diesen Krieg doch nur mit dem halben Eifer, wie das kleine Dänemark führen wollte!

ꝗ **Königsberg**, 27. Jan. In unserer Provinz ist überall, wenn wir die Städte Danzig und Elbing ausnehmen, die Partei der Preußenvereine aus dem Felde geschlagen, überall in Stadt und Land. An verschiedenen Orten hat gerade diese Partei durch ihr maßloses Auftreten die entschiedensten Gegner hervorgerufen, so in der bisher konservativen und indifferenten Handelsstadt Memel, wo die Wahlen durchgehends demokratisch ausgefallen sind. Eine auffallende Erscheinung ist, daß in den beiden Festungen Pillau und Graudenz, welche besondere Wahlbezirke bildeten, kein Offizier gewählt ist; in der erstgenannten waren vom Kommandanten den Mannschaften der Garnisonsprediger und zwei Hauptleute empfohlen, es gingen jedoch mit bedeutender Majorität aus der Wahl hervor: der Auditeur, ein Chirurgus und ein Zeugschreiber, sämmtlich Mitglieder des demokratischen Klubs. In unserer Stadt beträgt die Majorität der liberalen Wahlmänner den dritten Theil der Gesammtzahl, keinen Führer der sogenannten Preußenpartei, wohl aber sämmtliche Vorstandsmitglieder der liberalen Klubs findet man in den Listen. Von unseren ehemaligen Deputirten sind Jakoby und Kosch in ihren Bezirken gewählt, Tamnau dagegen nicht. Als Deputirte werden genannt Jakoby, Rupp, Kosch einerseits, Tamnau, Simson und der frühere Landtagsdeputirte Heinrich andererseits; wie man sieht, hat die Aristokratenpartei, die Hoffnung aufgebend, Mitglieder der Rechten durchzubringen, sich auf das Centrum geworfen. Nach dem bis-

Uebersicht.

Herr v. Radowitz.

An den *Correspondenten vom Rhein.

Z **Koblenz**, 20. Jan. Herr v. Radowitz, „der Freund des Königs von Preußen", hat also in der großen Debatte über die österreichische Frage nicht mitgestimmt, wie Schmerling, „der Freund des Reichsministers von Gagern"; er hat die Faust in der Tasche gemacht, bald aber aus derselben Tasche die Erklärung herausgegeben: „ich verlange, daß Deutsch-Oesterreich beim deutschen Reiche bleibe, weil — ich Deutschland liebe, ja! ich verlange es ganz besonders, weil ich — Preußen liebe." — Es wird mir und der D.P.A.Z. vom 8. d. M. niemand in der Anerkennung widersprechen, daß Herr v. Radowitz eine der bedeutendsten Einzelheiten, „ein höchst ausgezeichnetes Mitglied" in der verfassunggebenden Versammlung in Frankfurt ist, er, der dieser Versammlung die Ueberzeugung gegeben hat, daß Deutschland der Herrschaft über Oberitalien (der Minciolinie) nicht entbehren kann, der dieselbe Versammlung mit der Zusicherung beruhigt hat, daß Deutschland künftig nichts mehr von den „Jesuiten" zu fürchten haben solle. Ich spreche ihm, dem General, in beiden Beziehungen die ihm einwohnende Befugniß und Gewähr nicht ab; ich weiß, daß er in diesem und jenem sehr wohl unterrichtet und daher befugt ist, wohl verstandene und noch besser erwogene Erklärungen abzugeben. Eine andere Frage ist es aber: wie es mit seiner Liebe zu Deutschland und zu Preußen, mit der von ihm ausgesagten Freundschaft zu halten sei; ob er nur passiv oder auch aktiv der Freund des Königs sei, den er stereotyp „mein allergnädigster König und Herr" zu nennen pflegte; ob er mit oder ohne „restrictio mentalis" jener Liebe, dieser Freundschaft pflege. — Ich habe mir diese Frage aus den Wahrnehmungen beantwortet, welche ich gewonnen, seit ich diesen in seinen früheren Verhältnissen immer eigenthümlich vorwirgenden, konsequenten Mann schon seit Jahren beobachte. Herr von Schmerling hat bekanntlich vor seinen Wählern in Wien sich offen zu einer solchen restrictio nicht nur bekannt, er hat sich deren gerühmt und wir dürfen nicht zweifeln, er werde sie auch für seine „empressirte" Freundschaft zu Herrn von Gagern als Minister der Centralgewalt, bei seiner „offenen," und ich zweifle auch nicht, geheimen Mitwirkung zu Deutschlands Verfassung (gewiß, so lange Einheit und Macht in Frage stehen) gelten lassen. Daß Herr v. Radowitz eine andere haben müsse, wenn er eine solche hege, ist offenbar, denn schwarzweiß außen ist noch nicht schwarzgelb innen. Er selbst hat sich zu keiner, weder für seine Freundschaft, noch für seine Liebe, noch für seine Wirksamkeit offen bekannt, noch weniger sich einer solchen gerühmt; er sucht überhaupt keinen Ruhm wie jener. Daß Herr v. Radowitz aber Etwas suche und dafür auch mit Hrn. v. Schmerling hier, mit Hrn. Vogt dort, selbst mit Hrn. v. Gagern, nur freilich nicht zu demselben, aber wohl zu seinem Ziele und Zwecke, nach rechts und nach links gehen könne und wie es Noth thun mag, gehe, auch mit dem einen lieber gehe, als mit dem andern, dafür spricht die Konsequenz des Mannes, der, noch wund vom „scharfen Ritte" mit dem Felleisen des schweizer Sonderbundes, sich im Februar wieder zu Pferde setzte, um v. Canitz und v. Bodelschwingh's Noten, für die er seinem königlichen Freunde ja auch Gutachten gegeben, nach Wien zu tragen; der, als ihm demnächst das Pferd unter dem Leibe fiel, rasch die Sporen ablegte und nach Frankfurt ging, wo er früher schon einen Mittelpunkt gefunden, der sich ja nur von der Eschenheimer Gasse nach der Paulskirche verlegt hatte.

Von meinem obenerwähnten Standpunkte aus finde ich in den Entwicklungen und Erscheinungen dieses Mannes weder Unerwartetes noch Widersprechendes, bis auf jene Assekuranzversicherung gegen die Jesuiten; es sei denn, ich soll auf sie die Erklärung anwenden, welche die frommen Väter im Dezember 1847 dem bekümmerten gläubigen Volke von Maria Einsiedel aus gaben: die h. Mutter Gottes sei gegen die gegebene Versicherung im Kampfe zu Gislikon darum nicht persönlich den Gläubigen zu Hülfe gekommen, weil sie gerade nothwendig anderweit und sehr weit ab, „in Mexico" beschäftigt gewesen. Demgemäß glaube ich nämlich, daß Lojola auch nothwendig anderweit und sehr weit ab beschäftigt sein muß, wenn er wirklich nicht mehr mit und in Deutschland sich beschäftigen sollte; und ich brauche nicht mit jenem Franziskaner das pater est, quem torus demonstrat, zu übersetzen: Ein Pfaffe ist's, den der Schalk vorstellt.

Wie dem auch sei, der General v. Radowitz hat die beruhigende Erklärung einmal gegeben und ich kann die Vollmacht dazu nicht füglich bezweifeln, während es wieder ein anderes ist, ob und wie weit sie in Erfüllung gehen wird, wofür man ihn aber auch ebensowenig verantwortlich machen kann, als für das, was jetzt bereits in Würtemberg zum Gegentheil geschehen ist. Was nun aber des Mannes Verhältniß zu seinem Könige, der zugleich sein Gevattersmann ist, und seine Freundschaft und Liebe betrifft, so würde es wohl vergönnt sein, zur Feststellung des Urtheils über einen so hervortretenden öffentlichen Charakter meine Ansicht öffentlich auszusprechen; aus persönlichen Gründen ziehe ich es aber vor, Ihnen die Wahrnehmungen mitzutheilen, worauf meine Ansicht beruht, um nicht, wenn ich mich in jenem geirrt hätte, in einem formulirten Urtheile dem geehrten Mitgliede Unrecht zu thun.

Durch den geheimen Rath v. Voß, seinen Schwager, der wie kein Anderer wohl des jetzigen Königs Ohr von jeher besaß, ward v. Radowitz in nähere Beziehung zu dem Kronprinzen gebracht, in derselben Zeit, wo er mit v. Gerlach, dem General-Stabs-Offizier, auch der N. Pr. Z., und mit Jarcke, dem starken, mit Philipps, dem schmächtigen Konvertiten, alle scharfsinnige, ausgezeichnete Männer, die Seele des „politischen Wochenblatts" (nous ne voulons pas la contrerevolution, mais le contre de la révolution), das Vertrauen des Fürsten zu gewinnen und in einem Grade zu fesseln wußte, der schon damals Alle, die auf die Zukunft bedacht waren, anregte. In derselben Zeit, oder vielleicht früher schon, ward er auch mit dem jetzigen General v. d. Gröben befreundet, der, ein ehrenwerther, dabei der religiösen Dämmerung angehöriger Mann, dem Kronprinzen noch näher stand und ihn mit dem nachherigen Minister v. Thiele, dem Brennpunkt jener religiösen Gesellschaft, verknüpfte. In dem Kreise dieser Männer in der Wilhelmsstraße, in welchem auf bedeutsame Weise protestantischer Pietismus und unbedingter ultramontanstrebsamer Hyperkatholizismus verschwägert waren, diese Widersprüche also versöhnt erschienen, eigentlich aber in geistreicher Glätte neben einander agitirten, bildete sich der prägnanteste Ausdruck der Reaktion aus, die das Recht nur dem Zustande vor 1789 resp. 1809 vindizirend, mit einer auch die frappantesten Folgerungen annehmenden streng-adlichen „Konviktion" und geistreicher Naivetät sich ringelnd geltend machte. Nothwendig fand diese Richtung, der v. Haller's Restauration Evangelienbuch, die seit 1809 für Preußen gewonnene Ordnung nichts anderes, als die frevle Revolution, deren „le contre" sie erstrebte, daher der aus jener zur Rettung des Staats hervorgegangene Zustand der öffentlichen Dinge mit seiner etwas indecent unterbundenen Entwickelung zur konstitutionellen Verfassung ein Greuel war, in den Trägern dieser Ordnung den widerwärtigsten Gegensatz. Dieser Gegensatz hatte, nachdem sein Urheber[1]) längst abgetreten, seine kräftigsten Stützen gestorben[2]), beseitigt[3]) wenigstens geknickt[4]), angesäuert[5]), altersschwach[6]) oder in die höfische Zwangsjacke gesteckt[7]) worden waren, nur noch in der straff gegliederten Beamtenwelt, „den verdrießlichen Offiziantren", seinen Halt und darum galt es, diese zu brechen, wozu ein mit zähem Nachhalte ins Werk gesetztes „revirement" als nächstes Mittel sich darbot. Sie zeigte sich überhaupt der „Disziplinirung" sehr fähig, und mit welchem Erfolge diese gelang, ist offenbar. Nur kam der März zu frühe.

Interessant war es, die Wirkungen zu beobachten, in welchen diese Koalition durch Vermittlung der Vorliebe für Repristination nobeler mittelalterlicher Ideen zu dem geistreichen Thronfolger stand, dessen bewegliche Eigenthümlichkeit allerdings die widerstrebendsten Gegensätze aufnehmen und zeitweise wenigstens verfolgen konnte.

---

[1]) v. Stein. [2]) W. v. Humboldt. [3]) v. Schön. [4]) v. Altenstein. [5]) Eichhorn. [6]) Schuckmann. [7]) A. v. Humboldt.

v. Radowitz verstand es schon damals, sich bei aller wesentlichen Betheiligung allem Ostensibeln zu entziehen; auf jede Richtung und Ansicht eingehend, sich seine Richtung unverrückt zu bewahren; nach allen Seiten und aus Allem sich Mittel und Freunde in vorschauendster Weise zu gewinnen. Es ist dies eine von ihm mit solcher Ueberlegenheit geübte staatsmännische Kunst, daß ich bezweifle, ob sie in ihm von der Virtuosität übertroffen wird, mit welcher er es verstand und versteht, auch dem Entgegengesetztesten ein zugängliches und eröffnendes Vertrauen abzugewinnen, Jeglichem offen, doch zugeknöpft zu bleiben, auf Alles eingehend, sich selbst zu bergen, gesucht zu werden, ohne entfernt oder versteckt, ohne je selbst suchend zu erscheinen. In diesem Talente „sich abseits zu halten", liegt die besondere Macht dieses Staatsmannes, dem die Märztage eine ungemeine Zukunft gestört haben. Darum irrt es mich auch nicht, daß man ihn jetzt im Nebel intriguirender Beziehungen zu erkennen glaubt, in denen vor allen Dingen sich unerkannt zu erhalten gewiß seine Absicht war. Daß er seine geschickte Hand darin habe, bezweifle ich keineswegs, aber das glauben Sie mir, daß er in dem großen Mummenschanz des Tages und seiner Krise der Letzte sein wird, der sich „decouvrirt." Sie können, was daran richtig ist, näher beurtheilen. Jedenfalls aber erkennen Sie doch gegen mich an, daß dem Mitgliede von Rüthen es vollkommen gelungen ist, auch in der Nat.-Vers. eine bestechende Bedeutung und Anerkennung zu gewinnen, wo über sein Erscheinen die kurzsichtige größere Zahl sich verwunderte. Und wie klug und gemessen wußte er, zugleich hier vollkommen ehrenhaft, dort äußerst geschickt, für seine Aufgabe die Frage über die Reichsbewaffnung bis zu 2 pCt., welche die Kleinstaaterei zu absorbiren droht, die Lombardei oder Südtyrol und die kirchliche Frage zu benutzen, in welch letzterer die Kurzsichtigen ihn zu fangen wähnten. Wenn Sie nun wahrnehmen, daß er in der österreichischen und der Oberhauptsfrage, der von der Linken, den Partikularisten und von den Ultramontanen getragenen östlichen Abweichung von Deutschland „aus Liebe zu Deutschland und zu Preußen" angehört, so mögen Sie zugleich nicht übersehen, das er Derjenige sein wird, welcher die Bedenken, die in beider Hinsicht man dem Könige zuschreibt, mit allem Einfluß des unerschütterten Vertrauens zu nähren, wo nicht „gutachtlich" einfädelnd hervorzurufen ganz besonders im Stande war. Ich weiß das nicht, wird Ihnen der scharfe und „grimme" v. Vincke-Hagen sagen, aber ich glaube es.

Fragen Sie mich aber: wie steht denn eigentlich v. Radowitz jetzt zu seinem Könige? — so spreche ich unbefangen meine Ansicht aus: nicht anders, als wie immer! — um so mehr, da er, wie neuerlich versichert ward, wirklich aus dem preußischen Staatsdienst geschieden ist. Denn ohne diese Veränderung des scheinbaren Verhältnisses hätte der Kluge die gewonnene Stellung nicht einnehmen und seinem „über die Berge reichenden" Ziele nicht näher gehen können. Ich glaube — um dem interessanten Manne nicht unrecht zu thun, — sage ich: ich glaube, v. Radowitz hat, was ihm Mittel zum Zwecke war, nie anders betrachtet, ebenso also sein Verhältniß zum Könige. Ihm wird daher sein Gewissen auch ohne Beichtvater keinen Vorwurf machen dürfen, wenn Andere und der König selbst dies anders auffaßten und verwechselten oder irrten; während es eine sehr naive Forderung gewesen sein würde, von ihm zu verlangen, daß er das Verhältniß und das Vertrauen, wenn dieses irrte und jenes mißverstanden war, habe ablehnen oder beschränken, die sich seinem Zwecke bietende Ansicht, wenn sie irrig war und fehl trug, berichtigen sollen.

In und nach den Tagen der belgischen Revolution brachten die Verhältnisse mich wiederholt in die Nähe des interessanten Mannes und jenes Kreises; sie waren günstig genug, um der reizenden Bethörung mich zu entretten, ohne einer rechten und gerechten Beurtheilung des Mannes mich zu verschließen. Es war mir die Bemerkung interessant, daß der „sympathyser" des belgischen Klerus an dem strategischen Operationsplan geholfen haben soll, den v. Gerlach für die holländische Armee entwarf und damit den Prinzen Friedrich nach Brüssel führte, um als Resultat die Revolution, die schon wankte, zu vollenden. Nicht minder interessant war es zu beobachten, wie in demselben Kreise die absolutistischen und die hierarchischen, die protestantisch-strenggläubigen und die ultramontan-katholischen Sympathieen ihre Kreise ringelten, auf beiden Seiten halfen, schürten, förderten, aber nie sich entgegensetzten und absagten. Dazumal keimte in der Rhein-Provinz die Idee einer Sonderstellung, wenn nicht Abtrennung und Vereinigung mit Belgien, von denen die erstere 1832 zu Besprechungen zwischen Landtagsabgeordneten gedieh, die noch zeitig genug vom gewandten v. Hauer beseitigt wurden, eben als Dr. Br. sie dem geheim-polizeilichen Tzschoppe denunzirt hatte. Dieselben Ideen tauchten zur Zeit der Kölner Wirren und zuletzt wieder nach den Märztagen v. J. auf und wurden hier in Koblenz durch v. Lassaulx aus München beschwichtigt, nachdem und weil Größeres in der Paulskirche zu gewinnen war und gewonnen worden ist.

Im Jahre 1832 ward dann auch Dr. Jarcke, der Beefeater, vom vierten Stocke an der Ecke des Gendarmenplatzes weg und herab in Metternichs Kanzlei berufen, Phillips nach München gezogen. Damit wurden Beziehungen innigen Verständnisses für unsern Staatsmann nach Oesterreich und Baiern verstärkt, die ihrer sichertragenden Konsequenzen ebenso wenig ermangeln konnten, als die gesicherte vertrauliche Stellung zu dem v. Voß, welche zuerst und frühe schon die Beziehungen an den Rhein und namentlich hierher vermittelt hatte, die ihn mit dem mont rouge hier in Verbindung setzten.

Es ist dieß eine Verbindung eifriger, d. h. wahrer Katholiken, ich meine entschiedener Ultramontanen, deren Führer ein einfacher Ehrenmann, aber in der Reaktion fanatisch verrannt ist, während den heiteren Gesellen ein zum Kaplan konvertirter Husarenoffizier machte. Die Verbindung ist nicht vom jüngsten Tage; schon der Beichtvater Dom Miguel's, der Bruder des österreichischen Beobachters, suchte sie auf und der adlige Sonderbund des Rheinlandes (vulgo die Königsmauer) war ihr bald befreundet, derselbe, der dem Kreise in der Wilhelms-Straße längst befreundet, vom Kronprinzen geschützt und gebilligt war. Metternich versäumte es nie, wenn er seinen Johannisberg besuchte, jenen Führer freundlich zu empfangen; in München war ihr besonders Görres (unser Landsmann wie Metternich) zugethan, nicht minder Laurent, der apostolische Vikar für den Norden, jetzt der umtriebsame Bischof von Luxemburg. Mit Entschiedenheit eiferte sie gegen die Hermesianer, gegen welche Christian Brentano von hier aus in Rom operirt haben soll; sie erschien als der Mittelpunkt aller rheinischen katholischen Dissidien, ward es entschieden aber erst mit dem Kölner Ereigniß. Zu ihr zählt man hier Herrn Reichensperger und zu ihr gehört Hr. Adams, beide Parlamentsmitglieder; letzterer ist jedoch ausgeschieden, nachdem die Demokraten ihm die Fenster eingeworfen.

Unserem Staatsmann konnte sie ein, wenn auch schweigsam doch wohl zu pflegendes Verständniß bieten, dessen Kreise dann wieder weiter nach Frankfurt, in das Neckarthal, an die Isar und überall weiter, wo nur Konvertiten im Glauben oder Gesinnung zu finden waren, förderten und belangreich an Verfädelungen wurden.

Als von Radowitz auf der Rundreise, welche der Thronfolger durch die Rheinprovinz machte, mit demselben erschien, trug die Wahrnehmung des ungezwungenen Vertrauens, mit welchem der Fürst ihn beehrte, nicht wenig dazu bei, die Bedeutung dieses ernsten und festen Sohns der Kirche und mit vielem, reichen und raschen Wissen geschmückten Aristokraten bei den katholischen und adlichen Dissidenten festzustellen. Dissidenten nenne ich sie, weil sie dieß damals dem regierenden Systeme und dessen Beamten gegenüber, sie damals fast noch allein, waren, ohne eine eigentliche Opposition zu bilden, die erst in und mit den Kölner Wirren an den Tag kam. Den Protestanten freilich ward und blieb er bedenklich und weiter gehende verdächtigende Besorgnisse rief später bei diesen, besonders an der Wupper, die Taufe, als der Fürst in Frankfurt sein Gevattersmann ward und de catechismo romano ejusque virtute dabei disputirte, hervor.

Die Kölner Wirren! Wie unglücklich dieser ungeschickt behandelte Zwist für die Regierung ausfiel, ist bekannt, wie denn die Folgen davon in der unbezähmbaren Feindseligkeit der katholischen Rheinprovinz noch heute zu Tage kommen. Weniger bekannt geworden aber ist die Stellung und Wirksamkeit unseres Staatsmannes, der damals bei dem Bundestage in Frankfurt beschäftigt war, in diesem Bruche. Die erstere war als abseits gewiß der letzteren günstig, und doch muß die letztere durchschaut oder verkannt worden sein, weil von daher sich des nachherigen Ministers von Bodelschwingh tiefe Abneigung zu datiren scheint, gegen den der König später in der entschiedensten Weise im Ministerrathe die persönliche Bürgschaft für den Mißtrauten übernahm. Wer darüber auf das Reine kommen will, wird den Auf-

schluß von diesem Minister zu erhalten suchen müssen, dem allerdings jetzt, wie die D. Z. sich ausdrückt, keine Märzveilchen blühen, weil er eben keine gepflanzt hat. Erklärlich wird es übrigens, wie in jenen Wirren die, jene ultramontane Opposition fördernde Verbreitung: der Thronfolger sei mit den vom irregeführten königlichen Vater zugelassenen Maßregeln nicht einverstanden, beklage sie um so mehr, als er gerade die Wahl des betroffenen Kirchenfürsten durchgesetzt habe, Glauben finden konnte; wenn damit auch nicht gesagt werden darf, daß sie von unserem Staatsmanne ausgegangen sei. Dieser stand vielmehr, während gar viele Augen auf ihn gerichtet waren, so unbefangen abseits, daß er zu derselben Zeit die unbedingte Hingebung des frommen Protestanten, eines guten ehrlichen Mannes, der damals preußischer Resident bei der freien Stadt Frankfurt war, gewinnen konnte, der sich unter seinen Augen damit beschäftigte, den kleinen Krieg gegen die päpstliche Allokution, die unser Staatsmann nicht, wie andere, aus der A. A. Z. zuerst kennen gelernt haben soll, und die daran geknüpften papistischen Wühlereien in dem Frankfurter Journale zu führen. Dieses Verhältniß trug später, als v. Radowitz in den Schweizer Dingen, im Auftrage des Königs von Preußen, aber doch wohl auch nicht unter Mißbilligung der heiligen Väter in Freiburg und Luzern thätig ward, seinen vollen Nutzen (wenn auch nicht am Ende für Alle); weil gleichzeitig oder vorbereitet, wie man will, Herr v. Sydow zum preußischen Gesandten in der Schweiz ernannt worden war. Ich habe diesen Schweizer Dingen und v. Radowitz' infatigabler Thätigkeit in denselben nicht nahe und nicht günstig genug gestanden, um letztere so en detail zu erkennen, als ein anderer Ihrer Freunde, der uns genauer unterrichten könnte, wenn er wollte, was er nur will: „wenn jener es ihm zu arg macht'. Ueberschauen Sie nun einmal mit einem Blicke den Umfang der Beziehungen und persönlichen Verständnisse, in welche unser Staatsmann früher und später getreten ist und bringen Sie alle in den Brennpunkt seiner ausgezeichneten Individualität, so wird ein Bild seiner Bedeutung für unsern „Tag" hervorgehen und der Reichthum der Mittel offenbar werden, die ihm für das, was er erstrebt, zu Gebote stehen. Es gehört aber jedenfalls zu den eigenthümlichen Mißgeschicken des Königs von Preußen, daß er gerade die bittersten Folgen jener in den Kölner Wirren groß gewordenen ultramontanen Opposition und dieser Behandlung des Sonderbundes in den Händen des Gesandten seiner protestantischen Macht tragen muß, der, wie uns die O.-P.-A.-Z. als „eine freilich allbekannte Thatsache" selbstgeständlich belehrt, „ein eifriger d. h. wahrer Katholik" ist. Denn man darf doch annehmen, daß weil in beider Beziehung „das wahrhaft preußische Interesse mit dem wahrhaft katholischen Interesse in Konflikt gerathen sei", gerade Herr von Radowitz, der ein eifriger d. h. wahrer Katholik ist und zugleich „Preußen liebt" und „der Freund des Königs von Preußen" ist, der geeignetste war, seinem ihm über und gegen alles vertrauenden königl. Gevattersmanne, „seinem allergnädigsten Könige und Herrn" zu rechter Zeit die Augen zu öffnen, wie, daß es in andern Dingen geschehen, die Schrift: Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution, so rühmlich von ihm aussagt. Ich glaube, was ich nicht weiß — daß der König die Augen zu fest geschlossen hatte, und dafür unsern Staatsmann verantwortlich zu machen, wäre doch namentlich in der Stellung desselben zu naiv. Denn in zweien Sätzen hat jene selbstgeständliche Erklärung vom 6. d. M. gewiß Recht: 1) es entbehrt für irgend besonnene Beobachter des Scheins, (wie wenn die Sonne am klaren Himmel steht), daß Hr. v. Radowitz, der, eine allbekannte Thatsache, ein eifriger d. h. wahrer Katholik ist, jemals dem preußischen Interesse entgegengetreten sei, wo das wahrhaft preußische Intereße nicht mit dem wahrhaft katholischen Interesse in Konflikt gerieth; 2) nur noch unbesonnenere Beobachter können ihm den, freilich jenem nicht entgegengesetzten Vorwurf machen, „daß er, der eifrige d. h. wahre Katholik, in seiner ganzen Thätigkeit die Interessen Preußens jeder andern, (also auch der katholischen) Rücksicht vorangestellt habe", und, das setze ich hinzu, bis auf den heutigen Tag und zwar aus Liebe zu Deutschland und zu Preußen voranstelle.

Meine Ansicht über diesen Mann, wenn ich sie denn doch näher formuliren soll, liegt in diesen Sätzen und ist allerdings noch kürzer gefaßt diejenige: daß er der geistige und weil stetig, auch kraftvoll wirkende Mittelpunkt der ultramontanen Bestrebungen sei. In diesen dienen im Parlamente ihm ein Beda Weber als lustige Person, ein E. v. Lassaulx u. A. als Tirailleur für Dasjenige, was kluge Männer nicht selbst aussprechen, aber doch zur Bewegung der hinter ihnen stehenden Massen nicht außer Umlauf und Anwendung lassen können. Daß er in jeder Weise in dieser seiner Stellung in individueller Begabung und in weit reichender Verbindung der Mann unserer Zeit sei, ist unleugbar; daß er die Mittel, die Wege, die Weise seiner Wirksamkeit für seine Aufgabe wohl und richtig erkannt, selten fehlgegriffen hat und, ein ruhiger, kaltbesonnener, praktischer Mann, weislich immer das Mögliche ausgreift, das Zutreffende wohl berechnet, also auch die Macht der Nationalversammlung würdigte und erkannte, aber nie an deren Allmacht glaubte, ist offenbar. Ich habe ihn seit beinahe zwanzig Jahren in derselben Richtung und Aufgabe gesehen, nie beirrt, selten übereilt, nie bloßgestellt, zähe im Bewußtsein dessen, was er will, gewandt und stille zugleich in dem Aufgreifen und Sammlen aller Mittel und Wege, und behalte mir vor, Ihnen ein andermal meine Beobachtungen über sein Verhältniß zu den eigenthümlichen Peripetien im preuß. Regimente seit 1840, zum 3. Feb. 1847, zu den Septemberverhandlungen ꝛc. mitzutheilen. Sie würden jedoch Bestimmteres darüber von Ihrem zurückgezogenen Freunde in meiner nächsten Nähe erhalten können. Sie auf die Erklärung vom 13. d. M. aufmerksam zu machen, ist gewiß unnöthig; ich denke mir, daß sie gerade verdient, von Ihnen näher angesehen zu werden. Jedenfalls enthält sie fast in wörtlicher Fassung den Vorschlag des Ausweges, welchen jetzt Camphausen aus Berlin mitgebracht und der König als Vermittelung (nicht Vereinbarung) betreten hat. Es ist dies allerdings ein Weg, auf welchem die wahrhaften Interessen Deutschlands nicht mit den wahren Interessen des Katholizismus in Konflikt gerathen und daher sein Anrathen von unserem Staatsmanne eben so ehrlich als weise und unverfänglich. Es ist ganz derselbe, einzig praktische Weg der Hülfe, den Sie viel früher schon angegeben und dabei gerügt haben, daß die Fürsten ihn nicht schon früher betreten. Sie werden v. Radowitz danken müssen, daß er Ihren Rath dahin gebracht hat, wo man wie es scheint, die „Deutsche Zeitung" noch immer nicht versteht.

Wien.

Wien, 25. Jan. Der Fürst-Erzbischof von Görz, der Fürstbischof von Laibach und die Bischöfe von Parenzo-Pola, Veglia und Triest haben an den Reichstag eine Adresse gerichtet mit mannigfachen Forderungen und Verwahrungen. So verlangen sie 1) Vertretung der Kirche als solcher im Reichstag; 2) freie Kommunikation mit dem Papste ohne Einsicht der Regierung; 3) Jurisdiktion der Bischöfe und Herstellung der kanonischen Strafen; 4) gänzliche Unterordnung der Seminarien unter die Kirche, kein Professor der Theologie soll gegen den Willen des Bischofs angestellt werden; 5) Unterordnung der Schule unter die Kirche. Dagegen protestiren sie gegen das Einmischen der weltlichen Behörde in die Prüfungen über Tauglichkeit der Priester, gegen Aufhebung der geistlichen Zehnten. Schließlich wird noch begehrt, freie Verwaltung des Religions- und Studienfonds durch die Kirche, und freie Verleihung des kirchlichen Amtes durch die Bischöfe bei Curatien, wo der Religionsfonds Patron ist. (Allg. Z.)

Paris.

Paris, 22. Jan. James Fazy hat neulich den Präsidenten der Republik Frankreich besucht und über auswärtige Politik eine Unterredung mit ihm gehabt. Durch Napoleon Bonaparte (Sohn Jerome's) beim Präsidenten eingeführt, der ihn sehr freundlich und höflich aufgenommen, entwickelte sich, nachdem der ehemalige Präsident der Schweizer Kantone dem Präsidenten der Republik Frankreich zu seiner Würde gratulirt und den Austausch gewöhnlicher Konversationsphrasen erledigt hatte, folgender Dialog zwischen beiden: Fazy: „Der Zweck meines Besuches, „Prinz", ist, Sie um einige Andeutungen über die auswärtige Politik, welche Sie zu befolgen gesonnen sind, zu bitten." L. Napoleon: „Meine Minister berathen eben darüber." Fazy: „Ihre Minister können noch lange berathen; die Ereignisse werden deßwegen nicht minder schnell ihren Gang fortsetzen; wir sind dem Frühling nahe, und im Frühling wird der Krieg in Italien unvermeidlich ausbrechen; wir beabsichtigen Schweizer Freischaaren den Piemontesen zu Hülfe zu schicken, und wollen daher wissen, ob und in welchem Maß die Republik für die Befreiung Italiens mitwirken werde."

L. Napoleon: „Wie ich Ihnen schon bemerkte, sind meine Minister in der Berathung über die äußere Politik begriffen; so lange sie keinen bestimmten Beschluß gefaßt, kann ich Ihnen keinen Aufschluß geben." Fazy: „Sie glauben also an Ihr Ministerium? (Vous prenez donc vos ministres au sérieux?)" L. Napoleon: „Meine Minister sind redliche und im Lande geachtete Leute." Fazy: „Diese Minister werden nichts für Italien thun: ist das auch, Hr. Präsident, Ihre Politik?" L. Napoleon: „So lange die Konferenz in Brüssel über die italienischen Angelegenheiten dauert, kann überhaupt unsererseits von Krieg nicht die Rede sein." Fazy: „Wie Sie aus der Geschichte aller Konferenzen wissen, sind sie nichts als der Faden, woran man die Angelegenheiten in die Länge zieht. Bis zum künftigen Frühling wird die Konferenz keineswegs etwas zu Stande gebracht, der Krieg aber zwischen Oesterreich und Sardinien jedenfalls wieder begonnen haben; ich erlaube mir daher, Prinz, Sie nochmals zu fragen, auf welchen Beistand kann Italien von der Republik dann rechnen?" L. Napoleon: „Bei dem mißlichen Stande unserer Finanzen können wir uns in einen Krieg nicht leicht einlassen." Fazy: „Wenn sonst kein Hinderniß einer bewaffneten Intervention in Italien entgegensteht, die Finanzen können ein Land, das so viele Hülfsquellen wie Frankreich hat, nicht hindern, eine nationale Politik zu verfolgen. Ich meinerseits mache mich anheischig, Ihnen fünf bis sechs verschiedene Finanzplane vorzulegen, die sofort Frankreich die nöthigen Mittel an die Hand gäben, den Bedürfnissen eines Kriegs zu genügen und aus seinen Verlegenheiten herauszukommen." L. Napoleon: „Sie werden mich sehr verbinden, wenn Sie mir den einen oder den andern dieser Plane mittheilen wollten, den ich dann mit dem Finanzminister in Erwägung zöge." Fazy: „Ich verlange nicht mehr als 24 Stunden, um Ihnen, Hr. Präsident, einen vorzulegen, und wenn Sie mir erlauben, morgen um dieselbe Zeit Sie wieder zu besuchen, werde ich die Ehre haben, mit Ihnen darüber zu sprechen." L. Napoleon: „Ich werde Sie mit vielem Vergnügen empfangen." Hierauf verließ Fazy den Präsidenten und erschien pünktlich am andern Morgen zur selben Stunde, bei welcher Gelegenheit sich zwischen ihm und dem Kammerherrn des Prinzen folgender Dialog entspann: Fazy: „Ist der Prinz zu Hause?" Kammerherr: „Nein, mein Herr." Fazy: „Sie irren sich, der Prinz muß zu Hause sein, er hat mir für diese Stunde eine Audienz zugesagt." Kammerherr: „Der Prinz ist wohl zu Hause, aber er empfängt jetzt niemanden; ich habe Befehl niemanden, ohne Ausnahme, zuzulassen." Fazy: „Das ist nicht möglich, der Prinz hat mir eine Audienz zugesagt, übergeben Sie ihm meine Karte, und er wird mich empfangen." Der Kammerherr kam mit der Karte zurück und sagte Hrn. Fazy: der Prinz bedaure, ihn jetzt nicht empfangen zu können, worauf Hr. Fazy erwiderte: „Sagen Sie dem Prinzen, daß er seine eigene Würde in mir herabsetzt, denn auch ich war Präsident einer Republik und bin jetzt noch Präsident eines Kantons der Schweiz." Als L. Napoleon diese Worte überbracht waren, schrieb er an Hrn. Fazy einen Brief, worin er ihn versicherte, daß er nur in Folge eines Mißverständnisses nicht empfangen wurde und ihn bat, ihn morgen wieder zu besuchen. Napoleon Bonaparte, Ueberbringer dieses Schreibens, unterstützte die Rechtfertigung, und wiewohl Hr. Fazy nicht recht begreifen konnte, wie nach Uebersendung seiner Karte noch ein Mißverständniß über seine Person habe obwalten können, ließ er sich dennoch bereden, andern Tags L. Napoleon abermals zu besuchen. Ehe jedoch Hr. Fazy mit seinem genialen Finanzplan herausrücken konnte, sagte ihm der Präsident, daß er mit den Ministern und den bedeutendsten Notabilitäten der Nationalversammlung über die Sache gesprochen, und sie alle der Meinung sind, die Republik könne sich in keinen Krieg einlassen. Darauf nahm Fazy zornig seinen Hut und empfahl sich mit den Worten, er werde den unterdrückten Völkern Europa's es sagen, daß ihnen die Republik ihre Versprechungen nicht halten wolle.

Blanqui und Huber suchen nun, da die Eröffnung ihres Prozesses bevorsteht, das Attentat vom 15. Mai als etwas ganz Zufälliges darzustellen. Zu diesem Zweck beruft sich Blanqui auf das Zeugniß eines Volksrepräsentanten, mit dem er während des Tumultes in der Nationalversammlung eine Unterredung gehabt haben will, und bittet ihn in einem Schreiben an ein rothes Blatt, es ihm möglich zu machen, ihn als Zeugen zu zitiren. Blanqui kennt nämlich den Volksrepräsentanten persönlich nicht, und ruft ihm deßhalb ihr ganzes Zwiegespräch ins Gedächtniß zurück. Das Wesentlichste in demselben ist die Versicherung Blanqui's auf die Frage des Volksrepräsentanten, was das Ende der Geschichte sein werde, und welches der Zweck der ganzen Bewegung sei?: „daß diese letztere ohne alle Direktion und daß die Ursache des Skandals keine andere wäre als der Eigensinn, mit dem man der Volksdeputation den Eintritt in den Sitzungssaal verweigert hätte." Blanqui schließt sein Schreiben mit folgenden Worten: „Ich habe mich gehütet, dem Instruktionsrichter ein Wort zu antworten. Die geheime Instruktion ist ein schimpflicher Schweif der Inquisition; ihr Zweck ist nicht die loyale Entwicklung der Wahrheit, sondern ihre Entstellung. Heute endlich, da nach einem achtmonatlichen absichtlichen Hinhalten unsere Angelegenheit aus den Klauen der geheimen Prozedur gerettet werden und der öffentlichen Debatte anheimfallen wird, berufe ich mich auf die Ehre des Volksrepräsentanten, mit dem ich mich am 15. Mai im Gedränge unterhielt, und bitte ihn, seine Adresse der Frau Blanqui, place du Trône Nr. 3, zu schicken." Huber schickt an dasselbe Journal heute die Abschrift eines Schreibens an den Generalprokurator des Appellhofes. „Die Vorsichtsmaßregeln, zu denen mich meine Lage als Geächteter zwingt, haben es mir nicht erlaubt, früher als heute Morgen von dem Beschluß der Anklagekammer Kenntniß zu erhalten, welcher zwanzig seit dem 15. Mai theils eingekerkerte, theils geächtete Bürger vor den Assisenhof der Seine schickt. In der Erwartung, daß die Umstände es mir erlauben, die öffentliche Meinung über die wahren Ursachen der Ereignisse jenes Tages aufzuklären, protestire ich mit meiner ganzen Energie gegen einen Beschluß, welcher zu gleicher Zeit mit mir neunzehn Bürger für eine Thatsache inkriminirt, die mir persönlich ist und für die ich allein verantwortlich bin. Ich protestire gegen die Ungerechtigkeit dieses Beschlusses und gegen die politischen Leidenschaften, welche ihn offenbar, was meine Mitbeschuldigten betrifft, diktirt haben. Ich habe es der Untersuchungskommission erklärt, und wiederhole es Ihnen, daß ich ohne Vorwissen meiner Mitbeschuldigten und ohne sie befragt zu haben, die Auflösung der Nationalversammlung aussprach; daß ich, mich dazu entschließend, nur einer zufälligen Nothwendigkeit und Gründen der Menschlichkeit Gehör schenkte, sowie ich es gegen alle Requisitorien und trotz allen Verleumdungen beweisen werde. Uebrigens bin ich bereit, von dieser Handlung vor den Tribunalen Rechenschaft abzulegen, sobald es ihnen gefällt, mir einen regelmäßigen und legalen Prozeß zu machen. Wenn ich mich noch nicht zur Haft gestellt habe, so geschah es nur, weil ich von Ihrer Unparteilichkeit ein besseres Resultat für meine Mitbeschuldigten hoffte. Wenn ich noch warte, so geschieht es, weil ich Ihnen keinen Grund bieten will, eine nachträgliche Voruntersuchung anzuordnen, welche für gewisse Staatsmänner eine neue Veranlassung wäre, den Prozeß zu vertagen und die Präventivhaft meiner unschuldigen Freunde zu verlängern. Kommt aber der Tag der öffentlichen Debatten, so werde ich mich auf der Bank der Angeklagten befinden, nicht um mich zu vertheidigen, sondern um die Wahrheit zu sagen, welche der reaktionäre und royalistische Geist so perfider Weise entstellt hat. Es lebe die demokratische und sociale Republik! 19. Jan. 1849. A. Huber." Unsere ultarepublikanischen Blätter geben übrigens die Hoffnung noch nicht auf, daß die Nationalversammlung den Vorschlag des Ministeriums, die Angeklagten vor den hohen Nationalgerichtshof zu verweisen, heute verwerfen werde. Auch lassen sie es an Drohungen nicht fehlen; die Republique ruft aus: die Herren Royalisten würden bei dieser Gelegenheit das Volk auf ihrem Wege finden, und die Revolution gibt der Nationalversammlung zu verstehen, ihre letzte Stunde habe geschlagen, wenn sie eine solche Ungerechtigkeit begehe. (Allg. Z.)

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse. Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 33. **Frankfurt a. M., Freitag 2. Februar.** **1849.**

Uebersicht.

---

2. Februar.

Die Eintheilung nach französischem Muster in Rechte und Linke, rechtes und linkes Centrum, ist für das englische Parlament nicht wohl zulässig, auch wenn der Engländer die Anwendung französischer Terminologien und Parteinamen auf einheimische Verhältnisse nicht absichtlich vermiede. Man spricht in England von Protektionisten (jetzt seltener Tories), oder den eigentlichen Konservativen und zum Theil Ultrakonservativen, von Peeliten oder Liberal-Konservativen (als letztere betrachtet man sie, seitdem sie im Jahre 1846 mit den Whigs und Liberalen gegen die Korngesetze stimmten), ferner von Whigs oder den schlechthin Liberalen, endlich von Radikalreformern, die man anderwärts entschiedene Liberale, Ultraliberale und zum Theil selbst Demokraten nennen würde. Die zur Rechten des Sprechers sitzen, die Whigs, sind allerdings die Partei des Ministeriums, aber sie sind nicht das, was man auf dem Kontinent unter der Rechten versteht. Die eigentliche Rechte und die äußerste Rechte (nach festländischen Begriffen), nämlich die Partei der Konservativen und Ultrakonservativen, wird von den Protektionisten gebildet, denen sich gewissermaßen als rechtes Centrum die Anhänger Peel's anschließen, während die Whigs in gewissem Sinne das linke Centrum darstellen, worauf die Linke und die äußerste Linke folgt. Die irischen Mitglieder, so weit sie Repealer sind, schon an sich Gegner des Ministeriums, doch auch zum Theil nicht ohne Sympathie für die Whigs, haben seit O'Connell's Tode an Bedeutung und Einfluß ungemein eingebüßt. Doch verstärken sie häufig die an Zahl sonst nicht bedeutende Fraktion Hume-Cobdens, wie überhaupt die Partei der Radikalreformer.

Beginnen wir, dieses festländische Schema zum Grunde legend, bei der Rechten, den Tories, oder wie sie jetzt gemeinhin genannt werden, Protektionisten. Als noch Peel und sein Anhang mit ihnen ging, war ihnen der Parteiname der Tories gemeinsam, als aber Peel mit den Seinen, einem allgemeinen Landesinteresse die Forderungen einer einzelnen Kaste opfernd, im Jahre 1846 gegen die Korngesetze stimmte, wofür man ihn laut des Verraths bezüchtigte, kam für die in der toryistischen Oppositionspartei Verbleibenden der Parteiname „Protektionisten" auf, als Bezeichnung für diejenige enggeschlossene Partei, welche gegen den Freihandel unbedingte Opposition macht, sowohl in als außer dem Hause. Die eigentlichen Tories muß man seitdem wohl zumeist im Oberhause suchen, wo sie sich am reinsten erhalten zu haben scheinen, während die protektionistische Partei im Unterhause ziemlich einseitig das Interesse einer bloßen Kaste, der ackerbauenden, vertritt. Auch wird sie namentlich von Mitgliedern des reichen Landadels gebildet und ergänzt sich vorzugsweise aus den Grafschaften. Es schließen sich ihr jedoch noch viele Vertreter der Städte und Universitäten an, reiche Kapitalisten wie der sogenannte „Eisenbahnkönig", Hr. Hudson, oder orthodoxe, starr anglikanische Gelehrte wie Sir Robert Inglis; denn, wie gesagt, diese Partei dehnt ihre Schutzzolltheorie auf Alles, auch auf die religiösen Glaubenssätze und die kirchlichen Güter aus. Nichts in Altengland soll, ihrer Ansicht nach, verrückt oder verändert werden, daher sie auch für Beibehaltung der Schifffahrtsgesetze sind. Die Aussichten für diese Partei im Unterhause sind jedoch im Allgemeinen nicht günstig, und es wäre somit keineswegs geradezu unmöglich, daß die Protektionisten, in diesem Bewußtsein eines nothwendigerweise stets erfolglosen parlamentarischen Kampfes für ihre Prinzipien, sich den Whigs in einer oder der andern Angelegenheit gefällig zu machen suchten, um durch Gegengefälligkeiten ein oder das andere Zugeständniß zu erhalten, was sie auf dem Wege der Opposition gegen die Whigs zu erhalten nicht im Geringsten hoffen dürfen. So viel ist klar, daß die Protektionisten die Whigs in dem Maße nicht hassen, wie Peel und Cobden, jenen, weil er von ihnen abgefallen, diesen, weil er ein Radikal-Freihändler ist und von jeher war. Der Herzog von Richmond, ein Tory vom reinsten Wasser und Mitglied des Oberhauses, äußerte neulich in einer Agrikulturistenversammlung zu Brighton, nachdem er den auf dem ackerbaulichen Interesse lastenden Druck und das traurige Loos der Farmer geschildert: „ich hoffe, die Versammelten werden als Christen ihrem Erzfeinde, Hrn. Cobden vergeben, aber nimmer vergessen, daß sie alles Unglück, was auf sie gekommen, Hrn. Cobden und jenem andern Individuum, Sir R. Peel, verdanken. Ich erkläre, daß ich nicht weiß, welcher von beiden der schlechtere ist."

Auf keinen Fall sind die Protektionisten des Unterhauses ein verächtlicher Feind, zumal da sie einen mächtigen Rückhalt an den Tories des Oberhauses haben, deren Interessen und Grundsätze in den wesentlichsten Punkten auch die ihrigen sind. Im Unterhause sind sie einer Verbindung der andern Parteien nicht gewachsen, aber jeder einzelnen überlegen. Ihren tüchtigen Führer, den Lord Bentinck, dessen nationalökonomische Reden wegen ihrer Sachkenntniß selbst von dem in diesem Fache so stimmfähigen Robert Peel hochgeschätzt wurden, haben sie durch den Tod eingebüßt, ohne, wie es scheint, bis jetzt einen Ersatzmann gefunden zu haben, der von der ganzen Partei als Führer anerkannt würde. Vielleicht dürfte Lord George John Manners hierzu berufen sein, während Sir R. Inglis, Mitglied für die Universität von Oxford, fortfahren wird, in allen das Kirchen- und Erziehungswesen betreffenden Fragen der Partei mit seinen gelehrten Kenntnissen und seiner nicht unbeträchtlichen Rednergabe zu Hilfe zu kommen. Zwei der hervorragendsten Mitglieder dieser Partei sind John Charles Herries, der, beiläufig gesagt, auf der Universität Leipzig gebildet ist und bereits i. J. 1823 und seitdem mehrmals hohe Staatsämter bekleidete, und Benjam. Disraeli, der glänzendste, witzigste, geistreichste und schlagfertigste Redner dieser Partei, jedoch eben mehr glänzend als gediegen, der während der letzten Parlamentssession mehremale nicht ohne Glück im parlamentarischen Zweikampfe gegen die Kabinetspolitik Russell's, wie gegen die auswärtige Palmerston's, eine Lanze brach, schließlich aber doch durch den nicht minder, wenn auch in anderer Weise, des Wortes mächtigen und sein Gebiet mit seltener Klarheit und Energie beherrschenden Palmer-

ston, wie durch die mild zurückweisende und überlegene Ruhe Lord J. Russell's aus dem Felde geschlagen wurde.

Zu dieser Partei gehören noch als einflußreiche Mitglieder oder fleißige Wortführer W. S. Blackstone, der Marquis von Chandos, ältester Sohn des Herzogs von Buckingham und Chandos, Lord Jocelyn, Verfasser des Werks „Sechs Monate in China", Ch. E. Law, Robert Stephenson, der bekannte Erbauer von Eisenbahnen und Lokomotiven, Ch. Newdegate u. A. Eine äußerste Rechte mit besonderer Parteirichtung gibt es im Grunde nicht, wenn man nicht etwa den ehrenwerthen Obersten Sibthorp, der so oft durch seine martialischen Naivetäten die gute Laune des Hauses zu erwecken weiß, oder W. Lockhart, der sich selbst einen entschiedenen Konservativen nennt, u. A. dieser äußersten Rechten beizählen will. Dagegen gibt es Manche, die namentlich in kirchlichen Dingen mit den Konservativen stimmen, anderseits aber der Theorie des Freihandels zugethan sind, wie Alexander Cochrane, Verfasser eines Buches über Morea. David Urquhart, früherer Gesandtschaftssekretär in Konstantinopel, bekannt durch eine ziemliche Anzahl von Schriften über den Orient, nennt sich einen Konservativen, obschon er will, daß nur von Land und Kapital Steuern erhoben und diese, nach altem Brauch, nur von den städtischen Beamten, nicht von Regierungsbeamten erhoben werden sollen. Das sieht eher nach Radikalreform aus. Urquhart trat während der letzten Session, im Bunde mit seinem Sekundanten, dem repealistisch gesinnten Irländer Chisholm Anstey, eben so heftig als in unendlich weitschweifigen Reden gegen die Politik Palmerston's auf, und zwar eingestandenermaßen, um den mächtigen Minister aus dem Sattel zu heben und vielleicht gar sich selbst hinaufzuschwingen; er täuschte jedoch alle von ihm gehegten Erwartungen und erzielte nur einen „fortlaufenden" Beifall. Auch den philanthropischen Lord Ashley, ältesten Sohn des Grafen von Shaftesbury, wird man kaum zu den eigentlichen Konservativen rechnen können, (obschon er selbst sich zu ihnen rechnet) da er sich nicht nur für die Grundsätze des Freihandels, sondern auch für Abschaffung der Fenstersteuer ausgesprochen, die Untersuchungen über die Barbareien in den Bergwerken und Fabriken veranlaßt und die Zehnstundenarbeitsbill befürwortet hat. Im Oberhause wird die Partei der Protektionisten bekanntlich durch Lord Stanley in ausgezeichneter Weise vertreten.

Deutschland.

Wien, 26. Jan. Die Ostdeutsche Post erscheint nächsten Montag wieder, nachdem Kuranda von der Redaktion abgetreten ist. Nur unter dieser Bedingung konnte der Herausgeber vom Ministerium die Erlaubniß erhalten, sein Journal wieder erscheinen zu lassen. Es wird nun gar kein Redakteur auf dem Blatte genannt sein, und der Herausgeber Gerold die Verantwortung allein übernehmen. (Allg. Z.)

Wien, 28. Jan. Heute ist das nachfolgende 18. Armeebülletin erschienen:

„Den aus Ungarn einlaufenden Mittheilungen zufolge, erfreuen sich unsere Waffen allenthalben eines glänzenden Erfolges. Vom Feldmarschalllieutenant Baron Csorich, welcher mit einem Theile des zweiten Armeekorps der Görgey'schen Rebellenarmeeabtheilung in der Richtung gegen die Bergstädte gefolgt war, langt so eben der Bericht ein, daß er am 21. d. die starke feindliche Stellung auf dem Plateau vor Schemnitz mit der Brigade Wyß in Front und Flanke angegriffen, das Dorf Windschacht mit Sturm genommen, den Feind auf allen Punkten vertrieben habe und des andern Tages nach einem kurzen Gefechte mit der Arrieregarde des Feindes in Schemnitz eingerückt sei. Bei diesen Gefechten wurden von unseren tapferen Truppen 12 Kanonen, 10 Mörser, mehrere Munitionskarren, sehr viele Waffen und Gepäck erobert, von den dort aufgestellten 12., 23. und 33. Honvédbataillons das letztere ganz zersprengt, über 500 Gefangene gemacht, worunter 1 Offizier und 145 Mann von Alexander Infanterie und der Chef des Generalstabs Görgey's, der ehemalige Oberlieutenant Pustelnick. Außerdem verlor der Feind 60 Todte und 120 Verwundete. Unsererseits beträgt der Verlust 2 Offiziere, 6 Mann an Todten und 13 Mann Verwundete. 4 Kompagnien des 2. Jägerbataillons haben den wiederholten Sturm auf Windschacht mit ausgezeichneter Bravour ausgeführt; eben so hat das 12. Jägerbataillon unter Oberst Collery, gefolgt von einer Pionnierkompagnie, bei Hodritz mit großer Tapferkeit gefochten und allein 5 Kanonen von obgedachter Gesammtzahl erbeutet. Der Feind zog sich auf der Sohler-Straße, verfolgt von unseren Truppen, zurück. Gleichzeitig beabsichtigte Generalmajor Götz von Mossocz aus Kremnitz über Oberstuben und Turzek in Verein mit der von Rudno anrückenden Kolonne des Generalmajors Jossay anzugreifen. Da aber letzterer Herr Generalmajor am Tage vor dem Angriff von dem Herrn Feldmarschalllieutenant Simunich den Befehl erhielt, nach Neutra zurückzukehren, um daselbst zur Pazifikation des bereits okkupirten Landestheils mitzuwirken; so mußte sich Herr Generalmajor Götz begnügen, seine Stellung bei Mossocz zu behaupten, um das Turoczer Komitat vor den durch Feldmarschalllieutenant Csorich geschlagenen und zerstreuten Insurgenten zu schützen. Die endlich anzuhoffende Einnahme Leopoldstadts und die Besetzung von Neuhäusl durch die Brigade Neustädter dürften hinreichen, um den guten Geist, der sich allenthalben im Trentschiner Komitate zu entwickeln anfängt, zu kräftigen, die Gemüther zu beruhigen und zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung beizutragen. Bei Szolnok benutzten die an der Theiß sich sammelnden Insurgenten das Zufrieren des Flusses, um die Avantgarde des Generals Ottinger, welcher die Brücke besetzt hatte, zu umgehen. Da nun eine längere Besetzung der Brücke — bei dem Umstande, als der zugefrorene Fluß allenthalben zu passiren war — unnöthig geworden, so ließ General Ottinger diese nur aus Kavallerie bestehende Avantgarde gegen Czegled abrucken, bei welcher Gelegenheit die Major 2. Eskadron von Graf Hardegg-Kürassieren auf eine sie verfolgende Division von Kaiser Husaren eine so glänzende Attake machten, daß diese Husarendivision ganz geworfen wurde, mehrere Leute todt auf dem Platze liegen ließ, und ein Rittmeister mit 18 Mann gefangen genommen wurde. Nachdem Generalmajor Ottinger durch die nachgesandte Infanterie verstärkt, bei Czegled eine geeignete Position genommen, um die Insurgenten zu empfangen, zogen sich Letztere in aller Eile bei Szolnok über die Theiß zurück. — Feldzeugmeister Graf Nugent, welcher gegen Fünfkirchen vorzugehen beabsichtigt, hat durch Generalmajor Baron Dietrich und seine aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie bestehende starke Brigade Kaposvar besetzen lassen, um durch diese Vorrückung das Sümegher und Baranyer Komitat von den daselbst noch herumirrenden Honvéd und Rebellen, die ein gewisser Damjavich — gestützt auf den Zufluchtsort, welchen ihnen Essegg bietet — zu sammeln sucht, zu säubern, und daselbst, wie es Oberst Baron Horwath im Stuhlweissenburger Komitate gethan, die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen und das Wirken der Regierungskommissäre möglich zu machen. Feldmarschall-Lieutenant Dahlen organisirt die im Lande entbehrlichen Grenztruppen und wird demnächst auf dem rechten Donau-Ufer gegen Essegg vorrücken. Aus Werschetz meldet General Teodorovich vom 20. Jan.: In Folge eines heftigen Gefechtes mit den Rebellen habe ich mit den Truppen des österreichisch-serbischen Armeekorps gestern den 19. Jan. l. J. Nachmittags Werschetz eingenommen und um 11 Uhr Nachts mein Hauptquartier dahin verlegt. Am 18. Abends war das Korps zu dieser Unternehmung zwischen Michaly und Alibunar versammelt und hatte noch während der Nacht Ziesidorf besetzt. Mit frühestem Morgen wurde in zwei Kolonnen gegen Werschetz vorgerückt, und zwar der serbische Oberst Knicanin mit dem Hilfskorps und deutschbanater zwei Bataillonen über Ziesidorf, der Rest des Korps unter meiner persönlichen Führung über Nico inczé Flachawatz. Der Feind, welcher um 7 Uhr früh mit der Hälfte seines Korps nach Ziesidorf abmarschirt war, kehrte auf die Kunde von der Besetzung dieses Ortes durch unsere Truppen um 10 Uhr nach Werschetz zurück, zog den Ueberrest seines Korps an sich und marschirte um Mittag neuerdings gegen Ziesidorf ab. Als ich gegen 2 Uhr Nachmittags mit der Kolonne in die Nähe von Werschetz kam, bemerkte ich den Rückzug der starken feindlichen Kolonnen auf der Straße gegen Becskerek und machte sogleich die Anstalt zu seiner Verfolgung und Eroberung der noch vom Feinde besetzten Stadt. Mittlerweile erfolgte aber schon der Angriff des Obersten Knicanin gegen die ihm entgegenkommende feindliche Kolonne. Ich eilte unverzüglich mit einem Theile meiner Truppen zu seiner Unterstützung herbei und der Feind wurde durch diesen Angriff in seinem Rücken gezwungen, seine Richtung zu ändern und den Rückzug auf der Straße nach Morawitza zu nehmen, wohin er bis zur einbrechenden Nacht lebhaft verfolgt wurde. Wir haben über zwanzig Wagen mit Munition, Pulver und Blei erbeutet, viele Waffen erobert und Gefangene gemacht. Oberst von Mayerhofen hat durch seine guten Dispositionen und thätige Mitwirkung bei der Ausführung wesentlich zum Erfolge des Unternehmens beigetragen. Eben so ausgezeichnet waren die Leistungen des serbischen Obersten Knicanin, des Hauptmanns Michael Ivanovich des Peterwardeiner und des Kapitänlieutenants Milekics desselben Regiments. Hauptmann Kosavich und Oberlieutenant Stephanovich haben mit dem 3. deutsch-banater Bataillone Beweise der größten Tapferkeit gegeben. Unser Verlust ist, so viel ich bisher erfahren konnte, nicht bedeutend, jener des Feindes an Todten, Gefangenen und Ausreißern ansehnlich. Wien, am 27. Januar 1849. F.-M.-L. **Welden**, Militär- und Civilgouverneur."

* **Wien**, 28. Jan. Eine Kundmachung der Centralmilitäruntersuchungskommission, im gewohnten wunderlichen Style, kündigt das heute Nachmittag um $1\frac{1}{2}$ Uhr an dem Schneider Vincenz Wilhelm durch Pulver und Blei vollzogene Urtheil an, als die Folge der „trotzigen Nichtachtung" der mehrfältig vorausgegangenen Aufforderungen zur Ablieferung der Waffen. „Vincenz Wilhelm nämlich, welcher an der tragischen Entwicklung der Oktoberereignisse einen fanatischen Antheil nahm, einem von ihm eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen Selbstbekenntnisse zufolge, an den letzten stürmischen Tagen des Aufstandes nach seinen selbstgefälligen Notizen eine seltene Bravour als Lieutenant des steierischen Schützenkorps entfaltet und bei dem Widerstande gegen die kaiserlichen Truppen mehrere Wunden empfangen haben will, welcher im Vereine mit einem seiner gleichgesinnten Brüder fortfuhr, in Wirthshäusern durch Schmähungen gegen das Staatsoberhaupt, Drohung mit erneuerter Revolution und Zerstückelung der Monarchie friedfertige Gäste zu beunruhigen und in den schamlosesten Ausfällen über die gegenwärtig bestehende Ordnung loszuziehen, verbarg in seiner Wohnung eine so bedeutende Anzahl von Waffen und Munition, daß sich aus diesem Umstande die Bösartigkeit der Verheimlichung unzweifelhaft herverstellt." Alle Diejenigen, welche in Erwartung einer abermaligen Umwälzung aller bürgerlichen Verhältnisse immer noch mit Ablieferung von

Waffen und Munition zögern, werden ermahnt, sich an diesem erneuerten Fall gesetzlicher Strenge ein Beispiel zu nehmen. Dieselbe Kommission macht bekannt, daß abermals ein Soldat wegen Desertion und Theilnahme am Aufstande erschossen worden ist.

*** **Berlin**, 29. Jan. Die zweite Wahlschlacht ist so eben beendet. Darf ich nach meinem und den benachbarten Bezirken schließen, so ist sie im entgegengesetzten Sinne als die erste ausgefallen. Die konservativ-konstitutionelle Partei hat den Sieg davon getragen. Die demokratische Partei hatte es nicht anders erwartet und machte den Sieg den Gegnern nicht einmal besonders schwer. Ohne engere Wahl gingen die Kandidaten der siegenden Partei in der Regel schon mit absoluter Stimmenmehrheit aus der Wahlurne; bei den nachfolgenden Wahlen verließen viele der Unterliegenden den Kampfplatz, die Sache verloren gebend, einige ließen ihren Unmuth in der oder jener Weise aus, ja in einer Urne fand sich der Name: Robert Blum; in andern Hecker, Struve, Held mit Wrangel in einer Reihe! Man lege auf diese Wahlen nicht zu großes Gewicht, auch wenn sie im ganzen Lande in Einklang sollten ausgefallen sein. Wer zweifelt daran, daß die Besitzenden, auch bis auf die vom kleinsten Besitz hinab, den Chimären der utopischen Demokraten entgegen sind? Aber diese Scheidung, welche die neue Verfassung und sein Wahlgesetz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden eingeführt hat, ist an und für sich eine sehr bedenkliche, und wird es noch mehr, wenn das Resultat beider Wahlen eine so furchtbare Kluft öffnet, als es den Anschein hat. Hätte die Krone, als sie die Verfassung oktroyirte, die Wahlberechtigung auf den Census, welchem jetzt die Urwahlen der 1. Kammer unterliegen, festgestellt, so wäre das noch immer, nach der Analogie der bisherigen Verfassungen, ein sehr mäßiger Census gewesen; gegenüber dem Nichtcensus, der breitesten Grundlage, der Berechtigung der Besitzlosen, Gesetzgeber zu wählen, ist es aber ein gefährliches Experiment; es spaltet da die bürgerliche Gemeinschaft, wo sie noch einig war, und schafft eine Aristokratie, die wenig Gewähr leistet, und nichts vor den andern voraus hat, als die Mißgunst, die bei Denen natürlicherweise erwächst, welche nicht 500 Thlr. Einnahme haben, oder nicht 8 Thlr. Gewerbsteuer zahlen. Gesetzt das ganze Land wählt konservativ, d. h. antidemokratisch-republikanisch, zur ersten Kammer, glaubt die Krone im Einklang mit dieser Kammer den Stürmen die Stirn bieten zu können, welche von einer entschieden demokratischen zweiten Kammer ihr drohen? Die man sonst kaum die guten Bürger, den Kern der Nation nannte, werden sie nicht bald von der Presse als Privilegirte, als Exklusive, Reaktionäre verdächtigt werden, und das trotz ihrer auch sehr demokratischen Grundlage! Häuften sich hier wirklich reaktionäre Kräfte und Talente zusammen, und träte diese erste Kammer in direkte Opposition mit der zweiten, wäre das mehr als Zunder zu einer neuen sozialen Revolution. Es scheint mir äußerste Pflicht der Politik, bei diesen Wahlen mit Vorsicht zu Werke zu gehen, um nicht eine vollkommene Disharmonie, eine die keine Brücke zuläßt, mit denen der zweiten Kammer zu veranlassen. Wenn man einen Mann, wie Wrangel, der ein ehrenhafter Kriegsmann, aber weder Staatsmann noch Redner ist, in diese Kammer bringen will, wie es Absicht ist, so erscheint dies als ein gefährlicher Trotz von einer Partei, die trotz aller Katastrophen, auch am Rande des Abgrunds, noch nicht klug werden will. Was bedeutet es anders, wenn man in einem Bezirk, wie ich eben höre, den Professor Stahl zum Wahlmann ernannt hat, dessen Theilnahme an der Neuen Preußischen Zeitung wohl bekannt ist, und zwar, wie man mich gleichfalls versichert, nicht aus Liebe für ihn, sondern nur, um Hansemann durchfallen zu lassen. Daß die wirklich reaktionäre Partei unendlich schwach in Preußen ist, hat der Ausfall der ersten Wahl vor acht Tagen zur Evidenz erwiesen, aber ist es begreiflich, daß sie trotzdem in kleinlichem Unmuth vor den welterschütternden Ereignissen sich kund gibt. Sie ist es, der Frankfurt eine Thorheit, die Kaiserkrone für Preußen ein Unglück erscheint, die noch heut, statt aufrichtig der konstitutionellen Partei die Hand zu reichen, nur in der Rückkehr e i n Heil sieht. Die Neue Preußische Zeitung, wie geschickt auch redigirt, hat das Ihrige zum schlimmen Ausfall der Wahlen beigetragen. Der bekannte Artikel der Revue des deux mondes über Metternichs Aeußerungen mag, in Einklang mit den faktischen Schritten der Gewalthaber in Oesterreich, gleichfalls auf das Resultat eingewirkt haben. Wer will einen Kreislauf der Dinge, wer mag darum Alles eingesetzt, verloren haben! In Neu-Vorpommern erklärten mehrere Gutsbesitzer, sie wollten sich der Einwirkung auf die Wahlen enthalten, damit die schlechten Wahlen die Thorheit eines solchen Wahlgesetzes recht ins Licht stellten. Am Rhein hat man den Grundsatz als Praxis geübt; wir sehen die Folgen, und auch hier vom Lande schreibt man mir: man wünsche, daß die Wahlen noch schlechter ausgefallen wären, als sie sind, damit eine Radikalkur nöthig werde. Also in völliger Hingebung und Blasirtheit die Früchte der Märzbegeisterung, und wohin geht die Appellation? Man gesteht es sich nicht ein, aber Anarchie will man nicht, also provozirt man auf die Gewalt, auf Militärherrschaft. Das ist unsre politische Reise! Oder wir hören einen philosophischen Träumer — es war sogar ein Künstler, der neben mir für die Kandidaten der Linken stimmte — lächelnd sprechen: die Zeit der Demokraten ist gekommen, wie zu Cäsars Zeit die des Absolutismus; wozu der Widerstand, der das Würgen nur verlängert? Helfe Jeder mit, daß die Krisis beschleunigt werde! Wenn nur nicht das Beispiel der Geschichte dem widersprӓche! Oder wer in ihren Büchern nicht lesen will, werfe nur den Blick über den Rhein. Aber, wenn der Wahn regiert, ist die Geschichte, die Vernunft, die Wahrheit selbst eine Lehrmeisterin vor Blinden und Tauben. Daß die erste Kammer, wenn überhaupt unsre Verfassung bestehen bleibt, einen andern Boden fordert als diesen Census, und wo möglich gar keinen Census, sondern einen reellen Grund, darüber dürften alle Parteien einig sein.

× **Marienwerder**, im Januar. Die Thätigkeit, welche die Preußenvereine in hiesiger Provinz entfalten, ist sehr groß, aber für ihre eigene Sache nicht sehr segensreich gewesen. Freilich hat ihre Partei in einzelnen Orten, z. B. in Danzig und Elbing, den Sieg davon getragen; aber im Allgemeinen ist das Land eben durch die unerfreuliche Regsamkeit dieser Vereine, welche Alles umschließen, was vor dem März das Gegentheil von freisinnig war, gerade in die Opposition getrieben. In Königsberg und den meisten Städten der Provinz hat die Opposition gesiegt; von dem Ausfalle der Wahlen auf dem Lande läßt sich so viel sagen, daß viel weniger ganz ungebildete Leute zu Wahlmännern gewählt sind. Die Schroffheit, mit welcher sich die Parteien gegenüber stehen, läßt leider befürchten, daß das eigentliche Wohl des Vaterlandes über den erhitzten Kampf der Parteien auf dem nächsten Landtage vergessen wird. Hier neigt sich die Meinung aller Verständigen, der großen Mehrzahl der liberalen Partei, dahin, daß das Wohl des Vaterlandes gebiete, nicht wie die äußerste Linke beabsichtigt, die Verfassung vom 5. Dezember oder auch nur deren wesentliche Bestimmungen in Frage zu stellen. Die Verfassung ist im Wesentlichen so freisinnig, wie wir sie nur verlangen können. Es kann sich wirklich nur um eine Revision handeln. Wie die gemäßigte Partei hierüber denkt, können Sie aus einem Sendschreiben des hiesigen Regierungsrathes Reichenau an die Wähler der Kreise Stuhm und Marienwerder ersehen. Als die Punkte der Verfassung, welche eine Aenderung bedürfen, bezeichnet er folgende: 1) Das allerwesentlichste Recht des Volkes, der Schwerpunkt des ganzen konstitutionellen Staatsgebäudes, beruht darauf, daß die Volksvertretung, nach Prüfung der Ausgaben und Einnahmen des Staatshaushalts, alljährlich die Erhebung der Staatseinnahmen zu genehmigen hat, und daß über den Zeitraum der Bewilligung hinaus keine Steuer und keine Abgabe erhoben werden darf. Dieses Recht ist im Titel 8. der Verfassung enthalten. Die damit anscheinend im Widerspruch stehende Bestimmung im Art. 108. „die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben," welche wohl nur vorübergehend gelten sollte, muß in der definitiven Verfassungsurkunde fortfallen. Das Steuerbewilligungsrecht muß klar und unzweifelhaft, und unumstößlich dastehen. 2) Die Befugniß der Krone, in dringenden Fällen, unter Vorbehalt der Genehmigung der Kammern, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen (Art. 105.), wird durch eine ausdrückliche Bestimmung, daß die Steuergesetze hiervon ausgenommen sind, und daß solche Verordnungen den Verfassungsgrundsätzen nicht zuwider laufen dürfen, zu beschränken sein. 3) Ebenso muß die Zulässigkeit der vorüber gehenden Aufhebung der wichtigsten Rechte der preußischen Staatsbürger (Schutz der persönlichen Freiheit, Preßfreiheit und Vereinigungsrecht) im Falle „eines Krieges oder Aufruhrs" (Art. 110.) durch gesetzliche Merkmale fest begrenzt werden, um aller Willkür vorzubeugen. 4) Um die Verantwortlichkeit der Minister zur Wahrheit zu machen, muß das im Art. 59. vorbehaltene Gesetz, mit Strafbestimmungen gegen Verfassungsverletzung, alsbald erlassen werden.

5) Das Zweikammersystem, welches dafür Gewähr leistet, daß nicht jede auftauchende Zeitidee, sondern der dauernde Volkswille nach reiflicher Erwägung zum Gesetz erhoben wird, will ich aufrecht erhalten, aber auch die Wahl der Mitglieder der ersten Kammer lediglich durch die Provinzial-Bezirks- und Kreis-Vertreter (Art. 63.); denn nur dadurch erhält die erste Kammer eine solide und dabei volksthümliche Grundlage. Es wird dann auch die Bestimmung (Art. 84.), daß die Mitglieder der ersten Kammer keine Diäten erhalten sollen, als eine schädliche Beschränkung aufzuheben sein. 6) In der Gemeindeordnung und in der Kreisbezirks- und Provinzialordnung möge das Prinzip der Selbstverwaltung und die gleichmäßige Vertretung der Interessen aller Stände rein und konsequent durchgeführt werden.

Möge der Genius des Vaterlandes uns behüten, daß wir nicht in fruchtlose Streitigkeiten über Grundsätze uns verlieren, sondern wie praktische Leute an die wirkliche Verbesserung der Verfassung und damit aller unserer Zustände denken! Sonst geht es uns mit unserer Freiheit doch noch wie dem Hunde, der mit einem Stücke Fleisch im Maul auch noch nach dem Schatten im Wasser schnappte.

⁑ **Posen**, 29. Jan. Noch sind unsere Wahlen für die zweite Kammer im deutschen Sinne nicht gesichert. Denn wie günstig sich auch in den größeren Städten und im Allgemeinen auch auf dem platten Lande die Sachen stellten, so hat doch merkwürdiger Weise in einer Anzahl kleiner Städte, wo das Judenthum sehr stark vertreten ist, die Wahlhandlung eine für die Polen günstige Wendung dadurch genommen, daß es ihnen gelungen ist, die jüdischen Krämer und Kaufleute durch Versprechungen zu sich herüber zu ziehen. An einzelnen Stellen soll dieser Abfall auch dadurch veranlaßt worden sein, daß die Juden von den Deutschen verlangten, sie möchten ihre Kandidaten unterstützen und entgegengesetzten Falls mit dem Uebergang zu den Polen drohten. — Wo diese Drohung ausgeführt worden, ist neben den Polen gewöhnlich ein oder der andere Jude als Wahlmann durchgekommen. Aber auch die Preußenvereine werden wegen ihres schroffen Auftretens an mehreren Orten scharf getadelt. — Der Jubel der Polen über den Wiedergewinn der Brüder des „alten Bundes" ist groß.

München, 29. Jan. Morgen wird die Kammer der Abgeordneten ihre erste öffentliche Sitzung halten. Es hat sich nun auch die Rechte als geschlossene Partei konstituirt und ihr Programm veröffentlicht. Unterzeichnet ist es bis jetzt von 23 Mitgliedern, darunter Oberappellationsgerichtsrath Dr. Hopf, von Abel, Graf Larosee, Frhr. v. Oberkamp, Zarbl, Krazeisen, Widenmann, Glink. In seinen Grundzügen ist das Programm streng konstitutionell-monarchisch und konservativ-liberal, in der deutschen Frage stellt es das Prinzip der Vereinbarung auf, in der eigentlich baierischen den Grundsatz der Fortbildung der Verfassung auf dem durch sie vorgezeichneten Wege, Schutz, Förderung und Erleichterung des Landbaues, der Gewerbe, des Handels, des Eigenthums; dann Festhalten an den Märzerrungenschaften, Bekämpfung jeder Reaktion u. s. w. (N. Münchn. Ztg.)

Nürnberg, 30. Jan. In einer sehr zahlreichen, von allen Ständen besuchten Volksversammlung wurde gestern beschlossen, die Kammer der Abgeordneten in einer Adresse zu ersuchen, mit allen gesetzlichen Mitteln schleunigst dahin zu wirken, daß die Grundrechte des deutschen Volkes sofort in Baiern mit Gesetzeskraft verkündigt werden; ferner, daß das Ministerium für alle Folgen der verzögerten Publikation derselben verantwortlich gemacht werde. (Nürnb. Korr.)

Ansbach, 28. Jan. Heute morgen wurde hier die erste kombinirte Generalsynode eröffnet, wobei der übliche Kirchengang stattfand. (Nürnb. Korr.)

∸ **Stuttgart**, 27. Jan. Die Grundrechte und der darin enthaltene Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat sind verkündet, aber, wie überall in höherem oder geringerem Grade, wird namentlich in dem strengkirchlichen Würtemberg die Ueberführung dieses allgemeinen Grundsatzes in die Praxis ihre Schwierigkeiten haben. Nicht, weil von Seiten des Staates oder der Kirche ein Widerspruch gegen den richtig verstandenen Grundsatz selbst zu erwarten wäre, aber, weil man sich der Bedeutung derselben noch nicht überall klar bewußt scheint. Eine absolute und gänzliche Trennung der Kirche und des Staates können die Grundrechte kaum beabsichtigt haben und haben sie auch nicht beabsichtigt, sie wollen nur die Wiederherstellung der der Kirche bisher verkümmerten Freiheit und Selbstständigkeit; sie haben es ausgesprochen, daß es hinfort keine Polizei-Religion und keine Polizei-Kirche mehr gibt. Aber weiter gehen sie auch nicht. Der Staat beruht auf dem Sittengesetz, und das Sittliche und das Religiöse, mag man auch theoretisch beides auseinander halten können, ist aufs Engste verwandt und fließt praktisch im Leben der einzelnen Völker und Staaten ineinander, und eben deßhalb kann der Staat sich des Religiösen nicht gänzlich entschlagen und vollständig ignoriren, was auf kirchlichem Gebiete sich ereignet. Staat und Kirche stehen vielmehr in wechselseitiger Beziehung, es finden gewisse Berührungspunkte in den beiderseitigen Lebenskreisen statt und daraus folgt, daß der Staat gegenüber der Kirche, die Kirche gegenüber dem Staate bestimmte Rechte hat. Dieser Rechte kann der Staat sich nicht begeben, oder er gibt sich selbst auf, er darf sie nur nicht ausdehnen über die Gränze, welche die Grundrechte der Selbstständigkeit und Autonomie der Kirche ziehen. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, darauf zu achten, daß die Vorgänge auf kirchlichem Gebiete, seine Interessen und seine Existenz nicht beeinträchtigen; man würde, wenn man dem Staate ein solches Recht abspräche, freilich die Kirche sicher stellen, aber auf Kosten des Staates: man würde in die Selbstständigkeit des Staates eingreifen. Oder sollte etwa, nachdem gegenwärtig keine Religionsgenossenschaft ihr Bekenntniß dem Staate zur Genehmigung mehr vorzulegen hat, sollte etwa, wenn heute oder morgen eine Genossenschaft auftauchte, welche von Grundsätzen ausginge, die den sittlichen Grundsätzen, auf welchen der Staat beruht, diametral entgegengesetzt wären, der Staat unthätig zusehen, wie diese seine Grundlagen untergraben würden? Dann wäre in der That der Staat der Kirche untergeordnet. Staat und Kirche sollen jedes in vollster Freiheit und Selbstständigkeit sich bewegen, aber sie gehören dennoch wesentlich zusammen, so lange — und das wird hoffentlich für immer der Fall sein — die Religion noch ein wesentlicher Bestandtheil des Volkslebens ist. „Trennen Sie — so lauten die beredten Worte, die über diesen Gegenstand in der heutigen Kammersitzung fielen — „trennen Sie die Kraft der kirchlichen und bürgerlichen Gesellschaft, trennen Sie die kirchlichen und bürgerlichen Beziehungen von einander, und Sie machen einen Schnitt mitten durch das Herz Deutschlands, einen Schnitt, der unheilbar ist; denn Sie theilen Staat in Staat, Gemeinde in Gemeinde, Sie scheiden Verwandte von Verwandten, ja Sie bringen in das Herz des gewissenhaften patriotischen Mannes einen Zwiespalt, in welchem er zu Grunde gehen muß. Wir werden frei und stark nur dadurch, daß alle guten Kräfte nach gesunden Grundsätzen zusammenwirken." Ich schließe meinen Bericht über die heutige Sitzung, die, wenn auch nicht von unmittelbar praktischem Interesse, weil sie sich ausschließlich mit der Erörterung der allgemeinen Grundsätze beschäftigte, welche bei dem Budget des Kirchen- und Schulwesens in Frage stehen, doch als ein Zeichen der herrschenden Zeitströmung volle Beachtung verdient, mit einem hierher gehörenden Citat aus der bekannten Denkschrift der vor einigen Monaten in Würzburg versammelten deutschen Bischöfe, dem offiziellen Ausdruck der Ansicht der katholischen Kirche Deutschlands, den auch das evangelische Bekenntniß unbedenklich adoptiren kann. „Die Sitte, — heißt es hier eben so schön als wahr — „das im Leben sich ausprägende Gewissen des Menschen wird vom Glauben regiert, welchen die Kirche lehrt. Die Kirche ist darum die Hüterin der Sitte, wie der Staat in Wahrung des Friedens und Spendung der Gerechtigkeit der Hüter der nationalen Einheit ist. Staat und Kirche berühren sich naturnothwendig in ihren Wirkungskreisen, und deßhalb erkennt der Episkopat und spricht es aus: Eine Trennung herbeizuführen vom Staate, d. h. von der öffentlichen, nothwendig auf sittlicher und religiöser Grundlage ruhenden Ordnung, liegt nicht im Willen der Kirche. Wenn auch der Staat sich von ihr trennt, so wird die Kirche, ohne es zu billigen, geschehen lassen, was sie nicht hindern kann; sie wird jedoch die von ihr selbst und im wechselseitigen Einverständniß geknüpften Zusammenhangsfäden ihrerseits nicht trennen, wo nicht etwa die Pflicht der Selbsterhaltung dies geböte. Die Kirche nimmt nur die vollste Freiheit und Selbstständigkeit in Anspruch."

☾ **Mannheim**, 1. Febr. Brentano hatte wegen seiner Nichtbestätigung zum Bürgermeister einen Rekurs an die Regierung ergriffen, jedoch ohne Erfolg. Gestern kam die Entschei-

dung auf seinen Rekurs an das Staatsministerium, sie lautete auf Bestätigung. — Die „Bad. Zeitung" von gestern brachte die Nachricht, „daß im Oberlande ein dritter Freischaarenzug bevorstünde, welcher allem Anscheine nach noch vor dem Zusammentritt des Geschwornengerichts stattfinden solle." Keiner unserer Briefe von dort gibt uns Belege für die Richtigkeit dieser Nachricht, es sind uns vielmehr solche zugegangen, welche uns dort Alles ruhig schildern.

♉ **Gießen**, 30. Jan. Die politische Todesstille, die in starkem Kontrast mit den Bestrebungen des vorigen Jahres seit mehreren Monaten in der Heimath des Gießener Agitators herrscht, und kaum durch eine höchst loyale Feier der Grundrechte unterbrochen wurde, scheint durch die bevorstehende Eröffnung der Assisen einer erneuerten Regung des öffentlichen Lebens Platz machen zu wollen. Eine Lokalität für die Gerichtsverhandlungen — freilich von äußerst ungenügender Art — ist bereits beschafft, die Herrichtung andrer Räume für die Dauer wird vorbereitet und wir haben die Aussicht, in die ganz zu diesem Zwecke passenden Lokalitäten des alten Zeughauses die jetzt unverschleierte Themis einziehen zu sehen. Uebrigens erwartet man interessante Fälle, insbesondere die Aburtheilung über verschiedene, des Versuchs zur Bildung von Freischaaren an dem blutigen 18. September beschuldigte Personen. An die Vollendung des elektromagnetischen Telegraphen, der unter der Leitung des königlich preußischen Artillerielieutenants Siemens mit überraschender Schnelligkeit hergestellt worden ist und der, wie wir erfahren, seine erste Station in Gießen erhalten soll, knüpfen sich neue Hoffnungen, aber auch neue Besorgnisse über den Ausbau der Main-Weserbahn. Wie eine moderne Ruine liegt der Bahnkörper da; überall angefangene Arbeiten, nirgends Schaaren emsiger Arbeiter, riesengroße Hindernisse an verschiedenen Stellen der Linie, an keinem Punkte ein sichtbarer Fortschritt, denn — es ist kein Geld da! So sollte also dieses Werk, das eine Hauptpulsader des deutschen Handels werden muß, das den deutschen Seehandelsstaaten erst das südliche Deutschland öffnen, das die Holländer zwingen wird, den Rhein frei zu geben, wenn sie ihn nicht veröden sehen wollen: es sollte uns noch Jahre lang vorenthalten bleiben, weil große Ausgaben zur Zeit nicht räthlich sind! Und derweil zahlen wir noch die Zinsen der bereits aufgewandten bedeutenden Summen und warten, bis die Zeiten wieder besser geworden sind! Und wenn noch dazu Unverstand und Kleinstädterei die Herstellung der Bahnlinie durch beständige Reklamationen wegen des Bahnhofes verzögert, den — buchstäblich gesagt — ein Jeder gern vor seine Thüre haben möchte, so werden wir uns nicht wundern dürfen, wenn Kurhessen, wie es bereits angedeutet hat, nach richtiger Erfüllung der Bedingungen von seiner Seite, das Großherzogthum Hessen mit Entschädigungsklagen angreift.

Gotha, 28. Jan. Unser Herzog ist am vorgestrigen Abend von seinem Besuche in Dresden und Berlin hierher zurückgekehrt und wird in den nächsten Tagen nach Frankfurt reisen, um sein fürstliches Wort in die Wagschale der deutschen Oberhauptsfrage zu legen. Das Reichskriegsministerium hat an sämmtliche Regierungen der thüringischen Staaten die Anfrage gestellt: ob man unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Schutz der Reichstruppen noch länger beanspruche? Wenn diese Frage, wie man hofft, verneint werde, so sollten dieselben alsbald zurückgezogen werden. Falls sich jedoch ergeben sollte, daß man die gesetzliche Ordnung nicht durch eigne Kräfte aufrecht erhalten könne, so würde der sich dann aufs neue nöthig machende Reichsschutz nur auf Kosten der betreffenden Länder gewährt werden. Im Herzogthum Altenburg sollen die Reichstruppen jedenfalls noch verbleiben, indem die eignen Truppen dieses Landes gegenwärtig in Schleswig kantoniren.

Die Bemühungen der thüringischen Regierungen, in Bezug auf die neue Organisation des Heerwesens von der Centralgewalt günstigere Bedingungen zu erzielen, sind nicht mit dem gehofften Erfolge gekrönt worden. Die Bundesversammlung, welche die thüringischen Staaten von der Obliegenheit entbunden hatte, Kavallerie und Artillerie zu stellen, hat ihre Rolle ausgespielt, und es könne darum — schreibt das Reichsministerium an die Bevollmächtigten der thüringischen Staaten — eine so einseitige Bevorzugung nicht mehr gestattet und auch das Anerbieten, eine verhältnißmäßig größere Anzahl von Infanterie zu stellen, nicht genehmigt werden. Man solle sich vielmehr vereinigen, um die den thüringischen Staaten gesetzlich zukommende Kavallerie und Artillerie baldigst ins Leben zu rufen, und wenn man in Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse auch nicht ungebührlich drängen wolle, so sei doch die militärische Reichskommission (Generalmajor v. Holtzendorff) beauftragt worden, die Verwirklichung jener Maßregel thunlichst zu beschleunigen. Es ist kaum zu sagen, in welche Verlegenheit die thüringischen Länder durch diesen unwiderruflichen Beschluß gesetzt werden, und es liegt fast die Vermuthung nahe, die Centralgewalt erwarte das offenherzige Bekenntniß: Wir können einem solchen Beschlusse nicht genügen. Indessen wird man Rath zu schaffen suchen, und die Bevollmächtigten der thüringischen Regierungen werden deßhalb am 5. Febr. zu einer Konferenz in Weimar zusammenkommen. (D. A. Z.)

× **Schleswig**, 27. Jan. Die Berling'sche Zeitung bringt eine officiöse Erwiederung der dänischen Regierung auf das Manifest des deutschen Reichsministeriums. Wir übergehen alle Klagen über den Malmöer Vertrag, Preußen und Reichsgewalt u. s. w. da sie offenbar durch die später von der dänischen Regierung angeknüpften Unterhandlungen veraltet sind. Wir wollen bloß die wichtigsten Beschwerdepunkte der dänischen Regierung hervorheben:

„So war in Wirklichkeit der Waffenstillstand verworfen, heißt es in jenem Artikel, „Dänemark desavouirte die aus dem konventionsmäßig bestimmten Präsidenten und den beiden von ihm zu wählenden Mitgliedern zusammengesetzte Kommission und ließ sich in Unterhandlungen über die Zusammensetzung einer neuen Regierung ein. Die hierzu ausersehenen Mitglieder sollen nun unterm 4. und 9. Okt. erklärt haben, „nicht strenge an Wort und Sinn des Art. 7 des Waffenstillstandes gebunden zu sein" und daß sie ihr Amt „nur mit Unterstützung der Vertreter des Landes und nach den Formen des Staatsgrundgesetzes" zu führen gedächten.

Diese unbestimmte Erklärung hatte keine Bedeutung, so lange man festhielt, daß die Regierung „im Namen des Königs von Dänemark" geführt werden solle, und hiergegen war keine Einsprache erhoben.

Das Manifest räumt dies ein, so wie es auch einräumt, daß die Erklärung der designirten Mitglieder nicht vorher laut verkündigt worden. So wurde bis zum Aeußersten Dänemark die Hoffnung vorgehalten, daß die neue Regierung „im Namen des Königs von Dänemark" regieren (richtiger „administriren") wolle.

Am 22. Okt. wurde also die neue sogenannte Regierung eingesetzt. Ueber das, was bei dieser Einsetzung vorging, schweigt das Manifest, und schon dieses Stillschweigen deutet an, daß das Reichsministerium dieß als eine schwache Seite der Sache ansieht. Mit welchen Erklärungen jene 5 Männer sich auch früher unter der Hand mögen haben verlauten lassen; so erklärten sie sich hier dem dänischen Kommissär „ohne Einschränkung und Bedingung bereit, die Regierung auf Grundlage des Vertrages zu übernehmen", und wurden darauf als „Regierung im Namen des Königs" anerkannt. Als Voraussetzung, unter welcher Alsen und Arröe ihrer Machtvollkommenheit zu übergeben wären, wurde festgesetzt, daß sie sich auf eine befriedigende Weise aussprächen, und daß sie eine Bürgschaft für die traktatenmäßige Auffassung ihrer Stellung gäben.

Welche Verhandlungen nun auch geführt waren, so hatte man doch eine Regierung erlangt, die sich verpflichtet hatte, auf der „Grundlage des Vertrages zu handeln," und die unter dieser Voraussetzung als Regierung „im Namen des Königs von Dänemark" anerkannt war. Der erste Schritt, den diese neue Regierung vornahm, war der, daß sie trotz der ausdrücklichen Worte der Konvention sämmtliche, während der Insurrektion erlassenen Verordnungen u. s. w. bestätigte. Um es noch deutlicher zu machen, wie durch diesen Schritt der Sinn der Konvention verspottet wurde, sind drei unbedeutende Bestimmungen ausgelassen, aber das sogenannte Staatsgrundgesetz, das offenbar den Rechten des Königs von Dänemark, denen durch die Konvention nicht präjudizirt werden sollte, widerstreitet, — das Verbot, die dänische Kokarde zu tragen, wurden von der Regierung, die als „Regierung im Namen des Königs" anerkannt war, ratihabirt! In geradem Widerspruch mit den Bestimmungen des Vertrages wurde nicht ein einziger Beamter in sein Amt wieder eingesetzt, ja Entlassungsdekrete, die vom 16. Oktober unterzeichnet waren, wurden am 29. dess. M. mit Gewalt zur Ausführung gebracht.

Das Manifest behauptet, daß der dänischen Regierung dies Auftreten nicht überraschend habe sein können. Insoweit dieselbe

schon damals hinlängliche Beweise hatte, wie wenig die Gegenpartei Recht und Loyalität achtete, mußte sie wohl zweifeln, daß die eingesetzte Regierung die Worte der Konvention in dem Sinne auffassen würde, in dem sie wirklich abgefaßt waren, aber sie hatte doch keinen Grund, anzunehmen, daß die Mitglieder der Regierung Treu und Glauben so mit Füßen treten würden. — Für Dänemark konnte die sogenannte Regierung von diesem Augenblick an nicht existiren.

Auf dieses Nichtvorhandensein der schleswig-holsteinischen Regierung stützt sich in der That die fernere dänische Beweisführung. Alsen und Arroe mußten besetzt bleiben; denn wo hätte sich sonst eine Regierung für sie gefunden? Daß diese Inseln ganz treu dänisch gesinnt sind, wird daraus gefolgert, daß ein von Alsen ausgegangener Protest gegen die Trennung von Dänemark 3300 Unterschriften gefunden, eine deutsche Adresse dagegen nur 50. Wir wundern uns vielmehr, daß noch fünfzig Männer dreist genug sind, sich der Rache der Dänen auszusetzen. Es ist ihnen auch schlimm genug bekommen. Am eigenthümlichsten ist die Weise, wie die dänische Proklamation gerechtfertigt wird. Es heißt in der Berling'schen Zeitung: „Das Manifest beklagt sich über die vom König von Dänemark ausgestellte Proklamation, ohne mit einem Wort der Veranlassung derselben zu erwähnen. War es denn wirklich dem Reichsministerium unbekannt, auf welche Weise die Regierung der Insurgenten gegen den großen Theil von Schleswigs Bevölkerung verfuhr, der treu gegen König und Pflicht, und festhaltend an seiner dänischen Sprache und dänischen Sitte, mit fieberhafter Unruhe, Hülfe und Rettung von seinen dänischen Brüdern erwartete? Konnte es dem Reichsministerium verborgen sein, daß die Miethlinge der Insurgentenregierung nicht im Stande gewesen sind, die loyale Gesinnung derselben zu unterdrücken, daß Zwang und Exekution und harte Kriegssteuern nichts über sie vermochten? Unter dem Hilferuf dieser unterdrückten Schleswiger, der um so lauter wurde, je unerklärlicher es ihnen ward, daß Dänemark sich geduldig in die Reihe von täglich vergrößerten Kränkungen fand, entstand jene Publikation. Sie sollte den Muth der Verzweifelten durch die Hoffnung auf bessere Zeiten aufrecht erhalten; sie sollte ihnen sagen, daß ihr König ihre Treue anerkenne. Nicht ein Wort darin fordert zu Gewaltthat auf, im Gegentheil ermahnt sie, mit Ruhe und Geduld die Entscheidung abzuwarten. Es konnte doch wohl niemand vernünftigerweise erwarten, daß Dänemark seine treuen Unterthanen auffordern sollte, Kriegssteuer an die Aufrührer zu bezahlen, die mit den Waffen in der Hand ihm gegenüber standen. Diese Forderung ist so schamlos, daß es der Nachwelt schwer werden wird, sie zu begreifen, und doch geht die deutsche Proklamation soweit, daß sie denen, die der Macht weichend, diese Abgabe bezahlten, eine vollkommene Befreiung von jeder Verantwortlichkeit hierfür zusagt."

Auf diese Weise wird bewiesen, daß Dänemark „jeder Forderung gegenüber eine Nachgiebigkeit bewiesen hat, welche der Nachwelt unerklärlich sein wird." Im Uebrigen schloß der Artikel mit der Versicherung, daß Dänemark in den Bestrebungen zu einer friedlichen Ausgleichung, soweit es noch möglich ist, verharren werde. Ist der dänische Freischaarenzug vielleicht der Anfang zu diesen Bestrebungen?

** **Hamburg**, 28 Jan. Die Emanzipation der Juden, die bisher nur in das Gebiet der frommen Wünsche gehörte, ist in Hamburg nun ein fait accompli geworden und nach einem Senatsdekrete werden den Juden ohne Weiteres gegen Erstattung der gewöhnlichen Gebühren die Bürgerbriefe ausgefertigt; die Juden aber, welche schon ein Bankfolium in der Bank haben und für dasselbe schon 750 Mark bezahlen mußten, erhalten sie gratis bis auf die Stempel- und Ausfertigungsgebühr.

Großbritannien.

* **London**, 29. Jan. Die Times hat in letzter Zeit wieder einige ihrer gewöhnlichen Stoßseufzer über Deutschland losgelassen. Zwar gibt sie sich die vornehme und wegwerfende Miene, als sei es ihr vollkommen gleichgültig, ob wir eine Reichseinheit darstellen, oder nicht; sie sagt: „Die Deutschen haben ein unbezweifeltes Recht (das meinen wir auch!), ihre Landesfragen unter sich auszumachen, und was die englischen Interessen betrifft, so wiederholen wir, daß von diesem Standpunkte sich keine ernstlichen Einwürfe machen lassen." Aber man höre weiter: Die Oberhoheit auf Preußen übertragen, heißt, der Times zufolge, nichts anders, als „Frankreich an dessen verwundbarster Seite einen Militärstaat erster Größe gegenüberstellen, statt des bisherigen Bundes von Mächten zweiter und selbst noch geringerer Größe." Gerade das wird hier gegen eine deutsche Reichseinheit geltend gemacht, was für uns Deutsche ein Grund mehr ist und sein muß, uns fester zusammenzuschaaren und uns aus einer Vielherrschaft einer Einherrschaft so weit zu nähern, als es mit der aufrechtzuerhaltenden Selbstverwaltung der einzelnen Staaten immer nur möglich ist. Freilich werden wir dann nicht mehr in dem Grade wie bisher der Spielball ausländischer, bald französischer, bald russischer, bald englischer, bald päbstlicher Intriguen sein, und die einzelnen Staaten werden, was sie scheinbar nach der einen Seite an Selbstständigkeit verlieren, nach der andern doppelt an Festigkeit gegen auswärtige Ränke und Einflüsse, wie überhaupt an innerm moralischem Halt gewinnen. Die Times droht uns schließlich mit der „offenen oder versteckten (secret) Feindschaft der übrigen Staaten des Festlandes." Wir wollen es darauf ankommen lassen und hoffen, sowohl mit der offenen als mit der gefährlichsten Feindschaft, der versteckten, fertig zu werden, wenn wir überhaupt nur erst mit uns fertig sind.

Der französische Corsaire hatte die Mittheilung gebracht, wonach Ludwig Philipp soeben an Ludwig Bonaparte und Odilon Barret ein Schreiben gerichtet, und darin um die Erlaubniß zu einem Aufenthalt, nicht im Schlosse von Neuilly (!), welches zu nahe an Paris sei, sondern im Schlosse Randau in der Auvergne gebeten habe, mit der hinzugefügten Versicherung, er verspreche in Frankreich nur „en bon bourgeois" leben zu wollen. Die Times erklärt sich jetzt ermächtigt, zu versichern, daß zwischen dem Ex-König Ludwig Philipp und dem gegenwärtigen Präsidenten von Frankreich keinerlei Briefwechsel in Betreff einer bedingungsweisen Rückkehr der Familie Orleans nach Frankreich stattgefunden habe.

Am 25. Jan. wurde beim Oberhofgericht (Queens Bench) zu Dublin von dem Anwalt des Hrn. Duffy, ehemaligen Redakteurs der „Nation" auf Grund des ihm bewilligten Kassationsgesuchs, der Antrag gestellt, ihn gegen Stellung von Bürgschaft freizulassen. Das Oberhofgericht ging jedoch hierauf nicht ein. (Bei dieser Gelegenheit sei im Vorübergehen bemerkt, daß der Name des irischen Staatsgefangenen, dessen Kassationsgesuch neulich zu seinen Gunsten entschieden wurde, nicht, wie er in dieser Zeitung gedruckt war, Doharty, sondern Gogarty heißt).

Die Börse war, wegen den französischen Angelegenheiten, an diesem Tage sehr bewegt. Auch der Ueberfall Seitens der dänischen Freischaaren gab zu sprechen, da man dadurch den Waffenstillstand gebrochen erachtet. So denken die Börsenmänner in London! In Deutschland scheint man bereits anzufangen, gegen dergleichen wieder die alte Hornhaut anzunehmen. Dennoch gingen die Konsols, nachdem sie am 27. bereits den hohen Stand von 91⅜ erreicht, nur wenig zurück, indem sie zu 90⅞ schlossen. Man sieht in England nur zu gut ein, daß, je toller es auf dem Kontinent hergeht, sich um so mehr Kapitalien nach England werfen.

Frankreich.

* **Paris**, 29. Jan. Wir lassen hiermit eine ausführliche Beschreibung der Sitzung vom heutigen Tage folgen:

Die ganze Gegend um das Sitzungshaus gleicht einem Kriegslager. Alle öffentlichen Gärten und Ministerialgebäude sind geschlossen; die Wachen verdoppelt. Im Tuilerienhofe lagern vier Bataillone Infanterie mit einem Artilleriepark. Ein Mobilgardist, heißt es, habe auf Changarnier geschossen, ihn aber nur leicht an der Stirne verwundet. 7000 Mobilgarden haben, sagt man, ein Fort überrumpelt und es mit allem Geschütz eingenommen, von wo sie sich vertheidigen wollen. Gegen 2 Uhr erscheinen die ersten Deputirten auf ihren Plätzen. Die Aufregung ist außerordentlich. Berard, der Schreiber des Klubs der Poitiersstraße, tritt eben in den Saal und wird von einigen Mitgliedern der Linken hart angefahren. Wir können jedoch nichts verstehen. Caussidière, Louis Blanc und Thoré, heißt es, seien in Paris betroffen und arretirt worden. (?) Um 2 Uhr nimmt Marrast den Präsidentenstuhl ein; er ist außergewöhnlich blaß und sieht sehr aufgeregt aus. Er hat, erfahren wir, mit Changarnier eine heftige Szene gehabt, weil Changarnier seine Amtsgewalt überschritten. Ihm (Marrast) als Präsidenten der Nationalversammlung „komme die Anordnung des militärischen Schutzes für den Sitz der Nationalversammlung allein zu." General Lamoricière soll mit dem Oberbefehl über alle Kräfte um den Sitzungssaal von

Marrast betraut worden sein. Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen. Lebreton, Quästor der Nationalversammlung, erscheint in der Uniform eines Generallieutenants auf seinem Platze. Buchez überreicht einen ganzen Petitionsstoß mit 6000 Unterschriften gegen die Auflösung der Versammlung. Grandin überreicht 2 Petitionen aus der niedern Seine mit 10,450 Unterschriften für baldige Auflösung. Blin de Bourdon, A. Rousseau, Degeorges, Sainte-Beuve, Mauguin und Grevy überreichen unter mancherlei Ausrufen ebenfalls Petitionen für oder gegen die Auflösung. Odilon Barrot (tiefe Stille). „Ich muß im Namen der Exekutivgewalt über die Repressivmaßregeln Rechenschaft ablegen, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt Paris und zum Schutze der Nationalversammlung ergriffen worden sind." Nach dieser Einleitung geht der Minister in eine Geschichte der Mobilgarde über. Es sei der Augenblick gekommen, dieses Korps zu reorganisiren; viele ihrer Offiziere seien von gewöhnlichen Unteroffizieren zu Hauptleuten gemacht worden; dies sei mit der militärischen Disziplin unverträglich und die Regierung daher zur Reorganisation genöthigt gewesen. Diejenigen, welche sich im vorigen Juni ausgezeichnet, würden beibehalten. Es scheine aber, als sei diese Maßregel von den ewigen Feinden des öffentlichen Friedens zu neuen Umwälzungsplänen ausgebeutet worden.... Stimmen links: Nein, vom Ministerium! .... Stimmen rechts: Schweigen Sie! Zur Ordnung!.. Odilon-Barrot: In voriger Nacht sind wir auf neue Umsturzprojekte gestoßen; hierin liegt der Grund zu den außerordentlichen Maßregeln. Der Militärbefehlshaber wird sich zur Verfügung des Präsidenten der Nationalversammlung, der dieses Recht in Anspruch genommen hat, stellen. Niemanden kam es in den Sinn, dem Präsidenten dieses ihm nach dem Gesetze zustehende Recht streitig zu machen. In einem Punkte sind Mehrheit und Minderheit einig, nämlich in der Aufrechthaltung der Verfassung, der Bekämpfung der anarchischen und antisozialen Leidenschaften. (Zweideutiger Beifall.) Degousée (Quästor): Ich war nicht wenig erstaunt, eine solche Truppenmacht um das Sitzungsgebäude entfaltet zu sehen, ohne daß die Quästur auch nur davon benachrichtigt worden wäre. Hierin liegt ein Mangel an Achtung, gegen welchen die Versammlung gewiß protestiren wird. (Ja, Ja!) Marrast: Ich schulde der Versammlung einige Aufklärungen. Ich vermuthe, daß schon im Laufe der vorigen Nacht die Truppen um das Gebäude gestellt wurden. Ich wurde aber erst heute früh davon benachrichtigt. (Ah! Ah!) Ohne Zweifel wollte Herr Changarnier mich nicht im Schlafe stören. (Ah! Ah!) Ich schickte heute Morgen zu ihm, und bat ihn, in meinem Kabinet mir Aufklärungen zu geben. Er war beim Präsidenten der Republik beschäftigt, und setzte mir in einem Schreiben die eben vom Minister-Präsidenten mitgetheilten Gründe auseinander, weshalb die Truppen zum Schutze der Nationalversammlung aufgeboten seien, und forderte mich zur Ernennung eines Befehlshabers auf. Ich habe hierauf den General Lebreton (also nicht Lamoriciere) zum Kommandanten der Truppen ernannt. (Lärm. Eine Pause.) Billault: Ich übergebe hiermit den Bericht über das Wahlgesetz (Beifall) und trage bei dieser Gelegenheit darauf an, daß es der Versammlung gefallen möge, am nächsten Mittwoch meinen Antrag rücksichtlich des Einnahmebudgets zu berathen. (Ja! Ja!) — In diesem Augenblick verbreitet sich die Nachricht, daß Element Thomas in einem Degenkampfe gegen v. Coetlegen, Redakteur des Corsaire, lebensgefährlich verwundet wurde und so eben gestorben ist *). Die Versammlung schreitet nun zur eigentlichen Tagesordnung, nämlich zu der großen Rateauschlacht. Man entsinne sich, daß alle Anträge darauf zielen, das Dekret vom 15. Dez., das die organischen Gesetze feststellt, abzuändern, und die neuen Kammerwahlen zu beschleunigen, mithin die Nationalversammlung so bald als möglich aufzulösen. Fresnean (Exfouspräfekt unter Louis Philipp) erhält zuerst das Wort. Er vertheidigt die Auflösungsanträge. Die Lage des Handels und der Industrie (Ah! Ah!) erheische, so rasch wie möglich in einen stabilen Zustand hineinzukommen. (Ah! Ah!) Ihr Mandat, ihre Mission sei geendet, und man dürfe die Dauer der Versammlung nicht verewigen, das wäre Usurpation (Lärm). Ja Usurpation und Tyrannei der Minorität gegen die Majorität des Landes! (Tumult). Als Verfassungsgeber seid Ihr unverletzlich, nicht so als organische Gesetzgeber. (Oh! Oh!) Diese könnten und würden wahrscheinlich von der legislativen Kammer verworfen werden (Dufaure, Malleville, Grandin und Coquerel gerathen in diesem Augenblick in so lauten Wortstreit, daß der Redner nicht weiter zu verstehen ist. Jules Favre spricht dann gegen die Auflösungs- und Petitionswuth. Er ist besser, schärfer und witziger als gewöhnlich und erntet vielen Beifall.

*) Nach unsern andern Berichten wäre er einstweilen blos verwundet. Anm. d. Red.

Die Haltung der Journale ist, wie sich von der Stellung eines jeden erwarten läßt: Der National ermahnt das Volk zur Ruhe, gegenüber den Herausforderungen des Ministeriums; es sei demselben nur um eine Straßenschlacht zu thun, um einen lange vorbereiteten Streich gegen die Demokratie auszuführen. Die radikalen Journale sind drohender. Die Revolution democratique et sociale sagt: „Unsere Freunde sind vorbereitet; sie werden sich vor unzeitigen Unternehmungen hüten. Bald vielleicht werden wir die Verfassung und die Republik zu vertheidigen haben und wir müssen uns für diese große Sache aufbewahren". Le Peuple warnt zuerst vor den Herausforderungen einer Regierung in den letzten Zügen, einer Reaktion im letzten Stadium der Anarchie und der Verzweiflung. „Wie die Sachen jetzt stehen, fährt es aber dann fort, „so könnte ein Attentat gegen die Nationalversammlung die Dazwischenkunft der guten Bürger rechtfertigen. Hoffen wir, daß die Nationalversammlung ihre Pflicht begreift, wie wir im Fall der Noth die unsrige zu erfüllen wissen werden." Die konservativen Blätter fordern das Ministerium zum Widerstande auf und pochen auf die in den Händen der Regierung befindliche materielle Gewalt. Die Assemblée Nationale mahnt geradezu, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. „Wir glauben, sagt das Blatt, daß es der Regierung nicht erlaubt ist, auf seinem Feldzug gegen die Reaktion Halt zu machen, gegen jene Reaktionäre, welche zur größeren Ehre ihrer ohnmächtigen, ihrer verhängnißvollen Unfähigkeit, zum 24. Februar zurückzukehren wünschen." Die legitimistischen Journale greifen sammt und sonders die Nationalversammlung an, ohne dagegen das Ministerium und den Präsidenten der Republik zu unterstützen. Sie predigen ihren geheimen leitenden Gedanken, unter steter Berufung auf das Land, auf Frankreich, gegen die Tyrannei von Paris. Der Corsaire sagt der Republik ein nahes Ende voraus: „Die Republik, personificirt in der Nationalversammlung, befindet sich in diesem Augenblick in derselben Lage, wie die Regierung Louis Philipp's im Februar oder wie die absoluten Regierungen. Sie wird zu Grunde gehen durch die Uebertreibung ihres Prinzips und durch die Verweigerung jedes Zugeständnisses." Das Siecle, das Organ Odilon Barrot's, fährt fort, Versöhnung und Annäherung zwischen dem Ministerium und den gemäßigten Republikanern zu predigen. Es ermahnt, bei der heutigen Abstimmung über den Vorschlag Rateau's und den Grevy'schen Kommissionsbericht den Vermittlungsantrag Dufaure's anzunehmen, welcher dahin geht, daß die Nationalversammlung die Zahl der von ihr zu votirenden organischen Gesetze einer Beschränkung unterwerfe. Zum Schlusse fordert das Blatt Hrn. Dufaure auf, für den Fall, daß die gewünschte Vermittlung nicht zu Stande käme, selbst die Zügel der Regierung zu übernehmen und die zu extremen Schritten hinneigende Majorität zu leiten. Die Liberté, das Organ des napoleonischen Familieninteresses, erklärt sich dagegen entschieden für das unbedingte Fortbestehen der Nationalversammlung und gegen die Pagnerre'schen und Lamartine'schen Vermittelungsvorschläge: „Angesichts der die Verfassung bedrohenden Gefahren und der Fortschritte der Reaktion." Das Blatt sieht in dem Benehmen Louis Bonaparte's nur die Wirkung der ihn umgebenden Intrigue, welche ihn zuerst zu isoliren suche, um ihn alsdann desto leichter zu Gunsten der legitimistisch-orleanischen Partei zu stürzen.

Nach demselben Blatte wurden gestern mehrere Männer von rein republikanischer Gesinnung, unter anderm Lamartine und Armand Marrast in die Wohnung des Präsidenten beschieden. Es widmet ferner dem General Changarnier (dem anscheinend intimsten Rathgeber und der rechten Hand des Präsidenten der Republik) einen längern Artikel, worin es denselben, so deutlich als die Journalistik es erlaubt, als der legitimistisch-orleanischen Partei verkauft darstellte.

Spanien.

Madrid, 23. Jan. Die Gerüchte von einem Ministerwechsel tauchen von Neuem auf. Graf Vista Hermosa hat plötzlich sein Oberhofmeisteramt bei der Königin niedergelegt. Man erzählt sich hierüber allerhand Skandalgeschichten. Oesterreichs Gesandter, Graf Esterhazy, ist von Lissabon hier in Madrid eingetroffen, er

Uebersicht.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 31. Jan. Wie die O. P. Z. meldet, hat eine Deputation aus dem 3. hessischen Wahlbezirk ihrem Abgeordneten, dem Reichsministerpräsidenten von Gagern, eine von 147 Wahlmännern unterzeichnete Dank- und Vertrauensadresse überreicht. Eine Abschrift derselben wurde dem Präsidenten der Nationalversammlung übergeben. Damit ist denn das Gerücht widerlegt, als hätte Hr. v. Gagern von seinen Wählern ein Mißtrauensvotum erhalten. Dieß Gerücht war zwar in manchen Blättern zu finden, aber Jedem, der die Verhältnisse kennt, mußte es geradezu lächerlich erscheinen.

Frankfurt, 30. Jan. Aus Werdau in Sachsen ist eine Adresse an die deutsche Reichsversammlung eingegangen, eine Beitrittserklärung zu der vom deutschen Verein in Leipzig hieher gesandten Petition um Uebertragung der Würde des deutschen Oberhaupts an Preußen enthaltend. (O. P. Z.)

* **Wien**, 28. Jan. Nach einer ministeriellen Verordnung vom 18. Jan. werden in Zukunft den Gemeinden die Führungen ihrer Bauten selbstständig überlassen. — In der Nacht wurde abermals aus dem rothen Hause geschossen, das nun von einigen Kompagnien umzingelt ist. Der Gouverneur Welden hat durch Kundmachung vom 28. auf die Entwendung und Zerstörung des Leitungsdrahtes längs der Telegraphenlinie in der Provinz Niederösterreich die kriegsrechtliche Behandlung angedroht.

Mähren. Von den mährischen und schlesischen Deputirten in Frankfurt erscheinen überall öffentliche Aufrufe, so rasch als möglich zu neuen Wahlen nach Frankfurt zu schreiten, die gewählten Deputirten schleunig an den Main zu senden, und wo Doppelwahlen stattfanden, sich zu verständigen. (Allg. Z.)

Triest, 26. Jan. Der vorgestern hier angekommene sardinische Kriegsdampfer, der zu so vielen widersprechenden Gerüchten Anlaß gab, brachte, nach amtlicher Bekanntmachung, Depeschen der venezianischen Regierung an die hiesige, welche ersucht wird, die Verbrecher, die in Venedig liegen und die von den frühern österr. Gerichten verurtheilt waren, in Empfang zu nehmen; den Transport hieher oder nach einem andern beliebigen Ort würde Albini übernehmen. Welche Antwort gegeben wurde, ist mir nicht bekannt. (Allg. Z.)

Kremsier, 27. Jan. Die in der gestrigen Sitzung von dem Ministerpräsidenten Schwarzenberg beantworteten Interpellationen waren zunächst die des Abgeordneten Szabel über das Verbot der Ostdeutschen Post. Die Antwort lautet im Auszuge: Das Journal sei vom General Welden aufgehoben worden und zwar ganz vollkommen im Einklange mit der Regel des Belagerungszustandes und den zu befürchtenden Folgen der aufreizenden Artikel des Blattes. Nicht im geringsten denke das Kabinet an Aufhebung der Preßfreiheit; aber der Belagerungszustand mache in Allem eine Ausnahme. Theilweise sei die Interpellation gegen die Person des Ministerpräsidenten gerichtet. Er bitte daher um Geduld des hohen Hauses, ihn diesfalls anzuhören, und den Raub an der so kostbaren Zeit, die andern Zwecken gewidmet sei, zu entschuldigen. Er habe nur zufällig den Aufsatz: „Ein Ereigniß in Kremsier," gelesen, und privatim an General Welden geschrieben. Der General, der ohnehin seine Vorschriften kenne, habe die schon öfters gemahnte Zeitung zu suspendiren für gut befunden. Uebrigens nehme das Ministerium hierüber die volle, sowohl ministerielle als persönliche Verantwortung auf sich. Auf eine Interpellation des Abgeordneten Pitteri erwiederte der Ministerpräsident: „In Betreff der italienischen Frage habe ich im Namen des Ministeriums Folgendes zu erwidern: Die Regierung beabsichtigt nicht, den Bestrebungen der Völker Italiens, so weit sie auf die Begründung einer verfassungsmäßigen Freiheit gerichtet sind, entgegenzutreten. Sie macht es sich zur Aufgabe, im lombardisch-venetianischen Königreiche sowie in allen andern Theilen der k. k. Staaten dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Volksstämme Oesterreichs und dem Rechte der nationalen Entwickelung volle Geltung zu verschaffen. Allein eben so fest ist sie entschlossen, den Aufruhr, sollte er dort abermals das Haupt erheben, mit Macht zu bekämpfen und die Losreißung jener Länder von der Gesammtmonarchie zu verhindern, um jeden Preis, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Ueber die diplomatischen Verhandlungen jetzt Auskunft zu geben, muß ich, weil sie noch schwebend sind, als unstatthaft ablehnen. Sobald sie zu einem Ergebniß geführt oder in ein Stadium getreten, in welchem die Veröffentlichung ohne Nachtheil geschehen kann, werde ich mich beeilen, dem Hause unter Vorlegung der Korrespondenzen die gewünschten Auskünfte zu ertheilen. Das Ministerium wird die Ehre und die Integrität der Monarchie zu wahren wissen, und übernimmt in dieser Frage die volle Verantwortung." (O. A. Z.)

Prag, 28. Jan. Die Aufregung in unserer Stadt hat in den letzten Tagen eher zugenommen als nachgelassen. Die vielfachen Gerüchte über die bevorstehende Prorogirung des Reichstags, über die Wiederaufnahme der Untersuchung wegen der Juniereignisse, das Schweigen des Ministeriums bezüglich der Einführung der czechischen Sprache als Unterrichtssprache an den Gymnasien, die Konflikte mit der Garnison, tragen viel dazu bei, die ungünstige Stimmung gegen die Regierung zu erhöhen. Unter solchen Verhältnissen hat die Interpellation des Abg. Klaudi wegen Vorlegung der Akten über die Junivorfälle an den Reichstag hier großes Aufsehen gemacht und bei dem czechischen Theile der Bewohner Prags große Anerkennung gefunden. Der Reichstag hat seit der Debatte über §. 3 überhaupt in Böhmen an Ansehen sehr gewonnen, und die Verschmelzung der Rechten und Linken ist beiden Nationalitäten sehr angenehm. Daß eine Prorogation unter solchen Umständen ein sehr gefährliches Experiment sei, scheinen die Minister sehr wohl einzusehen. Die Stadt Saaz hat ihrem Deputirten Löhner ein glänzendes Vertrauensvotum zukommen lassen und beschlossen, ihm das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Die seit einigen Tagen verbreitet gewesenen Gerüchte von militärischen Vorsichtsmaßregeln scheinen sich zu bestätigen. Die kaiserlichen Reisewagen stehen wirklich gepakt und jeden Augenblick zur Abreise bereit. (O. A. Z.)

Prag, 29. Jan. Der regierende Kaiser ist heute Morgen um 8 Uhr in Begleitung des Herzogs v. Modena und des Grafen v. Grünne hier eingetroffen. Die hiesige Garnison zog in Parade auf, und die Huldigung der Truppen erfolgte, wobei auch hier, wie überall, die übliche Eidesleistung erlassen wurde. Die Abreise des Kaisers aus Ollmütz erfolgte unerwartet schnell. Das Gesammtministerium begab sich nach Wien, wo bezüglich der italienischen Angelegenheiten wichtige Verhandlungen stattfinden werden. Daß der Kaiser seinen ersten Besuch der Hauptstadt Böhmens zugewendet, ist jedenfalls nicht ohne politische Bedeutung, und es widerlegen sich damit am besten die letzthin ausgestreuten Belagerungsgerüchte. Selbst in den ministeriellen Kreisen hat man die Föderationsidee in neuester Zeit wieder ernsthaft zu würdigen begonnen. Die Schwierigkeiten des Centralisirens tauchen bei jedem Schritte empor. Aus Wien laufen trübe Nachrichten ein. Die noch übrige Bürgergarde (ältern Ursprungs und nicht zu verwechseln mit der Nationalgarde) ward sondirt, ob sie im Falle der Verringerung der Garnison nicht den Dienst mit dieser zu theilen gesonnen wäre. Die Antwort lautete verneinend. Seit vorgestern begegnet man dort wieder den Tagpatrouillen, und die Kanoniere stehen bei den auf den Wällen aufgepflanzten Kanonen mit brennenden Lunten. Wären die italienischen Verwickelungen nicht plötzlich aufgetaucht, so wäre der Reichstag vielleicht jetzt schon, nicht prorogirt, sondern aufgelöst. Die Prorogationsfrage, die man jetzt auf gute Art lösen möchte, wird indeß noch immer im Kabinet ventilirt. Stadion und Krauß sprechen sich entschieden gegen die Vertagung aus, Fürst Schwarzenberg ist dafür gestimmt. Ein ultra-konservatives Organ entblödet sich nicht, das Thun und

lassen des Reichstages mit dem Epithet „diabolisch“ zu bezeichnen. (Ein Brief aus Prag vom 30. Jan. meldet die am selbigen Tage früh um 7 Uhr geschehene Rückreise des Kaisers Franz Joseph nach Ollmütz.) (Leipz. Z.)

Y **Berlin**, 31. Jan. Der Weltgeist hat Zeit, sagt Hegel — wenigstens nimmt er sie sich, und da er Niemanden verantwortlich ist, so muß man es ihm hingehen lassen, wenn es einem auch noch so unbehaglich dabei wird, wenn man dabei auch noch so viel leidet, wie wir Berichterstatter, von denen die Welt verlangt, daß wir, gleich den Homerischen Sehern, wissen sollen das Vergangene, Gegenwärtige und Zukünftige. Mit der Vergangenheit ließe sich fertig werden, mit der Zukunft allenfalls auch — aber die Gegenwart? der Augenblick? „Ja, da liegt's!“

Augenblicklich gibt es in Berlin nichts weiter, als Wahlen. Wie das Lied Marlb'rough den reisenden Briten, so verfolgt uns aller Orten das Gespräch vorsichtiger Wahlmänner über ihre Kandidaten, der Angstruf der verzweifelnden Konservativen, das sanfte Geflüster der bedenklichen Männer des Centrums, der Jubel der übermüthigen Demokraten. Im vorigen Jahre stand die Sache anders. Da gab es im Konzertsaale des Schauspielhauses die Vorspiele zu den Scenen, welche nachher die Nationalversammlung dort aufführte: alle Parteien waren beieinander, Himmel und Hölle, Rechte und Linke sandten ihre Kandidaten an Einen Ort, gute Bürger und grimmige Radikale hielten dort ihre Reden, die leider auch zu oft ihre Jungfern-Reden waren; sämmtliche Wahlmänner waren anwesend und hörten andächtig zu — und jeder ging beglückt nach Hause. Jetzt hält man gar keine allgemeine, sondern nur Parteiversammlungen. Das Resultat der Wahlen ist dieses Mal entschieden, ehe die Wahlen selbst vorgenommen werden. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß nur Männer der äußersten Linken und des linken Centrums hier gewählt werden. Am radikalsten sind wohl der dritte und vierte größere Wahlbezirk — beide in der Königsstadt. In dem letzteren sind Waldeck und Jacoby unbestritten in der Majorität; im dritten sind von 292 Wahlmännern 213 auf der linken Seite und von diesen 213 Stimmen sind gestern bei einer Probe-Abstimmung 181 auf Waldeck gefallen — der, beiläufig gesagt, überhaupt das wahre Idol der Berliner Demokraten ist und kürzlich sogar die Ehre genossen hat, in der Nationalzeitung in einer förmlich bacchantischen Ode besungen zu werden, deren Versmaaß, da Gottfried Hermann, der Metriker, eben zu früh entschlafen ist, der Welt ein ewiges Räthsel bleiben wird. Im zweiten Wahlbezirk ist die Majorität nicht so überwiegend und radikal demokratisch. Hier stehen Philipps, Wachsmuth und Rodbertus, für den viel agitirt wird, auf der Wahl und zwei von ihnen werden wohl sicher durchkommen. — Die Gegenpartei in diesem Bezirke hat sich bereits in eine reaktionäre und liberalere Fraktion gespalten. Die letztere steht der demokratischen Partei ziemlich nahe, wie sich beide zu ihrer eigenen Verwunderung überzeugt haben, und hat sich von ihr bis jetzt nur deshalb entfernt gehalten, weil einige demokratische Wahlmänner ihre Partei in den Ruf gebracht haben, diese wollen sammt und sonders die unbedingte Verweisung der Verfassung, Auflösung der ersten Kammer u. dgl., während in Wahrheit solche Tollheiten nur in den Köpfen einer geringen Anzahl von ehemaligen Helden hiesiger demokratischer Klubs herumspuken. Im ersten Wahlbezirk, wo 3 Abgeordnete zu wählen sind, schien sich zuerst eine starke Partei des eigentlichen Centrums konstituiren zu wollen; sie hat sich indeß allmälig sehr zersplittert, so daß auch hier die Linke vollständig in der Mehrheit ist. Waldeck, Berends und als dritter vielleicht ein Regierungs-Assessor Paalzow, der sehr gefallen hat, haben die Stimmen der Majorität. Die Namen der Kandidaten, die sonst noch in der Luft umherschwirren, bilden nur den Nebelschweif des großen Kometen der jetzt am Berliner Himmel steht. Ruge (trotz seiner Frankfurter Erfahrungen), Benary (wegen seiner hiesigen Erfahrungen), Bruno Bauer, Prince-Smith, auch Held, der sich in lithographirten Briefen an die Wahlmänner wendet, und andere, die Ihre Zeitung nicht weiter zu verewigen braucht, sind als Kandidaten aufgetreten. Die Konservativen haben für die zweite Kammer gar keine Hoffnung. Zwar haben sie versucht, die Handwerker zu überzeugen, als müßten Leute ihres Standes in die Kammer, und das könnte nur mit ihrer, der Konservativen, Hülfe geschehen, dafür erbäten sie sich denn auch für einen ihrer Kandidaten die Hülfe der Handwerker — allein der Versuch scheint nicht zu gelingen. Desto größer ist ihr Triumph in Sachen der ersten Kammer — dahin werden wohl manche antediluvianische Produkte gesandt werden, wie z. B. Herr von Griesheim, der unvergeßliche, herostratisch-unsterbliche Vorkämpfer des alten Preußenthums, Prof. Keller, der aus einem jungen schweizerischen Republikaner ein alter preußischer „Patriot“ geworden ist und mehr Solche, bei denen Preußen sehr lebhaft an seinen alten Wahlspruch „Gott sei mit uns!“ erinnert werden wird. Gott mit uns!

Merseburg, 27. Jan. Der Rektor Eidam zu Weißenfels, Führer der dortigen sehr zahlreichen demokratisch-konstitutionellen Partei, ist plötzlich suspendirt und zur Kriminaluntersuchung gezogen worden. Demungeachtet hat er alle Aussicht, zum Abgeordneten für die zweite Kammer gewählt zu werden. (Aach. Z.)

Münster, 28. Jan. Temme ist frei! So hallte gestern Abend der Freudenruf durch unsere Stadt. Wie im Triumphe gelangte er durch die von der Volksmenge dicht bedeckten Straßen zu seiner Wohnung. Hier angelangt, sprach er in herzlichen und ernsten Worten zum Volke. Man ergriff den Augenblick, ihm einen von der Bürgerschaft für ihn bestimmten silbernen Ehrenpokal zu überreichen. (Düss. Z.)

+ **München**, 30. Jan. (Sitzung der zweiten Kammer.) Nach Beendigung der formellen Geschäfte verliest Minister v. Beisler eine Erklärung des Gesammtministeriums, bezüglich der Publizirung der Grundrechte. Dieselbe lautet wörtlich:

„Kurz vor Eröffnung des Landtages wurde mir von mehreren Mitgliedern dieser hohen Versammlung eine, vom 17. d. datirte, von 69 Mitgliedern der zweiten Kammer unterzeichnete Erklärung nachstehenden Inhalts überreicht:

„Die unterzeichneten Abgeordneten der zweiten Kammer erklären dem königl. Staatsministerium gegenüber, daß sie den Verfassungseid in der Ueberzeugung leisten, an der Anerkennung der Gültigkeit der Reichsgesetze, insbesondere der die Grundrechte betreffenden, hiedurch nicht gehindert zu sein.“

Da es hiernach scheint, als bestehe ein Zweifel darüber, wie die Regierung das Verhältniß der Reichsgesetzgebung zu Baiern auffasse, so benütze ich die erste Gelegenheit, welche mir zu dieser hohen Versammlung amtlich zu sprechen vergönnt, um im Namen des gesammten Staatsministeriums die Grundsätze darzulegen, welche dasselbe in dieser großen Angelegenheit geleitet haben.

Von den Vorschriften unseres Staatsgrundgesetzes ausgehend, darf das Staatsministerium keine Abänderung in den Bestimmungen der Verfassungsurkunde, kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betrifft, ohne den Beirath und die Zustimmung der Landesvertretung, als gesetzlich bindend anerkennen und zum Vollzug bringen.

Hieraus folgt, daß erst dann, wenn die von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossene Reichsverfassung mit den gesetzgebenden Gewalten Baierns vereinbart sein wird, von da an alle von der Reichsgewalt innerhalb ihrer Kompetenz emanirende Gesetze ohne den Beirath und die Zustimmung sonderstaatlicher Volksvertretung auch bei uns gesetzlich bindende Kraft erlangen und vollzogen werden können und müssen; — daß aber, so lange dieses nicht geschehen ist, das Staatsministerium, zum Vollzug der bereits erschienenen oder noch erscheinenden einzelnen Reichsgesetze, die Beistimmung der baierischen Landesvertretung bedürfe.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, hat die baierische Regierung bereits unterm 5. d. hinsichtlich der Grundrechte des deutschen Volkes, die nachfolgende Erklärung an das deutsche Reichsministerium abgeben lassen.

„Der unterzeichnete interimistische k. bairische Bevollmächtigte hat hinsichtlich der bei dem Zusammentritte mit dem Gesammt-Reichsministerium am 23. v. M. an die Bevollmächtigten der deutschen Staaten ergangenen Aufforderung, sich rücksichtlich der Verkündigung und des Vollzugs der Grundrechte des deutschen Volkes zu äußern, — seiner Allerhöchsten Regierung Bericht erstattet, und ist nunmehr ermächtigt, Nachfolgendes zu eröffnen: In wenigen deutschen Ländern sind auf dem Wege der Gesetzgebung dem Volke so frühzeitig ausgedehnte Rechte verliehen worden, als in Baiern und hier bestehen bereits im Wesentlichen jene Einrichtungen in Kraft, welche die Grundrechte zu begründen und zu gewährleisten bezwecken.

In Baiern ist die grundherrliche Gerichtsbarkeit aufgehoben, der Unterthans- und Hörigkeitsverband für immer gelöst, das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden unterdrückt, der Lehensverband für auflösbar erklärt, das Versammlungs- und Vereinsrecht gestattet, die Preßfreiheit im größten Umfange gewährt und ist der Weg angebahnt, die übrigen Grundrechte nach Maßgabe der Landes-Verfassung zur Geltung zu bringen.

Demnach wird eine materielle Differenz mit den von der National-Versammlung ausgesprochenen Grundrechten kaum als bestehend anzusehen sein. Daß aber formelle Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung zwischen Krone und Ständen herbeigeführt werden können, liegt am Tage, ist begründet im Wesen der konstitutionellen Regierungsform und bedingt durch den auf die Verfassung des Königreichs geleisteten Eid.“ —

Das Staatsministerium erkennt die Grundrechte als die Grundlage an, auf welcher die, allen Deutschen gemeinschaftlichen Rechte einheitlich aufgebaut, und zu diesem Zwecke in der vaterländischen Verfassung und in den betreffenden Gesetzen die nöthigen Abänderungen vorgenommen werden sollen, um die Gesetzgebung Baierns mit der des deutschen Reiches in Einklang zu setzen.

In diesem Sinne werden Ihnen bezüglich der Grundrechte die entsprechenden Vorlagen gemacht werden, und Sie werden zu berathen haben, wie in deren Ausführung die Interessen des Staates, der Gemeinden und der Staatsgenossen mit Sicherheit gewahrt werden können.

Möge die hohe Versammlung aus dieser Darlegung die Ueberzeugung schöpfen, daß in dieser Angelegenheit das Verfahren des Ministeriums nicht durch Meinungen bedingt, sondern durch Pflicht und Gesetz überall geboten war und bleiben wird.“

Abgeordneter Kolb stellt wegen Wichtigkeit dieser Erklärung den Antrag, sie an einen besondern Ausschuß zur Prüfung zu verweisen, worauf der erste Präsident den Vorschlag macht, dieselbe den einzelnen Mitgliedern mitzutheilen. Unter diesem Vorbehalte zieht Abg. Kolb seinen Antrag zurück.

Minister v. Weigand erstattet Vortrag über die rechnungsmäßigen Nachweisungen der vergangenen zwei Jahre und die Verwendung der Staatseinnahmen und legt hierauf das Budget unter Trennung eines ordentlichen und außerordentlichen vor, welches vorläufig auf 2 Jahre festgesetzt ist. Im Einnahmebudget sind einige Veränderungen in Bezug auf die Einführung der Einkommen- und Kapitalsteuer, sowie bezüglich der Einnahmen aus Eisenbahnen ꝛc. eingetreten. Im außerordentlichen Budget wird zur Deckung des Totalausfalles Vorsorge getroffen. Der Minister schilderte die Finanzlage als befriedigend. Bei den Ausgaben wird die Unüberschreitbarkeit der Etats unter Verantwortlichkeit der Minister erklärt. Der Malzaufschlag, der in dem Einnahme-Budget ungeschmälert beibehalten ist, bleibt, wie bisher, zu der Schuldentilgung verwendet. Die verspätete Vorlage des Finanzgesetzes entschuldigt der Minister damit, daß es unmöglich war, die umfassenden Arbeiten früher zu beenden. Die Kammer beschließt darauf nach langer Diskussion, daß die stenographischen Berichte nach dem Muster des Frankfurter Parlaments eingerichtet und in möglichster Schnelligkeit zum Drucke gebracht werden sollen. Die auf portofreie Versendung der Protokolle und möglichste Herabsetzung des Preises gehenden Wünsche werden ebenfalls angenommen. Der Abg. Schlund interpellirt wegen der mangelhaften und den Grundbesitzer sehr belästigenden Ausführung des Jagdgesetzes, namentlich rücksichtlich der Verpachtung. Abg. Dr. Greiner fragt, aus welchen Gründen noch keine Instruktion zum Jagdgesetz erlassen sei? Der Finanzminister bemerkt, daß eine solche allgemeine Instruktion erlassen werde, daß sie aber zur Zeit noch der Berathung unterliege. Die Sitzung verwandelt sich darauf in eine geheime, um eine ständische Kommission zur Schuldentilgungs-Kommission zu wählen.

Die Sitzung vom 31. bot nichts Erhebliches. Die Kammer beschäftigte sich mit Wahlprüfungen. Die nächste Sitzung ist auf Samstag anberaumt; man ist gespannt auf das Resultat der Debatte über die Wahl des Dr. Morgenstern, eines Juden. Eine günstige Entscheidung für ihn würde ein Ereigniß in der bairischen Landtagsgeschichte sein; er wäre der erste Jude, der in einer bairischen Kammer sitzt.

München, 30. Jan. Die Bänke der Linken waren in der heutigen ersten Sitzung der Kammer der Abgeordneten dichter, die der Rechten auffallend schwächer besetzt, als man erwartet hatte. Dr. Willich's Silberhaar glänzte auf dem äußersten Sitz der äußersten Linken. Er war bekanntlich kurze Zeit nach der Märzrevolution bairischer Gesandter beim Bundestag und legte den Posten nach sehr kurzem Wirken nieder, da er bei seiner offenen Natur in der diplomatischen Sphäre sich wenig heimisch fühlte. Für die linke Seite ist es ein gutes Zeichen, daß ein Mann, welcher mit jugendlicher Freiheitsliebe die edle Mäßigung eines gereiften Mannes und den deutschen Sinn eines ächten Patrioten vereinigt, ein Mann, den alle Parteien achten, an ihre Spitze sich gestellt. In seiner Nähe sitzen Kolb aus Speyer, Stockinger aus Frankenthal, sowie die Abgeordneten der Pfalz in Masse und die von Unter- und Mittelfranken in großer Zahl. Mit einem gewissen kräftigen Selbstbewußtsein, als sei er seines nahen Sieges sicher, stand heute der linke Phalanx den lockeren Reihen der Rechten gegenüber, in deren Mitte Herr v. Abel fast isolirt saß und von der Mehrzahl dieser Partei selbst gemieden schien. Sogar die katholischen Geistlichen aus Ober- und Unterbaiern hatten auf eine volle Bankweite von ihm Platz genommen, als fürchteten sie, daß des berühmten Exministers allzunahe Nachbarschaft ihrer Sache kein Heil bringe. Im Ganzen bemerkten wir doch etwas mehr intelligente Gesichter in der Versammlung, als man bei deren bunter Zusammensetzung aus sehr verschiedenen und zum Theil ziemlich niedern Volksschichten hätte erwarten sollen. Links sahen wir die meisten ausdrucksvollen Gesichter, die meisten Bärte und Schnurrbärte, rechts die meisten Glatzen, Tonsuren und dem Centrum nahe gewisse Gestalten von etwas büreaukratischem Zuschnitt, welche dem Staatshämorrhoidarius der fliegenden Blätter ähneln. Im Ganzen schätzt man die Stärke der Linken auf 51, die der rechten auf höchstens 25 Stimmen, die übrigen 50 Stimmen gehören dem Centrum an, scheinen sich aber etwas mehr der gemäßigten Linken zu nähern. Freiherr v. Lerchenfeld, der populäre Exminister, präsidirte. Die demokratische Partei, welche ihn nicht zu den ihrigen rechnet, hat es ihm übel genommen, daß er die Präsidentschaft nicht ausschlug und ihr Organ hat deßhalb gegen Lerchenfeld einen Angriff gerichtet, den alle gemäßigten Männer höchlich mißbilligen. Als kürzlich abgetretener Minister konnte Lerchenfeld nicht wohl in einen der Ausschüsse treten und als Kammerpräsident hat er hier eine der lohnendsten Aufgaben. Unparteilichkeit und strengste Rechtlichkeit räumen ihm selbst seine Gegner ein. Wir möchten ihm als Präsidenten etwas mehr Festigkeit und Energie wünschen. Seine Stimme wie sein ganzes Wesen ist von fast weiblicher Milde, welche den verehrten Mann im Privatkreise höchst liebenswürdig kleidet, auf dem Präsidentenstuhl aber nicht die empfehlenswertheste Eigenschaft ist. An dem Ministertische saß heute blos der Finanzminister Herr v. Weigand, welcher bald nach Eröffnung der Sitzung den Finanzbericht über das Budget von 1849—1851 mit schwacher Stimme und in so eintöniger, schläfriger Weise ablas, daß ein Theil der Zuhörer sich kaum des Schlummers erwehren konnte und selbst der Präsident die Augen schloß. Die bezeichnendste Episode der heutigen Sitzung war die warme Entgegnung des Abgeordneten Kolb aus Speier gegen den Deputirten Reichlin aus Regensburg. Reichlin empfahl der Kammer, den Bedarf des Druckpapiers für die stenographischen Berichte von inländischen Fabriken und nicht vom Ausland zu beziehen. Kolb protestirte feierlich gegen letzteren Ausdruck und rief: „Sollen wir unsere Verhandlungen damit anfangen, daß wir jedes deutsche Land, das über eine Spanne von der baierischen Grenze liegt, Ausland benennen?“ Die Mehrzahl der Kammer und der Gallerie stimmte Herrn Kolb so sichtbar bei, daß sein altbaierischer Gegner ganz verblüfft dastand und sich stotternd entschuldigte, er habe das Wort Ausland nicht ganz in dem Sinne gebraucht, wie Herr Kolb meine, übrigens beharre er bei dem Wunsche, daß man für den Papierbedarf die Fabriken des engeren Vaterlandes berücksichtigen möge. Den Schluß der heutigen Sitzung bildete eine höchst peinliche Debatte über die mangelhafte Ausführung des im vorigen Jahre votirten Jagdgesetzes. Es regneten Anklagen und Vorwürfe gegen die Landgerichte, welche den Gemeinden den Genuß des freien Jagdrechts auf alle erdenkliche Weise verkümmern. Die Mehrzahl der Mitglieder zeigten sich bei dieser Gelegenheit als ächte Neulinge, indem sie über einen im Ganzen ziemlich unbedeutenden Gegenstand hastig und leidenschaftlich durcheinander schrien. Der Präsident hatte Mühe, einige Ordnung in diese Diskussion zu bringen und der arme Finanzminister, welcher von der Sache Nichts zu wissen schien und überdieß ein schwacher Redner ist, wußte kaum, was er erwiedern sollte und gab den Klägern die schönsten Versprechungen. Wir sind nun höchst gespannt auf die Diskussion über die Adresse, in welcher die deutsche Frage allem Anschein nach vorangestellt werden dürfte. Es ist außer allem Zweifel, daß die Mehrzahl der Kammer sich für die Publikation der Grundrechte entscheiden wird.

Freiburg, 31. Jan. Mit den Vorbereitungen zur Konstituirung des Geschwornengerichts zur Aburtheilung der politischen Verbrechen ist man jetzt soweit gelangt, daß morgen in öffentlicher Sitzung des hiesigen Hofgerichts die Namen der Geschwornen aus der aufgestellten Liste gezogen werden. Von Seiten der Staatsanwaltschaft und den andern bezüglichen Stellen und Sektionen des Hofgerichts werden die Vorarbeiten rasch befördert. — Frau v. Struve hat, wie wir vernehmen, gegen ihre Versetzung in Anklagestand den Rekurs nicht ergriffen. (N. Fr. Z.)

⊲ **Thüringen**, 30. Jan. Während des Jahres 1848 wünschten viele Männer des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt, daß ein konstitutioneller Verein gegründet werden möchte, um ein Gegengewicht gegen den Vaterlandsverein zu bilden, der republikanische Zwecke verfolgt und vorzüglich bewirkt hat, daß die Wahlen für unsern Landtag so ausgefallen sind, wie sie in Nr. 19 der Deutschen Zeitung geschildert werden. Diesem Wunsche ist nun entsprochen. Am 17. Jan. traten etwa 60 Bürger von Rudol-

Uebersicht.

Die preußische Note.

* **Vom Rhein, 31. Jan.** Wenn die preußische Note, nachdem sie nun ihrem ganzen Umfange nach bekannt ist, noch immer bei Jedermann die größte Befriedigung erregt, wie die Blätter schreiben, so ist Jedermann glücklicher als ich: in mir hat sie den alleräl testen Widerwillen erregt, den ich gegen die deutsche Art, Politik zu treiben, seit der ersten Stunde empfand, wo ich politisch denken zu lernen anfing. Wenn auch Sie vielleicht anderer Meinung sind, so gönnen Sie gleichwohl meinem Unmuthe ein wenig den Lauf, und überlassen Sie mir allein die Gefahr, es mit allen Preußen und Preußenfreunden zu verderben, nachdem ich als das räudigste Schaaf dieser Heerde verschrieen worden bin. Ja, ich erkenne mit Schrecken, daß man in Deutschland auch in keiner Art zur Zeit noch mit einer Partei stehen und fallen kann, man ist sicher eben mit jeder zu fallen, denn keine spielt ihre Rolle rein aus. Ich erkenne und bekenne, daß ich nur gut preußisch sein kann, wenn man preußischerseits gut ist und gut deutsch vor Allem. Spielt man in Preußen aber österreichisch, so gehe ich eben so gerne an die Quelle, und Sie sollten sich wundern, wenn nur diese Quelle ein bischen heller sprudelte, wie kaiserlich österreichisch ich werden könnte, um nur auf jeden Fall jedem spöttischen Ausgange der mit so großem Aufsehen begonnenen deutschen Staatsreform auszubeugen. Nach dieser Note, wenn es nach ihr gehen soll, sehe ich die ganze Arbeit mit einem großen Flickwerk endigen, und ich muß mich nur wundern, daß die Regierung eines großen Staates wie Preußen, indem sie sich zur Entbinderin der kreisenden Nationalversammlung aufwirft, nicht die lächerliche Figur inne wird, die sie spielen will, indem sie selbst auf eine lächerliche Verunstaltung des Kindes hinarbeitet, das noch immer mit gesunden Gliedern geboren werden konnte. Ja es kommt ganz wie es in Wien gekommen ist: nach all den pomphaften Ankündigungen, nach all den unermeßlichen Anstrengungen wird ein deutsches Reich geboren, das nicht Fisch und nicht Fleisch ist; ob es Fisch oder Fleisch ist, darüber wird sich dann die hohe politische Priesterschaft streiten, wie sie es mit dem Bunde gemacht haben; was aber das gewisse Loos ist, das uns trifft, das ist die Fortsetzung der politischen Fasten, an die wir gewöhnt waren, die aber freilich zuletzt diesen Anfall von Heißhunger hervorgerufen haben. Es kommt wie es in Wien gekommen ist: Oesterreich schwieg und ließ die Andern reden und schreiben, und sobald es zum Reden kommt, damals oder jetzt, klatscht Baiern in die Hände, ziehen sich die kleinen, kaiserlich gesinnten Höfe zurück und macht Preußen den gehorsamen Diener: „mit hoher Befriedigung sieht die königl. Regierung festgestellt, daß Oesterreich mit uns den deutschen Bund als fortbestehend betrachtend, in demselben verharren und an dessen kräftiger Entwickelung theilnehmen will!" Daß wir den deutschen Bund über den Haufen geworfen, daß wir Frankreich und England angemuthet haben, eine deutsche Centralgewalt anzuerkennen, daß wir einen Bundesstaat haben wollen, daß in diesem Oesterreich weder verharren kann noch will, daß eine kräftige Entwickelung des deutschen Bundes nicht möglich ist, es sei denn, daß diese totale Verschmelzung in den Bundesstaat vorgeht, das haben wir plötzlich vergessen: Oesterreich hat gesprochen, Oesterreich hat nur zu befehlen. Was nützt es, daß man in der Note den Bundesstaat in dem Staatenbunde retten will? für Oesterreichs Befriedigung und für unsere gänzliche Lähmung ist es genug, daß Oesterreich die Hand im Spiele hat! Wagt man in der Note, den neuen Bundesstaat einen selbstständigen Staat zu nennen? keineswegs! Und dieß war doch das Minimum, zu dem wir, meine ich, mit all den Mühen dieses Jahres und nach all den Leiden dieser Jahrzehnte gelangen wollten! Man spricht in der Note zwar von einem dem Auslande gegenüber einheitlich verbundenen Körper, sowie von Verschmelzung der kommerziellen und materiellen Interessen, allein dieß ist nur von dem großen Körprr des deutschen Bundes gemeint, über den sich Oesterreich mit uns verständigen werde! Der Bundesstaat innerhalb dieses Staatenbundes wird nur dem Zollverein verglichen, er wird nur ein „Verein" genannt, der noch weitere Intrressen als der bisherige Zollverein umfassen werde, der aber eben so wenig wie der Zollverein den Bund selbst und das Verhältniß zwischen den dem Zollverein angehörenden und den ihm nicht angehörenden Bundesgliedern stören soll. Der Bundesstaat, den man mit einer geschickten Escamotage den Männern in Frankfurt in die Hand spielen will, ist nichts als der äußerlich und innerlich erweiterte Zollverein. Wie dieser nicht blos „einrn engeren Verein für Handel, Gewerbfleiß und Verkehr darstellte, sondern auch die Wurzeln zu einer gemeinsamen handelspolitischen Vertretung nach Außen in sich trug," so würde der neue Bundesstaat nicht blos ein Verein für handelspolitische Einigung und möglichste Ausgleichung der inneren Gesetzgebung sein, sondern er würde auch die „Wurzeln" zu einer gemeinsamen politischen Vertretung nach Außen in sich tragen! Glaube man aber ja nicht, daß Rußland diese Wurzeln zum Ausschlag kommen lassen würde, so wenig wie es die Wurzeln jener handelspolitischen Vertretung dazu kommen ließ! Glaube man ja nicht, daß Oesterreich diesen Wurzeln Laub streuen würde, es würde sie vielmehr zu ersticken suchen! Glaube man ja nicht, daß Preußen selbst sie treiben und pflegen würde; es würde so wenig wagen in dem Bundesstaate, als es in dem Zollverein gewagt hat! Denn leider, die ganze heillose Schwäche, die unendliche Mattherzigkeit, die ängstliche Friedensliebe, die bisher Preußen auf seinem Wege gehemmt hat, hat auch diese Schrift geschrieben, hat diesen Schritt eingegeben, den ersten entscheidenden Schritt, der in eine neue Bahn voll Ruhm und Ehren zu thun war. Der erste Schritt ist nebenhinaus! und wieder in jenes alte Gleis der feigen Unentschiedenheit zurück! Oder ist dies zu viel schwarz gesrhen? So achte man doch, wie fein man in der Note uns auch die dänisch- und holländisch-deutschen Besitzungen aus dem Bundesstaate weg escamotiren will! Weil in diesen Bundesstaatsverein Dänemark und Holland voraussichtlich nicht freiwillig eintreten wollen, so läßt man sie lieber gleich mit Oesterreich in dem Staatenbunde. Es wird auch gleich etwas weniger lächerlich, wenn der neue Bundesstaats**verein** (denn daß dieß nur ja Niemand für einen Staat halte!) mit drei Mächten den alten Bund aufrecht hält, als wenn er nur mit dem Einen Oestrrreich zu thun hätte! Und wie viele Verlegenheiten wird man mit diesem Einen Kunststück los, die Preußen, das mit seiner ganzen Besinnung nur bei seiner alten Diplomatie ist, nun und nimmermehr die Kraft in sich fühlte, mit einem geraden und waghaften Spiele zu beseitigen! Schleswig in den Staatenbund zu geben, der nach der Ausbildung des neuen Zollvereins ein noch sicheres Geschöpf sein wird als der frühere, ist eine Zumuthung, die man hoffen kann durchzuführen; das eigensinnige Holland vor den Kopf zu stoßen, wird so vermieden; dem ganzen Handel mit den europäischen Mächten über die Verträge von 1815 und über die Anerkennung des Bundesstaates, des ernstlich gemeinten, geht man so aus dem Wege; und Oesterreich vor Allem, Oesterreich, das mächtigste Glied im Bunde, wird befriedigt, das Oesterreich, gegen welches die Note so demüthig willfährig ist, daß sie ihm in einer, wie mir scheint, gänzlichen Verrückung der natürlichen Gedankenfolge in dem neuen drutschen Staatswerke die Initiative **umsomehr** zuweist, als es in den strengen Bundesstaat nicht eintreten könne! So weicht denn Preußen auch, aus zuvorkommender Bescheidung, oder aus gehorsamer Dienstpflicht gegen Oesterreich, der Kaiserkrone aus, die Oesterreich verscherzt hat und die es Preußen mißgönnen zu müssen glaubt. Die Note schweigt gänzlich von einer Centralregierung des **Bundesstaates**: sie spricht da, wo von der Spitze des Ganzen die Rede ist, immer von der **umfassenden** deutschen Einigung, von der kräftigen **Gesammtentwicklung**, und scheint dabei Oesterreich immer mit im Auge zu haben. Die Note reservirt Preußen nur den ihm gebührenden Antheil an der obersten Leitung der „Bundesgewalt", der Staatenbundsgewalt muß dieß sagen. Es ist ganz wie es in Wien war. Man behält sich stillschweigend die Theilung des Einflusses vor; statt der territorialen Mainlinie wird jetzt die Linie des neuen Zollvereins gesetzt. Es ist mutatis mutandis ganz das alte Spiel. Das Hauptsächliche aber, was jetzt schon nicht allein ein Verändertes ist, sondern auch

ein wesentlich Veränderndes sein und bleiben kann, ist die Existenz der Nationalversammlung. Wird sie ihre Pflichten begreifen? Lasse sie die Bevollmächtigten in Frankfurt zusammenkommen, ändere sie was irgend zu ändern ist, aber lade sie den unergründlichen Spott des Auslandes und die furchtbare Verantwortung vor dem Vaterlande nicht auf sich, daß sie auseinandergehe, ohne Deutschland einen Staat gegeben zu haben. Führe sie ihre Aufgabe durch, ohne rechts und links zu schauen, sobald es an diese Fundamentalfrage kommt. Möchte selbst ihre moralische Kraft im Vaterland so gesunken sein, daß das was sie Weises, Festes, Starkes dekretirt, heute nicht mehr durchgeführt werden könnte, vernichte sie aber ihr letztes Ansehen nicht durch eine schmähliche Nachgiebigkeit in dieser Einen und Hauptsache. Hier kann sie wenigstens fallend ihre schönsten Ehren wieder herstellen. Mag der große Zweck scheitern! aber sagen soll man nicht, daß er an den Vertretern des Volkes gescheitert sei! sagen soll man vielmehr schon jetzt, daß er abermals an den Regierungen zu scheitern droht, und an Preußen nicht am wenigsten, aber am meisten an Oesterreich!

Deutschland.

÷ **Frankfurt**, 29. Jan. Die Berliner Nationalztg. bringt in ihrer Zeitungsschau vom 25. d. M. folgende höchst charakteristische Mittheilung:" Den allein̄igen Widerstand gegen die deutsche Einheit haben wir bei der durch ganz Deutschland, in dem katholischen wie protestantischen, mächtigen Partei, deren Stimme hier die „Neue preußische Zeitung" führt. Ihre Sorge, sagt sie, steigere sich jetzt zur peinlichsten Spannung, seit sie in Potsdam wieder eine von den Persönlichkeiten (Camphausen) wisse, von deren sinnverwirrendem, gesinnungslähmendem Einfluß das unglaublich Schlimmste (die Annahme der deutschen Krone) zu erwarten sein dürfte. Die deutsche Krone, selbst mit Zustimmung der Fürsten, annehmen, heiße den König von Preußen zum Werkzeuge einer demokratischen Macht machen, welche Preußen auflösen, die königliche Gewalt, ja alles historische und volksthümliche Recht und Wesen lähmen und zerstören wolle. Nur wenn man in Frankfurt die Volkssouveränetät und das Veto zurücknehme und ehrlich dem Geist und Sinn entsage, aus welchem diese und ähnliche Griffe und Beschlüsse hervorgegangen, könne von dem König von Preußen als deutschem Kaiser die Rede sein. Wenn aber Preußen die Krone ablehne, so würde darin, wie schon in der Entscheidung der österreichischen Frage, der Anfang des Endes, die ersten Schritte der Rückkehr zum System und Prinzip des Staatenbundes zu begrüßen sein, welches in der ganzen welthistorischen Anlage und Entwickelung Deutschlands als das einzig gesunde und angemessene vorgezeichnet gewesen. Solchem Wiederaufbau des deutschen Bundes mit ächt deutschem Brudersinn werde Preußen auf alle Weise förderlich sein." Bei der Lesung des Vorstehenden muß jeder Patriot, der an die Abstimmung gelegentlich der österreichischen und der Oberhauptsfrage und an die Rolle, die Raveaux, Heinrich Simon, Ludwig Simon u. A. dabei gespielt haben, mit Schmerz erfüllt werden. Wenn z. B. Radowitz verneinte oder nicht stimmte, so war das konsequent und seinen Antezedentien gemäß: daß jene Männer aber — ob auch wir nicht ihre politischen Ansichten theilen, zollen wir ihrem vormärzlichen Wirken doch Anerkennung — mit der staatenbundlichen Reaktion Hand in Hand gingen und aus Pessimismus mit der alten Zeit gegen die neue kämpften, ist niederschlagend. Ein Trost war uns, daß sich z. B. die Hannoveraner in Westendhall, Freudentheil, Gravenhorst und Reden frischeren Sinn erhielten. Wir hoffen aber, daß bei der zweiten Lesung manche ihrer früheren Gesinnungsgenossen ihnen folgen und die Preußen von der Linken die Frage sich vorlegen werden, ob sie bei der ersten Lesung im Sinne ihrer Wähler, im wahren Interesse des Vaterlandes gestimmt haben? Daran werden sie mit uns zweifeln, wenn sie unter ihren Bundesgenossen auch die Neue preuß. Zeitung, unter den Bundesgenossen der Erbkaiserlichen selbst die ehrlich radikalen Blätter der Heimath finden.

⊙ **Frankfurt**, 1. Febr. Nachfolgendes ist der Auszug eines Briefes, den wir aus Brünn vom Ende Januars empfingen. Wir theilen ihn mit als den Ausdruck deutsch-österreichischer Besorgniß; wir brauchen kaum zu bemerken, daß der politische Standpunkt des Schreibenden von dem dieses Blattes mannigfach verschieden ist. Der Brief rührt aus jenem Kreise der österreichischen Gesellschaft her aus welchem der vormärzliche Staat ausschließlich seine leitenden Persönlichkeiten entlehnte.

„Unsere Revolution ist, wenn nicht Alles täuscht, noch lange nicht zu Ende. Die Siege unserer Waffen selbst sind wohl glänzend, aber doch nur äußerlich entscheidend. Dauernde Ruhe und innere Befriedigung vermag die Kraft des Säbels nicht zu verleihen. Die widerstrebenden Elemente, die das neu zu schaffende Oesterreich vorerst zu verschmelzen hat, werden vielmehr noch gewaltige Gährungen verursachen. Mit einem Wort, der Bildungsprozeß, den wir begonnen haben, ist in seinem Ausgang noch nicht deutlich erkennbar. Was die Frage über Stellung und Stimmung Böhmens und Mährens betrifft, so kann nicht geleugnet werden, daß in beiden Ländern die Meinungen einem deutschen Herzen nicht absonderlich zuzusagen vermögen. Die ganze slawische Presse athmet einen feindlichen Geist, der da, wo er nicht offen hervortritt, sich unter der Maske eines großen selbständigen Oesterreichs — natürlich mit vorwiegend slawischer Färbung — breit macht. Es war eine unglückselige Taktik oder eine gemeinsame Verblendung aller deutschen Organe, in den Wiener Bewegungen eine glorreiche Erhebung des Deutschthums in Oesterreich erblicken zu wollen. Denn sie trug von deutschem Wesen kein anderes Merkmal, als daß eine aufgeregte müßige Jugend mit den schwarzrothgoldenen Zeichen prunkte und damit manchen Verbündeten sogar aus der Paulskirche herbeilockte. Freilich für die Slawen konnte nichts Erwünschteres geschehen, als daß sich ihnen die langersehnte Gelegenheit bot, den verhaßten Deutschen in einen grellen Gegensatz zu Oesterreich zu bringen, ihn als den Zerstörer der Gesammtmonarchie zu bezeichnen und sich dagegen selbst als den vorzugsweise erhaltenden, echten Oesterreicher zu gebärden, um unter dem Vorwand zärtlicher Fürsorge für den Gesammtstaat, Krone und Ministerium unter die Flügel des Slawenthums zu nehmen. Das Ministerium scheint jedoch der aufgedrungenen Schirmherrlichkeit — welche es endlich zu einem bloßen Werkzeuge der Partei herabgewürdigt hätte — herzlich satt zu sein. Die Auslegung der Kundgebung vom 27. Novbr. durch die Note vom 28. Dez., welche Hr. von Schmerling in Frankfurt einreichte, war der erste Schritt, sich den Händen der Slawen zu entwinden (?). Dies, so wie nicht minder die Erklärung über den §. 1 der Grundrechte, hat dem Ministerium auch den heftigsten Zorn seiner es bevormundenden Rechten im Reichstag zugezogen und alle die zahlreichen slawischen Blätter machen nun Chorus gegen das Ministerium, dem sie es sogleich bei dessen Antritt übel nahmen, daß es die Frankfurter Abgeordneten nicht ohne Weiters abrief.

Durch die neuen Zusätze und Bestandtheile, die in den Reichstag kommen werden, wird dieser selbst ein ganz anderes Gepräge erhalten. Jedenfalls wird der ersehnte Augenblick, mit der Verfassung zu Ende zu gelangen, in weite Ferne gerückt. Alle Gefahren innerer Auflösung sind vor der Hand besiegt, nichts weniger aber als überwunden zu betrachten, wie denn überhaupt die zukünftige Gestaltung der Dinge sich durchaus nicht voraussehen läßt. Wenn sich die Dinge in Deutschland nicht befestigen, wenn sie der deutschen Bevölkerung Oesterreichs nicht einen Stützpunkt gewähren, so ist dessen nächste Zukunft kaum eine erfreuliche. Denn der Slawe wird nach der Herrschaft streben, und erlangt er sie auch nur für eine Handumkehr, so wird er mit all der Feindseligkeit verfahren, die ihm sein Haß gegen „Fremde" einflößt, ein Haß welcher eine geschichtliche Eigenthümlichkeit des Slawenthums ist. Wenn man seine jetzigen Forderungen hört, so schwindet jeder Zweifel über das, was sie unter der vielbesprochenen „Gleichstellung" der Nationalitäten verstehen. Daneben sind die Deutschen entweder ganz unthätig, und erwarten gemächlich träumend ihren rettenden Heiland, oder so übertreibend und maßlos, daß Keiner, der aufrichtig das Bessere will, sich mit ihnen verbinden kann. Mit einem Wort, unsere Zustände haben noch durchaus keine feste Gestalt. Das Volk ist in allen seinen Schichten, was bei unserer Vergangenheit nicht Wunder nehmen darf, namenlos verdumpft. Es wird sich nirgends klar weder über sein Bedürfniß, noch über seine Wünsche. Das Ministerium aber kann und wird keine Wunder wirken, es wird die Gährung nicht beschwichtigen mit einfachen Maßnahmen zur Ordnung. Die Menschheit tritt auf eine neue Stufe der Entwickelung. Es ist nicht blos die Verwandlung des politischen Wesens, es ist der Uebergang von den

alten Lebensformen zu einer menschlich unbefangenern Anschauung und Behandlung der Dinge. Die Schwingungen werden lange nachzittern und manche Schöpfung dieser Zeit wieder vernichten, ehe der Strom in ruhigen Bahnen die neue Richtung wird verfolgen können. Namentlich gilt dies von Oesterreich."

Wien, 24. Jan. In den militärischen Verhältnissen Wiens bereiten sich große Veränderungen vor: zunächst dem Gloggnitzer Bahnhof sollen drei große isolirte Gebäude aufgeführt werden, eine kolossale Gewehr- und Munitionsfabrik mit Waffendepots, dann die Garnisonsbäckerei mit einer Dampfmühle, jedes dieser Gebäude befestigt und geeignet eine Besatzung aufzunehmen, endlich — beide dominirend — auf dem Laaerberge eine befestigte große Kaserne. Eisenbahnen werden diese drei Gebäude unter sich verbinden und mit der Bahn welche vom Gloggnitzer zum Nordbahnhofe führt; eine unterirdische Telegraphenleitung wird gleichfalls hergestellt. Dafür sollen alle Zeughäuser und Militärdepots aus der Stadt entfernt werden. Frhr. v. Welden soll kommandirender General in Böhmen werden, und seine Stelle in Wien Fürst Windischgrätz erhalten, sobald der Feldzug in Ungarn zu Ende ist. Dort haben die Armeekorps sich jetzt größtentheils in mobile Kolonnen aufgelöst, um den zerstreuten Haufen rasch begegnen zu können, wo sich dieselben zeigen, denn eine ungarische Armee gibt es faktisch nicht mehr. Fürst Windischgrätz verfährt in Ungarn wirklich mit möglichster Schonung, und hat sogar gestattet, daß die Ungarn den Säbel tragen dürfen, wenn sie in ihrer Nationaltracht gehen, was einen sehr guten Eindruck macht. Die Armee sieht der Einführung von Waffenröcken entgegen. Der Marine steht eine durchgreifende Reform und ein so bedeutender Aufschwung bevor, daß Oesterreich den Vermählungsring mit dem adriatischen Meere keinem andern Freier wird überlassen müssen. (Allg. Z.)

Ollmütz, 21. Jan. Beim Kaiser war dieser Tage eine Bauerndeputation mit der Bitte, die Gesetze über die Robotablösungsbeiträge nicht vom Reichstage, sondern von sich ausgehen zu lassen. Eine solche Geringschätzung des Reichstages mag wohl künstlich erzeugt und genährt worden sein. Vor einer Woche mußten etwa hundert Mann nach Zuckmantel marschiren, um dem Kommunistentreiben der Bauern und Häusler in den Herrschaftswäldern ein Ziel zu setzen. In Kojetin (eine Stunde von Kremsier) versammelten sich am 20. Januar die Bauern von 60 der umliegenden Dorfschaften zu einer Berathung. Die Häusler machen ihnen viele Sorge, und sie formulirten deshalb an den Reichstag eine Petition, daß die Häusler in den gegenwärtigen beschränkten Rechtsverhältnissen belassen werden möchten. Ein Häusler soll dabei aufgetreten sein und unter Anderm gesagt haben, Häusler seien nichts als verarmte Bauern, er selbst sei ein Bauernsohn, einer seiner Brüder sei Bauer, die andern fünf aber Häusler. Das half aber nichts, die Bauernaristokraten stützten sich gleichgültig auf faits accomplis. In der Nähe von Saar hat sogar der Richter den Häuslern das Lesen der Zeitungen verboten, „denn für die Häusler bestehe keine Konstitution."
(C. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 26. Jan.*) Darf ich als Preuße mich über den Entscheid unserer Reichsversammlung in der Erblichkeitsfrage, über das 52 Stimmen-Mehr, welches nach meiner Meinung die deutsche Einheit verworfen hat, so bitter beschweren, als mir um das Herz ist? Müßten gerade die 16 Millionen Deutscher, deren „Hegemonie" man sich in ganz Deutschland verbittet, so vor den Reußern und Waldeckern und Detmoldern weit zurückstehen, daß sie sich kein Urtheil, kein unumwundenes aufrichtiges Urtheil erlauben dürften, wo die Schicksale des Vaterlandes entschieden werden sollen? Die Radikalen stimmten gegen die Erblichkeit. Sie sind natürlich für die Einheit Deutschlands, nur für eine andere Einheit. Sie hoffen noch oft gegen die Fürsten und Regierungen ihrer Länder statt der abschreckenden Blutfahne die Trikolore aufzustecken, bei deren Anblick sich die Wangen röthen, das Herz lauter schlägt und die Augen leuchten. Sie wollen die Einheit auf eine andere Weise und werden ihren Klubs und Volksversammlungen später berichten, daß sie daran leider verhindert gewesen. Als ob man dem Hungernden und Dürstenden Ungenießbares hinhält: er stößt es mit letzter Kraft zurück: solche Wohlthäter unsres Volks sind die Demokraten in der Paulskirche.

*) Der beherzigenswerthe Inhalt des folgenden Aufsatzes mag das durch Zufall verspätete Erscheinen desselben entschuldigen.

Die Oesterreicher stimmten gegen die Erblichkeit. Ich erhebe nicht den Stein. An ihrer Stelle, was hätt' ich gethan? Rösler von Wien enthielt sich der Abstimmung; mehr ist nicht zu verlangen.

Aber das übrige große Deutschland, welches die Erblichkeit verwarf? Sprach Dahlmann zu tauben Ohren? Freilich es ist ein Professor! aber seine Zuhörer entbehren noch des Zeugnisses der Reife! Unsre tausendjährige Geschichte hat noch nicht einmal eine Majorität für die Erblichkeit hervorgebracht. Und Welcker, der unvergeßliche Mann der badischen Kammer, der immer mit Beispielen aus der Geschichte seine Dikta belegte — doch um ihn ist mir nicht bange. Er hatte sich auch einst in den Gedanken, Oppositionsmann zu sein, so verrannt, daß er die Eventualität eines Ministeriums Bekk für ein „Unglück" erklärte. Vielleicht besinnt sich der Bevollmächtigte der badischen Regierung darauf! Seine jetzige Hitze wird noch weniger Zeit verlangen, um zu verrauchen.

Das Uebel sitzt viel tiefer, als in der fixen Idee, die staatliche Einheit Oesterreichs könne über Nacht aufhören, „ein deutsches und europäisches Bedürfniß" zu sein, und dann müsse der Eintritt offen sein. Diese Abneigung gegen das Erbreich ist eine Abneigung gegen das Reich. Jetzt, wo es gilt, die Einheit Deutschlands als unwiderruflich zu proklamiren, jetzt schaudern die deutschen Stämme zurück vor diesem göttlichen Gedanken. Und ist es nicht gerathener, sie komme nicht zu Stande? Läge Deutschland unberührt von andern Nationen allein auf einer fernen Insel des Ozeans, ich riethe von der Einheit ab. Denn daß der Partikularismus erstarken wird nach Vollendung der Einheit, ist gewiß, er ist aber jetzt noch zu sehr eine Macht; und unsere Einheit in der Wiege scheint mir kein Herkules. Doch zu dem allmählichen Zusammenwachsen nach der Theorie der historischen Schule, so in jedem Jahrhundert etwas fester — da wollten wohl unsre Nachbarn uns nicht Bedenkzeit lassen.

Tiefe Trauer erfüllt wohl Jeden, der es einsieht; aber die herbste Wahrheit ist besser als der Wahn. Preußen ist Allen im Wege. Das ist die wahre Bedeutung jenes Votums. Nicht Jene, welche die Erblichkeit verwarfen, nein die dafür stimmten, fragen Sie nur, fragen Sie die besten Freunde des Preußischen Kaiserthums: es antwortet die dürre Nothwendigkeitserkenntniß; sie beugen sich unter das harte Joch des geschichtlichen Zwanges. O sollte das Herz nicht jedem Deutschen darüber bluten? So wenig verstehen die Deutschen ihre Vergangenheit und Zukunft. Deutschland soll Eins werden. Sechzehn Millionen von Denen, welche vereinigt werden sollen, sind bereits vereinigt; sie heißen nach einem verschollenen Volke — „die Preußen." Deutschland soll einen Staat bilden. Sechzehn Millionen Deutsche sind bereits zu einem solchen Staate verbunden. Das Naturgemäßeste wäre, die Uebrigen träten ein in diesen fertigen Staat. Aber es gibt Ordnungen in den übrigen deutschen Gauen und Ländern, welche das Heiligthum vom Vater auf den Sohn sind. Sie bedingen ein anderes Verhältniß; sie wollen geschont sein. Also bildet man eine Gewalt, welche den Staat zusammenhält, ohne in jenes provisorische Deutschland, in Preußen einzutreten. Daß jener deutsche König stets diese Reichsgewalt habe, scheint nicht zu bezweifeln. Doch Oesterreich? Oesterreich ist kein deutscher Staat, sondern ein von Deutschen regierter Staat; und als deutscher Staat ist er Baiern ähnlich, also lange noch und in beiden Fällen kein Prototyp der deutschen Einheit. — Und jetzt? daß wir sechszehn Millionen Deutsche wenigstens ganz gewiß zusammenhalten, daß wir der deutschen Einheit soweit vorgearbeitet haben, das macht uns so gehässig? so gehässig, daß unsere Freunde sich feierlich verwahren gegen den Verdacht einer Zuneigung für Preußen? Ist Preußen denn Makedonien? O Ihr Demosthenes! Ihr stoßt uns aus. Denn die Erblichkeit verwerfend, verwerft Ihr den ewigen Bund mit uns; ohne das Kaiserthum sind wir Preußen unter den deutschen Stämmen zwar um nichts besser — wahrlich! — doch unsrer Einheit halber zu Thaten jederzeit bereiter und rüstiger; auch ohne Kaiserthum werden wir den Schein haben, als hätten wir die Oberhand; wollt Ihr dies drückende Gefühl los werden, da gibt es nur zweierlei Rettung: entweder Ihr gebt die arge Täuschung auf, als wäre Preußen ein Ausland, oder stoßt die dargebotene Hand von Euch. Als die Erblichkeit verworfen wurde, da siegte das Gefühl, daß, für immer und ewig an dieses „Ausland" gekettet zu sein, doch gar unerträglich wäre!

Ja, wir gelten als „Ausland" unsern Landsleuten. Wenn sich doch Jeder auf sein Gewissen fragte, so ist es nicht anders, er muß finden, daß diese dira necessitas, welche die Weisen aner-

kennen und die Thoren bekämpfen, die Krone Preußen mit der Reichsgewalt zu bekleiden, ihnen so schwer ankommt, als gält' es, die Krone Schweden oder die Krone Niederland als Kaiser proklamiren! Es gibt jetzt kein größeres Werk für einen treuen Sohn unseres Volkes, als die Schranken niederzureißen, die Preußen von Deutschland trennen. Nicht die Schlagbäume mein' ich, nicht die fragliche Vereinbarung, nichts was dekretirt oder abdekretirt werden könnte — sondern in den Gemüthern sollen und müssen die Schranken und Schlagbäume fallen. Aber das Alles muß vor der zweiten Lesung vollbracht sein. Es erfordert alle höchste Kraft und Energie. Die Presse muß Alles aufbieten, was eine solche geistige Macht in der Gewalt hat. Aber, so lange man noch von „Preußen" redet, als wären sie Slawen oder Gothen, da rede man auch noch von Deutschen nicht, denn wer über seine Lippen bringt: „wir Deutsche" zu sagen, der hat Preußen miteinverstanden, er mag wollen oder nicht. — Wohlan, bis jetzt ist die Einheit Deutschlands nicht viel weiter gelangt, als daß Preußen besteht. Preußen ist das eigentliche „Kleindeutschland", wovon man jetzt soviel gesprochen hat. Ist denn die Stimme der Natur verstummt, daß Joseph nicht von seinen Brüdern erkannt wird? Eh' es zu spät ist, hört auf, von uns zu reden, als wären wir Fremde! Wehrt Euch nicht dagegen, daß Ihr vielleicht ein Herz für Preußen habt. Hält es denn so schwer, „deutsch zu sein"?!

† **Aus der Pfalz**, 27. Jan. Nicht ohne eine gewisse Eitelkeit über die liberalen Gesinnungen der pfälzer Abgeordneten schreibt die Speierer Zeitung unter dem Heutigen aus München: „Die Aristokraten und Ultramontanen sind wüthend über die Liberalen, namentlich über die Pfälzer. Neulich wurde Nachts das auf dem Promenadeplatz befindliche Standbild Kreitlmaiers mit Vitriol überspritzt und dadurch häßlich verunstaltet. Flugs erschien im „Neuen Münchener Tagblatt — Scherz und Ernst", ein Artikel, der die pfälzer Abgeordneten verdächtigte, diesen Vandalismus begangen zu haben. Daß die Kreittmaier'sche legislatorische Weisheit die Pfälzer noch niemals berührt hat, kümmert jene Leute nichts; vermuthlich wird man in Kurzem in den ultramontan-aristokratischen Blättern die Neuigkeit zu lesen bekommen, daß die pfälzer Abgeordneten die Thürme der Frauenkirche gestohlen und in ihren Rocktaschen verborgen haben." — Die guten Pfälzer! Wenn sie jetzt schon solche Verfolgungen zu erdulden haben, was wird's erst geben, wenn der offene Kampf beginnt, wenn Dr. Hepp und Pfarrer Eckhard einmal den Strom ihrer Rede über die Ultramontanen ergossen haben und jene altbaierischen Biernaturen durch den Weingeist der Pfälzer aufgeschreckt und in den Harnisch gebracht sind? Vielleicht sind sie dann ihres Lebens unter jenen finstern Geistern nicht mehr sicher. Doch wollen wir uns noch nicht zu sehr um unsere Deputirten ängstigen. In Frankfurt haben sie den schönen Beweis geliefert, daß sie auch zu schweigen verstehen, wenn's an den Kragen geht, und es ihnen an der nöthigen Gewandtheit nicht fehlt, um geschickt zwischen den Klippen und Abgründen hindurch zu laviren.

† **Aus der Pfalz**, 27. Jan. Die Regierung, oder wenigstens einige Beamten derselben, scheinen jetzt dem demokratischen Treiben unserer Volksschullehrer, wodurch ihrem eigentlichen Beruf, der Jugendbildung, wie leicht begreiflich, wenig genützt wird, eine ernstere Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich an ihr Aufsichtsamt über das Schulwesen wieder zu erinnern. So erließ im Dezember das Landkommissariat zu Pirmasenz folgendes Schreiben an die Bürgermeisterämter des Bezirkes, die verordnungswidrigen Konferenzen der Volksschullehrer betreffend: „Es ist anher zur offiziellen Anzeige gekommen, daß die Lehrer verschiedenen Ortes sich beigehen lassen, willkürlich ohne Beisein der Distriktsschulinspektionen Konferenzen zu halten, wodurch den k. Regierungsbestimmungen gerade zu entgegengehandelt wird. Diese Abhaltung der Konferenzen soll nebstdem auf Kosten der obliegenden Dienstespflichten gehen, indem ebenso willkürlich und ohne eingeholte Erlaubniß die Schule ausgesetzt und der Kirchendienst versäumt wurde. Die Bürgermeisterämter haben die Lehrer ihres Amtsbezirkes von dieser Beanzeigung in Kenntniß zu setzen, mit der nachdrücklichen Verwarnung gegen fernere ähnliche Eigenmächtigkeiten und dem Bedeuten, daß bei wiederholter Anzeige an k. Regierung behufs geeigneter Maßregeln gegen die fraglichen Willkürlichkeiten Bericht werde erstattet werden." Vor Kurzem soll in einem andern Landkommissariate ein noch viel energischeres Schreiben an die Lokalschulinspektionen ergangen sein. Es ist freilich sehr zu bezweifeln, ob mit solchen Kommandoworten in dieser Sache und in dieser Zeit etwas Gutes ausgerichtet wird. Im Schulblatte berief man sich nicht mit Unrecht auf das allen Deutschen zustehende Assoziationsrecht und es ist nicht zu glauben, daß sich die Lehrer einschüchtern lassen. Soll der unter ihnen um sich greifende frivole Geist, „das neue Lebensprincip", gebannt werden, so muß dieses vorzüglich mit durch jene freien Vereine und durch die Besseren und Tüchtigeren unter den Lehrern selbst geschehen. Es dürfte für eine Regierungsbehörde freilich mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, dieselben herauszufinden und ihnen den nöthigen Muth einzuflößen, sich kräftig dem verderblichen Strome entgegen zu werfen.

Schweiz.

** **Bern**, 27. Jan. Bei Anlaß der Berathungen über das Büdget kamen heute auch die hiesigen Polizeieinrichtungen zur Sprache. Die im Publikum schon längst laut gewordenen Klagen über die lässige und in jeder Beziehung mangelhafte Handhabung der Sicherheitspolizei in der Hauptstadt von Seite der Regierungsbehörden und ihrer Beamten wurden auch in der Mitte des Großen Rathes auf eine so bündige, unwidersprechliche Weise vorgebracht und begründet, daß der Regierungsrath dem schon früher von Stämpfli gestellten Antrage, das gesammte Polizeiwesen in der Hauptstadt wiederum (wie es bis zum Jahre 1831 der Fall war) in die Hände der städtischen Behörden zu legen, nicht länger widerstehen konnte. Namentlich erhob sich bei diesem Anlaß gegen den ohnehin mißliebigen Justiz- und Polizeidirektor Jaggi ein gewaltiger Sturm. Vergebens bediente sich derselbe der längst abgenutzten Taktik, es werden sich doch die Regierung und die Bundesbehörden nicht unter den Schutz der städtischen Behörde begeben wollen, welche von jeher reaktionäre Absichten gezeigt, und insbesondere gegen die gegenwärtige Ordnung der Dinge feindselig gestimmt seyen. Mit Recht erwiderte ihm Stämpfli, daß so lange die Regierung das Land auf ihrer Seite habe, sie die Stadt nicht zu fürchten brauche; wenn aber je der Fall einträte, daß das Volk in seiner Mehrheit sich wiederum „von den Aristokraten" regieren lassen wolle, so müsse man sich dieses nach den Grundsätzen der Volkssouveränetät gefallen lassen. Der Antrag Stämpfli's wurde von dem Großen Rathe so viel als einstimmig (nur drei Stimmen waren dagegen) erheblich erklärt. Dieser Beschluß erfreut sich der ungetheilten Billigung der hiesigen Einwohnerschaft, indem man hofft, es werde den städtischen Behörden gelingen, die gute Ordnung und Polizei, durch welche sich Bern in früheren Zeiten stets ausgezeichnet hat, allmälig wieder herzustellen.

Ungarn.

Kossuth, der nach den neuesten Berichten sich nach Großwardein geflüchtet hat, hat vorher noch an das „männliche Volk der gesegneten Ebene Cumaniens" eine jener zündenden Proklamationen erlassen, welche die zauberhafte Wirksamkeit des merkwürdigen Mannes einigermaßen erklären. Es heißt darin: „Ich sah in Deinen Augen die zündenden Blitze des gerechten Unmuthes, ich hörte aus dem Munde von Tausenden den Donner der Drohung, die dem Feind des Vaterlandes Tod und Verderben schwur, ich hörte Dein heiliges Wort, nie zu dulden, daß den freien Boden Cumaniens ein fremdes Joch knechte. Ich sah Euch, heldenmüthige Haiduken, deren Brust so überreich ist an ruhmgekrönten Erinnerungen. Ich sah Euch, deren Ahnen das Banner Bocskay's geschwungen; Euch, welche die Freiheit mit ihrem Blut errungen; Euch, die Ihr Euch rühmen könnt, daß aus der Saat Eueres vergossenen Blutes der Segen der Religion und der politischen Freiheit hervorgeblüht ist für das ganze Vaterland. Euer Beruf ist es auch jetzt, Euerem Vaterlande jene Freiheit zu erhalten, welche Euere Ahnen ihm erworben; Euere Aufgabe ist es, Euch gegen die Geißeln der Sklaverei zu erheben und so lange noch ein Haiduk athmet — nicht zu dulden, daß fremde Tyrannei das Land Ungarn besitze. Für unsern Sieg haftet endlich die makellose urwüchsige magyarische Natur der untern Gegenden, ihre durch und durch magyarische Hauptstadt, das begeisterte Debreczin, welches Gott dazu auserkoren hat, um in dessen Schooß einen festen Tempel zu erheben für die Freiheit der magyarischen Nation."

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2¼ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 34. Frankfurt a. M., Samstag 3. Februar. 1849.

Uebersicht.

3. Februar.

—Einige Regierungsbevollmächtigte haben bereits erklärt, von ihren Regierungen werde eine Erklärung auf die preußische Note so schnell nicht zu erwarten sein. Das Nächste aber ist, daß die Regierungen über den preußischen Vorschlag sich erklären. Dann steht erst in zweiter Linie die wirkliche Ausführung. Diese muß wieder beginnen mit einer Verständigung über die Art und Weise der Verständigung. Aber Frankfurt ist nicht Regensburg; wir haben keine Zeit zum Warten. Es gilt, die Hand ans Werk zu legen. Es gilt zunächst ein Organ zu schaffen, das in den Regierungsbevollmächtigten nur in ungenügender Weise gegeben ist. Im Sinne des preußischen Vorschlags läge wohl am meisten eine Berathung, aus der die verschiedenen Ansichten oder im besten Falle die eine herrschende Ansicht durch gegenseitigen Austausch ohne förmliche Abstimmung hervorgingen. Dazu würde das Institut der Bevollmächtigten ausreichen. Wenn aber wirklich etwas erzielt werden soll, so wird doch eine strengere kollegialische Einrichtung, in der die Mehrheit der Stimmen erforderlichen Falls entscheiden könnte, sehr stark in Betracht kommen. Ueber diesen wichtigen Punkt schweigt die preußische Note. Desto schneller ist der österreichische Bevollmächtigte mit einem Vorschlage bei der Hand gewesen. Es ist ein neuer Beweis für die Geschicklichkeit des Ollmützer Diplomaten, daß er einen Vorschlag wieder aufnimmt, den Preußen zuerst gemacht hat und dem es sich nicht füglich widersetzen kann. Wir haben diesem Vorschlag seiner Zeit der Idee nach das Wort geredet, weil er der Einrichtung der Bevollmächtigten eine Gestalt zu geben suchte, in welcher sie jetzt ohne Weiteres brauchbar zum Zwecke sein würde. Das Stimmenverhältniß aber in jenem Vorschlag gibt heute noch mehr als damals Anstoß. Nach dem Verhältniß der Leistungen für das Heer haben Oesterreich und Preußen zusammen sieben, alle übrigen Staaten vier Stimmen. Man kann in Deutschland unmöglich die Staaten unbedingt gleichstellen; aber dieses Verhältniß ist zu ungleich. Zumal wenn es sich um die Verfassung handelt, muß jedem Staat sein gerechter Antheil an der Entscheidung zugemessen werden. Ernst und Würde des Gegenstandes wie die einfache Rücksicht des Gelingens fordern dringend, daß Gesetz und Regel hier mit aller Strenge und bis in's Einzelste herrsche. Bleibt das Werk schon seiner Form nach der Regelung und Verständigung mit mehr oder minder Willkür preisgegeben, so wird auch der beste Wille und der tüchtigste Patriotismus kaum über die „greifbaren Schwierigkeiten" Herr werden, „welche die Vereinbarung mit 37 Regierungen mit sich bringt."

Wie verschwindend klein gegen die Reihe von nothwendigen Verzögerungen, denen man hier entgegen sieht, werden die hergehobenen Schwierigkeiten, die man früher der Errichtung eines Staatenhauses sich entgegenthürmen sah! Was hier zu geschehen hatte, wäre in gesicherter Form des Gesetzes vor sich gegangen; Stände und Regierungen hätten sich gegenseitig gespornt und bewacht, die schmerzlich vermißte Vertretung bestimmter Interessen hätte der Sache die thätigste Sorgfalt gesichert, die es nimmermehr auf einen glücklichen Wurf oder auf die schwankende Bürgschaft des guten Willens hätte ankommen lassen. Die bedeutendsten Kammern sind beisammen oder werden sich nächstens versammeln; bis die preußischen und hannover'schen zusammentreten, wäre der Anfang der Konstituirung gemacht gewesen, und die Deputirten von dort wären zum Beginn der wichtigen Berathungen angekommen. Einer der wesentlichsten Theile der neuen Verfassung wäre gleich in's Leben getreten; die neue bedeutsame Schöpfung hätte die Verzögerung vergütet und einen dauernden Gewinn schon vor der endgültigen Feststellung gesichert. Das Gesetz konnte endlich nicht bloß den Gegenstand der Berathung und die Art der Erledigung bestimmt umschreiben, sondern auch eine Frist der Beendigung bestimmen.

Dieser Punkt ist besonders wichtig. Wie wird sich die Nat.-Verf. während der Verständigung der Regierungen verhalten? Wenn man den Plan dieser Verständigung im Allgemeinen überblickt, ohne das Auge an den kleinen Schwierigkeiten abzustumpfen, so erscheint er als ein Austausch der Ansichten unter den anwesenden Bevollmächtigten, von dem man gerne ein gedeihliches, möglichst einstimmiges Ergebniß erwartet, das der Nationalversammlung als willkommenes Material für die zweite Lesung der Verfassung dienen soll. Das ist die günstigste, auf die Hoffnung der Einigkeit, der Einsicht und des Patriotismus gegründete, in keinem Sinn aber bestimmt und gesetzlich formulirte Ansicht der Sache. Aber schon der ganz unvermeidliche Zeitaufwand zu einem so lockeren Verfahren würde die Nationalversammlung nöthigen, selbstständig in ihrem Werke fortzufahren. Sie ist mit Recht entschlossen, keine Verzögerung eintreten zu lassen und baldigst zur zweiten Lesung vorzuschreiten. Hat sie aber diese beendigt, bevor die Verständigung zu einem Resultate geführt hat, so ist sie in der schwierigen Lage, ohne eigentliche Beschäftigung eine zuwartende Stellung einzunehmen, um zuletzt, wenn jene Verständigung irgend etwas nutzen und bedeuten soll, ihr schon doppelt befestigtes Werk nochmals wieder aufzunehmen.

Je mehr man die Sache betrachtet, desto schärfer tritt in allen seinen Folgen der Fehler heraus, daß die Nationalversammlung dem Unvermeidlichen nicht von sich aus gesetzlich bestimmte Formen gab. Daß die Verhandlung mit Oesterreich vor Vollendung der Verfassung zum Abschluß und zur entschiedenen Erklärung komme, war fast das Einzige, was mit ihrem vielfach mißlichen Charakter aussöhnen konnte. Jetzt wird die ganze Verhandlung ohne Zweifel ruhen, bis die Verständigung zu Stande kommt. Hr. v. Schmerling, der den einen preußischen Vorschlag sich angeeignet hat, wird auch nicht versäumen, sich den anderen anzueignen, und zur Herstellung des Bundes im Bunde die nöthigen Vorschläge zu machen. Oesterreich kann ja, zufolge der Note, ganz nach Belieben an der Fortentwickelung des Bundes sich betheiligen, oder im alten Bunde ruhig verbleiben und dabei doch das neue Bundesverhältniß mitbestimmen helfen; es würde einer geschickten Hand auch nicht schwer halten, beides zu kombi-

niren und den „Bund im Bunde" gerade als die rechte wünschenswerthe Fortentwickelung erscheinen zu lassen. Unser Berliner ** Korrespondent sucht uns freilich über diese politische Schöpfung zu beruhigen, ohngefähr mit denselben Gründen, die wir uns selbst zur Beruhigung vorgesagt haben, aber das Bedürfniß der Beruhigung scheinen wir doch beide zu empfinden. Unser Korrespondent sagt uns, der Bund habe ja gar kein Organ mehr; sollte es hergestellt werden, so müßte das erst geschehen. So ohngefähr denkt Herr v. Schmerling wohl auch; er fühlt sich wohl als den Mann, und Oesterreich als die Macht, um dem notorisch bestehenden Bunde wieder ein Organ zu schaffen. Es wird sich fragen, ob das so schwierig wäre. Die Verständigung hat ja auch noch kein Organ; soll es hergestellt werden, so müßte es erst geschehen. So denkt wohl Herr von Schmerling, denn er ist mit Vorschlägen zuerst auf dem Platze. Auch die Note gibt dazu mehr als einen Anhaltspunkt. Wir wollen nur auf Eines aufmerksam machen. Es gibt für die staatsrechtliche Fiktion, die das Fortbestehen des alten Bundes annimmt, kein empfindlicheres Hinderniß als eben die provisorische Centralgewalt, mit ihren wenigstens stillschweigend und faktisch anerkannten Rechten. Zumal für einen ehemaligen Minister dieser Centralgewalt, der ihre Rechte mit großer Energie selbst über das Maß hinaus auf der Tribüne geltend gemacht hat. Um solchen Erinnerungen zu entgehen, wird Preußen, das sich entfernter gehalten, das Mittel bieten müssen. Die Note sagt, die preußische Regierung sei ohne Zögern bereit gewesen, für einige Zeit von der Exekutivgewalt des Bundes zurückzutreten, und deren Uebertragung auf den Reichsverweser zu genehmigen. Wenn das ist, so kann man ja die noch nicht erloschene Exekutivgewalt wieder an sich nehmen, und das Organ der Verständigung wird einem Organ der Bundesexekutivgewalt nahe genug kommen, um ein Glied in der Verfassung des „Bundes im Bunde" zu werden.

Aber der Bund im Bunde und alles Vorstehende (darin sind wir eins mit unserm Berliner Korrespondenten) sind nichts als politische Gespenster, wenn die Nationalversammlung auf ihrem Platze steht und die Volksmeinung im Rücken hat. Die letztere wird sich einer Verständigung wohl nicht widersetzen, wie sie im Mai mit ungegründetem Mißtrauen gethan hat, aber sie wird gebieterisch fordern, daß eine solche Verständigung vom alleinigen Interesse des Gemeinwohls geleitet werde, und namentlich keine willkürliche Verzögerung erleide. Darum wird von Schmerling'schen Vorschlägen abzusehen sein; man wird sich mit dem vorhandenen Organ der Bevollmächtigten und einem Ergebniß der Verständigung begnügen müssen, wie es aus diesem hervorgehen kann. Auf Gesetz und Regel scheinen beide Theile Verzicht geleistet zu haben: die Regierungen durch ihre Unthätigkeit, als es die rechte Zeit war, die Nationalversammlung durch den Nichtgebrauch ihrer gesetzgeberischen Initiative. Aber die Nationalversammlung wird nicht vergessen, daß sie der organisirte Körper ist, daß sie für sich den Ruhm und die Verantwortlichkeit erworben hat, Deutschland eine Verfassung im eigentlichen Sinne des Worts zu geben. Sie wird sich nicht irren lassen, in diesem Sinne fortzuarbeiten. Sie wird aber auch einsehen, daß es hier vor Allem auf den Inhalt des Werkes ankommt, das sie schaffen soll. Seine staatliche Festigkeit muß ihm Kraft und Würde gegen zerfahrene Plane und fremdartige Anmuthungen geben. Schwankende Beschlüsse, ergebnißlose Berathungen, wie wir sie kürzlich erlebt haben, führen bei nochmaliger Wiederholung in's sichere Verderben. Trotz aller Mißstände muß die Versammlung zur zweiten Lesung schreiten. Sie wird aber dabei nicht vergessen dürfen, wenigstens zuletzt noch ihr Recht der Initiative auszuüben. Das Verfassungswerk darf nach Beendigung der zweiten Lesung nicht Wind und Wetter preisgegeben werden. Vorübergehende, gesetzliche Bestimmungen über die Einführung der Verfassung werden mit gebührender Rücksicht auf jede mögliche Art der Verständigung das große Werk sichern und dem Volke die Regel zur Bethätigung seines Willens geben müssen. An dieses Volk richten wir zuletzt unsere Mahnung, an ihm liegt es vor Allem und zuerst, das Werk seiner Vertreter anzuerkennen; dann werden die Regierungen machtlos sein zum Widerstand. Der Wille des Volks erzwingt die Grundrechte selbst von widerstrebenden Regierungen. Es zieht feierlich auf die öffentlichen Plätze und singt in frommen Liedern seinen Dank zu Gott. So weit sind wir noch nicht mit der Reichsverfassung. Wir haben noch einen harten Kampf zu bestehen. „Der alt' böse Feind, mit Ernst er's wieder meint!" Nämlich der alt' böse Feind des Stammeshaders und der Glaubenszwietracht. An dem Volke liegt es jetzt, in Süd und Nord, in Stadt und Land, seinen Eifer für das Werk der Einigung auszusprechen. Dann wird es sein eigenes Verdienst sein, wenn es die Einführung der Reichsverfassung feiern kann, wie jetzt die Einführung der Grundrechte, und mit freudig bewegtem Herzen darf es singen: Nun danket Alle Gott!

Deutschland.

> **Frankfurt**, 1. Febr. Wären die Gegenstände, die heute dem Parlament zur Berathung vorlagen, auch nicht von so eingreifender Wichtigkeit, die Sitzung wäre doch durch den Kampf der beiden Hauptführer, die sich zu wiederholten Malen miteinander maßen, eine der bedeutendsten geworden. Kaum mögen sich zwei andere Redner der Versammlung so gleich an parlamentarischen Talenten sein, wie Herr v. Vincke und Herr Vogt, und was dem Einen vielleicht an politischer Einsicht abgeht, ersetzt er durch kühne Anschauungen.

Die beiden Fragen, die heute zur Verhandlung standen, waren, die eine die Frage nach den Bedingungen, unter denen die Reichsverfassung abgeändert werden dürfte, die andere nach dem Recht der Regierungen, einseitig Verfassungsbestimmungen zu suspendiren.

Kein Beschluß des Parlaments hat soviel Anfechtungen erfahren und verdient, wie der, welcher dem Reichsoberhaupt nur ein suspensives Veto zuschreibt, denn keiner widerspricht so gänzlich den Grundanschauungen, von denen nun einmal das Parlament bei dem Verfassungswerk ausgegangen ist. Der Verfassungsausschuß wollte diesen Fehler auf eine geschickte Weise wieder gut machen, indem er wenigstens für die wichtigsten Gegenstände, die Abänderung der Verfassung selbst, dem Oberhaupt ein freies Zustimmungsrecht gab. Das absolute Veto war also der Kern der Frage.

Herr Mölling aus Oldenburg und Herr Plathner aus Halberstadt sprachen zuerst. Sie trugen die gewöhnlichen Gründe für und wider in wenig auffallender Form unter großer Unaufmerksamkeit der Versammlung vor. Wir wüßten kaum, was wir aus ihren Reden anführen sollten. Herr Plathner legte besonderes Gewicht darauf, daß, wenn man die Gewalt gesetzlich schwach mache, sie sich thatsächlich stark zu machen suche, daß also das suspensive Veto nicht, wie die Linke meine (und wie sie durch Zuruf bekräftigt hatte), eine Brücke zur Republik, sondern eine Brücke zur Militärdespotie sei. Man könne ferner nicht erwarten, daß ein mächtiger Fürst sich einer solchen Bestimmung unterwerfe; wer also einen wahren Kaiser wolle, könne nicht für das suspensive Veto stimmen.

Das Erscheinen des Herrn v. Vincke gebot Aufmerksamkeit. Ihm war es nicht genug, daß jede Verfassungsänderung an einen zweimaligen Beschluß des Reichstages, der mit zwei Drittel Mehrheit von zwei Dritteln sämmtlicher Mitglieder gefaßt worden, und an die Zustimmung des Oberhauptes gebunden würde; er wollte, daß zwischen die beiden Beschlüsse des Reichstages der Zeitraum von mindestens einer Legislaturperiode gelegt werde; sonst meinte er, habe ja die öffentliche Meinung, die doch auch die Herrn von der Linken zur Geltung bringen zu wollen behaupteten, gar keine Zeit, sich auszusprechen. Wir können dieser Begründung nicht beistimmen: ist ein Zweifel an der öffentlichen Meinung, so kann die Regierung sie durch Auflösung des Reichstages, durch Einlegung des Veto befragen. Für das absolute Veto aber sprach der Redner so tiefe, so wahre Worte, daß seine Rede eine treffliche Ergänzung der berühmten Dahlmann'schen bildet. Er verglich das absolute Veto des Oberhauptes mit dem Steuerverweigerungsrecht der Stände; beides versetze den Staat, wenn es zur Anwendung komme, in die Gefahr der Auflösung; beides werde aber auch zu gewöhnlichen Zeiten nicht angewendet, denn jede der beiden Gewalten, wenn sie wisse, daß der andren eine solche „ultima ratio" zustünde, stelle den Staat nicht „auf des Messers Schneide." Gerade für Uebergangsperioden könne aber ein solches Schutzmittel nöthig werden, und gerade für Bundesstaaten sei es nützlich, weil da in in dem Oberhaus nicht das konservative, sondern das partikularistische Element vertreten werde, und dieses leicht mit dem demokratischen zu Uebergriffen auf Kosten des Gemeinwohls vereinige. Vor Allem fordere der Begriff der Monarchie das absolute Veto; wolle man ein festes Verfassungsgebäude, das auf

Jahrhunderte Bestand habe, so solle man nicht selbst das Loch unter das Haus graben. Und wenn die Herren von der Linken, die ja Revolutionen für die nothwendigen Entwicklungen der Staaten halten, meinen, daß das absolute Veto Revolutionen nöthig mache, weßhalb stimmten sie denn dagegen?

Diese Worte waren es, die Hn. Vogt Gelegenheit zu einem der glänzendsten Ergüsse seiner Beredsamkeit gaben. „Freilich," sagte er, „halte ich Revolutionen für die nothwendige Entwicklung der Staaten, denn es ist das Gesetz der physischen und politischen Zustände, daß sie in ihrem eigenen Marasmus hinsiechen, bis eine gewaltsame Erschütterung ihnen neue Lebenskräfte gibt. Aber wenn ich die Stürme und Wirbelwinde der Antillen als nothwendig zur Reinigung der Luft vorhersehe, wünsche ich sie deshalb herbei? Die Warner vor der Revolution haben wir gespielt, die vergeblichen; aber auch darin, daß Ihr für eine Revolution arbeitet, liegt eine Nothwendigkeit. Eine Verfassung auf Jahrhunderte wollt Ihr bauen? Vermessene! Und da nehmt Ihr Formen, so starr und so eng, daß der Entwicklung des Geistes nicht der geringste Raum gegönnt ist? Mag die Demokratie ein „kleiner Bach" sein! zieht Ihr aber Dämme quer vor, so staut er sich und überfluthet zuletzt die Dämme und zerreißt die Schranken. In eine enge Flasche sperrt Ihr den Geist, und stopft sie mit Champagnerpfropfen und Drahtbanden, und so legt Ihr sie nicht in den Eiskeller ruhigrr Zustände, nein in die Glühhitze der Revolution — und der Draht, meint Ihr, wird halten?"

Betreffs der zweiten Frage, die in der heutigen Sitzung verhandelt wurde, dem Recht der Regierungen zu Ausnahmsmaßregeln, müssen wir uns zuerst gegen alle Vorschläge erklären, welche noch darüber hinausgehen, daß die Regierung zwar die Bestimmungen über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht soll suspendiren können, aber sofort die Genehmigung des gesetzgebenden Körpers einholen muß. Will man überhaupt ein solches Recht den Regierungen zulassen — und das Beispiel von England lehrt, daß ohne dasselbe selbst in den schwierigsten Lagen auszukommen ist — so muß es wenigstens auf das möglichst geringe Maß beschränkt werden. Eine *sofortige* Berufung des gesetzgebenden Körpers, damit er wenigstens nachträglich, was recht eigentlich *sein* Recht ist, genehmige, scheint denn doch das Mindeste zu sein, und eine Uebertragung der gesammten Exekutivgewalt an die Militärbehörde, eine Aufhebung des gesetzlichen Gerichtsstandes (wie der Preßfreiheit) kann unter keinen Umständen gebilligt werden. Gerade diese Maßregeln waren es, die in Preußen, wo sie noch dazu nach drr habeas-corpus-Akte nicht ergriffen werden *durften*, die allgemeine Mißstimmung gegen das Ministerium hervorriefen. Erst heute kam wieder ein dringlicher Antrag vor, die Aufhebung der Ausnahmsgesetze in Berlin zu bewirken. Wir ehren die politischen Gründe, aus denen die Versammlung nicht auf diesen Antrag einging, aber wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir nicht desto weniger von ihr voraussetzen, daß sie den Zweck desselben billigte; möge ihr also der Mißbrauch, der gerade jetzt an so vielen Orten mit diesem Recht getrieben wird, eine Warnung sein, es in dem von Einigen angestrebten Umfang zu sanktioniren! Je gereizter unsere Zustände sind, um so mehr ist man von *beiden* Seiten zu Uebergriffen geneigt, um so weniger sollte man ihnen die Mittel dazu in die Hand geben.

Herr Heinrich Simon aus Breslau sprach für die möglichste Beschränkung dieses Rechts der Regierungen. In einem langen Vortrage gab er, wie Hr. v. Schmerling nachher bemerkte, die „Geschichte der Gesetzgebung der letzten 30 Jahre", um zu beweisen, daß Mangel an Achtung vor dem Gesetz der charakteristische Zug unserer Zeit sei, und er schloß mit den Worten: „Erheben Sie nicht den Skandal der letzten Monate zum Gesetz!"

Herr v. Schmerling bestieg unter ironischen Aeußerungen der Versammlung die Tribüne; aber es gelang ihm, die Aufmerksamkeit zu fesseln, und den Beifall wenigstens einer Seite zu erhalten. Er ging noch weiter, als der am weitesten gehende Theil des Verfassungsausschusses: der Belagerungszustand solle auch von einer einzelnen Behörde ohne Befragung des Gesammtministeriums ausgesprochen werden können, „denn es könne zu dieser Befragung an Zeit fehlen"; auch eine Einberufung des gesetzgebenden Körpers zur nachherigen Genehmigung solle nicht nöthig sein, denn „einmal habe der gesetzgebende Körper nichts mit Exekutivmaßregeln zu thun, und dann koste die Zusammenberufung stets eine halbe Million". (sic!) Eine Rechtfertigung dieser außerordentlichen Regierungsgewalt fand Hr. von Schmerling aber darin, daß Freiheit und Macht sich das Gleichgewicht halten müßten; man müsse wenige Opfer nicht scheuen, um großes Blutvergießen zu hindern; er spreche im Interesse der Freiheit; ohne solche Rechte der Regierung entstünde leicht ein Kampf, der die Freiheit vernichte.

Herr Vogt widerlegte die Sophismen des Herrn v. Schmerling mit leichter Mühe. „Der gesetzgebende Körper habe nichts mit Exekutivmaßregeln zu thun? es sei doch wohl ein Unterschied zwischen Exekutivmaßregeln, welche die Gesetze ausführten, und solchen, die sie aufhöben! Man spreche stets von der Macht, die das Gleichgewicht der Freiheit halten solle. Aber man verwechsle dabei Macht nach Außen und Gewalt nach Innen! Die Republiken wendeten solche Ausnahmsmaßregeln nicht an, und alle Staaten, auch des Alterthums, seien nur mächtig gewesen, so lange sie die Freiheit geachtet." Here Vogt wollte an dem Beispiel des preußischen Ministeriums nachweisen, zu welchen Mißbräuchen so außerordentliche Gewalten führten und meinte: einer Regierung, welche „die rettende That" vollführe, könne man auch zutrauen, daß sie niedrige Mittel bei den Wahlen anwende.

Diese Worte gaben wieder Herrn von Vincke Anlaß, zur Abwehr gegen Herrn Vogt aufzutreten, und er war um so gereizter, als der Präsident trotz seines und der ganzen Rechten anhaltenden Verlangens keinen Ordnungsruf aussprechen wollte. Er griff Hrn. Vogt vorzüglich bei dessen historischen Beispielen an: „wie kann man sich, meinte er, auf Rom berufen? setzte nicht der Senat Diktatoren ein und beschloß, videant consules, ne quid detrimenti capiat respublica, ohne das Volk zu befragen? (Herr v. Vincke vergaß nur, daß die Volkstribunen an der Thüre der Curien saßen und ihr Veto einlegen konnten." Wolle man Geschichte zitiren, so solle man sie erst lesen! Das könnten wenigstens die viel geschmähten Professoren nützen, daß man geschichtliche Anschauungen von ihnen lerne!" Er schloß mit der Aufforderung: „Wollen Sie eine Regierung schaffen, so schaffen Sie eine starke oder gar keine!"

Wir aber bitten die Versammlung, bei der Abstimmung, die auf Sonnabend verschoben worden ist, zu bedenken, daß die Stärke der Regierung nicht in der Unabhängigkeit von den Gesetzen besteht!

*** **Frankfurt**, 2. Febr. Noch ist der nach Ollmütz gesandte Abgeordnete v. Würth nicht zurückgekehrt, und bereits ließ die Fama den kais. österreichischen Bevollmächtigten, Herrn v. Schmerling, im Begriffe stehen, auch nach Ollmütz zu reisen, woran aber nichts Wahres gewesen sein soll. Die äußerste Linke, „der Donnersberg," soll in Folge der vorgestern stattgehabten Besprechung sich wieder als Klub rekonstituirt haben. In Folge des von der Nationalversammlung gefaßten Beschlusses ist das Bureau derselben in diesem Augenblicke mit der Feststellung des Budgets der Nationalversammlung beschäftigt, in Folge dessen die entsprechenden Ersparnisse eingeführt werden.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 2. Febr. Nachdem der Verfassungsausschuß in der gestrigen Abendsitzung die früher schon vorbereitete Berathung über den Artikel „Reichsgericht" zur zweiten Lesung beendigt hatte, warf sich die Frage auf, ob mit der zweiten Lesung der weiteren Theile der Verfassung fortgefahren oder ob erst die etwaigen Erklärungen der Regierungen abgewartet werden sollten, zu welchen dieselben durch das preußische Cirkularschreiben und durch den Stand der Dinge aufgefordert sind. Die Mehrheit des Ausschusses erklärte sich für Fortsetzung der Berathungen, weil jedes Verschieben dem von der Nationalversammlung erhaltenen Auftrag widersprechen würde und von den nachtheiligsten Folgen sein könnte. Zugleich war man aber darin einverstanden, daß der Ausschuß selbst nach Beendigung seiner Arbeit und deren Vorlage an die Nationalversammlung, wie er sich auch schon früher in seinem Bericht über den Antrag des Abgeordneten Arndts ausgesprochen, — jede Mittheilung und folglich vorzugsweise die Bedenken der einzelnen Regierungen auch nachträglich noch würdigen werde. Es wird nun die Aufgabe der Bevollmächtigten der deutschen Staaten bei der Centralgewalt sein, mit allem Eifer darauf hinzuwirken, daß sie sobald wie möglich in den Besitz der erforderlichen Instruktionen gelangen, damit ihre Bemerkungen noch zur rechten Zeit an den Ausschuß gelangen.

⊙ **Ollmütz**, 27. Jan. Entwaffnungen und Belagerungszustände gehören in Oesterreich jetzt zur Tagesordnung; niemanden

überraschte die Nachricht, daß auch ein Theil des Hradischer Kreises entwaffnet werden solle. Die Ursache dieser Maßregel ist die Eigenmächtigkeit und das anarchische Treiben der Bauern, die namentlich in den Wäldern und Forsten ihrer früheren Herrschaften schon unermeßlichen Schaden angerichtet haben, indem sie dieselben theilweise als ihr Eigenthum in Anspruch nehmen. Den wiederholten Bitten und Beschwerden der in ihrem Besitz verletzten Waldeigenthümer ist man endlich dahin nachgekommen, daß man den widerspänstigen Theil der Bauern entwaffnet und in viele Ortschaften kleine Besatzungen legt. Die Hurban'schen Freischaaren sollen in Zügellosigkeit und Barbarei den vielverschrienen Szeklern nichts nachgeben. Auf ihrem Zuge haben sie ein schönes Schloß gänzlich niedergebrannt und zerstört und die Slowaken sind herzlich froh, wenn sie ihre angeblichen Befreier wieder los geworden. Diese Freischaar, die sich dem Zuge des General Götz gegen die Bergstädte Schemnitz und Kremnitz angeschlossen hat, beträgt 7—800 Mann, worunter die meisten Czechen. Die protestantische Geistlichkeit Ungarns wird zu den Opfern des Aufstandes auch diesmal wieder ihr Kontingent liefern müssen; bereits sollen mehrere Pastoren der kriegsrechtlichen Untersuchung überwiesen worden sein. Einer derselben, Pastor Wimmer, ein um Verbesserung der protestantischen Zustände Ungarns vielfach verdienter Mann, soll sich auf der Flucht befinden, und deshalb wird auf ihn gefahndet.

⁝ **Berlin**, 31. Jan. Die deutsche Sache tritt leider! wie schon im vorigen Jahr, in den Hintergrund gegen die Wahlen zum preußischen Landtage, oder wie man hier sagt: zur preußischen Nationalversammlung. Der Ausdruck erinnert mich immer an die Anrede, mit welcher früher der gemeinschaftliche Landtag der reussischen Länder eröffnet wurde: „Versammelte Stände der reussischen Nation! Ueber eine Sache darf kein Zweifel walten: Eine preußische Volksvertretung mit den alten Befugnissen neben einer deutschen Reichsversammlung ist ein Unding. Wenigstens, wenn es Ernst werden soll mit der deutschen Einheit, wenn Preußen wirklich in Deutschland aufgehn soll. Unsere Stockpreußen wollen von diesem Aufgehen freilich nichts wissen. Sie wollen keine deutsche Einheit. Sie spotten über die „papierne Kaiserkrone", welche man dem Nachfolger Friedrichs des Großen in Frankfurt anbiete. Sie nennen die Annahme dieser Kaiserkrone das „unglaublich Schlimmste". Der Einfluß Camphausens wird ein sinnverwirrender und gesinnungslähmender genannt. Und Herr Camphausen hatte einen harten Stand mit den hiesigen Ministern, von denen nur Graf Brandenburg und Hr. v. Bülow ihn ernstlich unterstützten. Selbst bei den Grundrechten, deren Einführung doch in Preußen am wenigsten wirkliche Hindernisse im Wege stehen, waren die Stimmen gleich getheilt. Herr Camphausen bot seine Entlassung an. Jetzt sind die Grundrechte, wie es scheint, hineingezogen in die Verständigung über die ganze Verfassung. Diese Verständigung — Gott gebe, daß sie nirgends an Unverstand scheitert! ist durch die preußische Note angebahnt. Freilich enthält die Note Einiges mehr und Einiges weniger, als wir wünschten. Aber verkennen wollen wir die eigenthümliche Schwierigkeit der Lage nicht, in welcher sich Preußen befindet. Es steht Deutschland gegenüber fast da wie eine Braut, welche eine Erklärung abgeben soll, ehe ihr ein Antrag gemacht ist. Hoffen wir, daß Preußens Sträuben gegen das Kaiserthum auch nur, um mich eines frankfurter parlamentarischen Ausdrucks zu bedienen, das Sträuben einer Braut sein wird. Es hat das Kaiserthum nicht zurückgewiesen, sondern nur für nicht nothwendig erklärt. Unsere eigene Zukunft ist gefahrdrohend. Bis jetzt haben wir nur von einer einzigen größeren Stadt, Posen, gehört, wo die Konservativen nicht bei der Wahl der Wahlmänner einen glänzenden Sieg davon getragen. Um so entschiedener wird der Sieg der Demokraten in der zweiten Kammer ausfallen. Und was thut das aristokratische Ministerium? Es bleibt! Es bleibt und will sich vor einer solchen Kammer vertheidigen. Herr von Manteuffel spricht sich wiederholt in diesem Sinne aus. Bereits befürchtet man andere Dinge, einen neuen Staatsstreich. Die Konservativen äußern sich: „die Demokraten werden nichts entscheiden; die Regierung wird unter allen Umständen ihre Pflicht thun." Was wird sie aber für Pflicht halten? Es wird sogar von jener Partei offen mit einer zweiten Verfassung, mit einer bedeutenden Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts gedroht. Der Belagerungszustand wird nicht aufgehoben; vielmehr sprach sich neulich in einer Versammlung der Hr. v. Puttkammer, der Vorstand der gesammten Polizei, dahin aus, daß für jetzt an Aufhebung des Belagerungszustandes nicht zu denken sei. Man hat früher gesagt: Laß ein Volk noch so geknechtet sein und gib ihm eine freie Presse, so erhebt es sich wieder. Man möchte jetzt sagen: „Laß eine Regierung noch so beschränkt sein und gib ihr den Belagerungszustand, so kann sie machen, was sie will!" Es ist ein dringendes Bedürfniß, die Bedingungen dieses Ausnahmezustandes auf ein bestimmtes Maß zurückzuführen. Die Regierung läßt, wie man hört, die Festungen in Stand setzen. Spandau ist auf Kriegsfuß gesetzt, Magdeburg und die übrigen Festungen sollen folgen. Auf der andern Seite sind große Summen für öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen u. s. w. angewiesen. Die Regierung könnte Einem vorkommen, wie eine Macht, die vor einem Kriege Bundesgenossen sucht. Auch das Handwerker-Parlament ist mit den besten Versprechungen entlassen worden. Die vorgeschlagenen Abänderungen der Gewerbe-Ordnung und die Bemerkungen zu dem Entwurfe zur Einsetzung von Gewerbe-Gerichten sollen bei dem in wenigen Wochen zu erwartenden Gesetze möglichst berücksichtigt werden. Der Geist, welcher unter den Gewerbegenossen herrscht, zeigt sich am besten in einer Adresse, welche sie dem Handelsminister überreicht haben. Sie sprechen darin den Wunsch aus, daß den demnächst zusammentretenden Kammern nachstehende Gesetzesvorlagen übergeben werden möchten: 1) über eine allgemeine Gewerbeordnung mit dem Grundsatze des zur Pflicht erhobenen Beitritts zu den Innungen der Handwerker und Bildung von Gewerbekammern; 2) über Einrichtung von zweckmäßig organisirten Vorschußbanken, aus denen die Innungen gegen solidarische Verbürgung Vorschüsse erhalten können; 3) Einrichtung gewerblicher Fortbildungs- (Fach-) Schulen mit freiem, unentgeltlichem Unterricht; 4) Aufhebung der Militärwerkstätten und Uebertragung der Militärhandwerksarbeiten an die betreffenden Innungen: 5) Umänderung des Prinzips, die Arbeiten des Staats in den Straf- und sonstigen Anstalten mit den Arbeitern des freien Handwerkers konkurriren zu lassen; 6) Einkäufe und Bestellungen von Waaren seitens des Staats bei den betreffenden Gewerbetreibenden direkt zu machen und sich nicht der Zwischenhändler zu bedienen; 7) die Submission bei Staats- und Kommunalarbeiten nicht ferner zu gestatten; 8) Förderung der Industrie durch passende Schutzzölle; 9) Aufhebung der bisher zum Nachtheil der Privatindustriellen stattgehabten Wirksamkeit der Seehandlung; 10) dieser sowohl, wie den Konsularagenten aufzugeben, Mittheilungen über die besten Absatzquellen inländischer Industrieerzeugnisse zu machen; 11) Kolonisation im Innern, um dadurch den arbeitslosen, bei Privaten nicht Beschäftigung findenden Arbeitern und den Sträflingen Unterhalt zu schaffen; 12) Kolonisation nach Außen durch den Staat, um die durch Maschinen und anders überflüssig gemachten Kräfte anderweitig zu verwerthen und die Produktion mit der Konsumtion ins Niveau zu bringen; 13) den Hausirhandel zu regeln; 14) Umschaffung des Armenwesens; 15) Einführung einer gerechten, nach der wirklichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen zu berechnenden Besteuerung.

⊙ **Stralsund**, 28. Jan. Noch haben unsere Kanonenbootbaumeister keinen bestimmten Auftrag und der erste April findet uns als Narren. Schweden rüstet. Der Reichshandelsminister hat so eben hierher geschrieben, um seine Anerkennung auszusprechen, daß wir noch 2500 Thaler für den Flottenbau übrig haben, wegen des Baues selbst werden wir an das preußische Kriegsministerium verwiesen. Alles, was ich vor Unmuth der Ostseeküste über unsere völlige Ungewißheit wegen des dänischen Krieges gemeldet habe, ist nur schwach den Klagen gegenüber, welche man täglich vernimmt. Man denke doch an die Opfer, welche wir bereits im vorigen Jahre getragen, wo statt 3300 preußischer Seeschiffe keine 1300 durch den Sund gingen.

⁑ **Posen**, 30. Jan. Bei den gestrigen Urwahlen für die erste Kammer trug durchweg das freisinnige bürgerliche Element den Sieg davon. Unter den zwölf Wahlmännern der Stadt befinden sich fünf wohlhabende Gewerbtreibende, zwei praktische Aerzte, zwei Kommunalbeamte, ein Lehrer, ein Justizbeamter und ein Regierungsbeamter. Der letztere ist der wegen seiner freien Gesinnung und Unabhängigkeit wohlbekannte Regierungsrath v. Ballioz, welcher offenbar als Kandidat für die erste Kammer die meisten Stimmen vereinigen wird. Ein Pole befindet sich unter den Wahlmännern nicht, wohl aber ein Deutscher polnischen Namens und polnischer Gesinnung, Herr Pilaski. Für die zweite Kammer haben die meisten Aussichten gewählt zu werden: Die

Herren Direktor Dr. Kißling und Stadtverordneter Hirsch. Im Meseritz-Birnbaumer Kreise ist in der Vorwahl, an welcher 75 Wahlmänner Theil nahmen, Hr. v. Vincke als Kandidat aufgestellt worden. Eine Anzahl Bauern wollten durchaus den König selbst wählen. — Unsere polnischen Blätter enthalten bereits beißende und spöttische Glossen über die preußische Cirkularnote, in welcher die deutsche Bevölkerung nur die offene Erklärung sieht, daß das Zusammenschließen der Kleinstaaterei zu einer festen Einheit innerhalb des deutschen Bundes Preußens Aufgabe sei und bleibe, selbst wenn Oesterreich nur das alte Verhältniß eines Direktoriums, oder dergleichen, zulassen wolle.

München, 31. Jan. König Max und seine Minister schwanken bis zum letzten Augenblick in ihrem Entschluß hinsichtlich der Anerkennung der Grundrechte. Glaubwürdige Männer versichern, daß auch im Staatsrath bis zu dieser Stunde sich keine entscheidende Ansicht habe geltend machen können. Seit sechs Wochen konnte fast jeder Staatsmann, welchen der König in Privataudienz empfing, die Wiederholung der Worte: „Ich werde mich nicht mediatisiren lassen" aus Sr. Maj. Munde wohl ein halbdutzendmal hören. Aehnliche Aeußerungen entschlüpften den königlichen Lippen schon vor sechs Monaten, als es sich darum handelte, die nach Baden bestimmten baierischen Truppen unter den Oberbefehl des Reichsverwesers zu stellen. Einem uns persönlich genau bekannten hohen Stabsoffizier sagte der König damals: das baierische Militär habe der Centralgewalt solange keine Folge zu leisten, als deren Befehle nicht durch eine königliche Ordre bestätigt würden. Dennoch glauben wir, daß die baierische Regierung die Sache nicht aufs Aeußerste treiben wird. Grundzüge im Charakter des jungen Königs sind: Unschlüssigkeit, Mißtrauen, Reizbarkeit und Schwäche. Aus diesen Eigenschaften allein erklärt sich der Rücktritt des allgemein verehrten Ministers Lerchenfeld, dessen Zerwürfniß mit dem König aus rein persönlichen Motiven erfolgte, indem beide bei ihrem reizbaren Temperament sich nicht vertragen konnten. Aus demselben Grunde sehen wir noch manchen Ministerwechsel in Baiern kommen, bis entweder die Krone oder deren Räthe geschmeidiger werden. Uebrigens hat König Max in hohem Grade das Bedürfniß, populär zu sein, und er wird einem kräftigen Auftreten der Kammer der Abgeordneten in der deutschen Frage schwerlich zu trotzen wagen. Allem Anschein nach wird sich in der zweiten Kammer eine entschiedene Majorität für Veröffentlichung der Grundrechte ergeben, und die Minister Beisler, Heinz, Weigand werden in diesem Falle dem Könige Nachgiebigkeit empfehlen. Eine Auflösung der Kammer würde uns nur eine verstärkte Linke zurückführen. Auch in der heutigen Kammersitzung ergriffen wieder mehrere Abgeordnete das Wort, um für die deutsche Sache ihre wärmsten Sympathien auszusprechen, obwohl der Tagesordnung gemäß die Kammer mit ganz anderen Gegenständen sich zu befassen hatte. Es handelte sich um die Ungültigkeit mehrerer Wahlen. Der in Nürnberg gewählte Deputirte Schmidt war noch nicht im Besitze des baierischen Staatsbürgerrechts zur Zeit, als die Stadt Nürnberg ihn zu ihrem Vertreter ernannte. Dies war im Widerspruch mit dem Wortlaut des neuen Wahlgesetzes, und obwohl die Kammer sich gegen die Gültigkeit jenes Wahlaktes entschied, bemerkte man doch, daß die Worte des Literaten Waibel aus Kempten und des ehrlichen Seilermeisters Schad aus Schweinfurt sichtbaren Anklang fanden. Ersterer drückte den Wunsch aus, daß künftig jeder Deutsche auch für die baierische Kammer wahlfähig sein möchte, auch wenn ihm die Gunst des baierischen Indigenats nicht zu Theil geworden. Er fand das Gesetz lächerlich, daß man den Besitz des Bürgerrechtes anderswo aufgegeben haben müsse, um ein Staatsbürger in Baiern zu werden. Wie ein Schweizer in verschiedenen Kantonen das Bürgerrecht genießen könne, so müsse es auch dem Deutschen völlig freistehen, die Pflichten des Bürgerthums da zu üben, wo immer das Vertrauen seiner Landsleute ihn dazu berufen würde. Wie gut und richtig auch diese Ansichten der Versammlung scheinen mochten, so konnte sie sich doch dem klaren Buchstaben des Wahlgesetzes gegenüber nicht im Sinne des Redners entscheiden. Wir hegen inzwischen die Ueberzeugung, daß, wenn es sich einmal darum handeln wird, auch diese Schranken zwischen den verschiedenen deutschen Völkern auf gesetzlichem Wege aufzuheben, und das unbedingte Ansiedelungsrecht allen Deutschen einzuräumen, auch die Mehrheit der Vertreter des baierischen Volkes den engherzigen Partikularismus, welchem leider noch die Residenzstadt zum großen Aergerniß der Freisinnigen aller Schattirungen huldigt, gänzlich abschütteln wird.

Kassel, 31. Jan. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung begründete Herr Henkel einen Antrag, betreffend die fernere Theilnahme der deutsch-österreichischen Abgeordneten an der Nationalversammlung zu Frankfurt. Gegen den Antrag wurde geltend gemacht, theils, besonders von Abgeordneten der Linken, daß man die Trennung von Oesterreich nicht befördern dürfe und von den Verhandlungen vielleicht noch die Erhaltung desselben zu hoffen sei, theils, namentlich von dem Abgeordneten Bergk, der im übrigen mit den Motiven des Antrags einverstanden war, daß der Gegenstand eine innere Angelegenheit der Nationalversammlung sei. Gegen Letzteres wurde von Lederer und Henkel wohl mit Recht bemerkt, daß die Sache nicht eine innere Angelegenheit der Nationalversammlung, sondern Deutschlands sei und zur Kognition der Kammer so gut gehöre als die Oberhauptsfrage. Wer den Muth habe, die Wahrheit zu wollen, sagte der Abg. Wolf, der müsse sie auch sagen; man müsse aussprechen, daß man ein einiges Deutschland wolle; die Abgeordneten in Frankfurt würden sich die Ansichten der einzelnen Ständeversammlungen zur Richtschnur dienen lassen, die öffentliche Meinung werde schon durchdringen. Das Verhältniß der österreichischen Deputirten zur Nationalversammlung sei ein unnatürliches, sie hätten von selbst gehen sollen. Hr. Rebelthau meinte, die Verwerfung des Antrags könne nur aus dem einzigen Gesichtspunkte der Inkompetenz gerechtfertigt werden und diese dürfe man in einer Zeit, wie die jetzige, nicht aussprechen. Der Antrag wurde in Erwägung gezogen und dem Verfassungsausschuß überwiesen. (Hess. Bl.)

Großbritannien.

* **London**, 30. Jan. Man liest in der Times folgende Notiz: „Die Barke Charles Brownall, Kapitän Eplatt, kam Sonnabend den 27. Januar mit einer Quantität Goldes aus Kalifornien an, deren Werth zu 15000 Dollars geschätzt wird."

Macaulay's Geschichte Englands seit Jakob II. ist bereits in dritter Auflage erschienen. Die Nachfrage darnach ist auch in den Vereinigten Staaten und in den verschiedenen Ländern des europäischen Kontinents sehr lebhaft. Die Theilnahme für dieses Werk kann nur mit derjenigen verglichen werden, welche die ersten in Prosa geschriebenen Werke Walter Scott's fanden. Trotz des hohen Honorars von 10,000 Pf. für nur zwei Bände zweifelt man nicht daran, daß der Verleger ein äußerst gewinnreiches Geschäft damit machen werde. Bei diesem Anlaß erwähnen wir, daß Leopold Ranke's neun Bücher preußischer Geschichte durch Sir Alexander und Lady Gordon in das Englische übersetzt worden sind und zwar, wie die Times sagt, mit vielem Geist und großer Eleganz. Auch gibt die Times mehrere Auszüge, wobei sie bedauert, daß der deutsche Geschichtschreiber das siebenzehnte und achtzehnte Jahrhundert so ausführlich, die Werdegeschichte Brandeburgs dagegen nur in flüchtigen Umrissen behandelt habe.

In der Kron- und Ankertaverne wurde gestern ein Meeting gehalten, um die Gründung eines hauptstädtischen Finanzreformvereins (im Cobdenschen Sinne) in Erwägung zu ziehen. Man vereinigte sich dahin, daß es allerdings angemessen erscheine, einen solchen Verein zu gründen und ihn mit den gleichartigen Vereinen in Liverpool und Manchester in Verbindung zu setzen. Hr. Harrison führte den Vorsitz. Hr. Serle beantragte einen Beschluß zu Gunsten größerer Sparsamkeit im Staatshaushalt und Einführung von Parlamentsreformen, welcher von Hrn. Phelps unterstützt und sodann einstimmig angenommen wurde. Schließlich wurde ein Ausschuß ernannt, um das Nähere festzustellen und die Statuten zu entwerfen. Von dem auf morgen festgesetzten großen Festmahl der Reformer in Manchester verspricht man sich große Dinge, wenigstens hat man es an Heroldsrufen in den Zeitungen nicht fehlen lassen. Trotzdem versichern einige Blätter, daß die neue Cobden'sche Agitation für durchgreifende Finanzreform nicht den gewünschten Fortgang nehmen wolle, und es ist in der That auch zu beachten, daß sich eine lebhafte Theilnahme dafür nur in den alten Stätten der Reformbewegung, in Liverpool und Manchester zeigt, während der dazu gemachte Anfang in der Hauptstadt, sowie sich schon aus obiger Notiz ergeben mag, gerade nicht sehr glänzend ausgefallen ist. Selbst Glasgow hat sich, trotz der dringenden Aufforderung dazu in der „Daily News," bisher nicht gerührt. Hier könnte vielleicht die heftig in der Stadt herrschende Cholera mit dazu beigetragen haben, daß

Abhalten von Versammlungen zu verhindern, aber ein nicht günstiges Zeichen für die Cobdensche Bewegung bleibt diese Theilnahmlosigkeit immerhin. Inzwischen fahren auch die Protektionisten fort, Gegenmeetings zu halten, wie das so eben erst von der Gesellschaft für Ackerbauschutz in Stafford geschah, wo man zugleich zu einem Ehrendenkmal Lord Bentincks 25 Pf. aus dem Gesellschaftsfond bestimmt.

Die „Post" bemerkt: „Die Ernennung des Grafen Colloredo zum österreichischen Gesandten in London darf nicht als ein Anzeichen genommen werden, als ob die Konferenzen zu Brüssel, denen beizuwohnen er vom Kaiser auserfehen war, nicht stattfinden würden. Ob aber Se. Excellenz im Stande sein werde, diese Aufgabe mit seiner jetzigen Stellung zu vereinigen, oder ob für die Konferenzen ein anderer Bevollmächtigter ernannt werden wird, darüber, glauben wir, ist noch nichts festgesetzt worden."

Frankreich.

* **Paris**, 30. Jan. Paris ist vollkommen ruhig. Schon gestern Abends zog das Militär in seine Kasernen und die Nationalgarde nach Hause. Alles hat wieder sein gewohntes Ansehen. Der Minister hat folgende Proklamation erlassen: Bürger von Paris! Wir haben die Bürgerwehr unter die Waffen gerufen. Dies geschah zur Vertheidigung der gesellschaftlichen Ordnung, welche noch ein Mal von denselben Feinden bedroht war, die sie in den Junitagen angriffen. Die Pläne dieser Menschen haben sich noch nicht geändert. Was sie wollen, das ist: um jeden Preis die Errichtung einer geregelten und ehrlichen Regierung zu hindern. Was sie bedürfen, das ist: fortwährende Unruhe, Anarchie, Zerstörung des Eigenthums, Umsturz aller Grundsätze. Den Despotismus der Minoritäten hoffen sie zu gründen, indem sie wie ein Privilegium das gemeinschaftliche Eigenthum, den heiligen Namen der Republik usurpiren. Um die Widerspenstigkeit gegen die Gesetze zu bemänteln, sagen sie, daß wir die Verfassung verletzt haben und daß wir die republikanische Regierung zerstören wollen; das ist eine verächtliche Verleumdung. Die Republik hat keine festeren Stützen als diejenigen, welche sie gegen die ultrarevolutionären Exzesse zu bewahren suchen, mit denen man diese Regierungsform nur zu sehr verwechselte. Was die Verfassung betrifft, so hat der Präsident der Republik geschworen, sie zu achten und achten zu lassen: er wird seinen Schwur halten. Seine Minister haben eine Vergangenheit, welche Niemanden das Recht gibt, ihre Absichten zu verdächtigen, und sie können keine größere Probe ihrer Anhänglichkeit an die republikanischen Staatseinrichtungen geben, als die Energie, mit welcher sie entschlossen sind, jede Ruhestörung zu unterdrücken, von welcher Ausdehnung sie auch immer sein mag. Bewohner von Paris! es genügt nicht, daß die Gesellschaft stark sei; sie muß auch ihre Stärke zeigen. Ruhe und Sicherheit sind nur um diesen Preis. Mögen darum alle guten Bürger die Regierung in Unterdrückung der Unordnungen unterstützen, welche auf öffentlichem Platze entstehen könnten. Die Republik, die Gesellschaft selbst, die ewigen Grundlagen der Regierungsgewalt sind es, welche die Aufregungen in Frage stellen. Der Sieg der Ordnung muß entscheidend und unwiderruflich sein. Möge also Jeder seine Pflicht thun; die Regierung wird die ihrige nicht versäumen. Paris, 29. Jan. 1849. Der Minister des Innern. (gez.) Leon Faucher.

Verschiedene Verhaftungen sind vorgenommen worden, darunter die des Obersten der 6. Legion der Nationalgarde, Forestier; auch drei Obersten der Mobilgarde, welche Changarnier, als er Hrn. Aladenize festnahm, gehen ließ, sind von Neuem arretirt. Sonstige Gewaltmaßregeln scheinen nicht ergriffen zu werden.

Changarnier, von dem man gestern wissen wollte, er sei durch einen Mobilgardisten verwundet worden, ist durch eigne Unvorsichtigkeit beim Abschießen einer Pistole verletzt worden.

Von der gestrigen Verhandlung ist noch nachzutragen: Jules Favre hatte das Wort für den Kommissions-Bericht, welcher auf Verwerfung nicht nur des Rateau'schen Vorschlags, sondern aller Vorschläge, welche die Auflösung der Nationalversammlung zum Zweck haben, ging. Jules Favre's Rede zerfällt in drei Haupttheile: in dem ersten wird der Rücksicht, welche auf die eingegangenen Petitionen zu nehmen ist, eine gewisse Grenze angewiesen; in dem zweiten wird der Nachweis versucht, daß sowohl die Gesinnungen als die Interessen der Versammlung und des Präsidenten dieselben sind; im dritten wird das Ministerium Odilon Barrot auf das schärfste angegriffen und ihm die fortgesetzte Wiedereinsetzung von Beamten aus der Zeit Louis Philipps, sein Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Klubs, seine reaktionären, monarchistischen Tendenzen überhaupt und seine Thatlosigkeit vorgeworfen; als die verborgene Seele des Ministeriums Odilon Barrot wird Hr. Thiers bezeichnet. Nach diesem Redner spricht Viktor Hugo gegen den Kommissions-Bericht und für den Rateau'schen Vorschlag. Von seinem, in gewohnter Manier mit Antithesen und barocken Ausdrücken gezierten Vortrag ist folgende Stelle bezeichnend: „Was ist eine konstituirende Versammlung? Eine handelnde und berathende Revolution mit einem unbegrenzten Horizont. Was ist eine Konstitution? Eine vollendete Revolution. Ich frage nun, was ist eine Revolution, vollendet durch die Konstitution und fortgesetzt durch die Konstituirende? Es ist die Heiligung des Definitiven und die Aufrechthaltung des Provisorischen. Es ist zugleich Affirmation und Negation." Einige Worte des Generals Cavaignac, worin er gegen die Bezeichnung von „Siegern und Besiegten" (in Folge der Wahl vom 10. Dez.) entschieden protestirte, machten einen sehr günstigen Eindruck. Ohne den Gegenstand der Debatte selbst zu berühren, machte darauf Lamartine, indem er sich zugleich persönlich gegen den Rateau'schen Vorschlag erklärte, darauf aufmerksam, daß die Nationalversammlung mit der Annahme des Kommissions-Gutachtens auch zugleich alle, selbst wohlgemeinte und versöhnliche, Vorschläge zur Begrenzung der Thätigkeit der jetzigen Versammlung verwerfen würde. Die namentliche Abstimmung ergab 405 Stimmen für das Kommissions-Gutachten, 416 Stimmen dagegen. Es wird daher in 5 Tagen zu einer zweiten Berathung über den Rateau'schen Vorschlag geschritten werden, bei welchen die verschiedenen Amendements zur Vermittelung der extremen Ansichten auftreten können.

Die heutige Sitzung eröffnet Vicepräsident Bellont um $1\frac{1}{4}$ Uhr. Das zahlreiche Protokoll wird verlesen. Molé überreicht einen neuen Stoß von Bittschriften für die Auflösung der Nationalversammlung. Kerdrel thut deßgleichen. Degeorge überreicht drei Petitionen gegen die Auflösung. Ihm folgt eine lange Reihe von Abgeordneten mit ähnlichen Petitionen. Jeder will dabei sprechen. Stimmen links: Deponirt! Keine Explikationen! (Lärmen zur Rechten.)

Sarrans verlangt das Wort vor der Tagesordnung zu Interpellationen an den Minister des Innern. Forestier, Oberst der 6. Legion, beginnt er, sei gestern im Mairieamte verhaftet worden, angeblich weil er einen Brief an Marrast, Präsidenten der Nationalversammlung, gerichtet habe, in welchem er ihm die 6. Legion zum Schutz der Nationalversammlung anbot und ihm den Vorschlag machte, mit der ganzen Linken die Sitzung in das Rue St. Martin gelegene Kunst- und Gewerbe-Konservatorium zu verlegen, falls man das bisherige Gebäude stürmen sollte. Ich frage den Minister, ob Forestier aus diesem Grunde von ihm arretirt wurde? Stimmen: Changarnier ließ ihn verhaften! Sarrans: Wäre das etwa ein Verbrechen, sich zum Schutz der Nationalversammlung stellen? Eine zweite Veranlassung, warum ich den Minister interpellire, liegt in dem Gerücht, daß Changarnier einen unziemlichen Brief an Marrast richtete, um ihm das unerhörte Truppenaufgebot anzuzeigen. Ich verlange daß dieser Brief auf den Tisch gelegt werde. Einen dritten Grund, weßhalb ich den Minister interpellire, finde ich in der Proklamation, die Faucher an die Pariser richtet und worin er von Konspiration spricht. Ja, es herrschte Verschwörung, aber gegen die Republik ... ich verlange eine parlamentarische Untersuchung über diese Thatsachen. (Ja! Ja!)

Faucher, Minister: Zwei Punkte verdienen Widerlegung, 1) Changarnier solle einen unehrerbietigen Brief an den Präsidenten Marrast geschrieben haben. Ist dieser Brief wirklich unehrerbietig, so glaube ich, ist Hr. Marrast ein zu eifersüchtiger Wächter der Ehre seines Amtes, um eines Fürsprechers zu bedürfen. Warum klagte Marrast nicht selbst? Er schwieg aber. 2) Forestier wäre sicher nicht verhaftet worden, wenn er nur jenen Brief geschrieben hätte. Aber es liegt gegen ihn eine Anklage auf Truppenverführung vor; es ist eine gerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet; man wolle also ihrem Erfolg nicht vorgreifen. Was endlich 3) die Vorsichtsmaßregeln, Proklamationen u. s. w. betrifft, so waren wir von Komplotten unterrichtet, geheime Gesellschaften warteten nur auf das Zeichen zum Losbruch. Es sind mehr als 100 Personen verhaftet worden; die Untersuchungen werden das Nähere herausstellen. Wären wir überrascht worden, wie sehr

würde man das Kabinet getadelt haben! (Unterbrechung und Lärm.)

Marrast. (Tiefe Stille.) Ich besteige die Bühne, um gegen die Behauptung zu protestiren, daß Changarnier einen unziemlichen Brief an mich geschrieben. Hier ist derselbe. (Marrast liest ihn vor.) Was Forestier betrifft, so hat der Brief, den er an mich richtete, seine Haft nicht hervorgerufen. (Marrast liest auch diesen Brief vor.)

Bac (vom Berge). Ich unterstütze den Antrag auf Untersuchung; die gestrige Kriegskomödie müsse untersucht werden. Die Sache war vorher abgekartet. (Der Redner liest das Journal de la Gironde vor.) Auch greift die Proklamation den Berg an. Maleville unterbricht ironisch: Getroffen! Faucher erklärt, daß er das Journal de la Gironde nicht kenne.

Flocon zu den Ministern: Ihr habt einen Staatsstreich ausführen wollen! Nach zweimaliger Probe wird eine Enquete entscheiden. (Große Bewegung.) Die Versammlung geht zur Erbschaftssteuer über.

Oesterreichische Monarchie.

Galizien. Der Minister des Innern hat an sämmtliche politische Behörden die Weisung erlassen, die ruthenischen Feiertage in den von Ruthenen bewohnten Kreisen Galiziens gleich jenen des lateinischen Ritus zu achten und insbesondere alle Vorladungen der Ruthenen zum Erscheinen vor öffentlichen Behörden und Gerichten an diesen Tagen zu beseitigen. (D. A. Z.)

Italien.

Aus **Rom** reichen die Nachrichten bis zum 25. Ruhe, Ordnung und Freude über die Wahlen sollen daselbst herrschen. Man erwartete einen Einfall General Zucchi's mit Schweizer und Neapolitanischen Truppen.

* **Neapel**, 19. Jan. Das Dampfschiff Antelope fuhr diese Nacht mit verschiedenen Kardinälen nach Gaeta ab. Es begegnete dem Dampfboot Vesuvio, mit dem der König von Gaeta hierher fuhr. Beide Schiffe stießen zusammen, verschiedene Passagiere der Antelope flogen über Bord, wurden aber alle bis auf den russischen Gesandtschaftssekretär Uthinoff gerettet.

Aus **Sardinien**. Die Wahlen sind nicht überall günstig für das Ministerium ausgefallen. Zwar ist Gioberti selbst achtmal gewählt worden, aber auch seine Gegner, Balbo und Azeglio, die sich ganz offen gegen seine Kriegspolitik ausgesprochen hatten, sind gewählt.

Belgien.

* Die Aufhebung des Gesetzes über die Pensionen der Minister hat den günstigsten Eindruck im Lande hervorgerufen. Belgien strebt mit unermüdlichem Eifer, der Musterstaat Europa's, allen andern eine Leuchte zu werden. Im Ministerium der Finanzen, berichtet die Independance, hat sich die Thätigkeit noch verdoppelt, und weitere durchgreifende Verbesserungen in der Steuerverwaltung sind im Werke. Wir heben nur eine hervor. Belgien zählt gegenwärtig 600 Einnehmer, diese Zahl soll auf 400 vermindert werden, ohne Nachtheil des Dienstes. Alle Einnehmerposten von weniger als 12 bis 15,000 Franken Gehalt sollen eingehen und mit den belangreicheren Steurrämtern vereinigt werden. Noch andere Ersparnisse stehen bevor.

Ungarn.

Von der österreichischen Grenze, 29. Jan. Ein Privatbrief aus Pesth, datirt vom 23. d. M., meldet, daß sich zu Debreczin noch 106 Kossuthisch gesinnte Reichstagsablegaten befinden, aber keine Sitzungen halten, während der Landesvertheidigungsausschuß seine Funktionen im Geiste Kossuth's fortsetzt. Alle Magazine und Vorräthe, die Pressen und Kassen waren nach Großwardein abgeführt worden. Durch diese Angaben dürften die optimistischen Berichte der Beilage zur Wiener Abendzeitung so wie einiger schlesischen Blätter auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Ungeachtet der strengen Mahnung des Fürsten Windischgrätz sind bis jetzt nur auffallend wenige der geforderten Unterwerfungsadressen eingelaufen. Die amtliche Pesther Zeitung bringt deren nicht mehr als neun, darunter selbst einige von ganz unerheblichen Ortschaften. Die Nachricht von einer Debreeziner Adresse war daher bis jetzt vorrilig. (Lpz. Z.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 21. Jan. Die neuerlichen Erfolge der Szekler gegen die Sachsen und Walachen in Siebenbürgen stellen das Einschreiten der russischen und türkischen Militärmacht daselbst in Aussicht. Von Kronstadt ist nämlich eine Deputation an General Lüders mit der Bitte angekommen, diese Stadt mit 6000 Mann zum Schutze gegen die Szekler besetzen zu wollen, da die dortige Garnison durch die neuesten drängenden Ereignisse nach Hermannstadt abgerufen wurde. Auch an Fuad Effendi hat man dasselbe Ansuchen gestellt. Da Lüders für diesen Fall keine Instruktionen hatte, so schickte er, weil inzwischen auch vom Kommandirenden in Hermannstadt Depeschen an ihn angelangt waren, nacheinander zwei Feldjäger nach St. Petersbueg, so wie Fuad Effendi seiner Seits einen Kurier nach Konstantinopel. Der russische General ließ unterdessen einige tausend Mann aus allen Theilen der Walachei an die siebenbürgische Grenze vorrücken, um erforderlichen Falls ohne Verzug einschreiten zu können. Mit den türkischen Truppen, welche den Förzburger Paß an der Grenze besetzt halten, ist es von Seite der Szekler bereits zu einem blutigen Gefecht gekommen, da sie fliehende Walachen bis diesseits der Grenze verfolgt hatten. Es sollen 40 Mann Szekler geblieben sein. Die Zahl der Getödteten türkischer Seits weiß man nicht genau. (N. K.)

Asien.

÷ **Manilla**, 26. Nov. Obgleich wie hier in einem Winkel Asiens fern von Europa leben, so hat doch die große europäische Krisis auch auf den hiesigen Verkehr Einfluß geübt, der durch das Mißrathen der letzten Zuckerernte und durch niedrige Reispreise, wie nicht minder durch Ueberführung von manchen europäischen Waaren noch verstärkt wurde. Die Nachrichten von Europa lauten indeß bereits merklich besser und außerdem haben wir die besten Aussichten für die nächste Reis- und Zuckerernte. Wir dürfen also binnen Kurzem wieder ein belebtes Geschäft erwarten. Mit welcher Theilnahme wir hiesigen Deutschen auch die unbedeutendsten Nachrichten über unser fernes Vaterland aufnehmen, können Sie sich kaum denken. Es scheint mit der neuen Ordnung der Dinge endlich also doch ein Strahl des Lichtes in das seitherige Dunkel zu fallen. Wir jubeln hier insbesondere den eine schöne Zukunft verheißenden Einheitsbestrebungen zu. Gebe Gott, daß diese durch Eifersüchteleien der einzelnen Staaten ungehemmt bleiben mögen, damit wir endlich aus dem alten Jammer, welchen Bundestag, Metternich und preußische Romantik über uns gebracht haben, herauskommen. Wahrlich, Deutschland trägt alles Material in sich, einen ersten Rang in und außer Europa einzunehmen! — Nichts Glücklicheres hätte die Nationalversammlung beschließen können, als die Einigung der materiellen Interessen, besonders des Handels und der Schifffahrt. Auf diese und ganz besonders auf die junge Marine sind namentlich alle unsere Blicke gerichtet: von ihr erwarten wir, bisher verlassene Söhne des Vaterlandes, Schutz unserer seither in namenloser Weise der Willkür fremder Nationen preisgegebener Interessen. Grollend wandten wir seither unsere Blicke von der Heimath ab, wenn wir sahen, wie große Summen auf nichtige Dinge verwandt wurden, während für die Interessen der im Ausland lebenden Deutschen so gut wie nichts geschah. Aber glauben Sie mir, sehr rasch haben sich unsere Blicke wieder der neuen Einheitssonne zugewandt. Es war aber auch hohe Zeit, daß den großen Mißbräuchen und der Zerstückelung durch die Verschiedenheit der Zollsysteme endlich zum allgemeinen Besten ein Ziel gesetzt wurde. Haben wir erst ein gemeinsam deutsches Handels- und Schifffahrtssystem, findet sich Deutschland als solches durch dem Ganzen, nicht den einzelnen Staaten, angehörige Gesandte und Konsuln vertreten, so wird eine Wendung zum Besseren nicht mehr lange auf sich warten lassen. Erhebend muß es für Sie sein, daß jetzt schon das Echo der Reden in der Paulskirche bis hierher nach dem fernsten Winkel Asiens dringt und die hiesigen Deutschen mit Begeisterung erfüllt.

Hoffentlich wird man bald auch der armen Deutschen im Auslande gedenken, die wir hier wegen des theuern Briefportos alle durch die Presse verbreiteten Nachrichten mit kaum erschwinglichen Preisen bezahlen müssen. So kommt z. B. die Augsburger Zeitung auf einige 100 Rthlr. per Jahr zu stehen, während die theuersten englischen Blätter kaum ein Viertheil dieser Summe kosten. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn hier nur eine

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 3. Februar. Wien (Tagesnachrichten.) Prag (Truppen nach Italien.) Von der österreichischen Grenze (Einnahme von Debreczin. Kossuth. Gerüchte. Die Dinge in Italien.) Berlin (Tagesbegebenheiten. Die Regierung und die Kammern.) Stralsund (Die Urwahlen für die erste Kammer.) München (Die Stellung der Partien. Die Adreßentwürfe.) Mannheim (Fürsorge für unglückliche Militärs.) Altenburg (Der Bürgerverein für die Erblichkeit des Reichsoberhauptes.) Oldenburg (Der Landtag und die Civilliste.)

Frankreich. Paris (Stimmung des Landes. Meeting der Mobilgarde. Der Präsident und die Minister. Der Billault'sche Vorschlag verworfen.)

Oesterreich. Monarchie. Siebenbürgen (Vandalismus der Szekler.)

Schweiz. Bern (Die Ruhestörungen im Jura und die Revolution in Neuenburg.) Neuenburg (Der große Rath und das angebliche Komplott.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 3. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 3. Februar.

Tagesordnung der 163. öffentl. Sitzung.

1) Schlußvortrag des Berichterstatters und Abstimmung über §§. 7 und 7a des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „Gewähr der Reichsverfassung".
2) Wahl des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten.
3) Ergänzungswahl eines Mitgliedes in den volkswirthschaftlichen Ausschuß.

Vorsitzender: Präsident Ed. Simson. Hr. Venedey aus Köln verlangt in Bezug auf das Protokoll der letzten Sitzung, daß die Rede des Hrn. v. Schmerling: das Kriegsrecht und den Belagerungszustand betreffend, wörtlich dem Protokolle einverleibt werde. Hr. v. Schmerling sei deutscher Reichsminister gewesen und sei ein Staatsmann, auf dessen Meinung ein bei weitem größeres Gewicht gelegt werden müsse, als wenn ein anderes Mitglied der Versammlung, z. B. ein Professor, auf Ausnahmegesetze antrage. Die Versammlung, unter deren wiederholtem unterbrechenden Widerspruche Hr. Venedey seine Forderung begründet, verwirft den Antrag, daß v. Schmerling's Rede zu den Akten genommen werde.

Auf den Antrag des Legitimations-Ausschusses (Berichterstatter Hr. Fellmer) beschließt das Haus, das Ministerium zur Einberufung des Stellvertreters für den Abgeordneten Hrn. v. Rönne zu veranlassen.

Hr. Ludw. Uhland zeigt an, daß der Prioritäts- und Petitionsausschuß dem Antrage des Hrn. Künßberg auf Niedersetzung eines neuen Verfassungs-Ausschusses nicht beizupflichten vermöge.

Hr. Martiny aus Friedland fragt beim Reichsministerium des Innern an: ob die von den Behörden in Preußisch-Minden verfügten Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts zu seiner Kenntniß gelangt seien, und was es dagegen zu thun gedenke.

Hr. Würth von Sigmaringen ruft das Reichskriegsministerium abermals wegen der Besetzung des Fürstenthums Sigmaringen durch Reichstruppen an. Der Hr. Kriegsminister habe durch seinen Bevollmächtigten erklären lassen, die Truppen seien am 24. Jan. zurückgezogen worden. Ob diese Nachricht, der aus der Heimath des Abgeordneten mit Hinweis auf die Thatsache widersprochen werde, auf der Wahrheit beruhe?

Für beide Anrufungen wird die Antwort auf Montag den 5. Febr. angekündigt.

Als Berichterstatter für das Minderheitserachten I. zu §. 7 der „Gewähr der Reichsverfassung" tritt Hr. Mittermaier auf, indem er räth, dem Beispiele Englands zu folgen und ein Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht zu erlassen. Allein zu Ausnahmsgerichten und Ausnahmsbestimmungen könne er nimmermehr seine Zustimmung ertheilen. Bei dem Gedanken an eine Maßregel, durch welche das Kriegsrecht in gewissen Fällen sanktionirt werde, steige vor ihm der blutige Schatten des Herzog Alba auf. (Sehr gut! von der Linken.) Jede Aufhebung der Habeaskorpus-Akte kann nur durch ein Gesetz erfolgen, wie es nicht das Ministerium für sich, wie es die Regierung nur mit der Zustimmung der Volksvertretung verkündigen darf. Das ist unser Antrag, durch den die Freiheit gesichert wird, ohne daß dem Staate die Fähigkeit der Vertheidigung gegen den Aufruhr entzogen wird. Nimmermehr enthalte das Recht der Nothwehr auch ein Recht der Strafe, die dann eine Rache sein werde. Zum Schlusse erinnert der Redner an eine Warnung Rudhart's: Vertheidigt Euch gegen die Frinde der öffentlichen Ordnung, wendet die kräftigsten Mittel zur Erhaltung des Staates an, aber heuchelt keine Untersuchung unter der Maske des Gesetzes, mordet nicht unter der Form eines richterlichen Urtheils! (Lebhafter Beifall von der Linken und aus der Mitte.)

Für das Minderheitserachten II. ergreift das Wort Herr Waitz: Das Recht zur Aufhebung der Habeaskorpus-Akte und des Versammlungsrechtes ist auch den freiesten Völkern, wie Sie eben gehört haben, den Engländern und Amerikanern, keineswegs unbekannt. Es ist überall als durchaus nothwendig geboten erschienen und es erklären sich auch die hier gestellten Anträge fast alle hiefür, von Vincke bis zu Heinrich Simon hin. Allein darin waltet ein Unterschied ob, unter welcher Modalität diese Aufhebung stattfinden soll. Ob Alles auf die Verantwortlichkeit des Ministeriums zu schieben ist, oder ob eine nur zeitweise Suspension diesem überlassen bleiben darf, oder ob endlich das Ministerium sofort die gesetzgebenden Körper einzuberufen hat, um ihre Genehmigung einzuholen. So weit ist kein Antrag gegangen, daß die vorausgehende Zustimmung des Reichstags beziehentlich des Landtags erfordert werde. Die Gegensätze sind mithin keine prinzipiellen. Was die Ausnahme-Anstalten des Belagerungszustandes rc. so verhaßt macht, ist ihre Ausdehnung. Sie sind neuerdings nicht blos zur Vertheidigung der öffentlichen Ordnung gebraucht worden, man hat sie angewendet auch zur Wiederherstellung und Befestigung der Verhältnisse. Gegen diese zur Regel erhobene Ausnahme erklären sich und mit Recht alle Stimmen. Die Frage daher, wie sie uns vorliegt, ist wesentlich eine Frage der Zweckmäßigkeit, denn Niemand befindet sich unter uns, der den Skandal der letzten Zeit legitimiren möchte. Nur in außerordentlichen, in äußersten Fällen werden wir zu außerordentlichen Maßregeln greifen. Zur Abwehr sollen sie dienen und nicht zu mehr. An Kämpfen wird es unserer jungen Freiheit nicht fehlen; es werden harte Tage kommen und erst nach langem Zwiespalte wird sich die Grundlage der neuen Ordnung befestigen. In diesen Kämpfen wird man die Abwehrmaßregel zur Regel zu machen geneigt sein. Lassen Sie daher das letzte Blatt Ihrer Verfassung eine gesetzliche Bestimmung darüber nicht vermissen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag v. Vincke's und Genossen abgelehnt, nach welchem unter andern Bestimmungen der Grundrechte im Falle des Kriegs und Aufruhrs auch die Preßfreiheit aufgehoben werden kann. Dann wird durch Namensaufruf abgestimmt über den Verbesserungsantrag Widenmanns und Genossen:

Statt §. 7 möge es heißen:

„Im Fall des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung, Vereins- und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise, unter Verantwortlichkeit des betreffenden Gesammtministeriums gegen den Reichstag, beziehungsweise Landtag, außer Kraft gesetzt werden."

Wird mit 261 gegen 188 Stimmen verworfen. Ebenso wird mit Namensaufruf abgestimmt über den Vorschlag der Ausschußmehrheit, wonach §. 7 lauten soll:

„Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

1) Die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesammtministerium des Reichs oder Einzelstaates ausgehen.
2) Das Ministerium des Reichs hat die Zustimmung des Reichstags, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtags, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als vierzehn Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft."

Angenommen mit 242 gegen 206 Stimmen. Dagegen wird der von Max Simon und Genossen zu Nr. 2 dieses Paragraphen beantragte Zusatz:

„Die Einberufung muß in diesem Falle sofort geschehen, so daß der Zusammentrit spätestens am 21. Tage von Verkündung der Ausnahmsmaßregeln an gerechnet, stattfindet, widrigenfalls derselbe ohne Berufung erfolgt" —
mit 265 gegen 163 Stimmen verworfen. Desgleichen wird verworfen der Zusatzantrag v. Schmerlings und Genossen, wornach im Falle dringender Gefahr sogar die Verkündigung des Kriegsrechts gestattet werden soll mit 336 gegen 66 Stimmen. Desgleichen wird verworfen mit 222 gegen 206 Stimmen ein ähnlicher (etwas gemilderter) Antrag v. Thielau's und Genossen. Darnach ist die Berathung über §. 7 beendet und nachdem noch von der Linken im Namen „der europäischen Civilisation" Verwahrung eingelegt worden ist gegen die heute gefaßten Beschlüsse, wird die Sitzung bis Montag den 5. Febr. vertagt. Außer der Präsidentenwahl kommt auf die Tagesordnung der Bericht über die posen'sche Frage.

✓**Wien**, 29. Jan. Die ungarische Festung Leopoldstadt soll von den kaiserlichen Truppen mit Sturm genommen worden sein. Sämmtliche Minister befinden sich in Wien, mit Ausnahme Bach's, der in Ollmütz erkrankt ist. Im Teschener Kreise sollen Unruhen ausgebrochen sein. Man beschäftigt sich mit Leitung der Telegraphenlinie in die Burg, in welcher die Zimmer in Bereitschaft gesetzt werden.

Prag, 30. Jan. Man erfährt heute, daß gestern der Beschluß gefaßt sei, aus den deutschen Provinzen mit Ausnahme Wiens sämmtliche Truppen nach Italien zu senden und die Nationalgarden zum innern Dienste zu verwenden. Es heißt sogar, daß die akademische Legion wieder errichtet werde. Jedoch soll der Oberbefehl nur Offizieren der Armee anvertraut werden.
(D. A. Z.)

Von der österreichischen Grenze, 30. Jan. Nunmehr ist endlich auch Debreczin von den k. k. Truppen eingenommen worden. Die Zeitungen berichten von der in Galizien im Stryer Kreise, Dorf Klimer, erfolgten Gefangennehmung Kossuth's. Diese wichtige Nachricht scheint vorerst noch der Bestätigung zu bedürfen. Indessen ist es nur höchst wahrscheinlich, daß Kossuth jetzt schon bei jedem Schritte und Tritte, welchen er thut, von Spionen bewacht wird. Die Gerüchte mehren und kreuzen sich fortwährend. So spricht man von einer neuerlich erfolgten Erhebung des an der nordwestlichen Grenze Ungarns gelegenen Neutraer Komitats. In den benachbarten Bezirken Mährens herrschte darüber Angst und Bestürzung. Bei der letzthin zu Ollmütz abgehaltenen Ministerialkonferenz seien auch Windischgrätz und Jellacic zugegen gewesen. Auch die Vorgänge im lombardisch-venetianischen Königreiche werden mit sehr düstern Farben geschildert. Bedenkliches geht in der Lombardei jedenfalls vor, und nur sehr bedenklich kann das komplete Schweigen der offiziellen Wiener Zeitung über die italienischen Vorgänge erscheinen. Irren wir nicht, so will man vorzüglich Ungarns wegen das Lautwerden mißlicher Nachrichten hindern. (Leipz. Z.)

⁝ **Berlin**, 1. Febr. Der Belagerungszustand wird hier insofern wieder strenger gehandhabt, als die Versammlungen der Wahlmänner nicht mehr gestattet werden. Wenigstens ward eine solche Versammlung aufgehoben, in welcher der Professor Michelet auftreten wollte. Die demokratische Korrespondenz ward gestern mit Beschlag belegt. Gegen den Kunsthändler Hirsch ist auf Grund einer Karrikatur, durch welche der Prinz von Preußen beleidigt sein soll, die Untersuchung eingeleitet. Alles das sind Kleinigkeiten, aber sie beweisen doch, wie ein aufgeworfener Strohhalm, woher der Wind weht. Der alte Staat hat uns zu lange beherrscht, um ihn sobald und durch einen Ruck wieder los zu werden. Unser Belagerungszustand ist blos ein Name für den alten Zustand. Indeß läßt sich nicht verkennen, daß in allen unseren geselligen Verhältnissen innerhalb des letzten Jahres ein ungeheurer Umschwung statt gefunden hat. Wie hätten es sich vor einem Jahre unsere Geheimräthe träumen lassen, daß sie ganz öffentlich halbe Tage lang unter Bier und Taback und übelriechendem Athem neben „dem Volke" eingepfercht sitzen und schwitzen müßten, wie jetzt bei einer Wahlversammlung. Und unsere feinen Damen! Wer hätte gedacht, daß die Stürme des Zeitgeistes sie in einen Omnibus nach Charlottenburg mit Crethi und Plethi wehen würden, ja, daß ihnen bald natürlich vorkommen werde, was ihnen zuerst lächerlich schien? Doch hat man kaum Zeit um Betrachtungen über Zustände anzustellen, da alle Zustände wieder im Schwanken scheinen. Die Wahlen der Wahlmänner zur ersten Kammer sind im ganzen Staate konservativ ausgefallen. Hieran knüpft die konservative Partei Betrachtungen über den Nutzen des Census. Es wird aber sehr schwer sein, auf gesetzlichem Wege sich des allgemeinen Wahlrechtes zu entledigen. Die zweite Kammer wird jedenfalls entschieden demokratisch sein. Wie gedenkt die Regierung einer solchen Kammer gegenüber eine Stellung zu gewinnen? Die Ungewißheit darüber hat schon zu manchen bis jetzt noch voreiligen Gerüchten Veranlassung gegeben, z. B. die Regierung beabsichtige, die Kammern gar nicht zusammentreten zu lassen, oder ihre Sitzungen nach Brandenburg zu verlegen.

⊙ **Stralsund**, 29. Jan. Heute haben wir die Urwahlen für die erste Kammer vollzogen; etwa 600 Urwähler in drei Bezirken haben, jeder zwei zusammen, sechs Wahlmänner gebracht, die alle nach dem Willen der konservativen Partei — mit überwiegender Mehrheit, etwa wie 4 zu 1 — bestimmt worden sind.

Man wird aufmerksam auf den Verfasser der „Politischen Briefe oder Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart," Berlin 1849, und glaubt darin einen bekannten, von der Insel Rügen gebürtigen Diplomaten, jetzt in Italien, zu erkennen. Man spricht davon, Hrn. v. Usedom für die erste Kammer zu wählen.

0 **München**, 1. Febr. Die Wahlbeanstandungen, die in der zweiten Sitzung der Kammer zur Sprache kamen, betrafen zwar nur Mitglieder der Linken, aber die Partei war klug genug, diese Angelegenheit, in welcher der Wortlaut des Gesetzes ihr entgegen war, nicht als Parteifrage zu behandeln. Im entgegengesetzten Falle wäre mancher Schwankende aus ihren Reihen getreten und eine Schlappe, um so gefährlicher, weil sie in den Beginn des Kampfes gefallen, wäre unvermeidlich gewesen. Die beanstandeten Wahlen wurden nun von der Kammer mit großer Mehrheit für ungültig erklärt und, gegen den Antrag einiger Mitglieder des rechten Centrums, welche die Einberufung der betreffenden Ersatzmänner beantragten, beschlossen, neue Wahlen in Nürnberg und Fürth anzuordnen, welche ohne Zweifel, wenn nicht dieselben Männer, Schmidt und Krämer, doch Anhänger derselben Fraktion in die Kammer bringen werden, da gerade in jener Gegend die freisinnige Partei in neuster Zeit an Boden gewonnen hat. Die dritte Wahlbeanstandung, welche durch einen Formfehler anstatt des Dr. Morgenstern einen gewissen Ulherr zum Mitgliede der Volkskammer gemacht hat, wird in der nächsten Sitzung aller Wahrscheinlichkeit nach zu Gunsten des Ersteren, des ersten Israeliten in der bairischen Kammer, entschieden werden, wiewohl auch diese Sache nicht als Parteifrage behandelt werden wird. Mit großer Spannung sehen die Glaubensgenossen des Dr. Morgenstern dem Resultate dieser Sitzung entgegen. Die Stellung der Parteien, ihre Größe, die Tüchtigkeit ihrer Führer wird erst durch die in die nächste Woche fallende Adreßdebatte klar werden, welche die Fähigsten auf den Kampfplatz rufen wird. Der Entwurf der Adresse, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist, gibt eine kräftige Antwort auf die diplomatische Unentschiedenheit, mit welcher sich die Thronrede namentlich über die deutsche Sache ausspricht, auf die unbefriedigende Erklärung, welche das Gesammt-Ministerium wie durch seinen Bevollmächtigten in Frankfurt, so hier durch den Minister des Innern in der Kammer abgegeben hat. „Nur ein aufrichtiges, rückhaltloses Eingehen auf den neu erwachten Zeitgeist, welcher alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft durchdringt, nur bereitwillige Unterordnung unter die Beschlüsse der konstituirenden Nationalversammlung und der Centralgewalt, vermag die Mittel zu gewähren, dauernde Ruhe und nachhaltigen Wohlstand dem deutschen Volke zu sichern. Die Kammer der Abgeordneten anerkennt daher auch die Gesetzeskraft der deutschen Grundrechte als des geringsten Maßes der Freiheiten und Rechte, die allen Deutschen ohne Ausnahme gehören." So das Mehrheits-Gutachten der Adresse-Kommission, indeß der Entwurf der Minorität, minder entschieden, doch für den Nymphenburger Cirkel widerwärtig genug, folgendermaßen lautet: „Das von allen wahren Vaterlandsfreunden längst heiß ersehnte Ziel der Einigung Deutschlands auf dem Grunde gleichmäßiger, wahrer Volksfreiheit gewährleistender Einrichtungen in dessen einzelnen Staaten, und einer Gesammtverfassung, die alle deutschen Stämme ohne Ausnahme zu einem kräftigen, Achtung gebietenden

Bundesstaate unauflöslich verbinde, nahe seiner Verwirklichung. Baiern wird gern die Opfer bringen, welche eine starke Einheit Deutschlands von jedem seiner bisherigen Einzelstaaten fordert. Mit hoher Freude haben wir Eure Majestät in Tagen der Gefahr das schöne Beispiel festen, patriotischen Anschlusses an die prov. Centralgewalt geben sehen. Die von der letztern jetzt schon als Reichsgesetze verkündigten Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, an welche wir uns auf das Entschiedenste anzuschließen für Pflicht halten, erkennen wir als ihrem Inhalte nach bindend für alle deutschen Einzelstaaten an. Wir hoffen zuversichtlich, daß, um sie auch mit äußerer Gesetzeskraft für Baiern zu bekleiden, Ew. K. Maj. alsbald den nöthigen Anlaß zur Erfüllung der verfassungsmäßigen Formen geben."

Wahrscheinlich wird die erstere Form die Zustimmung der Mehrheit für sich erhalten, indem das mit der Linken vereinigte linke Centrum, welche Fraktionen in allen das Gesammtvaterland betreffenden Fragen zusammengehen werden, den Ausschlag geben wird; beide Parteien zusammen haben jetzt bereits nahezu die absolute Majorität und werden noch einige Stimmen durch die Neuwahlen in Nürnberg und in der Pfalz gewinnen, wo die gewählten Ersatzmänner Christmann und Reichardt als solche den Eintritt in die Kammer verweigern, um das diskreditirte Institut der Ersatzmänner auf diese Weise faktisch zu annulliren. Doch erschrecken Sie nicht, wenn Sie von dieser Uebermacht der hiesigen Linken hören: denn die Prinzipien der bairischen Linken gehen noch nicht über die des linken Centrums im Reichsparlamente hinaus. Geht die Kammer auf den Antrag der Kommission ein, die unbedingte Anerkennung der Grundrechte zu verlangen, so wird dem Ministerium Beisler, nach seiner vorgestern gegebenen Erklärung, kaum etwas übrig bleiben, als einem aus dem Centrum und der Linken kombinirten Ministerium Platz zu machen. Die Auflösung der Kammer wäre ein gefährlicher Schritt zu welchem man nach den Antezedentien in Preußen schwerlich den Muth haben wird. Heute werden die Mitglieder der Volkskammer den beiden von Nymphenburg zu diesem Zwecke hereinkommenden Majestäten ihre Aufwartung machen. Die Linke wird bei dieser Cour nach Uebereinkommen vollzählig erscheinen.

+ **München**, 1. Febr. Der Adreßentwurf der Kammer der Reichsräthe hält sich über die deutsche Sache sehr im Allgemeinen; über die Einführung der Grundrechte scheint er mit der Ansicht der Krone übereinzustimmen. Für die künftige deutsche Verfassung wird der Wunsch ausgesprochen, daß sie „unter dem Ausschluß aller Sonderinteressen die mit der Einheit und Kraft des Ganzen vereinbarliche, durch den deutschen Nationalcharakter gebotene Selbstständigkeit der Einzelstaaten bewahre." Ueber die Einführung heißt es dann näher: „Wir überlassen uns der freudigen Hoffnung, daß das große Werk bald gelingen werde und erwarten die darauf bezüglichen Eröffnungen der Krone und die deshalb angekündigten Gesetze und Verfassungsabänderungen, insbesondere jene hinsichtlich der Grundrechte, um innerhalb unseres Wirkungskreises auf dem verfassungsmäßigen Wege an dieser Lebensfrage aller Deutschen Theil zu nehmen."

△ **Mannheim**, 31. Jan. Vielleicht erinnern Sie sich noch eines seiner Zeit viel besprochenen Vorfalls, als zur Zeit des ersten Freischaarenzugs im Oberlande ein Soldat der Hessen-Darmstädtischen Reichstruppen offen seine Sympathien für die republikanische Erhebung aussprach und sich weigerte, auf die Insurgenten zu schießen: er wurde zur Haft gezogen und vom Kriegsgericht infam kassirt und zum Tode verurtheilt, eine Strafe, die auf dem Wege der Gnade später in zwanzigjähriges Zuchthaus umgewandelt ist. Dieselbe Partei, welche hier neuerdings die Wahl des Abgeordneten Brentano zum Bürgermeister der Stadt durchsetzte, hat es nun auch für ihre „Pflicht" gehalten, zur Unterstützung dieses ihres „unglücklichen wackern Mitbürgers" eine Summe Geldes zusammenzubringen, und der Volksverein hat von diesem speziellen Falle sogar Anlaß genommen, einen „Verein zur Unterstützung unglücklicher Militärs" zu gründen. Was unter „unglücklichen" Militärs zu verstehen, ergibt sich aus dem Vorstehenden von selbst.

† **Altenburg**, 31. Jan. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Bürgervereins wurde beschlossen, nochmals in einer Adresse sich an die Nationalversammlung zu wenden, worin man sie dringend auffordere, bei der zweiten Lesung der Verfassung die Erblichkeit der Reichsgewalt festzusetzen. Der Verein halte sich zwar schon früher für das Erbkaiserthum Preußens ausgesprochen; man ging aber von der Ansicht aus, daß es unsern Vertretern in Frankfurt selbst erwünscht sein müßte, zwischen der ersten und zweiten Lesung der Verfassung recht viel Stimmen aus allen Theilen Deutschlands über jene wichtige Frage zu vernehmen, damit diese Grundbedingung der wahren dauernden Einheit definitiv festgestellt werde, damit sie erscheine als eine Forderung des gesammten deutschen Volks. Zugleich sollte darin eine Anerkennung des Strebens jener Männer enthalten sein, welche mit patriotischer Aufopferung der großen Sache unsers Vaterlandes sich hingeben.

** **Oldenburg**, 30. Jan. Unser Ministerium hat heute dem Landtage seinen Endvorschlag zur Beilegung des Civillistenstreits gemacht. Es wird in demselben dem Landtage angesonnen, die Summe von 170,000 Thlr. als Civilliste zu bewilligen (der Landtag hatte nur 100,000 geben wollen), und zwar die Hälfte dieser Summe in Domänen, die unveräußerliches Krongut verbleiben sollen. Für diesen Preis stellt das Ministerium die Rücknahme der großherzoglichen Erklärung vom 3. Januar, welche alle Domänen als großherzogliches Haus- und Familiengut beanspruchte, und die Vollziehung der Verfassung in Aussicht. Auch soll auf jene Summe die Dotation des Thronfolgers übernommen werden. Es ist zu fürchten, daß der Landtag, zumal nach der, seit dem 26. d. M. im Lande herrschenden Stimmung, von der ich Ihnen neulich schrieb, auf diesen Vorschlag der Vereinbarung nicht eingeht, und daß dann das Ministerium abtritt. Ob dann Reichskommissäre aus Frankfurt uns den Oelzweig bringen, oder ob man den Zeitpunkt für geeignet hält, es bei der absoluten Regierungsform bis auf Weiteres bewenden zu lassen, darüber wagen wir keine Entscheidung. Aber so viel scheint gewiß zu sein, daß der Landtag, wenn er in dieses Ultimatum sich fügt, der öffentlichen Meinung gegenüber schweren Stand haben dürfte.

Frankreich.

†† **Paris**, 29. Jan. Der Nationalgarde-Tambour schlägt seit früh Morgens den Rappel unter meinen Fenstern. Paris wird heute ein Kriegslager vorstellen. Ich wohne unweit des Palais Bourbon, bei welchem sich das Gros der Truppen vereint, unter deren Schutze der Rateau'sche Antrag heute diskutirt wird. Die Soldaten sind sehr aufgebracht, sie kommen nie aus den Monturen und werden Tag und Nacht von einem Bivouac zum andern gehetzt. Sie wollen bei einer Emeute keine Gefangenen machen, keinen Pardon geben. Der politische Zustand des Landes ist so aufgeregt, daß in manchen Departements von dem conseil général der Beschluß gefaßt worden, keine Steuern der Regierung mehr einzuzahlen, wenn dieselbe neue Revolutionen provozirt. Und diese Geldverlegenheit dürfte nächstens eintreten. Das Klubunterdrückungsgesetz, die Auflösung der Hälfte der Mobilgarde, die Behandlung ihrer Offiziere, die hintangehaltene Amnestie, die Anstellung gehaßter Professoren, die Anstellung vorfebruarlicher Günstlinge mit Vernachläßigung der andern Parteien, die herausfordernde Haltung des Ministeriums gegen die Nationalversammlung, das Alles kommt zusammen, um eine neue Emeute hervorzurufen und auf ihre Rechnung dann alles der Regierung Unangenehme zu beseitigen. Bisher hielt sich das Volk ruhig; doch der Februar ist vor der Thüre. Die Mobilgarde beschickte gestern um 2 Uhr Nachmittags ein Meeting in den Champs Elysées mit Deputationen von jedem Bataillon. Es mochte sich so ein ganzes Bataillon aus den einzelnen Deputationen gebildet haben, welches nach dem Elysée National marschirte, um gegen die ministerielle Ordonnanz, welche ihre Stellung so hart traf, zu protestiren. Man verweigerte ihnen auf dreimaliges Verlangen den Eintritt, zuletzt mit der Drohung Gewalt zu brauchen. Die Vertrauensmänner der Mobilgarde marschirten nach den Champs Elysées zurück, und wählten eine Kommission, welche bis zum Präsidenten der Republik sich den Weg bahnen sollte.

Der Präsident Bonaparte empfing auch diese nicht, worauf sie sich zum General Changarnier begab. Der General sagte ihnen schmeichelnde Worte anfangs, verweigerte aber die verlangte Freilassung der fünf verhafteten Bataillonschefs; ebenso die Auszahlung eines monatlichen Soldes für die Entlassenen, welche bis zum 1. März eine Kapitulation mit der provisorischen Regierung abgeschlossen haben. Der General sagte, man könne die Beschlüsse einer Regierung, welche sich selbst dazu gemacht habe,

Uebersicht.

Ein Vorschlag zur Vereinbarung.

* Vom Rhein, 1. Febr. Es ist aller Ehren werth, daß die preußische Regierung in ihrer Note die deutschen Staaten einladt, nach Frankfurt ihre Bemerkungen und eventuellen Vorschläge gelangen zu lassen, damit eine Verständigung über die deutschen Dinge herbeigeführt werde. Aber ein sehr weitläufiger Weg scheint mir auf's neue mit diesem Schritte betreten zu sein, und ein Weg, der in der Hauptsache kaum zu etwas führen wird. Ueber die Oberhauptsfrage haben nun die meisten Fürsten und Stände ihre Stimmen abgegeben; von zweien der vier Könige setzen wir voraus, daß sie sich den bisher laut gewordenen Stimmen anschließen würden; was die beiden übrigen vorschlagen werden, kann man allenfalls wissen. Wenn dem Reichsministerium alle Vorschläge übergeben sein werden, so wird dieses nicht in der Lage sein, unter den divergirenden Ansichten irgend eine Vereinigung herauszufinden; des Schickens und Wiederschickens wird kein Ende sein, und die Nationalversammlung wird sich durch solch Verfahren weder halten, noch irren, noch influiren lassen: auch im wohlthätigsten Sinne wird ein Einfluß auf ihre Entschließungen nicht zu bewirken sein. Der Partikularismus in der Versammlung, wenn er erst in den officiellen Kundgebungen der Regierungen eine Stütze findet, wird nur noch fester und hartnäckiger werden, als bisher. Das, worüber lange und immer Klage geführt wurde, soll auch jetzt durch diesen Vorschlag noch nicht geändert werden: man hatte immer gewünscht, die deutschen Regierungen möchten durch das Reichsministerium einen unter sich geeinigten Plan der künftigen Verfassung vorlegen: dann wurde die Vereinbarung, auf die man nun zurückkommt, einfach und möglich. Wie aber dieß auf dem nun angegebenen Wege erreicht werden soll, sehe ich nicht ab. Es wird alles nur auf die lange Bank geschoben, und die Weile kommen die Machinationen oder die Thatsachen, die uns in etwas Halbes oder Unerwogenes hinein stoßen werden. Es gibt etwas Besseres, wozu die preußische Regierung vielleicht Bescheidenheits halber weniger auffordern durfte. Die Fürsten selbst sollten sich in Person in Frankfurt versammeln: es stünde keinem zu niedrig, daß er in dieser Zeit einer Katastrophe, wie sie das Vaterland lange nicht erlebt hat, einen verantwortlichen Rathgeber zur Seite, in ein Fürstenhaus mit einträte, das an Ort und Stelle der Nationalversammlung frei die Hand reichte und mit ihr von Angesicht zu Angesicht die Vereinbarung träfe, zu der sich beide Theile dann schnell willig finden und, was die Hauptsache ist, geschickt und im Stande sehen würden. Die Regierungen unter sich werden sich ganz anders schnell und gelehrig zu einem gemeinsamen Entschlusse einigen, wenn sich die Fürsten, von denen die Opfer für das neue Staatswerk begehrt werden, von Person zu Person sehen; das warme Herz drängt leichter die Hand in die Hand zu drücken, als sie zu der kalten Feder zu führen; die Gegenwart in gleicher Umgebung vereinigt ganz anders, als die Abwesenheit und Trennung. Das Werk, an dem wir arbeiten, würde sich mit einem erhebenden Akte schließen; die erste Wärme an der lange verzettelten Arbeit würde wiederkehren. Wir haben es so oft und viel erlebt, welche eingewurzelte Vorurtheile entfernterer Staatsmänner, wenn sie nach Frankfurt kamen, wenn sie erst von diesem Luftstrom des allgemeinen deutschen Lebens ergriffen wurden, in einem Augenblicke verschwunden waren. Den Einflüssen dieser Atmosphäre würden sich auch unsere fürstlichen Häupter nicht entziehen; und wir setzen von den meisten voraus, wir haben es bereits durch ihre aufopfernden Entschließungen erfahren, daß sie sich ihnen auch nicht entziehen wollen. Wie schön stände es den Großherzogen von Baden und Hessen an, die Initiative noch einmal zu ergreifen zu einer solchen Einladung! Oder würde nicht auch der Nestor der süddeutschen Könige diesen Rath von sich ausgehen lassen, der aus seinem Munde ein doppeltes und dreifaches Gewicht hätte: zu ihm haben wir das Vertrauen, daß er nichts Halbem das Wort reden wird. Und dem Halben wird auf dem Wege der schriftlichen Verständigung durch Bevollmächtigte nicht ausgebeugt werden: aus einer lebensvollen Berührung aber der versammelten Fürsten mit dem Reichstage hofften wir noch am ersten einen ganzen Beschluß hervorgehen zu sehen, der namentlich nicht durch Machteinflüsse gestört und gekreuzt würde. Wie manche Befriedigung möchte nicht für die Zweifelnden, die Widerstrebenden, in diesem Zusammensein ausgefunden werden. Ich lese eben eine kleine Flugschrift: „Zur politischen Einigung Deutschlands." Es ist darin in rauher Schale ein guter Kern, auf den ich noch einmal ausführlicher zurückzukommen wünschte: man schlägt darin vor, dem Hause Wittelsbach die erbliche Schirmherrschaft der katholischen Kirche in Deutschland zu übertragen. Wenn bei der Renitenz der Ultramontanen gegen ein preußisches Erbkaiserthum aufrichtige religiöse Bedenken mitgewirkt haben, so müßte eine solche Einrichtung ihre Skrupel beschwichtigen; ja auch den weltlichen Ehrgeiz des bairischen Hauses müßte sie zufrieden stellen. Und so wäre wohl denkbar, daß noch manche andere Susceptibilität geschont werden könnte; am sichersten zu hoffen wäre, daß sie sich zu Opfern stärkte in dem großen Gemeingefühle, das die Versammelten an der Geburtsstätte des neuen deutschen Staates überkommen müßte.

Brustbilder aus der Paulskirche.

Brustbilder aus der Paulskirche. Leipzig. Verlag von Gustav Meyer. 191 S. 8°.

Noch nie hat Ein Ort Deutschlands ausgezeichnete Männer auf so lange Zeit vereinigt, wie jetzt Frankfurt. Zahllos sind die Versuche der Künstler, sie durch Bildnisse aller Art darzustellen. Hier hat ein Dichter versucht, die Vortheile seiner Kunst zu benützen, um jene Männer dem geistigen Auge nahe zu bringen. Ein Dichter, sagen wir; denn die Aufmerksamkeit und Feinheit der Beobachtung, die sorgfame Ausführung, welche mit wenig bezeichnenden Worten alle hervorragenden Personen der Versammlung darzustellen weiß, so daß bei keinem der Prometheische Funke fehlt, welcher sie belebt, verrathen überall den Künstler. Er hat seine Personen nicht ohne Verbindung neben einander gestellt, etwa wie Hayter, der englische Maler, alle Mitglieder des ersten reformirten Parlaments in Brustbildern neben einander stellte, sondern er hat seine Figuren in Gruppen geordnet. Als solche boten sich die verschiedenen politischen Parteien dar, in welche sich die Versammlung gespalten hat. Nach einer Einleitung, welche die äußere Einrichtung der Paulskirche beschreibt, oder sie vielmehr nach Homerischer Weise vor den Augen des Lesers entstehen läßt, nachdem der Verfasser die Räume sich füllen läßt und den gewöhnlichen Verlauf einer Sitzung auf eine Weise schildert, daß ihm der Reichstag zu seiner Darstellung gar häufig gesessen haben muß, begleitet er die Reichstagsmänner, um den guten schwedischen Ausdruck unseres E. M. Arndt zu gebrauchen, auch außerhalb der Sitzung in ihr geselliges Leben und Treiben. Und nun beginnt die Reihe der Darstellungen — a Jove principium! — mit Heinrich von Gagern. Lassen wir als Beispiel dessen Schilderung folgen.

„Nachdem der edle Freiherr Heinrich von Gagern im Frühlinge dieses Jahres die Ministervollmacht in die Hände des Großherzogs von Hessen niedergelegt hatte, um dem frankfurter Parlamente seine ungetheilten Kräfte zu widmen, schien es eine Zeit lang, als werde er in der erhabenen Stellung, welche ihm das Vertrauen der Versammlung anwies, nur die Verwunderung und Liebe des Vaterlandes kennen lernen. Das war unmöglich, und der Haß, von dem die Gegner vergebens zu verhehlen suchen, mit einer wie großen Achtung er gepaart ist, folgte schnell genug nach. Das Geheimniß von Gagerns Herrscherfähigkeit liegt aber in der sittlichen Achtung, die er einflößt, und in der männlichen Würde, welche sich beredtsam auch in seinen schweigenden Bewegungen ausdrückt. Sein Talent zum Präsidiren ist eigentlich bei weitem nicht so groß, als sein Beruf dazu. In den Fragestellungen mangelt ihm die juristische Methode, die den Scharfsinn der Auffassung durch eine reichhaltige, überall zuverlässige Technik unterstützt. In der Leitung der Debatte ist er Partei. Das

heißt nicht etwa parteiisch im gewöhnlichen Sinne und als ob er die befreundete Seite begünstige, die andere geflissentlich in ihrem Rechte schmälere. Im Gegentheil. Er pflichtet dem ihm feindseligen Bruchtheile des Hauses viel eher in einer zweifelhaften oder sogar anmaßlichen Forderung bei, als der entgegengesetzten Mehrheit, und eben handelt er so aus dem Bewußtsein, daß er Partei und deßhalb stets gegen sich selbst auf der Hut ist, um nicht parteiisch zu verfahren. Indessen ist seine Parteinahme viel weniger politischer als sittlicher Art. Er scheut vor keiner Meinung zurück, er achtet auch die abweichendste Bahn des Gegners; aber was verfälscht, was tückisch, was gemein auftritt, darwider fehlt ihm die Ruhe der Bewältigung. Das Niedrige mag kommen woher es will, so kann Gagern seine Natur nicht verleugnen. Anstatt es zurückzuweisen mit der formellen Gelassenheit des Amtes, steigt ihm die persönliche Entrüstung in die Wangen, Ton und Blick, und keine Formel seines besonnenen Verstandes kann mild genug sein, um das Urtheil zu mäßigen, welches auf seinen Lippen unabwendbar eine Verurtheilung wird. Was bei dem Vicepräsidenten Simson, indem er die Ordnung der Debatte handhabt, nur an den Kopf dringt, das geht bei Gagern in's Herz. Ingleichen was im leidenschaftlichen Durcheinander von Simson zur Zurechtweisung gesagt wird, das kommt bei diesem vom Platze, bei Gagern aber zugleich aus dem Temperamente des Präsidenten. Der Zorn, der dann sein Gesicht mit der kühn vorgebauten Stirn, den buschigen Brauen und mit dem entschlossenen Munde wunderbar verschönert, ist freilich von unwiderstehlicher Wucht. Denn mit der äußerlichen Autorität verbindet sich eine noch viel stärkere moralische Entscheidung. Allein die Leidenschaft ist ein Magnet, der überall sogleich die leidenschaftliche Gegenwirkung erweckt, und es gehört sodann die ganze Kraft eines Gagernschen Quos ego! dazu, um die empörten Stürme zu beschwören."

Es folgt die Schilderung Simson's, Riesser's und der übrigen Beamten des Hauses, und daran schließt sich die Darstellung der Parteien vom steinernen Hause und Hrn. v. Vincke's streng in Ordnung gehaltener Phalanx bis zur gesetzlosen Gesellschaft im Donnersberge. Es ist kein irgend bedeutender Mann, der hier nicht mit wenig kecken Zügen, etwa wie eine Büste vom Bildhauer, dargestellt wird, so daß der Verfasser seine Darstellungen mit Recht Brustbilder genannt hat. Er sucht jede Person gleichsam auf ihr Wesen zurückzuführen und arbeitet jedes Brustbild mit der Liebe eines Künstlers aus. Wir meinen nicht mit Vorliebe; im Gegentheil, wir möchten manchem Narciß nicht rathen, in diese Quelle zu schauen. Schön und häßlich gilt dem Künstler gleich, und namentlich manches Mitglied der Linken paßte sich als Brustbild zum Theil ganz gut auf ein Medusenschild. Denn der Verfasser verleugnet nicht die Stimmung eines Künstlers, welcher die Welt nicht mit Gleichgültigkeit, sondern nur mit Liebe und Haß betrachten kann. Unter den Parteien zieht er diejenige vor, welche die bestehenden Verhältnisse, das mannigfache Dasein über ihren Freiheitsdrang nicht aus den Augen verliert. Auf der rechten Seite verehrt er die höhere Einsicht, die feinere Sitte. Den Eindruck, welchen die Linke auf ihn macht, schildert er auf folgende Weise:

„Auf der Westseite verschwindet plötzlich der Handschuh und ist der salonfähige Rundhut unerhört. Auch die Begrüßungen werden in jenem burschikosen Kurzstyle abgethan, in welchem ein Nicken die Vereinigung, ein Zuruf von Weitem das annähernde Kompliment verbannt. Von der Westseite tritt die gemischte Gesellschaft der Allerlinkesten ein, darunter manche struppige, manche ungeschlachte und selbst verwilderte Gestalt. Aber das rauhe Haar und den rußigen Ton wollten wir gelten lassen, wenn nur die Gesichter im Durchschnitt etwas geistreicher wären. Mehrere darunter sind sogar das offenbare Gegentheil von geistreich, in einem Grade, daß man verführt wird zu glauben, der Unterschied der Parteien sei hauptsächlich nur ein Unterschied der Fähigkeit und der Bildung."

Und dieser allgemeinen Schilderung entsprechend, werden die Mitglieder der Linken wenig schmeichelhaft behandelt. Mit der meisten Neigung ist noch Ludwig Simon dargestellt:

„Von dem interessantesten Manne, den die Linke und wiederum die äußerste Linke aufzuweisen hat, zuletzt. Wenn um Einen, so wäre sie um ihn zu beneiden, wie ich, so oft ich Herrn Ludwig Simon aus Trier reden höre, den Wunsch und die Befürchtung nicht unterdrücken kann, daß dem Vaterlande ein so besonderer Mensch und ein so echtes und vorstechend ausgestattetes Wesen, wie er besitzt, nicht verloren gehen möge. Und die Besorgniß liegt sehr nahe. Herr Ludwig Simon war unter den Aufstachlern der Pfingstweide. Ein zweiter Schritt in derselben Richtung — und wie leicht könnte das Vaterland Simon's oder Herr Simon des Vaterlands für immer verlustig gehen! Wegen jener Pfingstweidenereignisse ist er neben Schlöffel und Zitz in Untersuchung gerathen. Die äußere Schuld von allen Dreien liegt gleich leicht, oder, je nach unserer Auffassung, gleich schwer vor. Allein der innere Unterschied ist unendlich groß. Wohin Schlöffel aus unbändiger Rohheit drängt und Zitz aus schonungsloser Selbstsucht, dahin wird Ludwig Simon gerissen wie von einem unwillkürlichen Prophetenthum der Revolution. Die Freiheit ohne Schranken, ohne Gesetz und Ende ist sein Traum, sein Leben, sein Ideal. Die Anderen stülpen sich die rothe Mütze auf den Kopf, wie eine Tracht, deren Mode eben gefällt, wie einen Schmuck, der in der Gegenwart ein kühnes und geistig vorgerücktes Ansehen verleiht — Ludwig Simon allein trägt sie wie eine priesterliche Tiara, unter deren Weihe er nicht mehr selbst, sondern das Werkzeug einer mystischen Gewalt ist. „Die Anarchie werft Ihr uns vor, daß wir sie beförderten? Wohlan denn, blank aus der Scheide: die Anarchie ist unser Ziel, allgemeine Anarchie. Dann erst werden wir ruhen, denn dann erst werden die Menschen glücklich sein, wenn Keiner mehr herrscht — keine Vorschrift und kein Vorurtheil. Oder ist, was Ihr Staat, was Ihr Kirche nennt, etwas Anderes als ein Netz des Gehorsams über die Erde ausgeworfen, und wozu? Um den Menschen des Höchsten zu berauben, seines Willens. Erlösen wir durch die Anarchie die geknechtete Kreatur!" Der Lavastrom einer Simon'schen Rede entladet sich wie der Vesuv, von Blitz und Donner begleitet. Das geistreiche Wetterleuchten in der schwarzen Wolke fesselt das Auge, und flößte uns auch die elementarische Kraft der Zerstörung einen Schauer des Grauens ein, so versagen wir ihr doch eine gewisse Bewunderung nicht. Daher schwebt nicht bloß der Reichskanarienvogel, der bekannte Abgeordnete in dauerhaftem Nankin, Herr Rösler von Oels — der Jahreszeit gemäß ist er jetzt, bis auf den rothen Kopf, so schwarz wie ein Rabe — mit huldigendem Flügelschlage herbei, wenn Ludwig Simon's Derwischtanz beginnt, und nicht blos die Linke harrt des günstigen Moments zu ihm hinauf, wo mit einem prasselnden Beifallsklatschen einzufallen wäre, sondern auch die ernsteren Gestalten des Hauses lassen einem so scharfen und eigenthümlichen Naturell ästhetische Gerechtigkeit widerfahren. Simon ist ein noch junger Mann von jenem schwächlichen Körperbau, wie er häufig den Wohnsitz fieberhaft aufgeregter Geister bezeichnet. Aber seine Glieder sind nicht ohne Sehnen und das Auge hat zündendes Licht. Röthet dann der Eifer seine Wangen und schärft der wachsende Ton seines Vortrags den Ausdruck des dunkel umhaarten Antlitzes, so könnte er einem Maler zum trefflichen Muster für einen Bockhold von Leyden dienen, den König der Wiedertäufer, der je nach den Umständen der Henker und der Gatte von zwölf schönen Frauen von Münster war."

Weit weniger wird Herr Raveaux mit sich zufrieden sein:

„Franz Raveaux, ebenfalls aus Köln, ist der aus dem Blonden in's Brünette übersetzte Venedey, nicht mehr, nicht weniger. Auch sein einschmeichelndes Talent hat keinen Kern, keinen staatsmännischen Inhalt. Seine öffentliche Laufbahn hat er als beliebter Sprecher im Gürzenich beim Karneval begonnen. Gott bewahre, ihm einen Vorwurf daraus zu erheben. Wir wissen sehr wohl, daß im alten Deutschland nur etwa die Narrenmaske noch ein freieres Wort gestattete. Allein über die Fähigkeit, der Gesellschaft eine geschickte Ueberraschung zu bereiten, erhebt sich auch in der Nationalversammlung Raveaux's Begabung nicht. Schwarz von Haar und Bart, das Gesicht von angegriffener Blässe, die Stimme noch klagender als die Venedey's, weiß er mit Geschick die populären Stoffe zu ergreifen und mit einem Anfluge von Chevalerie die schmerzendsten Fragen mehr zu berühren, als zu behandeln."

Wir stellen dieser Schilderung eine andere gegenüber aus einer mit Geist und Kenntniß geschriebenen Schilderung unsers Reichstages, welche sich in dem belgischen Blatte L'Indépendance (vom 13. und 25. Januar) findet.

„Hr. Raveaux von Köln besitzt alle guten Eigenschaften des Herrn Venedey, aber sein gesunder Verstand, seine volksthümliche Logik, geben ihm im Parlament einen auffallenden Vorzug. Er ist einer der Redner, denen es beständig glückt, die Aufmerksam-

keit der Zuhörer zu fesseln. Er hat Wärme und Mäßigung; er ist piquant, ohne jene Wunden zu schlagen, die nicht verziehen werden; er ist einer der beliebtesten Namen und der einzige, der ein Amt von der Reichsgewalt hat annehmen können, ohne die Sympathien des Volkes zu verlieren. Wenn auf der Rednerbühne diese blasse und schmächtige Figur erscheint, welche die Zeichen eines inneren ihn vielleicht verzehrenden Leides in sich trägt, das man zu errathen sucht, so ist man zugleich erstaunt über den Nachdruck seiner Rede und den durchdringenden Geist, der in dem gebrechlichen Körper des früheren Cigarrenfabrikanten wohnt. Wenn es gilt, eine Versöhnung unter den feindlichsten Parteien, ein Uebereinkommen in den schwierigsten Fragen herbeizuführen, so war es Hr. Raveaux allein, dem der Versuch zuweilen gelang."

Wir fügen aus den Brustbildern noch ein paar Schilderungen hinzu, welche als Beispiel dienen mögen, wie plastisch in der That jene Darstellungen sind.

„Karl Biedermann aus Leipzig, früher einer der Vorsteher des Würtemberger Hofs, genießt jetzt denselben Vorrang unter seinen Meinungsgenossen im Augsburger Hofe. Seine äußere Haltung hat, wenn nicht schon etwas Ministerielles, jedenfalls doch etwas Amtliches. In dem Werthe, den er auf anständige Formen legt, in seiner fein polirten Bildung und dabei in der blut- und leidenschaftslosen Weise seiner Debatte, die sich darum auch mit größerem Glück an die Einsicht, als an den Willen der Versammlung wendet, vertritt er das saubere sächsische Element, die nüchterne Sitte und theoretische Erkenntniß, die das Eigenthum seines Heimathlandes ist. Seine Rede bewegt sich stets in klarem, niemals mit hinreißendem Flusse. Wo es aber nicht sowohl gilt, den Standtpunkt des politischen Vorwärts erst zu gewinnen, sondern sich auf demselben mit gutem Umblick zu behaupten, ist er einer der besten Redner des Hauses und unter den Schriftführern schon darum der hervorragendste, weil er aus dem Vorparlamente und dem Fünfziger-Ausschusse in die Nationalversammlung überging. Das für nothwendig Erkannte erstrebt er nicht mit jähen, aber mit zähen, überall redlichen Mitteln, und wohlgeordnet wie auf seinem Studiertische, in seinem Geiste und in seinem Leben, liegt auch Alles in seiner Politik. Vielleicht etwas zu wohlgeordnet, wenn unregelmäßige Verhältnisse auch Thatsachen mannigfacher Gestalt verlangen. Herr Biedermann steht in der Mitte der dreißiger Jahre und es scheint ihm daher ein reicher Antheil nicht bloß an der Vorbereitung, sondern auch an der Verwaltung der Zukunft bestimmt zu sein."

„Da ist ferner Hr. Ernst Merk aus Hamburg, der im Gegensatze zu Schwerin ganz aussieht wie sein Stand, ein hanseatischer Gentleman von Kopf bis zur Sohle. Kurz und straff tritt er auf, das über dem Scheitel und den Schläfen schon entfliehende hellblonde Haar sauber gebürstet, das Hemd glatt gefältet, in Allem das Abbild eines reinlichen Handelsbuches, von lauter wohlberechneten Zahlen strotzend. Er vertritt die gute Stadt Hamburg und soll eine ganze Kanzlei von Hilfsarbeitern mit sich haben, damit er auf jeden statistischen Einwand, für jede Beweisführung gerüstet sei. Sein feinrasirtes Gesicht schaut keck und klar in die Welt, es sucht mit dem klugen Auge beständig nach den Kanälen, wo ihr Gold fließt, und auch seine Vorträge sind scharf kalkulirte Exempel."

Die Brustbilder schließen mit einer Nachschrift, welche die Ereignisse in den letzten Tagen des abgelaufenen Jahres darstellt, die Stiftung des Märzvereines und die neue Parteibildung, welche durch die Behandlung der österreichischen Frage herbeigeführt ward, vor allem die Stiftung des Pariser Hofes, den der Verf. eine unnatürliche Vereinigung welfischer Eifersucht, süddeutschen und kleinstaatlichen Stammesneides sowie kirchlicher Zwietracht nennt. Sollen wir schließlich die hervorstechendsten Eigenschaften der geistreichen Schrift hervorheben, so ist es zuerst die saubere Gedrängtheit der Darstellung, wo jedes Wort einem glücklichen Meißelschlag gleicht, und dann die heitere Laune, mit welcher das Werk ausgeführt ist. Wir möchten sie, um im Gleichnisse zu bleiben, mit der strahlenden Glätte vergleichen, welche Canova über seine anmuthigen Figuren ausgegossen hat.

Das kleine Buch ist zugleich so eingerichtet, daß es als Handbuch für das Parlament gelten kann und indem es das Nützliche mit dem Schönen verbindet, mußte es das allgemeinste Interesse erregen, wie auch der reißende Absatz darthut. Es wird bereits die zweite Auflage gedruckt.

Einige Winke über des Kaisers Wohnsitz.

E. M. A. Das Kind ist freilich noch nicht da, aber wir sind eben mitten in den Geburtswehen seines hoffnungsvollen Lebens, und natürlich haben viele schon an die Wiege gedacht, wohinein es gelegt werden und woraus seine Herrlichkeit wie aus einem langen lieblichen Traum des neuen Daseins sich erheben soll. Die Wohnung des künftigen deutschen Kaisers wird gesucht; man will sie gern, so viel irgend möglich, in der Mitte des alten Deutschlands haben, und hat da auf die Hauptstadt Thüringens, auf Erfurt, richtiger auch wohl auf Würzburg oder auf Bamberg und Nürnberg hingewiesen.

Ich sage mit Absicht richtiger, denn wirklich würde Bamberg oder Nürnberg mehr die Mitte sein; aber ich sage weiter: es ist des vielen Suchens gar nicht nöthig, der liebe Zufall oder vielmehr die liebe alte Erinnerung haben die rechte Mitte gefunden, nur mit einer geringen Abweichung oder Ausweichung gegen Westen hin gefunden; soll ich zuletzt sagen: der Instinkt des Volks hat sie gefunden? Ja, der deutsche, aber auch der geschichtliche Naturtrieb des Volkes hat sie in der alten Kaiserwahlstadt Frankfurt gefunden und dort die erste fröhliche Fahne der neuen deutschen Freiheit und des neuverjüngten deutschen Reichs aufgepflanzt. Frankfurt ist der gegebene geborene Wohnsitz des künftigen deutschen Kaisers; in Frankfurt ist alles bereit oder leicht bereitlich, was in jenen genannten Städten erst gemacht oder geschaffen werden müßte; eine große, reiche, schöne Stadt, mächtige prächtige Palläste und Häuser, der Dom, worin manche frühere Kaiser gekrönt, der Römer, worin sie gewählt sind u. s. w.

Wir stehen hier still und zählen ein wenig auf.

Es ist in den jüngstverflossenen Wochen so viel von Deutschlands Süden und Norden, von seinem Mittelpunkt und Schwerpunkt, ja von dem Mittelpunkt eines Ungeheuers eines europäischen Mittelreichs von 75 Millionen Seelen hin und her gesprochen und gestritten worden, daß wir uns wenigstens die deutsche Mitte hier kurz ins Auge fassen.

Nehmt euch die erste beste Landkarte, und zieht von dem Norden nach dem Süden, von Flensburg bis zum Genfer See oder von Stralsund bis Triest die Linie, und wieder zieht vom Osten nach dem Westen, von Breslau über Prag und Frankfurt bis Brüssel die Linie, so fällt die Mittellinie auf jeden Fall auf Würzburg und Frankfurt.

Diese Linie ist zugleich die rechte klimatische Linie, die den deutschen Süden von dem deutschen Norden scheidet; denn wenige Meilen von dem rechten Mainufer und dem rechten Rheinufer hört der deutsche Weinwachs auf oder gibt hie und da höchstens nur noch einen namenlosen Krätzer.

Man wird mir das zugestehen, aber einwerfen: Dein Frankfurt liegt freilich auf der örtlichen und klimatischen Mittellinie Deutschlands, aber es weicht zu weit nach Westen ab, es liegt doch zwanzig bis fünfundzwanzig Meilen zu weit von der mittleren Mitte gegen Westen hin. Dazu kommt, daß es sich zum künftigen Kaisersitze auch deßwegen nicht eignet, weil es im Falle eines Zerwürfnisses mit dem mächtigen und kriegslustigen westlichen Nachbarvolke dem Kriegsschauplatze zu nahe sein würde.

Dieser Einwurf kommt mir ganz recht, denn hier, grade hier, bei diesem strategischen kriegsmännischen Einwurf, nehme ich einen weiten Auslauf auf die hehre und schöne Stadt, und stelle die Hauptgründe, die mich für sie als künftigen Kaisersitz bestimmen, in folgenden kurzen Sätzen hin:

1) Gegen Westen hin wird Deutschland immer mehr schauen müssen als gegen Osten; von dem immer lauschenden und lauernden fränkischen Romanen, der seit vier Jahrhunderten der Wolf und Fuchs seiner Geschichte gewesen ist, hat es hundertmal mehr zu fürchten als von dem wendisch-slavischen Stamm. In und um Frankfurt und am Rhein müssen seine Hauptwehren und Thürme der Stärke stehen, so wie sie vor Cäsars bis Julians Tagen dort gestanden sind; dort müssen die Fahnen der Macht und Herrschaft immer aufgepflanzt sein, die Augen des Herrschers immer wach gehalten werden. Dort muß die größte Heer- und Wehr-Kraft auch im Frieden immer versammelt und gerüstet stehen.

2) Von Nordosten gegen Südwesten längs den Küsten und Inseln, wie sie einst zwischen Brügge, Lübeck, Danzig und Riga lag, liegt, weil Land und See doch nicht verrückt worden ist, heute noch die natürliche Schwerkraft der künftigen Größe und Herrschaft Deutschlands, die Hoffnung seiner werdenden Seemacht,

die Hoffnung seiner gebührlichen Theilnahme an dem Welthandel, und auch an den Welthändeln — ich sage an den Welthändeln: denn ein großes und edles Volk muß auch an den Welthändeln seinen gebührlichen Antheil haben. So wahr Gott den deutschen Menschen der Gegenwart Ahnung ihrer Zukunft und des Laufes und Auslaufes der künftigen Weltgeschichte gegeben hat, hier, grade hier gegen den Südwesten hin, wird, wenn das Vaterland eine seiner würdige Verfassung der Freiheit und Gerechtigkeit vollendet, mit dem Zuge der Lüfte und der Strömung der edelsten deutschen Wasser gegen Westen — hier wird dann in den nächsten Menschenaltern jener Zug wieder mächtig werden, der die Schweizer, Elsässer, Belgier und Niederländer wieder in den alten warmen Schoß Germaniens zurücklockt.

3) Hier ist heiliger Boden; hier leben, wirken und reizen auch alle ältesten, heiligsten Erinnerungen eines vollen, von unserem Volke durchlebten Jahrtausends; hier ist kein Fußbreit Land, hier ist kein Stein, worauf nicht die besten und größten Kaiser, Helden und Männer getreten wären. Wir sind das Volk des Gedankens und der Treue, das Volk, was festhält, was es durchlebt und gelernt hat: wir wollen keine tabula rasa aus unserer Geschichte machen lassen, damit wir nicht nach langem trostlosem Irrlauf in kahler, knabenhafter Rohheit einmal gleichsam wieder von vorn anfangen müssen.

4) Hier warten wir des neuen lebendigen deutschen Lebens, hier stehen wir aber auch mitten in dem lebendigsten deutschen und europäischen Leben. Hier ist ein Knotenpunkt einer europäischen Weltstraße in Deutschland hinein und längs des Rheines auf und ab nach Italien, Frankreich, Holland und England.

5) Heilige Erinnerungen also und die reichste und mannigfaltigste Beweglichkeit und Lebendigkeit, deren wir bedürfen, spielen um Frankfurt und sprechen für sie als Kaiserstadt, aber auch wegen der Schönheit der Ströme und Gauen ringsum und wegen der Herrlichkeit der Natur kann sie in diesem Festgewande Gottes dem künftigen Kaiser entgegentreten und rufen: Nimm mich! hier bin ich, deine Braut!

Hier ist der Rhein, der König der deutschen und europäischen Flüsse, hier ist sein mächtigster Sohn, der Main, und alle die reiche, um sie her ausgesäete mannigfaltigste Schönheit; hier wohne der Kaiser im Glanze des Ruhmes und der Majestät und in der Wonne der Freuden; hier baue er sich am Spessart, am Taunus, am Rhein seine lustigen Jagd- und Lustschlösser; auf diesen gesegneten Fluren ziehe er mit der Reichsversammlung ein und halte die kriegerische Musterung der Männer auf den erneueten Maifeldern! Doch genug und sicher zu viel.

Deutschland.

∻ **Stuttgart**, 29. Jan. Gleichwie das Verhältniß der Kirche zum Staate, ist auch das Verhältniß der Schule zur Kirche in der allgemeinen Debatte, welche der Berathung der Abgeordnetenkammer über die einzelnen Etatssätze für das Kirchen- und Schulwesen vorausging, lebhaft zur Sprache gekommen, und auch dieser Gegenstand hat ein so hohes und allgemeines Interesse, daß ich mit einigen Worten darauf zurückkommen darf. Daß eine Reform, namentlich des Volksschulwesens, nicht bloß wünschenswerth sondern nothwendig sei, darüber sprach sich kaum eine abweichende Ansicht aus und die Kammer beschloß diese Angelegenheit der Regierung dringend zu empfehlen; aber von vielen Seiten und theilweise mit großer Bitterkeit wurde die völlige Trennung oder, wie der Abgeordnete Schnitzer sich ausdrückte, Erlösung der Schule von der Kirche als erstes Erforderniß des Besserwerdens hingestellt. „Die Geistlichkeit — so schloß der genannte Abgeordnete seinen Vortrag — hat es wohl verstanden, die Fenster der Schule gegen das Wehen des Zeitgeistes zu verschließen, aber gerade dieser Hauch soll jetzt in die Schule eindringen und die Schulluft säubern; von der Geistlichkeit können wir die Leitung einer neuen Lebensluft nicht erwarten." Es mag dahin gestellt bleiben, inwiefern das bisherige ein „System desselben Servilismus" gewesen, der auch das Christenthum „in eine Lehre lammfrommer Geduld und seufzender Zerknirschtheit" verwandelte, inwieweit die hier gegen die Geistlichkeit gerichteten Vorwürfe begründet sind, es würde sich nur fragen, ob eine völlige Trennung der Kirche und Schule überall möglich ist. Goldene Worte aber sprach, als er bei der Erfahrung verweilte, daß so oft die viele Mühe und die große Arbeit, die auf die Erziehung der Jugend verwendet werde, zu so geringen Resultaten führe, der Freiherr v. Linden. „Das wird — bemerkte der ehrenwerthe Redner — immer so sein, wir mögen thun was wir wollen, so lange nicht das Leben sich unmittelbar an die Schule anschließt. Dort ist die große Klippe, an der die Jugend so häufig Schiffbruch leidet. Wir haben viele tüchtige und ehrenwerthe Lehrer und Geistliche, die mit Aufopferung bemüht sind, etwas Rechtes zu Stande zu bringen, und wir haben Schulen, die ein herzvolles Bild der Reinheit und Entwickelung der Jugend bieten; dennoch aber ist, wenn diese Jugend aus der Schule tritt, in wenig Jahren Alles dahin. Woher kommt das? Man hat versucht, mit den sogenannten Fortbildungsanstalten zu helfen. Ob diese gelingen, weiß ich nicht; ich setze kein Hinderniß entgegen, denn jedes Mittel ist mir recht, das zum Ziele führt. Ich fürchte aber, die Hauptsache möchte der unrichtige Einfluß sein, den das Leben auf die Jugend übt, und vielleicht selbst die unrichtige Art und Weise, wie man oft die Selbstständigkeit der jungen Menschen wecken will und statt Selbstständigkeit Trotz hervorruft, wie man die Sitte erheben will und statt Sitte Unsitte herbeiführt. Dort, glaube ich, ist die Hauptsache, und diese Einwirkung des Lebens auf die Schule müssen wir uns deshalb am meisten angelegen sein lassen. Organisiren Sie hin und organisiren Sie her, das hilft alles nichts, wenn nicht vom zarten Kindesalter an Eifer, Wärme und Religiosität das Kind ergreift und hebt und bis zu einem gewissen Ziele führt, und wenn daran nicht Alle und Jede, die dem Kinde im Leben zur Seite stehen, sich bemühen, es zwar der Festigkeit zuzuführen, zugleich aber auch der Selbstbeherrschung und Entsagung gegenüber so manchen Genüssen, die Jeder für sich in Anspruch nehmen zu müssen glaubt. Diese antike Tugend der Selbstbeherrschung müssen wir pflegen, oder wir werden, statt festere, nur keckere Menschen erziehen."

Ich habe damit das Wesentliche aus der allgemeinen Debatte herausgehoben und möchte allenfalls nur noch eines Inzidentfalls gedenken. Als nämlich der Abgeordnete Scherr beiläufig von der Pest oder, auf gut Schwäbisch, von der Schafräude des Pietismus sprach, erhob sich der Prälat Moser und nahm für den Pietismus das Verdienst in Anspruch, da er fast allein zu einer Zeit, wo Niemand sonst sich zu versammeln gewagt, das Koalitions- und Associationsrecht fest gehalten, der Vorläufer und Vermittler unserer jetzigen Freiheit gewesen zu sein. Man kann diese jedenfalls ganz neue Entdeckung und die darauf basirten Ansprüche füglich auf sich beruhen lassen; dagegen der Prälat allerdings befugt war, auch für den Pietismus das Recht zu existiren zu verlangen. Wer frei sein will, muß auch die Gegensätze ertragen können.

Aus der Berathung über die einzelnen Etatssätze ist nur wenig anzuführen. Auf eine Frage des Prälaten Moser, ob die Regierung das evangelische Kirchengut als Eigenthum der Kirche ansehe und ob sie eine Generalsynode einzuberufen entschlossen sei, um zu der nothwendigen Umgestaltung der kirchlichen Verhältnisse mitzuwirken, erfolgte in beider Beziehung eine bejahende Antwort. Ein weiterer Antrag, der Regierung die Reorganisation der evangelischen Seminare, welche der Erziehung der Geistlichen vielfach eine schiefe und einseitige Richtung gäben, zur Erwägung zu unterstellen, wurde mit großer Stimmenmehrheit zum Beschluß erhoben, und damit war für heute die Tagesordnung erledigt. Noch aber wurde in der heutigen Sitzung die provisorische Forterhebung der Steuern bis zum Ende März d. J. bewilligt, und wichtig ist die Aeußerung, welche auf die Bemerkung des Abgeordneten Stettenmair, daß die baldige Vorlegung des Wahlgesetzes wünschenswerth sei, da ein Kongreß in Aussicht stehe, in dessen Folge die Beibehaltung der ersten Kammer leicht möglich sein könne, von der Ministerbank aus dahin erfolgte, daß die Vermuthungen des ehrenwerthen Abgeordneten unbegründet und voreilig seien. Die erste Kammer scheint also in der That keine Hoffnung mehr zu haben.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 35. Frankfurt a. M., Sonntag 4. Februar. 1849.

Uebersicht.

Die Krisis in Frankreich.

Deutschland. Wien (Die ostdeutsche Post. Hinrichtung. Denunciantenwesen. Landwirthschaftlicher Kongreß. Das rothe Haus. Bauernunruhen. Die Stadthauptmannschaft.) Berlin (Das Ministerium Manteuffel und die Kammern.) Posen (Bund der Polen und Radikalen.) München (Stand der Finanzen.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Hannover (Eröffnung der Ständeversammlung. Thronrede.) Kassel (Annahme des Wahlgesetzes.) Schleswig (Die Landesversammlung. Die Friedensvorschläge. Wie die Dänen auf Alsen hausen.) Altona (Die Landesversammlung über die Abtrennung Schleswigs.)

Großbritannien. London (Truppenverstärkungen nach Ostindien. Die Eisenbahnpläne für Ostindien und Kanada. Agitation gegen die Malzsteuer. Verlegenheiten wegen eines protektionistischen Führers. Ankunft der Königin im Buckinghampallast. Neueste ostindische Ueberlandpost.)

Frankreich. Paris (Verhandlung über die Erbschaftssteuer. Verhaftung von Forestier. Changarnier's Brief. Gourgaud's Tagesbefehl. Die Worte des Präsidenten. Couplet auf die Revolution. Die Presse über Italien.)

Spanien. Madrid (Gesetz über Aushebung von 20,000 Mann.)

Italien. Turin (Die Wahlen.) Florenz (Lager bei Frosinone.) Aus dem Kirchenstaat (Kardinal Opizzoni. General Zamboni.)

Niederland. Haag (Die Handelsgesellschaft. Die Ersparungen und das Budget. Limburg. Ueberlandpost.)

Dänemark. Kopenhagen (Dänische Anschauungen.)

Nachschrift.

---

4. Februar.

Nach zehn Monaten athemloser Bewegung schien Frankreich auf einen Punkt gekommen zu sein, wo es, wenn auch nicht auf die Dauer still stehen, doch einige Zeit Ruhe schöpfen könnte. Der Aufstand war aus den Straßen vertrieben, die Regierung rollte wieder in den gewohnten Gleisen und der parlamentarische Kampf der Parteien ging seinen regelmäßigen Gang. Mit einem Schlage aber nahm Alles wieder das Ansehen der Revolution an. Die Trommel der Nationalgarde wirbelte wieder durch die Straßen von Paris, die ganze Stadt war ein Kriegslager und von Minute zu Minute erwartete man den Donner des Ausbruchs zu hören. Woher dieser plötzliche Wechsel? Diese völlige Veränderung?

Die eingetretene Verwicklung findet ihren Ursprung in dem Widerspruch der beiden höchsten Gewalten. Louis Napoleon war Präsident dadurch geworden, daß alle der Republik widerstrebenden Elemente sich für ihn verbunden hatten; die Reaktion — nicht die Partei, die man gewöhnlich mit diesem Namen bezeichnet — die geistige Reaktion gegen die Revolution hatte ihn auf seinen Platz gehoben. Diese Reaktion war damals in ihrer vollen Stärke. Die Störung aller Vermögensverhältnisse, welche durch die lang anhaltenden Zuckungen der Gesellschaft hervorgebracht werden mußte, hatte Zeit gehabt, sich in ihrer ganzen Ausdehnung und Schwere fühlbar zu machen; die idealen Erwartungen von der moralischen Vortrefflichkeit der Republik und der Republikaner waren durch die egoistische Aufführung der Männer des National auf das Bitterste enttäuscht worden: wer nicht selbst ein persönliches Interesse an dem Fortbestand der Republik oder eine über die Erschütterungen des Augenblicks erhabene Ueberzeugung hatte, wurde in das feindliche Feldlager hinübergetrieben. Die Stimmung des Volks sprach sich am charakteristischsten in den Theatern aus: mochte es nun eine Stelle der klassischen Tragödien sein, welche von der Macht und Würde des Königthums sprach, mochte es eine Anspielung in einem jener Vaudevilles sein, die zur Verhöhnung der Republikaner dutzendweise erfunden wurden, das Publikum spendete rauschenden Beifall, den kaum eine oder die andere Stimme unterbrach.

Bei einer solchen Stimmung des Volks mußte Louis Napoleon ein Ministerium nehmen, dessen Namen schon eine Gewähr der antirepublikanischen Bestrebungen war. Er hatte versucht einige Republikaner hineinzubringen; aber selbst so gemäßigte Republikaner, wie Maleville und Bixio, fanden sich mit diesen Kollegen unverträglich und ergriffen die erste beste Gelegenheit, wieder auszutreten.

Das Ministerium Odilon Barrot war von vornherein in Opposition mit der Nationalversammlung; beide vertraten entgegengesetzte Prinzipien, und jeder parlamentarische Körper ist einem Ministerium, das nicht aus seiner Mitte, d. h. aus seiner Majorität genommen ist, schon als solchem feindlich. Das Ministerium hatte aber anfangs offenbar das Uebergewicht; die öffentliche Meinung stand hinter ihm gegen die Nationalversammlung. Es hätte sie damals auflösen können, ohne bedeutende Gefahr zu laufen; andere Rücksichten hielten es davon zurück. Das Ministerium war königlich, nicht kaiserlich. Seine Partei hatte aber, um die Wahl Louis Napoleon's durchzusetzen, alle kaiserlichen Sympathien wachrufen müssen; ein Staatsstreich unmittelbar nach seiner Wahl hätte nur dem Bonapartismus genützt. Das Ministerium mußte Zeit gewinnen, bis Louis Napoleon, wie es nicht fehlen konnte, sich abgenutzt hätte, und die Kräfte der königlichen Partei gesammelt und gestärkt wären. Zugleich mußte die Nationalversammlung und in ihr die republikanische Partei durch den kleinen Krieg aufgerieben werden.

Das Ministerium handelte nicht ungeschickt zu diesem Zweck. Es stellte sich nicht geradezu der Nationalversammlung entgegen, trug aber eine gewisse Feindseligkeit gegen sie zur Schau. Schon in der Haltung und Ausdrucksweise Odilon Barrot's lag etwas Verletzendes; er soll Guizot, der doch wegen der Verachtung berüchtigt war, mit der er die Kammern behandelte, noch übertroffen haben. Das Ministerium vermied überall, die Mitwirkung der National-Versammlung in Anspruch zu nehmen; Maßregeln, für welche dieselbe nothwendig gewesen wäre, unterließ es lieber ganz. Es wollte ohne Kammer regieren. Dabei machte es, wo es vor die Versammlung trat, seine Meinung nie zur Kabinetsfrage, um nicht förmlich gegen die konstitutionellen Grundsätze zu verstoßen.

Die Nationalversammlung aber befolgte eine ähnliche Politik. Sie fühlte das Uebergewicht des Ministeriums und vermied mit ihm einen offenen Kampf zu beginnen. Das Salzsteuervotum könnte man ausnehmen. Die Nationalversammlung wollte durch dasselbe für den Fall der Auflösung die große Masse der Wähler gewinnen, sonst war der Beschluß in jeder Beziehung ungerechtfertigt. Man hat bemerken wollen, daß das Ministerium nicht that, was es konnte, um ihn zu verhindern. Der einzige Minister, der dagegen sprach, war Passy, und Passy war damals noch neu auf der Tribüne und darum ohne Einfluß. Dem Ministerium war es nicht unangenehm, daß die Nationalversammlung durch einen solchen Beschluß, der die schon beengten Finanzen noch mehr beengte, es vollends bei den Gewerbtreibenden und den Klassen verdarb, die einen geordneten Staatshaushalt als Grundlage ihres persönlichen und des öffentlichen Wohles ansehen. Sonst aber hütete sich die Versammlung, sich Blößen zu geben, und hoffte ihrerseits, durch Hinziehen zu siegen. Sie suchte inzwischen den Präsidenten von seinem Ministerium zu trennen und die Bonapartisten zu gewinnen. Es konnte nicht schwer werden, den Präsidenten zu überzeugen, daß sein Ministerium ihm eigentlich feindlich sei; es unterdrückte alle bonapartistischen Regungen im Volke, es hatte mit einer gewissen Schadenfreude das Aergerniß mit den Boulogner Akten und dem Brief des Präsidenten an Maleville veröffentlicht; es verwarf alle Kandidaten zu Präfekten- und Unterpräfektenstellen, die Louis Napoleon aufstellte, und nicht etwa, um reinere Republikaner an ihre Stelle zu setzen, denn es vergab sie

vielmehr an ganz offene Legitimisten und Orleanisten; es rühmte sich beinahe öffentlich der Machtlosigkeit des Präsidenten; namentlich hatte Changarnier gar kein Hehl, sich über ihn zu stellen, und kokettirte förmlich mit dem Zerwürfniß zwischen ihnen. Die Nationalversammlung dagegen schmeichelte ihm, wo sie konnte; selbst die Ultrarepublikaner bewiesen, so sehr sie auch sein Ministerium tadelten, eine tiefe Ehrerbietung vor seiner Person, und als es zur Vizepräsidentenwahl kam, wählte man den Kandidaten, der, wie er selbst sagte, keinen andern Titel zu dieser Stelle hatte, als „die Freundschaft des Präsidenten".

Dennoch konnte Louis Napoleon nicht mit seinem Ministerium brechen, und ein ihm persönlich genehmeres bilden, wollte er es nicht mit der ganzen Bourgeoisie verderben. Die Aktien an der Börse waren schon bei der Wahrscheinlichkeit von Louis Napoleon's Wahl gestiegen, weil man wußte, mit ihm würden die Finanzen aus den Händen der Republikaner kommen; denn die republikanischen Finanzminister haben theils aus Unverstand, theils aus Gewissenlosigkeit ein so heilloses Spiel mit den Finanzen getrieben, daß Fortdauer ihrer Verwaltung und Bankerott für ziemlich gleichbedeutend galt. Passy gilt nicht für übermäßig geschickt, aber für redlich, und die Republikaner müssen sich erst läutern, um den Ruf dieser Eigenschaft wieder zu erlangen. Louis Napoleon ist nun nicht von so schlechten Rathgebern umgeben, wenn er selbst auch ohne Einsicht ist, um nicht zu hören, was ihm nöthig sei, und nachdem er mit seinem ersten Versuch, den Kaiser zu spielen, den er auf eigene Hand unternahm (dem Brief an Malleville), so übel angelaufen ist, scheint er sehr gefügig geworden zu sein; und er behilft sich also so gut es geht mit einem Ministerium, welches so übel mit ihm lebt, daß alle paar Tage eine Anzeige in den amtlichen und halbamtlichen Blättern nöthig wird, „der Präsident sei vollkommen einverstanden mit der Politik seiner Minister."

Unterdessen wurde der Streit zwischen dem Ministerium und der Nationalversammlung mit wechselndem Glück geführt. Es handelte sich darum: wer gewinnt die öffentliche Meinung für sich? Die Nationalversammlung mußte dazu vor allen Dingen Mäßigung zeigen. Sie beschloß daher den famosen Rateau'schen Vorschlag, obgleich er eine direkte Herausforderung an sie war, zur Erwägung zu ziehen. Das Ministerium stellte sie noch auf härtere Proben. Die Nationalversammlung hatte durch ihre Ausschüsse ein neues Unterrichtsgesetz ausarbeiten lassen. Der Unterrichtsminister Falloux erklärte diesen Entwurf für unzulässig, und setzte seinerseits Kommissionen zur Ausarbeitung eines andern ein. Auch das ertrug die Versammlung; sie ging über die deshalb gestellte Interpellation zur Tagesordnung über, und erneuerte ihre Ausschüsse.

Aber gerade diese Unterrichtsmaßregel schlug sehr übel für das Ministerium aus. Falloux gehört zu den Legitimisten der alten Sorte, die mit der Geistlichkeit aufs engste verschwistert ist. Er ernannte Mitglieder zu jenen Kommissionen, die aus dem alten Streit zwischen Universität und Klerus übel berüchtigt waren, — und so schuf er Parteiungen im eigenen Lager. Die frühere dynastische Linke bekam selbst ein Interesse an dem Fortbestehen der Nationalversammlung; denn wenigstens das Unterrichtsgesetz wünschte sie noch von ihr berathen zu sehen, in der sehr natürlichen Furcht, daß die nächste (legislative) Versammlung, wie sie aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn sie unter der damals herrschenden Stimmung gewählt wurde, antirepublikanisch gesinnt, so auch der Geistlichkeit ergeben sein würde.

Doch hätte die Unterrichtsmaßregel noch immer hingehen mögen — wenn die Partei des Ministeriums nur nicht gar zu offen und auf eine Weise, die jeden Uninteressirten verletzen mußte, mit ihren Restaurationsplänen aufgetreten wäre. Machte der Berg einmal seinem Unwillen durch Tumultuiren Luft, so rief Dupin: c'est le chant du départ; sprach man von der Jahresfeier des 24. Februar, so rühmten sich die Orleanisten, vorher die Rückkehr de la veuve et de l'orphelin (der Herzogin von Orleans und des Grafen von Paris) feiern zu wollen, und die Legitimisten baten freundlichst, man möge ihnen den Vortritt lassen, ihr jeune homme (der Herzog von Bordeaux) warte schon länger. Was das französische Volk aber vor Allem verdroß, war die unzweideutige Absicht, weshalb die Anführer der Restaurations-Partei sich noch zurückhielten. Sie wollten sich nicht im Kampf mit dieser Nationalversammlung aufreiben, bei einem etwaigen mißglückten Versuch ihre Haut nicht zu Markte tragen; die nächste Versammlung, die ja ganz in ihrem Sinn ausfallen würde, hofften sie, sollte ihnen helfen, nachdem sie vermittelst des Präsidenten mit der Republik fertig geworden, nun auch mit dem Präsidenten fertig zu werden; unterdessen sollten ihre Doublures und namentlich auch ihre Freunde im Militär ihnen die Stellen offen halten. Diese Politik war so leicht zu durchschauen, daß nicht blos der Präsident sie merkte und sich offen darüber beschwerte, sondern auch das große Publikum. Und solche Eigensucht und Unredlichkeit empört auch das in der Politik frivolste Volk; Frankreich erwartete Hülfe von diesen Männern, und sie ergriffen nicht die erste Gelegenheit, die es ihnen bot, die Regierung zu übernehmen, um persönlich sicher zu gehen. Dadurch verlor namentlich Thiers alle öffentliche Achtung. Girardin, der es nicht leicht mit Jemand verdirbt, dem die Macht in Aussicht steht, schreibt in der Presse die bittersten Pasquille auf ihn, und das Charivari verhöhnt den „Tausendkünstler", dessen Namen man hinreichend glaubte, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und der sich doch so kläglich zurückhalte.

Was aber die Restaurations-Partei an Abneigung auf sich lud, kam der Nationalversammlung zu Statten. Sie that wirklich das Unglaubliche, sich die Gesinnung der Gemäßigten zu befreunden; jeden Versuch, ein der Amnestirung der Junigefangenen günstiges Votum von ihr zu verlangen, wies sie zurück; das Dekret, welches die Maigefangenen vor den Ausnahmsgerichtshof stellte, welches das Ministerium ihr vorgelegt hatte, um sie bei den Ultrarepublikanern in Mißkredit zu bringen, genehmigte sie; die dreimalige Lesung hatte sie gleich nach dem Salzvotum, wie zur Sühne dafür, angenommen. Sie konnte dafür nun auch wagen, feindlicher gegen das Ministerium aufzutreten. Sie nahm die Finanzvorschläge an, (insoweit wenigstens, um sie zur Berathung zu ziehen) welche gegen das Ministerium gerichtet waren. Da sie alle darauf hinausliefen, Ersparungen anzubringen, so war sie des Beifalls der Finanzmänner gewiß; und die Republikaner mußten zu ihr halten, trotz ihres Votums gegen die Mai- und Junigefangenen, wollten sie nicht einer noch schlimmeren Partei in die Hände fallen.

Die Waffenruhe also zwischen Ministerium und Nationalversammlung, in der von beiden Seiten nur geplänkelt wurde, war zum Vortheil der letzteren ausgefallen. Das Ministerium hielt es deshalb an der Zeit, den offenen Kampf zu beginnen und der Tumult, der am 29. Januar den Frieden von Paris unterbrach, bezeichnet den ersten Angriff.

Die Ereignisse der letzten Tage sind noch zu sehr in Dunkel gehüllt, um ein sicheres Urtheil darüber zu fällen; aber wie die Akten jetzt liegen, *scheute* die Regierung wenigstens keinen Aufstand. Die Klubs mögen sich in der letzten Zeit wieder erhoben haben; denn die Republikaner ziehen sich stets, je mehr sie von der Leitung der Regierung fortgedrängt werden, in Klubs und geheime Gesellschaften zurück; aber die Regierung gab einer vielleicht nöthigen Maßregel eine jedenfalls unnöthig gehässige Wendung. Das unveränderte Fortbestehen der Mobilgarde mochte gefährlich sein; aber *diese* Art der Reorganisation war jedenfalls noch viel gefährlicher.

Das Volk jedoch ist ruhig geblieben; die demokratischen Journale hatten es vor gewaltsamem Widerstande gewarnt; man wußte, daß jede Bewegung von der königlichen Partei ausgebeutet werden würde.

War also das Spiel des Ministeriums auf einen Aufstand abgesehen, um unter dem Vorwand desselben die Gewalt an sich zu reißen und die Nationalversammlung aufzulösen, so hat es sein Spiel verloren. Die republikanische Partei hat dagegen noch die Bonapartisten gewonnen. Die Liberté, ein bonapartistisches Blatt, erklärt sich offen für sie und heißt das Ministerium von den Orléans erkauft. Und während die Nationalversammlung durch die Mäßigung, die sie in der größten Bewegung gezeigt hat — denn sie hat den Rateau'schen Vorschlag zur zweiten Lesung gelassen, hat es dem Ministerium nachgesehen, daß es das ihr zukommende Recht, selbst über die Verwendung des Militärs zu ihrem Schutz zu verfügen, nicht geachtet hat; die Interpellationen gegen das Ministerium sind abgewiesen worden, und auch die Ledru-Rollin'sche Anklageakte, die überhaupt wohl nur eine Drohung sein sollte, ist beseitigt worden — während die Nationalversammlung sich dadurch als Freundin des Friedens bewies, erscheint das Ministerium gerade als Ruhestörer. Die Nationalgarde ist schon jetzt, soviel auch die amtlichen Berichte von ihrem Eifer reden, nicht so unendlich zahlreich erschienen; sie fühlte, daß

die Gefahr eine erkünstelte sei. Je mehr das Ministerium aber den Ruf verliert, die Gewähr der Ordnung zu sein, desto mehr gewinnen die Republikaner die Stimmen Derjenigen, die nichts als Ordnung und Ruhe für ihr Geschäft wollen. Die Nationalversammlung war im Hinsterben, weil ihr die Sympathieen des Volks mehr und mehr verloren gingen, das Ministerium wollte ihren Tod beeilen und gab ihr neue Kräfte. Die Republik ist schwach, und die Partei, welche sie eingeführt hat, verhaßt; machen sich aber ihre Gegner noch verhaßter, so wird sie Stärke zu dauerndem Leben gewinnen.

Deutschland.

△ **Wien**, 29. Jan. Die Interpellation Szabels, „die wichtigste, welche der Reichstag je vernommen," in Betreff des Verbots der Ostdeutschen Post, ist durch den Ministerpräsidenten recht cavalièrement durch ein Mißverständniß abgefertigt worden. Der Gouverneur hielt die in einem Privatschreiben geäußerte spezielle Meinung desselben irriger Weise für einen Befehl! Man könnte unser Ministerium vorzugsweise das Ministerium „der Mißverständnisse" nennen. Uebrigens erscheint die Ostdeutsche Post morgen wieder zum erstenmal, obwohl fürs Erste mit einem andern Redakteur, da sich Kuranda den gestellten Bedingungen nicht unterziehen will; denn obschon das Verbot desavouirt wird, so knüpft man doch Bedingungen an das Wiedererscheinen, welche der entschlafenen Censur auf ein Haar gleichen. In unserm Ministerium ist eine auffallende Thätigkeit eingetreten, seit die Nachricht von der Abstimmung der deutschen Nationalversammlung in der Oberhauptsfrage hier eintraf. Die am 27. vollzogene Hinrichtung des Schneidermeisters Vinzenz Wilhelm hat in der unteren Schichte der Bevölkerung große Sensation erregt: es überbietet einer den andern, um die Unschuld des Hingerichteten zu beweisen, und die völlige Muthlosigkeit, mit welcher er starb, hat das Mitleid noch erhöht. Er konnte sich auf dem kurzen Gang vom Stockhaus in den Stadtgraben kaum fortschleppen und stürzte, dort angelangt, zusammen, noch ehe der tödtliche Schuß ihn erreicht hatte. Den Verhandlungen über die Abschaffung der Todesstrafe an unserm Reichstage folgt man hier mit lebhaftem Interesse; die Meinungen richten sich nach den Parteien. Sentimentale Leute wünschen die Abschaffung der Todesstrafe für Mörder, aber ihre Beibehaltung für politische Verbrecher! Glauben Sie nicht, daß ich übertreibe: dies ist bittere österreichisch-deutsche Wahrheit. In Folge der Attentate, welche nächtlicher Weile auf „eine unschuldige Schildwache" und einen „harmlosen Wachtposten" vorgekommen sein sollen, sind die Verhaftungen auf Anlaß von Denunziationen auf eine erschreckende Weise gesteigert. Man flüstert von 1000 neuen „Vertrauensmännern," welche ohne äußere Abzeichen, in den Dienst der Polizei — Stadthauptmannschaft sollte ich sagen — getreten sein sollen. Bei der hiesigen Bank sind wieder 106 Kisten mit Silber angelangt; man hofft sehnlichst, daß damit dem Mangel an Münze endlich abgeholfen werde.

△ **Wien**, 30. Jan. Das Ministerium stellt gegen Ende Februar einen landwirthschaftlichen Kongreß in Aussicht. Die Landeschefs und die landwirthschaftlichen Vereine haben zu diesem Zwecke die Aufforderung erhalten, sich über die Zahl der Abgeordneten und die Art ihrer Wahl zu verständigen. Der Kongreß soll kein Parlament mit entscheidender Stimme, sondern ein Rath von Erfahrenen sein, mit welchem sich das Ministerium über die erforderlichen Maßregeln ins Einvernehmen setzen will. Dem Kongresse werden von dem Ministerium die Grundsätze, nach welchen es die Bestimmungen über 1) die Organisirung der Landeskultur-Behörden, 2) den landwirthschaftlichen Unterricht, 3) die Waldordnung, 4) die Wasserordnung und 5) die Zerstückung und Zusammenlegung der Grundstücke, zu treffen gedenkt, zur Berathung vorgelegt werden. Der Tag des Zusammentritts wird nachträglich bekannt gemacht.

Das sogenannte rothe Haus fängt an, ein unerklärliches Räthsel zu bilden. Gestern Abend nach acht Uhr fiel wieder ein Schuß aus demselben, und zwar ohne ein Ziel zu haben, ins Blaue. Das Haus wurde sogleich umstellt und ganz durchsucht, was nun schon zum drittenmale geschah, und wieder war nirgends eine Spur von Munition oder einer Feuerwaffe zu finden. Es scheint sich dort Jemand einen Spaß mit der Militärbehörde zu machen, der aber leicht mit einem standrechtlichen Urtheil „mit Pulver und Blei" endigen könnte!

An verschiedenen Orten Schlesiens und Mährens beginnen die Bauern wieder unruhig zu werden. In Zuckmantel und Bielitz mußte bereits Militär requirirt werden. Die Stadthauptmannschaft ist keine städtische Behörde mehr, sie untersteht wieder, wie zur Zeit Metternichs und Sedlnitzki's, dem Ministerium. So ist abermals eine Märzerrungenschaft den Weg alles Zeitlichen gegangen. Dies ist die Richtung, welche unser Ministerium der Bewegung zu geben gedenkt, an deren Spitze es sich stellte!

< **Berlin**, 31. Jan. Ein düsteres Gerücht läuft seit einiger Zeit durch die Stadt. In Köln haben die Liberalen gewettet, daß wenn der Ausfall der Wahlen das Fortbestehen unseres Scheinkonstitutionalismus unmöglich mache, die demnächstigen Kammern oder event. die zweite, würden aufgelöst werden. Aber daß man selbst an eine Verhinderung nur des Zusammentritts der Kammern denken würde, hat sich wohl Niemand träumen lassen. Und doch scheint das Ministerium Manteuffel — denn dieser ist die Seele des Kabinets — solche Pläne im Schilde zu führen. Als im verflossenen Jahre Gagern und die Reichs-Kommissäre hier waren, soll seitens der Centralgewalt dahin gewirkt worden sein, daß der Zusammentritt unserer Kammern bis zu Vollendung der deutschen Verfassung hinausgeschoben werde. Damals soll unser Ministerium, im Siegesrausche und in der Hoffnung auf so gutgesinnte Kammern, daß man selbst gegen Frankfurt sie brauchen könne, alle derartigen Anträge abgewiesen haben. Eitle Hoffnung! die Wahlen für die zweite Kammer sind „sehr schlecht" ausgefallen. Jetzt soll man daran denken, auf jene Vorschläge einzugehen: man denkt so zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Man ist liebenswürdig gegen Frankfurt und entledigt sich einstweilen der Kammern. Die deutsche Nationalversammlung, wenn sie zu solchem Zwecke um ihren Beistand angegangen würde, wird aber, wäre auch die Centralgewalt geneigt dazu, nicht in diese Falle gehen, sondern in ihrem Einigungswerke sich lieber von den Vertretern des preußischen Volks stützen lassen, als von dem Ministerium Manteuffel, welches bekanntlich nicht das preußische Volk vertritt. In Preußen würde die deutsche Sache anrüchig werden, wenn man den Vertretern des preußischen Volks weniger Vertrauen schenken und bei dem Bau der deutschen Einheit von ihnen weniger gern sich helfen lassen wollte, als von den preußischen Diplomaten und dem Ministerium Manteuffel. Dazu kommt noch Eins: unsere „Gutgesinnten" fürchten, daß unsere Kammern sehr dänenfeindlich ausfallen werden. Das ist auch sehr wahrscheinlich, wie ja unsere aufgelöste Nationalversammlung einstimmig den Rodbertus'schen Antrag annahm: „Die preußische Regierung solle im Falle eines mit Dänemark wieder ausbrechenden Krieges mit allen Kräften und Mitteln die Centralgewalt unterstützen." So höre ich auch jetzt von den liberalen Kandidaten aller Schattirungen, sie würden gegen einen schimpflichen Frieden mit Dänemark votiren und lieber den Krieg wählen, als jenen, auf die Gefahr hin, in dem ganzen nördlichen Preußen unpopulär zu werden und der Reaktion das Mittel in die Hand zu geben, die Kammern, als die materiellen Interessen des Landes Phantastereien preisgebend, zu verdächtigen. Frankfurt hüte Dich!

⁑ **Posen**, 31. Jan. Es zeigt sich, daß an fünf oder sechs Stellen die Radikalen wirklich unter Verleugnung ihres deutschen Nationalgefühls sich mit den Polen gegen die deutsche konservative Partei verbunden und Polen gewählt haben. So in Wollstein, Kosten, Lissa, Fraustadt, Rogowo u. s. f. Auch in Westpreußen ist dies an einzelnen Orten geschehen, z. B. in Culm, wo man unerhörter Weise 20 polnische Wahlmänner neben 6 deutschen zählt. An den Stellen in unserer Provinz, wo die Polen zum Theil unterlegen sind, wird von ihnen die Frage aufgeworfen, ob sie denn überhaupt ihre Abgeordneten nach Berlin schicken sollen? Ein großer Theil folgert so: „Wir sind Polen, der Wiener Kongreß erkennt uns ein Vateland und eine Nationalität zu: nach Berlin auf den preußischen Landtag sind nur Preußen berufen, wir wollen deshalb zwar wählen, um die Deutschen zu behindern, aber keine Abgeordnete schicken!" Andere sind dagegen für die Absendung und erklären es an der Zeit, parlamentarisch zu kämpfen, da der Tag der „gewaffneten That" noch nicht gekommen sei.

München, 30. Jan. Der Stand der Staatsschuld war am 1. Oktober 1847: 126,000,000 fl. Das aktive Vermögen betrug am 1. Oktober 1847 23,011,608 fl. und hat sich um $1\frac{1}{2}$ Millionen gegen das Vorjahr vermehrt. Für den Militär-Etat ist das Zahlen-Verhältniß der Mehrausgabe 2,229,000 fl.

(W. Z.)

÷ **Stuttgart**, 30. Jan. Der Bericht über die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten läßt sich verhältnißmäßig kurz fassen. Die Kammer machte diesmal eine rühmliche Ausnahme von dem kleinlichen Ersparungssystem, an welchem sie sonst im Ganzen festgehalten: als außerordenllichen Beitrag zur Aufbesserung der, wie fast überall, so auch bisher bei uns so spärlich dotirten Schullehrerstellen bewilligte sie 50,000 fl., während die Regierung nur 30,000 fl. gefordert, und in gleicher Weise wurde das Ministerium dringend aufgefordert, die Lage der armen alten Pfarrverweser in geeignete Erwägung zu ziehen. Eine längere und mit Persönlichkeiten aller Art gewürzte Diskussion veranlaßte der Etat für die katholischen Konvikte. Es wurde darauf hingewiesen, daß endlich die Zeit gekommen sein möchte, die strenge Klosterzucht aufzugeben, in welcher die Konvikte ihre Zöglinge heranbildeten. Die katholischen Mitglieder der Versammlung dagegen nahmen das gegenwärtige System, einschließlich der kurzen Hosen und dreieckigen Hüte der Konviktoristen, lebhaft in Schutz und nach einer ohne Zweifel höchst lehrreichen, aber tödtlich langweiligen Debatte, ob es gerechtfertigt sei, daß die Kost der Zöglinge in Rottenburg einige Kreuzer höher zu stehen komme, als die Kost der Zöglinge in Tübingen, ließ man die ganze Angelegenheit auf sich beruhen. Den größten Theil der Sitzung füllte die Berathung über das Budget der Landesuniversität Tübingen, über deren Zustände der Kanzler Wächter umfassenden Bericht erstattete. Es seien bereits, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der in Jena versammelt gewesenen Universitäten-Konferenz, bei der Regierung Anträge auf Herstellung der vollsten Lehr- und Lernfreiheit, auf Abschaffung der Fakultätsprüfungen, auf freies Assoziationsrecht der Studirenden und auf ein akademisches Plenum der Lehrer formulirt; für Weiteres werde man aber die weiteren Beschlüsse jener Konferenz abwarten müssen. Auf die Klage, daß Tübingen fast nur von Inländern besucht werde, entgegnete er, daß vor allen Dingen die großen Lücken in der medizinischen Fakultät die Ausländer von dem Besuch der Universität abgehalten; daß Tübingen aber gegenwärtig, Wien und Berlin ausgenommen, sich mit jeder andern Fakultät messen könne. Er theilte schließlich das Bedauern, daß zwei ausgezeichnete Lehrer, der Theologie und des Staatsrechts (Zeller und Mohl), der Universität nicht hätten erhalten werden können. Noch brachte der Abgeordnete Süskind die wunderbaren Mißverständnisse zur Sprache, welche hinsichtlich der durch die Grundrechte eingeführten Civil-Ehe im Volke herrschten und welche von einem Theil der Geistlichkeit, wenn auch nicht veranlaßt, so doch genährt würden: Das Volk sei hier und da der Meinung, der Mann könne hinfort seine Frau ohne Weiteres fortschicken. Vom Ministertisch aus wurde zugegeben, daß man auf irgend eine Weise Bedacht nehmen müsse, das Volk in dieser Beziehung zu belehren, und wenn die Kirche, die eine solche Belehrung am geeignetsten ertheilen könnte, sich dazu nicht gedrungen sehen sollte, so dürfte sich die Regierung vielleicht zu einer öffentlichen Erklärung veranlaßt finden.

** **Hannover**, 1. Febr. Wer gestern Abend das Programm des Hrn. v. Malortie las, worin die Feierlichkeiten oder vielmehr Förmlichkeiten verzeichnet stehen, die bei der Eröffnung der Ständeversammlung beobachtet werden sollen, der glaubt sich zurückversetzt in die vormärzlichen Zeiten. Es ist genau angegeben, wie bei der Kirche und dem Ständehause aufgefahren werden, wie die Herren gekleidet sein sollen, daß der Kammer-Kommissär (Graf Bennigsen) sitzend die Rede verliest, sich erhebt und dann fortgeht, kurz so ins Kleinliche, wie man es nur verlangen kann. Die Abgeordneten sind zahlreich versammelt und darunter, wie wir es schon bemerkten, eine große Zahl Bauern und Handwerker, denen die schwierigen politischen und gesetzgeberischen Fragen sicherlich viel Mühe machen werden. Von den „natürlichen Vertretern des Grundbesitzes" wie sich unsere Ritter der I. Klasse früher gern nannten, sind nur 3 wieder gewählt, deren liberale Gesinnung schon etwas älter ist: der Rittmeister v. Münchhausen, welcher übrigens den Wählern sagt, daß er möglichst alle künftigen Lasten vom Grundeigenthum abwenden will, dann der Hr. v. Honstedt und der Minister Graf Bennigsen. Letzterer hatte eine sehr zweifelhafte Wahl gegen einen schlichten Bauer, wäre aber der Dr. von Reden früher eingetroffen, so würde es diesem nicht schwer geworden sein, den ersten Minister-Vorstand auszustechen. Hr. Stüve hatte nochmals an Reden's Wähler in Duderstadt zu einer andern Wahl appellirt, weil Reden im Lande seinen Wohnsitz nicht habe, allein diese blieben einstimmig bei ihrer frühern Wahl und Hr. Stüve wird nun sein Heil mit den Kammern in dieser Woche versuchen. Die unangenehmsten Wahlen scheinen unserem Ministerium die zu sein, welche auf Frankfurter Reichstags-Abgeordnete gefallen sind, ohne Zweifel, weil es denen gelingen wird, in der deutschen Frage den Ausschlag bei den Schwankenden zu geben. Von diesen sind gewählt für die II. Kammer: Dr. Freudentheil, Dr. v. Reden und Synd. Lang; für die I. Kammer Dr. Wachsmuth und Justizrath Lüntzel. Die Göttinger gemäßigt republikanische Partei hat ihre drei Führer, die Doktoren Ellissen, Thiermann und Obrock in die II. Kammer gebracht, und die Regierung für die I. Kammer die Minister **Braun** und **Prott**, den tüchtigen Regierungs-Rath **Bennig** und den (Falckeschen) Kabinetsrath v. Münchhausen ernannt und neben Stüve die Minister v. Düring und Lehzen in die II. Kammer gesandt. Beiläufig gesagt, wünschten wir, daß unsere Ministerial-Vorstände ihrer Bescheidenheit endlich entsagten und wirklich die Titel Minister annähmen; ein Gegenstand, der bei uns, wo noch nie ein **Bürgerlicher** Minister war, so unbedeutend für viele nicht ist. Nachdem die alten Eide vom Erblandmarschall Graf Münster ohne Weiteres in Empfang genommen waren, erschien der Graf Bennigsen in rother Uniform und verlas sitzend folgende Thronrede:

„Von Seiner Majestät dem Könige, welcher sich mit Bedauern verhindert sieht, persönlich in Ihrer Mitte zu erscheinen, ist mir der ehrenvolle Auftrag ertheilt, Sie, die erste Ständeversammlung, welche in Folge des Verfassungsgesetzes auf völlig neuen Grundlagen berufen ist, an dieser Stelle willkommen zu heißen und Ihnen das Folgende zu eröffnen:

Bei dem ungewissen Stande der Dinge, der in den meisten Staaten Europas seit den Erschütterungen des vorigen Jahres noch besteht oder nur durch Gewalt der Waffen niedergedrückt scheint, gereicht es Seiner Majestät zu großer Beruhigung und gerechtem Stolze, an der Spitze eines der wenigen Staaten zu stehen, deren Volk durch Gesetzlichkeit und Treue nach allen Seiten hin sich Achtung erworben und dadurch den eigenen Wohlstand neu und fester gegründet hat.

Auf diese Haltung Ihres Volks vertrauend, blicken Seine Majestät mit minderer Sorge auf den Zustand des gesammten deutschen Vaterlandes, dessen Verfassung leider noch immer unvollendet ist, und auf den noch nicht beendigten Kriegszustand, der dem Königreiche vor andern Gefahr droht.

Seine Majestät betrachten es als heilige Pflicht, für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands keine Opfer zu scheuen; wenn nur die Verfassung so geordnet wird, daß das Land seine Lasten tragen kann und der freien inneren Entwickelung keine verderblichen Fesseln angelegt werden. In diesem Streben hoffen Seine Majestät auf den Beistand der gegenwärtigen Versammlung zählen zu können.

Um so mehr gereicht es Allerhöchstderselben zur Befriedigung, daß eben jetzt durch eine der ersten Regierungen Deutschlands Schritte geschehen sind, um die drohende Gefahr eines Zwiespalts abzuwenden und diejenige Einigung von Fürsten und Volk herbeizuführen, ohne welche dauernde Eintracht und Sicherheit in Deutschland unmöglich ist. Se. Majestät haben diesen Schritten mit Freuden ihre Beistimmung gegeben und werden die Erreichung des Ziels wahrer Einigung mit aller Kraft und Aufopferung, welche die Pflicht gestattet, födern.

In der Hoffnung, daß es gelingen werde, auf diesem Wege die Verfassung Deutschlands neu zu befestigen, wird es die Aufgabe der Stände sein, die Zusicherungen des Verfassungsgesetzes vom 5. Sept. v. J. vollständig ins Leben zu rufen. Eine Reihe von Anträgen über die Verfassung der Gerichte und der Verwaltungsbehörden, der Städte und Landgemeinden, der Kirche und Schule, so wie einzelne Gesetze über Gegenstände von besonderer Wichtigkeit, werden ihre besondere Thätigkeit in Anspruch nehmen.

Von gleicher Bedeutung wird die Aufgabe sein, den Haushalt so zu ordnen, daß derselbe die Opfer, welche die Unruhen des letzten Jahres mit sich geführt haben und die ungleich größern, welche die Neugestaltung Deutschlands fordern wird, zu ertragen im Stande sei. Leider sind die Sachen noch nicht so weit foregeschritten, daß es möglich wäre, schon jetzt eine dauernde Ordnung festzustellen. Um so dringender wird es aber sein, dahin zu arbeiten, daß der Zukunft die Last nicht noch mehr erschwert werde.

Seine Majestät beklagen es aufrichtig, daß Ereignisse, deren Vermeidung außer Ihrer Macht gelegen ist so schwere Lasten mit sich führen. Um so erfreulicher ist es, daß das Land in sich selbst Kräfte besitzt, deren Erweckung und Belebung die Tragung der Last ohne Zerrüttung des Wohlstandes möglich machen wird.

Freiheit und Ordnung, ungehemmte geistige Thätigkeit und Selbstverwaltung des Volks werden zu diesem Ziele am sichersten führen. Dem unverbrüchlichen Halten am Gesetze, welches den wahren, edeln Grund des Volkscharakters bezeichnet, verdanken wir alle die Ruhe und Sicherheit, deren das Land vor andern sich im verwichenen Jahre erfreut hat. Durch das Halten am Gesetz ist das Land in kürzerer Zeit nur weiter auf der Bahn des Fortschritts gefördert, als es denen möglich gewesen ist, die sich von Gesetz und Verfassung entfernten. Dem Halten am Gesetz verdankt eben die Verfassung, kraft deren Sie, meine Herren, hier versammelt sind, ihre Entstehung; der Geist gesetzlicher Freiheit und die Liebe zum Vaterlande werden auch Ihre Berathungen leiten und durch diese wird es Ihnen gelingen, Werke zu schaffen, die auf späte Jahre hinaus dem Lande zum Segen gereichen mögen.

Im Namen Seiner Majestät des Königs erkläre ich die Ständeversammlung für eröffnet.

Diese Thronrede machte und konnte auf die Versammlung keinen Eindruck, dies Gerede von Ruhe und Ordnung ist hier ein gewöhnliche Stichwort, die Hauptfrage, die deutsche, ist unentschieden ge-

lassen, nur zeigt sich plötzlich eine Hinneigung zu Preußen. Soviel wissen wir aber, daß die überwiegende Majorität der II. Kammer unbedingt für Unterordnung unter die Reichsgewalt einstehen und daß das Ministerium von der betretenen Bahn abgehen wird. Zum Präsidenten der I. Kammer wurden der Regierung präsentirt: Prof. Briegleb, Baurath Hausmann und Advokat Wyneken: zur II. Kammer Oberbürgermeister Dr. Lindemann von Lüneburg und Stadtrichter Dr. Francke von Harburg, die nächstmeisten Stimmen hatte Dr. Freudentheil. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Briegleb und Biedermann, beide Anhänger des Ministeriums, bestätigt werden.

† **Kassel**, 2. Febr. In der heute Morgen gehaltenen Sitzung der Ständeversammlung ist das von der Regierung vorgelegte Wahlgesetz mit 35 gegen 11 Stimmen, also mit einer Majorität von Dreivierteln der sämmtlichen auf dem Landtage anwesenden und legitimirten 46 Abgeordneten in geheimer Abstimmung angenommen worden. Dasselbe war bekanntlich mit einer gleichen Majorität schon auf dem vorigen Landtage angenommen, fand aber dann in der ersten Berathung auf dem jetzigen Landtage unter 46 Mitgliedern 23 Gegner. Nun kann man täglich der Publikation des Gesetzes entgegensehen. Die Gegner desselben haben keine Mühe gescheut, um die Verwerfung zu bewirken.

Ω **Schleswig**, 28. Jan. Seit vorgestern steht unsere Landesversammlung wieder unter den Waffen. Ihre Physiognomie ernst, ruhig, entschlossen. Schon am Eröffnungstage waren hier aus allen Theilen des Landes Deputationen (16) mit sehr bestimmten Erklärungen der Landesbewohner gegen jede Trennung Schleswigs von Holstein. Fast täglich treffen neue Abgeordnete mit ähnlichen Erklärungen ein, so daß dieß einer Abstimmung des Landes gleich zu achten ist. Einstimmig heißt es: „lieber den Krieg auf eigne Faust, als den Schimpf der Trennung Schleswigs von Holstein!" Jetzt wird sich zeigen, was unser Volk vermag. Es hat hier und da harten Tadel erfahren, daß es im März v. J. nicht verstand, in wilder Begeisterung aufzulodern. Dieser Vorwurf, wenn es überall einer ist, mag nicht ganz unrichtig sein. Dagegen wird es jetzt, ganz durchdrungen von seinem guten Rechte, eine Ausdauer zeigen, der man auch Gerechtigkeit wird wiederfahren lassen müssen. Dabei ist es durchaus den Anforderungen der Billigkeit nicht verschlossen. Es wird dem Norden Schleswigs, wenn er sich wirklich dänisch fühlt, nichts in den Weg legen, seinen nationalen Sympathien zu folgen, nimmt aber dasselbe Recht auch für sich selbst in Anspruch. Die Landes-Versammlung wird diesmal hoffentlich nicht blos Finanzbetrachtungen anstellen. Unsere Finanzen, das wissen wir, stehen gut. Das wichtige, das begeisternde Recht des deutschen Volkes auf Einheit wird vor allen Dingen unsere Landes-Versammlung erwärmen! Selbst die Linke, die immer mit Würde auftrat und nie die Jämmerlichkeit des bloßen Regierens duldete, auch sie wird die hohe Wichtigkeit der Einheitsfrage für Deutschland anerkennen und für eine rasche, praktische Lösung derselben mitwirken, denn sie besteht aus Männern von wirklicher Bildung, wozu man hier noch das Studium der Geschichte zu rechnen pflegt.

✕ **Schleswig**, 29. Jan. In unserer heutigen Sitzung der Landesversammlung, in welcher Herr Bargum den Präsidentenstuhl eingenommen hatte, erklärte der Chef der Justiz, Herr Mommsen, daß auf die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, welche die inneren Verhältnisse beträfen, der Waffenstillstand und der daran geknüpfte Vorbehalt der gemeinsamen Regierung gar keinen Einfluß habe. Was namentlich den Artikel 14. betreffe, so sei die Regierung der Ansicht, daß die gegenwärtigen Verhältnisse der Anwendbarkeit desselben kein Hinderniß in den Weg legten. Darauf begründete Hr. Th. Olshausen seinen Antrag, betreffend die Niederlegung von Landstellen auf den adeligen Gütern. Morgen haben wir die interessanteste Sitzung zu gewärtigen, denn morgen Mittag wird der Ausschuß, welcher über unsere politische Lage niedergesetzt ist, seinen Bericht erstatten. Fortwährend gehen Verwahrungen aus allen Theilen des Landes gegen eine Losreißung von Schleswig ein. Man erwartet und verlangt eine feierliche Erklärung gegen jenen Vorschlag, welcher unsere schöne Doppeleiche spalten würde. Man verhehlt sich keineswegs, daß eine kräftige Erklärung der Landesversammlung gleichbedeutend sein mag mit einer Kriegserklärung. Aber man ist fest entschlossen, nöthigenfalls diesen Krieg zu führen, und die Rüstungen sind bereits eingeleitet. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß jene Erklärungen und Verwahrungen gerade vom Kerne des Bürger- und Bauernstandes ausgehen, also von denjenigen, auf welche die Lasten des Krieges zunächst fallen. Derjenige Friedensvorschlag, welcher auf eine Losreißung Schleswigs ausgeht, wird sicher doch am Widerstande der Herzogthümer zu Schanden werden. Der andere Vorschlag, der von einem preußischen Staatsmanne ausgehen soll, ist sehr fein kombinirt. Schleswig-Holstein und die Eutinschen Enklaven sollen zu einem Großherzogthum Nordalbingien zusammengefaßt werden. Der Großherzog von Oldenburg wird vom Könige von Dänemark adoptirt und succedirt mithin in Dänemark und Nordalbingien, welches letztere dann natürlich ein deutscher Staat bleibt. Die Augustenburger Linie wird mit Oldenburg entschädigt, und verzichtet auf ihre Erbrechte sowohl in den Herzogthümern, als in Oldenburg. Es frägt sich bei diesem Plane, ob Dänemark ohne Weiteres mit dem Oldenburger, und Oldenburg mit dem Augustenburger zufrieden sein wird? Der Plan ist weitläufig und scheint im Zusammenhange zu stehen mit Andeutungen der preußischen Circularnote über Schleswig. Dieser Theil der Note hat hier zu Lande natürlich wenig Befriedigung erregt. Die Schleswig-Holsteinische Zeitung äußert sich darüber folgendermaßen:

„Ein namentlich für uns verhängnißvoller Satz ist derjenige, wo neben Oesterreich das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks genannt wird. Es ist dort zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, daß das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks (also Luxemburg-Limburg und Schleswig-Holstein) nicht in den engeren Bundesstaat aufgenommen werden solle. Allein es liegt doch in jener Parallelisirung die Hinweisung auf die Möglichkeit, daß Luxemburg-Limburg und Schleswig-Holstein wie Oesterreich draußen verbleiben und, ausgeschlossen von dem engeren Bundesstaat, auf das alte kümmerliche Bundesverhältniß beschränkt werden können. Fürwahr eine schöne Aussicht, die uns hier eröffnet wird."

Der ganze Plan ist wohl zu fein gesponnen, und die hauptsächliche Schwierigkeit bleibt stehen, wie die gegeneinander erbitterten Nationalitäten in Schleswig und ihre unvereinbaren Ansprüche ruhig mit einander verbunden werden sollen. Bei der im nördlichen Schleswig sich immer unzweideutiger kundgebenden dänischen Gesinnung wird nichts Anderes übrig bleiben, als eine Abtrennung der nördlichen Striche — ne pars sincera trahatur. Wir freuen uns zu vernehmen, daß dieser einfache und vernünftige Plan, der einzige, bei dem reine Rechnung gemacht werden kann, auch bei der deutschen Reichsgewalt Unterstützung findet. Die Insel Alsen ist noch immer das dänische Hauptquartier. Es liegen dort 8—10,000 Mann. Als starker Frost eintrat, waren sie in nicht geringer Besorgniß vor einem Ueberfall. Am 14. war schon Befehl gegeben, das Eis aufzuhauen, als glücklicher Weise Thauwetter eintrat. Die Deutschgesinnten auf der Insel sind schlimm daran. Gegen diejenigen, welche die Sonderburger Adresse unterzeichnet, ward eine Untersuchung eingeleitet. Man brachte 41 heraus; diese müssen täglich sich der Polizei stellen, dürfen nicht über die Fähre und keine Briefe wegsenden, ehe sie gelesen sind. Außerdem wurde vom General ein eigner Tagesbefehl erlassen, worin den Soldaten aller Umgang (Samquem) mit diesen Aufrührern verboten wurde. Niemand wird aber harter betroffen, als der Herzog von Augustenburg. Die Administration der herzoglichen Güter und Sachen — die schleswig-holsteinische Landeskanzlei — administrirt überhaupt so, daß bald nichts mehr zu administriren übrig bleibt. Wie die Regierung (die dänische) diesen Waffenstillstandsbruch an einem Privatmann (nach dem Artikel 7 sollte alles Privateigenthum zurückgegeben werden) vertheidigen will, ist unbegreiflich. Nicht allein, daß Pferde und Silberzeug noch in Dänemark sind, so schaltet der Oberinspektor Hornemann und sein Helfershelfer, der frühere Haushofmeister Specrschneider (derselbe, der das Silberzeug den Dänen verrieth) über das Zurückgebliebene nach Herzenslust. Fast sämmtliche Meubeln des Schlosses sind im Gebrauch der Offiziere in Sonderburg und Augustenburg, und durch das ewige Hin- und Hertransportiren fast vernichtet — eine Menge Oefen sind aus dem Schloß zur sonderburger Kaserne gebracht, die Schloßgebäude selbst durch Einrichtungen zu allen möglichen Zwecken verändert, beschädigt und theilweise unbrauchbar gemacht. In diesen Tagen ist auch der Befehl eingelaufen, alle in den herzoglichen Forsten befindlichen, zum Schiffbau brauchbaren Eichen niederzuschlagen.

Den vielen auf dem Festlande lebenden Alsenern bringt die „Schl.-H.-Ztg." die Nachricht, daß der wohlbekannte Postmeister

Wernich in Sonderburg Ritter vom Danebrog geworden. Vielleicht wird diese Anzeige genügen, um diejenigen Schleswig-Holsteiner, die noch im Besitz dänischer Orden sind, zur schleunigsten Rücksendung zu vermögen.

Altona, 31. Jan. (Abends.) Die vom Ausschuß gemachten Vorschläge gehen dahin, die Landesversammlung möge 1) einen energischen Protest an die Centralgewalt gegen jede beabsichtigte Trennung der Herzogthümer erlassen. 2) Die gemeinsame Regierung zur Beschleunigung und Vergrößerung der Rüstungen, sowie zu Vorschlägen veranlassen, wie die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen seien. Die Landesversammlung möge endlich 3) die gemeinsame Regierung auffordern, an den Ort der Friedensunterhandlungen einen das allgemeine Vertrauen des Landes genießenden Mann zu senden, um auf den Gang der Unterhandlungen einwirken zu können. Die Adresse an die Centralgewalt, in welcher erklärt wird, daß die Herzogthümer in eine Trennung nie willigen werden, außer gezwungen durch die Truppen der Centralgewalt, erhielt den allgemeinen Beifall der Versammlung. In der darauf folgenden Debatte, wenn anders von einer solchen die Rede sein kann, da die Reden sich mehr oder weniger beistimmend aussprachen, machten namentlich Syndikus Prehn und Advokat Mathiessen auf die schwere Verpflichtung aufmerksam, welche die Landesversammlung und das Land durch jene Erklärung übernehme, und wie nothwendig es sei, das Volk darauf hinzuweisen, daß das dargebotene Gut und Blut wirklich verlangt werden könne. Die Verhandlung ward in der Sitzung nicht zu Ende geführt. (Schl.-Holst. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 30. Jan. Das 70. Regiment und eine Abtheilung des 84. sind in der letzten Hälfte des vorigen Monats von Cork nach Bombay eingeschifft worden; ebenso der Generalstab und eine Abtheilung des 64. Regiments. Außer diesen Verstärkungen hat die ostindische Gesellschaft noch um drei Regimenter bei der Regierung nachgesucht, welche man ihr auch ohne Zweifel gewähren wird. Die Kosten für die Erhaltung dieser Truppen wird die Gesellschaft tragen. Keine günstigen Aussichten für Cobdens Vorschläge zur Verminderung des Heeres und der Kriegsflottre!

Dem „Examiner" zufolge ist der Plan zur Errichtung einer Eisenbahn von Halifax in Neuschottland nach Quebeck in Unterkanada von dem Major Robinson und Kapitän Henderson, die mit einem Gutachten hierüber beauftragt waren, günstig befürwortet worden; auch hat, dem Vernehmen nach, Graf Grey die Gouverneure der dabei interessirten Provinzen Neuschottland, Neubraunschweig und Kanada benachrichtigt, daß England die Kapitalien zur Vollendung dieses Unternehmens sofort zur Verfügung stellen werde, wenn jede Provinz für eine Verzinsung von 5 pCt. jährlich Bürgschaft leiste. Dagegen hat das Bureau für die ostindischen Angelegenheiten sich gegen die Abschließung eines Kontrakts mit den betreffenden Eisenbahnkompagnieen ausgesprochen, zum Theil weil die ostindische Kompagnie für keine 5 pCt. einstehen will, während die Eisenbahngesellschaften erklären, daß es ohne diese Bürgschaft unmöglich sei, das Kapital beizuschaffen, theils aber auch, weil man glaubt, daß dies Unternehmen durch die eigenen Beamten der ostindischen Kompagnie wohlfeiler hergestellt werden könne. Ist dieser Entschluß des ostindischen Bureaus ein definitiver, so wird, nach der Meinung der Britannia, der ostindischen Gesellschaft nichts anders übrig bleiben, als den Eisenbahngesellschaften ihre frühern Auslagen wiederzuerstatten, und ohne Verzug das Unternehmen auf eigene Kosten auszuführen.

Die Pächter agitiren jetzt gewaltig gegen die Malztare; so wurde unter andern von einer Versammlung der Pächter von Cambridge diese Steuer für ungerecht, drückend und grausam (!) erklärt und beschlossen, das Parlament aufzufordern, den Schutz, dessen sie durch den Freihandel beraubt worden, wieder herzustellen oder diese „unerträgliche" Auflage abzuschaffen. Inzwischen wissen die Protektionisten noch nicht, wem sie die Leitung ihrer Partei anvertrauen sollen an Stelle des Lords Bentinck, der für sie noch immer unersetzlich ist, obschon dieser Liebling der Protektionisten, außer durch seine tüchtige, ehrenwerthe und körnige Persönlichkeit, sich vorzugsweise doch nur durch den gewissenhaften Sammlerfleiß auszeichnete, womit er das für seine Reden erforderliche Material zusammenlas und zusammenstellte. Der „Standard", meint die „Daily News", empfehle den Lord Granby, Hr. Disraeli sich selbst. Andererseits versichert man, Hr. Herries sei zum Führer dieser Partei ausersehen, man werde ihm aber wegen seiner vorgerückten Jahre Hrn. George Bankes als Rathgeber zur Seite stellen.

London, 31. Jan. Der „Globe" meldet, daß die Königin und Prinz Albert nebst Gefolge im Buckinghampalast heute früh angekommen sind und daß Nachmittags eine Geheimrathsitzung gehalten werden soll, um die morgen bei Eröffnung des Parlaments zu haltende Thronrede zu berathen.

Neue mit der Ueberlandpost (über Marseille) angekommene Zeitungen aus Bombay vom 3. Jan. melden vom Kriegsschauplatz nichts von besonderer Wichtigkeit, außer daß General Whish, nachdem er am 20. Dez. Verstärkungen unter General Dundas erhalten, alle Vorkehrungen getroffen hatte, um Multan am 22. Dez. zu stürmen.

Die Konsols haben nach Empfang der zufriedenstellenden Nachrichten aus Paris die seltene Höhe von 92 erreicht, die sie seit Jahr und Tag nicht mehr gehabt haben.

Frankreich.

* **Paris**, 31. Jan. Den Schluß der gestrigen Sitzung bildete die Diskussion der beantragten Steuererhöhung für Erbschaften und Schenkungen. Eine dreifache Erhöhung der bisher bestandenen Steuer auf Mobiliargegenstände wurde angenommen; dagegen eine verhältnißmäßige Erhöhung für Immobilien verworfen. Auf die Bemerkung des Finanzministers Passy, daß hierin eine Ungerechtigkeit gegen die Armen liege, weil diese vorzugsweise nur Mobiliargegenstände besitzen, wurde der betreffende Artikel nochmals an die Kommission verwiesen.

Die heutigen Journale beschäftigen sich größtentheils mit den Interpellationen des Volksvertreters Sarrans über die Verhaftung des Herrn Forestier, Obersten der 6. Legion der Nationalgarde, über das Benehmen des Generals Changarnier gegenüber dem Präsidenten der Nationalversammlung und über die Proklamation des Ministers des Innern.

Nach dem Constitutionnel sind Folgendes die näheren Umstände der Verhaftung des Obersten Forestier. Hr. Forestier, ein ausgezeichneter Maler, der früher sogar den ersten Preis in Rom erhalten, seit dem Monat März Oberst der 6. Legion der Nationalgarde (Gegend der rue St. Antoine und des Bastilleplatzes) erhielt vorgestern den Befehl, Appell schlagen zu lassen, seine Bataillone zu versammeln und die von dem General Changarnier ihm angewiesenen Posten zu besetzen. Der Oberst führte den ersten Theil dieses Befehls aus, jedoch nicht ohne einigen Führern der Bergpartei davon Mittheilung zu machen. Außerdem schrieb er dem Oberbefehlshaber sämmtlicher Truppen, General Changarnier, einen Brief, den dieser als sehr verletzend betrachtete. Wie man versichert, stellte Hr. Forestier in diesem Brief sogar die Aufrichtigkeit der Absichten des Generals in Zweifel und schloß mit einer förmlichen Aufkündigung des Gehorsams. Gen. Changarnier befahl sofort die Verhaftung des Hrn. Forestier. Eine Abtheilung Dragoner, welche einen geschlossenen Wagen begleitete, begab sich auf die Mairie des 6. Stadtbezirkes, wo Hr. Forestier sich nebst dem Stab seiner Legion befand. Dort wurde er arretirt und in dem Wagen fortgeführt.

Was den Brief des Generals Changarnier an Armand Marrast, Präsidenten der Nationalversammlung betrifft, so ist derselbe zwar in einem kurzen und kalten Tone geschrieben, enthält jedoch nichts direkt Verletzendes. Allein es muß auffallen, daß dieser Brief von 11 Uhr Morgens datirt ist, wo sämmtliche militärische Maßregeln, welche die Bevölkerung von Paris und die Nationalversammlung beunruhigten, bereits ausgeführt waren.

Der neue Oberst der 1. Legion der Nationalgarde, General Gourgaud, ehemaliger Adjutant Louis Philippe's, hat einen Tagesbefehl erlassen, worin die offenbar absichtliche Weglassung der Worte: „Republik" und „Konstitution" Aufsehn erregt. Dagegen ist von einer starken Regierungsgewalt und einer „weisen Freiheit" (Lieblingsausdrücke Louis Philippe's) die Rede.

Die halboffizielle „Patrie" von gestern Abend und nach ihr die heutigen ministeriellen Journale enthalten unter der Aufschrift: Mitgetheilt! eine Notiz, welche die dem Präsidenten zugeschriebenen Worte: „Ihr sollt ein neues Ministerium haben! Ihr sollt es haben!" die er vorgestern in den Straßen an das ihn umdrängende Volk gerichtet haben sollte, gänzlich in Abrede stellt. Die bonapartistische Liberté, welche die dem Präsidenten zugeschriebenen Worte zuerst mitgetheilt, weist diese ministerielle Berichtigung entschieden zurück und bleibt bei ihrer Behauptung.

Die Pariser Arbeiter machen sich bereits über die Januarrevolution lustig. Sie singen schon folgende Knittelverse:

„Leon Faucher s'était promis
De faire égorger tout Paris;
Mais son coup a manqué,
Grâce à nos canoniers!

(Anspielung auf Guinard, den Chef der Stadt-Artillerie, welcher seine Mannschaft zur Vertheidigung der Republik ermunterte.)

Die heutige Presse enthält von dem Verfasser der schon öfter erwähnten „Mittheilungen über die italienischen Angelegenheiten" abermals eine Note, welche auf die Stellung der sardinischen Regierung zum Papste helles Licht wirft. Der Constitutionel und der National, heißt es in dieser Note, haben behauptet, daß der König Karl Albert den Vorschlag der spanischen Regierung zur Eröffnung eines Kongresses der katholischen Mächte über die Angelegenheiten des Kirchenstaates abgelehnt und gegen die Absendung einer spanischen Flottille nach Gaeta protestirt habe, indem er sich auf seine dem Papste angebotene Vermittelung als jede fremde Einmischung überflüssig machend berief. Vorausgesetzt, daß diese Thatsache richtig ist, so gebührt das Recht, den Papst zu beschützen, vor allen andern Mächten denjenigen Staaten, welche bei der Wahl des Papstes das Veto ausüben, nämlich: Frankreich, Oesterreich, Spanien und Portugal. Wenn also auch der Papst die Vermittelung des Königs von Sardinien annähme, so würde diesen vier Mächten doch das Recht zustehen, die Schritte des Ministeriums Gioberti zu überwachen, welches, wie Jedermann weiß, den Gedanken der Säkularisation der päpstlichen Regierung unterstützt, wie denn überhaupt dieser Gedanke in Rom erst seit dem letzten Aufenthalte des Abbe Gioberti daselbst Wurzel gefaßt hat. — Die dem Grafen Martini gegebenen Instruktionen beweisen das geheime Einverständniß des Abbe Gioberti und der römischen Revolutionärs: Es ist nämlich diplomatischer Gebrauch, daß der Abgesandte einer Regierung bei einem fremden Hofe, vor der offiziellen Audienz bei dem Staats-Oberhaupte selbst, seine Beglaubigungsschreiben zuerst dem betreffenden Minister des Aeußern vorlegt. Der Graf Martini gab sich nun, als er nach Gaeta kam, um dem hl. Vater die sardinische Vermittlung anzubieten, das Ansehn, nicht zu wissen, daß der Kardinal Antonelli bei Pius IX. die Funktionen eines Staatssekretärs des Aeußern bekleidete und verlangte ohne Weiteres eine Audienz bei dem Papste. Er erkannte damit den in Rom befindlichen weltlichen Minister des Aeußern als solchen an. Der Papst, durch dieses Verfahren verletzt, hat nicht nur den Grafen Martini nicht offiziell empfangen, sondern auch gedroht, seinen Nuntius von Turin abzurufen, wenn das sardinische Kabinet sich nicht gegen den Verdacht einer Begünstigung der römischen Revolution rechtfertige. Uebrigens hat bis jetzt Pius IX. jede fremde Intervention abgelehnt und hofft auf den Sieg der gemäßigten Partei in seinen Staaten selbst. Während auf der einen Seite das sardinische Kabinet unter dem Vorsitz eines katholischen Priesters jede dem Papste zugedachte Hülfe abwies, haben die Könige von Preußen und Würtemberg sicheren Nachrichten zufolge der französischen Regierung ihren Wunsch und nöthigenfalls ihre thatsächliche Mitwirkung erklärt, um das erhabene Oberhaupt der katholischen Kirche wieder auf seinen Thron eingesetzt zu sehen.

Spanien.

* **Madrid**, 25. Jan. Das Ministerium bleibt, wie es ist. Alle Gerüchte von einer Aenderung im Personal oder der Politik waren voreilig. In der Deputirtenkammer dauerte heute die Verhandlung über den Gesetzentwurf zur Aushebung von 20,000 Mann fort. Artikel 1 und 2 sind angenommen worden. Der Herzog hielt eine Rede dafür, von der die Journale unendlich viel Aufsehens machen. Hr. Cortina ist ad interim zum Intendanten des Palastes an Stelle des Grafen von Vista Hermosa ernannt worden.

Italien.

Turin. Der größere Theil der Wahlen in die Kammern ist bekannt und es ergibt sich daraus, daß die demokratische Partei einen glänzenden Sieg errungen hat. Nie seien in einem Staate, besagen Turinerblätter, Wahlen getroffen worden, die einen so entschiedenen Charakter an sich tragen. (N. Z. Z.

* **Florenz**, 25. Jan. Hier will man Nachrichten aus Gaeta haben, wonach, in Folge der energischen Erklärung des französischen Botschafters gegen eine österreichische Intervention in den Kirchenstaaten, Neapel die Aufgabe zu übernehmen gesonnen ist, den Papst zurückzuführen. In Folge dessen soll zu Frosinone ein Lager geschlagen werden, um einen Handstreich gegen Rom zu versuchen. General Zucchi wird den Oberbefehl führen.

* **Aus dem Kirchenstaat.** Kardinal Opizzoni von Bologna hat bei Empfang der päpstlichen Exkommunikationsakte eine Versammlung der gelehrtesten Theologen der Stadt berufen und das Dokument ihrem Urtheil unterworfen. Dieselben entschieden, daß die Exkommunikation nicht zu veröffentlichen sei, da die konstituirende Versammlung die Rechte der Kirche nicht antaste. Monsignore Gadolini, Bischof von Ancona, soll diesem Beispiel gefolgt sein.

General Zamboni, vor Kurzem in Rom wegen einer Verschwörung gegen die Regierung verhaftet, soll gegen Zusicherung von Straflosigkeit für ihn Enthüllungen gemacht haben, in Folge deren drei der mit ihm zugleich verhafteten Offiziere erschossen und die übrigen zu lebenslänglicher Gefängnißstrafe verurtheilt werden sollen.

Niederland.

** **Haag**, 25. Jan. Die Staatszeitung theilt den königlichen Beschluß mit, welcher den Fortbestand der niederländischen Handelsgesellschaft bewilligt, und zwar auf Grund einer neuen genehmigten Gesellschaftsakte, welche vom 1. Januar 1850 an in Geltung tritt. Aus dieser Akte erfährt man unter Anderem, daß der König noch gegenwärtig Antheil habe an der Handels-Maatschappy für die Summe von 2,592,000 fl., Prinz Friedrich für die von 1,560,000 fl., Prinzessin Albert von Preußen gleichfalls für 1,560,000 fl., die Prinzen von Oranien, und Heinrich, sowie die Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar je für 75,000 fl. Prinz von Oranien hat eine dreimonatliche Reise über Vlissingen seewärts angetreten. Die Zeitungsdebatte über die Ersparungspläne, welche einem ansehnlichen Theil der Presse nicht gründlich und systematisch genug sind, ist im schwellenden Gange. Nicht ohne Eifersucht blickt man dabei (zumal in Limburg) auf den wohlgeordneten und verhältnißmäßig sehr billigen Haushalt Belgiens. Die Opposition will nicht bloß im Einzelnen geknappt wissen, sie will eine durchgreifende Vereinfachung des gesammten Verwaltungssystems und besonders eine gründliche Beschränkung der Pensionen. Bloß die Pensionen, welche die in den letzten Jahren abgetretenen Minister empfangen, machen eine sehr erkleckliche Summe aus, und da kommt nun zu allem Ueberfluß die belgische Repräsentantenkammer und schafft mit 72 gegen 12 Stimmen, also fast einmüthig, die Ministerpensionen für alle Zukunft mit Einem Striche ab. Dieser Vorgang wird in Holland und wohl auch in andern Ländern sehr lebhaften Nachhall finden. Die Frage, welche zuerst in der französischen Nationalversammlung angeregt worden, ist auch hier der Ausgangspunkt des Streits, nämlich: sollen die Einnahmen oder sollen die Ausgaben zum Maßstabe des gesammten Budgets genommen werden? Diese Frage ist hier zu Lande um so praktischer, als die Ausgaben bekanntlich die gewöhnlichen Einnahmen bei weitem überschreiten, indem das Gleichgewicht durch die ostindischen Zuschüsse hergestellt wird, und als nach ziemlich allgemeiner Annahme die Steuerfähigkeit des Landes nicht weiter angezogen werden kann. Man kann die Steuern nicht vermehren, ohne das Landesvermögen selbst anzugreifen, die Steuerkraft mithin zu vermindern, und in solchem Falle müßte sich dann wohl der Staatshaushalt wie der Privathaushalt richten nach diesen Einnahmen. Wer feste, sich regelmäßig wiederholende Ausgaben von seinem Kapital deckt, muß dem Bankrott entgegenschreiten. Ob indeß die äußerste Grenze der Naturkraft schon wirklich erreicht worden, ist schwer zu ermitteln. Gewisse Erscheinungen sprechen allerdings dafür. So die anhaltende Ermattung in fast allen Geschäftszweigen, die Klagen über verminderte Einnahme bei den erhöhten Steuern, die Einschränkungen, welche man namentlich in der zahlreichen und ehrbaren Klasse des Mittelstandes gewahren will. Die natürliche Folge dieser Abknappungen in den Mittelständen ist Abnahme des Verbrauchs, des Arbeitsverdienstes, Stokkung der Geschäfte, Verminderung der Staatseinnahmen. Und dennoch kommt der Staat mit seinen alten Steuerforderungen, weil er seine Ausgaben auf dem alten Fuße erhält, ja wohl gar noch erhöht. Der Bürger fühlt sich übermäßig erschwert, gedrückt und weiß endlich keinen andern Rath, als sein übriges Vermögen durch Auswanderung zu retten; das bildet einen neuen Verlust für den Staat. Von Haus aus sind die Holländer nicht wanderungssüchtig, sie hangen mit inniger Liebe an ihrer Heimath, die sie den Wellen entrungen. Deßungeachtet hat die Auswanderung hier in letzter Zeit so zugenommen, daß hauptsächlich aus diesem Grunde in einigen Provinzen die sonst jährlich zunehmende Bevölkerung in Abnahme begriffen ist. Eine bedenkliche Erscheinung

ist ferner die Abnahme des Erträgnisses der regelmäßigen Steuern in den letzten Jahren. Dieselben betrugen 1847 noch 524,281 fl. weniger als 1846 und 1848 wieder 552,708 fl. weniger als im Jahre vorher, ein Unterschied binnen zwei Jahren von 1,072,989 fl. Deutet das nicht an, daß das Land nicht länger im Stande sei, auch nur die gewöhnlichen Steuern zu zahlen, und doch betragen diese noch 15 bis 16 Millionen weniger als die Ausgaben! Ob es unter allen Umständen möglich und richtig, sicher ist es eine gute Regel: gebt nicht mehr aus als ihr einnehmt. Die thörichten Hoffnungen, daß es mit Deutschlands Einheit doch nichts werden dürfte, waren hier schon sehr schwankend, als die Nachricht von der Frankfurter Abstimmung über den Erbkaiser dieselben von Neuem belebte — wir wünschen zum letzten Mal. Ich unterhalte Sie nicht von dem Hohne, der über das Nichtzustandekommen eines Beschlusses in einer deutschen Lebensfrage ausgegossen wird. Da sieht doch Jedermann — so spottet selbst das witzlose löschpapierne Handelsblad — da sieht man, daß die Deutschen und ihre Vertreter in Frankfurt selbst nicht wissen was sie wollen, und von der Einheit so fern scheinen als je. Natürlich bleibt unter solchen Umständen die Limburger Frage geflissentlich ruhen, und selbst seit Gagern in Frankfurt an die Spitze der Geschäfte getreten ist, scheint ihre Lösung keinen Schritt vorwärts gemacht zu haben. Holländische Blätter frohlocken, daß die Wahlen in Limburg stattgefunden haben; sie verschweigen jedoch wohlweislich, welche Mittel dazu in Bewegung gesetzt worden sind. Die Thatsachen sprechen allerdings zu ihren Gunsten wegen der Frankfurter Versäumniß. Auch steifen sie sich auf den Umstand, daß man jetzt nicht mehr wie bei dem früheren Grundgesetz von 1840 sagen könne, die Limburger seien einer Verfassung unterworfen, an deren Zustandekommen sie nicht mitgewirkt hätten, indem an dem neurevidirten Grundgesetze allerdings Limburger mit gerathen und gethatet haben. Man scheint doch in Frankfurt auf alle diese Umstände und auf die Absicht, die sich dahinter birgt, gar zu wenig Rücksicht genommen zu haben. Auf die dringende Aufforderung der alten Limburger Ständeausschüsse zu Maestricht hat Hr. v. Scherpenzeel Heusch, der in zwei Bezirken gewählt worden, jetzt endlich erklärt, daß er für den Bezirk Sittard annehme. In Folge dessen ist zu Haarlem eine neue Wahl auf den 29. Jan. ausgeschrieben, wo wahrscheinlich die Deutschgesinnten, welche die Holländer „Separalisten" oder „Sonderbündler" zu nennen belieben, Hrn. Cornelie wählen werden. Die letzte Ueberlandspost hat aus Batavia sehr ungünstige Nachrichten mitgebracht. Die Handelsgeschäfte stockten über die Maßen; die Geldklemme war unerträglich, die Einfuhrzölle in Java hatten bedeutend minder eingetragen, als im vorigen Jahre, und man sah noch großen Erschütterungen in der Handelswelt entgegen. Man muß sagen, Hr. Rochussen hat als Generalstatthalter in Ostindien bisher wenig Glück gehabt. Wenn der Handel aber sinkt, so scheinen die Schulen, darf man den Berichten Glauben schenken, in Aufschwung zu sein, und zwar nicht bloß auf Java, sondern auch auf den übrigen ostindischen Inseln. Die Hauptkommission für Schule und Unterricht hat in verschiedenen Stadthalterschaften Unter-Kommissionen gebildet und in mehreren Städten Schulen errichtet. Indeß man thut gut, sich von allen diesen Anstalten eben keine große Vorstellung zu machen.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 27. Jan. Die Berling'sche Zeitung stellt den dänischen Freischaarenzug als einen Ueberfall wehrloser und harmloser Bauern durch die Dragoner und Jäger dar und knüpft daran folgende Betrachtung: „Dieser Vorgang zeige vollständig, wie nothwendig ein Aufhören des jetzigen Zustandes und die Einsetzung der legetimen Regierung in ihre Rechte sei, und die Macht, welche das Vermittlungswerk übernommen, werde jetzt mit äußerster Kraft die Mäßigung unterstützen, welche die dänische Regierung selbst, nach dem was vorgegangen sei, abhalte, mit ihren eigenen Truppen „das dänische Herzogthum" zu besetzen, in welchem, den eingegangenen Verpflichtungen zum Trotz, der Aufruhr von einer zu seiner Dämpfung eingesetzten Regierung aufrecht erhalten werde!" (B. H.)

Nachschrift.

* **Paris**, 1. Febr. Die Revolution vom 29. ist noch der Hauptgegenstand der Gespräche und Journalmittheilungen. Die Gazette des Tribunaux enthält eine lange Erzählung einer großen Kommunistenverschwörung. Auch wurden heute neue Verhaftungen von mehreren Personen, die angeblich in die Kommunistenverschwörung verwickelt sind, vorgenommen, so daß jetzt im Ganzen 200 verhaftet sind.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich vor der öffentlichen Sitzung mit der (allmonatlichen) Neuwahl der Bureaus. Die große Majorität der Präsidenten und Sekretäre derselben gehört der Linken an. Auf der Tagesordnung stand zuerst das Gesetz wegen der Steuer auf Erbschaften und Schenkungen. Gestern war die Steuer von 1 Fr. 50 Ct. für Immobilien verworfen worden, die Kommission schlug 1 Fr. 40 Ct. vor. Der Unterschied macht für den Schatz jährlich 800,000 Fr. Hr. David griff den Vorschlag der Kommission im Interesse des Schatzes an, und obgleich Hr. Parieu ihn geschickt vertheidigte, wurde er verworfen. Die Kommission zieht ihren Entwurf zurück, und auf Verlangen des Finanzministers wird der ganze Gegenstand vertagt. Die Tagesordnung brachte ferner das Gesetz über Ansiedelung der Insurgenten in Algerien. Da aber die Zahl der freigelassenen Insurgenten sich seit der Ausarbeitung des Gesetzes vermehrt hat, und Aenderungen nothwendig geworden sind, ward die Berathung auf den Antrag des Generals Lamoriciere und des Ministers des Innern vertagt. Endlich kam wieder die Amnestie zur Sprache. Schölcher, Pelletier und Lagrange verlangten die Verkündigung einer allgemeinen Amnestie, ihr Antrag wurde aber mit 531 gegen 167 Stimmen verworfen.

Die Abtheilungen haben ihre Mitglieder zu der Kommission, welche die Dringlichkeit der enquête über die Vorgänge am 29. begutachten soll, bereits ernannt. Acht von fünfzehn sind gegen die Dringlichkeit. Zählt man die Stimmen bei den Wahlen zusammen, so giebt es 276 für und 318 gegen die Dringlichkeit.

An der Börse unmerkliche Besserung. Die Enthüllungen der Gazette des Tribunaux über das große Kommunistenkomplot wurden stark besprochen. Geschäfte unbedeutend.

3pCt. 45. 45. 5pCt. 75. 65. (Anleihe 75. 35.) Bank 1720. Belgische 5pCt. 88½. Neapolitanische 77½. Spanische 3pCt. 28½. Ditto Innere 19⅞. Nord 392½. Orleans 712½. Römische 67.

Aus Spanien wird von einem Duell zwischen Narvaez und dem Deputirten Bogesti berichtet; keiner von Beiden ist verwundet.

Redacteur: **H. Kruse.**

[59] In Sachen
des großh. Fiskus, Kl. Appellanten
gegen
den Altbürgermeister Ezel von Merchingen, zur Zeit in Theuserbad, und Ludwig Ewerts in Mannheim, Bekl. Appellaten
Forderung betr.
wird Tagfahrt zur Eidesleistung auf
Montag den 21. Februar d. J. früh 8 Uhr
angeordnet, wozu der Beklagte Ezel von Merchingen zum Eide vorbereitet und bei Vermeidung der Folgen der Eidesweigerung vorgeladen wird.

Dies wird demselben, da er nach Nord-Amerika ausgewandert sein soll, und dessen Aufenthaltsort somit diesseits unbekannt ist, auf diesem öffentlichen Wege eröffnet.

Adelsheim, den 27. Januar 1849.

Großh. Bad. Bezirks-Amt:
Herber.
vdt. Walz.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 36. Frankfurt a. M., Montag 5. Februar. 1849.

Uebersicht.

Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Die Taunuseisenbahn und die nassauische Regierung. Hr. Temme.) Wien (Vormärzliches Treiben in den Provinzen. Nachrichten aus Galizien. Moralischer Sanitätskordon in der Wallachei. Die Regierungspolitik gegen Italien. Leopoldstadt nicht eingenommen. Verurtheilung. Das rothe Haus. Der Reichstag. Bauernfeld. Die Gefechte bei Szolnok. Baron Pechlin. Armeebülletin.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Von der österreichischen Grenze (Die neue Eintheilung der Monarchie.) Berlin (Die Ausweisung von Rodbertus. Herr v. Kamptz nach Hamburg. Bauten für die Kammern. Die Einkommensteuer. Die Grundsteuer.) Köln (Die Wahlen. Der Karneval. Die schwarzen Pocken.) München (Adresse der ersten Kammer. Empfang der Abgeordneten beim König. Die baierische Regierung und der preußische Vorschlag.) Stuttgart (Kammerverhandlungen. Adressen gegen das preußische Kaiserthum.) Leipzig (Eindruck der preußischen Cirkularnote. Der deutsche Verein und das Ministerium.) Kassel (Die Annahme des Wahlgesetzes. Das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit. Der Henkel'sche Antrag.) Darmstadt (Kammerverhandlungen.) Schleswig (Kriegerische Stimmung. Die Landesversammlung für das Recht der Herzogthümer. Adresse an den Reichsverweser und die gemeinsame Regierung.)

Großbritannien. London (Politische Diners. Das große Freihandelsmeeting zu Manchester. Eröffnung des Parlaments.)

Oesterreichische Monarchie. Lemberg (Administrative Trennung Galiziens.) Agram (Verfassungskommission für die serbische Weywodschaft.)

Schweiz. Zürich (Ein Zug Metternich'scher Politik. Die Neutralität der Schweiz im Norden und im Süden. Radikale Maßregeln in Neuenburg. Druey's Extravaganzen.) Bern (Die Flüchtlinge.) Genf (Dufour und Fazy.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 29. Jan. bis 3. Februar.)

Deutschland.

> **Frankfurt**, 3. Febr. Es freut uns, berichten zu können, daß die Reichsversammlung die Beschränkungen, welche durch den Belagerungszustand verhängt werden, nicht in der ganzen Ausdehnung angenommen hat, gegen welche wir uns neulich aussprachen. Wir mußten bei unserer Auffassung abweichen von der Ansicht mancher Männer, denen wir sonst gern beistimmen. Aber wir glauben versichern zu können, daß auch sie das Gewicht der Gegengründe nicht verkannten, und wahrscheinlich, ohne ungehalten zu sein, sich überstimmt gesehen haben.

Wir haben heute eigentlich nur Ergebnisse zu berichten. Wenn wir vorher noch der Reden der beiden Berichterstatter gedenken, so geschieht es, um einige treffende Bemerkungen Mittermaier's hervorzuheben. Er sprach für die Minderheit des Ausschusses. „Die Minderheit," sagte er, „habe sich das mehr Beispiel Englands und Nordamerika's als das Frankreichs vorgehalten; jede Gewalt, welche dort für Ausnahmsfälle der Regierung eingeräumt werde, wolle auch sie bewilligen; ja sie wolle noch weiter gehen; denn während in England und Nordamerika zur Anwendung dieser Gewalt jedesmal eine vorherige Ermächtigung des gesetzgebenden Körpers nöthig sei, wolle sie dieselbe ohne solche Ermächtigung gestatten, wenn die Regierung dann nur sofort nachträglich die Stände einberufe. Unmöglich aber könne man noch weiter gehen. Die Aufhebung des Gerichtsstandes zu erlauben, heiße mit Gewalt die Achtung vor dem Gesetz vernichten. Der Bürger, der von einem Militärgericht bestraft werde, werde nicht als Schuldiger sondern als Märtyrer gelten. Der Militärbehörde aber das Recht einräumen, diesen Ausnahmsgerichten die Befugniß zu Todesurtheilen zu geben, das heiße die Militärbehörde zum Gesetzgeber machen. Entweder bestimmt das Gesetz schon für gewisse Fälle die Todesstrafe, dann bedürfe es zur Anwendung derselben nicht erst der Erlaubniß der Militärbehörde; oder das Gesetz bestimme sie nicht, welche Umstände könnten es dann rechtfertigen, zu ihrer Anwendung zu ermächtigen?" Mittermaier schloß mit den erschütternden Worten Rudhart's: „Die Gesellschaft möge sich mit allen Waffen gegen die Störer ihrer Ordnung wehren, aber niemals solle sie unter der Maske des Gesetzes morden!"

Waitz als Berichterstatter der Mehrheit, die auf 14 Tage das Recht zu Ausnahmsmaßregeln der Regierung auch ohne Zusammenberufung der Stände geben wollte, zugleich als Mitglied derjenigen Fraktion des Ausschusses, welche die Ausnahmsmaßregeln auch auf Aufhebung des Gerichtsstandes und Verhängung der Todesstrafe ausdehnen wollte, hatte kein rechtes Herz, für seine eigne Meinung zu kämpfen. „Die Gefahr liegt darin," bemerkte er sehr richtig, „daß was zuerst im Interesse der Ordnung geschieht, nachher zur Unterdrückung der Freiheit ausgebeutet wird." Wie daraus aber die Ausdehnung der Ausnahmsmaßregeln zu dem Umfang, wie er es vorschlug, folgen soll, ist schwer ersichtlich. Erklärte er sich doch sogar mit der Suspension der Preßfreiheit grundsätzlich einverstanden und wollte sie bloß deßhalb nicht ausgesprochen haben, weil sie einmal schon in den Grundrechten verboten sei.

In der Entscheidung selbst verwarf die Versammlung die Ausdehnung der Ausnahmsmaßregeln auf Suspension der Preßfreiheit, wie Herr von Vincke beantragte, auf Aufhebung des gesetzlichen Gerichtsstandes und Verhängung der Todesstrafe, wie ein großer Theil des Ausschusses wollte; sie gab das Recht zu Ausnahmsmaßregeln nicht einer einzelnen Behörde, ohne Zustimmung des Gesammtministeriums und ohne Einberufung der Stände, wie Herr von Schmerling vorschlug, sie beschränkte vielmehr die Ausnahmsmaßregeln auf Aufhebung der Bestimmungen über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht, und wenn sie das Recht, dieselben zu ergreifen, auch der Regierung ohne die Stände einräumte, so erhob sie doch die sofortige Berufung der Stände zur Regel, und nur für 14 Tage wollte sie, ohne dieselbe, der Regierung allein das Recht lassen.

*** **Frankfurt**, 3. Febr. Die herzogl. nass. Regierung, die sich allerdings auf landständischen Beschluß bezieht, soll die Gewerbesteuer, die sie auf den Betrieb der Taunuseisenbahn legte, von 10,000 auf 14,000 fl. erhöht haben, was wahrlich keine erfreuliche Kunde für die Aktionäre ist, wenn sie sich wirklich bestätigt. Meines Wissens haben aber weder die großh. hess. noch die Frankfurter Regierung mit einer Gewerbesteuer die Taunuseisenbahn bedacht. Die Frequenz der Frankfurt-Offenbacher Eisenbahn zeichnet sich namentlich in der 4. (Stehwagen-)Klasse derselben aus, denn in derselben fuhren im Januar 46,000 Personen.

*** **Frankfurt**, 3. Febr. Der neue Abgeordnete der Nationalversammlung, Temme aus Münster ist heute hier angekommen. Wie man vernimmt, wird Temme in die Westendhalle eintreten.

* **Wien**, 29. Jan. Aus Graz liefen mannigfache Klagen über vormärzliches Treiben der Behörden ein, seitdem sie das Volk zu fürchten aufgehört. Die geheime Polizei war wieder aufgeblüht, und ihrer Aufsicht unterstanden insbesondere die Hörer der Technik. Der Klerus, der das Land so lange in Verdumpfung niedergehalten, sucht allmälig seinen Einfluß wieder zu gewinnen, zunächst in Veranstaltung von Schullehrerkonferenzen und Zeitungshetzereien gegen die Juden.

Wien, 29. Jan. Verläßliche Privatnachrichten aus Galizien, die uns heute zugegangen, stimmen darin überein, daß die Karpathengrenze — namentlich jene des Kolimoer Kreises — von polnischen Freischaaren, welche durch die Reste der zersprengten ungarischen Korps verstärkt werden, bedroht seien, und man sieht stündlich Einfällen entgegen. Ein Greis von 70 Jahren, der

polnische Obrist Sierowski, welcher sich Kommandant der polnisch-ungarischen Befreiungsarmee nennt, steht an der Spitze dieses Unternehmens, dessen trauriges Ende vorauszusagen unschwer ist, wenn man bedenkt, daß die Gebirgspässe besetzt sind, das Militär kampfgerüstet ist und von dem der Regierung treuen Landvolke unterstützt wird. Die von Szigeth datirten Proklamationen Sierowski's, der sich mit einer Heeresmacht von 8000 Mann ankündigt, blieben wirkungslos und werden den Regierungsorganen in zahlreichen Exemplaren übergeben.

(Ostd. Post.)

Wien, 29. Jan. Laut Anzeige der k. k. Agentie in Bukarest hat die walachische Regierung an der Gränze gegen das österreichische Gebiet Kommissionen zu dem Zwecke eingesetzt, um mittelst genauer und strenger Durchsuchungen zu verhindern, daß weder von Reisenden noch von Kondukteurs der Eilfahrten und von Fuhrleuten, Journale und Druckschriften eingeführt und vor deren Censur vertheilt werden können. (Ostd. Post.)

Wien. Das Ministerium gibt jetzt seine Antwort auf die Weigerung der italienischen Provinzialkongregationen, den Reichstag zu beschicken. Der Lloyd kündigt an, man werde selbst Männer auswählen, die, mit den lombardisch-venetianischen Zuständen vertraut, bei der Gesetzgebung zugezogen werden sollen. Daran knüpft das ministerielle Blatt die Grundzüge der Politik, die man Italien gegenüber einzuhalten gedenkt. Es ist die alte Taktik, die untern Klassen gegen die obern zu gebrauchen, indem man sie durch materielle Erleichterungen an die Regierung zu fesseln sucht. Nachdem man Jahre lang alle Uebergriffe der höhern Klassen und alle Bedrückung der untern geduldet, sucht man jetzt den angeschürten Haß politisch zu nutzen. Daß aus solchem System kein Segen kommt, ist leicht begreiflich, aber auch die bloße Ausführbarkeit unterliegt großem Zweifel, da man ohne Unterstützung und Beistimmung der gebildeten Klassen eines Landes auf die Dauer nicht regieren kann. Die Lombardei ist nicht Galizien. Graf Stadion hat ja wohl in seiner nächsten Nähe die Erfahrung gemacht, daß man in Prag anders regieren muß als in Lemberg, und daß sich Czechen und Deutsche nicht gegeneinander hetzen lassen, wie Polen und Ruthenen.

Wien, 30. Jan. Die gestern allgemein verbreitete Nachricht von der Erstürmung der Festung Leopoldstadt war trotz aller Details, die man dabei erzählte, eine voreilige. Das Belagerungskorps will nicht unnützer Weise durch einen Sturm Mannschaft opfern. Man hofft, der kleinen Festung bloß durch Geschütze Herr zu werden. Der Anstreicher Kopf, aus dem Großherzogthum Baden, ist wegen Theilnahme am bewaffneten Aufruhr kriegsrechtlich zu 10jährigem schwerem Kerker verurtheilt worden.

(Ostd. Post.)

△ **Wien**, 31. Jan. Sollte man es für möglich halten? Das Tagsgespräch bildet schon wieder das rothe Haus, aus welchem gestern nach vier Uhr Nachmittags abermals ein Schuß vernommen wurde, worauf das ganze, drei Höfe umschließende Gebäude bis tief in die Nacht mit Militär umstellt ward und zum vierten oder fünften Mal nach allen Richtungen von oben bis unten durchsucht wurde. Das Gebäude selbst gehört dem Fürsten Esterhazy, dessen Familienbibliothek dort aufgestellt ist; außerdem befindet sich darin eine Reitschule und mehrere hundert Zimmer, zum Theil von den angesehensten Familien bewohnt. Von höheren Offizieren allein wohnen Feldmarschallieutenant Zanini (der gewesene Kriegsminister), Feldmarschallieutenant Lederer (dem man in Pesth die ihrer Zeit berüchtigte Katzenmusik bringen wollte), und Oberst Kellner darin. Die Untersuchungskommission ist in Verzweiflung, daß man ihre Wachsamkeit so zu umgehen weiß, und von dem Gouverneur ist demnächst eine strenge Proklamation gegen den „bösen Geist" und die „böswilligen Buben" zu erwarten. Uebrigens ist der böse Geist leider vorhanden, denn vor einigen Tagen wurden wieder verborgene Waffen — an hundert Stück — bei einem Hausmeister auf der Wieden gefunden. Was die Prorogation oder Auflösung unsers Reichstags betrifft, so wird sie keinesfalls erfolgen, ehe die Ablösungsfrage entschieden ist. Eine ministerielle Ausarbeitung darüber ist bereits vollendet und wird wohl nächstens in Kremsier vorgelegt werden; nach der Entscheidung dieser Frage dürften dann allerdings die mehr als lästigen Interpellanten auseinander geschickt werden, bis man sie wieder braucht — da der Reichstag die Steuern im Oktober wohlweislich nur auf ein halbes Jahr bewilligte! Die satyrische Muse unseres Bauernfeld hat ihn zu einem fünften Akte seines „Großjährig" inspirirt, welcher im Belagerungszustande spielt und sehr witzige Geißelhiebe nach links und rechts, nach oben und unten austheilt. Ob wir ihn auf den Räumen des Burgtheaters sehen werden, bleibt noch dem Ermessen der Belagerungszensur anheimgestellt, welche schwerlich darauf eingehen wird, da das Publikum des Burgtheaters sich unlängst erst, gegen seine sonst durchgängig loyalen Gewohnheiten, zu einer mißliebigen Manifestation hinreißen ließ. Es brach bei der Stelle in Wallensteins Lager: „So lange der Friedland im Lande ist, ist kein Fried' im Land" in einen nicht zu unterdrückenden Beifallssturm aus. Man bezog dies auf die angebliche Ernennung des Fürsten Windischgrätz zum Herzog von Friedland, und solche Gesinnungsäußerungen wirken nicht vortheilhaft auf das polizeilich zugestutzte und täglich seichtere Repertoire des Burgtheaters.

Die kaiserlichen Truppen haben bei Szolnok zwei kleine Schlappen erlitten, doch entstanden sie nur dadurch, daß die Vorposten sich zu weit vorgewagt hatten und weil sie zu schwach waren, sich wieder zurückziehen mußten, um das Gros ihrer Korps zu erwarten. Beide Fälle sind für den Erfolg des Kriegs ganz ohne Bedeutung; ich melde sie nur, damit sie Ihnen nicht durch das Gerücht vergrößert zukommen.

Seit vorgestern befindet sich als außerordentlicher Gesandter von Dänemark Freiherr von Pechlin hier, um den Kaiser zur Thronbesteigung zu beglückwünschen; doch wird er erst im Laufe der nächsten Woche in Ollmütz Audienz erhalten.

19. Armee-Bulletin.

Feldzeugmeister Graf Nugent, welcher sich zur Vertreibung der bei Fünfkirchen zusammengerotteten Rebellen am 25. von Kanischa aus dahin in Marsch setzte, hat am 29. sein Hauptquartier nach Fünfkirchen verlegt, welche Stadt die Rebellen, 4000 Mann mit 10 Geschützen stark, am 26. d. M. verließen und die Richtung gegen Esseg eingeschlagen haben dürften, um sich unter dem Schutz der von den Rebellen besetzten Festung zu sammeln; was ihnen aber nicht gelingen wird, da diese Festung durch die Brigade des Herrn Obersten Van der Null des Gradiskaner Grenzregimentes cernirt ist, und auch Feldzeugmeister Graf Nugent ihnen in dieser Richtung folgen wird. Das Erscheinen der k. k. Armee im Baranyer und Tolnaer Komitate hat die der Regierung feindlichen Elemente vollkommen vernichtet. Wie bereits im 18. Bulletin mitgetheilt worden, hatte die Kavalleriebrigade Ottinger, durch 3 Bataillons Infanterie und 2 Fußbatterien verstärkt, bei Szeglid Position gefaßt. Auf die Kunde, daß die Rebellen beabsichtigen, diese anzugreifen, fand sich Se. Durchlaucht der Herr Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz bewogen, denselben mit allen entbehrlichen Truppen entgegen zu gehen, hoffend, die Rebellen würden eine Schlacht annehmen. Allein auch dießmal wagten sie nicht, es auf ein entscheidendes Zusammentreffen ankommen zu lassen, und nachdem sie diese Verstärkung anrucken sahen, zogen sie sich in Eile, verfolgt von der Brigade Grammont, über die Theiß zurück. Der F.-M.-L. Graf Schlick hat nach der bereits bewirkten Reinigung der Zips nunmehr auch jene des Zempliner Komitats von den Rebellen erzielt und ist hierauf gegen Tokay gerückt, wohin sich die Anhänger Kossuth's von allen Seiten zogen. — Die Avantgarde des F.-M.-L. Schlick unter Major Piattoli stieß am 19. d. bei Szanto auf den Feind und warf selben nach Tokay zurück. Am 21. zeigte eine vorgenommene Rekognoszirung, daß der Gegner sich zurückgezogen und eine ziemlich vortheilhafte Stellung bei Tokay, Tarczal und Kereßtur genommen habe. Am 22. unternahm F.-M.-L. Graf Schlick den allgemeinen Angriff auf diese Position. Der Major Herczmanovsky führte sein braves Bataillon nebst einer Eskadron Kaiser-Chevauxlegers und 4 Geschützen gegen Kereßtur, während F.-M.-L. Graf Schlick mit der Hauptkolonne über Tallya und Mád gegen Tarczal vordrang. Die Brigade Fiedler bildete das erste, die Brigade Pergen das zweite Treffen. Ein dichter Nebel lag auf der Gegend. Der Feind unterhielt ein überaus kräftiges Feuer, da ließ der Korps-Kommandant durch das 3. Bataillon Erzherzog Wilhelm eine links an der Straße liegende Anhöhe erstürmen, während die Chevauxlegers die in der Ebene zurückweichende feindliche Infanterie verfolgte. Unsere Raketen thaten die vortrefflichste Wirkung. Beim zweiten Sturm nahm das 3. Bataillon Erzherzog Wilhelm die Höhe, als der Feind, sich der schimpflichsten List bedienend und Unterwerfung versprechend, nach mittlerweile erhaltener Verstärkung wieder zum Angriffe überging. Zum dritten Male mußte die Höhe, und zwar durch die Kürassiere unter dem Major Gorizutti genommen werden. Mit bewunderungswerthem Ungestüm durchbrachen die braven Reiter zwei feindliche Infanterie-Massen; damit war das Gefecht für uns entschieden. Major Herczmanovsky hatte mittlerweile das Dorf Kereßtur genommen, wurde durch eine fünf- bis sechsfache Uebermacht angefallen, behauptete sich jedoch trotzdem, daß auch auf dieser Seite vom Feinde die schändlichste List angewendet worden war, um unsere Truppen zur Einstellung des Feuers zu bewegen. Hier war es, wo man dem meineidigen Bataillon Prinz von Preußen, das an der Seite der Polenlegion und Abtheilungen von Don Miguel focht, seine Fahne entriß. Der Gegner bezog die Stellung bei Tokay und Kereßtur. Der Feind erlitt beträchtlichen Verlust, namentlich an Todten von der polnischen Legion, von welcher, nach dem begangenen Treubruch, durch die erbitterte Truppe Viele niedergemacht wurden. Leider haben auch wir den Verlust eines ausgezeichneten Offiziers zu betrauern. Als sich in dem Treffen bei Mád eine feindliche Abtheilung unserer Plänklerkette zu sehr näherte, wurde eine halbe Eskadron Kaiser-Chevauxlegers beordert, dieselbe zurückzuwerfen. Rittmeister Baron Böhm, welcher diese Eskadron kommandirte,

ließ es sich nicht nehmen, diese halbe Eskadron selbst anzuführen. Mit Ungestüm warf sich diese Abtheilung, ihren muthvollen Führer an der Spitze, auf den Feind; leider aber traf Rittmeister Böhm eine tödtende Kugel und unterbrach die Heldenlaufbahn des hoffnungsvollen Kriegers. Wien, am 30. Januar 1849. Der Civil- und Militärgouverneur: Welden, Feldmarschall-Lieutenant.

** **Kremsier**, 29. Jan. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die Diskussion über §. 6 der Grundrechte fortgesetzt. Umlauft spricht sich für unbedingte Abschaffung der Todesstrafe aus. Pitteri will nicht blos die Todesstrafe, sondern auch alle andern Strafen, auch die Kerker- und Kettenstrafe abgeschafft wissen, und erörtert unter großer Heiterkeit des Hauses seine Ansicht. Fischhof: Es ergreife ihn eine Bangigkeit, wenn er die 28 Paragraphen der Grundrechte ansehe, er wisse nicht, seien es fromme Wünsche des österreichischen Volkes, oder die Grundsteine der zukünftigen Freiheit dieser Völker. Besonders wehmüthig sei dieses Gefühl beim 2. Abschnitte dieses §. Hier werde die Todesstrafe für politische Verbrechen abgeschafft und draußen das Windischgrätz'sche Amendement angenommen, welches lautet: Politische Verbrecher werden zum Strange verurtheilt und mit Pulver und Blei begnadigt. Es wurde hierauf der Schluß der Debatte beliebt. Manheimer und Hein sprechen als Generalredner. Schuselka stellt darauf den Antrag, im Falle der Beschluß über Abschaffung der Todesstrafe durchgehen sollte, denselben alsogleich Sr. Majestät dem Kaiser zur Sanktion zu unterbreiten. (Wird angenommen.) Rieger als Berichterstatter will, da ihm die schwere Pflicht geworden, für die Beibehaltung der Todesstrafe zu sprechen, nur die Gründe anführen, die den Ausschuß zur Beibehaltung bewogen haben. Zuerst halte der Ausschuß dieselbe für ein Mittel der Abschreckung; er beabsichtige damit mehr nur eine Drohung, indem dem Staate das Recht der Begnadigung bleibe. Der Ausschuß war ferner der Ansicht, daß das Volk die Beibehaltung der Todesstrafe wünsche und die Befürchtung entstünde, daß nach Abschaffung derselben das Volk zur Lynchjustiz seine Zuflucht nehmen werde. Er führt mehrere Provinzen, namentlich Dalmatien an, wo die Blutrache noch gang und gäbe ist; wollte da der Staat den Mord nicht rächen, so würde das Volk selbst Rache an dem Mörder nehmen wollen. Der 1. Absatz des §. wird darauf einstimmig angenommen. Das Amendement zum 2. Absatz: „die Todesstrafe ist abgeschafft," worüber mittelst Kugelung abgestimmt wird, mit 197 gegen 106 Stimmen angenommen. Der 3. Absatz gleichfalls einstimmig angenommen. Es lautet demnach der angenommene §.: „Eine Strafe kann nur durch gerichtlichen Spruch nach einem zur Zeit der strafbaren Handlung schon bestandenen Gesetze verhängt werden. Die Todesstrafe ist abgeschafft. Die Strafen der öffentlichen Arbeit, der öffentlichen Ausstellung, der körperlichen Züchtigung, der Brandmarkung, des bürgerlichen Todes und der Vermögenseinziehung dürfen nicht angewendet werden."

** **Kremsier**, 30. Jan. Bevor in der heutigen Sitzung die Diskussion über §. 7. eröffnet wurde, begründete Schuselka kurz seinen gestern gestellten Dringlichkeitsantrag wegen alsogleicher Unterbreitung des §. 6. zur kaiserlichen Sanktion. An der Diskussion über §. 7. der Grundrechte betheiligen sich Brauner, Stamm und Schmitt; derselbe wird nach kurzer Debatte angenommen. Er lautet: „Das Hausrecht ist unverletzlich. Eine Durchsuchung der Wohnung und der Papiere oder eine Beschlagnahme der letzteren ist über richterliche Verordnung oder über Auftrag des Gemeindevorstehers in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen zuläßig. Die Unverletzlichkeit des Hausrechts ist kein Hinderniß der Verhaftung eines auf frischer That betretenen oder gerichtlich Verfolgten."

§. 8. wurde ohne Diskussion angenommen; er lautet: „Das Briefgeheimniß darf nicht verletzt und die Beschlagnahme von Briefen nur auf Grund eines richterlichen Befehles und nach den Bestimmungen des Gesetzes vorgenommen werden. Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimnisses der der Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind."

§. 9. wird nach kurzer Debatte angenommen; er lautet: „Das Recht der Petition und der Sammlung von Unterschriften auf Petitionen ist unbeschränkt."

Nachdem Borrosch und Ullepitch über §. 10. gesprochen, wird die Sitzung aufgehoben.

Von der österreichischen Grenze, 31. Jan. Man schreibt aus Kremsier, daß der Plan des Ministeriums, eine neue Eintheilung der Monarchie nach Kreisen zu bewirken, den Gegenstand der lebhaftesten Unterhaltungen in den Klubs bilde. Auf diesen Plan einzugehen soll die Linke geneigt sein, während ihm die Rechte auf das Entschiedenste widerstrebt. Die gewöhnlich sehr gut unterrichtete Wiener „Presse" brachte im Laufe dieser Tage eine diesen Gegenstand berührende Notiz und nunmehr wird beigefügt, daß demnächst eine deßfallsige Bekanntmachung erfolgen soll. Die Gruppirung der Parteien wird bezüglich dieses Projektes folgende sein. Die Ultrademokraten werden mit dem Centrum stimmen. Die czechische Rechte, die Polen, die Istrianer, die Tiroler und Dalmatiner werden sich dagegen für die föderative Form mittels Beibehaltung der jetzigen Provinzeintheilung erklären. Es steht zu bezweifeln, daß es dem Ministerium gelingen wird, eine Majorität zu Stande zu bringen. Wenn es aber auch gelänge, so ist nicht einzusehen, in welcher Form der Anschluß der ungarischen Theile bewirkt werden wollte. Von der Vertagung des Reichstags ist es jetzt wieder stiller geworden; die jetzigen Verlegenheiten müssen bedeutend wachsen oder abnehmen, bis zu dieser Maßregel gegriffen wird, die man im ersten Falle mit feinster Manier zu bewirken trachten wird. Im Ganzen schwanken die Entschlüsse des Ministeriums selbst auf den Wogen der Bewegung, welche die Monarchie unausgesetzt von einem Ende zum andern durchzittert. Aus Wien fortwährend Unerfreuliches. Kaum war die Erschießung eines Schneiders, der Waffen verborgen hatte, erfolgt, fiel sogleich darauf und zwar in der Nähe des Exekutionsplatzes selbst ein Schuß auf eine Patrouille. (Leipz. Ztg.)

♉ **Berlin**, 2. Febr. Vorgestern Abend kommt Rodbertus hier an, um dem an ihn gestellten Wunsche gemäß vor der Versammlung der Wahlmänner sich über die Stellung auszusprechen, die er als künftiger Deputirter einnehmen werde. Gestern früh erscheinen schon um sechs Uhr mehrere Konstabler, von einem ihrer Lieutenants geführt, in seiner Wohnung, und zeigen ihm eine schriftliche Verfügung, „Angesichts deren" er sofort Berlin zu verlassen habe. Rodbertus protestirt; er beruft sich darauf, daß er hier seinen eigenen Hausstand habe, daß er durch seinen Eintritt ins Ministerium das Aufenthaltsrecht in Berlin erlangt und niemals darauf verzichtet habe; er erhält die Antwort, er werde als „Fremder" ausgewiesen. Er verlangt, daß man ihm Zeit lasse, bei Wrangel dagegen zu reklamiren; aber Wrangel läßt ihn nicht vor. Der Polizeipräsident Hinkeldey, dem Rodbertus seinen oben erwähnten Protest wiederholt, erkennt die Thatsachen, welche dieser anführt, als richtig an, erklärt aber, nichts weiter helfen zu können; mit ihm zusammen versucht Rodbertus abermals bei Wrangel vorgelassen zu werden — aber zum zweiten Male vergebens. Als der Polizeipräsident sodann in Gegenwart von Zeugen erklärt, er habe Befehl, Rodbertus „mit Gewalt" fortzubringen, wenn er nicht freiwillig gehe, so verzichtet dieser auf fernere Schritte und ist gleich darauf wieder von hier abgereist. Als Hecker und Itzstein ausgewiesen wurden — die Fremden, die Nichtpreußen, da wußten wir, woran wir waren, da war noch Graf Arnim unverantwortlicher Minister eines absoluten Königs, da träumten wir kaum von Rechten und Grundrechten; aber jetzt weist man einen ehemaligen Minister des Königs, einen selbst nach altpreußischem Rechte in Berlin ansäßigen Preußen aus und will uns daneben weiß machen, wir hätten preußische verfassungsmäßige Rechte und vielleicht auch — doch ist das noch nicht so ganz klar — vielleicht auch deutsche Grundrechte. Die Nachricht, die ich Ihnen so eben mitgetheilt habe, wurde gestern Abend in allen Wahlmännerversammlungen bekannt gemacht. Ich brauche wohl nicht weiter den Eindruck zu beschreiben, den sie dort und im Publikum hervorgebracht hat. Im dritten Wahlbezirk hat der Antrag, man solle nach Bernau (an der Stettiner Eisenbahn) fahren und dort Rodbertus hören, nur mit Mühe zurückgewiesen werden können. Die Chancen für Rodbertus sind natürlich dadurch um ein Bedeutendes gestiegen; er hat jetzt in mehr als einem Bezirke günstige Aussichten, die durch den anonymen Angriff, den er in der heutigen Spener'schen Zeitung erfährt, nur noch gesteigert werden können, da an der Beschuldigung, als habe er schriftlich einige seiner Anhänger aufgefordert, den Wahlmännern auf dem Lande mehrere Morgen Landes zu versprechen, kein wahres Wort ist. Im Uebrigen steht es hier noch so, wie ich Ihnen in meinem letzten Brief schrieb. Die Stimmung der Wahlmänner wird immer radikaler. Als gestern Benary im ersten Wahlbezirk gemeint hat, die zweite Kammer müsse bei ihrer

Stellung zur ersten Kammer vorsichtig temporisiren und sie erst dann angreifen, wenn der rechte Moment gekommen wäre und sie sicher sein könnte, auf das Volk rechnen zu dürfen — da hat der Beifall gar nicht enden wollen und die vernünftigen Demokraten, die glücklicherweise in der Majorität sind, haben Mühe gehabt, dagegen aufzukommen.

△ **Berlin**, 3 Febr. An die Stelle des von Hamburg zurückberufenen preußischen Gesandten bei den Hansestädten, Herrn v. Hänlein, ist der Legationsrath v. Kamptz zum bevollmächtigten Minister bei den Hansestädten ernannt worden. Derselbe hat sich bei den Verhandlungen mit Braunschweig und Hannover in Betreff des Zollvereins zuerst auf die vortheilhafteste Weise bekannt gemacht. In Folge dessen wird er, nach Beendigung jener Verhandlungen, in das Ministerium des Auswärtigen berufen, um hier die Zollsachen zu bearbeiten. Als Hr. Camphausen zum Bevollmächtigten bei der Centralgewalt in Frankfurt ernannt worden, wurde er demselben, wie bekannt ist, beigegeben. Von der Fähigkeit des Mannes steht zu erwarten, daß er seinen schwierigen und bedeutenden Posten mit Einsicht verwalten wird. An seine Stelle im Ministerium des Auswärtigen tritt der gegenwärtige preußische Generalkonsul in Antwerpen, Hr. Philipsborn.

Die Arbeiten für die Sitzungshäuser unserer beiden Kammern werden mit der begonnenen Lebhaftigkeit fortgesetzt, d. h. bei Tag und bei Nacht. Dieselben nehmen denn in der That auch den rüstigsten Fortgang. Für die zweite Kammer ist, wie bekannt, das ehemalige Hardenbergsche Palais auf dem Dönhofsplatze bestimmt, doch, da dieses selbst nur Platz für die Bureaux und Abtheilungen enthält, so möchte der Sitzungssaal in dem Garten des Palastes von Grund aus neu aufgeführt werden. Die Arbeit begann mitten im Winter und ist jetzt so weit vorgerückt, daß man das Gebäude morgen unter Dach zu bringen und nächster Tage den Tapezier einziehen zu sehen hofft. Um die Feuchtigkeit der neuen Wände zu entfernen und unschädlich zu machen, werden die inneren Wände mit Porzellankacheln überdeckt; auf diese erst soll die Tapetenkleidung gelegt werden. Nach dem Urtheil der Sachverständigen wird durch diese Einrichtung jede Gefahr für die Gesundheit entfernt.

Unter den Gesetzentwürfen, welche die Regierung den Kammern vorlegen wird, befindet sich bekanntlich auch ein Gesetzentwurf wegen Einführung einer Einkommensteuer. Wir erfahren, daß diese Steuer von einem Einkommen, welches 300 Thlr. beträgt, erhoben werden soll, und zwar unter Prozentansätzen, die von 3 bis zu 5 vom Hundert steigen. Mit 1000 Thlr. Einkommen beginnt der Satz von 3½ Proz., mit 10,000 Thlr. der höchste Satz von 5 Proz. Bei einem Einkommen von weniger als 300 Thlrn. wird die Klassensteuer beibehalten oder eingeführt werden; in größern Städten jedoch (über 300,000 Einwohner), wo die Erhebung der Klassensteuer bei den unvermögenden Klassen besondere Schwierigkeiten machen würde, soll neben der Einkommensteuer auch eine, wenngleich niedrige, Verbrauchssteuer bestehen bleiben: so daß also die vermögenderen Klassen beide Steuern (wovon aber die eine sehr gering ist), die ärmeren Klassen nur die letztere geringere Verbrauchssteuer zu zahlen hätten. Die Erleichterung, welche hierdurch den nothleidenden Klassen gewährt wird, muß den wohlhabenderen Klassen ein Antrieb sein, die auf sie fallende höhere Steuer mit frohem Willen zu tragen. Wir sehen in dieser Bestimmung eine Anbahnung zur Lösung der sozialen Frage. Ein zweiter Gesetzentwurf, welcher den Kammern vorgelegt werden wird, betrifft die Aufhebung der Grundsteuerbefreiung, und zwar hat die Regierung die Absicht, hierbei dem unter dem Ministerum Camphausen der Nationalversammlung vorgelegten Entwurfe, welcher die Bülow-Cummerow'sche Partei so sehr in Harnisch brachte, stehen zu bleiben. Ein dritter Gesetzentwurf bezweckt die Herbeiführung einer gleichmäßigen Grundsteuervertheilung. Es sollen zu diesem Ende ganz nach der Art, wie es in der Rheinprovinz der Fall ist, die östlichen Provinzen vermessen und die Grundstücke in einen Kataster verzeichnet werden. Auf diese genauen Ermittelungen wird dann die Vertheilung der Steuersätze erfolgen. Diese Vorlage ist neu. Die Wichtigkeit von allen drei erwähnten Vorlagen braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden.

⁎⁎⁎ **Köln**, 1. Feb. Für die zweite Kammer wurden von den meistens demokratischen Wahlmännern fast beständig die Namen Raveaux und Kyll als Kandidaten genannt, während für die erste Kammer v. Wittgenstein gewählt werden dürfte. Inzwischen wird doch unser berühmtes Volksfest, der Karneval, trotz aller Noth der schweren Zeit und aller Zeit der schweren Noth, gefeiert werden, indem eine bedeutende Zahl eingefleischter Faschingsfreunde das Fest in diesem Jahre um keinen Preis wollte fallen lassen und weder Anstrengungen noch Kosten scheute. Unsere heitere Rheinstadt, welche von der Cholera gänzlich verschont blieb, wird jetzt auf andere Weise heimgesucht. Es sind nämlich schon seit einigen Wochen sehr beunruhigende Todesfälle durch die sogenannten „schwarzen Pocken" vorgekommen, welche, im höchsten Grade ansteckend, bei weiterer Verbreitung große Trauer über unsere Stadt bringen dürften. Möge es den bereits ergriffenen Maßregeln gelingen, dies zu verhindern!

* **München**, 1. Febr. Die Kammer der Reichsräthe hat heute ihre Adresse dem König durch eine Deputation überreicht. Sie ist dem Entwurfe gleichlautend, der vom Grafen Armansperg verfaßt und in geheimer Sitzung berathen wurde. Die Stellen, welche die deutsche Frage betreffen, haben wir bereits mitgetheilt.

München, 1. Febr. Diesen Mittag war zum ersten Male Empfang der Abgeordneten bei II. MM. dem König und der Königin; gegen 90 Mitglieder der zweiten Kammer waren dabei erschienen. Aus einer immer gut unterrichteten Quelle vernehme ich eben, daß unsere Regierung auf den Vorschlag der preußischen Regierung, in deren bekannter Note vom 23. Januar, bereits eingegangen ist und einen eigenen Bevollmächtigten nach Frankfurt senden wird. Der Wortlaut der preußischen Note war indessen unserer Regierung bekannt, bevor sie in Berlin erlassen wurde; daß auch noch andere deutsche Regierungen von derselben Kenntniß hatten, möchte keinem Zweifel unterliegen. Im Publikum hier hat der Inhalt der Note einen ziemlich guten Eindruck gemacht und man schöpft neue Hoffnungen auf das glückliche Gelingen des deutschen Einigungswerkes. (Nürnb. Korresp.)

┼ **München**, 3. Febr. In der heutigen Sitzung wurde nach kurzer Debatte die Wahl des Abg. Dr. Morgenstern für giltig erklärt, und dessen sofortige Einberufung beschlossen. Der Antrag des Abg. v. Scheuerl, auch die Wahl der Ersatzmänner für ungiltig zu erklären, wurde mit 61 gegen 52 Stimmen angenommen und sofort die Anordnung einer neuen Wahl der Ersatzmänner im Bezirke Fürth von der Majorität gegen 20 Stimmen beschlossen. Der Präsident stellte bezüglich der noch fehlenden Abgeordneten Christmann und Reichhard aus der Pfalz, deren Erklärungen, in die Kammer nicht eintreten zu wollen, mittlerweile eingetroffen sind, den Antrag, für Christmann den Ersatzmann Jordan einzuberufen, dagegen für den Bezirk Speyer eine neue Wahl anzuordnen. Am Schlusse beantragt der Abgeordnete Stockinger die Berathung des Adreßentwurfes in der öffentlichen Sitzung unter allen Bedingungen. Nächsten Montag beginnt die Adreßdebatte.

÷ **Stuttgart**, 1. Feb. Die gestrige Sitzung bot abermals eine Reihe jener trostlos langweiligen Debatten, die aus der Mücke einen Elephanten machen und unter einem Schwall von unnöthiger Beredsamkeit die wenigen gesunden Gedanken begraben, die hier und dort zum Vorschein kommen. Unterstützung zu wissenschaftlichen Reisen, Staatsstipendien, öffentliche Bibliothek, Münz-, Kunst- und Naturalienkabinet, Kunstschule, Katharinenstift — alle Ansätze wurden zuvörderst summarisch und in Bausch und Bogen bewilligt, und dann hinterher dort um einen Gulden und hier um einen Kreuzer gefeilscht, bis die steigende Ungeduld der Kammer den gewissenhaften Redner übertäubte. Zwei ganze Stunden lang wurde über ein Gehalt von 250 fl. debattirt, welches ein pensionirter Beamter, allerdings wunderbar genug, für die Verwaltung desselben Amtes bezieht, von welchem er mit Pension entlassen ist. Ich will Sie mit den Details nicht weiter behelligen. Auch aus der heutigen Kammersitzung führe ich nur an, daß der Kriegsminister zwei wichtige Gesetzentwürfe einbrachte; der erste betrifft die von der Nationalversammlung beschlossene Erhöhung des Truppenkontingents auf 2 pCt. der Bevölkerung, der zweite hebt vom 1. April d. J. die Stellvertretung beim Militär und die gesetzliche Befreiung der Söhne der Standesherrn von der Militärpflicht auf.

Stuttgart, 3. Febr. Der Reichstagsabgeordnete Gfrörer zeigt im D. V. Bl. an, daß er den 1. Febr. dem Reichstage eine Masse von Adressen aus Schwaben, welche einstimmig gegen ein preußisches Kaiserthum protestiren und ein Reichsoberhaupt aus dem Hause Oesterreich verlangen, übergeben habe. Es sind deren 148. (Schw. M.)

§ **Leipzig**, 3. Febr. Durch die preußische Cirkularnote werden jetzt die Gemüther fast mehr beschäftigt, als durch die Verhandlungen unsrer Kammern. Im Grunde erwarten alle Parteien vom Ministerium sowohl als von den Kammern weder Gutes noch Schlimmes, denn zum einen wie zum andern gebricht es an Kraft. Es ist wohl sonst noch nie vorgekommen, daß eine Kammer Alles thut, um ihre Geringschätzung gegen eine Regierung an den Tag zu legen, und daß sie das gepeinigte Ministerium, da es doch im Amte bleiben zu wollen erklärt, dafür mit Bravorufen und Händeklatschen empfängt. Auch das ist eigenthümlich, daß der Minister v. d. Pfordten sich auf seine deutsche Gesinnung beruft, ohne diese mit der zu befolgenden Politik in eine nähere und verständliche Verbindung zu bringen. Während nicht nur Sachsen, sondern ganz Deutschland seine vorzugsweise sächsisch-bairische Richtung kennt, ist doch eine solche gemüthliche Aeußerung höchst ungenügend. Ueber die preußische Note lautet das Urtheil sehr verschieden; gelobt wird sie hier — in Dresden soll es anders sein — fast von allen Parteien. Die Konstitutionellen glauben, daß man damit endlich zur Klarheit kommen und einen festen Boden gewinnen werde, auf den dann mit Sicherheit gebaut werden könne; die Demokraten halten sich an die Rücksicht gegen Oesterreich und die Ablehnung der Kaiserwürde; in Dresden scheint man einzusehen, daß die Oesterreich und den übrigen deutschen Regierungen zugemuthete Erklärung auf die Note sehr unbequem sein würde, wenn man hauptsächlich den Zweck hat, die Sachen so lange als möglich unerledigt zu lassen.

*** **Leipzig**, 3. Febr. Als gestern Abend in der Versammlung des deutschen Vereins die Ueberbringer der Vertrauens-Adresse an das Ministerium über ihre Mission Bericht erstatteten, richtete Prof. Mommsen an sie die Frage, ob sich der Minister v. d. Pfordten auch wohl in befriedigender Weise über die deutsche Frage gegen sie geäußert habe? Für den deutschen Verein, das glaube er, sei zu vollem Vertrauen nur dann Grund vorhanden, wenn das sächsische Ministerium jeden Partikularismus fahren lasse und nicht in Worten, sondern in Thaten sich deutsch zeige. Zur Beruhigung des Fragenden theilte einer der Deputirten mit, daß namentlich in Bezug auf die Publikation der Grundrechte v. d. Pfordten sich sehr befriedigend ausgesprochen habe, und daß man nach seinen Mittheilungen dieselbe in den allernächsten Tagen zu erwarten habe. Das gab dem Vorsitzenden, Dr. Göschen, Anlaß, den Verein aufzufordern, für den Fall einer unbedingten Publikation der Grundrechte eine würdige Feier zu veranstalten. Dieß stehe den deutschen Vereinen, den kräftigsten Trägern der deutschen Sache in Sachsen, wohl vor allen Dingen an. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Konstanz, 31. Jan. Der Redakteur der Seeblätter, Lelour, von welchem berichtet worden war, er habe sich nach der Schweiz geflüchtet, ist wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Nationalversammlung am 21. Jan. hier verhaftet worden. Das Oberhofgericht zu Mannheim hat ihn wegen dieser Verbrechen zu sechs Monaten Festungsstrafe verurtheilt. (N. Fr. Z.)

⅄ **Kassel**, 2. Febr. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ist endlich der Gegenstand einer halbjährlichen Bewegung unsres ganzen Landes erledigt und den politischen Reformen unsres Staatslebens Grundlage und Abschluß gegeben worden. Die Kammer hat das neue Wahlgesez mit 35 gegen 11 Stimmen angenommen. Mehrere Umstände hatten dazu beigetragen, das lang gewünschte Ergebniß herbeizuführen. Als bei der ersten Lesung die Vertheidiger des Gesetzes warnten, durch Verwerfung desselben das Ansehn des Ministeriums zu schwächen und vielleicht eine Krisis herbeizuführen, blieben die Gegner bei der hartnäckigsten Verneinung jeder solchen Möglichkeit. Die letzte Woche hat sie nun über die Richtigkeit der Erinnerung thatsächlich belehren müssen. Als die Grundrechte publizirt wurden, verkündete die demokratische Partei, jetzt könne das ganze Wahlgesetz mit einfacher Stimmenmehrheit revidirt werden, die Verwerfung der Vorlage habe also gar kein Bedenken. Jedoch die Ständeversammlung faßte den Beschluß, daß nach §. 7 der Grundrechte nur der Adel zu entfernen sei, alle andern Bestimmungen aber die verfassungsmäßige Mehrheit haben müßten. Ein Theil der Ritterschaft und der bäuerlichen Deputirten halten endlich von dem neuen Wahlgesetze ein unverhältnißmäßiges Vorwiegen der städtischen Interessen gefürchtet: die Regierung aber veranlaßte statistische Aufnahmen, welche das Ergebniß lieferten, daß unter 48 Wahlbezirken 30 in den Händen einer ackerbauenden Majorität sein werden. Das Ministerium hatte, nachdem am 21. Dezember sich eine dem Gesetze feindliche Majorität gezeigt, von allen Seiten Vertrauensadressen erhalten, als deren letzter Abschluß der Beschluß der Stände in der letzten Kabinetskrisis sich geltend machte; niemand mochte mehr einen ernstlichen Angriff gegen dasselbe erheben; ein ehrenwerther Abgeordneter sprach sogar die Hoffnung aus, es werde der Regierung selbst nicht unangenehm sein, wenn man gegen das Gesetz stimme; kurz, der Ausschuß der zweiten Lesung hatte seine vollen Früchte getragen. Das Land hat in der That Ursache, mit dem Ergebniß zufrieden zu sein; in den allgemeinen Wahlen sind vielleicht fünf Prozent der dreißigjährigen Männer vom Wahlrechte ausgeschlossen, das sogenannte konservative Element wird in einer Klasse von höchstbesteuerten Wählern gesucht, deren Steuersatz in einigen Bezirken bis zu 2 Thalern monatlicher Steuer hinabgeht. Wenn man irgendwo Besorgnisse über die Wirkungen des Gesetzes hegen wollte, so wäre dazu wahrlich nicht auf der demokratischen Seite der Platz.

† **Kassel**, 3. Febr. Meinem gestrigen kurzen Referat in Betreff der Annahme des Wahlgesetzes füge ich noch Folgendes hinzu. Nach dem Ausschußbericht, den der Abgeordnete v. Sybel erstattete, waren Adressen von Ortsbürgern aus 294 Gemeinden für die Annahme, gegen dieselbe aus 109 Gemeinden Adressen eingegangen. Freilich gaben die Abgeordneten Bayrhoffer und Winkelblech sich alle mögliche Mühe, solche Adressen und Petitionen als ganz irrelevant darzustellen, insbesondere behaupteten sie, daß die große Zahl der für das Gesetz sich aussprechenden Petitionen nur „den Umtrieben der neuen Hessischen Zeitung" ihre Entstehung verdanke; Bayrhoffer wollte sogar Unterschleifen und Fälschungen auf die Spur gekommen sein. Allerdings kommt der „Neuen Hessischen Zeitung" ein bedeutender Antheil an dem Siege zu und mit Recht meinte Hr. v. Sybel, der verantwortliche Redakteur und Herausgeber, Fr. Oetker, selbst Mitglied der Kammer, werde keine Veranlassung haben, mit Verdächtigungen von jener Seite unzufrieden zu sein.

Nach der Publikation des neuen Wahlgesetzes wird höchst wahrscheinlich die Auflösung des jetzigen Landtags und die Anordnung neuer Wahlen alsbald erfolgen, falls es nicht das Ministerium für nothwendig halten wird, wegen der Dringlichkeit des Gegenstandes den versammelten Ständen noch schleunigst einen Gesetzentwurf über die Stellung und Verantwortlichkeit der Minister vorzulegen. Die traurigen Differenzen der jüngsten Tage zwischen dem Fürsten und dem Ministerium haben auf die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes abermals recht deutlich hingewiesen, die Neue Hessische Zeitung hat den Gegenstand seit vielen Monaten und häufig in Anregung gebracht, der Abgeordnete Oetker hat schon Anfang Dezember einen deßhalbigen Antrag bei den Ständen gestellt, der hiesige Bürgerverein hat vor wenigen Tagen aufs Dringendste um ein solches Gesetz petitionirt und Herr Oberappellationsrath B. W. Pfeiffer, der genaueste Kenner unserer früheren öffentlichen Zustände, vielfach das unsägliche Elend entwickelt, das aus dem Mangel eines derartigen Gesetzes für das Land erwachsen ist. Der baldige Erlaß des Gesetzes ist bei uns, bewandten Umständen nach, auch im Interesse der Minister selbst eine absolute Nothwendigkeit.

Von Interesse ist noch der vom Deputirten Henkel bei den Ständen gestellte Antrag: „Die Ständeversammlung möge laut und offen aussprechen, es sei Pflicht der Reichsversammlung, die österreichischen Abgeordneten zum Austritt aufzufordern, und, im Falle der Austritt nicht erfolge, deren Stimmen bei den Abstimmungen nicht mehr mitzuzählen." Zur Motivirung nahm der Antragsteller auf die übereinstimmenden Erklärungen der österreichischen Abgeordneten, der österreichischen Regierung und des österreichischen Reichstags, wornach sich Oesterreich zur Zeit noch nicht in den deutschen Bundesstaat begeben wolle, Bezug; er führte ferner die perfide Politik der österreichischen Regierung und die Vereinigung der Abgeordneten mit der republikanischen Partei an, durch welche letztere die Abstimmung in der Oberhauptsfrage ein so klägliches Resultat geliefert habe ꝛc.

△ **Darmstadt**, 3. Febr. Unsere zweite Kammer beschäftigte sich heute mit dem Gesetzesentwurf, welcher die Vermehrung unserer Truppen auf 2 Prozent der Bevölkerung und die Aufhebung der als Staatsanstalt bestehenden Stellvertretung im Militärdienste betrifft. Es darf nicht geleugnet werden, daß der Entwurf nicht zu den populären bei uns gehört; die Staatsausgaben, welche damit in Verbindung stehen und welche man an

mehr als 900,000 Gulden anschlägt, würden schwer auf unser ohnedies schon überbürdetes Büdget drücken. Abgesehen hiervon lag bei der sehr großen Mehrheit der Kammer die entschiedenste Neigung vor, den Beschlüssen der Nationalversammlung und der Centralgewalt ungeschmälerte Folge zu geben, und die Ausführungen der Abgeordneten Heldmann, Zitz und Mohr, welche zum Zweck hatten, die Fundamente einer bezügigen Verpflichtung überhaupt in Frage zu stellen, fanden selbst bei diesen kritischen Umständen kein besonderes Gehör. Der Ausschuß hatte beantragt, dem Gesetzentwurfe Folge zu geben. Außerdem hatten sich zur Vertheidigung desselben der großherzogliche Ministerpräsident Jaup und der großherzogliche Oberauditeur Hoffmann eingefunden. Abgeordneter Heldmann sprach zuerst von der Tribüne gegen den Entwurf. Er wollte ihn einfach abgelehnt. Abgeordneter Glaubrech verhielt sich im Sinne der angeführten öffentlichen Stimmung mehr vermittelnd. Bei Heldmann standen Zitz, Mohr und Behlen. Zitz und Mohr wollten motivirte Tagesordnung; Behlen hatte für den Fall, daß dieser Antrag durchfiele, den weiteren gestellt, die Berathung und Abstimmung über den Gesetzesentwurf bis zur Vorlage des Berichts über den Kostenpunkt auszusetzen. Man hatte schon längere Zeit diskutirt und namentlich auch der großh. Ministerpräsident Jaup, wie früher Reh, Wernher u. A., für den Gesetzesentwurf und zu Gunsten der Autorität der Centralgewalt mit Wärme gesprochen, als der Schluß der Berathung verlangt, deren Fortsetzung aber von der Kammer mit 27 gegen 16 Stimmen beschlossen wurde. Endlich gelangte man zur Abstimmung über die Sache selbst. Heldmanns einfache Tagesordnung blieb, als nicht unterstützt, auf sich beruhen, Mohrs und Zitzs motivirte Tagesordnung wurde mit 36 gegen 7 Stimmen, Behlens eventueller Antrag mit 32 gegen 11 Stimmen abgelehnt, dagegen Rehs Antrag, auf eine spezielle Berathung des großherzoglichen Entwurfs zu verzichten, mit 31 gegen 12 Stimmen, und sein weiterer Antrag, den Gesetzes-Entwurf, wie er vorliege, anzunehmen, mit 35 gegen 8 Stimmen genehmigt. Glaubrech wollte noch der Annahme des Gesetzes zwei Bedingungen beigefügt. Die erste: daß die Staatsregierung vorerst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf das Dringendste bei der deutschen Centralgewalt dahin wirke, daß die Anordnung wegen Vermehrung des stehenden Heeres auf 2 pCt. entweder zurückgenommen oder wenigstens mit Berücksichtigung der Kräfte der einzelnen Staaten wesentlich modifizirt werde. Die zweite: daß das Gesetz nicht eher zur Ausführung gebracht werde, bis die vorstehend erwähnte dringende und energische Vermittelung sich als durchaus erfolglos dargestellt habe. Die erste Bedingung nahm die Kammer mit der schwachen Majorität von 23 gegen 20 Stimmen an; die zweite lehnte sie ab mit 29 gegen 14 Stimmen.

♉ **Schleswig**, 30. Jan. Ohne Zweifel wird unsere Landesversammlung sich für den Krieg erklären. Man ließ sich einen Waffenstillstand gefallen aus wärmster Anhänglichkeit an der großen Sache Deutschlands. Die Forderungen einer tief gekränkten Ehre wurden mit aller Anstrengung niedergekämpft. Beim Abschluß des Friedens wird man aber diesen schmerzlich empfundenen Forderungen um so entschiedener genügen wollen, als sich die Bevölkerung Schleswig-Holsteins jetzt einstimmig und bestimmt für die Forsetzung des Kriegs ausspricht. Man will nichts mehr zu schaffen haben mit dem Ueberbleibsel einer ehemaligen Nation, deren Ansprüche jetzt überall über ihre wirklichen Umstände hinausgehen. Ueberhaupt will man im Lande nichts mehr von Adressen, Petitionen und dem ganzen papiernen Trödel der Diplomaten hören. „Recht muß doch Recht bleiben", heißt es allgemein. „Und unser Recht ist durchaus licht und klar! So laßt es denn in Gottes Namen zu Entscheidungstagen kommen, wie der 22. Juli 1227 bei Börnhöved einer war. Unsere Vorfahren unter Adolph IV. sollen uns nicht umsonst ein leuchtendes Vorbild gegeben haben!" Man hat hier erfahren, daß auch einige schleswig-holsteinische Abgeordnete der Nationalversammlung gegen einen erblichen Kaiser gestimmt haben. Sie haben ihren Wählern dadurch keine Freude bereitet.

♉ **Schleswig**, 1. Febr. Die Zeit der Zweifel und der Rücksichten ist vorüber! Unsere Landesversammlung hat sich gestern einstimmig für den Krieg erklärt! Die Inkorporationslust der Dänen veranlaßte am 24. März v. J. die Erhebung der Herzogthümer; dieselbe Inkorporationslust tritt wieder bei den Friedensverhandlungen auf und wird eine noch einmüthigere und kräftigere Erhebung zur Folge haben. Einstimmig beschloß gestern die Landesversammlung eine Eingabe an Se. kais. Hoheit den Reichsverweser, worin es am Schlusse heißt: „Wir dürfen nicht schließen, ohne die Versicherung hinzuzufügen, daß wir, so viel an uns liegt, bereit sein werden, die Anbahnung eines billigen und annehmbaren Friedens nach Kräften zu erleichtern und daß wir hierbei der Zustimmung des Landes versichert sind. Zugleich aber können wir die Versicherung erneuern, daß, falls ein annehmbarer Friede in nächster Zukunft nicht sollte herbeigeführt werden können, das Land durch die That beweisen wird, daß es bereit ist, mit den größten Opfern und Anstrengungen sich für die Erneuerung des Krieges zu rüsten." Einstimmig beschloß sie ferner ein Schreiben an die gemeinsame Regierung, was schließlich lautet: „Die Landesversammlung trägt deshalb darauf an, daß mit aller Anstrengung die ausgedehntesten Rüstungen vorgenommen werden mögen; und indem sie im Voraus ihre Bereitwilligkeit ausspricht, jede zu diesem Behufe erforderliche Summe zu bewilligen, ersucht sie die gemeinsame Regierung, baldthunlichst über die Deckung des Mehrbedarfs der Versammlung Vorschläge machen zu wollen, damit diese Angelegenheit noch während der gegenwärtigen Berathung des Budgets erledigt werden kann." Außerdem wird jetzt die Volksbewaffnung rasch betrieben, und sehr gefördert durch die allgemein feststehende Ueberzeugung, daß die Dänen die Stimme der Gerechtigkeit nie hören werden.

Das Cirkular Preußens vom 28. Jan. ist hier in diesen Tagen bekannt geworden. Das ganze große Register der Sünden, die man in der Einheitsfrage Deutschlands begangen, wird jetzt täglich weiter abgerollt werden! (?)

Großbritannien.

* **London**, 1. Febr. Die letzte Woche vor Eröffnung des Parlaments war die große Woche der Parteimeetings, der Zweckessen, der „parlamentarischen Diners". Letztere wurden unter andern gestern Abend von Lord John Russell einer zahlreichen, aus Unterhausmitgliedern bestehenden Gesellschaft gegeben, wobei der Minister mehrere Stellen aus der im Laufe des heutigen Tages zu haltenden Thronrede vorlas. Ferner von dem Marquis von Lansdowne, als Konseilspräsidenten, einem zahlreichen Zirkel von ministeriellgesinnten Mitgliedern des Oberhauses, wobei ebenfalls die Thronrede gelesen wurde u. s. w. Auch Lady J. Russell gab am gestrigen Abend eine Soiree. Inzwischen sind die Männer der Gegenpartei nicht müßig. Lord Stanley, als Haupt der Opposition im Hause der Lords, hatte gestern Abend eine Zahl angesehener Männer seiner Partei zu einem großen politischen „entertainment" in seine Wohnung auf St. James Square geladen. Zu seinen Gästen gehörten die Herzoge von Richmond, Beaufort, Montrose, Newcastle, der Marquis von Salisbury, die Grafen von Winchelsea, Essex, Malmesbury, Eglinton, Enniskillen, Viscount Strangford, die Lords Redesdale, Southampton und Andere. Die Times bemerkt in einem launigen Artikel über diese politischen Zweckessen zum Schluß: „Im Ganzen sind wir geneigt, denjenigen unserer Mitbürger Glück zu wünschen, welche weder protektionistische Peers, noch protektionistische Mitglieder des Unterhauses, weder Minister, noch ministerielle hacks, weder Peeliten, noch Manchesterer (Freihändler) sind. Sie werden weit gemüthlicher zu Hause speisen und alle Staatsgeheimnisse frühzeitig genug aus den Zeitungen erfahren."

Die „Times" vom obigen Datum bringt bereits eine lange Beschreibung des gestern in Manchester gehaltenen Riesen-Zweckessens zu Ehren „der großen Thatsache der endlichen Beseitigung der Korngesetze". In den ungeheueren Räumen der Freihandelshalle speisten an den verschiedenen Tafeln 2020 Personen. An den acht Tafeln der Vicepräsidenten 158, und an einer etwas erhöhten Tafel 70 ausgezeichnete Gäste, worunter Cobden, Villiers, Bright, Gibson und andere Parlamentsmitglieder. Auf den Gallerien waren 700 Zuschauer gegenwärtig. Nachdem man die Erfrischungen (die als ziemlich mager geschildert werden, Wein wurde nur gegen besondere Bezahlung verabreicht) in einiger Hast hinuntergeschlungen, der Vorsitzende, Herr Wilson, einige Toaste gebracht und einige einleitende Worte gesprochen, begannen die durchschnittlich mit donnerndem Beifall aufgenommenen Reden der Herren Villiers, Cobden, des Obersten Thompson, des Quäkers und Baumwollspinners Bright u. s. w. Man muß aber gestehen, daß diese Reden wenig oder nichts Neues enthielten, was man nicht früher von denselben Rednern bei ähnlichen Gelegenheiten eben so gut gehört hat und im Parlament,

wenn auch in minder vertraulicher und populärer Form, doch auch ohne Zweifel in tieferer und gründlicherer Auffassung, wieder hören wird. An etwas weit getriebenen Lobeserhebungen auf die nun glücklich vollbrachte Aufhebung der Korngesetze, „eine der größten Revolutionen (wie der Präsident Wilson sagte), welche je in der Politik Großbritanniens durchgesetzt worden," fehlte es wie natürlich nicht; man könnte eine Umwälzung in dem Kirchen- und Schulwesen Englands, welches so vielfach einer Reform bedürfte, nicht mit begeisterteren Worten preisen. Freilich sind die Freihändler gewohnt, die Aufhebung der Korngesetze nur als den ersten Sieg einer Reihe von Reformsiegen anzusehen. Zum Schlusse beantragte der Vorsitzende drei Lebehochs für „die bevorstehende gute Zeit", welche dann auch stehend von der ganzen Versammlung auf's enthusiastischste ausgebracht wurden; sodann hielt Hr. G. Thompson die Grabrede auf die am Tage vorher erloschenen Korngesetze. Diese große Demonstration der Politiker von Manchester war freilich diesmal von doppelter Bedeutung, da, wie es heißt, die Protektionisten beabsichtigen, den Versuch zur Einführung eines neuen, auch niedrigen doch festen Getreidezolls zu beantragen. Liberale Blätter heben das ganz Unstaatsmännische eines solchen Antrages, wenn man ihn wirklich im Sinne haben sollte, mit der Bemerkung hervor, es sei unerhört in England, daß eine durch Parlamentsbeschluß abgeschaffte Einrichtung je wieder eingeführt oder einzuführen versucht worden wäre.

* **London**, 2. Febr. Gestern wurde das Parlament nach den gewöhnlichen Winterferien durch die Königin in Person, deren Thronrede sofort auf Anlaß der Adresseberathung in beiden Häusern zu lebhaften Debatten führte, wieder eröffnet. Die Thronrede wie das Nähere über diese Sitzung findet man in der Beilage.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 22. Jan. Die vielbesprochene Trennung der ruthenischen und galizischen Bestandtheile ist nun, wie es scheint, vollzogen. Zufolge Erlasses des hohen Ministeriums des Innern, vom 15. Nov. 1848, sind die galizischen Kreise Wadowitz, Bochnia, Sandec, Jaslo, Tarnow und Rzeszow, der zu Krakau bestehenden k. k. Gubernialkommission in der Art zugetheilt worden, daß dieselbe in Zukunft die politische Geschäftsverwaltung jenes Gebietes nach dem Wirkungskreise des k. k. Landesguberniums, mit Ausnahme einiger dem letzteren vorbehaltenen Gegenstände, unter Aufsicht und Kontrole des galizischen Landesgouverneurs zu versehen haben wird. Die hiernach erweiterte Wirksamkeit der Krakauer k. k. Gubernialkommission wird mit dem 1. Februar 1849 ihren Anfang nehmen. (Oestr. Post.)

Agram, 24. Jan. Der *serbische Patriarch* Rajachich hat eine aus Vertrauensmännern der Serben bestehende Kommission für den 12. Februar nach Semlin einberufen, welche die Verfassung der Wojwodschaft auszuarbeiten und der demnächst abzuhaltenden serbischen Nationalversammlung zu unterbreiten haben wird. (C. Bl. a. B.)

Schweiz.

+ **Zürich**, 1. Febr. Das „Zuger'sche Kantonsblatt" bringt in seiner letzten Nummer einen neuen Beleg, zu welchen Unwürdigkeiten die gepriesene Metternich'sche Staatskunst ihre Zuflucht zu nehmen sich nicht scheute, sobald nur ein momentaner Vortheil davon zu erwarten stand. Als nämlich Zug die Transportkosten für seinen Antheil an den von Oesterreich erhaltenen Gewehren zahlen sollte, wünschte es zu vernehmen, auf welche Weise eigentlich jene Gewehre ins Land gekommen, — und bei dieser Gelegenheit legte Schwyz ein Schreiben des österreichischen Gesandten von Kaisersfeld vom 16 Juni 1847 vor, in welchem derselbe den Sonderbundsständen anzeigt, der Kaiser habe ihr Gesuch um ein Geschenk von 3000 Flinten bewilligt, der Bezug aber erscheine durch die Umstände und im Interesse der Kantone als *in der Form eines simulirten Kaufes* zu bewerkstelligen geboten! Der *Bundesrath* hat bekanntlich in seiner Sitzung vom 27. Jan. Maßregeln gegen die deutschen Flüchtlinge getroffen; wenn wir nun mit denselben auch einverstanden sind, so können wir uns doch schwer das Pathos erklären, mit welchem die „N. Z. Z." diesen Beschluß begrüßt. Sie wissen, mit welchem Hohne dieses Blatt das Verlangen der Centralgewalt, die Grenzpolizei besser handzuhaben, aufnahm und verspottete; jetzt, da diesem Verlangen entsprochen wird, erinnert es mit hochtrabenden Phrasen an die Worte zweier Großrathspräsidenten (von Zürich und von Bern), die demjenigen Kantone, der sich durch eidgenössische Gesinnung auszeichne, das Prädikat des moralischen Vorortes geben; — Bern und Zürich sollen also auf dieser würdigsten Arena eidgenössischer Tugenden miteinander wetteifern; — und um was handelt es sich bei alledem? Um ein paar einfache Polizeimaßregeln gegen ein paar mittel- und einflußlose deutsche Flüchtlinge. **Du sublime au ridicule il n'y a qu'un pas!** Im Gegensatze zu der sich mehr und mehr Bahn brechenden Ansicht der deutschen Schweiz, daß es für dieselbe denn doch das Gerathenste sein dürfte, mit Deutschland gute Nachbarschaft zu pflegen und die Neutralität aufrichtig und in guten Treuen handzuhaben, äußert der „Republ. ticin." sehr ketzerische Meinungen über die letztere. Er gibt, im Hinblick auf den bevorstehenden italienischen Krieg, allerdings zu, daß die Schweiz neutral bleiben müsse; „aber nur als Staat", setzt er hinzu, — einer oder mehrere Bürger können die Neutralität nicht beeinträchtigen." Der Staat soll also ruhig die Hände in den Schooß legen und zusehen, was dieser eine oder diese mehreren Bürger zu unternehmen für gut finden? Das ist aber nicht die Ansicht eines einzelnen obskuren Blattes; so denkt die ganze radikale Bevölkerung Tessins, so denkt vor allem auch der tessinische Staatsrath. Woher aber diese beispiellose *Unverschämtheit*? Denn wir können jenes Verhalten nicht anders qualifiziren, weil wir überzeugt sind, daß im Falle der Noth die Tessiner nicht durch Thaten ihren Worten Kraft geben, ja daß ein paar Kompagnien österreichischer Kerntruppen hinreichen würden, die worttapfern Herren so gut über den M. Cenere zu jagen, wie sie von den „maledetti Urani" im Sonderbundsfeldzuge vom Gotthard bis nach Bellenz gejagt worden sind. Die Unverschämtheit rührt daher, daß man weiß, die Eidgenossenschaft, die nach der Erhebung Mailands und der Lombardei so schnöde mit dem Rücken angesehen wurde, könne im Falle der Noth den Kanton Tessin nicht im Stiche lassen. Das ist eben das Verächtliche in der Sache; man überläßt sich blindlings seinen Sympathien (besonders da, wo dieselben überdieß noch mit dem Privatvortheil Hand in Hand gehen), nicht aber in der Absicht, mit Gut und Blut dafür einzustehen, sondern nur um die Eidgenossenschaft in einen Kampf zu verwickeln, der ihren höchsten Interessen schnurstracks entgegenläuft. Am Schlusse des angezogenen Artikels aus dem „Rep." kritisirt derselbe die bisherige Verfahrungsweise der schweizerischen Bundesbehörden mit den Worten, „man könne neutral sein, ohne sich zugleich als ungerecht, grausam und verächtlich zu erweisen." Die Bundesbehörden haben jedenfalls alle Ursache, den Kanton Tessin nicht aus den Augen zu verlieren.

In *Neuenburg* ist durch die energischen Maßregeln der Regierung die Ruhe wieder hergestellt, die *gleichzeitig* an mehren Punkten des Kantons, und deshalb wohl nicht ohne vorhergegangene Verabredung, gestört wurde; es ist begreiflich, daß die erbitterte radikale Partei die härtesten Maßregeln gegen die Besiegten verlangt; die Art und Weise, wie die Royalisten sich früher an ihren politischen Gegnern, namentlich im Jahr 1831, zu rächen pflegten, konnte keine anderen Früchte tragen; — man verlangt also, daß die aufrührerischen Gemeinden vollständig entwaffnet, und auf ihre eigenen Kosten militärisch besetzt werden. Am größten ist die Erbitterung in Locle; nicht allein sind daselbst die meisten Verhaftungen vorgenommen, sondern der Präfekt daselbst hat auch eine Proklamation erlassen, die, wenn nicht eine Mystifikation dahintersteckt, an Lächerlichkeit ihres Gleichen sucht; — unter den Quellen der letzten Ruhestörungen wird als eine der hervorragendsten derselben das Tragen von Adlern, von preußischen Farben, schwarz und weißen Schnüren und dergleichen bezeichnet, — lauter Gegenstände, höchst geeignet, um Zank und Hader zu stiften; — ganz besonders aber werden die wachstuchenen Mützen der öffentlichen Verachtung preisgegeben, nicht als wenn solche an sich verächtlich wären, sondern weil sie schon mehrmals Tumulte und Schlägereien hervorgerufen. — Ganz die Wiederholung der Freischärlerkappen-Verfolgung in Luzern während der Freischaarenzüge, nur daß man dort wenigstens so viel guten Geschmack besaß, die Sachen brevi manu abzumachen, statt dieselben offiziell an die große Glocke zu hängen. — Hr. Druey hat bekanntlich das Privilegium, bei Banketten und ähnlichen Gelegenheiten Extravaganzen zu begehen, ohne daß dieselben seinem Rufe als tüchtiger, praktischer Staatsmann sonderlichen Eintrag thäten; vor einem halben Jahre ließ er in Lausanne die Lumpen leben, und behauptete, in den Zuchthäusern säßen ebenso honette Leute wie an gegenwärtiger Tafel; jetzt erklärte er sich bei einem Bankette ebendaselbst für einen „Anhänger der permanenten Revolution, des

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 5. Februar. Konstituirende Versammlung der freien Stadt.) Prag (Arad in den Händen der Magyaren.) Berlin (Das Ministerium und der Belagerungszustand. Gesetz über die Presse, Vereinigungs- und Versammlungsrechte. Konsul nach Spanien.) Schleswig (Ausschuß der Landesversammlung wegen der preußischen Note. Finanzen.)

Großbritannien. London (Eröffnung des Parlaments. Thronrede der Königin. Geringe Majorität der Minister im Oberhaus.)

Frankreich. Paris (Die Manifeste des Ministers. Enthüllungen der Gazette des Tribunaux. Mittheilungen des Moniteur und der Patrie. Anschuldigungen der demokratischen Blätter. Der National. Die Liberté im Elysée national verboten. Die Nationalversammlung.)

Oesterreich. Monarchie. Semlin (Niederlagen der Magyaren. Kis. Stratimirovic.)

Ungarn. (Abermaliger Rückzug der Magyaren.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 5. Februar.

Tagesordnung der 161. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten.
2) Ergänzungswahl eines Mitgliedes in den volkswirthschaftlichen Ausschuß.
3) Berathung des vom Abgeordneten Schubert aus Königsberg Namens des völkerrechtlichen Ausschusses erstatteten Berichts über die definitive Feststellung der Demarkationslinie im Großherzogthum Posen.

Präsident Ed. Simson eröffnet die Sitzung 9½ Uhr Vormittags. Als neue Mitglieder werden angemeldet Herr Temme aus Münster (Bravo von der Linken) und Herr Nagel aus Bahlingen. Nachdem darauf vom Vorsitzenden eine frühere Angabe über einen Flottenbeitrag aus Oberbaiern berichtigt worden, trägt Herr Hehner aus Wiesbaden die Anfrage an das Reichsministerium des Innern und des Kriegs vor, was die Rückgabe der bei Gelegenheit der Frankfurter Septemberereignisse abgeforderten Waffen an ihre Eigenthümer hindere und ob und aus welchen Gründen die seit eben jener Zeit herrührende Besetzung der Stadt Höchst mit Reichstruppen noch länger fortdauern solle.

Herr Nauwerck aus Berlin ruft das Reichsministerium des Innern wegen der in den Zeitungen mitgetheilten Nachricht an, daß an einem Einspruche der königl. preuß. Regierung die Vereinigung des Herzogthums Anhalt-Bernburg mit den übrigen anhaltischen Ländern gescheitert sei. Ueber die Nauwerck'sche Anfrage wird die Antwort vertagt.

Der Präsident des Reichsministeriums, Herr v. Gagern, besteigt hingegen die Tribüne zur Beantwortung der Anrufung des Herrn Martiny aus Friedland wegen Beeinträchtigung des Vereins- und Versammlungsrechts in preußisch Minden. Wir übergeben, was Herr v. Gagern zur Bezeichnung des Falles sagt, auf den sich die Martiny'sche Interpellation stützt, um nur den mit lautem Bravo! aufgenommenen Schluß seiner Erklärung hervorzuheben, nach welchem sich das Reichsministerium zu einem unmittelbaren Einschreiten nur dann veranlaßt findet, wenn die Beschwerden, wegen deren seine Hilfe in Anspruch genommen wird, bereits fruchtlos an die betreffenden Landesbehörden gerichtet wurden.

Der Reichskriegsminister, Herr v. Peucker, beantwortet die Anrufungen der Herren Fehrenbach, Würth und Hehner in folgender Weise:

Auf die Fehrenbach'sche Anfrage: „In Erwägung 1) daß durch übereinstimmende Erklärungen der lokalen Regierungsbehörden und der betreffenden oberen militärischen Befehlshaber das Verbleiben der königlich würtembergischen Brigade im badischen Oberlande zur Unterstützung der für die Ueberwachung so ausgedehnter Grenztrakte nicht ausreichenden großherzoglich badischen Truppen zur Zeit noch als unerläßlich bezeichnet und ausdrücklich im allgemeinen Landesinteresse gefordert wird; 2) daß nach eingegangenen amtlichen Berichten die aufregenden Bewegungen längs der Grenze nicht ab-, sondern gegentheils weiter zugenommen haben; 3) daß im Laufe des Monat Januar an mehreren Orten auf Schildwachen der Reichstruppen, ja am 15. Januar einige Stunden von Freiburg selbst auf einen vorüberfahrenden Eisenbahnzug scharf geschossen und bei letzterer Gelegenheit einem in einem Wagen sitzenden Gensd'arme den Fuß zerschmettert, und hierdurch der Beweis geliefert worden ist, daß eine beruhigte Stimmung in jenen Landestheilen noch nicht überall eingetreten sei; — kann die Centralgewalt in Erfüllung ihrer Pflicht die Zurückziehung der verhältnißmäßig nicht bedeutenden und schon durch Beurlaubung so weit als möglich verminderten königlich würtembergischen Brigade aus dem badischen Oberlande zur Zeit noch nicht verfügen."

Auf die Anfrage Herrn Würths bemerkt der Herr Minister, die Räumung des Fürstenthums Sigmaringen von Reichstruppen sei gegen seine Voraussetzung auf dem Wege des militärischen Instanzenzuges verzögert, seit dem Tage aber um den es sich handle, ohne Zweifel bewirkt worden.

Auf die Hehner'sche Anfrage wege der zurückgehaltenen Waffen: „Das Reichskriegsministerium hat im Einverständnisse mit dem Reichsminister des Innern bereits vor einem Monate das Oberkommando der hiesigen Reichstruppen ermächtigt, die in Folge der Septemberereignisse abgelieferten Waffen ihren Besitzern mit Ausnahme derjenigen, welche von der Untersuchungskommission als der Theilnahme an jenen Ereignissen verdächtig oder angeschuldigt bezeichnet werden, zurückzugeben. Das Oberkommando hat sich mit Bevollmächtigten der betreffenden Regierungen demnach ohne Verzug in Verbindung gesetzt, und wenn die Rückgabe zur Zeit noch nicht erfolgt ist, so liegt der Grund davon in dem Umstand, daß die Verzeichnisse der Angeschuldigten nun erst von der Frankfurter Untersuchungskommission vorgelegt worden sind, u. daß die Hersendung der in Mainz deponirt gewesenen Waffen, vermöge der Unterbrechung der Verbindung mit Mainz durch Eisgang, eine Verzögerung erlitten hat. Es ist indeß am 31. Januar den Bevollmächtigten von neuem in Erinnerung gebracht worden, daß nach Eingang der betreffenden Verzeichnisse der Rückgabe der Waffen an die hierzu Berechtigten kein Hinderniß im Wege stehe."

Desgleichen wegen der Besetzung von Höchst:

„Die Reichstruppen in Frankfurt sind zum Schutze der Reichsversammlung zusammengezogen. Für die Erfüllung dieses Zweckes ist die Besetzung der wichtigsten Punkte der Umgebung Frankfurts eine militärisch gebotene Nothwendigkeit. Unter dieser Umgebung nimmt Höchst eine sehr beachtenswerthe Stellung ein. Das Reichskriegsministerium muß daher Höchst, dessen Garnison bereits auf ein Minimum von einer Kompagnie verringert worden ist, so lang besetzt lassen, als der vorhin gedachte Zweck überhaupt noch vorhanden ist."

Der dringende Antrag, welchen Herr Fehrenbach hierauf wegen der Truppenaufstellung im badischen Oberland an die Versammlung richtet, wird auf den Ausschußweg verwiesen. Herr Würth erneuert nach obiger Erklärung des Kriegsministeriums sofort seinen früheren Antrag auf Zurückziehung der würtembergischen Reichstruppen aus Hohenzollern-Sigmaringen.

Für die Präsidentenwahl sind soeben die Stimmzettel eingefordert worden und Herr Kirchgeßner beginnt mit dem Verlesen der Namen, als auf der linken Seite des Hauses eine Bewegung entsteht. Eine Anzahl von Mitgliedern erhebt sich unter Zuruf und Beifallklatschen von den Plätzen und während der größere Theil des Hauses verwundert die Ursache des Vorgangs wahrzunehmen sucht, wird Herr Temme in die Mitte seiner Partei genossen eingeführt, die ihn mit jenen Zeichen lebhafter Theilnahme begrüßen.

Der erste Umsturz der Wahlurnen ergibt unter 400 Abstimmenden für Herrn Ed. Simson aus Königsberg 261 Stimmen. Auf die Herren Schüler von Jena sind 89, Edel von Würzburg 28, auf Heinrich Simon 9, auf Kirchgeßner 6 Stimmen gefallen, die übrigen vereinzelt. Herr Kirchgeßner verkündet daher Herrn Eduard Simson als Präsidenten der Nationalversammlung auf die Zeit des nächsten Monats. Allgemeiner Beifall, worauf Herr Simson folgenden Worte an die Versammlung richtet:

Meine Herren, ich übernehme das Amt, zu dem Sie mich abermals haben berufen wollen, in dem dankbaren Gefühl bewährten Vertrauens auf die ausdauernde Unterstützung aller Seiten dieses hohen Hauses und mit dem festen Entschlusse, es nach allen meinen Kräften im Interesse dieser Gesammtheit zu handhaben. Auch die zweite Hälfte unserer Hauptaufgabe ist inzwischen in ihrer ersten Lesung beendet worden. Der mäßige Zwischenraum, den wir bis zu der zweiten durch eine Reihe andrer zum Theil kaum minder wichtigen Berathungen ausfüllen werden, wird sicherlich von allen Seiten dazu benutzt werden, um endlich das gemeinsame Ziel friedlich zu erreichen, (Bravo!) nach welchem die Nation in immer erneuter Anstrengung gerungen hat, und

wahrlich nicht vergebens gerungen haben darf. (Beifall.) Die Wege zu diesem Ziele geben sich jetzt, meine ich, deutlicher zu erkennen als jemals; sie werden sich hoffentlich auch geebneter erweisen als hier und da bis daher geglaubt sein mag. Und in dem Angesichte dieses nahen Zieles, meine Herren, da scheint mir — ich denke, ich darf wagen, es auszusprechen — der Zwiespalt der Meinungen, unter deren Antrieb und Einfluß diese Arbeit begonnen und fortgeführt worden, dürfte täglich mehr an Berechtigung verlieren. (Zustimmung im Hause.) Der Vollendung so nah, meine Herren, da sollten wir — und das ist der Wunsch, mit dem ich schließe — da sollten wir das alte Wort des Homerischen Helden auch unter uns zur Wahrheit werden lassen: Daß nichts darauf ankomme, ob die Vögel von rechts oder links fliegen, und daß es nur ein Wahrzeichen gebe: des Vaterlandes Errettung. (Anhaltendes allseitiges Bravorufen und Händeklatschen.)

Für die Wahl eines ersten Stellvertreters des Präsidenten sind 410 Stimmen eingegangen, wovon 214 auf Hrn. Wilh. Hartwig Beseler aus Schleswig — darneben auf Schüler von Jena 101, auf Edel 29, auf Kirchgeßner 10, auf von Mühlfeldt und Temme je 7 Stimmen 2c. gefallen sind. Der demnach zum ersten Vicepräsidenten ernannte Herr Beseler ist wegen Unwohlseins im Hause nicht zugegen.

Die Stimmenmehrheit von 270 unter 343 erklärt sich bei der dritten Wahl für Herrn Kirchgeßner aus Würzburg. Der Genannte tritt sein Amt mit Dank und mit der Bitte um Nachsicht an, indem er ausspricht, daß er sich bewußt ist an Interesse für das große Werk der Versammlung Keinem nachzustehen.

Der Tagesordnung gemäß werden hierauf noch die Wahlzettel zur Ergänzung des volkswirthschaftlichen Ausschusses eingefordert, dann soll die Berathung über den Bericht Schuberts aus Königsberg

über die endgiltige Feststellung der Abgrenzungslinie im Großherzogthum Posen

eröffnet werden. Das Erachten des völkerrechtlichen Ausschusses lautet dahin, daß die vom Reichskommissär v. Schäffer-Bernstein festgestellte Abgrenzungslinie auf Grund des Beschlusses vom 27. Juli genehmigt werde.

Von den fünf in Bezug auf den Gegenstand eingebrachten Anträgen sind zwei präjudizirlich und gehen auf eine Vertagung der Berathung. Dagegen will Hr. Osterrath aus Danzig die jetzt festgesetzte Linie noch nicht genehmigen, sondern die Angelegenheit der Centralgewalt zurückgeben, damit über die Einverleibung von ganz Posen in den deutschen Bundesstaat verhandelt werde. Hr. Ahrens aus Salzgitter beantragt ebenfalls, daß die Wünsche der übrigbleibenden Bevölkerung eingeholt werden möchten, ob die abgetrennten Theile nicht den Zutritt zum deutschen Bundesstaate vorziehen würden. Der Antrag Wigard's und Genossen endlich verlangt die Tagesordnung über den Ausschußbericht.

Für die Verschiebung der Berathung spricht Herr Ludwig Simon von Trier: Der Bericht des Ausschusses sei erst gestern Mittag und zum Theil sogar erst gestern Nachmittag an die Mitglieder vertheilt worden, so daß keine hinreichende Zeit zur Prüfung und Vorberathung eines so wichtigen Gegenstandes geblieben.

Präsident Simson: Wenn somit zwischen der Vertheilung des Berichts und der heutigen Berathung darüber nicht wenigstens 24 Stunden liegen, so bedarf es keiner weiteren Begründung des Vertagungsantrags. Ich spreche vielmehr die Aufschiebung der Berathung über die polnische Abgrenzungsfrage hiermit selbst aus, indem ich sie auf die morgende Tagesordnung verweise.

Die heutige Sitzung schließt hierauf, — nachdem noch verkündigt worden ist, daß die Ergänzungswahl für den volkswirthschaftlichen Ausschuß auf Hern Ad. v. Zerzog aus Regensburg gefallen — schon 12½ Uhr Mittags.

□ **Frankfurt**, 3. Febr. Die heutige Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt, eröffnete ein dringlicher Antrag eines Mitgliedes aus Oberrad, die Versammlung wolle hohem Senate die schleunigste Kasernirung der auf den Ortschaften einquartirten Reichstruppen auf das Dringlichste empfehlen. Die Motivirung trug etwas starke Farben auf, indem sie bei Fortdauer der Einquartierung für die betroffenen Orte Oberrad, Niederrad und Bornheim nichts weniger als eine förmliche Hungersnoth in Aussicht stellte; dennoch aber sind die Lasten, welche jene Einquartierung den Landgemeinden auferlegt, nicht zu verkennen und im Hinblick darauf, daß für die Stadtgemeinde schon seit längerer Zeit die Kasernirung durchgeführt sei, beschloß die Versammlung einstimmig, sich den Antrag ihres Mitgliedes anzueignen. Eine fast unüberwindliche Schwierigkeit dürfte indeß wohl aus dem Mangel an geeigneten Räumlichkeiten erwachsen, da doch schwerlich von der Erbauung eigener Kasernen für vorübergehende Zwecke die Rede sein kann. Ein zweiter als dringlich bezeichneter Antrag eines Mitgliedes aus Niederrad, die Klassificirung des Steuersatzes von liegenden Gütern betreffend, genoß nicht die Ehre der sofortigen Debatte, sondern wurde, da er eine wesentliche Aenderung der ganzen Steuergesetzgebung bedingt, zuförderst an die Budgetkommission verwiesen. Herr Dr. Reinganum sprach, nachdem er im Eingange sich dem bereits in der Deutschen Zeitung angeregten Wunsche angeschlossen, daß man verhältnißmäßige Kleinigkeiten nicht mit zu großer Gründlichkeit verhandeln möge, mit großer Gründlichkeit über die Frage, ob der Antrag passender der Budgetkommission oder einem andern Ausschusse übergeben werde? In einer trefflichen, gediegenen und umfassenden Arbeit legte darauf Dr. Goldschmidt den Bericht über das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vor. Im Wesentlichen bieten die betreffenden Bestimmungen der Grundrechte den Inhalt dieses Gesetzes, es weicht nur da von der grundrechtlichen Fassung ab, wo es erläuternd und ergänzend auftritt, da es von der Ansicht ausgeht, daß die Grundrechte nur das Minimum des zu Gewährenden enthalten. Die 12 Paragraphen wurden, nachdem ein mehrseitig unterstützter Antrag, von jeder Debatte den Druck des umfassenden Gesetzes zu veranstalten, durch die Bemerkung beseitigt war, daß dasselbe, im Ganzen nur als eine Wiederholung und Umschreibung der jedem Einzelnen längst zugänglich gewesenen Grundrechte sich darstelle, rasch hinter einander und ohne irgend erhebliche Diskussion, ganz in der von der Kommission ihnen gegebenen Fassung, einstimmig votirt, nur daß Dr. Reinganum, der vor Kurzem, wahrscheinlich in der Mannheimer Abendzeitung oder in einem anderen glaubwürdigen Blatt, eine Geschichte gelesen haben wollte, wie man einem Bürger in Weinheim eine Kaution von 10,000 fl. auferlegt, einen Zusatz-Passus beantragte und durchsetzte, welcher dem Richter, der nach dem Vorigen schon die Kaution „angemessen zu bestimmen hat," die Auflegung „übermäßiger" Kautionen sehr überflüßiger Weise noch einmal ausdrücklich untersagt, sowie, nachdem im Vorigen die Entlassung gegen Kaution überhaupt gestattet worden, eben so überflüssig die Zulässigkeit einer Spezies der Kaution, der kuratorischen, nochmals ausdrücklich ausspricht. Wir hatten übrigens bei dieser Gelegenheit, als der Redner den Ausdruck eines unserer früheren Berichte zitirte, die Genugthuung zu bemerken, daß Hr. Dr. Reinganum ein Leser der Deutschen Zeitung ist. (Schl. f.)

Prag, 1. Febr. Berichte aus Kroatien melden, daß die Festung Arad den Magyaren in die Hände gefallen sei. Der kaiserliche Festungskommandant Berger ist auf grausame Weise von ihnen gemordet worden. (Leipz. 3.)

△ **Berlin**, 2. Febr. Die vielerlei Gerüchte von der nahe bevorstehenden Aufhebung des Belagerungszustandes sind ungegründet. Wir vernehmen vielmehr aus guter Quelle, daß das Staatsministerium die jetzigen Zustände noch nicht für so gefahrlos erachtet, um jene Aufhebung ohne Weiteres zu gestatten. Die öffentliche Meinung stimmt jedenfalls damit überein, daß vor der Emanirung eines die Mißbräuche des Vereinigungs- und Versammlungsrechts, sowie die Mißbräuche der Presse beschränkenden Gesetzes, die Aufhebung des Belagerungszustandes für die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährlich sein würde. Es fragte sich also nur, ob das Staatsministerium selbst diese Gesetze erlassen wollte, oder ob es die Berathung derselben durch die Kammern für nothwendig erachten würde. Das Staatsministerium hat sich für das Letztere entschieden; es hat geglaubt, diese, die unmittelbarsten Interessen des Staatsbürgers berührenden Gesetze, nicht auf eigene Verantwortlichkeit, wenn auch unter der Bedingung nachträglicher Genehmigung durch die Kammern, erlassen zu dürfen. Wenn man hier einwendet, das Ministerium habe ja auch andere organische Gesetze selbstständig erlassen, wie z. B. die Gesetze über die Organisation des Gerichtswesens und die Einführung der Geschworenen, so liegt in diesem Falle die Sache doch anders. In diesem Falle geschah die Ausarbeitung der Gesetze auf bereits

anerkannten Grundlagen; es waren zugleich Reformen, welche mit der öffentlichen Meinung in vollkommenster Uebereinstimmung standen. Schon bei der Einführung der Gemeindeordnung hat das Ministerium nicht selbstständig vorzugehen gewagt, obgleich, dem fast übereinstimmenden Urtheil nach, die Durchführung einer freieren Gemeindeverfassung, als sie der Manteuffel'sche Entwurf beabsichtigt, kaum möglich ist. Um so mehr scheinen die Bedenken des Ministeriums gerechtfertigt zu sein, wenn es sich, wie in dem vorliegenden Falle, um die **Beschränkung** bereits bestehender Freiheiten handelt, um Beschränkungen freilich, die das Staatsinteresse nothwendig erheischt, die aber auch durch das Votum der Kammern unterstützt sein müssen, um die gehörige **moralische** Geltung zu haben. Nur wenn man die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin ohne den Erlaß eines Preßgesetzes und eines die Vereinigungsmißbräuche verhindernden Gesetzes für möglich, d. h. für **nicht staatsgefährlich** hält, können unserer Ansicht nach die Motive, welche das Ministerium zur Verlängerung des Belagerungszustandes veranlassen, verworfen werden. Es ist hierbei jedoch nochmals zu erwähnen, daß das Ministerium selbst vor die Kammern zu treten und seine Maßregeln zu rechtfertigen beabsichtigt *). Die umfassende Thätigkeit des Handelsministers v. d. **Heydt** wendet sich nunmehr, nachdem zunächstliegende Bedürfnisse einigermaßen befriedigt sind, auch den auswärtigen Handelsverhältnissen zu. Namentlich wird der Handel mit Spanien, der schon mehrmals Gegenstand der Berathung in der Nationalversammlung und dem vereinigten Landtage war, ins Auge gefaßt. Wir vernehmen in dieser Beziehung, daß **in kurzem ein Konsul oder Generalkonsul nach Spanien abgehen soll.**

× **Schleswig**, 1. Febr. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung trug Professor Olshausen darauf an, einen Ausschuß niederzusetzen, um die preußische Circularnote vom 23. Januar hinsichtlich der Schleswig betreffenden Stelle sorgfältig zu prüfen. Der Antrag ward fast einstimmig angenommen. Zu Mitgliedern wurden die Herren Reventlow-Preetz, Neergard, Prehn, Kamphöevener, Th. Olshausen, Wiggers, Walemann, Prof. Olshausen und Dr. Lorenzen erwählt. Der Departementschef der Justiz ermahnte die Versammlung, ihre Berathungen zu beschleunigen, um allen Konflikten vorzubeugen. Als der Abgeordnete Neegard bemerkte, daß doch nur die Art der Thätigkeit der Versammlug nicht die Dauer derselben möglicher Weise Konflikte herbeiführen könne, meinte der Minister, daß auch schon mit Rücksicht auf die Zeit die Möglichkeit von Konflikten vorhanden sei. Das Budget wird in sechs Sektionen berathen, welche bereits heute Abend ihre Sitzungen beginnen. Unsere Finanzen stehen günstig. Der Ausfall des vorigen Jahres beträgt im Ganzen 5 Millionen Mark. In Kopenhagen sieht es mit den Finanzen schlimmer aus. Und wie soll es erst werden, wenn die Dänen ihre Rüstungen auf dem Fuße betreiben wollten, wie die mit 26,000 Unterschriften bedeckte Adresse von Blahnfeld, Dahlerer und Genossen verlangt? Wißt Ihr denn nicht, sagt Fädrelandet, daß das vorjährige Heer von 40,000 Mann (mit Inbegriff der Seeleute) einen größeren Quotentheil der Bevölkerung Dänemarks ausmachte, als Frankreich selbst 1793 erreicht hat, wo seine Bevölkerung, wie es heißt, in Masse aufstand und gegen halb Europa kämpfte? Haben wir nicht damals schon Klagen genug über Mangel an Arbeitskräften, besonders auf dem Lande, vernommen? Und nun wollt ihr noch, außer der 1½fachen Verstärkung der regulären Armee, alle männlichen Landbewohner unter 60 Jahren zum Landsturm aufbieten? Wer soll dann die Felder bebauen und dem Heere Nahrung geben? Fädrelandet tadelt die Besetzung von Alsen als einen Bruch des Waffenstillstandes und den Aufstand in Nordschleswig als unüberlegt. Was die Hülfsmittel anlangt, können die Herzogthümer sich getrost mit den Dänen messen, und an Muth werden wir uns nicht beschämen lassen!

Großbritannien.

* **London**, 1. Febr. Am heutigen Tage trat das Parlament unter den Gebräuchen und Festlichkeiten, wie sie hergebracht sind, wenn die Königin das Parlament in Person eröffnet, wieder zusammen. Die Ankunft der Königin am Parlamentshause, etwa zwanzig Minuten nach 2 Uhr, wurde durch Kanonendonner der Hauptstadt Englands angezeigt; dem Eintritt selbst gingen Trompetenstöße voraus. Prinz Albert führte die Königin auf den Thron, und ließ sich sodann zu deren Linken nieder. Der alte Wellington trug das Reichsschwert. Die Königin las mit klarer und fester Stimme folgende Rede ab:

„Meine Lords und Herren!

Da die Zeit gekommen ist, zu welcher die Geschäfte des Parlaments gewöhnlich wieder aufgenommen werden, so habe ich Sie zur Erfüllung Ihrer wichtigsten Pflichten zusammenberufen. Es ist mir erfreulich, Ihnen mittheilen zu können, daß sowohl im Norden als im Süden Europa's die streitenden Parteien über die Einstellung der Feindseligkeiten übereingekommen sind, um Friedensunterhandlungen einzuleiten. Die auf der Insel Sicilien stattgefundenen Feindseligkeiten waren von so empörenden Umständen begleitet, daß die britischen und französischen Admirale aus Gründen der Menschlichkeit genöthigt waren, dazwischen zu treten und fernerem Blutvergießen Einhalt zu thun. Ich habe die dadurch gewonnene Zwischenzeit benutzt, um, im Vereine mit Frankreich, dem Könige von Neapel einen Vorschlag zu machen, der darauf berechnet ist, die Angelegenheiten Siciliens dauernd zu ordnen. Die Unterhandlungen über diesen Gegenstand sind noch schwebend. Es war mein eifriges Bemühen, den verschiedenen streitenden Mächten meine guten Rathschläge anzubieten, um die Ausdehnung des Kriegsunglückes zu verhindern und den Grundstein zu einem ehrenhaften und dauernden Frieden zu legen. Es ist mein stäter Wunsch, mit allen fremden Staaten die freundlichsten Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Sobald es die Interessen des öffentlichen Dienstes erlauben werden, werde ich anordnen, daß die hierauf bezüglichen Papiere Ihnen vorgelegt werden sollen. Eine Rebellion furchtbarer Art ist im Pendschab ausgebrochen und der Generalgouverneur von Indien sah sich genöthigt, zur Aufrechthaltung des Friedens im Lande eine ansehnliche Macht zu versammeln, welche jetzt in militärischen Operationen gegen die Insurgenten begriffen ist. Aber die Ruhe von britisch Indien ist durch diese nicht herausgeforderten Unruhen nicht gestört worden. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit abermals auf die Beschränkungen, welche dem Handel durch die Schifffahrtsgesetze aufgelegt sind. Wenn Sie finden sollten, daß diese Gesetze im Ganzen oder theilweise für die Aufrechthaltung unserer Seemacht nicht nöthig sind, während sie Handel und Industrie lähmen, so werden Sie es ohne Zweifel für Recht halten, ihre Bestimmungen zu **widerrufen oder abzuändern.**"

„Meine Herren vom Hause der Gemeinen!

Ich habe angeordnet, daß die Voranschläge für den öffentlichen Dienst Ihnen vorgelegt werden; sie werden mit der sorgfältigsten Berücksichtigung weiser Sparsamkeit entworfen sein. Der gegenwärtige Standpunkt der Geschäfte hat es mir möglich gemacht, bedeutende Verminderungen in den Voranschlägen des letzten Jahres eintreten zu lassen."

„Meine Lords und Herren!

Ich bemerke mit Vergnügen, daß dieser Theil des vereinigten Königreiches ruhig geblieben ist unter den Erschütterungen, welche so manche Theile Europa's zerrüttet haben. Der Aufstand in Irland wurde nicht wieder erneuert; aber ein Geist der Unzufriedenheit besteht noch immer, und ich bin zu meinem großen Leidwesen gezwungen, für eine kurze Zeit um die fernere Bewilligung der Gewalten nachzusuchen, welche Sie in der letzten Session für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe für nöthig erachteten. Es gewährt mir Vergnügen zu sagen, daß der Handel von den Unfällen sich erholt, welche ich bei dem Anfange der letzten Session zu beklagen hatte. Die Lage der Manufakturdistrikte ist ebenfalls aufmunternder, als sie es für für eine beträchtliche Zeit gewesen. Auch ist es erfreulich für mich, zu bemerken, daß der Stand der Einkünfte sich fortschreitend bessert. Ich muß jedoch beklagen, daß eine andere Mißernte der Kartoffeln sehr große Noth in einigen Theilen Irlands hervorgebracht hat. — Die Wirksamkeit der Gesetze für die Unterstützung der Armen Irlands wird geeignetermaßen ein Gegenstand Ihrer Untersuchung sein, und irgendwelche Maßregeln, durch welche diese Gesetze auf wohlthätige Weise abgeändert werden können, werden meine herzliche Zustimmung erhalten. Mit Stolz und Dank gedenke ich des loyalen Sinnes meines Volkes und jener Anhänglichkeit an unsere Institutionen, welche es während einer Periode kommerzieller Schwierigkeiten, mangelhafter Produktion des Lebensunterhaltes und politischen Umsturzes beseelt haben. — Ich richte meine Blicke auf den Allmächtigen, daß er uns günstig sei für unsern weitern Fortschritt, und ich vertraue, daß Sie mir beistehen werden in der Aufrechthaltung unserer Verfassung, welche auf die Prinzipien der Freiheit und der Gerechtigkeit begründet ist."

Im Oberhause beantragte der Lord Bruce die Dankadresse an die Königin. Lord Stanley schlug, vom Standpunkt der protektionistischen Opposition, ein Amendement vor, welches mit 52 gegen 50 Stimmen, also nur mit der Mehrheit von 2 Stimmen für die Minister, verworfen wurde. Hierüber wie über die Adreßdebatten im Unterhause Näheres morgen.

Frankreich.

* **Paris**, 2. Febr. Die Journale füllen sich mit entgegengesetzten Beweisführungen. Die amtlichen und ministeriellen suchen durch eine Menge von Einzelheiten das Dasein einer sozialistischen Verschwörung darzuthun, die demokratischen leugnen sie ebenso hartnäckig. Zu den Enthüllungen der „Gazette des Tribunaux," die unser ┼┼ Korrespondent in seinem Brief vom 2. mittheilt*), fügen wir die Angaben des Moniteur: „Die telegraphischen Depeschen, welche aus den Departements einlaufen, sind sehr beruhigend. Obgleich sie beweisen, daß das Komplott von

*) So wenig Segen wir für Preußen in dem Fortbestehen des Ministeriums Brandenburg erblicken, so glauben wir doch der obigen Darlegung der Entscheidungsgründe, von welchen das Ministerium geleitet zu sein scheint, die Aufnahme nicht versagen zu dürfen. D. Red.

*) Wir lassen den Brief morgen folgen.

Paris die weitesten Verzweigungen hatte, wurden doch die Präfekten bei Zeiten davon unterrichtet und konnten die gehörigen Maßregeln treffen im Interesse des öffentlichen Friedens. In Marseille vereitelte die Behörde einen bewaffneten Angriffsplan, indem sie in der Nacht vom 27. zum 28. Jan. alle Posten verdoppelte. In Lyon hielt der Anblick einer starken Garnison die Agitatoren im Schach, deren Thätigkeit bemerkt worden war. In Maçon und Châlons (Saone) gab es eine tumultuarische Klubdemonstration, bei der ein Polizeikommissarius beleidigt wurde. In Straßburg durchzog ein Haufe von mehreren hundert Arbeitern die Straßen und rief ungestüm nach Arbeit. Auf eine Ansprache des Adjunkten und Vertheilung von Almosen an die Dürftigsten ging er jedoch aus einander. In Limoges erschien die Haltung der Arbeiter anfangs drohend; aber die vortreffliche Haltung der Bürgerwehr und der Garnison beruhigte alsbald die Gemüther. In Troyes hat der Präfekt 16 Kisten voll Gewehre aufgefangen, die nach Châlons bestimmt waren. An der nordöstlichen und östlichen (deutsch-belgischen) Grenze ist man mehreren Munitionsschmuggeleien auf die Spur gekommen. Auf den Landstraßen, namentlich in der Nähe von Paris, hat man starke Haufen Arbeiter aus den Departements dem Sammelplatze der Emeute zueilen sehen, während Emissäre von Paris in die Departements reisten, um dort Aufruhr zu stiften. Das Gerücht vom nahen Ausbruch eines Aufstandes war überall verbreitet. Die schlechten Bürger machten aus ihren Hoffnungen gar kein Geheimniß. Man hätte sich noch einmal am Vorabend des Juni glauben können. Dies ist die große Bewegung, welche die Regierung durch ihre Wachsamkeit im Keime erstickte und zu erdrükken mit Kraft entschlossen ist." Nach der „Patrie" endlich sind in der Wohnung des verhafteten Grafen und Expairs, jetzigen Sozialisten d'Alton Shée, Dekrete einer neuen provisorischen Regierung aufgefunden worden, wodurch die Reichen mit einer Steuer von 3000 Millionen belegt werden, während bekanntlich Barbès am 15. Mai nur 1000 Millionen verlangte. Die demokratischen Journale sprechen dagegen von einer Verschwörung der Regierung gegen die Nationalversammlung. Sie wäre schon am Montag ausgebrochen, falls das Grevy'sche Kommissionsgutachten (auf Verwerfung des Rateau'schen Vorschlags) angenommen worden wäre. Verhaftsbefehle gegen 300 Abgeordnete seien schon ausgefertigt gewesen, die conseils généraux wären berufen, und die Versammlung so de jure für aufgelöst erklärt worden. Sie befürchten für morgen Abend einen neuen Schlag. Der National, das Organ der gemäßigten Republik und als solches nicht unmittelbar betheiligt, hält dem Triumph des Ministeriums zwei Betrachtungen entgegen: die voreilige Veröffentlichung der gemachten Entdeckungen durch die Gazette des Tribunaux gleiche einem Urtheil ohne Untersuchung und beweise, daß die Politik des Ministeriums ein bloßes Polizeisystem sei; dann aber spreche das Ministerium gar nicht von den zwei oder drei anderen Komplotten, über die ihm ebenfalls positive Berichte zugekommen seien, und von denen das eine imperialistischer, das andere legitimistischer Natur gewesen sei. Vielleicht, daß die gerichtliche Untersuchung alle diese Thatsachen und Anschuldigungen ins rechte Licht setzt. Das bonapartistische Blatt, la Liberté, ist, weil es auf der Behauptung beharrte, der Präsident habe dem Volke am Montag andere Minister versprochen, im Elysée National verboten worden. Auf dies Verbot antwortet das Journal mit folgender ironischen Benachrichtigung: „Wir setzen den Präsidenten der Republik, unsren Abonnenten, ehrfurchtsvoll in Kenntniß, daß das Ministerium Barrot-Faucher-Falloux dem Schweizer des Elysée National den Befehl ertheilt hat, die „Liberté" nicht mehr anzunehmen. Wir bleiben daher unschuldig an jeder Verzögerung und jeder Unterbrechung in der Beförderung des Journals."

Heute ist großer Ball bei Louis Napoleon, morgen bei Marrast. Die Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung ist bei der Aufregung, die das Komplott vom 29. verursacht, völlig null. Das sonderbare Schicksal, welches der Gesetzentwurf über die Einführung einer neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer erfahren hat, nämlich seine Annahme in Bezug auf Mobiliargegenstände und seine Verwerfung in Bezug auf Immobilien, rührt vorzugsweise daher, daß die Nationalversammlung in dem Kommissionsvorschlage, welcher auf Mobilien 75 Centimes von 100 Franken, und auf Immobilien zuerst 1 fr. 50 c. und dann 1 fr. 40 c. von 100 Franken beantragte, das Prinzip einer progressiven Steuer zu erkennen glaubte. Die heutige Sitzung bot außer dem gewohnten Petitionsdrange eine Verhandlung über Bewilligung eines Kredits für die Marseiller Eisenbahn, die nur lokales Interesse hatte. Beim Postschluß kam man zur Besprechung eines Kredits von 584,900 Fr. geheimer Ausgaben des Ministeriums des Innern, die mehr Interesse versprach.

Oesterreichische Monarchie.

Semlin, 22. Jan. Gestern theilte der Patriarch dem hiesigen Komite folgenden Kriegsbericht mit: „Auch Weißkirchen hat sich unseren Truppen ergeben, der Feind hat Becskerek gänzlich geräumt und flieht in Eilmärschen gegen Debreczin und Szegedin. Kaum hatte ich diese Nachricht erhalten, als mir auch eine andere zuging, mit der Meldung, daß auch Alt-Becse sich ergeben und der Feind aus unserer Wojwodschaft ohne Verzug flieht." Der magyarische General Kis soll sich, Privatnachrichten zufolge, in Temeswar gestellt und dem Kriegsrathe erklärt haben, daß er gefehlt habe und als kaiserlicher Offizier ferner nicht gegen den Willen Sr. Maj. fechten wolle. Georg Stratimirovich, der im Anfange des serbischen Aufstandes gegen die Magyaren mit dem Oberkommando der Truppen betraut war, hat eine Kontrerevolution beabsichtigt und das Volk gegen das Central-Komite, ja selbst gegen den Patriarchen aufgewiegelt. Die Ermahnung des Patriarchen, von seinen Plänen, die dem Volke nur Unheil bereiten würden, abzulassen, blieb unbeachtet. Er leistete auch der Einladung des Patriarchen, ihn nach Werschez zu begleiten, keine Folge, sondern begab sich eilends nach Syrmien, um das Volk aufzuwiegeln. Es sind ihm daher Steckbriefe nachgeschickt worden. Gott bewahre die Serben vor neuem Unglücke! (Lloyd.)

Ungarn.

* Schon seit einiger Zeit lief durch die österreichischen Blätter das Gerücht, daß ungarische Truppen gegen Pesth anrückten; die Zahl derselben wurde in's Ungeheure vergrößert, es hieß, man mache sich in Pesth auf ein Bombardement gefaßt, d. h., je nach Umständen, von Seiten der Ungarn oder von der Ofener Festung; die Kossuth'sche Partei erhob wieder das Haupt. Wirklich rückte am 26. Jan. Abends ein großer Theil der Garnison von Ofen und Pesth unter der persönlichen Anführung des Fürsten Windischgrätz aus, den heranziehenden ungarischen Heerhaufen (nach den einen unter Perczel, nach den andern unter Dembinski und Sierakowski) entgegen. Eine Proklamation ermahnte zur Ruhe, und Geschütze auf den Wällen von Pesth gaben den Nachdruck. Nach den neuesten Nachrichten war es der Ueberrest der Perczel'schen Armee, der durch die aus dem Banat über Szegedin heranfliehenden Magyaren verstärkt und auf 12,000 Mann herangewachsen, bei Szolnok stand. Der Banus war schon vor Windischgrätz mit seinen Truppen auf der Eisenbahn nach Szolnok aufgebrochen. Sobald sich aber die Truppenmassen auf den Straßen nach Szolnok zeigten, liefen die Magyaren abermals ohne einen Schuß zu thun davon, und schon am 27. Abends war der Fürst Windischgrätz wieder in Pesth. Der Banus rückt jetzt vermuthlich unaufhaltsam vor.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 5. Februar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 76; $2\frac{1}{2}$pCt. Metall. $40\frac{1}{8}$; Bank-Aktien fl. 1200; fl. 500. Loose — ; fl. 250. Loose $81\frac{1}{4}$; Badische fl. 35. Loose $28\frac{1}{8}$; Hess. $26\frac{7}{8}$; Hess. Rthlr. 40 Loose — ; Großh. Hess. 50 fl. Loose $70\frac{3}{4}$; Polnische fl. 500 Loose $74\frac{1}{2}$; Friedr. Wilh.-Nordbahn $37\frac{1}{2}$; Berbach 71; Köln-Minden 79; 3pCt. inländ. Spanier $20\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würt. $93\frac{3}{8}$; 5pCt. Bad. $96\frac{7}{8}$; Belg. $79\frac{3}{8}$; Integ. $49\frac{1}{2}$.

Hess. und Bad. Loose wurden bei lebhaftem Verkehr zu höhern Kursen umgesetzt. Auch für 3 pCt. Spanier zeigten sich für bessere Preise Käufer. Dagegen waren österr. Fonds eher angeboten.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 37. Frankfurt a. M., Dinstag 6. Februar. 1849.

Uebersicht.

---

6. Februar.

Von den Protektionisten, welche die kompakteste Widerstandsmasse gegen das Kabinet bilden, gehen wir zu einer andern Partei über, welche, obschon in ihren Grundsätzen und Bestrebungen den Konservativen diametral entgegengesetzt, ihrer Natur nach ebenfalls auf eine entschiedene Opposition gegen das Ministerium angewiesen zu sein scheint. Wie sich einsehen läßt, meinen wir hiermit die Radikalreformer. Die ministerielle Partei ist demnach wie zwischen zwei feindliche Massen eingeklemmt und links und rechts von Bewegungen bedroht, die dem Kabinet und seiner Partei gefährlich werden könnten, wenn beide Oppositionsmassen nicht viel öfter feindlich eine auf die andere stießen, als in einem vereinten Anprall gegen die ministerielle Partei im Centrum. Zwischen den Radikalreformern und den Whigs ist die Kluft lange nicht so groß, als die Kluft zwischen den Radikalreformern und den Protektionisten, welche eben durch Whigs und Peeliten ausgefüllt wird. Es gab und gibt auch jetzt noch, wo die Ultraliberalen allerdings mit immer entschiedeneren Forderungen hervortreten und namentlich außer dem Hause eine mächtige Bewegung großziehen, Fragen genug, wo Whigs und Radikalreformer durch eine gewisse Naturnothwendigkeit dazu getrieben werden, gegen die Protektionisten gemeinsame Sache zu machen. Eine unredliche und hinterlistige, dabei für die Alliirten selbst wie für die Ruhe des Staats immer gefährliche Verbindung zwischen Radikalreformern und Konservativen, bloß um das Ministerium los zu werden — eine Verbindung, wie sie auf dem Festlande, namentlich auch in Frankreich, öfter versucht und zuweilen geschlossen worden ist, deren Folgen sich aber nicht absehen lassen — eine solche, in ihren Motiven unsittliche Verbindung ist in England, wo Wahrheit und Aufrichtigkeit das Motto aller Parteien ist und nicht mit falschen oder verdeckten Karten Politik gespielt wird, nicht denkbar. Der sogenannte Abfall Robert Peel's von den Tories im Jahre 1846, wo er ja nicht als Parteimann, sondern als Minister Englands nicht im bloß vermeintlichen, sondern wahren Interesse des Landes handelte, läßt sich mit einer solchen Perfidie nicht vergleichen, und dennoch beschuldigte ihn seine frühere Partei des schändlichsten Treubruchs und Verraths, dennoch läßt sich eine gewisse Nemesis in der jetzigen ziemlich sekundären, zweifelhaften und fast gedrückten Lage des Peel'schen Anhangs nicht ganz verkennen.

Die gegenwärtige Partei der Radikalreformer ist lange Jahre mit den liberalen Whigs Hand in Hand gegangen, um den Protektionisten die interimistische Wandelskala und endliche Abschaffung der Kornzölle abzunöthigen; ja diese Reformer wurden eine Zeitlang mit den Whigs zusammengeworfen, sie standen sogar mit den Anhängern Peels bei den Abstimmungen über die Kornreformbill in Einer Schlachtlinie, sie liehen aber auch eben so willfährig der whiggischen Opposition gegen das Ministerium Peel, wie dem neuen Russell'schen Ministerium, ihre Unterstützung. Diese Unterstützung war jedoch nur eine bedingte und vorbehaltliche; die Tendenzen dieser erst in der Bildung begriffenen Partei gingen von jeher weit über den mäßigen Liberalismus der Whigs hinaus. Während die Radikalreformer zwar in der einen und der andern Frage, wo das Ministerium eine Maßregel des Fortschritts in Vorschlag brachte, z. B. in der Judenemanzipationsfrage (wozu der Antrag Russells auf Weglassung der die Juden betreffenden Stelle im Parlamentseide ein bedeutender Schritt war), wie in allen auf Erleichterung der geringern und Förderung der mittlern Volksklassen u. s. w. abzweckenden ministeriellen Anträgen für das Ministerium sprachen und mit seiner Partei stimmten, so setzten sie dem Kabinet doch in allen Finanzfragen aufs Aeußerste zu und nöthigten es zu mancherlei Ersparungen im Kleinen. Denn die Radikalreformer halten die Regierung der Whigs im Ganzen immer noch für eine aristokratische und verschwenderische; da sie aber für jetzt noch eine große Minderheit im Parlament bilden, da sie eine Verstärkung ihrer Partei nur von gewissen Reformen des Wahlrechts und der Abstimmung erwarten können, solche Reformen aber in England nicht auf dem Wege gewaltsamen Umsturzes, nicht durch Barrikadenkämpfe, sondern auf gesetzlichem Wege innerhalb des Parlaments durchgesetzt werden, so haben sie sich auch mit Abschlagzahlungen zu begnügen gewußt und den Whigs als mäßigen Reformern in allen Lebensfragen ihre Unterstützung nicht entzogen. Die Whigs selbst sind wohl nie darüber im Unklaren gewesen, daß in diesen Reformern der Keim zu einer selbstständigen Partei liege, aber ihre Zwecke waren bisher gemeinsam, und erst während der letzten Parlamentssession trat diese Partei im Parlamente selbst mit Reformvorschlägen auf, welche den whiggischen Liberalismus geradezu vor den Kopf stießen und, wie sich denken ließ, durch den vereinigten Widerstand der Whigs, Peeliten und Protektionisten mit großer Mehrheit beseitigt und von Lord John Russell persönlich bekämpft wurden. Seitdem, und in Folge jüngerer Vorgänge, sahen sich Russell und Cobden in Kämpferstellung einander gegenüber. Die Partei der Radikalreformer, noch im Jahr 1846 aus einem paar Leuten bestehend, doch mit dem unerschrockenen und beredten Th. Duncombe an der Spitze, hat sich gegenwärtig beträchtlich erweitert, indem Cobden, der früher meist zu den Whigs gerechnet wurde, ferner Hume, Bright, Oberst Thompson, Molesworth, wohl auch Ch. Villiers, und andere tüchtige und thätige Männer, einige der weitausgreifendsten Forderungen der Radikalreformer zu den ihrigen gemacht haben. Innerhalb des Parlaments ist diese Partei seit etwa zwei Jahren, wie es scheint, wohl organisirt, und außerhalb versteht sie meisterhaft, den sogenannten „Druck von außen" zu betreiben, d. h. durch öffentliche Reden,

Zweckessen, Versammlungen u. s. w. auf das Volk und durch dieses wieder auf das Parlament zurückzuwirken.

Die Freihandelsbewegung hat bekanntlich ihren Hauptsitz in den immer mehr zu überwiegender Bedeutung gelangten Fabrikbezirken, die Schutzzollbewegung natürlich auf dem Lande. Während die Leute jener Bewegung sagen: schafft uns wohlfeile Lebensmittel, damit das Stadtproletariat aufhöre und wir euch wohlfeile Waare liefern können, sagen die Leiter der gegen den Freihandel gerichteten Bewegung: schafft uns hohe Kornpreise, damit der Pächter und das Landvolk nicht verarme, damit Ihr kein Landproletariat erzeugt, welches nicht im Stande ist, euch eure Waaren abzunehmen. Man sieht, die Agrikulturisten haben von ihrem Standpunkt nicht so Unrecht; aber Cobden sagt: eure Bauern zählen nicht, da wir die ganze Welt zu unserm Markte haben, und wenn wir euern Bauern die Waaren wohlfeil liefern, so werden sie sich auch bei mäßigen Getreidepreisen wohl befinden. Aber es handelt sich hierbei nicht blos um Korn und Waaren, sondern wie in Großbritannien alle geistigen Bewegungen zuletzt mit Handelszwecken in innigerer oder loserer Beziehung stehn, so trifft es sich auch hier und zwar nicht zufällig, daß die Protektionisten, die Vertreter der starren Landbevölkerung, Alles, auch die geistigen und religiösen Güter mit möglichst hohen Schutzzöllen belegen, die Kastenverhältnisse gegen einander absperren und überhaupt Alles möglichst beim Alten lassen möchten, während die Freihändler, die Vertreter der beweglicheren Stadtbevölkerungen, für möglichste Ausdehnung der Freiheit auf jedem Gebiete menschlicher Thätigkeit sind. Ueberall sollen die Mauthen und Zölle fallen, sogar von Volk zu Volk; die Waaren sollen frei ausgetauscht werden, wie die Ideen, die Schiffe unbehindert von Küste zu Küste fahren können, der Krieg aber, ein Werkzeug des Despotismus, und ein ohnehin kostspieliges, durch ein völkerrechtliches Schiedsgericht ersetzt werden. Die religiösen Bekenntnisse, die Sekten sollen freigegeben sein, die übermäßigen Gehalte der hohen anglikanischen Geistlichkeit und die reichen Kirchenpfründen verkürzt oder abgeschafft und das Ersparte auf Beförderung der Volkserziehung und des Schulwesens verwandt werden.

Wie aber die geistliche Aristokratie, so soll auch die weltliche ihre hohen Besoldungen fahren lassen, es soll keine Hofämter, keine so hohe Civilliste, keine unnöthigen Pensionen mehr geben und Heer und Kriegsflotte um so und so viel verringert werden. Wer sollte nicht mit den meisten dieser Wünsche und Forderungen einverstanden sein? Nur gehört ihre Erfüllung nicht der Gegenwart an, noch läßt sie sich kaum von der nächsten Zukunft erwarten, es müßte denn das Parlament bereits zur überwiegenden Hälfte demokratisirt sein und der Mehrzahl nach aus Abgeordneten der Städte und namentlich der Fabrikbezirke bestehen; es müßte gelungen sein, bei den allgemeinen Wahlen allmälig den größern Theil der Protektionisten, Peeliten und Whigs über Bord zu werfen, wozu jedoch, da diese Wahlen erst alle sieben Jahre stattfinden, und den Anträgen auf kürzere Fristen, Erweiterung des Wahlrechts u. s. w. der heftigste Widerstand durch die vereinigten Streitkräfte der Whigs und Konservativen jederlei Färbung entgegengesetzt wird, eine lange Reihe von Jahren gehören dürfte. Große Welt- oder Landeskrisen, Abfall der Kolonien, drohender Zusammenstoß mit Frankreich oder den Vereinigten Staaten, parzielle Arbeiteraufstände in England, verbunden mit einer Erhebung des irischen Landvolks, allgemeines Stocken des Verkehrs, Finanznoth, Verdrängung des englischen Handels auf den bedeutenderen Absatzmärkten durch Nordamerika — diese und andere wenigstens mögliche Ereignisse und Erschütterungen könnten den Sieg der Demokratie in England beschleunigen, sie könnten aber auch gerade das Gegentheil zur Folge haben: sie könnten das Land, in welchem die alt-englische Aristokratie ja ohnehin noch so großer Achtung genießt und so großen Einfluß besitzt, veranlassen, eine kräftige konservative Regierung über sich zu setzen. Schon jetzt kann man aus manchen Symptomen schließen, daß die von Cobden vorgeschlagene Ersparniß von 10 Millionen Pfd., die namentlich durch umfassende Reduktionen im Kriegs- und Seewesen erzielt werden soll, nur da unbedingte Billigung zu finden scheint, wo der Einfluß Cobden's und seiner Gesinnungsgenossen ein unmittelbarer ist, in den Fabrikbezirken. Das Reich, nie gewohnt zu sparen, wo es die Aufrechterhaltung seiner Macht und Herrlichkeit gilt, stutzt bei der Politik eines Mannes, der so ungeheuere Reduktionen im See- und Landheere vornehmen will, in einem Augenblick, wo die allgemeine Weltlage so drohend ist, wo England bereits einen Aufstand nach dem andern in den Kolonien niederzuschlagen hat, wo die ostindische Gesellschaft in einen großen und vielleicht lang dauernden Krieg im Pendschab verwickelt und genöthigt ist, die Regierung mit wiederholten Bitten um zahlreiche Verstärkung der Truppen in ihren ostindischen Reichen anzugehen.

Die Mitglieder dieser Partei sind, wie man dies fast überall von der Linken gewohnt ist, ungemein rührig, thätig und immer bereit zu sprechen, anzufragen, Einwürfe zu machen und die Minister über dies und jenes zur Rede zu stellen; nur geschieht dies mit dem Takt, der Einfachheit, der Ruhe, wie man dies von Mitgliedern des englischen Parlaments erwarten darf, namentlich aber mit Vermeidung alles persönlichen renommistischen Hervordrängens. Seitdem Th. Duncombe, früher neben Roebuck der bedeutendste Radikalreformer, durch fortgesetzte Kränklichkeit abgehalten ist, an parlamentarischen Geschäften Theil zu nehmen, hat sich diese Partei unter dem Einfluß Cobdens, Hume's und des Quäkers Bright organisirt. Cobden, ein ungemein thätiger, energischer und allen Anzeichen nach auch ehrgeiziger — Staatsmann wollen wir nicht sagen, sondern Agitator —, der sich wie O'Connell das Agitiren zur Lebensaufgabe gemacht zu haben scheint und seine nicht gerade immer haltbaren politischen Anschauungen in populärer und klarer Weise faßlich zu machen weiß, stellte sich während der vergangenen Parlamentssession an die Spitze dieser Partei und sagte sich offen von der Politik der Whigs los, indem er statt der Parlamente von siebenjähriger Dauer dreijährige Parlamente, Ausdehnung des Wahlrechts auf jeden Besitzer eines Haushalts, geheime Abstimmung und gleichmäßigere Eintheilung der Wahldistrikte beantragte — lauter demokratische Forderungen, die den bekannten sechs Punkten der im Parlament von O'Connor repräsentirten Volkspartei ziemlich nahe kommen. Der Erfolg war nicht sehr ermuthigend; minder im Hause selbst, wo man vielleicht mehr oder doch nicht weniger Stimmen zusammenbrachte als man erwartet haben mochte, als vielmehr außer dem Hause, wo der Mittelstand nicht in gewünschtem Maße Anstalt machte, diese Reformation auf der Schallwelle lärmhafter Meetings fortzupflanzen, vermuthlich von der Aehnlichkeit dieser Forderungen mit den chartistischen erschreckt, wohl auch aus Furcht, mit den Chartisten, die sich durch manche alberne Demonstrationen und staatsumwälzerische Prahlereien nachgerade lächerlich gemacht hatten, auf dem Wege dieser Reformagitation zu oft in freundschaftliche oder feindliche Berührung zu kommen. Seitdem scheint Cobden diese Agitation bis auf spätere Zeit zurückgelegt zu haben und sich auf bloße Finanzreformvorschläge beschränken zu wollen. Joseph Hume, sein Mitkämpfer, ist sowohl als praktischer Finanzmann, wie dadurch bekannt, daß er mit dem jetzt nicht mehr im Parlament befindlichen Radikalen Roebuck eine strenge Kontrole über die Finanzmaßregeln der Minister übte. Obschon 1777 geboren, ist Hume noch immer eins der regsamsten Parlamentsmitglieder. Der dritte im Bunde, der Quäker Bright, wie Cobden ursprünglich Baumwollenspinner, erscheint als ein ziemlich beredter Sprecher, nur sind seine Anschauungen meist zu quäkerhaft, um politisch genannt zu werden, wie denn überhaupt für einen großen Theil dieser Reformer ein zu weit getriebener Geist der Knauserei, wobei manches Edle, Große und Schöne und namentlich alle Kunst und Wissenschaft zu kurz kommen würden, charakteristisch ist. Der philosophische Kopf dieser Partei ist Sir W. Molesworth, ein warmer Sprecher, der aber seine Anlagen zu einem Staatsmann dadurch etwas in Zweifel stellt, daß er der englischen Regierung den Rath gibt, alle Kolonieen als zu kostspielig fahren zu lassen. Zu den genanntesten und tüchtigsten Radikalreformern gehören noch Ch. P. Villiers, der unerschütterliche und unermüdliche Kämpfer gegen die Korngesetze, vielleicht minder volksthümlich, aber tiefer durchgebildet als sein Kampfgeselle Cobden; Th. Milner, Gibson, E. Horsman, bis 1841 Lord des Schatzes, ein gründlicher Kenner der englischen Kirchenverhältnisse und dadurch vorzüglich berufen, auf Ersparungen und Reformen im Schul- und Kirchenwesen zu dringen; Georg Friedrich Muntz, Mitglied für Birmingham, Sohn eines geachteten nach England eingewanderten deutschen Kaufmanns; J. L. Ricardo, Verfasser einer Geschichte der Schifffahrtsgesetze; W. J. Fox, Baumwollenspinner aus Norwich, der schon früher an der Bewegung gegen die Korngesetze großen Antheil nahm; Ralph Bernal Osborne; Th. N. Talfourd, bekannter Verfasser mehrerer dramatischen Dichtun-

gen, Ch. Lushington, James Pattison, John Townshend, „a thorough liberal in every sense of the word“ wie er von sich selbst sagt, Kershaw, Mitglied für Stockport, ein Baumwollenspinner und Kalikodrucker, George Thompson, Mitglied für Tower Hamlets, Oberst Thompson, der im Jahr 1808 Gouverneur von Sierra Leone war, W. Scholefield, Joseph Brotherton, Sir B. Hall, angesehenes Mitglied für Marylebone, jetzt in Folge zu großer Parlamentsanstrengung an Nervenschmerz und den Augen leidend, dessen Programm folgendes ist: Geheime Abstimmung, kurze Parlamente, Nichtbelastung der Dissenters mit kirchlichen Abgaben und Zulassung derselben zu Universitätsämtern, Austreibung der Bischöfe aus dem Oberhause, Einführung einer Eigenthumssteuer; J. Humphery, Vertreter von Southwark, der alle kirchlichen Mißbräuche, alle auf Industrieerzeugnissen ruhende Abgaben und zugleich alle Monopole und Privilegien abgeschafft wissen will und somit vielleicht noch mit einem Dutzend Andern die äußerste fast republikanische Spitze der radikalen Seite des Unterhauses bildet.

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 3. Febr. (Konstituirende Versammlung der freien Stadt. Schluß des gestern abgebrochenen Berichts.) In der Tagesordnung folgte, nachdem die Bitte einer Anzahl Einwohner von Benames, um gleichmäßigere Vertheilung der Pachtgüter, an den Petitionsausschuß verwiesen war, der Bericht zur Begutachtung des Senatsvortrags auf Herüberziehung eines Staatsanwalts aus fremden in hiesige Dienste. Der Bericht ist mit den vom Senat entwickelten Motiven völlig einverstanden und schlägt vor, die nachgesuchte Ermächtigung zur zeitweisen und nöthigenfalls ständigen Berufung eines auswärtigen Rechtsgelehrten zu dem Posten eines Staatsanwaltes zu ertheilen, nimmt aber von der berichtlichen Aeußerung des Appellationsgerichts, die Gehilfen des Staatsanwalts stellen zu wollen, Anlaß zu der Erklärung, daß diese Ernennung von Seiten des Gerichts, welches die Anklagekammer und den Assisenhof bilde, sich mit der unabhängigen Stellung der Staatsanwaltschaft nicht vertrage. Die Versammlung erklärte sich in beiden Beziehungen mit ihrer Kommission einverstanden, und Herr Schöff Souchay machte die Mittheilung, daß bereits Hoffnung vorhanden sei, zeitweise einen auswärtigen Beamten für den in Frage stehenden Posten zu gewinnen. — Ein fernerer Kommissionsbericht beantragt die Genehmigung des mit der großherzogl. hessischen Regierung abgeschlossenen Vertrags, kraft dessen die zur Festungsstrafe verurtheilten Unteroffiziere und Soldaten der hiesigen Garnison in der Militärstrafanstalt Babenhausen untergebracht werden, spricht jedoch den Wunsch aus, daß die hiesige Regierung von Zeit zu Zeit den Zustand jener Anstalt durch Kommissäre inspiziren lasse und darauf hinwirke, daß auch die in Gemäßheit des zu rezipirenden hessischen Strafgesetzbuchs zur Festungsstrafe verurtheilten Offiziere und Personen bürgerlichen Standes diese Strafe in Hessen abbüßen könnten. Da das hessische Gesetzbuch die Festungsstrafe als bestimmt ausgesprochene Strafe nur für das Duell kennt, so ist, wie der Bericht ziemlich trocken bemerkte, durch jene Ausdehnung aus Frankfurt schwerlich ein starker Zuwachs von Festungsgefangenen zu erwarten. — Den Schluß der Tagesordnung bildete die Annahme des Gesetzes, die Aufhebung der für die Pfändung von Liegenschaften bisher vorgeschriebenen Förmlichkeiten betreffend. Die von Hrn. Dr. Kugler beantragte gleichzeitige Aufhebung der sogenannten Nachtungs-Klage wurde nicht beliebt, im Interesse einer Humanität, welcher wohl in gleichem Maße auf andere, aber freilich für den Advokaten weniger einträgliche Weise, Rechnung getragen werden könnte. Es war jedenfalls sehr erbaulich, fast alle Mitglieder des Advokatenstandes in der Versammlung für jene Klage mit dem fürchterlichen Namen, also für die Humanität in dieser Manier, sich erheben zu sehen. Nach Beendigung der Tagesordnung wurde noch eine Petition der hiesigen Schrötergesellschaft verlesen, welche eine Erhöhung ihrer Taxen beansprucht. Von den 30 Mitgliedern der Gesellschaft hatten 29 unterzeichnet; das 30ste, wie ausdrücklich beigefügt war, aus einem Grunde nicht, dessen Triftigkeit man seine Anerkennung nicht versagen kann: es war gestorben.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 5. Febr. So eben erfahren wir von den bedeutsamen Verhandlungen der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses. Er hat sich, indem er die Reichsverfassung zur zweiten Lesung zu revidiren begann, zunächst dafür entschieden der Nationalversammlung in Betreff des §. 1 vorzuschlagen: „daß sie in Rücksicht auf die Verhältnisse Oesterreichs und Schleswig-Holsteins die zweite Lesung dieses Paragraphen bis auf weiteres aussetze.“ Wir finden diesen Beschluß — und der Ausschuß hat sich immer noch als ein getreues Abbild der Versammlung bewährt — darum so bedeutend, weil er die Gründung des Bundesstaates nicht mehr von der Zustimmung der österreichischen Regierung abhängig sein lassen, nicht mehr die Gesammtheit des Bundesgebietes zur petitio principii unserer Aufgabe, die eben dadurch unlösbar wird, machen will. Er verbessert den ersten Gagern'schen Antrag, der nach Annahme des §. 1 gebracht wurde, dahin, daß er mit §. 2 beginnend, die Gründung eines deutschen Bundesstaates als den Ausgangspunkt setzt und die Frage über seine Ausdehnung über Oesterreich u. s. w., als sekundäre Frage behandelt. Diesem wichtigen ersten Beschluß folgte der noch wichtigere über §. 2 und 3. Es wurde geäußert, diese Paragraphen, nur beantragt, um die unklare Stellung Oesterreichs zu Deutschland zur Entscheidung zu bringen, hätten jetzt ihre Bedeutung verloren und könnten um so mehr gestrichen werden, als sie auf den rein doktrinellen Begriff der Personalunion gegründet seien und obendrein die Lösung der schlesw.-holst. Frage erschwerten. Ein Mitglied des Ausschusses aus Schleswig-Holstein entgegnete: „schon bei der ersten Losung habe er, für diese Sätze stimmend, sehr wohl gewußt, was sie seiner Heimath bedeuteten; er werde, überzeugt, daß Deutschlands Heil sie fordere, wieder für dieselben stimmen, auf die Gefahr hin, den Herzogthümern ihre Hoffnungen wenigstens für den Augenblick zu zerstören, — denn Deutschland stehe ihm höher als Schleswig-Holstein, und für das schließliche Schicksal jener Lande bürge ihm der Geist der dortigen Bevölkerung; übrigens sei dort kein Bauer, der nicht sehr klar wisse, was das Wort Personalunion bedeute.“ Genug, es wurde der Vorschlag: statt der §§. 2, 3, 4 zu sagen: „die Vereinigung eines deutschen Landes mit einem nichtdeutschen unter gemeinschaftlicher Regierung kann den Rechten und Verpflichtungen dieses deutschen Landes als solchen keinerlei Abbruch thun“, mit 6 gegen 14 Stimmen verworfen; jene 6 Stimmen waren 2 Oesterreicher, 2 Baiern, 1 Hannoveraner, 1 Braunschweiger. Es wurden nach einander die Paragraphen, welche den Abschnitt vom Reich bilden, mit 15 gegen 5 Stimmen angenommen. Von den fehlenden 10 Stimmen würde 1 unbestimmt, 6 für die Majorität, 3 für die Minorität gewesen sein.

C **Frankfurt**, 5. Febr. Günstigere Sterne scheinen dem deutschen Einheitswerke aufgehen zu wollen! Der Genius des Vaterlandes, der über Deutschlands Zukunft wacht, lenkt auch die widerstrebenden Kräfte zu dem einen gedeihlichen Ziele, der Macht und Wohlfahrt unsers Volkes hin. Die Koalition, an deren beharrlichem Widerspruche gegen Alles, was die Einheit zu fördern geeignet ist, das ganze Verfassungswerk zu scheitern drohte, beginnt sich zu lockern und zu lösen. Und zwar ist es die Linke, welche zuerst von der Verbindung, die sie zeitweise mit den Oesterreichern und den Ultramontanen eingegangen, zurückzukommen, sich derselben zu schämen scheint. Zwei auffallende Thatsachen haben in den letzten Tagen dies bewahrheitet. Vor der neuen Präsidentenwahl hatte der „Pariser Hof“ den Fraktionen der Linken, zunächst der „Westendhalle“ das Anerbieten gemacht: ihrem Kandidaten, H. Simon, seine Stimme zum ersten Vorsitzenden zu geben, wenn dagegen Jene an zweiter und dritter Stelle für zwei Kandidaten des Pariser Hofes, Mühlfeld und Edel, stimmen wollten. So hoffte man die Kandidaten der Centren, Simson, Beseler und Kirchgeßner, aus dem Felde zu schlagen. Wie man hört, hat „Westendhall“ dieses Anerbieten entschieden zurückgewiesen und so fand bei der heutigen Präsidentenwahl zwar wohl eine Partei-Opposition gegen die Kandidaten der Majorität, nicht aber, wie im Dezember, eine künstliche Verabredung, eine Koalition zur Herstellung einer künstlichen Majorität im oppositionellen Sinne statt. Ein andres bedeutsames Zeichen von der veränderlichen Stimmung der Linken ist dies, daß im Verfassungsausschuß die Mitglieder der Linken sich bei der Vorberathung der §§. 2 und 3 für die zweite Lesung von den Oesterreichern und Ultramontanen und sonstigen Partikularisten getrennt und für die unveränderte Beibehaltung dieser §§. gestimmt haben. Einzelne Aeußerungen, die dabei gefallen, lassen mit ziemlicher Sicherheit vermuthen, daß dieser Umschwung in den Ansichten der Linken nicht ein blos zufälliger und vorübergehender sei, sondern daß derselbe aus dem Be-

wußtsein entspringe, wie nachtheilig sowohl für das Allgemeine, als auch für den eignen Ruf der Partei und ihre Geltung beim Volke ein solches unnatürliches Bündniß derselben mit Denen sei, deren Absichten, die vom Volke ersehnte Einheit um jeden Preis zu hindern und zu hemmen, leider täglich mehr zu Tage kommen. Man hat oft der Linken eine immerfort nur negirende und hemmende Richtung, einen Mangel patriotischer Hingebung an das Allgemeine vorgeworfen. Wenn sie jetzt, wie es den Anschein hat, die ihr so eifrig entgegengebrachte Bundesgenossenschaft der Ultramontanen, der Partikularisten und den auf Störung der deutschen Einheit abzielenden Schüler Metternich's zurückweist und sich auf die Seite Derer schlägt, welche mit allen Kräften nach der Einheit streben, so wird man vollgültigen Grund haben und gewiß auch gern bereit sein, jenen Vorwurf zurückzunehmen und einer Gesinnung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, welche sich über Parteifeindseligkeiten erhebt, wenn es die Wohlfahrt nur des Vaterlandes gilt. Wir wissen für das Vaterland auch keine andere Rettung, als Versöhnlichkeit unter denjenigen Parteien, welchen es wahrhaft und ehrlich um die Einheit und Größe des Vaterlandes zu thun. Die Feinde der Einigkeit werden dann nur unter Denen zu suchen sein, welche nicht wie die Linke beim Zerreißen des Vaterlandes die Entschuldigung anführen konnten, daß auch sie die Einheit, aber unter einer andern Form wünschten.

Wien, 30. Jan. Das Ministerium hat folgende Verordnung über die Verhältnisse der Akatholiken erlassen:

Der Ministerrath hat bei Sr. Majestät um die allergnädigste Ermächtigung nachgesucht, bis zur definitiven Regelung der kirchlichen Verhältnisse im Allgemeinen durch ein auf konstitutionellem Wege zu erlassendes Gesetz, in Bezug auf die Verhältnisse der Akatholischen, einige provisorische Verfügungen zu treffen. Se. Majestät haben mit der allerhöchsten Entschließung vom 26. d. M. dem Ministerium diese Ermächtigung zu ertheilen geruht, und es werden somit folgende provisorische Verfügungen erlassen: 1) Die bisher unter der Bezeichnung „akatholisch" begriffenen protestantischen Konfessionsverwandten in Oesterreich sind künftig in amtlicher Beziehung mit dem Namen „Evangelische der Augsburger oder Evangelische der helvetischen Konfession" zu bezeichnen. 2) Der Uebertritt von einem christlichen Bekenntnisse zu einem andern steht Jedermann frei, der das achtzehnte Jahr zurückgelegt hat; nur ist Folgendes zu beobachten: Derjenige, der überzutreten wünscht, ist gehalten, diese seine Absicht vor dem Seelsorger der Kirchengemeinde, zu welcher er bisher gehörte, in Gegenwart zweier selbstgewählter Zeugen zu eröffnen, und vier Wochen nach dieser Eröffnung abermals vor dem Seelsorger derselben Kirchengemeinde in Gegenwart derselben oder zweier anderer, ebenfalls selbst gewählter Zeugen die Erklärung abzugeben, daß er bei seiner Absicht beharre. Ueber jede dieser Erklärungen ist der Seelsorger verpflichtet, dem den Uebertritt Beabsichtigenden ein Zeugniß auszustellen. Sollte dasselbe, aus was immer für einer Ursache, verweigert werden, so sind die Zeugen berechtigt, es auszustellen. Diese beiden Zeugnisse hat der Uebertretende dem Seelsorger der Kirchengemeinde, zu welcher er übertritt, vorzuweisen, wodurch der Akt des Uebertritts vollkommen abgeschlossen ist. Alle andern bisherigen Vorschriften bezüglich des Uebertrittes werden außer Wirksamkeit gesetzt. 3) Die Tauf-, Trauungs- und Sterbebücher werden von den Seelsorgern evangelisch-augsburgischer oder evangelisch-helvetischer Kirchengemeinden über die von ihnen vorgenommenen kirchlichen Akte ebenso geführt und aus denselben von ihnen Auszüge unter ihrer Fertigung mit derselben Rechtswirksamkeit erfolgt, wie dies bei den katholischen Seelsorgern der Fall ist. 4) Stolgebühren und andere Giebigkeiten an Geld und Naturalien für kirchliche Amtshandlungen von Seiten evangelisch-augsburgischer oder evangelisch-helvetischer Konfessionsverwandten an die katholischen Geistlichen sind, insofern sie nicht für Amtshandlungen gefordert werden, welche der katholische Seelsorger wirklich verrichtet, und insofern sie nicht dingliche, auf dem Realbesitze haftende Abgaben sind, aufgehoben. Dasselbe gilt von den an den Meßner zu entrichtenden Leistungen. 5) Die an manchen Orten üblichen Abgaben evangelisch-augsburgischer und evangelisch-helvetischer Konfessionsverwandten an katholische Schullehrer haben dort, wo dieselben eigne Schulen haben und ihre Kinder nicht in katholische Schulen schicken, aufzuhören. 6) Bei Ehen zwischen nicht katholischen christlichen Religionsgenossen hat das Aufgebot nur in den gottesdienstlichen Versammlungen der Brautleute, bei Ehen zwischen katholischen und nicht katholischen Religionsgenossen, in der Kirche eines jeden derselben zu geschehen, und es wird diesfalls der §. 71 des bürgerlichen Gesetzbuchs außer Wirksamkeit gesetzt. Diese provisorische Verordnung ist sogleich kund zu machen.

△ **Wien**, 1. Febr. Der Soldat, welcher vorgestern Mittags in der Nähe des rothen Hauses durch einen Schuß in das Bein verwundet wurde (es ist nun erwiesen, daß der Schuß diesmal nicht aus dem rothen Hause, sondern von einem Vorübergehenden kam), ist gestern Mittags amputirt worden. Ueber die Ursachen dieser wiederholten Attentate auf einzelne Soldaten sind die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet; von Vielen wird behauptet, es bestehe eine geheime Gesellschaft, welche sich verschworen habe, für jeden der seit dem 1. Nov. v. J. Hingerichteten einen Soldaten zu erschießen. — Auch aus Pesth berichtet das Gerücht zwei Hinrichtungen; als der eine der Verurtheilten wird Major Halzel bezeichnet, doch ist durchaus nichts Authentisches hier darüber zu erfahren, da Fürst Windischgrätz seine Berichte noch immer nicht an das Kriegsministerium, sondern direkt an Sr. Majestät einsendet, von wo sie dann erst hierher an den Kriegsminister gelangen.

Von den ungarischen Flüchtlingen sind zwei der gravirtesten glücklich in London angekommen: Pulszki und Graf Adam Teleki. Von dem Ersteren sind schon Briefe aus London an seine hiesigen Verwandten eingetroffen. Da bis jetzt in Ungarn verhältnißmäßig nur sehr wenig reguläres Militär zur kaiserlichen Fahne zurückgekehrt ist, so stellt Fürst Windischgrätz sehr strenge Maßregeln für jene Rebellen in Aussicht, welche mit den Waffen in der Hand zu Gefangenen gemacht werden.

* **Wien**, 1. Febr. Die längst erwartete Kundmachung des Gouverneurs Welden ist erschienen; sie verbreitet sich über die Unvollständigkeit, womit der angeordneten Entwaffnung bisher nachgekommen ward und über die daraus entstandenen Attentate. Hierbei wird vorwurfsvoll bemerkt, daß wenn der Gemeinderath und die Grundgerichte in den ihrer Bewachung zugewiesenen Bezirken thätiger gewesen wären, namentlich unvermuthete Haus- und Wohnungsdurchsuchungen vorgenommen hätten, und wenn die Hauseigenthümer sich um das, was in ihren Häusern vorgeht, mehr bekümmern würden, die verborgenen Waffen und Munition längst schon an das Tageslicht hätten kommen müssen. Es wird nun noch eine 48stündliche Frist zur freiwilligen Ablieferung verborgener Waffen und Munition gewährt; vom 6. Febr. an werden aber auch jene Gemeinden, in deren Bezirke sich derlei vorfinden, mit Geldbußen von fl. 1000 bis fl. 20,000 C.M. belegt, welche jedoch ebenfalls ihnen selbst zu Gute kommen sollen; für die Schuldigen aber tritt das standrechtliche Verfahren ein. — Jelen, der Ordner des Reichstags, ist angelangt, was die Vermuthung einer Hierherverlegung des Reichstags bestärkt. — Die Eröffnung der hiesigen Universität ist neuerdings bis November (?) hinausgeschoben worden.

⊙ **Ollmütz**, 30. Jan. Ueber unser Ministerium durchkreuzen allerhand vage Gerüchte die Stadt. Nach dem einen wäre es ganz gewiß, daß Krauß und Stadion in beständiger Opposition gegen den Ministerpräsidenten, oder wie man ihn allgemeiner heißt, gegen den Minister des Fürsten Windischgrätz, seien (Schwarzenberg ist bekanntlich nahe verwandt mit dem Feldmarschall). Ebenso will man wissen, daß der zunehmende Einfluß der höhern Geistlichkeit bei Hofe gleichfalls seinen Stützpunkt in dem Ministerpräsidenten findet, dessen Bruder, der Kardinal Erzbischof v. Salzburg, bis zu den Märztagen für einen der ersten Stimmführer und Protektoren des Ultramontanismus in Oesterreich galt. Die Maßregel, welche man gegen die deutschkatholische Gemeinde in Graz ergriff, soll zum Theil auf das wiederholte Ansuchen Sr. Eminenz geschehen sein. Auch Marschall Radetzky soll ziemlich laut den Wunsch geäußert haben, mit den Geschäften des Kriegsministeriums einen andern General als Cordon betraut zu sehen, der auch nur ein Geschöpf Windischgrätz's sei. Was an allen diesen Gerüchten Wahres ist, wage ich nicht zu behaupten. Vom ungarischen Kriegsschauplatz berichte ich Ihnen heute nur, daß F.-M.-L. Simunich von den Magyaren aus Tyrnau heraus- und fast bis an die mährische Grenze zurückgedrängt worden ist. Zu seiner Unterstützung oder zum Schutze der Grenze marschirt morgen eine Eskadron Mengen Kürassiere in den Hradischer Kreis ab.

** **Kremsier**, 31. Jan. In der heutigen Sitzung wird die Debatte über §. 10 der Grundrechte (das Recht der Freizügigkeit betr.) fortgesetzt. Szabel hält für nothwendig, daß der Staat ein Radikalmittel, die Kolonisation, in Anwendung bringe, um dem um sich greifenden Pauperismus Einhalt zu thun. Er empfiehlt daher folgendes Amendement dem Paragraphen einzuschalten: „Die Kolonisations-Angelegenheit innerhalb des Staatsgebietes wird unter Schutz und Fürsorge des Staates gestellt." Hein als Berichterstatter vertheidigt die Ansicht des Konstitutions-Ausschusses und sucht die vorgebrachten Einwendungen und Amendements zu widerlegen. Darauf wird zur Abstimmung geschritten. Von den Amendements wurde das des Abgeordneten Jonak angenommen, welches statt „Gemeindegesetz" „Gemeindeordnungen" gesetzt wissen will. Es ist dieses Amendement, welches von den Czechen ausgeht, von der größten Wichtigkeit, da es die Freizügigkeit beeinträchtigt und der Judenemanzipation geradezu präjudizirt. Denn wenn jeder Gemeinde, jedem Dorfe so viel Autonomie zugestanden wird, daß sie ihre Angelegenheiten selbstständig ordnet, ohne sich nach einem allgemeinen Staatsgesetze zu

richten, so sind Freizügigkeit und Judenemanzipation leere Worte. Das Amendement wurde mittelst Kugelung mit 176 gegen 136 Stimmen angenommen.

Der Paragraph lautet demnach in der endgiltigen Fassung: „Die Freizügigkeit der Person und des Vermögens innerhalb des Staatsgebietes unterliegt nur den in den Gemeindeordnungen enthaltenen Beschränkungen. Von Staatswegen wird die Freiheit der Auswanderung nicht beschränkt. Es darf kein Abfahrtsgeld, Fälle der Nothwendigkeit der Reziprozität ausgenommen, gefordert werden."

** **Berlin**, 3. Febr. Aus Besorgniß vor der „reaktionären" ersten Kammer wird am 5. d. M. vielfältig nach Links gewählt werden, nicht weil die „demokratischen" Wahlmänner so sehr im Uebergewicht sind. Aber gerade in Bezug auf die erste Kammer scheinen sich erfreuliche Aussichten zu eröffnen. Die Streng-Konservativen stellen meistentheils nicht eigne Kandidaten auf. In den „reaktionärsten" Kreisen ist es ausgesprochener Zweck, eine wahrhaft volksthümliche erste Kammer zu Stande zu bringen, die für das Jahr 1849 dasselbe sein müßte, wie für 1847 der Kern des Landtags. Also nicht dasselbe, sondern im Verhältniß zur Aufgabe der Zeit. Sie mögen ermessen, was von den „ultrareaktionären" Wahlmännern zu halten sei, von diesen „Ministeriellen", wenn sie den Freiherrn v. Arnim, der hier wahrlich nicht persona grata ist, Saucken-Tarputschen, Auerswald, Fischer, auf die Liste setzen wollen. Wenn die erste Kammer, statt aus Beamten und Ultra's zu bestehen, sich der allgemeinsten Sympathien erfreuen und die 2. Kammer eine zweite Auflage der „Nationalversammlung" werden sollte, dann fürchten wir sehr für das allgemeine Wahlrecht.

: **Berlin**, 3. Febr. Nicht leicht hat eine Maßregel so allgemeine Mißbilligung gefunden, als die Ausweisung des Ministers Rodbertus. Seine Wahl ist jetzt gesichert. Ueberhaupt werden durch diese und ähnliche Vorfälle die Wahlen immer mehr nach links gedrängt. Das bekannte Mitglied der Rechten, Hr. Meusebach, früher Assessor, seit einigen Tagen Regierungsrath, ist an Stelle des Freiherrn v. Richthofen zum Vorsteher des literarischen Kabinets ernannt. Die Stelle trägt 1800 Thaler ein, und man verfehlt nicht, diese Ernennung als einen Lohn zu betrachten, welcher dem Herrn v. Meusebach für seine eifrigen Wahlbemühungen zu Theil wird. Selbst die Vossische Zeitung rügt dies. Die Personen, welche an der Spitze der Verwaltung stehen, und der Geist, welcher von ihnen ausfließt, flößt kein Vertrauen ein. Die, wie man sagt, in der Wolle gefärbten Reaktionäre geben sich für die Partei der Minister aus, obgleich deren gesetzgeberische Thätigkeit ihnen doch nicht selten ins Fleisch schneidet, und das Land wird gezwungen, Männer der Opposition in die zweite Kammer zu wählen. Was wird daraus werden? Die konservative Partei, Graf Arnim-Boytzenburg an der Spitze, hat sich längst gegen das allgemeine Wahlrecht erklärt und behauptet, unter breitester demokratischer Grundlage sei nicht dies, mit unseren Zuständen unverträgliche allgemeine Stimmrecht zu verstehen. Auch Hr. v. Usedom, in seiner viel Aufsehen erregenden Schrift, sieht in diesem Rechte die Quelle alles Uebels, fügt aber wiederholt hinzu: Wie wollen wir es loswerden? Eine Kammer, welche allgemeinen Wahlen ihr Dasein verdankt, wird sich nun und nimmer gegen das allgemeine Wahlrecht aussprechen. Wir sind einmal ins Wasser gefallen und müssen zu schwimmen suchen. Wir müssen zunächst daran denken, die Demokratie zu organisiren, sonst wird sie allerdings zur Pöbelherrschaft. Einen Vorschmack oder Nachschmack derselben haben wir wieder gehabt. Arbeiter, welche Erhöhung ihres Lohnes suchten, der von den Stadtbehörden wieder auf den alten Satz erniedrigt war, erregten vorgestern einen Auflauf, der indessen bald aus einander getrieben wurde. Gestern wiederholten sich solche Auftritte vor dem Hause des Ministers v. d. Heydt. Wie verirrten sich diese Sommervögel in den Winter? Der fahrende Scholar, Hr. Hoffmann von Fallersleben, läßt folgende Erklärung veröffentlichen: „Erst am 20. Oktober leidlich rehabilitirt, ward ich am 11. Dezember schon wieder ausgewiesen. Das sind meine Errungenschaften. Berlin ist aber nach wie vor mein Wohnsitz, und obschon mir durch die Ausweisung mein Urwählerrecht unmöglich wurde, so verzichte ich doch keineswegs auf die Ausübung meiner politischen Rechte. Sollte deshalb eine Wahl zur zweiten Kammer auf mich fallen, so werde ich dieselbe annehmen und dann ganz nach den Grundsätzen des „Programms der Nationalzeitung vom 28. Januar" zu wirken trachten, und mit meinen Freunden Alles aufbieten, daß Belagerungszustände in Friedenszeiten unmöglich werden und unser stehendes Heer sich hinfort in Friedenszeiten mit etwas weniger begnügt, als mit dem Drittel aller Staatseinnahmen. Hoffmann von Fallersleben. Holdorf in Mecklenburg-Schwerin, 31. Januar 1849." Der ebenfalls ausgewiesene Nees v. Esenbeck hat sich in Bernau niedergelassen und setzt von dort aus seine Wahlbewerbung fort.

⊙ **Stralsund**, 31. Jan. Mit der Bestellung von Kanonenböten ist es hier noch keineswegs in Ordnung gekommen; wir haben schon offenes Wasser und die authentische Nachricht, daß die Friedensverhandlungen mit Dänemark bis vor Kurzem eigentlich noch gar nicht begonnen haben — aber noch ist kein Kiel zur Seevertheidigung gestreckt! Die englischen Eigner angekauften Getraides verweigern die deutsche Flagge und avertiren schon englische Schiffe, deren Frachten steigen, während unsere Schiffe mit ihren Besatzungen faulen und faullenzen, weil Keiner sie brauchen kann. Gestern reiste Artillerie-Major v. Trotzschke schleunig nach Hannover ab, um statt Teichert's der Kommission beizutreten, die mit Inspektion der deutschen Küsten zum Zwecke der Befestigung beauftragt ist. Immer gespannter wird die Erwartung, welchen Gang die neue, zweite (oder neu aufgelegte erste?) Nationalversammlung in Berlin einschlagen wird, und der Blick auf Frankfurt wird durch manche Nebelgebilde sehr getrübt; werden sie sich bald senken oder steigen und den ganzen Horizont verdüstern? Könnte der mit der Reichssorge belastete Mann sich und die Nation doch bald etwas erleichtern, um frank und frei rascher zum erreichbaren Ziele fortschreiten zu können! Wir senden ihm einen freundlichen Gruß von dem Heimathsstrande seiner Vorfahren!

: **Posen**, 2. Febr. Eben kommt mir ein polnischer Aufruf aus dem Buker-Kreise in die Hände, welcher an die deutschen demokratischen Wahlmänner für die erste Kammer gerichtet ist. Er enthält einfach den Vorschlag, man möge sich für die Wahl Jacobis, Temmes, Waldeks oder eines anderen bedeutenden Oppositionsmannes vereinigen, denn die Polen würden jedem die Stimme geben, welcher nicht an den nationalen Kämpfen in der Provinz Theil genommen. Auch für die Polen sind beherzigenswerthe Worte darin. „Unsere Hoffnungen ruhen einzig auf der künftigen preußischen Gesetzgebung; haben wir erst eine demokratische Gemeindeverfassung und sind wir die kleinen Beamten los, die den Verstand unserer Bauern vergiften, dann werden wir uns schon national reorganisiren und brauchen keine Demarkationslinie zu fürchten, die uns überdies auf beiden Seiten das Uebergewicht gibt; wir werden zeigen, daß hüben und drüben das Großherzogthum noch polnisch ist." Aus dem Königreich Polen bringen uns polnische Edelleute die Nachricht, daß namentlich in Kujawien (Thorn gegenüber) russische Truppen sehr gedrängt liegen. Auf jedem Edelhofe sind 2—3 Offiziere einquartirt, und in den Bauernhütten vertilgt der gemeine Soldat, wie die Heuschrecke, alles Eßbare. Der Zustand der Truppen selbst ist ein ungewöhnlicher. Die Einen fluchen auf die Franzosen, Andere auf die Preußen, noch Andere auf den Zaaren, der ihnen nur 3 Kopeken Sold zahlt, trotz des Kriegsstandes. Es herrscht eine Art Anarchie in diesem Heere, welche dadurch erzeugt wird, daß die vorjährige undisziplinirte Altersklasse der Rekruten fast ganz und gar darin steckt. Man hatte nicht Zeit, nach der gewöhnlichen Methode die Polen in die fernen Regimenter zu stecken. Desertionen nach Preußen kommen fast täglich vor, ebenso Exekutionen mit der Knute bei den Ergriffenen. Neulich sollte ein Deserteur 300 Hiebe erhalten; bei dem ersten Drittel war er todt, doch wurde dem Leichnam der Rest nicht erlassen, denn „der Zaar hatte es also befohlen." Getraidelieferungen für die Armeemagazine werden in ungeheurem Umfange ausgeführt.

Ansbach, 1. Febr. Die Generalsynode hat in ihrer heutigen Sitzung nach längerer Debatte die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen beschlossen. Der Zutritt zu denselben wird nunmehr, so weit es der beschränkte Raum des Sitzungslokals erlaubt, dem Publikum gestattet werden. (N. Korr.)

Dresden, 2. Febr. Vicepräsident Schaffrath erstattete in der heutigen Kammersitzung Bericht über den zwischen beiden Kammern bestehenden Differenzpunkt hinsichtlich der Beschlüsse über die deutsche Oberhauptsfrage. Die erste Kammer hat bekanntlich den Antrag, daß die Regierung sich in gleichem Maße wie die Kammer erklären möge, nicht angenommen. Der Berichterstatter beantragt aber, bei dem früheren Beschlusse stehen zu bleiben, zu-

mal da die preußische Regierung in einer Circularnote die deutschen Regierungen zu einer Erklärung über diese Angelegenheit aufgefordert habe, die sächsische Regierung also ausdrücklich veranlaßt sei, sich hierüber auszusprechen. Nach einer kurzen Debatte beschließt die Kammer, bei dem früheren Beschlusse zu beharren. (Leipz. Z.)

* **Freiburg**, 2. Febr. Viele Bürger Freiburgs haben eine Dankadresse an den Großherzog für dessen Erklärung an die Centralgewalt unterzeichnet, worin diese mit der Erklärung des Großherzogs Karl Friedrich zusammengestellt wird, wodurch die Leibeigenschaft in den badischen Stammländern auf immer vernichtet wurde. Der Großherzog hat darauf in einem Schreiben an die Uebersender der Adresse seine Freude ausgedrückt, seine Gesinnungen auf solche Weise, wie es in jener Adresse geschehen, anerkannt zu sehen.

Gotha, 31. Jan. Im Verfolg der in Bezug auf die Grundrechte von unserer Abgeordnetenversammlung angenommenen Prinzipien, die der Partikulargesetzgebung erweiternde Zusätze gestatten, hat dieselbe in ihren letzten Sitzungen in die Verfassungsurkunde ein besonderes Kapitel mit der von dem Regierungskommissär Kopp vorgeschlagenen Ueberschrift aufgenommen: „Die reichsgesetzlichen Grundrechte bilden einen Bestandtheil der Verfassung des Herzogthums Gotha, es wird aber in dieser Beziehung noch Folgendes näher festgesetzt und bestimmt.“ Sodann hat man die Volksrechte noch um 12 Paragraphen erweitert und erläutert. (D. A. Z.)

Hamburg, 31. Jan. Gestern ist der Reichskommissär, Konsul Brons von Emden, aus Frankfurt hier angelangt. Derselbe ist beauftragt, die Geschäfte mit der hier bestehenden Marine-Kommission abzuwickeln und behufs Verproviantirung der hier befindlichen und noch dazu kommenden, zur deutschen Flotte gehörenden Schiffe ein mit derartigen Geschäften vertrautes Individuum anzustellen. (Hamb. Korr.)

Großbritannien.

* **London**, 2. Febr. Nach der Geheimrathssitzung am 31. Januar, in welcher die Thronrede gelesen und gebilligt und der Marquis von Anglesea als Lordstatthalter der Grafschaft Stafford vereidigt wurde, hielt die Königin Hof, bei welcher Gelegenheit folgende Gesandte eine Audienz bei ihr hatten: Mehemed Pascha, Gesandter des Sultans, Sennor Osma, Gesandter von Peru, Sennor Castellon von der Republik Nicaragua, Sennor Molina von der Republik Costa Rica; Admiral Cecille, Gesandter der Republik Frankreich und Marquis de Santi, bevollmächtigter Botschafter Sardiniens, letztere beide, um ihre Beglaubigungsschreiben zu überreichen, endlich Graf von Revel, früherer sardinischer Gesandter, um sich zu verabschieden. Diese Gesandten wurden von Lord Palmerston eingeführt. — Lord Bloomfield, britischer Gesandter am Petersburger Hofe, ist auf Urlaub in London angekommen.

Die Versammlungen und mit ihnen und innerhalb ihrer die Agitationen zu diesem oder jenem Zweck, folgen sich noch immer rasch aufeinander. Die Wähler der City von London kamen gestern zusammen, um die Mittel zu berathen, welche dazu dienen können, die Zulassung der Juden ins Parlament zu bewirken und ihre Emanzipation zu vervollständigen. Es handelt sich bekanntlich hierbei namentlich um die von Lord John Russell beantragte, vom Unterhause genehmigte, aber vom Oberhaus nicht zugestandene Weglassung einer Stelle im Parlamentseid, wodurch den Juden der Eintritt in's Parlament verwehrt wird. In Irland nimmt die Agitation gegen die Armengesetze immer mehr überhand; es folgen sich zu diesem Zwecke Versammlungen auf Versammlungen, an welchen Lords sowohl als Magistratspersonen lebhaft sich betheiligen. Der Freund der Fabrikarbeiter, C. Hindley, agitirt in Ashton für eine Bill, durch welche für erwachsene Arbeiter nur zehnstündige Arbeit zum Gesetz erhoben werden soll. — Der in England für radikal geltende Oberst Thompson richtete in Bradford eine Ansprache an seine Wähler, die für den englischen Radikalismus bezeichnend ist. Obgleich der Oberst eine große Zahl von Chartisten vor sich hatte, tadelte er aufs strengste die von ihnen im vergangenen Jahre versuchten Emeuten; dies sei nicht der rechte Weg, auf dem sie zu ihrem Ziele gelangen könnten; den Mann, der sich, ohne gefragt zu sein, zum Dreinschlagen erhebe, den müsse die ganze Gemeinde niederhalten, dazu sei sie verpflichtet. Als man ihm vorwarf, daß er für die irischen Ausnahmegesetze oder die sogenannte Zwangsbill (eine Art Kriegsgesetz für tumultuarische Grafschaften), gestimmt habe, äußerte er: er habe nicht anders gekonnt, er freue sich, daß die Regierung mit Vollmachten ausgerüstet sei, wodurch sie sich in den Stand gesetzt sehe, Empörungen niederzuhalten (die englische Regierung hütet sich freilich auch, solche Vollmachten zu mißbrauchen, sie handelt immer konstitutionell, und darum ist das Volk seinerseits auch konstitutionell); was wolle man denn auch? Man habe das ganze Haus in Brand setzen wollen, und man möge doch zufrieden sein, daß der Brand nur mit dem Schaden einer Zimmerecke gelöscht worden sei. Was die gewünschte Befreiung der mit Deportation bestraften Chartisten Frost, Williams und Jones betreffe, so werde er, was an ihm sei, im Parlamente thun, um für die seit sieben Jahren in der Verbannung Schmachtenden Gnade zu erwirken; aber ein solches Gesuch lasse sich den Ministern nicht auf der Spitze einer Pike (derjenigen Waffe, deren Gebrauch den Chartisten von ihren Führern namentlich empfohlen ist), überreichen. Kühn sagte hierauf der alte Haudegen den Chartisten ins Gesicht: „das ist nicht die rechte Zeit für ein solches Gesuch, wo dasselbe Banner, für dessen Aufpflanzung Frost, Williams und Jones Strafe erlitten, von den Chartisten erhoben wird.“

Das wichtigste Ergebniß der im Oberhause am Eröffnungstage stattgehabten Adreßdebatte ist, daß bei einer Anzahl von 102 anwesenden Lords nur 52 für die Minister, 50 gegen sie gestimmt haben, daß mithin der Opposition nur ein paar Stimmen fehlten, um die Minister zu schlagen. Die Times sagt: „Die auswärtige Politik der Regierung habe die Herren des Oberhauses in eine derselben beinahe feindliche Stellung gebracht und es sei wahrscheinlich, daß diese Gegenpartei der Minister in Folge des fast errungenen Sieges ihre Anstrengungen verdoppeln würde.“ Lord Stanley hatte nämlich folgende Stelle in die von Lord Bruce beantragte Dankadresse einzufügen vorgeschlagen: „Wir bedauern indeß, genöthigt zu sein, gehorsamst Ihrer Majestät vorzustellen, daß weder Ihrer Majestät Beziehungen zu den fremden Mächten, noch der Zustand der Einkünfte, noch die Lage des Handels und Gewerbfleißes der Art sind, um uns zu berechtigen, Sie in der Sprache der Beglückwünschung anzureden; und daß ein ansehnlicher Theil der ackerbaulichen und kolonialen Interessen des Reichs unter einem Zustande fortschreitenden Drucks schmachten, welcher geeignet ist, ernsthafte Befürchtungen und Besorgnisse zu erregen.“ Dieses Amendement, welches offenbar einen harten Tadel gegen die Regierung im Ganzen enthielt, fiel, wie oben berichtet, nur mit einem Mehr von 2 Stimmen zu Gunsten der Minister. Vorher hatte Lord Stanley die innere und äußere Politik des Kabinets in einer scharfen Rede aufs stärkste kritisirt, worauf Marquis Lansdowne das Kabinet vertheidigte und der Herzog von Richmond es abermals mit Eifer angriff. Glücklicher war das Ministerium im Unterhause, wo Hr. Grattan für die Adresse den Einschub eines Passus beantragte, worin die Aufhebung der irischen Armengesetze als nothwendig dargestellt, das Vorhandengewesensein irgend einer Insurrektion in Irland geleugnet und zugleich der Vorschlag, die Habeaskorpusakte in Irland noch für einige Zeit außer Kraft gesetzt sein zu lassen, gebrandmarkt wurde. Dies Amendement wurde nur von 12 unter 188 Stimmenden bejaht.

Frankreich.

†† **Paris**, 1. Febr. Der Minister des Innern spricht in seinem Rundschreiben von einem Komplott und geheimen Gesellschaften. Das Bestehen des ersten und der zweiten wird er zu beweisen haben. Die Verhaftungen der Behörde erstrecken sich bis jetzt nur auf die 17 Vorstände der Solidarité republicaine, welche nach dem von vielen Repräsentanten des Berges mitunterfertigten Proteste ein nach den Gesetzformen konstituirter, daher öffentlicher und nicht geheimer Klub war. Die Nationalgarde folgte bei der reaktionären 1., 2., 10. Legion weder enthusiastisch, noch viel weniger zahlreich dem Appell. Die republikanische 6. Legion und die radikal gesinnte Artillerie der Nationalgarde erschien sehr zahlreich, aber ganz unenthusiastisch für die Regierung, von welcher sie einen Staatsstreich vermuthete, welchem sie mit republikanischen Kanonen und Legionschargen zuvorgekommen wäre. Auch die bekannte aufreizende Proklamation fand der Herr Minister für gut, als reaktionäres Stylmuster seinen Präfekten zukommen zu lassen. Wozu das endlich, ist uns ganz dunkel geblieben. Es ziemt sich für den Ministerpräsidenten am allerwenigsten, den Präsidenten der innern Intriguen zu spielen, Unwahrheiten in ein offizielles Gewand zu kleiden (?)

und unter dieser Lügenmaske auf Propaganda auszuschicken, und in einem erschütterten Lande die Aufregung zu vermehren. Viel geschah namentlich durch die nach Lille, Orleans und Tours erlassenen Befehle, die Garnisonen zum unverweilten Aufbruche nach Paris bereit zu halten.

†† **Paris**, 2. Febr. Die „Gazette des Tribunaux" enthält Aufklärungen über die angeblich vorgefundenen Beweise eines Komplottes gegen die jetzige Regierung, wodurch die Demonstration des 29. Januar gerechtfertigt werden soll. Sie sagt: „Die Zahl der in Folge der Ereignisse des 29. Jan. vorgenommenen Verhaftungen beläuft sich schon über 200 Personen, und es wurden Dokumente von der höchsten Wichtigkeit der Behörde überliefert, welche in den Wohnungen der Beschuldigten entdeckt worden sind. Seit gestern begannen die Verhöre, und es wird zweifelsohne der Justiz möglich werden, die Pläne der Leiter dieser Verschwörung zu erweisen, welche an den Maßregeln der Regierung scheiterten. Wir wissen, was für Rücksichten uns die Natur dieser Untersuchung auferlegt; vor der Hand müssen wir über Alles schweigen was auf die verhafteten Personen unmittelbar bezogen werden könnte. Wir werden daher die umlaufenden, widersprechenden verschiedenen Gerüchte nicht wiedergeben, welche gegen die Eingezogenen von den Gerichten geltend zu machen sind, und namentlich jene nicht, welche diese oder jene Person als betheiligt bezeichnen. Ohne also die Vermuthung erschweren oder dem Resultate zuvorkommen zu wollen, werden wir bloß die Hauptsachen mittheilen, welche aus den ersten Nachrichten sich zusammen stellen lassen. Die geheimen Gesellschaften, welche die Februarrevolution überlebten, hatten sich nach dem Dekrete vom 28. Juli aus den Klubs und Vereinen sowohl in Paris wie in den Departements unter dem Namen Wahlkomite's organisirt. In einigen derselben kamen Zerwürfnisse bei der Präsidentenwahl vor; aber gegen Ende Dezember war die Eintracht wieder hergestellt, und diese Gesellschaften suchten nun durch die Presse, Reden, Adressen, den Geist der Revolution rege zu halten. Das Schließen einiger Klubs in den letzten Tagen hat den Grimm und die Ungeduld einiger Klubchefs aufgestachelt. Sie beabsichtigten von dem Zusammenstoße Nutzen zu ziehen, welcher bei der Eröffnung eines neuen Klubs erwartet war, und in der Zwischenzeit die verbundenen Vereinschaften und eine Zahl der den Nationalwerkstätten Zugehörigen in Trupps durch die Straßen ziehen zu lassen. Nach dem entdeckten Plane sollte der Kampf in den bevölkerteren Stadttheilen konzentrirter, als im Juni gefochten und in das 1, 2, 3 und 10. Arrondissement übertragen werden. Tamboure sollten im Augenblicke des Ausbruches die Theilnehmer allarmiren. Man soll viele rothe Fahnen, welche den Gleichheitstriangel im Felde führen, gefunden haben. Doch scheint zwischen den Häuptern dieser verbrecherischen Unternehmung nichts Bestimmtes beschlossen, der Tag des Ausbruches nicht festgesetzt gewesen zu sein, und nur die bei der Mobilgarde ausgebrochene Unzufriedenheit dürfte als ein günstiger Umstand betrachtet worden sein, das Attentat zu beschleunigen. Man weiß, daß Samstags und Sonntags einige Hundert Mobile, durch verderbliche Rathschläge angestiftet, nach dem Elysé-National und zum Generalstab zogen. Noch an demselben Abend unterhandelten die Leiter des Komplottes mit den geheimen Gesellschaften und kamen überein, daß Montag Morgens alle unzufriedenen Mobilen und die Leute aus dem Volke eine Demonstration bei der Magdalenakirche und auf dem Lafayette-Platze machen würden, wobei ein Handstreich gelingen könnte. Montags sah man viele Blousen an den bezeichneten Plätzen und erkannte einige Klubchefs unter diesen. Die Garnison und Garde hielt aber alle Plätze so stark besetzt, daß selbst die Idee der Unordnung (Worte Odilons) unterdrückt ward. Die Mobilen kehrten zu ihrer Pflicht zurück und man fand die Ouvriers in ihren Werkstätten meist vollzählig. In den größten Ateliers fehlte von sechs- bis siebenhunderk Arbeitern nicht einer. Unter den in Beschlag genommenen Papieren ist das Programm der Insurrektionspartei für den Siegeserfolg enthalten. Die Hauptpunkte sind: Auflösung der Kammer; Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses; Annulirung der Konstitution; Gefangensetzung der Familie Bonaparte; Unterdrückung der Presse für zwei Jahre; Unterdrückung der persönlichen Freiheit während drei Monaten; Vertheilung der Offiziere und Magistrate, welche über die Transportirten zu Gericht saßen; Ausgabe von Papiergeld, um die Einkünfte zu heben; Versetzung aller Minister seit 1830 in Anklagestand; Rechte für die Arbeit; Auflösung der Nationalgarde; Annahme der rothen Fahne mit dem Dreiecke der Vereine; aufsteigende Steuer (nach dem Vermögen); Konfiskation der Güter aller Emigranten und der politisch Verurtheilten u. s. w."

Oesterreichische Monarchie.

Aus **Agram** wird der Zeitschrift Slowanska lipa gemeldet, daß nach Briefen aus dem Banat Stratimirovic auf Rajacics Befehl festgenommen worden sei und in Temeswar vor ein Kriegsgericht gestellt werde.

Italien.

* **Turin**, den 28. Jan. Ehe Karl Albert nach Alessandria abgegangen ist, sein Heer zu inspiziren, hat er auf den Antrag seines Ministeriums eine wahrhaft überraschende Verringerung seines Hofhaltes vorgenommen. Sein Hof (la casa del Re) wird künftig nur bestehen aus dem Vorsteher des Pallastes, dem Generalintendanten der Civilliste, dem Oberalmosenier und sechs Unteralmoseniern, einem ersten Adjutanten, acht Feldadjutanten und acht Ordonnanzbeamten. Auf einen ähnlichen Fuß ist der Hofhalt der Königin, der Prinzen und Prinzessinnen gestellt.

Turin. Die sardinische Regierung bringt in einem Schreiben vom 29. d. den europäischen Mächten die Klagen zur Kenntniß, welche Piemont gegen Oesterreich zu erheben habe. In diesem weitläufigen Schreiben sind alle Verletzungen angeführt, die Oesterreich gegen den Waffenstillstand vom 9. August 1848 sich erlaubt haben soll. Die Regierung erklärt, daß sie im Vertrauen auf die edelmüthige Vermittlung Englands und Frankreichs schon früher gegen jene Verletzungen bei diesen Mächten protestirt habe; nun richtet sie ihre Protestationen auch an die übrigen europäischen Mächte und wälzt auf Oesterreich die Verantwortlichkeit für die traurigen Folgen, die aus Oesterreichs Benehmen entstehen könnten. (N. Z. Z.)

Rom, 25. Jan. Heute wird Kriegsgericht gehalten. Man fürchtet indeß keinen blutigen Ausgang, sondern scheint bereits einen Modus gefunden zu haben, die Begnadigung einzuleiten. Die Civica wird zu Gunsten der Gefährdeten bittlich einkommen. Man behauptet, 25,000 Wahlzettel gesammelt zu haben, dennoch hieß es, daß die Zahl der Stimmenden für den Triumph der „heiligen Sache" zwar genügte, nicht aber für die Ehre Roms. Bonaparte war selbst in allen Osterien herumgegangen, um die Wähler zu instruiren. Das gegenwärtige Ministerium und einige andere populäre Namen standen auf den gedruckten Zetteln verzeichnet, die jedem Schenkgast eingehändigt wurden. Die Plakate häufen sich so sehr, daß das Ministerium ein Verbot erlassen hat, ein nichtministerielles Manifest auf weißes Papier zu drucken; es muß farbiges gewählt werden! Zwei spanische Kriegsschiffe sollen an der Küste von Civitavecchia erblickt worden, dann aber wieder verschwunden sein. (A. Z.)

* **Rom**, den 26. Jan. Das Ministerium hat die Vereinigung der Marinesoldaten, die bisher in vier völlig getrennte Abtheilungen mit verschiednen Ordnungen und Gesetzen zerfielen, in ein gleichartiges Korps verordnet. Eine Kommission soll die dazu nöthigen Einrichtungen ausführen. Das Militärauditoriat veröffentlicht die Ergebnisse der Untersuchung wegen des am 18. vorgefallenen Militäraufstandes zur Befreiung des Generals Zamboni. Die Einzelnheiten bieten gar kein Interesse. Das Centralkomite für die italienische Konstituante in Florenz hat an den „sicilianischen Volksklub" in Palermo eine Adresse erlassen, die folgendermaßen schließt: „Ihr Vertreter der glühenden Herzen, die Euch umgeben, erleuchtet das Volk über die Personen, denen es sein Mandat geben soll, lenkt, beschleunigt die Bewegung, entfernt die zufälligen Hindernisse, bereitet zum feierlichen Akte der Wahl die ganze Majestät und den Glanz eines Vaterlandsfestes! Die Nationalversammlung ist der erste Glockenschlag zu der „Vesper" aller Tyrannen, die dieses arme Italien zerreißen."

* **Neapel**, 22. Jan. Der Kardinal Giraud, Erzbischof von Cambrai, ist an Bord des französischen Dampfboots „Caton" in Gaeta gelandet. Fortwährend treffen Deputationen einzelner römischer Gemeinden mit Treueversicherungen an den Papst ein, zuletzt eine von Ferentino, den dortigen Bischof Monsgr. Bella an der Spitze. Auch hat sich wieder eine aus Rom geflüchtete Abtheilung von 41 päpstlichen Karabinieren unter Anführung eines Lieutenants in Gaeta eingestellt, und ist von Sr. Heiligkeit mit großen Lobsprüchen empfangen worden. General Filangieri ist von Messina zurück in Neapel angekommen. Die Neapolitan. Z.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 6. Febr. Amtliches. Kourier v. Ollmütz. Die Spielpächter. Hr. Bunsen. Rückgabe der Waffen. Elektromagnetischer Telegraph.) Wien (Stratimirovic. Befestigungen.) Berlin (Der Belagerungszustand. Civil und Militär. Wahlaussichten. Regierungserlaß.) München (Programm des linken Centrums. Die Stärke der Linken.) Hannover (Grundrechte.) Kiel (Adresse an die Reichsversammlung.)

Großbritannien. London (Adreßdebatte. Ministerielle Mehrheit im Unterhaus. Sir E. Lyons wahrscheinlich nach der Schweiz.)

Ungarn. Pesth (Der Rückzug der Magyaren.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 6. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 6. Februar.

Tagesordnung der 165. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl zweier Mitglieder in den Central-Legitimations-Ausschuß.
2) Berathung des vom Abgeordneten Schubert aus Königsberg Namens des völkerrechtlichen Ausschusses erstatteten Berichts über die definitive Feststellung der Demarkationslinie im Großherzogthum Posen.

Vorsitzender: Präsident Simson. Für den volkswirthschaftlichen Ausschuß meldet Hr. Degenkolb einen demnächst gedruckt vorzulegenden Bericht über mehrere den Schutz der Arbeit betreffende Eingaben vor. Nachdem hierauf die Wahlzettel zur Ergänzung des Central-Legitimationsausschusses eingesammelt sind, wird die Berathung über die endgültige Feststellung der Abgrenzungslinie im Großherzogthums Posen eröffnet.

Hr. Schmidt von Löwenberg begründet seinen präjudiziellen Antrag, daß den Mitgliedern des Hauses erst die Spezialkarte, sowie auch eine Sprachenkarte des Großherzogthums Posen vorgelegt werde, ehe sie sich über die Abgrenzungslinie zu entscheiden hätten. Zugleich greift er die Linie, die der Versammlung zur Genehmigung vorgeschlagen wird, als eine solche an, die den militärischen Rücksichten ein unbilliges Uebergewicht eingeräumt habe.

Herr Schubert von Königsberg als Berichterstatter des völkerrechtlichen Ausschusses erklärt: die Spezialkarte, die Herr Schmidt fordert, besteht aus 16 Sektionen derselben Größe wie die Ihnen vorgelegte Uebersichtskarte. Ohngefähr 9 Monate würden nöthig sein, um die verlangte Karte in 600 Exemplaren zu liefern. Die Bevölkerung des Großherzogthums Posen läßt sich nach den Sprachgebieten deshalb nicht genau abscheiden, weil Polen, Deutsche und Juden untermischt durcheinander wohnen und nur selten feste und ausgedehnte Sprachmassen bilden. Das beste, das fetteste Land sei das von Gnesen, welches der polnischen Volksthümlichkeit ausschließlich verbleiben solle. Was den deutschen Grenzen zugewiesen worden, sei hingegen wesentlich eine Eroberung des deutschen Fleißes, unfruchtbaren Strecken und entwässerten Sümpfen abgewonnenes Land. Dazu habe nicht etwa die blos militärische Rücksicht bei der Abgrenzung den leitenden Gesichtspunkt geboten, sondern überall habe bei der Ermittelung der Linie zugleich die Civilbehörde mitgewirkt. Die Zahlenverhältnisse der Bevölkerung seien aus den früheren Vorlagen an den Bundestag und an die Nationalversammlung, nach der preußischen Aufnahme von 1846, in vollständiger Deutlichkeit zu entnehmen. Es steht mithin nach der Meinung des Berichterstatters durchaus kein Hinderniß entgegen, wenn die Versammlung ihrem Beschlusse vom 27. Juli gemäß heute Entscheidung über die durch Sachverständige ermittelte Grenzlinie faßt.

Herr Schmidt: Eben weil es so schwer ist, die polnische Bevölkerung von der deutschen zu sondern, verlange ich die Vorlage der Spezialkarte. Zehn Tage und nicht länger hat sich der Reichskommissair in Posen aufgehalten. 10 Tage! Ist dieß eine nur einigermaßen ausreichende Zeit zu einer gründlichen Kenntnißnahme? Ich werde zu dem miserabelen Marionettenspiele, welches man uns zumuthet, wenn wir auf solche ungenügende Vorlagen hin urtheilen sollen, niemals meine Zustimmung geben, und meinen Namen von der Rednerliste streichen lassen. (Beifall von links. Ironische Zustimmung von der Rechten.)

Der präjudizielle Antrag Schmidt's von Löwenberg wird hierauf verworfen, worin zugleich die Ablehnung eines ähnlichen Antrags von Rösler von Oels enthalten ist. Hr. Nauwerck und Genossen stellen den eventuellen Antrag, daß die Bevölkerung des auszuscheidenden Theils von Posen darüber befragt werde, ob sie nicht ebenfalls dem deutschen Bundesgebiete einverleibt sein wolle. Dann erscheint auf der Tribüne Herr

Ignaz Döllinger aus München: Altes Unrecht zu vergüten, Neues nicht zu begehen — dadurch ist die Ehre Deutschlands zu wahren. Den Polen ist eine Reorganisation versprochen worden. Kann diese, wenn die uns vorgeschlagene Abgrenzungslinie wirklich gezogen wird, noch von irgend einer Bedeutung sein? Preußisch-Polen hatte bis jetzt drei Gymnasien. Wird die vorgeschlagene Linie genehmigt, so bleibt den Polen ein einziges. Wie wollen Sie sie nun in den Stand setzen, die Bildungsanstalten herzustellen, die nöthig sind zur Erziehung eingeborner Beamten? Sagen wir es grade heraus: bei der gezogenen Abgrenzungslinie hat es sich um die möglichste Schwächung der polnischen Nationalität gehandelt. Die strategischen Gründe mögen von großer Wichtigkeit gewesen sein. Ich erkenne das an, aber ich sehe auch kein Maß und kein Ende darin. Denn auch nach der jetzt vorgeschlagenen Linie bleiben noch gefährdete Punkte übrig, so daß vielleicht ein zweiter Kommissär die Demarkation noch weiter hinausrücken würde. Daneben haben auch noch andere Motive obgewaltet, wie z. B. bei der Aufnahme des Fürstenthums Krotoschin zu Gunsten des Fürsten von Thurn und Taxis. Ueberall zur Benachtheiligung der polnischen Nationalität. An Sie aber wende ich mich insbesondere, die Sie das Verbleiben Oesterreichs im deutschen Staatsverbande wünschen. Welchen Eindruck würde es unter der slawischen Bevölkerung des Kaiserthums hervorbringen, wenn Sie hier zu einem so unbilligen Verfahren gegen die Polen Ihre Einwilligung ertheilten. Zu einem Verfahren, welches den kleinen, zwischen Rußland und Deutschland eingeklemmten Rest von Polen zu einem traurigen Scheindasein zwischen Leben und Tod verdammte! An eine Verpflichtung zur Wiederherstellung Polens, die wir hätten, glaube ich allerdings nicht. Aber ich glaube, daß wir die Theile Polens, die nun einmal per fas oder nefas an uns gekommen sind, mit Schonung und mit Gerechtigkeit zu behandeln, daß wir ihre Nationalität zu achten und ihnen die gegebenen Versprechungen zu halten haben. Die Reorganisation des ganzen Großherzogthums Posen ist ihnen zugesagt worden. Kann dies als eine Erfüllung dieses Versprechens gelten, daß wir drei Viertheile davon losreißen, daß dieser Reorganisation nur ein Viertheil übrig bleibt. Mit welchen Gründen wollten wir uns der russischen Regierung widersetzen, wenn das den Polen überlassene Viertheil der Schauplatz der unruhigsten Bewegung, wenn es ein Seitenstück zur Moldau und Walachei und dadurch für Rußland der Anlaß zum Einschreiten würde?" Indessen bewährt sich Herr Döllinger auf dem politischen Gebiete keineswegs als ein so bedeutender Redner, wie in der Kirchenfrage. Nicht einmal die Aufmerksamkeit des Hauses vermag er in einem höheren Grade für die geschichtliche Auseinandersetzung zu fesseln, in welcher er die Umstände schildert, unter denen die Einverleibung Posens in das Königreich Preußen erfolgt sei. Durch ein großes Unrecht sei diese Einverleibung geschehen. Hüten wir uns nun, daß wir uns an die Ostseite des Reichs kein unglückliches Irland setzen! Von dem Prinzipe, daß wir den Volkswillen vertreten, dürfen wir auf keine so flagrante Weise abgehen. Was Anderes sei es denn, als eine Wiederholung des französischen Uebermuths, der einst zu den Holländern sagte: man wird verhandeln bei Euch, man wird verhandeln über Euch und wird verhandeln ohne Euch. Gerade so thun wir jetzt den Polen, so daß ihnen nur die Wahl zwischen zwei Uebeln bleibt, ob sie die Einverleibung des ganzen Großherzogthums oder ob sie dessen Zerstückelung wollen.

Göden von Krotoszyn: Die ganze Bewegung in unserer Provinz ist auf beiden Seiten eine nationale gewesen und als solche von Ihnen anerkannt worden. Eine Grenzlinie sollte gezogen werden zwischen dem deutschen und polnischen Theile. An dieser Trennung halte ich noch heute fest. Wir würden polnische Vertreter im deutschen Parlament, wir würden die Zwietracht anstatt des Friedens in meiner Heimath haben, sollte die ganze Provinz in Deutschland einverleibt werden. Allein der Antrag der Herren Döllinger, Thinnes rc. darauf ist schon nach der Geschäftsordnung nicht mehr zulässig, denn er ist schon einmal verworfen worden. Dagegen muß ich mich aus folgenden Gründen für die jetzt gezogene Grenzlinie dringend aussprechen. Unsere Provinz bildet ein flaches, wasser- und hügelarmes Land. Kein Berg und kein Fluß kann uns zur Grenzscheide dienen, und die Bauern, die Besteller

des Bodens, sind wesentlich Deutsche. Dazu befindet sich unsere Provinz seit 10 Monaten in einer Unsicherheit ihrer Zustände, die allen ihren Wohlstand, die Handel und Gewerbe lähmt. Ich bitte Sie, genehmigen Sie die vom General Schäffer-Bernstein gezogene Grenzlinie, damit aus meiner Heimathgegend der Ausdruck des Danks und der Freude hierher dringe!

Herr Venedey ist durch den Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses von Schamgefühl erfüllt. Aber wie klein es auch sei, so verlangt er doch, daß ein Polen übrig bleibe, ein Stück Vaterland, wo die Namen der Völker aufgezeichnet werden können, die Polen getheilt und zerrissen haben. Dies Polen, welches wir bald schmerzlich vermissen werden, wenn es den Kampf gegen Rußland gilt!

Ein plötzliches Schweigen lagert sich über die Versammlung. Es kündigt das Auftreten des

Herrn v. Radowitz an: Meine Herren! Als ich vor sieben Monaten mir das Wort in der posenschen Angelegenheit erbat, stand die Frage so: Soll und kann man da die Grenze ziehen, wo die polnische Nationalität und Sprache beginnt oder haben wir Pflichten zu erfüllen, welche über diese Grenze hinausreichen? Meine Herren! Sie haben die Frage bereits beantwortet und zwar in letzterem Sinne. Ihr Beschluß vom 27. Juli v. J. stellte zwei Punkte fest. Der erste, daß die Landestheile welche Posen angehören, Theile und Glieder des neuen deutschen Reichs sein sollen; der zweite, daß eine Demarkationslinie gezogen und da wo sie zweifelhafte Landesstriche durchzieht, neuerdings Untersuchungen über ihre Feststellung stattfinden sollen. Ich ziehe hieraus Folgerungen, die ich für unabweislich halte und nach welchen in diesem Augenblick und nie die Rede davon sein kann, irgend einen Punkt jener Landestheile, die durch den Beschluß vom 27. Juli v. J. in den Reichsverband aufgenommen worden sind, zum Gegenstand einer Erörterung zu machen. Lissa und Jtschernoff gehören zu Deutschland, wie Landau an der Isar und Homburg vertreten sind unter uns und ich hoffe, Sie werden ferner Ihre Nationalität zu erhalten wissen.

Es kann daher meiner Ueberzeugung nach die sogenannte posen'sche Frage in diese Erörterung überhaupt gar nicht mehr gezogen werden. Ich bin nicht fremd dem Mitgefühl der tragischen Geschichte des polnischen Volkes, ich weiß in seiner Geschichte das helle Licht und den tiefen Schatten sehr wohl zu unterscheiden. Dieses Mitgefühl ist selbst nicht erloschen durch die schmerzlichen Wahrnehmungen, daß wir seit Jahresfrist Manche unter ihnen als Sendboten des Unfriedens und der Empörung, als Kondottiere des Aufruhrs gesehen haben. Aber ich glaube, daß diese subjektive Ansicht mich nicht entbindet von der höchsten Pflicht, nämlich von der Pflicht gegen das Vaterland, das einen, wenn auch nur kleinen Theil seiner Fürsorge in meine Hände gelegt hat. Die andere Frage, ob die Landestheile, welche von jener Aufnahme in das deutsche Reich ausgeschlossen worden, demgemäß ebenfalls zu Deutschland zu ziehen seien, halte ich nicht für hierher gehörig, denn darüber liegt uns kein Antrag vor, weder von den Betheiligten noch von den Regierungen.

Meine Herren! Das Historische ist Ihnen bekannt, Sie wissen, daß der Reichskommissär in Berlin bereitwillige Aufnahme gefunden hat, Sie wissen, daß er an Ort und Stelle die Thatsachen so weit untersucht hat, als es ihm irgendwie möglich war. Hierauf gestützt, hat er uns seinen Vorschlag vorgelegt, der schon eine vorläufige Genehmigung der preußischen Regierung erlangt hat und wir haben in letzter Instanz ihn zu prüfen. Dieser Vorschlag hat vier Gesichtspunkte in dem Berichte zur Erwägung gezogen. Zuerst: daß kein Theil, kein Punkt jener Landestheile, die der Beschluß vom 27. Juni in Deutschland aufnimmt, irgendwie wegen der Demarkation aus Deutschland ausgewiesen werden könne. Er hat zweitens geglaubt, Rücksicht nehmen zu müssen auf die Reklamationen, welche an den Reichskommissär gelangt waren. Er hat, drittens, Rücksichten aufgestellt, welche von staatsrechtlicher Art sind, wie die Aufnahme der krotoschin'schen Theile, und hat endlich, viertens, die politisch militärischen Rücksichten genau und im Einzelnen erwogen. Ich habe hinsichtlich der drei ersten Gesichtspunkte es mir nicht zur Aufgabe gestellt, zu Ihnen zu sprechen. Wir haben in dem Berichte das Material liegen, und ich zweifle nicht, daß es weiter zu einer Erörterung kommen werde, dagegen erbitte ich mir Ihre Aufmerksamkeit für den letzten Theil, für den militärisch-politischen Gesichtspunkt, der mich selbst am meisten berührt. Der Redner ersucht die Versammlung, die Karte zur Hand zunehmen. Die strategischen Entwickelungen, die er darnach vor Augen legt, rechtfertigen die vom Reichskommissär gezogene Linie als eine solche, wie sie gebieterisch gefordert werde für die Vertheidigung Deutschlands. „Daher stimme ich für den Antrag." (Beifall.)

Herr Rösler von Oels findet gleich Herrn Schmidt aus Löwenberg die Karte nicht ausreichend, die der Nationalversammlung übergegebenen Vorlagen überhaupt so ungenügend, daß er, nachdem vorhin sein präjudizieller Antrag als mit dem Schmidt'schen gefallen betrachtet worden ist, jetzt den fernerweiten Antrag stellt, über den Ausschußbericht, in Erwartung, daß bessere Vorlagen erfolgen würden, vorderhand zur motivirten Tagesordnung überzugehen.

Herr Wurm aus Hamburg: Der politische Standpunkt, von dem ich die Frage betrachte, ist der: Nicht das Recht, sondern die Gewalt handhaben wir. Es ist ein Machtspruch, den wir zu erlassen haben, schon darum, weil wir nur einseitig entscheiden. Aber die Nothwendigkeit gebietet, daß wir zu einem Schlusse kommen. Darum bin ich zwar nicht der Meinung, daß die Wiederherstellung Polens in das Reich der Träume zu verweisen sei. Aber nicht der Enthusiasmus wird Polen wieder aufrichten, vielmehr wird die nüchterne und praktische Politik, die schon mehrmals nahe hingestreift ist an der Wiederhetstellung Polens, auf diese Wiederherstellung zurückkommen. Wollen Sie Beweise? Sie finden sich in der österreichischen Geschichte der Zeit, wo sich Oesterreich mit Frankreich gegen Rußland verband, und in der Geschichte des Wiener Kongresses. Auch das Jahr 1828 und die Zeit des polnischen Aufstandes erneuerte den Gedanken dieser Wiederherstellung in der diplomatischen Welt. Aber was die leitenden Grundsätze, von denen wir auszugehen haben, anlangt, so ist nicht so bekannt, als der Polen betreffende Beschluß des Vorparlaments, die Begründung des Antragstellers, des Herrn v. Struve von Mannheim, in der es sofort für eine heilige Pflicht des Vaterlands erklärt ward, sich der 700,000 deutschen Brüder in Posen anzunehmen. Der Fünfziger Ausschuß hat überdies sodann ausdrücklich den Beschluß des Vorparlaments dahin erläutert, daß durch ihn die deutschen Interessen nicht gefährdet werden dürften. Es ist die Rücksicht auf die Nationalität, auf den Wunsch der Bevölkerung, auf die militärische Grenze und endlich hauptsächlich die Rücksicht, daß wir ein Stück als Polen hinstellen, als ein vollberechtigtes Polen, die wir bei der Beurtheilung der Abgrenzungslinie zu nehmen haben, einer Abgrenzungslinie, die dereinst wohl die Grenzlinie des deutschen Reiches werden kann. Die Centralgewalt hat einen Mann ihres Vertrauens nach Posen gesandt. Wozu hat man Experten, wenn man auf ihre Gründe kein Gewicht legen will? Stärken Sie Preußen, machen Sie es so unabhängig als möglich von Rußland. Preußens Stärke ist Deutschlands Stärke. Machen Sie es so stark, daß es eines Tages auch gerecht werden könne — gegen Polen! (Beifall.)

Herr Wiesner von Wien: Die Polen haben auf allen Punkten Deutschlands für die Freiheit gefochten in der Hoffnung auf den Dank des „gemüthlichen" Deutschlands. Wie lautet die Inschrift neben unserer Germania? (Gelächter von dem Theile der Versammlung — er ist nicht zahlreich — der beim Erscheinen des Redners auf dem Platze geblieben). „Walle hin, du Opferbrand rc." Nachdem Hr. Wiesner den Vers zitirt hat, beklagt er, daß dessen Inhalt nur noch in den unbefangenen Seelen seiner Parteigenossen einen freundlichen Wiederhall finde. Die Theilung Polens sei in diesem Saale beschlossen worden, eine unglückselige Vorläuferin der Theilung Deutschlands, die jetzt durch die Ausschließung Oesterreichs beabsichtigt werde. Wie die Deutschen in Posen zu ihrem Grundbesitz gelangt seien, darüber gebe das schwarze Buch von Hans von Held Auskunft. Wenn Deutschland solche Kolonisten sende, so werde sich die Welt vor ihm hüten. Die Polen schweigen zu unserem Vorhaben, aber dies Schweigen ist keine Einwilligung. Die Polen handeln wie jene Mutter vom König Salomon, die ihr Kind lieber weggeben, als getheilt sehen wollte. Aber wo sitzt jetzt ein Salomon auf einem deutschen Thron? Hr. Wiesner erklärt sich schließlich für den Antrag Wigard's auf Uebergang zur Tagesordnung über den Ausschußbericht.

Herr Wuttke aus Leipzig bezeichnet es als eine undeutsche und schmähliche Gesinnung, die das Unerhörte wage in einem deutschen Parlamente, das Mißliche und Schlechte des eigenen Volkes hervorzukehren, um daraus Anklagepunkte gegen sich selbst und Hilfsmittel für den Feind zu bilden. Denn feindlich habe

sich Polen von je gegen Deutschland benommen. Nachdem der Redner dann die Lage der Sachen betrachtet und in ihr nur die dringendsten Gründe gefunden hat, daß durch einen Beschluß die deutsch-polnische Frage endgiltig entschieden werde, hofft er, niemals wieder eine ähnliche Sprache, wie die von ihm gerügte, in diesem Hause zu vernehmen.

Da hierauf der Schluß der Debatte beliebt wird, so ergreift noch einmal der Berichterstatter, Hr. **Schubert** das Wort und bringt durch seinen Vortrag, worin er das ganze Ergebniß der heutigen Debatte zusammenfaßt und die wider die Genehmigung der vorgeschlagenen Abgrenzungslinie geäußerten Bedenken sowohl, als die der deutschen Nationalität in Bezug auf Polen gemachten Vorwürfe widerlegt, eine nachdrückliche Wirkung hervor. Dann erfolgt die Abstimmung — nachdem der Antrag der Herren Wigard und Genossen auf Tagesordnung abgelehnt und der von Nauwerck gestellte eventuelle Antrag zurückgezogen worden ist — durch **Namensaufruf** darüber, daß die Nationalversammlung, dem Ausschußerachten gemäß,

„die vorbehaltene Genehmigung zu der in Auftrag der provisorischen Centralgewalt vom Reichskommissär von Schäffer-Bernstein festgestellten Demarkationslinie auf Grund des Beschlusses vom 27. Juli vorigen Jahres ertheile.“ —

dies wird von 280 bejahenden gegen 124 verneinende Stimmen **angenommen**. Alle Zusätze dazu werden abgelehnt. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 8. Statt: Berathung über den zurückgelegten Theil der Grundrechte.

Frankfurt, 6. Febr. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes:

In Erwägung erstens, daß die auswärtigen Verhältnisse, deren Lage nach den Ereignissen in Frankreich im Februar v. J. am 8. März v. J. die deutsche Bundesversammlung vermochte, an die Bundesregierungen das Ersuchen zu richten: „zur Sicherstellung des Bedarfs an Pferden bei etwa erforderlich werdender Mobilmachung des einen oder des andern Bundesarmeekorps vorerst die Ausführung von Pferden nach anderen nicht zum deutschen Bunde gehörigen Staaten zu untersagen“, gegenwärtig keinen Grund zur allgemeinen Fortdauer eines solchen Verbotes darbieten; in Erwägung sodann, daß die landwirthschaftlichen Interessen mehrerer deutscher Staaten, namentlich Hannovers, Mecklenburgs, Oldenburgs, Luxemburgs, zufolge der Berichte der Regierungen dieser Staaten, welche die Pferdeausfuhr wieder freizusehen wünschen, unter dem Verbote derselben leiden, hat Seine kaiserliche Hoheit der Erzherzog Reichsverweser auf den Antrag seines Ministerrathes am 27. Januar 1849 beschlossen, den Regierungen der deutschen Einzelstaaten kund zu geben, daß die provisorische Centralgewalt für Deutschland in dessen auswärtigen Verhältnissen keinen Grund mehr sehe, ein allgemeines Pferdeausfuhrverbot in den deutschen Einzelnstaaten fortbestehen zu lassen, und daher den Regierungen der Einzelstaaten anheimstelle, die von ihnen in Folge des Bundesbeschlusses vom 8. März v. J. erlassenen Verordnungen wieder aufzuheben.

Der Reichsminister des Handels hat diese Kundmachung am genannten Tage durch Circularnote an alle deutschen Regierungen vollzogen.

Frankfurt, 4. Febr. Der österreichische Bevollmächtigte, Herr v. Schmerling, hat vorgestern Abend einen Kurier von seiner Regierung erhalten. Man hoffte, dieser bringe endlich eine entscheidende Erklärung in Bezug auf die Verfassungsfrage; so viel wir aber hören, hat wenigstens das Reichsministerium keine derartige Mittheilung erhalten. Dagegen soll Herr v. Schmerling am andern Morgen einen Kurier an das hannoversche Kabinet abgesandt haben. (O. P. Z.)

*** **Frankfurt**, 5. Febr. Noch geben die Spielbankhalter und die Freunde des „grünen Tisches“ ihre Hoffnungen nicht auf. Sie vertrauen jetzt auf die „Nachsicht“ der Lokalpolizeistellen gegen „geschlossene“ Klubs. „Trotz alle dem“ haben es, wie man hört, die Brüder Blanc für gerathen gefunden, den Fortbetrieb ihres „Geschäfts“ nicht allein in Spaa in Belgien, sondern auch auf freiem Schweizerboden, in Interlaken im Kanton Bern, fortzusetzen.

*** **Frankfurt**, 6. Febr. Der preuß. Gesandte in London, Herr Bunsen, welcher bei den Friedensunterhandlungen mit Dänemark in London die provisorische Centralgewalt vertreten wird, steht im Begriffe, von hier abzureisen. Die Instruktionen, welche Hr. Bunsen erhalten, entsprechen natürlich der Absicht der Centralgewalt, den Frieden mit Dänemark abzuschließen, ohne die Interessen der Herzogthümer zu benachtheiligen und der Würde Deutschlands zu nahe zu treten. Die Instruktionen lauten demzufolge für die Selbstständigkeit Schleswigs in Unzertrennlichkeit von Holstein. Ist in dieser Hauptfrage ein Verständniß erfolgt, so werden die unterhandelnden Theile nun rascher über alle andern Punkte zur Einigung gelangen, da der Nothschrei der materiellen Interessen den Wiederausbruch der Feindseligkeiten nicht zuläßt und schon deßhalb eine Prolongation des Waffenstillstandes eintreten würde, müßte das nicht schon wegen der Friedensunterhandlungen geschehen.

♈ **Frankfurt**, 6. Febr. Von dem Oberkommando der hier konzentrirten Reichstruppen ist gegenwärtig die Rückgabe derjenigen Waffen verfügt, welche von hiesigen Einwohnern in das Zeughaus abgeliefert worden. In Folge dieser Verfügung werden von morgen ab jene Waffen an die Eigenthümer wieder verabfolgt werden. In diesen Tagen haben die Arbeiten zur Herstellung einer elektro-magnetischen Telegraphenlinie zwischen Frankfurt und Berlin auf hiesigem Gebiete begonnen.

Wien, 1. Febr. Die Machinationen des serbischen Generals Stratimirovic gegen den Patriarchen Rajacic scheinen sich zu bestätigen und Stratimirovic soll, wie berichtet wird, unter den Serben einen bedeutenden Anhang finden. Die bekannten Tschaikisten sollen sich besonders für ihn erklärt haben.

Eine andere Korrespondenz meldet, daß der Plan ist, um die Stadt sechs detachirte Forts anzulegen; ferner daß in der Staatsdruckerei dreißig Setzer bei einer geheimen Arbeit eingesperrt und auf's Strengste bewacht sind. (Allg. Z.)

0 **Berlin**, 4. Febr. Es verlautet aus sicherer Quelle, daß das Ministerium die Absicht habe, den Belagerungszustand bis zum 1. April fortdauern zu lassen. Als Grund davon wird die Nothwendigkeit angegeben, am 18. März, d. h. am Jahrestage der Revolution, mit hinlänglichen Mitteln gerüstet zu sein, um Volksvereinen, Zügen nach dem Friedenshain, aufregenden Reden, und dem in diesem Falle und an einem solchen Tage vielleicht unvermeidlichen Konflikt mit dem Militär vorbeugen zu können. Die Regierung ist so gerüstet, daß sie einen solchen Zusammenstoß nicht zu fürchten brauchte, aber sie will ihn um jeden Preis vermeiden. Die Erinnerung an Das, was vor einem Jahre an jenem Tage vorgegangen, könnte ohne die gehörigen Vorsichtsmaßregeln auf einen Theil der Bevölkerung berauschend wirken. Sollte sich die Absicht der Regierung, den Belagerungszustand bis zum 1. April auszudehnen, bestätigen, so wird dies ohne Zweifel vielfache Angriffe, besonders in einem Theile der Volksvertretung und der demokratischen Presse erfahren. Das Ministerium hofft jedoch, sich hierbei auf die erste Kammer und die Mehrheit des höheren Berliner Bürgerstandes stützen und die Verlängerung dieser exzeptionellen Maßregeln mit ihrer Nothwendigkeit rechtfertigen zu können. Uebrigens bessert sich hier in Berlin das Verhältniß zwischen Bürgern und Soldaten, und auffallend ist in dieser großen Stadt, selbst in den Theilen, wo die Bevölkerung sich fast ganz selbst überlassen ist, die geringe Anzahl von Exzessen, wenn man damit die zahllosen Händel und Raufereien in den Provinzen vergleicht, bei denen bald das Militär, bald die Bürger als der schuldige Theil erscheinen.

♉ **Berlin**, 4. Febr. „Ein Flügelschlag — und hinter uns Aeonen!“ so könnte ich beginnen, wenn ich ein Gedicht voll freudiger Hoffnung machen wollte; „wenn die Wolken gethürmt den Himmel schwärzen“ — das würde ein passender Anfang sein für eine Elegie voll düsterer Ahnungen. Aber weder Ihre Furcht, noch Ihre Hoffnung will ich erregen; ich habe hier nur ein Amt und keine Meinung. Was ich Ihnen voriges Mal schrieb, ist eingetroffen; in Folge seiner Ausweisung sind die Chancen für Rodbertus um ein Bedeutendes gestiegen. Zwar hat Wrangel den Tag nach seiner Abreise die Erlaubniß gegeben, daß Rodbertus hier auftreten dürfe, aber die Wirkung jener ersten polizeilich-militärisch-ministeriellen Maßregel war einmal erfolgt, und die Art, mit der Wrangel, ganz im Styl des alten Regiments, erst Gewalt angewendet und dann nachträglich den an ihn gestellten Bitten gütigst nachgegeben hat, ist am wenigsten das rechte Mittel, die Berliner zu versöhnen. Rodbertus hat von dieser späten Erlaubniß keinen Gebrauch machen können, da er gestern Abend in Demmin als Kandidat zur ersten Kammer aufgetreten ist. Er hat statt dessen ein sehr klares und entschiedenes Programm geschickt, welches gestern in der Versammlung des ersten Wahlbezirks verlesen worden ist und einen völlig entscheidenden Eindruck gemacht hat. Die Wahlen für morgen sind für jetzt in folgender Weise festgesetzt: I. **Waldeck**, **Berends**, **Rodbertus** (mit etwa

Uebersicht.

Deutschland. Ollmütz (Ruthenische Deputation. Löhner über die deutsche Frage.) München (Die Universität.) Aus Rheinbaiern (Die Kammer und die deutsche Sache.) Aus der Pfalz (Katzenmusiken.) Aus Sachsen (Die Kammer und die Grundrechte.) Rastatt (Vermehrung der Besatzung. Die Gouverneursstelle.)

Frankreich. Paris (Paris am 29. Januar). Straßburg (Frankreichs ökonomische Zustände und sein Verhältniß zum Ausland. Die neuesten Ereignisse.)

Schweiz. Bern (Vermindertes Briefporto. Freihandel und Schutzzölle. Liberales Regiment in Neuenburg. Antwort des Bundesraths auf die sardinische Note. Die eidgenössische Universität.

Deutschland.

⊙ **Ollmütz**, 29. Jan. Einer ruthenischen Deputation sollen ihre Forderungen, Trennung von Polen in politischer und administrativer Beziehung, gewährt worden sein. Der Abgeordnete für Saaz, der bekannte Löhner, hat in einem Schreiben an seine Wahlmänner sich ausführlich über die deutsch-österreichische Frage ausgesprochen. Wir theilen folgende Stelle daraus mit, die charakteristisch ist für diesen Radikalismus, dessen angebliche Deutschheit Deutschland noch nicht einmal eine Verfassung gönnt: „Mir schlägt blutrothe Scham über's Gesicht, bedenke ich, was jeder Deutsche sich gestehen muß, daß jeder Versuch, deutsche Kraft, deutsche Einheit zu zeigen, seit diesem Frühlinge ins Kläglichste umgeschlagen, daß von oben bis hinunter Alles, selbst die bescheidenste Hoffnung getäuscht. Welche Hoffnungen, welcher Schwung im Beginne des Vorparlaments, und jetzt! Die Doppelschmach von Malmö, und welche zehnmal härtere Demüthigung knüpft sich für Deutschland an die blut- und brandgeröthete Szene von Wien! Ein Reichsjustizminister, der nur eine Sorge hat — die Abwendung einer Amnestie — indeß das Gesetz über Unverletzlichkeit der deutschen Volksvertreter an Oesterreichs Grenzen kraftlos liegen bleibt — Central-Ministerien des Krieges und des Innern, die seit Monaten mit Landesministerien verkehrt haben und hartnäckig ignoriren, daß man sie in Wien ignorirt, — Reichskommissäre von einer so tief unter dem Nullpunkt politischer Würde stehenden Jämmerlichkeit, (!) um in Allem das Gegentheil ihrer Mission zu thun, bis auf den Wortlaut derselben, — und endlich Robert Blums blutige Leiche als Grenzstein zwischen Deutschland und Oesterreich geschleudert! Möge man mirs hüben und drüben verargen, ich will das letzte Wort sagen, — besser, das fühle ich! einem Reiche angehören, das solche Schmach unbestraft bot, als einem, das sie annahm; aber Deutschland mußte das Letzte wagen, um das volle Maß der Sühnung zu erhalten, die das Völkerrecht für solche Schmach gewährt, oder es mußte sich verhüllen in das Geständniß seiner gänzlichen Machtlosigkeit. Die Warnung liegt deutlich genug da, in den Ruinen und Leichenhügeln des unglücklichen Wiens riesenhaft hingeschrieben, vor allzulauter Meinung für Freiheit und Deutschland. (?) Was deutsche Reichskommissäre bedeuten, wissen wir, sie würden uns zur Seite stehen in dem Eifer für die §§ 2 und 3. Es wäre eine zu harte Strafe für unsere theoretisch-phantastische Hingebung an Deutschland, wenn Szeressaner uns an die Einheit Oesterreichs erinnern sollten. Die Nationalversammlung überlege also wohl, was ihr und uns frommt, ehe sie die §§ 2 und 3 definitiv ausspricht." Nachdem er dann gezeigt, daß es für beide Theile gleich vortheilhaft sei, eng verbunden zu bleiben, fährt er fort: „Man geht von der staatlichen Zweiheit Oesterreichs und Deutschlands, von dem spezifisch deutschen Charakter einer Hälfte des Kaiserstaates aus, gegen den sich wieder ihrerseits die nichtdeutsche Nationalität der andern Hälfte geltend macht, und bleibt eben darum, wo man jetzt ist, — auf dem hölzernen Pferde eines unmöglichen Problems, indem man sich wie bisher erschöpft, eine Form zu finden, durch welche Deutsch-Oesterreich mit Deutschland deutsch, und mit Oesterreich österreichisch bliebe, ein politisches Fabelthier, gleich dem Doppelaar. Dann ist es allerdings besser, man bricht mit Einem ab, und nimmt gefaßt und willig die Konsequenzen des Gagern-Schwarzenberg'schen Programmes an, das staatliche Nebeneinanderstehen Deutschlands und Oesterreichs, — das Gestalten gemeinschaftlicher Verhältnisse erst nach Ordnung der eigenen, den rein völkerrechtlichen Charakter aller Beziehungen, so gut, als ob Meere zwischen uns lägen. Dann ist, wie gesagt, für unsere Deputirten keinen Augenblick mehr Platz in der Paulskirche; sie mögen verstummen und gehen. Dann ist es an den 6 Millionen Deutschen in Oesterreich, durch treue Bewahrung ihrer Nationalität sich den anderen Nationen gleichberechtigt zu zeigen. Von ihrem großen Heimathlande abgelöst, dem Bruchtheile der ganzen Gesammtzahl, mögen sie in dem Gerechtigkeitsgefühle der anderen Nationalitäten die Bürgschaft ihrer eigenen unverkümmerten Entwicklung und in der Genugthuung, sich als Theil geopfert zu wissen zur Stärkung und Kräftigung des großen deutschen Ganzen, den Trost für ihre Entsagung finden. Man vermag die Idee einer Kombination zu ergreifen, von welcher aus die bisherigen Schwierigkeiten in einem höheren Standpunkte aufgehen, wenn man sich rasch genug über das Niveau des bisherigen Gewöhnlichen und Geschehenen erhebt. Sie ist mit zwei Worten ausgesprochen: „Deutschland-Oesterreich als neues, freies Mitteleuropa." So lange Oesterreich und Deutschland gesondert sind, kann keins im andern aufgehen, wohl aber in einem dritten höheren. Man entschließe sich! Der Kaiser von Oesterreich werde der Kaiser dieses neuen Reiches, nachdem er die Grundrechte des deutschen Volkes beschworen; ein gemeinsames Staatengesetz verbinde Deutschland und Oesterreich. Deutschland und Oesterreich sind bestimmt, Eins zu werden, die Ereignisse des Tages fordern es, — alle Zeichen der Zukunft deuten darauf hin. Jeder selbst mißlungene Versuch der Gegenwart ist nur ein Baustein zu dem Bogen, der sich über beiden zu wölben von Gotteshand vorgezeichnet ist." Mit diesen Ansichten dürften auch die der meisten Mitglieder unserer Linken in Kremsier einverstanden sein.

München, 1. Feb. Nach amtlicher Zusammenstellung zählt unsere Hochschule in diesem Halbjahr 1732 Studirende, unter denen sich 161 Nichtbaiern befinden, und nach den Fakultäten: die theologische 292, die juridische 670, die kameralistische 48, die medizinische 172, die philosophische 460, wozu noch 90 Pharmazeuten, Architekten u. s. w. kommen. Im vorigen Halbjahr betrug die Gesammtzahl 1590 mit nur 91 Nichtbaiern. (A. P. Z.)

Aus Rheinbaiern, 31. Jan. Nicht ohne Besorgniß sahen wir unserm Landtage entgegen: denn nach den Zeitungsberichten über das Wahlergebniß in den jenseitigen Kreisen durfte die Staatsregierung auf eine ergebene Majorität in der Volkskammer hoffen. Mit einem Kammerbeschlusse in der Hand, der die Gültigkeit der Reichsgesetze für das ganze deutsche Vaterland in Frage stellte, durch das benachbarte befreundete Oesterreich gedeckt und gestützt, würde die baierische Regierung bald eine andere Sprache geführt haben, und es wäre die Frage der Einheit in ein neues Stadium getreten. Der Wille eines „mächtigen" deutschen Volksstammes war dann im Vordergrunde. Das separatistische Gerölle des hochangeschwollenen deutschen Einheitsstromes hätte sich an diesem Felsen abgelagert und eine Insel gebildet, groß genug, um den bedrängten Fürsten und Regierungen als Rettungsplatz zu dienen. Aber — es wird nicht so kommen; die Volkskammer hat durch die Wahlen der Ausschüsse, — welche sie fast ausschließlich mit Mitgliedern der Linken besetzte, — einen anderen Geist gezeigt. Der Erfolg ist hauptsächlich dem gemäßigten Programm dieser Partei zuzuschreiben. Wird dieselbe nach diesem Siege ihre Kräfte nicht überschätzen und so den Boden verlieren? Wir hoffen es. Denn jede ungemessene Forderung, das erste krasse Auftreten, würde die Linke, die, was der „neuen Münchener Zeitung" Sorge macht, wie ein Mann dasteht, spalten und das andere Lager verstärken. So war es wenigstens auf dem Landtage von 1832.

† Aus der Pfalz, 28. Jan. Die Märzstürme des vorigen Jahres haben bei uns bis jetzt noch wenig wesentlich Neues geschaffen. Versammlungen sind zwar zahlreich gehalten, mehrere Vereine gegründet worden, mancherlei Redner der verschiedensten Farben haben sich hören lassen, unsere Blätter führen eine energische Sprache. Aber das Alles will nicht viel heißen, da im Volke in Folge der schon seit langem hier eingekehrten bürgerlichen Freiheit eine in der That anerkennenswerthe Mäßigung und Besonnenheit herrscht. Staub und Spreu, die sich vor dem März haufenweise überall angesammelt hatten, sind auch bei uns aufgewirbelt worden und flattern noch in einer zahlreichen Lokalpresse um uns her. An einigen Orten sausen die Märzstürme auch noch in den Kehlen und andern Instrumenten und schaffen dem Publikum, in Ermangelung besserer Unterhaltungen, durch Abend-Serenaden und Katzenmusiken manchen Genuß. Eine solche

wurde am 21. Jan. Sonntags Abends „zur allgemeinen Zufriedenheit" in Kaiserslautern zu Ehren des dortigen Staatsprokurators Gugel abgehalten. Dieser Mann hat die besondere Aufmerksamkeit der Märzfreunde dadurch auf sich gezogen, daß er einige extravagante junge Leute gerichtlich bestrafen und einem von ihnen, dem Herausgeber des Wochenblattes jener Stadt, einen Preßprozeß beim Appellationsgericht in Zweibrücken anhängen ließ. Dieses hat die Sache vor die Assisen verwiesen, während der Staatsprokurator Gugel darauf drang, daß die Gefängnißstrafe an Zinn (dem Redakteur) schleunigst vollzogen werden möchte, „da derselbe in der Pfalz so ziemlich berüchtigt sei und in der niedern Klasse der Bevölkerung durch sein nicht zu beschreibendes, unverschämtes Auftreten in politischer und anderer Beziehung einen gefährlichen Einfluß ausübe." Die letzte Serenade war bereits die vierte, welche Hr. Gugel wegen dieser Sache zu empfangen die Ehre hatte. Ohne weiter besonders hervorzuheben, daß Hr. Gugel ein allgemein geachteter pflichttreuer Mann ist, muß man wenigstens sein Bedauern darüber aussprechen, daß in unsern beiden gelesensten Blättern sich noch nie ein ernstes Wort gegen solches Treiben erhoben hat, sondern die beiden Redakteure derselben, beide Deputirte der Nationalversammlung, durch sichtbare Protektion desselben sich ihre Popularität zu erhalten suchen.

♈ Aus Sachsen, 28. Jan. Unsre Kammern und unser Ministerium haben sich in den Netzen ihrer eignen Winkelpolitik gefangen und sich in Widersprüche aller Art verwickelt. Die radikale Kammermehrheit nöthigt den Ministern die Erklärung ab, daß nicht ein persönlicher Widerstand des Monarchen gegen die Veröffentlichung der Grundrechte die Veranlassung ihres angekündigten Rücktritts sei — diese Radikalen sind aber dieselben, welche behaupteten, das Verfassungswerk der deutschen Nationalversammlung unterliege der Genehmigung der Regierung und der Stände Sachsens. Wie könnten sie denn jetzt Anstoß daran nehmen, wenn der eine Faktor der Gesetzgebung, der König, von seinem Rechte der Genehmigung, resp. Nichtgenehmigung, wirklich Gebrauch machen wollte? Gleichzeitig hat die zweite Kammer auf Schaffraths Antrag beschlossen, die Regierung zu veranlassen: unverweilt die im Reichsgesetzblatt publizirten Grundrechte „verfassungsmäßig" ein- und durchzuführen. „Verfassungsmäßig", das könnte nach früheren Erklärungen Schaffraths nichts Anderes heißen, als: nach eingeholter Zustimmung der Stände, in Gemäßheit des §. 2 unserer Verfassungsurkunde. Allein in der That kann Dies hier nicht gemeint sein, denn sonst hätte die Ablehnung des Wehner'schen Antrags — auf Vorlage der Grundrechte an die Kammer zur Prüfung und Genehmigung — keinen Sinn. Hr. Schaffrath hat zwar hinzugesetzt, das Prinzip der unbedingten Gültigkeit der Reichstagsbeschlüsse solle hierbei ganz außer Frage bleiben; allein nach dem ganzen Zusammenhang dieser Verhandlung kann in dem Beschlusse auf den Schaffrath'schen Antrag kaum etwas andres gefunden werden, als ein Aufgeben jenes Prinzips; und das „verfassungsmäßig" kann nur etwa auf §. 89 der Verf.-Urkunde hindeuten. Die Kammer hat also selbst das Prinzip aufgegeben, welches sie früher in Uebereinstimmung mit dem Ministerium streng einhalten zu wollen schien, und dieses Letztere sieht sich nun auf einmal von seinen ehemaligen Bundesgenossen, den Radikalen, desavouirt. Offenbar befinden sich unsere Radikalen in einer für sie fatalen Verlegenheit. Auf der einen Seite möchten sie gern die Grundrechte bald eingeführt sehen, um den Volkswünschen gerecht zu werden — auf der andern fühlen sie wohl, daß sie dadurch das Prinzip der Mitwirkung beim deutschen Verfassungswerk aufgeben und die Souveränetät der Nationalversammlung anerkennen. Ebenso ist das Ministerium in Verlegenheit, denn es kann nicht wünschen, daß diese Kammern, mit denen es zu thun hat, das vernünftige Maß von Freiheit, welches die Grundrechte einhalten, vielleicht in ein unvernünftiges Uebermaß amendiren — und doch hat es nun einmal das Zustimmungsrecht der Stände anerkannt und kann nicht gut wieder davon loskommen. Beiläufig sei hier auf ein starkes Sophisma in der letzten Rede des Herrn von d. Pfordten über diese Frage hingedeutet. Hr. v. d. Pfordten stützt sich, bei Vertheidigung des Vereinbarungsrechtes, fortwährend auf die königl. sächs. Verordnung wegen der Wahlen zur Frankfurter Versammlung. In dieser Verordnung ist aber nur von einer „Vereinbarung des deutschen Verfassungswerkes zwischen Volk und Regierungen" die Rede, nicht von einer Vereinbarung zwischen der Nationalversammlung einerseits, den Regierungen und Ständen der einzelnen Länder andererseits. Man wird doch nicht diese vom Volke gewählten Stände als den Gegensatz des Volkes ansehen wollen? Der Gegensatz, den jene Verordnung aufstellt, steht ganz auf dem Boden des alten deutschen Bundes, in welchem bis dahin nur die Regierungen vertreten waren, neben denen sich aber nunmehr eine Vertretung des Volkes, die deutsche National-Versammlung, bilden sollte. Man weiß ja, daß damals noch viele Regierungen, und also wohl auch die sächsische, glaubten, die National-Versammlung werde nur eine mitberathende Versammlung neben dem Bundestage sein und mit diesem über die künftige Verfassung Deutschlands sich „vereinbaren." Unbegreiflich bleibt es aber, wie eine solche Vereinbarungstheorie im alten Bundesstyle, wonach das Volk auf der einen, die Regierungen auf der anderen Seite als gleichberechtigt, ja die letzteren, als die durch ihre Zustimmung erst die Verfassung bekräftigenden, als bevorrechtigt stehen sollten, den Beifall jener Partei finden konnte, welche überall und immer den Grundsatz der Volkssouveränetät im Munde zu führen liebt.

⊙ **Rastatt**, 5. Febr. Wir sehen in kurzer Zeit einer bedeutenden Vermehrung der hiesigen Besatzung entgegen, indem der durch die Aufstellung von zwei Prozent der Bevölkerung veranlaßte Rekrutenzugang hier eintreffen und deren abwechselungsweise Einübung das ganze Frühjahr in Anspruch nehmen wird. Man spricht hier von der Wiederbesetzung der hiesigen Gouverneursstelle, die bisher stillschweigend erledigt war; und zwar von der definitiven Ernennung des Generals v. Closmann, der bisher unter unangenehmen und schwierigen Verhältnissen diesen Posten provisorisch mit Anerkennung und Erfolg verwaltete. Er ist der älteste badische General, der mit Auszeichnung beinahe ein halbes Jahrhundert dient. Er ist bei den Bürgern hier allgemein geachtet und beliebt und erfreut sich von ihrer Seite des größten Vertrauens, was in gefahrdrohenden Augenblicken wohl von nicht minder hohem Werth ist, als Festungsmauern und Soldaten.

Frankreich.

†† **Paris**, 29. Jan. Blitzende Schwerter und Bajonnette, glänzende Panzer und Kanonen, Roth- und Blauhosen ohne Zahl garnirten gestern die wichtigen Stellungen von Paris. Die Zugänge zur Assemblée waren auf größere Entfernungen gesperrt, und die Truppen in förmlicher Gefechtsordnung mit Avantgarden, Unterstützungen und Reserven von der Rue Madelaine bis zur Assemblée aufgestellt. Die Place de la Concorde war zum Place d'armes gemacht, der linke Flügel deckte das Elysée National, der rechte das Pantheon und Hôtel Luxembourg mit zehntausend Mann. Die Brücke von Louis XV. blieb von Truppen besetzt und die Verbindung des Faubourg St. Germain mit der Stadt nur über die Brücken geöffnet, welche rechts vom Pont national stehen. In und bei der Ecole militaire stand die Division der Generallieutenants Guillebert und Foret. Zu dieser großartigen Besetzung der Hauptstadt wurden nur drei Bataillons Mobilgarden zugezogen, welche auf der Place de la Concorde in's innere Treffen, durch die Haubajonette der Chasseurs d'Orleans gedeckt, rangirt waren. Die übrigen Bataillons blieben theilweise in den Kasernen als Reserven, größtentheils waren sie auf entfernte Wachposten mit Detachements der Linie geschickt worden, wodurch ihre Stärke zertheilt, und der revolutionäre Geist dieser Truppen unschädlich gemacht wurde, wenn ein Ausbruch stattgefunden hätte. Der Präsident der Nationalversammlung hat dem General Lebreton, Quästor der Assemblée, das Kommando der Truppen in der Nähe des Deputirten-Palais übertragen, um der Nationalversammlung beruhigende Bürgschaft für die außerordentliche Maßregel der Regierung zu leisten. Die Truppen und Neugierigen auf den Quais Voltaire und des Tuileries, die kleinen Gruppen blauer Blousen um Improvisatoren gesammelt, welche oft mit dem Rufe Vive la Republique democratique et sociale extemporirten, wenn Polizisten nicht ferne sich zeigten; hier ein betrunkener Marketender, der sich selbst der beste Gast war, dort ein Ouvrier enragé mit verbissenem Grimme die ministerielle Proklamation lesend, ernsthafte Patrouillen der Nationalgarde, lachende Gamins-Banden — alles zusammen, gefaßt in den reizenden Rahmen dieses Stadtviertels, gefärbt von dem chiaroscuro leichter Nebelwolken, komponirte ein wunderliches Genrebild im semiserio Style einer Pariser Bewegung. Der Präsident zeigte sich dem Volke in der Generalsuniform der Nationalgarde —

welche ihm nicht zukommt — von seinen Ordonnanzoffizieren begleitet auf den Straßen Rivoli, Boulevards, Börsen- und Eintrachtsplätzen. Es war eine Taktlosigkeit, obschon die Moderés eine Kraftäußerung persönlichen Muthes darin sehen wollen, an diesem wichtigen Tage en cortége spatzieren zu reiten. Der Mahnruf vive la Republique wurde vielfach gehört, das vive Napoleon blieb heute in den Kehlen stecken. Die Nationalgardenpatrouillen und einzelne Mobilen empfing das Volk mit Lebehochs, die Linientruppen dagegen mußten manche leichte Neckerei ertragen. Die Truppen blieben kalt und imponirten durch würdige Haltung mehr als durch die Mordinstrumente in den Händen. Der in der Abbaye verhaftete Mobilgarde-Bataillonschef Aladenize soll gestern Nachts unter starker Eskorte nach Vincennes geführt worden sein. Auch wird von der Patrie die Verhaftung des Obersten Forestier, von der 6ten Legion Nationalgarde, gemeldet und gleichzeitig angezeigt, daß General Changarnier durch einen Pistolenschuß an der Stirne leicht verwundet worden sei. Man hat zwischen diesen drei Thatsachen noch keine Verbindungsfäden kennbar gemacht. Daß aber die Regierung welche gefunden hat, scheint aus der Ueberführung des Herrn Aladenize nach Vincennes — das Gefängniß für Staatsverbrecher — einzuleuchten. Das Bureau des Centralvereines Solidarité republicaine fand sich gestern von Polizisten überrascht, welche die 17 Mitglieder verhafteten und die Aktenstücke in Verwahrung nahmen. Auf einzelne fanatische Exklamationen der in den Tuileriengärten eingesperrten Garden der verhaßten 1. Legion: Vive l'empereur! erwiederten die Außenstehenden „à bas les pretendans! à bas la réaction! le ministére à Bourges! à bas Changarnier! Dann sangen sie nach der Arie „aux lampions" die Worte: L'amnestie, l'amnestie. Auf den Boulevards erfanden die sinnigen Bilderhändler einen sonderbaren Schimpf für den unpopulären Changarnier. Sie stellten sein Bild in einen Kasten, wo nur vier Bilder Platz haben, neben dem verhaßten Windischgrätz, Jellacic und Radetzki aus. Ein beißendes Pasquill! Einige Demonstrationen mit weißen Fahnen in der Rue Rivoli und auf den Boulevards, meistens von Frauen ausgehend, fielen zur Beschämung dieser aus, denn das Volk forderte, sie sollen die rothe Fahne aushängen. A bas les blancs! (Gemäßigte werden jetzt Weiße genannt; hier von derselben Bedeutung, wie schwarzgelb in Wien, schwarzweiß in Berlin). Es ging die Sage um, das Fort La Briche in St. Denis sei von der Mobilgarde nicht an die Linientruppen übergeben worden, und Kommunikationen würden zwischen diesem Fort und den Kasernen der Mobilen unterhalten; sie bedarf aber noch der Bestätigung. Daß aber auf der Kaserne Poissonnière eine Fahne mit der Inschrift „Es lebe die demokratisch-soziale Republik" aufgesteckt ist, ist Thatsache. Ein Detachement Mobilgarde mit dem Bataillonschef an der Spitze marschirte vom Generalstabsquartier nach der Kaserne des petits Pères. Eine Menschenmasse begleitete es, und schrie nach Veranlassung: Es lebe die Republik, die Mobilgarde! Nieder mit den Ministern, nieder mit den Weißen! Das Detachement sang die Marseillaise und die Endverse der Girondins. Oberst Forestier wurde verhaftet, weil er seine Legion (die sechste) auf dem Boulevard du temple in einer warmen Anrede aufforderte, die öffentliche Ruhe und die Republik aufrecht zu erhalten, da nunmehr das Volk und die Nationalgarde von denselben Gefühlen beseelt seien. Dann schrieb er einen Brief an den Präsidenten der Assemblée Nationale und versicherte ihn, daß das Konservatorium der Künste und Gewerbe bereit stehe, die Nationalversammlung aufzunehmen, und die 6. Legion bereit, sie zu vertheidigen, wenn sie in dem Palais der Deputirten bedroht sein sollte. Riecht das nicht nach Berlinergeschichten? Nur wird es in Paris keine Komödie werden. Während die angedeuteten Szenen dem Bummler eine Masse Stoff zum Nachdenken oder für Volksstudien lieferten, beriethen die patres patriae den Antrag des Kollegen Rateau. Jules Favre, Odilon Barrot, Lamartine, Victor Hugo, Cavaignac nebst Andern sprachen für und gegen, und der langen Rede kurzer Sinn „Ja oder Nein" ging in dem Beschlusse, den Antrag einer zweiten Berathung zu unterziehen, unter. Dem Ministerium war damit eine kurze Lebensfrist gegeben. 416 Repräsentanten stimmten für Rateau, 405 gegen ihn. Die Bergpartei hatte auf eine Majorität von 50 bis 60 Stimmen vor Beginn der Sitzung gerechnet. Die Bajonette, Kanonen und zweifelhaften Worte der Rede Lamartine's verschafften dem Ministerium eine absolute Majorität von 5 und eine relative Mehrheit von 11 Stimmen bei 821 Votanten. Seine Stunde hat dennoch geschlagen. Ich fürchte, es überhört die letzten Glockentöne! Die Minister, welche im Juli 1830 die Karte zerreißen wollten, Guizot, der im Februar 1848 die Vereinsfrage mit dem Säbel lösen zu lassen beabsichtigte, fanden in den Gewehren keinen Stützpunkt ihrer gesunkenen Macht. Odilon Barrot darf kein zweites Mal mit Soldaten spielen, wie gestern Morgens — und thut er es, so zerreißt ihn der blutgereizte Löwe Volk. Schon jetzt verlangt es in seinen Organen der Presse Gerechtigkeit!" Nicht mehr vor der Assemblée nationale, vor dem hohen Gerichtshofe von Bourges hat sich das Ministerium über das gestrige Attentat zu verantworten!" Der Schweizer General Dufour und Marschall Bugeaud sind je nach der Heimat und der Dienstbestimmung abgereist. In einem Duelle zwischen dem Repräsentanten Clement Thomas und dem Redakteur des Corsaire, Coëtlegon, sind beide verwundet worden, letzterer gefährlich. Das Duell fand auf Degen im Bois de Boulogne statt. Man will gestern Caussidière und Louis Blanc in Paris gesehen haben. Ich glaube nicht, daß für sie die Nähe von Bourges so anziehend ist, um das Asyl von England zu verlassen. Der steckbrieflich verfolgte österreichische Doktor Tausenau ist in Paris angekommen.

** **Straßburg**, 30. Januar. Es schwebt über Frankreich ein drohendes Gewitter: die Regierung schreibt den Präfekten und Unterpräfekten mit ungewöhnlicher Strenge vor, „bei den gefährlichen Zuständen" ihren Posten nicht zu verlassen; jede Entfernung würde als Demission angesehen werden. Dasselbe gilt auch für die Militärbehörden. Woher aber der Sturm ausbrechen wird, das ist ungewiß. Unverholen ist die Meinung des Klerus: er spricht sich für den Bourbonen aus, und mit ihm der große Theil des Landvolkes, das die gewünschten Resultate der Wahl des Napoleoniden nicht gefunden hat. Zum Ausbruch treiben auch die Sozialisten, und hinter ihnen werden die Republikaner einherschreiten, wenn die Nationalversammlung durch einen Machtstreich aufgelöst werden sollte. Diese zählt darauf, bis in den Juni zusammenzubleiben; bis dahin würde sich Manches anders gestalten und sie wieder eine Nothwendigkeit geworden sein. Denn schnell, so hofften diese Republikaner, werden sich die ministeriellen Kombinationen, eine nach der andern abnützen. Die Regierung dagegen fährt in der Stärkung der konservativen Partei fort: dies geht aus den langen Listen der ernannten Präfekten hervor. Vor allen aber beurkundet sich diese Richtung in der Verwaltung der Finanzen, die überall mit großer Sparsamkeit geführt wird. So sind dieser Tage die außerordentlichen Arbeiten in den Arsenalen hier und in Metz, und wohl auch anderswo, eingestellt und Hunderte von Arbeitern entlassen worden. Auch fehlt noch immer die neue Konskription für das Heer, obgleich die frühere entlassen worden. Die Garde mobile in Paris ist auf die Hälfte der Bataillone reduzirt, nachdem schon länger keine Anwerbungen mehr Statt gefunden haben; und diese 12 Bataillone sind mehr den Linientruppen gleichgestellt und werden wahrscheinlich bei gehemmten Anwerbungen noch weitern Reduktionen entgegengehn. Dies Alles geschieht aber um Ersparungen zu machen. Denn nicht allein daß es unmöglich sein wird, das Budget für 1849 ohne ein Defizit von 3 bis 400 Millionen festzustellen: es entsteht auch noch die Frage, ob das Land das nach den frühern Ansätzen gebildete Einnahme-Budget wird aufbringen können. Das reiche Frankreich ist schnell arm geworden (?) durch die Vernichtung des Zutrauens, durch die Hinneigung zu einer politischen Oekonomie, welche aus nichts als Hirngespinnsten besteht. Es ist wohl Geld in den Kassen, aber außer Zirkulation; denn so genußsüchtig sonst dieses Volk ist, so zähe kann es auch werden, wenn es die Umstände gebieten. Dieser Lebensgenuß ist nicht ein regelmäßiges Bedürfniß, wie bei dem Deutschen, der ohne Wein oder Bier und Tabak seine Abendgesellschaft nicht besuchen kann; der Franzose begnügt sich auf dem Kafé mit einer Demitasse, oder als Habitué auch mehrere Tage lang mit der Zeitung. Die Abgaben liegen aber auf der Masse, und wie soll diese die hohe Gewerbsteuer aufbringen, wenn die Arbeiten darniederliegen, wie die Grundsteuer von dem Landbesitze bei der Entwerthung der Produkte, oder die Abgabe von Häusern bei leerstehenden Wohnungen? Die indirekten Abgaben tragen aber bei dem eingeschränkten Verbrauch wenig ein, die Zölle noch weniger, da der Verkehr im Innern wie mit dem Auslande so tief gefallen ist. Der Staat wird sich in derselben Lage wie die Gemeinden befinden: wir sehen, daß in jeder Sitzung der Nationalversammlung sonst blühende Städte zu Anleihen sich ermächti-

gen lassen: denn alle Kassen sind erschöpft, weil man sie dem Proletarier geöffnet hat und weil die Zuflüsse so geschmälert worden sind. Das ist was Frankreich bis jetzt als Gouvernement **à bon marché** erhalten hat!

Eine Intervention von Seiten Frankreichs in den päpstlichen Angelegenheiten mag allerdings in dem Sinne der Regierung liegen, die das Volk kennt und weiß, wie viel ein solcher Coup mit éclat bei ihm gilt: aber sie wird nicht störend auf den allgemeinen Frieden einwirken, denn sollte sie statt finden ohne Zustimmung der übrigen Staaten, so wären schon längst französische Truppen in Civitavechia. Dagegen aber sind die Gerüchte, welche deutsche Zeitungen hin und wieder aufgenommen, von Kriegsrüstungen gegen das deutsche Reich völlig grundlos, namentlich fehlen disponible Militärkräfte in den angrenzenden Divisionen. Wenn aber indessen auch die Gegenwart zunächst einige Beruhigung gewährt, so wird doch Deutschland seine Zukunft nicht vergessen und vernachlässigen. Man sollte glauben, daß schon die aufmerksame Beobachtung der Art und Weise, wie das Ausland sich über Deutschlands gegenwärtiges Bestreben ausspricht, hinreichend wäre, jedem wahren Vaterlandsfreunde die Augen zu öffnen. Und hier kann nicht die Rede sein von der Theilnahme an den revolutionären Bewegungen überhaupt, oder von der Abneigung gegen dieselben: das sociale und republikanische Treiben ist wohl jenseits des Rheines bis zu einem gewissen Grade überwunden und kommt jetzt nicht mehr in Betracht. Das Ausland sieht nur noch scheel zu der Entwickelung Deutschlands zu nationaler Einheit, welche es künftig unmöglich machen wird, in Sonderbünden einen Theil des Volkes gegen den andern in den Kampf zu ziehen.

Allerdings mögen sich in einzelnen Stämmen widerstrebende Regungen finden: ist doch jeder schon so lange gewohnt, sich ein besonderes Vaterland in dem gemeinsamen Vaterlande zu denken und fürchtet den langen Gewohnheiten und alten Verbindungen zu entsagen. Aber fand nicht Aehnliches in Frankreich Statt, als die Republik une et indivisible die Scheidewände zwischen den Provenzalen, Burgundern u. s. w. niederbrach, ihre Privilegien zerstörte, und die eigenthümlichen Institutionen ebnete? Glaubt man, daß damals das Aufgeben von so Manchem, in das sich das Volk hineingelebt hatte, nicht gleichfalls schmerzte! Und doch, frage man jetzt die Bewohner der Departements, ob sie wieder in den früheren Zustand zurückkehren und den Vortheilen der Einheit entsagen wollen, so wird man von dem Rhein bis zu den Pyrenäen nur von Einem Vaterlande hören. Auch mußte ein Versuch der Art, welcher unmittelbar nach der Restauration eingeleitet wurde, sogleich wieder aufgegeben werden, weil die Nation sich entschieden dagegen aussprach, und Jeder fürchtete die großen Vortheile zu verlieren, welche das Resultat der Verschmelzung waren. Und doch lagen die nächsten Nachtheile, die Trennung vor dem Feinde, schon viel weiter zurück als in Deutschland, weil seit den englischen Kriegen in dem 15. Jahrhundert von dieser Seite keine Gefahr mehr drohte. Denn die Befürchtungen in den neunziger Jahren blieben ja nur Befürchtungen. Die Geschichte der Nachtheile, welche aus der Theilung für Deutschland folgten, dehnt sich aber bis in die neue Zeit herüber und die lebende Generation kann das Andenken an dieselben unmöglich verwischt haben.

** **Straßburg**, 1. Febr. Der erste Schlag ist geschehen: die Unruhen an dem vergangenen Montage haben zur vorläufigen Entscheidung geführt, die schon länger vorbereitet wird. Die Regierung, um die ihr nothwendige Macht zu erhalten, hatte, nachdem sie sich die Führung des Heeres und der Verwaltung durch die neuen Ernennungen gesichert, die Karte hingeworfen. Nach mehreren vereinzelten Maßregeln wurde die Umbildung der Garde mobile vorgenommen und zugleich das Prinzip aufgestellt, dieselbe in Algerien verwenden zu können, d. h. sie von Paris zu entfernen. Hierauf folgte die Schließung der Klubs, d. h. ein Eingriff in eines der allgemeinen Prinzipien der Konstitution. Jene Veränderung schien weniger Schwierigkeiten zu bieten; die Eifersucht des regulären Heeres auf die Privilegien von halben Soldaten, die Unordnungen in den Bataillonen, der Haß selbst der Proletarier seit dem Juni sollten diese Maßregel begründen und erleichtern. Man dachte aber nicht daran, daß gemeinschaftliche Gefahr auch größere Feindschaft aussöhnen kann, und so ist es gekommen, daß die Bergpartei wieder viele Unterstützung in den unzufriedenen Garden gesucht und gefunden hat. Die Unterdrückung der Klubs war ein gefährlicheres Wagstück. Auch ohne auf das konstitutionelle Recht einzugehen, ist die Thatsache unleugbar von großer Bedeutung. Allerdings fand sich ein Grund der sie rechtfertigen konnte: die Verbindung die sich unter dem Namen der Solidarité républicaine über ganz Frankreich erstreckte und zunächst nur die eigentlichen Demokraten vereinigte, mit welchen sich jedoch jetzt auch die meisten Republikaner, die Partei des National, verbunden haben. Ueberall bilden sich jetzt wieder die Klubs, so zahlreich als früher, und der Widerstand, den die Regierung in der Nationalversammlung findet, wird in allen Städten Beifall und Unterstützung hervorrufen.

Ich halte die Lage schon darum für gefährlich, weil der erste Schlag verfehlt war. Der Wiederauftritt Lherminier's hat die Schulen in Paris vereinigt, und diese Jugend hat den ersten Sieg erfochten: er hat ihre Reihen gebildet und sie werden so geschlossen in die Opposition eintreten. Dies ist ein Element, das der Partei der Proletarier und ihrer Führer eine gewaltige Stütze gibt. Schon ist, nach einer telegraphischen Depesche, die gestern Abend spät anlangte, der Kampf angefangen; die Gewalt ist eingetreten und wer kann sagen, wo die Ereignisse hinführen werden? Heinrich V. steht vor der Thüre, die Orleaniden haben bestimmt die Einmischung für jetzt abgelehnt. Jener führt aber zum Bürgerkrieg, denn ein solcher Wechsel wird in den Departements nicht gleichgültig aufgenommen werden. Die hiesige Nationalgarde, so wie die vielen andern Städte, wird sich für die Republik erklären, und gegen einen solchen Schritt werden die schwachen Garnisonen nichts vermögen. Auch in diesem Ministerium dieselbe Unerfahrenheit wie in den andern, dieselbe Verkennung der Lage und der Mittel!

Schweiz.

) **Bern**, 2. Febr. Wie verlautet, hat sich die eidgenössische Posterpertenkommission auf einen äußerst mäßigen Brieftarif vereinigt. Derselbe würde auf eine Entfernung von 10 Stunden 2 kr., auf eine solche von 30 Stunden 4 kr. und auf eine Taxe von 6 kr. für Alles, was in der Schweiz weiter entfernt ist, sich belaufen. Wesentliche Erleichterungen sollen ebenfalls dem Verkehr mit Druckschriften und Zeitungen erwachsen; für letztere würden dem Verleger mäßige Prozente vom Verlagswerthe verrechnet. Hr. Gonzenbach, der gründliche Kenner schweizerischen Handels, verweist hinsichtlich der glücklichen jetzigen Handelslage der Schweiz in einem jüngsten Schreiben aus Bern auf seine Schrift über die Handelsverhältnisse mit Oesterreich und warnt auf das Eindringlichste gegen Schutzzölle, welche er das Grab des schweizerischen Wohlstandes nennt. Im Allgemeinen ist die Stimmung der westlichen Schweiz im Prinzip für Aufrechthaltung der Handelsfreiheit. Die Regierung von Neuenburg ist vom großen Rath ermächtigt worden, die Administrativ-Untersuchung gegen die bei den letzten Unruhen Betheiligten fortzusetzen, die einberufenen Truppen nach dem eidgenössischen Sold zu bezahlen und die Kosten auf die Schuldigen zu vertheilen. Der Staatsrath hat schon viele Verhaftungen vornehmen lassen und mehrere im Kanton Neuenburg angesessene Schweizerbürger ausgewiesen. Die preußischen Farben zu tragen, ist streng verboten, und ein Dienstmädchen, das um seine verstorbene Gebieterin in einem schwarz-weißgestreiften Halstuch trauerte, wurde verhaftet. Im Berner Großen Rath ist die Berathung des Büdget noch nicht beendigt. Der Antrag Aubry's, eine eigene Kommission niederzusetzen zur Untersuchung der Finanzen, wie sie am 1. Sept. 1846 der neuen Regierung übergeben worden seien, ward mit großer Mehrheit abgewiesen; nur 14 Stimmen waren dafür. Nach der „Suisse" wird der Bundesrath auf die sardinische Note antworten, daß man in Turin in bedeutendem Irrthum schwebe, wenn man glaube, die Schweiz wolle auf ihr schönes Asylrecht Verzicht leisten; daß man nur deßhalb die Flüchtlinge aus Tessin gezogen, weil durch ihre dortige Gegenwart immerwährend drohende Gefahren heraufbeschworen werden. Die Fragen, welche der Bundesrath hinsichtlich einer schweizerischen Universität an die Kantone gerichtet, werden höchst langsam beantwortet; die kleinen Kantone vor Allem scheinen nichts von einer solchen wissen zu wollen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 38. Frankfurt a. M., Mittwoch 7. Februar. 1849.

Uebersicht.

Die Politik der Zögerung.

Deutschland. Frankfurt (Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit.) Wien (Herr v. Würth. Das Ministeeium und die deutschen Grundrechte. Der Gemeinderath. Verurtheilungen. Der Lloyd. Schemnitz und Kremnitz besetzt. Der Konstitutionsausschuß über Galizien und Tyrol.) Berlin (Beefügung der Generalintendantur der königlichen Schauspiele.) Wetzlar (Gutachten über das Bürgerwehrgesetz.) München (Neue richterliche Amtstracht. Die deutsche Frage und die Parteien. Das Jagdgesetz. Adressen um Einführung der Grundrechte.) Nürnberg (Erste öffentliche Gerichtsverhandlung.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Sigmaringen (Zurückziehung der Reichstruppen.) Zittau (Der deutsche Verein für Peeußen.) Chemnitz (Petition gegen Freihandel.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Darmstadt (Die zweite Kammer über die Verkündigung der Reichsgesetze. Die Einführung der Schwuegerichte.)

Großbritannien. London (Morning Chronicle über die deutsche Uneinigkeit. Lord J. Russells Absichten in Betreff der Wahlfähigkeit der Juden. Baron Lionel Rothschild vor seinen Wählern. Die nächsten von der Regierung einzubringenden Bills. Der Gesandtschaftswechsel in Griechenland und der Schweiz.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über den Kassationshof. Bericht über die Anteäge auf Versetzung der Minister in Anklagestand und auf parlamentaeische Untersuchung. Die Angaben der Journale.)

Spanien. Madrid (Spanische Marine. Deutsche und irländische Niederlassungen in Spanien.)

Oesterreichische Monarchie. Syrmien (Serbische Hülfe.)

Italien. Rom (Namen der Gewählten. Wahlen in den Provinzen.) Neapel (Zusammenberufung der Kardinäle.)

Schweiz. Zürich (Antwort des Bundesraths auf die sardinische Note. Freihandel und Schutzzölle. Die letzte souveräne Feder von Uri.)

Schweden. Stockholm (Reformvorschläge des Königs.)

Ungarn. Pesth (Die Kriegspläne der Magyaren.)

Rußland. St. Petersburg (Kirchliches. Der neue Kreml in Moskau.)

Nachschrift.

---

7. Februar.

Die Zeit drängt und noch immer sind wir einer Schlichtung unseres Verhältnisses zu Oesterreich nicht näher gekommen. Sollen wir so zuwarten und stehen bleiben, dem Ziele, das uns vorsteht, gerade nahe genug, um seinen ganzen Werth zu ermessen? Ein Glück für uns, daß Frankreich für's Erste mit sich selbst zur Genüge beschäftigt ist und aus einee Krisis in die andere geworfen wird, Dank der fürsichtigen und patriotischen Staatsweisheit republikanischer Doktrinärs, die vor zwölf Monaten eine Staatsform extemporirten, zu der es dem Volke an Allem, an der Fähigkeit wie an der Neigung, gebricht. Ein Glück, daß dort der Kampf zwischen Republik und Monarchie noch bevorsteht und aller Voraussicht nach in kurzer Frist zur Entscheidung kommen wird. Ein Glück für uns, daß das große, mächtige Frankreich durch die Experimente seiner Staatskünstler dahin gebracht ist, daß ihm nur zwischen dem langsamen Todeskampfe einer allmälig ausathmenden Staatsform und einem raschen, kühn zugreifenden Staatsstreiche die peinliche Wahl bleibt.

Wir haben unsere Ansichten über die Republik nie geheimgehalten, wir waren nicht einmal so tolerant, sie als die ideale Staatsform einer bessern, uns nahe bevorstehenden Zukunft zu verehren, aber wir leugnen es nicht: alle unsere Wünsche gehen dahin, daß Frankreich noch eine Zeit lang die Republik behalte, so lange wenigstens, bis unsere innern Angelegenheiten geschlichtet und geordnet sind. Denn von dem Tage an, wo dort die Wunden der Februar-Revolution anfangen zu vernarben, wo wieder ein festes, geordnetes Regiment an das Ruder des Staates tritt, von dem Tage an wird uns die Frist ungestörter Anordnung der eignen häuslichen Angelegenheiten nur noch kurz zugemessen sein.

Gleichwol zögert man, und es scheint recht eigentlich dies Zögern die Summe österreichischer Staatsweisheit zu enthalten. Die Freunde und Anhänger der Politik, die uns das staatenbundliche Monstrum eines Reiches der Mitte verschaffen möchte, deuten wenigstens unverholen an, daß in einigen Wochen oder Monaten die Dinge vielleicht von selbst zu dem Ziele hindrängen werden, das ihnen das wünschenswertheste ist. Sie geben, trotz der eklatanten Niederlage, die sie mit dem Turnus, sowie der dreiköpfigen und sechsköpfigen „Spitze" erlitten haben, die Hoffnung nicht auf, daß die Zeit Rosen bringen werde und man im Gefühle der Ohnmacht, etwas Ganzes zu schaffen, dann vielleicht mit Bereitwilligkeit nach dem Halben, Unvollkommenen und Verkehrten greifen werde. Sie sind ehrlich genug einzugestehen, daß die kompakte Minorität, die für die Erblichkeit entschied, ein ganz anderes imposantes Ansehen hat, als jene bunte Majorität, die aus Ultramontanen, Partikularisten, Farblosen und den verschiedenen Schattirungen der Republikaner zusammengestoppelt ist; ja sie geben zu, daß jene feste, untrennbare Minorität auf die Dauer eine Anziehungskraft üben würde, neben der die heterogene Mehrheit ihrem natürlichen Auflösungsprozesse entgegengeben muß; allein sie rechnen auf Eventualitäten, auf vollendete Thatsachen, durch die es der Schwäche und Halbheit gelingen muß zum Ziel zu kommen. Sie erbauen sich sogar an der preußischen Note; die Stelle, wo Preußen seiner bisherigen Haltung getreu, nicht zugreifend und aufdringlich wie andere minder Berufene, sondern mit würdiger Resignation sich bescheidet, gern Allem entgegenzukommen, was den gemeinsamen Zweck fördern kann, wo es die Besorgniß ausspricht, an den Schwierigkeiten, welche die Herstellung der Kaiserwürde mit sich bringt, könnte das Werk der Einigung scheitern — diese Stelle hat sie nicht etwa beschämt, sondern mit der Hoffnung erfüllt, auch Preußen werde die Hände bieten zu den bundesstaatlichen Experimenten, deren bunte Serie bei der Abstimmung über die Oberhauptsfrage einen wahrhaft komischen Eindruck hätte machen können, wenn der Ernst der Sache nicht dazu viel zu groß wäre.

So rechnen sie auf neue Zwischenfälle, auf die Ermüdung und Unlust, auf ausweichende, temporisirende Erklärungen Oesterreichs und im Gefolge alles dessen, hoffen sie, werde es keine großen Schwierigkeiten mehr haben, die deutsche Oberhauptsfrage durch die Regierungen oktroyiren zu lassen. Die kleinen werden sich dann den großen fügen und die großen werden dann zu jenen verschmähten Erfinduugen scharfsinniger Köpfe zurückgreifen, welche in der Paulskirche in einer wahrhaft niederschlagenden Minderheit geblieben sind. Die Geschichte von der Bundesakte wird sich dann in neuer Form wiederholen; wie man damals, weil zur rechten Zeit versäumt worden war, das Rechte und Ganze zu machen, am Ende verstimmt und ermüdet zum Halben und Unvollkommenen griff, so könnte es auch heute kommen und aus Ohnmacht und Muthlosigkeit für die Freunde der Trias, Tetras, Pentas u. s. w. eine goldene Zeit des Erfolges zu hoffen sein. Ob es dann auch wieder dazu kommen wird, daß man der Bundesakte die Schlußakte, den Grundrechten neue Konferenzbeschlüsse als Korrektiv beifügt, darüber wagen wir für's Erste keine Vermuthung; daß übrigens der Wille dazu vorhanden ist, daran zweifeln wir nicht, auch wenn die guten Leute, die sich als Werkzeuge dieser Restaurationspolitik gebrauchen lassen, davon keine Ahnung zu haben scheinen.

Die Deutsche Zeitung wurde jüngst, so viel wir uns erinnern, in der Allg. Z., als naiv bezeichnet, weil sie von der Voraussetzung ausging, es würden bei der zweiten Lesung der Verfassung die Oesterreicher nicht mehr an der Abstimmung über die Oberhauptsfrage Theil nehmen und folglich die Erblichkeit eine ansehnliche Mehrheit erhalten. Demnach scheint die A. Z. der Ansicht zu sein, daß die Oesterreicher, auch wenn sie aus dem engeren Kreis des Bundesstaates ausgeschieden sind (und darauf deuten ja alle ihre Erklärungen unumwunden hin), dennoch das Recht behalten, über die wichtigste Angelegenheit jenes Bundesstaats mitzuberathen und durch ihre Stimmen zu entscheiden. Das ist doch eine bemerkenswerthe Naivetät bei einem Blatte, das bereits sein halbhundertjähriges publizistisches Jubiläum feiern kann, und beweist nur, in welche Sackgasse die politische Logik gerathen kann,

wenn sie sich einmal entwöhnt hat, von festen Grundsätzen und Voraussetzungen auszugehn. Naiv sind wir deßhalb nicht, weil wir eine Behauptung aufstellen, die so wenig eines Beweises bedarf, als der alte Satz, daß zweimal zwei vier ist; naiv sind nur die andern, die daran zweifeln und aus zweimal zwei fünf zusammenrechnen möchten. Naiv sind jene Staatsmänner, die in offener Feldschlacht geschlagen, die Hoffnung aussprechen, durch die Kunst des Temporisirens und Zuwartens die erlittene Niederlage reichlich gut zu machen, oder jene hartköpfigen Anhänger der Vereinbarung, die schließlich von einer Oktroyirung der Regierungen ihr Heil erwarten, oder jene Patrioten, die uns auf ausweichende Antworten von Ollmütz und einen Schub neuer österreichischer Deputirten hinweisen. Naiv sind jene Redner, die sich auf den Standpunkt deutscher Größe und Einheit stellen und dann Deutschland den Hohn in's Angesicht werfen, es habe keine Geschichte; oder die mit einem ungeheuren Anlauf patriotischer Eloquenz beginnen und dann mit einem begeisterten Panegyrikus auf baierische Größe und Herrlichkeit enden. Naiv sind jene lustigen Sprecher, die eine Stunde lang à la Abraham a Sta. Clara gegen die erbliche Monarchie sprechen und dann am Ende erklären, sie würden für die erbliche Monarchie stimmen, wenn sie nur wüßten, daß Franz Joseph, und nicht Friedrich Wilhelm, der Auserwählte wäre. Naiv finden wir jene Demokraten, die, wie dies in der Abstimmung vom 23. Januar geschah, nach ihrer eignen Erkläeung dem sechsjährigen Oberhaupt zustimmen, weil sie darin wenigstens ein Theil republikanischer Ohnmacht und Zerfahrenheit wiederfinden, abee nicht minder naiv jene Royalisten, welche sich dazu hergaben, diese naive demokratische Minorität um ein Beträchtliches zu verstärken. Ueberaus naiv ist auch die Freude und der laute stürmische Beifall der rothen Mützen über den Sukkurs, der ihnen durch die Kaputzen zu Theil wird. Was soll man von Republikanern denken, gleichviel, ob Republikanern der Gegenwart oder der Zukunft, welche damit enden, sich von den Politikern zu Ollmütz in's Schlepptau nehmen zu lassen? Sie scheinen es denn doch nachgerade zu fühlen, daß die Gemeinschaft mit den Gönnern des Belageeungszustandes ihnen ebenso wenig Vortheil als Ehre bringen kann und ihr Zusammengehn an die Reise erinnert, welche der Topf von Thon mit dem Topf von Eisen unternahm. So viel Politik, um nicht zu sagen, soviel Patriotismus, trauen wir ihnen zu, daß sie einsehen, nicht sie, sondern Oesterreich und die alte Fürstenpolitik würden die Früchte einer allgemeinen Verwirrung erndten.

Hätte es aber mehr bedurft, als dieser „Naivetät" der letzten Wochen, um von neuem die Wahrheit des Satzes zu erhärten: **Nur Eines ist ein Prinzip, alles Uebrige nichts als eine Intrigue!**

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 6. Febr. Ich gebe Ihnen in Folgendem den Wortlaut des wichtigen „Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit", wie es die konstituirende Versammlung des Freistaats in iheer letzten Sitzung beschlossen hat; die Modifikationen, resp. Erweiterungen, welche die grundrechtlichen Bestimmungen erfahren haben, ergeben sich darnach von selbst:

§. 1. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. §. 2. Eine Verhaftung soll, außer im Fall der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen kraft eines schriftlichen, den Beschuldigten sowie die Thatsachen, deren er beschuldigt wird, bestimmt bezeichnenden richterlichen Befehls. Dieser Befehl muß dem zu Verhaftenden bei der Verhaftung vorgewiesen und spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden demselben zugestellt werden. Jeder Beehaftete ist in gleicher Frist nach seiner Verhaftung dem zuständigen Richter vorzuführen. §. 3. Frische That heißt das Vergehen, während es verübt wird oder unmittelbar nachdem es verübt worden ist. Als frische That werden auch die Fälle angesehen, wenn der Angeschuldigte durch die öffentliche Stimme verfolgt, wenn er auf der Flucht ergriffen oder wenn er kurz nach der That im Besitz von Waffen, Werkzeugen, Papieren oder anderen Gegenständen betroffen wied, die ihn als Urheber oder Theilnehmer verdächtig machen. §. 4. Die Bestimmungen des §. 2 finden nicht Anwendung auf die Fälle, wo die Polizeibehörde zur Unterstützung der Strafrechtspflege oder wegen Handlungen gegen die öffentliche Oednung und Sicherheit eine Person in Verwahrung nimmt. Die Polizeibehöede muß aber Jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben. §. 5. Jeder Verhaftete muß binnen 24 Stunden nach seiner Verhaftung, jeder von der Polizeistelle einer Gerichtsbehörde Uebergebene binnen 24 Stunden nach dieser Uebergabe, von dem zuständigen Richter unter bestimmter Mittheilung der Anschuldigungsgründe vernommen werden. §. 6. Jeder Angeschuldigte soll gegen Leistung einer vom Gericht angemessen zu bestimmenden Kaution oder Bürgschaft aus der Haft entlassen werden, sofern nicht bringende Anzeigen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen, welchenfalls die Bestimmung hierüber dem richterlichen Ermessen überlassen bleibt. Uebermäßige Kautionen oder Bürgschaften sollen nicht gefordert, und auch eidliche Kautionen können zugelassen werden. §. 7. Die Verhaftung einer Person wegen Verbindlichkeiten des bürgerlichen Rechts soll in den Fällen, in welchen das Gesetz sie zuläßt, nur geschehen kraft eines schriftlichen, den zu Verhaftenden sowie den Gegenstand der Verbindlichkeit bestimmt bezeichnenden, richterlichen Befehls. Dieser Befehl muß dem zu Verhaftenden vorgewiesen und spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden demselben zugestellt werden. §. 3. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte und außerordentliche Kommissionen sollen nie stattfinden. Keine Strafe kann angedroht oder verhängt werden, als in Gemäßheit eines Gesetzes. §. 9. Die Wohnung ist unverletzlich. Während der Nachtzeit hat Niemand das Recht in dieselbe einzudringen, außer in Fällen einer Feuers- oder Wassernoth, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Inneen der Wohnung hervorgegangenen Ansuchens. Bei Tage kann wider den Willen des Bewohners Niemand in dieselbe eindringen, außer in Folge einer in amtlicher Eigenschaft ihm gesetzlich beigelegten Befugniß oder kraft eines ihm von einer gesetzlich dazu ermächtigten Behörde ertheilten schriftlichen Auftrages. Eine Haussuchung ist nur zulässig, 1) kraft eines schriftlichen, deren Grund und Zweck angebenden richterlichen Befehls, der dem Betheiligten sofort oder innerhalb der nächsten 24 Stunden zugestellt werden muß; 2) im Falle der Verfolgung auf frischer That durch den gesetzlich berechtigten Beamten, und den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet. Die Haussuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten. §. 10. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren, außer bei einer Haussuchung oder Verhaftung, findet nur statt kraft eines schriftlichen, deren Grund und Zweck angebenden richterlichen Befehls, welcher sofort oder spätestens innerhalb 24 Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll. §. 11. Im Fall einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft, wie im Fall einer widerrechtlich vorgenommenen Haussuchung oder Beschlagnahme von Briefen und Papieren ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet. §. 12. Das aus der Nachtzeit hergeleitete Verbot besteht für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März während der Stunden von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, und für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September während der Stunden von 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens. Auf diejenigen Orte jedoch, welche als Schlupfwinkel des Hazardspiels und der Ausschweifungen oder als gewöhnliche Zufluchtsorte von Verbrechern durch den gemeinen Ruf bezeichnet werden, und auf Wohnungen von Privatpersonen, welche durch ein Straferkenntniß unter besondere polizeiliche Aufsicht gestellt sind, findet das Verbot keine Anwendung. In Betreff derjenigen Orte, in welchen während der Nachtzeit das Publikum ohne Unterscheidung zugelassen wird, bleibt das Verbot außer Anwendung, so lange sie dem Publikum geöffnet sind.

NB. Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit ein paar fatale Druckfehler zu berichtigen, die sich in meinen letzten Sitzungsbericht eingeschlichen haben. Es soll heißen **juratorische** Kaution, und nicht kreatorische, und es soll heißen **Nachtungsklage**, und nicht Nachtungsklage.

△ **Wien**, 2. Febr. Der ehemalige Unterstaatssekretär bei der deutschen Centralgewalt, Here v. Würth, ist hiee eingetroffen und die Sitzungen unsers Ministerrathes sind beinahe permanent! Aus guter Quelle erhalte ich die Versicherung, daß der Ministerrath — wenn noch nicht entschlossen — doch sehr geneigt ist, **die deutschen Grundrechte** mit geringen Modifikationen anzunehmen. Die Furcht vor einem „preußischen Erbkaiser" hätte demnach in wenigen Wochen mehr Wirkung gehabt, als aller Verstand der Verständigen seit dem Zusammentritt des Frankfurter Parlaments! Vor einigen Monaten hätte man einen solchen Entschluß Oesterreichs in Deutschland mit Jubel begrüßt! Wie wird er heute aufgenommen? Alles wird darauf ankommen, ob die Modifikationen auf einem kleineren oder größeren separatistischen Rückhalt oder Hinterhalt beruhen. Unser Gemeinderath, welcher sich seit dem Belagerungszustand in Beweisen von Loyalität und Servilität selbst zu übertreffen suchte, fällt nun auf einmal aus der Rolle und befindet sich seit der letzten Proklamation des Gouverneurs Welden im Zustand des offenen Aufruhrs gegen — die Verfügung der Geldbuße. Er will eine Deputation direkt an den Kaiser absenden, um sich dagegen zu verwahren und zugleich um Aufhebung des Belagerungszustandes zu bitten, den er bisher mit gewohnter Loyalität ertragen. Dem Vernehmen nach wied aber Baron Welden der Deputation den Abzug nicht gestatten. Eilf Grenadiere des Bataillons Richter, welche im Oktober zum Volke übergetreten waren und bis zum 31. Okt. v. J. an dem Kampfe gegen die kaiserl. Truppen Theil genommen hatten, waren zum Tode durch den Strang veeurtheilt, die Todesstrafe wurde ihnen aber nachgesehen und zwei davon auf zehn Jahre, vier auf acht Jahre Schanzarbeit in schweren Eisen verurtheilt. Einer derselben wuede ferner auf zehnmaliges, ein zweiter auf viermaliges Gassenlaufen durch 300 Mann verurtheilt. Der Invalide, Feldwebel Matthias Dehm aus Hinterlingen in Würtemberg, 60 Jahre alt, ist wegen aufreizender Reden gegen die

Staatsverwaltung und unanständiger Aeußerungen gegen den Fürsten Windischgrätz zu dreijähriger Schanzarbeit in leichten Eisen verurtheilt. Engelbert Mahler, Kutscher, ist wegen Lästerungen gegen den Kaiser nach Kriegsrecht als des Verbrechens der beleidigten Majestät im zweiten Grade schuldig, zu zehnmonatlichem Stockhausarreste verurtheilt u. s. w.; noch eine ganze Reihe von Verurtheilungen, im Ganzen nicht weniger als 26.

* **Wien**, 2. Febr. Der heutige „Lloyd" erklärt, daß er durchaus keinen offiziellen Charakter trage und daß sein Blatt weder in materieller, noch ideeller Beziehung von Obenher unterstützt wird. Aus Pesth erfährt man, daß die Brigaden Wyß und Colloredo nach bewerkstelligter Einnahme der beiden Bergstädte Schemnitz und Kremnitz am 29. v. M. daselbst eingerückt sind. Aus Kremsier wird berichtet, der Konstitutionsausschuß habe sich gegen die Theilung der Provinz Galizien und für die Theilung Tirols in Südtirol (Kreise Trient und Roveredo) und Nordtirol (mit Vorarlberg) mit 22 gegen 3 Stimmen entschieden.

Lith. Korrsp. **Berlin**, 4. Febr. Die Cirkulärverfügung der Generalintendantur der königlichen Schauspiele an die ihr untergebenen Beamten und Schauspieler theilen wir in Folgendem wörtlich mit: „Nach dem Inhalte eines mir durch das Ministerium des königlichen Hauses mitgetheilten Erlasses des königlichen Hofmarschallamtes sind seit dem 1. März v. J. vielfach Personen des königlichen Hofdienstes verdächtig geworden, sich in republikanische Umtriebe und Verbindungen eingelassen, auch durch ungebührliche respektswidrige Aeußerungen über Se. Majestät bekundet zu haben, daß sie diejenige Treue und pflichtschuldige Hingebung nicht hegen, welche für ihren König und Herrn mit Recht verlangt werden muß. Anonymen Verdächtigungen ist, wie sie es verdienen, nicht Glauben geschenkt worden; geschehen aber solche Anzeigen auf zuverlässige Weise mit Angabe der Beweismittel, so sollen die betreffenden Individuen sofort, ohne Ansehen der Person und der Verhältnisse zur Untersuchung gezogen und einstweilen vom Dienst suspendirt werden, um eventuell ihre Entlassung zu bewirken. Die Generalintendantur ist veranlaßt worden, allen den königlichen Schauspielen angehörigen Personen dies mit der Verwarnung bekannt zu machen, daß dieselbe vorkommenden Falls gleiches Verfahren eintreten lassen wird. Generalintendantur der königlichen Schauspiele. (gez.) v. Küstner."

⨯ **Wetzlar**, 2. Febr. Als Pendant zu dem vor einiger Zeit hier entstandenen Lahnwehrbunde theile ich etwas von der Erklärung mit, welche die Gemeindevorsteher der Bürgermeisterei Schwalbach über den Anklang abgegeben haben, den das Bürgerwehrgesetz bei den hiesigen Kreiseingesessenen gefunden hat, nachdem schon früher an alle Regierungen die Aufforderung ergangen war, zu berichten, in wie weit die Bestimmungen des Bürgerwehrgesetzes in den einzelnen Theilen des Landes zur Ausführung gekommen seien. In diesem Gutachten heißt es: „Das Gesetz über die Bürgerwehr hat in allen Gemeinden der hiesigen Bürgermeisterei nicht nur keinen Anklang gefunden, sondern sogar eine entschiedene Abneigung gegen dessen Einführung hervorgerufen. Die Eingesessenen gehen von der Ansicht aus, daß diejenigen, welche körperlich zum Militärdienste geeignet gefunden werden, so viele Gelegenheit hätten, sich dem Vaterlande in Linie, Reserve und Landwehr nützlich zu machen, daß ihre Heranziehung zur Bürgerwehr mehr als eine unnöthige Plackerei, sondern wie eine Begünstigung angesehen werden müsse. Zudem müßten in allen Gemeinden die vorhandenen Kräfte auf das Aeußerste benutzt werden, damit ihre vom Ackerbau und Tagelohn lebenden Angehörigen sich ihren Lebensunterhalt verdienen könnten, und liege ein Abziehen der Leute vom Verdienst und eine Verschwendung ihrer Zeit zu einem unnützen militärischen Possenspiele gar nicht im öffentlichen Interesse u. s. w. Die Bürgermeistereiversammlung trägt deßhalb darauf an, es möge die Ausführung des Bürgerwehrgesetzes unterbleiben".

* **München**, 3. Febr. Unterm 31. Jan. hat das Justizministerium eine Bekanntmachung erlassen, wonach „zur Aufrechthaltung der Würde in den öffentlichen Gerichten", bereits Einleitung zur Einführung einer Amtstracht getroffen worden, ähnlich derjenigen, welche in den öffentlichen Gerichtssitzungen Frankreichs und anderer seit lange sich der Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens erfreuenden Staaten getragen wird.

München, 3. Febr. Der große Kampf zwischen den deutschgesinnten Männern und den altbaierischen Partikularisten in der Kammer der Abgeordneten ist auf künftigen Montag festgesetzt, wo die Berathung über die Adresse beginnt. Wie auch die Abstimmung ausfallen mag — ob der Entwurf des Centrums oder der der Linken Annahme finden wird — für die Geltung der deutschen Grundrechte in Baiern wird der Kammerbeschluß nicht entscheiden, denn wir halten deren Sieg für eine ziemlich sichere Thatsache. Die Rheinpfalz und die fränkischen Theile Baierns würden in Masse erklären, daß sie lieber mit Deutschland als mit Alt-Baiern gehen wollen, im Falle Stände und Regierung starrsinnig genug sein sollten, sich der Einführung und Veröffentlichung der Grundrechte auf die Länge zu widersetzen. Aus gewissen Andeutungen, die wir von Männern erhalten, welche den Ministern Beisler und Heinz sehr nahe stehen, möchten wir schließen, daß auch der König und seine Umgebung zu einiger Nachgiebigkeit sich neigen und einen Kampf mit der energisch ausgesprochenen öffentlichen Meinung scheuen. Ein großer Stein des Anstoßes in Baiern ist der Staatsrath, welcher, größtentheils aus verabschiedeten Ministern bestehend, höchst verschiedenartige Elemente enthält, dem freien Gang der verantwortlichen Minister auf jede Weise hemmend in den Weg tritt und um so übler wirkt, als er sich bei seinen Berathungen hinter strengster Geheimhaltung verbirgt. Eine der schwachen Seiten des Charakters unsers Königs ist bekanntlich ein natürliches Mißtrauen, das ihn verleitet, eine Unzahl von Personen um Rath zu fragen, bevor er einen Beschluß von der geringsten Bedeutung zu fassen vermag. Jede Staatsrathssitzung, in welcher die ängstlichen Mitglieder ihre Bedenken gegen jede reformirende Maßregel, selbst wenn deren Dringlichkeit noch so einleuchtend ist, anbringen, trägt dazu bei, den schwankenden Monarchen noch schwankender und unschlüssiger zu machen. Die liberale Partei der Kammer der Abgeordneten sucht nun aus allen Kräften den Staatsrath als ein altgewordenes und in einem rein konstitutionellen Staate überflüssiges und schädliches Institut zu beseitigen. Der finanzielle Gesichtspunkt, der in dieser Frage vorangestellt wird, ist im Grund Nebensache. Die ersparte Summe würde von keinem sonderlichen Belang sein; politische Motive sind vorwaltend. Dem Einfluß des Staatsrathes auf den König schreibt man größtentheils unsere letzten Ministerwechsel zu. Die Adresse des Reichsraths lautet gegen Erwarten weit patriotischer im deutschen Sinne, als man gehofft hatte. Die Herren Reichsräthe scheinen in ihr Schicksal ergeben und stemmen sich nicht gegen die Einführung der Grundrechte, obwohl die Erblichkeit der Reichsrathswürde damit ihr Ende erreicht und eine Umgestaltung der ersten Kammer nothwendig gemacht wird. Man will ohnehin bemerkt haben, daß der hohe baierische Adel auf diese Würde keinen sonderlichen Werth legt, denn von den erblichen Reichsräthen ist selten auch nur die Hälfte anwesend. In der Adresse der Kammer der Abgeordneten stimmte Hr. v. Scheurl, ein pedantisch-gelehrter Jurist vom Centrum, schon von den frühern Landtagen her durch seine matten, gedehnten, langweiligen Reden bekannt, einen so schüchternen, unbestimmten und unmännlichen Ton an, daß die entschieden deutschgesinnten Mitglieder der Adressekommission dem Scheurl'schen Entwurf einen andern entgegensetzen zu müssen glaubten, worin folgende Stelle über die Grundrechte: „Die Kammer der Abgeordneten gesteht auch insbesondere den deutschen Grundrechten, diesem Inbegriff der Freiheit und Rechte, die allen Deutschen ohne Ausnahme gehören, Gesetzeskraft zu und sieht der sofortigen Verkündigung derselben durch die gesetzlichen Organe entgegen, wie sie auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit bereit ist, über die Form der Verkündigung in Baiern mit ihrem konstitutionellen König in ein etwaiges Verständniß zu treten." Kolb aus Speyer, vielleicht der beste politische Kopf der Kammer, Willich, der Literat Waibel und selbst der halbgelähmte Schüler aus Zweibrücken, welcher sich mühsam an Krücken schleppt, werden darüber das Wort ergreifen. Ob auch Hr. v. Abel sich hören lassen wird, ist sehr zweifelhaft. Bis jetzt saß er fischstumm auf seinem Sitze und benahm sich so zurückhaltend, daß selbst seine Nachbarn von der Rechten über seine künftige Taktik ganz im Ungewissen sind.

0 **München**, 4. Febr. Eine belustigende Episode in der langweiligen Landtagsgeschichte der vorigen Woche bildete eine Interpellation Schlund's an den anwesenden Finanzminister von Weigand bezüglich der Instruktionen zum Jagdgesetze, welche das Gegentheil von dem was das Gesetz beabsichtigt, ausführen. Wenn das Gesetz sagt, die Gemeinden haben das Jagdverpachtungsrecht auf ihrem Grund und Boden, so befehle die Instruktion den Landrichtern die Jagddistrikte in großen Dimensionen anzulegen und

sie gemeinschaftlich im Namen der Gemeinden und zum Besten derselben auf längere Zeit, wo möglich auf 15 Jahre, zu verpachten. Der Unterschied zwischen den jetzigen und frühern Jagdverhältnissen bestehe lediglich darin, daß unaufkündbare Pächter an die Stelle der Jagdbesitzer getreten sind, und daß der früher bezahlte Wildschaden jetzt nicht den Jagdpächtern, sondern den Grundbesitzern zur Last fällt. Kein Wunder also, daß von allen Seiten Klagen gegen diese Vollzugsverordnungen einlaufen und zu Anfragen in der Kammer Gelegenheit geben. Hr. v. Weigand wurde durch dieselben in nicht geringe Verwirrung versetzt: von allen Seiten gedrängt und um Veröffentlichung dieser Verordnungen angegangen, erklärte er: „Die Instruktionen seien *nicht alle der Art*, daß man sie veröffentlichen könnte.“ Viele Grundbesitzer der hiesigen Gegend, deren Grund und Boden, als im Umkreise der Residenz gelegen, durch das vorjährige Jagdgesetz nicht einmal nominell frei geworden ist, haben bei den Häuptern aller Faktionen ihre Beschwerden angebracht, und so denn auch bei dem Leiter der Rechten. Abel empfing sie sehr freundlich und versprach ihnen mit seinem nächsten Besuche in Nymphenburg sofortige Abhülfe aller Beschwerden. Heißt das nicht des Siegs gewiß sein? Im Betreff des Wildschadens soll der König übrigens von seiner jagdliebenden Umgebung sehr getäuscht werden, und in dem Wahne sein, als ob die Civilliste jährlich über 60,000 fl. an Wildschaden bezahle, während die Entschädigungen 15,000 fl. noch nicht überstiegen haben. Adressen von Vereinen und Volksversammlungen, die von allen Seiten des Landes täglich der Kammer zuströmen, verlangen die unbedingte Rechtsgültigkeitserklärung der Grundrechte des deutschen Volks; auch die in geheimer Versammlung berathene Adresse der Reichsräthe berührt in schüchternen Worten die magna charta Germaniae, die das Wirken dieser erblichen Vertreter des Volks beschließen wird. Prinz Luitpold soll sich bei der Berathung gegen die Aufnahme des die Grundrechte betreffenden Passus ausgesprochen haben, da auch die Thronrede darüber hinweggegangen sei. „Eben deßhalb“, erwiederte ein geistreicher Fürst, „weil die Krone der Grundrechte vergessen, wollen wir sie in Erinnerung bringen.“ Und der Passus wurde angenommen. Ein einziger Verein, der unter Abels und Oberkamps Protektion stehende konstituirende Verein für religiöse Freiheit, hat eine Adresse gegen die Annahme der Grundrechte an den König erlassen und dieselbe Sr. Majestät an einem der letzten Tage durch eine sehr huldvoll empfangene Deputation überbringen lassen.

* In **Nürnberg** hat am 1. Febr. die erste öffentliche Gerichtsverhandlung stattgefunden.

÷ **Stuttgart**, 1. Febr. Die Berathung über den Etat des Kirchen- und Schulwesens schleicht zu Ende und die Kammer ist vollständig wieder zu ihrem alten Ersparungssystem zurückgekehrt. Sie hat das Budget der Universität Tübingen beschnitten, sie hat in gleicher Weise fast jeden einzelnen Ansatz für Schul- und Erziehungsanstalten gekürzt, mitunter freilich nicht ohne Grund, wenn z. B. jedes einzelne Kind des hiesigen Waisenhauses, die Zinsen des Hauskapitals und die Unterhaltung der Gebäulichkeiten gar nicht einmal gerechnet, 180 fl. jährlich kostet. Die Nothwendigkeit einer völligen Reorganisation der Waisenhäuser wurde übrigens allgemein anerkannt und, wenn dieselben überhaupt beizubehalten, wenigstens ihre Uebersiedlung nach kleineren Orten als wünschenswerth dargestellt, wo der Kostenaufwand verhältnißmäßig geringer sei und sich zugleich Gelegenheit zu landwirthschaftlichen Beschäftigungen für die Zöglinge biete. Namentlich der Abgeordnete Eisenlohr hob aber hervor, was nicht bloß für Würtemberg, sondern auch für die meisten andern Länder Geltung hat, daß die Waisenhäuser in ihrer jetzigen Einrichtung eigentlich nichts seien als Waisenkasernen, und daß in ihnen immer die wohlthätige Individualitäts-Einwirkung auf die Erziehung fehle, welche sich in der Familie finde. Ein Antrag, der von katholischer Seite auf Aufhebung der paritätischen und Herstellung konfessionell getrennter Waisenhäuser gestellt wurde, ward freilich nicht zum Beschluß erhoben, fiel aber nur mit einer Majorität von 2 Stimmen. Wird man es etwa nächstens für zeitgemäß halten, auch die Schulen konfessionell zu trennen und links einen Stall für die junge evangelische, rechts für die katholische Heerde zu erbauen?

Ich habe bereits berichtet, daß das Kriegsministerium den Gesetzentwurf über Vermehrung der Streitmacht bis zur Höhe von 2pCt. der wirklichen Bevölkerung vorgelegt hat. Würtemberg hat nach der letzten Zählung eine Bevölkerung von 1,752,538 Seelen; das zu stellende Kontingent wird also in runden Zahlen 34,000 Mann betragen, 13,000 Mann mehr als die bisherige matrikularmäßige Stärke desselben.

Sigmaringen, 31. Jan. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Nach eingelaufenem Berichte des diesseitigen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt hat das Reichsministerium des Kriegs unterm 24. d. M. das Oberkommando des 7. und 8. Armeekorps veranlaßt, die im Fürstenthum bisher stationirten zwei Kompagnien k. *würtembergische* Infanterie aus demselben zurückzuziehen. Da diese Zurückziehung auf den Grund der von hier aus seit längerer Zeit an das Reichskriegsministerium wiederholt und dringendst abgegangenen Vorstellungen und der abgegebenen Erklärung, daß die Anwesenheit jener Reichstruppen für die Bewahrung der Ruhe im Fürstenthum nicht mehr nothwendig sei, angeordnet worden, so glaubt man die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß die Bewohner des Fürstenthums das von der Staatsregierung in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen sich angelegen sein lassen, und die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse, wie diejenigen, welche die Verlegung von Reichstruppen in das Fürstenthum zur Folge hatten, auch aus dem weitern Grunde zu verhüten suchen werden, als das Reichsministerium des Kriegs ausdrücklich bemerkt hat: „daß, falls gegen Verhoffen etwa auf's Neue es nothwendig werden sollte, durch Reichstruppen die gesetzliche Ordnung im Fürstenthum zu unterstützen, diese Unterstützung nicht mehr auf Reichskosten erfolgen werde, sondern ausschließlich vom Fürstenthum selbst getragen werden müsse.“

* Auch der deutsche Verein in **Zittau** hat sich in der Kaiserfrage der Erklärung des deutschen Vereins in Leipzig zu Gunsten Preußen angeschlossen.

Chemnitz, 1. Febr. Eine Petition, welche sich gegen die Projekte der Freihandelspartei sehr energisch ausspricht und in 323 sächsischen Orten 86,013 Unterschriften gefunden hat, ist heute von Chemnitz aus an die hohe Reichsversammlung in Frankfurt a. M. abgesendet worden. (Leipz. Z.)

+ **Karlsruhe**, 5. Febr. Bei überfüllter Gallerie wurde heute die Sitzung der zweiten Ständekammer eröffnet; die große Anzahl von Bewohnern der benachbarten Ortschaften ließ darauf schließen, daß Einladungen nach Außen erfolgt waren. Auf der Tagesordnung stand die Berathung über den Gesetzentwurf, die Abschaffung der Todesstrafe betreffend. Die Kommission hatte auf Annahme angetragen, die Kammer stimmte ohne alle Diskussion mit allen gegen eine Stimme (des Abg. Metz) bei. Hierauf folgte die Diskussion über einen von dem Abgeordneten Sachs gestellten Antrag auf Aufhebung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Die Kommission, welche zur Begutachtung niedergesetzt war, hatte sich zwar in dem Punkte geeinigt, daß das Ministerium des Aeußern derjenigen Funktionen sogleich entledigt werden solle, welche es nicht als solches bisher versehen hat, wie die Verwaltung der Post und Eisenbahn; sie war auch darin einig, daß die Gesandtschaft in Paris so lange aufrecht erhalten werden möge, als nicht ein deutscher Reichsgesandter dort förmlich anerkannt sei, so wie darin, daß alle übrigen Gesandten, mit Ausnahme jenes bei der Centralgewalt, abberufen werden sollten; allein sie war darüber nicht übereingekommen, ob das Ministerium sogleich oder erst nach Festsetzung einer definitiven Centralgewalt aufgehoben werden könne. Die Abgeordneten Welcker, Dennig, Baum und Schmitt, so wie Minister v. Dusch und Staatsrath Bekk wiesen mit überzeugenden Gründen nach, daß die sofortige Aufhebung des Ministeriums unzweckmäßig und gegen das Interesse Badens sei; dagegen suchten Sachs, Brentano, Christ und Kapp das Gegentheil darzuthun. Die Debatte war manchmal sehr bitter. Die Gallerie gab dabei vielfache Beweise ihrer Souveränetät. Endlich verwarf die Kammer mit 26 gegen 20 Stimmen den Antrag auf sofortige Aufhebung des Ministeriums, beschloß aber mit großer Majorität, es nur so lange fortbestehen zu lassen, als die definitive Centralgewalt nicht eingesetzt sei.

△ **Darmstadt**, 5. Febr. Heute hat der Abg. v. Rabenau eine Interpellation an unser Justizministerium gerichtet, welche ein eigenthümliches Licht auf unsere öffentlichen Verhältnisse wirft. Dieselbe lautet: 1) Ist es gegründet, daß das Ministerium der Justiz seit länger als einem halben Jahre und wie lange den Vollzug der Beitreibung aller Forst- und Feldstrafen suspendirt hat? 2) Welcher Grund hat zu einer derartigen Verfügung für das ganze Großherzogthum vorgelegen? 3) Welche Gründe liegen zur ferneren Aufrechthaltung eines derartigen exzeptionellen Zustandes

vor, und wie lange gedenkt das Ministerium denselben noch aufrecht zu erhalten?" Ferner hat unsere zweite Kammer heute den Antrag des Abg. Lehne, die Publikation der Beschlüsse der Reichsversammlung und deren Rechtskraft betreffend, verhandelt. Unser Staatsministerium hatte bereits am 18. Oktbr. v. J. in unserm Regierungsblatt eine Bekanntmachung erlassen, wonach in Folge des Art. 2. des Reichsgesetzes vom 27. Sept. v. J. die nöthigen Anordnungen zur Verbreitung des Reichsgesetzblattes getroffen worden waren, und insbesondere diese Verbreitung in ähnlicher Weise, wie diejenige des großherzogl. Regierungsblattes, erfolgen sollte. Lehne wollte nun durch die Kammer die Staatsregierung ersucht haben, zur Beseitigung jedes Zweifels die Erklärung durch das Regierungsblatt zu veröffentlichen, daß alle Beschlüsse der Reichsversammlung zur Erlangung der Rechtskraft im Großherzogthume keiner andern Publikation bedürfen, als jener, welche durch das Reichsgesetzblatt erfolgt. Der Ausschuß ging von der Ansicht aus, daß das Staatsministerium durch jene Bekanntmachung diejenige Erklärung veröffentlicht habe, welche Lehne veröffentlicht haben wolle. Deßhalb glaubte er auch nicht, wie er sich ausdrückte, der Kammer den Antrag zur Annahme empfehlen zu können, sprach aber die Ansicht aus, daß die Beschlüsse der Reichsversammlung zu ihrer verbindenden Rechtskraft nur der Verkündigung im Reichsgesetzblatt bedürften. Wahrscheinlich war der Antragsteller durch Unwohlsein verhindert, der Berathung beizuwohnen. Indessen folgten von anderer Seite Rügen der Art der Ministerialbekanntmachung, daß sie ohne Unterschrift des Großherzogs und nicht einmal in dessen Auftrage erfolgt sei. Hervorgehoben wurde, daß möglicher Weise einzelne Gerichte die gewählte Publikationsweise durch direkte Versendung des Reichsgesetzblattes von Frankfurt aus an die Behörden und nicht als Theil des Regierungsblattes, beanstandeten und deßhalb dem darin Enthaltenen keine Folge gäben. Deßhalb wollte auch der Abgeordnete Volhard in Lehne's Antrag hinter den Worten: „Zur Beseitigung jedes Zweifels" noch eingeschaltet: „unter Bezugnahme auf die übereinstimmende Erklärung der Stände und in der Form der Verkündigung von Gesetzen." Gr. Ministerpräsident Jaup gab die beruhigendsten Versicherungen über die Absichten der Staatsregierung und zeigte noch, daß ihre Auffassungsweise von der unbedingten und alsbaldigen Gültigkeit der Reichsgesetze durch ihr Erscheinen im Reichsgesetzblatt ohne selbstständige diesseitige Publikation, die dem aus dem Zustande des Staatenbundes in den Zustand des Bundesstaates übergegangenen deutschen Staatswesen am Entsprechendsten sei. Um jene Bekanntmachung habe der Großherzog gewußt. Sie sei fast wörtlich gleichlautend mit den Bekanntmachungen, welche andere deutsche Staaten, namentlich Würtemberg, in dieser Angelegenheit erlassen. Die gewählte Versendung beruhe auf Gründen der Zweckmäßigkeit und Kostenersparniß. Sie sei auch so in Nassau und in Kurhessen. Indessen würde die Staatsregierung, wenn die Stände es wünschten, wohl auch bereit sein, die erschienenen Reichsgesetzblätter dem Großh. Regierungsblatt beizulegen und in demselben ihr Beigelegtsein anzuzeigen, wie es in Würtemberg geschehe. Bei der Abstimmung lehnte die Kammer den Antrag Lehne's in Verbindung mit dem Zusatze Volhards mit 28 gegen 9 Stimmen ab, worauf sie einstimmig auf den Antrag des Abgeordneten Schenck, über den Lehne'schen Antrag „in Betracht, daß es sich von selbst verstehe, daß die Reichsgesetze lediglich durch ihr Erscheinen im Reichsgesetzblatt gesetzliche Gültigkeit im Großherzogthum erlangen und daß auch die Staatsregierung diese Ansicht als richtig erkannt und sie durch die Verordnung vom 18. Oktober v. J. ausgesprochen habe," zur Tagesordnung überging. Zugleich beschloß sie aber auch einstimmig nach dem Antrage des Abgeordneten Krug, die Staatsregierung zu ersuchen, die Reichsgesetze durch das Regierungsblatt zu verkündigen. Laut bereits vorliegenden Gesetzen vom 28. Oktober und 31. Dezember v. J. sollen die Schwurgerichte mit ansehnlicher Kompetenz bei uns ins Leben treten; die Vorbereitungen zur Aufstellung der Geschwornenlisten sind in vollster Arbeit und namentlich der Umstand, daß man längere Zeit in Gießen kein geeignetes Lokal auffand, verschob die Ausführung. Die Abgeordneten Hillebrand und Glaubrech stellten nun zu Anfang Januars Anträge, welche die Aburtheilung der gegenwärtig wegen politischer oder Preßvergehen anhängigen Untersuchungssachen vor Schwurgerichten zum Zwecke hatten. Heute kam auch diese Sache in unserer zweiten Kammer vor. Der Ausschuß hatte sich in seinem Antrage getheilt. Die Majorität wollte nur beschleunigte Einführung der gedachten Gesetze, während die Minorität ein transitorisches Gesetz wünschte, welches die Aburtheilung der bezeichneten Untersuchungssachen bis zum Eintritt der Wirksamkeit jener Gesetze aussetze. Bei der Abstimmung trat die Kammer mit 21 gegen 14 Stimmen dem Antrag der Minorität des Ausschusses bei, adoptirte jedoch gleichzeitig ein Amendement, welches Abg. Glaubrech zur Beseitigung des Einwandes beantragt hatte, daß es eine Ungerechtigkeit gegen die Angeschuldigten anderer Kategorien sein würde, bloß die bezeichneten Angeschuldigten auszusetzen, mit 28 gegen 7 Stimmen. Im Erfolg ist es wahrscheinlich dasselbe; denn bei den beschleunigten Maßregeln zur Einführung der Schwurgerichte ist wohl kein Aussetzen nöthig. Aber allerdings wirkt wohl auf diese Beschleunigung der von der Kammer gefaßte Beschluß.

Großbritannien.

* **London**, 3. Febr. Das „Morning Chronicle" enthält über die deutsche Einheit folgende bittere Stelle, von der jeder deutsche Patriot nur zu sehr wünschen möchte, daß sie gänzlich unbegründet sei: „In einem und zwar nicht fernen Hintergrunde bewegt sich die Frage wegen der Auseinanderklüftung zwischen Nord- und Süddeutschland, zwischen Preußen und dem gegen dasselbe in tiefwurzelnden dynastischen Eifersüchteleien befangenen Baiern und Oesterreich, zwischen den feindlichen Heerlagern des Katholizismus und Protestantismus, zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern, zwischen jedem nur immer denkbaren moralischen, materiellen und politischen Interesse. Einheit! und doch ist gegenwärtig nicht mehr (?) Einheit des Sinnes oder der Zwecke vorhanden als damals, da Wallenstein und der große Gustav in tödtlicher und langer Fehde an einander geriethen. Es wäre in der That merkwürdig, wenn das mit den Hohenzollern durch so manche Bande der Verwandtschaft und Privatfreundschaft verbundene Haus Baiern in Betreff der Oberhauptsfrage wirklich eine unzweideutige, fast bis zu persönlicher Feindschaft gesteigerte Bitterkeit gegen Preußen zeigen sollte. Und doch ist dem so, und vergebens wäre die Hoffnung, daß Baiern je zu der Erhebung Preußens seine Einwilligung geben würde!" An einer andern Stelle wünscht das Morning Chronicle den Preußen Glück, daß sie, die monatelang ihr Preußenthum vergessen hätten, jetzt wieder zur Besinnung, zum Gefühle ihrer Nationalität kämen, und daß, wenn nicht die neue Kammer, wie die vorige gethan, sich zu dem Ruin Preußens verschwöre, Preußen seine frühere Unabhängigkeit und Würde und seinen früheren Einfluß wieder gewinnen werde. Diese unverholene Freude der englischen Presse über jedes Symptom, welches auf die Verlängerung des Status quo alter Uneinigkeit in Deutschland hinweist, hat etwas Bedenkliches, enthält jedoch eine Lehre für uns, die wir nur leider wie so manche andere ungenutzt an uns vorübergehen lassen werden.

In der schon erwähnten Versammlung von Bürgern der Altstadt Londons, deren Zweck die Berathung der Zulassung der Juden (oder vielmehr aller Nichtchristen) ins Parlament war, las der Vorsitzende auch ein Schreiben Russells an John Abel Smith, Esq, vor, aus dem sich ergibt, daß Lord John auch in dieser Sitzung, und zwar sehr bald, einen Antrag auf Weglassung der betreffenden Formel aus dem Parlamentseide stellen werde. Diese Formel lautet bekanntlich: „auf den wahren Glauben eines Christen;" diese Stelle würde, nach der Mittheilung des dem Meeting beiwohnenden Hrn. J. Dillon, gemäß dem Vorschlage Lord J. Russells, fortan heißen: „So wahr mir Gott helfe!" Das Unterhaus wird ohne Zweifel diese für alle Menschheit ausreichende Formel annehmen, aber ob die starren Herren des Oberhauses, wiewohl sie nicht gern mit dem Unterhause in wiederholte Konflikte gerathen, diesmal bereits ihre Zustimmung geben werden, läßt sich immer noch bezweifeln. Die Abstimmung über das Stanley'sche Amendement dürfte ohnehin den Protektionisten und Orthodoxen wieder neuen Muth eingeflößt haben. Bei dem genannten Meeting trat Baron Lionel Rothschild selbst, um dessen Zulassung in's Parlament es sich doch zunächst nur handelt, mit einer mit lautem Beifall aufgenommenen Ansprache vor seine Wähler, worin er ihnen bemerkte, daß, wie er bisher nur den Weg eingeschlagen, zu dem ihm die City gerathen, er auch künftig sich auf den Rath derselben Wähler der City verlassen wolle. Schließlich wies Rothschild darauf hin, daß nicht nur die Regierung und ihre Partei, sondern auch Sir R. Peel und ein großer Theil seiner Partei, endlich fast alle maßgebenden Koryphäen des Tages diese Sache unterstützten.

Künftigen 6. Februar wird, laut Ankündigung Seitens der Regierung, der Staatssekretär für Irland eine Bill in das Haus einbringen, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die Aufhebung der Habeascorpusakte in Irland noch für einige Zeit fortbestehen zu lassen; den Donnerstag darauf wird durch die Regierung ein Antrag in Betreff der irischen Noth gestellt werden, und Montag den 12. Febr. wird der Schatzkanzler einen Antrag auf Ernennung eines Ausschusses für Untersuchung der jetzigen Schifffahrtsgesetze stellen. In der gestrigen Sitzung bat der Schatzkanzler zum Schlusse um die Erlaubniß zur Einbringung einer Bill, welche eine Verschmelzung der Steuer- und Akziseämter in ein einziges Kommissariatsamt für inländisches Einkommen bezweckt; durch diese Aenderung würde, bemerkte der Minister, die Zahl der Kommissäre von 12 auf 7 verringert und eine Ersparniß von nicht weniger als 70,000 bis 80,000 Pf. St. erzielt werden.

An die Stelle des nach der Schweiz zu versetzenden Sir Edward Lyons wird, dem „Daily News“ zufolge, Herr Wyse ernannt werden. Das zitirte Blatt gibt zu verstehen, daß dieser Wechsel wohl in Rücksicht auf das lange Zerwürfniß zwischen dem britischen Gesandten zu Athen einerseits und dem Könige Otto und der Kolettischen Partei andererseits, wobei sich zuletzt beide Theile unbehaglich befunden hätten, beschlossen worden sei; in der Schweiz würde, meint Daily News, Sir E. Lyons für seine liberalen Tendenzen und Meinungen vollen und befriedigenden Spielraum finden.

Frankreich.

* **Paris**, 3. Febr. Der in der gestrigen Sitzung geforderte Nachkredit für 584,960 Fr. zu geheimen Ausgaben des Ministeriums des Innern wurde ohne Schwierigkeit bewilligt. Darnach wurde die Berathung über die Umgestaltung des obersten Gerichtshofes begonnen, die (wie wir bereits berichtet haben) in der heutigen Sitzung erledigt wurde. Der Kassationshof besteht jetzt aus drei Kammern: einer Kriminal-, einer Civil- und einer dritten Kammer (chambre des requêtes), welche dringende Civilprozesse schiedsrichterlich entscheidet; die Kommission schlägt vor, letztere Kammer mit der Civilkammer zu verschmelzen. Waldeck Rousseau, Berichterstatter der Kommission, vertheidigt den Verbesserungsvorschlag. Dupin d. A. erklärt, daß wenn es von ihm abhinge, nichts an der Organisation der Gerichte geändert würde, die seit langen Jahren unter so verschiedenen Verhältnissen so große Dienste geleistet hätten. Dies wäre das beste Mittel, die Ordnung zu erhalten und das Vertrauen wieder herzustellen (Lärm links). Wurden, fragt der Redner, sich gegen seine Unterbrecher wendend, Tronchet, Cambacérès, Treilhard, auch durch spöttisches Lächeln unterbrochen, als sie den Kassationshof gründeten? (Bravo von allen Seiten). Der Redner vertheidigt hierauf die chambre des requêtes und beweist, daß zwischen ihr und der Civilkammer keine störende Reibung bestehe, indem in 60 Jahren und mit 80,000 Prozessen nur Einmal eine höchst unbedeutende Zwistigkeit sich zwischen Beiden erhoben habe. Der Redner endet mit den Worten: Seien wir vernünftig, und organisiren wir nicht, bloß um das Vergnügen zu haben, eine Aenderung vorzunehmen! Das Land bedarf der Ruhe und ist dieser ewigen Aenderungen müde! Baze erstattet hierauf Bericht über den Antrag, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen, weil es dadurch, daß es die Schließung aller Klubs von der Nat.-Vers. verlangte, die Konstitution verletzt habe. Die Majorität der Kommission erkennt zwar das Recht der Abgeordneten, das Ministerium für seine Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen, glaubt aber nicht, daß ein an die Nat.-Vers. gestelltes Verlangen, worüber diese zu entscheiden habe, eine Verletzung der Konstitution sei; daher schlägt die Kommission vor, den Antrag auf einen Anklageakt gegen das Ministerium zurückzuweisen. Hierauf erstattet Woirhaye Bericht über das als dringlich erklärte Verlangen einer parlamentarischen Untersuchung über die Ereignisse vom 29. Jan. in Paris. Die Majorität der Kommission billigt das Benehmen der Regierung, „welche fürchtete, daß die Unzufriedenheit einiger Soldaten der Mobilgarde von den Anarchisten zur Erregung von Unruhen benutzt werden würde und daher außerordentliche Maßregeln treffen zu müssen glaubte“. Die Minorität hingegen sucht in diesen Maßregeln „einen moralischen und materiellen Druck, der gegen die Nationalversammlung beabsichtigt wurde, um dem Lande den Glauben beizubringen, daß die Nationalversammlung ein Hinderniß zur Wiederkehr des Vertrauens und der Ruhe sei“. Eine parlamentarische Untersuchung vornehmen, sagt die Mehrheit, wäre nichts Anderes als alle Regierung in Frage stellen, denn nach der Meinung Derer, welche diese Untersuchung verlangen, ist sie nur ein verkappter Anklageakt gegen das Ministerium. Wenn das Ministerium in Gegenwart der Versammlung, welche die Konstitution votirte, einen Angriff auf diese Konstitution beabsichtigt hätte, so wäre das ein wahrer Unsinn. Als die Versammlung nach dem Juni-Aufstande eine parlamentarische Untersuchung anordnete, wäre sie allein gewesen, jetzt habe sie die Regierungsgewalt abgetreten. Die Kommission verwirft also den Antrag auf eine solche Untersuchung. Die Versammlung entscheidet, daß man sogleich zur Berathung des Antrages übergehe. Perrée (Gerant des Siècle) beginnt mit der Erklärung, daß er mit den Konklusionen der Kommission einverstanden sei, aber man müsse vorher wohl sich darüber verständigen, daß ein Votum, welches die parlamentarische Untersuchung zurückweise, kein Beweis des Zutrauens der Majorität gegen das Ministerium sei. Der Redner behauptet, daß die Gefahr der jetzigen Lage in dem Widerspruch liege, der zwischen dem in der Minorität gewählten Ministerium und der Versammlung bestehe. Der Redner findet, daß das Ministerium nicht aus dem Extrem der Versammlung, sondern in der gemäßigten Mitte hätte gewählt werden sollen; er erhebt sich gegen die dem General Changarnier übertragene ausgedehnte Militär-Gewalt, erklärt aber, daß sein Tadel sich nicht auf alle Mitglieder des Ministeriums erstrecke.

Die auf heute angesetzt gewesene zweite Berathung der Nationalversammlung über den Rateau'schen Vorschlag ist auf Montag verschoben worden. Unterdessen bereiten sich die Volksvertreter in ihren verschiedenen Klubs auf den dabei zu erwartenden heftigen Kampf vor. Die vorherrschende Meinung über den Ausgang desselben ist, daß Dufaure, dessen logischer und klarer Vortrag stets den größten Einfluß auf die Versammlung ausübt, mit seinem Vermittlungsvorschlage durchdringen wird, wonach die Versammlung zwar den Rateau'schen Vorschlag selbst verwerfen, dagegen durch Beschränkung der von ihr zu votirenden organischen Gesetze auf drei statt zehn ihrer Fortdauer ein Ziel setzen würde.

Der Moniteur fährt fort, Nachrichten aus den Provinzen zu geben, wodurch das Einverständniß der pariser Verschworenen mit den exaltirten Republikanern der Provinz dargethan werden soll. So habe man z. B. in Senlis wie in Paris in der Nacht vom 28. auf den 29. die Häuser der angesehensten Einwohner mit den Buchstaben A. P. (à piller) bezeichnet; die geheimen Gesellschaften in allen größeren Städten seien während jener Nacht in Permanenz geblieben und in Chalons an der Saone hätten nur die dahingesandten Truppenverstärkungen den Ausbruch eines drohenden Aufstandes verhindert. Diesen in allen konservativen Blättern enthaltenen Nachrichten setzen die republikanischen Journale die Behauptung einer reaktionären Verschwörung entgegen, die wie zur Zeit der ersten Republik besonders zu Bordeaux ihren Sitz habe; denn das stete Traumbild, nach dem diese Stadt strebt, ist, wie der National behauptet, die Hauptstadt von Frankreich zu werden. Sehr sonderbar erscheine es, meint der National, daß schon am 30. Januar der Generalrath des Departements vom Präfekten verlangt habe, zu einer außerordentlichen und permanenten Sitzung zusammenberufen zu werden. Den letzten Zweck der reaktionären Verschwörung glaubt der National in folgender Stelle des legitimistischen Journals „Maine et Loire“ angedeutet zu finden, welches, nachdem es die dem General Changarnier zur Verfügung stehende Truppenmacht aufgezählt hat, sich folgendermaßen ausdrückt: „Jeder gute Bürger glaubt in dieser militärischen Gewalt das Anzeichen einer so sehnlich gewünschten Aenderung zu sehen und man hofft, daß der große Akt ohne Schwertstreich vor sich gehen werde. Frankreich, in seinen Komitien versammelt, wird sich endlich über die Regierungsform, die ihm am besten ansteht, aussprechen.“

Die am 29. Januar verhafteten Herren d'Alton-Shée und Forestier sind vom Untersuchungsrichter vernommen und in Folge des Verhörs von der Polizeipräfektur in das strenge Gefängniß der Conciergerie gebracht worden.

Spanien.

* **Madrid**, 28. Jan. Donoso Cortes wird in diesen Tagen auf seinen Posten als spanischer Gesandter nach Berlin abgehen. Nach einem Berichte des Heraldo besteht die spanische Marine aus 52 Kriegsschiffen, unter denen 13 Dampf-Fregatten sind. Eine hiesige Zeitung brachte jüngst die Nachricht, daß 2000

preußische Handwerker bei dem spanischen Geschäftsträger in Berlin den Antrag gestellt haben, daß ihnen gestattet werden möge, im Süden Spaniens mit ihren Familien sich niederlassen zu dürfen. Sie verlangen von der spanischen Regierung zwei Quadratmeilen Landes zu mäßigen Preisen, wollen sich ihre Munizipalbeamten selbst wählen, und machen Anspruch darauf, alle Rechte der spanischen Unterthanen zu genießen, wogegen sie dann auch die dem entsprechenden Lasten übernehmen wollen. Sie stellen zugleich in Aussicht, daß 3000 Landsleute ihnen folgen werden, und sind bereit, das Geld für die bewilligten Ländereien sofort zu zahlen. Aehnliche Vorschläge sollen jüngst auch Seitens einer Anzahl Irländer gestellt worden sein, die ebenfalls den Gedanken aufgegriffen haben, Niederlassungen größern Maßstabes in dem wenig bevölkerten Spanien, das zu römischer Zeit bekanntlich etwa 40 Millionen hatte, und jetzt nur 12 Millionen Einwohner zählt, zu gründen.

Oesterreichische Monarchie.

Syrmien, 21. Jan. Das syrmische Provinciale hat sich erklärt, die bisherige magyarische Verwaltung nicht mehr anzuerkennen und zu dulden, und den Wunsch ausgesprochen, gleich den Mitbrüdern eine militärische Verfassung zu erhalten. Vorgestern sind bei Botjeweze 700 Serbianer und bei Pancsova gestern 400 serbische gut ausgerüstete Zigeuner übergesetzt. Die Truppenmacht der aus dem Fürstenthume Serbien den österreichischen Serben zu Hilfe geeilten Serbianer beträgt 20,000 Mann. Der Patriarch hat dem Fürsten Karagjorgevic für diese eifrige Unterstützung gedankt und zugleich erklärt, daß diese Anzahl zur Bekämpfung des Feindes in den untern Donaugegenden hinreiche, und daß man weitere Hilfstruppen nicht benöthige. (Lloyd.)

Italien.

* **Rom**, 26. Jan. Obgleich die Prüfung der Wahlen noch nicht vollendet ist, scheint das Resultat derselben doch schon außer Zweifel zu sein. Die Namen der Gewählten sind: Sturbinetti, Armellini, Galleti, Muzzarelli, Sterbini, Mariani, Scifoni, Masi, Monteculi, Guenini und Brunetti (Ciceruacchio). Die Stadt ist vollkommen ruhig. Das Gerücht ging, der sardinische Gesandte habe Befehl zur unmittelbaren Abreise nach Gaeta erhalten, um Pius IX. zu benachrichtigen, daß die sardinische Regierung bereit sei, ihn vermittelst bewaffneter Intervention wieder auf seinen Thron zu setzen. Die neuesten Nachrichten aus den Provinzen von Ancona, Nepi, Porto, Viterbo u. s. w. bestätigen die Nachricht, daß die Wahlen überall mit der größten Regelmäßigkeit von Statten gehen. Da an einigen Orten die Magistrate die Berufung der Wahlkollegien verweigert hatten, so bildeten die Einwohner sofort selbst Komite's und beriefen dieselben. Dies war der Fall unter andern in Ferrara, Ravenna, Bologna und Cagli.

* **Neapel**. Nachrichten aus Gaeta zu Folge hat der Papst durch den Kardinal Lambruschini alle in Neapel und der Umgegend befindlichen Kardinäle zusammenrufen lassen, um ein heiliges Kollegium abzuhalten.

Schweiz.

† **Zürich**, 4. Febr. Der schweizerische Bundesrath hat mit seiner Antwort auf die sardinische Note vom 23. Jan., worin das Ministerium Gioberti, offenbar mehr die Wirkung auf die öffentliche Meinung als auf die Handlungsweise der eidgenössischen Behörden im Auge habend, seine schmerzlichen Empfindungen über die gegen die italienischen Flüchtlinge verhängten Maßregeln, und seine Hoffnung auf Milderung derselben zu erkennen gab, nicht lange auf sich warten lassen; schon am 31. wurde dieselbe dem Gesandten Sardiniens zugestellt. Die sardinischen Vorwürfe über Inhumanität werden mit Geschick, zuweilen recht beißend, zurückgewiesen und wir täuschen uns wohl nicht, wenn wir in der gewandten, logischen Darstellung die Feder unseres Bundespräsidenten zu erblicken glauben. Zuvörderst wird mit Vergnügen bemerkt, daß es sich nicht um Beschwerden über die Behandlung sardinischer Staatsangehöriger handle; somit falle eigentlich die Grundlage offizieller, diplomatischer Verhandlungen ganz weg; allein trotz dem wolle man sich auf eine spezielle Erörterung gern einlassen. Allerdings sei das Unglück heilig; aber heilig seien auch die Pflichten, die der Flüchtling gegen den Staat habe, der ihm Gastfreundschaft und Asyl gewähre. Die Schweiz habe eine Menge von Flüchtlingen, welche nach der unglücklichen Schlacht von Custozza sich auf ihr Gebiet gerettet, mit Aufopferung unterstützt, während Viele der reichen Lombarden jeden Beistand für ihre unglücklichen Mitbrüder versagt. Man wolle hier nicht der vielfachen Reibungen und Beleidigungen gedenken, die von den Flüchtlingen ausgegangen; aber zwei Thatsachen müsse man berühren: die hinterlistige und gewaltthätige Wegnahme des Dampfbootes auf dem Lago maggiore, und den bewaffneten Einfall in's Intelvithal, den die eidgenössischen Truppen nicht zu hindern vermocht. In Folge der Sperre habe Handel und Industrie gelitten, viele hundert schweizerische Wehrmänner seien genöthigt gewesen, den widrigen und beschwerlichen Grenzpolizeidienst auszuüben, die eidgenössische Kasse habe außerordentliche Ausgaben gehabt. Das sei der Dank für die erwiesene Gastfreundschaft; zwar werde die Schweiz auch fernerhin am Asylrecht festhalten, aber von Seite der Flüchtlinge verlange sie entschieden Ruhe und Ordnung. Eine sardinische Note vom 12. Nov. 1848 fordere den Vorort dringend auf, *alle* Maßregeln zu ergreifen, um einen bewaffneten Einfall der Flüchtlinge in's Veltlin zu verhindern; freilich habe der Vorort seine Schuldigkeit gethan, ohne diese Mahnung abzuwarten; im Gegensatze damit werde nun scharf gemißbilligt, daß im Interesse der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung die Internirung der Flüchtlinge, nicht etwa die Ausweisung, angeordnet sei. Der Widerspruch zwischen beiden Noten lasse sich wohl nur aus einem Wechsel der Personen und Ansichten herleiten; „allein," so schließt die Note des Bundesrathes, „wenn in andern Staaten Meinungen schwanken, Parteien steigen und fallen, Ministerien wechseln, so ist für die Schweiz kein Grund, von ihrer einmal als richtig erkannten Bahn abzuweichen. „Gleiche Gerechtigkeit für Alle!" das ist ihr Wahlspruch und wird es auch bleiben."

Während in den meisten Kantonen der Schweiz die Politik ziemlich brach liegt, werden auf national-ökonomischem Felde hitzige Schlachten geliefert: es handelt sich um *Freihandel oder Schutzzölle*. Anhänger des Freihandels sind die Besitzer unserer großen Industriezweige, die Seide-, Baumwoll- und Uhrenfabrikanten, die beiden Handelsplätze Basel und Genf, und endlich die mehr Ackerbau treibenden Kantone im Süden und Westen; der schriftstellerische Vorkämpfer dieser Richtung ist der ehemalige eidg. Staatsschreiber v. *Gonzenbach*. Die Schutzzöllner bestehen aus den Inhabern der kleineren Industriezweige und aus den Handwerkern; diese sind aber so rührig, und wissen einen so ungemeinen Lärm zu machen, daß die öffentliche Meinung sich sichtlich ihnen zuneigt; ihre Autorität ist der Buchhändler Chr. Beyel in Zürich, der die List'schen Ideen zollfrei in die Schweiz importirt hat und allerdings mit Umsicht und Geschick verwendet, während sonstige Schutzzöllner die aus dritter und vierter Hand erborgten Prinzipien jenes National-Oekonomen gewaltig verstümmelt auf die Kampfbahn bringen. Auch die *Zollexpertenkommission* zu Bern hat sich dem Einflusse der öffentlichen Meinung nicht entziehen können; es handelt sich nämlich darum, die Grenz- und Transitzölle, die gegenwärtig 2 Millionen Schweizerfranken betragen, bei Uebernahme derselben durch den Bund auf mehr als das Doppelte, vermehrter Bundesausgaben wegen, zu erhöhen. Daß diese Erhöhung nothwendig, darüber waren Freihändler und Schutzzöllner einig; nur wollten Jene, und mit ihnen anfangs die Mehrheit der Kommission, die größere Hälfte der Zolleinnahme von Lebensmitteln, Kolonialwaaren und Rohstoffen beziehen. Hier nun hat, und wie uns bedünkt mit Recht, die öffentliche Meinung so weit gesiegt, daß die Kommission ihre früheren Ansichten aufgegeben, und ein eigentliches Schutzzollsystem mit sehr mäßigen Zollsätzen, von 1 Batzen bis zu 20 Fr. auf den Centner, angenommen hat. Die Zollsätze sind so mäßig, daß es keiner Douanenlinie bedürfen wird, um dem Schmuggel zu steuern. Der Bundesrath untersagte bekanntlich dem hohen Stande *Uri* die direkten Verhandlungen mit Neapel (wegen Verlegung des Werbedepots nach Altorf); die „Schwyz. Ztg." berichtet nun, jene Verfügung habe in Uri „viel böses Blut" gemacht; pathetisch fügt sie hinzu: „so wird dem edeln Mutterschwane die letzte souveräne Feder ausgerupft!"

Schweden.

Stockholm, 23. Jan. Der König soll seine Vorschläge zu einer neuen Reichstagsordnung, nämlich einer Reform der alten Ständeverfassung zu einer Repräsentativverfassung, nächstens der ganzen Nation durch den Druck übergeben wollen, und diese Vorschläge, begleitet von einer Auseinandersetzung der Wahlgesetze

Uebersicht.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 7. Febr. Es wird das Gerücht verbreitet, die National-Versammlung werde ihre Sitzungen auf acht Tage vertagen, da kein Material zur Arbeit vorhanden sei. Daran ist gewiß nichts Wahres, denn es harren noch Gegenstände genug ihrer Erledigung und dann kann die zweite Lesung des Verfassungswerkes nicht so lange auf sich warten lassen, um das Maß der Ungeduld des deutschen Volkes voll zu machen. — In der Mitte des Monats wird die National-Versammlung aber ziemlich vollzählig werden, denn es kehren viele Mitglieder aus Urlaub zurück, u. A. auch der Vizepräsident der sächsischen Abgeordnetenkammer, Schaffrath.

*** **Frankfurt**, 7. Febr. Auf den nahen Ortschaften, welche längere oder kürzere Zeit von Reichstruppen besetzt waren, sind die Ortsbehörden unaufhörlichen Reklamationen der allerdings mitunter sehr bedürftigen Quartierträger ausgesetzt, da diese wähnen, es liege an der Saumseligkeit der Ortsbehörden, daß die Verpflegungskosten noch nicht bezahlt worden. Es wäre sehr zu wünschen, daß diesen Klagen bald ein Ende werde.

⁝ **Frankfurt**, 7. Febr. Unseren Landsleuten an der Ost- und Nordsee können wir aus sicherer Quelle die Nachricht mittheilen, daß, soweit die Diplomatie über Krieg und Frieden zu bestimmen hat, es so gut wie gewiß ist, daß noch vor Ablauf dieses Monats der Waffenstillstand mit Dänemark verlängert werden wird.

Wien, 1. Febr. Die Stimmung Wiens wird nachgerade wieder düsterer, wozu die Maßregeln, welche General Welden wegen verweigerter Waffenablieferung zu nehmen sich bemüßigt glaubt, nicht wenig beitragen. Die Universität kann, wie es heißt, aus Mangel an Hörern, nicht eröffnet werden; eigentlich aber, weil alle, die sich melden, beweisen sollen, daß sie früher nicht in der akademischen Legion eingereiht waren. In Kremsier war das Gerücht verbreitet, daß der Reichstag bis zum 15. Mai prorogirt werden soll, um die Magyaren an der Berathung der Grundrechte Theil nehmen zu lassen. (A. Z.)

Prag, 2. Febr. Man spricht von einem Gesetze, welches die bisherigen Werbebezirke der Provinzen aufheben und sich jedes Regiment da rekrutiren lassen will, wo es seine zeitweilige Garnison hat, was ebenfalls beitragen wird, die Nationalitäten so viel als möglich zu verschmelzen. Das Ministerium wird bei der projektirten Eintheilung der Monarchie in Departements kaum auf ernstlichen Widerstand stoßen. (?) Auf alle Fälle ist mit einem Reichstage eher zu verhandeln als mit einem Dutzend Provinziallandtagen, denn weniger würden es wahrlich nicht werden, wenn die slawischen Centralblätter so fortführen, Nationalitäten zu erfinden. — Der Geist der Freiheit und Gleichberechtigung der Nationalitäten, welcher sich früher durch Tragen von ellenbreiten slawischen Bändern und Schimpfen auf Alles, was deutsch aussah, kundgab, scheint jetzt mehr einem Streben nach Belehrung und politisch-wissenschaftlicher Ausbildung Platz gemacht zu haben, wie es denn nicht nur allen Klassen, sondern auch besonders der akademischen Jugend zum großen Theile wirklich Noth thut. Seit gestern herrscht jedoch eine nicht geringe, obwohl sehr passive Aufregung besonders unter der Jugend unserer Stadt; es ist dies das neue Rekrutirungsgesetz, welches „die männliche Bevölkerung mit Inbegriff des Adels vom 19. bis zum vollstreckten 29. Lebensjahre für militärpflichtig erklärt," durch Loosung für den Dienst aushebt und „die Rekrutirung und zwar in der Reihenfolge der gezogenen Loose und nach den eilf Altersklassen, von den jüngsten angefangen, am 1. März beginnen läßt." — Der größere Theil der hiesigen Einwohnerschaft hat nur einen sehr dunkeln Begriff von der Loosung oder gesetzlich gleichen Militärpflicht aller Bürger in einem geordneten Staate und bildet sich ein, daß man sofort Alles bis zum 29. Jahre ausheben werde; die Studenten vorzüglich sind nicht wenig in Bewegung. (Die Studenten haben beschlossen, eine Deputation an das Ministerium zu schicken, worin sie um Berücksichtigung ihrer besondern Verhältnisse bei der Rekrutirung bitten. Mit großem Jubel wurde der Vorschlag begrüßt, drei Studenten slawischer und zwei deutscher Abkunft in die Deputation aufzunehmen. In feuriger Rede wurde von beiden Seiten die brüderliche Vereinigung slawischer und deutscher Studenten besprochen. — Am 1. Febr. wurde der neugebildete Leseverein der deutschen Studenten feierlich eröffnet.) (D. A. Z.)

⊙ **Ollmütz**, 1. Febr. Gestern wurden von hier 56 ungar. Kriegsgefangene zu einem in Italien stehenden Regimente abgesendet. Die Gefangenen mußten aber zuvor den Eid auf die kaiserl. Fahne ablegen; ein Jurat, der sich unter ihnen befand, soll vor der Eidesleistung laut geäußert haben, ein solcher Schwur sei für ihn nicht bindend, da er kein freiwilliger, sondern nur ein erzwungener sei. Auch die übrigen Gefangenen sollen ihre Unzufriedenheit über ein solches Verfahren ausgesprochen haben, sowie, daß sie keine Gelegenheit unbenützt vorüberstreichen lassen würden, um dem erzwungenen Dienst zu entfliehen.

Bekanntlich ist der Paragraph unserer Grundgesetze, nach welchem die Todesstrafe abgeschafft wird, im Reichstage durchgegangen. Schuselka stellte darauf den Dringlichkeitsantrag, selben binnen kürzester Frist Sr. Majestät zur Sanktion unterzulegen. Der heutige österreichische Korrespondent bringt nun einen Korrespondenzartikel aus Kremsier, der allgemeinen Unwillen erregt, da man nur zu deutlich die Absicht des Schreibers erräth, den Unwillen der Armee aufs Neue gegen die Kammer zu erregen. Er gibt zu verstehen, die Sanktion jenes Paragraphen werde nur darum mit solcher Eile betrieben, damit der Mörder Latour's dadurch von der Todesstrafe befreit würde. Wenn das Ministerium viele solcher Freunde hat, dann ist es zu bedauern; der „Korrespondent" reiht sich durch solche Artikel würdig an die „Geißel", „Schild und Schwert" und andere ähnliche Erzeugnisse der Wiener Presse an.

Ollmütz, 1. Febr. Der Aufruf der deutschgesinnten mährischen Deputirten in Frankfurt an ihre Kollegen, wieder nach Frankfurt zu kommen, wird wohl fruchtlos bleiben, denn die Ausschreibung neuer Wahlen in Mähren für Frankfurt würde das Signal neuer Unruhen geben, denn selbst Beamte und Geistliche sind jetzt gegen Frankfurt gestimmt, seit sich dort republikanische Tendenzen offenbarten, (?!) so daß der Mährer jetzt Frankfurt nicht blos in nationaler Hinsicht, sondern auch in politischer Beziehung nicht mag. Selbst die Ollmützer Bürger wollen aus sich heraus die Wahl nicht vornehmen. (C. Bl. a. B.)

⁝ **Berlin**, 5. Febr. Waldeck, Rodbertus, Jacobi, Berends, Phillips, Temme und Waldeck, Rodbertus und Jacobi noch einmal! Das sind unsere Wahlen. Lauter Helden der Linken und der äußersten Linken! Durch diese Männer wird die Hauptstadt der Intelligenz vertreten werden! Aber Ihr habt es gewollt! Wer hat unablässiger, als wir, vor dem bösen Einflusse gewarnt, welchen die politischen Verfolgungen und der ganze von dem jetzigen Ministerium ausfließende Geist ausüben mußte? Für Jeden der fünf zählen kann, war es sonnenklar, daß es dieser Geist war, der nicht bloß mannichfach in der Verwaltung, sondern auch in den der Theorie nach vollkommen unabhängigen Gerichten seinen Einfluß äußerte, ganz abgesehen davon, daß die vollkommen unabhängigen Gerichte, die, wie der Justizminister richtig bemerkte, einer besonderen Aufforderung zur Verfolgung gar nicht bedurften, dennoch eine solche besondere Aufforderung zur Verfolgung erhielten, und zwar in schroffster Form. Die wirklich konstitutionelle

Partei in Preußen d. h. diejenige, welche schon vor den Märztagen freisinnig war, trägt auch einen Theil der Schuld an diesem Ausgange. Während Untersuchungen und Verhaftungen und Versetzungen und Amtsenthebungen und das ganze Heer der Schikanen wie ein Heuschreckenschwarm über das Volk herfielen, hatte die konstitutionelle Partei, theils aus Groll gegen die verfolgte Partei, theils aus Angst die glücklich wiedergewonnene Ruhe zu stören, zum Theil nicht den Muth, jenem Treiben entschieden entgegenzutreten. Den Klagen des erbitterten Volkes antwortete sie mit den armseligsten doktrinären Wortklaubereien, und versicherte mit einer Naivetät, für welche uns jede Bezeichnung fehlt, die Regierung habe nicht das Geringste zu schaffen mit jenen Verfolgungen. Das Volk sah sich nicht bloß verlassen, sondern obenein verhöhnt und warf sich, da es sonst keinen Halt fand, der demokratischen Partei in die Arme. Während die Presse in der Hauptstadt gedämpft war, ward nur von wenigen Blättern in den Provinzen dem heillosen Treiben ein fester, aber mäßiger Widerstand entgegengesetzt. Die größeren konstitutionellen Zeitungen schwiegen zum Theil, oder predigten, den schlechten Fechtern gleich, um mit Dahlmann zu reden, welche immer die zuletzt getroffene Stelle decken, gegen die Wühler. So behielten die maßlos wüthenden demokratischen Tagesblätter das Feld, und die Demokraten bestellten eifrig den wohlgelockerten Boden. Die Ausweisung von Rodbertus war schließlich der Gipfel der Thorheit. Rodbertus, der jetzt zweimal gewählt ist, wäre sonst in Berlin vermuthlich gar nicht gewählt. Und auch Jacoby, welcher den König in's Angesicht beleidigte, ist von der Hauptstadt doppelt gewählt! Welche kurzsichtige Politik der Hauptstadt, die verantwortungsschwere Wahl der Volksvertreter bloß dazu zu benutzen, um seine Rache zu befriedigen. Die Konservativen sind natürlich äußerst entrüstet. Sie sagen: Berlin hat sich heute sein politisches Todesurtheil gesprochen! Sie rufen immer lauter aus gegen das allgemeine Wahlrecht. Eine Erfahrung stellt sich immer deutlicher heraus: daß die indirekten Wahlen kein Schutzmittel gegen die Gefahren des allgemeinen Stimmrechts abgeben. Ueberhaupt sind die indirekten Wahlen eine schlechte Erfindung. Ein geistreicher Mann, der in England die Anschauung der direkten Wahlen gehabt hat, sagte bei all der Anstrengung wegen der Wahl der Wahlmänner: „Ihr kommt mir vor, wie Jemand, der vom Kirchthurm springen muß, und es vorzieht, sich erst auf dem Dach den Hals zu brechen und nachher auf dem Erdboden." Die Regierung ist bereits durch telegraphische Mittheilungen über den Ausfall der Wahlen theilweise unterrichtet. In der Stadt verlautet bis jetzt nur, daß in Potsdam Oberpräsident v. Patow und Justizrath Krahn gewählt sind, in Magdeburg Pax und v. Unruh.

*** **Köln**, 5. Febr. Auf Einladung des hiesigen Bürgers und Schustermeisters **Schützendorf**, welcher auch in Frankfurt durch seine Thätigkeit auf dem dortigen Gewerbekongresse bekannt ist, versammelten sich gestern Nachmittag auf dem Gürzenichsaale eine große Anzahl Handwerksmeister, Gesellen rc., um seinen Bericht über die in Berlin stattgefundenen Berathungen einer neuen Gewerbeordnung, an welchen er als Abgeordneter von Köln Theil genommen hatte, zu erstatten. Daß dieser ehemals hier sehr geachtete Volksredner gerade am Tage vor den Wahlen zur zweiten Kammer jene Versammlung auf dem Gürzenich anberaumte, darin wollte man die Absicht sehen, seiner Wahl zum Deputirten, wozu ihm die Wahlmänner der Konstitutionellen und des Pius-Vereins große Hoffnung gemacht hatten, noch mehr Vorschub zu leisten. Schützendorf nämlich, der beredte Agitator in den Volksversammlungen bei Stollwerk, auf dem Gürzenich und bei Eiser, der fanatische Anhänger der Republik — ist plötzlich in das Lager der Konstitutionellen übergetreten. Als der Gürzenich sich nun gestern ziemlich gefüllt hatte und Schützendorf erschien, um seinen Vortrag zu beginnen, empfing ihn ein unwilliges Murren. Da er sich wegen Mangels einer Rednerbühne dem Verlangen seiner Zuhörer gefügt und auf einen Tisch gestellt hatte, artete dieses Murren in drohendes Geschrei und Toben aus; man ließ den Redner nicht mehr zu Worte kommen, umdrängte mit wildem Ungestüm den Standpunkt desselben, stürzte den Tisch um, und Hr. Schützendorf mußte eiligst fliehen, wollte er nicht argen Mißhandlungen ausgesetzt sein. Auf der Straße angekommen, verfolgte man ihn mit Steinwürfen, so daß er sich in das Haus eines Faßbinders auf der Sandkaul flüchten mußte. — Gestern Abend fand, wie schon seit einiger Zeit beinahe zur Regel geworden, abermals eine arge Schlägerei zwischen den Uhlanen des 7. Regiments und den Infanteristen vom 34. Regiment Statt. Diese großartigen Prügeleien mit blanker Waffe setzen gewöhnlich ein ganzes Stadtviertel in Unruhe. Ueberhaupt hat man hier bemerkt, daß der Stolz der preußischen Armee, die starre Disziplin, seit den Märztagen bedeutend gelockert ist.

* In der **Rheinprovinz** fallen die Wahlen, wie zu erwarten, demokratisch aus. In Köln ist am Nachmittage des 5. der Justizrath Kyll gewählt, gegen Herrn v. Wittgenstein; die zweite Wahl ist noch nicht zu Stande gekommen. In Koblenz sind mit großer Mehrheit die Herren Grebel und Raffauf gewählt. Dagegen sind die Wahlen in Duisburg auf die Hrn. Canonicus Lensing und Finanzrath Camphausen gefallen.

München, 5. Febr. Ich beeile mich, Ihnen noch vor dem Schlusse der heutigen Kammersitzung einige Mittheilungen über die wichtige Adreßdebatte zu machen, welche in diesem Augenblicke (1½ Uhr) noch nicht beendigt ist. Sämmtliche Minister saßen auf ihrer Bank. Dr. Morgenstern leistete den Eid unter demselben Vorbehalt der Anerkennung der Grundrechte, welchen mit ihm bereits 70 Mitglieder unterzeichnet haben. Anderthalb Stunden vergingen mit einer höchst überflüssigen Diskussion über die Frage: ob eine getrennte Debatte über das Ganze der Adresse und deren einzelne Theile stattfinden solle? Hr. v. **Abel** sprach im Sinne einer getrennten Verhandlung und führte zu deren Gunsten Gründe an, welche schwer zu widerlegen waren, weshalb auch die Kammer mit einer Majorität von 5 Stimmen (69 gegen 64) sich in letzterm Sinne entschied. **Stockinger** ergriff das Wort als Berichterstatter der Adressekommission. Er sprach für vollkommene, unbedingte Unterordnung der baierischen Regierung und Stände unter die Centralgewalt und die Nationalversammlung in Frankfurt. Gegen den Scheurl'schen Adressentwurf hatte sich die Mehrheit der Adressekommission aus dem Grunde erklärt, weil er dieses Prinzip nicht entschieden genug ausgesprochen. „Die Grundrechte vor Allem! — rief der Redner. Wir sind zuerst Deutsche, dann erst Baiern. Der König wie die Stände haben sich dem Willen der Gesammtnation zu fügen. Würden wir anders sprechen, so hieße das soviel, als das Vaterland aufgeben." Hr. v. **Scheurl**, der bekannte matte und langweilige Redner, vertheidigte den Entwurf der Minorität, erklärte aber selbst, daß man in **jedem Falle** dem Ausspruch der deutschen Nationalversammlung sich fügen müsse. Er wünscht eine Verständigung und verzichtet auf die Vereinbarung, wodurch das Werk der deutschen Verfassung gefährdet würde. Mit dem Ausdruck „Verständigung" will Hr. v. Scheurl nur soviel sagen, daß jeder einzelne Staat berechtigt sei, vor der zweiten Lesung der deutschen Verfassung seine Bedenken und Wünsche der Nationalversammlung vorzulegen. Hr. v. Scheurl sprach heute sehr vernünftig und gab zu, daß Baiern in keinem Falle sich der Einführung der Grundrechte entziehen dürfe. Alle folgenden Redner der Linken: die Herren Föckerer, Binder, Kolb, Greiner, Bergmann, Schad, sprachen im allerentschiedensten deutschen Sinn, sogar der Bürgermeister Forndran von Augsburg, welcher der Rechten ganz nahe steht, wagte nicht dagegen aufzutreten, und meinte, man müsse den bisher erlassenen Gesetzen der deutschen Reichsversammlung Folge leisten. Nur in Betreff der Freizügigkeit und des zu erlassenden Gesetzes über Heimathsrecht wünscht er gewisse Vorbehalte. **Kolb** aus Speier interpellirte die Minister über ihr Verhältniß zum König und über die Ursachen der letzten Ministerveränderungen. Er fragt, ob es wahr sei, wie man allgemein glaube, daß die Thronrede nicht das Werk der konstitutionellen Minister, sondern vom Könige selbst verfaßt worden sei? Den Inhalt der Thronrede unterwirft er einer scharfen Kritik und tadelt, daß dieselbe von Anarchie spreche, welche in Baiern, mit Ausnahme der Oktoberexzesse des Münchner Pöbels gegen die Brauer, nie vorhanden gewesen. Von der glorreichen deutschen Erhebung im März habe die Thronrede kein Wort gesagt. Der Redner schleudert zugleich die heftigsten Verwünschungen gegen das Abel'sche Ministerium, welches Baiern 10 Jahre lang geknechtet habe und dessen System gewesen, das Volk dumm und elend zu machen, um es bequemer regieren zu können. Binder, Greiner und andere Redner stimmten in diese Vorwürfe herzlich mit ein und Hr. v. Abel muß noch nachträglich bittere Pillen verschlucken, die er als längst abgetretener Minister nicht mehr erwartet zu haben scheint. Er bemüht sich zu lächeln und spricht mit den katholischen Geistlichen, die ihn umgeben. Der Minister des Innern, Hr. v. **Beisler**, erwiedert auf Kolb's Anfrage: daß

die Thronrede in Baiern von jeher vom Staatsoberhaupt verfaßt worden und daß sich nie ein Einwand dagegen erhoben. Die Minister hätten geglaubt, daß nur im Falle, wo der Inhalt der Thronrede mit ihren Grundsätzen und Ueberzeugungen nicht im Einklange sei, eine Einsprache gegen den königlichen Entwurf ihnen durch die Pflicht geboten sei. Letzteres sei nicht der Fall gewesen. Der Justizminister Heinz erklärte, daß sämmtliche Minister entschlossen gewesen ihre Dimission mit Frhrn. v. Lerchenfeld zugleich, Sr. Majestät zu übergeben. Der König aber habe bestimmt erklärt, daß das bisherige System durchaus nicht geändert werden solle und deßhalb die Entlassung der Minister zurückgewiesen. Hr. v. Lerchenfeld allein sei auf seinem Entschluß beharrt, welchen dann der König nicht länger habe verweigern können. Die verspätete Einberufung der Kammer, die der Abgeordnete Kolb dem Ministerium zum Vorwurf machte, sei eben eine Folge jenes Entschlusses der Minister gewesen. Erst nach der Ergänzung des Ministeriums sei der Beschluß über den Termin der Einberufung der Landstände möglich geworden. Im Augenblick, wo ich diesen Brief der Post übergebe, hat der Abgeordnete Bergmann die Rednerbühne inne und hält mit kolossaler Stimme eine donnernde Rede gegen die Fürsten, aus deren reicher Sündenschuld die deutsche Revolution hervorgegangen. Er beschwört die Kammer, „den Adressentwurf der Majorität anzunehmen und damit das schönste Kind der Zeit aus der Taufe zu heben."

* Wir tragen zu Vorstehendem aus den Berichten unseres ┼ Korrespondenten die wichtige Erklärung des Ministers Heinz nach, welche am Schluß der Debatte gegeben wurde. Der Minister erklärte, das Meiste der Grundrechte habe man in Baiern schon, und das Weitere werde ja durch die in der Thronrede verheißenen Gesetzvorlagen erlangt werden. Was die Abschaffung der Todesstrafe betreffe, so werde Baiern hinter andern Staaten nicht zurückbleiben; er für seine Person sei dagegen. In Bezug auf die Umgehung der Gewerbs- und Heimathsrechte, sei es für die Regierung schwierig, die Grundrechte einzuführen, da große Kapitalien dadurch verloren gehen würden. In Baiern befinde man sich nicht auf dem Wege der Revolution, sondern der Reform; den gesetzlichen Weg kann das Ministerium nicht weniger verlassen, als das Volk dies gethan hat; es müsse daher auf der Beobachtung der durch unsere Verfassung festgesetzten Form beharren. Festhalten an dem Gesetze sei das sicherste und beste Mittel, Gewaltthat zu beseitigen, und er müsse in dieser Beziehung auf einen Mann hinweisen, der früher in der Pfalz lebte und allen Pfälzern sowie dem gesammten Publikum durch seine Schriften als freisinniger Mann bekannt sei: den ehemaligen Appellationsrath Hilgard, der jetzt in Nordamerika wohnt und in einer Schrift von dorther gemahnt habe, wo möglich an den Gesetzen festzuhalten. Die Sitzung wurde nach dieser Erklärung geschlossen und auf den 6ten Vormittags die Fortsetzung der Debatte anberaumt.

≚ **München**, 5. Febr. Die Stellungen und Stimmungen hier sind so wenig erbaulich als möglich, und wahrscheinlich wird die heutige Adreßdebatte Gelegenheit geben, die Dinge noch mehr auf die schwankendste Spitze zu treiben. Da die Verkündigung der Grundrechte von der Kammermehrheit mit Entschiedenheit festgehalten werden soll, und auch in der That mit um so größerer Entschiedenheit festgehalten werden kann, als die allgemeinste Stimmung für den vorliegenden Entwurf ist, dessen Mäßigung sogar von erstaunlich vielen Seiten noch als allzugroß bezeichnet wird, so dürfte wohl eine Ministerkrise keineswegs fernstehen. Aber fragt man nun weiter: wer sollen die neuen Minister sein? so begegnet man allenthalben einer Rathlosigkeit, welche nicht größer gedacht werden kann, als sie ist. Selbst Herr v. Lerchenfeld ist durch den wundersamsten Umschlag der öffentlichen Meinung in den letzten Tagen eine Unmöglichkeit geworden. Derselbe Mann, welchen man bei seinem ursprünglich durch die Bureaukratie, zuletzt aber durch persönliche Differenzen mit dem König herbeigeführten Rücktritte jubelnd auf's Schild hob, wird jetzt beschuldigt, er habe sein gegebenes Versprechen nicht eingehalten, indem er die Präsidentenstelle der zweiten Kammer angenommen hat. Wie viel daran wahr, wie viel Parteibeschuldigung ist, läßt sich sehr schwer ergründen. Wer Herrn v. Lerchenfeld persönlich kennt, zweifelt auch entschieden daran, daß er irgend ein Versprechen in dieser Beziehung gegeben habe, welches er unerfüllt gelassen. Ein großer Uebelstand bei dem Wirrniß unserer Verhältnisse liegt jedenfalls auch darin, daß die Person des Königs ohne eine bestimmte, zuverlässige Umgebung ist. Das Vertrauen des Monarchen wechselt leider nicht selten. Jetzt nennt man als seine intimsten Freunde den schon bekannten Prof. Dönniges und einen sehr unbekannten General Hartmann. Wie aber von Oben her die öffentliche Stimmung hier, und nicht mit Unrecht, angesehen wird, ist daraus abzunehmen, daß fortwährend 12 Kompagnien Infanterie zu je 180 Mann nebst 3 Schwadronen Reiterei und einer Batterie in Bereitschaft gehalten werden. Daß freilich ein Aufstand in München eben so sinn- als zwecklos wäre, sieht zwar das Publikum ebenfalls bis in die untersten Schichten ein; aber die Erbitterung der Verworrenheit ist auch allerdings bedeutend genug, um möglicherweise einen solchen hervorzurufen, welcher sich an irgend ein ganz zufälliges Ereigniß anknüpfen und dann wahrscheinlich nach einem eben so zufälligen und falschen Ziele gerichtet sein würde.

⁎ **Aus Baden**, 6. Febr. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so dürfen wir dem baldigen Ausbruch eines neuen republikanischen Aufstandes in nächster Zeit entgegensehen. In den demokratischen Vereinen sowohl als unter den Flüchtlingen herrscht die auffallendste Rührigkeit. Daß sich aber, wie unlängst ein Blatt berichtete, der Abgeordnete Dr. Brentano an die Spitze dieses neuen Aufstandes stellen wird, können wir aus der besten Quelle für ganz grundlos erklären. Wenn schon die Gesinnung des Hrn. Brentano im höchsten Grade republikanisch ist, so wird sich derselbe doch niemals an die Spitze eines so unsinnigen Unternehmens stellen, um so weniger, als ja die Erfolglosigkeit desselben klar zu Tage liegt. Möge es unserer Regierung gelingen, das Unternehmen in seinem Keime durch die ihr nothwendig scheinenden Mittel zu ersticken. Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, wird alsbald nach Aburtheilung Struve's und Blind's durch das dieser Tage in Freiburg gewählte Geschwornengericht der Prozeß des schon seit beinahe einem Jahre wegen Hochverraths verhafteten Redakteurs der „Seeblätter", J. Fickler zur Verhandlung und Aburtheilung durch dieses Gericht kommen; worauf man nicht wenig gespannt ist.

Kassel, 5. Febr. Der Kurfürst ist gestern Abend nach Berlin abgereist.

⊙ **Schleswig**, 3. Febr. Der politische Ausschuß, welcher von der Landesversammlung zur Erwägung des in der preußischen Circularnote enthaltenen Ausdrucks: „deutsches Gebiet Dänemarks" niedergesetzt wurde, beabsichtigt in seinem Bericht an die Landesversammlung letztere zu einer Protestation anzuregen, welche gegen die zweideutige Auffassung der schleswig-holsteinischen Unabhängigkeitssache nach dem Buchstaben der alten Verträge gerichtet werden soll. In unserem Kriegsdepartement ist man überaus thätig; die neuen Bataillone werden wie durch Zauber in's Leben gerufen und die Begeisterung ist in den beiden Herzogthümern so groß, daß die Bevölkerung zu jedem Opfer bereit ist. Die Friesen und Angeln, zwei naturwüchsige, ächtdeutsche Volksstämme, bilden bereits einen Landsturm, welcher von Unteroffizieren des regulären Militärs einexerzirt wird. Die gemeinsame Regierung hat heute aus Altona eine Petition erhalten, worin in tiefgefühlten Worten die Nothwendigkeit der Bildung einer Landwehr nach preußischem Muster geschildert wird. In Erwägung der Hartnäckigkeit, mit der das dänische Gouvernement jede Friedensaussicht vernichtet, glaubt hier Niemand an eine Verlängerung des Waffenstillstandes; daher die Rührigkeit, die glühende Hingebung für die Sache unserer Lande, die wir, wenn es sein muß, allein mit unseren Landestruppen, Landwehr und Landsturm vertheidigen werden.

Frankreich.

†† **Paris**, 4. Febr. Der trostlose Zustand der französischen Politik konnte in den letzten vierzehn Tagen aus der Pariser Journalistik zur Genüge studiert werden. Man kann nicht leugnen, daß die französische Presse in Berichten und pathetischen Stylübungen Meister ist, darf aber nicht vergessen, daß der Uebergang des Styles meistens eine Brücke zu andern Prinzipien wird. Wir sahen zunächst das Juste milieu verschwinden, der National verließ seine Stellung im Centrum zwischen Constitutionel und Peuple, und stellte sich als Kämpfer zur Fahne des Hrn. Proudhon. Die dadurch gebildete Koalition der rothen und honetten Republikaner ist der Reaktion, an deren Spitze das Ministerium steht, gefährlich geworden. Die National-Versammlung gab gestern dem Kabinet ein Mißtrauensvotum. Nach dem 29. Januar übergaben 54 Repräsentanten eine Anklagepetition gegen Odilon, Faucher, Rulhières. Gestern erstattete die Kommission den

Uebersicht.

Die Pflicht der deutschen Regierungen.

Ueber die Nothwendigkeit einer Handels- und Gewerbekammer.

Deutschland. Frankfurt (Der Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedelung.) Wien (Herr v. Möring.) München (Die Ultramontanen in der Kammer. Die politischen Vereine in Baiern.) Aus der Pfalz (Die Fortschritte der Linken.) Aus Baden (Neue Schwurgerichte. Eindruck der preußischen Note.)

Die Pflicht der deutschen Regierungen.

** **Berlin,** 2. Febr. Die deutschen Regierungen haben das Wort. Vielleicht zum letzten Mal in der deutschen Geschichte. Gewiß zum letzten Mal, wenn sie jetzt ihrem vaterländischen Beruf untreu sich erweisen. Es ist jetzt Pflicht der Selbsterhaltung für jede Regierung, der Einheit, der besten und dauerhaftesten Form der Einheit das Wort zu reden. Denn gelingen wird die Einheit und auch die Einheit in der Form, die wir für nothwendig halten. Fraglich ist nur, ob auf den Trümmern der Einzelstaaten oder als ihr Schutz und Schirm? Die Entscheidung steht bei den Regierungen. Wenn diese jetzt, wo wunderbarerweise der Weltgeist gleichsam die Rosse zurückhält, daß sie sich bäumen, und Bedenkzeit läßt, für die Einheit sprechen und auftreten, dann sind sie ganz entschieden mitbetheiligt und die Nation schuldet ihnen Dankbarkeit. Ihnen wird das unauslöschliche Gedächtniß dieser ihrer Produktivität im Interesse der neuen Ordnung zu Statten kommen; das gibt ihnen unsterbliche Dauer. Mag der Franzose dann lächeln, daß Deutschland so viele Staaten beibehält, wie der deutsche Demokrat über die britische Pairie lächelt; die Erklärung liegt darin, daß die Staaten in der Stunde der Entscheidung Träger der nationalen Idee gewesen sind. Stellen sich dagegen die Staaten jetzt auf Seite des Partikularismus, so ist es möglich, daß die rechte Einheit gehindert wird. Aber tief in deutsches Blut wird sich das Gefühl vermischen, daß die Staaten der Einheit im Wege standen. Die Demokraten, welche der Einheit jetzt am meisten im Wege stehen, werden dann sagen: „die Monarchien!“ Die nächste einheitliche Bewegung, die dann unausbleiblich ist und an der alle Freunde Deutschlands dann arbeiten werden, kann die Staaten nicht mehr erhalten, da sie durch ihre Unproduktivität sich selbst die Bedingungen gerechtfertigter Existenz benommen haben. Für welche Form der Einheit sollen die Regierungen reden? Wir kennen nur Eine, das ist die Einherrschaft auf Grund einer Reichsverfassung. Die deutschen Monarchien müssen sich für die deutsche Monarchie entscheiden. Gebietet es nicht schon ihre Rücksicht auf den Feind am Herd und auf dem Forum? Die deutschen Kronen haben nur Eine Art, um über die Demokraten zu siegen, das ist durch Gründung der deutschen Krone. Die Volkssouveränetät wird alle Souveräne entthronen, wenn sie nicht die Nationalsouveränetät gründen helfen und daran Theil nehmen. Hier hat sich der Radikalismus in eine politische Sackgasse so verrannt, daß, wenn wir nur die deutschen Fürsten gewinnen könnten, wir für ewige Zeiten ihn binden und auf die Galeeren liefern könnten. Er ist mit aller Macht und Energie gegen das erbliche Kaiserthum. Sind die deutschen Fürsten in überwiegender Mehrzahl dafür, dann ist er nicht heftiger als in jedem Fall ihr geschworner Feind, aber die ganze große Nation steht dann auf Seite der Fürsten und je herrlicher sich das Reich entfaltet, desto mehr schmilzt der feindselige Demokratismus. Doch wir rathen den Fürsten und Regierungen nicht aus Parteienlust und Parteieneifer. Das Vaterland haben wir vor Augen und im Herzen. Möchten doch die Fürsten und Minister jetzt aus den „Times“ lernen, was unsere Gegner fürchten. Nicht die sogenannte Einheit als solche, sondern nur die wahre Einheit, das Kaiserthum, das erbliche Kaiserthum der Hohenzollern in Preußen. Dagegen protestirt John Bull mit Hand und Fuß und wahrlich doch nicht aus Furcht, daß die Schutzzoll-Interessen in Deutschland vernachlässigt würden. Bis heute hatte jene Hansemann'sche Nüchternheit, welche die Mutter der Trias ist, einen Grund; wie soll es werden? Jetzt rede jede Regierung; es liegt an ihr, daß es werde. An jeder. Keine kann daher die verzweifelte, die resignirte sein — — dennoch eine: Preußen. Hierin liegt die Interpretation der Note. Preußen mußte die Sprache der Resignation führen. Nicht aus Politik, nicht aus Heuchelei, sondern aus Ehre. Ueberall kann Preußen die Initiative ergreifen, nur in der Kaiserfrage nicht.

Oesterreich könnte das am ersten. Lächeln Sie nicht. Ich denke mir meine Menschen groß und beurtheile sie doch, aus Selbstkenntniß, milde, wenn ich sie in der Regel mittelmäßig, oft klein finde. Oesterreich, wenn es Weisheit und Vaterlandsliebe besäße, müßte durch Schmerling verkünden: „die staatliche Einheit der österreichischen Monarchie ist ein deutsches Bedürfniß. Es bleibt also nur die innige Union. Bilde Deutschland ein staatliches Ganze! Se. Majestät von Oesterreich wird den Tag mit Freude grüßen, als ein Fürst aus dem deutschen Kaisergeschlechte, wann Deutschlands neue erbliche Kaiserkrone dem Hause Hohenzollern dargebracht wird. Hierin erblickt Oesterreich eine Bürgschaft für das Gelingen der Union.“ So könnte, so müßte Oesterreich sprechen. Das hieße, sich nicht den Eintritt, aber Aller Herzen offenhalten!

Baiern könnte das sodann. Am schönsten neben und nach Oesterreich. Doch wahrhaft epochemachend und entscheidend wäre Baierns Votum für das erbliche Kaiserthum, wenn Oesterreich, wie vorauszusehen, schwiege. Was man auch über die Vereinbarung dächte, Baiern trüge dann den Preis des Patriotismus davon. Wittelsbach wäre, was es befähigt hat, den Welfen in Baiern nachzufolgen und lohnte Deutschland, daß sein großer Friedrich ihm Baiern erhielt. Sie lächeln wieder? das könnte, das müßte Baiern!

Ferner Sachsen. Wer verkennt die Gefahr, in die Friedrich August und sein Kabinet sich stürzte? Doch die Gefahr bleibt nicht aus. Aber es kommt auf die Veranlassung des Konflikts an. Hier steht ganz Deutschland und in Sachsen stehen alle Feinde des „souveränen Unverstandes“ gegen jenen in zwei Kammern tagenden Demokratenkongreß. Möge man abwägen, wo die Gefahr liege, und wo mit der Sicherheit die Größe! der Widerspruch würde verhallen und gleichzeitig mit der Einheit Deutschlands wäre Sachsens Thron gerettet. Es steht in Friedrich August's Hand!

Dann Hannover. Dort regiert der Welfe; es gilt, diesen Namen zu retten in Deutschlands Geschichte; möchte der Welfe ghibellinisch werden. Ging doch ein Welfe schon voran: Braunschweigs Herzog. Und ist doch die Mutter des hannoverischen Thronerben eine Fürstin aus Thüringen! Doch Stüve? Weiß der treffliche Mann denn auch jetzt nicht, wo und wie der deutsche Geist hinaus will? Hoffentlich versteht er die preußische Note besser, als er in seinem Wahlschreiben gezeigt hat, daß er einen Gagern zu fassen das Zeug habe? Jetzt hat er es in seiner Hand. Das wollte doch der Hofschulzencharakter und weiter nichts. Er wollte sich die Einheit nicht „oktroyiren“ lassen. Aber, wenn er jetzt nicht die Initiative für das Kaiserthum ergreift, wird es nach ihm nicht weiter fragen. Gerade, weil wir es mit einem so ganzen Manne zu thun haben, können wir nicht glauben, daß, wenn es in seine Hand gelegt wird, er seiner Grille das Vaterland opfern werde. — Würtemberg endlich? Hier ist es nicht genug, die würtembergische Souveränetät zu demüthigen unter den Nationalwillen, sondern hier hat Römer die Aufgabe, seinen Parteiwillen der Nation zu beugen und positiverweise für das erbliche Kaiserthum zu arbeiten. O wäre Pfizer jetzt am Ruder!

Doch Eines, das sich für uns von selbst versteht, wird nicht laut genug zu sagen sein: Diejenigen Staaten, welche sich für ein erbliches Kaiserthum erklärt haben, dürfen durch die preußische Note mit der Anzweifelung des glücklichen Gelingens des Kaiserthums (mehr ist es nicht, weder gegen den Kaisernamen, noch gegen das Kaiserthum ist ein Protest darin!) in keinem Fall umgestimmt werden, in keinem Fall. Jetzt ist es ihre Pflicht, mit verdoppeltem Eifer das erbliche Kaiserthum zu fordern.

Jetzt ist es an der Zeit, daß die hochherzigen Fürsten von Baden, Darmstadt, Mecklenburg, Braunschweig, Thüringen, Kurhessen, Oldenburg rc. ihr Wort halten. Jetzt ist es an der Zeit, daß jenes „selbst“ (selbst erblich) wegfalle und ausdrücklich erklärt werde: „nicht anders als erblich“. Preußen hat wohl so selbstvergessen und vaterländisch gesprochen, daß dieses „selbst“ nicht nur dem Vaterland, sondern auch diesem Träger der Einheit gern zum Opfer gebracht werden mag.

Denn — „alle Hoffnung und Aussicht aufzugeben“ muß den deutschen Fürsten zugemuthet werden. Was heißt das, Hoffnung

und Aussicht? Gewinnt das Vaterland durch das Kaiserthum Hoffnung und Aussicht, dann soll es erblich sein und dauern; wo nicht, gar nicht errichtet werden. Wir wollen ein Definitivum und kein Provisorium. Nichts da, mit Aussichten und Hoffnungen, die dem Vaterland Aussichts- und Hoffnungslosigkeit bringen! Die Stellung, welche die deutsche Reichsverfassung unsern Fürsten gewährt, war das Ziel ihrer Vorfahren. Im Streit gegen die Landeshoheit erlag die Reichshoheit. Wenn jetzt jene sich der Wiedererrichtung der Reichshoheit widersetzt, so wird sie zu Staub werden, wie sie ja staubgeboren ist.

Fürsten und Staaten werden jetzt ihres Schicksals Schmiede. Je nationaler sie reden, desto unsterblicher ist ihr Amt und desto kräftiger ihr Halt in Deutschland. Reden jetzt die Regierungen gegen das erbliche Kaiserthum, dann sind die Einzelstaaten verloren. Entweder alsbald; oder wenn die Landtage der deutschen Staaten den Partikularismus stärken, so wird vorläufig dieser die Oberhand gewinnen. Doch nicht gewisser ist die Sonne am Firmament, als dann der deutsche Einheitsstaat, dem wir jetzt den Bundesstaat vorziehen, dem wir aber, wenn dieser unmöglich geworden, zustreben müssen. Und zwar, weil der Partikularismus durch die Landtage und namentlich durch radikale Majoritäten zum Siege geführt ist — die einheitliche deutsche Monarchie. Denn dem Siege des Partikularismus müssen Tage der tiefsten nationalen Erniedrigung, Fremdherrschaft, Knechtschaft folgen. Millionen werden nur Einen Gedanken haben: „Macht", und der Preußenkönig, welcher dann, wie mit dem Aufruf vom 3. Febr. 1813, das Signal zur Befreiung und dem Vaterland die Macht gibt, wird dann Schwert des Reichs, Diktator, Kaiser sein. So sittsame und tugendhafte Noten zu schreiben, wird dann ebenso „zu spät" sein, als sich für das erbliche Kaiserthum zu erklären. Denn die Millionen werden Gott preisen, wenn ihr Retter einen Erben hat. Deutsche Staaten aber werden begraben und vergessen sein.

Nur im Maße der Dienste, welche die deutschen Regierungen jetzt dem Vaterlande leisten, werden sie bestehen oder vergehen. Jetzt, Ihr deutschen Stämme, ruft Euere Fürsten wach, daß sie sich die Krone und Euch den Staat retten. Mahnt sie, das erbliche Kaiserthum zu fordern.

Und ist kein Luther, kein Ulrich Hutten da, der den Adel deutscher Nation anredete, der unsern Fürsten zum Herzen spräche, der die Könige von Baiern, Sachsen und Würtemberg für die Sache des Kaisers gewönne? Bernhard v. Clairvaux rührte den nüchternen Konrad III., daß er das Kreuz nahm; wer hat die Kraft der Rede, König und Minister Hannovers mit sich fortzureißen? Ist kein Peter v. Amiens, der von München nach Dresden, von Dresden nach Hannover pilgerte und an die kaiserliche Burg selbst von Ollmütz klopfte? Sein oder Nichtsein gilt es, sowohl des Vaterlandes, als jener Fürsten, deren Herz noch nicht erweicht ist. Preußen trägt die Losung, die der blinde Johann von Böhmen auf dem Schwert führte, und die seit der Schlacht von Bouvines die Thronerben Englands führen: „ICH DIEN". Dienen soll Preußen; aber es sei der Spruch der deutschen Thronfolger. O Ihr Könige und Fürsten, wer mit Luther und Hutten Euch überwältigte! Die alte Welt hätte solches Wunder noch nicht geschaut, als dann geschähe. — Gott mit Deutschland!

Ueber die Nothwendigkeit einer Handels- und Gewerbekammer.

✕ Aus Preußen, im Januar. Dem Beobachter öffentlicher Staatsverhandlungen muß sich die Bemerkung aufdringen, daß es bei den obern Staatsbehörden immer mehr zur lobenswerthen Sitte geworden ist, sich nicht mehr ausschließlich alle Staatsweisheit selbst zuzutrauen, sondern auch außerhalb ihrer Bureau's Rath zu suchen. Es ist diese Sitte freilich grade keine von den Märzerrungenschaften, denn schon früher, namentlich in Preußen, konnte man eine gewisse Neigung dazu verspüren; indessen dürfte doch seit Kurzem ein rascherer Fortschritt auf dieser Bahn zur guten Verständigung zwischen den Regierenden und Regierten anzuerkennen sein, als eine gute Folge der politischen Aufregung in Deutschland. Wenn irgend wo, so müßte sich nun auch bei der deutschen Central-Gewalt dasselbe Bedürfniß zeigen, und dort hat es sich wirklich deutlich genug bemerkbar gemacht. Der volkswirthschaftliche Ausschuß sandte seine tausend Fragen in alle Welt; wie die Antworten ausgefallen und von dem Ausschusse benutzt worden sind, hat man zwar nicht erfahren, allein der Erfolg davon ist in den Berathungen und Beschlüssen der Nationalversammlung über die betreffenden Artikel der Verfassung eben nicht glänzend hervorgetreten. Dagegen fanden sich unberufene Rathgeber zahlreich genug bei der Nationalversammlung ein: Handwerker-Kongreß, Handels-Abgeordnete aus dem Süden und Norden, Arbeiter-Kongreß, ein landwirthschaftlicher Kongreß und eine Menge Vertreter einzelner Interessen eilten geschäftig herbei, um auf die neue Reichs-Gesetzgebung einzuwirken, und umgeben zum Theil noch jetzt, in Ausschüssen, die Vertreter der Nation.

Der Reichs-Handelsminister hatte sich schon lange vor Antritt seines Amtes der National-Versammlung, als ein handelspolitischer Rathgeber, durch seine Schrift: „Der deutsche Handels- und Schifffahrtsbund, Bremen 1848" empfohlen; er spricht darin (Einleitung zur zweiten Auflage) von der „Prinziplosigkeit der Handelspolitik der Leiter des Zollvereins" und der Abneigung gegen Behörden, „welche in ihren Beschlüssen auf die Ansichten Sachverständiger weniger Werth legen, als auf die Meinungen einzelner Beamten und auf Rücksichten für einzelne Lokalitäten." Noch entschiedener spricht derselbe sich für das Bedürfniß besonderer Rathgebung von Sachverständigen in dem „Memorandum" (Bremen 1849) S. 8 aus:

„Es ist unmöglich, daß die Reichsgewalt, bei der großen Mannigfaltigkeit der Anliegen der verschiedenen Theile Deutschlands, diese stets richtig und gründlich beurtheilen könne, wenn sie vor einer Entschließung von Erheblichkeit nicht der Dinge kundige Männer aus diesen Theilen vernehme. Eine Versammlung von Gesandten der Staaten reicht dazu so wenig aus, als ein Staatenhaus; denn in diese wird man theils Diplomaten, theils über die allgemeinen Verhältnisse unterrichtete und das öffentliche Vertrauen genießende Männer senden. Dieselben werden aber nicht in jedem besondern Falle die nöthige Sachkunde besitzen und daher wird es sich empfehlen, wegen der schwierigen Fragen von Handel, Schifffahrt, Industrie, Zollwesen u. s. w. jährlich verschiedene Male eine, kurze Zeit erfordernde Versammlung von Abgeordneten der Staaten, am Sitze der Reichsgewalt zu veranstalten, damit die Wünsche und Interessen aller Theile soviel thunlich berücksichtigt werden können."

Mit diesen Ansichten wird sich jeder unbefangene Sachverständige wohl einverstanden erklären müssen. Es ist aber bisher von dem Reichshandelsminister in dieser Rücksicht noch wenig Befriedigendes geschehen oder veranlaßt. Zwar wissen wir, daß derselbe sich über Zoll- und Steuerwesen mit einigen Regierungsbeamten besprochen hat; diese sind aber, nach seiner eigenen Erklärung, keineswegs die rechten Sachkundigen, z. B. für Handel, Schifffahrt und Industrie. Allerdings wissen wir auch, daß einige Abgeordnete des Handelsstandes ihm den Entwurf eines Zolltarifs übergeben, andere dagegen protestirt und wieder andere anderes vorgeschlagen haben; wir wissen auch, wie gesagt, von Handwerker-, Arbeiter- und landwirthschaftlichen Kongressen und deren Vorschlägen — allein dies Alles ist keine solche allgemeine Berathung mit solchen Sachverständigen, wie der Herr Reichsminister selbst empfohlen hat, damit die Reichsgewalt — worunter wir in diesem Falle, unsrerseits nicht den Reichsminister allein, sondern die Nationalversammlung und die Centralgewalt verstehen — vor Entschließungen von Erheblichkeit, sie vernehme.

Es sind aber in der Nationalversammlung bei der ersten Lesung der Reichsverfassung thatsächlich Entschließungen von Erheblichkeit für Handel, Schifffahrt ꝛc. gefaßt worden, ohne daß die Nationalversammlung dergleichen Sachkenner irgendwie vernommen hätte.

Der Reichshandelsminister hat, wie es scheint, noch keine Entschließungen von Erheblichkeit gefaßt, und sowohl in seiner Vorlage vom 22. Sept. v. J., als auch in allen späteren Erklärungen hat derselbe jene diplomatische Vielseitigkeit zu bewahren gewußt, von der ein Jeder fürchten und hoffen kann, was er will.

Wenn aber danächst denn doch erhebliche Entschließungen, und zwar auf den Grund des Beschlusses der Nationalversammlung vom 16. Dez. v. J., bald zu erwarten sein werden, da die „möglichste Beschleunigung" wohl nur von dem freilich erheblichen Umstande behindert wird: daß wir das einige Deutschland, welches zur Zolleinigung gebracht werden soll, noch nicht kennen, so ist wohl auch die Zeit nahe, daß geeignete Sachkenner als „Abgeordnete der Staaten" (s. d. Memorandum) berufen werden

müssen, weil es ohne diese der Reichsgewalt nicht möglich sein wird, die Anliegen der verschiedenen Theile Deutschlands richtig und gründlich zu beurtheilen. Daß aber hier unter Reichsgewalt nicht etwa der Reichshandelsminister allein verstanden werden könne, liegt in jenem Beschlusse der Nationalversammlung vom 16. Dez. v. J., worin sie erklärte: „daß sie auf keine Weise das ihr zustehende Recht der Initiative gefährden lassen will.“ (Memorandum).

Es hat nun aber die Berufung von „Abgeordneten der Staaten“ zur Berathung über Gesetzgebung ganz eigene Bedenklichkeiten. Wie wir gesehen haben, sind rathgebende Sachkenner von allen Seiten bei dem volkswirthschaftlichen Ausschusse und bei dem Reichshandelsminister in übergroßer Menge erschienen, aber „Abgeordnete der Staaten“ sind es nicht gewesen; ob es nicht sammt und sonders Vertreter von persönlichen, örtlichen oder anderen Sonderinteressen gewesen, darüber möchte die Entscheidung sehr schwer sein; auch ob sie alle wirklich und parteilos befragt worden sind, ist ebensowenig Gewißheit zu erlangen; daß aber die Nationalversammlung, wenn sie über erhebliche Angelegenheiten des Handels und der Gewerbe Beschlüsse fassen und Gesetze genehmigen will, dergleichen Rathgebungen nicht als hinlänglich anerkennen könne, darüber dürften Wenige in Zweifel sein.

Es ist hier früher schon darauf hingewiesen, daß eine organisirte Berathungsbehörde, eine Handels- und Gewerbe-Kammer nöthig sei, woran abgeordnete Sachkenner aller Staaten, die von ihren Genossen frei dazu erwählt werden müßten, Theil nehmen sollten. Eine solche, organisch zusammengesetzte Behörde müßte als befugt zur Rathgebung gesetzlich anerkannt werden und auf deren gemeinschaftlichen, ordnungsmäßigen Beschluß — oder ihren Mehrheits- oder Minderheits-Erachten, hätte der Reichshandelsminister seine Gesetzesvorlagen zu begründen und Abweichungen davon bei der Nationalversammlung zu motiviren, dann hätten die Abgeordneten eine gute Grundlage für ihre Abstimmung oder für Verbesserungsanträge u. s. w., und nur dann wären die volkswirthschaftlichen Reichs-Gesetze gegen den Vorwurf der Einseitigkeit oder anderer Mangelhaftigkeit hinlänglich geschützt!

Zu diesen Bemerkungen geben die Erfahrungen noch besonders Veranlassung, die gegenwärtig der preußische Handelsminister in Berlin zu machen Gelegenheit gehabt hat.

Auch dieser hat Rathgeber gewünscht und deren auch eine Fülle bekommen, insbesondere vom Handwerksstande, der, wie auch aus den Anträgen des Frankfurter Handwerkskongresses hervorging, jetzt wieder die alten Zunftrechte in sehr ausgedehntem Maße, aber auch schon eine „Gewerbe-Kammer“ zur Mitberathung beansprucht. Daß unser Handelsminister, Hr. von der Heydt, in den angestellten Konferenzen keinen ihm nützlichen „Rath“ bekommen konnte, war wohl vorauszusehen, und daß solche einseitige Privatberathungen keineswegs von den Betheiligten bei entgegenstehenden Interessen mit Vertrauen angesehen werden, ist natürlich; das wird bei Handels-, Zoll- und Schifffahrtsangelegenheiten ebenso der Fall sei, und so kommen wir zu dem Schlusse: daß sowohl dem Reichshandelsminister als auch den Ministerien der einzelnen deutschen Staaten, für die Gesetzgebung in volkswirthschaftlichen Angelegenheiten, eine verfassungsmäßig organisirte Handels- und Gewerbekammer, im Sinne des Memorandum, durchaus nothwendig sei.

Deutschland.

00 **Frankfurt**, 30. Jan. Am 28., Sonntag, hielt der am 12. Dez. 1848 gebildete Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedelung seine zweite Sitzung. Es zeigte sich dabei ein erfreulicher Zuwachs der Theilnahme für diese Nationalangelegenheit, welche bis zur Einsetzung einer definitiven Reichsgewalt nur durch die Thätigkeit von Privatleuten gefördert werden kann. Nicht nur, daß seit der Bildung des Vereins ein dritter Zweigverein, der Breslauer, sich angeschlossen und seine Bevollmächtigten geschickt, und daß die Bildung eines badischen Vereins gemeldet wurde, sondern die berathenden Ehrenmitglieder waren auch so zahlreich vertreten, daß für jeden der für die deutsche Auswanderung vorgeschlagenen Zielpunkte ein durch langjährigen Aufenthalt in diesen Gegenden oder spezielles Studium der Verhältnisse kundiger Mann zum Berichterstatter erwählt werden konnte. Es wurden mancherlei Transporterleichterungen zum Besten der Auswanderer auf deutschen Eisenbahnen und Dampfschiffen beantragt und in Aussicht gestellt. Da der Verein in Ausführung der Beschlüsse des Auswanderungskongresses zu Frankfurt am 16. Oktober 1848 die Auswanderung über deutsche Häfen zu leiten hat, so machte es einen peinlichen Eindruck, als von Seiten des würtembergischen Zweigvereins zahlreiche und nicht zu bezweifelnde Klagen über das Benehmen Bremischer Rheder und Kapitäne einliefen, welche von diesem soliden und hauptsächlichen Ausgangspunkt der deutschen Auswanderung, wo die Gesetzbestimmungen über die Auswanderungsschiffe so umfassend sind, allerdings überraschten. Diese Klagen, welche mitunter an den berüchtigten Delrue in Dünkirchen erinnerten, gingen auf Abnahme der Verträge vor der Abreise unter nichtigen Vorwänden, damit die Auswanderer keine Urkunde in Händen hätten, auf Einschiffung in amerikanischen Fahrzeugen, wenn die Auswanderer wegen Unkenntniß der englischen Sprache ausdrücklich auf deutschen Schiffen überzufahren bedungen hatten, auf schlechte Kost und ungenügendes Teinkwasser, auf rohe Behandlung Seitens der Schiffsführer und der Mannschaft. Da in derselben Sitzung Tarife von Seiten einer bekannten Hamburger Packetschifffahrtsgesellschaft vertheilt wurden, so sah der Verein die Aussicht eröffnet, daß er, wenn seine Beschwerden beim Bremer Senat keine Abhülfe dieser Uebelstände bewirken sollten, von der Empfehlung deutscher Häfen nicht abzusehen, sondern die Auswanderer nur statt nach Bremen, vielmehr nach Hamburg zu weisen hätte.

Wien, 31. Jan. Wenn es nicht gar so traurig wäre und allen Witz verstummen machte, man könnte Gießbäche von Thränen lachen über das wirre Treiben der guten Oesterreicher, die jetzt in den Angelegenheiten unseres unglücklichen Deutschlands eine leitende Rolle spielen. Man könnte lachen über die Naivetät der Einen, die ihr Ziel am schnellsten zu erreichen wähnen, wenn sie recht viel auf den König von Preußen schimpfen — und über die weltoffenbare Geheimnißthuerei der Andern, die ihre zottigen Bärenkrallen für glatte Diplomatenfinger halten.

Der Thätigste unter den Ersten ist Herr v. Möring, der seit einiger Zeit, nachdem ihm die „Presse“ aus guten Gründen ihre Spalten verschlossen hat, den „Lloyd“ mit seinen halbwahnsinnigen Korrespondenzen überfluthet. Herr v. Möring ist ein Mann, in dessen Bestrebungen sich unleugbar Großes offenbart: ein großer Ehrgeiz und eine noch größere Ideenverwirrung. Für alle Uebel der Zeit weist er auf ein unfehlbares Heilmittel hin; nämlich auf sich selbst! Sein Kopf ist ein wahrer Januskopf, aber ein eigenthümlicher, der auf der einen Seite nur sein eigenes vergangenes Wirken und auf der andern Seite nur sein eigenes zukünftiges Wirken sieht. Alle Räthsel der Weltgeschichte, worüber andere Häupter vergeblich grübeln, „Häupter in Hieroglyphenmützen, Häupter in Hüten und schwarzem Baret“ — löst er (der Kopf des Herrn v. Möring) mit einer Leichtigkeit, die in Erstaunen setzen würde, wenn uns das Erstaunen bei ihm nicht schon zur Gewohnheit geworden. Nur Eins ist ihm unklar, nur Eins kann er nicht begreifen: daß man ihn nicht längst schon zum Minister gemacht!. Hat er doch selbst schon so oft und nachdrücklich in Journalen aller Farben darauf hingewiesen, daß Er es sei, der in seinen Händen die Schicksalsfäden des neu zu bildenden, großen mitteleuropäischen Reiches trage! Hat er doch erst neulich in einem ellenlangen Artikel (den kein Journal aufnehmen wollte, bis er zuletzt als Inserat im Lloyd und in der Allg. Ztg. erschienen) auseinandergesetzt, daß er (Herr v. Möring) die Schicksalsfäden des mitteleuropäischen Reiches selbst gesponnen! Er nimmt ausdrücklich das Erstgeburtsrecht für den großen Gedanken in Anspruch, das Frankfurter Parlament aufzulösen und Deutschland von Wien aus regieren zu lassen, von einer Stadt, wo zur Zeit nicht 12 Menschen sind, die richtig deutsch, geschweige denn Deutsches verstehen.

Aber am genialsten entwickelt sich die überraschende Neuheit der Ideen und Anschauungsweise des Hrn. v. Möring, wenn er auf Preußen und das Haus Hohenzollern zu sprechen kommt. Dem Hasse gegen das vielgeschmähte Preußenvolk kommt nur sein Ingrimm gegen die deutschen Professoren gleich, wie Dahlmann, Gervinus u. A., die unberufener Weise Theil nehmen wollen an der Neugestaltung Deutschlands. Gagern ist ihm viel zu unbedeutend, um seinen Haß rege zu machen; er spricht von ihm nur mit mitleidigem Achselzucken. „Heinrich v. Gagern“, sagt der geniale Möring — war als Präsident der Reichsversamm-

lung wegen seiner Stimme unnachahmbar, aber — von Politik versteht er gar nichts."

Das Verhältniß Preußens zu Deutschland fertigt Hr. v. Möring in einem kühnen Satze ab: –

„Es gab eine Zeit, wo dem Preußenkönige die Krone gar wackelnd auf dem Haupte saß, und wo seine Garden gerade nicht zu den liebsten berliner Kuriositäten gehörten. Der großen, schwunghaften Idee, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, setzte die Presse, und namentlich die preußische, ein homerisches Gelächter entgegen — die Spitze begnügte sich damals mit dem Beruf, Deutschlands Schild und Schwert zu sein, und die Garden marschirten nach Schleswig. Zu dem Texte von „Schleswig-Holstein meerumschlungen" brüllten die Kanonen am Dannewirk den grimmen Baß — und siehe, der König und die Garden waren wieder populär geworden; so zwar, daß schon im August mit Hülfe des spezifischen Preußenthums der Waffenstillstand von Malmö geschlossen werden durfte. Durch ihn erhielt die Centralgewalt den ersten schwarzweißen Rippenstoß, durch ihn sank das frankfurter Parlament, das durch den Raveaux'schen Antrag und das Gesetz über die provisorische Centralgewalt einen guten Anlauf genommen hatte, in der öffentlichen Meinung, und dies um so tiefer, je mehr man sich bemühte, die Partei der Bewegung von der andern Seite aus, mit dem Anstoß zu dem gräßlichen 18. September zu beinzichten." ꝛc.

Nun wird nachgewiesen, wie Preußen die Verlegenheiten des im Nationalitätskampf erschütterten Oesterreichs benützt habe, um sich an die Spitze Deutschlands zu drängen. Daß es dabei an Seitenhieben auf Friedrich Wilhelm IV. nicht fehlt, bedarf wohl kaum der Erwähnung . . .

Ich habe nie den König von Preußen vergöttert, aber daß er, trotz allen seinen Mängeln, mehr Verstand im kleinen Finger hat, als ein gewisses erlauchtes Kaiserhaus in allen seinen Köpfen — an dieser Wahrheit habe ich nie gezweifelt.

Was aus Deutschland geworden wäre mit Preußen an der Spitze, wissen wir — was aus Deutschland werden wird, wenn Oesterreich an die Spitze tritt, wissen in Deutschland nur sehr Wenige. In meinem nächsten Briefe werde ich versuchen, darüber einiges Licht zu verbreiten. (D. Ref.)

⚏ **München**, 4. Febr. Ueber die Parteistellungen in der zweiten Kammer ist Ihnen wohl schon berichtet worden, und ich übergehe daher diesen Punkt. Man hatte bekanntlich gefürchtet, der Einfluß der Ultramontanen auf die Wahlen werde sich als sehr bedeutend zeigen, da dieselben sich allenthalben mit größtem Eifer betheiligt hatten und auch der Umstand einen deutlichen Beweis dafür abzugeben schien, daß der ultramontane „Volksbote" seinen Absatz seit Neujahr plötzlich von etwa 3000 auf mehr als 4500 Exemplare vermehrt sieht. Trotzdem zeigt sich nun nach Vollendung der Parteigruppirungen, daß der Ultramontanismus, wenn er auch einen Einfluß auf die Wahlen übte, doch diesen nicht im streng ultramontanen Sinne geltend machte. In dem Publikum, wenigstens hier, zeigt sich unterdessen eine Wandlung hinsichtlich der politischen Vereine, welche von größter Bedeutsamkeit ist. Die gemäßigten Vereine, deren Schlaffheit leider längst keinem Zweifel unterworfen war, fristen in der That ihr Leben nur noch kümmerlich; der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung steht an der Schwelle der Auflösung. Dagegen gewinnt ein wüster und völlig unklarer Radikalismus auch in den, dem Vereinsleben fernstehenden, niedern Schichten des Publikums immer größere Ausdehnung. Und jene Vereine des unklaren Phrasenprogramms, wie z. B. der Märzverein, haben einen außerordentlich starken Zulauf. Indessen dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß, so gereizt auch die einzelnen Vereine einander gegenüberstehen, doch eine allgemeine Uebereinstimmung derselben hinsichtlich Baierns Verhältnißes zur Centralgewalt sich ausspricht. Die Adressen aller sind auf das Entschiedenste gegen jede baierische Sonderstellung gerichtet. Die Regierung, welche mit ihren sonderbündnerischen Rückhalten und Winkelzügen — so viel sie auch von Beförderung der deutschen Einheit deklamirte — bisher stets mit der Berufung auf baierische Stammeseigenthümlichkeit und historische Erinnerung kokettirte, kann sich sonach ehrlicher Weise auch in dieser Hinsicht keiner Sympathie in den eigentlich bedingenden Bevölkerungsschichten mehr versichert halten, obgleich ich nicht leugnen will, daß in den schwäbischen und oberbaierischen Landkreisen noch mancherlei Sondergelüste ihr Lager aufgeschlagen haben. Indessen ist es doch jedenfalls als ein Zeichen des endlichen Erwachens eines politischen Sinnes in diesen bisher politisch todten, nur städtisch zäh am alten Zopfthum haftenden Landestheilen zu betrachten, daß auch dort das Vereinsleben beginnt. Z. B. Augsburg, welches bisher kaum 1 oder 2 sogenannte Vereine besaß, hat deren 5 wirkliche, unter denen freilich auch ein Piusverein.

†**Aus der Pfalz**, 30. Jan. Die Linke hat in München bereits glänzende Siege erfochten und unsere Pfälzer triumphiren mit ihr. Die Ausschüsse für Finanzen (dieser wird als der wichtigste betrachtet), für die innere Verwaltung, für die Staatsschulden, für die Beschwerden sind gänzlich aus Gliedern der Linken zusammengesetzt. Darunter befinden sich 6 Pfälzer: Kolb von Speier, Schüler von Zweibrücken, Willich von Frankenthal, Pfarrer Gelbert von Landau, Heintz von Frankenthal und Pfarrer Eckhard von Gönnheim. Im Hinblick aufriese Resultate heben sich Volksvereine und Märzvereine wieder mit neuer Kraft. 50 Volksvereine haben bereits ihren Anschluß an den Frankfurter Märzverein erklärt. Die Verbindung, welche der Zweibrücker Märzverein mit dem Pfälzer Volksverein suchte, ist bis jetzt noch nicht in's Leben getreten. Deshalb ermahnte der geschäftführende Ausschuß des ersteren zu Neustadt unterm 21. Jan. die zu ihm gehörigen Zweigvereine, „weder die von dem Märzverein zu Zweibrücken auf den 28. d. M. nach Kaiserslautern ausgeschriebene Versammlung zu beschicken, noch den angenommenen Namen zu ändern." Die Volksvereine des Kantons Frankenthal haben am 24. d. M. gegen Hrn. Kohlhepp, weil er, obschon er nur zum Ersatzmann gewählt war und sich vorher für das Prinzip der Scheinwahlen erklärt hatte, doch in die Kammer eingetreten sei, folgendes Anathem gerichtet: „Herr Kohlhepp weiß eben so gut wie wir, daß das Institut der Ersatzmänner überall längst als ein drückendes Uebel zur Kenntniß des Volkes gebracht worden ist; wir wissen auch, daß nur Eine Stimme der Indignation über den Eintritt des Hrn. Kohlhepp herrscht . . ."

♂ **Aus Baden**, 4. Februar. Es tauchen bei uns täglich neue Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch auf, der besser organisirt sein soll, als die früheren. Wir halten ihn nicht für unmöglich und glauben vielmehr, daß nicht unser Oberland allein der Schauplatz werde, sondern in ganz verschiedenen Theilen des Landes gleichzeitig der Aufstand ausbrechen könne. Wenigstens ist gewiß, daß die Wühler eine ungemeine Thätigkeit allenthalben entfalten; nur fehlt ihnen die nothwendige Spitze des Unternehmens. Jedenfalls sehen wir mit Ruhe diesem Putsch entgegen; er wird niedergeschlagen werden, wie die früheren; unsere Soldaten sind zuverlässig, und freuen sich auf solche Arbeit. Dessenungeachtet sehen wir sehnsüchtig uns nach Vollendung des Verfassungswerkes in Frankfurt; ohne eine kräftige Spitze, die über ganz Deutschland steht und schon durch die ihr zu Gebot stehende Heeresmacht hinreichende moralische Kraft besitzt, wird die innere Ruhe und Erstarkung nicht erreicht werden, denn schon sind die physischen Kräfte der Einzelstaaten bisher auf's äußerste in Anspruch genommen worden. Nur in Kaiser und Reich erblicken wir eine Garantie unserer Zukunft, und die neue preußische Note, welche den Kaiser für unwesentlich, ja für gefährlich hält, hat uns sehr unangenehm berührt, welche Verdienste ihr sonst auch zukommen mögen. Wer die Antipathien kennt, die sich in unserem Süden vielfach gegen Preußen aussprechen, den konnte es, wenn er irgend im Gagern'schen Sinne Freund des Vaterlandes ist, nur freuen, daß wir in Baden uns davon emanzipirt haben, daß die Einsicht bei uns Raum gefunden hatte, Preußen müsse an die Spitze Deutschlands treten. Wir glaubten, nur unter einem Kaiser könne die Reichsregierung Würde und Macht nach Außen und Innen entfalten. Die Nationalversammlung hatte bereits den Kaiser genehmigt, und nun hält ihn Preußen für unwesentlich und sogar anstößig. Wir wollen uns an die Note selbst nicht halten, wohl aber daran, was nicht darin steht. Es steht nicht darin, daß Preußen die Kaiserkrone ablehnen werde; der Weg der Verständigung mit allen Regierungen würde auch nicht unbedingt nöthig sein, nachdem schon die meisten gesprochen haben, und ebenso das Volk in seiner größten Zahl. Wir halten uns an Gagern, aus dessen Hand sich die glückliche Zukunft Deutschlands entfalten wird, und wir glauben, wie Vincke: „Ein Hohenzollern wird seine Aufgabe zu erfüllen wissen!"

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzelle mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 39. Frankfurt a. M., Donnerstag 8. Februar. **1849.**

Uebersicht.

---

8. Februar.

Wir sind genöthigt, laut und bestimmt vor dem ganzen beleidigten Vaterlande die Versicherung zu wiederholen, daß der baierische Hof sich nicht geschämt hat, bei dem Kabinet von St. James eine Art Verwahrung dagegen einzulegen, daß die Gewalt über das deutsche Reich einem erblichen Oberhaupt übertragen werde. Diese Nachricht ward wiederholt von der Oberpostamts-Zeitung gebracht, und als sie allgemeine Entrüstung erregte, von der Neuen Münchener Zeitung, dem amtlichen Blatte der baierischen Regierung, zuerst mit unbestimmten Worten, sodann bestimmt und zu dieser Erklärung ermächtigt, als eine Verleumdung, eine unwürdige Verleumdung bezeichnet. Es ist uns lieb, daß die baierische Regierung einsieht, eine solche Handlung sei schimpflich und schmachvoll. Denn was kann schmachvoller sein, als ein fremdes Volk hineinzuziehen in die inneren Angelegenheiten des deutschen Reiches, ja es gewissermaßen zu deren Schiedsrichter zu machen? Alle Parteien, gleichviel ob sie für oder gegen ein erbliches Reichsoberhaupt sind, müssen ein solches Verfahren gleich sehr mißbilligen, die Gegner der erblichen Würde sogar am lebhaftesten. Denn ihre Sache, welche sie für eine gute halten, gewinnt dadurch einen schlechten Schein. Wir freuen uns, sagen wir, daß der baierische Hof das Schmachvolle einer solchen Handlungsweise erkennt, aber bedauern um so lebhafter, daß er sich dies schmähliche Verfahren dennoch hat zu Schulden kommen lassen. Wir fanden schon neulich eine wiederholte Bestätigung jener in München für verleumderisch erklärten Behauptung in einer sehr beachtenswerthen kleinen Schrift: „Das neue deutsche Reich und die kleineren deutschen Staaten.“ In dieser Schrift, deren Verfasser außerordentlich wohl unterrichtet scheint, kommt folgende Stelle vor:

„Als Hauptvertreter dieser neidischen, selbstsüchtig-selbstzerstörerischen Sonderpolitik gelten Baiern, Sachsen und daneben auch Hannover, obwohl es einem schwer wird, das echt deutsche und reichsthümliche Vaterland Mösers eines solchen Abfalles für fähig zu halten. Auch behauptet man, daß nachdem die Centralgewalt den Gedanken von sich gewiesen hatte, die Widerspenstigkeit jener Staaten mit der Preisgabe einiger der kleineren zu sültern, der Versuch einer solchen Verschlingung von ihnen auf eigene Hand unternommen worden, und daß es das Mißlingen desselben gewesen sei, welches einen der genannten Staaten auf dem eingeschlagenen Wege der Widerspenstigkeit zum Stillstande gebracht habe. Wie dem aber auch sei, so scheint es sicher, daß ein anderer Staat sich durch kein vereiteltes Unternehmen von seiner nationalen Selbstvergessenheit hat zurückbringen lassen, ja zur Schmach des deutschen Namens so weit gegangen ist, dieselbe auf dem Forum der europäischen Politik öffentlich zur Schau zu tragen, und bei fremden Höfen gegen eine Handlung Einspruch zu thun, durch welche das Vaterland, von dem jener Staat als ein entarteter Theil handelt, endlich nach Jahrhunderten hofft, seine ihm gebührende Stellung in dem Kreise der Völker und Reiche von Europa wieder einzunehmen“.

Wir hatten diese Stelle bereits früher in den Druck gegeben, sie aber wieder aus der Presse heben lassen, weil wir lieber einen Irrthum des noch so wohlunterrichteten Verfassers annehmen wollten, als die Wahrheit einer abgeleugneten Nachricht. Leider ist sie seitdem uns von anderer Seite bestätigt worden, und auf eine Weise, daß uns kein Zweifel übrig geblieben ist. Wir brachten neulich die Nachricht, daß der bairische Hof selbst zuerst bei Preußen den Antrag gestellt, einen dreigetheilten Bundesstaat ohne Oesterreich zu bilden, und, mit diesem Antrage abgewiesen, sogleich einen neuen Antrag an Oesterreich habe abgehen lassen, auf ein dreigetheiltes Deutschland mit Oesterreich lautend. Schon aus dieser Nachricht geht hervor, wie gleichgültig das Vaterland, um nicht zu sagen die eigene Ehre, dem baierischen Hofe ist, vorausgesetzt, daß seine dynastische Eitelkeit gesättigt wird. Da er selbst zuerst darauf angetragen hat, Oesterreich aus dem neuen Bundesstaate auszuschließen, so ist Alles, was er jetzt gegen die Ausschließung Oesterreichs vorwenden kann, nichts, als die allererbärmlichste Heuchelei. Als wir jene Nachricht brachten, da schrie man über Verdächtigung, und baierische Blätter forderten ihre Regierung dringend auf, sich von jenem Verdachte zu reinigen. Aber keine Berichtigung erfolgte. Sie konnte nicht erfolgen, denn die Thatsache ist ganz sicher und unzweifelhaft. Selbst die Neue Münchener Zeitung wagte kein Wort dagegen vorzubringen. Als sie die zweite für den baierischen Hof nicht minder schimpfliche Nachricht ableugnete, da war sie hoffentlich selbst hintergangen. Sie wird die Ableugnung nicht zum zweiten Male wagen.

Wir erfüllen keine erfreuliche, aber eine unerläßliche Pflicht, indem wir dergleichen Thatsachen aus ihrem Dunkel hervorziehen. Wie soll das deutsche Volk den Glauben an seine Fürsten bewahren, wenn diese selbst ein solches Spiel mit seinen heiligsten Gütern treiben, und sich zum größten Hinderniß derjenigen Einheit machen, an deren Zustandekommen den Fürsten doch wahrlich ebensoviel gelegen sein muß, als dem Volke? So groß die Schwierigkeiten sind, welche sich dem Werke der Einheit, gerade jetzt, wo wir auf seine Beendigung hoffen, entgegenthürmen, um desto weniger dürfen wir den Muth verlieren, der allein sie überwindet. Wie oft drohte nicht die Vereinigung der freien Staaten von Amerika zu scheitern, welche dennoch herrlich gelungen ist!

Am geringsten schlagen wir die Schwierigkeiten an, welche der deutschen Einheit von den auswärtigen Mächten entgegengestellt werden. Die Noten von Frankreich, Rußland, ja, wie man wissen will, auch von England, können uns höchst gleichgültig sein. Wir halten es nicht einmal der Mühe werth, nachzuforschen, ob diese drohenden Noten wirklich vorhanden sind. Selbst der alte Bundestag hat französische und englische Noten, welche sich in innere Angelegenheiten mischen wollten, ruhig zu seinen Akten gelegt — wahrlich kein sehr rühmlicher Platz! Sollte das

zu neuem Leben erwachte Deutschland weniger Gefühl seiner Würde haben? Von Frankreich und Rußland haben wir nichts zu fürchten, wenn wir unsern Führer gefunden haben, und können von ihren Heeren sagen, wie die Spartaner, als man ihnen meldete, die Feinde wären nah: So sind auch wir den Feinden nah! England aber ist unser natürlicher Verbündeter, nicht blos durch Abstammung, Sprache, Sinn und Sitte, nicht blos weil wir den Engländern ihre Waaren abnehmen, und beiläufig die Engländer uns die unsrigen, sondern weil Deutschland die Oberherrschaft von Frankreich und von Rußland verhindert, und Europa davor schützt, kosakisch zu werden oder republikanisch. Die Engländer mißgönnen uns unsere Einheit eben nicht, sondern sie zweifeln nur noch ein wenig daran. Und wie sollten sie nicht, da selbst in der Paulskirche noch so viele Reichszweifler sitzen? Ja wenn auch alle auswärtigen Völker sich in den Kopf gesetzt hätten, uns hindern zu wollen, uns unter Einem Oberhaupte zu vereinigen, so wäre dies ein thörichter Gedanke und ihr Beginnen, wenn wir selbst nur wollen, so vergeblich als das der bekannten Reichsbürger, welche das Morgenroth mit Feuerspritzen löschen wollten. Wir nehmen jene Noten als ein erfreuliches Zeichen, daß Deutschland nicht mehr verachtet, sondern bereits gefürchtet wird.

Die Hindernisse liegen an uns selbst. Als die bedeutendsten Schwierigkeit haben wir immer die Verschiedenheit der kirchlichen Bekenntnisse angesehen. Mit der Trennung der Kirchen war in Deutschland auch der Staat aufgelöst. Die lange Zwietracht ist nicht in Einem Jahre zu überwinden. Das Mißtrauen, der Widerwille des Volkes, ein andersgläubiges Oberhaupt zu haben, ist durch Jahrhunderte der Unduldsamkeit nur zu sehr gerechtfertigt. Das Mißtrauen dauert jetzt noch fort, obgleich seit den welterschütternden Begebenheiten des vorigen Jahres, wo überall der bedrückte Glaube dem Apostel Petrus glich, dessen Fesseln im Gefängnisse von den Händen fielen, kann eine Rückkehr der vorigen Unterdrückung nicht wohl gedacht werden. Wäre der König von Preußen zufällig katholisch, so würden alle Schwierigkeiten gehoben sein. Denn die Protestanten, mag man ihnen das zum Lobe oder Tadel anrechnen, haben bei weitem nicht eine gleiche Abneigung, wie die Katholiken, gegen einen andersgläubigen Herrscher. Man könnte auf den Gedanken gerathen: wie, wenn der König von Preußen, wie Heinrich von Navarra, sein Bekenntniß dem Vaterlande zum Opfer brächte? Aber man läßt diesen Gedanken sogleich wieder fallen. Welche Gefahren könnten im Ernst der katholischen Kirche von einem protestantischen Oberhaupte drohen? Das unduldsamste unter allen protestantischen Ländern ist, bis in die neuesten Zeiten hinein, England gewesen, und gerade dort erhebt sich der Westminster-Abtei gegenüber ein herrlicher Dom, in welchem die Hostie verwandelt wird. Die katholische Kirche, die auf den Felsen Petri gebaut ist, hat keine Ursache, ihrer Festigkeit zu mißtrauen. Eher hätten die Protestanten Ursache besorgt zu sein, da sie in beständiger Zerrissenheit dem unwandelbaren Dogma gegenüber stehen. Wenn aber dennoch unsere katholischen Brüder Besorgnisse hegen, ihre Kirche könne durch weltliche Oberherrschaft beeinträchtigt werden, so werden gewiß alle Protestanten bereit sein, jede Forderung zu bewilligen, die sie zur Sicherstellung ihrer Kirche für nöthig erachten. Baiern könnte die geistliche Schirmherrschaft zufallen, wie Preußen die weltliche.

Da wären wir wieder zu Baiern gelangt und damit an das schwierigste Hinderniß der Einheit: die Sondergelüste der einzelnen Staaten. Für die eitelen Gelüste des baierischen Herrscherhauses sind wenig Aussichten vorhanden. Ein Jeder fühlt das Unwürdige der oben besprochenen dynastischen Politik; sie hat sich selbst moralisch vernichtet. Das tüchtige baierische Volk sagt sich davon los, und die in München versammelte Volksvertretung hat bereits Proben gegeben, daß sie sich im deutschen Sinne aussprechen und dadurch der schwankenden Politik des Herrscherhauses eine festere Richtung geben wird. Selbst wenn in Deutschland nur ein weiterer und ein engerer Verein zu Stande kommen sollte, so würde der natürliche Zug die Baiern doch bald zu den deutschen Brüdern ziehen. Sie würden in dem engeren Verein nicht fehlen, so gut sie in den Zollverein getreten sind. Das wird in Baiern auch vom Volke immer klarer erkannt werden, je mehr die Verbindung und der Verkehr mit dem übrigen Deutschland zunehmen. Vollends in Hannover, dessen bisherige Absonderung eine ganz willkürliche gewesen ist, erkennt das Volk immer klarer, daß es sich hier um etwas Höheres handelt, als um eine noch so gerechtfertigte Abneigung gegen preußische Einrichtungen und preußisches Wesen. Es hat sich entschlossen für die deutsche Einheit und reißt selbst eine widerstrebende Regierung mit sich fort. Bei der hannoverschen Regierung darf man überdies ein redliches Wollen voraussetzen. Mit Entrüstung hat sie den Verdacht zurückweisen können, daß auch sie eine Erklärung wie die baierische in London abgegeben. Stüve ist in Allem redlich, sogar in seinen Zweifeln an der Möglichkeit der deutschen Einheit. Er ist der ehrlichste Reichszweifler. Von ihm und seinen Bedenken morgen einige Worte. Wir schließen heute mit den Worten, welche kürzlich ein Freund dieses auch von uns verehrten Mannes über ihn aussprach: „Es hat lange Zeit gedauert, bis Stüve aus einem Osnabrücker ein Hannoveraner geworden ist. Man muß ihm nur Zeit lassen, so wird er noch der beste Deutsche!"

Deutschland.

> **Frankfurt**, 6. Jan. Diese Blätter haben sich über die posen'sche Frage schon wiederholt ausgesprochen. Wir stimmen für eine Scheidung des deutschen und polnischen Theils des Großherzogthums Posen, ohne der Scheidungslinie, wie sie jetzt gezogen worden ist, beipflichten zu können. Der maßgebende Grundsatz bei der Ziehung der Scheidungslinie soll die Trennung der Nationalitäten sein; bei Ausführung des Grundsatzes können auch Nebenrücksichten, namentlich Rücksichten der Politik und Strategik befolgt werden; die Nebenrücksichten dürfen aber nicht so sehr Hauptsache werden, daß darüber die Grundregel ganz verloren geht. Die Schäffer-Bernstein'sche Linie ist so gelegt, daß selbst in dem angeblich deutschen Theil die Polen, wenn nicht das Uebergewicht über die Deutschen haben, ihnen doch wenigstens das Gleichgewicht halten, und daß in dem polnischen Theil nur die unbedingte Minderzahl der Polen begriffen ist. Diese Ungerechtigkeit soll aus strategischen Gründen erklärt werden, — Gründe, die so schwer wohl nicht in's Gewicht fallen möchten, wenn man bedenkt, daß Wellington sagen durfte: ich verstehe keine Strategik! — inzwischen aber befriedigt man weder den einen noch den andern Theil. Die Polen wollen nicht die Hälfte ihrer Stammgenossen von sich losgerissen sehen, und auch die Deutschen können, insofern sie wirklich eine Aufhebung der Gemeinschaft wünschten, ihren Willen nicht erfüllt finden.

Zu dem Ausschußantrage, die Schäffer-Bernstein'sche Linie zu genehmigen, waren von entgegengesetzten Richtungen aus Verbesserungsvorschläge eingegangen. Die strengen Katholiken der Rechten hatten, um die katholische Partei in Deutschland zu stärken, ebenso wie die Männer der Linken, welche den Wünschen der Polen, das Großherzogthum ungetheilt zu erhalten, Rechnung getragen wissen wollten, auf Aufnahme von ganz Posen in den deutschen Bundesstaat angetragen. Außerdem war von einer Partei, die mit dieser Theilung unzufrieden war, Uebergang zur Tagesordnung verlangt worden.

Ehe aber die Verhandlung über den Gegenstand selbst begann, rügte Schmidt von Löwenberg mit der Leichtfertigkeit jugendlicher Opposition die Oberflächlichkeit des Ausschusses und forderte, ehe man einem Mitgliede die Entscheidung zumuthe, die Vorlegung von Spezial- und Sprachkarten. Mit behaglicher Breite setzte ihm der Berichterstatter Hr. Schubert aus Königsberg die Schwierigkeit, ja die Unmöglichkeit der Erfüllung seines Wunsches auseinander, und vertiefte sich dabei so sehr in gelehrte Betrachtungen, daß der Präsident ihn zu sich oder vielmehr zum Gegenstand zurückrufen mußte — Hr. Schmidt aber blieb bei seiner Meinung, und wollte dann lieber gar nichts mehr mit der Sache zu thun haben, und sich der Theilnahme an der Berathung enthalten — was die Versammlung mit unzweideutigen Zeichen des Beifalls aufnahm.

Herr Döllinger aus München richtete den ersten Angriff auf den Ausschußantrag. Wenn man die Reihenfolge seiner Gründe überblickt, so erkennt man leicht die treibende Kraft seiner Beredsamkeit. Er wollte ganz Posen in Deutschland aufgenommen haben. „Das Großherzogthum hatte bis jetzt drei polnische (katholische) Gymnasien; nach der Theilung würde ihm nur ein einziges bleiben. Es wäre das die konsequente Durchführung des Grundsatzes der preußischen Regierung, den Polen die Bildungsanstalten unzugänglich zu machen, und sie damit von den Staatsämtern auszuschließen. Die Gründe, nach denen man das Großherzogthum theile, glichen den Ehescheidungsgründen (!) im preußischen Landrecht; wie da der dreizehnte, nämlich gegenseitige

Abneigung, alle andern überflüssig mache, so überhebe auch der Grund, möglichste Schwächung der Polen, jedes weiteren." Der Redner ging dann auf eine weitläufige unschmeichelhafte Schilderung der Art und Weise ein, wie Friedrich Wilhelm II. von Preußen bei der zweiten Theilung Polens verfahren sei, sprach seine Erbitterung darüber aus, daß weltliche Mächte den geistlichen Grundsatz: divide et impera! anwenden wollten, und verglich schließlich Posen mit Irland.

Herr von Göden, der ihm folgte, sprach nicht mit der gewohnten Vollendung. Es mochte ihm nicht ganz frei um's Herz sein. Er sprach für die Schäffer'sche Linie, mußte aber dabei gestehen, daß sie die Deutschen selbst durch Hinübernahme zu vieler Polen beeinträchtige.

Herr Venedey erhob sich „im Namen des Schamgefühls der deutschen Nation", das er der Rechten absprach, Herrn von Vincke aber auf erhobenen Einspruch zugestand. Er ist nicht für eine Einverleibung des ganzen Großherzogthums in Deutschland, aus dem poetischen Grunde, daß von Polen ein Stück übrig bleiben müsse, wenigstens groß genug, einen Schandpfahl darauf zu errichten, der die Namen der Nationen weise, die Polen getheilt haben.

Einen stärkeren Gegensatz zu der warmen, und immer wenigstens aufrichtigen Begeisterung Venedey's hätte der Zufall wohl nicht aufstellen konnen, als die kalte Schärfe des Herrn von Radowitz. Er ging Schritt für Schritt nach logischer Eintheilung vor, bis er zu dem, was ihn selbst berührt, „der militärischen Seite" der Frage, gekommen war, und setzte dann die strategischen Vorzüge der Schäffer'schen Linie auseinander. Wir können ihm auf das Gebiet der Strategie nicht folgen. Die jetzige Linie mag für Deutschland vortheilhafter sein als die frühere, und die Dünalinie möchte vielleicht noch größere strategische Vortheile darbieten. Die Bestimmtheit seines Ausdrucks aber, der befehlshaberische Ton seiner Stimme, erzwingen, wenn auch nicht immer Beistimmung, doch Aufmerksamkeit und Gehorsam. Er hatte sich durch seine Rede in (bei dieser Frage unschädlichen) Widerspruch mit seinen Freunden gesetzt, deren Hauptführer ja gegen den Ausschußantrag gesprochen hatte; wir bemerkten aber mit Theilnahme (Herr von Radowitz muß uns schon gestatten, auf seine kleinsten Bewegungen im öffentlichen Leben Acht zu haben), daß es seiner herzlichen Vertrautheit mit diesen Freunden keinen Eintrag gethan hat.

Herr Rösler von Oels hatte sich eine Rede gegen die Mangelhaftigkeit der Vorlagen des Ausschusses, also über den bereits erledigten Antrag des Herrn Schmidt, vorbereitet. Er fand die Vorlagen so schlecht, daß er nicht einmal „seinen Primanern" eine Arbeit darüber zumuthen würde, und wenn die sächsische Regierung, um einen Staatsbürger abzutreten, die genauesten statistischen Nachweise darüber den Ständen vorgelegt hatte (sic), so wolle er dergleichen auch, wo es sich um eine ganze Provinz handle.

Herr Wurm sprach weniger für den Ausschußantrag, als gegen den Verbesserungsvorschlag, ganz Posen in Deutschland aufzunehmen. Er setzte mit Wärme und Kraft die Gründe dagegen auseinander und bewies, daß der Grundsatz der Theilung auch vom Vorparlament ausgesprochen und von Robert Blum angenommen worden sei.

Ueberhaupt drehte sich die ganze Verhandlung mehr um die schon längst erledigte Frage, ob das Großherzogthum Posen überhaupt getheilt werden sollte oder nicht, als um die eigentlich vorliegende, ob diese Theilung zu billigen sei. Damit wurde aber der ganze Standpunkt verrückt; man kann ein Anhänger des Grundsatzes sein, ohne die Ausführung zu billigen; und wir fürchten sehr, die Zukunft wird zeigen, daß diese Ausführung unausführbar sei!

Frankfurt, 7. Febr. Während der Verfassungsausschuß die zweite Lesung fördert, bereiten sich die Regierungen vor, ihre Erklärungen abzugeben. Mehrere Bevollmächtigte haben, wie wir vernehmen, bereits die darauf bezüglichen Instruktionen erhalten, auch mit dem preußischen Minister, Herrn Camphausen, eine vorläufige Berathung gepflogen. Einige andere, welche diese Instruktionen mündlich einholen wollen, sind täglich zurückerwartet. Von Baden ist der Staatsminister, Herr v. Dusch, selbst hier anwesend, und Baiern hat in der Person des Ministerialraths Weber einen eigenen Bevollmächtigten zum Zwecke der Verfassungsberathung ernannt. Es ist nun beim Präsidium der Nationalversammlung, in den Klubs und im Schooße des Reichsministeriums die Frage aufgeworfen worden, bis zu welchem Tage man den Regierungen noch Raum lassen könne, um ihre Erklärungen einzureichen. So sehr auch Jeder fühlte, daß die Billigkeit gebiete, eine nicht zu kurze Frist anzusetzen, so wenig ließ es sich doch verhehlen, daß Gefahren auch mit dem Zuwarten verbunden seien, und man soll, wie wir vernehmen, dahin übereingekommen sein, mit der zweiten Lesung der Verfassung am Montag den 19. Februar zu beginnen. Bis dahin sind von heute an zehn Tage. Erwägt man aber, daß die preußische Note mindestens am 27. Januar in den Händen einer jeden deutschen Regierung war, so ergeben sich volle drei Wochen für jede derselben, sich über Fragen zu erklären, die nun seit bald einem Jahre in jedem Blatte und jedem Munde erörtert werden.

(O. P. Z.)

Parl. Korr. **Frankfurt**, 7. Febr. Es ist schwer, etwas ganz Bestimmtes vorherzusagen über das, was die Reichsversammlung in den nächsten 8 bis 12 Tagen thun oder lassen wird. So viel Zeit ungefähr braucht nämlich der Verfassungsausschuß, um die ganze Verfassung für die zweite Lesung vorzulegen. Man will und muß ihm Zeit lassen, und sprach deshalb davon, ob nicht einfach die Sitzungen auf acht Tage ausgesetzt werden möchten, besonders da es wirklich an anderen, der Diskussion werthen Vorlagen fehlt. Dennoch beschließt man wahrscheinlich keine wirkliche Vertagung, sondern verbringt die Zeit bis zum 19. Februar, an welchem die zweite Lesung beginnen kann, mit zwei bis drei unschuldigen Sitzungen. Der Erzherzog-Reichsverweser, an einem entzündlichen Katarrh fast bedenklich erkrankt, scheint sich allmälig zu erholen. Heinrich v. Gagern, ebenfalls einige Tage unwohl, ist wieder hergestellt.

△ **Wien**, 3. Febr. Eine psychologische Merkwürdigkeit bleibt es, daß die Androhung und Ausführung der Todesstrafe wegen Verheimlichung von Waffen weit weniger Eindruck auf die Wiener Bevölkerung machte, als die bloße Androhung einer Geldstrafe, in Folge deren bis heute schon über 2000 Stück Waffen an das General-Kommando abgeliefert waren. Ebenso erschienen 50 Bürger der Vorstadt Neubau, welche bei dem General-Kommando die Erlaubniß nachsuchten, sich als Kommission konstituiren zu dürfen, in welchem Falle sie in ihrer Vorstadt die verborgenen Waffen schon zu finden wissen würden. Das Neueste aus Ungarn und Siebenbürgen enthalten die folgenden Armeebülletins:

20. Armee-Bülletin.

Nachdem die unter Bem in Siebenbürgen eingedrungenen Rebellen, welche vom Oberst Urban durch die unter Feldmarschall-Lieutenant Malkowsky bei Czernowitz gesammelten Streitkräfte unterstützt, bis Watra Dorna, und dann weiter nach Siebenbürgen zurückgedrängt waren, die Unmöglichkeit einsahen, sich in der Bukowina festzusetzen; so wendeten sie sich, von den zum Theil aufständischen Szeklern verstärkt, über Klausenburg gegen Hermannstadt, vor welcher Stadt sie am 21. Jänner vor Anbruch des Tages eintrafen. Um 7 Uhr Früh war der Feind im Kanonenschuß-Ertrag bereits in seiner Position, und unsere vorpoussirten Geschütze begannen das Feuer auf die Angriffs-Kolonne des uns vielmal überlegenen Gegners, welches sogleich aus sechs- und zwölfpfündigen Batterien auf unsere vor dem Retranchement postirten Truppen und auf die seitwärts derselben placirten Geschütze dergestalt erwidert wurde, daß Feldmarschall-Lieutenant Puchner den Angriff mit dem Bajonette anbefahl. Unsere Sturm-Kolonne und eine Eskadron Savoyen Dragoner rückte, von den diesseitigen Kanonen protegirt, vor, und warf den Feind aus seiner ersten Position. Hierauf entspann sich der Kampf auf der ganzen Linie. Den linken Flügel bildete die Brigade unter Oberstlieutenant Losenau, den rechten die Brigade unter Kalianу, und das Centrum stand unter unmittelbarem Befehl des Feldmarschall-Lieutenants Puchner. Durch Kavallerie-Attaquen und wiederholten Bajonett-Angriff wurde der Feind durch unsere braven Truppen nach einem siebenstündigen mörderischen Gefechte allenthalben zum gänzlichen Rückzug gezwungen und von der Brigade Losenau bis gegen Stolzenberg verfolgt. Fünf eroberte Kanonen schweren Kalibers, vier Munitionskarren, Waffen aller Art, Proviant und mehrere Gefangene sind die Trophäen unseres Sieges. Leider bedauern wir den Verlust des Hauptmanns Braunmüller von Bianchi Infanterie und des Rittmeisters Papp von Savoyen Dragoner. Am 22. vereinigte sich das Corps des Generals Gedeon mit jenem des Feldmarschall-Lieutenants Puchner, und nach dieser Vereinigung wurde Stolzenberg angegriffen. Bei dem Umstande, daß die verschiedenen Rebellen-Abtheilungen aus den obern und südlichen Gegenden gegen Debreczin zusammengedrängt werden, woselbst der Rest des ungarischen Reichstages sein ungesetzliches Wirken fortzusetzen sucht, kam eine dieser Abtheilungen vor Arad, welche Festung am 29. Januar, aber wie vorauszusehen, ohne allen Erfolg beschossen wurde. In Temesvar haben sich nach der am 26. Januar stattgehabten Einnahme von Versecz, der Patriarch Rajacsics, General Thodorovics und Oberst Mayerhofer eingefunden, um von da aus in voller Kraft gegen Debreczin und Siebenbürgen zu wirken. Wie die heutigen Tageslügen, daß Pesth von den Insurgenten wieder besetzt worden sei, oder wie eine andere Version lautet, daß die Insurgenten im Anmar-

sche auf Pesth begriffen und dieser Stadt schon sehr nahe gerückt seien, mit dem hier Gesagten zusammen zu reimen ist, dürfte wohl schwer zu erklären sein. Wien am 2. Februar 1849. Der Civil- und Militär-Gouverneur. Welden, Feldmarschall-Lieutenant.

21. Armee-Bulletin.

In Folge so eben erhaltener telegraphischer Depesche vom 3. Februar 1848 hat sich die Festung Leopoldstadt gestern den 2. um 9 Uhr früh nach einstündiger Beschießung auf Gnade und Ungnade ergeben. Feldmarschall-Lieutenant Simunich rückt nun ungesäumt in 2 Kolonnen über Groß-Topolesan und über Neutra und Verebely zur Besetzung der Bergstädte vor, nachdem Generalmajor v. Götz, in Vereinigung mit der Brigade Jablonovsky nach der Besetzung von Neusohl, sowohl die unter dem Anführer Görgey flüchtenden Rebellenhorden, als auch jene unter Ballogh bei Rosenberg gesammelten schwachen Insurgentenhaufen auf dem Fuße verfolgt. Nachfolgender Bericht des Herrn Feldmarschall-Lieutenants von Dahlen, Agram den 1. Februar 1849, lief so eben hier ein: So eben empfange ich die Nachricht, daß der Herr Generalmajor Freiherr von Tresbersburg am 30. Januar früh um 5 Uhr die Vorstädte der Festung Essegg in 5 Kolonnen angegriffen und mit Sturm genommen habe. Um 6 Uhr waren unsere siegreichen Kolonnen im Besitze der drei Vorstädte. Von den in die Festung entfliehenden Rebellen wurden 100 gefangen, darunter mehrere Kavallerieoffiziere. Die Kommandanten der Angriffskolonnen waren: die Obersten Van der Null vom Gradiskaner, Halavanya vom Brooder, Major Dragich vom Peterwardeiner, Hauptmann Taebuck vom St. Georger Grenzregimente und Hauptmann Bacissich vom Infanterieregimente Erzherzog Leopold. Um 6 Uhr früh wurde die untere Stadt aus der Festung eine Stunde lang beschossen. Herr General Treesburg ließ hierauf den Festungskommandanten durch einen Parlamentär zur Uebergabe auffordern. Von dem Korps des Feldzeugmeisters Graf Nugent wurde, wie bereits mitgetheilt, Fünfkirchen durch die Brigaden Palffy und Dietrich ohne Widerstand besetzt. Der Feldzeugmeister Graf Nugent hat von da aus, sowohl die unter Nemegyei gegen Essegg flüchtende Rebellen-Abtheilung verfolgen lassen, als auch eine Detachirung gegen Mohacz vorgenommen, um diesen Ort zu besetzen, und sich hierdurch mit den am linken Donauufer operirenden Serben in Verbindung zu setzen. Wien am 3. Februar 1849. Der Civil- und Militärgouverneur: Welden, Feldmarschall-Lieutenant.

* **Wien**, 3. Febr. Heute Nacht ist abermals auf eine Patrouille vor dem Burgthor geschossen worden. Die Minister weilen noch fortwährend hier und werden wahrscheinlich noch einige Tage verbleiben. Für den 7. d. ist für den zweiten Wahlbezirk der Stadt Wien die Wahl eines Reichstagsdeputirten statt Doblhoff's ausgeschrieben. Da nun nebst der für Zöpfl neu vorzunehmenden Wahl auch Schmerling und Wessenberg ihre Mandate zurückzulegen gedenken, so kommen vier neue Wahlen für Wien in Anregung. Die heutige Nummer des „Soldatenfreundes" enthält einen bemerkenswerthen Artikel gegen die Vereidigung der Armee auf die Verfassung, indem diese Maßregel nicht nur als überflüssig, sondern auch als schädlich erörtert wird. Aus Kremsier ist wohl das Bemerkenswertheste, daß Schuselka's Dringlichkeitsantrag auf sofortige Sanktion der Abschaffung der Todesstrafe nicht durchging. Hagenauer aus Triest hatte sein Mandat zurückgelegt. Dilewski interpellirte das Ministerium gegen Einführung der ruthenischen Sprache auf den polnischen Lehranstalten. Nächste Sitzung am 6. Februar.

§ **Königsberg**, 1. Febr. Auch zur ersten Kammer sind die Wahlen in unserer Stadt mit großer Majorität in volksthümlichem Geiste ausgefallen. Von den 17 städtischen Wahlmännern gehören 15 den von dem Komite für volksthümliche Wahlen aufgestellten Kandidaten an, es befinden sich unter ihnen Männer wie Kosch, Lobeck, Detroit, Dinter, Sauter u. A. Da aus den 3 zugeschlagenen Kreisen nur 9 Wahlmänner hinzukommen, ist die Wahl zweier demokratisch-konstitutionellen Deputirten gesichert. Aus der Provinz lauten die Nachrichten gemischt; in den Kreisen, in welchen die städtischen und köllmischen Besitzer die überwiegende Anzahl der Urwähler bildeten, sind entschieden freisinnige Wahlmänner aus der Wahlurne hervorgegangen; in den an großen Gütern reichen Kreisen dagegen hat die monarchische Partei die Oberhand behalten. Prof. Lehrs, der würdige Schüler Lobeck's, ist an Hermann's Stelle nach Leipzig berufen; ob derselbe dem ehrenvollen Rufe folgen wird, ist bei seiner ungemeinen Anhänglichkeit an unsere Stadt mindestens zweifelhaft. Die heute hier eingegangene Petersburger Zeitung bringt folgenden Erlaß des Finanzministers: „Da unsere an Preußen stoßende Grenze, wegen ihrer waldigen, durch keine bewohnten Ortschaften geschützten Lokalitäten, der Einbringung von Kontrebande und dem ungehinderten Durchgang von Leuten, welche die erforderlichen Erlaubnißscheine nicht besitzen, besonders günstig ist, so hat der Finanzminister, nach Uebereinkunft mit dem Militärgouverneur von Wilna, für nöthig erkannt, zur zweckmäßigeren Zollaufsicht an dieser Grenze, statt des jetzt längs der Grenzlinie selbst gehenden Weges, in einiger Entfernung davon, jedoch nicht tiefer als $\frac{1}{2}$ Werst ins Land hinein, einen neuen anzulegen, und zwar so, daß zwischen demselben und der Grenzlinie kein Dorf stehen bleibe, und auf diesen Weg die Kordonshäuser, welche einzeln an der Grenze stehen, zu setzen, und überdies an demselben an verschiedenen Orten Bauernhäuser zu bauen, in denen die zur Verstärkung der Wache an der preußischen Grenze dienenden Armeesoldaten wohnen sollen."

⁑ **Posen**, 3. Febr. Der polnische Bauer ist durchweg fast den Eingebungen seines Geistlichen gefolgt, welcher gewöhnlich unter Abmahnung von dem Hirtenbriefe des „schlesischen" Bischofs Melchior als Bedingung aufstellte, unter allen Umständen einen Polen zu wählen und sei es der elendeste Wicht. Noth und Unglück machten den Menschen nur tauglicher, das Elend seines Mitmenschen zu begreifen! So haben wir denn in mehren polnischen Dörfern Blinde und Lahme als Wahlmänner, in anderen die größten Taugenichtse und Tagediebe, welchen das Wirthshaus gewöhnlicher Aufenthalt war. Nur an wenigen Orten ist es geschehen, daß ein deutscher Gutsherr von seinen polnischen Leuten gewählt worden; überall ist das Vertrauen von den Emissären der Liga untergraben, daher auch viele deutsche Gutsbesitzer zur Entlassung von Leuten veranlaßt worden sind, welche sie durch deutsche Familien zu ersetzen gedenken. Viel Aufsehen macht in unserer Stadt folgender Vorgang. Es hat sich nämlich ein Mitglied des Vorstandes der deutschen Verbrüderung, welches demokratischen Tendenzen huldigt, im heißen Wahlkampfe dazu hinreißen lassen, seine Stimme bei den Urwahlen zur ersten Kammer einem Polen zu geben. Darüber ist die Entrüstung der deutschen Bevölkerung so allgemein, daß dieser Herr, welcher für die erste Kammer gewählt zu werden große Aussicht hatte, nunmehr unmöglich geworden. Die Polen, welche für die Berliner lith. Korr. häufige Nachrichten liefern, haben in derselben lauter polnische Kandidaten aus unserem Wahlbezirk angekündigt: die Herren Przyluski, Libelt u. s. w.

⨯ **Köln**, 6. Febr. Wenn die Wahlen überall so ausfallen, wie in der Rheinprovinz, so wird die zweite Kammer allerdings so ziemlich einem Demokraten-Kongresse gleichen. Die demokratische Partei hat an den meisten Orten gesiegt, doch nicht mit so großer Mehrheit, wie man nach den Berichten über die Urwahlen erwarten mußte. In Westphalen hat die konstitutionelle Partei ein günstigeres Ergebniß erlangt. Unter den Abgeordneten dieser Partei erwähnen wir Freiherrn von Vincke (Kreis Altena) den bekannten Hrn. Friedrich Harkort, Minister v. Bodelschwingh, Geh. Ober-Tribunalsrath Ulrich, Geh. Finanzrath Camphausen (Bruder des preußischen Bevollmächtigten), Regierungspräsidenten v. Möller, Unterstaatssekretair Müller u. s. w. Unter den Demokraten nennen wir Prof. Kinkel, Kaplan v. Berg, Dr. D'Ester, Schneider II. u. s. w. In Münster ist Temme gewählt und Justizkommissär Gierse.

△ **Köln**, 6. Febr. Die heutige Post bringt Ihnen wiederum eine Reihe von Wahlsiegen der Demokraten. In den definitiven Wahlen für die zweite Kammer haben sie einen entschiedenen Sieg erlangt, wenn auch — wie vorauszusetzen war — keinen so ganz bedeutenden als bei den Urwahlen. In Bonn z. B. wo die Urwahlen fast ganz ausschließlich demokratisch ausgefallen waren, siegte der Kandidat dieser Partei, der Prof Kinkel, doch nur mit wenigen Stimmen. Aehnlich war es in Aachen, wo der Kaplan v. Berg gewählt ward, und an andern Orten. Bei uns endete der Wahlakt mit Exzessen, indem unser früherer Präsident v. Wittgenstein, diesmal Kandidat der konservativen Partei, auf das Aergste verhöhnt und fast gemißhandelt wurde. Gewählt sind Justizrath Kyll und Advokat Schneider II., bekannt als Präsident des demokratischen Vereins. Von sonstigen Exzessen, die fast allabendlich das Militär bei uns in den Häusern der Venus veranlaßt, werden Sie gehört haben. Gestern Abends zogen zur Verhütung ähnlicher Exzesse, die nach dem Ausgang der Wahlen um so eher auch von anderer Seite her zu erwarten waren, unaufhörlich starke Militärpikete durch die Straßen.

München, 4. Febr. Der D. k. Z. zufolge ist dahier an die Linie, Freikorps und Landwehr, und bei letzterer an jeden Unteroffizier eine Ordre unterm 12. v. M. ergangen, wonach in Zukunft bei Aufläufen die zur Handhabung der öffentlichen Ordnung kommandirte Mannschaft nöthigenfalls, ohne speziell hierzu requirirt zu sein und ohne vorhergängige Warnung, von der blanken wie von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, befugt sein soll!

Sigmaringen, 5. Febr. Die vor acht Tagen eingezogenen würtembergischen Truppen sind gestern nach Donaueschingen abmarschirt, und so wären endlich die oft wiederholten Interpellationen unseres Reichstags-Abgeordneten in Frankfurt erledigt. Bei Donaueschingen sollen größere militärische Kräfte zusammengezogen werden, und es steht diese Maßregel wohl mit dem Gerüchte in Verbindung, daß es demnächst im badischen Oberlande wieder losgehen werde. (Schw. M.)

Sachsen. Aus Pulsnitz ist in diesen Tagen, neben einer Vertrauensadresse an das Ministerium, eine Petition an die Ständeversammlung abgegangen, worin dieselbe gebeten wird: 1) sich mit Diäten von je 2 Thlr. statt 3 Thlr. zu begnügen, 2) der Interpellationen und Bevorwortungen über das Maß des Nothwendigen hinaus sich zu enthalten.

* **Dresden**, 5. Febr. In der heutigen Kammersitzung antwortete Minister v. d. Pfordten auf eine Anfrage in Betreff der preußischen Cirkularnote. Die Regierung habe dieselbe erhalten, aber noch nicht beantwortet. Sie sei übrigens gar nicht so gestellt, daß sie definitive Erklärungen erheische. (!) Die Regierung halte es für angemessen, erst die Vollendung der Reichsverfassung abzuwarten. Der Interpellant Tzschirner will sich bei dieser Antwort (dießmal wirklich begreiflicher Weise!) nicht beruhigen, hält eine Erklärung an der Zeit und reservirt sich weitere Anträge.

× **Altona**, 4. Febr. Man hat den Schleswig-Holsteinern Mangel an Begeisterung vorgeworfen, und das Aufflackern liegt allerdings nicht in unserer Natur. Indeß hat die beabsichtigte Losreißung Schleswigs doch im Lande gezündet, und wer der Volksversammlung beiwohnte, welche hier auf offenem Markte vor dem Rathhause abgehalten ward, der wird nicht leugnen können, daß auch der gemeine Mann ein Herz für die Sache hat, daß es nicht blos die Gebildeten sind, welche sich für das meerumschlungene Schleswig-Holstein begeistern. Gegen viertausend Mann waren versammelt und horchten der Stimme des Dr. Ingwersen; dieser trug vor, was bereits geschehen sei, daß unsere Vertreter einmüthig beschlossen hätten, die Trennung Schleswigs von Holstein nie anzunehmen, es sei denn, daß Deutschland seine Waffen gegen uns kehre. „An uns ist es, meine Herren, dem Werke unserer Vertreter Kraft und Nachdruck zu verleihen. Das kann nur dadurch geschehen, daß das Land einmüthig wie seine Abgeordneten sich erhebt, um durch die That auszusprechen, daß es freudig bereit sei, diejenigen Opfer zur Sicherung unserer Landesrechte zu bringen, welche die Landesversammlung mit jener Erklärung angeboten. Die That aber, welche erforderlich ist, ist zunächst die, daß die waffenfähige Bevölkerung der Herzogthümer, welche noch nicht waffengeübt ist, in allen Städten und Gemeinden zusammentritt, um streng nach dem Dienst sich in den Waffen einzuüben, damit sie in der Weise der preußischen Landwehr kampfbereit dastehe zur Ergänzung des stehenden Heeres, wenn das Aufgebot der Landesversammlung an sie ergeht." Ein Aufruf ward vorgelesen, in welchem das Volk aufgefordert wird, seine Ehre zu retten und alle Scharten auszuwetzen. Ein wiederholtes lautes Hoch auf das ungetheilte Schleswig-Holstein schloß die Versammlung. — Der hiesige vaterländische Verein hat eine Adresse an die Reichsversammlung in Frankfurt abgehen lassen, in welcher das, was bisher für die Flotte geschehen, oder vielmehr nicht geschehen ist, bitter getadelt und um die Erlaubniß nachgesucht wird, Kaperschiffe ausrüsten zu dürfen, damit die Schiffe nicht müßig liegen, und die Mannschaft für den Flottendienst ausgebildet werde. Die Adresse macht darauf aufmerksam, daß Schleswig-Holstein 2650 Handelsschiffe mit 13,000 Matrosen besitze. Wegen der Zulässigkeit des Kaperns beruft sich die Adresse auf „Herrn Heckscher's Lehrer des Seerechts, Mens Pöhl". Die Dänen haben freilich auch zu Lande gekapert!

⊙ **Lübeck**, 4. Febr. Die hiesige Kaufmannschaft hat eine Petition an die Nationalversammlung erlassen, in welcher sie eine reichsgesetzliche Bestimmung dahin beantragt, daß deutsche Seeleute ihrer Wehrpflicht auf deutschen Kriegsschiffen zu genügen haben. Wer die allgemeine Abneigung der Matrosen gegen den Wehrdienst zu Lande kennt, und von Jahr zu Jahr erlebt, wie zahlreich sie sich dieser Verpflichtung durch die ihnen so leicht gemachte Flucht ins Ausland entziehen; wer es endlich weiß, wie schwer es schon bisher hielt, überall nur eine zur Bemannung der Schiffe nothdürftig genügende Anzahl einheimischer Matrosen aufzubringen, — der kann im Interesse der deutschen Marine nur wünschen, daß ein derartiges Reichsgesetz je eher je lieber erlassen würde. In den meisten Küstenstaaten, und auch in Preußen ist längst neben der allgemeinen Wehrpflicht die Anordnung getroffen, daß ein ununterbrochener mehrjähriger Dienst auf einheimischen Handelsschiffen von der Dienstpflicht im Landheere entbindet. Eine solche Maßregel, durch ein Reichsgesetz ausgesprochen, würde zugleich eine tüchtige Vorschule für die der werdenden Flotte unentbehrlichen Matrosen ins Leben rufen. Jedenfalls verdient dieser Gegenstand reifste Erwägung, indem die grundrechtlich festgestellte Gleichheit der Wehrpflicht für alle Deutsche, buchstäblich ausgelegt und rücksichtslos durchgeführt, auch eine Aufhebung jener Exemtionen zu Gunsten der Seeleute in allen den Staaten, wo sie gesetzlich besteht, und somit den sichern Ruin des deutschen Seehandels zur Folge haben müßte. Die Mecklenburger Truppen, welche seit den Oktoberunruhen hier einquartiert waren, verlassen uns morgen. Die Wahlen zur neuen Bürgerschaft sind in drei ländlichen Wahlbezirken bereits vor sich gegangen; für die städtischen Wahlbezirke hat sich ein allgemeines Wahlkomite gebildet, dessen Wahllisten auf alle Stände gebührende Rücksicht nehmen und deßhalb allgemeinen Anklang finden. Mit dem 1. März erhalten wir wieder ein täglich erscheinendes Organ für Politik und Handel, unter dem Titel: „Lübecker Zeitung."

Großbritannien.

* **London**, 4. Febr. Nachdem wir unsere Leser mit den Resultaten der Parlamentssitzungen vom 1. und 2. Febr., der Verwerfung des Stanley'schen Amendements im Oberhause mit höchst unbedeutender, der Verwerfung des Grattan'schen Amendements im Unterhause mit unermeßlicher Mehrheit, endlich dem Schicksale des Disraelischen Amendements bekannt gemacht haben, erheischen die bedeutenden politischen Fragen, welche den Angelpunkt der Adreßdebatten in beiden Häusern bildeten, wie namentlich die dabei ministerieller Seits gefallenen Erklärungen, noch einen kurzen Rückblick.

Im Oberhause beantragte Lord Bruce (ältester Sohn des Marquis von Ailesbury, langjähriger Freund der whiggischen Verwaltung) eine Dankadresse an die Königin. Aus seiner Rede möchte nur zu erwähnen sein, daß, seinem Dafürhalten nach, die Regierung keinerlei mit der Sicherheit des Staates unverträgliche Reduktionen vorschlagen könne, noch werde. Die Regierung müsse vor Augen haben, daß es ihre Pflicht sei, für den Schutz der Kolonien zu sorgen; wenigstens erwarte er, daß man im Geschützwesen keine Reduktion vornehmen werde. Nachdem Lord Bateman die Adresse unterstützt, ergriff Lord Brougham das Wort, um mit der auswärtigen Politik des Kabinets seine volle Billigung, wie seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Adresse auszusprechen. Dazwischen verbreitete sich der noch immer sehr regsame, wenn auch nachgerade etwas geschwätzig gewordene Lord über einen Gegenstand, der ihn stets in eine ärgerliche Stimmung versetzt: über die zur Fastnachtzeit vorigen Jahres in eine republikanische Maske gekleidete Monarchie in Frankreich; denn die Ansicht des edlen Lords, der sich ausgebreiteter Bekanntschaften in Frankreich rühmt, geht dahin, daß die Monarchie in Frankreich eigentlich noch in voller Kraft sei, weil sie in den Gemüthern wurzele, und daß alle Besseren im Geheimen wünschten, wieder unter einem Regenten und einem ordentlichen Landesparlament zu leben, statt unter einem Präsidenten, wie dem jetzigen, und einer so tumultuarischen Nationalversammlung. Es ist des Lords feste Ueberzeugung, daß früher oder später die französische Republik wieder in den Schmelztiegel der Umwälzung geworfen werden und daraus abermals in Form einer Monarchie hervorgehen wird; für jetzt aber halte Eitelkeit, falscher Stolz und eine gewisse Scham die Franzosen, selbst die vernünftigeren ab, sich wieder offen zu den Grundsätzen der Monarchie zu bekennen. So lange aber die rothe Republik zwar geschlagen und in Schach gehalten, aber noch nicht vernichtet sei, drohe dem allgemeinen Frieden Gefahr. Man sage zwar, Frankreich sei durch sein ungeheures Defizit im Betrage von 22 Millionen Pfund Sterling genöthigt, Frieden zu halten, was aber bekümmerten sich die Anhänger der rothen Republik, die Kopfabschneider, welche noch ganz die Jakobiner von 1793 seien, um ein Defizit? Ihr Element, ihre Hoffnung sei eben der Krieg, allgemeiner Krieg, unermeßlicher Zusammensturz, allgemeiner Weltbrand. So lange diese Gefahr von Seiten der Blutrothen noch drohe, dürfe es sich England nicht einfallen lassen, seine Heereskräfte zu verringern. Der Redner wies nach, wie und warum Frankreich eher 50,000 Mann

als England 10,000 Mann entlassen könne, rieth den Ministern, sich nicht von der falschen Stimme der sogenannten Nationalitätspolitik blenden zu lassen, sondern an der Politik der Verträge festzuhalten, welche allein einen festen und sichern Boden gewähre, und empfahl der Regierung ein Bündniß mit Oesterreich und Rußland als dasjenige, welches den Interessen des Landes am vortheilhaftesten sei. Lord Beaumont, der Redner nach ihm, warnte dagegen vor einem zu engen Bündniß mit Oesterreich, wie vor Verhandlungen, welche zum Zweck haben sollten, noch eine italienische Provinz bei Oesterreich zu lassen. Eine österreichische Regierung unter einem österreichischen Erzherzoge in irgend einem Theile Italiens zu gründen, sei ein vergeblicher Plan; es werde früher oder später ein neuer Ausbruch stattfinden und unfehlbar die Unabhängigkeit Italiens zur Folge haben.

Nach einigen Einwendungen des Grafen Winchelsea gegen jede etwa beabsichtigte Verringerung der Heereskräfte, auf welche „sinnlose" Ersparungsmaßregel, seinem Dafürhalten nach, nur ein bethörtes Ministerium fallen könne, ergriff

Lord Stanley das Wort, um sein gegen die innere und äußere Politik des Kabinets zweischneidig gerichtetes Amendement in längerer Rede zu begründen. Er erklärte, seine Verwunderung ausdrücken zu müssen über die Ungeschicklichkeit von Ministern, welche eine Thronrede zusammengebraut hätten, an der jeder Paragraph der Kritik Blößen gebe. Was die angeblich vermehrte Wohlfahrt des Landes betreffe, so beruhe diese Versicherung auf starker Uebertreibung; von einer solchen Vermehrung lasse sich kaum ein leises Zeichen spüren. Es habe ihn gefreut, zu vernehmen, daß es der Regierung aufrichtig um Erhaltung des Friedens zu thun sei; bis jetzt habe er daran zweifeln müssen und eher geglaubt, es sei Absicht der Regierung, das Land mit jedem fremden Staate durch Einmischung zu überwerfen. In Spanien habe ein Gesandter seine Hand in die innern Angelegenheiten gesteckt und sei mit Schimpf und Schande fortgejagt worden; Oesterreich, „der älteste und treueste Bundesgenoß Englands", sei über das unfreundliche Benehmen Großbritanniens so ungehalten, daß es nicht einmal der Mühe Werth gefunden habe, durch einen außerordentlichen Gesandten die Thronbesteigung des neuen Kaisers anzuzeigen; in Süditalien habe diese Einmischung einen verlängerten Krieg zwischen dem Könige und seinen empörten Unterthanen in Sicilien zur Folge gehabt, während dieser Zwist schon längst beigelegt sein würde, hätte man den König nicht mit Rath und Beihülfe gequält. Kurz, mit fast jedem Staate sei das Verhältniß unbefriedigend, wenn nicht gespannt, und wenn hiervon das Verhältniß zu Frankreich eine Ausnahme mache, so liege dies daran, weil man sich hier der Einmischung enthalten hätte. Der Redner wies weiter auf den traurigen Zustand Irlands, das Mißvergnügen in den meisten Kolonien und die neuen Bedürfnisse im Pendschab hin, und kam dann auf die Getraidezölle zu sprechen, deren jetzt eingetretene Abschaffung er als eine ungerechte Maßregel bezeichnete, unter welcher nicht bloß der Landedelmann, sondern auch der Pächter und der Feldarbeiter leiden müsse. Man höre wohl den Ausspruch: der Freihandel sei einmal angenommen und man müsse die einmal eingeschlagene Bahn weiter verfolgen — vestigia nulla retrorsum; aber im Gegentheil, fuhr der Redner fort: „Die Erfahrung jeden Tages bestärkt mich in meiner Ueberzeugung, daß Ihr die Schritte, die Ihr gethan habt, werdet zurückthun müssen; daß Ihr einen Theil Eurer Einnahme von einem mäßigen Einfuhrzoll abhängig machen müßt; daß Ihr, mit einem Worte, zum Schutzsysteme Euch zurückwenden müßt. Dies ist meine Ueberzeugung; zudem glaube ich aber fest, daß die einstimmige und wohl überlegte Meinung des Landes innerhalb nicht langer Frist Euch nöthigen wird, zu derselben Schlußfolgerung zu kommen." Nachdem Lord Stanley seine von der Opposition öfters mit lautem Beifall unterbrochene Rede gehalten, beantragte er sein früher bereits (in Nr. 37) mitgetheiltes Amendement.

Der Konseilspräsident, Marquis Lansdowne, suchte die innere und äußere Politik der Regierung Stück für Stück gegen die Anklagen Stanley's in Schutz zu nehmen, in einer Rede, die zum Theil mit unvernehmlicher Stimme vorgetragen wurde. Sie entspricht in ihren wesentlichsten Punkten der Rede Lord J. Russell's im Unterhause, die wir, als die bedeutsamere von beiden, morgen im Auszuge mittheilen werden. Aus der Lansdowne'schen Rede möge folgender Stelle erwähnt sein. Lord Stanley hatte, in Folge irgend eines Mißverständnisses, darauf angespielt, daß zwischen Oesterreich und Ungarn ein Waffenstillstand durch die englische Regierung angezettelt worden sei. Der Marquis von Lansdowne versicherte: Oesterreich habe um eine solche Vermittelung nicht nachgesucht, auch habe England sie nicht gewünscht, folglich habe sie auch nicht stattgefunden. England betrachte jenen Kampf mit den Empfindungen, welche derselbe überall in Anspruch nehme; wäre hier die Gelegenheit, so würde er eben so bereitwillig sein wie der Lord, den Zoll seiner Ehrfurcht Männern auszudrücken, denen es in so hohem Grade gelungen sei, den Ruhm der österreichischen Waffen in den eigenen Unterthanenlanden wieder herzustellen. Die Bande der Allianz, welche Oesterreich mit England verknüpften, möge er nie und nimmer gelockert sehen. In Bezug auf die Angelegenheit der dänischen Herzogthümer äußerte der Redner: „Durch den Beistand Preußens und durch die theilweise Intervention Schwedens, Rußlands und anderer Mächte sind die miteinander streitenden und schwierig zu behandelnden Prätensionen, welche diesen Streit hervorriefen, nach und nach bis zu einem gewissen Grade beseitigt worden oder verschwunden (?), und es ist jede Aussicht vorhanden, daß eine zufriedenstellende Ausgleichung getroffen werden wird." Nachdem der Herzog v. Richmond namentlich gegen die Uebersteuerung der Farmer und vorzüglich gegen die Malztaxe geeifert, der Herzog von Wellington aber die Lords ersucht hatte, sich einer weiteren Kritik der auswärtigen Politik zu enthalten, um keine Spaltung eintreten zu lassen, erfolgte die Abstimmung, wobei, wie gemeldet, das Amendement nur mit einer Mehrheit von 2 Stimmen für die Minister verworfen wurde. Ohne die begütigenden Worte Wellingtons und seine ausdrückliche Erklärung, daß er nicht für das Amendement stimmen könne, würde, wie der londoner Korrespondent des „Galignani Messanger" versichert, das Amendement der Opposition vom Oberhause angenommen worden sein.

Frankreich.

* **Paris**, 4. Febr. Als gestern Herr Perrée am Ende seiner Rede (die von unserm Korrespondenten mitgetheilten) Stellen aus dem Bulletin vorlas, welches das Ministerium jeden Morgen an sämmtliche Präfekten schickt, wollte Leon Faucher durch eine geschickte Wendung, er übernehme nicht die Verantwortlichkeit dieser Bulletins, sie seien nicht amtlich, dem Stoß ausweichen. Gezwungen aber, ihre Existenz anzuerkennen, gab er folgende Erklärung: „Vor der Februarrevolution gab es im Ministerium des Innern ein bureau de l'esprit public, wo die an die Departements-Journale abzusendenden Artikel verfaßt wurden. Die Februarrevolution hat diese Administrativ-Einrichtung aufgehoben. Alle Welt weiß, daß ich dieselbe nie gebilligt habe, daß nichts Aehnliches heute besteht. Ich verachte die Presse vielleicht zu sehr, vielmehr, ich verachte sie nicht, aber ich bemühe mich nicht, den geringsten Einfluß auf sie auszuüben. Ich habe keine Verbindung mit irgend einem Journal.

„Ich will nichts verschweigen. Es existirt eine Korrespondenz, welche den Departementsjournalen Nachrichten und fertige Artikel zuschickt, die 24 Stunden vor den Zeitungen ankommen. Der Minister des Innern ist auf diese Korrespondenz abonnirt. Man liefert ihr täglich eine gewisse Anzahl lithographirter Blätter, die den Präfekten zugeschickt werden. Diese Blätter enthalten Ansichten, von denen ich weder den Wunsch noch die Absicht habe, daß sie den Präfekten zugehen. Ich wußte nicht, daß es so wäre; nun ich davon unterrichtet bin, werde ich Maßregeln treffen, daß es nicht mehr so sei. Ich habe diese Korrespondenz bei meinem Eintritt ins Ministerium eingerichtet gefunden, ich habe sie bisher noch nicht unterdrücken zu müssen geglaubt. Für die Zukunft werde ich Sorge tragen, daß der Theil des Bulletins, der bestimmte Ansichten ausspricht, unterdrückt wird. Ich will auf keine Weise für die in den Bülletins ausgesprochenen Ansichten verantwortlich sein, ich bin ihnen fremd. Ich wiederhole, ich habe mich noch nicht entschieden, ob die Sendung von Bulletins an die Präfekten fortbestehen soll oder nicht, und ich erkläre, daß wenn sie fortbesteht, alle bestimmten Ansichten daraus wegbleiben sollen."

Diese verwirrte, widerspruchsvolle Erklärung machte einen so ungünstigen Eindruck, daß Odilon Barrot für gut fand, das Wort zu ergreifen. „Es handelt sich nur um die enquête; mit einem Male aber will man die Frage über ich weiß nicht welchen Zufall stellen, über ein Bulletin, auf dem direkten Weg einer Tagesordnung, einer Ministerfrage, einer Kabinetsfrage, wie es unter

der Monarchie hieß. Man müßte blind sein, wollte man nicht sehen, daß der Wunsch, der sich durch alle Verhandlungen dieser Tribüne durchzieht, die Auflösung des Ministeriums oder wenigstens seine Aenderung ist. Nun gut, ich will mich über diese Frage aussprechen, die man ohne Unterlaß wiederholt, und bei der man sich auf eine Verfassung, die nicht mehr besteht, auf völlig unanwendbare Beispiele bezieht."

Auf die Unterbrechung durch den Ruf: zur Sache! fährt er fort: „Ich weiß, daß einige Mitglieder die Frage nach der Existenz des Kabinets für gleichgültig halten. Sie werden mir erlauben, meinerseits diese Frage als sehr wichtig in den Augen des Landes und für seine heiligsten Interessen zu achten. Man sagt, das Ministerium erfülle nicht die Bedingungen der Repräsentativverfassung, es sei ein Ministerium der Minorität; es sei deshalb selbst die Ursache der Unruhe und Unordnungen."

Nach einer neuen Unterbrechung: „Ich werde mich kurz fassen. Ich unterstütze die einfache Tagesordnung über die Bulletinfrage. In welchen Zeiten leben wir! Ein Ehrenmann versichert, daß durch einen eingewurzelten Mißbrauch, den seine Vorgänger nicht abgeschafft haben, ein Bulletin ausgeschickt worden ist, dem er fremd geblieben, dessen Polemik er nicht gekannt hat, und man macht diese Polemik zur Waffe gegen ihn! Eine Tagesordnung, die das Ministerium treffen würde, wäre nur ein Umweg, unwürdig der Majestät und Größe dieser Versammlung! Man hat uns beschuldigt durch die Entfaltung der Waffengewalt den Aufstand unterdrückt zu haben. Unsere Aufgabe war leicht. Es ist kein Verdienst für uns, das gethan zu haben, was nach so traurigen und frischen Erfahrungen auch der wenigst Vorhersehende gethan hätte. Ich übernehme gern die ganze Verantwortlichkeit wegen der Wiederherstellung der Ruhe."

„Aber wenn die Frage klar gestellt ist, fliehen, ihr unterstellen, was? nicht einmal eine Ministeranklage, frei und offen, sondern einen Vorwand, nicht den Muth zu haben, diese große Frage zu behandeln, nämlich ob in unsere republikanischen Institutionen die monarchische Sitte übergehen soll; das ist ein Manöver, gegen das wir das Recht haben, Einspruch zu thun. Das ist eine große Frage, über die, glaube ich, die Herren noch nicht reiflich nachgedacht haben, welche sie so unbesonnen auf diese Tribüne bringen. Es ist eine große Frage, ob wir die monarchische Sitte hinübernehmen wollen, die Sitte, in den Händen des Monarchen das Ministerium seiner Wahl und seines Vertrauens zu brechen. Wenn man diese Frage nicht nebenbei, sondern mit allen ihren Nebenrücksichten behandeln wird, dann wird man vielleicht verstehen, was die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik bedeutet, und die Unmöglichkeit, in der er sich befindet, die Konflikte zwischen ihm und der Majorität auszugleichen."

Man unterbricht ihn wieder. Er fährt aber fort: „Wissen Sie, was die Folge Ihres Systems sein würde? Eine systematische Opposition, wenn die Mehrheit das Ministerium, wie unter dem Königthum, auflösen, vernichten könnte, und mit ihm die Persönlichkeit des Präsidenten. Dieser hohe Würdenträger, den Sie verantwortlich gemacht haben, man will ihm die seinem Willen widersprechendsten Instrumente aufdringen, und das Land hätte sich mit feierlichem Pomp versammelt, um was zu wählen? eine **Puppe**!

„Unterwerfen Sie nicht die Verfassung solchen Proben! Heute gibt es keine ernsthafte Gefahr; über die Anarchie wird die Gesellschaft leicht Herr werden. Aber gefährlich wäre es, wenn sich nicht die Wirklichkeit, auch nur der Schein eines Zwiespalts zwischen den beiden Gewalten erhöbe! Man sagt, das Kabinet ist in der Minderheit in dieser Versammlung. Man sehe doch die Abstimmungen an! Immer ist die Ministerfrage aus dem Spiel gelassen worden und nur die verschiedenen Interessen hat man hineingezogen, bald das finanzielle, bald das administrative. Das Kabinet war nicht in der Minderheit. Man spricht von einem Gegensatz. Sie haben diesen Gegensatz verschwinden machen an dem Tage, wo Sie den Vorschlag zur Auflösung durch Ihr Votum unterstützten. Seitdem hat sich das Vertrauen und der Kredit gehoben."

Neuer Lärm nöthigt Odilon Barrot aufzuhören, und nachdem Coralli erklärt hatte, die verlangte Ministerfrage liege jetzt vor, wird abgestimmt, und die Minister bleiben in einer Minderheit von 20 Stimmen.

Welche Bedeutung unter diesen Umständen die morgende Sitzung hat, ist klar. Das Ministerium ergreift die ausgedehntesten Vorsichtsmaßregeln, von allen Seiten zieht es Truppen herbei. Die Rede, die Marschall Bugeaud, Oberbefehlshaber der Alpenarmee, an die in Bourges ihm aufwartenden Behörden der Magistratur, der Nationalgarde und der Armee bei seiner Durchreise am 1. Februar hielt, hat bei der gegenwärtigen Lage ein gesteigertes Interesse. „Ich freue mich zu sehen, sagte der Marschall unter Anderem, daß von Einem Ende Frankreichs bis zum anderen sich die Meinung begründet hat, daß in Zukunft die Provinzen nicht mehr die Tyrannei der Faktionen in Paris ertragen sollen. Ich meinestheils bin entschlossen, wofern gegen alle Erwartung die rothe Republik auch nur Einen Tag in der Hauptstadt triumphiren sollte, an der Spitze aller guten Bürger, die mir folgen wollen, gegen dieselbe zu marschiren. Uebrigens werde ich von meinem Hauptquartiere Lyon aus die Augen immer auf Paris haben, und wäre es nöthig, daß ich an der Spitze der Alpenarmee und der Nationalgarden der Provinz daselbst einzöge, so wollen wir hoffen, daß mit Gottes Hülfe die Ordnung dieses Mal nicht wie bisher auf einige Augenblicke, sondern für immer hergestellt werden wird."

Die Presse veröffentlicht einen Brief des am 29. Januar verhafteten Ex-Pair d'Alton Shee, datirt aus der Conciergerie, worin derselbe versichert, daß er nie Präsident oder Mitglied der Gesellschaft de la Solidarité républicaine gewesen und daß auch in seinen Papieren nicht die Spur von einem Komplott aufgefunden worden sei. Die „Presse", obwohl den sozialistischen Ideen des Hrn. d'Alton Shee durchaus abhold, fügt hinzu, daß sie sich von der Wahrheit dieser Angaben gewissenhaft überzeugt und daß man in dem Verfahren der Regierung gegen Hrn. d'Alton Shee eine ganz willkürliche Verhaftung wegen bloßer Meinungen zu sehen habe.

Spanien.

* **Madrid**, 29. Jan. Die Nachricht verbreitete sich heute, daß die diplomatischen Verbindungen mit England im Begriff stünden, wieder angeknüpft zu werden. Diese Nachricht verursachte ein Steigen der Kurse an der Börse.

Italien.

Rom, 27. Jan. Von einer hochgestellten Person hab' ich die Versicherung, daß der Kapitän der päpstlichen Schweizergarde, Meyer, der sich bekanntlich nach Gaeta begeben, von dort an la Tour, den Befehlshaber der in Lugo und Cento (in den Delegationen Ferrara und Bologna) konzentrirten päpstlichen Schweizerregimenter, abgegangen. Er ist mit einem eigenhändigen Schreiben des Papstes ausgerüstet, und der Zweck seiner Sendung ist, diese Regimenter aus der Provinz Bologna wegzuführen und sie auf dem adriatischen Meer nach Gaeta einzuschiffen. Die Dampfboote des österreichischen Lloyd oder die der neapolitanischen Flotte werden ihnen zur Verfügung gestellt werden. Glaubhaften Berichten zufolge soll Pius IX. nun doch beschlossen haben, vorläufig nach Frankreich überzusiedeln. Baron Usedom, der preußische Gesandte am heil. Stuhl, ist in Gaeta angekommen. Deßgleichen die französischen Kardinäle Dupont und Giraud. Die römische Regierung trifft Vertheidigungsanstalten. Die Festung Civitavecchia ist mit 200 Kanonen, darunter 8 à la Pairhans, besetzt und mit Munition wohl versehen. Das Artilleriekorps stellt fast täglich Schießübungen an. Major Sartori geht nach Paris, um dort auf Kosten der Regierung Flinten anzukaufen. (A.Z.)

Nachschrift.

* **Paris**, 5. Febr. Die Sitzung begann heute mit der Verkündigung der neu gewählten 6 Vicepräsidenten und 2 Sekretäre. Es sind die Herren Goudchaux, Lamoricière, Havin, Corbon, Billault und Bedeau, Peupin und Perrée — sämmtlich Mitglieder der Opposition. Die Verhandlung wurde dann über die motivirte Tagesordnung wieder aufgenommen, welche Betreff des Antrages auf parlamentarische Untersuchung und der dazwischen gekommenen Ministerialbülletins vorgeschlagen worden war. Der General Oudinot hatte sie dahin gefaßt: „Die Versammlung geht zur Tagesordnung über, indem sie die Ausschuß-Vorschläge annimmt, in der Erwägung, daß das für die Versammlung beleidigende Bulletin vom Ministerium förmlich desavouirt und getadelt worden ist." Oudinot hielt eine sehr versöhnliche Rede in diesem Sinn, Leon Faucher sprach mit vieler Wärme von den heiligsten Interessen der Gesellschaft und trotz Dupont's (de Bussac) Angriffen wurde die Oudinot'sche Tagesordnung mit 461 gegen 359 Stimmen angenommen. So ist der Streit friedlich beigelegt. — An der Börse

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 8. Februar.

Tagesordnung der 166. öffentl. Sitzung.

Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte: Art. V. §. 21 und 22, Art. VI. §. 30. Art. IX. Art. XII. §. 43—48, in Verbindung mit dem zu Art. VI. §. 30 derselben vom Abgeordneten Degenkolb, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Bericht über eingegangene Anträge auf Bürgschaft und Schutz der Arbeit.

Präsident Simson eröffnet 9¾ Uhr Vormittags die Sitzung. Er zeigt an, daß Hr. Dammers aus Nienburg aus der National-Versammlung ausgetreten und sein Stellvertreter, Hr. Behnike aus Hannover, bereits eingetroffen ist. Die Verkündigung eines Flottenbeitrages von 134 Thlr. 22 Sgr. von den nicht zahlreichen deutschen Bewohnern des zum polnischen Posen gehörenden Kreises Pleschen wird mit allgemeinem Bravo aufgenommen.

Ueber §. 21 des Entwurfs der Grundrechte verzichtet die Versammlung auf eine vorgängige Debatte. Er wird darauf in folgender Fassung zum Beschluß erhoben:

„Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertreter und an die Reichsversammlung zu wenden.

Dies Recht kann sowohl von Einzelnen, als von Mehreren in Verein ausgeübt werden.“

§. 22 sollte nach dem früheren Vorschlage des Verfassungs-Ausschusses lauten:

„Jeder hat das Recht, öffentliche Beamte wegen amtlicher Handlungen gerichtlich zu verfolgen; einer vorgängigen Erlaubniß der Oberbehörde bedarf es dazu nicht.

Die Verantwortlichkeit der Minister ist besonderen Bestimmungen vorbehalten.“

Dagegen schlägt derselbe Verfassungsausschuß jetzt folgende Formulirung vor:

„Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht nothwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen.

Die Verantwortlichkeit der Minister ist besonderen Bestimmungen vorbehalten.“

Die Debatte darüber wird zugelassen. Als Berichterstatter erklärt Herr Mittermaier, daß sich der Verfassungsausschuß zu der Abänderung veranlaßt gefunden habe, damit dem Paragraphen nicht die Deutung gegeben werde, als solle damit eine actio popularis begründet und auch jedem Andern, außer dem Verletzten, das Recht der Klage gegen den betreffenden Beamten eingeräumt werden. Herr v. Breuning erklärt sich für den §. in der Umgestaltung, die ihm der Verfassungsausschuß gegeben, Herr Löwe aus Calbe dagegen hält die ursprüngliche weitere Fassung für erforderlich, wenn die dem Volke ertheilten Freiheiten keine papiernen bleiben sollen. Hr. v. Linde aus Mainz hebt den Unterschied zwischen Beschwerden des verletzten öffentlichen Rechts und zwischen solchen Klagen hervor, die aus privatrechtlichen Gründen entspringen. Die Grenzlinie der Bestimmungen zum Schutze der individuellen und der politischen Rechte der Staatsbürger hätte nach seiner Meinung genauer gezogen werden müssen, als im Entwurfe des Ausschusses. Herr Plathner aus Halberstadt wendet sich gegen den Zusatzantrag des Hrn. Spatz, nach welchem die Entschuldigung eines Beamten, daß er auf höheren Befehl gehandelt habe, als eine unzulässige erklärt werden soll. Eine solche Bestimmung über die Zurechnung gehöre in das Strafrecht, nicht aber in die Grundrechte. Hr. Spatz hält aber seinen Zusatz sogar im Interesse der Beamten selbst für dringend erforderlich. Aus dem Zustande von Werkzeugen würden sie dadurch zu einer selbstständigen Verantwortlichkeit erhoben. Sie würden eben in dieser Verantwortlichkeit auch den besten Schutz gegen unwürdige Zumuthungen und das Recht des Widerspruchs dawider erlangen. Nachdem noch einmal der Berichterstatter, Hr. Mittermaier, das Wort für den neueren Vorschlag des Verfassungsausschusses ergriffen hat, kommt dieser zur Abstimmung. Diese entscheidet sich unter Ablehnung der verschiedenen Verbesserungsanträge und unter Zurückweisung des Spatz'schen Zusatzes für die Annahme des Paragraphen in der oben mitgetheilten modifizirten Gestalt des Verfassungsausschusses.

Die Berathung wendet sich hierauf dem §. 30 zu: „Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört.“ Als Redner haben sich mehr als ein Dutzend Mitglieder einzeichnen lassen. Die zu dem Paragraphen gestellten Verbesserungs- und Zusatzanträge betreffen die mannigfaltigsten Gegenstände von der Besteuerung der fürstlichen Apanagen und Civillisten bis zum Rechte der Armen auf Unterhalt aus öffentlichen Mitteln. Der von Hrn. Degenkolb für den volkswirthschaftlichen Ausschuß erstattete Bericht jedoch über die ihm übergebenen Anträge auf Bürgschaft und Schutz der Arbeit geht nicht dahin, daß ein die Arbeit verbürgender Paragraph in die Grundrechte aufgenommen werde. Er überweist vielmehr die auf Schutz der Arbeit und der Arbeiter gerichteten Eingaben dem Reichsministerium, um sie bei Entwerfung des Zolltarifs in Erwägung zu ziehen.

Hr. Nauwerck von Berlin bemerkt, daß er nicht für das berüchtigte Recht auf Arbeit, sondern nur für das Recht des Armen auf Unterhalt sprechen wolle, auf dessen Anerkenntniß er einen Antrag gestellt hat. Die unglücklichste Lage sei die der Arbeitsfähigen, aber unfreiwillig Arbeitslosen, und die Fürsorge des Staats für sie eine nothwendige Vervollständigung der Gerechtigkeit. Die Unmöglichkeit, daß jedem Arbeitbegehrenden Arbeit zugewiesen werde, ist nur da vorhanden, wo der gute Wille dazu fehlt. Wenn Sie aber sogar das Recht auf den Unterhalt verweigern, so legitimiren Sie den Hunger zum Verbrechen. Haben Sie die Todesstrafe abgeschafft, so schaffen Sie auch ab: die Lebensstrafe.

Hr. Moritz Mohl verwirft alle Zusatzanträge zu dem Paragraphen. Eine Vermögenssteuer, die auch das Eigenthum zur Belastung ziehe, welches nichts eintrage, sei wider jeden vernünftigen Grundsatz. Auch von der Einkommensteuer allein kann kein Staatswesen in der Welt bestehen und sie öffnet dem Betruge und der Unterschlagung Thor und Thür. In England beträgt sie nur den zehnten Theil der Staatseinnahmen, obschon dort 5 Prozent, also ein ziemlich hoher Ansatz erhoben wird. Eine fortschreitende Einkommensteuer vertreibt die Wohlhabenden aus dem Lande, indem sie die Reichen zu Gunsten der minder Vermögenden beraubt. Wenn die Minderheit des Verfassungsausschusses ferner die Aufhebung aller Abgaben beantragt, die auf den nothwendigsten Lebensmitteln ruhen, so frage ich, sind Wein, Zucker, Taback, Kaffee, nothwendige oder entbehrliche Lebensmittel und wo ist das Land in Europa, wo die Einführung dieser Waaren nicht mit einer Abgabe belegt ist? Was das Recht auf Unterhalt anlangt, so dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß eine große Menge von Menschen die Arbeit eher fliehen als suchen würde, und daß wir durch seine Anerkenntniß die Gesellschaft demoralisiren würden. Ein Arbeiter gewährleistet sich die Arbeit ganz sicher selbst durch seinen Fleiß und seine Geschicklichkeit. Wohin aber die Gewährleistung der Arbeit von Seiten des Staates führt, das zeigt uns das Beispiel von Frankreich. Was wir dem deutschen Arbeiter dagegen sichern müssen, ist die nationale Arbeit. Der englische und französische Arbeiter darf ihm den Lohn nicht für einen Gegenstand hinwegnehmen, der in Deutschland selbst hergestellt werden kann. Darum empfehle ich Ihnen den Mehrheitsantrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses.“ (Allgemeiner Beifall).

Hr. Osterrath aus Danzig ist Mitunterzeichner des folgenden Sondergutachtens im volkswirthschaftlichen Ausschusse zu dem Degenkolb'schen Bericht: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, die auf Schutz der Arbeit und der Arbeiter gerichteten, im Bericht der Majorität näher bezeichneten Petitionen dem Reichsministerio des Handels zur geeigneten Berücksichtigung in gleicher Weise mitzutheilen, wie dies auch bei den vom entgegen-

gesetzten Standpunkte ausgehenden Petitionen zu geschehen haben wird. (Schirmeister. Merck. Sprengel. Francke. Dieskau.)" Unter dem Worte „Schutz der Arbeit" entwickelt er, werde in verschiedenen Fällen sehr Verschiedenes verstanden. Bald Gewerbefreiheit, bald aber auch das Recht der Arbeit. Unter der Devise Schutz der Arbeit seien aus Frankreich die fremden Arbeiter verjagt worden; wolle man ein so zweideutiges Wort in einen Beschluß der Nationalversammlung aufnehmen, so werde wenigstens eine genaue Erläuterung desselben nöthig sein.

Hr. Buß aus Freiburg: Zuerst muß man das Individuum sich selbst versorgen lassen, dann tritt die Gemeinde und in letzter Instanz der Staat in diese Fürsorge ein. Nachdem nun auch die Kirche jetzt durch Ihre Beschlüsse frei geworden, so glaube ich, sie wird sich mit Eifer der arbeitenden Klassen annehmen und sich dadurch ihrer Freiheit würdig zeigen. Hauptsächlich fehlt uns ein zweckmäßiger Volksunterricht, ein solcher, der den sittlichen Willen stärkt und die Arbeitsfähigkeit ausbildet. Aber es muß auch in materieller Hinsicht für die Bedürftigen gesorgt werden. Die Ausgleichung der Forderungen des Freihandels und des Schutzzollsystems ist keine Frage der Grundsätze, sondern der Thatsachen. Es muß bei jedem Ansatze des Tarifs die technische Fertigkeit geprüft werden, die in Deutschland für den Artikel vorhanden ist. Nicht blos von der Freiheit lebt das Volk, sondern auch vom Brode. Als ein namenloses Unglück beklage ich das in Baden übliche Versteigern der öffentlichen Arbeiten. (Sehr gut, von der Linken.) Was Hr. Buß schließlich vorschlägt, ist eine Untersuchung der Verhältnisse des gesammten deutschen Arbeiterstandes und daß der volkswirthschaftliche Ausschuß zu der Vorlage umfassender Plane beauftragt werde.

Hr. Eisenstuck aus Chemnitz: Der Theil der Arbeiter, um welchen es sich bei der Arbeiterfrage handelt, ist derjenige Theil des Volks, den wir aus der berechtigten Staatsgesellschaft ausgeschlossen hatten, es ist derjenige Theil, dessen Kraft nur nutzbar wird in Verbindung mit dem Kapital. Das Recht der Arbeit, ist ein Naturrecht, welches gar nicht erst ausgesprochen zu werden braucht. Ich bin aber auch für die Gewährleistung der Arbeit, allein man kann nur gewährleisten, was man selbst besitzt. Deshalb [illegible] halten, sondern ihn auch Jedermann zugänglich machen. Mit der geistigen Ausbildung wächst der Werth der Arbeitsfähigkeit. Der Staat hat also vor Allem für den Volksunterricht besonders in sachlicher Hinsicht zu sorgen. Aber geben Sie den Arbeitern auch alle politischen Rechte, erheben Sie sie aus dem Zustande der Paria's, in dem sie sich jetzt befinden, sprechen Sie sie politisch mündig, damit die feindselige Stellung verschwinde, mit der sie jetzt den Staat bedrohen.

Was die beantragte Aufhebung der Steuer von den ersten Lebensbedürfnissen anlangt, so glaubt Hr. Eisenstuck, deren Herabsetzung wenigstens durch das Beispiel Englands rechtfertigen zu können, wo die Staatseinnahmen anstatt eines Verlustes vielmehr eine Erhöhung erfuhren bei ermäßigten Kaffeezöllen. „Ausgestoßen waren die Arbeiter bis jetzt aus dem Staat," kommt Herr Eisenstuck auf den Eingang seiner Rede zurück. „Sie müssen aufgenommen werden, und sie bedürfen des Schutzes," welchen Ausdruck der Redner nicht so unbestimmt findet, als Herr Osterrath. Dafür, daß unter dem Schutze der Arbeit auch der Lohn derselben wachse, führt er Beispiele aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte an. Daß der Arbeitsvorrath Allen zugänglich zu machen, dazu stünden dem Staate unter den geistigen Mitteln zu Gebote vor Allem das den Arbeitern einzuräumende Recht des Selfgovernement, damit sie sich dem Kapitale gegenüber fühlen und selbstständig auftreten lernen. In materieller Hinsicht solle der Staat das Mittel ergreifen, daß er das Kapital zu Gunsten der Arbeit besteuere; das heißt, es müssen Anstalten getroffen werden, daß jeder Arbeitgeber nach dem Maßstabe der Arbeiter, die er beschäftigt, eine Steuer an den Staat bezahle, deren Ertrag dazu dient, hilfsbedürftig werdende Arbeiter zu versorgen. Hr. Eisenstuck will daher in die Grundrechte dem Antrage Esterle's gemäß die Bestimmung aufgenommen sehen, daß ein angemessener und gerechter Schutz der Arbeit auf dem Wege der Gesetzgebung hergestellt werde. (Beifall.)

Der Antrag des Herrn Wedekind aus Bruchhausen wird durchaus unverständlich durch das in der Versammlung herrschende Geräusch. Nachdem er geendet, vertagt das Haus die Fortsetzung der heutigen Berathung auf die morgende Sitzung.

*** **Frankfurt**, 8. Febr. Die trügerische Frühlingsluft, welche uns überrascht hat, läßt bereits Viele in unserer Gegend, namentlich Landleute, daran denken, sich für die Auswanderung nach Amerika zu rüsten. Nach genauerer Erkundigung sind es aber weniger Wohlhabende, als vielmehr männliche und weibliche Dienstboten, die kaum die Ueberfahrtskosten aufbringen können. Aber auch aus unserer Mitte werden im nächsten Frühjahre einige Familien über den Ozean segeln, weniger aus materiellem Zwange, als vielmehr dem Rufe Anderer, dem der Deutsche für die Auswanderung so gern sein Ohr leiht, zu folgen.

In **Kremsier** hat am 1. Febr. eine aus 30 Mitgliedern bestehende Deputation der mährischen Gemeinden des prerauer und hradischer Kreises dem Präsidenten des Reichstags, Herrn Smolka, eine Vertrauensadresse übergeben.

Konst. Korresp. **Berlin**, 6. Febr. Am gestrigen Abende war in den öffentlichen Lokalen der Hauptstadt ein so bewegtes Leben, wie seit lange nicht, verschieden, je nach den Gesinnungen der Personen, welche dieselben füllten. Die Demokraten jubelten über den Sieg, die Konservativen äußerten sich mit Unwillen insbesondere über die Wahl Jakoby's, die vielfach als eine Billigung des Benehmens dieses Abgeordneten am Abende des 2. Novbr. v. J. bezeichnet wurde. Man hatte übrigens keine andern Wahlen in Berlin erwartet, eben so wie man aus der Provinz nur auf Wahlen im entgegengesetzten Sinne rechnete. Mit Spannung sah man den Nachrichten entgegen, und die Freude war groß, als aus Potsdam berichtet wurde, daß der Oberpräsident von Patow und der Justizrath Krahn aus Cremmen; aus Jüterbogk, daß der Regierungsrath Fock und der Kommerzienrath Karl gewählt seien; aus dem Barnim, daß die Namen Riedel, Keller, v. Arnim (Landrath) und Griesheim aus der Wahlurne hervorgegangen seien; die meiste Freude aber erregte die Wahl v. Vincke's und v. Bodelschwingh's für den Teltower und Beskow-Storkower Kreis. Vincke und Bodelschwingh, die beiden heftigsten Antagonisten des vereinigten Landtags, in Einem Wahlkreise gewählt! Der Mann, welcher vor zwei Jahren als der erste Streiter für die Freiheit Preußens und der, welcher als die kräftigste Stütze des ancien regime galt!

* Nach der Deutschen Reform sind die Wahlen in den Provinzen, soweit sie sich übersehen lassen, für die konstitutionell-konservative Partei günstig ausgefallen. Unter 53 Abgeordneten gehören 36 der Rechten an, zu den übrigen 17 gehören auch die Mitglieder der ehemaligen Centren. In Stettin sind die Kandidaten der konservativen Partei, Justizrath Krause und Gutsbesitzer Kögel mit großer Mehrheit erwählt. Aehnliches vernimmt man aus Merseburg und Halle, wo Professor Burmeister nur 70 Stimmen erhielt. In Breslau dagegen sind Dr. Stein (der Stein des Anstoßes) und Stadtgerichtsrath Pflücker erwählt, Beide Demokraten.

✗ **Elberfeld**, 5. Febr. Eben gegen 10 Uhr Abends ist die Wahl unserer Abgeordneten für die zweite Kammer beendigt. Von den 734 Wahlmännern waren 728 erschienen. In der ersten Wahl erhielt der Seidenweber Schmidt von hier 425 Stimmen und siegte gegen den Seidenweber Elberding, der 299 Stimmen erhielt. Bei der zweiten Wahl fielen 413 Stimmen auf Se. Exzellenz den Handelsminister von der Heydt, während 308 Stimmen dem Adv.-Anw. Bloem I. aus Düsseldorf zufielen. Im dritten Treffen der Parteien, d. h. der konstitutionellen schlechtweg und der demokratisch-konstitutionellen siegte der Kandidat der ersteren, Handlungsdiener Gustav Hermann aus Langenberg gegen den Assessor Biotte. Ersterer hatte 400, letzterer 298 Stimmen. Die vierte Wahl ergab für den Kandidaten der konstitutionellen, Adv.-Anw. Scherer aus Düsseldorf, 414 Stimmen, während der von der demokratisch-konstitutionellen Partei aufgestellte Regierungsassessor Bredt mit 253 Stimmen in der Minorität blieb. Es hat hiernach die konstitutionelle Partei vollständig gesiegt: eine Thatsache, die man nach dem Ergebniß der Urwahlen nicht erwartet hatte. Für Hrn. Bredt würde sich nach dem Urtheil von Mitgliedern beider Parteien die Mehrheit ergeben haben, wenn man demselben Hrn. von der Heydt entgegengestellt, einer der Gegner des Hrn. von der Heydt war aber als ein Mann der äußersten Linken von unserm Wahlkreise verdächtigt. Daß die Düsseldorfer Wahlmänner in einer höchst bittern Stimmung bekennen müssen, wie der Regierung ihr Plan, durch die Zutheilung zum hiesigen Wahlkreise die Düsseldorfer Demokratie unschädlich zu machen, gelungen ist, werden Sie leicht begreifen.

† **München**, 6. Febr. Die Kammer schritt heute zur speziellen Debatte über den Adreßentwurf und nahm den 1. Absatz einstimmig nach dem Majoritätserachten ohne Diskussion an. Zu Absatz 2 — 5 incl. brachte Müller eine Modifikation ein, welche nur eine veränderte Redaktion enthält; außerdem läßt er sich in einer weitläufigen Rede über die österreichische Frage aus, ohne etwas Neues darüber zu sagen. Er wünscht in der Adresse das Wort Bundesstaat in Staatenvereinigung umgewandelt. Zum Schlusse erbot er sich zur Zurücknahme seines Amendements, worauf die Kammer auch einging. Scheuerl bringt ein Amendement ein zu Gunsten der Verständigung. Thinnes will den Wunsch ausgesprochen wissen, daß die deutsche Nationalversammlung keine Beschlüsse in die Verfassung aufnehme, welche den Beitritt Oesterreichs unmöglich machen; gegen ein preußisches Kaiserthum spreche er sich entschieden aus und sei der festen Ueberzeugung, daß das ganze baierische Volk denselben Gedanken hege; eine Ausschließung Oesterreichs aus dem deutschen Bund halte er für das größte Unglück. Sein Amendement wird unterstützt, worauf Graf v. Bray das Wort ergreift und erklärt, daß in der verschiedenartigen Begriffsbestimmung von Vereinbarung und Verständigung die Meinungsverschiedenheit liege. Auch hier schlage für Deutschland jedes Herz und die Regierung wolle nur eine Form, durch welche die Möglichkeit geboten sei, die Reichsgesetze einzuführen; jede Schwierigkeit glaube er dadurch zu beseitigen, wenn er eine Aufforderung des Reichsministeriums an alle Bevollmächtigten der deutschen Staaten verlese, wonach die einzelnen Regierungen dem Reichsministerium ihre Erklärung bezüglich des Verfassungswerkes bis zur 2. Lesung abgeben sollen, damit die Nationalversammlung dieselben in Erwägung ziehe. Die Hauptsache sei das Schaffen eines lebendigen und gedeihlichen Verfassungswerkes; die Regierung sei zur Verständigung bereit. Dr. Roßbach bringt ein Unteramendement zu Scheuerl's Vorschlag, des Inhaltes, daß den Einzelstaaten die Gesetzgebung über die Gewerbs-, Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse erhalten bliebe. Sein Antrag wird unterstützt. Einen weitern stellt der Abgeordnete Stautner von der äußersten Rechten, er will ausgesprochen: daß die Grundrechte lediglich die Grundlage bilden sollen, auf welcher die neue Verfassung Deutschlands im Wege der Verständigung mit den Einzelregierungen geschaffen werde. Auch dieser Antrag wird unterstützt. Freudensprung sucht seine Modifikation: daß vor Allem die Regierung ihre Zustimmung und Annahme der Grundrechte erkläre, dadurch zu motiviren, daß er die Nationalversammlung in Frankfurt nicht eine gesetzgebende, sondern eine verfassunggebende, konstituirende nennt. Alles in Frankfurt Beschlossene sei nur ein Vertrag, nicht Gesetz, darum gehöre die Sache gar nicht vor die Kammer, da die Krone allein in ihrem und des Volkes Namen Verträge abschließen könne. Abgeordneter Schüler beweist, daß die Nationalversammlung eine konstituirende sei, und auf welche Weise sie es geworden: durch die Anerkennung des Bundestags und wiederholte anerkennende Akte der baierischen Regierung selbst. Die Regierung müßte deßhalb jetzt ein anderes System verfolgen, wenn sie die frühere Ansicht nicht mehr theile. Minister Heintz habe aber ausdrücklich erklärt, daß das System des Ministeriums das frühere sei; Minister von Beisler scheine nicht die Meinung sämmtlicher Minister eingeholt zu haben, darum müsse er speziell gegen dessen Erklärung sprechen. Es sei hier von einem Reichsgesetze die Rede, und gemäß der Verfassungsurkunde seien weder die baierische Regierung noch die Kammer für die Feststellung der Giltigkeit der Reichsgesetze maßgebend. Zudem sollten die einzelnen Verfassungen nach den anerkannten Reichsgesetzen umgebildet werden, nicht aber das Gegentheil. Die Ansicht des Majoritätserachtens und die des ersten Präsidenten verwirft er, da er es für unmöglich hält, daß die Reichsgesetze eingeführt werden, wenn nur beruhigende Versicherungen der Minister gegeben werden. Was die Bedenklichkeiten betrifft, die von Seite der Gerichte gemacht werden könnten in Beziehung auf das Gewerbs- und Ansässigmachungsgesetz, so glaube er, würden sich diese Bedenklichkeiten heben, wenn sich die Bedenklichkeiten der Minister gehoben hätten. Nach Beendigung seiner Rede gibt Graf Bray eine Erklärung, das Ministerium habe stets darauf angetragen, den Ständen die Genehmigung vorzulegen; die Verkündung sei blos eine örtliche gewesen. Dagegen sagt Abgeordneter Schüler: die Gesetze könnten in keiner andern Absicht veröffentlicht worden sein, als um sie jedem Baiern zur Darnachachtung an's Herz zu legen; übrigens habe sich auch die Regierung nichts vorbehalten. Abgeordneter v. Abel sucht darzulegen, daß die baierische Verfassungsurkunde nie eine Oberhoheit anerkenne. Baiern habe seine souveraine Unabhängigkeit nie aufgegeben, und eine Nachlässigkeit der Regierung sei es, daß durch Uebergriffe der Nationalversammlung so manche Mißverständnisse herbeigeführt worden seien. So bald man den Boden der Verfassung verlasse, werde ein Schritt zur Gesetzlosigkeit gethan. Das Verhältniß eines konstitutionell-monarchischen Staates sei ein anderes als das einer Republik, und vor einem Centralstaat hätte man sich zu hüten. (Der erste Präsident verweist die Gallerie zur Ruhe.) Die Grundrechte, fährt er fort, gewähren keine Selbstständigkeit der Gemeinde, Distrikte etc. Auch verschiedene Einkünfte gehen für den Bereich der baierischen legislativen Gewalt beinahe völlig verloren. Die Nationalversammlung habe das konstitutionell-monarchische Prinzip bedeutend erschüttert; Freiheiten dürften einem Volke nicht aufgedrungen werden, da sie sonst zur Knechtung würden. Seine Partei wolle die Grundrechte und deren Freiheit, aber nur so weit sie das Wohl Baierns sichere. Der Abgeordnete Kolb aus Speier bezeichnet viele Behauptungen Abel's als unwahr, und erklärt auf Ehrenwort, daß in Frankfurt eine Gewerbeordnung nicht entworfen sei, was er durch Briefe der Abgeordneten Bauer und Geißel belegt, worin sie die Deputirten ermahnen, standhaft für die deutsche Sache zu sprechen. Der Partikularismus müsse aufhören, wenn man nicht zum Spott aller Nationen werden wolle. Die Abstimmung dieser Kammer werde durch ganz Europa wiederhallen. (Postabgang.)

† **Kassel**, 6. Febr. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurden nach längerer Berathung folgende Anträge angenommen: 1) Die Ständeversammlung hält es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für dringend nothwendig, daß der kurhessische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt über alle durch die preußische Cirkularnote angeregten Fragen Instruktion habe oder sofort erhalte; 2) sie erachtet den Titel des Reichsoberhaupts zwar für minder wichtig, würde aber mit desto größerer Freude einen Beschluß der deutschen Nationalversammlung begrüßen, durch welchen die Erblichkeit der Oberhauptswürde ausgesprochen würde; 3) sie hält es bei der gegenwärtigen Sachlage nicht für zweckmäßig, irgend welche Aenderungen der bisher gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung zu beantragen, erachtet es aber für geboten, daß durch offene Erklärung jeder Zweifel beseitigt werde, als ob seitens der Regierung oder der Stände Kurhessens den bisherigen Beschlüssen der Nationalversammlung über deutsche Verfassung die Anerkennung fehlen könne; 4) Die Beschließung endlich, diese Ansichten hoher Staatsregierung in der Hoffnung auf ein volles Einverständniß mit derselben über diese Lebensfragen des großen Vaterlandes mitzutheilen." Der erste Antrag, oder vielmehr der erste Theil des Gesammtantrags, wurde einstimmig, der zweite Theil gegen 10, der dritte gegen 3 Stimmen und der vierte gegen 1 Stimme angenommen.

Arnstadt, 4. Febr. Die im gestrigen Regierungsblatt erfolgte Publikation der Grundrechte ist hier gleichfalls mit einer kirchlichen Feier begrüßt worden.

Rendsburg, 2. Febr. Heute verläßt uns das badische Bataillon, um in vier Märschen über Hohenwestedt, Itzehoe und Elmshorn nach Altona zu marschiren und daselbst vorerst Quartier zu beziehen. Während auf diese Weise ein Theil unserer süddeutschen Brüder nach der Elbe zurückgeht, wird ein Bataillon nach dem andern schleswig-holsteinischer Truppen über die Eider gezogen, um die gefährdeten nördlichen Grenzen gegen die Einfälle fanatischer Freischaaren und dänischer Propaganda besser schützen zu können. So marschirte gestern das 1. holsteinische Bataillon, aus den stämmigen Söhnen der beiden Ditmarschen bestehend, von hier nach Schleswig, und wird heute durch das 9. Bataillon ersetzt, das zum größten Theil aus deutschen Freischaaren unter dem Befehl des Majors v. Haake, eines ehemaligen preußischen Offiziers, zusammengesetzt ist. Das würtembergische Bataillon und die hessische Batterie bleiben vorerst noch hier.

So viel wir wahrnehmen konnten, waren die Badener mit diesem Wechsel wohl zufrieden, indem sie dadurch einem in dieser Jahreszeit besonders anstrengenden Festungsdienste, schlechten Quartieren, ungenügender Kost und dem drückenden Gefühl entgehen, einer durch fortgesetzte Einquartierung sehr erschöpften und ermüdeten Einwohnerschaft zur Last fallen zu müssen. Es kommt nämlich in dieser Festung der gewiß einzige Fall vor, daß außer der

Uebersicht.

Entwurf des Reichswahlgesetzes für das Volkshaus.

Für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten:

Art. I. §. 1. Wähler ist jeder selbstständige unbescholtene Deutsche, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Als nicht selbstständig, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden:

1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs- oder Falliitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letztere während der Dauer dieses Konkurs- oder Falliitverfahrens;
2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben;
3) Dienstboten;
4) Handwerksgehülfen und Fabrikarbeiter;
5) Tagelöhner.

§. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen worden:

1) Personen, welche wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung, oder welche wegen eines andern Verbrechens zu einer Zuchthaus-, Arbeitshaus-, Festungsarbeitsstrafe oder zum Verlust der staatsbürgerlichen Rechte durch rechtskräftiges Erkenntniß verurtheilt und in ihre Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind;
2) Personen, welche des Rechts zum Wählen rechtskräftig für verlustig erklärt worden sind.

§. 4. Mit dem Verlust des Rechts zu wählen für eine Zeit von vier bis zwölf Jahren, außer den durch die Strafgesetze bestimmten oder zu bestimmenden Strafen, ist zu belegen: wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft, oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder als Beamter seine Stellung zur Einwirkung auf die Wahlen mißbraucht hat.

Art. II. §. 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder selbstständige, unbescholtene [illegible] zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 6. Staatsdiener bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten.

Art. III. §. 7. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§. 8. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden.

Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Seelen ist unter die anderen Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen.

§. 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis.

Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit anderen Staaten nach Maßgabe der Reichswahlmatrikel (Anlage A.) zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt.

§. 10. Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Art. IV. §. 11. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Orte wählen.

Die Garnison der Soldaten soll nur dann als fester Wohnsitz gelten, wenn sie seit 6 Monaten nicht gewechselt worden ist.

§. 12. In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen; worauf die Listen geschlossen werden. Nur Diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Art. V. §. 13. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden.

Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden.

§. 14. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen.

Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 15. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§. 16. Die Wahlen sind im Umfang des ganzen Reichs an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt.

Die Wahlen welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben.

§. 17. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.

Anlage A.: Reichswahlmatrikel.

Zum Zweck der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus werden zusammengelegt:

1) Liechtenstein mit Oesterreich.
2) Hessen-Homburg mit Großherzogthum Hessen.
3) Schaumburg-Lippe mit Hessen-Kassel.
4) Hohenzollern-Hechingen mit Hohenzollern-Sigmaringen.
5) Reuß älterer Linie mit Reuß jüngerer Linie.
6) Anhalt-Köthen mit Anhalt-Bernburg.
7) Lauenburg mit Schleswig-Holstein.
8) Lübeck mit Mecklenburg-Schwerin.

Reichsgesetz

über die Tagegelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstag.

Die Mitglieder des Staatenhauses und des Volkshauses erhalten ein Taggeld von 7 Gulden rheinisch und eine Reisekosten-Entschädigung von 1 Gulden für die Meile sowohl der Hinreise als der Rückreise.

Preußen und Baiern.

** Aus Baiern, 28. Jan. Stehen die Wetterfahnen noch immer nach der natürlichen Strömung der Luft, so daß der Bauer an ihnen ein Wahrzeichen hat, oder werden sie jetzt an Drahtfäden künstlich gezogen, um Wind und Wetter nach Belieben zu deuten? Fast könnte man darüber in einigen Zweifel gerathen, denn seit Wochen bläst und saust es ja aus einem und demselbigen Wetterloch: daß der Süden Deutschlands mit dem Norden sich nicht binden und einigen könne zu einem großen Ganzen, und daß vor allem Baiern eine Abneigung habe gegen Preußen; und sich niemals unterordnen werde einem Kaiser aus dem Hohenzollern'schen Geschlechte.

So lautet die Sprache gar Mancher, die sich für gut bairisch ausgeben [illegible] Sprache noch möglich [illegible] Einigung; und doch [illegible] Zeit, da der Bundestag noch die Deutschen gefangen hielt in der Fessel des Schweigens! Als im Monat Oktober des Jahres 1842 unser König damals als Kronprinz eine preußische Prinzessin heimführte, da hörte und fühlte man den Wind ganz anders wehen in den bairischen Gauen. Ueberall wurde die Braut auf ihrem fröhlichen Zuge wie im Triumph empfangen, Reden wurden gehalten, Gedichte gefertigt und Inschriften angebracht, alle voll des Einen Gedankens, daß diese Vermählung eine bedeutungsreiche sei, eine Vermählung des Südens mit dem Norden, eine Einigung Baierns mit Preußen auf ewige Zeiten, ein Bund zweier herrlichster Stämme zum Segen des Vaterlandes. Und so wurde nicht bloß geredet, gedichtet und geschrieben an den Orten, wo man die jugendliche Braut schaute von Angesicht, auch in allen übrigen Städten und Städtchen des Baierlandes, welche weit ab lagen von dem Wege des Zuges, bis hinan zu dem entferntesten Pfaffenwinkel Passau, allüberall war ein Jauchzen und Singen und Klingen vor Freude, daß Baiern und Preußen fortan miteinander gehen im herrlichsten Bunde. Und wie das Volk, so war die Presse bewegt von derselbigen Freude und Hoffnung auf eine schöne Zukunft, die aus dem Bunde der fürstlichen Herzen erblühen solle für das gemeinsame Vaterland. Warum soll es jetzt anders geworden sein, so plötzlich und in so kürzester Zeit? Was ist denn hineingefahren auf einmal in die Herzen des Volkes und hat sie umgewandelt zur gegentheiligen Stimmung? Die hohe Frau hat es sicherlich nicht verschuldet, auch wüßten wir nicht, was von Preußen ausgegangen, um das bairische Volk so arg gegen sich in den Harnisch zu bringen. Liegt aber eine gegründete Ursache zu solcher Erscheinung nicht vor, so antworten wir: entweder war es damals eine Lüge, was man Alles gerühmt von der Sympathie der Baiern für Preußen, oder es ist eine Lüge, was die Leute von der Antipathie reden und schreiben.

Freilich wir wissen es, man flüchtet zuletzt immer zu dem konfessionellen Punkte und redet sich und den Andern vor, daß die deutschen Katholiken und vorzüglich die Baiern

sich nimmer beruhigen können mit einem protestantischen Kaiser, aus Furcht vor Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Kirchenfreiheiten. Solche Ausflucht in unserem Vaterlande, in welchem der Grundsatz cujus regio cujus religio faktisch schon lange aufgehoben, ist mehr als einfältig zu nennen. Leben ja in Sachsen die Protestanten auch unter einem katholischen König, ohne zu murren dagegen, und haben ja überhaupt die Evangelischen Deutschlands seit mehr als 300 Jahren sich müssen gefallen lassen, daß man ihnen ununterbrochen einen katholischen Kaiser gesetzt, der sich kraft seiner apostolischen Majestät für berufen gehalten, ein Schirmherr zu sein nur der katholischen Kirche. Und die Evangelischen haben es ruhig getragen, obwohl damals von einer deutschen Reichsversammlung noch keine Grundrechte gegeben waren, in welchen die vollste Glaubensfreiheit offen proklamirt ist. Aber das ist es auch nicht, solche zarte Aengstlichkeit und solcher geheimer Gewissensjammer, als könnte der katholische Glaube unter einem protestantischen Kaiser irgend Beschränkung erleiden, das ist es nicht, was viele Jesuiten und Jesuitengenossen in Baiern und anderwärts in der Seele ergreift und sie so rührig und sträubend macht gegen einen Kaiser aus dem preußischen Hause; — offen herausgesagt: nicht die Religionsbeschränkung, sondern die Religionsfreiheit für Alle, nicht das zuwenig, sondern das zuviel in Sachen des Glaubens ist die Furcht, welche sie packt bei dem Gedanken an einen protestantischen Kaiser und zumal einen solchen, von dessen Ahnen Einer schon den Grundsatz ausgesprochen: In meinen Staaten kann Jeder nach seiner Façon selig werden.

Die religiöse Freiheit, die sie sonst so gerne im Munde führen, ist nur für sie da, ausschließlich für sie, den Andern aber soll sie verkürzt oder gar geraubt werden. Darum gefallen ihnen die Tiroler, „diese Söhne der Natur", weil sie in ihrem Lande keine Protestanten dulden; darum freuen sie sich, daß vier österreichische Erzbischöfe den Muth gehabt, Protest zu erheben gegen die mißliebigen Paragraphen der Grundrechte; darum jubeln sie, daß in Wien der Deutschkatholizismus auf's Neue verpönt; darum wünschen sie, daß ein Kaiser aus dem österreichischen Hause für Deutschland erkoren werde, in der Hoffnung, daß dann die katholische Kirche allein wieder werde die herrschende Kirche.

der Donau, am Main und am Rhein? Getrosten Muthes können wir sagen, daß in Baiern noch viel Volks ist, welches seine Augen und Herzen nicht nach Osten, sondern, der Magnetnadel gleich, nach Norden wendet und von dorther einen Schirmherrn wünscht für das ganze Vaterland, nicht aber für Jesuiten und Jesuitengenossen.

Oesterreich und die russische Politik.

✕ Comersee, im Februar. Die Beilage der Allg. Ztg. vom 27. Januar enthält einen Artikel vom Main, 8. Januar, unter dem Titel: die Stellung Oesterreichs zu Ungarn und Rußland, in welchem trotz der Versicherung des Einsenders, daß die Mittheilungen aus zuverlässiger Quelle geschöpft sind, sich handgreifliche Unwahrscheinlichkeiten vorfinden, welche die herrschende Idee des Aufsatzes bedeutend entkräften.

Inwiefern der Wiener Hof seit Jahren, dem Beispiele Napoleons und Ludwigs XVIII. folgend, absichtlich die ehelichen Verbindungen zwischen den reicheren und größeren Geschlechtern beförderte, die den verschiedenen Nationalitäten des großen Reiches angehören,*) und so einigermaßen zum Heiraths-Unternehmer wurde, lasse ich dahin gestellt. Bei dem größten Theile der aristokratischen Familien wird solche Vermischung schon durch Familiengesetze unmöglich, und wo dies nicht der Fall, da war wohl eine Anspornung von Seiten des Hofes unnöthig. Im Allgemeinen kann man äußerst wenige Geschlechter von der hohen Aristokratie Oesterreichs aufzählen, welche den Hermelin-Mantel in dem Bürgergolde auffrischten.

Weiter wird behauptet, daß seit Galizien zu Oesterreich geschlagen wurde, der Wiener Hof auch in den neu erworbenen polnischen Landestheilen dasselbe System der Adelsvermischung begünstigt habe, aber ohne Erfolg. Daß es bei einem ganz in seiner abgesonderten Provinz lebenden Adel gar nicht anders kommen konnte, fällt Jedem in die Augen. Die Erfolglosigkeit kommt also daher, daß erstlich der Wiener Hof sich keine solche Mühe gab, zweitens daß es in den Städten Galiziens keine Industrie und Großhandel, also auch keine reiche Bürgerklasse gibt, weder deutscher, noch slawischer Abstammung. Das Geld wie der Handel findet sich, wie weltbekannt, in den Händen der Juden. Der höhere Adel Galiziens erstreckte seine Familienverbindungen ganz natürlich über das ganze alte Polen, sowohl in Rußland, als in Preußen, was ganz in der Natur der Sache lag und liegt. Die Ursachen der traurigen Begebenheiten von 1846 können also in jener nie möglichen Heirathsvermischung der Racen oder der Geld- und Adelsaristokratie auf keine Weise gesucht werden.

Die Ursachen der letzten magyarischen Händel liegen so klar am Tage, daß sie auch von dem Einsender richtig aufgefaßt wurden. Aber nicht so der Uebergang oder besser Ueberssprung auf die inneren Verhältnisse und die Stimmung Rußlands, wodurch aufgeklärt werden soll, warum die Politik des russischen Hofes sich in der letzten Zeit, mehrerer noch nicht verwischter Demüthigungen uneingedenk, so den Interessen Oesterreichs hingab.

Es mag viele Aehnlichkeit zwischen dem magyarischen und dem russisch-polnischen Adel allerdings stattfinden; aber daraus entspringt noch nicht, daß im Nordosten eine weitverzweigte Verschwörung bestehe, die sich von der russisch-österreichischen Grenze bis gegen Moskau und Odessa erstreckt, und einen großen Theil der Adeligen dieses ausgedehnten Gebietes unter ihre Mitwisser zählt. Wer nur irgend die Russen kennt, wird nie die Behauptung aufstellen, daß sie, — mögen ihre inneren Stimmungen, Wünsche, Bestrebungen sein, welche sie wollen, — sich in eine Verschwörung einlassen würden, die von den Polen unter welchem Vorwande auch immer angezettelt worden wäre. Die rein slawische Gesinnung Moskaus und der Russen lassen keine Gemeinschaft mit dem Magyarismus, diesem Erzfeinde des Slawenthums, zu. Darum sind oder waren die Augen der Russen auf den Ausgang der Kossuth'schen Wirren weder mit Hoffnung noch mit Beifall gerichtet. Wenn auch Mißmuth bei den Russen herrschen sollte, so entspringt solcher aus ganz anderen und vielzähligen Ursachen — und eine der wichtigsten darunter ist in der Hintansetzung der russischen Interessen zu Gunsten Oesterreichs, wie sie durch die russische Kaiserfamilie seit Kurzem geübt wird, zu suchen. Daß dies in kurzer Zeit bittere Früchte ebenso für Rußland, wie für das Herrscherhaus tragen könnte, das sieht jeder ächte Russe ein. Es wäre zu umständlich und über den Umfang eines einzelnen Aufsatzes hinausreichend, alle die heiligsten Interessen Rußlands aufzuzählen, welche durch das Benehmen des Kaisers, Oesterreich gegenüber, verletzt und verkürzt werden. Und keine kluge Voraussicht kann der Russe in der jetzigen Politik seines Hofes finden. Dies erfüllt ihn mit Groll und Mißtrauen, um so mehr da man im Lande allgemein die Fäden kennt, welche diese Umwandlung höheren Orts verursachen. Eine von den überwiegenden Strömungen, welche den Kaiser in den österreichischen Strudel hineinreißen, ist die fixe und starre Idee der heiligen Allianz, die Zustände vor 1848 wiederherzustellen. Als ob darin das Heil Rußlands zu finden sei! Durch Hülfe Oesterreichs bestrebt sich St. Petersburg die einheitliche Umgestaltung Deutschlands zu hintertreiben, und es bietet alles, alles auf, Preußen zur Würde des Oberhauptes, als dem eigentlichen und einzigen Central-Punkte — nicht zuzulassen. Zu dieser falschen Auffassung der Politik treiben ferner noch andere kleinliche, persönliche, schmutzige Interessen. Schon vor allem das Heer der russisch-deutschen Diplomaten, welche in der alten Metternich'schen Politik nur ihr persönliches Heil sehen. An der Spitze derselben steht die Großfürstin Helene, Gemahlin des Großfürsten Michael, welche einen tiefen Groll gegen die Kaiserin und das preußische Königshaus nährt, da sie in Berlin nie bewundert, nie en odeur de sainteté war. Auch schwebt ihr noch immer eine Heirathsverbindung ihrer Tochter mit dem jungen Kaiser vor, um auf diese Art durch ein viel brillanteres Etablissement die Kaiserin, deren zwei Töchter nicht eben glänzend versorgt sind, zu demüthigen. Jahre lang hatte

*) Wir lassen den Aufsatz aus der Feder eines hochgestellten Ausländers unverändert abdrucken, bemerken indeß, daß der obige Satz in der Allg. Ztg. einen andern Sinn zu haben scheint. Es wird dort, wie uns däucht, nicht von der Verbindung der reichen Familien mit den vornehmen, sondern der reichen und vornehmen Familien verschiedener Nationen unter sich gesprochen. Daß Maria Theresia in diesem Sinne zu wirken suchte, ist bekannt.
D. Red.

der Kaiser Nikolaus die politische Zudringlichkeit dieser Catherine à petit pied kräftig und entschieden zurückgewiesen, erst ganz in der letzten Zeit unterlag er den Künsten der Großfürstin. Man darf sagen, daß sie es ist, welche die Kabinets-Politik leitet. Kein Tag vergeht, ohne daß der Kaiser, was früher nur äußerst selten geschah, seine Schwägerin besucht und sich belehren läßt, ebenso natürlich alle Höflinge und Staatsmänner, sowohl Graf Nesselrode, wie Graf Orloff, Fürst Tschernischeff u. s. w. In einem Worte: eine fremdartige, keine russische Luft umweht jetzt jene Höhen; die alten ächtrussischen Gesinnungen des Kaisers Nikolaus und seiner Kinder haben bedeutende Aenderungen erlitten. Das macht die Russen Moskau's stutzig und verstimmt. Der Umstand endlich, daß zwischen dem Könige von Preußen und seinem kaiserlichen Schwager nie ein freundschaftliches inneres Band bestand, trägt auch Vieles dazu bei, daß man ihm die Erhöhung und die Gleichstellung durch die Kaiserkrone mißgönnt — und auch dieß wie alles Andere wird durch die Großfürstin, durch Nesselrode, Medem u. s. w. ausgebeutet, um so die Gemüthsstimmung des Herrschers in einer fortwährenden Irritation nach jener Seite zu erhalten.

Deutschland.

Frankfurt, 6. Febr. Durch den §. 43. der von der Nationalversammlung angenommenen Grundrechte sind die Grenzen der Militärgerichtsbarkeit näher bestimmt, und es ist bei der ersten Lesung des Abschnittes über die Reichsgewalt der Beschluß gefaßt worden, daß für das deutsche Heer ein und dasselbe Militärstrafgesetz zu erlassen sei. Das Reichskriegsministerium hat, im Einverständniß mit dem Reichsministerium der Justiz, schon vor einiger Zeit es für nöthig erkannt und demgemäß veranlaßt, daß durch den für diesen Zweck hierhergezogenen und im Fache der Militärgesetzgebung bereits rühmlich bekannten königl. preuß. Geheimen Kriegsrath Fleck die Vorarbeiten für diesen Theil der Reichsgesetzgebung und zwar sowohl für ein diesen Grundsätzen entsprechendes allgemeines Kriegsgesetz, als für das Verfahren vor den Kriegsgerichten mit der größten Thätigkeit ausgeführt werden. Um die hiernach in der Bearbeitung begriffenen Entwürfe zu einer für das gesammte deutsche Heer gültigen Kriegsgesetzgebung einer möglichst umfassenden Prüfung zu unterwerfen und dabei einerseits die Bedürfnisse des praktischen Kriegsdienstes als nächste und unerläßliche Grundlage festzustellen; andererseits aber auch alles Zweckmäßige, was die zur Zeit in den wichtigsten Theilen des deutschen Bundesheeres geltenden Vorschriften darbieten, benutzen zu können, hat das Reichskriegsministerium dem Vernehmen nach eine Kommission berufen, welche in den gedachten beiden Richtungen aus mit den praktischen Dienstbedürfnissen vollkommen vertrauten Stabsoffizieren und aus höheren Militär-Justizbeamten der verschiedenen deutschen Armeekorps bestehen, und wozu das österreichische, preußische, baierische Heer und das 8., 9. und 10. Armeekorps je einen Offizier und einen Justizbeamten hierher senden wird. (O. P. Z.)

† Aus Baden, 5. Febr. Was für ein leichtfertiger Mann mag der schwerfällige Schreiber der drei Artikel über die Heidelberger Universität sein, die mit Nr. III. in der Beilage der A. Z. vom 2. Febr. schließen? Woher folgert doch der Mann, daß wir unsern „Prozeß im Stich gelassen und uns leichtfertig aus dem Staube gemacht hätten?" Wir haben unsere Angriffe auf das gesammte Schanzwerk der alten eingenisteten Mißbräuche in Heidelberg neulich sistirt, zuerst weil wir einen wirksameren Berennungsplan verfolgen wollten, dann aber, weil plötzlich und unerwartet eine Hauptbastei fiel, in Folge von deren Fall wir nun erst das Weitere abwarten wollten, um unnöthiges Dintevergießen zu verhüten. Wir fanden es dabei unter uns, den gefallenen Vertheidiger jener Bastei weiter zu verfolgen, und darum haben wir die Abfertigung jener „empfohlenen" Schrift unterlassen, die sich so „handgreiflich", ja so „aktenmäßig" in allen ihren versuchten Widerlegungen selbst vernichtete, daß es für alle Lesefähigen ein Ergötzen war; was uns freilich unsere Großmuth so erleichterte, daß wir uns auch wirklich schämen würden, uns ihrer irgend zu rühmen. Aber darum hätten wir uns leichtfertig aus dem Staube gemacht? Wir wollen dem Schreiber jener Artikel und allen seinen bisherigen von uns ignorirten Mitkämpfern hiermit nur zu merken geben, daß wir eben so leichtfüßig wieder auf dem Plan sein werden, wenn uns die neckischen Ausfälle lustig genug dazu scheinen, die Ausfallenden, um uns eines eben so populären Ausdrucks zu bedienen, mit einer langen Nase heimzuschicken. Eine Täuschung haben sie bereits dadurch davon getragen, daß sich der Verfasser dieser Artikel bezeichnet hat, wobei zwar kein „Alles niederschmetternder" Name herauskam, aber doch ein Name, den der des Schreibers jener Artikel, wir wetten, auch nicht niederschmettern wird, ein ehrlicher Name, dünkt uns, der von der Sache, um die es sich handelt, keinen Vortheil sucht und einen Schaden nicht im geringsten zu fürchten hat, ein uneigennütziger Name auf alle Fälle, der alle jene abgedroschenen Verdächtigungen des ôte-toi, von denen dieser Schreiber noch einmal die Hülsen ausdrischt, in ihr — Nichts? nein, auf ihr Etwas von Eifer und Geifer zurückwies. Eine größere zweite Täuschung haben die Vertheidiger des alten Schanzwerks durch den Eindruck unserer Artikel erfahren, aber diese sucht man hier zu verstecken hinter den Triumph über das vorgegebene völlige Scheitern aller unserer Absichten.

Diese Freude wollen wir unsern Gegnern gönnen. Wir nehmen die zweideutigen Orakel unserer Pythia an: „Man hat sich verrechnet!" Es fragt sich nur, auf welcher Seite! „Der Totaleindruck fiel ungünstig aus!" Wo er eben sollte! „Widerwärtige Hemmungen, Spannnngen und Einklemmungen knüpfen sich an diesen Parteistreit!" auf der Seite, wo diese Einklemmungen eben so viele Förderungen für das Ganze sein werden! „Der Beifall ist verhallt." Die Wirkungen werden hoffentlich nicht so schnell vorübergehn; und wenn ja, so würde eben dafür gesorgt werden müssen, den Hall des — Mißfallens von der Seite, von welcher es uns für den größten Beifall gilt, zu erneuern. Denn verrechne man sich ja nicht bis zu einer dritten, noch größeren Täuschung. Der Schreiber in der A. Z. lobt gegen unsere an Witz und Logik armen Artikel zwei frühere von Geist funkelnde Angriffe auf die Universität, deren Beifall und Wirkung allerdings sehr bald verrauscht war; es wunderte uns, daß der sonst so salbungsreiche, gemessene Sittenprediger, der gewiß für einen vollendeten Schreibkünstler gilt, an Einer Stelle seiner Artikel, wo er gegen die humoristischen Druckfehler einen Windmühlenkampf ficht, den eulenspiegelischen Ton selber angibt, den er scheint's lieber von uns anschlagen gehört hätte, damit auch unsere Wirkungen eben so schnell vorbeigehn möchten! Aber darauf spekulire man ja nicht! Wenn unseres Gegners Prophezeihung in Erfüllung geht, daß wir Ein Deutschland haben werden, so werden wir, so lange in diesem Deutschland der Koder seiner Grundrechte und mit ihnen die freie Presse besteht, nicht ruhen, bis jene gleiche Berechtigung, wo „neben der Geltung des Alten das Neue waltet," in der That und Wahrheit erreicht ist, die unser Gegner gleichfalls in seinen Worten wenigstens verlangt. Daß doch die Männer, die so viel von Billigkeit und Gleichheit der Ansprüche sprechen, sich faktisch immer auf die Seite der Unbilligkeit und Ungleichheit stellen! Wenn es dem Einsender jener Artikel Ernst ist mit dem Ziele, wohin er uns weist, so sind wir ganz einig: dann aber muß er sich auf unsere Seite stellen. Wo zeigt sich doch der Widerwille gegen das Mißliebige stärker, bei uns oder bei ihm? Wir haben in unserem ersten Artikel mit klaren Worten gesagt, daß wir „Schäden angreifen, die Residuen einer alten Zeit und eines alten Schlendrians" bekämpfen wollten. Warum erwartete unser Gegner das nochmalige Lob vielgelobter Männer, das nicht in unserem Zwecke lag? Was beurtheilt er unsere Artikel als einen allseitigen Bericht über Gut und Bös, da sie blos als eine Rüge von Uebelständen angekündigt waren? Wie würden wir diese Herabwürdiger unserer Artikel beschämt haben, wenn wir unseren Ausstellungen einen anerkennenden Theil nachgeschickt hätten, der von dem oder jenem Manne oder Körper der Universität von Seiten dieser Angreifer mehr Rühmliches gebracht haben würde, als diese Vertheidiger brachten? Glaube man ja nicht, daß wir jetzt nur „mit einer kühnen Schwenkung" solch einen anerkennenden Theil nachzuschicken vorhätten, weil wir uns „verrechnet" hätten; man würde sich wieder verrechnen: wir schicken ihn jetzt gerade nicht nach, weil sich einige unserer geglaubten Freunde zu bald als Feinde enthüllt, einige durch unlöbliche Handlungen ihr Lob verscherzt haben. Wir wußten selbst recht gut, daß wir mit unserer „blos ärgerlichen" Kritik wieder Aerger erwecken würden, aber das glaubten wir nicht, daß selbst Die, die der Billigkeit und Gleichheit das Wort reden, unsere Kritik ärgerlicher machen würden, als sie ist. Man stellt hier unsere Ansicht so dar, als ob wir alle jungen und alten Kräfte der Universität, „nahezu das ganze bestehende Personal von etwa 70 Lehrern brach legen" wollten, als ob wir nur fünf,

vielmehr nur vier Männer mit frischen Kräften wirken sähen! Der feindseligste Leser kann in unsern Artikeln höchstens drei unter den Heidelberger Lehrern bezeichnet finden, auf die wir jene rücksichtslosen Worte anwenden würden: so gehässige Rechenfehler haben wir doch nirgends gemacht, wenn wir auch in einigen statistischen Angaben geirrt haben sollten? Wo ist der größere Widerwille gegen Mißliebige? Man sagt uns, wir legten den „banausischen" Maßstab der Frequenz an, um über den Werth „von Lehrern oder Fakultäten abzusprechen"? Dann hätten wir ja Morstadt sehr loben und die juristische Fakultät trotz ihrer Abnahme noch immer sehr erheben müssen! Wir haben diesem Maßstab „auch einige Geltung" gegeben, wie man hier richtig findet, obgleich man uns unrichtig tadelt, wir hätten ihn zum Hauptgesichtspunkt gemacht. Wir hatten Einen Hauptgesichtspunkt, von dem hier gar nicht gesprochen wird: verrottete Verwaltungsmaximen anzugreifen, die mit der Frequenz der Universität nichts zu thun haben, deren Tadel in unseren Artikeln auch dieser Frequenz, um die man so besorgt ist, nicht schaden würde. Was die wissenschaftlichen Leistungen im Großen angeht, so war dies nicht der unmittelbare Gegenstand unserer Besprechungen: sollen wir aber unseren Gegnern nachträglich den Gesichtspunkt angeben, aus dem wir diesen Punkt betrachten würden und stillschweigend betrachtet haben, so ist es das einfache: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Man hat uns sehr angefahren über unser Urtheil über die theologische Fakultät, und auch diesen Gegner drückt es am schwersten. Wir wollten gewiß nie den Fleiß und Verdienst der Einzelnen schmälern; einige der Männer dieser Fakultät sind uns persönlich befreundet; wie hoch wir einen Anderen davon achten, haben wir, selbst in einer Polemik, genugsam bewährt: dennoch fehlte es im Ganzen genommen an ersprießlicher Wirksamkeit in der Fakultät; Umbreit ist nicht eigentlicher Theolog, Dittenberger gehört der Universität nur halb an, Hundeshagen war bisher durch körperliches Leiden viel gehemmt; Alles rechtfertigt unser Drängen auf das Heranziehen tüchtiger Kräfte, Alles erklärt, daß trotz allem selbst angestrengtem Fleiße der Einzelnen das Zusammenwirken nicht so nachdrucksvoll bedeutsam sein kann wie in Tübingen; dort weiß jeder Laie langeher die bedeutenden, guten und schlimmen Früchte der theologischen Fakultät zu zeigen: wo sind die Heidelbergischen? Diesen Maßstab haben wir stillschweigend an die ganze Universität gelegt. Sie ist gut genug, sie hat das Glück voraus, daß sie nie, was man sagt, zu ruiniren sein wird, sie wird auch trotz unserer Artikel gut genug bleiben, aber daß sie in einem höhern Sinne Vieles und Großes geleistet hätte, daß ein bedeutender geistiger Anstoß von da ausgegangen wäre, daß die Wissenschaft im Großen und Allgemeinen hier einen eigenen bestimmten Charakter und Tendenz hätte, die Jugend in irgend einer Richtung besonders stark angeregt würde, das ist nicht der Fall. Und warum nicht? Weil das Alte und das Niedrige verwaltet und herrscht, und die frischen Kräfte bisher paralysirt waren. Es ist an jeder Universität ein Bodensatz da; aber das ist in Heidelberg eigenthümlich, daß er zum Theil oben aufschwimmt und den vielfachsten Einfluß behaupten, das ganze Gefäß trüben darf. Das Alter hat sein Recht, sein Verdienst, seine Ehre voraus, aber wo es allein herrscht, ist die Stagnation unvermeidlich, und sie ist der Fehler, an dem Heidelberg leidet. Man will das Alter nicht wegstoßen, nicht verdrängen, nicht hintansetzen, nicht auf seine Kosten Belohnungen haben, sondern man will, was der Schreiber unserer Artikel selber billigt, die Berechtigung für Jeden, die ihm gebührt. Wir wollen nicht die neuesten Geschichten unserer Häuslichkeit anführen, als die starke Probe: von welcher Seite verdrängt, hintangesetzt und hinweggestoßen wird. Hier, hier kann der Blinde mit Händen greifen! Und weil dem so ist, und weil man sich dabei auf jener Seite mit so ungebärdigem Hochmuthe anstellt, darum entschuldige man auch, wenn in diese Angriffe und Entgegnungen vielleicht etwas von eben dieser Farbe des Hochmuths hereinspielt. Hier wäre es eine Kunst und ein Laster, demüthig zu bleiben!

·|· **Hamburg**, 4. Febr. Die zur Regulirung der Marineangelegenheit hier verweilenden Bevollmächtigten der deutschen Reichsgewalt, Reichskommissär Brons aus Emden und Kapitän Hederich aus Bremen, haben gestern, begünstigt von der schönen, milden Witterung, unserer jungen Kriegsflottille einen Besuch abgestattet. Die Schiffe lagen abgetakelt, ohne die gehörige Mannschaft, so daß es kein erfreulicher Anblik war, in einem solchen Zustande die ersten Anfänge der deutschen Nationalflotte zu sehen. Unser Marinekomite, das im Frühjahr des verflossenen Jahres eine außerordentliche Thätigkeit entwickelt hatte, hat jetzt die Hände in den Schooß gelegt. Da das Reichsministerium diese hochwichtige Sache in seine Hand genommen, so ist zu hoffen, daß die erheblichen Mängel, welche sich an unseren fünf Kriegsschiffen vorfinden, bald beseitigt werden. Hauptsächlich wird es neben der Erbauung von Korvetten und Kanonenkutter noch Augenmerk sein müssen, eine solide, für den Seedienst abgehärtete und eingeübte Schiffsmannschaft zu beschaffen. Der Kapitän Hederich hat mit einigen namhaften Schiffsbaumeistern einen Kontrakt abgeschlossen, wornach schleunig zehn Kanonenboote, von denen jedes 12—15,000 Mark Cour. veranschlagt ist, erbaut werden sollen. Wenn ich recht unterrichtet bin, so werden diese neuzuerbauenden mit den in den schleswig-holsteinischen Häfen und unserem benachbarten Altona fertigliegenden sechszehn Kanonenboote zu einer Ruderflottille vereint, weil sie nur auf diese Weise und in gemeinsamer Thätigkeit etwas zu leisten im Stande sind. Die Reichskommissäre haben auch den Hafen von Kurhaven besucht, um dort die Anlage von Strandbatterien vorzubereiten. Im Laufe der verflossenen Woche ist aus der hiesigen Bank viel Silber theils nach Wien, theils nach Frankfurt abgegangen. Das an der Börse verbreitete Gerücht, daß die dänische Staatsanleihe in London bereits kontrahirt sei, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Gutunterrichtete wollen glauben, daß England augenblicklich nicht sehr geneigt sei, einer solchen Anleihe zur Hebung der dänischen Finanzen Vorschub zu leisten, weil es die dänische Kriegslust nicht zu vergrößern wünscht. Unser Freistaat will ebenfalls eine Anleihe machen und zwar zu dem Zweck, die 2 pCt. Vervollständigung unseres Kontingents, die hier bereits vom Senate angeordnet worden, auszurüsten und zu armiren.

Schweiz.

) **Bern**, 5. Febr. Der „Republikano" enthält einen aus einem Genueser Blatt entnommenen Artikel, welcher in den maßlosesten und unverschämtesten Ausdrücken die Verfügungen des Bundesrathes gegen die lombardischen Flüchtlinge hernimmt. Es heißt geradezu, die Schweiz habe sich durch diesen Akt zum Schergendienst gegen Oesterreich herabgewürdigt, und kein österreichischer Kommissär habe sklavischer und devoter Radetzky's Willen vollziehen können, als der Bundesrath der schweizerischen Republik. Auch die „Berner Zeitung" ist mit der Politik des Bundesraths nicht zufrieden; sie nennt die Antwort auf die sardinische Note „bittersüß und lauwarm." James Fazy ist wieder in Genf angekommen. Die dortigen radikalen Blätter sagen, er habe Paris mit der Ueberzeugung verlassen, daß sich trotz aller Anzeigen einer sich auch dort vorbereitenden Reaktion die demokratische Republik immer mehr befestigen werde; die europäische Reaktion werde in Frankreich keinen Bundesgenossen finden. Viel spricht man hier von einem Gesandten des Königs von Neapel, der in einer wichtigen Mission angekommen sei. Auch zwei sizilianische Stabsoffiziere sind eingetroffen und haben geheime Aufträge von ihrer Regierung an den Bundesrath. Nach Sardinien sucht man schweizerische Offiziere. Alles deutet auf einen baldigen Ausbruch. Wie man hört, sollen die italienischen Nationalvereine energische Schritte bei ihren Regierungen thun, daß dieselben unter Androhung ernster Maßregeln gegen in Italien niedergelassene Schweizer von dem Bundesrath die schleunigste Zurückberufung der Schweizer Regimenter aus Neapel verlangen sollen. Bei einem militärischen Bankett gab Herr Bundesrath Ochsenbein Aufklärung über die Berufung Lohbauers. Er sagte, daß seit 1836, da sich Hr. Dufour dieser Stelle bei der eidgenössischen Militärschule entzogen, dieselbe verwaist und nur einigermaßen durch Hrn. Elgger besorgt gewesen sei; derselbe sei aber durch die letzten politischen Ereignisse eine Unmöglichkeit geworden, und unter den schweizerischen Offizieren habe sich Niemand gefunden, der diese Lücke ausfüllen wollte, — so sei man auf Hrn. Lohbauer gekommen, der mit den schweizerischen Verhältnissen durch zehnjährigen Aufenthalt bekannt sei, große Lehrgabe und ausgezeichnetes Schriftstellertalent besitze.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeliche Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 40. Frankfurt a. M., Freitag 9. Februar. 1849.

Uebersicht.

---

9. Februar.

Im vorigen Jahrhunderte, wo Deutschland in die unzähligen kleinen Staaten zerfallen war, hielt es schwer, für das Allgemeine zu wirken. Ein Jeder war auf seine Heimath beschränkt und konnte seine Wünsche für das Vaterland nur als patriotische Phantasieen über den nächsten Grenzpfahl hinausschicken. Meine Schriften, sagte der treffliche Justus Möser, haben einen Erdgeschmack. Wer war so bekannt mit seiner Osnabrück'schen Heimath, wie Möser? Er vertiefte sich in alle bestehenden Verhältnisse mit solcher Innigkeit, daß sie ihm zuletzt von der Natur selbst gegeben schienen. Allmälige Verbesserung des Bestehenden, und wäre es selbst die Ahnenprobe, keine völlige Veränderung, war das Wesen seiner Politik und den Umständen des damaligen Jahrhunderts war sie vollkommen angemessen. In unserem Jahrhunderte hat sich Möser in einem Landsmanne wiederholt, der durch genaue Kenntniß aller heimathlichen Verhältnisse, durch Redlichkeit, Einsicht, Thätigkeit und Tüchtigkeit unwillkürlich Jeden an den alten Advocatus Patriae erinnert. Aber dieses Vaterland hat sich seit Möser's Tagen, hat sich vor Allem seit dem vorigen Jahre, welches man wohl ein Annus mirabilis nennen kann, wundergleich erweitert. Stüve sagt von sich selbst, daß alles Unbegrenzte seinem ganzen Wesen entschieden widerstrebe. Es hat ihm einige Mühe gekostet, sich aus dem engeren Kreise seiner Heimath heraustretend in das öffentliche Leben zu finden, welches mit dem Staatsgrundgesetz für das Königreich Hannover begann. Noch größere Schwierigkeiten findet er jetzt, wo das wohlverdiente Vertrauen des Landes den König nöthigte, Stüve, den zähesten seiner Gegner, an die Spitze der Geschäfte zu berufen. Nur langsam und schrittweise, das war von jeher Stüve's Meinung, dürfen die bestehenden Verhältnisse verändert werden. Jeder Sprung droht Gefahr. Was für Sorgen mußte daher die Umwälzung des vorigen Jahres ihm machen! Nicht bloß alle Theile des Königreiches Hannovers sollten durch eine freisinnige Verfassung umgestaltet und zu einem eng mit einander verbundenen Organismus vereinigt werden, welcher vom Volksgeiste belebt wird. An diese Aufgabe machte er sich, wenn auch mit großer Vorsicht und Schonung, doch mit Freude. Denn er war von je der Meinung, daß das Beamtenthum ein Nothbeheif sei und das Volk zur Selbstverwaltung erzogen werden müße. Diesen Theil seiner Aufgabe hat er mit Ehren erfüllt, und selbst die alten Beamten, die er aus Schonung nicht entfernen wollte, zu benützen, mit seinem Geiste zu beseelen gewußt. Der Tadel, welcher ihn anfangs, gerade seiner Schonnng wegen traf, ist verhallt; das ganze Land erkennt die Verdienste seiner inneren Verwaltnng an. Aber das Volk von Hannover wünscht entschieden, daß Stüve mehr Vertranen zur deutschen Einheit fasse. Denn den trefflichen Mann erfüllt der Gedanke, seine ganze mit Mühe geordnete Schöpfung einer fremden Gewalt, der deutschen Reichsgewalt, bis zu einem gewissen Punkte zu überlassen, Hannover einzufügen in das große Vaterland, mit Bedenken über Bedenken. Mit Sorgen blickte er auf Frankfurt; das Vorparlament, der Fünfzigerausschuß schienen ihm alle bestehenden Verhältnisse aus den Augen zu setzen. Besonders, daß der Fünfziger-Ausschuß der künftigen Reichsversammlung das Recht zusprach, allein und ohne Vereinbarung mit den Regierungen über die Verfassung zu beschließen, war ihm ein Gräuel. „Die Fürsten sind nicht unsere Heloten, sie müssen gehört werden!" ist ein Ausspruch, den Stüve gern anführt. Der Ausspruch Gagern's am 19. Mai dagegen: „Wir sollen stiften eine Verfassung für das ganze Deutschland. Den Beruf und die Vollmacht empfangen wir von der Souveränetät der Nation!" schien ihm wie eine wahre Lästerung gegen alle vier und dreißig Souveräne von Deutschland. Seitdem erblickte Stüve das Heil nur noch in den einzelnen Staaten. Vollends verdarb Gagern es mit ihm am 24. Juni durch seinen kühnen Griff. Seitdem suchte Stüve mit seinem Hannover möglichst weit weg von Frankfurt zu kommen, und als ihn am 14. Juli die Reichsversammlung beim Rockzipfel faßte, da schalt er uns Alle Republikaner, Alle ohne Unterschied, Gagern und Itz, Linke und Rechte.

Stüve ist, wie wir Alle in unserer Unwissenheit zu sein glauben, gut monarchisch. Mit der Monarchie, glanbt er, wie wir, einen viel höhern Grad der Volksfreiheit verträglich, als mit der Republik, denn in der Monarchie liegt die höchste Macht außerhalb der Parteien. Er sagt darüber goldene Worte in dem Schreiben an seine Wähler. Er will seine Monarchie auch einem Bundesstaate unterordnen, aber die Frankfurter Republikaner taugen nicht dazu, eine Verfassung für den deutschen Bundesstaat zu Stande zu bringen. Wir verstehen nichts davon. Die Sache ist nämlich die: „Der monarchische oder republikanische Charakter der Verfassung Deutschlands beruht keineswegs darauf, ob die Centralgewalt in den Händen eines Einzelnen oder einer Mehrzahl liegt, sondern ganz entschieden hängt derselbe davon ab, ob die Einzelstaaten eine monarchische oder republikanische Verfassung haben, und ob diesen Einzelstaaten eine Bedeutung bleibt, oder nicht. Die Monarchie wurzelt in Deutschland nur in den Einzelstaaten. Hier hat sie sich zum schärfsten Absolutismus ausbilden können, während die Kaisermacht zu Grunde ging. Hier hat sie sich auf den Grund ständischer Verfassungen seit 1815 neu und fest aufgebaut, hier besetzt sie die Gerichte, die großartigen Staatsanstalten; hier hat sie in jener deutschen Schwäche, der Unzahl von Beamten, ihren völlig gesicherten Einfluß. Wer die Monarchie sncht, der mnß sich hierher wenden, wer sie vernichten will, der muß hierher seine Schläge richten. Darin arbeitet nnn ganz unverkennbar das vermeintlich monarchische Streben in der Nationalversammlung dem Republikanismus in die Hände, daß man bereitwillig den Monarchismus der Einzelstaaten schwächt, wenn nur für die Centralgewalt ein scheinbar monarchischer Kopf zugestanden wird. Wahrlich ich will nichts verachten, was der rechten freiheitlichen Monarchie Kraft gibt, allein ich habe es bereits gesagt, auf dieses monarchische Haupt stütze ich sehr wenig Hoffnung."

Hier, in diesen Ideen und Theorieen des Ministers, liegt der Schlüssel zum Widerstreben Hannovers gegen die deutsche Einheit; es geht nicht vom Könige aus. Dieser sagt zwar auch nach einer Auffassung, die wir nicht theilen: Ich will nicht preußisch werden! in derselben Weise, wie der König von Baiern wiederholt: „Ich will nicht mediatisirt werden." Aber in Han-

nover fast noch unzweifelhafter als in Baiern begreift das Volk die wirkliche Lage der Dinge. Es läßt Stüve und seiner Verwaltung alle Ehre und Gerechtigkeit widerfahren, aber es verlangt fortwährend und wiederholt, daß er sich mit größerem Vertrauen der deutschen Sache hingebe. Es läßt sich sogar nicht irre machen dadurch, daß Stüve ihm die Nachtheile der Unterordnung unter die Reichsgewalt so volksthümlich wie möglich vor die Augen zu stellen bemüht ist, in der Thronrede über die Lasten seufzet, welche die deutsche Einheit schon gemacht habe und künftig machen werde und bei jeder Gelegenheit, selbst und durch Andere, in den Grundrechten, der ersten Frucht der deutschen Einheit, das Verderben Hannovers besorgen läßt. In der That, es ist gar nicht zu sagen, wie grundverkehrt diese Grundrechte sind, was Stüve nicht an ihnen Alles auszusetzen findet. Selbst die Vorzeigung des Haftbefehls auf vierundzwanzig Stunden wird als eine Kleinlichkeit gerügt! Aber vor allen tadelt er die Freizügigkeit, durch welchen er sein Hannover schon von Landstreichern überschwemmt sieht, und die Theilbarkeit des Grundbesitzes, (welche von den Gegnern der Grundrechte im Hannover'schen ohne viel Gewissensbisse kurzweg als Theilung dargestellt zu werden pflegt.) Dies soll der sichere Untergang von Hannoverland sein, und an solchen verkehrten Bestimmungen soll sich schlagend zeigen, wie unfähig die Frankfurter Ideologen sind, Land und Leute zu regieren. Was die Grundrechte betrifft, so haben wir selbst wiederholt unsere Meinung ausgesprochen, daß manche allgemeine Bestimmungen nicht genug Rücksicht nehmen auf die Verhältnisse der einzelnen Länder. Aber Stüve geht in seinem Aerger zu weit. Wie es dem sonst doch so erfahrenen Manne begegnet, daß er, über die zu große Ausdehnung scheltend, welche man der Reichsgewalt beizulegen wünscht, Bestimmungen unpraktisch und unausführbar nennt, deren Praxis in den vereinigten Staaten seit sechszig Jahren in Blüthe steht, so gelten ihm und seinen Anhängern Bestimmungen der Grundrechte ohne Weiteres für unpraktisch, die doch schon an vielen Orten längst gebräuchlich sind. In mehreren Theilen von Hannover selbst besteht bereits die Theilbarkeit der Güter, und selbst vom landwirthschaftlichen Standpunkte aus ist es sehr zweifelhaft, ob sie nicht der Untheilbarkeit weit vorzuziehen. Wir wollen aber bei dieser vielbestrittenen Frage nur an eine der höchsten Autoritäten, den berühmten Landwirth Thaer erinnern, welcher der Theilbarkeit der Güter unbedingt das Wort redet. Ueberhaupt wissen Diejenigen, welche das leichte und beliebte Thema der Frankfurter Ideologie handhaben, gewöhnlich gar nicht, daß gerade die am meisten als unpraktisch verschrieenen Bestimmungen nicht von den Ideologen, oder wie sie gleichbedeutend genannt zu werden pflegen, von den Professoren, ausgeheckt sind, sondern von alten, erfahrenen Praktikern, gerade in den einschlagenden Gegenständen bewanderten hohen Beamten. Aber das ist es ja Alles nicht. Bei den Grundrechten ist ja schon die möglichste Vorsicht angewendet, daß ihre Einführung nicht übereilt zu werden braucht, und was wirklich unausführbar sein sollte — wird gewiß auch nicht ausgeführt werden. Die Hannoveraner lassen sich nicht irre machen. Sie feiern die Grundrechte mit Sang und Klang, noch ehe sie dieselben haben. Einlenken in die deutsche Sache! das war überall die Losung bei den Wahlen. Und nach der Thronrede zu schließen, wird und will Stüve auch einlenken. „Seine Majestät, heißt es darin, betrachten es als heilige Pflicht, für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands kein Opfer zu scheuen" und das preußische Rundschreiben wird mit Freuden begrüßt. Gewiß ist dadurch, namentlich für Stüve, ein Schritt geschehen, der dazu beitragen muß, ihn mit dem ganzen hiesigen Verfassungswerke auszusöhnen. Er grollt der hiesigen Versammlung ja hauptsächlich, weil sie nicht vereinbaren will. Diesem Streit über die Vereinbarung ist durch die Note, mit ihrem eigenen Ausdrucke zu reden, die Spitze abgebrochen. Eine Verständigung ist möglich gemacht, und wie wir hören, ist auch die hannover'sche Regierung dazu geneigt. Stüve hat ja nun was er will. Die Fürsten werden nicht zu Heloten gemacht, sondern werden gehört. Schon aus Liebe und Pflichtgefühl für Hannover kann er dem Werke der deutschen Einheit, von der er sagt, daß sie seit dreißig Jahren das Ziel seines Strebens gewesen sei, seine Mitwirkung nicht versagen. Er kann es nicht thun, ohne das Land, das ihm vertraut, das auf ihn zählt, seiner Dienste zu berauben. Es handelt sich jetzt nicht mehr um vergangene Fehler; daß in Frankfurt Fehler gemacht sind, viele Fehler, wer wollte das leugnen? Wie oft haben wir selbst darauf hingedeutet! Jetzt wo Deutschland geeinigt werden soll, müssen sich vor allen Dingen alle braven Deutschen einigen. Und Stüve ist der Bravsten einer. Auch wir wollen nicht Rechnung halten über seine Fehler in der Vergangenheit; einen hat er gewiß gehabt: gar zu viele Bedenken. Wir kennen seine Natur. Er ist zäh, das wissen wir; aber er wird nicht hartnäckig sein. Er ließ sich einmal pfänden, sogar den Ofen pfänden, weil er keine Steuern bezahlen wollte. Er bequemte sich zuletzt. Er wird auch jetzt als praktischer Mann den Widerstand nicht auf die Spitze treiben. Er wird, ja er wird zuletzt seine Steuer bezahlen: die Steuer, die er dem Vaterlande, die er Deutschlands theuersten Hoffnungen schuldig ist!

Deutschland.

* **Frankfurt**, 8. Febr. Nach den hier theils durch die Zeitungen, theils durch Privatbriefe eingelaufenen Nachrichten über die Wahlen zur zweiten Kammer in Preußen stellt sich das Verhältniß der Parteien in der nächsten zweiten Kammer der preußischen Ständeversammlung ungefähr wie folgt. Es gehören muthmaßlich:

I. Zur Rechten: 1) v. Patow, Potsdam; 2) Krahn, desgleichen; 3) v. Werdeck, Spremberg; 4) Peschke, Spremberg; 5) v. Manteuffel, Mark Brandenburg; 6) Schellenberg, Mark Brandenburg; 7) v. Bodelschwingh; 8) v. Vincke; 9) v. Arnim-Uckermünde; 10) Keller (Professor); 11) v. Bismark-Schönhausen, Regierungsbezirk Bromberg; 12) Winterfeld; 13) Riedel; 14) Ellwanger; 15) Graf Arnim-Boitzenburg; 16) Heuer; 17) Breithaupt; 18) v. Fock; 19) Carl; 20) Kögel, Pommern; 21) v. Wedell; 22) Asch; 23) Graf Ziethen, Schlesien; 24) Ludewig; 25) Wegner-Zellin, Neumark; 26) Pesselhaus, Grünrode, Neumark; 27) Poppenburg, Ruppin; 28) Barsukow; 29) Ambronn, Guben und Sternberg; 30) Wolff, Guben und Sternberg; 31) Schwiesau, Wanzleben; 32) v. Heidenreich, Wanzleben: 33) Trepplin, Genthin; 34) Pelzer, Rheinland; 35) v. Möller, Rheinland; 36) Scheidt, Elberfeld; 37) Schmidt, Elberfeld; 38) Blömer; 39) Frießen; 40) de Syo, Rheinland; 41) Harkort, Westphalen; 42) Brüninghaus; 43) Ulrich; 44) v. Seckendorf, Rheinland.

II. Zum rechten Centrum: v. Unruh, Magdeburg; 2) Schröckh, Landsberg; 3) Psemel, Landsberg; 4) Krause, Stettin; 5) Grabow, Mark Brandenburg; 6) Jacob, Halle; 7) Fabel, Halle; 8) Etzdorf, Merseburg; 9) Teffner, Merseburg; 10) Merres, Schlesien; 11) Eckardt, Schlesien; 12) Immermann, Sachsen; 13) Aldenhoven, Rheinland; 14) Wietkaus; 15) Johanny; 16) Thiel; 17) Camphausen; 18) Lensing; 19) Bähren; 20) Broich; 21 Bolze, Sachsen; 21) Hanow, Schlesien; 23) Kruse, Pommern.

III. Zum linken Centrum: 1) Rodbertus, Berlin; 2) v. Berg, Rheinland; 3) Phillips, Berlin; 4) Par, Magdeburg; 5) v. Merkel, Liegnitz; 5) Willenberg. 7) John, Crossen; 8) Richter, Mark Brandenburg; 9) Scheele, Genthin; 10) Schulze, Delitzsch; 11) Hildenhagen; 12) Zunderer, Rheinland; 13) Dörk, Eisleben; 14) Nödersheim, Rheinland; 15) Pilet, Stendal; 16) Thiede; 17) Görz-Wrisberg, Frankfurt a. d. O.; 18) v. Schirnding, Frankfurt a. d. O.; 19) Elkemann, Rheinland; 20) Schneider, 21) Parrisius, Schönebeck, Sachsen; 22) Cyclam, Sachsen; 23) Tülff, Pommern.

IV. Zur Linken und dem linken Centrum: 1) Waldeck, Berlin; 2) Jacoby; 3) Temme; 4) Berends; 5) Kyll, Köln; 6) Schneider II., Köln: 7) Grebel, Koblenz; 8) Raffauf, Koblenz; 9) Otto, Trier; 10) L. Simon, Trier; 11) H. Simon, Crefeld; 12) Stein, Breslau; 13) Pflücker; 14) Haak, Glogau; 16) Esser, Rheinland; Körffgen; 18) Kinkel; 19) Becker; 20) Schornbaum; 21) d'Ester; 22) Krackrügge, Erfurt; 23) Schramm, Langensalza; 24) Dötsch, Kreuznach; 25) Sames, Kreuznach; 26) Gierse, Münster; 27) Müller, Kochem; 28) Bauer, 29) Groneweg, Paderborn; 30) Leher, Paderborn; 31) Grube, Coesfeld; 32) Messerich, Prüm; 33) Schwickeraht, Prüm; 34) Dr. Borchardt, Wittlich-Berncastel; 35) Dr. Grün, desgleichen.

Die Rechte mit 44 und das rechte Centrum mit 23 Stimmen, zusammen 67 Stimmen, haben hiernach über die Linke und das linke Centrum, 23 und 35, zusammen 58 Stimmen, eine Majorität von 9 Stimmen. Da aber die noch rückständigen Wahlen aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Oberschlesien wesentlich konservativer ausfallen dürften, so wird die

Majorität der konservativen Fraktionen muthmaßlich eine noch größere werden. An Doppelwahlen sind bis jetzt bekannt: v. Vincke und v. Bodelschwingh von der rechten, und Rodbertus, Temme, Jacoby, Waldeck, v. Berg und Schornbaum von der linken Seite, so daß der letztern hiernach noch 6 Stellen in jenen Wahlbezirken gesichert sind.

γ **Frankfurt**, 8. Febr. Es heißt bestimmt, daß die zu den hier konzentrirten Reichstruppen gehörenden kurhessischen Husaren, sowie die kurhessische reitende Batterie im Anfang des nächsten Monats durch baierische Kavallerie und Artillerie ersetzt werden, und diese Nachricht verdient besonders deßhalb einer Erwähnung, weil sich an sie die fernere Mittheilung knüpft, daß jene kurhessischen Truppen nach Schleswig-Holstein bestimmt sind. Es wäre das ein weiterer Beweis, daß man den Wiederausbruch der Feindseligkeiten jenseits der Elbe, wenn auch vielleicht nicht für wahrscheinlich, doch wenigstens für sehr möglich hält.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 8. Febr. §. 30 der Grundrechte hat zu einer großen Anzahl von Anträgen Veranlassung gegeben, welche die Lösung der sozialen Fragen im Auge haben: progressive Einkommensteuer, Garantie der Arbeit u. dgl., Abschaffung aller Steuern auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse. Ein großer Theil der Versammlung, und wohl die Mehrzahl derselben, ist jedoch gesonnen, über diese schwierigen Probleme nichts grundrechtlich festzusetzen; nicht als ob man diese Fragen für unwesentlich hielte, sondern weil es an den nöthigen Erfahrungen in den einzelnen deutschen Staaten noch fehlt, um mit voller Bestimmtheit und Zuversicht festsetzen zu können, was dem Gesammtvaterlande frommt! Auch die Lebensfrage über Schutzzoll und Freihandel ward in der heutigen Debatte und in manchen Anträgen berührt; man wird aber wohl auch hier keinen Beschluß fassen, welcher eine unbedingte Anerkennung des einen oder des andern Systems enthielte, da sich die Ueberzeugung immer mehr verbreitet, daß die Nationalversammlung in ihrer dermaligen Session nicht dazu berufen sei, die zoll- und handelspolitischen Fragen zu erledigen, sondern daß dieses vielmehr dem spätern Reichstag zu überlassen sei, in dessen Staatenhaus auch die Partikularinteressen der Einzelstaaten ihre wohlberechtigte Vertretung finden werden. Man wird alle Anträge, alles vorhandene Material, was auf die handelspolitischen Fragen, auf Gewerbe-, Heimaths- und Ansässigmachungsverhältnisse sich bezieht, füglich dem Handelsministerium überweisen können, um auf Grund dessen, so wie anderer Erfahrungen, Vorlagen für den spätern Reichstag auszuarbeiten. Bei dieser Lage der Dinge ist die in Süddeutschland und namentlich in Altbaiern weitverbreitete Furcht, es möchte die Nat.Vers. Gewerbefreiheit und Beseitigung aller Schutzzölle dekretiren, eine höchst überflüssige und es hat hier sehr befremdet, daß die von drei Mitgliedern des volkswirthschaftlichen Ausschusses entworfene Gewerbeordnung in München vielfach verbreitet und als Ansicht der Nationalversammlung ausgegeben wurde, während dieser Entwurf noch nicht einmal den Reichstagsmitgliedern mitgetheilt worden ist.

Wien. Die neuste Nummer der Ostd. Post liefert einen neuen beklagenswerthen Beweis, auf welchem Fuße man im verjüngten Oesterreich die Presse behandelt. Das Blatt muß auf Befehl des hohen k. k. Militär- und Civilgouvernements einen Artikel aufnehmen, in welchem der verpönte Artikel: „Das Ereigniß in Kremsier," der die Ursache des neulichen Verbotes war, „wenn auch nicht der Form, doch dem Inhalte nach," als einer der aufreizendsten und revolutionärsten Aufsätze bezeichnet wird, „wie sie nur die Schandlitteratur aus den Oktobertagen geliefert hat." Man könnte eine so schmähliche Behandlung eines ehrenwerthen Blattes nur mit den herbsten Empfindungen mitansehen, wenn nicht wie gewöhnlich die hohe Behörde den milderen Reiz des Lächerlichen beigefügt hätte. „Jedermann, heißt es, der den beanstandeten Artikel mit einiger Aufmerksamkeit durchliest und analytisch beurtheilt, findet in jedem Absatze das Banner des Aufrufes zur Empörung aufgesteckt. Wenn auch der gesunde Menschenverstand des Reichstags das durch denselben vertheidigte Prinzip der Volkssouveränetät verworfen hat, so bleibt doch die ausgesprochene Ansicht nicht minder verwerflich. Ein Redakteur, der sich erfrecht, einen derlei Artikel aufzunehmen, durfte nicht mehr die Redaktion behalten." Darum wurde denn das Wiedererscheinen an die Bedingung geknüpft, daß die Redaktion Herrn Kuranda abgenommen werde, der übrigens gleich nach dem Verbot erklärt hatte, daß er während des Ausnahmszustandes nicht mehr als verantwortlicher Redakteur fungiren werde.

Wien, 4. Febr. Wie wir so eben vernehmen, hat der Minister des Auswärtigen den k. k. bevollmächtigten Minister am königl. griechischen Hofe, Freiherrn von Prokesch-Osten, hieher einberufen und an seiner Statt als Geschäftsträger bei der griechischen Regierung den auf Urlaub hier anwesenden Legations-Sekretär derselben Gesandtschaft Viktor von Weiß beglaubigt, welcher in ein oder zwei Tagen nach dem Orte seiner Bestimmung abreisen wird. (Presse.)

* **Wien**, 4. Febr. Die Gerüchte von Zerwürfnissen zwischen dem Ministerium und dem Gouverneur Welden wiederholen sich; insbesondere soll hierzu die Verantwortlichkeitserklärung der Gemeinden hinsichtlich der Waffenablieferung geführt haben. Nachdem nicht nur auf dem Glacis, sondern mitten in der Stadt bei hellem Tage auf einen Offizier geschossen worden war, wurde das Haus umzingelt und durchsucht. Das Ergebniß ist noch nicht bekannt geworden. Die Ausübung des neuen Rekrutirungsgesetzes erregt an vielen Orten Unzufriedenheit; die Wiener Zeitung glaubt sich in einem halb offiziellen Artikel gegen jede Unzukömmlichkeit verwahren zu müssen. Dennoch wird in andern Blättern geklagt, daß in Böhmen dieses Gesetz auf die Altersklasse von 20 — 29 Jahren, statt von 20 — 26 Jahren ausgedehnt wurde. In Handelsverhältnissen sieht es hier sehr kläglich aus. Auch die sonst vielseitig gerühmte Handelsthätigkeit Triest's will nicht viel bedeuten. In Baumwolle, womit es eigentlich die Gesammtfabriken der Monarchie, die sich nicht des englischen Garns bedienen, versieht, wird in einem Vierteljahr noch immer nicht soviel verkehrt, als in Liverpool in 2 Tagen. Auch gewährt die eben erschienene Uebersicht des Triester Handels in den letzten 3 Jahren keineswegs die Einsicht einer erfreulichen Zunahme. Der Werth der Einfuhr, der im J. 1846 sich auf 82½ Mill. belief und 1847 auf 92 Mill. gestiegen war, hatte sich 1848 wieder auf 90 Mill. reduzirt. Die heute veröffentlichten Finanzübersichten sind nicht sehr erfreulich. Im Nov. 1848 ergab sich ein Defizit von nahe an 9 Mill. und nach dem Voranschlag für 1849 von 4 Mill. Auffallend ist die geringere Einnahme bei den indirekten Steuern, welche beim Salz über ½ Mill., beim Zoll 300,000 fl. beträgt. Der frühere Handelsminister Hornbostl ist zum Reichstagsdeputirten in der Fabrikstadt Reichenberg erwählt worden. Seit heute Morgens ist das Civilspital vom Militär umzingelt. Man hat daselbst ein bedeutendes Depot verborgener Waffen gefunden und darauf eine äußerst strenge Untersuchung, die sich bis auf die Krankenbetten erstreckte, gepflogen. In der Vorstadt Thury sind an 2500 Gewehre freiwillig abgeliefert worden.

*** **Berlin**, 5. Febr. Der Ausfall der Wahl hat die schlimme Erwartung noch übertroffen. Es war eine rasch gelieferte Schlacht, schon vor der Mittagsstunde entschieden und die totale Niederlage der Konstitutionell-Konservativen außer Zweifel gestellt. Zweimal Waldeck, zweimal Jakoby, zweimal Rodbertus erwählt! Außerdem Temme, Phillips, Behrends, nur Steuerverweigerer! Grabow, Bornemann, selbst Heinrich Simon blieben in mehr oder minder bedeutender Minorität. Ein viel genannter und bekannter General der Gegenpartei rief im Unmuth, indem er den Saal verließ: Wenn die Provinzen ebenso wählen, dann ist es Zeit, aus Berlin auszuwandern! Den Blinden selbst müssen doch jetzt die Augen aufgehen, was Mißgriffe bewirken können! Von Temme ganz zu geschweigen, dessen Name uns vielleicht zehnfach aus dem Münsterschen Amte zugeschickt wird, so stand hier 10 gegen 1, daß Rodbertus nicht gewählt würde. Er war nicht beliebt, die Radikalen wenden ebensoviel gegen ihn ein, als die rein Konservativen. Radikale und gemäßigtere Demokraten hatten andere von ihnen bevorzugte Kandidaten, einen Heinrich Simon und einige neue Namen. Sie opferten diese, sie versöhnten sich mit Rodbertus' Charakter und Ansichten, um dem unbillig Angegriffenen ein Dankopfer zu bringen? nein — um der Regierung ihren Unwillen über deren Verfahren an den Tag zu legen. Was hilft es jetzt, daß man versichert (und selbst demokratischer Seits), der König sei außer sich gewesen, als er von dem Mißgriff, Rodbertus auszuweisen, gehört; selbst Manteuffel sei der Sache fremd und habe sie gemißbilligt, es sei nur Wrangels Schuld, der so wenig von unsern Verhältnissen kennt, wie er schon neulich gezeigt, als er Bettinen, eine ihm fremde Größe, ausweisen wollte! Es hilft gar nichts, denn das Faktum spricht für sich, die Wirkung ist da, und die, welche uns verderben wol-

len, hören nicht auf unsere Auslegungen, sie legen sich ihre eigenen zurecht, wie sie zu ihren Zwecken passen. Die Konstitutionellen, heißt es, waren bis zuletzt uneinig, die von der äußersten Rechten verderben jeden Erfolg, den Bogen ihrer Forderungen zu straff spannend. Möglich, doch täuscht mich das nicht, der Sieg der Demokratie war für Berlin bei diesem Wahlgesetze längst entschieden. Wenn nicht einmal Grabow durchdringen konnte, was war da für andere zu hoffen! Weiß man doch schon, daß weder er, noch ein anderer Mann des Centrums auch bei den jetzt nöthig werdenden Neuwahlen für die Doppeltgewählten aus der Urne hervorgehen wird. Heinrich Simon hat die meiste Wahrscheinlichkeit. Er würde jedenfalls ein Gewinn sein für eine Berliner Kammer, wenn man sie nach dem Maßstabe der vorigen Nationalversammlung mißt.

♂ **Berlin**, 6. Febr. Vom Ausfalle der hiesigen Wahlen zur zweiten Kammer läßt sich mit gutem Rechte sagen, daß er den Einfall der preußischen Monarchie veranlassen würde, wenn es auf die sogar mehrfach gewählten Herren Waldeck, Jacoby, Behrends, Temme, Phillips allein ankäme. In unseren Wahlkörpern ist sogar der Abgeordnete Rodbertus nur als eine milde Konzession der äußersten Linken an das linke Centrum betrachtet worden, wofür das letztere die Verpflichtung zum Stimmen für die sämmtlichen obengenannten Herren übernehmen mußte. Rodbertus wurde durch die vom Minister des Innern veranlaßte Maßregelung, ihm unerwartet den Wiedereintritt in Berlin zu versagen, und durch seine nothgedrungenen Wanderungen von Pontius zu Pilatus während einer ganzen Nacht, den Wählern lebhaft ins Gedächtniß gebracht, die ihn sonst vergessen oder sich nicht hinlänglich für ihn interessirt hätten. Ein Wahlmann erklärte sich darüber im Aerger höchst naiv: „Rodbertus wählen? Seht ihr denn nicht, daß die Regierung ihn uns auf diese Weise insinuiren will? Ja, ich bin nicht so blind! Jetzt gerade bekommt er meine Stimme nicht!" Die Rechte konnte Keinen der Ihrigen durchbringen, nicht einmal Grabow, der freilich seinem ganzen politischen Sinn gemäß in die erste, nicht in die zweite Kammer gehört. Kein Minister bekam daher auch nur eine Stimme, obgleich die Rechte unter ihren Kandidaten (man denke!) den Kriegsminister vorschlagen wollte, unter dessen nächstem Befehle der General v. Wrangel und also der Belagerungszustand steht. Die Rechte hat sich überhaupt bei allen vorbereitenden Versammlungen und Wahlen starr, kurzsichtig und unfähig zum Unterhandeln gezeigt, während sie bei ihrer numerischen Schwäche im Ganzen, vom Unterhandeln mit äußerstem Geschick und von der Liebenswürdigkeit dabei allein einen Erfolg zu erwarten gehabt hätte. Der große kaufmännische Verein Teutonia lud den Handelsminister v. d. Heydt zum Auseinandersetzen seiner Handelspolitik ein, um sich bei Uebereinstimmung der Ansichten für seine Wahl zu vereinigen, was ihm auf alle Fälle eine Betheiligung am öffentlichen Leben ferner gesichert haben würde. Indessen scheute er die Interpellationen; statt sich blos diese zu verbitten und übrigens frei und kräftig auf dem Wege weiter zu schreiten, wie z. B. schon das Reichsministerium für die deutsche Handelspolitik angedeutet hat, entschuldigte er sich jedoch mit einiger Unpäßlichkeit, wodurch die Teutonia, in welche er seine Räthe nicht senden konnte, seiner kommerziellen und sozialen Politik wahrscheinlich für immer verlustig ging, da bei den jetzigen trüben Aussichten der Minister v. d. Heydt schwerlich der Minister von über'm Jahre bleiben möchte. In allen jenen Wahlen der Berliner ist übrigens wohl mehr Kitzel als Verstand, indessen sind sie in der Politik kaum einjährige Märzhasen und verlassen sich noch darauf, daß: „bis den Bau von Preußens Welt Berlins Verstand zusammenhält," der große Kern der Nation sich nicht durch sie irre machen lassen werde.

Berlin, 6. Febr. Die Voruntersuchung, welche gegen einen Theil der Abgeordneten der frühern Nationalversammlung wegen der Steuerverweigerung eingeleitet worden, ist nunmehr so weit gediehen, daß zur Vernehmung der einzelnen Abgeordneten selbst geschritten worden ist. Von mehreren derselben ist aber dem Untersuchungsrichter, Hrn. Kammergerichtsrath v. Bülow, bereits die merkwürdige Erklärung zu Theil geworden: daß die Abgeordneten der Nationalversammlung sich noch immer als Mitglieder derselben betrachten müßten, daß die Nationalversammlung noch in ihren Mitgliedern fortbestehe, und daß also ohne Erlaubniß der Nationalversammlung kein einzelnes Mitglied derselben zur Untersuchung gezogen werden dürfe; die Staatsgewalt möge erst die Nationalversammlung wieder einberufen und deren Genehmigung einholen, nur dann könne ihm von den einzelnen Angeschuldigten eine Erklärung zu Theil werden. Das Gericht soll unter diesen Umständen darauf Verzicht geleistet haben, sich noch ferner auf eine Vernehmung der Abgeordneten einzulassen; es steht nunmehr in kurzer Zeit ein definitiver Beschluß des Kammergerichts darüber zu erwarten, ob die Steuerverweigerung ein Kriminalverbrechen sei oder nicht.

Halle, 5. Febr. In Erfurt ist der Republikaner Krackrügge und in Langensalza der ultrademokratische Schullehrer Schramm, in den Kreisen Delitzsch und Bitterfeld der Assessor Schulz aus Delitzsch und der Pastor Hildenhagen wieder gewählt worden. (D. P. Z.)

0 **München**, 5. Febr. Der erste Schlachttag im Adressenkampfe der Kammer der Abgeordneten neigt sich zu Ende, ohne daß eine der beiden Hauptfaktionen aus dem Felde geschlagen wäre, ohne daß Der, welcher nichts von der innern Geschichte der Parteiungen weiß, einen wahrscheinlichen Erfolg voraussagen könnte, wiewohl die allgemeine Diskussion über die Adresse in der heutigen Sitzung bereits zum Abschlusse kam. Die ganze Rechte, die allein in der Kammer unter allen Fraktionen das Vereinbarungsprinzip mit der Reichsversammlung in ihr System aufgenommen hat, schwieg; der einzige Abel nahm Theil am Beginne der Debatte, so lang es sich um Formsachen handelte; an der Adreßdebatte nahm auch er noch keinen Antheil. Auf die heftigsten Angriffe, die schonungslosesten Enthüllungen seines zehn Jahre lang durchgeführten Systems, auf die energischen persönlichen Herausforderungen, erwiderte er nur mit einem sarkastischen Lächeln; es schien, als ob alle Pfeile an dieser ehernen Brust abprallten. Der Kampf wurde bis jetzt nur zwischen der Linken und dem linken Centrum geführt, und durch einige kräftige Interpellationen wurde auch das Ministerium genöthigt, an dem Kampfe sich zu betheiligen. Die Linke verlangte vor Allem unbedingte Geltung der deutschen Grundrechte und aller von der Centralgewalt publizirten Gesetze; sie will sofortige Verkündigung derselben durch die vom Gesetze bestimmten Organe; das rechte Centrum erkennt ebenfalls die Gültigkeit der Grundrechte an, will aber zu ihrer Einführung in Baiern die Vorlage eines besonderen Gesetzes. Doch auch sie hält die gesetzgebenden Körper des Sonderstaates für nicht berechtigt, bei der Berathung dieses Einführungsgesetzes in die Materie einzugehen. Sie will nur die durch die baierische Verfassung gebotene Form gerettet wissen, und die Grundrechte sollen ein Hauptbestandtheil derselben bilden, das Uebrigbleibende ihnen gemäß revidirt werden. Wird die Kammer auf dies Verlangen des rechten Centrums eingehen, so sind die Grundrechte für Baiern verloren: denn das baierische Gesetz verlangt für die Einführung eines jeden neuen Gesetzes die Zustimmung von zwei Drittheilen beider Kammern und die der Krone. Niemals aber wird die Reichsrathskammer in der verlangten Majorität in die Einführung dieser Gesetze willigen; ist es doch schon sehr unwahrscheinlich, daß sie nur in absoluter Mehrheit sich für die Grundrechte aussprechen werde. Auch das Mißtrauen in die Geneigtheit der Krone, den Wünschen des Volks in dieser Frage zu willfahren, ist trotz allen gegentheiligen Versicherungen nur zu gegründet. Im Namen des Ministeriums erklärte zwar der Justizminister Heinz, daß die Regierung als solche gar keinen Grund habe, gegen die Grundrechte zu sein; daß wenn die Kammer es verlange, sie deren Verkündigung durchaus nicht entgegen sei, und dieselbe nur von dem in der Kammer kundwerdenden Volkswillen, wie die Verfassung es verlange, abhängig mache — aber Niemand schloß aus dieser Erklärung eine andere Folgerung, als daß die Minister in der Erkenntniß, daß doch die deutsche Sache siegreich aus der Kammer hervorgehen werde, wenn auch besiegt, doch ihre Portefeuilles behalten werden. Eine Anfrage an das Ministerium betraf die Abfassung der Thronrede, oder vielmehr deren muthmaßlichen Autor. Herr v. Beisler gab zu, daß der bisherige Gebrauch, wonach die Thronrede immer vom Könige verfaßt wurde, auch diesmal beibehalten worden sei: die Minister hätten nur dafür Sorge getragen, daß nichts darin sei, was sie nicht vertreten können. Daß die Minister aber auch dafür zu sorgen gehabt, daß alles Das, was in die Thronrede gehört, hineinkomme, scheint der konstitutionelle Minister des Innern nicht wissen zu wollen. Bezüglich der deutschen Verfassungsfrage gab Heinz auch eine merkwürdige Erklärung ab: Keine Regierung meine es aufrichtiger um die deutsche Einheit, als die baierische, denn sie sehe wohl ein, daß

nur durch diese Einigung Ruhe auf die Dauer zu erwarten sei. Sie verfolge keine Sonderbestrebungen, aber sie trete allen denen entgegen, welche Sonderbestrebungen verfolgen. Sie wolle Ein Deutschland, aber kein halbes. Der Minister vergaß dabei nicht, auf seine schon früher erprobte deutsche Gesinnung zu einer Zeit, wo dieselbe nicht Gewinn brachte, hinzuweisen, indem er eine betreffende Stelle aus der Adresse des baierischen Landtages von 1847 zitirte, deren Redakteur er war. Schließlich bestand er auf dem Recht der Regierung, mit der Nationalversammlung die Verfassung zu vereinbaren und hofft davon einen schnellen und günstigen Erfolg. Noch will ich erwähnen, daß das rechte Centrum, dessen Hauptredner Graf Hegnenberg-Dux ist, einen Unterschied zwischen Vereinbarung und Verständigung macht, und die letztere für sich vindizirt; sie begreift aber unter Verständigung die Mittheilung von Vorstellungen von Seiten der Einzelstaaten an die Nationalversammlung vor der zweiten Lesung, wobei sie die Vollgültigkeit der Endbeschlüsse der Reichsversammlung vollkommen anerkennt.

÷ **Stuttgart**, 5. Febr. Wenn die Kammer selbst nicht langweilig ist, so ist es der Gegenstand, den sie verhandelt, und dennoch ist dieser Gegenstand von so eingreifender Wichtigkeit und zwar nicht blos in Würtemberg, daß wenigstens das Resultat der weitläuftigen Berathungen auch für Sie ein Interesse in Anspruch nehmen darf. Es handelte sich bei der Berathung des Zehntablösungsgesetz um die Frage: „Kann der Zehntherr sich der Erfüllung einer auf dem Zehnten ruhenden, vor der Ankündigung des Gesetzes verfallenen Leistung durch Abtretung des Zehnten, resp. des Ablösekapitals, entschlagen?" Die Frage ist schließlich verneint und der Zehntberechtigte für verpflichtet erkannt, jene bereits fällig gewordenen Leistungen zu erfüllen. Als maßgebend wurde der Gesichtspunkt betrachtet, daß die Entsagung eines Rechts, wenn sie überhaupt nur der Zukunft, nicht der Vergangenheit gelten könne, noch weniger einer mit diesem Rechte zusammenhängenden und bereits existent gewordenen Verbindlichkeit Eintrag thun dürfe. Daß dieser Gesichtspunkt den Grundsätzen des strengen Rechts entsprechend ist, kann nicht bezweifelt werden, wohl aber möchte es gerechtfertigt erscheinen, wenn man auch hier jener Billigkeit, die, mit dem Namen des Zeitbewußtseins geschmückt, in andern Verhältnissen das strenge Recht so vielfach bei Seite läßt, wenn man, mit andern Worten, der Betrachtung ein wenig Rechnung getragen hätte, daß die auf dem Zehnten ruhenden Leistungen häufig entweder gar nicht, oder doch nicht in dem Maße und in der Ausdehnung entstanden wären, wenn damals bereits eine zwangsweise Ablösbarkeit des Zehnten bestanden hätte. Es war übrigens nur konsequent, wenn die Kammer dieselbe Verpflichtung des Zehntberechtigten in dem Falle aussprach, wo über eine vor Verkündigung des Gesetzes bereits verfallene Leistungsverbindlichkeit oder über deren Umfang Streit entsteht und dieser zum Nachtheile des Zehntberechtigten entschieden worden ist. Wie lebhaft der ganze trockene Gegenstand das Publikum und namentlich die wesentlich dabei betheiligte ländliche Bevölkerung interessirt, beweisen die mannigfaltigen ländlichen Trachten auf den überfüllten Gallerien. Am Schluß der Sitzung brachte der Abgeordnete Seeger die Ungewißheit zur Sprache, welche in Hinsicht auf die Ausübung des Jagdrechts seit der Verkündigung der Grundrechte bestehe. Staatsrath Düvernoy begnügte sich zu entgegnen, daß der Gegenstand in den nächsten Tagen zur Erörterung kommen werde. Wie kommt es doch, das ist eine Betrachtung, die sich mir hierbei wiederholt aufdrängt, wie kommt es doch, daß die Massen, trotz ihrer viel gepriesenen Reife, so häufig so beispiellosen Unsinn aus den Grundrechten herausinterpretiren! Liegt das an den Massen, an den Grundrechten, oder an beiden?

λ **Kassel**, 6. Febr. Vor einem Monate hatte unsere Ständeversammlung ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß der König von Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen sei. Unsere Regierung erließ darauf an ihren Bevollmächtigten eine etwas vorsichtig und reservirt gehaltene Note, deren Wendungen der Kammer Anlaß gaben, einen ihrer Ausschüsse mit der Begutachtung derselben zu beauftragen. In den Berathungen des Ausschusses mit dem Ministerium erhellte die materielle Uebereinstimmung des letztern mit den Ansichten der Kammer; es zeigte sich aber auch, daß die Regierung wenig Neigung hatte, eine aktive Initiative in der Sache zu ergreifen, und eine Stellung vorzog, in der bei jedem möglichen Ausgang möglichst wenig präjudizirt wäre. Um so erfreulicher ist es, daß die Kammer auf ihrem ursprünglichen Wege fest geblieben ist. In der heutigen Sitzung legte der Berichterstatter des Ausschusses, Abgeordneter v. Sybel, ein Gutachten vor, in dem die von dem hessischen Staate einzunehmende Stellung mit Rücksicht auf die preußische Note näher bezeichnet war. Es wird dort der von Preußen vorgeschlagene Weg der Verständigung zwischen der Reichsgewalt und den Einzelnstaaten als der einzig praktische anerkannt; es wird dem Gagern'schen Programm, welches ebenso wie die preußische Note, den weiteren Staatenbund mit Oesterreich von dem engeren Bundesstaate ohne Oesterreich unterscheidet, die vollständigste Billigung gezollt; es wird hervorgehoben, daß es jetzt die Pflicht jedes Individuums und jedes Einzelstaates sei, nicht zu temporisiren, sondern zu sagen was man wolle, und thätig zur Erreichung des gewollten Zieles mitzuwirken. Auf diesen Prämissen ruhten die Anträge des Ausschusses: die Ständeversammlung möge erklären, sie halte es unter den gegenwärtigen Umständen für dringend nothwendig, daß der Bevollmächtigte bei der Centralgewalt sofort vollständige Instruktion erhalte; sie erachte den Titel des Reichsoberhaupts für minder wichtig, „würde aber mit desto größerer Freude einen Beschluß der Nationalversammlung begrüßen, durch welchen die Erblichkeit der Oberhauptswürde ausgesprochen würde;" sie hält es nicht für zweckmäßig, irgend welche Aenderungen zu den bisher gefaßten Beschlüssen der Nationalversammlung zu beantragen, erachtet es aber für geboten, „daß durch offene Erklärung jeder Zweifel beseitigt werde, als ob Seitens der Regierung und der Stände Kurhessens den bisherigen Beschlüssen der Nationalversammlung die Anerkennung fehlen könne." Diese Anträge wurden Seitens der Radikalen mit den gewöhnlichen Argumenten, von der Ausweisung Oesterreichs, der Theilung Deutschlands u. s. w. bekämpft, dagegen von den Abgeordneten Nebelthau, Henkel und Sybel mit entschiedenem Erfolge vertheidigt. An der Bereitwilligkeit der Regierung, auf die hier festgestellten Grundsätze einzugehen, scheint um so weniger zu zweifeln, als vorgestern Abend der Kurfürst persönlich nach Berlin gereist ist, um dort seine Ansicht über die Oberhauptsfrage festzustellen.

□ **Friedberg**, 6 Febr. So eben geht von hier ein Piket des hier garnisonirenden Infanterieregiments nach Büdingen ab. Man weiß bis jetzt nur, daß dort unter den Bauern Unruhen ausgebrochen und, wie es scheint, gegen den Standesherrn gerichtet sind.

** **Oldenburg**, 5. Febr. Heute endlich hat der unerfreuliche Streit zwischen dem Landtage und dem Großherzoge über die Domänenangelegenheit seine Erledigung erhalten. Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung trotz der Anstrengungen einer kleinen Partei den Vorschlag des Ministeriums mit der überwiegenden Majorität von 26 Stimmen gegen 5 angenommen. Der Großherzog erklärt nach demselben die Domänen als Staatsgut gegen eine Civilliste von 170,000 Rthlr., von denen die eine Hälfte auf die Revenüen von Krongütern unveränderlich bleibt, die andere in baarem Gelde bei jedem Regierungswechsel neu vereinbart werden muß. Im Ganzen ist man mit diesem Ausgange der Sache allgemein zufrieden, und das Ministerium hat sich durch seine Haltung auch bei dieser Frage ein großes Verdienst um Fürst und Volk erworben, da ihm allein das Zustandekommen einer gütlichen Ausgleichung zuzuschreiben ist, welche der Agitation im Lande ein Ende macht. Der Landtag wird jetzt nur noch einige Geldsummen für außerordentliche Bedürfnisse — Errichtung von Kavallerie — bewilligen und dann sich auflösen. Ueber die Zeit der Neuwahlen zu dem ersten legislativen Landtage verlautet noch nichts Bestimmtes.

Großbritannien.

* **London**, 1. Febr. Im Unterhaus, wo Lord H. Vane und Hr. Bunbury die Adresse beantragten und begründeten, war Disraeli der Hauptredner gegen die innere und äußere Politik des Kabinets. Mit der ihm eigenen Keckheit und Virtuosität sprang Disraeli von einem Gegenstande zum andern, von einer Weltgegend zur andern, von der Eider zum Po und vom Po zum La Plata über, griff jetzt zur Freude der Cobdenschen Partei das Ministerium und gleich darauf zur Freude der Minister die Grundsätze der Cobdenschen Partei an, verstieg sich sogar auf das national-ökonomische Gebiet und warf mit Hunderttausenden und sogar Millionen Ellen Baumwollengespinnsten um sich, mochte jedoch fühlen, daß dies nicht sein Feld sei, und versprach daher dem Hause noch zu rechter Zeit, auf ein interessanteres Feld, auf das

der auswärtigen Politik überzugehen. Auch hier spielte er seine Rolle mit Geist, Witz und zum Theil oratorischem Glanz; wenn aber schon die Grundsätze, die er zur Schau trägt, allerdings die von Alt-England sind, so erweckt doch die Art, wie er mit ihnen jongleurartig spielt, immer wieder leise Zweifel, ob sie ganz ehrlich bei ihm gemeint seien, ob sie in ihm wie ein Nothwendiges festsitzen, wie denn auch die Gattung des Witzes, die ihm zu Gebote steht, mehr französisch pikanten Reiz und moderne Leichtigkeit, als die derbe Naturkraft des altenglischen Humors besitzt. Eine Gabe schärfster, beißendster Kritik kann ihm aber Niemand absprechen. Hier einige Beispiele für viele: „Schaut auf den Zustand Frankreichs! schaut auf den Zustand von ganz Centraleuropa, diese schönsten und begünstigsten, diese Länder von reichster Bildung! In Frankreich erblicke ich eine Republik ohne Republikaner, und in Deutschland ein Kaiserreich ohne Kaiser (Gelächter). Das heißt Fortschritt! Das ist die glänzende Errungenschaft des allgemeinen Stimmrechts! („This is the brilliant achievement of universal suffrage!" — (Beifall und Lachen), die hochpolitische Vollendung der Volkssouveränetät. Ja doch! da habt Ihr die konstitutionellen Muster und die politischen Vorbilder, die unser freies und altberühmtes Großbritannien nachahmen soll. Dann wieder Vermittelungen, ohne einen zu vermittelnden Gegenstand — lauter Saturnalien der Diplomatie! Orgien der Staatsmänner!" Wie Hr. Disraeli von dem „zusammengelaufenen" deutschen Parlament denkt, läßt sich einsehen. Er sagt unter anderm: „Ein altes und unabhängiges Königreich (Dänemark) wurde von einer Versammlung angegriffen, die in einer Stadt Deutschlands tagt. Mir kommt die Versammlung zu Frankfurt vor wie ein deutscher Roman, und ein deutscher Roman, das wissen wir Alle, mag ein verderbenstiftender Artikel sein. Es könnte nichts Ungerechteres, Gewaltthätigeres und doch Schwächlicheres geben, als das Verfahren der Frankfurter Versammlung" u. s. w. Hart fuhr der Redner die Minister in der lombardo-österreichischen Frage an. Weil sie sich fest davon überzeugt gehalten, meinte Disraeli, daß Oesterreich auf dem Punkte sei, auf der europäischen Landkarte ausgestrichen zu werden, so hätten sie sich aufs Vermitteln gelegt, ohne daß der Kaiser davon etwas habe wissen wollen. Und nun habe Oesterreich — und Jeder, der seine Hilfsquellen gekannt, sei voraus davon überzeugt gewesen — in der gegenwärtigen Krise, wie in allen früheren, eine solche Weisheit dargethan und seine Macht in solcher ausgezeichneten Weise entwickelt, daß es in den Augen Europas noch höhergestellt erscheine, als vor dem Kampfe. (Beifall der Opposition.)

Der Redner nahm weiterhin Veranlassung, auf die Stelle in der Thronrede anzuspielen, worin große Reduktionen im Vergleich zum vorjährigen Budget versprochen sind. Der Redner bittet um Erklärung, wo man denn so große Reduktionen vornehmen wolle? etwa im Heerwesen, jetzt, wo man nicht nur neue Regimenter in Indien brauche, sondern wo auch die gesammte Weltlage unsicher sei, wo 2 Mill. Bewaffnete über die Oberfläche Europa's in kriegerischen Bewegungen hin- und herzögen oder für Feindseligkeiten gerüstet ständen? Sodann folgen maßlose Ausfälle auf den Radikalismus von Manchester, in welchem Disraeli nicht mit Unrecht republikanische Ansichten und demokratische Zwecke wittert. Hr. Disraeli äußerte unter anderm: „Ich habe eine von Robespierre im Konvent gehaltene Rede gelesen, welche der Freihandelshalle selbst würdig erscheint, und ich zweifle nicht, daß, wenn er heutzutage gelebt hätte, er unter die Leaguisten gegangen und dann, so viel ich mir denke, ein eben so ehrenhafter und talentvoller Mann gewesen sein würde, als irgend ein Mitglied der politischen Schule von Manchester." (Gelächter und Beifall). Zum Schluß erhob sich Disraeli zum oratorischen Pathos: „Wir stehen hier", sagte er, „nicht nur um den Thron, sondern auch das Reich aufrecht zu halten, die industriellen Rechte der arbeitenden Klassen zu wahren, dem Kolonialsystem wieder emporzuhelfen, die von verkappten Feinden angegriffene Kirche zu retten und die Majestät des Parlaments gegen die Umtriebe der Jakobiner von Manchester zu schützen." Der Redner steigerte seinen Patriotismus bis zu der Phrase, daß ihm eher die Zunge erlahmen möge, ehe er dem englischen Volk riethe, eine demüthigere Haltung anzunehmen. Wer da weiß, wie lieb dem sprechlustigen Disraeli gerade seine Zunge ist, der wird die Bedeutung dieser Phrase zu würdigen wissen.

Lord John Russell entgegnete Hrn. Disraeli, dem er kurzweg zu verstehen gab, daß sich derselbe auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sehr schlecht umgesehen. Scherzweise führte der sonst sehr ernsthafte Minister unter anderem an, daß Hr. Disraeli in seinem Eifer für Titel dem Könige von Sardinien noch den Titel eines Königs von Piemont zugelegt habe, wie denn Russell überhaupt Hrn. Disraeli's Angriffe nie sehr gewichtig nimmt und sie mit einigen leichten Wendungen zu pariren liebt. Von der Person Disraeli's der Sache selbst näher rückend, wird dann der Minister um so ernster, ohne jedoch je die ihm eigene milde Ruhe zu verlieren. Der Minister trat in seiner Rede unter andern der ziemlich verbreiteten Meinung entgegen, daß der Kaiser von Oesterreich in seiner Angelegenheit mit dem Könige v. Sardinien England um Vermittelung angegangen, daß aber England diesem Gesuch nicht gewillfahrt habe. Der Sachverhalt sei folgender: „Dem Kaiser v. Oesterreich gefiel es, einen österr. Staatsmann — einen sehr ausgezeichneten Mann, einen Gentleman, mit dem ich (setzte Russell hinzu) zu verkehren oft Gelegenheit hatte und mit dem ich stets mit großem Vergnügen verkehrte — nach England zu senden, mit dem Vorschlage, daß England zwischen ihm und dem Könige von Sardinien ein Verständniß anbahnen möge. „Wir, fuhr Russel fort, gingen auf diese Vermittelung ein, schlugen jedoch gewisse Aenderungen in den Grundbedingungen dem Kaiser zur Annahme vor. Hierauf wurde österreichischerseits nicht eingegangen, sondern gesagt, es müsse auf der ursprünglichen Basis verhandelt werden. In einer späteren Zeit trugen wir dem Kaiser eine Vermittelung an, aber unter diesen Umständen beschlossen der König von Sardinien und seine Räthe, sich an Frankreich um Beistand zu wenden. Hierauf fand zwischen uns und der französischen Regierung ein Briefwechsel statt, und die französische Regierung, auf unser Ersuchen, willigte darein, in Italien sich aller Feindseligkeiten gegen Oesterreich zu enthalten und in Verbindung mit uns beiden Ländern eine Vermittelung vorzuschlagen."

Was die Frage der dänisch-deutschen Herzogthümer betrifft, so hatte Hr. Disraeli versichert, daß, wenn England sich nicht eingemischt hätte, auch hier die zwistige Angelegenheit (natürlich zu Gunsten Dänemarks) bereits entschieden sein würde. Dieser Versicherung entgegnete Russell mit den Worten: „Was würde (im Fall England nicht mit Vermittelungen zu Hülfe gekommen wäre) geschehen sein? Der König von Dänemark würde der Macht der Deutschen Widerstand geleistet haben, die Deutschen würden auf ihrer Lieblingsmeinung bestehen geblieben sein, daß sie ein Recht auf Schleswig hätten, Rußland und Frankreich würden ihre Standpunkte genommen haben, die aber ohne das eintretende Gegengewicht einer friedlichen Vermittelung ohnfehlbar zum Kriege (also wohl Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland) geführt hätten; und demnach erhebt der ehrenw. Gentleman (Disraeli) darüber Klage, daß wir den Frieden aufrecht erhielten, indem wir dem gleichzeitigen Wunsch Dänemarks und Preußens und der deutschen Centralgewalt, daß wir die Vermittelung übernehmen möchten, Genüge thaten." Aus den Aufklärungen des Ministers über die neapolitanisch-sicilianische Angelegenheit, über die wir demnächst die im Unterhause am 2. Febr. gegebenen Aufschlüsse Palmerston's mittheilen, ziehen wir folgende Stelle aus: „Man hat gesagt, daß eine ansehnliche englische Flotte zu Neapel versammelt war, zu dem Zwecke, die neapolitanische Expedition vom Auslaufen abzuhalten; das ist ein Irrthum. Sir W. Parker ist mit der Flotte dahin gegangen, um, wozu er sich berechtigt glaubte, Sühnung für gewisse Beleidigungen zu fordern." (In diesem Falle würde Parker nebenbei freilich den Zweck erreicht haben, zugleich die neapolitanische Flotte am Auslaufen zu hindern. Ueberhaupt hat diese Vermittelung in der neapolitanischen Angelegenheit noch manche zweideutige Flecke und wird ohne Zweifel noch zu heftigen Angriffen auf das Ministerium Anlaß geben. Der Aussage Russell's zufolge, hätte der französische Admiral bei Messina nur deshalb intervenirt, um den von beiden Seiten begangenen Grausamkeiten und Zerstörungen ein Ziel zu setzen; namentlich hätten die Messinesen gegen die im Dienste des Königs von Neapel stehenden Schweizer arg gewüthet, sie in Stücke zerrissen und die Fetzen in den Straßen umhergetragen. Doch wir werden bald Lord Palmerston hören.) In Bezug auf die Angriffe Disraelis gegen die Finanzreformvorschläge Cobdens erklärte sich Russel mit ihm im Ganzen einverstanden; Russell versicherte, daß er Cobdens Plan in toto mißbillige; die Reduktionen, welche die Regierung vorzunehmen gedenke, würden nur der Art sein, wie sie die Ehre und die Sicherheit des Landes gestatteten; nächst der göttlichen Versehung verdanke man ja die Erhaltung des Weltfriedens nur der

Kraftentwicklung, der Weisheit und Umsicht dieses mächtigen (des britischen) Volkes.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Febr. Aus der Verhandlung über die Oudinot'sche Tagesordnung (deren Gang und Ergebniß wir gestern mitgetheilt), geben wir noch den Inhalt der Rede des Ministers des Innern und einige andere Einzelheiten. Leon Faucher begann: „Ich will nicht wieder die letzten Samstag geschlossenen Debatten eröffnen, sondern nur einige Erklärungen über die gestern im Moniteur enthaltene Note (über das Verbleiben der Minister im Amt) geben: es scheint, dieselbe ist nicht von Jedermann richtig verstanden worden. Fern von uns ist jeder Gedanke, der Nationalversammlung die ihr schuldige Achtung verweigern zu wollen; unsere Absicht war blos, das Land über die etwaigen Besorgnisse, keine Regierung an der Spitze Frankreichs zu sehen, zu beruhigen." Er erklärt hierauf, daß er Befehle gegeben, daß man sich in Zukunft in dem fraglichen Bulletin aller Polemik enthalte. Auf die Frage des Verbots der Klubs übergehend, erklärt der Minister, daß nicht nur in Paris, sondern überall Klubs beständen, in Lyon z. B. gäbe es deren 132. Er liest Auszüge der daselbst gehaltenen Reden, und hebt folgende Stellen hervor: „Das Besitzthum ist nichts als ein Diebstahl" — „das Volk, dem man das Recht zur Arbeit verweigert, hat das Recht, ein Gewehr zu nehmen, um sich seine Nahrung zu verschaffen." Hierauf erklärt der Minister, daß seit langer Zeit ein ausgebreitetes Komplott angezettelt gewesen, dasselbe sollte erst später ausbrechen, allein die Aufregung, welche die Reorganisation der Mobilgarde in diesem Korps hervorbrachte, schien den geheimen Gesellschaften eine günstige Gelegenheit zu sein, um loszuschlagen. Eine Deputation von Mobilgardisten begab sich zum Präsidenten, eine andere Abtheilung bemächtigte sich des Forts Labeiche bei St. Denis. Die Verhaftung des Obersten Forestier hatte ihren Grund in einigen unüberlegten Aeußerungen dieses Bürgeroffiziers. Die Gerichtsbehörde hat jedoch dessen Freilassung ausgesprochen. Der Minister endet mit den Worten: „Die Regierung hat geglaubt, es sei ihre Pflicht der Gefahr zuvorzukommen, eher als sie zu bekämpfen, wenn sie ausgebrochen (prévenir plutôt que réprimer).

Flocon fragt ob die vom Minister so eben verlesenen Dokumente über die Klubs der Kommission vorgelegt worden seien, die mit dem Gesetz über dieselbe beauftragt worden, wo nicht, so wünsche er den Grund davon zu wissen; seien sie aber mitgetheilt worden, so habe die Kommission dieselben keiner besonderen Aufmerksamkeit gewürdigt. Einige der vom Minister verlesenen Reden seien in Wahlvereinen — und nicht in Klubs gehalten worden. Der Redner geht in einige Details über die Note im Moniteur ein, die aber so schwach sind, daß er nur mit dem allgemeinen Ruf: „zum Schluß, zum Schluß" die Tribüne verläßt.

General Oudinot entwickelt hierauf die von ihm vorgeschlagene Tagesordnung: er will das Ministerium nicht von allem Tadel freisprechen; vielleicht hat dasselbe Fehler begangen, aber dieß ist nicht der Augenblick, es zu verurtheilen, es handelt sich bloß um eine Dringlichkeitserklärung; erweitern wir die Debatte nicht unnöthigerweise!

Dupont (von Bussac) widersetzt sich der von General Oudinot vorgeschlagenen Tagesordnung. Das Ministerium bekennt sich zu einer höchst verderblichen Lehre, wenn es behauptet, daß die National-Versammlung nicht mehr Gewalt als der Präsident habe. Der Redner erinnert an die Diskussion über die Konstitution und führt die Worte des Berichts der Konstitutions-Kommission an, worin der gegenseitige Wirkungskreis der Versammlung und der exekutiven Gewalt festgesetzt wurde. Der Redner beschuldigt das Ministerium, selbst die Ursache der Aufregung im Lande zu sein, und als Beweis hievon führt er an, daß von einem Tage zum Andern 500 Arbeiter im Arsenale von Straßburg abgedankt worden seien, an demselben Tage, wo man einen Aufstand befürchtet; und nur die Klugheit des Munizipalrathes von Straßburg kam der Gefahr durch die Erklärung zuvor, daß die Stadt alle diese arbeitslosen Leute beschäftigen werde. Der Redner liest einen Brief von Cherbourg, woraus hervorgeht, daß die Oberbeamten des Hafens den Arbeitern, die abgedankt wurden, antworteten: seit der Abschaffung der Salztaxe fehlt es der Regierung an Geld, um die Arbeiter zu beschäftigen. Der Redner beschäftigt sich auch mit der Verhaftung des Herrn Forestier, die er ebenfalls für illegal erklärt.

Der Kriegsminister erklärt, daß Befehle gegeben, um die Civilarbeiter in den Arsenalen von Douai, Toulouse, Straßburg, fortwährend zu beschäftigen und daß die Unterbrechung der Arbeit in Straßburg nur ein Mißverständniß gewesen. Tracy, Marine-Minister, protestiert ebenso energisch gegen die Behauptung Hrn. Duponts über die Vorfälle in Cherbourg.

Der Präsident erklärt nach dem Schluß der Verhandlungen, daß die Priorität für die von General Oudinot vorgeschlagene motivirte Tagesordnung verlangt worden und es wird hierüber zum geheimen Skrutinium geschritten.

Zuerst wird die Priorität der Oudinot'schen Tagesordnung (vor der Perrée'schen) mit Stimmenmehrheit und dann sie selbst (wie bereits gemeldet) angenommen.

Oesterreichische Monarchie.

Von der österreichischen Grenze, 4. Febr. In Folge der Zerwürfnisse mit Stratimirovic, welche die bisherige Einigkeit der Serben namhaft zu gefährden drohen, hatte der Patriarch zur Schlichtung der zwischen ihm und dem Komite obwaltenden Differenzen eine aus 15 Personen bestehende Kommission ernannt. Der Patriarch neigt bekanntlich zum österreichisch-ministeriellen Konservatismus. Die Raizen aber selbst und ihr Komite sind bei Weitem progressiver und selbst demokratischer gesinnt als die Kroaten. (Leipz. Z.)

Italien.

Turin. Am 1. Febr. erfolgte die Eröffnung der piementesischen Kammern durch den König Karl Albert in Person; bei der Auffahrt wurde sowohl Se. Majestät als der Minister Gioberti mit dem lebhaftesten Volksjubel begrüßt. Folgendes sind die zwei prägnantesten Stellen der Thronrede: „Die Konföderation der italischen Fürsten und Völker ist einer der liebsten Wünsche Unseres Herzens, und Wir werden alle Kraft anstrengen, dieselbe rasch zur Ausführung zu bringen." Dann: „Alles läßt uns hoffen, daß die von zwei befreundeten und edelmüthigen Fürsten Uns angebotene Vermittelung schnell ihr Ziel erreichen werde (sia per avere pronto fine). Sollte Unser Vertrauen getäuscht werden, so würde dies Uns nicht hindern, den Krieg mit fester Siegeshoffnung wieder aufzunehmen." Dem sardinischen Heere sind in der Rede die höchsten Lobsprüche gezollt. (A. Z.)

* **Rom**, den 30. Jan. Die Verkündigung der Gewählten hat vorgestern den Anlaß zu einem glänzenden Volksfest gegeben. Die Stimmenzahl, die Jeder erhalten, ist folgende: 1) Advokat Francesko Sturbinetti 26,153; 2) Av. Carlo Armellini 13,175; 3) Dr. Pietro Sterbini 11,718; 4) Monsig. Carlo Emanuele Muzzarelli 11,555; 5) Adv. Giuseppe Galletti 11,277; 6) Felice Scifoni 9859; 7) Graf Pompeo Campello 9317; 8) Adv. Professor Pasquale Derossi 7706; 9) Major Alessandro Calandrelli 7697; 10) Adv. Giuseppe Gabussi 7095; 11) Livio Mariani 6777; 12) Carlo Bonaparte, Fürst von Canino 6119.

Die Epoca versichert, daß bei Gaeta nur zwei spanische Schiffe auf der Rhede sind, mit Einem General an Bord. Einige andere sollen im Angesicht der Stadt sein, aber auch nur 1000 Mann haben. Zwischen Sardinien und Spanien würden noch immer Unterhandlungen gepflogen, um die päpstliche Frage ohne Zuziehung einer dritten Macht zu entscheiden. Der im Morgenblatt von uns gegebenen Nachricht betreffs des Generals Latour scheint ein Schreiben zu widersprechen, das derselbe in der Bologneser Ztg. veröffentlicht. Es ist an den Präsidenten der Stadt Bologna gerichtet; und er erklärt darin, dem einstimmigen Wunsche der Bevölkerung nicht widerstehen zu können; er habe der unter ihm stehenden Schweizerbrigade den Befehl ertheilt, in ihren Garnisonen zu bleiben und vom 30. Jan. an den gewohnten Platzdienst wieder zu versehen.

Schweiz.

Tessin. Laut dem Republikano ist von dem eidg. Repräsentanten in diesem Kanton, Hrn. Sidler, auf Veranlassung einer Anfrage der hiesigen Regierung bei dem eidg. Bundesrathe angefragt worden, ob lombardische Flüchtlinge mit piemontesischen Pässen zu dulden seien. Der Bundesrath habe diese Frage verneinend beantwortet, indem sonst der Beschluß der Bundesversammlung vom 27 November v. J. illusorisch gemacht würde. (N. Z. Z.)

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 9. Februar.

Tagesordnung der 167. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte: Art. VII. §. 30, Art. IX. Art. XII. §. 43—48, in Verbindung mit dem zu Art. VI. §. 30 derselben vom Abgeordneten Degenkolb, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Bericht über eingegangene Anträge auf Bürgschaft und Schutz der Arbeit.

Präsident Ed. Simson eröffnet die Sitzung 9¾ Uhr Vormittags. Der Abgeordnete Hr. Quante aus Baiern zeigt seinen mit dem 13. d. M. erfolgenden Austritt aus der National-Versammlung an. Dagegen werden drei neu eingetroffene Mitglieder den Abtheilungen zugetheilt. Unter den Flottenbeiträgen sind 3300 Gulden, Ertrag einer Verloosung von weiblichen Handarbeiten Frankfurter Frauen und Jungfrauen (Bravo!), zunächst bestimmt zur Anschaffung eines Kompasses und des Segelwerks einer Fregatte. Nachdem Hr. v. Buttel einen Bericht des Prioritäts- und Petitionsausschusses angemeldet hat, ruft Hr. Werner aus Oberkirch das Reichsministerium der Justiz an, wegen der von dem Präsidenten des kaiserl. österreichischen Oberrechnungshofs in Wien gegen Hrn. Gritzner, Mitglied des Frankfurter Reichstags, verfügten Enthebung von Amt und Gehalt, worin der Interpellant eine Verletzung des Gesetzes zum Schutze der National-Versammlung erkennt. Hr. Culmann aus Zweibrücken ruft das Reichsministerium des Innern an wegen beanstandeter Verkündigung der Grundrechte und sofortiger Anerkenntniß der Reichsgesetze im Königreich Baiern. Hr. Siemens aus Hannover, gewählt für Schaumburg-Lippe, fragt bei dem Reichsministerium des Handels an, ob und wann der Zolltarif der Oeffentlichkeit übergeben werden solle.

Ministerpräsident Hr. Heinrich v. Gagern vertagt die Beantwortung wegen der Gültigkeit der Grundrechte im Königreiche Baiern und der Reichsgesetze überhaupt auf heute über acht Tage. Dagegen beantwortet er die Nauwerck'sche Anrufung, ob in der That an dem Widerspruche des königl. preuß. Hofes, wegen privatrechtlicher Ansprüche einer preußischen Prinzessin an das bernburgische Allodialvermögen, die Vereinigung der anhaltischen Länder gescheitert sei, dahin: wenn auch die Verhandlungen des Reichskommissärs Hrn. v. Ammon zur Zeit noch nicht zu dem gewünschten Ziele geführt hätten, so sei doch seine vermittelnde Thätigkeit nicht gestört worden durch einen Zwischenfall der bezeichneten Art. Vielmehr sei die Angelegenheit der Vereinigung der anhaltischen Lande in ein neues Stadium eingetreten und der Herr Ministerpräsident versichert, daß die Verhandlung fortgesetzt werde.

Auf Herrn Pfeiffer's aus Adamsdorf Anrufung des Biedermann'schen Ausschusses wegen Beschleunigung des Berichts in Beziehung auf den von Pfeiffer gestellten Antrag, daß die über Berlin verhängten Ausnahmsmaßregeln aufgehoben werden, ertheilt Herr v. Saucken-Tarputschen Antwort: Der Ausschuß ist vorgestern in Berathung über den Pfeiffer'schen Antrag gewesen. Es hat sich die Frage vorgelegt, ob die Sache nicht vielmehr vor das Reichsgericht gehöre. Doch ist man zu der Ansicht gelangt, dem Hause zu rathen, daß das Reichsministerium ersucht werde, die preußische Regierung nach den Gründen zu fragen, welche sie veranlassen, den Belagerungszustand von Berlin zum Bedauern der Versammlung fortbestehen zu lassen.

Die heutige Berathung über Artikel VII., §. 30, eröffnet sich mit einem geräumigen Vortrage des Herrn Schütz aus Mainz über den Begriff des Staates und die Stelle, welche die Arbeit und die Arbeiter darin einnehmen. Man solle nicht sagen, daß die Fürsorge der Gemeinden, beziehentlich des Staates, für mittellose Arbeitsunfähige und für unfreiwillig Arbeitslose eine Unmöglichkeit sei. Erkenne man diese Möglichkeit nicht an, so appellire man an die Revolution. Herr Schütz unterstützt daher den Antrag des Abg. Simon von Trier auf Einführung einer ausschließlichen und fortschreitenden Einkommensteuer und auf Anerkenntniß der Verpflichtung des Staats, den Bedürftigen Unterhalt, den Arbeitslosen Arbeit zu gewähren.

Herr Lette aus Berlin theilt Notizen über die mannigfachen Steuerverhältnisse Preußens mit und erklärt sich gegen die Steuerbefreiung einzelner privilegirter Stände, wie bereits auch von Geistlichen selbst Eingaben an das königl. preuß. Ministerium gelangt seien, welche die Aufhebung dieser Befreiung beantragen. Durch die gleichmäßige Besteuerung des Grundbesitzes, die er ebenfalls fordert, werde eine billige Rücksichtsnahme auf frühere Verhältnisse, in einzelnen Fällen Entschädigung, nicht ausgeschlossen. Was die Gewährleistung des Rechts auf Arbeit betrifft, so erinnert Herr Lette hier an die praktischen Erfahrungen des Berliner konstitutionellen Klubs. Die ergriffenen Maßregeln, den unbeschäftigten Arbeitern Beschäftigung zuzuweisen, hätten „Bummler-Assoziationen" hervorgerufen. Wenn wir die großen Rechte und Freiheiten, die wir in der deutschen Verfassung niedergelegt haben, ins Leben einführen, ist die Meinung des Redners, so können wir das Recht der Arbeit auf sich beruhen lassen.

Hr. Ludwig Simon von Trier: Die Festsetzung der Steuerverhältnisse ist keine Sache der Verwaltung, wie man uns einwendet, sondern die Bestimmung der Grundsätze, die bei der Besteuerung obwalten sollen, ist allerdings ein Gegenstand der Verfassungsgesetzgebung und eine unerläßliche Bestimmung. Eine fortschreitende Einkommensteuer hält aber der Redner für das einzig sittlich begründete Abgabenmaß, weil sie sowohl mit der Leistungsfähigkeit in genauem Verhältniß stehe, als mit dem Vortheile, den der Wohlhabendere allerdings in höherem Grade von allen Seiten der Staatsanstalten genieße, als der Bedürftige. Daß indirekte Steuern weniger drückten, als direkte, sei eine Täuschung, denn in einem wohlgeordneten Haushalte komme gar nichts darauf an, ob ein Thaler in einzelnen Pfennigen, oder ob er auf einmal ausgegeben werde. Die indirekten Steuern lasten ohne Unterschied auf jedem Armen und selbst auf dem Almosenempfangenden. Dazu tritt die Habeascorpusakte in Wirksamkeit. Wie wollen Sie mit ihr die Beschränkungen vereinigen, die zur Ueberwachung der indirekten Steuern nöthig sind? Wenn die Einkommensteuer, der man vorwerfe, daß sie ein Eindringen des Staates in intime Familienverhältnisse voraussetze, dazu beitrage, daß ein erkünstelter Kredit vernichtet, daß dadurch betrügerische Banquerotte vermieden würden, so werde diese Beschränkung der Geheimnißthuerei niemand beklagen.

Erkennt der Staat die Verpflichtung an, die Arbeitsunfähigen zu erhalten, so muß er dieselbe Fürsorge auch denjenigen zuwenden, die durch die Verhältnisse außer Arbeit gerathen. Und darin erblicke ich den eigentlichen Staatszweck. Die natürliche Trägheit der Menge werde dadurch gefördert, behaupte der volkswirthschaftliche Ausschuß, und Anstalten wie der Redner sie verlange, führten die Erschlaffung des Volkes herbei. Dagegen sucht Herr Simon zu zeigen, daß die Keime zur arbeitlosen Faulheit vielmehr in der monarchischen Spitze sitzen und sich von dort über den ganzen Staatskörper verbreiten.

Nachdem hierauf die Debatte geschlossen worden, tritt für die Minderheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses auf

Herr Merck von Hamburg, der sich mit einer scharfen Widerlegung gegen die Aeußerungen Herrn Eisenstuck's in der gestrigen Sitzung wendet und zugleich gegen die von Eisenstuck und Mammen beantragten Zollsätze. Nur darin pflichtet er Hrn. Eisenstuck bei, daß er den Worten „Recht der Arbeit" u. s. w. noch keine festen Begriffe zuschreibe, sondern bis jetzt nur Fragen darin erkenne. Aber Fragen, sagt Herr Merck, an deren Beantwortung leicht der Nationalwohlstand und der Staat selbst scheitern könne. Dann beleuchtet der Redner die Eisenstuck'schen Behauptungen über die Wohlthaten der Theilbarkeit des Besitzes in Frankreich durch eine Reihe statistischer Mittheilungen, aus denen hervorgeht, daß sich gerade die ackerbauenden Arbeiter daselbst am schlechtesten befinden. Jedes System, wodurch der Staat in die Familien- und Lebensverhältnisse unmittelbar eingreift, wie die Beaufsichtigung der Lohnverhältnisse, der Arbeitsstunden und ähnliche Vorschriften, ist ein verderbliches. Ebenso der Schutz der einheimischen Industrie, der uns neuerdings als ein

Schutz der Arbeit angepriesen wird. Daher habe ich und meine Freunde im volkswirthschaftlichen Ausschusse der Mehrheit desselben nicht beizustimmen vermocht, daß Petitionen welche die Bürgschaft und den Schutz der Arbeit fordern, dem Reichsministerium des Handels mit einer Art von Empfehlung überreicht werden.

Unter dem Namen Schutz der nationalen Arbeit lehrt man ein System, welches den Ueberfluß oder die Wohlfeilheit verbieten will. Die Freiheit der Arbeit ist das Recht des Eigenthums, ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Der Schutz der nationalen Arbeit, die man uns empfiehlt, ist eine Phrase, gegen die man sich waffnen muß. Die Arbeit — wer ehrt sie nicht? Die Arbeit ist die menschliche Macht, welche die Natur bemeistert und sie zwingt, sich unsern Bedürfnissen herzuleihen. Wenn daher die unterdrückten Produzenten und Fabrikanten unsere Hülfe und Beistand verlangen, um alle Hindernisse, welche ihnen entgegenstehen, hinwegzuräumen, so ist es unsere Pflicht, ihnen zu helfen, ihnen beizustehen, aber wenn sie prätendiren, die Nation zu zwingen, sich ihrer Produkte gut oder schlecht — billig oder theuer zu bedienen — dann ist ihr Verlangen eine Tyrannei, der man sein gutes Recht nicht aufzuopfern braucht, denn die Freiheit ist der Grund jedes Rechtes — nichts darf ihr widerstehen."

Für die Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses nimmt das Schlußwort Herr Degenkolb. Habe der Ausschuß auch keine Bestimmung über den Schutz der Arbeit in die Grundrechte aufnehmen wollen, so verdienten 800,000 Familien, um deren Interessen es sich in vorliegenden Petitionen handle, doch wohl Berücksichtigung. Der Wohlstand Deutschlands sei nur durch den Zollschutz gewachsen, Sachsen namentlich durch den Zollverband vor dem Ruin gerettet und Leipzig dadurch die begünstigste Stadt Deutschlands geworden. Nur durch die England durch die Herstellung eigner Arbeit entzogenen Summen sei es möglich geworden, die Mittel für die großartigen Eisenbahnunternehmungen Deutschlands herbeizuschaffen. Diesen Gesichtspunkt solle man festhalten und darnach das Mehrheitsgutachten auffassen.

Endlich auch für den Verfassungsausschuß tritt noch ein Berichterstatter auf, Hr. G. Beseler: Wir sind von dem Grundsatze ausgegangen, daß nur die politische Seite ins Auge gefaßt werde, nicht die soziale. Das große Prinzip der Gleichheit soll auch bei der Besteuerung in Anwendung kommen, aber wir haben den Grundsatz auszusprechen, ohne die Autonomie der einzelnen Staaten zu beschränken. Wir dürfen uns auch nicht auf Systeme einlassen, deren Durchführung zu einer Zerrüttung des Staatslebens führen kann. Die Nation hat das Mittel in der Hand, die Frage über den Schutz der Arbeit und die Verbesserung der Lage der Arbeiter selbstständig zu lösen. Das ist das wiederhergestellte altgermanische Genossenschafts- und Vereinsrecht, das Recht der Assoziation. Und nicht um unbedingten Schutzzoll oder Freihandel, nicht um einen Gegensatz von Nord- und Süddeutschland handelt es sich, sondern die Aufgabe ist auch hier, die Sonderinteressen gegen einander auszugleichen. Bescheiden wir uns — legen wir nicht zu viel in die Grundrechte und namentlich nicht Hoffnungen, die wir nicht erfüllen können.

Zur Abstimmung kommt zuvörderst und durch Namensaufruf der Antrag von Makowiczka, Kierulff, Kirchgeßner und Genossen:

„In Erwägung, daß die Aufstellung allgemeiner Besteuerungsgrundsätze und die Empfehlung oder Verwerfung bestimmter Arten von Steuern nicht in die Verfassung gehört, sondern Sache der Administration der Einzelstaaten und beziehungsweise des Reichs ist;

daß die Vorsorge für arbeitsunfähige Arme einen Gegenstand der Heimaths-, Gemeinden- und Armengesetze bildet;

daß endlich ein Grundrecht auf die Einführung oder Aufhebung bestimmter Steuern, sowie auf Errichtung von Kreditanstalten überhaupt nicht wohl gedacht werden kann,

wolle die Nationalversammlung beschließen, die in sämmtlichen zu dem §. 30 der Grundrechte gestellten Minderheitserachten beantragten Bestimmungen nicht in die Grundrechte aufzunehmen."

Da obiger Antrag mit 317 bejahenden gegen 114 verneinende Stimmen zum Beschluß der Versammlung erhoben wird, so sind damit alle die verschiedenartigen Anträge beseitigt, bis auf den von der Mehrheit des Verfassungsausschusses ausgegangenen Vorschlag:

§. 30. „Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört."

Diese Fassung wird angenommen. Sämmtliche Zusätze dazu fallen hinweg, theils durch freiwilliges Zurückziehen der Antragsteller, theils durch Abstimmung darüber. Endlich erledigt sich noch der Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses durch die Annahme des Mehrheitsantrags eben dieses Ausschusses:

„die Nationalversammlung wolle beschließen, die auf Schutz der Arbeit und der Arbeiter eingereichten Petitionen aus Stuttgart, Berlin, Nassau und Sachsen dem Reichshandelsministerium zu dem Ende zu überreichen, bei Entwerfung des Tarifs den Schutz der Arbeit in Berücksichtigung zu ziehen."

Die Sitzung schließt darnach gegen 2 Uhr Nachmittags. Die Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte findet Montag den 12. Februar Statt.

*** **Frankfurt**, 8. Febr. Wie man vernimmt, wird der Prinz Adalbert v. Preußen in nächster Woche, nach mehrmonatlicher Anwesenheit dahier, nach Berlin zurückkehren und der Reichshandelsminister Duckwitz, in seiner Eigenschaft als Vorstand des Marinedepartements, morgen dem Prinzen zu Ehren ein großes Diner veranstalten. Daraus dürfte man schon abnehmen, daß die Gerüchte von verschlimmertem Zustande des Erzherzog-Reichsverwesers erfreulicherweise ungegründet sind.

* Die Kölnische Zeitung bringt noch folgende, in dem heute Morgen gegebenen Verzeichnisse nicht erwähnte Wahlen in Rheinland und Westphalen: Raßmann, Dann, Gellern, Löher, Groneweg, Evelt, Scherer, Herrmann, v. d. Heydt, Arntz, Pütz, Staud, Schmitz, Bähren, Broich, Pelzer, Gr. Hompesch, Wiebahn, Bertrup-Oseviennc, v. Borries, Dallmann, Müllensiefen, Ostermann, Müller, v. Beughem.

Der Pr. St. bringt folgende neue Wahlen für die östlichen Provinzen:

Provinz Brandenburg. Regierungs-Bezirk Frankfurt a. d. O.

Landrath Meyer in Arnswalde. Stadtrichter Stolte in Friedeberg. Oberamtmann Wagner. Gutsbesitzer Nesselhof. Regierungsrath Ambrann. Gutspächter Wolff. Gutsbesitzer Leonhardt. Kaufmann Jeschke.

Provinz Pommern. Regierungs-Bezirk Stettin.

Graf von Schwerin-Putzar. Gerichtsrath Ebert. Regierungs-Assessor von Ramin. Von Bülow-Rieth.

Regierungs-Bezirk Köslin.

Ober-Landesgerichts-Assessor Bucher in Stolp. Bürgermeister a. D. Plath. Chirurgus Bauer in Stolp. Ober-Landesgerichts-Assessor Thiel in Köslin. Stadtgerichts-Salarienkassen-Rendant Bliesener in Rügenwalde. Ober-Landesgerichts-Assessor Schmiedecke in Köslin. Landrath von Kleist-Retzow. Friedrich Harkort.

Regierungs-Bezirk Stralsund.

Professor Urlichs. Kreis-Sekretair Meyer. Altermann Kruse. Ober-Zoll-Inspektor Tülff.

Provinz Schlesien. Regierungs-Bezirk Breslau.

Erbscholtiseibesitzer Edel. Predigtamts-Kandidat Pape. Fürst von Hatzfeld. Müllermeister Iwand. Dr. Wollheim. Gerichtsscholz Mätschke.

Regierungs-Bezirk Liegnitz.

Dr. Elsner (Breslau). Pastor Schmidt (Hasselbach). Landrath Graf Poninsky. Kaufmann Schöpptenberg. Gerichtsscholz Röhrig. Justizkommissar Minsberg. Erbrichter Schober. Gymnasial-Oberlehrer Troska. Ober-Landesgerichts-Präsident Wentzel. Präsident von Kirchmann. Erzpriester Krause.

Provinz Posen. Regierungs-Bezirk.

Freischulzengutsbesitzer Lehmsdorf. Gerichts-Direktor Geßler. Evangelischer Prediger Wehmer.

Provinz Sachsen. Regierungs-Bezirk Magdeburg.

Ober-Landesgerichts-Assessor Richter. Assessor Schede aus Ziesar. Wegebau-Inspektor Treplin aus Magdeburg. Kammergerichts-Assessor Pitet aus Stendal. Ackermann Thiede aus Lohne. Bürgermeister Schneider aus Schönebeck. Land- und Stadtgerichts-Rath Immermann. Ackermann Schwiesau. Lehrer von Heideneelch. Regierungs-Assessor von Münchhausen. Gymnasial-Lehrer Dr. Masius. Ackermann Schöppe Tegtmeyer. Oberlehrer Dr. Heyland.

Regierungs-Bezirk Merseburg.

Landrath von Kleist. Landrath van Rohrscheid. Justiz-Kommissarius Moritz. Kammergerichts-Assessor Eberty. Assessor Schulze (Delitzsch). Pastor Hildenhagen. Fabrikant Baltzer. Bürgermeister a. D. Schützenberger (Helbrungen). Ober-Landesgerichts-Assessor Rumann (Sangerhausen). Schul-Rektor Eydam. Ober-Landesgerichts-Assessor Parrisius.

Regierungs-Bezirk Erfurt.

Bürgermeister Eckardt. Gerichtsrath Daubert. Kaufmann Krackrügge. Schäftermeister Freund. Konrektor Schramm (Langensalza).

⊙ **Stralsund**, 5 Febr. Wir haben hier eine heiße Wahlschlacht gehabt. Beide Parteien standen sich in fast gleicher Stärke entgegen. Zwei Abgeordnete waren zu erwählen und jede Partei brachte eine Wahl durch. Gewählt wurden der Ober-Zoll-Inspektor Tülff und der Altermann Kruse. Hr. Tülff ist Demokrat

und war seiner politischen Thätigkeit wegen zur Strafe von Stralsund nach dem abgelegenen Cavelpaß an der mecklenburg'schen Grenze versetzt und dadurch zum Märtyrer gestempelt. Er langte selbst hier an und ward von seiner in der Stadt wenigstens der Zahl nach vorherrschenden Partei mit einer Serenade empfangen. Jede Partei bot das äußerste Mittel auf, um die von Rügen und vom Lande eintreffenden Wahlmänner für sich zu gewinnen. Schon auf der Alten Fähr, wo man von Rügen nach Stralsund übersetzt, waren die Netze ausgespannt, und in der Stadt gab es einen förmlichen Weltkampf um die Lokale. Die demokratische Partei setzte zuerst die Wahl von Herrn Tülff durch, darauf die konstitutionell-konservative die des Herrn Kruse, der früher als Abgeordneter des Handelsstandes in Frankfurt sich aufhielt. Man hofft diesmal auf eine bessere preußische Volksvertretung. Könnte nur am 26. Febr. das deutsche Reich fertig sein!

Minden, 5. Febr. Bei der ersten Wahl wurde mit einer Majorität (im Ganzen 158 Stimmen) von 4 Stimmen der Dr. Karl v. Möller, fürstlich lippe-schaumburgischer geh. Hofrath, wohnhaft hierselbst, gewählt. Demokrat, der in seinem politischen Glaubensbekenntniß die Verfassung anerkennt. 2) Justizrath Gellern aus Petersbagen, Konstitutioneller, Mitglied der Rechten in der aufgelösten Versammlung. Entschieden ganz zu Gunsten der konstitutionellen Partei würden die Wahlen ausgefallen sein, wenn der Preußen-Verein durch Rekommandation des Herrn v. Bethmann-Hollweg bei den Landleuten nicht Mißtrauen erweckt und so diese Leute den Demokraten, aus Angst vor der frömmelnden Geistlichkeit, in die Arme gejagt hätte. (Wes. Z.)

┼ **München**, 7. Febr. Bei der heute fortgesetzten Debatte über den Adreßentwurf wurde ein Amendement des Abgeordneten v. Scheuerl, dahin lautend, daß alsbald ein Verfassungsgesetz geschaffen werde, durch welches die Reichsgesetze ohne alle weitere Form auch in Baiern Geltung haben, verlesen und von der Kammer genehmigt, daß dasselbe an die Stelle des Schlußsatzes seines frühern Amendements trete. Darauf ergreift Minister Heintz das Wort, hauptsächlich, um die Rede des Abgeordneten Schüler zu widerlegen. Genannter Redner habe mit großem Scharfsinne die Gesetze geprüft und zur größten Freude des Ministeriums anerkannt, daß die baierische Regierung keine Sonderinteressen verfolgt, sondern sich immer der Centralgewalt angeschlossen habe. Die baierische Regierung strebe auch fortwährend dahin, sich fest an Deutschland anzuschließen. Hr. Schüler habe zu seiner größten Freude sich immer auf dem Boden der gesetzlichen Prüfung gehalten. Was den Vorwurf betreffe, den man ihm wegen Nichtaufhebung des privilegirten Gerichtsstandes mache, so müsse er bemerken, daß er dieß zur Handhabung der noch bestehenden Gesetze gethan habe. In väterlicher Weise warnt Heintz die Versammlung, den Rechtsboden nicht zu verlassen und geht nun zur eigentlichen Kritik über. Bei der Beurtheilung der vorliegenden Frage sei das Wahlgesetz für Frankfurt und das Gesetz über Regulirung der Diäten maßgebend. In dem erstern stehe „Volksvertretung beim deutschen Bunde", und aus allen Motiven der Regierung, sowie aus den Verhandlungen der Kammer sei zu entnehmen, daß das Verfassungswerk vereinbart werden solle; an eine konstituirende Versammlung habe die Majorität nicht gedacht. Nachdem der Minister eine Unterscheidung zwischen konstituirender und legislativer Versammlung gemacht und auf Vorgänge in Frankreich von 1789 — 93 hingewiesen, erklärt er, daß die Reichsgesetze nach dem Austritt v. Lerchenfelds zwar publizirt worden seien, nach den bestehenden Gesetzen aber von den bestehenden Gerichten nicht vollzogen werden könnten. Es sei nur das Princip der Vereinbarung möglich. Darüber seien alle Gerichtshöfe einig, die verfassungsgemäß vollständig unabhängig seien und nur durch Gesetze gezwungen werden könnten. Er verwahre sich gegen ein preußisches Kaiserthum und gegen die Trennung Oesterreichs von Deutschland. Was die vom Reichsparlament später ausgegangenen Gesetze betreffe, so würden diese jedenfalls Gesetzeskraft haben. Die Kammer der Reichsräthe habe selbst die Grundrechte verlangt. Hätte man in Frankfurt blos Grundzüge der Verfassung gegeben, so würden die Einzelstaaten den Bedürfnissen in mancher Beziehung bessere Rechnung haben tragen können. Abgeordneter Schüler erwiedert: Ministerialrath Herrmann habe unter Zustimmung der übrigen baierischen Deputirten die Nationalversammlung als eine konstituirende erklärt, es frage sich daher jetzt nur, ob sie sich als konstituirende gezeigt, und die Regierung diese Eigenschaft anerkannt habe. Beides sei geschehen und gründlich nachgewiesen. Was der Minister von der französischen Nationalversammlung gesagt, beruhe auf Mißverständnissen. Was die Veröffentlichung der Reichsgesetze betreffe, so hänge deren Gültigkeit durchaus nicht von der Publikation im Gesetzblatt ab; was die Befürchtungen wegen des preußischen Kaiserthums angehe, so habe die Nationalversammlung selbst nicht dafür gestimmt, und aus eigner Machtvollkommenheit die Erblichkeit des preußischen Kaiserthums verworfen. Staatsminister Heintz hält die Erklärung Herrmann's für keine offizielle, sondern für eine Privatansicht, die die vorberührten Gesetze nicht ändere. Dr. Müller von Dann erklärt, er sei damals Präsident gewesen; während der Verhandlung habe man die Verhältnisse, wie sie sich in Frankfurt gestaltet, nicht so genau gekannt. Das konstituirte Vorparlament habe die Regierung anerkannt und somit die Volkssouveränetät. Stockinger bemerkt, in Betreff des Wahlgesetzes und der Diätenregulirung müsse der Herr Minister nur eine Erklärung des zweiten Sekretärs (Schwandel) lesen, woraus hervorgehe, daß die Deputirten zu einer allgemeinen deutschen konstituirenden Versammlung abzuschicken seien; man hätte zwar mit dem Bunde sich verständigen müssen, die Nationalversammlung habe aber den Bundestag abgeschafft und sei somit außer Berührung mit demselben gewesen. Heintz erklärt die Ansicht des zweiten Sekretärs nicht als die seinige. Dr. Greiner weist nach, daß Baiern nur mit Hülfe des französischen Protektors durch einen schmählichen Rheinbund die Souveränetät mit Gewalt sich angeeignet habe. Nach Zerstörung des Rheinbundes sei die Bundesakte gegründet, von Baiern unterschrieben und anerkannt worden. Gegenüber dieser Akte habe sich Baiern für souverän erklärt wider alle Gesetzlichkeit, es sei dem Bunde unterworfen gewesen, und nun sollte Baiern noch souveräner sein, als unter dem Bundestage! Aus Konsequenz müsse man dem Bundestagsbeschluß vom 7. April, welcher die Nationalversammlung als konstituirend erklärt, ebenso seine Geltung lassen, wie dem vom 30. März v. J. An eine Umgestaltung Deutschlands habe Jedermann gedacht; Niemand aber an einen Bundestag. Redner widerlegt hierauf Hrn. v. Abel und gibt ihm zu bedenken, daß er von einem Drucke gesprochen habe, nicht aber gedenke des Jahres 1837, wo er aus christlicher Nächstenliebe die körperliche Züchtigung eingeführt habe. Der vom Ministertische gerühmte Gesetzboden sei nicht immer so gewissenhaft befolgt worden. Freiherr v. Lerchenfeld berührt noch einmal die Frage über die Eigenschaft der deutschen Nationalversammlung und erklärt, das Ministerium könne dieselbe nicht als konstituirend anerkennen, weder aus den Beschlüssen vom 30. März, noch aus denen vom 7. April. Auch die Frage über die Kompetenz sei vom Vorparlament nicht festgestellt worden. In der nämlichen Lage sei die Regierung und Kammer gewesen. Er stimme durchaus nicht der Vereinbarungsidee bei, sondern er werde geleitet durch das Gesetz der Nothwendigkeit, der Einigung Deutschlands. Die Verkündung der Reichsgesetze im Regierungsblatte sei vor seinem Austritte aus dem Ministerium geschehen in der Hoffnung, die Genehmigung von der Kammer zu erhalten. Indem er im weitern Verlaufe gegen Vereinbarung spricht, schlägt er vor, in der Adresse ausdrücklich der Verständigung zu erwähnen; außerdem verlangt er vollkommene Anerkennung der Grundrechte. Abg. Schlund sucht hierauf zu beweisen, daß man bei Berathung des Wahlgesetzes vom April v. J. in den Ausschüssen sich dahin erklärt habe, daß das Wort „Vereinigung" nur die Gründung einer konstit. Versammlung zu bedeuten habe, und das Ministerium habe sich nicht dagegen erklärt; die Truppensendung in's Schwabenland sei der deutlichste Beweis der Anerkennung der Nationalversammlung; Minister Heintz habe zu seinem größten Bedauern an die Münchener Bürger appellirt, um die Einführung der Grundrechte, dadurch, daß er den Gewerbsleuten die übeln Folgen, die sie nach sich zögen, vorhalte, zu vereiteln. Es bedürfe keiner weitern Vereinbarung. Die Annahme der Grundrechte genüge. Gegen letztern Satz vertheidigt sich Minister Heintz, indem er sagt, es sei durchaus seine Sache nicht, die Bürger aufzureizen. Den Anforderungen der Centralgewalt habe die Regierung entsprochen, da sie in derselben keine Verletzung der Verfassungsurkunde entdeckte. Abg. Föckerer greift u. a. Abels System an, bemerkt aber, er würde Hrn. v. Abel noch weniger achten, wenn er der liberalen Partei sich angeschlossen hätte. Die Rechte verweist zur Ordnung. Nachdem der zweite Präsident den Redner aufmerk-

Uebersicht.

Die Regierungen und die Verständigung.
Das angebliche Königreich Thüringen.
Der baierische Landtag.
Deutschland. Frankfurt (Oesterreichischer Verfassungsplan.) Aus der Pfalz (Adresse an die Ständekammer. Regierungsrath Heintz.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Darmstadt (Die erste Kammer.) Aus dem Braunschweigischen (Mißtrauensadresse an den Abgeordneten Jürgens.)
Ungarn. Pesth (Verlängerung des Kriegs. Verurtheilungen. Leichenfeier für Lamberg.)

Die Regierungen und die Verständigung.

* Vom Rhein, 7. Febr. Ich kann nicht ohne Lachen auf meinen letzten Brief zurücksehen. Gutmüthigkeit und Hoffnung lassen uns Projekte machen, bis der letzte Faden, den wir aus unseren Wünschen herausspinnen, auch noch gerissen sein wird. Aber zu allen Projekten gehören Menschen, und die sind es, die wir vergebens suchen, nach oben und unten. Ich habe die deutschen Fürsten zu einer letzten Anstrengung geglaubt aufmuntern zu müssen, in der Meinung, das Ehrgefühl, das im Zusammensein mit Andern lebendiger wird, möchte uns vielleicht noch vor den Machinationen bewahren, die unsern Bundesstaat bedrohen, es möchte die Scham der Anwesenden das verhüten, worüber die Buchstaben nicht erröthen wollen: das ganze Reformwerk, zu dem sich Deutschland erhob, vor dem Auslande als eine elende Farce zum Spotte der Völker endigen zu sehen. Ich habe zu einem süddeutschen Könige, der im Oktober v. J. an die Centralgewalt ein eigenhändiges Schreiben richtete, in dem er seine guten Dienste anbot, für die Erhebung Preußens an die Spitze Deutschlands zu wirken, das Vertrauen ausgesprochen, daß er nichts Halbem das Wort reden werde: jetzt erfahre ich aus England, woher wir so oft unsere Geheimnisse hören müssen, daß derselbe König Alles thue, um dies früher verfolgte Ziel zu vereiteln, und daß es dabei um eine Einschmelzung der kleinern Staaten, um eine würtembergische Spekulation auf Baden gelte. Sobald man dies liest, wird man an den Vorschlag erinnert, der nach der D. A. Z. von Preußen aus seiner Note beigefügt worden sein soll, nach welchem Deutschland in 6—7 Kreise eingetheilt würde, an deren Spitze die Könige, vertreten im Bundesrathe und im Auslande, stehen würden, und worunter dem würtembergischen Kreise Baden zugeordnet werden soll. Es sind auch dies wieder Wiener Kongreßreminiszenzen, die, wenn ja etwas Wahres daran sein sollte, jetzt wie damals hoffentlich scheitern werden. Wenn wir mit einem Bunde Ernst machen wollen, so besteht darin der kleinere Staat so gut wie der mittlere; den einheitlichen Weg, das haben wir bereits erfahren, erleichtert jener mehr als dieser; der Gipfel unseres häuslichen Elends wäre gerade noch das, daß wir uns noch ein Paar Diminutiv-Großmächtchen im lieben Vaterlande groß zögen. Sollte ja ein Plan dieser Art in einem verbrannten Kopfe ausgebrütet worden sein, so wird die gröbste Erklärung dagegen von Seiten der kleineren Fürsten die beste und willkommenste sein. Wenn einmal Opfer gebracht werden sollen, so seien sie dem Ganzen und einem großen Zwecke gebracht, aber nicht einer Auflebung des Bundestags in einer neuen viel gefährlicheren, die Einheit geradezu untergrabenden Gestalt. Es sei aber, daß nichts der Art bisher unternommen worden sei, daß bei unsern Fürsten die Frage der exekutiven Gewalt noch eine ganz unversehrte und unverdorbene Sache sei, so finde ich es noch trostloser, daß gegen die Aussicht, die man uns auf den Ausgang unserer Staatsreform in der preußischen Note macht, sich auch fast keine Stimme in der Nation erhebt, daß die Nation selbst sich selber und ihre nächste und wichtigste Sache, ihren Staat, im Stiche läßt. Wenn es Wahlen gilt, die eine Regierung chikaniren sollen, welche Thätigkeit ist dann in allen Kreisen! Aber für die höchsten Angelegenheiten des allgemeinen Vaterlandes gibt es keine Agitation! Wohin ich in der Presse blicke, überall ist von dieser preußischen Note entweder tiefe Stille, oder es wird ihr ein vages Lob gezollt, oder, wo man auf ihren Inhalt eingeht, preist man den Schritt zum Ende, der in dem Vorschlage zur Vereinbarung gemacht ist: von dem Ende und Ziele selber aber ist nirgends die Rede. Und das wäre doch, dünkt mir, die Hauptsache. Will man sich wirklich aus Rücksichten auf Oesterreich den deutschen Bundesstaat verhunzen lassen, will man diesen Bundesstaat, den man sich bisher oft als einen gefahrvollen Uebergang zum Einheitsstaate dachte, in einen Zollverein verdunsten lassen, will man einen Bundesrath an die Spitze Deutschlands stellen, in dem Oesterreich gleich berechtigt unsere äußere Politik mitleiten soll, obwohl es in allen inneren Verhältnissen nicht zu uns gehört, soll es eine engere und weitere Nationalversammlung geben, in deren verschiedenen Sphären das Aeußere von dem Innern getrennt behandelt werden soll: so heißt das einen viel abenteuerlicheren Staatsbau an die Stelle des Bundestags und der Bundesverfassung setzen: man gibt einem halb unbetheiligten Großstaate einen bequemern und einen viel größeren Einfluß, als er im Bunde hatte, weil die Zeiten nun gerade diesen Staat aus seiner Stagnation zur Thätigkeit rufen und weil sein Einfluß auf Deutschland künftig nicht blos darin bestehen wird, wie bisher zu hemmen, sondern auch auf falsche Wege zu führen. Unser deutscher Staat glich bisher einem schlaffen abgespannten Bogen, jetzt ist man im Begriffe, ihn zu verspannen, d. h. ihn weder in der Ruhe der Erholung zu lassen, noch ihn zur Wirksamkeit recht geschickt zu machen. Der große Schachtelmeister, Herr von Radowitz, muß diesen Plan des Staatsschachtelwerks angegeben haben, denn er hat sich am ersten dazu in einer Art bekannt, daß man durchsah, er wußte was er wollte. Sein König ist vor wie nach in seinen Händen, und der Eine Mann, durch dessen Charakteristik Sie sich soeben ein Verdienst und mir eine Ehre verschafft haben, wiegt das konstitutionelle Ministerium in Preußen, die sonstigen Freunde und Räthe des Königs, das Reichsministerium, den Reichstag und die Nation zuletzt auf, denn Niemand scheint ein Wort gegen ihn und seine matten, akkommodirten Projekte zu haben. Was noch fehlte, wäre die Richtigkeit der Notiz in der Karlsruher Zeitung, daß Gagern in Folge der preußischen Note abtreten und Radowitz an seine Stelle kommen sollte. Wahrscheinlich ist das freilich nicht, weil sich der kluge Mann sagen muß, daß er im Verstecke sicherer operirte als offen. Wahrscheinlich ist es auch nicht, weil wir zu Gagern das feste Vertrauen haben, daß er auf der Einen Seite dem sinnlosen Kunststücke einer Verfassung, wie man es uns anträgt, niemals seinen guten ehrenhaften Namen leihen, und daß er auf der andern Seite den Intriguen der Kabinette nicht eher weichen wird, als bis ihn die Nation und die Nationalversammlung verläßt: eingedenk, daß dieß das kleinste Resultat ist, das uns unsere Volksehre zu erstreben auflegt, vor dem Auslande nicht aufs Neue mit einem Embryo, sondern mit einem ganzen, vollen Staate zu erscheinen, der seine vollen ganzen Gliedmaßen und freie Bewegung hat. Das Reichsministerium ist durch den Schritt Preußens in das Verfassungswerk hineingezogen worden, das ihm nach den Beschlüssen der Versammlung eigentlich fremd sein sollte. Es wird, scheint mir, täglich wünschenswerther, daß diese Fiktion erlösche und daß das Reichsministerium mit der Nationalversammlung die Hinausführung der Verfassung solidarisch betreibe. Es braucht das nicht gesetzlich festgestellt zu sein, so hat das Ministerium doch schon jetzt Beruf genug, mittelbar und unmittelbar auf ein Ziel hin- und mitzuwirken, welches es selbst sich als das richtige und mögliche denkt. Es kann dieß mittelbar durch die Mitglieder der Nationalversammlung, die ihrerseits den weiteren Kreisen des politischen Lebens in Deutschland den Anstoß geben sollten. Und dazu wirke die Presse das Ihrige mit. Es ist die höchste Zeit, dünkt uns, daß die Stände der deutschen Staaten auf einmal ihre Stimme erheben, und gegen alle Vermittlung in Frankfurt protestiren, die auf eine Verkümmerung des deutschen Staates und seiner Einheit abzielt. Es ist Zeit, daß auch die vaterländischen Vereine diese Erklärung abgeben. Es ist Zeit auch, mag die Allg. Ztg. sagen was sie will, daß die deutschen Stände das Beispiel der Kasseler nachahmen, und auf Oesterreichs Erklärung zum Eintritt in den Bundesstaat oder auf den Austritt seiner Abgeordneten aus der Nationalversammlung vor der zweiten Lesung der Verfassung dringen, daß sie protestiren gegen jede Verfassung, an der Fremde mitstimmen, die sich ihr nicht unterordnen wollen. Und auch diese Erklärung sollen die vaterländischen Vereine ebenso abgeben, damit das deutsche Volk täglich mehr aufgeklärt werde, worum es sich eigentlich in diesen Fragen handelt. Wenn es wahr ist, was die Allg. Ztg. vom 5. d. aus Frankfurt schreibt, daß Oesterreich in den Bundesstaat eintreten will, so erledigen sich beide Punkte von selbst. Wir sind es zufrieden, obgleich es Deutschland zu büßen haben wird.

Wir erscheinen dann wenigstens dem Auslande gegenüber als das alte deutsche Volk und Land, erscheinen mit einem Staate, (und dies ist jetzt das einfachste Looswort, um das es gilt) — wie es weiterhin gehen wird, da mögen wir uns durchschlagen. Resigniren wir uns zu dieser einfachen Erklärung in dem Einen Falle, so mögen sich die Oesterreicher in dem anderen Falle auch zu der einfachen Konsequenz entschließen, die in diesem zweiten Falle gelegen ist. Solange man diesseits und jenseits nicht die nöthige Einsicht faßt, daß diese Durchhauung des Knotens nothwendig ist, solange man vom Volke aus die Schritte zu dieser Operation nicht einleitet, solange verdient man sich die Pfuscherei, die man mit uns vor hat, und die Schande vor der Welt dazu, die hinterdrein folgt.

Das angebliche Königreich Thüringen.

♂ **Koburg**, 5. Febr. Verdächtigung und immer Verdächtigung! Muß denn überall Eigennutz gesucht, überall Intrigue gewittert werden? Darf Niemand, geschweige denn ein Fürst, aus lauterem Patriotismus Partei nehmen in der Lebensfrage seines Vaterlandes? Wir haben die Allg. Augsb. Ztg. vom 3. d. M. vor uns liegen und fragen dieselbe ganz einfach, ob es ihr denn so unendlich schwer fällt, anzunehmen, daß jener deutsche Prinz,*) welcher den Ruf Germania's an Borussia in Strophen gesungen, denen man — dächten wir — ihre Quelle, das tiefinnerste Mitgefühl an dem Schicksale des Vaterlandes und das deutsche, ritterliche Herz auf den ersten Blick ansehen müßte, daß dieser Prinz in seinem „auswärtigen Königsschlosse" sich lediglich des schönen Vorrechts der Poesie bedient habe, um, unbekümmert ob die ministerielle Politik, die bis an die Schwelle seines Kabinets reicht, gleicher Ansicht sei oder nicht, seiner Hoffnung auf die Verjüngung des Vaterlandes unter der intelligenten, starken Leitung einer rein deutschen Macht Worte zu geben und mit dem anfeuernden Zuruf des Dichters, nicht des Prinzen, die schwankenden Patrioten zu ermuthigen? Wir fragen sie, ob es ihr denn so unendlich viel leichter wird, anstatt dieser einfachen Auslegung höchst mysteriös die alte, von irgend einem klein-thüringenschen Zwietrachtsäer erfundene Fabel von einem zu Gunsten des Hauses Koburg zu schaffenden Königreiche Thüringen hervorzusuchen und die Verbindung zwischen ihr und der Politik des Prinzen, wenn auch mit möglichst unparteiischer Warnung vor der Glaubwürdigkeit, durch Mittheilung eines Briefes aus Koburg herzustellen, der da „ironisch-diplomatisch" — wie sie wahrscheinlich aus Besorgniß vor einer Mystifikation die Fassung nennt — ungefähr folgende politische Logik anwendet oder doch errathen läßt? Prinz Albert in England hat einen zweiten Sohn; dieser zweite Sohn ist möglicher Erbfolger in Koburg und würde, wenn es gelänge, ein Königreich Thüringen in Koburg aufgehen zu lassen, natürlich auch möglicher Erbfolger in Thüringen sein; Englands Politik hat sich stets sehr der Hauspolitik seiner Königsfamilie angeschlossen (hört!), folglich ist es englische Politik, ein Königreich Thüringen schaffen zu helfen, das in Koburg aufgeht; neue Königreiche in Deutschland können aber nur mit Hülfe der deutschen Centralgewalt geschaffen werden, und die nächste Anwartschaft auf die Centralgewalt hat Preußen; folglich sucht England Preußen zu gewinnen, indem es dasselbe um den Preis eines thüringenschen Königreichs, als möglichen Erblandes eines seiner nachgeborenen Prinzen, in der Erlangung der Centralgewalt unterstützt. In solcher Absicht reis't auch Bunsen (hört!), der im Interesse des Prinzen Albert und nebenbei Freund des Königs von Preußen ist, und in solcher Absicht dichtet jener Prinz in seinem auswärtigen Königsschlosse.

Wirklich klassisch! Schade nur, daß nicht auch gleich der Absetzungsprozeß, den man mit den thüringen'schen Fürsten, namentlich mit dem Preußen nahe verwandten Großherzoge von Weimar vornehmen wird, in der Idee ausgeführt, und schade ferner, daß außerdem nicht auch die Verbindung hergestellt ist, in welcher der Umstand mit dieser großartigen Mediatisirung steht, daß der Verfasser der Brochüre „Das neue deutsche Reich und die kleineren deutschen Staaten", welcher ja, nach der von der Allgemeinen Zeitung zitirten Andeutung der Oberpostamtszeitung mit jenen Planen nothwendig vertraut sein müßte, auf Tod und Leben gerade für die Selbstständigkeit der kleineren Staaten ficht. Ein drittes „Schade!" aber, das unserer Feder eben entfließen wollte, hat die Redaktion der Allgemeinen Zeitung selbst abzuschneiden die Freundlichkeit gehabt. Wie nämlich reimt sich mit jener eigennützigen Politik das unverkennbar aufrichtige Gefühl in jenem Gedichte? könnte man fragen. Seht euch doch die Meisterschaft näher an, mit der die Strophen behandelt sind — erwiedert die Redaktion — und urtheilt ob ein Prinz, von dem wir früher noch nichts gelesen, der Sprache so Herr und der wirkliche Verfasser des Gedichts sein kann? — Wir können nicht helfen, ein viertes „Schade!" entschlüpft uns. Schade, meinen wir, daß dieser Zweifel von der Redaktion und nicht von dem Verfasser jenes Briefes aus Koburg*) angeregt ist. Letzterem hätte er besser angestanden, da in Koburg jedes Kind weiß, daß von den beiden Prinzen des Hauses der eine von Jugend auf und mit Glück der Poesie huldigte, während der andere, nicht minder begabte, die poetischen Produkte seines Bruders in Musik setzte. Sic!

*) Die Angabe, der Parlaments-Correspondenz daß Prinz Albert der Verfasser jener schönen Strophen sei, bestätigt sich also. Nach unsern Andeutungen hatte man auch auf die Prinzessin Amalie von Sachsen gerathen.

*) Wir nahmen Gelegenheit, einen Koburger um seine Ansicht über jenen Brief in der Allgemeinen Zeitung zu befragen. Seine Meinung war: In Koburg könnte nur Einer Nachrichten solcher Art schreiben; und der habe es sicherlich nicht geschrieben. Auch wir glauben wenigstens nicht, den berühmten Staatsmann, welcher in Koburg wohnt, für den Verfasser jenes albernen Briefes halten zu dürfen. Sonst würde der geist- und phantasiereiche Mann freilich recht daran gethan haben, neulich bei der Versammlung der Weltweisen den Vorsitz abzulehnen.

Der Baierische Landtag.

A **München**, 5. Febr. Unsere Kammern sind konstituirt, Direktorium und Ausschüsse gewählt; an der Schwelle der verhängnißvollen Adreßdebatte möchte sich jetzt die Mühe verlohnen, aus der Physiognomie der Versammlung einige Schlüsse über ihre Stellung und Wirksamkeit zu ziehen. Die erste Kammer freilich hat diesmal ebenso schwach an Zahl, als arm an hervorragenden Persönlichkeiten sich zusammengefunden, und wird sich kaum in eigentliche Parteien scheiden, vielmehr vollkommen einig sein in dem Bestreben, von den bisherigen Vorrechten soviel als möglich — namentlich aber bei der ihr bevorstehenden Umgestaltung, wenn irgend thunlich, das Prinzip der Erblichkeit zu retten. Was unter diesen Umständen von der deutschen Gesinnung der Reichsraths-Kammer zu erwarten sei, bedarf wohl keiner Erörterung; namentlich werden sich die Grundrechte durch die proklamirte Aufhebung der Standes-Unterschiede und Vorrechte, der Fidei-Kommisse, der privilegirten Gerichtsstände u. s. f. ihrer Beistimmung und Unterstützung für die sofortige Verkündigung schwerlich empfohlen haben. Es ist deshalb sehr zu beklagen, daß die beiden Mitglieder, welche unstreitig die ausgezeichnetsten sind, Graf Giech und Fürst Hohenlohe, der Erstere als Mitglied der Nat.-Vers., der Andere durch seine Stellung als Reichsgesandter, vom Eintritte in die Kammer abgehalten sind. Fürst Wallerstein ist eingetroffen und wird an den Sitzungen Theil nehmen; man ist sehr begierig, welche Stellung er einnimmt. Die Redaktion der Antwortsadresse auf die Thronrede hat er abgelehnt, wahrscheinlich, um auf diese Weise am sichersten die auf beiden Seiten drohende Gefahr zu vermeiden, durch einen zu freisinnigen Entwurf in der Gunst des Königs, durch einen zu konservativen in den Augen des Volkes zu verlieren. Die Adresse der ersten Kammer ist denn auch ziemlich so ausgefallen, wie zu erwarten stand: sie ist größtentheils nichts weiter als eine Umschreibung der Phrasen, aus denen die Thronrede zusammengesetzt war. Doch darf man immerhin damit zufrieden sein, daß nicht, wie dies Anfangs von mehreren Seiten behauptet wurde, eine förmliche Verwahrung gegen die sofortige Einführung der Grundrechte in der Adresse niedergelegt ist. Im Gegentheile wird an die Regierung das Verlangen gestellt, es möchten die durch die deutsche Reichsverfassung nothwendig werdenden Gesetzes-Entwürfe baldmöglichst zur Berathung und Zustimmung vorgelegt werden: auch die daran geknüpften guten Wünsche für den Ausbau der deutschen Einheit sind, vom Standpunkte unserer Reichräthe aus der größten Anerkennung werth, wenn auch die gewählten Ausdrücke noch elastisch genug sind, um allenfallsigen Auswegen Raum zu bieten. In Bezug auf das Aeußerliche ist es in dieser Kammer natürlich ganz beim Alten geblieben: höchst beschränkter Zutritt zu den öffentlichen Sitzungen — geheime Berathung der Adresse u. s. f.

In der Kammer der Abgeordneten dagegen haben sich gleich zu Anfang die Parteien streng geschieden, wie die vorliegenden

Programme derselben bezeugen: nur eine Anzahl von etwa 16 Mitgliedern, welche Anfangs an das Centrum sich angeschlossen hatte, trennte sich nach Eröffnung der Kammern von diesem, und hat sich unter dem Namen „linkes Centrum" konstituirt, jedoch faktisch so ziemlich der eigentlichen Linken angeschlossen. An dem Programme der Rechten scheint mir das Bemerkenswerthesle der Satz: „die Vergangenheit soll als vollkommen abgethan betrachtet und behandelt werden"; ich muß offen gestehen, daß ich Herrn von Abel nicht die Naivetät zugetraut hätte, seine Partei dieses aussprechen zu lassen, wenn ich auch durchaus nicht in Abrede stellen will, daß er alle Ursache hat zu wünschen, es möge die Vergangenheit als abgethan betrachtet werden. Was die Programme der Linken und des Centrums betrifft, so fällt vor Allem der von der Ersteren an die Spitze gestellte Grundsatz der Volkssouveränetät in's Auge, dagegen scheint sich dieselbe die Beantwortung der Frage über die künftige Regierungsform vorbehalten zu wollen; wenigstens geschieht des konstitutionell-monarchischen Prinzipes durchaus keine Erwähnung, während das Centrum auf's Entschiedenste dafür sich ausspricht. Hinsichtlich der deutschen Frage, für welche die Rechte das Prinzip der Vereinbarung in Anspruch nimmt, stimmen Linke und Centrum wohl beinahe vollkommen überein, so sehr dieß auch von manchen Seiten geleugnet wird. Wer hierüber noch Zweifel hegte, den mußte die heute stattgehabte erste Verhandlung über die Adresse gründlich überzeugen. Graf Hegnenberg und Professor Scheuerl, beide zu den hervorragendsten Mitgliedern des Centrums gehörig, erklärten auf's Entschiedenste, daß ihre Partei das Prinzip der Vereinbarung für vollkommen verwerflich und nicht zum Ziele führend halte, daß sie vielmehr die konstituirende Eigenschaft der Nationalversammlung und die gesetzlich bindende Kraft ihrer Beschlüsse durchaus anerkenne und nur als Form-Erfüllung die Zustimmung der Kammer für erforderlich, keineswegs aber dieselbe für befugt erachte, Abänderungen an denselben vorzunehmen. Unter der Verständigung, welche das Centrum für die Einzelregierungen in Anspruch nehme, sei nichts weiter zu verstehen, als daß diese das Recht haben sollen, vor der zweiten Lesung der Verfassung der Nat.-Vers. die Wünsche und Bedürfnisse der Staaten mitzutheilen, wodurch die Nat.-Versamml. in ihrer konstituirenden Eigenschaft durchaus nicht beschränkt, vielmehr ihr ohne alle Einschränkung das Recht zugestanden werden solle, bei der zweiten Lesung die Verfassung in der allein gültigen, allgemein bindenden Form festzusetzen. Dem unbefangenen Beobachter möchte wohl dieser vom Centrum eingeschlagene Weg als der glücklichste erscheinen: indem er entschieden vom Pfade der Vereinbarung abweicht, der wohl kaum zu einem Ziele führen würde, nimmt er doch auch Rücksicht auf die Stimme des Volkes, das durch manche Bestimmungen der Reichsverfassung und namentlich der Grundrechte in seinen materiellen Interessen verletzt zu werden fürchtet: man gibt ihm dadurch die Hoffnung, durch das Mittel der Verständigung auf die noch in Aussicht stehenden Gesetze, namentlich auf Heimathsgesetz und Gewerbeordnung in einer Weise einzuwirken, deren Erfolg wohl am besten geeignet sein dürfte, die mancherlei Antipathieen gegen das große Werk der Einigung zu versöhnen, die in einem Theile des Volks allerdings noch wurzeln.

Was die heutigen Interpellationen über die Thronrede und ihren Verfasser, und über den Austritt Thon-Dittmers und namentlich Lerchenfeld's aus dem Ministerium betrifft, so mußten die Aufklärungen der Minister Beisler und Heintz in beiden Beziehungen als ungenügend, die des Ersteren sogar geradezu als unkonstitutionell erscheinen. In Bezug auf die Gründe, welche Lerchenfeld's Austritt aus dem Ministerium veranlaßten, wird man wohl nicht eher klar sehen, als bis er selbst in der Kammer eine Erklärung darüber abgibt, was sowohl seine Anhänger als seine Feinde wünschen. Ich meinestheils zweifle keinen Augenblick, daß er nachzuweisen im Stande sein wird, sein Austritt sei durch wichtige Prinzipienfragen veranlaßt worden. Denn so entschieden Lerchenfeld ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie ist — ein Grund, der ihm, beiläufig gesagt, nicht gestattete, sich bei dem gegenwärtigen Landtage an die Linke anzuschließen, wofür er denn auch in neuester Zeit von dieser Partei heftig angefeindet wird, — so entschieden ist er auch für konsequente Durchführung des konstitutionellen Prinzips durch alle Stufen des Staats-Organismus. Hinsichtlich der voraussichtlichen Majorität in der Kammer waltet natürlich in einer bedeutenden Anzahl von Fragen, bei welchen das Centrum und die Linke sich auf gleiche Weise entscheiden, gar kein Zweifel ob; desto unsicherer sind die Aussichten für solche Anträge, gegen welche allenfalls das Centrum vereint mit der Rechten stimmen würde, da zwischen der Gesammtzahl dieser beiden Parteien und jener der Linken nebst dem linken Centrum kaum ein Unterschied von einigen Stimmen sein wird. Jedermann wird begreiflich finden, wenn theils wegen dieser Unsicherheit, nach welcher Richtung die Entscheidung fallen werde, ganz vorzüglich aber wegen der unendlichen Wichtigkeit der Fragen, die zur Berathung ausgesetzt sind, in ganz Baiern aller Augen auf den Landtag sich richten und das ganze Land theils hoffend, theils fürchtend dem entgegenharrt, was die Vertreter des Volkes beschließen werden!

Deutschland.

Frankfurt, 7. Febr. In der Nummer 32 der „Oberpostamts-Zeitung" wird in einem Korrespondenzartikel aus Berlin vom 31. Jan. gesagt, Oesterreich habe in Potsdam einen Vorschlag eingereicht, der darauf ausgehe, die kleinern Staaten zu mediatisiren, beziehungsweise mit den sechs bestehenden Königreichen zu vereinigen, namentlich solle Kurhessen an Hannover fallen u. s. w. Diese Angabe ist durchaus unrichtig; von Einverleiben ist in dem fraglichen Vorschlage nirgend die Rede, wohl aber hat Oesterreich dem preußischen Kabinete einen Gedanken wiederholt, den es schon früher in Frankfurt dem Parlament durch einen Abgeordneten auf privatlichem Wege hatte unterbreiten lassen, und welcher dahin geht, Deutschland in sechs oder sieben Wahlkreise zu theilen, und den in einen solchen Kreis fallenden Fürsten in irgend einer geeigneten Weise die Wahl des Reichsoberhauptes zu übertragen. Die sechs Könige sind gewissermaßen nur beispielsweise (!) als die natürlichen Vertreter ihrer Kreise aufgeführt. (O.P.Z.)

† **Aus der Pfalz**, 5. Febr. Der geschäftsführende Ausschuß des pfälzischen Volksvereins zu Neustadt a. d. H. hat am 30. Jan. eine energische Adresse an die Ständekammer in München erlassen, aus der wir folgende Stellen hervorheben: „Das Vertrauen des Volkes hat Sie an den Ort Ihrer jetzigen Bestimmung gesandt und in Ihre Hände die Vertretung seiner höchsten Interessen gelegt. Sie werden mit jener warmen Vaterlandsliebe und jenem unerschütterlichen Muthe, die alle Hindernisse besiegen, zu Ihrem großen Werke schreiten, und Sie werden durch das Sie begleitende Vertrauen und den Willen des Volkes stark und mächtig sein, auch gegenüber jenen finstern Mächten, welche heute noch unsern politischen Horizont in Baiern verdüstern. Damit Sie aber auch gewaffnet mit der Macht des allgemeinen Volkswillens auftreten können, betrachten wir es in dieser Zeit als eine Pflicht des Volkes, daß es in stetem geistigen Verkehr mit seinen Vertretern bleibe und über jede große Zeitfrage seinen Willen kundgebe. Die Bevölkerung der Rheinpfalz, welche an Freiheitssinn und Liebe zu dem großen deutschen Vaterlande keiner andern Provinz nachsteht, wird diese Pflicht stets erfüllen." „Während in allen Städten und größeren Gemeinden unserer Pfalz das Volk die Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes als eine Abschlagszahlung auf seine gerechten Forderungen und als die erste Errungenschaft unserer Märzrevolution freudig begrüßt und den Tag, an welchem die Grundrechte Gesetzeskraft in ganz Deutschland erlangt haben, als ein Volksfest feiert, wird bei Eröffnung unserer Kammern in München vom Throne herab eine Rede gehalten, welche wie ein kalter erstarrender Hauch über das ganze Volk hinzieht, zuerst allgemeines Staunen, dann die tiefste, gerechteste Entrüstung in dem Volke hervorruft. Die **Thronrede** gedenkt der Grundrechte und der deutschen Nationalversammlung, gleich als ob diese für Baiern gar nicht bestände, mit keiner Sylbe; ja sie kündigt uns sogar Gesetzesvorlagen an, welche durch die Grundrechte definitiv regulirt oder der Reichsgesetzgebung ausdrücklich vorbehalten sind, und spricht damit implicite die Nichtgültigkeit der Grundrechte für Baiern aus. Vertreter des Volks! Das Volk erwartet von Ihnen, daß Sie wegen dieser Thronrede von den verantwortlichen Räthen der Krone unverzüglich Rechenschaft im Namen des Volkes verlangen werden. Es muß sofort klar werden zwischen dem Volke und der Staatsregierung, soll nicht eine neue tiefgreifende Gährung und Aufregung alle Klassen des Volkes durchdringen. Oeffnen Sie der Staatsregierung die Augen über die gefährliche Bahn, die sie betreten hat, sagen Sie ihr, daß das Volk die Grundrechte als sein gesetzliches Eigenthum

betrachtet, daß sie es durch den Willen einer großen Nation geworden sind, daß diese Nation dieselben unverkümmert bewahren will."

Der Regierungsrath Heinz in Speier, Bruder des gegenwärtigen Ministers, soll, nachdem er kaum zwei Jahre seine bisherige Stellung bekleidet, als Ministerialrath nach München befördert werden. Man glaubt, daß ihm bei Vollziehung der Trennung der protestantischen Kirche der Pfalz vom Wirkungskreise des Oberkonsistoriums in München, welche im Hinblick auf die ultraorthodoxe und stocklutherische Richtung der Generalsynode in Ansbach wohl unabweislich wird, das Referat im Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Pfalz wird übertragen werden. Er war bisher schon Mitglied des Konsistoriums in Speier und genießt den Ruf eines freisinnigen, der vereinigten Kirche aufrichtig und ehrlich zugethanen Mannes.

+ **Karlsruhe**, 7. Febr. Die Vermehrung der Ausgaben und die Verminderung der Einnahmen hat bekanntlich ein sehr bedeutendes laufendes Defizit in unserer Staatskasse zur Folge gehabt, welches über 5 Millionen Gulden beträgt. Die Maßregeln zur Deckung desselben, welche von der Regierung vorgeschlagen, sind verschiedenartig, theils neue Steuern, theils Erhöhung der bestehenden, theils Papiergeld. Nachdem die zweite Kammer in voriger Woche die Einführung einer außerordentlichen Vermögensteuer genehmigt hatte, berieth sie in der heutigen Sitzung die Ausgabe von 2 Millionen Gulden Papiergeld. Die Hauptbestimmungen des von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurfs gingen dahin, daß kein Zwangskurs damit verbunden sei, daß eine Auswechselungskasse dafür errichtet und mit 700,000 fl. dotirt werde, daß das Papiergeld in Scheinen von 2, 10 u. 50 fl. emittirt und bei allen Zahlungen an Staats-, Gemeinde- und Stiftungskassen angenommen werden soll, wobei noch ¼ aller Staatssteuern in Papier zu bezahlen sei. Die allgemeine Diskussion drehte sich, wie natürlich, um die Räthlichkeit und Zweckmäßigkeit der Einführung von Papiergeld. Der Abg. Häußer war es, welcher unter den Gegnern mit der schärfsten Waffe auftrat, doch vermochte er kaum 8—10 Stimmen für seinen Antrag zu gewinnen. In Bezug auf die spezielle Diskussion, die sofort bis zum Artikel 3. des Gesetzes erfolgte, zeigte es sich, daß die Vorschläge der Regierung mit unwesentlichen Modifikationen angenommen werden. Die einzige wesentliche Veränderung besteht wohl darin, daß die Kammer sich dafür entschied, daß das Papiergeld bloß an Staatskassen, aber nicht an Gemeinde- und Stiftungskassen im vollen Nennwerthe, wie die geprägte Münze, angenommen werden müsse — ein Beschluß, der konsequent ist, sobald man keinen Zwangskurs gestattet. Morgen wird der Rest des Gesetzes weiter berathen und das Ganze aller Wahrscheinlichkeit nach mit allen gegen etwa 10 Stimmen angenommen. Indessen wird das mit dem Papiergeld in Aussicht stehende Zwangsanlehen, wodurch die Auswechselungskasse dotirt werden sollte, darum hinwegfallen, weil die neueren günstigen Finanzverhältnisse ein freiwilliges Anlehen gestatten. Man vernimmt, daß die Berathung der Frage, ob die Revision der Verfassung und die Durchführung der Grundrechte durch die jetzigen Kammern oder durch eine konstituirende Versammlung geschehen soll, am nächsten Samstag stattfinden wird. Man glaubt, daß die Berathung hierüber sehr stürmisch ausfallen dürfte.

△ **Darmstadt**, 8. Febr. Unsere zweite Kammer hat für ein paar Tage Ferien gemacht, und von unserer ersten Kammer hört man gar nichts. Insbesondere fällt auf, daß unser Wahlgesetz dort wahrhaft verschollen ist. Schon vor Weihnachten kam der Anfang und gleich nach Neujahr der Rest der Verhandlungen und Beschlüsse in die Räume der fortgesetzt geheimen Kammer; aber der Bericht des Freiherrn von Breitenstein darüber, wenn er aus dem Kopf und der Hand heraus ist, drang noch nicht in die Druckerei, vielleicht noch nicht in die Gesammtheit des Ausschusses. Man könnte besorgt werden deßhalb, wenn nicht Art. 8. des Einführungsgesetzes der Grundrechte im schlimmsten Fall den Weg wiese. Indessen wäre Aufschub der Annahme schon schlimm genug. Während so das Wahlgesetz in der ersten Kammer säumt, wird in der Kürze dort das Gesetz über Aufhebung des Lehnverbandes und das Gesetz über die Weideberechtigungen zum Vortrage kommen. Beide hatten viel später als das Wahlgesetz in der zweiten Kammer ihre Erledigung gefunden, und kamen diesem nun doch in der ersten Kammer in der Priorität voraus, obgleich namentlich das Gesetz über die Weideberechtigungen sehr umfangreich ist. Aber warum nicht? Das Gesetz über Aufhebung des Lehnverbandes ist zunächst ein adeliges Pferd, der Pegasus des modernen Ritterthums, der neben das bürgerliche Thier der Weideberechtigungen gespannt, allerdings ein Paar macht, aber doch zunächst die bisherigen Vasallen zu den heiteren Regionen freien Eigenthums erhebt.

Aus dem Braunschweigischen, 4. Febr., berichtet die „Reichszeitung": Der städtische Verein zu Schöningen hat dem Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung, Herrn Jürgens aus Stadtoldendorf (welcher den dritten braunschweigischen Wahlbezirk vertritt), die nachstehende Erklärung zugesandt: „Wir haben aus öffentlichen Blättern vernommen, daß Sie bei der Abstimmung über die Erblichkeit der deutschen Kaiserwürde unter den braunschweigischen Abgeordneten allein dagegen gestimmt und auch die mit Ihnen gehende Fraktion in Ihrem Sinne abzustimmen veranlaßt haben. Es hat uns dies sehr befremdet, da Sie mit Bestimmtheit wissen, wie sehr im Herzogthume Braunschweig nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den Ständen und dem Volke die Stimmung für die gedachte Erblichkeit ist, und da Sie voraussetzen müssen, daß Ihre Wähler diese Stimmung theilen. Da wir nun fest überzeugt sind, daß die Einheit Deutschlands, nach der jedes echt deutsche Herz so sehnlichst verlangt, nur zu Stande kommen kann, wenn die Kaiserwürde erblich und auf das Haus Hohenzollern übertragen wird, so fordern wir Sie dringend auf, bei der nahe bevorstehenden zweiten Lesung entweder im Sinne der Braunschweiger überhaupt und Ihrer Wähler insbesondere für die Erblichkeit der deutschen Kaiserwürde und für Uebertragung derselben an das preußische Königshaus zu stimmen, oder, falls dies Ihrer Ueberzeugung ganz entgegen sein sollte, Ihr Mandat in die Hände Ihrer Wähler zurückzugeben." Eine Abschrift dieser Erklärung ist auch an die Reichsversammlung selbst abgesandt worden. Außerdem fordert der Schöninger städtische Verein alle übrigen Wähler des dritten Wahlbezirks auf, ohne Zeitverlust ihre gleichen Wünsche in gleicher Weise auszusprechen.

Ungarn.

Pesth, 31. Jan. Man muß nach den Nachrichten, die aus den meisten Gegenden der noch insurgirten Theile Ungarns eingehen, zugeben, daß die Magyaren sich jetzt etwas besser vertheidigen als früher, daß die Kaiserlichen überdieß jetzt mehr mit Terrain-Schwierigkeiten, besonders mit dem stets trostlosen in der jetzigen Jahrszeit noch verschlimmerten Zustand der ungarischen Landstraßen zu kämpfen haben, und daß folglich die Pazifikation des Landes nicht so rasch vor sich gehen dürfte, als man sich anfangs vorstellte, wenn auch der endliche Erfolg so viel wie gewiß ist. Der Umstand, daß die Operationen nur langsam vorwärtsschreiten, und daß einige Kriegsbülletins, wie z. B. das des Feldmarschallieutenants Schlick über das Treffen bei Talya am 22. d. M., etwas zweifelhaft lauten, ermuthiget bei uns die Kossuthianer, erfüllt sie mit neuen Hoffnungen und verleitet sie zu manchen übereilten Aeußerungen, was leicht zu bedenklichen Reibungen führen könnte. Wir erwarten daher strenge Maßregeln gegen Wühlereien dieser Art; der geringste Exzeß in Pesth könnte zum Verderben dieser Stadt führen. Gestern wurde der sogenannte Major Söll, von Geburt ein Steierer, 24 Jahre alt, welcher unter den Ungarn ein Korps sogenannter Tiroler Schützen (eigentlich zusammengelaufenes Gesindel aller Nationen) gebildet hatte, in Folge kriegsrechtlichen Urtheils erschossen. Sein Adjutant, ein Baier, Eduard Pohl, wurde ebenfalls zum Tode verurtheilt, aber diese Strafe ward vom Fürsten Windischgrätz in achtjährigen Kerker umgewandelt. Heute soll eine pompöse Leichenfeier zum Andenken des hier ermordeten unglücklichen Grafen Lamberg stattfinden. (Allg. Z.)

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2¼ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 41. Frankfurt a. M., Samstag 10. Februar. 1849.

Uebersicht.

---

10. Februar.

Die Verhandlungen über die Oberhauptsfrage liegen nun in den stenographischen Berichten gedruckt vor uns und wir können den ganzen Kampf, sowohl nach den streitenden Gruppen, als nach den Waffen, womit gestritten ward, nun leichter überschauen. Die Zeit, die zwischen der ersten und zweiten Lesung liegt, muß nach einer oder der andern Seite hin Entscheidendes bringen; mit diesen schwankenden Majoritäten, an denen zudem Klauseln und Verwahrungen in Menge hängen, wird man den wichtigsten Akt des deutschen Verfassungswerks nicht vollenden wollen. Ueberschaut man freilich die inneren Verhältnisse und Motive, die den Mehrheiten und Minderheiten zu Grunde liegen, so stellt sich die Sache günstiger und es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß die Chancen der erblichen Monarchie bis jetzt noch die glücklichsten sind. Zwar blieb die Erblichkeit in der Minorität, aber in welch starker kompakter Minorität, gegenüber der bunt zusammengewürfelten Majorität, die zudem zum Theil nicht dem Grundsatz der Erblichkeit, sondern nur der voraussichtlichen Anwendung desselben entgegen war! Wie fest und undurchdringlich stand diese Phalanx all den Halbheiten gegenüber, womit man die Schwierigkeiten einer gesunden und ganzen Lösung des Knotens zu umgehen suchte; wie imponirend nahm sie sich aus gegenüber der losen Koalition des ganzen und halben Republikanismus, der ultramontanen und partikularistischen Partei! Mit wie kümmerlichen Minoritäten unterlagen alle die Experimente der Trias, des Turnus und des periodischen Wahlkaisers, während die erbliche Monarchie mit kaum vierzig Stimmen in der Minderheit blieb, obwohl sich gegen sie die widerstrebendsten Interessen, die antimonarchischen, die österreichischen, die antipreußischen und die partikularistischen vereinigt hatten.

Denselben Eindruck macht uns der Ueberblick der Verhandlungen. Man durfte doch erwarten, daß bei diesem Anlasse alle Parteien in stärkster Rüstung in's Gefecht zogen und kein Argument zurückließen, das gegen die Monarchie und namentlich gegen die erbliche Monarchie vorzubringen war. In der That erfolgte der Angriff von den verschiedensten Seiten; die Linke vom Standpunkte des Republikanismus, ein Theil der äußersten Rechten von dem Motiv des Hasses gegen Preußenthum, Protestantismus und Norddeutschthum geleitet, einzelne Stimmen aus dem Centrum von der Besorgniß Oesterreich „hinauszustoßen" geängstigt, andere wieder von dem engen Gesichtskreise eines bairischen oder hannover'schen Partikularismus ausgehend — sie alle vereinigten sich zum Angriff gegen die erbliche Monarchie. Ungeachtet dieses Kreuzfeuers und obwohl ein ganzes Drittel mehr Redner gegen die Monarchie auftraten, als für dieselbe, ging sie ohne Wunden aus dem Kampf hervor und der Totaleindruck der Debatte mußte eher für als gegen sie entscheiden. Was mehr in die Augen fällt, ob die innere Stärke der Sache selbst, oder die fühlbare Schwäche dessen, was die Gegner bieten konnten, ist schwer zu sagen. Uns wenigstens hat die Argumentation der Gegner, auch wenn sie sich auf einem erträglich günstigen Gebiete des Angriffs zu bewegen schien, jedesmal einen ganz unbedeutenden Eindruck hinterlassen, sobald sie zur Vertheidigung der eignen Sache überging und wir könnten nicht sagen, daß die achtzehn Reden, die wir gegen Monarchie und Erblichkeit vernommen haben, unsere Ansicht über den republikanischen Präsidenten oder die politische Dreifelderwirthschaft oder den verjüngten sechsköpfigen Bundestag irgend hätten erschüttern können.

Der Kampf ward eröffnet und am rührigsten fortgesetzt von der Linken; die unklaren und träumerischen Republikaner, die klaren und nüchternen, die prosaischen, die poetischen und doktrinären erschienen auf dem Platze, um gegen die Monarchie ihre Lanze zu brechen. Es haben von der Linken die meisten Redner gesprochen; es sind viel Worte gegen die Monarchie geltend gemacht worden, aber wenig neue Gründe. Sollen wir es offen sagen: die Linke ist uns noch in keiner großen Verhandlung so schwach erschienen, wie in dieser Hauptfrage. Ist es das Unhaltbare und Künstliche der Sache, was ihren Rednern am meisten im Lichte steht? Wir müssen es unumwunden heraussagen: doktrinärer haben wir noch wenig Parteien reden hören, als die Linke in der Oberhauptsfrage. Es war schon eine schlimme Vorbedeutung, daß unter ihrem Dutzend Redner die ganze Hälfte (Schüler, Hagen, Zimmermann, Ahrens, Uhland, Fröbel) aus Professoren bestand; noch schlimmer aber, daß die Mehrzahl gerade so sprach, wie recht mittelmäßige, doktrinäre Professoren zu reden pflegen. Nicht einmal die „schwarzweiße" und kaiserliche Partei, die sonst im Rufe steht, alles Professorenthum in sich zu absorbiren, hat so viele aus dieser verpönten Gesellschaft in den Kampf geführt; einem Kaufmann aus Mannheim, einem Advokaten aus Baiern, einem biedern Schwaben, der ebenfalls das Glück hat, kein Professor zu sein, oder dem schlagfertigen Freiherrn aus Westphalen überließ sie es, die empfindlichsten Streiche abzuwehren, welche das Professorenthum der Linken gegen die Monarchie geführt hatte.

Der bezeichnendste Ausdruck dieser doktrinären Linken war die Rede Schülers. Sie war nüchterner und verständiger angelegt, als man es sonst von jener Seite gewohnt ist, bestand auch nicht überwiegend aus den Gemeinplätzen, womit man in der Volksversammlung und im Wirthshaus die Verhandlung über die beste Regierungsform zu führen pflegt, war aber gleichwohl nichts mehr und nichts weniger, als eine ächte Professorenrede, voll von dem doktrinären Eigensinn, den man der Gelehrten-Politik gewöhnlich vorwirft. Herr Schüler stellt als vernünftiger Mann eine Reihe von Vordersätzen auf, die wir ihm vollkommen zugeben, ja die uns aus der Seele gesprochen sind, aber seine Schlußfolgerung selbst führt zu einem ganz andern Ergebniß, als man nach jenen Prämissen es erwarten sollte. Herr Schüler sieht mit Recht in dem Direktorium nichts als ein neues Sanktioniren der Zerrissenheit und des Partikularismus; es würde ihm eine solche Regierung vorkommen, wie ein Wagen, an welchen man an allen Seiten Pferde spannt, welche zugleich nach vorn, nach hinten, nach rechts und nach links ziehen. Ein Turnus wäre ihm aber, wie er mit einem Dahlmann'schen Ausdrucke sagte, eine Anarchie nicht nebeneinander, sondern nacheinander; denn es würde dadurch alle vier Jahre einer andern Dynastie Gelegenheit gegeben, ihrem eigenen Interesse Deutschland zum Opfer zu bringen. In

einer Wahlmonarchie erkennt der Redner alle Mängel des dynastischen und partikularistischen Prinzips, ohne die Vortheile der Stätigkeit und Festigkeit der Regierung, welche die Erblichkeit gibt. Sollte man nicht nach dieser sehr verständigen Einleitung glauben, der Redner müsse zur erblichen Monarchie gelangen, zumal da er erklärt, die Erblichkeit sei mit dem demokratischen Prinzip nicht unvereinbar?

Keineswegs; der Redner macht hier plötzlich eine Schwenkung, um uns zu dem gewählten Präsidenten hinüberzuführen. Die 34 Fürsten und ebensoviel Civillisten sind ihm ein Grund, ein fürstliches Oberhaupt mit einer neuen Civilliste zu verwerfen; er will gegen die vielen einzelnen konstitutionellen Monarchien ein Gegengewicht und dies soll ein republikanisches sein. Auf beide Einwände haben bereits andere Redner geantwortet; wie kleinlich die Rechnung sei, die den wichtigsten Punkt unserer Verfassung groschenweise behandle, hat Beseler hervorgehoben und auf den zweiten Einwand hat Vincke schlagend erwidert: eben deßhalb weil 34 einzelne Pfundsteine in einer Wagschale sich befinden, ist es nothwendig, daß ein 34Pfundstein in die andere gelegt wird, damit er ein Gleichgewicht bilde. Wenn Herr Schüler ernstlich glauben kann, ein Wahlpräsident werde der 34Pfundstein werden, so wäre das ein neuer Beweis, daß die ärgsten Doktrinäre nicht rechts, sondern links sitzen.

Aber freilich, er ist überaus naiv, unser demokratischer Professor. **Weil** Preußen eine überwiegende Macht besitzt, **darum** will er es nicht an der Spitze haben. Also nicht die Schwierigkeiten, welche einem preußischen Kaiserthum im Wege stehen, nicht die Befürchtungen der Ohnmacht „Kleindeutschlands" machen ihm die größte Sorge, sondern er fürchtet sich eben vor der Macht des neuen Oberhauptes; gerade das ist ihm ein Beweis dagegen, was den Gegnern der stärkste Beweis dafür ist. Jetzt freilich begreifen wir, warum der Redner einen gewählten Präsidenten will; er fürchtet sich vor der Macht des Oberhaupts — eine Besorgniß, die denn freilich vor dem demokratischen Wahlpräsidenten nicht aufkommen wird. Aber auch dafür hat die Doktrin Sorge getragen. Wendet man dem Redner ein, wo denn die Macht liege, über die der Gewählte gegenüber 34 monarchischen Regierungen zu verfügen habe, so beruft sich Herr Schüler auf die Sympathien des Volkes. Wir schlagen die Sympathien des Volkes nicht gering an, obwohl man mit bloßen Sympathien weder Kassen füllen noch Heere noch Schiffe rüsten kann, aber es wäre erst noch zu beweisen, daß jene 34 Regierungen eben aller und jeder Sympathie verlustig wären und nur der Wahlpräsident dieselbe in sich vereinigte. Wäre das — dann sähen wir nicht ein, warum man jene Vierunddreißig noch erhalten will und erhalten kann. Dann wollen wir lieber die Föderativrepublik ganz und vollständig haben, statt dieser doktrinären Sphinx, deren Körper, Arme und Beine gut königlich sind, indeß die Stirne statt der Krone einen republikanischen Eichenkranz trägt.

Indessen der Redner hat sich selbst gegen diese Einwände erschöpfend vertheidigt. Die andern Vorschläge, die gemacht sind, scheinen ihm, als einem ächten Doktrinär, prinzipiell unmöglich; der seinige, sagt er wörtlich, leide **höchstens** an einer äußeren Unmöglichkeit! Höchstens an einer äußeren Unmöglichkeit — fürwahr eine Naivetät, wie man sie nicht größer denken kann! Damit stimmt denn freilich auch zusammen, wenn der Redner nur dem „reinen Prinzip" gefolgt wissen will; die praktischen Rücksichten allein seien es, an denen die Versammlung scheitern müsse, und die sie erst in unauflösbare Verwicklungen bringen, folglich keine praktischen Rücksichten mehr!

Das nennt also die Linke Politik; wir sind dagegen der bescheidenen Meinung, daß die Professorendoktrin noch selten dem gesunden Menschenverstande stärkere Zumuthungen gemacht hat.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Febr. Herr v. Würth ist von seiner Sendung nach Ollmütz wieder hier eingetroffen. Man versichert, daß derselbe eine Note des österreichischen Kabinets mitgebracht, welche demnächst zur Oeffentlichkeit gelangen soll. (O. P. Z.)

Parl. Korr. **Frankfurt**, 9. Febr. Ueber den Inhalt der von Hrn. v. Würth mitgebrachten österreichischen Note verlautet so Entgegengesetztes, daß uns unwillkürlich die bekannte Fabel vom Chamäleon einfiel. Sollen wir aus innern Gründen die Berichte über den Inhalt der Note sichten, so scheint kein Zweifel, daß folgende drei Punkte in dem Schreiben enthalten sind. Die österreichische Regierung beharrt zunächst auf dem Prinzip der Vereinbarung, sie will sodann nichts von jenem engeren und weiteren Bundesverhältnisse wissen, wie ein solches in der preußischen Cirkularnote unterschieden war, und sie protestirt endlich gegen die einheitliche Spitze des Bundesstaats. Sie protestirt demnach, wenn wir richtig belehrt sind, gegen das Gagern'sche Programm, sie protestirt gegen die preußische Note und sie protestirt gegen die Majorität der deutschen Nationalversammlung.

* **Frankfurt**, 9. Febr. Die verschiedenen Parteien der Abgeordneten für die zweite preußische Kammer haben sich auf folgende Weise verstärkt.

I. Rechte: (Gestern, nach berichtigter Angabe 43 Mitglieder) 44) v. d. Heydt, Elberfeld; 45) Hermann, Düsseldorf; 46) Scherer, Düsseldorf; 47) v. Borries, Herford; 48) Dallmann, Herford; 49) v. Viebahn, Bielefeld; 50) Müllenwiesen, Barmen; 51) Ostermann, Barmen; 52) Müller, Siegen; 53) v. Beughen, Siegen; 54) Pütz-Hochstraß; 55) Evelt-Dorsten; 56) Stever, Arnswalde; 57) Stolle, Friedeberg; 58) Wagner, Neumark; 59) Nefelhof, Neumark; 60) Wolff, Neumark; 61) Jeschne, Neumark; 62) Graf Schwerin, Stettin; 63) v. Ramin, Stettin; 64) v. Bülow-Rieth, Stettin; 65) v. Hagen, Plaugard; 66) v. Dewitz, Plaugart; 67) Urlichs, Greifswalde; 68) Stever, Grimmen; 69) v. Kleist-Retzow, Pommern; 70) v. Münchhausen, Sachsen; 71) Kruse, Bergen; 72) Poninski, Schlesien; 73) Wentzel, Schlesien; 74) Krause, Preußen; 75) v. Kleist, Sachsen; 76) v. Roberskiel, Sachsen; 77) Silandereck; 78) Wehmer; 81) Heßler, Bromberg; 82) Freund, Sachsen; 83) Eckardt; 84) Heyland; 85) Tegtwege; 86) Schipenberg, Schlesien; 87) Troska; 88) Vogeelain, Oppeln; 89) Winterfeld, Posen; 90) v. Schlottheim; 91) Vater; 92) v. Voigts-Rheetz, Bromberg; 93) Hartmann, Preußen; 94) Boy; 95) Witt; 96) Kießling, Schlesien; 97) Klein; 98) Seiffert; 99) Röcke; 100) Jordan; 101) Schwedler; 102) Küpfer, Posen; Meyer, Westphalen.

II. Centrum: 25) Gellern, Minden; 26) Ebert, Anclam, 27) Dötsch, Kreuznach; 28) Sames, Kreuznach; 29) Ramann, Sachsen; 30) Schützenberger, Sachsen; 31) Martens, Danzig; 32) Groddeck, Danzig; 33) Stierke, Danzig; 34) Naumann, Posen; 35) Seeger, Posen; 36) Disterweg, Altenkirch; 37) Ludwig, Sachsen; 38) Hentink, desgleichen; 39) Freund, desgleichen.

II. Linkes Centrum: 25) Arntz, Cleve; 26) Plath, Stolp; 27) Thiel, Cöslin; 28) Bliesener, Rügenwalde; 29) Schmierlicke, Cöslin; 30) Eberty, 31) Storitz, Sachsen; 32) Fürst Hatzfeld; 33) v. Kirchmann; 34) Pelzer, 35) Honigbrod, Rheinland; 36) Stocker, Sachsen; 37) Dambert, Sachsen; 38) Böbing, Schlesien; 39) Schober, Schlesien; 40) Pfeiffer, Altenkirchen.

IV. Linke: 39) v. Möller, Minden; 40) Matthäi, Lauban; 41) Heinzer, Görlitz; 42) Staud, Cleve; 43) Goltschalk, Cleve; 44) Tülff, Rügen; 45) Bucher, Stolp; 46) Bauer, Stolp; 47 Pape, Schlesien; 48) Wolheim; 49) Zwakel; 50) Elsner; 51) Ebel; 52) Schmidt; 53) Ralocke; 54) Flinsberg; 55) Levysohn, Grünberg; 56) Schom; 57) Netze, Oels; 58) Schmidt, Brieg; 59) Zymbell; 60) Herr, Wetzlar; 61) Graf Mielzynsky; 62) Cegeloni, Posen; 63) v. Grabe, 64) Bachhausen, Westphalen.

Im Ganzen gehören 136 Abgeordnete zur Rechten, 93 zur Linken.

Der Kölner Zeitung zufolge sind als Abgeordnete zur zweiten Kammer in Rheinland und Westphalen ferner gewählt worden:

Für die Kreise Bernkastel, Wittlich ꝛc.: Adv.-Anw. Borchardt zu Köln, Literat Dr. Karl Grün zu Trier. Für die Kreise St. Wendel, Ottweiler, Saarbrücken ꝛc.: Landrath Hesse zu Saarbrücken, Pfarrer Hansen zu Ottweiler, Adv.-Anwalt Riotte zu Saarbrücken. Für die Kreise Merzig, Saarburg ꝛc.: Gutsbesitzer Joh. Guittienne zu Ihn, Notar Schily zu Wallerfangen. Für die Kreise Wetzlar, Altenkirchen, Neuwied: Advokat Pfeiffer zu Altenkirchen, Dr. Herr zu Wetzlar, Justizrath Diesterweg zu Atzbach. Für die Kreise Zell, Cochem, Adenau: Kaufmann Johann Nic. Bauer zu Adenau; Post-Expeditor Friedr. Müller zu Zell. Für die Kreise Olpe, Siegen, Wittgenstein: Unterstaatssekretär Müller, Berg-Gerichtsrath von Beughem zu Siegen. Für die Kreise Arnsberg, Brilon, Meschede ꝛc.: Gutsbesitzer W. Plaßmann zu Allhoff, Justiz-Komm. Gierse, Referendar Dr. Dann. Für den Kreis Minden: Justizrath Gellern zu Petershagen, Dr. Med.

E. v. Möller zu Minden. Für den Kreis Paderborn: Referendar Löher zu Paderborn, Justizrath Groneweg zu Gütersloh; für den Kreis Borken: Gerichtsdirektor Evelt zu Dorsten.

Wien, 2. Febr. In Folge der Welden'schen Proklamation über die Verheimlichung von Waffen fand sich der Gemeinderath veranlaßt, eine Deputation an den General zu schicken mit der Weisung: „Der Gemeinderath halte es für seine heiligste Pflicht, für die Wohlfahrt der Stadt sowie jedes Einzelnen Sorge zu tragen, und sei daher gesonnen, einem Jeden eine Prämie zu ertheilen, der solche Individuen anzeige, welche Waffen verborgen hielten." Eine mit vielen tausend Unterschriften bedeckte Adresse, der Belagerungszustand möge aufgehoben werden, wurde vom Ministerium mit dem Bedeuten zurückgewiesen, daß eine früher vorhandene Adresse, welche selbst der Gemeinderath unterschrieben habe, den Fortbestand desselben wünsche. Die Mißstimmung des Volks gegen das Ministerium ist durch diesen Vorfall nur noch gesteigert worden. Die Untersuchungs-Kommission wird immer thätiger. Jetzt vernimmt man das niedere Dienstpersonal, Schreiber und Stubenheizer der aufgehobenen siebenbürgischen Hofkanzlei. Offenbar gilt dieß höheren Beamten. So soll ein k. k. Hofsekretär Warga durch Konnexion mit Pulszky und Bem, denen er nächtliche Konferenzen im Oktober bei sich gegeben, stark kompromitirt sein. (Allg. Z.)

Wien, 3. Febr. Die Minister Stadion, Schwarzenberg, Kulmer und Bruck werden dem Vernehmen nach längere Zeit hier verweilen, da es sich um die Delegirung von drei kaiserlichen Kommissären nach den pazifizirten Theilen Ungarns handelt. Von diesen drei Civilkommissären wird einer die Finanzen, der zweite die Justizverwaltung, der dritte die politischen Verhältnisse Ungarns im Auge zu halten haben. Sie werden aus dem Gremium der entsprechenden Ministerien genommen; für die Finanzen ist Hofrath Szögyény bestimmt. Im Ministerium der Finanzen wird eine ungarische Sektion errichtet, deren Leitung der vor Kurzem hier angekommene kaiserliche Hofrath Graf Almassy übernimmt. (C. Bl. a. B.)

△ **Wien**, 5. Febr. Nach den letzten Nachrichten aus Galizien hat man in der Gegend hinter Stry starken Kanonendonner gehört. Es scheinen sich dort wieder einzelne Insurgentenkorps vereinigt zu haben, in der Absicht durchzubrechen, wie es scheint. Die Finanzwache an der Grenze gegen Polen hat aber den Insurgenten einen schlimmen Streich gespielt, der beweist, daß sie ihren Namen nicht umsonst hat. Sie hat die Summe von 80,000 fl. in Zwanzigern und 10,000 Stück Dukaten in Gold, welche den Insurgenten zugeführt werden sollten, aufgefangen. Wir hoffen, diese Summe nimmt den Weg nach Wien und freuen uns schon auf den langentbehrten Anblick von wirklichen, wahrhaftigen, geprägten Silberzwanzigern!

Die Ablieferung von Waffen dauert in der Art fort, daß jeden Morgen eine Anzahl Waffen auf den Straßen, besonders der Vorstädte gefunden werden, welche die Besitzer derselben wahrscheinlich im Laufe der Nacht aus den Häusern werfen. Die Patrouillen oder Sicherheitswachen sammeln sie dann und liefern sie ab. Auch bei Haussuchungen fand man in den letzten Tagen wieder Waffen, besonders in der Josephsstadt, wo auch mehrere Personen gefänglich eingezogen wurden. An Untersuchungen, an Maßregeln, an Statuirung von Beispielen läßt es die Militärbehörde nicht fehlen und dennoch dauern die Attentate fort. Am 2. Febr. fiel ein Schuß auf der Freiung an dem sogenannten „Heidenschuß"; am 4. fuhr zwischen 11 und 12 Uhr Vormittags ein Fiaker mit der Schnelligkeit einer Lokomotive über den Graben: aus jenem wurde auf einen Sicherheitswächter geschossen, und der Thäter entkam durch die Behendigkeit seines Führers. In der vergangenen Nacht wurde wieder ein Soldat durch einen Schuß verwundet. Es würde sich doch der Mühe verlohnen, wenigstens versuchsweise einmal die Versöhnung anzuwenden! Doch ist dazu vor der Hand noch wenig Hoffnung, man scheint eher geneigt, die Dinge auf die äußerste Spitze zu treiben; ich glaube mit Bestimmtheit zu wissen, daß bei dem Kriminalgerichte mehrere Voruntersuchungen der ernstesten Art gegen Deputirte seit einigen Tagen beendigt sind, die sich zum Theil auf eidliche Aussagen stützen. Ob der Sache weitere Folge gegeben wird, steht dahin, da das Ministerium noch nicht entschlossen scheint oder scheinen will. Die Namen der Abgeordneten Sierakovsky, Scherzer, Violand, scheinen dabei kompromittirt zu sein.

Die gestrige Ostdeutsche Post bringt „auf Befehl" zwei Schreiben des Baron Welden an den Verleger. Der Gouverneur sagt darin, daß der Redakteur Kuranda wiederholte Verwarnungen empfangen habe, und die Konzession des Wiedererscheinens der Ostdeutschen Post nur unter der Bedingung erfolgt sei, daß Kuranda nicht die Redaktion derselben behalten dürfe. Der Verleger Hr. Gerold knüpft daran die wiederholte Bemerkung, daß während des Erscheinens des Blattes keineswegs eine Warnung erfolgt sei, und daß Hr. Kuranda auf das Bestimmteste erklärt habe, während des Ausnahmezustandes die Redaktion nicht mehr übernehmen zu wollen; erst nach dieser Erklärung habe Herr Gerold das Wiedererscheinen seines Blattes unter einem andern Redakteur betrieben. Die Sache ist so nur noch auffallender gemacht, als sie ohnedem schon war.

Zu der am 7. vorzunehmenden Wahl eines Reichstagsdeputirten für Kremsier werden als Kandidaten Herr Megerle von Mühlfeld, Fürst Schwarzenberg und der zugleich als Reaktionär und als Demokrat verschrieene Kuranda genannt. Dr. Hye und Ministerialrath Hock haben die Wahl im Voraus abgelehnt.

* **Wien**, 5. Febr. Die Attentate auf das Militär wollen kein Ende nehmen. Abermals ist heute Nacht auf einen Grenadier geschossen worden und dießmal traf der Schuß so gut, daß der Mann sogleich todt niederfiel. — Man versichert, daß die hiesigen großen Banquiers sich bei der neuen Anleihe vorerst nur als Kommissäre zu betheiligen gedenken; dessen ungeachtet erhalten sich die öffentlichen Fonds bei ziemlich lebhaftem Verkehr sehr fest. In allen Vorstädten sind Hausdurchsuchungen nach Waffen eingetreten, wobei mit großer Strenge verfahren wird und Schränke, selbst Betten durchsucht werden. Die Gefangenen aus der Festung Leopoldstadt, 1185 Mann mit 46 Offizieren, sind mittelst Eisenbahn so eben hier angelangt. 300 Mann von Ceccopieri Infanterie, sämmtlich Italiener, welche als Ueberläufer in der Festung waren, verweigerten jede Kapitulation und verstümmelten dann die Honvéds im Handgemenge. Graf Franz Zichy ist zum k. Kommissär für Preßburg ernannt worden.

*** **Berlin**, 6. Febr. Nach den bis heute Abend hier eingegangenen Nachrichten stellte sich das Wahlresultat günstiger auf dem Lande und in den umliegenden Städten, als man nach dem hiesigen Ausfall erwarten durfte. In Potsdam, Stettin, zur Hälfte in Breslau und zum größten Theil auf dem Lande, sind die Wahlen auf Männer gefallen, mit entschiedener Tendenz gegen die Umsturzpartei. Nur mit Verwunderung kann man hören, daß selbst der Minister v. Manteuffel in Spreewalde, wo sonst die demokratische Gesinnung, aus Sachsen herübergebürgert, vorwalten soll, gewählt worden. Graf Schwerin ist in Schwedisch-Pommern, Professor Keller (der die Demagogie aus der Schweiz kennt) in Freienwalde ernannt. Die meisten der Erwählten werden uns weniger als Politiker, denn als Ehrenmänner, Vaterlandsfreunde und wahrhaft um ihre Gegend verdiente Personen bezeichnet. Und dies dürfte genügen, um uns nach dem Schrecken des gestrigen Tages zu beruhigen, wenn wir uns auch damit noch nicht der Hoffnung hingeben mögen, daß die Wahlen im ganzen Lande den Berliner Wahlen das Gegengewicht halten. Nein, wir müssen noch immer vernehmen, daß eine demokratische Majorität in dunkler Färbung zum 22. hier eintrifft, aber schon zu wissen, daß ihr gegenüber eine Phalanx besonnener, freisinniger und des Wortes kundiger und mit Staatsangelegenheiten vertrauter Männer steht, ist ein großer Fortschritt gegen die Nationalversammlung. Die Vincke, Graf Schwerin, Grabow, Graf Arnim (beide letztere in Prenzlow gewählt), v. Patow, v. Bodelschwingh werden aber nicht die einzigen sein, welche den sozial-demokratischen Magistern gegenüber ihre Sache zu vertreten verstehen; wir dürfen im Gegentheil hoffen, daß auch aus den andern Provinzen dieser Kern eine bedeutende Unterstützung und Zuwachs erhalten wird, so an Talenten als an Charaktern. Daß v. Unruh und Par in ihrer Stadt Magdeburg mit einer fast erdrückenden Majorität gewählt worden, darf Niemanden wundern und ist ebensowenig vom Uebel, als daß die Waldeck, Jakoby, Temme, Rodbertus u. A. gewählt sind. Eine Kammer von 1849, wo diese Elemente nicht vertreten wären, wäre unvollständig; es gilt dem Gegner offen in's Auge zu schauen, der uns mit seiner Zukunft droht, es gilt, ihm den Kampfplatz eröffnen, um mit gleichen Waffen sich zu messen. Nur daß die Stadt Berlin jene 6 Männer 9 Mal wählte, ist das Abnorme, Männer, die weder ihre Intelligenz, noch ihre Industrie, Handel, Besitz repräsentirend, wenn ihre Ansichten durchgingen, Berlins Bedeutung nur gefährden würden. Alle diese Män-

ner sind fremd, so von Geburt als von Kenntnissen und Geistesrichtung, den Interessen der preußischen Residenz, und mit Recht kann eine hiesige Zeitung heut ausrufen: die Masse der Berliner Bevölkerung, geleitet durch eine Partei, hat 9 Deputirte dieser Partei in die Kammer geschickt, aber Berlin selbst ist nicht repräsentirt. v. Uneuh und Pax kann man weit eher die Repräsentanten der Stadt und Bevölkerung von Magdeburg nennen, als es Waldeck, Jakoby, Rodbertus, Temme, Phillips des Kerns von Berlin sind. Nur Berends kann als ein Vertreter der Massen gelten. Das Land scheint, mit wenig Ausnahmen, konsequenter zu wählen. Wo aber blieb die Vertretung des Handwerkerstandes?

⋮ **Berlin**, 7. Febr. Jesus sahe die Stadt an und weinete über sie. „Wahrlich," sprach er, „ich sage euch: dem Lande der Sodomer und Gomorrer wird es erträglicher ergehen am jüngsten Gericht, denn solcher Stadt" (Luc. 19, 41. — Matth. 10, 15.) Diese Worte der Schrift ließ ein betrübter Konservativer am Abende des Wahltages in die Vossische Zeitung setzen. Indessen lauten die Nachrichten über die Wahlen in den Provinzen bedeutend günstiger. Günstiger nicht blos für die konservative Partei, welche viele ihrer Hauptvorkämpfer ins preußische Unterhaus gebracht hat, sondern überhaupt günstig, weil die Wahl nicht auf so Ungebildete und Unwissende gefallen ist, wie das erste Mal, wo die englischen Blätter sagen durften, wenn man mit den preußischen Unterhausmitgliedern zusammen wäre, so thäte man wohl, auf seine Taschen Acht zu haben. Unter den gewählten Abgeordneten zählt man diesmal auch viele Gutsbesitzer, ein wenigstens in den östlichen Provinzen sehr bedeutender, im geselligen Leben sogar vorherrschender Stand, den in den Kammern nicht vertreten zu sehen man jedenfalls bedauern müßte. Denn diejenige Volksvertretung ist die beste, welche alle Interessen möglichst im richtigen Verhältnisse vertritt. Der Handwerkerstand dagegen hat seine Absicht, Leute aus seiner Mitte zu wählen, fast nirgends durchgesetzt. Die Gesetze über die Handwerkerverhältnisse, welche mit den Sachverständigen im Handelsministerium berathen worden, sind jetzt im Staatsministerium genehmigt. Man darf ihrer Veröffentlichung entgegensehn. Die Bürgerwehr muß nach dem Bürgerwehrgesetz drei Monate nach der Auflösung, also bis zum 12. März wieder eingerichtet werden. Zur Vorbereitung sind durch Maueranschlag alle bisher noch nicht zurückgelieferten Trommeln, Signalhörner, Pfeifen, Lederzeug und Mäntel zum Behufe der bevorstehenden Reorganisation der Bürgerwehr eingefordert. Ein bedeutender Theil der Bürger der guten Stadt Berlin ist des Soldatenspielens aber von ganzem Herzen müde. Sie wollen an der neuen Bürgerwehr keinen Antheil nehmen. Die Demokraten freuen sich desto mehr, wieder Waffen in die Hände zu bekommen. Die Stadtverordneten haben nach langer Berathung und mit geringer Mehrheit den Antrag angenommen, bei den betreffenden Behörden die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes nachzusuchen.

München, 6. Febr. Die Kyffhäuser Raben des Baierlandes haben sich schadlos gehalten für das lange Stummsein der letzten Wochen; sie haben heute mit einer Wuth gekrächzt, als gälte es Jericho's Mauern zu stürzen. Den Reigen der kohlschwarzen Herrn führte Dr. Müller; Domherr Thinnes folgte zunächst, dann der Appellationsgerichtsdirektor Standtner, auf diesen der Priester Freudensprung und, nach einer langen Zwischenrede des geistvollen Schüler, der die Reihe der starkpartikularistischen Redner durch einen meisterhaften Vortrag im Sinne der deutschen Einheit und unbedingten Anerkennung der Grundrechte unterbrach, Herr v. Abel. Wir glauben, daß der einstmals allgewaltige Staatsmann, dessen zehnjährige erdrückende Verwaltung einen solchen Berg von Haß und Ingrimm in unserm Lande aufgethürmt, von dessen Größe er selbst schwerlich eine richtige Ahnung hat — wir glauben, daß Hr. v. Abel in seinem persönlichen Interesse nicht klug gehandelt hat, in die dießjährige Kammer sich erwählen zu lassen und mit so kecker Stirne als Wortführer der Rechten aufzutreten. Der guten deutschen Sache dürfen wir zu einem solchen Vertreter des Partikularismus Glück wünschen; seiner eigenen Partei wird Hr. v. Abel nur Unheil bringen. Der Exminister scheint übrigens recht gut zu wissen, welche Sprache man gegenwärtig reden müsse, um in der Hofregion guten Geruch und beim König Max frische Gunst zu gewinnen. Er steckte daher mit dem vollen Ungestüm seines cholerischen Temperaments die Fahne des stockbaierischen Partikularismus auf, erklärte, daß die Verfassungsurkunde keine fremde Oberhoheit über Baiern anerkenne, daß selbst die Beschlüsse des Bundestages deßhalb in Baiern nie zum Vollzug gekommen (!), daß Baierns Abgeordnete in Frankfurt nie und nimmer vom Volke die Ermächtigung erhalten, Baierns Unabhängigkeit und Souverainetät zu Gunsten der deutschen Centralgewalt aufzuheben. Deutschlands Fürsten seien keine Heloten; noch bildeten sie eine Macht und seien daher berechtigt und verpflichtet ihre Unabhängigkeit zu behaupten. Nur die Unthätigkeit der deutschen Regierungen gegenüber den Anmaßungen der Frankfurter Nationalversammlung habe zur Verbreitung so vieler falschen und schiefen Begriffe über deren Macht und Befugnisse Anlaß gegeben. „Ein kühner Griff — rief Hr. v. Abel mit erhobener Stimme — ist nicht geeignet das Recht zu ersetzen und ich selbst bin immer ein Feind der Willkür gewesen." So ungeduldig bis hieher die Kammer und die Gallerien, welch' letztere sich überhaupt höchst anständig benehmen, gewesen, eine solche Aeußerung, die wie der frechste Hohn klang, konnten sie nicht ruhig hinnehmen und es erschallte ein solches Murren, Zischen und Stampfen, daß Hr. v. Abel einen Augenblick ganz verduzt stand und sein Gesicht roth und blau wurde, wie ein Truthahnkopf. Er wandte sich voll Aerger zum Präsidenten mit der Frage, ob er oder die Gallerie das Wort hätten? Hr. v. Lerchenfeld sah sich dadurch veranlaßt, mit einer Räumung der Gallerien zu drohen. Hr. v. Abel fuhr dann fort alle Paragraphen des Verfassungsentwurfs der Reihe nach zu kritisiren, behauptete von jedem derselben, daß er in Baiern keine Geltung finden könne, ohne die Souverainetätsrechte der Regierung zu gefährden und äußerte voll Hohn: er zweifle sehr an der Macht der Frankf. Nat.-Vers., wodurch sie die Einzelstaaten zwingen könnte, dem Willen der Centralgewalt sich unbedingt zu unterwerfen. Besondern Nachdruck legte er auf die Behauptung, daß der volkswirthsch. Ausschuß in Frankfurt den Entwurf einer Gewerbeordnung, womit die unbedingte Freiheit der Gewerbe ausgesprochen, angenommen habe. Indem er diese lügenhafte Aeußerung mit besonderer Betonung wiederholte, wußte Hr. v. Abel wohl, daß man auf die erschrockenen Geister der Münchener Bürgerschaft, welche die Gewerbefreiheit ärger als den Teufel fürchtet, mit Nichts eine tiefere Erschütterung hervorbringen könne. Zuletzt sprach der Redner, wie zum Spott: Uebrigens sei allerdings die Nothwendigkeit vorhanden, ein mächtiges, freies, starkes Deutschland zu gründen. Hr. v. Abel setzte sich unter einem Halloh des Unwillens, der nicht allein von der öffentlichen Tribüne herabtönte. Der Abgeordnete Kolb aus Speyer vernichtete den Exminister, indem er seine Behauptung hinsichtlich der Entwürfe des volkswirthschaftlichen Ausschusses in Frankfurt, dessen Mitglied Kolb gewesen, geradezu Lügen strafte und mehrere Briefe von baierischen Abgeordneten in Frankfurt über diesen Gegenstand verlas. Aus Kolb's Rede, die vortrefflich war, sprach ein edler Unwille, und er hielt Hrn. v. Abel einen Spiegel aus dessen zehnjähriger ministeriellen Amtsführung vor, welcher ein wahres, wenn auch nicht schmeichelhaftes Bild zurückwarf. Der folgende Redner Wiedermann hielt eine polternde Rede im Sinne des dickhäutigsten Partikularismus von Altbaiern und schleuderte sogar auf den Zollverein den Fluch, weil derselbe den Ruin des Gewerbewesens in Baiern zuerst herbeigeführt. Hr. Wiedermann, Schlossermeister in München, machte seiner Profession Ehre. Er sprach mit solcher Vehemenz und Grobheit, als wolle er das deutsche Einheitswerk mit dem Schmiedehammer in Stücke schlagen. Uebrigens war seine improvisirte Rede nicht eben schlecht stylisirt und er unterstützte dieselbe mit solcher Stärke des Tones, als sei jedes Wort ein Schlag auf den Amboß. Der beste Redner der heutigen Sitzung war ohne Widerrede Schüler aus Zweibrücken, ein ernstes Kalvingesicht, mit dem vollen Feuer des Geistes wie jener Reformator. Sein Körper ist gelähmt, er geht an Krücken, aber seine leidenden Züge, seine gebrochene Stimme gewannen zuletzt einen solchen Ausdruck von ernster Begeisterung, daß er sein ganzes Auditorium mit sich fortriß und selbst der Präsident, welcher pedantisch auf strenge Geschäftsordnung hält, den folgenden Beifallssturm nicht zu rügen wagte. Seine meisterhafte Rede war theilweise gegen die Minister gerichtet, deren inkonsequentes Benehmen seit den letzten drei Monaten er treffend zeichnete. — Mit der Erklärung des Justizministers Heintz am Schlusse der gestrigen Sitzung ist Niemand befriedigt, am allerwenigsten seine Landsleute aus der Pfalz. Auf der einen Seite erklärte der Minister, daß die Regierung sich den Grundrechten nicht widersetzen

würde, sobald die Kammer denselben ihre Genehmigung ertheilt. Dann suchte er wieder die Furcht und den Widerstand der Münchener Bürger aufzuregen, indem er von den aus Frankfurt drohenden Gefahren der unbedingten Gewerbefreiheit und der in ihrem Gefolge nahenden Verarmung sprach. Morgen wird das Schicksal der Paragraphen in der Adresse hinsichtlich der Anerkennung der Grundrechte entschieden. Ich glaube an eine Mehrheit von mindestens 15 Stimmen zu Gunsten des Entwurfs der Majorität, welchem außer den 58 Stimmen der Linken auch das linke Centrum mit 18 bis 20 Stimmen beitreten wird.

⨯ **Hannover**, 5. Febr. In der heutigen Sitzung zeigte Hr. v. Reden an, daß er seinen Antrag über das Verhältniß Hannovers zu Deutschland zurückgenommen, da diese Frage bei der Berathung über die Thronrede zur Sprache kommen werde. Es ward über die Geschäftsordnung berathen. Dann ward über Garssens Antrag wegen Jagdvergehen verhandelt. Stüve gab zu, daß das Volk gegen nichts so erbittert gewesen sei, als gegen das Jagdrecht. Wolle man aber vieles Unglück, manchen Mißbrauch der Wahlen verhüten, so müsse auch das Recht der Jagd auf eigenem Grund und Boden unter Aufsicht gestellt werden. Ohne der Frage über die Grundrechte präjudiziren zu wollen, führe er die Stelle an: „Die Ausübung des Jagdrechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten." Jetzt gleich Straflosigkeit zusichern, wo es sich nur um polizeiliche Strafen handle, sei nicht rathsam, führe zu Unordnungen aller Art. Man soll keine Gesetze aufheben, ohne andere an ihre Stelle zu setzen. Die Absicht der Regierung ist, in kurzer Zeit einen Gesetzentwurf vorzubringen. Freudentheil: Das Rechtsgefühl des Volkes wird sehr gekränkt werden, wenn man, was heute für recht gilt, weil es vorgestern gethan, noch bestrafen will. In Würtemberg, Hessen-Darmstadt und anderen deutschen Ländern ist, was hier vorgeschlagen wird, Gesetz geworden; auch von Frankfurt aus sei eine solche Maßregel wahrer Gerechtigkeit zu erwarten." Garssen sagte: „Nicht gegen die öffentliche Sicherheit ist durch die Jagd auf eigenem Grund und Boden gefehlt, sondern gegen die gar nicht mehr bestehenden Jagdherren." Sein Antrag, dahin lautend, daß, hinsichtlich Aller, welche wegen Jagdvergehen auf eigenem Grund und Boden in Untersuchung sind, Niederschlagung und Erlassung der schon erkannten Strafe stattfinden solle, ward mit geringer Mehrheit angenommen.

⨯ **Schleswig**, 5. Febr. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung trug der wegen der Preußischen Note niedergesetzte Ausschuß darauf an, eine Vorstellung wegen der Schleswig-Holstein betreffenden Stelle an den Erzherzog Reichsverweser zu richten. Am Schlusse dieser Vorstellung heißt es: „Unser Nationalgefühl empört sich gegen jede Herabsetzung zu bloßen Schutzverwandten des deutschen Bundesstaats; unser Rechtsgefühl wird aufs Empfindlichste verletzt; unser Schicksal — wir sehen es voraus: abgetrennt von dem wahren einigen deutschen Staatskörper, würden wir den politischen Schwerpunkt für alle Verhältnisse dieser Lande nur zu bald nach dem Norden verrückt sehen; das Band, das uns bis heute als Gleiche, als Vollbrüder mit allen Deutschen in Deutschland vereinigte, allmälig, aber unabwendbar würde es sich lockern, jeder Tag uns der Gemeinschaft der Deutschen mehr entrücken, bis vielleicht unsere Enkel, unserm Vaterlande entfremdet, also entarteten, daß sie des deutschen Namens sich schämten und gegen ihr eigenes Stammland feindliche Gesinnungen hegten. Wir halten aber an der Ueberzeugung fest, daß das gesammte Deutschland in dem rechtlich begründeten Verlangen, die zwischen Schleswig und Holstein bestehende uralte Verbindung auch ferner aufrecht zu erhalten, zu einer solchen undeutschen, dem gemeinsamen Vaterlande verderblichen Maßregel keinen Grund finden kann und wird, und hegen zu der hohen Centralgewalt unbedingt das Vertrauen, daß sie, in Uebereinstimmung mit der Krone Preußen, Mittel und Wege werde zu finden wissen, diese Verbindung auf andere Weise zu schützen und für alle unverkennbaren Schwierigkeiten der Sache, ihrer großen Aufgabe gemäß, eine Lösung anzubahnen, welche Deutschland nicht schwächt, sondern stärkt, nicht demüthigt, sondern erhebt!"

Der Departementschef Harbou erklärte: Er dürfe in amtlicher Stellung nicht unbemerkt lassen, daß es der Regierung erwünscht gewesen, wenn die Vers. nicht auf die Note eingegangen wäre, daß aber jetzt, da dieses einmal geschehen, er sich jeder weiteren Aeußerung darüber enthalten wolle.

Die Berathung über die Adresse, an welcher auch der Prinz Theil nahm, kam nicht zum Schlusse, und ward auf Morgen vertagt. Der Ausdruck: „Deutsches Gebiet von Dänemark", so unverfänglich er ohne Zweifel gemeint ist, macht in den Herzogthümern viel böses Blut.

Großbritannien.

* **London**, 6. Febr. Am heutigen Tage wurde im Oberhause die „sehr gnädige", aber auch sehr unbedeutende Antwort der Königin auf die Ergebenheitsadresse des Hauses verlesen. Sie dankt darin den Herren für die Versicherungen ihrer Ergebenheit und Anhänglichkeit an die Institutionen des Landes und erklärt, daß es zu jeder Zeit ihr Wunsch sein werde, das Glück und die Wohlfahrt ihres Volkes zu mehren. Die übrigen Vorgänge waren ohne Bedeutung. Lord Brougham legte drei Bills nieder, welche auf die Verbesserung des Insolvenz-, des Bankerott- und des Kriminalgesetzes Bezug haben. Auf diesem Gebiete bleibt in England allerdings noch viel zu thun übrig, und man mag es dem edlen Lord Dank wissen, wenn er hiezu die Initiative ergreift.

Im Unterhause stellte Lord John Russell eine Reihe von Anträgen, welche zum Zweck haben, den Geschäftsgang des Hauses zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wenn z. B. ein Mitglied des Hauses eine Bill vorschlägt oder eine solche aus dem Oberhause in's Unterhaus gelangt, so soll über die Frage, ob sie zum „ersten Mal" gelesen oder gedruckt werden solle, entschieden werden, ohne daß darüber debattirt oder ein Amendement dazu gestellt werden darf u. s. w. Hr. M. Gibson ergriff diese Gelegenheit, um zu beantragen, daß fortan Niemand im Hause über eine Stunde sprechen dürfe. Lord J. Russell sprach gegen, Hr. Hume und Cobden für den Vorschlag, der schließlich mit einer Mehrheit von 34 Stimmen (96 gegen 62) abgelehnt wurde, namentlich nach einigen glücklichen Bemerkungen Peel's, der darauf hinwies, wie man von Hrn. Plunkett und Hrn. Canning langdauernde Reden gehört habe, in denen nicht ein Wort zu viel gewesen; man werde doch solche Redner nicht von der Uhr abhängig machen und das Haus eines so großen Genusses berauben wollen. Uebrigens werde Hr. Hume selbst (der bekanntlich gern und lange spricht) ein Opfer dieses Vorschlags sein, insofern er sich daran zu kehren gedächte. In derselben Sitzung beantragte Sir W. Somerville, Generalsekretär für Irland, die Ernennung eines Ausschusses zur Untersuchung des irischen Armengesetzes; dieser Antrag wurde, wie sich denken läßt, bewilligt. Zu Anfange der Sitzung führte John O'Connell eine kleine Episode herbei, indem er beantragte, den Drucker der Parlamentsakten vor die Schranken des Hauses zu rufen, weil er einen Brief des Lordstatthalters von Irland an den Minister des Innern gedruckt habe, welcher, wäre er wirklich authentisch, eine Beleidigung für das Haus sei. Hier erhob sich der Sprecher und bedeutete Hrn. O'Connell, dieses Schreiben sei auf Befehl der Königin beiden Häusern mitgetheilt worden und könne daher nicht als eine Beleidigung für das Haus angesehen werden. Dasselbe bemerkte Lord J. Russell und versicherte Hrn. O'Connell ausdrücklich, daß das Schreiben authentisch sei, worauf O'Connell wenigstens zu sprechen fortfuhr und bei seiner Behauptung beharrte, das Schreiben trage einen tyrannischen und unkonstitutionellen Charakter. (Dieses Schreiben, datirt Dublin, 26. Febr., wird jetzt von der „Times" mitgetheilt; es ist dasjenige Schreiben, worauf sich der Vorschlag der Regierung stützt, die Aufhebung der Habeaskorpusakte in Irland einstweilen noch nicht zu widerrufen.)

Frankreich.

* **Paris**, 6. Febr. Nachdem in der heutigen Sitzung fast mit Stimmeneinheit entschieden worden war, daß von allen auf die Auflösung der Versammlung bezüglichen Anträgen der Lanjuinais'sche zuerst berathen werden sollte, welcher die Arbeiten der Versammlung auf die Feststellung des Wahlgesetzes, des Gesetzes über den Staatsrath und die Verantwortlichkeit des Präsidenten und der Minister beschränkt — nahm Lanjuinais zur Begründung seines Antrages zuerst das Wort. Er zeigt die Nothwendigkeit, daß die drei von der Verfassung geschaffenen Gewalten: der Präsident der Republik, der Staatsrath und die legislative Versammlung, in regelmäßigen und gesetzlichen Bedingungen sich bewegen. „Die Nationalversammlung," sagt er, „hat einen Fehler begangen, indem sie die Gewalt des Präsidenten zu früh in Ausübung treten ließ. Dieser Fehler kann jetzt nicht mehr gut

gemacht werden; wir müssen uns daher, um ihn wenigstens zu schwächen, auf die nothwendigsten Arbeiten beschränken. Unter diesen steht das Gesetz über die Verantwortlichkeit des Präsidenten und der Minister oben an. Das haben wir erst kürzlich erfahren, wo uns die Ungewißheit über diesen Punkt einem Konflikt aussetzte, dessen Folgen Niemand voraussehen konnte." Nach einigen weiteren Betrachtungen über die Nothwendigkeit der drei obengenannten Gesetze berechnet der Redner wie lange ungefähr die Arbeiten der Nationalversammlung noch dauern könnten, und findet, daß ungefähr $2^1/_2$ Monate hinreichen würden, und daß man dann die Wahlkollegien zusammenberufen könnte.

Guichard bekämpft den Vorschlag. Nach seiner Meinung kann die Nationalversammlung nicht auseinandergehen, ohne das Budget votirt zu haben; denn sonst würde man dem Lande noch während 2 Jahren das Budget der Monarchie auflegen.

Pagnerre spricht zu Gunsten des Amendements Lanjuinais, aber die Versammlung ist sehr zerstreut und lärmend, so daß es nicht möglich ist, den Lauf der Rede zu verfolgen.

Felix Pyat „vertheidigt nicht die Versammlung: sie bedarf dessen nicht, denn sie hat das Recht für sich;" er bekämpft den Vorschlag oder vielmehr die Vorschläge Rateau's, denn Hr. Lanjuinais ist ein gemäßigter Rateau (das Wortspiel Rateau modéré erregt allgemeines und lautes Gelächter). Der Redner erklärt, daß er zu dem Berg oder der radikalen Partei gehöre, die noch nicht auf Ministerporteseuilles Anspruch mache, die nicht das geheime Scrutinium verlange und in den Augen Gottes und der Menschen offen ihre Stimme abgebe. „Warum," sagt er, „verlangt man die Auflösung einer Versammlung, welche nach der Aussage der Minister selbst so große Dienste geleistet hat und so viele konservative und repressive Gesetze gemacht hat? sie, welche so viel gethan, gehören zu jenen Leuten, die, jemehr sie essen, desto mehr Hunger bekommen. Das große Verbrechen, das man dieser Versammlung vorwirft, ist, daß sie republikanisch gesinnt ist, deßhalb schreit man ihr täglich in die Ohren: stirb! Die Versammlung hat heute nicht mehr gegen den Aufstand zu kämpfen; aber soll man den bewaffneten Aufstand weniger befürchten, als den Aufstand in weißer Kravatte, ein Porteseuille unter dem Arm? Der Vorschlag Rateau's wird uns Stürme bringen, wo wir den Krieg wünschten; und wenn wir (der Berg) durch alle möglichen Mittel siegen wollten, so würden wir diesen Vorschlag unterstützen, denn nach der legislativen Versammlung werdet Ihr den Konvent haben."

Diese Rede Felix Pyat's war (soweit unsere ausführlicheren Nachrichten reichen) der Glanzpunkt der Verhandlung. Aber selbst seine radikalen Einfälle, seine scharfe Satyre reichte nicht hin, die Aufmerksamkeit der Versammlung dauernd zu fesseln. Seine Anspielungen auf bevorstehende Schilderhebungen der Legitimisten scheinen doch nicht ohne Grund zu sein, denn die Polizei verhaftete einige Personen, die an ihren Hüten weiße Kokarden trugen.

Die friedliche Beilegung des Streits zwischen dem Ministerium und der Nationalversammlung, wie sie in der gestrigen und der morgen (über den Oudinot'schen Antrag) zu erwartenden Abstimmung liegt, wird den Unterhandlungen zugeschrieben, welche mit Dufaure und Vivien über ihren Eintritt in das Kabinet gepflogen worden sind. Zu welchem unmittelbaren Resultat sie geführt haben, ist noch nicht ersichtlich; ihr mittelbares aber ist der Anschluß der Fraktion, welcher diese Männer angehören, an die ministerielle Rechte. Auf alle Weise sucht man die Aussöhnung der beiden einflußreichsten Parteien der Nationalversammlung an den Tag zu legen. Sonnabend ließ Louis Bonaparte, als er bei Marrast zu Mittag essen sollte, einige Stunden vorher absagen, wegen des feindlichen Votums Marrast's bei dem Antrage, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Heute veröffentlicht Marrast in allen Blättern einen Brief, worin er sein Votum dahin erklärt, daß dasselbe bloß auf eine Formfrage hinsichtlich des damit zu beschäftigenden Ausschusses bezüglich gewesen sei.

Um die Aussöhnung noch deutlicher hervorzuheben, gibt der Constitutionel heute folgende Notiz: „Die Mitglieder der ehemaligen Konstitutions-Kommission (Dufaure, Vivien, Dupin, Coquerel, Toqueville, Beaumont, Corbon, Martin (von Straßburg), Considérant), haben sich auf die Einladung des Präsidenten der Nationalversammlung versammelt, um sich über den Konflikt auszusprechen, der sich zwischen dem Präsidenten der Republik und der Nationalversammlung hinsichtlich der Auslegung derjenigen Artikel der Verfassung erhoben hat, welche auf die Gewalt der Nationalversammlung und die Verantwortlichkeit des Präsidenten Bezug haben. Louis Bonaparte wohnte dieser offiziösen Berathung bei und man kam dahin überein, daß die Konstitution, wohl verstanden und mit einem Geiste der Mäßigung und Eintracht angewandt, nicht zu Mißhelligkeiten führen könnte, aber daß die Diskussion hierüber auf die Verhandlungen über die Verantwortlichkeit des Präsidenten verschoben werden müsse."

Die Folgen der Verbindung zwischen der Marrast-Dufaure-schen Partei mit dem Ministerium zeigen sich auch in der Haltung der übrigen Fraktionen. Gestern beim Ende der Sitzung äußerten sich einige Mitglieder der früheren Majorität mit kläglichem Tone, daß fortan dem Ministerium kein Hinderniß mehr im Wege stehe, und daß die alte Majorität nun auf immer zersetzt sei. — Sehr bezeichnend ist ebenso, daß Pierre Bonaparte, der sonst sich zum Berge hielt, im Augenblick der Abstimmung über den Vorschlag Oudinots, den Saal verließ, erklärend, man könne ihm nicht zumuthen, daß er gegen seinen Vetter (mit dem er bisher gespannt war) feindlich auftrete.

Der Volksvertreter Lucien Murat (Sohn des Ex-Königs von Neapel) hat gestern in der Nationalversammlung einen Vorschlag vertheilen lassen, worin er als Erbe Joachim Murat's ungeheure Ansprüche an die Staatsdomänen als Entschädigung für das im Artikel 3 und 4 des geheimen Vertrags von Bayonne (im Jahre 1808) an Frankreich abgetretene Privatvermögen Murat's erhebt. Der National bemerkt bei dieser Veranlassung, es scheine, als wolle die Familie Napoleon's dem Beispiele der Restauration mit der Milliarde Entschädigung an die Ausgewanderten folgen; denn vor einigen Jahren habe Jerome Bonaparte bereits die kleine Summe von 14 Millionen unter Louis Philippe vom Staatsschatze verlangt.

Italien.

* **Turin**, 1. Febr. Heute gegen Mittag begab sich der König mit den Prinzen in feierlichem Zuge durch die auf dem Platz Castello aufgestellte Nationalgarde in den Palast Madama, das Sitzungshaus des Senats. Laute Vivats folgten dem königlichen Zug und empfingen ihn beim Eintritt in den Saal. An Gioberti hing sich die Masse förmlich mit ihrem Huldigungs- und Triumphgeschrei; sie brach die Reihen, um ihn länger zu begleiten. Die Prinzen leisteten zuerst (als neu eingetretene Senatoren) den Eid; dann las der König mit ziemlich leiser Stimme folgende Rede: „Meine Herren Senatoren und Deputirte! Angenehmer und süßer Trost ist es meinem Herzen, mich unter Ihnen zu finden, die Sie so würdig die Nation vertreten, und Sie bei dieser feierlichen Eröffnung des Parlaments zu begrüßen. Als es zum erstenmal eingeweiht wurde, war unser Geschick ein anderes, aber nicht größer unsere Hoffnung; ja diese ist sogar in den Tagen gewachsen, weil zu der Kraft unserer alten Ansprüche die Lehre der Erfahrung, das Verdienst der Erprobung, der Muth und die Standhaftigkeit im Unglück hinzutritt. Die Geschäfte, denen Sie in dieser zweiten Session Ihr Augenmerk werden zuwenden müssen, sind vielfältig, verschiedener Art, schwierig, und Ihrer um so würdiger. Hinsichtlich unserer innern Zustände wird es unsere Sorge sein müssen, die Institutionen, welche wir besitzen, zu entwickeln, sie in vollkommenen Einklang mit dem Geist, mit den Erfordernissen des Jahrhunderts zu bringen, und die Aufgabe, welche die konstituirende Versammlung Oberitaliens zu erfüllen haben wird, lebhaft zu verfolgen. Die konstitutionelle Regierung dreht sich um zwei Angeln: den König und das Volk. Aus Ersterem entspringt die Einheit und die Kraft, aus dem Zweiten die Freiheit und der Fortschritt der Nation. Ich that und thue das Meinige, indem ich unter meinen Völkern freisinnige Institutionen anordne, die Aemter und Ehren dem Verdienst und nicht dem Glück verleihe, meinen Hof nach der Wahl des Staats einrichte, mein Leben und das meiner Söhne dem Wohl und der Unabhängigkeit des Vaterlands weihte und weihe. Sie haben mich in dem schwierigen Unternehmen würdig unterstützt. Fahren Sie fort es zu thun und überzeugen Sie sich, daß aus der innigen Einigung unserer Anstrengungen das gemeinsame Glück und Heil entspringen muß. Auf dieser edeln Laufbahn wird uns die Liebe und Achtung der gebildetsten und berühmtesten Völker Europas, namentlich der uns durch die gemeinsamen Bande der Nationalität und des Vaterlandes verbundenen, helfend zur Seite gehen. Diese brüderlichen Bande noch weit fester zu knüpfen, darauf waren unsere Anstrengungen gerichtet; und wenn die

letzten Ereignisse Mittelitaliens die Wirkung unserer Bemühungen unterbrochen haben, so hegen wir das Vertrauen, daß sie dieselben nicht lange hindern werden. Die Verbindung der Fürsten und Völker Italiens ist einer der liebsten Wünsche unseres Herzens, und wir werden alle Kraft aufbieten, um sie schnell zur Ausführung zu bringen. Meine Minister werden Ihnen des nähern erklären, was die Politik der Regierung hinsichtlich der Fragen ist, welche die Halbinsel bewegen, und ich vertraue, daß Sie sie als weise, edelmüthig und national erklären werden. Von mir erwartet man, daß ich zu Ihnen von unsern Waffen und von unserer Unabhängigkeit, dem höchsten Ziel aller unserer Sorge, rede. Die Schaaren des Heeres sind wiederhergestellt, vermehrt, blühend, und sie wetteifern an Schönheit, an Heldenmuth mit unserer Flotte; und als ich unlängst sie besuchte, konnte ich aus ihren Mienen und ihrem Zuruf entnehmen, welche Vaterlandsliebe sie befeuert. Alles dieß läßt uns hoffen, daß die uns von zwei edelmüthigen und befreundeten Potentaten angebotene Vermittelung schnell ein Ziel erreichen werde. Und wenn unser Vertrauen getäuscht werden sollte, so würde dieß uns nicht hindern, den Krieg mit fester Siegeshoffnung wieder aufzunehmen. Aber um zu siegen, thut es noth, daß mit dem Heere die Nation zusammenwirke, und dieß, meine Herren! steht bei Ihnen. Dieß liegt in der Hand jener Provinzen, die einen so kostbaren Theil unseres Reichs und unseres Herzens bilden: die Provinzen, die mit den allgemeinen Tugenden den ihnen eignen Ruhm der Standhaftigkeit und des Märtyrerthums verbinden. Getrösten Sie sich der Opfer, die Sie werden bringen müssen, denn diese werden kurz und ihre Frucht wird bleibend sein. Klugheit und Muth miteinander verbunden, werden uns retten. Dieß, meine Herren! ist mein Wunsch, dieß ist Ihre Pflicht, bei deren Erfüllung Sie stets das Beispiel Ihres Fürsten vor sich haben werden."

Auffallend war in der Thronrede, daß sie nicht nur die Beschickung der Konstituante nicht versprach, obgleich sie der Konstituante gedenkt, sondern auch einen Bruch mit Toskana wegen der Konstituante andeutete. Auch gegen Oesterreich lautet die Sprache weniger kriegerisch, als man erwartet hatte. Die Politik Gioberti's scheint sich völlig geändert zu haben. Mit dieser Mäßigung gewinnt die demokratische Partei offenbar an Aussicht, ihre Sache siegreich durchzuführen. So heißt es denn auch, was hier noch nicht unwahrscheinlich ist, daß Gioberti auf dem Punkt stehe, sich mit Pius IX. zu verständigen. Pius IX. wird nachgeben und Gioberti seinen Einfluß auf die Römer anwenden, um dieses Nachgeben möglich zu machen.

* **Rom**, 31. Jan. Eine große Menge von Abgeordneten aus den Provinzen sind bereits eingetroffen und täglich kommen mehr. Mit steigender Spannung sieht man dem 5. Februar, dem Tage der Eröffnung der Assemblea entgegen. Einstweilen schreitet das Ministerium allein auf dem Wege der Aufhebung der schreiendsten Mißbräuche vor. So sucht es durch Dekret vom 29. Jan. die Uebelstände der Fideikommisse dadurch zu mildern, daß es für künftig ihre Errichtung verbietet, und über die bestehende eine gewisse Kontrole einführt. Ein anderes Dekret von demselben Tage hebt den Personalarrest wegen Schulden — mit Ausnahme der Wechselschulden — auf.

Auf der andern Seite sucht es die (politischen) Dissidenten, welche seine Autorität nicht anerkennen wollen, zu sich herbeizuziehen. So erläßt es in der gestrigen Gazetta di Roma eine Aufforderung an die Präsidenten von Ravenna und Ferrara, welche um die Wahlen nicht leiten zu müssen, ihren Posten verlassen hatten, innerhalb 10 Tagen zurückzukehren, widrigenfalls gegen sie eingeschritten werde.

Der Kriegsminister hat eine höchst prächtige Proklamation an das erste leichte Infantrieregiment erlassen, worin er demselben für seine Thaten in Venedig dankt.

* **Neapel**, 26. Jan. Wenn sich auch die Landung spanischer Truppen nicht bestätigt, so doch die Ankunft mehrerer spanischen Schiffe in Gaeta, nämlich der Kriegskorvette: „Mararcedo" und der Brick „Volador", die von Barcellona kamen. Die Offiziere derselben wurden durch den spanischen Gesandtschaftssekretär Aman Sr. Heiligkeit vorgestellt. — Der spanische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Martinez de la Rosa, ist dagegen mit der spanischen Dampffregatte „Lepanto" von Gaeta hier angekommen. Abermals waren mehrere Abtheilungen päpstlicher Soldaten in Gaeta eingetroffen; deßgleichen Deputationen mit Versicherungen der Treue von Subiaco, Porto d'Anzo und andern römischen Gemeinden. Der sardinische Gesandte, Ritter Martini, ist jetzt von Pius IX. angenommen (siehe oben Turin) und hat seine Kreditive überreicht.

Ungarn.

Pesth, 31. Jan. Heute ist hier der Rapport eingelaufen, daß die Generale Zeisberg und Hartlieb am 28. Jan. ohne Schwertstreich mit Glockengeläute festlich empfangen in Szolnok eingerückt sind. (P. Z.)

Pesth, 31. Jan. Unsere heutige Zeitung bringt eine Kundmachung des Oberstlieutenants Grafen Althann, der zufolge drei Individuen, welche sich an der hinterlistigen Gefangennehmung zweier auf die Post zu Papa kommandirter Chevaurlegers durch eine Insurgentenschaar betheiligt und dem sie verfolgenden k. k. Militär mit Waffen in der Hand widersetzt hatten, standrechtlich zum Tode durch den Strang verurtheilt wurden, welches Urtheil auch an den beiden ersten, jedoch in Ermangelung eines Schaarfrichters, durch Pulver und Blei, vollzogen wurde. Der dritte wurde in Erwägung seiner Jugend und anderer mildernden Umstände begnadigt. (O. D. P.)

In **Ofen** ist folgende Proklamation erschienen:

„Es ist Sr. Durchl. dem Hrn. F.-M. Fürsten von Windischgrätz zur Kenntniß gelangt, daß am 26. und 27. d. M., als Pesth und Ofen nur mit einer sehr schwachen Garnison besetzt war, unter einem Theile der Einwohner ein kriegerischer Geist sich dadurch kundgab, daß sie mit Kappen und andern Nationalgardekleidungsstücken, theils mit rothen Federn, theils mit rothen, oder aber mit schwarz und roth eingefaßten Bändern auf den Hüten in den Gassen und auf den Plätzen beider Städte sich zeigten. Um diesem Geiste die Gelegenheit zur Bethätigung geben zu können, haben Se. Durchl. angeordnet, den gesammten Bewohnern dieser beiden Städte hiermit kund zu geben, daß alle Individuen ohne Rücksicht auf ihr Alter oder Stand, bei welchen solche Abzeichen gesehen werden, verhaftet, mit dem nächsten Militärtransporte von hier abgeführt und in einen Truppenkörper eingereiht werden. Damit aber Niemand sich mit einer Ausrede entschuldigen könne, wird gegenwärtige Proklamation in allen Häusern vertheilt, und die Hausherren oder Stellvertreter sind verpflichtet, dieselbe allen Inwohnern kund zu machen; auch wird selbe an allen Schranken angeheftet, damit Zureisende Kenntniß davon erhalten. Am 3. Febr., wo alle Einwohner von dieser Anordnung bereits verständigt sein müssen, tritt dieselbe in Kraft und Wirksamkeit. Ofen, am 31. Januar 1849. Ladislaw Graf Wrbna m. p., Feldmarschall-Lieutenant und Kommandant des 2. Armeekorps."

Nachschrift.

* **Paris**, 7. Febr. In der Nationalversammlung begann heute die Berathung und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Lanjuinais'schen Vorschlages. Art. 1. wird mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Er lautet: „Die Nationalversammlung beginnt unverzüglich die erste Berathung über das Wahlgesetz. Die 2. und 3. Berathung folgen in fünftägigen Zwischenräumen laut Reglement."

Art. 2. lautet: „Unmittelbar nach Veröffentlichung des gegenwärtigen Gesetzes sind die Wahllisten zu entwerfen. Die Wahlen selbst finden am ersten Sonntage nach dem Listenschluß statt. Zehn Tage nach dem allgemeinen Wahltage tritt die legislative Kammer zusammen."

Senard trägt darauf an, den Satz zu ändern: „Zwanzig Tage nach Veröffentlichung des gegenwärtigen Gesetzes wird ein Spezialdekret den Tag des Wahllistenschlusses bestimmen und die Wahlzirkel für den ersten Sonntag nach dem Listenschluß zusammenberufen."

Damit wäre der ganze Antrag in seinem wesentlichen Zweck vereitelt; denn der Termin des Zusammentrittes der Legislation wäre dann doch noch nicht bestimmt. Dufaure hielt eine sehr ausführliche Rede gegen den Senardschen Antrag. Beim Postschluß war noch nicht abgestimmt. Der Erfolg kann aber nicht zweifelhaft sein. Alle Blätter gestehen den Sieg des Ministeriums ein.

Die Börse war bei Eröffnung günstig, aber gegen den Schluß (9 Uhr) etwas flau. 3pCt. fiel auf 46.75; 5pCt. 77. 75; Anleihe 78. Bank 1715; belgische 5pCt. 89; neapol. 78; spanische 28½; römische 67¼; Nord 400; Orleans 735; St. Germain 340; Versaille links 127½, rechts 137½; Rouen 445; Basel 86¼; Strasburg 335.

Aus Italien nichts Neues von Bedeutung, außer daß in Turin der General Marmora das Kriegsportefeuille wieder übernehmen wird (er hatte es unter dem Ministerium Pinelli), was vielleicht mit Gioberti's geänderter Politik zusammenhängt.

Redacteur: H. Kruse.

№. 41. Beilage zur Deutschen Zeitung. 10. Februar 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Abendgeſellſchaft beim Handelsminiſter. Die öſterreichiſche Note. Das öſterreichiſche Anlehen. Berlin (Wahlen.) Poſen (Wahlen. Patriotiſche Verzichtleiſtung.) Königsberg (Wahlen.) Köln (Freiſprechung.) München (Adreßdebatte. Annahme des Majoritäts-Entwurfs. Rücktritt der Miniſter.) Dresden (Drohende Miniſterkriſis.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Mannheim (Berichtigung. Oberlieutenant Kapferer nicht beſtätigt.) Schleswig (Adreſſe der Landesverſammlung an den Reichsverweſer. Schreiben der Landesregierung.)

Großbritannien. London (Sir H. L. Bulwer als Geſandter nach Nordamerika. Ankunft der gegen Mexiko beſtimmten Flotte im Hafen von Gibraltar. Schleswig-holſteiniſche Schiffe nur als däniſche in England zugelaſſen.)

Frankreich. Paris (Das Schwanken der Nationalverſammlung. Die Brüſſeler Geſandten in Paris. Art. 2 des Lanjuinais'ſchen Vorſchlags angenommen.)

Spanien. Madrid (Geſetz über Landſtraßen. Erſchießung von Inſurgenten. Palaſtbeamten.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 8. Februar.)

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 9. Febr. Die Abendgeſellſchaft, welche geſtern der Reichshandelsminiſter, Hr. Duckwitz, gab, war ſehr zahlreich beſucht. Auch viele Mitglieder der Nationalverſammlung hatten der Einladung entſprochen und es war die Linke unter andern durch die Abgeordneten Eiſenſtuck, Löwe aus Calbe und Rappard repräſentirt. Die öſterreichiſchen Abgeordneten wollten heute Abend zuſammentreten, um den Inhalt der von Hrn. v. Würth von Ollmütz mitgebrachten Note des öſterreichiſchen Miniſteriums zu vernehmen. Was man bis jetzt darüber gehört, läßt vorausſetzen, daß ſie dieſe Note nicht ſehr erbauen werde.

*** **Frankfurt**, 8. Febr. Das Wiener Großhaus Sina hat die Banquiers durch ein Circularſchreiben in Kenntniß geſetzt, daß es mit den Häuſern Rothſchild und Stieglitz das neue öſterr. Anleihen im Betrage von 40—60 Mill. Conv. M. abgeſchloſſen. Es wird ſich zeigen, ob ſich die Banquiers und Kapitaliſten unter den in und außer Oeſterreich obwaltenden Umſtänden ſehr beeilen werden, ſich an dem neuen Anlehen zu betheiligen. Das baare Geld iſt zwar in großem Ueberfluſſe vorhanden, das Diskonto ſteht überaus niedrig, allein das beweiſt gerade, daß das Mißtrauen vorherrſchend iſt.

†* **Frankfurt**, 10. Febr. Die Lektion, welche die öſterreichiſche Note vom 4. Februar den Vertretern Deutſchlands, zugleich aber auch den Kabineten derjenigen Fürſten Kleindeutſchlands gegeben hat, welche ſich noch etwas in der romantiſchen Einheitsbewegung vom März v. J. befangen zeigen, iſt höchſt dankenswerth. Daher finden wir auch in dieſer Beziehung eine allgemeine Anerkennung der Note ſelbſt unter den ſich ganz entgegenſtehenden Fraktionen. Sie lautet ſo beſtimmt, ſo beſtimmt verneinend, daß darüber gar kein Zweifel mehr obwalten kann, was Oeſterreich **nicht** will. Was es aber will, das „ſchwebt" der k. k. Regierung zunächſt nur erſt vor, und erſt „auf der von ihr in Ausſicht zu ſtellenden Grundlage" finden alle deutſchen Staaten und alle ihre außerdeutſchen Landestheile Platz! Was will nun Oeſterreich nicht?

Oeſterreich will nicht, daß der Grundſatz verrückt werde, welchen es im Bundestag am 30. März v. J. aufſtellte, der Grundſatz der Vereinbarung! Es will nicht, daß die Centralgewalt als etwas anderes angeſehen werde, denn als eine neue „Bundesbehörde." Es will nicht, daß die Geſtaltung eines einheitlichen Staates in Deutſchland vor ſich gehe, welcher mehr wäre als eine „Einigung." Es will nicht eine Erklärung vor der zweiten Leſung der Verfaſſung, ſondern nur eine Vereinbarung über dieſelbe durch die deutſchen Fürſten nach Vollendung derſelben. Es verwahrt ſich endlich auf das feierlichſte gegen eine Unterordnung des Kaiſers unter die von einem anderen Fürſten **gehandhabte Centralgewalt**! Mit einem Worte: es will den Fuß nicht von dem Nacken Deutſchlands ziehen, ſondern ihn feſter darauf ſetzen **unter allen Umſtänden**, ſei es, daß die neue Centralgewalt ein Rath der Könige oder ſonſt eine Bundesbehörde würde. Bei der in „Ausſicht zu ſtellenden breiten Grundlage", auf der alle außerdeutſchen Landestheile Platz finden, tritt uns der ganze ſlawiſche Hintergrund vor's Auge mit den 600,000 Bajonnetten, zu denen er die meiſten Träger liefert.

So betritt Oeſterreich allerdings „allein" den Weg der Vereinbarung mit Frankfurt! wir aber hoffen, daß die Paulskirche ihm antworten wird und nicht allein, ſondern wieder getragen von der Zuſtimmung der Mehrheit des deutſchen Volkes, welches eines ſolchen Weckers bedurfte, um den Abgrund zu ſehen, vor dem es ſteht!

Berlin, 8. Febr. Zu Abgeordneten für die zweite Kammer ſind in den öſtlichen Provinzen ferner gewählt worden:

Provinz Preußen. Regierungsbezirk Danzig.

Juſtizrath Grodded. Gutsbeſitzer Stiercke. Juſtizkommiſſär Martens.

Regierungsbezirk Marienwerder.

Juſtizrath Hartmann (Jaſtrow), Oberamtmann Boy (Puttlitz), Freiſchulz Witte (Moſſin), Oberförſter Bock, Oberregierungsrath Oſterrath (Danzig).

Provinz Pommern. Regierungsbezirk Stettin.

Hauptmann Heintze aus Treptow a. d. R., Landſchaftsrath v. Plötz auf Stuckow.

Regierungsbezirk Köslin.

Friedrich Harkort, Stettin.

Provinz Schleſien. Regierungsbezirk Breslau.

Rektor Mätze (Bernſtadt), Paſtor Töbe (Namslau), Rektor Zorn (Feſtenberg), Rittergutsbeſitzer Seiffert auf Quetſch, Gutsbeſitzer Jordan.

Regierungsbezirk Liegnitz.

Medizinalrath Dr. Sick aus Rothenburg, Kammergerichtsaſſeſſor Arnold aus Wittichenau, Rittergutsbeſitzer Kießling auf Eichberg, Land- und Stadtgerichtsdirektor Juſtizrath Klein.

Provinz Poſen. Regierungsbezirk Poſen.

Gutsbeſitzer v. Winterfeld (Murovana-Goslin), Oberbürgermeiſter Naumann (Poſen), Land- und Stadtgerichtsdirektor Seeger (Poſen), Graf Matthias v. Mielezynski auf Cholienice, Cegielsky, Eiſenhändler, Freiherr v. Vincke aus Hagen, Landrath Baron v. Schlottheim aus Wollſtei', Superintendent Vater (Meſeritz), Graf Eduard Poninski (Wreſchen).

Regierungsbezirk Bromberg.

Major v. Voigts-Rheetz, Legationsrath a. D. v. Küpfer, Prediger Plath (Schubin), Freiſchulzengutsbeſitzer Lehmsdorf aus Podanin, Gerichtsdirektor Geßler aus Schubin, evangel. Prediger Nehmer.

Provinz Sachſen. Regierungsbezirk Merſeburg.

Stadtgerichtsdirektor Dörk in Eisleben.

Regierungsbezirk Erfurt.

Stadtrath Ludwig zu Mühlhauſen, Gerichtsdirektor Hentrich zu Heiligenſtadt.

△ **Poſen**, 5. Febr. So eben haben die Deutſchen einen bedeutenden Sieg über die Polen errungen. Die Wahlen zur zweiten Kammer ſind beendigt und drei Deutſche zu Deputirten gewählt. Die Majorität war nicht bedeutend, und der Erfolg kann nur der vorhergegangenen Einigung aller hieſigen Deutſchen über die Perſonen der zu Wählenden zugeſchrieben werden. Lange ſchien es, als würde dieſe Einigung nicht gelingen; denn einerſeits kam es darauf an, daß ſich die Wahlmänner vom Lande mit den ſtädtiſchen verſtändigten, andererſeits war der hier am Orte ziemlich ſcharfe Gegenſatz der politiſchen Parteien ein großes Hinderniß. Der erſtere Punkt wurde dadurch beſeitigt, daß man den ländlichen Wahlmännern die Wahl eines Deputirten gänzlich überließ, dem dann die ſtädtiſchen einhellig ihre Stimme gaben, während jene ſich zur Wahl der beiden von dieſen aufgeſtellten Kandidaten verpflichteten. Nun traten die konſervative und demokratiſche Partei der Stadt zuſammen und jede gab der andern einen Kandidaten ihrer Farbe nach; der konſervative Kandidat war der Oberbürgermeiſter Naumann, der auf dem vereinigten Landtage, wenn auch ohne entſchiedene Konſequenz, der linken Seite angehörte; der der demokratiſchen Partei war der hieſige jüdiſche Gaſtwirth Kaatz, ein ebenſo wegen ſeiner großen geiſtigen Schärfe, als wegen ſeiner freien, aber durchaus nicht radikalen politiſchen Richtung und wegen ſeiner in den ſchwerſten Zeiten treu bewährten deutſchen Geſinnung hoch geachteter Mann. Als es nun zur Vorwahl kam, wurde nur der Erſtere gewählt, während die konſervative Partei gegen die getroffene Abrede ſtatt des Letzteren den Landgerichtsdirektor Seger, einen nicht minder geachteten, und zwar freiſinnigen, aber doch weit mehr nach rechts neigenden Mann wählte. Dadurch verletzt, erklärten die demokratiſchen Wahlmänner, ſie hielten ſich an die Vorwahl nicht für gebunden; jede Spaltung unter den Deutſchen aber mußte unter allen Umſtänden den Polen den Sieg in die Hände liefern. Aber die Macht des Nationalbewußtſeins unſerer hieſigen Deutſchen ließ es nicht dazu kommen. Kaatz erklärte geſtern durch Straßenanſchlag ſeinen unbedingten Rücktritt von der Kandidatur und darauf gaben in der Verſammlung der deutſchen Wahlmänner alle jene Demokraten feierlich die Erklärung ab, daß ſie ſich, um des gemeinſamen höheren Nationalintereſſes willen, der Majorität unbedingt unterordneten. Darauf begaben ſich ſämmtliche deutſche Wahlmänner, den alten General Steinäcker an der

Spitze, in feierlichem Zuge in Raatz's Wohnung, um ihm — im Geiste der ganzen hiesigen Bevölkerung — den Dank für seinen edelmüthigen Rücktritt auszusprechen. In donnernden Hochs feierte das in Allen tief erregte Gefühl der nationalen Einheit einen schönen Triumph, und alle Parteien fanden in der ihrem Mitbürger gezollten Anerkennung ihren gemeinsamen Ausdruck. Heute hat denn nun der schöne Bund seine Früchte getragen; der Kampf war freilich lang und schwer: er währte von früh 8 Uhr bis Abends 11 Uhr. Gewählt sind Naumann, Seger und — vom Lande — ein Herr v. Winterfeldt, Gutsbesitzer in unserer Provinz. Der letztere gehört, obwohl seine Richtung gemäßigt ist, der konservativen Partei an und verdankt seine Wahl namentlich seinem entschlossenen Verhalten in den Zeiten des polnischen Aufstandes.

§ **Königsberg**, 5. Febr. Hier wurden heute Dr. Kosch und Dr. Rupp, Prediger der frei-evangelischen Gemeinde, zu Deputirten gewählt. Beide erhielten im ersten Skrutinium die absolute Majorität gegen Simson und Tamnau; Kosch hatte unter 349 Votanten 58 Stimmen mehr als Simson, und Rupp 43 mehr als Tamnau. In dem Wahlkreise Heiligenbeil (früher Bürgermeister Feyerabend), Fischhausen (früher Pinger) und halber Landkreis Königsberg sind gewählt: Graf Dohna-Wesselshöfen, früheres Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, und der kölnische Gutsbesitzer Krause, ein schlichter Mann mit gemäßigten Ansichten.

Köln, 8. Febr., Mittags 1 Uhr. So eben wurden die Herren Marx, Redakteur der „Neuen Rhein. Zeitung", Schapper, Korrektor dieser Zeitung, und Advokat-Anwalt Schneider II. des ihnen zu Last gelegten Verbrechens: durch den als Mitglieder des Ausschusses der demokratischen Gesellschaft in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung, die Steuern zu verweigern, erlassenen Aufruf zur Rebellion verleitet zu haben, von den Geschwornen einstimmig freigesprochen. (Rhein. Volksh.)

+ **München**, 8. Febr. (Fortsetzung der Sitzung v. 7. Febr.) Nachdem noch der Referent Stockinger und der Minister v. Beisler das Wort am Schlusse der Debatte genommen, wurde zur Abstimmung geschritten und unter Verwerfung sämmtlicher Modifikationen der Majoritätsentwurf Abs. 2—5 durch namentliche Abstimmung mit 72 gegen 62 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung morgen Vorm. 9 Uhr.

0 **München**, 7. Febr. Noch erschöpft von einer langen, ermüdenden Sitzung der Kammer der Abgeordneten beeile ich mich, Ihnen das für die ganze Session hochwichtige Resultat der ersten Abstimmung zu melden. Die für den innigen Anschluß an Deutschland und unbedingte Unterordnung unter die Beschlüsse der Centralgewalt und der konstituirenden Reichsversammlung stimmende Linke hat in den betreffenden Sätzen der Adresse einen glänzenden Sieg über ihre Gegner erfochten. Die fünf ersten Paragraphen des von Willich und Stockinger entworfenen Majoritätsentwurfs, von welchen der letztere, der von der Anerkennung der Gesetzeskraft der Grundrechte als des geringsten Maßes der Freiheiten und Rechte, die allen Deutschen ohne Ausnahme gehören, zu den heftigsten Kämpfen Veranlassung gab, wurden mit einer Majorität von 72 Stimmen gegen 62 angenommen. Umsonst hatte Beisler davor gewarnt, sich nicht mit gebundenen Händen der Nationalversammlung zu übergeben, umsonst hatte er mit der von Frankfurt herkommenden Gewerbefreiheit und dem Freihandel gedroht, und darauf hingewiesen, daß der Verfassungsausschuß mit großer Mehrheit die Personalunion festzuhalten beschlossen, und somit den Austritt Oesterreichs, wodurch das Baiervolk zu einem Bettelvolke würde, wahrscheinlich gemacht, — ihm hielt Schüler entgegen, daß eine Abstimmung des Verfassungsausschusses noch nicht als eine präjudizielle für die Nationalversammlung zu gelten habe. Allerdings wurde das Ausscheiden Oesterreichs auch von ihm für ein Nationalunglück für Baiern erklärt, aber hinzugefügt, daß die Nationalversammlung dieses niemals begehren würde, daß gerade Süddeutschland durch den Eintritt der noch fehlenden Oesterreicher in der Nationalversammlung die Präponderanz erlangen werde, wodurch alle Furcht vor dem Gespenste der Gewerbefreiheit ꝛc. verschwinden müsse; denn wenn eine Gewerbeordnung, wenn ein Zollschutzsystem im Interesse Süddeutschlands liege, würde es nicht gegen sein eigenes Interesse Beschlüsse fassen.

München, 8. Febr. Sämmtliche Minister haben ihre Entlassung eingereicht. Hr. v. Beisler, Minister des Innern, machte der Kammer der Abgeordneten heute diese Erklärung, daß die Minister bis zu Ernennung ihrer Nachfolger die Geschäfte fortführen, aber keinen Theil mehr an der Debatte nehmen werden. Zugleich bemerkte er, daß der gestern von ihm gebrauchte Ausdruck: „Das preußische Königthum hat mehr als einen Prinzen", außerhalb der Kammer eine falsche Deutung gefunden habe. Er erkläre hiermit, daß er sich unter diesem Ausdrucke nichts Persönliches gedacht und sich des Wortes nur bedient habe, weil bei dem Stand der deutschen Frage die Personen nicht immer von den Institutionen zu trennen seien. Diese Erklärung des Ministers erregte einige Verwunderung, und man glaubt, dieselbe sei auf Reklamation des preußischen Gesandten erfolgt. Ueber die muthmaßlichen Nachfolger der Minister weiß man durchaus nichts Bestimmtes. Nur soviel scheint sicher, daß dieselben auf ihrer Entlassung beharren werden, auch wenn der König sie verweigern sollte. Nach dem konstitutionellen Prinzip müßte es jetzt König Max mit Ministern versuchen, welche sich den Prinzipien der baierischen Linken, die übrigens sehr gemäßigt ist, mehr annähern, besonders in Bezug auf die deutsche Frage. Einige sprechen von der Berufung des Hrn. v. Hermann aus Frankfurt. Beim gestrigen Hofball bemerkte man, daß Freiherr v. Lerchenfeld mit größter Auszeichnung behandelt wurde, daß die Hofschranzen sich an ihn drängten, wie an das neue Gestirn des Tages und daß die Königin wie die Prinzessinnen ihn vorzugsweise zum Tanze auffordern ließen. Indessen hat Lerchenfeld im Privatkreise erklärt, für jetzt um so weniger ein Portefeuille annehmen zu können, als er in der deutschen Frage mit seinen ehemaligen Kollegen ganz übereinstimme.

Heute siegte die Linke abermals in einer sehr heißen Debatte. Alle Modifikationsvorschläge des Hrn. v. Scheuerl in Betreff der folgenden Paragraphen der Adresse wurden verworfen. Der zweite Präsident, Graf Hegnenberg, stellte den Antrag, statt des Ausdruckes: das konstitutionelle Prinzip — die Bezeichnung „konstitutionell-monarchisches Prinzip" zu setzen. Er ahnte nicht, daß er damit einen Zankapfel in die Kammer geworfen, welcher eine dreistündige Diskussion hervorrief, an der sich gegen 30 Redner betheiligten. Ich will Ihre Leser nicht ermüden mit Darstellung des ganzen Wort- und Prinzipienkampfes, welcher bei dieser Gelegenheit zwischen der Linken und Rechten und zwischen den beiden Fraktionen des Centrums losbrach. Obwohl alle Redner, auch die der Linken, ihre Anhänglichkeit an das monarchische Prinzip betheuerten, wurde der Antrag Hegnenbergs dennoch mit 66 gegen 63 Stimmen verworfen.

Bei dieser Gelegenheit regnete es wieder von den heftigsten Vorwürfen und Verwünschungen gegen Hrn. v. Abel und sein zehnjähriges Unterdrückungssystem. Daß dergleichen Szenen sich beinahe unwillkürlich fast in jeder Sitzung erneuern, nimmt uns nicht Wunder. Wir wissen, welch' einen Ozean von Groll die zehnjährige Verwaltung des verhaßten ultramontanen Ministers in Baiern heraufbeschworen. Solange nicht ein Theil des Elements frei geworden, werden sich solche Episoden noch oft wiederholen. Waibel aus Kempten war es, welcher dem Exminister heute in den stärksten Worten seine Vergangenheit vorgerückt und auf die gebrochene Gestalt Schüler's hingedeutet, welcher 17 Jahre in der Verbannung schmachtete. Hr. v. Abel saß stumm auf seiner Bank, wie der Verbrecher am Schandpfahl.

0 **München**, 8. Febr. Die Niederlage der Minister in der deutschen Frage ist die unmittelbare Ursache ihres Rücktrittes. Ueber die Nachfolger derselben läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen; ist unsere Krone wirklich konstitutionell, so kann sie jetzt den Beweis thatsächlich dadurch am besten kundgeben, daß sie das neue Ministerium aus der Mitte der Majorität der Kammer wählt. Willich, Schüler, Stockinger würden sich unter diesen Umständen der Aufgabe zu unterziehen haben. Uebrigens gestehe ich, daß man für eine solche Lösung hier wenig Glauben hat. Deßhalb nennt man auch unter den Ministerkandidaten die Mitglieder des überwundenen rechten Centrums, Hegnenberg und Lerchenfeld. Sobald ich etwas Näheres erfahre, werde ich Ihnen darüber Mittheilung machen.

A **Dresden**, 8. Febr. Es ist schon wieder eine Ministerkrisis im Anzuge. Der Finanzminister Georgi erklärte gestern der zweiten Kammer, welche eben den Bericht der Finanzdeputation über das königliche Dekret vom 17. Januar berieth, welches die nachträgliche Zustimmung der Kammern zu der unter dem 18. Dez. v. J. verordneten einstweiligen Forterhebung der Steuern und Abgaben, so wie die Ermächtigung der Regierung, gleich-

zeitig mit der zum 1. Febr. d. J. fällig werdenden Grundsteuer einen außerordentlichen Zuschlag von 2 Pfennigen von jeder Steuereinheit zu erheben beantragt, daß er durchaus Geld haben müsse, und daß er bei einer Verweigerung oder bei einer langen Verzögerung der Gewährung dieser Steuererhöhung sich genöthigt sehe, auf die Leitung des Finanzministeriums zu verzichten. Die Kammer stimmte vorläufig dem ersten Antrage des Dekretes bei, indem sie das Ministerium zur Forterhebung der bisherigen Steuern und Abgaben bis Ende Juni d. J. (die äußerste Linke wollte nur bis Ende März, um einem nicht unmöglichen reaktionären Ministerium nicht zu viel Gelegenheit zur Fristung seines Daseins zu überliefern) ermächtigte. Auf die Steuererhöhung (die 2 Pfennige betragen ¼ der bisherigen Grundsteuer) ließ sich die Kammer gar nicht ein, da die Vorberathungen der Finanzdeputation über diesen Gegenstand noch nicht abgeschlossen sind. Wenn aber die „entschieden Freisinnigen“ die kühnen Gelöbnisse, welche sie ihren Urwählern ablegten, nicht ganz und gar vergessen haben, so müssen sie nicht nur jede Steuererhöhung, ohne Rücksicht darauf, ob sie nothwendig ist oder nicht, unbedingt verwerfen, sondern im Budget sogar noch namhafte Ersparungen möglich machen. Verwerfen sie aber die Steuererhöhung, so geht Georgi, und dießmal ganz gewiß; sein Entschluß steht unabänderlich fest. Welches Schicksal das königliche Dekret über den auf das Königreich Sachsen fallenden Beitrag zu Begründung der deutschen Marine, dessen Berathung wir in den nächsten Tagen erwarten, haben werde, wage ich nicht im Voraus zu entscheiden, kann mich aber einer traurigen Ahnung nicht entschlagen, da die Mehrheit der Kammer in der künftigen Flotte des deutschen Volkes eine „Fürstenflotte“ zu sehen gewohnt oder instruirt ist. Die Regierung, welche die ungebührlich verzögerte Abführung ihres Flottenbeitrags (113,256 Thlr. 14 Ngr. 1 Pf.) damit entschuldigt, daß eine Verhandlung darüber schwebte, ob solche durch Vermittelung der königlich preußischen Regierung auf Abrechnung bei den gemeinschaftlichen Zolleinkünften oder in direktem Wege zu erfolgen haben werde, hat sich jetzt für den letzteren Weg entschieden, glaubt sich aber erst der Beistimmung der Kammern versichern zu müssen; sie hegt indeß die Erwartung, daß die Kammern, die Wichtigkeit des obigen, im Interesse der Nationalehre und Gesammtmacht Deutschlands zur Ausführung zu bringenden Unternehmens würdigend, nicht anstehen werden, den gedachten Beitrag zu bewilligen und ihre desfallsige Erklärung mit möglichster Beschleunigung abzugeben.

\+ **Karlsruhe**, 9. Febr. Zur Durchführung des §. 8. der deutschen Grundrechte hatte unsere Regierung vor Kurzem zwei Gesetzesentwürfe der zweiten Kammer vorgelegt, welche heute zur Berathung ausgesetzt waren. Sie betrafen die Verhaftung von Verbrechern und sodann die Vornahme von Haussuchungen, so wie die Beschlagnahme von Papieren und Briefen. Mit unwesentlichen Modifikationen wurden beide Entwürfe einstimmig angenommen; bei der Berathung zeigte es sich, daß alle Parteien der Kammer, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, darin einverstanden waren, daß die Grundrechte offen und ohne allen Rückhalt vollzogen werden müßten. Auch der Chef des Justiz-Ministeriums, Staatsrath v. Stengel, gab eine gleiche Erklärung ab und behauptete im Gegensatze zu einigen andern Ministern deutscher Staaten, es verstehe sich von selbst, daß die Grundrechte durch ihre Verkündigung im Regierungsblatt Gesetzeskraft erlangt hätten. Gestern wurde das Gesetz über Ausgabe von 2 Millionen Gulden Papiergeld mit allen gegen 9 Stimmen angenommen. Morgen findet die Diskussion über den Antrag auf die Berufung einer konstituirenden Versammlung Statt, der Bericht ist von dem Abgeordneten Häusser verfaßt und verdient in den weitesten Kreisen bekannt zu werden; der Antrag der Kommission lautet: „Den Großherzog in einer ehrfurchtsvollen Adresse zu bitten, den Ständen noch auf diesem Landtage einen Gesetzesentwurf vorlegen lassen zu wollen, wodurch die in den Grundrechten des deutschen Volks ausgesprochene Aufhebung der Standesvorrechte ihre Anwendung auf unsere Verfassung erhalten, beziehungsweise die Wahlordnung für die künftige Landesvertretung festgestellt werde.“ Aengstliche Gemüther befürchten für morgen wegen dieser Verhandlung grobe Störungen der Ruhe; nach Aussage Anderer soll die äußerste Linke, etwa 18 Abgeordnete enthaltend, ihren Austritt aus der Kammer sogleich nehmen, wenn der Antrag der Kommission angenommen ist. Die Abgeordneten Bassermann, Mathy, v. Soiron und Mittermaier werden heute aus Frankfurt erwartet, um an dem morgigen Kampfe Theil zu nehmen. Man hofft, daß die Diskussion an einem Tage beendigt wird.

C **Mannheim**, 8. Febr. Was ich Ihnen schrieb von Brentano's Bestätigung, war ein Irrthum, den ich leider nur zu spät erfuhr, da man hier allgemein davon sprach. Derlei falsche Gerüchte sind nichts Seltenes hier und können leicht irre führen. Oberlieutenant Kapferer, der nach seiner Wahl als Heerschaarenführer der hiesigen Bürgerwehr nach Karlsruhe gereist war, um sich einen Urlaub auszubitten, erhielt denselben von Seiten des Kriegsministeriums nicht genehmigt; doch gab man zu verstehen, daß man durchaus nicht dagegen sei, wenn Offiziere sich in ihren vom Dienste freien Stunden der Bürgerwehr annähmen.

Schleswig, 6. Febr. Zu Anfang der heutigen Sitzung der Landesversammlung nahm der wegen der preußischen Cirkularnote niedergesetzte Ausschuß seine Vorlage mit Zustimmung der Versammlung zurück. In einer späteren Stunde wurde indeß ein neuer Entwurf zu einer Adresse an den Reichsverweser vom Ausschuß vorgelegt und von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Adresse lautet also:

„Durchlauchtigster Erzherzog-Reichsverweser! Wenige Tage sind verflossen, seit die schleswig-holsteinische Landesversammlung sich gedrungen sah, Ew. kaiserlichen Hoheit die Gründe vorzutragen, welche ein Eingehen auf einen dem Recht der Herzogthümer auf unzertrennliche Verbindung widersprechenden Friedensvorschlag dringend widerrathen. Bereits in dieser Eingabe haben wir unsere einstimmige Ueberzeugung niedergelegt, daß an eine Lockerung des Verhältnisses, in welchem Holstein zum deutschen Reiche stets gestanden hat, nie und unter keinen Umständen gedacht werden darf. Gleichwohl hat ein Gedanke, den wir als entfernte Möglichkeit schon abweisen zu müssen glaubten, in diesen Tagen unsere ernstere Erwägung hervorgerufen, da wir denselben in einem von der preußischen Regierung veröffentlichten Plane über die Fortentwickelung der staatlichen Gestaltung Deutschlands angedeutet zu sehen glauben. In der Circularnote des königl. preußischen Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten vom 23 Jan. d. J. findet sich folgender Passus: „„Es würde aber daraus noch nicht der Schluß zu ziehen sein, daß Deutschland ausschließlich zu den wesentlichen Grundlagen des Staatenbundes zurückkehren und daß der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung gänzlich verlassen werden müsse. Vielmehr wird sowohl die Aufrechthaltung und Entwickelung des deutschen Bundes — Oesterreich so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingeschlossen — als die Erhaltung der dem österreichischen Kaiserhause gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar sein mit dem Zusammentritte der übrigen deutschen Staaten zu einem engeren Vereine, zu einem Bundesstaate innerhalb des Bundes.““ Wir können es an dieser Stelle unerörtert lassen, mit welchem Rechte auch nur ein Theil der Herzogthümer Schleswig-Holstein als „Gebiet Dänemarks“ bezeichnet werden konnte, eine Benennung, die eben so sehr der staatsrechtlichen Stellung dieser Lande widerspricht, als sie unvereinbar ist mit früheren Aussprüchen derselben Macht, die uns in dem Kampfe für unsere heiligsten Rechte die kräftigste Stütze gewesen ist. Wir verkennen es ebenfalls nicht, daß die angeführten Worte der preußischen Circularnote verschiedene Deutungen zulassen und daß das richtige Verständniß derselben nicht unzweifelhaft vorliegt. Aber die überwiegende Bedeutung, welche dem von der ersten rein deutschen Macht veröffentlichten Plane beigelegt werden muß, legt uns die Verpflichtung auf, die unzweideutige Versicherung zu erneuern, daß Holsteins Recht auf Theilnahme an dem deutschen Bundesstaate nun und nimmermehr aufgegeben werden kann, und daß jeder Plan, welcher dahin gerichtet wäre, Holstein in ein minder inniges Verhältniß zum übrigen Deutschland zu stellen, auf den entschiedensten und allgemeinsten Widerstand in unserm Lande stoßen würde. Wir schließen, indem wir Ew. kaiserl. Hoheit von Neuem unser unwandelbares Vertrauen aussprechen, daß es gelingen werde, das Recht Holsteins auf Theilnahme an dem deutschen Bundesstaat eben so sehr, als das Recht beider Herzogthümer auf unauflösliche Verbindung mit einander durch den Frieden mit Dänemark definitiv sicher zu stellen.“

Ferner wurde in dieser Sitzung folgendes Schreiben der gemeinsamen Regierung verlesen:

„Die gemeinsame Regierung hat von der Landesversammlung in deren Schreiben vom 3t. dieses Monats die Versicherung der aufrichtigen Bereitwilligkeit, zur Anbahnung eines annehmbaren und billigen Friedens mitzuwirken, mit Freuden entgegengenommen und sie ist mit derselben vollkommen über die Richtigkeit des Satzes einverstanden, daß, wer den Frieden will, auf den Krieg bereit sein müsse. Wenn nun gleich die Vertheidigungsmittel des Landes, wie sie zur Zeit schon vorbereitet sind, zu diesem Zwecke im Allgemeinen als ausreichend zu betrachten sein werden, so kann doch für den Fall eines erneuerten Krieges die Nothwendigkeit fernerer Opfer nicht verkannt, und darf daher dem Anerbieten eines außerordentlichen Kredits die Anerkennung nicht versagt werden. Die Regierung befindet sich jedoch nicht in der Lage, ihrerseits eine desfällige Vorlage zu machen, in welcher Beziehung sie sich darauf beschränkt, auf die Waffenstillstandskonvention und den Umstand hinzuweisen, daß rücksichtlich des Umfangs und der Ausführung der Rüstungen die Anordnungen der Reichscentralgewalt zu beachten sind. Gottorf, 6. Februar 1849. Die gemeinsame Regierung. Th. Reventlow. Heintze. A. Moltke. Preußer. Harbou. Jacobsen. (B.-H.)

Großbritannien.

* **London**, 7. Febr. Sir H. L. Bulwer, früherer Gesandter in Madrid, ist zum britischen Gesandten für die Vereinig-

Uebersicht.

Die österreichische Note vom 4. Februar 1819.
Hoffnungen und Gefahren für die Verfassung.
Deutschland. Frankfurt (Die künftige Verfassung Frankfurts.) Von der österreichischen Grenze (Nachrichten aus Ungarn. Dembinski.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Vom Oberrhein (Souveränes Volk und legale Deputirte.) Gießen (Adresse an die Nat.-Vers.)
Schweiz. Bern (Neue politische Verwickelungen mit Italien.)
Donaufürstenthümer. Bukarest (Verhaftungen. Russische Willkurherrschaft.)

Die Oesterreichische Note.

Als im Frühlinge des verflossenen Jahres das nach engerer politischer Einigung ringende Nationalgefühl der Deutschen in dem Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse des Vaterlandes seinen Ausdruck fand, kamen die Fürsten Deutschlands den Wünschen und Bestrebungen ihrer Völker mit Bereitwilligkeit entgegen. Am 30. März beschloß der Bundestag, die Wahlen der Nationalvertreter einzuleiten, deren Aufgabe es sein sollte, zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen.

Die Wahlen fanden statt, unbeirrt und ungehemmt, in vollster Freiheit. Bald trat die Nationalversammlung in Frankfurt zusammen und begann das große Unternehmen. Auf ihre Berathungen und Beschlüsse hat Oesterreich nie einen Einfluß zu üben versucht. Der Standpunkt, welchen die kaiserliche Regierung an dem Tage einnahm, an welchem ihr Bevollmächtigter am Bundessitze den obenerwähnten Beschluß unterzeichnete, ist seither unwandelbar derselbe geblieben. Treu der damals durch ganz Deutschland zur Geltung gelangten Ansicht, daß dem Wunsche Deutschlands nach engerer Einigung volle Rechnung zu tragen sei, zugleich aber festhaltend an dem am 30 März in der Bundesversammlung aufgestellten Grundsatze der Vereinbarung zwischen den Fürsten und dem Volke, glaubte die Regierung Sr. Majestät die Ergebnisse der Berathungen der Volksvertreter zu Frankfurt abwarten zu sollen, um in Einklang mit den übrigen deutschen Regierungen das große Werk der Wiedergeburt Deutschlands auf eine nach allen Seiten hin befriedigende Weise zu vollenden.

Die Regierung Sr. Majestät, welche immer fortfuhr, ihre Bundespflichten getreulich zu erfüllen, nahm gleichfalls keinen Anstand, die an die Stelle des Bundestags von der Nationalversammlung geschaffene Centralgewalt anzuerkennen und dadurch thatsächlich zu beurkunden, wie bereit sie sei, den durch die gesetzlichen Vertreter der deutschen Nation ausgesprochenen Wünschen zu entsprechen. Die neue Bundesbehörde wird, mit billiger Rücksicht auf die schwierigen innern Verhältnisse, nicht umhin können, zu bethätigen, daß die Regierung Sr. Majestät selbst unter dem äußersten Drange der Ereignisse beflissen war, allen Anforderungen zu genügen, wenn solche nicht das Gebiet der Gesetzgebung berührten.

Aufmerksam verfolgte das Kaiserliche Kabinet die Berathungen der Nationalversammlung und gegenüber dem in Deutschland ausgesprochenen Verlangen, sich über seine Ansichten zu erklären, mag es nicht den Schein auf sich laden, als wolle es unter der Hülle einer zweideutigen und zurückhaltenden Politik sich verbergen.

Die Kaiserliche Regierung theilt in vollem Maße mit den deutschen Volksstämmen, dies- und jenseits der österreichischen Grenzen das tiefgefühlte Bedürfniß der Wiedergeburt Deutschlands; sie erkennt hierzu mit ihnen in einem engern Verbande der einzelnen Staaten die erste Bedingung. Diesen engern Verband zu begründen, diese nähere Einigung und Verschlingung herbeizuführen, ist, ihrer Ansicht nach, die gemeinsame Aufgabe der Fürsten und Völker Deutschlands. Weit entfernt, sich auszuschließen, ist sie vielmehr bereit zur ernstlichen und aufrichtigen Mitwirkung, vorausgesetzt, daß es sich hier um Einigung, nicht um gänzliche Umschmelzung der bestehenden Verhältnisse handle; um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands, und nicht um deren Aufhebung und Vernichtung.

Die Gestaltung eines unitarischen Staates erscheint dem kaiserlichen Kabinette nicht ausführbar für Oesterreich, nicht wünschenswerth für Deutschland. Nicht ausführbar für uns, denn die österreichische Regierung darf über der Stellung Oesterreichs im Bunde, die ihr gegenüber den nichtdeutschen Bestandtheilen der Monarchie zustehenden Rechte und Pflichten nicht vergessen. So wie sie das Band, welches die deutschen und nichtdeutschen Lande Oesterreichs seit Jahrhunderten zusammenhält, nicht lösen kann, ebensowenig vermag sie eine einseitige Aufhebung des deutschen Bundesverhältnisses zuzugeben, welches einen wesentlichen Bestandtheil der europäischen Verträge bildet. Aber ein solcher einheitlicher Staat erscheint uns auch nicht wünschenswerth für Deutschland, denn er würde nicht nur die mannigfach gestalteten Bedürfnisse, die nächsten moralischen und materiellen Interessen, die Ueberlieferungen der Vergangenheit und die Ansprüche an die Zukunft auf das vielfältigste und tiefste verletzen, sondern auch der mit Sehnsucht herbeigewünschten und mit Eifersucht bewachten Entwicklung der staatlichen und persönlichen Freiheit der Deutschen hemmend in den Weg treten.

Man wende dagegen nicht ein, daß ein solcher einheitlicher Staat nicht beabsichtigt werde, daß es sich ja um einen Bundesstaat handle. Wir können jene Behauptung und diese Benennung hiefür gleich wenig gelten lassen.

Die Majorität der Nationalversammlung hat sich entschieden für das Programm des Herrn Ministers von Gagern ausgesprochen. Dieses Programm, sollte es verwirklicht werden können, würde den sogenannten engeren Bundesstaat, d. h. jenen von uns eben angedeuteten einheitlichen Staat begründen, gleichviel ob der Schwerpunkt in Frankfurt bliebe, oder nach einem andern Theile Deutschlands verlegt würde.

Von welchem Standpunkte auch ein solches Unternehmen betrachtet wird, es zeigt nach allen Seiten große, unüberwindliche Schwierigkeiten. Für Deutschland, weil, wenn wir nicht sehr irren, den einzelnen Gliedmaßen, der Geschichte und den Bedürfnissen der Gegenwart entgegen, jedes selbstständige Leben entzogen, und nach einem künstlich geschaffenen Brennpunkte übertragen würde; für Oesterreich, weil es uns entweder aus dem neuen Deutschland gänzlich ausschließen oder den Verband zwischen den deutschen Erblanden und den nichtdeutschen Bestandtheilen lösen d. h. faktisch die §§. 2 und 3 des Verfassungsabschnittes über das Reich ins Leben rufen würde. Man erinnert sich, daß letztere in ganz Oesterreich, einschließlich der deutschen Lande, mit einem Schrei des Unwillens aufgenommen und in der Paulskirche selbst von vielen österreichischen Rednern, und besonders von dem jetzigen Ministerpräsidenten in der 103. Sitzung die gegen jene Paragraphen sprechenden Gründe und Bedenken hervorgehoben wurden. Also Ausschließung der ganzen Lande Oesterreichs, mit anderen Worten Verstümmelung Deutschlands oder aber Lösung der so innig verbundenen und unter einander verwachsenen Bestandtheile Oesterreichs, welche fortan nur mehr der dünne Faden der Personalunion zusammenhalten soll.

Dies sind die beiden Endpunkte, zu welchen die Begründung des sogenannten Bundesstaats — der eben alles andere eher als ein Bundesstaat ist — Deutschland und Oesterreich mit folgerichtiger Nothwendigkeit führen müßte.

Die Pflicht der Selbsterhaltung, als Deutsche nicht minder, denn als Oesterreicher, bestimmt uns in gleicher Weise solche Bestimmungen abzulehnen. Wir wiederholen es, Oesterreich und Deutschland würden hiedurch in ihrer Entwickelung nicht gefördert, sondern geschwächt und bloßgestellt, in ihrem innern staatlichen Leben tief, vielleicht unheilbar verwundet; denn wie wir an einem andern Orte zu äußern veranlaßt waren: „nicht in „dem Zerreißen der österreichischen Monarchie liegt die Größe, „nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands; Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein „europäisches Bedürfniß.“

Von der Ansicht durchdrungen, daß zwischen den so vielfach verschlungenen, wenn auch manchmal scheinbar divergirenden Interessen der deutschen und nichtdeutschen Monarchie einerseits, und andererseits dieser und des übrigen Deutschlands ein innerer Widerspruch nicht obwaltet, verkennt die Regierung zwar keineswegs die Schwierigkeit einer innern Vereinigung, aber sie zweifelt nicht, will man nur unbefangen und ohne Nebenabsicht das Werk vollbringen, an einer Lösung der großen Aufgabe.

Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor.

Wir gehen hierbei von der Ansicht aus, daß je schärfer die Scheidelinie gezogen wird zwischen den dem gesammten Deutschland gemeinsamen Interessen und denen der einzelnen Theile, desto sicherer wird einem Vorwalten der Sonderinteressen vorgebeugt, desto weiter die Grenzmarke des grossen Reichs ausgestreckt. Auf dem betretenen Wege würde man, statt zur Einheit Deutschlands, zunächst zur Nothwendigkeit gelangen, Oesterreich, die erste deutsche Macht, auszuschließen und die künftigen Beziehungen zu uns denen zu den Niederlanden und Dänemark gleichzustellen. Auf der von der kaiserlichen Regierung in Aussicht zu stellenden Grundlage finden alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile Platz. Nicht eine gegenseitige Beeinträchtigung, nicht einen Raçenkampf, befürchtet die kaiserliche Regierung als die Wirkung der nähern Berührung zwischen Deutschland und Oesterreichs nicht-deutschen Provinzen; vielmehr erkennt sie hierin nach beiden Seiten hin eine Quelle unermeßlicher Vortheile. Allerdings stehen der Ausführung dieses Gedankens große, aber wie uns scheint, nicht unüberwindliche Hindernisse entgegen.

Ein stufenweiser Gang, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen, sich anzunähern, und allmälig übergeht zum wirklichen engen Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß ein wirklich einiges Deutschland nur geschaffen werden kann, wenn Oesterreich und Preußen bei dem Baue Hand in Hand gehen, war unsere erste und vornehmste Sorge, nach Berlin unsere Ansichten mitzutheilen. Wir gingen hiebei mit voller Aufrichtigkeit, und ohne die Absicht voran, Oesterreich an der Leitung der deutschen Angelegenheiten einen größern Antheil zuzuwenden, als ihm seine Stellung als erste deutsche und als europäische Großmacht thatsächlich und vertragsmäßig bisher gesichert hat. Zugleich wurde vorgeschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten, und zwar zunächst mit den Königen Deutschlands zu beginnen.

Die beabsichtigte vorläufige Verständigung mit der königlich preußischen Regiernng konnte jedoch nicht in vollem Maße erzielt werden. Wir betreten daher, statt, wie wir gewünscht hätten, in Gemeinschaft mit Preußen, nun allein den Weg der Vereinbarung mit Frankfurt.

Seine Majestät der Kaiser und Allerhöchst dessen Regierung begleiten die der Erstarkung und Einigung Deutschlands gewidmeten Bestrebungen mit ihren aufrichtigen Wünschen. Sie sind hierbei zur Mitwirkung bereit, so weit es die eigenthümlichen Verhältnisse der Monarchie gestatten. Sie hoffen und wünschen, daß die heutige Eröffnung in und außerhalb der Paulskirche günstige Aufnahme finden, und jedenfalls die Aufrichtigkeit und die Bereitwilligkeit Oesterreichs in vollem Maße gewürdigt werde.

Gerne geben wir uns der Erwartung hin, daß der Weg der Verständigung nicht abgeschnitten werde durch die jüngsten Beschlüsse der Versammlung, durch jene unter dem Eindrucke erfolgten Abstimmungen, daß es sich eigentlich um mehr und um anderes handle, als die zur Schlußfassung vorgelegten Anträge mit Worten aussprachen. Gerne erwarten wir, daß wenn die von der Versammlung zu beschließende Verfassung den deutschen Regierungen zur Vereinbarung vorliegen wird, eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung erzielt werden könne. Welche Phasen aber auch das Vereinbarungswerk noch durchlaufen sollte, eines steht hierorts fest, daß Seine Majestät der Kaiser und Allerhöchstdessen Regierung in der Begründung eines einheitlichen Centralstaates den Keim unheilvoller Spaltungen erkennen müßten, den Anlaß zur Zersplitterung und nicht zur Einigung Deutschlands. **Gegen eine Unterordnung Seiner Majestät des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahren Sich Seine Majestät der Kaiser und Allerhöchstdessen Regierung auf das Feierlichste. Sie sind dies Sich, Sie sind es Oesterreich, Sie sind es Deutschland schuldig.**

Hoffnungen und Gefahren für die Verfassung.

* **Vom Rhein**, 8. Febr. Ich habe den Eindruck, als nehme man in Frankfurt das Ziel, den Kern, den Hintergrund der preußischen Note sehr leicht, als sei man entweder ganz unachtsam darauf oder man sei so sicher in das eigene Verfassungswerk vertieft, so wenig entschlossen etwas Wesentliches davon aufzugeben, daß man wohl glaubt, die Worte der preußischen Note, die noch nicht Thaten sind, nicht groß anschlagen zu dürfen. Aber darin täusche man sich nicht! Die Verfassung der Nationalversammlung besteht zur Zeit auch nur noch in Worten. Hofft man in ihrem Rücken das deutsche Volk zu sehen, das ihr den faktischen Nachdruck geben werde, so steht dagegen im Hinterhalt der preußischen Note und ihres politischen Kredo's die ganze alte, schwerzerstörliche Politik von Preußen und Oesterreich, die größte Macht, mit der es die Nationalversammlung aufzunehmen hat. Sie zu vernichten, in diesem gegebenen Falle zu vernichten, unsere Großmächte, beide oder eine, die in den Bundesstaat treten, durch den Nationalwillen zu zwingen, den passiven, neutralen, auf alle Fälle friedlichen Staatenbund in einen aktiven, selbsthandelnden, im Nothfall kriegerischen Staat umzubilden, das ist ganz eigentlich die Aufgabe, für welche die Nat.-Verf. berufen ist und die es nun am entscheidenden Ende durchzusetzen gilt. Mache man sich aber ja deutlich, daß man hierbei mit dem Erb- und Erzfeinde unserer staatlichen Entwicklung zu thun hat: mit der Verkommenheit der Diplomatie, mit der hausbackenen Natur unseres Regiments, mit der Entwöhnung von aller größeren äußeren Aktion, mit der intimen östlichen Allianz, die in Preußen nicht viel weniger, als in Oesterreich von dem Hofe aufrecht zu halten gewünscht wird. Unser Gagern hat in seinen wenigen Reden in der Paulskirche keinen Satz so häufig wiederholt, als den, daß der Zweck unserer Staatsreform sei, die deutsche Nation in die Stelle einzuführen, die ihr in Europa gebührt. Das heißt nichts anders, als dem nach innen durch den Partikularismus und nach außen durch die staatenbundliche Neutralität gehemmten Volke zu einem frei bewegbaren, einheitlich gelenkten Staate zu verhelfen. Dazu ist in diesem Momente die Gelegenheit gegeben, wie sie vielleicht so bald nicht wiederkehrt; sie ist vielleicht nur noch eine kurze Zeit gegeben. Diese Gelegenheit sollte das Preußen, das an die Spitze des neuen Deutschlands gestellt werden soll, das wenigstens den Einfluß anspricht, der seiner Macht zukommt, mit scharfem Auge erkennen und mit sicherer Hand ergreifen; statt dessen wirft es sie feige von sich und verkriecht sich ohne Scham, wo es ehrenhaft die Stirn zeigen sollte. Wir haben die Verwickelungen in Schleswig und Limburg zur Hand. Die unheimlichste Aengstlichkeit präsidirt in der diplomatischen Welt bei ihrer Behandlung. Wenn wir mit unserem Bundesstaate an das Licht der Welt treten sollen, wird ihm die Anerkennung dieses und jenes Staates fehlen, man malt sich die Verlegenheiten aus, man fürchtet Kollisionen und Kriege, man versteckt also den Bundesstaat lieber vorerst in einen „Verein," und den Verein noch einmal in den Staatenbund mit Oesterreich, und diesen Staatenbund noch einmal hinter den alten deutschen Bund von 1814; in dieser Verschanzung glaubt man sich sicher vor dem Stirnrunzeln Rußlands und vor der Einsprache der Weststaaten. Man kann in der auswärtigen Presse nur die stehenden Artikel der unverschämtesten Insolenz lesen, womit man aus Rußland, England, Frankreich her unseren Reformen gegenüber auf die Verträge von 1815 pocht, und uns kraft dieser Verträge zu wehren droht, aus uns zu machen, was wir wollen. Oesterreichs Bestehen auf dem deutschen Bunde ist im Grunde nichts anderes, als dieselbe Anmaßung, dieselbe Verhöhnung unserer Schwäche, im Bunde mit den Neidern der deutschen Selbstständigkeit. Nun wollen wir allerdings, bei der bereits so sehr erschlafften Spannkraft des Volkes, im vaterländischen Dünkel uns nicht zu hoch versteigen: wir könnten einen Kampf gegen alle diese Mächte zugleich nicht aufnehmen. Hier aber wäre nun eben die Gelegenheit, **jetzt noch**, gegeben, durch eine entschlossene, wollende, thätige Politik diese Verlegenheiten zu überwinden. In England haben sich aus den höheren Sphären Sympathien für das preuß. Kaiserthum kundgegeben. England ist viel zu sehr im Stolze seines Glücks und im Glücke seines Stolzes, als daß es einem verwandten Volke seine Emanzipation ernstlich mißgönnen sollte; es mag sie ungern sehen, es mag sich in der Freude, ja in der Schadenfreude gefallen, wenn sich dieses Volk selber verwundet und selber lähmt — nie wird es einer vollendeten Thatsache Schwierigkeiten entgegensetzen, wie oft auch das Misere unseres ungeschickten Ringens und Kämpfens nach dieser Vollendung ihm Spott und Hohn schon entlockt hat. Dieses Volk der Thatsachen will aber eben Thatsachen sehen; es hat den bereits ganz verlorenen Respekt vor Oesterreich schnell wiedergefunden auf die letzten Thatsachen hin; es würde Preußen und Deutschland schnell eine entschlossene und wohlwollende Hand reichen, wenn ihm Preußen erst in irgend einem Dinge bewiesen hätte, daß es

seinerseits zu etwas entschlossen sei, etwas wolle und etwas thue. Was Frankreich angeht, so begreift man wohl, daß nur die Blätter jene anmaßende Berufung auf die Verträge gegen uns führen können, daß die französische Regierung es nie dürfte. Es wäre ihre Vernichtung vor ihrem eigenen Volke, denn es wäre doch eine himmelschreiende Frechheit, wenn Frankreich sich mit den Verträgen von 1815 unserer Entwicklung entgegenwerfen wollte, nachdem es sich in eine Republik konstituirt hat. Denn wenn irgend etwas in Sinn und Wort der Verträge von 1815 deutlich ausgedrückt ist, so ist es das Veto, das gegen die Existenz aller größern republikanischen Staaten ausgesprochen worden ist, die man aus der Völkerfamilie Europa's zu Gunsten des monarchischen Princips ausgestrichen wissen wollte. Diese Verträge also könnte Frankreich nicht gegen uns geltend machen, **solange es noch Republik ist.** Und dieß ist der Moment, den es heute zu ergreifen gälte: Niemand kann wissen, wie es morgen dort ist. Aber das ist es nun eben grade, was man in Preußen nicht will und nicht in Oesterreich; weder die Fürsten wollen es dort, noch die Wrangel und Windischgrätze. Man hat die Worte des Königs von Preußen, die er an Max v. Gagern richtete, erfahren: nie werde er — bei Gott — den Degen gegen Rußland ziehen! Oesterreich muß sich zu einem Krieg mit Frankreich rüsten. Wie dürfte da Preußen zu Frankreich halten! Es wäre ein Bruch mit Rußland und Oesterreich zugleich. Und diese Allianz wirklich zu brechen, das ist es was im Hintergrunde der deutschen Bundesstaatsverfassung gelegen ist, und dem man in Preußen vorbeisteuern möchte! Das ist es, was Preußen die Wahl so schwer macht! Das ist es, was es so sehr trösten kann, wenn es die Kaiserwürde **nicht** erhält: es entgeht dadurch einem Entschlusse, der die gewaltigsten Folgen haben kann, zu deren Ausfechtung Niemand unter uns recht gestählt erscheint. Das ist es allerdings auch, was ihm wünschenswerth machen muß, keinen Feind in Deutschland zu haben, wenn es ja eine Feindschaft von außen wagen soll. Dürfte man aber annehmen, daß Preußen, zwischen diesen Erwägungen getheilt und schwankend, in seiner Note dem deutschen Volke und seinen Fürsten nur den Puls fühlen will, daß es sich von seiner alten Politik entschlossen ist leiten zu lassen, so lang es nicht den Willen und die Fähigkeit zu einer neuen, kräftigen, selbstständigen, in der Nation mit aller Kraft und Entschiedenheit auftreten sieht, so würde man dann am schlagendsten überzeugt sein, daß Alles auf eine große, mächtige Kundgebung dieses Volkswillens ankomme, daß Nichts so wenig leicht, Nichts so schwer und wichtig zu nehmen wäre, als dieser Moment, als der Sinn und die Tendenz dieser preußischen Note, daß die Nationalversammlung sich nie mehr zusammennehmen müßte, als gerade jetzt, wo es gilt, mit der Verfassung zugleich unsere künftige Politik vorzuzeichnen. Die Schwerkraft der Indolenz und Thatlosigkeit, die in Preußen herkömmlich ist, wird nur mit dem Aufgebot einer großen Stärke von Seiten der Nation zu überwinden sein: ich gab dieß neulich schon als den Hauptgegenstand der Arbeit an, die uns nach vollendeter Konstitution auf langehin obliegen wird. Was gäbe Deutschland jetzt nicht für einen kräftigen, gutgemuthen, wagenden Regenten auf Preußens Thron, der von dem Geiste des großen Friedrich geerbt hätte! Möchten die ministeriellen Herren, die Kenntniß von dem politischen Testamente dieses Mannes genommen haben, das sonderbarer Weise erst im Jahre 1843 geöffnet wurde, möchten sie nicht den König erinnern an die Vorschriften dieses Testamentes? Wenn ich recht unterrichtet bin, so wurden darin allen Nachfolgern unter anderen Dingen die zwei Punkte wesentlich empfohlen: auf Oesterreich Acht zu haben und für Deutschland Sorge zu tragen!

Deutschland.

△ **Frankfurt**, 7. Febr. Die Verfassunggebende Versammlung des Freistaats Frankfurt gedenkt, glaubwürdigem, jedoch unverbürgtem Vernehmen nach, bis zum Ablaufe dieses Monats zur Lösung ihrer Aufgabe zu gelangen. So viel ist gewiß, daß die von der Versammlung mit der Redaktion des Verfassungsentwurfs beauftragte Kommission die Grundzüge des neuen Bauwerks schon vor mehreren Wochen gezeichnet hatte und der Vollendung ihrer wichtigen Arbeit nur darum einigen Anstand gab, weil es mit Hinsicht auf die allgemeinen politischen Zustände Deutschlands deßhalb keine Eile hatte. Nach jenem Entwurf nun wird unser verjüngter Freistaat an der Stelle des aus 42 Mitgliedern bestehenden Senats einen aus nur 7 Mitgliedern bestehenden Regierungsrath erhalten und an dessen Spitze anstatt der wohlregierenden ältern und jüngern Bürgermeister einen Präsidenten nebst einem Vizepräsidenten. Dagegen soll die Gesetzgebung für die Zukunft einer Versammlung von 96 aus dem Volke erwählten Abgeordneten übertragen, somit um 10 Mitglieder vergrößert werden. Die Justizkollegien werden selbstständige, von der Regierungsgewalt unabhängige Behörden bilden, die Richter unabsetzbar sein. Für die verschiedenen Zweige der Verwaltung werden besondere Aemter errichtet, die von Mitgliedern des Regierungsrathes geleitet oder doch beaufsichtigt werden u. s. w. Da die in der deutschen Verfassunggebenden Reichsversammlung beschlossenen Grundrechte des deutschen Volks in unserm Freistaate bereits Gesetzeskraft erhalten haben, so verbleiben solche folgerichtig durch unsre Partikularkonstitution in voller Kraft aufrecht erhalten, Modifikationen ihrer Bestimmungen aber können nur nach einem erweiterten Maßstabe stattfinden, da diese Grundrechte das Minimum von dem enthalten, was jede Partikulargesetzgebung den Bürgern zuzugestehen hat. Allem Vermuthen nach dürfte der beregte Entwurf schon in den nächsten Tagen zur Erörterung in öffentlicher Sitzung gelangen, da man mit dieser, wie ich höre, bis zur Mitte März fertig zu werden gedenkt, um alsdann das Werk der Gesammtbürgerschaft zur Genehmigung vorzulegen. Ob diese erfolgen oder beanstandet werden möchte, ist freilich eine Zweifelsfrage, die sich nicht so leicht beantworten läßt, zumal manche werthvolle Sonderinteressen in unserm Gemeinwesen durch die neue Ordnung der Dinge sich vielmehr verletzt als gefördert sehen dürften. Allein bis zu dieser Epoche möchten sich auch wohl die Geschicke des Gesammtlandes in der Paulskirche entscheiden und somit läßt sich, ohne Prophet zu sein, voraussehen, daß je nachdem dieser Entscheid ausfällt, sich Frankfurts demnächstige Zukunft gestalten dürfte.

Von der österreichischen Grenze, 1. Febr. Die ungarische Reichskrone ist nach Großwardein abgeführt worden; dorthin ward auch die Pulver- und Gewehrfabrikation verlegt. Nebst papiernen Dreißigkreuzerstücken werden von der insurrektionellen Regierung auch kupferne Konventionskreuzer ausgegeben. Der Kossuth'sche Moniteur „Közlöny" erscheint fortwährend. Dembinski ist Obergeneral, Vetter figurirt als Chef des improvisirten Generalstabs. So schreibt man der Leipz. Ztg. Der Közlöny meldet, daß Meszaros, in Folge einer Erkältung und zeitweisen Augenschwäche, abgedankt und sein Portefeuille dem General Vetter übergeben habe. Ueber Dembinski gibt die Allg. Ztg. folgende nähere Notizen: „Dembinski, 1791 geboren, kam im Jahr 1807 nach Wien in die Ingenieurakademie, entfloh heimlich von da im Jahr 1809 und trat in seinem 18. Jahre als Gemeiner in das 5. polnische reitende Jägerregiment. Er focht gegen die Russen und zeichnete sich im Feldzug vom Jahr 1812 in der Schlacht bei Smolensk so aus, daß er von Napoleon noch auf dem Schlachtfelde zum Hauptmann ernannt wurde. Zu stolz, um in russische Dienste zu treten, verlebte er hierauf jahrelang in stiller Zurückgezogenheit, bis er in der polnischen Revolution 1830 Gelegenheit hatte, sich als Oberst mit seiner Kavalleriebrigade von 1000 Mann auszuzeichnen, indem er in der Schlacht bei Grochow die ganze russische Macht von 60,000 Mann unter dem Marschall Diebitsch einen ganzen Tag aufhielt. (?)"

-:- **Stuttgart**, 6. Febr. Wenn das so fortgeht, dann möge der Himmel mir gnädig sein! Sehen Sie sich bei Zeiten nach einem andern Berichterstatter um; ich habe keine Lust, in meinen alten Tagen noch Vorlesungen über Kirchenrecht und Verhandlungen über kanonische Kontroversen zu hören. Diese unglückliche Zehntenfrage hat die sämmtlichen Juristen in der Versammlung auf die Beine gebracht, das schwere Geschütz des kanonischen Rechts donnerte die Laien-Plänkler bald zu Boden, Citate auf Citate flogen herüber und hinüber, und als selbst einige Kirchenväter aus ihrem Grabe geholt wurden, um irgend eine sehr gelehrte Behauptung zu unterstützen, ergriffen auch die Muthigsten, die bis dahin noch auf den Tribünen ausgehalten, die Flucht, ohne abzuwarten — denn das war die Kontroverse, welche mich so in Harnisch bringt — ob im Zweifelsfall einer Kirchenbaulast der Zehntberechtigte den Beweis zu führen habe, daß ihm die Baulast nicht obliege. Ich gehöre nicht zu den politischen Freunden des Abgeordneten Scherr, aber diesmal hat er mir aus der Seele gesprochen, als er bei der endlichen Abstimmung die Worte sprach: „Die gestrige und heutige Versammlung hat mich um viele Jahrtausende zurückversetzt, in die Zeit nämlich, wo der berühmte

Thurm von Babel gebaut wurde. Ich hörte zehn Juristen und Kanonisten sprechen, und sie gaben zwanzigerlei Meinungen Preis. Einer wollte den Andern belehren und Keiner wollte den Andern verstehen. Gerade wie beim Thurmbau von Babel. Wenn ich nun bedenke, wie viel das Volk von der gegenwärtig versammelten Kammer erwartete und wie wenig wir leisteten, so kann ich mich nicht enthalten, den Wunsch auszusprechen, es möchte uns recht bald ergehen, wie es der babylonischen Thurmbaugesellschaft ergangen ist, wir möchten recht bald in alle Winde zerstreut werden, um einer Versammlung Platz zu machen, welche die Forderungen des Volkes besser als wir zu erfüllen im Stande sein wird." Das war die fürchterliche Sitzung vom heutigen Tage, in welcher — ich will Ihnen wenigstens das Resultat dieser Völkerschlacht nicht ersparen — schließlich entschieden wurde, daß im Zweifelsfall der Zehntherr den Beweis seiner Nichtverpflichtung zu führen habe.

*** Vom Oberrhein, 8. Febr. Die Fehrenbach'sche Agitation gegen die „fremden" Truppen hat dem ehrenwerthen Parlamentsglied Adressen aus einer ganzen Reihe von Gemeinden seines Wahlbezirks zugezogen, worin seine Aeußerungen mißfällig beurtheilt und das Bedauern ausgesprochen wird, ihn auf den Bänken der Wähler zu sehen. Wir legen geringeren Werth auf derartige Kundgebungen an Abgeordnete, als ein souveräner Korrespondent wohl sollte, können jedoch Andeutungen nicht völlig übergehen, gegenüber solchen Meinungen, die in der Stellung eines Abgeordneten die Bedientenjacke des Hansens herauskehren, für den Geist der Volksrepräsentation achten.

⊙ **Gießen**, 6. Febr. Die nachfolgende, vom hiesigen vaterländischen Verein einstimmig beschlossene, und vom Centralausschuß der deutschen Vereine am Mittelrhein adoptirte Adresse an die deutsche Nationalversammlung theile ich Ihnen mit als ein Zeugniß, sowohl von dem peinlichen Eindruck, welchen die preußische Note selbst in den Kreisen erregte, wo man sich erst kürzlich entschieden für Preußens Erhebung an die Spitze der deutschen Verfassung ausgesprochen hatte, als auch von der Würdigung der österreichischen Politik in den Augen Derer, denen nicht die republikanischen Phantome, oder die flachste Gedankenlosigkeit den Standpunkt der Beurtheilung verrückt haben.

„Deutschland erwartet von dem Werke seiner Vertreter die Gründung der Einheit und damit seiner Macht und Freiheit; es erwartet, daß sie selbstständig und unbeirrt durch die Politik der Kabinete dieses Werk zu Ende führen.

Oesterreich, das den Bundesstaat für Deutschland nicht anerkennt, in denselben nicht eintreten kann noch will, nimmt dennoch fortwährend Antheil an den Abstimmungen über die Verfassungsfrage. Nicht zu verkennen ist der Widerspruch dieses Verhaltens mit dem Beschlusse hoher National-Versammlung, daß das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland auf dem Wege der Unterhandlung, wozu sie Vollmacht ertheilt hat, festgestellt werde; nicht zu verkennen die Tendenz und zu befürchten der Erfolg dieses Verhaltens, daß dadurch eine feste und dauernde Einigung gehindert werde, daß der volle Bundesstaat nicht zu Stande komme.

Auch die Note der königlich preußischen Regierung an die deutschen Kabinette bedroht die glückliche Vollendung des Verfassungswerkes, indem sie die Einigung zum ganzen und vollen, zum selbstständigen und kräftigen Bundesstaat hemmen will. Sie zielt auf einen Bund im Bunde, einen Staatenverein innerhalb des aufrecht zu erhaltenden deutschen Bundes, zu dessen Umgestaltung und Entwickelung sie mit Oesterreich vereint wirken möchte. Sie droht, deutsche Volksstämme von der vollen Einigung auszuschließen. Sie setzt sich über bereits anerkannte Beschlüsse der hohen Nationalversammlung hinweg und stellt das Recht derselben zu alleiniger Vollendung der Verfassung in Frage.

Ohne den wahren und vollen Bundesstaat wäre die Einheit Deutschlands ein leerer Name, seine Macht ein Phantom, seine Selbstständigkeit in den Wurzeln geknickt, seine ganze Zukunft einer Kabinetspolitik preisgegeben, deren Interessen von denen des Gesammtvaterlandes getrennt sind. Die hohe Nationalversammlung, welche als gesetzliches Organ der gesammten Nation, als alleinige Trägerin seiner Souveränetät, berufen ist, die Verfassung zu vollenden, hat bereits in früheren Beschlüssen ihre Selbstständigkeit und Würde gegenüber den Sonderbestrebungen einzelner Kabinette zu wahren gewußt.

Wir zweifeln nicht, daß sie fortfahren wird, auf diesem Grunde denselben Weg zu gehen, auf welchem sie das gesammte deutsche Volk hinter sich hat. Wir vertrauen und bitten, daß sie in Konstituirung des vollen Bundesstaat's ihr Werk unbeirrt und rasch zu Ende führen und insbesondere beschließen möge:

1) „Daß die österreichischen Abgeordneten an der Abstimmung über Fragen der Verfassung nicht mehr Antheil nehmen."

2) „Daß weder durch die königl. preußische Note, noch durch etwa darauf folgende ähnliche Schritte der Kabinette das Recht der Nationalversammlung zur Konstituirung der Verfassung irgendwie beeinträchtigt werden könne."

Endlich möge dieselbe nicht eher auseinander gehen, als bis ihre hohe Mission vollständig erfüllt, die Verwirklichung der Verfassung gesichert, ihr großes Werk überall angenommen und ins Leben getreten sein wird."

Gießen den 6. Februar 1819.

Der vaterländische Verein.

Schweiz.

** **Bern**, 6. Febr. Der Schweiz scheinen neue Verwickelungen bevorzustehen. Die italienischen Verhältnisse geben dazu die nächste Veranlassung. Die Angriffe des Republikano und anderer Blätter sind nicht hoch anzuschlagen. Auch die sardinische Note ist als abgethan zu betrachten. Schwieriger ist hingegen die Stellung des Bundesrathes hinsichtlich der in päpstlichen und neapolitanischen Diensten stehenden Schweizer-Regimenter. Nicht nur werden in einigen Kantonen (wie namentlich in Bern) den Werbungen Hindernisse in den Weg gelegt, sondern es will auch die Wiener Regierung den Rekrutentransporten den freien Durchpaß durch ihr Gebiet nicht ferner gestatten, so daß der Bundesrath, obwohl er Tessin auf das Unzulässige einer solchen Hemmung des Verkehrs aufmerksam machte, sich gleichwohl bewogen fand, einerseits dahin zu wirken, daß die Rekruten in Zukunft soweit möglich über den Splügen nach Italien instradirt werden und andrerseits gegen das beabsichtigte Hauptwerbdepot in Altorf Einsprache zu erheben. In jüngster Zeit sind nun, um die Verwicklungen noch zu vermehren, zwei sizilianische Stabsoffiziere in Bern angelangt, deren Mission dahin gehen soll, den Bundesrath auf die Nothwendigkeit einer sofortigen Aufhebung der bestehenden Militärkapitulationen aufmerksam zu machen, deren längerer Fortbestand zur politischen Unmöglichkeit geworden sei und die zur Union gehörenden italienischen Staaten zu Gegenmaßregeln nöthigen müßte. Das Gerücht, daß jene beiden Abgeordneten zugleich den Auftrag haben sollen, in der Schweiz Freischaaren anzuwerben, erscheint zu ungereimt, um ihm Gewicht beizulegen. Jedenfalls sind aber diese Verwicklungen ernst genug, um die volle Thätigkeit des Bundesrathes in Anspruch zu nehmen. Auch die neuenburgischen Angelegenheiten dürften ihn in nicht ferner Zeit beschäftigen. Hat man auch den letzten Vorfällen allzugroßes Gewicht gegeben, so glimmt es doch fortwährend unter der Asche, und so lange kein Abkommen mit Preußen getroffen ist, dürfte sich dieser Kanton keiner bleibenden Ruhe zu erfreuen haben.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 13. Jan. Ueber unsere hiesigen sogenannten politischen Verbrecher kann ich Ihnen noch immer nichts als Trauriges berichten. Auf Grund von Angebereien werden die Verhaftungen noch immer fortgesetzt; erst vor kurzem wieder ein Gymnasiallehrer, Dyonisie, und ein preußischer Schutzgenosse, Namens Grabovitz, von dem es überdies notorisch ist, daß er während dem Zeitraum der Revolution gar nicht hier anwesend und meist krank war. Auch dieser wurde, entgegen aller traktatmäßigen Stipulationen, ohne Einvernehmen mit seinem Konsulate, und aller Menschlichkeit entgegen (er ist noch immer kränklich), von russischen Soldaten verhaftet und in das berüchtigt gewordene Kloster Vacaresti gebracht, ohne daß ihm gestattet worden wäre, selbst Wäsche und Kleidungsstücke mitzunehmen. Auch österreichische Staatsbürger sind in gleicher Weise behandelt worden, und die Kaimakamie, an welche in diesen Fällen reklamirt werden, erwiedert stets ganz naiv, daß die Arrestationen von den russischen Behörden angeordnet worden. Die betreffenden Konsulate haben sich nach Konstantinopel gewendet, und es wäre wohl Zeit, daß solcher Gräuel- und Schreckensherrschaft einmal ein Ende gemacht würde. Mit großer Spannung und zum Theil mit Besorgniß sieht man dem kommenden Frühjahr entgegen, welches unfehlbar bedeutende Ereignisse bringen muß. In gutunterrichteten Kreisen spricht man vom baldigen Eintreffen eines Mandats, welches den jetzigen Kaimakam (Statthalter) noch auf fünf Jahre in seiner Würde bestätigen soll. Also noch fünf Jahre keine Fürstenwahl? Dann lebe wohl für immer Hospodariat! (C.Bl. a.B.)

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 73 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 42. Frankfurt a. M., Sonntag 11. Februar. 1849.

Uebersicht.

11. Februar.

Die soziale Frage ist nun auch endlich in der Nationalversammlung zur Berathung gekommen. Vor einem halben Jahre, welche Kämpfe würde da eine solche Verhandlung hervorgerufen haben! Und jetzt — mit welcher Ruhe, um nicht zu sagen, Gleichgültigkeit, hörte die Versammlung die acht oder zehn Redner an, welche sich die undankbare Mühe gaben, diese so wichtige Frage zu erörtern! wie wenig war selbst auf Seiten der Linken von jener leidenschaftlichen Spannung zu bemerken, womit sie sonst bei so brennenden Fragen ihre Redner durch lauten Zuruf und Beifallsklatschen zu ermuntern, die Redner der Gegenseite durch Unterbrechungen zu verwirren suchte! Nur die gründlichen und schlagenden Beweisführungen des Herrn Moritz Mohl vermochten die Rechte und das Centrum zu einem lebhafteren und anhaltenderen Beifall hinzureißen — einem Beifall, der um so erfreulicher war, als er den Redner für manche unverdiente Nichtbeachtung seiner unermüdlichen parlamentarischen Bemühungen entschädigte. Die Linke erhob sich nur bei einigen Stellen der Eisenstuck'schen und der Simon'schen Rede zu einem etwas lauteren Enthusiasmus, während sie die sozialistische Vorlesung des Herrn Schütz von Mainz nicht mit einem einzigen anerkennenden Zurufe begleitete. Selbst L. Simon, der verkörperte Gedanke der sozialen Republik, hielt sich diesmal fast gänzlich fern von jenen Höhen kühner humanistischer Spekulationen, auf denen er sich sonst so gern ergeht, und bewegte sich größtentheils auf dem Gebiete praktischer Detailvorschläge. Vergebens erwarteten wir, den geistreichen Verfasser der „Neuen Politik", Herrn Jul. Fröbel, auf der Tribüne zu sehen, um seine warmen und großartigen Konzeptionen von einer Verbrüderung der Menschen zur Abhülfe aller Noth und zur Sicherung einer wahrhaft menschlichen Entwicklung jeder Einzelthätigkeit mit der Kraft des lebendigen Wortes zu entwickeln. Selbst Herr Schlöffel, dessen Vorschläge auf sozialem Gebiete eigentlich ziemlich aufdringlicher Natur sind, hielt sich diesmal in bescheidener Ferne. Erkannten die Vertheidiger des sozialen Gedankens, daß die „Grundrechte" nicht der Art seien, um ihm sein Recht zu verschaffen? Wie dem auch sei, jedenfalls war es auffallend, daß man nicht wenigstens diesen Anlaß eifriger benutzte, um das bekannte kommunistische Evangelium von der „Bedrückung des vierten Standes" durch die „Bourgeoisie", der „Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital", der „modernen Sklaverei" u. s. w. mit vollen Backen zu predigen. Denn die kleine oratorische Stylübung, in welcher Herr Schütz sich erging und welche allerdings eine Blumenlese jener den Franzosen abgelernten Phrasen enthielt, war für diesen Zweck viel zu wenig, und auch Herr L. Simon erhob sich nur einmal zu dem kühnen Style Proudhon'scher Sozialphilosophie, als er ausrief: „Wenn Ihr dem Volke nicht das Recht auf Arbeit und Unterhalt garantirt, so gebt Ihr ihm das Recht zur Revolution, zum Angriff auf das Eigenthum!"

Wie wenig erschöpfend indessen die Verhandlung war, wenn man sie als eine Erörterung der sozialen Frage im Allgemeinen betrachtete, so lieferte sie doch ein schätzbares Material zur Würdigung der verschiedenen praktischen Vorschläge, welche zur Abhülfe der Noth und zur Hebung der arbeitenden Klassen gemacht worden waren.

Diese Vorschläge waren verschiedener Art. Die einen, zunächst an den §. 30 sich anschließend, welcher die Gleichheit der Besteuerung, die Aufhebung aller Befreiungen und Bevorzugungen dabei ausspricht, empfahlen eine weitere Ausdehnung dieses Prinzips dahin, daß überhaupt die Besteuerung allenthalben genau der wirklichen Steuerkraft, d. h. den Vermögensverhältnissen der zu Besteuernden angepaßt werde. Sie verlangten daher theils die Aufhebung der Steuern auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse, theils die aller indirekten und sonstigen auf den ärmern Klassen lastenden Steuern und deren Ersetzung durch eine Einkommensteuer. Herr L. Simon war es hauptsächlich, der diese Vorschläge zu entwickeln und zu vertheidigen unternahm. Nach seinen Anführungen sollte die Einkommensteuer nicht allein die einzige Steuer, sondern auch, progressiv steigend, in ihren höheren Sätzen so hoch gegriffen sein, daß dadurch eine Ausgleichung zwischen den großen und den kleinen Kapitalien erzielt würde. Leider hatte nur schon am ersten Tage der Debatte Herr M. Mohl, dem man ebensowenig aufrichtige Hingebung für das wahre Volkswohl, als die gründliche Erfahrung und Kenntniß im Steuerwesen absprechen wird, in treffender Weise und mit unwiderlegbaren Gründen die Unthunlichkeit einer Zurückführung aller Steuern auf die einzige Einkommensteuer vom finanziellen und volkswirthschaftlichen Standpunkte aus dargethan.

Eine zweite Reihe von Vorschlägen betraf die Versorgung der Armen, der Arbeitsunfähigen und der unfreiwillig Arbeitslosen.

Mit Recht ward diesen Vorschlägen entgegengehalten, daß, so weit sie auf wirklich Erreichbares abzwecken, nämlich auf die Versorgung der Armen und Verdienstlosen nach den Kräften und mit den vorhandenen Mitteln der Gemeinden und des Staates, dieser Zweck schon thatsächlich erreicht oder doch angestrebt werde durch die in allen Ländern bestehende Armengesetzgebung und Armenpflege; so weit sie dagegen Mehr enthalten, so weit sie ein abstraktes Recht auf Unterhalt und Arbeit für Jedermann, ohne alle Beschränkung, festsetzen, sie nicht nur Unerreichbares, sondern auch Unvernünftiges verlangen. Wie weit man eigentlich in seinen Forderungen nach dieser Seite hin gehen wolle, darüber schienen die Vertheidiger jener Vorschläge selbst unklar und uneins unter sich zu sein. Während Herr Nauwerck erklärte: nicht das „berüchtigte Recht auf Arbeit" wolle er ausgesprochen wissen, sondern nur das „Recht auf Unterhalt", die „Freiheit des Daseins", die „Abschaffung der Lebensstrafe, nachdem die Todesstrafe abgeschafft sei", sprach Herr Schütz unumwunden für das Recht auf Arbeit im Sinne der äußersten sozialistischen Theorien, in jenem Sinne, wonach „Jedem der seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Gewinnst garantirt werden solle", wonach der „moderne Vernunftstaat" die Aufgabe habe, „Jedem die freiste Ausbildung und Anwendung seiner Fähigkeiten zu sichern", in jenem Sinne also, wonach man die Gesellschaft verpflichten will, nicht etwa blos eine gerechte Ausgleichung zwischen der Arbeit und ihrem Lohn zu vermitteln oder den Arbeitslosen eine solche Arbeit zu verschaffen, die ihnen den nothwendigen Unterhalt gewähren, nein! Jedem die Art von Beschäftigung und die Sphäre von Genüssen zu gewährleisten, welche nach seinen Neigungen und seinen (vielleicht nur eingebildeten) Fähigkeiten sich auszusuchen

ihm beliebt. Man kennt das St. Simonistische Prinzip: „Jedem nach seinen Fähigkeiten, jeder Fähigkeit nach ihren Werken!" Was Herr Schütz von dem „Recht auf Arbeit" sagte, war nichts Anderes, als ein verblaßter Abklatsch dieses Satzes, der unfertige Abdruck einer unfertigen Theorie.

Auch hier war es wieder Herr Mohl, der auf das Verderbliche eines solchen dem Arbeiter eingeräumten Rechts auf Versorgung, auf dessen demoralisirende Folgen auf die Arbeiter selbst und die Gesellschaft, auf das warnende Beispiel Frankreichs hinwies, wo die Arbeiter eingetheilt worden wären in solche, „welche arbeiten", und solche, „welche nicht arbeiten", wo diese letzteren, die nicht arbeitenden, die faullenzenden, eben so gut wie die fleißigen ihren Unterhalt vom Staate verlangt und bezogen, und zum Dank dafür die rothe Fahne der Empörung gegen ihn geschwungen hätten.

Aehnliche Beispiele wurden von andern Rednern aus Wien und Berlin angeführt.

Auch Buß nannte die Verkündigung des Rechts auf Arbeit eine Zerstörung der sittlichen Schwungkraft, die in der freien Arbeit, in dem selbsteigenen Streben nach Erwerb und der Konkurrenz für den Menschen liege. Er verlangte aber zweckmäßige Staatseinrichtungen nicht blos zur Heranbildung der ärmeren Klassen, namentlich durch einen tüchtigen technischen professionellen Unterricht in den Volksschulen, sondern auch „zur Stärkung des sittlichen Willens". Wir bedauern, daß der Redner die Natur dieser letztern Art von Einrichtungen nicht näher bezeichnet hat. Spielte er vielleicht an auf kirchliche Anstalten? Wenigstens wies er einen wichtigen Antheil an der Armenpflege der „frei gewordenen Kirche" zu.

Am tiefsten ging Eisenstuck auf die Einzelnheiten der Vorschläge für Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen ein. Was man unter der Phrase „Garantie der Arbeit" begreife, das, sagte er, finde seine praktische Verwirklichung nur in einer Reihe von unter sich zusammenhängenden Veranstaltungen seitens des Staats. Das erste sei die Vermehrung und Stärkung der Arbeitskraft selbst, für welche der Staat wirken könne theils durch den freien Unterricht, theils durch Aufnahme der arbeitenden Klassen in alle Rechte und Pflichten der vollgültigen Staatsbürger, theils durch Verwohlfeilung der Lebensbedürfnisse für den Arbeiter und der Rohmaterialien für seine Arbeit. Zweitens müsse der Staat für einen möglichst großen Vorrath von Arbeit sorgen und das könne er durch Gestattung unbeschränkter Theilbarkeit des Bodens, durch Abschaffung aller, die Privatindustrie beeinträchtigenden Staatsmonopole, am meisten aber durch den „Schutz der nationalen Arbeit gegen ausländische Konkurrenz". Hier befand sich nun der Redner recht in seinem Element, dem Kampf um Schutzzölle oder Freihandel (Herr Schütz sagt Freizölle) — einem Kampfe, den nach ihm auch Herr Degenkolb und Herr Merck, jener vom schutzzöllnerischen, dieser vom Freihandelsstandpunkte, ziemlich erbittert fortführten.

Endlich hält Eisenstuck auch noch die Vermittelung des Staats in der Richtung für nothwendig, daß er den Arbeiter gegen Bedrückung durch die Arbeitgeber in Schutz nehme, die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital verhüte. Für jenen erstern Zusatz empfiehlt er lebhaft das Institut der prud' hommes oder Sachverständigengerichte, wie solches auch die „Grundrechte des deutschen Volkes" vorschreiben; was das Andere betrifft, so verlangt er die Feststellung einer Steuer, welche der Arbeitgeber von jedem Arbeiter, den er beschäftigt, bezahle und deren Ertrag, vom Staate verwaltet, dazu dienen soll, den arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern ein sorgenfreies Alter zu verschaffen.

Mit Entschiedenheit weist dagegen auch er jede direkte Einmischung des Staats in die natürliche Wechselwirkung von Arbeit und Verdienst, Angebot und Nachfrage, als durchaus schädlich zurück.

Es war erfreulich, aus dem Munde Derer sowohl, welche die Aufnahme besonderer, direkter Bestimmungen zu Gunsten des Arbeiterstandes in die Grundrechte wünschten, wie Derer, welche eine solche nicht passend fanden, die Anerkennung zu vernehmen, daß die Grundrechte bereits Vieles enthalten, was in seinen Wirkungen vorzugsweise diesem Stande zu gute kommen wird. Und, in der That, wenn wir uns alle die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimathsrecht und Gewerbebetrieb, über Schutz der Auswanderung und freien Unterricht von Staatswegen, über Aufhebung jedes Hörigkeitsverbandes und aller persönlichen und dinglichen Leistungen, über Theilbarkeit des Grundbesitzes, über Rechtsprechung durch sachkundige, von den Berufsgenossen selbst zu wählende Richter, wenn wir uns die Preßfreiheit und das Vereinigungsrecht, wenn wir uns endlich die Vertretung der Arbeiter selbst in der freien Staats- und Gemeindeverfassung und ihre Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Besteurung — wenn wir uns dies Alles in's Leben getreten und in seinen praktischen Folgen fortwirkend denken, so glauben wir nicht, daß der ersten deutschen Reichsversammlung der Vorwurf gemacht werden kann: sie sei dem Arbeiterstande nicht gerecht geworden. Namentlich das freie Vereinigungsrecht wird der starke Hebel sein, durch welchen die arbeitenden Klassen fortan selbst auf die Verbesserung ihrer Lage hinwirken können, und so wie wir vollkommen Dem beistimmen, was Herr G. Beseler über die sittliche Macht dieses Mittels so treffend sagte, so können wir es auch nur im höchsten Grade gerechtfertigt finden, wenn Hr. Lette entschieden darauf drang, daß Arbeiter-Assoziationen selbst zu dem Zwecke der Vereinbarung mit den Arbeitgebern über einen angemessenen Lohn fortan ebenso wie in England gestattet sein und die Strafbestimmungen, welche dagegen in unsern Gesetzbüchern noch bestehen, wegfallen müssen.

Den entschiedensten Grund aber gegen die Aufnahme der beantragten Bestimmungen über das „Recht auf Arbeit" oder das „Recht auf Unterhalt" u. s. w. führte Herr Mohl an, indem er sagte: in die Grundrechte gehöre kein Recht, außer ein solches, auf dessen Erfüllung man beim Reichsgericht klagen könne, d. h. mit andern Worten: kein anderes, als ein in seiner Bedeutung, seinem Umfange und seiner Ausführbarkeit ganz klares Recht, nicht aber Versprechungen, deren Sinn dunkel und deren Erfüllbarkeit unsicher ist. Und dafür können wir zum Schluß noch eine Autorität anführen, welche wenigstens von der Linken unserer Nationalversammlung, nicht mißachtet werden wird. Als im Vorparlamente Herr Venedey die Verkündigung ähnlicher Versprechungen für den Arbeiterstand, wie die jetzt geforderten, insbesondere die Verheißung der Begründung von Kreditkassen für die Arbeiter anempfahl, da sagte Herr Robert Blum: „Was Herr Venedey verlangt hat, wird allerdings eine Nothwendigkeit sein; allein Sie, meine Herrn, können es jetzt nicht versprechen, denn Sie wissen nicht, ob die konstituirende Versammlung oder ob Diejenigen, welche die Gewalt im Staate handhaben, selbst Kredit und Mittel besitzen, um solche Kreditkassen zu gründen. Das was Sie aussprechen wollen, ist nichts Anderes, als eine Versprechung, die Sie zwar geben, für deren Erfüllung Sie aber Nichts thun können."

Deutschland.

Frankfurt, 9. Febr. Einer heute aus Ollmütz hier angekommenen Depesche zu Folge, ist „das Reichsgesetz über das deutsche Wechselrecht" als für ganz Oesterreich, deutsche wie nichtdeutsche Lande, anerkannt worden. Für die nichtdeutschen Lande werden einige, jedoch unwesentliche Aenderungen beabsichtigt. (F.J.)

*** **Frankfurt**, 9. Febr. Das Bureau der Nationalversammlung hat ein neues Verzeichniß der Abgeordneten derselben ausgegeben, das bis zum 5. d. M. geht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Gesammtzahl 558 beträgt. Sie vertheilt sich auf: Oesterreich mit 110, Preußen 193, Baiern 68, Königreich Sachsen 21, Hannover 21, Würtemberg 26, Baden 19, Großherzogthum Hessen 12, Kurfürstenthum Hessen 11, Schleswig-Holstein und Lauenburg 11, Mecklenburg-Schwerin 6, Nassau 6, Luxemburg und Limburg 5, Oldenburg 5, Braunschweig 4, Sachsen-Weimar 4, Sachsen-Coburg-Gotha 2, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 2, Sachsen Altenburg 2; auf jeden der noch übrigen 19 Einzelstaaten kommt 1 Abgeordneter. Ausgetreten waren bis zum 5. d. 181 Mitglieder, unter welchen, außer den verstorbenen Brunck und Wirth, auch Robert Blum als „erschossen" und Auerswald und Lichnowsky als „gestorben" aufgeführt sind. Von 36 ausgetretenen Mitgliedern — namentlich österreichischen — sind die Ersatzmänner noch nicht eingetroffen.

* **Wien**, 6. Febr. Für die auf Morgen ausgeschriebene Wahl eines Reichstagsdeputirten haben Baron Kübek, der ehemalige Finanzminister und F. Schwarzenberg, der jetzige Minister-

präsident, hierbei die meisten Chancen. Dr. Landsteiner, Redakteur der Presse, ist als Bewerber neu aufgetreten. Die Bildung eines Obermedizinal-Kollegiums wird jetzt offiziell angezeigt. Das öffentliche Vertrauen nimmt in der Art zu, daß die Einlagen bei der Sparkasse nun fortwährend und nach den letzten Ausweisen wieder bedeutend die Rückzahlungen übersteigen. Nebst den plötzlich eintretenden Todesfällen, die meist sehr unrichtig der Cholera zugeschrieben werden, mehren sich die Selbstmorde in sehr auffallender Weise. Offiziell wird der Nachricht widersprochen, daß die Eröffnung der philosophischen und juridischen Studien neuerdings hinausgeschoben worden sei; im Gegentheile ständen die Lehrsäle in Bereitschaft. (Doch fehlten, wie es schien, noch die Studenten.)

♁ **Berlin**, 8. Febr. Gebe sich Niemand für so weise aus, daß er den Ausfall der Wahlen in vorhergesehen habe. Der Siegesrausch der Demokraten ist schnell verflogen. Sie ließen die Köpfe hängen, als die Wahlen in den Provinzen so entschieden zu ihrem Nachtheile ausfielen, und erst seit gestern, wo die Nachrichten für sie etwas günstiger lauten, tragen sie die Köpfe wieder etwas höher. Aber ihre Rechnung, daß sie in der Kammer doch noch die Mehrheit, d. h. von vorn herein erlangen werden, ist ohne den Wirth gemacht. Ihre Hoffnung ist demnächst, daß unter der konstitutionellen Partei kein Zusammenhalt sei, daß sie aus sehr verschiedenartigen Ansichten bestehe, die schwerlich lange sich mit einander vertragen werden. Wahr ist es, die jetzige konstitutionelle Partei umschließt Männer, deren politische Ueberzeugungen vor einem Jahre auseinanderlagen, wie Gefrier- und Siedepunkt. Mancher freisinnige Mann, welcher vor einem Jahre wie ein Republikaner angesehen wurde und nächst dem Bösen nichts so sehr haßte, als die Bureaukratie und den Kastengeist im Heere, soll nun dieselbe Partei bilden mit einem Herrn v. Griesheim und einem Herrn v. Manteuffel, in dem vor Kurzem jener Geist als verkörpert galt. Aber die gemeinsame Gefahr hat sie mit jenen vereinigt, und ihr Trost ist es, daß nicht sie es sind, welche neue Feldbinden angelegt haben. Zwischen den Rheinlanden und den östlichen Theilen des Königreiches hat sich ein bemerkenswerther Unterschied herausgestellt. Dort äußerte bei den ersten Wahlen im Frühjahre die besitzende gebildete Klasse und vor allen die Geistlichkeit ihren natürlichen Einfluß. Die demokratische Partei verstärkte ihr Lager vom Rheine her kaum durch ein Fähnlein von zehn Mann. Jetzt hat die Rheinprovinz völlig demokratisch gewählt, die Geistlichkeit hat fast gar keinen Einfluß ausgeübt, die besitzenden Bürger sind durch die Menge erdrückt. Die östlichen Provinzen bieten das umgekehrte Schauspiel dar. Das vorige Mal legten die Wohlhabenden, die reichen Städter, die Gutsbesitzer die Hände in den Schooß, als wenn sie die Sache nichts anginge. Sie dachten wohl gar: je toller, je besser! Es wurden meistens ungebildete Leute gewählt, welche den armen Landleuten goldene Berge versprachen. Allein die Erfahrung hat beide Theile gewitzigt. Die armen Taglöhner sahen ihre Abgeordneten von Berlin wiederkommen, ohne daß diese ihnen ein paar Kühe oder einen Morgen Landes zurückgebracht. Sie verloren das Zutrauen zu den Schreiern. Die Gutsbesitzer hatten unterdessen gesehen, daß die Sache sie allerdings angehe, und zwar sehr nahe. Hansemann und seine Gesetze, womit er ihnen „ins Fleisch schnitt", namentlich die noch immer wie ein schwarzer Punkt, der einen furchtbaren Orkan vorbedeutet, am Himmel stehende Grundsteuer, weckten sie auf. Sie haben diesmal alle ihre Kräfte aufgeboten, um auf die Wähler zu wirken, es sich zum Theil bedeutende Summen kosten lassen und haben die Genugthuung gehabt, die Wahlen zu ihren Gunsten ausschlagen zu sehen. Ob in künftigen Zeiten die Grundsteuer gerade in den östlichen Provinzen, wo verhältnißmäßig wenig kleiner Grundbesitz übrig geblieben ist, den Demokraten ein ergiebiges Feld darbieten wird, läßt sich jetzt noch nicht voraussehen. Vorläufig können wir uns Glück wünschen, eine zweite Kammer zu erhalten, worin zwar die demokratische Partei eine wünschenswerthe Vertretung findet, aber die Partei überwiegt, welche keinen Umsturz der bestehenden Verhältnisse, namentlich nicht des Königthums will. Hoffentlich ist nach diesem Siege die konservative Partei um so eher so gemäßigt und verständig, keine Männer der äußersten Rechten in die erste Kammer zu schicken, damit der allzu straff gespannte Bogen nicht breche. Die Tage des vorigen Sommers, deren Widerlichkeit, deren Schreckenerregendes weniger in den vereinzelten groben Verletzungen der Gesetze, als in der allgemeinen, wahrlich sehr ungemüthlichen Gesetzlosigkeit bestand, liegen fast wie ein Traum hinter uns. Man benützt sie bereits zu Lustspielen. Namentlich hat Hr. Kalisch, der Verfasser der „Hunderttausend Thaler," ein Stück geschrieben: Berlin bei Nacht, in welchem die schönen Tage des souveränen Lindenklubs der Nachwelt aufbehalten werden. Der Präsident des Lindenklubs, Hr. Müller, ist außerdem aufs Neue in Untersuchung gezogen. Die Regierung trifft Maßregeln, um beim Zusammentritte der Kammern jedem Versuche, das alte Unwesen zu erneuern, kräftig entgegentreten zu können. Es sollen, wie es heißt, noch vier Regimenter Infanterie nach Berlin gezogen werden. Die Versammlungsorte der Kammern werden durch Posten geschützt sein. Die schlechten Mittel, an denen es für die Wahlen auf beiden Seiten nicht gefehlt hat, haben meistens ihren Zwecken entgegengewirkt. Zu diesen schlechten Mitteln gehören auch die bekannten Enthüllungen, wodurch den Demokraten die allererschrecklichsten Mordgeschichten in die Schuhe geschoben werden. Als Verfasser dieser Enthüllungen ist jetzt bei den gerichtlichen Untersuchungen ein Privatschreiber, Piersig, vorgeschoben, eine, wie man hört, schon wegen Fälschung bestrafte Person.

Stettin, 1. Febr. Das Komite für den Bau von Kriegsfahrzeugen zur deutschen Flotte in Stettin schreitet vor und wird nächstens den Bau eines Schooners beginnen, nachdem aus den vorhandenen Mitteln bereits zwei Bomben-Kanonen-Jollen, Konkordia und Germania, erbaut worden, die bei den Herbstübungen der Ruder-Flotille sich als praktisch brauchbar erwiesen haben. Aus öffentlichen Anzeigen erhellt, daß die Mittel dieses Vereins noch aus 10,000 Rthlr. bestehen, und durch Sammlungen, z. B. an den vier Wahltagen, hier am Orte und in der Provinz Pommern fortgesetzt werden. (Ostsee-Z.)

Stettin, 4. Febr. Die preußische Regierung hat die drei ihr zugehörigen Dampfschiffe, „der preußische Adler", den „Königsberg" (beide jetzt hier) und die „Elisabeth" (in Stralsund liegend) dem deutschen Marine-Ministerium in Frankfurt a. M. käuflich überlassen, und es sollen diese Fahrzeuge sofort für den Kriegsdienst tauglich gemacht und ausgerüstet werden. Der Kaufbetrag wird Preußen auf die Beisteuer zur deutschen Flotte angerechnet.

München, 7. Febr. Die deutsche Sache hat in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten, wie wir vorausgesagt, vollständig gesiegt. Obgleich Hr. v. Scheurl selbst eine Modifikation des Minoritätsentwurfs der Adresse, nach welcher derselbe von dem Entwurf der Majorität kaum mehr verschieden war, beantragt hatte und bedeutende Redekräfte zu Gunsten seiner Modifikation in die Schranken traten, so entschied die Kammer dennoch für unveränderte Annahme des Paragraphen. Selbst Lerchenfeld's Rede, der für eine Verständigung mit der Reichsgewalt sprach, blieb wirkungslos. Eine so stürmische Aufregung wie heute erinnert man sich hier nicht in einer bairischen Kammersitzung jemals gehört zu haben. Gegen Hrn. v. Abel wurden neue heftige Angriffe gerichtet, welche leider einen zu persönlichen Charakter annahmen. Aber die Keckheit, mit welcher dieser Staatsmann verhaßten Angedenkens in die Schranken getreten war und die perfide Weise, in welcher derselbe gegen die deutsche Verfassung gesprochen, hatten unter den Liberalen aller Schattirungen mit vollem Recht große Erbitterung erregt. Man glaubte allgemein, daß Hr. v. Abel lediglich im Sinne der partikularistischen Gelüste Sr. Majestät des Königs Max geredet, um sich wieder „möglich zu machen." Beim Angriff des Abgeordneten Greiner bemühte sich Hr. v. Abel noch zu lächeln, wie sauer ihm auch diese Anstrengung wurde. Als aber der ehrliche Gastwirth Föckerer aus Niederbaiern dem Exminister derber zu Leibe ging und spottend bemerkte, man habe allgemein gesagt, Hr. v. Abel wolle sich auf die Seite der Liberalen schlagen, wogegen uns der Himmel schützen möge, da ertönte helles Gelächter von allen Seiten des Saales. Hochroth vor Zorn fuhr Hr. v. Abel von seinem Sitze empor und schrie mit einer vor Leidenschaft zitternden Stimme: „Wenn vom Präsidentenstuhl meine angegriffene Ehre nicht geschützt wird, dann werde ich außerhalb des Hauses Maßregeln ergreifen, wie die Gesetze der Ehre vorschreiben. Ich werde das thun nicht nur gegen Hrn. Föckerer, sondern gegen jeden Redner, der mich persönlich beleidigt." Das Benehmen des Hrn. v. Abel war um so unparlamentarischer, als Graf Hegnenberg, der heute für Lerchenfeld präsidirte, bereits das Wort genommen hatte, um Hrn. Föckerer wegen dieser Persönlichkeiten zurechtzuweisen. Inmitten der heftigen Aufregung, welche dieser Szene folgte, erhob sich der

Abgeordnete Kolb und stellte den Antrag: daß Hr. v. Abel wegen seines ungebührlichen Benehmens gegen den Präsidenten zur Ordnung gerufen werde und daß zu diesem Zweck Hr. v. Lerchenfeld den Präsidentenstuhl wieder einnehmen möge. Trotz den wüthenden Reklamationen der Rechten nahm die Kammer durch Namensaufruf den Antrag Kolbs mit 90 gegen 41 Stimmen an. Hr. v. Lerchenfeld bestieg den Präsidentenstuhl und rief sowohl Hrn. v. Abel als Hrn. Föckerer zur Ordnung. Letzterer erklärte, daß sein Angriff gegen Hr. v. Abel nur seinem System, nicht seiner Person gegolten. Sehr bemerkenswerth war bei dieser Gelegenheit, daß die Rechte sich in Masse protestirend erhob, als der Redner Hrn. v. Abel den Führer der Rechten nannte. „Wir haben keinen Führer außer uns selber", riefen sogar die katholischen Geistlichen, welche auf dieser Seite des Hauses in gedrängter Reihe sitzen. Abels Name ist so verrufen, daß selbst diese Partei sich scheut, ihn als ihr Haupt anzuerkennen, obwohl sie sein Redetalent gerne benützt, um ihre Tendenzen zu vertreten. Ueber die Reden der heutigen Sitzung bemerke ich nur, daß von beiden Seiten die talentvollsten Wortkämpfer wiederholt ihre Lanzen brachen. Justizminister Heintz, der beste Redner des Kabinets, nahm dreimal das Wort und wies namentlich den Dr. Greiner, dessen vorlauter ultraradikaler Ton geringen Anklang in der Kammer findet, sehr derb und mit entschiedenem Erfolg zurecht. Weniger glücklich war der Minister in seiner Widerlegung der meisterhaften Rede Schülers von gestern. Schüler antwortete ihm durch eine glänzende Improvisation, welche an logischer Schärfe seinen gestrigen Vortrag noch zu übertreffen schien. Der Eindruck, den dieser blasse, ernste Mann mit dem asketischen Apostelgesichte und dem melancholischen Blick auf sein Auditorium hervorbringt, ist schwer zu beschreiben. Schüler ist ohne Widerrede das gediegenste oratorische Talent der Kammer. Minister Heintz hat ihm selbst heute diese Anerkennung gezollt. Den Schluß der Sitzung machte ein Vortrag des Hrn. v. Beisler, Minister des Innern. Daß dieser einst so geachtete Staatsmann sich heute in so stockpartikularistisch bairischer Weise aussprach, machte den peinlichsten Eindruck.

Dresden, 7. Febr. Die D. Allg. Z. veröffentlicht das an die Kammern gelangte Dekret, die Grundrechte des deutschen Volks betreffend; dasselbe lautet: „Se. Maj. der König lassen den Kammern in der Anlage A. das achte Stück des Reichsgesetzblattes, welches die Grundrechte des deutschen Volks mit dem dazu gehörigen Einführungsgesetz enthält, und in der Anlage B. eine Darlegung der bei Anerkennung und Einführung der Grundrechte in hiesigen Landen einzuhaltenden Grundsätze zur verfassungsmäßigen Erklärung darüber zugehen. (Gez.) v. d. Pfordten. Georgi."

Rücksichtlich der bei Einführung der Grundrechte einzuhaltenden Grundsätze läßt sich die Regierung also vernehmen: Die Reichsgesetze sollen nach der Ansicht der Regierung auch in Sachsen zur Geltung gelangen, als die erste Frucht der Einigung des deutschen Vaterlandes in einem neuen Geiste. Die meisten der bei Einführung der Grundrechte in Betracht kommenden Schwierigkeiten, welche durch besondere Gesetze beseitigt werden müssen, hat die Reichsversammlung selbst erkannt und in dem Einführungsgesetze gewürdigt. Andere, heißt es in der Darlegung weiter, dürften aus den besondern Verhältnissen einzelner deutschen Länder entspringen, und hierbei müßte bei einigen sehr tief eingreifenden Bestimmungen der Grundrechte, wenn die Bewohner einzelner deutscher Staaten nicht den größten materiellen Nachtheilen ausgesetzt werden sollen, die Voraussetzung festgehalten werden, daß die Grundrechte wirklich in allen denjenigen Staaten, welche das deutsche Reich bilden sollen, zur Geltung kommen, daher ist die Regierung gesonnen, die Grundrechte des deutschen Volkes für Sachsen anzuerkennen und deren Publikation zu bewerkstelligen, sobald sie Gewißheit darüber erlangt hat, daß in denjenigen Staaten, welche das deutsche Reich bilden werden, auch in den an das Königreich Sachsen angrenzenden größern Staaten, die Grundrechte wenigstens rücksichtlich derjenigen Punkte zur Geltung kommen, bei denen in den gegenseitigen Staatsverhältnissen Reziprozität nothwendig ist. Aber auch unerwartet dessen wird die Regierung demnächst über die in den §§. 8, 10, 11, 35, 36 und 37 enthaltenen Bestimmungen Gesetzvorlagen an die Kammern gelangen lassen.

** **Hannover**, 8. Febr. Je mehr man über die wahre Stimmung unserer I. Kammer, die zum größten Theile aus Bauern, Geistlichkeit und K. Beamten besteht, in der deutschen Frage in Zweifel geräth, so mehr ist es erfreulich, daß das hannöverische Volk mit aller Kraft auf die unbedingte Unterordnung unter Frankfurt dringt. In der II. Kammer wird unbezweifelt das Ministerium angehalten werden, die deutsche Politik zu ändern, wenn es nicht vielleicht mit Verlassen des Postens droht, wo denn die Schwankenden schwerlich zu halten sein dürften. Wir würden die Minister für schlechte Patrioten halten, wollten sie resigniren, wenn die Volksvertreter erklären, sie wollten mit der That Deutschland angehören, sind aber dessenungeachtet der Meinung, daß man die Minister fahren lassen muß, wenn sie sich dem Willen des Volkes nicht beugen wollen. Stüve, der mit gewaltiger Schärfe in der Kammer auftritt und sich namentlich den Bestrebungen des Reichstagsabgeordneten v. Reden schroff entgegenstellt, wird, so schwer es auch sein mag, zu ersetzen sein, wenn er auf seinen starren Ansichten beharren sollte. In die Adreßkommission, wo jedenfalls zunächst die deutsche Frage ihre vorläufige Erledigung finden muß, hat die II. Kammer von sieben Mitgliedern fünf Deutschgesinnte (Gödecke, Freudentheil, Adickes, Frank und Ellissen), die I. dagegen nur Wyneken, auf den sich fest zu verlassen ist. Der Reichstagabgordnete Dr. Wachsmuth ist Generalsyndikus der ersten Kammer geworden; er wird für die frankfurter Versammlung resigniren, also für die Hauptstadt noch eine neue Wahl nöthig werden. Von Seiten des hiesigen Volksvereins (1500 Mitglieder) ist darum gebeten, daß neue Wahlmännerwahlen angeordnet werden möchten, die jedenfalls ein ganz anderes Resultat geben würden, als wenn die Wahl von den alten Wahlmännern vollzogen wird. Hr. Stüve geht aber schwerlich darauf ein. Nach lebhafter Diskussion wurde mit ungeheurer Majorität gestern im Volksverein folgende Erklärung an die Stände beschlossen, die wohl einer weiteren Verbreitung werth ist, weil sie die Stimmung des Volkes in der deutschen Frage dokumentirt. „Indem wir mit Freuden die erste aus freien Wahlen des ganzen Volks hervorgegangene Ständeversammlung des Königreichs Hannover begrüßen, halten wir uns verpflichtet, derselben die dringende Bitte vorzulegen, mit aller Entschiedenheit das bisherige Verhalten der Regierung in der deutschen Frage zu mißbilligen. Der Nationalversammlung in Frankfurt allein, als derzeitige Trägerin der Volkssouveränetät, steht die höchste gesetzgebende Gewalt für Deutschland zu; die Anerkennung dieses Prinzips ist nicht allein eine politische Nothwendigkeit, weil ohne dieselbe die Erreichung der deutschen Einheit unmöglich ist, sondern, weil der deutlich ausgesprochene Wille des ganzen deutschen Volks die Nationalversammlung als höchste gesetzgebende Gewalt geschaffen und anerkannt hat, so ist sie dies auch von Rechtswegen. Das unmittelbar durch den Willen und das Rechtsbewußtsein des Volks geschaffene neue Recht hat alle etwa entgegenstehenden Bestimmungen der einzelnen Landesverfassungen aufgehoben; die von der Nationalversammlung erlassenen Gesetze haben daher ohne Weiteres in ganz Deutschland gesetzliche Kraft, und die sogenannte Vereinbarungstheorie, oder wie man es jetzt mit — etwas weniger gehässigem Namen zu bezeichnen pflegt, aber dasselbe darunter versteht: die Theorie der Verständigung zwischen der Nationalversammlung und den Einzelregierungen, ist sowohl unheilbringend für die friedliche Gestaltung Deutschlands, als auch geradezu rechtswidrig. Die Regierung hat diese Fundamentalsätze des neuen deutschen Staatsrechtes bisher in Wort und That verleugnet. Wir richten daher an die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs, als die Vertreterin eines Theils des deutschen Volkes, die dringende Bitte, jenen Grundsätzen die volle und uneingeschränkte Anerkennung zu verschaffen, demgemäß alle von der Nationalversammlung erlassenen Gesetze, namentlich auch die Grundrechte, als ohne Weiteres bindend und gültig anzuerkennen und die Regierung zu veranlassen, daß sie die ihr reichsgesetzlich obliegende Verpflichtung zur örtlichen Bekanntmachung aller Reichsgesetze sofort in genügender Weise erfülle." Sonst ist bis jetzt noch wenig Erhebliches in der Ständeversammlung vorgekommen, eine Prozeß Ordnung f. d. O. u. M. und Schwurgericht, nebst einer Geschäfts-Ordnung vorgelegt, in welcher letzterer die II. Kammer beschlossen hat, daß in Zukunft die Kammerpräsidenten die Bestätigung der Regierung nicht mehr nöthig haben.

⊙ **Rinteln**, 8. Febr. Folgende Adresse wegen der Erblichkeitsfrage ist heute, mit zahlreichen Unterschriften aus allen Ständen versehen, an die Nationalversammlung abgegangen:

Hohe National-Versammlung!

Schon glaubten wir uns der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß mit

der Annahme des Gagern'schen Programms der rettende Ausweg aus dem Wirrsal unserer Verhältnisse gefunden sei und von der hohen Versammlung muthig und beharrlich würde betreten werden. Da sahen wir durch das beklagenswerthe Resultat der Abstimmung über die Erblichkeit der Reichsoberhaupts-Würde alles kaum Gewonnene wieder in Frage gestellt.

Wohl waren wir darauf gefaßt, daß das deutsche Volk noch manchen dynastischen Widerstand gegen seine Einheitsbestrebungen würde brechen müssen; doch siehe, die meisten Fürsten erklären sich zuvorkommend zu den erforderlichen Opfern bereit. Wohl hatten wir erwartet, daß in mehr als einem Winkel Deutschlands die alte eingewurzelte Stammeseifersucht noch einmal in den letzten krampfhaften Zuckungen sich regen würde, um dann für immer zu ersterben; daß aber in der National-Versammlung selbst der Partikularismus einen solchen Sieg davontragen würde, der uns die Hauptfrucht der Erhebung des deutschen Volkes zu entreißen droht — das hätten wir nie für möglich gehalten. Kaum können wir uns eine tiefere Demüthigung des mit ängstlicher Spannung harrenden Vaterlandes — kaum einen größern Triumph der lauernden Feinde Deutschlands denken, als jene trostlose, resultatlose Abstimmung! Was soll man dazu sagen, wenn die Männer, die wir aus dem Kern des Volks nach Frankfurt gesendet, um ein einiges starkes Deutschland zu gründen, dessen traurige Zersplitterung nicht lesbar genug in die Tafeln unserer Geschichte eingegraben?! —

Doch Gottlob! — noch erblicken wir einen in der Natur der Verhältnisse vollkommen begründeten Ausweg. In der Majorität der 261 Stimmen sind laut öffentlichen Nachrichten sämmtliche österreichische mit enthalten. Wie können aber diese Männer es vor Deutschland und ihrem Gewissen verantworten, ihre Stimmen in einer Lebensfrage des deutschen Bundesstaates als entscheidendes Gewicht in die Wagschale zu werfen, da doch der Beitritt Oesterreichs mehr denn zweifelhaft ist? Soll das wiedergeborne Deutschland das Opfer des landsmannschaftlichen Sonder-Interesses von Oesterreich werden?! Nur aus einer solchen Rücksicht auf Sonder-Interessen können wir es uns erklären, daß alle Oesterreicher, daß Männer von ganz entgegengesetzten politischen Grundsätzen, als kompakte Masse gegen die Erblichkeit der Würde des Reichsoberhauptes gestimmt haben. Wir stellen daher an das Ehrgefühl der österreichischen Deputirten die Forderung, daß dieselben so lange sich der Abstimmung über die Gestaltung unseres deutschen Bundesstaates enthalten, bis etwa Oesterreichs Eintritt in denselben durch die obschwebenden Unterhandlungen festgestellt ist.

Allen Mitgliedern der hohen Versammlung legen wir es aber auf's Dringendste an's Herz, bei der zweiten Lesung der Verfassung durch Annahme der Erblichkeit die Einheit und Macht des theuren Vaterlandes für immer sicher zu stellen. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Erledigung jener hochwichtigen Frage in dem angedeuteten Sinne jetzt um so weniger Anstand finden wird, nachdem das preußische Kabinet durch seine dankenswerthe Zirkular-Note an die deutschen Regierungen dem Abschluß des deutschen Verfassungswerkes den wesentlichsten Vorschub geleistet hat. — Die Zeit drängt. Handelt rasch, handelt entschieden!

Das ist die Stimmung hier und in der ganzen Umgegend, nicht blos bei uns im Kurhessischen, sondern auch in der übrigen Herren Länder, die hier vielfach zusammenstoßen, namentlich auch unter den Braunschweigern, die entrüstet sind, in Hrn. Jürgens einen Mann in die deutsche Reichsversammlung geschickt zu haben, welcher, statt die deutsche Einheit zu fördern, alle seine Kräfte aufbietet, sie zu hintertreiben.

▷ **Schwerin**, 6. Febr. Die preußische Note ist hier die Veranlassung zu einer außerordentlichen Abendsitzung der Kammer geworden. Schon in der Sitzung vom 31. waren die Kommissäre vom Abgeordneten Pohle angerufen worden, ob sie auf die Note zu antworten und ihrem Bevollmächtigten Instruktionen zu geben gedächten, und ob sie ihre definitiven Beschließungen von dem Beschluß der Kammer abhängig machen würden. Bevor die Beantwortung dieser Interpellation geschah, brachte Pohle dieselbe in der nächsten Sitzung in Form eines dringlichen Antrags ein. Unter Hindeutung auf den Artikel in der D. P. A. Z. vom 29. Jan., welcher die Nachricht bringt, daß alle Bevollmächtigten sich beim Ministerpräsidenten versammeln würden, um offizielle Kenntniß von dem Stand der Dinge zu nehmen und zur Aufforderung an ihre Regierungen veranlaßt zu werden, um etwaige Erklärungen derselben zu beschleunigen, beantragte er den Beschluß,

1) daß die Kammer die Nationalversammlung zu Frankfurt allein und ohne Konkurrenz der Regierungen als das verfassunggebende Organ Deutschlands anerkenne;

2) sie könne es nicht anerkennen, daß, wenn beide Großherzogthümer Mecklenburg, wie die übrigen deutschen Staaten, in der Lage wären, sich über die künftige Reichsverfassung mitentscheidend zu erklären, diese Erklärungen einseitig von dem Schwerin'schen Ministerium und der Strelitz'schen Regierung erfolgten, daß vielmehr Erklärungen dieser Art jedenfalls der Zustimmung der Kammer der Abgeordneten bedürften;

3) daß sie jede Verfassung Deutschlands, welche nicht aus der freien Entschließung der Nationalversammlung hervorgehe, nicht eher für die beiden Großherzogthümer Mecklenburg als bindend anerkennen könne, bevor nicht die Kammer der Abgeordneten ihre Zustimmung ertheilt habe.

Kommissär von Lützow erklärte, daß er die Interpellation in der nächsten Sitzung beantwortet haben würde; für jetzt theile er im Voraus mit, daß die Antwort an das preußische Ministerium so wie die Instruktion an den Bundesgesandten bereits abgegangen seien. Große Sensation in der Kammer. Auf keinen Fall glaubte Pohle dem Antrage auf Verschiebung der Berathung in eine außerordentliche Sitzung beitreten zu können, besann sich aber plötzlich und die gestrige Abendsitzung wurde auf Antrag seines Freundes Petermann dazu angesetzt. Da auf diese Weise ein Tag dazwischen lag, so ging die Kunde durch Stadt und Land und verfehlte nicht, die größte Spannung hervorzurufen. Die Stadt war gestern ungewöhnlich belebt; man sah viele Landleute und das Sitzungslokal schon frühe wegen Einlaßkarten umlagert. Man trug sich, wie das so zu sein pflegt, mit den unheimlichsten, fabelhaftesten Gerüchten, welche zu wiederholen überflüssig ist. Der Abend kam, die Sitzung begann bei überfüllten Gallerien. Es erfolgte kommissarischerseits eine runde Erklärung von der Regierung, in welcher nach einem Hinblick auf die unzweideutigen und entschiedenen Beweise, die sie seit dem März v. J. für die lebendige Erfassung der Idee, dem deutschen Vaterlande eine einige, kräftige und volksthümliche Verfassung gegeben zu sehen, an den Tag gelegt hat, die Beantwortung der Note und die Instruktionsertheilung lediglich zu ihrer Kompetenz gestellt wird. Zur Gründung der deutschen Verfassung tagen die Vertreter des deutschen Volkes zu Frankfurt, für die speziellen mecklenburgischen Verhältnisse aber die Landesversammlung hier. Private Interessen des Großherzogthums im Gegensatz zum Gesammtreiche würde, falls sie zur Verhandlung zwischen der Reichsgewalt und der großherzoglichen Regierung kämen, diese der Kammer allerdings zur Mitberathung vorlegen; aber auch hierbei dürfe die Rücksicht auf die für die Einigung und Kräftigung Deutschlands unerläßlichen Voraussetzungen nicht aus den Augen verloren werden.

Die Debatte, welche durch eine lange Rede des Antragstellers voll großartiger Gespensterseherei und weitschweifiger Abirrung in das Gebiet der preußischen und österreichischen Politik eröffnet wurde und bis nach 10 Uhr dauerte, bot in ihrem Verlaufe wenig Interessantes. Durch eine allgemeine Berathung aller Fraktionen war das Resultat der Abstimmung bereits bestimmt. In der Kammer nur das erfolglose Reiben der extremsten Persönlichkeiten an einander. Wir hörten nur eine schöne und warme Rede desselben **Ackermann**, der die Kaiserfrage zur Besprechung brachte. Sein Antrag: „Die Kammer erwarte, daß die Großherzoge ihr den Inhalt der jetzt ertheilten Instruktion vollständig sobald mittheilen, als der Zweck derselben durch ihre Veröffentlichung nicht weiter gefährdet werden könne, dann aber über den Antrag Pohle's zur motivirten Tagesordnung überzugehen" hatte auch nur eine geringere Mehrheit gegen sich, während zwei andere Anträge auf motivirte Tagesordnung in bedeutender Minderheit verblieben. Der Antrag Pohle's wurde mit einem eignen, von uns schon oben eingefügten Amendement mit 62 gegen 21 Stimmen angenommen. Nur mit genauer Mühe wurde die Sitzung ohne die vom Präsidenten zu wiederholten Malen angedrohte Räumung der einen, absichtlich störenden und unterbrechenden Gallerie zu Ende gebracht. Sie brachte durch laute Verhöhnung ein Mitglied der Rechten, das sich sonst sehr schwer beirren läßt, von der Rednerbühne, und es war daher der Milde des Präsidenten, der einen Eklat mit Recht vermeiden zu wollen schien, bis zu dieser Ausdehnung doch nicht beizupflichten.

Großbritannien.

△ **London**, 6. Febr. Die leichte Veränderung — und, nach dem hiesigen allgemeinen Urtheil, Vervollkommnung — die seit einiger Zeit in der Politik des Foreign Office eingetreten zu sein scheint, zeigt sich unter anderem auch in mehreren neuerdings verfügten Gesandtschaftswechseln, von denen namentlich zwei das offenbare Verdienst einer gewissen Selbstüberwindung haben. Sie verstehen sogleich, daß der eine dieser Wechsel kein anderer sein kann, als der die Gesandtschaften in Griechenland und der Schweiz betreffende, nämlich die Ernennung des Sir Edmund Lyons zum Gesandten bei der Eidgenossenschaft, während Hr. Wyse, das bekannte geistreiche ehemalige Parlamentsmitglied für Waterford, statt seiner nach Athen bestimmt ist. Ich darf übrigens hierbei nicht zu bemerken unterlassen, daß wenn, wie ich glaube, die Entfernung Sir Edmunds von Athen auch in vielen deut-

schen Kreisen mit großer Freude gesehen werden wird, doch diese Freude sich gewiß nicht auf die, ebenso liebenswürdige als tüchtige Persönlichkeit des britischen Seeoffiziers, sondern nur auf die traurige Gespanntheit seines Verhältnisses zum griechischen Hof und Kabinet beziehen kann, durch welche es ihm und England schon seit mehreren Jahren unmöglich geworden ist, sich mit irgend einem guten Rath, auch wenn derselbe an und für sich noch so vortrefflich war, bei der jungen Schützlingsmacht ein geneigtes Gehör zu verschaffen. Eine zweite Ernennung, die entgegengesetzten früheren Plänen angenehm widerspricht, ist die Sir Henry Lytton Bulwers zum Nachfolger Sir Packenhams in Washington. Ohne Zweifel wird der neue Gesandte bei den Vereinigten Staaten auch seinerseits die kleine diplomatische Genugthuung einer Rückkehr nach Madrid sehr gern der moralischen Genugthung opfern, jene Residenz nicht wieder offiziell betreten zu müssen, und in dem reinen Wirkungskreis, den ihm die Hauptstadt der neuen Welt öffnet, sich von dem schlüpfrig-schmutzigen Boden, auf dem er bei einem Throne der alten Welt seinen Posten hatte, durch das ganze atlantische Meer getrennt zu finden. Diejenige diplomatische Maßregel des britischen Kabinets aber, zu der sich Deutschland jedenfalls am meisten Glück zu wünschen Ursache hat, ist die, wie es heißt, beschlossene Umwandlung der bisher nur temporär ertheilten Mission des gegenwärtigen britischen Gesandten bei der deutschen Centralgewalt in eine dauernde, denn diese Ernenung, die, als die vertrauensvolle Anerkennung unserer neuen Einheit seitens der durch Blut und Sitte uns am nächsten stehenden Weltmacht, schon an sich für Deutschland von hohem diplomatischen Werthe sein muß, muß zugleich, durch die Persönlichkeit eines für diese Sendung durch Herz und Geist so ganz besonders geeigneten Mannes, von dem größten praktischen Nutzen für das erst noch zu vollendende Werk der Einigung werden. Hoffen wir, daß neben manchem anderen auch dieses neue günstige nomen et omen weder an der Starrheit unserer Vorurtheile und Einbildungen, noch in dem Schlamme unserer Trägheit Schiffbruch leide! Freilich, wollte man die für die deutsche Einheit gehegten und hegbaren Hoffnungen nach dem Eindruck berechnen, den das bekannte preuß. Umlaufsschreiben auf den größeren Theil der englischen Presse und des englischen Publikums hervorgebracht hat, so würde es mit jenen Hoffnungen sehr nichtig, und mit unserem neuen Reiche überhaupt, nach einem beliebten hiesigen Ausdruck, sehr „mondscheinhaft“ aussehen. Am deutlichsten und unmittelbarsten ausgesprochen, zeigt sich ein solches durch die preußische Erklärung hervorgerufenes (oder genauer, bestätigtes) Moonshine-Todesurtheil in einem leading article des gestrigen Chronicle; mittelbarer erscheint es z. B. in dem Examiner, der, mit Rücksicht auf jenes Dokument, bereits so weit gehen zu müssen glaubt, uns über das Scheitern unseres ganzen löblichen Unternehmens aufrichtig zu bemitleiden. Indessen beruht dieses Urtheil jedenfalls auf einem (seitens des Chronicle vielleicht sogar absichtlichen) Mißverständniß, veranlaßt theils durch den nationalen Szeptizismus, mit dem die Engländer auswärtige Zustände überhaupt zu betrachten pflegen, theils durch die eigenthümliche Haltung des preußischen Schreibens, in der man, anstatt, was dasselbe doch offenbar zu sein beabsichtigt, eines nach verschiedenen Seiten hin sich wendenden einstweiligen Vermittelungsversuchs, nichts zu erkennen vermeinte, als ein höfliches Zurücktreten Preußens mit Verweisung der ganzen Reichsangelegenheit an den jüngsten Tag einer von den einzelnen Regierungen abzugebenden Entscheidung. Lassen Sie uns hoffen, daß der beschämende Gedanke an die Möglichkeit einer solchen Voraussetzung seitens des Auslandes für alle die Theile, denen in Folge des preußischen Circulars jene Entscheidung jetzt unmittelbar ans Herz gelegt worden ist, ein neuer Beweggrund werden wird, um mit derselben so unmittelbar und so rasch als möglich zu Ende zu kommen. Und wenn, wie zu hoffen, an diesem Bestreben auch Oesterreich Theil nimmt und zwar so, daß es Deutschland zur Herstellung eines neuen gegenseitigen Koordinationsverhältnißes bereitwillig die Hand bietet, so wird dann ohne Zweifel auch jener in der preußischen Erklärung eingefügte unglückselige Passus von dem Nichtnothwendigen eines Kaisers oder einigen Oberhauptes für das neue Reich nicht mehr erstehen und in den Staub seiner delikaten Interimsbedeutung auseinanderfallen. Daß ein solcher Passus die englische Presse verblüfft hat, ist in der That nicht zu verwundern; und wir müssen die Monarchie in Europa nicht minder als das werdende deutsche Reich glücklich preisen, daß der ideale Instinkt des deutschen Volks sich auch in diesem Falle viel reiner monarchisch gesinnt erwiesen hat, als das Quasibewußtsein einer sogenannten royalistischen Partei, die, um nur nicht bei einigen diplomatischen Vorurtheilen anzustoßen, kein Bedenken hat, das Wesen des Königthums selbst mit Füßen zu treten. Denn was wäre ein aus monarchischen Theilen zusammengesetztes unmonarchisches Ganze? Entweder ein Unding, oder der nothwendige Sturz aller der Monarchien, die so selbstverblendet gewesen, sich in jener principwidrigen Einheit zu verbinden. Der einzige Unterschied im Wesen des Oberhauptes, der zwischen Monarchie und Kollektivmonarchie bestehen kann und vielleicht bestehen muß, ist, daß in ersterer das Oberhaupt erblich, in letzterer aber wählbar sei. Diesen Unterschied hat, meiner Meinung nach, auch die Frankfurter Reichsversammlung Unrecht gehabt, nicht anzuerkennen.

* **London**, 7. Febr. Die Zeitungen füllen sich mit Kritiken und Betrachtungen über die Parlamentsdebatten. Ein Artikel des Examiner, worin Hr. Benjamin Disraeli über seine leichtfertigen, aller tieferen Einsicht und Erkenntniß entbehrenden Ausfälle gegen Deutschland zurechtgewiesen wird, fällt uns zuerst in die Augen. Der Examiner, ein whiggisches Blatt, hat sich noch nie so entschieden für ein deutsches Kaiserthum ausgesprochen, als in diesem Artikel. Hr. Disraeli, meint dies Blatt, habe sich über die deutsche Kaiseridee lustig gemacht, wer aber ein rechter Konservativer sei, solle dem Himmel danken, wenn es gelänge, diese Idee in's Leben zu rufen. „Ein deutsches Kaiserthum“, sagt der Examiner, „würde Deutschland vor dem Parteitreiben, vor Tumult, vor der Republik, vor der französischen Invasion oder Einmischung bewahren. Es würde so ein Bollwerk in der Mitte Europas gegen französische Unstätigkeit einerseits, russische Eroberungslust andererseits und slawischen Fanatismus drittterseits errichtet sein. Der Mittelpunkt eines solchen Reichs, auf der großen Heerstraße Europas, in der Nachbarschaft der großen konstitutionellen und gebildeten Hauptstädte gelegen, würde dem deutschen Geist einen neuen Aufschwung gegeben haben, während er jetzt unter den Militäreinflüssen Wiens und Berlins zu erstarren droht. Die Wahl eines deutschen Kaisers wäre eine That, die von jedem einsichtsvollen Mann, von jeder einsichtsvollen Partei willkommen geheißen werden sollte.“ Schließlich nimmt der Examiner das deutsche Parlament gegen die frivolen Ausfälle Disraeli's in Schutz; die Schwierigkeit liege nicht in der Frankfurter Versammlung, sondern darin, „daß es kein einziges Mitglied unter den herrschenden Familien Deutschlands gibt, welches irgend hervortretende Eigenschaften zeigt, oder entweder ein Kriegsheld oder ein Staatsmann ist. Es hat auch keinen Monarchen in den letzten fünfzig Jahren gegeben, der wie Napoleon auf den Träger seines Namens einen hellen Wiederschein vererbt hätte. Ist da das Frankfurter Parlament zu tadeln? oder ist es nicht vielmehr die Fürsten- und Adelsliste im gothaischen Hofkalender, gegen welche sich Disraeli's Vorwürfe wegen Erfolglosigkeit und Unfähigkeit richten sollten?“ Uebrigens, meint der Examiner, habe der Britte grade kein Recht, sich andern Völkern gegenüber auf's hohe Pferd zu setzen; die politische Weisheit des englischen Parlaments dürfte einem kritischen Deutschen nicht so gar groß erscheinen, wenn er die Art, wie man vom englischen Parlament aus für die Verwaltung Irlands, Kanadas oder Indiens sorge, genauer prüfen wolle.

Der bisherige Gang der Parlamentsdebatten läßt mit Bestimmtheit noch nicht voraussehen, ob das Ministerium, das im Oberhause gefährdet erscheint, aber bis jetzt im Unterhause siegreich gewesen ist, diese Session überstehen oder im Verlaufe derselben genöthigt sein wird, entweder zurückzutreten oder sich mit peelitischen Elementen zu verschmelzen und zu kräftigen, um der Unterstützung dieser Partei gewiß zu sein. Auf letzteres scheint der „Standard“ hinzudeuten, wenn er sagt, die Partei der Peeliten warte nur auf die erste beste Gelegenheit, um sich dem Ministerium aufs innigste anzuschließen, wozu Peel, der sich bis jetzt noch das Spiel offen gehalten und keineswegs ein Bündniß auf jede Bedingung mit dem Ministerium geschlossen hat, sich muthmaßlich nur zu dem Zwecke verstehen würde, um selbst an der Verwaltung Theil zu nehmen. Von einem solchen beabsichtigten Mischministerium ist schon seit Jahr und Tag die Rede. Aber es stellen sich diesem Experiment auch viele Schwierigkeiten entgegen, die fast alle in dem Namen Palmerston zusammengefaßt erscheinen. Peel und Palmerston neben einander sind unmöglich, aber ein

whiggisches oder whiggisch-peelitisches Kabinet ohne Palmerston möchte fast eben so unmöglich sein. An dem Sturze des letztern scheint diejenige Fraktion des Peel'schen Anhangs, unter deren Einflüssen das Morning Chronicle steht, mit großer Ausdauer zu arbeiten. Die Angriffe folgen sich fast täglich. Neulich spottete diese Zeitung über die Ruhmredigkeit Palmerstons, der in seiner Rede im Unterhause die Erhaltung des europäischen Friedens sich allein auf Rechnung schrieb, während, der Versicherung des Morning Chronicle zufolge, Frankreich von einem Einschreiten in Italien nur dadurch abgehalten sei, einmal weil Oesterreich jetzt keineswegs mehr als ein verächtlicher Feind erscheine, sodann weil man in Frankreich bestimmt wisse, „daß Rußland mit dem ersten französischen Soldaten, der die Alpen überschreitet, zugleich in Italien erscheinen wird!" Aus der Zurückhaltung, welche Peel und seine Partei beobachtet — Peel selbst hat bis jetzt nur bei einer ziemlich gleichgültigen Gelegenheit ein Paar Bemerkungen in die Debatte geworfen — möchte allerdings hervorgehen, daß er mit den Seinen auf der Lauer liegt. Was die protektionistische Partei betrifft, so scheint sie allerdings entschlossen gewesen zu sein, durch ein einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium gleichkommendes Amendement, das Stanley'sche im Oberhause und das Disraelische im Unterhause, sofort das Kabinet zu stürzen, und nur Wellingtons Vermittlung hielt im Oberhause eine Niederlage des Kabinets ab. Aber, wie die Times sagt, es genügt nicht, ein Ministerium einfach zu stürzen, man muß auch in der Lage sein, aus der eigenen Partei heraus ein Ministerium bilden zu können, welches den Umständen gewachsen ist und den Parteien gegenüber einige Dauer verspricht. Da liegt die Schwierigkeit! Wie die „Times" sagt: „Unglücklicherweise folgt auf die Nacht der Morgen und das wirkliche Leben auf die Traumbilder des Schlafs. Der Seemann setzt sich bei einigem Schwanken des Schiffes nicht sogleich in ein Rettungsboot, von dem er gewiß weiß, daß die nächste Woge es begraben wird."

Im Unterhause suchte Sir G. Grey, Minister des Innern, um die Erlaubniß nach, eine Bill einzubringen, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die einstweilige Aufhebung der Habeaskorpusakte in Irland noch für eine beschränkte Frist fortbestehen zu lassen, wobei er namentlich hervorhob, daß es Zeiten gebe, wo eben im Sinne der Verfassung die Regierung außerordentliche Vollmachten bedürfe, welche sie in Stand setzen, die Verfassung selbst aufrecht zu erhalten. Ein dieser Bill feindliches Amendement John O'Connells, welches er in anderthalbstündiger Rede zu begründen suchte, wurde mit der ungeheueren Mehrheit von 203 (221 gegen 18) Stimmen verworfen und die Bill zum erstenmale gelesen. In Irland hat, wenn man wenigstens den der Repeal günstigen Journale trauen darf, die Thronrede wegen der in ihr gestellten Aussicht auf Verlängerung der Aufhebung der persönlichen Garantien ziemlich böses Blut gemacht, wie andererseits die Protektionisten den Ministern es nicht vergeben können, daß in der Thronrede der Agrikulturinteressen keine Erwähnung geschehen. Nicht ganz mit Unrecht erblicken sie darin eine gewisse Zurücksetzung.

Italien.

* **Turin**, 2. Febr. Die Aufnahme des Generals Della Marmora in's Kabinet gilt für den Anfang größerer Aenderungen im Ministerium. Die Ultrademokraten haben sich von Gioberti getrennt, seitdem er die Beschickung der italienischen Konstituante verweigert hat. Nun er (in der Thronrede) sich auch für eine Bundesverfassung Italiens ausgesprochen hat, wird er auch alle Anhänger des Einheitsstaats, die Schule von Mazzini, gegen sich bekommen. Dadurch wird er gezwungen, sich auf die Gemäßigten zu stützen, und daß er ihre Hauptführer in sein Kabinet aufnimmt, scheint darnach nicht unwahrscheinlich.

* **Florenz**, 28. Jan. Die Unordnung, die von der Regierung aus bis in die untersten Volkskreise sich ausdehnt, wird immer größer. Neulich hat ein Volkshaufe auf eigene Hand in der Kathedrale ein Tedeum für die Konstituante abgehalten. Dem Erzbischof, der sich weigerte, ohne Anweisung der Behörden dabei zu fungiren, wurden die Fenster eingeworfen. Die Regierung begnügte sich, hintenher in der amtlichen Zeitung anzuzeigen: sie werde die Anstifter zur Verantwortung ziehen. Gestern griffen einige hundert Mann eine Wache der Nationalgarde an, ohne daß man bis jetzt die Veranlassung weiß. Ein heftiger Kampf entspann sich. Man spricht von Verwundeten und Todten. Daß solche Vorfälle eben nicht sehr geeignet sind, die Antipathieen, die das Ministerium ohnedies in so großem Maße gegen sich hat, zu versöhnen, läßt sich leicht denken. Man wirft ihm offen vor, daß es den Staat nur verderben und verrathen wolle, man erinnert daran, daß vor wenigen Monaten, ja Wochen, Herr Guerrazzi drucken ließ: „Mit jedem Tage muß ich mich mehr überzeugen, daß Fürst und Freiheit nicht nebeneinander bestehen können; wie, wenn Eteokles und Polynikes im Schooße der Mutter Jokaste stritten, wie, wenn Eteokles und Polynikes auf demselben Scheiterhaufen brennen sollten, die Flamme sich spalten würde in zwei feindliche Spitzen." Herrn Montanelli verdenkt man seine unbedingte Anhänglichkeit an den Gedanken Eines italienischen Staates, die so weit geht, daß er ihm zu Liebe Toskana opfern würde. „Geben wir," sagte neulich der Abbate Lambruschini, „in der unbestimmten Fassung der Formel des Gesetzes den zur konstituirenden Versammlung zu wählenden Deputirten die Befugniß, die Autonomie der Staaten zu annulliren, zu erklären, daß Toskana nicht mehr ist, daß Leopold II. nicht mehr über Toskana regiert?" Und Montanelli antwortete: „Alle Rechte müssen dem höchsten Rechte der Nation weichen. Sind wir Toskaner oder Italiener? Wenn es Italien zum Besten gereicht, daß Toskana sei, so wird Toskana sein: Wenn es der italienischen Nation anders scheint, wer seid Ihr, daß Ihr dem Votum von 23 Millionen widerstehen wolltet?" Dabei hofft das Ministerium zugleich, die Konstituante werde Leopold II. für sein dem Volke geschenktes Vertrauen die Krone eines mittelitalischen Reichs aufs Haupt setzen und Guerazzi versichert: „wir sind keine Verräther — die Verräther finden sich nicht in den Reihen des Volkes. Das Ministerium ist überzeugt, daß die Stunde der Republik für Italien noch nicht geschlagen hat und daß Italien die konstitutionelle Monarchie bewahren will und muß." Aber die Gemäßigten glauben ihm nicht. Solange das Ministerium seinen Willen dem Volk gegenüber nicht durchsetzen kann, solang es die wichtigsten Gesetze unter dem Einfluß des Lärmens der Gallerien beschließen läßt, kann es auf die Unterstützung der Gemäßigten nicht zählen. Unter solchem Lärmen ist das Gesetz über Beschickung der römisch-italienischen Konstituante, ist das über Kreirung von 6 Millionen Schatzscheinen vollzogen worden und viele Abgeordnete haben das naive Geständniß abgelegt, sie hätten nur aus Furcht vor dem drohenden Volk für diese Gesetze gestimmt.

* **Rom**, 1. Febr. Das Ministerium hat den General Zuchi, „weil er durch öffentliche und wiederholte Akte die Truppen zum Ungehorsam hat verleiten wollen und sich damit des Verraths gegen das Vaterland schuldig gemacht hat" in Anklagezustand versetzt und allen Behörden auf ihn zu fahnden befohlen. In einem andern Aktenstück protestirt es in einer sehr gehaltenen und würdigen Sprache gegen die Absicht des Papstes, mit fremden, namentlich mit Schweizer Truppen, seinen eignen Staat zu überziehen. Es hat diese Protestation allen auswärtigen Gesandten, sowie den römischen Gesandten an den auswärtigen Höfen, zugehen lassen. Die Sorge, einen etwaigen Einfall abzuwehren, beschäftigt das Ministerium vor Allem. Das zu den Rüstungen nöthige Geld weiß es sich noch allenfalls durch Kreirung von Papiergeld zu verschaffen, und erst heute veröffentlicht der Finanzminister einen desfallsigen Erlaß; aber einen Obergeneral für die Truppen zu finden, scheint schwieriger. Wagner und Rovero, ersterer ein Preuße, der früher im Dienste Karl Alberts gestanden, letzterer ein Piemontese, haben erklärt, daß sie die Bodenverhältnisse der an das Königreich Neapel gränzenden Provinzen nicht kennten und daß man sie zur Organisirung der bewaffneten Macht, nicht aber zum Felddienst berufen habe; General Ferrari ist krank; gegen General Zamboni ist ein Prozeß anhängig; der General Zante della Rovere steht bei der gegenwärtigen Regierung, welche ihm seit 3 Monaten die Ausbezahlung seiner Löhnung eingestellt hat, in üblem Gesuche.

Schweiz.

Luzern, 5. Febr. Dieser Tage ist eine, mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse, an Se. Heiligkeit Pius IX. aus dem Kanton Luzern nach Gaeta abgegangen. So viel wir hören, werden gleichartige Adressen in andern Theilen der Schweiz, namentlich in den kleinen Kantonen vorbereitet. (Swyz. 3.)

Freiburg. Der Staatsrath hat 5 Geistliche im Amte suspendirt und von ihren frühern Sitzen weggewiesen, mit der Bestimmung, daß dieselben bis auf eine gewisse Entfernung sich dem

frühern Wirkungskreis nicht wieder nähern dürfen. Unter diesen befindet sich der bischöfliche Sekretär Chassot. Der hiesige „Eidgenosse" äußert die Vermuthung, es werde diesen Geistlichen gestattet sein, sich auf andere Pfründen zu melden. (N. Z. Z.)

Nachschrift.

• **Paris**, 8. Febr. Nachdem gestern bereits der Termin der Auflösung der Nationalversammlung festgestellt war, konnte die Verhandlung über die Gegenstände, welche die Versammlung bis zur Auflösung noch zu berathen haben sollte, kein Interesse mehr haben. Das Wesentliche war unabänderlich bestimmt; ob die Versammlung bis zu ihrer Auflösung sich mehr oder weniger Arbeit aufladen wollte, war für den Zweck des Gesetzes gleichgültig. Daß das Budget unter die zu berathenden Gegenstände aufgenommen wurde, haben wir bereits gemeldet; die Herren Ludre, Lamoriciere, Mathieu schlugen heut auch das Gesetz über das Heerwesen vor; die Generale Oudinot und de Kerdrel waren dagegen; es wurde verworfen. Ebenso ging es mit dem Gesetz über die Armenpflege und den öffentlichen Unterricht. Der Art. 3 wurde im Ganzen angenommen. (Die Versammlung beräth noch das Wahlgesetz, das Staatsraths- und Verantwortlichkeitsgesetz und das Budget). Endlich wurde über das ganze Gesetz abgestimmt und dasselbe mit 494 gegen 307 Stimmen genehmigt. Natürlich bedarf es noch der dritten Lesung.

Die Versammlung ging dann zur Berathung des Wahlgesetzes in erster Lesung über. Die Herren Champrans und Jobez griffen den revolutionären Charakter desselben an, Herr Lefranc vertheidigte es. In fünf Tagen wird die zweite Lesung sein.

Der Markt bedeutend schwächer als gestern. 3pCt. fiel auf 46. 50; 5pCt. auf 77. 50; Anleihe auf 77. 30; Bank 1750; Belg. 5pCt. 89; Neapol. 58; Span. 3pCt. 29; ditto Innere $27\frac{1}{4}$; $\frac{3}{8}$ Röm. $67\frac{1}{2}$; Nord $398\frac{3}{4}$; Orleans 730; Rouen 415; Basel 85; Straßburg 335.

Aus Spanien weiß man noch nichts Gewisses über die dortige Ministeränderung.

Aus Italien schreibt man Befürchtungen, daß Gioberti mit seiner gemäßigten Politik gegenüber den von ihm selbst veranlaßten radikalen Wahlen sich nicht würde halten können.

Redacteur: **H. Kruse.**

---

[73] **Erbaufruf.**

(Baden-Baden). Die zu Baden-Baden am 9. Oktober 1848 kinderlos verstorbene Frau Gräfin Eleonora Jaraczewska, geborne von Bierzynska aus Siedliezere, Bezirks Rowno, im russ. Gouvernement Volhynien, hat in ihrem Testament, vom 2. Dezember 1842, unter Anderm verfügt, daß ihr in Baden-Baden rückgelassenes bewegliches Vermögen an ihre gesetzlichen Erben ausgefolgt werden solle.

Zum Vollziehen dieser letztwilligen Verfügung hat sie den Banquier Franz Simon Mayer in Rastatt ernannt. Es hat nun derselbe diese Erben ausgemittelt und ist auch bereit, die Erbschafts-Vertheilung zu vollziehen; seiner größern Sicherheit wegen solle jedoch zuvor noch ein öffentlicher Aufruf an die von ihm etwa nicht ermittelten nächsten Verwandten der Frau Erblasserin ergehen. Diesem Begehren zufolge werden alle Diejenigen, welche glauben, an die oben genannte Frau Erblasserin Erbansprüche geltend machen zu können, hiermit aufgerufen, ihre Erbrechte binnen der Frist von:

Drei Monaten

heute an gerechnet, bei unterfertigter Theilungs-Behörde zu begründen, andernfalls das in Baden-Baden rückgelassene bewegliche Vermögen der Frau Erblasserin an die vom Testaments-Vollzieher ermittelten gesetzlichen Erben, gemäß der deßfallsigen testamentarischen Bestimmung, ohne Weiteres ausgefolgt wird.

Baden-Baden, 8. Februar 1849.

Großh. Bad. Amtsrevisorat:
Kissel.

---

[74] Der mit einer Truppe herumziehende Schauspieldirektor Peter Lindner und dessen Ehefrau Amalie Wimmer sollen zum Zweck der Feststellung der Heimathverhältnisse ihrer Tochter Auguste Lindner einvernommen werden. Da jedoch der Aufenthalt derselben diesseits unbekannt ist, so werden die Lindner'schen Eheleute hiermit aufgefordert, solchen anher anzuzeigen. Zugleich werden sämmtliche Polizeibehörden ersucht, uns von dem Aufenthalt dieser Personen baldige Mittheilung zu machen.

Heidelberg, 6. Februar 1849.

Großh. Bad. Oberamt:
Gärtner.

---

[75] Zu beziehen durch alle Buchhandlungen:

J. Venedey

Die Wage. Deutsche Reichstagsschau.

Fünftes Heft:

Eine Rede von Bassermann.

Mit einem Anhang: Stammbuchblätter aus der Paulskirche.

Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

---

[76] **Prospectus.**

Poetisches

Familien-Stammbuch

des

Deutschen Volkes.

Vollständigste Sammlung

der auserlesensten Geistesblüthen im Reiche der beschaulichen Lyrik: Sinnbilder, Naturgleichnisse und Weltbetrachtungen, Lehr-, Denk- und Sittensprüche, Haus- und Lebensregeln, Gnomen, Epigramme, politische Devisen, ethische und didaktische Kernstellen rc. aus den metrischen Werken der deutschen Dichter.

Von Haller bis auf die neueste Zeit.

Nebst geschichtlicher Einleitung und philosophischer Würdigung.

Herausgegeben von

August Schnezler.

Vier Abtheilungen in Einem Bande.

Frankfurt a. M., 1850.

Unter obigem Titel ist ein vaterländisches Sammelwerk dem Abschluß nahe, welches, die Frucht eines vieljährigen Fleißes, besonderer Vorliebe und der sorgfältigsten kritischen Sichtung in Bezug auf Gediegenheit der Form und Gedanken, eine bisher noch offengebliebene Lücke in der anthologischen Literatur der deutschen Poesie ausfüllt, indem es in den metrischen Aussprüchen ihrer namhaftesten Vertreter, von Haller bis auf die Gegenwart, ein Gesammtbild der Welt-, Lebens- und Naturphilosophie derselben aufstellt, und zwar mit Beseitigung alles Dessen, was nicht allgemein gültige, unvergängliche, zu jeder Zeit und bei jedem Volke sich in den verschiedenen Ständen, Lebensaltern und Bildungsstufen wiederspiegelnde sittliche, reinmenschliche Bedeutung haben kann. Insofern ist diese Blumenlese auch gleichsam als „poetisches Orakelbuch" zu betrachten, woran Jedermann einen seinen Verhältnissen, Gefühlsstimmungen und religiösen Weihestunden entsprechenden Rathgeber, Tröster, warnenden oder aufmunternden Freund finden wird, der ihm für jede Lage, für jeden Wechsel des Geschickes, zur Losung vor manchem bedenklichen Unternehmen u. s. w. einen goldenen Wahlspruch, ein sinnreiches Motto zur Beherzigung darbietet. Aus den Werken von etwa 500 chronologisch geordneten Dichtern in obigem Bereiche findet man hier das Vollendetste, gleichsam die ethisch-didaktische Quintessenz, meist aus den Originalquellen selbst gezogen, darunter wenigstens ein Fünftheil von Namen zum Erstenmal in einer Anthologie erscheint.

Das „Poetische Familienstammbuch" wird sich als Haus- und Schulpostille von bleibendem Werthe für Alt und Jung, namentlich Eltern, Erziehern, geistlichen und weltlichen Lehrern, wie überhaupt allen Verehrern der ethischen und didaktischen Poesie empfehlen und durch inneren Gehalt sowohl als stattliches Aeußere besonders zum jahresfestlichen Geschenke und sinnigem Angebinde eignen. Es zerfällt in vier Abtheilungen (I. von Haller bis Goethe; II. von Goethe bis Rückert; III. von Rückert bis Sallet; IV. von Sallet bis auf die neueste Zeit), welche zusammen einen starken Band von 800 Seiten gr. 8. in Doppel-Kolonnen, Druck, Papier und Format wie die Cotta'sche Ausgabe von Göthe's, Schiller's, Platen's rc. Werken in 1. Band, bilden. Dieses Nationalwerk wird bis zur Ostermesse 1850 vollständig die Presse verlassen, und den Subskriptionspreis von 6 fl. nicht überschreiten.

Es ergeht nun hiemit an diejenigen unserer jüngeren Dichter, welche seit 1840 zum erstenmale mit Sammlungen ihrer metrischen Werke hervorgetreten oder in neuen Ausgaben erschienen sind, die freundliche Einladung, Frei-Exemplare davon unter Adresse H. L. Brönner'sche Verlagsbuchhandlung dahier, wo möglich noch vor dem 1. Mai d. J., pr. Buchhändlergelegenheit einzusenden, sofern ihnen daran gelegen ist, daß Auszüge daraus im Familienstammbuche mitgetheilt werden. In diesem Falle bitten wir auch, eine kurze Notiz über Geburtsjahr, Heimaths- und Wohnort, Stellung und Lebensverhältnisse, wie auch ein Verzeichniß ihrer sämmtlichen, bereits im Druck erschienenen Schriften, gefälligst beizufügen.

Frankfurt a. M, im Februar 1849.

Der Herausgeber.

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 24 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 43. Frankfurt a. M., Montag 12. Februar. 1849.

Uebersicht.

Was ist zu thun?

Die österreichische Note I.

Deutschland. Frankfurt (Inhalt des Reichsgesetzblattes. Versammlung der österreichischen Abgeordneten. Die Nationalversammlung und die österreichische Note.) Wien (Neue Silbermünzen. Verurtheilungen. Einer der Mörder Latour's verhaftet. Nachrichten aus Ungarn. Unschuldige Attentate. Baron Kübeck gewählt. Unruhen in Gran. Nachrichten aus Kremsier, Olmütz und Istrien.) Triest (Feindseligkeiten zwischen österreichischen und venetianischen Schiffen.) Prag (Vertrauensdemonstration für den Reichstag.) Von der österreichischen Grenze (Das Ministerium und die deutsche Frage. Unruhen.) Posen (Wahlen. Ruhe im Königreich Polen.) München (Aufregung und Ministerkrisis. Die Kammer gegen das preußische Kaiserthum.) Stuttgart (Preisaufgabe.) Dresden (Kammerverhandlungen in der Blum'schen Angelegenheit.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Darmstadt (Kammerverhandlungen.) Bremen (Kudriaffsky.)

Großbritannien. London (Handels- und Freundschaftsvertrag mit dem Sultan von Borneo. Vertrag wegen Abtretung von Labuan und anderen Inseln. Wahl Friedrich Peels in Leominster. Berufung von Smith O'Brien und Genossen an das Oberhaus.)

Frankreich. Paris (Eindruck von Lamartine's Rede, Urtheile über dieselbe. Senard's und Dufaure's Reden. Ministerialgerüchte. Stimmung des Heeres. Legitimistische Ausstellung. Changarnier und Pyat.)

Oesterreichische Monarchie. Von der österreichischen Grenze (Nachrichten aus Ungarn. Gräuelthaten der Serben.)

Türkei. Donaufürstenthümer (Das russische Anlehen.)

Griechenland. Athen (Aufruhrgerüchte. Vorsichtsmaßregeln. Neue Censur. Wunderliche Verbesserungspläne.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 5. bis 10. Februar.)

---

12. Februar.

Oesterreich hat gesprochen. Es will nichts wissen von jenem weiteren Vereine mit Deutschland; es verlangt mit barschen Worten im engeren zu verharren; damit es aber könne, soll die Verfassung, welche die Nationalversammlung aufstellt, wieder umgearbeitet werden.

Ist das ein gerechtes Begehren?

Die Versammlung der Paulskirche hat ihre Vollmacht, die Verfassung Deutschlands zu gründen, nicht aus der Luft gegriffen; die deutschen Regierungen sind es, die, wohl wissend, daß sie selber es nie zu Stande brächten, diese ihr ertheilt haben. Die Versammlung hat sich fleißig zu ihrer Aufgabe gehalten; kamen einzelne Abschweifungen vor, sie ist zu ihrem Werke unverdrossen zurückgekehrt. Jetzt nach neun Monaten steht sie dem Ziele nah. Schon hat das deutsche Volk mit Begeisterung einen Theil der Verfassungsurkunde, die Grundrechte, angenommen und sich angeeignet, mit derselben Begeisterung wird die einheitliche Spitze der Verfassung rings begrüßt; wo sich etwa Unzufriedenheit oder Mißtrauen zeigt, da haben diese ihren Grund in der langen Dauer bis zur Vollendung und in dem nagenden Zweifel, ob man sie den mächtigen Widersachern gegenüber wirklich auch durchsetzen werde, keineswegs in ihrem Inhalt. Denn ihren wesentlichen Inhalt vertreten nicht allein die einsichtsvollsten Stimmen Deutschlands, sondern ohne allen Zweifel auch die große Mehrzahl des deutschen Volks.

Was hat das österreichische Kabinet dagegen einzusetzen? Es hat eine Gesammtvertretung für sein Völkerreich aufgestellt, an deren Gelingen kein durchgebildeter Politiker Glauben haben kann; sie ist mißlungen, und wird, in noch größerem Maßstabe abermals versucht, abermals mißlingen; es hat sich die Wahl eines seiner Prinzen zum deutschen Reichsverweser gefallen lassen, ohne eine der Pflichten, die sich daran knüpfen, zu erfüllen, es hat die deutsche Reichsverfassung fertig werden lassen, und zieht hinterher ein schiefes Gesicht dazu, und legt am Ende ein Veto ein. So wird ein wirkliches Uebermaß des freundlichsten Entgegenkommens von Seiten unserer Centralgewalt durch die Regierung von Oesterreich belohnt.

In einem Punkte hat die letzte Note Oesterreichs den Vorzug vor seinen früheren Erklärungen; sie ist aufrichtiger. Sie haftet nicht länger an den Paragraphen 2 und 3 als den Grundquellen alles Uebels, sie gibt zu, der ganze Abschnitt von der Reichsgewalt sei für Oesterreich unannehmbar; da nun Oesterreich aber bleiben will, was es ist, so folgert sein Kabinet daraus die Verbindlichkeit für Deutschland, ebenfalls in dem alten Elend seiner Zersplitterung und Machtlosigkeit zu verbleiben. Es ist der alte Dämon der Metternich'schen Politik, der von Oesterreich nicht weichen will. Metternich war fein genug, um einzusehen, daß die konstitutionellen Formen der Freiheit auf das mittelalterliche Konglomerat des österreichischen Völkerlebens keine Anwendung finden. Statt aber nur für seinen Staat eine Ausnahmsstellung zu fordern, wandte er alle Künste der Bethörung auf, um das ganze konstitutionelle System als eine Ausgeburt der Revolution und Irreligion zu verunglimpfen, und seine ehrliche Anwendung von den deutschen Staaten, besonders aber von Preußen fern zu halten. Heute aber, nachdem ein jäher Sturm die Bauten des alten Meisters umgeworfen hat, wie treiben es seine Nachfolger mit Deutschland? So über alle Maße verlegen sie ihr eigener heilig zugesagter Freiheitsbau macht, so schweigen sie klüglich ganz stille davon, wiederholen aber mit unermüdlicher Redeseligkeit stets den alten Satz, Deutschland sei verpflichtet sich nach Oesterreich, das sich nach Niemand als sich selber richten will, zu richten, und mischen Drohungen ein für den Fall, daß man es anders mache. Der verbissene Zorn gegen Preußen, weil es endlich anfängt seine Bestimmung zu erkennen, hält sich kaum mehr zurück.

Eine solche Krise konnte nicht ausbleiben, sie ließ sich seit Monaten vorhersehen und das immer wache Rußland hat das Seine gethan sie zu fördern, hat im Süden wie im Norden geschürt. Des deutschen Charakters würdig ist, den Feind weder zu reizen noch ihn zu vermeiden. Muß die deutsche Selbstständigkeit durch die Bluttaufe errungen werden, so wird es an Winkelrieden nicht fehlen. Aber den Männern der Paulskirche tritt die ernste Mahnung entgegen, jetzt auf jede Gefahr hin unverzüglich ihr Werk zum Ziele zu führen. Wenn ihren österreichischen Mitgliedern ihr eigenes Ehrgefühl sagt, sie dürfen hier nicht zu dem Zwecke verweilen, die Wiedergeburt Deutschlands zu stören, ja wenn ihnen auch nur das Bedenken des eigenen Heils die Warnung zuflüstert, die junge freundnachbarliche Freiheit ja nicht in raschem Unmuthe zu zertreten, weil sie ihnen bald Rettung bringen kann, so ist unser Weg gebahnt. Allein auch wenn sie beharren wollen in einer wenig löblichen Ausdauer, ist das Ziel erreichbar und wird will's Gott nächstens in der Paulskirche erreicht werden. Daß aber niemand wähne durch einige vereitelte Abstimmungen den ernsten Willen der Vaterlandsfreunde zu besiegen! Die Hallen der Paulskirche können zur öden Stätte werden, aber das Werk der Einheit, das hier angefangen, geht so wenig zurück, als damals das Werk des Rettungsjahres 1813. Nicht zum ersten Male haben bescheidene Anfänge in gerechter Sache uns Deutsche zu Erfolgen geführt, über die die Welt erstaunt ist.

Die österreichische Note spricht klar und entschieden genug über die Gegenwart; desto hoffnungsreicheres Dunkel umgibt die Gestaltung der Zukunft. Darum wird sie alle Feinde der Gegenwart und ihrer Staatsentwicklung, alle Gegner der Einheit, alle Dunkelmänner, alle mystischen Staatsweisen, alle Adepten unklarer Theorieen um sich versammeln, und jeder wird darin das Seinige finden, denn aus der gesammten Reihe ihrer Argumente ist das

wohlerwogene Kunstwerk zusammengewebt. Zuerst das Prinzip der Vereinbarung: hier in einer Strenge festgehalten, von der unsere schüchternen Vereinbarer sich schon lange nicht mehr träumen ließen. Der Standpunkt, den die kaiserliche Regierung am 30. März vorigen Jahres einnahm, ist bis zum heutigen Tage noch unwandelbar derselbe. Mag seitdem die Lage der Welt sich verändert haben, mag statt Völkern und Regierungen jetzt ein Gesammtstaat den Einzelstaaten gegenüberstehen, mag die Unthätigkeit der Regierungen der Nationalversammlung mit der Nothwendigkeit auch das Recht verliehen haben, allein die künftige Verfassung zu begründen: die kaiserliche Regierung steht fest auf dem Standpunkt des 30. März, und die Bestrebungen der Nation sollen mit ihr zurückgeben. Wie sagen mit ihr, denn daß die kaiserliche Regierung gleichfalls ihre Zeit der Wandelbarkeit gehabt hat, und jetzt auch nur zurückgeht, dafür gibt es doch zwei verrätherische Zeugnisse: das Dasein der provisorischen Centralgewalt und die Urkunde von Kremsiee, die den österreichischen Staat innerlich veränderte und der unwandelbaren Regierung nach innen und außen eine andere Stellung gab. Aber beide Klippen werden geschickt vermieden; die letztere Thatsache wird ausgeschieden aus diesem Zusammenhange, da ja die Regierung niemals aufhörte, die auch im Programme vorsichtig reservirten Bundespflichten zu erfüllen; die erste wird durch eine noch kühnere Fiktion beseitigt, als die ähnliche in der preußischen Note; denn dort war es doch nur eine zeitweise Uebertragung der Exekutivgewalt, die den Gedanken an eine mögliche Zurücknahme im Hintergrunde ahnen ließ; hier ist die Centralgewalt geradezu nichts als „die neue Bundesbehörde", und Herr v. Schmerling mag sich wohl fortwährend als Bundespräsidialgesandter angesehen haben, auch wenn er in Kraft des Gesetzes vom 28. Juni die Gerechtsame der Centralgewalt geltend machte.

Was haben ferner alle Gegner der Einheit bis herunter zu Herrn v. Abel stets eifriger im Munde geführt als das tiefgefühlte Bedürfniß der Wiedergeburt des Vaterlandes, als ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies Deutschland, nur daß es sich um Einigung handle, nicht um gänzliche Umschmelzung der bestehenden Verhältnisse, um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder, nicht um deren Aufhebung und Vernichtung, nur daß dieses Deutschland ein organisch gegliedertes und doch in sich einiges sei. Wir kennen diese Sprache, wir wissen auch, daß mit diesen Allgemeinheiten kein klarer Gedanke einer politischen Schöpfung, sondern einzig der Haß gegen den sogenannten Einheitsstaat sich verbindet; denn durch ihn würde ja, der Geschichte und den Bedürfnissen der Gegenwart entgegen, den Gliedmaßen jedes selbstständige Leben entzogen und nach einem künstlich geschaffenen Brennpunkt übertragen. Wer hat nicht die Klagelieder gehört, daß der Bundesstaat, den die drei Professoren in Frankfurt schaffen, eben alles andere eher als ein Bundesstaat, vor allem andern aber gerade jener verderbliche Einheitsstaat sei? Wer hat dabei nicht stets die Hinweisung auf Oesterreich gehört, denn der Bundesstaat könnte ja nicht zum Leben kommen, ohne die Ausschließung der ganzen Lande Oesterreichs, ohne die Verstümmelung Deutschlands! Ein Losungswort der Linken! So soll denn auch dieses Element der Koalition seiner Vertretung in der Note nicht ermangeln: der einheitliche Staat würde der mit Sehnsucht herbeigewünschten und mit Eifersucht bewachten Entwicklung der staatlichen und persönlichen Freiheit der Deutschen hemmend in den Weg treten. Die Kaptivirung der Linken, hundertmal mit tugendhaftem Eifer geläugnet, muß so in einem offiziellen Aktenstück der österreichischen Regierung ihre Bestätigung finden!

Weiter gesellt sich zum Bunde der specifisch österreichische Partikularismus. Die Gestaltung eines unitarischen, d. h. eines Bundesstaates ist nicht ausführbar für Oesterreich. Gleichwiegend und gleichberechtigt steht dieser Grund neben den Gründen der Verderblichkeit des Einheitsstaates für Deutschland. Ein solcher Staat müßte ja den Verband zwischen den deutschen Erblanden und den nichtdeutschen Bestandtheilen lösen, und das hieße ja eine Bestimmung der deutschen Verfassung ausführen! Und damit endlich auch die auswärtigen, die diplomatischen Feinde der deutschen Einheit in diesem unheiligen Bunde nicht fehlen, so würde die österreichische Regierung das Band zwischen den deutschen und nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs so wenig lösen, als eine einseitige Aufhebung des deutschen Bundesverhältnisses zugeben können — welches letztere einen wesentlichen Bestandtheil der europäischen Verträge bildet!

Aus einer solchen Vertrautheit mit allen Feinden der deutschen Einheit in und außer Oesterreich mag wohl zu schließen sein, daß die Note vielmehr von Frankfurt nach Ollmütz, als von Ollmütz nach Frankfurt ihren Weg genommen hat. Um so klarer sagt sie, was sie sagen soll, was wir seit Monaten aus hundert Anzeichen gesehen und tauben Ohren gepredigt haben: daß Oesterreich von der gesammten Verfassung, von dem ganzen in Frankfurt begonnenen Werk nichts wissen will, daß nach ihm die ganze Arbeit zu vernichten, Alles zum Anfang zurückzuführen, und allenfalls von Neuem zu beginnen wäre. Wir freuen uns dieser Bestimmtheit, auch wenn sie uns den schwersten aller Kämpfe drohte. Wäre es nach uns gegangen, so läge schon längst eine gleich kraftvolle Erklärung, im Sinn und zu Gunsten deutscher Einheit, ein Frei- und Schutzbrief unsers guten Rechtes, ein Fehdebrief für unsere Feinde, auf dem Tisch vor ganz Europa. Dieser verspottete Bund, den die preußische Note handhabt wie eine Lehmwand, wie ein Wetterdach, um ihren Bau dahinter zu verstecken, steht jetzt mit einem kraftvollen Ruck wie eine Mauer vor uns da! Das ist die Wirkung des Selbstbewußtseins und der Kühnheit. Wie schwach erscheint nun die preußische Note, wie ohnmächtig ihr Hinterhalt, wie vergeblich ihre gute Meinung. Und doch war ihre Schwäche nur Sorgfalt, Schonung, freundnachbarliche Rücksicht für dieses Oesterreich, das sie mit dem Fuße wegstößt! Man dachte Oesterreich die Anerkennung des Bundesstaates, des verhaßten Frankfurter Werkes, zu erleichtern, wenn man es als einen engern Verein darstellte und den alten Bund als Schatten dabei bestehen ließ; aber Oesterreich nennt die Sache beim rechten Namen, es wittert in dem engern Verein nichts als den verfehmten Bundesstaat, und es untersagt ihn! Man betrachtete Oesterreich als halbes Ausland auf gleichem Fuße mit Holland und Dänemark, und wollte gern allen drei Mächten gefällig sein; aber mit welch übermüthigem Seitenblick verbittet Oesterreich die Gesellschaft! Bescheiden dankte Preußen für den Kaisertitel; es wollte den kaiserlichen Bundesgenossen nicht kränken; und Oesterreich verbietet ihm die Oberhauptswürde! Denn Oesterreich gehört zum Bunde, und der Bund wird fortbestehen, und unter keine von einem andern Fürsten gehandhabte Centralgewalt werden seine Majestät der Kaiser sich unterordnen. Und wie nachdrücklich wird zu verschiedenen Malen eingeschärft, daß Oesterreich die erste Macht in Deutschland sei!

Wenn aber das ganze Gewebe, so weit es fertig ist, wieder aufgetrennt und zernichtet werden soll um Oesterreichs willen und nach Oesterreichs gebieterischer Meinung, so darf man wohl fragen, was der eine Staat so Großes zu bieten hat, um so Unerhörtes von einem Volke zu fordern, dessen Erhebung, so verächtlich sie ihm sein mag, doch nicht ganz geleugnet, nicht ganz mißachtet werden kann? Es wäre mindestens durch die Klugheit geboten, neben dem Machtwort einen Gewinn, neben der nackten Selbstsucht die gewaltige Herrscherkraft zu zeigen, der man sein Glück und seine Zukunft mit Vertrauen überantworten möchte. Wir fürchten sehr, eine Forschung in diesem Sinne wird zeigen, wie stark die preußische Note noch in ihrer Schwäche ist und wie täuschend die Lüge der Kraft in diesem österreichischen Werke.

Deutschland.

Frankfurt, 10. Febr. Das „Reichsgesetzblatt" enthält in seiner heute ausgegebenen Nr. 11 1) eine Verordnung, betreffend die Ermäßigung der Zulagen bei Festungsbauten 2c. in den Reichsfestungen; 2) eine Verordnung, betreffend die Einziehung des Ertrags aus den Gräsereien der Festungswerke 1c. in den Reichsfestungen zur Festungsdotirungskasse.

*** **Frankfurt**, 10. Febr. Die österreichische Landsmannschaft aller Fraktionen der Paulskirche versammelte sich gestern Abend auf die Einladung des Abgeordneten v. Sommaruga im Hotel Schröder um die Note des österreichischen Kabinets vom 4. Febr. zu vernehmen. Der Abgeordnete v. Würth soll die Note auch commentirt und u. a. hervorgehoben haben, die preußische Regierung habe nicht aufrichtig gehandelt, indem sie mit der von den HH. Camphausen und Bunsen hervorgerufenen Cirkularnote vom 23. Januar sogleich hervorgetreten, als die von Oesterreich angebahnte Unterhandlung (mit Preußen) einen günstigen Erfolg in Aussicht gestellt. Wie man vernimmt, sollte heute Abend eine abermalige Versammlung der österreichischen Abgeordneten im Hotel

Schröder stattfinden, um zu berathen, welche Stellung sie nun in der Paulskirche einzunehmen haben.

†* **Frankfurt**, 11. Febr. Wird die National-Versammlung durch ein Emporraffen zu einer kräftigen Lebensäußerung den Athem des Volkswillens beleben und zu einem Ausdruck bewegen? So fragen sich Viele. Der letzte Augenblick dazu ist da, — die beiden mächtigsten deutschen Kabinette haben gesprochen, und nicht mit Unrecht kann man sagen: daß das erste sich bereit gezeigt hat zu einer That im wahren Sinne der Einheitsbewegung des verwichenen Jahres, welche in der Nationalversammlung ihren Ausdruck fand, daß das zweite eine That vollbracht hat, indem es diese Einheitsbewegung gleichsam als einen Auswuchs bezeichnete, weil ein einheitlicher Staat nicht ausführbar sei für Oesterreich und nicht wünschenswerth für Deutschland. Preußen „erkennt nach wie vor die Pflicht, auf dem durch die Berufung der deutschen Nationalversammlung betretenen Wege fortzuschreiten“, und gibt fortdauernd Erklärungen über den Inhalt der entworfenen Verfassung, wie er nach der ersten Berathung festgestellt worden, zur Erwägung. Oesterreich betritt den Weg der Vereinbarung mit Frankfurt (nach der Note vom 4. Februar) allein in der Weise, daß es erst nach der Vollendung der Verfassung eine befriedigende Verständigung erzielen will. Daß aber Sachsen es auf dem letzteren Wege begleitet, ergibt sich aus der Erklärung seines Ministeriums, nach welcher die sächsische Regierung durch die preußische Circularnote sich nicht bewogen findet, für jetzt mit Eröffnungen über das Verfassungswerk vorzugehen. Ein mystisches Dunkel ruht auf den etwaigen Erklärungen des hannover'schen Kabinets. Sollte es sich nicht auch dem einsamen Waller Oesterreich anschließen und mit gleicher Präcision erklären: „Gegen eine Unterordnung Seiner Majestät des Königs unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahren sich Se. Majestät der König und Allerhöchstdessen Regierung auf das Feierlichste?“ Sollte Hannover, sollte Sachsen, sollte Baiern, sollten nicht die übrigen 30 Kabinette „dies sich und Deutschland schuldig sein?“ Ja wir fragen weiter mit den Worten Oesterreichs: sollte es Dänemark nicht ebenfalls sich schuldig sein? jenes alte unabhängige Königreich, das (um die schmachvollen Worte eines englischen Abgeordneten neben den schmachvollen einer deutschen Macht zu wiederholen) sich von einer Versammlung angegriffen fand, die in einer deutschen Stadt schwatzend beisammen sitzt?

Wir hören, daß Herr v. Schmerling den Antrag gemacht hat, daß das Reichsministerium die Note der Nationalversammlung formell mittheile. Wird sie eine Antwort darauf haben? oder wird sie stumm und unbeirrt das Verfassungswerk vollenden und dem Volke die Antwort überlassen, welches dieses Werk gleichsam als eine Frühlingssaat empfängt? Die nächsten Tage werden es lehren!

△ **Wien**, 7. Febr. In dem Münzamte ist man eifrig beschäftigt, Silbermünzen im Werthe von 15 und 30 Kreuzer zu prägen, um dem Mangel an Münze im Lande abzuhelfen und die Versendung derselben ins Ausland durch den vom gewöhnlichen verschiedenen Werth zu erschweren. Auch werden diese neuen 15 und 30 Kreuzerstücke so stark mit Kupfer legirt sein, daß bei ihrer Umschmelzung und Umprägung nichts mehr zu gewinnen ist; bis jetzt waren bei Umprägung von fl. 20 C. M. in Reichswährung ein Ausfall im Werth von 25 Gran Silber zu ermitteln; welchem Umstande man zum Theil das Verschwinden unserer Zwanziger ins Ausland zuschreibt. Unsere Central-Untersuchungskommission hat wieder zwei Urtheile, zum Glücke aber keine Todesurtheile gesprochen. Christian Plattensteiner, gewesener Offizier in der Armee und Chef der Nationalgarde des Bezirkes Landstraße ist wegen Theilnahme an den Oktoberereignissen zu sechsjährigem schwerem Kerker verurtheilt, jedoch in Anbetracht vieler Milderungsgründe wurde er vom Gouverneur Welden auf vierjährigen einfachen Kerker begnadigt. Der zweite Verurtheilte ist Leopold Wittenberg aus Pesth, Bürger und Handelsmann, Hauptmann in der Nationalgarde, vom 21. Oktober an Oberst der Mobilgarde; er wurde zu achtjährigem schwerem Kerker verurtheilt, in Anbetracht jedoch, daß er nach dem 28. Oktober nicht mehr gegen die k. Truppen kämpfte und im Gegentheil viel zur Entwaffnung des Proletariats beitrug, auf fünfjährigen schweren Kerker begnadigt. Einer der Mörder Latour's ist nun endlich entdeckt und seit ungefähr acht Tagen zur Haft gebracht worden. Seine Geliebte, welche um die That wußte und die er mißhandelt hatte, verrieth ihn aus Rache! Sie bezeichnete seinen Aufenthalt und den Ort wo er das Mordinstrument versteckt hatte; alles wurde richtig nach ihrer Angabe gefunden. In diesem Augenblick geht die Wahl eines Abgeordneten für Kremsier im 2ten Stadtbezirke vor sich. Ein Theil der Kandidaten ist aus Deferenz für den Minister Schwarzenberg zurückgetreten, als der Consul Schwarz den versammelten Wahlmännern angezeigt hatte, daß der Minister die Wahl annehmen werde. Die Candidatenliste ist nun folgende: Fürst Felix Schwarzenberg, Freiherr v. Kübeck, Hr. Megerle von Mühlfeld, Dr. Landsteiner, Redakteur der Presse, und Dr. Frankl. Nach der letzten Vorbesprechung von gestern Abend dürfte der Ministerpräsident abermals durchfallen. Die Stimmenmehrheit war für die HH. Kübeck und Megerle von Mühlfeld. Die letzten Privatnachrichten aus Ungarn sagen, daß Perzel sein Kommando über die Insurgenten an den polnischen General Dembinski abgegeben habe. Die ungarische Geistlichkeit soll sehr ungehalten sein über ein Urtheil der in Pesth fungirenden Untersuchungskommission, welche den Benediktiner-Geistlichen Gregor Czuczor wegen Aufreizung der Magyaren zum Aufstande, zu sechsjährigem Festungsarrest in Eisen verurtheilte. An Strafe ist die Geistlichkeit von den Zeiten Metternich's her freilich nicht gewöhnt und wünscht ihn nun sogar auch in Ungarn zurück. Der Hauptsammelplatz der Reste der ungarischen Armee ist noch immer Debreczin und Szegedin, in Siebenbürgen Klausenburg und Maros-Vasarhely. In der unlängst genommenen Festung Leopoldstadt fanden die kaiserl. Truppen 38 Geschütze nebst Munition vor, ebenso alle Arten von Proviant. Die Festung war durch 1270 Mann und 38 Offiziere unter dem Kommando des Majors Grafen Oeródi vertheidigt. Es bestätigt sich, daß Stuhlweißenburg und Ketschkemet von den kaiserl. Truppen besetzt und neuerlich auch Neusatz von den Ungarn geräumt wurde. Feldmarschall Schulzig hat sich bei Tokay mit dem F. M. L. Grafen Schlick vereinigt und General Theodorowich ist mit der serbischen Armee und den Grenzregimentern am 27. v. M. von Temeswar gegen Siebenbürgen aufgebrochen. Der hiesige Magistrat wird nun selbst Haussuchungen vornehmen lassen, um die etwa noch versteckten Waffen ꝛc. zu entdecken. Die Attentate scheinen jetzt einen unschuldigeren Charakter annehmen zu wollen. Gestern früh hatte die Reiterstatue des Kaisers Joseph auf dem Josephplatze einen Kalabreser auf dem Kopfe und heute Nacht wurde in der Josephsstadt ein Brunnen auf einem freien Platze förmlich zur Trophäe umgeschaffen; er war mit allen Arten von Oktoberkopfbedeckungen und Waffen geschmückt, welche die Sicherheitswache heute in Empfang nahm, ohne sich dabei des Lachens enthalten zu können.

So eben erfahre ich, daß Baron Kübeck im zweiten Bezirk der Stadt zum Reichstagsabgeordneten gewählt ist.

* **Wien**, 7. Febr. Bedeutende Unruhen waren in voriger Woche in Gran ausgebrochen. Ungeachtet der von Stadt und Komitat schriftlich geleisteten Huldigung wurden alle Plakate, die ausgesteckten Fahnen und der kais. Adler von der Post herabgerissen und aufreizende Maueranschläge angeheftet. Man erfährt nun, daß die Bewegung vollkommen unterdrückt ist. Das Komitat hat seine Unterwerfung durch eine besondere Deputation an den Fürsten Windischgrätz erneuert.

In der gestrigen Reichstagssitzung wurden die §§. 11 und 12 nach einer unerheblichen Debatte und nachdem sämmtliche darauf Bezug nehmenden Anträge beseitigt worden waren, in ihrer ursprünglichen Fassung angenommen. Sie betreffen das Versammlungsrecht und das Vereinsrecht. Auch soll noch in dieser Woche eine geheime Sitzung im Reichstage stattfinden, um zu berathen, inwieferne der Forderung, den Abgeordneten Kaim in Anklagestand zu versetzen, entsprochen werden soll.

In Ollmütz sollte eine Deputation von Romanen eintreffen, um hinsichtlich der Uebergriffe der Serben aus dem Banat Beschwerde zu führen.

In Istrien, wo Sprache und Sitten vorzugsweise italienisch sind, sträubt man sich sehr gegen das Vorhaben, diese Provinz Kroatien einzuverleiben, und es sind darüber Reklamationen ergangen und veröffentlicht worden.

Aus **Triest**, vom 2. Febr. berichtet die allgemeine österreichische Zeitung von Feindseligkeiten zur See zwischen sardinischen und österreichischen Schiffen. Der österreichische Kriegsdampfer Vulkano sah in den Gewässern von Istrien einen Dampfer, welcher mehrere, wie es scheint istrianische und dalmatinische Küstenfahrer gegen Venedig eskortirte. Dieser Dampfer wurde bei ge-

ringerer Entfernung als derjenige erkannt, welcher als österreichisches Kriegsschiff Mariana hieß, unter der provisorischen Regierung von Venedig Pio IX. getauft wurde, und nun, da der Stern des Papstes untergegangen, S. Marco heißt. Der Vulkan forderte die Freigabe der Trabakeln, welche aber S. Marco verweigerte. Darüber kam es zum Kampfe, welcher an zwei Stunden dauerte und während dessen sich die Barken entfernten. Beide Schiffe haben Schaden erlitten. In der Nähe des Kampfplatzes war eine französische Fregatte gewesen, welche ganz unthätig denselben beobachtete. Gestern ist der Vulkano hier angelangt. Die österreichische Flotte wird, wie nun verlautet, in Pola zusammengezogen werden.

Prag, 5. Febr. Während stärker als je von entschieden beabsichtigter Auflösung der Kammer gesprochen wird, während man aus sehr gut unterrichteter Quelle versichert, daß die oktroyirte Verfassung bereits in allen Paragraphen fertig sei, soll von der Slovanska Lipa ein Versuch gemacht werden, die schwankende Autorität des Reichstags durch eine großartige, in Böhmen vorbereitete Adresse zu stützen. Der Verein hofft mehrere Hunderttausende von Unterschriften aufzubringen. Ob dieser Schritt die zu Kremsier von den Abgeordneten selbst befürchtete Katastrophe abzuwenden im Stande sein wird, dürfte die nächste Zukunft lehren. Ich mache Sie wiederholt auf den Umstand aufmerksam, daß bei den letzten Debatten fast nie ein Minister der Krone zugegen war. (Leipz. Z.)

Von der österreichischen Grenze, 7. Febr. In den letzten zu Wien abgehaltenen Ministerkonferenzen wurde vorzugsweise auch das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland besprochen. Für die Nothwendigkeit des Anschlusses an Deutschland stritt vorzüglich der Handelsminister Bruck, während Baron Kulmer (bekanntlich ein Croate) die unbedingt entgegengesetzte Meinung vertrat. Stadion schien sich zu Bruck's Ansichten zu neigen, während Bach den Vermittler machte. Das Resultat dieser Berathungen war, jedenfalls Verwahrung einzulegen gegen die Ernennung eines deutschen Kaisers ohne allseitige Zustimmung der deutschen Staaten, im Uebrigen aber, falls vom Frankfurter Parlamente auf der Errichtung eines deutschen Bundesstaates beharrt werden wollte, nur die Möglichkeit eines völkerrechtlichen Bündnisses österreichischerseits einzuräumen. Der Bundesstaat im Bunde scheint daher den Beifall des österreichischen Ministeriums auch nicht geerntet zu haben. Noten, in diesem Sinne abgefaßt, sind bereits nach Frankfurt und Berlin abgegangen. — Im Städtchen Bielitz an der galizischen Grenze fanden namhafte Unruhen statt. Militär mußte dahin abgesendet werden. In dem Curorte Gräfenberg ward ein demokratisch-propagandistischer Club entdeckt und noch zu rechter Zeit aufgehoben. (Leipz. Z.)

: **Posen**, 7. Febr. Für Polnischposen und den Buk-Samterschen Kreis in Deutschposen sind folgende Polen nach Berlin gewählt worden: die frühren Abgeordneten Dr. Libelt, Janiszewski, Cieskowski, ferner der Graf Poninski, M. Mielzynski, Dr. Cegielski, Dr. Cybulski und der bekannte bäuerliche Grundbesitzer M. Palacz. — Ueberall fast wo die Polen in der Minorität geblieben sind, haben sie protestirt. In Posen selbst dauerte der Wahlakt bis nach Mitternacht. — Aus Warschau enthält unsere Zeitung vom 6. Februar folgende Notiz: Alle Nachrichten, die über unser Land die fremden Zeitungen bringen, sind entweder gar nicht oder nur zum Theil wahr, also auch das Gerücht über einen bevorstehenden Aufstand. Es müßte ein Volk schon ganz mit Blindheit geschlagen sein, wollte es sich in einen Kampf einlassen, dessen Ende nur zu seinem Nachtheile entschieden werden könnte. Mit den bloßen Händen führt man nicht Krieg, und es müßte doch hinlänglich bekannt sein, daß sich im ganzen Königreiche nicht 1000 Gewehre befinden, und diese sind in solchen Händen, die sie nie gegen die Regierung kehren würden, dagegen ist Letztere mit allem versehen, was einen etwaigen Aufstand unterdrücken kann. So befinden sich z. B. in Modlin 180 Geschütze und in der Citadelle zu Warschau stehen deren mehr denn 300, wozu noch kommt, daß alle Einrichtungen so getroffen sind, Warschau in 24 Stunden in Aschenhaufen zu verwandeln. Uebrigens haben auch die Errungenschaften des preußischen Volks für uns keinen Werth. Was nützt uns die freie Presse, wenn kaum der dreißigste Theil der Bevölkerung schreiben kann, was hilft das Vereinigungsrecht, wenn Niemand danach Lust verspürt. Es wird uns Niemand die Abgaben schenken, also ist es uns auch gleich, wem wir sie geben. Wer hier nur schweigen kann, ist gewiß gut aufgehoben. Fürst Paszkiewicz ist übrigens auch nicht so schwarz, wie ihn fremde Zeitungen machen, denn er ist nur die Maschine des Petersburger Hofes.

A **München**, 9. Febr. Die Nachricht, daß unsere sämmtlichen Minister ihre Entlassung eingereicht, hat hier einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Besonders ist es die Bürgerschaft unserer Stadt, welche über die Aussicht auf ein Ministerium der Linken, wie dies nun bei konsequenter Durchführung des konstitutionellen Prinzips durchaus nothwendig wäre, um so mehr ungehalten ist, als sie allerdings nicht ohne Grund fürchtet, ihre materiellen Interessen namentlich durch alsbaldige Einführung der Gewerbefreiheit gefährdet zu sehen. Man sprach deshalb gestern sogar von einer Sturmpetition der Bürgerschaft an die Kammer, und es waren zu diesem Zwecke alle möglichen militärischen Vorsichtsmaßregeln getroffen, doch blieb Alles ruhig. — Es geht das Gerücht, Lerchenfeld und Graf Hegnenberg seien nach Nymphenburg berufen worden, jedoch würden Beide wohl kaum einen allenfallsigen Auftrag zur Bildung eines Kabinettes annehmen können, da sie im gegenwärtigen Augenblicke nur dann einer Majorität in der Kammer gewiß sein könnten, wenn sie auch Mitglieder der Linken in das Ministerium aufnehmen würden. Man glaubt nun so ziemlich allgemein, daß der König, da er sich kaum zu einem reinen Ministerium der Linken werde entschließen wollen, den gegenwärtigen Ministern die verlangte Entlassung nicht ertheilen werde.

0 **München**, 9. Febr. Die unbedingte Gültigkeitserklärung der Grundrechte durch die Kammer der Abgeordneten hat unter den hiesigen Gewerbtreibenden und Ultramontanen große Aufregung erzeugt. Man sprach schon gestern von großen Demonstrationen, die man gegen die Kammer vorhabe; deßhalb besetzten Kürassiere den dem Ständehause nahe gelegenen Maximiliansplatz und patrouillirten in großer Anzahl durch die Straßen. Alle Wachtposten waren durch eine ungewöhnlich starke Truppenzahl verstärkt. Doch ging der gestrige Abend ruhig vorüber. Heute wird nun der konstitutionelle Verein für religiöse Freiheit, der von Oberkamp und Göeres geleitet wird, in großartigem Fackelzuge vor die Residenz ziehen. Nach der vorgestrigen Abstimmung hatte Abel eine Konferenz mit dem Könige. Wie man so eben vernimmt, weigert sich der König entschieden, die bisherigen Minister zu entlassen. — Soeben wurde über den Entwurf der Adresse der Mehrheit des Ausschusses namentlich abgestimmt und dieselbe mit 72 Stimmen gegen 62 angenommen. Dr. Müller aus Tann gab eine von der Kammer einstimmig unterstützte Erklärung zu Protokoll, wonach man sich gegen das preußische Kaiserthum und das Ausscheiden der österreichischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung verwahrt, und vom Bleiben der Oesterreicher in Frankfurt das der Baiern abhängig macht. Nur Scheurl protestirte gegen diese letzte Folgerung, die übrige Kammer stimmte mit einem dreifachen Hoch auf das einige Deutschland dem Antragsteller bei.

Stuttgart, 11. Febr. Eine Anzahl von Abgeordneten der zweiten Kammer schreibt im heutigen Schwäb. Merkur eine Preisbewerbung aus für Bearbeitung einer volksthümlichen gemeinverständlichen Erklärung der deutschen Grundrechte. Die Schrift soll mit einer kurzen Geschichte der Entstehung der Grundrechte eingeleitet werden, jedoch im Ganzen keinen größern Umfang gewinnen, als etwa vier Druckbogen. Der letzte Termin zur Einsendung der Arbeit (mit Motto und Bezeichnung des Verfassers unter versiegeltem Umschlag) an einen der auffordernden Abgeordneten ist der 31. März d. J.; der Preis beträgt 20 würtembergische Dukaten. Ueber die Zuerkennung desselben entscheidet das aus den Abgeordneten Becher, Eisenlohe und Seeger gebildete Preisgericht, das zugleich später für die wohlfeile Verbreitung der in das Eigenthum der auffordernden Abgeordneten übergehenden Schrift durch die Presse sorgt.

A **Dresden**, 8. Febr. Heute war die Berathung über den Bericht der außerordentlichen Deputation zur Prüfung der Rob. Blum's Tödtung betreffenden Fragen auf der Tagesordnung der zweiten Kammer. Die Deputation ist zusammengesetzt aus Tzschirner, Schaffrath, Helbig, Jäkel, Auerswald, Benseler und Kell; Berichterstatter ist Tzschirner. Ich habe Ihnen bereits mitgetheilt, daß die Deputation mit Einstimmigkeit auf unverweilte Abberufung des Gesandten von Könneritz aus Wien anträgt, daß sie ferner der Kammer anräth, unter Hinzutritt der ersten Kammer die Staatsregierung anzugehen, daß sie bei der Centralge-

walt die weitere Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vom 16. November 1848*) in Antrag bringen. Alle Redner sprachen für den Deputationsantrag, mit Ausnahme Helbig's, der ihn noch erweitert wünschte und sich über die Eventualitäten eines strafrechtlichen Verfahrens gegen den Gesandten mit vieler Behaglichkeit verbreitete. Alle fanden, daß der Deputationsbericht mit großer Mäßigung abgefaßt sei, scheiterten aber zum Theil selbst an der Klippe, von der sich die Deputation unseres Erachtens weislich fern gehalten hatte, indem sie die abenteuerlichsten Wünsche an den Tag legten, und von einem „ernsten Worte," welches der Staat Sachsen mit dem Staate Oesterreich hätte reden sollen, oder von der Auslieferung der Mörder aus Oesterreich faselten. Dagegen gelang ihnen der Nachweis der gänzlichen Untauglichkeit des Gesandten trefflich. Abg. Auerswald sagte: „Wenn die Kunst der Diplomatie darin besteht, durch Worte Gedanken zu verhüllen, so ist Herr von Könneritz der jämmerlichste Stümper in derselben; denn aus seinen Depeschen leuchtet die unverholene Freude über das seinem Landsmann drohende Verhängniß offen hervor." Niemals ist ein Diplomat in einer Kammer so zerzaust worden, wie dieser Könneritz. Endlich stieß Minister von der Pfordten dem Fasse den Boden aus. Er deutete in höchst beweglichen Worten auf die Gesammtlage Deutschlands hin, und darauf, daß er durch die Belassung des Gesandten auf seinem Posten „die höheren Pflichten gegen Deutschland" und Sachsen in vollstem Maße erfüllt habe. Die Gallerie fing an zu murren; der Referent erklärte, Deutschland und Herr von Könneritz hätten gar nichts mit einander zu schaffen; die namentliche Abstimmung begann und sämmtliche Abgeordnete verlangten die unverweilte Abberufung des Gesandten. Der zweite Deputationsantrag wurde ebenfalls gegen eine Stimme genehmigt.

+ **Karlsruhe**, 10. Febr., Abends 6¼ Uhr. So eben endet die parlamentarische Schlacht in unserer zweiten Kammer, die um 9 Uhr Morgens begonnen hat; sie wurde gekämpft mit einem solchen Uebergewicht von Seiten der freisinnigen Partei gegenüber den s. g. Demokraten, daß letztere sich nicht leicht von diesem Schlage erholen werden. Für heute möge genügen, daß der Antrag der Kommission, welchen ich Ihnen gestern mittheilte, mit allen gegen 3 Stimmen (Christ, Kiefer und Lehlbach) durchging; blos zwei Mitglieder enthielten sich der Abstimmung, während alle Andere für den Kommissionsantrag stimmten, in welchen nach Buhl's Wunsch noch die Worte aufgenommen wurden, daß „in kürzester Frist" ein Gesetzentwurf vorgelegt werden möchte, wodurch die Aufhebung der Standesvorrechte ihre Anwendung auf unsere Verfassung erhalte. Wie stürmisch übrigens die Sitzung war, mag daraus hervorgehen, daß nach vielfachen fruchtlosen Ermahnungen der Präsident gezwungen war, die Gallerie räumen zu lassen; doch ließ er nach ¼ Stunde das Publikum wieder eintreten.

△ **Darmstadt**, 10. Febr. Der Abgeordnete Frank brachte heute mit nachdrücklichen Worten in unserer zweiten Kammer den Umstand zur Sprache, daß in unserer ersten Kammer immer noch nicht über das Wahlgesetz berichtet worden ist. Er beantragte, daß die Kammer ihren Präsidenten beauftrage, Erkundigung deßhalb einzuziehen. Die Kammer trat diesem Antrage einstimmig bei und der Präsident unterzog sich seiner ungesäumten Erledigung. Bei dem Stoffmangel, welcher bei der zweiten Kammer eingerissen ist, während die erste an allzugroßer Fülle leidet, stand heute nur ein Gegenstand auf ihrer Tagesordnung zur Berathung. Nämlich die Anträge der Abgeordneten Glaubrech und v. Steinherr, die Bestrebungen des Freihandelsvereins um Herabsetzung des Eingangszolles auf ausländische Weine betreffend. Glaubrechs Antrag hatte dahin gelautet: „die Kammer wolle Großherzogliche Staatsregierung ersuchen, aufs Schleunigste und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bei der deutschen Centralgewalt dahin zu wirken, daß in dem zu erlassenden deutschen Zolltarife die seitherige Eingangsabgabe von den ausländischen Weinen durchaus keinerlei Reduktion erleide." v. Steinherr hatte zu seinem Antrage besonders von dem Umstande Veranlassung genommen, daß von den Freihändlern bei der Nationalversammlung in Frankfurt eine Herabsetzung des Eingangszolles auf fremde Weine von 8 auf 3 Thaler für den Centner und die gänzliche Aufhebung des noch höheren Eingangszolles auf Wein in Flaschen beantragt worden war. Rheinhessen hatte einen energischen Protest gegen diesen Antrag an die Nationalversammlung eingesendet; in Bingen und seinen nächsten Umgebungen allein war er mit nahe an 5000 Unterschriften bedeckt worden. Der Ausschuß wollte nur, „daß bei Festsetzung des allgemeinen deutschen Zolltarifs ein angemessener Schutz dem Weinbau gewährleistet und auch insbesondere der Zoll auf ausländischen Wein in Flaschen nicht herabgesetzt werde." Aber Glaubrech wollte das „in Flaschen" weg, und es erregte allgemeine Heiterkeit, als er in polterndem Ernste ausführte, wir hätten Schleswig-Holstein unser Geld und unser Blut zur Unterstützung gewidmet, also möge es auch unsern Wein trinken. Während so die radikale und die vermittelnde Ansicht (welcher letzteren auch der Groß-Regierungskommissär, Ministerialrath v. Biegeleben sich zuwandte) im Streite waren, fuhr auch noch von anderer Seite her ein Mißklang herein. Der Abgeordnete Frank nämlich wollte zunächst den Schutz der Industrie bedacht haben und den Weinbau gewissermaßen nur als Filialgemeinde derselben gelten lassen, während allerdings die Anträge in Sachen des Weins gestellt worden waren und kein eigentlicher Anlaß dazu vorlag, sie ins zweite Glied zu drängen. Aber Herr Frank ist oberhessischer Abgeordneter, die Sympathien nahmen dort von jeher mehr ihre Richtung zu Gunsten der Industrie, als der Weinproduktion, während in Rheinhessen gerade das umgekehrte Verhältniß Statt findet. Das Ende einer ziemlich langen und unerquicklichen Diskussion war, daß die Kammer mit 27 gegen 6 Stimmen den oben erwähnten Antrag des Abgeordneten Glaubrech annahm, und mit 25 gegen 8 Stimmen den Antrag des Abgeordneten Frank, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Centralgewalt dahin zu wirken, daß bei Festsetzung des allgemeinen Zolltarifs ein angemessener Schutz der Industrie und der Landwirthschaft gewährleistet werde, ablehnte. Dagegen nahm die Kammer die dritte Position des Ausschußantrages einstimmig an, welche im Wesentlichen dasselbe wie der Frank'sche Antrag besagt.

Bremen, 6. Febr. Der österr. Oberst von Kudriafisky ist in Begleitung mehrerer preußischen und hannover'schen Offiziere in unserer Stadt angekommen, zur Inspicirung der Hafenanstalten an der untern Weser und wegen der in Betreff der Küstenbewaffnung anzuordnenden Maßregeln. (Wes. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 9. Febr. Beiden Häusern ist ein Handels- und Freundschaftsvertrag, abgeschlossen zwischen der Königin von England und dem Sultan von Borneo am 27. Mai 1848, sowohl in englischer als malaiischer Sprache vorgelegt worden. Man kann schon jetzt die Insel Borneo als eine Beute der Engländer betrachten. Für den leicht möglichen Verlust aller und eines großen Theils der amerikanischen Kolonieen suchen sie sich schon im Voraus im ostindischen Archipelagus zu entschädigen und von Neuholland an über Borneo hinaus bis Persien und Arabien zwei halbe Welttheile durch die günstigsten Handels- und sogenannte Freundschaftsverträge, wie durch Abtretungs-, Erb- und Friedensverträge bedmäßig zu machen und so den Nordamerikanern, denen sich von Kalifornien aus die unermeßliche Fläche des stillen Oceans öffnet und die asiatische Ostküste mit ihren Inseln lockend gegenüberliegt, zuvorzukommen. Dieser Vertrag enthält bereits im Art. 10 die Abtretung von der Insel Laboan, im N. W. von Borneo, sowie der Eilande Kuraman, Klein Rusakan, Groß Rusakan, Daat und Malankasan, wie aller in einem Umkreise von 10 Meilen um Laboan gelegenen Inselchen, für ewige Dauer ausgesprochen. Der Handelsvertrag ist so, wie ihn England gern mit allen Ländern abschließen möchte. Jeder Engländer kann in Borneo Eigenthum so viel er will und welcher Art es sei, erwerben und soll ihm hiebei Seitens des Sultans aller Vorschub und Schutz geleistet werden; die britischen Waaren sind von allen Zöllen frei, abgerechnet ein sehr geringes Schiffsgeld, ebenso darf der Landesherr keinen Ausfuhrzoll auf inländische Waaren legen; die Kriegsschiffe Englands und Ostindiens dürfen in die Häfen und Flüsse des Landes ungehindert einlaufen und sich mit Vorräthen versehen u. s. w. Der Vertrag ist von James Brooke, dem bekannten Gouverneur von Laboan und zugleich Radschah von Sarawak auf Borneo unterzeichnet und durch das große Siegel des Sultans von Borneo, Omar Ali Saifadin, beglaubigt.

*) Der angezogene Beschluß lautet bekanntlich: „Die Nationalversammlung, indem sie vor den Augen von ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. September vollzogene Verhaftung und Tödtung des Abgeordneten Robert Blum Verwahrung einlegt, fordert das Reichsministerium auf, mit allem Nachdruck Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen."

In Leominster ist, nachdem Sir Edward L. Bulwer und der Radikalreformer Phillimore von der Bewerbung zurückgetreten sind, an Stelle des nach britisch Guyana als Gouverneur abgegangenen Hrn. H. Barkly, Peels Sohn, Hr. Friedrich Peel ins Unterhaus gewählt worden. Es sitzen nun mehrere Söhne berühmter Väter im Hause, so Hr. Grattan, John und Moritz O'Connell, F. Peel u. A.

Die Revisions- und Kassationsgesuche der Hrn. Smith, O'Brien, M'Manus und O'Donohue sind am 5. Februar durch den Obergerichtshof zu Dublin an das Haus der Lords eingesandt worden. Bekanntlich hieß es früher Hr. Smith O'Brien verzichte auf die Berufung an das Oberhaus. Dies thut nicht Hr. Smith O'Brien, sondern Hr. Meagher, ein Patriot, der sein Vermögen für die fehlgeschlagene irische Insurrektion geopfert haben soll und sich weigert, Unterstützungen anzunehmen.

Frankreich.

* **Paris**, 7. Febr. Wir gedenken zuerst der Rede Lamartine's vom gestrigen Tage ausführlicher, der wir bisher nur kurz erwähnen konnten. Nachdem er sich für den Vorschlag Lanjuinais' ausgesprochen, verbreitet er sich über seine politischen Ueberzeugungen im Allgemeinen. Aus der, mit glänzenden Einfällen untermischten, aber verworrenen Rede geht so viel hervor, daß Lamartine seiner Ueberzeugung nach zwar immer Republikaner und zwar gemäßigter Republikaner ist (er bricht entschieden mit der Bergpartei, deren Heftigkeit und extremen Ansichten er die ganze Abneigung des Landes gegen die Republik Schuld gibt), daß er aber vor allen Dingen das Resultat des allgemeinen Stimmrechts heilig hält. Bezeichnend sind seine Worte: „Wenn es wahr wäre, daß Frankreich nicht republikanisch ist, womit wollt ihr Frankreich zwingen, es zu sein? Und wenn ihr kein Vertrauen auf das allgemeine Stimmrecht habt, d. h. auf das Gewissen des Landes, worauf habt ihr denn Vertrauen?" Die Rede, von den heftigen Unterbrechungen der Bergpartei begleitet, ruft eine große Bewegung in der Versammlung hervor. Wäre unter dem Eindruck derselben über den Vorschlag Lanjuinais abgestimmt worden, so wäre das Resultat noch weniger zweifelhaft gewesen. Einige Mitglieder der Linken, namentlich Hr. Grevy, widersetzen sich dieser Abstimmung und der Präsident Marrast hebt plötzlich in Mitten eines allgemeinen Tumults die Sitzung auf.

Die heutigen Journale beschäftigen sich alle mit dieser Rede, so wie mit der von Felix Pyat. Letztere ist das Testament des Berges, der mit Zuversicht auf das Jenseits der Zukunft blickt; erstere ein politischer Akt, wodurch ein Mann, dem schon so oft politischer Wankelmuth vorgeworfen worden ist, abermals eine neue Farbe anzunehmen scheint. Auch nehmen die konservativen und monarchischen Journale, wie die Debats, der Constitutionel, die Assemblée Nationale, die Union, das Univers ihn nur mit Mißtrauen und Vorsicht als neuen Bundesgenossen auf und mäßigen ihr Lob durch kleine Ausstellungen an seiner Rede und ihre Freude durch die mehr oder minder offene Erklärung, daß Lamartine keine politische Capazität ist. Der Constitutionel vergleicht die Rede Lamartine's mit einem glänzenden Feuerwerk: „Prächtige Feuergarben, weiße, blaue und selbst rothe Lichter steigen in Menge empor und Jeder findet eine Farbe, die er liebt. Allein plötzlich verstummt das Wort, das Feuerwerk erlischt, und man ist überrascht, dieselbe Dunkelheit wie vorher im Raume und in seinem Kopfe wieder zu finden. Die republikanischen Journale schleudern ihren Fluch auf Lamartine, nennen ihn geradezu einen Apostaten an der Republik. Besonders heftig ist die Sprache des Peuple, des Organes Proudhon's. „Er hat, heißt es in diesem Blatt, den Sozialismus mit derselben Stimme besungen, mit der er die Krönung Karls X. besang; er nannte den Sozialismus „„die gesellschaftliche Wahrheit"". Der Sozialismus ist für ihn heute Nichts als eine ruchlose und phantastische Doktrin. Alles hat sich rund um diesen Dichter — Redner — Staatsmann verändert, er selbst ist unverändert: er ist, was er gestern war: der Mann der Nichtigkeit und des Phrasenmachens." Die „Presse" allein (wir erinnern an die früheren freundschaftlichen Beziehungen zwischen Lamartine und E. de Girardin) hat volles Lob für Lamartine, besonders weil er sich endlich offen von Ledru Rollin losgesagt hat. Die Presse sieht in Lamartine, was sie immer in ihm gesehen: „den Vertheidiger der Ordnung, den einsichtsvollen Konservativen, den Mann des Regierens."

Aus der heutigen Sitzung sind die Reden Sénard's und Dufaure's zu erwähnen. Der erstere spricht zur Unterstützung seines Vorschlags und beruft sich dafür vorzüglich auf Gründe der Zweckmäßigkeit. Er fürchtet, daß die Versammlung nach Festsetzung eines bestimmten Datums zu ihrer Auflösung zu ernsten Arbeiten unfähig sei; denn die einzelnen Mitglieder würden sich von da an nur mit ihrer Wiedererwählung beschäftigen. Lanjuinais weist Sénard's Vorschlag zurück; dieser Vorschlag sei nichts Anders, als ein verkapptes und unbestimmtes Hinausschieben seines Antrags zur Auflösung. Sénard antwortete, wenn er eine solche Absicht gehabt hätte, so würde er sie frei herausgesagt haben, wie dies immer seine Gewohnheit gewesen. Er behauptet abermals, daß sobald das Wahlgesetz beendet, jede fernere Arbeit, sogar das Gesetz über die Verantwortlichkeit des Präsidenten, nicht mehr vorgenommen werden könnte, und erklärt, daß, wenn der Antrag von Lanjuinais durchgehe, er vorschlagen werde, daß die Versammlung auseinandergehe, sogar ohne das Wahlgesetz gemacht zu haben. (Allgemeine Aufregung). Der Redner erinnert, daß die Majorität unmittelbar nach der Ernennung des Präsidenten der Regierung ihren aufrichtigen Beistand versprochen habe, mit der einzigen Bedingung, daß dieselbe im Wirkungskreis der Konstitution sich bewege. Warum würden diese freundlichen Verhältnisse modifizirt? „Das Ministerium schloß mit Unrecht aus den Angriffen einzelner Individuen, daß es kein Vertrauen in die Majorität haben dürfe."

Dufaure: „Erfüllen wir unsere Pflicht getreu bis ans Ende, damit die uns nachfolgende legislative Versammlung nicht gleich bei ihren ersten Schritten durch die Behauptung geschwächt werde, daß sie das Produkt eines unvollkommenen Gesetzes sei. Die Ministerialfrage ist eine Nebensache, das Interesse des Landes muß uns vor Allem beschäftigen. Der Vorschlag des Hrn. Lanjuinais ist der Würde der Versammlung am angemessensten und verdient nicht den Vorwurf der Unbestimmtheit. Der Hauptfehler des Antrages von Hrn. Sénard ist, daß derselbe die Entscheidung der Frage hinausschiebt, ohne sie zu lösen. Die Bemerkung, daß die Nationalversammlung durch Vorausbestimmung ihrer Auflösung ihren moralischen Einfluß verliere, ist übertrieben, denn sie ist in derselben Lage, wie die nachfolgenden legislativen Versammlungen, denen die Konstitution ein bestimmtes Ziel gesetzt hat. Eine solche Behauptung ist der Würde und der Ehre der Versammlung zuwider. Wenn etwas Ihrem moralischen Ansehen schaden könnte, so wäre es nur eine zu große Vernachlässigung der öffentlichen Meinung. Die gefallene Monarchie beging einen solchen Fehler, indem sie, anstatt die wahre öffentliche Meinung von den revolutionären Prinzipien bei den Banketten zu unterscheiden, gegen dieselbe leidenschaftlich sich auflehnte. In den Petitionen gegen dies Fortbestehen liegt auch etwas Revolutionäres, denn vielen derselben liegt der Wunsch des Umsturzes der Konstitution zu Grunde. Aber zu gleicher Zeit sind viele der Unterzeichner von der Ansicht geleitet, daß nur mit Auflösung der Versammlung die Konstitution wirklich in's Leben treten kann. Die Ungewißheit über den Geist, der die kommende legislative Versammlung beleben wird, ist der Grund des Stillstandes alles Handels und aller Industrie. Viele Personen, denen die Revolution harte Opfer auferlegt hatte, sind der Meinung, daß eine neue Versammlung ihre Leiden mildern werde; falsch oder wahr sind wir unserem Gewissen schuldig dieselbe Meinung zu achten. Aber auch das Interesse der Konstitution und der Republik verlangen die Annahme dieses Vorschlags. Die Furcht des Umwerfens der Republik und Konstitution durch die legislative Versammlung ist unbegründet, denn die Republik ist das Eigenthum Aller und die welche sie stürzen wollen sind nur eine schwache Minorität. Ein doppeltes Votum hat den Beweis davon geliefert. So lange die Konstitution nicht vollkommen in Ausführung gebracht ist, haben die Faktionen stets einen Vorwand zu ihrem Umsturz. Wie zur Zeit der provisorischen Gewalt keine große Maßregel im Innern oder im Auslande getroffen werden konnte, so ist dies noch heute der Fall, wo der Geist der kommenden legislativen Versammlung, von der die Hauptleitung der öffentlichen Angelegenheiten abhängt, noch unbekannt ist. Je länger die Versammlung zögert auseinander zu gehen, je mehr wird ihre Nachfolgerin von einem dem ihrigen entgegengesetzten Geist belebt sein." Diese vortreffliche Rede Dufaure's konnte ihren Eindruck nicht verfehlen; ihre praktische Wirkung haben wir schon gestern berichtet.

Die Gerüchte von einer Kabinetsänderung werden wieder dringender, namentlich beharrt die Liberté trotz der übeln Folgen,

die es schon für sie gehabt hat, bei ihren Angaben über den Rücktritt der beiden Minister Léon Faucher und von Falloux. Sie fügt indessen hinzu, daß dieselben durch Minister aus der Minorität der Nationalversammlung ersetzt werden sollen. Der Gedanke an einen Staatsstreich scheint dagegen (was vielleicht damit zusammenhängt) wieder in den Hintergrund getreten zu sein. Auch soll die Stimmung der Armee jedem Staatsstreich feindlich sein. Viele Offiziere sollen erklärt haben, daß sie die Nationalversammlung, die sie mit ernannt, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen, gegen Jedermann vertheidigen würden.

Vor einem Bilderladen im Passage Choiseul haben wiederholte unruhige Auftritte stattgefunden, hervorgerufen durch eine Art von legitimistischer Kunstausstellung. So hängt jetzt daselbst die Vignette zu einem Gesangstück, betitelt: Rückkehr des Königs Karl VII. nach Paris, welche aber die Züge des Grafen von Chambord statt der Karl's VII. darstellt. Der König trägt die Krone, das Szepter in der einen Hand, während er die andere Hand auf's Herz legt. Er reitet ein Pferd, dessen Schabracke mit Lilien durchwirkt ist.

Schließlich noch eine Geschichte, die viel Stoff zum Lachen gegeben hat. General Changarnier sitzt in einer Linie mit dem Berg, wie er sagt, um bequemer Zeitungen lesen und schreiben zu können. Bei Abstimmungen könne er sich nicht irren, er thäte immer das Entgegengesetzte wie seine Nachbarn. Als nun gestern Felix Pyat nach seiner glänzenden Rede von seinen Freunden beglückwünscht wurde und der ganze Berg sich um ihn drängte, wurde Changarnier von der Bewegung unwillkürlich mit fortgerissen, und fand sich, einmal in der Nähe Pyat's, gezwungen, ihn ebenfalls zu beglückwünschen: „Mein Herr", sagte er aber sehr geschickt, „ich kann sagen wie in England: eine Rede kann eine Meinung ändern, aber kein Votum." Sehr pikant hat man es auch gefunden, daß Perrée am Tage, nachdem seine Tagesordnung über die Ministeranklage verworfen worden, zum Schriftführer gewählt worden ist. Es lag darin zwar eine Kränkung des Ministeriums, aber wie nett auch, daß Perrée so seine eigne Niederlage und den Sieg seines Nebenbuhlers verzeichnen mußte!

Oesterreichische Monarchie.

Von der österreichischen Grenze, 6. Febr. Kremnitz befindet sich nunmehr auch in den Händen der Kaiserlichen, Neusohl wurde noch früher besetzt. Görgey hat sich aus dem sogenannten Gold- und Silberbergdistrikte nach den oberen Karpathengegenden im Arvaer und Zipser Komitate geworfen. Im Süden dringen die Serben vor. In Weißkirchen, einem größtentheils von deutschen Insassen bevölkerten Orte, ward furchtbare Exekution gehalten. Weil früher mehrere der daselbst befindlichen Serben hingerichtet worden waren, weil sie die Deutschen gemordet und verrathen, wurden etwa 50 der meist kompromittirten Bewohner gehängt, die Uebrigen schonungslos dezimirt. Knischanin soll die That zwar nicht befohlen haben, aber außer Stande gewesen sein, sie zu hindern. Die bis jetzt konservative Agramer Zeitung und mit ihr sämmtliche südslavische Organe sprechen sich günstig für die Sache der Föderation aus. (Leipz. Z.)

Donaufürstenthümer.

Aus Petersburg kam durch das russische Konsulat und ohne vorherige Verständigung und Vermittelung der Pforte an den Fürsten der Moldau ein kaiserlicher Befehl, der die Art der Rückzahlung der von Rußland den beiden Fürstenthümern gemachten Anleihe von 306,000 R. S. regelt. Es soll demnach vom 1. Jan. an in beiden Fürstenthümern die Steuer um zwei Zehntel erhöht werden, davon fällt eins auf die Dorfgemeinden, und das zweite soll von den Gutsbesitzern gezahlt werden. (D. A. Z.)

Griechenland.

** Athen, 21. Jan. Vier Mal in den letzten 14 Tagen war das Militär während der Nacht in den Kasernen konsignirt und gingen starke Patrouillen. Zugleich verbreitete sich das Gerücht, der Rebellenführer Velenzas sei in Athen, um einen Aufstand zu erregen. So fabelhaft dies nun jedem Vernünftigen erschien, so hielt man doch jene Maßregeln für rathsam, vielleicht weil einige Machthaber ein böses Gewissen haben und Gespenster sehen. Es ist allgemeines Gefühl, daß es so nicht bleiben könne, daher die häufige Ankündigung von Aufruhr und die Vorkehrungen dagegen.

General Gardikiotis nährt in seinem Hause eine Leibwache von 52 erprobten Palikaren, die rühmen, er könne auf dreitausend Flinten rechnen. Mit ihm sind die Mauromichaelis verbündet, worunter der Kriegsminister. Die lästige Presse wollen sie auf eigenthümliche Weise unter Censur stellen. Als die „Konstitutionelle" gegen das große Avancement schrieb, hinzusetzend, die Mauromichalis hätten als Ungelehrte dem Staat schon Millionen gekostet, fiel die Aeußerung: Allerdings führen wir nicht die Feder, aber den Stock. Der Verfasser jenes Artikels erwiederte, er fürchte die Drohung nicht; und wenn er unter den Keulen der Hofherrn den Geist aufgeben müsse, so werde er noch im letzten Athemzuge behaupten, ein treuerer Unterthan des Königs zu sein, als die Schmeichler. Das Verfahren derselben, jeden irgend Befähigten, der die Angelegenheiten des Landes zum Besseren lenken könnte, in der Meinung des Königs zu Grunde zu richten, sei nur zu bekannt. Der verstorbene Bassos habe erzählt, wie er, um den Charakter eines bedeutenden Mannes gefragt, denselben gelobt habe. Er bekam zur Antwort: Ich habe das Gegentheil gehört. Darauf Bassos: E. M., ich kenne den Mann zehn Jahre, wer ihn schlecht nennt, ist ein Bösewicht. Jetzt habe der König gelacht, und verblüfft habe Bassos zu spät gemerkt, daß ein anderer Adjutant seinen Bekannten freundlichst gekennzeichnet hatte. Gingen die Hofherrn jetzt so weit — schließt der Konstitutionelle — jedem freimüthigen Publizisten durch Drohungen oder Handlungen den Mund zu schließen, so würde unfehlbar Europa glauben, der König habe Gefallen an Gewaltthaten. Der Minister des Innern, Londos, möchte die Kammer auflösen und das allgemeine Wahlrecht durch einen Census ersetzen. Die Bosheit, mit welcher ihn der Abgeordnete Cleomanes in seinem Journal des Débats der Ermordung Capodistrias' und der Verschwörung gegen den König zu verdächtigen sucht, ist ein Beweis des Aergers darüber. Uebrigens würde nach Londos Plan schwerlich etwas gebessert, sondern nur der Einfluß der Vornehmen vermehrt werden, denn das größere Uebel des Wahlgesetzes besteht in der auf die Provinz beschränkten Wählbarkeit.

Noch ist eines wunderlichen Rathes der „Hoffnung" zu erwähnen, deren Redakteur zu Maurokordatos, zur englischen Gesandtschaft und zu Londos selbst in Beziehung steht. Sie empfiehlt der Regierung folgenden Staatsstreich gegen die Kammern: „das Hauptübel, — sagt sie — „ist, daß jeder Grieche sich für fähig hält, jedes Amt zu bekleiden. Die immer blutige Wahl der Gemeinderäthe, der Bürgermeister und der Abgeordneten fällt daher auf die geschicktesten Intriguanten und auf die verwegensten Gesetzverächter. Wenn ein Europäer, die Kammer beobachtend, diese, wie es sein soll, für die Blüthe der Nation hielte, müßte er glauben, er befinde sich im Hottentottenland oder in einer Kolonie von Botanybai. Ersetzen wir daher die Wahl durchs Loos. Aus den Geschwornenlisten werden alljährlich die Senatoren und Abgeordneten, die Bürgermeister und Gemeinderäthe gelooſ't. Die jetzigen Kammern werden freilich nicht einwilligen, aber frage man sie nicht, sondern lege man die geschehene Maßregel den künftigen Kammern zur Genehmigung vor." So meint die „Hoffnung" in Griechenland eine demokratische Monarchie herstellen zu können, obgleich manche ihrer Freunde nicht recht an die Vereinbarlichkeit zwei entgegengesetzten Begriffe glauben wollten.

Frankfurter Börsenbericht.
(Wochenbericht.)

Die Schwankungen der österr. Fonds waren in vergangener Woche nicht von Belang. 5pCt. Metall. variirten zwischen 76 und 75½, 2½pCt. zwischen 40 und 39½, Bankaktien zwischen 1210 und 1200, fl. 500 Loose (nach der Ziehung) zwischen 128¾ und 127¾, fl. 250 Loose zwischen 81¼ und 80½. Im Allgemeinen läßt sich sagen, daß die Stimmung für östereichische Fonds keine besonders günstige war, wie denn das successive Fallen derselben zu Ende der Woche dazu Zeugniß gibt. Es liegt so manches vor, was der Spekulationslust in diesen Papieren Eintrag thut. Zuvörderst die Erwartung eines neuen Anlehens. Bereits hat das Handlungshaus Sina in Wien seinen hiesigen Korrespondenten vorläufig von dem bevorstehenden Abschluß einer neuen 5pCt. und 2½pCt. Anleihe von 60 à 70 Millionen Gulden Kenntniß gegeben und zur Betheiligung aufgefordert. Ueber die nähern Bedingungen verlautet noch nichts. Eben so wenig lassen sich die Namen der Mitkontrahenten mit Bestimmtheit angeben. — Dieses zur Berichtigung der in der vorgestrigen Beilage enthaltenen Notiz. Daß die bevorstehende Entwickelung unserer Verfassungs- und Oberhoheitsfrage, wie sie namentlich durch die letzte österr. Note in ein neues Stadium der Verwickelung getre-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 12. Febr. Versammlungen von Abgeordneten über die österreichische Note. Parade. Prinz Adalbert von Preußen.) Wien (Essegg angeblich übergeben.) Kremsier (Grundrechte.) Berlin (Gesetze über Gewerbswesen. Wahlen. Die Gebäude für die Kammern. Schramm. Politische Prozesse) München (Demonstration. Die Ministerkrisis) Hannover (Kammerverhandlungen.) Weimar (Ansprache des Reichskommissärs.) Schleswig (Adresse über die preußische Cirkularnote. Antwort der Regierung wegen der Rüstungen. Deputationen.)

Frankreich. Paris (Sitzungen vom 8. und 9. Februar. Vorschlag des spanischen Kabinets.)

Oesterreich. Monarchie. Brody (Oesterreichs Verfahren im Osten.) Hermannstadt (Günstige Wendung für die kaiserlichen Waffen.)

Schweiz. Bern (Mißstimmung gegen die Schweizer in Italien.) Solothurn (Oesterreichische Flüchtlinge.) Neuenburg (Maßregel der Regierung.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 12. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 12. Februar.

Tagesordnung der 168. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte: Art. IX. — Art. XII. §. 43 — 48.

Um 9¾ Uhr Vormittags eröffnet der Präsident, Herr Eduard Simson, die Sitzung. Während das Protokoll verlesen wird, treten mehrere Mitglieder des Reichsministeriums in das Haus, Herr Heinrich v. Gagern an ihrer Spitze, um ihre gewöhnlichen Plätze einzunehmen. Der Abgeordnete, Herr Mandrella, zeigt seinen Ende dieses Monats erfolgenden Austritt an und 113 Thaler gehen als Flottenbeitrag durch die Eupel'sche Hofbuchhandlung in Sondershausen ein. Dann theilt der Vorsitzende das Schreiben des Präsidenten des Reichsministeriums mit, womit derselbe die Note der kaiserlich österreichischen Regierung vom 4. Februar der Nationalversammlung überreicht. Diese Note (vergl. unsere Beilage vom 10. Febr.) wird hierauf von dem Schriftführer, Hrn. Martens, verlesen. Ihr bereits seit zwei Tagen aus den Zeitungen bekannter Inhalt erregt keine bedeutungsvolle Bewegung. Sie wird mit Ruhe angehört — nur bei der nicht sehr diplomatisch-klaren Bezeichnung des Bildes von Deutschland, welches Oesterreich „vorschwebt," geht ein Murren hier, ein Lachen dort durch das Haus und einige andere Stellen der Note werden durch ein „Hört! Hört!" nachdrücklicher betont. Eben so schließt die Vorlesung ohne irgend eine Aeußerung des Beifalls oder der Zurückweisung. — Das Wort ergreift darnach Herr Eisenmann: Wäre die Note nur durch die Presse veröffentlicht werden, so könnten wir sie ignoriren. Allein sie geht uns auf amtlichem Wege zu und so wäre es denn nicht anständig, eine Antwort darauf zu verweigern. Der Herr Präsident schlägt vor, die Note dem Verfassungsausschusse zu übergeben. Ich denke jedoch, das Haus muß selbst einen Beschluß darüber fassen, wie es seine Berathungen fortsetzen will. Herr Reichensperger spricht darauf seine Freude darüber aus, daß der Inhalt der Note wenigstens die Befürchtung widerlege, daß Oesterreich nicht in den deutschen Bundesstaat eintreten wolle (Gelächter). Außerdem sei den Nachrichten aus München zufolge die Mittheilung einer sehr prägnanten Thatsache zu erwarten, die auf unser Verfassungswerk von Einfluß sein könnte. Er schlägt daher vor, von der österreichischen Note indessen einfach Akt zu nehmen. Herr Giskra erklärt sich gegen den Antrag Reichenspergers. Es werde von der österreichischen Regierung ein Schritt der Versammlung erwartet und es müsse etwas Bestimmtes geschehen. Der Weg dazu sei durch die Annahme des Gagern'schen Programms vorgezeichnet. Vor den zur Begutachtung dieses Programms ernannten Ausschuß gehöre die Note. Herr Jahn aus Freiburg beantragt (schriftlich) daß über die österreichische Note zur Tagesordnung übergegangen werde.

Herr Georg Beseler: Ich bin ganz der Ansicht des Hrn. Reichensperger, daß wir uns vor der Hand jeder Erklärung über die österreichische Note enthalten sollen. Ich denke unser Verfassungswerk soll die Antwort darauf geben. Wird daher die Note dem Verfassungsausschusse überwiesen, so fordere man keinen eigentlichen Bericht darüber.

Präsident des Reichsministeriums Herr Heinrich v. Gagern: Meine Herrn, ich habe auf zwei Bemerkungen zu antworten, die von Vorrednern geäußert wurden. Einmal weise ich die Beschuldigung (Herr Eisenmann hatte dergleichen angedeutet) zurück, als habe das Ministerium als solches irgend einen ungeeigneten Einfluß auf die Behandlung dieser Sache, auf die Bestimmung der Geschäftsordnung ausüben wollen. Ich kann vielmehr dem Hrn. Eisenmann versichern, daß von mir Schritte gethan sind, um die Zeit zur Verständigung zu gewinnen, die er wie ich wünscht. Dann habe ich einen Irrthum des Hrn. Giskra zu berichtigen. Ich betrachte dieses Reskript der österreichischen Regierung an ihren Bevollmächtigten keineswegs als eine Antwort auf diejenigen Mittheilungen, welche das Ministerium in Folge der ihm von der Nationalversammlung zur Verhandlung mit Oesterreich ertheilten Ermächtigung in verschiedenen Punkten erlassen hat. Es ist dies nicht bloß meine persönliche Meinung, sondern ich kann versichern, daß ich mich über diesen Umstand, ob dies Reskript eine Antwort sein solle, mit dem Herrn Bevollmächtigten von Oesterreich benommen habe, und daß er in dieser Beziehung derselben Meinung ist, wie ich. Wäre es anders, meine Herren, hätte ich dieses Reskript der österreichischen Regierung an ihren Bevollmächtigten als eine Antwort auf die Mittheilungen des Ministeriums zu betrachten gehabt, so würde ich es als eine Pflicht erachtet haben, der Nationalversammlung zugleich von allen denjenigen Schritten Rechenschaft abzulegen, welche seit der Zeit der Ermächtigung vom Ministerium geschehen sind, indem alsdann die Ermächtigung durch diese Antwort ihren Abschluß erhalten haben würde. (Zustimmung von der Mehrheit des Hauses.)

Herr Rösler von Oels: Eine Note der größten deutschen Macht darf von dem Verfassungsausschusse nicht behandelt werden, wie jede andere beliebige Eingabe. Sie gehört vielmehr an den zur Begutachtung des Gagern'schen Programms niedergesetzten Ausschuß.

Herr Rüder aus Oldenburg: Es kann nicht für jede einzelne Erklärung jeder deutschen Regierung ein besonderer Ausschuß gesucht oder geschaffen werden. Die Note gehört daher ihrem Inhalte nach an den Verfassungsausschuß. Herr Berger aus Wien: Die Ansichten des österreichischen Kabinets und die ganze Politik Oesterreichs ist seit den letzten Monaten in fortwährender Schwankung. Das Resultat unserer Versammlung aber ist, daß wir uns auf dem Boden der Vereinbarung befinden. (Widerspruch) Theoretisch vielleicht hält noch ein Theil des Hauses an einem andern Prinzipe fest, allein praktisch haben wir uns in den Winkel der Vereinbarung verrannt. Wir müssen daher unter Auflösung des Verfassungsausschusses einen neuen Ausschuß für die österreichische und ähnliche Noten haben: einen Vereinbarungs-Ausschuß. (Bewegung des Unwillens.)

Herr Künßberg kommt auf seinen Antrag zurück, der auf Niedersetzung eines neuen Verfassungsausschusses geht, bis dahin solle man eine Erklärung über die Note aufschieben.

Herr Fuchs aus Breslau. Könnten wir weiter nichts thun, als uns mit 34 deutschen Regierungen vereinigen, so wären wir mit unserm Werke zu Ende. Aber so steht es nicht, und nimmermehr werde ich an der Wahl eines Vereinbarungsausschusses Theil nehmen.

Herr Venedey: Die österreichische Note will uns herabwürdigen, sie will nicht einmal mit uns, sie will nur mit den Fürsten vereinbaren. Sie gehört nicht an den Verfassungsausschuß, sondern muß einem besondern Ausschusse zugewiesen werden.

Herr Riesser aus Hamburg ist für die Verweisung an den Verfassungs-Ausschuß, wodurch der Selbstständigkeit der Versammlung nichts vergeben werde. Von dem einen Vorredner ist befürchtet worden, die Note werde zu wenig, von dem andern sie werde zu sehr berücksichtigt werden. Allein der Verfassungsausschuß hat nichts als das Werk der Einheit und Freiheit Deutschlands im Auge, seiner Prüfung ist zu überlassen, in wie weit dem Inhalt der Note ein Einfluß auf die Verfassungsarbeit zu gestatten.

Die Versammlung entscheidet sich hierauf für den Schluß der Debatte über den behandelten Gegenstand, worauf die verschiedenen Anträge zur Unterstützung kommen. Bei der Abstimmung werden die Anträge der Herren Künßberg und Reichensperger abgelehnt, und dagegen wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen, daß die österreichische Note dem Verfassungsausschusse übergeben werde.

Hr. Martiny aus Friedland fragt an, ob das Reichsministerium Schritte gethan, an den Brüsseler Unterhandlungen über die italienischen Angelegenheiten Theil zu nehmen und in welcher Weise es seine Bevollmächtigten instruirt habe.

Der Uebergang zur Tagesordnung führt die Versammlung zur Berathung über Artikel IX §. 43, der von dem Verhältnisse der Gemeinden zum Staate handelt.

Hr. Schulz von Weilburg will die vielfach willkürliche Eintheilung der Kreise auf ihre natürlichen Verhältnisse zurückgeführt sehen. Die germanische Freiheit verlange, daß, wie die Gemeinden, so auch die Gemeindeverbände das Recht der Selbstverwaltung hätten. Deßhalb beantragt er einen Zusatz zu §. 43, wonach gleiche Bestimmungen wie für die Gemeinden auch für größere Verwaltungsbezirke gelten sollen, welche, gleichviel unter welchem Namen, zu gemeinsamen Zwecken in den einzelnen Staaten bestehen oder neu gebildet werden. Herrn v. Nagels aus Oberviechtach Verbesserungsanträge weichen wesentlich nur in dem Punkte von den Vorschlägen des Entwurfs ab, daß er die Bestimmung über die Bürgerwehr in Wegfall bringen will. Hr. Rheinwald empfiehlt namentlich den von dem abwesenden Hrn. Fetzer beantragten Zusatz: daß den Gemeinden, wie die Wahl der Vorsteher und Vertreter so auch das „Recht ihrer periodischen Erneuerung" zugesprochen werde.

Hr. Evertsbusch aus Altena (Westphalen): das Oberaufsichtsrecht des Staates ist nicht blos im öffentlichen, sondern auch im Interesse der Gemeinden selbst auszuüben. Es muß eine Behörde vorhanden sein, welche die Gemeinden gegen leichtsinnige und gedankenlose Schritte ihrer Vorsteher schützt. Er erklärt sich also für den Zusatz des Hrn. Naumann, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden der verfassungsmäßigen Oberaufsicht des Staats unterstellt werde. — Hr. Rüder aus Oldenburg findet es bedenklich, daß allen Gemeinden, mithin selbst den kleinsten auch die Polizei übertragen werde. Die Handhabung derselben werde in vielen Fällen viel mehr eine Last als ein Recht für sie sein.

Herr Naumann aus Frankfurt an der Oder: Die Bestimmungen über die Bürgerwehr, als ein Theil der Volkswehr gehöre in das Reichswehrgesetz, nicht in die Grundrechte. Durchaus mißlich sei es, die Ortspolizei unbedingt in die Hände der Gemeinde zu legen. Nicht blos an Personen von der nöthigen Befähigung z. B. eine Korrespondenz zu führen, sondern auch an Personen von der nöthigen Autorität werde es häufig fehlen. Auf den Wegebau und ähnliche wohlfahrtspolizeiliche Maßregeln weist der Redner hin, um die Gefahr zu zeigen, welche der Staat dabei läuft, wenn er jeder Oberaufsicht entsagt. Nur darauf, daß die Aufsicht eine verfassungsmäßige und begrenzte sei komme Alles an.

Als Berichterstatter nimmt Hr. Georg Beseler das Schlußwort, worauf der Paragraph in folgender Form unter der Abstimmung hervorgeht:

Artikel IX. §. 43. Jede deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung:
- a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter,
- b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei,
- c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushalts,
- d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen, soweit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten."

Damit sind die Bestimmungen über die Bürgerwehr gefallen, diejenige von der Ortspolizei hingegen ist geblieben und von den vorgeschlagenen Zusätzen ist weder die von der rechten Seite vorgeschlagene Beschränkung der Gemeindefreiheit — Oberaufsichtsrecht des Staats — angenommen worden, noch irgend eine der von der Linken vorgeschlagenen Erweiterungen.

An der Debatte über den folgenden Paragraphen betheiligen sich nur kurz Hr. Moritz Mohl und Hr. Würth von Sigmaringen sowie der Berichterstatter. Die Abstimmung ergibt darnach:

§. 44. Jedes Grundstück muß einem Gemeindeverbande angehören. Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien sind der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Der Zusatz von Laube und Genossen: „Jeder Deutsche muß einer Gemeinde angehören" — wird abgelehnt.

Noch zeigt der Präsident nachträglich einen Austritt aus der Nationalversammlung, nämlich den des Herrn Wachsmuth aus Hannover an. Dann wird die Fortsetzung der heutigen Berathung auf morgen vertagt.

—x **Frankfurt**, 12. Febr. In Folge der neuesten österreichischen Erklärung haben gestern und vorgestern Besprechungen theils unter den österreichischen Abgeordneten, theils unter denen, welche überhaupt für ein Festhalten Oesterreichs bei Deutschland um jeden Preis sind, stattgefunden. Die Oesterreicher unter Schmerlings (!) Vorsitz haben berathen, was ihnen nun in Folge jener Erklärung zu thun obliege. Einzelne sollen die Ansicht geäußert haben, man müsse seitens der österreichischen Abgeordneten erklären, daß man nicht gewillt sei, die Begründung des Bundesstaats, wie das übrige Deutschland und die Mehrheit der Nationalversammlung ihn für nothwendig halte, zu stören, ja es ist sogar von einem Austritt der österreichischen Abgeordneten, als der besten Bestätigung der Aufrichtigkeit dieser Willensmeinung, die Rede gewesen. Die Mehrheit hat jedoch, dem Vernehmen nach, sich über eine bestimmte Richtung einer zu erlassenden Erklärung nicht einigen können, und also nur eine Kommission niedergesetzt, um den Entwurf einer solchen in einer nächsten Zusammenkunft vorzulegen. Als Mitglieder dieser Kommission werden genannt die Herren Berger, Beda Weber und Würth. — Die andere Zusammenkunft war von den Herren Somaruga, Welcker und Heckscher (!) veranlaßt und von etwa 10 bis 50 Abgeordneten besucht. Unter verschiedenen Vorschlägen, die hier gemacht wurden, gewann zuletzt der die Mehrheit, daß man, gegenüber der österreichischen Erklärung, welche das Verhältniß Oesterreichs zum deutschen Verfassungswerke immer wieder nur negativ auffasse, mit positiven Vorschlägen in dieser Hinsicht hervortreten müsse, wenn man einen wirklichen Einfluß auf den Fortgang der Verfassungsverhandlungen gewinnen wolle. Zur Formulirung derartiger Vorschläge ward ebenfalls eine Kommission aus 9 Mitgliedern bestellt. Von der andern Seite hat unter denen, welche das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Sinne des Gagern'schen Programms auffassen, eine Verständigung dahin stattgefunden, daß man auf jene Erklärung direkt gar Nichts thun, dagegen unbeirrt davon in dem Verfassungswerk vorwärts schreiten und insbesondere die zweite Lesung der einmal berathenen Theile, sobald der Verfassungsausschuß die nöthigen Vorlagen gemacht haben wird (was hoffentlich noch vor Ende dieser Woche geschieht), ungesäumt beginnen, und möglichst rasch zum Abschluß führen müsse. Da man im Laufe dieser Woche den Eingang der Erklärungen der übrigen deutschen Regierungen (gemäß der preußischen Cirkularnote) erwarten darf (so weit dieselben überhaupt sich zu solchen herbeilassen werden), so würde, wenn nicht der Verfassungsausschuß wider Verhoffen zögern sollte, die zweite Lesung des Abschnitts vom Reiche, der Reichsgewalt, daher wohl am nächsten Montag beginnen können, da die Berathung der noch rückständigen Grundrechte jedenfalls, selbst wenn man sofort die zweite Lesung derselben vornehmen sollte, in dieser Woche beendet werden kann, andre dringende Gegenstände aber nicht vorliegen.

—x **Frankfurt**, 12. Febr. In die von der gestrigen Versammlung österreichischer und anderer Abgeordneten niedergesetzte Kommission zur Entwerfung bestimmter Vorschläge für das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sind gewählt: die Herren Heckscher, Welcker, Edel, Sommaruga, Giskra, Würth, Wydenbrugk und Herrmann.

♈ **Frankfurt**, 11. Febr. Zu Ehren des Prinzen Adalbert von Preußen, der morgen auf längere Zeit von seiner hiesigen Stellung scheidet, fand heute Mittag eine große Parade statt, bei welcher alle hier concentrirten Reichstruppen durch einzelne Züge und Abtheilungen vertreten waren. Der Prinz nahm von dem gesammten Offizierkorps freundlichen Abschied.

Wien, 7. Febr. Der Lloyd enthält die wichtige Nachricht, daß Esseg am 29. Jan. kapitulirt, Batthyany mit seinen Offizieren geflüchtet und die Honveds die Waffen gestreckt hätten. Auch sollen die Magyaren in Peterwardein am 30. Jan. an das Carlovicer Centralkomite Parlamentäre zu Unterhandlungen gesendet haben.

Kremsier, 6. Febr. Die in der heutigen Reichstagssitzung nach einer unerheblichen Debatte und nachdem sämmtliche darauf Bezug nehmende Anträge beseitigt worden waren, in ihrer ursprünglichen Fassung angenommenen §§. 11 und 12 der Grundrechte lauten nunmehr vollständig: „§. 11. Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; jedoch sind Volksversammlungen unter freiem Himmel vorläufig der Sicherheitsbehörde anzuzeigen, dürfen aber nur in Fällen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit untersagt werden. Keine Abtheilung der Volkswehr darf als solche über politische

Fragen berathen oder Beschlüsse fassen. §. 12. Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, ohne behördliche Bewilligung Vereine zu bilden, insofern Zwecke und Mittel der Vereinigung weder rechtswidrig noch staatsgefährlich sind. Die Regelung dieses Rechts darf nur durch ein Gesetz geschehen".

* **Berlin.** Der Staatsanzeiger vom 11. Februar enthält zwei Gesetze, welche eine vollständige Umgestaltung des Gewerbewesens in sich schließen. Statt der unbeschränkten Gewerbefreiheit, die bisher in Preußen gegolten hat, soll die Ausübung der Handwerke an den Nachweis der Befähigung und einer vorgeschriebenen Lernzeit gebunden sein; ebenso wird wieder eine gewisse Ausschließlichkeit der einzelnen Handwerke eingeführt. Zur Beförderung der Interessen des Gewerbestandes werden Gewerberäthe aus dem Handwerker-, Fabrik- und Handelsstande mit berathender Stimme errichtet. Die Streitigkeiten zwischen Gewerbtreibenden untereinander und mit ihren Gesellen und Gehülfen sollen durch Schiedsgerichte aus ihrer eignen Mitte erledigt werden. — Wir geben morgen über die wichtigsten Bestimmungen ausführliche Rechenschaft.

Berlin, 9. Febr. Zu Abgeordneten für die zweite Kammer sind ferner gewählt worden:

Provinz Brandenburg. Regierungs-Bezirk Frankfurt a. d. O.
Landrath Meyer. Stadtrichter Stolle.

Provinz Preußen. Regierungs-Bezirk Königsberg.
Gutsbesitzer Barthels (Banners), Bürgermeister Feitsch (Mühlhausen), Landrath von Regalien (Labian), Bank-Direktor Mac-Lean (Königsberg), Stadtrichter Urban aus Nordenburg, Rektor Großjohann auf Gardauen, Erzpriester Blockhagen in Allenstein, Kaufmann und Rittergutsbesitzer Karl Pruß in Bischoffsburg.

Regierungs-Bezirk Danzig.
Buchdruckereibesitzer Agathon Wernich in Elbing, Deichgraf Böthke, Gutsbesitzer von Klinezki-Rautenberg, Pfarrer Sliba, Kanonikus Richter, Gutsbesitzer von Jaczkowsky auf Jablowo, Gutsbesitzer Jagkowski.

Regierungs-Bezirk Gumbinnen.
Gutsbesitzer Zachow, Gutsbesitzer Meyhöffer (Scharkammen), Gutsbesitzer Zechling, Gutsbesitzer Ebhard.

Regierungs-Bezirk Marienwerder.
Schulrath Kellner (Marienwerder), Gutsbesitzer von Raabe (Leßniau), General-Landschaftsrath von Auerswald (Plauthen), Landschafts-Rath Kerber auf Korberode, Gutsbesitzer Salerszyezki, Kaufmann Weese, Probst Bortuszkewicz.

Provinz Schlesien. Regierungsbezirk Liegnitz.
Justiz-Kommissarius Haak, Justiz-Kommissarius Heitemeier.

Provinz Posen. Regierungs-Bezirk Posen:
Wirth M. Palacz, Gutsbesitzer Lipski auf Lewkow, Lisiecki aus Pleschen, Professor Olawski, Landrath Bauer.

Regierungs-Bezirk Bromberg.
Oberlehrer Dr. Piegsa aus Trzemezno, Kath. Pfarrer Dr. Kaliski auf Jacice, Pfarrer Janiszewski, Direktor Liebelt.

Im Ganzen rechnet man, daß von 332 bekannt gewordenen Wahlen 181 der Rechten und dem rechten Centrum, 151 dem linken Centrum und der äußersten Linken angehören.

* **Berlin**, 9. Febr. Die beiden Gebäude für die erste und zweite Kammer sind in diesen Tagen unter Dach gekommen.

Heute Morgen versuchte der ehemalige Abgeordnete für Striegau, Referendar Schramm, abermals mittelst der Frankfurter Eisenbahn in Berlin einzudringen. Den ihn erkennenden Schutzmännern suchte er durch die Flucht zu entwischen. Er hielt erst Stand, als ihn ein Soldat mit Niederschießen bedrohte, sprach aber die Drohung aus, nach Sibirien auszuwandern, wenn solches Benehmen der Behörden nicht bald aufhöre.

Heute wurde der Büchsenmacher Sieber vom hiesigen Kriminalgerichte wegen Majestätsbeleidigung zu Verlust der Nationalkokarde und 2 Jahr Zuchthaus verurtheilt; dagegen wurde der unter gleicher Anklage vor Gericht gestellte Privatsekretär Krause aus Danzig von der Anklage entbunden.

Die beiden heute vor unserm Kriminalgericht verhandelten Preßprozesse sind vorzugsweise Gegenstand der politischen Tagesdiskussion. Der erste betraf eine im Verlage des Kunsthändlers Hirsch (bekannt durch den Verlag verschiedener Karrikaturen aus der Paulskirche) erschienene Karrikatur, welche nach Ansicht des Staatsanwalts den Prinzen von Preußen persifliren sollte. Der Angeklagte wurde nur von der Anklage entbunden und die Kosten niedergeschlagen. Als Vertheidiger fungirte Herr Referendarius Meyen, der besonders hervorhob, wie nach der Verfassung vom 5. Dezember 1848 alle Staatsbürger gleichberechtigt seien und wie durch die aktive und passive Wahlberechtigung der Prinzen des königl. Hauses diese lediglich als Staatsbürger betrachtet würden, insonders da auch die Verfassung selbst ihnen nicht besondere Rechte vorbehalte. Der Gerichtshof trat jedoch dieser Ansicht nicht bei, hielt vielmehr die älteren Gesetze wegen Beleidigung von Mitgliedern des königl. Hauses noch für maßgebend, und entband den Angeklagten nur um deßhalb von der Anklage, weil der Bezug, den die Karrikatur auf den Prinzen haben sollte, nicht nachgewiesen wurde.

0 **München**, 10. Febr. Gestern Mittag forderten die beiden ultramontanen Vereine für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit und von St. Vincenz v. Paula in großen Plakaten auf, an einem Fackelzuge Theil zu nehmen, den man dem Könige als Zeichen monarchisch-konstitutioneller Gesinnung bringen wolle, zu einer Zeit, wo durch die unbedingte Annahme der deutschen Grundrechte die Monarchie gefährdet werde. Neben diesen Maueranschlägen wurden nach wenigen Stunden andere angeheftet, die eine Aufforderung an das Deutsche Volk innerhalb der Mauern der Stadt enthielten und zur Ruhe und zum Festhalten am Gesetze ermahnten, sie waren unterzeichnet: mehrere aus dem Volke, und rührten von der liberalen Partei her. Trotz diesen Mahnungen zur Ruhe war man doch nicht unbesorgt für den Abend, an welchem sich gegen 7 Uhr ein Zug von mehreren tausend Fackelträgern über den Maximiliansplatz durch die Prannerstraße zur Residenz bewegte. Große Massen Volks begleiteten unter Pereatgeschrei, Zischen und Halloh den Zug, den man am Ständehause Halt zu machen zwang, um Hrn. von Abel und der Rechten ein Pereat, der Linken ein Hoch zu bringen. Der König war von Nymphenburg hereingekommen, und erwartete in dem gegen die Seite des Hofgartens gelegenen Theile der Residenz seine geliebtesten Unterthanen. Mehrere Hochs wurden dem König gebracht, aber auf ein Jedes derselben folgte ein donnerndes Hoch der Linken. Einige Wenige, die die Republik leben ließen, wurden arretirt und sofort auch die Truppen konsignirt. Starke Patrouillen durchzogen bis spät in die Nacht die Straßen der Stadt, in der bis zur Stunde ungestörte Ruhe herrscht. Wer dem König zur Annahme dieser gegen die Mehrheit der Volksvertreter gerichteten Demonstration rieth, hat es zu verantworten, wenn zu den vielen Ursachen der Mißstimmung gegen den König eine neue hinzugekommen ist. Die Ministerkrisis ist noch nicht zu Ende; der König will die bisherigen Minister nicht entlassen, Beisler soll sich aber entschieden geweigert haben, das Portefeuille zu behalten. Vielleicht daß die übrigen bleiben und das Ministerium des Innern Hegnenberg oder Lerchenfeld übergeben wird. Gerüchtweise spricht man auch von einer Berufung Kirchgeßners.

Hannover. Sitzung der zweiten Kammer vom 8. Februar. Gegen die Eidesformeln in der Geschäftsordnung: So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort und gegen die besondere Formel für Juden spricht Lang I.: Das ist gegen die Grundrechte. Ich trage auf Streichung der Wörter „und sein heiliges Wort" und auf die Streichung der auf die Juden bezüglichen Worte an. Die Grundrechte geben dem deutschen Volk nur das Minimum, nur die Grundlagen seiner Freiheit, die Verfassung eines Einzelstaates darf in Gewährung von Freiheiten weiter gehen. Keiner sprach über, Keiner sprach gegen den Antrag des greisen Ehrenmannes: die Vertreter des Volkes fühlten, daß nicht ein Wort gegen die Grundrechte in einem Gesetze unseres Landes stehen darf. Als der Präsident den Antrag Lang's zur Abstimmung brachte, erhoben sich Alle: nur fünf stimmten dagegen: die Minister Stüve, Lehzen, v. Düring der Pastor Tiemann von einem ostfriesischen Landbezirke, und der Justitiar Münster von Papenburg.

* **Weimar**, 9. Febr. Der Reichskommissär für Thüringen, Ludwig Mühlenfels, hat folgende Ansprache erlassen:

„An die Bewohner von Thüringen und Altenburg. Die gesetzliche Ordnung ist im Lande so weit hergestellt, daß ich es für meine Pflicht gehalten habe, bei der Centralgewalt um meine Enthebung von den Funktionen eines Reichskommissars anzuhalten. Diesem Antrage ist genügt worden. So sage ich denn Euch Einwohnern von Thüringen und Altenburg den innigsten Dank für das Vertrauen, mit welchem ihr meinen auf Sicherung der gesetzlichen Ordnung gerichteten Bestrebungen entgegengekommen seid und scheide von Euch mit der freudigen Zuversicht, daß der Frühling, der dem deutschen Volke im verflossenen Jahre die Freiheit gebracht hat, in dem gegenwärtigen neben dieser die Gewähr für die Einheit und Macht des Gesammtvaterlandes bringen wird."

× **Schleswig**, 6. Febr. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung erhielt der Ausschuß über die preußische Note Erlaubniß, seine erste Vorlage zurück zu nehmen. Er legte darauf einen zweiten Entwurf vor zu einer Adresse an den Erzherzog Reichsverweser, an deren Schlusse es heißt: Wir schließen, indem wir Ew. kaiserl. Hoheit von Neuem unser unwandelbares Ver-

trauen aussprechen, daß es gelingen werde, das Recht Holsteins auf Theilnahme an dem deutschen Bundesstaat eben so sehr als das Recht beider Herzogthümer auf unauflösliche Verbindung mit einander durch den Frieden mit Dänemark definitiv sicher zu stellen." Für Manche ist diese Adresse nicht entschieden genug; sie hätten gern auch einen Trumpf darauf gesetzt, daß auch Schleswig unter allen Umständen deutsches Reichsgebiet sei. In derselben Sitzung ward die Antwort der Regierung auf das Schreiben der Landesversammlung, die vorzunehmenden Rüstungen betreffend, verlesen. Sie lautet wie folgt:

Die gemeinsame Regierung hat von der L.-V. in deren Schreiben vom 31. v. M. die Versicherung der aufrichtigen Bereitwilligkeit zur Anbahnung eines annehmbaren und billigen Friedens mitzuwirken, mit Freuden entgegengenommen und sie ist mit derselben vollkommen über die Richtigkeit des Satzes einverstanden, daß wer den Frieden will auf den Krieg bereit sein müsse. Wenn nun gleich die Vertheidigungsmittel des Landes, wie sie zur Zeit schon vorbereitet sind, zu diesem Zwecke im Allgemeinen als ausreichend zu betrachten sein werden, so kann doch für den Fall eines erneuerten Krieges die Nothwendigkeit fernerer Opfer nicht verkannt und darf daher dem Anerbieten eines außerordentlichen Kredits die Anerkennung nicht versagt werden. Die Regierung befindet sich jedoch nicht in der Lage, ihrerseits eine desfällige Vorlage zu machen, in welcher Beziehung sie sich darauf beschränkt, auf die Waffenstillstandskonvention und den Umstand hinzuweisen, daß rücksichtlich des Umfangs und der Ausführung der Rüstungen die Anordnungen der Reichscentralgewalt zu beobachten sind. Gottorff, den 6. Februar 1849. Die gemeinsame Regierung. Th. Reventlow. Heintze. A. Moltke. Preusser. Harbou. Jacobsen. Springer." Dieses gemäßigte Schreiben entspricht noch weniger den Wünschen unserer eifrigen Patrioten. Sowohl wegen des Friedensprojekts, als wegen der Cirkularnote treffen noch Deputationen ohne Ende hier ein.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Febr. Die gestrige Sitzung bot in ihren Einzelnheiten so wenig Bemerkenswerthes dar, daß eine ausführlichere Erzählung, als wir bereits gegeben, sich kaum lohnen möchte. Der Theil der Sitzung, welcher noch dem Lanjuinais'schen Antrag gewidmet war, wurde mehr mit Abstimmungen als mit wirklicher Berathung ausgefüllt, und die Berathung über das Wahlgesetz kann kein Interesse haben, weil die leitenden Grundsätze schon in der Verfassung festgestellt sind, und es sich nur um Ausführung des Grundsatzes der s. g. Inkompatibilitäten und die Frage, wie die Wahlbezirke in den Kantonen zu legen sind, handeln kann. Beides aber gehört mehr in die zweite, als in die erste Lesung.

Heute beschäftigte sich die Nationalversammlung mit der ersten Lesung des Gesetzes über den Stempel für kaufmännische Papiere, Aktien und Assekuranzen, mit der zweiten Lesung des Gesetzes über Abgaben bei Besitzveränderungen der Güter öffentlicher Corporationen (biens de main-morte) mit einem Credit für das Marineministerium, und der zweiten Lesung des Gesetzes über die Gerichtsverfassung. Alle diese Gegenstände boten wenig Interesse, und erregten nur unbedeutende Verhandlungen. Nur bei dem letzten Gesetz nahm Od. **Barrot** selbst das Wort, und vertheidigte mit einer Sachkenntniß, die seine lange und glänzende Laufbahn als Advokat verrieth, die jetzt bestehende Einrichtung des Cassationshofes. **Marie** sprach gegen ihn. Die Versammlung entschied aber im Sinne des Ministers. Die weitere Berathung der Gerichtsverfassung wurde auf morgen verschoben.

Im Allgemeinen ist gegenwärtig, wo die unmittelbar drängende Frage des Verhältnisses zwischen der Nationalversammlung und dem Ministerium gelöst scheint, politische Ebbe. Die Augen richten sich wieder nach Auswärts. Es heißt, die Regierung wolle sich dem Vorschlag des spanischen Kabinets anschließen, einen Kongreß der katholischen Mächte in Gaeta oder einer andern südlichen Stadt abzuhalten, wo über die Mittel, den Pabst in seine Herrschaft wieder einzusetzen, entschieden werden soll. Daß dieser Plan zu andern Ergebnissen führen wird, als die berühmte Touloner Unternehmung, ist kaum zu erwarten.

Oesterreichische Monarchie.

Brody, 30. Jan. Das konst. Bl. a. B. theilt zwei für die östliche Politik des österreichischen Ministeriums, im Fall sie sich richtig verhalten, höchst charakteristische Züge mit. Rußland hat bekanntlich in den Donaufürstenthümern eine Censur nach dem Muster seiner eigenen eingeführt, und zur Ueberwachung fremder Zeitschriften und Bücher einen moralischen Sanitätscorden gezogen. Die österreichischen Unterthanen in den Fürstenthümern unterstehen derselben Fürsorge. Sie pflegten sonst durch Vermittlung ihres Konsuls sich auswärtige Blätter zu verschaffen. Aber auch diese Blätter müssen die Censur passiren, und eines Tages gefiel es derselben, die Herausgabe der Wiener Zeitung zu verweigern. Der Konsul theilte dies alsbald seiner Regierung mit. Was that nun das Ministerium? Es ertheilte der Zeitungsexpedition den Auftrag, von nun an keine Bestellungen mehr für die Moldau anzunehmen! Der andere Zug ist folgender: Die Post ist in der Moldau verpachtet und für jeden Brief muß eine bestimmte Taxe entrichtet werden. Rußland befördert deßhalb die Briefe seiner Unterthanen durch Kouriere. Oesterreich hielt sich an den gewöhnlichen Postenlauf, und als der Pächter die übliche Taxe begehrte, führte man darüber Klage beim Hospodar. Dieser erklärte, der Pächter sei in seinem Rechte. Seitdem — schmuggelt Oesterreich seine Briefe in der Form Moldauischer Regierungsdepeschen!

Aus **Hermannstadt** sind verläßliche Briefe bis zum 26. Jan. in Wien eingetroffen, welche die Nachricht bringen, daß schon am 25. Jan. 9000 Mann Verstärkungstruppen dort eingetroffen waren, und daß alle Gefahr für diese Stadt verschwunden war. — F.-M.-L. **Puchner** hat die Offensive gegen **Bem** ergriffen. Bei den letzten Gefechten hat sich die Nationalgarde von Hermannstadt und der Umgegend an das Militair angeschlossen und sich dabei aufs heldenmüthigste benommen. Es herrschte der größte Enthusiasmus. (Wien. Z.)

Schweiz.

Bern, 7. Febr. Veranlaßt durch einen Bericht des schweizerischen Konsuls in Livorno über eine höchst bedenkliche Stimmung der dortigen Bevölkerung gegen die Schweizer wegen der angeblich harten Behandlung der italienischen Flüchtlinge und wegen der neuen neapolitanischen Werbungen hat der Bundesrath beschlossen, einerseits ein Zirkular an sämmtliche in Italien befindlichen Konsuln zu erlassen, worin über obige Verhältnisse vollständiger Aufschluß ertheilt, anderseits eine Note an die toskanische Regierung zu richten, worin ebenfalls unter Mittheilung der erforderlichen Aufschlüsse Schutz für die schweizerischen Angehörigen verlangt werden soll. (N. Z. Z.)

Solothurn. Auf die Zuschrift des Bundesrathes vom 27. Jan. betreffend die deutschen Flüchtlinge hat die hiesige Regierung geantwortet, es ergebe sich aus genauen Nachforschungen, daß sich seit Ende des vorigen Jahres nur zwei Flüchtlinge in Dorneck befinden, nämlich Fiala und Metternich. Beide werden in allen Berichten als ruhige Leute geschildert und von politischen Umtrieben sei keine Spur vorhanden. Namentlich seien Zusammenkünfte mit Neff, Thielmann und Löwenfels äußerst unwahrscheinlich, indem sich diese im Innern von Frankreich befinden sollen. Indessen seien Fiala und Metternich aus der Amtei Dorneck-Thierstein entfernt worden.

Neuenburg. Letzten Sonntag verließen die Okkupationstruppen die Stadt und kehrten nach La Chaux-de-Fonds zurück. Die Regierung hat beschlossen, den Republikanern die Mittel zu geben, um royalistische Aufruhrversuche niederschlagen zu können. Sie hat aus dem Arsenal zu Neuenburg Waffen an folgende Ortschaften vertheilt: La Chaux-de-Fonds 7 Sechspfünder, 3 Vierpfünder, 2 Haubitzen, über 300 Gewehre und 100 Stutzen, Locle 150 Gewehre u. s. w. (Nat. Ztg.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 12. Februar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 75 3/8; 2 1/2 pCt. Metall. 39 5/8; Bank-Aktien fl. 1177; fl. 500. Loose 127 3/4; fl. 250. Loose 80 1/2; Badische fl. 35. Loose 28 1/4; Hess. 27 3/8; Hess. Rthlr. 40 Loose —; Großh. Hess. 50 fl. Loose 70 3/4; Polnische fl. 500 Loose 71 7/8; Friedr. Wilh.-Nordbahn 37 7/8; Werbach 71 1/4; Köln-Minden 79; 3pCt. inländ. Spanier 21 1/2; 4 1/2 pCt. Würt. 93 7/8; 5pCt. Bad. 97 7/8; 5pCt. Nass. 99 1/8; Belg. 80 3/4; Integ. 49 1/2.

Wiener Bankaktien sind zu niedrigern Coursen abgegeben worden. In den übrigen österr. Fonds keine wesentliche Veränderung. Die Börse im Allgemeinen fest. Hess. Rthlr. 40. Loose sehr begehrt.

Redacteur: **H. Kruse**.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅔ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 44. Frankfurt a. M., Dinstag 13. Februar. 1849.

Uebersicht.

---

13. Februar.

Was will Oesterreich uns bieten für alle unsre Aussichten und Hoffnungen, für die Mühen und Kämpfe des vergangenen Jahres? Darf man viel erwarten, wenn schon seine schneidenden Machtsprüche über das Geschehene die empfindlichsten Lücken und Blößen darbieten? Denn was die Bundespflichten angeht, so soll von deren pflichtmäßiger Erfüllung die „neue Bundesbehörde" noch viel weniger zu erzählen haben als die alte, und die Note selbst macht Anspruch auf billige Rücksicht für die schwierigen inneren Verhältnisse: so daß man dieses schwache Band wohl als zerrissen ansehen könnte, auch wenn die Worte des Programms von Kremsier nicht wohl verwahrt stünden in unserm treuen Gedächtniß. Auf die europäischen Verträge dürfte gegen die Umwandlung der deutschen Verhältnisse sich keine Macht mehr berufen, welche die französische Republik anerkannt hat. Und unsere Freiheiten, der Gewinn unseres Strebens und unserer Bildung — „deren Entwicklung der einheitliche Staat hemmend entgegentreten würde" — sollen sie unter den Schutz Oesterreichs gestellt sein? unter den Schutz eines Staates, der durch den Belagerungszustand regiert wird, der die Presse unterdrückt, Religionsgesellschaften verfolgt, die Universitäten schließt, Journalisten und Studenten unter das Militär steckt, aus dem uns von Hinrichtungen, Konfiskationen und barbarischen Strafen tagtägliche Kunde kommt?

Das Geringste, was Oesterreich uns geben müßte und das Einzige, was uns bestimmen könnte, wäre eine Politik. Unserer ganzen Lage und allen unseren Interessen nach müßten wir sie eher von Preußen verlangen; aber wenn dieses sich hartnäckig weigerte oder unfähig bezeigte, so müßten wir sie wohl von Oesterreich annehmen, mit und trotz den allergrößten Wagnissen und Gefahren. Aber darauf müßten wir immer bestehen, daß es eine deutsche Politik wäre und wenn auch von Oesterreich geleitet, doch keine österreichische, oder gar noch in anderm Sinne eine fremde. Was die Note in dieser Richtung enthält, fängt an mit den folgenden Worten: „Wir gehen hierbei von der Ansicht aus, daß je schärfer die Scheidelinie gezogen wird zwischen den dem gesammten Deutschland gemeinsamen Interessen und denen der einzelnen Theile, desto sicherer wird einem Vorwalten der Sonderinteressen vorgebeugt, desto weiter die Grenzmarke des großen Reiches ausgestreckt." Sehen unsre Augen klar in dem mystischen oder diplomatischen Helldunkel dieser Worte, so sollen wir gleich die erste Regel einer selbstständigen Politik aus den Augen setzen: wir sollen das Nahe und Feste hingeben für eine ganz zerfließende, ganz verschwimmende Aussicht. Die Interessen unserer deutschen zusammengehörigen Ländermasse sollen wir ansehen als eitel Partikularismus und Sonderinteressen, um einem Gesammtinteresse zu dienen, an dem Ruthenen, Jazygen und Huzulen gleichen Theil haben mit unsern Friesen, Angeln und Sachsen. Gegen Preußen aber gehen diese Worte vor allem; über Preußens Leib führt der Weg zu dem neuen Reiche. Die folgenden Worte zeigen den wahren Sinn noch genauer: alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile finden Platz auf der vorschwebenden und in Aussicht zu stellenden Grundlage. Oesterreich will sich außerhalb Deutschlands durchaus nicht gleichgestellt wissen mit Holland und Dänemark, aber innerhalb Deutschlands will es uns beide Mächte hereinbringen mit allen ihren Interessen auf unsere Kosten, nur um die ganze Staatenreihe von Italien an bis hinauf nach Norwegen mit all ihrer Aussicht auf selbstständige Kraft und Blüthe zu lähmen und zu verderben. Und diesem Riesenplane, der ein Weltreich oder ein Ungeheuer bedeutet, dessen Umrisse, die der österreichischen Regierung selbst nur „vorschweben", für uns noch kaum aus dem Nebel empor tauchen — für diesen Plan soll es „zwar große, aber nicht unüberwindliche" Hindernisse geben, während dem Bundesstaat, der in festen Linien vor uns verzeichnet ist, „von allen Seiten große unüberwindliche Schwierigkeiten" entgegenstehen! Wir bauen seit Monaten an dem neuen Deutschland und der österreichischen Regierung schwebt es eben erst vor! Wir arbeiten am endlichen Schlusse, und die österreichische Regierung gibt uns einen stufenweisen Gang! Wir glauben uns am Ziele, und die österreichische Regierung beginnt! Wir schürzen den Knoten des engsten Verbandes, und die österreichische Regierung beginnt mit dem aufrichtigen Willen, sich anzunähern! Wahrlich, die österreichische Regierung thut wohl, uns zu versichern, ihr Plan gehöre nicht ins Reich der Träume, sie thut wohl uns zu sagen, „daß zwischen den so vielfach verschlungenen, wenn auch manchmal scheinbar divergirenden Interessen der deutschen und nichtdeutschen Monarchie einerseits und andererseits dieser und des übrigen Deutschlands ein innerer Widerspruch nicht obwalte;" sie thut wohl, an der zweifelhaften Lösung der großen Aufgabe nicht zu zweifeln! Sie wird uns dafür das Recht einräumen zu zweifeln, ob ihr Plan überhaupt nur ernstlich gemeint ist, oder ob er eine Beruhigung sein soll für die Gutmüthigen und Schwachen, eine Beschäftigung für Phantasten und Staatsadepten, ein Schattenspiel an der Wand für große Kinder! Derselbe Zweifel beherrscht uns schon lange in Bezug auf das Programm von Kremsier; in der Art seiner Ausführung kann für einen Staatssinnigen und Staatskundigen nichts liegen als böser Wille oder grenzenlose Unfähigkeit.

Wie durfte man es wagen, einem strebenden Volke statt seiner berathenen, beschlossenen Verfassung den Traum eines Irren zu bieten? Woher dieser Ton, der mit allem Geschehenen völlig und ohne Rückkehr bricht? Ist Oesterreich seines Siegs so sicher? Glaubt es den Sturm des vorigen Jahres schon so gänzlich beschwichtigt? Vertraut es auf die deutsche Zwietracht? auf die Könige Deutschlands, die es allein in seinen Rath ziehen wollte? Oder auf seine Bajonette? auf seinen nordischen Bundesgenossen? Man hätte wohl eher im jetzigen Augenblick eine Politik des Temporisirens von ihm erwartet. Es hieß, Oesterreich werde sich die Vereinbarung nach Vollendung des Verfassungswerkes, und zwar nach einer Version die Vereinbarung mit der Nationalversammlung, vorbehalten: so hätte man Zeit gewonnen, das Verfassungs-

werk in lähmender Ungewißheit belassen und die Aufforderung des preußischen Rundschreibens zu bestimmter Erklärung vermieden. Dem bisherigen Verhalten Oesterreichs schien es angemessen, weder für noch gegen den Bundesstaat sich zu erklären, letzteres nicht wegen der wenig wahrscheinlichen, aber doch immerhin möglichen Eventualität, daß ihm die Kaiser- oder Oberhauptswürde des Bundesstaates angetragen würde. Deßhalb hätte man auch denken mögen, Oesterreich werde zwar einer Erklärung auf die obige Weise ausweichen, dennoch aber den preußischen Vorschlag des Bundes im Bunde nicht geradezu von sich weisen, der für die österreichische Oberhauptswürde noch immer eine Oeffnung frei ließ, und sonst bei geschickter Ausbeutung so vielfache Vortheile für eine Macht zu bieten schien, die ohne näheren Antheil an den deutschen Dingen, ihre Hand in denselben zu behalten wünschte. Die Note selbst gibt uns einen Aufschluß, der das geänderte Auftreten vielleicht erklärt. Preußen, das befreundete nachgiebige Preußen, das ohne Willen und Einverständniß seiner beiden hohen Alliirten nie zu handeln gewohnt war, hatte einmal selbstständig gehandelt; es hatte einen Schritt gethan, allerdings einen leisen, fragenden, zaghaften Schritt, aber doch einen Schritt — zur deutschen Oberhauptswürde. Wenn die Nationalversammlung, wenn der Ruf des deutschen Volkes ihm die abgelehnte Kaiserkrone entgegentrug, sollte sie nicht doch den bescheidenen Bewerber verblenden? Da mochte man denn auf der einen Seite dem Willen und den Sympathien des deutschen Volkes nicht trauen, und auf der andern Seite raffte sich das alte stolze Oesterreich auf, die erste deutsche Macht, die „tausendjährige Großmacht", um ihr Machtwort gegen Bundesstaat und preußische Oberhoheit einzusprechen. Tadeln wir es darum nicht; nehme sich vielmehr der Gegner ein Beispiel. Schon war die Schale voll genug, in die jetzt noch das kaiserliche Machtwort fällt, und in der andern lag und liegt noch nicht das ganze Gegengewicht; es waren und sind noch Aussichten genug, den Bundesstaat zu vernichten, und was werden soll, wenn Deutschland darauf besteht, das mögen sich die Machthaber in Oesterreich vielleicht so bestimmt nicht gedacht haben, eben wie die innere Gestaltung des eigenen Staates, die ungewiß und rathlos in der Schwebe hängt, während man auf die Kanonen, die Bajonette und ihre Träger, die Retter des Staates, vertraut.

Vielleicht finden wir noch eine andere Antwort auf die obigen Zweifel, wenn wir an einem andern Ende anfangen zu fragen. Wer sind die Männer, die uns die ungeheuersten Aussichten eröffnen, die uns Riesenplane entgegenbringen von solchem Umfang, daß, um sie darzulegen, die eigenen Urheber nur dämmernde Umrisse finden? Sind es zugleich Helden und Staatsmänner wie Bonaparte und Alexander? oder sind es die Männer, die man bei ihrem Auftreten mit Vertrauen als Retter begrüßte, die mit schönen Worten ihrem Lande eine neue Aera verhießen, und die heute, nach wenig Monaten, ihre eigenen Anhänger abtrünnig, die treuesten Helfer der Dynastie uneins und wankend, die Provinzen in tiefer Mißstimmung, die Hauptstadt in dumpfer Gährung, einen auswärtigen Krieg vor den Thoren, die Monarchie am Rande einer neuen Krisis sehen? Während die Staatsgewalten unter sich zerfallen sind, während die kleinen Regierungskünste scheitern, hat Belagerungsstand und Kriegsrecht die Einheit der Gesetzgebung und Verwaltung hergestellt, und der Mittelpunkt des Staates, das Heer, drückt mit 700,000 Streitern auf das erschöpfte, zum Theil widerwillige, zum Theil verwüstete und von furchtbaren Kriegsgräueln durchtobte Land. Vielleicht ist es begreiflich, daß eine solche Regierung nicht auf lange Zeit hinaus rechnen mag, daß sie biegen oder brechen muß, die Karten auflegt und va banque spielt.

Wie dem auch sei, der Kampf ist geboten und wir nehmen ihn an. Wir danken der österreichischen Regierung für ihre Entschiedenheit, und zollen unsere Anerkennung ihrer Kraft. Sie hat das Phantom des Bundes im Bunde zernichtet und reinen Boden geschaffen zum Kampfe. Thun wir auf unserer Seite desgleichen; vertrauen wir auf unsere Kraft und unsere Sache; zerstören wir unsererseits das Phantom des alten Bundes und der österreichischen Zukunft. Sammeln wir unsere Waffen und unsere Streitkräfte. Wir haben viele Feinde, aber auch viele Freunde; sie warten nur auf eine Bethätigung unseres Willens und unserer Kraft. Unser Kampf mit Oesterreich ist ein Kampf der Freiheit und Humanität gegen die alte Barbarei im Norden und Osten, ein Kampf der kleinen und mittlern Mächte gegen die großen, ein Kampf nationaler Selbstständigkeit gegen trübe Völkermischung. An Bundesgenossen kann es uns da nicht fehlen. Ganz Europa muß Antheil nehmen; unser Bundesstaat wird das erste große und sicherstehende Denkmal der neuen Ordnung in Europa sein. An ihm und seinem ungeschmälert ganzen Wesen gilt es zu halten mit jeglicher Fiber unsers Wesens. Preußen und die kleineren Staaten haben diesmal die Ehre des Vortritts in der Geschichte: jenes hat den gebührenden Vorsitz und die nothwendige Ergänzung seiner Macht zu suchen, diese die Freiheit und Gleichberechtigung, die das Wesen des Bundesstaats ist, den man ihnen verkümmern und verleumden möchte. Oesterreich muß lernen, daß auch sie in den Rath gehören. Es muß lernen, daß die klare wohlgeordnete Kraft eines Staates, wie Preußen, die so oft über fremde und selbstgeschaffene Hindernisse Herr ward, nur des Hauches thätiger Begeisterung bedarf, um die Fülle ihrer Macht zu entfalten. Es wird und muß es lernen, wenn in Preußen noch männlicher Sinn und Gefühl für politische Ehre ist. Den Nachdruck aber muß der Wille des Volkes selber geben, in unablässiger Erklärung für das, was ihm politisch Noth thut. Es gilt jetzt nicht blos die Grundrechte anzujubeln, und leichtsinnig das kostbare, zerbrechliche Gut dem Winde und den Wellen preiszugeben, indem man gleichzeitig die einheitliche feste Verfassung verwirft, durch welche allein die Grundrechte Schutz und Bestand gewinnen können. Es gilt beides zu wollen, den Zweck und die Mittel. Das deutsche Volk muß sich seines Willens klar bewußt werden, und diesen Willen laut verkünden. Es muß laut erklären, ob es sich selbst in seinem Reichstage ehren will. Es muß erklären, ob hier in Frankfurt wirklich nur, wie Deutschlands Feinde sagen, ein Häuflein beisammen sitzt und schwatzt, oder ob hinter der Nationalversammlung wirklich eine Nation steht, ein Volk, das einig, groß und mächtig zu werden entschlossen ist.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 12. Febr. Wider Erwarten theilte heute das Reichsministerium, wie es heißt, auf Veranlassung des österreichischen Bevollmächtigten selbst, der Nationalversammlung die österreichische Note amtlich mit. Die Nationalversammlung sah sich dadurch gezwungen, auch ihrerseits sich amtlich über dieselbe zu äußern.

Verschiedene Wege wurden ihr dazu vorgeschlagen: zur Tagesordnung überzugeben, die Note an einen besonderen Ausschuß zur Berichterstattung zu weisen, oder sie einfach dem Verfassungsausschuß zu übergeben. Sie hat den würdigsten Weg eingeschlagen, sie dem Verfassungsausschuß zu überweisen. Zur Tagesordnung überzugehen, hätte als eine gesuchte Ablehnung angesehen werden können; einen besonderen Bericht über die Note zu verlangen, wäre ein Verlassen des Standpunktes der Selbstständigkeit gewesen, den die Versammlung einnehmen muß; der Verfassungsausschuß wird, wenn er es für nützlich erachtet, die Note bei seinen Vorschlägen berücksichtigen. Wir hoffen, er wird unbekümmert um alle Einreden, mögen sie kommen, woher sie wollen, das Werk wie es ihm am vollkommensten scheint, unverweilt schaffen, und dann der Zukunft überlassen, es ins Leben einzuführen. Heinrich von Gagern's Worte lassen die Hoffnung durchblicken, daß es noch gelingen werde, alle Theile zur freiwilligen Annahme der nothwendigen Verfassung zu bewegen.

Der Rest der Sitzung wurde mit Berathungen über das Verhältniß der Gemeinden zum Staat ausgefüllt. Die Unabhängigkeit der Gemeinden in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten, die Selbstregierung durch freie Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, die Oeffentlichkeit aller Verhandlungen, welche über die Gemeindeangelegenheiten gepflogen werden, wurden als Grundrechte des deutschen Volkes anerkannt. Auf diesen Einrichtungen ruht recht eigentlich die Freiheit des Staatslebens, und in ihnen liegt die Gewähr ihrer Dauerbarkeit.

* **Frankfurt**, 12. Febr. Die heutige Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt eröffnete, nach der Erledigung einer jener unerheblichen und langweiligen Reklamationen gegen das Protokoll, mit welchen Herr Dr. jur. Friedleben die Versammlung unumgänglich behelligt, ein Antrag desselben Mitgliedes, den gegenwärtigen, „auf Verschleppung berechneten," Geschäftsgang des Büreaus, nach welchem die Beschlüsse der Versammlung erst nach erfolgter Genehmigung des Protokolls

dem Senate mitgetheilt werden, dahin abzuändern, daß das Bureau aufgefordert, resp. ermächtigt werde, der genannten Behörde solche Beschlüsse sofort und vor jener Genehmigung durch eine Zuschrift zu überreichen. Der Antrag wurde nach längerer Diskussion, und obgleich der Präsident hervorhob, daß, im Fall der wirklichen Dringlichkeit eines gefaßten Beschlusses, es der Versammlung ohnehin unbenommen sei, das Protokoll noch in derselben Sitzung zu genehmigen, zum Beschluß erhoben.

Es wurde sodann ein dringlicher Antrag des Dr. Stein verlesen und genehmigt, daß vor der auf der heutigen Tagesordnung stehenden Berathung über das Einführungsgesetz zur Reichswechselordnung die betreffenden Entwürfe des Senates und der Kommission sammt dem Kommissionsbericht zum Druck befördert werden möchten, und fiel daher jene Berathung für heute aus.

Die Versammlung beschäftigte sich darauf mit einem als dringlich bezeichneten Antrag einer Anzahl Gärtner in Sachsenhausen, welche ein dem Staate gehörendes Grundstück gepachtet, gegen die gegenwärtig angeordnete öffentliche Versteigerung desselben, die sie sämmtlich ihres Erwerbes berauben würde. Der Antrag, der die Diskussion auf das Gebiet der allgemeinen sozialen Fragen führte, wurde namentlich von Hrn. Senator Löster mit einer schönen Wärme unterstützt, die um so wohlthuender war, als der Redner sich fern hielt von den wohlfeilen banalen Phrasen, mit welchen Hr. Dr. A. Friedleben, der „auf dem Boden der neuen Zeit stand", in gewöhnlicher Weise Effekt zu machen sich bemühte, und in bunter Mischung Gemüse und März-Revolution, Ackerland und Freiheitslust an der Versammlung vorüberrauschen ließ. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Senat zu ersuchen, im Sinne des gedachten Antrags die bisherigen Pächter in ihrem Pacht zu belassen. Es folgte nun ein ebenfalls dringlicher Antrag des Herrn Hadermann, die Versammlung wolle, in Berücksichtigung der einschlagenden Bestimmungen der Grundrechte, den Senat ersuchen, die definitive Besetzung erledigter Lehrerstellen an den hiesigen Volksschulen zu verschieben, bis das Schulwesen nach Maßgabe der Grundrechte geregelt sei, dieselben aber bis dahin durch Hülfslehrer versehen zu lassen. Der Antrag wurde nach einer sehr langen Diskussion, welche nur Hr. Dr. Reinganum durch seinen treffenden und selbst wider Gewohnheit feinen Spott und Humor genießbar machte, mit großer Mehrheit genehmigt, und in diesem wie in dem letztangeführten Fall das Büreau ermächtigt, dem Senat sofort die geeignete Mittheilung zu machen. Noch vernahm die Versammlung eine mit einer großen Zahl von Unterschriften bedeckte Petition aus Sachsenhausen, welche die Staatsländereien, im Interesse der Gärtner und um dem fühlbaren Mangel an Gartenland abzuhelfen, zu Gartenland und zwar an die Gesammtheit der Gärtner verpachtet wünschte, dann ein Gesuch des Vorstandes der hiesigen Schützengesellschaft um die Beschaffung eines angemessenen Schießplatzes und endlich die Beschwerde eines Bürgerwehrmannes, der an den Senat schon vor längerer Zeit einen Antrag auf Unterstützung der im Bürgerwehrdienste Verwundeten ꝛc. gestellt und noch keine Antwort erhalten. Die sehr ermüdete Versammlung wies die verschiedenen Akten aber kurzweg an die Petitionskommission.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 12. Febr. Während sich das österreichische Manifest in all und jeder Beziehung in einer vagen und allgemeinen Negative hält, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Aeußerungen der meisten andern Regierungen in positiverer Weise auf das Verfassungswerk und seine einzelnen Bestimmungen eingehen werden. Von einigen Regierungen sollen in dieser Richtung bereits Erklärungen an das Reichsministerium eingegangen sein. Wichtiger scheint es uns, daß der Aufforderung der preußischen Regierung Folge gebend, acht oder neun Bevollmächtigte deutscher Regierungen (unter denen indeß, wenn wir recht unterrichtet sind, sich kein Bevollmächtigter eines der deutschen Königreiche befunden hat) zu gemeinschaftlicher Berathung mit dem preußischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt zusammengetreten sind; diese Berathungen sind nicht blos zum Schlusse und zu einer gemeinschaftlichen Redaktion der zu machenden Ausstellungen gediehen, sondern diese Redaktion soll bereits der preußischen Regierung zur definitiven Gutheißung unterbreitet und ihre Mittheilung an die Centralgewalt baldigst zu erwarten sein. Die wesentlichste Ausstellung soll gegen das suspensive Veto gerichtet, auch die Einräumung von Virilstimmen für die mediatisirten Fürsten im Staatenhause beantragt sein.

Wien, 6. Febr. Dem Vernehmen nach stehen in den höchsten Hofämtern und Hofbedienstungen bedeutende Reductionen bevor. Die vier obersten Hofämter, nämlich das Obersthofmeister-, Oberstkämmerer-, Obersthofmarschall- und Oberststallmeisteramt, sollen in eine einzige Branche vereinigt, die kaiserlichen Museen unter die Akademie der Wissenschaften gestellt, ferner die Zahl der Hofkammerdiener vermindert, und überhaupt mehrere zweckmäßige Ersparnisse beim Hofstaat eingeführt werden. (Allg. Z.)

* **Wien**, 8. Febr. Nachrichten aus Siebenbürgen besagen, daß General Bem die 2 Stunden von Hermannstadt in sehr vortheilhafter Position gelegene alte Feste Stolzenberg sammt den umliegenden Anhöhen mit großer Bravour vertheidige und die bisherigen Angriffe der k. k. Truppen zu keinem Erfolge führten. Weiter erfährt man, daß FML. Schlick in Oberungarn eine rückgängige Bewegung gemacht habe, um Verstärkungen an sich zu ziehen, da er einem überlegenen Feinde von 15,000 Mann, meist reguläre Truppen, gegenübersteht. Das Amtsblatt der Wiener Zeitung fordert, nebst mehrern andern am Aufruhr Betheiligten, auch den General Bem auf, sich vor Gericht zu stellen, widrigens gegen ihn in contumaciam vorgegangen werden würde. Zu dem öffentlichen Gerichtsverfahren in Strafangelegenheiten werden in dem Regierungsgebäude am Ballplatze die nothwendigen Lokalitäten vorbereitet. — Im Königreiche Polen wurde eine neue große, im Februar stattfindende Rekrutirung angeordnet, wobei man zur Erreichung der Zahl bis auf das 30ste Jahr und nöthigenfalls noch weiter gehen wird. — Neuere Privatnachrichten bestätigen, daß in Croatien große Unzufriedenheit herrsche und eine eigene Deputation an den Banus abgesendet werden soll, um hierüber zu remonstriren. — Die Errichtung zweier montanistischen Lehranstalten zu Leoben in Steiermark und Przibram in Böhmen wird offiziell angezeigt. — Mit der Waffenablieferung hierorts scheint es in Folge der letzten Ermahnung endlich Ernst zu werden; so wurden gestern 1766 verschiedene Waffen, 2392 scharfe Patronen und — kaum glaublich — 3 Kanonenröhre abgegeben.

Aus **Innsbruck** den 3. Febr. wird dem C. Bl. a. B. geschrieben: Eben erfahre ich aus zuverlässiger Quelle, daß der Verfassungsausschuß des Reichstags sich für vollständige provinzielle Autonomie der beiden w ä l s c h t i r o l i s c h e n K r e i s e mit Stimmenmehrheit ausgesprochen hat, wogegen Vorarlberg mit Deutschtirol vereint bleiben soll. Ich zweifle nicht, daß dieser Antrag auch im Reichstage, wie sich dessen Stimmung dermalen zu erkennen gibt, durchgehen werde; halte es aber zugleich für sehr wahrscheinlich, daß in diesem Falle sämmtliche deutschtirolische Deputirte (vielleicht mit Ausnahme eines einzigen) den Reichstag verlassen werden. Jedenfalls wird die Sache, wenn sie erst hier im Volke bekannt wird, was sie gegenwärtig noch nicht ist, schon vorläufig bedeutende Aufregung hervorrufen und die ohnehin rege Mißstimmung gegen den Reichstag um ein Gutes erhöhen.

⊙ **Ollmütz**, 7. Februar. Vor mehreren Tagen überbrachte eine Deputation berittener Hanacken dem Reichstage in Kremsier eine Vertrauensadresse. Es ist dies dem Reichstag gegenüber das erste Lebenszeichen dieses noch auf einer sehr tiefen Stufe geistiger Bildung stehenden Volksstammes. Der Einfluß seiner geistlichen und weltlichen Zwingherren ist noch so groß, daß es ihnen gelang, die anfangs beabsichtigte Monstredeputation von 300 Mann auf 30 zu reduciren. Deputirte, die während der letzten 4 Tage, als die Kammer keine Sitzungen hielt, hier weilten, machten keine Hehl aus der Ueberzeugung, daß alle ihre Arbeiten unnütz seien, indem das Ministerium fester denn je zu einer Octroyirung entschlossen sei; die nächsten Wochen sollen uns darüber schon Gewißheit verschaffen. Durch eine Ministerialverfügung erhielten die Protestanten in Oesterreich gleiche Rechte mit den Katholiken. Wer die traurige, gedrückte Lage der Evangelischen in Oesterreich kannte, wer da wußte, daß sie nicht nur ihre religiösen Anstalten aus eigenen Mitteln erhalten, und noch nebstdem dem katholischen Geistlichen alle Gebühren für unverrichtete Amtshandlungen zumeist noch theurer zahlen mußten, als dem eigenen Seelsorger, — wer da weiß, wie der Protestant in dem alten Oesterreich bei jeder Gelegenheit gekränkt und zurückgesetzt wurde, — der wird sich gewiß aus vollem Herzen über jene Maßregel Stadions freuen. Der Minister Stadion erhielt von dem neugewählten Deputirten für Krakau, Rabiner Meißel, auf die Frage, warum er seinen Platz auf der Linken genommen, die äußerst witzige und treffende Antwort: „Herr Minister, wir Juden haben keine R e c h t e." Mögen auch die Verhältnisse der Israeliten in Oester-

reich bald eine freundlichere, den humanen und philantropischen Ansprüchen der Zeit angemessenere Gestaltung annehmen.

—X— **Kremsier**, 7. Febr. Der heutige Tag gehört zu den vielen, die in der Geschichte unseres Reichstages nicht eben roth anzuzeichnen sind. Nachdem nämlich der Präsident Smolka gegen 10½ Uhr die Sitzung eröffnet und die neuerdings erfolgte Einreichung einer großen Zahl von Adressen, Memoranden u. s. w. von Seiten des Clerus angezeigt hatte — alle diese Eingaben betreffen die zunächst in Berathung zu nehmenden §§. der Grundrechte über die religiösen Verhältnisse — stellte Borrosch den Antrag, die Debatte über die Grundrechte bis nach geschehener Drucklegung jener Eingaben zu vertagen. Ueber diesen Antrag erhebt sich eine Debatte, zahlreiche Nebenanträge werden gestellt. Schließlich wird das Amendement von Ullepitsch angenommen: erst am kommenden Montag die Debatte über die Grundrechte fortzusetzen.

Schuselka hatte vergebens darauf hingewiesen, wie wenig es der Würde der Versammlung entspreche, auf jene Petitionen hin auseinanderzugehen und sich so das Zeugniß auszustellen, daß sie ohne Kenntnißnahme derselben sich zur Diskussion über die fraglichen §§. nicht für befähigt erachte; der Redner versicherte (und gewiß mit Recht) jene Petitionen alle zusammen würden auch nicht einen neuen Gedanken enthalten. Mit schwacher Majorität ging dennoch der erwähnte Vertagungsantrag durch und nachdem noch beschlossen worden war, über die drei folgenden §§., vor der Debatte über jeden einzelnen §., eine Generaldebatte zu eröffnen, ging man schon um 12 Uhr unverrichteter Sache wieder nach Hause. Uebermorgen findet die wöchentliche Geschäftssitzung statt.

Vom Ministerium war nur Thinnfeld anwesend. Das Ministerium macht sich in den Sitzungen außerordentlich selten. „Wer weiß wohl, was dahinter steckt? — Und was denn weiter? Ein Project," sagt Göthe; allein nimmermehr das Project der Auflösung des Reichstags. Dazu ist unser Ministerium viel zu klug, Sie werden sehen — bald wird der Reichstag prorogirt, die Ungarn und Italiener einberufen und was dann aus der österreichischen Verfassung wird, das weiß der liebe Himmel.

‡ **Berlin**, 10. Febr. „Sämmtliche Civilbeamte, welche im Dienste Uniform tragen müssen, sind zur Anlegung der deutschen Nationalkokarde neben der preußischen so befugt, wie verpflichtet." Möge man diesen Beschluß des Staatsministeriums als ein gutes Zeichen betrachten dürfen, daß unsere Regierung ebensowohl in wesentlichen Dingen wie in unwesentlichen entschlossen ist, aufrichtig deutsch zu sein. Unter den Ministern werden die Herren von Brandenburg und von Bülow als diejenigen betrachtet, welche zu der deutschen Sache das meiste Vertrauen haben. Was die stockpreußische Partei von der deutschen Einheit hält, das ist in der Neuen Preußischen Zeitung bei Gelegenheit der preußischen Circularnote in einem übrigens wohlgeschriebenen Aufsatze unerquicklich zu lesen. Nach diesem Artikel hat Deutschland von 1845—1848 goldene Tage gehabt, und daß es eine würdige Stellung in der Politik eingenommen, das wird daraus bewiesen, daß sich während jener Zeit die übrigen Völker in unsere Angelegenheiten gemischt haben. Wir mischten uns noch nicht in die Angelegenheiten fremder Völker, wir lebten still und harmlos, wie die Kinder, welche sich in Gesellschaft der Männer nicht mischen dürfen. Unserer Meinung nach hat die preußische Regierung durch jene Note ihre Ehre eingesetzt, daß es mit Deutschland etwas werden soll. Freilich wird dabei vorausgesetzt, daß Deutschland gleicher Meinung. Wenn wie in Sachsen der souveräne Unverstand es vorzieht, daß Nichts zu Stande komme, so wird aus Deutschland nichts werden; Preußens Schade dabei ist verhältnißmäßig der geringste. Im Hause der russischen Gesandtschaft unter den Linden ist man sehr thätig; die Plane der dänischen Sache werden dort vorzüglich geschmiedet. Wenn wir an demselben vorübergehen, fällt uns zuweilen das ehemalige Haus des russischen Gesandten in Warschau ein, von dem aus Polens Untergang vorbereitet wurde. Man sprach vor Kurzem von einer angeblichen Note, welche Herr v. Meyendorff übergeben, wenn der König von Preußen die Kaiserkrone annehme, so würde er seine Pässe verlangen. Was könnte für Deutschland willkommener sein, als daß der russische Gesandte Berlin verlasse? Und möge er sobald nicht wiederkommen! Wenn wir nicht irren, so kommen für Preußen Zeiten wie 1805, wo nur entschiedenes Handeln zur rechten Zeit zum Ziel führen kann. Von alten Zeiten zu reden, so fällt uns Herr v. Kamptz ein, der so eben ein Lebenszeichen von sich gegeben hat. Er hat eine Schrift herausgegeben: „Fragmente über das Recht des Landesherrn, Ständeversammlungen zu verlegen, zu vertagen und aufzulösen." Wir brauchen kaum zu bemerken, wie vollkommen der Verfasser von dem absoluten Rechte der Krone auch in diesem Punkte durchdrungen ist. In unserer Stadt machen sich gute Folgen der einigermaßen befestigten Zustände bemerklich. Die Zahl der leer stehenden Wohnungen hat sich beträchtlich vermindert, die Sparkassen füllen sich wieder. Von der Kasse der Stadt Berlin läßt sich nicht dasselbe behaupten. Aus dem veröffentlichten Stadthaushalte ergibt sich, daß die Stadt bereits im Jahre 1847 2,846,000 Thaler Schulden hatte, und die Märzerrungenschaften des Jahres 1848 sind Niemanden theurer zu stehen gekommen, als der Hauptstadt.

München, 9. Februar. Nach Abgang meines gestrigen Briefes, welchen ich vor Beendigung der Kammersitzung zur Post schickte, bestieg H. v. Abel gegen alles Erwarten doch noch die Rednerbühne. Waibels heftiger Angriff, in dem nachdrücklichen Tone entrüsteter Wahrheit gesprochen, hatte den Exminister einen Augenblick niedergedonnert. Sein Nachbar, Graf Larosée, eines von den allerultramontansten Mitgliedern der Rechten, schien ihn zu trösten. Aber die gegen ihn geführten Streiche waren noch nicht zu Ende. Reinhardt, ein schlichter Bürger aus Franken, nahm nochmals Gelegenheit, das zehnjährige Unterdrückungssystem in Baiern mit den allerderbsten Worten anzugreifen. Er sagte unter andern: „H. v. Abel sei zuletzt in einer spanischen Kloake versunken!" Jetzt war die stoische Resignation des Exministers zu Ende und er suchte in langer Rede sich und sein ganzes schwarzes System in den Augen der Kammer weiß zu waschen. Seine ziemlich mittelmäßige Rede machte nicht den gewünschten Eindruck. Acht Redner hatten das Wort verlangt, um die Behauptungen des H. v. Abel zu widerlegen. Der Präsident schnitt die weiteren Debatten mit der Erklärung ab, daß er nur H. v. Abel erlaubt habe, über die von der Tagesordnung abweichenden Gegenstände zu sprechen, weil ihm, dem Angegriffenen, das Wort zur Rechtfertigung nicht versagt werden konnte. Der Abgeordnete Kolb bemerkte nur noch: „es wird H. v. Abel, auch wenn er hundertmal beredter wäre, nicht gelingen, unsere Ueberzeugung hinsichtlich seiner Vergangenheit zu erschüttern." Wir wünschen daß diese fortwährenden Angriffe gegen den Exminister nunmehr einmal ihr Ende erreichen möchten. Der einst so hochmüthige und allmächtige Mann schien heute sehr gebeugt. Er appellirte gleichsam an die Großmuth der Versammlung und seine Stimme hatte einen fast kläglichen Ton. Heute mußten wir in der Kammer der Abgeordneten eine Scene erleben, die unser deutsches Herz auf das Tiefste verwundrete. Der Abgeordnete, Dr. Müller, hatte gestern eine Erklärung zu Protokoll gegeben, worin folgende Stelle vorkommt: „daß für den Fall, den Gott verhüten wolle, daß die österreichischen Abgeordneten aus moralischen oder Zwangsgründen aus der deutschen konstituirenden Nationalversammlung zu treten genöthigt würden, die Beschlüsse dieser nicht mehr als die Beschlüsse der Vertretung gesammter deutscher Nation betrachtet werden könnten, und daß deßhalb dann auch die bairischen Abgeordneten moralisch verpflichtet würden, aus der ihrer ursprünglichen Bestimmung entrückten Nationalversammlung auszutreten." Beim Beginn der heutigen Sitzung erhob sich der Abgeordnete Kolb aus Speyer, um im Namen der vereinigten Linken der Erklärung Dr. Müllers beizutreten. „Auch wir," rief derselbe, „wollen kein Aufgehen in Preußen, wir alle wollen kein preußisches Kaiserthum. Wir verlangen das ganze vereinigte Deutschland mit Oesterreich." Dr. Müller fordert die Kammer auf, sich zu erheben und dem ganzen vereinigten starken und freien Deutschland, sowie dem freien Baiern ein dreimaliges Hoch auszubringen. Die Abgeordneten ließen sich wirklich zu dieser unter den Mitgliedern der Linken verabredeten Manifestation fortreißen und erhoben sich von ihren Sitzen mit dreimaligem Hochrufe. Ob all' den Herren recht klar geworden, was sie mit diesem Schritte gewollt, möchten wir stark bezweifeln. Nichts ist komischer als zu glauben, daß sich eine der allerschwierigsten Fragen, welche je im Staatenleben aufgetaucht, mit einer bloßen Gefühlsäußerung abthun ließe. Mit drei Hochrufen ließen sich aber die Hemmnisse, welche dem Eintritte Oesterreichs in den Bundesstaat entgegen stehen, wahrlich nicht beseitigen und nur unsere dickhäutigen Partikularisten, welche hinter dem Vorschieben der österreichischen Frage ihre eigenen Sondergelüste zu bergen suchen, dürften sich über den heutigen Vorgang freuen. Alle übrigen Paragraphen

der Adresse wurden heute nach dem Entwurfe der Mehrheit angenommen. Gegen die Stelle, welche S. Majestät ersuchte, zu Verminderung der Staatslasten mit großmüthigem Beispiele voranzugehen, stimmte nur die äußerste Rechte. Zuletzt wurde die ganze Adresse mit 72 gegen 61 Stimmen angenommen. Von der Gallerie ertönte Bravoruf, was den Herrn Präsidenten wie gewöhnlich in Harnisch brachte. Herr v. Abel trat erst nach der Abstimmung in den Saal. Ueber die Nachfolger der Minister verlautet nichts Bestimmtes. Es heißt, man habe dem König eine Combination Willich-Stockinger-Kirchgeßner vorgeschlagen. Patrouillen von Infanterie und Cürassieren zogen gestern und heute durch die Stadt, um — wie es heißt — die „rothen Pfälzer," gegen welche unsre kleinen ultramontanen Schmähblätter den dummen Fanatismus hetzen, gegen etwaige Exzesse zu schützen.

München. Die Mehrzahl der Kammer der Reichsräthe hat sich bis jetzt dahin entschlossen, zwar alle Adelsvorrechte fallen zu lassen, aber an der Erblichkeit der Reichsräthe unter Modifikationen festzuhalten, so weit sie auf Fideikommißbesitz einer bestimmten Werthung beruhe. (Nürnb. Korr.)

≒ **München**, 9. Febr. An allen Straßenecken war heut, von einem ungewissen „Ausschuß" unterzeichnet, ein Plakat des Inhalts angeklebt: daß „viele ehrenwerthe Bürger im Einverständniß mit dem Vereine für Monarchie und gesetzliche Ordnung", obzwar sie die deutsche Einheit wollten, doch auch die baierische Selbstständigkeit gewahrt sehen möchten, diese aber durch unbedingte Geltung der Grundrechte, besonders in Hinsicht auf die materiellen Zustände gefährdet, sähen und darum beschlossen hätten — furchtbarer Entschluß! — heut Abend einen Fackelzug zu veranstalten. Wem galt dieser? dem Könige. Also stellte der Verein nebst den vielen ehrenwerthen Bürgern durch diese Demonstration als Vertreter des Partikularismus, als Gegner der Vertreter des baierischen Volkes den König hin. Denn die Vertreter Baierns stellen ja eben in der durch drei Tage berathenen, von einer Ministerkrise begleiteten und heut auch in den letzten Punkten unverändert angenommenen Adresse, die Geltung der Grundrechte ohne noch besonders bestätigenden Kammerbeschluß als oberste Forderung hin. München hatte genug gesunden Sinn schon im Voraus am ganzen Tag über die Fackeldemonstration zu lachen, selbst die Freunde des Vereins und besonders des Gewerbzwanges nannten sie kopfschüttelnd eine gerade jetzt, wo der Sieg der Linken so frisch entschieden ist, zum Mindesten ungeschickte und nutzlose Sache. Trotzdem fand der Fackelzug statt, während Streifwachen fürsichtiglich alle Straßen durchzogen, ohne doch das Pfeifen und Juchzen verhindern zu können, welches besonders in der Prannersstraße den offiziellen Musikjubel begleitete. Der König war von Nymphenburg hereingekommen, die Huldigung entgegen zu nehmen. Aber die Fackelträger vergaßen trotzdem nicht, sowohl die Rechte als Linke des Landtags ebenfalls hochleben zu lassen. Dann war die Geschichte zu Ende und nur ganz unnöthige Streifwachen klirren in den dunkeln, stillen Straßen die Erinnerung daran wach, daß heute Abend eine sogenannte Demonstration stattgefunden hat. Ueber die Lösung unserer Ministerkrise hört man noch nichts. Die verschiedensten Namen der verschiedensten Parteien schwirren durch das Publikum; glaublicher erscheint jedoch die Versicherung, daß der König die Entlassungsgesuche bis auf das des Herrn v. Beisler nicht annehmen werde.

Ansbach, 7. Febr. Die Generalsynode hat den Antrag der Rheinpfälzer Synode auf gegenseitige Beschickung kalt zurückgewiesen. Einige Stimmen wollten versöhnen, aber verhallten. Die Minorität (18) die sich für den Antrag erklärte, zählte nur einen geistlichen Deputirten unter sich. (Nürnb. Korr.)

A **Dresden**, 9. Feb. Bei Beginn der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der steckbrieflich verfolgte Abg. Böttcher eingeführt. Dr. Berthold, ein Landschullehrer motivirte einen Antrag auf Einsetzung einer Deputation für das Unterrichtswesen, in gründlicher und durchdachter Weise. Der Unterrichtsminister von der Pfordten gibt die meisten der im Schulwesen gerügten Uebelstände zu, fügt aber nicht ohne einige Gereiztheit hinzu, es gebe außer den erwähnten auch noch andere Uebelstände abzustellen; so müsse zum Beispiel Jeder erkennen lernen, was sein Beruf sei und was sein Beruf nicht sei; er bestreitet hierauf der Kammer das Recht, eine Kommission für das Unterrichtswesen schlechthin zu ernennen, und weist ihr aus der Verfassung nur die Berechtigung nach, eine außerordentliche Deputation mit der Prüfung der das Unterrichtswesen betreffenden Petitionen und Regierungsvorlagen zu beauftragen. Er fürchtet sich vor dem Vorwurfe der Vormärzlichkeit nicht mehr, da er bereits gewöhnt sei, sich durch Vorwürfe über seine Amtsführung nicht mehr beirren zu lassen. Das Betragen der Kammer ist in der That nicht der Art, daß ein Mann von den Formen des Hr. von der Pfordten sich in derselben heimisch fühlen konnte. Hr. Fincke war plump genug, mit den Worten herauszufahren „der Schulmeister muß die Stelle gewechselt haben," deren Rüge der Minister dem Präsidenten anheimgab, der sich mit Mühe und Noth zu einem Art Ordnungsruf entschloß. Nachdem die Kammer die Niedersetzung der beantragten Deputation in der vom Minister angedeuteten Weise beschlossen, trat sie einem Beschlusse der ersten Kammer auf nachträgliche Genehmigung des zwischen den zum deutschen Zoll- und Handelsverein verbundenen Staaten abgeschlossenen Münzkartels vom 21. Oktober 1845 einstimmig bei. Zuletzt kam der Blöde'sche Antrag auf unverzügliche Einziehung sämmtlicher königl. sächsischen Gesandtschaften in und außer Deutschland, mit alleiniger Ausnahme des Bevollmächtigten bei der deutschen Centralgewalt, zur Berathung. Die Kammer nahm denselben gegen sieben oder acht Stimmen an, so viel Mühe sich auch die Regierung gab die dringende Nothwendigkeit der Gesandtschaften ans Licht zu stellen. Für die Kammer war die finanzielle Frage von ganz besonderer Bedeutung (das Gesandtschaftswesen, für welches früher 107,000 Thlr. ausgeworfen waren, beansprucht im Budget für 1849 noch etwa 69,000 Thlr.); nächstdem hielten viele Redner den Gesichtspunkt fest, daß eine wirksame Vertretung der Deutschen in Zukunft nur durch die Gesandten der deutschen Centralgewalt möglich sein werde, und daß deren Geltung im Auslande nothwendig dadurch steigen müsse, daß die Gesandten der Einzelstaaten ihre Stellungen verließen. Die Debatte war übrigens, abgesehen von dieser ganz verständigen und patriotischen Auffassung der Frage, ziemlich ohne Interesse; nur das „klassisch gebildete" Mitglied der Versammlung, Hr. Dammann, welches sich schon in der berühmten Sitzung vom 20. Januar durch sein „Einst wird kommen der Tag, wo die heilige Ilias hinsinkt" hervorgethan hatte, brillirte auch heute wieder durch seine mit Citaten aus Cäsar und Horatius verbrämte Vorlesung über die Antiquitäten des Gesandtschaftswesens.

⨯ **Hannover**, 9. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ward über die Schwurgerichte berathen. In dem Schreiben, mit welchem das Ministerium den Gesetzentwurf den Ständen übergab, heißt es auch: er werde in gerechter Berücksichtigung der öffentlichen Stimme eingebracht. Auch dem Gesetz zum Schutze der Reichsversammlung vom 10. Oktober sei eine Aufforderung der Centralgewalt gefolgt, eine Aburtheilung, die kraft jenes Gesetzes erfordert werde, durch Geschworene möglich zu machen. Das Ministerium wünsche dieser Aufforderung der Centralgewalt Genüge zu leisten. Die Vorlagen des Ministeriums fanden die lebhafteste Anerkennung. Beide Vorlagen der Regierung, sowohl das provisorische Gesetz für die Geschworenen, als das definitive für die Schwurgerichte, wurden ohne an einen Ortsausschuß verwiesen zu werden, von der Kammer angenommen. Die Sprüche der Geschwornen werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Es ist erfreulich, Volk und Regierung so einträchtig wie bei uns Hand in Hand gehen zu sehen. Möge das Ministerium den Schlußstein zu dem Bau unserer Einigkeit dadurch einsetzen, daß es in der deutschen Sache sich den so allgemein kund gegebenen Wünschen des hannoverischen Volkes anschließt!

⊙ **Schleswig**, 8. Febr., Abends. Die an die gemeinsame Regierung gesandte Deputation des altonaer Centralwehrkomite's ist heute vom Präsidenten Reventlow-Jeesbeck empfangen worden. Niemand interessire sich mehr, erwiederte der Regierungspräsident, als die gemeinsame Regierung für das unzweifelhafte Recht der Herzogthümer — namentlich deren Untrennbarkeit und engeren Anschluß an Deutschland. Es müsse aber bedacht werden, daß Schleswig-Holstein nur ein sehr kleines Land sei, daß die Reichsgewalt noch ganz andere Fragen zu lösen habe, als unsere, und auch sämmtliche Mächte Europas, welche alle bei unserer Angelegenheit betheiligt und mit ihr beschäftigt wären, viele andere eben so wichtige Angelegenheiten zu schlichten hätten. Man müsse daher seine Ansprüche mäßigen und nicht Alles so rasch und mit einem Male erreicht haben wollen, wie das meistens hier im Lande der Fall sei. Was die Rüstungen betreifft, habe er zu erwähnen, daß die gemeinsame Regierung unter der deutschen Reichsgewalt

stände und dann müßten auch die besonderen Verhältnisse des Waffenstillstandes berücksichtigt werden. Den Vorschlag der Deputation, die Bildung einer schleswig-holsteinischen Landwehr nach dem Muster der preußischen betreffend, müsse er ganz einfach zurückweisen, weil so etwas einzuführen, zehn ja dreißig Jahre, und viel Kräfte erfordere; denn es sei genugsam bekannt daß die preußische Landwehr erst durch langjährige Dauer die jetzige hohe Stufe erlangt habe. Uebrigens könne er der Deputation wie dem ganzen schleswig-holsteinischen Volke die Versicherung ertheilen, daß ein annehmbarer Friede in Aussicht stehe. Die Deputation war auch beim Generallieutenant von Bonin, welcher sie auf's Freundlichste empfing und sich in gleichem Sinne gegen dieselbe aussprach. Das Komite hat in dieser Erwiederung keinen Trost für die Zukunft unserer Lande gefunden, eben so wenig wie eine Ermuthigung zu dem wahrhaft patriotischen Vorhaben, die Volksbewaffnung umfassend organisiren zu können und hat sich daher in der Rüstungsangelegenheit nochmals an den verantwortlichen Departementschef des Innern und Aeußern gewendet. Mehrere Ständemitglieder haben sich dieser Sache besonders angenommen, so daß wir mittheilen können, daß das mit Eifer begonnene Unternehmen einer großartigen schleswig-holsteinischen Volkswehr fernerer Vollendung ungehindert entgegengehen wird.

⊙ **Lübeck**, 9. Febr. Schon im Mai vorigen Jahres ward hier die Frage angeregt, ob nicht dem im Bau befindlichen Dampfschiffe Lübeck eine kriegsfähige Bestimmung und Einrichtung gegeben werden könne. Indessen, so allgemein auch die Bereitwilligkeit war, jene große vaterländische Angelegenheit nach Kräften zu fördern, mußte jener Gedanke doch nach dem Ausspruche bewährter Techniker als unausführbar aufgegeben werden. Um so mehr hat es hier überrascht, daß jetzt, da der Bau des Dampfschiffes bis auf die letzte innere Einrichtung vollendet ist, von Seiten des Marineministeriums eine Aufforderung hierher ergangen ist, das Dampfschiff für die Marine abzutreten. Um jedoch ihrerseits den Absichten des Ministeriums keinerlei Hindernisse zu bereiten, haben die Aktionäre in einer gestern gehaltenen Versammlung b schlossen, sich gegen Ersatz der bereits aufgewendeten Kosten zur Abtretung des Schiffes bereit zu erklären. Aehnlich wie unsre Kaufmannschaft, hat sich jetzt auch die hiesige Schiffergesellschaft, eine sämmtliche Seekapitaine umfassende Corporation, mit einer Vorstellung an die Nationalversammlung gewandt, daß die Matrosen vom Landwehrdienst befreit und dafür zum Dienste auf der Kriegsflotte verwendet werden möchten. Die Wahlen für die Bürgerschaft sind in fünf ländlichen Bezirken vor sich gegangen, und im Ganzen befriedigend ausgefallen. Unter den 25 Gewählten befinden sich 3 Advokaten in Lübeck, 3 Geistliche, 5 größere, 4 kleinere Landbesitzer, 1 Arzt, 2 Landschullehrer, auch 2 Juden, ein erfreuliches Zeichen der Duldung.

Großbritannien.

△ **London**, 9. Febr. Die Augsburger Allg. Z. vom 3. d. enthält, in der Form einer Frankfurter Korrespondenz, einen Artikel, dem die diplomatisch-politische Beschaffenheit seines — mit drei klingenden Namen in der Uebersicht verkündeten — Inhalts wahrscheinlich bereits die Aufmerksamkeit eines größeren Kreises von Lesern zugewandt hat. Als Entgegnung nämlich auf gewisse, von der Frankfurter O.-P.-Z. vor Kurzem gegebene Andeutungen über einige Stellen einer kleinen Flugschrift „das neue deutsche Reich und die kleineren deutschen Staaten" wird in dem erwähnten Artikel, unter allerlei geschickten Wendungen und Verknüpfungen und insbesondere vermittelst verschiedener Briefnachrichten, die der Artikel aus Koburg und London erhalten zu haben vorgibt, gegen den englischen Hof der Verdacht ausgesprochen, als habe derselbe die gegenwärtige große Bewegung Deutschlands dazu benutzen wollen, um zu Gunsten des kleinen Prinzen Alfred und zugleich im Kontinentalinteresse Großbritanniens, ein Königreich Thüringen zu stiften. Diese Absicht sei der Beweggrund gewesen, aus dem man in Buckingham Palace schon gleich seit den Märztagen an der Herstellung des deutschen Reichs einen so fortwährenden lebhaften Antheil genommen, und dies der Zweck, zu dem man insbesondere mehrfach versucht habe, den König von Preußen theils unmittelbar, theils durch Vermittelung der preußischen Staatsmänner Bülow, Arnim, Bunsen, so wie der englischen Westmoreland und Cowley und zugleich Heinrich v. Gagern's zur Annahme der deutschen Kaiserkrone zu bewegen. Erlauben Sie, daß jemand der über die hier berührten Verhältnisse mit vollkommner Sachkenntniß sprechen kann, vermittelst Ihres Blattes auf jenes in der Augsburger Zeitung vorgebrachte seltsame Gewebe von Erfindungen mit der einfachen Erklärung antwortet, daß darin auch nicht das kleinste Körnchen Wahrheit enthalten ist und daß die Buckingham Palace vorgeworfene lebhafte Theilnahme an der deutschen Bewegung zwar in der That stattgefunden hat und fortwährend stattfindet, aber nie und nirgend auch nur durch den leisesten Gedanken an die Gründung eines Königreichs Thüringen, zu wessen Gunsten es auch sei, oder an irgend einen sonstigen selbstsüchtigen Plan, beeinflußt oder berührt worden ist. Und wie mußte es in einem Verstand, wie in einem Herzen aussehen, für welches schon das bloße Vorhandensein vaterländischer Empfindungen in ernstern Herzen eine Veranlassung sein konnte auf den unreinen Ursprung dieser Empfindungen zu schließen! Der Leichtsinn aber, mit dem das Mährchen vom Königreich Thüringen erfunden worden, erscheint noch unglaublicher, wenn man die kleine Schrift die zur Mittheilung desselben Anlaß gegeben und die der Artikel offenbar mit der Politik des englischen Hofes in Verbindung bringen will, selbst durchliest und darin nicht nur an keiner Stelle die Möglichkeit eines solchen Planes angedeutet, sondern sogar S. 13. ausdrücklich eine Art der obersten Reichsgliederung vorgeschlagen findet, kraft deren die sächsisch-thüringischen Herzogthümer nicht einen eigenen, sondern einen mit dem Königreich Sachsen zusammenfallenden Staatenverband — oder Reichskreis — bilden sollen. Nachdem es mir auf diese Weise leicht gewesen, eine edle politische Gesinnung und Thätigkeit, die nicht minder sich selbst, als Deutschland zu Ehren gereicht, vor dem deutschen Publikum von dem Verdacht irgend einer persönlichen Nebenabsicht offen zu reinigen, habe ich wohl kaum nöthig noch ein Wort über die Absicht fallen zu lassen, von der der Augsburger Korrespondent bei Schmiedung seines Artikels sichtlich geleitet worden ist, und das Gemisch alter und neuer Schuldbewußtheit auseinander zu setzen, von dem die ganze Erfindung ein Zeugniß ablegt. Wie weit die von der Flugschrift und der Frankfurter O.-P.-Z. gegebenen Andeutungen über die jüngsten Schritte der Sonderpolitik eines der größeren deutschen Staaten in der Wirklichkeit begründet sein mögen, will ich hier nicht untersuchen; aber das unterliegt, meiner Ueberzeugung nach, keinem Zweifel, daß die bloßgestellte Politik kein unpassenderes, kein eines edlen deutschen Volks und Königs weniger würdiges, und zugleich kein sich selber stärker anschuldigendes Vertheidigungsmittel hätte ersinnen können, als das einer solchen grundlosen gegenanklägerischen Beschuldigung, durch welche ein Verfahren, das bisher wenigstens nur dem Vorwurf politischer Unsittlichkeit ausgesetzt war, in die Kreise bürgerlicher und persönlicher Unsittlichkeit herabgezogen wird.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Febr. Die Wahlen fangen bereits an, die Gemüther zu beschäftigen. In den nächsten Tagen wird sich der Klub der Rue Poitiers versammeln, um ein Wahlkomite zu errichten. Es soll aus 30 Mitgliedern bestehen; 15 sollen der wirklichen Rechten angehören, 15 der Partei Thiers-Barrot. Auch die republikanischen Parteien werden nicht säumen, ihre Vorbereitungen zu treffen. Einstweilen sind sie von ihrer Niederlage in der Rateauschlacht noch etwas niedergebeugt. Der heutige Moniteur enthält die Bekanntmachung, daß der Marquis von Normanby gestern dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter der Königin von England bei der Republik überreicht hat. Lord Normanby war bis jetzt bei der Republik nur in einer besonderen und temporären Sendung beglaubigt.

Vorgestern Nacht hat das Kriegsgericht sein Urtheil über die der Theilnahme an dem Morde des Generals Bréa und des Kapitäns Mangin angeklagten Juni-Insurgenten gefällt. Fünf derselben, schuldig befunden des Mordes an dem General Bréa und dem Kapitän Mangin, der Theilnahme an einem Attentat gegen die Regierung, der Aufreizung zum Bürgerkriege und des Verbrechens, Zerstörung, Plünderung und Blutbad in der Hauptstadt angerichtet zu haben, wurden zum Tode verurtheilt. Sechszehn andere wurden zu lebenswieriger Zwangsarbeit bis herab zu zwei Jahren Gefängnißstrafe verurtheilt. Drei wurden freigesprochen. Das Kriegsgericht bestimmt, daß an den fünf erstgenannten die Todesstrafe an der Barrière von Fontainebleau, auf dem Schauplatze des Verbrechens selbst, vollstreckt werden soll. Um

Mitternacht wurde den Angeklagten das Urtheil verkündet. Einige äußerten sich laut und heftig gegen dasselbe und kündigten ihren Entschluß an, auf Revision und Kassation anzutragen. Um halb Eins führte eine Abtheilung von 200 Dragonern die Gefangenen in mehreren Zellenwagen auf das Fort von Vanves. Vorn und hinten ritten Piquets der Gendarmerie zu Pferde.

Die Zahl der Aktenstücke über das Attentat vom 15. Mai übersteigt 2000; mehr als 1200 Zeugen sind verhört worden; allein nur 120 bis 150 davon werden nach Bourges berufen werden. Barbès, der Hauptangeklagte, erzählt in einem Briefe an die Réforme, datirt aus Vincennes, daß er Hrn. Bérenger (de la Drôme), Präsidenten des hohen Gerichtshofes, der die Gefangenen zum letzten Mal ins Verhör nehmen wollte, kein Wort geantwortet habe, da er das von ihm vertretene Gericht nicht anerkenne; daß Hr. Bérenger die Wahl des Hrn. Martin Bernard als Beistand für Barbès nicht anerkennen wolle, unter dem Vorwande, derselbe sei Volksvertreter und auch kein Advokat; daß er, Barbès, den ihm ex officio ernannten Vertheidiger ersucht habe, sich nicht unnöthigerweise zu ihm zu bemühen.

†† **Paris**, 9. Febr. Der Constitutionel ist heute übler Laune, er ärgert sich, daß die Nationalversammlung mit dem Amendement Lanjuinais nicht zufrieden war und die Berathung des Budgets von 1849 als vierten Gegenstand ihrer Thätigkeit aufgenommen hat (mit 458 gegen 307 Stimmen.) Dennoch setzt das Journal einen nahen Termin der Auflösung, indem es für die Behandlung eines Gesetzes 20 Tage blos nöthig erachtet, mit den vorgesetzten vier also in 80 Tagen fertig zu werden glaubt. Dem Ministerium gelang es gestern, die noch sonst zur Aufnahme empfohlenen Gesetze über Armeereorganisation, öffentliche Unterstützung, Unterricht zu beseitigen. Die dritte Berathung über den Vorschlag Rateau-Lanjuinais wird die Ausschreibung neuer Wahlen in Kurzem verwirklichen. Mit den Wahlen tritt das fieberhaft aufgeregte Frankreich in neue Phasen der Erschütterung, wozu das Urtheil über Bréa's Mörder und der Prozeß in Bourges noch andere Brandstoffe liefern. Das Schaffot ging bei der Februarrevolution in Flammen auf; um den Staat nicht in Unkosten zu versetzen, wird man à la Windischgrätz verfahren und Soldaten die Ehre zukommen lassen, Henker ihrer Mitbürger zu werden. Eines der rothen Journale zieht aus diesem Vorgange den schreckenverkündenden Schluß: „Man weiß nun, daß nach dem Siege einer Partei die Besiegten durch außerordentliche Tribunale verurtheilt und trotz der Gesetze hingerichtet werden dürfen." (?) Chopart hörte sein Todesurtheil ruhig an und erwiederte: Ihr Herren des Gerichts! ich will kein Mitleid, keine Nachsicht, ich verlange Gerechtigkeit. Wenn ihr mich für fähig haltet, einen waffenlosen Mann gemordet zu haben, dann habt kein Erbarmen; ich ziehe den Tod der Schande vor. Dies soll mich nicht hindern, aus Herzensgrunde bis zum letzten Hauche zu rufen: Vive la république!

Spanien.

* **Madrid**, 3. Febr. Der Heraldo behauptet auf Grund einer ihm zugekommenen brieflichen Nachricht, daß Cabrera in einem Gefecht bei San Lelony am 26. oder 27. Januar getödtet worden ist. Doch will er die Nachricht nicht verbürgen. Nach einem anderen Berichte wurde Cabrera am 27. in einem Gefecht in der Nähe von Pasteral de Amer nur in der Hüfte verwundet und, von den Truppen der Königin verfolgt, genöthigt, sich mit seinem Arzt auf französisches Gebiet zu flüchten. — In einem gestern abgehaltenen Kabinetsrath soll General Narvaez wieder einmal seine Absicht geäußert haben, sich zurückzuziehen und ist nur durch das Zureden seiner Kollegen bestimmt worden, vor der Hand noch im Amte zu bleiben. Recalde, Führer einer republikanischen Schaar, welche in Navarra eingebrochen war, wurde am 2. zu Pampeluna nach kriegsrechtlichem Urtheil erschossen. Er begab sich auf den Richtplatz, ruhig die Cigarre im Munde. Während sein Körper noch warm war, langte eine telegraphische Depesche von Madrid an, welche seine Begnadigung enthielt. Eben so wurden 13 gefangene Insurgenten zu Estella und 14 andere an andern Orten erschossen.

Italien.

* **Turin**, 4 Febr. In der gestrigen und heutigen Sitzung der Deputirtenkammer sind nur einige formelle Geschäfte, wie die Verifikation der Vollmachten, erledigt worden. Gioberti scheint sich trotz der Aenderung seiner Politik noch immer des Zutrauens des Volkes zu erfreuen. Vorgestern gaben ihm die hiesigen Klubs ihre volle Zustimmung und ihre ungetrübte Anhänglichkeit durch einen Zug vor sein Haus, der mit den gewöhnlichen Reden und Vivats begleitet war, zu erkennen. Auf die Nachricht, daß der piemontesische bevollmächtigte Minister Graf Plessa von dem König von Neapel nicht angenommen worden, soll Karl Albert dem neapolitanischen Gesandten zu Turin, Grafen Ludolf seine Pässe haben zustellen lassen. Ob jetzt beide Seiten diesen Schritt nicht zurückthun werden, steht dahin.

* **Aus der Lombardei.** Man verbreitet hier die Nachricht daß die aus der Schweiz kommenden, angeblich für Neapel bestimmten Rekruten, weit entfernt, nach Neapel zu gehen, in das Heer der Oesterreicher eingereiht werden. Augenzeugen versichern, daß die Schweizerrekruten in Como wirklich equipirt und in der Kaserne San Francesco dieser Stadt instruirt werden. Diese Rekruten werden dann — heißt es — in kleinen Abtheilungen von 50 Mann nach Verona geführt, und unter die einzelnen Regimenter vertheilt. Bei der bekannten Unzuverlässigkeit der Italiener hat man diese Nachrichten nur mit der äußersten Vorsicht aufzunehmen.

* **Venedig.** Admiral Albini ist am 23. Januar mit seiner Flotte im hiesigen Hafen gelandet. Seine Anwesenheit wäre beinahe nicht von langer Dauer gewesen. Einige Arsenalarbeiter die mit den sardinischen Matrosen in Streit gerathen sein mochten, beleidigten die sardinische Flagge. Albini, gereizt, ging sogleich zu Manin, um seine Abfahrt anzuzeigen. Mit der größten Mühe hielt ihn Manin zurück; die Arsenalarbeiter zogen in feierlichem Zuge vor ihn, gaben jede Genugthuung, und riefen Sardinien als die einzige Hilfe Venedigs aus, und so ließ er sich endlich zum Bleiben bringen.

* **Florenz.** In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 31. wurde die Antwortsadresse auf die Thronrede berathen. Die wichtigste Stelle derselben lautet: „Wir freuen uns zu erfahren, daß unsere Beziehungen zu den fremden Mächten mit Ausnahme Oesterreichs freundschaftlicher Art sind. Wir hoffen, daß das Recht der Unabhängigkeit und Nationalität, welches das politische Glaubensbekenntniß unsers Parlamentes ist, auf dem Kongreß zu Brüssel aufrecht erhalten werden wird. Wir hoffen, daß die neapolitanische Regierung sich der toskanischen in patriotischer Eintracht zugesellen wird; wir fühlen die Nothwendigkeit, uns durch die Bande fester und thätiger Freundschaft mit den übrigen italienischen Staaten zu vereinigen, mit denen wir gemeinschaftliche Interessen, Hoffnungen und Gefahren, gemeinschaftliches Mißgeschick und Heil haben."

In Siena fand dieser Tage eine reaktionäre Bewegung statt. Der Großherzog war gerade auf Besuch in dieser Stadt; da zogen Volkshaufen vor dem Palast vorüber mit dem Geschrei: „Nieder mit der italienischen Costituente! Es lebe die Regierung von Neapel! Tod den Liberalen! Nieder mit den Klubs!" Der Großherzog verhielt sich schweigend. Die Sache scheint nicht von Bedeutung gewesen zu sein. Man wollte nur die Studenten aus der Stadt vertreiben, die auch nach Pisa überzusiedeln entschlossen sein sollen.

* **Rom**, 2. Febr. Nach und nach gestaltet sich's hier kriegerisch. Die venezianisch-lombardischen Freischaaren sind im Begriff — angeblich 12,000 Mann stark — nach der neapolitanischen Gränze aufzubrechen. Dragoner und Pontoniere haben Marschbefehl erhalten. Letztere sollen den Paß von Tercina besetzen. Garibaldi deckt die Straße von Ascolit. Ausgezogen war er mit 1200 Mann. Er hat aber unumschränkte Vollmacht, anzuwerben so viel er kann und mag. Die 2 Soldaten, welche als Haupträdelsführer des Tumults vom 19. zum Tode verurtheilt waren, sollen begnadigt werden. Sonst sind, wie bereits gemeldet, zwanzig zu lebenslänglicher, andere zu 20, 15 und 5 Jahren Galeerenstrafe verurtheilt worden. General Latour, gegen den das Ministerium, ehe es sein Nachgeben kannte, eine Erklärung an die auswärtigen Gesandten gerichtet hatte, hat seine Entlassung als Kommandant der dritten Militärdivision eingegeben. Diese wurde angenommen und General Bignami an seine Stelle ernannt. Latour bleibt jedoch Kommandant der Schweizerbrigade.

Neapel, 27. Jan. Für längere Zeit hindurch sprach man mit großer Zuversicht davon, daß der Feldmarschall Fürst Filangieri an die Spitze des Ministeriums treten werde, was sich bis jetzt nicht bewährt, indem die zeitweiligen Minister wirklich die Kühnheit haben sollen, den auf 1. Febr. einberufenen Kammern

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 13. Febr. Neue Coalition. Aufregung gegen die Einquartirung.) Wien (Zustände in Ungarn und Kroatien.) Ollmütz (Geistliche Ansprüche. (Nue Uniformirung.) Berlin (Wahlen.) Koblenz (Wahlen.) München Die Ministeekrisis. Gerüchte.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen über Auflösung der Kammern und Berufung einer konstituirenden Versammlung.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen.)

Frankreich. Paris (Cabrera. Lucian Murat. Arrestationen. Die Truppen von Paris.)

Dänemark. Kopenhagen (Der Waffenstillstand. Fädrelandet. Dänische Darstellung der Unruhen in Nordschleswig.

Frankfurter Börsenbericht (Vom 13. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 13. Februar.

Tagesoednung der 169. öffentl. Sitzung.

Fertsetzung der Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte: Art. X. — XII. §. 43 — 48.

Den Vorsitz übernimmt der Präsident Herr Ed. Simson. Er eröffnet die Sitzung 9¾ Uhr Vormittags. Durch den Abgeordneten Hrn. Rieffer gehen 174 Thalee aus Mölln für die deutsche Flotte ein. Herr Pattai aus Steiermark ruft den Biedermann'schen Ausschuß — der niedeegesetzt woeden sei zur Berichterstattung über solche Erklärungen dee Einzelnregierungen, durch welche die Machtvollkommenheit der Nationalversammlung zur Errichtung des Verfassungswerks angezweifelt werde — darüber an, was er in den mehr als 3 Monaten seines Bestehens gethan habe und bis wann eine Vorlage von ihm zu erwarten sei.

Artikel X. §§. 45 und 46 dee Grundeechte handelt von der Verfassung der Einzelstaaten. Das Wort ergreift zueest

Herr Moritz Mohl. Ihm genügt nicht, daß der Volksvertretung das Bewilligungsrecht zue Auflage neuer Steuern eingeräumt werde, er verlangt vielmehr, daß dasselbe Recht der Stände auch auf die Forterhebung bereits genehmigter Steuern ausgedehnt weede.

Heer v. Linde aus Mainz dagegen erklärt sich für den Vorschlag des Verfassungsausschusses. Die Bestimmungen müßten in allgemeinen Ausdrücken gehalten werden, um den einzelnen Staaten Freiheit zu mannigfaltiger Darstellung und Ausbildung ihrer öffentlichen Verhältnisse zu lassen. Dee Volksvertretung jedes kleinen Staates das Recht dee Gesetzinitiative zu geben, findet ee sowohl überflüssig, als bedenklich in Hinsicht auf die Reichsgesetzgebung.

Herr Nauwerck vermißt Vorkeheungen gegen das absolute Veto in den Vorschlägen des Verfassungsausschusses. Ein Mangel der ihm erwünschte Veranlassung zu einer Darstellung seiner Ansichten von den Rechten des Volkes und den Zuständen der Gegenwart gibt, die sich in dem Schlußsatze zusammenfassen: „Deutschland will die Monaechie nicht, aber die Monarchie will Deutschland." (Allgemeine Heiteekeit.)

§. 45, zu dessen besonderer Beeathung hierauf übergegangen wird, lautet im Entwurfe des Verfassungs-Ausschusses:

„Jeder deutsche Staat muß eine Verfassung mit Volksvertretung haben."

Herr Rödingee aus Stuttgart warnt davor, als einzigen Uebeegang aus der alten in die neue Welt die Revolution übrig zu lassen. Das geschehe, wenn man den wandelbaren Geist des Staates in zu starre Formen presse. Die Freiheit sei nicht blos ein Recht, sie sei sogar eine Pflicht. Sie, m. H., beabsichtigen das Unding der Herstellung einer Obermonarchie aus 34 Untermonarchien. Dennoch haben Sie es abgelehnt, Mediatisieungen zu verfügen. Als ob gegen das höhere Recht der Einheitsinteressen des Vaterlandes irgend welche dynastische Widersprüche von einigem Gewicht gewesen wäeen! Die deutschen Souveränitäten sind usurpirt. Das deutsche Volk hat die Einheit bereits besessen, sie ist ihm entrissen worden, aber sein Recht auf die Einheit ist deshalb nicht verjährt, denn gegen Mindeejährige läuft keine Verjährung und unmündig leider war das deutsche Volk. Wo die Diplomatie einmal wieder ihre Hand hereinstreckt in die Verhandlungen übee Wohl und Weh eines Volkes, da gebe ich alle Hoffnung auf. Der Redner schließt damit, daß das historische Recht selbst im Civilrechte von sehr zweifelhafter Bedeutung sei. Im Staatsleben könne er ihm gar keine Entscheidung gestatten. Denn „was Recht ist, muß nicht allein Recht bleiben, sage ich, — es muß Recht werden!"

Herr v. Linde: Die Frage übee das unbedingte und aufschiebende Veto ist eigentlich gar nicht mehr von Bedeutung, denn das europäische Staatsleben hat das Steueebewilligungsrecht auf eine Weise üben gelernt, daß sich kein dynastischer Widerstand für die Dauer dagegen zu behaupten vermag.

Dee Berichterstattee Herr G. Beseler verbeeitet sich in seinem Schlußworte zugleich über §. 46:

„Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung und Besteuerung.

Die Ministee sind ihr verantwortlich.

Die Sitzungen der Ständeversammlung sind in dee Regel öffentlich."

Er erinnert daean, daß das Haus seine Bestimmungen füe einen Bundesstaat treffe. Daher haben wir hier nicht für die einzelnen Staaten über absolutes und suspensives Veto, über allgemeines Wahlrecht, über die Gesetzgebungsinitiative der Kammern ꝛc. abzusprechen. Heer Uhland verlangt den Zusatz, daß in keinem Staate einseitige Verfassungsveränderungen gestattet weeden sollen. Ich veeweise jedoch deshalb auf unsere bereits getroffenen Bestimmungen in dem Abschnitte: Gewähr der Reichsverfassung. Dort ist der Platz für dergleichen, nicht hier. Entsprechend den allgemeinen Bestimmungen übee die Gemeindeverfassung, haben wir uns auch in den Paragraphen über den Staat mit allgemeinen Umrissen und Vorschriften zu begnügen, unter Verzicht auf Specialitäten.

Nachdem durch einfache Abstimmung mit Einhelligkeit der vom Verfassungsausschusse voegeschlagene §. 45 angenommen worden ist, wied über eine Reihe von Zusätzen ablehnend entschieden. Daeunter fällt namentlich auch der Zusatz des Hrn. Würth v. Sigmaringen: auf Wahl zur Volksvertretung „ohne Census."

Durch Namensaufruf, auf Hrn. Heisterbergks Antrag, wird abgestimmt über den Zusatz von Gulden und Genossen:

„Das Veto der Staatsregierung gegen die Beschlüsse der Volksverteetung kann nur ein beschränktes sein."

Von 365 Abstimmenden eeklären sich 246 mit Nein, gegen diesen Zusatz. Bejahende mithin nur 119. Eben so wird verworfen dee Antrag der Minderheit des Verfassungsausschusses; ferner dee Antrag Rödinger's, (daß die Feststellung dee Verfassung in den einzelnen Staaten Sache der Volksverteetung sei und der Regent nue eine aufschiebende Ablehnung dagegen habe). Ueber den Antrag Uhland's, daß unter keinen Umständen eine Landesverfassung einseitig gegeben oder abgeändert weeden dürfe, ist das Ergebniß zweifelhaft, so daß durch Zettel abgestimmt werden muß. 203 gegen 199 Stimmen lehnen den Antrag ab. Auf dem Wege einfacher Abstimmung wird dann noch der Antrag Zimmermann's aus Stuttgart beseitigt:

„Jeder Staatsbürger nimmt an der Gesetzgebung des Gesammtstaates wie des Einzelstaates, dem er angehört, auch dem Recht zu wählen und gewählt zu werden, gleichmäßig Theil. Eine Beschränkung dieses Rechts kann nur wegen des Mangels dee Dispositionsfähigkeit und der bürgeelichen Ehrenrechte durch das Reichs-, beziehungsweise Landeswahlgesetz bestimmt weeden."

Die Form, in welcher §. 46 aus der Abstimmung hervoegegangen, theilen wir morgen mit. Nächste Sitzung findet Donnerstag den 15. Statt. Auf die Tagesordnung kommt u. A. „das Wahlgesetz."

*** **Frankfurt**, 13. Febr. Bekanntlich hat auf Veranlassung des Hrn. v. Schmerling gesteen Vormittag im Hôtel Schröder eine Koalitionsversammlung stattgefunden in Betreff der Umgestaltung der Verfassung „zur Verständigung mit Oesterreich", und es ist zu diesem Zweck (s. d. gestrige Nr.) die Niedersetzung einer Kommission beliebt worden. Es gilt abee auch, alle Fraktionen der Linken für die Koalition zu gewinnen und es sind dahin zielende Unterhandlungen im Gange. Die Koalition wird natürlich in der Oberhauptsfrage das Direktorium durchzusetzen suchen. Die Linke wird ihrerseits die Unterstützung ihree bei der ersten Lesung der Verfassung durchgefallenen Anträge, namentlich in Betreff der Militär-Macht der Reichsgewalt, des Staaten- und Volkshauses, der Ablehnung des Reichsraths ꝛc. begehren. Man ist sehr gespannt, welche Früchte diese Koalition zu Tage födern werde.

*** **Frankfurt,** 12. Febr. In Höchst soll die Aufregung der Bewohner gegen die Erneuerung der Einquartirung deshalb entstanden sein, weil die Kosten der seitherigen Verpflegung der Reichstruppen noch nicht bezahlt wurden. Auch an anderen Orten sind aus diesen Gründen Steuerverweigerungen vorgekommen.

Wien, 8. Febr. Der Kampf in Ungarn hat eine ziemlich unerwartete Wendung genommen. In dem Augenblick, als man denselben dem völligen Erlöschen nahe glaubte, werden die kaiserlichen Truppen auf einzelnen Punkten zurückgedrängt. So hätten wir bisher glauben sollen, daß Feldmarschallleutenant Schlick mit dem fünften Armeekorps in Oberungarn nur noch mühsam zusammengehaltenen Honveds gegenüber stehe, mit einem Male erfahren wir durch den neuesten offiziellen Bericht, daß er entdeckt, der Feind zähle 15,000 Mann regulärer Truppen, was ihn denn auch zu einer retrograden Bewegung veranlaßte. Die Berichte aus Kroatien schildern den Zustand dieser Provinz sehr bedenklich und die Stimmung gegen den Banus so zweideutig, daß es sehr unentschieden bleibt, welcher Art von Erhebung er bei seinem persönlichen Auftreten daselbst entgegen ginge. Großes Elend lastete auf dieser Provinz, und die zum Bestellen der Felder nöthigen Hände wurden dennoch durch Rekrutirung dem Boden entzogen. Eine Deputation soll von Kroatien aus an den Ban gehen und ihm die Frage stellen, was er denn eigentlich bisher für sein Land gethan? Die Grausamkeiten, womit die Serben, sogenannte Raizen, ihren Durchzug überall bezeichnen, sollen allen Begriff übersteigen. Und bei allem Dem kann das Ende des Kampfes hier noch weniger zweifelhaft als in Italien sein. Die chemische Zersetzung Ungarns ist einmal im Rathe jener Erdengötter beschlossen, denen vorerst die mächtigsten Donnerkeile zu Gebote stehen. Hier wie in Polen entscheidet die geographische Lage; selbst wenn Frankreich und England drein sprechen wollten, entscheidet der Zustand der im Sinken begriffenen Nationalität. Dennoch blutet das Herz, wenn man bei der unausweichlichen Verlängerung der Kriegsgräuel der Verwüstung des von der Natur so reich gesegneten Landes auf Jahre hinaus entgegen sieht. (D. A. Z.)

⊙ **Ollmütz,** 8. Febr. Aus unserer fürsterzbischöflichen Kanzlei ist ein Memorandum an den Reichstag hervorgegangen, das sich als eine Monstrosität selbst vor den der Kammer zugesandten ähnlichen Aktenstücken der Salzburger, Wiener und anderer Episkopate auszeichnet. Es verlangt nicht nur in einer Menge von Paragraphen unbedingte Anerkennung der Koordination der Kirche neben dem Staat, unbeschränkte Autonomie in allen kirchlichen Dingen, Beherrschung der Schule durch die Kirche, Abhängigkeit der Seminarien von den Bischöfen, ausschließende Autorität der Kirche in Ehesachen, Restauration der aufgehobenen und Beibehaltung der bestehenden Klöster, Verwaltung des Kirchenvermögens durch die Bischöfe, und was dergleichen bescheidene Forderungen mehr sind, sondern auch daß die Preßfreiheit zu Gunsten der heiligen Kirche beschränkt werde, daß auf die Verfassung, Drucklegung und Verbreitung solcher Bücher Strafen gesetzt werden, deren Inhalt die kanonischen Vorschriften, betreffend den Glauben, die guten Sitten, die liturgischen Gebräuche oder die Kirchendisciplin lächerlich macht.

Seit einigen Tagen ist die neue Vorschrift für die Offiziersadjustirung erschienen. Der österreichische Infanterie-Offizier trägt von nun an einen weißen Waffenrock, anstatt des frühern schwarzen Frackes oder Campagnerockes; die Säbelkuppel ist, wie sie bisher nur Staabsoffiziere trugen, von Gold; der Tschako ist für die Offiziere vom Hauptmann abwärts ganz gleich; eine breite Goldborte schmückt ihn wie sie der Kapitain oder Hauptmann allein hatte; die verschiedenen Grade sind an kleinen goldenen oder silbernen in den Ringkragen gestickten Sternen kennbar. Blaue Pantalons, wie sie bisher nur en pleine parade getragen wurden, vollenden die Reform im Aeußern des österreichischen Infanterie-Offizierskorps. Die kostspielige Unzweckmäßigkeit derselben springt in die Augen.

Berlin, 10. Febr. Zu Abgeordneten für die zweite Kammer sind ferner gewählt worden:

Provinz Preußen. Regierungs-Bezirk Gumbinnen.

Gutsbesitzer von Saucken (Julienfelde), Regierungs-Präsident von Salzwedel in Gumbinnen, Ober-Landesgerichts-Assessor Muttray (Marggrabowa).

Regierungs-Bezirk Königsberg.

Subregens Menzel (Braunsberg), Landgeschworener Krause in Schönwiese.

♀ **Koblenz,** 12. Febr. Die Wahlmänner für die erste Kammer aus den Kreisen Kreuznach, Simmern, St. Goar und Koblenz haben heute hier den Landgerichtspräsidenten v. Olfers und den Oberregierungsrath van Spanneren zu Abgeordneten gewählt, zwei entschieden freisinnige und entschieden konservative, monarchisch-konstitutionelle Männer.

A **München,** 11. Febr. Ueber die Ministerkrisis läßt sich noch immer nichts Bestimmtes sagen, nur so viel soll gewiß sein, daß sich der König nunmehr entschlossen hat, dem Ministerium die verlangte Entlassung zu ertheilen. Ob die Nachfolger desselben aber aus der Linken oder aus Männern des alten Systems gewählt werden, oder ob ein Koalitionsministerium des Centrums mit der Linken versucht wird, läßt sich bis jetzt wohl kaum angeben. Man spricht davon, die Kammer werde vertagt, nach Anderen, sie werde gar aufgelöst werden. Die Annahme der Adresse der zweiten Kammer soll sogar, wie auf's Bestimmteste versichert wird, vom Könige verweigert worden sein. Ein solcher Schritt würde jedenfalls zu den unklugsten gehören, welche man begehen könnte und würde sicher die übelsten Folgen nach sich ziehen.

-:- **Stuttgart,** 8. Febr. Der Unwille und der Spott, welcher, täglich wachsend, im Publikum wie in der Presse, die sogenannten Verhandlungen unserer zweiten Kammer begleitete, hat endlich ein Resultat gehabt, und nachdem schon in der gestrigen Sitzung ein Mitglied der Versammlung in seiner motivirten Abstimmung sich zum Organ der öffentlichen Stimmung gemacht, hat heute der Abgeordnete Wiest, mit unverhohlener Hinweisung darauf, daß fortwährend in den unerquicklichen Verhandlungen auf unverantwortliche Weise Geld und Zeit vergeudet werde und daß man seit vollen 5 Monaten, Phrasen und Deklamationen abgerechnet, dem Volke noch Nichts weiter gebracht, als eine zweimalige Verlängerung der bisherigen Steuern, den förmlichen Antrag gestellt, die Kammer möge den ausdrücklichen Beschluß fassen, daß künftig kein Antrag mehr zur Debatte und Beschlußfassung zugelassen werde, der nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit einer Vorlage der Regierung oder mit einem Antrage der Kommission stehe. Es ist wahrlich weit mit einer Versammlung gekommen, wenn sie solche Anträge hören muß und sogar, in einem Anflug von Selbsterkenntniß, zum Beschluß zu erheben sich veranlaßt sieht. Ob das Mittel zum Zwecke führt, steht dahin: einstweilen hat die Kammer allerdings allen unnöthigen Wortkram fortgelassen und selbst die Ersparungsgelüste der Kommission nicht wie gewöhnlich unterstützt: der Etat des Finanzdepartements wurde im Ganzen in sehr summarischer Weise erledigt, und kleine Abschweifungen kamen nur vor, als bei Gelegenheit der Exigenz für Neubauten und Hauptausbesserungen der Vandalismus zur Sprache gebracht wurde, mit welchem man vielfach die schönsten und erinnerungsreichsten Ueberreste der Vorzeit der Vernichtung Preis gebe. Den Schluß des Etats bildete eine Rubrik „Außerordentlicher Dispositionsfonds," und aus den dazu gegebenen Erläuterungen geht hervor, daß diese Position die Stelle der früheren geheimen Fonds beim Departement des Auswärtigen vertrete, welche letztere hinfort im Büdget nicht mehr figuriren würden. Die Kammer, im Einverständniß mit ihrer Kommission, bewilligte die dafür ausgeworfenen 6000 fl., beschloß aber, daß es nicht genügen könne, wenn der Finanzminister blos im Allgemeinen mit seiner Verantwortlichkeit einstehe und ohne speziellen Nachweis die im Interesse des Staates erfolgte Verwendung beurkunde, sondern daß derselbe auf Verlangen der Kammer über jene Verwendung speziellen Nachweis zu liefern habe.

+ **Karlsruhe,** 11. Febr. Die Wichtigkeit der gestrigen Kammersitzung erfordert es, auf die Verhandlungen etwas näher einzugehen. Von den am Tage zuvor hier verbreiteten Gerüchten über grobe Excesse, die in der Kammer losbrechen sollten, hat sich fast nichts bewahrheitet, doch waren die Anstalten so getroffen, daß man über jeden Unfug sogleich Herr werden konnte. Bei überfüllter Gallerie wurde die Sitzung nach 9 Uhr eröffnet und mit Vorlage von Petitionen für und gegen Kammerauflösung begonnen. Die Zahl der angemeldeten Redner betrug 20. Zunächst war es der Abgeordnete Kiefer, welcher im Sinne der äußersten Linken mit einer statistischen Uebersicht der eingelaufenen Petitionen hervortrat, wobei er zu dem Resultate gelangte, daß die Unterschriften für Kammerauflösung 38,000 betragen sollten, während die Gegner nur 8000 aufzuweisen hätten. Hierin wurde

er später von dem Berichterstatter Häußer glänzend widerlegt, welcher ihm nachwies, daß 50 Duplikate mit einer Masse von Unterschriften sich unter den Petitionen für die Auflösung befänden. Würdig eröffnete den wirklichen Kampf der Abgeordnete Zittel, er zeigte, um was es sich hier eigentlich handle, nämlich um den Sturz des Regierungssystems seit dem März; vor den Gegenpetitionen könne sich die Kammer nicht zurückziehen, auch wenn sie 100,000 Unterschriften enthielten, denn sie entbehrten der Gründe und seien vielfach nur überfüllt mit Schmähungen. Wie könne man aber auch der Kammer zumuthen, auseinander zu gehen, da die gegenwärtige Opposition nicht die mindeste Garantie biete, daß es unter ihrem Regimente besser werde, daß sie sich überhaupt nur eine längere Zeit am Ruder halten könne; sie besitze so wenig übereinstimmende Kräfte, als die neuliche Coalition in Frankfurt. Christ, unstreitig der geistreichste Redner der äußersten Linken, unternahm es sofort den Kommissionsbericht zu bekämpfen; er that es in einer Weise, die auch heute wieder beurkundete, wie himmelweit verschieden er von den Ansichten und Grundsätzen Brentano's ist. Wenn der Bericht behaupte, daß durch die Berufung einer konstituirenden Versammlung die deutsche Einheit gefährdet werde, so bestreite er solches mit einem Blicke auf die Vergangenheit; nie habe das badische Volk, nie die Kammer dem Partikularismus gehuldigt; die Vorgänge in Wien und Berlin seien hier nicht in Vergleich zu ziehen. Wenn von den Gefahren der Aufregung in Folge neuer Wahlen gesprochen würde, so entgegne er, daß auch durch den Antrag der Kommission, nur später, eine Kammerauflösung stattfände, daß aber das Mittel der Auflösung die jetzt tiefer liegende Aufregung nicht steigern, daß die Bewegung fortdauern würde, und nur dann beschworen werden könnte, wenn man in dem Geiste fortregiere, in welchem sie erstanden sei. Die jetzige Kammer besitze zwar ein Mandat zur Revision der Verfassung, aber Angesichts der ungeheuern Umwälzung seit der Zeit ihres Ursprungs könne sie ohne Appellation ans Volk sich nicht mit der höchsten Aufgabe befassen. Der Redner erklärte am Schlusse seines Vortrags noch besonders, daß keine Gründe der Persönlichkeit ihn für die Kammerauflösung bestimmen, und daß er mehreren Mitgliedern der Regierung alle Anerkennung zolle. Im Widerspruche mit den großen Zurüstungen der äußersten Linken und im Widerspruche mit seiner so eben vollendeten Ausführung stellt er endlich den — beinahe unschuldigen Antrag, den Großherzog zu bitten, die gegenwärtige Ständeversammlung nach Festsetzung des Verwaltungsgesetzes, nach Berathung einer Wahlordnung und nach geschehener Vereinbarung über die erforderlichen Geldmittel aufzulösen und eine neue verfassunggebende Versammlung zu berufen. (Somit würde die Kammer gewiß noch zwei Monate zusammenbleiben müssen). Weller macht, unter Zeichen des Mißfallens eines tobsüchtigen Theiles der Gallerie darauf aufmerksam, daß eine Partei gegenüber stände, die jeder politischen Erfahrung entbehre, daß erst dann neue Wahlen eintreten könnten, wenn ein neuer gesetzlicher Zustand geschaffen sei, und daß die Kammer bereits sich mit dem Vollzug der Grundrechte in den letzten Sitzungen beschäftigt habe, wobei Kapp und Schaaff sich die Hände gedrückt hätten und selbst von letzterem zugegeben worden sei, die Grundrechte seien nur als Minimum der Freiheits-Garantien anzusehen! Mez ist mit der Kammer deßhalb nicht zufrieden, weil sie zu viel redet und nicht genug handelt für das materielle Wohl der Völker — ein Vorwurf, den seine Freunde Kapp und Lehlbach hoffentlich beherzigen werden.

Staatsrath Bekk hält sich vorerst an die Petitionen, die mit den schlechtesten Mitteln zu Stande gebracht worden seien und nichts über die Gesinnungen der Mehrheit des Volkes bewiesen. Die Absicht von Mez, durch eine konstituirende Versammlung der Noth des Volkes abzuhelfen, werde sicherlich nicht erreicht, wenn man alle einzelne derartige Versammlungen ins Auge fasse. Sodann wendet sich der Redner an die Behauptungen von Christ und widerlegt solche aufs Schlagendste, unter andern bemerkt er, daß auch er vor dem März v. J. für unmöglich gehalten habe, daß die deutsche Einheit in Baden gefährdet werde; er berufe sich aber auf einen unterm 3. d. M. (von Brentano) geschehenen Aufruf des demokratischen Vereins, worin als eine „Phrase" bezeichnet sei, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung zu unterwerfen, worin man sich das Recht vorbehalte, diese Beschlüsse zuvor zu untersuchen. Der Redner schließt mit der Versicherung, daß die Regierung alle ihre Vorlagen in dem Sinne und Geiste liefern werde, welchen die neue Aera erfordere.

Kapp gab seine bekannten Forschungen auf dem Gebiete der Politik in reichhaltigster Dosis wieder zum Besten, sprach von dem Wortbruche und der Heuchelei des alten Systems, das er dreimal im Jahr 1814, 1830 und jetzt erfahren habe, rügte die jetzige Verblendung, die das Spiel des Absolutismus nicht durchschaue und tadelte den Mangel an Courage, während ein langes Messer aus seiner Brusttasche hervorblickt. (Schluß folgt.)

Großbritannien.

* **London**, 9. Febr. Die Parlamentsverhandlungen gestern und vorgestern betrafen namentlich die Nothlage Irlands, jene Schwierigkeit, die sich überall in den Vordergrund drängt und die Minister in ihren glücklichsten Träumen stört. Vorgestern beantragte der Schatzkanzler, für die nothleidenden Bezirke im Westen von Irland die Summe von 50,000 Pf. St. aus Staatsmitteln zu bewilligen, nicht als ob er wähne, daß diese Summe irgend hinreiche, um der Noth zu steuern, sondern weil damit ein Anfang zu weiteren Verwilligungen — je nach Bedürfniß gemacht werden möge. Von einigen Seiten wurden Einwendungen gegen die Bewilligung der Summe erhoben. Hr. Christopher z. B. meinte, das Volk in England sei schon zu sehr mit Steuern überlastet, als daß man ihm noch solche Zumuthungen machen dürfe. Sir J. Graham sagte zu, für den Vorschlag der Regierung zu stimmen, zum letzten Male, wie er jedoch hinzufügte; es sei die höchste Zeit, daß das gesammte Steuersystem Irlands einer genauen Prüfung unterworfen werde; er seinerseits sei der festen Ueberzeugung, daß Irland, mit seinen Hilfsquellen, ganz und gar im Stande sei, seine Armen zu erhalten. Man möge nur bedenken, daß Irland von jeder Steuer auf Eigenthum und mancher andern Steuern frei sei, so daß es wohl schicklich erscheine, daß, wenn die jetzige Armensteuer nicht hinreiche und eine andere Hülfssteuer unvermeidlich erscheine, diese in Irland selbst aufgebracht werde. (Beifall.) Auch das radikale Parlamentsmitglied J. Hume sprach sich zum Erstaunen und Aerger des Repealers Fagan, gegen diese Gnadengeschenke aus, die weit davon entfernt seien, günstige Wirkungen in Irland zu hinterlassen. Nachdem Hr. Disraeli bemerkt, „die Frage sei zu wichtig, als daß sie heut zur Genüge gelöst werden könne, nämlich die Frage, ob England nicht allein seine eigenen Armensteuern sondern auch die Irlands zu zahlen habe, man möge daher die Debatte auf einen der nächsten Tage aussetzen", ergriff Lord J. Russell das Wort und sagte im Wesentlichen: dieser Zuschuß sei durch die Umstände dringend geboten, auch zweifle er nicht an der Zustimmung des Hauses. Ob dies der letzte Posten sein werde, den man für Irland verlange, könne er nicht sagen; über die Verbesserung der Armengesetze hätten die Minister nachgedacht, und vor dem Komite würde er seine Ansichten über diesen Gegenstand seiner Zeit aussprechen. Gegen eine Vertagung der Debatte, wofür er hiermit den Freitag ansetze, habe er nichts. Gestern wurde im Unterhause die aus wenigen Worten bestehende Antwort der Königin verlesen, worin sie für die Adresse des Hauses ihren Dank ausspricht. Unter den angekündigten Motionen ist die des Hrn. Erwart auf gänzliche Abschaffung der Todesstrafe zu erwähnen. Sodann beantragte der Generalsekretär von Irland die Ernennung eines Komite's zur Untersuchung der Armengesetze in Irland; auf der von ihm vorgelesenen Liste befinden sich auch die Namen Lord J. Russell, Sir J. Graham, Sir W. Somerville neben den Namen von Repealern wie Fagan, Reynolds, O'Flaherty — unparteiisch genug.

* **London**, 10. Febr. Im Unterhause wurde gestern die Bill für weitere Aufhebung der Habeaskorpusakte in Irland zum zweitenmale gelesen. Die Abstimmung ergab 257 Ja und 33 Nein, ministerielle Mehrheit für die Bill 212. Die irischen Angelegenheiten sind in der Presse wie im Parlament so häufig durchgesprochen, daß die Diskussion nichts wesentlich Neues oder für das Ausland besonders Interessantes bieten konnte; zu bemerken ist jedoch, daß Peel für die Bill, als eine zur Zeit noch nothwendige Maßregel sprach.

Frankreich.

†† **Paris**, 9. Febr. Nach einem Briefe aus Perpignan vom 4. Febr. wurde der Guerillageneral Cabrera in dem Scharmützel bei Pasteral gefährlich verwundet, und konnte sich mit genauer Noth, blos von seinem Arzte begleitet, auf französisches Gebiet retten. Sein Gegner, Oberst Ramon Maria Solano,

Uebersicht.

Ein Blick auf Italien.

E. M. A. Wir Deutsche wie die meisten lebendigsten Völker unseres Erdtheils sind seit mehreren Jahren, seit dem letztverflossenen Jahre aber am meisten, mitten im Werden neuer Dinge und in dem Gestalten dieser neuen Dinge begriffen. Doch können wir, wie einmal unser Gemüth in der Bewegung der großen Weltuhr der Zeiten gestellt ist, es am allerwenigsten lassen, auf die Schicksale, vorzüglich aber auf die neuen Gestaltungen unsrer europäischen Brüder oder Stammverwandten mit regster Aufmerksamkeit und Theilnahme hinzublicken. So ist vor Allem mit ganz bescheidener Theilnahme, auch sogar mit Liebe und Vorliebe über die Alpen auf unsre nächsten Nachbarn, die Italiener, von den Deutschen hinübergeblickt worden, ein Volk, welches beinahe zweitausend Jahre in den mannigfaltigsten und bedeutendsten Streiten und Widerstreiten von Liebe und Haß fast zu innig mit uns verflochten gewesen ist und dessen ganze Entwickelung und Gestaltung, man möchte fast sagen dessen Schicksale, mit unsern Zuständen und Geschicken nur zu viele und zu traurige Aehnlichkeit gehabt hat.

Wir zeichnen die Lage dieses Volkes, wie sie uns eben zu sein dünkt, in bekannter Weise in kürzesten leichtesten Umrissen.

Wir sehen, wie die armen Italiener seit zwei Jahren mit Händen und Füßen streben und arbeiten, von der Herrschaft und den Einflüssen der Fremden sich zur Einheit und Unabhängigkeit loszuringen. Wir haben gesehen, wie ihr edler Pontifex Maximus, der jetzt gleich Gregor dem Siebenten als Flüchtling in Gaeta weilen muß, zuerst eigenmündig in die Posaune der Freiheit stieß, was ihm selbst, wie es scheint, am schlechtesten bekommen ist. Das unglückliche Volk, das über vierthalb Jahrhunderte in mannigfaltiger Umschüttelung und Umwechselung der Abhängigkeit von den Fremden und der Dienstbarkeit darniedergelegen hat, fühlte schon seit den Jahren 1770 und 1780, wo der Hauch eines neubelebenden Freiheitswindes über Europa hinzuwehen begann, in den Herzen seiner edleren und muthigeren Männer die volle Schmach seines Zustandes, und es erinnert mich wie heut, daß ich vor einem halben Jahrhundert in den Theatern und Gasthäusern von Florenz, Pisa und Genua Lieder dell' independenza ed unità della bella Italia singen gehört habe.

Wir Deutsche schauen nun eben, wie der Augenblick steht, mit doppelter Sorge und Liebe wieder über die Alpen auf die reichen und reitzenden Ebenen hinab, die um den Po bis an's Meer laufen und sich zu beiden Seiten vom Apennin absenken. Wir sind einmal ein solches Volk — und ich will den in politischer Hinsicht oft sehr gefährlichen Trieb nicht tadeln — welches Anderen immer gern geben und schenken will, auch wenn freche Diebe eben im Begriff oder Ergriff sind, von uns zu nehmen und zu rauben. So ist ächt-deutsch geschehen, daß, während wir selbst ungeordnet und ungestaltet, ja in mancher Beziehung mit den Italienern fast in gleicher Lage waren, mehrere der Unsrigen mit verwegener Vorliebe den Waffen des tapfern und siegreichen Feldherrn Radetzky in Italien Unglück und Niederlagen gewünscht haben.

Ich will hier nicht erörtern, ob ein Stück und welches Stück des schönen Landes, wo das Si ertönt, uns zur Sicherung und Befestigung der eigenen Grenzen nöthig ist. Wie die Sachen eben liegen, wie die Kriegswolken eben über Italien hängen, wie unser Land, unser deutsches Oesterreich, in der Herrschaft und in allen Verhältnissen Italiens mitverflochten ist, waren jene Wünsche wohl etwas zu deutsch, sie waren, gelindest gesagt, unzeitig und fantastisch. Es gilt wohl als unbestritten, daß Deutschland, vor allem Andern aber, daß Oesterreich die Franzosen nicht über die Alpen in Italien hinabsteigen noch irgendwo und irgendwie herrschen lassen darf, daß es auf der Hut sein, ja die Hut halten muß, damit Solches nicht geschehe; aber solche Hut könnte es, von seinen Tyroler Alpen auf die Ebenen der Lombardei hinabschauend, auch wohl halten — und ob es seiner eigenen Sicherheit wegen die Stellung an dem Mincio und den Besitz von Verona, Mantua und Venedig haben müßte, ist mir gar nicht ausgemacht. Seinen Theil von Friaul und Istrien, den muß es festhalten, auch mit gemischter und halbromanischer Volkszunge; das Offene und Zugängliche jener Landschaften, wenn es obgenannte Orte an Italien zurückgibt, können ein paar tüchtige, an den Grenzflüssen gebaute Festungen schon sperren und behaupten. Hiebei fällt uns Frankreich und Straßburg mit dem Elsaß ein. Die Franzosen, welche uns jene edle Stadt mitten im Frieden durch Verrath genommen haben, sagen: Straßburg war uns zur Deckung unserer Nordostgränze nothwendig; wir Deutsche antworten ihnen: ihr haltet Jura, Voghesen und Ardennen und andere Berge genug zur Bedeckung eurer Nordostgrenze, aber ihr Hinterlistigen wolltet das Hauptthor der Kriegsstraßen in unsern Süden hinein haben, um beliebig in uns hineinlaufen zu können.

Doch wir springen von diesen Betrachtungen ab und zeichnen unsre leichten Umrisse:

Ich ehre und liebe die Italiener, ich muß ihre Geschichte und was sie für die Bildung, Kunst und Wissenschaft der europäischen Welt gethan haben, ehren und lieben; auch habe ich bei ihnen nicht gelernt, sie als ein Banditenvolk oder als ein von eitel Trug und Habsucht besessenes Volk verachten, ich habe bei ihnen an mehr als Einer Stelle so edle, offene und freigebige Menschen gefunden, als in irgend einem andern Lande Europa's.

Sie sind ihrem Hauptbestandtheile nach ein reiches begabtes Volk voll schönster Kräfte und Anlagen.

Sie bewohnen ein herrliches, mit allen Gaben der Natur und mit allen Reizen der Schönheit gesegnetes und überschüttetes Land in der allerschönsten und mannigfaltigsten Gestaltung von Ebenen, Bergen, Strömen, Küsten, Häfen und Inseln.

Sie wären, wenn sie es zur Einheit bringen könnten, stark genug, Jeden, der ihre Unabhängigkeit antasten wollte, blutig zurückzuweisen. Sie werden wohl 24 bis 25 Millionen Seelen zusammenzählen können.

Aber die Einigkeit, vollends die Eintracht und Stärke? Da stecken dem armen Italien viele Dornen im Leibe, welche wir Deutsche Gottlob nicht haben, und einer der schlimmsten Dornen, der Dorn, woran Italien schon Jahrhunderte gekrankt hat, der Dorn, den es sich selbst nicht herausziehen darf, sondern den nur Gott und sein gewaltiger Weltlauf ihm herausziehen kann, das ist der Priesterdorn. Das unglückliche Land priestert zu viel.

Um zuerst von den vielen Dornen zu reden:

1) Die Fremden belauern und beneiden und fürchten die italienische Einheit eben so sehr, als sie es mit unserer deutschen thun; aber für Italien steht es in soweit noch schlimmer als für unser Deutschland, daß jene Fremden seit Jahrhunderten gelernt und sich gewöhnt haben, sich die Hauptlande der schönen Halbinsel als leichtzerreißliche und eroberliche Stücke zu betrachten und zu vertheilen. Darum spielen ja Frankreich, England und Oesterreich jetzt ganz offen mit und über Italiens Geschicke, während sie es doch ein bischen verdeckter mit uns Deutschen thun.

2) Die Italiener, eben weil sie so lange von Fremden abhängig gewesen, haben in manchen Landschaften zu sehr den männlichen Stolz des Kriegers verloren; sie können mit deutschen oder französischen Kriegsleuten in gleichen Zahlen sich noch schwerlich messen. Wir haben mit Schrecken gehört, wie 15,000 römische Crociati bei Vicenza sich an 3000 Oesterreicher auf die Bedingung zu Gefangenen ergaben, mit Waffen und Gepäck über den Po in die Heimath frei entlassen zu werden.

3) Wenn es mit der Einigung zum Klappen kommen soll, erscheint jenseits der Berge dasselbe widerliche Schauspiel, das wir daheim bei uns gewahren: die Sinne und Gesinnungen der verschiedenen Völkerstämme und Fürsten und Herrschaften Italiens streben mit ähnlichen Eifersuchten und Verdachten und mit kleinlichsten Ansichten und Rücksichten wie bei uns, gegen einander und treiben aus einander, was Verstand und Herz der Weiseren und Edleren zusammenlocken und binden will.

Aber jetzt muß ich zweitens auf den Priesterdorn kommen, der in Italiens Fleisch am festesten und gefährlichsten sitzt und dessen herausziehender Chiron noch nicht gekommen ist.

Dieser Dorn ist und heißt Papst.

Der edle und liebenswürdige Mann, der gegenwärtig auf Petri Stuhl sitzt, hat sich in und an seiner Rolle versehen und vergriffen; er muß nach Gottes Willen für diesen hochherzigen Irrthum eben büßen. Ich behaupte, des Papstes Stellung in der Christenheit, des Papstes Stellung zu seinem Volke und zu den Völkern Europas ist eine solche, daß eine tapfere Einigung Ita-

liens, so lange er in dem Mittelpunkte desselben sitzt und sitzen muß, eine Unmöglichkeit ist. Das habe ich den Italiänern oft gesagt. Sie wollten und konnten es nicht begreifen.

Aber das unglückliche Land Italien priestert auch zu viel, und wohl eben deswegen priestert es zu viel, weil der Papst in seinem Mittelpunkt in dem Sitze der früheren Weltherrschaft sitzt. Ich will hier nicht auseinandersetzen, warum die südlichen Romanen mit lustigeren und sinnlicheren Augen immer den bunten Hohenpriestermantel sehen wollen, während wir Nordländer (Deutsche, Briten, Scandinaven) uns mit dem geistig durchsichtigen Priestermantel von schlichtem, lichtem Himmelblau begnügen; aber Eins bleibt wahr: der Italiäner ist in manchen Landschaften wirklich zu sehr ein Priestervolk geworden, und viele italiänische Unarten, auch wohl italiänische Laster sind durch Kirchen, Klöster und Altäre gehegt und gepflegt worden.

Ein feiner schwedischer Kopf, der lange in Italien gelebt und über des Italieners Sinn und Leben einige dreiste Bemerkungen aufgezeichnet hat, sagt unter Anderm: Der Mönch und Priester geht leise und fein einher, und muß seiner Natur nach leise und fein treten; wo der Mönche und Priester zu viele sind, gewöhnt das Volk sich an leises Treten und Schleichen, an ein Stilles, Verkapptes, Geheimes. Ja das viele Verschlossene und Geheime — das ist es, da sitzt und steckt der Satan des italienischen Lebens, und wer will leugnen, daß eben durch die Leisetreterei und Geheimsucht manche italienische Gebrechen und Verbrechen, die dem Volke doch noch anhangen, ausgebrütet sind? Gift und Dolch und Banditenvolk. Solche böseste Wörter setze ich nicht als Inschrift über das italienische Volk; aber ein Theil davon ist da, selbst durch die Klöster und Altäre da. Die Menschen werden durch Gewohnheiten beherrscht, Dolchstiche und Mordthaten sind in Italien oft mehr als ein Unglück, denn als ein Verbrechen angesehen worden, Klöster und Altäre haben Freistätten gegeben und die Verbrecher gerettet. Wir haben vor ein paar Menschenaltern Aehnliches am Rhein gehabt, in Köln, der an Kirchen und Klöstern weiland reichsten Stadt in Deutschland, welche deswegen auch wohl die heilige Stadt hieß. Da gab es weiland auf allen Kirchmessen, auf allen Fastenbällen Messerstiche und Morde, und die heiligen Orte gaben Asyle. Das ist erst unter der Franzosenherrschaft verschwunden.

Dergleichen Gewohnheiten sind die bösesten und der Freiheit feindseligsten, Herrschsucht und Raserei der Liebe und Rache haben auch im Mittelalter in Italien viele solcher Dolchmorde gezeigt; Griechen und Türken ergeben sich gelegentlich noch so. Harmodius und Aristogiton und Timoleon sind als Dolchhelden weiland bei den Griechen besungen und bewundert worden, und gelten bei ihnen und in unsern Schulen noch als Helden. Deßwegen hat Napoleon, dem man solchen griechischen Floh ins Ohr gesetzt hatte, die griechischen Klassiker, so viel in seiner Macht war, aus den Schulen zu verbannen gesucht, sie anklagend als Ueberlieferer gefährlicher Freiheitsideen und als Lehrer des Tyrannenmordes.

Doch wir lassen die Griechen, die Herrlichen, und lesen aus der allerjüngsten Zeit, wie folgt:

Was hören wir? Eines der großen Lichter, ja einer der großen Lichtbläser der jungen italienischen Freiheit ist Mazzini, der ein großes Vermögen dafür verwandt haben soll und ein paar wunderlichste und langweiligste Bände über Italiens künftige Einheit und Unabhängigkeit geschrieben hat. Was hören wir über diesen? Wir hören daß, wann er unter seinen Papieren in seine erhabenen Freiheitsgedanken vertieft da sitzt, zwei angezündete Wachslichter vor ihm stehen, zwischen welchen als Symbol der italienischen Freiheit ein Dolch liegt.

O armer Mazzini! o armes Italien! Wir sangen weiland, in einer schönen weiland Zeit, im Sommer des Jahres 1813 den Deutschen den Reim zu:

Wohl steht dir das grade Wort,
Wohl der Speer, der grade bohrt,
Wohl das Schwert, das offen ficht
Und von vorn die Brust durchsticht.

Möchten die unglücklichen Italiener doch an ihr Rom zurückdenken, an jenes Rom, worin die Furier, Marcier und Kornelier blüheten! Der Mann, der damals auf dem Forum mit einem Dolch in der Hand oder auch nur im Busen oder in der Tasche gefunden ward, war ein Mann des Todes und die Konsuln ließen ihn abführen.

Damit sollten die Mazzinis und Giobertis und Pio Nono beginnen, sie sollten der Acht und dem Tode preiserklären, wer einen Dolch führt oder im Streunenlager der Büsche liegt und hinter ihnen heraus oder aus Fenstern heimliche und unsichtbare Streunenschüsse schießt. Die Ritter der Dolche und Leunenschüsse werden nimmer vor den Reihen tapferer Krieger bestehen und sterben können, wie ihre Römer von weiland.

Dies sind italienische Gewohnheiten geworden, in welchen es am heimlichsten, feigsten und verderblichsten priestert. Diese stehen wie eine schwarze Unglückswolke über Italiens Schlachtfeldern und seinen künftigen Schicksalen. Wir können dem Volke, welches wir ehren, Glück und Sieg daraus nicht weissagen.

Die österreichische Note.

* Vom Rhein, 12. Febr. Wird nun Ihr Rheinkorrespondent mit aller seiner krankhaften Erregtheit und mit seinem Hasse, nicht gegen Oesterreich und Oesterreicher, sondern gegen Oesterreichische Staatskünste, Ränke und Insolenzen ein wenig zu seinem Rechte kommen? Wo sind nun die Leute voll Vertrauen, die uns immer von den guten Absichten Oesterreichs und der österreichischen Regierung vorgeredet haben? Wo sind die freundschaftwürdigen Männer, die uns so feierlich versicherten, Oesterreich werde uns in unserem Verfassungswesen nicht beirren? Wo sind die Patrioten, die es uns zu einem Verbrechen machten, daß wir uns schon lange von Oesterreich beirrt fühlen? Was werden die österreichischen Ehrenmänner nun thun, die immer noch die Hoffnung hatten, Oesterreich werde, und den Glauben, Oesterreich könne in den Bundesstaat treten? Werden sie die Occupation des Reichstags ganz in dem Sinne fortführen, wie Oesterreich uns mit einer gewaltsamen Aufrechthaltung seiner Rechte auf den deutschen Bund droht oder werden sie zur Belehrung ihres Vaterlandes nun den Schritt thun, den sie versprochen haben? Oder wollen sie sich und uns noch länger glauben machen, das österreichische Volk stimme hierin anders als die Regierung und werde diese zu anderen Handlungen bestimmen können? Und was endlich, ist meine Hauptfrage, wird nun der Reichstag thun? Es ist, dünkt mir, nicht genug, daß er die Oesterreicher von den Berathungen oder wenigstens von der Abstimmung über die Verfassung ausschließt; es ist nicht genug, daß er die Fortsetzung der Grundrechte und alles übrige fallen läßt und unverzüglich zur zweiten Lesung der Verfassung schreitet; es ist nicht genug, wenn Ausschuß und Nationalversammlung sich resignirt, es mit den möglichen Verbesserungen in diesem Falle nicht zu genau zu nehmen und möglichst ohne Berathung das Ganze der Verfassungsbestimmungen, wir hoffen einstimmig, annimmt; voraus sollte dem Allem, und unverweilt, ein Manifest an Oesterreichs Volk ergehen, ein Manifest an das übrige Deutschland und seine Fürsten, ein Manifest an die Mächte über die Berufung Oesterreichs auf die Verträge von 1815. Der gemeinsame Sinn dieser drei Ansprachen, in denen Deutschlands Vertreter in der ganzen Majestät ihres Berufs, in der ganzen Kraft des verletzten Selbstgefühls der Nation reden sollen, muß der sein: daß die, die uns unsern Bundesstaat zu vernichten denken, zu Schanden werden sollen. Auf diesem Worte wird unser Reichsministerium stehen und mit ihm fallen, das ist unsere Erwartung. Um dies Wort wird sich die Nat.-Vers. einmüthig schaaren, das ist unsere Meinung. Diesem Worte seine Erfüllung zu geben, wird das ganze deutsche Volk, wenn es eine kräftige Führung fühlt, aufstehen, das ist unsere Zuversicht. Fängt man von neuem an, dieser deutlichen Note gegenüber von undeutlicher Meinung zu reden, will man eine Möglichkeit des Verständnisses herausinterpretiren, wo nichts als die erklärte Absicht ist zu stören, zu hemmen, zu herrschen und in aller Weise zu mißbrauchen und zu bethören, will man sich den Kopf zerbrechen über das, was im Hintergrunde dieser negativen Erklärung noch Positives stecken könne, will man immer weiter hinzögern und unterhandeln, täuschenden Freundschaften zu Liebe nach einer empfangenen Ohrfeige immer wieder die Backe zur anderen hinhalten, dann zerreibt man immer mehr das Ehrgefühl der Nation, man gewöhnt sie immer mehr an die Resignation auf Alles, was endlich noch so Elendes und Verkehrtes aus unserer Reform werden soll, man treibt sie in die grollende Verbitterung, die auf neue Märztage aussieht, man leiht sich dar zum Werkzeuge der Reaktion; um als Resultat der Arbeit eine neue Revolution hervorgehen zu sehen. Mache sich das die Nationalversammlung einmal klar, daß zu dem Volke in dieser Sache eine Sprache geführt werden muß, die es versteht. Lerne sie in dieser Zeit der äußersten Dringlichkeit der Linken gegenüber großartigen Entschlüsse fassen, die sie in der Achtung auch der freisinnigsten im Volke herstellen müssen! Es kann jetzt keine

Rechte und Linke mehr geben, denn der Bundesstaat, den man uns zerstören will, ist der Wille Aller gewesen, der Abgeordneten und Abordnenden. Die Beleidigung der Nationalversammlung und der Nation, die in der Note enthalten ist, ist eine gemeinsame. Als im Anfang vorigen Jahres „das nach engerer politischer Einigung ringende Nationalgefühl der Deutschen in dem Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse des Vaterlandes seinen Ausdruck fand," hieß dieser gefundene Ausdruck in seltener Einmüthigkeit, in der sich das große Eine Bedürfniß über alle Deutung erhaben aussprach, der **Bundesstaat**. Niemand kann in Oesterreichs fernstem Winkel sagen, daß er dieß nicht gewußt habe. Man hat die Wahlen zu der Nationalversammlung in Oesterreich angeordnet, in der Weise und zum allbekannten Zweck und Ziele, die das Vorparlament vorgeschrieben hatte. Oesterreich hat auf die „Berathungen und Beschlüsse der Nationalversammlung nie einen Einfluß zu üben versucht!" Es hat also den Bundesstaat unterstützt, und jetzt erklärt es seine Unmöglichkeit! Es hat ihn unterstützt, indem es seinen Abgeordneten zu den Siebenzehn den allerstrengsten Entwurf einer Bundesstaatsverfassung mitbetreiben, und von ihm den allerstrengsten Bestimmungen desselben seine Zustimmung geben ließ. Und jetzt wird dieser Bundesstaat für eine Staatsform ausgegeben, die nothwendig zu einem Einheitsstaate führen müsse! Aber dies ist nicht das Schlimmste. Sondern Oesterreich ist nach der Note auf dem Standpunkte, den es an dem Tage einnahm, an welchem sein Bevollmächtigter am Bundestage den Beschluß die Wahlen zur Nationalversammlung einzuleiten unterzeichnete, „seither unwandelbar stehen geblieben!" Es hat also mit Absicht Deutschland betrogen! Es ließ die Wahlen einleiten zu einer Versammlung, der ein notorischer Zweck und Aufgabe unterlag, indem es damals schon wußte, was es heute sagt, daß es diesen Zweck nicht wollte. Es ließ von seinem Vertrauensmann Entwürfe mitmachen, die es verabscheute, wenn sein heutiger Standpunkt schon der damalige war. Die Note entschuldigt dies späte und unerwartete Auftreten nicht etwa damit, (wie es wohl der Wahrheit gemäßer wäre) daß bei dem Wechsel der Ministerien, bei dem Wechsel des Glücks, bei den inneren Ruhestörungen, bei den Provinzkriegen, die österreichische Regierung keine bestimmte Ansicht der Dinge gewinnen konnte, daß sie Muße und Sammlung nicht genug hatte, um den Beschlüssen in Frankfurt Schritt vor Schritt mit genauer Abwägung folgen zu können, sondern sie behauptet, das „kaiserliche Kabinet" habe „die Berathungen der Nationalversammlung aufmerksam verfolgt." Es ließ also diese große Versammlung, wie diese Erklärung vor Europa lautet, Schritt um Schritt in die Beschlußfassung über die Reform des deutschen Bundes zu einem Bundesstaat hineingehen, um ihr zuletzt vor Europa die Schmach anzuthun, sie mit einem Machtwort zu hofmeistern: sie mache da etwas, was das nicht sei, was sie sage, sondern ein Einheitsstaat; sie mit einem Machtwort zu nullificiren: ihr s. g. Bundesstaat käme und dürfe und werde nicht zu Stande kommen; sie bloszustellen wie Knaben, die ihr Pensum nicht verstanden. So wagt Oesterreich mit der Ehre eines großen Volkes und seiner Vertretung umzugehen! Und wenn Volk und Vertretung das geduldig hinnehmen, und darauf keine Antwort haben, als immer neue Abstimmungen, wenn auch selbstständige und widersacherische Abstimmungen, wenn sie die Faust immer nur in der Tasche machen und sich dieweile geduldig in's Gesicht schlagen lassen, so verdienen sie sich jedes Loos der Schande und der Knechtschaft, und es ist keine Ehre mehr, länger ein Deutscher zu heißen, und keiner Mühe werth, eine Hand und eine Zunge um dies Volk zu rühren. Man sage nicht, daß sich Oesterreich eine Vereinbarung vorbehalten habe. Das Prinzip war ausgesprochen, und war laut und stillschweigend zugestanden. Eine Vereinbarung kann nicht das ganze Recht und Bedürfniß der Einen Seite ausschließen sollen. Die österreichische Note will nicht eine einseitige Aufhebung des deutschen Bundesverhältnisses zugeben, sie will aber auch nicht auf die dargebotene Verständigung eingehen; sie verwirft auch den allerdings verwerflichen engeren und weiteren Verein; sie will uns ihre Ansicht nach ihrer Konvenienz auflegen und uns ihre außerdeutschen Besitzungen dazu aufhalsen! Etwas Aehnliches von Insolenz sucht man in Unterhandlungen befreundeter, rein bundesmäßig vereinigter Staaten, umsonst zum zweiten Male. Wenn man in Frankfurt dem gegenüber nur demüthiges Schweigen und Fortvotiren hat, so nehme man es dem ruhigsten Manne nicht übel, wenn sich in seiner Brust Gedanken regen, die Treue und Loyalität nicht denken sollten.

Berlin.

*** **Berlin**, 7. Febr. In den ersten bangen Stunden nach dem Wahlausfall schienen wir wieder am Rande des Abgrundes zu stehen. Berlins Stimme galt auch den Beherzteren als das Symbol der Stimmen, die aus dem ganzen Lande nachklingen müßten. In wie fern wir uns darin getäuscht, in wie fern wir doch im Rechte waren, weiß ich im Augenblick, wo ich dieses schreibe, noch nicht. Die anscheinende Ueberzahl der im antiradikalen Sinne ausgeschlagenen Wahlen aus den mittleren Provinzen, die bis jetzt bekannt wurden, geben noch keinen Maßstab, sie haben nur die Fassung wieder erweckt, nur die Zuversicht, daß die Umsturzpartei den Staat und das Königthum nicht im Umsehen über den Haufen werfen kann, daß, wäre es bestimmt, dieß nur nach einem ernsten, langen parlamentarischen Kampfe, in welchem die beiderseitigen Kräfte ihre Stärke entwickeln werden, geschehen kann. Das gibt für den Augenblick eine Beruhigung. Aber der Luftdruck des Ereignisses war im Moment so stark, er schien so allgemein, daß Viele, alle Hoffnung aufgebend, sich den natürlichen Folgen der Abspannung nach einer ungeheuren Aufregung überließen und laut oder im Stillen es aussprachen: der Strom der Demokratie ist zu mächtig, was hilft es länger ihm widerstehen! Nur rasch, statt eines langen fruchtlosen Würgeprozesses, sich in den Strom geworfen, der uns dann hintragen mag, wo es bestimmt ist.

Theilte die Regierung diese Stimmung? Es ist schwer zu diviniren, welche Gedanken in jenen Regionen die vorwaltenden waren und nur das gewiß, daß nichts davon im Publikum verlautete. Mag man das Ministerium Brandenburg-Manteuffel beurtheilen, wie man will, so hat es wenigstens den Vorzug, daß es strengere Kontrole unter sich selbst übte, als alle ihm vorangehenden und daß es nicht mit Redensarten, sondern mit Handlungen vortrat. Der Entschluß, die zweite oder beide Kammern, wenn ihre Zusammensetzung mißliebig ausfiele, vor dem Zusammentritt aufzulösen und ein neues Wahlgesetz, oder gar eine neue Verfassung zu oktroyiren, lief wohl als unbestimmtes Gerücht durch die Gassen. Ich will zugeben, daß ein Lüftchen vom Hofe, der übrigens viele Peripherien hat, ihnen ein verlorenes Wort zugetragen hat. Aber es werden dort, wie überall, viele Worte verloren; am wenigsten wird jedes auf die Goldwage gelegt. Ein: „da müßte man ja", oder „da möchte man ja" oder „am Ende bleibt nichts übrig" ist nur ein Hauch und welche Stufenleiter ist von einem Hauche bis zu einem fertigen Entschluß. Endlich stimmte ein solcher zum allerwenigsten mit der bekannten Handlungsweise des Manteuffel'schen Ministeriums. Wer ein Wagstück unternahm wie er, der unpopulärste Charakter, im November, sich der aufgeregten Volkswuth gegenüber zu stellen, der dürfte in einer günstigern Zeit nicht sogleich vor dem Ausgang einer Wahl dermaßen erschrecken, um sofort sein eigen Werk umzustoßen und wieder von neuem etwas Neues versuchen zu wollen.

Ernst waren, ernst sind noch die Verhältnisse. Wenn man von bleichen Gesichtern und trüben Ahnungen spricht, denen die Minister sich in letzter Zeit hingegeben, so kann das Niemand befremden. Sie schienen nach den Wahlen der Wahlmänner aus einer Täuschung erwacht, die nach der ersten Berliner Wahl zur traurigen Gewißheit zu werden schien; dazu dräute hinter ihren Achseln das Gespenst der eigenen Schuld, daß sie in jenem vollen Vertrauen, den Willen des ganzen Volkes hinter sich zu haben, jene gerichtlichen Verfolgungen der Steuerverweigerer zugelassen. Eine Zulassung oder That, an der ihr ganzes Werk beinahe gescheitert wäre. Aus ihren gerunzelten Stirnen und bleichen Wangen dürfte man allerdings mehr lesen, nur war es nicht nothwendig jenen letzten verzweifelten Entschluß herauszulesen. Sollte man nebenher einen ganz andern Umstand übersehen haben, der freilich nur in einer Berliner Zeitung schüchtern in einigen Zeilen sich Luft machte: daß die Minister nach der Wahl der Wahlmänner nicht die allgemeine Besorgniß theilten, daß sie vielmehr mit dem Resultat im Ganzen nicht unzufrieden wären? Man hätte meinen sollen, daß die Minister die Verhältnisse im Ganzen besser kennen müßten als die Individuen und die Parteien; aber die Konstitutionellen waren durch das Jubelgeschrei der Demokraten eingeschüchtert und diese fanden es am wenigsten in ihrem Interesse, eine solche Nachricht anders zu beleuchten, als mit einem mitleidigen Lächeln über die Verblendung.

So viel nehme ich für gewiß: dies Ministerium hätte keinen übereilten Entschluß gefaßt; es glaubte seiner Ehre schuldig zu sein, sich vor der neuen Kammer zu zeigen, Anklage über sein

bisheriges Verfahren und auf seine Vertheidigung deren Urtheil anzuhören.

Jedenfalls thut man Unrecht, die preußischen Zustände mit den österreichischen, das Ministerium Brandenburg mit dem Ministerium Stadion zu vergleichen. Wenn das österreichische Ministerium seinen Reichstag in dem eingeschlossenen Kremsier einen Schulaktus mit Deklamationen aufführen läßt, und thut was es Lust hat, wo in aller Welt finden Sie einen Grund zur Annahme, daß das Berliner Ministerium auch ein diplomatisches Spiel mit seinen Kammern beabsichtigt, daß es sie nur reden lassen will und handeln, wie es ihm gefällt? Die Träume sind aufgegeben nach der Wahl, sie waren es schon vor der Wahl, der Ernst der Zeit ist auch in die frivolsten Gemüther geschlagen; am wenigsten träumt man diplomatisch von einem Scheinkonstitutionalismus. Man will irgend etwas Festes, was es auch sei, in dem unsere Bildung sich vor der Barbarei und Anarchie rette. Ist es die Konstitution, um so willkommener, wenn sie fest wird, wäre es die Republik, ich glaube, man wäre auch darauf gefaßt; das äusserste und letzte, darauf ist man nicht vorbereitet: der Absolutismus. Aber, wenn alle Rettungsversuche fehl schlügen, würde man auch nach diesem Anker greifen müssen, und ich glaube, die starken Arme, um ihn zu erfassen, würden nicht fehlen.

Wäre aber die Wahl zur zweiten Kammer durchaus radikal ausgefallen, oder fiele sie noch so aus, was hätte dann zunächst das Ministerium, was die Krone gethan? — Doch vor Allem abgewartet, wie die Gewählten als Corpus ihr gegenüber auftreten. Wer sieht, wer setzt da alle Möglichkeiten voraus! Ist der Gedanke, Jemand zu morden, schon der Entschluß, ist er die Vorbereitung, ist er die That selbst? Er ist noch nicht einmal das Wort, das auf der Lippe sich verkörpert. Auch aus schlechten Wahlen kann eine gute Kammer hervorgehen, wie schlaffe Seelen ein großer Moment stählen kann. Diese neue Kammer galt es zuerst besehen, kennen lernen, dann vielleicht sich mit ihr verständigen. Wenn aber keine Verständigung erfolgte, wenn die Krone vor sich, statt der Vertreter der gebildeten Nation, ein tobendes feindliches Heer erblickte, das nur Umsturz wollte? — Dann gab es freilich nur zwei Eventualitäten: wenn sie glaubte, daß es der Wille der Nation war, sich dem zu fügen und denen das Ruder in die Hand zu geben, denen zu widerstehen sie sich zu schwach fühlte. Oder, glaubte sie, diese Männer wären ein falscher Ausdruck des Volkswillens, und sie hätten nicht die wirkliche Nation hinter sich, dann blieb nur eine Revolution von oben übrig: Auflösung, ein neues Wahlgesetz. Wer sagt den Entschluß der Krone voraus, wer wagt nur zu behaupten, daß sie schon einen gefaßt hatte!

Es ist anders geworden, und während ich dieses schrieb noch ganz anders als da ich die Feder ergriff. Wir werden eine Kammer mit zwei mächtigen, wohlgerüsteten Parteien erhalten. Jede Meinung scheint ihre gewichtigen Vertreter zu finden. Da werden die Dinge ernst gewogen werden. Wir sprechen noch ein Mal unsere Ueberzeugung aus: Die Regierung darf, sie wird nicht im Diplomatenfrack vor diese Abgeordneten der Nation treten, sie wird wahr sprechen, denn ihr wie dem Volke kommt es auf eine baldige, ernsthafte Lösung an. Sie wird mit ihren Gesetzen, die vorbereitet sind, den Wünschen der Vorwärtsstrebenden ernstlich und aufrichtig entgegen kommen, sie wird den andren Wünschen nachgeben, so weit sie kann, bis zur Lebensgrenze eines Königthums, aber diese Grenze wird sie fest halten. Möchte dann von der andern Seite nicht etwa eine Zurückhaltung des Willens und der Ansichten stattfinden, im Gegentheil möge sie frei bis an die äußerste Grenze sich aussprechen, aber möchte nicht von vornherein mit Mißtrauen, Haß und Erbitterung gefochten werden, möchte nicht die kleinliche Rechthaberei und Eitelkeit diesen Kampf um die höchsten Güter des Lebens trüben.

Leipzig.

*** **Leipzig**, 7. Febr. Wir Sachsen sind, so scheint es, verdammt, in den deutschen Angelegenheiten die kläglichste Rolle zu spielen. Während die verschrieenen Baiern, denen man so oft vorzugsweise Partikularismus vorgeworfen hat, eine ganz entschiedene Stellung ihrer Regierung gegenüber einnehmen, und von ihr sofortige Publikation der Grundrechte, überhaupt Unterwerfung unter das Parlament zu Frankfurt verlangen, während die Hannoveraner, allem Anschein nach, denselben Weg einschlagen werden, sind wir mit unsern Kammern noch immer auf dem alten Fleck. Wieder ist die vorige Woche, in deren letzten Tagen das Ministerium die Vorlage über die Grundrechte verhieß, hingegangen, ohne daß es geschehen, ja das Ministerium erklärt, auf eine Interpellation wegen der preußischen Cirkularnote, es habe sie noch nicht beantwortet, weil die Sache ja nicht so dringend sei. Allerdings dem Ministerium v. d. Pfordten scheint nichts dringend, was Deutschland betrifft, es scheint sich an der Spitze des Königreichs Sachsen so glücklich, so zufrieden, so stolz zu fühlen, daß es sich um die unbedeutenden deutschen Angelegenheiten nicht zu kümmern braucht. Wir glauben gewiß zu wissen, daß v. d. Pfordten im März 1848 anderer Ansicht war, daß er damals die Bedeutung, den eigentlichen Ausgangspunkt unsrer Revolutionen vollständig begriff, daß er damals wußte, daß man nicht für etwas mehr Freiheiten in Sachsen kämpfte, sondern daß der Kampf der Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes galt. Aber freilich das ist fast ein ganzes Jahr her, und in 12 Monaten läßt sich Vieles, sehr Vieles vergessen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir die Sinnesänderung Hrn. v. d. Pfordten's in folgender Weise erklären. Als im Lauf des Sommers in vielen Köpfen die Idee eines großen thüringischen Königreichs auftauchte, als man in manchen der kleineren thüringischen Lande, weil es die ultra-demokratische Partei der Bevölkerung gar so kraus machte, nicht abgeneigt schien, sich an Sachsen eng anzuschließen, vielleicht mit Aufopferung jeder Selbständigkeit, griff niemand diese Idee so begierig auf, als v. d. Pfordten; er sah im Geiste schon ein großes sächsisch-thüringisches Königreich, mitten im Herzen Deutschlands erstehen, den Rang streitig machend Baiern, Hannover, Würtemberg; er dachte sich an der Spitze der Regierung dieses Königreichs, und mochte sich da oft genug die Frage vorlegen, ob es für solch ein Sachsen wohl gerathen sei, aufzugehen in Deutschland, zu verzichten auf viele Rechte und Ansprüche, sich unterzuordnen in gewisser Weise einem noch größeren Staat, ob ein solches nicht vielmehr berufen sei, für sich allein eine Rolle zu spielen unter den europäischen Mächten. Von dieser Zeit her hat v. d. Pfordten eine andere Stellung, den deutschen Fragen gegenüber eingenommen, seit dem haben ihn die deutschgesinnten Sachsen einer Sinnesänderung geziehen, des Partikularismus beschuldigt und das wohl mit mehr Recht noch als die Regierungen von Baiern und Hannover, denn sie hatten ihre Königreiche, das des Ministers v. d. Pfordten schwebte noch in der Luft, und — es wird wohl schweben bleiben. Später kam etwas anderes noch hinzu. Wir haben uns bereits früher in diesem Blatt darüber ausgesprochen, wie die Antipathien der Sachsen gegen Preußen wohl gerechtfertigt seien, was freilich nicht entschuldigt, daß man zum Nachtheil des gesammten deutschen Vaterlandes sie geltend macht. Der Minister v. d. Pfordten aber ist nicht Sachse, er lebt erst seit wenigen Jahren unter uns, an Preußenhaß indessen thut er es, wie uns bedünkt, allen Sachsen, die die Losreißung eines schönen Landestheiles erlebt haben und nicht vermeiden konnten, zuvor, deßhalb ist sein Partikularismus in dem Grade gewachsen, als sich die Wagschale in der Oberhauptsfrage zu Gunsten Preußens senkte. Man hat früher stets davon gesprochen, v. d. Pfordten sei im Stillen designirt, einmal an die Spitze der bairischen Regierung zu treten; wie wird er sich dann den dortigen Kammern gegenüber benehmen, wenn sie eben so deutsch gesinnt sind, wie die gegenwärtige Opposition in der 2. bairischen Kammer? Uns will es bedünken, er hat sich für Baiern durch seinen Partikularismus unmöglich gemacht, in Sachsen aber wird er sich ebensowenig halten können. Die Ultraradikalen hassen ihn, und sprechen das unverholen aus, die deutsch Gesinnten sagen schon jetzt, wir können dir kein unbedingtes Vertrauen schenken, wenn du deinen Partikularismus nicht aufgiebst. So setzt sich v. d. Pfordten in doppelter Weise zwischen zwei Stühle, während er, bei entschiedener und tüchtiger deutscher Gesinnung, einer entschlossenen, wenn auch in diesem Augenblick der Zahl nach nicht überwiegenden Partei sicher wäre, einer Partei, der es binnen Kurzem doch wohl möglich wäre, die Männer ihres Vertrauens an der Spitze Sachsens zu halten und zu befestigen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 45. Frankfurt a. M., Mittwoch 14. Februar. 1849.

Uebersicht.

---

14. Februar.

In der Opposition bleibt uns noch eine dritte Gruppe zu betrachten übrig, die der irischen Repealer.

Als der geniale O'Connell an der Spitze der irischen Mitglieder stand, ihre Bewegungen leitete und ihre Wünsche und Bestrebungen mit der Stimme eines Donnerers verkündete, damals war die irische Partei im englischen Unterhause allerdings eine Macht. Er brauchte sie dazu, um die frühere, seinen Zwecken dienende Whigregierung (unter Melbourne) zu halten, so unbequem es den jetzt in ähnlicher Weise von der Unterstützung Peels abhängenden Whigs auch sein mochte, ihre Existenz wesentlich einem Manne zu verdanken, der mit der einen Hand für die Whigregierung kämpfte, während er in der andern ein Banner hochhielt, auf dem die Worte „Trennung Irlands von England" allem Volke lesbar geschrieben standen. Hierzu kamen seine ächt katholischen, fast ultramontan gefärbten kirchlichen Tendenzen, welche jedoch den in religiösen Dingen ziemlich liberal denkenden Whigs weniger böses Blut machten, als jene politische, durch die das irische Volk aufgewühlt und die legislative Thätigkeit des Parlaments, die administrative der Regierung vielfach gelähmt und erschwert wurde. Noch jetzt stößt man in den konservativen Zeitungen vielfach auf den Vorwurf, daß sich die früheren Whigministerien nur durch die Unterstützung gehalten hätten, welche ihnen „O'Connell und sein Schweif" für geleistete Dienste gewährten. Die O'Connell'sche Agitation war jedoch eine Bewegung wenn auch durchaus nicht ohne Zweck, so doch ohne Ende, und die Bedeutung der Repealagitation verlor sich mit den Jahren immer mehr, je deutlicher es zu Tage kam, daß auf diesem Wege der Pfennigsammlungen und der kriegerischen Deklamationen in der Versöhnungshalle zu Dublin die Repeal in nächster Zeit nicht zu erreichen sei.

Noch tiefer sank wie sich denken läßt, nach des gewaltigen Agitators Tode Macht und Einfluß der Repealpartei im englischen Unterhause, namentlich seitdem eine Trennung zwischen Alt- und Jung-Irland entstand, als Smith O'Brien, der irische Hecker, und Hr. Meagher, der irische Struve, dämonischen Einflüssen eines die eigenen Kräfte weit überschätzenden Ehrgeizes nachgebend, in Verbindung mit andern talentvollen Männern, worunter vor allen der jetzt auf einer der Bermudasinseln in Deportation schmachtende Mitchel, im Parlament und in der Presse die Nothwendigkeit predigten, von der „Milch- und Wasseragitation „O'Connell's, die zu nichts führe, zu einem Widerstand mit bewaffneter Hand überzugehen, wodurch allein das hohe Ziel der Unabhängigkeit Irlands zu erreichen sei. Man verlangte jetzt nicht nur ein lokales Parlament, sondern die volle Selbstständigkeit eines unabhängigen Staats, möglicherweise in Form einer Republik. Man stiftete Klubs zu Rede- und Waffenübungen, und die Journale füllten sich mit glühenden Aufrufen, mit großartigen pomphaften Schilderungen des bevorstehenden Ausbruchs, wonach kaum zu zweifeln war, daß der Aufstand einen umfassenden und gefährlichen Charakter annehmen werde. Selbst ruhige Engländer, obschon mit der phantastischen und etwas großsprecherischen Natur der Irländer vertraut, ließen sich über die Größe und den Umfang der Mittel, welche den Verschworenen zu Gebote standen, vollkommen irre führen, und die meisten englischen Zeitungen weissagten, daß der Aufstand nicht ohne großes Blutvergießen abgehen werde. Die Regierung indeß traf ihre militärischen und polizeilichen Maßregeln mit großer Ruhe, was sie um so eher konnte, da noch unter keinem Volke und zu keiner Zeit eine Verschwörung so offen, gleichsam bei unverschlossenen Fenstern und Thüren angesponnen und betrieben worden ist. Etwas Theatralisches und Prahlhaftes hatte die Verschwörung von vornherein. Hr. Meagher besuchte, in die grüngoldene irische Revolutionstracht vom Jahr 1798 gekleidet, auf einem schönen „Streitroß" die Volksversammlung in den Bergen Tipperary's, Hr. Richard O'Gorman wurde nach Paris geschickt, um hier, auf der Hochschule der Emeutenkunst, förmlich Studien in der Errichtung von Barrikaden zu machen, man prahlte, daß schlimmsten Falls jede Stadt Irlands in ein zweites Moskau verwandelt und in Schutt und Asche gelegt werden solle u. s. w.

Der klägliche Erfolg ist bekannt. Das Schlachtfeld, auf welchem der Aufstand besiegt wurde, war nicht größer als der Kohl- und Gemüsegarten der Wittwe Cormack. Etwa 80 Konstabler genügten, um durch einige Gewehrsalven die paar hundert armen einfältigen Bauern von Süd-Tipperary, welche Hr. Smith O'Brien, ungewarnt durch die Schläge, womit er nicht lange vorher von den Altirländern in Limerick zugedeckt worden, um sich versammelt hatte, nach allen vier Winden auseinander zu sprengen; dieses klägliche Scharmützel, welches am Saum der Gemeindetrift von Ballingarry stattfand, kostete den Konstablern keinen Tropfen Blut, den verführten Bauern, außer den Verwundeten, nur zwei Todte — zu wenig Blut, um darin die junge irische Freiheit zu taufen, zu viel Blut für eine so ganz kopflos angefangene und so kläglich durchgeführte Unternehmung. Hiermit war die so pomphaft angekündigte irische Insurrektion vom Jahr 1848 zu Ende. Die bewaffneten Klubs in den Städten machten nicht einmal den Versuch eines Widerstandes und lieferten in zuvorkommendster Weise ihre Waffen ab; die unglücklichen Häupter des Aufstandes wurden verfolgt, zum größern Theile eingefangen, eingesperrt und abgeurtheilt. Eins aber hatten O'Brien und seine Genossen erreicht, es war ihnen gelungen, die durch O'Connell den Sohn freilich sehr mittelmäßig fortbetriebene sogenannte gesetzliche oder blos moralische Repealbewegung in öffentlichen Reden und Journalartikeln so lächerlich zu machen, daß auch diese Agitation für den Augenblick fast gänzlich erloschen ist. Der Dubliner Repealverein war zuletzt nicht einmal im Stande, seine wenigen Schulden zu decken und sah sich genöthigt, die berühmte Versöhnungshalle, wo der alte O'Connell so mächtig in die Asche geblasen hatte, um zuletzt doch nur einen Funken, wie die O'Brien'sche Miniaturrevolution, hervorzulocken, zum Verkauf in den Zeitungen auszuschreiben.

Dieses traurige und beschämende Ende der Unternehmungen Alt- und Jungirlands, dieses gänzliche Fiasko der O'Connell'schen Partei mit dem Wortfluß auf der Zunge und der O'Brien'schen mit dem Spieß in der Hand, konnte nicht verfehlen, auch der irischen Repealpartei im Parlament so ziemlich allen Einfluß zu rauben. Früher war sie noch zahlreich genug, um wenigstens die Partei der englischen Radikalreformer bei den Abstimmungen

anſehnlich zu verſtärken, gegenwärtig aber ſcheint die Partei der entſchiedenen Repealer ſo zuſammen geſchmolzen zu ſein, daß ſie durch ihren Beitritt nicht einmal das Gewicht der engliſchen Reformpartei im Parlament weſentlich verſtärken könnte. Wenigſtens hat dieſe Partei für ihr Amendement zur Adreſſe, welches einen direkten Tadel gegen die Politik der Regierung in Betreff der iriſchen Angelegenheiten enthielt, nicht mehr als 12 Stimmen aufbringen können, und die Bill, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die Aufhebung der Habeaskorpusakte in Irland noch fortbeſtehen zu laſſen, fand bei der erſten Leſung nur 18, bei der zweiten jedoch bereits 33 Verneiner. Auch zugegeben, daß noch mehrere entſchiedene Repealer fehlten, und daß ſich ſpäter auch aus andern Gründen das Verhältniß für ſie günſtiger ſtellen dürfte, ſo ſcheint hieraus doch zweierlei hervor zu gehen, einmal, daß die engliſchen Radikalreformer, freilich als ſparſame Leute vielleicht durch die für Irland wiederholt erforderlichen Zuſchüſſe mißgeſtimmt, bis auf vielleicht eins oder zwei der radikalſten Mitglieder mit den von der Regierung zur Bewältigung des aufrühreriſchen Geiſtes in Irland ergriffenen Maßregeln im Allgemeinen einverſtanden ſind, ſodann daß eine gute Anzahl iriſcher Repealer in Folge der letzten ſo gänzlich fehlgeſchlagenen Erhebung ſich zu den Grundſätzen derjenigen bekannt haben mag, welche die Repeal allerdings als wünſchenswerth anerkennen, ſie aber nur mit der Zeit erreichbar halten. Ohnehin ſchickt Irland eine überwiegend große Menge von Gutsbeſitzern, die konſervativ und protektioniſtiſch geſinnt ſind, ins Parlament, viele proteſtantiſche Mitglieder, die ſchon aus konfeſſionellen Gründen gegen den ſtreng katholiſchen John O'Connell und ſeine nächſten Anhänger Oppoſition machen, ferner mehrere Whigs, wie ja der Generalſekretär von Irland Sir W. Somerville, Mitglied für Drogheda und der Münzmeiſter R. Lalor-Shiel Mitglied für Dungarvon iſt, endlich auch einzelne Anhänger Peel's, wie, irren wir nicht, Hr. Keogh, konſervatives und katholiſches Mitglied für Athlone, dabei Freihändler, der im Laufe der gegenwärtigen Seſſion einen Antrag auf Dotirung der katholiſchen Geiſtlichkeit aus Staatsmitteln ſtellen will.

Aber dieſe Repealer, zwar gering an Zahl, bilden nicht nur den Kern, um welchen ſich bei allen Irland betreffenden organiſchen Fragen die andern zahlreichen Freunde Irlands anlegen; ſie ſind auch mit iriſcher Lebhaftigkeit bis zur Zudringlichkeit rührig und thätig und durch keinen ſelbſt ans Lächerliche ſtreifenden Nichterfolg davon abzuſchrecken, ſich geeigneten Falls einer neuen Schlappe auszuſetzen. Sie ſind für das engliſche Parlament, was die polniſchen Abgeordneten des Großherzogthums Poſen für das preußiſche; bei jeder Gelegenheit ſuchen ſie ihr partikulariſtiſches Intereſſe geltend zu machen, die Debatte von den allgemeinen Fragen des Reichs auf ihr ſpezielles Landesintereſſe abzulenken und für ihre Zwecke dadurch Theilnahme zu erwecken, daß ſie, wie die Polen, mit der Noth ihres ſpeziellen Vaterlandes unabläſſig Parade machen und die Unterwerfung unter die Geſetze Sklaverei und die Ausübung der Geſetze Grauſamkeit nennen. Dabei ſind ſie bemüht, durch chikanöſe Fragen und Anträge die Regierung und, da ſich der Irländer gerne ſprechen hört, durch lange Reden zuletzt auch das Parlament abzuhetzen und zu ermüden. Die Paddynatur ſchlägt dann häufig ſelbſt bei tüchtig angelegten Individuen unwillkürlich durch. So ſtellte Hr. Grattan, Sohn des berühmten Grattan, vor einigen Tagen den Antrag: die Regierung ſolle ein genaues Verzeichniß der in der jüngſten iriſchen Revolution verwandten Linientruppen, ſammt einer Liſte der dabei Verwundeten und Getödteten, mittheilen, wie auch über die Zahl und Gattung der auf beiden Seiten im Gefecht geſtandenen Streitkräfte Aufſchluß geben. Dieſe Worte konnten nicht verfehlen, das Gelächter des Hauſes zu erregen, da von Seite der Regierung nichts anderes darauf geantwortet werden konnte, als daß ſich von zwei Todten wohl kein Verzeichniß weiter anfertigen laſſe und daß die Polizei den Linientruppen die Mühe erſpart habe, zum Gefecht zu kommen, da ſie mit der Inſurrektion allein fertig geworden ſei. Ihre nationale Abneigung gegen die „Sachſen" ſuchen dieſe Kelten zum Theil keineswegs zu verbergen, wie denn neulich Hr. Fagan im Parlament verſicherte, er ſehe nicht ein, warum er den Engländern mehr zugethan ſein ſolle als den Franzoſen, die viel charmantere Leute ſeien. Den engliſchen Chartiſten hat es in der Achtung der ächten Briten nicht ohne Grund den letzten Stoß gegeben, daß ſie mit den Irländern gemeinſame Sache machen und ihre Hoffnungen auf den glücklichen Fortgang der iriſchen Revolution ſetzen, weil, meinen ſie, dann England von Truppen entblößt werden müßte.

Aus Achtung für den Namen ſeines Vaters gilt Herrn John O'Connell, dritter Sohn des großen Daniel und Verfaſſer von „The life and speeches of Daniel O'Connell," als Vorkämpfer dieſer Partei. John O'Connell iſt aber keineswegs der beredteſte Sprecher der Repealpartei, von deren Mitgliedern folgende die bedeutendſten ſein möchten: N. Maher, entſchiedener Repealer, der von ſich ſelbſt ſagt, „er würde für das Recht Irlands auf ein nationales Parlament das Wort führen, ſo lang er noch eine Stimme oder eine Feder oder einen Pulsſchlag habe," James Patrick O'Gorman Mahon, der mit dem unglücklichen Steele die Haupturſache von Daniel O'Connells Wahl im Jahr 1828 war; Fagan, Verfaſſer von „The life and the times of Daniel O'Connell;" J. Reynolds, Mitglied für Dublin; Chisholm Anſtey, Verfaſſer mehrerer politiſchen Flugſchriften, der auch für ein ſchottiſches Nationalparlament und namentlich als Sekundant Urquharts bei deſſen Angriffen auf Lord Palmerſton bekannt iſt; H. Grattahn, ein lebhafter Sprecher; E. B. Rabe; O'Flaherty u. A. Die Gewaltpartei hat ihren Repräſentanten im Parlament, Hen Smith O'Brien, eingebüßt, ein Anderer dieſes Namens, Timothy O'Brien, iſt ebenfalls Repealer, Sir Lucius O'Brien ein Konſervator. M. O'Connell, älteſter Sohn Daniels, iſt wie ſein Bruder John Repealer. Was nun aber auch dieſe Männer erreichen mögen, ſo viel ſteht feſt, daß Irland ſo lange ein fühlbarer und gefährlicher, immer weiter um ſich greifender Krebsſchaden Englands ſein wird, ſo lange nicht fürs erſte den elenden Pachtgeſetzen abgeholfen wird, die einen unabläſſigen ſozialen Krieg zwiſchen Grundherren, Pächtern und Afterpächtern zur Folge haben. Auch die unermeßlichen Privilegien, welche die angklikaniſche Kirche genießt, müßten zu Gunſten der katholiſchen geſchmälert werden. Zur Abhilfe des erſteen dringenden Uebelſtandes wäre ein Parlament zu Dublin ohne Zweifel der erſte Schritt, und es wäre möglich, daß England ſich weniger ſperren würde, den Irländern ein lokales Parlament zu gewähren, wie ja auch Kanada, Jamaika und andere Kolonien ſolche lokale Parlamente haben, wüßte man nicht mit Beſtimmtheit, daß das Streben der keltiſchen Partei mit Ungeſtüm ſofort darauf ausgehen würde, ſeine lokale Beſtimmung zu einer nationalen zu erweitern und es von der Regierung und dem Parlamente in London unabhängig hinzuſtellen. Aber ewig unter den jetzigen Ausnahmegeſetzen wird man Irland doch nicht halten wollen noch können. Irland bleibt ſomit die miniſterielle Schwierigkeit, die es ſeit langem geweſen iſt und über die das Miniſterium Peel, nachdem es die viel größer ſcheinenden Schwierigkeiten wegen der Aufhebung der Kornzölle überwunden, bei Gelegenheit der Bill zum Schutze des Lebens (von den Irländern ſelbſt die „Abendglockenbill" genannt) im Jahr 1846 ſchließlich doch den Hals brach.

Auch Feargus O'Connor, Mitglied für Nottingham, der Vertreter der unteren Volksſchichten, der Befürworter der Volkscharte mit ihren ſechs Punkten, iſt geborner Irländer und Repealer. Dieſer Mann, ausgezeichnet durch eine fließende Beredſamkeit, wie ſie den Iren von Natur eigen iſt, läßt ſchwer die Grenze erkennen, wo der Prophet beginnt und der Charlatan aufhört, wo er ein Führer des Volks ſtatt ſein Verführer und Irreführer iſt. So lächerliche Szenen er ſchon inner- und außerhalb des Hauſes über ſein Haupt heraufbeſchworen hat, wie erſt im April v. J. bei Gelegenheit der chartiſtiſchen Rieſenpetition, die angeblich mit 5 Millionen Unterſchriften bedeckt ſein ſollte und die er auf einem Räderkarren ins Haus ſchleppen ließ, ſo ſcheint er doch das Vertrauen ſeines Anhangs nicht verloren zu haben, freilich eines Anhangs, den er zumeiſt unter ſeinen iriſchen Landsleuten in England, wie unter derjenigen Schichte ſucht, welche in aller Herren Länder ins Maſſenhafte angewachſen iſt, keine Liebe zum Vaterlande beſitzt, weil ſie kein Fingerbreit des vaterländiſchen Bodens ihr eigen nennen kann, ohne Vertrauen zu ihrer Regierung, deren Sorge nicht bis zu ihr herabreicht. Doch iſt unter den Engländern, ſelbſt unter den geringſten, die kosmopolitiſche Verwaſchenheit wohl am wenigſten heimiſch. Im Hauſe hat O'Connor keinen Einfluß. Er, wie auch wohl ein Dutzend andere Radikalreformer, Bewunderer der nordamerikaniſchen Freiſtaaten, mögen im Grunde von rein demokratiſchen Anſchauungen erfüllt ſein und im Geheimen für die Republik oder wenigſtens für die bei uns beliebte ſogenannte breiteſte Grundlage arbeiten, aber ſie hüten

sich, ein republikanisches Geständniß abzulegen und sich Republikaner zu nennen, was sie in dem wesentlich monarchischen England um allen Kredit, um alle Wirksamkeit bringen würde; sie hüten sich, mit dem bloßen der Masse wohlgefälligen Namen eines Republikaners zu kokettiren, weil sie wissen, daß sie ohne eine solche Schaustellung zuletzt für die Sache selbst viel zweckmäßiger zu wirken im Stande sind.

Erklärung.

In der zweiten Beilage Nr. 40 der „Deutschen Zeitung" v. 9. d. M. wird mein Name zu einem angeblich aus Koburg geschriebenen Brief von einem Koburger Korrespondenten gesetzt,*) in welchem Brief von dem vermeintlichen Projekt eines zu errichtenden Königreichs Thüringen die Rede ist. Das ganze Projekt ist zu unsinnig, als daß irgend ein halbwegs Besonnener, ein halbwegs der Verhältnisse Kundiger an die Existenz eines solchen hätte glauben können. Ich lebe zu lange unter den Koburgern und verkehre zu viel mit ihnen, als daß ich irgend Einem unter ihnen das Recht zugestehen könnte, mich, wenn auch in diplomatischer Wendung, der man erforderlichen Falls jeden beliebigen Sinn unterlegen kann, zu den Unbesonnenen und Unkundigen in dieser Sache oder auch nur zu den Unaufrichtigen in irgend einer öffentlichen Sache zu zählen. Der Brief ist in der That zu läppisch, um ihn irgend einem Verständigen zuschreiben zu können. Ich habe daher auch keine Ahnung davon, wer der luminose Verfasser jenes saft- und kraftlosen Machwerkes sein könnte. Unter meinen hiesigen Bekannten gewiß Keiner. Das Gedicht „Germania und Borussia", das mit jenem Briefe zugleich wieder (in der A. A. Z.) zur Sprache gebracht wurde, ist, nach meinem Gefühl, bis auf die dritte Strophe, der die Anschaulichkeit fehlt, der Form nach sehr gelungen und ich habe, wenn auch die Tendenz desselben meiner politischen Ansicht durchaus entgegengesetzt ist, eine große Freude daran gehabt und den großen Fortschritt bewundert, den der, auch in Anderm hochbegabte Dichter A, im Vergleich mit seinen frühesten, mir zu Gesicht gekommenen Gedichten gemacht hat. Dieses Gedicht ist also nicht, wie die Allg. Z. glaubt, so plötzlich, wie die gerüstete Minerva aus dem Haupte Jupiters, aus der Fantasie des Dichters A. hervorgetreten.

Koburg, 11. Febr. 1849. K. A. v. Wangenheim,
ehem. k. würtemb. Staatsminister.

Verhandlungen der National-Versammlung.
Vom 13. Februar. (Schluß.)

Zu §. 46 werden mehrere Zusätze und Abänderungen angenommen. Zuerst der des Herrn Pötzl und Genossen, (durch Namensaufruf abgestimmt und zum Beschluß erhoben mit 361 gegen 53 Stimmen) wornach die Volksvertretung „das Recht der Initiative bei der Gesetzgebung hat", ferner der Zusatz von Spatz, wornach noch die Worte hinzugefügt werden „und die Ordnung des Staatshaushalts." Endlich auch der Zusatz von Jordan von Berlin, der sich gegen gleichzeitige Landesversammlungen neben der Reichsversammlung richtet, so daß der Paragraph jetzt lauten würde (Zusätze und Abänderungen sind durch gesperrte Schrift erkennbar gemacht):

„Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung und der Besteuerung. Sie hat das Recht der Initiative bei der Gesetzgebung und die Ordnung des Staatshaushalts.
Die Minister sind ihr verantwortlich.
Die Sitzungen der Landtage sind öffentlich.
Die regelmäßigen Sitzungsperioden der einzelnen Landesversammlungen dürfen nicht zusammenfallen mit denen der Reichsversammlung."

Verworfen wird dagegen mit 229 gegen 176 Stimmen der Zusatz von Moritz Mohl:

„Keine direkte noch indirekte Staatssteuer darf ohne periodische Verwilligung der Volksvertreter erhoben werden."

Nachdem die Abstimmung über §. 46 beendet ist, vertagt die Versammlung die weitere Berathung über die Grundrechte. Eine lebhafte Debatte aber entspinnt sich darüber, ob das Wahlgesetz einer der Gegenstände der Tagesordnung für Donnerstag den 15. Febr. sein solle oder nicht. Die Herrn Biedermann und Bassermann vertraten den Theil des Hauses, welcher die zweite Lesung der Verfassung beschleunigt sehen und das Wahlgesetz indessen zurückgelegt wissen will. Dagegen erklären sich die Herren Eisenmann, von Hermann, Wigard u. A. dringend dafür, daß das Wahlgesetz, worin sie einen wesentlichen Theil der Verfassung erkennen, unverzüglich zur Berathung komme. Die Abstimmung entscheidet sich zu Gunsten der Letzteren. Das Wahlgesetz wird demnach in die nächste Tagesordnung mit aufgenommen.

*) Daß Herr v. Wangenheim der Verfasser jenes Briefes sei, wird dort nur als möglich angedeutet, aber keineswegs als wahrscheinlich bezeichnet. Die Allg. Ztg. scheint Recht zu haben, daß jene Mystifikation ihr aus sehr bemerkenswerther Quelle zugekommen sei.

Deutschland.

△ **Wien**, 9. Febr. Endlich scheinen größere Massen der regulären ungarischen Truppen zu den kaiserlichen Fahnen zurückkehren zu wollen. Die letzten Nachrichten sagen, daß ganze Abtheilungen sich den Vorposten auf Gnade und Ungnade ergeben. Auch hat sich das dritte Husarenregiment Erzherzog Ferdinand dem Fürsten Windischgrätz unterworfen. Sogar General Görgey soll seine Unterwerfung schriftlich angeboten haben, unter der Bedingung daß man seine Mannschaft und Offiziere ungefährdet entlasse und nur ihn selbst zur Rechenschaft ziehe. Fürst Windischgrätz gab aber die stereotype Antwort: „daß er nur ein Ergeben auf Gnade und Ungnade kenne." Oberst Kiß, den Kossuth zum General befördert hatte, hat sich in Temesvar dem Kriegsgerichte gestellt. Perczel soll sich geflüchtet haben, nachdem er das Kommando an den polnischen General Komynski abgetreten hatte. Von Stabsoffizieren sind nun beinahe alle von der Sache Ungarns entweder freiwillig zurückgetreten oder zu Gefangenen gemacht; doch sollen sich bei Kossuth noch viele erfahrene polnische Offiziere und mehrere Franzosen befinden. — Bem hat Stolzenburg befestigt und hält sich dort noch fortwährend gegen den Feldmarschallieutenant Puchner. Die offiziellen Berichte, welche ihm früher nur 600 Mann Truppen zugestanden, sprechen nun von 15,000, was mit meiner früheren Angabe übereinstimmt. Die gestrigen Nachrichten sagten, daß bei Abgang der Post von Hermannstadt, Stolzenburg seit sieben Stunden beschossen worden sei; heute schweigen die Nachrichten ganz, was hier Besorgnisse erregt. Heute wird die Wahl eines Abgeordneten und Abgeordneten Stellvertreters in dem Wahlbezirke Leopoldstadt für die deutsche Nationalversammlung ausgeschrieben, da der Abgeordnete Dr. Schilling sein Mandat niedergelegt hat. Für unsern Reichstag wurde in Leitomischl in Böhmen Dr. Schwestka gewählt und Baron Kübeck zum zweitenmal in Bruck an der Mur. In unserm Ministerium gibt sich bereits ein Schwanken der Ansichten kund, welches bei dem Schwanken aller unserer Verhältnisse zwar natürlich ist, aber doch seine großen Nachtheile hat. Die große Schwierigkeit ist jetzt die Stellung Ungarns zur Gesammtmonarchie. Die früheren ungarischen sogenannten Konservativen beanspruchen bereits wieder ihre Konstitution und sind hierin einig mit den Demokraten. Sie bezeichnen den ungarischen Kampf als einen Parteikampf und wollen Ungarn nicht als ein erobertes Land betrachtet wissen, in dem man tabula rasa gemacht hätte. Unsere ministeriellen Journale sprechen im Voraus ihr Entsetzen über „derlei Illusionen" aus und hoffen im Interesse der Gesammtmonarchie, so wie der in Ungarn zerstreuten Nationalitäten, daß das Ministerium nicht darauf eingehen werde. — Die slawischen Blätter werden täglich radikaler, so daß die Regierung anfängt ernstlich ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten. Die Agramer Zeitung vom 6. d. M. enthält einen fulminanten Artikel gegen den Adel. Ueberhaupt ist die Stellung des Ministeriums jetzt durch die Slawen selbst, auf die es sich offenbar anfangs stützen wollte, schwieriger gemacht und wie ihre Loyalität eigentlich gemeint ist, beweist aufs Neue der Konflikt des Patriarchen Rajacic mit Georg Stratimirovich. Der Eine hat nur sich und die Geistlichkeit im Auge, und der Andere auch nur sich und respektive die serbische Nation.

Die Abstimmung in der deutschen Nationalversammlung, welche Ihre Zeitung vom 5. d. bringt — über die Verfügung des Belagerungszustandes — erregt hier große Freude.

* **Wien**, 9. Febr. Für das nächste Frühjahr schicken sich sowohl hier, als besonders in Böhmen sehr viele zur Auswanderung an. Graf Montecuculi, Oberst des Kürassierregiments Graf Hardegg, blieb in Gyöngyös krank zurück. Er wurde am 2. Febr. von 8 Honveds gefangen genommen und nach Debreczin gebracht.

Windischgrätz hat dafür dem Orte eine Kriegssteuer von fl. 50,000 auferlegt. Die Agramer Ztg., ein bedeutungsvolles Organ der Stimmung in Kroatien, erklärt sich entschieden für Abschaffung des Adels nach dem Ausspruche des Reichstags. Die südslawische Zeitung meldet, daß Metternich noch immer wie sonst seine Jahresgage vom russischen Hofe beziehe. Auch Rußland hat Preise auf die Einlieferung Bem's, Kossuth's und Messaros' gesetzt, da es deren Umtriebe unter den Polen besorgt. Es ist so gut als entschieden, daß der Finanzminister seine einstweiligen Bedürfnisse, durch Ausgabe von 25 Millionen Centralanweisungen, in kleinen Beträgen bis 5 fl. decken werde. Diese Maßregel wäre insofern gut, als damit dem Bedürfnisse nach größeren und kleineren Geldanlagen entsprochen würde. Sollte es sich aber bestätigen, daß diese Centralanweisungen den Staatsbeamten und Lieferanten an Zahlungsstatt gegeben werden, so wäre dies nur ein mittelbar in Anspruch genommener Bankkredit, da man jene Hände schwerlich als sogenannte feste bezeichnen kann. Inzwischen sieht man der Eröffnung einer neuen Anleihe um so mehr entgegen, als innerhalb 14, nach andern schon in 8 Tagen Baron Salomon Rothschild und dessen Sohn Anselm hier erwartet werden.

0 **Berlin**, 11. Febr. Die patronatische Verleihung bei kirchlichen Stellen, die der Staat bisher in vielen Fällen ausgeübt, ist in der Verfassungsurkunde (Art. 14) grundsätzlich abgeschafft, die nähere Regulirung dieser Aufhebung aber einem besonderen Gesetze vorbehalten worden. Dagegen sind die Rechte, außer dem Patronat, die der Staat, als einen Ausfluß seiner allgemeinen Hoheitsrechte, über die Kirche ausübte und die oft tief in das kirchliche Leben eingriffen, von der Verfassung (Art. 15) alsbald abgeschafft und diese Aufhebung keinem erst später zu erlassenden Gesetze vorbehalten worden. Diese beiden verschiedenartigen Bestimmungen sind im Publikum und manchen politischen Blättern irrig aufgefaßt und demgemäß unbegründete Anklagen ausgesprochen worden. So lang jenes Gesetz über die Aufhebung des kirchlichen Patronats, das gegenwärtig im Kultusministerium vorbereitet wird, noch nicht den Kammern vorgelegt und von ihnen angenommen ist, fährt die Regierung in der Ausübung dieses Rechts fort, da mit demselben auch bestimmte Verpflichtungen, wie die ganze oder theilweise Besoldung der Geistlichkeit in solchen Stellen, die Erhaltung der Gebäude u. s. w. verbunden sind, die natürlich erst dann aufhören können, wenn über das ganze Verhältniß ein Beschluß gefaßt sein wird. Das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten hat jedoch schon vor einiger Zeit den betreffenden Behörden aufgegeben, bei der Handhabung dieser patronatischen Rechte auf die Wünsche der Gemeinden jede mit der allgemeinen Ordnung verträgliche Rücksicht zu nehmen und dabei so mild als möglich zu verfahren. In dieser Weise sind die Anschuldigungen zu berichtigen, die hier und da und zuweilen ziemlich laut gegen das Kultusministerium geführt worden sind, als übe dasselbe ein von der Verfassung aufgehobenes Recht des Staates aus. Die Aufhebung des gesammten Patronats, sowohl des fiskalischen als privaten, wird hoffentlich in diesen Verhältnissen einen günstigen Einfluß ausüben und die kirchliche Selbstständigkeit der Gemeinden heilsam auf den religiösen Sinn zurückwirken.

* **Berlin**. Die bereits von uns erwähnten beiden Gewerbegesetze vom 9. Februar enthalten eine solche Menge der verschiedenartigsten Bestimmungen, daß eine genaue Absonderung der verschiedenen Theile zur Uebersicht durchaus nothwendig ist.

Das I. Gesetz behandelt in seinem ersten Abschnitt die neu zu errichtenden Gewerberäthe. Sie sollen überall, wo das Bedürfniß es erheischt, zu gleichen Theilen aus Abgeordneten des Handwerker-, des Fabriken- und Handelsstandes gebildet werden; in der Handwerks- und Fabrik-Abtheilung sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich vertreten sein, und nur, um die zur Beschlußfassung nothwendige ungerade Zahl zu erhalten, sollen die Arbeitgeber ein Mitglied mehr stellen. Jede Klasse wählt die ihr zustehenden Mitglieder selbstständig auf 4 Jahre, und jeder 30jährige ist wählbar. Die Befugnisse des Gewerberaths sind, über neu zu treffende Anordnungen Vorschläge zu machen, und die Befolgung der Vorschriften über die Verhältnisse der verschiedenen Gewerbestände zu überwachen.

Die wichtigsten Theile sind die Abschnitte 2, 3 und 4 des I. Gesetzes: über den „handwerksmäßigen Gewerbebetrieb", über die „Prüfungen der Handwerke" und über das „Verhältniß der Lehrlinge, Gesellen u. s. w." Der §. 23 bestimmt nämlich:

Den nachstehend benannten Handwerkern ist fortan der Beginn des selbstständigen Gewerbebetriebs nur dann gestattet, wenn sie entweder in eine Innung, nach vorgängigem Nachweise der Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes aufgenommen sind, oder diese Befähigung vor einer Prüfungs-Kommission ihres Handwerks besonders nachgewiesen haben. Diese Handwerker sind: Müller, Bäcker, Pfefferküchler und Konditoren, Fleischer, Gerber aller Art, Lederbereiter, Korduaner, Pergamenter, Schuh- und Pantoffelmacher, Handschuhmacher und Beutler, Kürschner, Sattler mit Einschluß der Riemer und Täschner, Tapezierer, Buchbinder, Seiler und Reifschläger, Bürstenbinder, Perrückenmacher, Hutmacher, Tuchmacher und Tuchbereiter, Weber und Wirker jeder Art, Posamentierer und Knopfmacher, Schneider, Tischler und Stuhlmacher, Rade- und Stellmacher, Groß- und Kleinböttcher, Drechsler aller Art, Kammmacher, Korbflechter, Töpfer, Glaser, Grob- und Kleinschmiede jeder Art, Messerschmiede, Nagelschmiede, Kupferschmiede, Büchsenmacher, Sporer, Schlosser, Feilenhauer, Nadler und Siebmacher, Klempner, Schwerdtfeger, Gürtler, Gelb- und Rothgießer, Glockengießer, Zinngießer, Gold- und Silberarbeiter, Gold- und Silberschläger, Uhrmacher, Vergolder, Maler und Lackirer, Färber, Seifensieder.

Betreff der Maurer, Steinhauer, Schiefer- und Ziegeldecker, Haus- und Schiffszimmerleute, Mühlen- und Brunnenbaumeister und Schornsteinfeger bleibt es bei den bisher geforderten Bedingungen. — Ferner schreibt der §. 29 vor:

Die gleichzeitige Ausübung mehrerer Handwerke durch dieselbe Person kann, wenn dadurch erhebliche Nachtheile entstehen, nach Anhörung der betheiligten Innungen und des Gewerberathes, durch Orts-Statuten den örtlichen Verhältnissen entsprechend, beschränkt werden.

Nun sollen zwar die Bestimmungen des §. 23 nicht für Fabrik-Anstalten gelten (wie will man die Grenze zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb finden?) aber den Fabrikinhabern ist auch die Beschäftigung von Handwerksgesellen nur so weit sie derselben zur unmittelbaren Erzeugung und Fertigmachung ihrer Fabrikate, so wie zur Anfertigung und Instandhaltung ihrer Werkzeuge und Geräthe bedürfen, gestattet, und sie dürfen außerhalb ihrer Fabrikstätten keine Gesellen oder Gehülfen beschäftigen. — Endlich dürfen Inhaber von Magazinen als solche ihre Waaren nicht selbst anfertigen, und zu guter Letzt bestimmt §. 31:

Wo das Halten von Magazinen zum Detailverkauf von Handwerker-Waaren erhebliche Nachtheile für die gewerblichen Verhältnisse des Ortes zur Folge hat, kann durch Ortsstatuten für gewisse Gattungen von Handwerker-Waaren festgesetzt werden, daß die Anlegung solcher Magazine denjenigen, welche nicht zum selbstständigen Betriebe der betreffenden Handwerke befugt sind, nur mit Genehmigung der Kommunalbehörde gestattet sei, welche dann nur nach vorgängiger Vernehmung der betheiligten Innungen und des Gewerberathes zu ertheilen ist.

Was nun die Prüfungen der Handwerker angeht, so ist die Zulassung zu der Meister-Prüfung von folgenden Bedingungen abhängig: 1) Der zu Prüfende muß das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben; 2) der zu Prüfende muß sein Gewerbe als Lehrling bei einem selbstständigen Gewerbetreibenden erlernt und die Gesellen-Prüfung bestanden haben. 3) Seit der Entlassung aus dem Lehrlings-Verhältnisse muß ein Zeitraum von mindestens drei Jahren verlaufen sein. Die Prüfung eines Lehrlings aber über die einem Gesellen nöthigen Kenntnisse und Fertigkeiten ist vor dem Ablaufe eines dreijährigen Zeitraums nach der Aufnahme in die Lehre nicht zulässig. Von diesen Bedingungen soll ausnahmsweise der Gewerbrath Abstand geben dürfen. — Die Meister- und Gesellen-Prüfungen werden bei jeder Innung durch eine Kommission bewirkt, welche aus einem Mitgliede der Kommunal-Behörde als Vorsitzendem, aus zwei von der Innung gewählten Meistern und aus zwei von den Gesellen des Handwerks gewählten Gesellen besteht. Wer durchfällt, kann an die Kreis-Prüfungs-Kommission Recurs einlegen, die für jeden Kreis eingerichtet wird, und bei der auch Alle die ihre Prüfung ablegen, die keiner Innung beitreten wollen.

Aus den Bestimmungen über die Verhältnisse der Arbeitgeber und Nehmer ist hervorzuheben, daß Handwerksmeister sich zu den technischen Arbeiten ihres Gewerbes nur der Gesellen und Gehülfen ihres Handwerks bedienen, wie wiederum Gesellen und Gehülfen nur bei Meistern ihres Handwerks in Arbeit treten dürfen, und daß Fabrikinhaber, so wie Alle, welche mit Ganz- oder Halbfabrikaten Handel treiben, verpflichtet sind, ihre Arbeiter in baarem Gelde zu verpflegen.

Die übrigen Theile des ersten Gesetzes beziehen sich auf Unterstützungskassen, denen beizutreten für alle Gewerbetreibende eines Bezirks durch Ortsstatuten zur Pflicht gemacht werden kann, auf Innungsgebühren und Abgaben, deren Taxen revidirt werden sollen, auf die Strafen in Uebertretungsfällen, die bis zu 200 und 500 Thaler steigen, und endlich werden noch einige s. g. allgemeine Bestimmungen erlassen. Dahin ge-

hören: Ausländer sind zum Betriebe eines stehenden Gewerbes nur in erheblichen Fällen zuzulassen. Trödel-, Pfandleih-, Kommissions- und dgl. Handel ist nur nach Bedürfniß zu gestatten, Versteigerung von Handwerkerwaaren nur mit Genehmigung der Kommunalbehörde. Für den Verkehr mit Handwerkerwaaren auf Wochenmärkten dürfen Nichtbewohner des Marktortes ausgeschlossen werden. Einzelne Klassen von Käufern können für gewisse Stunden vom Wochenmarkt ausgeschlossen werden. Bäcker müssen die Preise und das Gewicht ihrer Waaren in ihrem Lokal öffentlich anschlagen, und eine Waage zum Nachwiegen ausstellen.

Das zweite Gesetz behandelt ausschließlich die Gewerbegerichte, Sie sollen auf gütlichem Wege nöthigenfalls durch Erkenntniß die Streitigkeiten erledigen zwischen selbstständigen Gewerbtreibenden und ihren Gesellen, Gehülfen und Lehrlingen, ingleichem die Streitigkeiten derjenigen, welche Rohstoffe oder Halbfabrikate zu Waaren für den Handel verarbeiten lassen (Fabrikinhaber, Faktoren, Ausgeber, Verleger), mit den von ihnen beschäftigten Werkführern und Fabrikarbeitern, so wie ihren Fabriklehrlingen und Fabrikgehülfen, so weit der Streit auf den Antritt oder die Auflösung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben, oder auf solche Ansprüche sich bezieht, welche aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnisse herrühren. Die Mitglieder des Gewerbegerichtes sind zu einem Theile aus der Klasse der selbstständigen Handwerker, der Fabrikinhaber, Faktoren, Ausgeber oder Verleger (Arbeitgeber), und zum andern Theile aus der Klasse der Gesellen, Gehülfen, Werkführer und Fabrikarbeiter (Arbeitnehmer), auf vier Jahre, von den im Gerichtsbezirke wohnenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu wählen.

Das Gericht wählt sich selbst seinen Vorsitzenden, Gerichtsschreiber und Boten. Seine Verhandlungen sind öffentlich. Wer einen Anspruch hat, gibt ihn schriftlich oder zu Protokoll an. Die Parteien werden dann zuerst vor den Vergleich-Ausschuß geladen, der aus zwei Mitgliedern, Einem aus der Klasse der Arbeitgeber und Einem aus der Klasse der Arbeitnehmer, besteht. Ein Vergleich, der hier zu Stande kommt ist exekutionsfähig. Kommt kein Vergleich zu Stande, geht die Sache an das versammelte Gericht, dessen Mitgliederzahl nach der Größe des Gerichtsbezirks verschieden ist. Hier wird die Sache nach den gewöhnlichen Regeln des Civilprozesses verhandelt.

✗ **Königsberg**, 8. Febr. Was mich bei den Wahlen am meisten verdrossen hat, das ist die Heuchelei, mit welcher die Führer der Parteien ihre wahren Ansichten bemänteln. Für die zweite Kammer hat die Stadt der reinen Vernunft zu Abgeordneten Dr. Rupp und Dr. Kosch gewählt. Der erstere, der sich offenbar zum Kommunismus bekannt hat — in einer seiner gedruckten Predigten sagt er am Schlusse: „So lange unter uns der Grundsatz noch nicht gilt: Was mein ist, das ist dein und was dein ist, das ist mein! so lange ist unter uns von christlicher Liebe nicht die Rede" — dieser Mann hat vor seinen Wahlmännern eine so gemäßigte Rede gehalten, daß alle Welt entzückt war. Walesrode hielt ihm sogleich vor, was er gesagt, stände mit seinen früheren Grundsätzen im Widerspruche, und die Männer der äußersten Linken schrieen: Wir lassen ihn nun fallen! Das gewann ihm eine Menge Stimmen der Konservativen. Dr. Kosch erklärte hinsichtlich des Steuerverweigerungsbeschlusses, wie er tief beklage, daß er ihm beigetreten sei; er könne nicht anders glauben, als daß er in dem Augenblicke den Verstand verloren haben müsse. Mit stolzer Demuth setzte er hinzu: „Wer aber über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren!*) Und die fast zu Thränen gerührten Urwähler hätten dem Dr. Kosch wegen seiner liebenswürdigen Bescheidenheit und trefflichen Rede um den Hals oder besser zu Füßen fallen mögen. Nun die Stadt der reinen Vernunft kommt jetzt vom Rathhause und da erhebt sich schon hier und da eine Stimme, die diese Wahl zu beklagen anfängt. Von den Kunstgriffen bei den Wahlen ließe sich noch mancherlei erzählen. Wir wollen nur des eigenthümlichen Versuches erwähnen, sogar durch plattdeutsche Gedichte auf die Landleute einzuwirken. „Die schwere Wahl," ist ein solches in Tilsit erschienenes Gedicht betitelt. Es werden darin die einzelnen Kandidaten der Reihe nach durchgenommen und an jedem ein Fehler gefunden. So heißt es von Herrn Temme:

*) Bekanntlich Worte Lessings.

De Temme wöhr woll ook recht goot,
De helpt ons gliek ut alle Noth,
Lätt ons nich Steure tahle.
Wöll he de selwst bethale?
Denk e Betke nach!

Zuletzt heißt es dann von Herrn Reuter:

Is Reuter wol de Allerbest?
Is de vernünftig stets gewest?
De steiht opp beide Beene,
Helpt Rechtsch und Linksch vereene.
Reuter is een kloger Mann!
Op ek dem verhelpe kann?

Dieses Gedicht soll wirklich Hrn. Reuter mit zur Wahl verholfen haben. Seine geschlagenen Gegner behaupten nun, er selbst sei der Verfasser. Beide Parteien haben sich übrigens an Kunstgriffen bei den Wahlen schwerlich viel vorzuwerfen.

Köln, 12. Febr. Bei der heute hier stattgehabten Wahl wurden als Abgeordnete zur ersten Kammer für den Stadt- und Landkreis Köln, so wie die Kreise Bonn, Rheinbach, Euskirchen, Bergheim gewählt: Rentner Heinrich von Wittgenstein, Gutsbesitzer Phil. von Kempis zu Kendenich, Staatsminister Lud. Camphausen. Zu Deutz für die Kreise Mülheim, Wipperfürth, Gummersbach, Waldbroel, Sieg: Professor Dahlmann, Landrath Schröder zu Euskirchen. (Köln. Z.)

Heute Morgens ist von hier aus eine halbe Batterie Geschütz unter Kavalleriebedeckung nach Aachen abgesandt worden, um in zwei Tagesmärschen dort einzutreffen. Obgleich mehre Dislocirungen in der Artillerie vorgenommen werden, bringt man die erwähnte doch mit dem Gerüchte von einem Kongreß von Demokraten verschiedener Nationalitäten in Verbindung, der in Verviers gehalten, vielleicht auch einen Putsch vorbereiten soll.

München, 9. Febr. Bei dem gestrigen Fackelzug, den die dickhäutigen Partikularisten Münchens dem Könige brachten waren 16—1700 Fackelträger, worunter aber auch adelige Bedienten in Livreen und eine ziemliche Anzahl recht schäbig gekleideter Leute, denen man wohl ansah, daß das Geld für die Fackel nicht aus ihrer Tasche gekommen. Es ist nicht zu leugnen, daß die eigentliche Bürgerschaft Münchens in diesem Augenblicke höchst konservativ gesinnt und gegen die deutsche Einheit eingenommen ist, weil sie dieselbe gleichbedeutend mit Einführung der Gewerbefreiheit betrachtet. Die Zahl der trägen und untüchtigen Gewerbmeister ist hier so groß, daß sie allerdings Freizügigkeit und Konkurrenz sehr zu fürchten haben. Indessen bildet die eigentliche Bürgerschaft Münchens im Verhältniß zur ganzen Bevölkerung doch nur einen kleinen Theil und es ist bereits die Rede davon für den Abgeordneten der Linken, Schüler aus Zweibrücken, einen Fackelzug zu veranstalten, welcher zweimal so zahlreich werden soll als der für Se. Majestät. Von den Entlassungsgesuchen der Minister hat der König bis jetzt nur das des Hr. v. Beisler, Minister des Innern, angenommen. Die übrigen Minister sollen wo möglich bleiben und Hr. v. Lerchenfeld wurde zur Uebernahme des Ministeriums des Innern aufgefordert. Leider scheint dieser allgemein verehrte Staatsmann standhaft entschlossen, in die Geschäfte nicht wieder einzutreten, wahrscheinlich in Berücksichtigung der reinpersönlichen Antipathien des Königs.

:- **Stuttgart**, 9. Febr. Es war eine harte, aber eine verdiente Lektion, welche die Kammer der Abgeordneten erhalten hat, und allem Anschein nach hat sie gefruchtet: die heutige Sitzung wenigstens hielt sich fern von allen jenen Abschweifungen und Kleinigkeitskrämereien, welche die Diskussionen in so ermüdender und unerquicklicher Weise in die Länge zogen. Es stand der Etat des Kriegsdepartement zur Berathung und gleich die allgemeine Debatte war von hohem Interesse. Die Finanzkommission erklärte durch das Organ ihres Vorstandes, daß sie bei ihren Berathungen über die Deckungsmittel des Staatsbedarfs eine Erhöhung der direkten Steuern und eine Zwangsanleihe bei den jetzigen Verhältnissen des Landes für sehr bedenklich gehalten, dagegen über die Zweckmäßigkeit der Errichtung einer Bank oder der Kreirung von Papiergeld auf dem Punkte gestanden habe, sich mit dem Chef des Finanzdepartements zu verständigen, als derselbe die Erklärung abgegeben, daß das seit Einbringung des Etats bereits aufgelaufene Defizit von 500,000 fl. um weitere 1,100,000 fl. gestiegen sei, theils durch die Einforderung eines neuen Flottenbeitrags (230,000 fl.) veranlaßt, „weil Oesterreich seine desfallsigen Verbindlichkeiten nicht erfüllt habe," theils durch

den Mehrbedarf für das auf 2pCt. der Bevölkerung verstärkte Truppenkontingent. Die Finanzkommission habe, nachdem in solcher Weise die ganze frühere Basis verändert sei, ihre Arbeiten für den Augenblick gänzlich eingestellt und erwarte, um dieselben wieder aufzunehmen, zuvor neue Vorlagen der Regierung. Schon jetzt aber könne sie die Bemerkung nicht unterdrücken, daß der durch den erhöhten Militärstand bedingte Mehraufwand, welcher den ordentlichen Etat des Kriegsdepartements auf 3½ Mill. fl. steigere, eine zu übermäßige Last sei, als daß sie auf die Dauer vom Lande getragen werden könne, und es möchte wohl ins Auge zu fassen sein, ob nicht ein gutes Bürgerwehrgesetz einen großen Theil jenes Aufwandes zu beseitigen im Stande sei. Staatsrath Römer, zum ersten Mal seit seiner Rückkehr von Frankfurt in der Kammer wieder anwesend, erwiederte zunächst, daß die Württembergische Regierung ihre militärischen Rüstungen nicht aus eigenem Antriebe, sondern auf Anordnung der Centralgewalt und erst nach den lebhaftesten Remonstrationen vorgenommen, wie sie denn namentlich fortwährend, aber nur mit theilweisem Erfolg, auf die Zurückziehung ihrer Truppen aus dem Badischen Oberlande gedrungen; es unterliege auch keinem Zweifel, daß Württemberg die ihm dadurch aufgebürdete Last auf die Länge nicht tragen könne und es sei die Pflicht der ständischen Repräsentationen wie der Regierungen, die energischsten Verwahrungen dagegen einzulegen, obgleich — bemerken Sie diese Aeußerung im Munde eines Ministers — von der Nationalversammlung, wie sie gegenwärtig zusammengesetzt sei, sich eine Abänderung der betreffenden Beschlüsse nicht erwarten lasse und deßhalb die einzelnen Regierungen, wie denn auch die Württembergische in dieser Beziehung bereits Beschlüsse gefaßt, darauf beschränkt seien, jene strenge Maßregel auf die schonendste Weise ins Leben zu führen. Die Hoffnung aber, daß eine Bürgerwehr je das stehende Heer werde ersetzen können, theile er nicht, mache jedoch darauf aufmerksam, daß in Frankfurt ein allgemeines deutsches Wehrgesetz vorbereitet werde, welches dann auch für Württemberg maßgebend sein müsse. Mit einem resignirten: Ultra posse nemo tenetur! schloß diese Verhandlung, und nachdem von Seiten der Ministerbank darauf der Entwurf eines Gesetzes eingebracht war, welches einstweilen die durch die bevorstehende Einführung der Schwurgerichte bedingten nothwendigsten Veränderungen des Strafgesetzbuchs und der Strafprozeßordnung enthält, ging die Kammer zu der Berathung des Kriegs-Etats in Einzelnen über.

△ **Darmstadt**, 12. Febr. Das Kriegsministerium hat unsern Ständen über die Kosten der erstmaligen Anschaffungen, welche in Folge der Erhöhung des Gesammtkontingents auf 2 Prozent der jetzigen Bevölkerung nothwendig sind, Vorlage gemacht. Das auf 2 Prozent der Bevölkerung erhöhte Kontingent beträgt, die gegenwärtige Bevölkerung des Großherzogthums rund zu 850,000 Seelen angenommen, 17,000 Mann. Die dermalige Stärke des großherzoglichen Truppenkorps ist 9350 Mann. Es ist also eine Vermehrung um 7650 Mann erforderlich, um der verlangten höheren Leistung zu entsprechen. Ergebniß der bezügigen Berechnungen ist, daß die Kosten der durch die Kontingentserhöhung nothwendigen erstmaligen Anschaffungen für das erste Kontingent (1½ pCt.) mit Ersatzmannschaft (⅙pCt.) zusammen 607,611 fl., für Kontingent und Reserve (⅓pCt.) zusammen 965,456 fl. ausmachen. Ausdrücklich ist dabei noch hervorgehoben, daß diese Ansätze nur Kosten für erstmalige Anschaffungen derjenigen Bedürfnisse, durch welche den Anforderungen der Bereithaltung entsprochen werden soll, umfasse, und sich darum weder auf den Zustand der Mobilmachung, noch überhaupt auch nur auf Aufstellung des Gesammtkontingents beziehen, indem sonst noch weitere Ansätze für Anschaffung von Pferden für Reiterei und Artillerie, sowie für Bekleidung und Ausrüstung der verschiedenen Armeezweige, als Feldbäckerei, Feldhospital u. s. w. hätten aufgenommen werden müssen. Die Kosten der Einübung der vermehrten Ergänzungsmannschaften, der Unterhaltung des zu erhöhenden Pferdestandes, und alle solche Kosten, welche mit der etwa nöthig werdenden Aenderung der periodischen Dienststände im Zusammenhange stehen, namentlich diejenigen für nothwendig werdende Kaserneneinrichtungen und Herstellung weiterer Magazinsräume, blieben einer späteren Vorlage vorbehalten. Es ist zu erwarten und zugleich sehr begreiflich, daß diese Vorlage unsere Landstände und zugleich unser Land schwer berührt. Denn nicht genug, daß die Million Kosten als handfeste Wirklichkeit auf unsere leere Staatskasse lostritt, auch Geister naher noch unermessener Wirklichkeiten steigen dahinter auf und drohen mit neuen Schrecken. Kommt wirklich der Plan, wenn auch nur theilweise zur Ausführung, so geht es nicht ohne neues Anlehen oder nicht ohne neues Papiergeld ab. Denn die geschaffenen Mittel der letzten Art sind schon für andere Zwecke vorgesehen, welche, wie es den Anschein hat, noch dringenderen Bedürfnissen des Augenblicks weichen müssen. Denn sonst könnte man nicht begreifen, warum die Arbeiten an der Main-Weserbahn schlummern, während dies gleichbedeutend ist mit Nichterfüllung eingegangenen Staatsvertrages und fast gleichbedeutend mit der Drohung von Entschädigungsklagen seitens Kurhessens. Unter diesen Umständen hat eine im hiesigen Darmstädter Journal dieser Tage enthaltene Nachricht, daß wesentliche Modifikationen an dem von der Centralgewalt wegen jener 2 pCt. gestellten Verlangen mit Gewißheit zu erwarten seien, hier einen angenehmen Eindruck gemacht. Möchte sie sich in recht ausgedehntem Sinne bewahrheiten! Denn in der That, es steht noch mehr dabei auf dem Spiele als jene Summen, welche unser kleines Land zerdrücken. Wie die äußerste Linke diese Angelegenheit ausbeutet, haben wir neulich in unserer zweiten Kammer gesehen, und wenn selbst Männer, wie Steinherr, welche aufrichtig für die Autorität der Centralgewalt sprechen und ihr jedes Opfer zu bringen bereit sind, das in Frage stehende Opfer eine Kalamität nennen, so ist das, wenn irgend möglich, nicht zu überhören.

♉ **Schleswig**, 7. Febr. Große Bewegung hat hier die Cirkularnote Preußens vom 28. v. Mts. hervorgerufen. Einige wollen gar keine Notiz davon nehmen, Andere sind für die außerordentlichsten Maßregeln zur Abwehr. Diese Gegensätze veranlassen begreiflich lebhafte Reibungen. Auch die Landesversammlung ging von ihren trockenen Finanzbetrachtungen in ein bewegtes Notenstadium über. Scheint aber darin kein ungetrübtes Selbstbewußtsein gewahrt zu haben. Sie steht bekanntlich und zwar mit vollem Rechte, wie auch die erste Adresse an den Reichsverweser unzweifelhaft darthut, auf dem Standpunkte des untrennbaren, selbstständigen Schleswig-Holsteins. In der Notenabwehr aber bemerkte man zum erstenmal ein Schwanken, fast möchte man sagen, eine große Unklarheit des Bewußtseins und der Anschauung, die von dem Ganzen ableitend nur ein Stück ergreift, um daran das Ganze oben zu halten! Die jetzt wieder mit großer Selbstbefriedigung allen Gelüsten rein dynastischer Interessen huldigende Diplomatie mag dies verantworten. Sie hat auch ein „deutsches Gebiet Dänemarks" signalisirt, was hier kein Mensch kannte, es sei denn, daß man die nördlichste Spitze der Insel Sylte und Westerland-Föhr so nennen wollte. Der König von Dänemark, ist auch Herzog des selbstständigen Schleswig-Holsteins. Die dänische Krone oder das dänische Reich hat nie ein deutsches Gebiet gehabt! Hat der unglückselige Friedensvorschlag, der die Trennung Schleswigs von Holstein in Aussicht stellte, hier die Gemüther aufgeregt, diese Bezeichnung Schleswig-Holsteins hat es aber nicht minder gethan. Dies ist bereits in allen Schichten der Bevölkerung bemerkbar. Stürmisch dringt man auf allgemeine Bewaffnung und ist bereit zu jedem Opfer für die Fortsetzung des Kriegs. Gestern war hier, besonders aus dem Süden, eine große Anzahl Deputationen, die theils aus den Städten, theils aus den Landdistrikten gesandt waren. Sie wandten sich schriftlich und mündlich an den Präsidenten der gemeinsamen Regierung und an den Präsidenten der Landesversammlung und „König" war das allgemeine Losungswort! Sie erhielten da nicht den erwünschten Bescheid und sogleich bildeten sich Komiteen fürs ganze Land, um die allgemeine Bewaffnung möglichst rasch und kräftig zu fördern.

Großbritannien.

* **London**, 10. Febr. Unserem Versprechen gemäß kommen wir auf den Schluß der Adressedebatte im Unterhause in möglichster Gedrängtheit zurück. Der zweite Kampftag läßt kein so scharf ausgeprägtes Zweigefecht hervortreten, wie dasjenige, welches am ersten Tage der Debatte zwischen Disraeli und Russel ausgefochten wurde. Am zweiten Tage erblicken wir mehr ein regelloses Handgemenge, in welchem sich die Anhänger und Gegner des Kabinets wild und regellos durch einander tummelten, bis endlich Lord Palmerston in voller Waffenrüstung den Seinen zu Hülfe kam und das Gefecht zu seinen und seiner Kollegen Gunsten entschied.

Auf jeden einzelnen der zahlreichen Redner an diesem Tage,

an welchem es sich um das Disraelische Amendement handelte, können wir nicht wohl Rücksicht nehmen; es fiel aber hier und da eine charakteristische oder treffende Bemerkung, die wir, wäre es auch nur zur Bezeichnung der Parteistandpunkte, nicht gern übergehen möchten. Nachdem Hr. Stafford, der sich mit Vorliebe einen Tory nennt, gegen das Ministerium und für Einführung eines mäßigen Eingangszolles gesprochen, Sir W. Somerville sodann das Verfahren der Regierung in Betreff des irischen Armengesetzes gegen einige Bemerkungen Staffords in Schutz genommen hatte, ergriff Sir J. Walsh das Wort, um vom trübblickenden konservativen Standpunkt nicht bloß gegen Palmerston, den der Redner beschuldigte, in seinen Operationen gerade eben so das Mysteriöse zu lieben, wie Metternich und Nesselrode, sondern auch namentlich gegen die Freihändler zu donnern. Indem er zwischen ihnen und den irischen Repealern einen Vergleich zog, fragte er unter anderm: „Kann, was in Irland strafsällig gefunden wird, in England als erlaubt gelten? Kann was in der Versöhnungshalle schädlich und verderblich erscheint, in der Freihandelshalle zu Manchester nützlich und wohlthätig sein? Darf man in Irland die Volksaufwiegelung mit kräftiger Faust unterdrücken, während in England das Klubgesetz über Alles und Jedes frei schalten darf? (Gelächter.) Ja wohl, Klubgesetz, ich meine die Gesetze der Klubs. (Hört!) Mögt Ihr sie nun Klubs nennen, oder Gegen-Korngesetz-Verein, oder Finanzreformvereine, oder Repealvereine, oder mit den 10 oder 20 Namen, womit sie in Paris bezeichnet werden. Die Namen thun hierbei nichts, ihr Charakter bleibt derselbe, indem alle Klubs darauf hinzielen, der legitimen Regierung Gewalt anzuthun, und eine verderbliche Herrschaft über Freiheit, Ordnung, Fortschritt und Vervollkommnung auszuüben. (Beifall der Protektionisten). Wir waren gezwungen, diese Klubs in Irland zu unterdrücken, die Franzosen haben sie ebenso in Paris unterdrückt, und es ist mein fester Glaube, daß wenn nicht die gegenwärtige, so doch eine zukünftige Regierung es mit den politischen Klubs in England zu thun bekommen wird." (Hört, hört!)

Von entgegengesetztem Standpunkt sprach Hr. Monckton Milnes, Verf. der „Memorials of a tour in Greece", auch mehrerer Bände Gedichte, der sich selbst zu den gemäßigten Konservativen rechnet, aber nach seiner Rede zu schließen, vielmehr den eigentlichen Liberalen angehört. Er verleugnete in seiner Rede den Dichter nicht ganz. Von einer Bemerkung des Redners vor ihm nahm Hr. M. Milnes Gelegenheit, über die Schrecken eines Bombardements zu sprechen; das Mitglied für Radnorshire (Sir J. Walsh) habe sich darüber geäußert, als wäre ein Bombardement ein bloßes Schauspiel, eine Scene aus einer Revue; aber ein Bombardement sei deßhalb so verfluchenswerth, weil es Unschuldige mit den Schuldigen zugleich treffe, darum werde auch das Bombardement von Wien und Messina in den Jahrbüchern der Geschichte für immer gebrandmarkt sein. Dann kam der Redner auf seine Reiseeindrücke zu sprechen, erzählte, wie er mehrere Jahre im venetianisch-lombardischen Königreich gelebt, und glaubte versichern zu dürfen, daß eine militärische Okkupation dieser schönen Länder seitens einer ausländischen Regierung, welche nicht das Vertrauen des Volks genieße, mit dem Frieden Europa's unvereinbar sei; die Lombarden seien fest entschlossen, das österreichische Joch abzuwerfen u. s. w. Der Redner verstieg sich jedoch immer mehr in dichterisches Gebiet, als er mit warmen Farben schilderte, wie Alt und Jung und alle Gesellschaftsklassen in der Lombardei zu den Freiheitsfahnen gelaufen seien — wohl möglich, der Redner vergaß nur hinzuzusetzen, daß sie auch eben so rasch ihnen wieder entliefen, als die Oesterreicher in der Lage waren, Ernst zu machen, so daß, wie die Lombarden über den Verrath Karl Alberts, so die Piemontesen mit demselben Recht über die unvergleichliche Feigheit der Lombarden Klage führen. Nicht mit Unrecht äußerte dagegen der Redner: „Oesterreich scheint entschlossen, die Lombarden zu zermalmen, und seit der Wiedereroberung ihres Landes werden sie unter einer so tyrannischen Herrschaft gehalten, daß es fast scheinen mag, als beabsichtige Oesterreich in der Mitte Europas ein zweites Polen zu errichten." (Hört) Der Redner geißelte sodann mit Erfolg Hrn. Disraeli, für den die Revolutionen auf dem europäischen Festlande nur deßhalb dagewesen zu sein scheinen, damit er über sie seine Witze machen könne; in Betracht, welch ein großes Gebiet sich dem Humor nach andern Seiten hin eröffne, müsse man den Wunsch ausdrücken, daß Herr Disraeli sich andere Gegenstände zu seinen Scherzen und Witzspielen auserlese, als die großen, deren innerstes Leben angehenden Kämpfe der Kontinentalstaaten. Wenn er einen Engländer in dieser Weise sprechen höre, so könne er nicht umhin, sich einzubilden, daß ein solcher Mann undankbar sei gegen die gütige Vorsehung, die ihn in diesem freien und glücklichen Lande geboren werden ließ; es scheine ihm, als sei ein solcher britischer Mann, der die ernstesten Ereignisse nur zu frivolen Scherzreden benütze, der Rechte und Freiheiten, die er genieße, nicht vollkommen würdig. Der Redner schloß mit einer beredten Apostrophe an die Verfassung Englands, welche erlaube, innerhalb ihrer auf dem Wege der Reform fortzuschreiten. (Schluß folgt.)

Lord J. Russell zeigte am 9. Febr. an, daß künftigen 19ten das gesammte Haus als Komite über den in beiden Häusern zu leistenden Eid zu berathen haben werde. Natürlich wird es sich hierbei um Weglassung oder Aenderung der Formel im Parlamentseid handeln, wodurch Nichtchristen die Möglichkeit, Parlamentsmitglieder zu sein, benommen wird. Der „Standard" geräth bereits in den allerchristlichsten Zorn. „Wir glauben, so früh als möglich das Publikum verwarnen zu müssen, daß die verruchte (execrable) Judenbill der letzten Session wieder in Vorschlag gebracht werden soll. Lord J. Russell wird einen abermaligen Versuch machen, seine Wahlschuld (die Wahl in der City soll ihm, laut Versicherung protektionistischer Blätter das Versprechen gekostet haben, daß er die Juden oder vielmehr Baron Rothschild ins Parlament bringen werde) auf Kosten des religiösen Charakters des Landes zu berichtigen." Der Standard fordert das Land auf, wie Ein Mann aufzustehen und das Haus zum 19. Febr. mit Petitionen gegen die Judenbill zu bestürmen.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Febr. Das Gesetz über das Gerichtswesen, welches gegenwärtig die ermüdete Nationalversammlung beschäftigt, ist nicht mehr jener radikale Entwurf von Crémieur, der die ganze französische Gerichtsverfassung von Kopf bis zu Fuß umkehren wollte; es ist nur der gemäßigte Verbesserungsvorschlag von Marie, der nur einige Einzelheiten abändern will. Die Theile des Gesetzes, die bis jetzt berathen worden sind, beziehen sich auf den Kassationshof. Der Kassationshof ist bekanntlich nicht eine gewöhnliche dritte Instanz, in der der materielle Gegenstand des Prozesses noch einmal entschieden würde, er ist nur eine Revisionsinstanz, welche etwaige Verletzung der Rechtsformen wieder gut machen soll. Nach seinen bisherigen Einrichtungen zerfällt er in drei Kammern, die Kriminal-, Civil-Kammer, und eine dritte, die gleichsam den Vorhof bildet, welcher jede Sache erst passiren muß. Diese dritte, die chambre des requêtes, prüft vorläufig ob eine Klage über Verletzung der Rechtsformen begründet ist. Erst wenn sie die Klage gerechtfertigt findet, geht dieselbe zur Entscheidung an die wirklich rechtsprechende Kammer. Marie nun und die Kommission wollten diese chambre des requêtes als überflüssig abschaffen, es würden dann nur zwei Präsidenten des Kassationshofes und eine geringere Anzahl Mitglieder nöthig sein. Odilon Barrot aber zeigte mit glänzender Beredtsamkeit, wie diese anscheinende Vereinfachung eine Erschwerung sei, indem dann alle die Klagen, die auf den ersten Blick und ohne weitere Verhandlung zurückgewiesen werden könnten, einer wirklichen Verhandlung unterworfen werden müßten. Er rettete die gute alte Einrichtung. Nicht aber seine Rede war das Ereigniß der gestrigen Sitzung, sondern die Anthony Thouret's, eines früheren Lustspieldichters und ungeheuer beleibten Mannes, dabei Rathes am Gerichtshof zu Douai. Seine mit poetischen Floskeln gemischte Rede, die Unbeholfenheit, mit der er sie vortrug, die komische Figur, die er dabei spielte, sein Stottern und seine Verlegenheiten, während die Versammlung sich für die ewigen Ruhestörungen, die er bei den Reden Anderer machte, durch die heiligste Ruhe rächte — geben dem Charivari zu einem seiner reizendsten Artikel Veranlassung.

Mit der Frage über die Gerichtsverfassung beschäftigt sich übrigens nur das Journal des Débats; die meisten Journale halten noch am Lanjuinais'schen Vorschlag und dem was damit zusammenhängt. Der National fährt in seinem kleinen Kriege gegen das Ministerium und den Präsidenten der Republik fort. So rügt er, daß die ministeriellen Blätter von gestern Abend in ihrem Bericht über die gestrige Musterung auf dem Marsfelde nicht von dem Präsidenten der Republik, sondern von dem Staatsoberhaupte sprechen, während Louis Bonaparte doch nur das Oberhaupt der vollziehenden Gewalt, und keineswegs des Staates sei.

Uebersicht.

Deutschland.

Frankfurt, 14. Febr. Die O. P. A. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes: Der Reichsminister des Handels hat mich davon benachrichtigt, daß die in Folge des Beschlusses vom 13. Nov. vorigen Jahres in Wirksamkeit getretene technische Marinekommission, die ihr zur Berathung gestellten Aufgaben erledigt und ihre Thätigkeit mit ihrer Sitzung vom 8. dieses Monats geschlossen habe.

Ich entledige mich der angenehmen Pflicht, den Mitgliedern dieser Kommission meine volle Anerkennung und meinen warmen Dank für den patriotischen Eifer und für die Umsicht, mit welcher sie sich der ihnen gestellten Aufgabe gewidmet haben, hierdurch auszusprechen und vertraue, daß das große Werk, zu dessen Begründung sie so kräftig mitgewirkt haben, ferner zum Glücke und zur Ehre des Vaterlandes wachsen und gedeihen möge. Frankfurt a. M., den 11. Februar 1849. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Handels: Duckwitz.

• **Frankfurt**, 13. Febr. Mit der Ankunft des heute hier erwarteten Grafen von Rechberg wird einer weiteren Erklärung des kaiserlich österreichischen Cabinets in der Verfassungsfrage entgegen gesehen. Wie es heißt, werden die mit Ueberreichung der österreichischen Note an die königlichen Höfe beauftragt gewesenen kaiserlichen Bevollmächtigten nach Vollendung ihrer Mission sich hier vereinigen. Darunter befindet sich der nach Hannover deputirte bisherige k. k. Geschäftsträger am k. baierischen Hofe, Freiherr von Brenner, ein naher Verwandter des Grafen von Münch-Bellinghausen. (O. P. A. Z.)

⨯ **Frankfurt**, 14. Febr. Hr. Dr. Pinner aus Berlin, welcher sich durch mehrjährige Reisen durch Europa und einen Theil des Orientes vielseitige Anschauungen verschafft hat, beabsichtigt hier Vorlesungen über die Charakteristik der verschiedenen Nationen zu halten.

Wien, 9. Febr. Das Gerücht erhält sich fortwährend, daß eine Anzahl Abgeordneter der Linken (Violand, Füster, Borrosch, Goldmark, Sierakowski, Fischhof) in Anklagestand versetzt werden sollen. In Betreff des Abgeordneten Fischhof, schreibt man der Allg. Ztg., brachte Bäuerle's Theaterzeitung gestern einen Artikel, der als ein wahres Hep-hep-Aktenstück in die Archive des 16. und 17. Jahrhunderts gehört. Die vom Lloyd gemeldete Einnahme von Essegg hat sich nicht bestätigt.

Berlin, 10. Febr. Wie man hört, wird die Bildung eines Marinebataillons bis zum Frühjahre bewerkstelligt werden. Das Bataillon wird aus 800 Mann bestehen. Diese 800 Mann werden die Bemannung der 40 Kanonenjollen, deren Vollendung ebenfalls im Frühjahr in Aussicht steht, bilden. Uebrigens erfährt man, daß eine Verlängerung des Waffenstillstandes mit Dänemark zu erwarten steht. Unser König dürfte nach den Aeußerungen wohlunterrichteter Personen seinen Sitz in Charlottenburg nicht über den laufenden Monat hinaus beibehalten, sondern sich gegen Ende Februars nach Potsdam begeben, wo dann bis zur Beziehung des Schlosses Sanssouci das kgl. Hoflager sein wird. Auf einem Spaziergange des Königs in Charlottenburg trat vor einigen Tagen ein Mann an denselben in sichtbarer Gefühlsbewegung hinan, die Hand des Königs ergreifend, um sie inbrünstig zu küssen. Der König, diesem wehrend, sprach indessen: „Nicht doch, lieber Freund, geben Sie mir lieber Ihre Hand, ich bin ein Mensch wie jeder andere, und dazu gegenwärtig der gedrückteste in Preußen, ob der Trauer über die Verblendung eines Theiles meines Volkes, das ich wie kein anderer Preuße liebe." Auf das Herzlichste dem Manne die Hand schüttelnd, ging der König weiter. — Vor einigen Tagen war eine Abordnung hiesiger Bürger bei dem Prinzen von Preußen, an welche derselbe unter Anderen folgende Worte richtete: „Hätten wir uns zur völligen Rettung des Vaterlandes unredlicher Mittel bedienen wollen, so wäre der Erfolg für den Augenblick allerdings ein gesicherter gewesen, aber unsere Kinder, unsere Enkel hätten es vielleicht schwer büßen müssen. Seien wir darum redlich, beharren wir in dieser Redlichkeit, und wir werden das Vaterland aus der Gefahr, in welcher es schwebt, nicht allein für jetzt, sondern für die Dauer retten." (Elb. Z.)

Berlin, 12. Febr. Bei den heute Morgen vollzogenen Wahlen der Abgeordneten zur ersten Kammer sind hier gewählt worden:

Erster Wahlbezirk:
Staatsminister Camphausen, Oberst v. Griesheim.

Zweiter Wahlbezirk:
General-Steuer-Direktor Kühne, Fabrikant Dannenberg, Oberst v. Griesheim.

Zu Abgeordneten für die zweite Kammer sind ferner gewählt worden:

Provinz Preußen. Regierungsbezirk Königsberg:
Seilermeister und Rathmann Rheinländer in Neidenburg, Oberförster Wichmann zu Sappen.

Provinz Posen. Regierungsbezirk Posen.
Landrath v. Roder-Ostrowo, Graf Woyczicki auf Zakrzewo.

Konst. Korresp. **Berlin**, 12. Febr. Unter den zur zweiten Kammer gewählten Abgeordneten befinden sich 7 jetzige und gewesene Minister, 18 Landräthe, 13 Bürger- und Oberbürgermeister, 85 Juristen, 39 andere königliche und städtische Beamten, 28 Lehrer, Professoren und Literaten, 32 Geistliche, 5 Militärpersonen, 8 Aerzte, 52 Gutsbesitzer, 19 Kaufleute, 12 Handwerker und andere Gewerbetreibende, 19 bäuerliche Wirthe, zusammen 337; die übrigen 13 sind ihrem Stande und ihrer Beschäftigung nach unbestimmt.

◊ **Königsberg**, 9. Febr. Von den 54 Deputirten unserer Provinz sind wir bereits im Stande, mit Hinzufügung ihrer politischen Gesinnung, 48 namhaft zu machen. Es gehören 20 der Linken, 9 dem Centrum und 15 der Rechten an, über 4 fehlen die näheren Angaben. Bemerkenswerth ist, daß sämmtliche Mitglieder der Rechten, bis auf zwei, Westpreußen gestellt hat, während die östlichen Theile der Provinz (Lithauen und Masuren) entschieden demokratisch gewählt haben.

⁚ **Posen**, 10. Febr. Die Wahlen in dem größten posener Wahlbezirk, welcher im Süden von Deutschposen gelegen, sich in einer Länge von 20 geographischen Meilen erstreckte und den neuerdings einverleibten polnischen Theil des Fürstenthums Krotoschin umfaßte, haben uns zu mannigfachen Besorgnissen Veranlassung gegeben. Die Bevölkerung dieses ungeheuren Wahlbezirks, welche 800 Wahlmänner und 5 Abgeordnete zu stellen hat, hielt sich polnischer und deutscher Seits ziemlich das Gleichgewicht. Die Deutschen waren aber bei der Wahl am 5. Febr. dadurch beeinträchtigt, daß der Wahlort Krotoschin am äußersten östlichen Winkel unter der überwiegend polnischen Bevölkerung belegen und den deutschen Wahlmännern meist ein oder zwei Tagereisen zum Zweck der Wahl zugemuthet waren. Es war also das Bild einer wahren Völkerwanderung, welches die Kreise am 3. und 4. darboten. Der 5. Febr. zeigte zwei geordnete Wahlschaaren in Krotoschin, die Polen unter Lipski und Palacz, die Deutschen unter Fürst Hatzfeld und Reder. Der erste Tag verging mit der Prüfung der Proteste, da überall die in der Minorität gebliebenen Polen gegen die deutschen Wahlmänner und umgekehrt die deutschen gegen die polnischen protestirt hatten. Zugleich übten die Polen ihre Wahlmänner im Schreiben der Namen ihrer Kandidaten ein. Da der größere Theil derselben die Buchstaben nicht nachmachen konnten, so erhielten sie papierne Schablonen, in welchen die Namen der Kandidaten ausgeschnitten waren. Trotz aller Vortheile der Polen wurden dennoch am ersten Tage 2 Deutsche und nur 1 Pole gewählt.

So haben denn im Ganzen die Deutschen 16, die Polen 14 Abgeordnete in die 2te Kammer gewählt, für die erste Kammer wird die Wahl etwa zu zwei Drittel auf Deutsche fallen. Vorgestern wurden hier drei polnische Handwerker ausgewiesen, welche ohne Legitimation aus Krakau hier angekommen waren und die im Verdacht politischer Umtriebe standen. Die Nachrichten, welche unsere polnischen Blätter über den Stand der Dinge in Ungarn bringen, strafen die Siegesberichte der Magyaren Lüge. Aus Agram und aus Prag kommen häufige Andeutungen von

Bewegungen, die sich vorbereiten. Es scheint, daß an allen Enden das Slaventhum gegen das Centralisationssystem sich sträuben wird, welches die österreichische Regierung durch die Gemeindeverfassung und Bezirkseintheilungen im Sinne haben mag. Die Erdarbeiten zu der zweiten Eisenbahnlinie (Berlin-Königsberg), welche unsere Provinz durchschneidet, werden nächstens in Angriff genommen; die Regierung hat für dies Jahr 530,000 Thaler dazu bestimmt.

* In **Düsseldorf** sind zur ersten Kammer die Herren v. Beckerath und Hansemann, in Neuß Hr. Hansemann und der geheime Rath Brüggemann in Berlin erwählt. In Altenkirchen ist der geheime Oberrevisionsrath Frech und Oberbergrath Böcking erwählt. Sämmtlich Konservative. Dagegen haben die Demokraten im Wahlbezirke Mayen gesiegt, wo Gutsbesitzer Raffauf und Advokat Quadflieg gewählt sind.

Aachen, 12. Febr. Wahlen. Bei der heutigen Wahl für die erste Kammer waren 29 Wahlmänner anwesend. Bei der ersten Abstimmung wurde

Hr. Oberbürgermeister Pelzer mit 15 Stimmen,
Hr. Regierungsrath Ritz mit 23 Stimmen und
Hr. Bürgermeister Jungbluth aus Jülich mit 17 Stimmen gewählt.

A **München**, 12. Febr. Bei meiner gestrigen Mittheilung, daß der König die Adresse der Kammer anzunehmen verweigert, habe ich schon meine Zweifel ausgesprochen, ob dieses Gerücht in seiner ganzen Ausdehnung sich bestätigen werde. Wie man nun erfährt, beschränkt sich die Sache darauf, daß der König, „um die Deputation nicht nach Nymphenburg zu bemühen," allerdings derselben die erbetene Audienz nicht bewilligte, dabei aber den Wunsch aussprach, es möge ihm die Adresse überschickt werden. Leider gehört es durchaus nicht in das Bereich der Unmöglichkeit, daß unberufene Rathgeber dem Könige zu einem Schritt wie die Zurückweisung der Adresse gerathen hätten: haben sie ihn doch erst vor zwei Tagen dazu gebracht, sich durch Annahme des Fackelzuges, welcher ihm von dem auf Seite der Rechten stehenden Theile der hiesigen Bürgerschaft gebracht wurde, offen auf Seite einer Partei zu stellen. — Der Abgeordnete Schüler von der Linken, welchem seine Partei als eine Art von Gegendemonstration nunmehr ebenfalls einen Fackelzug bringen wollte, hat in sehr richtigem Takte denselben entschieden abgelehnt. Das Ende der Ministerkrisis läßt sich noch immer nicht absehen. Die Entlassung des seitherigen Ministeriums ist zwar angenommen, aber was die Nachfolger betrifft, so sind noch immer nur die schwankendsten Gerüchte im Umlauf. Freiherr v. Lerchenfeld wurde im Lauf des gestrigen Nachmittages abermals nach Nymphenburg gerufen, es scheint also, daß nochmals versucht werden soll, ihn für Bildung eines Ministeriums zu gewinnen. Wer ihn genauer kennt, zweifelt sehr, ob er sich einem solchen Auftrage unterziehen werde!

Ansbach, 9. Febr. In der heutigen Sitzung der Generalsynode wurde die Frage über die Verfassung der protestantischen Kirche diesseits des Rheins verhandelt und zunächst mit allen gegen 11 Stimmen beschlossen, es sei das landesherrliche Kirchenregiment auch fernerhin in Bezug auf die protestantische Kirche diesseits des Rheins anzuerkennen. Die weitere Frage, ob dieses landesherrliche Regiment unbedingt oder mit Modifikationen anerkannt werden solle, wurde mit gleichem Stimmenverhältniß, wie die ebenerwähnte erste Frage, dahin entschieden, daß Modifikationen in dieser Beziehung eintreten sollen. (Nürnb. Korr.)

A **Dresden**, 12. Febr. Die zweite Kammer beschloß heute gegen 23 Stimmen, den Tzschirner'schen Antrag vom 8. Februar, „daß die Kammern gehört werden möchten, ehe die Regierung die von Preußen beantragte Erklärung über die Grundrechte nach Frankfurt eigenmächtig abgehen lasse," für dessen ungesäumte Berathung sie sich bereits erklärt hatte, an die zweite Deputation zur Begutachtung und zur Berichterstattung zu verweisen. Diese Deputation soll überdieß „die etwaige Nothwendigkeit einer bindenden Erklärung über die deutsche Verfassung ins Auge fassen und der Kammer schleunigst darüber berichten." Minister v. d. Pfordten erklärte dabei, daß die Regierung es nicht für räthlich erachte, auf die preußische Circularnote schon jetzt definitive und bindende Erklärungen abzugeben; indeß habe er mit einer Antwort darauf auch nicht zu lange anstehen wollen und daher eine solche gestern dem preußischen Bevollmächtigten zugestellt; daraus möge nun die Kammer erkennen, daß die Regierung sich nicht ins Schlepptau nehmen lasse. Er erklärt sich mit dem angenommenen Antrage einverstanden, gleicher Weise, wie Schaffrath, welcher es für Aufgabe der Dresdner Kammer und insbesondere der Deputation hält, ohne irgend eine Regierungsvorlage abzuwarten, die Reichsverfassung vorzunehmen und in derselben alle die Bestimmungen zu bezeichnen, „die wir nicht genehmigen werden;" auf diese Weise trüge die Kammer zwar auch dazu bei, den konstituirenden Charakter der Nationalversammlung zu alteriren, indeß dürfte sich die Kammer dasselbe erlauben, was die Regierung sich gestattete. Den heftigsten Angriff erfuhr Minister v. d. Pfordten wegen seines Zögerungssystemes durch den Abgeordneten Kell, welcher ihm vorwarf, daß sein Nichthandeln ganz geeignet sei, sogar die Vereinbarungstheorie über die deutsche Verfassung zu Schanden zu machen.

+ **Karlsruhe**, 11. Febr. (Forts. des in der gestrigen Beilage abgebrochenen Berichts.) Bassermanns Rede, die hierauf folgte, bildete wohl den Glanzpunkt der Diskussion, sie war zunächst gegen Kapp gerichtet, der wirklich noch zu schlafen scheine, wenn er alle Errungenschaften seit dem März für nichts anschlage; sodann durchging der Redner die Scheingründe von Christ und widerlegte mit vielem Glück dessen Behauptung, daß man auf dem Boden der Revolution fortregieren müsse, um die Bewegung zu bemeistern, er kam dabei zum Schlusse, daß jede Revolution, wenn man ihr den Lauf lasse, nur mit einer völligen Erschöpfung endigen müsse. Jetzt sei es einmal an der Zeit, vom Theoretisiren abzustehen und sich um das materielle Wohl des Volkes zu bekümmern, welches letztere aber ebenso wenig, wie die deutsche Einheit, durch die konstituirenden Versammlungen von Wien, Berlin und Dresden (?) befördert worden sei. Das Nächste, was Noth thue für die Volksvertretung in Baden, bestände darin, die Verschiedenheit aus dem Wege zu räumen, welche zwischen der Reichsgesetzgebung und der badischen vorhanden sei. Aber nicht allein die Einheit und Freiheit, wovon man im Saale so viel gesprochen, habe die Märzrevolution im Auge gehabt, sondern auch die Macht und Größe des Vaterlandes, diese ginge aber zu Grunde, wenn im Innern die Parteileidenschaften gepflegt würden. Die badische Kammer besitze den Ruhm, festgehalten zu haben in den schweren Tagen der Reaktion, heute werde sie es ebenso thun nach anderer Seite hin. Den Schluß begleitet Bravorufen und Pfeifen auf der Gallerie; der Präsident fordert die Unteroffiziere auf, die Ruhestörer zu entfernen, was aber bei der dichtangefüllten Gallerie nicht gelingt.

Brentano beginnt damit, den Handschuh aufheben zu wollen, welchen Zittel hingeworfen habe; es sei unrichtig, daß das Ministerium schon jetzt abtreten müsse, ehe neue Wahlen erfolgt seien; seine Partei wolle nur den Kampf mit einem einzigen Mitgliede der Regierung, der Chef des Ministeriums der Justiz und der Finanzen besitze ihr Vertrauen, aber nicht der Minister des Innern. Der Redner erschöpft sich nun in Vorwürfen gegen Letzteren, die dahin gehen, daß er bei der würtembergischen Regierung Schritte gethan habe, welche auf das Vereinbarungsprinzip wegen der Einführung der Grundrechte hinausliefen, daß der zweite Aufstand von Struve von der Regierung angeregt worden, daß das Ministerium des Innern bei der Verhaftung von Fickler sich betheiligt habe und nun dieser 11 Monate ohne Aburtheilung einsitze, die Regierung habe aber auch noch weiter denjenigen, der ihn verhaftet, in das Staatsministerium berufen. Bei diesem Schlagworte entstand ein großer Lärm auf der Gallerie, wodurch der Präsident veranlaßt wurde, seine Drohung wegen Räumung derselben ausführen zu lassen; doch zuvor verlangte er noch eine Erklärung von Brentano über die Verdächtigung der Regierung wegen des Struve'schen Zuges. Brentano beruft sich auf die halboffizielle Karlsruher Zeitung, worauf Bekk mit Entrüstung ruft: es ist nicht wahr! Noch ehe die Gallerie vollständig geräumt war, erscholl von einer Seite: „Pfui Mathy!" Nach einer längeren Pause, worin die Aufregung im Saale nicht abnimmt, läßt der Präsident Mittermaier auf den Wunsch des Staatsraths Bekk und vieler Mitglieder die Gallerie wieder öffnen und mahnt eindringlich zur Ruhe. Brentano fährt sodann in seinem Angriffe gegen Bekk fort, wirft ihm den Kriegszustand und das Standrecht vor, kommt auf die Unterdrückung der Bürgerwehr in Mannheim und auf die Konfiskation der Waffen, meint, die Regierung habe noch vor dem Ablauf des gesetzlichen Termins die Grundrechte publiziren sollen, beklagt sich, daß das Gesetz über Schwurgerichte (welches vor wenigen Tagen erst in der Kammer beendigt wurde), noch nicht verkündet sei und geht

so weit, zu behaupten, daß die neuen Gesetzesvorlagen noch immer eine Hinterthüre gehabt hätten, daß die Minister nie aus freien Stücken ein Gesetz vorgelegt haben 2c. Dies Alles sei der Grund für die Mißstimmung im Lande. Er weist zwar von sich und seiner Partei ehrgeizige Pläne ab, behauptet aber, wenn Noth an den Mann gehe, wären auch noch Männer da, die das Steuerruder ergreifen würden. Am Schlusse seiner mehr wie leidenschaftlichen Rede legt er die Versicherung ab, daß er keine Abänderung der Staatsform wolle und erklärt sich gegen eine Republik. Staatsrath **Bekk** dankt dem Redner für seine Offenheit und für die Auszeichnung, die er ihm widerfahren lassen; er habe nie um dessen Gunst gebuhlt und rechne es sich zur Ehre, wenn Männer wie Brentano ihn verfolgen; es sei natürlich, daß der Chef des Innern am meisten mit den Leidenschaften in Konflikt gerathen. Um zu zeigen, wie weit eine Partei gekommen sei in der Zerstörungswuth, liest er einen von Brentano unterzeichneten Aufruf vom 8. Jan. vor, worin eine Organisation des Aufstands gepredigt werde. Was den Kriegszustand anbelange, so habe ja die Kammer und namentlich Brentano bereits hiezu gestimmt; Mannheims Beschwerden wegen der Waffen lägen erst jetzt im Rekurswege beim Ministerium vor; bei der Verhaftung Fickler's habe das Ministerium als oberste Polizeibehörde mitgewirkt; die Grundrechte seien schon am 8. Januar dem Drucker des Regierungsblattes zur Publikation übergeben worden; die Behauptung, daß Schritte bei der würtembergischen Regierung hinsichtlich des Vereinbarungsprinzips gethan worden, sei ganz falsch. **Brentano**, wahrscheinlich von einigen Mitgliedern der äußersten Linken zur Rede gestellt, erklärt, er habe hier nicht im Sinne einer Kammerpartei gesprochen, sondern eine Partei des Volkes gemeint. **Minister v. Dusch**: er müsse Namens seiner und seiner Kollegen die Erklärung abgeben, daß sie an der ganzen Verantwortlichkeit des Hrn. Ministers des Innern solidarisch Theil nehmen. **Häußer** beruft sich auf das Zeugniß des Jul. Favre in einer der letzten Sitzungen der französischen Nationalversammlung, worin er für Nichtauflösung gesprochen und vertheidigt in kurzer gedrängter Rede den Bericht, Brentano's Benehmen überlasse er der Beurtheilung der öffentlichen Meinung, Anklagen müsse man offen vorbringen, Verdächtigungen seien verachtungswerth.

Es soll sofort zur Abstimmung geschritten werden, Mez und Christ erklären sich mit Buhls Antrag (auf Einfügung der Worte: in kürzester Frist) einverstanden (!), Christ zieht seinen Antrag zurück und adoptirt Buhls Motivirung. Da es sich hier offenbar von einem Rückzuge der äußersten Linken handelt, so entsteht eine längere Debatte über die Motive von Buhls Antrag, welcher endlich im Sinne des Kommissionsberichts zur Abstimmung gebracht wird. Brentano, Itzstein, Kapp, Richter, Sachs und Wolff hatten sich entfernt; Christ, Kiefer und Lehlbach stimmen dagegen, Mez und Reichenbach enthalten sich der Abstimmung, alle übrigen Abgeordneten stimmen für den Antrag. So endete in offenbarer Auflösung der äußersten Partei ein Kampf, für welchen große Opfer gebracht waren.

+ **Karlsruhe**, 13. Febr. Bei spärlicher Besetzung der Sitze der Abgeordneten wurde die heutige Sitzung der zweiten Kammer eröffnet. Um dem mehrfach ausgesprochenen Wunsche einzelner Mitglieder zu genügen, legt Staatsrath v. Stengel einen Gesetzesentwurf über die baldige Einführung des Gesetzes über Schwurgerichte vor, wornach dasselbe gleichzeitig mit den Gesetzen über die Gerichtsverfassung und über die Verwaltungsorganisation in Wirksamkeit treten soll. Hierauf führte die Tages-Ordnung zur Berathung über den Gesetzesentwurf, die Einkleidung und Ausrüstung der Kontingentsvermehrung auf zwei Prozent der Bevölkerung betreffend. Hiernach soll die Kriegsverwaltung einen Credit von 931,612 fl. erhalten und derselbe in das außerordentliche Büdget für das Jahr 1818 aufgenommen werden. Der Gesetzesentwurf wurde **einstimmig** gutgeheißen, dagegen entspann sich über einen Antrag des Abgeordneten Christ eine längere, zum Theil pikante Debatte. In ähnlicher Weise, wie es der Abgeordnete Glaubrech in der Darmstädter Kammer gethan, verlangte nämlich Christ einen Wunsch zu Protokoll, wornach die Regierung bei der Centralgewalt die geeigneten Schritte thun möge, daß das Gesetz der Nationalversammlung vom 15. Juli v. J. wegen der Vermehrung des Contingents auf 2pCt. der Bevölkerung zur Zeit noch umgangen werde oder doch beim Vollzug alle möglichen Erleichterungen eintreten sollten. v. Itzstein unterstützte diesen Antrag mit dem Bemerken, jener Beschluß der Nationalversammlung sei ein unseliger, das Volk könne die Abgaben nicht mehr erschwingen, und ging zuletzt so weit, zu sagen, der Bürger in Baden müsse es besser wissen, ob die Vermehrung des Militärs nothwendig sei, als die Reichsversammlung. Auch Kuenzer unterstützte mit Berufung auf die Nachbarländer, wo der Vollzug jenes Gesetzes noch nicht angeordnet sei. Aber er wurde durch den Chef des Kriegsministeriums, General Hoffmann, vollständig widerlegt, welcher noch weiter aufzählte, welche Erleichterungen bei der Ausführung des Gesetzes stattfinden würden und ebenso treten Weller, Bissing und Dennig sehr scharf gegen den Antrag von Christ und die Motivirung von Itzstein auf. Endlich machte Lamey, von Zittel unterstützt, einen Vermittelungsvorschlag, wornach man den Christ'schen Antrag zu dem Behufe an die Commission zurückweisen möge, um zu untersuchen, ob nicht noch weitere Erleichterungen erzielt werden könnten. Mit geringer Majorität ging dieser Antrag durch, nachdem der Christ'sche verworfen worden war.

Am Schlusse der Sitzung theilt der Präsident ein Schreiben des Abgeordneten Kapp mit, wornach dieser verdienstvolle Deputirte seinen Sitz in der Kammer aufgibt.

Gotha, 8. Febr. Der Abg. Ritz fragte in der Sitzung der Ständeversammlung vom 6. Febr. beim Ministerium an, welches Verfahren es in Bezug auf die preußische Circularnote einzuhalten gedenke. Staatsminister v. Stein erwiderte, die Regierung habe bereits am 2. Febr. an ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ein darauf bezügliches Instruktionsschreiben erlassen, das in seinen Hauptpunkten dahin laute: „Wenn, was den Inhalt der erwähnten Note betrifft, die königl. preußische Staatsregierung darin die bestimmte Erklärung gegeben: 1) daß Preußen die Einigung Deutschlands zu einem kräftigen Bundesstaat als unabweisbare Nothwendigkeit erkenne und nicht allein eine solche Umgestaltung der Verhältnisse erstreben, sondern in der beabsichtigten Verbindung der deutschen Staaten auch diejenige Stellung einnehmen wolle, zu welcher es sowohl durch Intelligenz und materielle Kraft, als auch durch das öffentliche Vertrauen berufen ist; 2) daß ferner Preußen mit Deutschland auf die alte Verbindung mit Oesterreich nicht verzichten, sondern derselben nur eine solche Form gegeben sehen wolle, wie sie einerseits durch die europäischen Beziehungen des Kaiserreichs und andererseits durch die unerläßliche innigere Vereinigung der rein deutschen Lande zu einem Bundesstaate bedingt werde, und 3) daß die beabsichtigte Verständigung unter den deutschen Regierungen und mit der Nationalversammlung nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung erstrebt werden solle, daß hierin mit den Bedürfnissen und Wünschen des Volks Hand in Hand gegangen und sonach nur in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung verfahren werde: so ist man hiesigerseits, in vollkommenem Einverständnisse hiermit, sehr gern bereit, diesen Erklärungen beizutreten, und hat insbesondere die unter 1) ausgesprochene Bereitwilligkeit mit wahrer Freude begrüßt."

× **Schleswig**, 9. Febr. Die letzten Sitzungen der Landesversammlung waren entweder geheim, oder betrafen nichts, das auswärts von Interesse wäre. Der zur Prüfung des Budgets erwählte Ausschuß hat darauf angetragen, daß die Einkommensteuer vom 1. Oktober an zur Geltung komme. Die ausweichende, um nicht zu sagen ablehnende Antwort, welche die provisorische Regierung auf die kriegerischen Anträge der Landesversammlung und der zahlreichen Deputationen gegeben hat, findet wenig Anklang. Man mißtraut der Diplomatie: ein gebranntes Kind scheut das Feuer! Von der Insel Alsen schreibt man: Unter den hiesigen dänischen Offizieren ist allgemein die Ansicht herrschend, daß der Kampf nach Ablauf des Waffenstillstandes wieder beginnen werde. Mit den Schleswig-Holsteinern hofft man sehr leicht fertig zu werden, und Deutschland betrachtet man als nicht mehr existirend. Die Befestigungen auf unserer Insel sind wirklich imposant. Eine Menge von Geschützen der schwersten Kalibers sind zu uns herüber geschafft. An eine Herausgabe der Insel wird natürlich nicht im Entferntesten gedacht.

⊙ **Schleswig**, 10. Febr. Nach einer zuverlässigen Mittheilung soll das dänische Kabinet zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes geneigt sein, aber unter Bedingungen, denen man sich wohl schwerlich deutscherseits akkommodiren wird. Man verlangt z. B. nichts weniger als den Rücktritt der gemeinsamen Regierung, welche Zeit des verlängerten Provisoriums durch eine

Uebersicht.

Die österreichische Note.

* Vom Rhein, 13. Febr. Wenn Oesterreichs Regierung mit den deutschen Volksstämmen das „tiefgefühlte Bedürfniß der Wiedergeburt Deutschlands" theilt, und dazu „mit ihnen die erste Bedingung in einem engeren Verbande der einzelnen Staaten erkennt," so muß sie das Bedürfniß eines Bundesstaates anerkennen. Wenn sie sich nicht ausschließen will, so muß sie sich fügen wie jede andere, und wenn sie sich nicht fügt, so schließt sie sich aus. Dem Nationalwillen gegenüber, den zu hören von vornherein Zweck und Absicht bei der Berufung der konstituirenden Versammlung war, hat sie keine „Voraussetzungen" zu machen. Die Nation setzte voraus, daß sich Oesterreich als ein mitarbeitendes Glied bei der Umschmelzung der Verfassung betheiligen würde, weil es seine Abgeordneten schickte und auf jede Vorbedingung eingegangen war. Was soll das sagen, daß die „kaiserliche Regierung" voraussetzte, daß es sich um „Einigung und nicht um Umschmelzung" handle? Es handelte sich um Einigung nicht, denn geeinigt war man, es handelte sich um Einheit! Wenn aber Einheit aus Vielheit werden soll, so muß umgeschmolzen werden. Es handelt sich also allerdings um Umschmelzung. Was sollte an den ganzen disparaten Staatsverhältnissen des Bundes ungeschmolzen bleiben? Der deutsche Bund war ein staatliches Nichts, denn es war ein Chaos unverträglicher Elemente; sollte ein Körper daraus werden, so mußte es auf völlige Umgestaltung abgesehen sein. Es galt dabei allerdings nicht die Aufhebung und Vernichtung der einzelnen Glieder, es galt deren „Wahrung", wie die Note will; aber es galt nicht deren Wahrung allein, sondern ihre Belebung und Kräftigung, durch Gemeinsamkeit und einheitliche Bewegung. Es galt den Bundesstaat. Wer gibt der österreichischen Regierung das Recht, dies einen unitarischen Staat zu nennen? Was wirft sie arglistig diese Verdächtigung in die Nation und unter die Fürsten, nachdem diese letzteren in der Mehrheit bereits ihre Erklärungen aus einem Sinne gegeben haben, der bei den zum Argwohn Berechtigtsten diesen Argwohn nicht zeigt, nachdem die Nation in allen ihren Schichten des einigen Willens ist, den Bundescharakter zu behaupten, nachdem sie dem Einheitsstaate nicht einmal das Opfer eines kleinsten Städtchens, einer einzigen Mediatisation gebracht hat! Soll es diese Nation in ihrem großen Gange nach der Befriedigung dieses Einen Hauptbedürfnisses irren, daß Jemand in der Schreibstube in Ollmütz für gut findet, „die Benennung Bundesstaat, und die Behauptung, daß es auf einen einheitlichen Staat nicht abgesehen sei, nicht gelten zu lassen?" Mit solch einem vornehmen Federstrich thut man dort die Jahresarbeit eines großen Volkes aus — eines kleinen und verächtlichen Volkes, muß ich sagen, wenn es sich das gefallen läßt, wenn es selbst nur schweigend zu diesen Worten sitzt, falls ihnen auch nie eine ernstliche That folgen sollte. Ist die österreichische Regierung in der Lage, uns Deutsche belehren zu wollen, was bei uns möglich und unmöglich ist? Dieß Unternehmen des Bundesstaates zeige „nach allen Seiten große unüberwindliche Schwierigkeiten!" Diese Schwierigkeiten sind bereits überwunden. Nur eben nicht in Oesterreich. Und weil sie sich dort als unüberwindlich zeigen, darum stellt uns die Verschiedenheit der Lage, der Verhältnisse, der Kultur, der politischen Bildung, der Interessen und Bedürfnisse die leidige Wahl, zwischen einem ganzen unverstümmelten Deutschland mit einer verstümmelten Verfassung, und einem verstümmelten Deutschland mit einer heilen Verfassung uns zu entscheiden. Die Wahl ist leidig, aber wenn irgend ein politischer Verstand und Erkenntniß in der Nation ist, so ist es gleichwohl keine Wahl. Es ist in diesen Blättern vielmal gesagt worden, daß Macht und Freiheit sich erst gegenseitig Gewähr leisten. Wir geben, wenn wir Oesterreich fahren lassen, ein gut Theil Macht dahin, aber wenn wir es festhalten, wenn wir es uns aufdringen lassen, so bedroht seine Macht, wie die Sachen stehen, unsere Freiheit. Dann muß unsere Wahl schnell entschieden sein. Sie muß es um so mehr, als unsere Freiheit, wenn sie sich erst ungestört entfalten kann, ihre Anziehungskraft auf Deutschösterreich mit der Zeit schon üben wird. Wir müssen uns also scheiden. Die Unverträglichkeit dieser Bundesehe war längst schieden. Die innere Entfremdung wie die äußere Trennung waren gleich groß. Sträubt sich der Theil, der die alleinige Schuld des Mißverhältnisses hat, so soll die Nation, wenn es nach mir geht, den Prozeß aufs äußerste treiben, und die gewaltsame Scheidung nicht scheuen. Ich schreibe das mit dem kältesten Blute, mag man mich auch für einen Phantasten, für einen lodernden Kopf, für einen unbedachten Phraseologen halten. Wir haben die Wahl zwischen einem raschen Bruche und einem langsamen Verderben. Knüpfen wir den Bund mit Oesterreich noch einmal, mit diesem Oesterreich das den gewaltsamsten Absolutismus unter einem Possenspiele von Konstitutionalismus so unverholen zur Schau trägt, mit diesem Oesterreich noch einmal den Bund in seiner alten Lockerheit, vielleicht mit einem Reichstage, den man in Wien gerade so achten würde wie den in Kremsier, wirft man uns so in die alten Verhältnisse zurück, zu unserer unauslöschlichen Schmach vor der Welt, so hat die Revolution gewonnenes Spiel und kein patriotischer Mann unter jenen vielen Mäßigen, die diesmal den ersten Anlauf derselben noch gedämmt haben, wird ihr künftig entgegenarbeiten. Vielmehr wird sich in diesen die Ueberzeugung festsetzen, daß uns nur geholfen werden kann, wenn sich die Krankheit an der wir leiden ganz austobt, daß es mit uns nicht besser werden wird, ehe es viel schlimmer geworden ist, daß wir unsere Thorheiten und Schwächen mit furchtbaren Leiden erst büßen müssen, ehe wir uns zu großen und patriotischen Thaten und Tugenden erheben, daß keine Geistesbildung uns als Nation von unsern Lastern befreien kann, sondern daß es die Schule der Noth thun muß. Man wird sich in die große Resignation zusammenfassen müssen, daß dies Volk nicht auserwählt war, wie vielen Anschein es auch hatte, in seiner staatlichen Entwicklung einen sanfteren Weg zu gehen, als England und Frankreich vor uns gegangen sind. Auch uns wird die Herrschaft des politischen Fanatismus heimsuchen müssen, um in uns erst die gewaltige Kraft der Vaterlandsliebe zu wecken, bis zu dem Grade wo sie alle anderen Regungen überragt. Auch uns wird das Aeußerste der Zerrüttung erreichen müssen, ehe die Rathlosigkeit unserer Volksführer gebrochen wird, und die allgemeine Verwirrung der Zustände wird die Verwirrung und die Verschiedenheit der Begriffe heilen und einigen, und einen gesunden politischen Trieb an die Stelle der tausend Eigenwillen setzen müssen. Kommen wir zu solch einer Zeit auf dem angedeuteten Weg, durch die Rückkehr österreichischer Reaktionen und metternich'scher Absolutie, so wird sich der ausgebrochene Grimm des Volkes nicht an die Ursache der wiedergekehrten Kalamität halten, sondern sich überall hinkehren, wo er ihre Folgen und ihre Spuren findet. Das Ganze wird zu Grunde gehen, und die Revolution wird jene schrecklichen Wege wandeln, wie in Frankreich, wo sie sich in Straßenmetzeleien und Schaffotschlächtereien entlud. Ehe solch ein Elend über uns kommt, lieber nehme bei uns die Revolution die Wendung, die sie in Griechenland und Rom und selbst in England genommen hat: sie wandle sich lieber in Bürgerkrieg und in einen Kampf der Stämme untereinander. Besser, es lagern sich so die Gegensätze verschiedener Befähigung zum Staat und zur Freiheit ganz im Großen einander entgegen, als daß sie sich kleinlich in den Winkeln der Klubs unter Einzelnen gegen Einzelne ausbilden. Wenn einmal die große Schule der Erfahrung, der Leiden, der Thatsachen durchgemacht sein, wenn dieser Durchgang als ein Unvermeidliches überstanden werden muß, so ist es ein großartigerer und zugleich ein menschlicherer Weg, die Wechselfälle des Bürgerkrieges zu durchwandern, als die Pariser Septemberscenen zu wiederholen. Wenn ein kräftiger und gesunder Instinkt in den Staatsmännern in Frankfurt übrig ist, wenn sie einen großen Ueberblick werfen wollen auf die bis in die Tiefe aufgewühlte Flut und Strömung unseres Nationallebens, wenn sie den analogen Geschichtsgang verwandter Völker zu vergleichen wissen, wenn sie zurückgreifend in den eigenen Busen großer Gedanken und Entschlüsse fähig sind, bebe keiner unmännlich vor der Vorstellung zurück, daß ein entschiedener Würfelwurf in der Stellung Deutschlands zu Oesterreich zu einem Bürgerkriege führen könne. Die unentschiedenen Entscheidungen müssen zu viel schrecklicherem Ende führen.

Gedanken über das Reichswahlgesetz. I.

Das Reichswahlgesetz, einer der wichtigsten Theile unsrer künftigen Verfassung, ist nunmehr fertig im Entwurf aus den Händen des Verfassungsausschusses hervorgegangen und der Versammlung zur Berathung unterbreitet. Schon vor seinem Erscheinen war die Aufmerksamkeit sowohl der Abgeordneten als auch des Publikums außerhalb der Paulskirche demselben aufs Lebhafteste zugewandt. Kein Wunder! Hängt doch von der Gestaltung dieses Gesetzes die künftige Handhabung und Weiterbildung der Verfassung, die wir jetzt begründen, wesentlich ab. Auch die Presse hat bereits angefangen, sich ernstlich mit diesem Gegenstande zu beschäftigen. Insbesondere war es die Oberpostamtszeitung, welche in mehreren Artikeln die Gefahren des allgemeinen Wahlrechts und die Nothwendigkeit des Zurückgehens auf eine engere Grundlage der Wahl nachzuweisen versuchte. Die Deutsche Zeitung hat diese Frage bis jetzt noch nicht in Angriff genommen; um so eher wird mir verstattet sein, die Anregung zu einer Erörterung derselben durch eine Reihe von Betrachtungen zu geben, die sich mir bei Erwägung dieses so wichtigen Gegenstandes aufgedrängt haben.

Als das Vorparlament jenen Beschluß faßte, wonach „jeder volljährige, selbstständige Deutsche" Wähler und wählbar zur verfassunggebenden Reichsversammlung sein sollte, da mußte wohl Jedem, der die Menschen und die Verhältnisse nicht durch die Schablone eines oberflächlichen Liberalismus, sondern mit staatsmännischem Blicke anzusehen bestrebt war, sofort das ängstliche Gefühl sich aufdrängen, daß hier ein keckes Experiment gemacht werde, welches ebenso leicht mißlingen als gelingen und beim Mißlingen zu großem und nachhaltigem Unheil führen könne. Die ganze Zukunft der Nation — soweit solche in einer Verfassungsform beschlossen liegt — war dem Zufall einer allgemeinen Wahl preisgegeben und das in einem Momente, wo das Volk eben erst aus langer Knechtschaft und Entwöhnung von jeder politischen Selbstbewegung sich emporraffte, wo es noch allerwärts fieberhaft erregt und wo daher ein Mißbrauch der ungewohnten und um so schrankenlosern neuen Freiheit mehr als wahrscheinlich war. Was wäre aus der deutschen Verfassung, was aus Deutschland geworden, wenn jene allgemeinen Wahlen eine Versammlung radikaler Ultras nach Frankfurt entsandt hätten, ähnlich etwa der jetzigen zweiten Kammer Sachsens, oder eine von Intelligenzen so entblößte, wie die erste Kammer des eben genannten Landes? Das Wagstück fiel glücklicher aus — die allgemeinen Wahlen brachten uns eine Versammlung, in welcher das gemäßigte, besonnene Element die entschiedene Oberhand über beide Extreme, den Radikalismus wie die starre Stabilität behauptete, und so reich an geistigen Kräften, ja an Notabilitäten ersten Ranges, wie vielleicht wenige parlamentarische Versammlungen es gewesen sind. Zum Theil mag dies den indirekten Wahlen zu verdanken sein, die damals in den meisten deutschen Staaten zur Anwendung kamen; aber doch nur zum Theil, denn auch da, wo direkte Wahlen stattfanden, war das Resultat kein wesentlich verschiedenes. In Kurhessen fielen die direkten Wahlen überwiegend im gemäßigt liberalen Sinne aus, in Schleswig-Holstein richteten sie sich der großen Mehrzahl nach auf die bedeutendsten staatsmännischen Kapazitäten; in Würtemberg wählte man zwar radikaler, aber doch ebenfalls Leute von Bildung, von wissenschaftlicher oder parlamentarischer Bedeutung.

Näher dürfte man wohl der Wahrheit kommen, wenn man annimmt, daß theils eine gewisse allgemeine, in den ungebildeten und noch unbefangenen Klassen des Volkes lebende Achtung vor einer Aristokratie der Bildung, theils das instinktartige Gefühl: daß zu dem großen Werke nach Frankfurt denn doch andere Leute gesandt werden müßten, als Gevatter Schneider und Handschuhmacher — daß solche und ähnliche psychologische Antriebe die Wahlen des Volkes damals vorzugsweise auf wirklich befähigte, geistig tüchtige und gebildete Männer gelenkt haben mögen *).

Die radikale Partei war zwar zu jener Zeit bereits ziemlich gut organisirt und suchte mit ihrer gewohnten Thätigkeit auf die Wahlen einzuwirken, während die gemäßigte kaum im Beginn ihrer Organisation und beinahe noch ohne durchgreifenden Einfluß war. Allein es fehlte doch noch viel an jener allseitigen Durchsickerung aller Schichten der Gesellschaft mit demokratischen, anarchischen, kommunistischen Ideen, wie sie seitdem so planmäßig und vieler Orten leider mit so viel Glück von jener Partei betrieben worden ist. Dazu kam endlich noch, und dies ist nicht gering anzuschlagen! — der Umstand, daß die Wahlen zur ersten deutschen Reichsversammlung unter dem frischen Eindruck der Hecker-Struve'schen Schilderhebung für eine allgemeine deutsche Republik stattfanden — eine That, welche durch die Personen ihrer Urheber unmittelbar auf das Vorparlament und die dort versuchte Bewegung im gleichen Sinne zurückwies und somit alle Aengstlichen zu um so sorgsamerer Prüfung der Männer ihres Vertrauens in dieser Richtung anspornte.

Es liegt nahe, daß man sich den Erfolg der ersten allgemeinen Wahlen in Deutschland, sammt dessen muthmaßlichen Ursachen zu dem Zweck vergegenwärtigt, um daraus Wahrscheinlichkeitsschlüsse auf den Erfolg künftiger Wahlen nach dem gleichen System zu ziehen. Versuchen wir dies, so würden einerseits von dem damaligen Erfolg in Abrechnung zu bringen, und also bei einer künftigen Wahl nicht als mitwirkende Faktoren zu zählen sein: 1) der etwaige mäßigende und läuternde Einfluß der indirekten Wahlen, (den ich jedoch, wie schon gesagt, nicht sehr hoch anschlage); denn ich setze voraus, daß die direkten Wahlen, welche das Reichswahlgesetz vorschlägt, auch in der Nat.-Vers. eine große Majorität für sich haben werden; 2) die damals noch, wenigstens zum Theil vorhandene Unbefangenheit der untern Klassen und ihr unwillkürlicher Respekt vor den höher Gebildeten.

Der dritte günstige Umstand, das Hecker'sche Attentat, kann überhaupt keinen stehenden, sondern nur einen beiläufigen und wandelbaren Faktor in unserm politischen Rechenexempel bilden, da sich nicht voraussehen läßt, unter welchen Eindrücken in dieser Hinsicht jedesmal die Wahlen zu den deutschen Reichsversammlungen stattfinden werden.

Dahingegen kann man wohl zu Gunsten künftiger Wahlen in Anrechnung bringen: 1) das hoffentlich immer höher steigende Maß politischer Bildung in allen Schichten des Volkes; 2) das allmälig sich herstellende Gleichgewicht zwischen der anfangs durch größere Rührigkeit und Rücksichtslosigkeit allerdings im Vortheil befindlichen radikalen und der andrerseits durch Bildung, gesellschaftliche Stellung und materielle Mittel ihrer Anhänger zu nachhaltigerem Einfluß befähigten gemäßigten Partei, endlich 3) das Bedürfniß nach Ordnung, Ruhe und ungestörter Sicherheit des Verkehrs, welches je länger je mehr im Volke wieder überhand nimmt.

Im Allgemeinen scheint also das Facit einer solchen Wahrscheinlichkeitsberechnung im Betreff des muthmaßlichen Ausfalls künftiger Reichswahlen auf der Basis des vom Vorparlamente aufgestellten Wahlgesetzes nicht gerade von der Art zu sein, daß es ernstliche Befürchtungen erregen oder von der Beibehaltung jener Basis zurückschrecken sollte. Gleichwohl sind solche Befürchtungen vielfach laut geworden, gleichwohl hat sich in ziemlich weiten Kreisen, und zwar unter Solchen, die es sehr aufrichtig mit der Volksfreiheit meinen, die Ansicht verbreitet, eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Verfassung sei unmöglich auf der Basis des allgemeinen schrankenlosen Wahlrechts; es müsse ein Schritt zurück gethan werden, zu einem, zwar möglichst freisinnigen, aber doch nicht alle Klassen des Volkes unterschiedslos umfassenden Wahlsystem.

Die nächste Veranlassung und Berechtigung zu dieser Besorgniß liegt ohne Zweifel in dem Ausfall der neuesten Wahlen in den Einzelstaaten. Dort hat allerdings das allgemeine Wahlrecht in letzter Zeit zum Theil sehr besorgliche Resultate zu Tage gefördert. In Mecklenburg, in Sachsen, in Baiern sind die Abgeordnetenwahlen, in Preußen die Wahlmännerwahlen für die 2. Kammer ganz überwiegend demokratisch ausgefallen, und was das Schlimmere ist, sie haben einen auffallenden Mangel an Umsicht bei Prüfung der Fähigkeiten und des sittlichen Charakters der zu Wählenden seitens der Wähler, ja hier und da einen förmlichen Haß der niedern Klassen gegen alles durch Charakterbildung oder gesellschaftliche Stellung Hervorragende zu Tage gebracht. Das ist allerdings ein bedenkliches Zeichen; indeß wäre es unrecht und unstaatsmännisch, wollte man sofort durch diese eine Erfahrung sich einschüchtern und vielleicht zu übereilten

*) Der Verfasser obigen Aufsatzes erinnert sich in dieser Hinsicht einer sehr bezeichnenden Thatsache. In einer Versammlung von Arbeitern, wo er Einzelne um ihre Erwartungen von dem bevorstehenden Parlamente befragte, vernahm er mehrfach die Klage, daß der Arbeiterstand im Parlamente nicht durch Männer seines Mittels vertreten sei. Auf seine Bemerkung hiergegen, daß dies ja ihre eigene Schuld sei, da sie unter den Wählern eine so bedeutende Stimmenzahl gehabt hätten, schienen diese Leute erst inne zu werden, daß sie nicht nothwendig auf Kandidaten aus den gebildeten Klassen hätten reflektiren müssen.

Maßregeln fortreißen lassen. Jedenfalls verlohnt es der Mühe, auch diesen Erscheinungen und den sie bedingenden Ursachen etwas tiefer auf den Grund zu sehen. Und da fällt es nicht schwer solche Ursachen in hinreichendem Maße zu entdecken. Zuerst eine ganz allgemeine — die bekannte Thatsache, daß jede ungewohnte und allzu lange zurückgehaltene Freiheitsbewegung im Anfange über ihr Ziel hinausschießt, und erst nach und nach durch längere Uebung das rechte Gleichgewicht findet. Sodann haben unstreitig die Vorgänge in Wien und Berlin und die dadurch erregten Befürchtungen einer allgemeinen Reaktion eben so sehr zu Gunsten der Demokratie auf die Wahlen zurückgewirkt, wie seiner Zeit die Hecker'sche Schilderhebung dies in umgekehrter Richtung that. Selbst der Umschlag der öffentlichen Meinung in einem großen Theile von Deutschland nach der Seite der Ruhe und Erhaltung hin, der um die letzte Hälfte des vorigen Jahres stattfand, mußte, nach dem natürlichen Gesetze der Ebbe und Fluth, welches auch in der politischen Welt herrscht, fast nothwendig eine Gegenwirkung nach der andern Seite hin zur Folge haben. Endlich ist auch unstreitig die, je länger je mehr hervorgetretene besonnene und gemäßigte Richtung der Nationalversammlung ein Grund gewesen, daß die hastig vorwärts drängende Bewegung, die dort ihr Ziel nicht fand, sich in andere Bahnen warf und in den Einzelstaaten zu erreichen suchte, was sie im Mittelpunkte vergebens anstrebte. Es ist ja bekannt, wie die demokratische republikanische Partei schon seit dem Ausgange vorigen Sommers ihre Bemühungen systematisch auf die Bearbeitung der öffentlichen Meinung und besonders der untersten Volksschichten in den Einzelstaaten concentrirte, mit dem ausgesprochenen Zwecke, von dort aus die Hebel anzusetzen, um die politische Gestaltung Deutschlands in ihrem Sinne durchzuführen. Nimmt man hierzu noch die speziellen und lokalen Ursachen, welche diesen Bestrebungen der Demokraten in einzelnen Ländern Vorschub leisteten — die lange Unterdrückung des Bürger- und Bauernstandes in Mecklenburg durch ein verrottetes Feudalwesen, die nothwendig eine heftige Reaktion hervorrufen mußte, den gewaltigen Eindruck der Hinrichtung Blum's auf die Volksstimmung in Sachsen, welche auszubeuten seine Anhänger nicht verfehlten, die verkehrten und wahrhaft selbstmörderischen Maßregeln des Ministeriums Brandenburg in Preußen, welche ordentlich darauf berechnet schienen, die Wahlen in die Hände der demokratischen Partei zu spielen — bringt man alles Dieses in Anrechnung, so kann man sich wahrhaftig nicht wundern, daß diese ersten allgemeinen Wahlen nicht so ausfielen, wie es im Interesse einer friedlichen und gedeihlichen Entwicklung der Verhältnisse zu wünschen gewesen wäre. Uebrigens haben sich auch nicht alle die Befürchtungen bestätigt, die man an die allzu radikalen Wahlresultate in den genannten Ländern knüpfte. Die bairische Kammer scheint trotz ihrer demokratischen Färbung, einen nationalen Gang einzuschlagen; in Mecklenburg ist der Schwerpunkt ebenfalls von der alleräußersten Linken nach der etwas gemäßigten Linken gerückt und in Sachsen beginnt wenigstens die Stimme des Landes sich gegen den „souveränen Unverstand" der Kammer zu wenden. In Hannover aber ist unter dem Einflusse desselben allgemeinen Wahlrechts eine ganz gut zusammengesetzte Kammer zu Stande gekommen.

So ganz schlecht also, wie manche allzuängstliche Gemüther uns glauben machen wollen, hat das deutsche Volk die erste Probe der allgemeinen Wahlfreiheit doch nicht bestanden.

Stimme eines Weinbauers aus der Pfalz.

(Inserat.)

Die Nachricht, daß mehrere unserer Brüder im norddeutschen Vaterland, Behufs der Anschließung im Zollwesen, darauf antragen, daß der Zoll auf französische Weine von 8 Thaler auf 3 Thaler herabgesetzt werden solle, hat in allen deutschen weinbauenden Gegenden, unter andern in der, wovon dieses ausgeht, Bestürzung hervorgebracht; es ist nur ein Ruf, unsere Besitzungen werden theilweise auf die Hälfte Werth herunter kommen, manche ganz nutzlos werden, unsere arbeitende Bevölkerung wird zum großen Theile brodlos werden, und eine Masse kräftiger Söhne des Vaterlandes auf den Punkt gebracht werden, nach Amerika auszuwandern, wenn sie sonst die Mittel hiezu gereicht bekommen. Von dem Grundsatze ausgehend, daß das deutsche Volk sich in sich selbst entwickeln soll, daß jeder dem andern hilfreiche Hand zu leisten, um vor allem uns vom Ausland unabhängig zu machen hat in Handel und Politik, und daß in Bezug auf letztere die größtmöglichste Bevölkerung bedingt ist, so muß man den Ansichten von Norddeutschland in Bezug auf Wein folgendes entgegen stellen:

Die Ländereien, die für den Weinbau verwendet werden, sind zum größten Theile unbrauchbar für andere Pflanzungen oder von sonst ganz geringem Ertrag; Beispiele hievon sind in Menge da. Felder, die bis zur Zeit des Zollvereines öde lagen, sind nunmehr mit Reben bedeckt und sollte der Zollschutz wegfallen, würden sie unfehlbar wieder in Oedungen zurückkehren. Diese nun in Weinberge angelegten Felder beschäftigen Tausende von Menschen, die mit dem Verfall des Weinbaues arbeitslos werden würden. Während jetzt die große Frage der Zeit darin besteht, wie die Menschen zu beschäftigen, das Recht auf Arbeit nahezu als Staatsprinzip anerkannt ist, in Nachbarländern das Proletariat geradezu mit bewaffneter Hand Arbeit verlangt, ohne welche es sich der allgemeinen Unterstützung für berechtigt erkennt, will man mit einem Schlage eine große Quelle der Arbeit vernichten, denn jedem muß bekannt sein, daß, wo man mit einem Mann und zwei Pferden 50 Morgen Ackerland bearbeiten kann, dasselbe Land in Reben angelegt, durch die Arbeit an 12 Familien ernährt. Während die Eigenthümer solcher Felder mit unendlichen Kosten und Anstrengungen, häufig die Wintermonate durch, wo es an anderem Erwerb fehlt, selbe zu Weinbergen angelegt haben, sollen sie nun einen großen Theil ihres so verwendeten Kapitals verlieren.

Die Kapitalien, die durch den Weinbau in Bewegung kommen, der Werth, den der Wein in sich hält, verbreitet sich über ganze Landschaften und hebt den Werth anderer Feldprodukte der Nachbarschaft so, daß da wo der Weinbau in Blüthe ist, alle andern Feldprodukte ebenfalls je nach den allgemeinen Verhältnissen in vollem Werthe stehen, da die große Zahl der Arbeiter, die der Weinbau erheischt, zu ihrer Existenz auch die andern Produkte braucht und diese somit nicht leicht in Unwerth fallen, und wenn sie es thun, geschieht es nur, wenn der Wein selbst in Unwerth ist.

Wenn ein Land durch irgend ein Mittel Menschen ernähren kann, so soll man die Menschen dem Lande erhalten, denn sie bedingen die Stärke der Staaten. Nicht die Quadratmeilen, sondern die Bevölkerungen werden genannt, wenn man die Macht der Länder angeben will. Kurz, mit Entreißung des Schutzes, den der Zollverein bis jetzt den weinbauenden Gegenden gegeben hat, würden bedeutende Vermögen zur Hälfte reduzirt und diese Hälfte geradezu den Weinbaugegenden des Auslandes zugewendet werden. Tausende von Menschen würden brodlos, ganze Landstriche, Städtchen, Dörfer würden sich entvölkern, eine Masse Landes der Oedung verfallen und die Kräfte der Menschen, die diese Länder bebaut hatten, der Entwickelung Amerika's, vielleicht selbst eines feindlichen Landes zugewendet werden. Es ist weiter nicht zu verkennen, daß eben der Zollverein mit dem Schutze, den er gewährte, zum erstenmale wieder, nach langer schmachvoller Abhängigkeit von Außen, den Gedanken schuf: wir haben ein Vaterland, wir können ein deutsches Vaterland haben! er wurde das Band zu unserer politischen Verbindung.

Ungeachtet der anfangs widerstreitenden Interessen ist kein dem Zollverein angehöriges Land, welches sich wieder davon trennen möchte; alle Interessen haben sich verschmolzen. Und weit entfernt, daß man die Zollschranken fallen lassen möchte, verlangen viele Industrieen, Fabriken und Manufakturen selbst noch höhern Zollschutz. Deutschland will sich selbst genügen, da es alle Elemente dazu hat, die nur der Entwickelung bedürfen.

Man wendet zwar ein, daß die Einfuhr von fremden Weinen, fremden Fabrikaten und Manufaktur-Waaren die Ausfuhr von unsern Feldfrüchten und Schlachtvieh als Reciprocität begünstigen würden; allein bis jetzt haben wir noch nicht absehen können, daß wir positiven Ueberfluß an diesen einheimischen Erzeugnissen haben, wir finden im Gegentheile, daß wir hungernde Länder haben. Gebt den Menschen dieser Landschaften Arbeit und Schutz für ihre Arbeit, und sie werden die Mittel bekommen zu leben von den Erzeugnissen ihrer deutschen Erde und die Bebauer dieser Erde werden an sie Absatz und Befriedigung finden. In der Erzeugung von Bodenfrüchten haben wir das Element, eine größere Menschenmasse zu ernähren, somit Fabriken, Manufakturen zu beleben und darin liegt wieder die Wechselwirkung zum Vortheil des Bodenbebauers. In den jüngst verflossenen Jahren allgemeiner Theuerung, wo manche Landstriche mit Hungersnoth kämpften, waren die jetzt beschützten Weinbaugegenden zwar gleichmäßig wie andere betroffen,

aber jeder hat sich, während des Winters, der härtesten Zeit für den Bodenbebauer, beeifert Arbeit zu geben; dieß ist nur möglich in weinbauenden Gegenden und die Menschen brauchten nicht zu darben und zu hungern. Also Arbeit! nicht Almosen! Man suche auf, was am meisten Arbeit gibt; der Weinbau gehört gewiß in die vordern Reihen; — besser Zollschutz bezahlen, als die Menschen auf Almosen anweisen und dadurch der Entwürdigung preis geben!

Sehen wir jetzt auf die Norddeutschen Staaten, so wollen wir nicht verkennen, daß diese allerdings den Wein leichter und wohlfeiler von fremder Seite her und durch Seeverbindungen bekommen können, als wir ihn zu liefern vermögen, aber sollte denn für Norddeutschland der Gedanke von gar keinem Werth sein, auch sein Scherflein zur Entwickelung Deutschlands beizutragen? überdieß nur ein vorübergehendes Opfer, da Norddeutschland mit seiner Seeküste unfehlbar in kurzem durch eine innige Verbindung mit dem übrigen Deutschland anderweitig reichlich entschädigt werden würde; diesen Norddeutschen Ländern bietet die Schifffahrt größere und höhere Vortheile dar, als irgend einem Binnenlande gegeben werden können; sie sind der Endpunkt, an den sich die Entwickelung Deutschlands knüpft, sie werden das Emporium der deutschen Schifffahrt werden; da sie bis jetzt großen Theils nur die Diener des Auslandes, in Kriegsfällen ohne den Schutz des übrigen Deutschlands, jeder auswärtigen Macht von der See her preisgegeben sind, werden sie sich erheben zu politischer Bedeutung. Anstatt, daß fremde Schiffe durch ihre Vermittelung uns überseeische Produkte zuführen, würden es nun die eigenen Schiffe thun und gern würde Süddeutschland seine Stimmen dazu geben, daß ihre ausländische Schifffahrt gegen irgend mächtige Auslande ebenfalls durch Schutzzölle begünstigt würde. Deutschland will eine Handelsflotte besitzen, denn in ihr liegt der Keim zu einer Kriegsflotte, in beiden ist die Quelle des Erwerbs für Tausende von Menschen und der Macht nach Außen. Die Ostsee mit der Nordsee durch die Kanalisirung der deutschen Eider oder andre Kanalanlagen verbunden und zwar auch für große Schiffe, würde gewiß eine achtungswerthe Seeküste bilden. Straßen, Eisenbahnen von einem gleichen Schienensystem, mit eigenen Transportwagen, welche durchfahren ohne umzuladen, Kanäle und Flüsse ohne Binnenzölle würden aus allen Richtungen her bei ihnen münden, ihnen die Kräfte Deutschlands zuführen und sicherlich reichen Ersatz liefern für das was ihnen jetzt als Opfer erscheint.

Deutschland.

A. V. **Frankfurt**, 11. Febr. Bekanntlich hat der berühmte „Fragmentist" vor einiger Zeit von dem Beherrscher aller Gläubigen in Istambul, Abdul Meschid, der Pforte des Heils, die Dekoration des Nischan erhalten. Daß doch auch den harmlosen Glanz des schönen, in der Farbe des Sonnengolds leuchtenden, von Brillanten umflimmerten orientalischen Schmucks und Gedenkstücks ein Anhauch abendländischen kritischen Nebels zu trüben versucht hat! Zwar ging, zu gleicher Zeit mit der Verleihung des türkischen Ehrenzeichens, in die Grundrechte des deutschen Volks, unter beifälliger Abstimmung Fallmerayers, das Verbot der Annahme fremder Orden über, hervorgerufen durch die zahlreichen Ordensverleihungen von Seiten eines großen östlichen Hofes an Civil- und Militärbeamte in Deutschland, welches schon durch so manche Bande in seinen höchsten Regionen mit demselben verknüpft ist. Kann nun Fallmerayer aus dieser Bestimmung der Grundrechte ein moralisches Bedenken über seinen Nischan schöpfen, während juristisch, bei noch nicht erfolgter Gesetzeskraft der Grundrechte, noch Annahme und Tragen desselben möglich ist? Soll Fallmerayer denselben in seiner Kapsel verschließen, um ihn nur dann und wann unter vier Augen einem Besuch zu zeigen, oder soll er nicht auch einmal bei festlichen Gelegenheiten im Kreis Ordensbesternter mit seinem exotischen Schmuck erscheinen dürfen, um durch seinen Anblick die Phantasie in Gebiete zu versetzen, welche überhaupt Nichts mehr mit Orden, auch rein deutschen Orden für Verdienste im Civil- oder Militärdienst gemein haben? Wenn durch jene grundrechtliche Bestimmung dem in den deutschen Staatsorganismus einmündenden Strom befürchteter moskowitischer Ordensbestechung ein Damm entgegengesetzt werden soll, was hat damit zu schaffen der von dem orientalischen Gastfreund jetzt dem deutschen Gelehrten in's Abendland nachgeschickte Kaftan, Ehrenpelz oder auch Nischan, den man in modernisirter Abkürzung auch einen Orden nennt? Stünde hier ein polizeirichterlicher gesetzlicher Formalismus im Wege, so würden die Götter zu einer heiteren Kontrebande gegen denselben nur beifällig lächeln, und wir werden uns durch keine Pedanterie imponiren lassen, selbst dann nicht, wenn sie ihr Etat aus den Grundrechten entlehnt.

⊙ **Ollmütz**, 3. Febr. Das 20. Armeebülletin berichtet einen neuen Sieg der kaiserlichen Truppen in Siebenbürgen. Die unter Bem's Oberbefehl vereinigten Szekler und Insurgenten waren immer weiter vorgedrungen und wollten am 21. Jan. bei Tagesanbruch den Angriff auf die Hauptstadt des Sachsenlandes, Hermannstadt, unternehmen. Hier wurden sie von den konzentrirten Armeekorps des F. M. L. Puchner und Gedeon, nach einem mörderischen siebenstündigen Gefechte zurückgeschlagen und verloren 5 Kanonen und mehrere Gefangene. Am folgenden Tage ging Puchner selbst zur Offensive über und griff die bis Stolzenberg zurückgegangenen Ungarn an; über das Resultat dieses Kampfes schweigt das Bülletin, was jedenfalls so viel bedeutet, daß der Zweck, die Ungarn aus ihrer bedrohlichen Position daselbst zu vertreiben, nicht erreicht wurde. Einige Tage darauf wurde sogar die Festung Arad von einem Insurgentenkorps beschossen, natürlich ohne Erfolg. Die neue Aushebung von 70,000 Mann erregt überall viel Mißvergnügen. Da die jüngeren Altersklassen schon gänzlich erschöpft sind, so kommen jetzt die älteren an die Reihe. Wir haben sonst hier momentane politische Windstille; ich will sie benützen, um ein flüchtiges Bild des hiesigen Hoflebens zu entwerfen. Die altspanische Etikette und Grandezza ist mit der Thronbesteigung Franz Josephs I. wohl für immer aus der Burg der Habsburger verschwunden. Der jugendliche Monarch ist Jedermann leicht zugänglich und hat während seines Aufenthaltes bei Radetzky im vorigen Jahre die Ungezwungenheit des Militärlebens schätzen gelernt. Bei seiner Rückkehr soll die Gewohnheit, zuweilen eine Cigarre zu rauchen, welche er in den Feldlagern der italienischen Armee angenommen hatte, viel Nasenrümpfen am Hofe zu Innsbruck verursacht haben; es war bis dahin unerhört, daß ein kaiserlicher Erzherzog geraucht hatte. (?) Der Monarch steht pünklich jeden Morgen um sechs Uhr auf und beschäftigt sich dann einige Stunden sehr ernstlich mit politischen und juridischen Studien. Sind die Minister anwesend, so wohnt er jedesmal ihren Berathungen bei. Zur Tafel werden täglich einige Gäste geladen, sowohl vom Civil als vom Militär, und nicht etwa bloß die Honoratioren; der jüngste Lieutenant erhält so gut seine Einladung, als der Festungskommandant, der Bürgerausschußmann so gut als der Bürgermeister. An der Tafel selbst herrscht ein ganz ungezwungener Ton. Die Mutter des Kaisers, die Erzherzogin Sophie, nimmt selbst häufig an dem Gespräche Theil; namentlich ist die Hauptstadt und die Zustände derselben der Angelpunkt um welchen sie es zu führen liebt. Immer spricht sie ihr Bedauern über das Unglück aus, das ihre lieben, verführten Wiener betroffen, und daß trotz den strengen über sie verhängten Maßregeln noch immer keine Ruhe werden wolle, welches den Hof verhindere, dahin zurückzukehren. Ein Offizier, vor welchem sie sich in diesem Sinne äußerte, antwortete: „er wüßte wohl ein Mittel, um die Ruhe in Wien wieder herzustellen; er ließe 6 Wochen lang nichts als hängen und erschießen". Worauf ihm die Erzherzogin erwiderte: „Zu aufrichtig, Herr Major!" Abends wird gewöhnlich das Theater besucht, auf welchem jetzt abwechselnd die Mitglieder der beiden Hoftheater in Wien spielen sollen. Gegenwärtig ist der Sänger Erl und der berühmte Komiker Beckmann hier. Der Pächter des städtischen Theaters macht dadurch glänzende Einnahmen, ohne daß er gezwungen wäre, die fremden Celebritäten zu honoriren, die auf Wunsch des Hofes herkommen und von ihm bezahlt werden.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 46. Frankfurt a. M., Donnerstag 15. Februar. 1849.

Uebersicht.

---

15. Februar.

Man hat den Slawen, ganz besonders aber den Polen, nie einen gewissen politischen Scharfsinn absprechen können; und es ist deshalb wohl nicht unfruchtbar, die Stimmen zu hören, welche slawischer Seits über das neue Verhältniß der fremden Stämme zu Oesterreichs Regierung laut werden. Sie zeugen von klarem politischen Selbstbewußtsein. Die Hauptorgane der Lipa slowanska und der Liga polska, in welchen die bedeutendsten Vorkämpfer des Slawenthums sich hören lassen, entwickeln bereits seit Wochen folgende Ansichten über die österreichischen Verhältnisse.

Die österreichische Regierung schwankt von ihrem bisherigen alles gleichmachenden Absolutismus nach einem Standpunkt hinüber, der zeitgemäßer und den nationalen Anforderungen entsprechender sein soll. Die ministeriellen Programme wanken aber noch immer zwischen dem Centralisations- und Decentralisationssystem hin und her, und man kann leicht einsehen, daß das Streben: den einzelnen Stämmen zunächst nur ein Scheinleben zu gewähren und das Ringen dieser Stämme nach mehr, der Grund davon ist. Weiter liegt aber die Sache so: wie die Kinder, welche der Wärterin zu entwachsen anfangen, nicht sofort gehen können, sondern sich an die alte Stütze klammern, so vermögen die unter österreichisch-deutscher Vormundschaft aufgewachsenen und erzogenen Slawen kaum aufzuathmen, nicht aber selbstständig und frei ihre weitere Entwickelungsreise anzutreten. Sie fühlen und erkennen es selbst, daß sie noch eine Zeit lang sich unter der alten Hülle entfalten müssen, die abzustreifen überdies materielle Verhältnisse und Stammeseifersucht noch nicht gestatten. Zu diesen Stämmen gehören besonders die ragusischen Slawen, welche sich bald der Politik der Freiheit, bald der österreichischen Dynastie zuwenden, hier den radikalen Reden Rieger's und Pinkas' Beifall klatschen und dort den demüthigsten Fußfall vor dem Kaiser thun. Diese Haltungslosigkeit bei den Riesenbewegungen der Zeit ist nur ein Fingerzeig darüber, wie das Verhältniß der Kraft zum Willen ist.

Leichtbegreiflich ist eine Art Fanatismus, die unter den Slawenführern für die Erhaltung Oesterreichs geherrscht hat. Sie wollen zunächst ein Oesterreich, nicht so zu sagen seiner schönen Augen willen, sondern aus dem Trieb der Selbsterhaltung. Sie wollen aber in Oesterreich eine Art nationaler Selbstständigkeit und freie Hand, um ihr Volk aus der Lethargie zu wecken und für die nationale Sache zu begeistern. So scheinen sie denn beim Stützen Oesterreichs den Absolutismus zu stützen — aber sie treten doch, wie die letzten Ereignisse lehren, mit Hingebung für ihre politischen Freiheiten auf. Ohne jenes können sie nicht existiren, ohne diese geht ihre Eigenthümlichkeit zu Grunde. Aber die habsburgische Politik versteht ihre Rolle so gut, wie die Slawen. Erst hatte sie Allen Alles versprochen und als ihre Herrschaft sicherer wurde und die Stammeseifersucht ausbrach, unterdrückte sie die Bestrebungen der Czechen durch die Deutschen, die der Deutschen durch die Czechen und die der Ungarn durch die Südslawen.

„Jetzt ist Galizien sicher, Wien gedemüthigt, Ungarn erdrückt, die Lombardei in Ketten, der größere Theil des Kaiserreichs im Belagerungszustand, jetzt werden also die Verbündeten von unlängst allmählig Feinde. Die Slawen, die Stützen der Dynastie werden bald deutsche und ungarische Regimenter bei sich sehen. Denn die österreichische Politik kann und darf nicht an das Interesse des Slawenthums denken. Sie muß durchaus Centralisiren und zwar mit Hülfe der früheren Grundlage, nämlich des Deutschthums. Sie wird es auch thun unter dem Scheine konstitutioneller Formen, welche den Völkern die Schale — der Regierung den Kern geben werden. Der alte Metternich steckt in Ollmütz; seinen vormärzlichen Rock hat er konstitutionell zugeschnitten und in das Wörterbuch heuchlerischer Redensarten hat er einen neuen Ausdruck eingetragen, er lautet: „Gleichberechtigung der Völker." Vergebens sucht man den aufrichtigen und wirklichen Fortschritt in Oesterreich! Außer der Entlastung der Bauern von der Frohn im dynastischen Interesse ist nichts von dem Versprochenen gehalten worden. Der Belagerungszustand erdrückt ganze Provinzen und Länder, über der persönlichen Freiheit schwebt ein Damoklesschwert, die Grundlage des Konstitutionalismus, des Volkes Theilnahme an der Gewalt ist fortgewiesen, der Reichstag zu Kremsier fristet durch ministerielle Gnade eine kümmerliche Existenz von einem Tag zum andern, und erwartet stündlich seine Auflösung. Konstitutionelle Freiheiten in Duodezformat bestehen nur noch da, wo man besondere Rücksichten zu nehmen hat, sonst hüllt sich die Gewalt der Bajonette, die eigentliche ratio rerum in Oesterreich spöttisch in konstitutionelle Lumpen."

„Man hat uns Slawen betrogen! Das Ministerium legt eine Gemeindeverfassung vor, welche unsere Volksthümlichkeit zermalmt, und zwar vermöge der administrativen Eintheilung in Bezirke. Der Vorgang mit den Serben, die untergeordnete Rolle, die Jellacic spielt, die geheimnißvollen Drohungen, welche in amtlichen Schreiben hie und da gegen die Czechen vorkommen, der halbe Belagerungszustand von Prag, die versteckten Machinationen gegen die Lipa slowanska, der plötzliche Umschlag der ministeriellen Politik in der deutschen Frage, das verliebte Augenverdrehen nach Frankfurt hin, sogar die Aufforderungen zu großen deutschen Kolonisationen unter unseren Stämmen, und dazu noch der enge und gefühlvolle Bruderbund mit den Russen — das Alles spricht ganz deutlich, nur zu deutlich! Wir sind betrogen!"

„Aber es wird in Erfüllung gehen, was wir gesagt, warnend gesagt haben. Die habsburgische Politik ist doppelzüngig und das Slawenthum kann nicht lange mit ihr im Bündniß sein. Dieser Weg ist der Bestimmung zuwider, die uns die Vorsehung vorgezeichnet hat. Trügen uns die Wahrzeichen nicht, so schweben über Prag und über Agram Wolken, Wolken die einen Sturm verkündigen!"

Das sind slawische Stimmen, sie sind nicht zu verachten! Hat aber Oesterreich einen solchen Hintergrund, dann muß es Sorge tragen, daß Deutschland fest werde, es darf das Zusammenschließen nicht hindern. Oesterreichs Stützpunkt wird in Deutschland liegen, das erkennen und fürchten die Slawen mit Recht, aber nur ein einiges Deutschland kann ihn gewähren und sicherer gewähren als der „enge und gefühlvolle" Bund mit dem Osten!

Deutschland.

> **Frankfurt**, 13. Febr. Der zehnte Artikel des Entwurfs der Grundrechte, welcher heute zur Berathung stand, handelt von der Verfassung der Einzelstaaten. In zwei Paragraphen sucht er die allgemeingültigen Grundzüge eines freien Staatslebens zusammenzufassen. Der eine spricht die Nothwendigkeit einer Volksvertretung aus, der andere macht zwei oder drei Hauptrechte der Volksvertreter namhaft.

Was die Versammlung von diesen Bestimmungen hält, bewies ihre Haltung in der heutigen Sitzung. Kaum wurde überhaupt eine Besprechung dieser anscheinend so wichtigen Gesetze zugelassen und was gesprochen wurde, war tauben Ohren gepredigt. Die Grundrechte sollten eigentlich nur die Rechte der Einzelnen enthalten. Die Erwähnung der öffentlichen Rechte kann nur in Form von Gemeinplätzen geschehen, weil jede nähere Bestimmung in das besondere Verfassungsgesetz gehört. Wer zweifelt heut zu Tage noch daran, daß die einzige Verfassungsform für die deutschen Staaten die konstitutionelle ist? Mag man nun diese oder jene Folgerung der konstitutionellen Verfassung herausgreifen; es ist eben doch nicht mehr und nicht minder als eine sich von selbst verstehende Bestimmung.

Die Redner, die heute das Wort nahmen, mochte es nun in der allgemeinen Berathung über den ganzen Artikel, oder in der besonderen über einen der beiden Paragraphen sein, griffen sich denn auch irgend einen beliebigen Punkt der konstitutionellen Verfassung heraus, und trugen ihre Meinung darüber vor. Herr **Moriz Mohl** wies nach, wie das Steuerbewilligungsrecht der Volksvertreter eingerichtet werden müßte, nämlich nicht so, daß sie eine Steuer ein für allemal, sondern so, daß sie jede nur auf eine bestimmte Zeit bewilligten. Er deutete auf den sehr bedenklichen Paragraphen der preußischen Verfassung hin, die anscheinend harmlos unter den nachträglichen allgemeinen Bestimmungen festsetzt, daß die bestehenden Steuern solange forterhoben würden, bis sie durch ein Gesetz verändert würden, damit aber das Recht der Kammern, selbstständig das Budget zu ordnen, thatsächlich bei Seite schieben kann. Herr von Linde nahm das Wort, um seine persönliche Stellung zu dem Minderheits-Gutachten (der Linken) zu rechtfertigen. Die Minderheit wollte nämlich von dem ganzen Artikel nichts wissen, weil die Verfassungsform eines jeden einzelnen Staates nur Sache der Angehörigen desselben sei und die Reichsverfassung nichts angehe. Das würde nun völlig mit den allgemeinen Grundsätzen des Herrn von Linde von der Souveränität der Einzelstaaten stimmen, und er glaubte, erklären zu müssen, weshalb er sich dennoch dem nicht anschließe. Er fand — wohl nicht mit Unrecht — daß mit den allgemeinen Sätzen der Wahrheit keinem Einzelstaate präjudicirt werde. Herr **Rauwerk** war der Einzige, dem es heute gelang, die Aufmerksamkeit der Versammlung wenigstens auf Augenblicke zu fesseln. Er hatte sich das absolute Veto zum Gegenstand genommen, wußte aber dieser vielbesprochnen Frage durch die Art der Behandlung noch Reize abzugewinnen. Wenn er mit der gewaltigen Stimme auseinandersetzte, daß „die Fürsten die Letzten wären, die einen Begriff von ihrer Ueberflüssigkeit hätten,“ daß also die Volksvertreter doch ein Mittel haben müßten, ihnen zu sagen, was Richelieu oder Friedrich der Große gesagt hätte, wenn er dann diese allbekannten Anekdoten mit der Wichtigkeit eines Neuigkeitskrämers erzählte, wie jener einem Bettler auf die Anrede, ich muß doch leben, geantwortet habe: je n'en vois pas la nécessité, oder dieser den Soldaten, die nicht in's Feuer wollten, zugerufen habe: Ihr Racker, wollt Ihr denn ewig leben? wenn er endlich den Beweis der Vortrefflichkeit radikaler Verfassungen damit führen wollte, daß Niemand von Anhalt reden höre — außer wenn er, Herr Rauwerk, über Anhalt interpellire — so fand er aufrichtigen Beifall auf allen Seiten des Hauses. Ueber dasselbe Thema, das absolute Veto, sprach noch Herr **Rödinger** aus Stuttgart. Von der idealen Anschauungsweise Fichte's ausgehend, wonach die Deutschen bestimmt seien, nachdem sie in den engsten Kreisen und in den Einzelstaaten ihre Persönlichkeit ausgebildet hätten, die Erfüllung derselben in einem Einheitsstaat zu finden, der dann aber die Einzelstaaten aufhebe, wollte er, um einen Weg vom Unvollkommeneren zum Vollkommeneren frei zu lassen, nur das suspensive Veto eingeführt wissen. Herr v. **Linde** dagegen behauptet die Unschädlichkeit des absoluten Veto so lange die Stände das Steuerverweigerungsrecht hätten.

Nachdem noch der Berichterstatter Herr **Beseler** gegen die zahllosen Zusätze, welche zu dem Entwurfe des Ausschusses vorgeschlagen waren, und alle der eine diese, der andere jene Einzelnheit einer konstitutionellen Verfassung empfohlen, den Grund geltend gemacht hatte, daß, wenn sie auch grundsätzlich zu billigen seien, doch eben als Einzelnheiten den Einzelstaaten zu überlassen seien, schritt man zur Abstimmung. Einige der Zusätze wurden wirklich angenommen; so wurde als Recht der Volksvertreter nicht blos „die entscheidende Stimme bei Gesetzgebung und Besteuerung“, wie der Ausschuß vorschlug, sondern „die Initiative bei der Gesetzgebung“ und „die Ordnung des Staatshaushalts“ anerkannt. Wichtig ist ein Zusatz, der auf den Vorschlag **Jordan's** von Berlin angenommen wurde, ohne daß er in der Verhandlung besprochen worden war, „daß nämlich die regelmäßigen Sitzungszeiten der einzelnen Landstände nicht mit denen der Reichsstände zusammenfallen dürften“. Die wohlthätige Absicht dieses Beschlusses rechtfertigt seine Annahme hinreichend.

Die spätdauernden Verhandlungen schlossen auf unerfreuliche Weise. Mit sehr geringer Mehrheit ward beschlossen, statt die zweite Lesung der Verfassung zu beschleunigen, zunächst über das Reichswahlgesetz zu verhandeln. Wann hätte es dringender Noth gethan, schnell und einig das bedrohte Werk der Verfassung zu vollenden? Statt dessen neuer Aufschub und wo möglich Zank und Zwist in Nebendingen. Denn wahrlich selbst ein so wichtiges Gesetz ist gegenwärtig keine Hauptsache. Wir wollen die innern Ursachen dieser Abstimmung nicht beleuchten, wir müssen aber eine äußere rügen. Jene sehr geringe Mehrheit ist zu Stande gekommen, weil mehrere Mitglieder, welche für die Vornahme der zweiten Lesung gestimmt haben würden, nicht dort waren, wo ihre Pflicht ihre Gegenwart erheischte: in der Paulskirche; neun Monate zusammen, und noch keine Parteidisciplin. Wenn wir nicht irren, so wird die rechte Seite des Hauses hierin von der linken ebensosehr übertroffen, wie die kaiserliche Partei von der österreichischen an Rührigkeit und Geschicklichkeit. Bei der großen Gefahr sollte ein jeder Abgeordnete Nelson's Spruch vor Augen und im Herzen haben. Die Rüge muß von unserer Seite ausgeh'n; denn die Gegner haben ja ihre Freude dran.

÷* **Frankfurt**, 13. Febr. Ihrem * Korrespondenten vom Rhein beginnt ein *,* Doppelgänger vom Rhein in der Presse entgegenzutreten; wir müßten uns sehr irren, wenn es nicht ein sehr im Vordergrund stehender staatsmännischer Praktikus wäre. Von ihm erfahren wir den tiefen Sinn in der österreichischen Note, von ihm die Folgen, die bevorstehen wenn die Paulskirche ihn nicht richtig erfaßt und zur Ausführung bringt. „Deutschland mit den Deutschslawen — oder Deutschland gegen sie und ihre Brüder im Osten, das ist die Frage!“ Das österreichische Kabinet mit seinem Manifeste will zu dem Ersteren bestimmen. Gott stärke und erleuchte die Nationalversammlung, damit sie dieses begreife! Ganz unumwunden wird zugegeben, daß in Norddeutschland der unerschütterliche Wille vorhanden sei, den Drang nach Einheit und politischer Konsistenz durch das preußische Erbkaiserthum unter der Fahne des Schwarzrothgold zu verkörpern; daß diesem Bestreben bisher in Oesterreich theils aus nothgedrungenem Widerstreit der Elemente, theils aus Unklarheit in der Bevölkerung über die Tragweite des preußischen Kaiserthums jedmöglicher Vorschub geleistet worden sei. Aber nun stände plötzlich der dräuende Gewitterhimmel einer Zerstückelung Deutschlands in Nord und Süd am politischen Horizonte und nur die österreichische Note vom 24. Februar leuchte uns friedlich entgegen!

Jeder Großdeutsche, jeder wahre Freund friedlicher Entwickelung müsse sie willkommen heißen! Das „Oder“, welches dem Nichtwillkommenheißen folgen könnte, ist zwar diesem Gedankengang nicht angeschlossen, tritt aber schon vorher ganz unbefangen in den Vordergrund. „Die Armee, wo es gilt, den Glanz der Krone und die politische Macht der (österreichischen) Monarchie nach Außen aufrecht zu erhalten, wird ebenso im Geiste und durch die That zu wirken bereit sein, wie gegen den treulosen Karl Albert und die Feinde der obersten Staatsgewalt im Innern.“ Solche Lektionen in der praktischen Politik sind äußerst lehrreich, um so lehrreicher, als sie uns Antwort auf die Fragen geben, welche in Norddeutschland allerdings sehr häufig aufgeworfen werden, nach den Gründen der ungeheuren Rüstungen Oesterreichs. Dort sind wohlunterrichtete Personen der festen Ansicht, daß Rußland nicht unwillkürlich seine Truppen im Süden aufgehäuft habe und die Echelonirung der Armee an bestimm-

ten Straßen nicht ohne Verständigung mit Oesterreich geschehen sei. Dort will man auch eben so wissen, daß die italienische Frage bereits in das Stadium einer vorläufigen Verständigung zwischen Oesterreich und Frankreich getreten sei. Woher denn dennoch diese Rüstungen in Oesterreich? und die Anleihen zu diesem Zwecke? Der Rheinkorrespondent löst uns das Räthsel. Norddeutschland hat sich Englands und der Zustimmung der kleinen Fürsten versichert. Preußen hat Frankreich in Italien freie Hand zur Vergrößerung gelassen, es hat nur Dänemark, Oesterreich, Rußland gegen sich, und dem letzteren noch dazu in dem reduzirten Polnischposen einen Herd der Resurrektion Polens entgegengesetzt. Offenbar droht es mit seinem Schwerte, und Gefahr für Deutschland liegt im Verzuge! Mußte da nicht die österreichische Note als friedliches Manifest ergehen? und mußte sie nicht einen etwas nachdrücklichen Charakter haben um den Zweck zu erreichen? — Diese Wendung ist einleuchtend!

! **Frankfurt**, 14. Febr. Heute ist eine Einladung an alle Abgeordnete ergangen, „welche das Verbleiben der deutsch-österreichischen Lande in einem wahren und kräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Bundesstaate anstreben," zu einer gemeinsamen Besprechung 7 Uhr Abends, in der Mainlust.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 14. Febr. Während die Existenz der österreichischen Note vom 17. Januar zuerst in weiteren Kreisen bezweifelt, von Männern, welche um deren Existenz wenigstens sehr wohl wissen konnten, abgeleugnet wurde, kennt man jetzt den Inhalt derselben mit Sicherheit. Wenn das österreichische Manifest vom 4. Februar auf sie mit den Worten: „zugleich wurde vorgeschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten und zwar zunächst mit den Königen Deutschlands zu beginnen —" hindeutet, so weiß man jetzt, daß diese „Vereinbarung in Frankfurt mit den Fürsten" eine Vereinbarung Oesterreichs mit den Fürsten ohne Berücksichtigung, ja im äußersten Falle mit gewaltsamer Beseitigung der Nationalversammlung bedeutet, zu welcher in jener Note die Mittel bereits bezeichnet worden sind; — man weiß, daß die Worte „zunächst mit den Königen" ein Euphemismus des zur Mittheilung an die Reichsversammlung bestimmten Reskriptes vom 4. Februar ist, und in der That nicht mehr und weniger bedeutet, als: mit den Königen, ohne die Kleineren weiter zu fragen. Daß Preußen diesen Vorschlag Oesterreichs mit Bestimmtheit zurückgewiesen hat, unterliegt keinem Zweifel.

Der Eindruck, welchen diese Weigerung Preußens und dessen Cirkularnote in Ollmütz gemacht, spricht sich am deutlichsten in der österreichischen Note aus, welche am 2. Februar in die Hände des Hrn. v. Schmerling gelangt und den königlichen Regierungen mitgetheilt worden ist. Die österreichische Regierung hat diese Note den königlichen Regierungen nicht schriftlich, sondern nur mündlich mittheilen lassen, so daß die Ermittlung des wortgetreuen Inhaltes derselben nicht ohne Schwierigkeiten ist, indessen stimmen die von verschiedenen Seiten uns zugegangenen Mittheilungen über dieselbe so genau überein, daß wir an der Richtigkeit derselben zu zweifeln gar keinen Grund haben; die Note übertrifft an Schroffheit das österreichische Reskript vom 4. Februar bei weitem und erklärt sich namentlich mit fast gereizter Schärfe gegen die Berechtigung einzelner deutschen Staaten, sich innerhalb des Bundes enger aneinander anzuschließen; sie erwartet von der Errichtung eines Bundesstaates im Bunde allerlei Unheilvolles, was sie fast drohend im Hintergrunde zeigt. Es ist klar, daß diese Note nicht darnach gefaßt ist, die Sympathie der deutschen Volksstämme für Oesterreich zu stärken, sondern daß sie recht eigentlich darauf berechnet ist, die königlichen Regierungen, welche Oesterreich bereits durch seine Note vom 17. Januar gewonnen glauben muß, im Interesse Oesterreichs zu erhalten und der Bildung des Bundesstaates möglichst abgeneigt zu machen. Dieser Charakter derselben erklärt wohl zur Genüge die Art ihrer Mittheilung. Zum schnelleren und allgemeineren Bekanntwerden ist das Reskript vom 4. Februar abgefaßt und dem österreichischen Bevollmächtigten mit dem ausdrücklichen Auftrage der österreichischen Regierung zugefertigt worden, dasselbe durch das Reichsministerium der Nationalversammlung mitzutheilen; ehe diese Mittheilung noch geschehen war, war dasselbe bereits in einem weiten Kreise bekannt.

△ **Wien**, 10. Febr. Aus Siebenbürgen noch immer keine Nachrichten: es scheint also, daß Bem seine Stellung in Stolzenburg noch behauptet. Kossuth unterstützt ihn von Debreczin aus nach Möglichkeit. Doch soll er sich selbst in großem Geldmangel befinden und nicht einmal mehr das zum Druck seiner Banknoten geeignete Papier besitzen; es sollen daher schon Noten im Werthe von 30 pCt. auf ordinäres Papier gedruckt werden. Die Theurung an Wohnungen, Colonialwaaren u. s. w. soll in Debreczin und Szegedin sehr groß sein. Das Rumpfparlament soll nur noch gegen 100 Mitglieder zählen, dennoch aber die Unterwerfungsfrage schon zweimal verworfen haben. Der Expolizeiminister Madarasz hat ein wachsames Auge auf die Deputirten, so daß sich nicht leicht einer aus Debreczin entfernen kann. In Pesth ist gegenwärtig nur eine ganz geringe Besatzung, aber die Wälle und Plätze strotzen von Kanonenmündungen und noch kam kein Versuch vor, um die Ruhe zu stören. Die Pesther Zeitung vom 6. bringt die Verurtheilung des Grafen Lazar aus Siebenbürgen, Hauptmann des Infanterieregiments Graf Gyulai, und des Baron Wiedersperg aus Podiebrad in Böhmen, Hauptmann des Infanterieregiments Prinz Gustav Wasa. Beide haben an der Spitze ihrer Truppen, der erstere als General, der letztere als Major und Brigadier gegen die „zur Bewältigung des Aufruhres entsendeten k. k. Truppen gefochten und waren zum Tode durch den Strang verurtheilt, wurden jedoch in Anbetracht, daß sie sich selbst den Militärgerichten stellten, (dieß that Messenhauser auch) und „der für sie sprechenden rücksichtswürdigen Familienverhältnisse" dahin begnadigt, daß jeder von seiner Offizierscharge ehrlos entsetzt und mit einem zehnjährigen Festungsarreste bestraft wird. Wir haben diese Begnadigung mit Freude begrüßt; die Freude wurde aber sehr gedrückt durch zwei andere Urtheile, welche die Todesstrafe gegen zwei Bürgerliche, die nach den Urtheilen selbst zu schließen, nicht mehr gravirt waren, als der begnadigte Graf und Baron, aussprachen und am 30. und 31. v. M. vollzogen wurden.

Alle Gemüther sind in Aufregung gesetzt durch ein beklagenswerthes Ereigniß, welches man gestern aus Grätz meldete und worüber bis heute alle Zeitungen ziemlich übereinstimmende Berichte bringen. Der Redakteur der in Gratz erscheinenden „Volkszeitung", welcher einige Aufsätze in seine Zeitung aufgenommen hatte, die gegen den Fürsten Windischgrätz gerichtet, aber nicht einmal von ihm selbst verfaßt waren, wurde am Abend des 7. d. M. von einer Anzahl Soldaten des Regimentes Windischgrätz Chevauxlegers in seiner Wohnung überfallen und mit Säbelhieben so mißhandelt, daß er nun tödlich verletzt darnieder liegt. Man gibt die Zahl der dabei betheiligten Soldaten verschieden an, jedenfalls muß es eine bedeutende Anzahl gewesen sein, denn sie marschirten auf, als ob sie Ordre dazu hätten und sperrten vor dem Attentat die Straße, in welcher der Redakteur wohnt. Nachdem sie den Redakteur mißhandelt hatten, stahlen sie ihm seine Uhr, seine Brieftasche, Ringe u. s. w. Noch in der Nacht vom 7. auf den 8. begab sich eine Deputation der Nationalgarde zu dem Kommandirenden Grafen Spanocchi, welcher sein Ehrenwort gab, den Vorgang auf das strengste untersuchen zu lassen. Am Morgen des 8. versammelte sich eine große Menschenmasse vor der Wohnung des Grafen Spanocchi. Der Rittmeister der Kompagnie, welche das Attentat und angeblich auf seinen Befehl verübt hatte, ritt vorüber, die Menge riß ihn vom Pferd und nur die in demselben Augenblick anrückenden Pioniere, welche sogleich die Kanonen auf das Volk richteten, konnten ihn vor der Lynch-Justiz retten.

Der außerordentliche Gesandte von Dänemark, Baron Pechlin, hat gestern Wien verlassen und sich zur Audienz bei dem Kaiser nach Ollmütz begeben. Der Abgeordnete für Saaz, Löhner, welchen das Gerücht schon so oft ein Mißtrauensvotum erhalten ließ, hat dasselbe nicht nur nicht erhalten, sondern er wurde von jener Stadt zum Ehrenbürger ernannt, wahrscheinlich in Folge des Schreibens an seine Wähler, worin er sich über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland ausspricht, wovon Ihre Zeitung vom 6. einen Auszug gibt.

* **Wien**, 10. Febr. Die Minister sind gestern sämmtlich nach Kremsier abgereist. Pillersdorf, Hornbostl und Kübeck begeben sich nächster Tage nach Kremsier um ihre Sitze in der Kammer einzunehmen. Ueber die in magyarischer Sprache zu Agram erfolgte Notifikation des Grafen Almasy, daß in Pesth eine provisorische ungarische Finanzkammer unter den Auspizien des Fürsten Windischgrätz gebildet worden sei, bemerkt der dort erscheinende „Slovenski Jug": Wir geben diesen neuen Akt der österreichischen Politik ohne Kommentar. Die kroatische Nation, die gelernt hat, wie man die Hingebung mit Geld und Blut für

unsern Kaiser und König und das Habsburg-Lothringische Haus vergilt, wird auch noch lernen, solche Befehle in ungarischer Sprache verstehen zu müssen.

-x- **Kremsier**, 9. Febr. (Reichstagssitzung.) Auf der Ministerbank: Thinnfeld. Schuselka richtet ans Gesammtministerium 1) die Frage, ob dasselbe dem dringenden Bedürfnisse, die Studenten von der Militärdienstpflicht zeitweilig zu entheben, Rechnung tragen und demnach die Verfügung vom 11. Mai v. J. in Kraft erhalten wolle; 2) ob es in Betreff der beispiellos rohen Maßregel der Assentirung liberaler Schriftsteller zum Militär in Galizien eine strenge Untersuchung veranlassen und den Assentirten ihre Freiheit oder gebührende gesetzmäßige Strafe zukommen zu lassen gesonnen sei. Er erwarte eine schleunige und der Würde des Reichstags entsprechende Antwort. Sidon beantragt einen Ausschuß für kirchliche Angelegenheiten. Unterstützt. Der Vorstand des Ausschusses, der in der Sache des der Majestätsbeleidigung angeklagten Abgeordneten Kaim Bericht zu erstatten hat, zeigt an, daß und warum dieser Bericht heute noch nicht erstattet werden könne. Neuwall beantragt eine peremptorische Frist von 24 Stunden für diese Berichterstattung und die Abhaltung einer besonderen Sitzung nach Ablauf derselben, Praschak die Berichterstattung für die nächste Sitzung für gemischte Angelegenheiten. Borrosch vertheidigt sich und den Ausschuß, der durch Neuwalls Antrag beleidigt sei, so wie die Ehre des Hauses in außerordentlich leidenschaftlicher Aufregung. Der Vorstand jenes Ausschusses stellt die Berichterstattung für die nächste Sitzung in Aussicht, worauf Neuwall und Praschak ihre Anträge zurückziehen. In der nächsten Sitzung, welche kommenden Montag stattfindet, wird die Debatte über die Grundrechte fortgesetzt. Die kirchlichen Fragen bilden darin den nächsten Gegenstand der Verhandlungen.

○ **Berlin**, 11. Febr. Es ist zuweilen im hiesigen Publikum und hier und da auch in auswärtigen Blättern tadelnd bemerkt worden, daß bei den in Berlin stattgefundenen Berathungen über Reformen in den Schullehrerseminarien der Direktor Diesterweg nicht hinzugezogen worden sei. Bekanntlich wurde Herr Diesterweg wegen seiner unter dem alten Systeme zu freisinnigen Ansichten vom Minister Eichhorn, jedoch mit Belassung seines vollen Gehaltes, von seiner Stelle als Direktor des hiesigen Seminariums entfernt. Diesterwegs Abwesenheit von jenen Berathungen wird von Manchen für einen Beweis angesehen, daß der gegenwärtige Minister der Geistlichen-, Schul- u. s. w. Angelegenheiten in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten beabsichtige. Ohne hier über die Reformen, die Herr von Ladenberg in seinem Departement vorbereitet, im Voraus ein Urtheil abgeben zu wollen, ist so viel gewiß, daß sie nicht im Geiste der Eichhorn'schen Verwaltung aufgefaßt worden sind. Die Diesterwegschen Grundsätze sind bei jenen Konferenzen von seinem Schüler Hintze, hiesigem Lehrer, vertreten worden. Man hat aber die Extreme vermeiden wollen und den früheren Seminariendirektor, gegenwärtig Superintendenten Harnisch in Elbey bei Magdeburg, ebenso wenig wie Hrn. Diesterweg zugezogen, da jener für das Haupt der orthodoxen, wie letzterer für das der rationalistischen Partei auf diesem Gebiete des Unterrichts- und Erziehungswesens gelten kann. Indem man diese beiden Vertreter entgegengesetzter Ansichten von den oben erwähnten Konferenzen ausschloß, war es leichter, eine richtige Mitte zwischen ihren Systemen zu halten. Denn beide, Harnisch und Diesterweg, sind in ihrer Art ausgezeichnete Persönlichkeiten, aber eine konsequente Durchführung ihrer Ideen könnte auf die Bildung der Volksschullehrer nur störend einwirken.

Konst. Korr. **Berlin**, 12. Febr. Dasselbe Haus Oesterreich, welches drei Jahrhunderte hindurch, so lange es nämlich durch die Wahl der Kurfürsten die deutsche Kaiserkrone trug, an der Zerrissenheit und dem Untergange unseres Vaterlandes arbeitete, weil es nur den Interessen seines Hauses fröhnte; das Deutschland aus der Reihe der europäischen Staaten drängte, weil es selbst einen Platz darin einnehmen wollte; dasselbe Oesterreich, welches dreißig Jahre hindurch, so lange es nämlich durch seinen Gesandten dem Bundestage präsidirte, die Freiheit und die öffentliche Meinung im gesammten Deutschland knechtete und dadurch zumeist das Unglück des vorigen Jahres hervorgerufen hat, dasselbe Oesterreich, welches noch vor kaum 2 Monaten von Kremsier aus die Erklärung gab, es wolle erst sich selbst verjüngen und die Verjüngung Deutschlands abwarten, ehe es an eine Feststellung der gegenseitigen staatlichen Beziehungen denken könne, bis dahin wolle es den Einheits-Bestrebungen Deutschlands gegenüber eine abwartende Stellung einnehmen; dasselbe Haus Oesterreich verlangt nun für alle diese Dienste, welche es dem Vaterlande geleistet, nichts mehr, als die Kaiserkrone, die Kaiserkrone, welche noch kein Oesterreicher, den Gründer des Hauses ausgenommen, zum Heile und zur Ehre Deutschlands getragen. Eine Kleinigkeit, denn diese Krone ist werthlos geworden, eben durch die Oesterreicher, in deren Besitz sie so lange gewesen. Will Oesterreich sie wieder zu Ehren bringen? Das kann nur das deutsche Volk!

Wir wollen abwarten was man in Frankfurt zu dieser Note sagen wird. Preußens Stellung kann von diesem Augenblicke an, keine zweifelhafte mehr sein. Preußen würde sich dem Willen des deutschen Volkes und seiner Vertreter in Frankfurt gefügt haben; dem Willen Oesterreichs darf es, wird es sich nicht fügen. Will Oesterreich aber den Vertretern Deutschlands in der Paulskirche einen Zwang anlegen, dann wird Preußen einstehen für die Freiheit derselben. Das Schwert Friedrich des Großen ist noch nicht eingerostet!

⁑ **Posen**, 11. Febr. Die definitive Genehmigung der Demarkationslinie kam uns nicht überraschend, und brachte weder bei den Deutschen noch bei den Polen einen auffallenden Eindruck hervor, zumal noch die Aufregung über die Wahlen die Gemüther beherrscht. Einige Häuser besitzende Kleingeister jammern aber darüber, daß das Ministerium Brandenburg mit der Exekution gleich Ernst macht und die administrativen Maßregeln einleitet, durch die sie am Werthe ihrer Besitzungen zu verlieren meinen. Erst heute sind die letzten Wahlen zur 2. Kammer hier aus Krotoschin eingetroffen, wo sie fast 4 Tage gedauert. Es ist daselbst noch v. Reder und H. Wodzicki gewählt, im Ganzen also 3 Deutsche und 2 Polen.

Die polnischen und böhmischen Blätter polemisiren heftig gegen Oesterreich. In dem Szotek (böhmischer Eulenspiegel) heißt es unter Anderem: „Beim Ministerium tanzt die Konstitution offenbar eine Polka, denn sie macht immer erst einen Sprung vor und dann zwei zurück. Diese Konstitution gleicht dem Buche der Propheten, denn sie ist voll Verheißungen!" „Stadion hat gegen die Lehrfreiheit nichts einzuwenden und doch wird sie offenbar gemißbraucht. Denn die Reaktionäre halten Vorträge über Mineralogie und rechnen die „Granaten" zum Edelgestein, die Soldaten aber legten fast in allen Universitätsstätten das „kanonische" Recht aus. Gegen ein solches Ministerium läßt sich nichts sagen!"

In demselben Tone werden die letzten Verhandlungen der Nationalversammlung in der posener Frage durch die Gazeta verspottet, und besonders Hrn. Wuttke, der unter den Polen seit 1848 den Beinamen „Polakozerca" hat, ein anerkennendes Denkmal gesetzt. Möglicher Weise wird bei uns zur ersten Kammer Rodbertus gewählt, da die Radikalen mit den Polen hierin übereinstimmen dürften. Ein Pole kann nicht durchkommen.

== **München**, 12. Febr. Auf die große Aufregung der dreitägigen Adreßdebatte in der Abgeordnetenkammer ist ein Moment der Ruhe gefolgt. Selbst wenn man verhandeln möchte, so ist im Augenblick nichts vorhanden, da frühestens morgen der sechste Ausschuß die nächsten Vorlagen verhandlungsreif vorbereitet haben wird. So erfreulich nun auch für den Vaterlandsfreund die nationalen Grundsätze sind, welche die Abgeordnetenkammer durch die Adresse bethätigt hat, so mußte die enthusiastische Beistimmungserklärung der Linken und des linken Centrums zu der Adresse des Dr. Müller am 9. um so auffallender erscheinen. Diese Erklärung fordert bekanntlich den Austritt auch der bairischen Abgeordneten aus der deutschen Reichsversammlung für den Fall, daß die Oesterreicher sich durch moralische oder Zwangsgründe zum Austritt bewogen fänden. Herr Kolb paraphrasirte diese Erklärung mit den Worten: „Wir wollen kein preußisches Kaiserthum, wollen kein Aufgehen in Preußen, verlangen mit Oesterreich das ganze vereinigte Deutschland." Befangenheit und Mißverständniß, Inkonsequenz und absichtlich falsche Deutung der Sachlage auf allen Seiten — dies ist unsere prosaische Antwort auf diese klingenden Phrasen und auf das daraus hervorgegangene Lebehoch für das freie, starke, einige Deutschland. Also an den etwaigen Beschluß einer (österreichischen) Fraktion der Reichsversammlung will Baiern seine Betheiligung am Staatsbau Deutschlands fraglos binden, während es den Gesammtbeschluß des Reichstags perhorrescirt, desselben Reichstags, derselben Centralgewalt, welche die Grundrechte beschloß, für deren unbedingte

Geltung in Baiern die dreitägige Adreßschlacht geschlagen worden war! Nebenbei spricht Herr Kolb wieder die alten, abgebrauchten Phrasen von Deutschlands Aufgehen in Preußen, als sage er damit ein neues, noch gar nicht zurückgewiesenes und in seiner Nichtigkeit hingestelltes Wort. Man könnte wirklich zweifeln, daß dies derselbe Mann gesprochen, daß dies dieselben Männer applaudirt, welche in den vorhergehenden Tagen — wir gestehen es: zur Ueberraschung des nichtbaierischen Deutschland — sich dem großen Einheitswerke so begeistert angeschlossen haben. Ein weiterer, allerdings nur lokaler Fehler wäre es gewesen, wenn man dem famosen Fackelzug gegen die Linke eine Gegendemonstration, einen Fackelzug für die Häupter der Linken entgegengestellt hätte, wie es im ersten Augenblicke beabsichtigt war. Zum Glück ist es dazu nicht gekommen. Dies, neben der geringen Mehrheit von 11 Stimmen für die unveränderte Annahme der Adresse, wird nun freilich von den Gegnern der Linken in der Art ausgebeutet, daß sie sich und das Publikum glauben machen wollen, die Kraft der Linken, der nationalen Partei der Abgeordneten-Kammer sei überhaupt weit geringer, als sie nach den Vorgängen der letzten Tage erscheine. Es ist eine Selbsttäuschung, ein Seelenpflaster, wie man in Norddeutschland sagt, um vor sich selber die gewaltige Niederlage der Sonderinteressen zu beschönigen. Die geringe Mehrheit hinsichtlich der Adresse hat ihren Grund ganz einfach in dem schroffen Festhalten der Linken an dem Wort „konstitutionellen" anstatt „konstitutionell-monarchischen" Verfassung, sowie an dem Grundsatze, daß die Grundrechte ohne jeden (wenn selbst debattelosen) Kammerbeschluß absolute Geltung haben sollen. Hätte sie jenes Wort, hätte sie diese nur formell geforderte Bestätigung zugelassen, hätte sie vollends zugelassen (was unseres Erachtens allerdings über das Maß dessen weit hinausgeht, was man vom nationalen Standpunkt aus darf), daß hinsichtlich der auf die Gewerbsverhältnisse bezüglichen §§. Verwahrungen eingelegt würden — so wäre die Mehrheit leicht 100 gegen höchstens 30 Stimmen gewesen. Man wird Ihnen vielleicht von mehreren Seiten berichten, die Linke habe mit der Annahme der Adresse vollends die Sympathien des eigentlichen Bürgerthums in Baiern verscherzt, die sie überdies in allen andern politischen Fragen nicht besitze. Lassen Sie sich nicht täuschen. Obgleich ich selbst dem Programm der Linken keineswegs überall beistimme, so gilt jene Behauptung doch nur vom Kleinbürgerthum Münchens, und selbst bei diesem nur in den sozialen Fragen. In allen drei Franken hat die Demokratie außerordentlich weite Kreise inne, ebenso in der Pfalz. Altbaiern allein, vorzugsweise Oberbaiern, und schon minder die schwäbischen Kreise stehen den politischen Grundsätzen der Linken in der Mehrheit entgegen. Und allerdings wird hier die konservative Opposition durch die reichsstädtischen Bürger- und Gewerbsverhältnisse, sobald diese thatsächlich angegriffen werden, noch einen bedeutenden Zuwachs erhalten. Ueber die Stimmung des Flachlandes gedenke ich Ihnen nächstens zu berichten.

-:- **Stuttgart**, 10. Febr. Durch die ganze Verhandlung der Kammer über den Etat des Kriegsdepartements zieht sich unverkennbar ein tiefer Widerwille gegen das Militärwesen, wenn gleich nicht alle so ehrlich waren, wie der Abgeordnete Scherr, welcher geradezu erklärte, daß er es für die Pflicht eines jeden Volksvertreters halte, gegen Alles zu stimmen, was irgendwie auf die Forterhaltung der stehenden Heere abzwecke, weil, solange es noch stehende Heere gebe, die Volksfreiheit immer eine Illusion bleiben werde. In diesem Geiste sind die sämmtlichen Beschlüsse der Kammer gefaßt. Alle sind darauf berechnet, oder werden doch die Folge haben, das würtembergische Heerwesen auf eine Stufe herabzudrücken, die vielleicht dereinst Niemand mehr zu bereuen haben könnte, als eben das Land, in dessen angeblichem Interesse sie zu Stande gekommen. Am meisten tritt das hervor bei der für die Offiziersbildungsanstalt angesetzten Position. Die Kommission hatte den Antrag gestellt, diese Position für die Zukunft nicht mehr zu bewilligen, vielmehr die ohnehin nur den Kastengeist nährende spezielle militärische Erziehung ganz zu beseitigen und jene Anstalt mit der polytechnischen Schule zu verbinden. Vergebens waren alle Einwendungen des Kriegsministers, vergebens bemerkte Staatsrath Römer, daß dieser Kastengeist nirgends weniger existire, als in Würtemberg, und daß jede Furcht vor einem solchen Geiste schwinden müsse, wenn man erwäge, wie die Regierung durch die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung und durch die Ertheilung der äußeren Insignien des Offizierstandes auch an die Offiziere der Bürgerwehr den Zeitverhältnissen Rechnung getragen, daß aber freilich, wenn eine gewisse Partei fortfahren würde, die Soldaten von ihren beschwornen Pflichten abzuleiten, dies leicht die Folge haben könnte, die Zügel wieder straffer anzuziehen und dadurch jenen Kastengeist in der That wieder zu fördern. Die Kammer war für alle diese Betrachtungen unempfänglich; sie bewilligte den angesetzten Etat, aber nur noch für das laufende, ohnehin bald beendete Etatsjahr. Nach dessen Ablauf hört also die Offiziersbildungsanstalt auf. In ähnlicher Weise wurden auch andere, freilich weit weniger wesentliche Posten beseitigt. Der Aufwand für ein neu geschaffenes Armeekorps-Kommando, gegenwärtig von dem Prinzen Friedrich ohne Gehalt versehen, ist noch nicht definitiv verworfen, wird aber sehr wahrscheinlich verworfen werden; die Kosten für das Gouvernement der Reichsfestung Ulm sind nur in der Zuversicht bewilligt, daß hinfort die Reichskasse dieselben tragen werde; endlich der Etat der Leibgarde zu Pferd nur für das laufende Etatsjahr verwilligt und die Bitte an die Regierung gerichtet, in Betracht der Finanzlage des Landes die ganze Garde aufzulösen.

× **Hannover**, 10. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer war zuerst von Finanzangelegenheiten die Rede und man erkundigte sich, ob die hohe Civilliste nicht beschränkt werden würde. Lehzen verwies auf die Wohlthaten, welche Se. Majest. und allerhöchstdero Vorfahren dem Lande erwiesen hätten und Stüve sagte, es ließen sich in diesem Augenblicke Sr. Maj. keine Opfer zumuthen, wo er vielleicht gerade Opfer in andern Beziehungen zu bringen habe. Wahre Stoßseufzer schickte er zum Himmel empor, über die Opfer, welche Hannover für die deutsche Einheit bringen müßte. Das Trübste in der heutigen Sitzung war das Schreiben des Ministeriums über die Grundrechte. Das Ministerium hält darin, was die Verfassung betrifft, an der Vereinbarung fest und deutet an, daß der durch die preußische Circularnote bezeichnete Weg der einzige sei, welcher zur Begründung der deutschen Verfassung führen könne und hoffentlich führen werde. Die Begründung der Verfassung auf die Landesverfassung sei durch den Bundesbeschluß vom 12. Julius nicht angebahnt, indem nach dem Gesetze vom 28. Juni die Centralgewalt an dem Verfassungswerke keinen Theil habe. Rücksichtlich der Grundrechte stellt sich das Schreiben formell wie materiell ablehnend. Formell wird der Weg der Landesgesetzgebung zur Verleihung der Rechtsgültigkeit erfordert, materiell der Inhalt der Grundrechte in vielen Beziehungen als unheilvoll und in den Folgen verderblich bezeichnet. Es soll darin die unbedingte Freizügigkeit, sowie die unbedingte Gewerbefreiheit liegen; dann werden als besonders nachtheilig bezeichnet: die Aufhebung der Stellvertretung (§. 7), die Unentgeltlichkeit des Unterrichts (§. 27), die Theilbarkeit des Grundeigenthums (§. 33), die Aufhebung der im §. 38 aufgeführten Rechte ohne Entschädigung, die Ablösbarkeit aller Grundlasten (§. 36), die Aufhebung des Jagdrechts ohne Entschädigung (§. 37), die Aufhebung der Familienfideikommisse. Das Schreiben schließt mit der Bemerkung, daß das Ministerium kein Bedenken trage, die Grundrechte auf den Wunsch der Stände zu publiciren unter dem Vorbehalte, daß, so lange die deutsche Verfassung nicht festgestellt worden, die zu publicirenden Bestimmungen der Einwirkung der Landesgesetzgebung nicht entzogen werden dürfe, und daß die angeführten Grundsätze der §§. 3, 7, 27, 33, 35, 36, 37, 38 nicht zur Anwendung kommen.

Die Kammer hörte eine halbe Stunde lang schweigend der Verlesung dieses Actenstückes zu; aber sie wird mit den Grundrechten stehen und fallen. Eine eben eingegangene preußische Note soll das Ministerium in seinem hartnäckigen Eigensinn bestärkt haben. Vor drei Wochen war es noch geneigt sich zu fügen. Wo bleibt das Versprechen des Ministeriums in der vorjährigen Thronrede, seine eigenen Ansichten und Meinungen zum Opfer zu bringen? Die Kammern werden fest bleiben, und das Ministerium, welches wir nicht füglich entbehren können, wird nachgeben. So hoffen wenigstens alle Vaterlandsfreunde.

Worms, 12. Febr. Das Schreiben, in welchem der Reichsminister-Präsident H. Gagern eine Adresse des hiesigen Bürgervereins beantwortet, lautet folgendermaßen:

„Meine Herren! Die Adresse, welche Sie, liebe Herren und Freunde, im Namen und Auftrag des Bürgervereins zu Worms schon im vorigen Monat an mich gerichtet haben, hat mir von Neuem den Beweis gegeben, mit welch' fester Zuversicht ich auf die treubewährte Gesinnung derer rechnen kann, denen ich aus

der vormärzlichen Zeit schon näher bekannt, deren Interessen ich schon früher zu vertreten die Ehre gehabt und deren Liebe und Anhänglichkeit zu besitzen ich stolz war und noch bin. Ich danke Ihnen, hochgeehrte Herren und Freunde, für den erneuerten Ausdruck Ihres Vertrauens, und ich wiederhole Ihnen, was ich in feierlicher Stunde einst gelobt, und was ich vor wenigen Tagen in entscheidungsvollem Momente gesagt: „daß das Wohl des Volkes mir über Alles geht.“ Unerschütterlich werde ich auf der betretenen Bahn fortschreiten und so Gott will, werden wir das Ziel unermüdlichen Strebens: die Einheit und die Freiheit unseres Vaterlandes, die Wohlfahrt seiner Bürger erreichen. Wie bisher, so rechne ich auch für die Folge bei diesem großen Werke wesentlich auf Ihre kräftige Unterstützung, wie auf diejenige der großen Mehrheit der deutschen Nation. Mit meinem wiederholten Dank die Versicherung der freundschaftlichsten Hochachtung, womit ich stets bin Ihr ergebener H. Gagern. Frankfurt, 30. Januar 1849.“

Aus Jugenheim, im Großherzogthum Hessen, wird gleichfalls eine von den 103 Urwählern der Gemeinde unterzeichnete Vertrauenserklärung für ihren Abgeordneten, Hrn. H. v. Gagern, an die Nationalversammlung abgehen.

Meiningen, 12. Febr. Die Eröffnung des hiesigen Landtages fand am 11. d. M. statt und zwar durch den Minister v. Speßhardt, als Beauftragten Sr. Hoh. des Herzogs. Nachdem sich der Herzog in einem bereits früher erlassenen Rescripte des Rechtes begeben hatte, die Präsidentenwahl zu bestätigen, ward in der Sitzung vom 13. d. M. der Abgeordnete Geh. Regierungsrath Luther zu Meiningen einstimmig zum Präsidenten der Kammer gewählt. Der Landtag zählt diesmal keinen einzigen Adeligen und überhaupt nur drei Mitglieder, welche den früheren Ständeverhandlungen beigewohnt haben. Zu den wichtigeren Gesetzentwürfen, welche als Propositionen an den Landtag ergangen sind, gehören unter anderm ein neues Staatsgrundgesetz, ein Rekrutirungsgesetz und ein Staatsdienstgesetz. (O. P. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 11. Febr. (Der zweite Tag der Adreßdebatte im Unterhause. Fortsetzung.) Auf Herrn Monckton Milnes folgte Lord Mandeville, der in einer Erstlingsrede (sog. maiden speech) für das Disraelische Amendement, aber mit einer in der Galerie der Reporters kaum vernehmbaren Stimme sprach. Herr Horsman ergriff nach Lord Mandeville das Wort, in einer Rede, welche für die Stellung der Reformer bezeichnend ist. Indem er zwar mit derjenigen Stelle in der Thronrede, worin dem Lande Ersparungen zugesagt werden, seine Zufriedenheit aussprach, unterwarf er doch die Politik des Kabinets, namentlich die äußere, einer scharfen Kritik, erklärte aber trotzdem, nicht für das Amendement Disraeli's stimmen zu wollen, weil er, Horsman, ein Freihändler, Hr. Disraeli aber von der Gegenpartei, d. h. ein Schutzzöllner sei. Diese Politik befolgen die Radikalreformer meist in allen Lebensfragen des Kabinets, indem sie zwar sehr häufig gegen das Ministerium sprechen, aber auch eben so oft für dasselbe stimmen. Da sie es für den Augenblick noch nicht vermögen, die Aristokraten von Geburt, Besitz oder geistiger Bildung, heißen sie nun Tories, Protektionisten, Peeliten oder Whigs, wie lästigen Ballast, zusammen über Bord zu werfen, was ihnen freilich am angenehmsten wäre, so vermeiden sie es, einen letzten, äußersten Schritt dem Ministerium gegenüber zu thun und stimmen lieber den Whigs, als den Ultrakonservativen zu Gunsten. Uebrigens wollen wir Hrn. Horsman keineswegs zu den eigentlichen Radikalreformern rechnen. Er ist noch einer der Gemäßigteren. Hr. Horsman geht zumeist und zunächst nur auf einen wohlfeileren Staatshaushalt, auf Ersparnisse im Heer- und Seewesen, in den höheren Regierungskreisen, namentlich aber im Bereich des in England so aristokratisch eingerichteten Kirchenwesens aus.

In seiner Rede behauptete Hr. Horsman, daß die allgemeine Weltlage der Art sei, um Reduktionen in der Armee zu gestatten; der gefahrdrohende Krater in Paris sei erloschen, die Stimmung in Frankreich sei überwiegend für Erhaltung des Friedens, und der General, unter den jetzt das Heer gestellt sei, habe seine Zustimmung zu einer Reduktion der Armee um ein ganzes Viertheil gegeben. Uebrigens seien die Ansichten Hrn. Disraelis in Betreff der auswärtigen Politik zum großen Theil auch die seinen; nur falle die Schuld dieser fehlerhaften Politik nicht allein auf das Ministerium, sondern eben so sehr auf das Parlament, welches die Kontrole über das Ministerium des Auswärtigen zu sehr aus der Hand gegeben habe; man müsse leider gestehen, daß das englische Volk und die Parlamentsmitglieder von dem, was im auswärtigen Amt vorgehe, eben so wenig wüßten als die Bewohner des Jupiter. Sehr wahr bemerkte übrigens Hr. Horsman: „Für unsere auswärtige Politik haben wir als Prinzip das der Nichteinmischung aufgestellt; aber in letzterer Zeit ist die Einmischung in auswärtige Händel keine Ausnahme mehr, sondern Regel, und während wir in dem einem Lande dem Regenten beistehn, um seine Unterthanen zum Gehorsam zurückzubringen, stehen wir in andern Ländern den rebellischen Unterthanen gegen die Krone bei. (Hört! hört!) Aller Orten haben wir uns eingemischt, und überall, wo wir uns einmischten, sind wir nicht mehr gern gesehen.“ (Hört! hört!)

Der Redner bezeichnet es weiter als bemerkenswerth, daß in der Thronrede von dem traurigen Zustande der Kolonieen nicht im geringsten die Sprache gewesen, und doch hätten diese sich zu zu keiner Zeit in einer so bedrängten Lage befunden, habe dort nie so viel Verfallenheit und Unzufriedenheit geherrscht als gegenwärtig. In dem Verkehr zwischen dem Kolonialministerium zu London und den einzelnen Kolonieen herrsche die beispielloseste Verwirrung, würden die ärgsten Böcke geschossen, und während Gouverneur Grey von Jamaika vom Gouverneur Grey in der Downingstreet (dem Kolonialminister) etwas plump ausgescholten würde, würde andererseits wieder Gouverneur Grey in der Downingstreet von einem andern Gouverneur Grey in Neu-Seeland der Unwissenheit und Unbesonnenheit überwiesen. (Gelächter.) Hr. F. Scott, konservatives Mitglied für Berwickshire, drückte hierauf sein Erstaunen aus, daß Hr. Horsman nach einer solchen tüchtigen Rede zu Gunsten des Amendements erklären könne, er werde gegen das Amendement stimmen, worauf Hr Scott seine Kritik namentlich gegen die Verwaltung der Kolonieen richtete. In Bezug auf die Thronrede äußerte er: Thronreden hätten stets etwas Unbestimmtes und Allgemeines, aber die letztgehaltene sei zugleich widersprechend, und in dieser Hinsicht gleiche sie der Rede des Mitgliedes für Cockermouth, (Hr. Horsman), der für die eine Seite gesprochen habe und für die andere zu stimmen gedenke.

Oberst Sibthorp, der originelle Redner im „Kommißbrodstyl,“ glaubte in dem heutigen Reigen der Redner gegen das Ministerium nicht fehlen zu dürfen, und man muß gestehen, daß er sich seiner Aufgabe, die Minister mit genialen Grobheiten zu bedienen und durch übertriebene zornmüthige Behauptungen dem Hause eine vergnügte Viertelstunde zu bereiten, mit gewohntem Geschick entledigte. Er begann seine Rede mit den Worten: „Ich kann nicht umhin, den Gegensatz zwischen der geschickten und eloquenten Rede des verehrlichen Mitgliedes für Buckinghamshire (Disraeli) und der schwachen und jesuitischen (!) Rede des edlen Lords auf der Seite gegenüber (Lord J. Russells) hervorzuheben; wie ich die eine bewundere, verachte ich die andere. (Gelächter.) Ich stehe an Ergebenheit für die Königin dieses Reichs keinem Menschen nach, aber das muß ich bekennen, daß die königliche Rede ein höchst miserables Produkt ist. Nichts Gutes ist daran; Alles darin ist schwarz, schlecht, hinterlistig und betrügerisch.“ Er bedaure, sagte der Redner weiterhin, den Verlust jenes edlen Lords (Bentinck), dem zur Erinnerung das ehrenwerthe Mitglied für Buckinghamshire einen so gerechten und beredten Tribut gezollt. Wäre besagter Lord noch am Leben, so würde er, wie er dieß gewohnt gewesen, dem Lord J. Russell und den anderen Herren, welche sich auf der Schatzbank breit machten, heute einen solchen Schmiß (lash) versetzt haben, daß sie in ihren Sitzen hin und her gefahren sein würden. Die Thronrede spiele darauf an, daß man eine Verminderung in den Ausgaben des Landes vorschlagen werde; schlagen die dickwanstigen, wohlgenährten, auf der Bärenhaut liegenden Minister,“ fragte der tapfere Redner, „etwa vor, ihre eigenen Gehalte zum Besten des Landes zu verkürzen? (Gelächter.) Was würden die Empfindungen Herrn Pitts und der Ahnen des edlen Lords sein, wenn sie aus ihren Gräbern zurückkehren könnten, um einen Russell, einen Sprößling des Hauses Bedford, als einen solchen Verächter der Agrikulturinteressen zu erblicken, daß diese ihm nicht einmal der Erwähnung werth zu sein scheinen! Ich glaube, daß die Zeit kommen wird, wo sich das Land gegen sie erheben wird, wo sie sich vor die Thür gesetzt sehen werden. Weit entfernt, Zutrauen zu ihren Ansichten zu

haben, bin ich geneigt zu glauben, daß sie sich von Privatabsichten und selbstsüchtigen Beweggründen leiten lassen." (Beifall und Gelächter.) Sir de Lacy Evans, welcher nach ihm für die Politik des Kabinets das Wort ergriff, bemerkte treffend: „Unter den gegen den edlen Lord (J. Russell) vorgebrachten Beschuldigungen war wohl diejenige von „Dickwanstigkeit", welche das ehrenwerthe Mitglied für Lincoln so eben in den Mund nahm, die merkwürdigste." (Gelächter.) Lord J. Russell ist bekanntlich nichts weniger als wohlbeleibt. (Schluß folgt.)

Frankreich.

* **Paris**, 10. Febr. Bugeaud hat wieder einmal eine seiner gewöhnlichen Reden gehalten, und wenn man in Frankreich auch kein Gewicht mehr auf die Rodomontaden des algierischen Helden legt, so fallen sie doch dem Ausland noch sehr in die Augen. Wir theilen deshalb den Vorgang näher mit. Er traf am 6. in Lyon ein und schlug im Hotel de Provence sein Hauptquartier auf. Der ganze Generalstab der Alpenarmee, der Präfekt, der Maire, der Kardinal Bonald und alle Civil- und Militärbehörden versammelten sich sofort um ihn. Der Marschall zeigte sich, wie gewöhnlich, sehr gesprächig; er hielt sowohl an die Civil- als Militärbehörden lange Reden. „— Vor allen Dingen", sagte er, „muß der innere Frieden gesichert sein. Frankreich hat eine schöne Armee, aber es kann sie nicht nach Außen gebrauchen, und die Regierung darf so lange nicht daran denken, die Alpen zu überschreiten, als sie hinter ihrem Rücken den Bürgerkrieg nicht überwältigt. Es können leicht Umstände eintreten, die wir nicht herbeiwünschen müssen, die aber doch kommen können, wo wir die Unruhestifter mit den Waffen in der Hand bekämpfen müssen. Ich zweifle nicht, daß sich dann auch unter Ihnen Viele uns anschließen werden. Man muß immer den Muth der Ueberzeugung haben und ihn bethätigen". „Und Sie, meine Herren Richter und Geschwornen", fuhr er dann zu diesen fort, „Sie müssen vorzüglich Festigkeit im Amte zeigen; sorgen Sie dafür, daß man den Mißbrauch der mildernden Umstände (circonstances atténuantes) abschaffe; er schwächt den Arm der Justiz und schont die Verächter der Gesetze zum Nachtheile der guten Bürger. Man hat in Frankreich die üble Gewohnheit, politische Verbrechen zu leicht zu nehmen. Triumphirt der politische Verbrecher, so ist er ein Held; unterliegt er, so ist er ein Unschuldiger, ein Märtyrer. Und doch verletzt ein Privatverbrecher nur den Einzelnen, während sich der politische Verbrecher gegen die ganze Gesellschaft richtet". Endlich zu den Offizieren sagte er: „— Ich weiß nicht, ob wir dazu berufen werden, gemeinschaftlich jenseits der Alpen zu kämpfen. In diesem Falle rechne ich, daß Sie zur Verherrlichung unserer glorreichen Fahnen beitragen werden. Doch der Punkt ist nicht die einzige Bestimmung der Alpenarmee. Die innere Lage des Landes erheischt vielmehr ihre ganze Mitwirkung. Ihr Zweck ist, die Gesellschaft gegen die bösen Leidenschaften zu schützen und einen unübersteiglichen Damm gegen alle Pläne zu bilden, welche die Desorganisation des Staates herbeiführen würden. Im Innern muß das Land zuerst erstarken: diese Aufgabe, die Regierung nach Innen zu stärken, scheint die Aufgabe aller großen europäischen Armeen im jetzigen Augenblick zu sein. Daß die österreichische Monarchie ihrem Sturze und ihrer Auflösung entrann, die allen unvermeidlich erschien, hat sie lediglich der starken Organisation, der festen Disziplin und dem militärischen Geiste ihrer Armee zu danken. Kein Zweifel, daß die treffliche französische Armee, welche die Sympathieen der ganzen Nation theilt, einer gleichen patriotischen Aufgabe nicht fehlen würde."

Wie gesagt, hier legt man kein Gewicht auf diese Reden. Man bereitet sich vielmehr auf die Wahlen. Der Club des Quai d'Orsay (das alte Institut) hat folgende 14 Kandidaten für den Wahlkreis des Departements der Seine aufgestellt: Fr. Arago, Lamartine, Garnier-Pagès, Bavin, Moreau, Victor Hugo, Changarnier, F. de Lasteyrie, Wolowsky, Coquerel, Boissel, Fould, Prupin, Carnot. Die Rue Poitiers soll sich dieser Liste anschließen wollen, nur Betreff Arago's noch Schwierigkeiten machen. Stimmt sie ihr aber bei, so ist kein Zweifel, daß Arago, den natürlich auch der National empfiehlt, die Ehre haben wird, die meisten Stimmen in Paris auf sich zu vereinigen.

Die Nationalversammlung schleppt ihr Dasein elend fort. Zwar ist die Frage ihrer Auflösung noch nicht endgültig entschieden (Dienstag wird der letzte Akt des Kampfes aufgeführt, und Ledru Rollin rüstet sich, noch einen Versuch der Rettung zu machen) doch gleicht sie schon den Todten. Die Gerichtsverfassung beschäftigt sie jetzt. Auf Od. Barrots Empfehlung hob sie keine der drei Kammern des Cassationshofes auf, verringerte inconsequenter Weise aber doch die Zahl der Mitglieder von 45 auf 39. — Der Ausschuß für den Antrag auf parlamentarische Untersuchung des 29. Januar hat sich mit 9 Stimmen gegen 5, gegen den Antrag erklärt, und den famosen Bauchart, Berichterstatter über die Insurrektion, auch zu ihrem Berichterstatter gewählt.

†† **Paris**, 11. Febr. Eine telegraphische Depesche hatte von Unruhen in Cette berichtet. Die telegraphischen Berichte sind aber immer stärker aufgetragen und beunruhigen durch die aphoristische Kürze meistens mehr, als der Hergang bei genauerer Kenntniß der Umstände thun würde. — Als der Minister vor der Kommission erschien, welche den Antrag Betreff der Vorgänge des 29. Januars zu prüfen hat, zeigte es sich, daß Furcht oder Uebertreibung die Minister überall Gespenster sehen läßt. Ein Mitglied, Herr Alem-Rousseau, forderte den Minister des Innern auf, die Dokumente vorzubringen, welche wahrhafte Pläne des Aufstandes bewiesen. Der Minister schlug es als seiner Pflicht entgegen ab. Herr Alem-Rousseau begehrte darauf, der Minister solle wenigstens die Klubs angeben, welche Insurrektionsabsichten verrathen hätten. „Das ist's ja eben, erwiederte Leon Faucher, am Vorabend großer Ereignisse bleiben die Klubs immer ruhig." Ferner stellt es sich heraus, daß der in l'Aube konfiszirte Waffentransport der Regierung selbst gehörte, und die verweigerte Uebergabe des Forts Labriche eine Fabel war; wie es schon der Kommandant der dort stationirten Mobilgarden öffentlich erklärt hatte. Es blieben noch die 15,000 Mecontents zu erörtern, welche Herr Leon-Faucher bei der Madelainekirche mit revolutionairen Absichten versammelt wissen wollte. Wir befanden uns den ganzen Tag am 29. Januar in der Nähe der Madelaine, sahen, wie überall, viele Blousen sich hin- und hertreiben, die meisten mit fröhlicher Miene und humoristischen Witzen sich unterhaltend. Die Franzosen lieben ja Militärschauspiele. Die einzigen Mecontents dieses Tages waren die armen Soldaten, welche seit 3 Uhr Morgens mit Sack und Pack gerüstet auf einem Flecke frieren mußten. Die Majorität der Kommission ist ministeriell, man kann daraus schließen, daß der komödienreiche 29. Januar als eine Ministerfarce der Vergessenheit bald übergeben sein wird. Die Beziehungen auf ihn werden nachgerade langweilig oder lächerlich. — Das Ministerium gestattet heute nicht die promenade de boeuf gras, eine Karnevalsbelustigung der Metzger, welche den schönsten Ochsen mit Blumen und Bändern geschmückt, zu allen Hof- und diplomatischen Notabilitäten nach altem Brauche festlich geleiteten, und von den durch die sonderbare Visite ausgezeichneten hohen Herrschaften Geschenke erhielten. Der geizige Louis Philipp honorirte diesen Besuch gewöhnlich mit 2000 Franken *). — Der Munizipalrath von Paris beschloß in gestriger Versammlung zu dem Bauprojekte der Verlängerung der Rue Rivoli bis zum Platze de l'Oratoire 3,119,360 Francs beizutragen. Die Kosten des ganzen Unternehmens hat die Regierung auf 32½ Millionen vorberechnet. Zwei öffentliche Institute werden die neue Straßenfronte verschönern, das Nationalbibliotheksgebäude und die Gallerie für die Kunstausstellungen. — Der Munizipalrath von Montpellier übersandte dem Ministerium und der von Valence dem Präsidenten Bonaparte Beifallsadressen für die am 29. Jan. bewiesene Festigkeit. — Der Unterrichtsminister Vicomte de Fallour reiste gestern nach seiner Heimath an's Sterbebett seines Vaters. Der Handelsminister signirt statt seiner während seiner Abwesenheit. Der Minister des Ackerbau und Handels, Herr Büffes, verlangt in einem Rundschreiben an die Industriellen, ihm jene ausländischen Fabrikate namhaft zu machen, welche die französischen an Güte oder Geschmack übertreffen. Er will bei der Industrieausstellung solche Erzeugnisse vom Ausland beziehen, um den Ehrgeiz seiner Landsleute anzuregen und der französischen Konkurrenz neue Erwerbsquellen zu eröffnen. General Changarnier hielt heute große Heerschau über die Truppen der 1. Division auf dem Champ de Mars. Ein Neapelblauer Himmel zog die Pariser zu dem militärischen Schau-

---

*) Die Metzger hatten auf dem Markte von Poissy den Ochsen schon angekauft, und erfuhren erst darnach die Verfügung von Leon Faucher. Sie werden die Promenade in Versailles halten. Der Ochse ist Californie gekauft, seine Länge beträgt 2 Metres 88; die Höhe 2 Metres, der Umfang 3 Metres 10.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 15. Febr. Agitation gegen das Wahlgesetz. Unruhige Regungen.) Wien (Gefecht bei Szolnok. Tokay nicht besetzt.) Triest (Englische Begünstigung der Venetianer.) Prag (Die Studenten und die Rekrutirung.) Berlin (Wahlen. Der Ausfall der Wahlen zur ersten Kammer. Frankfurt und Berlin. Das Gesetz über die Gewerbe. Die Parteien.) Minden (Wahlen zur ersten Kammer.) Hannover (Preußische Note über die Grundrechte.) Weimar (Amnestie.) Detmold (Erklärung der Regierung über die preußische Note.) Altona (Vertagung der Landesversammlung.)

Schweiz. Basel (Petition um Aufhebung der Militärkapitulationen.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 15. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 15. Februar.

Tagesordnung der 170. öffentl. Sitzung.

1) Fortsetzung der Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte: Art. XI. und XII. §. 47 und 48.
2) Berathung des vom Abgeordneten Uhland, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses erstatteten Berichts über den Antrag des Abgeordneten Künßberg, die weitere Behandlung des Verfassungswerkes betreffend.
3) Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause."

Präsident Simson eröffnet die Sitzung 10 Uhr Vormittags. Eine Anfrage des Hrn. Scheller aus Frankfurt a. d. O. an den Gesetzgebungs-Ausschuß wird nach der Erklärung des Hrn. Mittermaier demnächst beantwortet werden. Auf die vorgestrige Anrufung des Hrn. Pattai erwidert Hr. Widenmann im Namen des sog. Biedermann'schen Ausschusses, daß dieser Ausschuß der Meinung sei, die beste Antwort auf die von verschiedenen Regierungen gemachten Versuche, die Nationalversammlung auf das Vereinbarungsprinzip zurückzudrängen, werde die unbeirrte und beschleunigte Vollendung des Verfassungswerks sein. (Bravo!) Aus diesem Grunde habe der Ausschuß mit seinem Berichte zurückgehalten. Hr. Pattai stellt dennoch einen dringenden Antrag auf Erstattung dieses Berichts. Die Versammlung erkennt aber die Dringlichkeit des Antrags nicht an.

Aus der Nationalversammlung ausgetreten ist Hr. Heubner aus Freiberg in Sachsen.

Unter den heute angemeldeten Flottenbeiträgen sind 400 Thaler, Ertrag einer Sammlung des Vereinsausschusses zu Gera und 2212 Gulden rh. freiwillige Beiträge aus Oldenburg (darunter 346 Thaler in Gold in der Stadt Oldenburg gesammelt, 325 Thaler Ertrag einer von Damen veranstalteten Lotterie, 147 Thaler von einem Offizierkorps rc.)

Der Reichsminister der Justiz, Herr Robert v. Mohl, beantwortet die in Bezug auf die wider den österreichischen Abgeordneten Hrn. Gritzner verfügte Enthebung von Amt und Gehalt an ihn gerichtete Interpellation in folgender Weise:

Das Reichsministerium hat auf erhaltene Kenntniß von der vorliegenden Thatsache von der österreichischen Regierung die Einhaltung des Gesetzes vom 30. Sept. v. J. verlangt und Verwahrung gegen jede weitere Fortsetzung der Untersuchung gegen den Abgeordneten Gritzner vor erwirkter Zustimmung der Nationalversammlung eingelegt. In einem früheren Falle hat die österreichische Regierung dem genannten Gesetze, sowie überhaupt den Reichsgesetzen verbindende Kraft für die deutsch-österreichischen Staaten verweigert, wegen der noch nicht entschiedenen staatlichen Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich. In der jüngsten Zeit ist folgende Eröffnung von der österreichischen Regierung gemacht worden: (Der Minister trägt eine Note vom 10. Febr. vor, worin die Einführung des deutschen Wechselgesetzes in Oesterreich angekündigt, hinsichtlich anderer Reichsgesetze jedoch der Regierung die jedesmalige Entscheidung vorbehalten wird.) Welcherlei Folge diese Erklärung der österreichischen Regierung für den vorliegenden Fall haben wird, weiß das Reichsministerium gegenwärtig noch nicht zu beurtheilen.

Sodann die Anfrage wegen Verletzung des Vereinsrechts in Altenburg:

Das Reichsministerium hat über die in der Interpellation des Abgeordneten Hrn. Schlutter angeführte Thatsache Bericht erhalten. Die herzoglich altenburgische Regierung hat sich aber dahin erklärt, daß die in Frage stehende Verfügung vor dem Eintritte der Gesetzeskraft der Grundrechte und auf die Grundlage der früher bestehenden gesetzlichen Bestimmungen getroffen gewesen sei. Was die Zukunft betrifft, so hat die herzogliche Regierung über die Auslegung des §. 30 der Grundrechte bei dem Reichsministerium Anfrage gestellt, und von diesem die Antwort erhalten, daß es sich zwar zur Ertheilung allgemeiner authentischer Gesetzesauslegungen nicht für befugt erachte, ihm aber seinerseits kein Zweifel sei, es habe der §. 30 der Grundrechte nicht blos die Bildung, sondern auch die gesetzmäßige Ausübung des Vereinsrechtes von vorbeugenden Maßregeln befreien wollen. Das Reichsministerium hat übrigens von dem in Frage stehenden Verhalt, bei welchem dem amtlichen Berichte nach schwere Rechtsverletzungen vorgekommen sind, Veranlassung genommen, auch die herzogl. altenburgische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß die grundrechtliche Freiheit des Vereins- und Associationsrechts keineswegs ein Freibrief für ungestrafte Begehung von Vergehen und Verbrechen in dem Vereine oder von demselben in sich begreife, sondern daß vielmehr je weiter das Recht jetzt gestattet sei, desto unnachsichtlicher die gesetzliche Ahndung seines Mißbrauches einzutreten habe. (Bravo!)

Auf die Anfrage der Hrn. Rößler von Oels und Hönniger, ob das Reichsministerium offizielle Kenntniß von der königlich preußischen Circularnote vom 23. Jan. erhalten habe, erwiedert Herr Heinrich v. Gagern mit Ja, und daß sie dem Ministerium durch den preußischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt übergeben worden sei. Hr. Rößler von Oels stellt in Folge dieser Antwort den dringenden Antrag, daß die preuß. Note, so wie mit der österreichischen geschehen sei, dem Hause amtlich mitgetheilt und darauf dem Verfassungsausschusse zugewiesen werde. Die Versammlung erkennt aber auch diesen Antrag nicht für dringlich.

Auf die Martiny'sche Interpellation wegen der italienischen Konferenzen eröffnet Hr. H. v. Gagern: Das Reichsministerium hat den Anspruch erhoben, als interessirte Macht sich bei den brüsseler Konferenzen über die italienischen Angelegenheiten zu betheiligen. Es ist aber jetzt zweifelhaft geworden, ob diese Verhandlungen überhaupt oder ob sie in einem Umfange in Brüssel stattfinden werden, daß eine Betheiligung Deutschlands dabei durch sein Interesse geboten ist.

Es fehlt daher der Interpellation des Abg. Hrn. Martiny noch zur Zeit an der faktischen Grundlage. Sollte es aber zu solchen Konferenzen kommen und die Centralgewalt sich dabei betheiligen, — was sie gewiß dann, wie früher, aussprechen würde, wenn die italienischen Wirren in weiterem Umfange zum Gegenstande der Berathung in solchen Konferenzen gemacht werden sollten — dann würde die Nationalversammlung das Verlangen des Herrn Interpellanten, welches dahin geht, daß das Reichsministerium diese einem Gesandten zu ertheilende Instruktion der Nationalversammlung vorlegen möge, gewiß nicht unterstützen.

Artikel XI. §. 47, zu dessen Berathung jetzt übergegangen wird, lautet: „Den nicht Deutsch redenden Völkerstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, so weit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der Literatur, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege."

Herr Esterle aus Cavalese findet einen Widerspruch darin, daß der Paragraph von nicht deutsch redenden Völkern „Deutschlands" spreche. Das deutsche Reich meint er, könne weiter reichen als die deutsche Nationalität und Sprache, aber Deutschland höre da auf, wo sein Sprachgebiet abschließe. Auch die politischen Verhältnisse der nichtdeutschen Völker müßten im Sinne der Gleichberechtigung und volksthümlichen Entwickelung von den einzelnen Regierungen geordnet werden. Auf diese Punkte richtet sich der von ihm zu §. 47. eingebrachte Verbesserungsantrag. Außerdem betheiligen sich an der Debatte Herr Buß aus Freiburg, der den Paragraphen bestimmter gefaßt sehen will, Herr Boczek aus Mähren und Herr Georg Beseler als Berichterstatter. Die Abstimmung entscheidet sich, unter Verwerfung des Verbesserungsantrags des Herrn Esterle, sowie der Zusätze von Buß und Boczek, für die Annahme des Paragraphen in der oben mitgetheilten Gestalt des Verfassungsausschusses. Desgleichen wird zum Beschluß erhoben:

§. 48. Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze der deutschen Nation.

Dazu wird angenommen der Zusatz des Hrn. Michelsen: „Die im Auslande angestellten Gesandten, Konsuln und sonstigen Agenten Deutschlands sind verpflichtet, den Angehörigen des deutschen Volks den erforderlichen Schutz zu gewähren."

Mit der Annahme des §. 48 ist die erste Lesung des rückständigen Theils der Grundrechte beendigt und nachdem ein Antrag von Spatz, Pattai und Genossen auf Verweisung dieses Theils an den Verfassungsausschuß zur sofortigen Vorbereitung der zweiten Lesung abgelehnt worden ist, wendet sich die heutige Berathung zu dem Berichte des Prioritäts- und Petitionsausschusses (Berichterstatter Hr. Ludw. Uhland) über den Antrag des Hrn. Künßberg die weitere Behandlung des Verfassungswerks betreffend. Der Künßberg'sche Antrag lautet:

„In Anbetracht, daß

1) die vom Verfassungsausschusse bisher nach und nach im Entwurfe vorgelegten, daher von der Nationalversammlung ohne die Möglichkeit eines Totalüberblicks berathenen einzelnen Abschnitte der Reichsverfassung von der Art sind, daß sie den Begriff eines Bundesstaats schlechterdings ausschließen und in vielen Beziehungen nicht nur für Oesterreich, sondern auch für jeden andern deutschen Staat unannehmbar sind, der weder an die Spitze des projektirten Gesammtstaates berufen wird, noch in der Lage ist, sich einer auf absolute Unterdrückung und Vernichtung der deutschen Einzelstaaten berechneten Gewalt auf Gnade und Ungnade ergeben zu müssen,

2) daß der bundesstaatswidrige Charakter des nun vorliegenden Gesammtentwurfs ganz besonders dem Abschnitt über das Reichsoberhaupt inne wohnt,

3) daß demnach alle bisherigen Verfassungsarbeiten einer so durchgreifenden Revision bedürfen, daß dieses Geschäft dem bisherigen Verfassungs-Ausschusse nicht füglich zugemuthet werden kann,

aus diesen Gründen stelle ich den Antrag:

die hohe Nationalversammlung wolle beschließen,

1) es sei durch die Abtheilungen ein Ausschuß von fünfzehn Personen zu wählen, welcher — abgesehen von dem bereits publicirten Theile der Grundrechte — alle von dem bisherigen Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Abschnitte eines Verfassungsentwurfs zu revidiren und über das Ergebniß unter Vorlegung eines neuen Gesammtentwurfs Bericht zu erstatten hat;

2) bis letzteres geschehen ist, sei die Berathung der Versammlung über das Verfassungswerk auszusetzen."

Dem Erachten des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses gemäß, soll dem Künßberg'schen Antrage keine Folge gegeben werden.

Zur Vertheidigung seines Antrags erscheint Hr. Künßberg auf der Rednerbühne. Er fürchtet, daß die Versammlung, unverrichteter Sache, d. h. ohne das Verfassungswerk begründet zu haben, werde auseinandergehen müssen, wenn sein Vorschlag keine Berücksichtigung finde, denn das Projekt eines deutschen Erbkaiserthums sei ein derartiges, daß man es so lange als möglich „unter dem Schleier der Nacht verborgen" habe.

Hr. Jahn aus Freiburg: Die Zeit hat uns abgemattet, das fühlen wir und ein Jeder sehnt sich nach Hause. Durch die Schuld, wenn nicht von Vielen, so doch von Einzelnen, haben wir das Vertrauen von Deutschland verloren. (Widerspruch von der Rechten. Beifall von links.) Berathen wir daher das Wahlgesetz für die Volksvertreter und lesen wir zum zweiten Male das Gesetz über das Staatenhaus. Dann lösen wir uns auf und die neue sofort an unsere Stelle einzuberufende Versammlung möge dann die Oberhauptsfrage erledigen.

Auf Herrn Rüder's Antrag, der vom Centrum zahlreich unterstützt wird, erfolgt die Abstimmung über das Erachten des Prioritäts- und Petitionsausschusses durch Namensruf. Mit 298 gegen 110 Stimmen wird diesem Erachten gemäß beschlossen, dem Künßberg'schen Antrage keine Folge zu geben.

Eine Erklärung von vier und sechzig österreichischen Abgeordneten wird verlesen, worin die Unterzeichner gegen das von ihrer Regierung in der Note vom 4. Febr. der Versammlung angemuthete Vereinsprinzip Verwahrung einlegen und auf ihrem Mandate als Volksvertreter beharren.

Für den Verfassungsausschuß beantragt Herr Scheller als dessen Berichterstatter, daß auch das Wahlgesetz einer zweimaligen Lesung unterworfen werde. Dieser Antrag sowohl, als die Anwendung des Schnerr'schen Abkürzungsverfahrens auf die Berathung über das Wahlgesetz wird von der Versammlung angenommen. Nachdem darauf beliebt worden ist, daß eine allgemeine Diskussion über das Wahlgesetz stattfinde, verlangt Hr. Vogt aus Gießen die allgemeine und spezielle Diskussion bis zum nächsten Montag auszusetzen und dann die Ferientage der folgenden Woche wegfallen zu lassen. Herr Scheller erklärt sich gegen diesen Vorschlag mit dem Bemerken, daß er kaum geglaubt habe, einen solchen Antrag auf Verzögerung von der linken Seite des Hauses zu vernehmen und Herr Biedermann verlangt namentliche Abstimmung darüber. Die letztere zwar wird abgelehnt aber auch der Antrag des Herrn Vogt verworfen.

Als Redner für und gegen den Entwurf des Wahlgesetzes zum Volkshause haben sich 42 Redner einzeichnen lassen. In dieser Liste erscheint zum ersten Male der Name des Herrn Temme und natürlich unter den Gegnern des Entwurfs. Die Debatte wird mit einer Einleitung des Herrn Scheller eröffnet. Er bezeichnet darin die Standpunkte, von welchen die Mehrheit des Verfassungsausschusses bei dem Entwurfe ausgegangen. Das Recht zum Wählen sei zugleich ein Amt und eine Pflicht. Als die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfs seien zu betrachten, daß direkt und öffentlich gewählt werde. Ihm folgt Herr Ziegert aus Minden, der sich für das allgemeine Stimmrecht und gegen die Ausschließung der zahlreichen Menschenklasse von Fabrikarbeitern, Dienstboten und Handwerksgehilfen erklärt. Vor und während des Vortrags des Herrn Ziegert hat sich das Haus in einer Weise geleert, daß, als darauf auf Vertagung der Berathung angetragen wird, begründete Zweifel an der Beschlußfähigkeit des Hauses entstehen. Auf Zählung ergeben sich nur 167 Mitglieder als anwesend und nach der Meinung des Herrn Kirchgeßner, der die Stelle des Vorsitzenden inne hat, ist das Haus demnach nicht einmal zu der Entscheidung befähigt, ob es sich vertagen solle oder nicht. Indessen wird nach dieser Unterbrechung die Berathung fortgesetzt, indem Herr Edlauer aus Gratz das Wort erhält. Er spricht für die Mehrheitsvorschläge des Ausschusses, worauf (2 Uhr Nachmittags) die Versammlung endlich die Berathung wirklich abbricht und auf die morgende Sitzung vertagt.

C **Frankfurt**, 15. Febr. Die Versammlung der „vereinigten deutschen Fraktionen" oder der „Großdeutschen" (wie sich die „Frankfurter Zeitung" ausdrückt) fand gestern Abend im Saale der Mainlust statt. Die Einladung war so gestellt, daß alle Abgeordnete daran Theil nehmen konnten, denn sie war an alle die gerichtet, welche ein „kräftiges, einiges Deutschland mit Oesterreich", wollten. Wer wollte das nicht, wenn nur die Möglichkeit nachgewiesen wäre, ein wirklich einheitliches und kräftiges Deutschland mit Oesterreich, wie dasselbe gegenwärtig besteht und nach dem Willen seiner Machthaber und seines Volkes fortbestehen soll, zu Stande zu bringen. Es hatten sich daher auch Mitglieder verschiedener Fraktionen eingefunden, weil sie hofften, das Wort dieses Räthsels dort zu vernehmen. Dennoch mochte die Versammlung kaum über 120—130 Köpfe stark sein. Hr. Welcker, der badische Bevollmächtigte, präsidirte, und suchte in längerer Rede die Absichten des „großdeutschen Verfassungsausschusses" auseinander zu setzen, insbesondere aber eine Koalition der Linken mit den Großdeutschen anzubahnen. Ersteres gelang ihm nicht ganz, indem selbst nach wiederholten Reden desselben auf mehrfache Interpellationen nicht recht klar ward, was eigentlich des Pudels Kern sei. Vielleicht macht es der „großdeutsche Verfassungsausschuß" so, wie Hr. Vogt von der Linken sagte: sie werde ihre Regierungspolitik nicht eher verrathen, als wenn sie ans Herrschen gelangt sei. Deutlicher war das, was Hr. Welcker im Namen des großdeutschen Verfassungsausschusses als Lockspeise für die Linke hinwarf. Keine Civilliste für das Reichsoberhaupt! Kein Reichsrath! Das war der wiederkehrende Refrain in Hrn. Welckers Rede — grelle Mißtöne zu der Melodie, die Hr. Welcker — der eifrige Vertheidiger des monarchischen Prinzips und der Vertretung der Einzelregierungen im Centrum (man denke an seine Rede bei der Centralgewalt!) so häufig aufgespielt hat, aber süße Klänge — so mochte der Redner denken — in den Ohren der Linken. Und dennoch täuschte er sich! Die Linke ließ sich so leicht nicht

fangen. Herr Schüler von Jena lehnte im Namen seiner Partei eine definitive Erklärung über ihre Verbindung mit den „Großdeutschen" ab, und Herr Vogt, mit jener Offenheit, die man an ihm kennt, sagte dem Herrn Welcker geradezu: er, Herr Welcker, und seine politischen Freunde hätten immer gegen die von der Linken vertretenen Volkswünsche gestimmt und sie müßten wenigstens erst bestimmte Versicherungen geben, ehe die Linke sich auf eine solche „Koalition" mit ihnen einlassen könnte, sie müßten etwas Ordentliches „bieten", dann werde man ja „handeln" können. Hr. Welcker suchte zwar mit schönen Worten den Herren zu schmeicheln; aber die Linke ist klug genug, sich nicht für schöne Worte zu verhandeln. Es war ein schmerzlicher Anblick, einen Mann, wie Welcker, um die Bundesgenossenschaft der Linken buhlen, von dieser zurückgewiesen, beinahe verhöhnt zu sehen! Dahin ist es mit diesem einstigen Koryphäen der konstitutionell-monarchischen Partei gekommen! Während der Rede des badischen Bevollmächtigten vertheilte ein Kollege desselben, der Bevollmächtigte eines norddeutschen Königreichs, ein Mitglied der äußersten Rechten, unter den Mitgliedern der Linken Exemplare eines offiziellen Blattes, worin die Opposition des betreffenden Staats gegen Einführung der Grundrechte vertheidigt wird. Die ganze Versammlung verlief sich übrigens resultatlos; der Hauptzweck, den „großdeutschen Verfassungsausschuß" durch ein Mitglied der Linken zu verstärken und ihm dadurch ein Relief zu geben, ward vorläufig noch nicht erreicht und wird wohl auch nicht erreicht werden, denn diese beabsichtigte Verschmelzung des **Märzvereines** mit dem Bunde der Partikularisten, scheint denn doch auch der Linken eine allzustarke Zumuthung, durch deren Annahme sie sich in den Augen der Nation zu kompromittiren fürchtet.

*** **Frankfurt**, 14. Febr. Das Wahlgesetz scheint der Agitation eine ergiebige Quelle zu werden. Es muß allerdings auf den ersten Augenblick befremden, daß ganze Klassen von dem Wahlrechte ausgeschlossen werden sollen und eine solche gesetzliche Bestimmung muß jedenfalls „böses Blut" setzen. Es ist aber Pflicht, das Resultat der Berathung der Nationalversammlung über das Wahlgesetz ruhig zu erwarten. Mancherlei Gerüchte sind aber von bevorstehenden Unruhen verbreitet und es fängt an in den Lüften wieder zu spuken. Aengstliche Gemüther gerathen darüber in Besorgniß. Sie dürfen sich beruhigen, denn die wahren Freunde der Freiheit werden keinen Putsch nähren und ihn auch nicht zu besorgen haben. Die aber im Trüben fischen wollen sind taub gegen die Stimme der Warnung und der — Erfahrung.

Wien, 10. Febr. Zwischen Szolnok und St. Miklos soll zwischen den Ungarn unter General Dembinski und den kaiserlichen Truppen unter dem Feldmarschallieutenant Ottinger ein hartnäckiges Gefecht stattgefunden haben, bei welchem beide Korps ihre Positionen behauptet haben sollen. Das Gefecht soll einen ganzen Tag gedauert haben. Die Nachricht von der Besetzung von Tokay durch die kaiserlichen Truppen entbehrt noch der Bestätigung. Aus Pesth sind mehrere Truppenabtheilungen unter Kommando des Feldmarschallieutenants Ramberg zur Verstärkung des vor Komorn stehenden Korps abgegangen, um diese Festung enger zu cerniren. Zwischen hier und Preßburg beginnt wieder mit nächster Woche die regelmäßige Dampfschifffahrtsverbindung — vorläufig zweimal in der Woche hin und zurück. (Allg. Z.)

Triest, 6. Febr. Groß ist hier der Unwille gegen den englischen Consul in Venedig, der venetianischen Schiffern königlich englische Seeurkunden ausstellt, mit welchen diese unter jonischer Flagge in den istrischen Häfen Lebensmittel und Holz aufladen und nach Venedig bringen, wodurch die Maßregeln unserer Regierung gegen diese Stadt entkräftet werden. (C. Bl. a. B.)

Prag, 10. Febr. In der heutigen Plenarversammlung der deutschen Studenten statteten die beiden deutschen Mitglieder der in Rekrutirungsangelegenheiten an das Ministerium abgegangenen und heute zurückgekehrten Studentendeputation Bericht über den Erfolg ihrer Sendung ab. Die Antwort des Ministers Stadion auf die Petition der Studenten lautete dahin, daß die begünstigende Wirkung der Frequentationszeugnisse aufhören und die Rekrutirungspflichtigkeit der Studenten nach dem Patente von 1827, das blos die mit Vorzugsklassen betheiligten Studenten von der Konskription befreit, beurtheilt werden müsse. Von der kremsierer Linken ist den deutschen Studenten in Prag alle Unterstützung zugesagt. Aus dem Bericht über die Thätigkeit des Ausschusses entnehmen wir, daß eine Petition an das Unterrichtsministerium um Errichtung einer Lehrkanzel für deutsche Sprache und Literatur an der prager Universität eingegeben wurde. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 13. Febr. Zu Abgeordneten für die erste Kammer sind gewählt worden:

Provinz Brandenburg. Regierungsbezirk Potsdam.

Prinz von Preußen, Königliche Hoheit. Ritterschafts-Direktor von Katte. Staats- und Kriegs-Minister von Strotha. Staats- und Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten von Ladenberg. Minister-Präsident Graf von Brandenburg. Regierungs-Präsident Graf von Itzenplitz auf Kunersdorf. Geh. Kommerzienrath W. Beer aus Berlin. Ritterschaftsrath Thym-Segelitz. Unter-Staats-Sekretär von Pommer-Esche.

Regierungs-Bezirk Frankfurt a. d. O.

Landes-Oekonomie-Rath Koppe. Unter-Staats-Sekretär von Pommer-Esche. Landrath von Manteuffel. Ober-Landesgerichts-Präsident Scheller in Frankfurt. Regierungs-Rath Bennecke (Frankfurt).

Provinz Pommern. Regierungs-Bezirk Stettin.

Unter-Staats-Sekretär Graf Bülow. General-Major von Brandt.

Provinz Schlesien. Regierungs-Bezirk Breslau.

Minister-Präsident Graf Brandenburg. Staats-Minister a. D. Milde.

Provinz Posen. Regierungs-Bezirk Posen.

Geh. Regierungs-Rath Freiherr von Schleinitz in Berlin. General-Post-Direktor Schmückert. Gutsbesitzer Goebel-Opatow (Kreis Schildberg).

Provinz Sachsen. Regierungs-Bezirk Magdeburg.

Landrath von Gustedt zu Darbesheim. Ober-Landesgerichts-Rath Heine in Halberstadt. Rittmeister a. D. und Fabrikbesitzer Herrmann in Schönebeck. Staats-Minister a. D. Graf von Alvensleben-Erxleben. Deichhauptmann von Bismark. Appellations-Rath Luee.

Regierungs-Bezirk Merseburg.

Geheimer Kommerzien- und Stadtrath Wucherer in Halle. Staats-Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten von Ladenberg.

Berlin, 13. Febr. Die gestern stattgehabte Doppelwahl des Obersten von Griesheim für die erste Kammer und der Umstand, daß Camphausen seine Wahl eigentlich nur der demokratischen Partei zu danken hat, liefern heute Stoff zu den vielfachsten Betrachtungen. Da gleichzeitig aus den Provinzen Nachrichten einlaufen, daß die Wahlen dort in ähnlichem Sinne wie hier stattgefunden haben, so ist die Freude der Ultras beider Parteien zu erklären. Die Einen jubeln, weil sie gesiegt haben, die Andern, weil sie jetzt sicher wissen, daß sie bald wieder siegen werden. Wie man die Stellung der ersten Kammer hier schon betrachtet, mögen Sie aus dem Witze entnehmen, daß in dem Oberhause der Präsidentenstuhl nicht in die Mitte, sondern so auf die linke Seite gestellt werden würde, daß die Mitglieder der Kammer Alle rechts davon sitzen, da es dort nur eine Rechte und nicht einmal mehr ein Centrum geben würde. Selbst ein sehr hoher Ministerialbeamter äußerte nach der gestrigen Wahl, jetzt sei es Niemand übel zu nehmen, wenn er äußerst links würde, und er selbst, sonst ein aristokratisch gesinnter Büreaukrat, werde jetzt zur Demokratie übergehen. — Sie mögen hieraus schließen, in welcher Lage sich der unparteiische und vernünftige Theil der hiesigen Bevölkerung befindet: wir sehen nach dem gestrigen Tage der Zukunft mit noch größerer Besorgniß als früher entgegen. Also nur die Alternative zwischen „rother Reaktion" und „rother Revolution", nirgend in den Kammern eine Vermittlung und dabei das Oberhaus, wie fast zu besorgen, schon todt geboren! — So viel hat jedenfalls der gestrige Tag gezeigt, daß der Census an und für sich wahrlich keinen Maßstab für die Befähigung der Wähler abgibt. An Griesheims Namen knüpft sich unwillkürlich der Gedanke an Frankfurt und die dortige Versammlung, von der man sonst hier leider wenig Notiz nimmt, und sie fast als eine Schildwache betrachtet, deren Ablösung man vergessen hat. Vor einiger Zeit verlautete das Gerücht, unser Ministerium beabsichtige vermittelst der Frankfurter Versammlung eine Vertagung der hiesigen zu bewirken; ich weiß nicht, wie viel an diesem Gerüchte wahr ist, daß weiß ich aber gewiß, daß ein derartiger Beschluß die Frankfurter Versammlung diskreditiren und nebenbei gerade den entgegengesetzten Effekt von dem hervorbringen würde, was man erwartet. Möge sich daher die Frankfurter Versammlung hüten, für Brandenburg-Manteuffel die Kastanien aus dem Feuer zu holen*). Die heutige Spener'sche Zeitung

*) Da allgemein verbreitete Stimmungen auch Thatsachen, und zwar beachtenswerthe Thatsachen sind, so haben wir bereits einer ähnlichen Warnung eine Stelle in unserem Blatte verstattet. Uns sind mehrere Mittheilungen in ähnlichem Sinne zugekommen, diese von einer beachtenswerthen Seite, wo man eine Freundlichkeit für die frühere unselige Ver-

Uebersicht.

Zur österreichischen Note.

III.

• Vom Rhein, 14. Febr. Wenn in Oesterreich die größte und anerkannteste Weisheit im hohen Rathe der Politik säße, so würde man sich in Deutschland, wenn anders die Schneide der Ehre noch durch unsern Bärenpelz durchdringt, eine solche Note, in solch einem Stadium unserer Nationalversammlung und ihrer Arbeiten, in solch einer Zeit der Noth und Gefahr, nicht gefallen lassen. Was soll man thun, da man weiß, daß sie von der weltkundigen Unfähigkeit ausgeht, die in Oesterreich jetzt wie früher die Herrschaft führt? Man hat es erlebt, daß unter Metternich trotz der Mahnungen zweier Revolutionen in Italien und in Frankreich durch 30 Jahre des Friedens nichts gethan wurde, um die Völker unter österreichischer Herrschaft zufrieden zu stellen. Die vielgerühmte Besorgung der materiellen Interessen stellte nicht zufrieden; man müßte und könnte das lange wissen, daß der Mensch nicht vom Brode allein lebt; man zog sich die Revolution groß im Lande, die jetzt, in dem friedlichen epikureischen Wien selbst, sogar der Gewalt der Bajonette nicht weicht. Wie lang ist es her, daß die Erschütterung von Galizien Statt hatte! Dann folgten in diesem Jahre die Umstürze in Italien, in Deutschösterreich, in Böhmen, in Ungarn. Nach einer so furchtbaren Lektion hätte man denken sollen man habe wenigstens den Unsinn ganz im großen Style durchschaut, der darin lag, ein Mischvolk der verschiedensten Stämme beherrschen und gar zu einem Bilde der Loyalität stempeln zu wollen, ohne daß man einen einzigen Stamm darunter so befriedigte, daß man sich zu aller Zeit auf ihn stützen konnte. Man sah sich plötzlich jeden Halts beraubt, bis es gelang, die Armee zu solch einem Stützpunkt zu nehmen. Sie ist die Rettung des Staats geworden, wenn man Rettung nennen kann, was eine Unterbrechung in den Gang des Verderbens brachte, nichts weiter. Denn man geht nun ganz die alten Wege wieder, die ganz zum selben Ziele führen werden; dann wird die Armee in der Zeit der neuen Zerrüttung grade so viel helfen, wie dieses Jahr, und daß sie nicht zum zweiten Mal zum Werkzeug der Reaktion werde, dafür wird man dann bei einer künftigen Bewegung zeitig Sorge tragen. Man geht nun ganz die alten Wege wieder, sage ich. Man geht viel schlimmere Wege. In den Zeiten der Ruhe war die Folge des Regiments, daß man sich nirgends Sympathien zu wecken wußte. In diesen Zeiten, wo man zum Handeln genöthigt ist, ist man geschäftig aktiv überall die Antipathien mit Gewalt zu erregen. Man sehe, wohin die „Pacifikation" in Italien geführt hat! Die Stimmung der Lombardei ist unter Radetzky's Kanonen nicht anders als sie vor einem Jahre war — Italien ist nicht zu behaupten von Oesterreich, was auch die Verblendung ihm vorgaukeln mag! Dazu hat man mit einem großen Theile der deutschen Bevölkerung gebrochen. Man hat Ungarn zum Todfeinde gemacht. Man wird zunächst an den slawischen Prätensionen scheitern. Und jetzt verscherzt man sich die letzte Sympathie, die man noch in Deutschland gehabt hatte. Das ist Tollheit, aber keine Politik, es ist der Rausch eines Dünkels, der Alles für Verstand hält, was Glück und Zeitlauf mit sich brachte. Und diesem so geleiteten Oesterreich, das Metternichs Maschinen übrig behalten hat und ihren Mechanismus nicht kennt, wollen wir unsere deutschen Schicksale anvertrauen? Von diesem Oesterreich wollen wir uns vorschreiben lassen, was wir thun und nicht thun sollen? Von diesem hohlen Hochmuthe wollen wir uns imponiren und noch einmal „den Fuß auf den Nacken setzen" lassen? Armseliges, unberathenes und jeden Ehrgefühls baares Volk, wenn wir dazu schweigen, auf diese öffentliche Prostitution nichts als neue demüthige Verhandlungen setzen wollen! uns eine Blosstellung von Menschen gefallen lassen wollen, die ihr nächstes eigenes Wohl und Bedürfniß nicht verstehen! Sind sie darin ganz Metternichs Schule, so verräth sie ein anderes feines Symptom noch mehr so. Wie wenig man sich den Anschein gibt, die Schwäche der eigenen Füße zu kennen auf denen man steht, darin verräth sich diese Schwäche und diese Selbsterkenntniß doch, daß man jeden Bundesgenossen und jede Hülfe und Stütze sucht um in dem vermessenen Gange, den man eingeschlagen hat, sicher zu gehen. So machte es Metternich in jeder äußeren Kollision, nur mit dem Unterschiede, daß er nach seiner passiven Weise überhaupt nicht zu gehen unternahm ehe er seiner Krücken sicher war. Die Hülfe, die Oesterreich jetzt sucht, indem es seine alte Stellung in Deutschland wieder erobern und Preußen aus den Früchten aller seiner Verdienste in den letzten Jahrzehnten hinausdrängen will, sind die Verträge! Es schämt sich nicht, Deutschland ins Angesicht mit den Verträgen zu drohen, deren Bestandtheil die bisherigen Bundes-Verhältnisse seien. Es wird sich nicht bedenken im Nothfall die Garanten der Verträge, das Ausland, gegen Deutschlands Selbstständigkeit und Selbstbestimmungsrecht aufzurufen, auch das Frankreich, das dieselben Verträge zerrissen und uns vor die Füße geworfen hat! Denke man sich, daß in Frankreich bei der letzten Revolution eine legitimistische Provinz aufgetreten wäre und im Namen der Verträge gegen die Republik und gegen das freie Konstituirungsrecht der Nation protestirt hätte! Wir selbst, wir Deutsche hätten uns in unsern Blättern, in unsern Kasinos mit dem ganzen französischen Lande erhitzt gegen eine solche partikularistische Infamie. Aber jetzt wo Oesterreich und Baiern diese Schritte drohen oder thun, wo es uns selbst gilt, wo es sich nicht um Worte, sondern um Thaten handelt, jetzt lassen wir uns — o der Schmach — das faktisch gefallen an uns selbst, worüber wir theoretisch bei andern Verstand und Ehre und Eifer genug gehabt hätten den Stab zu brechen! Wo sind doch, wie viele werden doch deutsche Zeitungen sein, die von Ihrer Denunciation der bairischen Schritte in England nur eine Notiz nehmen!? in ihrer ganzen Ausdehnung abdrucken wird sie nicht Eine! Was aber hat die Presse denn zu thun? Wenn ihr diese höchsten Anliegen unserer Nationalehre so gleichgiltig sind, so verdienen wir es nicht besser, als daß wir aufs schleunigste unter Oesterreichs Fürsorge zu den halkyonischen Tagen zurückkehren, wo uns die Allg. Zeitung wieder Kritiken über die neuesten Forschungen in der Geschichte der Philosophie bringt. Wir haben nicht politisches und nationales Ehrgefühl, wir Deutschen, sonst wären diese kleinen und großen Erscheinungen, jene Art von Vaterlandsverrath und diese Stumpfheit, mit der wir ihn aufnehmen, nicht möglich! Es wäre nicht möglich, daß eine Note wie diese österreichische Einen Tag im Land umginge, ohne daß die Presse, Klubs, Stände, Vereine und Volksversammlungen sie vernichtet hätten! Es wäre nicht anders möglich, als daß ein einmüthiger Entschluß durch alle Lande und alle Parteien ginge, gegen diese Anmaßung Oesterreichs im Nothfall mit der Macht der Waffen zu treten. Man würde sie nicht einmal nöthig haben. Denn ich fürchte, die österreichische Regierung möchte zu gut wissen, was in solchen Zeiten wie diese ein paar Regimenter Badener und Oldenburger, im Frieden mit Oesterreichs Volk, und Deutschland im Rücken, auf österreichischem Boden bedeuten und ausrichten würden! Nein, das einzige was Oesterreich im Falle eines kühnen Entschlusses Kleindeutschlands thun würde, das hat das Organ des Herrn Stadion, die „Presse", verrathen. Oesterreich würde mit den deutschen Ländern, die ihr Interesse mehr nach Süden als nach Norden weist, einen Bundesstaat bilden, und damit dem preußischen die Waage halten. Und dabei rechnet es wenigstens auf Baiern und Würtemberg. „Keine Rivalität der Industrie, sagt die Presse, kein Widerspruch in den Sitten stört hier ein eignes Bündniß;" die Anbahnung eines solchen Bündnisses wird da die Aufgabe der österreichischen Regierung genannt; ein Circular sollte diesen Gedanken, das Recht der Völker, „sich nach Ideen und Interessen zu gruppiren" nur ebenso klar aussprechen, wie dieß das preußische Kabinet gethan hat! Deutschland würde, wenn dieß nach Oesterreichs Sinn ginge, alsdann freilich noch mehr verstümmelt werden, als durch den Austritt Oesterreichs allein. Man würde dann auch, wenn diese Spaltung erst eingerissen wäre, für den angebotenen Staatenbund zwischen diesen beiden, dem süd- und norddeutschen Bundesstaat, danken; man würde, denke ich, getrennter Wege gehen und nur die Thüre offen lassen in dem norddeutschen Bundesstaate; in dem süddeutschen würde Oesterreich vielleicht den Ausgang zu schließen suchen. Ich würde auch diese größere Verstümmlung Deutschlands, wenn Baierns und Würtembergs Regierungen wirklich undeutsch genug sein sollten, auf sie einzugehen und die Völker beider Staa-

ten partikularistisch genug, es zu dulden, in größter Genugthuung willkommen heißen, willkommener als irgend eine Gemeinsamkeit, wenn auch die vortheilhafteste, mit Oesterreich. Wären noch die alten einfachen Zeiten, wo man Einem Bürger die Konstituirung eines Staates vertrauensvoll übertrug, ich würde, an eine so große Stelle gestellt, dieß gefährlich scheinende Experiment, diese „Verstümmlung" Deutschlands, wagen, ich würde zehn Jahre außer Landes gehen und nach ihrem Verlaufe mit dem Stricke um den Hals getrost wiederkehren, um den Ausgang, wenn er ein schlechter geworden wäre, mit meinem Leben zu büßen. Ich würde aber eine Bürgerkrone erwarten. Ich habe diese Einsicht, daß für Deutschland mit Oesterreich nur Verwickelungen der gefahrvollsten Natur drohen, zu einer Zeit gefaßt, wo Niemand sonst im Taumel der ersten Hoffnungen an einen Bruch mit Oesterreich dachte, ich habe mir die Folgen voraus vorgestellt, die damals Niemand ahnen wollte, die heute ganz so eingetreten sind, wie ich sie damals voraussetzte. Haben die Thatsachen mir in einer auffallenden Weise Recht gegeben, so wird es mir Niemand verargen, wenn ich auf den Ausweg, den ich suchte, einiges Vertrauen hege. Ich schrieb in diesem Blatt am 10. Mai v. J. folgende Sätze:

„Wir wollen den Fall setzen, unser Fürstenkollegium einigte sich nicht über die Thronfrage, und die konstituirende Versammlung faßte einen Beschluß, der entweder eine der Großmächte, oder beide, oder die kleinen Staaten dermaßen verletzte, daß eine Spaltung erfolgte, und daß man nun versuchte, in einzelner Handlung und Unterhandlung, statt in gemeinsamer Berathung, die große Aufgabe thatsächlich zu erledigen, statt legislatorisch oder auf dem Wege des Vertrags. Was würde geschehen? Oesterreich in seiner Rathlosigkeit und Vielbeschäftigung zu Hause würde sich leicht entschlossen auf sich selbst zurückziehen, vielleicht mit Baiern eine enge Allianz schließen; das übrige würde es weder gewinnen wollen noch können. Aber Preußen würde nichts zu thun haben, als seine innere Freiheit rasch zu entwickeln, seine äußere Politik nach Maßgabe dieser gewonnenen Freiheit umzugestalten, den kleinen engen Weg, den es im Zollverein gegangen ist, noch einmal größer, imposanter zu gehen, die nächsten kleinen Staaten in einen politischen Bund zu ziehen, wie vorher in einen Zollverband, und seine Oberleitung als den Ausgangspunkt aller Unterhandlung fest zu stellen; in kurzer Zeit würde die Schwerkraft dieses Staates und seines anfangenden Bundes die sämmtlichen mittleren Staaten Deutschland anziehen und selbst Baiern den moralischen Zwang auflegen hinzuzutreten. — Wir wollen es offen sagen, wenn wir zuweilen fürchteten, es möchte, schwer wie die Sache ist, eigensüchtig wie die Menschen sind, über den ersten Versuch der deutschen Einheit zu einer großen Spaltung kommen, so haben wir unsern einzigen und alleinigen Trost darin, daß Preußen diesen Gang gehen muß und gehen wird und dadurch den letzten Bruch und Schaden in Deutschland heilen wird."

** **Berlin**, 12. Febr. An wen ist die österreichische Note vom 4. Februar adressirt? An das Publikum? Fast scheint es so. Denn an den Bevollmächtigten ist sie nicht; an den Reichsminister, dessen in dritter Person Erwähnung geschieht, auch nicht. Was bedeutet dieser Monolog? Eine Unterschrift trägt er eben so wenig. Se. Majestät von Oesterreich und „Allerhöchstdessen Regierung" scheinen durch solche Unmanier Metternich desavouiren zu wollen.

Die Note protestirt gegen den deutschen Staat. Auf das Allernachdrücklichste. Denn es giebt für sie nur einen Centralstaat, einen Provinzenstaat. Freilich „ein stufenweiser Gang, der allmählig übergeht zum wirklichen engern Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume." „Schwebt" den Berathern der Krone Oesterreich doch ein himmlisches Deutschland „vor", nämlich das „Reich der Mitte", wo „alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile Platz finden" und dessen Centralgewalt nicht von einem „andern" deutschen Fürsten gehandhabt werden soll! Streckt sich doch die „Grenzmarke des großen Reichs" schon bis ins Blaue hinaus, bis zu jenen Donauländern, welche jetzt russische Besatzung haben. Den Bundesstaat will oder kann man nicht begreifen. Weil der Centralstaat „für Oesterreich nicht ausführbar, für Deutschland nicht wünschenswerth" ist, bleibt nichts andres übrig, als eine verbesserte Auflage des Bundes. Wir sagen mit H. Gagern: Diese Hoffnung wird zu Schanden werden.

Die österreichische Note will nichts wissen von der durch Preußen eingeleiteten Verständigung. Oesterreich hat vielmehr in Berlin Unterhandlungen gepflogen, um eine Vereinbarung der sechs Könige anzubahnen. Wir möchten doch wohl erfahren, auf welchen Artikel der Bundes- oder Schluß-Akte das bundestreue Oesterreich diese königliche Vereinbarung stützen wollte? Was diese Vereinbarung der „Könige" sollte, das verräth ein unglückliches Wort der Note, das der gütige Dämon unserer Sprache den Kremsierern entlockt hat: „diese nähere Einigung und — Verschlingung!" Die eingeleitete Verschwörung des halb ausländischen Kaisers, des wahren Philipp, mit den deutschen Königen ist an Preußen gescheitert, und die Note bedauert, daß sich Oesterreich jetzt allein gegen die Reichsversammlung verschwören muß.

Oesterreich allein will vereinbaren. Hannover hat sich mit Preußen einverstanden erklärt, vor der zweiten Lesung der Reichsversammlung seine Bedenken und Ansichten über das Verfassungswerk mitzutheilen. In Baiern haben die vereinbarenden Minister ihre Entlassung eingereicht, und derselbe König Max, welcher im November 1848 in den Nürnb. Korr. sein allerhöchstes Mißfallen über die Ernennung des Ministeriums Brandenburg inseriren ließ, wird seinen Kammern kein Kabinet aufdrängen dürfen. Aber selbst Graf Hegnenberg-Dux ist gegen die Vereinbarung und für das endgiltige letzte Wort der Reichsversammlung. Oesterreich dagegen prätendirt, daß die zweite Lesung stattfinde, daß dann die fertige Verfassung jeder Regierung vorgelegt, und daß dann — vereinbart werde! Unter den Königen?

Wenn es „feststeht", daß die deutschen Regierungen ein Gefühl für die Schande haben, dann „schwebt mir vor", als ob Oesterreich nicht verhindern werde, daß zwischen den Regierungen und dem Volke mittlerweile das deutsche Verfassungswerk zu Stande komme. „Die erste Macht des Bundes" ich hatte stets gehofft, daß endlich einmal außerhalb Preußens dieser Großsprecherei der Riegel vorgeschoben werde. Doch ich kann es auch als Preuße. Daß die preußische Note das nichtssagende Wort wieder aufgefrischt hat, ist wohl nicht ohne Beziehung auf die unterdeß gepflogenen Unterhandlungen gesagt worden. „Erste deutsche Macht" — Woher? Oesterreich hatte den Vorsitz am Bundestage; die Zeiten des Bundestages sind vorüber. Der Reichsverweser ist auch wahrhaftig nicht vor Allem als Oesterreicher gewählt; der Fürst Johann wäre erkoren worden, auch als Prinz von Koburg! Oesterreich war aber oder schien in der That die erste Macht im deutschen Bunde — bis zum April 1848. Alle Welt, besonders Preußen, scheint vergessen zu haben, daß in jenem Monat das alte Königreich Preußen in den Bund aufgenommen ist, dessen Flächeninhalt dem des Königreichs Baiern sehr nahe kommt und um die Quadratmeilen, welche das Großherzogthum Oldenburg enthält, größer ist, als die Königreiche Würtemberg und Hannover zusammengenommen! Ich dächte, ein solcher Länderkomplex, dem die Geschichte und der alte Ruhm seiner Bewohner entspricht, hätte Deutschland nicht vergrößern können, ohne das Verhältniß seiner einzelnen Theile zu verändern. Die erste deutsche Macht ist Preußen und bei Gott, deutsches Selbstgefühl diktirt mir jener macedonischen Note gegenüber diesen preußischen Trotz! Wonach bemißt man die Reihenfolge der deutschen Staaten, als nach ihren dem Vaterlande zu leistenden Diensten? Die Bundesmilitärmatrikel wurde sonst zu Grunde gelegt. Oesterreich stellte drei Heeresabtheilungen, Preußen ebensoviel. War es nicht bloße Pietät, Oesterreich den Vorrang zu lassen? Wer streitet um solche Nichtigkeiten! Seit April 1848 muß Preußen nach den Grundsätzen der Bundesakte vier Heeresabtheilungen stellen. Ich habe dabei nicht einmal Deutschposen, sondern nur das alte Preußen in Anschlag gebracht. Will uns also das hochmüthige Oesterreich fühlen lassen, wie schwer es wiegt, fordert es einen ihm gebührenden Rang, so werden wir uns erlauben, ihm vorzuhalten, daß, so großmächtig es sonst in Europa sein mag, dieses Oesterreich „die zweite Macht des Bundes" zu heißen hat.

Jetzt, nachdem ich die österreichische Note kenne, wurmt es mich allerdings, daß in der Note von Berlin das alte Ammenmährchen von der „ersten deutschen Macht" uns wieder aufgebunden ist. Aber Ihr Korresp. vom Rhein hat heute, dicht hinter der österreichischen Apostrophe, den Nerv berührt: Ja, man muß annehmen, antwort' ich auf den angeschlagenen Frageton, „daß Preußen in seiner Note dem deutschen Volk und seinen Fürsten nur den Puls fühlen" wollte, und daß es sich gewiß und zum

Verderben unsres Reichs „von seiner Politik leiten lassen wird, so lang' es nicht den Willen und die Fähigkeit zu einer neuen kräftigen, selbstständigen, in der Nation mit aller Kraft und Entschiedenheit auftreten sieht". Ja, es kommt Alles auf eine große, mächtige Kundgebung des Nationalwillens an! Könnte sich Preußen verdoppeln, so würde es sich jetzt an die Spitze der Bewegung für das erbliche Kaiserthum stellen. Es fehlt die Macht zweiten Ranges, welche in dieser Einen unsre Existenz entscheidenden Angelegenheit die Initiative ergreift; es fehlt das **zweite** Preußen! Baiern vergißt seines Berufs. Der Staat mit einem Wort, welcher später im Reichsrath den Vorsitz führen soll, müßte die Agitation für Preußen leiten! Die bairischen Kammern könnten diese Agitation für das erbliche Kaiserthum hervorrufen. Aber ich stimme nicht ein in den Ruf der Bewunderung; ich verlange mehr, als Oppositionsdeutschthum, das sich an Grundrechte klammert und höchstens „unbedingte Unterwerfung" vorgibt; ich verlange positive Erklärungen für das Kaiserthum. Alle diese Programme vom rechten und linken Centrum machen auf mich den Eindruck, den auf die Mehrheit jene Stelle der Thronrede gemacht hat. Ich besorge schon, das Volk gibt sich selbst auf; die „Schles. Ztg.", ein sonst sehr tüchtiges Blatt, polemisirt gegen Gagern und paraphrasirt Arndt's: „Das ganze Deutschland soll es sein." — O Gott im Himmel, sieh' darein! Und wenn sich Hessendarmstadt oder Kurhessen, da wir auch an Württemberg nicht mehr glauben sollen, oder wenn sich Baden der Erhebung Preußens vor Allen annähme?

Deutschland.

♃ **Aus Thüringen, 7. Febr.** Aus einzelnen Zügen setzt man ein Bild zusammen. So auch mit dem politischen Zustande eines Landstrichs. Ueber die politische Reife, das Ansehen der Gesetze, mithin über die Frage der Anarchie und der Zurückziehung der Reichstruppen sofort und im Ganzen zu entscheiden, dürfte dem Uneingeweihten schwer fallen — ich will versuchen, einen Beitrag zu geben, nach welchem der Leser selbst urtheilen möge, einen kleinen nur, einen einzelnen Zug, aber da Sie schon einige solcher Züge brachten, wird dieser zur Vervollständigung beitragen.

Nachdem vor 8 Tagen in Rudolstadt eine Zusammenkunft republikanischer Notabilitäten stattgefunden — die Thatsache kam natürlich erst als vollendet zur Oeffentlichkeit — verbreiteten sich bald darauf beunruhigende Gerüchte über neue Aufregung im Waldbezirke, über aufreizende Reden in allen Gasthäusern (ich begnüge mich, Ihnen Blankenburg, Königsee, Paulinzella, Breitenbach, Gehren und die Floskel vom Todtschlagen der konstitutionellen Hallunken zu nennen) über beabsichtigte Schilderhebungen. Die Gestalt dieser Gerüchte war so übertrieben unsinnig, daß man sah, wie republikanische Genialität und Furcht vor dem souveränen Volke des Waldes und dem souveränen Pöbel der Städte gleiche Theile der Schuld trugen. Vorgestern kamen Gerüchte, es sei im obern Schwarzathale unruhig; gestern erfuhr man, es sei dort eine bewaffnete Volksversammlung ausgeschrieben gewesen und heute kann ich Ihnen folgende Details so ziemlich verbürgen; Der konstitutionelle (neubegründete) Verein zu Rudolstadt hat das Mißfallen der Republikaner erregt und es galt, eine Einschüchterung zu versuchen. Der Gastwirth zu Oberweißbach wird allgemein als Derjenige bezeichnet, der den Plan ins Werk zu setzen hatte; ob mit Recht? kann nicht ich, sondern nur die Untersuchung entscheiden. Briefe aus den unteren Städten namentlich Rudolstadt, hätten besagt, daß die Constituante nicht mehr selbstständig sei, daß ihre Abstimmungen unter dem Terrorismus der sächsischen Bajonette erfolgten, daß selbst Freiheit und Leben der Abgeordneten von den „verthirrten Söldlingen" bedroht seien. — Ich erwähne, daß hier Schützen liegen, und das Einvernehmen das Bestmögliche ist, nämlich zwischen der **Bürgerschaft** und den **Schützen**. Besagter Gastwirth habe nun, nach Empfang der Briefe, mitten in der Nacht, in die benachbarten Dörfer gesandt, um bewaffneten Zuzug zum Schutze der Nationalversammlung in Rudolstadt zu requiriren. Der Zuzug ist erschienen, auch bereits auf dem Wege gewesen, und nur dem zufälligen Zusammentreffen desselben mit einem Abgeordneten ist es zuzuschreiben, daß ein Zusammenstoß zwischen ihm und den Schützen nicht stattgefunden hat.— Die Schreiber der Briefe werden bezeichnet, und zwar meint man, zu ihrer Verfolgung hoher Autorisation zu bedürfen; ich werde mich aber wohl hüten, Ihnen darüber eher etwas zu schreiben, als ich Ihnen Gewißheit geben kann.

Und jetzt eine Antwort, wie steht es hier mit der gesetzlichen Ordnung? —

Man erwartet eine nambafte Verstärkung der Reichstruppen und eine exekutionsmäßige Besetzung des unbotmäßigen Waldbezirkes.

> **Schleswig**, 30. Jan. Es ist nur zu bekannt, daß die Dänen sich während des mit Deutschland geführten Krieges, sowohl vor als nach dem Malmöer Waffenstillstande, gegen Privatpersonen zahllose Gewaltthaten und Rohheiten erlaubt haben, wie solche unter civilisirten Völkern seit langer Zeit unerhört gewesen sind. Kein Privatmann in Schleswig-Holstein ist aber mehr Gegenstand ihrer Verfolgungen gewesen, als der Herzog von Augustenburg. Derselbe war wegen der Schärfe, mit welcher er von jeher der Kopenhagener Bureaukratie entgegengetreten, schon seit längerer Zeit in Kopenhagen nicht wohl angesehen; seitdem er aber die Bestrebungen der dänischen Propaganda, und die in gleicher Richtung gehenden Machinationen der Regierung mit Energie bekämpfte, hatte ihn die ultradänische Partei zur Zielscheibe ihrer rücksichtslosesten Angriffe auserkohren; und als der offene Brief von 1846 erschien, ward der Herzog ohne Weiteres als das Haupt und die Stütze der sogenannten schleswig-holsteinischen Partei verfolgt, nicht sowohl weil man ihm eine besonders hervortretende Thätigkeit und einen entscheidenden Einfluß nachweisen konnte, sondern weil man fühlte, daß ihm persönlich Unrecht widerfahren sei, und deshalb einen Grund des Hasses gegen ihn suchte. Nachdem es im vorigen Frühjahr zum offenen Kriege gekommen war, ward der Herzog von Augustenburg dann auch als der Haupturheber der schleswigholsteinischen Erhebung bezeichnet und das ganze dänische Volk zu einem solchen Ingrimm gegen ihn aufgestachelt, daß Vornehme wie Geringe sich in den pöbelhaftesten Schmähungen und Demonstrationen gegen ihn überboten: der König selbst ließ sich verleiten, ihm die dänischen Orden auf eine höchst beleidigende Weise abzufordern und vergaß sich soweit, ihn auf Alsen mit eigenem Munde für vogelfrei zu erklären. Die dänische Regierung ist aber nicht dabei stehen geblieben, sie hat sich auch an seinen Besitzungen und seinem Eigenthum auf eine Weise vergriffen, welche alles Maß überschreitet und der Gerechtigkeit und Humanität wahrhaft Hohn spricht. Der erste Angriff der Dänen gegen Schleswig ward bekanntlich auf die Insel Alsen gerichtet, wo das Stammschloß des Herzogs von Augustenburg und der bedeutendste Theil seiner Güter gelegen sind und von wo der Herzog sich gegen das Ende des Märzmonats nebst seiner Familie entfernt hatte. Der König von Dänemark, welcher sich in den ersten Tagen des April nach Alsen begeben hatte, verfügte sich persönlich nach Augustenburg und durchstöberte in eigener Person nebst seiner militärischen Umgebung das Schloß; die in den Zimmern des Herzogs und der Herzogin vorgefundenen Briefe wurden von den Adjutanten gelesen; dann versiegelte der König selbst das Schreibzimmer des Herzogs und später wurden, nachdem das Zimmer entsiegelt und der Schreibtisch erbrochen war, sämmtliche darin befindliche Papiere, ohne vorgängige Verzeichnung in Kisten gepackt und nach Kopenhagen geschickt. Durch einen Ministerialerlaß vom 11. April ward das Eigenthum des Herzogs unter die „spezielle Kontrole" der Kommandantur und des Sonderburger Amthauses gestellt; am 11. Mai wurden die ersten Beamten des Herzogs gefangen nach Dänemark geführt, und kurz darauf ein dänischer Oberinspektor der Güter ernannt, welchem ein Gehalt von 100 Rthlr. monatlich aus der Kasse des Herzogs beigelegt wurde, und der sich nicht darauf beschränkte, die laufenden Intraden zu erheben, sondern auch die Pächter und Untergehörigen zur Ablösung ihrer gutsherrlichen Lasten mittelst einer Geldzahlung aufforderte. Auf Requisition des Kriegsministers wurden das sehr werthvolle Silberservice des Herzogs und die vorhandenen Kostbarkeiten nach Kopenhagen gebracht; die Gestütpferde wurden nach dem königlichen Gestüte auf Seeland abgeführt; die sehr erheblichen Kornvorräthe wurden theils verschleudert, theils für die Kavallerie benutzt; sämmtliche Reit- und Wagenpferde, selbst die Reitpferde der Prinzessinnen, alle Wagen und Geschirre wurden weggebracht, die in den Kellern lagernden Weine und Vorräthe verbraucht. Das Schloß selbst ward anfangs zu einem Lazareth, dann zu einer Kaserne eingerichtet, die Ställe und andere Gebäude wurden theils devastirt, theils zu anderen Zwecken eingerichtet, die Mobilien und Geräthe beliebig benutzt, die Waldungen nach Willkür verhauen. Der Waffenstillstand brachte hierin keine Aenderung hervor, es ist

vielmehr bekannt, daß Dänemark sich beharrlich geweigert hat, die Civiladministration von Alsen der interimistischen schleswig-holsteinischen Regierung zu übergeben und daß eine sogenannte Immediatkommission eingesetzt ist, welche dort ein willkürliches Regiment führt. Dem Hofchef des Herzogs von Augustenburg ward es nicht gestattet, die Insel zu betreten, der Immediatkommission aber freie Disposition über die herzogliche Kasse ertheilt; der bekannte Graf Karl Moltke verschmähte es nicht, sich Zahlungen aus derselben leisten zu lassen, dagegen werden den zurückgebliebenen Beamten und Dienern des Herzogs ihre Gehalte entzogen, den Verwandten des Herzogs ihre auf diese Kasse angewiesenen Apanagen vorenthalten. Vor Kurzem ist sogar der Befehl ertheilt, alles Eichenholz in den herzoglichen Waldungen für die dänische Marine zu schlagen. Die dänische Regierung hat ihre Weigerung, die Insel Alsen der schleswig-holsteinischen Regierung zu übergeben zwar dadurch zu beschönigen gesucht, daß der Waffenstillstand von unserer Seite nicht erfüllt sei: wie unbegründet diese Behauptung sei, ist vielfach nachgewiesen und außer allen Zweifel gestellt; aber selbst wenn jene Behauptung so wahr wäre, als sie erwiesen falsch ist, würden dadurch doch die fortgesetzten frechen Eingriffe in das Eigenthum des Herzogs nicht einmal scheinbar gerechtfertigt sein. Der Herzog hat es an ernsten Reklamationen bei dem Reichsministerio nicht fehlen lassen: die Regierung erschöpft sich in Protesten und Denkschriften — aber alle diese Schritte sind ohne Erfolg geblieben, der Herzog ist nach wie vor seines Eigenthums beraubt, und seine Einkünfte werden von den Satrapen des Königs von Dänemark verpraßt und verschleudert. Wie lange noch wird diese freche Verhöhnung des Völkerrechts geduldet werden?

Frankreich.

Paris, 29. Jan. Das neueste vom Tage welches ich doch gleich berichten muß, ist — halten Sie mich nur nicht von der Legitimistenwuth der bevorstehenden Hundstage-Restauration angesteckt und verwirrt — ist, daß heute Montag Schlag 12 Uhr in einem Hause der Rue Labruyère Heinrich V. und Frau Gemahlin — nicht angekommen, sie waren hier schon seit geraumer Zeit, sondern von zehn Polizeioffizianten verhaftet und zur Polizeipräfektur abgeführt worden sind. Schreiber dieses war zugegen und hat es mit eigenen Augen gesehen. Der Prinz war bewundernswürdig gelassen. Ein anderer wäre vor Schreck erblaßt und vor Bestürzung ganz aus den Fugen gekommen. Er hingegen wechselte keinen Augenblick die Farbe, und versuchte es auch nicht einmal aus dem fürstlichen Rahmen zu springen mit welchem ihn der Maler, der ihn gefertigt, umgeben; doch war eine gewisse Spannung sichtbar, beim Kunstwerke sowohl als auch ganz besonders beim Künstler, der bei der Ankunft des Feindes gerade außer Hause war und durch ausgesandte Boten aufgesucht und heimgebracht werden mußte.

Dieß Bildniß, von welchem die Burgherrinnen alt und jung vom Faubourg St. Germain in wonnige Bewunderung zerfließend mit Tamino's Worten behaupteten „es sei bezaubernd schön", und das ist es in der That, und bei weitem schöner, wie Wohlunterrichtete versichern, als das Original, ist dasselbe von welchem bereits in hiesigen Blättern die Rede gewesen, und das, nach dem Ausdruck der „Démocratie", der wallfahrenden Pilger- und Ritterschaft vom jenseitigen Ufer der Seine zur „Adoration" ausgestellt wurde. Und in der That, es war keine Uebertreibung. Jeden Sonntag von früh bis spät, so lange es das Tageslicht zuließ, war eine Wallfahrt nach dem heiligen Orte. Auch gestern wieder den ganzen Sonntag. Bei dieser Gelegenheit war es denn erfreulich wahrzunehmen, daß wirklich noch reiche Equipagen und Livreen, elegantes Fuhrwerk und glänzende Dienerschaft in der Welt vorhanden. Wir hatten dergleichen seit der Februarrevolution so gar wenig erblickt, daß man glauben konnte, es sei rein aus damit. Ach, wie traurig war es in Paris seit uns diese prachtvollen herrschaftlichen Wagen nicht mehr mit Koth bespritzten! Es war uns gleichsam zu Muthe wie jener Frau, die in Trauer verfiel, weil ihr der Gatte urplötzlich die fühlbaren Zeichen seiner Neigung vorenthielt, die Rippenstöße der Liebe. Nun aber stand es damit anders, und ein unabsehbarer Zug der schönsten Fahrwerke aller Formen und Farben, der die ganze Straße füllte, und nur nach langem vorangegangenen Halt allmählig langsam vorwärtsschritt, gewährte den wohlthuendsten Anblick von der Welt. Und nun erst die Herrschaften selbst, die drin saßen und nach einander familien- oder gruppenweise ausstiegen, und einander begrüßten, und ganz laut auf der Straße einander zuriefen: Eh bien, nous allons donc le voir, ce cher prince, was ein Anderer mit schlauem Lächeln leise mit den Worten vervollständigte: Et l'avoir, worauf der Einzug in's Heiligthum zur „Adoration", während ein Haufe Bettelbuben, die sich vor der Thür versammelt, die Rührung des Entzückens auszubeuten suchten, und einzelne vorüberziehende Blousenmänner auf die reichen Equipagen deutend ab und zu über die sogenannten „Aristos" ein spöttelndes Wort fallen ließen. Die Bilder, die der Künstler vorigen Sommer in Frohsdorf selbst den Originalen abskizzirt haben soll, standen schon längst hier vollendet, wurden anfangs heimlich nur Auserlesenen gezeigt und endlich, wie gesagt, ganz offenkundig für die Pariser schöne Welt ausgestellt. Auch wurden kleine Häuflein sogenannter Brüder von der christlichen Lehre und wahrscheinlich auch andere Geistliche zugelassen; nicht minder Haufen von Handwerkern und Ouvriers, unter Leitung und Einführung eines Rittersmanns. Dieselben gehörten, wie es hieß, zu einer Gesellschaft von Legitimisten, in welche man bemüht ist, der Männer aus den niedern Ständen soviel nur möglich zu werben, und wo die hohen Herren mit ihnen politische Zusammenkünfte halten und sie für ihre Partei zu gewinnen suchen. Die Anzahl der Geworbenen soll sich bereits auf 2 bis 3000 belaufen. Einer Abtheilung von diesen guten Leuten sollte dann auch das Glück zu Theil werden die Züge des künftigen Herrschers, des sogenannten Wunderkindes, bewundern zu dürfen. Eine schöne schlanke Gestalt, ein gefälliges hübsches Antlitz, schöne blaue Augen und blondes Haar: das ist so ziemlich alles, was sich darüber sagen läßt, und überdieß nach der Aussage solcher, die ihn persönlich kennen, daß es nicht ähnlich sein soll, oder vielmehr eine verschönerte Prachtausgabe auf Velin des druckpapiernen Originals. Gestern, hieß es, habe auch Herr Thiers, der in der Nähe wohnt, sich eingestellt, um das Kunstwerk in Augenschein zu nehmen, was jedoch zu bezweifeln ist. Vielleicht um physiognomische Vergleichungen anzustellen zwischen Heinrich und Joinville, die sich über kurz oder lang gegenüberstehen dürften, und daraus politische Folgerungen zu ziehen. Ob er, wie alle Besuchenden dazu aufgefordert wurden, seinen Namen in das dazu ausgelegte Buch verzeichnet hat, das später dem heimkehrenden Fürsten als Verzeichniß der Getreuen überreicht werden soll? Unter den Wallfahrern bemerkte man auch eine wohlbekannte, vormals vielbesprochene Dame, die Frau du C—a, die Geliebte Ludwigs XVIII., dessen gichtbrüchiges Liebesverhältniß ein so reicher Stoff für die Scandalgeschichte war. Doch lassen wir das; es steht uns des Ernstes genug bevor. (A. Z.)

Rußland.

Die „Moskausche Ztg." berichtet: Der neue kaiserliche Kreml*) ist beinahe fertig. Die vergoldeten Kuppeln und der goldene Kamm des ganzen Daches erglänzen schon im Sonnenlichte und erinnern an die goldgipfeligen Paläste der alten russischen Großfürsten. Im Ordenssaale des heiligen Georg sieht man bereits den Heiligen zu Pferde mit dem Lindwurm streiten. Achtzehn Standbilder, die Unterwerfung von Gegenden, die jetzt zu Rußland gehören, darstellend, stehen in voller Rüstung da, mit Schilden, auf welchen die Epoche angegeben ist. Der Andreas- oder Thronsaal ist mit prächtigen vergoldeten Reliefs geschmückt; der Alexandersaal, aus rosenrothem Marmor, ist mit den schönsten architektonischen Ornamenten verziert, welche die Spiegelwand im Grunde zurückstrahlt. Es ist schwer, mit Worten die außerordentliche Größe der Säle, das Geschmackvolle der Arbeit und alle Einzelheiten des Palastes würdig zu beschreiben.

*) Muß heißen: Der neue kaiserliche Palast auf dem Kreml. Die alterthümlichen Mauern und plumpen Thürme des Kreml umschließen eine große Menge von Kirchen, Palästen und anderen Gebäuden. Eine seltsame, noch immer sich fortpflanzende Tradition ist es, daß der Kreml von den Franzosen in die Luft gesprengt worden. Das ist völlig falsch. Kaum hat damals ein oder das andere gleichgültige Gebäude einen kleinen Riß bei dem mißlungenen Versuche der Franzosen erhalten.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 47. Frankfurt a. M., Freitag 16. Februar. 1849.

Uebersicht.

Lösung der Krisis in Frankreich.

Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Oesterreich und die Beschlüsse der Nationalversammlung. Berichtigung über die Dinge in Posen. Erklärung des Herzogs von Nassau über ein erbliches Oberhaupt.) Wien (Stimmung zwischen Militär- und Bürgerstand. Verurtheilung. Nachrichten aus Ungarn und Siebenbürgen. Die Anleihe. Pillersdorf. Tagesnachrichten.) Berlin (Veränderungen im Heer. Truppen in der Mark zusammengezogen. Telegraphenverbindung mit Frankfurt.) Rheinprovinz u. Westphalen (Wahlen.) München (Die Ministerkrisis.) Stuttgart (Kammerverhandlungen. Ministerielle Erklärung über die Oberhauptsfrage. Reyscher's Antrag angenommen.) Hannover (Marinegeschütz. Der Präsident der Kammer. Der Herzog von Aremberg gegen die Grundrechte.) Kassel (Das Spielbankengesetz publizirt.) Schleswig (Schlußsitzung der Landesversammlung. Opferwilligkeit des Landes.)

Großbritannien. London (Die Adreßdebatte im Unterhause. Schlußrede Lord Palmerstons. Der Radschah von Sattara. Blutige Rauferei mit der Polizei in Irland.)

Frankreich. Paris (Kommissionsberichte der Nationalversammlung. Napoleon Bonaparte. Bugeaud in Lyon. Cabrera todt. Le Peuple konfiscirt. Leon Faucher's Bericht. Cabrera's Tod bestätigt. Lamartine verlegt seine Werke. Ein Republikaner.)

Spanien. Madrid (Unterredung des Königs mit Narvaez.)

Italien. Aus Sardinien (Der Papst nimmt die sardinische Vermittlung an.) Aus Toskana (Näheres über die Flucht des Großherzogs.) Rom (Antrag auf Absetzung des Papstes.) Neapel (Näheres über die Unruhen.)

Dänemark. Kopenhagen (Aufnahme der englischen Ministerialerklärungen.)

Ungarn. Pesth (Kriegsnachrichten. Ein Dampfboot beschossen. Verhaftungen. Terrorismus und Opposition in Debreczin. Komorn.)

Nachschrift.

---

16. Februar.

Wie seit zwölf Monaten in Frankreich stets das Unerwartete geschieht, so hat sich auch jetzt eine Spannung der beiden höchsten Gewalten, die schon bis zum Kreuzen der Waffen geführt hatte, wider Aller Voraussicht friedlich gelöst. Die Nationalversammlung und das Ministerium des Präsidenten hatten lange Zeit hindurch den Widerspruch zwischen sich zu verbergen oder auch auszugleichen gesucht, zuletzt waren sie drohend einander gegenübergetreten.

Die Nationalversammlung befand sich bei ihrem Zusammentreten in dem umgekehrten Gegensatz zur Regierung, als jetzt, bei ihrem Ende. Damals war die Regierung ihr zu revolutionär, und ihre erste Sorge war, dieselbe umzugestalten. Sie entfernte zuerst die rothen und sozialistischen Mitglieder daraus, den sogenannten Arbeiter Albert und Louis Blanc; dann auch die Ultraradikalen, und selbst Lamartine fand keine Gnade vor ihr, weil sie ihn zu eng mit seinen Kollegen verbunden glaubte. Cavaignac und sein Ministerium entsprachen vollständig ihrer Richtung. Die gemäßigten Republikaner — die Centren der Nationalversammlung — machten damals gemeinschaftliche Sache mit der Rechten, den heimlichen und offenen Legitimisten und Orleanisten, und die Opposition bildeten nur die Rothen und Ultrarepublikaner.

Der Umschwung des öffentlichen Geistes verschob aber sehr bald diese Verhältnisse. Vor der Februarrevolution herrschte wegen des Drucks, den Ludwig Philipp ausgeübt hatte, und weil die Theilnahme an der Regierung auf eine geringe Klasse des Volkes beschränkt war, in der großen Menge eine unbedingte Gleichgiltigkeit gegen den Staat. So ruhig, wie die Türken einer Palastrevolution zuschauen, nahmen die Franzosen den Umsturz des Königthums hin. Es bedurfte der ganzen Thätigkeit Ledru Rollin'scher Kommissäre, um sie für die Wahlen zur Nationalversammlung anzuregen; und selbst so sind dieselben, wie es bekannt genug ist, unter der größten Theilnahmlosigkeit vollzogen worden. Man wählte nach dem gegebenen Anstoß. Erst als die Lasten der Republik fühlbar wurden, als der Junikampf zeigte, daß es sich um die höchsten Güter der Gesellschaft handele, als alle Fraktionen der Rechten, Bonapartisten, Legitimisten und Orleanisten Zeit und Muth gewonnen hatten, ihren Einfluß geltend zu machen, that das Volk einen selbsteigenen Schritt und erhob Louis Napoleon zum Präsidenten. Damit wurden die gemäßigten Republikaner und also die Mehrheit der Nationalversammlung, in die Opposition gegen die Regierung gedrängt.

Der Präsident ist verantwortlich, er hat also das Recht und die Pflicht, eine eigene Politik zu üben, und Louis Napoleon nahm demgemäß ein Ministerium aus der Rechten; die Nationalversammlung dagegen ist unauflöslich. Ein Widerspruch läßt sich nicht vermeiden, wenn die beiden höchsten Gewalten aus verschiedenen Stimmungen des Volks hervorgegangen sind.

Das Ministerium suchte die Nationalversammlung gütlich zum Auseinandergehen zu bewegen. Sie fürchtete aber, daß nach ihrem Rücktritt ein Angriff gegen die Republik geschehe und wollte nicht weichen. Das Ministerium pochte auf die Stimme der Departements, es drohte nöthigenfalls mit Gewalt. Bei aller Rücksicht, welche die Republikaner bewahrten, um die Stimmung des Volkes zu schonen, schlossen sie sich doch immer fester gegen das Ministerium zusammen.

Seit der großen Revolution sind in Frankreich die geheimen Verbindungen Mode geworden. Sie nehmen die unzufriedenen Geister auf und befriedigen sie mit ihrer anscheinenden Thätigkeit. Alle Regierungen kannten sie; man fand aber selten Veranlassung gegen sie einzuschreiten: denn sie benützen höchstens Revolutionen, sind aber zu schwach, sie selbst hervorzurufen. Auch jetzt sind sie ohne Zweifel wieder lebendig geworden.

Das Ministerium des Präsidenten nahm sie nun zum Vorwand, um am 29. Januar Streitkräfte aufzustellen, die zu bedeutend, eine bloße Verschwörung zu vereiteln, offenbar einem höhern Zweck dienen sollten. Mochte aber das Ministerium im entscheidenden Augenblick nicht den Muth zur Ausführung haben, mochten die Umstände, von denen es die Ausführung abhängig machen wollte — ein Zusammenstoß des Volks mit der bewaffneten Macht — nicht eingetreten seyn, die Nationalversammlung blieb ungefährdet.

Sofort machte sich in ihr ein Umschwung zu Gunsten des Ministeriums bemerklich. Viele gaben vielleicht die Besorgniß auf, daß das Ministerium einen Gewaltstreich gegen die Republik beabsichtige, da es diese Gelegenheit hatte vorübergehen lassen. Unterhandlungen von Seiten des Ministeriums mit den einflußreichsten Häuptern der gemäßigten Republikaner mögen das Uebrige gethan haben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ihnen ein oder das andere Portefeuille angeboten worden ist, oder daß das Ministerium sonst eine Bürgschaft für seine Redlichkeit gegeben hat. Kurz eine bedeutende Partei der gemäßigten Republikaner, Marrast, Lamartine, Dufaure und Vivien an der Spitze, sagte sich plötzlich von der Opposition los, und schloß sich dem Ministerium an. Der letzte feindliche Schritt der Nationalversammlung war die Abstimmung am 3. Februar. Während über die Dringlichkeit des Antrages auf parlamentarische Untersuchung verhandelt wurde, kamen die Umtriebe des Ministeriums gegen die Nationalversammlung in den s. g. Bülletins zur Sprache, und in der ersten Entrüstung verwarf man die vom Ministerium geforderte einfache Tagesordnung. Man machte den Fehler aber sofort in der folgenden Sitzung durch Annahme der Oudinot'schen, dem Ministerium durchaus günstigen, motivirten Tagesordnung wieder gut. Die Absichten des Ministeriums sind erreicht. Die Auflösung der Nat.-Vers. steht bevor: in zweiter Lesung ist das Gesetz bereits angenommen, seine Annahme in der dritten unterliegt keinem Zweifel. Der Ausschuß, an den der Antrag auf parlamentarische Untersuchung, nachdem er für nicht dringlich erklärt worden, gehen mußte, hat ihn mit 9 gegen 5 Stimmen verworfen.

Dagegen scheinen aber auch viele Gefahren, die der Republik drohten, aus dem Wege geräumt. Einmal der Präsident ist völlig unschädlich geworden. Er hat am 29. Januar eine so klägliche Schwäche gezeigt, daß seine eigene Partei wohl an ihm verzweifelt. Aber auch die dynastische Linke wird nach dem verunglückten Versuch vorläufig den Gedanken eines Staatsstreiches gegen die Republik aufgeben. Was dem Ministerium Kraft gab gegen die Nationalversammlung, war die erwachende Theilnahme der Departements am öffentlichen Leben. Je mehr aber die Departements den ihnen gebührenden Einfluß im Staate an sich nehmen, um so breiter wird die Grundlage, auf denen die Staatseinrichtungen ruhen, um so schwerer wird es, sie umzustoßen. Je mehr die früheren Legitimisten und Orleanisten in die republikanische Regierung selbst hineingezogen werden, desto weniger können sie sich in Unternehmungen gegen dieselbe einlassen. Die freie Selbstthätigkeit aller Theile des Volkes, die Theilnahme aller Klassen an der Regierung ist das Wesen und darum die Sicherung einer republikanischen Verfassung.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 15. Febr. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war eine der bewegtesten, buntesten und doch ergebnißlosesten, die sie seit langer Zeit gehalten hat.

Den ersten Abschnitt der Verhandlungen bildeten Interpellationen und Interpellationsbeantwortungen. Die Vorfälle, welche dabei zur Sprache kamen, zeigten auf das Schlagendste, wohin es mit der deutschen Einheit durch die Zögerung der Nationalversammlung, durch die theils offene, theils stillberechnete Hinhaltung der Regierungen gekommen ist. Als vor mehr als drei Monaten die Sächsische Regierung die Geltung der Beschlüsse der Nationalversammlung anzuzweifeln schien, da wurde sofort ein Ausschuß niedergesetzt, der die Stellung der Einzelstaaten zur Centralgewalt beleuchten sollte. Wie viel anzweifelnde Erklärungen sind seitdem erschienen! Will der Biedermann'sche Ausschuß nicht mit halb Deutschland anbinden, so bleibt ihm jetzt freilich nichts übrig, als zu schweigen. Das erklärte implicite im Namen desselben Herr Wiedenmann aus Düsseldorf. „Der Ausschuß habe geglaubt, die beste Antwort auf alle Erklärungen der Regierungen, die Verfassung müsse vereinbart werden, sei, sie schnell und unbeirrt fertig zu machen." Wir können dem nur von ganzem Herzen beistimmen. Möge die Versammlung die Verfassung beschließen, das Volk, der „Druck von außen," wird sie einführen!

Vor einiger Zeit ist der Abgeordnete Gritzner aus Oesterreich von seiner Regierung, ohne daß die Nationalversammlung vorher befragt wurde, also gegen das Gesetz zum Schutz der Abgeordneten, von seinem Amt entsetzt worden. Der Reichsjustizminister, deshalb interpellirt, verlas als Antwort die Schmerling'sche Note vom 10. d. M., wonach Oesterreich, kraft seines Zustimmungsrechts, nur die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung anerkennt, „die zu seinen Verhältnissen passen." „Wie nun die österreichische Regierung," setzte Robert Mohl hinzu, „darnach für den vorliegenden Fall gesinnt ist, weiß das Reichsministerium nicht."

Auch die preußische Note sollte heute ihre Rolle spielen. Herr Rößler von Oels fragte zuerst sehr naiv, ob sie und auf welchem Wege sie dem Reichsministerium zugegangen sei, und auf die sehr natürliche Antwort, „durch den preußischen Bevollmächtigten," erklärte er, „da sie nicht besser als die österreichische sei, so müsse sie auch nicht anders behandelt werden, und er beantrage, sie ebenfalls dem Verfassungsausschuß zuzuweisen." Der Antrag fiel schon bei der Dringlichkeitsfrage.

Sollen wir nun noch die Interpellation wegen der Brüsseler Konferenzen erwähnen? Aus der Antwort der Ministerpräsidenten ging hervor, daß Deutschland sich nicht an ihnen betheilige; wofür der diplomatische Grund angeführt wurde, „die Verhandlungen in Brüssel würden nicht in einem Umfange geführt, daß eine Betheiligung Deutschlands durch sein Interesse geboten werde." „Deutschland warte, bis die Unterhandlungen einen solchen Charakter annähmen." Welche Fälle der Ministerpräsident dabei im Auge hatte, war nicht recht ersichtlich. Deutschland wird aber wohl thun, so lange es in der gegenwärtigen Lage verharrt, keinen solchen Fall anzunehmen! Die kindliche Zumuthung des Hrn. Martiny, daß betreffenden Falls die Verhaltungsbefehle des Gesandten vorgelegt würden, wies Herr v. Gagern gebührend zurück. Nachdem die Interpellationen erledigt waren, kam man zur Endberathung der Grundrechte. Es waren noch zwei allgemeine Sätze übrig, „die Volksthümlichkeit Nichtdeutschredender Völkerstämme Deutschlands wird gewährleistet" und „die Deutschen im Auslande stehen unter dem Schutze der deutschen Nation." Und wirklich entspann sich über diese Lehrsätze wieder ein Streit. Herr Esterle behauptete spitzfindig, Deutschland sei gar nicht da, wo Nichtdeutsche säßen, und brachte damit den Berichterstatter gewaltig in Harnisch, der es denn doch nicht gelten lassen wollte, „daß die Deutschen nicht einmal in Deutschland das herrschende Volk sein sollten." Schließlich wurden die beiden Paragraphen angenommen, der zweite mit dem Zusatze, „die Gesandten und Konsuln haben den Angehörigen Deutschlands Schutz zu gewähren." Wann wird dies Grundrecht auf der ganzen Erde eingeführt sein?

Wieder ein anderer Gegenstand kam jetzt zur Sprache, ein Antrag des Herrn Künßberg aus Baiern. Er war der Meinung, die Verfassung, wie sie in erster Lesung beschlossen worden, widerspräche dem Begriffe des Bundesstaates, und könne von keinem deutschen Staate, den ausgenommen, der das Kaiserthum erhielte, angenommen werden; deshalb solle sie an einen neu zu bildenden Ausschuß zur Revision gewiesen werden. Das Manöver war zu ungeschickt. Die Versammlung hätte sich, wie Herr Plathner richtig bemerkte, damit selbst das Todesurtheil gesprochen. Der alte Jahn schlug vor, nur das Wahlgesetz für das Volkshaus und das Gesetz über das Staatenhaus zu berathen, dann die beiden Häuser zusammenzuberufen und ihnen die Entscheidung über das Reichsoberhaupt zu überlassen. Mit andern Worten, er schlug vor, die Sache zu beschlafen. Man würde aber schwerlich weiter aufstehen! Das Haus verwarf den Künßberg'schen Antrag mit ungeheurer Mehrheit.

Vierundsechszig österreichische Abgeordnete ergriffen diese Gelegenheit, um zugleich mit einer Verwahrung gegen den Vereinbarungsgrundsatz zu erklären, daß sie von ihrem Mandat, einen Bundesstaat für ganz Deutschland zu erreichten, festhielten. Soll das heißen, daß sie „trotz alledem und alledem," auch wenn Oesterreich an dem neuen deutschen Staat nicht theilnehmen will, nicht abstehen werden, seine Gründung zu hindern? Glauben sie mit einer solchen Verwahrung ihr Gewissen zu decken?

Endlich glaubte man an den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung, das Wahlgesetz gekommen zu sein. Aber zuerst entspann sich ein längerer Streit, ob eine allgemeine Berathung zugelassen oder sofort in die Besprechung der einzelnen Paragraphen eingegangen werden solle; die Versammlung entschied sich für das erstere. Dann stellte Herr Vogt den Antrag, die ganze Verhandlung bis zur nächsten Woche zu verschieben. Die Linke, welche in dem Wahlgesetz die Seele der ganzen Verfassung sieht, hofft die Berathung auf eine solche Höhe zu erheben, daß ihre Wirkung durch keinen Zwischentag gestört werden dürfe. Sechs hinter einander liegende Tage will sie dem Werke widmen. Die übrigen Theile der Versammlung schienen aber die gewiß aufrichtige Absicht des Antragstellers nicht anerkennen zu wollen; sie sahen nur den Zweck darin, die Berathung zu verzögern, und das ganze Haus gerieth in die heftigste Bewegung. In guter Meinung schlug Herr Biedermann, damit das Volk sehe, wer Schuld an der Verzögerung sei, die namentliche Abstimmung über den Antrag vor. Das war wie ein Orkan, der in die Feuersbrunst fährt! Der Eine hielt die namentliche Abstimmung für zulässig, der Andere für unzulässig; der Präsident meinte, „an sich sei sie wohl nach der Geschäftsordnung zulässig, persönlich aber halte er sie für unzulässig". (Welch' feine Unterscheidung!) Das Ganze aber gab einen Auftritt, wie ihn nicht leicht eine parlamentarische Versammlung darbietet; und doch erfolgte unmittelbar ein zweiter, der diesem nichts nachgab. Nachdem nun wirklich in die Verhandlung eingegangen war, nachdem Hr. Scheller und Hr. Ziegert die gewöhnlichen Gründe für und gegen allgemeines Stimmrecht auseinandergesetzt hatten, beantragte Herr Vogt Zählung des Hauses — denn die Bänke waren geisterhaft leer. Der Vicepräsident Kirchgeßner behauptete, es käme auf die Beschlußfähigkeit nur an, wenn beschlossen, nicht wenn berathen würde. So stellte denn die Linke den Antrag auf Vertagung. Schnell wurden Boten entsandt, um die Flüchtigen herbeizuholen; die Zählung ergab aber doch nur 167 Anwesende. Jetzt stellte aber Hr. Kirchgeßner den Satz auf, „eben, weil nicht 200 anwesend seien, könne man die Vertagung nicht beschließen." Und obgleich von der Linken bis zur Rechten, von

Hrn. Vogt bis zu Hrn. Wilh. Jordan behauptet wurde, sobald ein Parlament nicht beschlußfähig sei, sei es von selbst vertagt, denn es sei kein Parlament mehr, so gab Herr Kirchgeßner nicht nach, und trotz des Geschreis, trotz der Drohungen, trotz eines Lärmens, wie man ihn ruhigen Deutschen gar nicht zutrauen sollte, ging die Verhandlung weiter. Noch eine Rede — und die Versammlung, jetzt beschlußfähig, vertagte sich!

δ **Frankfurt**, 15. Febr. Die heute der Nat.-Vers. durch den Reichsjustizminister mitgetheilte Zuschrift des österreichischen Bevollmächtigten an das Reichsministerium d. d. 10. d. M. verbreitet, vielleicht unabsichtlich, ein helles Licht über die Stellung, welche Oesterreich zur definitiven deutschen Reichsverfassung, wie sich dieselbe auch gestalten mag, einzunehmen gedenkt, und nach seinen eigenthümlichen Verhältnissen stets einzunehmen beflissen sein wird. Nach der Berufung auf die bekannten, den Vereinbarungs-Standpunkt wahrenden Erklärungen vom 15. April und 28. Dez. v. J. folgt die allgemeine Reflexion: „es müsse anerkannt werden, daß Oesterreich sich das Recht der Zustimmung zu allen Beschlüssen der Nat.-Vers. vorbehalten müsse, weil sein Gebiet theils deutsches, theils nicht-deutsches sei, letztres aber bei seiner staatlichen Verbindung mit ersterem von allen Veränderungen wesentlich berührt werde, welche die deutschen Gebietstheile in ihrer Verfassung oder Legislation erfahren." Daß diese Auffassung für die gegenwärtigen Zustände sachgemäß ist, wird gewiß nur von Phantasten bestritten werden, sie behält aber natürlich auch ihre Gültigkeit für alle künftigen deutschen Parlamente, und überhaupt für so lange, als es einen Gesammtstaat Oesterreich geben wird. Soll nun unter diesen Umständen Oesterreich als deutscher Staat fortwährend gelten, und nehmen die andern Staaten gleiche Rechte für sich in Anspruch, so bleibt es also bei der „freiwilligen Vereinbarung", welche man schon in der Wiener Schluß-Akte (Art. LXIV.) den „Beschlüssen" der Bundesakte (Art. VI.) zu substituiren wußte, es bleibt bei einer diplomatischen Verhandlung in einem „völkerrechtlichen Verein der deutschen souveränen Fürsten", es bleibt beim alten Bundestage, und irgend eine Volksvertretung daneben wäre eine vollkommene Widersinnigkeit. Hat aber schon der alte Bundestag auf der Grundlage der freiwilligen Vereinbarung während seiner 33jährigen Wirksamkeit nichts zu Stande bringen können, so wird die neue Bundesversammlung, in der auch noch die „außerdeutschen Landestheile" ihre Vertretung finden sollen, vollends zu einer absoluten Thatlosigkeit verdammt bleiben. Wer den Muth hat, unbefangen die nothwendigen Folgen seines politischen Handelns sich klar zu machen, der muß zu der Einsicht gelangen, daß, wer ganz Deutschland retten will, ganz Deutschland verderben wird.

:: **Frankfurt**, 14. Febr. Die heutige O.-P.-Z. enthält einen Artikel aus Posen v. 9. d. M., in welchem auffallende Unrichtigkeiten vorkommen. Was zunächst die dort erwähnte Auflösung des posenschen Provinzialverbandes anbetrifft, so ist es eine bekannte Thatsache, daß die deutschen Bewohner des Netzdistrikts und der westlichen Grenzkreise, welche die Hauptmasse der deutschen Bevölkerung des Großherzogthums ausmachen, seit dem letzten polnischen Aufstande nichts sehnlicher und beharrlicher erstreben, als die Zutheilung zu den benachbarten deutschen Provinzen. Die Hauptstadt Posen dürfte allerdings durch die Auflösung des Provinzialverbandes in ihren materiellen Interessen leiden; allein, wer die Haltung der deutschen Bevölkerung Posens während der letzten nationalen Bewegung kennen gelernt hat, der wird wissen, daß sie in ihrer großen Mehrheit das nationale Interesse über jedes andere stellt. Anlangend die Wahl zur ersten Kammer, so wird es schwerlich einem deutschen Bewohner Posens ernstlich eingefallen sein, einem Wahlkandidaten seine Stimme zu geben, der in der aufgelösten Berliner Nationalversammlung für das übelberüchtigte Philipps'sche Amendement gestimmt hat. Herr Jordan (doch wohl Wilhelm Jordan aus Berlin) hat noch nicht das zur Wahl für die erste Kammer erforderliche Alter, kann also unmöglich als Wahlkandidat in Betracht gekommen sein.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 15. Febr. Wir freuen uns, einer neuen Erklärung einer süddeutschen Regierung zu Gunsten der Kaiseridee erwähnen zu können. Es ist der Herzog von Nassau, welcher dieselbe durch Herrn Hergenhahn beim Reichsministerium hat überreichen lassen. Der größte Nachdruck ist in der Erklärung darauf gelegt, daß es gelte, eine starke Regierungsgewalt an die Spitze von Deutschland zu stellen. Eben hieraus ist die Erblichkeit als eine nothwendige Bedingung abgeleitet.

Als Nachtrag zu unserm gestrigen Berichte über die Versammlung in der Mainlust entlehnen wir den Mittheilungen der Parl. Korr. die folgende prägnante Aeußerung des Hrn. Vogt. Er erklärte, daß er für seine Person in einer Beziehung käuflich sei, daß er nämlich für jeden Paragraphen vermehrter Volksrechte einen Zoll Oberhaupt abzulassen bereit sei, daß er sich in dieser Beziehung auf den von dem Vorsitzenden als Vereinigungsterrain vorgeschlagenen Boden der Thatsachen stellen wolle, daß aber die Linke von ihren Prinzipien keines fahren lassen werde.

△ **Wien**, 11. Febr. Die Mißhandlung des Redakteurs Gretschnigg in Graz, die ich Ihnen gestern meldete, war veranlaßt durch einige Bruchstücke der Broschüre des russischen Panslawisten Bakunin, welche Gretschnigg der Prager Zeitung entlehnt und in seiner „Volkszeitung" mitgetheilt hatte. Die Namen der Exzedenten sind bereits bekannt und die auf Befehl des kommandirenden Generals Spanocchi und des Gubernial-Präsidenten von Marquet niedergesetzte gemischte Kommission wird die Untersuchung zur Ermittlung der Anstifter dieses Aktes ungezügelter Parteiwuth leiten. Möge sie dabei unparteiisch zu Werke gehen, denn Gerechtigkeit thut uns vor Allem noth! Was von der Gereiztheit der Soldaten selbst hier in Wien zu erwarten ist, möge Ihnen folgender Vorfall klar machen. Am 9. war ein Militär-Manoeuver auf dem Glacis am Burgthore, bei welchem das Spalier mehreremal von Neugierigen durchbrochen wurde; ein Handlungs-Kommis durchbrach es nochmals, worauf ein Kürassier gegen ihn heran sprengte und ihm mit dem Säbel einen Hieb auf den Kopf gab, daß er zu Boden fiel. Die Wunde war zwar nicht tödtlich, aber es entstand dennoch ein so allgemeines Murren der anwesenden Personen vom Bürgerstand, daß der Soldat ins Stockhaus, zur Untersuchung abgeführt wurde! Die Offiziere bekennen selbst, daß sie nur mit der größten Mühe und Strenge den gemeinen Soldaten von Gewaltthaten abhalten können. Wie sich diese Spannung wieder ausgleichen mag, ist noch gar nicht abzusehen. Am 9. wurde ein Techniker von 16 Jahren, Namens Sentdezki, zu dreiwöchentlichem Stockhausarreste verurtheilt, weil er am 1. Januar d. J. in einem Kaufladen „auf freche und Aergerniß gebende Weise beleidigende Aeußerungen gegen hochgestellte Militärpersonen ausgestoßen zu haben" überwiesen und eingeständig ist. Also nicht einmal Kinder bleiben mehr von den Denunzianten verschont; der Verurtheilte ist noch so klein und von so kindischem Aussehen, daß man seinen Eltern Schwierigkeit machte ihn in die Technik aufzunehmen! Dem Vernehmen nach wird sich eine Deputation der Vorstadt Landstraße, der sich mehrere Mitglieder des Gemeinderathes anschließen wollen, nach Ollmütz begeben, um von dem Kaiser die Begnadigung des kürzlich zu 7 Jahren schwerem Kerker verurtheilten Dr. Plattensteiner zu erbitten. Die Amnestiefrage ist leider durch den unerwartet starken Widerstand Bem's in Siebenbürgen wieder weiter in die Ferne gerückt. Die Stellung, welche Bem bei Stolzenburg angenommen hat, ist so vortheilhaft, daß er drei Angriffe abwehrte und F.-M.-L. Puchner erst Verstärkung erhalten muß, um ihn aus dieser festen Position vertreiben zu können. Die Zahl der Todten bei Hermannstadt betrug 52. Ein Wiener Legionär Namens Kropf wäre noch zu retten gewesen; er riß sich aber den Verband ab und starb in Folge der Verblutung. Nach Privatbriefen soll Kossuth in Debreczin erkrankt sein und Madarasz für ihn die Diktatur übernommen haben. Uebrigens soll es dort bereits an Pulver und Blei fehlen und in Komorn die Besatzung sehr entmuthigt sein. Die Ankunft der Herren Salomon und Anselm v. Rothschild wird in den nächsten Tagen hier erwartet und in Verbindung mit dem Anlehen des Finanzministeriums gebracht; doch hat die Familie Rothschild, wie ich aus verläßlicher Quelle weiß, hier in einem kürzlich abgehaltenen Familienrathe beschlossen, sich bei der Anleihe nicht zu betheiligen. Die Ausgabe von Centralkassen-Anweisungen in kleineren Beträgen bis zu 10 fl. herab, welche die Finanzverwaltung zur theilweisen Realisirung des neuen Anlehens beabsichtigen soll, erregt in der Geschäftswelt viel Interesse und wird zum Theil mit der Zuversicht auf einen sehr günstigen Erfolg erwartet. Diese Zuversicht gründet sich auf den Umstand, daß die jetzigen nur in größeren Beträgen ausgegebenen Centralkasse-Anweisungen sehr gesucht sind, so daß man sich gewöhnlich darauf vormerken lassen muß. Ebenso beweist der eingetretene Ueberschuß der Sparkasse-

Einlagen, daß das Publikum die Neigung hat, seine disponiblen Summen fruchtbringend anzulegen. Man ist daher sehr gespannt ob und auf welche Art die Finanzverwaltung die günstige Stimmung für die Realisirung eines Theils der Anleihe berücksichtigen wird.

Pillersdorf hat endlich sein Mandat nach Kremsier, wohin er bekanntlich vor drei bis vier Wochen in Bruck an der Leitha gewählt wurde, erhalten, nachdem es ihm auf die unbegreiflichste Weise, wahrscheinlich durch den Eifer der betreffenden Behörden, vorenthalten geblieben war. Auch jetzt erhielt er es nicht auf dem gewöhnlichen direkten Wege von dem Wahlorte aus, sondern das Mandat gelangte von Ollmütz aus an den Reichstagspräsidenten Smolka, der es schleunigst Pillersdorf zuschickte, da der Finanzausschuß sich nach seiner Mitwirkung längst gesehnt hat.

* **Wien**, 11. Febr. Die Verausgabung von 25 Millionen Centralanweisungen wird heute veröffentlicht. Vorerst sind Beträge von fl. 1000, 500, 100, und 50 festgestellt. Auf Verlangen werden auch Theilanweisungen von fl. 25 und 10 ausgegeben werden, für welche jedoch die Zinsen außer den Fällen der Annahme als Zahlung oder des baaren Einlösens ganzjährig berichtigt werden. Es ergibt sich aus einer interessanten Darstellung, die den Reichstagsdeputirten Sidon zum Verfasser hat, wie bisher der Adel bei hohen geistlichen und militärischen Stellen begünstigt wurde. Allerdings gehören nunmehr die Erzbischöfe von Wien, Venedig, Görz und Zara dem Bürgerstande an, allein die vorangegangenen 5 Wiener Erzbischöfe waren hochadeligen Familien entsprossen; eben so sitten auf den erzbischöflichen Sitzen von Prag, Ollmütz und Salzburg mit einer einzigen Ausnahme seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts nur Adelige gesessen. Auch wird eine Aenderung hierin mehr der hervorgetretenen Neigung des Adels zum Militär- und Civildienst, als liberaleren Prinzipien zuzuschreiben sein. Noch viel greller aber trete das Mißverhältniß in der Armee hervor. Nach dem Militär-Schematismus von 1848 gibt es unter den Feldmarschällen, Feldzeugmeistern und Generalen der Kavallerie in der ganzen Armee keinen einzigen, unter den 103 angestellten Feldmarschallieutenants nur 4 und unter den 148 angestellten Generalmajors nur 19 Bürgerliche. Unter den Ministern gehört nur der Justizminister, unter den Gouverneuren nur jener von Oberösterreich dem Bürgerstande an und unter den Präsidenten würde die Auffindung eines Unadeligen auf die größten Schwierigkeiten stoßen. — Der Polizeidirektor von Linz, Noë, wurde zum provisorischen Chef der hiesigen Statthauptmannschaft ernannt. Er ist als ein Mann von Geist und Freiheit im Benehmen aus seiner früheren Stellung sehr vortheilhaft bekannt.

Berlin, 10. Febr. Wie man hört, wird gegenwärtig eine Umgestaltung des Heeres in so fern beabsichtigt, als eine Auflösung der Divisionen und Brigaden eintreten und zwei der bisherigen Armeekorps zu einer General-Inspektion vereinigt werden sollen. Auch würden Infanterie und Landwehr zusammengelegt und das Garde-Korps aufgelöst werden. Es ist in der That endlich an der Zeit, die illustrirten und bevorzugten Truppentheile, als solche, zu beseitigen, zumal auch der Zweck schon längst ein veralteter ist. Die hier noch garnisonirenden Reiter-Regimenter werden ebenfalls insgesammt von hier wegverlegt und dafür neue Infanterie-Regimenter hergezogen. Ueberhaupt soll, wie es heißt binnen Kurzem „in den Marken" eine Heeresmasse von 80,000 Mann zusammen gezogen werden. (Köln. Z.)

Berlin, 13. Febr. An der Vollendung der elektromagnetischen Telegraphenlinie zwischen hier und Frankfurt wird mit Eifer fortgearbeitet. Die telegraphischen Stationen sind bis auf eine Strecke von sieben Meilen schon überall völlig eingerichtet und zur Funktion befähigt. Mit dem Ende dieser Woche werden die Arbeiten so weit gediehen sein, daß die Staatskorrespondenz zwischen Berlin und Frankfurt auf telegraphischem Wege geführt werden kann. (Voss. Z.)

* Als Abgeordnete zur ersten Kammer wurden ferner in der Rheinprovinz so wie in Westphalen gewählt: für die Kreise Trier, Prüm, Daun, Bitburg, Wittlich, Bernkastel, Saarburg (theilweise): Kaufmann Cetto in Trier, Pastor Alff in Alsdorf, Landgerichts-Rath Graeff in Trier; für die Kreise Merzig, Saarlouis, Saarbrücken, Ottweiler, St. Wendel, Saarburg (theilweise): Landschaftsrath, früherer Minister Rodbertus, Landgerichts-Rath Graeff in Trier; für die Kreise Hagen, Altena, Iserlohn, Dortmund, Hamm, Bochum: Bank-Direktor Hansemann, Kaufmann Colsmann in Langenberg, Gutsbesitzer Schulze Velmede bei Camen.

0 **München**, 13. Febr. Die Ministerkrisis hat noch immer ihr Ende nicht erreicht und alles was über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, über das Bleiben einiger der zurückgetretenen Minister gemeldet wird, sind Gerüchte, die nur auf Vermuthungen beruhen; am wahrscheinlichsten ist noch immer das, welches einen der bairischen Abgeordneten in Frankfurt berufen läßt, zu dem Auftrage ein Ministerium zu bilden. Ob aber der Auserwählte Hermann ist oder Kirchgeßner, Giech oder Rotenhan, darüber wage ich nicht einmal eine Muthmaßung auszusprechen; nur so viel scheint mir sicher, daß die letzteren die Mehrheit der Kammer nicht für sich haben würden. Unterdessen hat die Kammer Feiertage und harrt der Auflösung oder Vertagung. Die erstere würde wohl nur dann erfolgen, wenn das neue Ministerium an dem Princip der Vereinbarung festhalten will; wahrscheinlicher ist eine Vertagung für mehrere Wochen, bis das Ministerium organisirt und die nöthigen Gesetzentwürfe von ihm vorbereitet sind.

Bezüglich der neulich zu Protokoll gegebenen Erklärung des Dr. Müller, welcher die Kammer einstimmig beigetreten war, hört man von vielen Abgeordneten, daß ihre Zustimmung mehr dem Antrage Kolbs, auf ein unverstümmeltes, einiges Deutschland und gegen das preußische Kaiserthum, gegolten habe, als den Konsequenzen, welche im Müller'schen mit enthalten sind, wonach mit dem Ausscheiden der österreichischen Abgeordneten auch die bairischen zurückzuberufen sein würden. Würde dieser Erklärung in ihrem vollen Umfange Folge gegeben, so würde durch einen, wenn auch nur momentanen Austritt Oesterreichs, das ganze deutsche Einigungswerk zerstört, vielleicht für mehrere Lebensalter unmöglich gemacht.

÷ **Stuttgart**, 13. Febr. In der gestrigen und heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten hat die Berathung des Etats des Kriegsdepartements ihren Fortgang genommen und sämmtliche Beschlüsse zeugen wiederum von der entschiedenen Ungunst, welcher das Militärwesen in seiner gegenwärtigen Organisation verfallen ist; rücksichtslos ist alles gestrichen und beseitigt, was sich nicht als unumgänglich nöthig darzustellen vermochte. Wichtiger als diese Berathungen sind die beiden letzten Sitzungen durch verschiedene Erklärungen des Ministeriums, die erste durch eine beiläufige Erklärung des Abg. Becher veranlaßt, welche die Möglichkeit der Durchführung der Grundrechte bezweifelte, die zweite durch einen förmlichen Antrag des Abg. Reyscher in Bezug auf die bekannte preußische und österreichische Note. „Ich weiß nicht — erklärte in ersterer Beziehung der Staatsrath Römer — worauf jene Zweifel des Abg. Becher beruhen. Die äußern Verhältnisse mögen schwierig sein in Beziehung auf das Zustandekommen des Verfassungswerks im Allgemeinen, sie sind aber doch nicht so, daß, was bereits promulgirt ist und gesetzliche Kraft hat, in den wesentlichsten Punkten nicht sollte in's Leben gerufen werden können, und als solche erkenne ich die Veränderung unserer Repräsentation. Ich erkläre, daß gerade in Beziehung auf Verwirklichung dieses Punktes das Staatsministerium, wenn ihm unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht werden sollten, mit demselben stehen oder fallen würde, ich erkläre, daß gerade für unsere würtembergischen, für unsere süddeutschen Verhältnisse ich von jeher die Art der Zusammensetzung der Kammern für einen der größten Uebelstände gehalten habe, und ich bin eigentlich einer derjenigen gewesen, die im Verfassungsausschuß in Frankfurt wesentlich darauf hingewirkt haben, daß in dieser Beziehung eine Aenderung eintreten möge, und sie ist eingetreten. Die Grundrechte sind promulgirt und ich bin überzeugt, daß die würtembergische Staatsregierung die Kraft haben werde, gerade in Beziehung auf diesen Punkt sie ins Leben zu rufen." Der Antrag des Abgeordneten Reyscher ist dahin gerichtet, die Kammer möge zu Protokoll erklären: 1. daß sie nur in der festen Vereinigung aller, auch der österreichisch-deutschen Brüderstämme zu einem verfassungsmäßig gegliederten Bundesstaate die Einheit des Gesammtvaterlandes, die Freiheit und Wohlfahrt der einzelnen Stämme gesichert halte; 2. daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volk gewählten deutschen Nationalversammlung zu überlassen sei; 3. daß die Kammer das Vertrauen zu der Nationalversammlung hege, sie werde unbeirrt durch die entgegenstehenden Erklärungen einzelner Regierungen das große Werk der National-Einigung auf dem betretenen Wege zum Ziele führen. Die sofortige Berathung des Antrags wurde mit

52 gegen 51 Stimmen abgelehnt, dagegen beschlossen, daß derselbe sofort von der staatsrechtlichen Kommission begutachtet und dann in der morgenden Sitzung berathen werde; vorher aber sprach der Staatsrath Römer die folgenden beachtungswerthen Worte: „Die Stellung der würtembergischen Regierung in dieser Frage ist eine höchst einfache und klare. Die Regierung hat von Anfang an erklärt, daß sie sich den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung und Centralgewalt unterwerfe und darauf wird sie trotz der preußischen Circularnote und auch trotz der österreichischen Note beharren; sie wird weder Preußen noch Oesterreich bei der Oberhauptsfrage begünstigen, sondern bloß Rücksicht nehmen auf das Interesse Deutschlands. Daß aber die würtembergische Regierung das größte Gewicht darauf legt, daß das Verfassungswerk von Deutschland auf eine deutsche Weise zu Stande komme, daß insbesondere Oesterreich bei Deutschland bleibe, daß somit ein ganzes Deutschland zu Stand komme, ist allerdings richtig und diese Politik wird die würtembergische Regierung, so viel an ihr ist, in der deutschen Oberhauptsfrage befolgen."

Stuttgart, 14. Febr. $2\frac{1}{2}$ Uhr. So eben wurde der Antrag Reyscher's (s. oben) mit einigen nicht wesentlichen Abänderungen und mit Berufung auf die Uebereinstimmung der Kammer mit der von der Regierung in dieser Sache befolgten Politik mit 61 Stimmen gegen 12 angenommen. (Schw. M.)

× **Hannover**, 12. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ward unter andern ein Antrag, daß Geschütze für die deutsche Marine auf der Eisenbahn unentgeltlich befördert werden sollten, einstimmig angenommen. Stüve's Antrag, daß die Bestätigung des ersten Präsidenten der Kammer der Regierung verbleiben solle, wird mit großer Mehrheit verworfen. Man sieht in Allem den Geist der Kammer. In der Versammlung ward auch ein Schreiben des Herzogs von Aremberg verlesen, worin er eine Protestation gegen die Grundrechte einlegt, „weil sie die Rechte seines Hauses verletzen." Ein lautes Gelächter war die Antwort. Aber uns fiel unwillkürlich der alte Vers ein:

Wehe Dir, welcher Du lachst; Bald folgen dem Lachen die Thränen!

Denn nach dem Geiste, der jetzt überall im Vaterlande sich regt, werden dergleichen Verwahrungen gegen das Jahr 1848 bald von allen Seiten sich zusammenhäufen. Eins der nothwendigsten Grundrechte, ohne welches die ganze pomphaft verkündigte Gleichheit und das Aufheben der Vorrechte der Familien und der Geburt eine Thorheit sein würde, ist die Aufhebung der Fideikommisse. Und hat nicht bereits auch die schleswig-holsteinische Ritterschaft ebenfalls einen Protest gegen dieses wichtige Grundrecht eingereicht, wahrscheinlich, weil dadurch die Rechte ihrer Häuser verletzt werden. Schon regt sich dort unter manchen Aristokraten ein Geist, lieber gar nicht zum eigentlichen Deutschland zu gehören, als seine aristokratischen Privilegien aufzuopfern.

Kassel, 12. Febr. Die am 10. d. M. ausgegebene Nummer der Sammlung von Gesetzen ꝛc. für Kurhessen bringt das Reichsgesetz vom 20. Jan., die Schließung der öffentlichen Spielbanken betreffend, unter'm 8. Febr. zur öffentlichen Kenntniß. (Kassl. Z.)

× **Schleswig**, 10. Febr. Die Sitzung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung wurde mit folgender Rede des Präsidenten geschlossen:

„Wir haben uns in den letzten 14 Tagen damit beschäftigt, die zur Herstellung der nöthigen Geldmittel für den Staatshaushalt der Landesvertretung obliegenden Pflichten zu erfüllen und die nöthigen Beschlüsse zu fassen; wir haben aber auch zwei Gegenstände unserer Berathung unterzogen, welche die Gemüther, nicht nur der Mitglieder der Landesversammlung, sondern auch aller Landesbewohner aufgeregt und mit Unruhe erfüllt haben. Mögen wir denn in unsern Beschlüssen darüber das Rechte getroffen und zum Heil unsers Vaterlandes mitgewirkt haben!

Wenn wir jetzt nach Hause gehen, so müssen wir uns fragen, was haben wir geschafft? man wird uns in der Heimath, so weit unsere Beschlüsse nicht veröffentlicht sind, fragen, was wir geschafft haben. Es sind hauptsächlich zwei Punkte, welche ich in dieser Beziehung berühren möchte. Wir haben Beschlüsse gefaßt wegen Sicherstellung unserer Rechte gegen den Feind, allein damit haben wir noch nicht Alles gethan, was uns obliegt. Wenn wir jetzt diese Plätze verlassen, so müssen wir, Jeder in seinem Kreise, thätig bleiben, wir müssen unsern Geist wach und unsern Arm stark erhalten, denn wir wissen nicht, was noch bevorsteht. Gehen wir daher nicht nach Hause, um die Hände in den Schooß zu legen und auf unsern Lorbeern zu ruhen, denn wir haben hier nur unsere Schuldigkeit gethan und die Lorbeern sollen erst errungen werden. Wenn bei unsern Beschlüssen das Volk zu uns stand, so müssen wir jetzt wieder zum Volke stehen, und einig sein in der Stunde der Entscheidung. — Der zweite Punkt betrifft unser Verhältniß zur gemeinsamen Regierung. Mit Beziehung auf das Schreiben derselben vom 6. Februar, welches die Antwort auf unseren Antrag wegen der Rüstungen enthielt, ist vor wenigen Tagen in einem vielgelesenen Blatte eine Meinung geäußert, und ein scharfer Tadel ausgesprochen, welche ich nicht für begründet halte. Ich gebe zu, daß bei dem entfernten Leser, dem das Schreiben allein vorlag, eine solche Ansicht leichter möglich war, wir aber, meine Herren, denen von der Regierung auf die bereitwilligste Weise über Alles Aufklärung ertheilt ist, die wir von ihrem Streben genauer unterrichtet sind, werden uns zu einem solchen Tadel nicht befugt halten. Ich muß es, bevor ich diesen Platz verlasse, aussprechen: Es hat ein Riß zwischen der gemeinsamen Regierung und der Landesversammlung nicht Statt gefunden, und wer das meint, der täuscht sich, wer es Andere glauben machen will, der täuscht Andere. Wir müssen die Stellung der gemeinsamen Regierung nicht allein mit Beziehung auf uns und unsere laut ausgesprochenen Wünsche ins Auge fassen, sondern auch im Verhältniß zum übrigen Deutschland und zum Auslande, im Verhältniß zu denjenigen Gewalten, die nun ein Mal in den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten eine Mitwirkung haben können. Als die geachteten Mitglieder der gemeinsamen Regierung eintraten in ihre jetzige Stellung, geschah es wahrlich nicht ihrer selbst wegen, die Liebe zum Vaterlande war für sie nach manchem Bedenken entscheidend, und diese Vaterlandsliebe wird sie bewegen, in ihrer Stellung zu bleiben. Möge aber uns und Andere nicht der Vorwurf treffen, daß wir ihnen diese ohnehin so schwierige Stellung unerträglich gemacht haben. Gehen wir nicht nach Hause, meine Herren, um das Vertrauen zur gemeinsamen Regierung zu untergraben, sondern um es zu stärken!

Und wenn ich nun einen Blick in die allerdings umschleierte Zukunft versuche, um über die Erreichung unseres Zieles eine Ansicht zu gewinnen, so muß ich sagen, daß ich nicht ohne freudige Hoffnung bin, es werden sich unsere Verhältnisse günstiger gestalten, und unser Recht vielleicht früher anerkannt werden, als es jetzt den Anschein hat. Ich vertraue dabei zunächst auf die Einmüthigkeit und Festigkeit des schleswig-holsteinischen Volks; ich vertraue auf Deutschland, welches auch in seinem jetzigen, mit Rücksicht auf Einigung und Kräftigung gegen Außen noch unentschiedenen Zustande stark genug ist, um das Recht eines deutschen Landes gegen einen verhältnißmäßig schwachen Feind zu schützen, und welches hoffentlich in kurzer Zeit mehr Macht haben und zur Anwendung bringen wird; ich vertraue auch dem ersten Monarchen Deutschlands, der uns die erste Hülfe sandte, der das damals gegebene deutsche Wort weder als König von Preußen, noch als Reichsoberhaupt, wenn ihm diese Stellung beschieden ist, brechen kann und wird; ich vertraue endlich auf Englands Minister, dessen staatsmännische Weisheit nicht verkennen wird, daß bei einer Abtrennung Schleswigs von Holstein, oder beider von Deutschland, ein dauernder Friede in diesem Lande niemals erreicht werden kann, ich hoffe endlich, man werde einsehen, daß in Schleswig-Holstein, wenn seine Rechte nicht verletzt werden, dem König von Dänemark als Herzog dieser Lande, so lange er rechtmäßiger Landesherr ist, die getreuesten Unterthanen wohnen, daß aber die Gefahr für Dänemark, die bisher unter demselben Landesherrn vereinigten deutschen Herzogthümer zu verlieren, immer größer wird, je länger die Anerkennung unserem Rechte versagt ist. Es ist daher mit freudiger Hoffnung, wenn ich Sie auffordere, meine Herren, in den Ruf einzustimmen: unser vereinigtes, unser deutsches Schleswig-Holstein hoch!

Die Versammlung stimmte in diesen Ruf mit dreimaligem Hoch! ein, und die Sitzung ward geschlossen.

℞ **Schleswig**, 11. Febr. In der Sitzung vom 9. d. M. hat die schleswig-holsteinische Landesversammlung zu Schleswig das Militärbudget in runder Summe mit zwölf Millionen Mark einstimmig genehmigt und in der Sitzung vom 10. d. M. mit 90 gegen 4 Stimmen den Beschluß gefaßt: der gemeinsamen Regierung zum Zweck fernerer Rüstung und eventuell Kriegsführung einen Extrakredit von 4 Millionen Mark zur Disposition zu stellen; ferner mit 71 gegen 23 Stimmen, daß die Regierung aufgefordert werde, Maßregeln zu ergreifen, wodurch es den Freiwilligen möglich gemacht werde, für den Kriegsdienst eingeübt zu werden. Also zusammen ein Kriegsbudget von sechszehn Millionen Mark; für ein Land von der Größe wie Schleswig-Holstein ein Aufwand von Kraft, der unsern Feinden und Freunden zeigt, daß wir es ernstlich meinen. Das Beste ist, daß das Volk die Beschlüsse mit Jubel begrüßt.

Großbritannien.

* **London**, 12. Febr. Vom konservativen Standpunkt sprachen noch weiter Herr Baillie Cochrane, der namentlich gegen die Klubs als die geheimen Werkstätten aller Revolutionen donnerte, den Ministern vorwarf, daß sie sich zu ängstlich durch die Agitation Cobdens, dessen letztes Ziel weit über die bloße Ersparung im Finanzwesen hinausreiche, zu Versprechungen von Ersparnissen hinreißen ließen, die durch die Weltlage nicht gerechtfertigt erschienen, und einige Stellen aus einer „revolutionären" Rede des Quäkers Bright citirte, um zu beweisen, daß dieser neue Cobden'sche Reformverein darauf ausgehe, das Parlament zu schrecken, zu terrorisiren und einzuklemmen; ferner Hr. Bankes, welcher unter andern namentlich den diplomatischen Bruch mit Spanien hervorhob und dabei bemerkte, daß die Beziehungen Englands zu Spanien noch immer zugleich prekär und für ersteres

demüthigend seien, ja daß die spanische Regierung auch später fortgefahren habe, zu den früheren Beleidigungen neue zu fügen; endlich Hr. Urquhart, der, weil er einmal das Haus ungebührlich langweilte, jetzt das Unglück hat, bei jedem Auftreten mit einer allgemeinen Explosion von Oh's empfangen zu werden. Hr. Urquhart ließ sich aber auch diesmal nicht abschrecken, seine galligen Ausfälle gegen den von ihm tödtlich gehaßten Minister des Auswärtigen zu wiederholen, ihn zu beschuldigen, daß er England wie eine seiner persönlichen Angelegenheiten, wie seine alte Garderobe behandele, und den Amtsgenossen Palmerston's warnend zzurief, daß sie sich dieses verderblichen Mannes sobald als möglich entledigen möchten, um nicht in seinen Sturz mit hineingezogen zu werden.

Dieser so heftig angefeindete, gefürchtete und gehaßte Minister, Lord Palmerston, erhob sich nun, um mit äußerster Fechtergewandtheit die von rechts und links, von der Front und vom Rücken her gegen ihn geführten Hiebe abzuwehren. Seine Rede trägt den Charakter einer fast spielenden Leichtigkeit. Im Grunde sagte er nicht mehr als am Tage vorher bereits Russell in seiner Rede gegen Disraeli gesagt hatte, aber er sagte es mit mehr Witz, mit schärferen Pointen, mit größerer Präcision und Rundung. Die Wahrheit aller so blendenden Versicherungen Palmerstons möge freilich für's Erste dahin gestellt bleiben. Gleich Anfangs wußte Lord Palmerston's die Lacher, und dadurch über seine Gegner einen bedeutenden Vortheil zu gewinnen. Im ersten Paragraphen des Disraelischen Amendements, äußerte Palmerston, werde vorgeschlagen, das Haus möge erklären, daß es nicht im Stande sei, Ihrer Majestät zu den gegenwärtigen Verhältnissen zum Auslande Glück zu wünschen. „Meine Antwort hierauf ist", sagte der Minister, „wer hat Euch geheißen, Ihrer Majestät Glück zu wünschen? (Gelächter.) Wenn Ihr sagt, Ihr wäret dieß nicht im Stande, so ist meine Antwort: wartet, bis ihr darum gefragt werdet! (Lautes Gelächter.) Diejenigen, welche eine Adresse beantragten oder diesen Antrag unterstützten, haben Euch durchaus nicht ersucht, über unsere Beziehungen nach außen hin ein Urtheil abzugeben" (Verstärktes Lachen), und so ging es noch eine Weile fort. Mit sichtlichem Erfolg suchte weiter der Lord, seine Politik als eine des Friedens zu rechtfertigen; überall wo die Aussichten kriegerisch gewesen, habe er den Krieg abgewehrt, oder wo er schon ausgebrochen, eine Waffenruhe bewirkt. Von der entgegengesetzten Seite verdenke man es ihm vielfach, daß er, statt mit dem in eine Republik verwandelten Frankreich zu brechen, vielmehr alles gethan habe, um die alte Freundschaft aufrecht zu halten; dies geschehe von denjenigen, welche der Meinung wären, daß das Gouvernement einer Republik kein ganz passender Kumpan für das Gouvernement einer Monarchie sei (Beifall und Lachen); er aber halte sich an den wahren Ausspruch, daß der französische Nachbar im Kriege den mächtigsten Feind Englands, im Frieden seinen nützlichsten Freund abgebe. Was kümmere es auch England, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob Frankreich einen Monarchen, einen Kaiser, einen Präsidenten oder Konsul wünsche? (Beifall und Gegenäußerung.) Die französische Regierung habe aufrichtig den Frieden gewünscht, aber er wage nicht zu sagen, ob es möglich gewesen sein würde, den Frieden aufrecht zu erhalten, wenn England sich, statt mit Frankreich auf freundschaftlichem Fuße zu beharren, an diejenigen Mächte angeschlossen hätte, deren Streben dahin gerichtet gewesen, die von Frankreich angenommene neue Regierungsform wieder zu beseitigen und den alten Zustand wieder herbeizuführen.

In ähnlicher Weise vertheidigte Palmerston sein Verfahren in der schleswig-holsteinschen Frage. Disraeli habe gesagt: „Ihr habt Eure Vermittlung gerade in dem Augenblick begonnen, als Dänemark durch starke und thätige Verbündete unterstützt wurde; wenn man dagegen den Feindseligkeiten freien Lauf gelassen hätte, so würde Dänemark die Sache bald beigelegt haben," d. h. bemerkte Palmerston, es würde ein europäischer Krieg entbrannt sein, Dänemark habe Rußland und Frankreich im Rückhalt gehabt, Deutschland „running wild after some particular doctrine in regard to the Duchy of Schleswig", habe schon in den Ebenen Schleswigs gestanden, und hier würde, wenn Dänemark seine Verbündeten herbeigerufen und England, das man um Vermittelung angegangen, nicht beschwichtigend dazwischen getreten, der Zusammenstoß zwischen den Mächten ohne Zweifel erfolgt sein. Der Friede sei zwar noch nicht geschlossen, aber wohl habe man erreicht, daß die Feindseligkeiten eingestellt wurden, und der unterbrochene Handelsverkehr wieder seinen Anfang nehmen konnte. „Ich habe den festen Glauben", setzte der Minister hinzu, „daß der abgeschlossene Waffenstillstand die Grundlage für eine ehrenvolle, beide Parteien zufriedenstellende Ausgleichung bietet." Ebenso friedenstiftend war, wie Palmerston auszuführen suchte, die Vermittlung Englands in der oberitalienischen wie in der neapolitanisch-sicilianischen Frage. Aus Gründen der Menschlichkeit allein sei man nach dem Bombardement Messinas dazwischen getreten, weil man gewußt, daß wenn man dies nicht thue, die Neapolitaner Palermo eben so übel zurichten würden, wie sie Messina zugerichtet. Uebrigens sei England durch die Art, wie es sich an der Verfassung von 1812 betheiligt, zu einer Vermittlung in Sicilien vorzugsweise berufen. „Ich habe das feste Zutrauen", fügte Palmerston hinzu, „daß diese Vermittlung, während sie einerseits das Glück und die konstitutionelle Freiheit Siciliens sicherte, andererseits die dauernde Vereinigung der Kronen von Neapel und Sicilien auf dem Haupte desselben Monarchen zur Folge haben wird." Ganz ebenso friedliebend, bemerkte Palmerston, habe er sich gegen Spanien gezeigt, er habe, nach der Wegschickung des großbritannischen Gesandten aus Madrid nicht sofort, wie Manche zu wünschen schienen, den Krieg erklärt, sondern einfach auch den spanischen Gesandten gehen geheißen, wobei er allerdings gestehe, daß Spanien noch Genugthuung schuldig sei, die es denn wohl auch, wenn es nur erst zur Besinnung gekommen, ohne Zweifel leisten werde. Der Minister wies noch darauf hin, wie er bereits 1834 den sonst unvermeidlichen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich durch seine Vermittlung beseitigt habe, und fuhr dann fort: „Man klagt mich wohl an, daß ich leicht zu Maßregeln geneigt sei, die zum Kriege führen können. Aber die Kriegspartei sitzt dort!" (auf die Bänke der toristischen Opposition zeigend. — Beifall und Lachen.)

Der Minister schloß: „Wir stehen hier, belastet mit der schweren Anklage, ein gutes Einvernehmen mit den Repräsentanten Frankreichs aufrecht erhalten und dadurch wesentlich zur Erhaltung des Friedens beigetragen zu haben. Wir sind auch des offenbaren Vergehens angeklagt, den Feindseligkeiten zwischen Schleswig und Dänemark, welche möglicherweise zu einem europäischen Kriege führen konnten, ein Ziel gesetzt, auch Oesterreich und Sardinien bewogen zu haben, ihre Waffen nieder zu legen, in einem Augenblick, wo ihre Streitigkeiten die europäischen Mächte zu verwickeln drohten. Auch sind wir angeklagt, großen Kalamitäten in Sicilien vorgebeugt, und an der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem König von Neapel und seinen sicilianischen Unterthanen gearbeitet zu haben. Dies sind die Beschuldigungen, über die gegen oder für uns das Haus jetzt sich aussprechen soll. Wir stehen hier als die Beförderer des Friedens — unter Beschuldigungen, womit uns die Anwälte des Kriegs belastet haben. Ich stelle dem Hause anheim, über uns zu entscheiden und vertrauensvoll sehe ich dem Spruche entgegen, welchen das Haus fällen wird." (Lauter Beifall.) Daß Herr Disraeli schließlich sein Amendement zurücknahm, ist schon früher mitgetheilt worden.

Nachträglich wäre noch zu erwähnen, daß Herr Hume in derselben Sitzung an die Minister die Frage richtete, ob es wahr sei, daß man nach Indien den Befehl geschickt habe, von dem Gebiete des verstorbenen Radschah von Sattara, Pertab Singh, Besitz zu ergreifen? Lord J. Russell erwiderte, daß die Direktoren der ostindischen Kompagnie allerdings den Befehl nach Indien geschickt hätten, das erledigte Gebiet in Besitz zu nehmen, leugnete übrigens, daß es irgend einen Erben gebe, welcher auf dieses Gebiet einen rechtskräftigen Anspruch habe. Hume behauptet dagegen, daß ein Vertrag vom Sept. 1839 bestehe, wonach das durch Pertab Singhs Absterben erledigte Gebiet an dessen Bruder Appa Sahib als nächsten Erben übergehen müsse. Man weiß, daß es England in Ostindien mit solchen Verträgen nicht sehr genau nimmt, und so dürfte wohl Herr Hume und nicht Lord Russell in dieser Angelegenheit Recht haben, wenn auch nicht Recht behalten.

In Irland der alte gesetzlose Zustand, die bekannten Raufereien mit der Konstablerei. Erst vor kurzem, fand ein solches Scharmützel zwischen Landleuten und einer Abtheilung Polizeimannschaft, welche zum Eintreiben von Steuern bestimmt war, 7 englische Meilen von der Stadt Roslea statt. Nachdem einer der Konstabler durch einen Steinwurf gefährlich verwundet worden, feuerten die Konstabler, wobei ein Mann schwer verwundet, ein anderer, Schwager des geachteten Pfarrers Caulfield zu Roslea, auf der Stelle getödtet wurde.

Frankreich.

†† **Paris**, 12. Febr. Vom Repräsentanten Portalis wurde gestern der Antrag übergeben, die Jahrestage vom 24., 25. und 26. Februar 1848 als Nationalfeste zu feiern; die erste Feier soll in 14 Tagen gehalten und dazu ein Kredit von einer halben Million Franken eröffnet werden. Eine Kommission der Nationalversammlung soll sich mit dem Präsidenten der Republik ins Einvernehmen setzen, damit dem Feste die gebührende Feierlichkeit von der Regierung gegeben werde. Hr. Cremieur, Berichterstatter über den Klubgesetzantrag, übergab gestern dem Bureau seinen Bericht, welcher die Verwerfung des Antrags bevorwortet. Die Kommission für Prüfung des Budget verminderte die Rubrik der öffentlichen Arbeitsauslagen bedeutend, indem sie nur die Ausführung dringender Arbeiten zugibt, alle andern einstellen will. Nach der gestrigen Heerschau über 52 Infanteriebataillons und 4 Batterien Artillerie der Division Neumayer stellte General Changarnier der zweiten Legion der Bannmeile den von ihr erwählten Obersten Napoleon Bonaparte vor. Der Seinepräfekt war bei der Installirung des Obersten gegenwärtig. Das Defiliren der Truppen am Marsfelde dauerte über zwei Stunden. Ihr Effektivstand mag 38,000 Mann betragen haben. General Changarnier erhielt beim Nachhausereiten spärliche Beweise der Sympathien vom Volke. Marschall Bugeaud ist in Lyon angekommen. Es hat eine Sprechwuth den alten Marschall überfallen, welche ihm viel Ungereimtes in den Mund legt *).

Unter Anderem hat er auch den Infanterieoffizieren seine Ansichten über die Hauptprinzipien des Straßenkampfes erklärt. Wir wollen uns jeder weiteren Kritik über das Benehmen des republikanischen Marschalls enthalten, können der Straßenkampfstheorie des tapfern Feldherrn aber deshalb nicht beipflichten, weil sie sich in der Februarpraxis 1848 nicht bewährt hat. Die Generale der großen Republik jenseits des Ozeans könnten Herrn Bugeaud manche Lektion in Politik und Taktik geben. Der alte rough and ready zeigte bei dem Sturme von Monterey die wahre Ingenieur-Theorie des Barrikadenkampfes. Und doch renomirte General Scott nicht nach seiner Rückkunft von Meriko, sondern blieb schlichter Bürger, nachdem er vor dem Feinde ein großer Feldherr gewesen. Die Tugend der Bescheidenheit läßt sich in Frankreich freilich am wenigsten nachrühmen. — Cabrera soll an seinen Wunden gestorben sein. — Der Peuple wurde gestern wieder konfiszirt aus Anlaß eines Artikels über das Urtheil gegen die Brea-Mörder.

Die Journalchefs der Sozialisten, Herr Proudhon und Considerant befehden sich in ihren Blättern. Die Demokratie pacifique hatte einen Aufsatz in ihren Spalten, welcher die Unhaltbarkeit der Proudhon'schen Banque de Peuple durch einen Bankplan erwies, welcher auch auf Association der Arbeiterklassen beruht, aber in der Möglichkeit unserer Verhältnisse seine Basis findet, da hingegen Proudhon nur das Verdienst behalten wird, durch seinen jetzt unausführbaren Plan die Anregung zu praktischen Unternehmungen im Interesse des bisher gedrückten Arbeiterstandes gegeben zu haben. Eine dem Andenken R. Blum's gewidmete Wochenschrift erscheint so eben unter dem Titel: „La place publique." Ihr Inhalt ist sozialistisch. Der französische Gesandte in Rußland, General Leflo, kehrt nach Frankreich zurück und wird durch den dortigen Gesandtschaftssekretär, Ferrières-Levayer, ersetzt, welcher zum Chargé d'affaires ernannt wurde. In Menton, der Geburtsstadt des Generals Brea, wurde von der sardinischen Garnison und den Nationalgarden der Grundstein zu einem Denkmale für den unglücklichen General mit großer Feierlichkeit gelegt. Der spanische Exminister Salamanca ist in Bayonne verhaftet worden, die französische Regierung hieß ihn nach Bordeaux bringen, wo ihm der freie Aufenthalt bewilligt ist.

* **Paris**, 12. Febr. Paris ist vollkommen ruhig und trotz aller Erfindungen von Kabinetsänderungen wird das Ministerium bis zum Zusammentritt der neuen Kammer auf seinem Posten bleiben, von dessen Abtreten am meisten gefabelt wird, behaupten halbamtliche Blätter. Und gerade Leon Faucher wird für unentbehrlich zur Leitung der Wahlen gehalten. Er entwickelt allerdings viel Mühe und Strenge. So enthält der heutige Moniteur einen Bericht von ihm an den Präsidenten der Republik über die Unruhen in Cette, der folgende bezeichnende Stellen enthält: Am Abend des 7. Februar ist die Stadt Cette der Schauplatz schwerer Unordnungen gewesen. Das Eigenthum, die Personen, die öffentliche Macht sind nicht respektirt worden. Verwüstung und Gewaltthat hat vier Stunden lang in dieser bedeutenden Stadt geherrscht, ohne daß ein Versuch gemacht worden wäre, die Ordnung wieder herzustellen, obschon die Stadt eine Nationalgarde, eine Garnison und Munizipalbehörden hat. Ich schlage daher vor, die Nationalgarde von Cette aufzulösen und den Maire abzusetzen, indem ich bedaure, daß die Regierung für letzteren keine schwerere Strafe in Händen hat. Und unmittelbar folgen, (wie gestern schon erwähnt) zwei Dekrete des Präsidenten der Republik, welche die Nationalgarde von Cette auflösen und den Maire der Stadt absetzen. Die in Rede stehenden unruhigen Auftritte wurden bekanntlich durch die Herabnahme der rothen Mütze von dem Freiheitsbaum veranlaßt. Der Minister des Innern hatte an alle Präfekten die Weisung ergehen lassen, die rothen Mützen von den Freiheitsbäumen zu entfernen. Im ganzen Süden hatte diese Maßregel Widerstand hervorgerufen. An einem andern Orte mußte der Maire suspendirt werden, weil er auf die Forderung zur Herabnahme der rothen Mütze mit den Worten antwortete: „Ich liebe zu sehr die Freiheit, um ihr Sinnbild zu zerstören."

Der Tod von Cabrera bestätigt sich. Zu andern Zeiten wäre er eins der wichtigsten Ereignisse, das wochenlang die Aufmerksamkeit fesseln würde. Heut hat man kaum Zeit, es zu bemerken. Mit ihm fällt die montemolinistische Partei in Spanien.

Seit einigen Tagen zieht sich durch die Journale ein Streit, wer eigentlich am 24. Febr. das Zurückziehen der Truppen und damit den Sieg der Republikaner veranlaßt hätte. Zuerst wurde dieser Schritt der Kleinmüthigkeit Bugeaud's Schuld gegeben; dann hieß es, Lamoricière habe es zum Beding der Annahme des Nationalgardenkommando's gemacht; endlich sollte Odilon Barrot es befohlen haben. Letzterer verwahrt sich jetzt in dem Assemblee nationale dagegen. Sehr viel Sympathien für die Republik verräth diese Abwehr eben nicht.

Herr v. Lamartine veröffentlicht heute einen Prospektus, worin er anzeigt, daß er eine neue, ausgewählte und verbesserte Ausgabe seiner Werke in 14 Bänden zu 6 Franken der Band, veranstalten werde. Der berühmte Dichter, der sich nicht in den besten Geldverhältnissen befindet, tritt, wie einst Walter Scott, als Verleger seiner eigenen Werke vor das Publikum und ladet die Freunde seiner Schriften ein, direkt bei ihm zu subskribiren.

Als kürzlich in einer Aufführung des Vaudeville's: **la foire aux idées** bei einem gegen die Nationalversammlung gerichteten Kouplet ein vereinzeltes Pfeifen laut wird, erhebt sich im Parterre ganz ernsthaft ein Zuschauer und frägt: „Sollte vielleicht zufällig ein Republikaner hier sein?" — Der Scherz ist sehr pikant. Man darf ihm aber keine Bedeutung beilegen. Gerade seit dem 29. Januar hat die Republik unendlich an Anhängern gewonnen. Man betrachtet sie, wie sie jetzt besteht, als einen Rettungsdamm zwischen den beiden extremen Parteien.

Spanien.

* **Madrid**, 6. Febr. Die Gerüchte von Cabrera's Tod setzen hier Alles in Bewegung. Die Gerüchte von einer Ministeränderung haben ziemlich aufgehört. Der General Narvaez hat heute eine lange und befriedigende Unterredung mit dem Könige gehabt, um ihm die Entlassung des Herzogs von Gor als Gouverneur der jungen Brüder des Königs mitzutheilen. Es hieß, daß für den General Narvaez ein jährliches Gehalt als Nationalbelohnung verlangt werden sollte.

Italien.

* Aus Sardinien. Man will hier aus Gaeta wissen, daß der Papst, der nicht zu Schiff nach Frankreich ist, geneigt ist, auf die Vorschläge Sardiniens einzugehen. Durch die Vermittlung des Grafen und der Gräfin Spaur erhielt der Graf Martini Audienz bei Pius IX., und redete so eindringlich zu ihm, daß er sein Herz bewegte. „Wir sind Italiener, Ihre Heiligkeit Italiener, Ihre Unterthanen sind es. Weshalb in unsern Angelegenheiten die Königin Isabelle, Frankreich und den Marschall Radetzky mit seinen Deutschen sich mischen lassen? Der älteste Sohn der Kirche ist jetzt der König von Sardinien. Ueberlassen Sie die Sache dem Abbé Gioberti; er wird Sie mit den Römern aussöhnen."

---

*) Wir haben bereits ausführlich darüber berichtet. D. Red.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 16. Februar. Versammlung preußischer Abgeordneten. Die Kammern werden nicht vertagt.) Wien (Nachrichten aus Ungarn.) Berlin (Die Thätigkeit des Ministeriums. Die neue Gewerbeordnung. Die Begebenheiten. Die Kammern. Wahlen zur ersten Kammer.) Köln (Das Karneval. Die Soldaten. Die Anleihe.) München (Kammersitzung.) Kiel (Vorbereitungen für die Marine.)

Oesterreichische Monarchie. Siebenbürgen (Verstärkung Bem's. Russische Hülfe.)

Schweiz. Bern (Neue Konflikte an der tessinischen Grenze. Beschlüsse des Bundesraths. Verschiedenes aus den Kantonen. Entlassung der zwei Schweizerregimenter in Rom.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 16. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 16. Februar.

Tagesordnung der 171. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.“

Gegen 10 Uhr eröffnet der Präsident Hr. Ed. Simson die Sitzung. Er zeigt den Austritt des Herrn v. Baumbach-Kirchheim (kurhessischer Abgeordneter) aus der Nationalversammlung an, so wie den mit Ende des Monats erfolgenden Austritt des Herrn Heusner aus Saarlouis.

Nach Eröffnung der Berathung über das Wahlgesetz erhält Herr Löwe von Calbe das Wort: Das allgemeine Wahlrecht war im März vorigen Jahres eine Nothwendigkeit und eine Thatsache. Einestheils verdankte es seine Entstehung dem tiefen Zuge im deutschen Charakter, der zur vollen Berechtigung der Individualitäten wie in der Kirche so auch im Staate hinführt, zum andern der französischen Revolution, welche diesmal nicht sowohl die Freiheit, sondern vielmehr die Gleichheit zum Ziele hatte. Jetzt legt man uns aber den Entwurf zu einem Wahlgesetze vor, welches von dem Principe der Gleichberechtigung abgeht, zu einem Wahlgesetze, welches — gelind und doch Alles im Einen gesagt — unausführbar ist. Wenn ich die Ueberzeugung hätte, den sozialen Elementen, die in dem Wahlgesetze übergangen werden, sei nicht zu helfen, so würde ich Ihnen rathen, nehmen Sie das Wahlgesetz an. Denn es würde zu einem Umsturze führen und dieser Umsturz dann würde helfen. Da ich aber der festen Ueberzeugung bin, daß wir in der That nicht ohne Mittel sind gegen die erwähnten sozialen Uebel, daß wir durch umfassende Vereinfachung des Staatswesens und durch durchgreifende Ersparnisse wirklich helfen können, so spreche ich mich gegen das Wahlgesetz aus. Sie verweisen auf England. Aber dort sind die Verhältnisse anders, dort ist nicht, wie bei uns, der Mangel an Mißtrauen gegen die Regierung ein Verbrechen an der Freiheit. (Bravo von links.) Wenden Sie mir nicht ein, es müsse eine Scala der Rechte am Staate geben, wie es eine Scala der Beiträge dazu gibt. Denn wir sehen wohl deutlich, wer die Finanzen des Staates zahlt, aber woher sie kommen — das ist das tiefe Geheimniß. Louis Philipp hat sich auf eine Regierung der Interessen gestützt, wie sie durch Ihr Wahlgesetz dargestellt wird und doch ist keine Regierung so schmachvoll gestürzt, so ohne alle Wurzel zu hinterlassen, als die Dynastie Orleans. Bei uns aber würde sich die Partei der Interessen mit dem Philisterthume, mit dem bürgerlichen Zopfe unseres Volkes verbünden zu einer Herrschaft des Egoismus von der schamlosesten Art. Wo hat man je eine solche Windmühlenpolitik erlebt, wie kürzlich in Deutschland? Heut ein Adressensturm, der für die Kammern nach Berlin blies, als die Kammern im Vortheil schienen, und morgen ein entgegengesetzter Adressensturm für die Regierung, als die Regierung die Oberhand behauptete. Die Vorschläge des Verfassungsausschusses gehen dahin, daß der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit noch vergrößert wird. Ja der Entwurf thut mehr, er macht die Arbeit zur Schande.

Aber der Entwurf ist unausführbar. Wir haben das Vereinsrecht. Schließen Sie nun eine ganze Klasse von der Theilnahme am Staate aus, so wird sich diese Klasse zusammenthun und einen Staat im Staate bilden. Sie werden dann dahin gedrängt werden, das Associationsrecht zu verbieten, und Sie werden es nicht blos aufheben können für die Arbeiter. Sie werden die ganze Nation einer ihrer theuersten Freiheiten berauben müssen! Nachdem sich der Redner endlich mit Nachdruck für direkte Wahlen erklärt hat, ermahnt er die Versammlung, daß sie den Strom der öffentlichen Meinung, auf welchem ihr Fahrzeug schwimme, nicht selbst seicht machen solle, damit das Fahrzeug nicht scheitere.

Reichsminister Herr v. Beckerath: Wenn wir den Theil des Volks, welcher bis jetzt außerhalb des Staates gestanden hat, plötzlich mit gleicher Berechtigung in den Staat aufnehmen, so nehmen wir auch das Uebel mit herüber, für welches wir eben die Heilung zu suchen haben. Nur dadurch wird sie unmöglich werden. Das Wahlrecht kann nur so weit ein allgemeines sein, als seine unabhängige und einsichtsvolle Ausübung gewährleistet ist. Hat ein Jeder im Staate die Gewißheit, daß es nur von seiner Kraft abhängen wird, um zu allen Stellen und auch zu den höchsten des Staates vorzuschreiten, so werden wir auch von keiner angedrohten Association einen feindseligen Staat im Staate zu fürchten haben. Eine andere Gleichheit wäre nur eine Gleichheit des Verderbens für Alle. (Widerspruch von links.) Gestehen doch auch Sie (auf der Linken) eine Begrenzung des Wahlrechts in Rücksicht auf das jugendliche Alter zu. Eine ganz ähnliche Rücksicht ist die auf das Maß der Einsicht in die öffentl. Angelegenheiten. Welche Folgen hat das allgemeine Wahlrecht in Frankreich herbeigeführt? Hat nicht dort das Schwanken der öffentlichen Verhältnisse allen Wohlstand zerrüttet und jedes Vertrauen auf eine feste Dauer des Staates untergraben? Der Redner weist darauf hin, welche Gefahr bei dem allgemeinen Wahlrechte die Freiheit läuft, wie es zu keiner Zeit und unter keinem Volke bestanden habe und wie die Humanität selbst es fordere, auf einem beschränkten Wahlrechte zu bestehen. Beim Schlusse Beifallklatschen von der Rechten und aus der Mitte, Zischen von der Linken.

Hr. Pfeiffer aus Adamsdorf: Durch das Wahlgesetz — der Redner hätte nie gefürchtet ein solches vom ersten deutschen Parlamente zu erleben — erklärt sich die Versammlung selbst für unmündig, denn aus einem allgemeinen Wahlrechte sind wir hervorgegangen. Selbst die aristokratische Verfassung Englands würde ich einem Wahlgesetze vorziehen wie das entworfene, welches jeder Willkür Thor und Thür öffnet. Denn ich erkenne nur eine Selbstständigkeit an, das ist die Selbstständigkeit der Gesinnung. Weder das Almosenempfangen beraubt nach Hrn. Pfeiffer's Meinung dieser Selbstständigkeit der Gesinnung, noch will er in dem Dienstbotenverhältnisse ein Wahlhinderniß erblicken. Durch die Ausschließung der Fabrikarbeiter, Taglöhner und Handwerksgehilfen schließen Sie die Hälfte der bisherigen Urwähler aus. Der deutsche Wanderbursch vollends ist dem Redner das Vorbild edler Unabhängigkeit. So lange der Handwerksbursch noch überall, wo es ihm zu enge und wo es ihm mißfällig wird, sein Bündel schnüren kann, ist er ein freier Mann, er wird erst unfrei, wenn er sich ansässig macht. Und wer hat auf den Barrikaden gestanden, wer die Revolution des März mit seinem Blut und Leben durchgefochten? Die Handwerksgesellen und die Fabrikarbeiter, die Sie in ihre Rechtlosigkeit zurückdrängen wollen. Wenn sie wirklich ungesittet, wenn sie einsichtslos wären, so würde dies nur eine ernste Erinnerung für uns sein an das, was wir versäumt haben. Ehren Sie die Arbeit, sie ist die Grundlage der sozialen Ordnung und des Wohlstands. Ehren Sie die die Arbeit und die Arbeiter. (Beifall.)

Staatssekr. Hr. Bassermann: Wenn ich unter der Arbeit immer nur die unmittelbare Handarbeit verstehen höre, so befällt mich eine Trauer der Folgerung wegen, die daraus gezogen werden muß. Denn dann ist wohl der Meister, der die Gesellen in seiner Werkstätte beschäftigt, der Kaufmann, der Gelehrte, der Staatsmann kein Arbeiter? Dies Mißverständniß erinnert mich an den widerlichen Gegensatz, den unsere Sozialisten zwischen Volk und Bourgeoisie machen. Früher galt grade das Bürgerthum als Kern des Volks. Jetzt scheint, um zu dem Volke gerechnet zu werden, namentlich dazu zu befähigen: verschuldete oder unverschuldete Unbildung, Verkommenheit und Niedrigkeit der Lebensverhältnisse, das Schwören auf das Stichwort eines kleinen Journals. (Widerspruch von der Linken.) Herder war ein Geistlicher, Goethe Minister und Schiller Professor. Wollen Sie sie darum nicht zum Volke rechnen? Wer hat denn die Bresche geschossen, auf der wir jetzt mit der Freiheitsfahne stehen? Wer anders hat die Zeit der Befreiungskriege und die Gegenwart angebahnt, als grade die gebildeteren

und höheren Stände unseres Volkes, die Sie jetzt abtrennen wollen vom Volke? Ich sage: Grade von den Universitäten, von der höhern Schichte der gebildeten Gesellschaft ging damals der Freiheitskampf aus. Ich erinnere Sie an die Rede, die Fichte gehalten mitten unter der napoleonischen Herrschaft, wo Ihre Arbeiter nicht daran dachten, sich dieser Herrschaft zu entziehen; ich erinnere an jene höheren Offiziere, ich erinnere an Gneisenau und Andre, welche den preußischen König umgaben. Und weil jene gehässigen Gegensätze nicht bestanden und man sich nicht bemühte, Mißtrauen zu säen, weil man statt dessen ein Zusammenwirken der höheren und niederen Schichten bewirkte, weil die niederen Schichten zu den höheren Vertrauen hatten, dadurch gelang es, die Fremdherrschaft in Deutschland zu stürzen. Aber nicht die niederen Schichten waren es, sondern von den höheren ging zunächst der Impuls der Befreiung aus (Gelächter von links: Die Zeiten ändern sich. Anhaltender Beifall von der Mehrheit). Nicht minder ist das der Fall gewesen in den letzten Jahren. Sie klagen (zur Linken), daß das allgemeine Stimmrecht erst jetzt erobert worden sei. Aber m. H. wie wir unter dem Drucke der Tyrannei schmachteten, so frage ich, welche Stände waren es denn, die in den Kammern, die in der Presse und sonst uns bis hieher geführt haben? Gehörten die Eisenmann, gehörten die Behr zu den Arbeitern? (Eisenmann vom Platze: Ja.) Gehörten dann die Welcker, die Rotteck nicht zu den Professoren? Nein, die Weltordnung wird nicht anders, und es wird eben, wenn man nicht das verschweigen will was ein Jeder weiß, doch immer verschiedene Schichten in der menschlichen Gesellschaft geben, und solche wird es geben müssen, die das Banner vorantragen und die Führung haben. Und eine Masse wird es geben müssen, welche diesen Führern folgt, folgt in einem andern Sinn, als Sie es (zur Linken gewandt) bewirken wollen. Eine Abtrennung der gebildeten führenden Stände wäre der größte Frevel, den man an der Zukunft des Vaterlandes ausüben kann. Bei dem wichtigsten Gesetze, über welches wir beschließen können, bei dem Wahlgesetze sollen wir nicht Maßregeln ergreifen, daß die Bildung die Geschicke des Staates und des Volkes bestimme? Herr Löwe sagt, wenn nicht das allgemeine Wahlrecht, so werde ein Umsturz den Arbeiterklassen helfen. Ich glaube auch kein Umsturz kann den sozialen Fragen helfen. Denn ihre Lösung ist weniger durch den menschlichen Willen bedingt, als begrenzt durch die Beschaffenheit der Erde und der sie bewohnenden Menschheit. Der Redner geht dann näher auf die sozialen Aufgaben und die Bestimmung des Staates ein, an dessen Erhaltung und Dauer gerade der Familienvater das meiste Interesse habe. Die Herrschaft der Ouvriers hat Frankreich in kürzester Zeit an den Rand des Abgrunds gebracht. In Belgien hingegen, einem Lande der Industrie, welches Hunderttausende von Arbeitern „ohne Stimmrecht" zählt, ist die Ruhe ungestört und ein Zustand aufrecht erhalten geblieben, auf den der Belgier Europa mit Recht und mit Stolz hinweist.

Es sei aber, sagt man uns, ein Recht, welches wir einer Anzahl von Mitbürgern in dem Stimmrechte entzögen. Verlangte der Staat ein Opfer, so müßte es wohl gebracht werden, selbst wenn es ein Recht wäre. Aber hören Sie einen unverdächtigen Zeugen. Es ist Karl v. Rotteck, der im Namen der Freiheit es fordert, daß gewisse Klassen des Volks vom Stimmrechte ausgeschlossen werden. Gegen Rotteck also richten Sie Ihre Angriffe. Nicht die Masse der Köpfe ists, was die Volksvernunft vergrößert, und wie sich der Absolutismus der Republiken und Monarchieen von jeher am Sichersten auf die Schwerkraft der ungebildeten Menge gestützt habe, das zeigt Hr. Bassermann an den geschichtlichen Beispielen Athen's, Spanien's, Neapel's. Gerade die Länder, wo sich der Volkswille in den freiesten und glücklichsten Erscheinungen offenbart, sind Länder, wo ein Wahlcensus besteht: Engländer, Norweger, Amerikaner, Belgier. Ich will mein Volk nicht einen entgegengesetzten Weg gehen sehen in der Eitelkeit, als wäre es weiser und besser, als alle jene Völker. Ich stimme für den Entwurf des Ausschusses, — sollte dieser die Mehrheit nicht finden, für den Census von 350 fl. Jahreseinnahme. In dritter Linie endlich würde ich für den Verbesserungsantrag stimmen, nach welchem Stimmklassen eingeführt werden sollen. Man beschuldigt das Wahlgesetz, daß es konservativ sei. Ist es aber vernünftig, das Gute zu erstreben, so ist es auch vernünftig, das Errungene zu erhalten. Wenn Sie (zur Linken) gegen das Wahlgesetz stimmen, so haben Sie Recht, denn Ihnen liegt nichts an dem Zustandekommen und der Erhaltung einer deutschen Verfassung. Aber zu Ihnen (zur Rechten) wende ich mich. Hätte ich den populärsten Namen in Deutschland und wüßte, daß ich ihn in einen Fluch verkehrte, ich würde dennoch, um die Zukunft des Vaterlandes zu retten, gegen das allgemeine Wahlrecht stimmen. (Stürmischer Beifall von der Mehrheit des Hauses. Links Zischen und Fußstampfen, was der Präsident als eine Aeußerung rügt, über deren Unschicklichkeit Niemand im Zweifel sei.)

Herr Vogt von Gießen: Das Wahlgesetz drückt es endlich einmal offen aus, daß der Konstitutionalismus nicht mit der Majorität des Volkes regieren kann, sondern nur mit einem Auszuge der Minorität, wie auch das nicht-offizielle Organ des Ministeriums bereits darauf hingedeutet hat, der Staat lasse sich nicht aufrecht erhalten mit den Grundrechten und mit dem allgemeinen Stimmrecht. Gerade so sagen auch die Vertheidiger der Sklaverei in Nordamerika, daß um die Staaten zu erhalten, die Sklaverei erhalten werden müsse! Der Herr Finanzminister erblickt die Gleichheit der Berechtigung in der gleichen Eröffnung des Wegs für Alle zu allen Rechten. Ist das aber eine Gleichheit, die nicht den Zustand selbst berechtigt, sondern zu deren Erreichung erst ein Verlassen des Zustands nöthig wird? Die Universitäten stehen unter den Regierungen. Gehen und suchen Sie mir unter den Professoren so viel freien und unabhängigen Sinn, als Sie unter den Fabrikarbeitern finden. Wenn Almosenempfänger ausgeschlossen werden sollten — seien etwa gewisse aus öffentlichen Mitteln an Minister, Generale und Räthe ertheilte Belohnungen nicht auch Almosen, nur daß sie anders heißen. Man hat auf den Unterschied hingewiesen, der zwischen Arbeit und Arbeit gemacht werde, und daß hier nur eine niedrige Thätigkeit mit diesem Namen belegt werde. Ich schätze jede Arbeit, auch die des Ministers. Aber über die Berechtigung der höheren Thätigkeiten ist kein Zweifel vorhanden, darum ist nur davon die Rede, auch den geringer Beschäftigten die Anerkenntniß ihres Rechts zu verschaffen. Denn kann auch nicht jede Arbeit den gleichen Lohn erlangen, so soll doch keine neben der andern gering geschätzt werden. Wenn vorzugsweise die Familienväter bei der Erhaltung des Staats interessirt seien, so solle man sich doch umsehen, wo die meisten Familien und die kinderreichsten zu finden seien. Für die Armen nimmt alsdann Herr Vogt auch das tiefste Familiengefühl in Anspruch. Die uns Rotteck als Muster hinstellen wollen, sind Diejenigen, die an keine Fortentwicklung der Freiheit glauben. Grade so, mit denselben Gründen, wie man jetzt in Deutschland gegen den vierten Stand eifert, habe zur Zeit der französischen Revolution der Adel wider das Aufkommen des dritten Standes gesprochen. Einen Census hätten in Nordamerika nur die Sklavenstaaten. Von der Freiheit Belgiens hat man uns gesprochen, allein warum schwieg man von den weit vorzüglicheren Freiheiten der Schweiz? Auch in Belgien ward die Revolution nur vermieden — durch ein Herabsetzen des Census. Neuerdings ist sogar im belgischen Ministerrathe von der Einführung des allgemeinen Stimmrechts die Rede gewesen. England und immer wieder England stellt man uns als Beispiel hin. Seine Macht nach Außen ist freilich glänzend, aber eben nur nach Außen, so daß die Arme der Maschine für den Körper längst zu groß geworden sind. Die Majorität des Volks durch die Minorität zu beherrschen, das ist der Schlüssel zu dem Räthsel des uns aufgetischten Wahlgesetzes! (Beifall von der Linken.)

Die gespannte Aufmerksamkeit des Hauses, die dem letztern Redner gewidmet war, gönnt sich eine Pause zum Nachtheil des Vortrags, womit Herr Reichensperger aus Trier auf der Tribüne folgt. Er macht die Linken auf die Consequenzen aufmerksam, zu welchen sie selber durch das allgemeine Stimmrecht hingetrieben werden würde. Was habe Louis Blanc zu thun vermocht, als seine Weisheit zur That werden sollte? Nur durch ein furchtbares Würgen habe sich die öffentliche Ordnung in Frankreich noch einmal retten können. Unter allen gefährlichen Experimenten ist das gefährlichste das allgemeine Stimmrecht. „Der Staat ist verloren" sagt ein Dichter, den Sie mir nicht als reaktionär verschreien werden, „wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet."

Die allgemeine Besprechung über das Wahlgesetz wird hierauf geschlossen, die Berathung von §. 1 ff. aber auf morgen vertagt. Nachträglich zeigt der Präsident noch den Austritt des Herrn Knoodt aus Bonn aus der Nationalversammlung an. Dann (gegen 2 Uhr Nachmittags) erklärt er die Sitzung für geschlossen.

⁝ **Frankfurt**, 16. Febr. Die meisten Abgeordneten, welche zugleich für die preußischen Kammern gewählt sind, hatten gestern eine Zusammenkunft. Sie waren einstimmig der Meinung, daß unter den obwaltenden Umständen, einer oktroyirten Verfassung und dem Ministerium Brandenburg gegenüber eine Vertagung der preußischen Kammern nicht räthlich sein würde.

Aus guter Quelle fügen wir die Nachricht hinzu, daß die preußischen Kammern nicht vertagt, sondern am 26. Februar eröffnet werden sollen.

Wien, 11. Febr. Briefen aus Pesth von vorgestern zufolge befinden sich die Vorposten der kaiserlichen Armee bei Poroszlo an der Theiß, und ihnen gegenüber am jenseitigen Ufer die Magyaren, welche die Orte Tisza-Füred bis Török inne haben. Am 5. soll es an der Brücke, welche beide Ufer verbindet, zu einem Kampfe gekommen sein. Näheres ist nicht bekannt geworden. In der Richtung von Czegled und Szolnok sah man große Rauchwolken aufsteigen. Jellacic befindet sich fortwährend in Pesth. Aus dem Banat meldet man eine am 3. Febr. in der Szentnaer Ebene zwischen den Serben und Magyaren geschlagene, für letztere sehr unglückliche Schlacht. Sie ließen mehr als 1000 Todte auf dem Platze. Karlowitz wurde am 3. in Belagerungszustand erklärt, die dort erscheinende Zeitung suspendirt. Stratimirovich scheint sich mit dem Patriarchen ausgesöhnt zu haben. Er hat sich zu demselben nach Hazfeld zur Berathung über die serbischen Angelegenheiten begeben. (Allg. Z.)

○ **Berlin**, 14. Febr. Die politischen Interessen nehmen bei uns seit einiger Zeit fast mit jedem Tage zu. Das Berliner Volk hat in dem letzten Jahre mehr als vorher in einem ganzen Menschenalter erlebt. Namentlich ist es aber seit Auflösung der Nationalversammlung in den obersten Sphären unserer Administration lebendig geworden und das gegenwärtige Ministerium entwickelt eine so große Thätigkeit, daß die zusammenberufenen Kammern nicht wenig zu thun haben werden, wenn sie alle die seit dem November provisorisch erlassenen Gesetze und Bestimmungen prüfen wollen. So eben sind zwei Verordnungen, die Errichtung von Gewerberäthen und Abänderungen in der bisherigen Gewerbeordnung und die Errichtung von Gewerbegerichten betreffend, erschienen, die schon jetzt eine sehr verschiedene Beurtheilung erfahren, was bei einer näheren Kenntnißnahme derselben wahrscheinlich noch mehr der Fall sein wird. Die Einen sehen in diesen Bestimmungen den Anfang zu einer nothwendigen Abhülfe der vielen Uebelstände, die aus einer gänzlichen Abschaffung alles Zunft- und Innungswesens für den Handwerkstand erwachsen sind. Andere dagegen meinen, daß jedes Zurückgehen auf mittelalterliche Einrichtungen, wie offenbar die alten Zünfte und Innungen waren, dem Geiste der Zeit widerspreche und außerdem den beabsichtigten Zweck einer Verbesserung dieser gedrückten Verhältnisse nicht erreichen werde. Das was im Ganzen an diesen beiden Verordnungen am Meisten auffällt, ist, wie sie innerhalb des Arbeiterstandes eine berechtigte und eine nicht berechtigte Klasse schaffen. Die Gewerbefreiheit besteht in Preußen schon zu lang, ist zu sehr mit den Gewohnheiten und Einrichtungen des bürgerlichen Lebens verwachsen, als daß wir an die Möglichkeit einer vollständigen Ausführung ihr so widersprechender Bestimmungen glauben können. Einen privilegirten Arbeiterstand errichten zu wollen, während man sonst alle Privilegien möglichst abschafft, hat immer etwas Seltsames. — Noch mehr Aufsehen hat die österreichische Note vom 4. d. M. gemacht. Denn jenes Gesetz über die Gewerbeeinrichtung ist ein provisorisches und wird ohne Zweifel sehr modificirt werden. Aber jene Note ist für das Schicksal von ganz Deutschland wichtig. Die Selbsucht der österreichischen Politik, ihr Streben, sich jeder wahrhaften Einigung der deutschen Völker zu widersetzen, ihre Absicht dem Geiste der Zeit scheinbar zu huldigen, im Wesentlichen aber der Erfüllung selbst seiner gerechtesten Forderungen Hindernisse in den Weg zu legen, diese verwerfliche Gesinnung geht aus jenem diplomatischen Aktenstück klar hervor. Wird sich Preußen endlich ermannen und in Deutschlands Interesse einen entschiedenen Schritt, oder wenigstens eine unumwundene Erklärung thun, wofür man die Bülow'sche Cirkularnote vom 23. Januar nicht wohl halten kann? — Dann ist es die Erwartung auf das Zusammentreten der Kammern, die alle Klassen der hiesigen Bevölkerung, die irgend etwas Sinn und Einsicht für öffentliche Verhältnisse haben, in Anspruch nimmt. Alles Andere, was in einer an Bewegung und Wechsel weniger reichen Zeit das Publikum vielfach beschäftigen würde, wie die Verhältnisse in Ungarn, in Italien u. s. w. macht nur geringen Eindruck, weil man zu viel mit sich selbst und in seiner nächsten Nähe zu thun hat. Das Frühjahr wird wahrscheinlich für manche noch schwebende Frage eine Lösung bringen, aber in welchem Sinne? fragt man sich. — Was die stattgehabten Wahlen zur ersten Kammer betrifft, so trägt natürlich jede Zeitung pflichtgemäß die ihr zugegangenen Nachrichten ein und gibt dabei die Farbe der Erwählten an. Das Publikum verlangt es so. Auf die Stellung, welche die verschiedenen politischen Parteien in den Kammern einnehmen werden, kann man aber von diesen Wahlen her keinen sichern Schluß ziehen. Einmal ist die Gesinnung sehr vieler Abgeordneten wenig bekannt, und dann wird man zugeben, daß die beiden einzigen angenommenen Eintheilungen in — „demokratisch“ und „konstitutionell“ — etwas gar zu unbestimmt sind. Hoffentlich wird es, wie in jeder wahrhaft parlamentarischen Versammlung, so auch in unsern beiden Kammern, ein Centrum geben, wovon aber bei den Wahlen, wo Alles rechts oder links, schwarz oder weiß hieß, wenig zum Vorschein gekommen ist. Außerdem werden aber die politischen Ereignisse überhaupt, sie mögen vom In- oder Auslande ausgehen, auf die neue Volksvertretung ohne Zweifel einen großen Einfluß ausüben. Bis jetzt kann die Statistik der Parteien noch nicht festgestellt werden.

Berlin, 14. Febr. Zu Abgeordneten für die erste Kammer sind gewählt worden:

Provinz Brandenburg. Regierungs-Bezirk Frankfurt a. d. O.

Oberst-Lieutenant von Griesheim (Landsberg). Oberst-Lieutenant a. D. von Rochow auf Stülpe. Von Waldau und Reitzenstein auf Reitzenstein.

Provinz Preußen. Regierungs-Bezirk Marienwerder.

Rittergutsbesitzer von Gordon auf Laskowitz (Kreis Schwetz). Rittergutsbesitzer Amtsrath Livonius auf Hammerstein (Kreis Schlochau). Staats-Minister von Ladenberg.

Provinz Pommern. Regierungs-Bezirk Stettin.

Prinz von Preußen Königl. Hoheit (Kreis Demmin, Anklam, Ueckermünde, Randow). Ober-Präsident a. D. Bötticher (Kreis Demmin, Anklam, Ueckermünde, Randow). Landrath v. Köller in Kantreck. Ober-Präsident a. D. Bötticher (Kreis Naugard, Regenwalde, Kammin).

Regierungs-Bezirk Stralsund.

v. Usedom auf Karzitz, Gesandter in Rom. Direktor Baumstark in Greifswald.

Regierungs-Bezirk Köslin.

Posthalter Denzin zu Lauenburg. Polizei-Direktor Braun in Köslin. Gutsbesitzer Grützmacher in Karwitz.

Provinz Schlesien. Regierungs-Bezirk Liegnitz.

Rittergutsbesitzer Graf von Schlieffen auf Großkrausche. Rittergutsbesitzer Dr. Tottenet auf Braunau. Regierungsrath von Merckel in Liegnitz. Vicepräsident von Forckenbeck in Glogau. Domainenrath di Dio in Berlin. Vicepräsident von Forckenbeck in Glogau (Kreis Grüneberg, Sagan, Sprottau, Freistadt). Land- und Stadtrichter Zencker in Friedeberg am Queis. Staatsminister a. D. Dr. Bornemann.

Regierungs-Bezirk Breslau.

Minister-Präsident Graf von Brandenburg (in den Kreisen Oels, Militsch, Trebnitz, Wüstenberg und Namslau). Staatsminister a. D. Milde (Kreis Schweidnitz, Striegau, Reichenbach, Waldenburg). Landrath Ruprecht. Graf York von Wartenburg auf Klein-Oels. Graf von Dyhrn auf Reesewitz. Müllermeister Mathey aus Guhrau. Land- und Stadtgerichts-Direktor Hoffmann-Scholz aus Liegnitz.

Regierungs-Bezirk Oppeln.

General von Radowitz. Geh. Finanzrath Jordan in Berlin. Kaufmann Siegfr. Guradze in Oppeln. Regierungsrath Kuh. Major von Vincke auf Olbersdorf. Ober-Landesgerichts-Rath von Tepper. Justizrath Wodiczka aus Bauerwitz. Justizrath Rösler aus Leobschütz. Rittergutsbesitzer von Winckler auf Michowitz. Staatsminister a. D. Milde (Kreis Gleiwitz, Rybnik, Pleß, Beuthen). Oberpräsident a. D. Pinder.

Provinz Posen. Regierungs-Bezirk Posen.

Justizrath Neumann. Graf Dyhrn auf Reesewitz.

Regierungs-Bezirk Bromberg.

Staatsminister a. D. Flottwell. Gutsbesitzer von Saucken-Tarputschen (Abgeordneter in Frankfurt). Gutsbesitzer und Lieutenant Liebach auf Alt-Sattig, Kreis Czarnikau.

Provinz Sachsen. Regierungs-Bezirk Merseburg.

Graf Helldorf zu Wollmirstädt. Geh. Kommerzienrath Wucherer in Halle. Professor Simson, Präsident der National-Versammlung in Frankfurt a. M. Staatsminister a. D. von Bodelschwingh. Geh. Ober-Tribunals-Rath Heffter. Staatsminister von Ladenberg (Bitterfeld, Delitzsch, Saalkreis und Stadtkreis Halle).

Regierungs-Bezirk Magdeburg.

Oberpräsident von Bonin. Ober-Regierungsrath Triest.

Regierungs-Bezirk Erfurt.

General von Schack in Erfurt. Landrath von Münchhausen in Weißensee.

Provinz Westphalen. Regierungs-Bezirk Münster.

Direktor des Landes-Oekonomie-Kollegiums von Beckedorff. Dr. Misting in Emsdetten. Steuerempfänger Vonnegut in Oelde.

*** **Köln**, 14. Febr. Morgen, als am sogenannten Weiber-Fastnachtstage, beginnt das diesjährige Carnevalsfest. Die soge-

Uebersicht.

Zur österreichischen Note.

IV.

* Vom Rhein, 15. Febr. Zu meinem heutigen Thema haben Sie mir in Ihrem Leiter vom 13. d. den Stoff vorweggenommen. Es ist indessen nicht überflüssig, daß dasselbe, was Sie in Mäßigung und Anstand gesagt haben, noch einmal und immer wieder gesagt werde, und immer lauter und deutlicher, damit auch die Schwerhörigen verstehen, deren Zahl Legion bei uns ist. Die österreichische Note erklärt, daß ein deutscher Bundesstaat eine Unmöglichkeit ist. Er würde, „wenn sie nicht sehr irre, den einzelnen Gliedmaßen, der Geschichte und den Bedürfnissen der Gegenwart entgegen, jedes selbstständige Leben entziehen; Oesterreich und Deutschland würden dadurch in ihrer Entwicklung nicht gefördert, sondern geschwächt und blosgestellt, in ihrem inneren staatlichen Leben tief, vielleicht unheilbar verwundet." Nun, wenn wir nicht irren, so irrt sich die österreichische Regierung schon in der bloßen Erinnerung des Vergangenen, von ihren Vermuthungen über die Zukunft ganz zu schweigen. Das österreichische System, das bisherige, das unsere Revolution erst gezeugt und geboren hat, das hat den einzelnen Gliedmaßen jedes selbstständige Leben entzogen; dies Eine Jahr, das dieses System abgeworfen hat, hat in den fernsten und bisher unbewegtesten Gliedern ein Leben hervorgerufen, von dem man früher keine Ahnung hatte; es ist „der Geschichte ganz entgegen," was die Note aus der Geschichte folgern will; der österreichische Bundestag hat die Stagnation unseres Staatslebens hervorgebracht, auf die dieser lehrreiche Sturm folgte; diese Stagnation war „den Bedürfnissen der Gegenwart entgegen." Aus dem Gegentheil das Gegentheil: jetzt wollen wir es darum mit dem Bundesstaate versuchen; und am liebsten mit dem ohne österreichischen Bundesstaate, denn dann erst ist das Gegentheil vollständig. Wir wollen es auf die tiefe oder unheilbare Verwundung Deutschlands wagen, auf seine Schwächung und Blosstellung, und auf die Hemmung seiner Entwicklung. Ist Oesterreich davon so überzeugt, daß dies die Folge der „Verstümmlung" sein müsse, so ist es seiner alten Politik wie seiner neuesten vollkommen gemäß, daß es sich bei unserem Ruine tröste. Ein schwacher Nachbar ist der beste für die Entwicklung der eigenen Kraft; als ein blosgestellter Nachbar würde sich Deutschland bald zu der Ehre oder zu der Macht zurücksehnen, mit der Oesterreich scheint's, seine moralische und physische Blöße decken will; als ein tief Verwundeter würde es bald der österreichischen Heilsalbe bedürfen. Diese Lehre könnte Oesterreich ja Deutschland ganz gut beibringen, und, da es sie nicht hören will, ihm durch die Erfahrung zu fühlen geben; die Glorie, die Oesterreich dadurch erzielte, daß ein verlorener Sohn reuig in seine Arme zurückkehrte, hätte es zu dem Vortheil obenein. Diese Wendung der Dinge müßte aber nach den österreichischen Ueberzeugungen um so gewisser eintreten, je sicherer der Satz wäre, den die Note mit selbstgefälliger Zuversicht aus einer frühern wieder citirt: „Nicht in dem Zerreißen der österreichischen Monarchie liege die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands; Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit sei ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß." Lassen wir Oesterreich von Deutschland völlig und ganz los, so ist ja die österreichische Monarchie heiler und unzerrissener, die Regierung ungetheilter als je; liegt darin Kräftigung, wie es unstreitig der Fall ist, so hat Oesterreich Aussicht, kräftiger zu werden als je; liegt darin staatliche Einheit, wie es unleugbar ist, so schließt es sich einheitlicher zusammen als je. So mag es seinem europäischen Bedürfnisse und Berufe desto besser entsprechen und genügen, so auch seinem deutschen. Denn kann sein Fortbestand in staatlicher Einheit, seine Kräftigung, seine Verbindung Europa nützen, ohne daß es mit Europa in einem Staatenverbande ist, so muß er auch Deutschland nützen können, ohne daß Oesterreich zu Deutschland staatlich gehört: zumal da man ihm jede innigste Verbindung so bereitwillig entgegenträgt. Also Eines von Beiden: Oesterreichs alte Politik und was man überhaupt Politik nennt, bestimmt seine Schritte: dann halte es sich doch ja bei seiner Kraft beisammen, zersplittere sich nicht durch irgend ein Anschließen an Deutschland, und lasse Deutschland bei seiner prognostizirten Schwäche, die um so größer und unerträglicher werden muß, wenn ein Drittheil der bisherigen Bestandtheile wegfällt, die übrigen Gliedmaßen alle leblos werden, und der künftige Brennpunkt des deutschen Lebens ein gekünstelter ist: je rascher sich diese Folgen entwickeln, desto schneller wird Oesterreich die Wahl haben, die den höchsten Vortheil einer politischen Situation in sich schließt, entweder einen verfallenden Nachbar seinem Verfall zu überlassen und Vortheil davon zu ziehen, oder ihn auf alle Bedingungen wieder in die alten Bande an sich zu nehmen. Oder das Andere: Oesterreich will Edelmuth an die Stelle von Politik setzen; es ist ihm Ernst mit seiner Fürsorge für Deutschland. Dann aber muß es mit derselben Logik, mit demselben Gleichheits- und Rechtsgefühl sagen: nicht in dem Zerlockern des deutschen Bundes liegt die Größe, nicht in der Schwächung der Staatsbande die Macht Deutschlands; Deutschlands Erhebung zu staatlicher Einheit ist sein erstes, größtes, unverschiebbares Bedürfniß. Wir wollen nicht so weit in dem Gegensatze gehen, zu sagen, daß diese Größe, Kraft, Einheit Deutschlands ein österreichisches wie ein europäisches Bedürfniß sei. Europa und Oesterreich haben bei der Schwäche Deutschlands bestanden und würden auch fort dabei bestehen. Aber wir können nicht dabei bestehen. Will also Oesterreich aufrichtig und ehrlich gegen uns sein, so muß es nicht leugnen wollen, daß dieselbe Einheit, die ihm ersprießlich ist in seinem Völkerbunde, uns auch ersprießlich sein muß in unserem Staatenbunde. Kommt es mit dieser Einsicht und dieser Ehrlichkeit in Konflikt mit sich selbst, glaubt es dem einheitlichen Bunde und seinem einheitlichen Staate nicht zugleich so fest angehören zu können, so ist es sich selbst das Nächste; es ziehe sich auf sich zurück und überlasse Deutschland, das damit zufrieden ist, sich selbst. Wäre Deutschland ein einheitlicher Staat oder würde es durch den Bundesstaat, wie die Note will, ein einheitlicher Staat, so würde Deutschland mit dem rückziehenden Theile rechten über seine Befugniß, sich zurückzuziehen; es würde ihm die Bedingungen vorschreiben, unter denen es bleiben müsse; es würde ihm sagen, daß sein Volk die Verträge von 1815 mitzerreißen helfen und daß seine Pflicht sei, sich als Theil dem Ganzen und dem, was dieses Ganze beschließt, anzufügen. Oesterreich mag Gott danken, daß Deutschland so schwach oder so brüderlich und edelmüthig ist, diese Stellung nicht annehmen zu wollen oder nicht zu können. Die Kräfte beider Theile sind zum Glücke wenigstens äußerlich so gleichgewogen, daß ein solcher Bruch nicht zu fürchten ist. Aber wenn wir denn aus jenem unserm guten Rechte weichen wollen, so soll die Schande doch nicht über Deutschland kommen, daß wir uns, die im Rechte sind, von dem Abtrünnigen und Aufsässigen meistern lassen! Dahin soll die Schwäche nicht gehen, daß wir, das Ganze, oder die Mehrheit, die zwei Drittheile, uns von dem einen Drittheile vorschreiben und tyrannisiren lassen! Dahin nicht, daß diesem Theile, der uns in das Verderben gerissen hat, aus dem wir uns mühsam erheben, zustehen soll mit Machtsprüchen nur so zu sagen, was er zugestehen will, was er glaubt ablehnen zu dürfen! Dahin nicht, daß eben dieser Theil uns wieder auf eben den Weg des Unheils zurückreißen dürfte, indem er uns die ganze Mühe unserer rettenden Arbeit nur wie Kartenhäuser umblasen dürfte. Ich hoffe der Leser merkt, worauf ich hinaus will. Oesterreichs Fürsorge für sich selbst ist so blind, so plump, so unverhüllt, daß die heuchlerischen Worte, die es für Deutschlands Wohl spricht, sich in sich selber schlagen. Für Oesterreich ist Einheit und starker Staatsverband eine Grundbedingung für Macht und Größe, für Deutschland soll es die Schwäche und Blosstellung sein. Der unitarische Staat wird also für Deutschland für unstatthaft erklärt, der für Oesterreich eben erst recht geschaffen werden soll, wobei die ungarischen Verträge oder Rechte auch nicht sehr gewissenhaft beobachtet werden. Nun wollen wir zwar für Deutschland keinen unitarischen Staat, sondern einen Bundesstaat. Aber auch der Bundesstaat ist eine zu starke Dosis von Staatskraft, die in den Augen Oesterreichs Deutschlands schwacher Magen nicht verträgt. Nun merke aber ja der Leser, wovon die Rede ist. Wir sprechen hier eben immer noch von einem Bundesstaat, wobei wir uns im geringsten Falle eben einen Staat denken. Aber Oesterreich in seiner Note ist weit entfernt, von einem solchen Bundesstaate nur zu reden. Es hat nur den Bund im Bunde vor Augen, den Preußen angetragen hat, wo es sich nur um eine Theilung des

Einflusses der zwei Großmächte handelt, wo Oesterreich die Leitung der äußern Dinge immer noch mitvorbehalten wird, wo nur ein Zoll- und Staatsverein, kein Staat gemeint ist. Auch dieser Bundesstaat, von dem die Note richtig das Epitheton „sogenannt" braucht, von dem es aber monströs sinnlos ist zu sagen, er werde zu einem unitarischen Staate führen, auch dieser Bundesstaat scheint Oesterreichs fürsichtiger Behandlung des tiefverwundeten Deutschlands nicht homöopathisch genug verdünnt. Wir sollen also zu dem alten Staatenbunde zurück, aber zu einem viel lockerern. Denn der Zollverein soll Preußen nicht einmal gegönnt bleiben; Oesterreich will seine Revolution nicht umsonst gemacht haben; das Bischen Kern, das sich um Preußen durch jenen Verein angelegt hat, soll zerstört werden; es soll kein Bund im Bunde bestehen bleiben. Diese Verdünnung ist noch nicht genug; der verwässerte Bund soll zuletzt noch ganz in Gas verflüchtigt werden. Die außerdeutschen Provinzen Oesterreichs sollen auch herangezogen werden; und nicht allein sie, auch die außerdeutschen Landestheile *aller* anderen deutschen Staaten sollen Platz in dem Bunde finden, den Oesterreich „in Aussicht stellen will," auch Dänemark also mit Island und Holland mit Java! All diese Herrlichkeit „*schwebt der kaiserlichen Regierung vor!*" mit diesem Wolkenreiche will sie uns den guten festen Boden verleiden, den wir uns erobert haben! Das heißt doch wahrlich die Politik ins Burleske treiben! Und wenn man in Deutschland nicht so viel Witz und Geschmack hat, diesen ungeschickten Harlekins die Pritsche aus der Hand zu nehmen, und sie mit sammt ihrem buntlappigen Kleide, das sie uns darbieten, fortzujagen, so mögen wir es denn haben, jedes ersten besten Taschenspielers Dupe zu heißen.

┼┼ *Aus Süddeutschland*, 12. Febr. Soll ich Ihnen den Eindruck beschreiben, den die österreichische Note bei allen denen macht, die nicht sich selber aufgegeben, die nicht alle Hoffnungen und Betheuerungen des vergangenen Jahres wie März-Schneeflocken abgeschüttelt haben? War das erste Gefühl ein freudiges, endlich einmal ein rückhaltloses, entscheidendes Wort zu hören nach so vielen Täuschungen und Zögerungen, fühlte man sich wie von einem Alp befreit, als Oesterreich so redete, wie es trotz der Gleißnerei der Freunde alle Einsichtsvollen von den Adepten Metternich's nicht anders erwartet hatten — so überwogen doch bald die peinlichen Empfindungen der Scham und des Unwillens, daß man uns etwas der Art bieten durfte. Wir waren zwar anfangs über die Wirkung der Note unbesorgt und zweifelten keinen Augenblick, daß nun Alles, was von der Koalition noch Ehre und Gewissen besaß, sich aufraffen müsse zur Abwehr gegen solche Schmach; aber wir schämten uns doch im Namen unserer politischen Weisen in Frankfurt, die so unzugänglich waren für jede Warnung, die man seit Monaten ihnen laut genug zu Gehör sagte, so wie im Namen jener Gecken, die ihre politische Laufbahn würdig damit endeten, daß sie sich zu Handlangern der Metternich'schen Staatskunst gebrauchen ließen. Wie oft hat man es nicht gesagt, auch wenn es erfolglos verklungen ist, Euer ganzes Verfassungswerk läuft Gefahr, zuletzt gerade so eskamotirt zu werden, wie auf dem Wiener Kongresse die Bestrebungen um einen Bundesstaat! Wie oft ist es nicht prophezeit worden, Ihr dient mit Eurem Pessimismus oder Eurer Einfalt nur der feinern Politik, die zu Ollmütz und Brighton thront, und deren jetzt schon ziemlich grobe Fäden uns ganz ähnlich zu umspinnen suchen, wie es vor dreißig Jahren der List und Zähigkeit gegenüber der Ermüdung gelang. Ist es nicht laut und wiederholt gesagt worden: hättet Ihr Gagerns Programm gleich anfangs mit Energie zu dem Eurigen gemacht — dies Programm, dessen Nothwendigkeit nun von Tag zu Tag klarer in die Augen fällt — hättet Ihr nicht das widerwärtige Schauspiel der Intrigue und Uneinigkeit gegeben und statt der salbungsvollen Reden über Groß- und Klein-Deutschland in Rede und Abstimmung den Beweis abgelegt, daß es in der Hauptfrage, in der Begründung eines *deutschen Staats*, nur eine einzige immense Majorität in der Paulskirche geben kann, dann wäre man Euch wenigstens nicht von Ollmütz aus mit diesem kalten Hohne, diesem Trotze der Unüberwindlichkeit entgegengetreten, der aus der Note zwar nicht imponirend, aber doch wenigstens widerwärtig herausspricht.

Es muß sich nun zeigen, ob die „Volksmänner" in der Paulskirche, die so oft mit ellenlangen Phrasen an die Majestät des Volkes appellirten, von dieser Majestät wirklich ein nothdürftiges Gefühl in sich haben? Ob sie, die so oft Mücken seigten, jetzt vielleicht gar im Stande sind, dies Kameel zu verschlucken? Es muß sich zeigen, ob hinter dem hohen Pathos burschikoser Renommisterei ein einziges Fünkchen wirklichen Muthes verborgen ist, und ob hinter der Frivolität und dem Rezensentenwitz unseres politischen Literatenthums nicht vielleicht da noch ein paar Quentchen ächt gesunden Patriotismus unverkümmert liegen? Die österreichische Note ist ein wahrer Probierstein für den Mannesmuth und das politische Ehrgefühl; hic Rhodus, hic salta! können wir vor Allem denen zurufen, die seit neun Monaten sich aller Orts so geberdet haben, als hätten sie die politische Einsicht, den Muth und das patriotische point d'honneur recht eigentlich allein gepachtet.

Die Note will zunächst Vereinbarung, und zwar Vereinbarung im strengsten Sinne des Wortes. Der hundertste Theil von dem, was die Note verlangt, hätte im April und Mai 1848 die gesammte Ritterschaft von la Mancha in Harnisch gebracht, wie wir das bei der Lepel'schen Angelegenheit zur Genüge erleben konnten — heute, ja freilich heute besteht eine Koalition zwischen denen, die damals gegen die Windmühlen am ritterlichsten fochten, und denen, welche die eigentliche Vaterschaft der Ollmützer Note beanspruchen dürfen. Die österreichische Regierung „will die Ergebnisse der Berathungen der Volksvertreter zu Frankfurt abwarten, um in Einklang mit den übrigen deutschen Regierungen das große Werk der Wiedergeburt Deutschlands auf eine nach allen Seiten hin befriedigende Weise zu vollenden." Vortrefflich! Man läßt die „Gesellschaft in der Paulskirche" noch eine Zeitlang ihre politischen Disputationen fortsetzen, dann hält man einen Fürsten- oder Ministerkongreß, benutzt dann den in der Paulskirche beschlossenen Verfassungsentwurf etwa so — wie die Paulskirche selbst den Entwurf der Siebzehner benutzt hat, d. h. man legt ihn bei Seite und „vollendet dann das große Werk der Wiedergeburt auf eine nach allen Seiten hin befriedigende Weise." Oder wäre es etwa nicht so? Hat nicht die ganze Meute der ultramontanen und reaktionären Presse in dem Tone gebellt; haben nicht die geschickten Komödianten, von denen sich unsre „Volksmänner" auf der Linken wieder einmal als Marionetten gebrauchen ließen, hie und da schon alle Vorsicht vergessen, die patriotische und nationale Kutte abgeworfen und händeklatschend darüber gejubelt, daß man der Gesellschaft in der Paulskirche jetzt bald auch ihr Hallali werde blasen können?! Hat nicht die Karlsruher Zeitung, wo sich die gemeinsten aber auch die unvorsichtigsten Libellisten der schwarzen und schwarzgelben Politik auslassen, schon vor Wochen der Versammlung in Frankfurt gerathen, sie solle einpacken, ein paar allgemeine Sätze über die Verfassung hinterlassen, denn die Siege von Custozza, Wien und Pesth müßten sich jetzt nothwendig fühlbar machen?

Das ungefähr ist die Vereinbarung „auf eine nach allen Seiten hin befriedigende Weise," von der die Ollmützer Note spricht. Die preußische Note hat auch eine Vereinbarung vorgeschlagen; es ist aber nöthig, den Unterschied recht grell hervorzuheben, denn es spricht sich darin der ganze Gegensatz und auch der innere, schon nicht mehr zu verdeckende Zwiespalt zwischen Potsdam und Ollmütz unverkennbar aus. Während die österreichische Note das Verfassungswerk einem Kongreß in die Hände geben will, der sich an die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht mehr binden wird, als es ihm gefällt — sagt die preußische ohne Rückhalt: „Je fester ein deutscher Staat entschlossen wäre, an dem Rechte der Zustimmung festzuhalten, je mehr er befürchten könnte, dieselbe versagen zu müssen, um so lebendiger dürfte sich ihm die Verpflichtung aufdringen, sich *nicht auf die nachträgliche Negation zu beschränken*, sondern die Bedenken und Abänderungsvorschläge rücksichtlich der vorläufigen Beschlüsse zur Kenntniß der Nationalversammlung zu bringen und derselben zu deren reiflicher Erwägung vor der zweiten Beschlußfassung Gelegenheit zu geben. Und wenn wir auf der andern Seite sehen, wie selbst die das Vereinbarungsrecht im Prinzip am entschiedensten bestreitenden Fraktionen der Nationalversammlung doch die Herbeiführung einer Uebereinstimmung mit den Regierungen als wünschenswerth erkennen, so dürfen wir hoffen, daß die Versammlung selbst, eingedenk ihrer Würde und ihrer Pflicht gegen das gesammte Vaterland, durch ein gleiches freundliches Entgegenkommen auf dem Wege der Verständigung jenem gefährlichen Gegensatze die Spitze abbrechen werde."

Der Unterschied zwischen beiden Anträgen ist denn doch wahr-

haftig klar. Preußen schlägt den Weg vor, der unter den gegebenen Verhältnissen als der praktische und nothwendige anerkannt werden muß, und sucht in loyaler Weise dem Unheil zu begegnen, das aus einer „nachträglichen Negation" hervorgehen könnte; Oesterreich will in honigsüßer Rede die Volksvertreter in Frankfurt berathen lassen, behält sich aber vor, wenn Alles fertig ist, im Einklang mit den Regierungen die Sache auf eine „nach allen Seiten hin befriedigende Weise zu vollenden." Preußen will ehrliches Spiel spielen, Oesterreich die Komödie vom Wiener Kongreß bis zur Schlußakte, bis zu den geheimen Ministerkonferenzen in anderer Form wiederholen. Wir dächten, das könnte denn doch selbst den Staatsmännern der Linken, selbst Diplomaten, wie Herr Jakob Venedey, bis zur Evidenz einleuchtend sein!

Ja, wenn allenfalls in der Sache keine Meinungsverschiedenheit bestände! Aber gerade in der Sache will die österreichische Note das direkte Gegentheil von dem, was seit zwölf Monaten, seit Bassermanns Motion, seit der Märzbewegung sich allerwärts in Deutschland kundgegeben, worin die Nationalversammlung und die Regierungen sich in erträglicher Einstimmigkeit befanden, das Gegentheil von dem, was das einige Losungswort der verschiedenen Parteien war, von einem **deutschen Bundesstaat**. Trotz der prahlenden Versicherung, man wolle „sich nicht unter der Hülle einer zweideutigen und zurückhaltenden Politik verbergen," ist gerade dieser Theil der Note ein Musterstück von innerer Unwahrheit, Duplicität und perfider Zurückhaltung. Der Bundesstaat wird mit einem kecken aber ziemlich plumpen Kunstgriff in den „Einheitsstaat" umgetauft, und gegen diesen verwahrt sich die Note aufs entschiedenste; von allem dem, was seit einem Jahre die deutschen Wünsche und Hoffnungen bewegte, will Oesterreich nichts wissen, es wirft den ganzen Plunder patriotischer Phantasien bei Seite und beharrt auf jenem „engern Verband," dessen Glückseligkeit wir im alten Bundestag bis zur Hefe genossen haben.

Hören wir die preußische Note, obwohl hier gerade diese Parthie die schwächste ist. „Wenn die österreichische Regierung indeß glauben sollte, an der angedeuteten Entwicklung Deutschlands nicht in vollem Maße Antheil nehmen zu können, wenn sie die dazu erforderlichen Beschränkungen der Souveränetätsrechte zu Gunsten einer kräftigen Centralgewalt des Bundes und die Anwendung der materiellen Verknüpfung der Interessen auf ihre deutschen Länder nicht eintreten lassen könnte, so würde daraus freilich folgen, daß Oesterreich einerseits nicht begehren würde, Rechte auszuüben, denen nicht die korrespondirenden Pflichten gegenüberständen, und daß andererseits den übrigen deutschen Staaten nicht anzusinnen wäre, einer aus der Gesammtbevölkerung des Bundes hervorgehenden Vertretung und einer die Angelegenheiten der Gesammtheit leitenden Bundesregierung, in welcher Oesterreich seine Stelle behauptete, Rechte in Beziehung auf die auswärtige allgemeine und kommerzielle Politik, auf die innere Gesetzgebung und Finanzwirthschaft einzuräumen, bei deren Ausübung das österreichische Bundesgebiet nicht in gleichem Umfange den Beschlüssen der Centralgewalt unterworfen wäre." Die Note folgert dann weiter, es sei übrigens der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung keineswegs gänzlich zu verlassen, vielmehr ein „Bundesstaat innerhalb des Bundes" zu gründen.

Der Sinn ist klar. Trotz aller diplomatischen Gedrehtheit, ungeachtet aller unbelohnten Zärtlichkeit für Oesterreich, und aller Schüchternheit gegenüber der Ollmützer Politik sagt die preußische Note denn doch mit unzweideutiger Bestimmtheit: will Oesterreich in den deutschen Bundesstaat eintreten, um so besser; will es nicht, so wird er um seinetwillen nicht aufgegeben werden. Hier liegt nun die Differenz. Während Preußen sich auf der Grenze der Prinzipien hält, die seit zwölf Monaten die gültigen und anerkannten waren, überschreitet Oesterreich diese Grenze, verwirft die Einheitswünsche und Einheitshoffnungen und will statt des Bundesstaats — den Bundestag wieder herbeiescamotieren. Es will keine Umschmelzung der bestehenden Verhältnisse, damit „die verschiedenen lebenskräftigen Glieder Deutschlands gewahrt und dieselben nicht aufgehoben und vernichtet werden." Ganz würdig an diese Phrase schließt sich dann die andere an: „Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor." Solche Phrasen sind theils das Futter, womit man die Thoren abfindet, theils die Handhabe für die Intriganten, die einfachsten und schlichtesten Verhältnisse zu verwirren und zu verwickeln; es kann dann wenigstens noch einmal darüber debattirt werden, welchen Sinn Oesterreich eigentlich mit seiner Note verbindet, denn „der Laffen und Gäuche ist immer die Mehrzahl." In Deutschland muß man sich auf Alles gefaßt machen: so sehen wir auch mit Resignation dem Momente entgegen, wo über den Sinn der Note pro et contra disputirt werden wird. Zwar sagt Oesterreich mit dürren Worten: wir wollen keinen Bundesstaat, wir wollen keine Reichsgewalt außer uns, wir werden uns nicht unterordnen, wir wollen nichts als die alten Verhältnisse — aber es sagt auch, daß ihm ein „starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland" vorschwebe, und damit muß die biedere, gemüthliche österreichische Politik doch ihren ganz absonderlichen Sinn verbinden. Welcher Art dieser Sinn sei und was für eine Bewandtniß es mit dem organisch gegliederten und doch in sich einigen Deutschland nach Ollmützer Zuschnitt habe, darüber wird sich, wir gehen eine Wette darauf ein, der deutsche Michel vielfach sehr ernstlich den Kopf zerbrechen.

Das Verhältniß ist freilich eben so klar wie jene andere Stelle der österreichischen Note, die das neue „Reich der Mitte" in Aussicht stellt und dann die unschätzbaren Worte hinzufügt: „Allerdings stehen der Ausführung dieses Gedankens große, aber wie uns scheint, nicht unüberwindliche Hindernisse entgegen. Ein stufenweiser Gang, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen, sich anzunähern, und allmälig übergeht zum wirklichen engen Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume." Welch weites Gebiet der Träume für eine deutsche Phantasie und für die liebe deutsche Verworrenheit, sich zu sättigen an diesem Reich der Mitte, sich Gedanken zu machen über den „stufenweisen Gang" und den „wirklichen engen Verband." Vielleicht wird er so gutmüthig sein, der brave poetische Michel, das was er in der Hand hat, hinzugeben, den festen, enggeschlossenen Bundesstaat zu opfern für den „stufenweisen Gang" — bis es den Männern in Ollmütz wieder gelungen ist, die gute alte Zeit zu restauriren und den „stufenweisen Gang" in ein stufenweises Gängeln umzubilden!

Der Schluß der Note deutet darauf schon deutlich hin. „Gegen eine Unterordnung Sr. Maj. des Kaisers unter die von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahren sich Se. Maj. der Kaiser und Allerhöchst dessen Regierung auf das Feierlichste. Sie sind dies Sich, Sie sind es Oesterreich, Sie sind es Deutschland schuldig." Wie sagte doch die preußische Note? „Preußen strebt nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst; es begehrt, wie auch die deutsche Verfassung sich gestalte, keinen andern Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt, als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach ihm anweist. Es wird keine ihm angebotene Stellung annehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen; es hält sich aber verpflichtet, sich bereit zu erklären, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte."

Man kann diese Zurückhaltung als Jungfräulichkeit preisen, wir unsrerseits verlangen in solch einer Krisis männliche, zugreifende Entschiedenheit, nicht jene falsche Scham, die dem Einen so wenig genügt als dem Andern, und haben uns an dieser Stelle weniger erbaut, als viele andere Leute. Aber wenn wir die Wahl haben zwischen Verschämtheit und — Unverschämtheit, da können wir doch nicht einen Augenblick im Zweifel sein, wem wir das Gesicht zuwenden sollen und wem den Rücken. Hoffentlich wird so viel deutsches Ehrgefühl vorhanden sein, daß man das in der Paulskirche ebenso lebhaft als außerhalb empfindet.

Die Wahlen am Rhein.

* Ueber die Ursachen des Ausfalls der Wahlen in der Rheinprovinz gehen uns von zwei sehr kundigen Männern folgende Mittheilungen zu:

** **Köln**, 9. Febr. Das Resultat der Wahlen zur zweiten Kammer für die Rheinprovinz ist bis auf einige wenige entferntere Kreise bekannt, es hat 27 Mitglieder für die äußerste Linke, 23 für die entschiedene Rechte, und 4 Halbe ergeben. Auch die inneren Vorgänge des ganzen Wahlprozesses, wobei freilich die Urwahlen eine noch wichtigere Rolle spielen, liegen hinreichend klar

vor, um das politische Facit daraus zu ziehen. Es fragt sich, wie ist es zugegangen, daß während bei den vorjährigen Wahlen die äußerste Linke nur etwa 7—8 Kandidaten durchgebracht hat, nunmehr plötzlich fast die absolute Mehrheit aller Wahlen für sie entschieden worden? Seit den Wahlen des vorigen Frühjahrs hat sich allerdings Großes in allen Ländern begeben. Das Gemeinschaftliche und Wesentliche aber dürfte doch wohl, kurz gefaßt, darin bestehen, daß die Revolution, die blinde Umsturzpartei, die Extravaganzen der demokratischen und sozialen Richtung in allen Ländern, in Frankreich, Oesterreich, Preußen, Deutschland mit den Waffen und in der offenen Schlacht haben niedergeworfen werden müssen, daß die öffentliche Meinung, die Stimmung der gebildeten und besitzenden Klassen durch die Ereignisse des letzten halben Jahres und am wirksamsten wohl durch die Attentate der revolutionären Partei selbst, in und außer den gesetzgebenden Versammlungen, durch den Steuerverweigerungsbeschluß sowohl wie durch die wahnwitzige Gebahrung des Berliner Demokratenkongresses, einer gemäßigteren Richtung entschieden sich zugewandt hat. Aber freilich steht mit dieser notorischen Thatsache, notorisch wie die großen Ereignisse die sie erzeugt, die Wahl gerade der Koryphäen jenes demokratischen Hexen-Sabbaths, eines Kinkel, eines d'Ester, in scheinbarem Widerspruche. Und ferner, wer wagt denn zu läugnen, daß der Steuerverweigerungsbeschluß bei uns mit Abscheu aufgenommen worden, daß gerade er das Rumpfparlament gestürzt hat, daß dagegen der Staatsstreich vom 5. Dezember nicht den leisesten Widerstand, ich will nicht sagen in den Straßen, wo sonst die Staatsstreiche bekämpft zu werden pflegen, nein, auch in den öffentlichen Blättern gefunden hat? Und doch schickt die Provinz dem Könige alle Steuerverweigerer zurück und fügt noch einige Helden des Demokratenkongresses hinzu? Die Wahlen sind also nicht der Ausdruck dessen, was man mit Ehrerbietung die öffentliche Meinung zu nennen gewohnt ist? Erlauben Sie einem aufmerksamen Beobachter der hiesigen Vorgänge Ihnen dieses Räthsel zu erklären. Mit der Hindeutung auf die jüngsten Verfolgungen reicht man hier nicht weit, denn die politische Reife der Provinz wäre wahrlich verurtheilt, wenn man ihr zutrauen könnte, 27 Republikaner auf drei Jahre in die zweite Kammer zu senden, lediglich um an einem ephemeren Ministerium ihr Müthchen zu kühlen.*) Die unermeßliche Kluft zwischen den vorjährigen und diesjährigen Wahlen ist durch ganz andere Vorgänge gerissen worden, es ist eine tiefe Umwandlung der Volksmassen eingetreten, es hat vor allem der untersten Schichten der Gesellschaft ein Element sich bemächtigt, welches in dem kurzen Zeitraum von den Märztagen bis zu den Maiwahlen vorigen Jahres begreiflicher Weise keine Zeit gefunden hatte, seine volle Wirksamkeit zu entfalten. Um an einem Beispiele es klar zu machen, mit Ausnahme der Stadt Trier hatte auf dem ganzen linken Rheinufer im vorigen Mai kaum eine Wahl anders als unter dem entschiedenen Einflusse der katholischen Geistlichkeit statt gehabt, und so waren, abgesehen von einigen radikalen Nachwahlen, in diesem Landstriche fast ausschließlich gemäßigte Männer gewählt worden. Seit dem sind aber 8 — 9 Monate einer wüsten Gesetzlosigkeit verflossen, die Massen sind aus den Händen der Seelsorger in die der Demagogen übergegangen, die natürlichen Einflüsse der bürgerlichen Ordnung und Abstufung sind vernichtet worden, eine furchtbare Partei, die man fälschlich als eine politische mit einem politischen Namen bezeichnet, die in der Wirklichkeit nichts ist, als das Proletariat aller Stände, hat Zeit gefunden, sich zu organisiren, ein Netz von politischen Klubs hat das Land bedeckt, und die Wirkungen dieses „Fortschritts" haben endlich urplötzlich an dem Tage der allgemeinen Wahl sich kund gegeben. Mit einem Worte, die ersten Wahlen haben das Proletariat theilnahmlos gefunden, an den zweiten hat es sich betheiligt und es versteht sich ganz von selbst, in welchem Sinne. Zum Troste verweist man uns nun wohl auf einen Umschwung in den Wahlen der alten Provinzen nach der entgegengesetzten Richtung, nur daß leider dieser Trost nicht lange vorhalten wird. Die Maiwahlen sind in den alten Provinzen schlechthin durch die Theilnahmlosigkeit der höheren Stände dem Zufalle überlassen geblieben, sie haben Abgeordnete ergeben, die nicht aus bösem Willen, sondern aus gänzlicher Unkunde zum Schlimmen mitwirkten. Diesmal nun hat eine weitgreifende Thätigkeit der Grundbesitzer ein besseres Resultat herbeigeführt, weil die unteren Stände noch nicht selbstständig geworden, oder vielmehr, weil sie noch nicht in die Hände der Demagogen gerathen sind. Der nächste Schritt der politischen „Entwicklung" wird auf den Punkt führen, den die Rheinprovinz schon erreicht hat, kurz, die Rheinprovinz hat, wie früher, einen Schritt voraus, diesmal in der Auflösung. Die östlichen Provinzen werden ihr aber um so sicherer auf dieser Bahn folgen, als in ihnen ein Element überwiegt, das am Rhein spärlicher vorhanden ist, das ländliche Proletariat. Es haben in der Rheinprovinz Kreise bei den Wahlen zur Demokratie sich gewandt, in denen die Agrar-Verhältnisse so glücklich gestaltet sind, daß in vielen Gemeinden kein einziger Armer sich vorfindet; was wird in den Provinzen erfolgen, wo ein einziges adeliges Gut seine Tagelöhner nach Hunderten zählt? Mit einem Worte: von drei Millionen Urwählern gehören in Preußen zwei Millionen zum Proletariate, nicht gerechnet das gefährlichere Proletariat der höheren Stände; soll nun das Geschick des Staates ferner nach der Kopfzahl bestimmt werden, so können wir über den endlichen Ausgang uns keine Illusionen machen.

*) Dieser Satz, so richtig er ist, beweist nicht ganz, was er beweisen soll. Berlin!

♀ Aus dem westlichen Preußen, im Februar. Wie die konservativen Wahlen der westlichen Provinzen nicht durch besondere Sympathien für das Ministerium Brandenburg, ja nur theilweise durch warme Sympathien für die Dynastie hervorgerufen sind, so hat auch bei den demokratischen Wahlen hier zu Lande die Antipathie gegen ein Ministerium und gegen einzelne Maßregeln desselben nur eine Nebenrolle gespielt. Antipathie gegen eine preußische Regierung überhaupt, gleichviel in wessen Händen sie liegt, Hand in Hand mit künstlich gepflegten konfessionellen Antipathien, wie sie in den weiland geistlichen Staaten am Rhein und in Westphalen seit 12 Jahren mit neuer Kraft und Bitterkeit hervorgetreten sind, und weiter Antipathie gegen jede starke monarchische Regierung, weil die Mehrzahl der Urwähler zu der Ansicht geleitet ist, daß das Bestehen einer solchen Regierung mit der Erfüllung ihrer kühnen Hoffnung auf große soziale Reformen unvereinbar sei, das sind die wesentlichen Faktoren der demokratischen Wahlen in diesen Provinzen. Die statistische Politik wird nicht übersehen dürfen, daß die konservativen Wahlen in denselben da stattgefunden haben, wo die Bevölkerung überwiegend protestantisch ist, die demokratischen aber in den überwiegend oder ganz katholischen Strichen.

Wien.

Ueber die neue Verordnung des Oesterr. Ministeriums, welche dem ausländischen Handwerksgesellen den Eintritt in die Hauptstadt verbietet, er müßte denn von einem Meister einen besondern Ruf zur Arbeit erhalten haben, bemerkt ein Korrespondent der Allg. Z.: „Ausländisch gilt jetzt wieder bei uns so viel wie „nichtösterreichisch," Ausländer ist uns wieder der Sachse und der Preuße und der Baier geworden, er steht in gleicher Parallele mit dem Russen, Türken und Chinesen. Die Zeit, wo man mit einem preußischen Passe nach Oesterreich kam, wo das Visum jeder deutschen Behörde respektirt wurde, als wäre es in einem österreichischen Bureau ausgestellt, ist somit vorüber, verschollen wie vieles Andere, an dessen feste Gestaltung man glauben durfte, ohne gerade Träumer, Phantast oder politisch-kosmopolitischer Idealist zu sein. Und dann, um auf den vorliegenden speciellen Fall zurückzukommen, klingt es nicht geradezu lächerlich, von dem „Rufe" eines Gesellen nach Wien zu sprechen? Wir hörten wohl, daß ein Schelling, ein Schönlein, ein Canstatt an diese oder jene Universität berufen wurde; von dem Rufe aber, den ein Handwerksgeselle im Auslande von einem Wiener Meister erhalten haben soll — niemals, oder doch nur mit höchst seltenen Ausnahmen. Die Beschränkung ist somit gleichbedeutend mit einem förmlichen Verbote, und gesteht selbst einer Ihrer Korrespondenten, den man gewiß nicht allzugroßer Sympathien für die Wiener studirende Jugend beschuldigen kann, daß die Abwesenheit derselben ein harter Schlag für die hiesige Bevölkerung sei, so wird die Abweisung aller fremden Handwerksgesellen sich als nicht minder schmerzlich für den Erwerb einer großen Klasse herausstellen. Was dabei noch gegen Deutschland insbesondere verstoßen wird, gehört in jene Rubrik politischer Mißgriffe, deren Erörterung zu bitter und weitläufig ist, als daß wir sie hier weiter berühren wollten."

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 48. **Frankfurt a. M.,** Samstag 17. Februar. **1849.**

Uebersicht.

Deutschland.

> **Frankfurt,** 16. Febr. Die Nationalversammlung ging heute in die wirkliche Berathung des Reichswahlgesetzes ein. Der Entwurf des Ausschusses geht bekanntlich davon aus, daß nur der Selbständige das Wahlrecht üben könne, und erklärt dann für unselbstständig die Personen, welche unter Vormundschaft stehen, die, welche Armenunterstützung beziehen, die Dienstboten, die Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter und die Taglöhner. Es kann streitig sein, ob man die untersten Schichten des Volkes zur Theilnahme an der Wahl der Vertreter und damit an der Regierung des Staates zulassen soll. Der Begriff der Selbstständigkeit ist aber äußerst schwierig zu bestimmen. Wo hört die Unselbstständigkeit auf? wo fängt die Selbstständigkeit an? in welchen Klassen ist die Unselbstständigkeit am drückendsten? wo ist sie weniger drückend? Der Ausschuß wirft selbst diese Fragen auf, gibt sich aber nur folgende Antwort: die innere Unabhängigkeit könne Niemand prüfen; aber ob die einfachsten und äußeren Bedingungen derselben vorhanden seien, darauf komme es an; und darin könne der Beamte dem Arbeiter nicht gleichgestellt werden. — Unter den einfachsten und äußeren Bedingungen der Unabhängigkeit sind vermuthlich die Mittel zur Befriedigung der einfachsten Lebensbedürfnisse verstanden. Diese hat der Beamte allerdings gewöhnlich in reicherem Maße, als der Arbeiter. Aber er gewinnt sie doch nur durch sein Amt, wie der Arbeiter durch seine Arbeit, und er ist mit ihnen also ebenso abhängig von dem, der über sein Amt verfügt, wie der Arbeiter von dem, der die Arbeit gibt. Ja, da seine Bedürfnisse größer zu sein pflegen, als die des Arbeiters, er also jede Entziehung des Lohnes schwerer empfinden würde, so könnte man folgern, er sei abhängiger als der Arbeiter.

Mir scheint, wenn eine Rücksicht die Ausschließung irgend welcher Klassen vom Wahlrechte rechtfertigen könnte, so wäre es nur die, daß die Leitung des Staates nur in den Händen derer sein dürfte, die durch sittliche Bande mit ihm verknüpft sind. Wenn man den Schwerpunkt nicht dahin legt, wo der Sinn für die Erhaltung herrscht, so geräth der Staat allerdings in die Gefahr eines unsicheren Ganges. Der Sinn für die Erhaltung der staatlichen Ordnung (nicht der äußere Vortheil dabei — der ist für die Unselbstständigsten am unmittelbarsten und größten), die sittliche Verbindung mit dem Staat wird durch die Familie so gut wie durch Bildung und Besitz bewirkt, und nur wer durch keines von den Dreien Bürgschaft gibt, der dürfte, däucht mir, des Wahlrechtes verlustig gehen.

Aber alle diese wissenschaftlichen Fragen verschwinden vor denen des Lebens. Das Wort „allgemeines Wahlrecht" ist einmal ausgesprochen worden — es kann ohne Gefahr nicht mehr zurückgenommen werden. Die unverkennbare Gefahr der Gewährung ist jetzt größer, als die der Verweigerung. Die Wahl ist schwierig. Beide Wagschaalen schweben fast gleich, und auch in der Versammlung weiß man noch kaum, wohin sie sich neigen wird. Von den Reden, die wir heute für das allgemeine Wahlrecht gehört haben, ragte die des Hrn. Löwe aus Calbe hervor. Wir theilen seine allgemeinen Anschauungen keineswegs, aber manchen seiner Gründe, die er heute mit seiner gewohnten Klarheit vortrug, müssen wir beistimmen. „Man habe als Rechtfertigung für die Ausschließung der untern Klassen angeführt, daß sie von den socialistischen Gedanken angesteckt wären; sei das der Fall, dürfe man sie um so weniger vom Staate ausschließen, damit sie die Erfüllung ihrer Wünsche nicht um so mehr im Umsturz des Staates sähen. Sei der Gegensatz von Kapital und Arbeit vorhanden, so dürfe man ihn nicht zum Gesetz erheben, so müsse man suchen, ihn durch gemeinsame Einrichtungen auszugleichen. Jede Ausschließung bestimmter Klassen führe zu einer Regierung der Interessen, einer Regierung, die bei uns um so schlimmer wäre, als sich hier mit den Interessen Alles, was mit dem Zopfthum zusammenhängt, verbinden würde. Wie wenig fest aber eine Interesseregierung sei, habe die Regierung Ludwig Philipp's gezeigt. Auch andere Regierungen seien gestürzt worden, aber keine habe so wenig Wurzeln im Volke zurückgelassen. Daß bei uns die mittleren Klassen nicht die meiste Stabilität besäßen, hätten die jüngsten Ereignisse gezeigt. Gerade sie hätten bald dieser bald jener Partei je nach der Richtung der Ereignisse gehuldigt." Der Redner zeigte dann, daß eine Beschränkung des Wahlrechts mit den übrigen Freiheiten unverträglich sei. „Die Ausgeschlossenen würden das Vereinsrecht benutzen, um das Wahlrecht zu erringen — so sei sofort die Nothwendigkeit gegeben, auch das Vereinsrecht aufzuheben." Endlich machte der Redner einige sehr wahre Bemerkungen über die indirekten Wahlen. „Bei ihnen kämen nicht die allgemeinen Interessen, sondern die lokalen in Frage; der Kirchspielsvortheil, persönliche Verbindungen wären das Entscheidende. Dann ließen die indirekten Wahlen statt sittlicher Aufregung eine Menge von Gehässigkeiten und niedrigen Leidenschaften zurück, sie demoralisirten das Volk. Bauen Sie", so schloß der Redner, „die Verfassung, das ist Ihnen oft gesagt worden, und überlassen Sie dem Strom der öffentlichen Meinung, sie auszuführen! Wohlan, dämmen Sie nicht selbst diesen Strom ab, machen Sie ihn nicht seicht, damit er Ihr Schiff tragen kann, und es nicht auf den Sand laufe!"

Viel geringer waren die Reden des Hrn. Pfeiffer aus Adamsdorf und selbst des Hrn. Vogt aus Gießen. Die des ersteren war eine seltsame Mischung von hochtönenden Redensarten und burlesken Späßen. „Das Wahlgesetz", meinte er, „sei nur eben weit genug, um die Professoren aufzunehmen." Dann sprach er von der Einen Selbstständigkeit, der der Gesinnung und dann bat er wieder, „man möge das Volk doch nicht mit Uebergehung des März gleich aus dem Februar in den April schicken." Hr. Vogt stand weit unter der Höhe seiner Beredtsamkeit. Seine Rede bestand aus untergeordneten Einzelnheiten, die in ein Bild zu sam-

meln unmöglich ist. Er bekämpfte meistens nur die Anführungen seiner Vorredner. Was er vorbrachte, zeugte von Witz: aber nicht Alles, was eine Spitze hat, hat Schärfe.

Gegen das allgemeine Wahlrecht sprechen die Hrn. Beckerath, Bassermann und Reichensperger. Hrn. v. Beckerath glaubten wir zu verstehen, daß er sich nicht mit dem Ausschuß einverstanden erklärte; bestimmt aber gab er seine Meinung nicht ab. Er erkannte an, „daß den arbeitenden Klassen geholfen werden müsse; aber man dürfe die Krankheit nicht dahin hinüberziehen, von wo aus man sie heilen wolle." Er erkannte die gleiche Berechtigung Aller an, aber es sollte keine Gleichheit des Verderbens werden. Jeder solle wählen können, aber wer das Recht ausüben wolle, von dem würden Gewährleistungen gegen den Mißbrauch verlangt. Eine Beschränkung läge auch in der Forderung der Volljährigkeit; so seien auch andere Beschränkungen zulässig. Nicht die numerische Zahl solle vertreten werden, sondern der Wohlstand, die Gesittung, der Ruhm der Nation. Die Klassen könnten nicht wählen, deren ganze Thätigkeit auf die äußerste Nothdurft gerichtet wäre, die nicht die geringste politische Einsicht besäßen.

Herr Bassermann, dessen Rede wie immer viel Theilnahme erregte, wies zuerst nach, wie ungerechtfertigt die Scheidung zwischen Arbeiter und Bourgeoisie sei. Das Bürgerthum habe die Bresche geschossen. Von den höhern Schichten der Gesellschaft sei die Erhebung der Jahre 1813 und 14 ausgegangen. Sie auch hätten in den Ständekammern für die Freiheit gekämpft. Nicht die Arbeit — die unselbstständige Arbeit nur solle ausgeschlossen werden. — Die Rede des Herrn Reichensperger ging, weil die Versammlung erschöpft war, unbemerkt vorüber.

Die allgemeine Berathung wurde heute geschlossen; morgen beginnt die Berathung der einzelnen Bestimmungen.

Um meine eigene Meinung mit wenig Worten zu sagen: so möchte ich die Vorschläge des Verfassungsausschusses zum Grunde legen, aber den Begriff der Selbstständigkeit, nach den oben gegebenen Andeutungen, auf alle diejenigen ausgedehnt sehen, welche mit dem Staat durch eigene Familie und Haushaltung näher zusammenhängen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 16. Febr. Der Frühling, in welchen wir mit noch unvollendetem Verfassungswerke wieder eingetreten sind, scheint sich seines vorjährigen Charakters erinnern zu wollen. Die Thätigkeit der demokratischen Vereine ist, sicheren Spuren zufolge, selbst im September vorigen Jahres nicht so groß gewesen als gegenwärtig. Glücklicher Weise ist die Wachsamkeit der hiesigen Behörden nicht geringer; die nachdrücklichsten Vorkehrungen sind namentlich von dem gegenwärtigen Stadtkommandanten getroffen, um einem etwa versuchten Putsch mit Kraft und Erfolg begegnen zu können.

△ **Wien**, 12. Febr. Das Gerücht, daß 15,000 Kroaten nebst 600 Seredschanern als Garnison hierher kommen, gewinnt an Wahrscheinlichkeit und ist nicht gemacht, um dem Ministerium die Sympathien Wien's zu erhalten. Welche Scenen stehen uns bevor, wenn dieser Plan ausgeführt werden sollte! Die Stimmung ist gerade gegen die Kroaten und Rothmäntel von den Oktobertagen her noch so gereizt, daß kein glückliches und versöhnendes Resultat daraus folgen kann! Der Telegraph zwischen hier und Ollmütz war gestern den ganzen Tag in Thätigkeit. Die Ursache kennt man nicht, es sind darüber die abenteuerlichsten Gerüchte in Umlauf.

Privatnachrichten aus Siebenbürgen sagen, daß Bem sich noch immer in Stolzenburg hält. Das alte Schloß, welches er stark befestigen ließ, sperrt die Straße der Art, daß zwei Kanonen hinreichen, diese Position sogar gegen große Streitkräfte zu vertheidigen. Es ist kaum zu begreifen, daß die vorrückenden Truppen unter Bem diesen Punkt unbesetzt fanden. Bei ihrem Rückzug von Hermanstadt zogen sie auch sogleich den gehörigen Nutzen daraus. Bem's Truppenkörper scheinen sich zu mehren und zwar in dem Grade, daß man nun wirklich die Russen an der Grenze, welche für diesen Fall mit Instruktionen versehen sind, zu Hilfe angerufen haben soll. Sie sollen sich sogleich bereit erklärt haben, „des Kaisers Eigenthum zu schützen;" man sagt sogar, daß sie bereits in Kronstadt eingezogen sein sollen, wogegen jedoch die Sachsen protestirt hätten, indem sie erklärten, daß sie sich schon selbst vertheidigen würden, auch wenn die Zahl der kais. Truppen nicht hinreichen sollte. Die erwarteten Kouriere aus Siebenbürgen sind seit vier Tagen ausgeblieben; wir sind darum noch immer in gleicher Besorgniß.

Hier mehren sich die Diebstähle, wahrscheinlich in Folge des überhand nehmenden Pauperismus der unteren Klassen, auf eine wirklich erschreckende Weise. Die Polizeiagenten scheinen weit geeigneter zu sein zu entdecken, wer dies oder jenes gesprochen, als wer dies oder jenes gestohlen hat. In der obern Leitung der Polizei sind mehrere Versetzungen vorgenommen worden. Der bisherige Vice-Stadthauptmann Ernst Born, der sich im Laufe des v. J. etwas zu liberal geberdete, ist zum provisorischen Polizeidirektor in Brünn ernannt, und der Regierungsrath und Polizeidirektor Noe von Nordberg in Linz als (provisorischer) Chef der Stadthauptmannschaft hierher versetzt worden.

Nachschrift. So eben eingelaufenen Nachrichten zufolge steht es in Siebenbürgen nicht so schlimm als man befürchten mußte. Die Russen sind noch nicht in Kronstadt eingerückt. Das Corps des F.-M.-L. Schlick ist in diesem Augenblick mit den Truppen des ungarischen Generals Görgey im Kampf begriffen.

* **Wien**, 12. Febr. Der erschienene Choleraausweis vom 31. Jan. bis 10. Febr. legt die geringen Fortschritte der Epidemie dar. Es waren in dem zehntägigen Zeitraum beim Militär nur 25 erkrankt, was mit den übrigen 4 im Ganzen 29 ausmachte. Hievon sind 16 genesen und 13 gestorben, daher beim Militär kein Cholerakranker mehr vorhanden. Beim Civil erkrankten in diesem Zeitraum 30. Genesen waren 10, gestorben 18, verblieben daher 42 im Ganzen. — Willi Beck (ehemals Redakteur des „Wiener Charivari" und Bruder des Dichters Karl Beck) ist nach gepflogener Untersuchung völlig unschuldig befunden und seiner Haft entlassen. — Sehr bezeichnend für den politischen Bildungsstand nach Sprachvarietäten ist die Uebersicht der österreichischen Journalistik laut dem eben erschienenen Posttarifausweise. Ungeachtet des so sehr hervorgehobenen Uebergewichts der Slawen gegen die Deutschen (15½ gegen 7 Millionen) erscheinen im gesammten Kaiserstaate nur 72 in den verschiedenen slawischen Idiomen (31 czechische, 20 polnische, 6 kroatische, 8 slovenische und krainerische, 2 slowakische, 2 ruthenische, 2 serbische und 1 illyrische) gegen 224 deutsche Journale. Wenn sich daraus jener Bildungsstand auf Ziffern reduziren läßt, so ergäbe sich für den slawischen gegen den deutschen das Verhältniß von 1:6,2. 33 Journale erscheinen in italienischer, 20 (jetzt 8) in ungarischer, 2 in wallachischer, 2 in romanischer, 1 in armenischer, 1 in hebräischer Sprache; im Ganzen 355 Zeitschriften.

Triest, 2. Febr. Ein Theil des hiesigen Handelstandes hat beim Ministerium eine Petition eingereicht, man möchte bei wieder ausbrechendem Krieg die Freiheit des Triester Hafens durch einen Vertrag sicher stellen, und für den Handel von Triest den maritimen Schutz Englands anrufen (!), da Oesterreichs Seemacht gegenwärtig und in nächster Zukunft keine Sicherheit gewähre. (Allg. Oesterr. Z.)

Berlin, 12. Febr. Es ist unleugbar ein großer Uebelstand, daß in den einzelnen Provinzen der preußischen Monarchie noch immer eine so bedeutende Verschiedenheit in der Gesetzgebung statt findet, und man kann es gewiß nur billigen, wenn die Regierung mit allen Kräften dahin strebt, eine größere Gleichmäßigkeit in dieser Beziehung anzubahnen und eine allmälige Verschmelzung der verschiedenen Rechte herbeizuführen. In Bezug auf das materielle Recht stellen sich freilich diesem Streben für den Augenblick noch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen; desto eher scheint aber in dem formellen Recht, d. h. im Prozeß- und Strafverfahren, eine größere Gleichmäßigkeit ausführbar zu sein. Wir haben jetzt in Preußen vier verschiedene Prozedurgesetze. In der Rheinprovinz gilt am linken Ufer das französische Verfahren, am rechten Ufer der gemeinrechtliche Prozeß, in Neupommern der schwedische*) Prozeß, und in den übrigen Provinzen der preußische Prozeß. Durch die neuere Gesetzgebung ist nun in Bezug auf das Strafverfahren bereits ein bedeutender Schritt zur Einheit geschehen, indem durch die Verordnung vom 3. Jan. d. J. für alle diesseit des Rheines belegenen Provinzen mit Einschluß des Ostrheins und Neuvorpommerns ein gleichmäßiges Untersuchungsverfahren angeordnet worden ist. Es bleibt daher jetzt nur noch der rheinische Strafprozeß als die einzige Abweichung übrig, und auch diese ist von keiner Bedeutung, da die neue

*) Irrig. In dem ehemaligen Schwedisch-Pommern gilt das gemeine Recht, in den Städten zum Theil das lübische Recht. Schweden hat während seiner fast zweihundertjährigen Herrschaft keinen Versuch gemacht, seinen deutschen Besitzungen schwedische Sprache und Gesetze aufzudrängen.

Verordnung sich im Wesentlichen dem rheinischen Verfahren anschließt und eine große Zahl von Paragraphen sogar wörtlich aus demselben entlehnt worden ist. Es steht daher zu erwarten, daß in Bezug auf das Strafverfahren über kurz oder lang eine vollständige Gleichmäßigkeit in allen Provinzen der preußischen Monarchie statt finden wird. Anders steht es dagegen mit dem Civilprozeßverfahren. Hier bilden das rheinische und das preußische Verfahren zwei ziemlich schroffe Gegensätze, und an eine Verschmelzung beider Systeme ist so leicht nicht zu denken, da das rheinische Prozeßverfahren in den übrigen Provinzen durchaus keinen Anklang findet, da die Rheinländer dagegen ihrerseits nicht geneigt sind, dasselbe aufzugeben. Eben so weichen die ostrheinischen und neuvorpommer'schen Prozeßgesetze sowohl unter sich, als auch von den beiden anderen Systemen in wesentlichen Punkten ab. Indeß nähern sie sich doch mehr dem preußischen Verfahren, und es ist daher eben so wahrscheinlich als angemessen, daß das letztere künftig in den beiden gedachten Landestheilen die Grundlage bilden und nur in so weit modifizirt werden wird, als die partikulären Verhältnisse dies nothwendig machen. In diesem Sinne soll die für den Ostrhein und Neuvorpommern bereits entworfene neue Prozeßordnung, welche für beide Landestheile gleichmäßig lautet, ausgearbeitet sein, und wird dieselbe demnächst den Kammern zur Berathung vorgelegt werden. (Köln .Z.)

Berlin, 14. Febr. Gestern theilte ich Ihnen die Vertagung unserer Kammern als Gerücht mit; heute beeile ich mich hinzuzufügen, daß dies Gerücht zur Wahrscheinlichkeit wird.*) Die heutige Spener'sche Zeitung enthält nämlich einen Korrespondenz-Artikel aus Berlin, aus welchem hervorgeht, daß eine derartige Vertagungs-Ordre in wenigen Tagen zu erwarten steht. Ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß sehr Viele, auch Gemäßigte in einer solchen Vertagung einen neuen Staatsstreich des Ministeriums Manteuffel erblicken, welches sich in seiner bisherigen bequemen Allmacht zu behaupten wünsche. Daß das Ministerium etwas im Schilde führe, darauf will man aus der Antwort schließen, welche Wrangel vor Kurzem auf die Frage: Wann der Belagerungszustand aufhören würde? — mit den Worten ertheilt haben soll: „Der Belagerungszustand mit Glacéhandschuhen wird bald aufhören!" Die in Rede stehende Verstärkung der Garnison steht hiermit nicht im Widerspruche. — Ob es eine Reaktion gibt, dafür als Beweis der Antrag Bülow-Cummerow's, die mißliebigen Richter einstweilen ohne Weiteres vom Amte zu suspendiren; andere Beamte aber kurzer Hand zu entlassen. Sie sehen, unsere äußerste Rechte weiß auch die Prinzipien der äußersten Linken mit Glück zu handhaben. Bülow's Streich soll übrigens vorzugsweise nur gegen Hansemann gerichtet sein, dem man seine Gesetzesvorlagen wegen Ausgleichung der Grundsteuer ꝛc. noch immer nicht vergibt.

Lith. Korr. **Berlin**, 11. Febr. Eine dankenswerthe Gabe, die auch außerhalb parlamentarischer Versammlungen nützlich und angenehm sein dürfte, bringt die Handlung Duncker und Humblot in einem „Politischen Tagebuch," welches außer den üblichen Notizblättern und Votirbogen für Abstimmungen die gesammte bisherige Reichsgesetzgebung, die oktroyirten preußischen Grundgesetze und eine Menge andern überaus werthvollen Hilfsmaterials enthält. Aus einer nach den Provinzen geordneten Nachweisung der Abgeordneten geht hervor, daß die Provinz Preußen 26 Rechte, 19 Linke, Posen 11 Rechte, 16 Linke, Brandenburg 30 Rechte, 14 Linke, Pommern 18 Rechte, 7 Linke, Schlesien 28 Rechte, 34 Linke, Sachsen 13 Rechte, 19 Linke, Westphalen 18 Rechte, 10 Linke, die Rheinprovinz 20 Rechte, 33 Linke gewählt haben. Die übrigen Gewählten sind politisch unbekannt oder zweifelhaft. Unter den Gewählten befinden sich 101 Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung. Von diesen gehören 26 der Rechten, 6 dem rechten Centrum, 21 dem linken Centrum und 51 der äußersten Linken an.

Konst. Korresp. **Berlin**, 14. Febr. Eine zweite Gesellschaft will von hier aus im Frühjahre nach Süd-Australien auswandern. Es war daher an Herrn Dr. Mügge die Aufforderung ergangen, einen Vortrag über Auswanderung zu halten, welcher derselbe gestern Abend genügte. Es hatte sich ein so zahlreiches Publikum aus verschiedenen Ständen, auch Frauen eingefunden, daß sich sofort 31 Familien, zusammen 82 Personen bereit erklärten, kommendes Frühjahr nach Australien überzusiedeln; worauf sogleich zur Bildung eines Komité geschritten wurde, welches das Auswanderungsgeschäft in die Hand nehmen soll.

*) Nach unserer gestrigen Nachricht ist das Gerücht sehr unwahrscheinlich.

Am 7. d. M. wurden Sr. Majestät dem Könige durch eine Deputation aus Gohfeld (Regierungsbezirk Minden) die traurigen Verhältnisse der Gemeinde auseinandergesetzt und um schleunige Abhülfe gebeten. Tausende von Einwohnern leben dort von Handspinnerei. Die Zeitverhältnisse haben die Preise so herabgedrückt, daß während früher für 12 Stück 1 Rthlr. gezahlt wurde, jetzt nur für 30 Stück 1 Rthlr. gezahlt wird und daß eine Familie, welche für die nothwendigsten Bedürfnisse jährlich mindestens 70 Rthlr. braucht, mit allen Anstrengungen kaum 40 Rthlr. erarbeiten kann. Die Gohfelder gehen deßhalb dem traurigen Loose der schlesischen Weber entgegen, wenn nicht durch aus Staatsmitteln zu gründende Aufkaufs-Comtoire das drohende Unglück abgewendet wird. Der König empfing die Deputation auf das huldvollste und sprach ihr namentlich seinen Dank darüber aus, daß man sich vertrauensvoll an ihn gewendet und ihn mit den dortigen Verhältnissen bekannt gemacht habe.

⊙ **Stralsund**, 12. Febr. Eine Uebersicht der vorjährigen Verschiffungen aus dem hiesigen Hafen ergibt, daß 7200 Lasten Waitzen, zusammen 15,500 Lasten Getreide abgeladen wurden, wovon nur etwa 1000 Lasten nach dem Inlande gegangen sind. Der ganze Werth dieser Abschiffungen, der dafür in die Hände des benachbarten Landmannes gezahlt worden ist, beträgt nahe an zwei Millionen Thaler und hat allerdings einigen Ersatz gegeben für die Opfer, die der dänische Krieg insbesondere von der Schifffahrt gefordert hat. Die hiesige Rhederei zählte bei Schluß des Jahres 106 eigene Seeschiffe von 11,982 Normallasten, an Werth etwa eine halbe Million Thaler, wovon der größere Theil im Hafen festgebannt liegt durch die Unsicherheit über den Waffenstillstand mit Dänemark; eine vielleicht unbestimmte Verlängerung des Waffenstillstandes ist für die Schifffahrt noch schlimmer als Krieg!

♃ Aus Westphalen, im Febr. Unsere Provinz, welche den Ruf genießt, vorzugsweise konservativ zu sein, hat im Ganzen diesem Ruf entsprochen. Eine merkwürdige Erscheinung war, daß gerade Kreise, welche im März v. J. völlig unter dem Einflusse der Geistlichkeit, besonders der katholischen standen, so daß die Wahlbezirke den Anblick einer Kreissynode gewährten, sich jetzt hiervon emanzipirt haben, und gerade dort die Wahlen entschieden im Gegensatz zu den früheren ausgefallen sind. Die freundlichen Empfehlungen des Berliner Preußenvereins, der auf die konservative und kirchliche Gesinnung einzelner Kreise rechnend, uns seine Koryphäen — v. Bethmann-Hollweg, Dr. Stahl und Göschel angepriesen hat, sind nicht ohne nachtheiligen Einfluß geblieben. Der Westphale denkt umgekehrt wie Goethe's Brander, er meint, die Männer seines Vertrauens müßte er, das Fremde meidend, mitten unter sich finden. Weßhalb denn auch alle diese Herren, selbst dem schlichten Landmann gegenüber, durchgefallen sind. Wir liegen hier in der Mitte zwischen Frankfurt und Berlin, den beiden Punkten, von denen wir die Entscheidung für die Gestaltung unserer Zukunft erwarten. Aber leider werden wir hauptsächlich nur vom Nordpol angezogen, und mitten im Lande der alten Sachsen findet die deutsche Sache nicht den Anklang, der zu wünschen und zu erwarten stände. Selten erhebt sich eine Stimme für Frankfurt; Berlin ist es, wohin sich die Blicke richten. Daß das nicht eine vereinzelte Ansicht, sondern eine allgemein verbreitete ist, sehen Sie aus den Wahlen von Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung zu Deputirten der preußischen zweiten Kammer. Niemand macht sich etwas daraus, daß dort seiner Partei eine gewichtige Stimme entzogen wird. Wenn wir uns nur mit Hilfe unserer besten Kräfte konstituirt haben, so meint Jeder, das deutsche Einheitswerk wird sich schon finden. Die Gründe für diese Erscheinung finden wir in der geringen politischen Bildung, die zu ihrem Motto das Sprüchwort nimmt: „das Hemd ist mir näher, als der Rock;" dann in der Sprödigkeit und Verkleinerungssucht, mit der Preußen öfters von einem Theil der Nationalversammlung behandelt und zurückgewiesen ist, und endlich darin, daß wir hier in Preußen uns unserer Kraft immer mehr bewußt geworden sind.

* Als Abgeordnete zur ersten Kammer wurden ferner in Westfalen gewählt: in Arnsberg: Landrath v. Bockum-Dolffs in Soest, Geh. Justizrath v. Bernuth in Berlin, Ober-Bergrath Böcking in Trier.

München, 13. Febr. Ich kann nicht unterlassen, Ihnen folgende unglaubliche, aber wahre Thatsache mitzutheilen: Es hat sich in unserer Hauptstadt ein Verein für Erhaltung des Lottos in Baiern gebildet; dessen Verstand ein gewisser Hr. Carré ist, welcher bereits einen öffentlichen Aufruf an alle Lotto-Kollekteure und zahlreichen Freunde des Lotto gerichtet hat. (A. Abdztg.)

Professor W. v. Kaulbach ist vom König zum Direktor der Akademie der Künste ernannt worden.

Nürnberg, 13. Febr. Der Abgeordnete Schmidt (von der Linken), dessen Wahl die Kammer für ungültig erklärt hatte, ist bei der heutigen Ergänzungswahl für die zweite Kammer wieder gewählt worden.

-:- **Stuttgart,** 13. Febr. Die Berathung über den Etat des Kriegsdepartements ist zu Ende. Die Kammer hat gewüthet im Großen wie im Kleinen. Wenn sie das neu geschaffene Armeekorpskommando sich nebst der Adjudantur für den Kronprinzen, so hat sie es auch nicht verschmäht, nach dem Ausdruck des Abg. Platz, „sich in das Feld der Pferderationen hineinzuarbeiten," und bald hier bald dort eine überflüssige Ration entdeckt. Schließlich wurde ein Antrag des Frhrn. v. Wöllwarth, die Regierung möge bei der Centralgewalt darauf hinwirken, daß durch das zu erwartende allgemeine Wehrgesetz jede mögliche Erleichterung der Militärlast in Rücksicht gezogen und daß namentlich das Verhältniß der einzelnen Spezialwaffen in der Art geregelt werden möge, daß bei der Erhöhung des Militärstandes nicht auch die kostspielige Kavallerie in gleicher Weise vermehrt werde, mit großer Majorität angenommen. Im Laufe der Debatte nahm übrigens Staatsrath Römer von einer hingeworfenen Aeußerung des Abg. Seefried, als ob sich die bei den bekannten Excessen in Ulm betheiligten Reiter hoher Gönnerschaft zu erfreuen hätten, zu der boshaften Bemerkung Veranlassung, daß allerdings für diese Soldaten eine Summe von im Ganzen 67 fl. gesammelt sei, unter welchen indeß kein Beitrag von 50 fl. (Prinz Friedrich, hieß es, habe denselben beigesteuert) figurire, daß aber solche Gaben, nachdem sich verschiedene Abgeordnete an einer Sammlung für die Meuterer des 8. Regiments nicht unbedeutend betheiligt, unmöglich als eine Billigung des Vergehens der Beschenkten gedeutet werden könnten.

§ **Hannover,** 13. Febr. Der erste Paragraph des den Ständen vorgelegten Entwurfes eines Staatsdienergesetzes lautet: Es soll keinerlei Vorzug der Geburt bei der Zulassung zum Staatsdienst und im Staatsdienst stattfinden. Das ist eine für Hannover besonders wichtige Bestimmung. Nirgends ist die Bevorzugung der adeligen und allenfalls der sogenannten guten Familien weiter gegangen, als in adelig Hannoverland, und namentlich unter der Regierung des jetzigen Königs gehörten die Klagen über Bevorzugung des Adels zu den wenigen Ausstellungen, die man im Allgemeinen gegen die Verwaltung machen konnte. Es wird übrigens die neue Gleichheit auch noch nicht sogleich und für immer gültig sein. Stüve bemerkte in der Berathung mit Recht: Fragte man früher, warum der oder jener zu hohen Stellen gekommen sei, so hieß es auch nie, weil er von hoher Geburt, sondern weil er ausgezeichnet befähigt sei. Die höchste Pension ist auf 2000 Thlr. festgesetzt, es werden jetzt noch Pensionen von 4000 Thlr. und darüber bezahlt. Für Unterbeamte verlangt Stüve das Recht der Kündigung. Der Entwurf ist einem Ausschusse übergeben. Ueber die Thronrede kann sich der gemeinschaftliche Ausschuß beider Kammern nach achttägigen Berathungen noch immer nicht einigen.

∾ Aus der Provinz Starkenburg, Mitte Februar. Wie die Demokratie überall auf festere Organisation und engeren Zusammenhang bedacht ist, so haben sich in diesen Tagen auch die demokratischen Vereine der Provinz Starkenburg auf einem nach Bensheim an der Bergstraße ausgeschriebenen Kreistage zu organisiren begonnen und den Volksleseverein in Darmstadt zu ihrem Vororte gewählt. Bezeichnend für die Richtung der hessischen Demokratie mag der Beschluß sein, daß sich diese Vereine nicht dem Centralmärzverein in Frankfurt, sondern dem demokratischen Centralkomite anschließen und unterordnen. Gleichzeitig mit dem Kreistage war übrigens eine Volksversammlung arrangirt, welche unter Anderm ihre Stimmen für das allgemeine Stimmrecht und gegen den der Nationalversammlung vorliegenden Entwurf eines Wahlgesetzes und ferner die Erklärung abgab: „Der Reichsminister Heinrich v. Gagern besitzt das Vertrauen der Volksversammlung nicht mehr; er hat sich dessen durch seine ganze Haltung seit dem März unwerth gemacht trotz des Vertrauensvotums, welches von gewisser Seite her für ihn fabrizirt ist." Vielleicht wird Herr v. Gagern sich mit dem Ausdruck des Vertrauens, das ihm von Seiten seiner Wähler geworden, zu trösten wissen über das Mißtrauensvotum, welches von gewisser Seite, oder, um deutlicher zu sprechen als das Volk von Bensheim, von eben diesem „Volke" gegen ihn ausgesprochen ist.

✕ **Meiningen,** 14. Febr. Am 11. d. M. ist unser Landtag durch den Minister v. Speßhardt eröffnet worden; aus der Eröffnungsrede, ist zu ersehen, daß unsre Staatsregierung die Souveränität der Nationalversammlung unumwunden anerkennt und auf baldige Vollendung „einer bundesstaatlichen Verfassung mit Nationalvertretung unter einem kräftigen Oberhaupt" hofft; ferner, daß zwar die von Weimar vorgeschlagene „Vereinigung der thüringischen Staaten" zurückgewiesen, zu andern gemeinsamen Maßregeln aber die Hand geboten ist; daß außer einer neuen Verfassungsurkunde noch zahlreiche andre Gesetze von der Regierung vorgelegt werden, daß Vereinfachung der Verwaltung, Minderung der Civilliste und eine progressive Einkommensteuer angekündigt sind. Die zum Theil schon veröffentlichten Gesetzvorlagen geben einen neuen Beweis von der Thätigkeit und echten Freisinnigkeit unseres wackeren Ministeriums. Hoffen wir, daß sich die Volksvertreter ein gleiches Lob erwerben! Das neue Wahlgesetz ohne Census und Ständeunterschied hat hier wie überall für dieses erste Mal die Folge gehabt, daß Männer gewählt worden sind, die entweder in ihrem nächsten Kreise als wohlgesinnte, den öffentlichen Interessen zugewandte Bürger bekannt waren, oder die seit dem März v. J. durch unablässiges Reden und Schreiben Vieler Augen auf sich zu lenken gewußt haben; nur wenige Wahlkollegien aber scheinen bedacht zu haben, daß eine längere Beschäftigung mit den allgemeinen Landesangelegenheiten, daß Gesetz- und Geschäftskenntniß u. dgl. m. für einen Abgeordneten doch keine ganz üblen Dinge sind, und grade die wenigen Männer, welche diese Vorzüge besitzen, scheinen, wenigstens für den Augenblick, von ihren Kollegen mit einigem Mißtrauen betrachtet zu werden, wenn nicht vielmehr einzelne Abgeordnete dieses Mißtrauen schüren und nähren. So wurde denn nicht ein seit langen Jahren bewährtes Mitglied des Landtags, sondern ein pensionirter Regierungsrath zum Präsidenten gewählt, wahrscheinlich nur, weil er in den letzten Stadien der vormärzlichen Zeit auf eine höchst unbillige Weise verletzt worden war. Bei den Ausschußwahlen ist man von der sonst allgemein gültigen Sitte, daß in denselben alle Parteien vertreten sein müssen, abgewichen, indem man die der augenblicklichen Majorität mißliebigen Leute aus den wichtigeren Ausschüssen so gut als ganz fern zu halten wußte. Sind das auch ziemlich unerfreuliche Mißgriffe, so darf man ihnen doch kein übermäßiges Gewicht beilegen; noch hoffen wir, daß die Kraft lange bewährter Gesinnung und Einsicht sich auch hier die ihr gebührende Anerkennung erringen, daß unser Landtag seine Aufgabe zu des Landes Wohl und seiner eignen Ehre lösen wird.

♉ **Schleswig,** 11. Febr. Die Landesversammlung hat in dieser Nacht um 1 Uhr ihre Sitzungen geschlossen und sich vertagt. Nicht durch die Zahl und Mannigfaltigkeit der Gegenstände, sondern durch ihre große Wichtigkeit für die Zukunft unseres Ländchens ist diese Versammlung des Landtags merkwürdig. Deshalb war auch die Theilnahme der Bevölkerung eine ganz ungewöhnliche. Es sind mindestens 60 verschiedene Deputationen, und zwar einzelne sehr zahlreiche, hier gewesen, um der gemeinsamen Regierung und der Landesversammlung einmüthig zu erklären: „Wir wollen lieber den Krieg mit allen Leistungen und Lasten, als einen schimpflichen Frieden!" Die Beschlüsse, so wie die ganze Haltung der Landesversammlung haben die ungetheilte Zustimmung der Bevölkerung, mit Ausnahme des Verfahrens, das sie der preußischen Circularnote vom 28. Januar gegenüber inne gehalten. Hier zeigte sich eine Unsicherheit, die man nicht erwartet hatte, und die dergestalt zunahm, daß die Versammlung sich endlich von zwei vorgelegten Adreßentwürfen für den schwächsten entschied. Nur durch die Einwirkung unsichtbarer Mächte ist diese Erscheinung erklärbar. Ob hier der Herr Reichskommissär einwirkte, der schon beim Zusammentritte des Landtags eine Unruhe gezeigt haben soll*), ähnlich einer Gluckhenne, die Enteneier ausgebrütet hat,

*) Die man Herrn Stedmann, bei Erwägung aller Umstände, kaum verdenken kann.

und ihre verwegenen Kinder munter zu Wasser gehen sieht; oder ob die „Gemeinsame“ ihren Einfluß gebrauchte oder diplomatische Potenzen thätig waren, wollen wir dahingestellt sein lassen.

× **Schleswig**, 12. Febr. Es ist ganz gewiß, daß die dänische Regierung ernstlich mit dem Gedanken an Krieg und einen Ueberfall Schleswigs umgegangen ist, oder noch umgeht. Es ist aber ebenso gewiß, daß die Regierung Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien bei dem ersten Winke hierüber in Kopenhagen feierlichst Verwahrung gegen alle Erneuerung der Feindseligkeiten eingelegt hat. England hat in dieser Angelegenheit nur Ein hauptsächliches Interesse: das, den Frieden zu bewahren. Was für Pläne die Diplomaten daher auch ausbrüten, es gibt nur eine vernünftige Lösung des Streites: die Trennung nach den Nationalitäten. Man darf den Herzogthümern nicht zumuthen, selbst diesen Vorschlag zu machen. Aber ich bin überzeugt, daß er bei uns auf keinen ernstlichen Widerstand stoßen wird. Die letzten Vorgänge haben wieder deutlich gezeigt, daß der dänische Theil von Schleswig für uns nur ein Pfahl im Fleische sein würde.

** **Hamburg**, 13. Febr. In demselben Augenblick, wo die Grundrechte in unserer konstituirenden Versammlung zur Sprache kommen sollen und wo sie das Central-Komité der verbundenen 13 Vereine an die Ecken anschlagen lassen will, in demselben Augenblick ließ gestern Mittag der Senat die Grundrechte, wie man sie in Frankfurt beliebt hat, an die Ecken ankleben, sie sind also nun unser Eigenthum geworden; denn der Eckenanschlag ist für das eigentliche Volk die wahre Bekanntmachung.

Der Ausschußbericht über die Grundrechte und die Grundbestimmungen der Verfassung wird uns soeben mitgetheilt, und ich beeile mich Ihnen die Grundzüge unserer Verfassung, wie sie werden soll, mitzutheilen, da sie doch in mancher Weise von den Verfassungen der übrigen deutschen Lande abweicht.

I. Die Bürgerschaft. §. 1. Die gesetzgebende Gewalt wird von der Bürgerschaft ausgeübt. §. 2. Die Bürgerschaft besteht aus ungefähr 300 Mitgliedern. §. 3. Etwa drei Viertel Bürgerschaft geht aus direkten Wahlen der Bevölkerung hervor. Der andere Theil der Bürgerschaft besteht aus Mitgliedern der verschiedenen Verwaltungszweige und Verwaltern bürgerlicher Offizien. §. 4. Zur Theilnahme an der Wahl für die Bürgerschaft ist jeder Staatsbürger berechtigt. Besondere Ausnahmen bestimmt die Verfassung. §. 5. Stadt und Gebiet werden zur Vornahme dieser Wahlen in möglichst kleine Distrikte von möglichst gleicher Größe getheilt. Die Zahl der in jedem Distrikte zu erwählenden Mitglieder richtet sich nach der Zahl der Bewohner des Distrikts. §. 6. Jeder Wahlberechtigte ist in jedem Distrikte wählbar. §. 7. Die Wahlperiode ist eine dreijährige. §. 8. Alljährlich tritt ein Drittel der Gewählten aus und wird durch Neuwahlen einer entsprechenden Zahl in jedem Distrikte ersetzt. §. 9. Die, kraft ihrer bürgerlichen Offizien in der Bürgerschaft sitzenden Mitglieder treten aus, sobald ihre Amtsdauer vorüber ist. §. 10. Die Bürgerschaft wählt aus ihrer eignen Mitte einen aus etwa 30 Personen bestehenden Ausschuß.

II. Der Rath. §. 11. Die exekutive Gewalt steht dem Rathe zu. §. 13. Der Rath besteht aus 16 Mitgliedern. §. 13. Von den 16 Rathsmitgliedern bekleiden 7 ihr Amt bis zu einer bestimmten Altersgrenze. §. 14. Die 9 andern werden auf 6 Jahre gewählt. Alle 2 Jahre treten 3 von ihnen aus. Die Austretenden sind wieder wählbar. §. 15. Von den sieben ständigen Rathsmitgliedern werden 4 für besondere Verwaltungszweige gewählt: 1) eines für das Finanzwesen, 2) eines für das Bauwesen, 3) eines für das Unterrichtswesen, 4) eines für die Gewerbe. Jeder derselben behält die Leitung des ihm zugewiesenen Verwaltungszweiges in der Regel während seiner ganzen Amtsdauer. §. 16. Die übrigen drei ständigen Rathsmitglieder müssen dem Stande der Rechtsgelehrten angehören. §. 17. Von den 9 wechselnden Rathsmitgliedern müssen mindestens 4 dem Kaufmannsstande angehören. §. 18. Die ständigen Rathsmitglieder dürfen keinerlei bürgerliche Berufsthätigkeit außer ihrem Amte betreiben. Die wechselnden Rathsmitglieder dürfen ihre bürgerliche Berufsthätigkeit fortsetzen, soweit sie mit ihrer öffentlichen Thätigkeit vereinbar ist. §. 19. Der Rath wählt aus seiner Mitte auf 1 oder 2 Jahre einen ersten und zweiten Bürgermeister. §. 20. Sämmtliche Rathsmitglieder erhalten ein gesetzlich zu bestimmendes Honorar. §. 21. Zu der Wahl der Rathsmitglieder konkurriren Rath und Bürgerschaft nach einer, durch die Verfassung zu bestimmenden Modalität.

III. Gesetzgebung. §. 22. Der Bürgerschaft steht das Recht zu, Gesetze auszuarbeiten und dem Rathe die Ausarbeitung von Gesetzvorschlägen aufzutragen. §. 23. Dem Rathe steht das Recht zu, der Bürgerschaft Gesetzesvorschläge zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen. §. 24. Die Bürgerschaft hat jeden ihr vorliegenden Gesetzes-Vorschlag einer dreimaligen Diskussion und Abstimmung zu unterziehen, bevor er als von ihr beschlossen gilt. §. 25. Jedes von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz wird dem Rathe zur Publikation und demnächstigen Ausführung übergeben. §. 26. Der Rath hat seine etwaigen Bedenken gegen den von der Bürgerschaft gefaßten Beschluß derselben innerhalb 14 Tagen mitzutheilen, widrigenfalls derselbe ohne Weiteres Gültigkeit erlangt. §. 27. Hat der Rath innerhalb 14 Tagen der Bürgerschaft seine Bedenken gegen einen von ihr gefaßten Beschluß mitgetheilt, so tritt dieselbe in abermalige Berathung über denselben. Verwirft die Bürgerschaft alsdann ihren früher gefaßten Beschluß, so hat es dabei sein Bewenden. Erklären sich mindestens zwei Drittel sämmtlicher Mitglieder für den früher gefaßten Beschluß, so hat derselbe sofort Gesetzeskraft. Erklärt sich die einfache Majorität der Anwesenden, aber weniger als zwei Drittel aller Mitglieder für den früher gefaßten Beschluß, so bleibt derselbe bis zur nächsten Neuwahl eines Drittels aller Gewählten suspendirt und erhält erst Gesetzeskraft, wenn er nach dieser Neuwahl durch die einfache Majorität der dann anwesenden Mitglieder bestätigt wird. §. 28. Der Rath verhandelt mit der Bürgerschaft in der Regel durch in den Sitzungen anwesende Kommissarien und hat auf Verlangen der Bürgerschaft über Staatsangelegenheiten Auskunft zu ertheilen. §. 29. Die Bürgerschaft beschließt die Steuern. §. 30. Die Bürgerschaft beschließt das, ihr vom Rathe vor Beginn des betreffenden Rechnungsjahres nebst den Spezialetats vorzulegende Budget im Ganzen und in seinen einzelnen Theilen. §. 31. Die Bürgerschaft prüft die ihr nach Ablauf des betreffenden Rechnungsjahres vorzulegende genaue Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben. §. 32. Jede Kontrahirung von Staatsschulden und jede Veräußerung vom Staatseigenthum bedarf der Zustimmung der Bürgerschaft. §. 33. Die Bürgerschaft hat die Aufsicht über die Handlungen der vollziehenden Gewalt und der einzelnen Verwaltungszweige, und das Recht der öffentlichen Anklage bei Verfassungs- oder Gesetzübertretungen durch die Mitglieder derselben. §. 34. An Abstimmungen über Fragen der Kontrole und öffentlichen Anklage nehmen die in der Bürgerschaft sitzenden Mitglieder des betreffenden Verwaltungszweiges keinen Antheil. §. 35. Die Verfassung darf in keinem Theile ohne Zustimmung der Wähler verändert werden.

IV. Bürgerausschuß. §. 36. Der Bürgerausschuß ist befugt 1) außerordentliche und im Budget nicht vorhergesehene Ausgaben, sowie die Veräußerung von Staatseigenthum, beides bis zu einem geringen, in der Verfassung zu bestimmenden Belaufe zu genehmigen. 2) Dringliche Gesetze von geringerer Bedeutung auf Antrag des Rathes provisorisch bis zur definitiven Entscheidung durch die Bürgerschaft zu genehmigen. §. 37. Der Bürgerausschuß übt statt der Bürgerschaft die Kontrole über die Handlungen der vollziehenden Gewalt aus, wenn die Bürgerschaft nicht versammelt ist.

V. Zusammenberufung der Bürgerschaft. §. 38. Die Bürgerschaft wird durch das Bureau zusammenberufen: a) auf Antrag des Raths, b) auf Beschluß des Bürgerausschusses, c) auf Verlangen einer verfassungsmäßig zu bestimmenden Zahl von Mitgliedern der Bürgerschaft, d) bevor 3 Monate seit dem letzten Sitzungstage der Bürgerschaft verflossen sind. Ist die Bürgerschaft im letzten Falle nicht erneuert, so versammelt sie sich ohne Weiteres an dem Tage, an dem volle 3 Monate seit dem letzten Sitzungstage verflossen sind.

Dies sind fast alle Paragraphen unserer Verfassung, zu lang ist sie gewiß nicht.

Großbritannien.

* **London**, 12. Febr. Die Verhandlungen des Unterhauses betrafen auch an diesem Tage die irischen Angelegenheiten, die auch im Oberhause seit einigen Tagen keinen Gegenstand von allgemeiner Bedeutung aufkommen lassen. Inzwischen sind die irischen Fragen für das Kabinet selbst wichtig genug, wie sie denn schon mehr als einmal die Hauptveranlassung zu Kabinetsänderungen gewesen sind, und in der That steht auch Lord J. Russell wie zwischen Thür und Angel, d. h. zwischen den britischen Mitgliegliedern des Parlaments, welche nur mit Mühe zu bewegen sind, weitere Zuschüsse für Irland zu bewilligen, und den irischen Mitgliedern, welche mit aller Macht auf Abhilfe der irischen Nothstände dringen. Heute saß das Haus als Komité über die Suspension der Habeas-Korpusakte in Irland für weitere sechs Monate. Die Repealer verfolgten ihren alten Plan, durch zahlreiche Amendements die Regierung und das Haus zu chikaniren, obschon sie das ungünstige Schicksal ihrer Amendements recht gut vorauswissen konnten. Hr. Anstey beantragte eine ganze Reihe Amendements, deren Gegenstand die genauere Festsetzung der Fälle war, in welchen es der Regierung erlaubt wäre, Verhaftungen ohne Bürgschaften vorzunehmen; da jedoch das erste Amendement mit 79 gegen 12 Stimmen verworfen wurde, so zog er die übrigen freiwillig zurück. Ein anderes Amendement John O'Connell's fiel mit 105 gegen 11 Stimmen. Zugleich bemühte sich O'Connell vergebens, dem Minister des Innern eine Erklärung darüber abzulocken, ob es seine Absicht sei oder nicht sei, einer Agitation für den Widerruf der Unionsakte vorzubeugen. Es ist schon erwähnt worden, daß Peel selbst die weitere Aufhebung der Habeas-Korpusakte in Irland befürwortet hat. Hieraus, wie aus der Haltung seiner Rede überhaupt läßt sich jedoch keineswegs schließen, daß Peel der Regierung unter jeder Bedingung seine Unterstützung leihen werde oder gar dazu geneigt sei, unter Umständen an der Whigverwaltung Theil zu nehmen; seine Befürwortung galt jedenfalls nur der Maßregel, nicht dem Kabinet.

Weiter kam der Russell'sche Antrag auf Verwilligung von 50,000 Pf. für die nothleidenden Westbezirke in Irland zur Komiteberathung. Grattan und Stafford verzögerten die Abstimmung wieder durch Amendements, bei welchem Anlaß Hr. Grattan versicherte, daß durch diejenigen Grundeigenthümer, welche ihre Gelder im Auslande zu verzehren pflegten, Irland im Laufe

von 50 Jahren um 150 Mill. Pf. (!?) ärmer geworden sei. Hr. Stafford führte unter Anderm an, daß es 21 Kreise in Irland gebe, die unter ihrer Bevölkerung zusammengenommen 441,000 erwachsene Personen und 100,000 Kinder zählten, welche Unterstützung erhielten und zur Fristung ihrer Existenz bis zum Febr. 1850 mindestens eine halbe Million Pf. erfordern würden. Die englischen Radikalreformer wie Muntz und Hume, von denen der erstere doch gegen die weitere Suspension der Habeaskorpusakte stimmte, wollen von weiteren Zuschüssen für Irland nichts mehr wissen; es sei dies eine Ungerechtigkeit gegen die Armen im eignen Lande und gewöhne die Bevölkerung Irlands daran, die Hände in den Schooß zu legen und sich ganz auf die Hilfe Englands zu verlassen. Oberst Sibthorp sagte: er werde für die Bewilligung dieses Zuschusses nicht stimmen; der edle Lord (J. Russell) wolle damit nur diejenigen Parlamentsmitglieder bestechen oder beschwichtigen, ohne deren Beistand er auf der Schatzbank nicht sitzen würde; er stimme gegen die Bewilligung in Rücksicht der herabgekommenen Lage der Agrikulturisten wie der Bevölkerung Englands überhaupt, und schließlich versicherte er noch einmal: er werde sich einem solchen „jesuitischen, schmutzigen und niedrigen Votum" stets widersetzen. Doch wurde der geforderte Zuschuß mit einer Majorität von 77 (220 gegen 143) Stimmen bewilligt.

Zu Anfang der Sitzung antwortete der Handelsminister, Hr. Labouchere, auf eine Anfrage des Hrn. Harries, daß er, da das Haus heut mit Geschäften überhäuft sei, die Frage wegen der Schifffahrtsgesetze bis zum nächsten Mittwoch verschieben wolle. Aus allen Aeußerungen der Minister scheint jedoch hervorzugehen, daß sie gegenwärtig nur noch einzelne, vielleicht nicht einmal erhebliche Modifikationen der Schifffahrtsgesetze im Sinne haben.

Am 10. Febr. wurde in den verschiedenen katholischen Gotteshäusern der Hauptstadt von allen Altären eine von Dr. Wiseman, römisch-katholischem Vikar des Londoner Bezirks, abgefaßte Adresse verlesen, worin die wärmste Theilnahme für und das Bedauern mit den Leiden des Papstes, wie die innigste Anhänglichkeit an seine Person ausgesprochen ist; zugleich wurde angekündigt, daß die Adresse bis zum Sonnabend für Alle, welche sie unterzeichnen wollen, offen liege. Auch werden in allen Theilen Englands außer Adressen auch Geldsammlungen für den Papst veranstaltet, die man bei nächster Gelegenheit nach Gaeta abgehen lassen wird.

An der Cholera erkrankten bis zum 10. Febr. in England und Schottland zusammen 11,547 Personen, starben 5131, genasen 3247, blieben in Behandlung 3169. Hiervon kommen allein auf Schottland 5131 Todes- und 2977 Erkrankungsfälle. Im Laufe des 11. und 12. Febr. wurden aus den verschiedenen Theilen Schottlands und Englands 168 Erkrankungs-, 75 Sterbe- und 105 Genesungsfälle in Folge der Cholera angemeldet. In den Vorstädten und der Nachbarschaft von London (wo übrigens bis zum 10. im Ganzen nur 993 an der Cholera erkrankt und 528 gestorben waren) gab sich am 11. und 12. eher eine Zunahme kund, während in Glasgow, wo die Cholera äußerst heftig gehaust hatte, am 11. nur noch 3 neue Cholerafälle vorkamen.

Die Konsols haben heute den hohen Stand von 93¾ erreicht.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Febr. Die Nationalversammlung setzt ihre Umgestaltung der Gerichte fort, ohne den Berathungen darüber viel Aufmerksamkeit zu schenken, so daß Dupin in großem Zorn rief: Was, Sie wollen die Magistratur organisiren und ein Mitglied des Ausschusses kann sich nicht Gehör verschaffen! Die Interpellation wegen Bugeaud's Rede erregte dagegen allgemeine Theilnahme. Coralli hatte die Interpellation mit vieler Geschicklichkeit gestellt, Odilon Barrot wußte ihm aber mit gleicher zu begegnen. Arago aber und Bedeau ließen sich beide von ihrer Heftigkeit für und gegen den Marschall hinreißen. Mit wenig diplomatischer Zurückhaltung behauptete der frühere Gesandte in Berlin, durch solche Reden müsse Frankreich allen Einfluß im Ausland und namentlich auf den neu eröffneten Brüsseler Konferenzen verlieren; und der Waffengefährte Bugeaud's gerieth in eine solche Schwärmerei für den afrikanischen Helden, daß er der Versammlung das Recht bestritt, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Der Streit endete sehr friedlich durch einfache Tagesordnung. Morgen wird die Berathung über den Antrag des Staatsanwalts, Proudhon zur Untersuchung ziehen zu dürfen, und die dritte Lesung des Lanjuinais'schen Vorschlages stattfinden. Zu diesem Vorschlag wird Senard ein neues Amendement einbringen, der die Berathung des Budgets nicht, wie jetzt beschlossen, vor der Auflösung zuläßt, sondern fordert, so daß die Wahlen erst nach der Berathung desselben ausgeschrieben werden. Dieses Amendement soll nicht wenig Wahrscheinlichkeit der Annahme haben, die Klubs des Palais National und des Beaux-Arts sollen sich ihm anschließen wollen.

Von dem Kongreß in Brüssel erfährt man, daß die Berathungen zunächst nur unter den vier Gesandten von England, Frankreich, Sardinien und Toskana stattfinden werden. Der österreichische ist absichtlich nach London gereist, um sich zunächst der Theilnahme zu enthalten. Der Zweck dieses Manövers ist, daß jene vier Mächte erst unter sich bestimmen sollen, wer denn überhaupt an den wirklichen Unterhandlungen Theil haben soll. Bekanntlich ist der Grundsatz angenommen worden, daß sämmtliche italienische Staaten auf dem Kongreß sich vertreten lassen sollen, natürlich die unabhängigen. Betreff Sardiniens und Toskanas liegt keine Schwierigkeit vor. (Inzwischen haben sich freilich auch die Verhältnisse in Toskana verwickelt.) Anders schon betreffs des Kirchenstaats. Damit eine Vertretung desselben stattfinden könne, müssen zuvor die Streitigkeiten zwischen dem Papst und den Römern ausgeglichen werden. Zu diesem Behuf hat Spanien einen Kongreß aller katholischen Mächte in Gaeta vorgeschlagen. Es ist freilich fraglich, ob derselbe zu Stande kommen wird. Jedenfalls ist der Papst zunächst an der Absendung eines Gesandten nach Brüssel verhindert. Ebenso der König von Neapel. Ihm haben dieselben Mächte, welche zwischen Sardinien und Oesterreich vermitteln wollen, die Vermittelung zwischen ihm und seinen Sicilianischen Unterthanen vorgeschlagen; so lange er die eine Vermittlung ablehnt, kann er der andern sich nicht anschließen. Die Hauptschwierigkeit liegt aber in den oberitalienischen Ländern. Nach dem Aufstand der Lombardei und nach den ersten Siegen Karl Albert's schlossen sich bekanntlich Mailand, Parma und Modena dem Sardinischen Staat an. Dennoch wollen auch diese Länder besonders in Brüssel vertreten sein. Karl Albert hat das glückliche Auskunftsmittel mit ihnen getroffen, daß ihre Gesandten seinem Abgeordneten beigegeben werden. Nun aber Venedig! Sein Gesandter kann sich nicht dem Sardinischen anschließen; denn die Republik hat sich nie Karl Albert unterwerfen wollen; es verlangt selbstständige Vertretung. Dann Mazzini und das junge, emigrirte Italien! Bekanntlich hat sich in Tessin an den Grenzen der Lombardei aus der Emigration eine s. g. Italienische Nationalversammlung gebildet. Auch sie betrachtet sich als Macht, und will an den Konferenzen Theil haben. Endlich Sicilien! Es ist thatsächlich unabhängig, und ein wohlgegründeter Staat. Seinen Gesandten aber zulassen, wäre von den Mächten, die mit dem König von Neapel vermitteln wollen, ein Widerspruch. Allen diesen Schwierigkeiten geht der Graf Colloredo weislich aus dem Wege. Bei ihrer Lösung müssen Manche vor den Kopf gestoßen werden. Er überläßt dieß Gehässige den andern Gesandten. Er unterdeß sucht Palmerston zu überzeugen, daß England stets an der Gültigkeit der Verträge von 1815 festgehalten hat, und daß Oesterreich, als es die Vermittelung annahm, auf keine durch diese Verträge erworbene Landschaft hat verzichten wollen.

Das Tagesgespräch in Paris bildet ein Zank, der zwischen Considerant und Proudhon in dem Vorsaal der Nationalversammlung wegen des Bankplanes des Letzteren, und der phalansteriellen Pläne des Ersteren zum Ergötzen der Umstehenden stattgefunden hat. Was sie sich in der „Democratie" und im „Peuple" bis dahin schriftlich gesagt hatten, sagten sie sich nun mündlich. Dummheit und Eigennutz waren die geringsten Vorwürfe. — Die 5 Millionen, die Proudhon zur Verwirklichung seines Bankplanes braucht, sind übrigens noch nicht eingezahlt.

Der heutige Moniteur enthält die Absetzung des Präfekten der Ardennen, Hrn. Mathey, welcher sich an den Tagen des 28. und 29. Januar von Mezières, der Hauptstadt seines Departements, entfernt hatte, um sich nach Paris zu begeben, ohne von dem Minister des Innern die nöthige Erlaubniß eingeholt oder sich in Paris bei demselben gemeldet zu haben. Hr. Mathey wird durch Hrn. Foy, einen Präfekten der früheren Regierung, ersetzt. In seinem Bericht an den Präsidenten der Republik führt der Minister des Innern an, daß Hr. Mathey, der ausdrücklich den Präfekten ertheilten Weisung zum Trotz, sich niemals ohne Urlaub aus ihren Departements zu entfernen, Mezières gerade an dem Tage verlassen habe, wo der Ausbruch des demokratisch-sozialisti-

schen Komplotts zu befürchten war, und spricht seine Absicht aus, die locker gewordenen Bande der administrativen Hierarchie wieder fester anzuziehen.

Es ist viel die Rede von einem Wahlausschuß, den Napoleon Bonaparte, Sohn Jerome's, im Sinne der gemäßigten Republik und im Gegensatz zu dem monarchischen Wahlausschuß der Rue Poitiers zu gründen beabsichtigt. Das Ministerium hat Napoleon Bonaparte durch das Anerbieten der Gesandtschaften in London, Haag, Konstantinopel und zuletzt in Madrid aus Frankreich zu entfernen gesucht, allein vergeblich, „weil er gegenwärtig Frankreich nicht verlassen könne und die Wahlbewegung alle seine Kräfte in Anspruch nehme.“ Unter den 66 Mitgliedern des Wahlausschusses der Rue Poitiers befinden sich Bugeaud, Changarnier, Thiers und Odilon Barrot. Ein demokratischer Wahlausschuß bildet sich unter Buchez, Marrast und Cavaignac.

Die Börse bot heute einen bemerkenswerthen Auftritt dar. Um 1½ Uhr kam der Präsident Bonaparte in einer Kalesche, von Fould begleitet, angefahren. Alle Welt eilte unter die Säulengänge und rief: Es lebe Napoleon! Es lebe die Republik! Bonaparte begab sich in den Syndikatssaal der Wechselagenten, wo ihn Billault, Syndikus der Wechselagentenkammer, begrüßte. Seine Anrede spielte namentlich auf die hohen Kourse des Tages an, welches die höchsten Notirungen seit dem Februar seien. Bonaparte erwiederte, daß er sie nicht herunterzudrücken streben würde. Er begab sich von da in den Kreis der Spekulanten und bestieg dann die Gallerien, von wo er dem Schauspiel einer lebhaften Börse lange Zeit zusah.

Oesterreichische Monarchie.

Fiume, 28. Jan. Nachdem die österreichische Regierung die provisorische Regierung in Sicilien nicht anerkannt hat und mit derselben keinen staatlichen Verkehr unterhält, nachdem es ferner für den König von Neapel und seine Geschäftsträger nur verletzend sein kann, wenn die Flagge der revolutionären Regierung von Sicilien in unseren Häfen auf den Schiffen prangt, so ist den hierländigen Häfen- und Sanitätsämtern aufgetragen worden, die mit Urkunden und Flagge der faktischen Regierung in Palermo fahrenden Schiffe nur unter der Bedingung zuzulassen, daß sie die Flagge einziehen und während der ganzen Zeit des Aufenthaltes in unseren Häfen dieselbe nicht aufziehen dürfen. (Graz. Z.)

Italien.

* **Florenz**. Wir haben heute nähere Nachrichten über die Vorgänge vom 8. Febr., die alle Thatsachen, wie wir sie gestern gegeben haben, vollkommen bestätigen. Am Morgen verbreitete sich das Gerücht von der Flucht des Großherzogs. Die Bürgerwehr sammelte sich, das Volk füllte bald alle Plätze. Die Kammer trat zusammen und Montanelli las das an ihn ergangene Schreiben des Großherzogs vor. Kaum war er zu Ende, so erschienen Abgeordnete des Volksklubs, um die Einsetzung einer provisorischen Regierung zu fordern. Viele Deputirte verließen ihre Plätze. Guerazzi bat sie zu bleiben, nicht im Augenblick der Gefahr davonzugehen. Er erklärte dann im Namen des Ministeriums, daß er seine Gewalt niederlege, und setzte sich mit seinen Kollegen auf die Bänke der Abgeordneten. Socci schlug nun die Bildung einer provisorischen Regierung vor, Trinci nannte Montanelli, Guerazzi und Monzoni, die Versammlung nahm sie an und gab ihnen die Befugniß, sich nach Bedürfniß Andere zuzugesellen. „Leopold von Oesterreich,“ sprach Montanelli, „hat uns verlassen, Gott wird uns nicht verlassen.“ Das Volk empfing die Mitglieder der provisorischen Regierung mit dem Rufe: Viva l'Italia! Die Municipalität hat einen Aufruf erlassen, worin sie zur Ordnung und Ruhe, die übrigens bei allen Freudenbezeigungen keinen Augenblick gestört war, ermahnt. Der Volksklub spricht in einem Anschlag seine Anhänglichkeit an die provisorische Regierung aus, verlangt aber, daß die definitive Gestaltung Toscana's der italienischen Konstituante überlassen werde, und daß bis dahin die provisorische Regierung von Toscana mit der von Rom sich so verbinde, daß Rom und Toscana nur Einen Staat ausmachen. Die provisorische Regierung hat folgendes Ministerium ernannt: Advokat Mordini, Minister des Aeußern, Professor Marmocchi des Innern, Dr. Romanelli der Justiz und geistlichen Angelegenheiten, Dr. Franschini, des öffentlichen Unterrichts, d'Ayalo, des Krieges, und Adami, der Finanzen und öffentlichen Arbeiten.

Im Betreff des Herzogs von Modena können wir nur folgenden Bericht geben. Im toscanischen Moniteur vom 7. veröffentlicht der Kriegsminister nachstehende Depesche: 11 Uhr Morgens. Ich erhalte so eben (von dem kommandirenden Offiziere) folgende Nachrichten von der Grenze: „Bosco-Longo. Am Abend hörte ich mehrere Musketen- und Artilleriedechargen von der Seite von Modena her; ich schickte Rekognoszirungen nach allen Seiten und erfahre, daß Modena im Aufstand ist, und der Herzog gegen 10 Uhr geflohen ist. Von Entigliano. Der Herzog von Modena hat sich nach einem ernsthaften Scharmützel gerettet.“

Schweiz.

+ **Zürich**, 13. Febr. Die Mißhelligkeiten mit Italien sind für uns so in den Vordergrund getreten, daß unsere Presse sich mit nichts Anderem — mit Ausnahme der Schutzzollfrage und Kaliforniens — mehr beschäftigt; die Schweizer sind in der That an mehreren Punkten Italiens, namentlich in Toskana, Rom, Genua und Venedig ernsthaft bedroht, und wollen wir auch das südliche Blut, das große Worte rascher erzeugt als große Thaten, dabei in Anschlag bringen, so bleibt immer noch Grund genug zur Besorgniß für die Angehörigen da drinnen, deren bei uns fast jedes Dorf Mehrere zählt. Wo liegt nun das Recht und das Unrecht in diesem widerwärtigen Handel? Bei der Presse können wir uns nicht wohl Raths erholen; in den Blättern von jenseits der Berge finden wir nichts als wüthende Ex- und Deklamationen, die schier wie Gift und Dolch aussehen; wir müssen hier eine offenbare subjektive Unmöglichkeit, die Verhältnisse in ihrem wahren Lichte zu betrachten, anerkennen. Nicht viel besser ergeht es uns aber mit der eigenen Presse: anstatt die Dinge nach ihrem wahren Gewichte zu beurtheilen, verwundert sie sich auf das Allernaivste über den so plötzlich auflodernden italienischen Zorn; anstatt die billigen und begreiflichen Gründe dieser Erbitterung zu würdigen, und etwa zu deren Beseitigung beizutragen, hält sie sich lediglich an den italienischen Exzentrizitäten, an den Folgen, welche jene Erbitterung hervorgerufen, an den maßlosen, erbärmlichen Drohungen, mit welchen ein Theil der italienischen Volksvereine die vertheidigungslosen, in den italienischen Städten niedergelassenen Schweizer überschüttet, zum Danke dafür, daß Tausende von italienischen Flüchtlingen bei uns Gastfreundschaft genossen, daß Hunderte derselben das Asylrecht noch im gegenwärtigen Augenblick in Anspruch nehmen, daß die Verletzung des Asylrechts von Seite jener Flüchtlinge der Schweiz die größten und schwersten Opfer auferlegte. Die Kapitulationen mit Rom und Neapel sind von einer früheren Regierung abgeschlossen, und die gegenwärtige Bundesregierung kann dieselben vor ihrem gesetzlichen Ablauf einseitig nicht brechen, ohne eine fast unerschwingliche Last in finanzieller Beziehung sich aufzuhalsen. „In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf!“ besonders da, wo dieselbe trotz aller Mimili's nie sonderlich zu Hause wär. Glauben also die Herren Italiener, daß ihnen unsere sechs Regimenter zur Erlangung der Freiheit und Unabhängigkeit ihres Landes als unverrückbare Steine des Anstoßes im Wege stehen: ei nun, so mögen sie ihre Vorschläge machen, wie sie etwa den Nachtheil, welcher den Truppen aus der einseitigen Kündigung der Kapitulation unfehlbar erwachsen würde, zu ersetzen gedächten. Italien ist ja so reich, und wo es sich um das Wohl des Vaterlandes handelt, da sollte dasselbe durch kein Opfer zu theuer erkauft sein. Allein das ist ein sehr prosaisches Geschäft; viel poetischer und sonorer klingt es, wenn der „Pensiero ital.“ ausruft: „Das verwerfliche Treiben eines Volkes, das sich frei nennt, berechtigt uns zu den äußersten Maßregeln gegen alle sich in Italien aufhaltenden Bürger jenes Landes.“ Nachdem man also die von Radetzky über die Tessiner verhängte Ausweisung aus der Lombardei als einen Akt der unerhörtesten Barbarei geschildert, schickt man sich an, dieses böse Beispiel sofort auf die übrigen Landsleute der Tessiner, welche Letztere man natürlich immer ausnimmt, anzuwenden. Die Sachen sind bekanntlich so weit gediehen, daß der Bundesrath die Angehörigen der Schweiz dem besonderen Schutze des toskanischen Ministeriums empfehlen mußte, daß die in Florenz lebenden Schweizer, wo jener Schutz nicht auszureichen schien, sich unter den des französischen Gesandten zu stellen genöthigt waren. Dabei schüren unsre eigenen Landsleute, aus Rache für die gegen sie ergriffenen Maßregeln, nach Kräften das Feuer; in Bellenz treibt man, nachdem die eidgenössischen Truppen abmarschirt sind, die Unverschämtheit wieder so weit, daß man deutschen Schweizern das Deutschreden verbieten

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 17. Februar. Amtliches. Erklärung des Herzog v. Nassau für ein erbliches Oberhaupt. Herr Bunsen. Die Friedensunterhandlungen in London. Die Linke und die Koalition. Der Bürgerverein über die österreichische Note.) Wien (Die Universität. Mißstimmung gegen den Reichstag.) Berlin (Wahlen für die erste Kammer. Neue Oberkirchenbehörde. Das neue Stück: „Eigenthum ist Diebstahl". Die Einkommensteuer.) München (Die Ministerkrisis. Maskenfest.) Dresden (Die zweite Kammer einstimmig für Publikation der Grundrechte.) Hannover (Die Grundrechte.) Detmold (Mobilmachung des Kontingents.) Friedland (Erklärung des Reformvereins.)

Frankreich. Paris (Das Auflösungsgesetz in der dritten Lesung angenommen.)

Italien. (Der Herzog von Modena nicht geflohen. In Rom die Republik ausgerufen.)

Schweiz. Thurgau (Händel mit Würtembergern an der Grenze.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 17. Februar.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 17. Februar.

Tagesordnung der 172. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause."

Präsident Herr Ed. Simson eröffnet die Sitzung 9¾ Uhr Vormittags. Der Uebergang zur Tagesordnung erfolgt sofort, indem zunächst nach dem Antrage des Herrn Rösler von Oels genehmigt wird, daß nach der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Reichswahlgesetzes am Schlusse auch noch eine Abstimmung über Annahme oder Verwerfung des Gesetzes im Ganzen Statt finden soll.

Herr Wernher v. Nierstein: Bevor in Deutschland das Gemeinderecht, Heimathsrecht und die Steuerverhältnisse fest und gleichmäßig geordnet sind, halte ich es für bedenklich, das vorliegende Wahlgesetz für längere Zeit hin zu erlassen, als bis zum nächsten Volkshause. Sonst trifft das Wahlgesetz auf eben so viele Schwierigkeiten, als es Verschiedenheiten im Vaterlande gibt. Wenn ein scheiterndes Schiff an den Strand geworfen wird, so ergibt sich ein allgemeines Stimmrecht der Mannschaft von selbst. Aehnlich bei neuen Staaten, oder bei alten zwar, aber plötzlich tief erschütterten Staatsverhältnissen. In andern Fällen ist das allgemeine Wahlrecht immer nur die geschichtliche Einleitung der Tyrannei gewesen. Die Deutschen werden ein gelehrtes Volk genannt. Zeigen wir daher, daß wir etwas aus der Geschichte gelernt haben. Ich kenne und ehre das Volk, ich habe den größten Theil meines Lebens mit Mitgliedern der niedersten Schichten desselben in arbeitsvoller Thätigkeit zugebracht. Ich behaupte aber aus meiner Erfahrung, daß zur Beurtheilung der Bedürfnisse eines großen Staatswesens die niedersten Volksklassen nicht geeignet sind. Ich liebe mein Volk und ich achte es zu sehr, um es durch das allgemeine Wahlrecht der Bestechung preiszugeben — der Bestechung der Aristokratie, wie der Demokratie. Die letztere wird es nicht bestechen mit Geld, aber mit trügerischen Versprechungen, der gefährlichsten Korruption, denn sie untergräbt Vertrauen, Glauben und Treue. Handeln wir wie ein Arzt, der einen Fieberkranken mit besänftigenden Mitteln behandelt und ihm Spirituosen versagt, auch wenn der Kranke darnach verlangt. Herr Wernher von Nierstein fordert demnach, daß das Wahlgesetz nur für die nächste Wahl erlassen werde.

Herr M. Mohl erklärt sich dagegen; denn dann würde das Wahlgesetz dem Einfluß des Staatenhauses anheimfallen und die konstituirende Macht der Nationalversammlung illusorisch. Herr Scheller aus Frankfurt a. d. O. hält es für angemessen, erst die Vollendung des Wahlgesetzes zu erwarten, um nach dem Ausfalle seines Inhalts Entschluß über die Dauer seiner Gültigkeit zu fassen. Herr Eisenmann erklärt sich gegen Wernher's Vorschlag, weil das Wahlgesetz ein Theil der Verfassung sei, welche die Versammlung endgiltig zu bestimmen habe. Da Herrn Wernher's Antrag formell nur auf einen Zusatz zu den Eingangsworten des Gesetzentwurfs gerichtet ist: „Für die Wahlen der Abgeordneten zum („nächsten") Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten 2c.," so bleibt die Abstimmung darüber von selbst aufgeschoben.

Für die Debatte über die einzelnen Paragraphen ist eine eben so lange Reihe von Rednern angemeldet, als die zu ihnen gestellten Verbesserungsanträge von umfänglicher Menge sind, wozu noch immer neue Verbesserungsanträge angezeigt werden. Ob sowohl sie als die Abstimmung sich nur auf §. 1 oder zugleich auf mehrere der Eingangsparagraphen zu erstrecken habe — die Entscheidung darüber ruft eine Berathung und mehrere zeitraubende Abstimmungen hervor. Die letzte (durch Zettel) entscheidet sich endlich dahin, daß §. 1 und 2 in der Besprechung und Abstimmung zusammengefaßt werden. Das Wort erhält darauf

Herr Jahn aus Freiburg. Mein Schild bei diesem Turnier und Gottesgericht führt drei Farben: Schwarz, Roth, Gold, mit der Inschrift Freiheit, Gleichheit, Einheit. Aber meine Freiheit ist keine Zügellosigkeit, die Gleichheit keine Einerleiheit und unter Vaterland verstehe ich etwas mehr, als den Acker, wo die Kartoffeln zu meiner Mahlzeit wachsen. (Heiterkeit.) Ich begreife das ganze deutsche Land und Volk darunter und den Bettler wie den Fürsten. Eins kann nur sein: mittelbare oder unmittelbare Wahl. Mit der mittelbaren Wahl ist's wie bei dem Kuppler und Freiwerber, aber doch lieber mittelbare Wahlen, als solche, wo der Wähler nach Geld abgeschätzt wird! Es muß so weit in der Welt kommen, daß sich Niemand scheut, arm und mittellos zu sein. Wer hat die deutsche Sprache erhalten seit Hermann? Haben es die Geistlichen, die Fürsten, die Gelehrten gethan? Das Volk hat sie erhalten und die Dichtkunst dazu. Oder haben alle Schöppenstühle und hohen Gerichte etwas in Deutschland gethan zur Erhaltung des deutschen Rechts? Aus Rom haben sie das Gesetz geholt und die Polizei haben sie uns gebracht aus Frankreich in unser Deutschland, wo alle Polizeianstalten aus dem Bettelvogte bestanden. Das Volk allein hat die deutsche Sprache bewahrt und seine alten Mährchen und Sagen dazu und das deutsche Recht. Daher soll das Volk auch seinen Theil haben an der Gesetzgebung.

Was ferner heißt ein selbstständiger Mann? Die Beantwortung dieser Frage führt Hr. Jahn mit der lustigsten Laune aus. Auch den tapfersten Mann findet er endlich abhängig — von seiner Frau. Dennoch erkennt er gerade in dem eigenen Haushalte das entscheidende Zeichen von Selbstständigkeit. Wer dazu unbescholten, wer seiner Wehrpflicht nachgekommen ist, der muß das Wahlrecht haben. Auch der ärmste Deutsche muß mit Stolz im Auslande sagen können, ich bin ein Urwähler und mein Mann sitzt im Volkshause. Das wird ihm ein Gefühl geben und unseren drei Farben Ehre und Glanz. Machen Sie keine Kasten und Stände, lassen Sie jenes Berliner Witzwort nicht zur Wahrheit werden, nun haben wir drei Stände: „den Belagerungsstand, den passiven Widerstand und den Unverstand."

Das Haus stattet dem Redner seinen lebhaften Dank ab für die muntere Unterhaltung, die er ihm gewährt hat. Herr v. Raumer aus Berlin schlägt dagegen wieder den ernsten Ton an, indem er das Auge der Versammlung bis auf die Gesetzgebung des Solon und Numa Pompilius zurück lenkt, dann auf die Verfassungen der neueren Welt, vorzüglich auf die von Nordamerika. Er läßt den größten Republikaner und Demokraten der Welt, den Präsidenten Jefferson, sprechen, indem er eine Aeußerung dieses Staatsmanns wörtlich anführt, worin „das Gesindel der europäischen Welt" für unfähig erklärt wird zur Gesetzgebung. Herr v. Raumer spricht sich für direkte Wahlen und wider die Abstufungen eines Census aus. In Amerika, erwähnt er, sei die Steuerzahlung eine Ehrensache. Ein Nordamerikaner würde sich schämen, ein Wahlrecht auszuüben in einem Staate, zu dem er keine Steuern beitrüge. Der Redner schließt mit der Mahnung, daß die Minorität den Willen der Majorität achte, die Majorität aber auch die Rechte der Minorität nicht unterdrücke.

Hr. Hildebrand aus Marburg vertheidigt das allgemeine Stimmrecht. Aus statistischen Nachweisen gehe hervor, daß viele kleine Meister, was den Ertrag ihrer Thätigkeit anlange, weit schlechter gestellt seien, als Fabrikarbeiter und Handwerksgehülfen. An der Sklaverei sei die alte Welt zu Grunde gegangen, die Kraft der neueren Völker beruhe auf der Aufhebung der Leibeigenschaft und nicht daß die niederen Schichten der Bevölkerung herrschen, nur daß sie theilnehmen sollten an der Herrschaft, darauf komme es an. — Herr Mölling aus Oldenburg tritt in der Reihe der Redner auf, die für den Entwurf eingezeichnet sind. Das heißt er anerkennt, daß nur volljährige Personen das Wahlrecht haben sollen, aber alle übrigen Bestimmungen des Verfassungsausschusses verwirft er. Das nennt die Parteitaktik für den Entwurf sprechen. Unter Herrn Möllings Vortrage wird es sehr unruhig in der Versammlung.

Herr Jakob Venedey: Die Ausschließung eines großen Theils von Staatsbürgern ist von einem gestrigen Redner eine konservative Maßregel genannt worden. Ich halte sie vielmehr für eine revolutionäre. Sie veranlassen dadurch eine wiederholte Zählung der berechtigten und unberechtigten Bürger. Aller drei Jahre würden sich dann die Ausgeschlossenen sagen: wir sind so und so viel Millionen, und die Folgerung liegt auf der Hand. Die Geschichte und Erfahrung anderer Völker erlaubt nicht die Anwendung, die hier auf unsere deutschen Verhältnisse gemacht worden ist. Auch das Wort „europäisches Gesindel," mag es gebraucht haben wer es will, ich weise es zurück, wenn es auch auf Deutschland bezogen sein sollte. Dagegen citirt Herr Venedey eine Stelle, in welcher Herder die Hindernisse deutscher Einigung aufzählt, darunter auch die Standesunterschiede und Bildungsvorurtheile, deren Verschwinden er voraussagt.

Herr Matthies aus Greifswalde stimmt im Allgemeinen mit den Ansichten des Verfassungsausschusses überein, daß nur ein beschränktes Wahlrecht gewährt werde. Doch würde er anstatt des schwankenden Begriffs der Selbstständigkeit lieber einen Census zur Grundlage nehmen. Der Staat bedürfe einer Garantie für die Selbstständigkeit und Bildung des Wählers. In Ermangelung anderer Merkmale müßten Besitz und Besteuerung entscheiden. Die öffentliche Meinung, die man uns als dem allgemeinen Stimmrechte günstig darstellt, wird nur zu häufig angeführt gegen das bessere intellektuelle und sittliche Bewußtsein des Volks. Die Berufung auf die öffentliche Meinung täusche uns nicht. Nicht darin, daß Alle stimmen, sondern darin, daß den wirklichen Bedürfnissen Rechnung getragen werde, erkenne ich unsere Aufgabe.

Nachdem Hr. Matthies seinen von dem unmittelbaren Widerspruche der Linken häufig gestörten Vortrag zu Ende gebracht, vertagt das Haus die Fortsetzung der heutigen Berathung auf Montag, den 19. Febr.

Frankfurt, 17. Febr. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes:

„Nachstehende zum Schutze der verfassunggebenden Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt getroffene Uebereinkunft wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Frankfurt, 17. Febr. 1849.

Der interimistische Reichsminister des Innern
H. Gagern.

Die nachbenannten Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt Deutschlands:

1) für das Kurfürstenthum Hessen, geheimer Legationsrath Jordan;

2) für das Großherzogthum Hessen, Ministerialrath Eigenbrodt;

3) für das Herzogthum Nassau, der stellvertretende Bevollmächtigte, Regierungsrath Schepp;

4) für das Landgrafenthum Hessen-Homburg, wirkl. Geheimerath von Holzhausen;

5) für die freie Stadt Frankfurt, Schöff Dr. Souchay sind, in Folge geschehener Aufforderung seitens des Reichsministeriums des Innern und der hierüber erhaltenen Instruktionen Ihrer resp. Regierungen heute zusammengetreten und haben die Erklärung gegenseitig ausgetauscht, daß den uniformirten Sicherheitsbeamten des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen, des Herzogthums Nassau, der Landgrafschaft Hessen-Homburg und der freien Stadt Frankfurt in jedem der fünf genannten Nachbarlande die Befugniß eingeräumt werde, in dringenden Fällen und wenn sonst die Flucht einer zu verhaftenden Person zu besorgen stände, die Verhaftung derselben in der nämlichen Weise vorzunehmen, als ob solches in dem eigenen Lande, welchem die betreffenden Beamten angehören, geschehe und zwar, ohne Requisition der Angestellten des Ortes der Verhaftung.

Jedoch müssen in solchen Fällen die Verhafteten der zuständigen Polizei- oder Gerichtsbehörde des Orts der Verhaftung alsbald abgeliefert werden.

Die Verhaftenden haben zum Zweck des Transports der Verhafteten dahin die Unterstützung der nächsten Polizeistelle in Anspruch zu nehmen, die Verhafteten jedoch bis zum Orte der Ablieferung zu begleiten und dort der zuständigen Behörde die nöthigen Aufklärungen zu geben.

So geschehen Frankfurt den 28. Nov. 1848.

(gez.) Jordan. Eigenbrodt. Schepp. Holzhausen. Souchay.

Frankfurt, 17. Febr. Dem Reichsministerium ist folgendes Schreiben zugegangen:

Der unterzeichnete herzoglich nassauische Bevollmächtigte ist beauftragt, Ihnen, Herr Ministerpräsident, Namens seiner Regierung die nachstehende Erklärung abzugeben: Seine Hoheit der Herzog, von dem innigsten Wunsche beseelt, die Einheit Deutschlands in Wahrheit verwirklicht zu sehen, erblicken in der Bildung einer starken Centralgewalt das einzige Mittel, diesen Zweck zu erreichen und zu sichern. Höchstdieselben werden Ihre Regierung einem an die Spitze der Reichsregierung zu stellenden Reichsoberhaupte eben so bereitwillig unterordnen, als die oberste Reichsgewalt mit allen denjenigen Attributen, welche zu einer starken Vertretung nach Außen, zu einem gesicherten Rechtszustande im Innern, zur Förderung und Belebung des inneren Verkehrs und zur Hebung des dadurch bedingten Nationalwohlstandes erforderlich sind und zweckmäßig befunden werden, gerne bekleidet sehen. Se. Hoh. der Herzog haben zugleich die Ueberzeugung, daß in der Erblichkeit der Würde des Reichsoberhauptes die sicherste Garantie für die einheitliche Entwicklung der Verfassung, des inneren Rechtszustandes und der Regierung Deutschlands zu finden ist. Frankfurt, den 15. Februar 1849. Der herzoglich nassauische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt. gez. Hergenhahn. An den Herrn Präsidenten des Reichsministerrathes, H. v. Gagern.

(O. P. Z.)

*****Frankfurt**, 17. Febr. Sicheren Mittheilungen zufolge wollte Hr. Bunsen vorgestern Abend Berlin verlassen, und am 18. d. in London eintreffen. Die Friedensunterhandlungen sollten sofort beginnen, nachdem die dänischerseits zur Unterhandlung Bevollmächtigten bereits seit Monden dort des Beginnes derselben harrten. An einem glücklichen Resultate der Unterhandlungen zweifelt man um so weniger, da sie auf der Untrennbarkeit der Herzogthümer und der Aufrechthaltung der Selbstständigkeit Schleswigs basirt sind. Wenn aber noch jüngst behauptet worden, Dänemark werde den Waffenstillstand unter keiner Bedingung verlängern, so darf man mit aller Bestimmtheit behaupten, daß an dieser Angabe nichts Wahres ist, und daß der Waffenstillstand verlängert wird, wenn bis zum 26. März d. J. der Friedensabschluß nicht zu Stande gekommen sein sollte.

*** **Frankfurt**, 17. Febr. Die Fraktionen der Linken hatten bis gestern das ihnen von den Oesterreichern angebotene Koalitionsprojekt noch nicht in nähere Prüfung gezogen, doch wurde in der Paulskirche gestern eine Aufforderung zur gemeinsamen Besprechung der Fraktionen der Linken erlassen. Es scheint, daß die Linke doch einige Bedenken trägt, trotz des in Aussicht gestellten Tauschhandels, der Koalition beizutreten.

+ **Frankfurt**, 17. Febr. In einer gestrigen Versammlung des Bürgervereins, die mehr als gewöhnlich besucht war, wurde in Bezug auf die österreichische Note vom 4. Februar von den Anwesenden folgende Erklärung einstimmig angenommen: 1) Wir halten auch jetzt noch unverbrüchlich fest daran, daß die in Frankfurt tagende deutsche Reichsversammlung allein berufen und berechtigt ist, die künftige Staatsverfassung Deutschlands festzustellen. 2) Wir wünschen und erwarten, daß die hohe Reichsversammlung die Grundzüge der künftigen deutschen Staatsverfassung, wie sie bei der ersten Lesung von derselben angenommen worden sind, auch bei der zweiten Lesung festhalte, indem wir der Ueberzeugung sind, daß nur ein starker Bundesstaat mit einheitlichem Oberhaupte sowohl die Freiheiten, die uns bereits in den Grundrechten gewährt sind, dauernd zu sichern, als auch das Ansehen und die Macht nach außen zu verleihen vermag, auf die Deutschland einen gerechten Anspruch hat, die ihm in dem bisherigen Staatenbund schmählich vorenthalten war und die es zu erlangen fest entschlossen ist. 3) Wir erklären uns daher auf das Entschiedenste gegen die österreichische Note vom 4. Februar, die die Revolution des Jahres 1848 mit ihren Folgen vollkommen ignorirend, der hier tagenden Reichsversammlung nur das Recht zugesteht, einen Entwurf der deutschen Reichsverfassung zu machen, während sie für die Regierungen das Recht der Vereinbarung darüber im ausgedehntesten Maße in Anspruch nimmt; die gegen die Herstellung eines kräftigen Bundesstaates, den das ganze deutsche Volk mit voller Uebereinstimmung als nothwendig erkannt hat, protestirt und uns dagegen in den alten schmachvollen Staatenbund zurückführen möchte, die sich ferner nicht entblödet, selbst die verwerflichsten Mittel anzuwenden um die Dynastien und Völker der Einzelstaaten gegen das von der Reichsversammlung

zu vollendende Verfassungswerk aufzuwiegeln, und hiermit Hader und Zwiespalt durch das ganze Vaterland zu verbreiten; die sich endlich anmaßt, besser als das deutsche Volk selbst zu wissen, was ihm Noth thut und so nur allzusehr an die traurigen Zeiten unserer politischen Unmündigkeit erinnert, die, einmal vorüber, nie wiederkehren können. 4) Den deutschen Brüdern aber in Oesterreich erklären wir hiermit feierlichst, daß wenn ihre jetzige Regierung oder ihre gegenwärtigen Verhältnisse überhaupt ihnen den vollen Eintritt in den zu bildenden deutschen Bundesstaat nicht gestatten, wir die schleunige Herstellung desselben auch in ihrem Interesse um so eifriger wünschen müssen, weil wir wissen, das Deutschland nur unter dieser Bedingung ihnen die Stütze und Hülfe gewähren kann, deren sie vielleicht nur allzubald bedürfen und die im vollsten Maße zu gewähren, wir Deutschen alle jederzeit bereit sind.

Wien, 10. Febr. Die Universität wird nicht eröffnet, trotzdem, daß das Unterrichtsministerium dieser Tage in der Zeitung versicherte, der Eröffnung stände nichts im Wege. Von seiner Seite freilich nicht, mehr sagt diese Erklärung auch nicht, aber zwischen den Zeilen ist zu lesen: von Seite der Militärbehörde. Diese verlangt nämlich von jedem aufzunehmenden Studenten den Beweis, „daß er nicht der Legion angehört habe." Gäb es dergleichen! Mir ist nicht bekannt, ob die Professoren auch den Beweis liefern müssen? Im März und April waren wenigstens alle dabei, mit Ausnahme der preßhaften, und das Militärgebot verlangt ausdrücklich allgemeine Garantie, nicht etwa nur für die Oktobertage. Das Unterrichtsministerium war trotz aller Vorstellungen nicht im Stande, die Militärbehörde anderen Sinnes zu machen, und wir sehen abermals, daß der Belagerungszustand sich auch auf die Ministerien erstreckt! Gewiß ein interessantes Verhältniß!" Uebrigens kehrt sich hier die öffentliche Stimme plötzlich gegen den Reichstag, weil er, die nächste Veranlassung von Wiens Unglück, noch gar nichts gethan hat, dasselbe zu lindern. Weder hat einer der nie ruhenden Interpellanten zu Gunsten des gepeinigten Wiens interpellirt, noch irgend Jemand einen Antrag gestellt, für die armen Verführten sich zu verwenden, die dutzendweise verurtheilt werden, weil sie die Befehle des Reichstagsausschusses für infallibel hielten. (Allg. Z.)

Berlin, 15. Febr. Zu Abgeordneten für die erste Kammer sind gewählt worden:

Provinz Preußen. Regierungs-Bezirk Danzig.

Justizkommissarius Tamnau aus Königsberg, Oberpräsident von Auerswald, Oberburggraf von Brünneck.

Regierungs-Bezirk Königsberg.

Bürgermeister Sperling in Königsberg, Regierungsrath von Unruh in Magdeburg.

Regierungs-Bezirk Marienwerder.

Oberburggraf von Brünneck in Trebnitz (Marienwerder, Graudenz 2c.), Oberpräsident von Auerswald (Marienwerder, Graudenz 2c.)

Provinz Pommern. Regierungs-Bezirk Köslin.

Prinz von Preußen Königl. Hoheit (Polzin), Unter-Staatssekretär von Bülow (Polzin).

Provinz Schlesien. Regierungs-Bezirk Breslau.

Geheimer Justizrath Graf von Reichenbach zu Polnisch-Wirbitz, Kammerdirektor von Keltsch, Geheimer Obertribunalsrath Waldeck in Berlin (Glatz), Justizkommissarius Ferd. Fischer in Breslau.

Regierungs-Bezirk Liegnitz.

Justizrath Rode in Hirschberg, Graf von Hochberg auf Fürstenstein.

Provinz Posen. Regierungs-Bezirk Bromberg.

Rittergutsbesitzer Pantaleon Schumann in Kujawski, Schulrath, Kanonikus Buslau in Posen.

Provinz Sachsen. Regierungs-Bezirk Erfurt.

Land- und Stadtgerichtsdirektor Bergmann in Nordhausen, Justizrath Keuffel in Worbis.

Berlin, 15. Febr. Die heute ausgegebene Nr. 7. der Gesetz-Samml. enthält den allerhöchsten Erlaß v 26. Januar 1819, die künftige Verwaltung der evangelischen Kirchenangelegenheiten betreffend:

„Auf Ihre Berichte vom 7. Oktober vorigen und 14. Januar d. J. bin Ich damit einverstanden, daß in Folge der eingetretenen Veränderung der Staatsverfassung die oberste Verwaltung der inneren evangelischen Kirchensachen künftig einer von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten unabhängigen Behörde zu übertragen ist. Ich bestimme deßhalb, daß bis zu dem Zeitpunkte, wann die evangelische Kirche sich über eine selbstständige Verfassung vereinigt haben, mithin der Artikel 12 der Verfassungsurkunde v. 5. Dezember v. J. in Vollziehung zu setzen sein wird, die nach der Instruktion vom 23. Oktober 1817, der Ordre vom 31. Dezember 1825 und Meiner Verordnung vom 27. Juni 1845 §. 1 zu dem Ressort der Konsistorien gehörenden Angelegenheiten in der höheren Instanz von der evangelischen Abtheilung Ihres Ministeriums unter dem Vorsitze des Direktors derselben selbstständig und kollegialisch bearbeitet werden sollen. Zugleich ertheile Ich dieser Behörde den Auftrag, sich unverzüglich mit der Berathung der zur Vollziehung des Artikels 12 der Verfassungsurkunde erforderlichen Maßregeln zu beschäftigen und Mir darüber, und zwar wegen des gemischten Ressorts in Vereinigung mit Ihnen, Vortrag zu erstatten. In Betreff der den Regierungen zur Zeit noch zustehenden Befugnisse in Kirchensachen bewendet es dagegen vorläufig bei der gegenwärtigen Einrichtung, während in Fällen gemischten Ressorts Sie des Einverständnisses der evangelischen Abtheilung Ihres Ministeriums sich zu versichern haben. Berichte dieser Abtheilung des Ministeriums erwarte Ich, soweit sie deren Ressort ausschließlich betreffen, unmittelbar mit der näheren Maßgabe, daß dieselben Ihnen zur Kenntnißnahme und etwanigen Wahrnehmung Ihrer ressortmäßigen Rechte vor der Erstattung vorzulegen sind. In gleicher Art und zu gleichem Zwecke sind Ihnen alle allgemeinen Verfügungen der gedachten Abtheilung und meine Erlasse an dieselbe zur Kenntnißnahme vorzulegen.

Die gegenwärtige Ordre, zu deren Ausführung Sie die erforderliche Instruktion zu erlassen haben, ist durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Berlin, 26. Jan. 1819. Friedrich Wilhelm. von Ladenberg. An den Staatsminister von Ladenberg." (P. St.)

Lith. Korresp. **Berlin**, 15. Febr. Die Aufführung von „Eigenthum ist Diebstahl," (einer nicht übel gelungenen Berlinisirung des französischen Dramas la propriété c'est le vol) füllte gestern die Räume des Friedrichsstädtischen Theaters. Fast alle politischen Notabilitäten, die in den Bewegungen des vorigen Sommers und Herbstes hevorgetreten waren, sind in dieser Bearbeitung persiflirt. Hr. Held nimmt die Stelle ein, die der französische Dichter Hrn. Proudhon angewiesen hat. Da die Helden des Stückes fast alle sich unter den Zuschauern befanden, so war es diesen vergönnt, die Masken auf der Bühne mit den Originalen im Parterre zu vergleichen.

Man erwartet in Kurzem die Veröffentlichung des im Ministerium entworfenen, der Kammer vorzulegenden Gesetzes über Einführung einer Einkommensteuer. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, die Verpflichtung zur Entrichtung der Einkommensteuer bei einem jährlichen Einkommen von 300 Thlr. beginnen zu lassen. Der niedrigste Steuersatz soll 3 pCt. des Einkommens betragen, der höchste mit 5 pCt. erst bei 20,000 Thlr. jährlicher Revenüen eintreten.

≃ **München**, 15. Febr. Noch immer kein Ministerium, noch immer selbst kaum Vermuthungen, auf welche Weise diese Krise zu Ende geführt werden kann, dazu die zweite Kammer ihre Verhandlungen aussetzend bis zur Mitte künftiger Woche, theils wegen Mangel an diskussionsreifen Vorlagen, theils um das Ende der Ministerkrise abzuwarten — das sind die hiesigen Sachlagen. Im Uebrigen spricht man ernstlich davon, in Nymphenburg sei der Entschluß gefaßt, ein Ministerium aus der Linken zu bilden. Schüler, Kolb, Stockinger wären Namen dafür. Aber abgesehen davon, daß kein Mensch daran glaubt, es sei dies ein Zugeständniß ohne Rückhalt, sondern daß man allgemein meint, man wolle dieses Ministerium in den persönlichen Umgebungen des Königs nur, um der Linken durch ihre eigenen Leute eine herbe Lehre zu bereiten — abgesehen davon zweifelt man auch daran, daß die genannten Männer einen derartigen Antrag annehmen könnten, so lange es sich doch eben um die Aufgabe handelt, eine konstitutionell-monarchische Regierung zu bilden. Sie sind bisher in ihren politischen Darlegungen, wenn auch nicht wörtlich, so doch thatsächlich über diesen Standpunkt hinausgeschritten. In der neuen Stellung würden sie also den bisher kundgegebenen Prinzipien untreu werden, oder als Minister einer konstitutionellen Monarchie dieser gegenüber ein falsches Spiel spielen müssen. Diese Alternative läßt sich nicht wegleugnen, und doch sieht man sich allerdings vergeblich um in den Reihen der vorhandenen Staatsmänner nach denen, welche unter den jetzigen Verhältnissen ein Ministerium bilden könnten. Nicht etwa weil die Kräfte fehlen, sondern darum weil diese Kräfte nicht mehr frisch, frei, jungfräulich sind. Abgenützt, von der Parteileidenschaft unmöglich gemacht, durch einzelne, scheinbar unbedeutende Vorgänge außer Credit gesetzt — das sind die meisten der vorhandenen Männer, welche nicht der Kammerlinken angehören. So auch Lerchenfeld, dessen Name jedoch trotzdem immer von Neuem in den Ministerlisten der vermittelnden Parteien auftaucht. Aber leider erkennt man auch immer mehr, daß die Idee der Vermittlung in des Königs unmittelbarer Nähe nur äußerst geringe Vertretung findet. Was unmittelbar als Zeichen der Stimmung in Nymphenburg erscheint, erregt keinerlei Hoffnung auf Vertragung mit den speziell bairischen, wie mit den allgemeinen deutschen Fragen. Das Hereinziehen der Person des Königs in die Debatte der Grundrechtsfrage durch jenen Fackelzug, von dem ich Ihnen meldete, ist nicht ohne Folgen geblieben und vermehrt nur die gereizten Stimmungen auf allen Seiten. Eine Erklärung des Künstlerfreikorps, daß es an jenem Fackelzug in keiner Weise betheiligt gewesen sei, war in der

Uebersicht.

Zur österreichischen Note.
V.

* **Vom Rhein, 16. Febr.** Die Aufnahme der österreichischen Note in der Paulskirche war außerordentlich nüchtern. Wäre sie in einer imposanten Ruhe hingenommen worden, die es verriethe, daß man die ganze Bedeutung dieses Aktenstücks wohl ermesse, daß man sich aber nicht einen Augenblick in dem eingeschlagenen Gange wollte stören lassen, so könnte man sich etwas mehr zufrieden geben und etwas mehr erwarten, obgleich auch dies keineswegs zu irgend großen Erwartungen berechtigte. Um einer solchen Kriegserklärung gegenüber die ruhige Gravität eines römischen Senats mit Würde und Erfolg zu behaupten, muß man die Vergangenheit eines römischen Senates hinter sich haben, und die Stütze eines römischen Volks zur Seite, und überall klare Verhältnisse und einen geebneten Weg der Wirksamkeit um sich herum. In dem deutschen Volke aber sieht die unermeßliche Vielzahl nicht durch, was diese Note bedeutet; Stände und Minister verwechseln noch immer die Einheit und die Ganzheit Deutschlands und wollen noch nach dieser Note nicht einsehen, daß das Eine von Beiden zu opfern eine Nothwendigkeit geworden ist; welches Opfer das geringere, das räthlichere, das allen Theilen heilsamere ist, versteht die Masse auch dann nicht, wenn sie darüber von der Presse zu belehren gesucht wird; sie bedarf einer Autorität. Dieser Autorität hat sich die österreichische Regierung mit dieser Note bemächtigt; die königlichen Regierungen in Deutschland stimmen im Chor mit ein; Alle, die schadenfroh das ganze Verfassungswerk zu vernichten streben, fischen derweil im Trüben. Dem gegenüber gibt es keine andere Autorität in Deutschland, die die ganze Lage der Dinge offen, ehrlich, klar, über alles Mißverständniß hinausgerückt, der Nation darlegen könnte, als die Nationalversammlung. Ein Manifest an das Volk von Deutschland und Oesterreich ist für die Nationalversammlung eine Pflicht, die in unserer Ansicht ganz unabweislich ist. Eine Pflicht gegen das Volk, aus den eben angedeuteten Gründen. Aber auch eine Pflicht gegen Preußen. Preußen hat sich auf die Seite der Nationalversammlung gestellt, es ist nicht mehr als billig, daß sich die Nationalversammlung wieder auf die Seite von Preußen stelle. Die österreichische Note enthält eine Anklage gegen Preußen, weil es ehrlich an der Sache der Nationalversammlung gehalten hat, weil es in keine Intrigue eingegangen ist, weil es verschmäht, mit den königlichen Regierungen zu konspiriren gegen die Nation und die kleineren Fürsten, weil es dem Plane, vierzigtausend Mann gegen Frankfurt aufzustellen nicht beitrat. Dieser Hintergrund der österreichischen Note ist bestritten worden, er wird aus Berlin mit der größten Zuversicht behauptet; es ist klar aus der Note selbst, daß die österreichische Regierung bereits so weit auf Metternichs Wege zurückgekehrt ist, daß sie unter Vereinbarung eine Uebereinkunft blos unter den Regierungen, und wie sie es faktisch angegriffen hat, „zunächst,“ d. h. wesentlich nur unter den größeren Regierungen meint. Wenn dieß die Nat.-Vers. nicht als eine Kriegserklärung gegen sich versteht, und als eine solche behandelt, so versteht sie ihre eigene Ehre nicht. Wenn sie nicht eilt, den einzigen größeren Bundesgenossen, der sich gegen diese Machinationen für sie erklärt hat, festzuhalten, zu stützen und zu ermuthigen, so versteht sie ihren eignen Vortheil nicht. Und die Zukunft der Nation gibt sie leichtsinnig mit ihrem Schweigen, mit ihrer Zaghaftigkeit, mit ihrer Bequemlichkeit Preis. Es ist aus dem Verfahren Oesterreichs gegen Italien wie gegen Ungarn klar, es ist aus den unzweifelhaften Gerüchten über seine Anträge nach Berlin, es ist aus der Note selber klar, daß die österr. Regierung auf alle Fälle mit Gewalt Deutschland bedrohen, im Falle einer günstigen Lage es mit Gewalt angreifen wird; es ziemt vielleicht guten Pfahlbürgern am Kamine, aber umsichtigen Staatsmännern ziemt es nicht, diese Wahrscheinlichkeit, diese Gewißheit zu ignoriren, weil noch nicht Oesterreichs Heere auf deutschem Boden stehen. Oesterreich ist in einer grandiosen Weise leichtsinnig in seinem Glücke, vertrauend in diesem Leichtsinne auf sein Glück; es hat Rußland in jedem Attentat auf Deutschlands Stärke und Festigung hinter sich; nach der Politik, die in Oesterreich herkömmlich ist, und die eben Politik überhaupt ist, ist es nur natürlich, daß Oesterreich mit der keckſten Stirne versucht, der Politik, die in Deutschland und Preußen herkömmlich ist, und die eben keine Politik ist, mit Worten und Waffen zu imponiren und Gesetze vorzuschreiben. Es heißt von politischer Strategie keine Ahnung haben, wenn man von Oesterreich etwas Anderes erwartet, als die Schritte, die wir andeuten. Was will die Nationalversammlung gegenüber stellen, wenn diese Operationen morgen durch Herrn von Schmerling angezeigt werden? Wir haben in Deutschland drei Kräfte, auf die sie sollte zählen können. Die erste ist sie selbst; dieß ist aber blos eine moralische Kraft, die, wenn sie gar latent gehalten wird, nichts ist, die nur durch Reibung und Bewegung eine Wirkung entwickeln kann. Die zweite ist das Volk überhaupt. Aber das Volk ist ununterrichtet, getheilt, bearbeitet, irre geführt, auch gleichgültig; auch diese Kraft muß in Bewegung gesetzt und gestärkt werden. Die dritte ist Preußen. Aber Preußens herkömmliche Politik ist zaghaft, der König ein Mann des Friedens und ohne Ehrgeiz, ein großer Theil des Volks gegen die deutsche Politik Preußens. Alle drei Kräfte sind schwankend und nicht verläßig; stützen sie sich selbst mit dem besten Willen, so ist noch so Gefahr, daß sie ihren Stand nicht behaupten; verlassen sie sich aber, so ist es unausbleiblich, daß sie einzeln zu Grunde gehen. Der Theil unter den dreien, der handeln muß unter diesen Umständen, ist die Nationalversammlung. Sie kann sich selbst durch muthige Erhebung zu einer unendlichen Macht ausbilden, sie kann die Nation begeistern und zu neuen Anstrengungen, zu neuer Freude an sich selbst aufstacheln; sie kann, sie muß Preußen stützen, ermuthigen, antreiben, durch die aufgerufene Nation; denn auf diesen perfiden Anruf der Mächte und der Verträge kann Preußen sich nun nur durch den lauten Willen des Volkes und seiner Vertreter an die Spitze unserer Dinge stellen lassen. Nur so kann es sich gegen den Vorwurf eines unberufenen Ehrgeizes wahren; nur so kann es wagen, sich in eine Politik einzulassen, die möglicherweise einen großen Krieg nach sich zieht. Unglücklicherweise ist die Nationalversammlung in dieser Sache auch von dem Reichsministerium, so scheint es uns, verlassen. Es thut uns leid zu lesen, daß man dort noch eine andere Antwort erwartet und sie sich von Hrn. v. Schmerling zusagen läßt! Wie wird man in Ollmütz lachen! Formell kann man noch hundert nichtssagende Antworten geben, man kann auch den Plan von jenem Staatenbündel einreichen, der nicht ins Reich der Träume gehören soll, der aber, wie man treffend gesagt hat, um so gewisser der Traum eines Reiches ist — was aber in aller Welt erwartet die deutsche Gutmüthigkeit in materieller Beziehung noch für eine andere Antwort nach dieser Note, als die Kroaten am Inn? es sei denn, daß wir vorher eine Antwort auf die Note gegeben haben, in der wir uns zu allem bereit erklären, was man in Ollmütz befehlen wird! Darunter könnte auch das sein, daß man die Kaiserwürde Oesterreich anbieten solle. Der Schluß der Note ist in dieser Hinsicht deutlicher, obgleich er undeutlicher lautet, als der Schluß der preußischen. Gibt es Leute, die so einfältig sind zu glauben, Oesterreich werde nicht selbst den Bundesstaat auf diese Bedingung hin annehmen? es könne seine Worte nicht selbst so sehr Lügen strafen? Die müßten nicht wissen, was Diplomaten noch für ganz andere Interpreten sind als Philologen! Aber diese Saite wird in Deutschland nirgends anklingen; ja wenn man wirklich eine edle, große, aufrichtige Politik gegen Deutschland seit dem März befolgt hätte! Wenn man sich der Centralgewalt gefügt, der dänischen Sache angenommen, dem Reichstag zur Seite gestanden hätte, wenn man jede Insinirung der Reichstagsbeschlüsse vermieden, dabei offen an die alte Stellung im Reiche erinnert hätte, ohne Prätension, weil die Kaiserwürde in einem früheren Wahlreiche ja auch keinen Anspruch gibt, wenn man in Bezug auf Verfassung und Grundrechte wahrhaft guten Willen gezeigt und dabei die Schwierigkeiten im Einzelnen treu ehrlich genannt und zu bedenken gegeben hätte, dann konnte man mit Deutschland alles anfangen, selbst wenn man es in Italien und Ungarn trieb wie man's trieb. Jetzt aber sind selbst viele Blödsichtige hellsehend, und viele günstig Gestimmte verbittert worden. Kann jetzt noch eine Kollision vermieden werden, so kann sie es nur dadurch, daß die Gegensätze mit aller Schärfe gestellt werden, und daß man nicht vermittelt und ver-

wascht, sondern auf Eine Seite sich fügt. Unterläßt die Nationalversammlung zu reden und ihre Stellung und Ansicht durch ihr Gewicht der Nation aufzulegen, so ist sie es, die sich Oesterreich fügen wird. Tritt sie mit einer kraftvollen Erklärung und Aufklärung vor die Nation, und schneidet dadurch den heimlichen Machinationen Oesterreichs und besonders der königlichen Regierungen in Deutschland den Nerv ab, dann wird sich Oesterreich fügen. Wenn aber ein Zusammenstoß nicht vermieden werden kann, dann vollends wird die Nationalversammlung nicht schnell genug und nicht energisch genug handeln können, wenn sie für sich und ihre Sache irgend einen Erfolg haben will. Die Atmosphäre, die mich aus der ersten Besprechung der Sache anwehte, nahm mir Athem und Hoffnung.

Die Allg. Zeitung für das Kaiserthum.

* Das bessere Ich der Allg. Ztg. läßt sich für das deutsche Kaiserthum, gegen die österreichische und alle undeutsche Politik, gegen alle Sondergelüste, in dem folgenden Aufsatze aus, dem wir unsere vollste und wärmste Anerkennung zollen.

„Das Kaiserthum, d. h. die Verjüngung jener Staatsform in deren Schatten, trotz ihrer Mängel, Deutschland ein ehrenvolles Jahrtausend verlebt, heißt den „Staatsmännern," die ihre Weisheit in der Neuen Münchener Zeitung niederlegen, eine doktrinäre Grille; der Gedanke eines Triumvirats hingegen, d. h. einer republikanischen Oberbehörde für ein Komplex monarchischer Staaten, also einer Regierungsform, die in der Welt niemals dagewesen ist, und nach logischem Gesetz nie dasein kann — sind doch Triumvirate immer nur in den letzten Unglückszeiten betrogener und absterbender Republiken vorgekommen — dieses politische Non-Ens gilt jenen „Staatsmännern" als praktisch! . . . Die Münchner bezichtigt die Allg. Z. historischer Unkunde, indem diese nicht zu wissen scheine, daß die Selbstständigkeit der größeren und mittleren deutschen Staaten nicht erst von Napoleon, ja nicht einmal vom westphälischen Frieden her, sondern dem Wesen nach aus viel älterer Zeit datire. Eine solche Zurechtweisung ist nicht bloß „doktrinär," sie ist pedantisch. Daß das deutsche Kaiserreich nicht erst Anno 1806 plötzlich an acuter Krankheit verstorben, daß es an einem chronischem Jahrhunderte alten Leiden dahingesiecht, das weiß nicht bloß ich und die Neue Münchener Ztg., sondern jeder deutsche Schulknabe weiß es, und jeder deutsche Schulknabe weiß auch wer es war, der mit List, Trug und Selbstsucht das Reich untergraben. Aber die Rechtsform des Kaiserreichs bestand bis 1806, und mit dieser Form bestand noch viel; denn einmal erhielt sich, so lange sie nicht zertrümmert war, eine gewisse Scheu althergebrachter Ehrfurcht, und die gewahrte Form ließ, wenn man redlich wollte, sich mit neuem gesunden Leben erfüllen. Das Münchener Blatt redet von „Selbstständigkeit der mittleren deutschen Staaten." Selbstständig ist, nach meinem Begriff, nur der Staat, der sich zu allen Kriegs- und Friedenswerken autonomisch aus sich selbst bestimmen kann. Beliebe man mir doch zu sagen, welcher mittlere deutsche Staat, Baiern mit inbegriffen, je in diesem Sinne selbstständig heißen konnte. Bündnisse mit Spaniern und Franzosen, mit Jesuiten und dem welschen Erbfeind zum Verderb Deutschlands, das waren doch wahrlich keine Beweise von selbstständiger Kraft, von einem Feststehen auf eigenen Füßen. Gern hätte ich dieß unerfreuliche Thema unberührt gelassen, weil fast kein deutscher Stamm in dieser Hinsicht rein dasteht von Sünden; allein da jenes eitle Pochen auf politische Selbstständigkeit dermalen nirgends so grell und ungescheut zu Tage tritt, wie in einer gewissen altbaierischen Partei, so thut es noth, diesen alten Ungeist aber und aber zu beschreien. Soll der deutsche Staatenbund in einen Bundesstaat umgewandelt werden, und Baiern hat seine Zustimmung dazu erklärt, so muß man auch redlich das Mittel zum Zweck wollen — das Mittel aber heißt Unterordnung der Theile unter das Ganze, dessen Leitung nach dem Naturgebot der Stärkste übernehme. Soll unter Selbstständigkeit die Wahrung der Eigenthümlichkeit der einzelnen Stämme, die Selbstregierung der einzelnen Staaten in inneren Anliegen gemeint sein, so läßt sich fragen: wer will denn diese antasten? Bestand sie nicht unter dem alten Kaiserreich? War nicht damals, wo bald norddeutsche, bald süddeutsche Dynasten die Reichskrone trugen, der Baier Baier, und der Sachse Sachse so gut wie jetzt? Ja, die Stammeseigenthümlichkeit hängt nicht einmal an einer besonderen Dynastie; Zeuge dessen der fränkische Stamm. Schottland ist mit dem blutsverwandten England seit einem Jahrhundert politisch verschmolzen; aber der Tweed scheidet bis auf den heutigen Tag zwei Völkerschaften von scharf geprägten Physiognomien. So ist jenes Zärtlichthun deutscher „Staatsmänner," welche die Selbstständigkeit ihrer Staaten nicht „verrathen" wollen, eben nichts weiter als eine Maske für ganz andere Gelüste; aber diese „Staatsmänner" mögen bedenken, daß eine Zeit kommen könnte, wo nicht die Demokraten, sondern gerade die streng monarchisch gesinnten Deutschen, all dieser Winkelzüge satt, sich verzweiflungsvoll die Losung der französischen Legitimisten aneignen dürften: „Il faut passer par la république." Wer hätte alsdann die „wichtigsten Landesinteressen verrathen?" . . . Doch die Münchener Ztg. ist nicht blos eine Meisterin in politischer Logik, sie ist auch witzig. Seitdem die Allgemeine Zeitung, sagt sie, so glücklich gewesen, ein schönes Gedicht abdrucken zu können, in welchem Preußen aufgefordert wird, sich an die Spitze des verjüngten Deutschlands zu stellen, heiße es bei ihr: „Ein Gedicht, ein Gedicht — ein Kaiserthum für ein Gedicht!" Der berühmte Ausruf Richards III., der bekanntlich nur ein Königreich zu verschenken hatte, und es doch in der Noth für ein Pferd hingeben wollte, ließe sich auf deutschem Standpunkt weit drastischer parodiren; doch wir wollen diese Parodie verschweigen. Uebrigens bekennen wir uns gern zu einem gewissen „faiblo" für Gedichte, gute nämlich (wohin wir siebenfüßige Hexameter nicht rechnen). Der Dichter ist ein blumenverhüllter Weiser, und durch große Dichter, sagt man, läßt immer die Natur den großen Denkern die Wege bereiten, wie ein Baum keine Frucht trägt ohne vorausgegangene Blüthe. Dies beiher. Auf die Gefahr hin, von der prosaischen Klugheit noch einmal belächelt zu werden, wollen wir abermals einige poetische Citate anfügen. Graf Platen, der so viel wir wissen, recht hübsche Kenntnisse in historicis besaß, sagt in seiner Ode „An Franz II.":

„Wohl that Erneurung unserem Reiche noth,
Doch nicht Zerstörung; tief im Busen
Trug es den edelsten Keim der Freiheit."

Und Max v. Schenkendorf, der fromme „Kaiserherold," der selbst von der Augsburger Postzeitung schon gelobt worden ist, schließt ein schmerzlich schönes Lied, welches wie auf die jetzige Lage Deutschlands gedichtet scheint, mit den Worten:

O sei denn endlich weiser,
Du Heerde ohne Hirt,
Und wähle schnell den Kaiser,
Und zwing' ihn, daß er's wird.
Laß Fürst und Bürger schwören
Dem Herrscher stark und mild,
Dann wird er sein in Ehren
Des Reiches Haupt und Schild.

Haus Oesterreich und Haus Preußen,
Ihr beiden seid es doch!
Ihr konnt uns schnell entreißen
Dem letzten Schimpf und Joch.
Die andern werden wollen,
Wenn ihr es redlich wollt;
Ein Dank, den Völker zollen,
Heißt mehr als Sieg und Gold."

Die Juden in Oesterreich.

Dem Reichstag in **Kremsier** ist eine Denkschrift übergeben worden von dem „zur Wahrung der bürgerlichen und politischen Rechte der Juden bevollmächtigten Komite der mährischen jüdischen Gemeinden," die sich vor dem banalen Inhalt und dem kläglichen Ton ähnlicher Eingaben ebenso durch Kraft und Entschiedenheit der Sprache, wie durch interessante Mittheilungen über die Zustände der Juden auszeichnet. Einige Proben von letzteren werden von allgemeinem Interesse sein. Das pharaonische Gesetz, daß die Juden sich nicht vermehren dürfen, besteht noch in Mähren und Böhmen: die Heirathen sind daher verweigert, die Familienstellen, 5100 in dieser Provinz, dürfen nicht vermehrt werden. Hiemit ist der Demoralisation und Korruption die heimlichste Pforte geöffnet. Der Jude darf nur im Ghetto wohnen, und der Tagesaufenthalt ist ihm bisher noch in mehreren Orten nicht gestattet, in Ollmütz und Brünn darf keiner wohnen. Der Jude kann aber auch nicht auswandern, denn ein Abzugsgeld von 15pCt. nebst dreijähriger Familiensteuer sind ein förmliches Verbot des Wegziehens. Aber auch nicht aussterben dürfen die Juden, denn die schärfsten Anordnungen sind erlassen worden, die

Familienstellen vollzählig zu erhalten, damit die Steuer vollzählig erhalten werde!! Da die Juden extra eine Verzehrungssteuer zu zahlen haben, so müssen die nicht im Lande Wohnenden eine Entfernungssteuer von 2 kr. täglich entrichten, und jene Juden, die sich über das Gebot des Koscherfleisches hinaussetzen und beim Christen essen, verfielen einer Fiskalstrafe! Der Jude darf keinen Grund besitzen; er darf keine christlichen Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter, Dienstboten, nicht einmal christliche Ammen halten, und die freien Künste darf er nur im Ghetto ausüben. Kein Jude ist Advokat, Lehrer oder Professor, und trotz aller Auszeichnung im Heere wird er in den seltensten Fällen Offizier. Ferner waren die Juden bis in die letzte Zeit besondern Steuern unterworfen, so daß z. B. Nikolsburg mit 620 Familien an Judensteuern jährlich 14,100 fl. zahlen mußte, wofür die Gemeinde solidarisch haftete, so daß der Vermögende die Taxe der Armen mitbezahlen mußte. Die Denkschrift verlangt dieser Lage gegenüber als einziges Heilmittel völlige Rechtsgleichheit und verwahrt sich gegen jede halbe Emanzipation. Die Entschiedenheit ihrer Sprache ist um so bemerkenswerther, als die radikalen Elemente in Wien jüdischem Einfluß zugeschrieben werden, und fanatischer Judenhaß durch die Wiener „Schandliteratur," die unter dem Schatten der Kanonen und in der Sonne des Belagerungsstandes wuchert, ja nach verschiedenen Angaben sogar durch die Geistlichkeit auf alle Weise gepredigt wird. Auch ist es ungeachtet so schreiender Thatsachen zweifelhaft, ob der Reichstag den §. 16. der Grundrechte: „die Religionsverschiedenheit begründet keinen Unterschied in den Rechten und Pflichten der Staatsbürger" annehmen wird. Es ist merkwürdig genug, wie die verschiedenen Provinzen (denn diese, nicht die Parteifraktionen geben hier den Ausschlag) sich zu dem Antrag verhalten. Tiroler, Steierer und Oesterreicher (außer Wien) sind in der Mehrzahl gegen die Emanzipation, die Czechen sind für halbe Maßregeln, nur die Polen sind durchaus dafür. Die Gewalt, die man den Gemeindeordnungen kürzlich einräumte, hat ohnehin schon dem Egoismus Thür und Thor geöffnet. Die Lage ist so, daß der Reichstag der Forderung des Rechts und der Stimme des Volkes kaum zugleich wird genügen können, die hier noch in großem Widerspruche stehen. Indeß bereiten sich, namentlich in Böhmen, Hunderte von Juden, und zwar die Vermögenderen, zur Auswanderung nach Amerika vor.

Aus Baden.

†† **Aus Baden**, 14. Febr. Ohne Zweifel haben Ihnen Ihre Korrespondenten bereits berichtet, welch trostlose Niederlage unsre Rothen in der Kammerverhandlung v. 10. erlitten haben; man athmet leichter bei uns auf, nachdem dieser seit Monaten vorbereitete Sturm abgeschlagen und zwar auf eine Weise abgeschlagen ist, die noch mehr bedeutet als der Sieg selbst. Schon das Eine, daß unserem Lande, das die Gewissenlosigkeit der Faktionen so schwer heimgesucht hat, fürs Erste eine neue Aufregung und Spannung erspart wird, ist ein Erfolg, um dessentwillen man jenen parlamentarischen Sieg preisen muß; die Sendboten und commis voyageurs des Aufruhrs werden die Gesichter ihrer Geschäftsfreunde bedeutend verlängert finden und der allmälige Umschwung in der Stimmung unserer oberländischen Grenzbezirke wird immer allgemeiner werden. Gerade dort unter den zähen, entschlossenen Alemannen war eine fortdauernde Nachwirkung der Wühlerei am meisten zu besorgen; unsre Unterländer, die Pfälzer namentlich sind keine Freunde vom Losschlagen, sie schließen jederzeit sich am liebsten der Majorität an. Seit Struve's praktischem Versuch, „Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle" dort einzuführen, sind denn freilich bemerkenswerthe Veränderungen vorgegangen und ein neuer Einfall desperater Abenteurer — denn an eine Schilderhebung im Lande ist kaum zu denken — würde ohne allen Zweifel noch kläglicher Fiasco machen, als es den Helden von Dossenbach und Staufen begegnet ist. Viel höher noch als die moralische Wirkung des Beschlusses vom 10. Februar schlagen wir den Eindruck der Verhandlung an; der innere Widerspruch, die Unwahrheit, Inkonsequenz und Zerfahrenheit einer Partei ist noch selten greller ans Tageslicht getreten als in jener Sitzung. Daß eine Partei unterliegt, kann unter Umständen für sie keine Niederlage sein; aber daß sie eine Schanze nach der andern in eiliger Flucht preisgibt, sich in Widersprüche ohne Ende verwickelt und bei der entscheidenden Abstimmung auseinanderfällt in eine weglaufende, verneinende, bejahende und nichtstimmende Fraktion — das ist ein Schlag, den auch die zäheste Partei nur schwer wird verwinden können. Nun ist der Kammer Zeit gegeben, ihre noch übrigen Arbeiten zu beendigen und dann mit der Abänderung des Verfassungswerkes ihre lange dornenvolle Thätigkeit zu beschließen. Auch die Regierung, die fester und stärker dasteht, als vor dem Kampfe, hat Gelegenheit, ihren Willen und ihre Energie zum Guten zu bewähren; sie ist nicht mehr genöthigt, sich wie bisher gegen eine wilde und maßlose Opposition, deren Schwäche nun enthüllt ist, in der Defensive zu halten. In unseren deutschen Angelegenheiten gehen Regierung und Kammer ganz einig; beide haben in dieser schwierigen Zeit zur deutschen Frage eine Stellung eingenommen, die dem Vaterlandsfreunde um so wohler thut, je trüber sich in Sachsen, Baiern, Würtemberg die Dinge zu gestalten scheinen. Diese feste und unzweideutige Stellung ist auch die Ursache, weßhalb Giehne's Stellung bei der Karlsr. Zeitg. unhaltbar geworden ist; man darf hoffen, daß die Regierung nun einen Redakteur bestellen wird, der daraus das einflußreiche Organ macht, das es in Baden sein müßte und sein könnte. Daß es das unter Giehne nicht war, weiß Jedermann. Vor der Februarrevolution für den Sonderbund begeistert, in den kritischen Apriltagen matt und eingeschüchtert, auch nachher immer nur mit halbem Willen Stütze der konstitutionellen Partei, hatte sie das Vertrauen längst verscherzt, ehe sie noch in Reichsangelegenheiten ein Organ der Herren Buß, Gfrörer u. s. w. geworden war. Es war begreiflich, daß die Regierung ein solches Organ nicht als das ihrige ansehen konnte, zumal in einem Augenblick, wo ihre eigne Politik den direkt entgegengesetzten Weg einschlug. Wer Giehne's Nachfolger werden wird, ist noch ungewiß; wenn einige Ihrer Frankfurter Schwestern, namentlich das würdige „Journal" und die Obermüllerschen Flugblätter sich wiederholt schreiben lassen, der Abgeordnete Häusser werde Hrn. Giehne bei der Karlsruher Zeitung succediren, und wenn sie andeuten, er habe hauptsächlich zu Giehne's Entfernung beigetragen, so ist das eine der einfältigsten Zeitungs-Lügen, womit gesinnungstüchtige Organe wie die genannten ihr Publikum narren können. Wenn der genannte Abgeordnete zur Entfernung Giehne's beigetragen hat (soviel wir wissen hat er es nicht gethan), so würde er sich dessen nicht gerade zu schämen brauchen und es wäre nur zu beklagen, daß er das, wenn es in seiner Macht stand, nicht schon früher gethan hat. Wenn demselben aber zugemuthet wird, selbst um die Stelle eines Redakteurs der Karlsr. Zeitung zu buhlen, so muß das Jedem, der Häusser auch nur oberflächlich kennt, als baarer Unsinn erscheinen. Derselbe hat nie nach äußeren Ehren und Stellen gestrebt, wie das die ungeduldige Phantasie stellensüchtiger Gegner sich und Andern einzubilden sucht; seinem angeblichen Wunsch, Giehne's Nachfolger zu werden, liegt gerade soviel Wahrheit zu Grunde, als der dummen Insinuation einiger literarischen Eckensteher an der Universität Heidelberg, er wolle dort diese oder jene Stelle erjagen. So weit wir ihn kennen (und wir kennen ihn ziemlich lange und genau), besteht seine ganze Ambition darin, Professor zu sein und zu bleiben; auch das parlamentarische Intermezzo, womit er seine akademische Thätigkeit einigermaßen unterbrach, war mehr im vaterländischen Interesse, als im eigenen unternommen und er mag sich von Herzen sehnen, von der Tribüne wieder auf den Katheder ungetheilt zurückzukehren. Schwerlich strebt er nach dem Ruhme, jener Wundermann zu sein, den man aus ihm machen möchte: Professor und Oberbibliothekar in Heidelberg, Abgeordneter und Zeitungsredakteur in Karlsruhe, Staatssekretär in irgend einem beliebigen unfindbaren Ministerium des Reichs der Mitte. Eher denkt er, es sei besser, Eines ganz zu sein, als in Vielem und Allem Etwas und lacht von Herzen über jene einfältigen Ausstreuungen, in denen sich der Haß und Aerger der Einen, wie die eigne Stellensucht der Andern mit aller naiven Ungeschicklichkeit offenbart.

Frankreich.

** **Straßburg**, 8. Febr. Das Ministerium, oder vielmehr die Regierung hat sich noch einmal mit der Mehrheit in der Nat.-Vers. ausgesöhnt, indem letztere mit einem unerwarteten Uebergewicht der Stimmen den gefährlichen Ausspruch des 3. dieses gewissermaßen widerrufen hat. Ein Opfer mußte der Form dabei gebracht werden, wenn anders der Sündenbock diesen Namen verdient. Die wichtigsten Anklagegründe hatten bekanntlich die Gegner aus einer Art Rundschreiben an die Departementalbehörden geschöpft. Nun erklärt der Minister des Innern, daß er bei

dieser Korrespondenz gar nicht betheiligt sei: jene Korrespondenz, welche täglich den Präfekten über die Lage des Landes Auskunft gibt, werde in gewissem Sinne von einer Privatperson geführt, und der Minister habe damit nichts gemein, als daß unter seinem Siegel die Berichte verschickt werden. Er habe dies nicht gewußt, eben so wenig daß neben den, natürlich auf offiziellen Wegen mitgetheilten Tagesneuigkeiten, der private Korrespondent auch bisweilen politische Artikel einfließen lasse, und in diese Kategorie müßten jene Ausfälle auf Klubs und andere Tendenzen gestellt werden. Daß dem also sei, müßte sogar Dufaure, der Vorgänger Leon Faucher's bestätigen, denn an jenen habe er sich gewandt, um über den Gang und den Charakter der Korrespondenz nähere Auskunft zu erhalten. Auf diese naive Ausrede war der Vorschlag Oudinot's gerichtet, der, weil die einfache Verweisung aus der Tagesordnung verworfen worden, die motivirte blos auf eine entschuldigende Erklärung jenes Umschreibens oder Bülletin's beschränkte. Damit hat der Feldherr sich als gewandter Taktiker ausgewiesen, denn er hat mit Meisterhand den Rückzug aus gefährlicher Lage möglich gemacht und gedeckt. Im Ernste aber liegt der Erfolg nicht hierin, in einem gewaltigen Fechterstreich, wenn man ihn beim Lichte betrachtet, noch auch in der langen Aufzählung der bekannten Grundsätze der Klubs der Rothen, so wenig als in der übertreibenden Zusammenstellung vereinzelter Kabalen, welche sich in den verschiedenen Lokalitäten zugetragen haben, sondern in einer andern Maßregel, in der sich das Ministerium und die Mehrheit vereinigt hatten, in der Annahme der *geheimen Abstimmung* über die Frage. Hierin liegt ein tiefer Sinn. Längst schon tadelte man die lange Aufführung der Stimmenden in dem Moniteur, welche unter der Monarchie und gesicherter öffentlicher Ruhe wohl angehen mochte, aber jetzt, in einer Ordnung, welche die Parteien so leicht auf die Straße ruft und oft handgreifliche Meinungsäußerungen zuläßt, gefährlich werden kann. Sonst führten jene Aufzählungen der Verdienste um die Krone oder um die Opposition zu stiller, wenigstens ruhiger Hinnahme des Lohnes von der einen oder andern Seite, wogegen jetzt die Person, wenigstens das Eigenthum, im mindesten Falle die Fensterscheiben Gefahren ausgesetzt werden. Wir sahen es ja in dieser Stadt, bei dem vorübergehenden Besuche, welchen ein sonst wackerer Deputirter, der bei den Republikanern sehr hoch angeschrieben stand, seiner Familie vor einiger Zeit machte: drei Abende hindurch war die Ruhe der Stadt bedroht und mußte die Nationalgarde das Haus des Mannes hüten, dessen Stimme mehrmals der radikalen Partei ungünstig gewesen. Damit fällt jedoch jede Spontaneität des Deputirten hinweg, der neben den Gefahren, die ihn in der Hauptstadt bedrohen, noch bei jeder Abstimmung an Katzenmusik, klingende Fenster, Schrecken der Seinigen und andere Möglichkeiten denken muß, die ihn bei der Heimkehr erwarten. Aus diesem Grunde hat man auch schon öfters an die Unterdrückung jener Zwangsmaßregel gedacht, und der in diesem Falle gemachte Versuch dürfte wohl nicht der letzte sein, besonders da es sich so glänzend herausstellte, wie viel eine überflüssige Oeffentlichkeit Despotisches in sich schließt.

Dieses neue Einverständniß zwischen der Regierung und der Majorität könnte wohl noch zu völliger Ausgleichung über die Wünsche der Versammlung führen. Diese ist einmal in die Bahn eingetreten, die sie bis zum Ziele zu durchschreiten hat und die sie, ohne die Prinzipien zu vernichten, nicht unterbrechen lassen darf. Sie hat wie andere ähnliche gleichzeitige Versammlungen den Fehler begangen, sich nicht allein die Begründung der neuen Ordnung, sondern zugleich deren Feststellung zur Aufgabe zu stellen, und glaubt nun an der Spitze der Geschäfte bleiben zu müssen, bis die Prinzipien, die sie in der Konstitution formulirt hat, in Ausübung gekommen sind. Hieraus ist nun zunächst der Nachtheil entstanden, daß eine Versammlung, bei deren Wahl nur auf die Stellung des Einzelnen zu den neuen Grundsätzen Rücksicht genommen werden, zugleich Antheil an der Regierung erhalten oder sich zugeeignet hat; die Konstitution hat aber letztern nicht 900, sondern nur 750 Deputirten übertragen, und dann kann man sicher sein, daß wenn für eine solche Versammlung gewählt werden sollte, mancher übergangen werden dürfte, dessen laute Stimme und entschiedene Färbung ihn zum Konstitutionswerke in den Augen der Wähler befähigen mochten, dem man aber in Diskussionen über Finanzfragen und ähnliche kein Zutrauen schenkt, weil diese ernstere Studien und Erfahrung voraussetzen. Hundert und fünfzig Unerfahrene, zu denen, die sich auch sonst einschleichen, sind ein schlimmer Ballast, und die unendlichen Mißgriffe der Pariser Nationalversammlung in administrativen Fragen, die Widersprüche, der Widerruf schon diskutirter Gesetze bezeugen die Wahrheit, daß diese Versammlung, welche hinlängliche Tüchtigkeit besaß, eine Konstitution zu entwerfen, sobald sie das Gebiet des Regierens betrat, sich um den Kredit bringen mußte.

Dann war es ein Mißgriff, sich, die souveräne Versammlung neben den souveränen Präsidenten hinzustellen: sie hat einen unaufhörlichen Konflikt hervorgerufen, und beinahe gezwungen ein feindseliges Verhältniß herbeigeführt, das aus dem Streben der Regierung entstanden ist sich, dieser Fessel zu entledigen.

Die schlimmste Folge möchte ich aber darin sehen, daß durch diese Permanenz die Revolution nicht geschlossen, sondern offen erhalten worden ist. Die konstituirende Nationalversammlung repräsentirt im eigentlichen Sinne das Revolutionsprinzip; sie resumirt in sich die revolutionären Tendenzen des Landes, sie macht eigentlich die Umwälzung und soll durch die Konstitution derselben das Ende und Ziel setzen. Nach diesem Akte sollte aber sogleich der neue Gang der Regierung beginnen, denn so lange sie besteht, dauert die Revolution und kein Theil hat Friede. Die Besiegten wie die Sieger stehen noch auf der Wahlstatt und der Kampf kann jeden Augenblick aufs Neue aufgenommen werden und für die Einen wie die Andern gilt nur das Recht des Krieges, d. h. des Stärkern. Ist aber die Revolution in das Gesetz übergegangen, so wird der sich dagegen Auflehnende zum Empörer und fällt dem Gesetze anheim. Daß dieses aber so bald als möglich geschehe, ist höchste Nothwendigkeit, weil eine Umwälzung nie alle Erwartungen erfüllen kann, und getäuschte Hoffnungen stets der unterdrückten Partei die Schaaren von Mißvergnügten zuführen, und so wird, ehe die Revolution zum Gesetze geworden, die Gegenrevolution von Tag zu Tag gefährlicher. Was ist das Gesetz ohne Autorität, und wenn es auch noch so vollkommen wäre? Diese Autorität wird aber erst durch eine Regierung begründet, welcher die Macht gegeben werden, es zur Ausübung zu bringen. Man kann sicher darauf zählen, daß je weiter die Wahlen der gesetzgebenden Versammlung hinausgeschoben, dieselben um so schwieriger werden; sie sind es schon jetzt jener unerfüllten Hoffnungen wegen. Gewiß sie wären anders ausgefallen, hätten sie im November stattgefunden, oder früher, wenn die Konstitution früher abgeschlossen worden wäre. Drei Jahre unter einer legislativen Versammlung hätten wahrscheinlich Vieles dazu beigetragen, die neue Ordnung zu befestigen. Das Fortschleppen der revolutionären Elemente hat England zum Protektorate und einer zwölfjährigen Revolution geführt und einige Jahre länger, aber mit gleichem Ausgange hat die französische Staatsumwälzung gedauert.

Wenn übrigens die Nationalversammlung die Hand zur Versöhnung bietet, so geschieht es in Folge einer klaren Einsicht in die Lage des Landes. Sie weiß, daß sie gegen den nicht auftreten kann, der sich auf eine starke Partei stützt, die in ihm, freilich eine schwache, aber doch vorerst die einzige — Stütze der öffentlichen Ruhe sieht. Ich gestehe es, der Präsident wird immer räthselhafter: sein Auftreten an dem verhängnißvollen Montage (29. Januar) war so unbedeutend, so haltungslos, daß auch keine Zeitung nur einen günstigen Bericht darüber mittheilt. Er konnte, wie es scheint, kein einziges jener schlagenden Worte finden, mit welchen sein Oheim alles begeisternd mit sich fortriß. Und doch hätte die Umgebung erhebend auf ihn wirken sollen: ein entschlossenes Heer, das in fester Haltung und gewaltiger Ausrüstung sich um ihn schaarte und jeden Augenblick den fürchterlichsten Straßenkampf aufzunehmen bereit war. Eine zahlreiche Partei, aus kompakten Massen gebildet: oben die höhern Stände, unten die Bewohner des Landes, mitten inne die Mehrzahl der Besitzenden, die der Republik nicht hold ist! — Die radikale Partei kann es sich nicht verbergen, daß Viele, die im Februar an ihr hingen, von ihr abgefallen sind: daß so wenig Lamartine heute wieder neben einem Ledru-Rollin sich in die Regierungskommission setzen würde, ebensowenig Hunderte, durch die Vergangenheit belehrt, mit ihnen in die Straße hinabsteigen würden.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 49. **Frankfurt a. M.**, Sonntag 18. Februar. **1849.**

Uebersicht.

---

18. Februar.

Das gleichzeitige Tagen der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt und des preußischen Landtages in Berlin ist uns stets als ein sehr großer Uebelstand erschienen, und nicht blos deshalb weil Preußen seine besten Männer weder hier noch dort entbehren kann. Wir warnten schon im vorigen Frühjahr vor dem gleichzeitigen Zusammentritt. Ein so großes Werk, wie die Verfassung des deutschen Reiches, sagten wir, erfordert die ungeschwächte Theilnahme des ganzen Volkes. Durch die preußische Versammlung wird die Aufmerksamkeit in Preußen großentheils nach Berlin gelenkt. Die Bewegung geht von zwei Punkten aus, jeder weiß, daß auf dem Meere hieraus die schlimmsten Wirbel und Strudel entstehen. Ist es weise, das Staatsschiff in diesen Strudel zu lenken? Wir wissen, mit wie genauer Noth wir in der That den Gefahren entgangen sind, mit welcher widersprechende Beschlüsse der frankfurter und berliner Versammlung uns bedrohten. Diese Erfahrung konnte uns nur in unsrer Ansicht bestärken; gern wünschten wir jetzt, wo die Verfassung gebende, oder wenn es nach der österreichischen Note geben soll, geben lassende Reichsversammlung sich ihrem Ende zuneigt, ebenso sehr wie zu Anfang den gleichzeitigen Zusammentritt beider Versammlungen vermieden, welche bisher erst den Keim von ihrer mit Nothwendigkeit sich entfaltenden wechselseitigen Eifersucht gezeigt. Ja wir haben unsre Ueberzeugung ausgesprochen, daß wenn Preußens und Deutschlands Verhältnisse, will's Gott, glücklich geordnet sind, ein besonderer preußischer Reichstag neben dem deutschen überhaupt nicht bestehen könne. Leider ist aber jetzt, wo es noch keinen deutschen Staat gibt, eine gesonderte Volksvertretung durch die besonderen Interessen des preußischen Staates unausweichlich geboten. Die preußischen Kammern sind zum 26. Februar einberufen, und es fragt sich, ob es angeht, sie zu vertagen, bis die deutsche Verfassung zu Stande gekommen.

Wir brachten vor mehreren Wochen aus guter Quelle die Nachricht, daß das Ministerium Brandenburg mit dem Gedanken umgehe, die Kammern, welche damals entschieden feindselig gegen das Ministerium auszufallen drohten, zu vertagen, und gaben einer Warnung Raum, nicht sowohl vor einer Vertagung, als vor einer Vertagung durch das Ministerium Brandenburg. Wir sind dieser Warnung wegen wiederholt angegriffen, und wollten uns deßhalb vertheidigen. Aber eine Vertheidigung ist bereits unnöthig. Alle Welt ist unserer Meinung geworden. Schon vor mehreren Tagen bezeichnete die hiesige Parlaments-Korrespondenz den Rücktritt des Ministeriums Brandenburg als die unerläßliche Bedingung einer Vertagung. Die Parlamentskorrespondenz in Berlin, die seit lange durchaus nichts gegen die Fortdauer dieses Ministeriums Brandenburg einzuwenden hatte, verlangt plötzlich dessen Rücktritt, damit die Vertagung ungefährdet geschehen könne. Ein Korrespondent von Berlin, welcher der entschiedenen Rechten angehört, schreibt uns Folgendes: „Leider scheint das Ministerium Brandenburg Grund zu der Annahme zu haben, daß es zu einer Maßregel, die so das volle Vertrauen des Volks auf die ausführende Behörde voraussetzt, wie die Vertagung, sich **nicht stark genug** fühle. Wir halten die **Vertagung** namentlich im Hinblick auf die diplomatischen Intriguen, welche ihre Netze nach der Opposition auszuwerfen nicht anstehen werden (die ultramontanen Zwielichtnaturen Arntz, Berg ꝛc. sind wieder darunter), für so sehr dringend, daß wir jetzt doppelt wünschen, das Ministerium möchte dieserhalb seine Entlassung einreichen und ein Kabinet gebildet werden, welches die Verantwortung einer solchen Vertagung auf sich nimmt. Dann ist keine Gefahr, daß diese Maßregel etwa der Opposition Anhang verschaffen werde, wie das Ministerium, wenn es die Vertagung ausspricht, richtig vorauszusetzen scheint."

Und auch die Kölnische Zeitung ruft jetzt wieder: Kein Ministerium Manteuffel mehr! Ja, sogar die in Berlin erscheinende Deutsche Reform will eine Vertagung haben, obgleich es das Ministerium Manteuffel kosten kann. Beiläufig, dieses Blatt hat sich berufen geglaubt, uns über unsere Haltung dem Ministerium Brandenburg gegenüber eine lange Belehrung zukommen zu lassen und uns als Muster, wen glaubt man wohl? vorzuhalten? Sich selbst, die Cynthia des Tages, die Deutsche Reform! Der Artikel ist zu unreif, um eine Entgegnung zu verdienen und die Tage sind nicht festlich genug, um es zu machen, wie die Spartaner, welche an Festtagen Knaben geißelten vor dem Altare des Pelops. Wir wollen aber die Gelegenheit benützen, um einen Rückblick zu werfen auf unser Verhalten gegenüber dem Ministerium Brandenburg.

Was wir bei dem gesetzlosen Treiben in Berlin während des vorigen Jahres am meisten beklagten, waren nicht einmal die einzelnen nichtswürdigen Unordnungen, sondern die ungestört mehr und mehr um sich wuchernde Gesetzlosigkeit, welche die ganze sittliche Grundlage des Staates unterwühlte. Wir glaubten, daß es der Regierung weniger an Kraft fehlte, dieser Gesetzlosigkeit zu steuern, als an Vertrauen zu dieser Kraft. Namentlich nach dem 31. Oktober, wo der Unfug seinen höchsten Grad erreichte, forderten wir die Regierung auf, ihrer Kraft zu vertrauen und an das Wort Napoleons denken: Ich habe die Anarchie dadurch besiegt, daß ich mich nicht vor dem Ungeheuer gefürchtet, sondern es an der Kehle gepackt und mit den Füßen zertreten habe. Die Maßregeln, welche die Regierung zur Unterdrückung der Unordnung in der Hauptstadt traf, die Einsetzung eines Ministeriums, welches den fast einstimmigen Widerspruch nicht blos der Volksvertretung, sondern auch des Volkes hervorrief, die Verlegung und Vertagung der Versammlung schienen uns über das nächste Ziel hinauszugreifen. Wir sprachen unsere Meinung aus, daß jene Maßregeln darauf abgesehen wären, die damalige Versammlung und ihre theils schon beschlossene, theils noch in Aussicht stehende Verfassung zugleich los zu werden. Man wende nicht ein, daß die Regierung das nicht im Voraus beabsichtigte; die Ereignisse hätten sie dahin geführt. Es gehörte nur wenig Scharfblick dazu, um jene Ereignisse vorauszusehen, und es hat sich später ergeben, daß die Regierung auf jene Ereignisse sehr wohl gefaßt war. Die Mehrheit der Versammlung widersetzte sich, und ließ sich zu dem wahnsinnigen Steuerverweigerungs-Beschluß hinreißen. Wir sprachen unsere Hoffnung aus, daß er an der Vernunft des Volkes scheitern würde, und die Hoffnung erfüllte sich über Erwartung. Das berauschte Volk ward nüchtern. Wer an jene bangen Tage zurück denkt, der fühlt es wohl, daß weni-

ger die Weisheit der Minister, als die Thorheit ihrer Gegner das Ministerium, den preußischen Staat gerettet hat. Die Regierung war wieder, was eine Regierung immer sein sollte, stark geworden und als, wie vorauszusehen, die erbitterten Parteien des Landtages zu keiner Einigung gelangen konnten, als von ihnen die vom Lande lang erwartete und dringend begehrte Verfassung so bald nicht zu erwarten war, da wagte es die Regierung, dem Lande eine Verfassung zu **geben**. Die Verfassung war freisinniger, als man sie von den Männern, welche sie unterzeichneten, irgend erwartet hatte. Wir beeilten uns unsere Hoffnung auszusprechen, daß das Land über den Inhalt die Form der Verleihung vergessen und sich bei der Verfassung beruhigen werde. Das Volk hat sich beruhigt, die Regierung hatte gesiegt, und Alles kam darauf an, den Sieg mit weiser Mäßigung zu benützen. Wir forderten, sobald die Regierung in alle gebührende Macht wieder eingesetzt, war, daß die Minister ihr so häufig und nachdrücklich gegebenes Versprechen erfüllten, zurückzutreten, sobald die rettende That geschehen. Denn die ganze Vergangenheit der Minister machte es dem Volke unmöglich zu glauben, daß sie der neuen Ordnung der Dinge mit aufrichtiger Hinneigung ergeben wären, und bei den gewaltsamen Maßregeln, welche sie zur Wiederherstellung der Ordnung angewandt hatten, waren sie wider ihren Willen genöthigt, den Boden des strengen Gesetzes, wie wir im Einzelnen nachwiesen, in mehr als in einem Punkte zu verlassen. Das Mißtrauen, daß auch bei künftigen Gelegenheiten ihnen Gewalt vor Recht gehen könne, konnte dadurch nicht verringert werden. Sie waren nicht auf gewöhnliche Weise, nicht durch das Vertrauen des Volkes an die Spitze der Geschäfte berufen. Sie waren, wie wir ohne alle schlimme Bedeutung des Wortes sagen, durch Gewalt eingesetzt und vermochten nur mit Gewalt, mit Ausnahmsmaßregeln fortzuregieren. Die Regierung erschien, um es auf das gelindeste zu sagen, in ihren Händen als eine Partei. So wenig wir den Muth und die gute Meinung verkannten, mit welchem diese Männer sich ihrem königlichen Herrn zur Verfügung gestellt hatten, um den Staat zu retten, so forderten wir sie doch auf, ihr Verdienst um das Vaterland vollständig zu machen, indem sie ihr gegebenes Versprechen erfüllten, und nach glücklich bestandener Gefahr die Herrschaft niederlegten. Aber die Minister blieben. Zwar setzten ihre Anhänger einige Zeit lang noch die Versicherungen fort, daß die Minister baldthunlichst zurücktreten würden. Aber es schien sich eben nicht thun zu lassen. Es gab für ihr Bleiben die verschiedensten Gründe. Zuerst erforderte es die Dankbarkeit, sich dieser Männer nicht, sobald sie ausgebraucht waren, zu entledigen. Sodann war die Gefahr immer noch nicht vorüber. Dann wollte sie niemand ablösen. Dann mußte dieses Ministerium erst alle seine Maßregeln ausführen und zuletzt, als nicht alle Maßregeln der Minister gebilligt wurden, erforderte es die Ehre der Minister zu bleiben, um ihre Maßregeln vor den Kammern zu vertheidigen. Wir dürfen behaupten, die leichtgläubige Hoffnungen auf den alsbaldigen Rücktritt niemals getheilt zu haben und das Abtreten des Ministeriums ward in diesen Blättern schon längst mit der Abreise des Kaisers Tiberius verglichen, die immer erfolgen sollte und niemals erfolgte. Das Ministerium verblieb, obgleich oder gar weil Reichsgewalt und Reichsversammlung dessen Rücktritt verlangt hatten und eine nothwendige Folge von dem Bleiben dieses Ausnahms-Ministeriums ist gewesen, daß Preußen bis jetzt aus den Ausnahmszuständen nicht herausgekommen ist.

Deutschland.

> Frankfurt, 17. Febr. Wir haben unsere Meinung über das Reichswahlgesetz schon gestern ausgesprochen. Es fragt sich jetzt nicht, welches Wahlgesetz für die Wohlfahrt und Festigkeit des Staates an sich am besten wäre, sondern welches Wahlgesetz eine Versammlung geben kann, die selbst aus allgemeinem Wahlrecht hervorgegangen ist. Sie muß soweit in der Unbeschränktheit des Wahlrechts gehen, als es sich nur irgend rechtfertigen läßt. Darum stimmen wir den Vorschlägen bei, welche auch noch die im Ausschußentwurf ausgeschlossenen Klassen zur Ausübung des wichtigsten politischen Rechtes zulassen wollen, soweit dieselben angesessen sind, oder welche als Bedingung der Wahlfähigkeit einen Census von vielleicht 350 Gulden (wie der Biedermann'sche Vorschlag besagt), oder eignen Hausstand aufstellen.

Die heutige Sitzung schien uns viel Wahrscheinlichkeit dafür zu bieten, daß diese Meinung siegen wird. Auch die, welche noch dem Ausschuß anhängen, können sich des Gefühls nicht erwehren, daß der Vorschlag desselben auf die Dauer unhaltbar sein möchte; deßhalb beantragte **Wernher** von Nierstein, das ganze Wahlgesetz nur für das **nächste** Volkshaus zu beschließen und diesem und dem Staatenhause dann zu überlassen, die endgültigen Bestimmungen zu treffen. Wir erinnern an das, was wir über einen ähnlichen Vorschlag schon bemerkt haben. Die Zeit erlaubt nicht, die Sache noch einmal zu beschlafen, hic Rhodus, hic salta! Die Versammlung hat sich die Entscheidung über den Antrag vorbehalten.

Nach einem langwierigen Streit und einer langwierigeren Abstimmung über die Form der Berathung kam man dann endlich auf die Sache selbst. **Jahn** aus Freiburg eröffnet den Reigen. Wir haben ihn noch nie mit so großer Wärme, mit diesem in derben Scherzen übersprudelnden Gefühl reden hören. Die Angriffe des September hatten den redlichen Alten etwas irre gemacht an den Forderungen der Freiheit; aber bei dieser Frage, der Grundlage dessen, was er sein ganzes langes Leben verfochten hat, kehrte er zur geraden ursprünglichen Gesinnung zurück. Er redete wie ihm um's Herz war, denn „er verachtet den Beifall, mag er von oben oder von unten kommen und er verbittet sich alle Mißfallensbezeugungen." „Und nun zur Sache!" fuhr er fort. „Ich bin gewählt für einen preußischen Wahlbezirk nach dem preußischen Wahlgesetz. Da heißt es, jeder großjährige, unbescholtene Mann, der keine Armenunterstützung empfängt, ist Wähler. Daran will ich festhalten. Ich will den 192 preußischen Abgeordneten nicht das schlechte Kompliment machen, sie seien aus schlechten Wahlen hervorgegangen. Freilich ist im preußischen Wahlgesetz nur eine mittelbare Wahl und ich hätte viel lieber eine unmittelbare; aber immer noch besser eine mittelbare Wahl, als eine Abschätzung nach Geld! Ich will einmal meinem Spitznamen als Professor Ehre machen: was sagt der alte Aristoteles? Keine Verfassung schlechter, als die auf Geld sich stützt. Sie führt zu Mord und Todschlag.

Gerade die Klassen, die Ihr ausschließen wollt, die bilden den Kern des Volks. Aus ihnen sind alle die Leute hervorgegangen, die den Ruhm der Nation im Staat, in der Kirche und in der Wissenschaft gegründet haben. Wer kennt nicht die Worte, die auf dem Vereinigten Landtag gesprochen wurden: Meine Wiege hat am Webstuhl meines Vaters gestanden. (Beckerath's Worte; die Versammlung brach in den lautesten Jubel bei dieser Anspielung aus.)

Um Gotteswillen, schafft nicht neue Stände, nachdem Ihr die alten abgeschafft habt! Theilt nicht das Volk in zwei feindliche Heerlager, die sich auf Tod und Leben bekämpfen müssen. Das Wahlrecht darf an keine Bedingung geknüpft werden, die nicht Jeder erfüllen kann. Sechs Bedingungen will ich aufstellen. Der Wähler soll volljährig sein. Die Bedingung erfüllt sich von selbst. Er soll einen eignen Haushalt haben. Das kann auch Jeder. Er soll ein eignes Geschäft haben. Das muß jeder ordentliche Mann. Er darf nicht bestraft sein. Er muß unter seinen Nachbarn für ehrenhaft gelten. Er muß endlich, wie es auch bei den alten Germanen war, seiner Wehrpflicht genügt haben.

Diesen Bedingungen nachzukommen, darein muß Jeder seine Ehre setzen, und nicht, wie jetzt viele junge Leute thun, ein großer Zecher zu sein. Dann wird's wieder dahin kommen, wie es noch im sechzehnten Jahrhundert war, daß die **Spanier** vom **deutschen Stolz**, und die **Italiener** vom **deutschen Ungestüm** sprechen."

Wir geben nur den Kern der Rede. Sie umfaßte noch, wie gerade den munter-kräftigen Sprecher die Gedanken führten, mancherlei Abschweifungen. Sprüche des Tacitus, Sittenschilderungen der alten Germanen, Geschichten „aus der fröhlichen Zeit Deutschlands" würzten den Vortrag, und dienten zur Bekräftigung des Gesagten.

Wir können es den Uebrigen nicht zum Vorwurf machen, wenn sie den Eindruck dieser Rede nicht erreichen konnten. Auch Hr. v. **Raumer**, der unmittelbar Jahn folgte, that viele geschichtliche Rückblicke, wie es schien, im entgegengesetzten Sinne. Außer ihm sprach gegen das allgemeine Wahlrecht Hr. **Matthies** und angeblich Hr. **Mölling**; wir sagen: angeblich; denn Hr. Mölling hatte sich zwar für den Ausschußantrag einschreiben lassen, wollte aber keine Bedingung der Wahlfähigkeit gelten lassen, als die Volljährigkeit. Für das allgemeine Wahlrecht sprachen Hr. **Hildebrand** aus Marburg, und sehr nachdrücklich Hr.

Jakob Venedey. Die Versammlung war sehr bald ermüdet, und vertagte die Verhandlung auf Montag. Die unendliche Liste der Redner, die sich zum Wort gemeldet haben, ist allerdings im Stande, die ahnende Geduld zu schrecken; die Versammlung wird sich entschließen müssen, den Faden der Berathung zu durchschneiden. Unter Allen aber, die ihre Namen aufgezeichnet haben, wird Keines Rede mit größerer Ungeduld erwartet, als Heinrich v. Gagern's. Er hat sich für den Ausschußantrag einschreiben lassen — wird er alle Beschränkungen desselben vertheidigen?

Frankfurt, 17. Febr. Das heute ausgegebene 12. Stück des „Reichsgesetzblattes" enthält folgende Verordnung: „Der Reichsverweser, in weiterer Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. Juni v. J., verordnet wie folgt: §. 1. Zum Zwecke der Begründung eines Anfangs für die deutsche Marine soll nunmehr auch die zweite Hälfte der von der Reichsversammlung bewilligten Summe von Sechs Mill. Thlrn. mit Fünf Millionen Zweihundertfünfzigtausend Gulden (Drei Mill. Thlrn.) mittelst Umlage nach der bestehenden Bundesmatrikel verfügbar gemacht werden. §. 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, den 12. Febr. 1849. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen: v. Beckerath." Dann folgt eine weitere Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der obigen Summe auf die einzelnen Staaten.

Y **Frankfurt**, 17. Febr. So eben wird eine fernere Liste der bei dem hiesigen Komité neuerdings für die Hinterbliebenen des ermordeten Auerswald eingegangenen Summen veröffentlicht; sie haben bereis den Betrag von mehr als 12,000 fl. (der letzte Bericht wies erst 6000 fl. nach) erreicht. Unter den einzelnen Posten figuriren 215 fl. von der baierischen Garnison der Reichsfestung Landau und 165 fl. von den Offizieren der nassauischen Garnisonen in Wiesbaden und Biberich.

⊙ **Frankfurt**, 17. Febr. Die Versammlung im Weidenbusch, zu welcher die in der Beilage zu Nr. 48 erwähnte Einladung ergangen, hat unter zahlreicher Betheiligung von Abgeordneten stattgefunden. Indem wir uns genauern Bericht darüber vorbehalten, bemerken wir, daß über die Aufrechthaltung des Bundesstaats in der Form des Verfassungsentwurfs Einhelligkeit herrschte, und daß von der Versammlung fünfzehn Mitglieder durch Zuruf bezeichnet wurden, die aus ihrer Mitte einen Ausschuß zur bestimmteren Formulirung des Programms der Vereinigung zu wählen hätten. Dieser engere Ausschuß besteht aus den Herren Grumbrecht aus Hannover, Löw aus Posen, Reh aus Darmstatt, Rüder aus Oldenburg, Selchow aus Preußen, Waitz aus Göttingen und Wurm aus Hamburg.

△ **Wien**, 13. Febr. Die heutige Wiener Zeitung bringt in ihrem amtlichen Theile die Erklärung, daß die Ernennung des Fürsten Windischgrätz zum Herzog von Friedland „ein erdichtetes Gerücht sei." Dieses Gerücht, welches bis jetzt allgemein Glauben gefunden hatte, wird um so pikanter, wenn man sich erinnert, daß Fürst Windischgrätz früher an den Hof eine sehr bedeutende Entschädigungsforderung stellte für Güter der Wallenstein'schen Konfiskationsmasse, welche in den Besitz des Herzogs von Friedland auf illegale Art gelangt waren, und worauf die Vorfahren der Familie Windischgrätz gesetzliche Ansprüche hatten. Kaiser Franz bot dem Fürsten Windischgrätz mehrere 100,000 fl., wenn er den Proceß wolle fallen lassen. Er bestand jedoch auf seiner Forderung, der Proceß nahm seinen Lauf, aber im Augenblicke als er für den Fürsten gewonnen schien, wurde zur größten Ueberraschung des Hofes selbst ein Originaldokument entdeckt, wonach die Familie Windischgrätz vor 60 oder mehr Jahren schon einmal die ganze Entschädigungssumme, die sie also nun zum zweitenmal ansprach, erhalten hatte.

Gestern Abend erschien folgendes Bulletin vom Kriegsschauplatz:

22. Armeebülletin.

Durch die größere Entfernung des Kriegsschauplatzes, der durch das Zurückziehen der Rebellen über die Theiß, jetzt bis Siebenbürgen zurückgeschoben worden, sind wir nun erst wieder im Stande, einige Nachrichten über die Fortschritte der Armee Sr. Durchlaucht des Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz zu geben.

Nach dem Rückzuge von Pesth ist ein Theil der Rebellen in der Richtung von Großwardein und Debreczin, der andere unter Görgey gegen Schemnitz gegangen und hat sich, nachdem er die Bergstädte geplündert, über Neusohl, anfangs gegen Rosenberg gewendet, dort aber in Folge der früheren Besetzung der Pässe bei St. Marton und Turany durch die Truppenabtheilung des Hrn. Generalmajors von Götz sich nach der Zips gezogen, wo er auf ein Bataillon Nugent-Infanterie unter dem Major von Kiesewitter stieß, mit welchem bei Kirchdorf und Korotnek den 3. und 4. Febr. Gefechte stattfanden.

Indeß ist der Branisckapaß durch Verstärkungen, welche F.-M.-L. Graf Schlick von Eperies sandte, sogleich stärker besetzt worden und da eine andere Kolonne der Brigade Deym von Kaschau über Margitfalva vorging, der immer thätige Generalmajor von Götz mit der Brigade Fürst Sablanovsky über Leisen den 8. d. M. in Telvarth angelangt, ebenfalls sogleich gegen Leutschau detaschiete, so dürften die Rebellen, von allen Seiten in der Zips bedroht, um so mehr eingeschlossen werden, als auch von Tarnow aus, unter F.-M.-L. Vogel alle Straßen längs der galizischen Grenze von Neumarkt, Krosciènko, Biwunicza, Tylicz bis Dukla sogleich stärker besetzt und der Landsturm auf dieser ganzen Straße aufgeboten wurde.

Der starke Eisgang auf der Theiß hat bisher sowohl über Tokaj als bei Szolnok den Uebergang der bis an das rechte Ufer vorgerückten Kolonne des ersten Armeekorps sehr erschwert. Dieses hat dem Feinde Zeit gelassen, sich nach einem vergeblichen Versuche auf Arad mehr gegen Siebenbürgen zu wenden und sich dort mit jener Kolonne unter den Rebellenhäuptling Bem zu vereinigen, welcher, wie wir bereits früher gesagt, aus der Bukowina zurückgedrängt, über Bistritz, Maros-Vasarhely bis Hermannstadt gezogen und dort von dem kommandirenden General Baron Puchner so kräftig zurückgeworfen worden war.

Die Kolonne der Rebellen, welche von Großwardein gegen Klausenburg gegangen, hat sich nach Karlsburg gewendet, wo sie am 5. Mühlenbach zu besetzen versuchten. In dieser Gegend steht zwischen Deva, Hotzeg und Szaszvaros eine Truppenabtheilung von 3000 Mann Romanen unter dem Befehle des Hauptmanns Czernovich, welche diese Straße gegen die Rebellen schützen. Auch das feste Schloß in Deva ist gut besetzt. Während dem hat der kommandirende General im Banate F.-M.-L. Baron Rukavina eine Division unter dem F.-M.-L. von Gleser und dem G.-Major Baron Mengen, aus Abtheilungen des Theodorovichschen Korps zusammengesetzt, welche in dem Thale der Maros gegen Siebenbürgen operiren und zugleich Großwardein beobachten sollen.

Die beiden Brigaden der G.-Majors Dietrich und Graf Palffy, welche zu dem Korps des Feldzeugmeisters Grafen Nugent gehören, sind die eine links über Belly nach Mohacs, die andere über Siklos Barangavar gegen Essegg vorgerückt, welche Festung bis an den Fuß des Glacis von den k. k. Truppen eingeschlossen ist und bereits Kapitulationsvorschläge gemacht hat. Bei Mohacs sind die Insurgenten unter Remegge über die Donau gegangen, sind aber dort in dem Defilé zwischen Bezauny und Zumboa den dort befindlichen Serben in die Hände gefallen, welche längs dem linken Donauufer vor der Römerschanze dahin vorgerückt waren, bei welcher Gelegenheit der größte Theil durch die Serben niedergemacht und zersprengt wurde.

Nach der Uebergabe von Leopoldstadt hat die Division des F.-M.-L. v. Simunich vom Hrn. Feldmarschall den Befehl erhalten, längs der Waag gegen Komorn vorzurücken, um die engere Einschließung dieser Festung zu bewirken. Bei dieser Vorrückung kam es am 8. d. M. unweit Neuhäusel zu einem Gefechte mit einer Abtheilung der Rebellen, welche von Komorn aus oder Naszrad die Neutra passirt, um die dortigen Gegenden zu plündern, und vorzüglich Salz in die Festung zu bringen, an welchem es mangelt, und wo bereits die Krankheiten sehr überhand nehmen. Bei diesem Gefechte haben vier Kompagnien Erzherzog Wilhelm-Infanterie und eine Eskadron Banatial-Husaren eine feindliche bei 1200 Mann starke Abtheilung so tapfer angegriffen, daß ihr Kommandant ein Offizier und 96 Honveds gefangen und eine bedeutende Zahl Todter und Blessirter am Platze blieb. Der Civil- und Militärgouverneur Welden, Feldmarschall-Lieutenant.

* **Wien**, 13. Febr. Es wird versichert, daß Kossuth eine Rundreise unternehmen wollte, zu welcher er die Erlaubniß des ungarischen Reichstages nicht erhalten konnte und daß er in Folge dessen unter Aufsicht gesetzt sein soll. Er wurde oder stellte sich hierauf krank und so übertrug man einstweilen die Macht des Diktators in die Hände von Madarasz.

Die Besatzung von Brescia hat gegen den Reichstagsvorschlag in Bezug auf die von der italienischen Armee zu wählenden Deputirten Protest eingelegt.

Carlowitz ist in Belagerungszustand erklärt; in Grätz war stark die Rede davon, daß auch diese Stadt dasselbe Schicksal erfahren sollte.

Gestern sind wieder Grenzer- und Sereczanertruppen zur Ergänzung der hiesigen Besatzung eingerückt, weil das Herannahen der Märztage die Kompletirung derselben wünschenswerth macht.

In Lemberg wurde das polnische Gymnasium geschlossen, da sich die Studierenden gegen die Einführung der deutschen Sprache sträubten. Auch im akademischen, gegenwärtig noch deutschen Gymnasium herrscht große Aufregung über den Zwang, das Ruthenische als obligaten Gegenstand lernen zu müssen.

Die neuesten Privatnachrichten melden, daß die von der Stadt Hermannstadt gegen den General Bem zu Hilfe gerufenen russischen Truppen, nachdem sie die Grenze bereits überschritten hatten, sich augenblicklich wieder zurückgezogen haben, da das Eintreffen von k. k. Militär diese Hilfe für Hermannstadt unnöthig machte.

—x— **Kremsier**, 12. Febr. Smolka führt den Vorsitz. Die Ministerbänke wie immer leer. Petranovich interpellirt in

Betreff der Wiederherstellung des österreichischen Konsulats in Bosnien und Errichtung eines solchen in der Herzegowina; Bilinski: die Rekrutirung ohne Kammerbewilligung sei eine Verletzung der konstitutionellen Rechte; aus welchem Grunde hat sie stattgefunden und ob das Ministerium die Aushebung zu sistiren gedenke bis nach Einholung der Bewilligung. Der Präsident verliest nicht weniger als 22 Anträge zu den §§. 13, 14 und 15 der Grundrechte, über welche drei Paragraphen nunmehr die Generaldebatte eröffnet wird. Neun Redner sind dafür, zehn dagegen eingeschrieben. Die drei genannten Paragraphen lauten: „§. 13. Jedem österreichischen Staatsbürger ist die Freiheit des Glaubens und der öffentlichen Religionsübung gewährleistet. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 14. Keine Religionsgesellschaft (Kirche) genießt vor der anderen Vorrechte durch den Staat. Niemand kann zu religiösen Handlungen und Feierlichkeiten überhaupt oder insbesondere zu den Verpflichtungen eines Kultus, zu welchem er sich nicht bekennt, vom Staate gezwungen werden. §. 15. Die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche, namentlich in Beziehung auf das Kirchenvermögen und die Wahl der Kirchenvorsteher, sowie die Bedingungen, unter welchen Klöster und geistliche Orden fortzubestehen oder aufzuhören haben, werden durch besondere Gesetze bestimmt." Bielecki (Pfarrer) spricht sich für gänzliche Autonomie und Emanzipation der Kirche vom Staate aus. Bisher sei dieselbe stets unter dem Scheine des Schutzes schmählich bevormundet worden. Szabel: Die Hierarchie nehme die Maske der Freiheit nur an, um ihren Despotismus nach wie vor ausüben zu können. Die Kirche könne erst dann vom Einflusse des Staates frei gemacht werden, wenn sie selbst sich ihres Despotismus entschlagen und eine Synodalverfassung angenommen habe. (Unendlicher Beifall.) Halter: Eine völlige Trennung von Kirche und Staat sei unthunlich. Er sei ein Anhänger des Josephinischen Systems. (Ebenfalls lebhafter Beifall.) Kral macht im Interesse seines Landes (Bukowina), die Rechte der griechisch-orientalischen Kirche geltend, die vielfache Bedrückung erfahren habe. Szaßkiewicz, ebenfalls der griechischen Kirche angehörig und zwar selbst Geistlicher, spricht sich im Sinne der episkopalen Partei aus. Seine Rede verliert sich im Geräusche der unruhigen Versammlung. Die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen. Fortsetzung der Debatte morgen.

! **Berlin**, 15. Febr. Preußen wird nicht wanken. Es wird auf dem Wege, welchen es durch seine Note eingeschlagen hat, sich nicht irre machen lassen durch Oesterreichs Widerspruch. Eine zweite Note Preußens wird allnächstens in Frankfurt eintreffen, welche zeigt, daß Preußen endlich den Tau zu kappen den Muth hat, mit dem es seither von Oesterreich in unrühmlichen Bahnen geschleppt ward. Was Oesterreich eigentlich will, das ist naiv genug von einem österreichischen Diplomaten vorausgesagt. Berthold Auerbach erzählt in seinem kürzlich erschienenen: Tagebuch aus Wien: „Ich hörte einen Diplomaten, der dem Stadion'schen Kreise nahe steht, den Plan auseinandersetzen: Kaiser Ferdinand müsse abdanken und die Krone seinem Neffen Franz Joseph abtreten. Dieser solle dann zum Kaiser von Deutschland erwählt, das Frankfurter Parlament nach Wien verlegt und so Deutschland und Oesterreich in Eins verschmolzen werden." Das deutsche Parlament in Wien! An der Grenze von dem zu verdeutschenden Ungarn! Die schönen hellgrauen ungarischen Ochsen, welche man täglich in Wiens Thore eintreiben sieht, gelten für die besten und größten Ochsen der Welt; aber wenn die Abgeordneten der deutschen Reichsversammlung jemals durch Wiens Thore einziehen sollten, dann mit Erlaubniß zu sagen — möchten sie jenen den Rang streitig machen. Jetzt gilt es für Preußen, das deutsche Banner hoch empor zu halten, damit sich Alles darunter schaaren kann, was wirklich einen deutschen Staat als die Lebensform des deutschen Volkes will. Unter den hiesigen Ministern hat vielleicht nur Graf Bülow ein warmes Herz für die deutsche Sache; aber die meisten andern sind wenigstens durch den Verstand überzeugt, daß Preußen endlich selbstständig handeln müsse. Kraft und Ausdauer! O, daß jetzt der große Kurfürst von seiner Brücke herunterritte! Wir wollten ihm folgen, eine halbe Million in Waffen, um den deutschen Namen vor jeder neuen Erniedrigung, gegen Oesterreich, ja wenn es sein muß, gegen halb Europa zu schützen. Ist es denn das erste Mal, daß Preußen sich vor halb Europa nicht fürchtet? Wir hoffen, daß unser König an seinen Ahnherrn denken wird. Der Prinz von Preußen nimmt an der deutschen Sache lebhafter Theil, als man glaubt. Er hat namentlich die deutsche Wehrangelegenheit mit der größten Theilnahme verfolgt. Man versichert, daß ein Aufsatz darüber von seiner Hand nach Frankfurt eingeschickt sei. Er ist der letzte Mann in Preußen, welcher sich zum Schemel von Oesterreichs Uebermuth machen wird. Man spricht jetzt viel von der Vertagung der preußischen Kammern zu Gunsten der deutschen Sache. Aber man fühlt, daß dieser an sich bedenkliche Schritt unmöglich vom Ministerium Manteuffel ausgehen kann. Daher hört man denn plötzlich wieder selbst von Leuten der Rechten, die bisher sich bei dem Ministerium und seinen Maßregeln trefflich wohl zu befinden schienen, auf einmal das Verlangen laut werden, die Minister sollten jetzt in der eilften Stunde Knall und Fall abtreten. Wir haben fortwährend auf den Rücktritt der Minister gedrungen, nicht aus Feindseligkeit gegen deren Person, und nicht als ob wir das Verdienstliche ihrer Thätigkeit in mancher Hinsicht, freilich nicht in Hinsicht der politischen Verfolgungen und ähnlicher Dinge, nicht gern anerkennten, sondern aus Rücksicht auf die ganze Stellung dieses Ministeriums dem Lande gegenüber. Diese Stellung ist es jetzt, welche eine Vertagung unmöglich macht, und zu spät sieht man von allen Seiten ein, wie wünschenswerth es unter allen Umständen ist, daß in einem konstitutionellen Staate ein konstitutionelles Ministerium am Ruder stehe, das heißt, ein nicht durch die Willkür der Krone, vielleicht gar in Widerspruch mit der öffentlichen Meinung eingesetztes, sondern ein Ministerium, das unzweifelhaft das Zutrauen des Volkes besitzt. Denn die Fälle sind gar nicht alle im Voraus zu berechnen, wo das Ministerium in die Lage kommt, sich auf jenes Vertrauen stützen zu müssen.

Köln, 9. Febr. Unter diesem Datum bringt die „Deutsche Allg. Ztg." folgende Mittheilung: „In der Rheinprovinz waren bis jetzt nur wenige vereinzelte gerichtliche Schritte gegen frühere Abgeordnete, welche am Steuerverweigerungsbeschlusse Theil genommen, vorgekommen. Jetzt aber ist plötzlich eine Requisition vom königl. Kammergericht an das hiesige Landgericht gelangt, der zufolge alle Steuerverweigerer konstituirt (verhört) werden sollen 1) darüber, ob sie überhaupt an jenem Beschlusse vom 15. November: „Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben, so lange die Nationalversammlung nicht in Berlin ihre Sitzungen frei fortsetzen kann," Theil genommen; 2) ob sie an den am 17. und 18. November erlassenen Proklamationen der Linken Antheil haben, und 3) ob sie zur Ausführung jenes Beschlusses noch andere Schritte, namentlich bei den Wählern, gethan. Wie die Anklage selbst formulirt ist, ist aus dem Requisitionsschreiben nicht zu ersehen." Wir können diese Nachricht in so fern bestätigen, als der Friedensrichter Körfgen und der Lehrer Glatbach vor dem hiesigen Instruktionsrichter in Bezug auf die Steuerverweigerung vernommen worden sind. (K. Z.)

× **Köln**, 14. Febr. Die hier erscheinende Rheinische Volkshalle ist unablässig bemüht nachzuweisen, daß die Krone des deutschen Bundesstaates — nicht doch, der ist ja vom Hof zu Ollmütz polizeilich untersagt — also die Kaiserkrone des deutschen Staatenbundes, Niemand anders zu übertragen sei als dem jungen Kaiser von Oesterreich. Sie hofft sogar, damit zum Heile Deutschlands Oesterreich an die Spitze komme, daß die von dem Mönche Hermann geweissagten Geschicke sich erfüllen. Der ehrwürdige Bruder Hermann von Lehnin hat nämlich prophezeit, daß in unserer Zeit Deutschland einen König bekommen werde. Dieser König ist nach der Auslegung der Katholiken Friedrich Wilhelm IV., aber nur im Falle, daß er in den Schooß der allein seligmachenden Kirche zurückkehre, wo nicht, so sei er der Letzte seines Stammes, d. h. ohne Zweifel, Preußen kehrt in den Schooß Oesterreichs zurück. Die Feindseligkeit gegen Preußen hat die Rheinische Volkshalle mit der Neuen Rheinischen Zeitung gemein. Diese beiden Blätter, die einen beträchtlichen Leserkreis haben, scheinen in keinem schlechten Vernehmen zu stehen, obgleich die Rheinische Volkshalle streng katholisch, die Neue Rheinische Zeitung aber weder katholisch, noch überhaupt religiös ist. Dagegen liegt sich die Volkshalle mit der Kölnischen Zeitung desto ärger in den Haaren. Dieser wirft sie alle möglichen Fehler vor; der größte Fehler sind aber wohl deren viele Abonnenten. Die Kölnische Zeitung klagt ihrerseits, daß sie von einer „nicht weltlicher Seite" her verketzert werde.

0 **München**, 15. Febr. Hr. v. Beisler wird in nächster Zeit nach Frankfurt zurückkehren, um seinen Sitz im Reichsparlamente wieder einzunehmen; aber noch immer ist keiner seiner Nachfolger bekannt. Vielleicht sind Sie in Frankfurt darin unterrichteter, da jedenfalls von dorther der eine und der andere der Erwarteten kommen soll. Von vielen Seiten wünscht man das Bleiben des Justizministers Heinz, der heute eine von vielen Unterschriften bedeckte Anerkennungsadresse Seitens hiesiger Einwohner erhalten wird. Er ist eben auch der einzige unter den Ministern, der vieles Ersprießliche geleistet und sich namentlich durch die rasche Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und der Geschwornengerichte um das Land verdient gemacht hat. Das verkennen selbst seine Gegner nicht, wenn sie auch an seinen Gesetzentwürfen Vieles auszustellen wissen. Nach sechstägiger Ruhe hatte die Kammer der Abgeordneten gestern wieder eine kurze Sitzung, um sich sofort wieder einer achttägigen Ruhe hinzugeben und mit Muße den scheidenden Karneval zu genießen. Im Laufe der nächsten Woche verläßt eine Schrift die Presse unter dem Titel: „Die deutsch-österreichische Frage aus dem Standpunkte der internationalen Politik und der künftigen Weltgestaltung" vom Fürsten Wallerstein, dem ehemaligen Minister. Vom Scharfsinn und der reichen Erfahrung des Fürsten läßt sich jedenfalls etwas Bedeutendes erwarten, weßhalb auch des Verfassers politische Feinde wie Freunde dieser Broschüre erwartungsvoll entgegensehen. Die Nachwahlen in Nürnberg und Fürth haben dasselbe Resultat ergeben, wie die ersteren. Die beiden früher Gewählten, deren Wahl von der Kammer als nichtgültig erklärt worden war, wurden wieder gewählt, und so ist denn nun der Wortlaut des Gesetzes, wie der Wille der Wähler zur Geltung gebracht. Die beiden Abgeordneten werden auf Seite der Linken ihren Platz einnehmen, indeß ein gestern eingetretener Abgeordneter die Rechte um eine Stimme verstärkte.

Leipzig, 13. Febr. Auch hier ist für die Hinterlassenen des ermordeten Generals v. Auerswald mit erfreulichem Erfolge gesammelt werden, und zwar sowohl durch den Deutschen Verein als durch den konstitutionellen Verein. Ersterer hat bis jetzt etwa 170 Thlr., letzterer über 600 Thlr. zusammengebracht, beide haben ihre Sammlungen noch nicht geschlossen. (D. A. Z.)

§ **Leipzig**, 15. Febr. Nachrichten aus Dresden sprechen von einer neuen Ministerkrisis. Das ist nicht zu verwundern; die Minister haben in beiden Kammern zusammen 8 Stimmen für sich, von allen übrigen dürfen sie auf den unbedingtesten Widerspruch rechnen. Sagte doch Julius Kell aus Leipzig in der Sitzung vom 12.: „Ich kenne die Gründe der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie." Landesvertreter auf dieser Stufe der Bildung hat man wohl noch nie beisammen gesehen. Die Presse fängt ihnen jetzt an sehr unbequem zu werden, ihre Partei schreit über reaktionäres Gift; sie schämen sich zwar noch, das Gift nach Art des gestürzten Systems durch Censur beseitigen zu wollen, aber sie denunziren in ihren Zeitschriften und in Plakaten die ihnen mißliebigen Schriftsteller dem „Volke." Zu diesen Kammern nun stehen die Minister in einem Verhältniß, wie gutmüthige Knaben, die von ihren Mitschülern gestoßen und geschlagen werden, und sich doch erbitten lassen nicht fortzugehen, damit das Spiel nicht verdorben werde. Und unter diesen Verhältnissen hat bisher der Minister von der Pfordten den unglücklichen Ehrgeiz gehabt, die Centralgewalt gering zu schätzen, das halbe Deutschland, welches Preußen heißt, zu hassen und das Königreich Sachsen durch friedliche demokratische Lockungen vergrößern zu wollen. Er muß bei den Thüringern einen eignen Geschmack voraussetzen, wenn er glaubt, die Dresdner Kammerverhandlungen übten eine Anziehungskraft. Nicht in den Kammern, aber in den gebildeten Kreisen des Landes haben die letzten Noten die Ueberzeugung gestärkt, daß Preußen ein Staat ist, der mit seinem stark ausgebildeten Organismus doch mit allen seinen Kräften in Deutschland aufzugehen vermag, Oesterreich aber eine Dynastie, die es noch nicht verlernt hat, ihre eigne Größe in der Lähmung der ihr untergebenen Völker zu suchen. Sollte man nicht vor allen Dingen den Zustand suchen, in welchem das deutsche Parlament eine Wahrheit ist? Preußen verheißt ihn, Oesterreich will ihn unmöglich machen. Die Wahl kann für letzteres nur bei denen ausfallen, welche den unvollkommenen Zustand, als der Anarchie näher liegend, vorziehen.

λ **Kassel**, 14. Febr. Die Wirkung der österreichischen Note ist hier so entschieden und weitgreifend wie möglich gewesen. Wenn schon bei den letzten Kammerverhandlungen über die deutsche Verfrage nur drei Stimmen sich gegen das preußische und nur zehn gegen das erbliche Kaiserthum fanden, so können Sie jetzt in nächster Frist mit gleichem Stimmenverhältniß die Annahme des Henkel'schen Antrags erwarten: die Kammer erkläre laut und offen, daß nach ihrer Ansicht es Pflicht der Nationalversammlung sei, die österreichischen Mitglieder bei den Abstimmungen über die die deutsche Reichsverfassung nicht mehr mitzuzählen. Die letzten Vorgänge in der baierischen Kammer haben die Ansicht nur befestigen können, nicht länger ein solches Zeugniß der hiesigen Stimmung zurückzuhalten; wenn irgendwo ist bei diesem Gegenstande die Kammer sicher, die Meinung ihrer Wähler hinter sich zu haben. Gerade Kurhessen hat zu lange die Einflüsse der österreichischen Bundestagspolitik empfinden müssen, als daß nicht jeder Nerv bei dem Gedanken zucken mußt, es solle sich die Lockerheit des alten Staatenbundes und damit ein vergröberter Einfluß Oesterreichs auf unsere Verhältnisse wieder erneuern. Unsere Regierung hat eine Weile Bedenken getragen, entschiedene Meinung zu zeigen; man wollte sich nicht im Fall eines ungünstigen Ausgangs kompromittirt haben; jetzt aber, nachdem der materielle Inhalt der österreichischen Pläne, die Kreiseintheilung u. s. w. bekannt geworden, wird auch sie nicht säumen, mit der Kammer gleichen Schrit zu halten. Letztere wird wohl noch mehrere Wochen zusammen bleiben, ehe die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlgesetze stattfinden; man hat überhaupt an eine sofortige Auflösung, wie Ihr † Korrespondent glaubte, niemals gedacht. Die eben beginnennde Berathung des zugleich mit dem Wahlgesetze proponirten Budgets ist Grund genug für die einstweilige Fortdauer der Kammer, welche noch dazu den bedeutenden Vortheil gewährt, daß man über die Entstehungszeit der Reichsverfassung mit der einmal bekannten und erprobten Versammlung hierüber kommt. Die Zuverlässigkeit und Unzugänglichkeit derselben gegen alle faktiöse Bestrebungen zeigte sich noch vorgestern bei einem heftigen Angriffe, den die rechte Seite auf den Finanzminster Wippermann machte. Es handelte sich um einen Kassenvorschuß dem Wippermann im Nothstande des vorigen November bei bei Rothschild, wie man denken kann, zu harten Bedingungen hatten entnehmen müssen. Unter dem heftigsten Tadel dieser Bedingungen war man bis zu dem Antrage gekommen, den Rechtspflegeausschuß zu befragen, ob nicht eine Verfassungsverletzung vorliege. Jedoch wies Wippermann in einer anderthalbstündigen Rede die Unvermeidlichkeit des Anlehens und die Gehässigkeit aller Vorwürfe auf das Glänzendste nach; es zeigte sich, daß die angebliche verfassungswidrige Maßregel unter Genehmigung des betreffenden landständischen Ausschusses vollzogen war; es war unter diesen Umständen vergebens, daß wieder wie beim Wahlgesetz die äußerste Rechte einen unvermutheten Bundesgenossen an dem Abg. Bayrhofer erhielt; die Kammer ging vielmehr auf den Antrag des Abgeordneten v. Sybel wegen völliger Grundlosigkeit aller Anklagepunkte zur Tagesordnung über.

= **Kassel**, 16. Febr. Der elektro-magnetische Telegraph, welcher die Verbindung zwischen Berlin und Frankfurt vermitteln soll, ist von Berlin bis Gießen seit einigen Tagen vollendet und bereits in Thätigkeit, und in dem nächsten Tage werden auch die Drähte von Gießen bis Frankfurt gezogen sein. Wie man vernimmt, und wir hoffen, daß diese Nachricht sich bestätigt, wird dann die ganze Linie gegen eine mäßige Vergütung an die Verwaltung dem Privatverkehr zum Mitgebrauch überlassen werden. Zwischen hier und Erfurt sollen übrigens schon mehrere Versuche vorgekommen sein, die Drähte zu zerstören.

Köthen, 13. Febr. In der heutigen Sitzung des Landtags kam die deutsche Oberhauptsfrage und die preußische Note zur Sprache. Man war einstimmig über die unbedingte Unterwerfung unter die von der Nationalversammlung ausgehenden Verfassungsbestimmungen; dagegen entstand eine lebhafte Debatte über die Haltung gegen Preußen. Minister Habicht sprach sich unbedingt für ein engverbündetes freundschaftliches Verhältniß zu Preußen aus. Der Landtag beschloß fast mit Einstimmigkeit, seine Zustimmung zu folgender Erklärung der Staatsregierung zu ertheilen: „Daß Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen sich den Beschlüssen der Nationalversammlung bezüglich der Konstituirung des deutschen Reichs unterwerfen und dabei die Ueberzeugung

aussprechen, daß die eine wahrhafte Einigung und kräftige Gesammtentwickelung Deutschlands bezweckenden Vorschläge Preußens zur Erreichung jenes Zwecks und zur Lösung der dabei vorkommenden schwierigen Fragen führen werden." (Magd. Z.)

⊙ **Lübeck**, 13. Febr. Der Verein für Handelsfreiheit hat in seiner gestrigen Versammlung den gemeinsamen Zolltarifsentwurf adoptirt und wird eine deßfallsige Erklärung an den Centralverein zu Frankfurt erlassen, gleichzeitig aber bei dem Senate beantragen, daß unser Bevollmächtigter bei der Centralgewalt demgemäß instruirt werde. — Unser politischer Verein hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, dem nationalen Vereine, dessen Vorort Cassel, beizutreten.

Großbritannien.

* **London**, 13. Febr. Die Unterhausverhandlungen an diesem Tage waren ziemlich gemischter, aber auch ziemlich unbedeutender Art. Irland spielte, wie fast immer, eine Hauptrolle; seine Anliegen mischen sich in die Debatten in wirklich störender Weise ein, und oft sind es Gegenstände so lokaler Natur, daß man kaum noch begreift, warum man nicht für diese speziell irischen Angelegenheiten ein Lokal-Parlament in Dublin errichtet, dem man ja auch wohl einen andern Namen geben und dessen Beschlüsse man von der Zustimmung des Londoner Parlaments abhängig machen könnte. Denn es läßt sich in der That nicht wohl begreifen, warum das Reichsparlament seine Zeit z. B. mit der Niedersetzung eines Ausschusses, welcher den Zustand der Binnenschifffahrt und inländischen Fischereien Irlands zu untersuchen hat, und mit der Prüfung der betreffenden Ausschußberichte verschwenden soll? Ein solcher Antrag wurde heut von Hrn. Anstey gestellt und vom Hause genehmigt. Sir W. Somerville, Generalsekretär für Irland, suchte ferner um die Erlaubniß nach, eine Bill einzubringen, wodurch die Qualifizirung und Registrirung der irischen Wähler besser geregelt werden soll. Sir J. Packington beantragte eine Bill zur besseren Verhütung von Wahlbestechung und Wahlkorruption, womit sich Lord J. Russell einverstanden erklärte, mit der Bemerkung, daß er bei der zweiten Lesung seine Ansichten vorbringen und der Bill seine höchste Aufmerksamkeit schenken werde. Oberst Sibthorp konnte nicht umhin, auch heute das Haus munter zu stimmen, indem er die Erklärung dazwischen warf, „daß er seine Pflichten gegen seine Wähler erfüllen würde, jeder Bill gegen Bestechung und Korruption zum Trutze." Der tapfere Degen war schon in der vorigen Session gegen eine ähnliche, irren wir nicht von Lord J. Russell selbst eingebrachte Bill, stark in Harnisch gerathen.

Die Times berichtet von einer Soirée (entertainment) die gestern Abend den HHr. Louis Blanc und Caussidière von deren Freunden und politischen Verehrern im Klubhaus Whittington, Strand, gegeben wurde. Die anwesende Gesellschaft umfaßte die Namen aller bekannteren Republikaner, Kommunisten und Socialisten aus der Hauptstadt und vom Lande. An Reden fehlte es natürlich nicht und man schied, wie die Times bemerkt, „gegenseitig sehr erbaut und zufriedengestellt."

Der „Daily News" zufolge würden in der Diplomatie noch mehrere Aenderungen beabsichtigt; unter andern heiße es, daß Sir Alexander Malet, der brittische Gesandte in Stuttgart, abberufen werden und eine andere Bestimmung erhalten solle. Der „Examiner" widmet dem zum Gesandten für die Vereinigten Staaten ernannten Sir H. L. Bulwer Worte der höchsten Anerkennung; seine Dienste seien von Peel und Aberdeen eben so hoch geschätzt worden, als von Lord Melbourne, Lord J. Russell und Lord Palmerston; nur sei es zu bedauern, daß er nach Nordamerika bestimmt sei, wo Alles so ruhig und ordentlich hergehe, während man tüchtige Männer, wie Sir H. Bulwer, auf dem verwickelten Theater der europäischen Diplomatie viel nöthiger habe. Die Lordskommissäre des Schatzes haben an die Behörden von London und Dover den Befehl erlassen, daß sie den vom Kaiser von Oesterreich zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Geschäftsträger ernannten Grafen von Colloredo bei dessen Ankunft mit allem seinem Range schuldigen Ehrenbezeigungen empfangen sollen.

Die Angabe in der gestrigen Nr., daß in Schottland bis zum 10. Febr. 5131 Personen an der Cholera gestorben und nur 2977 erkrankt seien, beruht natürlich auf einem Druck- oder Schreibfehler. Folgende ist die neueste Choleraliste der „Times:" Bis zum 12. Febr. waren in London und Umgegend an der Cholera erkrankt 1010, gestorben 537, im Lande erkrankt 879, gestorben 384, in Schottland erkrankt 9826, gestorben 4285, in beiden Königreichen zusammen erkrankt 11,715, gestorben 5206, genesen 3352, in Behandlung verblieben 3175. Im Laufe des 13. wurden aus den verschiedenen Theilen Schottlands und Englands 127 Erkrankungs-, 50 Sterbe- und 73 Genesungsfälle in Folge der Cholera angezeigt, hiervon kommen wieder allein auf Glasgow 37 Erkrankungs-, aber auch 30 Genesungs- und nur 6 Sterbefälle.

Der Globe bemerkt in seinem Börsenartikel, daß sich an der neuen österreichischen Anleihe ohne Zweifel auch englische Häuser betheiligen werden. Die Konsols steigen fortwährend; heut erreichten sie den hohen Stand von 94⅝.

* **London**, 14. Febr. Gestern stellte der Handelsminister seine vielbesprochenen Anträge auf Abänderung der Schifffahrtsgesetze, betreffend theilweise Freigebung der Küstenschifffahrt für fremde Schiffe. Parturiunt montes etc.

Frankreich.

* **Paris**. Wir geben die ausführlicheren Berichte über die Sitzung der Nationalversammlung vom 14., soweit sie uns bis jetzt zugegangen sind: Das Gerücht, daß Proudhon's Angriffe gegen den Präsidenten verhandelt würden, zieht viel Neugierige herbei: von 9 Uhr an stellen sich die Leute in den Höfen auf. Am Mittag öffnen sich die Thüren und die Galerien sind im Augenblick überfüllt. Es sind fast alles Blousenmänner! Gegen alle Gewohnheit finden sich die Repräsentanten frühzeitig ein. Vizepräsident Corbon nimmt um 1 Uhr den Präsidentensitz ein. Das Protokoll wird vorgelesen. „Fould, der Prinzenbegleiter," J. de Montray, Kerdrel, Leon de Maleville rc. überreichen Petitionen für sofortige Auflösung.

Babaud-Laribière, zum Berichterstatter über den Portalis'schen Antrag auf Abhaltung einer großen Feier zum Gedächtniß der Februarrevolution ernannt, zeigt sich auf der Bühne und will den Bericht überreichen.

Stimmen: Lesen Sie! Lesen Sie!

Babaud-Laribière liest den Bericht vor, der den Antrag unterstützt und eine große Feier (religiöser und militärischer Natur) mit Erlassung einer Amnestie vorschlägt. Außerdem sollen 500,000 Frs. an die Armen vertheilt werden (Beifall links).

Leon Faucher, Minister des Innern: Ich werde morgen die Ehre haben, der Versammlung ein Programm jener Feier vorzulegen. Ich bitte also um Vertagung (Ja! Ja! Nein! Nein!).

Corbon läßt über die Vertagung abstimmen. Die Vertagung wird ausgesprochen.

Flocon protestirt gegen die Abstimmung, weil ministerielle Erklärungen die Berathung eines dringlichen Berichts nicht aufhalten dürfen.

Greit unterstützt diese Ansicht.

Die Versammlung bestätigt indeß die Vertagung.

Der nächste Gegenstand an der Tagesordnung ist der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verfolgung Proudhon's wegen seiner Artikel gegen Louis Napoleon im Peuple.

Proudhon: „Bürger Vertreter! Ich bekämpfe die Anträge der Kommission, welche darauf hinauslaufen, die gerichtliche Verfolgung gegen mich zu gewähren. Sie sind verfassungswidrig und den bestehenden Preßgesetzen entgegen. Der Bericht theilt die Ansicht des Staatsanwalts, daß ich 1) den Präsidenten, 2) die Verfassung angegriffen und 3) zum Haß gegen die Regierung aufgehetzt hätte. Ich bekämpfe das. Ich stimmte gegen die Verfassung. Jetzt, nachdem sie angenommen, befolge ich sie. Ich habe nicht den Präsidenten, sondern nur die Ansprüche des Präsidenten kritisirt. Die Frage zu besprechen, ob der Präsident unverletzlich, die Unverletzlichkeit selbst zu kritisiren, heißt nicht die Regierung angreifen. Dies darf keine Frage unter Republikanern sein und selbst unter Denen sollte es keine Frage sein, die ganz andere als republikanische Gesinnungen haben. Solche Kritik durfte die Staatsanwaltschaft nicht zur Verfolgung ermuthigen. Aber auch die Regierung zu kritisiren hat jeder Bürger das Recht. So hätte ich am 3. Febr. im Peuple schreiben können, und das Ministerium ist gestürzt worden durch das Amendement Perrée (Oh! Oh!). Jawohl, das Votum vom 3. Februar war ein **Mißtrauensvotum! Mein Kollege Dupont de Bussac** sagte dasselbe und in dem Augenblicke, wo Minister und Versammlung

nicht einig sind, ist die Regierung gestürzt. (Lärm.) Ich griff den Präsidenten nur als Bürger Bonaparte an. Nur der Bürger Bonaparte, nicht der Präsident, durfte klagen. Der Chef der Exekutivgewalt ist nichts als Beamter, Napoleon ist nur der erste Beamte der Republik. Warum verfolgt man die Reaktionsblätter nicht? Bugeaud's Reden sind viel hochverrätherischer. Uebrigens rufen die Antezedentien, die Monomanie nach dem Kaiserthum wohl eine Kritik Bonaparte's hervor, von dem ich nicht fasse, wie er sich solche Männer (mit einem Blick auf die Ministerbänke) zu Ministern oder richtiger Dienern hat wählen können.

Barrot: Seine Minister stimmten für die Verfassung.

Proudhon: Herr Barrot hat für 2 Kammern gestimmt, das heißt für die alte monarchische Einrichtung.

Corbon: Man kann Republikaner sein, ohne Anhänger des Einkammersystems zu sein. (Vom Berge Nein! Nein! Rechts Widerspruch.) Proudhon endigt seine Rede unter immer neuer Unterbrechung und die Kammer schreitet zur Abstimmung. Sie erhebt sich zu ¾ für die Verfolgung.

Seit dem Guizot'schen Buch über die Demokratie sind schon wieder zwei andere Schriften in demselben Geiste erschienen. Eine Schrift des Herrn v. Liadières: **Dix mois et dix-huit ans** und eine zweite von Herrn von Barante: **Questions constitutionnelles.** Herr von Liadières bemüht sich, die Verdienste Louis Philipps um Frankreich, die Vortheile seiner Regierung gegenüber dem Verderben, das die Republik über das Land gebracht hat, hervorzuheben. Mit einer besondern Vorliebe behandelt er den Charakter der Orleans. Die zweite Schrift ist theoretisch und wiederholt die Behauptungen Guizot's. Es geht diesen s. g. reaktionären Schriften, wie den reaktionären Stücken. Die Menge ist bereits gegen sie abgestumpft.

Die Blätter sind voll von dem Zank zwischen Proudhon und Vict. Considérant. Wir ersparen unsern Lesern die Einzelheiten, die, wo sie die Sache betreffen, eben so langweilig, als, wo sie die Personen angehen, widerlich sind.

Italien.

* Zu den Nachrichten, die wir gestern über die Revolution in Toskana gegeben haben, können wir nur wenig hinzufügen. Im Allgemeinen schien das Land die Vorgänge in der Hauptstadt zu billigen. Aus Siena, Livorno, Pisa und Arezzo waren gute Nachrichten eingegangen. Dagegen zogen am 9. Abends Landleute unter dem Ruf: es lebe der Großherzog! in die Stadt. Am Thor S. Fedriano wollten sie schon mit den Soldaten handgemein werden. Da erschien **Montanelli** und Alles wurde ruhig. Einige Stunden später kamen neue Schaaren an, die sich widerspenstiger zeigten, so daß zur Gewalt geschritten und mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Ueber den Großherzog noch immer nichts. Eine Depesche aus Livorno besagt, daß in der Nacht vom 8. auf den 9. eine Expedition auf die Insel Elba erfolgen würde, **Wahrscheinlich wähnte man da den Großherzog.**

* Die Ereignisse in **Rom** vom 8. sind noch unaufgeklärt. Ueber die Vorgänge an den vorhergehenden Tagen können wir Folgendes mittheilen. Schon vor Eröffnung der Konstituante zeigte sich eine größere Thätigkeit des Sicherheitsausschusses. Er wies jeden Verdächtigen aus, benahm sich aber dabei möglichst rücksichtsvoll. Am 5. war die feierliche Eröffnung der Konstituante. Die Mitglieder der Versammlung ziehen in langem Zuge nach dem Kanzleipalast, dem Sitz derselben. Es sind ihrer etwas mehr als hundert, alle zu Fuß, in demokratischer Einfachheit und mit dreifarbigen Binden. Ihr Geleite besteht aus Milizen und Bürgerwehr-Artillerie, aus Schützen und aus den Bataillonen Masi, Galletti und Pietramelara. In dem ganzen langen Zuge sieht man kein Symbol oder Emblem der päpstlichen Oberhoheit. Die Bürgermiliz trägt statt des bebuschten Helms mit dem Namen Pius IX den Tschako, der keine andere Auszeichnung hat als die Zahl des Bataillons. Alles deutet auf eine neue republikanische Bewegung hin. Es finden zahlreiche nächtliche Versammlungen statt, in welchen der Ruf: „es lebe die Republik!“ gehört wird. Demokratie und vollständige Trennung der weltlichen von der geistlichen Macht in der Person des Papstes bilden den Berathungsgegenstand aller Vereine. Die Eröffnungssitzung selbst wurde durch den Prinzen Canino gestört. Gleich beim Appell antwortete er mit einem Evviva la Repubblica, und als man zu Formirung von Sektionen behufs der Wahlprüfungen schreiten wollte, erklärte sein Verbündeter General Garibaldi, man möge doch das Volk nicht länger mit seinen Hoffnungen hinhalten, und ohne viel Umschweife die Republik erklären, was natürlich durch Canino lebhaft unterstützt, durch Sterbini aber dahin beantwortet wurde, daß die Sache nothwendig der Berathung untergeben werden müsse. Während dieses Wortwechsels verließ Pater Ventura, der als sizilischer Deputirter der Costituente italiana zugegen war, den Saal. Es ist daher ohne Republikausrufung abgegangen. Die übrige Feier selbst bestand im wesentlichen in einer Prozession nach der Kirche von Araceli, wo ein Hochamt mit Tedeum abgehalten wurde, und von da zurück nach dem Versammlungslokal.

Die kriegerischen Vorbereitungen dauerten unterdeß fort. Fast täglich trafen Truppen ein. Deßhalb ist auch das Collegio Romano in ein Wachquartier umgewandelt worden, und das Santo Uffizio, die Inquisition, hat man zu einer Artilleriekaserne hergerichtet. Das Noviciat der Jesuiten, wo noch einige greise Ordensmitglieder verweilen, die der Gewalt der Umstände nach dem Beispiel der römischen Senatoren beim Ueberfall des Brennus nicht haben weichen wollen, ist schon seit einiger Zeit zu einer Kaserne für die aus Venedig zurückgekehrten Truppen hergerichtet worden. Der dazu gehörige Garten wird zerstört und in einen Exerzierplatz umgewandelt. Von der sardinischen Gesandtschaft hieß es, daß sie Rom verlassen habe. Pius IX., der erfuhr, daß die piemontesische Regierung mit der römischen in Verbindung stehe, wollte den neuen Gesandten Sardiniens, Ritter Martini, nur unter der Bedingung annehmen, daß die sardinische Gesandtschaft in Rom sich gänzlich auflöse und das Ministerium Gioberti mit den Herren Pinto und Spini, die von der provisorischen Junta der römischen Staaten mit einer besonderen Mission in Turin beauftragt worden, nicht unterhandle. Vor einigen Tagen nun ist Graf della Minerva, Sekretär der sardinischen Botschaft, nach Gaeta abgegangen.

Ungarn.

Pesth, 9. Febr. Es scheint gewiß, daß kleine Abtheilungen ungarischer Truppen umherstreifen und die Gegend hin und wieder unsicher machen. Auch ist man über das Armeekorps des Feldmarschalllieutenants Schlick in ziemlicher Besorgniß; wenigstens ist der Postenlauf von hier nach Kaschau wieder abgeschnitten. Hier in Pesth werden einige strategische Vorkehrungen getroffen, die zu vielen Vermuthungen Anlaß geben. So werden an den Eingängen der Kettenbrücke in Ofen und Pesth Palissaden gebaut, wobei viele Menschen beschäftigt sind. Aehnliche sollen um das sogenannte Neugebäude (eine kolossale Kaserne) angelegt werden. In Gran wurde gestern ein Spediteur, Namens Forster, kriegsrechtlich erschossen; er hat an dem letzten Aufstand Theil genommen, und trug zu dem mißlungenen Attentate, das Dampfboot Hermine wegzunehmen, thätig bei. (Allg. Z.)

Nachschrift.

* **Paris.** In der Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 15. legte Leon Faucher den Regierungsentwurf zur Feier der Februartage vor, wornach dieselbe am 4. Mai begangen werden soll. Nach einigen heftigen Bemerkungen Flocons ward der Entwurf einem Ausschuß überwiesen. Zur Sprache kam dann eine Bittschrift der Februarverwundeten auf Rechnungslegung über die für sie bestimmten Gelder. Sie gab Veranlassung zu Anspielungen auf Veruntreuungen Seitens der provisorischen Regierung, wie dergleichen gebräuchlich sind. Die Bittschrift ward an den Minister des Innern abgegeben. Beim Postschluß ging die Versammlung auf das Wahlgesetz über. Die Börse war außerordentlich lebendig.

3pCt. 50. 40; 5pCt. 81. 90.; Anleihe 82.; Bank 1870; Belgische 5pCt. 91; Neapol. 80; Spanische 3pCt. 30; ditto Innere 22⅛ ult.; Nord 413¾; Orleans 780; Rouen 495; Basel 90; Straßburg 348¾.

Aus Italien fehlen uns weitere Nachrichten. Nur die Flucht des Großherzogs von Toskana nach Elba wird wiederholt bestätigt; im Hafen Santo Stefano waren schon seit dem 7. zwei Dampfschiffe in Bereitschaft, ihn dorthin zu bringen.

Redacteur: **H. Kruse.**

[43]*

Nachricht
für
Auswanderer nach Nord-Amerika.

General-Agentur
der
Fahrgelegenheit zwischen Havre und New-York & New-Orleans.

Ich benachrichtige hierdurch alle solche Auswanderer, welche meine Fahrgelegenheiten zwischen Havre und New-York & New-Orleans benutzen wollen, daß sie ihre Einschreibungen bei meinen, am Fuße dieser Bekanntmachung verzeichneten Herren Agenten vornehmen können, bei welchen auch das Nähere über die Bedingungen, zu welchen ich Auswanderer annehme, zu erfahren ist.

Die Fahrten zwischen Havre und New-York geschehen regelmäßig das ganze Jahr hindurch, und zwar alle 10 Tage; ebenso die Fahrten nach New-Orleans in den Monaten März, April, Mai und während der Herbstmonate.

Sämmtliche Schiffe sind dem Publikum, sowohl der Sicherheit ihrer Abfahrten, als auch ihrer innern bequemen Einrichtung wegen ganz besonders zu empfehlen.

Von Mannheim und allen unterhalb liegenden Rheinhäfen aus werden die bei mir eingeschriebenen Passagiere von einem meiner Kondukteure bis Havre begleitet, der ihnen überall, wo es nöthig sein sollte, mit Rath und That an die Hand zu gehen wird.

Die Reise geht entweder mit dem Dampfboote bis Köln und von da mit der Eisenbahn über Paris nach Havre, oder per Dampfboot über Rotterdam nach diesem Seehafen.

Die Ueberfahrtszeit von Mannheim oder Mainz bis New-York kann durchschnittlich auf 30 à 35 Tage, und jene für New-Orleans auf 40 à 45 Tage angenommen werden.

Gegen Bezahlung einer kleinen Assekuranzprämie wird das Reisegepäck von den rheinischen Häfen aus bis Havre und auf Verlangen auch bis nach den Vereinigten Staaten versichert.

Mainz, im Januar 1849.

Der General-Agent
Washington Finlay.

Nähere Auskunft ertheilen meine Agenten, die Herren:

Hermann Fries in Heidelberg, B. Schweig in Karlsruhe, J. B. Engelhard in Bruchsal, F. J. Steinruck in Achern, Th. Paravicini in Bretten, Max Eisig in Oestringen, Wilhelm Bonginé in Freiburg, J. von Runkel in Wertheim, O. J. Herkert in Buchen und G. Claasen in Mannheim.

---

[79] Die im Verlag von Herrm. Bethmann in Leipzig erscheinende

Deutsche Universitäts-Zeitung.
Central-Organ für die Gesammtinteressen deutscher Universitäten.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Herren Prof. Dr. Blume in Bonn, Prof. Dr. Erdmann in Leipzig, Prof. Dr. Hoffmann in Würzburg, Geh. Hofr. Dr. v. Vangerow in Heidelberg und anderer akadem. Lehrer, von Hofr. Dr. Lang in Würzburg und Prof. Dr. Schletter in Leipzig

enthält in ihrer neuesten Nummer (13) unter andern interessanten Mittheilungen:

Die Philosophie in ihrer Anwendung auf die neben ihr stehenden Wissenschaften. Von Dr. Fricke. — Correspondenzen etc.: Aus Leipzig (Jacobi's Vorlesungen über Socialismus etc.; Gedächtnissfeier Gottfr. Hermann's). Würzburg (Statist.), Heidelberg (Streitigkeiten zwischen d. vormal. Curator u. der Deutschen Ztg.; Statist.) Prag (d. deutschen u. d. czechischen Studenten); Hzgth. Sachsen-Meiningen (Studienverordnungen). — Nachrichten v. Akademien u. Gesellsch. d. Wiss. etc.: Wien (Sitzungen d. Akad. v. 10—18 Jan.). — Literatur: Schriften über d. Jenaer Congress. — Personalnotizen (aus Leipzig, Braunsberg, Lemberg (?), Wien) etc. etc.

Wöchentlich eine Nummer in gross Quart; jährlicher Preis nur $2\frac{2}{3}$ Rthlr. Bestellungen und Probenummern (mit „Programm") durch jede Postanstalt und Buchhandlung Deutschlands und des gesammten Auslandes.

---

[80] Bei uns ist erschienen:

Fünf Bücher
deutscher
Lieder und Gedichte.
Von A. von Haller bis auf die neueste Zeit.

Eine
Mustersammlung
mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen.
Herausgegeben
von
Gustav Schwab.
Dritte neu vermehrte Auflage.
Fein gebunden. 31 Bogen in 8°. Preis $1\frac{1}{2}$ Thaler.

Auch bei dieser dritten Auflage ist an der Anlage und Anordnung des Buches so wie an dem Inhalte nichts verändert worden, doch ist der Herausgeber bemüht gewesen, die Sammlung bis auf die neueste Zeit fortzuführen. Er hat sich aber hierbei, gemäß seiner Aufgabe, wo möglich Musterhaftes auszuwählen, darauf beschränken dürfen, von den seit dem Erscheinen der zweiten Auflage in Deutschland neu aufgetretenen Dichtern nur dasjenige aufzunehmen, wovon er überzeugt war, daß es auch eine spätere Zeit noch gern und mit Anerkennung in dieser Sammlung finden würde. Ungeachtet der stärkern Bogenzahl und der kostspieligern Ausstattung des Buches ist der Preis derselbe geblieben, und die Sammlung wird daher auf den Beifall, der ihr bisher in so reichem Maße zu Theil geworden, auch fernerhin Anspruch machen dürfen.

Leipzig. **Weidmann'sche Buchhandlung.**

---

[73]* **Erbaufruf.**

(Baden-Baden). Die zu Baden-Baden am 9. Oktober 1848 kinderlos verstorbene Frau Gräfin Eleonora Jaraczewska, geborne von Bierzynska aus Siedliczere, Bezirks Rowno, im russ. Gouvernement Volhynien, hat in ihrem Testament, vom 2. Dezember 1842, unter Anderm verfügt, daß ihr in Baden-Baden rückgelassenes bewegliches Vermögen an ihre gesetzlichen Erben ausgefolgt werden solle.

Zum Vollziehen dieser letztwilligen Verfügung hat sie den Banquier Franz Simon Mayer in Rastatt ernannt. Es hat nun derselbe diese Erben ausgemittelt und ist auch bereit, die Erbschafts-Vertheilung zu vollziehen; seiner größern Sicherheit wegen solle jedoch zuvor noch ein öffentlicher Aufruf an die von ihm etwa nicht ermittelten nächsten Verwandten der Frau Erblasserin ergehen. Diesem Begehren zufolge werden alle Diejenigen, welche glauben, an die oben genannte Frau Erblasserin Erbansprüche geltend machen zu können, hiermit aufgerufen, ihre Erbrechte binnen der Frist von:

Drei Monaten

heute an gerechnet, bei unterfertigter Theilungs-Behörde zu begründen, andernfalls das in Baden-Baden rückgelassene bewegliche Vermögen der Frau Erblasserin an die vom Testaments-Vollzieher ermittelten gesetzlichen Erben, gemäß der desfallsigen testamentarischen Bestimmung, ohne Weiteres ausgefolgt wird.

Baden-Baden, 8. Februar 1849.

Großh. Bad. Amtsrevisorat:
Kissel.

---

[81] Im Verlage des Unterzeichneten ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Deutsches politisches Tagebuch
für
1849.

Ein Hülfs- und Notizbuch für Abgeordnete, Gemeindevertreter, Wahl- und Bürgerwehrmänner, so wie für jeden deutschen Staatsbürger.

Taschenbuchformat. 24 Bogen. Velinschreibpap. in Leder gbd. 1 Thlr.

Inhalt: 1) Tagebuch, d. h. ein Verzeichniß aller Tage des Jahres 1849 mit Angabe historischer Facta, die im verflossenen und in früheren Jahren an den einzelnen Tagen statt gefunden, so wie mit dem nöthigen weißen Raume für handschriftliche Notizen. 2) Hülfsbuch, in welchem sich alles das in einer ansprechenden und übersichtlichen Form zusammengestellt findet, was jedem deutschen Reichsbürger, der seine politischen Rechte ausüben will, unentbehrlich ist, wie z. B. ein Verzeichniß der Reichsversammlung mit Angabe der Parteistellung der Abgeordneten u. s. w., die vollständige Reichsgesetzgebung von 1848, darunter also die deutschen Grundrechte, die allg. deutsche Wechselordnung ꝛc. 3) Notizbuch: weiße Blätter nebst Stimmtabellen. — Wir erlauben uns das Publikum auf dies, für den reichen Inhalt gewiß sehr billige und handliche Büchlein aufmerksam zu machen. Ausführliche Prospekte sind in allen Buchhandlungen zu erhalten.

Berlin, den 8. Februar 1849.

Duncker & Humblot.

---

[82] Bei G. Reimer in Berlin ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

A. Erman, Reise um die Erde durch Nord-Asien und die beiden Oceane in den Jahren 1828—1830. Erste Abtheilung: Historischer Bericht. 3r Band. (Die Ochozker Küste, das Ochozker Meer und die Reisen auf Kamtschatka im Jahre 1829.) Mit 11 Tafeln. 5 Thlr.

Fr. Schleiermacher's sämmtliche Werke. Dritte Abtheilung. 9r Band. Unter dem Titel: **Erziehungslehre**. Herausgegeben v. C. Platz. 3 Rthlr. 15 Sgr., fein Pap. 4 Rthlr.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.-P.-A.-Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 50. Frankfurt a. M., Montag 19. Februar. 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Neue preußische Note. Die Versammlung im Weidenbusch. Die Linke und die Koalition. Graf Schwerin und Herr v. Vinke. Graf Rechberg. Herr v. Dusch. Die französische Regierung und die Spielpächter.) Wien (Nachrichten aus Hermannstadt. Die Anleihe. Waffenablieferung. Die Russen an der Grenze. Wahl nach Frankfurt.) Ollmüs (Ministerkonferenzen. Widerstand gegen die Rekrutirung. Der Hof.) Berlin (Wahlen für die erste Kammer. Bekanntmachung über Eröffnung der Kammern.) München (Die Kammer und die deutsche Einheit.) Nürnberg (Adressen für das preußische Kaiserthum.) Aus der Pfalz (Ergänzungswahl. Adresse an die Ständekammer. Stuttgart (Die Berathung über den Reyscher'schen Antrag.) Dresden (Kammer und Ministerium über die Grundrechte. Minister Braun) Konstanz (Grenzhändel zwischen Würtembergern und Schweizern.) Mainz (Wahl des Bischofs. Feier des 24. Febr.) Limburg (Provinzialstände.) Braunschweig (Stimmen über die österreichische Note.) Oldenburg (Glückliche Beendigung des Verfassungslandtags. Die Flottensteuer nicht bewilligt.) Schleswig (Stimmung in und über Nordschleswig. Verfahren der Dänen daselbst. Kriegerische Stimmung der Landesversammlung.)

Frankreich. Paris (Tagesbefehl Napoleon Bonaparte's. Entlassung des Majors Aladenize. Der Präsident in der Börse. Die garde républicaine. Ein Regierungsingenieur nach Kalifornien.)

Schweiz. Zürich (Auflösung der römischen Schweizerregimenter. Schlägereien zwischen Thurgauern und Reichstruppen. Schweizerisches Postwesen. Sparkassen.) Bern (Neue Note der sardinischen Regierung. Der Bundesrath und die städtische Behörde.)

Niederland u. Belgien. Haag (Eröffnung der neuen Generalstaaten.) Brüssel (Die Konferenz. Die Kornzölle.)

Deutschland.

⁝ **Frankfurt,** 19. Febr. Die preußische Note ist angekommen. Preußen besteht mit würdiger Mäßigung auf seinem und jedes deutschen Staates Recht, sich enger zu vereinigen; es besteht auf dem Bundesstaate, in welchen zu treten Niemand gezwungen, aber auch Niemand abgehalten werden dürfe.

Bereits haben die Bevollmächtigten mehrerer Staaten die Wünsche ihrer Regierungen wegen der Verfassung vorgetragen. Die Bedenken, welche sich auf Heerverfassung, Flußzölle u. s. w. beziehen, werden bei der zweiten Lesung gewiß gebührende Berücksichtigung finden.

⊙ **Frankfurt,** 18. Febr. Die gestrige Versammlung der Bundesstaatler im Weidenbusch umfaßte gegen 200 Abgeordnete, wozu die mittleren Parlamentsparteien den Hauptstamm geliefert hatten. Von den Oesterreichern fehlten Alle bis auf Einen (Herr Mareck), der sich gleichfalls an der Verhandlung nur durch seine Gegenwart betheiligte. Von den Baiern hingegen hatten sich diejenigen eingefunden, die durch ihre Abstimmungen bereits als feste Anhänger eines festen deutschen Bundesstaats bekannt sind. Was die auf den äußersten Flügeln stehenden Parteien anlangt, so bemerkten wir vom Café Milani die Herren Graf Schwerin und von Selchow. Von der Linken die begabten Führer des Donnersbergs und deutschen Hofes: Herren Ludwig Simon von Trier und Vogt von Gießen. Zur Einleitung der Versammlung sprach Vater Arndt einige Worte, in Folge deren die bei der Zusammenberufung vorzugsweise betheiligten Herren Biedermann aus Leipzig und Reh aus Darmstadt mit der Handhabung des Vorsitzes beauftragt wurden. Herr Biedermann bezeichnete zunächst den Zweck der Vereinigung: die Einen wollen eine Verfassung für Deutschland, die Andern ein Deutschland für die Verfassung herstellen. So hat man den Zwiespalt vorwurfsvoll bezeichnet. Lassen wir immerhin den Unterschied gelten. In der That wollen wir einen Bundesstaat als Form der Einheit und Macht des Reichs und bemessen darnach dessen geographische Ausdehnung, während die andern umgekehrt verfahren. Herr Grumbrecht aus Lüneburg hält von derselben Anschauung ausgehend §. 2 und 3 des Verfassungsentwurfes vom Reich für unerläßliche Bestimmungen; auch Herr Siemens aus Hannover möchte nur unbedeutende Zugeständnisse nach der andern Richtung hin anrathen, wie den Wegfall des Kaisertitels und der Civilliste. Hr. Wurm hebt nachdrücklich hervor, vor Allem gelte es, einen Willen zu bewähren, das heißt unerschütterlich am Bundesstaate festzuhalten. Hr. Friedrich v. Raumer, der versuchte Reichsgesandte für Frankreich, unterstützt dieses Verlangen durch seine Erfahrungen im Auslande. Auf dem Großen und Wesentlichen müsse man beharren, im Unbedeutenden könne man nachgeben. Das Ausland mißachte Deutschland in der Erscheinung des alten Staatenbundes und die deutschen Souveränetäten seien eine Schöpfung Napoleons zur Erniedrigung des Vaterlandes und der Fürsten selbst gewesen. Selbst der Gedanke einer Theilung Deutschlands liege den auswärtigen Mächten nicht gar ferne. Hr. Graf Schwerin will, daß das Programm der Vereinigung des Weidenbusches nicht zu sehr in's Einzelne eingehe, daß es einfach das Festhalten an §. 2 und 3 voranstellen solle, worauf Hr. Riesser von Hamburg erklärt, über den Zweck der Einheit walte kein Zweifel ob, nur über die Mittel dazu könne man sich im Zwiespalt befinden. Nach seiner Meinung seien die in der ersten Lesung genehmigten Bestimmungen der Verfassung vom Reich und der Reichsgwalt als das Minimum zu betrachten, womit der Zweck der Einheit zu erreichen sei. Hr. Jordan v. Berlin schlägt eine Kommission vor, die das Verhältniß zu Oesterreich zu formuliren hätte. Hr. Wernher von Nierstein legt, wie auch das spätere Wort Hrn. Vogts von Gießen, den Hauptnachdruck der Forderungen an eine deutsche Verfassung auf das Volkshaus. Dorthin müsse alles Gewicht gewendet werden, und schon gingen von der anderen (österreichischen) Seite Vorschläge um, die das Volkshaus fallen lassen. Ein Staatenhaus allein aber werde nimmermehr den Willen des Volkes vertreten, sondern viel eher die dynastischen Interessen. Hr. Jahn aus Freiburg an der Unstrut fügt hinzu, daß die Kriegsflotte eine unbedingt deutsche und daß sie ausschließlich in des Reiches Eigenthum und Befehl sein müsse. Hr. Reh aus Darmstadt endlich faßt die Summe des Gegenstandes in der Mahnung zusammen: Alles was die Nationalversammlung bisher berathen und gethan, ist untergeordnet gegen die jetzt zu treffende Entscheidung. Mit der Begründung des Bundesstaates erst beginnt das Eigentliche unserer Aufgabe (Beifall), und nun ist es die Pflicht jedes Patrioten, sich unter Verzicht auf sonstige Meinungsverschiedenheiten, um das Banner der Einheit zu schaaren! Diese Worte werden mit um so lebhafterer und dankbarerer Zustimmung empfangen, als sie von einem Mitgliede der entschieden linken Partei, der Westendhalle kommen, aus der übrigens eine große Anzahl und namentlich die Hannoveraner schon längst in der Bundesstaats- und Oberhauptsfrage von dem verneinenden Theile des Hauses zu dem bejahenden übergetreten sind. Hr. Biedermann lenkt die Verhandlung auf das Formelle und nachdem noch Hr. v. Raumer aus Dinkelsbühl die unmittelbare Lesung des Verfassungsabschnittes vom Reiche und von der Reichsgewalt nach Erledigung des Wahlgesetzes gefordert hat — ein Vorschlag, welchem die Versammlung sodann durch Beschluß beipflichtet, werden folgende Herren durch Namensaufruf als diejenigen bezeichnet, aus deren Mitte ein engerer Ausschuß zum Entwurf des Vereinsprogramms ernannt werden soll. Die sieben Mitglieder, die letzteren bilden und den Entwurf bis Montag Abend den 19., wo sich die Versammlung im Weidenbusch wiederholt, vorlegen werden, sind durch gesperrte Schrift hervorgehoben: Reh aus Darmstadt, v. Selchow aus Preußen, Riesser aus Hamburg, Duncker aus Halle, Zell aus Trier, Rüder aus Oldenburg, Grumbrecht aus Hannover, Friedrich v. Raumer aus Berlin,

Löw aus Posen, Biedermann aus Sachsen, Fuchs aus Breslau, Wernher von Nierstein, v. Langenfeldt aus Braunschweig, Waitz aus Göttingen, Vogt aus Gießen und — da letzterer ablehnte, weil er der entgegenstehenden Vereinigung der Mainlust (Staatenbündler) zugesagt hat, ihre Vorschläge zum Bericht an die Linke anzunehmen — Herr Wurm aus Hamburg. Herr Vogt bezeichnet bei dieser Gelegenheit den Trennungspunkt der Linken in einer Weise, die alle Hoffnung gibt, daß sich der edlere Kern derselben den Einheitsbestrebungen anschließen wird. Wir fordern, sagt er, daß das Schwergewicht der deutschen Verfassung in das Volkshaus gelegt werde. Da die mittleren Parteien den ganzen Bundesstaat eben nur in dem Sinne einrichten, daß dies Volkshaus nicht nur einen Willen in sich, sondern auch die geschlossene Macht der Ausführung hinter sich und kein Schattenspiel eines zerfahrenen Staatenbundes von bloß scheinbarer Größe und trügerischer Einheit, sondern klare Verhältnisse um sich habe, so wird die Vereinigung nicht schwer sein.

*** **Frankfurt**, 17. Febr. Die Fraktionen der Linken wählten gestern ihre Mitglieder in die Kommission der österreichischen Koalition und zwar: der Donnersberg: v. Rheinstein, Schütz, Louis Simon; der deutsche Hof: Eisenstuck, Rödinger und Vogt; die Westendhalle: Raveaux, Venedey und Vischer aus Tübingen. Vorerst will aber die Linke nur die Vorschläge sich zur Kenntnißnahme bringen lassen und an ein gedeihliches Resultat glaubt sie selbst nicht. Uebrigens sollte heute Abend noch eine Besprechung der Kommissions-Mitglieder der Linken und darauf gemeinsame der ganzen Instruktionskommission stattfinden.

*** **Frankfurt**, 17. Febr. Die Reichstagsmitglieder Graf v. Schwerin und v. Vincke reisen morgen nach Berlin ab, um ihre Plätze in der zweiten Kammer einzunehmen. Graf v. Rechberg ist nach Ollmütz bereits zurückgekehrt.

Frankfurt, 17. Febr. Der badische Staatsminister v. Dusch, welcher schon in voriger Woche hier anwesend war, ist gestern wieder von Karlsruhe hier eingetroffen. Derselbe soll die Erklärung der großh. Regierung über die Verfassungsbeschlüsse erster Lesung hierher gebracht haben. (D. P. Z.)

*** **Frankfurt**, 17. Febr. Man will wissen, die französische Regierung habe die landgräfliche Regierung Homburg aufgefordert, die Spielpächter Blanc in Homburg (soll wohl heißen: die Spielpachtassociation) zu entschädigen, da der mit ihnen auf 30 Jahre abgeschlossene Pachtvertrag schon nach dem 6. Jahre aufgehoben werde. Es ist nicht wohl zu glauben, daß die französische Regierung, sei es auch zum Vortheil eines französischen Bürgers, einer deutschen Regierung eine Entschädigung zumuthete, bevor der betreffende französische Bürger den Weg des Rechts gegen die vermeintliche Verletzung eines Vertrags eingeschlagen. Wenn aber das deutsche Gericht sagt, daß der Kläger keine Entschädigung beanspruchen könne, wird sich die französische Regierung nicht anmaßen, sie zu dekretiren.

Wien, 12. Febr. Die Allg. Z. enthält folgende Mittheilungen aus Hermannstadt: Als Bem anrückte, wurden alle Weiber und Kinder über die Grenze geschickt, und man versichert mich, daß buchstäblich nur zwei Frauen, eine im Wochenbett die andere 83-jährig, zurückgeblieben seien. Leider floh aber auch eine Anzahl von jungen Männern, mit dem Comes an der Spitze (Graf der Sachsen), was die allgemeinste Entrüstung hervorrief. Die Zurückgebliebenen schwuren sich auf Tod und Leben zu vertheidigen, und haben ihr Wort redlich gehalten. Der erste walachische Ort, eine Poststation von Hermannstadt, ist Kinest, das alte castra Trajana, jenseits des Durchbruchs der Aluta durch den Grenzpaß des rothen Thurmes; es ist ein ärmliches Dorf von nur 23 Häusern, überfüllt von 2000 Russen und einem Bataillon Türken. Die russischen Offiziere waren die Höflichkeit selbst, quartierten die Truppen und sich selber aus, und bivouakirten trotz der Kälte des 23. Jan., um die elenden Hütten den schönen Hermannstädterinnen einzuräumen. Natürlich reichte der Raum nicht zu, und eine große Anzahl Weiber und Kinder mußte in den Wagen übernachten. Bei Abgang des Briefes hieß es, die Russen hätten Befehl erhalten, in Siebenbürgen einzumarschiren. Die Sachsen sind empört über die militärische Vernachlässigung ihres Landes, da es sich jetzt erst herausgestellt hatte, daß weder Pulver noch selbst Kugeln genug vorhanden waren.

△ **Wien**, 14. Febr. Unter unseren Finanzmänner ist nur eine Stimme darüber, daß die Summe von 25 Millionen, welche die Finanzverwaltung zur Deckung eines Theiles der neuen Anleihe in Staats-Central-Kasse-Anweisungen emittirt, sehr schnell realisirt sein wird. Als Beweis, daß sie sich nicht irren, mag dienen, daß seit dem 12., wo die Ausgabe der Anweisungen begann, für die Stadt Wien allein schon an drei Millionen derselben umgesetzt sind. Rücksichtlich der weitern 55 Millionen der Anleihe scheint sich das Ministerium jedoch in einiger Verlegenheit zu befinden, da das Ausland kein Darlehen eingehen will ohne Hypothek. Entweder wird sich nun das Ministerium an die Kammer wenden müssen, um die Ausdehnung der Kassenscheine auf die übrige Summe zu erlangen, oder es dürfte der Versuch gemacht werden, die ungarischen Krongüter als Hypothek zu verwenden. An dieser letzten Ermächtigung aber würde wohl die Hoffnung derer scheitern, welche Ungarn nicht mehr als selbstständiges Königreich, sondern der Gesammtmonarchie einverleibt sehen wollen, und darum wird man nur in dem äußersten Falle zu diesem Mittel seine Zuflucht nehmen. Die Zahl der seit dem 1. d. M. in den Straßen gefundenen und abgelieferten Waffen beträgt nun bereits über 4000 Stück. Dennoch fallen von Zeit zu Zeit Schüsse in der Stadt und den Vorstädten und der erste Schreck über die Geldbuße scheint nur noch dem Gemeinderath inne zu wohnen. Der Gouverneur läßt es an Versuchen nicht fehlen, um dem „bösen Geiste" auf die Spur zu kommen; in einer Kundmachung von gestern verspricht er jedem „Rechtlichdenkenden," der einen solchen Thäter auf frischer That ergreift und „zur Haft und Strafe einliefert," eine Belohnung von 100 Dukaten. Die Veranlassung zu dieser Prämie gab ein Kattundruckergeselle aus Nußdorf, der sich am 12. Abends die sonderbare Unterhaltung machte, zwischen dem Franzens- und Schottenthor Raketen steigen zu lassen, worin er durch seine Verhaftung gestört wurde. Seit jenem Abende ist es nicht mehr rathsam einen Abendspaziergang auf dem Glacis zu machen, wenn man nicht der Unannehmlichkeit ausgesetzt sein will, sich alle Taschen durch die Patrouillen durchsuchen zu lassen — was sich allerdings nicht einmal jeder „Gutgesinnte" gerne gefallen läßt. So wird jetzt bei uns die jüngst von unserem Reichstage gewährleistete „Freiheit der Person" verstanden und geübt.

* **Wien**, 14. Febr. Ueber dem Einmarsch der Russen in Siebenbürgen schwebt noch immer ein mysteriöses Dunkel. Bedeutungsvoll ist jedenfalls die im gestrigen Abendblatt der Wiener Zeitung enthaltene Notiz aus Czernowitz vom 4. Februar: Die heutigen Briefe aus Jassy bestätigen wieder den fast täglichen Einmarsch russischer Truppen aus Bessarabien in die Moldau. Ueber den Zweck dieser ungeheuern Truppenanhäufung in den Donaufürstenthümern gehen begreiflicher Weise die sonderbarsten Gerüchte. — Dr. Ferdinand Mayer ist heute für den Wahlbezirk Leopoldstadt als Deputirter nach Frankfurt gewählt worden. — Graf Moritz Almasy bleibt vorläufig in Ofen als provisorischer Chef der Kameralangelegenheiten.

⊙ **Ollmütz**, 12. Febr. Seit einigen Tagen sind sämmtliche Minister hier und halten täglich Konferenzen. Der Gegenstand derselben wird aber so sorgfältig geheim gehalten, daß Niemand etwas Gewisses erfährt, und nur Muthmaßungen darüber im Publikum cirkuliren. Als sicher wird angenommen, daß die ungarische und die deutsche Frage, sowie die zu erwartende oktroyirte Verfassung, das Hauptthema der Berathungen bilden. Im Ministerrathe soll darüber selbst ein großer Meinungszwiespalt herrschen; namentlich zwischen Stadion und Bach. Von einer Prorogation ist jetzt Alles wieder stille, da die Auflösung des Reichstags in kürzester Frist als sicher betrachtet wird. Die Staatsbuchdruckerei in Wien soll bereits die künftige Charte Neuösterreichs in Angriff genommen haben; man schließt es daraus, daß sie plötzlich abgesperrt wurde und trotzdem ihre Pressen in voller Arbeit sind. An manchen Orten Mährens und Schlesiens findet die neue Rekrutenausbebung Widerstand, und bereits mußten mehrmals die Renitenzen durch Exekutionskommandos bezwungen werden. Das hiesige Theater ist nun eine Art Hoftheater geworden und hat sogar in der Person des Hofraths Dreßler einen Intendanten bekommen. Heute findet darin eine große, von dem Komponisten Geiger aus Wien veranstaltete Akademie zum Besten der in Ungarn verwundeten Soldaten statt. Nächster Tage wird der abgetretene Monarch, Ferdinand I., aus Prag zu einem Besuche bei seinem Neffen, dem regierenden Kaiser, erwartet. Als zuverlässig habe ich erfahren, daß der Hof Anfangs April unsere Stadt verläßt, indem er nicht Willens sei, die schöne

Jahreszeit hinter den hohen Wällen und Festungsmauern zu verleben. Wo er seinen Sommeraufenthalt nehmen wird, weiß man noch nicht gewiß, doch bezeichnet man Ischl mit der meisten Wahrscheinlichkeit als solchen; bestimmt ist es aber weder Schönbrunn noch die alte Hofburg in Wien; die unglückliche Stadt hat noch nicht genug für ihre Fehler gebüßt und die Stimmung darin hat immer noch nicht, trotz Mißtrauensadressen, Petitionen um Verlängerung des Belagerungszustandes und wie alle die loyalen Kapriolen eines Theils der Wiener Bevölkerung heißen mögen, das Wohlgefallen in den höhern Regionen gewinnen können.

Von der österreichischen Grenze, 14. Febr. In den südslawischen Gegenden wächst die Verwirrung; aber es bereitet sich offenbar auch ein höchst gefährlicher Sturm vor, dessen Ziel und Ende noch nicht abzusehen ist. General Theodorovich ließ Carlowitz, den Sitz des serbischen Nationalkomités, in Belagerungsstand erklären. Die Zerwürfnisse des Patriarchen mit Stratimirovich scheinen dazu die veranlassende Ursache zu sein. Indeß wird wiederholt versichert, daß diese beiden Häupter der serbischen Nation auf dem Punkte der Ausgleichung stehen. Das Chaos der serbischen Angelegenheiten wird durch die spezifisch-österreichischen Bemühungen des Konsuls Mayerhofer noch vermehrt. Mit kaum verhaltener Wuth schreien die Südslawen: Verrath! Sie behaupten, alle in neuester Zeit von der Regierung in Ungarn getroffenen Maßregeln gingen dahin, den Ultramagyarismus, sofern er sich in das altaristokratische Gewand hülle, wieder herzustellen. In Agram hat die Agitation einen sehr bedenklichen Grad erreicht. Die Lage von jetzt und vom September ist eine wesentlich veränderte. Als Jellacic die Drave passirte, galt es einen Kampf von Nation gegen Nation; als das Ministerium Wessenberg sich entschloß zu interveniren, trat es auf die Seite einer Partei und ein endliches für alle drei Theile befriedigendes Kompromiß stand im Hintergrunde. Aber Fürst Windischgrätz drang nach Ungarn vor, während Jellacic seinen Befehlen untergeordnet wurde, ohne zu sagen, welche Sache er dort verfechten wolle. Und dadurch ward die Verwickelung zu einem so bedenklichen Grade gesteigert, daß wir eine neue Katastrophe in nicht ferner Zukunft erwarten zu müssen glauben. Jellacic steht in Szolnok. Was ich Ihnen jetzt melde, ist zuverlässige Thatsache. Er hat gegen die Trennung und Zertheilung seines Korps protestirt. Er mußte es thun, um nicht seine ausnehmende Popularität in der slawischen Welt auf das Spiel zu setzen. Auf die Zusammenberufung des Landtags wird in Kroatien energisch gedrungen. Mit derselben nimmt die Jellacic im Sommer zu Theil gewordene Diktatur ihr Ende.

(Leipz. Z.)

Berlin, 16. Febr. Zu Abgeordneten für die erste Kammer sind gewählt worden:

Provinz Preußen. Regierungsbezirk Gumbinnen:

Oberlandesgerichtspräsident v. Kirchmann, Ragnit, Kommerzienrath Lutterkorth, Tilsit.

Regierungsbezirk Danzig.

Gutsbesitzer Baron v. Palecke in Spengawsken, Deichgraf Friese in pr. Königsdorf.

Provinz Posen. Regierungsbezirk Posen.

Staatsminister a. D. Flottwell (Meseritz), Oberstlieutenant von Griesheim (Meseritz).

Provinz Sachsen. Regierungsbezirk Merseburg.

Graf Helldorf in Wollmirstadt, Obertribunalsrath Professor Simson in Königsberg.

Berlin. Bekanntmachung. Die Eröffnung der durch das königliche Patent vom 5. Dez. v. J. zum 26. d. M. zusammenberufenen Kammern wird an dem gedachten Tage Vormittags 11 Uhr im Weißen Saale des hiesigen königlichen Schlosses stattfinden. Die Herren Abgeordneten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß ihnen am 24. und 25. von 8 Uhr Morgens bis Abends 8 Uhr und in den Morgenstunden des 26. d. M. in dem provisorischen Bureau jeder der beiden Kammern (für die erste Kammer hinter der katholischen Kirche Nr. 1, für die zweite Kammer in der Leipziger Straße Nr. 55), gegen Vorzeigung der zur vorläufigen Legitimation dienenden Schreiben der Wahlkommissarien, durch welche sie von der auf sie gefallenen Wahl benachrichtigt worden, Eintrittskarten werden ausgehändigt werden. Berlin, 16. Febr. 1849. Der Minister des Innern. von Manteuffel.

München, 15. Febr. „Il n'y a que l'Allemagne qui puisse offrir un tel spectacle de confusion!" Ich gedachte in der Kammersitzung vom 9. d. M. jener hämischen Worte des „Journal des Debats" in seinem letzten Ueberblicke der deutschen Zustände, worin das französische Blatt uns gänzliche Zeugungsunfähigkeit im politischen Leben vorwarf und mit dem Polen uns auf gleiche Linie stellte. Jeden Tag hatte die baierische Linke ihren Enthusiasmus für die deutsche Einheit ausgelegt, und nun erklärt sie aus dem Munde des Abgeordneten Kolb, daß, wenn Oesterreich für den engsten Verband mit dem deutschen Reiche nicht gewonnen werden, d. h. wenn das Unmögliche nicht möglich gemacht werden könne, die baierischen Abgeordneten aus der deutschen Reichsversammlung ausscheiden sollten. Und wie zum Hohn wird dieser Erklärung ein dreimaliges Hoch auf das einige und starke Deutschland beigefügt! Also Deutschland soll einig und stark werden und zugleich erklärt man, daß dem Beschluß der Mehrheit der Vertreter des deutschen Volks im Betreff der neuen Reichsgewalt von Seiten Baierns nicht zu gehorchen sei. Nicht wundern dürfen wir uns, wenn bei solchem Wirrwarr der Ideen das Ausland die Bestrebungen der Deutschen verspottet und verlacht, wenn im britischen Parlament ein nüchterner Redner den großen historischen Akt in Frankfurt für einen schlechten deutschen Roman erklärt. Es ist möglich, daß sich die Herren Müller, Kolb und Gesinnungsgenossen die innige Vereinigung Oesterreichs mit uns zu einem deutschen Reiche als eine einfache und federleichte Sache vorstellen. Die wichtigen Vortheile, welche der Beitritt Oesterreichs uns brächte, d. i. die Schönheit der unteren Donauländer, wo gewiß der günstigste Ort für eine deutsche Ansiedelung — all dies ward uns aus anderem Munde, von anderer Feder weit besser und beredter geschildert. Aber räumt man mit so lockenden Schilderungen unüberwindliche Schwierigkeiten aus dem Wege? Statt einer Wiederholung des hundertmal Gesagten hätten wir von Dr. Müller, der bekanntlich auf Chemie sich versteht, viel lieber das Rezept des Zaubermittels erhalten, wie die Antipathien einer überwiegend slawischen Bevölkerung gegen Deutschland zu beseitigen, und auf welchem Wege jener großen Masse gleichgültiger Deutschen in Oesterreich Gluth und Begeisterung für die deutsche Einheit einzuimpfen sei. Ein Frankfurter Korrespondent der Allg. Ztg., der ebenso patriotisch gesinnt ist, wie die Herren Müller und Kolb und mehr politischen Verstand besitzt, als beide zusammengenommen, sagte unlängst: „Der nationale Gedanke reicht von hier nach Oesterreich hinüber, aber nicht von Oesterreich bis hierher, und die nationalen Empfindungen drüben sind nicht lebendig genug, um, ich sage nicht Anstrengungen oder Opfer, sondern um auch nur kräftige Willensäußerungen, ja sogar um lebhafte Wünsche hervorzurufen." Der Mann, der diese Worte schrieb, war im April und Mai 1848 selbst mit mir Augenzeuge der Bewegung in Oesterreich. Wir hatten damals ziemlich gute Gelegenheit, die Menschen und Verhältnisse zu beobachten, und waren oft mit demselben Dr. Löhner, der für den Führer der deutschen Partei im österreichischen Reichstage galt, heute aber mit den Slawen liebäugelt und keines warmen Wortes für die deutsche Sache fähig scheint, in persönlichem Verkehr, schon damals hatten wir den Dr. Löhner und seine Partei nicht irrig beurtheilt. Wir gestehen, daß uns die Aussichten in Deutschland immer trüber erscheinen, lassen aber die Hoffnung nicht sinken. Sollte auch das deutsche Werk von 1848 wie ein Traum verschwinden, es würden Millionen in Deutschland bleiben, die das edle Traumbild in treuer Brust bewahren. Wohl sehen wir, daß selbst die Spötter vom Lager der Partikularisten sich heute in den Streit zu mischen wagen und über die todte Gestalt der Germania spotten, die an der Wand der Paulskirche eine schön gemalte Leiche geblieben sei. Höhnet immerhin! Noch lebt eine deutsche Jugend, die des Pygmalion Sehnen im Busen trägt, und eine neue Generation würde den prometheischen Funken finden, der dem Bilde die Gluth des Lebens einhaucht.

Nürnberg, 15. Febr. Auf eine von dem Abgeordneten Hrn. Dr. Krafft ausgegangene Anregung haben der hiesige „konstitutionelle Verein" und der „Verein für Freiheit und Ordnung" beschlossen, Adressen an die Nationalversammlung zu richten, worin sie sich für das preußische Kaiserthum erklären. Die Adresse des ersten Vereins spricht sich zugleich mit Bestimmtheit für die Erblichkeit aus. (Nürnb. Corr.)

†† Aus der Pfalz, 16. Febr. Gestern fand in Speier die Ergänzungswahl für die Ständekammer statt. Von 161 Wahlmännern dieses Wahlbezirks gaben 126 ihre Stimmen dem aus der Nationalversammlung bekannten katholischen Pfarrer Tafel von Zweibrücken. Sie glaubten hiermit den Beweis geliefert zu haben, daß es ihnen bei diesen Wahlen durchaus nicht auf das kirchliche Bekenntniß ankomme, und erwarten von ihm um so mehr ein entschiedenes Auftreten gegen die ultramontane Geistlichkeit der Ständekammer, da er von derselben wegen seiner freisinnigeren

Richtung, troz seiner übrigen Vorzüge, schon manche Zurücksetzungen erfahren mußte.

† Aus der Pfalz, 16. Febr. Aus Kirchheimbolanden und der Umgegend sind ebenfalls mehrere Adressen im Sinne derer von Neustadt und Dürkheim an die Ständekammer in München abgegangen, welche sich mit großer Unzufriedenheit über die Thronrede aussprechen und unbedingte Anerkennung der Grundrechte, Auflösung der ersten Kammer und eine offene Mißtrauensbezeugung der Deputirten gegen den Herrn v. Weisler fordern, weil er im Parlament die Grundrechte selbst mitberathen und dann nur von Vereinbarung gesprochen habe. Solche Zeugnisse verlieren indeß nunmehr durch jene von Herrn Kolb mitveranlaßte Erklärung der Ständekammer, wornach sie es mit den Oesterreichern gegen Preußen, darum auch gegen die Vereinigung Deutschlands, gegen die Nationalversammlung, gegen die freie Vollendung des deutschen Reichsverfassungswerkes halten will, alle tiefere Bedeutung. Sie beweisen im Gegentheil, daß jene demokratischen Vereine die Grundrechte und Centralgewalt nicht als Zweck, sondern stets nur als Mittel für ihre Sonderzwecke betrachtet haben.

-:- **Stuttgart**, 14. Febr. Die Berathung des Reyscher'schen Antrags über die von der würtembergischen Kammer hinsichtlich der preußischen und österreichischen Note abzugebende Erklärung hat, außer der Kundgebung der entschiedensten Sympathien für Oesterreich, im Grunde wenig Bemerkenswerthes zu Tage gefördert. Betrachtungen und Ausführungen über Werth und Bedeutung einer Verständigung im Gegensatze der Vereinbarung, offene und versteckte Angriffe gegen Preußen, in dessen Note der Abgeordnete Schnitzer die „alten diplomatischen Kniffe" wieder entdeckte, während Oesterreich „ehrlich und gerade" zu Werke gehe, und einige Seitenblicke auf die endliche Konstituirung einer Republik als alleiniger Retterin für das deutsche Volk „mit seiner tausendjährigen Leidensgeschichte, mit seiner frommen Hingebung und seinen so oft getäuschten Hoffnungen" — das Alles ist zu oft dagewesen, als daß es auch nur den Reiz der Neuheit noch zu bieten vermöchte. Ich darf mich in meinem Berichte im Wesentlichen auf die Erklärungen beschränken, in welchen Staatsrath Römer die Ansicht der würtembergischen Regierung niederlegte. Schon der Kommissionsbericht hatte die Thatsache nicht verkannt, daß nach Lage der Sachen ein sofortiger Beitritt Oesterreichs zum deutschen Reiche nicht zu erlangen sein werde, hatte es indeß als selbstverständlich angenommen, „daß, wenn dieser Beitritt des einen oder andern Staates für jetzt auf Hindernisse stoßen sollte, der rechtliche Abschluß einer das ganze deutsche Reich begreifenden Verfassung nicht aufzuhalten sein würde, in der sicheren Erwartung, daß die betreffenden deutschen Staaten, getragen von der Idee der nationalen Einheit, von selbst darauf hinwirken würden, jene Hindernisse zu beseitigen und dadurch die thatsächliche Vollendung des deutschen Verfassungswerkes herbeizuführen." Dieser Ansicht entsprechend erklärte Römer, nachdem er dem mehrfach angegriffenen Charakter seines „Freundes" Gagern in warmen und beredten Worten Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß Oesterreichs Verhältnisse der Art seien, daß es für den Augenblick höchst wahrscheinlich nicht beitreten werde, daß aber dadurch kein Hinderniß gegeben sein könne, warum die Reichsverfassung überhaupt nicht zu Stande kommen solle, sondern daß die Nationalversammlung, da von einem Zwange gegen Oesterreich vernünftigerweise nicht die Rede sein könne, daraus nur Veranlassung nehmen werde, die Verfassung in einer Weise festzusetzen, welche Oesterreich den späteren Beitritt möglich mache. Dazu sei aber vor allen Dingen nöthig, daß man die Erblichkeit des Kaiserthums fallen lasse: Oesterreich werde sich Preußen und Preußen werde sich Oesterreich nicht unterordnen; es möge das nicht patriotisch sein, aber es sei menschlich, und wer für die Erblichkeit des Kaiserthums stimme, der schließe Oesterreich für ewige Zeiten von Deutschland aus. Die Nationalversammlung habe übrigens freilich das Prinzip der Vereinbarung verworfen, weil eine Vereinbarung ein Vertragsverhältniß sei, sie habe jedoch nicht eine Verständigung, das gegenseitige Bestreben sich zu nähern, abgewiesen; einer solchen vorhergehenden Verständigung über einzelne Differenzpunkte werde sie sich nicht entziehen können und wollen, aber das letzte und entscheidende Wort könne und werde sie sich nicht nehmen lassen. Die Anträge Reyscher's wurden schließlich unverändert, nur der dritte, die Erklärung: „daß die Kammer zu der Nat.-Vers. das Vertrauen hege, sie werde, unbeirrt durch entgegenstehende Erklärungen einzelner Regierungen, das große Werk der Nationaleinigung auf dem betretenen Wege zum Ziele führen," in folgender nicht unbedeutend modifizirter Fassung angenommen: „sie werde, unbeirrt durch die sich ihr entgegenstellenden Schwierigkeiten, woher sie auch kommen mögen, das große Werk der Nationaleinigung im Sinne und Geiste des ihr vom deutschen Volke ertheilten Auftrags zum Ziele führen." Das Präsidium ist übrigens beauftragt, den gefaßten Beschluß zur Kenntniß der Nationalversammlung zu bringen.

A **Dresden**, 14. Febr. Kammer und Ministerium sind in Bezug auf die Grundrechte im schroffsten Widerspruche. Das Ministerium erklärte allerdings in der heutigen Sitzung (deren Resultat bereits gestern gemeldet worden) seine Absicht, die Grundrechte als die erste Frucht der Einigung des deutschen Vaterlandes in einem neuen Geiste auch in Sachsen zur Geltung gelangen zu lassen, aber es möchte auch gern den Zeitpunkt der Einführung wenigstens so lange hinausschieben, bis alle andern deutschen Staaten vorangegangen sind, um Sachsen vor den großen Nachtheilen und Gefahren, die ihm die Grundrechte nothwendig bringen müßten, zu bewahren. Minister von der Pfordten erklärte, er gedächte eben so wie das Prinzip der Freiheit auch das Prinzip der Ordnung im Staate aufrecht zu erhalten, und entwirft ein düstres Gemälde von der Verwirrung, der Rechtsunsicherheit und namentlich von den materiellen Nachtheilen, die mit den Grundrechten zugleich über Sachsen hereinbrechen würden. Die Kammer ließ sich auf eine gründliche Widerlegung dieser Einwürfe gar nicht ein, denn Tzschirner's oberflächliches Raisonnement verdiente diesen Namen nicht; sie ging in ihrer Mißachtung gegen das Ministerium so weit, daß sie nicht einmal die Verlesung der von der Regierung zu den Grundrechten gemachten Bemerkungen gestattete. Man hielt dem Ministerium nur entgegen: „Eure Einwendungen beruhen auf falschen Voraussetzungen und sind unwahr; eure Erläuterungen sind zum Theil Beschränkungen." Im Uebrigen schien die Kammer nicht ohne Selbstkenntniß zu denken: „Die Leute, welche die Grundrechte gemacht haben, werden sich wohl überlegt haben, daß sie dem Volkswohl heilsam und förderlich sind; was sollen wir uns noch mit ihrer Vertheidigung abmühen?" Sie ließ es daher bei bloßen Beschuldigungen des Ministeriums bewenden, es wolle temporisiren, es verstecke seinen Widerwillen gegen die Grundrechte überhaupt hinter einzelnen Ausstellungen, und es habe bei der Krone verschleierte Hindernisse einer besondern Art gefunden. Den letztern Vorwurf wies von der Pfordten sehr entschieden zurück. Morgen wird Justizminister Braun wieder in der Kammer erscheinen; er ist noch vor Ablauf seines Urlaubs mit ziemlich gestärkter Gesundheit hierher zurückgekehrt und hat sein Portefeuille wieder übernommen.

Konstanz, 15. Febr. Ueber die weiteren Folgen der aus der Schweiz berichteten Schlägerei zwischen Schweizer und Würtemberger Soldaten, berichtet der Schw. M.: Einer der Soldaten blieb, wie es scheint in der Trunkenheit, zurück, der, wir wissen nicht aus welchen Gründen, seither von den Schweizern festgehalten wurde. Folgenden Tag hieß es, daß, nachdem eine Unterhandlung wegen Rückgabe desselben zu keinem gewünschten Resultat führte, die Soldaten den Entschluß gefaßt hätten, ihn eigenmächtig zu befreien. Ein solcher Versuch der Gebietsverletzung fand nicht statt; doch scheint es, daß man in der Schweiz einen gewaltthätigen Einfall befürchtete, denn gestern Abend hörte man in den nahen Dorfschaften Generalmarsch schlagen, und kaum 100 Schritte von unserem Kreuzlinger Thor soll die Nacht über ein Wachposten von 200 Schweizer Scharfschützen gestanden haben. Auch diesseits sind die Posten verstärkt, doch steht zu hoffen, daß sich die Sache bald friedlich ausgleichen wird.

.*. **Mainz**, 17. Febr. 1849. Nächsten Donnerstag, den 22. d. M. findet die Wahl des neuen Bischofs durch das hiesige Domkapitel statt. Am 24. Februar, an dem Jahrestage der französischen Revolution von 1848 wird von Seite des hiesigen demokratischen Vereins ein großes Bankett veranstaltet werden. Dasselbe findet im Theatergebäude statt, dessen Benützung diesem Vereine vom Gemeinderath mit größter Bereitwilligkeit zugestanden wurde. Gestern Abend fand auf der hiesigen Bühne die Aufführung von Fröbels „Republikaner" statt, fand aber nicht den gehofften Beifall, wenigstens beim gebildeten Publikum nicht. Die Fastnachtstage werden dies Jahr ganz geräuschlos vorübergehen.

Limburg. Maestricht, 13 Febr. Die Provinzialstände Limburgs sind auf den 20. d. M. zu einer außerordentlichen Versammlung einberufen, wie es scheint, bloß um einem finanziellen Zweck zu genügen.

Der vaterländische Verein in **Braunschweig** hat am 14. Febr. über das deutsche Verfassungswerk und insbesondere über die österreichische Note Sitzung gehalten und eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung einstimmig angenommen, die durch eine besondere Deputation überbracht werden soll. „Wir vertrauen," heißt es darin, „daß die hohe Nationalversammlung durch das Rundschreiben der preußischen Regierung in dem begonnenen Streben, einen festen Bundesstaat ins Leben zu rufen, nur bestärkt, durch das österreichische Schreiben nicht wankend gemacht werden könne." Die Adresse schließt mit den Worten des Ministers Beckerath: das Warten auf Oesterreich ist das Sterben der deutschen Einheit. (D. A. Z.)

** **Oldenburg**, 14. Febr. Unser Verfassungslandtag hat sein Werk — man darf wohl sagen glücklich, zu Ende gebracht. Wenn auch unsere Demokraten ihre Stimme laut gegen das absolute Veto (welches der Landtag durch einen dritten Beschluß wieder einsetzte) und gegen die indirekten Wahle erheben, so müssen sie doch zugestehen, daß im Uebrigen unsere Verfassung alle, für ein gesundes Staats- und Volksleben nothwendigen Grundbedingungen in breitester Basis darbietet. Möge nun die erste gesetzgebende Versammlung auf dieser Grundlage fortbauen. Der Landtag hat in seinen letzten Sitzungen die Geldbewilligungen für die Verstärkung unseres Militärwesens debattirt und nur wenig mehr als die Hälfte (175,000 Thlr.) der von der Regierung dafür geforderten Summe votirt, jedoch einen Antrag des Abgeordneten v. Buttel angenommen, daß die Regierung im dringenden Falle ermächtigt sein solle, diese bewilligte Summe um ein Fünftel zu überschreiten. Dagegen ist leider! und wie es scheint durch einen Irrthum bei den Abstimmenden, der Antrag der Regierung auf Vorausbewilligung des Beitrags zur deutschen Flottensteuer abgelehnt worden, weil mehrere Mitglieder glaubten, daß der erwähnte Unterantrag, der sich nur auf die Ausgaben für das oldenburgische Kriegskontingent an Landtruppen bezog, die Möglichkeit der Erhebung einer Flottensteuer von Seiten der Regierung schon in sich schließe. Nach dem Schlusse der Sitzung ward den sämmtlichen Mitgliedern des Landtages ein Festmahl gegeben, an welchem viele hundert hiesige Einwohner Theil nahmen.

♉ **Schleswig**, 12. Febr. Nachdem unsere Dragoner und Jäger in Nordschleswig dem von den dänischen Enklaven aus geleiteten Versuch zur Widersetzlichkeit gegen die Regierung den Weg zur Gesetzlichkeit gezeigt, hat Alles daselbst ein anderes Ansehen gewonnen. Die Leute stellen sich bei ihren Beamten ein, zahlen willig die Steuern und geben ihre Freude zu erkennen darüber, daß nun endlich die täglichen Quälereien von Seiten der dänischen Propaganda ein Ende genommen haben. Auch meldet sich da jetzt die junge Mannschaft freiwillig zum Waffendienst. Hat diese Mischlingsbevölkerung, wie in jedem Grenzlande, auch keine nationalen Sympathien, so ist doch darüber unter ihnen nur eine Stimme, daß sie bei Holstein bleiben wollen. Dagegen gewinnt in Südschleswig die Ansicht immer mehr Raum, die Nordschleswiger, eben weil sie keine Nationalität haben und haben können, dahin gehen zu lassen, wohin sie wollen. „Was dem Einen recht ist," heißt es, „ist dem Andern billig." Auch in der Landesversammlung denkt man so, obgleich der Landvogt Lempfert aus Meldorf sich den Unwillen der Gallerien zuzog, als er in diesem Sinn öffentlich sprach. Dagegen ist nichts abgeschmackter und erbärmlicher als das Verfahren der dänischen Regierung gegen die Nordschleswiger. Anfangs suchte sie in jeder Weise Nordschleswig zur Widersetzlichkeit, zur Gewalt und Gesetzlosigkeit aufzureizen. Jetzt hat sie den Ernst unserer Regierung gesehen und sucht einzulenken. Ein lithographirtes Schreiben aus Kopenhagen an die „unglücklichen" Bewohner Schleswigs, die man immer als Verführte und Unterdrückte darzustellen bemüht ist, lautet: „Die Regierung fordert im Namen des Königs die treue Bevölkerung von Schleswig auf, in ihrem Widerstand gegen unrechtmäßige Forderungen nicht Gewalt der Gewalt entgegen zu setzen, indem sie sich versichert halten kann, daß der König nicht über den ursprünglich für die Dauer des Waffenstillstandes vorgeschriebenen Zeitpunkt hinaus eine Verlängerung des unleidlichen Zustandes einräumen wird, der eine Folge der mangelhaften Ausführung jener Uebereinkunft ist." Dieses Schreiben führt durchaus keine Unterschrift und wird hier natürlich zur Rücksendung nach Dänemark präparirt, d. h. es werden daraus Patronen für unsere Jäger verfertigt. — Die Rüstungs-Angelegenheiten haben in den letzten Sitzungen der Landesversammlung, die geheim waren, fast Zwiespalt hervorgerufen. Man war zwar ganz einig über die Nothwendigkeit der ausgedehntesten Rüstungen zum Kriege; aber eine nicht geringe Anzahl Landtagsabgeordneter wollte auch die Versammlung permanent erklären, um allen Kriegsmaßregeln desto größeren Nachdruck geben zu können. Doch die Besonnenheit siegte und diese Maßregel wurde vorläufig verschoben.

Frankreich.

†† **Paris**, 14. Februar. Der neulich zum Oberst der zweiten Bannmeilenlegion erwählte Napoleon Bonaparte hat seine Legion schwer beleidigt. Er sollte ihr Sonntag vom General Changarnier und dem Präfekten der Seine als Oberst vorgestellt werden. Statt zu Pferde zu erscheinen, kam er in einem Wagen an, fuhr an zwei Bataillons vorüber und entfernte sich dann mit dem Generalstab des Ober-Commandanten der Nationalgarde. Die Bataillons des rechten Flügels bekamen ihren Obersten gar nicht zu Gesicht. Ein Adjutant Changarnier's brachte ihnen nach zweistündigem Warten den Befehl, auf den kürzesten Linien in ihre Compagniequartiere einzurücken. Die Garden, sehr aufgebracht über diese Vernachlässigung militärischen und bürgerlichen Anstandes, riefen: à bas le Colonel, à bas Napoléon Bonaparte. — Heute lesen wir einen Tagsbefehl des unpopulär gewordenen Obersten, worin er der Regierung und dem Vetter Präsidenten Weihrauch streut. Er sagt unter Anderm: „Wir würden angstvolle Tage durchzumachen gehabt haben, wenn die energische und weise Vorsicht der Regierung jene brudermörderischen Kämpfe nicht entfernt gehalten hätte, welche das Herz jedes Patrioten tief verwunden. Bürgerlichen Zerwürfnissen muß man zuvorkommen, um nicht gezwungen zu werden, sie gewaltsam zu unterdrücken. Von welcher Seite unsere Institutionen angegriffen werden sollen, wir wollen zusammen die Ordnung, die Republik und unsern Präsidenten vertheidigen, welcher fast bis zur Einstimmigkeit die Wünsche des Vaterlandes darstellt." Der vom General Changarnier verhaftete Bataillonschef Alandenize ist gestern nebst den drei andern Mobilgardebataillonschefs entlassen worden. Gegen Aladenize soll auf Antrag des General Changarnier kein Kriegsgericht eingeleitet worden sein. Der Präsident Bonaparte ging gestern zur Börse, wo er durch ein Steigen der Kurse um 50 Centimes begrüßt wurde. Zwischen ihm und dem Börsendirektor wurden offizielle Gemeinplätze ausgetauscht. Als er die Kaufhalle verließ, riefen einige Claqueurs: vive Napoléon; die Mehrheit antwortete mit: vive la République. Heute wird das Amendement-Gefolge des Rateau'schen Antrags vor der Assemblée-Nationale Revue passiren. Bemerkenswerth sind die Amendements des Herrn Sénard. Prinzipiell will Herr Sénard den Artikel II. des Gesetzantrages so gestellt wissen: „Die Nationalversammlung wird überdieß vor ihrem Auseinandergehen das Budget der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1849 beschließen. Die zur Prüfung des Budgets ernannte Kommission wird der Nationalversammlung, so oft es der Fortgang ihrer Arbeiten möglich macht, theilweise Berichte vorlegen. Diese Berichte werden in der gewöhnlichen Form vertheilt und nach dem Reglement diskutirt werden. Auf die Tagesordnung dürfen nur Gegenstände betreffend das Budget- oder Wahlgesetz gebracht werden, und nur bei Ermangelung einer Berathung der beiden Gesetze können andere Anträge gestellt werden," und Artikel III. folgendermaßen: „Die Wahlen zur gesetzgebenden Kammer werden am vierten Sonntage nach der entscheidenden Abstimmung über das Budget-Gesetz vorgenommen. Der Beschluß über die Zusammenberufung der Wahlkollegien wird unmittelbar nach dem Erlaß des Wahlgesetzes gefaßt, und zugleich werden die Anordnungen getroffen, nach welchen man sich bei den Wahlen zu benehmen haben wird. Die gesetzgebende Kammer wird sich 16 Tage nach den Wahlen vereinen, mit welchem Zeitpunkte die Gewalten der Konstituante aufhören." Im Falle dieses Amendement die Majorität nicht gewänne, hat Herr Sénard den Artikel II. des Lanjuinais'schen Antrags so redigirt: „Die Wahlen

der Volksrepräsentanten bei der Nationalversammlung werden nach den Listen gemacht, welche zur Wahl des Präsidenten der Republik gedient haben. Ein im Wahlgesetze einzuschaltender Passus wird jene Gesetzverfügungen enthalten, welche den Wahlen der Nationalversammlung als Richtschnur dienen soll," und Artikel III.: „Die Wahlkollegien werden am vierten Sonntage nach dem definitiven Wahlvotum zusammenberufen. Die gesetzgebende Kammer wird sich fünfzehn Tage nach dem festgesetzten Wahltage vereinen, und die Gewalten der Konstituante hören mit diesem Tage auf." Die Garde republicaine macht nach ihrer Reorganisation einen integrirenden Theil der Gensdarmerie. Sie wurde durch ein arrêté des Präsidenten auf 1819 Infanteristen und 311 Kavaleristen reduzirt. Sie steht von nun an unter dem Befehle des Ministers des Innern und Polizeipräfekten. — Die französische Regierung schickt einen Montanistemingenieur nach Kalifornien zur Berichterstattung über den wahren Sachverhalt des Metallreichthums jenes Landes, um die Kapitalisten und Emigranten Frankreichs nicht abenteuerlichen Spekulationen zum Opfer werden zu lassen. Eine Brigg wird zur Disposition des Ingenieurs im Hafen von Havre eben ausgerüstet.

Schweiz.

+ **Zürich**, 16. Febr. Auf die Bitten der Tessiner Regierung hat der Bundesrath noch einigen Emigranten verstattet, im Kanton Tessin verbleiben zu dürfen; einigen Andern wurde die Frist der Auswanderung verlängert, wofür sich der „Rep. tic." sehr dankbar beweist. Die Erbitterung, die Aufregung der Italiener gegen die Schweizer ist immer noch im Steigen begriffen; in der Lombardei behandelt man selbst solche unfreundlich und zieht sich von ihnen zurück, die im vorigen Jahre die Waffen gegen die Oesterreicher ergriffen hatten; man kann sich denken, wie es in dieser Beziehung in Sardinien, und besonders in Toskana und Rom aussehen mag. Auf ziemlich unerwartete Weise sind am 9. die beiden Schweizerregimenter zu Forli und Bologna aus römischen Diensten entlassen; das Offizierkorps weigerte sich, in den Dienst der usurpatorischen Regierung zu treten, der Weg nach Gaeta war versperrt, es blieb also nichts Anderes übrig. Es verdient Anerkennung, daß die römische Regierung auf loyale Weise alle die Bedingungen zu erfüllen versprach, welche auf den Fall einer vorzeitigen Aufhebung der Kapitulation früher festgesetzt waren. Wir glauben uns übrigens nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß wohl der größte Theil der Soldaten, nach Auflösung der Regimenter, wieder in römische Dienste treten, und sich den römischen Nationaltruppen einverleiben lassen wird. Auf diese Weise könnten wir bald das erbauliche Schauspiel erleben, daß Schweizer gegen Schweizer kämpfen müßten. Inzwischen petitioniren mehrere „patriotische" und „Volksvereine" bei der Bundesversammlung um sofortige Aufhebung der Kapitulation mit Neapel, und wenn die Italiener ihren Vortheil verstehen, wird uns wohl nichts weiter übrig bleiben. Auch im Thurgau, in Emmishofen bei Konstanz, fand am 12. ein Konflikt zwischen würtembergischen Soldaten und thurgauischen Landjägern und Bürgern statt: bei einer Schlägerei wurden ein paar Soldaten verhaftet, durch hinzukommende Kameraden aber bis auf Einen wieder befreit, bei welcher Gelegenheit ein paar Thurgauer blutige Köpfe davontrugen; die Regierung hat sofort Untersuchung angeordnet. Der Postvertrag der Eidgenossenschaft mit Oesterreich, der bisher an der Engherzigkeit einiger Kantone ein unübersteigliches Hinderniß fand, ist nun, da das schweizerische Postwesen zentralisirt, der Genehmigung nahe. Die Postkommission hat dem Bundesrath einen Gesetzesentwurf vorgelegt, in welchem das Postwesen als ausschließliches Regal des Bundes erklärt wird. Einem Entwurfe des eidgenössischen Postdepartements zufolge soll die ganze Eidgenossenschaft künftig in folgende eilf „Postkreise" getheilt werden: Lausanne, Bern, Neuenburg, Basel, Aarau, Luzern, Zürich, St. Gallen, Chur, Bellenz und Sitten. Dem „Wochenblatte des schweizerischen Industrievereins" (unser Freihandelsblatt) entnehmen wir einige interessante Angaben über Sparkassen. Die Einlagen in dieselben betragen in Frankreich 10, in der Schweiz 22, in England 28 franz. Frk. auf den Kopf; in Frankreich kommt ein Einleger auf 50, in England auf 26, in der Schweiz auf 20, und in den reichen Städten Basel und Genf gar auf 6 Personen. Sämmtliche Sparkassen in der Schweiz haben zusammen die Summe von 50 Millionen.

Bern. Die „eidg. Ztg." meldet: Die sardinische Regierung hat unterm 10. Februar eine neue Note an den Bundesrath gerichtet, die sich voraussehen ließ. Dieselbe remonstrirt gegen die Verfügung dieser Behörde, daß auch Lombarden, die mit sardinischen Pässen versehen seien, gleich den andern Flüchtlingen zu behandeln seien. Gioberti betrachtet natürlich die Lombarden als piemontesische Staatsunterthanen. Die Note ist schon unfreundlicher als die erste.

Unter dem 5. d. erließ der Bundesrath an den Einwohnergemeinderath von Bern ein Schreiben, worin er seine Zufriedenheit mit den Leistungen der städtischen Behörden und dafür seinen besten Dank ausspricht.

Niederland.

** **Haag**, 13. Febr. Eröffnung der neuen Generalstaaten. Den Vorsitz der vereinigten Kammern führt Graf von Limburg Stirum, vom König zum Vorsitzenden der ersten Kammer ernannt. Der alte pathetische Titel: „Edelmögende" ist endlich aus der Thronrede hinweggefallen, es heißt nun ganz einfach: „Meine Herren." Der König ward inner- und außerhalb des Versammlungssaales von der zahlreich versammelten Menge mit herzlichster Freude begrüßt. Aus der Ansprache heben wir als die wichtigsten Sätze hervor: „Es freut mich, Ihnen mittheilen zu können, daß das gute Einverständniß mit den andern Mächten bewahrt geblieben ist, ungeachtet Umwälzung und Krieg einen großen Theil Europas erschütterten. Die Beziehungen des Herzogthums Limburg zum deutschen Bunde haben einige Schwierigkeiten hervorgerufen, welche ich, auf die Verträge gestützt, aus dem Wege zu räumen hoffe. Inzwischen sind Ruhe und Ordnung im Herzogthume gehandhabt. Das Heer hat dazu auf preiswürdige Weise mitgewirkt, und ich erkenne seine Dienste, die es dort und anderwärts geleistet, mit Vergnügen an. Als die Ereignisse des verwichenen Jahres seine Vermehrung nöthig machten, hat diese, ebenso wie später seine stufenweise Verminderung, gezeigt, daß Niederland seine Streitkräfte schnell und leicht ausdehnen und beschränken kann. Die getroffenen Maßregeln haben ermöglicht, einen erklecklichen Theil jener Summen, um welche das Kriegsbudget für 1848 erhöht worden ist, unberührt zu lassen. Bereits für dieses Jahr wird die Verminderung dieses Budgets nicht unansehnlich sein, und ein bestimmtes Vertheidigungssystem wird fernere Ersparnisse fördern und befestigen. Die Seemacht gibt durch ihre Dienste nur Grund zur Zufriedenheit. Eine Verstärkung an Kriegsschiffen ist nach den ost- und westindischen Besitzungen geschickt worden; zum größeren Schutze des Handels hat ein Kriegsschiff die Ostküste Afrikas besucht, wohin die Handelsunternehmungen sich ausbreiten, und wird ein anderes sich nach der Nordwestküste von Amerika begeben. In den ostindischen Besitzungen herrscht eine erwünschte Ruhe. Maßregeln sind eingeleitet, um den Unfall (tegenspoed) herzustellen, den unsere Waffen, ungeachtet der Tapferkeit der Truppen, auf Bali erlitten haben." Auf das Innere des Landes den Blick wendend, gebe sich manches Erfreuliche kund. Da herrsche Ordnung und Achtung vor Gesetz und Obrigkeit. Wie nachtheiligen Einfluß auch die europäischen Erschütterungen auf Handel und Gewerbe in Niederland ausgeübt, so wende sich jetzt doch Alles wieder zum Besten, und der gegenwärtige Augenblick verspreche eine schönere Zukunft. Schon sei der Anfang mit Ausführung mannichfacher Ersparnisse gemacht, wie sie der bekannte Plan der Minister entwickelt; die meisten bedurften indeß eine gesetzliche Regelung. Die Vorlage der organischen Gesetze, entsprechend der neuen Verfassung, wird versprochen. „Die Störung, welche die letzten Zeitereignisse in den gewöhnlichen Verkehr der Völker herbeigeführt haben, hat nachtheilig auf die Einkünfte des Schatzes zurückgewirkt. Dieser Einfluß wird sich auch während des laufenden Jahres, obwohl im mindern Maße, fühlbar machen. Mit möglichster Berücksichtigung des gewerbthätigen Theiles des Volkes werden Ihnen die Mittel zur Deckung der Ausfälle vorgeschlagen werden. Der Belang und der Kredit des Landes fordern, daß die Lasten des Augenblicks nicht von neuem auf die Zukunft geschoben werden, damit selbst in besseren Zeiten, bei glücklicheren Umständen, nicht Alles unter dem Drucke des Vergangenen fortkränkele und unfruchtbar bleibe." Die Thronrede hat im Allgemeinen nicht das Gewicht und den Schwung, wie man von ihr erwartet hatte. Die Limburger Frage sieht man nun schon so ziemlich als entschieden an, d. h. im niederländischen Sinne, zumal die preu-

sische Cirkularnote dieser Auslegung entgegenzukommen scheint und, wie niederländische Blätter sich ausdrücken, „einen versöhnlichen Geist verräth."

Belgien.

** **Brüssel,** 13. Febr. Der so oft angezweifelte Kongreß wird nun bald eine vollendete Thatsache sein. Am gestrigen Tage bereits sind die Vertreter von Großbritannien (Henry Ellis), Frankreich (Lagrenée) und Sardinien (Ricci) hier eingetroffen; auch der österreichische Vertreter, Graf Colloredo, wird nicht lange mehr von London auf sich warten lassen. Der Palast auf der Herzogsstraße wird dem Kongreß zur Verfügung gestellt. An ein Einverständniß zwischen Oesterreich und Frankreich in der italienischen Frage fängt man von gewisser Seite fest zu glauben an, und dies vorausgesetzt, läßt sich an der nochmaligen Beilegung derselben auf friedlichem Wege kaum noch zweifeln, d. h. man wird gegen geringe Zugeständnisse Oesterreich im Allgemeinen gestatten, die alte Ordnung in Italien wiederherzustellen. Der Restauration in Italien kann dann auch noch die in Deutschland folgen.—Sie erinnern sich, daß der zwischen Holland und Belgien abgeschlossene Handelsvertrag von 1846 dem Herzogthum Limburg eine Reduktion von Dreiviertel des allgemeinen belgischen Zolls für eine Menge von 12 Millionen Kil. Waizen zugesteht, hauptsächlich im Interesse der benachbarten belgischen Industriebezirke. Seit dem 1. Jan. d. J. aber ist der neue belgische Korntarif ins Leben getreten, wonach jener Zoll nur noch 50 Cent. beträgt, d. h. noch weniger, als jenes Viertel, welches Limburg vom Zoll bezahlen mußte. Belgien wollte daher die Begünstigung wegfallen lassen, hat davon jedoch auf die Remonstration des holländischen Ministeriums abgestanden. Jedenfalls aber ist die belgische Begünstigung für Limburg wegen der allgemeinen Zollreduktion fast von keinem Werthe mehr.

Frankfurter Börsenbericht.
(Wochenbericht.)

Das Erscheinen des Präsidenten Bonaparte an der Pariser Börse hat eine elektrische Wirkung auf die Börsenmänner geübt. Er wurde sogleich mit einem Salut von 70 Centimes Hausse empfangen. Alles jauchzte laut auf. Man schrie: Vive Napoléon! Vive la Rente! Der Syndikus der Wechselagenten paraphrasirte in seiner Rede den bekannten Welcker'schen Ausspruch: „Die Staatsschuldscheine steigen, das Vertrauen kehrt wieder." Die alten Diplomaten der Börse glauben in dem Besuche das Zeichen der wieder hergestellten Allianz zwischen Regierungs- und Geldgewalt zu erblicken, eine Verbindung, die unter dem vorigen System in schönster Blüthe stand. Auch die Aeusserung des Präsidenten, daß er gewiß nicht beabsichtige, die Course herabzudrücken, gilt als ein vollendetes Friedensprogramm. Die Einheits- und Freiheitsbestrebungen der Italiener werden darum im Preise fallen. Närrisches Volk, die Franzosen! Doch, es sind nur die französischen Börsen- und Geldmänner, die, gleich allen übrigen auf der Oberfläche der Erde ein gemeinsames Streben verbindet: das Streben nach Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit um jeden Preis, die Unterordnung unter jede Staatsform, wenn sie nur Garantien für jene höchsten Güter zu bieten im Stande ist.

Es läßt sich zwar nicht sagen, daß in unsern innern Angelegenheiten beruhigende Symptome in dieser Beziehung vorherrschen; dennoch erblickt die Börse in dem jetzigen Zustande eine provisorische Stabilität, die zu dem erwünschten Definitivum des ersehnten Ruhepunkts führen dürfte. — Davon gibt ihre Physiognomie in der letzten Woche Zeugniß. Die Kapitalisten bringen fortwährend ihre Kapitalien zu Markt, unbeirrt um kaiserl. österreichische und königl. preußische Noten, um die Kämpfe über das Wahlgesetz in und außer der Paulskirche, um die Polemik zwischen Kaiserlichen und Antikaiserlichen. Es sind namentlich die Staatspapiere Kleindeutschlands, die sich eines fortwährenden Begehrs erfreuen, während die großdeutschen id est österreichischen Fonds bei weniger Gunst und Nachfrage mehr angeboten bleiben. Von den letztern sind 5pCt. Metall. um circa ¾pCt. (75½ à 74¾) und fl. 500 Loose um 1½pCt. (127½ à 126) im Cours zurückgegangen. Die übrigen Gattungen erhielten sich so ziemlich, wenn auch bei schwachem Begehr, auf ihren frühern Stand. Dagegen sind die süddeutschen Obligationen ansehnlich gestiegen, und zwar wie folgt:

Würtembergische	3½pCt.	von	78¾	auf	80
ditto	4½pCt.	„	93¾	„	94¼
Badische	3½pCt.	„	77¾	„	78½
ditto	5pCt.	„	97¾	„	98⅛
Nassauer	3½pCt.	„	81	„	81½
ditto	5pCt.	„	98⅞	„	100
Frankfurter	3½pCt. v. 1846	„	87¼	„	88¼

In Bairischen und Großh. Hess. fand keine Veränderung statt. Auch in Anlehensloosen, mit Ausnahme der österreichischen, besserten sich die Course. Preuß. Prämienscheine stiegen von 98 à 98¾; Sardinische von 27 auf 28¼; Polnische fl. 500 Loose von 74¾ à 75¾; Hess. Thlr. 40 Loose von 27 auf 28; Badische fl. 50 Loose von 49 à 49½; ditto fl. 35 Loose von 28⅜ auf 28⅞. Selbst die Hamburger Loose erhoben sich von Thlr. 40 auf Thlr. 43½.

Schon vor mehren Monaten äußerten wir, daß die belgischen Obligationen, nach Maßgabe der sich befestigenden französischen Zustände, einer bedeutenden Preisverbesserung fähig seien. Diese Voraussicht hat sich glänzend bewährt. Die Besserung beträgt seit jener Zeit wohl an 10pCt. Erwägt man, daß die 4½ pCt. Obligationen anderer Staaten, z. B. Würtemberger 94 stehen, so läßt sich eine abermalige und fortwährende Steigung der Belgischen mit Wahrscheinlichkeit annehmen, um so mehr, da die finanzielle und politische Lage Belgiens den Vergleich mit keinem der andern Staaten zu scheuen hat. — Es zeigten sich auch an jedem Börsentage der vergangenen Woche Käufer in diesen Fonds bei wenig Abgebern. Die 4½pCt. eröffneten mit 80⅜ und schlossen Ende der Woche zu 85. 2½pCt. mit 42½ stiegen auf 44½. 5pCt. mit 87¼ stiegen auf 90. Nicht weniger waren die holländischen Papiere zu bessern Kursen lebhaft gefragt. 2½pCt. Integrale stiegen von 49½ auf 50, 4pCt. von 77¼ auf 78¾ und 3½pCt. Syndikats von 77 auf 78½. — Spanische 3pCt. inländische haben sich auch wieder im Laufe der Woche um 1pCt. (21⅝ auf 22⅝) gehoben. Der Reiz des hohen Zinsgenusses veranlaßt die Kapitalisten, ihre Gelder darin anzulegen. Bedeutende ausländische Einkaufsaufträge wurden ausgeführt.

In Eisenbahnaktien scheint die Speculation etwas erlahmt. In den letzten Tagen jedoch zeigten sich Käufer für Ludwigshafen Berbach, und ohne daß nambafte Partien umgesetzt wurden, stieg der Kurs von 71⅛ auf 73¼. Ein Beweis, daß wenig Verkäufer am Platze waren. Fried. Wilh. Nordbahn hielten sich zwischen 37¾ und 38. Köln Minden zwischen 79 und 79½. Taunus stiegen von 282 auf 287.

Nach den neuesten Nachrichten aus Paris werden täglich für englische und holländische Rechnung bedeutende Ankäufe in französischen Renten ausgeführt; dieses erklärt wohl den raschen Aufschwung der Kurse und bezeugt das zurückkehrende Vertrauen zu den französischen Zuständen.

Im Wechselgeschäft war im Laufe der Woche eine größere Thätigkeit bemerkbar. Die Umsätze sind, zumal in den letzten Tagen ansehnlich gewesen und die meisten Notirungen mußten erhöhet, ja manches über Notiz bezahlt werden. Dieses gilt von allen Devisen mit Ausnahme von Mailand und Wien. Das Geld erhält sich fortwährend sehr flüssig und Diskontobriefe sind noch immer zu 1 à ¾pCt. gesucht.

Course der Wechsel.

Amsterdam k. S. 100½ G.; ditto 2 M. 100⅛ G; Augsburg k. S. 119¾ G.; Berlin k. S. 105⅛ G.; Bremen k. S. 99 G.; Hamburg k. S. 88⅜ G.; ditto 2 M. 88 G.; Leipzig k. S. 105⅛ G.; London k. S. 120¾ G.; ditto 3 M. 120⅛ G.; Mailand k. S. 99 B.; Paris k. S. 95⅜ G.; Wien k. S. 107 B.

Course der Geldsorten:

Neue Louisd'ors fl. 11. 5 kr.; Pistolen fl. 9. 54 kr.; ditto preußische fl. 9. 55½ kr.; holländische fl. 10 Stücke fl. 10. 2 kr.; Randdukaten fl. 5. 37 kr.; 20 Frankenstücke fl. 9. 35 kr.; Englische Sovereigns fl. 12. 1 kr.; Gold al marco fl. 382; Laubthaler fl. —. — kr.; preußische Thaler fl. —. — kr.; Hochhaltig Silber fl. 24. 28 kr.; Gering und mittelhaltig fl. 24. 20 kr.

Redacteur: **H. Kruse.**

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 19. Februar.

Tagesordnung der 173. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause."

Die Sitzung wird nach 9½ Uhr durch den Präsidenten Herrn Eduard Simson eröffnet. Die würtembergische Kammer theilt dem Präsidium ihre protokollarische Erklärung vom 14. Febr. mit, die bekanntlich auf die verfassungsmäßige Vereinigung aller deutschen Stämme, auch der österreichischen, und wider das der Nationalversammlung angemuthete Vereinbarungsprinzip gerichtet ist. (Bravo!) Herr Fuchs aus Breslau rügt alsdann das zu späte Eintreffen der Abgeordneten im Hause und die daher entstehende Verzögerung des Beginns der Sitzungen. Von morgen an will er täglich um 9 Uhr in der Paulskirche sein und jedesmal sogleich die Zählung der Anwesenden beantragen.

Das Wort über §§. 1 und 2. des Reichswahlgesetzes erhält Herr v. Rappard aus Berlin: Zwei Drittheile der Nation würden durch die Beschränkung des Wahlrechts ausgeschlossen und in eine feindliche Stellung zum Staate gebracht werden. Uebten wir dagegen Gerechtigkeit gegen den Arbeiterstand, so werde derselbe eine Stütze des Staats und ein Bundesgenosse unserer Freiheit sein.

Herr Mathy aus Karlsruhe: Der Entwurf, der uns zur Annahme vorgelegt ist, hat mehr als sechszig Verbesserungsanträge hervorgerufen, zu denen noch immer neue kommen. Wo die Meinungen so weit auseinander gehen, ist zu befürchten, daß überhaupt keine Meinung die Mehrheit erlange. Mein zweites Bedenken sind die Bestrebungen derer, durch die der deutsche Bundesstaat gesprengt werden soll. Denn drängen sie durch, dann würde das Wahlgesetz unnöthig sein.

Jedes Wahlgesetz wird übrigens Unzufriedenheit erregen, es mag beschaffen sein, wie es will. Denn es wird entweder das Mißfallen derer haben, die dadurch ausgeschlossen werden, oder derer, die ihren Stimmeinfluß geschmälert sehen durch eine weitere Ausdehnung des Wahlrechts. Allein ein Parteistandpunkt ist dem Wahlgesetze gegenüber gar nicht einzunehmen. Denn die Aufgabe ist eben die, daß den billigen Anforderungen aller Parteien entsprochen und daß allen Bedürfnissen des Staats und der Gesellschaft ein Ausdruck in der Vertretung gegeben werde. Wir sind in einer Neugestaltung begriffen. Deshalb glaube ich zwar nicht, daß wir das Wahlgesetz nur für eine Periode, die erste erlassen, ich glaube aber auch nicht, daß wir es in die Verfassung heften und mit den erschwerenden Bedingungen umgeben sollten, die für eine Verfassungsveränderung vorgeschrieben sind. Herr Mathy wendet seine Betrachtung darauf den Erfordernissen zu, die ihm an einem Wahlberechtigten unerläßlich erscheinen, aber er unterscheidet in seinen Ansprüchen an diese Erfordernisse je nach direkter oder indirekter Wahl. An der letztern will er die allgemeinste Theilnahme gestattet wissen. Der Verbesserungsantrag, den er demnach empfiehlt, ist der von den Herren Veit, Plathner und Genossen gestellte:

„Die Zahl derjenigen, welche die Wahl des Abgeordneten vornehmen, beträgt in jedem Wahlbezirke ein Zehntel der Wahlberechtigten. Die eine Hälfte dieser Zahl besteht aus denjenigen, welche im verflossenen Steuerjahre in ihrem Wahlbezirke die höchste direkte Staatssteuer entrichtet haben. Die andere Hälfte wird von den übrigen Wahlberechtigten des Wahlbezirks aus ihrer Mitte gewählt. Welche Steuern zu den direkten zu rechnen oder denselben gleichzuachten sind, bleibt der Bestimmung der einzelnen Staaten überlassen."

Durch diesen Antrag werde vermieden, daß das geringere Maaß der Befähigung durch seinen numerischen Druck überwiege. Wir wollen keine Vorrechte für den Besitz, aber auch keine Massenherrschaft. Damit der wahre Volkswille zur Erscheinung komme, müssen Sie die Wahlfreiheit wie jede andere organisiren.

Unter dem Vortrage des Herrn Wiesner aus Wien herrscht eine so gesprächige Unruhe in der Versammlung, daß kaum einzelne Aeußerungen des Redners verständlich hindurchstechen, aus denen wir die folgende aufgreifen: Was sollte aus der Demokratie werden, wenn Sie die Wahlfähigkeit vom 21. bis zum 25. Lebensjahre hinaussetzen? Ich wenigstens ziehe den Ostracismus eines allgemeinen Stimmrechts, der den Aristides verbannte, doch jedenfalls dem Belagerungszustande und dem Standrechte vor. Wenn Sie dem größten Theil des deutschen Volks das Recht entziehen, welches ihm das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß gegeben, so wird es seinen heiligen Berg zu finden wissen.

Herr Heinrich v. Gagern: Ich gehöre der Partei an, wenn Sie es so bezeichnen wollen, die der Meinung ist, daß sich das allgemeine Stimmrecht mit dem Gemeinwohle nicht vertrage, und daß nicht das Stimmrecht ein nothwendiger Anhang jedes individuellen Bürgerrechts sei. Herr Vogt hat die Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts die Lüge des Konstitutionalismus genannt. Es ist nicht gut, wenn man Begriffe, die man klar in sich trägt, unklar entwickelt und dies vor Massen, die dadurch irre geführt werden. Denn diejenigen selbst, welche die Republik wollen, wollen sie denn keine Konstitution der Republik? Richtiger hätte Herr Vogt sagen müssen, es sei die Lüge des Repräsentativsystems. Denn um letzteres handelt es sich, und nun wollen wir fragen, bei welchem Wahlgesetze besteht die Lüge, und durch welches wird sie entfernt.

Es gibt nach meiner Ansicht zwei Mittel für die nöthigen Garantien des Wahlrechts. Diese zwei Beschränkungen sind indirekte Wahlen, oder bei direkten Wahlen gewisse Ansprüche an die bürgerliche Stellung des Wählers. Auch der Verfassungsausschuß, der unter Voraussetzung eines beschränkten Wahlrechts direkte Wahlen beantragt hat, weist darauf hin, daß wenn alle Beschränkungen des Wahlrechts wegfallen sollten, er bei der zweiten Lesung auf indirekte Wahlen zurückkommen werde. Greifen Sie zu dem Mittel umfassende Garantien: Census, Vermögen, Einkommen zu fordern, so entscheide ich mich für direkte Wahlen, umgekehrt für indirekte — und der Redner bezieht sich auf ein Beispiel aus seinem Staatsdienerleben im Großherzogthum Hessen, wo er sich für indirekte Wahlen ausgesprochen habe unter der Zustimmung der ständischen Mehrheit. Die Gründe, die mich heute für indirekte Wahlen sprechen lassen, sind dieselben, die ich bei Gelegenheit jener Verfügung kundgegeben. Wie bei der Ausübung aller wichtigen Volksrechte muß auch bei den Wahlen der Ausdruck des wahren Volkswillens gesichert sein. Der Wähler muß versichert sein, daß ihn der Gewählte auch wirklich nach seiner Gesinnung vertrete. Daher muß ein unmittelbares Verhältniß zwischen den Gewählten und den Wählern herrschen und dies ist nur durch indirekte Wahlen zu erreichen. Die Betriebsamkeit der Parteien ist eine berechtigte und wird auch dabei nicht fehlen. Allein sie ist durch kein Gesetz zu schützen.

Ist das Stimmrecht kein allgemeines, so entscheide ich mich für direkte Wahlen. Allein ich kann dem Systeme des Ausschußvorschlags nicht beipflichten, nach welchem ganze Klassen von Staatsbürgern ihrem Berufe nach ausgeschlossen werden, um so mehr, als darunter Kategorien von Bürgern sind, die vielleicht einen höhern Grad von Selbstständigkeit als andere besitzen. Nur gegen den Vorwurf will ich den Verfassungsausschuß in Schutz nehmen, als habe er die Arbeit herabwürdigen wollen. Arbeit ist Pflicht und Beruf aller Bürger, und es gereicht unserer Nation zur Ehre, daß bei ihr der Ackerbau, die schwerste der Handarbeiten, stets am meisten geehrt war. Auch vor dem Zustande der Fabrikarbeiter, wie er z. B. in einigen Theilen Englands herrscht, würde sich eine deutsche Seele empören. (Beifall.)

Das Mißtrauen, ist hier gesagt worden, sei bei uns eine Pflicht der Freiheit. Wenn damit eine achtsame Obhut und Aufmerksamkeit auf die Handlungen der Beamteten gemeint ist, so

stimme ich zu. Ich habe diese Obhut selbst mein Leben lang geübt. Aber in der Aufstachlung des Mißtrauens der Besitzlosen gegen die Besitzenden begeht man ein Verbrechen gegen die Civilisation. (Stürmischer Beifall.)

Ich fordere, daß die Ausübung des Stimmrechts im Sinne des Gemeinwohls Statt finde. Daß wir ganze zahlreiche Menschenklassen auszuschließen hätten, dawider erkläre ich mich. Wir haben kein eigentliches Proletariat in Deutschland, wogegen wir uns schützen müssen, und am wenigsten ist dazu zu rechnen der Dienstbotenstand, wie überhaupt die arbeitenden Klassen. Besonders die Dienstboten gehen bei uns häufig aus einer Jugend der ländlichen Bevölkerung hervor, die durchaus nicht blos zu den Armen gehört. Dennoch fordere ich, daß die Jugend nicht zu früh zur Ausübung von Rechten zugelassen wird, deren Bedeutung sie noch nicht kennt. Ich werde also für einen mäßigen Census stimmen, wenn die direkte Wahl aufrecht erhalten wird, und zwar nach dem Georg Beseler'schen Verbesserungsantrage.*) Wir haben persönliche Freiheit im weitesten Umfange, wir dürfen die politischen Rechte nicht beschränken, aber wir müssen bei ihrer Ausübung dafür sorgen, daß auch der Besitzende sich wohl und sicher dabei fühlen kann. (Wiederholter Beifall von der Mehrheit.)

Herr Tellkampf hält es ebenfalls für unrecht und unpolitisch, ganze Klassen oder Berufe von der Vertretung auszuschließen. Zieht man nach der Beschäftigung oder dem Berufe eine unübersteigliche Scheidewand zwischen Wählern und Nichtwählern, so weckt man dadurch gegenseitigen Hader, macht alle Ausgeschlossenen zu Feinden des Staates und streut den Samen zu späteren Revolutionen. In der Zahl jener Klassen liegt eben so wohl eine Gewalt, als im Grundbesitz oder dem Kapital der Reicheren, und die Vertretung muß alle im Staatsleben geltenden Gewalten umfassen, damit letztere legal und friedlich und nicht zerstörend wirken. Während sich der Redner gegen §. 2. erklärt, macht er auf die Folgen aufmerksam, welche eintreten würden, wenn man allein das Zahlenverhältniß zur Basis eines direkten Wahlsystems erheben wollte. Das Wahlgesetz betreffe die eigentliche Machtfrage: „Wer soll herrschen unter der Form der neuen Verfassung?" Die Majorität der Volksvertretung herrscht, und diese hängt ab vom Wahlgesetz. Dasselbe muß die Interessen aller Klassen zur Vertretung bringen; und dieß geschieht durch das indirekte Wahlverfahren sicherer, als durch das allgemeine direkte. Herr Tellkampf sucht diese Sätze durch Mittheilungen über Nordamerika zu belegen.

Herr Eisenstuck aus Chemnitz kennt keine bessere Gewähr für den eigentlichen Ausdruck des Volkswillens, als direkte Wahlen. Als Unselbstständigkeit ferner werde im Verfassungsentwurfe grade die einzig sittliche Grundlage der Gesellschaft, die Arbeit, bezeichnet. Selbstständig sei überhaupt derjenige am Meisten, der die wenigsten Bedürfnisse und sich sein ganzes Leben hindurch nur auf Kopf und Hand gestützt habe. Wäre die besitzlose Klasse bis jetzt geflissentlich aufgeregt worden, so sei es nur durch das Wort geschehen. Das vorgeschlagene Gesetz aber rege es auf durch die That. Denn ausgeschlossen würden durch den Entwurf außer den schon gedachten auch ganze Bevölkerungsmassen, die von der Hausindustrie, als Holzarbeiter und Weber z. B., leben. Ausgeschlossen werden sogar ganze Dörfer, deren Bewohner, wie es in Schlesien vorkomme, nur als Tagelöhner ihren Erwerb finden. Wenn Sie aber die Dienstboten ausschließen, wie steht es dann mit dem Hofgesinde, mit den Jagdjunkern und Kammerherren? Der Redner kommt auf die Selbstständigkeit zurück, wovon er nur Ein Symptom anerkennt, den hingebenden Willen an die Gesammtheit und die klare Erkenntniß ihrer Bedürfnisse. Sie würde man viel häufiger im Arbeitsrocke als unter der Toga des Bureaukraten und unter dem Hermelin finden. Die zu den §. 1. und 2. des Gesetzes gestellten Verbesserungsanträge zerfallen in drei Gruppen, in solche, die einen Census, in solche, die ein Einkommenmaß wollen, und in eine Kombination von beiden. Der Census ist eine Täuschung, denn gerade die niedrigsten Klassen der Staatsbürger tragen am meisten zu den Staatseinnahmen bei, nicht per Kopf, wohl aber in ihrer Gesammtheit. Ein und dasselbe Einkommenmaß für ganz Deutschland anzunehmen, führt zur Ungerechtigkeit. und wie soll ein Mann von einem wechselnden Einkommen geschätzt werden, wenn er in dem einen Halbjahr so viel und in den andern so viel einnimmt? Ebenso entschieden erklärt sich jedoch der Redner wider eine Kombination beider Systeme. Der ärgste von allen Vorschlägen sei der nachträglich eingebrachte des Herrn Beseler. Denn wenn drei Thaler direkter Steuern zur Begründung des Stimmrechts dienen sollten, so würden vom Hundert kaum Zwanzig übrig bleiben und die Ausschließung viel bedeutender sein, als der Antragsteller selbst zu ahnen scheine. Schließlich zitirt Herr Eisenstuck die Stelle einer Rede, die Riesser im Vorparlamente gehalten, um zu zeigen, daß sich dies Mitglied des Verfassungsausschusses selbst früher für die unbedingte Allgemeinheit des Stimmrechts ausgesprochen.

Herr Plathner aus Halberstadt: Mit der Theilnahme am Staate sei's wie mit der Theilnahme am Eigenthum. Eine quantitative Gleichheitsforderung führe zum Kommunismus. Der Antrag, den Herr Mathy empfehlen, sei der Antrag des Centrums und nicht an das Einzelne darin solle man sich stoßen, sondern an das Ganze halten.

Herr Ludwig Simon: Ein Wägen und kein Zählen der Stimmen lasse ich mir wohl gefallen. Allein dann muß das ganze Volk die Wage führen. Eben so wenn ein Ermessen über die Fähigkeit des Wählers statt finden soll. Kein subjektives Urtheil darf dabei gelten, sonst möchte uns (von der Linken) wenn wir ein politisches Examen bestehen müßten, der Verfassungsausschuß wohl durchfallen lassen. Aber das Volk hat uns nicht durchfallen lassen. Ueber die absolute Monarchie selbst sind wir hinaus, aber wie Ihre Prinzipien zeigen, so sind wir doch noch bei den Grundsätzen der absoluten Monarchie. Wiederum soll es einen reifen Theil des Volks und einen unreifen, wiederum politisch Mündige geben und Bevormundete, wiederum Herrschende und Herrscher. Die ganze Naturgeschichte der Unselbstständigkeit, die Ihnen der Verfassungsausschuß vorgelegt hat, ist falsch. Fallit wird der Kaufmann nach französischem Rechte schon durch eine bloße Zahlungseinstellung, deßhalb ist er noch nicht immer vermögenslos. Und durch Kündigungen von Kapital, durch Kreditentziehungen könnte der Mittelstand zum Zwecke einer Wahlbewegung leicht in die größte Verlegenheit gesetzt werden. Was die Almosenempfänger anlangt, so sollte man eine Wohlthat nicht verbinden mit einer Rechtsberaubung. In Darmstadt sind Hoflakaien durch ausdrückl. Gesetz von der Kategorie der Dienstboten ausgenommen, und die hannoverschen Staatsbeamten wurden bekanntlich stets als „königliche Diener" aufgezählt. Die Handwerksgehilfen, Tagelöhner — es ist nicht ihre Unselbstständigkeit, um derentwillen Sie sie ausschließen wollen, sondern gerade die Selbstständigkeit, mit der sie sich für die Demokratie erklären. Die einzige Selbstständigkeit ist die des Willens und Charakters. Grade in den höhern Regionen herrscht die Kriecherei, das Verleugnen von Grundsätzen und nicht bei den Fabrikarbeitern. Der Arbeiter habe kein Interesse bei der Erhaltung des Staates? Wer leide denn am meisten bei jeder Erschütterung, als gerade der, welcher nur seine Arbeitskraft zu verwerthen habe? Die Steuern der Armen tragen mehr ein, als die der Reichen. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich, und wer von der Vertretung ausgeschlossen wird, ist auch ausgeschlossen von der Bildung und von der Freiheit. Eigentlich geht das ganze Gesetz dahin, den Theil des Hauses, den wir vertreten, d. i. die Linke zu beseitigen. Sie sind unserer republikanischen Bestrebungen müde und wollen sich Ruhe schaffen. Das zu heilende Uebel wolle man nicht mit aufnehmen in den Staatskörper? Ich warne Sie vor dem Arzte, den die Zukunft schicken und der uns leicht mehr Recht als Ihnen (z. Rechten) geben könnte. Der Redner schließt: Aber wir sollen das allgemeine Stimmrecht nicht in Frankreich, nicht in Amerika suchen. Es ist vorhanden in Deutschland, das Volk hat es erkämpft, es darf ihm nicht veruntreut und unterschlagen werden. Retten Sie die volle Freiheit die uns hierher geschickt hat, so werden Sie auch die Einheit des Vaterlandes retten. (Beifall v. d. Linken.)

*) §. 1. Wähler ist jeder Deutsche, welcher 1) das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat und 2) mindestens entweder a) 5. fl. 15 kr. rhein. (3 Thlr. preuß.) direkte Steuern jährlich an den Staat entrichtet, oder b) ein jährliches Einkommen von 350 fl. rhein. (200 Thlr. preuß.), oder c) ein Grundeigenthum zum Werthe von 350 fl. rhein. (200 Thlr. preuß.) hat Welche Steuern als direkte gelten sollen, wie das Einkommen nachzuweisen und wie der Werth des Grundeigenthums festzustellen ist, bleibt der Bestimmung der Einzelstaaten überlassen. §. 2. Von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sind jedoch Personen, welche 1) unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder 2) über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letztere während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens. §. 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ferner ausgeschlossen 1) Personen, welche wegen Diebstahls u. s. w. (wie im Entwurf.)

Herr Riesser erhält das Wort zu einer persönlichen Berichtigung Herrn Eisenstuck gegenüber: Einmal sei er nicht in dem Falle, §. 2 des Verfassungsentwurfs, an dessen Berathung er nicht Theil genommen, zu vertreten. In seinem von dem Vorparlament angenommenen Antrage aber war die Selbstständigkeit als Bedingung des Wahlrechts enthalten. Die Frage der direkten und indirekten Wahl war den Einzelstaaten überlassen. Endlich handelte es sich damals um eine konstituirende Versammlung. Das bleibende Gesetz dagegen für die dauernde gesetzgebende Gewalt sei ein Anderes.

Nachdem noch einige Verbesserungsanträge verlesen und die Abstimmung über die Paragraphen durch Namensaufruf von den Herren Schneer und Wigard beantragt ist, wird die Debatte über §. 1 und 2 geschlossen und die morgende Abstimmung vorbereitet, indem der Präsident die sämmtlichen vorliegenden Anträge zur Unterstützung bringt. Den Berichterstattern der Ausschußmehrheit und Minderheit ist das Schlußwort vorbehalten, worauf die heutige Sitzung 2¼ Uhr Nachmittags schließt.

∴ **Frankfurt**, 19. Febr. Die Erklärung, welche gestern früh aus dem Berliner Kabinet bei dem preußischen Bevollmächtigten Minister Camphausen eingegangen ist, lautet eben so bestimmt als ruhig. Sie hält den Standpunkt der Note vom 23. Januar durchaus fest und spricht sich klar über den engeren bundesstaatlichen Verband aus, in welchen einzutreten Preußen ebensowenig einen Staat zwingen wird, als es zugeben wird, daß irgend einer am Eintritt verhindert werde. Es steht zu erwarten, daß diese Erklärung eben so wie die von Seiten Hannovers eingelaufene, welche ebenfalls sehr günstig lauten soll, bald vollständig in die Oeffentlichkeit gelangen werde. Es tritt immer klarer hervor, daß das jetzige preußische Kabinet auf dem in der deutschen Politik betretenen Pfade mit ernstem Willen und Kraft vorgehen, und daß es darin von dem Volkswillen sehr energisch unterstützt werden wird. Namentlich ist es Graf Bülow und Herr von Ladenberg, welche mit größter Entschiedenheit eine durchaus selbstständige nationale Politik in der deutschen Sache befolgt wissen wollen.

⁝ **Frankfurt**, 19. Febr. Die neuste preußische Erklärung zerfällt dem Vernehmen nach in zwei Theile. Der erste spricht sich instruktiv gegen den Bevollmächtigten über die Politik aus, die Preußen unwandelbar befolgen wird, trotz der österreichischen Erklärung gegen die Errichtung eines engeren bundesstaatlichen Verbandes; der zweite enthält die näheren Erklärungen über das vorliegende Verfassungswerk der Nationalversammlung. Die Ausstellungen, die daran gemacht werden, lassen sich zusammenfassen in solche, welche den Wunsch ausdrücken, die Selbstständigkeit der einzelnen in den Bundesstaat tretenden Staaten so viel als möglich zu schonen, und zweitens in solche, die darauf dringen, die Befugnisse des an der Spitze des Bundesstaats tretenden Oberhauptes so genau und scharf als möglich zu bestimmen.

⋮ **Frankfurt**, 19. Febr. Hier ist eine Deputation aus Braunschweig eingetroffen, bestehend aus den Herren Professor Dr. Aßmann, Buchhändler und Abgeordneter des Landes Eduard Vieweg, Fabrikant Groß, Baumgarten, Mitredakteur der Reichszeitung. Sie begaben sich zu Heinrich v. Gagern und Simson, dem Präsidenten der Reichsversammlung, um ihm die schon in den Zeitungen besprochene Adresse des vaterländischen Vereins in Braunschweig zu übergeben.

♁ **Berlin**, 16. Febr. Nachdem die Vertagung der Kammern von dem Ministerium allen Ernstes ins Auge gefaßt worden, ist der Plan nun doch aufgegben. Die Kammern werden am 26. im Weißen Saale vom Könige in Person eröffnet werden, am 27. wird Rasttag sein, am 28. werden sich die Kammern konstituiren. — Das ist der Bescheid, den Manteuffel gestern selbst ertheilt hat. Alle Zeitungen bestätigen diese Nachricht und so dürfen wir denn hoffen, in vierzehn Tagen wieder die Stimme des Volkes in Preußen zu vernehmen, zur Geltung und Macht gelangen zu sehen. Das ist eine erfreuliche Aussicht — eine Aussicht, mit der ich mich trösten muß, wenn ich Ihnen heute kaum eine andere Neuigke t mitzutheilen weiß.

Berlin, 16. Febr. Zu Abgeordneten für die erste Kammer sind gewählt worden:

Provinz Preußen. Regierungsbezirk Marienwerder.

Oberpräsident Flottwell (Thorn und Kulm), Landrath Brauns.

Regierungsbezirk Königsberg.

Inquisitionsdirektor v. Reichschütz in Königsberg, Professor Rosenkranz in Berlin, Dr. Geritz, Bischof von Ermeland, Oberpräsident von Auerswald (Braunsberg, Allenstein 2c.), Justizkommissarius Tamnau (Braunsberg, Allenstein 2c.).

Regierungsbezirk Gumbinnen.

Oberlandesgerichtsrath Maurach aus Insterburg, Gutsbesitzer Büttler auf Marienhöhe.

Provinz Posen. Regierungsbezirk Posen.

Pilarski aus Posen (Pleschen), v. Brodowski (Pleschen).

Berlin. Bekanntmachung. Bereits unter dem 19. November v. J. hat das Polizei-Präsidium die Polizeibehörden derjenigen Städte und größeren Ortschaften, welche vorzugsweise mit Berlin in Verbindung stehen, ersucht, das reisende Publikum mit der Nothwendigkeit bekannt zu machen, sich bei Reisen hierher mit einer Legitimation zu versehen oder dafür Sorge zu tragen, daß sie hier ohne Schwierigkeit rekognoszirt werden können. Dennoch kommen noch sehr viele Fremde zum Theil aus weiter Ferne hier an, ohne den geringsten Ausweis bei sich zu führen, wodurch für dieselben mancherlei Beschwerlichkeiten entstehen. Bei dem noch andauernden Belagerungszustand hiesiger Stadt und der dadurch nothwendig strengeren Kontrolle der Fremden fühlt das Polizeipräsidium sich dringend veranlaßt, das reisende Publikum nochmals darauf aufmerksam zu machen, für schnell ausreichende Legitimationen zu sorgen, wozu für die Reisenden auf den Eisenbahnen Paßkarten, für die übrigen Reisenden andere glaubhafte Bescheinigungen, resp. Pässe gehören. Berlin, 16. Febr. 1849. Königliches Polizei-Präsidium. v. Hinckeldey.

A **Dresden**, 16. Febr. Die zweite Kammer zog heute den Tzschirner'schen von der Deputation an sie zurückgelangten Antrag wegen einer Erklärung auf die preußische Cirkularnote in Berathung. Gegen 4 und gegen 2 Stimmen faßte die Kammer den theils von der Deputation (Referent von Trützschler), theils von Schaffrath beantragten Beschluß, im Verein mit der ersten Kammer die Staatsregierung um Abgabe vorläufiger Erklärung an das Reichsministerium, Behufs der Benachrichtigung der Nationalversammlung zu ersuchen: „Die Regierung und die Volksvertretung des Königreichs Sachsen hält zuvörderst die deutschen Staaten Oesterreichs für unzertrennliche und nothwendige Bestandtheile des deutschen Bundesstaates; dieselbe kann sich mit dem ersten Theile des §. 49 und dem zweiten Theile des §. 50 des zweiten Abschnitts der Verfassung, sowie mit deren dritten Abschnitte „Das Reichsoberhaupt," namentlich mit dem darin enthaltenen Plane, einen unverantwortlichen Kaiser an die Spitze Deutschlands zu stellen, für einverstanden nicht erklären, und betrachtet die Uebertragung so großer Rechte, als der gedachte Abschnitt enthält, auf die Person des Oberhauptes oder auf die Reichsregierung für unheilvoll. Sie kann die Einrichtung eines Staatenhauses nur dann billigen, wenn alle Einzelstaaten, beziehentlich die aus den kleinsten derselben zu bildenden Gebiete darin gleichmäßig vertreten und in der Ernennung ihrer Abgeordneten unbeschränkt sind. Sie hält das Institut des Reichsraths für überflüssig und schädlich. Sie betrachtet den §. 5 des Abschnittes von Gewährung der Reichsverfassung für einen unzulässigen Eingriff in die Selbstständigket der Einzelstaaten, und erklärt den §. 7 desselben Abschnitts für in Widerspruch stehend mit den Anforderungen der Humanität und Civilisation." Die Verhandlungen selbst waren ohne alles Interesse, da nur die vulgärsten aller längst bekannten Phrasen aufgetischt wurden. Der Abg. Hohlfeld zweifelte die Kompetenz der Versammlung zur Abgabe einer solchen Erklärung an, da eine vollständige Revision des deutschen Verfassungsentwurfs eine für sie unpassende Aufgabe sei; Schaffrath beruhigte ihn mit der Erklärung, es käme der Kammer heute lediglich darauf an, ihre Ansicht auszusprechen. Die äußerste Linke muß diese Aeußerung vollständig überhört haben, sonst hätte sie ihn gewiß derb zur Rede gesetzt; denn dieser liegt eine Demonstration, durch welche sie zeigen kann, sie stehe hoch über der Frankfurter Versammlung, sehr ernstlich am Herzen. Die Regierung wiederholte heute passender als bei anderer Gelegenheit ihren Wahlspruch: „Reden ist Silber, aber Schweigen ist Gold." Als Tzschirner ihr fast Gewalt anthat, um eine Erklärung aus ihr hervorzulocken, wiederholte von der Pfordten die in der Antwort auf die preußische Circularnote ausgesprochene Ansicht, daß die sächsische Regierung kein deutsches Kaiserthum und ein Zusammenhalten des ganzen Deutschlands erstrebe. Dem Abgeordneten von Trützschler wurde ein vierwöchentlicher Urlaub vom 17. Februar an bewilligt; derselbe begab sich nach Frankfurt, um seinen Platz in der Nationalversammlung, während der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs einzunehmen.

✕ **Hannover**, 15 Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer sprach sich Stüve für eine Vertagung der Kammer aus, um den Ausschüssen Zeit zu lassen, über die Vorlagen zu berathen. In der deutschen Frage, sagte er, ist ein Zweifel, ein Zwiespalt der Meinungen; eine Entscheidung ist bald zu wün-

schen, eine gründliche liegt aber nicht in unserer Hand. Hannover ist nur ein geringer Theil von Deutschland, uns ist eine abwartende Stellung zu rathen. Dann folgt eine düstere Schilderung der Arbeiten der Reichsversammlung. So sei in der Kaiserfrage ein Beschluß zu Stande gebracht, „der nicht gehen und stehen könnte." Dieser Zustand scheine sich auch noch nicht im Wesentlichen verändert zu haben. Eine preußische, eine österreichische Note liege vor; in beiden Noten walte die Absicht vor, einen andern Weg zu geben; vielleicht werde die Nationalversammlung dann aus ihrem Dilemma kommen, alle Zweifel dann gelöst werden. Wenn dann die Entscheidung da wäre, dann wäre auch hier die Zeit, auf die Frage zurückzukommen. Lang II. spricht entschieden gegen die Vertagung. Bei der jetzigen Lage der Dinge kann die Regierung die Stände nicht entbehren. Es ist von zwei Noten gesprochen; für mich kommen sie nicht in Betracht. Der Nationalversammlung werde ich folgen, auch dann folgen, wenn ihre Beschlüsse meinen Ansichten nicht entsprechen. Eine dritte Note, die Note des deutschen Volkes wird die entscheidende sein. Der Wille des Volkes wird entscheiden.

Großbritannien.

***London**, 16. Febr. An der gestrigen Börse wichen die Konsols um eine Kleinigkeit. Der „Standard" bringt diese unbehagliche Stimmung der Börse mit einer aus Konstantinopel gekommenen Mittheilung, wonach ein auf die Einverleibung der Donaufürstenthümer gemünzter Plan Rußlands enthüllt worden sei, in Zusammenhang. Hiermit stimmt die Mittheilung ziemlich überein, welche der Allg. Z. aus Konstantinopel gemacht wird, daß nämlich auf das wiederholt an das russische Kabinet gestellte Begehren der Pforte, daß die russischen Truppen nunmehr wieder aus den Donaufürstenthümern zurückgezogen werden möchten, das Petersburger Kabinet die bestimmte Erklärung gegeben habe, daß es beschlossen habe, die Besetzung der Fürstenthümer durch russische Truppen vier Jahre lang dauern zu lassen. Der Korrespondent setzt hinzu: Das bedeutete wohl so viel als eine gar nicht mehr aufhörende Besetzung! — Umlaufende Gerüchte wollen nächstens die russische Flotte hier bei Konstantinopel vorübersegeln lassen.

Frankreich.

Paris. Ueber die Sitzung der Nationalversammlung vom 14. haben wir ausführlich berichtet, so weit sie sich auf die Anklage gegen Proudhon bezog. Proudhon hatte mit den Worten geschlossen: Ich gehöre zu denen, die man tödtet oder bestraft, die man aber nicht widerlegt. Er hatte Recht. Keiner sprach gegen ihn, die Versammlung verurtheilte ihn schweigend. Welch' ein Unterschied zwischen dem Proudhon vom Juni, und dem Proudhon von jetzt! Damals konnte er sagen: Ihr verwerft meine Lehren, sie werden Euch tödten! Jetzt wird er selbst ihr Opfer. Ja schlimmer noch! In der Verfolgung spricht sich doch noch eine gewisse Furcht aus. Ein New-Yorker hat ihm aber bereits eine ansehnliche Summe geboten, wenn er ihn auf seinen Reisen durch England und Nordamerika begleiten und sich für Geld sehen lassen wollte.

Ueber den zweiten Theil der Sitzung vom 14. läßt sich kaum ausführlicher, als wir bereits gethan, berichten. Die Versammlung nahm, ohne viel Redens zu machen, den Lanjuinais'schen Vorschlag an. Kaum daß noch die Amendementssteller das Wort erhielten, die Versammlung ist müde, und will ruhig sterben. Weder Lamartine, noch Cavaignac noch Ledru-Rollin ließen etwas von sich sehen oder hören.

Ein wenig belebter war die Sitzung vom 15. Leon Fauchee hatte seinen Entwurf zur Jahresfeier der Februar-Revolution vorzulegen. Seine Aufgabe war nicht leicht. Man weiß, daß er nicht viel Sympathieen für die Republik hat, und er sollte ihre Feier rechtfertigen! Er zog sich ziemlich gut aus der Schlinge. Er erinnerte an die Fortschritte, wie er sich ausdrückte, „in der Volksemanzipation," die durch die Februarrevolution gemacht seien, er erinnerte aber auch an die Opfer, mit denen sie erkauft worden und deshalb schlug er vor, solle die Feier in einer Almosenvertheilung an die Armen und in einem Trauergottesdienst bestehen. Der Tag derselben solle der 4. Mai sein, wo zuerst das allgemeine Stimmrecht zur Geltung gekommen sei. Die Versammlung wies den Vorschlag des Ministers zugleich mit dem des Abgeordneten Pertalis, der bekanntlich die wirklichen Februartage gefeiert haben wollte, an den Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung zurück. Der Ausschuß erstattete seinen Bericht wirklich noch in derselben Sitzung. Er hatte sich die Sache sehr leicht gemacht. Er verband beide Vorschläge. In der That, warum kann man nicht den 4. Mai und den 24. Februar feiern? Frankreich hat so viel revolutionäre Ereignisse zu feiern, wenn es schon dergleichen feiern will, daß es bald das ganze Jahr damit besetzen kann, und „wie viel hat gefehlt," bemerkt das Journal des Debats, „so feierten wir auch die Junitage?" Der Ausschuß schlug ferner statt des ministeriellen De profundis ein Te deum vor, und endlich auch noch eine Illumination. Die Versammlung trat ihrem Ausschuß ganz bei; 490 gegen 99 Stimmen nahmen den Entwurf bei der Endabstimmung an. Viele von der Rechten enthielten sich der Abstimmung. Dann kam man auf einige Ausgaben der provisorischen Regierung zu reden. Emanuel Arago wußte sich auf eine wirklich glänzende Weise gegen alle Vorwürfe zu rechtfertigen, die man auf seine Verwaltung in Lyon gehäuft hat. Die Versammlung konnte ihm ihre Anerkennung nicht versagen. Der letzte Gegenstand war die zweite Lesung des Wahlgesetzes. Es ist eigentlich, wie wir früher schon bemerkt haben, weniger ein Wahl-Gesetz, als ein Wahl-Reglement; die materiellen Bestimmungen sind alle in der Constitution enthalten; nur die formellen, über Anordnung der Wahllisten u. dgl. sind diesem Gesetz vorbehalten worden. Wir wollen die Einzelheiten nicht anführen. Ein Interesse hat nun ein Vorschlag des Herrn Charton, daß nämlich vom Jahr 1855 an nur die wahlfähig sein sollten, die lesen und schreiben könnten. Der Vorschlag wurde verworfen.

In der Sitzung vom 16. wurde die Berathung über das Wahlgesetz fortgesetzt. Vorher noch trägt Demians darauf an, den Vorschlag der berüchtigten Untersuchung des 29. Januars für nächsten Montag auf die Tagesordnung zu setzen. „Man habe so großen Lärmen geschlagen wegen des vermeintlichen Komplotts vom 29. Jan. und jetzt möchte man es vergessen machen." Die Rücksicht auf die noch nicht entlassenen Gefangenen bewegt die Versammlung, den Gegenstand sobald der Bericht gedruckt sein wird, auf die Tagesordnung zu setzen. Beim Artikel 3 des Wahlgesetzes, der die wegen eines Verbrechens Beurtheilten vom Wahlrechte ausschließt, schlägt Gent den Zusatz vor: „Ausgenommen von dieser Einstellung in ihrem Wahlrechte sind ferner die politisch Verurtheilten," und darüber entspinnt sich nun ein lebhafter Kampf. De Bezin findet diese Fassung zu allgemein. Unter der Republik sei jede Verschwörung allerdings ein Verbrechen, das bestraft werden müsse. Degoussé unterstützt Gent. Präsident Bonaparte und Marrast selbst hätten konspirirt. Bezin wiederholt: unter der Republik sei das ein Verbrechen. Pagnerre will den Zusatz: „Seit dem 24. Febr." Bourbeau möchte lieber Gents Fassung angenommen sehen. Das Wahlrecht müsse allgemein sein und gestatte nicht für Verbrechen gleicher Natur verschiedene Klassen. Valette bekämpft beide Zusätze als unnütz. Es werde bereits ein Gesetzentwurf für die Amnestie ausgearbeitet. Dieß genüge. Lagrange: „Von Verbrechen kann gar nicht die Rede sein, wenn man das Königthum bekämpft. Alle Eure Anträge sind unnütz. Ich protestire dagegen. Sie sind eine Injurie für den Präsidenten der Republik und den Präsidenten der Nationalversammlung. Auch ich habe konspirirt und betrachtete mich als keinen Verbrecher, als man mich vor die Gerichtshöfe des Königthums stellte. Stand Ney nicht auch vor solchem Gericht?" Der § wird nochmals geprüft werden. Im Ganzen votirte die Versammlung in dieser Sitzung 22 Paragraphen.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 19. Februar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 75⅝; 2½pCt. Metall. 40; Bank-Aktien fl. 1192; fl. 500. Loose 126¾; fl. 250. Loose 80½; Badische fl. 35. Loose 28¾; Hess. —; Hess. Rthlr. 40 Loose 38⅛; Großh. Hess. 50 fl. Loose 71; Polnische fl. 500 Loose 75½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 38¼; Berbach 73¾; Köln-Minden 79¼; 3pCt. inländ. Spanier 22¾; 4½pCt. Würt. 94⅜; 5pCt. Bad. 98; 5pCt. Naff. 99⅝; Belg. 81¾; Integ. 50.

Der bedeutende Rückgang der Rente äußerte keinen besondern Einfluß auf die Börse. Die meisten gangbaren Sorten hielten sich fest und österreichische Fonds wurden sogar höher bezahlt.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 51. **Frankfurt a. M., Dienstag 20. Februar.** **1849.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Der Handel auf der Mainlust. Die Stimmung in Oesterreich und die Parteien in Frankfurt. Erklärungen der Regierungen über die Verfassung.) Wien (Nachrichten aus Ungarn. Die Waffenablieferung. Die österreichische Note. Baron Pechlin. Wahl nach Frankfurt. Kronstadt soll von den Szeklern genommen sein.) Innsbruck (Kaiserliches Handschreiben.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Zusammenstellung der Wahlen.) Köln (Kinkel vor Gericht. Die Anleihe. Schnelle Justiz.) München (Der Magistrat und die Grundrechte. Der König. Das Maskenfest.) Dresden (Antwort der sächsischen Regierung auf die preußische Circularnote.) Hannover (Berathung der zweiten Kammer über die Grundrechte.) Vom Oberrhein (Badens Stellung in Deutschland.) Oldenburg (Kriegshafen an der Jahde. Feier der Verfassung.) Apenrade (Dänische Zustände.) Hamburg (Kriegssteuer in Schweden.) Bremen (Flagge aus Amerika.)

Großbritannien. London (Aussicht auf friedliche Vermittelung des Zwistes mit Marokko. Die politischen Verhaftungen im Irland. Konflikt zwischen Orangemännern und Ribandemännern in der Grafschaft Down. Stiftungsfest des deutschen Hospitals. Doppelsinnige Politik der Whigs in der päpstlichen Angelegenheit.)

Frankreich. Paris (Rede Bugeaud's an die Gewerbsabgeordneten. Napoleon Bonaparte. Die Börse.)

Portugal. Lissabon (Thätigkeit des Finanzministers. Die Deputirtenkammer.)

Spanien. Madrid (Einigung zwischen Narvaez und dem König. Ende des Karlistischen Aufstandes.)

Italien. Turin (Note an den schweizer Bundesrath. Die Schwierigkeiten bei dem Antrag auf Venedigs Unterstützung. Stellung Gioberti's zur italienischen Konstituante.) Florenz (Die Briefe des Großherzogs. Maßregeln der provisorischen Regierung.) Rom (Berathung der Konstituante. Feier der Verkündigung. Kriegsrüstungen.)

Schweiz. Zürich (Die Schweizer in Venedig.) Bern (Die schweizer Presse über die Militärkapitulationen. Genaueres über die Auflösung der Schweizerregimenter in Rom. Snell, Zeller, Pfotenhauer und Ris zu ordentlichen Professoren ernannt.)

Dänemark. Kopenhagen (Einberufung der Seeleute.)

Ungarn. Pesth (Bevorstehender Hauptangriff. Stellung der Heeresabtheilungen.)

Nachschrift.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 19. Febr. Es wäre überflüssig, auf das Urtheil des Publikums über jene erbauliche Scene auf der Mainlust, wo die unverträglichsten Elemente auf Kosten der Grundsätze und Ueberzeugungen vereinigt werden sollten, einzuwirken, deshalb nur wenige Worte über die Handlungsweise der Haupttheilnehmer. Wenn Herr Vogt kein Bedenken trug, auf die Vorschläge des Herrn Welcker einzugehen, die im Wesentlichen dahin zielen, eine vielköpfige, in sich nothwendig uneinige und deshalb schwache Regierungsgewalt zu schaffen, so blieb er wenigstens dem Grundgedanken seiner Bestrebungen treu, und er kann für sich anführen, daß, was an der Strenge seiner republikanischen Grundsätze formell aufgeopfert wird, in dem zu erwerbenden Gewinn an der Hauptsache, oder wenigstens an demjenigen, was er dafür hält, nämlich an den sogenannten Volksrechten, einen Ersatz findet. Herr Welcker hingegen, der wie es scheint ein erstes Angebot des Führers der äußersten Linken: für jeden Paragraphen vermehrter Volksrechte einen Zoll Oberhaupt, angenommen hat, muß nach zwei Seiten seiner bisherigen politischen Ueberzeugung untreu werden. In seiner leidenschaftlichen Voreingenommenheit gegen ein erbliches Oberhaupt erklärt er sich für eine Reichsgewalt, die nach ihrer Form und Beschaffenheit, wie er sich nicht verhehlen kann (vergl. 151. Sitzung), der Ohnmacht und der Beherrschung des Parlaments verfallen wird, und wiederum muß er für diese Reichsgewalt die Unterstützung der Linken durch Zugeständnisse mit Verleugnung seiner politischen Grundsätze erkaufen. Man darf neugierig sein zu erfahren, worin „die möglichste Erweiterung der Volksrechte" bestehen soll, zu der jenes Mitglied der äußersten Rechten Herrn Vogt seine Mitwirkung versprochen hat. Inzwischen, wie schon früher einmal die Linke den Vorschlag des Herrn Welcker, den Turnus zwischen Preußen und Oesterreich, zwar mit „stürmischem Beifall" aufnahm, bei der Abstimmung aber durchfallen ließ, so wird sie es vermuthlich mit der neuen Idee des Herrn Welcker, die doch auch nur quasi-republikanisch ist, halten. Wir beziehen nämlich diesen Ausdruck auf den Vorschlag, welchen, dem Vernehmen nach, Herr Welcker dem Klub des Hotel Schröder zu machen gedenkt, wonach die Reichsgewalt aus den Bevollmächtigten Oesterreichs und den fünf deutschen Könige bestehen soll, womit allerdings eine Quasi-Entthronung sämmtlicher Dynastien mit Einschluß der Habsburgischen gegeben wäre. Wenn wir Herrn Vogt ehrlich rathen sollen, so zieht er sich von einem Handel, der offenbar mehr Spaß als Ernst ist, lieber ganz zurück. Es handelt sich hier ganz eigentlich von einem Feilschen um des Kaisers Bart.

Frankfurt, 17. Febr. Zuverlässigen Privatnachrichten entnehmen wir die Nachricht, daß auf dem Reichstag in Kremsier von mehreren Abgeordneten (also keine Regierungsvorlage) der Antrag vorgebracht werden wird, mit der Judenemanzipation bloß schrittweise vorzugehen, so daß erst nach 6 Jahren deren völlige Gleichstellung eintrete. Der Antrag habe alle Chancen, zum Beschluß erhoben zu werden. Das wäre denn doch eine nachdrückliche Demonstration gegen die von Frankfurt ausgegangenen Grundrechte! Die Abgeordneten in Kremsier sind aus freier direkter Wahl des ganzen Volkes hervorgegangen, ihre Stimme repräsentirt also sogar in hochdemokratischen Augen die des Volkes. Im Falle der Annahme, wo bleibt noch ein Boden für jene Verfechter der österreichischen Einverleibung, die sich bis jetzt darauf stützen, die ministerielle Note widerspreche den Wünschen des Volkes? Wollen wir alsdann etwa Oesterreich, Regierung wie Volk zwingen, denn anders bliebe doch nichts übrig? Allein auch ohne jene Demonstration zeigt nur ein Blick auf die Verhandlungen in Kremsier, daß eine Einheit, so wenig einigend, wie sie in Frankfurt sogar die größten Partikularisten wollen, dort gar keine Verfechter hat. Die ganze Idee der Einverleibung, auf praktische Vorschläge reducirt, zerrinnt in jenes Nichts, wofür die berüchtigte Note so charakteristisch den Ausdruck „vorschweben" gebraucht, der sich unwillkührlich hineingedrängt hat. Aber die Augen werden jetzt in Frankfurt mit Gewalt zugedrückt; das ist die einzige Kraftanstrengung vieler Abgeordneten, die sonst im Meere der politischen Apathie versunken sind. Man schläft wie früher der Inquisit auf der Folter, sobald die Martern einige Augenblicke aufhörten. Die Parteien zerfallen; neue bilden sich wie Cerberusköpfe, aber kein belebender frischer Hauch durchweht sie mehr. Das ist der alte klassische Fluch, der auf dem deutschen Geschlechte lastet, der Mangel an Beharrlichkeit. Nächstens sehen wir noch jeden einzelnen Abgeordneten sich in zwei Parteien spalten, so widersprechende Anforderungen beherbergt der Kopf desselben Individuums in der unglückseligen österreichischen Frage.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 19. Febr. Von einer großen Anzahl Regierungen sind bereits Erinnerungen gegen die Verfassung, wie sie aus erster Lesung hervorgegangen ist, eingelaufen; auch Baiern und Würtemberg haben ihre Stimmen erhoben und ausgesprochen, daß sie das Zustandekommen einer Verfassung, welche auch Oesterreich mit umfasse, wünschen und deßhalb gegen die Erbmonarchie an der Spitze unseres Vaterlandes sich erklären müssen; abweichend lauten aber die Erklärungen dieser beiden Regierungen bezüglich des Vereinbarungsprinzips; während Baiern auf demselben fest beharrt, verzichtet Würtemberg ausdrücklich darauf und sagt die Unterordnung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung zu; die Folge dieser Verschiedenheit ist, daß Baiern einer Verfassung, welcher Oesterreich sich nicht einordnet und die das Erbkaiserthum an die Spitze stellt, die Zusage versagen wird, während Würtemberg dieselbe, wenn auch ungern, anerkennt.

△ **Wien**, 15. Febr. Glaubwürdige Nachrichten aus Ungarn sagen, daß Maithenyi, der Kommandant der Festung Komorn, dieselbe schon längst der kaiserlichen Armee geöffnet hätte, wenn er nicht von zwei andern Chefs, die ihm Kossuth zu diesem Zweck

beigegeben, überwacht worden wäre. Der eine dieser Aufseher ist Kossuth's Schwager Meßlenni, der andere ist der Kommandant der Artillerie Oberst Makk. Uebrigens nimmt die Desertion dort überhand und die Besatzung soll gänzlich demoralisirt sein. Wenn die Festung noch länger zögern sollte, sich zu übergeben, so glaubt man allgemein, daß eine hinlängliche Belagerungsarmee dort zusammengezogen wird, um sie dazu zu zwingen. Das Kommando von Essek soll Graf Kasimir Bathyani an Perezel übergeben und sich mit seiner Frau aus Essek geflüchtet haben. Im Banat sollen die Magyaren bei Zenta eine Niederlage durch die Serben erlitten haben und aus Temeswar kommt uns vom 8. d. Mts. das Gerücht, daß auch die Insurgenten unter Bem geschlagen seien. Offizielle Bestätigungen hierüber fehlen noch. In Pesth fängt der Verkehr an, sich wieder etwas mehr zu beleben, namentlich wird es als ein gutes Zeichen angesehen, daß dort die österreichischen Banknoten sehr gesucht, und mit 5—6 Prozent Agio eingewechselt werden.

Heute endet der dem Gemeinderathe bewilligte weitere Termin der ungestraften Waffenablieferung — wer sich nun mit Waffen betreten läßt oder bei dem sie gefunden werden, unterliegt wieder dem Standrechte.

Die österreichische Note an die Centralgewalt wurde hier mit der Strenge eines Staatsgeheimnisses behandelt, wir erhielten sie zuerst gestern durch Ihre Zeitung. Die Wiener Zeitung bringt sie erst heute, nachdem sie bei dem Ministerium ergebenst angefragt hatte, ob sie sie aufnehmen dürfe, worauf ihr die Antwort wurde, daß man keinen Anstand nehmen könne, sie mitzutheilen, da sie ohnehin alle ausländischen Blätter bringen würden. Bezeichnend ist, daß keines unsrer hiesigen Journale, selbst die Ostdeutsche Post nicht ausgenommen, es wagt, ein aufrichtiges Urtheil darüber auszusprechen. Die Aufnahme, welche die Note im Publikum findet, ist keine günstige zu nennen.

Der dänische Bevollmächtigte, Baron Pechlin, hatte am 12. in Ollmütz seine Abschiedsaudienz und bereitete sich auf eine letzte wichtige Konferenz mit dem Ministerpräsidenten vor, welche entscheidende Folgen für die dänische Frage haben dürfte.

In dem Wahlbezirke der Leopoldstadt ist der Oberpostamtsbeamte Dr. Herz als Abgeordneter in die deutsche Nationalversammlung gewählt. Von 61 Stimmen erhielt er 36. Als Stellvertreter wurde mit beinahe Stimmeneinheit Ferdinand Mayer gewählt (wonach die nach der lithographirten Korrespondenz gestern gegebene Nachricht zu berichtigen).

* **Wien**, 15. Febr. Zuverlässigen Privatnachrichten zufolge ist Kronstadt von den Szeklern genommen worden; dagegen erfährt man, daß Oberst Urban eine bedeutende feindliche Abtheilung im Rücken überfallen und gefangen genommen habe; auch soll er eine zu Hilfe eilende Kolonne der Insurgenten zurückgeschlagen und 2 Stunden weit verfolgt haben.

Durch Palmerston's Vermittelung soll die sardinische Regierung in England 100 Mill. Frks. Anlehen gemacht haben und zu 5pCt. G. à 74pCt.

Innsbruck, 10. Febr. Unser neuer Herr Landeschef, Graf Cajetan v. Bissingen, hat nachfolgendes allerhöchste Handschreiben von Ollmütz mitgebracht, welches den Schützenhauptleuten heute feierlich übergeben wurde: „Es hat Mich gefreut, so viele Anführer der Waffengefährten um Mich versammelt zu sehen, welche mit Mir in dem italienischen Krieg vor dem Feinde gestanden waren, und sodann die weite, mit Opfern verbundene Reise nicht scheuten, um Mir nach Meiner Thronbesteigung die Huldigung zu leisten. Ich trage Euch auf, jetzt da Ihr in Eure Heimath zurückgekehrt seid, die Landesschützen Meines Wohlwollens zu versichern. Sagt ihnen, daß Ich ihrer stets dankend gedenken werde, daß Ich auf sie rechne, sollte der Feind je wieder das Land bedrohen. Sie werden sich dann, wie im verflossenen Jahr, um Meine tapfere Armee schaaren, und die Feinde des Vaterlandes, wie jüngst erst, zu bekämpfen wissen. Auf eine Vermehrung der Stutzen, dieser beliebten Tirolerwaffe im Lande, werde Ich Bedacht nehmen. Tirol ist eine feste Burg der Monarchie, und eine tapfere Besatzung sind seine Söhne. Daß Euer Land nicht geschmälert werde, wird Meine Sorge sein, die Eure, die angestammten Tugenden zu bewahren. Ich bleibe Euch mit Meiner kaiserlichen Huld und Gnade zugethan. Ollmütz, 24. Jan. 1849. Franz Joseph. An Meine getreuen Schützenhauptleute.“ (Folgen die Namen.)

-X- **Kremsier**, 14. Febr. (Reichstagssitzung.) Nach und nach finden sich ein: Thienfeld, Stadion, Krauß, Bach. Hornbostls Eintritt in das Haus wird gemeldet und mit Beifall aufgenommen. In der fortgesetzten Generaldebatte über §. 13, 14, 15 hat zunächst Borrosch das Wort. Er erklärt sich für Autonomie der Kirche, nur daß mit dieser Autonomie auch die der Gemeinde Hand in Hand gehen müsse. Kudler weist in einer von Klarheit der Auffassung und tiefer Sachkenntniß zeugenden Rede nach, wie zwar die Glaubensfreiheit unantastbar sei (der Staat kein jus in sacra habe), aber dem Staate, da die Kirche nicht vor Ausartung sicher sei, das jus circa sacra nicht abzustreiten sei. Die Bestimmung der Grenzlinie beider Rechte, so wie die ausführliche Begründung des dem Staate zustehenden Rechtes auf die kirchl. Gesellschaft bildet den Gegenstand der Rede, auf deren Schluß ein Beifallssturm erfolgt.

Die Spezialdebatte über §. 13. schließt sich unmittelbar an die Generaldebatte. Schuselka entwickelt die Nothwendigkeit der Glaubensfreiheit mit spezieller Beziehung auf den Deutschkatholizismus (welchem der Redner bekanntlich angehört). Trotzdem, daß durch die oktroyirte Charte die Duldung der verschiedenen Bekenntnisse gewährt sei und ein entsprechender Usus bestanden habe, sei man neuerdings mit Berufung auf das Gesetz von 1846, welches den Deutschkatholiken aus Oesterreich verbanne und ihm nur ein nächtliches, polizeiliches Begräbniß gestatte, gegen die Deutschkatholiken verfahren, habe die Gemeinden in Wien und Grätz aufgehoben und den Prediger der Grätzer Gemeinde aus Oesterreich verbannt. Er benutze die Anwesenheit des Herrn Ministers des Innern, um das Gesagte zugleich als Interpellation gelten zu lassen. Der Minister des Innern, Graf Stadion, findet in der eben an ihn gerichteten Interpellation keine prinzipielle Frage und beantwortet sie sogleich dahin, daß allerdings das Ministerium, als die Deutschkatholiken Wiens die Einräumung einer Kirche und die in Gratz freie Religionsübung begehrten, die Behörden auf die bestehenden Gesetze verwiesen habe. Dieß hätten diese so aufgefaßt, als wenn sie an das Gesetz von 1846 sich strenge zu binden hätten. Sofort aber habe das Ministerium das Dekret dahin zu ändern den Auftrag gegeben, daß man den Deutschkatholiken nicht die Bewilligungen zugestehen könne, die nur einer anerkannten Kirche zukommen. Nachdem eine Reihe von Amendements entwickelt worden, wird die Sitzung geschlossen. Auf der Tagesordnung für morgen steht der Bericht des Ausschusses in Betreff der Kaim'schen Angelegenheit; dieser wird in geheimer Sitzung debattirt werden, ferner der Bericht des Finanzausschusses über die Verwendung der Depositengelder als Staatsanleihe.

Konst. Korr. **Berlin**, 17. Febr. Unter den 180 Wahlen für die erste Kammer fielen: 3 auf den Prinzen von Preußen, 26 auf jetzige und ehemalige Minister und Unterstaatssekretäre, 19 auf Ober-Regierungs- und Oberlandesgerichts-Präsidenten, 9 auf Landräthe, 26 auf Juristen, 29 auf andere größtentheils höhere königl. oder städtische Beamte, 9 auf größere Kaufleute und Fabrikbesitzer, 32 auf Ritterguts- oder größere bäuerliche Besitzer, 5 auf Universitäts-Professoren, 1 auf einen Gesandten, 4 auf Geistliche, 1 auf einen Arzt, 10 auf hohe Militärs, 6 sind noch unbestimmt.

*** **Köln**, 17. Febr. Der Redakteur der „Bonner Zeitung“, Gottfried Kinkel, Professor in Bonn, Präsident des demokratischen Vereins daselbst und Abgeordneter der zweiten Kammer der nächsthin zusammentretenden preußischen Nationalversammlung, stand gestern vor dem Zuchtpolizeigerichte des hiesigen Landgerichtes, und lautete die Anklage dahin: im November 1848 die Bürger zum Widerstande gegen die mit der Steuererhebung beauftragten Beamten angereizt zu haben. Obwohl das Gericht dieser Sache beinahe einen ganzen Tag widmete, so wurde die Entscheidung doch auf acht Tage ausgesetzt. Heute stand Herr Kinkel wieder vor demselben Gerichte, diesmal der Verleumdung der zur preußischen Garnison in Mainz gehörigen Truppen beschuldigt. Nachdem die Richter sich gegen 12 Uhr in ihr Berathungszimmer zur Fällung des Urtheils zurückgezogen hatten, erschienen sie gegen halb 3 Uhr wieder im Gerichtssaale und verurtheilten Herrn G. Kinkel zu einer Gefängnißstrafe von einem Monat und in die Kosten. Unser Gemeinderath hat in seiner gestrigen öffentlichen Sitzung die Umwandlung der vierprozentigen neuen Anleihe von 1 Million Thaler in eine fünfprozentige beschlossen, zugleich aber verfügt, daß die Prämie von 10 pCt. wegfallen und die Stadt zu einer Kündigung auf 6 Jahre berechtigt sein solle. Auch sol-

len die Koupons halbjährig bezahlt werden. In der Nacht vom 13. wurde ein hiesiger berüchtigter Schmuggler auf der Festungsbastion am Eigelsteiner Thore auf frischer That ertappt und von einer Patrouille niedergeschossen. Er liegt im Spital und man zweifelt an seinem Aufkommen.

München, 16. Febr. Das neue Ministerium ist noch immer nicht geboren. Leider sitzen auf der linken Seite der Abgeordneten so wenig Männer auch nur von mittelmäßigem administrativem Talente, daß es schwer hält, aus ihrer Mitte passende Ministerkandidaten zu wählen, selbst wenn der König von wirklich konstitutionellem Geiste beseelt eine Zusammensetzung des neuen Kabinets aus Mitgliedern der Majorität ernstlich beabsichtigte. Der unentschlüssige Charakter des Königs Max hat sich bei dieser Gelegenheit wieder in vollem Lichte gezeigt. Er hat bereits ein halb Hundert Staats- und Hofmänner vertraulich um Rath gefragt und weiß bis zur Stunde noch nicht, was er thun soll und will. Sogar einer englischen Dame soll er auf dem letzten Hofballe seine Noth geklagt haben, daß er nicht wisse, wo er die rechten Minister finden könne. Das Haupthinderniß der Bildung eines neuen Kabinets liegt leider in der Persönlichkeit des Königs, dessen schwankender Sinn und reizbares Temperament für konstitutionelles Leben wenig geeignet und für liberale Minister eine Pein ist. Vorgestern haben die hiesigen Künstler ein prächtiges Maskenfest im Odeon veranstaltet und den König dazu eingeladen. Die Sage vom Kaiser Barbarossa und seiner Erlösung aus dem Kyffhäuser als Symbol der Einheit und Größe des deutschen Reiches wurde von den Künstlern auf eben so pittoreske als tiefsinnvolle Art dargestellt. Zum Schlusse der Scene sollten die Fahnen der verschiedenen deutschen Stämme sich vor der Reichsfahne mit dem Adler, welche der erwachte Kaiser schwingt, niedersenken. König Max hatte aber den Wunsch ausgedrückt, daß die Stammpaniere vor der Reichsfahne nur geschwenkt, nicht gesenkt werden möchten, und die Festgeber waren schwach genug, diesem königlichen Wunsche nachzugeben. Die Zahl der Zuschauer bei diesem Maskenfest war so groß, daß man einige Mühe hatte, für den König und die junge Königin, welche in Lieblichkeit und Anmuth noch schöner als im Demantglanze strahlte, eine Gasse durch die dichtgedrängte Versammlung zu machen. Als der Kaiserzug von der Höhe des Kyffhäusers herab im Triumphmarsche durch den Saal zog und der rothbärtige deutsche Kaiser mit der Adlerfahne vor den baierischen Majestäten vorüberging, will man im Gesichte des Königs Max einen Zug von Verlegenheit bemerkt haben, den er vergebens unter höflichem Lächeln zu verbergen suchte.

München. Der Magistrat von München hat das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten aufgefordert, mit ihm gemeinschaftlich gegen die unbedingte Einführung der Grundrechte Schritte zu thun. Das Kollegium hat aber, namentlich auf Veranlassung des Hrn. Henle, dieses Ansinnen zurückgewiesen.

(Nürnb. Korr.)

Dresden, 16 Febr. Die D. Allg. Zeitung veröffentlicht die Note, welche die sächsische Regierung als Antwort auf die preußische Circularnote, unterm 10 Februar dem preußischen Geschäftsträger in Dresden, Hrn. v. Canitz, übergeben hat. Die sächsische Regierung beruft sich darin auf den von ihr stets festgehaltenen durch die sächsische Verfassung vorgeschriebenen Grundsatz, daß das deutsche Verfassungswerk im Wege der Verständigung und Vereinbarung zwischen der Nationalversammlung und den Einzelstaaten gegründet werden muß. Sie findet mit Genugthuung denselben Grundsatz auch von der königl. preußischen Regierung dargelegt und wird ihrerseits keinen Versuch zurückweisen, der jene Verständigung herbeizuführen geeignet ist, um so mehr, als sie immer die Absicht kund gegeben hat, von ihrem Rechte einen solchen Gebrauch zu machen, daß dadurch die Lösung der zunächst der Nationalversammlung gestellten Aufgabe nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werde. Sie schließt sich vollkommen der Ansicht Preußens an, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung nicht nothwendig sei, „um so mehr, als das Anstreben des erblichen Kaiserthums ganz geeignet ist, unter dem Namen des Bundesstaats vielmehr einen Einheitsstaat darzustellen oder doch herbeizuführen, welchen eine unbefangene Prüfung als den wahren Bedürfnissen Deutschlands und den Wünschen der Nation entsprechend nicht erkennen kann." Ganz einverstanden ist demnach die sächsische Regierung damit, daß eine andere Form gefunden werden könne, unter welcher das Verlangen nach einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammtentwicklung vollständig befriedigt zu werden vermag. „Sie wird auch stets bereit sein, so viel an ihr ist, zur Auffindung und Begründung jener Form mitzuwirken, insbesondere auch durch Besprechung und Verständigung der Bevollmächtigten zu Frankfurt a. M., und sie sieht daher mit Interesse denjenigen Eröffnungen entgegen, welche der königl. preußische Bevollmächtigte nach den zufolge der geehrten Note ihm ertheilten umfassenden Instruktionen zu machen in dem Falle sein wird. Dabei glaubt sie jedoch die Ueberzeugung aussprechen zu müssen, daß die unabweisliche Vorbedingung für solche Verhandlungen und deren Erfolg die Betheiligung der k. k. österreichischen Regierung ist. Von derselben Ansicht ausgehend, hat die Nationalversammlung das Reichsministerium zu Verhandlungen mit Oesterreich ermächtigt, und es scheint daher unerläßlich, das Resultat dieser Verhandlungen zu kennen, bevor weitere Entschließungen über eine Frage gefaßt werden können, welche mit der Einigung oder Zerstückelung der deutschen Nation zugleich deren Macht nach Außen und deren Wohlfahrt im Innern in ihrem Schooße trägt. Indem der Unterzeichnete den Hrn. Frhrn. v. Canitz ersucht, diese Mittheilung zur Kenntniß seiner hohen Regierung zu bringen, ergreift er mit Vergnügen rc. (Gez.) Dr. v. d. Pfordten."

× **Hannover**, 16. Febr. Hunderte warteten heute Stundenlang vor dem Sitzungssaale der zweiten Kammer, ehe er mit dem Schlage zwölf geöffnet ward. Denn heute sollte über das Schreiben des Ministeriums gegen die Grundrechte berathen werden. Der Abgeordnete Schäfer trug unter dem Murren der Gallerie darauf an, das Schreiben des Ministeriums an einen gemeinschaftlichen Ausschuß beider Kammern zu verweisen. Der älteste Mann der Versammlung, Lang I. erhob sich, um folgenden Antrag zu stellen:

„In Rücksicht auf die nach Ansicht der königl. Regierung obwaltenden Bedenken gegen den Inhalt der Grundrechte wollen Stände nicht verkennen, daß es der königl. Regierung wünschenswerth sein konnte, die Ansicht der Stände zu vernehmen, bevor die königl. Regierung ihrerseits in dieser Angelegenheit verschritt.

Da nun aber Stände die Ueberzeugung hegen, daß die Grundrechte so wie die Reichsgesetze überhaupt durch die Verkündigung im Reichsgesetzblatte Gesetzeskraft erlangen und es ihrer Zustimmung dazu überall nicht bedarf,

so können Stände die Bedenken der königlichen Regierung nicht theilen.

Stände tragen vielmehr darauf an:

1) zur Beseitigung aller etwanigen Zweifel, die Grundrechte so wie die Reichsgesetze überhaupt durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und für deren örtliche Veröffentlichung Sorge zu tragen, so weit dies noch nicht geschehen sein sollte;
2) die Gesetze, die zu weiterer Ausführung der Grundrechte den Einzelstaaten überlassen sind, den Ständen alsbald vorzulegen."

Er sprach sich sehr scharf gegen diejenigen Abgeordneten in Frankfurt aus, welche, wenn sie auch von keiner Gemeinsamkeit wissen wollen, dennoch gemeinsam arbeiten am schmählichen Untergange der Hoffnungen, welche das deutsche Volk auf seine Wiedergeburt gesetzt hat. Hr. v. Reden sprach Zuversicht aus, daß das deutsche Volk zu seiner Nationalversamml. stehen und alle Sondergelüste niederschmettern werde. Hantelmann sagte, auch materiell wären die Grundrechte eine Wohlthat, und was man dagegen vorgebracht, sei in vielen Dingen übertrieben. Er sprach gegen die vielerwähnte preußische Note an Hannover, wodurch dem Vernehmen nach das Ministerium in seinem Widerstande gegen die Grundrechte bestärkt sei. Er forderte die Versammlung auf, unzweideutig ihre Meinung auszusprechen; es sei die Pflicht aller Ständeversammlungen, der Nationalversammlung einen Regenbogen zu bauen, nach welchem sie freudig schauen könne. Ellissen schloß seine Rede mit den Worten: Ich glaubte mich eines Verrathes am Volke, an der Sicherheit der Monarchie schuldig zu machen, wenn ich für die Vereinbarung stimmte. Freudentheils begeisterte Rede schloß: Deutschland über Alles! Zuletzt trat Stüve auf, um seinen alten Unmuth gegen die Grundrechte auszusprechen, namentlich über die Paragraphen, welche Kirche und Schule betreffen. Er sieht alles Heil in der

Vereinbarung. In omnibus uti Austria! Die Berathung wird vertagt. Erst morgen werden wir erfahren, ob Hannover zu Deutschland gehören will.

⊙ Vom Oberrhein, 15. Febr. Zuerst von allen deutschen Staaten hat Baden erklärt, daß es einem einheitlichen Reichsoberhaupte, wenn ein solches durch die endgültigen Bestimmungen der deutschen Verfassung festgesetzt würde, sich unterwerfen wird. Um so entschiedener wird, allem Anscheine nach, die badische Regierung den Vorschlägen widerstreben, welche auf die eine oder andere Weise in dieser Verfassung der Gesammtheit der deutschen Könige eine besondere Stellung einräumen wollen, und deren Beachtung nur dem Ziele des ganzen Werkes, dem endlichen ans Lichttreten eines einigen und mächtigen Deutschlands äußerst nachtheilig sein müßte. Sollten übrigens dennoch die aus dem Rheinbunde unseligen Andenkens stammenden Königstitel deutscher Fürsten, jenes Napoleonische Danaer-Geschenk ernstlich zur Sprache gebracht, und zum Vorwande ungerechter Zumuthungen gebraucht werden, so wird Baden gewiß gegen Wunsch und Willen, aber nothgedrungen zur Wahrung eigenen Rechtes an jene Zeit der Schmach und der Fremdherrschaft, zugleich aber daran erinnern müssen, daß in dieser Zeit ein Fürst, der allein um deßwillen im Gedächtnisse des deutschen Volkes zu leben verdient, daß jener ehrwürdige Karl Friedrich von Baden, der achte Churfürst im Reiche (die siebente Churwürde hatte Hannover inne, die neunte Würtemberg) den Königstitel, den ihm der Franzosen-Kaiser vergebens aufzudringen versuchte, beharrlich zurückwies!

Baden, an Flächengehalt dem Königreich Sachsen gleich, an Volkszahl diesem, Hannover und Württemberg nur um ein Fünftel nachstehend, hat seiner Zeit die Anstrengungen Deutschlands zur Sprengung der fremden Ketten nach Kräften getheilt. Nachdem Deutschlands Unabhängigkeit erkämpft war, hat Baden auch für Entwickelung der inneren Freiheit das unter den gegebenen Verhältnissen Mögliche geleistet. In dem nunmehr glücklich überwundenen Zeitraume, während dessen es leider den konsequenten Bestrebungen mächtiger Glieder des deutschen Bundes gelungen war, das Maß dieser Freiheit mehr und mehr herabzudrücken, und in der Bundesversammlung mit einer Anzahl minder mächtiger Genossen eine verderbliche Mehrheit in diesem Sinne zu bilden, hat Baden, allen Anfechtungen gegenüber, eine ehrenvolle Unabhängigkeit behauptet; der Großherzog von Baden hat in dieser trüben Zeit, welche abzukürzen leider nicht in seiner Macht lag, in der Minderheit der Bundesversammlung die bedeutendste und entschiedenste, mitunter sogar die einzige Stimme geführt. Nur dem geringen Erfolge der Bestrebungen jener Minderheit, hauptsächlich aber dem über die Verhandlungen des Bundes gebreiteten Schleier des Geheimnisses, den sie vergebens auf dem gesetzlichen Wege zu zerreißen trachtete, ist es zuzuschreiben, daß die vaterländischen und freisinnigen Bestrebungen der badischen Regierung während jener Epoche zu minderer Anerkennung gelangten, als sie es verdient hätten.

Die Bedeutung des politischen Lebens und der freien Entfaltung des Geistes, der erneuerte Glanz der badischen Hochschulen hat seit den dreißiger Jahren die Augen von Deutschland auf sich gezogen. Die hohe Stufe, auf welche der öffentliche Unterricht in allen Zweigen gebracht wurde,*) legt Zeugniß ab von dem Standpunkte des badischen Volkes und seiner Regierung.

Wer die materielle innere Entwickelung Badens, die mit verhältnißmäßig kolossalen Opfern des Landes, und allein in Deutschland auf dem Wege der Reform, mit Berücksichtigung aller Rechte, in den letzten 25 Jahren durchgeführte vollständige Entlastung des Grundes und Bodens und Entfernung aller Spuren der Patrimonialherrschaft, die Großartigkeit seiner Staatsanstalten, von welchen nur die meisterhafte Korrektion des Rheinstromes längs der Grenze, und die gleich lang gedehnte Staatseisenbahn erwähnt werden sollen, den vorzüglichen Zustand des Kontingents, der Verwaltung und Gerechtigkeitspflege, und die bei allen diesen Lasten bis zum Jahre 1848 beispiellos blühenden Finanzen,**) mit einem Worte, wer den ganzen Zustand dieses Landes nur irgend oberflächlich kennt, wird anerkennen müssen, daß Baden die Souveränetät während des genannten Zeitraumes so gut wie ein deutscher Staat auszuüben verdiente, daß es seine Selbstständigkeit zu gebrauchen verstand.

Wenn ein solcher Staat jetzt, im Bewußtsein, daß endlich die großen Tage deutscher Geschichte gekommen sein könnten, die Deutschland zur vollen inneren Blüthe bringen und zum erstenmale seit Jahrhunderten dem Auslande in seiner Macht zeigen sollen, seine Selbstständigkeit, so weit es jenes höchste Ziel irgend fordern mag, mit freudiger Selbstüberwindung auf den Altar des Vaterlandes legt, so kann derselbe damit nicht gemeint sein, denjenigen Bundesgenossen den Weg zu bahnen, welche, statt solchem Beispiele zu folgen, und gleichmäßig mit Baden zur Gründung einer starken Centralgewalt beizutragen, etwa auf Erlangung bevorzugter Stellung und auf Schwächung jener zu bildenden Gewalt ausgehen möchten. Das badische Fürstenhaus und das badische Volk werden, soweit wir sie kennen, von dem, was sie zu Gunsten des Zustandekommens einer starken und einheitlichen Macht Deutschlands zu thun sich bereit erklärt haben, keine Sylbe jemals zurücknehmen; sie werden aber Zumuthungen wie den oben angedeuteten, wo und in welcher Form sie auftauchen sollten, den kräftigen Widerspruch entgegensetzen müssen, der im guten und gleichen Rechte seinen festen Halt hat; sie werden gleiche Stellung, gleichen Einfluß in Deutschland mit denjenigen zu behaupten wissen, welche vor Baden außer einem Titel traurigen Ursprungs, Nichts voraus haben, und würden durch dieses Festhalten am Wesen, unter Nichtanerkennung falschen Scheines, unter Hinweisung auf das wahre Machtverhältniß der Einzelstaaten, der deutschen Verfassung, der zukünftigen deutschen Centralgewalt wahrlich nicht den schlechtesten Dienst zu leisten in der Lage sein.

** **Oldenburg**, 15. Febr. In demselben Augenblicke wo, wie ich Ihnen gestern schrieb, der Landtag unbegreiflicher Weise die von der Regierung geforderte Bewilligung der zweiten Hälfte der Flottensteuer verweigerte, befanden sich hier die Abgeordneten der Reichsmarinekommission, welche an Ort und Stelle die Oertlichkeiten unseres Jahdemeerbusens untersuchen sollen, um in Frankfurt über die Anlegung eines Kriegshafens an demselben Bericht zu erstatten. Gestern ist diese Kommission, bestehend aus dem österreichischen Marineoberst Kudriaffsky, dem preußischen Artilleriemajor und Abtheilungskommandeur Troschke, dem hannover'schen Geniemajor Glünder und dem hannover'schen Wasserbauinspektor Blome, in Begleitung zweier oldenburgischen Offiziere und des Wasserbaukondukteurs Nienburg nach der Küste abgegangen, um die Lokalitäten bei Heppens in Augenschein zu nehmen. Ungünstiger konnte die Verweigerung der Marinesteuer von Seiten des Landtags nicht kommen, als in diesem Augenblicke, wo die Regierung alles Mögliche thut, einen Kriegshafen an unserer Küste zu gewinnen! Auf Anregung des hiesigen deutschen Volksvereins wird die Vollendung unserer Verfassung durch ein allgemeines Volksfest in Stadt und Land gefeiert werden. Derselbe Verein hat in seiner letzten Versammlung einstimmig beschlossen, bei unsern Abgeordneten in Frankfurt dahin zu wirken, daß für das Wahlgesetz zur deutschen Reichsversammlung keine andern Beschränkungen des Wahlrechts stattfinden mögen, als die, welche das oldenburgische Wahlgesetz für die Wahlen zu unserm Landtage enthält.

Apenrade, 14. Febr. Nach hierselbst eingelaufenen, zuverlässigen Nachrichten entbehren die vor einiger Zeit kursirenden Gerüchte über Unruhen in Kopenhagen nicht allen Grundes. Eine Rede, die der frühere Kriegsminister Tscherning über die Unmöglichkeit der Fortsetzung des Krieges von Seiten Dänemarks gehalten, und worin er u. A. ausgesprochen hat, daß Dänemark keine Armee besitze, die irgendwie Stand halten werde, und daß selbst wenn man annehmen wollte, daß mit einer solchen Armee etwas ausgerichtet werden könnte, die Vortheile, die Dänemark im günstigsten Falle bei Wiederausbruch des Krieges erreichen würde, in keinem Verhältnisse ständen zu den Opfern, die in diesem Falle gebracht werden müßten, hat die Kriegspartei in Kopenhagen in eine solche Aufregung versetzt, daß sie Tscherning die Fenster einwarf und sich in Masse nach der Christiansburg zum Könige begab, um diesen zu einer die Fortsetzung des Krieges abzielenden Erklärung zu nöthigen. Der Erfolg dieses Zuges ist das bekannte, neuerdings an die s. g. treuen Schleswiger erlassene Manifest gewesen, das also eben so wenig als das Resultat der freien Willensbestimmung des Königs angesehen werden kann, als die bekannte Antwort vom März v. J. an die schleswig-hol-

*) Auch das polytechnische Institut Badens nimmt längst den zweiten Platz unter diesen Anstalten in Deutschland ein.

**) Baden erhielt 1845 eine Eisenbahnanleihe von 14 Millionen zu 3½ pCt.

steinische Deputation. Im Uebrigen wird mit Bestimmtheit versichert, daß der König sich gegen die Wortführer jenes Zuges abermals, wie er dies schon früher wiederholt gethan, bereit erklärt hat zu abdiziren, daß dies jedoch von dem Volke nicht gestattet und der König genöthigt worden ist, die dornenvolle Krone noch ferner zu tragen. Was die dänische Armee betrifft, so mag allerdings Tscherning Recht haben. Wenigstens soll der auf Alsen lagernde bedeutende Theil derselben in einer nicht glänzenden Verfassung sein. (B.-H.)

Hamburg, 15. Febr. Ein hiesiger Geschäftsreisender hat bei seinem diesjährigen Eintritt in Schweden nicht allein wie früher einen Gewerbeschein lösen, er hat auch 8½ Thl. Banko Kriegssteuer erlegen müssen. Jedenfalls ist eine derartige Steuer noch nicht dagewesen. (Wes. Ztg.)

Bremen, 16. Febr. Die prachtvolle schwarz-roth-goldene Flagge, welche die Stadt Lafayette in den Vereinigten Staaten der Stadt Bremen zum Geschenk gemacht hat, ist heute feierlich eingeholt worden. (Wes. Ztg.)

Großbritannien.

* **London**, 15. Febr. Die neuesten Nachrichten aus Gibraltar besagen, daß die mit Marokko entstandenen Zwistigkeiten auf dem besten Wege sind, durch friedliche Vermittelung ausgeglichen zu werden. Sir C. Napiers Flotte liegt während der Verhandlungen ruhig in der Bucht von Gibraltar. — Zufolge einer dem Parlament Seitens der Regierung vorgelegten Liste sind in Irland in Folge der im vorigen Jahr stattgehabten unruhigen Bewegungen 118 Personen wegen Hochverraths, Verschwörung oder Unruhstiftung oder wegen Verdachts dieser Verbrechen in das Gefängniß gebracht, mehrere wieder entlassen, Andere abgeurtheilt worden, Andere in Verhaft geblieben. Erst vergangenen 8. Febr. wurde Martin Doherty, Vertrauter Smith O'Briens und seit letztem August außer Gesetz erklärt, in Ballingarry verhaftet und in das Gefängniß zu Clonmel abgeliefert. Inzwischen scheinen die Raufereien zwischen den Protestanten und Katholiken, von denen man in Folge der politischen Agitation seit O'Connell in letzter Zeit weniger hörte, wieder beginnen zu wollen. So wurden neulich einige Protestanten oder Orangemänner in einem Städtchen der Grafschaft Down auf ihrem Heimwege von einer großen Zahl Katholiken, sogenannten Ribandmännern, überfallen und einer der erstern im buchstäblichen Sinne gesteinigt und für todt liegen gelassen. Der schwer Verwundete starb wenige Tage darauf.

* **London**, 16. Febr. Gestern Abend wurde das gewöhnliche jährliche Fest zum Vortheil des deutschen Hospitals, seit dessen Gründung das vierte, in der London Tavern begangen. Den Vorsitz führte der Herzog von Cambridge, als Tafelaufseher (Stewards) fungirten der Prinz Löwenstein (an Stelle des Ritters Bunsen, der jedoch morgen in London erwartet wird), der Graf Kielmansegge, hannover'scher Gesandter, Hr. Ernst Bunsen und andere Deutsche ausgezeichneten Ranges und Namens. Eine Musikbande und ein deutscher Gesang-Verein verschönerten das Festmahl, welchem die in London wohnhaften Deutschen und die englischen Freunde und Gönner des Hospitals zahlreich beiwohnten. Der Herzog von Cambridge brachte unter dem lautesten Jubel der Anwesenden die Gesundheit des Königs von Preußen, als eines der freigebigsten Gönner der Anstalt, aus, und wies in seiner Rede auf die vielen Schwierigkeiten hin, welche das Institut zu überwinden gehabt; wie jedoch die Schulden desselben sich rasch verminderten, die Einnahmen aber zunähmen, wie es jetzt dringend nothwendig geworden, die Gebäude zu erweitern, um eine größere Zahl von Kranken aufnehmen zu können, wie er aber fest hoffe, daß sich dazu die nöthigen Geldmittel finden lassen würden u. s. w. Der Prinz von Löwenstein verbreitete sich in seiner Rede, über welche wir uns nach dem dürftigen und etwas verwirrten Auszuge der „Times“ kein entscheidendes Urtheil zutrauen möchten, über den gegenwärtigen Zustand von Deutschland: Niemand könne das Ende der deutschen Wirren voraussehen; die Zukunft müsse zeigen, ob die im Laufe des vergangenen Jahres errungenen Freiheiten der Grundstein einer wahren thatsächlichen Freiheit sein würden; man habe über die Bestrebungen Deutschlands, zur Einheit zu gelangen, den Stab gebrochen, aber mindestens seien die gemeinsame Sprache, die Literatur und die Repräsentation Deutschlands nicht in's Reich der Träume zu verweisen, sie seien Wirklichkeiten. Eben so gelte ihm diese Versammlung als ein Zeichen, daß das Gefühl der deutschen Einheit eine Wahrheit sei; das deutsche Hospital zu London sei für alle Deutsche errichtet, welchem Stamme und welchem religiösen Bekenntnisse sie auch angehörten. Zuletzt kam der Prinz v. Löwenstein noch auf den Zollverein, als eins der praktischen Resultate der deutschen Einheit, zu sprechen. Lauter Beifall folgte diesem Vortrage. Graf Kielmansegge brachte den Toast auf den Herzog von Cambridge als Vorsitzenden aus, worauf letzterer noch folgende statistische Mittheilungen machte: im Laufe des letzten Jahres sind 443 Kranke in, und 1739 außerhalb des Hospitals auf Kosten und durch die Mittel der Anstalt verpflegt und behandelt worden; seit der Gründung im J. 1845 zusammen 1380 Kranke in und 4925 außerhalb des Hospitals. Die Schenkungen, welche im Laufe des Abends für das Institut gemacht wurden, beliefen sich auf 1356 Pf. und der Betrag der jährlichen auf die Tafel niedergelegten Schenkungen 170 Pf.

Das zu Dublin erscheinende „Freeman's Journal“ enthält folgende, wohl nicht verbürgte Nachricht: „Es ist gewiß — und wir haben diese Nachricht aus unzweifelhaftester Quelle — daß die Königin Viktoria auf Antrieb ihrer Minister, dieser treulosen Männer, welche zu gleicher Zeit dem Papste ihre Vermittelung anbieten und seinen Widersachern beistehen, einen eigenhändigen Brief an Se. Heiligkeit nach Gaeta geschrieben hat, worin sie sich erbietet, ihn für einen Gegendienst wieder einzusetzen.“ Dieser Gegendienst soll nun, der Angabe jenes Blattes zufolge, darin bestehen, daß der Papst sein früheres, gegen die in Irland zu errichtenden vier weltlichen Kollegien geschleudertes Reskript wieder zurücknimmt; Herr Wiseman, katholischer Vikar des Londoner Sprengels, werde dieserhalb nach Gaeta geschickt werden, um den Papst hierzu zu bewegen u. s. w. Diese Mittheilung des Freeman's Journal, in Verbindung mit der Nachricht eines französischen Blatts, wonach Lord Napier mit den Revolutionshäuptern in Rom genauen Verkehr gepflogen und ihnen den Beistand seiner Regierung zugesichert habe, während zu derselben Zeit Herr Temple zu Gaeta daran gewesen, dem Papst seine Vermittelung zwischen ihm und seinen Unterthanen anzutragen, wird vom „Standard“ begierig aufgegriffen und unter der Ueberschrift: „Das Doppelspiel Whiggischer Verrätherei und Intrigue zu Rom; wichtige Enthüllungen“ wieder abgedruckt.

Frankreich.

Paris. Marschall Bugeaud hat wieder eine Rede in Lyon gehalten. Da wir seine früheren, die in Lyon sowohl als die in Bourges erwähnt haben, so wollen wir es der Vollständigkeit halber auch mit dieser thun. Sie war an die Abgeordneten des Lyoner Handelsstandes gerichtet. Er sprach zuerst seine Ueberzeugung aus, daß sie Alle entschlossen wären, den Unruhen, die das Land erschütterten, ein Ende zu machen. Er ließ sich dann in eine weitläufige Schilderung des Elends ein, zu dem die Lehren von Gemeinschaft des Eigenthums führen. „Wir Alle bilden eine viel vollkommenere Gemeinschaft, als die, welche man uns aufdrängen will, denn wir schließen Familie und Eigenthum nicht aus.“ Er rechtfertigte dann die Pariser im Ganzen, daß die Mehrzahl mit jenen Böswilligen, die nur eine kleine Zahl bildeten, nichts zu thun hätte. „Wir wollen diesen zuerst Gründe entgegenstellen, und wenn das nichts hilft, die Brust. Ueberall herrscht dieser Wille jetzt. Von allen Seiten erhalte ich Zustimmungen zu den Worten, die ich in Bourges gesprochen habe, und ich fühle die Kraft in mir, sie auszuführen.“

Napoleon Bonaparte, der Vetter des Präsidenten, geht nun doch als Gesandter nach Spanien.

Auf die Nachricht von der unbedingten und leichten Annahme des Lanjuinais'schen Vorschlages am 15. waren die Kourse noch am Abend um 1 Fr. gestiegen. Die italienischen Nachrichten haben sie wieder gedrückt. An der Börse vom 16. standen die Kourse wie folgt: 3pCt. 49. 10; 5pCt. 80. 65; Anleihe 80 Frk. 80 Cent.; Bank 1845; Belg. 5pCt. nichts; Neapol. 80½; Span. Innere 22¼; Römische 66. Nord 435; Orleans 770; Straßburg 385.

Portugal.

* **Lissabon**, 9. Febr. Von diesem Datum lauten die neuesten nach England durch das Dampfboot Madrid überbrachten Nachrichten aus Portugal. Sie sind fast ganz unbedeutend. Der neue Finanzminister entwickelte große Thätigkeit, um den gänzlich zerrütteten Finanzen aufzuhelfen und die geleerten Staatskassen

zu füllen; aber man glaubte nicht, daß es ihm durch einen seiner Finanzreformpläne gelingen werde, die Einnahmen auf einem bessern Stand zu heben. Die Abgeordnetenkammer berieth inzwischen einen Plan für Anbau der Kaffeepflanze auf den Capverdischen Inseln.

Spanien.

Madrid, 6. Febr. Die Gerüchte von einer Ministerkrisis sind beinahe wieder verstummt, seitdem Narvaez mit dem König Franz v. Assis einige, wie es scheint, für ihn befriedigende Unterredungen gepflogen. Die in Meriko lebenden Spanier sind gesonnen, dem General Narvaez einen werthvollen Ehrendegen zu verehren. Der Herzog von Gor, spanischer Gesandter bei dem österreichischen Kaiserhof, ist über Frankreich nach seinem Bestimmungsort abgereist. Aus dem Norden hat man neuerdings Nachricht von einigen glücklichen Scharmützeln mit aufständischen Faktionen, mit deren Sache es wirklich jetzt auf die Neige zu gehen scheint. Dennoch sind die Posten im Norden fortwährend sehr gefährdet, und erst dieser Tage wurden wieder in der Gegend von Burgos der Courierwagen von Madrid und die Diligence, welche Depeschen von Logrono nach Madrid bringen sollte, von dem Bandenführer „El Estudiante" ausgeplündert und verbrannt. Ein Reisender, den die Karlisten für einen Italiener ansahen, war auf dem Punkt erschossen zu werden. Nachdem er sich als Franzose ausgewiesen, ward er auf das artigste behandelt, und ihm sein ganzes Gepäck zurückgegeben. Die Deputietenkammer beschäftigt sich jetzt mit Eisenbahnangelegenheiten. Bei Hof fortwährend lustiges Karnevalsleben. Prinz Adalbert von Bayern reist morgen von Madrid über Frankreich in die Heimath zurück. (Allg. Ztg.)

Italien.

* **Turin**. Unterm 10. hat die sardinische Regierung neuerdings eine Note an den schweizerischen Bundesrath abgehen lassen. Die sardinische Regierung führt in derselben Beschwerde darüber, daß der schweizerische Bundesrath den piemontesischen Pässen bei den lombardischen Flüchtlingen keine Rechnung tragen wolle. Sie geht von der Ansicht aus, daß das lombardische Volk aus freien Stücken die Vereinigung der Lombardei mit Piemont ausgesprochen, und daß die Nationalversammlung in Turin diese Verschmelzung beider Staaten förmlich sanktionirt habe. Die Note schließt mit folgender Drohung: „Die Regierung hegt die Hoffnung, daß ihrem Begehren, die Lombarden mit piemontesischen Pässen als sardinische Angehörige zu behandeln, entsprochen, und daß sie nicht durch ein Ablehnen dieser so gerechten Forderung — was mit den Gefühlen der schweizerischen Nation in so grellem Widerspruche stünde — in die harte Nothwendigkeit versetzt werden werde, die Handelsverbindungen zwischen beiden Staaten abzubrechen, wodurch jene Vortheile, welche bisher so gerne der Schweiz gewährt wurden, aufhören würden."

Der neuen Kammer wurde in der Sitzung vom 10. der Vorschlag, betreffend Verabreichung einer monatlichen Unterstützungssumme von 600,000 Lire an Venedig, welche die aufgelöste Kammer schon bewilligt hatte, vorgelegt. Man hatte geglaubt, es werde dieser Vorschlag durch Akklamation angenommen werden. Dem war aber nicht so. Mehrere Abgeordnete aus Savoyen erklärten rund heraus, sich jeder Theilnahme an der Berathung dieses Vorschlags enthalten zu wollen, indem Savoyen zu dieser neuen Ausgabe nichts zahlen werde. Diese Erklärung veranlaßte heftige Erwiderungen, welche aber die savoyischen Abgeordneten auf keine Weise einschüchterten. Einer derselben ging so weit, die Versicherung abzugeben, daß, wenn die Regierung nicht im Stande sein sollte, der Noth dieser Provinz Abhilfe zu verschaffen, sie sich selbst helfen würde. Die Sitzung wurde aufgehoben, ohne daß abgestimmt werden konnte, indem die beschlußfähige Zahl fehlte. Am 12. nun wurde abgestimmt. Sieben Deputirte (lauter Savoyarden) enthielten sich der Abstimmung. Die übrigen alle (110) stimmten für die Unterstützung.

Die Nachrichten aus Mittelitalien haben hier in den höhern Regionen einen schlechten Eindruck gemacht. Die offiziellen und halboffiziellen Blätter verwahren sich gegen ein allmächtiges italienisches Parlament, das die Geschicke Italiens bestimmen könne. Das Ministerium Gioberti will einen Bundesstaat und die Vollmachten der Abgeordneten zum italienischen Parlament in diesem Sinne beschränkt wissen. In Genua hat der „italienische Verein" laute Demonstrationen für das italienische Parlament im Sinne von Rom und Toskana gemacht. Der Minister Buffa hatte versucht, durch eine freundlich zusprechende Proklamation ihn andern Sinnes zu machen. Es gelang nicht, und so enthält die letzte Piemonteser-Ztg. ein Dekret des Ministeriums des Innern vom 13. d., wonach der Circolo Italiano geschlossen ist.

Florenz. Der schon erwähnten Schreiben des Großherzogs an den Minister-Präsidenten sind zwei. Das eine enthält nur eine Verwendung für die zurückgelassenen Verwandten und Diener des Großherzogs, und die Bitte, sie ihm nachfolgen zu lassen. Es schließt mit den Worten: „Wenn die Personen meines Gefolges die Richtung der königlichen Maremmenstraße einschlagen, werden sie den Ort erfahren, wohin ich mich begeben habe." Das zweite Schreiben ist eine Rechtfertigung der Flucht. Er habe, erklärt der Großherzog, zwar am 22. Jan. 1849 die Einwilligung gegeben, daß das Gesetz in Betreff der Wahlen zur Konstituante zur Berathung käme, sich aber dabei vorbehalten, die Zweifel zu erwägen, ob er mit diesem Gesetz nicht in die am 1. Jan. 1849 vom Papste kundgemachte Erkommunikation verfiele. „Diesen meinen Zweifel," fährt das Schreiben fort, „theilte ich einigen der Minister mit, indem ich ihnen andeutete, daß die innerliche Gefahr jener Strafe mir hauptsächlich abhängig scheine von dem Mandat, das den Abgeordneten für die verfassunggebende Versammlung ertheilt würde und von welchem kein Wort in dem Gesetzentwurf stehe. Allein bei der Erörterung des Generalraths ward eben die Frage in Betreff der den Abgeordneten besagter Versammlung zu gebenden Vollmachten angeregt, und einmüthig beschlossen, daß ihr Mandat ein unbeschränktes sein solle. Jetzt ward mein Zweifel ernster, und ich glaubte die Frage dem Urtheil bewährterer und befugterer Personen unterstellen zu müssen, und alle stimmten in ihrer Erklärung dahin überein, daß ich mir mit einem solchen Akte jene Kirchenstrafe zuziehen würde. Da nichtsdestoweniger, mit vielem Anschein von Wahrheit, das Gerücht verbreitet worden war, daß der Papst nicht nur nicht beabsichtige, die italienische Konstituante zu verdammen, daß er früher, nachdem man ihn über diesen Vorschlag gefragt, die Wahl für dieselbe nicht mißbilligt habe, und da ich in dieser wichtigsten Angelegenheit die sichersten Wege gehen und ein feierliches und inappellables Urtheil haben wollte, so entschloß ich mich mittelst Schreibens vom 28. Jan. den höchsten Oberpriester zu Rath zu ziehen, dessen Ausspruch in dieser Angelegenheit ich mich als katholischer Souverän unterwerfen mußte. Die Antwort Sr. Heiligkeit ist mir aus unvorhergesehenen Umständen später zugekommen, als ich erwartet hatte; hierin liegt der Grund, warum ich bis jetzt diesem Gesetz die endliche Sanktion, welche dem Verfassungsstatut gemäß dem Fürsten zustand, nicht ertheilte. Das von mir gewünschte Schreiben ist jetzt angekommen und befindet sich in meinen Händen. Die Worte des heiligen Vaters sind so klar und deutlich, daß sie auch nicht einen Schatten des Zweifels übrig lassen. Das Gesetz der italienischen Konstituante kann von mir nicht sanktionirt werden. So lange die Konstituante nur ein Akt war, der meine Krone gefährdete, glaubte ich darüber weggehen zu können, da ich bloß das Wohl meines Landes und Entfernthaltung jeder Reaktion im Auge hatte. Deßhalb machte ich aus ihr einen Gegenstand meiner Eröffnungsrede vor der gesetzgebenden Versammlung. Aber jetzt handelt es sich darum, mit diesem Akt mich selbst und mein Land dem schwersten Unglück auszusetzen — mich und so viele gute Toskaner den furchtbaren Strafen (censure fulminanti) der Kirche entgegenzutreiben. Daher muß ich mich deß Beitritts weigern, und thue es mit aller Gewissensruhe. Bei der gegenwärtigen Aufregung der Gemüther läßt es sich leicht voraussehen, daß meine Rückkehr nach Florenz in diesem Moment mich solchem Aeußersten aussetzen könnte, daß die Freiheit des mir zukommenden Votums gehindert würde. Ich entferne mich daher von der Hauptstadt und verlasse auch Siena; es soll nicht heißen, daß meinetwillen diese Stadt das Lager feindlicher Reaktion gewesen. Ich baue darauf, daß der Verstand und das Gewissen meines Volks zu erkennen wissen werden, wie schwer der Grund wiegt, der mich nöthigt, das Veto zu geben, und ich hoffe, daß Gott sich meines geliebten Landes erbarmen wird. Schließlich bitte ich das Ministerium, die ganze gegenwärtige Erklärung zu veröffentlichen, damit es Allen klar werde, wie und warum die Verneinung erhoben wird, die ich der Sanktion des Gesetzes zur Wahl der toskanischen Abgeordneten für die italienische Constituante entgegenstelle. Würde die Veröffentlichung nicht vollständig und genau geschehen, so

fände ich mich genöthigt, sie von dem Ort aus, wo die Vorsehung will, daß ich mich hinbegebe, selber vorzunehmen.

Siena, 7. Febr. 1849. Leopold.

Die näheren Umstände der so motivirten Flucht sind, wie sie Montanelli im Ministerrath selbst erzählt, folgende: Am 6. Febr. kam der Präsident des Ministerraths in Siena an, ausdrücklich vom Großherzog dahin berufen; er besuchte ihn um 11 Uhr Vormittags, fand ihn im Bette liegend, und wie es schien, leidend. Nichtsdestoweniger konferirte er mit ihm und vernahm von ihm wohlwollende Worte sowie Plane, sich gleich nach wiederhergestellter Gesundheit in die Hauptstadt zurückzubegeben. Als der Ministerpräsident am 7. Febr. 11 Uhr Vormittags von neuem zur Konferenz mit dem Großherzog kam, fand er ihn aufgestanden, wohl und empfing von ihm dieselben Wohlwollensbezeugungen (attestati di benevolenza), so wie das Versprechen, sich sobald möglich mit der Prüfung des Wahlgesetzes für die italienische Konstituante zu beschäftigen. Se. Hoh. äußerte ihm den Wunsch eine Spazierfahrt zu machen, und sich durch die frische Luft zu stärken (per ristorarsi). Ungefähr 5 Uhr Nachmittags desselben Tags empfing der Ministerpräsident in dem Pallast, wo er wohnte, durch den Postdirektor von Siena zwei Briefe des Großherzogs (die oben angeführten, die der Ministerpräsident dem am 8. gehaltenen Ministerrath übergab); sobald er sie gelesen, erkundigte er sich sogleich nach dem Großherzog und seiner Familie, und machte ausfindig, daß sie alle Siena durch das Thor S. Marco in einer ungewissen Richtung verlassen hätten. Daraufhin berief er den Präfekten von Siena und einige der angesehenen Bürger, denen er das Geschehene mittheilte und schlug ihnen vor, eine Kommission für die öffentliche Sicherheit zu ernennen, was auch geschah.

Nachdem der Ministerpräsident dieß im Ministerrath mitgetheilt hatte, beschloß letzterer einstimmig, mit allen Regierungsmaßregeln, die zu seiner Verfügung stehen, Vorsorge zu treffen, wie es ihm Pflicht und Gewissen auferlegen; eiligst die gesetzgebenden Kammern des toskanischen Parlaments zu berufen, ihnen das Ergebniß mitzutheilen, und in die Hände der Volksrepräsentanten die von ihm (dem Minister) treu ausgeübte Gewalt niederzulegen.

Die Volksvertreter haben nun eine provisorische Regierung eingesetzt, die auch sogleich folgende sehr energische Maßregeln getroffen hat: Die Bürgerwehr und die stehenden Truppen sind von ihrem Schwure entbunden (sciolto dal loro giuramento). Der Name Leopold II. verschwindet von der Spitze der Entscheidungen der Staatstribunale und der Akte öffentlicher Notare; statt dessen tritt die Bezeichnung: provisorische Regierung von Toskana ein. Eine Militärkommission zur Vertheidigung des Vaterlandes wird eingesetzt. Endlich sind die Kammern aufgelöst und auf den 15. März wird eine neue gesetzgebende Versammlung einberufen, deren Mitglieder nach dem allgemeinen Stimmrecht zu wählen sind. Diese soll aus 120 Mitgliedern bestehen und die Beschickung des italienischen Parlaments ihre erste Aufgabe sein. Dem italienischen Parlament wird der Entscheid über die Regierungsform Toskana's, als eines Theils Italiens, vorbehalten. Daß der Großherzog nach Elba gegangen, bestätigt der Livorneser Courier von Neuem. Er schreibt vom 9. Febr.: „Der Großherzog ist von St. Stefano in westlicher Richtung abgefahren auf einem großen Dampfboot mit englischer Flagge."

Rom. Die Republik ist ohne allen äußern Anstoß auf parlamentarischem Wege eingeführt worden. Die ersten Sitzungen der Konstituante waren mit formellen Geschäften hingegangen. Galletti war zum Präsidenten gewählt worden. Am 8. sollte die Berathung über die dem Staate zu gebende Regierungsform erfolgen. Die Sitzung begann schon Vormittags. Eine stürmische Verhandlung fand statt. Mamiani und Sterbini waren die Vertheidiger wenn nicht der weltlichen Macht des Papstthums, doch des Status quo. Ersterer hatte bei einem langen aber nicht sehr schlagenden Vortrag den Ausdruck „Geißel Italiens" gebraucht, mit dem er den Papst bezeichnete. Bald ertönte derselbe von vielen Lippen und wendete sich gegen ihn selbst. Die Sitzung wurde für permanent erklärt, aber auf kurze Zeit vertagt. Als sie nach einer einstündigen Pause wieder begann, hatte sich bereits die Mehrzahl in den Gedanken der Absetzung des Papsts ergeben. Befürchtungen und Bedenken, welche Einzelne rege zu machen suchten, wurden zum Theil mit Hohn zurückgewiesen. Vergebens widersetzte sich der bologneser Abgeordnete Oudinot, vergebens bat Memiani, mit einem so wichtigen folgenreichen Schritt doch wenigstens bis zum Zusammentritt der Kostituente Italiana zu warten. Des Morgens um ½ 2 Uhr ward der Beschluß gefaßt. Der Sitzung wohnten 141 Abgeordnete bei. Die Abstimmung fand bei Namensaufruf statt. Für Absetzung des Papstes stimmten 136; für sofortige Einführung der Republik 120. Das Dekret lautet: §. 1. Das Papstthum ist thatsächlich und rechtlich der weltlichen Regierung des römischen Staats verlustig. §. 2. Der römische Oberpriester (Pontefice) wird alle erforderlichen Garantien erhalten für die Unabhängigkeit in der Ausübung seiner geistlichen Macht. §. 3. Die Regierungsform des römischen Staats soll die reine Demokratie sein und wird den ruhmwürdigen (glorioso) Namen „römische Republik" tragen. §. 4. Die römische Republik wird mit dem übrigen Italien die Verbindungen pflegen, welche die gemeinsame Nationalität erheischt. Sofort, mitten in der Nacht, verkündeten Kanonenschüsse das Ereigniß dem Volk, und am Mittag des folgenden Tages verlas Galletti feierlich den Beschluß von der Loggia des Kapitols vor dem versammelten Volk. Die Blätter trugen am 9. die Ueberschrift: Viva la Republica Romana (die amtliche Zeitung hatte das päpstliche Wappen schon längst abgeschafft). Die Schlüssel verschwinden und der Adler und der Stern treten an ihre Stelle.

Die Regierung ist aber nicht ohne Besorgniß, daß ihr Regiment nicht lange dauern wird. Es hieß 20,000 Oesterreicher hätten bereits den Po überschritten; deßgleichen bei Terracina seyen 12,000 Mann Neapolitaner unter dem General Filangieri erschienen und ebensoviel von Sora her unter dem General Zucchi. Reisende versichern, daß die Heerstraßen im Neapolitanischen von Truppen wimmeln. Die hiesige Regierung hat deßhalb neuerdings mehrere Kompagnien Legionäre mit zwei Feldgeschützen südwärts abgehen lassen. Die römische Legion war schon vor einigen Tagen in drei Kolonnen nach der neapolitanischen Grenze abgegangen und General Ferrari hat sein Wort gegeben, daß er sie nach der Hauptstadt des „letzten Bourbonenkönigs" führen werde! Gleichzeitig waren die eben erst aus Venedig eingetroffenen Freischaaren wieder nach der Romagna abgeführt worden.

Schweiz.

+ **Zürich**, 16. Febr. In Venedig ist die Aufregung gegen die Schweizer so hoch gestiegen, daß der schweizerische Konsul seine Pässe verlangt hat, falls die Regierung, den Drohungen der Volksvereine gegenüber, dem schweizerischen Namen keine Genugthuung verschaffe. Hauptmann Debrunner, der daselbst eine Kompagnie von freiwilligen Schweizern befehligt, schreibt unter dem 3. von St. Murano, „sie selbst, die Kämpfer für die Unabhängigkeit Italiens, seien bald ihres Lebens nicht mehr sicher." Und doch besteht ungefähr ⅓ der Kompagnie aus den gefeierten „Helden von Vicenza!"

) **Bern**, 16. Febr. Die Schweizerpresse tritt immer energischer gegen die Militärkapitulationen auf und verlangt schnelle Abhülfe. Die „Revue de Geneve," das Organ von James Fazy, weist nach, daß der Bundesrath, indem er einerseits in dem Kreisschreiben an die schweizerischen Konsuln in Italien die Kapitulationen, wenn nicht billigt, doch gewissermaßen entschuldige, andererseits sich so willfährig zeige gegen Oesterreich und die deutsche Centralgewalt, keineswegs neutral, sondern parteiisch sei. „Italien" so schließt der Artikel, „ist aufgebracht über die Aufrechthaltung einer so sonderbaren Anomalie. Man täusche sich aber nicht! Die Schweiz ebenfalls ist entrüstet, und gewiß, sie wird die falschen Auslegungen, die Sophismen und Jesuitereien nicht lange mehr dulden, vermittelst welcher man behaupten wollte, was die Bundesverfassung und mehrere Tagsatzungsbeschlüsse verworfen haben." Die „Helvetie" sagt: „Wohl mag die Schweiz mit besorgten Blicken dem Kampfe in Ungarn, dem neu auflodernden in Italien zusehen, denn auch ihr künftiges Schicksal wird da entschieden. Italiens Unterliegen ist der Vorbote der Unterdrückung der Schweiz. Kann nun etwas Widersinnigeres erdacht werden, als wenn die Schweiz, dies voraussehend, gleichwohl Tausende ihrer Söhne unter den Fahnen des Absolutismus gegen das um seine Befreiung ringende Volk kämpfen läßt und damit die Stunde des absoluten Gerichts, welches ihr besonders von ihrem Erbfeinde Oesterreich droht, wesentlich beschleunigen hilft?" Alle Blätter von nur einiger Bedeutung sprechen sich in diesem Sinne aus. Könne das regenerirte Italien die Pensionen ꝛc. der kapitulirten Truppen nicht bezahlen, so sei die Schweiz reich genug, jenen Ansprüchen zu genügen, sie könne und wolle den Fluch der Völker ab-

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 20. Februar.

Tagesordnung der 174. öffentl. Sitzung.

Abstimmung über §. 1 und 2 des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause," nach vorgängigem Schlußvortrage der Berichterstatter der Mehrheit und Minderheit des Verfassungs-Ausschusses.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Herrn Ed. Simson Schlag 9 Uhr Vormittags auf den Antrag des Herrn Fuchs mit Zählung der Anwesenden eröffnet. Es sind 67 Abgeordnete zugegen, deren Anzahl jedoch bald zu einer beschlußfähigen Mehrheit wächst. An die Stelle des Herrn Ruhwandl aus Baiern tritt Herr Sachsenberger aus München in die Nationalversammlung ein. Unter den heute angemeldeten Flottenbeiträgen sind hervorzuheben: Einhundert Thaler von den Schülern des St. Afragymnasiums zu Meißen, 2915 Gulden Ertrag der Sammlungen im Amte Ritzbüttel bei Curhafen, 337 Thaler Gold, Sammlung im Bezirk Syke und 203 Thaler Ertrag weiblicher Arbeiten der Frauen und Jungfrauen der Stadt Ribnitz.

Als Berichterstatter der Ausschußminderheit erscheint sodann Herr Mittermaier auf der Tribüne. Er verwirft den Census als eine durchweg verkehrte Anstalt des überwundenen Feudalstaats. Dabei verliest er eine Stelle aus Karl v. Rotteck's späteren Schriften, aus welcher allerdings hervorgehen würde, daß dieser Publicist seine Ansicht darüber, ob ein Census das Stimmrecht bedingen solle oder nicht, gründlich geändert hätte, wenn nicht in der citirten Stelle — von den Gemeindewahlen die Rede wäre. Herr Mittermaier führt dann eine Reihe von Beispielen auf, um an ihnen die Albernheit des Census zu erweisen. Geben wir eine Probe davon. Ein Vater hat die Nutznießung des Vermögens seines Sohnes. Die Volljährigkeit dieses Sohnes tritt ein — und plötzlich wird der Vater „ein dummer Kerl", der sein Wahlrecht verliert. Von erheblicherem Gewicht ist, was Hr. Mittermaier über die Verschiedenheit der deutschen Steuerverhältnisse bemerkt, sowie über die Verschiedenheit der Lebensverhältnisse. Im Odenwalde seien 350 Gulden Einkommen selbst für einen Bauerngutsbesitzer ein nur selten erreichter Satz. An andern Orten hingegen dürften 200 Thaler jährlich für eine sehr geringfügige Summe gelten. Nach Klassen zu wählen heiße dem Einen eine volle, dem Andern aber nur eine Zehntheilseele zuerkennen. Wie ferner solle sich ein auf einem Census beruhendes Reichsgesetz vor den verschiedenen Landesgesetzgebungen Deutschlands behaupten, die keinen Census mehr kennen! Der Redner vergleicht dann die Lage von verschiedenen im Verfassungsentwurfe als „unselbstständig" aufgeführten Handwerksgehilfen und Fabrikarbeitern. Mancher Geselle, der als Werkführer der Werkstätte fungire, habe eine Einnahme von mehr als 1000 Gulden, und ein Zuckersieder in Magdeburg sei besser bezahlt als — ein Staatsrath. Bringen Sie doch um Gotteswillen, meine Herren, nicht noch mehr Aufregung in unsere gereizte Bevölkerung. Das aber thun Sie, wenn Sie sagen: Der soll wählen, Jener nicht! Errichten Sie keine Kategorien. Das Ergebniß des allgemeinen Wahlrechts kann hier und da eine unbrauchbare Persönlichkeit zum Vorschein bringen, aber nur die Ausschließung bringt allgemeine Gefahr. Der Theil des Volkes, der nicht in den Kammern kämpfen kann, wird auf den Barrikaden kämpfen. Schaffen Sie keinen Pöbel, so werden Sie keinen Pöbel haben. (Stürmischer Beifall von der Linken und den Galerien.)

Hr. Scheller, als Berichterstatter der Mehrheit: Ich will Ihnen das Geheimniß des Entwurfs enthüllen, welches man zu errathen bemüht gewesen ist. Der Entwurf hat gewollt, daß die Vernunft die Oberherrschaft erhalte. Es ist bei §. 2 viel geredet worden von Menschenrechten, von Volkssouveränetät, selbst der Protestantismus ist aufgerufen worden, die Bestimmungen des §. zu bekämpfen. Auf solche allgemeine Redensarten aber lasse ich mich nicht ein, denn mit ihnen ist Alles und Nichts zu beweisen. Daß unser Entwurf so freisinnig ist, als irgend ein Wahlgesetz der liberalsten Staaten, ergibt sich aus einem Vergleiche der norwegischen, der englischen Verfassung und der nordamerikanischen mit der Vorlage des Ausschusses. Sie will nur, daß weder nach der einen Richtung hin noch nach der andern die Massen mißbraucht werden sollen. Das Vorparlament, auf das man sich häufig beruft, hat sich nicht sowohl gegen einen Census erklärt, sondern vielmehr die Bestimmung des Wahlmodus den einzelnen Staaten überlassen. Daß 72 Prozent der Wahlfähigen durch den Beseler'schen Vorschlag ausgeschlossen würden, beruht auf der irrthümlichen Annahme, als ob die direkte Steuer nur nach der Klassensteuer bemessen werden solle. Herr Mittermaier hat außerdem dabei übersehen wollen, daß Beseler's Vorschlag, wo ein direkter Steuersatz fehlt, auf ein Jahreseinkommen von 350 Gulden eingeht, oder auf einen Grundbesitz. Geben Sie ein unbeschränktes Wahlrecht, so setzen Sie das Vaterland der Gefahr aus, daß es in sich zerfalle. Nur durch beschränkte Wahlen können Sie machen, daß ein deutsches Reich auf die Dauer begründet werde!

Die Fragstellung hat sich über einen Umkreis von mehr als einem halben Hundert verschiedenartigen Verbesserungsanträgen zu verbreiten, die zu den §. 1 und 2 gestellt werden sind und die Schwierigkeit wird noch vermehrt durch die entgegengesetzten Systeme, von denen die Vorschläge, einander durchkreuzend, ausgehen. Außerdem wird von Herrn Wigard für ganze Reihenfolgen von Fragen die namentliche Abstimmung beantragt. Das Ergebniß der hierauf gefaßten Beschlüsse ist zunächst die Annahme des Titels und der Eingangsworte: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause."

„Für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten."

Nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses würde Artikel 1 fortfahren:

§. 1. Wähler ist jeder (selbstständige) unbescholtene Deutsche, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat."

Sowohl über den Ausdruck: „unbescholten" als über die Eigenschaft der „Selbstständigkeit" wird durch Namensruf abgestimmt. Das „Unbescholten" wird demgemäß beibehalten mit 237 gegen 224 Stimmen. Verworfen dagegen das „Selbstständig" mit 422 gegen nur 21 Stimmen. (Gelächter und Beifall bei der Verkündigung dieses Erfolgs.)

Die Gestalt, in welcher §. 2 aus der Abstimmung hervorgeht, ist folgende:

§. 2. „Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letzterer während der Dauer dieses Concurs- oder Fallitverfahrens;
2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorangegangenen Jahre bezogen haben;"

Nachdem hierauf Beseler's Antrag:

§. 1. „Wähler ist jeder Deutsche, welcher 1) das 25ste Lebensjahr zurückgelegt hat und 2) mindestens entweder a) 5 fl. 15 kr. rhein. (3 Thlr. preuß.) direkte Steuern jährlich an den Staat entrichtet, oder b) ein jährl. Einkommen von 350 fl. rh. (200 Thlr. preuß.), oder c) ein Grundeigenthum zum Werthe von 350 fl. rhein. (200 Rthlr. preuß.) hat.

Welche Steuern als direkte gelten sollen, wie das Einkommen nachzuweisen und wie der Werth des Grundeigenthums festzustellen ist, bleibt der Bestimmung der Einzelstaaten überlassen,",

mit 332 gegen 117 Stimmen verworfen ist, so findet die namentliche Abstimmung so eben Statt über den Antrag Biedermann's und Genossen:

„Wähler ist jeder Deutsche, welcher
1) das 25ste Lebensjahr zurückgelegt hat; 2) entweder a) einen eigenen Hausstand hat und ein volles Jahr lang unmittelbar vor der Wahl zu Gemeindelasten beigetragen oder da, wo es noch keine Gemeindeverbände gibt, irgend eine direkte Steuer entrichtet hat; oder b) ein Einkommen von 350 fl. (200 Rthlr.) nachzuweisen vermag."

Das Ergebniß derselben, so wie überhaupt den Ausgang heutiger Sitzung berichten wir im morgenden Blatte.

†* **Frankfurt**, 20. Febr. Die baierische Erklärung, welche eben an die Centralgewalt eingegangen ist, ist noch nicht als Ultimatum zu betrachten, sondern gleich der österreichischen erst eine allgemeine abwartende Aeußerung. Sie spricht sich bestimmt dahin aus, daß Baiern zu keinem „Ausschlusse" Oesterreichs aus Deutschland, auch nicht zu einer Stellung desselben in einem weiteren Bundesverhältnisse seine Zustimmung geben werde. Ferner verwahrt sich Baiern im Voraus auf das Allerbestimmteste gegen jede allzu starke Anforderung an die souveräne Selbstständigkeit Baierns. Der Veröffentlichung dieser Erklärung sieht man heute in dem Organe der österreichisch-baierischen Partei, der Frankfurter Zeitung, entgegen, der sie, wie die österreichische Note, gleichzeitig bei der Ueberreichung an die Centralgewalt zugekommen ist.

Frankfurt, 19. Febr. Der O. P. Z. zufolge hat sich der großherzogl. badische Bevollmächtigte auf Grund einer Instruktion seiner Regierung, gegenüber dem Reichsministerium und den Bevollmächtigten sämmtlicher Einzelstaaten, verwahrend ausgesprochen gegen die in der österreichischen Note angedeutete „Vereinbarung zunächst mit den deutschen Königen", sowie gegen jede ähnliche Partikular-Vereinbarung. Ueber die betreffende Instruktion der badischen Regierung behalten wir uns weitere Mittheilung vor.

⊙ **Frankfurt**, 20. Febr. Die gestrige zweite Versammlung im Weidenbusch war noch zahlreicher besucht als die erste. Wir schätzten die Theilnehmer auf 200. Von den Oesterreichern war nur Herr Rößler aus Wien zugegen. Das von dem Ausschusse entworfene Programm führte eine Diskussion herbei, indem die Herren Rümelin, Riesser und Wedemeyer einen Oesterreich betreffenden Zusatz begehrten, worin sie von Hrn. Schwetschke, Amstetter und Siemens unterstützt wurden, während sich die Herren v. Saucken, Arndt, Grumbrecht, G. Beseler, Backhaus gegen eine solche Erwähnung der österreichischen Verhältnisse erklärten. Die Abstimmung entschied sich und fast mit Einhelligkeit für die Annahme des Programms mit einem unwesentlichen Zusatze G. Beselers: „Wir Unterzeichnete vereinigen uns, gemeinschaftlich dafür zu wirken, daß die bei der ersten Lesung angenommenen Grundlagen und Consequenzen des deutschen Bundesstaates im Wesentlichen festgehalten werden. Insbesondere betrachten wir die Bestimmungen der §§. 2 und 3 vom Reich, des §. 1 vom Reichstag und des §. 1 vom Reichsoberhaupt als solche, welche für den deutschen Bundesstaat nicht aufgegeben werden dürfen. Jeder Verzögerung, jeder Unterbrechung des Verfassungswerkes werden wir entgegentreten, sie komme von welcher Seite sie wolle." Ein großer Theil der Anwesenden unterzeichnete dies Programm bevor er den Saal verließ. Den Vorsitz führte Herr Reh aus Darmstadt.

*** **Frankfurt**, 19. Febr. Während heute Abend die „Einheitlichen" der Nationalversammlung im Weidenbuschsaale den Bericht ihrer am Samstag erwählten Kommission entgegennehmen wollten, wollte die Instruktionskommission der deutsch-österreichischen Koalition bereits gestern ihren speziellen Verfassungsentwurf vollendet haben. Bis zu diesem Augenblicke sind aber die von den Fraktionen der Linken „Donnersberg, deutscher Hof und Westendhall" in die Kommission gewählten neun Mitglieder mit derselben noch in keine direkte Verhandlung getreten. Sie haben die Kommission einstweilen von ihrer Wahl in dieselbe in Kenntniß gesetzt und verlangen vor allem die Einsicht des Verfassungsentwurfs, ehe sie weiter vorgehen. Man hegt auf der Linken durchaus keine sanguinischen Hoffnungen.

Wien, 14. Febr. Die Allg. Z. enthält folgende als authentisch verbürgte Notiz über die ungarischen Banknoten: Von den durch den Palatin Namens Sr. Maj. des Königs seiner Zeit zur Hinausgabe sanktionirten ungarischen 1 und 2 Gulden-Noten wurden bis zum 31. Dez. 1848 unter Controle der Pesther Bank fabrizirt und emittirt 670,220 fl.-Noten à 1. fl., 3,107,000 fl.-Noten à 2 fl., ferner unter Kossuths Verwaltung 11,206,000 fl.-Noten à 5 fl. und 8,758,000 fl.-Noten à 100 fl., zusammen also für 23,741,220 fl. Banknoten. Zur Deckung der 1 und 2 Gulden-Noten, welche bei einer Emission von 12½ Millionen Noten auf einen Baarfonds von 5 Millionen bestimmt war, befanden sich in der Pesther Bank 1 Million 800,000 fl. in Silber und Gold, während 3 Millionen noch zu decken waren. Heute eingetroffenen Nachrichten aus Ungarn zufolge soll Peterwardein sich an die kaiserlichen Truppen ergeben haben.

℘ **Berlin**, 18. Febr. Die Kammern werden am 26. Febr. in dem weißen Saale des königlichen Schlosses vom Könige eröffnet werden. Da ein bleibendes Ständehaus zur Zeit noch nicht vorhanden ist, so wird man sich diese Einladung auf's königliche Schloß wohl gefallen lassen, ohne Anstoß zu nehmen an diesem leisen Anklange an die alte Zeit. Wenn nur nicht bei der Thronrede andere Anklänge zu gewärtigen sind! Doch wird man hoffentlich sich an den üblen Eindruck erinnern, welchen die Worte am 15. Oktober machten. Am Sonntage vorher, 25. d. werden in allen Kirchen Fürbitten für die Versammlung gehalten. Da es sich nicht bestätigt hat, daß die Kammern vom Ministerium vertagt werden — selbst Herr von Vincke hat davon abgerathen — so spricht man jetzt davon, die Kammern würden sich selbst bis Ende März vertagen, ohne dadurch in der Erledigung der Geschäfte große Einbuße zu erleiden, da die Zeit bis dahin, wo hoffentlich (aber man kann kaum sagen vermuthlich) die deutsche Reichsverfassung festgestellt worden ist, sehr gut zu den Vorarbeiten über die Vorlagen benutzt werden kann. Eine andere Frage des Tages ist, ob denn nicht endlich der Belagerungszustand aufgehoben werde. Man wird doch nicht, um mit den Epistolis obscurorum virorum zu reden, unter dem Regimento hastarum parvarum berathen sollen; die Garnison von Berlin ist mehr als hinreichend, um die Ordnung auf den Straßen zu erhalten. Die wirklichen Leiden des Belagerungszustandes sind freilich kaum zu verspüren; die Beschränkung der Presse macht sich noch am ersten bemerkbar. Aber der Gebrauch, welcher im vorigen Sommer von der Presse und dem Versammlungsrecht gemacht ward, war nicht so erfreulich, um bei den gebildeten Klassen viel Sehnsucht hinterlassen zu können. Bedauerlich ist es freilich dennoch, daß man so gleichgültig ist gegen eine nun schon über ein Vierteljahr dauernde Aufhebung der wichtigsten Rechte. Es beweist recht, wie sehr es unserem Volke an Vorbildung zu der neuen Freiheit gefehlt hat. Der Magistrat hat den Antrag der Stadtverordneten, eine Eingabe gegen den Belagerungszustand zu machen, mit allen Stimmen gegen fünf abgelehnt, und hierauf den Antrag auf Amtsverschwiegenheit angenommen. So meldet die hiesige Nationalzeitung, welche überhaupt gegen den Magistrat fortwährend kleinen Krieg führt. Aus ihrem heutigen Blatte genüge folgende Probe: „Eine andere Eigenschaft, welche die Antworten des Magistrats außer jener Ueberlegenheit des Geistes noch besitzen, ist die, daß die Sonderung der Stände ferner aufrecht erhalten wird. Wir geben zum Beweise vier Erinnerungsschreiben in einer ganz gewöhnlichen Form: An den Königlichen Kriegsrath Ritter 2c., Herrn N. Hochwohlgeboren. Euer Hochwohlgeboren ersuchen wir ergebenst, unser Schreiben vom — gefälligst schleunig erledigen zu wollen. — An den Stadtverordneten und Bäckermeister Herrn N. Wohlgeboren. Euer Wohlgeboren ersuchen wir, unserer Aufforderung schleunigst zu genügen. An den Bäckermeister Hrn. N. (NB. der nicht Stadtverordneter ist). Sie werden hierdurch aufgefordert, unsere Verfügung jedenfalls binnen 8 Tagen zu erledigen. — An den Schlächtergesellen N. Der Schlächtergesell N. hat binnen 8 Tagen bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 1 Thlr. der Verfügung von — zu genügen u. s. w." Es läßt sich allerdings nicht ableugnen, daß der Magistrat und die politisch aufgeregte Masse der Einwohner Berlins nicht im wünschenswerthen Einklange stehen. Leider ist zu befürchten, daß bei den bevorstehenden Neuwahlen Berlin die Scharte nicht auswetzen, sondern wiederum die Schwätzer der Linken zu seinen Vertretern ausersehen wird. Selbst Hr. Jung hat Aussichten! Held hat sich neuerdings gar noch verdoppelt. Einmal wandelt er auf der Bühne, in dem neuen Stücke: „Das Eigenthum ist Diebstahl". Hr. Held schaut im Theater seinen Doppelgänger mit sokratischer Gelassenheit an. Die Komödie könnte geistreicher sein, hat aber vielen Zulauf. Hr. Held selbst hat seine Komödie hoffentlich ausgespielt.

Charlottenburg, 18. Febr. Seine Majestät der König waren seit einigen Tagen an einem Schnupfenfieber leidend und mußten in Folge dessen kurze Zeit das Bett hüten. Allerhöchstdieselben befinden sich aber heute wieder ganz wohl. (St.-A.)

Berlin, 18. Febr. Zu Abgeordneten für die erste Kammer sind gewählt worden:

Provinz Preußen. Regierungs-Bezirk Königsberg.

von Franzius, Gutsbesitzer auf Bowlittn. Landrath von Lavergne-Peguilhen, Rösseler Kreises.

Regierungs-Bezirk Gumbinnen.

Gutsbesitzer Lefebvre auf Misau. Präsident Bornemann. Oberförster Kettner in Nikolaiken.

Lith. Korr. **Berlin,** 18. Febr. Für die Schroffheit, mit der sich die politischen Parteien gegenüberstehen, spricht es vielleicht am deutlichsten, daß und zwar vorzugsweise von der konservativen Partei förmliche Bündnisse geschlossen werden, bei keinem demokratischen Handwerker oder Kaufmann etwas zu kaufen. Man geht natürlich eben so wenig in öffentliche Lokale, deren Wirthe und Besucher entgegengesetzter Ansicht sind. Dieser Schroffheit außerhalb der Kammer will die Oppositionspartei in der Kammer durch die Mäßigung imponiren. In dem Verlangen Sr. Majestät, daß sich die Abgeordneten bei der Eröffnung der Kammern nach dem weißen Saale begeben, sehen viele wieder einen den Kammern hingeworfenen Streitapfel. Es ist nichts als ein Abweichen von der gewöhnlichen konstitutionellen Form, (z. B. Frankreich und Belgien) und die Opposition wird sich weislich hüten, mit einem Formstreit zu beginnen.

⁑ **Posen,** 16. Febr. Von der polnischen Grenze schreibt man uns, daß ein aus Frankreich auf Grund eines russischen Amnestiedekrets zurückkehrender Emigrant, der Pfarrer Jastrzybski aus Lublin sofort von den Kosaken verhaftet und nach Kalisch abgeführt worden ist, obgleich ein polnisch-preußischer Gutsbesitzer ihn noch ausdrücklich begleitete und die vollständigen Legitimationen bei sich führte. Man macht aus diesem Verfahren Schlüsse auf die Verhältnisse der sonst freundnachbarlichen Regierungen. Aus Krakau treffen täglich Nachrichten ein, die Besorgnisse über bevorstehende Bewegungen ausdrücken. Das Rekrutirungspatent und die Anfälle der Soldaten auf ruhige Bürger haben die Polen aufs Aeußerste erbittert. Die Bauern im Krakauer Kreise wollen die Rekrutirungskommission mit Sensen und Dreschflegeln empfangen. In Chrzanow ist es deshalb bereits zum Kampf gekommen. Täglich fast gehen aus Krakau kleine Militärdetaschements an Orte ab, wo die Ungarn eingefallen sein sollen. Wegen dieser Bewegungen hat man den Rekrutirungstermin auf den 5. März verschoben. Auch in Lemberg scheint es zu gähren. Die Oesterreicher haben sich hier und in der Umgegend genöthigt gesehen, den Landsturm gegen die Ungarn zu organisiren. Dazu hat man jedoch nur der Bauern sich bedient. Nun verlangt der Adel, daß man ihn auch dazu verwende. Dessen weigern sich die Oesterreicher und sagen offen, sie wollten den Wolf nicht in die Schaafheerden lassen. Die Lemberger Schulen sind geschlossen, weil die Schüler sich deutsch und ruthenisch zu lernen weigerten und Tumulte ausführten. Die ältesten derselben hat man sofort bei den Truppen eingestellt. (!) Hier in Posen ist es sehr ruhig; eine große Anzahl Polen hat sich mit ihren Familien nach Breslau hingezogen, um Oesterreich näher zu sein, und die polnischen Studenten in Breslau, die sehr zahlreich sind, verfolgen die Bewegungen jenseits sehr aufmerksam. Die österreichische Note hat unter allen Deutschen tiefe Entrüstung, bei den Polen eine Art Genugthuung hervorgebracht. Die Gazeta äußert sich darüber sehr weitläufig und schließt also: „In unbegrenzten Linien einer weiten Ferne schwebt für Oesterreich ein nebelhaftes, ungeheueres, mächtiges, drohendes Deutschland, in welchem alle Nationalitäten Platz finden! O ihr beglückten, tausendfach beglückten Slaven! seht! Euer großmüthiger Kaiser, der in Ollmütz drei Professoren auf einmal erlaubt hat tschechisch zu lehren, der mit eurer Hülfe die deutsche Hauptstadt seines Reichs gedemüthigt, Italien in Schach gehalten, Ungarn erdrückt hat, wirft euch nun, zum Lohn für euer vergossenes Blut, für gehaltene Treue, für den Sieg über die Märzrevolution dem auseinanderklaffenden Deutschland entgegen! o ihr tausendfach beglückten Barbaren!" — „Doch wie werden euch, ihr freiheitsneidende Söhne Germaniens, die 600,000 Bajonette schmecken, mit denen man Wien demüthigte, Italien in Knechtschaft hielt, Ungarn und Polen mordete? Wahrlich, ich sage euch, dieses Geschenk wird euch sehr theuer zu stehen kommen."

Mit Freude ist die dreifache Wahl Flottwells zur ersten Kammer begrüßt worden. Mag der um uns so sehr verdiente Mann darin den Beweis finden, daß Dank und Anerkennung hier unwandelbar für ihn feststehen. Er wird auch jetzt durch die genaue Kenntniß unserer Provinz bei der bevorstehenden Zerlegung derselben sehr nützlich wirken können.

* Die baierische Hofpolitik ist genöthigt gewesen, auf die beiden schweren gegen sie von der Deutschen Zeitung hinsichtlich ihrer innern und äußern Politik erhobenen Anklagen mit einem unbedingten „Schuldig!" zu antworten*). Die gewundenen Redensarten, in welchen der bisherige Minister der auswärtigen Angelegenheiten dies Eingeständniß machte, sind nur das Feigenblatt der Schaam, das wir nicht weiter wegziehen wollen. Aber Deutschland weiß jetzt, was es von jener Seite zu erwarten hat.

0 **München,** 17 Febr. Sie können stolz sein, ein Artikel Ihres Blattes wurde heute zum Gegenstande der Berathung der erblichen und ernannten Räthe des baierischen Reichs; die hohe Kammer ließ sich herab, einen Artikel der Deutschen Zeitung vom 8 Februar einigen Interpellationen ans Ministerium zu Grunde zu legen und daran einige Anträge zu knüpfen. Der Interpellant war Graf Arco-Valley, der Freund des Erzbischofs, Anhänger der Jesuiten und Protektor des ultramontanen Schmähblattes, des Volksboten. Der bisherige Minister des Auswärtigen, Graf Bray, der in der zweiten Kammer nur noch als Abgeordneter an den Geschäften Theil nimmt, zeigt sich gefälliger gegen die Adelskammer und kam auf ihren Wunsch, um den an ihn gerichteten Anfragen der hohen Herren Rede zu stehen. Arco-Valley entnahm seine drei Fragen dem Artikel der Deutschen Zeitung: „Die Hindernisse der deutschen Einheit." Die erste betraf die Verwahrung des bairischen Hofs bei dem Kabinette von St. James gegen die Unterwerfung unter ein erbliches Oberhaupt; die zweite galt dem Punkte, der von einer Erkaufung von Baiern, Sachsen und Hannover um den Preis der Vergrößerung dieser Staaten durch Mediatisirung der kleinen Nachbarn spricht, und endlich die dritte bezog sich auf den Vorschlag der bairischen Regierung, ein dreigetheiltes Deutschland mit oder ohne Ausschluß Oesterreichs zu gründen. Graf Bray dankte dem edlen Grafen für den ihm gegebenen Anlaß, sich gegen Anschuldigungen aussprechen zu können. Er wolle mit aller Offenheit verfahren und die betreffenden Akten der Kammer vorlegen. Baiern wolle einen Bundesstaat, keinen Einheitsstaat, kein erbliches Oberhaupt. Er müsse zum Lobe des Königs von Preußen es sagen, daß auch er sich gegen eine derartige Verfassung aussprach. Sein Name würde dafür von Mit- und Nachwelt mit Lob und Dank genannt werden. Anderes wolle eine Partei in Preußen, die durch ihre Verbindungen in London dem dortigen Kabinette mitgetheilt hätte, daß keine deutsche Regierung opponiren werde, wenn die preußische Krone zur Kaiserkrone erhöht würde. Der bairische Gesandte hatte die Pflicht, sich gegen eine solche Annahme auszusprechen, schon weil die Krone kein Recht habe, ohne Bewilligung der Stände auf solch bedeutende Opfer an Souveränetätsrechten Verzicht zu leisten. Zum Beweise dieser Aussage theilt der Minister eine Correspondenz zwischen dem bairischen Gesandten in London Baron Cetto und ihm selbst, theils im Auszuge theils ausführlich mit. Die Correspondenz zwischen den beiden deutschen Staatsmännern ist, wie zu erwarten französisch geführt, damit, wie der Minister sich ausdrückte, seine Schreiben um so leichter zur Kenntniß im Foreign Office gelangen können. (Warum Cetto auch nach München französisch berichtet, darüber gab der Minister keine Aufklärung.) Im zuletzt verlesenen Briefe Bray's an Cetto, datirt vom 7. Febr., spricht sich die baierische Regierung eben so entschieden gegen ein preußisches Kaiserthum, wie gegen den Austritt Oesterreichs aus dem zu kreirenden Bundesstaate aus. Den zweiten Punkt, die versuchte Erkaufung Baierns durch das Anerbieten kleiner Nachbarstaaten, nannte der Minister eine absolute Lüge **). Baiern werde bleiben was es ist,

*) Wie übrigens schon aus dem tiefen Schweigen der sonst so berichtigungslustigen baierischen Regierungspresse hinlänglich erhellte. Die Allg. Zeitung bezeichnet die Nichtigkeit der versuchten Ausreden mit der zarten Wendung: „Die Antwort des Grafen Bray bot zwar neue Details, aber keine neue Wendung der Dinge!"

**) Wir bemerken für diejenigen, welche jenen Artikel nicht gelesen haben, daß von uns, der Deutschen Zeitung, eine solche Behauptung nicht ausgegangen und mit keinem Worte besprochen ist. Sie ist abgeleitet

№ 51. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 20. Februar 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

▽ **Frankfurt**, 16. Februar. Am Donnerstag hielt Herr v. Fenneberg in dem Lokal des Montagskränzchens (Wolfseck) einen öffentlichen Vortrag über die Wiener Oktoberrevolution, zu dem sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Es bleibt unter allen Umständen von Interesse, die Aufklärungen eines Mannes zu vernehmen, der, statt bloß passiver Augenzeuge der Wienrr Revolutionsscenen oder bloßer Barrikadenkämpfer gewesen zu sein, als Führer thätig in die Bewegung mit eingegriffen hat. Herr v. Fenneberg gab eine klare, scharfe, an schneidenden Bemerkungen reiche Totalübersicht der revolutionären Bewegungen Wiens seit dem März, wobei er sich über die diesen Bewegungen zu Grunde liegenden Motive, über die Minen der Revolutionspartei und die schlauen Contreminen der Reaktion und der Kamarilla, namentlich aber über die selbstsüchtigen, den Plänen der Kamarilla geradewegs in die Hände arbeitenden Umtriebe der Czechen, welche zu Gunsten gewisser nationaler Prätensionen die von den entschlossenen Wienern für alle österreichischen Völkerschaften mühsam errungenen Freiheiten durch diese Umtriebe auf's Spiel gesetzt, weitläufig und anschaulich verbreitete. Der Vorleser schloß mit einigen Mittheilungen und Bemerkungen über die Oktoberrevolution.

Jedenfalls glauben wir annehmen zu dürfen, daß der größere Theil des Publikums, welches Fenneberg um sich versammelt hatte, statt des etwas weit gedehnten Raisonnements über das, was der Revolution vorherging und sie veranlaßte, mehr Schilderungen aus dieser selbst, mehr Persönliches, Faktisches erwartet haben mochte. Aus dem Vortrage Hrn. v. Fennebergs selbst konnten wir entnehmen, daß er kein Bewunderer der sogenannten „Professorenweisheit" ist, um so mehr leid thut es uns, gestehen zu müssen, daß er durch seine Abhandlung vielfach den Ton eines deutschen Docenten durchklingen ließ, insofern es für einen Docenten charaktreistisch ist, daß er sein Publikum lieber zu unterrichten und zu belehren, als zu unterhalten und die Neugier zu befriedigen strebt, ohne zu bedenken, daß gerade durch eine Fülle anschaulicher und zweckmäßig zusammengestellter Thatsachen die Aufgabe des Unterrichts besser erreicht wird, als durch eine Anzahl allgemeiner Lehr- und Grundsätze, deren Kenntniß man beim Publikum besser voraussetzen sollte. So konnte Hr. v. Fenneberg wohl annehmen, daß gerade sein Publikum mit den ersten Lehrbegriffen der Demokratie und der Revolutionskunde hinlänglich vertraut war, daß es mithin von Hrn. Fenneberg wohl nichts Anderes wünschte und erwartete, als thatsächliche Belege zu allbekannten demokratischen Lehrsätzen aus der Oktoberrevolution selbst. Mochte auch einer oder der andere von der Gegenpartei Fennebergs oder gar ein verhaßter „Bourgeois," also ein oder der andere Profane in dieser demokratischen Halle sich befunden haben, so war doch vorauszusehen, daß diese Profanen nicht eben leicht für die Demokratie zu gewinnen sein würden durch einen Vortrag, in welchem allein der Feind der Bourgeois, der Proletarirr, als Inbegriff aller Tugenden gepriesen wurde und der Hintergrund überhaupt etwas stark roth angestrichen erschien.

Was nun das Endergebniß der Fenneberg'schen Geschichtschreibung über die Wienrr Oktoberrevolution betrifft, so läuft es darauf hinaus, daß, außer dem heldenmüthigen Proletarier, Keiner, der sich daran betheiligte, etwas getaugt hat, daß keine Korporation und kein Einzelner sich fähig gezeigt hat, die Revolution auf dem rechten, d. h. illegalen Wege fortzuleiten, das Rumpfparlament nicht, der Gemeinderath nicht, Messenhauser und die früheren Kommandeure nicht, der Studentenausschuß nicht (indem er aus Eitelkeit sich den höhern Behörden unterzuordnen sträubte), die Bourgeoisie nicht, wie sich von selbst versteht, im Grunde wohl auch die übergegangenen Soldaten nicht (es war ja kein Proletarier, sondern ein Kanonier, welcher die erste Scheußlichkeit an dem ermordeten Latour beging), und alle Uebrigen nicht, auch Hr. Schuselka nicht, dieser unverwüstliche Redner des Reichstags in Wien und Kremsier. Daß Hr. v. Fenneberg mit diesen wehmüthigen Klagen zum großen Theil wohl nur zu sehr Recht hat, geben wir gern zu, es gibt nichts Schwächeres und Zweideutigeres, als das Wiener Rumpfparlament in dem Augenblick, wo es seine Aufgabe war, entweder entschieden an die Spitze der Revolution zu treten, jede Brücke mit der Vergangenheit abzubrechen, jede Konsequenz der Revolution auf sich zu nehmen, oder eben so entschieden das Geschehene auf frischer That zu verdammen, die Mörder Latours zur Strafe zu ziehen, jede Gemeinschaft mit der Revolution von sich zu weisen und seine Hände, wenn es dies eben moralisch konnte, in Unschuld zu waschen. Was im erstern Falle aus der Monarchie, im zweiten aus dem Reichstag selbst geworden wäre, läßt sich freilich nicht sagen, aber der Mittelweg, den der Reichstag einschlug, indem er hier mit dem Volke sympathisirte und dort mit dem General Auersperg und dem Kaiser hin und her parlamentirte, war, wenn nicht zugleich der unmoralischste, doch mindestens der ungeschickteste von beiden. Hr. v. Fenneberg hat dies mit einigen Worten treffend angedeutet. Das Urtheil Fennebergs über Messenhauser läuft darauf hinaus, daß er, wie die Männer des alten Regime's, mit zu großer Vorliebe „Soldatens gespielt" und seine Lust daran gehabt habe, unzählige Edikte mit seiner Namensunterschrift auszufertigen, wovon man sich allerdings überzeugen kann, wenn man einen Blick in die von J. P. Lyser verfaßte und zu Wien (1849) erschienene Schrift „die Wiener Ereignisse v. 6. Okt. bis 12. Nov. 1848" wirft, welche Schrift zugleich eine sehr dankenswerthe Sammlung aller während dieses Zeitraumes erschienenen Kundmachungen und Proklamationen enthält. Es war freilich schlimm, daß die Männer, die man am geeignetsten fand, die Leitung der Oktoberrevolution zu übernehmen, zwar Thätigkeit und guten Willen zeigten, aber nicht jene höheren politischen, oder wie Fenneberg sie nannte, „organisatorischen" Eigenschaften, die für solche Krisen erfordert werden und, wie es scheint, z. B. den Leitern der Bewegung in Rom und Venedig nicht fehlen. Dieser Umstand war freilich schlimm, weil er beweist, daß eben ein offenbar vorhandener Mangel an höhern politischen Talenten keine Wahl und Auswahl übrig ließ, daß rasches Temperament bei politischer Halbbildung und Halbreife wohl das Chaos einer Revolution herbeizuführen, aber nicht eine geordnete politische Schöpfung daraus zu bilden im Stande ist. Den Wiener Arbeitern spendete Fenneberg in jeder Hinsicht unbedingtes Lob — um so schlimmer, wenn diese muthige, uneigennützige und zu jedem Opfer bereite Klasse der Bevölkerungen von der europäischen Demokratie nur als bloßes Kanonenfutter gebraucht werden sollte! Die Geständnisse Hrn. v. Fenneberg's haben ein gewisses Gewicht, weil er selbst in den letzten Tagen ein hohes Kommando führte, irren wir nicht, das Kommando des Sicherheitsausschusses, und in dieser Stellung in der Lage war, so gut wie Fürst Windischgrätz, Befehle zu erlassen, wodurch, wie er selbst erzählte, den gegen seine Anordnungen aufsässigen Bürgern das Standrecht angedroht wurde.

* **Frankfurt**, 19. Febr. Die Adresse des vaterländischen Vereins in Braunschweig an die Nationalversammlung lautet wie folgt:

Der bedeutungsschwere Augenblick ist nahe, wo die hohe Nationalversammlung die Reichsverfassung durch die zweite Beschlußnahme unwiderruflich feststellen wird. Uns erfüllt der ganze Ernst einer solchen Entscheidung, welche die Zukunft des deutschen Vaterlandes auf späte Zeiten hinaus bestimmen muß. Doch erhebt uns das Vertrauen auf den lebendiger erwachten Geist des deutschen Volkes und den immer stärker hervortretenden Willen desselben, der die Begründung eines einigen und selbstständigen Deutschlands unabweislich fordert. Dieser Geist waltet auch in den Beschlüssen der hohen Versammlung, durch welche ein deutscher Bundesstaat begründet und Einer der regierenden deutschen Fürsten als Oberhaupt an dessen Spitze gestellt werden soll.

Durch diese Beschlüsse war bereits eine wesentliche Grundlage für die Befriedigung des tiefsten Volksbedürfnisses gewonnen, ja wir durften hoffen, daß eine folgerichtige Durchführung der gefaßten Beschlüsse die Reichsgewalt dem mächtigsten der deutschen Fürsten, dem König von Preußen erblich übertragen werde. Denn dadurch allein kann die angestrebte Einheit und Selbstständigkeit Deutschlands vollständig und dauernd gesichert werden. Im gleichen Sinne hatte sich auch die Stimme des Volkes und hochherziger Fürsten weithin in Deutschland erklärt und wir dürfen uns dessen erfreuen! — Braunschweigs Fürst und Volk, seine Abgeordnetenversammlung wie seine vaterlän-

bischen Vereine, treten in dem Ausdruck dieses Verlangens unter den Ersten hervor. Um so tiefer mußte es uns schmerzen, wenn durch ein fast zufälliges Uebergewicht weniger Stimmen die Frage über die Erblichkeit des Reichsobeehaupts bei der ersten Berathung in hoher Nationalversammlung verneinend entschieden wurde. Wir geben jedoch die Hoffnung nicht auf, daß die Männer, welche sich bei der ersten Abstimmung noch nicht zu einem entscheidenden Entschlusse in dieser wichtigen Frage zu erheben vermochten, bei wiederholter Erwägung dem klar erkannten Bedürfnisse Folge geben werden.

Inzwischen ist zuerst das Rundschreiben der preußischen Regierung und sodann die österr. Note über das deutsche Verfassungswerk erschienen. Wir vertrauen, daß die hohe Nationalversammlung durch jenes in dem begonnenen Streben, einen festen Bundesstaat in das Leben zu rufen, nur bestärkt, durch das österreichische Schreiben nicht wankend gemacht werden könne.

So ernstlich sich auch Preußen in jenem Schreiben verwahrt, als ob es „nach einer Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst strebe", so nimmt es doch mit Recht diejenige Stellung in Deutschland für sich in Anspruch, welche „die Natur der Dinge ihm anweist" und es erklärt sich demgemäß selbst „verpflichtet, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte." Wenn aber eine unbefangene Erwägung der Verhältnisse zu der Anerkennung führt, daß Preußen durch „die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann," berufen ist, an die Spitze des deutschen Bundesstaates zu treten, so halten wir es auch für geboten, zur dauernden Sicherung einer wahrhaften Einheit Deutschlands, die Würde des Reichsoberhauptes dem Herrscherhause des preußischen Staates erblich zu übertragen. Jene geistigen und materiellen Kräfte finden ja ihre dauernden Grundlagen in dem preußischen Volke, und je inniger Deutschland und Preußen verschmolzen werden, desto gesicherter wird unsere Zukunft sein. Schon jetzt aber wird das entscheidende Wort der hohen Nationalversammlung, welches bis auf die spätesten Zeiten hinaus die deutsche Kaiserwürde Preußen erblich überträgt, wie nichts Anderes vermögen, das bereits allzulange gestörte Vertrauen auf Befestigung unserer staatlichen Verhältnisse endlich zu begründen, und hiermit allein wird auch dem deutschen Bürger die unerläßliche Gewährleistung aller materiellen Volkswohlfahrt gegeben.

Allerdings stellt sich indessen eine Sorge zwischen uns und jene ersehnte große Zukunft des Vaterlandes. Wir haben es nie bezweifelt, daß die Erhaltung des „unauflöslichen Bundes, in welchem Oesterreich steht," tief in dem wahren Interesse des deutschen Volkes begründet ist. Nach allseitiger Erwägung der Verhältnisse Deutschlands und der österreichischen Monarchie, wie nach den früheren Erklärungen des österreichischen Ministeriums, waren wir indessen längst zu der Ueberzeugung gelangt, welche auch das preußische Rundschreiben in Betracht zieht, daß Oesterreich in „den engeren Verein," in den Bundesstaat, wie ihn die hohe Nationalversammlung im Sinne des Volks beabsichtigt, nicht eintreten könne und werde. Jetzt ist diese Voraussetzung durch die österreichische Note zur Wahrheit geworden. Eben deßhalb läßt sich nunmehr die an dieselbe geknüpfte Folgerung, welche das preußische Rundschreiben bereits mit Bestimmtheit ausspricht, nicht zurückweisen:

daß einerseits Oesterreich nicht begehren würde, Rechte auszuüben, denen nicht die korrespondirenden Pflichten gegenüber ständen,

und daß andererseits den übrigen deutschen Staaten nicht anzusinnen wäre, einer Volksvertretung, in welcher Oesterreich seine Stelle behauptete, Rechte in Beziehung auf die innere Gesetzgebung (des deutschen Bundesstaates) u. s. w. einzuräumen.

Dieses folgerichtige Ergebniß muß jetzt, nach der Ueberzeugung des unterzeichneten Vereins auch ganz insbesondere hinsichtlich der Feststellung der Reichsgewalt gelten. Und nachdem Oesterreich sein Schweigen in der Art, wie es geschehen, gebrochen, nachdem es sich offen gegen den engeren Bundesstaat, „wie ihn das Programm des Herrn Ministers von Gagern begründen wolle," erklärt hat, weil es diesen mit dem „unitarischen Staate," den jenes Programm so wenig wie die Mehrheit der Reichsversammlung in Frankfurt will, auf eine Linie stellt, so fühlen wir uns verpflichtet, es unumwunden im Angesichte Deutschlands als eine unabweisliche Forderung auszusprechen:

daß den Abgeordneten aus Oesterreich eine Theilnahme an der Abstimmung in der Nationalversammlung zu Frankfurt bei der zweiten, schließlichen Berathung der Reichsverfassung nicht zugestanden werden könne.

Das Werk, an welchem die wahren Vertreter des gesammten deutschen Volks seit fast einem Jahre gearbeitet haben, darf nicht vereitelt werden; der Staatenbund, welcher dem Volke zum Spott geworden ist, darf nicht in verkappter Gestalt von neuem zu Tage kommen! Was Oesterreich will — so sehr es die Note zu verbergen sucht — kann uns nur zu dem „Bunde" der Vergangenheit zurückführen, sein im Widerspruch mit Preußen aufgestelltes Vereinbarungsprinzip muß unsere Wiedergeburt unmöglich machen! Jetzt gilt es, daß die hohe Nationalversammlung die Verheißung des Ministerprogramms wahr mache. So wenig überall der Weg der Verständigung zu vernachlässigen sein wird, wo er zum Ziele führen kann, so entschieden wird das allgemeine Vereinbarungsprinzip bezüglich des Verfassungswerks zurückgewiesen werden müssen. Die Hoffnung, wo sie auftauchen möchte, daß die Zeit gekommen sei, den starken Bundesstaat mit dauerhafter einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken und durch eine Gestalt zu ersetzen, die dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden! Wir bekennen uns zu dem Worte Beckerath's: „Das Warten auf Oesterreich ist das Sterben der deutschen Einheit!"

Im Auftrage des vaterländischen Vereins (600 Mitglieder) der Vorstand desselben:

David Giffhorn, z. Z. Vorsitzender.
Häusler, stellvertretender Präsident. Görtz-Weisberg, Schriftführer.
Varrentrapp, Schriftführer. Volkman, Schriftführer.
Dedekind, Schriftführer.

Braunschweig den 15. Febr. 1849.

Ollmütz. Wie wir vernehmen, schreibt der „Ollmützer Bote," hat der Kaiser den Wahlspruch „Viribus unitis" gewählt. Man erräth leicht den Gedanken, welcher dem Monarchen hierbei vorschwebte: Den vereinten Kräften des Fürsten und der Völker Oesterreichs kann und wird das große Werk gelingen: der Neubau des gemeinsamen Vaterlandes.

Prag, 12. Febr. Die von Ollmütz zurückgekehrte Studentendeputation brachte einen abweislichen Bescheid mit. Graf Stadion sagte, er persönlich sei für die Befreiung vom Militärdienst, allein im Ministerrathe sei er überstimmt worden, insbesondere habe die Aeußerung des Kriegsministers, daß man die Studenten zu Offizieren brauche, den Ausschlag gegeben. Auf die Aeußerung eines der Deputirten, daß man die akademische Legion als solche im Falle der Noth in's Feld schicken könne, antwortete Graf Stadion: „Wollen Sie vielleicht den demokratischen Geist auch in die Armee verpflanzen?" Man fürchtet sehr, daß eine große Anzahl Studenten unter das Militär gesteckt werden. Jedenfalls ist es ein großer Mißgriff, daß man Diejenigen, die bei dem früher herrschenden Bestechungssystem als unfähig erklärt wurden, gar nicht einmal in die Assentirungslisten aufnahm. Auf dem Lande dürfte es zu traurigen Scenen aus Anlaß der Rekrutirung kommen. Bei der heute stattgehabten Plenarversammlung der Studenten wurde der Beschluß gefaßt, eine Petition an das Ministerium zu senden und darum zu bitten, daß die Begünstigung der Befreiung der Studenten, die Vorzugsklassen haben, wegfallen solle und alle Studenten gleich wehrpflichtig seyn sollen. (D. A. Z.)

Lith. Korr. **Berlin,** 16. Febr. Die Forderungen und Erwartungen, welche die Gewerbtreibenden von einer zeitgemäßen Umgestaltung der gewerblichen Gesetzgebung aufstellen und hegen, haben unter diesen drei Parteien gebildet, die sich noch ziemlich schroff gegenüberstehen, und die sich entweder für Zunftzwang, für freie Innung oder für Aufhebung aller Beschränkungen bei dem Rechte der freien Assoziation erklären. Für das System der „freien Innungen" ist der durch seine Kämpfe gegen die gewerblichen Unterehmungen der Seehandlung bekannte Stadtrath Risch in einer mit vieler Sachkenntniß geschriebenen Broschüre („Die Innungen, wie sie sich gestalten müssen") jetzt aufgetreten und hat durch die Entwürfe von dem Statut eines besonderen Gewerbes und von Ortsstatuten, so wie eines Gesellen- und Lehrlings-Regiements, seinen Ansichten praktische Geltung zu verschaffen gesucht. Außer diesen Statuten hält Herr Stadtrath Risch bei der künftigen Organisation der gewerblichen Verhältnisse eine Verständigung über folgende allgemeine Grundsätze für nothwendig: 1) Der allgemeine Wunsch nicht nur der Konsumenten, sondern auch einer großen Mehrzahl der Gewerbtreibenden ist und kann zunächst nur darauf gerichtet sein, Gewerbefreiheit zu erhalten, so weit es nur immer die Ordnung und Regelung der Gewerbe gestattet. 2) Jeder Gewerbtreibende hat folgende Bedingungen zu erfüllen: a) er muß selbstständig, d. h. majorenn, sein; b) er muß Mitglied der Gemeinde sein, in welcher er das Gewerbe betreiben will; c) genügende gewerbliche Kenntnisse und Fertigkeiten nachweisen (Lehrlings-, Gesellen- und Meister-Prüfungen). 3) Die Gewerbe- und Gewerkspolizei muß der Kommunalbehörde allein und selbstständig übertragen werden. 4) Das Innungsgericht muß öffentlich sein und eine größere Ausdehnung gewinnen. 5) Freizügigkeit durch ganz Preußen und Deutschland. 6) Die Behörden müssen aufhören, die für ihre Zwecke erforderlichen Arbeiten selbst zu fertigen und ihre Werkstätten eingehen lassen. 7) Licitationen und Submissionen dürfen von Behörden bei Ausführung öffentlicher Arbeiten eben so wenig in Anwendung gebracht werden. 8) Die öffentlichen Arbeiten werden den verschiedenen Gewerbskorporationen zur Vertheilung übergeben oder, wo dies nicht möglich ist, werden diejenigen Gewerbtreibenden von der Innung in Vorschlag gebracht, mit denen wegen der Ausführung das Erforderliche festgesetzt werden kann. Als Aufgabe stellt Herr Risch für die Innungen die Forderung auf, daß sie sich immer mehr zu sittlichen Gemeinschaften erheben und nicht solche Einrichtungen haben, welche auf die Preise der Waaren einen Einfluß ausüben, da eine Zunftverbindung nur das Recht auf den Erwerb, nicht den Erwerb selbst geben könne. Die in dem Frankfurter Gewerbekongresse aufgestellten unhaltbaren Grundzüge einer deutschen Gewerbeordnung werden vielfach widerlegt und zurückgewiesen, und

es verdient besondern Dank, daß Hr. Risch an das Urtheil des denkenden Handwerkerstandes über seine Arbeit, die er den Kammern vorzulegen gedenkt, appellirt und von diesem Prüfung derselben, Zugeständniß oder Vorschläge zu Aenderungen mitgetheilt zu sehen wünscht. Die Gewerbeabtheilung des Magistrates beschäftigt sich bereits mit den nöthigen Einleitungen zur Einrichtung von Gewerberäthen und Gewerbegerichten nach der Verordnung vom 9. Februar.

⁝ **Berlin,** 17. Febr. Das habe ich nicht verdient! soll unser König gesagt haben, als er die österreichische Note gelesen. Und wahrlich, nach so vieler Rücksicht, welche der König für Oesterreich immer gezeigt hat, muß es kränkend sein, mit einer solchen Rücksichtslosigkeit behandelt zu werden. Aber Deutschland ist offenbar noch mehr beleidigt als Preußen. Gott sei Dank, daß bei Oesterreich mehr der Wille, als die Macht ist, das Werk der deutschen Einheit aufs Neue zu Schanden werden zu lassen. Oesterreich nennt sich zwar großprahlend die erste deutsche Macht. Aber Preußen ist wirklich die erste deutsche Macht, namentlich im jetzigen verhängnißvollen Augenblick. Oesterreich hat genug mit sich und allen seinen Nebenländern zu thun; bald wird es auch in Italien wie in Deutschland „die Entwickelung der staatlichen und persönlichen Freiheit" unter seinen Schuz nehmen müssen und in demselben Maaße wie seine stehenden Heere wachsen, fallen seine Papiere. Preußen steht in Wehr und Waffen da. Schon vor Wochen meldete ich, daß die Preußischen Festungen armirt würden; heute kann ich hinzufügen, daß in den Kriegswerkstätten Patronen angefertigt und sonstige Vorbereitungen getroffen werden. Preußens Erklärung wird schon in Frankfurt sein und Deutschland muß seine Entscheidung treffen, wem es mehr vertrauen will, Preußen oder Oesterreich. An Erfahrungen hat es ihm seit 33 Jahren nicht gefehlt. Die große Menge von doppelten Wahlen zur ersten Kammer macht ebenso viele Neuwahlen erforderlich. Oberst von Griesheim ist viermal gewählt, und ein Mann, wie der Freiherr von Arnim, der doch jetzt, wo es ein gutes Vernehmen zwischen Frankfurt und Berlin gilt, doppelt wünschenswerth ist, bis jetzt gar nicht.

+ **München,** 16. Febr. Heute wurde nachstehende Mittheilung des Deputirten Eisenstuck in Frankfurt an den Abgeordneten Kolb dahier sämmtlichen Mitgliedern der Kammer durch das Präsidium zur Kenntniß gebracht und autographirt vertheilt:

„Spatz sagt mir eben, daß Du Nachricht willst über die Gewerbsfragen. Gesteen Abend ist die letzte, definitiv beschliessende Sitzung im Ausschusse gewesen. Die Sache liegt folgendermaßen: es sind beei Entwürfe da, einer von M. Mohl und Konsorten, welcher unbedingte Gewerbefreiheit durch ganz Deutschland sofort dekretiren will, einer von Veit, Degenkold, Becker, welcher die Autonomie der Zünfte zur Grundlage hat und nur einige Befreiung, darunter die Aufhebung der Realberechtigungen und Konzessionen ausspricht, — beides sind Minoritätsentwürfe, die der Ausschuß nicht in pleno berieth, — endlich ein Entwurf von Osterrath, den ich Dir beilege, wie er aus der Birathung des Ausschusses, d. h. aus schwachen Minoritätsbeschlüssen über die einzelnen Paragraphen herorging. Bei der Abstimmung über den ganzen Entwurf fiel aber auch dieser gegen nur vier Stimmen, wir habenalso, wie der Verfassungsausschuß bei §. 1 a, gar keine Majorität. Hierauf beschloß der Ausschuß, 1) einen erschöpfenden Bericht über alle Petitionen einzubringen, mehrere hundert an der Zahl, aus welchen die widerstrebenden und abweichenden Wünsche der Bevölkerung in diesrr Frage hervorgehen, 2) die verschiedenen Entwürfe beizufügen nebst Motiven, 3) bei der Nationalversammlung zu beantragen: a) der Bericht möge in einer großen Anzahl von Exemplaren verbreitet werden, damit sich das Volk darüber ausspreche, b) die Nationalversammlung möge, in Betrachte der sub 1. entwickelten Gründe, in rine Berathung und Beschlußnahme über eine allgemeine deutsche Gewerbeordnung nicht eintreten, vielmehr c) die sämmtlichen vorliegenden Materialien dem Reichsministerium zur Benützung für die künftige Gesetzgebung überweisen. Wahrscheinlich wird eine Minorität, zu welcher ich gehöre, noch einen eventuellen Antrag einbringen, dahin gehend: „Zu Ausführung des §. 3 der Geundrechte beschließt die Nationalversammlung: bis zu Erlassung einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung darf kein Angehöriger eines deutschen Staates bei seiner Uebersiedelung in einen anderen deutschen Staat in Gewerbsangelegenheiten anders behandelt werden, als der Angehörige desjenigen Staates, in welchen er übersiedelt (Fassung vorbehalten, da ich sie noch nicht formulirt habe). Dem Antrage, jetzt keine Gewerbeordnung zu erlassen, wird jedenfalls von der Nationalversammlung mit großer Majorität beigetreten werden, dagegen wird man, namentlich von preußischer Seite, vielleicht nicht einmal den Zusatzantrag von uns genehmigen und also Alles beim Alten lassen. Frankfurt den 13. Februar 1819. Eisenstuck."

⩸ **München,** 17. Febr. Die Woche geht zu Ende, ohne daß auch nur irgend eine der verschiedenen Vermuthungen und Sagen über die Lösung der Ministerkrise an innerer Wahrscheinlichkeit oder äußerer Bestätigung gewonnen hätte. Ja man weiß sogar nicht einmal mit Bestimmtheit zu sagen, ob Herr v. Weisler als derjenige, welcher sich ziemlich nach allen Seiten hin unmöglich gemacht hat, die Entlassung erhielt oder nicht. Freilich behauptet man ersteres, aber verbürgen kann es niemand. Im Allgemeinen glaubt man jedoch wiederum an eine halbe Maßregel, an ein Ministerium, in welchem zu den Resten des zurückgetretenen einige Männer der Opposition gezogen werden sollen. Also eine Art von Koalitionskabinet, ein halbes Zugeständniß, eine halbe Verweigerung — unseres Erachtens der unseligste Schritt, welcher gethan werden kann. Allerdings ist die hauptsächlichste Mißbilligung gegen die Ministerien des Inneren und Aeußeren gerichtet; und wenn sich dieselbe jetzt auch entschiedener gegen den Justizminister Heintz wendet, so trägt daran die größte Schuld eine öffentliche Aufforderung zu einer Dankadresse an ihn für seine Geschäftsführung, da diese offenbar von einer ultrakonservativen Partei angeregt war. Uebrigens mag man allerdings nicht läugnen, daß ein Ministerium, welches den Kammeranforderungen entschieden entgegenstehen möchte, wenn auch vielleicht in den gewerblichen Fragen, so doch sicherlich in keiner politischen Richtung einen bedeutenden Anhalt im Publikum finden würde. Das Mißtrauen gegen die vormärzlichen Tendenzen des Hofes, die Ueberzeugung davon, daß in Nymphenburg gewisse Persönlichkeiten (Armansperg, Roth, Hartmann rc.) von bedingenderem Einfluß sind, als jedes nichtreaktionäre Ministerium zu sein vermag, sind zu tief eingedrungen und zu weit verbreitet, als daß nicht selbst die Gemäßigten vor einer solchen Gefahr zurückbebten. Wollte man aber, der gesammten öffentlichen Stimmung entgegen und die Verweigerungen auf die Spitze treibend, sich ausschließlich auf die Armee stützen, so wäre es keineswegs unmöglich, daß man hier einer argen Selbsttäuschung in die Arme fiele. Damit ist nicht gesagt, daß der Geist im Heere „schlecht" ist. Keineswegs. Aber die Armee ist zu genau mit dem Volke verwachsen, um nicht zu empfinden, daß gerade sie bis jetzt von den Errungenschaften aller Stände seit dem März am entschiedensten ausgeschlossen blieb. Besonders ist auch das neueste Reskript des Kriegsministeriums, wonach die Offiziere als sofort abzusetzende Diener des Königs dastehen, von übelstem Eindruck gewesen. Dazu kommt, daß neuerdings wieder mannigfache, übrigens unmotivirte Versetzungen mehrerer solcher Offiziere nach elenden Garnisonsstädten vorgekommen sind, deren freisinnige politische Gesinnungen durch Privatgespräche verlautbart waren. Außerdem wird von der Mehrzahl der älteren Oberoffiziere an einem Zopfwesen festgehalten, welches mit kleinlichen, auch außeramtlichen Plackereien sehr drückend auf der jüngeren Generation lastet. Daß endlich der Kriegsminister, General Lesuire, besonders als Nachfolger Weishaupts, durchaus keiner Sympathien genießt, ist zu bekannt, als daß ich es hier noch auszuführen brauche. Hr. v. Lesuire ist zwar ein durchgebildeter Militär, aber ein starrer Aristokrat und jedenfalls ohne so hervorragende Verdienste, daß man ihm den General Weishaupt, einen der Tüchtigsten in der Armee, hätte opfern dürfen. Man weiß, daß der Grund zu Weishaupts Rücktritt die Nichtübereinstimmung mit jener neuen Eintheilung der Armee war, durch welche zwar zahlreiche Beförderungen im Offizierkorps erwirkt wurden, welche jedoch in Bezug auf die innere Organisation des Heeres von den Sachverständigen selbst eine ebenso nutzlose, als kostspielige Maßregel genannt wird. Ein volles Drittel der Staatseinnahme wird nun für die Armee in Anspruch genommen werden. Voraussichtlich wird sich die Kammeropposition diesem Ansinnen aufs entschiedenste widersetzen. Diese Opposition wird die schon an und für sich vorhandene Mißstimmung der Demokratie gegen das Heer steigern, und da dasselbe, außer durch Hrn. v. Kratzeisen, in der Kammer vollkommen unvertreten ist, so ist wenig Hoffnung, daß irgend etwas für die bürgerlich-politischen Rechte der Soldaten geschieht. Diese aber fühlen sich nicht, wie z. B. in Oesterreich, als abgeschlossenen Stand. Sie betrachten den Dienst nur als Interimistikum ihres außermilitärischen Lebens. Ja, da die Unteroffiziere sehr schlecht gestellt sind, so gibt es selbst keinen echt soldatischen Kern im Heere; denn es gibt keine alten, dienstgewohnten, im geschäftlichen und außergeschäftlichen Umgang mit den Gemeinen geübten, von diesen als Autoritäten geachteten und geliebten Unteroffiziere. Dieser Mangel ist sehr wesentlich, und macht die Soldaten den demokratischen Wühlereien weit mehr zugänglich, als unter andern Verhältnissen der Fall sein würde. Nach diesem Allen sehen wir

für den Fall eines Wagnisses von Seiten der Regierung gegen die Anforderungen der Opposition wenigstens im Heere, worauf man in Nymphenburg stark zu rechnen scheint, keine feste Stütze. Weder eine moralische, noch eine materielle. Und in der That, es wäre auch furchtbar, wenn man es so weit treiben möchte, um dieser Stütze zu bedürfen. Es wäre ja eine Spekulation auf den Aufruhr. Allein leider darf man nicht verhehlen, daß von gewissen Seiten diese Eventualität, mit stolzer Berufung auf die Truppen, nicht ungern erwähnt wird. Daran scheint man dagegen gar nicht zu denken, daß die Kammeropposition bei dem jetzigen Budgetlandtag das Mittel der Steuern-Nichtbewilligung in der Hand hat. Und wir glauben versichern zu können, daß die Anwendung dieses Mittels keineswegs außer dem Kreise der Absichten der Opposition liegt, wenn ihr immer neue Hinderungen und Vorenthaltungen entgegentreten. Die Oppositionsblätter haben schon sehr häufig darauf hingewiesen, die Stimmung ist auch für dieses letzte gesetzliche Mittel der parlamentarischen Opposition reif. Mit so trüben An- und Aussichten gehen wir der neuen Woche und dem Wiederbeginn der parlamentarischen Verhandlungen in deren Mitte entgegen.

÷ **Stuttgart**, 16. Febr. Die Kammer hat in ihrer gestrigen und heutigen Sitzung die Berathung über das wichtige Zehntablösungsgesetz beendet und dasselbe in reine mitunter sehr wesentlich modificirten Fassung mit 58 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Einzelnheiten des Gesetzes haben für Sie nur ein sehr untergeordnetes Interesse, und die Einzelnheiten der Debatte werden Sie mir sicher erlassen, wenn Sie erfahren, daß der Minister des Innern eigends einen Professor der polytechnischen Schule neben sich gesetzt hatte, um die zu den Berechnungen erforderlichen arithmetischen Aufschlüsse zu geben, und daß dieser Professor sich seiner Aufgabe so gründlich entledigte, daß er drei und eine halbe Stunde lang multiplicirte und dividirte. Ein Punkt indeß verdient hervorgehoben zu werden als ein neuer Beweis, wie sich das sogenannte Billigkeitsgefühl so leicht zu den schreiendsten Ungerechtigkeiten verleiten läßt, wo ein in Frage stehendes Verhältniß dem jeweiligen „Zeitbewußtsein" eben nicht mehr entspricht. Die Kammer hat nämlich, dem Antrage ihrer Kommission gemäß, beschlossen, daß der Zehntenertrag des Jahrs 1848 zu Gunsten des Zehntpflichtigen in dem Falle an der Ablösungsschuld abgerechnet wird, wo der Pflichtige nach der Verkündigung des Gesetzes die Ablösung des Zehnten vorläufig angemeldet hat, und daß demjenigen, der bisher noch keine Anmeldung gemacht, zum Behuf derselben noch eine weitere Frist eingeräumt werden soll. Die Folge dieses Beschlusses ist, daß denjenigen Zehntpflichtigen, welche von der damals ergangenen Ministerialverfügung keinen Gebrauch gemacht und, wo es nöthig war, die Größe des Ertrags durch Schätzung nicht haben festsetzen lassen, sondern ohne Weiteres den Zehnten geleistet haben, die Möglichkeit gegeben wird, den im guten Glauben, daß hinsichtlich des Zehnten von 1848 noch keine Aenderung eintreten solle, empfangenen Zehnten hinterdrein in Frage zu stellen und zu verlangen, daß das Empfangene nicht als ein gewöhnlicher Zehntbezug, sondern als eine Abschlagszahlung auf das Zehntablösungskapital angesehen werden solle, und das ist ein Beschluß, der gegen alle natürlichen und positiven Rechtsgrundsätze verstößt, das heißt, wie der Abgeordnete Holzinger mit Recht bemerkte, Einem das Eigenthum aus der Tasche nehmen.

⊙ **Lübeck**, 15. Febr. Heute fand die erste städtische Wahl zur Bürgerschaft statt. Es waren im Ganzen 478 Wählerkarten ausgetheilt; doch haben sich die Stimmen so zersplittert, daß der Erste mit 299, der Letzte mit 125 Stimmen gewählt wurde. Von den 17 Vertretern gehören nur 3 dem Kaufmannsstande an; 4 sind Schiffer, 5 Handwerker, 1 Brauer, 1 Wirth, 2 Höker, 1 Schiffszimmermann. Gelehrte sind gar nicht gewählt. Ist somit der Ausfall der Wahl kein glücklicher zu nennen, so liegt darin für die rückständigen drei städtischen Quartiere die gedoppelte Anforderung, Alles aufzubieten, damit solche Männer in größerer Anzahl gewählt werden, welche einen selbstthätigen Einfluß auf die Unterhandlungen in der Bürgerschaft zu üben vermögen.

Frankreich.

†† **Paris**, 13. Febr. Gottlob! Die Herren der altersschwachen Konstituante haben endlich einen Beschluß gefaßt, welcher den Wünschen der Mehrzahl des Landes entsprechen muß. Das Verwerfen des Senard'schen Amendements und das Festhalten an dem Lanjuinais'schen läßt die Auflösung der Nationalversammlung in Kurzem erwarten. Es ärgerte den nach Aufregung haschenden Franzosen, die Wahlagitation hinausgeschoben zu sehen, er fragte nicht, ob das Beisammenbleiben der Konstituante nützlich oder schädlich sei, Veränderung befriedigt ihn. Armand Marrast ist wieder zum Präsidenten gewählt! Noch fand ich den magnetischen Einfluß des Herrn Marrast auf die Versammlung nicht heraus. Ich vermuthe, sie fürchtet seine bekannte Bosheit; denn Cavaignac selbst votirte für ihn und nicht für seinen Freund Dufaure, der Rival von Marrast mit 213 Stimmen war. Die Assemblée erlaubt dem Herrn Proudhon, seine Ansichten über die Verantwortlichkeit des Präsidenten vor der Jury zu erörtern. Herr Proudhon ist ein besserer Theoretiker als Redner. Monotoner Vortrag, triviale Bewegung, verwickelte Diktion, ohne Schwung, ohne Rücksichten, ohne Feuer, verliert er von dem Einflusse seiner Reden, so oft er die Bühne betritt. Seine Kontroverse mit Considerant schadete der Banque du peuple. Ihre erste Niederlage verdankt sie dem verbündeten Prinzip des Phalanstère. Marschall Soult wird Ende dieser Woche hier erwartet. Auf Befehl der Regierung wurden heute Nacht alle rothe Fahnen und phrygischen Mützen von den Freiheitsbäumen abgenommen. Fürder werden nur trikolore Fahnen mit der Aufschrift Liberté, Egalité, Fraternité geduldet. Die Mobilgarde ist fast zur Hälfte in die Departements verlegt worden. Bei dem dritten Kongreß der Journale der Rechten wurde beschlossen, den Wahlkandidaten folgende Grundsätze zur Pflicht und Bedingung zu machen: Freiheit der Gemeinde durch Dezentralisation der Verwaltung; Associationsrecht, persönliche Freiheit, Preßfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit des Unterrichts, diese Rechte durch Gesetze weise geregelt, die Rechte der Familie, Unverletzlichkeit des Eigenthums, fortschreitende Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zur Entwickelung und nicht zum Umsturz sozialer Institutionen. Diese Erklärung ist von 44 Departementsjournalen unterschrieben und von der Gazette de France. Paris hat noch immer in jedem Hause durchschnittlich fünf bis sechs Wohnungen leer stehen.

Italien.

** **Rom**, 9. Febr. So hätte denn nun die seit der Thronbesteigung Pius IX. begonnene politische Bewegung den Höhenpunkt erreicht, wo sie sich kühn vor aller Welt zu demaskiren wagen darf. Die weltliche Macht des Papstthums ist in vergangener Nacht vernichtet und der Kirchenstaat zur Republik erhoben worden. Zwei Uhr nach Mitternacht verkündete das Geläute aller Glocken das folgschwere Ereigniß. Auf welche Chancen diese Vabanquespieler rechnen, ist für den Augenblick nicht zu übersehen. Obwohl die dem gegenwärtigen Thatbestand geneigte Minorität auf 5 gegen 140 zusammengeschrumpft war, so scheint doch der ganzen Bewegung kein fester politischer Plan zu Grunde zu liegen, sondern eher ein gewisser Leichtsinn in der niedrigen Bewerthung der durch diese Ereignisse ins Feld gerufen antagonistischen Streitkräfte. Bei alledem ist es äußerst gewagt, ein Urtheil zu fällen, da die italienischen Zustände zu abnormal, und die Beziehungen der hiesigen Volksführer zu den Revolutionsherden des übrigen Europa's zu lebhaft sind, so zwar, daß diesen Leuten Ereignisse benannt gewesen sind, die man an Ort und Stelle kaum als vorbereitet hat nennen können. Darin allein besteht ihre Macht; aber diese ist eine sehr große. Vom Papst wird behauptet, daß er im Herzen mit Allem einverstanden und auf der Verlust seiner weltlichen Macht gefaßt sei. Dagegen bieten die Kardinäle Alles auf, die Rechte der Kirche zu wahren. Mach und Antonelli schlafen mit Pius IX. unter einem Dach und sie sind es eigentlich, welche alle Schritte leiten. Die von ihnen präsidirte Kamerilla ist übrigens der Hohn der Diplomaten, welche ihre Imbezillität am besten zu durchschauen Gelegenheit haben. Sardinien hat sich näher an den heiligen Stuhl angeschlossen, während der toskanische Fürst seit der Beschwörung der Konstituante von Florenz aus die Flucht ergriffen hat.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 52. Frankfurt a. M., Mittwoch 21. Februar. 1849.

Uebersicht.

---

18. Februar.

Die Minister blieben im Amte, und suchten ihr Dasein durch eine Thätigkeit zu rechtfertigen, die um so mehr anzuerkennen ist, je mehr über die Unthätigkeit der früheren Ministerien geklagt war. Es erschien rasch hintereinander eine Reihe von umgestaltenden Gesetzen, wozu die Vorarbeiten freilich zum Theil bereits in den Abtheilungen der aufgelösten Versammlung gemacht waren. Man kann Ausstellungen vorbringen an diesen Gesetzen, man kann z. B. von der neuen Gewerbeordnung meinen, daß der Zwang, den sie wieder einführen will, von dem Geiste, der seit Stein in Preußen gewaltet, zu plötzlich ablenke, als daß man der Schöpfung Dauer versprechen könne. Man kann nergeln und tadeln am Einzelnen der Gemeindeordnung, der Gerichtsverfassung und anderer Gesetze, aber im Ganzen kann das Alles die Anerkennung nicht mindern, welche man der Wirksamkeit des preußischen Ministeriums schuldig ist. Nach all dem Wortgefecht über Begriffe, nach all dem Geschwätz, wodurch höchstens festgestellt wurde, was künftig alles aufhören und nicht sein sollte, jetzt doch endlich einmal Handeln nach dem Reden, nach dem Zerstören Schaffen. Und man ist es dem Ministerium schuldig zu sagen, daß jene Gesetze im Ganzen dem Geist der gegebenen Verfassung entsprechen. Wir haben öfters darauf aufmerksam gemacht, daß ihre eigene Partei, die sonstigen Meinungsgenossen der Minister, betroffen darüber waren, daß die Minister — mehr Verstand bewiesen als sie! Mit der gesetzgeberischen Thätigkeit der Minister sind die Leute alten Schlages wenig zufrieden. Schon mit der Verfassung vom 5. Dez. läßt sich ihrer Meinung nach gar nicht regieren. Und beharrt nicht zu ihrem Verdrusse selbst das Ministerium, in welchem die Reaktion ihren Sieg zu feiern meinte, in den alten Planen zur Ausgleichung der Grundsteuer? Für jene, welche eigentlich nur ein Grundrecht zu haben wünschten, das Recht, für ihren Grund und Boden auch ferner keine Steuern zu bezahlen, ist in Preußen dermalen wirklich wenig Aussicht. Hat doch selbst Hr. v. Bodelschwingh, der frühere Minister, den Abgeordneten seiner Wähler, welche ihn vor der Wahl im Einzelnen über seine Ansichten befragten, die Versicherung gegeben, er halte eine Ausgleichung der Grundsteuer in den östlichen und westlichen Provinzen für recht und billig.

In dieser Rücksicht also haben die Minister das Mißtrauen, mit dem sie empfangen wurden, auf erfreuliche Weise getäuscht, aber in anderer Hinsicht haben sie es nur zu sehr gerechtfertigt. Wenn der Vorzug des verfassungsmäßigen Königthums großentheils darin besteht, daß die höchste Macht dort außerhalb der Parteien liegt, so hatte sich die Krone für diesmal jenes Vorzuges begeben, indem sie selbst nach eigner Wahl eine Partei ans Ruder rief und unglücklicher Weise eine äußerste. Hr. v. Manteuffel und die meisten seiner Amtsgenossen (Hr. v. d. Heydt gesellte sich ihnen erst später zu) waren vor einem Jahre noch die erklärten Widersacher der bescheidensten Regungen des im Volke erwachenden Selbstgefühls. Das alte Beamtenthum in Civil und Militär schien in jenen Männern sich zu verkörpern. Es gewährt uns jedesmal Genugthuung, wenn wir die großen Vorzüge des preußischen Beamtenstandes anzuerkennen Gelegenheit haben. Umfassende Bildung, gewissenhafter Fleiß, Ehrenhaftigkeit in jeder Weise und vor allem eine hohe Unbestechlichkeit zeichnen den preußischen Beamten aus, und diese Vorzüge erstrecken sich verhältnißmäßig auch auf die untersten Angestellten. Aber was sich bei den Beamten, hohen wie niederen, zu Zeiten der unumschränkten Herrschermacht noch weniger als bei andern Unterthanen ausbilden konnte, war eine männliche Selbstständigkeit. Sie waren bis zum Minister herauf nur Werkzeug und sahen auch in der Politik unbedingte Unterordnung unter den allerhöchsten Willen für ihre Pflicht und Ehre an. Sie waren, wie unser Korrespondent vom Rhein es scharf sagt, zu schwächlichen Werkzeugen dressirt.

Kein Wunder, daß namentlich die älteren Beamten Alles, was seit dem März des vorigen Jahres geschah, als eine Auflehnung gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit betrachteten. Ihr Widerwille gegen die neue Ordnung der Dinge mußte dadurch erhöht werden, daß wirklich niemand härter, als gerade die älteren Beamten dadurch benachtheiligt oder doch bedroht ward. Verabschiedungen, kärglichere Ruhegehalte, Wartegelder hingen über ihren Häuptern, ihr Ansehen im Volke war gemindert, und am empfindlichsten wurden sie dadurch betroffen, daß ihnen in der sonst so wohlgeordneten Laufbahn, auf der sie, von einigen begünstigten Planeten und Irrsternen abgesehen, mit der Regelmäßigkeit der Gestirne fortschritten, junge Leute plötzlich vorgezogen wurden, deren Verdienst vielleicht nur in der Laune eines Ministers bestand. Zuletzt sollten sie, einige von ihnen, meinen wir, mit den Titeln und Orden gar noch den Zweck des menschlichen Daseins verlieren. Aber wenn die Noth am größten ist, ist die Hülfe am nächsten. Der König ermannte sich, setzte in Hrn. v. Manteuffel das alte Beamtenthum wieder in seine Herrschaft ein, löste die Versammlung im Schauspielhause mit Waffengewalt auf und die Partei, von der wir sprechen, wußte in ihrem Jubel kaum noch das Maaß. Sie verlangte den Sieg in ihrem Sinne bis aufs äußerste auszubeuten, die schlechtgesinnten Beamten massenweise zu entlassen, ja, wäre der König ihrem Rathe gefolgt, so hätte er sich auf sein göttliches Recht berufen und wieder unumschränkt gemacht. Das klingt übertrieben, aber gedruckte Zeugnisse liegen vor, und noch jetzt verlangt ja Herr v. Bülow-Cummerow eine Purificirung des Beamtenstandes. Zunächst wandte sich der Ingrimm des schwer, gekränkten Beamtenthums gegen die Mitglieder ihres eigenen Standes, besonders gegen die Bevorzugten. Es geschahen die Schritte der hohen Gerichtshöfe gegen einzelne ihrer Mitglieder. Es waren auch unsere politischen Gegner, welche sie zu verdrängen suchten, aber wir konnten keinen Augenblick anstehen, zu erklären, daß sie in ihrer Person nur die Unverletzlichkeit des Volksvertreters und die Unabhängigkeit des Richters vertheidigten. Die Zeitung des Ministeriums hatte offenbar

Partei gegen sie ergriffen, Blätter, unter dem Einflusse hoher Beamten stehend, brachten einen wahren Gallimathias vor, um jene Schritte zu rechtfertigen und die größeren Zeitungen der konstitutionellen Partei schwiegen einen Augenblick auf eine bedenkliche Weise. Aber seitdem hat sich die öffentliche Meinung so einstimmig ausgesprochen, daß Niemand ferner etwas zu Gunsten jener Schritte sagen wird, die wir übrigens aufs mildeste tadelten, indem wir sie mit der Unerfahrenheit im politischen Leben entschuldigten.

Folgenreicher waren die politischen Verfolgungen, welche sich bald über das ganze Land ausbreiteten. Die Beamten in der Verwaltung wie in der Justiz brannten vor Begierde, den geschlagenen Gegner zu verfolgen, und es war schon schlimm genug, daß der bloße Name des neuen Ministeriums wie eine Art Losung dazu klang. Alle glaubten sich des Einverständnisses ihrer obersten Vorgesetzten gewiß. Das Ministerium that nichts, um sie aus dieser Täuschung, wenn es eine Täuschung war, zu reißen. Im Gegentheile, am 8. December, drei Tage nach Verleihung der Verfassung, sobald es fest stand, daß sie überall günstig aufgenommen war, erließ der Justizminister den Erlaß, wornach die Gerichte zu einer allgemeinen unnachsichtigen Verfolgung aufgefordert wurden. Hr. Rintelen hat sich hinterher damit entschuldigen wollen, es sei die ganze Strenge des Gesetzes nöthig gewesen, um die noch drohenden Gefahren zu beseitigen. In der Deutschen Zeitung ist mit dem Kalender in der Hand das völlig Nichtige dieser Ausrede nachgewiesen worden. Der Erlaß des Justizministers war ursprünglich nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Er erschien erst, als mehrfach noch Schlimmeres über ihn berichtet war, im Staatsanzeiger. Welch ein Verdienst hätte sich der Minister im Stillen erwerben können, wenn er ein Rundschreiben im Geiste weiser Mäßigung erlassen hätte! Nun beförderte er selbst das Unheil, welches er, zum Theil wenigstens, hätte verhindern können. Wir hatten lange Zeit täglich aus Preußen neue Verhaftungen und Untersuchungen, Untersuchungen und Verhaftungen zu berichten.

Was thaten während dieser Zeit die Blätter der konstitutionellen Partei? Ein nicht geringer Theil derselben schwieg beharrlich, ließ allenfalls einen Wink fallen, daß jene Verfolgungen nicht klug, nicht politisch wären, oder bemühte sich wohl gar einen nutzlosen Scharfsinn aufzubieten, um zu beweisen, daß den Ministern nicht die geringste Schuld wegen den politischen Verfolgungen beizumessen sei. So blieb in Preußen das Feld den demokratischen Zeitungen und Winkelblättern in den Provinzen überlassen, die gern die Gelegenheit benützten, um sich als Schutz und Schirm des, durch jene gerichtliche Verfolgungen und manche ähnliche Vorgänge in der Verwaltung aufgereizten Volkes darzustellen, und maaßlos eiferten, während nur einzelne konstitutionelle Blätter, z. B. die Aachener Zeitung, mäßig, aber entschieden dem ganzen Unwesen entgegentraten.

Gewiß war das zu bedauern. Die konstitutionelle Partei büßte dadurch an Vertrauen ein. Warum zeigte sie sich hier so zurückhaltend? Zunächst wohl aus Besorgniß die so glücklich gewonnene Ruhe zu stören, sodann aus Widerwillen gegen die ganze Partei der Verfolgten. Man mochte nicht einstimmen in den Lärm der Demokraten. Das scheinen uns die Ursachen zu sein. Oder vielmehr, sie sind es wirklich. Man höre z. B. die Parlamentskorrespondenz in Berlin, eine der bedeutendsten und achtungswerthesten Stimmen der konstitutionellen Partei in Preußen. Sie schreibt am 12. Februar: „Wir haben Angesichts der bedrohlichen Lage des Landes verschmäht, Opposition gegen das Ministerium zu erheben. Grundsätzlich sind wir zu verschiedenen Malen ausgewichen, wo sich uns die Gelegenheit gleichsam aufdrängte, nicht die Männer am Ruder des Staats, sondern die Maßnahmen dieser Männer zu mißbilligen. Selbst wo es uns nothwendig schien, ein Wort der Warnung einzulegen, hielt uns das Gefühl der Scham zurück, wir möchten, ohne es zu wissen, mit Parteien und Personen Chorus machen, deren Gemeinschaft uns Ein für alle Mal unerträglich dünkt."

Wir haben über die Stellung der Parteien in Preußen doch noch Einiges auf dem Herzen und schließen daher heute mit der Versicherung, daß unsere eigenen Grundsätze den oben ausgesprochenen geradeswegs entgegesetzt sind. Grundsätzlich werden wir nie ausweichen, tadelnswerthe Maßregeln zu tadeln, selbst wenn sich die Gelegenheit dazu auch nicht gleichsam aufdrängt. Keine falsche Schaam soll uns abhalten, die Wahrheit zu sagen, wenn wir dabei auch mit Personen übereinstimmen, mit denen wir sonst keine Gemeinschaft haben. Man muß die Wahrheit sprechen, sagt Tegner, wenn es auch in schlechter Gesellschaft geschehen sollte. Eine Partei kann unserer Ueberzeugung nach nur an Vertrauen und folglich an Macht gewinnen, wenn sie Wahrheit gegen Freund und Feind beobachtet. Wer schweigt, selbst wo er fühlt, daß er reden sollte, dessen Zeugniß verliert die Beweiskraft. Denn wie muß der Zeuge schwören vor Gericht? Zu sagen die Wahrheit, nichts als Wahrheit und die ganze Wahrheit.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 20. Februar. (Schluß.)

Der Antrag Biedermann's und Genossen wird mit 218 gegen 204 Stimmen abgelehnt. Desgleichen mit 239 gegen 209 Stimmen der Antrag Hofmann's von Friedberg:

„Wähler ist jeder selbstständige unbescholtene Deutsche, der das 25ste Lebensjahr zurückgelegt hat und entweder Grundbesitz oder eigenen Haushalt hat, oder Gemeindebürger oder endlich Staats-, Kirchen- oder Gemeindediener ist."

Endlich wird noch durch Namensaufruf abgestimmt über den Antrag von Lette und Genossen:

§. 2a. „Das Wahlrecht ruht bei Denjenigen, welche a) unter Kuratel rc.

§. 2b. Alle Uebrigen üben das Wahlrecht theils unmittelbar, theils mittelbar durch Wahlmänner aus.

§. 2c. Zur unmittelbaren Ausübung sind Diejenigen befugt, welche jährlich 3 Thaler oder 5 fl. 15 kr. an direkten Steuern entrichten oder ein jährliches Einkommen von 200 Thaler oder 350 fl. haben.

§. 2d. Diejenigen, welche einen geringeren Betrag von direkten Staatssteuern entrichten, beziehungsweise ein geringeres Einkommen haben, üben das Wahlrecht durch Wahlmänner aus, welche sie gemeinde- oder bezirksweise nach absoluter Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte ernennen.

§. 2e. Auf je zehn Urwähler wird ein Wahlmann ernannt" mit 299 gegen 125 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Damit sind die andern, theils Verbesserungs-, theils Zusatzanträge, abgelehnt. Die heute angenommenen Bestimmungen lauten mithin:

Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

Für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten:

Art. I. §. 1. „Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letztere während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens; 2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der vorhergegangenen Jahre bezogen haben."

Nachdem noch mehrere protokollarische Erklärungen zu den Abstimmungen gegeben worden sind, wird die Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags geschlossen. Fortsetzung der Berathung über das Wahlgesetz Donnerstag den 22. Februar.

Frankfurt, 20. Febr. Wir haben bereits Nachricht gegeben von der, durch den badischen Bevollmächtigten eingelegten Verwahrung; folgendes ist, nach der O.-P.-Z., die ihm von seiner Regierung ertheilte Instruktion:

„Schon seit einiger Zeit ziehen sich Artikel durch die öffentlichen Blätter, welche bald auf gemachte Vorschläge einer Mediatisirung der sogenannten kleinrren Staaten, „beziehungsweise deren Vereinigung mit den „sechs bestehenden Königreichen" hindeuten; bald wieder „beruhigend" versichern, es sei von keiner Einverleibung der anderen Staaten die Rede, sondern bloß von einer Eintheilung Deutschlands in sechs Kreise und die „6 Könige" seien nur „beispielsweise" als die „natürlichen" Vertreter ihrer Kreise aufgeführt; bald endlich von einem engeren Reichsrathe der „königlichen Bevollmächtigten" und von einem größeren Reichsrathe für die übrigen Bevollmächtigten sprechen. Der Regierung seiner königlichen Hoheit des Großherzogs sind diese und viele andere in ähnlicher Richtung verfaßte Artikel nicht entgangen; sie hat ihnen aber keine Bedeutung beigelegt. Sie mochte nicht an das Bestehen von Sonderplanen glauben, theils aus Vertrauen auf die anderen Regierungen, theils weil sie die Verwirklichung solcher Plane in einer Zeit, wo nichts der öffentlichen Prüfung der deutschen Nation entgehen kann und wo nur rechtlich oder natürlich wohlbegründete Ansprüche eine Anerkennung zu erwaeten haben, nicht für mög-

lich hält. Wir halten es in der That nicht für möglich, daß wir heut zu Tage eine Wiederholung der Wiener Kongreßpolitik erleben sollten. Beruhigt durch diese Ueberzeugung und durch den Rückblik auf die ganze bisherige politische Handlungsweise der großherzoglichen Regierung, mußten wir gleichwohl einer Stelle in der k. k. österreichischen Note vom 4. d. M. an das Reichsministerium unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, in der es heißt:

„Zugleich wurde (der königlich preußischen Regierung) vorgeschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten, und zwar zunächst mit den Königen Deutschlands zu beginnen."

Durch eine solche, wenn auch nur vorläufige Ausschließung hätten sich offenbar Baden und die übrigen deutschen Staaten in ihrer Ehre und ihrem Rechte verletzt fühlen müssen, während die große gemeinsame deutsche Sache dadurch gefährdet werden konnte. Nachdem nun dieser Vorschlag aufgegeben worden, glauben wir uns auch der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die neuen Missionen an einige norddeutsche und süddeutsche Höfe nicht dazu bestimmt sind, ihn in anderer Weise wieder aufzunehmen.

Wir wollen hier nicht ausführlich hervorheben, daß eine bei den königlichen Höfen gezogene Demarkationslinie, wenn überhaupt eine solche gezogen werden müßte, als eine rein willkürliche erscheint, die auf keiner rechtlichen Grundlage ruht — wir wollen nicht daran erinnern, daß es ja, wie bekannt, seiner Zeit nur von der Entschließung des Kurfürsten von Baden abhing, gleich andern Kurfürsten den Königstitel anzunehmen, und daß er auf der Höhe stand und steht, ihn mit demselben Anspruch, mit derselben Ehre und Kraft zu führen, wie andere seiner Bundesgenossen. Auch davon wollen wir nicht reden, daß, wenn man einmal eine Grenzlinie zu ziehen für nöthig fände, man ein Land wie Baden von nahezu anderthalb Millionen Bevölkerung, von solcher Bedeutung als Glied des Ganzen durch seine intensiven Kräfte, durch seine lebenskräftige staatliche Entwicklung, durch seine geistige, politische, industrielle und kommerzielle Kulturstufe nicht so unbeachtet bei Seite liegen lassen dürfte, weil sein Regent nicht den königlichen Titel führt. Wir legen auf einen ganz andern Grund hier alles Gewicht, nämlich darauf, daß eine Vereinbarung unter den Staaten zum Zweck der Verständigung mit der Nationalversammlung, um das tiefgefühlte Bedürfniß der Wiedergeburt Deutschlands in der Bildung einer kräftigen Centralgewalt, nach dem ausgesprochenen Nationalverlangen, zu befriedigen, sich nothwendig auf die Interessen und Rechte aller deutschen Staaten ausdehnen müßte, und daher nur eine gemeinsame von allen Staaten zugleich sein könnte.

Es leuchtet ein, daß unser Ziel nur durch Opfer von allen Seiten zu erreichen ist, und daß daher eine vorläufige Vereinbarung unter einzelnen Staaten, weit entfernt das große Werk zu fördern, nur neue Hindernisse der Verständigung hervorrufen müßte; es leuchtet ein, daß eine solche Verständigung nur in Frankfurt selbst, dem allgemeinen Vereinigungspunkte der deutschen Staaten, wo alle Ansichten und Forderungen zusammenströmen, und gegenseitig geläutert, berichtigt und gewürdigt werden können, und wo alle Bevollmächtigten unter sich sowohl als mit der Centralgewalt und mit der Nationalversammlung in steter Berührung und Wechselwirkung stehen, den einzigen günstigen, den einzigen möglichen Boden finden könne.

Ueberhaupt sind wir von der Ueberzeugung durchdrungen, daß, wenn es Ernst und Wahrheit damit werden soll, daß in dem in sich einigen Deutschland die einzelnen lebenskräftigen Glieder sich frei vertrauend und sicherstrebend bewegen sollen, der alte Weg diplomatischer Verhandlungen unter einzelnen deutschen Regierungen über allgemeine deutsche Angelegenheiten verlassen werden müsse. Dergleichen Verhandlungen haben schon dem ehemaligen Bundestage den letzten Lebensnerv gelähmt, und sind dem Geiste, der durch die neue Schöpfung wehen soll, gänzlich entgegen. — Die Regierung Sr. königl. Hoheit des Großherzogs kann und will nicht voraussetzen, daß Partikular-Vereinbarungen der oben bezeichneten Art, wenn sie wirklich stattfänden, irgend etwas enthalten, was den Rechten Badens zu nahe träte und wogegen sie den feierlichsten Widerspruch erheben müßte. — Wie weit bis zur äußersten Grenze alles Nothwendigen Se. königliche Hoheit der Großherzog der gemeinsamen großen Sache des Vaterlandes, aber auch nur dieser, gleichmäßig mit allen, seine Opfer zu bringen bereit sei, das ist in der großherzoglichen Erklärung vom 8. v. M. bestimmt genug bezeichnet. Eben so bestimmt müßten wir aber auch erklären, daß Se. königliche Hoheit es niemals mit seiner Gesinnung und seiner Pflicht als Regent gegen sein Land vereinbarlich finden könnte, irgend einer Zumuthung, die unter dem Vorgeben engerer politischer Einigung nur einem Partikularinteresse zu Gute käme, ohne daß das wahre Bedürfniß der Nation befriedigt würde, oder den, auf den bloßen Königstitel gebauten, Ansprüchen Anderer zu weichen. — Der Großherzog steht auf dem Boden der Gleichberechtigung, und wird diesen Boden bis zur Vollendung des deutschen Verfassungswerkes, zu der er mit aller Hingebung beitragen wird, nicht verlassen. — Keinem Staate wird er von diesem Standpunkte aus das Recht anerkennen, durch eine Vereinbarung mit anderen, an der er nicht Theil genommen und zu der er nicht zugestimmt hätte, über irgend etwas zu verfügen, das in die Sphäre seines Rechts gehört, indem er nur der Gesammtheit auf den Grund des deutschen Verfassungswerkes Opfer zu bringen bereit ist. — Der Großherzog wird, das sind wir überzeugt, in dieser geraden, gerechten und deutschen Gesinnung von der Stimme und den Kräften seines Volkes und von der öffentlichen Meinung der deutschen Nation unterstützt werden."

♈ **Frankfurt**, 20 Febr. Das „Montagskränzchen" beabsichtigt, wie man vernimmt, eine eigene Hülfskasse für die hier durchpassirenden politisch Verfolgten und politischen Flüchtlinge zu bilden, und es läßt sich deshalb erwarten, daß dergleichen Herren in Zukunft noch zahlreicher als seither hierher kommen werden.

△ **Wien**, 16. Febr. Das Abfeuern einzelner Schüsse auf den Straßen nimmt trotz Haus- und Personalvisitation, trotz angedrohter Geldbußen und ausgeführter Erschießungen kein Ende. Gestern Abend wurde wieder ein Schuß in der Nähe des Kärnthnerthores in der innern Stadt vernommen, alle Straßen wurden sogleich gesperrt, alle Anwesenden auf das Strengste untersucht, niemand durfte das Thor passiren, ohne vorher durchsucht zu sein und die Parole erhalten zu haben; alles umsonst, kein Stäubchen Pulver zu finden, noch viel weniger eine Feuerwaffe. Die Sicherheitswachen benehmen sich übrigens bei den jetzt so häufigen Durchsuchungen der Kleider auf eine so brutale Art, daß diese fatale Maßregel dadurch noch unerträglicher wird. In Folge vieler derartiger Klagen von Privaten haben die Sicherheitswächter jetzt Nummern auf ihren Czakos und das Publikum hat so wenigstens die Befriedigung zu wissen, von welcher Nummer es insultirt wird. Die seit dem 3. Februar in Kraft getretene Bestimmung des 10. Kriegsartikels, wonach die Schildwachen die Vorschrift haben, nach dreimaligem unbeantwortet gebliebenem Anrufe ohne weiteres von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen, wurde vor zwei Nächten auf eine Frau angewendet, welche auf dem Glacis davonlief statt dem Ruf der Patrouille zu antworten; zum Glück wurde sie nicht getroffen. Die Reibungen zwischen Bürger und Militär nehmen an öffentlichen Orten eher zu als ab. Zum Belege erlauben Sie mir nur einen Fall zu erzählen. Am 4. d. M. erschien ein junger Mann bei einem öffentlichen Feste in Meidling bei Wien mit einem deutschen Band im Knopfloche, was sogleich mehreren „Gutgesinnten" unangenehm auffiel. Später gesellten sich noch Andere zu ihm und die kleine Gesellschaft sang „das deutsche Vaterland." Den höchsten Grad erreichte die Mißbilligung, als auch noch das von der Studentenzeit her übel berüchtigte „Fuchslied" angestimmt wurde. Ein Offizier stellte den jungen Mann mit dem deutschen Bande zur Rede und der junge Mann entfernte sich nach diesem Wortwechsel mit dem Offizier. Bis hieher wäre alles so ziemlich gewöhnlich, aber nun kommt das Beste. Die Inspektionsbeamten von Hitzing (in der Nähe von Meidling) entwickelten eine solche Thätigkeit in dieser hochwichtigen Sache, daß am folgenden Tage der fragliche junge Mann, welcher ein Goldarbeiter seines Gewerbes ist, sammt den übrigen Sängern verhaftet war. Da die Meisten darunter nicht österreichische Deutsche sind, so werden sie mittelst Schub von hier entfernt werden.

Die heutige Wienerzeitung bringt nun nachträglich die der Oeffentlichkeit bis jetzt vorenthaltenen Verurtheilungen des Baron Schlechta aus Wien und des Ferdinand von Eisenbach aus Grätz, „damit nicht etwa das völlige Unterbleiben der Kundmachung zu einer böswilligen Ausbeute benutzt werde." Das Urtheil des 25jährigen Schlechta's vom 16. Dez. v. J. lautete wegen Theilnahme an dem Oktoberaufruhr auf Tod durch den Strang, wurde aber durch den Fürsten Windischgrätz auf 12jährige Festungsstrafe ermäßigt. Eisenbach, k. k. Hauptmann in Pension, 52 Jahre alt, war am 7. Dez. v. J. ebenfalls zum Tod durch den Strang verurtheilt, welches Urtheil jedoch ebenfalls (mit Nachlaß der Ehrlosigkeitserklärung) auf 12jährigen Festungsarrest gemildert wurde. Auch in Ofen wurde am 6. d. M. wieder ein Schneider aus Gallizien erschossen, weil er am 30. v. M. „die gröbsten und aufreizendsten Schmähungen gegen seine Majestät den Kaiser ausgestoßen" und mehrere kaiserliche Soldaten zum Treubruche zu verleiten „versucht" hatte. Die hiesigen Juden, welche schon durch die jetzt am Reichstage debattirten §. 13, 14, 15 und 16 in einer unnatürlichen Spannung waren, sind durch die Proklamation des Fürsten Windischgrätz in Ofen vom 11. Febr. auf das Aeußerste gereizt, weil sie darin beschuldigt werden, sich zu Spionen und Lieferanten „der Rebellen" gebrauchen zu lassen und über jede Judengemeinde von der ein Mitglied Anlaß zu einem standrechtlichen oder kriegsrechtlichen Urtheil giebt, 20,000 fl. K.-M. Strafe verhängt wird. Aber noch mehr sollen die Pesther Juden ungehalten sein über eine amtliche Mahnung, welche vor einigen Tagen an die dortige Israelitengemeinde erfolgt sein soll, wegen Einzahlung der zwei letzten rückständigen Raten der Toleranzsteuer im Betrage von 480,000 fl. K.-M. Sie hatten sich nämlich dem Glauben hingegeben, daß die im Verlaufe von 4 Jahren noch abzutragende Ablösungssumme von 980,000 fl. K.-M. ein für allemal suspendirt sei.

Der Minister Bruck befindet sich seit gestern hier. Man will von ihm behaupten, daß er in seiner Politik sich sehr nach der deutschen Richtung neige und daß die Annahme des „Reichsge-

setzes über das deutsche Wechselrecht" für Oesterreich vorzüglich ihm zuzuschreiben sei. Die eine kurze Zeit verstummten Gerüchte über Prorogation des Reichstags tauchen wieder auf — dürften jedoch gewiß nicht vor Entscheidung der Ablösungsfrage zur Wahrheit werden. Und auch dann steht noch die „dritte Staatsgewalt" im Hintergrunde. Die Slowanska Lipa meine ich, welche die Auflösung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln hintertreiben wird, und welche überdies von der Regierung berücksichtigt wird. Die Slawen fangen überhaupt längst an, dem Ministerium große Sorgen zu bereiten, und wenn Ungarn nicht zur Provinz gemacht wird, so darf es dies den Slawen danken oder nicht danken, je nach dem Standpunkte der Ansicht: denn der Moment dürfte eintreten, wo man die Ungarn ihrerseits in den legitimen Kampf gegen die Slawen führen müßte, und deshalb dürfte man jetzt geneigt sein, die Altkonservativen in Ungarn gewähren zu lassen und an die überlebte ungarische Adelsverfassung nur mit Schonung die Hand zu legen.

Unsere Journale fangen nach und nach an die österreichische Note an die Centralgewalt und die Nationalversammlung zu besprechen. Nicht eines, selbst nicht das konservativste hat den Muth sie zu loben. Und in der That ist es das unbestimmteste und eben deßhalb kunstgerechteste und kunstfertigste diplomatische Machwerk, das ich jemals las. Das beste Urtheil welches ich darüber hörte, war unstreitig das eines hochgestellten Mitgliedes der vormärzlichen Regierung; es lautete: „eine solche Note zusammenbringen hätten wir auch gekonnt; Alles beim Alten lassen hätten wir auch gekonnt; deshalb hätte man uns nicht von der Regierung zu entfernen brauchen!" Sprach's und rieb sich höhnisch lächelnd die Hände.

* **Wien**, 16. Febr. Die gesammte italienische Armee hat eine Adresse an den Kaiser gerichtet, worin sie bittet, dem Antrage des Reichstags auf Vertretung der Armee in demselben die Sanktion zu verweigern.

Die Telegraphenlinie von Wien bis Triest ist vollendet. Bereits wird von hier aus mit Triest über Laibach seit einigen Tagen korrespondirt.

Die philosophischen Fakultätsstudien werden nach Ostern d. J. in der Theresianischen Ritterakademie eröffnet. Die Lehrgegenstände wurden bedeutend vermehrt; insbesondere erscheinen die Studien über Geschichte und Naturgeschichte, dann die Sprachenkunde besonders berücksichtigt.

Gratz. Eine amtliche Kundmachung in der „Laibacher Zeitung" theilt die Eröffnung des Ministers des Innern mit, wonach es in seiner Absicht liege, daß unter den dermaligen Verhältnissen die rückständigen Wahlen zum Frankfurter Parlament mit Beschleunigung vorgenommen werden, und Oesterreich so vollständig als möglich daselbst vertreten sei.

—X— **Kremsier**, 15. Febr. Abends 9 Uhr. Noch immer ist die in der Angelegenheit des der Majestätsbeleidigung angeklagten Abgeordneten Kaim heute früh um 10 Uhr begonnene geheime Sitzung des Reichstags nicht beendet. Wahrscheinlich wird dieselbe auf morgen vertagt werden müssen. Der Antrag der Majorität der Kommission geht dahin, den Angeklagten auf freiem Fuße hier in Kremsier in Untersuchung zu nehmen, der der Minorität, die Untersuchung bis zu Beendigung des Reichstages zu verschieben. Die Czechen (Brauner) sprechen sich heftig gegen den Angeklagten aus, Schuselka hielt eine allgemein ergreifende Rede zu Gunsten desselben. Es liegen 13 Anträge vor, über mehrere oder alle derselben ist die zeitraubende Abstimmung durch Kugelung beantragt. Die eingereichten Protokolle werden in die verschiedenen Sprachen übersetzt, um auch die Bauern zu einem Urtheile über die Sache zu befähigen.

So eben 9¼ Uhr ist die Sitzung beendet. Beschluß nach dem Kommissionsantrag: Kaim ist hier in Kremsier summarisch zu verhören, um sodann erst zu entscheiden ob der Angeschuldigte wirklich beinzichtigt ist oder nicht.

* **Berlin**. Eine Zuschrift des Ministeriums des Innern an den Staats-Anzeiger theilt die Ergebnisse der in den Tagen vom 15. bis 29. Januar stattgehabten Schullehrerkonferenz mit. Derselben war als Anhalt ihrer Berathungen ein im Ministerium ausgearbeiteter Vorschlag vorgelegt worden. Sie hat ihn im Wesentlichen gebilligt, und als Ausdruck ihrer Ansichten über das „Lehrerbildungswesen" eine Reihe von Sätzen aufgestellt, denen wir das Wichtigste entnehmen. Der Staat sorgt durch vollständig organisirte öffentliche Seminarien für die Bildung der Volksschullehrer. Jede Provinz erhält die für sie erforderliche Anzahl von Seminarien, die aus allgemeinen Staats- oder Provinzial-Schulfonds unterhalten werden. Ein Seminar soll höchstens 60 Zöglinge haben. Die Seminarien stehen mit dem Volksschulwesen ihrer Bezirke dadurch in lebendigem Verkehr, daß ihre Lehrer jährlich mit der Besichtigung einer Anzahl Schulen beauftragt, daß bereits angestellte Lehrer je nach Bedürfniß auf kürzere oder längere Zeit den Seminarien zur weiteren Ausbildung wieder zugewiesen werden, und daß den Schulaufsehern des Bezirks der Besuch der Seminarien zu ihrer Information jederzeit offensteht, dieselben auch zu amtlicher Mittheilung ihrer Erfahrungen an die Seminarien veranlaßt werden. Die Seminarien sind in der Regel geschlossene Anstalten, welche als Erziehungs-Anstalten durch ihre ganze Haus- und Lebens-Ordnung, ohne Abschließung gegen das Leben in Staat, Kirche und Gemeinde, ihre Aufgabe darin setzen, ihre Zöglinge zu einer bewußten und selbstständigen Stellung für diese Gebiete des öffentlichen Lebens vorzubereiten. Die Seminarien sind konfessionell in evangelische, katholische und jüdische, insofern provinzenweise für letztere ein Bedürfniß vorhanden ist, geschieden. In jedes Seminar steht indessen auch Mitgliedern anderer Konfession der gastweise Eintritt offen, in welchem Falle Dispensation von dem Religions-Unterricht des Seminars stattfindet. Die Seminarien gewähren freien Unterricht, freie Wohnung in der Anstalt, in derselben freie Beheizung und Beleuchtung. Für Dürftige und Würdige werden angemessene Unterstützungen ausgesetzt. Einzelne und Körperschaften können Freistellen in den Seminarien gründen und haben für Besetzung derselben das Vorschlagsrecht. In allen Seminarien findet ein wenigstens dreijähriger Kursus statt. Die Aufnahme in die Seminarien hängt von dem Ausfall einer Prüfung bei den betreffenden Seminarien ab. Die Haupt-Aufgabe des Seminar-Unterrichts erstreckt sich nach den beiden Richtungen, daß die Zöglinge zunächst den für die betreffenden Schulen gehörigen Unterrichtsstoff dem Inhalte nach vollständig beherrschen, und sich über die Stellung der einzelnen Unterrichtsfächer zu einander, so wie zu dem Unterrichts- und Bildungszweck überhaupt, klar werden, daß dieselben sodann mit den Grundsätzen, nach welchen der Unterricht in einfacher und naturgemäßer Weise ertheilt werden soll, theoretisch vertraut gemacht und in der Anwendung der zweckmäßigen Unterrichts-Methode praktisch geübt werden. Das erste Jahr des Seminar-Unterrichts wird vorzugsweise zur Ergänzung und Klärung des elementaren Unterrichtsmaterials benutzt; im zweiten Jahre waltet die Einführung in die Unterrichtsbehandlung und das Beiwohnen des Unterrichts in der Uebungsschule vor; im dritten Jahr steht die praktische Unterrichtsertheilung vorn an. Durch alle drei Kurse geht der Unterricht in Religion, Geschichte, deutscher Sprache, Musik, Turnen und Gartenbau durch. Wo es das Bedürfniß erfordert, werden vom Staate auch Seminarien für Lehrerinnen errichtet, und werden dieselben an Schulen angelehnt, für welche sie Lehrerinnen zu bilden haben.

In einer zweiten Zuschrift theilt der Minister des Innern die in der Verwaltung der Kirchensachen getroffenen Aenderungen nebst den Motiven dazu mit. Er bemerkt: nach dem §. 12 der Verfassung solle die evangelische wie die katholische Kirche ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen. Obwohl darnach der evangelischen Kirche der unbestreitbare Anspruch auf eine von den politischen Institutionen unabhängige Leitung zustehe, werde doch der Staat an vielfachen äußeren Beziehungen der Kirche so lange noch betheiligt bleiben müssen, bis er mit der Kirche sich rechtlich aus einander gesetzt habe, ein Akt, der in der Entwicklung einer selbstständigen Kirchenverfassung und somit einer Vertretung der Kirche seine Voraussetzung habe. Die nächste Aufgabe sei also gewesen, ein Organ zu schaffen, das bis zur definitiven Gestaltung des Verfassungsverhältnisses unabhängig die kirchliche Leitung führe und zugleich diejenigen Maßregeln vermittele, deren es bedarf, um den 12. Artikel der Verfassungsurkunde auf dem geordneten Wege in Vollziehung zu setzen. Als dieses Organ nun stellt der Minister die schon bestehende evangelische Abtheilung für Kirchensachen hin. Sie entscheidet von nun an unabhängig vom Minister in zweiter Instanz die, zum Ressort der Konsistorien gehörigen rein kirchlichen Verhältnisse, während die äußere Kirchenverwaltung wie bisher unter Mitwirkung der Regierungen in erster Instanz und des Ministeriums in zweiter Instanz geführt wird. Um es näher anzugeben, so gehen auf die evangelisch-geistliche Abtheilung alle Attribute über, betreff: 1) des Synodalwesens;

2) der Aufsicht über den Gottesdienst in dogmatischer und liturgischer Hinsicht, so wie des kirchlichen Religionsunterrichts, der Anordnung kirchlicher Feste, der Einweihung der Kirchen und der Einräumung der Kirchen zu außergottesdienstlichen Zwecken; 3) der Aufsicht über das kirchliche Prüfungswesen und die Vorbereitung zum geistlichen Stande einschließlich der Aufsicht über das Prediger-Seminar zu Wittenberg; 4) der Beschwerden über versagte Bestätigung der von Privatpersonen berufenen oder von wahlberechtigten Gemeinden gewählten Geistlichen, beziehentlich der Entscheidung über Präsentations- und Wahlrecht, vorbehaltlich des Rechtsweges; 5) der Aufsicht über Ordination, Einführung und Vereidigung der Geistlichen; 6) der Aufsicht und Disziplin über die Geistlichen; 7) der Emeritirungsangelegenheiten, des Sterbequartals und der Gnadenzeit, soweit dabei nicht die Staatsmittel in Anspruch genommen werden, sowie der vikarirten Verwaltung erledigter Aemter; 8) die Beschwerden rücksichtlich pfarramtlicher Handlungen und der Stolgebühren, beziehentlich der Parochialberechtigung; 9) der Bestätigung der nicht für die Vermögensverwaltung bestimmten Kirchenbeamten, beziehentlich der Presbyter und Gemeinde-Vertreter, wo solche erforderlich ist; 10) der Ertheilung der kirchlichen Dispensationen; 11) der Aufrechterhaltung der Kirchenzucht innerhalb der landesgesetzlichen Grenzen; 12) der Kirchenvisitationen und der Beaufsichtigung der Pfarr- und Superintendentur-Archive. Der Minister spricht schließlich den Konsistorien, mit denen er hiernach aus jeder amtlichen Verbindung tritt, seinen Dank für das ihm bewiesene Vertrauen und seine Hoffnung auf eine glückliche Zukunft der Kirche aus.

Stettin, 16. Febr. Der Oberlandesgerichts-Präsident, früherer Minister Gierke, veröffentlicht Folgendes: „Vielfach erhalte ich Briefe erst auf dem Umwege über Bromberg, indem die Absender voraussetzen, daß ich bereits längst in die mir durch Allerh. Kabinetsordre vom 21. September v. J. verliehene Stelle als Präsident des dortigen Oberlandesgerichts eingetreten sei. Die ex §. 1. Tit. 2 Th. III. A.-G.-O. nothwendige Einführung in mein gedachtes Amt ist indessen, der wiederholt von mir angebrachten Gesuche ungeachtet, noch nicht verfügt, und so habe ich zur Zeit meinen frühern Wohnort Stettin noch nicht verlassen.

Dies allen meinen auswärtigen Freunden und Bekannten mit dem Bemerken zur gefälligen Kenntnißnahme, daß ich auf dem jetzt betretenen Wege auch meine baldigst zu gewärtigende Uebersiedelung nach Bromberg veröffentlichen werde."

München, 17. Febr. Vielfach besprochen wird in diesem Augenblick eine Eingabe des Erzbischofs von München-Freising an das Staatsministerium, in welcher, wohl „im Geiste der neuen Freiheit", nichts weniger gefordert sein soll, als: Freigebung des theologischen Konkurses (also gänzliches Wegfallen der Oberaufsicht des Staats bei den Prüfungen), Wiederherstellung aller geistlichen Orden und zugleich Herausgabe des sämmtlichen Kirchenvermögens nach Maßgabe der Verhältnisse vor der Säkularisation.
(M. Z.)

≒ **München**, 18 Febr. Die zweistündige Rede des Hrn. von Zu-Rhein in der gestrigen Sitzung der Reichsräthe, womit er sein Ministerium und seine Persönlichkeit gegen die Haupt-Anklagen rechtfertigte, welche sich neuerdings dagegen erhoben, kam unerwartet, ermüdete aber weder durch ihre Dauer, noch hinterließ sie einen unbefriedigenden Eindruck. Es that wirklich innerlich wohl im Gegensatze zu der sophistischen und herausfordernden Schönrednerei des Herrn v. Abel, jetzt einen Minister die von Jenem verdächtigte Verwaltung so klar, mit schlagenden Dokumenten, ohne Schönrednerei nach ihren einzelnen Richtungen hin entwickeln zu hören. Baron Zu-Rhein hat in seiner ganzen Aeußerlichkeit, sowie in den Formen seines Auftretens allerdings etwas höchst Gewinnendes, wodurch die Wirkung seiner Rede wesentlich unterstützt wird; aber mit diesen Eigenschaften verbündeten sich gestern der so zweifellose Ausdruck voller Redlichkeit, die Erinnerung daran, daß man einen Mann vor sich sah, gegen dessen konsequent festgehaltene Prinzipien zwar von den Ultramontanen angefochten werden kann, dessen moralischen Charakter aber überhaupt nur die ultramontane Partei in ihren Blättern, und selbst diese erfolglos, zu beflecken suchte. Herr v. Maurer, welcher ebenfalls zur Rechtfertigung des mit Herrn v. Zu-Rhein gemeinschaftlich geführten Ministeriums auftrat, verdarb den guten Eindruck des Anfangs seiner Rede durch die juristische Spitzfindigkeit, womit er die Berechtigung der Indigenatsverleihung an Lola Montez und seiner Kontrassignatur des betreffenden Dekrets zu erweisen versuchte. Konnte aber irgend etwas geeignet sein, den Gegensatz zwischen Phrase und rednerischer Wahrheit zu veranschaulichen, so war es die nach jenen Auseinandersetzungen folgende, ganz unnöthige Rede des Fürsten Oettingen-Wallerstein, worin er, um seine werthe Person in Erinnerung zu bringen und uns zu versichern, er habe seine Ministerialführung nur wegen Mangel an Aktenstücken noch nicht gerechtfertigt, eiligst die Worte der Vorsprecher so deutete, als hielten sie die Märzerhebung Deutschlands für das größte Unglück, verwahrten sich darum gegen jede Mitschuld daran, während er diese Erhebung des deutschen Volkes nach 30jährigen Kümmernissen ...... kurz man kennt die Phrase. Hr. v. Wallerstein deklamirte später, nachdem Graf Bray sich über Baierns Stellung zur deutschen Oberhaupts- und Einigungsfrage, mit dem Klange entscheidender Worte ebenso unentschieden und rückhaltvoll wie gewöhnlich ausgesprochen, auch gegen Preußens Hegemonie, gab der preußisch-deutschen Partei Schuld, die Entwicklung der Bürgerwehr gehindert und die Vermehrung der stehenden Heere bewirkt zu haben, um ihre Pläne durchzusetzen, beschuldigte sie ferner der schändlichsten Perfidie gegen Oesterreich, kurz war vollkommen der ausgezeichnete Lokaldemagog, als welcher er neuerdings aufzutreten liebt. Leider antwortete seinen Diatriben Niemand, leider gedieh es sogar einstimmig zu der beklagenswerthen Erklärung, daß die Kammer der Reichsräthe sich einestheils gegen Oesterreichs Ausscheiden, anderntheils gegen die Uebertragung der Kaiserwürde an Preußen ausspreche. Und was gab uns denn Oesterreich bis heut seit der Märzerhebung anders, als die Keime neuer Zerstückelung, als die Hinderung jedes einheitlichen Zusammenwachsens?

× **Hannover**, 17. Febr. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer begann wie stets mit der Ueberreichung von Bittschriften um sofortige Bekanntmachung der Grundrechte. Lang II. sprach gegen jeden ferneren Aufschub der Entscheidung. Er widerlegte auch die materiellen Bedenken, welche in dem Regierungsschreiben gegen die Grundrechte ausgesprochen sind. Es war eine gründliche durch viele Thatsachen belegte Entgegnung auf den bittern Tadel, den Stüve in diesem Schreiben und in seiner gestrigen Rede ausgesprochen hat. Namentlich über die angeblichen Gefahren der Theilbarkeit des Grundeigenthums sprach er Vieles, was Stüve später nicht widerlegen konnte. Im Götting'schen, wo man die in vielen Gegenden herrschende Armuth auf Rechnung der Theilbarkeit schriebe, sei das große Eigenthum in todter Hand die Hauptursache der Verarmung. Seine Vertheidigung der Theilbarkeit schloß er mit den Worten: Der Zwang läßt sich nicht halten, er komme her woher er wolle. Seine anderthalbstündige Rede ward mit der größten Aufmerksamkeit gehört, und schloß unter anhaltendem Jubel mit den Worten: Ich richte ein Wort an Sie, meine Herren Minister. Lassen Sie ab von Ihrem Widerstreben gegen die Grundrechte, es ist die Stimme der öffentlichen Meinung. Die öffentliche Meinung bittet Sie im Gefühl Ihrer Unersetzlichkeit nachzugeben. Sie können nicht siegen, ohne Regierung und Stände zu entzweien, ohne das Vertrauen auf Frankfurt, auf die Zukunft Deutschlands, zu stören. Ich wünsche, daß Sie sich dem Lande erhalten. Ich bitte Gott, daß er das Recht Deutschlands und die Ehre Hannovers wahre! Stüve antwortet auf das, was er die „Apostrophe" des verehrten Herrn aus dem Schatzkollegium nennt, mit der Versicherung, daß das Ministerium der öffentlichen Stimme keinen Einfluß auf seine Handlungen gestatten könne, es habe nur der Stimme des Rechtes zu folgen. Doch war seine Rede heute matt und als er, auf Hantelmann's Mahnung zur Einigkeit, wieder seinem Grolle gegen die Paulskirche Luft machte, über die Kaiserfrage spottete und sagte: „Es ist jetzt keine Zeit, Frankfurt Succurs zu gewähren!" so schwirrten Laute des Unwillens durch den Saal.

Der Antrag Langs auf Anerkennung und unmittelbare Publikation der Grundrechte ward mit 53 Stimmen gegen 27 angenommen. Die Stadt ist in freudiger Aufregung.

Die erste Kammer hat leider sich im Gegensatze zur zweiten Kammer dafür ausgesprochen, daß das Ministerialschreiben über die Grundrechte an eine Kommission zu verweisen ist. Benningsen erklärte bei der Berathung, die Regierung halte sich versichert, daß Preußen die Grundrechte gleichfalls nicht anerkennen und veröffentlichen werde, ohne Abänderungen zu machen. Was wird das Ministerium thun? So fragt Jedermann und Niemand weiß die Antwort.

△ **Aus Kurhessen**, Mitte Februar. Eben erst ist das Wahlgesetz von der Kammer angenommen, und schon ist die Agitation wieder thätig, das Gesetz und die daraus hervorgegangene Volksvertretung in Frage zu stellen. Nach dem Beispiele von Baiern und Württemberg ist auch hier eine erste Adresse von Fulda aus an die Ständeversammlung abgegangen, „dieselbe wolle bewirken, daß eine aus direkten Wahlen aller mündigen Staatsbürger hervorgegangene constituirende Versammlung einberufen werde, um eine neue, auf dem Prinzip der Volkssouveränetät beruhende Verfassung zu berathen und zu beschließen." Da in solchen Fällen die Demokratie erst nach empfangener Parole vorzugehen pflegt, so stehen ähnliche Adressen auch aus andern Theilen des Landes für die nächste Zeit unzweifelhaft in Aussicht.

Es hat in diesen Tagen in Jesberg im Amtsbezirke Fritzlar eine von ungefähr 120 Geistlichen und einer großen Anzahl von Laien aus allen Ständen besuchte Versammlung stattgefunden, welche unter dem Vorsitz des Metropolitan Hoffmann von Homberg über die Stellung berathen hat, welche die Kirche, nachdem ihre Trennung vom Staate ausgesprochen worden, in Zukunft im Staate oder dem Staate gegenüber einzunehmen habe, und es kamen namentlich die beiden Fragen zur Sprache, ob der Landesherr hinfort auch noch oberster Bischof sein und ob die Kirche fortan, wo das Ministerium mit Männern jedes Bekenntnisses besetzt werden dürfe, noch unter dem Ministerium stehen könne. Beide Fragen wurden mit großer Majorität verneint. Es wurde sodann beschlossen, das Resultat dieser Berathungen dem Kurfürsten sowohl als dem Ministerium zu überreichen, die Antwort darauf in einer neuen Conferenz entgegenzunehmen, und wenn sich dieselbe beifällig ausspreche, sofort eine constituirende Synode für die evangelische Kirche Kurhessens zu berufen. Als Fundament dieser Kirche wurde das Augsburgische Glaubensbekenntniß anerkannt; die Verfassung solle eine presbyteriale sein; die Consistorien, seither reine Staatsbehörden, hören auf, die Superintendenten erhalten ihre frühere selbstständige Stellung wieder, die oberste Leitung der Kirche übernimmt ein Landesbischof mit einem Consistorium, die Beamten der Kirche endlich werden mit Zuziehung der Laien gewählt.

⊙ **Jena**, 14. Febr. Durch die folgende Adresse an die Nationalversammlung hat der hiesige deutsche konstitutionelle Verein den Ausdruck seiner Gesinnung über die österreichische Note vom 4. d. M. kund gegeben:

„In und außerhalb der Paulskirche wird die Stimme der deutschen Nation von dem Kabinet der österreichischen Centralmonarchie zum Urtheil über seine offene Erklärung vom 4. d. M. herausgefordert. In und außerhalb der Paulskirche wird dem Wiener Kabinet nur eine Antwort entgegenschallen, wenn nicht nur Träume und Bilder der Zukunft uns vorschweben, wenn unser Wille reif zur That ist.

Was wollen wir und was wollen wir nicht?

Wir wollen nicht die begeisterte Erhebung zur Freiheit, Kraft und Einheit zum Verbild unseres Unvermögens erniedrigen. Wir wollen den Bundesstaat mit seiner allgemeinen Nationalvertretung unter dem Schutz und Vorstand der ersten deutschen Macht, der Macht, welche aus ihren deutschen Elementen, durch den deutschen Geist zur ersten emporgewachsen ist — wir wollen nicht den Bundesstaat uns verstümmeln lassen durch eine europäische Großmacht, die kraft verjährender Titel und trotz ihrer überwiegend undeutschen Bestandtheile sich die erste deutsche Macht zu nennen fortfährt.

Wir wollen das europäische Bedürfniß des Fortbestandes der staatlichen Einheit Oesterreichs seinem Schicksal und dem natürlichen Lauf der Dinge überlassen und werden den aufrichtigen Willen einer stufenweisen Annäherung zu dem Staatswesen Deutschlands aufrichtig zu würdigen wissen. Inzwischen vertrauen wir fest auf Preußen, daß es entschlossen und seinem Wort getreu den Bundesstaat zur gedeihlichen Wahrheit und Wirklichkeit bringen werde, den Bundesstaat im Staatenbunde. Aber so wenig weiland bei dem zu Grabe getragenen Bundestag die Vertreter der deutschen Nation mittagten, so wenig können hinfort Vertreter des Staatenbundes im Bundesstaate mitreden und das Gesetz ihm vorschreiben.

Wir verwahren uns gegen die Drohungen europäischer Bündnisse vergilbten Datums. Trotz Kroaten und Kosacken wird Deutschland zeigen, daß es seinem ursprünglichen Beruf als Träger der höchsten Ideen auch staatlich gewachsen ist. Kabinetsschreiben und Noten werden in seinem ernsten Beruf es nicht irren, und wenn, was Gott verhüte, worin die Namens der Humanität im Jahre 1848 laut gepredigte Friedenspolitik nicht zu Schanden werden möge, wenn schließlich dennoch der Kampf nicht zu vermeiden wäre, der europäische, dann wird das einige freie Deutschland so gut ihn rühmlich überstehen, wie schon seiner Zeit ein absoluter Monarch, Friedrich der Große, durch siegreichen Widerstand dem ihm untergebenen Theil des vorwärts strebenden Deutschlands den Stempel einer europäischen Großmacht aufgedrückt hat. Jena, 14. Febr. 1849. Im Namen des deutschen konstitutionellen Vereins, der Vorstand.

⊙ **Schleswig**, 15. Febr. Vor einigen Tagen sandte der bei Augustenburg wohnende Oberförster auf einen Lärm in der Nähe seines Hauses seinen zwanzigjährigen Pflegesohn, um zu sehen, was vorgehe. Es fielen gleich darauf aus einem Hinterhalte Schüsse, und die Hinzugeeilten fanden einen jungen Mann im Blute liegen, so daß er zwar noch lebend ins Haus gebracht wurde, wohl aber bald verschied. Er hatte drei wohlgezielte Schüsse erhalten. Es hat sich ergeben, daß dies dänische Soldaten waren, die diese Mordthat verübt und warum? — weil der Ermordete der Sohn eines Deutschen war. — Die Soldaten vom 4. Badischen Regimente, welche in Altona kantoniren, haben folgende Anzeige, die viel Aufsehen erregt, erlassen. Anfrage: 1) Weshalb erhalten wir keine Feldzulage, während doch die Offiziere vom Lieutenant an, bis zum höchsten hinauf, ihre Feldzulage erhalten? 2) Warum behandelt man uns so gewaltig despotisch, sind wir etwa so sehr verwildert? Wir sind der Meinung, man möge unter solchen aufgeregten Zeitumständen die Soldaten etwas liebreicher behandeln, sonst möchten sie ihres Handwerks überdrüssig werden. 3) Wir haben auf dem Marsche nach Schleswig-Holstein aus unseren eigenen Mitteln zehren müssen und sind der Meinung, daß der badische Staat den Soldaten dieses nicht auflegt, wir wünschen zu wissen, wo unsere Verpflegungsgelder geblieben sind; wir bitten deßhalb um Aufklärung. Uebrigens haben die Herren Offiziere das Vertrauen, welches wir zu ihnen gehabt haben, jetzt durch ihr Betragen gegen uns verloren."

Großbritannien.

* **London**, 17. Febr. Die „Times" enthält folgende Notiz: „Kriegsdampfboote für Deutschland. Die Dampfschiffe Akadia und Britannia, die im Postdienste der britischen und nordamerikanischen Gesellschaft (zwischen Liverpool und den Vereinigten Staaten) einen so großen Namen erlangten, sind jüngst dieser Gesellschaft von einer der deutschen Regierungen abgekauft worden. Sie befinden sich jetzt im Coburg-Dock zu Liverpool, wo an ihnen die Aenderungen vorgenommen werden sollen, welche zu ihrer Umgestaltung in wirksame Kriegsschiffe nöthig sind. Ihre Bewaffnung wird von der schwersten Gattung sein."

In Betreff des irrthümlicher Weise todtgesagten Cabrera meldet die „M. Post", daß man in London einen Brief desselben, datirt vom 9. Febr., erhalten hat, worin er seinen dortigen Freunden anzeigt, daß er sich auf dem Wege der Besserung befinde und am 12. oder 13. wieder auf dem Kampfplatze zu erscheinen gedenke. Obschon in dem letzten Gefecht mit den Christinos verwundet, habe er sofort in einem Ausschreiben seine Truppen davon in Kenntniß gesetzt, daß er den Oberbefehl über sie nicht niederlege und daß alle Berichte an ihn direkt wie gewöhnlich zu richten seien.

Der Marineklub hielt in diesem Jahre vorgestern Abend sein erstes Festessen, welches sich dadurch auszeichnete, daß der neue Gesandte der französischen Republik, Admiral Cécille, auf erfolgte Einladung ihm beiwohnte. Von englischen höheren Seeoffizieren waren unter Andern die Admiräle Codrington, Ogle, Crofton, Martin, Bouverie, Clifford, die Viceadmiräle Thomand, Sykes, Pym, der Kontreadmiral Sharpe u. A. anwesend. Codrington brachte, unter einigen Komplimenten auf die Tapferkeit und die Ehrliebe der Franzosen, die Gesundheit des Admiral Cécille aus, worauf der französische Ehrengast mit Bedauern gestand, der englischen Sprache nicht hinlänglich mächtig zu sein, um seinen Gefühlen den entsprechenden Ausdruck geben zu können, weßhalb man ihm gestatten möge, sich seiner Muttersprache bedienen zu dürfen. Den rauschendsten Beifall erregte Admiral Cécille durch folgende Worte: „Es ist eine Quelle hohen Vergnügens für mich, mich hier in der Mitte meiner brother officers (der Franzose warf diesen englischen Brocken zur großen Freude der Gesellschaft mit ein) zu befinden." Das Uebrige bestand aus gewöhnlichen Redensarten. Bei alledem ist dieß brüderliche Fest nicht ohne Bedeutung und wird als eins der mancherlei Zeichen des wiederhergestellten oder fortgesetzten guten Einvernehmens zwischen Frankreich und England angesehen. Zu diesen Zeichen gehören auch wohl gewisse Massenbesuche, welche sich Engländer und Franzosen gegenseitig abstatten. So meldet „Daily News", daß einige tausend Engländer den Besuch, welchen französische Nationalgardisten vergangenen Spätherbst in London abstatteten, binnen einem Monat mit einem Gegenbesuch in Paris zu erwidern gedenken.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses antwortete Lord Palmerston auf eine Zwischenfrage des Hrn. Ewart: er verzweifle keineswegs daran, daß es möglich sein werde, die Diffe-

renzen zwischen den beiden Republiken am La Plata Fluß bald, und zwar in einer dem Hause wohlgefälligen Weise auszugleichen. Was den Handel mit Buenos Ayres betreffe, so gehe dieser ununterbrochen und in vollkommener Sicherheit weiter. Aehnliche Erklärungen hat aber Lord Palmerston seit Jahren, der Himmel weiß wie oft gegeben. Auf eine zweite Frage des Hrn. Bankes in Betreff Spaniens erwiederte Lord Palmerston: Die Differenzen zwischen Großbritannien und Spanien seien zwar noch nicht beigelegt, aber es würden zu diesem Ende gerade jetzt Unterhandlungen zwischen beiden Ländern gepflogen. Die übrigen Verhandlungen an diesem Abend betrafen die Bill für weitere Aufhebung der persönlichen Garantien in Irland, gegen welche John O'Connell noch eine ohnmächtige Anstrengung machte, und den bereits bewilligten Vorschuß von 50,000 Pf. für die nothleidenden Bezirke in Westirland, (von wo die Berichte immer trauriger lauten) indem es sich in dieser Sitzung um die Art und Weise handelte, wie dieser Vorschuß beizutreiben sei. Zwei Amendements, wonach die Summe in Form einer Anleihe vorzustrecken sei, fielen durch, worauf der ursprüngliche Regierungsentwurf angenommen wurde. Lord J. Russell drückte auf eine Anfrage Hrn. Walpoles die Hoffnung aus, daß nächsten Montag die Geschäfte des Hauses ihm noch Zeit übrig lassen würden, seine Vorschläge zur Aenderung des jetzt gültigen Parlamentseids vorzubringen (wobei es sich bekanntlich um Zulassung der Nichtchristen zum Parlament handelt), und der Handelsminister, Hr. Labouchere, daß er die zweite Lesung der Bill für Aenderung der Schifffahrtsgesetze auf Montag den 5. Dez. festsetze. Auf diese Bill, die wenn sie unverkürzt durchginge, doch bei weitem mehr gewähren würde, als bloße Erleichterungen im Küstenhandel, kommen wir demnächst mit einigen Worten zurück. Die Bill ist die nämliche wie die im vorigen Jahre eingebrachte, nur einige Vorschläge in Betreff des Küstenhandels sind neuer Zusatz.

Frankreich.

* **Paris**, 17. Febr. Wie völlig leer an politischem Interesse im gegenwärtigen Augenblick die französischen Verhältnisse sind, beweist die Aufmerksamkeit, welche die Journale den auswärtigen Ereignissen zuwenden. Und als ob man nicht genug hätte an den Revolutionen in Italien, will man auch von einem Aufstand in Barcelona wissen. Man verbreitet, das Ministerium sei durch eine telegraphische Depesche, die es sofort dem spanischen Gesandten Herzog von Soto-Major mitgetheilt habe, davon benachrichtigt worden. Es scheint aber nicht, als ob die Nachricht Glauben verdiene. Sie wird sich sowenig wie eine andere, welche heute die Börse schreckte, bestätigen, die nämlich, daß die Russen bereits in Siebenbürgen eingerückt sind.

Die Nationalgarde in Lyon ist aufgelöst worden, weil die Minister sie von der Vorliebe, die in ganz Südfrankreich für die Bergpartei herrscht, angesteckt glaubten. Von diesem Enthusiasmus für die Extreme der Revolution gaben kürzlich in Limoges vorgefallene Bewegungen Zeugniß. Am Abend des 12. zogen zahlreiche Gruppen durch die Straßen der Stadt, unter Absingung der Marseillaise und des ça ira und unter dem Ruf: Nieder mit den Aristokraten! Nieder mit den Royalisten! Es lebe die Guillotine! Die Polizei, obwohl benachrichtigt, verhielt sich ruhig. Bis Mitternacht dauerte es, ehe die Boulevards leer wurden, und ehe der Ruf, in den sich alle andere verschmolzen: Es lebe die demokratisch-sociale Republik! verstummte.

Die Staatsmänner der Republik scheinen einen Theil ihrer Gesundheit in den politischen Kämpfen, welche sie zu bestehen hatten, gelassen zu haben. Ohne von dem Haar des Hrn. Marrast zu reden, welches in weniger als einem Jahr vom gemischten Grau zum reinen Weiß übergegangen ist, erinnern wir nur an Hrn. Bethmont, der durch Krankheit sich zum Rücktritt genöthigt gesehen hat. Hr. v. Lamartine ist nur noch der Schatten seiner selbst. Hr. François Arago hat die männliche Kraft verloren, die ihn charakterisirte, Hr. Garnier Pagès ist gezwungen, die Luft des Südens aufzusuchen. Hr. Goudchaux vermag sich in diesem Augenblicke kaum mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, und selbst der robuste und feurige Tribun Ledru Rollin ist dermaßen angegriffen, daß er bettlägerig und einem heftigen Blutspeien unterworfen ist.

Der englische Gesandte Lord Normanby steht mit dem Präsidenten der Republik auf einem sehr vertrauten Fuße. Er stattet ihm zuweilen als Nachbar und zu Fuß seine Privatbesuche ab, welche übrigens zu ziemlich langen Conferenzen Veranlassung geben.

Oesterreichische Monarchie.

Ein Romane (Walache) theilt aus Herrmannstadt vom 24 Jan. in der Ost-Deutschen Post Folgendes über das Gesuch um russische Hülfe mit: Wir befinden uns in einem gefährlichen Dilemma. Vor einiger Zeit hat man uns gegen unsern Willen dazu gebracht, die Vollmachten um russische Hülfe zu unterzeichnen. Die Idee einer russischen Hülfe ist nicht bei den Romanen entstanden, sondern bei unsern Mitbrüdern, den Sachsen. Von Seite der Romanen waren nur der Bischof Schaguna und der von Kronstadt hierher gekommene Kaufmann Rudolf Orgidan dafür. In einer darüber abgehaltenen Sitzung waren auch einige Mitglieder des romanischen Pacifikationsausschusses zugegen. Merkwürdigerweise waren alle Sachsen für die russische Hülfe; nur Ein Deutscher hat sich dagegen erklärt.

Italien.

* **Turin**. Die Kammerverhandlungen bieten seit der großen Rede Gioberti's vom 10., die einen Wendepunkt der italienischen Politik bezeichnet, ein nicht gewöhnliches Interesse dar. Wir bedauern diese Rede nur im Auszug geben zu können. In vier Worte faßt Gioberti die Aufgabe der italienischen „Auferstehung" zusammen: Reformen, Constitution, Unabhängigkeit und Conföderation. Darüber hinauszugehen wäre nicht vorwärts, sondern rückwärts schreiten. Utopieen nennt er die Pläne derjenigen, die ein unitarisches und republikanisches Italien schaffen wollen. Keine Einheit, nur eine Einigung! Die Monarchie aber vom Volksgeist durchdrungen! „So haben wir, von unserem Auftreten an, die doppelte Fahne aufgesteckt: costituente federativa ed democrazia. Darnach können Sie die Grundsätze unserer Verwaltung ermessen. Sie will, daß die Reformen weise seien und zum Wohl der größeren Zahl gereichen; sie will, daß die bürgerliche Gewalt stark aber volksthümlich und wohlthätig sei; sie begnügt sich nicht mit einer halben Unabhängigkeit, sie will sie ganz vollständig und unter den Schutz del regno Italico (?) gestellt; sie will endlich die bürgerliche Vereinigung aller Staaten der Halbinsel und einen Reichstag der diese Vereinigung darstellt. Gioberti geht dann auf die Eröffnungen ein, die Piemont, Betreff der Konstituante, auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts, Toscana und Rom gemacht hat. Sie seien durch die Spaltung zwischen Rom und seinem Oberhaupt und namentlich durch die Berufung der toscanischen Konstituante mit unbeschränktem Mandat unterbrochen worden. Der letztere Umstand habe zu einem Bruch geführt, der um so mehr zu beklagen sei, als er in einem Augenblick erfolgt, wo der Wiederbeginn der Feindseligkeiten nahe bevorsteht. „Glauben Sie indessen nicht," setzt Gioberti hinzu, „daß wir ganz und gar die italienische Konstituante in Rom zurückweisen. Wir enthalten uns für den Augenblick daran Theil zu nehmen, weil ihre Entstehung, das Mandat, das sie zu erfüllen hat, sowie die Umstände sie gefährlich machen und es unklug wäre, an einem Akt sich zu betheiligen, dessen Ausgang man nicht voraussehen kann. Wir erheben jedenfalls unsere Wünsche dafür, daß die Versammlung die Pfade der Weisheit und Mäßigung betrete, welche ihr unsere Mitwirkung sichern wird. In diesem Fall reichen wie ihr eine befreundete Hand und Keiner soll uns dann übertreffen an Eifer und Hingebung. Die Konstituante von Rom, in billige Grenzen zurückgeführt, wird in der That nur die föderative Konstituante sein, die der erste Gedanke unserer Politik und der theuerste Wunsch unseres Herzens war. Diese Gedanken, wir haben sie seit lange in Florenz sowohl, wie in Rom ausgesprochen. In Rom haben wir gesagt, daß wenn der Papst nicht auf seinen Sitz zurückkehre, der fremde Intervention kaum zu hindern sei, in Gaeta, daß es sich für den Stellvertreter Christi, dem höchsten Vater der Christenheit nicht gezieme, in seine Staaten mit Hilfe fremder Waffen wiederzukehren, und ohne vorher alle Mittel der Milde angewendet zu haben. Wir hoffen, daß diese Gefühle bei Pius IX. den Sieg davon tragen werden. Unsere Bemühungen haben sich nicht hierauf beschränkt. Wir haben uns soviel als möglich der fremden Intervention widersetzt und dem Papst unsre Vermittlung angeboten." Schließlich beschwört Gioberti die Abgeordneten, sich um den Fürsten zu schaaren, der zuerst zum Kampf für die Unabhängigkeit Italiens geeilt sei.

Gleich nach dieser Rede wollte Brofferio, das Haupt der Opposition, eine Verhandlung darüber eröffnen. Die Kammer

Uebersicht.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Febr. Die „Frankf. Ztg." theilt nachstehend den Text der bereits mehrfach besprocheuen bairischen Erklärung mit:

„Der unterzeichnete königl. bairische interimistische Bevollmächtigte hat die Cirkularnote des Reichsministeriums vom 28. v. Mts. der königl. Regierung in Vorlage gebracht und beehrt sich nunmehr im Auftrage derselben, dem Herrn Präsidenten des Reichsministerraths deren dankbare Anerkennung für das zur Förderung des deutschen Verfassungswerkes bethätigte Entgegenkommen auszudrücken und nachfolgende Erwiederung abzugeben:

Die baierische Regierung hat das Bedürfniß einer Verständigung der deutschen einzelnen Staaten unter sich bei dem Beginne der Arbeiten der Nationalversammlung tief empfunden. Sie hat dies schon im Monat Mai v. J. und seitdem wiederholt durch dringende Aufforderungen an die verbündeten Regierungen bethätigt, welche keinen andern Zweck hatten, als durch eine rechtzeitige Einigung über die Hauptpunkte der künftigen Verfassung auch ihrerseits zu beschleunigter, praktischer Begründung des von ganz Deutschland heißersehnten Einigungswerkes den Bemühungen der Nationalversammlung fördernd entgegenkommen zu können.

Wenn das Reichsministerium zu dem Schritte, welchen es sämmtlichen deutschen Staaten gegenüber zu thun für gut fand, durch den augenblicklichen Stand der Verhandlungen über die Verfassungsfrage sich besonders veranlaßt sah, so kann die baierische Regierung der hierdurch kundgegebenen Ansicht nur vollkommen beipflichten. Der Zeitpunkt zwischen der ersten und zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes erscheine auch ihr als der geeignetste zu der durch eine gegenseitige Verständigung zu erreichenden Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen und der Nationalversammlung und Baiern wird nicht anstehen, seine Erinnerungen zu diesem Zwecke mit möglichster Beschleunigung nach Frankfurt gelangen zu lassen.

Es wird aber durch das Anstreben dieses so nothwendigen Einverständnisses nicht etwa ein Hemmniß, nicht ein Hinausschieben der gerechten Erwartungen der Nation sich ergeben, wohl aber die sicherste, die allein dauernde und feste Grundlage des deutschen Verfassungswerkes.

Dieses vorausgeschickt, wird es hier genügen, die Ueberzeugung schon jetzt auszusprechen, daß nur eine, ganz Deutschland in allen seinen Bestandtheilen zu **einem** Bunde verbindende und daher Oesterreich weder ausschließende, noch in die Sonderstellung eines weitern Bundesverhältnisses hinausdrängende Verfassung, dem mächtigen Streben nach Einigung und nach Kräftigung des deutschen Gesammtvaterlandes entsprechen werde, daß dagegen, wie dieses in der Note vom 23. v. M. ausgesprochen ist, auf welche auch der Erlaß des Reichsministeriums Bezug nimmt, — „die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen umfassenden deutschen Einigung nicht erforderlich sei," daß vielmehr hierdurch der allseitig gewünschten Einigung ein unbesiegbares Hinderniß entgegengestellt würde.

Der Unterzeichnete hat die Zusicherung erhalten, daß ihm in kürzester Zeit speziellere Instruktionen für seine Theilnahme an den über das Verfassungswerk zu pflegenden Berathungen zugehen werden. Wobei bemerkt worden ist, daß bei Abfassung derselben die königliche Regierung von dem obersten Grundsatze ausgehe, daß zur Erreichung des gemeinsamen großen Zweckes mit aufrichtiger Hingebung Opfer zu bringen sind, eine Beeinträchtigung der Selbstständigkeit und inneren freien Bewegung der einzelnen Glieder des großen Ganzen aber in nicht höherem Maße einzutreten habe, als zur Erreichung jenes Zieles einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammtentwickelung in der That erforderlich ist. Frankfurt a. M., den 16. Februar 1849. Der königlich baierische interimistische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt Deutschlands. gez. v. Xylander.

*** **Frankfurt**, 21. Febr. Dem am 24. d. in Mainz statt findenden Erinnerungsfeste der französischen Revolution werden auch Mitglieder der Linken der deutschen Reichsversammlung beiwohnen. Die Franzosen werden dieß deutsch-patriotische Fest zu würdigen wissen, gewiß aber nicht durch eine Gegenfeier des Jahrestages der deutschen Erhebung im März.

Wien. Das Const. Bl. a. B. berichtet: Einzelne österreichische Abgeordnete haben aus ihren Wahlbezirken die überraschende Kunde erhalten, daß politische Behörden das Reichsgesetzblatt Nro. 8, enthaltend die Grundrechte des deutschen Volkes, confiscirten. In einem Wahlbezirke Niederösterreichs (Viertel unter Mannhartsberg) bestand der die Confiscation vornehmende Beamte sogar auf Auslieferung des Briefes, mit welchem der Abgeordnete das Gesetzblatt eingesendet hatte, und erklärte, daß durch eine kreisamtliche Verordnung überhaupt alle Zusendungen vom Reichstage verboten seien und ausgeliefert werden müßten. Die Abgeordneten der betreffenden Wahldistrikte haben diese Vorgänge dem Ministerium des Innern angezeigt und es läßt sich erwarten, daß man die schuldigen Behörden für ihren übel angebrachten Amtseifer mit aller Strenge behandeln wird.

Ollmütz, im Febr. Der halb offizielle „Oesterr. Corresp." vom 11. d. spricht sich folgendergestalt über die Stellung des österreichischen Heeres zum Volke aus: „Die Armee muß das Volk bewahren vor taktlosen und oft unredlichen Einwirkungen, vor jedem Uebergreifen, vor jedem Beschränken der wahren Freiheit durch was immer für eine Partei. Darum kann das Heer als solches auch mit Niemanden noch gemeinschaftliche Sache machen, als mit demjenigen, der weit über alle Parteien erhaben steht, kurz — mit dem Kaiser. Daß diese Stellung der Armee die Völkerfreiheit hindere, will uns nicht einleuchten &c."

☿ **Prag**, 12. Febr. Unsere Stadt ist sehr still und einförmig. In den höhern Zirkeln gab es dießmal weder Bälle noch Abendgesellschaften. In den ehemals bevorzugten Kreisen wird viel über die Adelsabschaffung gesprochen. Man hofft darin, daß sich der Adel durch die persönliche Tüchtigkeit seiner Glieder eine neue Stellung zu geben vermögen wird vermittelst engeren Anschlusses des gebildeteren und reicheren Theils seiner Glieder. Fürst Hugo Salm hat sich an die Spitze eines solchen Strebens gestellt. Er verlangt vor Allem Einigkeit und festes Zusammenhalten aller Kräfte, aber gerade am Mangel dieser Erfordernisse dürfte das Vorhaben scheitern. Indessen interessirt sich die in Töplitz vereinigte Gesellschaft sehr für den Gedanken und Graf Karl Wolkenstein ist dort dafür thätig. Uebrigens läßt sich dieses edlere und bessere Streben schwer mit dem kleinlichen Ehrgeiz zusammenreimen, der sich um die Gunstbezeigungen des Prager Hofes drängt und ganz so wie in vormärzlicher Zeit ausprägt. Könnte man darin nur edle Hingebung und Anhänglichkeit für das schwer geprüfte Kaiserhaus erblicken, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Leider aber ist es nur die alte Erbärmlichkeit unseres Bedientenadels, der seinen Beruf längst vergessen hatte und seine Stellung nicht mehr zu begreifen wußte. Diese Menschen haben nichts gelernt und nichts vergessen, so z. B. sondert sich die sogenannte Crême (d. h. der höchste Adel) mehr als je von den Uebrigen ab pour ne pas s'encanailler*). Unser Erzbischof, der Freiherr von Schrenk, ein noch junger Mann, ist geisteskrank geworden; man sagt, eine Hirnerweichung sei die Ursache. Ein anderer, zwei Familien tief erschütternder Trauerfall ist der schnelle Tod der letzten Enkelin des Feldmarschalls Fürsten Schwarzenberg; sie starb in den Wochen nach kaum einjähriger Ehe und hinterläßt einen trostlosen Gatten, den Grafen Ernst Waldstein und tief gebeugte Eltern, welche vor Kurzem eine aufblühende Tochter zu betrauern hatten.

Die kurze, von dem Hof und der Garnison sehr freudig aufgenommene, Anwesenheit des jungen Kaisers wurde von der übrigen Bevölkerung Prags nicht im gleichen Maße mit Jubel begrüßt. Kaum das Unerläßliche geschah. So begleiteten die angesehenen Personen der Bürgerschaft den Kaiser bei seiner Abreise nicht einmal bis zum Bahnhof, während die ganze kaiserliche Familie, der Adel und das Militär das Geleite gaben.

Unser politischer Gesichtskreis verdüstert sich wieder. Das Ministerium hat einen schwierigen Stand, die Städte sind verstimmt; die Slowanska Lipa arbeitet an einem Riesen-Vertrauensvotum für den Reichstag, um dessen Auflösung unmöglich zu machen, findet aber auf dem Lande wenig Sympathie dafür; dagegen macht hier die bedeutende Soldatenaushebung viel übles

*) Das Gewicht dieses Vorwurfs wird dadurch noch verstärkt, daß unser Gewährsmann seinem Herkommen nach selber den Anspruch hätte, sich zu jener „Crême" zu zählen.

Blut. Nicht sowohl gegen die Regierung liegt man im Streit, sondern zwischen Armen und Reichen fallen die Reibungen vor. Die Besitzlosen auf dem Lande wollen nicht dulden, daß die Besitzenden ihre Bauernwirthschaften an die Söhne abtreten, und sie auf diese Weise vom Dienst befreien; manche wünschen sogar das alte Rekrutirungssystem wieder zurück und Niemand will sich zum Vertrauensmann bei dem Rekrutirungsgeschäft wählen lassen, da er es doch nicht Allen recht machen kann. Im Ganzen ist die Sehnsucht nach Ruhe und gesichertem Besitz auf dem Lande vorherrschend, und kaum dürfte es den Wühlern dort gelingen, ernstliche Unruhen zu stiften.

Berlin, 14 Febr. Der Aachener Zeitung wird über die österreichische Note geschrieben: Die gerechte Entrüstung, welche die Note hier überall im Publikum hervorgerufen hat, findet auch bei unseren Staatsmännern, selbst den hochgestellten, ihren vollgültigen Ausdruck und man ist in diesen Kreisen sehr geneigt, die Möglichkeit eines vollständigen Bruches mit der österreichischen Regierung in Betracht zu ziehen. Namentlich wird jene Stelle der Note, welche dem von unserem Kabinette vorgeschlagenen Wege zuwider, eine gemeinschaftliche Verständigung der Regierungen zu Wege zu bringen, es bestimmt ausspricht, daß man, abgesehen von jedem gemeinsamen Handeln mit Preußen, seinen Weg österreichischer Seits allein gehen wolle, als eine direkte Aufkündigung der freundschaftlichen Beziehungen zu unserer Regierung betrachtet. Ein Umstand von nicht geringer Bedeutung kommt hierzu, der nämlich, daß unsere Regierung die ersten genaueren Mittheilungen über die Note von Petersburg aus erhielt, daß also jedenfalls eine vorhergegangene Verständigung der beiden Kaiser angenommen werden muß, ja daß man sogar die ganze Note mehr als das Werk einer russischen Intrigue gegen das so sehr gefürchtete Erstarken Deutschlands betrachten darf, denn als das Ausgespinnst der durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres hoffentlich doch in etwas belehrten österreichischen Regierung.

= **Berlin**, 19. Febr. Die wichtige Neuigkeit, daß Graf Arnim-Boyzenburg zum Minister des Auswärtigen, Bonin zum Finanzminister ernannt werden sollen, (?) haben Sie dort wohl noch nicht erhalten. Aber noch viel wichtiger und hocherfreulich ist das heute hier umlaufende Gerücht: Preußen habe eine seiner würdige, ganz entschiedene Antwort auf die Oesterreichische Note erlassen.

Die wegen der Doppelwahlen nöthigen Nachwahlen finden nächstens statt: unter den hier für die erste Kammer vorgeschlagenen Kandidaten soll sich auch Freiherr v. Arnim befinden. Auf welche Spitze der leidige innere politische Parteikampf, der den Ruhm des Vaterlandes und seine Größe nach Außen ganz bei Seite läßt, bei uns getrieben wird, ersehen Sie daraus, daß dieser um die deutsche Sache bei uns so hochverdiente Name bis jetzt auf den Wahllisten, auf denen so manche ganz unbedeutende Namen figuriren, vergebens gesucht wird. Es ist dieß um so mehr zu beklagen, als Hr. v. Arnim ein Charakter und wegen seiner reichen Kenntnisse und Erfahrungen, die er in seiner rühmlichen diplomatischen Laufbahn — die Annäherung Belgiens an Deutschland ist hauptsächlich sein Werk — zu sammeln mehr wie Andere Gelegenheit hatte, in jeder Beziehung eine Zierde der Preußischen Kammern sein würde. Deshalb ist auch hier die Freude über die dort beliebte Beseitigung der indirekten Wahlen, welche Mittelmäßigkeiten zu Tage fördern, Männer, die der ganzen Nation angehören, aber oft unberücksichtigt lassen, allgemein.

Konst. Korr. **Berlin**, 19. Febr. Der Belagerungszustand, dessen Aufhebung vor Eröffnung der Kammern allerdings beabsichtigt wurde, wird auf unbestimmte Zeit verlängert bleiben, da Nachrichten sehr bedenklicher Art eingelaufen sein sollen. Vorgestern Abend wurden hier zwei Vorversammlungen zu den Nachwahlen für die zweite Kammer polizeilich aufgehoben, aus welchem Grunde ist uns nicht bekannt geworden.

✕ **Köln**, 20. Febr. Der Oberlandesgerichts-Assessor Fischer in Dülmen, früher Abgeordneter der aufgelösten Nationalversammlung, hat an das Oberlandesgericht zu Münster ein Schreiben gerichtet und veröffentlicht, worin er sich auf das Bitterste beklagt über die Ungesetzlichkeiten, welche das Oberlandesgericht gegen ihn ausübe. Es heißt in seinem Schreiben vom 16. Febr.:

„Heute theilt mir auf dem Gerichte, wo ich in meiner Eigenschaft als Kommissär für Bagatellsachen gerade mit Vernehmung von Zeugen beschäftigt war, der Direktor Fischer hierselbst eine Verfügung des königl. Oberlandesgerichts mit, worin es heißt, daß ich durch Beschluß vom 23. Dezember v. J. vom Amte suspendirt und auf das halbe Gehalt beschränkt sei.

Ich hielt diese Verfügung für gleichgültig und berief mich auf die ausdrückliche Vorschrift Art. 86 des Gesetzes vom 5 Dezember pr.:

„Die Richter können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen und bestimmt haben, ihres Amtes entsetzt, zeitweise enthoben oder unfreiwillig an eine andere Stelle versetzt, und nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden."

Ich bemerkte dem Hrn. Direktor, daß ein Richterspruch auf Suspension gegen mich nicht vorliege, nicht vorliegen könne, weil ich nicht vernommen und gehört, und weder mir noch dem Gerichte mitgetheilt sei, von einer Suspension also keine Rede sein könne. Er müsse als Richter das Gesetz kennen und befolgen und einen Richterspruch abwarten.

Er wäre in seiner Beschäftigung auf dem Gerichte fortgefahren; während seiner Abwesenheit habe der Direktor Fischer die Akten aus seiner Wohnung abholen lassen und an die Salarienkasse verfügt, daß ihm nur das halbe Gehalt auszuzahlen. Er wirft dem Oberlandesgerichte eine Menge Ungesetzlichkeiten vor. Sie machen, sagt er, nachdem sie bei Einleitung der jetzt schwebenden Untersuchungen in Berlin angefragt, Erkenntnisse in Kriminalsachen, ohne die Angeschuldigten gehört zu haben, schaffen sich selbst, wie es ihnen gutdünkt, eine eigene Kriminalordnung, überschreiten ihre Kompetenz, lassen ihren Direktor Temme verhaften wegen angeblicher Unterschrift eines Zeitungsartikels, während andere Personen, die denselben Artikel unterschrieben haben, in Münster und an andern Orten frei umhergehen, suchen mich auf jede Art wegen Handlungen zu verfolgen, die ich als Abgeordneter der Nationalversammlung vorgenommen habe, die aber zu ihren politischen Ansichten nicht passen. Der Mann ist so gereizt, daß er vom Justizminister sagt: „Mich bei dem Justizminister Rintelen zu beschweren, von ihm Schutz für Recht und Gesetz zu verlangen, halte ich für ziemlich überflüssig, ich würde vom Regen unter die Traufe kommen." Seine Darstellung ist ohne Zweifel höchst armselig. Doch verdient die Sache gewiß von der öffentlichen Meinung beachtet zu werden. Daß jetzt auch in der Rheinprovinz Verhöre wegen der Steuerverweigerung vorgenommen sind, wird Ihnen bereits gemeldet sein.

Münster, 15. Febr. Gestern starb hier an den Folgen eines auf einer Jagdpartie durch einen Sturz herbeigeführten Rippenbruchs, nach mehrmonatlichen schweren Leiden, der Sohn Sr. königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm, der Prinz Waldemar, 32 Jahre alt, Kommandeur einer Kavalleriebrigade. (Rh. Volksb.)

München, 16. Febr. Der Abgeordnete Berkmann hat der Kammer der Abgeordneten drei Anträge übergeben, die allerdings in unserem bisherigen Staatsleben noch nicht vorgekommen und geeignet sind, zu lebhaften Debatten Anlaß zu geben. Der erste dieser Anträge bezweckt Aufhebung des bisherigen Kanzleizeremoniels und durchgängige Einführung des Wortes „Herr" mit Hinweglassung aller Prädikate von „Wohlgeboren" bis hinauf „Allergroßmächtigster." Der zweite Antrag geht auf Abschaffung des Prädikats „von Gottes Gnaden" und Einführung des Titels „König der Baiern." Der dritte Antrag verlangt „die Entfernung aller offenkundig reaktionären Beamten aus dem Staatsdienste." (A. Abdz.)

0 **München**, 19. Febr. Endlich ist es in der Ministerkrisis zur Entscheidung gekommen; — die bisherigen Minister haben, mit alleiniger Ausnahme Beislers, den Beschluß gefaßt, zu bleiben, und der Kammer ein Programm vorzulegen, in welchem sie sich nach Möglichkeit dem Willen der Kammermehrheit akkomodiren sollen. Ob man darin an dem Prinzipe der Vereinbarung festhalten werde, habe ich nicht erfahren können; es ist aber zu erwarten, weil man an das Programm die Drohung einer Auflösung anknüpft, falls die Kammer dasselbe nicht genehmigen sollte. Daß man also einen Widerstand für wahrscheinlich hält, ist klar; wodurch sollte dieser aber erzeugt werden, wenn nicht durch eine verschiedene Meinung in der deutschen Sache,

über welche sich die Kammer bereits so entschieden ausgesprochen hat? Alle andern Fragen sind dieser gegenüber nur von untergeordneter Bedeutung. Viele wollen übrigens in dieser Drohung eben nichts weiter als den Versuch einer Einschüchterung sehen, wie er von Abel mehrmals mit Glück gemacht wurde, und glauben nicht an deren Ausführung, schon aus dem Grunde, weil es wohl bekannt ist, daß die Linke durch neue Wahlen nur verstärkt würde, während die Wiedererwählung manches hervorragenden Mitglieds des rechten Centrums gar sehr in Frage gestellt wäre. Wenn Beisler nicht dazu bestimmt werden kann, sich zu dem Programme zu bekennen, so soll Heinz das Ministerium des Innern übernehmen und in seiner Stelle durch den Justizministerialrath Ringelmann ersetzt werden. — Die Linke hat eine Rechtfertigung ihrer bisherigen Handlungen verfaßt und in 10,000 Exemplaren im Lande vertheilen lassen.

†† Von der Isar, 18. Febr. Welcher eigentliche Werth den Motiven beizumessen ist, welche sich bei der in unserer Abgeordnetenkammer stattgehabten Demonstration gegen ein preußisches Kaiserthum als die leitenden herausgestellt haben, zeigt u. A. der Umstand, daß derselbe Abgeordnete Dr. Müller aus Damm (bei Aschaffenburg), der sich bei derselben als Haupt-Agitator geltend gemacht, noch im vorigen Monate, kurz vor Eröffnung des Landtags, für eine von ihm verfaßte Adresse Unterschriften kolportirte, in welcher er der Nationalversammlung in Frankfurt die Zumuthung stellen wollte, die demnächst von ihr zu vergebende deutsche Kaiserkrone unserm Prinzen Luitpold, und respektive der Wittelsbachischen Dynastie, zu übertragen! Mit dieser Thatsache, welche ich verbürgen kann, fallen auch die anderweitigen Einwürfe zusammen, welche von dieser Seite gegen ein deutsches Kaiserthum überhaupt erhoben worden sind.

† Aus der Pfalz, 15. Febr. Das demokratische Vereinswesen ist bei uns immer noch im sichtbaren Wachsthum begriffen. Zu den zahlreichen Volks- und Märzvereinen gesellt sich jetzt auch noch ein Arbeiterverein nach den kommunistischen Ideen des Parlamentsmitgliedes J. Fröbel. Er hat in den öffentlichen Blättern an sämmtliche Arbeiter der Pfalz, ob Taglöhner auf dem Lande oder in den Städten, ob Arbeiter oder Arbeitgeber, Meister oder Gesellen und Lehrlinge, sofern sie nur das Recht auf Arbeit anerkennten, einen Aufruf zur allgemeinen Verbrüderung erlassen. Selbst die Arbeiter mit dem Kopfe sind dazu eingeladen. Ziel ist die endliche Verbesserung der unglücklichen Lage der Arbeiter. Als Mittel wird angegeben, die Errichtung von Arbeiterbildungsvereinen, die sich zur Aufgabe machen, durch Wort und Schrift die Mängel unserer Zustände frei und offen darzulegen, sowie die Mittel zu erforschen, durch welche bessere Zustände erreicht werden können. Sich betrachten sie als den Kern des Volkes, die Besitzenden als ihre natürlichen Feinde. Indem sie mit richtigem Takt in der Vereinigung ihre Stärke erkennen, schließen sie jenen Aufruf mit den Worten: „Bürger alle, die ihr die gewaltige Neuzeit begriffen, und für die Verwirklichung ihrer Ideen entflammt seid, tretet zusammen, um so sicherer das große Ziel: Freiheit, Wohlstand, Bildung für Alle zu erreichen.“ Neustadt ist abermals der Fokus, von welchem dieser für die Entwickelung der Zukunft gewiß nicht bedeutungslose Aufruf ausgegangen ist.

A **Dresden**, 19 Febr. Die erste Kammer trat heute dem einstimmigen Beschluß der zweiten Kammer auf sofortige Abberufung des Gesandten v. Könneritz aus Wien (vergl. D. Z. vom 12 Febr.) ohne Diskussion gegen zwei Stimmen bei. Dem Abgeordneten Dufour-Feronce wurde vom Präsidenten Joseph das Wort zur Motivirung seiner Abstimmung zwar ertheilt, aber während er sprach auch wieder entzogen. Der andere Antrag, die Staatsregierung anzugehen, daß sie bei der Centralgewalt die weitere Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vom 16. November 1848 in Antrag bringe, wurde gegen die alleinige Stimme Dufour-Feronce's angenommen.

C **Mannheim**, 20. Febr. Der Rekurs Brentano's liegt, wie man uns aus zuverlässiger Quelle mittheilt, beim Staatsministerium; sehr wahrscheinlich wird auch auf diesen Rekurs die Genehmigung versagt bleiben, wofür sein letztes Auftreten in der zweiten Kammer für die Regierung wohl Gründe genug abgeben könnte. Seit mehreren Tagen werden die Eisenbahnzüge mit einer Bedeckung von 1 Unteroffizier und 6 Soldaten begleitet, um, wie zu vermuthen, Hilfe zur Hand zu haben, wenn Verdächtige festgenommen werden sollen. In Rastatt ist außerdem täglich 1 Bataillon marschfertig, ohne Zweifel darum, weil man durch die Eröffnung der Geschwornen-Sitzung in Freiburg und den Transport Struve's und Blind's dahin das Austreten von Verwegenen im Oberlande befürchtet. Hier ging seit 2 Tagen das Gerücht, Struve sei entflohen, was ich aus der besten Quelle widersprechen kann.

Weimar, 17. Febr. Der Beginn der ersten Assisen ist auf den 26. Febr. festgesetzt worden. Die Dauer derselben soll auf mehrere Wochen berechnet sein. Das meiste Interesse werden die Verhandlungen gegen die republikanischen Führer, Dr. Lafaurie, Dr. Otto, Kandidat Rothe, Literat Gäde u. A. erwecken. Die Anklagen gegen dieselben sollen auf Verleitung des Militärs zur Widersetzlichkeit, Aufforderung zum Aufruhr, Aufforderung zur Steuerverweigerung und Verleumdung der Staatsbehörden lauten, doch sind nicht die sämmtlichen Genannten bei allen diesen Vergehen betheiligt. Die obigen Anklagen sind von der großherzoglichen Anklagekammer für begründet erachtet und sind die Angeklagten darauf hin vor das Geschworenengericht verwiesen worden. Die Thatsachen, worauf sich die Anklagen stützen, sollen ziemlich klar vorliegen. Die öffentlichen Verhandlungen werden in dem Fürstenhaus, im Lokale des Landtags, stattfinden, wo der Gerichtssaal sehr zweckmäßig eingerichtet worden ist. (D. A. Z.)

⊙ **Schleswig**, 18. Febr. Die schleswig-holsteinischen Jäger sind dieser Tage ins Wasseramt Hadersleben verlegt worden, um der Grenze nahe zu sein. Auch hat das Militär in Flensburg vor einigen Tagen scharfe Patronen erhalten, um sich für einen plötzlichen Ausbruch bei Tage oder bei Nacht bereit zu halten. Der badische Oberst-Lieutenant v. Porbeck hat gegen mehrere Soldaten, die bei der Abfassung des Ihnen vor einigen Tagen mitgetheilten Inserats betheiligt waren, die Untersuchung wegen Insubordination einleiten lassen, weil die angebliche Vorenthaltung der Feldzulage und die despotische Behandlung, welche die Soldaten von den Offizieren zu ertragen hätten, sich nicht bewahrheiten. Das Dampfschiff „Kopenhagen“ in Lübeck ist — sonderbar genug — nicht deutscherseits, sondern von Dänemark angekauft worden, um dasselbe, wie die „Berling'sche“ sagt, zu Truppentransporten zu benutzen.

∴ **Hamburg**, 18. Febr. Die Militärpflichtigen aus der Altersklasse von 1828 haben an mehreren Orten einen Protest gegen ein kürzlich erlassenes Senatsdekret ausgelegt, worin sie erklären ihrer Militärpflicht nicht eher Folge leisten zu wollen, als bis die durch die deutschen Grundrechte verheißene allgemeine Wehrpflicht und Aufhebung der Stellvertretung auch für Hamburg Geltung gefunden. Die Festfeier in Betreff der Grundrechte wird nächsten Sonntag stattfinden; der Senat, die bürgerlichen Kollegien und die Mitglieder unserer Konstituante sind bereits hierzu vom Festvorstande eingeladen.

Oesterreichische Monarchie.

Agram, im Febr. Daß man sich in höheren Regionen mit dem Gedanken trage, in Ungarn, nachdem der Kossuthsche Aufstand bezwungen, den Status quo ante d. h. den magyarischen Nationalaristokratismus wieder einzuführen, findet in den Vorgängen der Gegenwart volle Bestätigung. Mit Recht erhoben Wiener Blätter Klage dagegen, daß für die von Deutschen bewohnten Distrikte Ungarns Magyaren zu k. Kommissären bestellt wurden, ebenso wie das nämliche Verfahren den Slawen gegenüber Stoff zu gerechten Beschwerden gibt. In der Slowakei werden von den Delegirten des Fürsten Windischgrätz magyarische Proklamationen an das slawische Volk erlassen, werden alle öffentlichen Geschäfte magyarisch geführt, ebenso in deutschen Kreisen, und wenn man sich deßhalb beschwert, wird man mit dem Bemerken abgewiesen, daß dies die ungarische Sprache, die gesetzliche Amtssprache und noch durch kein späteres Gesetz ihres diplomatischen Charakters entkleidet worden sei, als wenn die Ministerien der Finanzen, des Krieges und des Auswärtigen nicht ebenfalls durch ein Reichsgesetz errichtet und gesetzlich d. h. im Wege des magyarischen Reichstages noch nicht abgeschafft worden wären,
(C. Bl. a. B.)

Uebersicht.

Deutschland und Oesterreich.

E. M. A. **Frankfurt**, 19. Febr. Und immer wieder die alte Leier? Ja, jetzt jeden Tag und jede Stunde dieselbe Leier, derselbe Klang.

Man will uns schrecken, man will uns auch mit bösen Gespenstern erschrecken. Wovor sollen wir erschrecken, als vor dem Bösen? Das Böseste wird bald da sein, wenn wir uns in Schrecken jagen, wenn wir uns durch gespenstische Schrecken von dem klaren und festen Standpunkte des Verständigen und Rechten wegjagen lassen. Jetzt frisch drein! heißt es mehr denn jemals, wenn Heucheleien, Schmeicheleien, Lockungen, Drohungen, Lügen und Hinterlisten rings um uns her surren, sumsen, lächeln, schmeicheln und streicheln.

Wir sind dran und dürfen jetzt nicht wanken noch weichen. Wir sollen eine Stärke machen, eine Macht und Majestät, welche allein die Freiheit schirmen, welche allein den Freunden Furcht und Achtung und den Eigenen auch jenseits der Meere und in allen fernsten Welttheilen Auswege, Hülfen, Wohlfahrt, Ehre und Ruhm geben kann: denn auch nach Ehre und Ruhm sehnt sich endlich mit Recht das größte Volk der Erde.

Könnten wir das Alles in voller deutscher Gemeinschaft mit Oesterreich machen — o wie schön! Doch Oesterrich sagt: ich will nicht, ich kann nicht in und nach eurer Weise, aber es sagt auch: ihr dürft nicht.

Wir dürfen nicht, droht Oesterreich? O wir fühlen, daß wir dürfen, weil wir Männer sind; wir fühlen noch viel lebendiger, daß wir müssen, weil wir verständige Männer sind und weil das deutsche Volk uns nach Frankfurt geschickt hat, damit wir tüchtige und männliche Arbeit machten. Denn wenn wir nicht bald etwas Starkes und Mächtiges schaffen, so wird das Böse mächtiger werden und mit der Macht und Freiheit zugleich durchgehen. Ich weise euch hier wieder auf die rothe Fahne hin.

O täuschet euch nicht, ihr bethörten Fürsten, die ihr euch jetzt zum Theil wieder einzubilden scheint, als könntet ihr mit den alten langsamen Künsten spielen und den Augenblick mit dem Medusengesicht durch Ermattung und Einschläferung vorüberspielen. Täuschet euch nicht, vergesset nicht, daß wir euch vor einem halben Jahre den rothen Strick vom Halse genommen haben. Strebet und helfet ihr nicht eine einige starke Macht machen, die auch euch und eure Herrlichkeiten schützen kann und schützen wird und schützen muß — wahrlich bald wird der dritte gewaltige Sturm kommen und dann werdet ihr auf immer verweht sein.

O täuschet euch nicht, ihr deutschen Männer — ich meine die Redlichen — die ihr uns den alten deutschen Quark wieder zumitteln und vermitteln wollt, die ihr ein Stückchen Probekaiser, Wahlkapitulationskaiser uns vorhaltet, die ihr eine Trias, Quinquas (o Wort, bitterer als Quascia!) Dekas wollt, die ihr uns Halbes, Wankendes, Unfestes geben wollt — bei solchem wackchten Zustande wird die Wildheit und Ausgelassenheit der Freiheit mit unsrer Ehre und unserm Glück durchgehen.

Täuschet auch ihr euch nicht, fromme Priester und Laien — ich meine hier nicht die Herrschsüchtigen und Listigen — die ihr über das Vaterland weg über die Berge schauet. O schauet doch mit klaren Augen über die Berge, schauet wie es eben in Rom, wie es um euren edlen Papst steht; aber wiederum schauet geschwinde von Italien zurück, beschauet euch lieber des Vaterlands Wünsche und Nöthen — schauet mit deutschen Augen wieder das ächte älteste Deutsche an, was die Welt einst nicht bloß mit den Fäusten besiegt hat. Was ewige Wahrheit im Christenthum ist, kann ja die Hölle nicht überwinden; was deutsche Treue und Glaube war, der Glaube an ein unsterbliches Leben der Seligen, vor welchem, wie Lukan singt, die Speere und Schwerter der Griechen und Römer in ihren Tagen zerbrachen, das kann auch im wildesten Sturm der Umrollungen und Umdrehungen, wenn es auch einmal verdunkelt wird, doch nimmer vergehen.

Ja wir alle fühlen, daß wir dürfen und daß wir müssen. Klagend und trauernd können wir dastehen, daß Oesterreich nicht in uns hinein will, daß es, wie es winkt und droht, kaum an uns heran will; aber wenn wir übrigen 32 Millionen dicht und fest zusammenhalten, wir sind ein großes und gewaltiges Volk, und unsre halb von uns gewandten Brüder werden schon wieder zu uns heran wollen und heran müssen.

Es gilt einmal, was Gott geordnet hat, kann kein Mensch und kein allerpfiffigstes Kabinet, wie zornig und grimmig es sich auch gebärde, nicht anders wenden. Unsere künftige Macht und Herrlichkeit wird gehen, wie sie weiland gegangen ist, von Nordosten gegen den Südwesten; sie muß unsern Meeren und Strömen folgen, und unser Süden — gebärde er sich, wie er will — muß diesem Naturlauf gemäß uns gegen Südwesten mitfolgen. Wir sind seit der Vertilgung der Hohenstaufen an die sechshundert Jahre von Stufe zu Stufe in Herrschaft und Macht herabgesunken; wir sind die drei letzten Jahrhunderten gleich den Ohnmächtigen und Kindischen an fremden Stricken und Seilen — was sage ich? — an fremden Fäden, ein Hohn und Spott der Völker, so hingeschleppt worden. So mögte man uns wieder schleppen, damit wir wieder in den alten, nichtigen und faulen Schlaf versänken. Das dulden wir nicht länger.

Die jetzt solches wollen, sind zu ihrem eigenen Unheil verwegen. Dies ist eine Unmöglichkeit. So gewaltig hat die Zeit gedonnert und donnert sie fort. Wir sind wach geworden, wir können in diesen kindischen, knechtischen, ehrlosen Schlaf nicht wieder eingewiegt werden. So weit sind Oesterreichs Hoffnungen vergeblich, wenn es solche Hoffnungen nähren könnte.

Wir sind das größte und edelste Volk der Weltgeschichte. Wir und unsere Stammgenossen führen den fröhlichen Herrscherreigen, wir werden den Reigen der Zukunft führen. Aber jetzt eben gilt es, tapfer und fröhlich aufzutanzen und die Krone der Macht und Majestät auf die jungfräuliche Stirn der Freiheit zu setzen.

Ja Macht und Majestät. Dadurch und durch ihre schönsten Hoffnungen und wirklichsten Hülfen werdet ihr das empörte und aufgewühlte und halb verwilderte Volk allein stillen und beruhigen können. Sonst erschreckt vor dem Bösen, ja vor dem Bösesten, vor der rothen Republik.

Also dieß oder das, entweder Macht und Herrlichkeit oder ein wankender und zur Republik nicht hinwankender, sondern hinstürzender Zustand. Bedenkt das! Welch ein gräulicher, blutiger Durchgang würde das sein, blutiger und gräulicher, um zu jener Republik zu gelangen, als es der französische Durchgang gewesen! Und der zweite Durchgang wieder, der unvermeidliche und natürlichste, von ihr zu einem Tyrannen durch den Degen, zu einem Sulla, Augustus, Kromwell, Napoleon u. s. w., um nach unendlicher Verwüstung und Zerstörung der edelsten leiblichen und geistigen Güter wieder von vorn zu beginnen!

Vor einer solchen Republik schaudert uns mit Recht, weil wir schon aus manchen Erfahrungen, selbst der jüngsten bei uns verlebten Monate, sehen, was sie uns bringen würde, weil wir wissen, wie sie in den unaufhörlichen Umrollungen und Umkehrungen von einem Jahrzehend oder Jahrdreißig des Unheils und Jammers allen Schaum und Abschaum der verwegensten Abentheurer und listigsten Schelme nach oben bringen und uns auf die Hälse und Köpfe wälzen und uns vielleicht für viele Menschenalter verderben würde.

Darum frisch drein für das Rechte und Gerechte! Spiegelt euch an dem alten Rom seiner letzten hundertfünfzig sogenannten republikanischen Jahre! spiegelt euch an dem Frankreich des letzten Jahrsechzigs!

Stimmen aus dem Volke.

* Mit vollstem Rechte dürfen wir die beiden folgenden Mittheilungen als „Stimmen aus dem Volke" bezeichnen. Die eine derselben kommt von einem hochgestellten Manne, die andere von einem einfachen Bürger. Wir empfehlen sie also der Beachtung und leiten sie ein mit den Worten des verehrten Einsenders aus Waldeck: daß bei der vorliegenden großen Tagesfrage die Gründe des gelehrten Politikers, so schwer sie auch wiegen mögen, nicht allein den Ausschlag geben, daß vielmehr auch die Stimmen des Volkes von großem und entscheidendem Gewichte sein müssen.

Darum war es die Absicht, nicht jenen Gründen neue hinzuzufügen, sondern in das große Volkskonzert mit einzustimmen.

Aus Mitteldeutschland, 15. Febr. Fürwahr es ist Zeit, mit Oesterreich unsere Rechnung abzuschließen. Der Haus-, Hof- und Staatskanzlei Tage von Aranjuez sind vorüber. Nicht nochmals mögen sich ihre Blätter füllen mit Notizen über „Kleindeutschland," dessen Ruhm darin bestehe, Großösterreichs Schleppträger zu sein, und über unsere Souveräne, als „die kleinen Leute", deren Stolz es sei, von der österreichischen Aristokratie empfangen zu werden. Begraben ist der Regensburger Reichstag mit Kleindeutschlands althergebrachter Stimmformel: in omnibus uti Austria; begraben ist der Dynastenbund von 1815 mit sammt seiner österreichischen Zuchtruthe; und das Lächeln ist ein mitleidig bitteres bei dem ikarischen Versuche, ihn für nicht gestorben zu halten, nur in übergroßer Hast und Eil mit einem monumentalen Berg von Erde zugedeckt zu sehen. Auf diesem Grabe ist eine große Nation erstanden, fern der Rolle, der Schweif eines österreichischen Kometen zu sein. Oesterreich kann nicht und will nicht in unsern Bund treten, und wir sehnen uns nicht nach ihm und bedürfen seiner nicht. Eine Nation von (mindestens) 36 Millionen, stark durch Freiheit und mächtig durch Einheit, bedarf keiner Beihilfe, um die ihr durch das Geschick der Geschichte anvertraute Stellung in Europas Mitte nun endlich einzunehmen und mit Kraft zu behaupten. Das war das Ziel einer Revolution, die vom Palast bis zur Hütte schwere und schmerzliche Wunden geschlagen; Opfer, die nicht gebracht wurden, um, wie „in der guten alten Zeit", gekirrt durch der Haus-, Hof- und Staatskanzlei liebgewonnene Schlagwörter, Oesterreichs harte Hand nochmals knechtisch zu küssen, wie einschmeichelnd auch immer das Löwenbündniß gefaßt würde.

Wenn es heißt: Oesterreich sei Deutschlands erste und stärkste Macht;" so wird — schlimm genug — damit die Geschichte aufgeblättert.

Allerdings war Oesterreich unter dem Beistande aller seiner außerdeutschen Nationen und mit Hülfe seiner Alliirten aus der halben Welt mächtig genug, während 30 langer Jahre Deutschland mit Feuer und Schwert zu verwüsten und zu veröden; auch uns im darauf folgenden Sekulum mit Heeren aus Frankreich und Rußland in siebenjähriger Dauer mit schwerem Kriege zu überziehen; und ließ erst beim Anblick unsrer Bajonette 15 Jahre danach die Hand ab vom Griffe nach der Krone der Wittelsbacher.

Gerade eine solche erste und mächtigste Macht wollen wir nicht, und wollen nicht wieder mit den gerühmten „alten Banden" an Oesterreich „gekettet" sein.

Wir wollen ein recht und rein deutsches Oberhaupt, nicht gefesselt an außerdeutsche Bande, nicht mit dem Kommando eines Hegemonen, sondern zu seinem und unserm Schutz unter dem Wesen und der Form des volksthümlich verfaßten Königthums, das seinen König viel nützen, wenig schaden läßt.

Und ein erblich Königthum wollen wir, das nicht dem walzenden Acker gleich aus einer Hand in die andere übergehe. In unser Königshaus soll von Stamm zu Stamm tief einwurzeln die echt deutsche Gesinnung: dem Menschen die Liebe, der Nation die Treue, der Krone ihre Gebühr in Pflichten und Rechten.

Wir wollen somit nicht das österreichische Kaiserhaus weder zum Haupt, noch zum Glied unsers Bundes, hätte es sich auch nicht unterm 4. Febr. unmöglich gemacht durch Bekundigung eines unvergessenen Systems, durch Uebermuth und Geringschätzung Deutschlands. Sein Weg ist ein anderer als der unsrige; nicht theilnehmen wollen wir an seinem Wurf in des Schicksals dunkle Nacht, und das würde geschehen, wollten wir wieder heraufbeschwören die verzerrte Gestalt des in seiner Ausführung durch Präsidialdiktatur befleckten Dynastenbundes von 1815, der sittlichen, geistigen und materiellen Schmach Deutschlands — der Mutter des März 1848.

Nicht wieder wie am Wienerkongreß möge der Abschluß unsers Werks bis zur letzten Stunde verschoben bleiben; das hieße den März nochmals aufrufen. Ein großes Unglück wäre unser Eingehen in die gelegte Falle durch ein diplomatisches Temporisiren. Antworten wir nicht durch Diplomaten, sondern durch Thaten. Dringend mahnt die erste und nächste im endlichen Abschiedsgruß an die österreichischen Abgeordneten, zur Trauer in Ruß- und Seeland, zum Stillen der immer steigenden Erbitterung in Deutschland.

Lassen wir uns nicht schrecken durch die Fabel eines Bruches mit Europa. Es gibt kein Reich, das uns nicht mit dem Bruch der Pariser Verträge vorausgegangen wäre, unter Anderem das jetzt drohende Oesterreich beim Theilen der niederländischen Monarchie, beim Einverleiben der Republik Krakau, beim anerkannten Umsturz des Königthums in Frankreich.

Nicht aus naiver Furcht, wohl aber aus selbstredender Nothwendigkeit fließt die Erwartung unverweilten Abziehens der österreichischen Garnisonen aus unsern Festungen.

Aus Waldeck, im Febr. Die österreichische Note, der Scheidebrief Oesterreichs von Deutschland, liegt nun vor uns. In Wahrheit, wir haben nichts anderes erwartet, aber wie die Kunde von dem Tode eines hoffnungslos darniederliegenden Freundes uns mächtiger ergreift, als die Ueberzeugung seiner Rettungslosigkeit; so auch waren wir tief erschüttert, als es Schwarz auf Weiß vor uns lag: Deutschland und Oesterreich sind für immer geschieden. Oesterreich fordert das Unmögliche und indem es dieses thut, ist der Spalt gerissen, der von Tag zu Tag weiter auseinander klaffen wird. Doch nicht allein das Gefühl des Schmerzes, den jenseitigen ächtdeutschen Brüdern geltend; sondern auch das der Entrüstung über die Anmaßung und Drohung der österreichischen Regierung, muß jedes Deutschen Brust durchzucken, da es nun entschieden ausgesprochen ist, daß Oesterreich eine für Deutschland ehrenhafte und darum allein mögliche Verbindung — wie sie im Gagern'schen Programm ausgesprochen ist — nicht annehmen will. Deutschlands Fürsten waren bisher, wenn man es mit dem wahren Namen bezeichnen soll, Oesterreichs Vasallen. Am Bundestage hatte Oesterreich die entscheidende Stimme, von der Metternich'schen Politik war ganz Deutschland umgarnt. Und dieses Garn, welches die vorjährigen Frühlingsstürme zerrissen haben, will Oesterreich — wenn vorerst auch über höhere Bogen — wieder über Deutschland ausspannen. In verletzender Anmaßung nennt die Note Oesterreich die erste deutsche Macht; die deutsche Nation aber sieht in Preußen die erste deutsche Macht.

Wir stehn am Scheidewege! Oesterreichische Abgeordnete können, dürfen ferner nicht mehr in der Paulskirche sitzen, die Nationalversammlung muß ihr Ausscheiden fordern, selbst auf die Gefahr hin, mit Oesterreich in eine feindselige Stellung zu gerathen. Die Stunden sind gezählt, bis die Würfel fallen! Möchte nur dieß einemal die deutsche Nationalversammlung Rücksicht auf den überall laut werdenden Volkswillen nehmen, der keinen Staatenbund, sondern einen Bundesstaat will, mit einem erblichen Kaiser an der Spitze. Der müßte mit Blindheit geschlagen sein, der nicht erkennen sollte, was die überwiegende Mehrzahl im Volke will. Und dieser Wille wird zur That werden, selbst dann, wenn die Nationalversammlung anders beschließen sollte. Gleichwie ein Ministerium unhaltbar wird, sobald die Mehrzahl der Volksvertreter nicht mehr auf seiner Seite stehn; ebenso würde die Nationalversammlung zum Zurücktritt genöthigt werden, wenn sie sich mit dem überwiegenden Volkswillen in Widerspruch setzen sollte. Das Volk würde die Sache alsdann selbst wieder in die Hand nehmen und solche Abgeordnete wählen, von denen es hoffen kann, daß sie in seinem Sinne stimmen werden.

Die Note erklärt den Bestand der österreichischen Monarchie für ein europäisches Bedürfniß, zugleich auch die Zerrissenheit Deutschlands für ein österreichisches. Wird Oesterreich seinen Willen durchsetzen? Nimmermehr! Und sollte es deutsche Volksstämme geben, welche nicht in den Verband des einheitlichen Staates treten wollen, lasse man sie gehen, bis sie sich eines Besseren besinnen. Liegt das Hinderniß zum Beitritt nur an den Fürsten, — das Volk wird ihn besiegen; liegt es im Volke selbst, dann gehe dieses seinen eigenen Weg, denn nimmer wird es frommen, widerstrebende Elemente zu einem dauerhaften Ganzen zu verbinden. Lasse man doch den unseligen Wahn fallen, ganz Deutschland müsse den neuen Bundesstaat bilden; nicht die gleiche Sprache und Abstammung, sondern die gleiche Gesinnung ist der zähe Kitt, der Klein?-Deutschland zusammenhalten soll.

Wir gehen mit Preußen dem Frühlingsanfange eines freien Völkerlebens entgegen; mag Oesterreich für sich allein immer tiefer in den trüben Herbst eintreten und ein freundlicher Nachbar des eisigen Winters werden: nur bleibe es uns ferne; bei dem Ordnen unserer Angelegenheiten lassen wir uns keine Einmischung gefallen und weisen solche mit der Kraft und dem Stolze eines seiner Freiheit sich bewußten Volkes zurück. Man schreckt uns durch keine Drohungen; wir werden haben, was wir wollen, „dem Muthigen gehört die Welt".

Briefe über das deutsche Consulatswesen. I.

⩸ **Amsterdam,** Im Februar. Immer näher rücken wir dem lang ersehnten Ziele und immer höher schwillt die Brust bei dem Gedanken, daß unser deutsches Vaterland nach langen Kämpfen, nach verzweiflungsvollem Ringen, der Größe und Einigkeit entgegengeführt werden soll. Mit hastiger Begierde ergreifen wir dem Vaterlande fern weilenden Deutschen die Zeitung, um daraus bald Hoffnung zu schöpfen, bald mißmuthig an dem Gelingen des großen Werkes zu verzweifeln. Nur das Bewußtsein unserer guten Sache und das unerschütterliche Vertrauen zu den wackern Männern, die für uns kämpfen, geben uns Muth: es ist schon so Vieles gewonnen, so viel unmöglich Geglaubtes errungen, daß die größte Schlacht, die leider noch immer zu schlagen ist, nämlich die Ausrottung des kleinlichen Partikularismus, ebenfalls zu Gunsten des großen Vaterlandes entschieden werden wird. Wir können unsern Landsleuten aus der Ferne immer nur wieder in des alten Attinghausen Sterbeworten zurufen: Seid einig — einig — einig!

Bis jetzt hat man im Innern Deutschlands genug zu schaffen und zu ordnen gehabt; sobald jedoch dem großen Bau der Schlußstein angefügt und ein kräftiges Oberhaupt gewählt ist, sobald wir sind, was wir bis jetzt zu sein strebten, möchten auch wir im Auslande lebenden Deutschen mit unsern bescheidenen Bitten gehört werden. Und unsere dringendste Bitte ist die um eine baldige gänzliche Reorganisation unsers Konsulatswesens. Man macht sich zu Hause keinen Begriff von der Misere der Deutschen Konsulate. Ein schönes Wappenschild vor der Thüre, eine Uniform in der Schublade, ein Paß-Formular, worin alle hohen Potentaten im Namen des Durchlauchtigsten Fürsten von Reuß, oder von Liechtenstein ersucht werden, den Inhaber frei passiren zu lassen — natürlich unter naiver Zusage völliger Reciprocität — endlich eine jährliche Präsentation bei Hofe, und der Konsul ist fertig. Seinen unglücklichen Landsleuten in der Fremde hülfreich mit Rath und Unterstützung entgegenzukommen, sich ihrer Interessen anzunehmen, das geht ihn von Rechtswegen Nichts an, und darum hat er sich laut Instruktion nicht zu kümmern: ist er doch vom Fürsten installirt, was hat er mit den Unterthanen zu schaffen, als ihre Pässe gegen Bezahlung von 2 fl. zu visiren, und ihnen glückliche Reise zu wünschen! Das Herz möchte einem zuweilen bluten, wenn man die armen Teufel hört, wie sie vom Pontius zum Pilatus geschickt, von Livrée-Bedienten und Lakeien abgefertigt werden, ohne beim Consul selbst nur vorgelassen zu werden. Ein klares Beispiel: Ein junger Mann aus Eßlingen hat bei verschiedenen deutschen Eisenbahngesellschaften als Heizer Beschäftigung gefunden und gute Zeugnisse erhalten; derselbe findet auch hier an der holländischen Eisenbahn sein Brod, bekommt aber nach 14 Tagen das Nervenfieber und liegt 4 Monate im Spital. Schwächlich, miserabel gekleidet, mit Verlust eines Auges wird er aus dem Spital entlassen; ohne Geld und bei einer Kälte von 10 Grad will er nach Hause, in der Herberge schuldet er ein Paar Gulden, wogegen ihm der Wirth sein Wanderbuch in Beschlag genommen hat. Er fragt nach dem würtemberger Konsul: Hier ist keiner, wohl aber in Rotterdam. Nach dem baierischen: Das baierische Konsulat ist nicht besetzt. Da denkt er an den preußischen, faßt sich ein Herz und will seine Schicksale erzählen: aber man gibt ihm einen Wink, sich schnell fortzupacken, wenn er nicht als Landstreicher ins Zuchthaus kommen will. Der badische Konsul, einer der Wenigen, die von Regierungswegen an Badenser Unterstützungen verabreichen dürfen, hat nicht dieselbe Vollmacht für Würtemberger. Und so läuft denn der unglückliche Bursch bettelnd von einem deutschen Konsul zum andern, erhält bei Manchen ein kleines Almosen, bei Allen aber den Bescheid: sie könnten für einen Würtemberger Nichts thun. Nicht mit Unrecht meinte der Eßlinger: In Frankfurt sprächen die Herren soviel von Deutschland, in Stuttgart hätte man andere Minister; er hätte gedacht, da müßte doch auch im Ausland eine Aenderung kommen. Derartige Fälle sind mir schon mehr als zwanzig vorgekommen. Es ist nun keinen Falls gesagt, daß die Konsulate nur dazu da sein sollen, um etwa wirkliche Landstreicher auf Regierungskosten zu unterstützen; aber es ist eine bittere Ironie, wenn in Frankfurt mit Bezug auf Schutz des Deutschen im Auslande schöne und große Worte gesprochen werden, und wenn man dagegen sieht, wie es mit diesem Schutz bestellt ist. Es soll hierdurch weder einem der deutschen Konsuln ein Vorwurf gemacht, noch die Ansicht ausgesprochen werden, daß sie ihre Pflichten nicht erfüllten; im Gegentheil, die deutschen Konsuln im Auslande sind gewöhnlich Ehrenmänner, die ihrer Mission genau nachkommen, und häufig viel mehr thun, als die Regierungen von ihnen verlangen. Aber auf das miserable Prinzip soll aufmerksam gemacht werden, welches die früheren Regierungen mit Bezug auf das Konsulatswesen befolgten. Da kam es nicht sowohl auf Schutz der Landeskinder in der Fremde an, als vielmehr darauf, daß die Konsuln ja nichts kosteten. Irgend ein angesehener Kaufmann, der deshalb Lust hatte, unentgeldlich ein Schild vor seine Thüre zu hängen und sich eine Uniform anzuschaffen, der brauchte nur an ein großherzogliches oder herzogliches Ministerium zu schreiben, gleichviel ob er Deutscher war oder nicht, und er wurde ernannt. Daß dies anders werden muß, bedarf nicht der Erwähnung; unsere Nationalversammlung hat dies längst eingesehen und auch bereits desfallsige Beschlüsse gefaßt. Mit aller schuldigen Achtung vor dem Ausspruch einer Majorität sei es mir dennoch vergönnt, in einem zweiten Briefe eine kleine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der praktischen Ausführung einiger dieser Beschlüsse geltend zu machen. Diesen Brief aber lassen Sie mich mit einer merkwürdigen Neuigkeit schließen, die namentlich für Ihre baierischen Leser von Interesse sein wird. Einer meiner hiesigen Freunde ließ sich vor Kurzem behufs seiner beabsichtigten Einschreibung als niederländischer Bürger aus seiner Heimath einen baierischen Paß kommen. Der Inhalt des Passes lautete: „nach dem Auslande, mit A u s n a h m e j e d o c h v o n F r a n k r e i c h u n d d e r S c h w e i z." Ich denke, es lohnt sich der Mühe, diese neue baierische Märzerrungenschaft, die an die blühendsten Zeiten des seligen Bundestags erinnert, in gesperrten Lettern zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, um so mehr, als die Ausnahmskonditionen mit der eigenen Hand des Herrn Landrichters beigefügt sind. Ich kann Ihnen die Richtigkeit dieser Mittheilung verbürgen.

Vom Main.

☐ Vom Main, 4. Febr. Wie heftig und selbst erbittert bisweilen man auch zanken und streiten mag um diesen oder jenen Paragraphen des deutschen Staatsrechts, über diese oder jene Form der neuen Verfassung, die rechte und wahre Gefahr für die Verwirklichung der Einheit wird uns erst dann drohen, wenn die Entscheidung über die materiellen Interessen gegeben werden soll, welche vorzugsweise an die Zollgesetzgebung sich anknüpfen; wer sich darüber täuschen kann, der kennt nicht die Stimmungen und Interessen, in welchen einerseits der Norden und Nordosten, andererseits der Süden und Westen Deutschlands sich schroff gegenüberstehen, und wie sie in den beiden bereits vorliegenden Tarifentwürfen sich wiederfinden, die, obgleich beide ausschließlich als die Arbeit von Privaten zu betrachten, doch als der gewissermaßen officielle Ausdruck der divergirenden Interessen der beiden großen Parteien gelten können, welche man gemeiniglich als Freihändler und Schutzzöllner bezeichnet. Bei alledem halte ich eine Verständigung für möglich, sobald der eine und der andere Theil darauf verzichtet, sein eigenes System für das alleinseligmachende zu erklären, sobald jeder Theil sich willig zeigt, anzuerkennen, daß hier wirklich entgegengesetzte Interessen vorhanden sind, die nur durch wechselseitiges Nachgeben, nicht durch den Sieg der einen über die andern ausgeglichen werden können, sobald man vor allen Dingen nicht mehr über den Werth dieses oder jenes Systems im Allgemeinen hadert, sondern über jeden einzelnen Tarifsatz einzeln verhandelt. Erleichtert wird ferner diese Verständigung wesentlich dadurch, daß Preußen, welches man in Süddeutschland mit Unrecht als den Vorkämpfer der Freihandelspartei zu betrachten gewohnt ist, schon innerhalb seiner eigenen Grenzen dieselbe Ausgleichung entgegenstehender Interessen zu bewerkstelligen hat, die im Ganzen und Großen zwischen dem nördlichen und südlichen Deutschland erfolgen soll: die ganze Rheinprovinz, der gewerbreiche Westen von Westphalen und ein großer Theil von Sachsen und Schlesien steht auf Seiten der Schutzzölle. Erschwert aber wird die Aufgabe einer allerseits befriedigenden Zollgesetzgebung andererseits dadurch, daß sich nicht blos der Handel und die Industrie, daß sich auch die verschiedenen Industriezweige selbst wieder feindlich gegenüberstehen: die Spinner und die Weber, die Eisenproducenten und die Eisenarbeiter, kurz, die Fabrikanten, welche Rohstoffe und die, welche Halbfabrikate verarbeiten, haben gänzlich verschiedene Interessen. Wenn es übrigens kaum einen Zweifel leidet, daß im deutschen Parlament, da mit geringen Ausnahmen die ganze Vertretung bestimmter Staaten und Provinzen für das eine oder das andere

Prinzip Partei genommen haben dürfte, dem numerischen Verhältniß nach die Partei der Schutzzölle oder der nationalen Arbeit, „wenn das besser klingt," die überwiegende Majorität bilden wird, so möchte eben ihr die größere Mäßigung zu empfehlen sein. Und endlich kann ich diese fragmentarischen Bemerkungen nicht schließen, ohne einen Punkt zu berühren, der mit den Schutzzöllen insofern zusammenhängt, als er in gleicher Weise die Aufhülfe der Privat-Industrie durch Regierungsmaßregeln im Auge hat: ich meine die Staats-Unterstützungen, welche seither so häufig an einzelne Gewerbtreibende gegeben wurden. In dieser Beziehung kann uns England sicher zum Muster dienen. England verwendet ungeheure Summen für die gewerblichen und kommerziellen Interessen der Nation, aber es ist nur darauf bedacht, auf alle erdenkliche Weise neue Absatzwege für seine Industrie zu eröffnen; es existirt kein Beispiel, daß es unmittelbar für die Unterstützung Einzelner Etwas verausgabt hätte. Dem Einzelnen mag dadurch geholfen werden, aber es geschieht auf Kosten des Ganzen.

Stuttgart.

*† **Stuttgart**, im Febr. Seit der Märzrevolution erblicken wir unsere inneren politischen Zustände in fortwährendem Hin- und Herschwanken. Bald fährt diese, bald jene der politischen Parteien mit vollen Segeln, bald sehen wir die eine oder die andere ängstlich, dem Fahrwasser nicht länger trauend, beilegen und dem Gegner, der in plötzlicher Ermuthigung alle Segel aufzieht, einen Vorsprung einräumen. So auch, in vollem Maaße, bei uns in Würtemberg. Der Fall Wiens, die Niederlage der Demokraten in Preußen, die Wahl Louis Napoleons und so vieles Andere, hinlänglich Bekannte, stimmte in den letzten Monaten unsere Umsturzpartei in allen Theilen des Landes, ja was viel sagen will, selbst in unserer Abgeordnetenkammer gewaltig herab, und in demselben Grade schöpfte die konservative Partei einen, wenn auch gerade nicht sich sehr bethätigenden Muth. Seit den letzten Wochen scheint der politische Wind wieder von einer andern Seite zu wehen. Die drohenden neuen Verwicklungen mit Dänemark, die Wahlen in Preußen, die kriegerische Gestaltung der Verhältnisse in Italien, die wenig Vertrauen einflößenden Zustände in Frankreich, endlich der beklagenswerthe Mangel an Einigkeit in der Paulskirche bei den wichtigsten Fragen für das Wohl und Weh unseres Vaterlandes, vor Allem aber vielleicht die Wirkung der Publikation der Grundrechte auf dem platten Lande — — Alles dies hat unsere Umsturzpartei wieder mit neuen Hoffnungen belebt, und ihre Thätigkeit in der letzten Zeit sehr gesteigert. In Versammlungen werden von den Führern dieser Partei wieder aufreizende Reden gehalten, das Heil der Republik, trotz des warnenden Beispiels Frankreichs, gepredigt, eine nahe gewaltige Schilderhebung der Republikaner zur Ermuthigung der Verzagten, zur Einschüchterung der Gegner prophezeit, Mißtrauen in alle Verhältnisse geworfen, ja von den Führern der republikanischen Partei in unserer Abgeordnetenkammer von Steuerverweigerung gesprochen, wenn das Ministerium nicht im entschiedensten Sinne der Majorität handelt. Wir sind glücklicherweise über die Zeit hinaus, wo uns eine, wenn auch düstere Wolke am politischen Horizont gleich mit Angst und Schrecken erfüllte. Man gewöhnt sich an Alles und das „Bangemachen" hat seine Wirkung zum größten Theile verloren. Aber wir wollen es uns nicht verhehlen, daß wir abermals sehr bewegten, ja selbst Gefahr drohenden Zeiten, namentlich auch in unserem Lande entgegen gehen können, wenn die Regierungen mit gleicher Schwäche, wie im vergangenen Jahr, ungesetzlichen, maßlosen Uebergriffen der Umsturzpartei, Unentschlossenheit und Thatlosigkeit gegenüberstellen. Möchten wir solche traurige Erfahrungen, in dem neuen politischen Stadium, in welches wir zu treten scheinen, nicht wieder machen. Unser aus dem Vertrauen des Volkes hervorgegangenes Ministerium namentlich hätte nicht zu fürchten, von der Mehrheit des Volkes im Stich gelassen zu werden, wenn es gegen eine Partei, die nichts weniger als das wahre Wohl des Landes will, mit aller Energie, wo dies durch die Verhältnisse geboten, auftreten würde. Es darf der kräftigen Unterstützung der großen Mehrheit versichert sein, wenn es im Sinne der Ordnung und des Rechtes mit Entschlossenheit handelt, und das scharfe Schwert der Gerechtigkeit da führt, wo Nachsicht und Schwachheit eine Verletzung seiner Pflichten sein würde. Wir verkennen es nicht, seine Lage ist eine schwierige, um so mehr muß es aber jeder Gutgesinnte für heilige Pflicht halten, ihm seine volle Unterstützung in seinem gewiß nur redlichen Streben zuzusichern. Der Ausschuß sämmtlicher Volksvereine des Landes, welcher unter dem Namen „Landesausschuß" hier in Stuttgart eine Centralgewalt gebildet hat, der Märzverein mit seinen Verzweigungen und gegenparlamentarischen Bestrebungen, üben auf unsere wenig erfreulichen Zustände einen großen Einfluß aus und erschweren es dem Ministerium sehr, seine guten Absichten für das Wohl des Landes in das praktische Leben einzuführen. Ob es überhaupt für die Dauer irgend einer Regierung möglich sein wird, bei dem augenblicklich blühenden Vereinswesen, das gewissermaßen ein Staat im Staate oder noch bezeichnender: „einen Gegenstaat" bildet, zu regieren, ist eine Frage, deren Beantwortung wir den kommenden Tagen überlassen wollen. Je mehr aber eine gewisse politische Partei in diesen, namentlich bei uns vortrefflich organisirten thätigen Vereinen eine einflußreiche Macht besitzt, um so mehr wird es Pflicht der Regierung, sich an der Kraft des Gegners zu stählen und vor der drohenden Gefahr nicht zurückzuschrecken. Ein jedes Zurückweichen ist eine Niederlage! Wir sehen unter diese Verhältnissen der nächsten Zeit mit Spannung entgegen. Die Regierung muß wenn uns in Wirklichkeit neue Stürme bevorstehen sollten, in entschiedener Weise zeigen, ob sie ihre Aufgabe vollkommen begreift, ob sie in vollstem Maaße das Vertrauen rechtfertigt, mit welchem Württemberg auf sie blickte, als sie an die Spitze der Verwaltung trat. Möchte sie die Lehre des vergangenen Jahres beherzigen: daß allenthalben auf der Seite der Energie auch der Sieg war.

Madrid.

Wie es scheint, hat eine Anzahl Preußen vom Arbeiterstand, man sagt fürs erste 2000 Köpfe, unserm Geschäftsträger in Berlin den Antrag gemacht nach Südspanien überzusiedeln, unter der Bedingung, daß ihnen die Regierung zwei Quadratmeilen Landes billig ablasse, ihnen ihre Ortsvorsteher selbst zu wählen erlaube, und ihnen alle Rechte spanischer Bürger einräume. Die Antragsteller haben beigefügt daß, wenn ihnen die Gründung dieser deutschen Colonie gestattet würde, sie 3000 ihrer Landsleute, und noch mehr, nach sich ziehen könnten. Der fruchtbare Boden Südspaniens könnte allerdings noch viele Tausende von Menschen gut, ja in Ueberfluß ernähren, und insofern verdient dieser Colonisationsplan Beachtung. Die Confessionsverschiedenheit ist der einzige Anstoß, der die Verwirklichung dieser Idee hindern dürfte; denn wiewohl Spanien heutzutage einem jeden seine Gewissensfreiheit in religiösen Dingen unangetastet läßt, so kann es doch verfassungsmäßig keinen andern öffentlichen Cult als den römisch-katholischen erlauben. Colonisten in der Sierra Morena waren von den umwohnenden Spaniern immer geliebt und geachtet*). Prinz Adalbert von Baiern hat hier sehr gefallen, sowohl durch seine angenehme Persönlichkeit als die Feinheit seiner Manieren. Im Palaste ward er empfangen wie es seinem Range gebührt. Ich sah ihn auf dem letzten Hofballe, wo er zuerst mit der Königin Isabelle und dann der Reihe nach mit den Infantinnen tanzte. Der Prinz hat den greisen Castanos und andere unserer ausgezeichneten Männer besucht, und diese Aufmerksamkeit hat hier um so bessern Eindruck gemacht, als unsere königliche Familie kein Privathaus zu besuchen pflegt. Bei dem Anblick dieses Sprößlings eines alten deutschen Fürstenhauses ist vielen der Wunsch aufgestiegen (a muchos se les occurió la idea), daß Prinz Adalbert doch vor der Heirath Isabellens oder der Infantin Luisa nach Madrid gekommen sein möchte; dann wäre vielleicht die eine oder die andere der königlichen Ehen glücklicher ausgefallen. Die Regierung hat den Cortes eine Anzahl Gesetzentwürfe vorgelegt, welche denselben nicht wenig Beschäftigung geben werden. Der bedeutende darunter betrifft die Dotation des Cultus und der Geistlichkeit; in diesem Gesetzentwurf bestimmt man für die genannten Zwecke alle nicht verkauften Kirchengüter, die Erträgnisse der bula de cruzada (d. h. der päpstlichen Bulle, welche den gegen die Ungläubigen Kriegführenden, deßgleichen den Geld dazu steuernden gewisse Indulgenzen bewilligt), und außerdem eine Quote von den städtischen und Rural-Einnahmen, welche der Klerus in Geld oder in natura zu beziehen die Wahl haben soll. **(A. Z.)**

*) Ihre deutsche Nationalität aber ist, wie neuere Reisebeschreiber melden, ganz in der spanischen untergegangen, so zwar daß sie ihre Muttersprache bis auf die letzten Reste vergessen haben. Wir haben von diesen deutschen Einwanderungsplänen schon vor mehreren Tagen berichtet. Anm. d. Red.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 53. Frankfurt a. M., Donnerstag 22. Februar. 1849.

Uebersicht.

---

21. Februar.

„Ja, wenn nur das Ministerium Manteuffel nicht wäre!" so sagte uns ein Abgeordneter, der zur entschiedenen Rechten gehört, bei seiner Abreise nach Berlin, als wir das Wünschenswerthe einer sofortigen Vertagung der Kammern erwähnten. „Man wird, ehe man sich vertagt, ein anderes Ministerium haben wollen. Wenn doch das Ministerium früher abgetreten wäre!" Und die andern Preußischen Abgeordneten, welche zugegen waren, stimmten dem Wunsche bei. Nun, an uns liegt es gewiß nicht, daß er nicht erfüllt ist. Und seltsamer Weise sind wir noch vor Kurzem hart darüber angelassen worden, daß wir diesen Wunsch beständig wiederholten. Wir drangen auf den Rücktritt der Minister, nicht, weil wir ihre Personen angriffen oder ihre Verdienste verkannten, sondern weil die ganze Stellung dieses Ministeriums eine ausnahmsweise war, die nicht länger dauern durfte, als die äußerste Noth es erforderte. Denn nur die Nothwendigkeit konnte die Berufung dieses Ministeriums entschuldigen. Sie war eigentlich ganz gegen den Geist einer konstitutionellen Verfassung. Es ist seit 1688 unerhört, daß ein nicht unumschränkter König sich mit einem Ministerium umgibt, welches alle Stimmen gegen sich vereinigte. Man wende auch nicht ein, daß die Stimmung des Volks seit dem 15. November plötzlich zu Gunsten der Minister umgeschlagen sei. Das Volk erhob sich gegen die Steuerverweigerer, nicht für die Minister. „Wenn Manteuffel und Genossen, ward uns damals aus Berlin geschrieben, die Erbitterung, welche sich aller Orten gegen das Rumpfparlament äußert, etwa zu ihren Gunsten auslegen sollten, so gäbe es zwischen beiden Polen keine leerere Hirnschaale, als worein solche Einbildung sich verirrte!" Die Verdienste, welche das Ministerium sich um das Land durch die Verleihung einer freisinnigen Verfassung und die dadurch bewirkte Beruhigung erwarb, wurden vom Volke auf das Bereitwilligste anerkannt. Aber deshalb konnte das Volk doch nicht die ganze Vergangenheit der Minister vergessen, und ein völliges Vertrauen zu denselben fassen. Das Ministerium war ihm aufgedrungen. Es war kein konstitutionelles Ministerium. Selbst Hr. v. Vincke, welcher sich der angegriffenen Personen der Minister mit so viel Wärme annahm, gestand ein, sie wären konstitutionell bloß aus Gehorsam. Was für einen Damm gibt der Gehorsam in diesen wechselvollen Zeiten gegen den Herrscherwillen ab? Doch wir wollen nicht wiederholen, was in diesen Blättern so oft wiederholt ist. Wir haben, nachdem das Land beruhigt war, die Verdienste des Ministeriums anerkannt, aber dasselbe fortwährend erinnert, ihre Verdienste um das Land vollständig zu machen, indem sie, ihrem eigenen wiederholten Versprechen gemäß, nach überstandener Gefahr abtraten, um Männern Platz zu machen, denen ein völliges Vertrauen zur Seite stände. Wir glaubten umsomehr auf den Rücktritt des Ministeriums dringen zu müssen, als das Mißtrauen, welches seine Schritte wie ein Schatten begleitete, sich in den politischen Verfolgungen verkörperte. Diese sollten in einem ungleich größeren, in einem wahrhaft riesigen Umfange angestellt werden, und die umfassendsten Vorarbeiten waren bereits gemacht worden. Wenn davon nur Einzelnes und auch dieß nur halb und erfolglos zu Stande gekommen ist, so verdankt man dieß ohne Zweifel der sich dagegen erhebenden öffentlichen Stimme und den Anstrengungen eines Theiles der Presse. Wir wissen nicht, ob unsere schwachen Bemühungen in dieser Hinsicht den allergeringsten Einfluß geübt haben. Aber das dürfen wir sagen, daß wir von Anfang an dem ganzen unseligen Treiben entgegengetreten sind. Unser Korrespondent vom Rhein hat die Ehre, zuerst die Schaalen seines gerechten Zornes über den Erlaß des preußischen Justizministers geleert zu haben, und es kommt nichts darauf an, ob man glaubt, daß einige Tropfen vorbeigeflossen sind. Wir dürfen sagen, daß wir unbeirrt durch Scheingründe und kleinliche Rücksichten unablässig jene Verfolgungen gemißbilligt, und vor ihren schädlichen Folgen gewarnt haben. Wir dürfen hinzufügen, daß wir hierin nicht bloß unsere eigene Meinung aussprachen. Wer in dieser Hinsicht gegen uns etwas vorbringt, der wisse, daß er auch gegen Deutschlands beste Männer redet.

Wir besorgten von jenen Verfolgungen und einzelnen Maßregeln der Willkür einen schlimmen Einfluß auf die Wahlen, und diesen Einfluß scheinen wir etwas überschätzt zu haben. Wenigstens versichert man uns aus der Rheinprovinz, daß dieser Einfluß nur ein ganz geringer gewesen, und beruft sich auf Düsseldorf, wo Amtsenthebung und andere Maßregeln am ehesten nachtheilig hätten wirken können. Dennoch wären dort die Wahlen ganz konservativ ausgefallen. Indessen hat es doch mit den Wahlen in Düsseldorf noch seine eigene Bewandtniß. Man schickte die Düsseldorfer, die doch schon roth genug sind, dorthin, wo am besten roth gefärbt wird, an die Wupper. Dort blieben sie in der Minderheit. Wir wollen den kleinen Kunstgriff, der gerade noch innerhalb der Grenzen des Erlaubten fällt, nicht tadeln. Aber man kann doch das Beispiel des Düsseldorfer Wahlbezirks nicht gegen uns anwenden. Dagegen sind aus Westphalen und Pommern mehrere Wahlen bekannt, welche lediglich aus den Verfolgungen hervorgingen. Und die Hauptstadt hat unwiderleglich den üblen Einfluß der Verfolgungen und Ausnahmsmaßregeln gezeigt. Auch die Kölnische Zeitung bemerkt noch jetzt, wo die Wahlen gottlob besser ausgefallen sind, als irgend Jemand zu hoffen wagte: „In mehreren Wahlkreisen darf der unerwartet „demokratische" Ausfall der Urwahlen hauptsächlich als ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium und sein bisheriges Verhalten betrachtet werden. Oder würden die Wahlen nicht ganz anders ausgefallen sein, wenn sie in der Mitte Dezembers Statt gefunden hätten? Nicht Wenige haben im Unmuthe über Verfolgungen und Belagerungszustände „demokratisch" gewählt, und noch Mehrere haben in gleichem Unmuthe aller Theilnahme an den Wahlen sich enthalten."

Dem sei, wie ihm wolle, so hat auch hinsichtlich der politischen Verfolgungen das öffentliche Urtheil sich ziemlich festgestellt. Es hat denen Recht gegeben, welche redeten, nicht denen, welche schwiegen. Ein namhafter, durchaus gemäßigter Mann in

Berlin schrieb uns noch in diesen Tagen: „Das Ministerium hat kein gutes Gewissen: die Verfolgungen lasten auf ihm." Um so mehr hielten wir es für Pflicht, den Stimmen in unsern Blättern Raum zu geben, welche aus Rücksichten des öffentlichen Wohles das Ministerium aufforderten einem anderen Platz zu machen. Namentlich vor den Urwahlen forderten wir dazu auf. Als die Urwahlen äußerst ungünstig für die Minister ausgefallen zu sein schienen, und die Minister leise daran dachten, den Zusammentritt des preußischen Landtags zu vertagen, fügten wir der ersten Nachricht hierüber eine Warnung hinzu. Es schien uns bedenklich der inneren Lage Preußens wegen, und noch bedenklicher für Frankfurt, den Schein auf sich zu laden, als reiche es die Hand, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zu stützen. Wir haben schon erwähnt, wie man uns deshalb verkannt, wie wir aber in wenig Tagen die Genugthuung gehabt, daß jetzt alle Welt unserer Meinung geworden ist. Ja, alle Welt sieht jetzt ein, wie wünschenswerth es gewesen, daß Preußen ein unzweifelhaft ächt konstitutionelles Ministerium habe, ein Ministerium des Vertrauens. Denn man kann gar nicht wissen, welche Fälle eintreten können, wo ein Ministerium einen Wechsel auf dieses Vertrauen ziehen muß. Ein Beispiel schlagender Art ist eben eingetreten. Wie wünschenswerth wäre es, daß der preußische Landtag hätte vertagt werden können! Aber es ging nicht, weil das Ministerium nicht hinlänglich fest im Vertrauen des Landes steht. Wie gut wäre es, wenn die preußischen Kammern sich sogleich selbst vertagen könnten! Aber es wird schwer halten, da erst das Ministerium zu ändern ist. Jetzt endlich stimmt Jedermann in unsern Ruf ein: Ein anderes Ministerium! Auch die Kölnische Zeitung, das einflußreichste preußische Blatt, schreibt: „Eben dieselben Gründe, die uns schon Ende November vorigen Jahres den schleunigen Rücktritt dieses Ministeriums zu verlangen schienen, machen sich jetzt mit verstärktem Gewichte geltend." Die Parlamentskorrespondenz eiferte schon seit einigen Tagen für ein neues Ministerium. Wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß die Deutsche Reform, welche sich noch vor wenig Tagen gemüssigt fand, uns zu hofmeistern, namentlich weil wir auf dem Rücktritt des preußischen Ministeriums bestanden, bereits einen recht artigen Artikel fertig hat, worin mit zierlichen Wendungen die Nothwendigkeit dieses Rücktrittes bewiesen wird: Non sibi res, sed se submittere rebus! Ja, jetzt sind alle wieder da. Aber wo sind sie denn so lange gewesen? Wir haben sie sehr lange nicht gesehen. Wir steuern wieder denselben Kours. Der Unterschied ist nur, daß wir die Hand fest am Steuer gehalten und gerade aus den rechten Weg inne gehalten. Jetzt segeln alle wieder herbei und wir haben die Genugthuung, sie in unserm Kielwasser zu erblicken.

Die Deutsche Zeitung wird so vielfach und so bitter angegriffen, daß wir uns mit einem O'Connell'schen Ausdruck die am besten geschmähte nennen könnten. Eine ziemlich feste Haltung ist allenfalls noch das Einzige, was unsere Gegner uns einigermaßen zugestehen. Da uns nun gerade unserer Haltung wegen in einem wichtigen Punkte der Politik ungegründete Vorwürfe gemacht sind, so wird man es verzeihen, wenn wir unser Verhalten im Zusammenhange dargelegt haben, und uns auch einige Genugthuung darüber, daß wir, wie es scheint, unverrückt den richtigen Weg gegangen sind, vielleicht nicht mißgönnen. Wir werden uns in den nächsten Tagen mit dem preußischen Landtage beschäftigen müssen. Was wir über dessen nächste Aufgabe, was über das preußische Ministerium und die Vertagung schließlich zu bemerken hätten, das ist härter, als wir darüber geredet haben, aber besser, als wir es zu sagen wüßten, in der eben eintreffenden Aachener Zeitung ausgesprochen: „Die Vertagung hat immer ihre großen Nachtheile, aber wenigstens müßte das Land in der Zwischenzeit eine Regierung haben, auf welche sie einigermaßen vertrauen, der sie noch die Regierung einige Wochen länger überlassen möchte. Bei diesem Ministerium gewann die Maßregel den Anschein, als ob es nur seine eigene Existenz noch etwas länger fristen wollte und man mußte fürchten daß es noch mehr, als es schon gethan, den Feinden der gesetzlichen Freiheit in die Hand arbeiten würde. So straft sich überall die halsstarrige Anmaßung. Es ist außer Stande, das Gute zu fördern, verhindert es vielmehr, denn selbst das Vernünftige erscheint in seiner Hand als etwas Sträfliches und wird verschmäht. Die Kammern kommen in diesen Tagen zusammen. Das Ministerium sagt, es freue sich darauf, um seine Ehre vertheidigen zu können. Die Kammern werden sich hoffentlich nicht lange mit einem Proteste aufhalten. Die Hauptsache ist dem Lande, daß es eine dem Geiste der Zeit entsprechende Regierung erhalte, die ihre Kraft in etwas Anderem findet, als in der rohen Gewalt, mit der zuletzt nur wenig ausgerichtet, vielmehr nur geschadet wird."

Deutschland.

÷ **Frankfurt**, 21. Febr. Nach den letzten Nachrichten aus New-York hatte Hr. v. Rönne nunmehr seine Beglaubigungsschreiben erhalten und war im Begriffe, sich nach Washington zu begeben, um sich in seiner Eigenschaft als deutscher Gesandter dem Präsidenten vorzustellen. Wie Anfangs im Plane lag, hat Hr. v. Rönne zwar nicht das Spezialmandat der preußischen Regierung zu gleichzeitiger Vertretung der preußischen Interessen erhalten, indeß scheinen die Differenzen, welche darüber obwalteten, eine befriedigende Lösung gefunden zu haben und es wird dem Vernehmen nach von der Sendung eines preußischen Geschäftsträgers nach den Vereinigten Staaten — Herr v. Gerolt soll dazu ausersehen gewesen sein — vor der Hand abgesehen werden. Wie wir vernehmen, wird auch Herr Donelson, welcher bekanntlich als Gesandter der Vereinigten Staaten zugleich in Berlin und hier akkreditirt ist, demnächst am hiesigen Orte für einige Zeit residiren.

* Von den zaghaften Aeußerungen der Wiener Blätter über die österreichische Note ist bis jetzt nur die der „Presse" bemerkenswerth. Die Presse ist im vollen Wortsinn ein politisches Blatt, sie spricht selten aus voller Brust, aber immer klug und verständig; für Deutschland hat sie durchaus keine Empfindung irgend einer Art, die von dem Interesse einer rein österreichischen Politik abwiche. Gerade dies gibt ihren Aeußerungen Werth und Gehalt. Sie scheut sich nie, mit dem Freimuth einer gesinnungsvollen Opposition dem Ministerium Wahrheiten zu sagen, und erklärt sich auch diesmal durch die Note sehr wenig befriedigt. Das Preußische Cirkular, sagt die Presse, hatte eine Ansicht ausgesprochen in der deutschen Sache; diese Ansicht ging auf den Bundesstaat, der den größern Staatenbund darum nicht ausschließen, sondern im Gegentheil möglich machen sollte. „Da nun, so fährt die Presse fort, das Prinzip der freien Zustimmung der einzelnen Fürsten zu dem in der Frankfurter Versammlung ausgearbeiteten Verfassungswerke von Seiten der preußischen Regierung anerkannt war (?) und in Ermanglung bereits deutlich hingestellter Absichten von Seiten der deutschen Regierungen bloß Möglichkeiten, Eventualitäten für den engern Anschluß geäußert wurden, so blieb, unserer Ansicht nach, der österreichischen Regierung das große Mittel übrig, preußischen Ansprüchen auf Hegemonie dadurch entgegenzutreten, daß sie eben die einzelnen Regierungen zur Darlegung ihrer Politik bewog, und das wahrscheinliche Ergebniß eines Widerspruches der Gesinnungen und der Interessen zwischen Nord und Süd zum Maßstabe für die künftige Gestaltung Deutschlands annahm." Die Presse kommt hier auf ihre früher entwickelte Ansicht zurück, daß Oesterreich das Beispiel Preußens nachzuahmen, und seinerseits einen Mittelpunkt anzubieten habe für die Staaten, die dem preußischen Bundesstaate beizutreten nicht Lust hätten: denn „die politischen Verhältnisse Deutschlands sind von der Art, daß gerade jenen Staaten, welchen ein Anschluß an Preußen unmöglich geworden wäre, eine Verbindung mit Oesterreich wünschenswerth wäre." Die beiden Ländermassen sollten dann wieder unter sich einen Staatenbund bilden, und „die Einheit Deutschlands wäre insoferne erreicht, als hinter dem Staatenbunde, der gegen innere Befehdung und äußere Störung nicht zur Genüge schützt, zwei große Bundesstaaten, als starker, unauflösbarer Kern sich befinden würden." Man braucht diesem Plane gegenüber gar nicht an patriotische Empfindungen zu appelliren, man braucht nicht darauf aufmerksam zu machen, daß hier die wahre Theilung, oder besser Vertheilung, Deutschlands wäre, daß es künftig heißen müßte: ein Oesterreich, ein Preußen, aber kein Deutschland. Wie schon gesagt, mit deutschem Patriotismus darf man der Presse nicht kommen, denn sie hat keinen. Man braucht nur zu erinnern, daß in diesem süddeutschen, oder österreichisch-deutschen Bundesstaate ganz dieselbe Unmöglichkeit wiederkehren würde, daß das halb deutsche, halb ausländische Bundesglied Oesterreich den gemeinsamen Beschlüssen sich unterwerfe. Oesterreich müßte in diesem Bundesstaat entweder unbedingt herrschen, oder es wäre

ein feindliches, hemmendes, drückendes Glied, wie im alten Bunde. Das möge man sich in Baiern überlegen. Für die „Presse" ist es kein Gegenstand der Ueberlegung, denn sie geht von Oesterreich, nicht von Deutschland aus, und will ohne Zweifel, daß Oesterreich herrsche. Die österreichische Regierung aber mag sich dies bedacht und darum ihre Note so in der Negative gehalten haben. Diese Negative ist nun der Gegenstand des scharfen und treffenden Tadels der Presse. „Die Note der österreichischen Regierung, sagt sie, befolgt einen Ideengang, der von jeder Behauptung, vom Aufstellen eigener Maximen sich entfernend, bloß alles Gegebene verneint, es möge aus der Debatte der Volksversammlung (terminus technicus der österreichischen Ministerialblätter von der deutschen Nationalversammlung), oder aus dem Vorschlage der preußischen Regierung hervorgegangen sein." „Die Gestaltung eines unitarischen Staates, heißt es weiter, erscheint dem kaiserlichen Kabinette nicht ausführbar für Oesterreich, nicht wünschenswerth für Deutschland. Die Note sagt aber durchaus nicht, was das Kabinet unter unitarischem Staate verstehe. Fängt die unitarische Gestaltung dort an, wo es Oesterreich unmöglich wird, Zugeständnisse zu machen, ohne das Band, welches die deutschen und nichtdeutschen Lande Oesterreichs seit Jahrhunderten zusammenhält, zu lösen, so hätte man wenigstens über diese Grenzlinien und über die Natur der zu versöhnenden Interessen sich aussprechen müssen. Das Kabinet begnügt sich aber zu versichern: „Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und in sich einiges Deutschland vor," ohne auch nur eine einzige Idee über die Weise, wie dies erreicht werden könnte, hinzustellen. Und doch wäre es jetzt gerade an der Zeit gewesen, einen bestimmten Plan mitzutheilen, weil die politische Kontroverse sich dann über den österreichischen und preußischen Gedanken erhoben hätte, während man so den Rückhalt als einen Mangel an Ideen, und in den jetzigen Umständen, als einen Mangel an Aufrichtigkeit sehr leicht verdächtigen könnte." Die Gründe, dieser Negativität kennt die „Presse" ohne Zweifel so gut als das Ministerium, und weit besser als wir: sie wird aber ihre guten Gründe haben, sie nicht zu nennen, und überdies hat der klare politische Gedanke stets das unbestreitbare Recht, die kleinen Nebenumstände und Hindernisse zu übersehen, die seiner Sphäre nicht angehören und überdies meistens aus politischer Ungeschicklichkeit entspringen.

△ **Wien**, 17. Febr. Mit nicht geringem Erstaunen hat man hier die Statuten des slawischen Klubs in Kremsier aufgenommen. Man kann kein vollkommeneres Bild von kompakter Sonderbündelei finden, als es diese Statuten darbieten. Der Lloyd wird sie in seinen nächsten Nummern ausführlich bringen, und uns zugleich mahnen, daß wir Deutsche am Ende in der ganzen Monarchie die Zeche bezahlen sollen. Noch immer herrscht hier ein panischer Schreck bei allen Freunden des Belagerungszustandes vor der Aula und ihren verschollenen paar Hundert Studenten. Darum hat man die Studien der Philosophie, Jurisprudenz u. s. w. so weit als möglich von der innern Stadt weg in das Theresianum (die ehemalige Ritterakademie) verlegt. Die Vorlesungen selbst dürften jedoch für dieses Jahr aus Mangel an Zuhörern kaum zu Stande kommen, da mit wenigen Ausnahmen keiner der Studenten, welche im vorigen Jahre hier studirten, die nöthigen Papiere erhalten kann, welche als Ausweis vor der Aufnahme vorschriftsmäßig verlangt werden. Viele Professoren erklären den jungen Leuten geradezu, daß sie von der Regierung die Weisung erhalten haben, die betreffenden Zeugnisse zu verweigern. Bei der vorgestern stattgehabten ersten Versammlung der Wahlmänner in der Vorstadt Erdberg wegen der Wahl eines Abgeordneten für Kremsier haben sich die Herren Dr. Egger und Dr. Megerle von Mühlfeld, jetzt Deputirter für Frankfurt, ferner die Herren Dr. Würzbach und Ryger als Kandidaten gemeldet. Die Wahl wird wahrscheinlich Herrn Megerle von Mühlfeld treffen. Aus Hermannstadt fehlen seit vier Tagen die Nachrichten. Privatnachrichten aus Ungarn sagen, daß die Stadt Arad genommen sei, wobei 15 Kanonen in die Hände der kaiserlichen Truppen gefallen sein sollen. Die Kossuth-Banknoten werden nun sogar hier gesehen und mit 4 bis 5 Prozent Verlust angenommen. Sachverständige weissagen sehr schwer auszugleichende Finanzverwickelungen aus der im ersten Augenblick der Besetzung Pesths erfolgten Anerkennung dieser Banknoten durch den Fürsten Windischgrätz. Ueberhaupt begreift niemand, warum das Ministerium noch immer auf eine definitive Erklärung in dieser Beziehung warten läßt. Der Handelsminister Bruck hat sich gestern nach Pesth begeben, nachdem ihm der ehemalige Kanzler der siebenbürgischen Hofkanzlei, Baron Josika, gleichfalls im Auftrage der Regierung, schon vorangegangen war.

Nachschrift. So eben wurde Herr Megerle von Mühlfeld mit 69 Stimmen von 85 zum Abgeordneten nach Kremsier gewählt.

* **Wien**, 17. Febr. Görgey soll vom G.-M. Götz aus Leutschau vertrieben worden sein und sich nach Eperies zurückgezogen haben, nachdem er nicht unbedeutende Vorräthe von Tüchern und andern Montirungsgegenständen zurückgelassen hatte. Aus Prag erfährt man, daß dem Entwurfe der dortigen Kommission zur Entlastung des Grundeigenthums von Seite des Reichstags die vollste Anerkennung zu Theil wurde. Eine nicht minder erfreuliche Thatsache für Prag ist die Zurücknahme des an die politischen Aemter ergangenen Auftrags zur Bewachung der Volksstimmung und Berichterstattung über die am Meisten gelesenen Blätter. Eine ähnliche Adresse, wie die der italienischen Armee, beabsichtigt die in Ungarn operirende Armee dem Kaiser zu überreichen. Der ehemalige Platzoberlieutenant und Ordonnanzoffizier des Nationalgarde-Oberkommandos, W. G. Dunder, hat eine von ihm verfaßte Denkschrift über die Oktoberrevolution in Druck gegeben, von welcher so eben der erste Band erschienen ist. Das ganze Werk wird aus vier Bänden bestehen und dürfte an Umsicht und Folgerichtigkeit, womit die einzelnen Daten dieser Epoche an einander gereiht und ergänzt sind, alle anderen gleichen Inhalts übertreffen. Die Klage über Mangel an Scheidemünze ist allgemein. Demungeachtet sind die hieraus entspringenden Nachtheile im Verkehr hier bei weitem nicht so groß, als in den Provinzialstädten; so wird z. B. in Brünn, wie wir vernehmen, für 1 fl. C.-M. kleine Münze 12 kr. W. W. Agio bezahlt!

In Steiermark hat den Wienern Blättern zufolge eine neue Wahl nach Frankfurt stattgefunden. Postmeister Benn zu Gonobitz wurde zum Deputirten gewählt.

Von der österreichischen Grenze. Das Ministerium hatte die Aufhebung des Belagerungszustandes zu Wien gewünscht; dagegen remonstrirte der Gouverneur Welden und erklärte, lieber von seinem Posten abtreten zu wollen. — Um die Demonstration der Prager Lipa zu pariren, läßt die militärische Behörde eine Vertrauensadresse an das Ministerium cirkuliren, zu deren Verbreitung sie das Präsidium des Wiener Magistrats ausdrücklich aufforderte. (Leipz. Z.)

= **Berlin**, 19. Febr. Lassen Sie es groß drucken und wiederholen Sie es oft: Preußen wird die Kaiserkrone annehmen, wenn auf annehmbare Weise sie ihm angeboten wird. Lassen Sie sich nicht irre machen durch den Schluß der Cirkularnote. Wie der Schluß der österreichischen Note eine leere Drohung, so ist jener der Preußischen eine jungfräuliche Verlegenheitsphrase. Wer daran noch gezweifelt hat, dem wird die sächsische Note alle Zweifel genommen haben. Pfordten hat seine sehr gegründete Besorgniß, daß Preußen die Kaiserkrone annehmen wird, meisterhaft ausgedrückt — so sagt man hier. Ja, ja, Preußen wird die Kaiserkrone annehmen und Vincke, der im Sommer wohl unterrichtet sagte, Preußen habe Nichts gegen die Wahl des Erzherzogs Johann, hatte neulich allen Grund zu sagen: die Hohenzollern werden ihre Aufgabe nicht verkennen. Der erbkaiserliche Bundesstaat wird aber die Aufgabe der Hohenzollern sein, sofern er mit nur einigermaßen erklecklicher Majorität votirt werden wird.

. **Berlin**, 19. Febr. Die Frage, ob die preußischen Kammern bis zur Beendigung des deutschen Verfassungswerkes zu vertagen, ist nunmehr, nachdem sie dort und hier vielfach ventilirt worden, auf die loyalste Weise dahin entschieden, daß eine oktroyirte Vertagung nicht stattfinden wird. Nicht etwa weil man die Vertagung, die im höchsten Grade im Interesse Deutschlands und der verschiedenen Parteien selbst liegt, nicht sehr wünschte, sondern in dem Vertrauen auf den gesunden Sinn der demnächst zusammentretenden preußischen Kammern. Wie man glaubt, wird wahrscheinlich die Majorität der Kammern die Vertagung aus eigenem Antriebe aussprechen. Es wäre dies indeß ein großes Opfer, welches Preußen, das der Regelung seiner inneren Verhältnisse so dringend bedarf, der deutschen Sache bringt und darf daher wohl vorausgesetzt werden, daß die dortige Versammlung mit Energie die Beendigung der Verfassung beschleunigt und da-

durch endlich dem alle Zustände, namentlich aber die materiellen Interessen gefährdenden Provisorium ein Ende macht. Eine gleichzeitige Tagung des Parlaments in Frankfurt und der beiden preußischen Kammern würde in jeder Hinsicht zu beklagen sein: daß dennoch — oder vielleicht gerade deswegen? — ein Theil unserer künftigen Linken dafür stimmen wird, ist sicher. Diese aber werden irren, wenn sie dabei auf eine Koalition mit der äußersten schwarzweißen Rechten spekuliren; denn trotz der geringen Sympathie oder vielmehr bei allen Antipathien dieser Partei gegen die deutsche Sache ist sie doch viel zu loyal, um wie die ihr entsprechende schwarzgelbe Fraktion auf der Rechten in der Paulskirche zu derartigen Umtrieben die Hand zu bieten. Daß die gedachte Vertagung nicht Folge einer Verhandlung der Centralgewalt mit dem hiesigen Ministerium sein wird, ist in Betreff der Popularität des Frankfurter Parlaments in Preußen sehr erfreulich: ein derartiges Arrangement ohne Zustimmung der hiesigen Kammern würde der deutschen Sache in Preußen wahrscheinlich mehr geschadet haben als selbst schlimmsten Falls die Abwesenheit der hier wie dort unentbehrlichen Camphausen, Vincke, Simon, Dahlmann und Anderer.

Hoffentlich kommen wir über den Anfang der Eröffnung der hiesigen Kammern glücklich hinaus. Es sind hier bereits manche Deputirte eingetroffen und der leidige vom verflossenen Jahre bekannte Zwist über das Eröffnungslokal scheint wieder aufzuleben. Das Ministerium hat angeordnet, daß die Eröffnung im weißen Saale bekannten Andenkens statt finden solle ɪc. Die der Opposition angehörigen Deputirten wünschen die Eröffnung in dem Lokal, wo später ihre Versammlungen stattfinden. Es ist dies der alte leidige Prinzipienstreit, ob die Vertreter zum König oder der König zu den Vertretern kommen soll. Die Thronrede wird allgemein gefaßt werden und nicht wie die bekannte frühere der Ausdruck subjektiven Gefühls sein, was den Anfang sehr erleichtern wird. Die Anordnung der Nachwahlen – ein Gesetz in dieser Beziehung existirt nicht — wird man wahrscheinlich der Kammer überlassen. Berlin hat noch drei Deputirte zu wählen, und es werden aus der Wahlurne höchst wahrscheinlich Regierungsassessor Paalzow, ein der deutschen Sache ergebener Mann, Herr Zunz und leider auch wohl Bruno Bauer, der Märtyrer von Charlottenburg, hervorgehen. Was Ihnen über die Stärke der Parteien mitgetheilt sein wird, dürfen Sie Alles nur als mehr oder weniger begründete Vermuthungen ansehen. Es läßt sich mit Grund auch gar nichts darüber sagen. Die auch hier vielfach verbreiteten Gerüchte über hier stattfinden sollende Putsche sind eben nur — Gerüchte.

Regensburg, 16. Febr. Von unserem hochw. Hrn. Bischof Valentin ist so eben ein Hirtenbrief erlassen worden, worin der Klerus auf das Eindringlichste gemahnt wird, die Bildung von Piusvereinen zu bewirken. (A.=P. Z.)

Stuttgart, 21. Febr. Der Reichstagsabgeordnete Gfrörer zeigt abermals den Einlauf von Adressen gegen einen Kaiser aus dem Hause Hohenzollern und für ein Oberhaupt aus dem Stamme Habsburg an. Es sind deren 41. (Schw. M.)

Leipzig, 18. Febr. Die Statistik der sächsischen periodischen Presse — so weit sich dieselbe aus dem von der königl. Zeitungsexpedition ausgegebenen Preiskourant entnehmen läßt — stellt sich zu Anfang dieses Jahres folgendermaßen heraus. Es erscheinen im ganzen Königreiche (abgerechnet einige mehr lexikalische in einzelnen Heften herausgegebene Werke) 211 periodische Schriften in deutscher, 1 in französischer, 1 in wendischer Sprache. Von jenen 211 werden 83 in Leipzig, 17 in Dresden und 111 in 65 anderen Städten des Landes herausgegeben. Die in Leipzig erscheinenden sind 21 politische Zeitungen und Tageblätter, 11 Unterhaltungsblätter, 12 fachwissenschaftliche (meist naturwissenschaftliche und medizinische, auch eine Kriegerzeitung), 9 literarische, 8 gewerbliche und merkantilische, 6 auf Theater, Musik und Baukunst bezügliche, 5 landwirthschaftliche, 4 kirchliche (christliche und jüdische), 4 Modezeitungen. Die ausschließlich oder vorzugsweise politische Presse (im weitesten Sinne des Worts) fördert im Ganzen 131 Journale in Sachsen zu Tag. (Leipz. Z.)

Hannover, 18. Febr. Mittags 1 Uhr. So eben hören wir, daß die sämmtlichen Minister ihre Dimission eingegeben und zum Könige beschieden sind, der dieselbe indessen allem Vermuthen nach nicht annehmen wird. (W. Z.)

△ **Aus Baden**, 18. Febr. Mit einem außerordentlichen Eifer ist die demokratische, oder um das Kind bei seinem wahren Namen zu nennen, die republikanische Partei in und außerhalb der Kammer bemüht, alle die Gerüchte, daß eine neue Schilderhebung von ihr beabsichtigt werde, als Lügen und Verläumdungen der „Reaktion" zu bezeichnen, und doch ist es ein merkwürdiger Zufall oder ein sehr planmäßiger Plan dieser Reaktion, daß gleichzeitig aus Baden, aus der preußischen Rheinprovinz, aus Thüringen und Sachsen mehr oder weniger gleichlautende Mittheilungen darüber zur Oeffentlichkeit gelangen. Wo Rauch ist, pflegt auch Feuer zu sein und was unser Baden angeht, so braucht man nur auf die Sprache der demokratischen Presse und das Treiben der sogenannten Volksvereine zu achten, um zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß ein neues Unternehmen im Sinne der vorjährigen Putsche vielleicht, weil man für den Augenblick sich beobachtet und den Gegner gerüstet weiß, vertagt, daß es aber keineswegs aufgegeben ist.

Aber, was auch vorbereitet werde, man wird auch uns hier nicht unvorbereitet treffen: wir haben viel erfahren, aber wir haben auch viel gelernt. Daß auf eigenen Antrieb eine ganze Gemeinde im Oberlande — es ist die Gemeinde Kirchzarten — sich erhob, um eine von Freiburg aus auf ihrer Gemarkung ausgeschriebene Volksversammlung nöthigenfalls mit der Gewalt der Fäuste zu verhindern oder auseinander zu treiben, ist ein einzelnes, aber ein schlagendes Zeichen der Stimmung, welche das demokratische Hetzen und Wühlen allmälig in der Bevölkerung hervorruft. Zum Ueberfluß ist der Seekreis sowohl als der Oberrheinkreis fortwährend militärisch besetzt: die badischen Truppen stehen in der Nähe von Lörrach, Schliengen und Säckingen, die Würtemberger, noch immer 4000 Mann stark, am Rhein von Konstanz bis Säckingen und breiten sich über den östlichen Theil des Schwarzwaldes und das Höhgau bis an die würtembergische Grenze bei Donaueschingen und Villingen aus; die Hoffnungen aber, welche die Republik noch vor Kurzem speziell auf die Sympathien unter den badischen Truppen setzte, sind schon zweimal arg getäuscht und die Republik wird finden, wie neuerdings eine Kompagnie erklärte, von welcher die Mannheimer Abendzeitung berichtet hatte, daß sie Heckerlieder gesungen, „daß sie keine Heckerlieder singen, daß sie aber, wenn es sein muß, bereit sind, auch das dritte Mal den Takt dazu zu schlagen".

Konstanz, 18. Febr. Gestern wurde der frühere Redakteur der Seeblätter, J. N. Letour, von dem Hofgerichte des Seekreises auf den Grund des Reichsgesetzes vom 10. Oktober v. J. zweimal wegen Beleidigung der deutschen Nationalversammlung verurtheilt: einmal bezüglich eines Aufsatzes in Nr. 281 der Seeblätter vom vorigen Jahre zu 6 Wochen Gefängniß, und das zweite Mal bezüglich eines Gedichtes in Nr. 1 der diesjährigen Seeblätter zu 2 Monaten Gefängniß, welche er in einer Festung zu erstehen hat. Dagegen wurde Letour von der weitern Anklage wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Königs von Preußen, so wie auch vor 8 Tagen von der Anklage wegen Herabwürdigung der großh. Staatsregierung und wegen Beleidigung des abgetretenen Kaisers Ferdinand von Oesterreich freigesprochen. (Karlsr. Z.)

Jena, 15. Febr. Gestern fand bei dem Oberappellationsgerichte hier die erste öffentliche Gerichtssitzung statt. Der Reichstagsabgeordnete Moritz Briegleb aus Koburg, jetzt in Frankfurt a. M., hatte gegen den Redakteur des Koburger Tageblatts, Kaufmann Neubert in Koburg, eine Anklage wegen schwerer Beleidigungen durch die Presse erhoben. Die Verhandlungen in der Sache hatten nach einem koburgischen Preßgesetz vom 8. April v. J., welchem zufolge Mündlichkeit und Oeffentlichkeit in diesem Verfahren eintritt, vor dem Justizkollegium zu Koburg statt gehabt und es war von demselben Neubert zu 4 Wochen Gefängniß und Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt worden. Er hatte dagegen das Rechtsmittel der Berufung an das Gesammtoberappellationsgericht eingewendet und in öffentlicher Gerichtssitzung durchzuführen versucht, jedoch ohne Erfolg, da, nachdem vorher der Ankläger und der Staatsanwalt gehört waren, das vorige Erkenntniß lediglich bestätigt wurde. Die Anklage selbst betraf die Abstimmung in der Malmöer Waffenstillstandsfrage, wobei die mit der Majorität Stimmenden als Verräther am deutschen Vaterlande bezeichnet worden waren. Die Anwälte plaidirten mit großem Geschick und das überaus zahlreiche Publikum zeigte eine durchgehends ruhige und würdige Haltung, ein wiederholter Beweis, wie sehr das Volk den Werth unserer neuen Institute anerkennt und sich ihrer würdig zeigt. (Fr. J.)

Großbritannien.

* **London**, 18. Febr. Die Vorschläge des Handelsministers, Hrn. Labouchere, betreffend die Abänderung der bestehenden Schifffahrtsgesetze, sind, wie bereits erwähnt, außer einem Zusatze über den Küstenhandel wesentlich dieselben, welche er im vorigen Jahre über diesen wichtigen Gegenstand vor das Haus brachte. Während er aber damals zugleich eine gelehrte geschichtliche Abhandlung zum Besten gab und bis auf Richard II., Cromwell und Jakob II zurückging, beschränkte er sich diesmal mehr auf eine Reihe von Andeutungen und Hinweisungen auf die Standpunkte und dringendsten Bedürfnisse der nächsten Gegenwart. Im Eingange seiner Rede bemerkte der Minister, wie, abgesehen von dem Küsten- und Fischhandel, die Schifffahrtsgesetze sich in drei Zweige theilten, der eine bestimmt, um Großbritannien das Monopol des Kolonialhandels zu sichern, der zweite zum Schutze des transatlantischen Handels oder der langen Reise, und der dritte zum Schutze des Handels mit den europäischen Häfen. Was nun den Kolonialhandel betreffe, so müsse er auf seiner voriges Jahr abgegebenen Meinung bestehen bleiben, daß die Navigationsgesetze für die Kolonien nur eine Last und eine Beschränkung seien, auf deren Entfernung sie nach Aenderung der Zuckerzölle um so mehr Anspruch hätten. Sodann las der Minister einige Briefschaften Lord Elgin's, worin dieser nachweist, daß nach Aufhebung der Schifffahrtsgesetze Kanada mit Erfolg im Handelsverkehr die Konkurrenz von Ohio, Illinois und anderen Staaten der nordamerikanischen Union werde aushalten können. Furchtbar drückten, bemerkte Hr. Labouchere, diese Schifffahrtsgesetze auf den St. Lorenzstrom, und die Beschränkungen, die sie der Bevölkerung auferlegten, seien von dieser mit einer Geduld und Ergebenheit ertragen worden, daß es schon die Pflicht der Dankbarkeit gebiete, die Aufhebung dieser Gesetze zu beschleunigen. In Rücksicht auf den transatlantischen Handel seien die Navigationsgesetze eben so zweckwidrig. In Betreff der Frachtfahrt zwischen den europäischen Häfen endlich sei zu bemerken, daß für dieselben durch die Navigationsgesetze nichts zu gewinnen sei, sobald die anderen europäischen Staaten ähnliche Maßregeln treffen. Aber würde Preußen noch länger solche Ungleichheiten sich gefallen lassen? Die Drohungen dieser Macht seien voriges Jahr von der Versammlung gar zu leichthin genommen worden, ohne zu bedenken, daß man es Preußen nicht übel nehmen könne, wenn es fortan England zur See so behandele, wie es von diesem behandelt werde, ohne endlich zu bedenken, daß hinter Preußen so ziemlich ganz Deutschland stehe. Aber Preußen sei nicht die einzige der Rücksicht würdige Macht. Im Jahr 1853 gehe der mit Rußland im Jahr 1843 geschlossene Vertrag zu Ende und man könne sich mit Gewißheit darauf verlassen, daß Rußland alsdann die in russische Häfen einlaufenden großbritannischen Schiffe mit schweren Zöllen belasten werde, wenn England nicht gestatte, daß russische Schiffe in den englischen Häfen unter gleichen Bedingungen einlaufen dürften, wie die englischen Schiffe selbst. Habe doch Rußland bereits im Jahr 1845 damit den Anfang gemacht, einen starken Differentialzoll auf die Schiffe aller Nationen zu legen, welche russische Schiffe nicht wie ihre eigenen behandelten. Vor dieser Maßregel sei England bis jetzt nur durch den noch zu Recht bestehenden Vertrag von 1843 geschützt gewesen. Um nun diesem Zollkrieg vorzubeugen, sei es nothwendig, die bestehenden britischen Schifffahrtsgesetze aufzuheben, wobei man indeß dem Ministerrath die Befugniß lassen könne, dieselben in solchen Fällen beizubehalten, wo die britischen Interessen dies zu erheischen scheinen. Weiter schlug der Minister vor, daß außer den Navigationsgesetzen selbst auch das jetzt bestehende Monopol der Schiffbauer durch Abänderung des Schiffsregistrirungswesens aufzuheben sei, was ohne allen Nachtheil für den Schiffbauer geschehen könne, da derselbe durch die niedrigen Eisenpreise schon wesentlich vor seinem ausländischen Konkurrenten begünstigt werde. Was endlich die Küstenfahrt betreffe, so wolle er sich, obschon dieselbe ohne alle Gefahr völlig freigegeben und dadurch ein Anspruch auf Betheiligung an der Küstenfahrt der nordamerikanischen Union und anderer Staaten erworben werden könne, für jetzt auf den Vorschlag beschränken, daß es fremden Schiffen gestattet sein solle, ihre Ladung in den verschiedenen britischen Häfen nach einander theilweise zu verkaufen und wieder zu kompletiren.

Letzterer Vorschlag ist im Grunde der einzige Zusatz oder eigentlich nur eine Ergänzung zu den Vorschlägen des Ministers im vorigen Jahr. Die „Times" sagt über diesen Punkt: „Wie die vorgeschlagene Maßregel in voriger Session stand, durfte zwar jedes Schiff jede Ladung aus jedem ausländischen oder Kolonialhafen nach jedem Hafen des Vereinigten Königreichs bringen; sobald es sich aber in diesem Hafen befand, hörte seine Freiheit auf. Es konnte nicht nach irgend einem anderen Hafen unseres Landes fahren und es war ihm somit nicht gestattet, nach Landung eines Theiles seiner Ladung in dem einen Hafen mit dem Reste der Ladung sich nach einem anderen Hafen zu begeben. Die Wahl der Ladung und die Aussichten des Befrachtens waren also auf das engste Feld, nämlich auf den Hafen beschränkt, wo das Schiff zuerst einlief. Es wird nun vorgeschlagen, daß der Ausländer, nachdem er einen Theil seiner Ladung in dem einen britischen Hafen abgeliefert, nach einem anderen segeln darf; und da in diesem Falle großer Frachtverlust entstehen würde, wenn das Schiff mit nur halber oder Drittelsladung von einem britischen Hafen nach dem anderen führe, so wird ferner vorgeschlagen, daß der Ausländer nach theilweiser Ausladung im ersten Hafen seine Ladung dort ergänzen darf, um sie im zweiten abzusetzen, und so weiter. Ueber diese Vergünstigungen hinaus wird keine allgemeine Eröffnung oder Freigebung des Küstenhandels beantragt, und zum Schutze des Staatseinkommens gegen Schmuggler soll diese bedingte Freiheit der Fahrt von einem britischen Hafen zum anderen auf Schiffe von mindestens 100 Tonnenlast beschränkt werden."

Der Hauptstreiter für die bestehenden Navigationsgesetze und gegen die ministeriellen Vorschläge in Unterhause, war auch diesmal wie im vorigen Jahre Hr. Herries, jedoch weniger schroff, da er sich ebenfalls für die Freigebung der europäischen Frachtfahrt erklärte, freilich nur unter der Bedingung vollständiger Gegenseitigkeit. In Betreff dieses Redners bemerkt die Times: „Hr. Herries hat seinen Freunden nicht zum Munde gesprochen durch das selbstmörderische Geständniß, daß Kanada durch die bestehenden Navigationsgesetze allerdings mehr Nachtheil als Vortheil habe, insofern nicht die Kolonialprodukte wieder bis zu einem Grade beschützt würden, um diesen Nachtheil auszugleichen. Auch sind wir dem Herrn Herries, der ein Mann von einiger praktischen Bildung ist, für die Ansicht, daß kein Land der Erde so geeignet sei als England, das große Depot der übrigen Welt zu sein, unsern Dank schuldig; denn hieraus scheint zu folgen, daß, je mehr der Wettkampf seinen Naturbestimmungen überlassen wird, wir um so eher den Preis davontragen werden. Weiterhin lenkte Herr Herries unsere Aufmerksamkeit auf die bezeichnende Thatsache, daß es unmöglich sei, durch irgend eine gesetzliche Maßregel das britische Kapital an diese Küste zu bannen. Britisches Kapital, sagte Herr Herries, richtet die britische Wohlfahrt zu Grunde; dasselbe findet in allen Zweigen statt; fast alle Maschinen, welche den Zollverein in Stand setzen, im Manufakturwesen Großbritannien es gleich zu thun oder es zu übertreffen (?), stammen aus England, die besten Arbeiter sind Engländer, und wohin wir auch schauen, überall untergräbt die britische Intelligenz die britische Wohlfahrt. Kein Zweifel (antwortet die Times den eben angeführten Worten des Hrn. Herries), das Kapital ist ein Weltbürger; aber wenn es unmöglich ist, seinen kosmopolitischen Tendenzen Zaum und Zügel anzulegen, so wäre es doch wahrlich wenig zweckmäßig, wenn man, um so vielen Verlust zu erleiden und so großen Haß auf sich zu laden, durch Beibehaltung der jetzigen Schifffahrtsgesetze den Versuch dazu machte." Uebrigens werden wir Herrn Herries bei der zweiten Lesung der Bill seine Ansichten noch ausführlicher entwickeln hören.

Herr Drummond erklärte, daß diese Maßregel, wenn man sie aus dem offiziellen Jargon übersetze, nur als die letzte einer Reihe von Maßregeln erscheine, welche der Schule von Manchester entstammten und zum Zweck hätten, die englischen Arbeiter durch ausländische zu verdrängen, welche Behauptung Hr. Hume bestritt, mit dem Hinzufügen, daß man es allein den Bemühungen der so viel verdächtigten Freihandelsschule verdanke, wenn der englische Arbeiter jetzt wohlfeileres Brod esse. Was die Navigationsgesetze betreffe, so seien diese allein an der jetzt so mächtigen Rivalität der nordamerikanischen Rhederei Schuld. John Lewis Ricardo, Verfasser eines Werkes über die Schifffahrtsgesetze unter dem Titel: „History and anatomy of the navigation laws," glaubte ebenfalls versichern zu dürfen, daß die englische Handelsflotte nicht mehr die Superiorität besitze, für die sie vordem berühmt gewesen, es erhielten z. B. Kaufleute den Auftrag,

Waaren nicht auf englischen Fahrzeugen zu verschiffen, wenn man fremde Fahrzeuge haben könne. Bemerkenswerth ist noch folgende Erklärung John O'Connells: ein Mitglied habe an diejenigen irischen Parlamentsmitglieder, welche für den Freihandel gestimmt, die Frage gerichtet, ob sie nicht jetzt bereuten, so gestimmt zu haben. Er für seine Person könne nur antworten, daß er dies keineswegs bereue, und daß er große Genugthuung fühle, wenn er daran denke, wie die irischen Mitglieder das Ihrige dazu beigetragen hätten, die Abschaffung der Korngesetze zu bewirken. Hr. Labouchere erklärte auf die wiederholten Anfragen der Protektionisten, ob man auf Reciprocität Seitens der übrigen Nationen werde rechnen können, daß die Regierung während der Parlamentsferien den fremden Regierungen Mittheilungen von der beabsichtigten Maßregel habe machen lassen, und daß er die nächste Gelegenheit ergreifen werde, die darauf erfolgten Antworten dem Hause vorzulegen.

Wie man sieht, sind die Vorschläge der Regierung umfassend genug und nicht, zu welchem Glauben uns die vorläufige kurze Notiz eines englischen Blattes veranlaßte, auf bloße Erleichterungen im Küstenhandel beschränkt. Die Times lebt der Hoffnung, daß die auf diese Vorschläge begründete und bereits zum ersten Mal gelesene Bill mit großer Mehrheit durchgehen werde. Es ist jedoch eben so möglich, daß sie in einer Weise verschleppt, verkürzt, amendirt, zerlöchert oder geflickt wird, daß die Regierung sie auch diesmal wieder bis auf Weiteres vertagt, oder daß die Maßregel, wenn sie auch im Unterhause mit größerer oder geringerer Majorität durchgeht, schließlich im Oberhause verworfen wird. Der so erwünschte „Druck von außen," der sich durch zahlreiche Versammlungen, Petitionen und Deputationen zu Gunsten einer Maßregel auszusprechen pflegt, scheint der Regierung in ihren löblichen Bestrebungen für Aenderung oder Aufhebung der Navigationsgesetze nicht sehr zur Hülfe zu kommen.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Febr. Man hatte die National-Versammlung eingeschlafen geglaubt: Gestern aber gab sie ein stürmisches Lebenszeichen. Auch sonst läßt es weder die Linke noch die Rechte bemißliebigen Reden an Unterbrechungen fehlen (erzählt man sich doch von Herrn Bezin, daß, als er einmal auf einen Augenblick hinausging, er seinen Nachbar bat, „für ihn zu unterbrechen"); Vorfälle aber wie die gestrigen gehören zu den Seltenheiten. Und Montalembert war es, der diese Unruhen heraufbeschwor. Die Art. 23 und 24 hießen im Entwurf: „Die Wähler vereinigen sich im Hauptort des Kantons." „Aus lokalen Gründen kann jedoch der Kanton in Bezirke getheilt werden." Art 25 und 26 beschränken die Zahl dieser Bezirke auf drei, und geben das Recht der Abgrenzung dem Staatsrath. Art. 23 war bereits angenommen. Zum Art. 24 u. ff. schlug Dufournel die Aenderung vor: „Der Kanton kann in mehrere Wahlbezirke getheilt werden. Diese Theilung soll vom Präfekten in Uebereinstimmung mit dem Conseil général vorgenommen werden." Der Zusatz hatte offenbar die Absicht, die Wahlen von den Centralbehörden unabhängiger zu machen; denn da es von großem Gewicht ist, wie die Wahlbezirke zusammengelegt sind, so haben die Behörden, welche die Bestimmung hierüber haben, die Leitung der Wahlen in der Hand. Das sollten also nach dem Vorschlage die conseils généraux (die Departementsbehörden); ihre Befugniß sollte so weit gehen, selbst Gemeindeweise abstimmen lassen zu können; das hieß geradezu den Schwerpunkt des Staats in die Provinzen legen. Oskar Lafayette bekämpfte deshalb den Vorschlag auf das Heftigste, **Montalembert**, Haupt der geistlichen Partei, die sich vorzugsweise auf die Provinzen stützt, sprach für ihn. „Die Verfassung," sagte er, „stellt einen leidigen Grundsatz auf, den man aber jetzt nicht mehr angreifen darf; die kantonsweise Abstimmung. Zugleich aber läßt sie eine Milderung zu, die Theilung in Wahlbezirke. Diese Theilung, Sie haben sie transitorisch bereits in dem Dekret vom 28. Oktober (das Reglement für die Wahl des Präsidenten) angeordnet. Der Ausschuß schlägt daran zwei traurige Neuerungen vor. Er will die Zahl der zulässigen Bezirke von vier auf drei zurückführen, und er überläßt dem Staatsrath die Entscheidung über alle darauf bezüglichen Fragen. Was ist der Staatsrath? Doch vor allem ein politischer Körper; wie soll er geographische und topographische Fragen entscheiden? und noch dazu neben den conseils généraux. Die conseils généraux haben sich nach dem Dekret vom 28. Oktober vereinigt, sie haben die Wahlbezirke abgegrenzt, und nur bedauert, nicht mehr bilden zu können; und heute antworten Sie ihnen durch Wegnahme des Rechts. Das ist eine Beleidigung. Erlauben Sie mir, Ihnen die Erwägungen des Conseils nicht meines Departements zu verlesen, aber eines benachbarten, das zur selben Provinz gehört. (Gelächter.) Stimme auf der Linken: Wir haben also wieder Provinzen. (Die Eintheilung in Provinzen ist in Frankreich bekanntlich seit 1790 abgeschafft). **Montalembert**: Ich bin entzückt, daß Sie an meinen Worten nur einen lapsus linguae auszusetzen haben. Das Schicksal der Verfassung hängt von dem Artikel ab, den Sie jetzt zu beschließen im Begriff sind. (Der Redner wird bei diesem und den meisten folgenden Sätzen durch höhnisches Gelächter unterbrochen und sagt sie deshalb meistens zweimal). Wissen Sie, was die Republik für das Land ist? Sie ist das allgemeine Stimmrecht. Wollen Sie zum Vortheil von 10 Millionen Franzosen in den Städten ein Vorrecht schaffen zum Nachtheil von 25 Millionen auf dem Lande? Ich will nicht den seltsamen Widerspruch hervorheben, in den diejenigen meiner Kollegen fallen, die ohne Aufhören davon sprechen, den Ackerbau zu ermuntern, und heute den ländlichen Bevölkerungen die Gleichheit verweigern. Sie legen dem Lande die schwersten Lasten auf, denn auf ihm ruht die Steuer, die mit Geld, und die, welche mit Blut bezahlt wird.

Hier wurden die Unterbrechungen so heftig, daß der Präsident rief: Herr Deville, was wollen Sie. **Deville**: Ich will einen Antrag stellen. **Präsident**: Jetzt kann kein Antrag gestellt werden. Ich bitte um Ruhe. **Montalembert**: Ihre Unterbrechungen machen mir Ehre in den Augen meiner Mitbürger. **Schoelcher**: Wir verachten die Beleidigungen des Hrn. von Montalembert. **Montalembert** bittet den Präsidenten ihn zu schützen. Endlich fährt er fort: Sie sprechen von theokratischen und aristokratischen Einflüssen, dem Altar und dem Adel. Immer noch die alten Dinge! Wie? 60 Jahr nach 1789, nachdem drei siegreiche Revolutionen sich gefolgt sind, zeigt der Enkel des berühmten Mannes, der sich mit der Revolution von 1789 identificirt hat (Lafayette) diese Furcht? Er sagte zwar nicht ausdrücklich, aber es war die logische Folgerung seines Gedankens, daß 28 Millionen Franzosen weder die gehörige Unabhängigkeit noch Bildung haben, um den Einflüssen zu widerstehen die sich ihnen aufdrängen. Das ist die blutigste Beleidigung gegen die Landbevölkerung. Diese Einflüsse von denen Sie sprechen bestehen; sie werden vielleicht noch lange bestehen, aber in einem beschränkten Maße. Aber wissen Sie, was geschehen wird? Sie werden sich im Kanton wie in der Gemeinde fühlbar machen. Es ist bereits geschehen. Wissen Sie wofür ich in diesem Augenblick spreche? Nicht für den Adel, sondern für den armen, ehrenhaften Landmann, der nur sein Gewissen zur Richtschnur hat. dem ich diese Beleidigung nicht anthun möchte, ihn unter den Arbeiter der Städte zu stellen. Was ich verlange, ist, daß überall, wo es nicht unmöglich ist, Sie dem Bauer die Möglichkeit geben, sein Recht ohne lästige Reisen auszuüben. Wer glaubt wirklich, daß 36,000 conseils municipaux von jenen erwähnten Einflüssen abhängig sind? und wenn das nicht, warum soll nicht für die politische Wahl möglich sein, was für die municipale. Was ist die Bedingung jeder guten Regierung? die Offenheit. Das Volk verlacht leicht seinen Unterdrücker, niemals den Heuchler. Es hieße das französische Volk täuschen, ihm erst das allgemeine Stimmrecht versprechen, und es ihm dann durch das Wahlrecht wieder entziehen, heimlich rauben, das Vorrecht unter dem Mantel der Gleichgültigkeit schaffen! Es gibt nur ein Mittel zu regieren: dem Lande geradezu zu sagen: Ihr und ich wir machen nur Eins aus. Die Regierung ist Euer Werk; Ihr seid für sie verantwortlich. Geht es gut, ist es Euer Ruhm, geht es schlecht, Euer Fehler. Aber noch einmal keine Unterscheidung! Das ist die erste Bedingung der Monarchie, aber noch mehr der Republik. Die Maßregeln, die Sie gegen das Landvolk treffen wollen, wenden sich gegen Sie. Es ist nicht so ohne Einsicht, als Sie glauben. Es wird sich der Waffe bemächtigen, deren freien Gebrauch Sie ihm mißgönnen. Es hat schon einmal am 10. Dezbr. gezeigt, wie es sie zu gebrauchen weiß. Wo ist denn jetzt die Gefahr? sind unter den Feldarbeitern, den Bauern, die Unruhen, die Banquets und Klubs? Auf dem Lande findet man Kraft und Arbeit vereinigt. Der Arbeiter der Städte ist auch arbeitsam, ohne Frage, aber ist nicht immer ruhig; der Bauer ist Arbeiter und ruhig. Der Eine durch die

Gewalt der Umstände ist oft Soldat der Revolutionen, der Andere ist immer Soldat der Ordnung. Ich will keine Unterschiede machen zwischen den Bewohnern der Städte und des Landes; ich will nur, daß Sie die Tugenden der Landbewohner anerkennen. Neun Zehntel unseres Heeres gehen aus dem Landvolk hervor. Ich habe in einem sozialistischen Journal gelesen, ich weiß nicht, ob es das des Herrn Proudhon oder des Herrn Considerant war (Gelächter), daß die Armee heute republikanisch ist, morgen der Bergpartei gehören und übermorgen socialistisch sein wird. Davon weiß ich nichts; ich weiß aber, daß sie zur Stunde der Schutz, bisweilen der einzige Schutz der gesellschaftlichen Ordnung ist. Sie haben alle diese Soldaten um uns versammelt gesehen, Sie haben sie gesehn auf die Streu hingestreckt um dieses Gebäude, uns zu schützen.

Wieder werden die Unterbrechungen so laut, daß der Präsident ruft: Herr Raynal, ich bitte Sie zu schweigen. Raynal: Ich kann nicht dulden, daß man unser Heer beleidigt. Die Rechte: Zur Ordnung, zur Ordnung! Gent: Das Heer wird niemals jesuitisch werden. Eine Stimme: Das wäre doch sehr nett. (Gelächter.)

Montalembert: Also, um diese braven Soldaten zu belohnen, wollen Sie ihre Eltern des Stimmrechts berauben? Sie träumen, ich weiß nicht von welcher Verschwörung, die sich mit Hilfe des Presbyteriums und der Burg bilden soll und Sie verschließen die Augen vor den antisozialen Lehren, welche die Gesellschaft untergraben. Das Gewicht der Massen der Landbevölkerung in der Waage der Nation schwächen, das allgemeine Stimmrecht beschränken ist ein Akt der Thorheit oder ein Frevel. Lafayette (zu einer persönlichen Bemerkung): Die Versammlung wird einsehen, daß ich mich nicht zu rechtfertigen brauche. Wenn ich Rathschläge brauchte, würde ich mich an die ewigen Feinde der Demokratie wenden. Daß Herr Montalembert es wisse, ich bin nicht in den Fehler der Heuchelei gefallen.

Montalembert: Ich habe den Zweck der Worte des geehrten Redners nicht recht verstanden. Wenn er sie unglücklicherweise auf mich hat beziehen wollen, so würde mein ganzes Leben sie entkräften. Wenn ein Fehler mir vorgeworfen werden kann, so wäre es der der zu großen Offenheit.

Denjoy: Sie sind hinreichend gerächt; Sie haben den Beifall der ganzen Nation. Etienne Arago (zu Denjoy): Schicken Sie das doch an den Courrier de la Gironde! (Denjoy gilt für den Korrespondenten dieses dynastischen Blattes). Auf diese Worte erhebt sich Denjoy, steigt von der Rechten herab, durchschreitet den Saal, steigt die Linke hinauf, stellt sich vor die Herren Arago und Gent, und frägt: Wer von Ihnen beiden hat das gesagt? Ich, erwiedert Arago. Dann folgen Sie mir! Und die beiden Abgeordneten zum Saal heraus und die ganze Versammlung hinterdrein! Im Vorsaal hielt man und nun kam es zu gegenseitigen Erklärungen und Entschuldigungen, die damit endeten, daß Arago seine Worte zurücknahm gegen die Versicherung Denjoy's, daß er nicht Korrespondent des Courier de la Gironde sei und das Blatt sogar desavouire. Die Sitzung war inzwischen thatsächlich aufgehoben. Ihr Ergebniß haben wir bereits mitgetheilt.

Aber weder die schöne Rede Montalemberts noch der merkwürdige Auftritt, der ihr folgte, bilden heute den Stoff aller Gespräche und der gelesenen Journalartikel, sondern der große Ball, den gestern der Präsident gegeben hat. Unter den 1300 anwesenden Gästen bemerkte man den Herzog von Ossuna, die Grafen Borromeo, d'Adda und andere Fremde vom Auszeichnung, den englischen Gesandten Lord Normanby in seinem Kostüm als Vice-König von Irland, den Herzog von Soto Mayor, Gesandten der Königin von Spanien, der auf die vielseitigen Anfragen wegen der Gerüchte über die Proklamation der Republik in Barcellona stets erwiderte, er habe keine Nachrichten und er glaube die Gerüchte erfunden: die Gesandten und bevollmächtigten Minister sämmtlicher europäischer Mächte; die Repräsentanten Molé, Thiers, Changarnier, Cavaignac, Marraſt, Guinard, Flocon, Birio; aus der Finanzwelt die Hrn. Rothschild, Lacave-Laplagne ꝛc. Selbst der Faubourg St. Germain hatte einige seiner großen Namen, seiner schönen Frauen und seiner reichen Toiletten geschickt. Allgemeine Aufmerksamkeit erregte Frau v. Grammont, mit welcher der Präsident der Republik sich lange Zeit in den Salons promenirte. Der Präsident selbst trug abermals die (usurpirte) Uniform eines Generals der Nationalgarde mit dem großen Band und dem Stern der Ehrenlegion. Er tanzte die erste Quadrille mit der Frau des belgischen Gesandten. Die Gesellschaft trennte sich erst um 4 Uhr Morgens, und die halboffizielle „Patrie" ruft am Schluß ihres ausführlichen Berichtes über das Fest aus: „Dieser Ball, auf welchem ein Frohsinn von der größten Herzlichkeit und zugleich vom besten Geschmack geherrscht hat, wird die beste Wirkung auf das Pariser Publikum äußern. Er wird dazu beitragen, das Vertrauen im Handelsstand und in den arbeitenden Klassen der Bevölkerung wiederherzustellen, welche man nur zu lange mit den stets wiederholten Worten erschreckt und entmuthigt hat: „Die feine Welt geht fort!"

Die „Republique" aber übernimmt die Rolle des Satyrs. Sie will wissen, daß mit den Einladungsbillets zu dem Ball ein skandalöser Handel getrieben worden sei, in Folge dessen selbst Frauen von sehr zweifelhaftem Rufe an den Tänzen Theil genommen hätten, und boshaft fügt sie hinzu, daß die Billets die Preise der öffentlichen Opernbälle nicht überstiegen haben.

Italien.

*Turin. Wir tragen aus der Kammersitzung vom 12. noch die Mittheilungen nach, welche der Minister Tecchio über die Vermittlung in der oberitalienischen Frage gegeben hat. Er sagte: Man müsse unterscheiden zwischen den Grundlagen der Vermittlung und ihrem Ergebniß. Das gegenwärtige Ministerium habe zwar die Vermittlung angenommen, aber nicht ihre Grundlagen; folglich könne es weiter gehen, als sein Vorgänger, es könne für Piemont günstigere Umstände geltend machen. „Uebrigens," fuhr er fort, „konnte die Vermittlung weder gemäß dem Protokoll vom 15. August, noch gemäß dem Programm vom 16. Dezember geregelt werden; das erste nicht, weil Oesterreich die Lombardei besetzt hatte, und das Protokoll vom 15. August keine andere Bedingungen enthielt, als welche Radetzky am 15. Mai vorgeschlagen hatte; das zweite nicht, weil das Ministerium im Programm vom 16. Dez. anerkannt hatte, daß kein Oesterreicher in Italien bleiben dürfte, und der österreichische Einfluß in Italien verschwinden müßte. Aber, fragt man, warum habt Ihr nicht den Krieg wieder begonnen? Aus verschiedenen strategischen Gründen. Der Krieg konnte, durfte nicht wieder begonnen werden. Aber jetzt weht die Frühlingsluft wieder durch Italien. In wenig Tagen werden wir das Gesicht des Feindes wieder sehen, oder vielmehr wir werden ihn den Rücken wenden sehen; denn wir wollen den Krieg, oder nicht den Krieg, sondern den Sieg. Unsere Soldaten sollen sich nicht mit den Mohnblumen kränzen, die in den Sümpfen Mantua's wachsen, aber mit den Lorbeeren Italiens". Diese mehr als seltsamen Worte wurden mit allgemeinem Jauchzen aufgenommen. Sie scheinen nicht eben im besten Einklang mit der von Gioberti verkündeten Politik zu stehen.

Florenz. Am 12. ward ein Versuch gemacht, auf der Piazza del Popolo die italienische Republik zu proklamiren, Guerazzi redete aber dem Volkshaufen ab, man möge die Dinge nicht überstürzen, und mit Proklamiren einer definitiven Regierungsform so lange warten, bis sich die gesetzmäßig nach allgemeinem direktem Stimmenrecht gewählten Deputirten in der Hauptstadt versammelt und reiflich die Frage berathen hätten. Man antwortete ihm mit lautem Rufen: Es lebe die Republik, und ging später auseinander. Das Heer scheint sich der provisorischen Regierung gleichfalls anzuschließen; ein Versuch, den einige Soldaten machten, gegen die Regierung aufzutreten, mißglückte. Die neue Versammlung besteht übrigens aus 120 Repräsentanten; um für sie wählbar zu sein, muß man 25, um Wähler für sie zu sein, 21 Jahre zählen. Auf den 15. März 1849 ist die Versammlung einberufen. Ueber die Flucht des Großherzogs erfährt man aus St. Stefano: „Am 8. um 2 Uhr Nachmittags kam hier unerwarteter Weise der Großherzog nebst einem Theil seiner Familie und wenigen Begleitern an. Sie kamen seewärts von Telamone, auf einem weniger als demokratischen Fahrzeug; etwas nachher kamen von Orbotello vom Lande einige Wagen, von denen einige leer waren, die anderen den übrigen Theil der Familie brachten. Gegen Abend ankerte im Hafen von St. Stefano der Kriegsdampfer Porcupine mit englischer Flagge, der Kommodore des Schiffes stieg ans Land und bot den königl. Hoheiten seine Dienste an. In der Nacht stand ein Nachen des Dampfers an der Zollbrücke bereit, um die Befehle des Großherzogs zu vernehmen, am Morgen des 9. kamen in St. Stefano noch mehrere Wagen mit Be-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 22. Februar. Verfassunggebende Versammlung der freien Stadt. Inhalt des Amtsblatts der freien Stadt.) Wien (Armeebülletin. Einnahme von Alt-Arad und Essegg.) Prag (Adresse der Studentenschaft an Schuselka.) Berlin (Tagesbegebenheiten. Die Mitglieder der aufgelös'ten Versammlung. Zündnadelgewehre.) Charlottenburg (Der Tod des Prinzen Waldemar.) Karlsruhe (Die Parteistellung in der zweiten Kammer.) Braunschweig (Volksversammlung. Adresse an die Nationalversammlung.)

Frankreich. Paris (Die Sitzung vom 19. Der Verein zum Schutz der nationalen Arbeit.)

Italien. Turin (Schreiben des ungarischen Gesandten. Chrzanowsky zum Oberchef ernannt.) Mailand (Maskenbälle verboten.) Neapel (Entschluß des Königs, sein Ministerium zu behalten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 22. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 20. Februar.

Tagesordnung der 175. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause," und zwar über §. 3 und folgende.

Auch heute wird die Sitzung Schlag 9 Uhr schon durch den Präsidenten, Hrn. Eduard Simson, eröffnet. Der preußische Abgeordnete, Hr. v. Schlotheim aus Wollstein, läßt seinen Austritt anzeigen. Dagegen werden als in die Versammlung eingetreten angekündigt: die HH. Kanitsch aus Karlsberg in Kärnthen und Thüssing aus Warnsdorf in Westphalen.

Staatssekretär Hr. Widenmann legt der Versammlung im Namen des Reichsministeriums der Justiz den Entwurf zu einem Gesetze vor, die Vollstreckung der Urtheile deutscher Gerichte in den Einzelnstaaten betreffend. Er glaubt, daß eine einzige Sitzung hinreichen werde zur Berathung und Annahme des vorgeschlagenen Gesetzes, so daß dadurch das Verfassungswerk keinen Aufschub erleide. Das Gesetz umfaßt 12 Artikel und bezieht sich auf strafrechtliche Urtheile nur in so fern, als daraus Civilansprüche auf Schadenersatz ꝛc. hervorgehen. Der Entwurf wird dem Ausschusse für Gesetzgebung überwiesen.

Hr. Venedey mahnt Angesichts der Nachrichten von dem Einrücken der Russen in Siebenbürgen an den Beschluß der Versammlung, nach welchem an der Ostgrenze des Reichs die gleiche Anzahl von deutschen Truppen aufgestellt werden soll, als sich russische an jenen Grenzen zusammenziehen.

Hr. Eisenstuck ruft das Reichsministerium der Justiz an wegen Unterstützung der Forderungen deutscher Staatsbürger an die holländische Regierung.

Hr. Kohlparzer beantragt, nachdem hierauf zur Tagesordnung übergegangen worden ist, daß vor der Berathung der §§. 3, 4 u. 5 über den Satz des §. 14 des Reichswahlgesetzes Beschluß gefaßt werde: „Die Wahl ist direkt." Nachdem dies abgelehnt und auch die Frage über die Verzichtleistung auf die Diskussion über §. 3 verneint worden ist, erhält

Hr. Mittermaier das Wort. Unmöglich könne die Ausschließung vom Wahlrecht, wie die Ausschußmehrheit in §. 3 des Entwurfs *) beantragt habe, von der Verurtheilung zu gewissen Strafarten abhängig gemacht werden, denn die Anwendung der Strafarten in Deutschland sei sehr verschiedenartig. Zum Arbeitshause würden z. B. hier und da Personen wegen schwerer Injurien, wegen Widersetzlichkeit u. s. w. verurtheilt, denen man doch das Stimmrecht nicht entziehen wolle. Anstatt des Ausschußvorschlags der Mehrheit empfiehlt daher Hr. Mittermaier die zu §. 3 gestellten Minderheitserachten 1 und 3, deren Inhalt er zu einem neu angebrachten Verbesserungsantrage verbunden hat. Hr. Sturm aus Sorau erklärt sich namentlich gegen das Minderheitserachten Nr. 2, nach welchem politische Verbrechen des Wahlrechts niemals verlustig machen sollen. Eine solche gesetzliche Ausnahme heiße zum Verbrechen auffordern. Erweckt durch Euere Gesetzgebung vor Allem den Sinn für Recht und Ehre und Ihr werdet damit den Pöbel abschaffen!

Hr. Esterle aus Cavalese: Man darf die Strafe nicht durch daran geknüpfte Folgen über die Dauer der Strafe hinaus verlängern. Ich erinnere überdieß an das Sprüchwort, nach welchem nur die kleinen Diebe gehängt werden, die großen aber frei ausgehen. Der verzweifelnde Arme, der sich am Eigenthum vergreift, wandert in's Zuchthaus, während der reiche Wucherer im ungestörten Besitze seines Vermögens und seiner Achtung bleibt. In unserer Versammlung ferner sitzen Viele, die ich um die Ehre beneide, politische Verbrecher gewesen zu sein. Hr. Esterle schließt sich daher dem Verbesserungsantrage des Hrn. Culmann mit dem Zusatz des Hrn. Wigard an, wornach das Wahlrecht nach verbüßter Strafe wieder eintreten soll.

Hr. Zimmermann aus Stuttgart hofft, daß die Versammlung durch ihre Beschlüsse in Bezug auf das Wahlgesetz die Liebe des Volks wieder gewinnen werde. Denn das Volk verschenke wie ein Weib seine ganze Neigung bei einem neuen Beweise von Würdigkeit. Die Ausdrucksweise der Ausschußmehrheit aber ist ihm zu elastisch. Er fürchtet, daß Etwas von Despotie dahinter lauere. Ob man denn z. B. die Folgen eines Jugendverbrechens verewigen wolle? „Aber ich komme zur Hauptsache. Wissen Sie, wie viele politische Verbrecher unter Ihnen sitzen? Einige links, die meisten davon aber rechts." (Lachen. Hr. Vogt vom Platze: „Diejenigen, die erst politische Verbrecher werden wollen, sitzen links!) Hr. Zimmermann erzählt darauf, wie die Schwarzwälder Bauern einen Mann, grade weil er von der Festung kam, wo er wegen politischer Vergehen gesessen, erst recht als „ihren Mann" anerkannt hätten. Und so ist auch seine Meinung. Denn wer ist würdiger, das Wahlrecht als Bürger auszuüben, der, welcher das Recht des Volks als Beamteter zehn und zwanzig Jahre geschmälert und verrathen hat, oder der, welcher Hab und Gut, Ruhe und Wohlsein preisgegeben, um die Rechte des Volkes zu vertheidigen? Und wenn er aus dem Zuchthause käme — er ist des Volkes Mann. (Beifall von der Linken.)

Nachdem der Schluß der Debatte angenommen worden, tritt der Berichterstatter Hr. Scheller auf: Der Despotismus, der dem Verfassungsausschusse Schuld gegeben worden ist, besteht darin, daß er die Ehre über Alles setzt. Und wenn ferner gesagt worden, die Gerechtigkeit sei blind, so ist nicht zu vergessen, daß sie die Wage in der Hand hält und daß sie nur blind ist gegen die Lockungen der Parteilichkeit. Der Redner beharrt auf den Vorschlägen der Ausschußmehrheit, die er wider die erhobenen Einwände in Schutz nimmt.

Die Abstimmung entscheidet sich aber mit 220 gegen 198 Stimmen wider die Annahme des §. 3 in der Fassung der Ausschußmehrheit. Der Antrag von Schubert und Genossen dagegen:

„Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden:

Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urtheil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind" —

wird mit 227 gegen 196 Stimmen zum Beschluß erhoben, worauf zur Abstimmung durch Namensaufruf der Zusatz des Minderheitserachtens unter Nr. 2 gelangt:

„Strafen wegen politischer Verbrechen ziehen den Verlust des Wahlrechts niemals nach sich" —

Dieser Zusatz wird verworfen mit 241 gegen 188 Stimmen, wodurch zugleich alle anderen Anträge und Zusätze zu §. 3 erledigt sind. Auch über §. 4 wird eine Besprechung zugelassen. Hr. Goltz aus Brieg begründet den Zusatz, den er zu dem Paragraphen gestellt hat, daß nur Schwurgerichte die Aberkennung des Wahlrechts urtheilen dürfen und auch dies nur auf Antrag des Volkshauses. Hr. Zimmermann aus Stuttgart hält besondere Vorkehrungen gegen den Wahleinfluß der Beamteten für erforderlich. Auch aus einem volkswirthschaftlichen Grunde wünscht der Redner, daß die Beamteten etwas strenger als bisher behandelt würden, denn die Bestechungen und die

---

*) §. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sollen angesehen werden:

1) Personen, welche wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung, oder welche wegen eines anderen Verbrechens zu einer Zuchthaus-, Arbeitshaus-, Festungsarbeitsstrafe oder zum Verlust der staatsbürgerlichen Rechte durch rechtskräftiges Erkenntniß verurtheilt und in ihre Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind;

2) Personen, welche des Rechts zum Wählen rechtskräftig für verlustig erklärt worden sind.

Furcht, durch die auf Wahlen eingewirkt wurde, komme dem Volke etwas zu hoch zu stehen." Beamte also die ihren Einfluß auf Wahlen mißbrauchen, sollen ihres Wahlrechtes für immer verlustig gehen. Der Berichterstatter Herr Scheller versäumt nicht, im Schlußworte darauf hinzuweisen, wie von derselben Partei, die kaum vor einer Stunde noch für die Wiedereinsetzung jedrs Verbrechers nach bestandener Strafe in srin Wahlrecht gesprochen und gestimmt habe, soeben gegen Beamtete, die sich ungesetzlicher Mittel bei Wahlen bedient, die Ausschließung auf immer beantragt worden sei!

Die Annahme des §. 4 erfolgt sodann in nachstehender Gestalt: „Des Rechts zu wählen soll, unbrschadet der dadurch sonst verwirkten Strafe, für die Zeit von vier bis zwölf Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß verlustig geben: wer bei Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft oder mehr als einmal bei der für eineu und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder überhaupt zur Einwirkung auf die Wahl gesetzlich unzuläßige Mittel angewendet hat.

Da mit Annahme des §. 4. Art 1. des Wahlgesetzes zu Ende gebracht ist, so vertagt hierauf das Haus die Fortsetzung der heutigen Berathung auf die morgende Sitzung.

□ **Frankfurt**, 21. Frbr. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt konnte, was der Merkwürdigkrit halber eine ausdrückliche Erwähnung verdient, die Verlesung des Protokolls berndet werden, ohne eine Reclamation des Hrn. Dr. jur. Friedleben hervorzurufen, worauf als erster Gegenstand der Tagesordnung, ein Vortrag des Senats, die Rückgabe der Waffen an die Landgrmeinden betrrffend, verlesen wurde. Der Senat weist darauf hin, daß die Ablieferung der Waffen auf Anordnung des Reichsministeriums und durch das Oberkommando der hier koncentrirten Reichstruppen bewirkt worden sei, daß die hiesigen Behörden in der ganzen Angelegenheit nur vermittelnd hätten auftreten könuen und daß dieß auch im vorliegenden Falle durch Befürwortung des Antrags drr Landgemeinden und zwar mit solchem Erfolg geschehen sei, daß die Rückgabe der Waffen, wenn sie zur Zeit, wo dieser Vortrag an die Versammlung gelange, nicht bereits erfolgt sein sollte, doch demnächst erfolgen werde. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein weiterer Vortrag des Srnats, die Beschaffung der für das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren erforderlichen Gebäulichkeiten betreffend. Als das geeignetste Lokal erkennt der Senat das städtische Leinwandhaus, erforderlichen Falls mit Zuzirhung eines anstoßenden städtischen Gebäudes, und ersucht demgemäß die Versammlung um ihre Zustimmung zu diesem Bau, sowie zur Brwilligung einer Summe von 14,500 fl. zur Herstellung des Assisensaals und der Geschäftszimmer für die Staatsanwaltschaft und die Untersuchungsrichter. Geht an die Kommission für die Strafrechtspflege. In einer Abhandlung von unerhörter Länge, in welcher abermals der „Boden der neurn Zeit" eine große Rolle spielte, entwickelte sodann Hr. Dr. med. Friedleben einen dringlichen Antrag, die Verpachtung eines städtischen Grundstückes in der Sachsenhäuser Gemarkung betreffend. Eine Anzahl Sachsenhäuser Gärtner haben ein zur Verpachtung ausgesetztes städtisches Grundstück ersteigert, später sind sie zu der Erkenntniß gekommen, daß sie zu hoch gesteigert, darauf haben sie die Stadtkämmerei ersucht, sie ihrer Verpflichtung zu entbinden und als diese sich dazu bereit finden lassrn, wollen sie gegenwärtig die verfassunggebende Versammlung bestimmen, dahin zu wirken, daß ihnen das in Frage stehende Grundstück dennoch, aber zu einem „gerechten" Preise, in Pacht gegeben werde. Hr. Senator Köster war der Ansicht, daß die Versammlung sich mit einem so bestimmten Antrage ganz außerhalb ihrer Befugnisse bewegen und in das Detail der Verwaltung, gewiß nicht zum Heile dieser Verwaltung, eingreifen werde, wie denn auch gar nicht abzusehen sei, welche Veranlassung man haben könne, Leuten zu Hilfe zu kommen, die unüberlegt und leichtsinnig kontrahirt hätten, von welchen man außerdem nichts wisse, als was der Herr Antragsteller anzuführen für gut befunden. Hrrr Dr. Kugler formulirte einen förmlichen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, und die vielleicht etwas schwache Fassung desselben veranlaßte eine Debatte von theilweise außerordentlicher Heftigkeit und durchgehends außerordentlicher Länge.

Herr Dr. Reinganum bezeichnete die in Frage stehenden Petentrn trotz ihrer Großjährigkeit als minderjährig und zwar minderjährig durch die Schuld des altrn Regime, eine Wendung, die den rauschendsten Beifall des verehrungswürdigen Publikums sich errang. Noch sprach Herr Schöff Souchay, drr sich, ohne allen äußeren Apparat, immer die Aufmerksamkeit der Versammlung zu erringen weiß, um mit einer vielleicht nicht beabsichtigten, aber deshalb nicht weniger scharf treffenden Bitterkeit den vorliegrnden Antrag zu Gunsten der namhaft gemachten Individuen als einen casus pro amico zu bezeichnen. Herr Dr. Friedleben aber versicherte in seiner Schlußerklärung das Gegentheil; er erklärte, er sei ein Schutz und Schirm aller Bedrängtrn (großrr Beifall), und wie man seine Gesinnung auch verdächtige, er werde nicht müde werden, für das Wohl seiner armen Brüder zu wirken (steigender Beifall) und er werde fortfahren, furchtlos und ohne Scheu, was auch kommen möge, Jedem und zu jeder Zrit die Wahrheit zu sagen. Der Beifall hat mit diesen Worten srinen Gipfel erreicht und Herr Dr. Friedleben nimmt seinen Sitz rin, entschlossrn wie es scheint, allen Gefahren, die srine lebhafte Phantasie heraufbeschworen, Trotz zu bieten und wie gewöhnlich über die Brücke nach Sachsenhausen zu gehen. Der Antrag wurde endlich, dem Vorschlage drs Hrn. Schöff Souchay entsprechend, dahin modificirt, daß der Senat im Allgemeinen zu rrsuchen sei, das fragliche Grundstück an Gärtner und nicht an Oekonomen verpachten zu lassen. Die Versammlung vernahm dann noch einen Vortrag des Senats, worin derselbe zuvörderst anzeigt, daß die Publikation des Gesetzes zur Herstellung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichheit der Staatsangehörigen verfügt sei, dann die von der Versammlung beliebten Abänderungen des Gesetzes zum Schutze der persönlichrn Freiheit genehmigt, ferner die Mittheilung macht, daß in Betreff der §§. 20 und 21 der Grundrechte eine Vorlage der Gerichte zu erwarten stehe, und endlich, neben der Eröffnung, daß er mit einer Prüfung beschäftigt sei, inwiefern die gesetzlichen Beschränkungrn außerehelicher Kinder in civilrechtlicher Beziehung einer Aenderung bedürfen möchten, zwei Gesetzentwürfe vorlegt, von welchen der erste die außerehelichrn Kindrr in ihren Rechten in Staat und Gemeinde den ehelichen gleichstellt, der zweite aber die gerichtliche Verwarnung vor dem Meineide und das Beibringen eines Zeugnisses übrr geschehene Eidesbelehrung aufhebt. Eine Petition aus der Gemeinde Hausen de omnibus rebus et quibusdam aliis schloß dir Sitzung, denn die auf der Tagesordnung stehende Berathung des Einführungsgesetzes zur Reichswechselordnung mußte vertagt werden, weil die zur Vertheilung an die Mitglieder bestimmtrn Aktenstücke das eigenthümliche Schicksal gehabt hatten, statt an die verfassunggrbende Versammlung für den Freistaat Frankfurt, an die verfassunggrbende Versammlung für Deutschland zu gerathen.

□ **Frankfurt**, 22. Febr. Die heute ausgebene Nummer des Amtsblattes publizirt, gleichlautend mit dem Text, wie er bereits in der D. Z. veröffentlicht worden, die beiden Gesetze zur Herstellung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichheit der Staatsangehörigen und zum Schutze der persönlichen Freiheit; außerdem das Gesetz, die Aufhebung der bisherigen symbolischen Handlungen bei Rachtungen betreffend.

Wien, 17. Febr. Die „Allg. Ztg." bringt das nachstehende 23. Armeebülletin, eines der wichtigstrn, die noch erschienen sind: es mrldet die Einnahme von Alt-Arad und die Uebergabe von Essegg. Das Bülletin lautet:

„Gleichzeitig mit den bereits bekannten Vortheilen, welche unsere tapfere Armee unter Oberst Urban im Norden Siebenbürgens trotz der Kälte und des starken Schneefalles über die Insurgenten errungen, hatten wir uns eines ähnlichen nicht minder glänzenden Erfolges durch die Truppen des Feldmarschallieutenants Gläser bei Arad zu erfreuen, welcher, dem erhaltenen Befehl gemäß, mit seiner aus Abtheilungen des Theodorovich'schen Korps zusammengesetzten Division in dem Marosthale gegen Siebenbürgen zu operiren beauftragt ist. Die Insurgenten versuchten mit einer starken Kolonne bei Szaderlak überzugehen und bedrohten hierdurch unsere linke Flanke. Feldmarschallieutenant Gläser ließ hierauf die ersten Häuser von Alt-Arad durch zwei Bataillone Peterwardeiner Gränzer nehmen und ein Bataillon Leiningen, dann 1 Bataillon Illyrisch-Banater zum Sturm vorrücken. Nach einem hartnäckigen, blutigen Kampfe wurde der Feind geworfen und sämmtliche von den Insurgenten am rechten Marosufer gegen die Festung errichteten Batterien zerstört und die darin eingefahrenen Kanonen, 23 an der Zahl, erbeutet; davon wurden 11 von schwerem Kaliber in die Festung geschafft, 3 in die Maros versenkt, 3 vernagelt, 2 dem k. k. österr. serbischen Armeekorps zur Disposition gestellt und 4 von der braven Temeswarer Artillerie demontirt, 3 feindliche Munitionskarren erobert und außerdem feindliche Munition an mehreren Orten in die Luft gesprengt. Alt-Arad wurde von der Festung aus wegen der bewiesenen Böswilligkeit

der Einwohner mit Granaten beworfen, an vielen Stellen angezündet und dieses Feuer die ganze Nacht erhalten. Auch wurden bei dem Gefechte 40 Gefangene gemacht. Zufolge einer soeben erhaltenen Mittheilung des Hrn. Feldzeugmeisters Grafen Nugent aus Essegg v. 13. Febr. hat sich die Festung Essegg, ohne irgend einen Angriff abzuwarten, am selben Tage ergeben. Drei Thore wurden sogleich von den Cernirungstruppen besetzt und am 14. Vormittags streckte die Garnison auf dem Glacis die Waffen. Von der Kolonne des Herrn General Götz, der sich, wie wir bereits früher gesagt, mit der Brigade des Generals Fürst Jablonowsky bei Tyenau vereinigt hatte, und gegen Leutschau das fliehende Rebellen-Korps unter Görgey verfolgte, sind Nachrichten vom 13. aus Berthodsalva, einige Stunden von Eperies, eingetroffen. Sie erweisen, daß die allerdings starke feindliche Kolonne, welche einen starken Train an Geschützen und an Wägen bei sich führt, nachdem sie durch die Zips, wo sie alle Brücken und Wege zerstört hatte, durchgedrungen, von Eperies die Straße gegen Kaschau eingeschlagen habe, um gegen die Theiß die Verbindung mit den andern Rebellenhorden zu suchen. Hr. Feldmarschall-Lieutenant Graf Schlick hat mit seinen drei Brigaden in der Flanke dieser sich mühsam bewegenden und alles verheerenden feindlichen Kolonne eine Aufstellung bei Torna genommen, um sie auf diese Art am besten anzugreifen, sowie er sich mit der Kolonne des Generals Götz in Verbindung gesetzt haben würde, welches nun auch über Margithsalva, Einsidl und Schmöllnitz geschah. Der General Götz hatte bei Margithsalva ein Gefecht mit einem Streifkorps der Rebellen, wobei mehrere Husaren gefangen wurden, die über die Lage und Absicht des Feindes genaue Auskunft gaben. Da sich zugleich unter dem Feldmarschall-Lieutenant Schulzig eine große Abtheilung bei Miskolcz aufgestellt, so werden wir nächstens über die Ereignisse in diesen Gegenden genaue Berichte zu erstatten im Stande sein. Wien am 17. Febr. 1849.

Prag, 17. Febr. Unsere Studentenschaft hat eine Dankadresse an den Abgeordneten Schuselka für seine thätige Verwendung in der Rekrutirungsangelegenheit beschlossen. Zugleich wurde der Beschluß gefaßt, auch eine Vertrauensadresse an den Reichstag abgehen zu lassen. Auch hier hat sich auf Anregung des bekannten Hofraths Buß ein Katholikenverein gebildet. Der Prager Verein erklärt sich als Hauptverein und übernimmt die Sorge für Gründung und Konzentrirung von Filialen auf dem Lande. Monatlich werden allgemeine Vereinsversammlungen gehalten. Als in der heutigen Versammlung die Lesung der Statuten bis zu diesem Punkte gekommen war, erhob sich ein stürmischer Wortstreit bezüglich der Sprache bei den Verhandlungen; die Versammlung ging nach dreistündigem Hin- und Herreden in großer Verwirrung aus einander. (C. Bl. a. B.)

Lith. Korresp. **Berlin**, 20. Febr. Die „Konstitutionelle Zeitung,“ das Organ des Hrn. Hansemann, wird mit dem 1. März zu erscheinen anfangen. Die Magnaten der Berliner und rheinischen Bourgeoisie, Gebr. Schickler, die Banquiers Anhalt und Wagner, Oppenheim Söhne, die Buchhändler Jonas, Dr. Veit, Hr. Oppenheim in Köln sind mit beträchtlichen Summen betheiligt. Der Betrag der gesicherten Zeichnungen beläuft sich bis jetzt auf nahe an 100,000 Rthlr.

Gestern war unsere Exekutivpolizei auf den Beinen, um die im Buchhandel noch vorhandenen Exemplare der „Fastnachtzeitung“ in Beschlag zu nehmen. Es ist dies Blatt eine Frucht jenes unerschöpflichen Humors, der seit dem März in immer neuen Formen als der beredteste Zeuge der hier heimischen frivolen Auffassung aller öffentlichen Verhältnisse sich geltend zu machen weiß. Die Verfolgungen, die ihm der Belagerungszustand zugezogen, haben gezeigt, daß er unvertilgbar ist. Keine Erscheinung der Opposition in unserer Hauptstadt hat so herzhaften und nachhaltigen Widerstand der Militärgewalt entgegengestellt, als dieser Humor. Er ist der Einzige, der sich nicht auf den passiven Widerstand beschränkt, sondern die Offensive ergriffen hat. Diesmal dürfte er einen schweren Stand haben. Gestern sind eine Menge von Exemplaren konfiszirt und heute der Druckerei von Draeger, aus welcher die „Fastnachtzeitung“ hervorgegangen, die Schließung ihrer Offizin aufgegeben worden.

Der Herzog von Gotha hat seine jüngste Anwesenheit im Interesse der deutschen Oberhauptsfrage gleichzeitig dazu benutzt, die Aufführung einer neuen von ihm komponirten Oper „die Vergeltung“ (Text von Elsholz) zu bewirken. Die Kenner dieser Komposition sprechen sich über dies neue Werk des fürstlichen Komponisten gleich günstig wie über seine ältere Komposition „Zaire“ aus.

Konst. Korr. **Berlin**, 20. Febr. Dem Vernehmen nach sind die in die zweite Kammer gewählten Mitglieder des Steuerverweigerungsparlaments entschlossen, der Eröffnung der Kammern im weißen Saale des königl. Schlosses nicht beizuwohnen. Von den aus dem Zeughause gestohlenen Zündnadelgewehren, sind doch bis gegen 30 Stück nicht wieder zurückgeliefert worden. 3 der fehlenden sollen durch freundnachbarliche Vermittlung des Hrn. Arago ihren Weg nach Frankreich genommen haben. Man wird aber wenig mit dem gestohlenen Gut anfangen können, da das Geheimniß weniger in der Konstruktion der Gewehre als in der Ladung liegt, und die Ladungen erst von unserer Armee in Empfang genommen werden müssen.

Charlottenburg, 19. Febr. Se. Majestät der König und das ganze königliche Haus sind durch die heute eingetroffene Nachricht von dem Ableben Sr. königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm Waldemar von Preußen in tiefe Betrübniß versetzt worden.

Se. königl. Hoheit war seit mehreren Monaten in Münster, wohin die militärische Dienstpflicht Höchstdenselben als Kommandeur der 13. Kavallerie-Brigade geführt hatte, an einem rheumatischen Fieber erkrankt, in dessen Folge sich eine Entzündung des Psoas-Muskels ausbildete, die sich aller ärztlichen Hilfe ungeachtet zu einem zerstörenden Abscess steigerte, bis am Sonnabend, den 17. d. M., Nachmittags gegen 4 Uhr, der Tod sanft erfolgte, dem er standhaft und in christlicher Fassung entgegensah.

Se. königl. Hoheit der Prinz Wilhelm, Vater des hingeschiedenen Prinzen, weilte seit Monaten in unausgesetzter väterlicher Sorgfalt und Liebe am Krankenbette und war, wie auch Se. königl. Hoheit Prinz Adalbert, der Bruder des Entschlafenen, beim Tode gegenwärtig.

Der hochselige Prinz war am 2. August 1817 geboren und ist folglich in der Blüthe der Lebensjahre vom Tode ereilt worden.

Ein reines Herz, der edelste Sinn und ein hohes Pflichtgefühl verband der verewigte Prinz mit der größten Anspruchslosigkeit, und als vor einigen Jahren ehrenwerthe Wißbegierde ihn nach Indien führte, hatte er Gelegenheit, bei einem Kampfe gegen die Sikhs in den Schlachten von Mudki, Ferozpur und Sobraon sich durch Besonnenheit und Tapferkeit so auszuzeichnen, daß ihm ein ehrenvolles Andenken bei seinen Mitkämpfern in der englischen Armee gesichert bleibt.

Der Todesfall wird daher um so schmerzlicher empfunden, weil der hingeschiedene Prinz, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, die militärische Laufbahn fortzusetzen, dem Staate noch lange und ersprießliche Dienste zu leisten versprach. (St.-A.)

┼ **Karlsruhe**, 21. Febr. Die Kammersitzung vom 10. d. M. über die Auflösungsfrage hat unsern Blättern einen reichhaltigen Stoff zur Ausbeute geliefert; noch nie sind die Schwächen und schlechten Mittel der radikalen Partei so offenbart worden, als damals. Von allem andern abgesehen, müssen wir doch darauf noch einiges Gewicht legen, daß vielleicht kein politischer Parteiführer jemals von seinen eigenen Gesinnungsgenossen so desavouirt wurde, wie diesmal Brentano, indem er von einem Theile seiner Freunde veranlaßt wurde, in einer spätern Rede zu bekennen, daß, wenn er vorher Namens einer Partei gesprochen habe, damit nicht eine Partei in der Kammer, sondern im Volke verstanden gewesen sei. Es sei uns erlaubt, noch einem andern Theile der Brentano'schen Rede eine kurze Aufmerksamkeit zu widmen, da man dadurch leicht irrige Ansichten über die Parteistellungen in unserer zweiten Kammer erhalten könnte. Brentano warf nämlich dem Abgeordneten Zittel vor, daß mit der Partei des linken Centrums jetzt Männer aus den frühern Reihen der Reaktion und des Ultramontanismus stimmten. Hiedurch könnte es den Anschein gewinnen, als bestände eine unnatürliche Coalition, wie sie leider in der Nationalversammlung mehrfach aufgetaucht ist. Allein dies ist nicht der Fall; der Klub des linken Centrums besteht ganz unabhängig, er ist sich in seinem politischen Glaubensbekenntnisse von jeher treu geblieben und unterstützt das Ministerium so lange, als es im Geiste der Märzrevolution regiert. Hat nun auch die Rechte eine Veranlassung, für dasselbe Ministerium zu stimmen, so kann hieraus doch wahrlich nicht eine Verdächtigung gegen das linke Centrum gefolgert werden. Morgen werden nach einer kurzen Unterbrechung während der Fastnachtszeit die Kammersitzungen wieder beginnen; in der zweiten Kammer wird eine Petition Fickler's über seine Untersuchungshaft und seine noch nicht erfolgte Aburtheilung einiges Interesse erwecken, indem der Gegenstand unsern Rothen Gelegenheit verschafft, auf den Prozeß sämmtlicher politischer Gefangenen einen Blick zu werfen, und die Gefühlsseite der Abgeordneten wiederum in Anspruch zu nehmen. Man vernimmt, daß zwei Landtagsabgeordnete, Reichenbach und Helbing, ihren Aus-

Uebersicht.

●

Zur österreichischen Note.

△ **Frankfurt**, 20. Febr. Von allen Seiten erfährt man, daß die zweite Erklärung Preußens sich durch Rückhaltslosigkeit und Offenheit auszeichne. Dieselbe Eigenschaft der Aufrichtigkeit nehmen die Verfasser der österreichischen Note vom 4. Febr. für sich in Anspruch. Ich habe mich gewundert, daß noch kein Wort des Lobes, und zwar mit voller Bereitwilligkeit gesprochen, in der Presse zu vernehmen war. Und doch verdienen zwei positive Erklärungen in der Note, in welchen eigentlich der Kern des ganzen Schriftstückes enthalten liegt, eben so männlich und aufrichtig als staatsweise genannt zu werden. Klagen Sie mich der Blindheit an, wenn ich in der langen Auseinandersetzung vom 4. Febr. nur zweierlei lese, was uns angeht — meine lobenden Aeußerungen werden Sie mir aber sicherlich gern nachsprechen. Die zwei Punkte sind:

1) daß Oesterreich nie und nimmer mit einem Theile seiner Staaten, daß es nur als Ein Ganzes zu einem germanischen Vereine irgend welcher Art hinzutreten wolle;
2) daß Oesterreich folglich auf keinen Fall einem frankfurtischen Bundesstaate angehören wolle.

Die Männer, welche diese Grundsätze unzweideutig aussprechen konnten, haben der Welt bewiesen, daß sie mehr als die nächsten Stunden, mehr als den Vortheil des Augenblickes bedachten.

Allerdings hätte die erstere Behauptung jedem Deutschen schon längst unzweifelhaft klar sein sollen — allerdings ist die politische Unterscheidung zwischen Erblanden und Nicht-Erblanden, zwischen Deutsch-Oesterreich und Nichtdeutsch-Oesterreich eine Lächerlichkeit. Was denken sich wohl die Herrn in Berlin darunter, wenn sie von einem Fortbestande des Bundes von 1815 reden, eines Bundes mit den „deutsch-österreichischen" Provinzen des Kaiserstaates? Etwa eine, noch anzubahnende Zolleinigung? — also mit andern Worten, eine Zollgrenze innerhalb Oestreichs, zwischen jenen Provinzen und dem Rest! Welcher Oesterreicher wird daran denken wollen? Oder ein militärischer gegenseitiger Schutz? Als wenn die zufällig in den sogen. deutschen Provinzen liegenden Heerestheile eine abgesonderte Macht wären und nicht vielmehr all ihren Werth durch die im Rücken stehenden Kriegsmassen des Kaiserstaates besäßen? Und liegt denn einer dereinstigen deutschen Politik nicht eben so viel an jedem kleinsten Zoll breit Erde, was der österreichischen Herrschaft in Ungarn oder Siebenbürgen entrissen werden könnte, als an dem Bestande des sogen. deutschen Territorialbesitzes in Böhmen, Mähren u. s. w.? Will Deutschland dem Kaiser v. Oestreich irgend etwas garantiren so soll es den Bestand des Gesammtstaates garantiren (?): will es eines Schutzes von Seiten österreichischer Waffen sich versichern, so soll es ans Gesammtheer Oesterreichs denken. Eine dritte Möglichkeit der Verbindung endlich wäre die Anbahnung einer gleichmäßigen Gesetzgebung. Gut denn, man lasse nur Juristen-Kommissionen zusammentreten! Aber würde mir wohl Hr. Heckscher einen einzigen Oesterreicher aufweisen, dem es möglich erschiene, daß Gesetze in Oesterreich als solche Giltigkeit erlangten, wozu nur einzelne Provinzen Oesterreichs durch Abgeordnete mitgewirkt? Zumal, da gerade in der Hauptstadt einer solchen Provinz just der Kern jeglichen deutsch-feindlichen Strebens im Kaiserstaate enthalten ist!

Also in jeder der drei möglichen Hinsichten ist die beliebte Unterscheidung eine Lächerlichkeit, sobald man sich über ihre praktische Ausführung verständigen will. Aber trotzdem mußte Fürst Schwarzenberg von dem Gezischel betriebsamer Agentenzungen unterrichtet sein, welche in letzter Zeit so manches ängstliche Gemüth verwirrt machten, in und außerhalb der Paulskirche. „Ja Oesterreich würde dem Bundesstaat beitreten — gewiß — mit den deutschen Provinzen: die übrigen träten nachher in das Verhältniß des Staatenbundes." Wie leicht wäre es dem Olmützer Kabinet gewesen, seine Agenten zu unterstützen, wie leicht, in Berlin und anderswo Bundesgenossen seiner Politik zu gewinnen! Ein einziges bundesstaatlich Wort! Nein, Fürst Schwarzenberg verschmähte, die Vortheile des Momentes zu benutzen: er schnitt die Frage durch und erklärte:

Was Oesterreich thut und läßt, das thut und läßt es als ein einiges.

„Aber warum nicht als solches an die Spitze eines Bundesstaates treten?" Wiederum zeugt die Handlungsweise des Ministeriums von Wahrheitsliebe und politischem Verstand. Was Bundesstaat bedeute, das weiß man in Wien gerade so gut wie in Frankfurt — lassen Sie mich es hier noch einmal kurz aussprechen. Ein Bundesstaat heißt diejenige Vereinigung von Staaten, deren auswärtige Politik in Einer Gesetzgebung und Einer Regierung ruht. Daraus folgt erstens unmittelbar, daß dieselben Eine Vertretung im Auslande, Eine Handelspolitik und Eine Kriegsleitung besitzen — mittelbar, daß die Bereitschaft des Krieges und daß die Bedingungen der Handelspolitik, als Heer und Flotte, die Schifffahrtsanstalten zur See und innerhalb des Landes, jenen einheitlichen Faktoren unterstehen. War nun wohl, so fragte sich des Kaisers von Oesterreich Minister, war Deutschland angethan zu einem solchen Bundesstaate mit Oesterreich? Ohne eine Hungarisirung sämmtlicher deutscher Staaten von Wien aus, Nein! „Ohne die lebenskräftigen, organischen Glieder Deutschlands aufzuheben und zu vernichten", wie es das 900jährige Ungarn (nach dem Rechte der Nothwendigkeit übrigens) aufhebt und vernichtet, konnte Oesterreich einem solchen Bundesstaate nicht vorstehen, was gleichbedeutend damit ist, daß es überhaupt Theil daran habe.

Und folglich tritt Oesterreich in keinen Bundesstaat.

Könnte ein jeder Ihrer Leser mir in das Herz blicken, er würde sich überzeugen, daß ich dieses Lob der Aufrichtigkeit ehrlich meine, daß ich nicht bloß eine durchgängige Uebereinstimmung von Ansichten und von Motiven, daß ich auch ein Abstehen von Kleinigkeitskrämerei, ein offenes Durchschneiden darin entdecke, das wahrhaftig sehr hoch anzurechnen ist. Es ist mir desto unbegreiflicher, warum denn ein so ungeheures Geschrei erhoben worden, warum seit jenem Tag, wo die österreichische Note hier eintraf, der Kopf eines jeden „Kaiserlichen" gar so tief hängt, die Stimme vor Beklemmung kaum hervorzukommen vermag. Man durchdringe sich recht mit den zwei obigen Grundsätzen und überlege dann, ob es gar so wunderbar ist, daß Oesterreich etwas unkameradschaftlich dem Bundesstaatsgelüste den Krieg droht, ja daß es an die Wiener Verträge von 1815 erinnert. Als wäre Ein gesprochenes Wort gleich ein letztes, als gehörte Dräuen, wie Klingeln, nicht zum Handwerk! Oesterreich will keinen Bundesstaat zugeben — und es wird ihn zugeben, wenn er gestiftet ist.

Gestiftet aber ist der deutsche Bundesstaat von dem Augenblick an, wo der preußische Staat, mit den nicht-königlichen Staaten vereinigt, die Sache der deutschen Nationalversammlung zur seinigen macht. Und dieser Augenblick ist gekommen. Die preußische Note, und in ihrem Sinne wohl auch in den ersten Tagen des März die preußische Landesversammlung erklärt feierlichst: Es sei der Bundesstaat im Wesentlichen durchaus nach den Bestimmungen der einmal durchvotirten Verfassung einzurichten. Preußen und sämmtliche nicht-königliche Staaten zusammen sind jetzt das Reich: wir sehen ihnen im Laufe weniger Wochen erst Hannover, dann Würtemberg und Sachsen, endlich auch Baiern beitreten und Deutschland ist gerettet, bevor die große Drommete des Frühjahrs unsern Welttheil in neue Zuckungen führt.

Ob es mir gelingt, Ihren Lesern gute Laune zu schenken? Ich werde morgen den Versuch erneuern.

** **Berlin**, im Febr. Gesetzt Deutschland hätte so wenig Ehr' im Leibe, daß Oesterreich recht behielte, und daß Preußen mit Schimpf und Schande aus deutschen Diensten gejagt würde, dann erhielten wir also eine „neue Bundesbehörde" und unsere „Grenzmarken" streckten wir von den Donaumündungen bis über Dänemark und Niederland hinaus. Den „einheitlichen Centralstaat" hätten wir aufgegeben; aufgegeben hätten wir den „sogenannten Bundesstaat, der nichts weniger ist als ein Bundesstaat." Wir wären dann das himmlische Deutschland, welches dem Ministerpräsidenten Schwarzenberg, wenn er sich aus dem Sinn

schlagen will, daß er bei den Reichstagswahlen zweimal, das letzte Mal mit vier Stimmen schmählich durchgefallen ist, „vorschwebt", und worin nichts „feststeht," was nicht schwarzgelb angestrichen ist. Wir wären dann nach Außen „fest und mächtig," im Innern (Dänemark, Serbien, Kroatien, Ungarn, Siebenbürgen, Lombardei, Dalmatien, Niederlande) „stark und frei" (?), „organisch gegliedert und doch in uns einig"! Nicht wahr, wenn wir uns in diesen Abgrund von Glückseligkeit vertiefen, so fällt es uns doch noch nicht ein, wie zur wahren Vollkommenheit noch gehört, daß Oesterreich „nie ein gänzliches Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzichten auf die Selbstständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner besondern Stellung vereinbarlich findet" und daß sich Oesterreich „die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten muß". Dies sind aber die Worte der österreichischen Regierung d. d. 19. April 1849! In seiner Note vom 4. Februar sagt Oesterreich: „die Wahlen fanden statt, unbeirrt und ungehemmt, in vollster Freiheit. Bald trat die Nationalversammlung in Frankfurt zusammen und begann das große Unternehmen. Auf ihre Berathungen und Beschlüsse hat Oesterreich nie einen Einfluß zu üben versucht. Der Standpunkt.... ist seither unwandelbar derselbe geblieben." Also auch drei Wochen nach dem 30. März — am 19. April, und seither! Am 19. April sagte Oesterreich: „Weit entfernt, den bevorstehenden Wahlen zum deutschen Volksparlament eine bestimmte Richtung vorzeichnen oder auf dieselben Einfluß nehmen zu wollen (!), findet sich das Ministerium durch die bereits angeregte Frage, ob Deutschland in Zukunft ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sein soll, veranlaßt, seine Ansicht auszusprechen." Dann folgen obige Worte und schließlich heißt es, woran Oesterreich freilich „unwandelbar" festgehalten hat: „Insofern Letzteres (nämlich die besondere Zustimmung zu jedem von der „Bundesbehörde" gefaßten Beschluß) mit der Wesenheit eines Bundesstaates nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Oesterreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten."

Am 4. Februar erklärt Oesterreich: „Treu der damals durch ganz Deutschland zur Geltung gebrachten Ansicht" „Weit entfernt sich auszuschließen"..... Also, unsere Anforderungen, um uns nur Oesterreich zu erhalten, auf ein Minimum des Minimums herabgedrückt; nicht bloß das erbliche Kaiserthum, sondern den Bundesstaat aufgegeben, zufrieden gestellt mit einem Staatenbund verbesserter Auflage, — was gewinnen wir? — daß zu jedem von der „neuen Bundesbehörde" gefaßten Beschlusse sich Oesterreich die besondere Zustimmung unbedingt vorbehält! Luft, Licht! Nein, raffen wir uns empor. Mit letzter Anstrengung, mit unserem ganzen Rest von Stolz und Hoffnungen. Jetzt oder nie. Die Losung ist: ein Staat, ein deutscher Staat!

Deutschland nehme sich jetzt den alten Fritz zum Muster, eine Welt in Waffen stand ihm gegenüber. Wohl ahnt' ich schon im vergangenen Jahr, daß, ehe Deutschland sich neu konstituirt, eine Welt in Waffen ihm, wie dem Friedrich, entgegentreten würde. Ja, jetzt darf ein Preuße sich nicht scheuen, die deutschen Brüder an Roßbach zu erinnern. Denn da stand Oesterreich mit dem alten morschen heiligen römischen Reich und in Friedrich von Preußen schlug das neue Deutschland jenes verrottete Reich aufs Haupt. Oesterreich, hüte Dich. Ein neues Roßbach ist vor der Thür! Denn Oesterreich vertritt das alte Deutschland. Ihm gegenüber steht Preußen und mit ihm das neue Deutschland, die Reichsversammlung, Heinrich Gagern und die junge aufstrebende Nation. Oesterreich, denk' an Roßbach!

Aber wir müssen jetzt aufhören, theoretisirend in Allgemeinheiten uns zu bewegen; man sieht ja, daß die Einheit Deutschlands nicht mehr ein Kennzeichen ist. Oesterreich führt sie im Munde! Die baierische Kammer erhebt sich einmüthig von den Sitzen für Deutschlands Einheit und hat ihr eben mit der Adreßdebatte ins Gesicht geschlagen! Springen sie Alle auf von den Plätzen um eine alte Phrase und reden von Heimberufung der Baiern aus Frankfurt! Sie erhoben sich für die Zerreißung Deutschlands, für die Verewigung unserer Ohnmacht und Schande, das heißen sie „Einheit!"

Feste klare Worte müssen wir wählen. Die Vereine, die Versammlungen, die Kammern, die Regierungen, die Fürsten, denen es um Deutschland zu thun ist, dürfen nicht mehr die Sprache führen, hinter welche sich Verrath und Bornirtheit bergen. Vom „Kaiserthum", vom „erblichen Kaiserthum" ruft und redet!

Das neue Schlagwort sei: „der „Staat", „unser Staat", „der deutsche Staat!"

Das kalifornische Goldfieber.

Das gelbe Fieber, d. h. die Sucht nach Kalifornien auszuwandern, greift auch im nördlichen Deutschland immer mehr um sich. Täglich wird von Bremen aus Schiffsgelegenheit nach San Francisco angekündigt und im März sollen, wie wir hören, allein von der Weser aus nicht weniger als 4 oder 5 Fahrzeuge unter Segel gehen, welchen in den nächsten Monaten mehrere andere folgen. Der Drang in Kalifornien, an der fernen Küste des stillen Weltmeers, auf der andern Erdhälfte ein Glück zu suchen, das die alte Heimath versagt, läßt Tausenden keine Ruhe mehr und jener abenteuernde Geist, welcher unsern Deutschen von jeher eigen war und sie immer von Osten nach Westen oder Süden trieb, ist mit neuer Stärke erwacht. Je weniger klar die Vorstellungen sind, welche die Meisten sich von dem neuen Lande zu entwerfen vermögen, um so eifriger ist der Drang, in die weite Welt hinaus zu eilen. So war es vor 4 oder 5 Jahren mit der Auswanderung nach Texas, wo man goldene Berge hoffte und statt derselben Elend und frühen Tod fand.

Zwar Oberkalifornien ist kein Texas, es ist ein Land mit unvergleichlicher Weltlage, mit gesundem Klima und theilweise unglaublich fruchtbarem Boden. Aber es ist kein Feld für deutsche Auswanderer, wenigstens für jetzt nicht. Vor mehreren Jahren, als noch Niemand in Europa an kalifornische Niederlassungen von Deutschland oder überhaupt von Europa aus dachte, hat der Verfasser dieser Zeilen (in der Augsb. Allg. Ztg.) in mehreren Aufsätzen den unschätzbaren Werth hervorgehoben, welchen Kalifornien besitzt. Er ahnete damals so wenig wie irgend ein anderer etwas von dem überschwenglichen Goldreichthum des Landes; aber aus dem, was er in Adelung's bekanntem Werke, in Vancouvers Reise um die Erde, in Fremont's Reise und Robinson's Leben in Kalifornien gelesen hatte, war es ihm schon damals klar, daß der Besitz dieser Küstenstrecke am großen Ocean für die vereinigten Staaten von Nordamerika von unschätzbarem Werthe und ein reichlicher Ersatz für alle im mexikanischen Kriege gebrachten Opfer sein werde. So ist es gekommen.

Die Spanier sowohl als die mexikanischen Creolen haben dieses Land vollkommen vernachlässigt. Zählte es doch bis vor Kurzem auf einem Flächenraume, der jenen Deutschlands übertrifft, nur etwa 40,000 Einwohner und obendrein zu guter Hälfte Indianer. Die Hafenplätze wurden fast nur von Wallfischjägern der Südsee besucht, und der Ackerbau, der dort eine Quelle unversiegbaren Reichthums abgeben wird, war durchaus unbedeutend. Mit dem Auftreten der Amerikaner gewann plötzlich Alles eine andere Gestalt. Allein an der herrlichen San Franciscobucht, welche den schönsten und geräumigsten Hafen der Welt bildet, wurde binnen wenigen Monaten der Grundstein zu nicht weniger als sechszehn Ortschaften gelegt, und aus dem Oregongebiete, namentlich aus dem Willamettethal, ja von den Sandwichsinseln strömten Einwanderer herbei. Da fand man am Sacramentoflusse Gold in ungeheurer Menge. Wie vor dreihundert Jahren zu den Zeiten des Montezuma und Pizarro bemächtigte sich der Weißen eine wilde Begier nach Schätzen; das Dorado, das Goldland, welches man so oft und immer vergeblich an der Ostküste Süd-Amerika's, weit oben am Orenoco gesucht, und das die Einbildungskraft volle zwei Jahrhunderte hindurch in Spannung erhalten hatte, es war plötzlich an der Nordwestküste des neuen Continents gefunden; der alte Reichthum, welcher einst die Gruben von Potosi so berühmt machte, erneuerte sich. Alles wollte Gold; die Pflugschaar, der Anker, das Beil, der Hobel und die Mauerkelle blieben verlassen, die Küste war plötzlich wie verödet. Dieser Drang nach den Goldgegenden des Innern hat die ruhige Entwickelung der neuen Kolonie, offenbar zu ihrem Nachtheile, unterbrochen, denn durch das Gold wird Kalifornien so wenig ein reiches Land wie Meriko oder Peru es geworden sind.

Das Goldfieber wüthet inzwischen fort und reizt die Phantasie der Unerfahrenen, die in europäischer Beschränktheit vermei-

nen, auch sie könnten ihren Theil holen. Aber Kalifornien liegt eine halbe Welt weit von uns entfernt, und wenn unsere Auswanderer dort anlangen, werden die Verhältnisse in Betreff des Goldsuchens geregelt sein. Bergleute werden willkommene Aufnahme finden, alle übrigen Einwanderer aber das, was sie mit geringeren Mühen und Kosten auf der uns zugewendeten Seite der vereinigten Staaten haben können, in Kalifornien nicht so leicht zu erwerben vermögen. Um dort sich wie in der Heimath zu fühlen und der ganzen Lage gewachsen zu sein, muß man eben die Dinge anzugreifen wissen, wie ein Amerikaner, wozu wir die in den vereinigten Staaten seit längerer Zeit angesiedelten Deutschen rechnen.

Wer als Neuling aus Europa kommt, wird viel mehr Schwierigkeiten zu überwinden haben, und sich zuletzt auf den Ackerbau beschränkt sehen, der ihm, wenn er sonst tüchtig ist, allerdings zu Wohlstand verhilft, aber nicht im Fluge, sondern in zehn Jahren.

Was Nordamerika an Abenteurern hat, ist seit dem verflossenen Juli unterwegs nach Kalifornien. Unsere Auswanderer werden zu spät kommen, und alles überfüllt finden. Zwar haben jetzt einzelne Schiffe an Waaren bis zu 5000 Prozent verdient, aber auf die Gefahr hin, des Irrthums überführt zu werden, wagen wir die Behauptung, daß noch im Laufe dieses Jahres europäische Waaren in San Francisco billiger sein werden, als in Deutschland oder England. So war es auch, nachdem China den europäischen Fabrikaten geöffnet wurde; der ungeheure Zudrang steigerte die Konkurrenz in gewaltiger Weise und die Waaren mußten bei starker Ueberfüllung des Marktes um jeden Preis losgeschlagen werden. Denn, wenn auch Kalifornien jetzt 200,000 Bewohner haben sollte, was kann eine solche Handvoll Menschen konsumiren? Ueberdies wird, so wie wir die Sachlage überschlagen, von den Häfen der Westküste Südamerikas und besonders von San Blas, Guaymas und Mazatlan aus, schon im Anfang Winters der Markt von San Diego, Monterey und San Francisco reichlich versehen sein; die Yankeeschiffe, welche im Oktober und November aus Boston, Newyork und andern atlantischen Häfen absegeln, werden eine Nachlese halten, die europäischen kommen auf jeden Fall zu spät, — nicht für Ansiedler, die den Boden bebauen, aber für jene, die Gold suchen und Waaren verkaufen wollen.

Die Schiffe, welche im März von Deutschland aus nach Californien steuern, kommen ungefähr im Juni am Cap Horn an, also mitten im Winter. Wer etwa nicht weiß, was es heißt, die Südspitze Amerikas im Winter zu umsegeln, den verweisen wir unter Anderem auf die meisterhafte Schilderung im ersten Kapitel von Pöppig's Reise nach Chile. Wir selbst haben in den letzten Tagen noch einen sehr tüchtigen Kapitän in Bremen gesprochen, welcher das Cap Horn zweimal dublirt hat, jedesmal sechs bis sieben Wochen Zeit dazu bedurfte, und bis auf den 59. Grad südlicher Breite hinabgetrieben wurde. Im günstigen Falle dauert auf diesem Wege die Fahrt nach San Francisco sieben Monate; auf dem Wege um Afrika durch das stille Weltmeer eben so lange.

Man hat von Bremen aus die Fahrt nach Chagres und von da den Uebergang über die Landenge nach Panama anempfohlen. Das ist unverantwortlich, wie jeder mit der Sachlage einigermaßen vertraute Mann weiß. Später, nach Ablauf einiger Jahre, wird dieser Weg allerdings vielfach benutzt werden können, für jetzt ist er keinem europäischen Auswanderer anzurathen. Einmal sind Chagres und Panama ungesunde Plätze; sodann ist der Uebergang über den Isthmus eben so kostspielig als unbequem; endlich, und das ist die Hauptsache, findet der Auswanderer in Panama keine sichere Schiffsgelegenheit. Man könnte einwenden, daß die hundert Schiffe, welche von Newyork ꝛc. aus, jetzt nach Californien unterwegs sind, schon aus Spekulation für die Weiterbeförderung dieser Auswanderer sorgen würden. Aber wer gibt dafür irgend eine Gewähr? Es ist alles lediglich Sache des Zufalls, und darf man unsere Auswanderer auf ihn verweisen? Alle Unbequemlichkeiten, welche die Fahrt um das Cap Horn mit sich bringt, müssen dieser Ungewißheit, mit welcher ohnehin doppelte Kosten verbunden sind, bei weitem vorgezogen werden.

Wir erheben noch einmal unsere warnende Stimme, und rathen von der Auswanderung nach Californien für jetzt ab. Wer das Vaterland verlassen will oder muß, um auf der andern Seite des Weltmeers sein Glück zu suchen, thut besser, sich an das zu halten, was erprobt ist, und sein Augenmerk auf Ansiedelung im Nordwesten der Vereinigten Staaten zu richten, sei es in Wisconsin und Ohio, sei es in einzelnen Theilen von Virginien und Tennessee, oder in anderen Staaten, die er mit einem um zwei Drittheile geringern Aufwand an Geld und Zeit und ohne alle Gefahr sicher erreichen kann, wo er nicht eine Zukunft voll Abenteuer, sondern geregelte Verhältnisse vor sich sieht. (D. Rchbz.)

Die Militärkapitulationen der Schweiz mit fremden Mächten.

) **Bern**, im Febr. Die Schweizer-Regimenter in Rom und Neapel greifen gegenwärtig so bedeutsam in die Geschicke Italiens ein, daß es vielleicht Ihren Lesern nicht uninteressant sein dürfte, einige theilweise der schweizerischen Statistik von Franscini entnommenen Bemerkungen über diese Militärkapitulationen zu vernehmen, welche höchstwahrscheinlich in der nächsten Bundesversammlung einen wichtigen Gegenstand der Berathungen bilden werden. Die Kriegsdienste der Schweizer im Solde fremder Fürsten und die entsprechenden Kapitulationen füllen manches Blatt der Geschichte sowohl unseres Vaterlandes als anderer Staaten mit Zügen, von denen einige der schweizerischen Nation zum Ruhme, andere aber leider zur Unehre gereichen. Die Protokolle der kantonalen Räthe und der gemeinsamen Tagsatzungen weisen häufig auf Verhandlungen und Beschlüsse hin, welche die Beschränkung oder selbst die gänzliche Aufhebung des kapitulirten Kriegsdienstes zum Zwecke haben. Allein zu mächtige Privatinteressen und zu tief eingewurzelte Gewohnheiten waren zu jeder Zeit Ursache, daß weise und ehrenvolle Anordnungen entweder nicht angenommen oder nicht gehörig vollstreckt wurden. In unsern Tagen ging der schweizerische Söldnerdienst in Sardinien, in Spanien, Holland und Frankreich ein. Als wir uns jedoch schon freuten, sein Ende nahe zu sehen, siehe, da kam er erweitert in den italienischen Staaten wieder auf. Die Beschützer des Söldnerdienstes, welche in der Schweiz, besonders in der Alpengegend, immer zahlreich sind, zeigen sich sehr beredt, die Kapitulationen nicht blos zu entschuldigen, sondern wohl auch zu loben.

Durch den Bundesvertrag vom Jahr 1815 wurde den Kantonen das Recht gewährleistet, Militärkapitulationen mit fremden Mächten zu schließen. Doch den Mittelpunkt solcher Kapitulationen bildeten die sogenannten aristokratischen Kantone und die demokratischen Urkantone mit Graubündten und Wallis. Die meisten andern Kantone, Dank dem in den Reformen der Jahre 1830 und 1831 waltenden Geiste, nahmen als Staatsgrundsatz an, keine Militärverträge abzuschließen. Jedoch in einigen derselben bestehen heutzutage noch Kapitulationen, welche damals schon errichtet und in Kraft waren.

Eine Uebersicht der Schweizertruppen, welche seit dem Jahre 1477 bis auf unsere Zeit im Auslande gedient haben, zeigt folgendes Resultat: In Frankreich dienten vom Jahr 1477 bis 1830 750,000 Mann; in Spanien von 1574—1830 126,000 M.; in Holland von 1764—1829 79,700 M.; für das Haus Savoyen von 1682—1816 51,800 M.; in Oesterreich von 1496—1803 50,800 M.; im Kirchenstaate von 1505—1843 39,100 M.; für die ehemalige Republik Venedig von 1573—1709 26,300 M.; für Neapel von 1731—1829 25,000 M.; in England von 1591—1816 6950 M.; in Schweden von 1632—1634 3600 M.; in Preußen von 1502—1812 3500 M., zusammen 1,162,750 Mann. In dieser auf mehr als eine Million ansteigenden Ziffer sind, wie man sieht, die Truppen nicht begriffen, welche man den Herzogen von Mailand für einen Dienst lieferte, der mehr als jeder andere den schweizerischen Namen befleckt. Nehmen wir als Gesammtzahl 1,200,000 Krieger an. Wie viele werden in Schlachten gefallen, wie viele in Folge der Mühseligkeiten des Kriegs oder einer im Söldnerdienste angenommenen ausschweifenden Lebensart eines frühzeitigen Todes gestorben sein?

Was den gegenwärtigen fremden Kriegsdienst betrifft, so dienen auch heutzutage viele Schweizer unter ausländischen Fahnen, sowohl als Offiziere wie als Soldaten. Man findet solche vielleicht bei jedem europäischen Heere, und ihre Zahl bei der Fremdenlegion der Franzosen in Afrika soll beträchtlich sein. Aber ein eigentlich kapitulirter oder von den schweizerischen Regierungen genehmigter Militärdienst besteht nur noch in Italien. Die noch in Kraft bestehenden Kapitulationen beschränken sich auf folgende: 1) Päpstliche Schweizergarde; ein Vertrag vom Jahre 1824

Uebersicht.

Die neue preußische Erklärung.
Deutschland. Triest (Die österreichische Marine.) Dresden (Kammerverhandlungen.)
Oesterreichische Monarchie. Siebenbürgen (Streit der Sachsen und Romanen um die russische Hilfe.)

Deutschland.

Frankfurt, 22 Febr. Die O. P. Z. theilt den Text der neuen Preußischen Erklärung mit, welche die von Preußischer Seite gemachten Abänderungsvorschläge zur Reichsverfassung begleitete. Dieselbe lautet:

„Durch die Cirkulardepesche vom 23. v. M. hat die Regierung Sr. Maj. des Königs den Weg bezeichnet, auf welchem, ihrer Ueberzeugung nach, die durch die Lage Deutschlands dringend geforderte Vereinigung über das in Frankfurt berathene Verfassungswerk erreicht werden könne. Dieser Weg ist der der Verständigung sowohl der Regierungen unter sich als mit der deutschen Nationalversammlung.

„Der Vorschlag Preußens hat sich der fast ungetheilten Zustimmung der verbündeten Regierungen zu erfreuen gehabt und die große Mehrzahl derselben hat sich in den hierher gelangten Rückäußerungen bereit erklärt, durch ihre Bevollmächtigten in Frankfurt auf eine gemeinschaftliche Berathung einzugehen.

„Ew. Excellenz sind über die Hauptgesichtspunkte, von denen die königliche Regierung ausgeht, bereits mit Instruktion versehen. Nachdem nunmehr durch die Mittheilung, welche der Reichsminister Freiherr v. Gagern unter dem 28. v. M. an Ew. Excellenz gerichtet hat, die in beglaubigter Form ausgefertigten Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung über die Verfassung hierher gelangt sind, hat das königliche Staatsministerium sich zur Pflicht gemacht, dieselben einer sorgfältigen Erwägung zu unterwerfen. Ich bin in Folge dessen in den Stand gesetzt, diejenigen Bedenken und Abänderungsvorschläge, welche aus den Berathungen desselben hervorgegangen sind, an Ew. Excellenz gelangen zu lassen, um dieselben mit den Bevollmächtigten der übrigen Regierungen besprechen und solche demnächst dem Reichsministerium vorlegen zu können.

„Es gereicht mir dabei zur großen Genugthuung, aus den Berichten Ew. Excellenz zu ersehen, daß dieselben schon jetzt in den wesentlichsten Punkten mit denjenigen Ergebnissen übereinstimmen, welche die bisherigen Besprechungen Ew. Excellenz mit einer nicht kleinen Anzahl der Bevollmächtigten in Frankfurt herausgestellt haben. Das Staatsministerium hat diesen Berathungen die vollste Berücksichtigung zu Theil werden lassen, und ich darf mich daher um so mehr zu der Hoffnung berechtigt halten, daß durch die weiteren Besprechungen, unter Festhaltung der angedeuteten Prinzipien, das erfreuliche Ziel einer umfassendern Einigung und Uebereinstimmung werde erreicht werden. Indem ich diese Bedenken und Vorschläge mittelst besonderer Instruktion Ew. Excellenz zufertige, habe ich mich im Gegenwärtigen über die Gesichtspunkte auszusprechen, welche bei der Behandlung der vorliegenden hochwichtigen Angelegenheit im Ganzen für die königliche Regierung bisher leitend gewesen sind, und es ferner bleiben werden.

„Die königliche Regierung erkennt als obersten Grundsatz an, daß das deutsche Verfassungswerk nur durch die freie Zustimmung der dabei betheiligten Regierungen endgiltig zu Stande kommen könne. Indem sie dieses Recht in vollstem Maße sich vindizirt, erkennt sie es auch für alle übrigen Bundesglieder gleichmäßig und ohne Ausnahme an, wie sie dies bereits früher ausgesprochen hat.

„Sie wünscht ferner nichts aufrichtiger und lebhafter, als daß die neue Verfassung des deutschen Bundes alle deutschen Stämme mit einem starken und innigen Bande umschlingen und sie zu einem großen Ganzen gestalten möge. Sie ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Erhaltung des engen, durch Jahrhunderte befestigten Bandes, welches Oesterreich mit dem übrigen Deutschland verkettet, für beide Theile ein großes und unentbehrliches Bedürfniß sei. Sie will dasselbe in keiner Weise gelockert, vielmehr gekräftigt und befestigt wissen. Sie begegnet in diesem Punkte vollständig den Gesinnungen, welche die kaiserliche Regierung in ihrer hierher mitgetheilten Depesche vom 4. d. M. an ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ausgesprochen hat.

„Wenn sie zugleich nicht verkennt, welche Schwierigkeiten die eigenthümlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der deutschen Provinzen des Kaiserstaates im Zusammenhange mit denen der Gesammtmonarchie, der Feststellung ihres Verhältnisses zu dem neu zu gründenden Bunde entgegenstellen, so zweifelt sie doch nicht an einer glücklichen Lösung derselben, und sie glaubt sich durch den Inhalt der obgedachten Note zu der Erwartung berechtigt, daß die kaiserliche Regierung mit bestimmten Vorschlägen hierüber, den übrigen verbündeten Regierungen und der Nationalversammlung entgegenkommen werde. Sie wird es sich zur Pflicht machen, solchen Vorschlägen ihrerseits in dem oben angedeuteten Geiste zu begegnen.

„Von diesen Vorschlägen, sowie von den Erklärungen, welche andere mitverbündete Regierungen, welche sich noch nicht ausgesprochen haben, abgeben werden, muß natürlich auch die letzte Entschließung der Regierung Sr. Majestät des Königs abhängig bleiben.

„Inzwischen erachtet es dieselbe für dringend gebotene Pflicht, sich schon jetzt, von ihrem Standpunkte aus, über den vorliegenden Verfassungsentwurf auszusprechen. Die Lage Deutschlands fordert eine baldige Entscheidung. Alle wahren Freunde des Vaterlandes erkennen die Nothwendigkeit der endlichen Beseitigung des gegenwärtigen ungewissen Zustandes, der Errichtung eines starken Einheitspunktes, an den die Schwachen sich anlehnen, um den die erhaltenden Elemente sich schaaren können.

„Die Verhinderung einer gänzlichen Auflösung der schwächeren Staatskörper und des immer weiteren Umsichgreifens innerer Zerstörung jetzt noch lebensfähiger Elemente, die Ruhe und der Friede Deutschlands hängen davon ab. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses kann nicht von ungewissen Eventualitäten abhängig gemacht, nicht in unbestimmte Ferne hinausgeschoben werden.

„In wie weit Preußen dazu beizutragen bereit ist, darüber will die Regierung Sr. Majestät des Königs keinen Zweifel bestehen lassen.

„Sie ist aus freier Entschließung bereits durch die Proklamation Sr. Majestät des Königs vom 18. März v. J. mit der Erklärung vorangegangen, daß sie der Umgestaltung des deutschen Staatenbundes zu einem Bundesstaat ihre Kräfte widmen wolle. Sie hat seitdem in diesem Geiste gehandelt und sie wird diesem Bestreben ferner getreu bleiben.

„Preußen bedarf dieses Bundesstaates nicht um seiner selbst willen. Seine Größe, seine staatliche Consistenz, seine Traditionen geben ihm mehr als den meisten andern Staatskörpern Deutschlands die Fähigkeit, sich selbst genügen, nöthigenfalls für sich beharren zu können. Vergrößerung an Macht oder Einfluß sucht es nicht. Wenn es den Bundesstaat seinerseits will, so will es ihn nicht um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen; die Opfer, die es demselben bringt, die Lasten, die es übernimmt, trägt es um der Gesammtheit willen.

„Von diesem Standpunkt aus hat die Regierung Sr. Majestät des Königs den vorliegenden Verfassungsentwurf geprüft.

„Sie glaubt, daß derselbe im Wesentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaats enthalte.

„Die Abänderungsvorschläge, welche sie Ew. Excellenz zukommen läßt, sind wesentlich aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß es darauf ankomme,

1) die Kompetenz der Bundesgewalt genauer zu begrenzen, innerhalb dieser Kompetenz aber ihr eine kräftige Handhabung zu sichern.
2) Die Existenz der Einzelstaaten als selbstständige Organismen möglichst zu wahren und sie nicht weiter zu beschränken, als zur Erreichung der wesentlichen Bedingungen des Bundesstaates nothwendig ist.

„Eine Centralisation, welche über den Bundesstaat hinaus in den Einheitsstaat führen würde, muß nach der Ueberzeugung der königlichen Regierung, als weder nothwendig, noch den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechend, dem Werke der Einigung aber hinderlich und gefährlich, durchaus vermieden werden. Hingegen ist die königliche Regierung aber auch der Ansicht, daß den einzelnen Fürsten und Staaten nicht zugemuthet werde könne, einem großen Theil ihrer Selbstständigkeit zu entsagen, anders als zu Gunsten einer wirklich starken Centralgewalt, welche durch kräftigen Schutz die Opfer erzielt, welche sie fordert.

„Die königliche Regierung hofft, daß die Erklärungen und Vorschläge, welche Ew. Excellenz hiernach in deren Namen abge-

ben werden, sowohl bei den Regierungen als bei der Nationalversammlung eine günstige Aufnahme und eingehende Erwägung finden, und daß sie das Werk der Verständigung fördern werden.

„In Uebereinstimmung mit dem Eingangs ausgesprochenen Grundsatze enthält die königliche Regierung sich bestimmter Vorschläge über die §§. 1—3 des ersten Abschnittes, welcher den Titel „das Reich" trägt. Sie glaubt, daß die Bestimmung darüber, welche Territorien den Bundesstaat bilden, erst dann formulirt werden könne, wenn festgestellt sein wird, welche Länder Deutschlands dem Bundesstaat beitreten wollen. Ebenso glaubt sie, daß das Verhältniß derjenigen Bundestheile, deren bestehende Verbindungen mit außerdeutschen Staatskörpern besondere Modalitäten erfordern, erst dann geregelt werden könne, wenn die besondern Bedingungen ihres Beitritts, welche Gegenstand weiterer Verhandlungen bleiben müssen, festgestellt sein werden. Sie hält für durchaus nothwendig, daß keine präjudicielle Beschlüsse gefaßt werden, welche diese Einigung erschweren oder ausschließen.

„In Betreff des Abschnittes, welcher von der Gestaltung der obersten Exekutivbehörde des Bundesstaats handelt und den Titel „das Reichsoberhaupt" führt, muß sich die königliche Regierung ebenfalls bestimmter Erklärungen für jetzt noch enthalten, und zwar um so mehr, als auch die Beschlüsse der Nationalversammlung in diesem Punkt nicht zu einem vollständigen Resultat geführt haben. Sie betrachtet diesen Theil der Verfassung insbesondere als abhängig von den Erklärungen und Vorschlägen, welche von den mitverbündeten Regierungen, die sich hierüber noch nicht geäußert haben, zu erwarten sind.

„Die Gesichtspunkte, von denen die königliche Regierung ausgeht, hat sie bereits in der Cirkulardepesche vom 23. v. M. angedeutet.

„Indem nun die königliche Regierung sich über die übrigen Verfassungsabschnitte ausspricht, und ihre Abänderungsvorschläge vorlegt, bezeichnet sie damit die Bedingungen und Grenzen, innerhalb deren sie selbst, und von ihrem Standpunkt aus, den Bundesstaat für realisirbar erachtet und ihm beizutreten bereit ist. Sie verkennt dabei nicht, daß die noch vorbehaltenen Erklärungen der übrigen Regierungen die Nothwendigkeit herbeiführen können, das Verfassungswerk in wesentlichen Punkten umzugestalten.

„Insofern die ferneren Verhandlungen eine solche Nothwendigkeit ergeben sollten, hat die königliche Regierung Ew. Excellenz nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihre Erklärungen über den Entwurf als über ein Ganzes abgegeben, und daß, falls wesentliche Voraussetzungen, auf denen dieses Ganze beruht, hinweggenommen oder modificirt werden sollten, danach auch ihre schließlichen Erklärungen sich werden ändern und vorbehalten bleiben müssen.

„Ew. Excellenz wollen diese Instruktion den von Ihnen über die Verfassungsfrage abzugebenden Erklärungen zum Grunde legen, und ermächtige ich Sie, dieselbe dem Präsidenten des Reichsministerii mitzutheilen.

„Berlin, den 16. Februar 1849. „(Gez.) Bülow.

„An den königlichen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, Herrn Staatsminister Camphausen Excellenz, zu Frankfurt a. M."

Triest, 12. Febr. „Die Furcht ist eine schlechte Rathgeberin, allein eine unzeitige, unberufene Kühnheit ist auch keine bessere Führerin." Diese Worte möchte man auf zwei Petitionen anwenden, welche hier betrieben werden sollen. Die eine bezweckt, daß der hiesige Freihafen und sein Handel bei dem Wiederausbruche des Krieges unter den Schutze Großbritanniens für neutral erklärt werden möge; die andere will die Regierung bestimmen, dem ungewissen Zustande der Dinge in Italien durch unverzügliche Anwendung der Waffengewalt ein Ende zu machen. (Der Lloyd, dem wir Vorstehendes entnehmen, deutet an, der maritimen Schwäche Oesterreichs könne wohl auf ehrenhaftere Weise abgeholfen werden, und wenn man einem Gerüchte trauen dürfe, so solle dazu bereits wirksame Einleitung geschehen sein. Ein wunderliches Gerücht dieser Art läuft durch mehrere Blätter: Oesterreich habe dem Pascha von Aegypten eine Anzahl Schiffe abgekauft. Wahrscheinlicher klingt eine merkwürdige Notiz der O.P.Z., Oesterreich habe mit Holland einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem ein namhafter Theil der holländischen Flotte, geführt von einem holländischen Admiral, auf eine gewisse Zeit der österreichischen Regierung zur Verfügung überlassen würde.)

A **Dresden**, 20. Febr. Der Finanzminister beantwortete heute die Rewitzer'sche Interpellatin über die Principien der Regierung in der Zoll- und Handelsfrage. Er habe wiederholt seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß zur Hebung des nationalen Wohlstandes auf die Erweiterung des deutschen Zoll und Handelsgebietes und auf eine Reform des deutschen Zolltarifs hingearbeitet werden müsse; auf die Befreiung der deutschen Wasserstraßen, besonders der Elbe, von den ganz unnatürlichen Belastungen sei von jeher die Fürsorge der Regierung gerichtet gewesen. Im Allgemeinen erklärten sich die Minister für genügende, aber mäßige Schutzzölle, indeß nur bei jenen Industriezweigen, welche in sich schon die natürlichen Bedingungen ihres Bestehens tragen; die Interessen des Handels, zumal des Leipziger Meßhandels, für welche die Regierung gleichfalls Sorge zu tragen habe, ständen nur theilweise oder scheinbar mit diesen Ansichten in Widerspruch. Weitere Mittheilungen behält er sich bis zur Vorlage des Regierungsdekretes über die Handels- und Zollverhältnisse vor und theilt der Kammer nur noch mit, daß die Regierung in diesem Augenblick im Begriff stehe, dem Reichsministerium, bei dem er die vollständigste Uebereinstimmung mit seinen eigenen Ansichten voraussetzt, den Entwurf eines allgemeinen deutschen Zolltarifs zu übersenden. Die zweite Kammer beschloß heute, nachdem sie nach hartem Kampfe ihre unverkürzten Diäten glücklich in's Trockene gebracht hat, sich Portofreiheit für die an sie gelangende Korrespondenz zu vindiciren und setzte dieß mit einer einzigen Stimme Majorität durch. Die tugendhaftesten Männer der Kammer waren für den Antrag, natürlich nicht, um ihre Diäten indirekt zu verwahren, sondern nur, um für das „arme Volk" zu sorgen und um recht viel „Ideen zu verbreiten."

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen. Während der Monarch sich den Wahlspruch viribus unitis erkor, gefallen sich die Völker Oesterreichs in dem entgegengesetzten Motto, und zerbröckeln sich immer mehr und mehr in nationale, feindliche Parteien. Wohin solcher Zwiespalt führt, hat die Geschichte schon oft gelehrt, aber es ergeht der Geschichte, wie jenem Propheten im Evangelium, man glaubt ihr nicht früher, als bis man sie selbst zu eigenem Schaden erlebt hat. Dieser unheilvolle Zwiespalt beginnt nun auch in Siebenbürgen zwischen den Sachsen und den Rumänen (Walachen), welche bisher vereint der dritten Nation des Landes, den Szeklern, gegenüber gestanden waren. Die Russenfrage hat die Vereinten gespalten. In den Hermannstädter Sachsen ist der Gedanke erstanden, die Russen, die mit kluger Berechnung in so lockender Nähe standen, über die Grenze zu rufen, die Rumänen, welche die Segnungen des russischen Schutzes an ihren Stammgenossen in den benachbarten Donaufürstenthümern erfahren haben, waren dagegen. Aber in der Berathung, die über diese Frage gepflogen ward, waren die Sachsen in der Mehrzahl, und so wurde denn die russische Hülfe angesprochen. Die Rumänen protestirten um so eifriger gegen ihre Mitschuld an diesem Schritte, als man ihnen bisher so häufig den Vorwurf der Russophilie gemacht. Von den Folgen des russischen Einmarsches hängt es ab, ob der Zwiespalt zwischen Sachsen und Rumänen wachsen, oder sich wieder beilegen wird. Wir befürchten ersteres. Unter den wenigen Rumänen, welche für die russische Hülfe sprachen, war der vornehmste Bischof Schaguna, der bereits vor seiner Reise nach Ollmütz mit dem sächsischen Professor Gottfried Müller nach Bukarest geeilt war, um die Russen ins Land zu rufen.

(Const. Bl. a. B.)

(Wir können nur mit Schmerz diese Kunde vernehmen, daß unsere deutschen Landsleute es sind, welche die Russen herbeirufen; wir finden darin einen Zug, der dem deutschen Charakter vielleicht überhaupt eigen ist, an den österreichischen Deutschen aber, aus naheliegenden traurigen Gründen, ganz besonders hervortritt. Dies ist der Mangel an Vertrauen in die eigene Kraft, und das Bedürfniß, an irgend eine mächtige oder altgewohnte Stütze zum Schaden der Selbstthätigkeit sich anzulehnen. So petitionirt man in Wien um den Belagerungszustand, so erheben die Deutschen in Pesth ihr Haupt als wäre das Kriegsrecht ein Sieg ihrer Nationalität, so verlangt die Mehrzahl der Deutschen in Oesterreich von der Regierung ein unmögliches Centralisationssystem, so verlangen sie, um des vermeintlichen Schutzes gegen die Slawen willen, einen Anschluß an Deutschland, der dessen und Oesterreichs Elend wäre).

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreifaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 54. Frankfurt a. M., Freitag 23. Februar. 1849.

Uebersicht.

Die Bairischen Erklärungen in London.

Bundestag oder Volksvertretung?

Deutschland. Frankfurt (Adresse des deutschen Vereins in Dresden. Die Revision der Verfassung. Herr Dase.). Wien (Urtheile über die österreichische Note. Die Finanzlage. Entschädigungsklagen. Sturm. Die Siege in Ungarn. Kriegsbauten. Ankunft der Minister. Die neue Uniformirung der Armee. Ergebenheitsadresse.) Olmütz (Romanische Deputation.) Prag (Verweigerung der Rekrutenstellung. Das Gedicht von dem Pfaffen Mauritius.) Berlin (Herr v. Bülow-Cummerow. Die Linke. Eine Hellseherin. Vorkehrungen der Regierung.) Posen (Mieroslawski in Palermo. Die polnische Legion in Sardinien.) Elberfeld (Innungen von Kaufleuten und Fabrikanten. Schnelle Justiz.) München (Graf Lerchenfeld nach Frankfurt. Die Grundrechte vor der Kammer der Reichsräthe.) Hannover (Stüve über die Grundrechte und die Einheit. Seine Persönlichkeit. Der Rücktritt des Ministeriums. Gesandter nach Oesterreich.) Darmstadt (Unruhen in Bensheim.) Mainz (Bischofswahl.) Schleswig (Kriegerische Stimmung. Unterbrechung des Postverkehrs mit Dänemark.) Flensburg (Verschärfte Polizeimaßregeln.) Hamburg (Sozialistisches Bankett.) Lübeck (Wahlen.)

Großbritannien. London (Furchtbares Unglück im Theater zu Glasgow. Die Expedition gegen Marokko. Dr. Walsh. Verschiedene Nachrichten aus Irland.)

Dänemark. Kopenhagen (Unterhandlungen mit dem deutschen Reichskommissär. Das deutsche Dampfboot. Dänische Ansichten.)

Ungarn. Tokay (Kriegsgräuel.)

Rußland. Petersburg (Kaiserlicher Befehl in Bezug auf die Staatsausgaben.)

Griechenland. Athen (Brief aus der Wallachei. Unzufriedenheit über das Avancement. Sieg des Hofes über Ministerium und Kammer.)

Nachschrift.

---

23. Februar.

Zwei Anklagen, beide gleich schwer, waren es, welche von der Deutschen Zeitung gegen die baierische Politik erhoben wurden. Die eine war, daß der Baierische Hof sich so weit vergessen habe, in London eine Art Verwahrung einzulegen gegen ein erbliches Oberhaupt des deutschen Reiches. Diese Angabe ward von der Neuen Münchener Zeitung zuerst auf eigene Hand, sodann wie dazu ermächtigt, mit der größten sittlichen Entrüstung zurückgewiesen. Dennoch mußten wir diese Angabe am 8. Febr. bestimmt wiederholen, und hinzufügen, das Blatt der Baierischen Regierung werde eine Abläugnung nicht zum zweiten Male wagen. Es hat sie nicht gewagt. Es beobachtete, wie wir voraus gesagt ein völliges Stillschweigen. Und als am 17. Februar in der Baierischen Kammer der Reichsräthe Graf Arco-Valley über jene Angabe der Deutschen Zeitung interpellirte, da war der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Bray genöthigt, was wie gesagt im vollsten Umfange zu bestätigen, ja zu vermehren, indem er folgendes Schreiben des Freiherrn von Cetto, Baierischer Gesandten in London, an Lord Palmerston, den englischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, vorlas:

„London, 22. Dezember 1848. Mein werther Lord Palmerston! Heute Morgen habe ich Sie in Carlton-Garden aufgesucht; aber Sie waren eben weg, und man sagte mir in Ihrem Hause, daß Sie wohl vor 14 Tagen nicht zurückkehren würden. Nun muß ich Ihnen wohl schreiben, was ich heute mit Ihnen sprechen wollte. In Bezug auf das Projekt nämlich, das jetzt betrieben wird, Preußen in der deutschen Einheitsfrage an die Spitze zu stellen, cursirt das Gerücht, von dem man wahrscheinlich auch in München Kenntniß haben muß, daß England gegen eine solche Gestaltung nichts einzuwenden habe, vorausgesetzt, daß die andern deutschen Souveräne frei und ungenöthigt einwilligen würden. Daß man dieß fälschlich vermuthet, kann zu bedenkliche Folgen haben, um es ruhig Glauben gewinnen zu lassen. Auch legt der König Werth darauf, daß Sie wüßten, wie ungegründet es sei, soweit es ihn betreffe. Nicht allein wird Se. Maj. jedes Einverständniß mit dem fraglichen Projekt von sich weisen, sondern ebensowenig, zu wessen Gunsten immer, die Errichtung einer erblichen Kaiserwürde für Deutschland billigen, und sollte dieser Plan, der schon mehreremal von dem Verfassungsausschuß in Frankfurt gutgeheißen werden, jemals wieder auftauchen, so würde der König deutlich und entschieden ausdrücken, daß er demselben entgegen sei. Dazu hat er das Recht, kraft der unter Garantie aller Großmächte in Wien unterzeichneten Verträge und die gebietende Veranlassung dazu sind ihm die Pflichten, deren Erfüllung er als Souverän eidlich zugesagt. In jetziger Zeit jagen die Ereignisse sich so, daß ich Sie hiervon nicht zeitig genug benachrichtigen zu können glaube. Deshalb habe ich Ihre Rückkehr nicht erst abgewartet, sondern obiges geschrieben. Da ich aber nur angewiesen bin, solches Ihnen gesprächsweise (sous forme verbale) kundzugeben, so müssen Sie gütigst das Mitgetheilte bloß so ansehen als hätten Sie es aus meinem Munde erfahren während unserer Unterredung, wenn ich Sie nämlich noch in London getroffen.... (Gez.) v. Cetto."

Dieses Schreiben ward in französischer Sprache vorgelesen, was wir nur billigen können. In deutschen Worten nimmt sich jene Erklärung doppelt schmachvoll aus. Latine minus erubescimus! Ueberhaupt kam bei jener Gelegenheit zu Platz, daß der Baierische Gesandte auch nach Hause französisch schreibt, und zur Entschuldigung wird angeführt, daß der Herr von Cetto mit der deutschen Sprache gar nicht fertig umzugehen wisse. Also im Auftrage Sr. Majestät des Königs von Baiern hat der Baierische Gesandte dem Minister einer auswärtigen Macht erklärt, sein Herr werde Einspruch einlegen gegen die erbliche Kaiserwürde, wenn die deutsche verfassunggebende Reichsversammlung sich für diese Form der Verfassung entscheiden werde, und bei dieser Verwahrung sich berufen auf die von England und den übrigen Großmächten in Wien unterzeichneten und gewährleisteten Verträge. Das geht noch über unsere Angabe hinaus, welche doch schon vom Grafen Arco-Valley als eine Treulosigkeit ohne Gleichen bezeichnet war. Und was hat der Baierische Minister zur Entschuldigung anzuführen? Nichts, nicht das geringste. Denn was Graf Bray Derartiges vorbrachte: „Die ganze Haltung dieses Briefs zeigt, daß hier von einer Note nicht die Rede ist, sondern das Billet sollte blos eine vertrauliche Mittheilung bilden, die an die Stelle eines persönlichen Gesprächs trat, da Baron Cetto den Lord nicht zu Hause getroffen hatte, indem derselbe auf vierzehn Tage verreist war. Ich fühle, daß er es besser nicht gethan hätte, hoffe aber, daß die Sache dabei beruhen werde" — diese Worte wird man doch nicht für etwas anrechnen wollen? Es handelte sich hier nur um die Gesinnung und die Absicht des Baierischen Hofes, und daß man Absichten dieser Art, welche das Tageslicht zu scheuen haben, so sehr als möglich mit Dunkel bedeckt, versteht sich doch wohl von selbst. Mit welchem verächtlichen Lächeln wird der stolze Lord, der, was auch seine Gegner ihm vorwerfen mögen, vom Wirbel bis zur Zeh' ein Ehrenmann ist, jenes Schreiben eines deutschen Gesandten auf den Tisch geworfen haben!

Graf Bray, sagten wir, hat für jenes Schreiben keine Entschuldigung anzuführen. Aber doch! Ein zweites Schreiben, eine Gegenerklärung! Gewiß hat er, in Kenntniß gesetzt von dem Schritte seines Bevollmächtigten, darüber hinterher doch Scham empfunden. Gewiß setzte er sich sogleich nieder, um jene Gegenerklärung zu Papier zu bringen, und mit nächster Post, mit einem Courier nach London abgehen zu lassen? O nicht doch! Nicht doch! Er hatte gegen jenes Schreiben nichts einzuwenden. Erst „als später — einige Angriffe in der Presse erschienen," und, wir können hinzusetzen, nachdem das Blatt der baierischen Regierung sich nicht entblödet hatte, jene Anschuldigungen mit den stärksten Worten Lügen zu strafen, erst dann, sechs Wochen nach-

her, erst am 7. Februar richtete Graf Bray an Hrn. v. Cetto folgendes Schreiben: München, 7. Februar 1849: „Es lag daran, rücksichtlich der Hegemonieprojekte, welche in Frankfurt vorangestellt worden waren, die irrigen Ansichten nicht bestehen zu lassen, die, wie es scheint, in London einigen Glauben gefunden hatten. Da es sich hauptsächlich um die, Preußen anzubietende Kaiserkrone handelte, so konnte der König, unser Herrscher, ungeachtet der engen Freundschaftsbande, die ihn mit jener Macht (Preußen) verbinden, nicht anders, als sich gegen ein Projekt erklären, welches darauf abzielte, Oesterreich aus dem deutschen Bunde auszuschließen; überdieß war dieser Uebelstand nicht der einzige. Gleichwohl hat in keiner Weise davon die Rede sein können, sich auf die Verträge von 1815 zu berufen. Die Sache um die es sich handelt, ist vor Allem eine innere und häusliche Angelegenheit Deutschlands. Es ist daher keineswegs unsere Absicht, eine auswärtige Regierung, welche es auch sei, dabei in's Spiel zu ziehen, und es wird genügen, die Voraussetzungen der Zustimmung zu dem Projekt der Errichtung einer einheitlichen und erblichen Centralgewalt, wovon Sie gesprochen und gegen welches sich seitdem die Mehrheit der Nationalversammlung selbst erklärt hat, als falsch bezeichnet zu haben."

Als wir die erste Nachricht erhielten, wie der Baierische Hof seine alte Sünde, die deutschen Angelegenheiten an fremden Königshöfen zu verhandeln, auf die neueste Art gethan, und uns ereiferten, um im deutschen Volk das Gefühl für Ehre und Schande in öffentlichen Angelegenheiten anzufachen, da spottete Hr. Vogt unser in der Paulskirche und meinte, unsere Stimme sei zu schwach, um auf das Volk einen Eindruck zu machen. Nun, er wird sich mit uns freuen, daß sie doch stark genug gewesen ist, um am Königshofe Eindruck zu machen und den schmählichen Schritt zurückzuthun. We have shamed them into it! Wir würden uns über jenes Schreiben als über eine Sühne der öffentlichen Meinung freuen, wenn nur nicht eine neue Perfidie darin verkäme. Als Hauptbeweggrund wird darin angegeben, der König von Baiern hätte unmöglich zugeben können, daß Oesterreich aus dem deutschen Bunde ausgeschlossen werde!

Und doch lautete unsere zweite Anklage ja eben dahin, daß der Baierische Hof, der jetzt so angelegentlich wie — Fürst Metternich oder Herr v. Schmerling, für das ganze Deutschland schwärmt und erklärt, Oesterreich dürfe um keinen Preis im deutschen Bundesstaate fehlen — Staatenbunde, wollten wir sagen — daß der nämliche baierische Hof selbst zuerst bei Preußen darauf angetragen, gegen Zugeständnisse an das Wittelsbacher Haus, Oesterreich auszuschließen. Und auch diese zweite Anklage hat Graf Bray nicht zurückweisen können. Er behauptet indeß, oder, wie man auch sagen könnte, sogar, daß von Seiten des baierischen Hofes auch Oesterreich selbst ähnliche Vorschläge gemacht wären. Hat der baierische Hof nun wohl ein Recht, sich gegen das Ausscheiden Oesterreichs als gegen ein Ungeheuerliches im In- und Auslande zu verwahren? Doch uns widert es an, jenes Gewebe von Widersprüchen und Schlimmerem auseinander zu nehmen. Die Aktenstücke liegen vor. Das deutsche Volk, das immer für ein Volk der Treue und der Ehre gegolten hat, wird sein Urtheil fällen und der tüchtige, brave und tapfere baierische Stamm wird selbst ermessen, ob er sich als blindes Werkzeug einer solchen charakterlosen Politik gebrauchen lassen will.

In dem Augenblick, wo das Höchste und Wichtigste von Allem, was das Jahr 1848 uns bringen sollte, ernstlich gefährdet ist, wo man denken müßte, eine andere als diese Sorge könne in patriotischen Gemüthern nicht aufkommen, da beräth man in der Paulskirche mit aller gründlichen Weitläufigkeit — über das Wahlgesetz! Spricht sich darin wirklich nur die naive Harmlosigkeit unserer Volksrepräsentanten aus, die wie Archimedes Figuren zeichnen, indeß der Feind an die Pforten schlägt, oder ist es jene rührende Kindlichkeit unseres Volkes, die unbekümmert fortträumt und tändelt, indeß sich die Wetterwolken allerwärts zusammenziehen, oder endlich gibt sich darin wirklich jenes grandiose Selbstvertrauen und Gottvertrauen kund, das an dem Gelingen der guten Sache nicht verzweifelt, „auch wenn die Welt voll Teufel wär'?" Wir wissen es nicht zu sagen, welches das vorwiegende und durchgreifende Motiv ist, aber uns scheint, als schaffe man in der Paulskirche die Arbeit der Penelope; indeß man zum feinen und zierlichen Gewebe des Wahlgesetzes die Fäden schlägt, sieht man ruhig zu, oder hilft selbst mit, wie die gröbern Fäden, die den ganzen Rahmen zusammenhalten sollen, unerbittlich zerrissen werden.

Man beräth ein Wahlgesetz; für wen denn eigentlich?! Steht es doch nicht einmal fest und unzweifelhaft da, ob Deutschland überhaupt zu einer bundesstaatlichen Form gelangen oder von Neuem ans Schlepptau der Metternich'schen Staatskunst genommen werden soll; für wen also ein Wahlgesetz? So lange die Nationalversammlung Aktenstücke wie die österreichische Note ruhig verdaut, statt sich einmüthig zu erheben und dem unwillkürlichen Triebe zur raschen, entscheidenden That zu folgen, so lange sich neue Koalitionen bilden, die auf eine solche Grundlage hin mit Oesterreich unterhandeln d. h. Deutschland und seine Hoffnungen preisgeben wollen — so lange vermögen wir auch die Nothwendigkeit und Brauchbarkeit eines Wahlgesetzes nicht einzusehen.

Denn darüber können wir uns nun einmal keine Illusionen machen, daß mit dem Aufgeben des straffen einigen Bundesstaats auch das deutsche Parlament aufgegeben werden muß. Die Gutmüthigen und Kurzsichtigen zwar, wenn man ihnen die staatenbündliche Nichtigkeit des künftigen „Großdeutschlands" vor Augen hält und nur eine Wiedergeburt des alten Bundestags voraussagt, sind gleich mit dem Troste bereit: wir haben dann doch das Parlament! Als wenn nicht eben mit der Rückkehr zu den laren Formen der alten Bundesverfassung das Aufgeben eines solchen Körpers, der die ganze Nation untrennbar und einig vertritt, von selbst geboten wäre. Ein Bundestag oder ein Direktorium, das in die Fußtapfen des Bundestags treten würde, ist mit einer Nationalvertretung durchaus unmöglich. Das haben uns die Staatsmänner und Diplomaten der alten Zeit oft genug und laut genug gesagt, wenn wir „Volksvertretung beim Bundestage" verlangten, und sie haben darin ganz recht gehabt; eine Volksvertretung in Frankfurt mußte den Bundestag verdrängen. Wir wissen nicht, ob die Männer, die vor der Februarrevolution und unmittelbar nach ihrem Ausbruch das alte patriotische Begehren wiederholten, sich die ganze Konsequenz ihres Begehrens klar machten, ob sie darauf gefaßt waren, daß die Nationalvertretung beim Bunde zwar nicht den Bund, aber doch den Bundestag aufheben müsse, allein der rasche Gang der Ereignisse hat die Voraussicht der alten Diplomaten vollständig gerechtfertigt. Der Nationalversammlung mußte das diplomatische Kollegium mit seiner nur von den Regierungen ausgehenden Gewalt weichen; heute, wenn wir zur alten staatenbündlichen Form zurückkehrten, würde das Umgekehrte geschehen, die Nationalversammlung müßte den Rückzug antreten, um einem neuen Bundestage Platz zu machen.

Oder träumt man im Ernste von einer Nationalversammlung, die neben einem von den Einzelregierungen instruirten und an unsichtbaren Fäden geleiteten Bundesdirektorium bestehen könnte? Von einem Nationalparlamente, dessen Thätigkeit durch das Veto und die Chikane sämmtlicher Regierungsgewalten gelähmt werden müßte? Hat doch Oesterreich in seiner Note ganz klar ausgesprochen, wie es sich zu solch einem Gesammtorgan der ganzen Nation zu stellen gedenkt, läßt es uns doch deutlich zwischen den Zeilen lesen, daß es in Zukunft, wie im gegenwärtigen Augenblicke den Standpunkt der strengsten Vereinbarung festzuhalten sucht! Ist doch für jeden Verständigen die Folgerung klar genug, daß man dem zukünftigen Parlamente keinen Fuß breit Recht mehr wird einräumen wollen, als man jetzt schon dem souveränen und konstituirenden gestatten will! Es wird dann von zwei Dingen eins geschehen; entweder gelingt es den Regierungen, den Widerstand einer solchen Versammlung auf das gewünschte Minimum zurückzuführen — dann haben wir die alte diplomatische Ohnmacht und Nichtswürdigkeit; oder es gelingt nicht, dann haben wir in dem Kampfe des Volkshauses gegen die Einzelregierungen die Revolution und ihre Erschütterungen verewigt.

Welche von beiden Eventualitäten die wahrscheinlichere ist, mag schwer zu bestimmen sein; doch möchten wir auf die nachhaltige Energie des deutschen Volkes nicht zu fest bauen und die Aussicht eines abermaligen Ermattens und Zurückfallens gehört jedenfalls zu den nicht allzu entfernten Gefahren. In Ollmütz ohne Zweifel ist man auf beide Fälle gerüstet, die Restaurations-Politik, die von dort ausgeht, rechnet nicht übel, wenn sie hofft, nach Beseitigung des Bundestages auch die deutsche National-Vertretung beseitigen zu können. Aber daß man

in Frankfurt so wenig darauf gerüstet scheint, darin liegt das Hoffnungslose unserer Lage. Daß man doch nicht einsehen will, wie sehr man dem Feinde vorarbeitet, indem man auf eine so schmachvolle Ansprache, wie die Note vom 4. Febr. ist, noch den Weg der Annäherung und Koncessionen betritt, das ist uns das Unbegreifliche. Freilich hören wir die Tröster weiter sagen, das Parlament wird man nicht anzutasten wagen; haben wir doch die Preßfreiheit, das Vereinsrecht, das Versammlungsrecht und wie die kostbaren Dinge alle heißen, die uns in den Grundrechten versprochen sind. Als wenn der ganze Plunder von „Märzerrungenschaften" nicht ebenso rasch wieder den Weg des Fleisches gehen würde, wie die Einheit Deutschlands und deren bundesstaatliche Form. Nur versprechen können uns die Grundrechte jene Freiheiten; gewähren kann sie uns allein eine starke bundesstaatliche Regierung, die sich auf die Nationalvertretung des deutschen Volkes stützt. Haben wir einmal in der wichtigsten Frage, in der Einheit, vor dem Systeme Metternichs das Feld geräumt, so wird es eine Kleinigkeit sein, auch mit der Freiheit dasselbe Spiel zu wiederholen.

Wer uns für zu schwarzsichtig hält, der lese noch einmal die Rede Schmerlings aufmerksam durch, womit er die Suspension der wichtigsten Volksrechte hat einzufädeln suchen; wir sehen darin das Programm, welches die Ollmützer Staatskunst unsern Märzerrungenschaften gegenüber einzuhalten denkt. Ein Theil der Koalition sieht das auch ohne Zweifel sehr klar ein und harrt mit Ungeduld des Moments, wo das große Restaurationswerk in rechten Fluß kommen wird. Oder trauen die Frankfurter Träumer im Ernst den Ultramontanen, die sieben Jahre lang die Stützen der Abel'schen Politik waren, und den Konstitutionellen von heute, die noch gestern zum Vollblut des Absolutismus gehörten, mehr guten Willen und Aufrichtigkeit zu, als gerade die ungestüme Noth gebeut? Glauben die ehrlichen und freisinnigen Mitglieder der Koalition, der zahlreiche Schweif ultramontaner, absolutistischer und bureaukratischer Färbung sei wirklich nur der Schweif der Partei und nicht vielmehr der Kopf derselben? Ahnen sie nicht, wie grausam man sie foppen wird, wenn es mit ihrer Hülfe einmal gelungen ist, das Werk eines einigen und festen deutschen Staates zu hindern?

Die Russen sind in Siebenbürgen eingerückt! Bei dem herzlichen Einverständniß, das zwischen Petersburg und Ollmütz herrscht, hat die Nachricht nicht viel Auffallendes. In dem „organisch gegliederten Deutschland," welches den Staatsmännern zu Ollmütz „vorschwebt," hat ohnedies auch ein Stück Rußland Platz; wir wüßten überhaupt Niemand, der darin nicht Platz fände. Oesterreich „als erste deutsche und als europäische Großmacht" an der Spitze, Rußland mit Österreich eng verbrüdert — in der That, das wäre erst die rechte und vollständige Form für das neu zu schaffende „Großdeutschland!"

Deutschland.

* **Frankfurt**, 22. Febr. Die Nationalversammlung hat folgende Adresse des deutschen Vereins in Dresden erhalten:

„Hohe Versammlung! Ein entscheidender Augenblick ist für das deutsche Verfassungswerk erschienen. Die neueste österreichische Note läßt keinen Zweifel über die Absichten des kaiserlichen Kabinets; sie bestätigt die längst gehegten Befürchtungen, daß Oesterreich in den einheitlichen deutschen Bundesstaat nicht einzutreten gedenkt, ja sie geht noch weiter, sie stellt Oesterreich einer einheitlichen Gestaltung des übrigen Deutschlands sogar feindlich gegenüber. Es ist nun traurige Gewißheit, daß jenes Kabinet im Geiste Metternich scher Politik, den Saamen der Zwietracht unter uns auszustreuen nicht ansteht und zu diesem Zwecke es nicht verschmäht, an die Freiheitssympathien sich mit Schmeichelworten zu wenden, die im Widerspruch stehen mit den offenkundigen Handlungen im österreichischen Staate.

Es ist klar, Oesterreich will Deutschland in Zerrissenheit und Schwäche erhalten, eben so offen liegen vor aller Augen die Wirkungen einer solchen Politik: sie müßte uns zu einer neuen schrecklichen Revolution führen. Deutschland kann fortan nur als einheitlicher Bundesstaat bestehen und kein dynastisches Interesse darf es an dem hindern, was es zu seiner Existenz für nothwendig erkennt.

Angesichts so drohender Gefahr hält es der deutsche Verein zu Dresden für heilige Pflicht, der hohen Nationalversammlung die dringende Bitte ans Herz zu legen: Sich auf dem betretenen Wege nicht beirren zu lassen, vielmehr das von dem jetzigen Ministerpräsidenten v. Gagern aufgestellte Programm um so mehr festzuhalten, als der Erfolg die Erwartungen, von denen dasselbe ausgegangen ist, nur zu sehr gerechtfertigt hat.

Von der Vaterlandsliebe aller Nationalvertreter erwartet das deutsche Volk in diesem verhängnißvollen Augenblicke, daß sie sich durch die Größe der Gefahr zu einmüthigen und großen Entschlüssen bestimmen lassen werden, es hofft namentlich auch von der linken Seite des Hauses, welche sich bisher an Oesterreich anlehnen zu müssen geglaubt hat, daß sie eine Politik aufgeben wird, die thatsächlich zur Unmöglichkeit geworden ist.

Ein Zeitpunkt wie der gegenwärtige muß jede Parteistellung aufheben: es gilt, das deutsche Volk nicht wieder zum Spielball österreichischer Kabinets-Politik werden zu lassen.

Ist erst der ersehnte deutsche Bundesstaat aufgerichtet, dann wird auch, das sind wir gewiß, der Tag nicht fern sein, wo unsere Brüder in Oesterreich den Eintritt in denselben verlangen werden. Dresden, den 17. Februar 1819. Der deutsche Verein. Dr. Wagner, Vorstand. Dr. Rittmann, Schriftführer."

Parl. Korr. **Frankfurt**, 22. Febr. In seiner heutigen Sitzung wird der Verfassungsausschuß mit der Revision der in erster Lesung angenommenen Verfassung fertig. Er wird alsdann nur noch die Bedenken der einzelnen Regierungen, soweit ihm dieselben mitgetheilt sein werden, zu berücksichtigen haben. Wie wir hören, so haben gestern und heute wiederholte Besprechungen einer großen Anzahl von Bevollmächtigten der Einzelregierungen bei Hrn. Camphausen Statt gefunden. Das Resultat derselben soll eine Einigung über eine Reihe nicht allzu erheblicher Bedenken gegen einzelne Punkte der Verfassung gewesen sein. Schon morgen wird die Mittheilung dieser Bedenken an das Reichsministerium und sofort an die Nationalversammlung Statt finden.

⁝ **Frankfurt**, 22. Febr. Der größte Rechenmeister der Welt, Herr Dase, wird am Sonnabend im Weidenbusch um 7 Uhr die Proben seines Talentes ablegen, welches Alexander von Humbold ein geheimnißvolles und unübertroffenes nennt.

* Die Stimmen in der österreichischen Presse über die Note vom 4. Febr. mehren sich; die Provinzialpresse ist wenigstens äußerlich mehr im Stande, etwas zu sagen, als die rücksichtsvolle und geknebelte der Hauptstadt. Das Konst. Bl. a. B. pflegt seine Ansichten nicht in eignen Artikeln vorzutragen, aber eine ausgebreitete und reichhaltige Korrespondenz aus allen Theilen der Monarchie, die das Blatt zu einer ergiebigen Fundgrube für die inneren Zustände Oesterreichs macht, verfolgt mit seltener Uebereinstimmung dasselbe Ziel, die innere staatliche Entwickelung des vereinigten Oesterreich, mit strenger Gleichberechtigung und provinziell gesondertem Selbstregiment der Nationalitäten, aber auch mit Hintansetzung aller Nationalitätseifersucht zum Besten der vollen Freiheit. Diese Richtung bringt es mit sich, daß das Blatt vorzugsweise das Organ der gemäßigten slawischen Partei ist. Für die deutsche Sache hat es keine Sympathieen, wie die „Presse"; ebensowenig aber auch für den herrschsüchtigen Machiavellismus der habsburgischen Politik. Ein Wiener Artikel dieses Blattes spricht sich über die Note aus. Wie man auch spotten möge über die idealistische deutsche Centralgewalt und die Männer der Paulskirche, so seien doch unter den letzteren politische Kräfte, um die jedes Parlament der Erde die Paulskirche beneiden dürfte; und eben diese Kräfte hätten für die Centralgewalt nicht aus purer deutscher Schwärmerei gestimmt, sondern weil sie in ihr Uebergang und Anfang zu jener Centralkraft sahen, welche später geschaffen werden sollte. Gegen die Note wäre nun aus rein österreichischem Standpunkte nichts einzuwenden, als daß sie zu diplomatisch sei. Die Phrase von der wünschenswerthen Einigung und Kräftigung Deutschlands möchte man lieber missen: die Note wäre dann weniger diplomatisch kunstfertig, aber desto offener und ehrlicher gewesen. Dieser „rein österreichische Standpunkt" ist kein deutsch-österreichischer, kein magyarischer und auch kein slawischer. Wie man bei Truppenkorps von einer österreichischen, d. h. gemischten Nationalität spricht, so ist es mit diesem Standpunkt. Man sieht, vor ihm gilt nichts als der Satz: Deutschlands Zerrissenheit ist ein österreichisches Bedürfniß. „Wir finden in der Note nichts anderes ausgesprochen, heißt es in dem Artikel weiter, als daß Oesterreich eine Einigung Deutschlands nur von jenem Gesichtspunkte und auch nach jenem Maßstabe wünscht, wie der Wiener Kongreß sie bereits geschaffen hat. Sagen wir es gerade heraus: Unser Kabinet wünscht dem jungen Deutschland höchstens eine Revision der Bundesakte, bei welcher sich allenfalls außer den Regierungen das Volk betheiligen solle, gleichgiltig, wie man diese Betheiligung dann moduliren will." Was den Ton der Note angeht, so wird aus demselben vermuthet, daß alle deutschen und die meisten österreichischen Journale aus der neuen russisch-österreichischen Koalition vieles zu erklären wissen würden. „In der That, heißt es weiter, muß die Sprache auffallen, die dem Potsdamer Kabinet gegenüber geführt wird.

Mag man noch so fest auf die Macht und auf die großen Hilfsquellen unseres Vaterlandes vertrauen, seine eifrigsten Patrioten können es sich doch nimmermehr verhehlen, daß die Zerklüftung im Innern zu weit gediehen ist, als daß wir auch nur auf den Anfangsprozeß einer Vernarbung jetzt schon bauen können. Unsere Heere sind im Innern zu schmerzlich beschäftigt, als daß wir in Wort und That ohne Weiters gegen Preußen und Deutschland Fronte machen können, wenn wir nicht, was Gott verhüte — dem russischen Helfer die Besorgung und Regelung unseres Hauswesens überlassen wollten. Ein solcher Verdacht — wir sind es fest überzeugt — wird sich in Deutschland in allerkürzester Zeit Platz machen, und nicht sowohl die letzten Gerüchte aus Siebenbürgen, als vielmehr die bis jetzt noch unerklärte Ueberfüllung der Donaufürstenthümer mit russischen Truppenmassen, machen einen solchen Argwohn erklärlich, ja verzeihlich. Wenn die Deutschen über die Handlungsweise des Ministeriums klagen werden, so darf das Kabinet erwarten, ein Gleiches von den Slawen zu hören. Schon die hingeworfene Phrase von Einheit und Einigung wird diese in Harnisch bringen. Findet das ungarische Schreiben des Grafen Almassy von Agram bis Prag schon so viel lärmendes Zetergeschrei, und dient es als Verdächtigungssubstrat gegen die Regierung, so wird das hier besprochene Aktenstück den Slawen eben so wenig genehm sein." In einer andern Korrespondenz des nämlichen Blattes heißt es: „Kombinirt man die Stimmung in Böhmen und den südslawischen Provinzen, so ist nicht abzusehen, wie diese Note sich mit dem ministeriellen Programm der Gleichberechtigung der Nationalitäten verträgt. Freilich hat das ministerielle Programm schon manches Loch bekommen, und die Gleichberechtigung scheint auf das alte divide et impera hinauszulaufen, aber nichtsdestoweniger halte ich diese Note für kein diplomatisches Meisterstück, da sie Deutschland mehr verspricht, als Oesterreich halten kann." Diese Worte beziehen sich offenbar auf den chimärischen „Traum eines Reiches", der der österreichischen Regierung vorschwebt: welches Reich freilich kein deutsches sein und keine deutsche Oberherrschaft begründen würde. Vielmehr würden alle Nationalitäten dieses neuen China gleich kraftlos und gleich unberechtigt sein, und die Slawen haben so gut ein Recht sich dagegen zu wehren, als wir.

△ **Wien**, 18. Febr. Die Herren Salomon und Anselm v. Rothschild sind gestern hier angekommen und die hiesige Geschäftswelt schließt trotz der Versicherung von Wohlunterrichteten, daß die Familie Rothschild sich bei der neuen Anleihe nicht betheiligen wolle, aus dieser Ankunft den Wunsch der Betheiligung. Wenn die Regierung nach den üblichen konstitutionellen Prinzipien vorgehen will, so kann das neue Anlehen nur durch Konkurrenz stattfinden, und wenn wir nicht schon mitten im Absolutismus begriffen sind, dürfte sich wohl kaum ein Banquier finden, der es selbstständig übernehmen möchte. Das öffentliche Vertrauen in den Staat äußert sich fortwährend günstiger. Die neu emittirten dreiprozentigen Staats-Centralkassen-Anweisungen werden sehr gesucht, ebenso in letzterer Zeit die sogenannten Salzscheine, welche durch die Gemundner Salzwerke hypothezirt sind und mit 6 pCt. auf ein Jahr lauten. Von morgen an werden die dreiprozentigen Anweisungen auf der Bank auch in kleineren Summen bis auf das Minimum von 10 fl. C.-M. ausgegeben.

In Folge der Oktober-Ereignisse dürften wir einen sehr interessanten Prozeß erleben. Die am Donaukanale und in der Franzensgasse in der Leopoldstadt und Landstraße durch Brand, Zerstörung und Plünderung am meisten getroffenen Fabriks- und Hauseigenthümer haben sich mit den anerkanntesten Rechtsgelehrten über die Möglichkeit der Durchführung ihrer Ansprüche auf Schadenersatz berathen, und haben bereits den ersten Schritt dazu unternommen, indem sie bei dem hiesigen Gemeinderathe auf vollen Schadenersatz angetragen haben, mit dem Bemerken, daß sie im Falle einer Zurückweisung denselben im Rechtswege belangen werden. Der Gemeinderath will aber seine Verpflichtung zum Ersatz nicht anerkennen und hat beschlossen, den Antrag auf Entschädigung an jene Behörden zu stellen, welche dazu verpflichtet sind. Das Publikum ist sehr begierig darauf, die Behörden kennen zu lernen, welche sich zum Ersatz verpflichtet halten werden, sowie überhaupt auf die weitere Entwickelung dieses Prozesses, den die Betheiligten jedenfalls mit Nachdruck und Energie durchzuführen entschlossen sind, da es sich um die Rückerstattung ungeheuerer Summen handelt. Der vorgestrige Sturmwind hat unsere geplagte Stadt wieder bedeutend an den Bedachungen beschädigt. Er war so heftig, daß auf der Taborbrücke das Fahren mit hochbeladenen Lastwagen eingestellt werden mußte. Auf dem Floridsdorfer Bahnhofe wurde ein Lastwagen durch die Kraft des Sturmes eine Strecke auf der Bahn fortgetrieben und zuletzt so heftig gegen den ihm entgegen kommenden Stockerauer Train geworfen, daß die Lokomotive desselben beschädigt, und der Waggon zertrümmert wurde. Von den Passagieren wurde außer einem Frauenzimmer, das eine leichte Kontusion erhielt, niemand verletzt.

Die Journale fangen endlich an die österreichische Note etwas ausführlicher zu besprechen, namentlich thut es die Ostdeutsche Post auf eine ziemlich aufrichtige Weise, was bei unseren dermaligen Zuständen wirklich weder leicht noch gefahrlos für ein Blatt ist. Auch die Allgemeine österr. Zeitung bringt darüber folgende Stelle, die ich für merkwürdig genug halte um sie Ihnen zu wiederholen: „Man macht der radikalen oppositionellen Partei den Vorwurf, daß sie stets nur destruktiv sei und nicht zu organisiren verstehe, daß ihre Macht nur in der Negation bestehe. Diese Note der österreichischen Regierung ist nichts anderes als negativ, also ist die Regierung radikal geworden? Welch ein ansteckendes Fieber muß doch der Radikalismus sein! wenn wir nur nach Innen auch etwas davon spüren möchten. Aus der Note entnehmen wir was alles die österreichische Regierung nicht will, aber über das was sie will „schwebt ihr etwas vor!" Uns schweben auch so manche Dinge vor „Sich an die Spitze der Bewegung stellen" — „Russen — freie Presse" — Suspension ꝛc. Es schwebt uns alles so vor, ohne daß wir etwas Greifbares von dem an die Spitze der Bewegung sich zu stellen, oder von den Russen hätten!"

Die Abstimmung in der geheimen Sitzung v. 16. in Kremsier, wonach dem Abgeordneten Kaim Zeit gelassen wird, den Rekurs gegen seine Anklage zu ergreifen, hat viele Mitglieder der Rechten so in Harnisch gebracht, daß sie unmittelbar nach der Sitzung ihre Mandate niederlegen wollten, doch hat der Minister Bach es übernommen, sie vor der Hand, bis zur nächsten Verhandlung über dieselbe Frage davon abzuhalten. Man betrachtet diese Anfrage des Ministeriums als einen Versuch, wie weit man auf die Zustimmung der Kammer rechnen kann, wenn die Hochverrathsanklage gegen die Abgeordneten der Linken, Goldmark, Violand, Scherzer, Sierakovski und Füster vor die Kammer gebracht werden sollte. Die ministerielle Partei ist daher aufs höchste erbittert über diesen vorläufigen Sieg der Linken.

Das 23. Armeebülletin ist das Bedeutendste, was wir seit der Besetzung der Städte Pesth und Ofen erhielten. Die eroberten Vorräthe sind ungeheuer. Durch die Besetzung Esseggs durch den Feldzeugmeister Nugent ist dessen Aufgabe gleichsam abgeschlossen und sein Korps wird nun zu Unternehmungen auf dem linken Donauufer zwischen der Theiß und der obern Donau disponibel, was den Unternehmungen, in so weit Wege und Wetter sie begünstigen, worauf man in Ungarn mehr Rücksicht nehmen muß als in irgend einem andern Lande, einen kräftigen Nachdruck geben wird.

△ **Wien**, 18. Febr. Dem 23. Armeebülletin schließt sich folgender Nachtrag an: Einer soeben eingelaufenen weiteren Mittheilung des Feldzeugmeisters Nugent zufolge, hat die Garnison von Essegg bei 4500 Mann stark am 14. Vormittags 9 Uhr auf dem Glacis die Waffen abgelegt und sich ihrem legitimen Fürsten unbedingt unterworfen. Die Festung nebst allen Vorwerken wurde sofort von Gränz-Truppen und dem 3. Bataillon Piret unter Kommando des Generals Trebersburg besetzt, welchem ganz vorzüglich die Eroberung dieses Platzes zuzuschreiben ist. Es fanden sich in der Festung 611 Geschütze von allen Kalibern, 2000 Centner Pulver, 74 Bespannungspferde, ein sehr großes Approvisionnement, worunter 400 Schlachtochsen, dann über 34,000 fl. C. M. vorräthig.

Privatnachrichten sagen daß Nenadovics, der alte Erzpriester der Serben, der schon unter Kara Georg die Türken schlug, und Simics Szkojow eh. Präsident des serbischen Senats mit einer nur aus 5000 — 6000 Mann bestehenden Macht, der später das Volk von Zenta als Landsturm zu Hülfe kam, einen sehr bedeutenden Sieg über 18 bis 20,000 Gegner davongetragen haben. Sie sollen den Feind bis Theresianopel verfolgt und viele Beute gemacht haben. Arad soll nur noch eine Ruine sein.

* **Wien**, 18. Febr. Der Bau der 4 Forts in Wien — am Laerberge, im Prater, auf der Schmelz und vor der St. Marxer Linie, soll jetzt in Angriff genommen werden. Das er-

stere, welches als das stärkste bezeichnet wird, soll nicht weniger als 8000 Mann fassen. Sämmtliche Minister, so wie mehrere Abgeordnete sind gestern von Kremsier angekommen und dürften hier einige Tage verweilen. Die neue, vom Kaiser bereits sanktionirte, sehr zweckmäßigen Uniformirung der Armee, durch welche unter andern die sehr geschmackvolle Waffenröcke eingeführt werden, wird mit dem 1. August ins Leben treten.

Eine Deputation achtbarer Bürger, an deren Spitze der Vicebürgermeister Bergmüller, hat gestern dem Gouverneur Welden eine Ergebenheitsadresse überreicht. Er antwortete dankend; besonders interessant war die Stelle seiner Antwort: „Die radikalen Blätter hätten zwar den geringen Werth aller Ergebenheits- und Beifallsadressen deduzirt, weil man ja gar wohl wisse, wie derlei nur auf Geheiß und durch einige Wohldiener zu Stande kämen. Hier aber mache er eine Ausnahme."

⊙ **Olmütz**, 17. Febr. Vor einigen Tagen überreichte die romanische Nation in Siebenbürgen durch ihren Bischof dem Kaiser eine Huldigungsadresse und bat darin zugleich als Ersatz für die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die sie in dem Kampfe gegen die Magyaren dem Hause Oesterreich gebracht, um Anerkennung ihrer nationalen Gleichberechtigung, welches der Monarch freundlichst zusagte.

Prag, 15 Febr. So eben höre ich, daß einige Compagnien Militär nach dem Berauner Kreis beordert wurden, weil sich das Volk dort gegen die Rekrutirung sträubt. Dasselbe vernimmt man aus dem Klattauer, Pilsner, Saazer Kreise, aus Reichenberg und seiner Umgegend. Die Leute sagen: „Wir wollen unsere Söhne nicht zur Schmälerung der Freiheit hergeben, wir gehorchen nur wenn der Reichstag die Rekrutirung anordnet 2c." Das Volk hat sich zu einem passiven Widerstand entschlossen; es will ruhig bleiben, aber sich nicht zur Rekrutirung stellen. Auch aus andern österreichischen Ländern, z. B. Oberösterreich wird Ihnen wahrscheinlich ähnliches berichtet werden. Bei solchen Umständen dürfte die kürzlich in Kremsier vorgekommene Interpellation hinsichtlich der ohne Bewilligung des Reichstags angeordneten Rekrutirung von doppeltem Gewicht sein. Unser Staats-Anwalt Dr. Ambros hat den Buchhändlern den Debit von M. Hartmanns Gedicht vom Pfaffen Mauritius untersagt. Nun will alles dieses Gedicht lesen, und ein großer Absatz dürfte ihm gesichert sein. (Allg. Z.)

♂ **Berlin**, 22. Febr. Herr v. Bülow-Kummerow will nicht bloß eine Sonderung unter den Verwaltungsbeamten, sondern auch die mißliebigen Richter von ihrem Amte suspendirt wissen. Die äußersten Parteien gleichen sich in allen Stücken auf ein Haar. Das war ja das Verlangen der Linken in ihren Blüthentagen. Die Politik der Linken, die wie gewöhnlich schon früher an einen bestimmten Operationsplan denkt, rechnet zunächst darauf, daß der liberale Theil der Rechten sich mit ihr verbinden müsse, um das Ministerium zu stürzen. So viel ist gewiß, daß die Parteien sich viel weniger sondern könnten, wenn schon jetzt ein Ministerium Vincke am Ruder wäre. Unsere Zukunft ist dunkel und die Hellseherin, zu welcher jetzt alle Welt, vornehm und gering, strömt, wird sie mit ihrem Blicke nicht durchdringen! Jene Hellseherin ist die eilfjährige Tochter des Holzwärters Braune am Unterbaum in der Schifferstraße. Sie will im Namen Christi nach höherer Vorschrift alle Krankheiten heilen. Hunderte von Menschen und Bauernwagen mit Kranken halten vor ihrem Hause. Sie sehen, Alles ändert sich in der Welt, nur nicht die Thorheiten der Menschen. Seit einigen Tagen hat die Regierung große Vorsichtsmaßregeln getroffen, weil man den Ausbruch eines Arbeiteraufstandes befürchtete. Indeß legt man hier wenig Gewicht auf diese Gerüchte. Sie scheinen uns, bei unserer starken Garnison, nicht ausreichend, um die Fortdauer des Belagerungszustandes zu rechtfertigen; mehrere öffentliche Gebäude werden mit Gittern versehen.

: **Posen**, 18. Febr. Zwei polnische Briefe, einer aus Palermo, der andere aus Turin, geben uns genaue Nachrichten über die Rolle, welche die Polen als „Kondottieri" in Italien zu spielen haben werden. Der erste aus Palermo vom 1. Febr. lautet: „Vor 2 Monaten erschien auf den Ruf unserer Regierung Mieroslawski, um die sizilische Armee zu reorganisiren. Nach der Verfassung ist zwar der Präsident der Regierung Oberbefehlshaber der Armee und Mieroslawski erhielt deßhalb nur den Titel Generalstabschef, indessen führt er wirklich das Heer an. Bekanntlich hatten sich nach den Affairen bei Messina und Milazzo die sizilianischen Truppen fast gänzlich aufgelöst und nur Partisanenbanden existirten in den Gebirgen, daher war Mieroslawski's Aufgabe, fast aus dem Nichts eine Armee zu schaffen. Heute hat er nun schon 6 Bataillon Infanterie, 1 Kavallerieregiment und 16 Geschütze beisammen. Außerdem hat er die Volkswehr unter militärische Obhut genommen und Kriegszucht, sowie regelmäßige Waffenübungen bei ihr eingeführt. Zweimal wöchentlich erscheinen 15 bis 16 Bataillone derselben vor ihm auf dem Platze monte pellegrino und führen ihre Manoeuvres mit einer Genauigkeit aus, die jedem Landheer Ehre machen würde. Die schwierigste Aufgabe für uns Polen ist aber, die Sizilianer zur Kriegszucht anzuhalten. An das dolce far niente ihres ewigen Frühlings gewöhnt, schlafen sie entweder, oder — gehen auf einander los, um sich die Zeit zu vertreiben. Denn Mann gegen Mann sind sie tapfer und haben viele Eigenschaften des Spaniers und Arabers, aber in Massen geht es schlechter mit ihnen, als mit unserem polnischen Landsturm. Bis zu einer Art Kriegszucht hat indessen Mieroslawski die Sachen schon gebracht. Das will jedoch nicht viel sagen, wenn nicht eine Reform der jetzigen Kriegsgesetze eintritt." Der Turiner Brief berichtet: „Nachdem Gioberti an's Ruder gekommen, steht es mit unserer Legion um Vieles besser. Wollt Ihr es wohl glauben, wenn ich Euch sage, daß die Protestationen der französischen Gesandtschaft gegen uns, das schlechte Verhalten des früheren Ministeriums hervorgebracht? Dem ist so! Gioberti aber hat nun die Wichtigkeit der slawischen Frage und der polnischen Legion in der italienischen Sache eingesehen und andere Maßregeln ergriffen. Es sind 5 neue Offiziere in der Legion ernannt und ihnen der Auftrag gegeben worden: Polen überall anzuwerben. Einer ist nach Stambul gegangen, um einige Hundert daselbst sich aufhaltende Emigranten hierher zu führen. Drei andere Offiziere sind nach Frankreich gereist. Die freiwilligen Polen, welche aus Deutschland und von Nordost anlangen, equipirt in Straßburg ein Legionsoffizier, Hr. Michusiewicz und zahlt ihnen das nöthige Reisegeld, um nach Sardinien zu gelangen. Offiziere sind im Augenblick in genügender Anzahl vorhanden. Es fehlen Unteroffiziere und Soldaten. Finden sich diese in Fülle, woran nicht zu zweifeln, so wird ein neues Bataillon formirt. Die Legion soll zugleich eine Art Kriegsschule und ein Lehrbataillon sein, eine Anstalt zur Bildung von Offizieren und Unteroffizieren. Nach 6monatlicher Uebung werden die Kadres zu einer kleinen Armee von 10,000 Mann bereit sein."

In Turin ist auch eine Gesellschaft der „Slawenfreunde" zusammengetreten. Präsident ist d'Azeglio, Sekretär Ruscala-Vegerri, und unter den Mitgliedern befindet sich der frühere Ministerpräsident Balbo.

In den Warschauer Zeitungen lesen wir fast täglich Zurückberufungen von Personen, die mit abgelaufenen Pässen fortgeblieben sind und deren Rückkehr in das Königreich Polen unter Strafe der Vermögenskonfiskation gefordert wird. Es befindet sich darunter auch der bekannte Warschauer Banquier Peter Steinkeller.

Hier in Posen sind die Polen sehr thätig in Vorbereitungen, die auf Protestationen und Hintertreibung der Abgrenzungslinie in den Berliner Kammern ausgehen.

Elberfeld, 18. Febr. Der industrielle Centralverein des Wupperthals in Verbindung mit Berg und Mark hat einen Aufruf an alle Fabrikanten und Kaufleute des deutschen Reichs ergehen lassen, um Innungen zu bilden.

Unsere gestrige Assisensitzung lieferte den Beweis, mit welch' außerordentlicher Schnelligkeit nach dem rheinischen Gerichtsverfahren das Gesetz gehandhabt wird. Während der Vertheidigungsrede des Advocat-Anwaltes erscholl nämlich plötzlich in dem Kreise der Zuhörer der laute Ruf: „Meine Pfeife!" Die Sitzung wurde durch ein nun folgendes Poltern, Lärmen u. s. w. unterbrochen, und die Gensdarmen verhafteten einen Mann, welcher die betreffende Pfeife gestohlen hatte und auf der That ertappt worden war. Auf den Antrag des öffentlichen Ministeriums konstituirte sich der Assisenhof sogleich in ein Zuchtpolizeigericht. Der Angeklagte und die Zeugen wurden vernommen, und nach kurzer Berathung verurtheilte der Hof den Angeklagten, der schon früher eine sechsmonatliche Zuchthausstrafe überstanden hatte, zu einjährigem Gefängniß, Verlust der National-Cocarde und Stellung unter polizeiliche Aufsicht. Zwischen dem Diebstahle und der Verurtheilung war höchstens eine halbe Stunde verflossen. (D. Rchsz.)

München, 18. Febr. Graf Lerchenfeld-Köfering, der Gesandte Baierns in Berlin, der seit einigen Tagen hier verweilt, geht morgen als Spezialbevollmächtigter Baierns nach Frankfurt, wird aber schon in acht Tagen hier zurückerwartet. In der Kammer der Reichsräthe soll im Laufe dieser Woche die Frage über die bedingte oder unbedingte Geltung der Grundrechte zur Berathung kommen, da der betreffende Ausschuß über die deßfalls eingelaufenen Petitionen Vortrag erstatten wird. (Nürnb. Korr.)

✕ **Hannover**, 18. Febr. Stüve ist so verbissen gegen die Grundrechte, daß er sagt, gerade durch sie werde der alte Polizeistaat wieder hergestellt. In der unseligen Gewerbfreiheit sieht er die Quelle alles Proletariats. Von der allgemeinen Wehrpflicht fürchtet er, daß die Kraft und Ausbildung des Heeres dadurch abnehmen würden. Ist etwa das Preußische Heer das schwächste und unausgebildetste von allen? Etwas tröstlicher, um nicht zu sagen etwas verständiger sprach Stüve in seiner letzten Rede über die Einheit sich aus: „Die Einheit Deutschlands muß sicher gestellt werden; das fühlt Niemand mehr als ich. Aber reize man nicht die Fürsten, daß sie zum Aeußersten greifen müssen und eine Kraft anwenden, die sie noch besitzen. Dazu ist vor Allem eine Volksvertretung beim Bunde nöthig; ohne diese ist keine Einheit möglich, möge man nun einen Kaiser oder ein Direktorium machen. Schaffe man diese Form gültig, wie man will: ich unterwerfe mich. Aber, Herr Präsident, ich habe größere Hoffnung auf die Fürsten und Völker Deutschlands, um an der Einheit Deutschlands zu verzweifeln. Wo wird sich bei den Fürsten die Kraft und der Frevelmuth finden, um dem ernsten Willen jener entgegenzutreten?" Da dieser merkwürdige Mann außerhalb Hannovers weniger gekannt, ist so entnehmen wir einer Mittheilung aus Osnabrück in der deutschen Reichszeitung folgende Schilderung seiner Persönlichkeit. „Stüve's Gestalt ist klein und gedrungen, sein Anzug einfach, aber solide. Er hat von jeher zurückgezogen gelebt und sich in einem geräuschvollen Treiben nicht gefallen. Er ist witzig, Viele halten ihn für moquant und neugierig; wenn ihm Jemand widerspricht, kann er sehr ungehalten, fast grob werden. Ein seltenes Gedächtniß giebt ihm stets eine Menge specieller Data an die Hand; da er sich mit hannoverschen Zuständen von jeher angelegentlich beschäftigt hat, so ist ihm auf diesem Felde nicht leicht ein Redner gewachsen. Seine Schnelligkeit im Arbeiten ist bewundernswürdig; in der Zeit des Kampfes um das Staatsgrundgesetz soll er mehre Staatsschriften so rasch ausgearbeitet haben, daß ein Anderer sie in derselben Zeit kaum hätte abschreiben können. Dabei besitzt er eine große Ausdauer; er kann nicht allein Nächte durcharbeiten, sondern hält auch Wochen lang die angestrengteste Thätigkeit aus; im vorigen Frühjahre soll er eine geraume Zeit täglich nur einige Stunden geschlafen haben. Jetzt scheint er freilich etwas angegriffen zu sein.

Stüve zeichnet sich durch eine seltene Uneigennützigkeit aus; seit 1833 hat er der Stadt Osnabrück jedes Jahr 700 Thaler von seinem Gehalte (1200 Thaler) geschenkt. Jedes Haschen nach Popularität ist ihm fremd; in jetziger Zeit, wo man dies Vielen Schuld gibt, ist er gewiß vor nichts besorgter; ja es scheint fast, als suche er nach einer Gelegenheit, der öffentlichen Meinung ins Gesicht zu schlagen. Seiner Meinung wird er einem Widerspruche gegenüber eine möglichst schroffe Form geben; es ist ihm eigen, nirgends das Vermittelnde aufzusuchen, sondern das Trennende; deshalb sagt er eher ein Wort zu viel als zu wenig. Gleichwohl ist er nicht so unerschütterlich, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Wenn er sieht, daß er mit seiner Meinung gar nicht durchdringen kann, weiß er auch nachzugeben, (aber gewiß nicht ohne sein Widerstreben an den Tag gelegt zu haben). Sobald er das gethan hat, ist man vor einem verborgenen Vereiteln sicher." Schade, daß Stüve mehr starrer Rechtsgelehrter, als ein geschmeidiger oder gar kühner Staatsmann ist. Der Verlust dieses Mannes und des Ministeriums, dessen Seele Stüve ist, wäre für Hannover sehr zu bedauern. Aber für die deutsche Einheit werden wir auch dies Opfer bringen. In einer Residenz giebt es natürlich immer auch eine starke Regierungspartei, aber auch in unserer Stadt überwiegt das Gefühl für Deutschland. Wie die Ministerkrisis sich entscheiden wird, weiß niemand.

Hannover, 19. Febr. Ich melde Ihnen rasch, daß das Ministerium abgetreten ist.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung der zweiten Kammer trat Stüve mit Lehzen ein und erklärte, daß das Kabinet den Entschluß gefaßt habe, seine Entlassung zu nehmen. Es habe sich nach Entscheidung der Majorität über die Grundrechte zu diesem Schritte verpflichtet gehalten. Der König hat seine Entschließung noch vorbehalten und einstweilen von den Ministern verlangt, daß sie die Gründe ihres Entschlusses ihm schriftlich auseinandersetzen. Bis auf weiteres werden sie übrigens die laufenden Geschäfte fortführen.

In der ersten Kammer gab Graf Bennigsen eine ähnliche Erklärung ab. Hier sprachen Wyneken und Wachsmuth den Wunsch aus, daß es möglich sein werde, die Minister am Ruder zu erhalten, in der zweiten äußerte der jüngere Lang, dieser Rücktritt sei betrübend für das Land; aber wenn der König schon dem Lande seine eigene Ueberzeugung zum Opfer gebracht habe, so hätten es auch die Minister gekonnt. Er hoffe, der König werde die Entlassung nicht annehmen. (D. Rchsz.)

Hannover, 19. Febr. Die Königs Majestät haben den Legationsrath Grafen v. Platen, bisher in Berlin, zu Allerhöchstihrem Geschäftsträger am k. k. österreichischen Hofe zu ernennen geruhet. (Hann. Z.)

Darmstadt, 21. Febr. In Bensheim machten Beleidigungen Mehrerer gegen den Stadtvorstand eine gerichtliche Untersuchung nothwendig. Obgleich ein kräftiger und furchtloser Beamter die Untersuchung daselbst leitete, trat dennoch gestern ein solcher Geist der Widersetzlichkeit hervor, daß die Polizei und die dort stationirten Gendarmen nicht im Stande waren, den gerichtlichen Verfügungen die nöthige Befolgung zu verschaffen. Auf gestern Abend dahier eingetroffene Nachricht ist heute mit erstem Bahnzug ein Militärkommando von 3 Offizieren und 100 Mann nach Bensheim gesendet worden. (D. Z.)

. **Mainz**, 22. Febr., Morgens 11 Uhr. So eben verkündet das Geläute der Glocken die beendete Bischofswahl. Herr Professor Dr. Schmid von Giessen wurde mit Stimmenmehrheit zum Bischof von Mainz gewählt.

♉ **Schleswig**, 18. Febr. Jetzt sind wir also im Zeitalter der Noten. Erst die Note Preußens, die hier große Sensation erregte, und darauf die Note Oesterreichs, die hier gar keinen Eindruck machte, weil man von daher nichts Besseres erwartet hat. Unsere Lokalblätter sind jetzt überall voll Kriegsgeschrei und dem Wort folgt allenthalben rührig die That. Hier nur ein Beispiel von vielen. Die drei Vogelschützengilden der Stadt Schleswig, die eine jährliche Einnahme von 800 Thlr. Pr. Crt. besitzen, haben in diesen Tagen einmüthig beschlossen, diese Summe zur Ausrüstung der Bürgerwehr herzugeben. Mit großer Zufriedenheit ist hier die Nachricht aufgenommen, daß Dänemark, am 8. d. M. einen Boten zur Kündigung des Waffenstillstandes nach London gesandt (?). Zu deutlich fühlt man, daß Schleswig nur durch Krieg sein unseliges Zwitterwesen loswerden kann. Die Postverbindung mit Dänemark wird wahrscheinlich wieder eine Unterbrechung erleiden. Unsere Regierung will endlich den Hohn und Spott nicht länger dulden, den die Dänen in Kolding wiederholt sich gegen unsere Post erlauben und den die schwache dänische Regierung nicht zu hindern versteht. Die schleswig-holsteinische Post wird deshalb wohl nur bis an die Grenze des Landes gebracht werden; da mögen dann die Dänen sich das Ihrige holen. So eben erfahren wir, daß ein dänischer Oberstlieutenant mit seinem Adjudanten von Alsen hier angelangt ist, um mit dem Reichskommissär zu konferiren. Welches Geschäft ihn herführt, ob ein wirkliches oder angebliches, ist bis jetzt unbekannt.

Flensburg, 15 Febr. Der constituirte Polizeimeister für Sundewitt ꝛc., Hr. Muderbach macht bekannt, daß, wie die Zeitumstände es erheischen, die Polizeiaufsicht in jenem Distrikt verschärft werde und daß zu dem Zwecke eines bequemen Ausweises die Einwohner desselben von ihm mit Legitimationskarten versehen werden. (K. C.-Bl.)

** **Hamburg**, 19. Febr. Wir feierten gestern ein französisches Sozialistenbankett im großartigsten Style. Etwa 4000 Herrn und Damen, zum größten Theile dem Arbeiterstande angehörig, waren die Theilnehmer des Festes, das eigentlich eine Stiftungsfeier des Bildungsvereins für Arbeiter war. Es wurden Reden von den Koryphäen der demokratischen Partei, den Vorkämpfern der sozialen Republik, in Masse gehalten, denn sie war die eigentlich agitirende Partei. Am meisten Aufsehen erregten die Reden Weitling's, des vor wenigen Wochen aus Ham-

burg Ausgewiesenen, und Theodor Hagens: ersterer sprach über Kommunismus und zwar von der Gefühlsseite, der andere über soziale Republik, über Assoziation der Arbeiter u. s. w. Außerdem sprachen noch viele Arbeiter und bekannte Führer der demokratischen Partei.

⊙ **Lübeck**, 19. Febr. Das Ergebniß der heute vorgenommenen Wahl von 19 Vertretern im zweiten städtischen Bezirk ist ein sehr befriedigendes. Unter 4 Gelehrten befinden sich Dr. H. Behn, welcher uns im Vorparlament und im Fünfziger-Ausschuß vertrat, und in der alten Bürgerschaft erster Stellvertreter des Wortführers war, und Oberappellationsrath Wiederhold, der bis zum Juli des vorigen Jahres Mitglied der Nationalversammlung war. Die überwiegende Zahl der Gewählten besteht aus Kaufleuten, unter denen 8 Großhändler, 4 Kleinhändler, 1 Buchhalter. Von Handwerkern sind in diesem Bezirk nur 2 gewählt, von den Neubürgern Keiner. Somit ist das Uebergewicht, welches durch die erste städtische Wahl in die mittleren und unteren Schichten gelegt war, wieder aufgehoben und ein angemessenes Verhältniß hergestellt.

Großbritannien.

*London, 19. Febr. Ein furchtbares Unglück wird aus Glasgow berichtet. Im k. Theater in der Dunlopstreet verbreitete sich vorgestern Abend, in Folge einer sonst fast spurlos vorübergegangenen Gasexplosion, auf der obersten Galerie das Gerücht, daß im Hause Feuer ausgebrochen sei. Sofort stürzte sich die Menge gegen den Ausgang. In diesem wirren Menschenknäuel wurden 61 Menschen zu Tode erdrückt, erstickt, zerquetscht, zerstampft, zertreten, Männer, Weiber und Kinder. Andere gefährlich Verwundete liegen noch im Krankenhause, elf leichter Verletzte befinden sich in einem leidlichen Zustande, welcher es erlaubte, sie nach Haus zu schaffen. Die Verunglückten gehörten sämmtlich der arbeitenden Klasse an.

Der „United Service Gazette" zufolge wird die unter dem Befehl des Kontreadmiral Sir Ch. Napier stehende Flotte, welche bestimmt ist, den an den Kaiser von Marokko gerichteten Forderungen den nöthigen Nachdruck zu geben, sehr bald nach Spithead zurückkehren, da man der friedlichen Ausgleichung der mit Marokko entstandenen Differenzen mit ziemlicher Gewißheit entgegensah. Herr Hay, der englische Unterhändler, war nach Fez gegangen. Auf der Flotte wollte man wissen, daß die Bewohner von Tanger beschlossen hätten, sobald das Geschwader Napiers vor der Stadt erschiene, dem Admiral freiwillig die Schlüssel der Stadt zu schicken, mit der Versicherung, daß sie die seeräuberischen Unternehmungen ihrer Landsleute verabscheuten und dabei in keinerlei Weise betheiligt wären.

Gestern starb Dr. Walsh, Bischof von Cambysopolis, apostolischer Vikar im Londoner Sprengel, in seiner Wohnung auf dem Goldensquare.

In Irland gibt sich bereits eine große Aufregung über die während der letzten Parlamentssitzungen zur Sprache gebrachte, allgemeine Landesabgabe kund, welche zur Unterstützung der Armen dienen soll, da die bisherige Armensteuer hierzu nicht ausreichte. Die jetzt beabsichtigte allgemeine Steuer würde namentlich die wohlhabendern Landschaften treffen, so daß sie die ärmeren mitzuernähren hätten. Der Egoismus der Menschen zeigt sich hier wieder im gewohnten Lichte. Namentlich sträubt sich das reiche Belfast, für die dem Hungertode verfallenen Armen im Süden des Landes das Seinige beizusteuern und läßt durch seine Presse gegen diesen Steuerplan eifern. Unterdeß ist der langweiligste aller Prozesse, der Duffysche, in Dublin immer noch nicht zu Ende, und dürfte sich noch mehrere Tage hinziehen. Einer der Führer der letzten irischen Bewegung, Eugen O'Reilly, Begleiter des Herrn Smith O'Brien, als dieser zur Beglückwünschung der französischen Republik nach Paris reiste, ist jetzt, nachdem er mehrere Monate im Gefängniß gesessen, als Lieutenant bei den Lanciers in sardinische Dienste getreten.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Febr. Oberstlieut. Schlegel vom Ingenieurkorps ist gestern von hier abgereist, um sich an den Aufenthaltsort des Kommissärs der deutschen Centralgewalt in den Herzogthümern zu begeben. Sein Auftrag geht dahin, die schon von der Regierung eingeleiteten Schritte zur Milderung des Schicksals der bei Bröns eingefangenen nordschleswig'schen Bauern zu unterstützen.

Das von der Regierung dem Hrn. C. H. Donner in Altona für 155,000 Rbth. (bei unbedeutender Auszahlung) abgekaufte Dampfschiff „Kopenhagen" ist gestern Abend von Travemünde hier angekommen. Dem Vernehmen nach wird es den Namen „Schleswig" erhalten *). Die Regierung beschäftigt sich auch mit andern Maßregeln, den Verkehr mit dem In- und Auslande vermittelst Dampfschiffen zu erleichtern.

Das allgemeine Wehrpflichtsgesetz ist unterm 12. d. in Kraft gesetzt worden.

Die „Berl. Ztg." liefert nach „Aarh. Av." einen Bericht über die in Altona in der Landwehrangelegenheit abgehaltene Volksversammlung, der aus sehr wohlunterrichteter und sehr wohlwollender Quelle stammt, wie man aus folgenden Proben sehen wird. Obgleich die ganze Woche — heißt es — durch die Blätter und durch öffentliche Anschläge dazu zusammengetrommelt worden war, fanden sich doch nur 3—400 Menschen, größtentheils von St. Pauli ein. Adv. Ingwersen hielt eine Rede mit den gewöhnlichen schleswig-holsteinischen Floskeln, konnte aber durch alle Knallbonbons nur schwachen Beifall bewirken. Ein Mann der neben dem Berichterstatter stand sagte: „Jaa, dat ist licht segt, Gut und Blut hergeben, aber nicht so licht daan; de Herrn de da spreken geft eer Blot nich her und Godd hebben se gar nicht." Es ist nemlich Adv. Ingwersen, der im Verein mit Bracklow republikanische Vorlesungen vor den sogenannten Budjes hält ꝛc.

Ungarn.

Ein Brief aus **Tokay** vom 9. Februar, welchen ein aus dortiger Gegend kommender Schlesier an die in der Grafschaft wohnenden Angehörigen des Verfassers mitgebracht hat, enthält folgende Schilderung von dort verübten Gräueln: „Mit welcher gräßlichen Wuth der Krieg der Oesterreicher gegen die Ungarn geführt wird, davon hatten wir vorgestern (am 7. Febr.) Gelegenheit, zur traurigen Ueberzeugung zu gelangen. Eine Schaar von 150 Oesterreichern war in die großartigen Miskolczer Weinkeller gedrungen. Nach ihrer Manier hatten sie nicht nur unmenschlich gezecht, sondern auch die Fässer zerschlagen, damit der Wein auslaufen sollte, wobei einige der Betrunkensten ihr Leben einbüßten. Damit nicht zufrieden, wurden die herbeigeschleppten Töchter und Mägde der benachbarten Höfe, nachdem man ihnen die Kleider vom Leibe gerissen, gezwungen, in diesem Zustande zu tanzen, der nachfolgenden Schändlichkeiten nicht zu gedenken. Ein bartloser österreichischer Lieutenant war so entmenscht, einem der unglücklichen Mädchen mit dem Säbel den Unterleib aufzuschlitzen. Während diese Horde, ermattet von den begangenen Unthaten, sich sorglos dem Schlummer überließ, rückte eine Abtheilung ungarischer Truppen heran, welche, empört über das Vorgefallene, die grausamste Rache nahmen. Sie banden die fest schlafenden Kaiserlichen und hackten sie im buchstäblichen Sinne des Wortes, bei lebendigem Leibe mit den Säbeln entzwei. Das Schmerzgeheul der Unglücklichen war grausenerregend. Wo Oesterreicher hinkommen, ist es um das Eigenthum ihrer Wirthsleute geschehen, es wird Alles demolirt, die Betten werden aufgeschnitten und die Federn in die Düngergruben geschüttet; Weiber und Mädchen, selbst Kinder von 6 bis 8 Jahren müssen flüchten, wollen sie nicht auf die allerempörendste Weise entehrt werden." Die Reise des Ueberbringers des erwähnten Briefes, soll übrigens, öftere Nachforschungen abgerechnet, ziemlich gefahrlos gewesen sein. Der preußische Paß wurde überall respektirt. (Nach. Z.)

Rußland.

Petersburg, 11. Febr. Die hiesige Polizei-Zeitung enthält Folgendes: Se. Majestät der Kaiser haben auf den Bericht, mit welchem das Memorial des Reichsraths und die Uebersicht der Staats-Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1849 vorge-

---

*) Nach einer früheren Angabe ist das Schiff zur Packetfahrt auf London bestimmt, doch fügt die „Berl. Ztg." hinzu, daß es sich besonders zum Transport einer großen Anzahl Truppen auf einmal eignet.

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 23. Februar.

Tagesordnung der 176. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause," und zwar über §. 5 und folgende.

Neun Uhr Vormittags wird auf den Antrag des Hrn. Fuchs das Haus gezählt und eine Viertelstunde später von dem Präsidenten, Hrn. Ed. Simson, die Sitzung eröffnet. Hr. Fuchs treibt seinen Eifer für die rechtzeitige Eröffnung der Versammlung so weit, daß er auch eine Musterung der mit oder ohne Entschuldigung in den stenographischen Mittheilungen aufgeführten Mitglieder versucht. Das Haus geht jedoch auf eine derartige Polizei nur unwillig ein.

Unter den Flottenbeiträgen sind 203 Thlr. von Posen, mit dem Bemerken eingesendet, daß auch die ärmsten Klassen, Handwerker und Tagelöhner dazu beigetragen. Lebhaftes Bravo! Ferner 196 Gulden von der Gerold'schen Buchhandlung aus Wien eingesendet.

Nachdem zur Tagesordnung übergegangen worden und von der linken Seite des Hauses vergebens mehrere gegen den Paragraphen fünf des Reichswahlgesetzes eingezeichnete Redner aufgefordert worden sind — theils sind sie noch nicht anwesend, theils verzichten sie auf das Wort — erscheint auf der Tribüne Hr. Moritz Mohl. Er beantragt den Zusatz zu §. 5: „Erstandene oder durch Begnadigung erlassene Strafe wegen politischer Verbrechen schließen von der Wahl in das Volkshaus nicht aus." Artikel II. §. 5 handelt nämlich von der passiven Wählbarkeit und Hr. Moritz Mohl verwahrt sich dagegen, daß er es mit politischen Verbrechen zu leichtsinnig nähme. Allein für ehelos und bescholten könne er doch diejenigen nicht halten, die neuerdings in Oesterreich „wegen unehrerbietiger Aeußerungen gegen den Monarchen" oder wegen „zur Unzufriedenheit gegen die Regierung aufreizenden Reden" zu Pulver und Blei „begnadigt" würden. Er knüpft daran eine Betrachtung der heutigen Verhältnisse Deutschlands und weist unter Andern auch auf Schleswig-Holstein hin, wo in Folge der revolutionären Bewegung auch manches politische Verbrechen vorgekommen sei.

Herr Hartmann aus Leitmeritz: Der deutsche Staat werde mehr Hemmschuhe als Räder haben: vier und dreißig Fürsten, ein Staatenhaus, einen Reichsrath und die deutsche Gründlichkeit. Wenn man aber den gemäßigten Fortschritt ernstlich wolle, so dürfe man die drängende Jugend nicht ausschließen von der Gesetzgebung. Der Redner verwahrt sich daher gegen das von Beseler, Dahlmann, Soiron u. A. zu §. 5 gestellte Minderheitserachten, nach welchem das wählbare Alter von 25 auf 30 Jahre hinaufgesetzt werden soll. Vielmehr solle man die Wählbarkeit an gar kein Alter knüpfen. Eine Reihe der ausgezeichnetsten Männer habe gerade im Jünglingsalter ihr Bestes geleistet und wen das Volk wähle der sei auch für hinreichend reif zu betrachten, um es zu vertreten.

Hr. Gevekoth verlangt, daß eine dreijährige Anwesenheit im Lande als Bedingung an die Wählbarkeit geknüpft werde. Hr. v. Linde ist zweifelhaft darüber ob das hier begründete Verfassungswerk in der Monarchie oder in der Republik seinen Ausgang finden werde. Denn das sei natürlich, daß eines der beiden Elemente den Ausschlag geben und das andere ausschließen werde, wie denn Hr. Ludwig Simon sehr richtig gesagt, daß die demokratische Monarchie ein Unding sei. Solle nun aber ein wirklicher Extrakt des Volkes zu seiner Vertretung berufen werden, so müßten die Unterscheidungen berücksichtigt werden, die sich in den folgenden Verbesserungsvorschlägen des Redners zu §. 5 ausdrücken: „Wählbar zum Wahlmann ist jeder Deutsche, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und nach dem Gesetze als Wähler zulässig erscheint. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder selbstständige unbescholtene Deutsche, der das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat und durch Grundbesitz, Gewerbe, ein öffentliches Amt, oder durch ein steuerbares Einkommen die eigene unmittelbare Betheiligung an dem allgemeinen Staatsinteresse verbürgt."

Nachdem noch Hr. Scheller als Berichterstatter das Wort gehabt, wird ein Paragraph in folgender Fassung angenommen:

Artikel II. §. 5:

„Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte Deutsche, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat."

Verworfen wird auch hier der Zusatz von der Selbstständigkeit. Ueber einen Zusatz von Langerfeldt und Genossen dagegen:

„und seit mindestens drei Jahren einem deutschen Staate angehört hat"

scheint die Entscheidung ungewiß. Es wird durch Zettel abgestimmt, wobei sich für die Annahme des Zusatzes 237, gegen 188 Stimmen erklären. Die HH. Wesendonck, Esterle und Genossen fordern sogleich eine authentische Interpretation von dem Hause darüber, ob sonach die Angehörigen des ehemaligen Großherzogthums Posen, von Ostpreußen, Schleswig u. s. w. ausgeschlossen seien. Der Antrag wird als an den Verfassungsausschuß gehörig beseitigt. Die Verwerfung der oben mitgetheilten Anträge des Herrn v. Linde für die sich nur sehr Wenige erheben, erregt ein Beifallsklatschen von der Linken. Durch Zettel hingegen muß auch abgestimmt werden über den Antrag von Moritz Mohl:

„Erstandene oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen schließen von der Wahl in's Volkshaus nicht aus."

Die Annahme erfolgt mit 217 gegen 201 Stimmen. (Bravo!)

§. 6 würde nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses lauten:

„Staatsdiener bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten."

Als Redner sind angemeldet die Herrn Grävell, Tafel von Zweibrücken, Ludw. Simon und v. Linde. Die Diskussion wird zugelassen.

Herr Grävell vertheidigt ungehört einen ununterstützten Zusatzantrag, wonach die Reichsminister und die unabsetzbaren Richter nicht zu Abgeordneten wählbar sein sollen. Hr. Tafel von Zweibrücken will neben den Staatsdienern auch die „Kirchenbeamteten" im Gesetze als solche aufgeführt wissen, die keiner Genehmigung zum Eintritt in das Volkshaus bedürfen. Hr. L. Simon verzichtet auf das Wort, während Hr. v. Linde seinen Antrag, wonach die Staatsdiener nur alsdann keiner Genehmigung ihrer Wahl bedürfen, wenn sie „auf ihre Stellung im Dienste" zu verzichten bereit sind, von der Rednerbühne begründet. Die Abstimmung findet unmittelbar darauf Statt. Angenommen wird der Paragraph in der Fassung des Verbesserungsantrages von Günther und Genossen (mit 219 gegen 166 Stimmen):

„Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Beitritt in das Volkshaus keines Urlaubs."

Artikel III. §. 7 — 10 handelt von den Wahlkreisen. Die Besprechung darüber wird in eine allgemeine zusammengefaßt, indem Hr. Schüler von Jena das Wort für das Minderheitserachten ergreift, nach welchem nicht die Einzelstaaten sondern das deutsche Reich in Wahlkreise zu theilen wäre. Hr. Würth, getäuscht in allen seinen Erwartungen, um jede Hoffnung der Revolution betrogen, — sieht der Vertreter von Hohenzollern-Sigmaringen im Jahre 1849 alle 33 oder 34 oder 38 Landesfürstlichkeiten — er weiß nicht genau, wie viele es sind — Deutsch-

lands erhalten. Er findet demnach die Zustände der Gegenwart so elend — selbst die Grundrechte verdanken wir nicht der Nationalversammlung, sondern einzig den heldenmüthigen Kämpfern auf den Barrikaden — daß er sich der herbsten Entrüstung nicht erwehren kann. Da er diese seine Ueberzeugung leider in sehr ungeglätteter Weise auszudrücken weiß, so zieht ihm das eine Rüge von Seiten des Präsidenten zu. An die kleinen Staaten also habe die Versammlung nicht Hand zu legen gewagt; so solle sie wenigstens einem jeden derselben — ohne Berücksichtigung, ob seine Bevölkerung 50,000 erreiche oder nicht — einen Abgeordneten fürs Volkshaus zu wählen erlauben.

Herr Schubert von Königsberg vertheidigt den Vorschlag des Verfassungsausschusses im §. 7, und spricht gegen die Verbesserungsanträge von Kohlparzer und Würth, die auf je 70,000 oder je 50,000 Seelen bereits einen Abgeordneten für das Volkshaus verlangen. Er weist nach, wie das Volkshaus aus 470 bis 350 Mitglieder zusammengesetzt, je nachdem die österreichisch-deutschen Länder in den Bundesstaat eintreten oder nicht, vollkommen ausreiche für eine würdige Repräsentation der deutschen Volksstämme, aber auch den Vortheil gewähre, daß die Thätigkeit aller Mitglieder auf eine lebendige Weise in Anspruch genommen würde. Er empfiehlt sein Amendement zu §. 8, daß für einen Ueberschuß von 50,000 Seelen ein Wahlkreis mehr gebildet wird, ohne dadurch einen solchen Staat zu beschränken, die einzelnen Wahlkreise verhältnißmäßig auszugleichen. Besonders vertheidigt Schubert noch das Minoritätserachten zu §. 8: die Stadt Lübeck den Staaten gleich zu stellen, die einen besondern Abgeordneten haben, indem die bedeutsame Vertretung der Handelsinteressen hervorgehoben wird, wenn auch Lübeck weniger als 50,000 Seelen zählt.

Herr Riesser als Berichterstatter: Der Verfassungsausschuß hat geglaubt, daß es der Form des Bundesstaates angemessen sei, daß die Eintheilung der Wahlbezirke den Einzelstaaten überlassen werde. Wenn ein Redner bei Erörterung der vorliegenden Frage auf die Mediatisirung zu sprechen gekommen sei, so müsse daran erinnert werden, daß gerade aus den kleineren Staaten die dringendsten Wünsche dahin geäußert worden seien, daß ihnen ihre Selbstständigkeit erhalten bleiben möge.

Die Paragraphen, wie sie aus der Abstimmung hervorgehen, lauten folgendermaßen:

Art. III. §. 7. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§. 8. Ergiebt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden.

Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Seelen ist unter die anderen Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen.

§. 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis. Diesen soll die Stadt Lübeck gleichgestellt werden.

Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit andern Staaten nach Maßgabe der Reichswahlmatrikel (Anlage A) zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt.

§. 10. Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Nachdem somit die Abstimmung über Artikel III. beendet ist, vertagt sich das Haus. Fortsetzung der heutigen Berathung findet Montag den 26. statt.

†* **Frankfurt**, 23. Febr. Wir finden in der preußischen Cirkularnote vom 23. Januar und in dem gestern in die Oeffentlichkeit gelangten instruktiven Begleitungsschreiben, mit welchem das Berliner Kabinet seinem Bevollmächtigten die Abänderungsvorschläge zur deutschen Verfassung übersandte, den gleichen diplomatischen Ton, die gleiche fast zu sorgsame Abwägung der Worte. Dem österreichischen Manifest vom 4. Febr. gegenüber überrascht es aber unangenehm, besonders wenn man vergißt, daß ein Manifest eben keine diplomatische Note ist. Geht man aber auf den Kern der Erklärungen Preußens ein, so wird man die zu milde Form wohl entschuldigen. Das erwähnte Begleitschreiben ist zudem an einen Staatsmann gerichtet, der bereits mit entschiedenen Instruktionen versehen war, und sicherlich nicht der Mann ist, der Ehre Preußens und der deutschen Sache, die dieses führt, irgend etwas zu vergeben. — Was die Abänderungsvorschläge zu den einzelnen Paragraphen vom Reiche, vom Reichstag und vom Reichsoberhaupt betrifft, so sollen sie im Ganzen von der Art sein, daß sie auf die günstigste Aufnahme zu rechnen haben und den Ausspruch vollkommen rechtfertigen, welcher im erwähnten Begleitschreiben gethan ist, daß nämlich die preußische Regierung in dem vorliegenden Verfassungsentwurf im Wesentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und zeitgemäß gestalteten Bundesstaates finde. Da die Berathungen, welche die Bevollmächtigten der verbündeten Regierungen täglich halten, zu einem baldigen Endresultat gediehen sein werden, so steht wohl die Uebergabe der Verbesserungsvorschläge an die Centralgewalt und demnächst ihre Veröffentlichung in nicht allzuweiter Ferne. An jenen engern Berathungen der Bevollmächtigten kann Herr Welcker, wie es scheint, keinen Theil nehmen, da er sich mit an die Spitze derjenigen Partei gestellt hat, welche das bisherige einheitliche Verfassungswerk zu hintertreiben sucht. Es ist deßhalb zu verwundern, daß er seine Stellung als Bevollmächtigter nicht freiwillig aufgibt, da er offenbar seine Regierung nöthigt, einen anderen Unterhändler neben ihm zu brauchen.

⁑ **Frankfurt**, 23. Febr. Der preußische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt hat heute morgen bereits die Verbesserungsanträge der vereinigten Regierungen zu dem Abschnitt von der Reichsgewalt an das Reichsministerium übergeben, welches sie wahrscheinlich sofort an den Verfassungsausschuß befördern und auch zur wünschenswerthen Besprechung in die Oeffentlichkeit bringen wird. Es ist dieser Weg, die Vorschläge über die besonderen Abschnitte einzeln vorzulegen, besonders deshalb eingeschlagen worden, weil man dem Verfassungsausschuß so schnell als möglich die sehnlichst erwarteten Endvorlagen zum Abschluß geben wollte.

*** **Frankfurt**, 23. Febr. Die Kommission der österreichischen Koalition hatte gestern am frühen Morgen eine Besprechung, in welcher die Mitglieder der Linken sich aber darauf beschränken mußten, zu erklären, daß sie den ihnen Abends vorher vertraulicherweise mitgetheilten Verfassungsentwurf durchblicken und sich zu einer Besprechung am Abend bereit finden würden. Ob diese Besprechung wirklich stattgefunden, weiß ich nicht. Was aber den Verfassungsentwurf selbst betrifft, welcher bei der zweiten Lesung der Verfassung in Form von Verbesserungsanträgen vorgelegt werden soll, so kann ich Sie im Voraus versichern, daß die Linke ganz ihr Prinzip verläugnen müßte, wenn sie auf Grund desselben eine Koalition abschließen wollte. Ich theile Ihnen Einiges aus dem Entwurfe mit: Art. II. §. 1. (§§. 2 und 3. der ersten Lesung der Verfassung) „Steht mit einem deutschen Staate ein außerdeutsches Land in politischer Verbindung, so darf diese der Durchführung der deutschen Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in dem deutschen Staate keinen Eintrag thun." §. 3. (§. 4. der Verfassung): „das Oberhaupt eines deutschen Staates, mit welchem ein außerdeutsches Land in politischer Verbindung steht rc. (sonst wie §. 4.) Art. III. §. 1. „An der Spitze der Reichsregierung steht ein Reichsstatthalter, welcher in der Reichsregierung den Vorsitz führt." §. 2. „Die Reichsregierung besteht aus sieben Mitgliedern. (Von diesen wählen Oesterreich, Preußen und Baiern je eins, die übrigen vier werden von den andern in vier Wahlkreise eingetheilten deutschen Staaten gewählt.) Der Verfassungsabschnitt: „der Reichsrath" wird ganz gestrichen. Dies für heute. Die Linke wird in dem Abschlusse dieser Koalition sehr vorsichtig sein und Garantien verlangen, welche ihr die Koalition schwerlich bieten kann, so u. a. in Bezug auf die Grundrechte und das Wahlgesetz.

*** **Frankfurt**, 23. Febr. Die österreichische Koalitionskommission hatte heute vor der Sitzung der Nationalversammlung eine Versammlung, in welchen die Mitglieder der Linken die Forderungen derselben aufstellten, eine definitive Feststellung der Grundrechte, die zweite Lesung des „Wahlgesetzes" und endlich die Forderung, daß bei der zweiten Lesung der Verfassung der Artikel „die Reichsregierung" zuletzt berathen werde. Heute Abend wollen die Kommissionsmitglieder der Linken den österreichischen Verfassungsentwurf prüfen, ihren Gegenentwurf aufstellen (zu welchem Behufe sie sich in drei Sektionen theilten) und denselben ihren Fraktionen zur Begutachtung vorlegen.

Wien. Die Allg. Ztg. hat Briefe aus der Moldau bis zum 10. Febr., welche versichern, nicht bloß die Sachsen und Walachen, sondern General Puchner selbst habe die Russen um Hilfe angesprochen, worauf am 31. Jan. 5000 Mann mit 20 Geschützen eingerückt seien, Kronstadt und Hermannstadt besetzt und (am 4. Febr.) in Verbindung mit 2000 Siebenbürger Romanen (Walachen) die Szekler bei Kronstadt geschlagen und über den Olt (die Aluta) gejagt hätten. Weitere russische Korps stehen an den Grenzen der Bukowina, Bessarabiens und in Podolien. Diese Briefe schließen mit der Nachschrift: „Puchner ist in Verfolgung Bems begriffen, der den Weg nach Klausenburg eingeschlagen, das seine Truppen schon vor 4 Wochen eingenommen."

Triest. Der Civil- und Militärgouverneur vom Küstenland, Graf Gyulai, hat den in dem Hafen von Triest unter englischer Protectionsflagge liegenden Schiffen den Befehl gegeben, sich zu entfernen. (Presse.)

Lith. Korr. **Berlin**, 21. Febr. Es ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die gegenwärtigen Mitglieder des Ministeriums jedenfalls bis nach dem Zusammentritt der Kammern und bis nach ihrer vor der Landesrepräsentation zu führenden Rechtfertigung in ihren Stellungen verbleiben werden. Gleichzeitig wird versichert, es werde bei Eröffnung der Kammern das Kabinet in der Art ergänzt sein, daß die frühern Minister von Bonin und Freiherr v. Arnim, jener als Finanz-, dieser als auswärtiger Minister, in demselben ihren Sitz nehmen werden.

Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern einzelner Gewerbsbranchen beginnt sich in einem besorgnißerregenden Maaße zu steigern.

In dem Ministerium wird jetzt die Thronrede berathen, mit der die Kammern eröffnet werden sollen. Dieselbe wird, wie wir erfahren, in einem sehr versöhnenden Tone gehalten sein, den Zwiespalt zwischen der letzten Volksvertretung und der Krone vorzugsweise mit Schonung berühren, in der deutschen Frage aber sich sehr entschieden aussprechen und gegen Oesterreichs Stellung zu Deutschland Partei ergreifen.

Aus sehr sicherer Quelle erfahren wir ferner, daß das Ministerium sich auf Grund verschiedener eingegangener Berichte definitiv dahin entschieden hat, den Belagerungszustand (den es in der That Ende dieser Woche aufzuheben beabsichtigte) fortdauern zu lassen. Es wird demnächst den Kammern gegenüber in Betreff des Belagerungszustandes die Initiative ergreifen und Aktenstücke produziren, wodurch es die Fortdauer desselben zu motiviren hofft. Gleichzeitig wird es mit Preß- und Klubgesetzvorlagen vorgehen und für Berlin auch während des Belagerungszustandes die durch das Preßgesetz begrenzte Preßfreiheit wieder eintreten lassen.

Berlin, 23. Febr. Das Gerücht von einer baldigen Aufhebung des Belagerungszustandes, welches in diesen Tagen lebhafter als je auftaucht, scheint wenig Grund zu haben, da noch gestern vom General Wrangel eine sehr energische Maßregel ausgeübt worden ist, welche nur eben im Belagerungszustande durchgeführt werden kann. Im Verlage der Buchhandlung Hoffmann u. Komp. ist mit Bezug auf das gegenwärtige Fastnachtsfest vor einigen Tagen eine in der Dräger'schen Offizin gedruckte satyrische Schrift unter dem Titel „Fastnachts-Zeitung" erschienen, welche sofort eine bedeutende Verbreitung fand. Um sich gegen eine Verfolgung wegen Preßvergehen zu sichern, reichte die Buchhandlung der Polizeibehörde noch vor der Ausgabe ein Exemplar der Schrift ein. Gestern früh erschienen aber in der Hoffmann'schen Buchhandlung und in der Dräger'schen Buchdruckerei eine Menge Konstabler, nahmen die vorhandenen Exemplare der Zeitung fort und schlossen das Lokal der Dräger'schen Buchdruckerei, indem sie aus solchem das Arbeitspersonal vertrieben, die Fortsetzung aller angefangenen Arbeiten verhinderten und Wachtmannschaften vor den Eingang der Werkstätte stellten, solche auch zuletzt unter Siegel legten. Da der Buchdruckereibesitzer Dräger durch diese Maßregel auch zugleich im Zugange zu seiner Wohnung gestört sein will, so soll derselbe in dieser Beziehung beim Kammergericht sofort eine Besitzstörungsklage eingereicht haben. (Voss. Z.)

Naumburg, 18. Febr. Ein Theil unserer Besatzung hat heute Morgen plötzlich nach Erfurt aufbrechen müssen und zwar, wie man sagt, weil man dort für heute unruhige Auftritte befürchtet. Gestern haben die Demokraten unserm Abgeordneten Parrisius zu Ehren einen Ball veranstaltet. (Aach. Z.)

** **Köln**, 21. Febr. Unsere Demokratie wird auch diesmal, wo es der Feier der Proklamirung der französischen Republik gilt, nicht zurückbleiben. Auf den 24. Febr. ist im Eiser'schen Saale, dem gewöhnlichen Sitzungslokale der demokratischen Gesellschaft, ein „großes demokratisches Bankett" angesetzt. Der Preis beträgt $2\frac{1}{2}$ Sgr., wofür außerdem ein Glas Bier verabreicht wird.

× **Köln**, 21. Febr. Die fünf Regierungsräthe und Regierungsassessoren in Düsseldorf, Engelmann, Mathieu, Otto, Quentin und Gerhardy, welche am 24. Nov. v. J. vom Amte suspendirt wurden, machen bekannt, die gegen sie eingeleitete Untersuchung sei am 15. Dezember abgebrochen, und in diesen Tagen wären sie in Kenntniß gesetzt, daß das königliche Staatsministerium wegen der in den Vorverhandlungen enthaltenen Beschuldigungen und bereits ermittelten Thatsachen die förmliche Disciplinar-Untersuchung auf Entfernung aus dem Amte gegen sie einzuleiten beschlossen habe. Was ihnen zur Last gelegt wird, ist ihr Benehmen zur Zeit der Aufregung wegen der Steuerverweigerung. Sie selbst stellen den Hergang folgendermaßen dar. „Wir veranlaßten im Vereine mit mehreren anderen Mitgliedern am 20. November eine Berathung des Kollegiums, wozu auch andere, nicht minder dringende Angelegenheiten des Tages aufforderten. Hierbei sprachen wir unsere Ansicht über das Recht der Nationalversammlung und den von den Behörden einzunehmenden vermittelnden Standpunkt offen aus und beantragten, unter besonderer Hervorhebung der momentanen Zustände im Bezirke, den Erlaß einer Verfügung an die Steuerkassen, daß einstweilen von zwangsweiser Beitreibung der Steuern (Executionen) abzusehen, und einer Anweisung an die Regierungs-Haupt-Kasse, daß bis auf Weiteres die Ablieferung von Ueberschüssen an die General-Staats-Kasse, wodurch bei etwaiger Unterbrechung der Steuer-Entrichtung leicht Verlegenheit in Bezug auf die Fortleistung der etatsmäßigen Zahlungen entstanden sein würde, auszusetzen sei.

Beide Anträge, von denen der letztere nicht einmal zur näheren Erörterung gelangte, hatten im Kollegium keinen Erfolg, indem der Vorsitzende die Abstimmung darüber zuzulassen verweigerte, weil sie nicht schriftlich eingebracht seien. Indessen nahm derselbe Veranlassung, in einem Berichte an die höheren Behörden — Steuer-Erekution mit Steuer-Erhebung verwechselnd — uns zu beschuldigen: „in Befolgung des bekannten Beschlusses einer Fraktion der National-Versammlung auf Erlaß einer Verfügung an sämmtliche Steuer-Empfänger, daß sie fortan weder Steuern zu erheben und anzunehmen, noch Kassengelder an die Kreiskassen oder die Regierungshauptkasse abzusenden hätten, und auf eine Weisung an letztere Kasse, daß sie sich jeder Ablieferung von Ueberschüssen an die General-Staatskasse enthalten solle", angetragen zu haben. Ohne irgend eine Voruntersuchung wurden wir am 24. November vom Amte suspendirt; zwei Tage vorher war über Düsseldorf der Belagerungszustand verhängt worden.

Bei der inzwischen stattgefundenen Ermittelung des Thatbestandes haben die Aussagen fast aller unserer Kollegen die materielle Unrichtigkeit der Auffassung in dem Denunziationsberichte ergeben, und das Thatsächliche jener im Schooße des Kollegiums vorgekommenen, ohne alle praktische Folge gebliebenen Besprechung, in Uebereinstimmung mit dem oben von uns Angeführten dahin festgestellt, daß unser Verhalten sich ganz innerhalb der gesetzlichen Aufgabe der Regierung, das Gemeinwohl zu fördern und Gefahr oder Nachtheil vom Staate und seinen Bürgern abzuwenden, (Regierungs-Instruktion von 1817, §. 7) bewegt hat."

Sie erklären, daß sie das jetzige Staatsministerium rekusirt, weil der Steuerverweigerungsbeschluß gegen dessen Existenz gerichtet gewesen, und die Minister daher ihnen gegenüber als Kläger und Richter in eigener Sache daständen. Ob die Einrede zu Recht besteht und den Herren etwas nützen wird, wissen wir nicht. Doch in Erwägung der fieberhaften Aufregung jener Tage, besonders in dem stark demokratischen Düsseldorf, wäre die mildeste Strafe, wenn Strafe verdient sein sollte, gewiß die gerechteste.

0 **München**, 21. Febr. Die Ministerkrisis dauert schon volle vierzehn Tage und wird wohl noch länger andauern, wenn der König auf seinem Willen beharrt, Niemanden zum Minister zu machen, dessen Programm eine Regierung im Sinne der Mehrheit der Kammer verheißt. So will ein Gerücht wissen, daß das von Heinz Sr. Majestät vorgelegte Programm als zu deutsch und zu freisinnig verworfen wurde; nach dem zu urtheilen was man darüber hört, hätte der König mit dieser Verwerfung der Kammer nur vorgegriffen. Unterdessen geht der Erfinder des li-

Uebersicht.

Briefe über das deutsche Consulatswesen. II.

⚌ **Amsterdam**, im Februar. Die deutsche Nationalversammlung hat mit 197 gegen 194 Stimmen den Beschluß gefaßt, daß neben den deutschen Consulaten im Auslande auch noch die Consulate der Einzelstaaten fortbestehen dürfen. Erhält diese Ansicht auch bei der zweiten Lesung die Mehrheit, dann werden die in meinem letzten Briefe angedeuteten Uebelstände, statt zu verschwinden, nur noch in ein viel grelleres Licht treten. Wird der Preuße oder der Hannoveraner, wenn er im Auslande Schutz oder Hilfe sucht, sich an den deutschen, oder an den preußischen, resp. hannöverischen Consul zu wenden haben? Wo wird der Wirkungskreis des baierischen Consuls aufhören, wo der des deutschen Konsuls anfangen? Wer wird sich der Bremer, Hamburger, Oldenburger Schiffskapitäne annehmen, wer ihre Papiere visiren, an wen werden sich die Matrosen zu wenden haben? Wird nicht an die alte Kette der Rath- und Thatlosigkeit nur noch ein neues steifes Glied geschmiedet werden, wird das Herumirren vom preußischen zum deutschen, vom deutschen zum hessischen Consul nicht noch ein viel jammervolleres Bild darbieten, als bisher?

Sagen wir es rund heraus, ein Sächsisch-Coburg-Gothaisches, ein Nassauisches und selbst ein Preußisches Consulat neben einem deutschen General-Consulate, ist ein reines Unding. Entweder die Consula der Einzelstaaten erscheinen in einem lächerlichen Lichte, oder der deutsche Consul ist lächerlich und überflüssig. Denn soll Deutschland im Ausland wirklich als große Macht dastehen, dann müssen auch der deutsche Gesandte und der deutsche Consul Alles repräsentiren, was den Inbegriff von Deutschland ausmacht. Das Ausland darf nicht mehr danach fragen, ob ich Baier, Preuße oder Sachse bin, sondern ich gehe zu meinem deutschen Consul, lasse mir einen deutschen Paß geben, und es beseelt mich alsdann dasselbe stolze Gefühl, das den Engländer und den Franzosen in unsern Augen bis jetzt so beneidenswerth gemacht hat. Darum, was man in Frankfurt schaffe, — nur kein Zwitterding, nur keine Halbheiten dem Ausland gegenüber. Ein deutscher Consul aber, mit 20 „Unter-Consuln" — ich wüßte wirklich nicht, welches da die größte Halbheit wäre!

Gelingt demnach in Frankfurt die Schöpfung des kräftigen Bundesstaats, dann gebt uns auch eine kräftige, einheitliche Vertretung im Auslande. Wird dagegen ein Turnus, Trias, oder eine sonstige staatenbundliche Abnormität zu Tage gefördert — und es sieht jetzt leider sehr darnach aus — dann laßt in Gottes Namen das Consulatswesen der einzelnen Staaten fortbestehen, reorganisirt solches auf eine volksthümliche Weise, gebt uns aber dann keinen deutschen Consul, denn derselbe würde doch Nichts ausrichten und eine klägliche Rolle spielen.

Bald wird es ein Jahr, seitdem zuerst unsere Jubeltöne dem jungen deutschen Vaterlande entgegen klangen, seitdem zuerst Millionen Stimmen die Freiheit, Kraft und Einheit des Vaterlandes verlangten; bald ein Jahr, seit uns eine nationale Vertretung und eine Flotte versprochen worden ist. Von der Rolle, die unsere nationalen Vertreter, unsere Gesandten, im Auslande gespielt haben, kann man nicht einmal füglich sagen, daß es eine zweideutige war; es war gar keine. Von den Experimenten, die mit unserer deutschen Flotte gemacht wurden, kann man gleichfalls nicht sagen, daß sie zweideutig gewesen sind, — denn so viel man vernommen hat, sind solche sehr kläglich ausgefallen. Kein Wunder; denn in einem halben Jahre kann selbst ein Volk von 44 Millionen kein Kriegsschiff hervorzaubern, noch einen mittelmäßigen Kauffahrer in eine starke Fregatte mit 48 Kanonen umwandeln. Aber was eine solche Nation thun konnte, was sie aber leider nicht gethan hat, das war, 20 Millionen in der Tasche, zu den Amerikanern zu gehen, und sie zu fragen, wie viel Kriegsschiffe sie dafür hergeben wollten. Für Geld ist Alles zu bekommen, wie schon der Erz-Diplomat Jago den Rath gegeben hat: „put money in thy purse". Die Reichsminister sind gewiß im Shakespeare belesen, und doch haben sie diesen weisen Rath nicht befolgt. Und so haben wir denn mit April wieder das dänische Kapersystem und den Ruin des Handels zu gewärtigen. Wo ist doch die Amazone?

Das Thüringische Heerwesen.

♃ Aus Thüringen, 19. Febr. Die Konferenzen, die in Weimar über die Organisation der thüringischen Truppenabtheilung unter dem Vorsitze des Militärkommandanten in Thüringen, königl. sächsischen Generalmajor v. Holtzendorff Statt hatten, scheinen beendigt; wir können uns nicht enthalten, einige Bedenken gegen deren Resultate zu erheben — vielleicht ist es gut, wenn diese ausgesprochen werden, ehe es zu einer definitiven Regelung der Verhältnisse kommt.

Ein Heerwesen, das sowohl den politischen als auch den militärischen Anforderungen entspricht, wie solche uns von der Zeit und dem Standpunkte der Kriegswissenschaften als unabweisbare Nothwendigkeiten gegeben werden, ist und bleibt eine theure Sache, man mag es anfangen wie man will. Es ist billig, daß alle Theile eines Bundesstaates gleichmäßig die Lasten eines Staatsgebäudes tragen, daß nicht einzelne Staaten den Schutz anderer gänzlich übernehmen, sondern daß diese auch das Ihrige thun — sonst wird der Eine ein Herrschender, der Andere ein Unterdrückter. Aber wornach richten sich die Forderungen der Billigkeit? Und wie weit darf man gehen, wenn man die Forderungen der Theorie ins Leben bringen will, wie weit kann der Grund die Last des Gebäudes tragen? das sind Fragen deren Beantwortung nicht übersehen werden darf, wenn man sich nicht großen und folgereichen praktischen Mißgriffen aussetzen will.

Das alte Thüringen war ein schönes und fruchtbares Land, in der Gesammtheit genommen; das jetzige ist meist arm, und nur wenige der fruchtbaren Ebenen gehören nicht zu Preußen. In der staatlichen Verbindung müssen reiche Gegenden die ärmeren übertragen — wo sind hier die goldnen Auen, die die Armuth der steinigen Gebirgsflächen auf sich nehmen können? Wir dürfen also von den thüringischen Staaten nicht fordern, was wir von andern ohne Bedenken nehmen mögen, sie können nur geben, was sie haben — Holz und Menschen, nicht aber Geld. Es entspricht also der Billigkeit, sie zu belasten mit Rücksicht auf ihre Erzeugnisse, laßt sie Menschen geben, aber sorgt, daß diese Menschen ihnen nicht allzu viel kosten. Will man noch große Kosten hinzufügen, so wird man zwar — denn die Staaten sind klein — dazu gelangen, daß sie übernommen und getragen werden; auch wird nicht gleich das Schreckbild der Verarmung erstehen mit seinem Gefolge von drohenden und zügellosen Hungergestalten, so schlimm ist's nicht, wenn wir's auch in manchem Landtage hören werden; aber es wird eine drückend schwere Last sein, die mehr Kräfte verzehrt, als sie Nutzen schafft, und die in ihrer innern Unzweckmäßigkeit den Keim zu hundert Uebeln trägt. Der stete Widerstand der sogenannten volksthümlichen Partei wird einen fruchtbaren Boden finden, und alle Unlust wird sich gegen die Gewalt kehren, der man die Last zuschreiben muß. Das ist keine erfreuliche Perspektive.

Wir kommen jetzt zu unserer Hauptfrage: Welche Forderungen darf das Gesammtvaterland an sein thüringisches Kontingent stellen? Das Vorgesagte wird antworten: es darf Menschen verlangen, so viel zu geben sind, vielleicht nach einer stärkeren Proportion, aber sie dürfen nicht viel kosten. Es liegt uns noch ob, die militärischen Anforderungen an dieses Kontingent aufzusuchen und damit zu vergleichen.

Der weite und unbestimmte Begriff „Volksbewaffnung", der immer noch, wie abgegriffen er auch sein mag, als Schlagwort gebraucht wird, hat sich bei den Männern von Fach, die sich mit dem Gedanken an ein volksthümliches Heerwesen vertraut gemacht, dahin ausgebildet und abgegrenzt, daß darunter eine möglichste Verallgemeinerung der Waffenpflicht und eine Vertheilung der einzelnen Waffen nach den Individualitäten der Provinzen verstanden wird: durch möglichst gleiche Verpflichtung und Befähigung, so wie durch Herbeiziehen und Nutzbarmachung vorhan-

tener und volksthümlicher Elemente muß das ganze Heerwesen endlich in Fleisch und Blut übergehen. Man zieht also die Reiterei aus den Ebenen der Nordküsten und den fruchtbaren Pflegen des Centrums; die Infanterie aus den Massen der Bevölkerung, die Jäger aus den Gebirgen, die Artillerie aus den einschlägigen Gewerken &c. Ein Staat wie Frankreich, Oesterreich, Rußland, kann dies; Deutschland, d. h. der Bundesstaat Deutschland, kann es nicht, weil das Heerwesen noch nicht Sache der Centralgewalt ist, sondern Sache der Einzelstaaten — eigentlich eine Anomalie, aber — Rom ist nicht in Einem Tage gebaut. Wir können jedoch darnach streben, so weit es die Verhältnisse gestatten, und hier gebieten es die Verhältnisse. Dem Schema zu Liebe zwingt man Thüringen, das so manches Dorf ohne Pferde hat, eine Reiterei auf, die nichts werden kann, als eine sehr theuere Treibhauspflanze, eine Pionier- und Pontonierabtheilung, die ihre Uebungen an einem Flusse halten muß, den jeder Junge durchwatet, eine Artillerie endlich, die zwar zur Noth ein Manöverterrain finden würde, aber dem ganzen Charakter der Bevölkerung in dieser Weise widerspricht. Dagegen will man, weil es das Schema so besagt, Ein Jägerbataillon für die Division, will mithin die zahlreichen Kräfte, die für die Jägerwaffe hier bereit sind, brach liegen lassen. In der That, wir zweifeln, ob diese Verhältnisse im Reichsministerium des Kriegs so erwogen worden sind, wie sie es verdienen. Ja, aber wir brauchen doch Reiterei und Artillerie beim Reichsheere, will die thüringische Division ohne solche ins Feld rücken? Nein, gewiß nicht; allein wer erheischt denn, daß die thüringischen Staaten eine Division bilden? Reiterei und Artillerie sind nothwendig bei einem Heere, allein noch nothwendiger sind jetzt nach den neuen Fortschritten der Technik die Jäger. Die Reiterei hat die Rolle der Entscheidung abgegeben an die Artillerie und die Kolonnen; sie sammelt nur noch die Früchte ein; die Artillerie hat ihre vernichtenden Kräfte gemehrt, aber sie hat einen würdigen Gegner gefunden an der kleinen und geräuschlosen Büchse, die auf Kanonenschußweite mit ihr an Trefffähigkeit wetteifert und ihr selbst die größten Gefahren bereitet. Bei allen Organisationsfragen müssen wir darum die Reiterei in die dritte Stelle weisen, und vor allen Dingen die Jäger und die Artillerie bedenken. Thüringen ist nicht Reiterland, aber Jägerland; Artillerie lassen wir uns gefallen, namentlich wenn man auf einige Gebirgsbatterien Bedacht nehmen wollte, etwa 12- oder 16pfündige Haubitzen, die eine natürliche Grundlage hier haben und doch bei einer Kriegsführung auch von Nutzen sind, da der Schwarzwald, die Vogesen und Ardennen nicht überall dem Sechspfünder Weg und Spielraum bieten. Wir meinen, es sei eine Sünde, die schönen Jägerkräfte an Musketierbataillone zu verschwenden; wir würden dem Thüringerlande aufgeben, 2pCt. nebst 2 oder 3 Gebirgsbatterien oder vielleicht 2½pCt. Jäger (allein) zu stellen. Die Jäger würden eine provisorische Division bilden, zusammengesetzt aus 4 Halbbrigaden, jede zu 3 oder 4 Bataillonen; davon stoßen bei einer Mobilmachung zwei zu den beiden baierischen Armeekorps, eine zu Sachsen und eine zu Kurhessen, welche Staaten den Divisionär abwechselnd aus der Reihe der Brigadiers ernennen und unter ihre Generale aufnehmen. Das Artilleriekorps würde mit dem baierischen verschmolzen, weil dort bereits, so viel wir wissen, Gebirgsbatterien sind, und so kleine Abtheilungen nicht selbstständig bleiben können. Dafür könnte recht gut gefordert werden, daß die Jäger mit einem zu bestimmenden Modellgewehre bewaffnet würden, daß die Uebungen der Landwehr hauptsächlich auf die Schießstände sich zu erstrecken haben und was dergleichen Dinge mehr sind, die geeignet sein würden, den thüringer Jäger neben den Tyroler zu stellen. Unsere deutschen Heere haben Mangel an Jägern; in Preußen hat man durch die veränderte Bewaffnung der Füselierbataillone dem größten Mißverhältnisse abgeholfen — und das Reichsministerium nimmt nicht Bedacht, auch anderwärts dafür zu sorgen, daß die Orleansjäger würdige Gegner finden?

Es dürfte sogar billig erscheinen, die Artillerie ganz zu erlassen, denn die Jägerwaffe, gehörig kultivirt, ist theuer und wohl ein Aequivalent für die Batterien, die auf Thüringen fielen. Es wird künftig von Entscheidung sein, wenn man eine Jägerbrigade auf ein feindliches Centrum wirft und des Kaisers: Écrasez moi ces masses dürfte leichtiglich nicht mehr an den Artilleriekommandanten, sondern an den Kommandanten der Jäger-Reserven gewendet werden. Und darum möge man auch in dieser Beziehung billig sein; die thüringer Reiterei wird ein vielleicht schönes, aber unhaltbares Gemälde sein, die thüringer Artillerie ist nicht dringendes Bedürfniß — begnüge man sich mit den Jägerbataillonen, die ihrem Zwecke entsprechen werden und außerdem noch eine Wohlthat für's Land sind.

Eine Lebensbedingung der thüringischen Division — wir wissen nicht, wie weit sie gewürdigt worden — ist die einheitliche Formirung derselben. Es gehören nicht diese Bataillone zu Weimar und jene zu Gotha, sondern es ist eine ganze Division, die dasteht, gleichmäßig zusammengesetzt aus allen Kontingenten, mit einer gleichmäßigen Bildung der Offiziere, durchgehendem Avancement, gleicher Bekleidung, Ausrüstung und Bezahlung, gleichen Reglements und Kommandos. Selbst die Landwehrabtheilungen gehören nicht den einzelnen Staaten, sondern der Gesammtregierung oder in deren Ermangelung dem Militärkommando an, das ihre Einziehung und Uebung besorgt; warum übrigens Unterschiede, die nicht nothwendig? Ist nicht die gesammte bewaffnete Macht die Wehr des Landes? Der Anschluß Thüringens an einen der Nachbarstaaten in den Militärangelegenheiten, will uns weniger gefallen, als die selbstständige Organisation einer Jägerdivision, und zwar darum, weil der betreffende größere Staat nicht die Opfer übernehmen kann, die die Lage des Landes erfordert, die aber die Gesammtheit nicht fühlt, und weil dieser Staat deßhalb den volksthümlichen Elementen nicht diejenige Rechnung tragen könnte, die bei der Erleichterung für Thüringen dennoch einen Nutzen der Gesammtheit enthält.

Deutschland.

Wir entlehnen der Wiener „Presse" die Mittheilung einer kürzlich wieder aufgefundenen Resolution Josephs II. auf den Antrag der Stadt Ofen, ihm eine Ehrensäule zu errichten. Sie lautet: „Wenn die Vorurtheile ausgewurzelt, wenn wahre Vaterlandsliebe und Begriffe für das allgemeine Beste der Monarchie werden beigebracht sein; wenn Jedermann, auch der Edelmann, in einem gleichen Ausmaß das Seinige mit Freuden zu den Staatsbedürfnissen, dessen Sicherheit und Aufnahme wird beitragen, wenn Aufklärung durch verbesserte Studien, Vereinfachung in der Belehrung der Geistlichkeit und Verbindung der wahren Begriffe der Religion mit den bürgerlichen Gesetzen, eine bündigere Justiz, Reichthum durch vermehrte Population und verbesserter Ackerbau, Erkenntniß des wahren Interesse des Herrn gegen seinen Unterthan, und dieser gegen den Herrn, wenn die Industrie, Manufakturen, und deren Verschleiß und Freiheit der Limitation aller Produkte in der ganzen Monarchie unter sich wird eingeführt sein, wie ich es sicher hoffe, alsdann verdiene ich eine Statue, nicht aber jetzt, wo nur die Stadt Ofen durch meine zur leichteren Uebersehung getroffene Uebersetzung der Stellen dahin nur einen mehreren Verschleiß ihrer Weine und einen höheren Zins ihrer Häuser erhält."

Preußen. Die Herren E. Wendt und Komp. in Stettin, welche in ihrer Eigenschaft als Agenten für Lloyds in London und für die See-Assekuradeurs in Bremen, Kopenhagen, Liverpool, Paris und St. Petersburg Gelegenheit und Interesse haben, eine genaue Uebersicht der preußischen Handelsmarine zu gewinnen, erwerben sich alljährlich durch Veröffentlichung derselben ein anerkennungswürdiges Verdienst. Nach der diesjährigen Zusammenstellung der betreffenden Listen, mit Angabe der Schiffe, ihrer Führer und Rheder, sowie der Größe nach Normallasten à 4000 Pfund, besteht die gesammte preußische Handelsmarine aus 911 Schiffen von 134,702 Lasten. Im März 1848 waren 822 Schiffe mit 113,022 Lasten, mithin jetzt mehr 89 Schiffe von 21,680 Lasten. Die meisten hat Stettin mit 203 Schiffen von 27,098 Lasten, hiernächst Danzig 112 mit 23,897, Stralsund 103 mit 11,721, Memel 95 mit 19,946, Barth 80 mit 9268, Greifswald 55 mit 6079, Königsberg i. P. 44 mit 6949, Wolgast 37 mit 4578 u. s. f. Berlin hat 6 mit 1655.

⁂ Aus Baiern, im Febr. Wer seit Jahren in Baiern gelebt hat, wundert sich nicht sehr über die Erklärung der Kammer, daß die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung die Pflicht hätten auszutreten, wenn die österreichischen Deputirten zum Austritt gezwungen würden, eine Erklärung, welche die hohe Kammer auf die gleiche Stufe mit jenen Wühlern setzt, die an die nichtdemokratischen Abgeordneten zu Frankfurt die Forderung der Rückkehr stellten; so wenig als diesen eine Einwirkung auf jene gesetzmäßig gewählten Männer zukommt, so wenig ist dieß der Fall bei der Kammer, welche weder ein Mandat gegeben, noch das Recht hat, in die Competenz der Frankfurter Versammlung

einzugreifen. Wer die wunderliche Mischung politischer Elemente in Baiern kennt, begreift dieß leicht. Die Biergemüthlichkeit reicht dem Radikalismus die Hand; der Uebergang von dem Einen zum Andern geschieht hier, wie man täglich sehen kann, mit unglaublicher Leichtigkeit. Dazu kommt noch das noch nicht erloschene ultramontane Feuer und eine lange Angewöhnung an Unterwürfigkeit, welche so leicht in das Entgegengesetzte umschlägt, und dann jene Haltlosigkeit in politischen Fragen ermöglicht, bei der das Unvernünftige wie das Vernünftige gleich sehr als eine Tochter des Zufalls erscheint. Wenn auch in Franken die allgemeine Stimme sich für das Programm von Gagern entscheidet und keineswegs geneigt ist, die Dahlmann'sche und Gagern'sche Politik für Hirngespinnste und Phantasieen schwärmerischer Köpfe zu erklären, wie manche haltlose Korrespondenten glauben lassen wollen, so sind doch die Stimmen ihrer Vertreter bei der Kammer zu schwach gegen die Opposition der Rheinpfälzer in ihrem undeutschen Radikalismus und die altbaierische, Abel'sche Rechte, der sich in dieser Frage auch die einflußreichen Stimmen jener dynastischen Herren des Centrums zugesellen, welche sich nur in soweit der neuen Zeit anzubequemen wissen, als sich dieß mit der Geschichte ihres Namens in einem bairischen Großstaate verträgt. An sie schließt sich wieder manches schwache Herz, das um diesen Preis die Genossenschaft ehrenwerther Männer aufzugeben nicht den Muth hat. So ist es denkbar, daß Baiern abermals seine alte Rolle, das Reich zu entzweien, aufnimmt und sich an Sachsen in seiner neuesten Kammererklärung anschließt. Seltsam, wenn man bedenkt, daß die Kammer mit demselben Athemzuge wegen der souveränen Nationalversammlung die Publizirung der Grundrechte fordert, mit dem sie derselben Nationalversammlung unerhörte Grenzen ihrer Wirksamkeit vorschreibt. Aber kläglich ist es, wenn eine solche Erscheinung in gewissen Blättern gar zu dem alten Kampfe der Stämme gestempelt wird; Baiern besteht bekanntlich aus vielen Stämmen, unter denen nur Altbaiern und Oberpfälzer eine bairische Nationalität haben; die drei Franken und die Rheinpfalz können sich wahrscheinlich keiner bairischen Stammesgesinnung rühmen.

♁ **Gießen**, 6. Febr. Es ist vor geraumer Zeit in diesen Blättern eines Planes Erwähnung geschehen, demzufolge die Universitäten Gießen und Marburg in der Kürze vereinigt werden sollten; wir glauben uns zu erinnern, daß diese Sache damals als irrig berichtigt wurde. Sollte man indeß hieraus vermuthen, daß der genannte Plan aufgegeben sei, so würde man sehr irren, und wir sind berechtigt, sowohl aus der Wichtigkeit und Nothwendigkeit dieser Verschmelzung, als aus dem lebhaften Interesse, mit dem man in hiesigen Kreisen sich darüber ausspricht, den Schluß zu ziehen, daß der Gedanke vielleicht zurückgeschoben, keineswegs aber beseitigt ist. In der That sind es auch Gründe der gewichtigsten Art, die nur unter dieser Bedingung die gedeihliche, ja selbst die mögliche Fortdauer akademischer Bildungsanstalten in den beiden Hessen zulassen. Die Grundrechte des deutschen Volkes haben die Wissenschaft und ihre Lehre frei gemacht, folglich auch den Universitätszwang aufgehoben. Eine nothwendige Folge dieser Maßregel wird aber die sein, daß alle Universitäten eingehen werden, die nicht unmittelbar in sich selbst den Keim des Lebens tragen, die vielmehr nur als Anstalten zur Plage der Landeskinder bestanden. Andererseits dürften die sparsamen Stände der Neuzeit schwerlich mehr die bedeutenden Summen bewilligen, die bei solchen Universitäten wahrlich nicht dem erzielten Nutzen entsprachen. Unter diese Kategorie gehört unbestritten Marburg, weniger Gießen. Marburg, schon seit Jahren versumpft und durch die Indolenz, oder besser gesagt den Widerwillen der vorigen kurhessischen Regierung, seiner besten Kräfte systematisch beraubt, vegetirt mit kaum dritthalbhundert Studenten langsam fort und würde diese nicht haben, wenn nicht Freitische und andere Benefizien eine gewisse Klasse von jungen Leuten dorthin nöthigten. Erfreulicher sieht es in Gießen aus. Lassen auch hier manche Fakultäten Vieles zu wünschen übrig, so zeigt sich doch eine gewisse Vorliebe von Seiten der Regierung und der Kammern für dieses Institut und die verwilligten und verwandten Summen haben manche schöne Einrichtung zu Stande gebracht; freilich hat man mehr Häuser gebaut, als tüchtige Lehrkräfte berufen und mit zu großer Aengstlichkeit die oft sehr bedeutenden Forderungen gescheut, die wirklich tüchtige Leute machten, aber — es geht doch vorwärts. Trotz allem dem haben sich auch in Gießen die Folgen der Märzerrungenschaften bemerklich gemacht; das Studentenverzeichniß weist eine Verringerung von über 100 Studenten nach, Marburg wird schwerlich in den jüngsten Tagen mehr prosperirt haben als vorher. Diese Zustände, so betrübend sie sind, werden aber weit weniger durch die vielfach mit Unrecht getadelten Jaup'schen liberalen Maßregeln, als durch die Macht der Zeitumstände eine Dauer, ja wohl gar eine unerquickliche Verstärkung erhalten und wir sehen den Zeitpunkt nicht fern, wo Marburg und Gießen mit Greifswalde in eine Kategorie gestellt werden können. Dem kann und muß aber vorgebeugt werden und das einzige Mittel der Rettung für beide wäre eine Vereinigung dieser ursprünglich vereinten, dann getrennten, dann wieder vereinigten und endlich zum zweiten Male getrennten Hochschulen. Eine Universität kann sich an der Gränze der beiden Hessen wohl halten, Heidelberg, Bonn, Göttingen, Jena, Würzburg bilden den ziemlich großen Kreis, in dessen Centrum ungefähr Gießen und Marburg liegen. Dorthin wären dann vorzugsweise diejenigen gewiesen, deren Mittel den Besuch Berlin's, Wien's, Heidelberg's und Bonn's nicht gestatten; fernerhin würden wohl die meisten Eltern beider Hessen, Nassau's und der westphälischen Distrikte ihre Söhne das akademische Leben lieber in einer kleineren Stadt beginnen lassen, wo der Mangel an sittenverderbenden Zerstreuungen zum Studiren nöthigt und wo besser ein Grund gelegt werden kann zu gediegener Selbstständigkeit, als in dem Strudel einer größeren Universitätsstadt. Somit wäre einer Universität an der Lahn das Leben gesichert, aber wohl verstanden auch nur einer; zwei würden sich gegenseitig tödten. Es ist aber gewiß nichts billiger, als daß diejenige von beiden Hochschulen, welche die meisten Vorzüge in die Wagschaale legen kann, zum Sitz der vereinigten Anstalten gewählt wird, und hierin wird sich Gießen ein Uebergewicht nicht absprechen lassen. Ist schon der größere Ruf der Universität Gießen, insbesondere in den Naturwissenschaften, die Menge von Ausländern, die selbst aus Ostindien und Südamerika nicht selten erscheinen, die seitherige stets steigende Frequenz ein gewichtiger Punkt, so sind außerdem die großartigen Anstalten, mit denen Gießen in neuerer Zeit ausgerüstet worden ist und unter denen die mit einem Kostenaufwande von gegen 100,000 fl. neu erbaute Anatomie zu nennen ist, Gegenstände, die eine Wahl kaum zweifelhaft machen. Eine Verstärkung der Lehrkräfte durch die Marburger Docenten würde gewiß den erfreulichsten Wetteifer unter Lehrern und Lernenden hervorrufen und der höhere Betrag der dann verfügbaren Mittel die Ergänzung etwaiger Lücken durch auswärtige tüchtige Professoren möglich machen. Marburg könnte durch eine starke Garnison, durch eine polytechnische Schule, die einem gefühlten Bedürfnisse abhelfen würde, so wie durch einen höheren (vielleicht für beide Länder gemeinsamen) Gerichtshof für die geringe Studentenzahl hinreichend entschädigt werden. — Wir würden uns übrigens freuen, über diesen Punkt auch von Marburg aus ein Gutachten zu hören, da die Sache gewiß der ernsten Besprechung werth ist.

⊙ **Lübeck**, 14. Febr. Je gespannter man von hieraus dem Entwurf zum Reichswahlgesetz entgegensah, in dessen glücklichem Gelingen offenbar die sicherste Gewähr für die Reichsverfassung selbst liegt, um so befremdender ist es uns gewesen, daß nach dem Majoritätsbeschlusse im Ausschusse unsere Stadt allein von den freien Städten Deutschlands keinen selbstständigen Wahlkreis bilden, sondern dem benachbarten Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin zugelegt werden soll.

Aus örtlichen Gründen stünde freilich dieser Bestimmung nichts entgegen, denn wir grenzen unmittelbar an Mecklenburg. Käme es ferner nur darauf an, einen gefeierten deutschen Mann in das Volkshaus zu senden, so würden wir uns darüber mit diesem Nachbar eben so gut einigen können, als mit Schleswig-Holstein oder mit Lauenburg, von welchem überdies der größte Theil unsers Landgebiets umschlossen ist. Anders aber stellt sich die Sache, wenn als das erste Augenmerk gilt, daß der Vertreter eines Wahlbezirks mit den eigenthümlichen Verhältnissen und Zuständen, Anschauungen und Bedürfnissen desselben vertraut sei; wenn man ihm die Aufgabe stellt, durch seine Wirksamkeit im Volkshause eine innige Verschmelzung des Einzelstaates mit dem großen Ganzen, eine Rückwirkung vom Centrum aus auf die Peripherie zu vermitteln. Alsdann ist eine selbstständige Vertretung für uns unerläßlich.

Wir wollen hier nicht das trübe Bild partikularistischer Eifersüchteleien wiederum aufrollen, welche gerade hier noch bis vor wenig Jahren ihr verderbliches Spiel getrieben haben; wir wollen

nicht an die vielfachen Bedrückungen erinnern, welche Lübeck von seinen Nachbaren erlitten, an die fast systematische Verbindung derselben, um es auszuschließen von dem deutschen Eisenbahnsystem; das sind Zeiten, die gottlob vorüber sind und nie wiederkehren mögen: eine einheitliche Gesetzgebung wird die Schranken hinwegräumen, die uns bisher von ihnen sonderten und entfremdeten. Aber das Eine müssen wir in den Vordergrund stellen, daß Lübeck sieben Jahrhunderte lang in politischer, commercieller, gewerblicher und socialer Hinsicht sich durchaus selbstständig und eigenthümlich entwickelt hat, daß somit neben aller bedauerlichen Isolirtheit eine so prinzipielle Verschiedenheit in allen Verhältnissen und Anschauungen bei uns und unsern Nachbarn stattfindet, wie zwischen keinen andern Staaten, welche jetzt zum Behufe des Wählens zusammengelegt werden sollen. Mag man daher immerhin Hechingen mit Sigmaringen und Cöthen mit Bernburg zusammenthun; es hat noch das Gute, daß dadurch die Wiedervereinigung getrennter Glieder angebahnt wird; ganz anders hier, wo niemals eine solche Verbindung bestanden hat, wo eine alte Reichsstadt mit dem vollen Selbstgefühl republikanischer Freiheit und Unabhängigkeit einem monarchischen Staate zugewiesen werden soll, in welchem es bis vor Kurzem noch an den ersten Anfängen eines öffentlichen, konstitutionellen Lebens gebrach. Wo solche diametrale Verschiedenheit besteht, da kann ein Zusammenlegen auch nur in ein Zusammenwürfeln ausschlagen. Man hat sich nicht bewogen gefunden, bei Bildung der Wahlkreise über die gegebenen Verhältnisse der Einzelstaaten sich hinwegzusetzen, sonst würde Lübeck als eine Stadt, die mit Einschluß der Vorstädte etwa 30,000 Einwohner zählt, die in einem Umkreise von sieben Meilen keine Stadt hat, deren Einwohnerzahl auch nur die Hälfte betrüge, der natürliche Mittelpunkt eines Wahlkreises geworden sein; man hat vielmehr das Bestehende festgehalten und diesem, soweit erforderlich und thunlich, seine Berechtigung lassen wollen, und eben deßhalb müssen wir, eben in Betracht unsrer durchaus eigenthümlichen Verhältnisse, auch eine eigenthümliche Behandlung in Anspruch nehmen. Der rein zufällige Umstand, daß unser Staat allein unter den vier freien Städten hinter dem geforderten Minimum von 50,000 Seelen um ein paar Tausend zurückbleibt, kann unmöglich eine Verkennung und Mißachtung seiner besonderen Wesenheit begründen. Wir gehören wahrlich nicht zu den Lobrednern und blinden Verehrern unserer bisherigen staatlichen Selbstständigkeit: mit Freuden verzichten wir auf unsre legislatorische Souveränetät, um in Zukunft mit dem ganzen Vaterlande gemeinsame Gesetze vom Reichstage zu empfangen; auch in jeder andern Hinsicht werden wir willig allen Anforderungen genügen, welche die Größe und Einheit des Vaterlandes an uns stellt; — aber so lange noch ein durchaus eigenthümliches staatliches Leben in uns ist, so lange beanspruchen wir auch das Recht einer selbstständigen Aeußerung desselben.

Das Gewicht dieser Gründe hat denn auch bereits in einem Minoritätserachten seinen entsprechenden Ausdruck gefunden; gewiß würden Männer wie Waitz, G. Beseler, Dahlmann, Soiron, Droysen, Riesser, nicht für Lübeck allein eine ganz exceptionelle Behandlung beantragt haben, wäre ihnen nicht die durchaus einzige Stellung unseres Freistaates maßgebend gewesen. Wir hoffen daher mit Zuversicht, daß auch in der Nationalversammlung die Gerechtigkeit unseres Verlangens als wohlbegründet und mit dem Gesammtinteresse zusammenfallend wird anerkannt werden.

Schweiz.

□ Aus der östlichen Schweiz, 18. Febr. Briefe und Zeitungen tragen uns die Kunde zu, daß die badischen „Republikaner" den Tanz wieder beginnen wollen, den Waffentanz um ihr goldenes Kalb. Dem Vernehmen nach rechnen sie darauf, ihre Gegner würden vor Erstaunen und Erstarren ob solches Unsinns Größe kein Glied dawider rühren; und es sei ihnen dergestalt der Sieg gewiß. Schreiber dieses hat von der Vernunft jener Pseudorepublikaner stets das Nämliche gehalten, was sie selber auf die Vernunft überhaupt; aber wenn sie nochmals, jetzt zum dritten Male, einen Putsch anbieten, dann sind sie nicht mehr positiv oder komparativ, sondern im Superlativ verrückt, und man muß den Barometer ihrer Dummheit oben verschuhen. An Plan, Zusammenhang, Gliederung glaube ich jedenfalls nicht. Das Ding scheint nichts anderes zu sein, als das Erwachen eines unbewußten, natürlichen Triebes, eines unbestimmten Dranges der Teufelei. Wir haben Hornung; die Natur reibt sich die Augen aus; und so regt sich's auch in der Schelmenrepublik, wie bei den Katzen. Aber ich rathe den Herren Murner, Hinz und Comp. wohlmeinend, ihr Konzert — wenn anders Etwas konzertirt werden will — auf Hornung 1850 zu vertagen; es könnte sonst garstig gestört werden. Aus dem badischen Oberlande tönen Stimmen über den Rhein herüber ungefähr des Sinnes: „Unsere Geduld mit den Rothen ist zu Ende. Wollen sie nicht zur Raison kommen, auch gut! Hirnschalen, hinter denen kein Hirn, schlagen wir ein." Das ist ja eine ganz verwünschte Perspektive, die man euch da eröffnet. An eurer Stelle machte ich es, wie der „rothe" Dieter in Hebels Schatzkästlein: ich würde wieder ehrlich; vorausgesetzt, daß ihr's jemals gewesen seid.

Ostindien.

* Holländisch-Ostindien. Wiederum hat sich eine gewichtige Stimme „aus dem Osten" über die holländisch-ostindischen Kolonien in einer Flugschrift vernehmen lassen, welche großes Aufsehen in Niederland macht und eifrig gelesen wird. Es ist die des Generals Michiels, eines gründlich gebildeten und umsichtigen Kenners jener fernen Besitzungen. Im Allgemeinen wird in dieser Schrift das Urtheil bestätigt, welches wir uns längst über die holländische Kolonialwirthschaft gebildet haben. Einige kurze Andeutungen daraus wollen wir uns indeß nicht versagen. Der Verfasser vertheidigt zwar im Ganzen das bisherige, von der Opposition so heftig angegriffene autokratische System für die Kolonien, und deßhalb erscheint er dort, wo er Tadel ausspricht und nach allen Seiten wohl begründet, nur ein um so unverdächtigerer Zeuge. Allein er deckt zugleich die Mängel und Gebrechen bei Ausführung dieses Systems unnachsichtig auf und gibt Wahrheiten zu kosten, die an manchen Stellen bitter schmecken werden. Er will sodann volle Oeffentlichkeit auch für den sozialen Haushalt, „trotz aller alten Sünden," die aufgedeckt werden müßten, ferner volle Verantwortlichkeit und eine indische Regierung, welche mit eigenen Augen sieht und nicht durch die Brille des Kolonialministers im Mutterlande. In letztern Punkt stimmt er mit fast allen Kundigen überein, welche über den „Osten" geschrieben haben. General Michiels ist auch weit entfernt, das gegenwärtige Ausbeutungssystem, welches für die Kolonien besteht, gut und zweckmäßig zu finden. Aus den Kolonien, meint er, sollten keine größern Geldbeiträge zum Gebrauch Niederlands gezogen werden, als sie aus wirklichen Ueberschüssen geben könnten und ohne die Entfaltung ihrer eigenen Wohlfahrt zu benachtheiligen, damit es mit ihnen nicht gehe, wie mit der Henne, die goldene Eier legte. Er dringt besonders auf eine durchgreifende Umänderung jenes Systems, wornach fast sämmtliche Produkte des ostindischen Archipels für Rechnung der Regierung nach Niederland herübergeführt werden. Denn wenn auch die holländische Schifffahrt gewinne, so könne dabei doch „kein wahrhafter Unternehmungs- und Handelsgeist in Niederland aufleben, während derselbe in Indien gänzlich darniedergehalten werde." Auf den Verkauf eines angemessenen Theils der ostindischen Produkte in Java wird mit aller Entschiedenheit gedrungen, im Interesse sowohl des Handels und Fleißes der Kolonien selbst als des Mutterlandes. Nur dadurch könne Java befruchtende Handelsverbindungen mit den fremden Völkern anknüpfen und selbst Gelegenheit bieten zur Abschließung vortheilhafter Handelsverträge. „Nein," ruft der Verfasser an einer andern Stelle aus, „Indien mag, Indien kann nicht von Niederland aus gut verwaltet werden, und das jetzt bestehende System ist nicht blos tödtend für alle Hoffnung auf Entwickelung und Fortschritt, es kann auch verderblich werden für die Behauptung der Herrschaft Niederlands über diese reichen Gebiete. Denn es raubt der indischen Verwaltung alle Selbstständigkeit und jenes Selbstvertrauen, welches allen ihren Handlungen den Nachdruck und die Weihe geben muß, und die völlige Abhängigkeit von den Verfügungen des weiten Mutterlandes führt in fast allen Fällen nur zu Unschlüssigkeit, zu Nachlässigkeit oder zu halben Maßregeln." Genug, in der ganzen Schrift geht soldatische Offenheit Hand in Hand mit Umsicht und scharfer Beobachtung. Offenbar ist General Michiels kein Mann gewöhnlicher Routine; vor allem will er nicht das, was das Kennzeichen kleingeistiger und kurzsichtiger Staatsweisheit zu sein pflegt — die Zukunft dem Augenblicke zum Opfer bringen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig.** — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 53. Frankfurt a. M., Samstag 24. Februar. 1849.

Uebersicht.

Die neue preußische Erklärung.

Deutschland. Frankfurt (Adresse aus Nürnberg an die National-Versammlung. Das Revolutionsfest in Mainz. Konferenz der Bevollmächtigten. Versammlung im Weidenbusch.) Wien (Auswanderung. Nachrichten aus Siebenbürgen. Die czechischen Deputirten. Hr. Bodenstedt. Intervention in Italien.) Prag (Ministerialerlaß über die Wahlen nach Frankfurt.) Berlin (Hr. v. Holzendorf-Vietmannsdorf. Russisch-österreichisches Anerbieten an Preußen.) Koblenz (Geschütze für die deutsche Marine in der Saynerhütte gegossen.) München (Das lustige München. Der Bericht der Linken an ihre Wähler.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Hannover (Preußen und die Vereinbarung. Das Ministerium. Hr. v. Reden ausgeschlossen. Die Grundrechte. Eifer im Braunschweigischen für die deutsche Sache. Umgestaltung des Staatsraths.) Verden (Wahl für die Nationalversammlung.) Mannheim (Oberlieutenant Eichfeld zum Heerschaarenführer gewählt. Der vaterländische Verein. Insubordinationsfälle.) Gießen (Aufforderung zur Feier des 24. Februar.) Kiel (Das Reichsministerium und die gemeinsame Regierung.)

Großbritannien. London (Russell's Vorschlag betreffend die Parlamentsfähigkeit der Juden. Majorität dafür im Unterhause. Herabsetzung des Zinsfußes der Schatzscheine. Russisches Geld nach Wien.)

Frankreich. Paris (Karneval. Interpellation Cavaignac's. Heerschau. General Pelet. Flocon's Brief. Mora's Sendung nach England.)

Schweiz. Luzern (Neue Werbung für Neapel.) Thurgau (Dr. Kern.)

Ungarn. Pesth (Verstärkungen zur Armee. Karneval.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Das Wahre und Uebertriebene an den Berichten über das kalifornische Goldland. Warnungen. Die Auswanderung nach Kalifornien. Friedrich Hecker. Kongreßverhandlungen.) Kanada (Eröffnung des Parlaments. Versprechungen des Gouverneurs.) Neu-Schottland (Eröffnung der gesetzgebenden Versammlung.) Neufoundland (Feuersbrunst. Orkan. Noth.) Mexiko (Eröffnung des Kongresses. Die Aufständischen zu Taluca geschlagen. Sieg der Weißen über die Indianer in Yukatan.) Hayti (Kriegszug gegen St. Domingo.) Venezuela (Belagerung von Marakaibo durch die Regierungstruppen.) Bolivia (Drei Prätendenten. Bürgerkrieg.)

Nachschrift.

---

24. Februar.

Von der neuen preußischen Erklärung könnten wir das nämliche sagen wie von der ersten. Die preußische Regierung ist wohlwollend, gewissenhaft, einsichtig, heute wie damals. Nur daß die Zeiten sich geändert haben, daß heute etwas Anderes Noth thut und erwartet wurde als damals. Wir möchten nicht unerkenntlich scheinen, wir möchten das Treffliche in Preußens Bestrebungen nicht verkennen; aber wenn man seine hergebrachten Kreise nicht zu überschreiten, den großen Moment nicht zu fassen, der harrenden Nation so gar nichts Verständliches, Starkes, Aufrichtendes zu sagen wußte — so müssen wir das doch schmerzlich bedauern. Das heilsame Beispiel Oesterreichs ist verloren. Alle österreichischen Stimmen sehen in der Note vom 4. Februar eine entschieden feindliche Demonstration gegen Preußen. Sie fragen sich, woher ihrem Kabinet diese Kühnheit der Sprache komme, sie rathen auf die russische Hülfe, auf die bekannte russische Feindschaft gegen die deutsche Einheit und Preußens Oberleitung. Aber nein! sie irren sich. Nicht überall braucht man die Russen. Man wußte in Ollmütz, wen man vor sich hatte; man kannte die lammfrommen Heiligen, zu denen man sprach! „Das habe ich nicht verdient," sagt der beleidigte Monarch; „wir glauben uns durch den Inhalt der österreichischen Note zu der Erwartung berechtigt, daß die kaiserliche Regierung mit bestimmten Vorschlägen den übrigen verbündeten Regierungen und der Nationalversammlung (!) entgegenkommen werde," so spricht des Monarchen verschmähte Regierung. Und von diesen Vorschlägen muß die letzte Entschließung Sr. Majestät des Königs abhängig bleiben! „Die königliche Regierung ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Erhaltung des engen, durch Jahrhunderte befestigten Bandes, welches Oesterreich mit dem übrigen Deutschland verkettet, für beide Theile ein großes und unentbehrliches Bedürfniß sei. Sie will dasselbe in keiner Weise gelockert, vielmehr gekräftigt und befestigt wissen. Sie begegnet in diesem Punkte vollständig den Gesinnungen, welche die kaiserliche Regierung in ihrer Depesche vom 4. ausgesprochen hat." In dieser zarten Wendung liegt Oesterreich gegenüber die einzige ausdrückliche Andeutung, daß die preußische Regierung auch in manchen Punkten anderer Ansicht ist als die österreichische!

Freilich, an andern Stellen der Note lautet es besser. Implicite wird die österreichische Note ganz gehörig widerlegt. Die preußische Regierung hat zunächst eine richtige Ansicht von der Lage Deutschlands. „Alle wahren Freunde des Vaterlandes, heißt es, erkennen die Nothwendigkeit der endlichen Beseitigung des gegenwärtigen ungewissen Zustandes, der Errichtung eines starken Einheitspunktes, an den die Schwachen sich anlehnen, um den die erhaltenden Elemente sich schaaren können. Die Verhinderung einer gänzlichen Auflösung der schwächeren Staatskörper und des immer weiteren Umsichgreifens innerer Zerstörung jetzt noch lebensfähiger Elemente, die Ruhe und der Friede Deutschlands hängen davon ab. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses kann nicht von ungewissen Eventualitäten abhängig gemacht, nicht in unbestimmte Ferne hinausgeschoben werden." Dieser eine Satz ist hinreichend, die bösen Plane Oesterreichs niederzuschlagen; warum steht er nicht frei an der Spitze, warum wird er verhüllt mit jenen Artigkeiten und Reservation? Damit er in Ollmütz keine Wirkung mache? Dort hält man sich an's Aeußere, an die Art des Auftretens; die schönsten Gründe bleiben ohne Wirkung; sonst müßte man dort ja längst schon bezwungen und bekehrt sein! Die preußische Regierung hat aber auch eine richtige und würdige Ansicht vom Bundesstaate. Sie glaubt, „daß der vorliegende Verfassungsentwurf im Wesentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaats enthalte." Daran schließt sich unmittelbar der treffliche Satz: „Die königliche Regierung ist der Ansicht, daß den einzelnen Fürsten und Staaten nicht zugemuthet werden könne, einem großen Theil ihrer Selbstständigkeit zu entsagen, anders als zu Gunsten einer wirklich starken Centralgewalt, welche durch kräftigen Schutz die Opfer erzielt, welche sie fordert." In diesen beiden Sätzen liegt der zweite große Protest gegen österreichische Staatenbunds- und Unterdrückungsplane.

Was Preußen gegen die Verfassung einzuwenden hat und was es als Wunsch und Grundsatz für die Behandlung der Sache aufstellt, damit kann man sich meistens zufrieden geben. Wir wollen es der Reihe nach durchgehen, vom Mittelpunkt nach der Peripherie hin. Zuerst also genauere Begrenzung der Kompetenz der Bundesgewalt und Wahrung der selbstständigen Existenz der Einzelstaaten, soweit die Beschränkung nicht durch die wesentlichen Bedingungen des Bundesstaats geboten ist. In beiden Beziehungen leidet der Verfassungsentwurf an wesentlichen Mängeln, namentlich an einer verderblichen Unbestimmtheit; wir haben nie gezweifelt, daß hier Aenderungen vorzunehmen seien und daß Preußen diese Aenderungen verlangen werde. Daß die Oberhauptsfrage für die Zukunft vorbehalten bleibt, kann nicht Wunder nehmen, zumal „auch die Beschlüsse der Nationalversammlung in diesem Punkt nicht zu einem vollständigen Resultat geführt haben."

Aber ernste Bedenken erregt die Unbestimmtheit über die §§. 1—3, die Grundsäulen des neuen deutschen Staates. Zwar daß das Bundesgebiet erst dann bestimmt werden soll, „wenn festgestellt sein wird, welche Länder Deutschlands dem Bundesstaat beitreten wollen," das ist fast zu einleuchtend um gesagt zu werden und wie man hört, hat der Verfassungsausschuß durch veränderte Fassung des §. 1 diesen Punkt schon erledigt. Anders ist es schon mit den Bundestheilen, „deren bestehende Verbindungen mit außerdeutschen Staatskörpern besondere Modalitäten erfordern.",

Ihr Verhältniß soll erst dann geregelt werden, „wenn die besonderen Bedingungen ihres Beitritts, welche Gegenstand weiterer Verhandlungen bleiben müssen, festgestellt sein werden." Die preußische Regierung steht auf dem Standpunkt ihrer früheren Erklärungen, als hätte Oesterreich nicht gesprochen. Oesterreich hat alle derartigen Verhandlungen rund abgewiesen und die Hoffnung ist eitel, daß es auf „besondere Modalitäten" in seinem Verhältniß zu Deutschland sich einlassen werde. Oesterreich also müssen wir ausnehmen. So bleiben uns Holland und Dänemark. Daß wir also ja keine „präjudiziellen Beschlüsse" fassen, welche mit diesen Großmächten „die Einigung erschweren oder ausschließen!" „Präjudizielle Beschlüsse" aber sind eine vieldeutige Sache. Ein anderes ist es, die Einverleibung Schleswigs in die Verfassung aufnehmen, ein anderes die §§. 2 und 3 zum unverbrüchlichen Grundgesetz erheben. Soll Letzteres auch für einen präjudiziellen Beschluß gelten? Nach den Worten der preußischen Erklärung scheint es leider so. Das wäre denn die unheilvollste Verblendung, in die kleingeistige Besorgniß je gerathen ist. Diese wichtigsten Bestimmungen, ohne die es keinen deutschen Staat giebt, sollten aufgeschoben, in der Schwebe bleiben, um auf den Erfolg langwieriger Verhandlungen zu warten, denen man mit solcher Aengstlichkeit schon jetzt entgegensieht? Oder sollen an der Stelle klarer Bestimmungen weitläuftige künstliche Traktate ein Theil der Verfassung sein? Das wäre nicht bloß unwürdig, sondern es würde auch jede Verhandlung unmöglich machen; wie wollte man zum Abschluß kommen, wenn man nicht einmal eine feste Bestimmung, nicht einmal einen Staat hinter sich hat! — Kommen wir zuletzt auf den aufgestellten Grundsatz freier Zustimmung aller Regierungen, so wird dies so schwer nicht zu nehmen sein — falls es mit dem Bundesstaat Ernst wird!

Und wird es Ernst werden? Wie sind die Aussichten für den Bundesstaat? Auf wen darf er zählen? Preußen wird an ihm halten, sagt man. Für sich allein, und von seinem Standpunkt aus, allerdings. Dies besagt die Note. Aber Preußen bedarf dieses Bundesstaates nicht. „Seine Größe, seine staatliche Konsistenz, seine Traditionen geben ihm mehr als den meisten anderen Staatskörpern Deutschlands die Fähigkeit, sich selbst genügen, nöthigenfalls für sich beharren zu können. Vergrößerung an Macht und Einfluß sucht es nicht. Wenn es den Bundesstaat seinerseits will, so will es ihn nicht um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen; Opfer und Lasten trägt es nur um der Gesammtheit willen."

Wir finden in diesem Satze die eigentliche preußische Antwort auf die österreichische Note. Den bescheideren Glanz der Tugend hält man dem österreichischen Egoismus entgegen. An die alte Macht und Herrlichkeit des Staates, an die weltlichen Regungen seiner Völker, an den Patriotismus einer Pseudo-Nation hatte man in Oesterreich appellirt; in Preußen hat man kein menschliches Gefühl für Macht und Größe, für das Gesammtleben in einer wirklichen großen Nation, und was sonst noch die Brust eines Volkes schwellen mag: die aufopfernde Entsagung ist hier das einzige Gebot, und ein Versprechen, ein Werk der Entsagung und Unterwerfung unter einen höhern Willen, das einzige Gesetz. Auf die Gesammtheit, welche die preußische Regierung im Auge hat, wird denn auch zuletzt alles ankommen. Die freie Zustimmung aller Regierungen kann allein das Verfassungswerk endgültig zu Stande bringen. Von den Vorschlägen Oesterreichs, und von den Erklärungen der andern mitverbündeten Regierungen, welche sich noch nicht ausgesprochen haben, wird die letzte Entschließung Sr. Maj. des Königs abhängig bleiben. Die entscheidende Frage vom Reichsoberhaupt namentlich ist abhängig von den Erklärungen und Vorschlägen der mitverbündeten Regierungen, „die sich hierüber noch nicht geäußert haben". Die preußische Regierung hält unter gewissen Bedingungen und Grenzen für sich und von ihrem Standpunkt aus den Bundesstaat für realisirbar; „sie verkennt aber dabei nicht, daß die noch vorbehaltenen Erklärungen der übrigen Regierungen die Nothwendigkeit herbeiführen können, das Verfassungswerk in wesentlichen Punkten umzugestalten." Welche Regierungen sind nun diese noch übrigen? Oesterreich ist insofern ausgeschlossen, als von ihm vor der Hand nichts zu erwarten ist, und jedenfalls nichts für den Bundesstaat; es wird mit Vorschlägen höchstens dann hervortreten, wenn der Bundesstaat schon verloren ist. Die ganze Reihe der Regierungen, die sich für Bundesstaat und erbliches Oberhaupt ausgesprochen haben, kommen auch nicht in Anschlag, denn sie haben sich geäußert, und nur von den Regierungen, die sich noch nicht geäußert haben, soll, so scheint es, die letzte Entscheidung abhängen. Also von Baiern, Sachsen, Hannover, und im Hintergrund, im letzten entscheidenden Momente — von Oesterreich. Und was wird Preußen thun, gegenüber diesen Erklärungen? Wird es etwa allein einen Bundesstaat gründen mit den zustimmenden Regierungen, wie man in Oesterreich schon erwartet und das Gleiche sich vornimmt? „Die preuß. Regierung hat ihre Erklärungen als ein Ganzes abgegeben, und falls wesentliche Voraussetzungen, auf denen dieses Ganze beruht, hinweggenommen oder modifizirt werden sollten, so werden auch ihre schließlichen Erklärungen sich ändern und vorbehalten bleiben müssen". D. h. wenn jene letzten entscheidenden Erklärungen nach beliebiger Zeit einlangen, so wird Preußen jeder Veränderung zustimmen, oder wenigstens der „Umgestaltung von wesentlichen Punkten des Verfassungswerkes" nicht entgegen sein, es wird sich, seines Versprechens durch die „Gesammtheit" entledigt, in den Mantel seiner Größe, seiner staatlichen Konsistenz und seiner Traditionen hüllen und in seinem bisherigen Glanze „beharren", officia sua praestare taliter qualiter, et omnia sinere vadere sicuti vadunt. Das heißt man denn am Bundesstaate festhalten.

Wer soll nun das letzte Wort haben, wenn Preußen es nicht hat? Die Nationalversammlung, ohne alle Frage. In der Note aber ist von ihr am allerwenigsten die Rede, weit weniger als in der früheren Erklärung. „Die königl. Regierung erkennt nach wie vor die Pflicht, auf dem durch die Berufung der deutschen Nationalversammlung betretenen Wege fortzuschreiten." So hieß es dort. Jetzt scheint die allgemeine Zustimmung der Betheiligten sehr in den Vordergrund zu treten, und zwar — wohlverstanden! — eine Zustimmung, die nicht ihren Beitritt erklärt zu einem fertigen Reiche, sondern die zu entscheiden hat über das Zustandekommen dieses Reiches. Daß man so von der Nationalversammlung zurückweicht, daß man von Oesterreich, das ihr und ihrem Werke den offenen Krieg erklärt hat, maßgebende Vorschläge erwartet, daß die rückständigen Erklärungen so viel wiegen sollen als die vorhandene Mehrheit und das Verfassungswerk der Versammlung zusammengenommen — das darf vielleicht so sehr nicht Wunder nehmen; schien doch die Versammlung sich selbst zu verlassen. So viel scheint gewiß, Preußen wird nicht für sie handeln. Das ist die Wirkung der Politik von Ollmütz, der diplomatischen Isolirung, der Berufung auf die Verträge. Das Wort des Räthsels scheint dieses: Preußen fand für den Bundesstaat nur die eine Form des Bundes im Bunde, diesen hat das unentbehrliche Oesterreich verschmäht, und verschmäht es ihn ferner, so läßt Preußen zwar nicht geradezu den Bundesstaat fallen, aber es macht ihn abhängig von der Zustimmung aller Betheiligten. Ihr „Einzig und allein" tritt der Nationalversammlung jetzt, im entscheidenden Augenblick, mit drängenden Forderungen nahe. Sie kann nicht für sich handeln lassen, sie muß selber handeln, soviel es in ihrer Macht steht. Und es steht doch etwas mehr in ihrer Macht, als ruhig fortzubeschließen, wenn erst Wahlgesetz und Dieses und Jenes mit aller Gründlichkeit beseitigt sein wird. Möge sie auf die Sympathieen des Volkes nicht zu fest vertrauen. Das Volk will einen festen Punkt, an den es sich anschließt mit seinen Sympathieen. Diesen Punkt hätte man gerne in Preußen gesehen, und die schwere Arbeit der Einführung ihm übertragen. Man scheint sich zu täuschen, und vielleicht liegt der Fehler eben so sehr am Können als am Wollen. Auch kühnere Geister als die heutigen preußischen Staatsmänner würden sich vielleicht bedenken, ohne den mächtigsten Nachdruck in der Nation, und ohne die kräftigsten Stützen nach Innen und Außen die alten Bande der preußischen Politik zu zerreißen. Aber ein Staat muß wachsen mit seinen Geschicken. Der Augenblick kommt doch zuletzt, wo Preußen handeln muß. Es muß darauf vorbereitet sein. Wir freuen uns von Preußens kriegerischen Rüstungen zu vernehmen. Preußens Schwert klirrt schon in der Scheide und wenn es, was Gott verhüte, gezogen werden muß, so kennen wir alle die Losung: „Deutschland!"

Deutschland.

* **Frankfurt**, 23. Febr. Die (bereits von uns erwähnte) Zuschrift des konstitutionellen Vereins in Nürnberg an die Nationalversammlung lautet vollständig:

„Hohe Reichsversammlung! Durchglüht von dem Verlangen nach einer starken Einheit der deutschen Staaten (nur in ihr können wir Abhülfe für die vielen Uebel, die uns drücken, finden, nur durch sie wieder

ein geachtetes Volk mit der gebührenden Macht und dem nöthigen Handel werden) sind wir in der letzten Zeit, wir verläugnen es nicht, wahrhaft in Bestürzung gerathen über die ernsten und großen Zerwürfnisse, welche wir in der Mitte Einer hohen Versammlung bei Berathung des Reichsgesetzes sich aufthun sahen. War es doch, als wollten alle böse Geister, die von jeher Deutschland zerrissen haben, wieder aufleben und noch einige neue, von denen die alte Zeit nichts wußte, dazu mitbringen. Wir sind besonders den Verhandlungen über die Oberhauptsfrage mit gespanntester Aufmerksamkeit und Besorgniß gefolgt haben mit Einer hohen Versammlung alle Anträge sammt ihren Gründen für und gegen bei uns selbst und in Gemeinschaft reiflich erwogen, und halten es nun für unsere Pflicht, Einer hohen Versammlung das auszusprechen, was in so ernster, wichtiger Sache uns als das Beste und Hülfreichste erscheint.

Das nun hat sich als das allein wahrhaft Einende und Kräftigende herausgestellt, daß ein einheitliches Oberhaupt wieder an die Spitze Deutschland trete, und nicht schwer war es dann, aus den traurigen Erfahrungen der Geschichte zu entnehmen, daß nur ein erbliches Oberhaupt den Bedürfnissen eines neuen deutschen Reiches entsprechen werde. Schwer jedoch würde vielleicht die Entscheidung darüber gewesen sein, welchem Fürstenhause die Krone des Reichs anzubieten wäre, wenn nicht die Gewalt der Thatsachen selbst die Entscheidung gegeben hätte. Oesterreich ist es, das durch sein Verhalten und seine Erklärungen darauf hingewiesen und hingedrängt hat, was unter den jetzigen Umständen zur Einheit eines deutschen Reiches allein uns führen kann. Wir verkennen es nicht, daß es die Verhältnisse Oesterreich unendlich schwierig, wo nicht völlig unmöglich machen, in eine volle Reichseinheit mit dem übrigen Deutschland zu treten. Denn, will es dies blos mit seinen deutschen Provinzen, so scheidet es sich von seinen andern Reichen. Will es mit diesen in inniger Verbindung bleiben, ja sogar noch mehr treten, so ist eine volle Gemeinschaft mit Deutschland nicht möglich. Ein Eintritt aber des ganzen Oesterreichs in das deutsche Reich erscheint wohl nicht blos als etwas Unmögliches, sondern auch Unzweckmäßiges, weil es dem Reiche zu viel fremdartige Bestandtheile zuführen würde. Wir zürnen daher Oesterreich nicht, wenn es der deutschen, von uns gewünschten Einheit sich zu entziehen sucht, können uns aber dadurch nicht abhalten lassen, dennoch nach Einheit zu streben und es auszusprechen, wie wir es als eine Nothwendigkeit ansehen, daß der König von Preußen als der mächtigste Fürst Deutschlands zum Kaiser der Deutschen erklärt und an die Spitze gestellt werde, und zwar unter Bedingnissen, welche die Furcht vor einem Preußenthum, in welchem Deutschland untergehen könnte, beseitigen.

Es würde höchst überflüssig sein, wenn wir uns hier bemühen wollten, die Einwürfe, welche gegen ein solches neues Kaiserreich gemacht werden, zu widerlegen, da dies unendlich besser, als wir es vermöchten, in Einer hohen Versammlung selbst vielfältig geschehen ist, und nur Einiges sei uns gestattet, noch auszusprechen, was besonders auf unser Baiern, auch auf Oesterreich sich bezieht. Mit tiefem Bedauern haben wir vernommen, daß unsere baierische Landesversammlung sich hat vermögen lassen, über eine so wichtige und schwere Sache, wie die Einheit des Reiches ist, auf die plötzliche Aufforderung eines Einzigen hin ohne vorhergehende wohlüberdachte Berathung in der Aufregung des Momentes einen Ausspruch zu thun, und wenn wir dort auch für unsere Ansicht keine Zustimmung gefunden haben, so sind wir deßhalb doch der sichern Ueberzeugung, daß mit derselben gar Viele in Baiern einverstanden sind, ob sie auch nicht sich bewogen finden, ihre Willensmeinung zu erkennen zu geben. Ist ja das leider allenthalben die Art der Besonnenen und ruhig Ueberlegenden, daß sie selten laut mit ihren Wünschen hervortreten. Was nun das Weitere betrifft, so ist gewiß unbegründet, was über die für Baiern und Deutschland entstehenden materiellen Nachtheile gesagt werden will, wenn Oesterreich aus dem innigen Verbande getrieben werde. Denn einmal treibt Niemand Oesterreich hinaus, sondern es selbst schließt sich aus, und dann können wir in keiner Weise einsehen, was Oesterreich, wenn es auch nur als ein Bruderreich mit uns verbunden wäre, verhindern kann, dem neuen Deutschland alle seine Länder zu freiem Verkehr zu öffnen, wenn es nämlich will. Will es dies nicht, so wird es dasselbe auch bei innigerer Verbindung nicht wollen, wie es bisher nicht gewollt. Kann es dies nicht, nun so ist es in jedem Falle unmöglich, und Oesterreich vermag es weder mit einer Handels- noch Reichs-Einheit ernstlich zu meinen. Wollte es aber in Zukunft sogar den Transithandel für Deutschland noch mehr erschweren, als es bisher schon gethan, so würde es sich selbst nur am meisten schaden, denn statt Triest und Venedig würde Genua gewiß gerne allen deutschen Handel nach Asien vermitteln.

Theilen wir nun die Befürchtungen in materieller Hinsicht nicht, so auch nicht die in nationaler. Wohl werden wir es schmerzlich empfinden, wenn die deutschösterreichischen Länder von dem innigen Verbande mit Deutschland ausscheiden sollten, aber für verloren können wir sie deßhalb nicht halten, wie etwa Elsaß verloren gegangen ist. Denn sie werden ja nicht die Zugaben eines bereits bestehenden fremden Reiches, sondern sie sollen den Grundstock eines ebenfalls neuen Oesterreichs bilden, und wir trauen dem kernhaften deutschen Stamme Oesterreichs so viel Lebenskraft und deutschen Sinn zu, daß er sich nie von irgend einem andern Volke tilgen lassen werde. Im Gegentheile wird er und seine Sprache stets der Mittelpunkt des Ganzen sein und bleiben müssen, soll wirklich ein Ganzes aus Oesterreich werden. Und dies kann es allerdings wohl nur dann werden, wenn es mit Deutschland nicht völlig verbunden ist, weil, mit dem österreichischen deutschen Stamme allein zu einer Einheit sich zu verbinden den andern Völkern Oesterreichs etwa erträglich und ungefährlich erscheinen mag, die Verbindung mit Deutschland aber die Besorgniß des Untergangs ihrer Nationalität wach rufen muß. Wir können uns daher auch ohne Einheit mit Oesterreich eine sehr große und glückliche Zukunft des neuen Deutschlands und des neuen Oesterreichs denken, wenn beide es redlich und treu mit einander meinen, eine Zukunft, wie sie außerdem wohl schwerlich zu hoffen steht. Denn ohne Zustandekommen eines neuen Kaiserreichs wird wohl nur die alte traurige Geschichte von Neuem beginnen. Entstehen dagegen zwei befreundete einheitliche Reiche, und helfen sich diese gegenseitig zu kräftiger Gestaltung, wer mag wider sie sein, wenn sie Eins sind? Nicht wird es Oesterreich schaden, wenn künftighin deutsche Kriegsschiffe auch im adriatischen Meere segeln, um den Handel zu beschirmen, der über Triest und Venedig nach dem Innern Deutschlands strömt. Nicht wird es ihm wehe thun, wenn Menschen und Güter die Donau hinab durch seine Länder ziehen, und wenn gegen die Uebergriffe Rußlands an dem großen deutschen Strome das neue Deutschland mit in die Reihe tritt. Ist das nicht Alles unendlich besser, als der macht- und heillose Zustand, in dem Deutschland bisher sich befunden? Oder wollen wir warten mit der Gründung einer kräftigen Einheit, bis der zersetzende Geist der Zeit alle Verhältnisse untergraben und Kaiser und König und Fürsten und Alles über den Haufen gestürzt hat, um auf den Trümmern das Reich der wilden Demokratie, oder das Reich des Kommunismus zu gründen? Nein! Hohe Versammlung, wir bitten dringend, schreite getrost und kräftig auf dem Wege zur Einheit Deutschlands durch einen erblichen Kaiser fort, und wie schon einst unter dem schwäbischen Geschlechte der Hohenstaufen unser Volk eine große, herrliche Zeit gesehen und die Sehnsucht nach jener Zeit sich erhalten hat in der Sage vom Schloße und von der Auferstehung des alten Kaisers, so hoffen wir, werde unter einem neuen Kaiser Deutschland wieder beginnen, Ein Reich und zwar ein mächtiges glückliches Reich zu werden, neben und mit dem das Reich des Ostens ebenfalls mächtig und glücklich sein soll. Es erfülle sich die Weissagung über Deutschland, und alle feindlichen Stimmen werden allmälig verstummen. In aller Ehrfurcht Einer hohen Versammlung rc. Im Namen des konstitutionellen Vereins: Hofmann, z. Z. Vorsitzender. Dr. Lützelberger, Mitglied des Ausschusses. Nürnberg, den 17. Februar 1849.

*** **Frankfurt**, 23. Febr. Das bereits erwähnte Fest zur Gedächtnißfeier der französischen Revolution von 1848 findet morgen Abend in Mainz statt und zwar in der Fruchthalle, woselbst 1400 Kouverts aufgelegt werden sollen. Da das gewiß seltene deutsch-patriotische Fest von dem demokratischen Vereine in Mainz ausgeht, so präsidirt ihm auch der Präsident des Mainzer demokratischen Vereins, das Reichstagsmitglied Schütz. Dieser wird indessen nur die kurze Eröffnungsrede, die eigentliche Festrede aber der Republikaner Bamberger halten. Darauf sollen keine Reden mehr gehalten, sondern nur Toast's ausgebracht werden. Keiner Frage unterliegt es natürlich, daß viele Mitglieder der Linken der deutschen Feier der französischen Revolution beiwohnen werden.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 23. Febr. Das Reichsministerium hat auf Veranlassung namentlich der sächsischen und baierischen Regierung eine Generalversammlung sämmtlicher Bevollmächtigten auf morgen Vormittag veranstaltet und es steht zu hoffen, daß hier das große Werk der Verfassung auf's Neue um einige Schritte gefördert werde. Bei der großen Differenz, in welcher bis jetzt die Bevollmächtigten, insbesondere von Oesterreich, Baiern und Hannover den übrigen gegenüberstehen, ist freilich eine rasche Einigung oder sagen wir lieber Auseinandersetzung nicht wahrscheinlich. Soll doch in früheren Konferenzen Herr v. Schmerling ausdrücklichst auf einen Aufschub der zweiten Lesung der Verfassung gedrungen und auf diejenigen Gegenstände aufmerksam gemacht haben, welche höchst nützlich vor dieser zweiten Lesung die Nationalversammlung beschäftigen könnten. Nichts aber ist für Alle, die den Bundesstaat wollen, mehr ein Axiom, an welchem sie festhalten werden, als die Ueberzeugung von der Verderblichkeit jeder Verzögerung. Wenn daher auch Herr Welcker solchen Anmuthungen zustimmte, so zeigte er uns von Neuem, in welchem Widerspruch er zu den Ansichten seiner Regierung nicht allein mit seiner Ueberzeugung steht, sondern auch in seinem Amte handelt. Es ist ohne Zweifel höchst ehrenvoll, eine Note, wie die letzte Badische, zu überreichen, aber es muß peinlich sein für denjenigen, der dem Inhalt derselben so fremd ist.

Morgen Abend um 8 Uhr wird wieder eine Versammlung der Partei im „Weidenbusch“ stattfinden, die auf dem Grund des Bundesstaates stehen bleiben will.

* **Wien**, 19. Febr. Ein Regierungscirkular mahnt bei der Ueberhandnahme der Auswanderung nach den nordamerikanischen Freistaaten, namentlich aus Böhmen und Wien, die Auswanderer zur nöthigen Vorsicht. Privatbriefe aus Siebenbürgen melden, daß Kronstadt von den Szeklern genommen sei, welche hiebei die gräßlichsten Schauderthaten ausübten und die Sachsenstadt den Flammen preis gaben; dagegen soll General Bem in Gefangenschaft gerathen sein. Die in mehreren hiesigen Blättern wiederholte Angabe, als habe der Konstitutionsausschuß sein Werk bereits vollendet, ist irrig. Er arbeitet noch immer mit angestrengter Thätigkeit an demselben, hofft es aber bis Ende dieses Monats vollenden zu können. Das zweite Heft der „politischen Briefe“ von Adolph Neustadt, enthält einen heftigen Angriff gegen das Benehmen der czechischen Deputirten im Reichssaale zu Kremsier. Durch Fakta wird nachgewiesen, daß die Czechen ihrer

nationalen Tendenz die Freiheit zum Opfer bringen. Herr Bodenstedt, dessen Rücktritt von der Redaktion des österreichischen Lloyd noch immer lebhaft bedauert wird, begibt sich dieser Tage nach Norddeutschland, um daselbst, wie wir hören, die Leitung eines größeren deutschen Organs zu übernehmen.

Wien, 19. Febr. Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle berichten, daß der definitive Befehl an die österreichische in Italien stationirte Armee ertheilt ist, in das toskanische Gebiet und den Kirchenstaat einzurücken. In diesem Augenblicke wird es wahrscheinlich schon geschehen sein. (D. Ref.)

Prag, 19 Febr. Der Erlaß des Ministeriums des Innern vom 30. Januar, worin den Länderchefs der Provinzen die unverzügliche Ausschreibung der Wahlen nach Frankfurt aufgetragen wird und dieselben zugleich angewiesen werden, die etwa auf Urlaub abwesenden Abgeordneten ihrer Provinz zur schleunigen Rückkehr nach Frankfurt aufzufordern, beweist den ernsten Willen der Regierung, das Verhältniß zu Deutschland festzustellen. Schon vor 14 Tagen war an den hiesigen Gubernialpräsidenten der Auftrag ergangen, einen detaillirten Bericht über die Stimmung in den einzelnen Kreisen Böhmens wegen der Anschlußfrage an das Ministerium zu erstatten. Daß die Abneigung nicht mehr so groß ist, als zu den Zeiten des berüchtigten Nationalcomité, ist gewiß. Der Gewerbeverein hat eine Candidatenliste entworfen für die Wahlen zu der Handelskammer in Prag. Es ist allerdings für die nationalen Verhältnisse charakteristisch, daß unter den etwa 40 Namen nur 2 czechische und mehr als 30 deutsche zu finden sind. (D. A. Z.)

Berlin, 16. Febr. Hr. Bunsen soll von der preußischen Regierung beauftragt gewesen sein, unter Umständen ihren mit Oesterreich geführten Notenwechsel in Frankfurt zu publiziren. Aus diesem soll hervorgehen, daß die österreichische Regierung ein enges Bündniß mit Rußland geschlossen habe, zur Wiederherstellung des deutschen Staatenbundes, und daß Preußen von ihr aufgefordert worden sei daran theilzunehmen! Seit der Erklärung dieser Regierung über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland ist übrigens hier für die deutsche Frage ein größeres Interesse erwacht. Die meisten Blätter enthalten heftige Artikel gegen jene Erklärung, und im Publikum hört man Aeußerungen, welche deutlich zeigen, daß man sich durch die Sprache und die Forderungen des österreichischen Ministeriums nicht wenig verletzt fühlt. (Allg. Z.)

Konst. Korr. **Berlin**, 21. Febr. Vorgestern hielt vor dem dritten größern Wahlbezirke Hr. v. Holzendorf-Vietmannsdorf eine Ansprache an die Wahlmänner nicht ohne Beifall, doch aller Wahrscheinlichkeit nach erfolglos. Demselben Vereine wurden zwei Schreiben mitgetheilt, deren eines, von Simon aus Breslau, Jakob Veneden als Kandidaten angelegentlichst empfahl, das andere vom Westend-Hall-Klub in Frankfurt, die Aufforderung enthielt: Berlin möge durch die Wahl Simons in Breslau gutmachen, was ganz Deutschland verabsäumt habe.

Koblenz, 18. Febr. Auf den benachbarten Eisengießereien der Saynerhütte herrscht gegenwärtig eine außergewöhnliche Thätigkeit, indem eine große Anzahl von Arbeitern mit Anfertigung mehrerer Hunderte von Geschützen für die deutsche Marine beschäftigt ist. Es sind meist 24- und 36Pfünder, welche jetzt gegossen werden, wonach eine Anzahl, man sagt 400, Bombenkanonen schwersten Kalibers, meist 64Pfünder, an die Reihe kommt. (D.Ref.)

⚌ **München**, 20. Febr. Die Stadt München lebt die letzten Fastnachtstage fröhlich und unbefangen, als laufe das Staatsschiff mit vollen Segeln und gutem Wind auf hoher See. Der Landtag tritt übermorgen wieder zusammen, aber ein Ministerium ist noch nicht verkündet. Der Glaube gewinnt immer neue Verbreitung, daß man es höhern Orts durchaus nochmals mit dem alten versuchen wolle. Zu gleicher Zeit erheben sich von Neuem die Besorgnisse, es möge doch zu einer Kammerauflösung geschritten werden. Die Gründe, weßhalb ich nicht daran glauben kann, habe ich neulich angedeutet. Sie gelten mir auch heut noch in gleicher Stärke. Die Regierung aber stellt sich wirklich an, als wisse sie von einer Aufregung im Publikum. Denn mit jedem sinkenden Abende klirren reitende Streifwachen durch die lustige, maskirte Gassenbevölkerung, als gälte es entstehende Revolten zu zerstreuen. Vielleicht ist's auch nur „ein hübscher Fastnachtsscherz," wie jenes Künstlermaskenfest mit seinen Mahnungen von einer hohen Person bezeichnet wurde; vielleicht eben so wenig ernstern Sinnes als jenes Erwachen Barbarossa's — wenn man eben die Augen gegen den ernstern Sinn, sei dieser hoffnungs- oder befürchtungsvoll, verschließen will. Das Publikum Münchens hat aber jetzt wirklich keinen Sinn für ernstere Tagesfragen. Die Rede Zu Rheins über seine Ministerführung mit allen ihren Offenbarungen über Abel'sches System und Abel'sche Parteigetriebe, des Grafen Bray Erklärung über Baierns Haltung in der deutschen Oberhaupts- und Einheitsfrage, das noch mangelnde Ministerium und der „erste Bericht des Klubs der Linken in der bairischen Volkskammer" — Alles bleibt unbesprochen. Man wollte nur gestern den Metzgersprung und die mit politischen Anspielungen reich ausgestatteten Maskenzüge sehen. München amüsirt sich, und macht keine Politik. Da ich jenen Bericht erwähnte, muß ich doch sogleich auch sagen, daß derselbe so unbedeutend als möglich ist. Nur ein Paar Worte darüber. So heißt es z. B. zur Rechtfertigung der gänzlichen Ausschließung der nichtlinken Parteien bei der Wahl in die Ausschüsse: da vom Centrum und der Rechten die Linke bei der Wahl des Direktoriums ausgeschlossen worden sei, so nahm diese „ihrerseits, nachdem sie durch Verbindung mit dem linken Centrum zur Mehrheit geworden war, bei der Wahl der Ausschüsse keine Rücksicht auf jene Parteien. Die Presse hat uns dies vielfach zum Vorwurfe gemacht, mit Unrecht. Haben wir, wie man sagt, bewährte Arbeitskräfte der Gegenparteien unbenutzt gelassen, so wird man erst dann uns dies zum Vorwurfe machen können, wenn sich die unserigen als nicht ausreichend zeigen sollten." Später, wo von der Haltung der Linken in der Adreßfrage, besonders hinsichtlich des Verhältnisses Baierns zur Centralgewalt die Rede ist, wird zwar hervorgehoben, daß die Wähler „vielfach den ausdrücklichen Auftrag ertheilt hatten, für unbedingte Unterwerfung der Centralgewalt zu wirken", um das Verfahren in der Grundrechtsfrage den baierischen Sondergelüsten gegenüber zu rechtfertigen. Aber der die echt Nationalen schwer beleidigenden Haltung bei der Dr. Müller'schen Erklärung gegen das nur eventuelle Ausscheiden Oesterreichs und die nur eventuelle Berufung Preußens an Deutschlands Spitze, wird nicht die leiseste Erwähnung gethan. Was ist nun von einer so wenig konsequenten Partei zu erwarten? Immer nur der Standpunkt der ewig aufstöbernden, nirgends aufbauenden Opposition vormärzlicher Landtage.

-:- **Stuttgart**, 19. Febr. Gleich wie im Militär-Etat hat die Kammer mit besonderer Vorliebe und fast mit einer Art Wollust in einem andern zur Zeit sehr mißliebig gewordenen Etat, den Bedarf für das Departement des Auswärtigen, umhergeschnitten, obgleich derselbe gegen frühere Jahre bereits um beinahe 100,000 Gulden herabgesetzt war. Mit einem großen Aufwand von Entrüstung gegen die bisherige „gesetzliche Vergeudung" in diesem Departement wurden nach einander zwei Sekretäre, ein Assessor, zwei Kanzlisten und ein Aufwärter gestrichen, die Exigenz für die verschiedenen Gesandtschaften für den Augenblick freilich bewilligt, aber in der durch die Erklärung von der Ministerbank begründeten Voraussetzung, daß, obgleich die politische Vertretung Württembergs im gegenwärtigen Augenblick eine Nothwendigkeit sei, doch, sobald das deutsche Verfassungswerk geregelt sei, sämmtliche Gesandtenposten eingezogen würden, endlich, trotz des lebhaftesten Widerspruchs von Seiten des Staatsraths Römer, der in schöner Eintracht mit zweien seiner ehemaligen Censoren am Ministertische saß, der Antrag angenommen, das Ministerium des Auswärtigen alsbald mit dem der Justiz zu vereinen, das „alsbald" indeß cum grano salis verstanden, weil der Minister die Erklärung abgab, daß, wenn der König ihm gegenwärtig jenes zweite Ministerium übertragen wolle, er bei dem jetzigen Geschäftsdrange gar nicht im Stande sein werde, es zu übernehmen.

Im Beginn der Sitzung brachte übrigens der Abgeordnete Zwerger wiederholt die Rückberufung der würtembergischen Truppen aus Baden zur Sprache; die Verhältnisse mit der Schweiz seien geordnet und Baden werde, nachdem es sein Kontingent bereits auf 2 pCt. erhöht, unfehlbar im Stande sein, die Ruhe im Innern mit eigenen Kräften aufrecht zu erhalten. Staatsrath Römer entgegnete, daß die Regierung fortwährend bei der Centralgewalt die Rückbeorderung jener Truppen beantragt und bereits eine wesentliche Verminderung derselben erwirkt habe, daß aber ihre gänzliche Entfernung noch nicht für rathsam erachtet sei, weil nach den im Reichskriegsministerium eingegangenen Nachrichten auf den 24. Febr. eine neue Schilderhebung im badischen Oberlande erwartet werde. Außerdem gab, als bei Gelegenheit des Berichts über die eingelaufenen Petitionen auf Einberufung einer konstituirenden Verf. Frhr. v. Hornstein nach den Bestimmungen

des Einführungsedikts der Nationalversammlung in erster Linie den bestehenden Faktoren der Gesetzgebung die Vornahme des Verfassungwerks vindicirte, Staatsrath Römer die Erklärung, daß das genannte Einführungsedikt ohne weitere Unterscheidung zwei Wege, die Verfassung zu Stande zu bringen, vorschlage, durch die dermaligen Stände oder durch eine neue, eigens zu diesem Zweck zu berufende Versammlung, daß die würtembergische Regierung von der Ansicht ausgegangen sei, daß das Volk in eine neue Versammlung ein größeres Vertrauen setzen werde und daß sie demgemäß ein neues Wahlgesetz vorbereitet habe, welches den Ständen, denen es natürlich unbenommen bleibe, dasselbe zu verwerfen, demnächst werde vorgelegt werden können. Die Kammer nahm diese Verkündigung ihres Todesurtheils mit möglichster Resignation entgegen.

× **Hannover**, 20. Febr. Die einen wollen die Grundrechte, die anderen Stüve, die meisten Stüve und die Grundrechte. Ja, wenn Stüve und die Grundrechte sich nur nicht so sehr mit einander erzürnt hätten. Die äusserste Partei hat eine Versammlung im Hanseinschen Saale gehalten, wo der Vorschlag berathen ward, den König zu bitten, das Ministerium beizubehalten, mit anderen Worten, die Kammern aufzulösen. Sie ersuchten den Magistrat, sich bei diesem Schritte zu betheiligen, was dieser indessen ablehnte. In der zweiten Kammer ist nichts von Wichtigkeit vorgekommen, abgesehen, daß Herr v. Reden als preußischer Staatsdiener auf Antrag der Regierung von der Ständschaft ausgeschlossen ist. Er steht zwar nicht mehr im Dienst, bezieht aber noch Wartegeld. Von allen Seiten laufen fortwährend Petitionen für die Grundrechte ein. Die Theilnahme für die deutsche Sache scheint um so lebhafter zu werden, je mehr Widerstand man ihr entgegensetzt. Vor Allem kann Braunschweig als ein Muster des Eifers für die deutsche Einheit dienen. Stadt auf Stadt folgt Braunschweigs Beispiel und erklärt sich für das erbliche Kaiserthum. Die Gesetzsammlung enthält eine königliche Verordnung über die Neugestaltung des Staatsraths. Präsident desselben (früher in außerordentlichen Fällen der König selbst, sonst der Prinz Solms) ist stets der Ministerpräsident oder in dessen Behinderung der nächstfolgende Minister. Der Staatsrath hat das Gutachten über wichtige Regierungsangelegenheiten, namentlich Gesetze und Verordnungen; über die Entlassung nicht richterlicher Staatsdiener, über Beschwerden wegen Expropriationen, die an den König gerichtet werden und über Ertheilung von Moratorien. Er besteht aus den königlichen Prinzen, den Ministern, Präsidenten und Vicepräsidenten des Oberappellationsgerichts, dem Präsidenten des Schatzkollegs, dem Direktor der Domänenkammer, den Landdrosten, den Justizkanzleidirektoren, dem Bischof zu Hildesheim, den Präsidenten beider Kammern, dem Generalsekretär der Ministerien, dem Chef des Generalstabs, dem Generaladjutanten, dem Generalauditeur und besonders vom König zu ernennenden Mitgliedern.

Hannover, 20. Febr. Die „Hannoversche Zeitung" sagt: Der Versuch, das Ministerium noch zu erhalten, werde, wie sie glaube, keinen Erfolg haben. Ob nun die Linke zur Herrschaft komme, oder eine Variation von Brandenburg-Manteuffel, werde sich bald entscheiden.

Dasselbe Blatt weiß „aus sicherer Quelle", Preußen wolle bei der Vereinbarung und Verständigung beharren, und die Grundrechte ebenfalls der Vereinbarung unterworfen wissen. An Oesterreichs Entgegenkommen sei nicht zu zweifeln, nachdem die Erbkaiseridee in Berlin und Frankfurt zu schwinden begonnen.

Verden, 19. Febr. Der 17. hannoversche Bezirk (Verden, Rotenburg, Ottersberg, Achim, Lilienthal) erwählte heute für den ausgeschiedenen Syndikus Lang aus Verden zum Abgeordneten der Reichsversammlung in Frankfurt mit 50 gegen 11 Stimmen v. d. Horst II. aus Rotenburg; zum Ersatzmann mit 42 gegen 16 Stimmen den Reichsminister Duckwitz. (Z. f. N.)

C **Mannheim**, 22. Febr. Heute war die Wahl zum Heerschaarenführer, wobei Oberlieutenant Eichfeld gewählt wurde, und zwar mit bedeutender Stimmenmehrheit. Der Gewählte hat noch etwa 5 Monate an seiner Strafe in Kißlau zu erstehen. Der „vaterländische Verein" hat in seinen letzten Sitzungen beschlossen, keine ehemaligen Reaktionäre als Mitglieder aufzunehmen. Heute Morgen wurde abermals ein ehemaliger Unteroffizier in's Zuchthaus abgeführt, weil er sich, und zwar in jüngster Zeit, des Vergehens der Insubordination und des Hochverraths durch aufrührerische Reden schuldig gemacht hat.

♂ **Gießen**, 20. Febr. Es zirkulirt hier eine Aufforderung zur Feier des Jahrestages der Proklamirung der französischen Republik durch das deutsche Volk, die vielleicht, wenn es noch daran fehlen sollte, das nöthige Licht gibt, was diese Feier eigentlich bedeuten soll. „Findet euch — so heißt es in der Aufforderung — überall in Städten und Dörfern zusammen, ihr Freunde der Freiheit, und feiert auf eine würdige Weise den Tag, der in seinen Folgen unser Volk ganz hätte frei machen können, wenn es möglich gewesen wäre, es rasch so wach zu machen, wie es jetzt ist; laßt aber diese Feier zugleich eine Demonstration sein gegen den Verlauf der sogenannten deutschen Revolution, und faßt mit Herz und Muth den männlichen Entschluß, die nicht ausbleibende erneuerte Gelegenheit rasch und ohne Zaudern besser zu nützen, als die erste." Ist das deutlich genug?

Kiel, 19. Febr. Sicherem Vernehmen nach soll eine Erklärung, welche die gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein durch ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt auf Veranlassung der in der preußischen Circular-Note vom 23. v. M. enthaltenen Aeußerungen über „das deutsche Gebiet Dänemarks" hat abgeben lassen, der vollen Zustimmung des Reichsministeriums sich zu erfreuen gehabt haben; übrigens soll bei dieser Gelegenheit die entschiedene Ansicht des Reichsministeriums dahin ausgesprochen worden sein, daß die erwähnte Aeußerung nicht die Besorgniß begründen könne, als werde ernstlich daran gedacht, das Herzogthum Holstein von der unbeschränkten Theilnahme an der Entwicklung Deutschlands auszuschließen, wie denn auch die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung einen solchen Vorschlag niemals sich aneignen würde. (A. M.)

Großbritannien.

* **London**, 20. Febr. Gestern beantragte Lord John Russell, wie er früher bereits angekündigt, daß das Haus als Komite über den von den Mitgliedern beider Häuser zu leistenden Eid berathen möge, oder mit kürzeren Worten, daß es seine Meinung darüber abgebe, ob Juden als Mitglieder im Parlament sitzen dürfen oder nicht. Bekanntlich enthält der gegenwärtige Parlamentseid die Stelle „auf den wahren Glauben eines Christen". Schon in der vorigen Session machte Lord J. Russell den Vorschlag, diese Stelle wegzulassen, diesmal änderte er den Vorschlag dahin, die Stelle zwar beizubehalten, aber sie dann wegzulassen, wenn der Parlamentseid einem jüdischen Manne abgenommen würde. Der Minister äußerte zwar, es sei noch gar sehr die Frage, ob es gerathen sei, diese Stelle überhaupt noch beizubehalten, und wenn er nicht auf ihren gänzlichen Wegfall antrüge, so geschehe es darum, weil man ihm vielleicht vorwerfen könne, er wolle überhaupt allen Ungläubigen den Weg ins Parlament leicht machen. Es entstand nun eine Diskussion, in welcher dieselben Redner, die auch voriges Jahr die Maßregel bekämpft hatten, mit denselben Gründen für oder gegen Lord J. Russells Vorschlag auftraten. Zuletzt aber erklärten sich von 325 Anwesenden 214 für, 111 dafür, daß der Minister seine Vorschläge in Form einer Bill vor das Haus bringen dürfe. Die Mehrheit für Lord J. Russell betrug mithin 103. Außerdem wurde die dritte Verlesung der Bill, die weitere Aufhebung der Habeaskorpusakte in Irland betreffend, mit 117 gegen 23 Stimmen genehmigt. Im Oberhause kam die Bill wegen besserer Verhütung der Wahlbestechungen zur zweiten Verlesung, doch nicht ohne abfällige Bemerkungen gegen die Bill Seitens der Lords Denman, Brougham und Stanley, welche zugleich erklärten, die Bill auch fernerhin zu bekämpfen. Von den Kronprotokollisten für Irland wurde dem Hause in derselben Sitzung das Kassationsgesuch Smith O'Briens und Genossen eingereicht.

An der Börse wurde gestern eine Herabsetzung des Zinsfußes der Schatzscheine auf 1½ Pence täglich per 100 angezeigt. Der Globe erkennt hierin den Beweis, daß die Regierung zu der Dauer und Vermehrung der Wohlfahrt festes Vertrauen habe, sonst würde die Herabsetzung des Zinsfußes gewiß nicht unter 2 pCt. betragen haben.

„Daily News" will wissen, daß mit Erlaubniß der russischen Regierung 3 Millionen Rubel aus den Schatzgewölben der Festung von St. Peter und St. Paul genommen worden seien, um als Bestandtheil der neuen österreichischen Anleihe nach Wien zu wandern.

Frankreich.

†† **Paris**, 20. Febr. Im Fasching wurde die Monarchie der Franzosen begraben und mit ihr fiel der fröhliche Karneval in die Brüche. Die Republik fürchtete am letzten Sonntag das Erscheinen der Geister der Gefallenen oder die Auferstehung der Begrabenen; wozu sonst Kavallerie- und Infanterie-Vedetten an allen Straßenecken, Pikets auf allen Plätzen? Das war ein langweiliger Faschingsonntag; keine Masken außer den Gardes republicaines; keine närrischen Aufzüge außer dem Prinzen, welcher mit Gefolge die Boulevards auf und abging; kein Schwank außer den strategischen Patrouillen Herrn Changarnier's. Das Publikum trauerte sichtlich um den Verlust seiner Narrenkappen, mit der phrygischen Mütze auf den garstigen Freiheitsbäumen ist die Karnevalslust bei den Parisern verschwunden. Das Volk fühlt sich in der Narrhalla-Republik nicht recht zu Hause; der ungewohnte Maskenanzug spannt und engt, oder paßt nicht und schlottert. Nach einem Jahr wird es ihn tragen gelernt, vielleicht auch abgetragen haben. — General Cavaignac interpellirte gestern in der Nationalversammlung den Minister des Innern und General Changarnier wegen eines Artikels der Union. Dies royalistische Journal beschuldigte den General Cavaignac, daß er mit Berufung auf seine geleisteten Dienste eine Partei in der Armee und beim Volke werbe und durch Verführung und Aufstachelung der bestehenden Ordnung gefährlich werde. Sowohl der Minister als Changarnier läugneten, von jenem Artikel Kenntniß zu haben; Letzterer berief sich auf seine früheren kameradschaftlichen Verbindungen mit Cavaignac, von welchen Geist und Herz ihm bleibende Erinnerungen erhalten haben müsse. Cavaignac war damit zufrieden gestellt. Dennoch scheint eine Spaltung zwischen den beiden Generalen eingetreten zu sein, welche besonders durch den Verdacht erweitert wird, daß auf Antrieb Changarnier's der General Cavaignac mit noch zwei andern Militärs der Nationalversammlung auf die Proskriptionsliste vom 29. Januar gesetzt worden sei. Gestern hielt der Präsident wieder eine Heerschau über den Theil der Pariser Garnison, welchen er noch nicht gesehen. Bei 20000 Mann waren in vier Brigaden und sechs Treffen auf dem Marsfelde aufgestellt. Ohrenzeugen berichten, daß Truppenabtheilungen Vive l'empereur gerufen haben. Nach der Konstitution ist der Präsident ermächtigt, „die bewaffnete Macht zu verwenden, ohne sie in Person zu kommandiren". Seine Gegner fragen mit Recht, wozu die Revüen? ist der Präsident Civilbeamter oder Militärkommandant? und warum erlaubt er die unkonstitutionellen Vives? Man schreibt die Rückkehr des Generals Pelet von Turin dem nahe bevorstehenden Wiederausbruche der Feindseligkeiten zwischen den Oesterreichern und Piemontesen zu. Von Karl Albert ist der Oberbefehl dem General Chrzanowski anvertraut worden. Der Volksrepräsentant Ferdinand Flecon schreibt der Patrie: Herr Redakteur! Es ist gut, auch in den kleinsten Dingen bei der Wahrheit zu bleiben. Sie sagten, daß ich auf dem Balle des Präsidenten gewesen sei. Sie täuschten sich, ich war nicht dort. Gruß und Brüderlichkeit.

Schweiz.

Luzern. Am 17. d. ist hier eine neue Werbung für die neapolitanischen Regimenter eröffnet worden, indem man noch immer einige und hundert Mann braucht, um die letzten Verluste in denselben zu ersetzen. Die Unteroffiziere, welche die letzten Züge, bei 190 Mann in 5 Abtheilungen nach Neapel geleiteten, sind dieser Tage wieder zurückgekehrt. Sie rühmen vorzüglich die gute Aufnahme in der Lombardei. Im Tessin dagegen waren sie in beständiger Gefahr vor thätlichen Mißhandlungen. Den einzelnen Soldaten wurden bedeutende Geldsummen geboten, wenn sie ausreißen würden, was indessen nur bei zweien der Fall war.

Thurgau. Herr Dr. Kern hat den Ruf des Bundesrathes, neuerdings die Stelle eines eidg. Geschäftsträgers in Wien zu übernehmen, abgelehnt.

Ungarn.

Pesth, 15 Febr. Seit gestern gehen in einem fort Verstärkungen zur Theißarmee ab. Es soll dieser Tage dort eine entscheidende Schlacht geliefert werden. Diese neue an die Theiß vorgeschobene Wehrkraft dürfte mindestens auf 11,000 Mann sich belaufen. Seit vorgestern sind vom königl. städtischen Commissär v. Havat alle öffentlichen Unterhaltungen wieder gestattet, und es wird der Karneval in diesem schweren Jahre auch bei uns nicht ohne einen kleinen Saus und Braus abziehen dürfen. (O. Ll.)

Amerika.

,* Vereinigte Staaten. Die letzten mit dem Dampfschiff Canada in Liverpool angekommenen Nachrichten (aus Newyork) gehen bis zum 7. Febr. Diesen zufolge ist der Kongreß noch immer mit der Sklavenfrage, das Publikum mit den kalifornischen Goldlagern beschäftigt; ja die Goldwuth ist sogar im Steigen, seitdem ein Brief aus Mazatlan das Gerücht verbreitet hat, daß weiter nördlich ein zweiter Golddistrikt entdeckt worden sei, der sich noch ergiebiger ausweise, als der frühere. Indeß sind diese Nachrichten immer mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Wenn auch die vielen übereinstimmenden Nachrichten an den reichen Goldadern Kaliforniens nicht mehr zweifeln lassen, so ist doch jedenfalls eben so gewiß, daß die Phantasie der Yankees, die sich in Kunst und Poesie ziemlich unfruchtbar erwies, auf diesem Goldgebiete überaus thätig ist, während die Regierung diesen Uebertreibungen gerne ihren Lauf läßt, weil sie eine Menge Menschen nach Kalifornien locken, von denen ein großer Theil ohne Zweifel sich in diesem wenig bevölkerten, für den Handel so herrlich gelegenen Lande ansäßig machen wird. Die Londoner Times brachte schon vor einiger Zeit einen trefflichen Artikel, worin sie darauf hinwies, wie im Jahre 1824 Brasilien, Mexiko und Kolumbien dieselbe Rolle spielten, wie gegenwärtig Kalifornien. Auch damals habe es geheißen, daß man den Boden in diesen Ländern nur leise aufzuscharren brauche, damit der Goldstaub an den Fingern hängen bleibe; während des ganzen Jahres 1824 seien die Aktien der Gesellschaften, die sich für Ausbeutung der Goldbergwerke bildeten, fortdauernd gestiegen und hätten im Jahre 1825 ihren verhängnißvollen Höhepunkt erreicht; Hunderte von Bergleuten aus Wallis und Cornwall seien angeworben worden, man habe wie jetzt Kallüle gemacht, welchen Einfluß diese Fülle von Gold auf die Märkte haben werde u. s. w. Was war der Erfolg? Ehe noch die Aktienzeichner 1 Schill. Zinsen von ihrem Kapital erhalten, hätten sie bei einer dieser Gesellschaften 3 Millionen einschießen müssen, die aber in einen bodenlosen Abgrund gefallen seien, der sie nie wieder zurückgegeben. Von den damaligen zahlreichen Bergwerksgesellschaften beständen nur noch zwei, die vereinigte merikanische und die von Real del Monte, deren Aktien jetzt zu nicht mehr als 5 Schill. verkauft würden. Die Times schließt: „Der wahre Reichthum eines Landes besteht in dem kräftigen Arm und dem kräftigen Willen seiner Bewohner. Ohne diese sind die Diamanten Brasiliens ein Spott und die Schätze Pizarros eine glänzende Lumperei." Welche ungeheure Goldmassen sollten nicht schon aus Kalifornien nach den Vereinigten Staaten gelangt sein, und jetzt gesteht der „New-York Herald" selbst, daß diese angeblichen Massen Goldstaubs an Werth nicht mehr als 50,000 Dollars betrugen, wovon eine Quantität im Werthe von 20,000 Dollars der Regierung zu Washington durch den Oberst Mason überschickt, die andere Quantität durch einen Herrn aus Boston, Namens Carter, überbracht wurde. Hievon hat die Regierung in der Münze 48,000 Dollars prägen lassen. Man muß gestehen, daß die Wirklichkeit von 48,000 Dollars gar sehr hinter den Millionen zurückbleibt, welche die Phantasie der Yankees so freigebig von Kalifornien nach Washington hinüberwarf.

Wenn es nun an Uebertreibungen in den Privatnachrichten und selbst in den offiziellen Berichten über das Eldorado in Kalifornien nicht fehlt, so lauten die Berichte doch in der Hauptsache übereinstimmend dahin, daß eine mit sehr reichen Goldadern ausgestattete Region in Kalifornien entdeckt worden ist und von Tausenden ausgebeutet wird. Oberst Mason mag wohl selbst ein wenig unter den Einflüssen einer Mystifikation gestanden haben, als er in seinem Berichte vom vergangenen August sagte, daß, so viel er in Erfahrung gebracht, das bis dahin gewonnene Gold bereits an 13—14 Mill. Dollars betrage. Ein solcher Ertrag müßte sich denn doch schon auf den Geldmärkten Amerika's und dadurch Europa's haben spüren lassen; auch stechen gegen diese Millionen das in die Münze geflossene Gold im Werth von nur 50,000 Dollars doch etwas wunderlich ab. Wir führen hier auf Glauben oder Nichtglauben einige der jüngsten Mittheilungen an. Ein Schreiben des amtlichen Agenten der Vereinigten Staaten zu Monterey scheint wegen der offiziellen Stellung des Mannes

wohl einigen Glauben zu verdienen, dasselbe enthält aber so Schwindel erregende Angaben, daß wir uns kaum enthalten können, den Verfasser zu den Mystifizirten oder den Mystifizirenden zu rechnen. Diesen Angaben zufolge, die, auf das Viertel reduzirt, noch immer an das Unglaubliche grenzen würden, erstrecke sich das Goldland auf 160 geographische Meilen Länge und 20 Meilen Breite, im Innern finde sich das Gold nicht blos als Staub, sondern in pfundschweren Klumpen, ja man habe Stücke von 15 — 24 Pfund (?!) entdeckt; schon bei der jetzigen Bevölkerung von 25,000 Seelen und nach Abzug der ungesunden Monate, in denen nicht gearbeitet werde, dürfte Kalifornien jährlich für mehr als 100 Mill. Dollars Gold liefern, d. h. mehr als bisher die ganze übrige Welt zusammen u. s. w. Wie dick und übertrieben hier der Farbenauftrag ist, fällt jedem ruhig Prüfenden leicht in die Augen; diese Angaben verdienen kaum weniger bezweifelt zu werden, als jene vom New-Orleans-Courier verbreitete und von manchen deutschen Blättern unter der Ueberschrift: „Wichtige Entdeckung" wiederholte Fabel, wonach ein staunenswerthes Werk, ein unterirdischer von Menschenhänden erbauter Kanal, entdeckt worden sei, welcher den atlantischen Ocean mit dem stillen verbinde und noch heutzutage selbst großen Schiffen zugänglich sei. Daß so etwas gefunden wird, ist weniger auffallend, als daß es auch von Vielen geglaubt wird.

Bereits finden sich in nordamerikanischen Zeitungen selbst Mittheilungen, worin das Publikum gewarnt wird, den Nachrichten aus und über Kalifornien unbedingten Glauben zu schenken; neun Zehntel davon, sagt der „New York Courier", sei erlogen und erfunden. Es haben sich bereits zwei Parteien von Spekulanten gebildet, die Bulls und die Bears, von denen die Einen sich zum Geschäft machen, die tollsten Fabeln über den Goldreichthum Kaliforniens zu verbreiten, während es sich die andern angelegen sein lassen, das Gegentheil davon zu versichern und namentlich die hier oder dorthin geschickten Proben kalifornischen Goldes als unächt darzustellen. Auch andere günstiger lautende Briefe aus Kalifornien gestehen doch ein, daß sehr viele Goldsammler nicht eine Westentasche voll Goldstaub mit nach ihren Pflanzungen zurückbrachten, daß Mancher zuletzt froh war, nur so viel erbeutet zu haben, um ein Pferd nebst Sattel zu kaufen und davon zu reiten. Dazu die fabelhafte Theurung aller Lebensmittel, die kostspielige und gefährliche Reise bis an Ort und Stelle! Wer den Weg über Meriko nimmt, dem lauern beutelustige Guerillas auf, wer durch die Vereinigten Staaten über die Felsenberge (Rocky Mountains) zieht, läuft Gefahr, im Schnee umzukommen oder durch Hunger aufgerieben zu werden. Einstimmig lauten die Berichte über die unter den Goldsammlern herrschende Demoralisation. Noch nie hat sich der Egoismus und die Selbstsucht der Menschen in scheußlicherer Gestalt gezeigt, noch nie sind die unedleren Leidenschaften im Menschen in unverhüllterer Weise zu Tage gekommen!

Ein New-Yorker Korrespondent schreibt der Allg. Ztg. Folgendes: „Der Herald vom 20. Jan. zählt 24 Emigrationsgesellschaften mit 1113 Mitgliedern auf, die bereits aus dem Osten nach Kalifornien abgegangen sind. Es sind aber in unsern hiesigen Blättern schon 65 solche Assoziationen angeführt worden, die sich alle für Ausbeutung Kaliforniens gebildet haben, die dem neu erworbenen Lande über 10,000 unserer rüstigsten jungen Bürger zuführen, und deren Mehrzahl sich die Befolgung der „Temperance" für die Dauer ihrer Unternehmungen auferlegt haben. Diese Gesellschaften nehmen fast durchgängig Provisionen, Werkzeuge, Maschinen, namentlich Säge- und Mahlmühlen, hölzerne und eiserne Häuser, eingerichtete Hotels, ganze Dampfboote, um die kalifornischen Flüsse zu befahren, Druckereien, Fisch-, Jagd- und Ackerbaugeräthe, kurz alles mit, was man sich nur erdenken kann, und eine jede heute sich vereinigende Gesellschaft überbietet sicherlich die von gestern schon in Zweckmäßigkeit der Anordnung und Ausrüstung. Dabei keine Schranke, keine Hemmung der Regierung; vollste Freiheit und Ungezwungenheit auch in diesem Felde des Wirkens. Wahrlich, die Zukunft der Nordwestküste wird eine großartige werden." Man sieht, diese Gesellschaften richten sich auf etwas mehr, als das bloße Goldsammeln ein und so darf man hoffen, daß, wenn der Goldschwindel erst etwas verraucht und Kalifornien von den klugen, gesellschaftlich verbundenen Männern des Ostens mehr bevölkert sein wird, die Verwilderung der jetzigen undisziplinirten Goldfreibeuter der Kultur und Civilisation wird weichen müssen.

Ueber Hecker brachte die Allg. Ztg. aus New-York vor kurzer Zeit folgende Mittheilung: Nach Briefen aus Belleville und St. Louis lebt Hecker in ersterem Orte bei seinem Freunde, dem Oberrichter Gustav Koerner, in strenger Zurückgezogenheit. Der ihm im Osten der Union gewordene Empfang hat ihm bittere Lehren gegeben, und er hat deßhalb dem ihm bei seiner Ankunft in Saint Louis empfangenden Kommitté ganz unumwunden erklärt, er sei solcher hohlen Demonstrationen müde. In Saint Louis lebte er mit seinen Begleitern Schöninger und Tiedemann in einem bescheidenen Kosthause, wurde aber, trotzdem daß er alles Erscheinen und Sprechen in öffentlichen Zusammenkünften ablehnte, von müßigen sogenannten Patrioten so überlaufen, daß er sich alsbald „in den Busch" zurückzog und sich in Belleville, mitten unter den sogenannten lateinischen Bauern, einquartierte. Dort studirt er fleißig, reitet viel in der Umgegend umher und benützt die daselbst bestehende deutsche Bibliothek der St. Clair County-Ansiedler. Seinen in den Vereinigten Staaten bereits gemachten Erfahrungen zufolge ist er, der früher in jedem republikanischen Maulmacher einen Brutus zu sehen glaubte, was er durch seine sinnlose Schilderhebung zum großen Schaden der Republik bethätigte, dem andern Extreme, das deutsche Volk für verloren und unfähig zur Freiheit zu halten, sehr nahe gekommen. Die Reizbarkeit Hecker's kann übrigens noch nicht beseitigt sein, da er unter anderem in einer Mittheilung an ein deutsches Blatt des Westens von der „den besiegten Wienern Republikanern ein vae victis zuheulenden gottverfluchten Despotie" spricht, eine Sprachweise, die hier nur auf der untersten Stufe der Bildung wie der Bestrebungen zu finden ist. Wie in Deutschland, so haben auch hier diejenigen, welche sich am lautesten als Heckers Freunde ausschrieen und sich am unabweislichsten um ihn drängten, Heckern am meisten geschadet, und leider ist ein solcher Schade hier viel schwerer wieder gut zu machen als irgendwo anders."

Die Verhandlungen des Kongresses betrafen namentlich den Plan zu einer Eisenbahn über den Isthmus von Panama, hatten aber bis jetzt kein entscheidendes Resultat; auch ist es zweifelhaft, ob die Bill in dieser Sitzung durchgehen wird, obschon Neu-Granada mit den verlangten Summen garantirt hat. Dem Senat ist am 27. eine Bill von dem betreffenden Ausschuß zugefertigt worden, wornach Kalifornien und Neu-Meriko als Staaten zugelassen werden sollen, sobald sie von einer hinlänglichen Bevölkerung bewohnt sein werden. Im Repräsentantenhaus stritt man sich heftig über eine Bill, betreffend die Nichtzulassung der Sklaverei im Bezirk Kolumbia. (Den neusten Nachrichten zufolge, welche die Times vom 20. Sept. enthält, sollen in San Francisco angeblich große Vorräthe von Goldstaub liegen, um nach den Vereinigten Staaten abgeschickt zu werden. Inzwischen hat das Goldsammeln für eine Weile aufgehört, da nach einem Briefe aus Mazatlan vom 20. Dez. der ganze Goldbezirk 1 Fuß hoch mit Schnee bedeckt ist. 100 Meilen südlich davon soll ein neues Goldgebiet entdeckt worden sein.)

Brittische Kolonien. Am 28. Januar wurde die zweite Session des dritten Parlaments von Kanada durch den Gouverneur, Lord Elgin, eröffnet, und zwar mit einer Rede, welche außerordentlich reich an Versprechungen ist. Hierzu gehören: Generalpardon für alle Personen, welche noch wegen ihrer politischen Vergehen in den Jahren 1837 und 1838 Strafe zu erleiden hätten, Eisenbahnverbindung zwischen Halifax und Quebeck, freie Schifffahrt auf dem St. Lorenzstrom, verbessertes Gerichtswesen, Erleichterung der Einwanderung, Verwendung eines Theils des Staatsvermögens für Vervollkommnung des Schulwesens, und noch andere treffliche Dinge. An demselben Tage wurde auch das Lokalparlament von Neu-Schottland eröffnet. Sir John Harvey, der Gouverneur, verbreitete sich in seiner Rede namentlich über die beabsichtigte Eisenbahnverbindung mit Quebeck. Aus Neufoundland hat man keine neueren Nachrichten, als die vom 21. Dezember, welche den Zustand der Insel als einen sehr traurigen darstellen. Nachdem eine Feuersbrunst die Hauptstadt der Insel eingeäschert, hatte bald darauf ein furchtbarer Orkan überall die schrecklichsten Verheerungen angerichtet; die Kartoffelernte war mißrathen, und die Quellen des Handels waren fast gänzlich verstopft.

Hayti. Den letzten mit dem Packschiff Sheridan in England angekommenen Nachrichten zufolge, hatte der Präsident, Soulouque, nun wirklich die schon früher angekündigte Expedition

Uebersicht.

Deutschland.

⁑ **Frankfurt**, 24. Febr. Endlich hat auch Sachsen-Weimar in der Verfassungsfrage sich erklärt, und zwar wie vorauszusehen war, im Sinne derjenigen Regierungen, welche im Verein mit Preußen ihre Erklärungen abgegeben haben. Der Bevollmächtigte von Sachsen-Weimar, Herr v. Wydenbrugk, hat sich diesen Kollektiverklärungen nicht angeschlossen, sondern die betreffende Note direkt an das Reichsministerium überreicht. So bekannt es ist, daß Hr. v. Wydenbrugk als einer der Chorführer der großdeutschen Partei, den gemeinsamen Berathungen der Bevollmächtigten fern gestanden hat, so unbegründet ist es andrerseits, daß Sachsen-Weimar dem Beispiele Baierns in der Anrufung einer fremden Macht in der deutschen Frage gefolgt sein soll. Es sind diese Gerüchte lediglich Erfindungen, welche aus der Verwandtschaft des Weimarischen Hofes mit dem Petersburger, und den freundschaftlichen Beziehungen hergeleitet wurden, in denen Hr. v. Wydenbrugk zu Herrn v. Meyendorf steht. Die Verzögerung der weimarischen Erklärung schien diesen Erfindungen Wahrscheinlichkeit zu bieten.

♈ **Frankfurt**, 24. Febr. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt die hiesige Behörde die Dauer der Meßzeit für den Groß- und Kleinhandel fortan auf 3 Wochen zu beschränken.

Von dem hier bestehenden Bürgerverein, dessen Mitglieder die Lokalität, so geräumig sie war, nicht mehr zu fassen vermochte, hat sich ein neuer Verein abgezweigt, der bereits gegen 700 Theilnehmer zählt. Die Mitglieder zahlen, außer einem Eintrittsgeld von 1 Thlr., einen jährlichen Beitrag von nur 5 fl., verpflichten sich aber, um die Beschaffung angemessener Lokalien und Einrichtungen möglich zu machen, auf 3 Jahre.

Berlin, 20. Febr. Wir vermögen in diesem Augenblicke bereits folgende vier königliche Botschaften, welche den Kammern bei der Eröffnung werden vorgelegt werden, anzuführen. Die erste davon betrifft den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen und einer anderweitigen Veranlagung der Grundsteuer im Allgemeinen und weicht wesentlich von dem seiner Zeit vom Minister Hansemann vorgelegten Entwurfe ab; die zweite bezieht sich auf die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer; die dritte beabsichtigt eine Abänderung des Gesetzes vom 24. Sept. zum Schutze der persönlichen Freiheit (Habeas-corpus-Akte), und die vierte ist endlich eine umfangreiche Denkschrift, welche die „demokratischen Wühlereien" und die daraus hervorgehenden Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung darlegt, und die Rechtfertigung des über Berlin verhängten Belagerungszustandes und des Antrages auf eine noch weitere Fortdauer desselben bezweckt. Die Vorlage der nach Auflösung der Nationalversammlung vom Ministerium oktroyirten Gesetze Behufs der nachträglichen Genehmigung Seitens der Kammern wird natürlich den Inhalt fernerer königl. Botschaften ausmachen. In einer größeren Gesellschaft bei dem General Wrangel kam jüngst auch das Gespräch auf die wahrscheinliche Feier des 18. März, und es wurde dem General namentlich mitgetheilt, daß man diesen Tag durch einen ungeheueren Zug nach dem Friedrichshaine zu feiern gedenke. „Ich habe gegen diesen Zug durchaus nichts", erwiederte der General, „auch ich werde denselben vielmehr mit 20,000 Mann Soldaten mitmachen und dann mit den Feiernden weiter über die Feier zu sprechen wissen". (Köln. Z.)

☿ **Berlin**, 22. Febr. Hr. Jung hatte in den letzten Tagen große Chancen, im dritten Wahlbezirke gewählt zu werden; die Demokratie trauerte, Berlin schämte sich und Phöbus Apollo, der Gott des Schönen, verhüllte sein Antlitz aus Furcht vor den geschmacklosen Bildern, die da kommen sollten. Heute dürfen wir wieder freier athmen; die Aktien des Hrn. Jung sind tief gefallen. Es waren namentlich Arbeiter die Jung protegirten; in mehreren Versammlungen war schon vieles für und wieder gesprochen, vergebens hatte man die Talente des Hrn. Jung in Zweifel gestellt; als Virchow, ein entschiedener Demokrat, erklärte, es sei ein entschiedenes Unglück, wenn Jung gewählt würde, haben die Arbeiter ein wüthendes Geschrei erhoben — gestern endlich ist man, der vielen Disputationen müde, einfach zur Abstimmung übergegangen: für Jung sind 43, gegen ihn 126 Stimmen gewesen.

Wir dürfen hoffen, das Hr. Jung beseitigt ist. Wir haben ja Dierschke, wir haben Schramm, im Nothfall auch Temme zu seinem Ersatz; ein großer Theil seines Ich ist also erhalten, wenn auch nicht der Unsterblichkeit, wie bei Horaz, so doch uns, den Berlinern, uns, seinen früheren Zuhörern. Passons là-dessus!

Ueber den positiven Ausfall der Nachwahlen steht übrigens noch nichts Genaues fest. Im dritten Wahlbezirk wird wahrscheinlich Heinrich Simon und Ziegler aus Brandenburg oder Löwe aus Calbe gewählt werden; im vierten hat Bruno Bauer, im ersten Assessor Paalzow die meisten Aussichten.

Auf die Thronrede ist man hier sehr gespannt; es ist weniger die Stellung der Krone zu den Kammern, als die Preußen's zu Deutschland, über welche man nähere Eröffnungen erwartet, um so mehr, als es schwerlich noch Zeit ist, mit einer bloßen Phrase über eine Frage hinwegzugehen, die bereits in deutlicher Sprache durch gegenseitige Noten erörtert ist. Die weiteren Sitzungen der Kammern werden in der ersten Woche kaum in den neuen Lokalen stattfinden können; so wenig sind diese bis jetzt in Ordnung. Die Mauern noch frisch, die Tischlerarbeit noch nicht vollendet; an die Bekleidung der Wände ist noch nicht zu denken; sie sollen mit großen Draperien verdeckt werden. An der Einrichtung der beiden Sitzungssäle stellt sich bereits ein bedeutender Uebelstand heraus. Die Journalisten-Tribünen sind überaus klein; die in der ersten Kammer enthält nur 15, die in der zweiten 30 Plätze. Da müssen die Kammern selbst schon ein Einsehen thun, wenn sie sich nicht bei den Beherrschern der öffentlichen Meinung von vornherein diskreditiren wollen. Zum Montag steht die Sache noch schlimmer. Da sind zuerst die Ministerien, die Gesandtschaften, der Magistrat und die Stadtverordneten bedacht und nur die letzten sechs Karten werden an hiesige Redaktionen vertheilt werden.

Wer könnte von Berlin sprechen, ohne des Hrn. v. Wrangel zu gedenken? Er ist allüberall, wie Gott in der Welt. Selbst in die Tafelrunden der Demokraten mischt er sich. Zu dem großen Bankett der Demokraten sollte er seine Erlaubniß geben; er suchte zuerst der Madam Kroll auf dem friedlichen Wege der Ueberzeugung begreiflich zu machen, daß ein Diner von 1000 Personen, die noch dazu Demokraten seien, sehr bedenkliche Folgen haben könne; als aber die Wirthin verstockt genug war, ein Essen von 1000 Personen lieber zu sehen, als eins von 100, und es vorzog, das Geld von Demokraten einzunehmen, als gar nichts zu verdienen, verbot der Mann in gerechter Entrüstung das Bankett gänzlich.

Parl. Korresp. **Berlin**, 22. Febr. Der Oberpräsident der Provinz Preußen, Herr v. Auerswald, mehrere Male zum Mitglied der ersten Kammer gewählt, ist auf der Elennsjagd durch den Schuß eines Mitjägers mit Schrot heftig unter dem Auge verwundet. Uns wird indessen versichert, er sei außer Gefahr. Leider werden seine Freunde dieses ausgezeichnete Mitglied der konstitutionellen Partei wenigstens im Anfang der Legislatur zu vermissen haben.

Lith. Korr. **Berlin**, 22. Febr. Wie wir bereits gestern mittheilten, steht eine Kompletirung des Kabinets bevor. Hr. v. Bonin und Frhr. v. Arnim sollen die Portefeuilles der Finanzen und der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Der bisherige Ministerverweser des Finanzdepartements, Herr Generalsteuerdirektor Kühne wird ganz aus dem Staatsdienste scheiden und der geh. Oberfinanzrath Raabe zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt werden. Wenn schon für die erste Zeit den Kammern hinreichender Stoff durch die schwebenden Fragen und durch die bereits fertigen Gesetze geboten ist, so wird doch in den Ministerien eifrig an weiteren Vorlagen gearbeitet.

Heute Mittag verließ uns das erste Bataillon des 24. Regiments, welches mittelst eines Extrazuges nach seinem neuen Garnisonorte befördert wurde.

, **Köln**, 21 Febr. Der diesjährige Karneval ist nun vorüber, und was Vielen eine Unmöglichkeit schien: er reiht sich würdig den Festen früherer Jahre an. Zählte auch die Karnevalsgesellschaft, welche die öffentlichen Aufzüge veranstaltet, bei weitem weniger Mitglieder als sonst, so muß man doch gestehen, daß die letzteren gerade in diesem Jahre eine außerordentliche Thätigkeit entwickelten und muthig los steuerten auf ihr Ziel: zu beweisen, daß dieses lustige Fest zu sehr wirkliches Volksfest geworden ist, um unterlassen zu werden, sobald es ernst aussieht. Vom herrlichsten Wetter begünstigt, durchzog am Sonntag Nachmittag eine unabsehbare Reihe Reiter und Wagen in dem Schmucke der Narrenkappen die Hauptstraßen der Stadt, überall umdrängt von heiteren und lebenslustigen Volksmassen. Der große Maskenzug am Montage war zwar nicht so prächtig und zahlreich, wie wir ihn in früherer Zeit gesehen haben, aber es war doch ganz unterhaltend. Der Ball auf dem „Gürzenich" so wie der Pickenick daselbst am Dienstage waren ungemein zahlreich besucht, obwohl in diesem Jahre die Zahl der Fremden nicht sehr bedeutend gewesen ist. Auf den Straßen tummelten und drängten sich Maskirte und Unmaskirte in gemüthlicher Heiterkeit bunt durch einander und doch hört man nicht, daß irgendwie Rohheiten vorgefallen wären; namentlich herrschte zwischen den Bürgern und den Soldaten das beste Einvernehmen. Von Bonn waren viele Studenten hier und zeigten große Anlagen zur Narrheit. In Aachen ist der Karneval ebenfalls gut von Statten gegangen. In Bonn hat es nichts gegeben, als einige Ungezogenheiten. In Düsseldorf war auch wenig Maskenfreude.

Köln, 22. Febr. Nachmittags. In Deutz fand heute die Wahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer an die Stelle des Hrn. Aldenhoven statt, welcher die auch in Neuß auf ihn gefallene Wahl angenommen hatte. Von vielen Wahlmännern wurde Protest gegen die Abhaltung der Wahl eingelegt, weil sich ergab, daß die Wahlmänner aus vier Bürgermeistereien nicht eingeladen waren, indeß wurde eine Wahl vollzogen und gewählt der frühere Abgeordnete Hr. A. Gladbach.

München, 21. Febr. Morgen hält die Kammer der Abgeordneten nach achttägiger Unterbrechung wieder Sitzung und noch haben wir kein Ministerium. All' die Namen, die man bisher genannt, beruhten auf Vermuthungen. Sichern Bescheid weiß Niemand zu geben, selbst nicht die Männer, welche täglich nach Nymphenburg ab und zu gehen. Nachdem König Max sämmtliche Staats- und Reichsräthe, Hofleute und sogar Diplomaten der Reihe nach befragt, scheint er unentschlüssiger und schwankender als je. Ein geistvoller Mann, bei welchem König Max, so lange er noch Kronprinz war, sich häufig Raths erholte, äußerte vor wenigen Tagen: „Es ist nicht möglich, den richtigen Weg einem Fürsten zu zeigen, welcher nicht weiß, wohin er gehen will." Dieser drückende Zustand kann nicht lange dauern. Tritt morgen kein Ministerium vor die Kammer, so werden Interpellationen stattfinden. Am Ende bleibt dem König doch nur die Wahl, Minister zu ernennen, deren politische Grundsätze mindestens bis zum linken Centrum reichen, oder die Kammer aufzulösen. Wer nur einen Gran politischen Verstand hat, mußte letztere Maßregel dem König widerrathen. Denn es ist hundert gegen eins zu wetten, daß neue Wahlen nur die Reihen der Linken verstärken würden. Merkwürdig ist, daß, obwohl selbst mit Prälaten, Militärs und Damen in letzter Zeit bei Hofe über Baierns politische Lage viel verkehrt worden, doch noch kein einziges Mitglied der Linken bis jetzt nach Nymphenburg gerufen worden ist. Wie gehören keineswegs zu den unbedingten Verehrern dieser Partei, hätten aber doch gewünscht, daß man wenigstens einen Mann wie Willich, dessen milde Persönlichkeit von allen Parteien geachtet ist, zu Rathe gezogen hätte, wäre es auch nur um den guten Willen zu zeigen, daß man in wahrhaft konstitutioneller Weise regieren wolle. Leider sind die übrigen hervorragenden Redner der Linken Männer von schroffem Charakter, die auf den Ministertisch nicht passen. Schüler, der beste Redner der Linken, ist ein entschiedener Republikaner und Kolb steht ihm ziemlich nahe. Im ganzen linken Centrum sitzt nicht ein Abgeordneter, der zum Ministerkandidaten befähigt wäre. — Unsere Künstler gaben vor dem Schluß des Karnevals eine Wiederholung ihres politischen Maskenfestes: das Erwachen des Kaisers Barbarossa im Kyffhäuser und die Rückkehr der Einheit und Größe des deutschen Reichs. Diesmal wurden die verschiedenen Stammpaniere vor der Reichsfahne mit dem Adler wirklich gesenkt. Dem allgemein verbreiteten Gerücht, als habe König Max sich dieses verbeten, wird jetzt widersprochen. Vom Hofe war bei diesem zweiten Maskenball Niemand anwesend. König Ludwig wurde vergebens erwartet. Die Künstler wollten dem alten König einen enthusiastischen Empfang bereiten, nicht nur weil er immer ein wahrer Freund der Künstler und der Kunst gewesen, sondern auch weil er zu allen Zeiten seines Lebens seinen deutschen Sinn nicht verläugnet hat, wie unklar auch seine Begriffe gewesen sein mögen hinsichtlich des Strebens, der Wünsche und Bedürfnisse der deutschen Nation. Die politische Bedeutung des Künstlerfestes schien uns bei der letzten Darstellung noch hervortretender und die patriotische Stimmung der Versammlung eine wärmere zu sein. Sogar der „Staatshämorrhoidarius" — es ist der Gattungsname für den ächt altbairischen Büreaukraten — zeigte sich beim Anblick des erwachenden Kaisers so ungewöhnlich munter als moussire ein Gläschen 1848er in seinem winterlichen Leibe und er pflanzte für diesen Abend statt der blauweißen die deutsche Kokarde auf sein edles Haupt.

Hannover, 21. Febr. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer erklärte der Abg. Freudentheil Namens der Adreßkommission, daß die Majorität es nicht für angemessen erachtet habe, während der Ministerkrisis eine Adresse zu erlassen. Minister Stüve überreichte die in der Ministerialkrisis zwischen dem König und dem Ministerium gewechselten Aktenstücke, das Schreiben des Ministeriums und ein Schreiben des Königs. Letzteres theilen wir in den Hauptsätzen mit: „Meine Herren! Aus Ihrem Schreiben vom 19. Febr. habe ich gesehen, welche Abstimmung in zweiter Kammer Sie hat veranlaßt, Ihre Entlassung einzugeben. Ihre Gründe kann ich nur richtig halten, aber ich beklage die Sache sehr, weil ich nicht glaube finden zu können ein Ministerium von patriotischen Männern, welche mein Vertrauen und das des Landes verdienen. Bevor ich Ihre Entlassung annehme, ich werde erwarten müssen das Schreiben der Stände und wenn es so ist als Sie glauben es wird sein, muß ich versuchen, ob ich kann finden ein Ministerium von ehrlichen Männern. Sie haben, meine Herren, in Ihrer Verwaltung mit großer Umsicht und Rechtlichkeit Grundsätze aufgestellt, und ich beklage das Land, das die Ausführung nicht soll von Ihrer Hand haben. Kein Mann kann eine Sache so ausführen, wie sie ihm ein Anderer hat gemacht. Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre bisherigen Dienste. Auch wenn wir müssen uns trennen, behalten Sie das volle Vertrauen Ihres Königs." Die Kammer vertagte sich bis morgen.

(J. f. N.)

* Wie gestern aus Baiern, so bringen wir heute aus Hannover eine gewichtige Stimme für das deutsche Erbkaiserthum. Schon früher haben sich aus Hannover ähnliche Stimmen vernehmen lassen, und die Haltung des Landes hinsichtlich der Grundrechte legt ein schönes Zeugniß von der Klarheit und Kräftigkeit des erwachten Volksbewußtseins ab. Hannover will deutsch sein! Die Eingabe des konstitutionellen Vereins in Göttingen an die hannoversche Ständeversammlung lautet folgendermaßen:

„Je mehr die Gesammtverfassung unseres deutschen Vaterlandes ihrem Abschluß sich nähert, um so drohender werden die Gefahren, welche einer soliden Einheit und Stärke derselben sich entgegen stellen.

Wir gehen aus von der Ueberzeugung, daß die oberste centrale Gewalt, deren jeder Staat, also auch der deutsche Bundesstaat bedarf, nur dann vor dem Zerfallen und Zerfahren gesichert und mit der in menschlichen Dingen überhaupt möglichen Festigkeit über die Kämpfe der politischen Parteien hinausgestellt ist, wenn sie in den Händen eines erblichen Staatsoberhauptes liegt. Wir können für das ganze Deutschland dasjenige nicht als unwahr und unheilsam betrachten, was wir in Hannover für gut und heilbringend ansehen. So wahr wir hier die konstitutionelle Erbmonarchie als den Eckstein des Baues der bürgerlichen Freiheit und Ordnung be-

trachten, so wahr können wir auch die Verfassung unseres Gesammtvaterlandes so lange nicht für gelungen und in starker Einheit geborgen halten, als die oberste centrale Gewalt in einer Weise verfaßt ist, welche sie entweder zur Schwäche verurtheilt oder sie zum Spielball und zum Siegspreise politischer Partheikämpfe macht. Jede andere Gestaltung aber, als die erbliche monarchische, wird früher oder später, am sichersten aber in einer so aufgeregten Zeit, wie die unsrige, einem solchen Schicksale verfallen.

Das erbliche Oberhaupt dessen Deutschland bedarf, wird um so sicherer das rechte sein, je mehr die Geschichte Deutschlands seine Gelangung an die Spitze des Vaterlandes vorbereitet hat. Keine noch so mächtige Willkür, keine noch so feine Berechnung ist der in den geschichtlichen Verhältnissen eines Volkes gewiesenen Nothwendigkeit überlegen: keine Bahnen sind trotz aller Gefahren und Hindernissen sicherer, als welche dem großen Zuge der wirklichen Entwicklung eines Volkes folgen.

Dieser Zug aber führt unserer Ueberzeugung nach dahin, daß das preußische Königshaus an die Spitze von Deutschland trete.

Es liegen zwei Jahrhunderte hinter uns, welche das deutsche Reich unter den Oberhäuptern des Hauses Habsburg-Lothringen im langsamen Hinsiechen zu dem klanglosen Ende des Jahres 1806 hingeführt haben. Das Reich bestand dem Namen nach, während längst schon eine österreichische Monarchie sich gebildet und einen Weg der innern und äußern Politik eingeschlagen hatte, welche dieses aus der sonderbarsten Völkermischung bestehende Ganze aus dem Zusammenhange des Lebens und der Entwickelung der deutschen Nation herauszog. Wohl wissen wir, daß Millionen deutscher Brüder jenem großen Reiche angehören, welches eben deshalb in der engsten Verbindung mit uns bleiben soll, so daß es die Marken deutscher Gesittung und Bildung nach dem Osten und Süden Europa's zu erweitern, und auf unsern ganzen Beistand zu rechnen vermag, wie treue Brüder sich ihn gegenseitig schuldig sind. Allein so lange die österreichische Monarchie besteht — und sie besteht allem Anschein nach als ein sehr lebensfähiges Ganze — kann das Centrum dieses österreichischen Staatslebens, und mit ihm das Interesse seines Kaiserhauses, nicht in dem einigen Deutschland liegen. Oesterreich kann so wenig ganz deutsch, als Deutschland österreichisch werden.

Dagegen braucht Preußen und sein Königshaus nicht erst deutsch zu werden, weil es schon deutsch ist. In diesem Preußen hat, wenn unser Auge nicht trügt, der allmächtige Lenker der Völkergeschicke unserem Deutschland die Bedingungen einer neuen Reichseinheit vorbereitet, welche, indem sie in den innern, wie in den auswärtigen Angelegenheiten von rein deutschen Gesichtspunkten geleitet sein kann, einen strafferen und nachhaltigeren Bestand verheißt, als die frühere. Wir würden Preußen für eine Episode der deutschen Geschichte halten, und das fast einzige ehrenvolle Blatt deutscher Geschichte im vergangenen Jahrhundert zu vergessen suchen müssen, wenn die Gestaltung des neuen deutschen Reiches nicht die untrügbare Wahrheit besiegelte, daß Preußen und sein Königshaus an die Spitze von Deutschland gehört. Käme es nicht zu diesem Resultate, so wäre kaum mehr, als die Regeneration eines schwachen deutschen Bundes als Frucht unserer Anstrengungen zu erwarten, eines Bundes, dessen mächtigere Glieder wieder ihre eigenen Bahnen zu gehen versuchen würden, bis endlich das unverstegliche Bedürfniß und das unveräußerliche Recht der deutschen Nation auf staatliche Einheit in gewaltsamerer Weise und unter zerstörender Strömung der wilden Wasser, welche jede Revolution begleiten, die widerspenstigen Glieder zur Einheit zusammenzwingen würde.

Wir bergen uns nicht die Hindernisse, welche der von uns für heilsam gehaltenen Organisation der deutschen Oberhauptschaft entgegenstehen. Neben einem kläglichen Stammesneid macht sich eine von preußischer Seite nicht unverschuldete Abneigung gegen preußisches Wesen geltend, von welchem man, aber gewiß mit Unrecht, befürchtet, daß es das Erbtheil der neuen Reichsregierung sein werde. Neben den Winkelzügen der Demokraten, die ein solches Oberhaupt schon wegen der drohenden Festigkeit desselben verabscheuen, regen sich die Befürchtungen wahrer Patrioten, die von einer monarchischen Centralgewalt eine den Deutschen unleidliche Unselbstständigkeit der Einzelstaaten erwarten. Neben den religiösen Antipathien vieler Katholiken gegen einen protestantischen Kaiser erheben sich historische Sympathien für das alte Kaiserhaus, das bis vor 43 Jahren Jahrhunderte lang der freilich schwache Träger der deutschen Reichseinheit war. Neben den vaterländischen Gefühlen Derer, welche die völlige Entfremdung des deutschen Oesterreichs herannahen glauben, arbeiten Russen, Franzosen und Dänen einer Gestaltung des deutschen Oberhauptes entgegen, welche ihren Spekulationen auf deutsche Zwietracht und Zusammenhangslosigkeit die Aussicht auf Erfolg schmälert.

Aber trotz dem und alle dem, und zum Theil eben darum, müssen wir beharren auf dem durch die Entwickelung Deutschlands angebahnten Wege, und richten an die hohe Ständeversammlung die Bitte: Dieselbe wolle sich im Anschluß an die von andern deutschen Staaten, deren Fürsten oder Ständeversammlungen, ausgesprochenen Wünsche dahin erklären, daß auch sie in der erblichen Uebertragung der deutschen Oberhauptschaft auf das preußische Königshaus die Gewähr des Gelingens der deutschen Einheitsbestrebungen erblicke."

Gotha, 20. Febr. Die Nationalversammlung zu Frankfurt ist mit den Verhandlungen über die deutsche Verfassung in ein Stadium getreten, dessen Wichtigkeit durch die Noten von Berlin und Wien noch zugenommen hat. Diese Wichtigkeit ist auch von Seiten unserer Staatsregierung um so mehr erkannt worden, als das Reichsministerium Veranlassung gegeben hat, sich mit den einzelnen Regierungen über die obschwebenden Fragen zu verständigen. Da nun aus einer ferneren gemeinschaftlichen Vertretung mit dem Königreiche Sachsen durch den gemeinschaftlichen Bevollmächtigten der übrigen sächsischen Häuser, den geh. Regierungsrath Kohlschütter, gefolgert werden könnte, als lege man auf die Selbstständigkeit unseres Landes keine besondere Wichtigkeit, hat unser Herzog den Staatsminister v. Stein am 3. Febr. als Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt nach Frankfurt gesendet, um bei Vollendung des Verfassungswerks die Stimme für Gotha und Koburg abzugeben. Bei der ungewissen Dauer dieser Mission werden die Ministerialgeschäfte durch die Vorstände der dortigen Oberbehörden fortgeführt. Die hiesige Abgeordnetenversammlung hat von der Sendung des Ministers v. Stein Anlaß genommen, eine Zuschrift an die hiesige Staatsregierung und zugleich eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung zu beschließen. In der ersteren Zuschrift legt sie gegen das Vereinbarungsprinzip feierliche Verwahrung ein und spricht das Vertrauen aus, der Staatsminister v. Stein werde, in Uebereinstimmung mit der wahrhaft deutschen Gesinnung des Herzogs, auch bei seiner neuen Mission das Prinzip der Volkssouveränetät anerkennen und achten, und zu keinerlei Uebergriffen in die Befugnisse der konstituirenden Nationalversammlung die Hand bieten. In demselben Geiste bekämpft die nach Frankfurt entsendete Adresse alle partikularistischen Bestrebungen, es mögen dieselben von deutschen Regierungen oder von deutschen Volkskammern ausgegangen sein, und spricht der Nationalversammlung gegenüber das Vertrauen aus, sie werde, als die einzige rechtmäßige Vertreterin des deutschen Volkes, den Bau der deutschen Verfassung selbstständig und schleunig zu Ende führen, ohne sich durch Vereinbarungszumuthungen beirren zu lassen. (D. A. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 21. Febr. Der „Standard" vom vorgestrigen Datum meldet: „Ritter Bunsen kam, in Begleitung Hrn. Sievekings, Sonnabend den 17. Febr. von Berlin und Frankfurt in der preußischen Gesandtschaft hierselbst an. Wie man erfährt, wird Hr. Sieveking der Gesandtschaft beigegeben werden. Se. Hoheit Prinz Löwenstein behält seine Stellung als Sekretär, bis ein höherer Posten erledigt wird, um sodann Großbritannien zu verlassen."

Frankreich.

* **Paris**. 21. Febr. Die Nationalversammlung hat sich heute, vor fast leeren Bänken, mit der fortgesetzten Diskussion des Wahlgesetzes beschäftigt. Meistentheils handelte es sich um reglementarische Bestimmungen, die für das Ausland begreiflich kein Interesse bieten; Erwähnung verdient nur der Art. 58, welcher den im aktiven Dienste befindlichen Soldaten und Matrosen die Ausübung ihres Stimmrechts an ihrem jeweiligen Aufenthalt gestattet; jedoch ist für die außerhalb der Grenzen befindliche Armee diese Ausübung suspendirt.

Aus einem längeren Artikel des „Journal des Debats", welcher die Proklamirung der Republik in Rom mit entschiedener Ungunst betrachtet und mit blutiger Satyre das dortige Treiben geißelt, heben wir die folgende beherzigenswerthe Stelle heraus: „Diese republikanische Schilderhebung in Italien wird das unmittelbare Resultat haben, daß der Unabhängigkeitskrieg aufgegeben oder doch auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Die innere Frage wird die äußere absorbiren. Diejenigen italienischen Regierungen, welche sich der Sache der Territorialbefreiung hätten weihen mögen, werden umkehren müssen, um den Angriffen des inneren Feindes die Stirn zu bieten; die Republik tödtet die Liga und der Bürgerkrieg hemmt den heiligen Krieg. Während in Rom die Männer, welche die Revolution entfesselt, sich entsetzt vor ihren Saturnalien zurückziehen, während das Volk auf das Kapitol steigt, um dort das Kreuz durch das Sacrilegium der Krönung mit der Rothmütze zu besudeln, ist die Regierung, welche man das Schwert Italiens nannte und auf welcher das Gewicht des auswärtigen Krieges lastete, genöthigt, ihr Ziel und ihre Feinde zu wechseln. Das junge Italien darf sich rühmen, die glücklichste Diversion zu Gunsten Oesterreichs gemacht zu haben; und wenn ihrerseits die Kaiserlichen das Kapitol ersteigen, so haben sie es der Republik zu danken."

Die Vertheidiger der wegen der Ermordung des Generals Bréa zum Tode verurtheilten Juni-Insurgenten sind gestern vom Präsidenten der Republik empfangen worden. Derselbe erklärte ihnen, daß er bis jetzt absichtlich von der Sache keine nähere Kenntniß genommen, um sich die ganze Freiheit seines Urtheils zu bewahren, daß er aber jetzt sofort die Akten einsehen und gerne eine Denkschrift der Vertheidiger entgegennehmen werde.

№ 55. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 24. Februar 1849.

Uebersicht.

Die Russen in Siebenbürgen?

Bs. Die Russen in Siebenbürgen? Freilich ist's eine Frage, und die kaiserl. königl. ministerielle Presse, nämlich die österreichische, ist sogar eifrig bemüht, uns zu versichern, daß die Russen noch nicht in Siebenbürgen eingerückt sind, um dem Kaiserstaate, nämlich wieder dem österreichischen, freundnachbarliche Hilfe zu leisten gegen die magyarischen Rebellen. Diese magyarischen Rebellen, mit denen Oesterreichs Feldherren nicht fertig werden können, sind bekanntlich dieselben, welche man vor Beginn des Krieges so verächtlich abthat und deren Flucht vor den anrückenden acht Heersäulen ein homerisches Spottgelächter erregte im kaiserl. königl. Hauptquartiere. Denn daran war ja nicht zu denken, daß hinter diesem Rebellenhaufen könnte ein strategischer Plan stehen, wodurch der Hauptkampfplatz nach den Sümpfen zwischen Theiß und Maros, nach den Gebirgen des siebenbürgischen Landes verlegt würde. Aber trotzdem ist es so gekommen; und wie im Schachspiele des Gegners Kampforganismus soweit gestört werden kann, daß der endliche Sieg wenigstens weit hinausgeschoben wird, falls es gelingt, dem Konzentrationspunkte seines Angriffs plötzlich unsere vielleicht schwache Macht zu entrücken, so geht's auch hier. Ich gestehe, ich bin nicht kosmopolitisch genug, um dem magyarischen Halbbarbarismus und Uebermuth selbst nur die Erringung einer Kapitulation zu wünschen. Allein eben diesem Halbbarbarismus gegenüber erscheint es doch um so seltsamer, wenn ein übermächtiges Heer den kleinen Feind seinen Zweck erreichen läßt und nun sogar in die Lage kommt, sich bei dem Nachbar Russen für etwa mögliche Fälle eine soldatische Unterstützung ausmachen und wiederum vom Nachbar Russen die Erlaubniß einholen zu müssen, daß man ein Korps durch die „neutrale" Wallachei schicken dürfe, um es mit einer andern Heeressäule zu vereinigen. Hr. General Stuterheim hat bekanntlich diese Erlaubniß erbeten und benutzt, als Kronstadt und Hermannstadt von den Szeklern in höchste Gefahr gesetzt war, um aus der Feste Törtzburg über (das wallachische Städtchen) Kimpolung gen Hermannstadt vorzurücken und Hrn. Feldmarschall-Lieutenant Puchner einigen Trost in verzweifelter Lage zu bringen. Die Herren Russen erlaubten gütigst diese Diversion. Ja, schon im Herbste des verflossenen Jahres verriethen es czechische Blätter (gerade als der Bruch zwischen den West- und Südslawen am weitesten aufklaffte), daß Herr General Lüders sich für den Fall eines Hülfsgesuches von Oesterreich in Petersburg eine Vollmacht ausgebeten hatte. Man antwortete: schickt ihm 20,000 Mann. Unter dem vielen Wolfsgeschrei von russischen Absichten ist freilich dieser ernstgemeinte Warnwurf der czechischen Blätter überhört worden. Und man hatte allerdings keine Veranlassung gehabt, ihn für eine Wahrheit zu halten, da gerade von slawischer Seite die Russenfurcht stets erweckt worden war, sowie ein östlichslawischer Revolutionsversuch gescheitert war. Man war ja auch damals im größern Publikum in der That noch nicht von dem Auseinandergehen der west- und südostslawischen Interessen unterrichtet, die Fäden hingen auch noch zusammen, der czechische dynastische Enthusiasmus erschien noch als Kriegsbewegung des Slawismus, welcher mit solchem Behaben die Herrschaft in der österreichischen Monarchie leichteren Kaufes zu erringen glaubte, nachdem es auf andere Weise vollständig mißlungen. Genug wir beachteten es nicht und haben Unrecht daran gethan. Vielleicht vertrauten wir auch zu sicher auf die sieggewohnten österreichischen Heere unter ihren „ausgezeichneten Heldenführern", wie es in den k. k. Bülletins heißt. In Petersburg aber scheinen sie damals bereits recht wohl gewußt zu haben, wie die österreichischen Machtverhältnisse in Südungarn stehen; sonst erschiene ja die Lüders'sche Anfrage und die Petersburger Antwort als müssiges Spiel. Rußland spielt jedoch bekanntlich in politischen Dingen nur wie die Katze mit der Maus. Auch scheinen sie dort die südslawischen Stimmungen viel richtiger gewürdigt zu haben, als in Wien, von woher man uns stets meldete, nur gegen den Magyarismus und für die österreichische Dynastie rüste sich das Volk der Serben, Kroaten u. s. w. Alle diese Dinge geschahen nun um dieselbe Zeit, als Rußland für nöthig befand sich für seine Heere Winterquartiere in Bukarest einzurichten und mit den Türken gute Brüderschaft auf diesem Punkte zu halten. Nun ist der Winter gekommen, mit ihm der ungarische Krieg, mit diesem der Moment, wo Rußland seine Versprechungen und Vorsätze verwirklichen kann. Rußland leistet Hülfe an Oesterreich — mögen seine Heere wirklich bereits in Siebenbürgen eingerückt, mögen sie nur hülfsbereit an die Grenze gestellt oder mag selbst nur der österreichische Durchzug durch die Wallachei gestattet worden sein. Dagegen hat Rußland nicht für gut befunden, auf ein österreichisches Anlehen einzugehen, wie es damals beabsichtigt gewesen war. Also so viel Kredit genoß der westliche Nachbar nicht im Petersburger Kabinet. Oesterreich hat sich jetzt durch seine eignen Bankiers geholfen und wir läugnen nicht, daß wir es ein höchstes Glück nennen, daß die russischen Verpflichtungen Oesterreichs wenigstens in dieser Beziehung nicht wuchsen. Denn Rußland wird bereits für seine bewiesene Freundlichkeit mancherlei Gegengewähr fordern; und dies um so mehr, als es in seiner Note vom Juli 1848 so bestimmt erklärte, daß es aus seiner Neutralität gegen die europäische Revolution nur dann herausgehen werde, wenn diese Rußlands Grenze bedrohe, oder falls die Hülfe von den deutschen Regierungen gefordert würde. Der erste Fall findet bei der vorliegenden Thatsache nicht statt; der letzte Fall ist aber, versichern die österreich. Blätter ministeriellen Gepräges, ebenfalls nicht eingetreten. General Lüders soll nur auf Bitten der Kronstädter Siebenbürgen seine Bereitwilligkeit zur Intervention erklärt, oder, nach andern offenern Nachrichten, „einige Bataillone" geschickt haben. General Lüders soll auch nur auf Ersuchen des Generals Stuterheim dessen Marsch durch die neutrale Wallachei gestattet haben. Beides klingt leider unglaublich. Denn wo wäre der Fall im russischen Reiche erlebt, daß dessen General auf Bitten bedrohter Stadtbewohner, welche ohne den Nachdruck einer höhern Erlaubniß kamen, aus eigner Machtvollkommenheit und ohne eventuelles Abkommen mit der Regierung der bedrohten Stadt, seine Truppen in den Nachbarstaat zu dessen Hülfe geschickt hätte? Dies wäre eine so grobe Verletzung der Form gegen einen als gefestet und selbstständig behandelten Staat, wie in der Geschichte russischer Diplomatie bis jetzt unerhört ist. Ganz dasselbe gilt auch in Bezug auf die Gewähr des sogenannten persönlichen Gesuches des Generals Stuterheim. Nur ein einziger Fall ist denkbar, wo man russischerseits selbst eine solche Formverletzung nicht scheuen würde: wenn nämlich der andere Staat bereits als im Zustand der Auflösung vom Petersburger Kabinet erkannt wäre und man hoffen dürfte, damit wenigstens in den ihm angeblich gewahrten Provinzen, besonders wenn deren Bevölkerung vorwiegend slawisch, eine Schutzherrlichkeit zu erringen. Was daraus später nach russischem System wird, dafür sind die Donaufürstenthümer, ist die Türkei, sind die heut russischen, ehemals persischen Provinzen, selbstredende Beispiele.

Wir haben uns bisher mit unbefangenen Andeutungen und lammfrommen Fragen in dieser allerdings, selbst den einzelnen Thatsachen nach, noch ziemlich unklaren Angelegenheit begnügt, um dem Urtheil etwaiger Leser dieser Zeilen nicht vorzugreifen. Darum zum Schlusse noch einige Fragen. Warum dringt Rußland gerad jetzt so entschieden darauf, daß Oesterreich die Intervention im Kirchenstaat übernehme? Warum will es gerad jetzt Oesterreich nöthigen, zu den 80,000 Mann seiner italienischen Armee, welche kaum die stets von Neuem aufflackernde Gluth der lombardischen Revolution zu dämpfen vermögen, neue Regimenter zu fügen und mit diesen fast gewaltsam einen Krieg des westlichen Europa gegen sich heraufzubeschwören? Doch nicht nur, um den befreundeten Nachbar im Osten ohnmächtig zu machen? Doch nicht, um sich und seine Regimenter in Südungarn, längs der Donauufer, wie in Galizien, selbst bis Schlesien herein, zur unumgänglichen Nothwendigkeit zu machen? Doch nicht, um später als Entschädigung eine Mitherrschaft über die österreichischen Süd- und Ostslawen zu beanspruchen oder gar eine schwere Geltung seiner befehlenden Wünsche in dem dann vielleicht wieder in Wien residirenden Kabinet zu erzwingen, während seine Bajonette den abseits irgendwo tagenden Reichstag — beschützen?

Zur preußischen Note.

†† Aus Süddeutschland, 24. Febr. *) Ueber den Sinn der österreichischen Note vom 4. Febr. hatte sich die öffentliche Meinung allmälig ihr Urtheil festgestellt, auch wenn man zu Frankfurt sich alle Mühe gab, sich selbst und andere blind zu machen. Daß jenes Ollmützer Aktenstück eine förmliche Kriegserklärung gegen den deutschen Bundesstaat war, daß es die Grundzüge enthielt für jene österreichische Politik der Zukunft, die nichts anderes ist, als in neuem Firniß die schlimme Politik der Vergangenheit — daran konnten höchstens die gutmüthigen Träumer zweifeln, die man mit unklaren Sympathien an das Schlepptau der schwarzgelben Politik zu knüpfen weiß, oder jene Fremden in Israel, die von Deutschland reden und dabei allezeit nur an Oesterreich und zwar an das alte Oesterreich denken, denen Deutschland immer noch als das „Reich" in jenem Sinne gilt, wie es vom westphälischen Frieden an bis zum Sturze Metternichs gegolten hat.

Der österreichischen Note vom 4. Febr. ist die preußische vom 18. d., die wir soeben erhalten, gewissermaßen als Antwort gefolgt; sie tritt bestimmter als die frühere den Ollmützer Machinationen entgegen und stellt sich dem Frankfurter Verfassungswerke ebenso unzweideutig zur Seite, als die österreichische sich davon entfernt hatte. Es hätte dies in noch entschiedenerem Tone, mit noch größerer Energie geschehen können, aber schwerlich mit mehr Klarheit. Legt man beide Aktenstücke nebeneinander, so springt der ganze Gegensatz, der jetzt schon die österreichische und die preußische Politik in der deutschen Verfassungsfrage auseinanderhält, evident ins Auge; und ungeachtet der höflichen diplomatischen Form läßt sich aus jedem einzelnen Abschnitt eine sehr bestimmte Ablehnung der entgegenstehenden österreichischen Forderungen herauslesen. Obwohl die „Großdeutschen" und Großhänse, die in diesem Augenblick ganz im Großen sich hänseln lassen, ob sie, die sich an der muthigen „ja kühnen" Haltung der österreichischen Note so sehr erbaut und über die zweideutige, zurückhaltende Sprache Preußens in einen so affektirten Unwillen hineingeredet haben — ob diese wohl die Klage über Unklarheit und Doppelzüngigkeit der preußischen Politik jetzt abermals werden laut werden lassen?

Gleich beim ersten Punkte tritt jener Gegensatz hervor. Beide Regierungen zwar wollen die Vereinbarung, aber Oesterreich will sie „zunächst mit den Königen Deutschlands." Was hinter diesem unschuldigen „zunächst" für geheime Gedanken spielen und zu welch unwürdigem und ehrlosem Getreibe die Eleven Metternichs möglicher Weise die „Könige Deutschlands" benützen können, das hat vor wenigen Tagen die Note der badischen Regierung mit einer Energie und Herzhaftigkeit ausgesprochen, die wir allen deutschen „Großmächten" in ähnlichen Lagen wünschen möchten. Die neue preußische Note legt eine indirekte Protestation ein gegen jenes Ollmützer „Zunächst." Sie vindicirt das Recht der Zustimmung nicht sich allein, sie „erkennt es auch für alle übrigen Bundesglieder gleichmäßig und ohne Ausnahme an."

Beide Noten stimmen darin überein, daß sie in der neuen Verfassung Deutschlands alle deutschen Stämme vereint, also Oesterreich nicht ausgeschlossen sehen möchten; ein frommer Wunsch, den auch diejenigen theilen, die man als Schwarzweiße und Kleindeutsche vergebens zu verdächtigen sucht. Aber sehr verschieden sind die Wege, auf denen beide Regierungen dies Ziel zu erreichen hoffen. Oesterreich gibt sehr deutlich zu verstehen, daß es alles, was von Frankfurt kommt und nicht gerade in den Kram taugt, als nicht vorhanden ansieht; Oesterreich hat nur über seine österreichischen Interessen klare Anschauungen; was Deutschland angeht, so „schwebt" ihm darüber nur etwas ganz vages und allgemeines vor. Preußen dagegen gibt den sehr verständlichen Wink, die kaiserliche Regierung solle „mit bestimmten Vorschlägen entgegenkommen."

Oesterreich kennt nur sich und sein Interesse; Deutschland soll sich nach Oesterreich richten, nicht Oesterreich nach Deutschland. Preußen gibt auch darauf unzweideutige Antwort. „Wenn es den Bundesstaat seinerseits will, so will es ihn nicht um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen; die Opfer, die es demselben bringt, die Lasten, die es übernimmt, trägt es um der Gesammtheit willen." Eben weil Oesterreich nur seine partikularen Interessen kennt, schiebt es die wichtigste Angelegenheit Deutschlands auf die lange Bank; es scheint ihm nicht besonders dringend mit der Verfassung, es liebt den „stufenweisen Gang", es will gern abwarten, und sich dann schließlich erklären, was ihm eigentlich als das Ideal einer deutschen Verfassung „vorschwebt". Preußen dagegen spricht in den Ausdrücken einer deutschen, patriotischen Gesinnung von der Nothwendigkeit eines raschen Abschlusses des Verfassungswerks; „alle wahren Freunde des Vaterlandes erkennen die Nothwendigkeit der endlichen Beseitigung des gegenwärtigen ungewissen Zustands, der Errichtung eines starken Einheitspunktes, an den die Schwachen sich anlehnen, um den die erhaltenden Elemente sich schaaren können. Die Verhinderung einer gänzlichen Auflösung der schwächeren Staatskörper und des immer weiteren Umsichgreifens einer Zerstörung jetzt noch lebensfähiger Elemente, die Ruhe und der Friede Deutschlands hängen davon ab. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses, so lautet die bedeutungsvolle Schlußstelle mit unverkennbarer Beziehung auf Oesterreich, kann nicht von ungewissen Eventualitäten abhängig gemacht, nicht in unbestimmte Ferne hinausgeschoben werden."

Nach diesen Stellen waren wir keinen Augenblick zweifelhaft, wie sich die preußische Note über den eigentlichen Kardinalpunkt — Staatenbund oder Bundesstaat? — auslassen würde, und zu unserer Freude steht sie gerade in dieser Frage an klarer Entschiedenheit der österreichischen nichts nach. Oesterreich sucht in seiner Note Bundesstaat und Einheitsstaat zu vermischen, um mit dem geträumten Schreckbild einer eingebildeten Centralisation den gutmüthigen Thoren den Bundesstaat zu verleiden, Preußen sondert beides sehr bestimmt, Oesterreich redet nur von der Staatensouveränetät, Preußen legt den Hauptnachdruck auf eine kräftige Centralgewalt und nur dieser zu Liebe will es den einzelnen Fürsten und Staaten zumuthen, einem großen Theil ihrer Selbstständigkeit zu entsagen. Oesterreich endlich verwirft das ganze bisherige Verfassungswerk der Nationalversammlung und will darin den gefährlichen Einheitsstaat erkennen; Preußen schließt sich demselben in den Grundlagen an und „glaubt, daß der Verfassungsentwurf im Wesentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaats enthalte."

So stehen sich zwei politische Programme entgegen, wie sich in diesem Augenblick innerhalb und außerhalb der Paulskirche die zwei Parteien einander gegenüberstehen. Der alte Bund zwischen Oesterreich und Preußen, durch den der Absolutismus in Deutschland bestand, ist zum ersten Male nicht nur insgeheim gelockert, sondern ganz öffentlich vor aller Welt zerrissen; noch sind die Formen, in die man das Absageschreiben kleidet, zwar glatt und verbindlich, aber die Dinge liegen so, daß auch eine rauhere Sprache der Entzweiung vielleicht nahe bevorsteht. Wir preisen dies nicht als ein Glück, aber wir sehen darin auch nicht das größte Unglück. Wir hätten lieber Preußen und Oesterreich zu einmüthigem Trachten für die Sache der nationalen Einheit verbrüdert gesehen, aber wir wollen die Entzweiung lieber, als einen faulen Frieden oder die lauernde, erlogene Eintracht gegen die gute deutsche Sache. Wir hätten den Tag gepriesen, wo man in Oesterreich und in Preußen einträchtig den Sinn der neuen Zeit erkannt und uns die schlimmsten Wehen unsrer Wiedergeburt erleichtert hätte, aber wir halten auch den Tag für keinen unglücklichen, wo Preußen zur Erneuerung des alten Bundes metternichscher Eintracht die Hand verweigert und sie dem neuen Bunde reicht, den Oesterreich verwirft.

Bleibt Preußen fest auf diesem Wege stehen, so fürchten wir auch die Drohung nicht, womit Oesterreich uns seine Verbindung aufdringen will. „Gegen eine Unterordnung unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahre sich seine Majestät der Kaiser auf das Feierlichste" — so lautete das quos ego der Olmützer Staatsmänner. „Vergrößerung an Macht oder Einfluß, antwortet die preußische Note, sucht Preußen nicht, wenn es den Bundesstaat seinerseits will, so will es ihn nicht um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen; die Opfer, die es demselben bringt, die Lasten, die es übernimmt, trägt es um der Gesammtheit willen." Wir hoffen Deutschland wird jene Verwahrung und diese Zusage zu würdigen wissen; so verzweifelt stehen ja die Dinge nicht, daß die bräutliche Germania sich dem Bewerber hingeben muß, der ihr mit geballter Faust seine drohenden Liebesanträge macht.

*) Wir sind sehr erfreut, daß der verehrte Korrespondent die neue preußische Erklärung günstiger ansieht, als wir es vermochten; noch mehr soll es uns freuen, wenn er bis zum Ende Recht behält.

Das allgemeine Wahlrecht.

** **Berlin**, 21. Febr. Die Angelegenheit des Wahlgesetzes ist wohl geeignet, Besorgnisse und Beunruhigung im Vaterlande zu wecken. Wie die Reichsversammlung sich auch entscheiden mag, unserm Einheitswerk müssen diese Verhandlungen eine tiefe Wunde schlagen. Mir scheint, als werde der Partikularismus jedenfalls daraus neue Kraft empfangen, als müsse das entscheidende Wort über das Reichswahlgesetz die Losung neuer zentrifugaler Bewegung werden! Ich habe das Verhältniß der Einzelstaaten zum Reich im Auge. Die preußischen Kammern werden gleichfalls über das Wahlgesetz verhandeln. Wird zu Frankfurt das allgemeine Wahlrecht eingeschränkt, so wendet sich der partikularistische Demokratismus, ansehnlich verstärkt, mit Anrufung aller preußischen Sympathien dem Landtage zu. Sollte, was unwahrscheinlich ist, in beiden Kammern gleichfalls die Beschränkung des Wahlrechts durchdringen und der König in diese Beschränkung, wie sodann vermuthet werden darf, willigen, so lastete der Fluch dieser „Reaktion" doch immer auf der Reichsversammlung; dem Volksinstinkt wäre dies tief eingeprägt und der Partikularismus gewänne die Oberhand. Mehr noch freilich, wenn, was ich vermuthen möchte, Eine der preußischen Kammern sich der Einschränkung des Wahlrechts widersetzte und so das verfassungsmäßig in Preußen bestehende Wahlrecht unverändert fortbestände. Wird dagegen in der Reichsversammlung das allgemeine Wahlrecht nicht beschränkt, so wenden die starken Bruchtheile des preußischen Volks, welche in der jetzigen Wahlgesetzgebung ein Nationalunglück und den Ruin des Staats erblicken, ihre ganze Macht und Neigung dem Landtage zu und die Besitzenden in großer Mehrheit, höchst entscheidende Faktoren der Volksmeinung, sind dann jedenfalls der deutschen Sache verloren. Denn, gelingen ihre Pläne bei diesem Landtag, so erachten sie Preußen gegen Frankfurt gerettet, und dringen sie nicht durch, so trägt das „unselige" Beispiel der Reichsversammlung die Verantwortung. Unter allen Umständen ruft die Entscheidung über das Reichswahlgesetz in allen Einzelstaaten eine starke Opposition gegen das Reich, eine zentrifugale Richtung hervor; je nachdem die Entscheidung ausfällt, eine demokratische Opposition oder eine, wenn ich so sagen darf, aristokratische Opposition. Ich bin sehr ungewiß, welche von Beiden der deutschen Einheit gefährlicher würde. Denn die Aristokratie, welche ich meine, fordert im Grunde nur gleiche Berechtigung im Staat und hält sich bei dem allgemeinen Wahlrecht für übervortheilt durch das unverhältnißmäßige Gewicht der Massen; solche Forderung ist nicht unberechtigt. Die Demokratie wiederum hat die konservative Zähigkeit, die Macht des Bestehenden für sich. Diese Fragen, so komplizirt sie sein mögen, sind in andern Ländern doch nicht von so zweischneidiger Schärfe, wie für Deutschland. Wenn in einem andern Lande die Demokratie den Sieg davontrüge, so würde die Agitation aristokratischer Seits nicht ausbleiben; wir hätten dann demokratische Tories und aristokratische Whigs. Sobald in unserm Parlament das aristokratische Element siegt, wirft sich das demokratische auf den Partikularismus und feindet die Sache des Parlaments an. Ob wir darüber wohl hinauskommen oder ob diese Gegensätze das unglückliche Deutschland aufreiben werden?

Wenn die Entfernung von dem jetzigen Wahlsystem ein politischer Fortschritt ist, so wird das Verdienst eines Freimuths und einer Pflichttreue, die Bassermann bewährt hat, nicht geschmälert werden durch ein warnendes Wort an die ungestümen Vorwärtsstürmer. Die liberale Partei hat das Bestehende nie geschont, wenn es keine Schonung zu verdienen schien; sie ist dem bestehenden Wahlrecht keine Rücksicht schuldig. Der Liberalismus vertrat den „gesetzlichen Fortschritt"; Bassermann sprach de lege ferenda; würde z. B. in Preußen das Wahlsystem anders, als in Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern abgeändert werden sollen, ich bin überzeugt, daß Bassermann diesen „Fortschritt" nur mißbilligen könnte. Doch nicht nur den gesetzlichen, sondern dazu den besonnenen und maßvollen Fortschritt vertrat die Partei, zu deren Koryphäen Herr Bassermann gehört. Die begeisterte und begeisternde Rede desselben über das allgemeine Wahlrecht streift an das, was in Deutschland „überstürzen" genannt ist. Gesetzt, die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts ist ein vernünftiger Fortschritt, so wird ein Ueberstürzen der Wahlreform um so gefahrvoller sein, als den kühnen Reformatoren leicht begegnen könnte, daß die Nation in Wahrheit nicht vermöchte, mit ihnen Schritt zu halten. Auf uns machte die Rede des Herrn Bassermann den wehmüthigen Eindruck, als ob der ehrenwerthe Vorfechter der darin ausgesprochenen Ansichten, sei es nun auf rechter Bahn oder in Abwegen, weit vorausgeeilt, vom Volke verlassen dastünde. So fiel, wenn auch nicht ruhmlos, doch seinem Land und Heer nicht zum Frommen, jener Prinz von Preußen in dem Vorpostengefecht bei Saalfeld.

In Fragen der Gesetzgebung ist ohne Zweifel das Volk nicht ganz außer Acht zu lassen, um dessen Gesetze sich's handelt. Seinen Vorurtheilen soll nicht gefröhnt, aber sein Naturell und der Stand seiner Bildung muß in Betracht gezogen werden. Neuerungen wollen um so vorsichtiger ins Werk gesetzt sein, wenn das Bedürfniß noch nicht so allgemein danach sich geltend gemacht hat, wenn sie noch nicht einmal als Fortschritt genügend anerkannt sind. Wir glauben an die Möglichkeit und Nothwendigkeit einer Wahlreform, obwohl wir gestehen, daß wir nicht auf dem Wege der Ausschließungen irgend welcher Wahlberechtigten, sondern vermöge Organisation des allgemeinen Wahlrechts eine Fortentwicklung annehmen; doch unsre Vorliebe für das Maßvolle war noch nie so lebhaft angeregt, als bei diesen Fragen der Wahlverbesserung. Uebereilungen, Maßlosigkeit würden sich vielleicht in der Geschichte noch nicht so hart gestraft haben, als dieses Mal. Eine Reaktion nach dem aufgegebenen Wahlrecht wäre die nächste unausbleibliche Folge, während, wenn der Nation nicht Gewalt angethan wird, sie der Wahrheit und der Erkenntniß dessen, was noth thut, sich immer mehr erschließen muß.

Daß Gefahr weit weniger im Verzuge, als in der Ueberstürzung ist, lehren die jüngsten Wahlen in Preußen, wo eine starke konservative Majorität aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist; denn auch auf Seite der Linken siegte nicht größtentheils das Extrem.

Ich bin gewiß, daß sich das erbliche Kaiserthum mit dem allgemeinen Wahlrecht für das Volkshaus wenigstens ebensowohl verträgt, als mit dem Oberhause des Reichstags.

Die Presse hat in dieser Angelegenheit eine ungemeine Verantwortung. Wäre die Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts eine so schleunig als möglich zu bewerkstelligende Verbesserung, so würden die Organe der öffentlichen Meinung sehr unrecht handeln, dieser nicht vorauszueilen und die Vorfechter der unpopulären Reform nicht mit aller Kraft und Wärme zu unterstützen. Mir will scheinen, das Loswort aller Stimmen aus dem Volk müßte dagegen sein: Festina lente! Eile mit Weile!

Der Reichskriegsminister über die künftige Wehrverfassung Deutschlands.

Von dem Reichskriegsminister v. Peucker, sind so eben: „Beiträge zur Beleuchtung einiger Grundlagen für die künftige Wehrverfassung Deutschlands" erschienen, die auch die Aufmerksamkeit des größeren Publikums in hohem Grade verdienen; denn in dieser kleinen Schrift weht allerdings ein anderer Geist, als wir ihm sonst bei der Mehrzahl unserer Militärschriftsteller begegnen.

Die allgemeine Wehrpflicht wird dadurch motivirt, daß nur in der vollkommenen Gleichheit aller Pflichten die sichre Bürgschaft für die Erhaltung gleicher Rechte Aller liege. Nach geistreichen und interessanten Betrachtungen über die französische und russische Kriegsmacht werden dem Leser die militärischen Verhältnisse der deutschen Ost- und Nordseeküste scharf skizzirt vorgeführt, wobei sich das Ergebniß herausstellt, daß der über 100 Meilen betragende Küstenstrich vom Memel bis zur mecklenburgischen Grenze jedem Seeangriffe preisgegeben ist; denn eine russische Flotte kann aus dem westlichen Hafen in 1 bis 2 Tagen, eine schwedische in 24 Stunden, eine dänische in einer Nacht an unsrer Nordküste erscheinen, „allen Handel und militärische Verbindung längs derselben, ohne daß wir es zu hindern vermögen, unterbrechen, zahlreiche sichere Ankerplätze finden und unausgesetzt die linke Flanke und den Rücken der gegen Osten operirenden Armeen bedrohen."

Nachdem sich der Verfasser über die Bedeutung von Festungen in geistreicher Weise ausgesprochen, den Werth wahrer Disciplin richtig gewürdigt hat, erklärt er:

„Das wichtigste Mittel, Ersparungen an den Budgets der Heere zu erzielen, wird unzweifelhaft in der Erziehung der ganzen Jugend des Volks für den

Kriegsdienst und in der dadurch zulässig werdenden Veekürzung der Dienstzeit und Verringerung der Stärke der Cadres (des stehenden Heeres) liegen."

In dem Abschnitt, ob das Landwehr- oder Beurlaubungssystem den Vorzug verdiene, spricht sich General von Peucker unbedingt für das Erstere aus und widerlegt so die Trugschlüsse, mit denen uns die Schrift: „Heer und Wehrverfassung von A. v. W." vor einiger Zeit beglückte.

Der Reichskriegsminister gehört auch nicht zu denen, welche die Nothwendigkeit jeder Reorganisation der Armee bestreiten; denn er schließt seine Betrachtungen mit den Worten:

„Eine Volkserziehung, welche die Jugend zum Eintritt in den Waffendienst vorbereitet; ein stehendes Heer, nicht größer, als es erforderlich wird, nach Maßgabe dieser Vorbildung dem möglichst größten Theile der waffenfähigen Bevölkerung, in möglichst kurzer Dienstzeit, die den Bedürfnissen der jezeitigen Kriegführung nöthige kriegerische Tüchtigkeit zu geben, in Verbindung mit dem, in seiner ursprünglichen Reinheit, mit einigen, durch 30jährige Erfahrung an die Hand gegebenen Verbesserungen wiederherzustellenden preußischen Landwehrsystem und einer, für den inneren Sicherheitsdienst bestimmten, außerhalb des Verbandes des stehenden Heeres und der Landwehr zu organisirenden tüchtigen Gemeindewehr dürften für jetzt allen Bedürfnissen und Anforderungen der Zeit am vollkommensten entsprechen. In der Auswahl, der Bildung, dem Geiste und der Dienstleistung der Offiziere, in der Zweckmäßigkeit der Uebungen des Heeres, und in den in beiden Richtungen liegenden Hülfsquellen für eine innige Verknüpfung der Linie und Landwehr, wird ein reiches Feld für eine belohnende Thätigkeit zu finden, wird allgemeine Wehrpflicht, besondere Dienstzeit und kriegerische Tüchtigkeit mit den Anforderungen des bürgerlichen Lebens und der nothwendigen und gerechten Beschränkung der Landessteuer in Einklang zu bringen sein." (Wes. Z.)

Der Kriegsschauplatz in Ungarn.

Pesth, 12. Febr. Mehr als man geglaubt hatte, zieht sich der Krieg in die Länge, was vornehmlich daher kommt, daß die Magyaren an dem gelinden Wintee einen mächtigen Verbündeten bekommen haben. Das Austreten der Ströme und Flüsse, sowie die grundlosen, fast völlig unpraktikablen Wege setzen der österreichischen Armee große und kaum zu überwindende Hindernisse in ihren Operationen entgegen. Die Theiß ist jezt die Scheidungslinie zwischen den feindlichen Heeren. Von Tokay bis nach Szegedin, in einer Länge von mehr denn vierzig Meilen wird bald auf dem bald auf einem andern Punkte gefochten. Der Mittelpunkt dieser Linie ist bei Szolno*), bis wohin von hier aus die Eisenbahn führt. Heftig ist schon um diesen Punkt gekämpft worden, aber immer noch sind die Magyaren Meister davon. Er ist in mehrfacher Hinsicht von Wichtigkeit, einmal, weil er in der Mitte des Kampfes liegt, zum zweiten, weil bei ihm eine Brücke über die Theiß ist, und zum dritten, weil er der Mittelpunkt der exaltirten Magyaren ist. An der obern Theiß, d. i. in der Gegend von Tokay erheben sich die Magyaren in Masse, weil die Bevölkerung durch die Gräuel des Kriegs zur Verzweiflung getrieben ist. Aufs höchste aufgeregt ist dieselbe in und um Mistolz. Die Vortheile, welche die Oesterreicher hier erringen, werden ihnen immer alsbald wieder entrissen. An der Feste Tokay haben die Magyaren einen guten Stützpunkt. Von hier bis Debreczin sind es fünf Stationen (zehn Meilen), und es stehen diese beiden Orte in steter Verbindung. Von Szolno hinab, und auch schon eine weite Strecke darüber hinauf ist das Land auf beiden Seiten der Theiß jezt so überschwemmt, daß es an vielen Orten eine Meile breit auf beiden Seiten unter Wasser steht, was gewöhnlich bis in den April hinein dauert. Auf diesem Terrain wissen nur die Einheimischen Bescheid. Kommt ein fremdes Truppenkorps dahin, so kann es von jenen leicht in die Sümpfe und in die Fluthen gesprengt werden. — Weiter hinab bei Csongrad und Szantes, wo eine fliegende Brücke über die Theiß geht, sind gegenwärtig die Wege für ein Armeekorps durchaus nicht zu passiren, denn das Geschütz würde in den sumpfigen Straßen versinken. Es ist dies die Straße nach Szegedin und Arad: Die österreihische Armee, insbesondere die kroatische, versuchte hier vorzudringen, überzeugte sich abee von der Unmöglichkeit. Es geht das Gerücht, daß sich Fürst Windischgrätz deshalb mit Jellacic entzweit habe. Bis auf die Steppen bei Kecskemet (Ketschkemet) kam letzterer, ward aber wieder zurückgedeängt. In dieser Gegend wohnen die Kumanier und Jazygen, ein äußerst kräftiger Menschenschlag, wo jeder ein Edelmann ist, und die nur den Reichspalatin als ihren Obergespan anerkennen. Sie sind exaltirte Magyaren. — Zwischen der Theiß und der Grenze von Siebenbürgen liegen zwar die Ortschaften weit auseinander, sind aber ungemein volkreich. So z. B. zählt der Markt Csaba (Tschaba) 24,000 und Gozula gegen 18,000 Einwohner. Alle sind enthusiastische Magyaren und rüsten sich zum allgemeinen Aufstande. — Weiter hinab im Banate dringen zwar die Serben vor, abee die Ungarn haben doch nichtsdestoweniger noch viel Terrain inne; ja es läuft das Gerücht, daß sie Temesvar genommen haben. Diese Stadt besteht aus drei Theilen und wird durch zwei Forts geschützt, sie selbst ist ebenfalls befestigt. — Gelingt dem General Bem der Plan, den er jetzt zu haben scheint, von Hermannstadt (in Siebenbürgen) aus über Szaswaros und Deva durch die Gebirgspässe nach Ungarn zu kommen und sich mit den hiesigen Magyaren zu vereinigen, so wird deren Sache eine günstige Wendung nehmen. — Um das Bild vom Kriegsschauplatze in Ungarn zu vollenden, muß ich auch von dem sprechen, was auf dem rechten Ufer der Donau, sowie in den Karpathen geschieht. Hier beschränkt sich der Kampf meist nur auf Plänkeleien. Auf der ganzen Landmeile von den Grenzen Steiermarks bis an die Donau haben sich Streifkorps gebildet, welche die österreichische Armee untee General Nugent in Athem erhalten. Diese Korps nehmen es sich nicht übel, unter dem Titel von Requisitionen zu plündern und das Land zu verwüsten. Bei mehreren derselben stehen angesehene Ungarn an der Spitze. Die aus Komorn zuweilen gemachten Ausfälle dienen diesen Guerillas zum Schutze. Auch diese jungfräuliche Festung würde gefallen sein, wenn der Wintee noch einen Monat angehalten hätte, weil man da auf den zugefrornen Strömen sich ihr hätte nähern können. Auf der einen Seite strömt die Donau in zwei Armen; dasselbe thun auf der andern Seite die Waag und die Neutra. Die Festung selbst erhebt sich kaum 50 Fuß über die Ebenen, aber ihr ist von dieser aus nirgends beizukommen. Das Wurfgeschoß reicht kaum hinüber, wohingegen die Belagerten den Belagerern großen Schaden thun können. Als Napoleon im Kriege mit Oesterreich, nicht lange vor dem Preßburgee Frieden, den Marschall Düroc zur Rekognoszirung gegen Komorn schickte, kam dieser mit dem lakonischen Bescheide zurück: „Sire! imprenable". In den Kaepathen haben die Magyaren auch noch Anhang, und auch dort fehlt es nicht an Streifkorps. Aus alldem aber geht hervor, daß der Krieg noch fern von seinem Ende ist, und daß Oesterreich noch große Streitkeäfte werde aufbieten müssen, ehe es den Feind bewältigen wird, dessen Muth jezt von Tage zu Tage steigt, und der zum Theil durch französische und polnische Offiziere gegenwärtig besser wie im Anfange angeführet wird. (Schles. Z.)

*) Von Pesth nach Szolno sind es sechs Stationen (12 Meilen).

Prag.

In Kremsier bereiten sich wichtige Dinge vor. Die lezte Abstimmung über die Kaim'sche Angelegenheit hat nun auch zwischen der Rechten und einem Theile des Centrums einen unheilbaren Riß gemacht, und ich weiß aus zuverlässiger Quelle, daß im slawischen Klub der Anteag auf Niederlegung der Mandate in Massen gestellt worden ist. Dieser Antrag wurde jedoch nicht angenommen, sondern beschlossen, einen Dringlichkeitsantrag vor die Kammee zu bringen, daß der Abgeordnete Kaim in so lange von der Kammer ausgeschlossen sei, bis er für nichtschuldig erkannt ist. Sollte dieser Antrag nicht die Majorität erhalten, so drohen die czechischen Deputirten den Reichstag zu verlassen. Durch diese Drohung hoffen sie die Deputirten des Centrums, die in dieser Angelegenheit gegen sie gestimmt haben, einzuschüchtern. Solchen Mitteln gegenüber spricht die czechische Presse von den Machinationen der Linken, die auf perfide Weise die Sache zu einer nationalen gemacht haben solle. So viel ist gewiß, daß diese unbedeutende Privatangelegenheit vielleicht die Auflösung des Reichstags zur Folge haben konnte. (D. A. Z.)

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 56. Frankfurt a. M., Sonntag 25. Februar. 1849.

Uebersicht.

Italien.

Deutschland. Frankfurt (Verzögerungsversuche des Verfassungswerks. Der Konsul in Algier.) Wien (Nachrichten aus Ungarn. Bedenkliche Stimmung der Südslaven. Vertheilung von Ehrenzeichen. Zusammenrottungen. Die Cholera. Kundmachung. Niederlage Bem's. Tagesnachrichten.) Triest (Auflösung der Jury.) Berlin (Die Parlamentskorrespondenz und das Ministerium. Die Kammern und die deutsche Sache. Vorschlag zu einem Disziplinarverfahren gegen die Richter. Die evangelische Kirche. Die neuen Gesetze. Frankreich und Rußland. Wichtiger Vertrag. Die Justizreform.) Münster (Einfluß der politischen Verfolgungen.) München (Die baierische Politik und die Verträge. Staatsaufwand für die Eisenbahnen. Fortdauer der Ministerkrisis. Adressen für und gegen die Grundrechte. Die Sitzung der Kammern abermals verschoben. Erste schwurgerichtliche Verhandlung.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Hannover (Das Entlassungsgesuch der Minister.) Osnabrück (Schreiben Stüve's.) Aus Ostfriesland (Kriegshafen.) Darmstadt (Interpellation des Abgeordneten Volhard.) Kiel (Die Marinekommission.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen: Ein Antrag zur Niedersetzung eines Untersuchungsausschusses für Ceylon und Britisch Guyana genehmigt. Sammlungen für den Papst in den Hungerdistrikten Irlands.)

Frankreich. Paris (Fortgesetzte Berathung des Wahlgesetzes. Die Wahlausschüsse. Rückschritt oder nicht? Abbruch der offiziellen Kommunikationen mit Florenz. Unruhen in Niort.)

Spanien. (Amettler flüchtig und gefangen.)

Oesterreichische Monarchie. Siebenbürgen (Die russische Intervention.)

Italien. Neapel (Die sicilianisch-neapolitanische Streitfrage beigelegt.)

Schweiz. Bern (Neue Angriffe gegen die Neutralität. Bundesblatt. Die Stadtpolizei.)

Britisch Ostindien. (Die Erstürmung der Stadt Multan durch die Briten. Der Anmarsch neuer Afghanenschaaren gegen Sind. Nachrichten aus Hongkong.)

---

25. Februar.

Wenn eine Revolution, sagte Gioberti neulich, über das Ziel, das sie zu verfolgen bestimmt ist, hinausgeht, so schreitet sie nicht mehr vorwärts, sondern geht zurück. Und so möchte nichts so sehr den Rückschlag gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Italiens nach Innen und nach Außen beschleunigen, als das Uebermaß, zu dem die Anhänger der Revolution sich haben fortreißen lassen.

Einheit und Freiheit war, wie in Deutschland, so auch in Italien der Gedanke der Revolution. Aber zwei scharf getrennte Systeme bestanden, welche auf verschiedenem Wege diesen Gedanken anstrebten. Gioberti und seine Schule fand die Verwirklichung des Ideals in einer konstitutionellen Monarchie, die ganz Italien umfasse. Ob diese eine Monarchie die anderen ausschlösse, oder ob die letzteren als untergeordnete Glieder des Ganzen noch fortbestehen könnten, darüber schien anfangs Gioberti selbst noch nicht entschieden, und erst die späteren Ereignisse führten ihn zu der Ueberzeugung, daß der Eine Staat nur ein Bundesstaat sein könne. Mazzini dagegen und seine Anhänger wollten stets und durchaus nur Einen, streng centralisirten Staat gelten lassen, und weil sie die Möglichkeit desselben nur in der Zerstörung aller bestehenden Verhältnisse sahen, wollten sie das Königthum aufheben und republikanische Staatsformen einführen.

So lange Italien unter dem unmittelbaren oder mittelbaren Druck Oesterreichs schmachtete, waren beide Parteien durch den Kampf mit dem gemeinschaftlichen Feind vereint. Als dieser aber zu Boden geworfen schien und die Sieger nun schöpferisch auftreten sollten, kam sogleich die Spaltung zu Tage. Es ist bekannt, wie nach den ersten Niederlagen Radetzky's, als die Lombardei zum größten Theil geräumt war, von Mailand aus die heftigsten Kämpfe zwischen Republikanern und Konstitutionellen sich über das ganze Land verbreiteten. Auf der einen Seite stand der praktische Vortheil, den ein Anschluß an das starke Sardinien gewährte; auf der andern die Erinnerung an den Glanz der alten municipalen Selbstständigkeit. Der Sieg schwankte; da erschien Gioberti, der sich bis dahin von Italien fern gehalten hatte, und wie ein Apostel zog er von Stadt zu Stadt, um allüberall, in Brescia und Bergamo, in Parma und Piacenza, seine Lehre zu verkünden. Er drückte die Wagschale zu Gunsten der konstitutionellen Monarchie, und aus den Wahlurnen, in welche die Stimmen des Volkes über die künftige Verfassung gelegt wurden, ging der Name Karl Albert hervor.

So schien ein fester Punkt gekommen zu sein, an dem die Revolution fest stehen, und der der Eckstein des neuen Baues werden könnte. Die Niederlagen aber, die bald die Partei der Revolution trafen, trieben sie auf von dem Platz, wo sie halten wollte und drängten sie die abschüssige Bahn hinunter. Das Schauspiel der ersten französischen Umwälzung wiederholte sich, wo jeder Schlag, der gegen die Revolution geführt wurde, eine Förderung derselben war, und das Bombardement Neapels, die Schlacht bei Custoza hat sich an Pius IX. und Leopold von Toskana bitter gerächt.

Die Reaktion gegen den Sieg der Fremden machte sich zuerst in Rom geltend. Pius IX. hatte in dem Krieg gegen Oesterreich sich neutral zu halten gesucht. Die Römer ertrugen es, solange Oesterreich im Nachtheil war, zudem Pius die Neutralität nicht so streng nahm, daß nicht ganze Schaaren von Crociati aus dem Kirchenstaat dem sardinischen Heere zuziehen konnten. Als aber Karl Albert geschlagen war, da verlangte das Volk eine offene Unterstützung der Lombarden; und wenn Pius sich dagegen auf seine Eigenschaft als Hirt der Christenheit berief, so wendete er die Unzufriedenheit nur von der einzelnen durch seine Stellung gebotenen Maßregel, auf seine Stellung und die Verfassung des Kirchenstaats überhaupt. Die Republikaner, an deren Spitze der Prinz von Canino stand, gewannen täglich mehr Boden. Pius glaubte dem andringenden Strom durch Rossi's Festigkeit widerstehen zu können; die Italiener aber kennen rasche Mittel, Feinde aus dem Wege zu räumen; und über Rossi's Leiche brach die neue Revolution ein. Pius floh. „Die Minister vom 16. Nov. und die Deputirtenkammer strebten", wie Armellini in seiner Rede bei Eröffnung der Konstituante sagte, „sich und andern die große geschehene Aenderung zu verbergen und eine Annäherung mit den Fürsten möglich zu halten", denn Mamiani, der an der Spitze der Geschäfte stand, war trotz seines Radikalismus ein aufrichtiger Konstitutioneller. „Lange Zeit hielten sie die Dinge in einem Zustande der Zögerung und des Zeitweiligen"; Pius IX. aber wies jede Versöhnung zurück. Er hat damit die große Schuld auf sich geladen, das Volk zu einer „vollständigen Emanzipation" gezwungen zu haben. Der Staat war verwaist; es mußte eine neue Ordnung geschaffen werden; das Verlangen nach einer Konstituante, welche souverän die Verhältnisse ordnen sollte, war unabweislich. An den Gedanken der römischen Konstituante schloß sich von selbst der der italienischen; und war die eine souverän, konnte es die andere nicht weniger sein. Noch versuchte Mamiani in der Konstituante selbst, die Verkündigung der Republik zu hindern; er zeigte, wie wenig Aussicht auf die Dauer derselben sei, gerade jetzt, wo eine antirevolutionäre Strömung das ganze übrige Europa erfaßt hatte. Die Bewegung war aber schon über ihn hinausgegangen; schon galt er als „Geißel Italiens", und die Absetzung des Papstes wurde ausgesprochen. Mit der republikanischen Richtung siegt die unitarische; schon spricht man von einer Aufhebung der Einzelstaaten.

Zunächst soll die Verschmelzung mit Toskana vor sich gehen. Leopold II. war stets nur, wie die „Alba" es nennt, das „farbenblasse Abbild Pius IX." gewesen. Er hatte alle Schritte des Papstes nachgethan, und jede Bewegung Roms ergriff sein Land mit. Zwar zu einer toskanischen Constituante lag hier kein Grund vor, denn die Staatsgewalten waren noch alle besetzt; um so feuriger aber wurde der Gedanke der Italienischen verfolgt, und kaum war sie in Rom ausgesprochen, so erklärte Toskana seinen

Beitritt, und Montanelli gab zugleich die Versicherung, es würde sich der Bestimmung der Constituante, auch wenn sie die Aufhebung seiner Selbstständigkeit verlangte, fügen. Um nicht mediatisirt zu werden, folgte Leopold wieder dem Beispiel Pius', und verließ heimlich seine Staaten. Auch Toskana wird nun seine Constituante haben, und wenn man ihm die Zeit läßt, die Republik ausrufen, und vielleicht bringen es auch die Unitarier bis zu einer zeitweiligen Verschmelzung Roms und Toskanas.

Daß dieser Zustand nicht dauern kann liegt auf der Hand. Noch abgesehen davon, daß die geflüchteten Fürsten fremde Heere herbeirufen werden, die unter solchen Umständen wenig Widerstand finden möchten, so muß sowohl die republikanische als die unitarische Staatsform an der Natur und den Sitten des Landes zerschellen. Nirgends, selbst in Deutschland nicht, herrscht ein solcher Partikularismus, eine solche Eifersucht der einzelnen Stämme und Städte; und nirgends möchte zur Ausrottung eingewurzelter Uebel so sehr ein gleichmäßiger Gang der Regierung nöthig sein, wie er nur in Monarchieen möglich, in Republiken aber und noch dazu in jungen Republiken undenkbar ist. Die hellsehenden Köpfe Italiens, und, die nicht wie Mazzini durch ein Jahre langes Märtyrerthum zum Fanatismus gesteigert sind, verwerfen darum Unitarismus Republikanismus, und offen hat Gioberti als sardinischer Minister sich von der italienischen Constituante losgesagt, so lange sie über den Föderatismus hinausgehen, und die Souveränetät der einzelnen Fürsten nicht anerkennen wolle.

Es kann zweifelhaft erscheinen, ob es Gioberti gelingen wird, Sardinien aus der revolutionären Strömung, von der es wie das übrige Italien fortgetragen wurde, herauszureißen. Sobald er nicht mehr mit der Revolution Schritt zu halten schien, erhoben sich die Radikalen gegen ihn, und namentlich Genua machte Miene, sich zu empören. Aber gerade Sardinien ist mehr wie ein anderes Italienisches Land seinen Bestrebungen günstig. Es ist der einzige Staat, der ein eingebornes Fürstenhaus hat; hier herrscht also die meiste Anhänglichkeit an das Königthum. Die Piemontesen sind zudem ihrem Charakter nach bedächtig und fest. Endlich ist auch der Sardinische Staat von jeher in der strengsten Disciplin gehalten worden, so daß die Klammern des Staates nicht leicht ausgerissen werden.

Wird es Italien vergönnt sein, endlich einmal ohne fremde Einmischung seine inneren Angelegenheiten auf eine Weise zu ordnen, welche die Möglichkeit der Dauer gewährt? Oesterreich wird sich die Einmischung nicht nehmen lassen; schon rücken seine Truppen über den Po, während die Sümpfe der Theiß überfluthen und für die Magyaren gegen die vielgerühmten Oesterreich'schen Heersäulen kämpfen. Möchte Oesterreich, im Nord und Süd, im Ost und West beschäftigt, wenigstens von dem Einmischen in Deutschlands innere Angelegenheiten abstehen! Aber so gut es immer dafür sorgen zu müssen glaubte, daß Italien nur ein geographischer Name bliebe, scheint es für Deutschland dieselbe Vorsorge auch fernerhin tragen zu wollen.

Deutschland.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 24. Febr. Von der „großdeutschen" Partei wird Alles aufgeboten die zweite Lesung so sehr als möglich zu verzögern. Nicht zufrieden mit dem Wahlgesetz, wird man den Versuch machen, das „Wehrgesetz" vor der definitiven Beschlußfassung über die Verfassung einzubringen, an dessen 80 Paragraphen, wie ein angesehener Führer dieser Fraktion sich ausdrückte, die Versammlung „hinreichendes Futter für 4 bis 6 Wochen" finden würde. Zu besserer Förderung der größeren deutschen Interessen sind die Hrn. Heckscher und v. Hermann aus München (Schmerling's designirter Nachfolger, während der Sistirung des Malmöer Waffenstillstands) gestern nach Ollmütz abgereist.

Υ **Frankfurt**, 24. Febr. Der bisherige Konsul der freien Stadt Frankfurt in Algier, Hr. C. E. Doer, ist auf sein Ansuchen seines Postens enthoben worden.

△ **Wien**, 20 Febr. Aus Pesth kommt uns die Nachricht, daß es dem General Görgey gelungen sei einen raschen Handstreich auf Kaschau auszuführen, wodurch diese Stadt wieder im Besitz der Ungarn wäre. Alle königlichen Beamten sollen durch ihn theils vertrieben theils gefangen genommen und der Bürgerschaft eine große Kontribution auferlegt sein. Die offiziellen Bestätigungen dieses Faktums fehlen zwar noch, doch scheint es nicht aus der Luft gegriffen und dadurch eine Bestätigung zu erhalten, daß am 16. früh plötzlich ein Bataillon Jäger, 2 Divisionen Reiterei, 4 Bataillon Infanterie mit 2 reitenden Batteriene, in der Richtung nach Waitzen von Pesth abzogen. Diese einzelnen Erfolge der Ungarn werden zwar den Sieg der kaiserlichen Waffen nicht hindern, doch beweisen sie allerdings, daß noch der Wunsch und auch theilweise die Kraft zum Widerstand vorhanden ist. Den Einwohnern von Szegedin, welche bis jetzt die eifrigsten Anhänger Kossuths waren und seine Armee mit allem versorgt hatten, soll von ihm selbst eine Kontribution von 500,000 fl. C. M. auferlegt worden sein. Auch an standrechtlichen Exekutionen soll es in Debreczin nicht fehlen. So wird behauptet, daß der ehemalige Direktor des Ofner Theaters, der sogenannte Schlossermichel, von der sogenannten ungar. Regierung als Spion ergriffen und sogleich gehängt worden sei. Doch sind diese Angaben aus Pesth nicht selten unwahr oder wenigstens übertrieben. Aus Siebenbürgen hören wir daß Bem von allen Seiten durch flüchtige Ungarn verstärkt die Offensive wieder ergriffen; daher hält man eine zweite Aufforderung an die nahe stehenden Russen um Unterstützung der kaiserl. Truppen nicht für unmöglich, obgleich, wie ich mit Bestimmtheit weiß, vor wenigen Tagen vom Ministerium der gemessene Befehl nach Siebenbürgen ging, dies zu unterlassen. Aus den südslawischen Ländern kommen immer bedenklichere Zeichen einer „bedenklichen Stimmung." In Agram will man die kaiserlichen Farben schwarz und gelb durch die Landesfarben blau, roth, weiß ersetzt sehen. Der Banatrath Lentulja hat sich über das ungarische Schreiben des Grafen Almasy in einer sehr scharfen Note ausgesprochen, und verbietet kurzweg, irgend einen Befehl, er komme von was immer für einer magyarischen Behörde, in Vollzug zu setzen. Er spricht sogar davon, bei einem ferneren Versuche dieser Art von Seiten des Grafen Almasy denselben vor Gericht zu belangen! Aus Syrmien dieselben Symptome. Am 8. war in Mitrowitz eine Volksversammlung, wobei die Syrmier aus eigener Machtvollkommenheit sich den bekannten Radosavljevic zum National-Obristen wählten! Ihm würde also in Zukunft auch das Oguliner Grenz-Regiment unterstehen. Die Agramer Zeitung sagt hierüber — und wir müssen es leider anerkennen — daß dieses Faktum eine Tragweite habe, welche der Regierung sehr bedeutende Verlegenheiten bereiten könne! Heute brachte man unter starker Bedeckung einen Rath des ungarischen Ministeriums, Joseph Briglevich, zur Untersuchung hierher, da er an den Agitationen der Ungarn gegen Kroatien betheiligt sein soll; sonderbarer Weise ist er ein geborner Kroate.

Bei einer gestern abgehaltenen großen Wachtparade ertheilte der Gouverneur Baron Welden in Person an sechs Grenadiere des Bataillons Teuchert für ihre vor dem Feinde bewiesene Bravour die silberne Tapferkeitsmedaille.

Diese Auszeichnung wurde natürlich von den Soldaten mit Enthusiasmus aufgenommen, aber bei dem Abmarsche wäre beinahe eine kleine Störung erfolgt. Die Artilleriebande ließ es sich einfallen, den Studentenmarsch zu spielen, das radikale Publikum rief sogleich ein tobendes Bravo und der schwarzgelbe Theil zischte dermaßen, daß der kommandirende Oberst, hochroth vor Aerger, den Befehl zum Trommeln gab, worauf die Musik in der Mitte des Tonstückes wie eine unaufgezogene Drehorgel plötzlich verstummte. Vor dem kaiserlichen Zeughause versammelten sich gestern und heute Vormittag mehrere hundert Menschen, die vollkommen müßig aber auch ganz ruhig in einzelnen Gruppen herumstanden und gegen das Zeughaus sahen. Beidemal reinigten starke Patrouillen die Straßen und die Versammelten wichen lautlos. Sollten dies Märzschwalben sein? So dürften ihnen die Frühlingsgedanken vergehen beim Anblicke der kroatischen Regimenter, die zur Ergänzung der Besatzung theilweise schon eingerückt sind. Die Kriegskasse zahlt an den Wiener Belagerungsrayon allein jeden Monat $1\frac{1}{2}$ Million. Solchen Ausgaben gegenüber begreift man das ungeheure Defizit der Finanzvorlagen der Monate November und Dezember vorigen Jahrs.

So eben erscheint folgende Kundmachung:

Am 18. d. M. Abends 7 Uhr hat sich der beklagenswerthe Fall ereignet, daß vier Civilisten sich erdreisteten, eine Schildwache in Schönbrunn in dem Momente anzufallen, wo die Schildwacht an diese vier vor ihr rauchend vorübergehende Personen die Warnung ergehen ließ: nicht zu rauchen, weil bei dem anhaltenden starken Winde durch die wegsprühenden Funken leicht Feuer entstehen konnte. Es ist der Schildwache gelungen, sich diesen sie Anfallenden zu entwinden und einen derselben festzunehmen, wäh-

rend die drei Uebrigen die Flucht ergriffen. Da nun auf Schildwachen, einzelne Militärs und selbst auf Offiziere schon oftmals Attentate verschiedener Art vorgekommen sind und da sich auch schon Drohungen vernehmen ließen, „die Befestigungswerke anzugreifen, das Aerarialgut und das Befestigungsmaterial beschädigen und zerstören zu wollen", so bin ich neuerdings in die traurige aber gebieterische Nothwendigkeit versetzt, das standrechtliche Verfahren auch in nachstehenden Fällen eintreten zu lassen: 1) Gegen jene welche, sie mögen bewaffnet oder unbewaffnet sein, sich eine wörtliche oder thätliche Beleidigung einer Schildwache oder Truppenabtheilung erlauben. 2) Gegen jene, welche es wagen sollten, einer Schildwache oder einer Truppenabtheilung, von der sie angerufen oder angehalten werden sollten, thätigen Widerstand, auch unbewaffnet, zu leisten oder zu selbem aufzufordern, oder aber einer solchen Aufforderung Folge zu leisten. 3) Gegen Jene, welche ein Attentat, welch immer einer Art, versuchen oder zur Ausführung bringen sollten, das die Zerstörung oder Beschädigung von Festungswerken und von zu selben gehörigen oder dafür bestimmten Materialien beabsichtigt. Der gleichen Behandlung werden auch jene unterliegen, die der Aufforderung zu einem solchen Attentate werkthätig nachkommen. Die kriegsrechtliche Behandlung wird aber gegen alle Jene verhängt werden, die sich beigehn lassen sollten, einzelne nicht im Dienste begriffene Militärs auf der Gasse oder an andern öffentlichen Orten, vorsätzlich zu verhöhnen oder auf irgend eine Weise wörtlich oder thätlich zu insultiren. Die Verfügung hat ihren Wirkungskreis auf den ganzen Belagerungsrayon zu äußern. Wien, am 20. Februar 1848. Von dem k. k. Militär- und Civilgouvernement, Welden, Feldmarschallieutenant.

Eben kommt uns die verbürgte Nachricht zu, daß Bem in Siebenbürgen eine bedeutende Niederlage erlitten und 25 Kanonen in den Händen der k. Armee gelassen hat.

* **Wien**, 20. Febr. Adam Kunkel aus Wien, welcher sich bei den Oktoberereignissen als Nationalgardehauptmann besonders im Vorpostendienste thätig bewiesen hatte, wurde zu 5 jährigem schwerem Kerker verurtheilt. Einer Deputation Bürger aus der Vorstadt Leopoldstadt an den Handelsminister wurde die erfreuliche Versicherung ertheilt, daß die Regulirung der Donau und die Erbauung einer steinernen Brücke anstatt der hölzernen Taborbrücke binnen Kurzem in Angriff genommen werden soll. Die Deputation des Landstraßer Nationalgardebezirks an Se. Maj. wegen Begnadigung des ehemaligen Bezirkschefs Plattensteiner wurde zur Audienz nicht vorgelassen. Hier ist eine bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Vertrauensadresse an das Ministerium in Betreff seines Verhaltens und kräftigen Auftretens gegenüber dem 1. §. des Entwurfs der Grundrechte im Umlauf.

Triest, 15. Febr. Die (vor einiger Zeit halboffiziell abgeleugnete) Auflösung der hiesigen Jury ist nun offiziell verkündigt.

Berlin, 21. Febr. Ich beeile mich, folgende höchst wichtige, zuverlässige Nachricht mitzutheilen. Es ist zwischen der königl. preußischen Regierung und den anhaltinischen Gesammt-Herzogthümern (Anhalt-Dessau, Anhalt-Köthen, Anhalt-Bernburg) ein Vertrag abgeschlossen und so eben ratificirt worden, demzufolge das Militär dieser Herzogthümer dem preußischen Heere als ein integrirender Theil einverleibt werden soll. Wir fügen hinzu, daß dieser so eben ratificirte derartige Vertrag nur der Vorläufer mehrerer gleichen Verträge mit anderen und zwar noch bedeutenderen deutschen Ländern ist, über welche die Verhandlungen gleichfalls dem Abschlusse nahe sind. Wir wollen für heute nur darauf hindeuten, daß das Kurfürstenthum Hessen unter diesen Staaten obenan steht, und daß die Anwesenheit des Kurfürsten wesentlich auf diesen Gegenstand Bezug hatte. (Köln. Z.)

Berlin, 21. Febr. Aus sicherster Quelle können wir Ihnen die erfreuliche Nachricht mittheilen, daß im Ministerrathe die Aussetzung der Kiskerschen Projekte bis zum 1. Juli d. J. beschlossen ist, also hoffentlich für immer, da zum Beweise ihrer Unhaltbarkeit nicht einmal eine so lange Frist nöthig sein kann. Der Herr Finanzminister hat, wie wir hören, durch die höfliche Erklärung den Ausschlag gegeben: „Er könne bei dem obwaltenden Prinzipienstreite die Verantwortung für die zu beschaffenden sehr bedeutenden Geldmittel nicht übernehmen." (C. Z.)

* **Berlin**, 22. Febr. Die hiesige Parlaments-Korrespondenz drang kürzlich auf Vertagung, und wünschte, daß das Ministerium Brandenburg zurücktreten möge, wenn es fühle, daß es sich nicht genug auf das öffentliche Vertrauen stützen könnte, um jene Vertagung auszusprechen. Sie warnt indessen jetzt die Rechte oder einen Theil der Rechten davor, sich mit der Linken jetzt zum Sturz des Ministeriums zu verbinden. Der gegenwärtige Sturz des Ministeriums, sagt die Parlaments-Korrespondenz, würde soviel bedeuten, als eine Mißbilligung jener Schritte, von deren Nothwendigkeit unsere Partei so durchdrungen ist, daß die Erkenntniß dieser Nothwendigkeit und die unumwundene Anerkennung der Verfassung gerade die Parteigrundlage der Rechten ausmacht, uns zur Partei vereinigt hat. Diesen gemeinsamen Boden der Partei würden unsere politischen Freunde zerstören, wenn sie von vornherein gegen das jetzige Ministerium operiren wollten. Läugnen wir nicht, es waren absolutistische Schritte, die zur Errettung Preußens unerläßlich geworden; der König handhabte eine Art von Diktatur. Das Ministerium Manteuffel-Brandenburg übernahm die parlamentarische Verantwortlichkeit jener nichtkonstitutionellen Handlungen, welche an die Stelle der Anarchie die Konstitution setzen. Das Ministerium wird sie verantworten. Es ist ein Gegenstand vorhanden, welchem wir es entgelten lassen dürfen, wenn wir der Krone zürnen. Doch täuschen wir uns ja nicht: Beginnt die Legislatur mit einem Sturz dieses Kabinets, so wird dadurch der Krone das entschiedenste Dementi vor den Augen von ganz Europa gegeben. Wir hoffen zu Gott, daß unsre politischen Freunde, mögen sie noch so sehr antiministeriell sein, gegen den unausbleiblichen Angriff das Ministerium Brandenburg mit ihren Schilden decken und den vollendeten Thatsachen vom Dezember v. J. ihre Zustimmung nicht entziehen werden. Wenn es feststeht, daß die Linke mit der gegen die Räthe der Krone erhobenen Opposition weder durchzudringen noch die Reihen der Rechten zu sprengen im Stande war, dann sind wir in jene Phase des parlamentarischen Lebens getreten, wo man nicht zu erröthen braucht, wenn man die Regierung zu tadeln sich gedrungen fühlt. Dann (aber dann erst) gilt die Losung: „No men, but measures", „nicht Männer, sondern Handlungen!" Dann beginnt die leidenschaftslose würdevolle Prüfung der Grundsätze, nach welchen Graf Brandenburg die Geschicke des Landes lenken will. Zunächst bei Gelegenheit der Thronrede und der dadurch hervorgerufenen Antwort jeder Kammer an den König.

⁝ **Berlin**, 22. Febr. Die Eröffnung der Kammern steht vor der Thür. Sollen die Kammern sich vertagen? Soll das Ministerium gestürzt werden? Wir hoffen, das Ministerium werde nicht gestürzt werden, sondern erklären, seine Aufgabe sei erfüllt und freiwillig zurücktreten, wie es so oft versprochen hat. Gewiß ist, daß sie durch einen solchen freiwilligen Rücktritt der ächt konservativen Partei einen wesentlichen Dienst erweisen würden. Auch wir wünschen eine Vertagung der Kammern, aber nicht, ohne daß diese vorher auf kräftige Weise ihre deutsche Gesinnung ausgesprochen habe. Auch das preußische Volk, nicht bloß die preußische Regierung muß erklären, daß Preußen bereit ist, für die Errichtung einer starken, dauernden einheitlichen Reichsgewalt diejenigen Opfer an seiner spröden, abgeschlossenen Selbständigkeit zu bringen, welche es allerdings einer schwachen Reichsgewalt nicht bringen kann. Wenn dann Vincke und andere entschlossene Männer, welche ein warmes Herz für die deutsche Sache haben, an der Spitze des preußischen Staates stehen, dann können wir, auch ohne daß die preußischen Vertreter vollständig hier versammelt sind, der nächsten verhängnißreichen Zukunft muthig entgegensehen. Der bekannte Vicepräsident des geh. Obertribunals, Dr. Götze, hat eine Denkschrift, „über die im Richterstande zu haltende Disziplin" geschrieben, die lithographirt in vielen Exemplaren verbreitet ist. Man erinnert sich noch der Verordnung vom 29. März 1844, durch welche eine solche Disciplin im Richterstande eingeführt wurde. Hr. Götze will diese Disciplin auf die Weise eingeführt wissen, daß die Kollegien selbst sie zu üben hätten. „Er meint: Diese Uebung der Disciplin nach den Regeln eines festen formalen Verfahrens, durch feierliche Beschlüsse der Kollegien ist vor Allem geeignet, den Richterstand vor einem Sinken zu bewahren und selbst ihn zu heben, weil sie immer auf's Neue in feierlicher Weise den ganzen Ernst seiner Pflichten in dem ganzen Stande und zwar als seine eigene Auffassung zum Bewußtsein bringt." Besonders neben den Schwurgerichten, welche oft Schuldige frei sprächen, sei ein solches disciplinarisches Verfahren nothwendig. Er hofft dadurch dem Verfalle der Reinheit und der Ehrenhaftigkeit des Richterstandes vorzubeugen. Uns scheint das Heilmittel weit schlimmer, als das Uebel. Man merkt leicht, daß es sich hier zunächst um die politische Reinheit des Richterstandes handelt. „Ein im Amte stehender Richter, heißt es in der Denkschrift, muß die beschworene Treue gegen die bestehende Regierung durch sein ganzes Leben tragen und halten." Mit andern Worten Bornemann, Waldeck u. s. w. müßten längst abgesetzt sein. Wir hoffen, daß es unsern Gerichtshöfen gelingen wird, sich über dem Kampf der politischen Parteien zu erhalten. Die Abtheilung für die innern evangelischen Kirchensachen, welcher die betreffenden kirchlichen Angelegenheiten mit voller Selbständigkeit überwiesen sind, hat ein Rundschreiben erlassen, in

dem sie sich namentlich auch an die westlichen Provinzen wendet. „Diese werden „heißt es darin“ sich in ihrem gerechten Bestreben, das ihnen theuer gewordene Besitzthum ihrer Kirchenordnung zu erhalten, von uns stets gefördert sehen. Aber sie werden sich mit den östlichen Provinzen zu dem gemeinsamen Ausbau der Verfassung zusammenschließen, eingedenk, daß die evangelische Kirche nur dann ihre Mission in dem Vaterlande erfüllen kann, wenn sie einig und in der Einigkeit stark ist. Und dieselbe Hoffnung hegen wir von denjenigen Geistlichen und Gemeinden, welche sich in der jüngsten Zeit von dem Boden des Bekenntnisses aus der Union gegenüber gestellt haben. Es liegt nicht in unserer Macht, aufzulösen, was besteht, und ein in seiner Entwickelung begriffenes Leben zu vernichten. Wohl aber werden wir thun, was wir vermögen, um glaubenstreue Brüder, welche sich nicht diese Weise der Entwicklung aneignen können, dennoch mit uns in Gemeinschaft zu erhalten. Hinwiederum hoffen wir von ihnen das Anerkenntniß, daß das Wesen der evangelischen Kirche nicht hauptsächlich in der Organisation, sondern vor Allem in der Predigt des Wortes und der Spendung der Sakramente gelegen ist, welche sie auf dem von ihren Vätern ihnen überlieferten Grunde ungehindert entfalten werden; daß sie also bei uns ausharren wollen, bis die Zeit der endlichen, unter ihrer eigenen Mitwirkung zu fassenden Entscheidung gekommen sein wird.“ Was soll jetzt nicht Alles umgestaltet werden! Der Staat, die Kirche, die Gemeinde, die Gerichte u. s. w. Die Thätigkeit in den Ministerien ist sehr groß. Aber manche ihrer Ausarbeitungen, z. B. die neue Gemeindeordnung, vor allen die neuen beschränkenden Gewerbegesetze rufen manchen Widerspruch hervor; die eingeforderten Gutachten über die Gemeindeordnung z. B. fallen meistens tadelnd aus. Ja, Tadeln ist nicht schwer, aber das Bessermachen!

Berlin. Man schreibt der Lpz. Ztg.: Daß Preußen gegenwärtig mit Oesterreich nicht in „herzlichem Einverständniß“ lebt, ist bekannt; weniger bekannt ist, daß Frankreich und Rußland in diesem Zwiste ganz entschieden die Partei Oesterreichs ergriffen haben, und daß namentlich zwischen dem russischen und preußischen Kabinet schon seit längerer Zeit ein sehr gereizter Ton herrscht. Ob das Bündniß zwischen Oesterreich, Rußland und Baiern, von dem man in diesen Tagen sprach, wirklich existirt, weiß ich nicht; jedenfalls aber vereinen diese Regierungen ihre Bestrebungen in der Richtung, welche man jenem Bündniß anwies, und Frankreich, (das übrigens im Augenblicke und in Hinsicht auf Italien nicht gerade gefährlich ist) steht ihnen darin nach Kräften bei. Denn Frankreich ist der projektirten deutschen Einheit eben so entschieden feindlich gesinnt, als irgend eine andere Macht. England verhält sich ungemein zurückhaltend und vermeidet sorgfältig irgendwie Partei zu ergreifen.

Münster, 22 Febr. Drei Demokraten-Führer: Gierse, Hartmann und Kölsch wurden gestern, krankheitshalber, ihrer Haft entlassen. Nie würde Münster ohne die Scene in der Reitbahn und ohne die Verhaftung einzelner Congreß-Mitglieder bei der sonstigen weltbekannten politischen Indifferenz zu dieser zähen Opposition gelangt sein, die sich bei den am fünften künftigen Monats bevorstehenden neuen Wahlen für Temme und Gierse wieder manifestiren wird. Der Oberlandesgerichtsrath Stahlknecht, der flüchtige Assessor Fischer, der Ingenieur Mirbach, der Justiz-Kommissär Thüssing sind die Männer auf die das Augenmerk vorzüglich gerichtet ist. Zwischen Bürger und Soldaten fielen während der Fastnachtstage wieder blutige Schlägereien vor. In einem Wirthshause zu Kinderhausen, eine Stunde von hier, nahmen auch die Bauern einen sehr lebhaften Antheil daran, indem sie einen Trupp Husaren jämmerlich zusammenschlugen.

* Die „Allg. Ztg.“, welche doch wahrlich bei den jüngsten Enthüllungen über die baierische Politik mit ausgesuchter Schonung verfuhr, unsern Artikel vom 8. Febr. gar nicht erwähnte und zuerst die Berichtigung des Schreibens des Herrn von Cetto brachte und dann erst in der folgenden Nummer das Schreiben selbst, ja bei der ärgsten Stelle zum Ueberfluß in Erinnerung brachte, dieser Grund sei in dem späteren, (von ihr früher gebrachten) Schreiben des Grafen Bray desavouirt, hat es mit aller Anstrengung in München doch nicht recht machen können. Sie meldet:

Wir werden aus München vom 21. Febr. um Aufnahme folgender Einsendung gebeten: „In einer, dem Abdruck des Billets Baron Cetto's an Lord Palmerston vom 22. Dez. v. J. angehängten Redaktionsnote in Ihrem Blatt vom gestrigen wird bezüglich des aus den Wiener Verträgen hergeleiteten Rechtes bemerkt: „Dieser Grund sey in dem spätern Schreiben des Grafen Bray desavouirt worden.“ Da sich hieraus die Unterstellung ergeben könnte, als hege das baierische Ministerium an dem Rechtsbestand jener Verträge und somit auch der deutschen Bundesakte irgend einen Zweifel, so dürfte zur Berichtigung dienen, daß dieß nicht der Fall sei, vielmehr nur ein Anrufen jener Verträge, insofern dadurch ein Hineinziehen fremder Mächte in deutsche innere Angelegenheiten bezweckt würde, als unstatthaft bezeichnet werden sollte. Davon aber findet sich in Baron Cetto's Billet keine Spur und es kann somit auch von einem Desavouiren seines Inhalts nicht die Rede sein.“

Wir müssen uns eine nähere Betrachtung der in dieser Einsendung angeregten Frage vorbehalten, die wir für beseitigt gehalten hatten durch die loyalen Erklärungen des Grafen Bray, daß Bayern nicht daran denken könne in Sachen der innern Gestaltung Deutschlands sich an die Mächte des Wiener Vertrags — d. h. an großentheils auswärtige Mächte zu wenden*), oder sich von dem neugestalteten Deutschland auszuschließen und zu ihm in einem bloß völkerrechtlichen Vertrag (was die Bundesakte war) zu bleiben; schon die ganze Gesinnung des bairischen Volks mache dieß unmöglich. Diese Versicherungen konnten auch über die von der Frankfurter Parlamentskorrespondenz ausgestreute neue Insinuation beruhigen, als hätte Bayern in Berlin mit dem Austritt aus dem Zollverein gedroht. Niemand wird es wagen, an den Grenzen der deutschen Binnenstaaten wieder Mauthhäuser und Schlagbäume zu errichten“ u. s. w.

München, 19. Febr. Nach den der zweiten Kammer vorgelegten Rechnungen sind in den Jahren $18^{42}/_{43}$ bis $18^{46}/_{47}$ diesseits auf den Eisenbahnbau über 32 Millionen (32,294,210 fl.) aus Staatsmitteln verwendet worden. Nach den von den früheren Kammern genehmigten Voranschlägen sind noch weiter 56 Millionen bewilligt. (Baier. Bl.)

A **München**, 21. Febr. Heute sind volle vierzehn Tage seit dem Beginne der Ministerkrisis verflossen, und noch immer ist kein Ende derselben abzusehen, ja, es scheint in den höchsten Regionen eine Rathlosigkeit und Unentschlossenheit zu herrschen, die wahrhaft beklagenswerth ist, zumal da der Landtag versammelt ist, und das ganze Land mit Sehnsucht auf die Vorlagen der Regierung wartet, von denen die Abhülfe so mancher seit lange schmerzlich gefühlter Uebelstände gehofft wird. Alle Gerüchte, die über das neue Kabinet in den letzten Tagen auftauchten, möchten wenig Glauben verdienen: so, daß Heintz mit Bildung desselben beauftragt sei, daß Rotenhan oder Giech aus Frankfurt berufen werden sollten, — schon deßhalb unwahrscheinlich, weil beide Männer im gegenwärtigen Augenblicke wohl kaum einer solchen Aufgabe sich unterziehen würden. Ebenso würde Professor Edel, dessen Scharfsinn, Gewandtheit, Kenntnisse und redlichen Willen wir hochschätzen, vermuthlich selbst einsehen, daß seine Zeit noch nicht gekommen ist, da er von jeher viel zu offen für die streng katholische Partei sich erklärt hat, als daß ihm ein allgemeines Vertrauen entgegen kommen könnte. Am meisten Wahrscheinlichkeit würde noch — wenn nun einmal Einer unserer Abgeordneten zu Frankfurt zu diesem Zwecke berufen werden soll — Ministerialrath Herrmann für sich haben; allein auch er würde, selbst wenn er die Mehrheit in der Kammer für sich hätte, im Lande sogleich eine große Opposition finden; das Vertrauen und die Popularität, deren er früher genoß, haben wesentlich abgenommen in Folge der Rolle, die er im Parlament spielte. Zu dem, was jetzt offenbar geboten wäre, zu einem Ministerium aus der Linken, scheint sich der König unter keiner Bedingung entschließen zu wollen, wie sich auch allerdings nicht leugnen läßt, daß die Linke wohl selbst in einiger Verlegenheit wäre, wenn ein solcher Auftrag an sie erginge. Die Kammermitglieder beider Parteien scheinen die achttägigen Ferien dazu benuzt zu haben, in ihren Bezirken Adressen bezüglich der Grundrechte zu veranlassen. Wenigstens strömen seit einigen Tagen aus allen Theilen des Landes eine Masse von Kundgebungen theils für, theils gegen die unbe-

*) „Es hat, sagt Graf Bray in seiner Note, in keiner Weise davon die Rede sein können, jetzt die Verträge von 1815 anzurufen.“ Baron Cetto dagegen hatte gesagt: „Der König hat dazu das Recht kraft der zu Wien unter der Gewährschaft aller Großmächte unterzeichneten Verträge ꝛc.“

dingte Anerkennung der Grundrechte hierher, so daß man zweifelhaft sein könnte, was in dieser Beziehung die wahre Stimmung des Landes sei, wenn man nicht überhaupt wüßte, wie wenig auf dergleichen Adressen zu halten ist, die alle mehr oder minder künstlich hervorgerufen, und in ihrer Richtung stets davon abhängig sind, wie ihre Urheber und Veranlasser mehr das Nützliche oder mehr das Gefährliche der Grundrechte hervorzukehren für gut fanden. Natürlich behauptet die ultramontane Partei, daß sich bedeutend mehr Adressen mit einer viel größeren Anzahl von Unterschriften gegen die unbedingte Verkündigung der Grundrechte ausgesprochen haben, und daß dies also der wirkliche Wille des Landes sei; wie denn überhaupt diese Partei in der letzten Zeit wieder stolz ihr Haupt zu heben beginnt, da sie, allerdings vielleicht nicht ganz ohne Grund, vermuthet, der Widerwille des Königs gegen ein Ministerium der Linken werde so weit gehen, daß er eher zu einem aus Mitgliedern der äußersten Rechten zusammengesetzten Kabinete greifen werde. Begreiflicher Weise sieht das ganze Land in banger Spannung der endlichen Entscheidung entgegen, um so mehr, da das künftige Ministerium nicht blos die Verhältnisse unseres engeren Vaterlandes festzustellen und zu ordnen hat, sondern auch in seine Hände die Entscheidung der deutschen Verfassungsfrage gelegt sein wird.

München, 22. Febr. Die auf heute festgesetzte Sitzung der beiden Kammern wurde auf morgen verlegt, weil man nun endlich hofft das neue Ministerium für und fertig den Abgeordneten präsentiren zu können. Obwohl Heinz zu wiederholten Malen abgelehnt hat, die Bildung des neuen Kabinets zu übernehmen, so scheint der König doch auf der Verweigerung seiner Entlassung beharren zu wollen. Entschieden scheint jedenfalls der Austritt des Ministers des Innern v. Beisler. Manche vermuthen, daß Hr. v. Klosen ihn ersetzen werde. Doch macht das vorgerückte Alter dieses Staatsmannes seinen Eintritt in die Geschäfte zweifelhaft. Heute feierte München einen wichtigen Tag: die praktische Einführung des ersten Schwurgerichts. Der Gerichtshof versammelte sich in dem geräumigen Saal der Akademie der Wissenschaften unter dem Vorsitz des Hrn. v. Kiliani. Einen solchen Zudrang des neugierigen Publikums hat man hier kaum je erlebt, selbst nicht bei den interessantesten Kammersitzungen. Man schätzte die Zahl der Anwesenden auf mindestens 1200 Personen. Die erste Kriminalgeschichte, die hier öffentlich und mündlich behandelt wurde, betraf einen höchst schwierigen Fall, dessen Lösung selbst dem scharfsinnigsten Kopf eines ergrauten Justizmannes nicht eben leicht geworden wäre. Die junge Haushälterin eines hier lebenden wohlhabenden Bürgers saß des Kindermords verdächtig auf der Bank der Angeklagten. Ihr Dienstherr war der Vater des Kindes, welches die Angeklagte unmittelbar nach der Geburt, bei welcher weder Arzt noch Hebamme gegenwärtig, durch Erstickung getödtet haben soll. So lautet das Gutachten der beiden Gerichtsärzte, welchen die Untersuchung der Leiche übertragen worden. Gegen dieses Gutachten erhob sich nun heute eine sehr ernste Reklamation von Seiten eines bejahrten Obermedizinalrathes, welcher das Verfahren der beiden Gerichtsärzte mit dürren Worten als oberflächlich, unrichtig und gewissenlos bezeichnete. Er beantwortete die wissenschaftliche Abhandlung derselben durch Verlesung einer andern Abhandlung im entgegengesetzten Sinne, welche noch dreimal länger und umständlicher war. All die vielen lateinischen Termini, womit sein Vortrag durchspickt war, hinderten das Publikum, worunter eine Masse von Bauern, nicht, dem Gang der Verhandlungen mit sichtbarer Spannung zu folgen. Anfangs schien Alles gegen die Angeklagte eingenommen. Nach dem Vortrage des greisen Arztes herrschte offenbar eine lebendige Theilnahme für die junge Person, deren sanfte Gesichtszüge mit dem angeschuldigten Verbrechen im Widerspruche schienen. Obwohl bis jetzt kurz vor dem Abgang der Post, der Spruch der Geschwornen noch nicht erfolgt ist, so ist doch bei dem Mangel von andern hinreichenden Schuldbeweisen, ein freisprechendes Urtheil mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Uns freute nur die tiefe Theilnahme, welche die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens nun selbst bei den Altbaiern findet. Die Minister, viele Staatsräthe und hohe Gerichtsbeamte, die Präsidenten beider Kammern rc. blieben während der sechsstündigen Dauer der Verhandlungen, ohne vom Platze zu weichen, obschon die Hitze im Saale fast unerträglich war.

÷ **Stuttgart**, 20. Febr. Ich glaube, das Ministerium wäre herzlich froh, wenn es die Debatten über das Departement des Auswärtigen hinter sich hätte: es hat die erdenklichste Mühe aufzuwenden, um nur den nothdürftigsten Bedarf zu retten und dabei häufen sich die Interpellationen und Erklärungen und Verwahrungen in einem Maße, daß Staatsrath Römer, der mit zwei Assistenten am Ministertisch sitzt, alle Hände voll zu thun hat. Im Uebrigen sind diese Debatten in mancher Beziehung von großem Interesse. Nachdem eine Menge unbedeutenderer Positionen erledigt resp. gestrichen war, darunter die Kosten für eine Reise des Grafen Beroldingen zum Fürsten von Metternich nach dem Johannisberg, als deren Zweck, zu großer Erheiterung der Versammlung, die Einleitung der Aufhebung der Censur angegeben wurde und nachdem der ordentliche Aufwand zur Erfüllung der Bundespflicht, die Besoldung des Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Einzahlung in die Bundeskanzlei- und Matrikularkasse, sowie die Beiträge zur laufenden Dotation der Bundesfestungen Mainz und Luxemburg keine Beanstandung gefunden, brachte, als der außerordentliche und vorübergehende Aufwand zu Bundeszwecken zur Berathung kam, der Abgeordnete Adam das Gesammtvertheidigungssystem Deutschlands zur Sprache: Würtemberg sei durch die Erbauung der Reichsfestung Ulm im Falle eines Krieges so lange dem Verderben preisgegeben, als nicht der Schwarzwald und der südwestliche Winkel von Deutschland eine starke Befestigung erhalten habe und es habe daher die Regierung die Pflicht, wenn es nicht bereits geschehen sein sollte, bei der Centralgewalt nachdrücklichst dahin zu wirken, daß durch Vollendung der Grenzbefestigung Württemberg des Schutzes theilhaftig werde, welchen es selbst durch seine Festung Ulm Baiern und Oesterreich gewähre. Die Kammer trat einer in diesem Sinne gefaßten Erklärung einstimmig bei. Bei der Bewilligung des Matrikularbeitrags von Württemberg zur Begründung einer deutschen Marine, erfolgte sodann, als die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß auch die Beiträge der übrigen Einzelstaaten sofort und regelmäßig eingezahlt werden müssen, vom Ministertische aus die Mittheilung, daß bis zum 26. Januar Oesterreich, Baiern, Sachsen, Kurhessen, Luxemburg, Limburg und Lichtenstein ihre Einzahlungen noch nicht geleistet, daß aber, da nur Oesterreich gegen die Zahlung selbst Einwendungen erhoben, weil es bereits eine, auch für deutsche Zwecke dienende Marine unterhalte, anzunehmen sein werde, jene Staaten hätten ihren Beitrag inzwischen eingezahlt.

Den Schluß der Sitzung bezeichnete zuvörderst eine durch eine Exigenz von jährlichen 1500 fl. für Censurkosten hervorgerufene Debatte, bei welcher sich die beiden früheren Censoren, welche gegenwärtig auf der Ministerbank sitzen, unmöglich sehr behaglich fühlen konnten. Die Kommission hatte nemlich den Antrag gestellt, diese für sechs Jahre berechneten Kosten, im Gesammtbetrage von 9000 fl., nicht zu bewilligen und, insofern sie schon verausgabt, von dem betreffenden Minister zu reklamiren, und obgleich Staatsrath Römer geltend machte, daß die Frage, ob der Bund berechtigt gewesen, die Censur einzuführen, eine reine Rechtsfrage und die Entscheidung des Richters mindestens ungewiß sei, so schloß sich doch die Kammer mit allen gegen eine Stimme dem Antrage an. Beachtenswerth dürfte es aber sein, daß von mehreren Seiten darauf hingewiesen wurde, wie der Mißbrauch der Presse inzwischen so hoch gestiegen, daß, wenn demselben nicht bald und auf's Kräftigste durch ein geeignetes Preßgesetz mit Schwurgerichten gesteuert werde, die Achtung vor dem Gesetz und Allem, was dem Volke seither als heilig gegolten, in Kurzem gänzlich dahin sein möchte. Die längste und hitzigste Debatte aber rief ein Posten von 2500 fl. für eine dem abberufenen preußischen Gesandten, General von Rochow, geschenkte goldene Dose hervor. Die Kommission hatte beantragt, diese Ausgabe nicht anzuerkennen und den verantwortlichen Departementschef zur Rückerstattung der aufgewendeten Summe anzuhalten. Der Abgeordnete Scherr fragte bitter, welche Verdienste sich denn der preußische Gesandte um das würtembergische Volk erworben und Rettenmair sah wenigstens nicht ein, weshalb ein Ehrengeschenk so theuer sein müsse: der französische General Boyer habe einmal von einer Gemeinde einen Pfeifenkopf zum Geschenk erhalten und sei auch zufrieden gewesen. Nachdem indeß vom Ministertisch aus die Erklärung gegeben worden, daß dergleichen Ausgaben in Zukunft nicht mehr vorkommen würden, daß es aber ein wahrer Skandal wäre, wollte man nachträglich ein bisher allgemein übliches Verfahren in einer Weise redressiren, die dem fraglichen Gesandten

kaum eine andere Wahl ließe, als die Dose zurückzugeben, wurde dieselbe nicht weiter beanstandet. Ein letzter Antrag des Abgeordneten Schweikhardt, die Regierung möge, wenn bis zum 1. Juli d. J. das Reichsgesandschaftswesen noch nicht geordnet sein sollte, ihre sämmtlichen Gesandten abberufen und deren Geschäfte durch Konsular-Agenten versehen lassen, wurde, mit Gutheißung der Ministerbank, schließlich zum Beschluß erhoben. „Wenn die Reichsverfassung — bemerkte dazu der Abgeordnete Reyscher, und er mag wohl Recht haben — am 1. Juli noch nicht fertig ist, so wird sie überhaupt nicht fertig.“

× **Hannover**, 21. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer übergab Stüve die Aktenstücke, welche in den letzten Tagen zwischen dem Könige und den Ministern gewechselt sind. In dem Entlassungsgesuche der Minister heißt es unter anderm:

„Unsere Grundsätze bestehen aber darin:

daß niemals der verfassungsmäßige Weg verlassen und ein bestehendes Gesetz vernichtet werden dürfe, ohne Entsprechendes an die Stelle zu setzen; daß jedes Gesetz vollständig zur Geltung gebracht und kein Versprechen gegeben werde, das nicht in vollster Maße gehalten werden soll und kann.

Nun aber enthalten jene Grundrechte die Bestimmung:

daß keine Gesetzgebung der Einzelstaaten dieselben je aufheben oder beschränken könne.

Mehrere Bestimmungen derselben sind inzwischen als unzweckmäßig, ja als gefährlich von uns bezeichnet, noch mehrere halten wir für so mangelhaft oder so allgemein ausgedrückt, daß deren Durchführung ohne beschränkende Ausführung in den Gesetzen uns unmöglich scheint.

Zwar hat die Nationalversammlung selbst Beschlüsse gefaßt, welche den Regierungen eine theilweise Beschränkung in die Hand legen sollen. So lange aber nicht das ganze Verfassungswerk feststeht, haben diese Beschlüsse keine Gültigkeit. Auch reichen dieselben nicht aus.“

Die Adreßcommission hat sich vertagt. Da sie sich über das Programm des Ministeriums auszusprechen hatte, und dieses seine Entlassung eingereicht, so hieße jetzt die Antwort auf die Thronrede berathen, gegen den Wind fechten. Es laufen fortwährend Petitionen für die Grundrechte ein.

Osnabrück, 21. Febr. Eine Extrabeilage zu Nr. 134 des „Osnabr. Volksblatts“ bringt folgenden Auszug aus einem Briefe des Ministers Stüve an seinen Bruder vom 18. d. M. „Ich kann Dir heute nur erwidern, daß meiner Ansicht nach das Ende unsereres Ministeriums unwiederruflich feststeht, wenn gleich noch einige Tage, mögen es auch ein paar Wochen sein, hingehen werden, bis sich die Sachen wieder ordnen. Unter denen, selbst in der ersten Kammer, die für die Kommission stimmten, sind sehr wenige, die nicht dem Grundsatze, daß man sich Frankfurt unterwerfen müsse, ihren Beifall gezollt hatten. Das können wir nicht; es hieße: propter vitam vivendi perdere causas! Die Zeit der Halbheit ist vorüber, muß es wenigstens sein, wenn unsere Zustände sich halten sollen, und wir können dem Lande, glaube ich, keinen bessern Dienst leisten, als indem wir ihm diese Wahrheit einleuchtend vor die Augen halten. Wollten wir jetzt uns, wie der beliebte Ausdruck ist, auf den Boden der Thatsachen stellen, so würde man dasselbe von uns glauben, wenn einmal die Thatsachen anders geworden sind. Auf den Boden der Thatsachen kann sich nur der Revolutionär und der Reaktionär stellen; wir nicht. Unser Wunsch ist jetzt, ein Ministerium zu Stande zu bringen, das in unserm Sinne fortarbeitet und die Frankfurter Sache taliter qualiter ehrlich anerkennen zu können glaubt. Wir sind bereit, demselben zur Seite zu bleiben, es bei Durchführung unserer Pläne zu unterstützen und so das Land vor einer Erschütterung möglichst zu bewahren. Ob ein solcher Plan ausführbar ist, weiß ich noch nicht; es ist aber das Einzige, was uns noch zum Guten führen kann. Man muß in allen diesen Dingen mit völliger Ruhe und sicherer Entschlossenheit zu Werke gehen und das Weitere Gott anheimstellen. Für unsere Personen ist jedenfalls diese Wendung die erwünschteste; denn Jeder, der heutiges Tags halbwegs mit Ehre von den Staatsgeschäften wegkommt, ist glücklich zu preißen; und in unserem Lande nicht weniger als anderswo. Große, sehr große, ja berghohe Schwierigkeiten liegen ja jedenfalls noch vor uns. Der König hat eine schriftlich motivirte Erklärung von uns verlangt, die wir ihm morgen geben, zugleich aber auch die Sachlage in der Kammer erklären werden. Inzwischen haben Sachsen und Baiern sich für Oesterreich erklärt und Camphausen soll erklärt haben, Preußen wolle die Kaiserkrone nicht in Folge davon, aber — natürlich — Modifikation der Verfassung. Nach Berliner Nachrichten hofft man sich mit Oesterreich zu einigen; Gott gebe es! Denn meiner Ansicht nach giebt's nur die Chancen: Entweder Frankfurt siegt — durch die rothe Republik. Das ist wohl nicht wahrscheinlich. Oder Oesterreich und Preußen einigen sich a) mit Frankfurt zur Unterdrückung der Kleineren: das ist auch kaum möglich; oder b) untereinander allein zu gleichen Zwecken, was ich nicht glaube und keine Dauer verspricht; oder c) mit Frankfurt zu erträglichen Dingen, das gebe Gott! Einigen sie sich nicht, so ist der Bürgerkrieg in der Nähe oder in der Ferne gegeben“ (D. Rchbz.)

Aus Ostfriesland, 18. Febr. Kapitain Tammo Leeuw zu Delfzyl, Führer des Dampfschiffes Ernst August, welches zwischen Emden, Delfzyl und Leer fährt, hat Auftrag erhalten, sich am 14. Febr. zu Leer mit einem Abgeordneten der deutschen Reichsgewalt zu besprechen und die Ems zu befahren, um zu untersuchen, ob sich ein passender Platz zur Anlegung eines deutschen Kriegshafens finde.

△ **Darmstadt**, 22. Febr. In der heutigen Sitzung unserer zweiten Kammer verlas der Abgeordnete Volhard nachstehende Interpellation an unsern Ministerpräsidenten: „Ist die Staatsregierung mit Ausarbeitung derjenigen Gesetze beschäftigt, welche zur Vollführung der Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volkes und des Reichsgesetzes über deren Einführung für das Großherzogthum noch erfordert werden, wie z. B. derjenigen über Ersetzung der abgeschafften Strafe des Todes, über Aufhebung der Familienfideikommisse und des Postlehnsverbandes, über Verleihung der Rechte der Staatsdiener an die Lehrer der Volksschulen und über Volksschulwesen überhaupt, über Aufhören der Verwaltungsrechtspflege, über Bestellung eines Gerichtshofes für Entscheidung der Zuständigkeitsstreite zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden u. s. w.?“ Präsident Hesse bemerkte hierauf, daß, die Abschaffung der Todesstrafe betreffend, er die Auskunft geben könne, das bezügige Gesetz sei bereits durch den Staatsrath gegangen. (Thatsächlich kommt dasselbe schon zur Anwendung, indem mit auf die Bestimmung der Grundrechte hin, zwei neulich zum Tode Verurtheilte zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und im Lauf der vorigen Woche von hier an den Ort, wo sie ihre Strafe verbüßen sollen, abgeführt wurden.) Uebrigens verfügte Präsident Hesse die alsbaldige Mittheilung der Interpellation an den Ministerpräsidenten, welcher in der heutigen, blos zum Anhören von Berichten bestimmten Sitzung, nicht anwesend war.

Kiel, 29. Febr. Die hier niedergesetzte Marinekommission hat ihre Arbeiten mit großer Liebe zur Sache und vollem Bewußtsein von der ihr im jetzigen kritischen Augenblicke gestellten Aufgabe begonnen. Sie steht deßhalb mit dem Kriegsministerium und wo es noth thut, mit dem Oberbefehlshaber, General v. Bonin, in eifriger Verbindung, und wird sich auch dem Hamburger Marine-Komite annähern. Schon ist sie auf Auswahl der Offiziere und Unteroffiziere bedacht gewesen, sowie darauf, wie die 720 Mann Seesoldaten zu verwenden seien. Mehrere auszurüstende Dampfschiffe und Kanonenböte sind ihr zur Verfügung gestellt. Die in Lüttich bestellten 60-Pfünder sind auch theilweise schon unterwegs. (K. C.-B.)

Großbritannien.

* **London**, 21. Febr. Im Unterhause stellte gestern Hr. Baillie, ein Konservativer den Antrag auf Ernennung eines Ausschusses zur Untersuchung der Beschwerden, welche in den Kronkolonieen Ceylon und Britisch Guiana laut geworden sind, wie zur Prüfung und Berathung von Maßregeln, wodurch eine bessere Verwaltung und Regierung in diesen Kolonieen eingeführt werden könne. Der Radikalreformer Hr. Hume unterstützte diesen Antrag, dessen zweite Hälfte Zusatz des Hrn. Hume ist. Hr. Hawes, Unterstaatssekretär im Kolonialdepartement, nahm den Gouverneur von Ceylon, Lord Torrington, der bekanntlich gegen mehrere Rebellenanführer dasselbe summarische Verfahren einschlug, welches Fürst Windischgrätz gegen die Matadore der Wiener Revolution walten ließ, und die Kolonialregierung gegen die heftigen Angriffe Hrn. Baillie's in Schutz. Sir W. Molesworth drückte sein Bedauern und seine Verwunderung darüber aus, wie Hr. Hawes es über sich habe gewinnen können, die Grausamkeiten Lord Torringtons zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Auch

Sir R. Peel ergriff das Wort, um seinen Wunsch auszudrücken, daß wenn man einmal eine Untersuchungskommission haben wolle, dieselbe sich einfach darauf beschränken möge, ruhig und leidenschaftslos das bisher festgehaltene System zu untersuchen und zugleich zu prüfen, welcher Weg einzuschlagen sei, um den Colonien ihre Zufriedenheit wiederzugeben; nicht aber möge das Streben eines solchen Ausschusses darauf gerichtet sein, dem Staatssekretär, welcher gegenwärtig dieses Departement verwalte, ein Mißtrauensvotum zu ertheilen. Dabei kann aber Sir R. Peel nicht unterlassen, in einer oder der andern Weise zu erkennen zu geben, daß er kein ministerieller Parteigänger ist und seine Selbstständigkeit als eigener Parteiführer bewahrt hat, wie er denn auch dießmal in vielen Punkten Hrn. Baillie beistimmte und dem Schützling der Regierung, Lord Torrington, auch seinerseits vorwarf, daß sich derselbe unnöthige Grausamkeiten habe zu Schulden kommen lassen; so sei der sogenannte König der Kandianer auf Torringtons Befehl vor der Deportation (in welche man die Todesstrafe verwandelt) gepeitscht und ein buddhistischer Priester im vollen priesterlichen Ornat hingerichtet worden. Lord J. Russell entgegnete hierauf: „Was die letzteren beiden Fakta betrifft, so muß ich es ablehnen, meine Meinung darüber auszudrücken." (Spöttischer Beifall und Gelächter von Seiten der Opposition, Beifall auf der ministeriellen Seite), worauf der Minister bemerkte, es könne Fälle geben, welche solche Strafen nöthig machten. Die Motion der Herren Baillie und Hume wurde schließlich genehmigt.

Aus Irland erfährt man, daß die Aufregung über Lord J. Russell's Vorschlag zu einer allgemeinen Sechspennysteuer für Unterstützung der Armen Irlands in den Provinzen Leinster und Ulster fortdauernd wächst. Wie die katholische Geistlichkeit für ihre hungernden Pfarrkinder sorgt, erkennt man unter Andern daraus, daß der Bischof Cardwall von der Bevölkerung der Diöcese Meath, eine der ärmsten in ganz Irland, 1000 Pf. für den reichen Fond zur Unterstützung des Papstes durch Sammlungen eingetrieben hat.

Frankreich.

***Paris**, 22. Febr. Die Nationalversammlung ist fortwährend mit der Berathung des Wahlgesetzes beschäftigt. Zu Volksvertretern können nach §. 73 nicht gewählt werden 1) Diejenigen, welche in Folge einer Verurtheilung zu körperlichen und entehrenden Strafen ihrer persönlichen und politischen Rechte verlustig geworden: 2) Diejenigen, gegen welche die Zuchtpolizeigerichte den Verlust des Stimm- und Wahlrechts in Gemäßheit von Art. 42 des Strafgesetzbuchs oder Art. 106 des gegenwärtigen Gesetzes ausgesprochen; 3) die in Gemäßheit des Art. 463 des Strafgesetzbuchs zum Gefängniß Verurtheilten; 4) die wegen Diebstahl, Betrug, Mißbrauch des Vertrauens, Unterschlagung öffentlicher Gelder oder Attentats gegen die Sittlichkeit nach Art. 331 und 334 des Strafgesetzbuchs korrektionell zu wenigstens 3 Monat verurtheilten Personen; 5) die wegen Wuchers Verurtheilten; 6) die in contumaciam Angeschuldigten; 7) die Interdicirten, die mit einem gerichtlichen Beistande versehenen Bürger und die, welche in Gemäßheit des Gesetzes vom 30. Juni 1838 in einem Irrenhause aufbewahrt werden; 8) die nicht rehabilitirten Falliten. Doch ist die Rubrik 3 nicht anwendbar auf politische Verbrecher, wenn das Urtheil nicht ausdrücklich in zulässiger Weise den Verlust des Stimm- und Wahlrechts ausgesprochen hat. Diese sämmtlichen Bestimmungen wurden fast ohne alle Diskussion, dann, nach einer sehr langen und lebhaften Debatte und nachdem zwei Abstimmungen durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft geblieben, eine fernere von Pierre Leroux beantragte Rubrik (256 gegen 229 Stimmen): 9) die wegen Ehebruchs Verurtheilten; endlich ein weiterer Zusatz, nach welchem Volksvertreter, die nach ihrer Wahl ein Verbrechen begehen, das sie zur Wahl unfähig gemacht haben würde, eo ipso aus der Nationalversammlung ausgeschlossen sind. Die §§. 74 und 75, welche diejenigen Aemter bezeichnen, die unverträglich sind mit einem Sitze in der Nationalversammlung, werden voraussichtlich die ganze heutige Sitzung in Anspruch nehmen; beim Abgang der Post war erst die erste Rubrik genehmigt: die ersten Präsidenten, Vicepräsidenten und Generalprokuratoren der Appellationshöfe.

Während aber die Nationalversammlung das Wahlgesetz beräth, ist eine Menge von Wahlausschüssen bereits beschäftigt, die nächsten Wahlen zu ihren Zwecken auszubeuten. Man zählt deren nicht weniger als sechs. Der legitimistisch-orleanistische Wahlausschuß der Rue de Poitiers mit den Herren Thiers und Berryer an der Spitze, der eine Verschmelzung mit den gemäßigten Republikanern vergebens versucht hat und jetzt zu einer Vereinigung mit den Bonapartisten hinneigt; der Ausschuß des Hrn. von Larochejacquelin; der der Herrn Buchez, Bastide und Marrast; der von Napoleon Bonaparte, Bonti und Casabianca (die genannten Namen deuten die verschiedenen Parteien zur Genüge an); der des Ministeriums; endlich der der Herrn Ledru-Rollin, Proudhon und anderer Mitglieder des Berges.

Der Moniteur enthält heute eine lange Reihe neu ernannter Unterpräfekten, meistens Beamte des früheren Systems. In den Straßen von Paris bemerkt man seit einigen Tagen die Uniformen der neu eingerichteten und hierher verlegten „mobilen Gensd'armerie", fast ausschließlich aus der aufgelösten ehemaligen Municipalgarde zusammengesetzt, welche bekanntlich beinahe allein in den Februartagen dem Volke ernstlichen Widerstand leistete. Beide Maßregeln werden von den Gegnern der Regierung als offene Versuche eines bis dahin nur versteckt aufgetretenen Rückschrittsgelüstes betrachtet.

Nach Florenz ist in der Person Joachim Murats ein außerordentlicher Kurier abgegangen, welcher dem dortigen Vertreter der französischen Republik jede officielle Kommunikation mit der provisorischen Regierung zu untersagen hat.

Man spricht davon, daß das Pantheon definitiv zum Sitz der Nationalversammlung ausersehen sei.

In Niort haben ernstliche, indeß gegenwärtig unterdrückte Unruhen stattgefunden, bei welchen es zum Bau von Barrikaden und zum Blutvergießen gekommen ist. Die Ursache war die befohlene Verlegung eines Theils der dort garnisonirenden Kavallerie, welcher Maßregel sich die dadurch verletzten Privatinteressen mit bewaffneter Hand widersetzten.

Spanien.

* Der Feldzug des Generals Ametler in Catalonien ist nicht von langer Dauer gewesen; er ist bereits mit wenigen Trümmern seiner Schaar flüchtig auf französischem Gebiet wieder angekommen und von den Behörden in Perpignan einstweilen in Haft genommen.

Oesterreichische Monarchie.

Die Allg. Z. theilt die wichtigen kurzerwähnten Nachrichten aus der Moldau über die russische Intervention wie folgt ausführlich mit. Sie lauten so bestimmt und sind im Einzelnen so genau, daß sie schwerlich auf einem Irrthum beruhen können:

Von der moldauischen Grenze, 10. Febr. In Folge wiederholter dringender Aufforderung des Feldmarschallieutenants Puchner, der am 21. und 23. v. M. den General Bem bei Hermannstadt mit wechselndem, jedenfalls aber mit entschiedenem Erfolg angegriffen, ließ General Lüders am 31. v. M. aus der Walachei an zwei verschiedenen Punkten russische Truppen (einstweilen 5000 Mann mit 20 Kanonen) unter Anführung des Generals Engelhardt und des Obersten Skariatin in Siebenbürgen einrücken. Der erstere hat Kronstadt, der zweite Hermannstadt besetzt, nachdem der österreichische General Schuster, der Uebermacht der Szekler weichend, Kronstadt preisgegeben, und mit seinen hart bedrängten Streitkräften die Grenze der Walachei überschritten, um durch dieses Land und unter dem Schutze der an der Grenze aufgestellten Russen nach Hermannstadt zu marschiren. Der russische General Engelhardt hat auch bereits am 4. d. M. die Szekler nach einem mehrstündigen hartnäckigen Gefecht bei Kronstadt auf's Haupt geschlagen und über den Olt- (Aluta-) Fluß gejagt. Die Zahl der Szekler, die an diesem Gefecht theilgenommen haben, wird von russischen Berichterstattern auf 6000 Mann geschätzt, während General Engelhardt 2500 Russen, 2000 Siebenbürger Romanen und 600 k. k. österreichische Husaren, die sammt dem österreichischen General Schuster seinem Kommando untergeordnet wurden, ins Treffen führte. Zur Bemessung der Tragweite dieser verhängnißvollen Intervention diene Ihnen die authentische Nachricht, daß ein Feldjäger, der die Reise von St. Petersburg in fünf Tagen zurückgelegt, dem General Lüders den Befehl des Kaisers Nikolaus überbrachte, den österreichischen Truppen in Ungarn und Siebenbürgen auf den ersten Wink der dortigen Militärbehörden zu Hülfe zu eilen. In Folge dessen schickte General Lüders einen großen Theil seiner Truppen in Eilmärschen an die Siebenbürger Grenze, während er gleich-

zeitig frische Truppenmassen (eine Division = 16,000 Mann) aus Bessarabien in die Moldau über Leowa und Skuleni, ebenfalls in Eilmärschen einrücken ließ. Die Zahl der gegenwärtig in der Moldau und Walachei befindlichen russischen Streitkräfte kann man, ohne dem Vorwurf der Uebertreibung sich auszusetzen, auf 70,000 bis 80,000 Mann schätzen. Ihre Artillerie beträgt 120 bis 150 Kanonen. General Freitag, der Oberbefehlshaber sämmtlicher Reservebataillons, erhielt, den Auftrag die Grenzen Galiziens zu besetzen, um den General Bem, wenn dieser einen Einfall in dieses Land wagen sollte, unverzüglich anzugreifen. Die russische Intervention erstreckt sich also auch auf Galizien, dem der Kaiser Nikolaus drei ganze Armeekorps — und zwar außer dem des General Lüders, und außer dem Reservekorps Freitags, auch das unter dem General Tschewodajew stehende vierte Armeekorps gewidmet. Freitags Hauptquartier ist in Nowosselitz, an der Grenze der Bukowina, während Tschewodajew das seinige in Kaminietz in Podolien, an der Grenze von Bessarabien aufgeschlagen, um schnell bei der Hand zu sein. Nächstens mehr. — Nachschrift. Puchner ist in Verfolgung Bem's begriffen, der den Weg nach Klausenburg eingeschlagen, das er schon vor vier Wochen, Dank der Kopflosigkeit des Feldmarschalllieutenants Wardener, eingenommen.

Italien.

Neapel, 15. Febr. Es heißt, daß die sicilisch-neapolitanische Streitfrage beigelegt sei. Die von den vermittelnden Mächten aufgestellten und angenommenen Bedingungen sollen folgende sein: 1) Getrenntes Parlament. 2) Einen Vicekönig aus der bourbonischen Familie. 3) Gemischte Garnisonen. Ob diese Nachrichten gegründet sind, lassen wir dahingestellt. (Basl. Z.)

Schweiz.

** **Bern**, 21. Febr. Die Feinde der schweizerischen Neutralität scheinen es wirklich auf einen neuen Versuch abgesehen zu haben, dieselbe in Frage zu stellen und zu gefährden. Alle Mittel werden in Bewegung gesetzt, um in diesem Sinne auf den Bundesrath einzuwirken; die neuesten Verwickelungen in Betreff der Militärkapitulationen und die drohende Haltung, welche nicht nur die exaltirten Bevölkerungen mehrerer italienischen Staaten, sondern selbst die sardinische Regierung gegenüber der Schweiz angenommen haben, sind der radikalen Partei eine erwünschte Gelegenheit, um die Bundesbehörden, wo immer möglich, zu Befolgung einer andern als der bisherigen Neutralitätspolitik zu bestimmen. Unter den Volksvereinen zirkulirt bereits eine „Sturmpetition“, in welcher mit Ungestüm die „sofortige“ Aufhebung der Militär-Kapitulationen verlangt wird. Beinahe alle radikalen öffentlichen Blätter tadeln mehr oder weniger scharf das bisherige „allzu gefällige Benehmen“ des Bundesrathes gegenüber den Zumuthungen Oesterreichs und einige gehen sogar soweit, ihrerseits in diesem Benehmen eine Verletzung der Neutralität gegenüber Italien zu erblicken, während der Bundesrath bis jetzt sich die strengste Beobachtung der Neutralität nach allen Seiten hin zur Pflicht gemacht hat. Nur die neue Zürcher Zeitung macht in dieser Beziehung eine ehrenvolle Ausnahme. Jedenfalls wird aber der Bundesrath einen harten Kampf zu bestehen haben und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage über Aufhebung der Militärkapitulationen, sowie die Stellung der Schweiz nach Außen im Allgemeinen, in dem National- und Ständerathe, welche sich Anfang April wieder versammeln werden, zu stürmischen Debatten Anlaß geben wird. Allein das Neutralitätsprinzip ist so sehr mit den Volksideen verwachsen und entspricht in jeder Hinsicht dermaßen den wohlverstandenen Interessen der Schweizer, daß dasselbe auch dießmal wieder siegreich aus dem Kampfe hervorgehen wird. Vom 24. Febr. an wird nun endlich das längst ersehnte schweizerische Bundesblatt und zwar vorerst wöchentlich einmal erscheinen. Der Regierungsrath hat sich nun endlich entschlossen, die Ortspolizei in der Hauptstadt in ihrem ganzen Umfange in die Hände der Einwohnergemeinde zu legen.

Ostindien.

* Britisch Ostindien. Die neueste ostindische Post brachte Zeitungen aus Bombay vom 19. Jan., wonach, wie wir in Kürze bereits gestern mittheilten, die Stadt Multan von den Briten am 2. Dez. mit Sturm genommen, die Festung jedoch noch nicht übergeben ist; vielmehr scheint Mulradsch, ein ausgezeichnet tapferer Mann, entschlossen, sich bis zum Aeußersten zu halten. Alle schon erlittenen Unfälle haben bisher nicht vermocht, seinen Muth zu beugen. Man erinnert sich, daß er bereits früher, nachdem seine Truppen bei einem Ausfall gegen die europäische Kriegskunst unterlegen waren, sein Testament machte. Die Briten zählten nach der Vereinigung der Truppen aus Bombay mit General Whish nicht weniger als 15,000 Mann europäischer und gegen 17,000 Mann indischer Truppen, in Allem 32,000 Mann, außerdem hatten sie 150 Belagerungsgeschütze, hierunter die Hälfte von stärkstem Kaliber. Im Laufe der Weihnachtstage gewannen die Belagerer dem Feinde Boden ab, am 27. vertrieben sie, in vier Heersäulen anrückend, den Feind aus den Vorstädten, am 28. begannen die Geschütze von den Vorstädten aus ihr furchtbares Feuer gegen die Wälle der Stadt. Dieses Feuer wurde bis zum 2. fast ununterbrochen fortgesetzt und vom Feinde tapfer erwidert. Das Hauptpulvermagazin des Feindes (mit angeblich 800,000 Pfd. Pulver) flog in die Luft, mehrere Getreidemagazine brannten nieder, die Verwüstung war überhaupt unermeßlich. Am 2. Jan. Nachmittags wurde die Stadt nach geöffneter Bresche gestürmt; Abends war sie bereits mit britischen Truppen angefüllt. Der Widerstand des Feindes wird als ein überaus tapferer geschildert, der in der Kriegsgeschichte selten seinesgleichen gehabt. Seitdem beschoß man sich von der Stadt und der Citadelle wechselseitig; die letztere sollte am 7. gestürmt werden. Unter den gefallenen Offizieren befindet sich britischer Seits der Major John Gordon. Außer dieser Nachricht ist noch die wichtigste die, daß, wie man in Bombay am 19. Jan. erfuhr, 12,000 Afghanen mit 14 Geschützen, von einem Neffen des bekannten Dost Mohamed und einem Häuptling aus Kandahar angeführt, gegen die Grenze von Sind anrücken. Es hieß sogar schon, daß sie bereits über den Khodschuckpaß hinaus und im Anmarsch auf Shikarpur begriffen wären. Sofort wurde ein außerordentlicher Rath gehalten, wahrscheinlich um die Nothwendigkeit neuer Truppensendungen nach Sind in Betracht zu ziehen, die um so nothwendiger sein möchten, da Tschutter Singh und Shir Singh, nebst anderen Insurgentenhäuptlingen noch im Felde stehen. Man erwartet, daß Lord Gough, der Oberbefehlshaber, welcher ein Heer von 20,000 Mann befehligt, zum Angriff gegen die Sikhs vorschreiten werde, sobald er die Erstürmung der Stadt und den bevorstehenden Fall der Citadelle von Multan erfahren haben wird. Die letzten Nachrichten aus Hongkong sind vom 14. Dez. Hiernach herrschte zwischen den Briten und Chinesen ein fast ununterbrochen gutes Einvernehmen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 57. Frankfurt a. M., Montag 26. Februar. 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Konferenz des Reichsministeriums mit den Bevollmächtigten. Aufstandsgerüchte und militäeische Maßregeln.) Wien (Graf Stadion wieder gewählt. Die Russen in Siebenbürgen. Nachrichten aus Ungarn. Die Entschädigungsfrage. Der Belagerungszustand. Konskription. Armeebülletin.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen. Vertrauensdeputationen und Adressen.) Prag (Die Dinge in Ungarn. Die Kaim'sche Angelegenheit. Die Adresse an den Reichstag.) Von der österreichischen Grenze (Die Regierung und der Reichstag. Nachrichten aus Ungarn.) Berlin (Häusliche Scene im Magistrat. Graf Arnim und Herr v. Rabe Minister. Wrangel. Die neuen Minister. Die Kammern. Eisenbahn von Lippstadt über Soest nach Hamm.) Halle (Leo.) Düsseldorf (Eisenbahn zwischen Elberfeld und Köln.) München (Die Parteistellung nnd die Lage des Landes. Die Vertagung der Kammern angekündigt. Schwurgerichtliche Verhandlung. Preußische Note an die Baierische Regierung.) Ansbach (Schluß der Generalsynode.) Darmstadt (Bericht über das Wahlgesetz in der ersten Kammer. Agitation für Berufung einer konstituirenden Versammlung.) Mainz (Das demokratische Bankett.) Jena (Ehrendoktordiplom für Hrn. v. Gagern.) Schleswig (Ansicht über den Waffenstillstand. Regsamkeit für die Bewaffnung des Volks. Ankunft dänische Offiziere.) Altona (Einfall der Dänen.) Aus Schleswig-Holstein (Dänische Parlamentäre. Kriegsrüstungen. Fluchtversuch des Königs in Kopenhagen.) Hamburg (Aufhebung der Schuldhaft. Die deutschen und die hamburgischen Grundrechte.)

Frankreich. Paris (Die Völkerzeitung. Der Russe Herzan. Branigki.) Straßburg (Telegraphische Depesche. Feier des 24. Febenar.)

Oesterreichische Monarchie. Agram (Die Note des Grafen Almasy. Vertrauensadresse an den Reichstag.)

Schweiz. Bern (Papiergeld der deutschen Republik. Blutpolitik. Verurtheilung wegen Preßvergehen.)

Norwegen. (Politische Stille. Journalpolemik.)

Ungarn. Pesth (Uebertritt ungarischer Offiziere. Szuczor.)

Rußland. Aus den russischen Ostseeprovinzen (Rekrutirung, Schenkgerechtigkeit, Bekehrungen zur griechischen Kirche.)

Frankfurter Börsenbericht. (Wochenbericht.)

Deutschland.

Frankfurt, 24. Febr. Heute, am Jahrestage der französischen Revolution, fand im Conferenzsaale des Reichsministeriums eine Verhandlung mit den Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt statt, um die Bemerkungen der Regierungen zu dem Verfassungsentwurfe, wie er nach der ersten Lesung vorliegt, entgegenzunehmen. Um die Abfassung des Protokolls zu beschleunigen, waren Stenographen beigezogen, und dasselbe wird ohne Zweifel in kürzester Frist zur Kenntniß der Nation gelangen. Ministerpräsident Gagern eröffnete die Verhandlung mit der Anzeige der Erklärungen, welche nach der Einladung in dem Circularschreiben vom 28. Januar eingelaufen waren, und die er, nebst den heute etwa weiter erfolgenden Mittheilungen an die Nationalversammlung werde gelangen lassen. Der Zeitfolge nach waren Erklärungen eingekommen von Lippe, Frankfurt, Schleswig-Holstein, Sachsen-Weimar, Limburg, Baden, den drei Anhalt, Königreich Sachsen, sodann eine Kollektiverklärung, unterzeichnet von den Bevollmächtigten von Preußen, Kurhessen, Baden, Großherzogthum Hessen, Schleswig-Holstein, beiden Mecklenburg, Sachsen-Meiningen, Oldenburg, Koburg-Gotha, Altenburg, beiden Hohenzollern, Reuß, Hessen-Homburg, Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, den drei Anhalt, Braunschweig, Luxemburg, Nassau, Bremen, Hamburg und Lübeck. Frankfurt trat derselben ebenfalls bei. Die Versammlung war zahlreicher als gewöhnlich, weil für Bayern neben den ordentlichen Bevollmächtigten noch Graf von Lerchenfeld zugegen war, und einige kleinere Staaten, welche bisher einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten hatten, besondere Vertreter sendeten. Von Bayern, Hannover und Würtemberg lagen theils officielle, theils vertrauliche Mittheilungen, aber keine Erklärungen vor, welche auf die Verfassungsbestimmungen selbst eingingen. Oesterreich hatte sich, außer der Note v. 4. Februar, jeder Aeußerung enthalten. Sämmtliche Mittheilungen wurden vorgelesen, mit Ausnahme jener, welche — wie die beiden preußischen Noten vom 23. Januar und 18. Februar, und die österreichische Note vom 4. Februar — durch die Zeitungen bekannt geworden, und der vertraulichen Zuschrift von Hannover. Selbst diejenigen, welche sich am entschiedensten für eine Form der Reichsregierung und für eine Beschränkung der Reichsbefugnisse aussprechen, welche den Beitritt Oesterreichs ermöglichen, geben doch nicht dem Gedanken Raum, daß sie dem Bundesstaate, der mit kräftigeren Einrichtungen aus den Beschlüssen der Reichsversammlung hervorgehen könnte, oder den Oesterreich nicht annehmen wollte, fern bleiben würden. Die Ausstellungen, welche an einzelnen Bestimmungen der Verfassung, theils zu Gunsten der Rechte der Einzelnstaaten, theils in örtlichem Interesse gemacht werden, sind weder so wesentlich, noch so zahlreich, daß sich eine Verständigung nicht erwarten ließe. Nachdem die Verlesung beendigt war, begann die Umfrage. Oesterreich äußert, daß es keine Erklärung abzugeben, die mitgetheilten Bemerkungen mit großem Interesse vernommen habe, das Protokoll seiner Regierung einsenden und diese sich ohne Zweifel zu einer Erklärung veranlaßt finden werde. Preußen kündigt einen Nachtrag zu den bereits übergebenen Bemerkungen an, die sich nur auf den Abschnitt „Reich und Reichsgewalt" erstrecken. Dieser Ankündigung treten die Staaten bei, welche gemeinschaftlich mit Preußen die Collectiverklärung unterzeichnet haben. Bayern wird unverzüglich seine Erklärung ausarbeiten und einreichen. Hannover hat noch keine Instruction, was sich durch die eingetretene Ministerkrisis erklärt, hofft sie aber nächstens zu erhalten. Die Ankündigung eines Nachtrags von Seiten Preußens und der meisten übrigen Staaten veranlaßt den Bevollmächtigten für Oesterreich zu dem Wunsche einer angemessenen Verzögerung der zweiten Lesung, welchem sich der Bevollmächtigte für Baden anschließt. Nassau entgegnet, daß die Einreichung der Erklärungen über einen Theil der Verfassung geschehen sei, um die Berathung zu fördern, nicht um sie zu verzögern. Der Rest werde wohl noch vor Beginn der zweiten Lesung nachfolgen. Mit der Anzeige, daß die Vervielfältigung des Protokolls und die Mittheilung an die Reichsversammlung möglichst beschleunigt, und geeigneten Falls die Einladung zu einer zweiten Konferenz erfolgen werde, schließt der Präsident des Reichsministeriums die Verhandlung, welche bald ausführlich zur öffentlichen Kenntniß gelangen wird. (O.-P.-Z.)

*** **Frankfurt** 25. Febr. Seit einigen Tagen spricht man davon, daß in unserer nächsten und nahen Umgebung die bevorstehende Einquartirung von Reichstruppen in Orten angesagt worden, welche seither von der Einquartierung verschont geblieben waren. Andererseits heißt es, es solle in unserer Gegend ein Lager von 20,000 Mann Reichstruppen aufgestellt werden und es würde somit nun der bereits im vorigen Herbste von dem Reichsministerium gefaßte Beschluß, mehrere Observationskorps aufzustellen, zur Ausführung gelangen. Zunächst werden aber diese militärischen Vorsichtsmaßregeln aus den Gerüchten hergeleitet, welche von einer im März ausbrechenden republikanischen Schilderhebung verbreitet sind. Behauptet wird, es handle sich nicht sowohl um einen Putsch, der hier oder dort, am Rhein, in unserer Gegend, in Thüringen versucht werden sollte, sondern von einer gemeinsamen Erhebung der republikanischen Partei. In wie fern derartige Gerüchte gegründet sind, läßt sich von dem Uneingeweihten nicht behaupten, wohl aber von dem Vaterlandsfreunde das Bedauern aussprechen, daß diese Gerüchte, welchen durch die zu treffenden militärischen Maßregeln eine Art Glaubwürdigkeit verliehen würde, auf die ohnedies so gedrückten materiellen Interessen noch niederschlagender wirken müssen und die Verarmung des Mittelstandes mit Riesenschritten voranschreitet. Dazu kommt nun noch an der Schwelle der Feststellung der Verfassung die innere Zerrissenheit Deutschlands, der Kampf des Partikularismus, der die Hoffnung auf einen mit kräftiger Hand.

regierenden Bundesstaat zu vernichten und Alles wieder in die alte Trostlosigkeit zu versenken sucht. Nur voran! Es wird die Zeit kommen, welche mit gewaltigen Faustschlägen die Verführer und Verführten zur Besinnung bringen wird, allein dann ist es — trop tard.

△ **Wien**, 21. Febr. Die amtlichen Nachrichten aus Siebenbürgen bestätigen den Einmarsch der Russen. F. M. L. Puchner erklärt, daß er sie nur nach den dringenden Bitten der Sachsenstädte Kronstadt und Hermannstadt, nach gepflogenem Kriegsrathe, obwohl ohne von der Regierung dazu ermächtigt zu sein, gerufen habe, worauf 6000 Mann in Kronstadt und 4000 in Hermannstadt einrückten, ohne sich jedoch an der weiteren Bekämpfung der Insurgenten zu betheiligen. Also doch die Russen! Wir wollen hoffen, daß wenn die Befehle des Ministeriums, sie nicht zu rufen, erst dort angelangt sind, sie unverzüglich wieder abziehen werden. Wir begreifen die Sachsenstädte nicht, die doch früher entschieden gegen den Einmarsch protestirten! Aus Pesth wird berichtet, daß Szegedin seine Unterwerfung angetragen und um Militär gebeten habe. Die ebenfalls von dort kommende Nachricht, daß Kossuth die Geburt seines Sohnes den Debretzinern durch 101 Kanonenschüsse habe signalisiren lassen, ist wohl nur ein schlecht ersonnener Puff. Die Hoffnungen der Debretziner Regierung sollen sehr im Dahinschwinden sein. So soll einer ihrer thätigsten Chefs, Stefan Bezeredy, seiner im Tolnaer Comitate lebenden Frau geschrieben haben, sich so schnell als möglich aller Kossuth'schen Banknoten zu entledigen. Gestern traf eine Zuschrift des Fürsten Windischgrätz an den hiesigen Magistrat hier ein, worin er die Ansicht ausspricht, daß aller Schaden, welcher durch die Einnahme Wiens im Okt. v. J. verursacht wurde, von der Stadt Wien zu tragen und die Entschädigungsansprüche von ihr zu ersetzen seien. Es scheint demnach, daß der Fürst auch als Justizminister fungirt. Uebrigens wird dem Theile der durch die Kriegsereignisse beschädigten Gebäude, welche in der k. k. Brandschaden-Versicherungsanstalt eingeschrieben sind (ich glaube 59 an der Zahl) von derselben ein Entschädigungsbeitrag von 125,000 fl. C.-M. geleistet. Die in der gestrigen Kundmachung des Gouverneurs enthaltenen Verstärkungen des Belagerungszustandes erregen in der gebildeten Klasse großes Mißfallen und „trotz alledem" laute Mißbilligung! Grobe Schildwachen gab es jederzeit, um so mehr im Belagerungszustande, und man will behaupten, daß nur die Grobheit des Wache stehenden Soldaten die Veranlassung war, daß er von den vier gänzlich unbewaffneten Spaziergängern „angefallen" wurde. Es kommen ohnehin täglich Verhaftungen vor wegen angeblicher Beschimpfungen des Militärs und die Anmaßung der Soldaten kann durch ähnliche Maßregeln nur noch zunehmen. Gestern gingen 118 Mann von hier nach Grätz ab und andere 108 Mann nach Italien. In den letzten Tagen hat die Konskription für Wien ihren Anfang genommen; bis jetzt geht sie ruhig von Statten, obschon sie noch nach dem alten Rekrutirungsgesetze vorgenommen wird.

△ **Wien**, 21. Febr. Gestern in später Abendstunde erschien noch das folgende

24. Armee-Bülletin.

Wie bereits im 20. Armee-Bülletin mitgetheilt wurde, so hatte F.-M.-L. Puchner den beabsichtigten Angriff auf Hermannstadt mit einem für unsere Waffen glänzenden Erfolge zurückgeschlagen und in Vereinigung mit dem Korps des F.-M.-L. Gedeon die Insurgenten bis Stolzenburg verfolgt. Der Befehlshaber der ungarischen Insurgenten Bem hatte sich mit ungefähr 12000 Mann und 27 Kanonen in der durch das befestigte Schloß fast unangreifbaren Position bei obigem Orte festgesetzt, von wo aus er die Hermannstädter Garnison häufig allarmirte. Da der kommandirende General F.-M.-L. Puchner am 3. Februar in Erfahrung brachte, daß Bem am 5. in Vereinigung mit den Szeklern einen erneuten Angriff auf Hermannstadt beabsichtige und dieserhalb von Stolzenburg nach Salzburg abgerückt sei; so beschloß derselbe die Offensive zu ergreifen, und traf am 4. Februar früh mit dem Armeekorps vor Salzburg ein. Bem hatte auf der Hügelreihe vor der Stadt eine günstige Stellung genommen. Durch die zurückgelassene Besatzung in Stolzenburg und anderweitige Detachirungen dürfte seine Truppenzahl auf 3000 Mann mit 27 Kanonen verringert worden sein. F.-M.-L. Puchner machte einen Scheinangriff gegen die feindliche Stellung und die Insurgenten ließen sich nach einem ihrerseits lebhaft unterhaltenen Geschützfeuer verleiten, ihre feste Stellung zu verlassen und unsere Truppen, die sich nach den getroffenen Dispositionen auf die dominirenden Höhen gegen Hermannstadt zurückgezogen, zu verfolgen. Nachdem Bem sein Geschütz auf die diesseitigen Abhänge der Hügelreihe von Salzburg postirt hatte, ergriff F.-M.-L. Puchner die Offensive, und in Folge eines allgemeinen Angriffes zogen sich die Insurgenten Anfangs geordnet zurück, allein bald artete dieser Rückzug in wilde Flucht aus. Am Eingange von Salzburg wollten die Insurgenten erneuten Widerstand leisten, wurden jedoch nach kurzem Gefecht durch das Dorf zurückgetrieben und von den Brigaden Losenau und Stutterheim mit 12 Geschützen verfolgt. Das glänzende Resultat dieses siegreichen Gefechtes waren 18 Kanonen, 10 Pulverwagen, viele Waffen, Bagagen und unter letzteren die des Anführers Bem, welche in unsere Hände fiel. 700 Todte haben feindlicherseits das Schlachtfeld bedeckt, 140 Mann wurden Gefangene gemacht. Unsererseits besteht der Verlust in 70 Todten und 160 Verwundeten. Die geschlagenen Insurgenten zogen sich über Reißmarkt nach Mühlenbach, von der Brigade Losenau verfolgt, zurück. Am 5. hatte Bem die Stadt Mühlenbach, die mit starken Ringmauern versehen ist und eine befestigte Kirche hat, verbarrikadirt und sich zu lebhaftem Widerstand vorbereitet. Am 6. rückten unsere Truppen vor und nahmen auf der Höhe von Mühlenbach Stellung. Zwei Bataillons Infanterie, drei Eskadrons Kavallerie und 6 Geschütze unter Befehl des Obersten Baron Stutterheim wurden nach Petersdorf detachirt, um den Feind auf seinem weiteren Rückzuge zu beunruhigen. Die Insurgenten warteten den Angriff nicht ab und zogen sich schleunigst zurück; jedoch gelang es Rittmeister Grafen Alberti, ihnen in die Flanken zu kommen und 700 Gefangene, 2 Kanonen und sämmtliches Gepäck abzunehmen. Am selben Tage hatte ein Theil der diesseitigen Besatzungstruppen von Karlsburg unter Hauptmann Domaschetzki vom Ingenieurkorps zur Beunruhigung Mühlenbachs einen Ausfall gemacht und bei dieser Gelegenheit eine feindliche Fahne erbeutet. Der Insurgentenführer Bem setzte mit dem Reste seiner fliehenden Truppen und dem noch übrigen Geschütze den Rückzug bis Szasz-Varos fort. Die k. k. Truppen bezogen dagegen Abends das Lager bei Sibot. Da sich der Feind in Szasz-Varos erneut festsetzen zu wollen schien, und in der Nacht Barrikaden baute, so entsendete F.-M.-L. Puchner zwei Umgehungs-Kolonnen in des Feindes Flanken und griff den Ort am 7. um 7 Uhr Morgens mit der Haupttruppe an, erstürmte ihn und eroberte 2 Kanonen. Der Feind zog sich gegen Deva zurück, brach die Brücke über den Strelia-Fluß bei dem Dorfe Buski ab, und besetzte die dortigen Gefilde. Bei Abgang des Kouriers traf F.-M.-L. Puchner Anstalt, den Fluß zu übersetzen und den Feind auch aus dieser Position baldigst zu vertreiben, und so werden unsere braven Truppen unter der Leitung ihres erfahrenen und siegreichen Führers die Räumung Siebenbürgens von diesen raubenden und sengenden Horden sehr bald bewerkstelligt haben. Wien den 20. Februar 1849. Der Civil- und Militärgouverneur: **Welden**, Feldmarschall-Lieutenant.

Wien. Graf Stadion, welcher sich in Folge seiner Ernennung zum Minister des Innern einer neuen Wahl als Deputirter unterworfen hatte, ist in seinem Wahlbezirke Rawa in Galizien mit 83 von 89 Stimmen, also fast mit Stimmeneinheit wieder erwählt worden. (Presse.)

** **Kremsier**, 20. Febr. Die heutige Sitzung des Reichstags, bloß für die Erledigung der gewöhnlichen Geschäfte bestimmt, bot wenig Erhebliches. Abg. Kain suchte um einen 14 tägigen Urlaub an, da er sich während dieser Zeit von der gegen ihn vorliegenden Beschuldigung zu reinigen hofft, um dann wieder in Ehren seinen Sitz in der Kammer einzunehmen. Gegen den Majoritätsbeschluß über die Angelegenheit dieses Abg. wird ein Protest von Hawelka vorgelesen. Diesem Proteste hat sich ein großer Theil der Rechten und des Centrum angeschlossen; Brestl meldet eine Gegenerklärung an. Kaufmann Herndt interpellirt die Minister der Finanzen und des Innern wegen Aufhebung des Hausirhandels, durch welchen die ansäßigen Kaufleute so vielen Schaden leiden. Sepiel interpellirt den Minister des Innern, warum ungeachtet des Gesetzes vom 7. Sept. v. J. über Aufhebung des Unterthänigkeitsverbandes und Auflassung der Naturalabgaben, dennoch die Pfarrer in Galizien den Zehnten eingefordert haben, und Haimerl erstattet Bericht über die Thätigkeit des Ausschusses für das Unterrichtswesen und verliest auf Verlangen der Kammer eine Petition, von 1447 Schullehrern unterzeichnet, die um Verbesserung ihrer Lage bitten. Ueber den Antrag Smolka's wegen Aufhebung der Taxen für Fakultätsgrade wird sich der Ausschuß an das Ministerium des Unterrichts wenden und in einem ausführlichen Berichte anfragen, woher diese Taxen sich schreiben.

Heute erschien wieder eine hannakische Deputation im National-Kostüm vor dem Reichstagsvorstand, um dem Reichstage ihre Huldigung darzubringen.

Mehrere Vertrauensadressen mit vielen Tausend Unterschriften aus verschiedenen Theilen der Monarchie sind an den Reichstagsvorstand eingelangt, die in einer der nächsten Geschäftssitzungen zum Vortrage gebracht werden dürften. Während unsere gesinnungslose Presse den Reichstag fortwährend auf die niedrigste Weise schmäht, erheben sich im ganzen Lande laute Stimmen der Anerkennung für denselben. Meistens sind es die ministeriellen Blätter, die den Reichstag zum Ziel ihrer Angriffe machen. Wie läßt sich Achtung vor den Gesetzen erwarten, die eine so herabgewürdigte gesetzgebende Gewalt dekretiren wird? Wir leben überhaupt in einem Zustande von Abnormität, zu dem wir nicht leicht einen Vergleich finden können. Wir haben ein Ministerium, das anstatt in der Kammer, im Heere die Majorität hat, und einen

Reichstag, den das Ministerium nicht entbehren kann, der aber von der servilen Presse und von der Armee auf die schmählichste Weise gebrandmarkt wird. Wir verweisen auf die Adresse der italienischen Armee an den Kaiser gegen den Zbyszewsky'schen Antrag und auf die offiziellen und halboffiziellen Blätter: „Wiener Zeitung", „Lloyd", „österr. Korresp.", welch' letzterer im reaktionärsten Sinne den Absolutismus predigt.

Prag, 20 Febr. Minister Bach hat einem der hervorragendsten von den böhmischen Deputirten die Versicherung gegeben, daß die Regierung weder die Auflösung des Reichstags, noch andere freiheitsfeindliche Schritte beabsichtigte, und speciell, daß die Regierung die slavenfeindlichen Schritte Windischgrätz's in Ungarn mißbillige. Windischgrätz sei von der magyarischen Aristokratie umstrickt werden, die Regierung habe aber drei Commissäre mit gemessenen Aufträgen zu ihm abgesendet. Das sind mündliche Versicherungen. Indessen bemüht man sich, den alten Kronverband zwischen Ungarn und seinen Nebenländern, wie er vor dem März bestand, wieder herzustellen. Der Krieg in Ungarn wird hoffentlich bald beendigt werden, denn Essegg und Arad sind gefallen; es hält sich nur noch Komorn, und zu dessen Beschießung soll schweres Belagerungsgeschütz von Wien abgehen. Im großen Krieg zieht das magyarische Heer den Kürzern, im Guerillakrieg aber haben die Magyaren viele Vortheile. Der gemeine Mann im Heere ist des Krieges schon überdrüssig, und ich hatte Gelegenheit, Zuschriften von k. k. Soldaten aus Ungarn an ihre Eltern zu lesen, die eben nicht sehr erbaulich lauten. Solche Zuschriften und andere Umstände regen das Landvolk in dem Grad auf, daß es sich standhaft weigert, Rekruten zu stellen. Es wird der Regierung schwer werden, ohne die Autorität des Reichstags Rekruten für das Heer zu bekommen. — Der Zwiespalt, den die Kaim'sche Angelegenheit in Kremsier hervorgerufen, zeigt sich auch hier, man kämpft heftig für und gegen. Im Reichstag sollen viele Mitglieder gesonnen sein, die Sitzungen nicht wieder zu besuchen, bis Kaim ausgetreten sei. Die Adresse an den Reichstag hat schon 10,000 Unterschriften; die hiesige Studentenschaft wird eine besondere Adresse abschicken. Beiläufig gesagt, liegt die hiesige Studentenschaft in einem heftigen Kriege mit dem morschen akademischen Senate. — Das Ministerium hat der Stadt Prag eine Unterstützung von 100,000 Gulden bewilligt. (D. P. Z.)

Von der österreichischen Grenze, 20. Febr. Aus sehr guter Quelle kann ich Ihnen melden, daß die retrograden Blätter, als Olmützer Correspondent, Lloyd, Bäuerle's Theaterzeitung 2c., sub rosa förmlich angewiesen wurden, den Ton, welchen sie bisher dem Reichstage gegenüber angeschlagen hatten, zu mäßigen. Die Adresse der Lipa, welche bereits mit Tausenden von Unterschriften bedeckt ist, hat dazu hauptsächlich beigetragen. Nun steht aber dem Reichstage noch ein weiteres glänzendes Vertrauenszeichen bevor: die Slawjenska Lipa in Agram bereitet eine ähnliche Adresse. Die höchst bemerkenswerthe Haltung der croatischen Blätter währt fort und nirgends wird das Föderativprinzip energischer zur Geltung gebracht als in den südslavischen Provinzen. Ein merkwürdiger Umschwung der Meinungen macht sich in der slavischen Welt allenthalben bemerkbar und scheint merkwürdigen Vorgängen zur Einleitung zu dienen. Die Prager Studentenschaft hat an den Reichstag eine Adresse abgehen lassen, in der das Prinzip der Volkssouveränetät als Richtschnur offen ausgesprochen wird.

Als Görgey vor Leutschau stand, befand sich daselbst nur eine schwache Garnison kaiserl. Truppen, die sich zurückzog und eine feste Stellung auf einem nahen Berge einnahm. Das magyarische Korps trachtete die Höhe zu nehmen, was jedoch mißlang. In Leutschau thaten sich Görgey's Offiziere und Mannschaft gütlich; ein Ball jagte den anderen. Gelegentlich ward der Palast des Bischofs, der sich zu den Kaiserlichen geflüchtet hatte, demolirt. Als General Götz heranrückte, machten sich die Magyaren auf die Sohlen und setzten sich theilweise, um leichter fortzukommen, in Wagen, die mitunter sogar mit Ochsen bespannt waren. Görgey wird als ein stattlicher Mann von ziemlich einnehmender Beredsamkeit geschildert. Nach seiner eigenen Aussage gedenkt er sich nach Debreczin zu wenden und mit den Kossuth'schen Hauptcorps zu vereinigen. Eingeschlossen ist er nicht. Die Zuversicht der magyarischen Truppen ist noch immer sehr groß. An einem Siege ihrer Sache wollen sie durchaus nicht zweifeln. Diese Angaben stammen aus dem Munde von Augenzeugen der dortigen Vorgänge. Fürst Windischgrätz wird sein Hauptquartier demnächst nach Erlau verlegen. Jellachich wird vor Szolnok operiren. (Leipz. Z.)

* **Berlin,** 22. Febr. Die Nat. Ztg. fährt fort, gegen den Berliner Magistrat den diable boiteux zu spielen, welcher die Dächer abdeckt und die Heimlichkeiten der Häuser zeigt. Sie berichtet heute: „In der ziemlich stürmischen Dinstagsitzung beschäftigte sich der hochedle Magistrat, wie wir erfahren, fast ausschließlich mit der Ermittelung „des Verraths", durch welchen uns das Resultat seiner geheimen Abstimmung über die Aufhebung des Belagerungszustandes bekannt geworden sei. Man hatte natürlich die Minorität in Verdacht und Herr Syndikus Möwes bezeichnete den Thäter sehr human als einen Schuft. Es wurde endlich auf Antrag des Stadtrath Seeger von jedem Mitgliede des Kollegiums die amtseidliche Versicherung gefordert und auch schriftlich abgegeben, daß es nicht der Verräther gewesen sei. Nun erhob sich Hr. Stadtbaurath Kreyher mit der Denunziation, Hr. Dr. Wöniger habe während der Abstimmung eine vollständige Liste der Votanten angelegt, und Herr Möwes verlangte auch darüber sofort amtseidliche Erklärung, auf die der Herr Bürgermeister indeß nicht einging. Herr Wöniger erklärte die Angabe für falsch, er habe nur gethan, was er sehr oft zu thun pflege, er habe die Votirenden während der Abstimmung auf dem vor ihm liegenden Papier aufzuschreiben versucht; es sei ihm dies aber in dem vorliegenden Fall bei der Schnelligkeit der Abstimmung nicht einmal vollständig gelungen, und er habe sich nachher gar nicht weiter um das Papier gekümmert. Sofort beantragte Hr. Stadtrath Piper einen Beschluß, daß Niemand mehr die Namen der Votirenden solle aufschreiben dürfen! Dies ward indeß selbst von der Majorität als absurd erachtet und unter ziemlichem Tumult beseitigt. Noch größerer Lärm erfolgte, als Herr Stadtsyndikus Möwes und Herr Stadtschulrath Schultz in heftiger Weise weitere Fragen thaten, welche Zweifel an der amtseidlichen Erklärung des Herrn Dr. Wöniger involvirten. Der Letztere erklärte endlich ebenfalls gereizt, daß er hierin persönliche Beleidigungen finde, die er sich verbitte und nicht länger mit anhören werde. Als er sich anschickte, den Saal zu verlassen, erklärte der Herr Bürgermeister, was längst hätte geschehen sollen, die Debatte für geschlossen. Diese Vorgänge sprechen für sich selbst; wir enthalten uns daher auch jeder weiteren Bemerkung über dieselben. Nur das glauben wir noch bemerken zu müssen, daß sich diejenigen gänzlich irren, welche den Verräther in der Minorität des Magistratskollegiums suchen; sie hätten, um sich von ihrem Irrthum zu überzeugen, weder der amtseidlichen Versicherung ihrer Kollegen, noch deren nachherige Anzweiflung bedurft." Man sieht, die Amtsgeheimnisse wollen heut zu Tage nicht mehr recht gedeihen.

Berlin, 23. Febr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht:

Den Wirklichen Geheimen Rath, Grafen von Arnim, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und den Ministerialdirektor, Geheimen Ober-Finanzrath von Rabe, zum Finanz-Minister zu ernennen. (Pr. St.)

§ **Berlin,** 24. Febr. A Jove principium! Ich beginne mit Wrangel, der ungestört durch das Ministerium fortfährt, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Kürzlich erschien hier eine Nummer des Kladderadatsch unter dem Titel einer Fastnachtszeitung; der Drucker hat selbst die Wrangelschen Vorschriften erfüllt und drei Tage vor dem Erscheinen der Polizei ein Exemplar zugesandt; aber kaum ist das Blatt erschienen, so wird es konfiszirt und die Druckerei geschlossen. Der Drucker remonstrirt, Wrangel bleibt unerbittlich — „er sei seinem Könige, den Ministern und — ja, und den Landständen (sic) verantwortlich." Ein Gleiches ist gestern einer andern Druckerei widerfahren, weil sie ein Gedicht von Freiligrath an die Kammern gedruckt hatte.

Wundern Sie sich nicht, daß ich nicht zuerst von den beiden neuen Ministern gesprochen habe, deren Ernennung der heutige Staatsanzeiger uns gebracht hat. Wrangel und Belagerungszustand ist das A und O unserer Empfindungen. Kurios genug freilich ist jene Ernennung. Bei dem neuen Finanzminister Hrn. Raabe erinnerte man sich bald, daß er mit der Verwaltung der Staatsschulden zusammenhänge, aber nicht leicht habe ich bei einem unserer Minister eine solche Konfusion, ein solches Hinundherrathen über die Person des neu Ernannten erlebt, wie hier bei dem preußischen Minister des Auswärtigen, Herrn Grafen

von Arnim. „Es ist der Graf Arnim-Britzenburg ohne Zweifel!" sagten die Einen; „nein, der ist nicht wirklicher Geheimer — es muß sein Bruder, der Schloßhauptmann sein!" meinten die Andern. Aber bei näherer Nachfrage ergab sich, auch der letztgenannte sei nicht wirklicher geheimer Rath. Da erinnerten sich genaue Statistiker eines Grafen Arnim, der irgendwo, in Konstantinopel, hieß es zuerst — Gesandter sei, und diesem Fingerzeige folgend haben wir denn nun endlich mit Hülfe des „genealogischen Kalenders der gräflichen Häuser für 1849" herausgebracht, daß unser neuer Minister der bisherige preußische Gesandte in Wien ist, über dessen Fähigkeiten selbst die feine Diplomatie nicht gerade höflich urtheilt. Nun, was thut's? Neben Brandenburg wird er sich wohl sehen lassen können.

Was aber bedeutet diese Ergänzung des Ministeriums? Ich glaube: sie bedeutet soviel wie die neuen Minister selbst — nämlich sehr wenig. Das Ministerium will in voller Zahl vor die Kammern treten, es bedarf der Ergänzung um so mehr als Kühne, der schon gegen die Gewerbeordnung heftige Opposition gemacht hat und nur mit Mühe sich hat halten lassen, jetzt bestimmt auf seinem Austritt beharrte; die Unterhandlungen mit Bonin (ob und mit wem wegen des Auswärtigen verhandelt ist, steht dahin) führen zu keinem Resultate, weil dieser gewandte und kluge Mann sich nicht der Möglichkeit eines schleunigen Schiffbruches aussetzen will — kurz das Ministerium entschließt sich, die Plätze wenigstens zu füllen und schiebt zwei Strohmänner vor, die ganz nach Brandenburgs Beispiele es für ihre Pflicht halten, par ordre du roi Minister zu werden. Und so gewährt mir denn die Art der Ergänzung wenigstens die Hoffnung, daß man in den höheren Regionen nicht so gar fest an die Fortdauer dieses Ministeriums glaubt, wenn auch andrerseits die Ergänzung überhaupt meine patriotischen Wünsche etwas niederschlägt.

Mittlerweile findet sich hier die Großmacht zusammen, in deren Händen das Bleiben der Minister nebst anderen wichtigeren Dingen ruht. Die Abgeordneten sind bereits in großer Zahl hier eingetroffen. Am stärksten ist bis jetzt die Zahl der Konservativen; die Mitglieder der Opposition aus Schlesien und vom Rhein werden erst heute erwartet. Beide Parteien halten bereits Privatversammlungen, doch hat von entscheidenden Beschlüssen noch nichts verlautet — man sondirt die Stärke der Gegner und erst nach der Thronrede wird sich etwas Genaueres über die Stellung der Parteien sagen lassen.

Berlin, 24. Febr. Die heute ausgegebene Nr. 8 der Gesetz-Sammlung enthält den Allerhöchsten Erlaß vom 2. Februar 1849, betreffend den Angriff der Arbeiten auf der Eisenbahnstrecke von Lippstadt über Soest nach Hamm und die Einsetzung einer besondern königlichen Kommission für die westphälische Eisenbahn.

Halle, 17. Febr. Leo ist neuerdings wieder mehrere Male in Charlottenburg gewesen. (Aach. Ztg.)

Düsseldorf, 22. Febr. Aus zuverlässiger Quelle haben wir hier die für unsere Stadt höchst verhängnißvolle Nachricht erhalten, daß das Ministerium Brandenburg, auf Betreiben des Handelsministers v. d. Heydt, einer Elberfelder Aktien-Gesellschaft die Konzession zur Anlage einer direkten Eisenbahn zwischen Elberfeld und Köln ertheilt hat. (Volks-Halle).

⩶ **München**, 22. Febr. Auf den heutigen Tag war bekanntlich der Wiederzusammentritt der Abgeordnetenkammer angesetzt und man erwartete mit Gewißheit, daß die Nymphenburger Unentschlossenheit, welche neulich einer Ihrer Korrespondenten mit vollstem Recht als Haupthinderungsgrund des Zustandekommens eines neuen Ministeriums bezeichnete, endlich mit einer Erklärung zur Beendigung der Ministerkrise hervortreten werde. Indessen machte noch am späten Abend des gestrigen Tages ein Circular den hier anwesenden Deputirten bekannt, daß die heutige Sitzung solle auf morgen verlegt werden, da viele der Herrn Deputirten der heute stattfindenden ersten Sitzung des Geschwornengerichts beizuwohnen wünschten. Das war der ostensible Grund, die wirkliche Ursache liegt aber in Nymphenburg. Man hat dort noch nicht gefunden, was man sucht, und zögert, das allerdings gewagte Experiment anzunehmen, wozu sich die Leute vorfinden — ein Ministerium der Linken. Es sollte also der Nymphenburger Unentschlossenheit durch die abermalige vierundzwanzigstündige Hinausschiebung des Wiederbeginnens der Kammersitzung noch eine neue Frist zur Beschlußfassung gegeben sein. Ob ihr bis morgen gelingen wird, wozu sie seit beinah 3 Wochen die Fähigkeit nicht gehabt hat? Ich zweifle sehr daran, da selbst in sonst sehr gut unterrichteten Kreisen bis jetzt (in später Abendstunde) nicht das leiseste Gerücht davon verlautet. Aber wie auch die Würfel fallen, — denn leider scheint die Entscheidung trotz allen Zögerns, Ueberlegens und Umhertastens endlich doch auf den Zufall augenblicklicher Stimmungen und Bestimmungen gestellt — wie die Würfel auch fallen mögen: die Dinge liegen jetzt noch weit bedenklicher als zu jener Zeit, da das Ministerium in Folge der bekannten Abstimmung über die Grundrechte seine Entlassung foderte. Das Volksleben und sein Ausdruck in den Parteien hat fortpulsirt, wenn man auch von obenher mit dem status quo temporisirte. Wäre vor 14 Tagen ein Oppositionsministerium ans Staatsruder getreten, so hätte es wenigstens für den Augenblick eine zujauchzende Majorität in den Provinzen, und in der Hauptstadt selber eine volltönige Akklamation gefunden. Denn die Erklärung für die Grundrechte war der erste, wahrhaft nationale Griff: er eröffnete recht eigentlich die Theilnahme auch des nichtpolitischen Baiern an der deutschen Sache. Und die Gegner wären von der Ueberraschung gefesselt gewesen. Allerdings wäre auch baldigst eine Opposition erwachsen; aber das Ministerium konnte bis dahin doch bereits eine Haltung gezeigt haben, welche auch seine prinzipiellen Gegner zu nur gemäßigtem, jedenfalls vorsichtigem und zögerndem Entgegentreten gezwungen hätte. Selbst einem Koalitionsministerium (obgleich ich es als ein entschiedenes Unglück hätte bezeichnen müssen) wäre wenigstens die Möglichkeit gegeben gewesen, den Uebergang zu einem irgendwie entschiedenen Regierungsprinzip zu vermitteln. Allein man ließ die Zeit verstreichen, und jeder noch ohne Entscheidung verstreichende Tag treibt die Dinge mehr auf die Spitze. Die ultramontane Partei hat vorzugsweise durch den „Volksboten" und ihre lebendigen Satelliten unter dem Landvolk Oberbaierns in dieser kurzen Zeit auf eine Weise gewühlt, daß diese, nach sicheren Nachrichten, jeden Augenblick zum Zuzug bereit sind, gegen die „Frevler an der Religion und Sitte", welche „den König vom Thron stoßen" und das Land „aussaugen" wollen zu Gunsten ihrer „unbedingten Herrschaft". Die Ritter der Dunkelheit brauchen nur zu rufen! Ebenso hat man von andern Seiten die Zeit benutzt, um die Gewerbtreibenden in immer größere Angst gegen die Grundrechte zu hetzen, indem man sie mit falscher Auslegung der §§. 3 u. 13 täuschte, als seien unbedingte Gewerbefreiheit und Freizügigkeit deren unmittelbares Erfolge. Gegen 200 Gemeinden haben in diesem Sinne bereits Verwahrungen gegen die unbedingte Geltung der Grundrechte eingelegt. Die reaktionäre Revolution hat bedeutend an Umfang gewonnen. Allein natürlich hat auch die Demokratie diese Zeit nicht unbenutzt verstreichen lassen, und das Mißtrauen gegen die Wahrhaftigkeit eines konstitutionellen Wollens der Staatsmacht immer heftiger angeschürt. Selbst jene sogenannte „nationale" Demokratie, welche eigentlich auch das System des Temporisirens befolgt, neigt sich jetzt mehr und mehr den „entschieden Freisinnigen" zu, und wird in ihrem Kultus für die Konstitution, natürlich auf der bekannten „breitesten Grundlage", so wankend, daß bei ihr keine Verfechtung des monarchisch-konstitutionellen Prinzips mehr zu erwarten ist. Ein nicht im Voraus als sehr freisinnig bekanntes Ministerium fände sie bestimmt mit der äußersten Demokratie vereint. Wie in den inneren Angelegenheiten, so temporisirt die Staatsmacht auch in der allgemeinen deutschen Frage, während dort die Dinge unaufhaltsam vorwärts rollen. Was soll Baierns Loos werden, wenn noch lang in keiner Frage eine Lösung gefunden wird? Soll es Kleinösterreich spielen? Soll es, mutatis mutandis, alle die Qualen durchmachen, welche diese Monarchie seit einem Jahre zerrissen haben? Geht denn die schreiende Geschichte des Tages ganz ungehört, ganz ungesehen, ganz unbenutzt an manchem Fürstenthron vorbei?

0 **München**, 23. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde endlich die lang erwartete Vertagung vom Minister des Innern mit folgenden Worten angekündigt:

„Meine Herren! Ich habe dieser hohen Versammlung heute vorläufig anzukündigen, daß Se. Majestät der König beabsichtigt, den Landtag auf einige Zeit zu vertagen. Die Gründe hiezu sind folgende: Den 8. d. habe ich dieser hohen Versammlung angezeigt, daß sämmtliche Minister sich veranlaßt gesehen hätten, Se. Majestät um Enthebung von ihren Portefeuilles zu bitten. In Folge dessen haben Se. Majestät einleitende Schritte gethan, um ein neues Ministerium zu bilden. Diese sind jedoch nicht so weit gediehen, daß sie jetzt schon ein definitives Resultat gaben. Theils

damit Se. Majestät hiezu die gehörige Zeit erhalten, theils um den neueintretenden Ministern die Möglichkeit zu geben, die dem Landtage vorzulegenden Gesetzentwürfe vorzubereiten, theils ferner weil Se. Majestät diejenigen Mitglieder dieser hohen Versammlung, die zugleich Mitglieder der Nationalversammlung in Frankfurt sind, bei den in Aussicht stehenden, für Baiern höchst wichtigen Beschlüssen ihrer dortigen Wirksamkeit nicht entziehen wollen, theils endlich weil die Frage über das Verhalten Baierns zur Reichsgewalt sich weit klarer wird beurtheilen lassen, wenn diese Beschlüsse, die in nächster Zukunft in Frankfurt in Aussicht stehen, gefaßt sind, haben Se. Majestät beschlossen, diese Vertagung eintreten zu lassen. Der Landtag wird jedoch jetzt noch eine kurze Zeit beisammen zu bleiben haben, weil derselbe noch einen Gesetzesvorschlag über die Matrikularbeiträge zur Reichsgewalt, namentlich zur deutschen Flotte, in Berathung und Beschlußfassung zu bringen haben wird. Sobald dies geschehen ist, wird die Vertagung erfolgen." Soweit der Minister. Der Schluß dieser Erklärung scheint den Hauptgrund der Vertagung in sich zu haben; man will nämlich, während die Sachen mit Frankfurt geordnet werden, frei agiren und den Landtag erst dann wieder einberufen, wenn die **faits accomplis** ihm nur noch gestatten zu protestiren oder — Amen zu sagen. So ist wohl nicht zu erwarten, daß der Landtag der zur Berathung des von der Regierung vorzulegenden Gesetzentwurfs vielleicht noch gegen 14 Tage nöthig haben wird, vor Anfang Mai wieder zusammentreten werde und bis dahin hofft man, daß auch die verfassunggebende Reichsversammlung ihre Aufgabe vollendet haben wird.

Besonders auffallend erschien die Naivetät, mit welcher Beisler nach 16tägiger Ministerkrisis die Bemerkung machte, daß Se. Majestät bereits einleitende Schritte gethan, um ein neues Ministerium zu bilden. Ich kann Ihnen nebenbei aus zuverlässiger Quelle versichern, daß man bei der Bildung des neuen Ministeriums zur Zeit noch nicht über das Alpha hinausgekommen ist. Keine der Anerbietungen wurde bis jetzt angenommen. Gestern wurde ein Bote an Ministerialrath Kleinschrod in Frankfurt gesandt; man bietet ihm das Portefeuille der Justiz an. Heinz soll sich nun auf das Entschiedenste weigern, irgend ein Ministerium anzunehmen und alles andere liegt noch im Dunklen.

≍ **München**, 23. Febr. Durch den Landtagsabschied von 1819 war uns Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtspflege mit Geschwornen zugesprochen und gestern am 22. Februar des Jahres 1849 fand zu München die erste Sitzung des Gerichts in dieser Weise statt. Gerad diese erste öffentliche Verhandlung war ein Triumph dieser Art der Gerichtspflege, als solle damit vom Schicksal eine Nemesis dafür geübt werden, daß der Staat erst durch die gewaltsamen Mittel der Märzerhebung hatte zur Abtragung dieser alten Schuld gezwungen werden müssen. (Vgl. unsere gestr. Nr.) Wahrhaft bewundernswerth nennen wir die Sicherheit und Abrundung, auch in den äußerlichen Formen, womit die beim Gericht betheiligten gelehrten und ungelehrten Personen ihre Funktionen erfüllten. Die ganze Ausstattung des in einem der ehemaligen Bibliotheksäle der Akademie der Künste eingerichteten Sessionslokals ist höchst würdig und anständig. Etwas sehr seltsam nehmen sich jedoch heutzutag die goldgestickten Uniformen der königl. Beamten aus. Das Publikum, welches dichtgedrängt den Saal erfüllte, benahm sich ruhig und anständig. Es war ihm wohl eine Aufwallung lauten Beifalls zu vergeben, als nach kurzer Berathung der Geschwornen deren Obmann in den Saal trat, um in ihrem Namen auf die vorgelegten Fragen mit Nichtschuldig zu antworten. Auf die Mahnung des Präsidenten trat auch sogleich die Ruhe wieder ein, während der Angeklagten die Entscheidung für ihre volle Schuldlosigkeit und ihre volle Freiheit verkündet ward, sowie daß das Gericht die Kosten der Untersuchung zu tragen habe. — Die diesmaligen Assisen werden bis zum 6. März dauern. Es liegen noch zwei Anklagen auf Kindsmord vor; Preßvergehen scheinen nicht vorzuliegen.

Wir erhalten aus **München**, sagt die Allg. Z., vom 23. Febr. eine umständliche Erläuterung über die Note, welche die dortige königlich preußische Gesandtschaft aus Anlaß des jüngsten Beschlusses der Kammer der Reichsräthe der baierischen Regierung übergab. Danach beschränkte sich die Note „auf eine einfache ruhige Verwahrung gegen eine etwa in der Form der gedachten Erklärung erkennbare Verletzung des preußischen Namens, indem die Präcisirung des Beschlusses die Begriffe von „Ehre" in auffallender Weise mit dem Protest gegen das sogenannte preußische Kaiserthum in Verbindung bringt."

Ansbach, 22. Febr. Soeben ist der zum Schlusse der Generalsynode abgehaltene feierliche Gottesdienst beendigt; die auswärtigen Abgeordneten beeilen sich, in ihre Heimath zurückzukehren. (Nürnb. Korr.)

*** **Darmstadt**, 23. Febr. Andere Staaten haben bereits eine konstituirende Versammlung, noch andere werden oder wollen doch eine solche haben: es ist begreiflich, daß Hessen-Darmstadt nicht länger zurückbleiben kann. Zwei sogenannte Bürgerversammlungen haben die Angelegenheit in ihre Hand genommen und in zwei Sitzungen eine Adresse zu Stande gebracht, in welcher der Großherzog angegangen wird, zuvörderst „unverweilt" die gegenwärtigen Kammern aufzulösen, sodann die erste Kammer für alle Zukunft zu beseitigen und endlich eine konstituirende Versammlung einzuberufen. Größern Nachdrucks halber sollte eine eigene Deputation diese Adresse überbringen; der Großherzog hat dieselbe indeß nicht vorgelassen, sondern, durchaus konstitutionell, an sein Ministerium gewiesen.

△ **Darmstadt**, 24. Febr. Wenn die berichtlichen Anträge des Ausschusses unserer ersten Kammer, das neue Wahlgesetz betreffend, in der Kammer selbst durchgehen, so lägen bedeutende Abweichungen von den Beschlüssen der zweiten Kammer vor. Hier einige der wichtigsten: Der Ausschuß ist zwar nicht dagegen, daß, mit Beibehaltung des Zweikammersystems, auch die erste Kammer zur Wahlkammer werde; er hat nichts gegen direkte Wahlen; er ist für die in der zweiten Kammer als erforderlich beschlossenen Altersstufen; er ist endlich für den von der zweiten Kammer beschlossenen Zusatz zur aktiven Wahlfähigkeit für die erste Kammer von 20 fl. Census; aber er wünscht bei letzterer die Zahl der Wahlfähigen nicht durch Nachrücken bis zu 1000 in jedem Wahlbezirk ergänzt, eher zieht er 15 fl. Census vor; er hält auch einen Census bei der aktiven Wahlfähigkeit zur zweiten Kammer für räthlich und schlägt als solchen 6 fl. vor; am meisten aber weicht er ab in Bezug auf die passive Wahlfähigkeit zur ersten Kammer. Hier hatte nämlich zwar die Regierung einen Census vorgeschlagen, aber einen verhältnißmäßig mäßigeren, während die zweite Kammer, mit Rücksicht auf den von ihr geschaffenen aktiven Wahlcensus, ganz davon abgesehen und auch das von der Regierung vorgeschlagene Alter von 40 Jahren auf 30 herabgesetzt hatte. Der Ausschuß der ersten Kammer beantragt nun zwar, dieser Herabsetzung eventuell beizutreten, dagegen eine Umwandlung der ersten Kammer in eine Wahlkammer nur in der Unterstellung zu beschließen, daß für die Wählbarkeit zur ersten Kammer ein Steuercensus von 200 fl. ordentlicher direkter Steuer festgesetzt werde, und der Staatsdiener und Pensionist mit einem bestimmten Gehalt oder Pension von 1500 fl., der Kapitalist, welcher ein Kapitalvermögen von 30,000 fl. und der Rentenbesitzer, welcher eine dergleichen Einnahme von 1500 fl. nachzuweisen vermöge, für wählbar erklärt werde.

*** **Mainz**, 25. Febr. Das große demokratische Bankett zur Feier des Jahrestages der französischen Februarrevolution fand gestern Abend in der Fruchthalle statt. Sämmtliche Mitglieder des hiesigen demokratischen Vereins, ebenso zahlreiche Deputirte von den Vereinen des Bezirksverbands Rheinhessen und Kreuznach, waren anwesend. Viele Mitglieder der linken Seite der deutschen Nationalversammlung, welche besonders durch Abgeordnete vom hiesigen Vereine dazu eingeladen waren, hatten sich ebenfalls eingefunden. Noch einige Tage, bevor das Fest stattfand, ließen sich viele hiesige Bürger in den Verein aufnehmen, um nur dem Bankett beiwohnen zu können! Die Zahl der Theilnehmer mag an 2000 betragen haben. Die Gallerien der Festhalle waren mit Zuschauern, namentlich Damen, dicht angefüllt. Die Halle war mit Fahnen, Guirlanden und Inschriften reichlich verziert und durch einige tausend Kerzen erleuchtet. Während des Mahles spielte die Bürgermusik verschiedene Lieder, unter anderen auch die Marseillaise. In verschiedenen Reden, die namentlich von Abgeordneten der Nationalversammlung gehalten wurden, wurde auf die Bedeutung dieses Tages rc. hingewiesen. Unter andern sprachen die Herrn Fröbel, Zitz, Zimmermann, Hartmann, Würth rc. Gegen 11 Uhr trennte sich die Versammlung.

Die philosophische Fakultät in **Jena** hat vor einigen Tagen dem Reichsministerialpräsidenten v. Gagern „**academiae Jenensis olim alumno, nunc renascentis Germaniae spei, decori, columini,**

non ut honores videretur augere viro honoratissimo, sed ut iam cari nominis amorem, existimationem, fiduciam publice contestaretur“ das Ehrendoktordiplom übermachen lassen. Superintendent Schwarz in Jena hat einen Ruf nach Heidelberg abgelehnt, Professor Ad. Schmidt aus Ilmenau einen nach Greifswald angenommen. (Allg. Ztg.)

♉ **Schleswig**, 20. Febr. Man erwartet, man hofft hier die Kündigung des Waffenstillstandes. Alsdann, die Ueberzeugung spricht sich immer allgemeiner aus, ist Schleswig-Holstein für Dänemark verloren! Nur der Weg der Güte und der Verständigung könnte noch ein weniger nachtheiliges Ergebniß für Dänemark herbei führen. Der Weg des Unrechts und der Gewalt wird zunächst denjenigen zum Untergang führen, der ihn betritt. Und ganz abgesehen von Recht und Unrecht ist es widersinnig, an eine Bezwingung der Herzogthümer durch Dänemark allein, an eine Unterjochung der wohlhabenderen, kultivirteren und kräftigeren Hälfte einer Bevölkerung durch die andere Hälfte zu glauben, wenn Erstere ihre Schuldigkeit thut. Die hier angekommenen Offiziere sind der Obristlieutenant Schlegel und der Kapitän Klingsey. Nicht des Waffenstillstandes wegen, sondern der bei Bröns gefangenen aufrührerischen Bauern wegen, sind die Herrn hierher gekommen. Man hält es jetzt in Dänemark für zweckmäßig, die Miene der Theilnahme und Fürsorge zu zeigen. Die hiesige Centralkommission für Volksbewaffnung hat in diesen Tagen ihr Programm veröffentlicht und eine Versammlung von Landtagsabgeordneten und den hier am 6. d. M. anwesenden Deputationen zum 26. d. nach Rendsburg berufen. In diesem Programm heißt es: „der entschiedene Wille des Volks geht dahin, daß das Land dazu in den Stand gesetzt werde, auch beschränkt auf die eigne Kraft den Krieg gegen das Königreich Dänemark fortführen zu können und zwar nicht blos augenblicklich, sondern, wenn es sein muß, selbst längere Zeit.“ Als Plan im Allgemeinen wird angegeben: „durch Einübung dienstüchtiger Mannschaft (von Freiwilligen) die Errichtung von Korps vorzubereiten, welche zur Reserve für die Armee und namentlich zur Beschützung der Küsten geeignet seien.“ Der Anstoß, den der Krieg mit den Dänen der physischen Erziehung unsers Volksstammes gegeben hat, kann bei dem offnen Sinn für Gesetzlichkeit und Recht in Zukunft für das Land nur segensreich wirken.

** **Altona**, 22. Febr. Die Dänen sind in das Sundewittsche eingefallen. Sie führten Kanonen mit sich, man hörte den Kanonendonner weit entfernt in Flensburg und Schleswig. Unsere Patrouillen zogen sich rasch zurück und so entstand wohl das vergrößerte Gerücht von 10,000 Mann, da die Fliehenden den anrückenden Feind vergrößerten. Wie wir hören, sollen die Dänen wieder ans Ufer und ihre Schiffe zurückgekehrt sein, ihre ganze Landung war also nichts wie ein Normannenzug, um sich Lebensmittel zu verschaffen. Was unsere Regierung thun wird, wird sich zeigen, hoffentlich schreitet sie eben so energisch ein, wie gegen die Postbeleidigungen in Colding, indem sie die Postverbindung mit Colding aufgegeben hat und die nur noch bis Hadersleben geht, von wo sie dänischer Seits abgeholt werden muß.

** Aus Schleswig-Holstein, 23. Febr. Mit diesem zugleich werden zwei dänische Offiziere bei Ihnen eintreffen, welche gestern von Schleswig kamen und mit der Rendsburg-Altonaer Eisenbahn weiter fuhren, um über Harburg nach Frankfurt zu gehen und dort im Auftrag der dänischen Regierung bei der Centralgewalt entweder die Besetzung Schleswigs zu fordern oder die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten anzuzeigen. (?) Die letztern haben bereits begonnen, denn die ausgeführten Neckereien sind nichts weiter als beginnende Feindseligkeiten, welche bald aus Neckereien in ernstliche Angriffe ausarten werden. Es mußten erst so ernstliche Neckereien eintreten, ehe sich unsere Regierung zu ernstlichen Schritten bewegen ließ, sie hat nun einen Entschluß gefaßt, sie hat sich Reichstruppen erbeten und daher Sorge getragen, daß vorläufig Proviant für 80,000 Mann auf 6 Monate vorhanden ist. Haben wir eine gute Ernte, so ist unser Vorrath noch um Vieles bedeutender und schon wenige Wochen werden genügen, uns zu zeigen, ob die Wintersaat gut aufgehen wird. Aber nicht allein auf fremde Macht will man sich verlassen, man thut im Lande alle möglichen Schritte, um sich selbst wehrbar zu machen. Dazu gehört zunächst die Befestigung von Rendsburg. Die Festung wird auf's Neue in vollen Vertheidigungszustand gesetzt und sämmtliche Festungskanonen, deren hier im vorigen Sommer noch eine große Zahl ohne Affütage auf dem Arsenale lag, werden montirt. Eine bedeutende Anzahl groben Geschützes vom schwersten Kaliber ist nach dem Norden abgegangen, wahrscheinlich nach Flensburg, um die Strandbatterien dort zu armiren. Sollte die Diplomatie unsere Integrität opfern wollen, so würde das Land den Kampf allein durchführen, und sich selbst den Ordres von Rußland und England nicht unterwerfen. Der Bürgerwehr in Kiel hat man die Frage vorgelegt, ob sie sich auch außerhalb der Stadt, namentlich zur Küstenbewachung brauchen lassen wolle. Zunächst beabsichtigt man, so lange die Volkswehr noch nicht ganz in Ausführung gebracht, mobile Colonnen herzustellen, welche die eigentliche Grundlage der Volkswehr bilden könnten.

Berichte aus Sundewitt theilen mit, daß die Dänen, nachdem sie auf die Duppelermühle die Danebrogfahne aufgepflanzt und einige Kanonenschüsse gethan hatten, wieder auf die Schiffe zurückgegangen seien, man weiß aber noch nicht, was sie gewollt hätten, da auf eine Anfrage an den dänischen Offizier von Seiten der anrückenden Deutschen, ob dies eine Kriegserklärung sein solle, keine Antwort erfolgt sei. Zugleich geht uns aber ein neues Gerücht zu und zwar ein neuer Fluchtversuch des Königs von Dänemark. Um den ewigen Folterungen der Ultradänen zu entgehen, habe er zu fliehen beabsichtigt, sein bestes Pferd satteln lassen und sei am Ufer spazieren gegangen, um den günstigen Augenblick zu benutzen; aber General v. Hedemann soll eine Weisung bekommen und den König beobachtet haben, so daß er in dem Augenblicke, wie er sich aufs Pferd schwang, zurückgehalten wurde. Ist nur eines dieser Gerüchte von den Fluchtversuchen wahr, so ist der König in Kopenhagen wirklich Gefangener der dänischgesinnten Partei und nichts als ein Spielball einiger weniger exaltirten Dänen, die sich und uns dem Untergange nahe bringen. (?)

** **Hamburg**, 22. Febr. Was in Preußen bisher nicht durchging, ist gestern Abend in der konstituirenden Versammlung zum Beschluß erhoben worden, und zwar die Aufhebung der Schuldhaft. Die ganze Sitzung der konstituirenden Versammlung war überhaupt eine höchst merkwürdige. Zunächst faßte die konstituirende Versammlung den Beschluß, in corpore einer von den 13 verbundenen Vereinen ausgeschriebenen Feier der Grundrechte am Sonntage beizuwohnen. Wohl der erste gesetzgebende Körper in Deutschland, welcher in solcher Weise die Grundrechte sanktionirt. Der zweite Beschluß setzte fest, daß man bei der Berathung der Hamburgischen Verfassung die Frankfurter Grundrechte als das Minimum betrachten müsse, welches man dem Volke gewähren könne; jede Entfernung von den Grundrechten muß also eine Erweiterung derselben sein und darf eine Beschränkung derselben nie eintreten. Wie man nun zur Berathung der einzelnen Paragraphen schritt, kam man auch an den §. 8: die persönliche Haft als Vollstreckungsmittel wegen Schuldforderungen ist unzulässig, welches, wie sich in einer Handelsstadt, wo Geld Alles ist, vorhersehen ließ, großen Widerspruch hervorrief. Am schärfsten dagegen trat Senator Lutteroth auf, da nach dem allgemeinen deutschen Wechselrechte die Wechselhaft nicht aufgehoben sei, sondern sogar in einer Weise erweitert wäre, wie man sie sonst in Hamburg nicht gekannt habe, indem auch der Diskonteur des Wechsels, welcher die Valuta nicht baar geleistet habe, zur Haft gebracht werden könne. Und doch ging der Paragraph durch, wenn auch nur mit dem Amendement: die persönliche Schuldhaft ist abgeschafft, sobald sie nicht gegen das Reichsgesetz ist.

Frankreich.

†† **Paris**, 20. Febr. Im nächsten Monat wird in Paris eine Völkerzeitung erscheinen, la tribune des peuples. Mickiewicz, Quinet, George Sand, Michelet, Mazzini der Jüngere, Herwegh, Ramon della Sagra, Herzen, Sassonow, Haug, Teleki, Pulski, Tausenau sind mir als Mitarbeiter bezeichnet worden; von welchen ich den russischen Schriftsteller Herzen besonders hervorhebe, weil wir von seinem durchdringenden Verstande die wahrsten und freiesten Anschauungen des der Fremde abgeschlossenen russischen Reiches erwarten können. Gewiß ist Herzen unter den lebenden russischen Schriftstellern der bedeutendste. In der Einöde der Verbannung reifte er vom Jüngling zum Manne, vom russischen Aristokraten zum Menschen und Europäer. Mit einer Fülle von Talenten verbindet sich in dieser reichen Natur das edelste Herz. Er öffnet mit seiner Kritik der Hegel'schen

Philosophie den nicht deutsch sprechenden Russen eine Gasse der Freiheit. Golowin und Bakunin sind in Deutschland als russische Demokraten bekannt geworden. Sie verhalten sich zu Herzen, wie Meagher und Mitchell zu Daniel O'Connell. Der reiche Russopole Graf Branizki schickte der Redaktion der tribune des peuples einen inhaltschweren Artikel ein — 60,000 Franken, welche er den Unternehmern schenkt. Branizki war Oberst und Flügeladjutant des Kaisers Nikolaus. Er nahm Urlaub und kam nach Paris. Russische Spione sahen ihn oft bei Sozialisten, Bankets und Klubs, sie berichteten es dem Kaiser, und dieser ließ ihm durch den Gesandten befehlen, gleich heim zu kommen. Oberst Graf Branizki antwortete, daß er vorläufig in Paris bleiben werde. Er opfert mit diesem Ungehorsam mehr als vier Millionen Silberrubeln von seinem Vermögen, welche nach russisch despotischer Willkür als unbewegliches Gut an Krongünstlinge verschenkt werden. Sein bewegliches Vermögen, etwa sechs Millionen, hatte er vorher gerettet, und ist also durch die Konfiskation nicht gezwungen, sich einzuschränken.

Straßburg, 24. Feb. 6 Uhr. Abends. Telegraphische Depesche. Paris, 24. Febr. $2\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags. Der Minister des Innern an die Präfekten. Die Gedächtnißfeier des 24. Febr. ist heute mit großer Feierlichkeit und unter der vollkommensten Ruhe begangen worden. Die Nationalversammlung, der Präsident der Republik und die verfassungsmäßigen Gewalten wohnten ihr bei. Die Nationalgarde und die Linientruppen bildeten ein Spalier. Die Truppen kehren in ihre Quartiere zurück. Jeder Gedanke der Unordnung tritt zurück vor der Mißbilligung der öffentlichen Meinung.

Oesterreichische Monarchie.

Die Agramer Zeitung erklärt ihre Freude, aus sicherer Quelle mittheilen zu können, daß die Note des Grafen Almasy im Namen der ungarischen Hofkammer nur ein einseitiger Mißgriff des neuen ungarischen Hofkammerpräsidenten Almasy war, und daß der Ministerialrath Czegovich namentlich die Zumuthung, daß dieser Schritt des Grafen Almasy im Sinne der Politik des Ministeriums oder in seinem eigenen Sinne geschehen, mit Leidwesen und mit großer Kränkung hingenommen habe. Wenn es so ist, fügt die Redaktion weiter hinzu, woran wir nicht zweifeln, so bedauern wir dies von Herzen. Die Entrüstung, die dieses Beginnen Almasy's bei uns erweckt hat, möge indessen zum Beweise dienen, daß es zur Unmöglichkeit gehört, bei uns die alten Formen der magyarischen oder irgend einer Knechtschaft einzuführen. (D. A. Z.)

Agram, 16. Febr. Der Ausschuß unserer Slawenska Lipa hat gestern eine Sitzung abgehalten, in der ein Ausschußmitglied mit dem Antrag auftrat, dem konstituirenden Reichstage zu Kremsier eine Vertrauensadresse zu votiren. Der Reichstag sei, hieß es in der Begründung dieses Antrags, gegenwärtig der einzige Hort der hart bedrängten Freiheit. Der Antrag wurde unter lebhaften Akklamationen einstimmig angenommen und zur Authenticirung der Adresse eine eigne Plenarversammlung angesagt. In dieser Sitzung wurde auch die Zuschrift an den Ban verlesen, in welcher er um baldige Einberufung des Landtags gebeten wird. (C. Bl. a. B.)

Schweiz.

) **Bern**, 23. Febr. Die künftige deutsche Republik hat bereits Papiergeld ausgegeben in Scheinen von folgenden Nennwerthen: 35 kr. oder ⅓ Thlr., 1 fl. 45 kr., 7 fl., 70 fl., 700 fl. Die Scheine haben oben in der Mitte in einem schwarz-roth-goldnen Wappenschilde die Worte: „Freiheit, Bildung, Wohlstand.“ Wir haben einen Viertelthaler-Schein gesehen, dessen Vorderseite folgende Inschrift trug: Freiwilliges Anlehen zu Gunsten der Republik. Schuldschein. Actie zu dem Unternehmen der Republikanisirung Deutschlands. Nr. 692 für Gulden 7 oder 4 Thlr. Die Gesellschaft deutscher Republikaner, in deren Namen der Präsident des Wehebundes „Hilf Dir“ J. Ph. Becker. Biel den 1. Nov. 1848. Der Obergeschäftsführer St..... (unleserlich). Oben in der Ecke links steht: Gut für 7 fl., rechts: Mit 5 vom Hundert verzinslich; unten in der Ecke links: Die Bruderhand allen Völkern; rechts: 1 Buch Samuel 8, 10. 17. Der eingedruckte Stempel hat die Umschrift: „Freiheit, Wohlstand, Verbrüderung, Deutscher Freistaat.“ In der Mitte: „Hilf Dir!“ Die Rückseite setzt den ganzen Plan des Unternehmens auseinander, dessen Hauptagentur für das nördliche Deutschland in Hamburg sich befindet. Damit Sie die Mittel kennen lernen, mit welchen die Propaganda die Republik einführen will, will ich aus ihrem Organ, der von Becker redigirten Evolution einige Stellen mittheilen. In einem Artikel der letzten Nr. „Der Mord“ überschrieben, heißt es: „Derjenige wird der größte Wohlthäter der Menschheit sein, der es Wenigen möglich macht, Tausende aus der Welt zu schaffen. Die Verwirklichung dieses Satzes sollte sich die ganze demokratische Partei angelegen sein lassen. Die Barbarenpartei ist uns bis jetzt im Norden weit überlegen. Was die Natur, was der Diensteifer, was die Geldgier, was die Mordlust nur produziren und erfinden kann, das Alles steht der Barbarenpartei zu Gebot, um die humane Partei, die Freiheitspartei, zu ruiniren, zu morden; Blut ist ihr Alpha, Blut ihr Omega, Blut ihr Zweck, Blut ihr Mittel, Blut ihr Leben, Blut ihr Traum, Blut ihr Trachten, Blut ihr Prinzip und Blut ihr Ende. Wohlan, Blut gegen Blut, Mord gegen Mord, Vernichtung gegen Vernichtung! Der Geist der Freiheit muß sich bäumen in aller Energie, und wenn er niederfährt, muß er ein Vernichter sein. — Der Geist der Freiheit muß sich mit Dolch und Gift vertraut machen und die „gute Sache“ muß Pulver und Knallsilber studiren. Unser Studium muß sich darauf richten, die Ueberlegenheit der Barbarenpartei durch Erfindung neuer Mordmittel zu vernichten. Was uns noth thut, das ist Entschiedenheit, jene revolutionäre Entschiedenheit, welche dem Gewalt- und Mordsystem der Barbaren die Anwendung jedes Mittels entgegensetzt, welches den Zweck ihrer Vernichtung erfüllen kann. Die Revolutionäre müssen es dahin zu bringen suchen, daß die Barbaren weder bei Tag noch bei Nacht ihres Lebens mehr sicher sind. Jeder Trunk Wasser, jeder Bissen Brod, jedes Bett, jeder Dachziegel rc. muß zum Mörder für sie werden. Wie für sie, so für uns, sei der Schrecken der Herold und der Mord der Exekutor. Mord ist ihre Losung, Mord sei die Antwort, Mord ist ihr Bedürfniß, Mord sei ihr Lohn, Mord ist ihr Geist, Mord sei ihre Widerlegung. Die Barbarenpartei Europas läßt uns keine andere Wahl mehr, als den Mord zum eifrigsten Studium zu machen, und die Mordkunst auf die Spitze zu treiben.“

Ein Privatbrief aus Turin vom 16. Februar bringt die Nachricht, daß ungarische Abgeordnete daselbst angelangt seien, um mit Sardinien ein Schutz- und Trutzbündniß zur Vertreibung der Oesterreicher aus Ungarn und Italien abzuschließen. Herr Buchhändler Jenni, Herausgeber des „Guckkastens“ wurde wegen der vom Gr. Rath für religionsgefährlich tarirten Nummer seines Blattes vom Bezirksgerichte Bern zu 35 Fr. Buße, zu 8 Tagen Gefangenschaft und in die Kosten verurtheilt. Jenni hat appellirt. — Die Nachricht, welche durch alle Blätter ging, die nach Neapel bestimmten Rekruten seien in der Lombardei unter österreichische Regimenter gesteckt worden, kam daher, daß die Transportführer die Rasttage zum Exerciren mit den Rekruten benutzten. — Der Bundesrath hat nun den hiesigen Stadtbehörden ein Verzeichniß derjenigen Räumlichkeiten eingegeben, die er in dem zu errichtenden Bundesrathhaus verlangt.

Norwegen.

Die außerordentliche politische Stille, die hier seit den durch die entschiedene und würdige Storthingerklärung (bei der Bewilligung der Ausrüstungsgelder) auf ihr Nichts zurückgeführten Versuchen im vorigen Sommer, einen skandinavischen antideutschen Kriegsfanatismus anzuregen, herrscht, wird wenig durch die bittere Journalpolitik zwischen Christianiaposten und Morgenbladet unterbrochen. Das erstere von Daas geleitet, vertritt den Skandinavismus, von welchem Morgenbladet Nichts wissen will; die Polemik scheint übrigens ziemlich ins Kleinliche und Persönliche auszuarten. (B.-H.)

Ungarn.

Pesth, 17. Febr. Fortwährend langen hier k. k. Offiziere an, welche die Reihen der Rebellen verließen und sich ihrem Richter stellten. Ueber 30 zurückgekehrte Husarenoffiziere sind bereits abgeurtheilt und ohne weiteres Uebel einfach entlassen worden. Es heißt, daß die meisten als gemeine Husaren abermals eintretend den Makel des Treubruchs abwaschen wollen, und so wieder zu dem k. k. goldenen Porte-Epee zu gelangen hoffen. Der Benediktiner Dichter Czuczor, der bekanntlich wegen seiner Marseillaise „Riado“ zu sechsjährigem Kerker in Eisen verdammt wurde, genießt in Rücksicht seines kränklichen Zustandes in einer freundlichen Profoßenstube zu Ofen alle denkbare Erleichterung, und arbeitet fleißig für die Literatur. (Allg. Z.)

№ 57. Beilage zur Deutschen Zeitung. 26. Februar 1849.

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 26. Februar.

Tagesordnung der 177. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause," und zwar über §. 11 und folgende.

Das Eintreffen der Abgeordneten findet heute so zeitig und zahlreich Statt, daß Hr. Fuchs darauf verzichtet, auf Verlesung der Anwesenden anzutragen. Bald nach neun Uhr eröffnet der Präsident Hr. Simson die Sitzung. Aus der Nationalversammlung ausgetreten ist Hr. Karl aus Berlin, den Hr. Selasinski ersetzt, und mit Tod abgegangen Hr. Bauer aus Hohenzollern Hechingen. Als neueingetretene Mitglieder werden den Abtheilungen zugewiesen die Herren Pinder aus Schlesien, Darenberger aus München, Klett aus Heilbronn, von der Horst aus Hannover, Bauer aus Wien, Götz aus Neuwied, Wohler aus Schwerin.

Im Namen des Centrallegitimationsausschusses weist Herr Plathner die versuchte Anfechtung der Wahlen der Herren Hirschberg aus Sondershausen und Arndts aus München zurück. Herr Haubenschmidt beantragt im Namen desselben Ausschusses, daß der Abgeordnete Herr Stedmann aufgefordert werde, sich innerhalb vierzehn Tagen über die Beibehaltung oder das Aufgeben seines Platzes in der Nationalversammlung zu erklären. Der Antrag wird durch sofortigen Beschluß genehmigt.

Für den volkswirthschaftlichen Ausschuß berichtet Hr. Hollandt, daß dieser Ausschuß auf die Vorlage des Entwurfs einer Gewerbeordnung für Deutschland nicht einzugehen gesonnen sei und die desfallsigen Eingaben dem Reichsministerium zu überweisen anrathe. Dann folgen Interpellationen.

Herr Schoder aus Stuttgart ruft das Reichsministerium des Kriegs und der Finanzen an wegen verspäteter Vergütung für die Verpflegung der in Bockenheim seit September vorigen Jahrs einquartirten Reichstruppen.

Hr. Mareck richtet die Frage an das Ministerium des Innern und Auswärtigen: ob und welche deutsche Regierungen Erklärungen über das Verfassungswerk an das Reichsministerium abgegeben haben und wann dieselben an die Versammlung mitgetheilt werden?

Herr Clemens verlangt von dem Reichsministerium unter Bezugnahme eines Artikels in der Frankfurter Zeitung, daß es sich hinsichtlich der ihm daselbst zur Last gelegten Anschuldigungen rechtfertige, worauf der Präsident des Ministeriums Herr v. Gagern die Tribüne besteigt. Unter der gespannten Aufmerksamkeit der Versammlung bemerkt er zunächst Herrn Clemens gegenüber:

Das Reichsministerium weist die Beschuldigung, den Namen Sr. k. Hoh. des Erzherzog Reichsverwesers mißbraucht zu haben, als eine Verläumdung zurück. (Lebhaftes Bravo!) Es ist keine Thatsache angeführt worden und es hat keine angeführt werden können, wodurch eine solche Verläumdung auch nur beschönigt würde. Die Umstände, von denen es sich etwa handeln kann, sind folgende: Es wurden von Fürsten oder von Bevollmächtigten mehrerer Regierungen bei dem Reichsministerium Erklärungen, zunächst in Beziehung auf die Oberhauptsfrage abgegeben. Die erste dieser Erklärungen wurde im Namen des Großherzogs von Baden und seiner Regierung ertheilt. Se. kaiserl. Hoheit der Reichsverweser hat darauf selbst den Anlaß gegeben, daß diese Adresse beantwortet wurde. Er hat sich über den Inhalt des betreffenden Antwortschreibens bestimmt gegen den Unterstaats-Sekretär von Biegeleben ausgesprochen. Dieser hat sodann das an die badische Regierung zu erlassende Schreiben Sr. kaiserl. Hoheit mitgetheilt und dies ist sofort in den Ausdrücken wie sie Ihnen bekannt wurden, abgeschickt worden. Nach der Mittheilung der badischen Regierung wurden fernerweit an das Reichsministerium Noten von Sachsen-Weimar, von Braunschweig und von dem Großherzogthum Hessen gerichtet. Auch auf diese Mittheilungen sind Antworten im Namen des Reichsverwesers erfolgt und auch diese Antworten haben dem Erzherzoge vorgelegen und er hat sie an das Reichsministerium ohne Bemerkung dazu zurückgegeben. Nach diesen drei weitern Adressen, die ich so eben bezeichnete, ist noch eine ganze Reihe von Adressen von anderen Staaten an uns gelangt, eine Antwort darauf aber nicht erfolgt weder im Namen des Reichsverwesers noch von dem Ministerium. Damit ich aber nicht bloß die Wahrheit, sondern die ganze Wahrheit sage, so ist es wahr, daß auf einige dieser Mittheilungen Antwortschreiben in der Kanzlei vorbereitet waren. Daß diese auf ein Verbot oder auf die Andeutung, es möge unterlassen werden, von Sr. k. Hoheit zurückgehalten worden seien, ist unbegründet. Ich habe vielmehr diese Mittheilungen nicht unterzeichnet, weil ich geglaubt habe, daß sie den Werth für die Adressaten verlieren würden wenn sie nicht im Namen Sr. k. Hoh. könnten beantwortet werden (von verschiedenen Seiten hört, hört). Das ist der ganze Sachverhalt. Daß es dem Ministerium darauf ankam, die Wahrheit dieser Thatsache aus der lautersten und kompetentesten Quelle bestätigt zu sehen, nachdem die entgegenstehenden Verläumdungen ausgesprochen waren, versteht sich von selbst. Es hat also allerdings ein Schriftwechsel zwischen Sr. k. Hoh. dem Erzherzog Reichsverweser und dem Reichsministerium stattgehabt. Der sowohl mündliche als schriftliche Verkehr zwischen Sr. k. H. dem Reichsverweser und seinen Ministerien gehört nicht vor die Oeffentlichkeit, so lange das Ministerium das Vertrauen Sr. k. H. besitzt. Der Reichsverweser hat das Ministerium autorisirt, bei seiner Erklärung, das größte Gewicht auf das bestehende gute Einvernehmen zwischen S. k. H. und dem Ministerium zu legen (Bravo.) S. k. H. haben die hohe Stellung des Reichsverwesers über den politischen Parteikämpfen in den Verwicklungen der letzten Zeit unverändert zu wahren gewußt (Bravo rechts und in dem Centrum.) Auf die Zuschrift des Herrn Mareck, die heute verlesen worden ist, erwiedere ich, daß alle Eingaben der Regierungen in Beziehung auf das Verfassungswerk noch heut an die hohe Versammlung gelangen werden. Es würde schon die Mittheilung an den Herrn Präsidenten erfolgt sein, wenn die Abschriften so schnell hätten gefertigt werden können. (Beifall von allen Seiten des Hauses.)

Auf Culmanns Interpellation erinnert der Ministerpräsident an seine Beantwortung einer gleichen Frage von Seiten hannoverischer Abgeordneten vom 18. Jan. Das Ministerium kann sich bezüglich der Interpellation des Herrn Cullmann und Genossen auf Wiederholung der Erklärung lediglich beschränken, wie es davon ausgehe, daß die Grundrechte nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 27. Sept. 1848, betreffend die Verkündigung der Reichsgesetze, auch für Baiern gesetzliche Kraft erlangt haben und daß es bei begründeten Beschwerden wegen Nichtvollzugs demgemäß verfahren werde.

Herr Clemens aus Bonn erklärt zwar in Bezug auf seine Interpellation, daß er mit derselben kein Mißtrauen gegen das Ministerium an den Tag habe legen wollen, seine Anfrage aber, da die erwähnten Aktenstücke nicht vorgelegt worden seien, doch nicht für vollständig erledigt betrachten könne. (Unwillige Stimmen: Antrag! Nur den Antrag!) Er überlasse es daher dem Urtheile des Hauses ob es die Angelegenheit an einen Ausschuß verweisen wolle oder nicht. Die Versammlung verwirft jedoch gegen eine sehr geringe Minderheit, die sich auf der Linken erhebt, die Dringlichkeit eines solchen Antrages.

Artikel IV. §. 11. des Wahlgesetzes handelt von den Wahlorten und der Heimath der Wähler. An der Debatte betheiligen sich Hr. Schorn aus Essen, der eine Zusatzbestimmung für die Landwehr beantragt, Hr. Teichert aus Berlin und Hr. Wigard aus Dresden, der für das Minderheitserachten*) des

*) „Jeder wahlberechtigte Deutsche darf nur an Einem Orte wählen, und zwar da, wo er zur Zeit der Wahl entweder seinen Wohnsitz hat oder sich seit einem halben Jahre aufhält". (Schüler. H. Simon. Reh. Zell. Schreiner. Römer. Tellkampf).

Ausschusses austrit, sowie Hr. Riesser, welcher den Mehrheitsvorschlag als Berichterstatter vertheidigt. Der Zusatzantrag, den Hr. Teichert gestellt hat, lautet dahin, daß der Garnisonsort des Soldaten unbedingt als dessen fester Wohnsitz gelten solle. Der Paragraph wird sodann in folgender Fassung — die erste Hälfte davon nach dem Mehrheitsvorschlage des Ausschusses — angenommen:

§. 11. „Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Orte wählen.“

Die Fortsetzung nach dem Antrage des Herrn Polatzek und Genossen:

„Der Standort der Soldaten und Militärpersonen gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl, wenn derselbe seit drei Monaten nicht gewechselt worden ist.“

So wie des Herrn Schorn und Anderen:

„In den Staaten, wo Landwehr besteht, trit für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimathsbezirk wählen. Die näheren Anordnungen zur Ausführung der Bestimmung bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.“

Auch §. 12 führt nur eine unerhebliche Debatte herbei, worauf dessen Annahme in der Form des Verfassungsausschusses erfolgt:

§. 12. „In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen; worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.“

Ehe sich die Verhandlung weiter und zu Artikel V. des Wahlgesetzes wendet, theilt der Präsident der Versammlung mit, daß so eben ein Schreiben des Reichsministerpräsidenten an ihn gelange. Dasselbe ist zur Mittheilung an die Versammlung bestimmt und die sofortige Verlesung erfolgt unter dem tiefen Schweigen der Anwesenden. Der Reichsministerpräsident überreicht in jenem von 24 Beilagen begleiteten Schreiben dem Hause die sämmtlichen auf das Verfassungswerk bezüglichen Aktenstücke, die in Folge der von dem Reichsministerium erlassenen Note von den deutschen Regierungen eingegangen sind. Darunter eine Collektiverklärung von Preußen, Baden, beiden Hessen u. A. — im Ganzen 28 Staaten — denen sich nachträglich auch noch die beiden Schwarzburg angeschlossen haben. Das Schreiben des Reichsministeriums spricht die Hoffnung aus, daß die Ausstellungen und Bemerkungen der Regierungen jede zulässige Berücksichtigung finden werden, um zu einer wünschenswerthen Verständigung zu gelangen, — keiner Vereinbarung, denn durch die Annahme des Vereinbarungsprinzips würde das Werk ein unmögliches werden und die Nat.-Vers. müsse in höchster Instanz entscheiden — woran der Antrag geknüpft wird, das reiche Material dem Verfassungsausschusse zur Prüfung und geeigneten Benutzung zu überreichen.

Hr. v. Gagern: Der Druck obiger Beilagen ist bereits so weit vorbereitet, daß sie morgen in den Händen der Mitglieder sein werden. Nachträglich ist mir noch eine hannoverische Note zugegangen, die ich jenen Beilagen beifügen werde.

Hr. Pfeiffer von Adamsdorf stimmt mit der Verweisung dieses Materials an den Verfassungsausschuß überein. Allein diese Verweisung soll nur geschehen mit der ausdrücklichen Erklärung daß die Versammlung — nicht etwa aus zu hochgespannten Ansichten von ihrer Macht, sondern in der Erkenntniß, daß eine Vereinbarung nimmermehr zum Ziele führen könne, — die Aeußerungen der Regierungen zwar der gewissenhaften Erwägung des Verfassungsausschusses empfehlen werde, dabei aber der Nationalversammlung das letzte Wort und der endgültige Beschluß vorbehalten bleibe. Er stellt daher einen desfallsigen Antrag, der zugleich dahin geht, daß der Verfassungsausschuß seine Arbeit in der Art beschleunige, daß am 5. März die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs beginnen könne (Bravo!) Stellen Sie dem diplomatischen Nebel, der sich um uns lagert, die einfache Thatsache entgegen, daß es noch eine deutsche Nationalversammlung gibt.

Hr. Venedey: Auch wir wünschen, daß die Nationalversammlung das ganze deutsche Vaterland darstelle und darum ist uns das Wahlgesetz von solcher Wichtigkeit, daß ich mit meinen politischen Freunden nach der ersten dessen sofortige zweite Lesung beantrage.

Ein Antrag von Ludwig Simon und Genossen verlangt Uebergang zur Tagesordnung über den Gegenstand.

Hr. Grumbrecht aus Lüneburg unterstützt den Antrag Pfeiffers aus Gründen, die er den Verhältnissen seines engern Vaterlandes Hannover entlehnt. Hannover hat zwar weder einen Mord an einem unserer Mitglieder begangen (Beifallssturm von der einen, Mißfallen von der andern Seite) — ich lasse das Materielle dahin gestellt und spreche als Jurist von einem Justizmorde — noch hat es dem Auslande die bittende Hand entgegenstreckt — noch hat es so liebenswürdige Bundesgenossen gerufen wie die Russen — (Bravo! der Präsident mahnt die Galerien zur Ruhe) — aber wenn Sie den Antrag Herrn Pfeiffers ablehnten, so würden Sie damit ausdrücken, daß Sie sich nicht mit den Abgeordneten, sondern mit den Regierungen über Ihr Werk verständigen wollen.

Hr. Reichensperger hält den Pfeifferschen Antrag für nichts weiter als für einen Feldzug gegen Oesterreich. Das dem Verfassungsausschusse zu übergebende Material sei so reichhaltig, daß es leichtsinnig sein würde, einen so nahen Termin für die zweite Lesung zu setzen. Auch kann er es nicht billigen, wenn schon jetzt die zweite Lesung als der endgültige Abschluß der Verfassung bezeichnet werde.

Herr Riesser, nachdem er die Stellung des Verfassungsausschusses zu dem ihm zu ertheilenden Auftrage bezeichnet hat, ist der Meinung, daß keinem Patrioten ein Wahlrecht von Werth sein könne, bevor eine feste Verfassung des Vaterlandes begründet ist.

Herr Röslee von Oels verspottet die drängende Eile der Versammlung. Oesterreich habe einen Aufschub verlangt. Statt dessen eile man, Deutschland für die Verfassung zurecht zu schneiden.

Hr. Grävell ist mit dem Pfeiffer'schen Antrage einverstanden, wenn damit nicht gesagt werden solle, daß das Verfassungswerk mit der zweiten Lesung auch unbedingt und endgültig festgestellt sei.

Makowiczka und Genossen reichen einen Antrag ein, wornach die zweite Lesung der Verfassung auf den 15. März verschoben werden soll.

Hr. Ludwig Simon erklärt daß er keine „schwarzweißen Thränen“ für Robert Blum habe. Er will einen neuen Ausschuß niedergesetzt sehen zur Prüfung der Regierungsvorlagen, und in dem Wahlgesetze erblickt er ein nothwendiges Zwangsmittel, welches sich die Versammlung den Regierungen gegenüber schaffen müsse.

Hr. Reh aus Darmstadt, nachdem er nachdrücklich auf die Gründe hingewiesen, die für die Beschleunigung des Verfassungswerkes sprechen, will dem Verfassungsausschusse durch Schließung der Sitzungen während der zweiten Hälfte der laufenden Woche Raum für seine Arbeiten schaffen.

Hr. Buß aus Freiburg: nicht blos die Regierungen, auch das Volk müsse über eine Verfassung gehört werden, die über seine Zukunft, die über die Einheit oder über die Theilung Deutschlands entscheiden solle, sonst werde das Volk die Verfassung „rekusiren“.

Ministerpräsident Herr v. Gagern: Ich glaube die Nationalversammlung hat in der stattgehabten Diskussion Veranlassung genug gefunden, um mit dem Antrage des Reichsministeriums übereinzustimmen. Demjenigen, was Herr Pfeiffer entwickelt hat, bin ich prinzipiell durchaus nicht entgegen, vielmehr ist es übereinstimmend mit dem, was das Ministerium heute ausgesprochen hat. Ich würde es aber selbst der Geschäftsordnung nicht ganz gemäß halten, wenn man jetzt schon einen Tag festsetzen wollte über einen Gegenstand, worüber der Bericht noch nicht vorliegt. (Einige Stimmen: Sehr richtig.) Lassen Sie also dem Ausschusse die Freiheit der Berathung und diejenige Zeit, die er selbst für sich in Anspruch nimmt. Ich wünsche daher, daß Sie dem Antrage beistimmen möchten, den das Ministerium an Sie hat ergehen lassen. Dabei will ich aber doch noch so viel bemerken, daß ich diejenigen Erwartungen nicht theile, die der Redner vor mir so eben aus-

gesprochen hat, als ob sobald und wenn wir der Termin der zweiten Lesung nur nicht zu sehr beeilt werde, eine in's Einzelne gehende Erklärung Oesterreichs zu erwarten stehe. Wenn das der Fall wäre, seien Sie versichert, meine Herren, das ist meine innerste Ueberzeugung, so würde ich die Bitte an Sie stellen, Sie möchten warten. Oesterreich hat aber in der Note vom 4. Februar erklärt, daß es sich seine Erklärung verbehalte und sie dann erst abgeben werde, wenn die Nationalversammlung ihr Verfassungswerk vollendet habe. (Hört! Hört!) Diese Erklärung ist bis jetzt weder zurückgenommen noch irgend modifizirt worden. Es sind mehrere Vorrednern Vorwürfe erhoben worden, u. a. von Hrn. Rösler von Oels ward behauptet, daß das Ministerium blos dasjenige unter den diplomatischen Aktenstücken ausgesucht habe, was es für den vorliegenden Zweck für nützlich erachte, daß es aber nicht mitgetheilt habe, was für die hohe Versammlung von gleich großem Interesse sein könnte. Er hat dabei namentlich auf eine preußische Note hingewiesen, die an Hannover in Bezug auf die Grundrechte erlassen wäre. Die Aufgabe des Ministeriums war die, das Material, welches es von den Regierungen eingeholt hat, für die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs zusammenzufassen. Von den Grundrechten war dabei nicht die Rede. Das Ministerium würde, wenn es Veranlassung gehabt hätte, sich über die Grundrechte auszusprechen und über die Nichtvollziehung derselben es in derselben Weise gethan haben, Preußen gegenüber, wie es heut gegen Baiern und früher Hannover gethan hat (Bravo.) Das Ministerium überhaupt hat seine Vorlagen dem Hause in einem Sinne übergeben, daß es nur bedauern muß, wenn sich ein Ton der Anschuldigung und des Unfriedens in diese Verhandlungen eingeschlichen hat. Ich hege den Wunsch, daß sich diese Versammlung mit möglichster Einstimmigkeit über die wichtigsten Fragen aussprechen möge. Dazu gehört vor Allem, daß keine Stammesanimosität, daß keine solche Gehässigkeit des Beschuldigens zwischen einzelnen Stämmen entwickelt werde, wie wir es heute hier gehört haben. (Bravo!) Lassen Sie uns den festen Vorsatz fassen, bei der bevorstehenden zweiten Lesung des Verfassungswerkes nimmer wieder einen solchen Vorwurf auf uns zu laden.

Noch erfolgen mehrere Anträge, von Herrn Arneth auf Hinausschiebung der zweiten Lesung bis zum 12. März, von Herrn Künsberg, daß auf Festsetzung jedes Termins, verzichtet werde, dann wird der Schluß der Debatte beliebt. Da sich der Antrag des Herrn Pfeiffer durch einen Zusatz des Herrn Schorn erweitert und dahin modificirt, daß der Termin des 5. März nur erneuert für die zweite Lesung der Verfassung eingesetzt wird, so erklärt sich auch der Ministerpräsident mit diesem Antrage einverstanden. Zur Abstimmung durch Namensaufruf wird zuerst gebracht der Antrag Ludwig Simons und Genossen, auf Uebergang der Tagesordnung über den Pfeiffer'schen Antrag. Verworfen mit 283 gegen 177 Stimmen. Deßgleichen wird abgelehnt mit 293 gegen 153 Stimmen der Antrag Wesendonck's, daß unter Anerkenntniß des Prinzips, daß die endgiltige Entscheidung allein bei der Versammlung stehe, die Vorlagen dem Verfassungsausschusse übergeben, eine fernere Entscheidung aber erst gefaßt werde, wenn der Bericht vorläge. In Form der gewöhnlichen Abstimmung wird ferner beseitigt der Antrag Künsbergs. (Den Schluß der Sitzung morgen.)

Berlin, 23. Febr. Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten theilte der Vorsteher Seidel der Versammlung mit, daß er aus offizieller Quelle die Nachricht habe, die erste von den Kammern vorzunehmende Thätigkeit werde die Berathung über die Aufhebung des Belagerungszustandes sein. (Voss. Z.)

Konst. Korr. **Berlin**, 24. Febr. Von Wohlunterrichteten erfahren wir, daß die Thronrede in sehr versöhnendem Geiste abgefaßt ist. Herr v. Rochow, seiner Zeit Landtagsmarschall des vereinigten Landtags, hat aus Gesundheitsrücksichten die Präsidentur der ersten Kammer abgelehnt. Man glaubt, daß dieselbe nun an den frühern Finanzminister Hr. v. Alvensleben gelangen werde. Die demokratische Partei des dritten Wahlbezirks befindet sich Jung's wegen in größter Uneinigkeit und läßt sich fast schon mit Bestimmtheit eine solche Zersplitterung ihrer Stimmen vorhersehen, daß es der Gegenpartei gelingen wird, ihren Kandidaten Beckerath durchzusetzen, zudem die Anhänger Jung's mit ihr sich vereinigt haben.

Lith. Korr. **Berlin**, 24. Febr. Gestern Abend kamen die hier anwesenden Mitglieder der Oppositionspartei bei Mielentz zusammen. Die Frage ob man in den weißen Saal geben solle oder nicht? wurde als eine offene behandelt, nur sehr wenige Mitglieder der Linken werden sich dort nicht einfinden. Hr. Dr. Stieber hat es sich zur Aufgabe gestellt, eine Menge von Druckfachen, vorzüglich amtlichen oder konservativen Inhalts, auf denen der Name des Druckers fehlt, zu sammeln und solche dem Staatsanwalt zur Einleitung der Anklage zugehen zu lassen. Bis jetzt ist es Hrn. Dr. Stieber bereits gelungen über 2000 derartiger Druckschriften aufzufinden; unter denen, welche Hr. Stieber bereits dem Staatsanwalt zugefertigt hat, befinden sich außer der Bekanntmachung, durch welche der Belagerungszustand proclamirt wird, auch zwei Proclamationen Sr. Majestät. Dr. Heilberg, ein Mitredacteur der Zeitungshalle, den seine Freunde längst in Paris glaubten, wurde gestern von der Polizei hier entdeckt und Abends verhaftet.

Bonn, 23. Febr. In der heute in Siegburg für die Kreise Bonn und Sieg abgehaltenen Nachwahl (an Stelle des Staats-Prokurators Schornbaum) hat die konstitutionelle Partei den Sieg davon getragen, indem ihr Kandidat, Hr. Gustav Bleibtreu, Hüttenbesitzer auf der Haardt, gewählt worden ist. Der Kandidat der Gegenpartei war Dr. Gottschalk. (Köln. Z.)

A **Dresden**, 24. Febr. Das Ministerium des 16. März hat nach langen Kämpfen mit einer Kammer, mit der es in diametralem Widerspruch stand, nunmehr wirklich sein Ende erreicht. Bei Beginn der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ergriff Finanzminister Georgi das Wort, um im Namen des Gesammtministeriums der Kammer anzuzeigen, daß der König die neuerdings erbetene Entlassung der Minister genehmigt habe, und daß bereits ein neues Ministerium gebildet sei, dessen Zusammensetzung die Kammer heute noch erfahren werde. Das Ministerium habe gelobt, nur im Einverständniß mit dem Volke und der Majorität seiner Vertreter regieren zu wollen; die Abstimmung der Kammern in wesentlichen wie unwesentlichen Fragen habe hinlänglich gezeigt, wie fern das Streben der Regierung den Wünschen der Volksvertreter stände. Hierin liege der alleinige Grund, weßhalb das Ministerium seine Wirksamkeit für geschlossen erachten müsse. Nach diesen Worten entfernten sich die Minister. Die Kammer war durch diesen Vorgang aufs Höchste betroffen, denn Niemand hatte die geringste Kunde davon, daß der Rücktritt der Minister so nahe bevorstehe. Die Präsidenten Hensel und Schaffrath gaben sich viele Mühe, der Kammer durch ihre Kaltblütigkeit zu imponiren. Ein Antrag auf Schluß der Sitzung wurde gegen sechs Stimmen abgeworfen. An der Spitze des neuen Kabinets steht der Oberappellationsrath Dr. Held als Justizminister, zugleich mit der vorläufigen Leitung des Unterrichtsministeriums beauftragt; der bevollmächtigte Minister am preußischen Hofe, Freiherr von Beust, hat die auswärtigen Angelegenheiten, der Geh. Finanzrath von Ehrenstein die Finanzen, der Geh. Reg. Rath Weinlig das Ministerium des Innern übernommen. Es sind dies rein administrative Capacitäten, ohne bestimmte oder wenigstens bekannte politische Färbung. Der bisherige Kriegsminister von Buttlar wird sein Departement bis zur erfolgten Ernennung seines Nachfolgers einstweilen behalten.

Das Dresdener Journal enthält folgende Erklärung: „Aus beinahe allen Theilen des Landes sind uns bisher Vertrauenszuschriften und Aufforderungen zugegangen, fernerhin in unsern Aemtern zu bleiben. So dankbar wir auch dafür allen den Männern sind, die sich dabei betheiligt haben, so wenig konnten wir diesen Aufforderungen entsprechen. Die Gründe dafür sind folgende:

Zu verschiedenen Malen haben wir uns öffentlich dahin ausgesprochen, daß wir ohne die Unterstützung der Mehrheit der Kammern die Verwaltung nicht fortführen würden. Diese Unterstützung fehlte uns nach unserer Ansicht schon damals, als wir vor vier Wochen Sr. Majestät dem Könige den Wunsch, unserer Aemter enthoben zu werden, darlegten. Jeder noch mögliche Zweifel darüber ist seit dieser Zeit verschwunden. Fast in allen formellen und materiellen Fragen, sowohl von geringerer, als von grundsätzlicher Bedeutung haben beide Kammern theils einstimmig, theils gegen eine geringe Minderheit sich wider die Regierung entschieden. Unter diesen Umständen blieb uns, wenn wir nicht durch Auflösung der jetzigen Kammern Berufung an das Volk einlegen wollten, nichts übrig, als von unsern Aemtern zurückzutreten. Nach

reiflicher Erwägung haben wir uns für das Letztere entschieden. Se. Majestät der König hat unsern Rücktritt genehmigt.

Wir verlassen daher unsern zeitherigen Wirkungskreis nach der Arbeit eines Jahres, das zu den inhaltschwersten in der Geschichte unsres Vaterlandes gerechnet werden wird. Die öffentliche Meinung wird über unser Thun und Lassen richten. Wie aber auch ihr Urtheil ausfallen möge, wir sind uns bewußt, die Zusagen treulich erfüllt zu haben, die in unserm, mit freudiger Zustimmung vom Volke aufgenommenen Programme vom 16. März 1848 niedergelegt sind. Dresden, den 24. Februar 1849. Dr. Braun. Dr. v. d. Pfordten. Georgi. Oberländer. v. Buttlar.

Großbritannien.

* **London,** 23. Febr. Auf zwei bezeichnende Betrachtungen, welche die „Times" in ihrer heutigen und gestrigen Nummer an die Ankunft des Grafen Colloredo und des Ritters Bunsen knüpft, denken wir gelegentlich zurückzukommen. Für heute nur so viel, daß der Times zufolge, die Grundlage der Bunsen'schen Vorschläge folgende sei: Schleswig wird sowohl von Deutschland als Dänemark unabhängig gemacht, erhält eine eigene Landesregierung und bleibt nur noch durch die persönliche Autorität des Souveräns mit der Regierung zu Kopenhagen in Verbindung. Die von jeher dänenfreundliche Times sträubt sich gegen diesen Plan, muntert den Dänenkönig auf, nicht einen Zollbreit nachzugeben, weist auf die Chancen hin, die er im Falle eines Krieges zur See hat und die seine mächtigen Verbündeten ihm gewähren und schließt ihre Betrachtung mit den bedeutungsvollen Worten: „Die Verhandlungen werden in London eröffnet werden, aber die Entscheidung wird von Petersburg ausgehen."

Was die Sendung des Grafen Colloredo betrifft, so sind die Instruktionen desselben, nach der „Times", folgende: Oesterreich erkennt keinem fremden Staate das Recht zu, sich in seine lombardo-venetianischen Angelegenheiten einzumischen, denn hier habe es der Kaiser nur mit seinen Unterthanen zu thun. Der Kaiser läßt durch seinen Gesandten ferner erklären: er wolle seinen Besitzungen in Italien liberale Institutionen ertheilen und dem Kongreß zu Brüssel anzeigen lassen, worin diese Institutionen bestehen sollen, aber auch hierin werde er sich keine Vorschriften einer fremden Macht gefallen lassen; die Frage sei einfach eine zwischen dem Oberhaupt des Reichs und seinen Unterthanen. Endlich läßt er erklären, daß, wenn seine Rechte auf seine oberitalienischen Besitzungen von irgend einer Seite her angegriffen werden sollten, er sie mit allen Streitkräften seines Reiches zu vertheidigen entschlossen sei. Mithin würden sich die Verhandlungen auf dem Brüsseler Friedenskongreß nur auf die Austragung der Mißhelligkeiten zwischen Sardinien und Oesterreich zu beziehen haben. Die Times weist zugleich darauf hin, daß in England jeder vordem vielleicht der Revolution geneigte Parteieinfluß entkräftet und Frankreich mehr als je in der Lage und der Stimmung sei, der konservativen Partei seine Unterstützung zu leihen und daß, wenn es der revolutionären Partei Mazzinis gelänge, die Italiener zu einem thatsächlichen Angriff auf das Kaiserreich zu stimuliren, die Besetzung Roms durch die Oesterreicher und das Erscheinen einer französischen Flotte an der Küste davon die erste Frucht sein würde.

Frankreich.

* **Paris.** 23. Febr. Allem Anschein nach wird der morgende Jahrestag der Proklamirung der Republik in Paris und Frankreich weit unbemerkbarer und stiller vorübergehen, als jenseits des Rheins, unter deutsch-patriotischen Bewunderern des republikanischen Frankreichs. Das Programm der offiziellen Feier ist so mager als möglich. Um 10 Uhr Morgens ist Gottesdienst in der Magdalenenkirche, welchem der Präsident der Republik und die Nationalversammlung beiwohnen; der Präsident mit den Ministern erscheint — die Republik verachtet jede Etikette — „sobald die Deputirten sich gesetzt haben." Die Façade der Kirche ist mit schwarzem Tuch behangen, auf welchem die Inschrift steht: Dem Andenken der für die Republik gefallenen Bürger. Während der nächtlichen Feier werden am Fuße der Julisäule Symphonien ausgeführt: die Säule ist mit einem Trauerflor bedeckt, bis das Geschütz das Te Deum ankündigt. Linie und Nationalgarde bilden Spaliere für den Präsidenten und die Nationalversammlung. Die eingeschriebenen Stadtarmen erhalten eine doppelte Brod- und Fleischration. Das ist das ganze Programm.

Auch im Uebrigen verlautet von einer besonderen Feier des Tages wenig oder gar Nichts, und die sämmtlichen demokratisch-socialistischen Journale „bitten das Volk, da eine etwa beabsichtigte feierliche Manifestation zu Ehren der Februar-Revolution im Angesichte der unaufhörlichen Provokationen der Staatsgewalt große und unvermeidliche Gefahren böte, davon abzustehen und den großen Jahrestag dadurch zu ehren, daß es seinen Feinden Achtung vor wahrer Ordnung und Gesetzlichkeit kundgibt." Ob diese Warnung mit einer Mittheilung des Constitutionel, daß die Klubs und geheimen Gesellschaften morgen Etwas zu unternehmen beabsichtigten, zusammenhängt, mag dahin gestellt bleiben.

In den letzten Tagen haben noch in Lyon ernste Unordnungen stattgefunden, veranlaßt durch die Einziehung einer Schildwache, welche bisher die Säule der Volkssouveränetät hütete. Die Masse sah in dieser Maßregel eine Geringschätzung, es kam zu Aufläufen und Konflikten mit der Polizei, und schließlich mußte die bewaffnete Macht einschreiten.

Italien.

Rom, 16. Febr. Das neue Ministerium ist jetzt vollständig in folgender Zusammensetzung gebildet. Präsident des Konseils und Minister des öffentlichen Unterrichts Muzzarelli; Minister des Innern Saffi; Minister des Auswärtigen Busconi; Minister des Kriegs und der Marine di Campello; Minister der öffentlichen Arbeiten Sterbini; Minister der Gnaden und Justiz Lazzarini; Minister der Finanzen Guiccioli. Der Papst hat von Gaeta aus eine Protestation gegen die Verkündigung der Republik erlassen.

Toskana. Aus Livorno (20. Febr.) und Florenz (18 Febr.) berichtet die A. A. Z. die Proklamirung der Republik. Die provisorische Regierung (Guerrazzi, Montanelli und Zanetti) hat den bezeichnenden Namen angenommen: provisorische Junta der römischen Republik in Toskana. — Aus den Nachrichten von früherem Datum ist nur zu erwähnen, das Toskana 37 Deputirte, aus sämmtlichen italienischen Bürgern wählbar, zur italienischen Konstituante nach Rom sendet, so wie eine Proklamation der Regierung, aus welcher deutlich nur das Eine hervorgeht, daß das toskanische Regiment weder Geld noch zuverlässige Streitkräfte hat.

Das diplomatische Korps soll am 17. Florenz verlassen und sich nach St. Stefano begeben haben, wo der Großherzog an diesem Tage noch weilte. (N. Z. Z.)

Neapel, 12. Febr. Die Deputirtenkammer hat den Gesetzentwurf über die öffentlichen Abgaben und die vorgeschlagene Adreße an den König, also die Mißtrauenserklärung gegen die Minister, nach siebenstündiger Debatte mit 73 gegen 26 Stimmen in Betracht gezogen. (A. A. Z.)

Venedig, 9. Febr. Mittels Decret der provisorischen Regierung vom heutigen Tage, wird die gegenwärtige Deputirten-Kammer aufgelöst, und da die Wahlen bereits vollendet sind, die neue Kammer der Abgeordneten des „Staates Venedig" auf den 15. d. einberufen. (G. d. Tr.)

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 26. Februar.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 71½; 2½pCt. Metall. 39⅞; Bank-Aktien fl. 1177;* fl. 500. Loose 125⅞; fl. 250. Loose 79; Badische fl. 35. Loose 28⅜; Hess. 27⅛; Hess. Rthlr. 40 Loose —; Großh. Hess. 50 fl. Loose 70¼*; Polnische fl. 500 Loose 74⅜; Friedr. Wilh.-Nordbahn 36⅜; Berbach 74; Köln-Minden 78½; 3pCt. inländ. Spanier 22½; 4½pCt. Würt. 94¼; 5pCt. Bad. 97¾; 5pCt. Nass. 99⅝; Belg. 81½; Integ. 50.

In Rücksicht der Wiener Notirung waren österr. Fonds mehr angeboten, während die übrigen Gattungen sich bei beschränktem Verkehr behaupteten.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 7 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 58. Frankfurt a. M., Dinstag 27. Februar. 1849.

Uebersicht.

Kollektiverklärung der preußischen und der ihr beigetretenen Regierungen über den Verfassungsentwurf.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 26. Febr. (Schluß.) Wien (Sinken der Fonds. Militäriche Vorsichtsmaßregeln. Hinrichtung. Gereizte Stimmung zwischen Militär und Bürgern. Graf Almasy und die Südslaven. Nachrichten aus Galizien und Siebenbürgen. Die Reorganirung Ungarns. Kornbörse.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Annäherung Preußens an England. Titelwesen. Die Spener'sche Zeitung für das Erbkaiserthum. Deutschgesinnte Abgeordnete. Hr. v. Radowitz. Die neuen Minister. Hr. Hansemann und seine Zeitung. Der neue Spanische Gesandte. Das Stimmrecht. Sonderbündnisse.) Posen (Russische Garden durch Wilna.) München (Gesetzentwurf über die Matrikularbeiträge. Interpellationen. Arbeiterbankett.) Hannover (Adresse der hannover'schen Abgeordneten in Frankfurt an die zweite Kammer. Die Ministerkrisis. Stüve. Hr. v. Reden.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen: Zank zwischen dem Kolonialminister und Lord Brougham im Oberhause; Interpellation wegen der neapolitanisch-sicilianischen Angelegenheit im Unterhause. Kuriosa der M. Post.)

Nachschrift.

Kollektivnote der preußischen und der ihr beigetretenen deutschen Regierungen

gegenüber dem Verfassungsentwurf 1. Lesung.

Bei Berathung der nachfolgenden Bemerkungen zu den von der Nationalversammlung bezüglich der Verfassung in erster Lesung gefaßten Beschlüssen ist die Grundlage dieser Beschlüsse festgehalten worden, nämlich die Grundlage eines zu errichtenden Bundesstaates, dessen Centralbehörde mit einer aus der Gesammtheit des Volkes durch Wahl hervorgegangenen Vertretung umgeben sein soll. Statt einer Motivirung derselben im Einzelnen wird es genügen, im Allgemeinen die Gesichtspunkte zu bezeichnen, welche leitend gewesen sind. Sie lassen sich auf die eine Absicht zurückführen, die Schwierigkeiten zu vermindern, welche der Vereinigung souveräner Staaten zu einem durch eine Centralbehörde vertretenen Bundesstaate entgegenstehen, erstens wegen der erforderlichen Abtretung von Souveränetätsrechten der Einzelstaaten an die Gemeinschaft, zweitens wegen der Besorgniß, daß die Centralgewalt in der Beschränkung jener Rechte immer weiter gehen werde.

Die militärische Unterordnung unter eine Centralgewalt berührt ein Hoheitsrecht, dessen erhebliche Beschränkung besonders für die Zeit des Friedens nur mit Widerstreben zugestanden werden würde. Vermöge der zu den §§. 12, 13, 14, 15 und 18 vorgeschlagenen Modificationen wird diejenige Befugniß der Centralbehörde, welche ihr in ihrer Eigenschaft als ausübende Gewalt zusteht, in ein die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten wahrendes Verhältniß gebracht; wohingegen das Recht, unter Mitwirkung der Gesammtvertretung allgemeine Gesetze in Betreff des Heerwesens zu erlassen, als ein ausreichendes Beförderungsmittel größerer Einheit und Kraft angesehen werden darf.

Das den geschäftlichen Verkehr erleichternde Recht eines jeden Staates, sich bei der Centralgewalt durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, wird als eine Folge und als ein Zeichen der fortdauernden staatlichen Existenz in Anspruch genommen, und die Anwendung des Grundsatzes bei Erwägung der weiteren Verfassungsabschnitte vorbehalten.

Der Selbstständigkeit der Einzelstaaten ist die schärfere Begrenzung und die Beschränkung der Befugnisse der Centralgewalt, insbesondere dadurch, daß ihrer Einwirkung hauptsächlich die allgemeine Gesetzgebung zugewiesen, die Ausführung entzogen wird, förderlich. Es dient zur Erhaltung und Nährung des selbstständigen Lebens der Einzelstaaten, wenn ihnen die Ausführung der von der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft angeordneten Maßregeln und Arbeiten übertragen, wenn ihr Verwaltungskreis nicht geschmälert, der Contakt einer allgemeinen und besonderen Administration verhindert, wenn überhaupt die Veranlassung zu einer umfangreichen Centraladministration und zu einer großen Zahl von Beamten der Centralgewalt vermieden wird. — Die Regel, daß die Centralgewalt das, was sie zur Ausführung anordnet, durch ihre eigenen Organe auszuführen, daß sie dagegen über das, was den Einzelstaaten auszuführen obliegt, keine Oberaufsicht auszuüben habe, würde, das ist nicht zu verkennen, zu einer schärferen Abgrenzung der Kompetenz zwischen Central- und Partikularregierung führen; allein sie würde mit den monarchischen Verfassungen und mit den aus alter staatlicher Selbstständigkeit hervorgegangenen Zuständen Deutschlands nicht in Einklang zu bringen sein. Dem Ansehen der Regierungen sowohl in ihren eigenen Augen, als in denen ihrer Landesangehörigen, wäre es schädlich, wenn in einigem Umfange im eigenen Lande neben den Landesregierungsbeamten Centralregierungsbeamte thätig wären; die Neigung zum Widerstande, jedenfalls zur Unwillfährigkeit würde sich erzeugen und jeder Konflikt wahrscheinlich mit einer Erweiterung der Kompetenz der Centralregierung enden. Diese Erwägungen erhalten ein eigenthümliches Gewicht, wenn die Centralregierung in Verbindung mit großer Hausmacht gedacht wird. Sie treten hingegen nicht ein rücksichtlich der Befugnisse der Centralgewalt zum Erlasse allgemeiner Gesetze: Ein alle Staaten gemeinsam treffendes Gesetz wird schon wegen seiner Allgemeinheit von dem Einzelstaate williger hingenommen; — von den Uebeln des bisherigen Zustandes ist die Schwierigkeit allgemeiner legislativer Anordnungen für ganz Deutschland dasjenige, welches die Nation vielleicht am tiefsten empfunden, dessen Abhilfe sie am dringendsten begehrt hat; besonders aber ist bei der Gesetzgebung nicht die Exekutivgewalt ausschließlich oder hauptsächlich thätig; sie tritt vielmehr in den Hintergrund, während den Vordergrund die aus der Gesammtheit des Volkes hervorgegangenen legislativen Versammlungen einnehmen, auf welche gewissermaßen nur solche Rechte übergehen, die der Volksvertretung in den einzelnen Staaten zustehen oder zugestanden werden würden. Freilich hält mit der Erleichterung des Erlasses und der Einführung allgemeiner Gesetze der Drang zum übermäßigen Gebrauche des Gesetzgebungsrechtes gleichen Schritt und sind daher kennbare nicht zu weit gesteckte Grenzen wünschenswerth.

Diesen Anforderungen der Begrenzung und Beschränkung in Verwaltung und Gesetzgebung entsprechen die Aenderungen, welche zu den Paragraphen 14, 25, 27, 29, 30, 32, 35, 40, 42, 46, 47 des Abschnittes „Die Reichsgewalt" vorgeschlagen sind.

Eine große Versammlung, wenn sie die Befugniß hat, Geldverwendungen für bedeutende Anlagen zu beschließen, wird selten dem darin für sie liegenden Reize ausreichend widerstehen; sie wird es um so weniger, als unter den Vertretern einer großen Zahl von Staaten immer Viele sein werden, die ein lokales Anliegen zu bevorworten, und Viele, die Nachgiebigkeit genug haben, um eine auf die Allgemeinheit zu übertragende Auslage zu bewilligen. Man bahnt dadurch den Weg erstens zu einer Verwirrung der

Finanzwirthschaft sowohl des Bundesstaates als (und noch mehr) der Einzelstaaten, zweitens zur Annäherung des Bundesstaates an den Einheitsstaat. Denn in demselben Maße, wie die Steuerkräfte zunehmend für die Bundeskasse in Anspruch genommen werden, muß die Centralisation steigen. Es scheint hiernach räthlich, das Recht zu großen Anlagen für die Gemeinschaft möglichst zu beschränken. Völlig darauf zu verzichten, wäre schon nach dem Vorgange der bisherigen Bundesverfassung unzulässig, welche, wie §. 19. des Entwurfs, die Nothwendigkeit der Anlage von Bundesfestungen thatsächlich anerkannt hat. Es ist vorgeschlagen, auch die Möglichkeit der Anlage von Küstenvertheidigungswerken nicht auszuschließen. Eine zweite Ausnahme wird durch die Aufhebung der Flußzölle bedingt, derzufolge es, wenn nicht unmöglich, doch ungemein schwierig sein würde, den verschiedenen Staaten die Last der Unterhaltung und Verbesserung gemeinsamer Wasserstraßen zu Gunsten des keine Einnahme mehr gewährenden durchgehenden Verkehrs aufzulegen. Dagegen wird auf die Befugniß zur Anlage von Eisenbahnen und Landstraßen verzichtet werden können.

Die der Centralgewalt zugedachte Befugniß (§. 49.) Steuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, würde insofern als nöthig anzuerkennen sein, als zur Erreichung der Bundeszwecke die Bundesbehörde die Macht haben muß, selbstständig über die erforderlichen Geldmittel zu verfügen, ohne auf die Matrikularumlage als einziges Mittel beschränkt zu sein. Es ist aber andererseits zu berücksichtigen, daß ein allgemeines Besteuerungsrecht, verbunden mit dem Rechte, die ausgeschriebenen Steuern durch eigene Organe erheben zu lassen, von den Landesregierungen nur mit Widerstreben eingeräumt werden würde, und da der nach § 35. zuzugestehende erste Anspruch auf den Ertrag der Zölle und gemeinschaftlichen Steuern einer selbstständigen Verfügung gleich zu achten ist, so dürfte auf ein weiteres unmittelbares Besteuerungsrecht um so williger zu verzichten sein, als das Reichsbudget voraussichtlich nur einen kleinen Theil des Ertrags der Zölle und gemeinschaftlichen Steuern in Anspruch nehmen wird.

Das Gewicht der Besorgniß, daß nach dem auf bestimmte und bekannte Grundlagen erfolgten Eintritte in den Bundesstaat, durch die in der Verfassung gegebenen Mittel jene Grundlagen, wider den Willen der Betheiligten, auf eine ihre Selbstständigkeit mehr beschränkende Weise geändert werden könnten, überwiegt das andererseits nicht zu verkennende Uebel, neuerkannte oder neu entstehende Bedürfnisse wegen der Schranken der Verfassung unbefriedigt lassen zu müssen. Die Abänderung der Verfassung wird an strenge Formen (unter Anderm an die Zustimmung des Reichsraths) geknüpft und darauf verzichtet werden müssen, abweichend von §. 6 der Bundesgewalt (§. 58) das unbestimmte Recht der Gesetzgebung in allen Fällen wo sie für das Gesammtinteresse Deutschlands die Begründung gemeinsamer Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet, zuzugestehen.

Bemerkungen und Abänderungsvorschläge zu Beschlüssen der Nationalversammlung bezüglich der Verfassung.

Erster Abschnitt.

Das Reich.

Die Benennung des Bundes wird dann der schließlichen Entscheidung nicht vorgreifen, wenn sie besagt, was wirklich geschaffen werden soll, wenn demnach die Bezeichnung „Bundesstaat" statt „Reich" gebraucht wird; so wie weiterhin „Bundesgewalt" statt „Reichsgewalt."[1])

Von einem Theile der Regierungen kann nur erklärt werden, daß sie bereit sind in den Bundesstaat zu treten, indem übrigens die §§. 1—4 unerörtert bleiben.

§. 5. Es wird angenommen, durch das Wort „Abgesehen" habe ausgedrückt werden sollen, daß es nicht die Meinung sei, durch einseitige Willenserklärungen Deutschlands bereits bestehende Verträge oder Rechte aufzuheben, die nur durch Verhandlungen aufgehoben werden können.

§. 6. Wird als richtiger Grundsatz, maßgebend für die praktische Wirksamkeit der Verfassung, und als geeignete Garantie der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten besonders anerkannt.

Zweiter Abschnitt.

Die Reichsgewalt.

§. 7. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß den Einzelstaaten das Recht, Konsuln im Auslande anzustellen verbleibe. Wenn an demselben Orte die Bundesregierung Konsuln anstellt, so sind die Konsuln der Einzelstaaten denselben unterzuordnen oder auf Verlangen der Bundesregierung zurückzuziehen.[2])

[1]) Es wird Bezug genommen auf die besonderen Aeußerungen zu dieser Bemerkung.

[2]) Zu berücksichtigen die besondere Erklärung zu §. 7.

§. 8. Es wäre außer Zweifel zu stellen, daß jede Regierung das Recht habe, sich bei der Centralgewalt durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

§. 12.[1]) „Im Kriege oder in Fällen nothwendiger Sicherheitsmaßregeln im Frieden steht der Bundesgewalt die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung."

§. 13. „Das Bundesheer besteht aus der zum Zwecke des Krieges bestimmten, gesammten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten, deren Stärke und Beschaffenheit durch eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche, bundesgesetzliche Wehrverfassung festgesetzt werden wird."

„Diejenigen Staaten, welche weniger als 250,000 Einwohner haben, sind durch die Bundesgewalt zu größeren militärischen Ganzen zu vereinigen oder einem angrenzenden größeren Staate anzuschließen. Ueber die Bedingungen solcher Zusammenlegungen haben sich die betreffenden Regierungen unter Vermittlung und Genehmigung der Bundesgewalt zu vereinbaren."

§. 14. „Die Bundesgewalt hat in Betreff des Heerwesens die allgemeine Gesetzgebung und überwacht die Durchführung dieser, so wie der §. 13 genannten Wehrverfassung in den einzelnen Staaten durch regelmäßige Inspektionen. Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Bundesgesetze, der Wehrverfassung und in den Grenzen der nach §. 13 abgeschlossenen Vereinbarung zu; sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, soweit dieselbe nicht nach §. 12 für den Dienst des Bundes in Anspruch genommen wird."

§. 15. „Der von der Bundesgewalt ernannte Feldherr und diejenigen Generale, welche von diesem zum selbstständigen Kommando einzelner Korps bestimmt werden, so wie die Gouverneure, Kommandanten und höheren Festungsbeamten der Bundesfestungen leisten dem Bundesoberhaupte und der Bundesverfassung den Eid der Treue."

§. 18. „Die Besetzung der Befehlshaberstellen und die Ernennung der Offiziere in den einzelnen Kontingenten, bis zu den diesen Kontingenten entsprechenden Graden, ist den betreffenden Regierungen überlassen; nur wo die Kontingente zweier oder mehrerer Staaten zu größern Ganzen kombinirt sind, ernennt die Bundesgewalt unmittelbar die Befehlshaber dieser Korps, insofern deren Grad nicht innerhalb der Ernennungsbefugniß einer der betheiligten Regierungen liegt."

„Für den Krieg ernennt die Bundesgewalt die kommandirenden Generale der auf den verschiedenen Kriegstheatern operirenden selbstständigen Korps."

§. 19. Daß auch die Anlage von Küstenvertheidigungswerken für Rechnung des Bundesstaates beschlossen werden könne, dürfte einzuschließen sein.

§. 21. Der Ausdruck „Mündungen der Flüsse" wird näher zu bestimmen sein.

§. 23. Die Worte „und deren Ladungen" werden wegfallen müssen, weil Abgaben auf die Schiffsladungen Eingangszölle sind. Es würde nicht ausgeschlossen sein, Schiffe mit Ladungen von großem Volum und geringem Werthe niedriger zu tarifiren, wie denn jetzt schon Schiffe in Ballast überall niedrigere Schiffsabgaben entrichten [2]).

§. 24. Die Worte „und deren Ladungen" werden ebenfalls wegfallen müssen; auch dürfte es zweckmäßig sein, nicht durch die Bestimmung, daß die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt in die Bundeskasse fließe, den Reiz zur Anordnung solcher Mehrabgaben in die Verfassung zu legen; das Bundesgesetz, welches sie anordnet, kann darüber Verfügung treffen; daß die Anordnung nur auf Grund eines Gesetzes erfolgen könne, scheint für diesen und den §. 28 auszusprechen, erforderlich.

§. 25. „Die Bundesgewalt allein hat die Gesetzgebung über den Schifffahrtsbetrieb und über die Flößerei auf denjenigen Flüssen, Kanälen und Seen, welche mehrere deutsche Staaten im schiffbaren oder flößbaren Zustande durchströmen oder begrenzen. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Gesetze. Sie hat die Oberaufsicht über die eben bezeichneten Wasserstraßen und über die Mündungen der in dieselben sich ergießenden Nebenflüsse."

„Es steht ihr zu, zum Schutze des Bundes oder im Intresse des allgemeinen deutschen Verkehrs, die einzelnen Staaten zur gehörigen Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit jener Wasserstraßen und Flußmündungen anzuhalten. Die Wahl der Verbesserungsmaßregeln und deren Ausführung verbleibt den einzelnen Staaten. Ueber die Aufbringung der erforderlichen Mittel ist nach Maßgabe der bundesgesetzlichen Bestimmung (§. 26) zu entscheiden. Alle übrigen Flüsse, Kanäle und Seen bleiben der Fürsorge der einzelnen Staaten überlassen."[3])

§. 26. Die vorgesehene billige Ausgleichung für die Aufhebung der Flußzölle auf gemeinsamen Flüssen, wird gleichzeitig mit der Aufhebung erfolgen müssen. In dem dritten Satze würden mit Rücksicht auf die obige Fassung von §. 25 die Worte „Wie und" wegzufallen haben.[4])

§. 27. „Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren, welche an gemeinschaftlichen Flüssen oder an den Mündungen der in dieselben sich ergießenden Nebenflüsse erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung derartiger Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Ueberwachung der Bundesgewalt. Es darf in Betreff dieser Gebühren eine Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten nicht stattfinden."[5])

§. 28. Sowohl zu §. 25 als zu §. 26 ist zu bemerken, daß so lange die Transitabgaben noch bestehen, der Waarentransit auf Stromwegen wenigstens dem Landtransit gleich zu besteuern sein wird, es sei denn, daß die konventionsmäßig regulirten Flußzölle geringer wären, als die Landtransitzölle, wo dann allerdings nur erstere beibehalten werden könnten.

[1]) Wo es kürzer schien, den Inhalt der zu befürwortenden Aenderung in die Form einer neuen Fassung des betreffenden Paragraphen zu bringen, ist dies durch Anführungszeichen angedeutet.

[2]) Zu berücksichtigen die besondere Bemerkung zu §. 23.

[3]) Deßgleichen zu §. 25.

[4]) Deßgleichen zu §. 26.

[5]) Deßgleichen zu §. 27.

§. 29. „Ueber die Eisenbahnen und deren Betrieb hat die Bundesgewalt die Oberaufsicht und, soweit der Bundesschutz oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs es erheischen, die Gesetzgebung. Die dahin zu rechnenden Gegenstände werden durch ein Bundesgesetz festgestellt."

§. 30. „Soweit der Bundesschutz oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs es erheischen, hat die Bundesgewalt das Recht Eisenbahnanlagen zu bewilligen und gegen Entschädigung zu benutzen."

§. 32. „Der Bundesgewalt steht das Recht zu, zum Schutze des Bundes oder im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs zu verfügen, daß aus Bundesmitteln Kanäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder in ihrer Schiffbarkeit erweitert werden. Die Anordnung der dazu erforderlichen wasserbaulichen Werke erfolgt nach vorgängiger Verständigung mit den betheiligten einzelnen Staaten, diesen bleibt die Ausführung und auf Bundeskosten die Unterhaltung der neuen Anlagen überlassen."

Der letzte Absatz des §. 32 bliebe unverändert [2]).

§. 33. Die Ausgleichung der Besteuerungsverschiedenheiten muß dem Wegfall der Binnenzölle vorangehen.

§. 35. „Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, so wie der gemeinschaftlichen Produktions- and Verbrauchssteuern geschieht unter Oberaufsicht der Bundesgewalt. Der Ertrag der gemeinschaftlichen Abgaben wird unter die einzelnen Staaten vertheilt. Der Bundesgewalt steht jedoch das Recht zu, von den Antheilen der Einzelstaaten, die zu der Bestreitung der Bundesausgaben nach Maßgabe des jährlichen Budgets zu leistenden Beiträge vorweg zu nehmen." [3])

§. 40. Es wird vorgeschlagen, den dritten Satz zu streichen.

§. 41. Es dürfte deutlicher das Mißverständniß abzuwehren sein, als ob die Bundesgewalt die Befugniß haben könne, die rechtsverbindlich bestehenden Postverträge der einzelnen Länder ohne Weiteres aufzuheben. Sodann wird zugestanden werden können, daß Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen nur seitens oder mit Genehmigung der Bundesgewalt abgeschlossen werden dürfen.

§. 42. Die Streichung des Paragraphen wird vorgeschlagen. [4])

§. 46. „Der Bundesgewalt steht über das Bankwesen und die Ausgabe von Papiergeld die Erlassung allgemeiner Gesetze und die Oberaufsicht zu."

§. 49. „Die Bundesgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge aufzunehmen."

§. 53. Anstatt der Worte im dritten Absatze „Wenn die Regierung eines deutschen Staates die Verfassung desselben eigenmächtig aufhebt oder verändert" wird vorgeschlagen: „Wenn die Verfassung eines deutschen Staates gewaltsam oder einseitig aufgehoben oder verändert wird."

§. 54. Ueber die Vertheilung der durch Maßregeln zur Wahrung des öffentlichen Friedens entstehenden Kosten wird in einer Bundesexekutionsordnung das Nähere festzustellen sein.

§. 55. Der Bundesgewalt muß die Befugniß erhalten werden, im Wege der allgemeinen Gesetzgebung auch über das Vereins- und Versammlungsrecht Anordnungen zu treffen.

§. 58. Die Streichung der zweiten Hälfte des Paragraphen wird vorgeschlagen. Frankfurt a. M. den 23. Februar 1849.

Camphausen, Bevollmächtigter für Preußen. Jordan, Bevollmächtigter für Kurhessen, unter Vorbehalt etwaiger weiterer Bemerkungen. Eigenbrod, für Großherzogthum Hessen. Liebe, Bevollmächtigter für Braunschweig. v. Scherff, Bevollmächtigter für das Großherzogthum Luxemburg, mit Vorbehalt etwa noch nachzubringender Bemerkungen. Seebeck, Bevollmächtigter für das Herzogthum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen. v. Stein, für Koburg-Gotha. Freiherr v. Holzhausen für Hohenzollern, Reuß und Hessen-Homburg. Mosle für Oldenburg. Francke für Schleswig-Holstein. Karsten für beide Mecklenburg. Heegenhahn für Nassau. Brehmer für Lübeck. Smidt für Bremen. Kirchenpauer für Hamburg. Petri für Waldeck und Lippe. Cruciger für Sachsen-Altenburg. Karlowa für Schaumburg-Lippe. A. Vierthaler, Bevollmächtigter für Anhalt-Dessau und Köthen, mit Hinweisung auf meine dem hohen Reichsministerium unterm 19. l. M. abgegebene Erklärung und unter ausdrücklichem Festhalten an dieselbe. C. Welcker für Baden; nachträglich, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die bereits übergebenen Bemerkungen der badischen Regierung, insbesondere zu §. 31 und 35, sodann auf die hier angelegten Gegenbemerkungen zu den §§. 19, 25, 26 und 32.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 26. Februar. (Schluß.)

Durch Namensaufruf wird hinwiederum abgestimmt über den Antrag der Herren Pfeiffer und Schorn:

„Die Nationalversammlung, indem sie die von dem Reichsministerium zur Anzeige gebrachten Bemerkungen der meisten deutschen Regierungen zu dem in erster Lesung vorgenommenen Verfassungsentwurf, so wie die etwa rechtzeitig noch eingehenden Mittheilungen ähnlicher Art an den Verfassungs-Ausschuß überweist und deren Druck und Vertheilung an die Nationalversammlung verordnet —

gibt dem Ausschusse auf, nunmehr seine Revision ohne Zögerung zu vollenden und setzt fest, daß Montag den 5. März mit der zweiten Lesung begonnen und damit endgiltig die Verfassung festgestellt wird."

Auch dieser Antrag wird mit 252 gegen 221 Stimmen verworfen, ebenso nachdem Hr. Arneth seinen Antrag zurückgezogen hat, der Antrag von Cropp aus Oldenburg auf Verschiebung der zweiten Lesung bis 15. März, desgleichen der Antrag Grävells (eine einfache Wiederholung des Pfeifferschen mit Hinweglassung der Worte „damit endgiltig die Verfassung festgestellt werde").

Ueber den Antrag von Venedey und Genossen:

„die Nationalversammlung beschließe die zweite Lesung der Verfassung unmittelbar nach der zweiten Lesung des Wahlgesetzes vorzunehmen"

wird wieder namentlich abgestimmt.

Da sich 257 gegen 195 Stimmen auch gegen den Venedeyschen Antrag erklären, so gehen nach endlichem Versammlungsbeschluß die vom Reichsministerium vorgelegten, durch den Druck zu veröffentlichenden Papiere ohne nähere Bestimmung eines Termins an den Verfassungsausschuß. Ein Antrag von dem Grafen Deym, Arneth, Beda Weber und Genossen verlangt von der Nationalversammlung, daß sie ihre Mißbilligung über die von Grumbrecht gegen Oesterreich gethanen Aeußerungen ausspreche. An den Ausschuß für Geschäftsordnung.

Endlich beantragt Hr. Reh, daß die Berathung des Wahlgesetzes bis auf den Freitag vertagt werde, damit der Verfassungsausschuß Zeit gewönne, die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs vorzubereiten. Da das Ergebniß durch Aufstehen zweifelhaft ist, so wird durch Zettel abgestimmt, von denen sich 242 gegen 208 wider die beantragte Vertagung aussprechen. Nächste Sitzung findet daher morgen Statt: Fortsetzung der Berathung über das Wahlgesetz.

△ **Wien**, 21. Febr. Unsere Geschäftsberichte geben sehr interessante Details über den Bergbau Kärnthens und hauptsächlich über seine Eisen- und Blei-Produktion, welche zugleich eine der vielen Schwierigkeiten darbietet, welche Oesterreich zu überwinden hätte, und dem deutschen Zollvereine beizutreten. Die Eisenproduktion steigerte sich bereits bis auf 900,000 und sogar bis auf 1 Million Centner theils Roheisen, theils Guß- und Streckeisen und repräsentirt ein Kapital von 4½ bis 5 Millionen; jene des Blei's 1½ Million. Beinahe ein Viertel der ganzen Bevölkerung Kärnthens lebt von dem Ertrage der Eisenwerke, welche über 28,000 Personen beschäftigen; andere 50,000 ziehen durch die Lieferung von Holz und Kohlen ihren Erwerb daraus; das macht die Berücksichtigung doppelt nöthig. — Die Engländer liefern das Roheisen loco Triest zu 1 fl. 30 kr. Das Kärnthensche Eisen kömmt daselbst auf 2 fl. 30 kr. zu stehen! Dieser enorme Unterschied des Preises liegt zum Theil in der bessern Qualität, vorzüglich aber in dem theuern Brennmateriale, da die Holzkohle mit der englischen Steinkohle keine Konkurrenz halten kann. — Blei, welches auf deutschen Märkten durchschnittlich 8½ fl. per Centner kostet, würde sich mit der Fracht von Kärnthen aus auf 15 — 16 fl. stellen, indem letztere 3—4 fl. beträgt und die Erzeugungskosten 11—12 fl. erreichen. Hieraus entsteht die gebieterische Nothwendigkeit eines Schutzzolles, denn die ganze Eisen- und Bleiproduktion Kärnthens müßte bei gänzlichem Anschlusse an den Zollverein zu Grunde gehn, da dort der Eingangszoll auf Letzteres per Centner nur 22½ kr. beträgt und hier, um fortbestehen zu können, 5 fl. betragen müßte. — Das Einrücken der Russen in Kronstadt und Hermannstadt hat unsere Fonds fallen machen! Die reelle spekulirende Welt hat also auch nicht mehr Sympathie für sie als die sogenannte ideologisch spekulative Welt!

Schon mehrere Nächte standen in der Kaserne die Truppen bereit, da dem Stadtkommandant die Anzeige gemacht war, daß man Attentate beabsichtige. Namentlich wollte man wißen, daß in der verflossenen Nacht ein Scheinangriff auf alle Schildwachen der Stadt gemacht würde, um damit den eigentlichen Plan eines Angriffes auf den Neubau (befestigtes Gebäude in der Nähe Wiens) wo viele Waffen deponirt sind, zu maskiren und das Militär zu beschäftigen. Von alle dem geschah aber nichts, und die ganze Sache klingt so abenteuerlich als sie nur irgend ein dienstbeflissener Kopf erfinden kann. Diese ewigen Plackereien des Militärs sind ganz dazu gemacht, um seiner Erbitterung stets neue Nahrung zu geben. Die Uebergriffe des Militärs sind darum beinahe noch eher zu entschuldigen, als der Servilismus, mit dem sich viele Personen vom Bürgerstand gewißermaßen zu Polizeiagenten verpflichtet glauben. Ein solcher Serviler glaubte sich heute früh berufen, einen jungen Engländer vor die Stadthauptmannschaft zu führen, weil er der Ermahnung einer Schildwache „nicht zu rauchen" nicht Folge leistete. Diese frevelhafte Nicht-

[2]) Deßgleichen zu §. 32.
[3]) Zu berücksichtigen die besondere Bemerkung zu §. 35.
[4]) Deßgleichen zu §. 42.

achtung „des Gesetzes," um so auffallender von Seiten eines Engländers, erklärte sich dadurch, daß der Engländer den Kroaten gar nicht verstanden hatte! Was hat dagegen der Belagerungszustand von Berlin noch Pikantes zu bieten! An ähnlichen Scenen stehen wir unerreicht da.

In der verflossenen Nacht nahm das für die Dauer des Faschings „in Frohsinns- und Heiterkeitszustand" erklärte Elysium des Hrn. Daum Abschied von uns. Alles was der Anschlagzettel versprach, war dort zu finden, nur kein Frohsinn und keine Heiterkeit. Man gibt die Anzahl der Besucher bis gegen 2000 an, aber sie kamen mir alle vor wie Automaten, die sich nur bewegen, weil das Uhrwerk aufgezogen ist, und die auch auf diesen Schein von Leben sogleich verzichten, sobald der Künstler die Bewegung hemmt. Der Ball in dem Redoutensaale lockte kaum 1200 Personen — während in früheren Jahren sich dort so viel Tausende versammelten.

△ **Wien**, 22. Febr. Der eben beendete Fasching war nicht heiter, aber die eingetretenen Fasten versprechen noch trauriger zu werden. Denken Sie sich einen Tag, an dem es nicht Tag werden will, und an welchem man unter dichtem Schneegestöber, einen blaßen Mann zwischen zwei Kapuzinern gehend, mit starker Militär-Eskorte auf den Richtplatz führt und erschießt — so sehen Sie Wien am zweiten Tage der Fasten! Die Oktobertage haben eine traurige Entartung der Gemüther nach sich gezogen und die Art, wie man den Sieg benutzte, hat einen Haß gesät, der nun anfängt aufzugehn. Vorgestern wieder wurde in Herrnals auf eine Patrouille geschossen und im Lerchenfeld (Vorstadt) wurde ein Soldat durch einen Schuß in den Schenkel verwundet. Es ist als ob die Monarchie sich immer mehr in zwei Feldlager theilte, die jeden Augenblick den Vernichtungskampf gegen einander beginnen können. Auf der einen Seite steht die Armee (und wer sich auf sie stützen will), gewaltsam in ihrem Siege, auf der andern Seite das Volk, grausam in seinem verbissenen Grimme! Von allen Seiten mehren sich die Zeichen des „Zeitgeistes" in diesem Sinne. Während man hier das Standrecht und Kriegsrecht gegen den Bürgerstand „zum Schutze des Militärs" verschärft, ist der Truppenkörper in Pesth auf den abnormen Gedanken gerathen, eine Subscription zu veranstalten zu Gunsten jener Windischgrätz-Chevaurlegers, welche sich, in Folge der Verwundung des Redakteurs Greischnigg in Grätz, in Untersuchungshaft befinden! Hoffentlich wird die dortige Militärbehörde den Takt besitzen, ein solches, jedem Billigkeitsgefühl hohnsprechendes Unternehmen zu verbieten. — Der k. Kommissär Graf Almasy sendet nun seine Note an die Banalbehörde, die so große Erbitterung und so reichhaltigen Widerspruch erregte, in deutscher Sprache und erklärt die erste Abfassung derselben in ungarischer Sprache „für ein Mißverständniß." Die Agramer Zeitung spricht heute von ihrem „jugendlichen Könige." Das loyale Volk par excellence will also keinen Kaiser.

Dem Vernehmen nach soll der Abgeordnete Schuselka von seinen Wählern — Sechshaus zwischen Wien und Schönbrunn — eine Mißtrauensadresse erhalten.

* **Wien**, 22. Febr. An der gallizischen Grenze wurden neuerdings von der Finanzwache 240,000 Zwanziger und 4000 Stck. Dukaten bei Lisko, die für die ungarischen Insurgenten bestimmt waren, aufgefangen. Einem Privatbriefe aus Siebenbürgen zufolge sind die Russen 18,000 Mann stark über die Grenze marschirt, wovon nach offizieller Mittheilung allerdings 10,000 Mann Hermannstadt und Kronstadt besetzten; wo die übrigen 8000 Mann weilen, sagt der Brief nicht. Die Russen sollen auf diesem Marsche die Szekler allenthalben entwaffnet haben. Die heutige Wiener Zeitung bringt die offizielle Nachricht, daß das Ministerium gesonnen sei, behufs der Umgestaltung Ungarns sich mit Vertrauensmännern der verschiedenen Nationalitäten Ungarns zu umgeben, um ihren Rath, ihre Mitwirkung und ihre Auskünfte in Anspruch zu nehmen. Die erforderlichen Einleitungen hiezu, welche den Ministerrath seit einigen Tagen in Wien zurückgehalten haben, sind bereits getroffen. Die Errichtung einer Kornbörse für Wien ist bereits vom Ministerium der Handelskammer zur Begutachtung vorgelegt worden. Ein 54jähriger Greis, aus Baiern gebürtig, wurde heute wegen Verheimlichung eines Degens erschossen.

Kremsier, 21. Febr. In der heutigen Reichstagssitzung stellte der Abg. Zimmer eine Interpellation wegen des unklaren Textes der Note vom 4. Februar nach Frankfurt, hervorhebend die Tendenz des Ministeriums, einen Bundestag herzustellen, und die Gefahr, die eben bezeigten süddeutschen Sympathien wieder einzubüßen. Er verlangt eine offene, unumwundene Erklärung: „Wie das Ministerium sich das deutsche Verfassungswerk denke." Abg. Schuselka interpellirt über ein vom Ministerium ausgegangenes geheimes Kreisschreiben, worin aufgefordert wird, der in mehreren Provinzen versuchten Verbreitung der gedruckten Grundrechte des deutschen Volks, als im jetzigen Augenblick aufregend, entgegenzuwirken. Er stellt diesem Interdikte zur Beleuchtung, wie jene deutschen Grundrechte von einem österreichischen Prinzen als Reichsverweser sanktionirt worden seien; nachdem Oesterreich seine Abgeordneten zu deren Debattirung ausgeschickt habe, und noch fortan Wahlen nach Frankfurt ausschreibe. Er fragt, ob der Hanns Jörgel auf dem österreichischen Inder verbleiben sollte, die deutschen Grundrechte aber daraus gestrichen werden sollten, „als eine verbotene Druckschrift". Der Interpellant weist weiter darauf hin, daß es den Deutsch-Oesterreichern unverwehrt sei, die französische Konstitution, obgleich sie eine republikanische sei, im Buchladen zu kaufen, nicht aber die deutsche! Die Interpellation geht auf die Fragen los: Ob das Ministerium wirklich jene Weisung erlassen habe, und ob es in dem Falle sie als eine Verletzung der Preßfreiheit und als eine Verhöhnung Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs nicht zurückzunehmen gedenke? Rauschender Beifall begleitet diese Interpellation. Hierauf schritt man zur Tagesordnung. §. 13 der Grundrechte wurde in folgender amendirter Form mit sehr großer Mehrheit angenommen: Den österreichischen Staatsbürgern ist die Freiheit des Glaubens gewährleistet. Sie sind unbeschränkt in der äußerlichen öffentlichen Ausübung ihrer Religion, so weit diese Ausübung weder rechts-, noch sittenverletzend ist, noch den bürgerlichen oder staatbürgerlichen Pflichten widerstreitet." Hiermit wurden alle Amendements und Zusätze beseitigt, die zum Theil gegen Aufnahme von nichtkatholischen Religionsgemeinden, wo sie noch nicht bestanden, zum Theil eben so gegen die jüdischen Religionsgemeinden in dem gedachten Fall, insbesondere aber (durch die allgemeine Bezeichnung „nicht anerkannter Religionsbekenntnisse") gegen den Deutschkatholizismus gerichtet waren. Abg. Rieger resumirte das allen jenen Amendements und Zusätzen zu Grunde liegende Prinzip der Intoleranz im Geiste der spätern, nicht der ursprünglichen katholischen Kirche, und hielt der Gewissensfreiheit eine glänzende Standrede. Insbesondere wurde er warm und geistvoll, als er von den Leiden sprach, welche die Intoleranz der katholischen Kirche über sein eigenes Vaterland Böhmen gebracht habe. Die deutsch-tyrolischen Redner (Klebelsberg, Straffer), welche vorzüglich darauf antrugen, den patriarchalischen Gefühlen ihrer Provinz Rechnung zu tragen, fanden es dennoch für angemessen, sich gegen Ultramontanismus zu verwahren; sie gaben zu, daß man dem Dogma des Judenthums keine staatsgefährliche Tendenzen imputiren könne, und sprachen von der Austreibung der Zillerthaler als einem beklagenswerthen Ereignisse, das nur unter der vorigen Regierung hätte stattfinden können. Das Gesammtresultat der heutigen Sitzung aber ergibt eine überwiegende Freisinnigkeit in der religiösen Anschauungsweise der österreichischen Reichsversammlung. (D. A. Z.)

Berlin, 22. Febr. Der wichtige Vertrag zwischen unserer und den anhaltinischen Regierungen, von dem wir früher meldeten, beginnt bereits sehr lebhaft der Gegenstand diplomatischer Unterhandlungen zu werden. Das österreichische Kabinet hat nämlich gegenwärtig bereits Kunde von diesem Vertrage erhalten, und die folgenschwere Wichtigkeit desselben und vor allem der Umstand, daß man in Erfahrung gebracht hat, auch mit dem Kurfürstenthum Hessen und mit Braunschweig seien preußischer Seits Unterhandlungen zu gleichem Zweck ihrem Abschlusse nahe, hat von Seiten des österreichischen Hofes zu den allerenergischsten Gegenvorstellungen Veranlassung gegeben. Man weiß hier bereits, daß sowohl nach Kassel wie nach Braunschweig ein österreichischer Vertrauensmann sich begeben hat, um womöglich noch daselbst den Abschluß der Verhandlungen mit unserer Regierung zu hintertreiben. Gleichzeitig aber sind von Ollmütz aus auch dem Vernehmen nach mit der baierischen und würtembergischen Regierung Unterhandlungen eingeleitet worden, um den oben erwähnten Verträgen Preußens mit den erstgenannten Ländern womöglich ein Paroli zu bieten, und es ist hier von dem österreichischen Gesandten die bestimmte Drohung kundgegeben worden, daß das Ollmützer Kabinet kein

Mittel unversucht lassen werde, um den preußischer Seits geschlossenen Kartell-Verträgen gegenüber ein entgegenstehendes Sonderbündniß zu Stande zu bringen. (Wes. Z.)

Lith. Korr. **Berlin**, 23. Febr. Die mehr als gewöhnlich freundschaftlichen Beziehungen, in denen Graf Westmoreland, der englische Geschäftsträger, zu unserer Regierung steht, haben einige Aufmerksamkeit erregt. Es ist diese freundschaftliche Beziehung auch in der That von politischer Bedeutung, da dem großbritannischen Bevollmächtigten alle bedeutendern Staatsschriften Seitens des Kabinets zunächst zugefertigt werden. Diese so enge Verbindung des Kabinets zu St. James mit dem Berliner, wie sie vielleicht seit Friedrich des Großen Tode nicht Statt gehabt, läßt Viele an einen wirklichen Traktat zwischen Großbritannien und Preußen, gleichsam als Gegensatz zu dem russisch-österreichischen Bündnisse, glauben; Andere wollen in jenem auffallend freundschaftlichen Verkehr erst die Präliminarien zu einem später eventuell zu schließenden Bündniß sehen.

Der Pr. Staatsanz. enthält folgende königl. Verordnung: „Mit Bezug darauf, daß die Natur der konstitutionellen Formen es selbstredend mit sich bringt, daß die Mitglieder des Staats-Ministeriums den Titel Staatsminister und das Prädikat Excellenz nur so lange führen, als sie sich im Amte befinden, bestimme Ich, daß im Civilstande nur mit der Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rath die Führung des gedachten Prädikats bleibend verbunden sein soll."

Charlottenburg, den 19. Februar 1849.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

= **Berlin**, 24. Febr. Die hiesige Haude und Spenersche Zeitung ist mit klingendem Spiel in unser Lager übergetreten und hat kühn das deutsche erbkaiserliche Banner aufgepflanzt. Das Blatt hatte sich während des vorigen Jahres durch eine konsequent festgehaltene specifisch-preußische Haltung hervorgethan, und ist daher um so erfreulicher, daß es mit Muth der besseren Ueberzeugung Raum gibt. Der gestrige Leitartikel sprach unverhüllt und furchtlos die Wahrheit aus, daß Belagerungszustand, Preußische Verfassung, Ministerium Manteuffel, Brandenburg u. s. w. Alles Nebensachen von ganz untergeordneter Bedeutung gegenüber der Deutschen Sache seien, in der Preußen nun und nimmermehr eine Sonderpolitik verfolgen dürfe. Der Kurfürst von Hessen soll bei seiner Anwesenheit am hiesigen Hoflager — erst ganz jüngst ist er abgereist — sich unumwunden dahin ausgesprochen haben, daß er dem hohenzollerschen Erbkaiserthum in keiner Weise abgeneigt sei. Die deutschgesinnten Abgeordneten zu den übermorgen zusammentretenden Kammern kommen uns nicht bloß aus Frankfurt: so haben u. A. Schlesien und Sachsen in den Grafen Dyhrn und Helldorf zwei schon vom vereinigten Landtage her erprobte Zierden uns gesandt, die der Deutschen Sache mit Aller Wärme ergeben sind. Daß Radowitz seine Wahl in Schlesien abgelehnt hat, wird nicht eben beklagt; selbst seine eigene Partei hiesigen Ortes setzt seit der Abstimmung gelegentlich der Oesterreichischen Frage, die er umschiffte, Zweifel in ihn und besorgt, daß ihm die ultramontanen Interessen über Preußens Wohlfahrt gehen. Daß unser Ministerium vor der Hand nicht an ein Abtreten, das, in diesem Augenblicke gerade, auch kaum thunlich sein dürfte, denkt, können Sie schon aus den gestrigen Ernennungen, v. Raabe Finanzminister, Graf Arnim Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ersehen. Durch diese hat es sich nicht etwa purificirt, die mißliebigen Elemente Brandenburg, Manteuffel und ganz besonders Rintelen von sich lostrennend, sondern vielmehr sich vervollständigt. Da Bonin, dessen bevorstehende Ernennung Sie neulich schon mittheilten, entschieden abgelehnt, der bisherige Verweser Kühne, eine auch von seinen politischen Gegnern als durch und durch tüchtige und ehrenhafte Persönlichkeit anerkannt, gleich entschieden die Uebernahme des Finanzministeriums verweigert hat, so ist dem bisherigen Geheimen Oberfinanzrathe v. Raabe dasselbe anvertraut werden. Graf Arnim, dessen bevorstehende Ernennung Sie ebenfalls neulich schon meldeten, war im vorigen Jahre preußischer Gesandter in Wien, hat sich aber bis jetzt nicht berühmt gemacht. Er ist nicht mit seinem Namensvetter Graf Arnim Boyzenburg, dem die Präsidentur des Ministeriums demnächst übertragen werden dürfte, zu verwechseln. Was die Stellung der beiden neuen Minister zur Deutschen Frage anlangt, so werden sie, wenn auch nicht gerade aus Herzensneigung, dennoch aus Vernunftgründen ehrlich und aufrichtig Deutsch sein. Fortan gibt es für Preußen nur eine vernünftige Politik, nämlich die, Deutsch zu sein. Und was man auch sonst von unseren Preußenvereinen sagen mag, auch sie sind von dieser Anschauung bereits durchdrungen und beweisen dadurch mehr politischen Takt als unsere preußischen Deputirten auf der Linken der Paulskirche bisher gezeigt haben. Den Abstimmungen dieser Herren merkt man es leider an, daß sie im März vorigen Jahres stehen geblieben, während wir in der Heimath weiter gegangen sind. Möchten sie daher bei der zweiten Lesung ein getreues Abbild der Wünsche ihrer Wähler sein! Nicht Anfang März, sondern wahrscheinlich schon übermorgen wird die neue Hansemannsche Zeitung erscheinen. Es wird dadurch allem Anschein nach die deutsche Presse nicht allein quantitativ, sondern qualitativ bereichert werden, da das Unternehmen auf einer soliden Grundlage — es sind schon 100,000 Thlr. dazu gezeichnet — ruhen wird. Schade, daß die Antecedentien des Hauptredakteurs Weil nicht ganz makellos sind; doch soll eine der ersten Nummern eine hoffentlich erschöpfende Erklärung über die Hrn. Weil unlängst vorgeworfene Stellung zu den geheimen Fonds des Herrn Guizot enthalten. Außer diesem werden noch vier andere Redaktoren bei diesem neuen täglich nur einmal und zwar Morgens erscheinenden Blatte betheiligt sein. Wie man vernimmt, wird die Tendenz dieses Blattes in nationaler Beziehung eine durchaus deutsche sein. Die deutschen Gesinnungen des Hr. Hansemann zur Zeit, als er, wenn auch nicht dem Namen doch der That nach hiesiger Ministerpräsident war und somit die beste Gelegenheit hatte, sie zu bethätigen, ruheten zwar in etwas. Jetzt aber, viermal gewählt und Chef eines vermuthlich viel Einfluß gewinnenden Journals werden wir bestimmt hoffen, daß seine vormärzlichen Ansichten in dieser Beziehung wieder aufleben. Nach dem Schlusse des vereinigten Landtags im Anfang Oktober — diese interessante Thatsache an die den Vertheidiger der saft- und marklosen Trias zu erinnern gut sein dürfte, ist im Strudel der Ereignisse ziemlich vergessen — kam der Abgeordnete Hansemann Zeitungsnachrichten zu Folge, nach München und Gleichgesinnte der 2ten Kammer des bairischen Landtages gaben ihm am 4. Oktober im Hotel zum bairischen Hofe ein Diner, in dessen Verfolg der Gefeierte bei einem Toaste bedauernd aussprach „daß Deutschland nur ein Staatenbund und kein Bundesstaat, demnach auch keine Großmacht sei. Das Bestreben der Vaterlandsfreunde müsse daher auch vornämlich darauf gerichtet sein, daß Deutschland ein Bundesstaat werde. Wenn auch in diesem Fall Preußen aufhören müsse, eine Großmacht zu sein, werde er sich, obwohl Preuße, doch als Deutscher nur darüber freuen können." Sie sehen, daß Herr Hansemann einst weiter ging als selbst wir, die wir die wohlverstandenen Interessen Preußens und Deutschlands, dessen Kern jenes ist, für identisch halten. Der Brief des baierischen Gesandten an Lord Palmerston, welchen wir der freilich noch nicht zu gehöriger Klarheit gediehenen deutschen Gesinnung der baierischen Kammern zu danken haben, hat hier die allgemeinste Indignation erregt und man hörte vielfach die Aeußerung „glauben sich die Baiern in engerer Genossenschaft mit Windischgrätz und Jellachich wohler zu befinden, als mit dem deutschen Bundesstaate, der solche Elemente nicht in sich zu schließen vermag, wohlan so mögen sie es versuchen. Sie sind ein zu gesunder Stamm, als daß sie nicht bald zur Besinnung kämen." — Die Deputirten sind fast sämmtlich hier schon eingetroffen; doch verlautet nichts über die Ergebnisse der schon gehaltenen Parteiversammlungen. Gestern Abend hatte Graf Renard eine Versammlung aller Gutgesinnten (es waren damit diejenigen gemeint, welche die Verfassung in ihrer Totalität nicht verwerfen wollen) im Hotel de Rome veranstaltet. Dem Vernehmen nach bilden sie die Majorität, was auch in Betreff der Vertagungsangelegenheit zu Gunsten Frankfurts von Wichtigkeit ist. Nunmehr ist auch der neue spanische Gesandte, Marquis von Valdegamas, den Sie uns neulich ankündigten, hier eingetroffen. Bekannt ist er hier unter dem Namen Donoso Cortes: er gehört zu den gewandtesten Rednern seiner Nation und war lange Zeit hindurch Führer derjenigen Fraktion der Moderados, die den Absolutisten und Karlisten am nächsten steht. Das Reichswahlgesetz, wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen ist, kam hier etwas unerwartet. Die Neue Preußische Zeitung (von Arnold Ruge nicht ganz mit Unrecht die Russische genannt) heult darüber; auch Ihre hiesigen Parteigenossen hätten einen ganz niedrigen Census und direkte Wahlen, — diese aber jedenfalls — wohl vorgezogen. Doch hält man keinen Census

einem irgend bedeutenden gegenüber hier immer noch für das kleinere Uebel.

Posen, 21. Febr. Ein Reisender von hoher Glaubwürdigkeit versichert, daß ein Corps russischer Garde gegen die Weichsel im Anmarsche sei und daß er selbst als Augenzeuge kurz vor seiner Rückkehr (Anfangs d. M.) dem Durchmarsche dieses Korps durch Wilna beigewohnt habe. Da nun allerdings Rußland seine Garden nicht zu Observationskorps an der Grenze zu verwenden pflegt, diese vielmehr erst bei ernstlichen Kriegsaussichten ihre Kantonnirungen verlassen, so scheint es allerdings, daß der Kaiser seine bisherige Passivität aufzugeben beabsichtigt. (Köln. Ztg.)

0 **München**, 21. Febr. Man will, so scheint es wenigstens, alles aufbieten, um Reich und Centralgewalt in Baiern so unpopulär als möglich zu machen. Der Gesetzentwurf zur Deckung der Matrikularbeiträge zur Reichskasse, der schon heute in die Kammer der Abgeordneten gebracht wurde, nachdem er gestern im Staatsrathe berathen und gutgeheißen war, läßt auf eine solche Absicht schließen, denn er verlangt nicht weniger als eine Erhöhung aller direkten Steuern, der Haus-, Grund-, Kapital-, Einkommensteuer ꝛc. um nicht weniger als 25 Procente, um davon die verlangten Beiträge bestreiten zu können. Die direkten Steuern ergaben bisher eine Gesammtsumme von 6,880,160 fl. und diese soll nun um 1,729,559 fl. erhöht und davon an die Reichskasse 1,621,916 fl. 19 kr. entrichtet werden. Was werden die Steuerpflichtigen dazu sagen, wenn sie anstatt die vom Reiche ihnen zuerkannten Rechte zu erhalten, nur die Reichslasten zu tragen haben sollen? Eine Steuerverminderung hoffte man zu erlangen durch Minderung der Civilliste und Apanagen, durch Abschaffung des Staatsraths, der Gesandtschaften, der großen Pensionen und Gehalte, von allem dem aber geschieht nichts; — man läßt der Kammer nicht einmal Zeit zur Berathung dieser Gegenstände, denn sobald die neue Steuer bewilligt ist, wird sie unverzüglich vertagt. Wird die Kammer auf den Gesetzentwurf der Regierung eingehen? Viele wollen es bezweifeln, schon deßhalb, weil sie in Konsequenz mit ihren früheren Beschlüssen sich nicht zur Berathung eines von der Reichsversammlung bereits angenommenen Gesetzes für kompetent erachtet; wahrscheinlicher Weise wird sie nur die nöthigen Gelder anweisen ohne in eine Detailberathung des Gesetzes einzugehen. Auf welche Weise das nöthige Kapital herbeigeschafft werden soll, darüber läßt sich jetzt natürlich nichts Bestimmtes sagen: nur soviel scheint sicher, daß man den von der Regierung angegebenen Weg nicht einschlagen wird. Auf einige weniger interessante Interpellationen, wegen Unterschlagung von Adressen für die Grundrechte durch königliche Beamte und wegen Liquidirung der Einquartierungskosten, die in der heutigen Sitzung gestellt wurden und worauf Minister Bray wenig befriedigende Erklärungen abgab, folgten zwei Anfragen von Müller von Damm an denselben Minister. Die erste Frage bezog sich auf den Grund eines durch die Blätter gehenden Gerüchtes, wonach der Gesandte einer deutschen Macht an unsere Regierung eine energische Note erlassen habe, worin er in Bezug auf die Verhandlungen der einen oder der andern Kammer Beschwerde eingelegt, sich verwahrt und weitere Maßregeln sich vorbehalten habe? Die zweite Frage betraf die ebenfalls durch viele Blätter laufende Nachricht, als habe die baierische Regierung mit Oesterreich und Rußland ein Uebereinkommen zur Herstellung des alten deutschen Bundes getroffen? — Der Minister des Aeußern gab in Beantwortung dieser Frage zu, daß allerdings eine Note des preußischen Gesandten angekommen sei, worin sich derselbe in Bezug auf ein Votum der Kammer der Reichsräthe verwahrt, insofern Etwas darin liegen sollte, wodurch der Ehre des preußischen Stammes zu nahgetreten werden sollte. Diese Note sei unbeantwortet geblieben; dagegen sei ein im versöhnlichen Tone gehaltenes Privatschreiben desselben Gesandten, worin er entschieden ausspricht, daß er durch seine Note durchaus nicht die Freiheit des Diskussion habe antasten wollen, von ihm ebenfalls in einem Privatschreiben beantwortet worden. Eine Note, insofern sie sich auf ein Votum dieser Kammer beziehen sollte, sei ihm nicht zugekommen. Betreffend des Gerüchts einer Verbindung Baierns mit Rußland und Oesterreich, so sei dasselbe eine verläumderische Erfindung. Auch das gehöre in das Gebiet der Lüge, was von mehreren Blättern über eine von der baierischen Regierung ausgehende Kündigung des Zollvereins gemeldet worden sei. — Müller ist durch die Antworten nicht völlig zufriedengestellt und behält sich weitere Anfragen vor. Für die nächste Sitzung kündigte sodann Schlund eine Interpellation an den Minister des Innern an wegen Beschränkung des Assoziationsrechts. Eine Sitzung der Kammer der Reichsräthe ist für heute Mittag angekündigt; auch sie wird nur Interpellationen zum Gegenstande der Berathung haben.

Kleinschrod, von dem ich Ihnen gestern irrthümlich berichtete, er werde von Frankfurt erst erwartet, befindet sich schon seit einigen Tagen hier und wird bereits morgen wieder dorthin zurückkehren, da er unter den gegebenen Verhältnissen kein Portefeuille annehmen will. Ein Ministerium Heinz wäre noch im Laufe vergangener Woche möglich gewesen, wenn sich der König von der Kamarilla hätte trennen können. Unmittelbarer Verkehr mit der Krone war eins der ersten Punkte im Heinzischen Programm.

Zur Feier des Jahrestags der französischen Republik findet heute ein Arbeiterbankett statt, an welchem sich auch einige Abgeordnete betheiligen werden. Gestern wurde der Arbeiter Stible, der eines Preßvergehens angeklagt, neun Wochen lang gefangen saß, plötzlich freigelassen. Eine Kaution war bei seiner Verhaftung nicht angenommen worden, weil man in dem verdächtigen Artikel Hochverrath erster Klasse wollte gewittert haben. Nach 9 Wochen findet nun das Appellationsgericht, daß es den armen Teufel für nichts und wieder nichts eingesperrt habe und läßt ihn frei; — wie gefällt Ihnen diese Justiz? Hätten nicht die Geschworenen über Preßvergehen abzuurtheilen, der Arbeiter wäre heute noch nicht frei.

Hannover, 23. Febr. Die hannover'schen Abgeordneten in Frankfurt haben in Folge der Abstimmung über die Grundrechte eine Dankadresse an die Mitglieder der zweiten hannover'schen Kammer erlassen. Dieselbe ist an den Abgeordneten Lang I. adressirt und lautet wie folgt:

Hochgeehrte Herren und liebe Freunde! Mit der gespanntesten Erwartung haben wir aus der Ferne Ihre hochherzigen und durch keinerlei persönliche Rücksichten beirrten Anstrengungen für die gerechte Sache unsers deutschen Vaterlandes beobachtet; mit begeisterter Freude hören wir von dem glücklichen Ausgange des großen Kampfes. Durch Ihr Verdienst hat die zweite Kammer des hannover'schen Landtags den Ruhm, durch den Glanz einer patriotischen That, mitten unter den jetzt aller Orten wieder auftauchenden Bestrebungen und Hoffnungen des Partikularismus, die große Sache der deutschen Einheit wieder gestärkt und unsere Aufgabe ihrer glücklichen Lösung näher gebracht zu haben. Wir glauben im Namen aller deutschen Männer zu sprechen, wenn wir Ihnen, hochverehrter Herr Lang, und allen denen, welche Ihrem vortrefflichen Antrage durch Kraft der Rede und patriotische Abstimmung Geltung und Sieg verschafft haben, mit diesen Worten ein Zeichen unseres Danks und unserer Verehrung überschicken. Gott schütze ferner die deutsche Sache!

Frankfurt, 20. Februar. Simson, Präsident. Gravenhorst. Breusing. H. Zachariä. Wedekind. Groß. Dröge. Behncke. Röben. Ahrens. Lodemann. Nicol. Plaß. A. Grumbrecht. Winter. G. Siemens. Dr. Quintus.

Die Minister sollen außerordentlich beschäftigt sein, um noch die Gesetzvorlagen zu vollenden und so für eine Masse der wichtigsten Dinge wenigstens die Grundlagen fertig zu haben. Es ist sehr traurig, daß Stüve sich durch seinen Eigensinn eine sonst so segensreiche Thätigkeit beengt hat. (Weser-Ztg.)

* Die Kammer-Verhandlungen boten Nichts von Wichtigkeit dar.

** **Hannover**, 21. Febr. Von allen Seiten des Landes kommen Dankadressen an die zweite Kammer und Mißbilligungen des zaghaften Beschlusses der ersten Kammer, die beweisen, wie ächt deutsch gesinnt unser Volksstamm ist. Man hat mit schwerem Herzen das Ministerium Stüve, oder vielmehr ihn geopfert, weil er in Befangenheit den hohen Werth und die Nothwendigkeit der deutschen Einheit nicht einsehen will und kann. Seine Kollegen sind mit ihm einverstanden gewesen und fallen mit ihm. Schwer trifft Stüve's Abgang die innere Verwaltung, allein unersetzlich ist sie nicht. Der Landdrost Th. Meyer von Hildesheim oder der Präsident der zweiten Kammer Dr. Lindemann, die man als Nachfolger bezeichnet, deren Verwaltungstalent ist bereits erprobt und würde in den innern Angelegenheiten dieselben Grundsätze geltend machen, die im allgemeinen den Beifall des ganzen Landes für sich hatten. Ersterer ist dabei entschieden deutsch, hat angenehmere Formen wie Stüve, der durch seine Schroffheit manche Mitglieder der Kammer vor den Kopf gestoßen

hat. Nach dem Schreiben des Königs ist die Ministerkrisis erst zu Ende, wenn ein wirklicher ständischer Beschluß vorliegt, aber wenn die zweite Kammer fest auf ihrem Beschlusse beharrt, was anzunehmen ist, so wird eine Einigung derselben nicht zu Stande kommen und unsere Ministerkrisis wird zu Schaden des Landes noch einige Zeit andauern. Die Composition der ersten Kammer hat sich als unpraktisch gezeigt, ihre Majoritäten sind ohne moralischen Einfluß, was selbst ihr Schöpfer Stüve durch seine Rücktrittserklärung deutlich genug anerkannt hat. Sie ist uns ein Hemmschuh für entschiedenen raschen Fortschritt und niemals der Ausdruck der öffentlichen Meinung. Von der Majorität rechne man in dieser Frage aber die 5 Mitglieder der Regierung, die 5 Geistlichen, die bei uns zu Lande eins mit jedem Ministerium gehen und die Grafen Stollberg und Münster ab, so hat die deutsche Sache auch hier den Sieg errungen, und das will bei den in ihr sitzenden Bauern viel sagen, bei denen alle Mittel angewandt sind, um sie gegen die Grundrechte einzunehmen. Die Konferenzwahlen für die zweite Kammer (Lang I. und Freudentheil, beides Frankfurter) zeigen, wie dies Haus gesonnen ist und von allen Seiten kommen Zustimmungsadressen, in denen die Freude des Volkes sich ausspricht, daß man festgehalten habe an der deutschen Sache. Man wird sich hier auch der Uebertragung der Centralgewalt an Preußen anschließen, wenn nicht zu verkennen, daß vielleicht in keinem Lande eine so große Antipathie gegen Preußen vorhanden ist, wie hier, zumal solange das Ministerium Brandenburg und Wrangel am Ruder ist. Aber das Volk fühlt die Nothwendigkeit, so sehr auch die hannov. Zeitung dagegen polemisirt. Wir bedauern Hrn. Stüve, daß er in der Auswahl seiner Vertheidiger so wenig Glück gehabt hat, noch zuletzt in den Kammern, wo die Abgeordneten Glaser, Thormeyer und Falv. Schäfer es unternahmen, die Ansichten des Ministeriums in die Debatte zu bringen. Eine schlechtere Wahl hätte kaum getroffen werden können von der ministeriellen Partei, obgleich auch eine bessere in dieser Frage nichts geholfen hätte. Der junge Lang, Freudentheil, v. Reden, Hantelmann und Ellisen sprachen zum Theil vorzüglich und legten die spitzfindigen Argumentationen des Hrn. Stüve erbarmungslos bloß. Stüve hatte seine gewohnte Kraft verloren, das durchschlagende seiner Rede war gänzlich geschwunden, man sah und hörte es, daß die Sache, die er vertreten wollte, unvertretbar war. Wie aber auch das Ende der Ministerkrisis sein mag, soviel scheint festzustehn, daß es der König mit dem konstitutionellen Leben ernst meint und daß er kein Ministerium wählen wird, das nicht das Vertrauen des Landes hätte. Ob aber Männer aus der Majorität mit ans Ruder kommen, ob wir schon so weit in dem Konstitutionalismus vorgeschritten sind, ist in diesem Augenblicke noch zweifelhaft; man ist aber schon vorwärts gekommen, wenn nur kein reaktionäres Ministerium an's Ruder kommt. Sobald sich unser politischer Himmel wieder aufklärt, werde ich Ihnen schon Nachricht geben. — Der Reichstagsabgeordnete, Dr. v. Reden, der hier für die deutsche Sache eifrig gewirkt hat, ist wieder in die Reichsversammlung zurück gekehrt, da er nach einer preußischen Kabinetsordre vom J. 1820 in Preußen seinen Wohnsitz haben muß, wenn er nicht sein Wartegeld verlieren will. Die Mitglieder unserer zweiten Kammer sollen aber auch in unserm Lande wohnen, deßhalb ist Redens Qualifikation für ungenügend erkannt, was wir bedauern. Vielleicht wird er noch zur ersten Kammer gewählt, da dort dieß Erforderniß nicht nothwendig.

Großbritannien.

* **London,** 23. Febr. Im Oberhause beantragte gestern der Bischof von Oxford die Ernennung eines besondern Ausschusses, um die für die endliche Ausrottung des Sklavenhandels geeignetsten Mittel zu berathen. Dem Antrage des Bischofs stimmte das Haus schließlich bei, nachdem eine interessante Episode die ziemlich schläfrige Debatte unterbrochen hatte. Der Kolonialminister Graf Grey beklagte sich nämlich über einen, wie er ihn bezeichnete „unzeitigen" Ausfall des Lords Brougham gegen den Gouverneur von Ceylon, Lord Torrington, und behauptete weiterhin, die im Jahr 1816 zur Ausrottung des Sklavenhandels getroffene Maßregel sei eine gescheidte und zweckmäßige gewesen. Hierauf erwiderte Lord Brougham im Wesentlichen: er könne nicht umhin, die charakteristische Beharrlichkeit und den Muth des Grafen Grey zu bewundern, indem derselbe, gegenüber den schlechten Erfolgen, seine Zufriedenheit mit der Maßregel von 1846 aussprechen gekonnt. Sein, (des Grafen) Temperament scheine wahrlich sehr sanguinisch zu sein, wenn die entschiedenste Niederlage, die er erlitten, auf ihn dieselbe Wirkung hervorbringe, wie der glorreichste Sieg auf andere Leute. (Hört, hört! und Gelächter). Graf Grey fand diese Erklärung Lord Broughams natürlich noch viel unzeitiger als seine frühere.

Im Unterhause richtete Hr. Bankes, ein bekannter Konservativer, an Lord Palmerston die Frage: auf welche Autorität hin derselbe neulich im Parlament seine Mittheilungen über die angeblich von den neapolitanischen Truppen gegen die Messinesen begangenen Grausamkeiten gemacht habe. Lord Palmerston erwiderte, daß diese Mittheilungen in den Aktenstücken über die neapolitanisch-sicilianische Angelegenheit enthalten seien, welche von verantwortlichen Beamten der Krone herrührten und die seiner Zeit, sobald die über diesen Gegenstand schwebenden Unterhandlungen zu Ende gediehen, dem Hause vorgelegt werden sollten. (Bei diesem Anlaß sei erwähnt, daß die „Times" diesen offiziellen Versicherungen zu widersprechen fortfährt, wobei sie sich namentlich auf den Bericht des Generals Filangeri stützt, welcher die neapolitanische Expedition gegen Messina befehligte. Diesem Berichte zufolge hätten die Messinesen selbst sich ihr trauriges Schicksal zugezogen, indem sie ihre Angriffe auf die Citadelle von der Stadt- und nicht von der Landseite gemacht hätten. Der General wirft die Anklage der Grausamkeit auf die Sicilianer zurück, indem diese mehrere gefangene Neapolitaner in Stücke zerhauen, letztere geröstet und öffentlich zur Schau gestellt hätten u. s. w. Davon abgesehen, sei es nicht unmenschlicher in Messina hergegangen, als in den Schlachten von Austerlitz und Jena, oder bei der Erstürmung von Saragossa, welchen blutigen Affairen er, Filangeri, als Augenzeuge beigewohnt habe. Mit Recht spottet die Times über die heuchlerische Versicherung Russells und Palmerstons, als ob der französische und englische Admiral bloß aus Gründen der Menschlichkeit und aus Entrüstung über die begangenen Grausamkeiten eingeschritten wäre.) Vorgestern kam im Unterhause nichts Besonderes vor. Die Bill gegen Wahlbestechung kam, mit der vergleichsweise nicht sehr bedeutenden Mehrheit von 30 Stimmen (110 gegen 80) zur zweiten Vorlesung. Oberst Sibthorp stemmte sich, wie sich denken läßt, aus allen Kräften gegen die Bill, und zwar aus dem Grunde, weil sie das Thun und Lassen der Menschen beschränke, während doch, seiner Ansicht nach jeder Mensch thun dürfe, was und wie es ihm behage, oder, um diese Sibthorpsche Theorie in Praxis umzusetzen, es muß ihm frei stehen, vorkommenden Falls zu bestechen oder sich bestechen zu lassen.

Der „Morning-Post" zufolge bemüht man sich in den Vereinigten Staaten von gewissen Seiten, den Papst zur Auswanderung nach Nordamerika zu bewegen, und fügt dieser wunderlichen Mittheilung die Bemerkung hinzu: „Man denke sich nur, wenn der Stuhl des heil. Petrus von Rom nach New-York verlegt werden sollte!" Weiter enthält die „Post" aus Portugal Folgendes: „Am 7. Febr. erschien in Oporto die erste Nummer einer neuen Zeitung, unter dem Titel A Patria. Sie macht die legitimische oder royalistische Sache zu der ihrigen, und bekennt muthig und offen ihre Grundsätze, ihre Tendenzen, ihre Wünsche und Vorsätze in Opposition gegen die Königin (!) Mit aufrichtiger Freude begrüßen wir den Beitritt eines Bundesgenossen in einer Sache, welche wir so lange Zeit vertheidigt haben." Galignanis Messenger druckt diese Notiz unter der scherzhaften Ueberschrift: „Revolutionspresse in Portugal" wieder ab.

Nachschrift.

* **Frankfurt,** 26. Febr. Die auch heute wieder sehr spät eintreffende französische Post bringt aus Paris vom 24. Febr., außer der durch unsere telegraphische Nachricht bereits antiquirten Mittheilung, daß die Revolutionsfeier in vollständiger Ruhe und Ordnung abgelaufen, Nichts von irgend einigem Belang.

Dagegen enthält sie aus Italien die, übrigens wie es scheint noch nicht verbürgte Nachricht, daß Karl Albert, sobald er die Proklamirung der Republik in Florenz erfahren, sofort am 20., auf Anrufen des Großherzogs und der gemäßigten Partei in Toskana seinen Truppen Befehl gegeben habe, in Toskana einzurücken. Das ganze sardinische Ministerium, wird hinzugefügt, mit alleiniger Ausnahme Gioberti's, habe darauf seine Entlassung eingereicht.

Redacteur: H. Kruse.

Nachschrift.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 27. Febr. Berlin (Hofnachrichten. Feste Konstituirung der Parteien. Ausschuß der Konservativen. Der Sitzungssaal. Die äußerste Linke. Inhalt der Thronrede.) Köln (Demokratisches Bankett.) Koblenz (Nachwahlen.) Dresden (Das neue Ministerium publizirt die Grundrechte.)

Frankreich. Paris (Das Wahlgesetz. Die Trauerfeier. d'Alton-Shee in Freiheit. Malmaison.)

Italien. Rom (Die Oesterreicher über den Po. Ferrara besetzt.) Toskana (Ein Versuch zur Wiedereinsetzung des Großherzogs.) Sardinien (Die Regierung hat bis jetzt nicht in Toskana intervenirt. Gerüchte über Waffenstillstands- und Friedensunterhandlungen mit Oesterreich.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Antrittsaudienz des deutschen Reichsgesandten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 27. Februar.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 27. Februar.

Tagesordnung der 178. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause," und zwar über Art. V. §. 13 und folgende.

Nachdem die Sitzung bald nach 9 Uhr durch den Präsidenten Hrn. Ed. Simson eröffnet und das Protokoll verlesen ist, werden dem Hause folgende Anzeigen mitgetheilt:

In die erste Abtheilung tritt ein, an die Stelle des Herrn Carl aus Berlin: Hr. v. Selasinsky; in die vierte: Hr. Bermbach aus Siegburg, Ersatzmann für Hrn. Compes aus Köln; in die siebente wird gewiesen Hr. Maukisch aus Dippoldiswalde in Sachsen (für Hrn. Heubner aus Freiberg).

An Flottenbeiträgen sind eingegangen: Von einem Vereine in Chemnitz aus 21 sächsischen Fabrikorten, zum Theil von Fabrikarbeitern gesammelt: 2352 Gulden, drei goldene Ringe und vier silberne Denkmünzen. (Allgemeines Bravo.) Außerdem zwei kleinere Beisteuern aus Devel im Königreich Hannover und aus dem rothenburger Kreis in Schlesien.

Von Ausschußberichten wird nur ein unerheblicher angemeldet von Hrn. Mittermaier und im Namen des Gesetzgebungsausschusses.

Ehe die eigentliche Verhandlung über Artikel V. des Wahlgesetzes beginnt, findet eine kurze Debatte zwischen den Herren Gravenhorst, Moritz Mohl, Riesser und Grävell statt, die mit dem Beschlusse endet, daß die Abstimmung über §. 13 bis nach der Berathung des §. 14 ausgesetzt bleibe.

Nach dem Vorschlage der Ausschußmehrheit soll Art. V. lauten:

§. 13. „Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll gegeben werden."

§. 14. „Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen."

Ueber §. 13 ergreift zunächst und unter der hergebrachten Unruhe, welche das Haus dem Auftreten dieses Redners nie versagt,

Herr Grävell das Wort. Was wir außer der Klingel des Präsidenten verstehen, scheint gegen den Paragraphen gerichtet zu sein und auf die bereits überwundene Debatte von einem Vermögensstande oder Census des Wählers zurückzukehren.

Herr Waitz: Nicht ohne Erstaunen wird das Haus ein Minderheitserachten*) unter diesen Paragraphen bemerkt haben von eben denselben Männern unterzeichnet, die sich sonst vorzugsweise für die Vorfechter und Vertheidiger der Freiheit ausgeben. (Unruhe von der Linken.) Sie sagen, hier diene das Geheimniß zum Schutze der Freiheit? Der Unselbstständige solle dadurch im unabhängigen Gebrauche seiner Stimme geschützt werden. Hr. Eisenstuck hat bei einer früheren Gelegenheit schon auf diesen Paragraphen Rücksicht genommen. Er hat gesagt: die Linke sei gegen den Antrag der Majorität, denn sie denke, daß gerade zunächst dadurch die Unfreiheit der Wahl offenbar werde. Ich nehme dies Wort an, wenn auch in einem andern Sinne, als Hr. Eisenstuck es gebraucht hat. Wenn und wo sich Unfreiheit findet, da wollen wir, daß sie öffentlich kund werde. Wir wollen nicht, daß sie sich in's Dunkle hülle. (Hört!) Wenn aber Hr. Eisenstuck hinzugefügt hat: es sei wohl die Meinung des Ausschusses oder einzelner Mitglieder desselben, daß durch dieses Verfahren den Wählern noch ein guter Theil ihrer Selbstständigkeit genommen werde, dann muß ich diesen Vorwurf mit Entschiedenheit zurückweisen. Wir wollen, daß nur Derjenige selbstständig erscheine, der es ist. Wir wollen aber nicht, daß hier Jemand in den Mantel der Selbstständigkeit sich hülle, dem sie gänzlich abgeht. Wir wollen nicht, daß Jemand im Dunkeln und im Finstern als selbstständig auftritt, der nicht wagt, öffentlich seine Selbstständigkeit an den Tag zu legen. (Sehr gut!) Das sind keine pseudoliberalen Grundsätze. Im Gegentheil, ich überlasse es dem Urtheile der Versammlung, zu entscheiden, wo die falsche Freiheit wohnt? Es wird auch mir vergönnt sein, zu sagen, was ich für Wahrheit halte, wenn diese Wahrheit auch bitter sein sollte. Es wollen Viele die Freiheit und Oeffentlichkeit, wenn sie ihren Interessen und Absichten dient. Sie wollen sie aber nicht, wenn sie ihren Interessen und Parteiabsichten entgegen ist. Freilich sind wir solcher Inkonsequenzen schon gewohnt an gewissen Kollegen von uns, die in Dresden und in München ganz andere Wege einhalten, als sie hier zu gehen mit Eifer verkündeten. (Sehr gut.) Hr. Eisenstuck hat sich auf die Wahlen in meinem engeren Vaterlande berufen und hat erzählt, wie man da in direkten Wahlen distriktweis verfahre. Er hätte hinzufügen sollen, daß man in Schleswig-Holstein jederzeit öffentlich und mündlich gewählt hat und nicht bloß in der letzten Zeit, sondern seit langen Jahren, bereits unter dem Einflusse dänischer Herrschaft und daß man im Sinne der Unabhängigkeit gewählt hat: Bürger und Bauern, Beamtete und Professoren. Grade durch diese Oeffentlichkeit glaube ich hat sich jener Sinn der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in meinem engern Vaterlande wesentlich ausgebildet, der ihm zur Ehre gereicht.

Es ist dies aber eine Selbstständigkeit, welche sich nicht bloß nach einer Seite wendet, sondern wenn es noth thut, auch nach der andern; eine Unabhängigkeit, welche allerdings jetzt nach andern Richtungen hin Widerstand leistet als früher, und die meinem Vaterlande besonders auf dieser (linke) Seite einen Theil der Sympathie entzogen hat. Ich liebe es nicht, in persönlichen Bemerkungen auf persönliche Angriffe zu antworten, wie sie hier auch gegen mich wiederholt vorgebracht worden sind. Wenn aber ein Redner neuerdings in seiner Philippika gegen das Wahlgesetz bei der Erörterung über die „Selbstständigkeit" auch mich auf diese Tribüne gezogen hat, so will ich Ihnen doch sagen, wen ich für selbstständig halte. Denjenigen, meine Herren, welcher unbeirrt von dem Geschrei des Marktes und von dem Urtheile der blinden Menge seine Entscheidung trifft. Denjenigen nicht, der seine Meinung, sein Gutdünken, der das Interesse seiner Partei oder seines speziellen Vaterlandes höher schätzt als das Wohl des ganzen Vaterlandes. Aber wohl Denjenigen, meine Herren, der niemals seine persönliche Ueberzeugung, seine politischen Ansichten aufgibt, um etwa durch Verbindung mit anderen Parteien und anderen Gesinnungsgenossen einen Vortheil zu ziehen (lebhaftes Bravo und Klatschen in der Mitte und von der Rechten.) Was ich von der öffentlichen Abstimmung erwarte, das ist wesentlich Folgendes: Ich erwarte von ihr eine Erziehung des Volkes, eine Kräftigung der politischen Gesinnung, eine Begründung von Wahrheit und Treue im politischen Leben gegenüber dem Truge und der Intrigue, welche sich bis dahin nur zu sehr auf dem politischen Gebiete geltend gemacht hat. Was soll ich von einem Rechte halten, dessen Inhaber dasselbe nicht öffentlich kund geben soll, dessen Inhaber sich nicht öffentlich zu seiner Meinung bekennen darf?! Sie fürchten den Einfluß von Oben, den Einfluß der Gutsherrn, der Fabrikherrn, der Beamten, der Geistlichen. Ich fürchte ihn auch und ich habe eben darum Diejenigen von der Wahl ausschließen wollen, welche nach meiner Meinung am meisten solchen Einflüssen unterworfen waren. Ich fürchte aber diesen Einfluß nicht stärker, als den Einfluß der Volksagitatoren und Volksschmeichler. Und wenn Sie nun einmal wollen, daß das deutsche Volk und der deutsche Staat dem wechselnden Einflusse der einen und der andern Seite ausgesetzt sein soll, so lassen Sie den Kampf wenigstens öffentlich auskämpfen und nicht unter dem Schutze und Mantel der Intrigue. So viel Gewicht werden Sie

*) Minderheitserachten zu §. 13. Der zweite Satz dieses Paragraphen möge so lauten: „Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt." (Ahrens. H. Simon. Reh. Fr. Wigard. Schreiner. Römer. Tellkampf. Mittermaier.)

glaube ich der von Ihnen so hoch geachteten öffentlichen Meinung beilegen, daß Sie glauben sie könne das Gegengewicht halten gegen die Einflüsse, welche von andern Seiten geübt werden.

Herr Nauwerck aus Berlin: So stehen wir denn wieder vor einer jener glücklichen Erfindungen, deren Heimath Schleswig-Holstein ist. Aber nicht in der schriftlichen oder in der mündlichen, nicht in der öffentlichen oder geheimen Abstimmung liegt der Kern der Frage, sondern im allgemeinen Wahlrechte. Und das ist unsere (der Linken) Forderung gewesen. Sie (zur Rechten) verdrehen das Verhältniß. Sie behandeln das geheim, was öffentlich sein soll und dafür wollen Sie das, was seiner Natur nach geheim sein muß (Ah! von der Rechten), öffentlich behandeln. Was überhaupt ist dies Schleswig-Holstein aus dem uns solche Ideen kommen? Ein Ding, welches in der Luft hängt, weder Monarchie noch Republik — ein nichts (Gelächter). Das kommt daher, weil jenen „unabhängigen Männern" der Muth fehlte zu dem entschiedenen, dem nothwendigen Schritte, d. h. zur Zerreißung der Personalunion mit Dänemark. Nirgends werden so viel Rücksichten genommen, als in Deutschland und wenn Sie den kleinen Mann, den Handwerker, den Tagelöhner nöthigen, seine Stimme öffentlich abzugeben, so reißen Sie ihm die Seele aus dem Leibe. Dieselbe Klasse, welche der Verfassungsausschuß vor wenigen Tagen noch als Unmündige, als Parias behandelte, denen er gar kein Stimmrecht einräumen wollte, die will er heute zu lauter Brutusen und Catonen erheben! Der Redner sucht unter Andern die öffentliche Abstimmung durch den Satz zu kritisiren: nach derselben Analogie könne man auch sagen, daß das Briefgeheimniß am besten gewahrt sein werde, wenn man die Briefe offen zur Post gebe. Hr. Waitz allerdings sieht den Terrorismus nur von unten. Gerade wie bei der Anarchie. Wenn sie von oben ausgeht, so wendet man die Augen von ihr ab. Daß ein gewisser moralischer Zwang bei der öffentlichen Abstimmung Statt finde, habe Hr. Waitz selbst eingeräumt. So werde er denn auch einräumen müssen, daß dann seiner Theorie nach die Folter das beste Mittel zur Erforschung der Wahrheit sei. Ueberall zeige sich in der Geschichte, als eine Forderung der wachsenden Freiheit, daß das öffentliche Stimmrecht in ein geheimes verwandelt werde. Alle Krankheit der englischen Zustände rühre aus diesem unglückseligen öffentlichen Stimmen her.

Hr. v. Raumer aus Berlin: Diese Rednerbühne ist zwar kein Platz für eine Vorlesung. Da aber hier so manche Behauptungen laut geworden sind, die mehr in der Phantasie des Sprechers ihre Stelle haben, als in den Blättern der Kompendien, so will ich doch einige Berichtigungen geben. Dies thut Hr. von Raumer zunächst in Bezug auf die dem öffentlichen Stimmrechte in England gemachten Vorwürfe. Eine gefährlichere Abhängigkeit, fährt er fort, entstehe durch die geheime, als durch die öffentliche Abstimmung. Denn sie begünstigt die Käuflichkeit der Stimmen. Wie solle denn ferner der Urwähler erfahren, ob der Wahlmann seinem Vertrauen entspreche, wenn der Wahlmann nicht öffentlich abstimme (hört). Geben Sie keine Gesetze für Schwache, für Feige, für Charakterlose und Sie werden diese Sünden ausrotten.

Hr. Roßmäßler aus Tharand vergleicht die Berathung über das Wahlgesetz mit der Erstürmung einer Festung. Der §. 2 sei ein tiefer und gefährlicher Graben gewesen, aber er sei ohne großen Verlust übersprungen worden. Jetzt aber stehe man an einem Punkt, wo der Freiheit „Selbstschüsse" gelegt seien. Besonders sind es die zur Wahlhandlung beizuziehenden „Gemeindeglieder", in denen Hr. Roßmäßler verkappte „Offiziere zur Beaufsichtigung der abstimmenden Mannschaft" erblickt. Er empfiehlt daher „im Interesse der gewährleisteten persönlichen Freiheit" die Annahme des Minderheitserachtens.

Hr. Beseler aus Greifswalde: Das Wahlrecht ist ein Dienst und ein hoher Beruf für das Vaterland. Nur was dem Vaterlande nützt haben wir dabei zu fragen. Die germanische Freiheit hat stets als ihr wichtigstes Organ die Oeffentlichkeit gehabt, die Oeffentlichkeit war es, welche unsere volksthümlichen Anstalten von denen romanischer Nationen unterschied. Die Unruhe und die Verhöhnung, welche jede Aeußerung von „Vaterland", „Freiheit" von Seiten der linken Seite des Hauses erfährt, veranlaßt Herrn Beseler, sich das Recht zu wahren von diesem Vaterlande und von dieser Freiheit sprechen zu dürfen. Denn er habe für sie gestrebt und gekämpft zu einer Zeit, als Mancher, „der jetzt unter Ihnen das große Wort führt", gar nicht den Muth hatte, mit irgend einer Meinung hervorzutreten. (Beifall von der einen, Zischen von der andern Seite des Hauses.) Ich verhehle mir die Gefahren nicht, die das öffentliche Wahlverfahren hat. Aber sie sind viel geringer als seine Vorzüge und sie müssen bestanden werden. Auch fürchte ich nicht, daß es in Deutschland unter den Besitzenden und Angesessenen so viel Schurken geben werde, die durch irgend welchen Einfluß bestechen wollen, als man hier zu vermuthen scheint, noch daß die Wähler so niederträchtig sein werden, sich bestechen zu lassen. Wollen Sie das deutsche Volk zu einer großen Nation heran erziehen, wollen Sie ihm Vertrauen zeigen, so haben Sie nur nach dem Prinzipe zu fragen und diesem getrost zu folgen. (Beifall von der Mehrheit.)

Hr. Vogt von Gießen: Nur wenn Sie uns die Oeffentlichkeit geben wollen in jeder Beziehung, in jeder Regierungsthätigkeit — die Oeffentlichkeit aller Staatsgeschäfte ohne Ausnahme auf dem Markte, werde ich Ihnen auch das öffentliche Stimmrecht einräumen. Die Vorschläge des Verfassungsausschusses aber, auch in Bezug auf die Wahlbezirke, gehen dahin, der herrschenden Partei Vorschub zu leisten, sie in den Stand zu setzen, sich beständig am Ruder zu halten. Eben aber, um kein System zu verewigen, um den von Herrn Waitz zurückgewiesenen Wechsel herbeizuführen, verlange ich die geheime Abstimmung. Dafür sprechen auch die Erfahrungen Nordamerikas, wo der Wähler seine Unabhängigkeit behauptet, indem er sich von beiden Parteien bestechen läßt, um endlich im Geheimen gegen beide zu stimmen. Sie lachen? Allerdings ist es niederträchtig, sich bestechen zu lassen, aber noch niederträchtiger ist der, welcher besticht, diesen Bestechenden wollen wir nicht auch noch die Möglichkeit einer Kontrole verschaffen. Geben Sie uns englische Verhältnisse, so wollen wir uns auch das englische öffentliche Stimmrecht gefallen lassen. Aber nicht, solange in Deutschland noch auf fünf Menschen ein Beamteter kommt, damit die vier anderen ruhig seien. Solange Sie die Heimlichkeit für Ihre Regierungsintriguen behaupten, wollen wir auch der Demokratie nicht den Schutz der Heimlichkeit für ihre — Bestrebungen entziehen. (Beifall von der Linken.)

Nachdem der Schluß der Debatte beliebt worden ist, gesteht Herr Wigard, der als Berichterstatter für die Minderheit auftritt, daß er im Verfassungsausschusse eine schwache Stunde gehabt, wo er beinahe auf „den hingeworfenen Köder: Freiheit, Oeffentlichkeit" angebissen hätte. Aber schon beim Nachhausegehen aus der Sitzung sei ihm die Reue gekommen. Daß er sich seitdem vollständig zu der Einsicht bekehrt hat, daß der Begriff der Freiheit und Oeffentlichkeit unanwendbar sei auf das Stimmrecht, darüber läßt seine Rede keinen Zweifel.

Herr Rieffer als Berichterstatter der Mehrheit fragt, ob denn, wer die Oeffentlichkeit für alle Regierungsthätigkeit ohne Ausnahme fordere, damit auch den erst noch werdenden, den unfertigen Gedanken schon öffentlich ausstellen wolle? Wir, die wir für die Oeffentlichkeit der Abstimmung sind, wir suchen die Mittel zur Erhaltung der Freiheit in nichts Mechanischem, sondern in der Freiheit selbst. Hätte Herr Nauwerk recht, daß das Wahlwesen etwas seiner Natur nach geheimes wäre, so müßten wir es freilich in seinem Geheimniß schützen. Aber im Gegentheil, es ist seiner Natur nach ein durchaus öffentliches Recht und Geschäft. Sie haben ein Wahlrecht beschlossen, freisinniger als irgend eins in der Welt vor dem März vorigen Jahres. Fügen Sie die Oeffentlichkeit hinzu, damit zum Heil des Vaterlandes alle Elemente der Sittlichkeit gegen das Schlechte in den Kampf treten können. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Debatte über §. 14 die zunächst hier angeschlossen wird, spricht sich Herr Fuchs aus Breslau gegen direkte Wahlen, Herr Schubert aus Königsberg für solche unter der Voraussetzung jedoch aus, daß bei der zweiten Lesung noch einige Beschränkungen der Wahlfähigkeit eintreten.

Hr. Reichensperger aus Trier betrachtet die Frage zwar als eine bloße Zweckmäßigkeitsfrage, allein er meint nicht, daß der vom Verfassungsausschusse vorgeschlagene Wahlmechanismus zu dem entsprechenden Ziele führe.

Hr. Hildebrand aus Marburg führt namentlich für die direkten Wahlen an, daß dadurch die Bestechung unmöglich werde. Zehn Stimmen könne man kaufen, aber nicht Tausend.

Nach dem Vortrage des Hrn. Hildebrand vertagt das Haus die Fortsetzung der heutigen Berathung auf Donnerstag den 1. März. Nachdem darauf der Präsident noch eine Austrittserklärung, nämlich die des Hrn. Herzig aus Wien (gewählt für Böhmen) mitgetheilt hat, schließt er gegen 2 Uhr Nachmittags die Sitzung.

Berlin. In die gegenwärtigen Verhältnisse der Mitglieder unseres königlichen Hauses gehört die nun, wie es scheint, ganz ausgesprochene Trennung des Prinzen Albrecht von seiner Gemahlin, die im Begriff ist, vom Haag aus eine große Reise anzutreten, während sie ihre diesseitigen Geschäftsverbindungen noch weiter durch die Uebergabe ihrer großen Besitzungen in Schlesien an die Seehandlung, einstweilen jedoch nur zur Verwaltung, aufgelös't hat. — Die Fürstin v. Liegnitz hat nach einer kurzen Anwesenheit, zu der der Geburtstag des Königs Veranlassung gab, unsere Hauptstadt wieder verlassen, um, wie es heißt, jetzt für immer ihren Aufenthalt in Dresden zu nehmen. (D. Rchsz.)

⊕ **Berlin**, 25. Febr. Gestern Abend war eine größere Versammlung auf Einladung der Abgeordneten zur zweiten Kammer: Harkort, Keller, Müller, Riedel, Ulrich und Viebahn: „Den Sinnesverwandten, welche die Verfassung vom 5. Dez. 1848 als geltendes Grundgesetz anerkennen, zu der vorbehaltenen Revision derselben auf dem von ihr selbst vorgezeichneten Wege mitwirken wollen und überhaupt die Liebe zum Volke und die Treue an dem angestammten Königshause als unzertrennliche Bedingung gedeihlicher Wirksamkeit für die Sache der Freiheit überhaupt, wie für die Wohlfahrt Preußens und des weiteren Deutschlandes betrachten." Die Versammlung war in der Stadt London und, wie zu erwarten war, fanden sich hier alle nur irgendwie zur konservativen Partei gehörenden, hier anwesenden Abgeordneten ein; man sah sogar Schattirungen bis zur Republik. Es hieß kürzlich hier, daß von allen Seiten eine große Mäßigung beabsichtigt werde, und man konnte glauben, daß eine scharfe Absonderung der Parteien nicht eintreten werde. Indessen hat die erwähnte Versammlung schon deutlich werden lassen, daß sich die zweite Kammer vorläufig wenigstens vielleicht ohne alle Mittelglieder in zwei verschiedene Lager trennen werde, und wenn das eine die oktroyirte Verfassung sofort als gesetzliche Grundlage zur weiteren Revision annimmt, so wird das andere, gestern Abend im Milentz-schen Saale mit Unruh, Waldeck u. s. w. versammelt, vor der Annahme Aenderungen bedingen wollen. Letztere Absicht ruft natürlich die Besorgniß hervor, daß sich ein harter Kampf mit der Krone entspinnen und auf verderbliche Wege führen könne, weshalb denn viele Abgeordnete sich gedrängt fühlen, selbst mit den Ultra's der Rechten zusammenzuhalten. Man zählte etwa 130 Anwesende, und für einige 20 konnte noch bestimmt zugesagt werden; eine größere Zahl Zweifelhafter war überhaupt noch nicht angekommen, und man glaubte, der Mehrheit in der zweiten Kammer ziemlich gewiß zu sein. Für die eigentliche Konstituirung der Partei und die nächsten Maßregeln ward ein provisorischer Ausschuß erwählt, worin die Namen Graf Arnim, Auerswald, Bodelschwingh, Grabow, Harkort, Ludwig (aus Schlesien), Naumann (von Posen), Graf Schwerin, Vincke wohl keineswegs als völlig richtiger Gesammtausdruck der politischen Ansichten der Versammelten gelten können, auch ward ihre Wirksamkeit vorläufig nur auf acht Tage in Anspruch genommen, besonders auch für einen Entwurf zur Geschäftsordnung für die zweite Kammer. Es ist wünschenswerth, daß keine weitere Fragepunkte in dieser Weise vor Annahme der Adresse zur Erörterung gebracht werden, da sonst eine Zersplitterung der Ansichten und Parteien ziemlich gewiß ist. Das ähnliche Verhältniß wird bei der Gegenpartei stattfinden, und der angenommene Schein mäßiger Gesinnung dürfte von Manchem mit Mißtrauen betrachtet werden. Noch ist das Lokal für die zweite Kammer nicht vollendet. Die Ansicht ist selbst Abgeordneten nicht verstattet, und diese fürchten sich — vielleicht noch mehr als gerechtfertigt sein mag — vor den dort noch zu erwartenden bösen Dünsten der Mauern. Farben u. s. w. Der Zuhörerplatz ist äußerst beschränkt.

♂ **Berlin**, 25. Febr. Die Abgeordneten zu beiden Kammern sind zahlreich eingetroffen, halten Vorversammlungen, die Säle für ihre Sitzungen sind mit rasch fördernder Technik bereit gestellt, das Gerücht verbreitet schon die wesentlichsten Richtungen der Thronrede und eine ernste Stimmung der Patrioten schaut fest dem morgenden Tage entgegen: zahlreiche Vereine in den Stadtbezirken schaaren sich für alle Nuancen der Meinungen zusammen, den Magnet, der den Mittelpunkt bildet durch angefügtes Eisen zu stärken. In der äußersten Linken, die sich unter den Abgeordneten zusammengefunden, treten die zwei Meinungen einander gegenüber: scharf zu protestiren gegen die Verfassung vom 5. Dezember oder die ganze Energie auf die ohne allgemeinen apriorischen Protest zur Diskussion zu bringenden Paragraphen zu wenden. Gestern Abend war es wahrscheinlich, daß die letztere, numerisch schwächer vertretene Ansicht und Fraktion sich der ersteren zum allgemeinen Proteste anschließen und daß dann beide Parteien in die lebhafte Diskussion der Paragraphen eintreten würden. Der Passus des Protestes wird dann zuerst gleich lange Verzögerungen kosten.

Die Thronrede dürfte noch das Unterrichtsgesetz ankündigen, zu den bereits bekannten Gesetzentwürfen über Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verwaltung, die Anlage von Vorschußkassen zur Ablösung von ländlichen Real-Lasten und alle jene Arbeiten, von denen Ihnen bereits bei ihrem Erscheinen berichtet worden ist. Ferner wird die Grundsteuer auszugleichen, die Einkommensteuer anzulegen sein. Man verbreitet, daß die Thronrede die feste Erklärung bringen werde, wie es trotz aller vorgekommenen Steuer-Reste doch bei dem durch den Staatsanzeiger publizirten Budget für 1849 sein Bewenden haben und keine Erhöhung der Steuern im Ganzen, keine Anleihe eintreten solle, da die freiwillige Anleihe des vorigen Jahres alle Ausfälle und außerordentlichen Ausgaben gedeckt habe. Ein hoher Trost für alle Wirthe! Es heißt ferner, daß die Thronrede in einem so anspruchlosen als unzweifelhaft festen Tone von den deutschen Angelegenheiten sprechen und die Bereitwilligkeit zu ernsten Opfern für das deutsche Wohl, im innigen Einverständnisse mit der Frankfurter Nationalversammlung und unserem Lande erklären werde. Ueber die dänischen Angelegenheiten wird sie schwerlich jetzt schon Neues bringen können.

Von Vertagung der Kammern ist viel gesprochen worden; höchst wahrscheinlich könnte die Vertagung erst später und nur auf einen sehr fest motivirten Wunsch der deutschen Nationalversammlung vorkommen, auch nur auf kurze Frist.

‸ **Köln**, 25. Febr. Gestern, als am Jahrestage der französischen Revolution, hatten die Oberführer der hiesigen Demokraten im Eiser'schen Saale ein „großes Bankett" veranstaltet, das gegen Abend begann, bis nach Mitternacht dauerte und welchem wohl mehr als 2000 Personen beigewohnt haben mögen. Das Präsidium führte Hr. Schapper, ein Mann, welcher in die jüngsten Preßprozesse dahier mehrfach verwickelt war, jedoch jedes Mal freigesprochen wurde. Als Redner machten sich hauptsächlich bemerklich die Herren D. Marx, Redakteur der „N. Rh. Ztg.", Schneider II., Abg. für Köln zur preußischen Nationalversammlung, G. Kinkel, Abg. für Bonn, so wie Hr. A. Gladbach, der so eben erst in der Nachwahl zu Deutz für den Landkreis Köln zum Abgeordneten Erkorene, gegen dessen Wahl aber noch mannigfach protestirt wird. Die übrigen Redner sprachen ihre freilich schroffen Ansichten wie gebildete Männer aus, aber Hr. A. Gladbach übergoß mit dem Zornesstrome seiner Rede in würdelosem, glattem Tone die aufgelös'te preußische Nationalversammlung, begeiferte die Rechte, schimpfte auf das Centrum und tobte maßlos gegen die Linke einer Kammer, der er doch selber angehört hatte. Ja, er vermaß sich, auch über den neuen Landtag, der erst noch zusammentreten soll, rücksichtslos herzufallen. Es wurden Toaste ausgebracht für die im Februarkampfe Gefallenen sowohl, wie für die rothen Barrikadenhelden des Juni zu Paris, und mit rauschenden Fanfaren und wildem Geschrei begrüßt, aufregende Lieder an den Eingängen vertheilt und abwechselnd mit Reden gesungen, während in den Zwischenpausen das Orchester die Marseillaise, die Parisienne u. s. w. spielte. Die in dem großen Saal dichtgedrängte Menge, unter welcher sich viele Damen befanden, war natürlich mit ihren Beifallsbezeigungen durchaus nicht karg, und die gewöhnlichen Kraft- und Kernsprüche der Apostel der rothen Republik erregten jedesmal einen gewaltigen Jubelsturm — am lautesten bei denjenigen, welche sich für diesen Abend mit der Jakobinermütze geschmückt hatten. Wie es heißt, wird am 18. März — wegen Berlin — ein ähnliches Bankett stattfinden.

♀ **Koblenz**, 25. Febr. Da die hier für die Kreise Koblenz und St. Goar gewählten Abgeordneten zur zweiten Kammer Grebel und Raffauf die Wahl nicht angenommen, sondern für andre Wahlkreise optirt hatten, so wurde hier gestern von neuem ge-

Uebersicht.

Der dänische Krieg und Rußland.

Deutschland. Wien (Die Kaim'sche Angelegenheit. Windischgrätz und das Ministerium.) Prag (Der deutsche Verein über das Verhältniß zu Deutschland. Tod des Erzbischofs.) Von der österreichischen Grenze (Die Intervention in Italien.) München (Die Vertagung der Kammer und die Ministerkrisis. Fürst Wallerstein.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen über die Organisation der Gerichte.) Von der Bergstraße (Baiern und die deutsche Sache.)

Frankreich. Paris (Das Journal des Debats über die Februarfeier. Die Inkompatibilitätenfrage in der Nationalversammlung.)

Oesterreichische Monarchie. Siebenbürgen (Die russische Intervention.) Von der österreichischen Grenze (Zwiespalt des serbischen Patriarchen mit dem kommandirenden General.)

Italien. Toskana (Näheres über die dortigen Zustände.)

Schweiz. Zürich (Die Spielpächter in Luzern. Neue Werbungen. Adresse der Schweizer in Toskana. Schreiben des sicilianischen Abgeordneten. Verfassungsrevision in Thurgau. Zürcherische Fremdenpolizei.)

Der dänische Krieg und Rußland.

♃ **Frankfurt,** 23. Febr. „Juchhe" und „O weh" — anders hört man nirgends mehr über die deutsch-dänische Angelegenheit reden. „Juchhe! der Waffenstillstand wird gekündigt", so schreit der Däne dem Herzogthümler, und so schreit dieser wiederum sowohl Dänemark als Deutschland triumphirend entgegen. Aber lauschen Sie dem Natur-Aengstlichen oder Kaufmännisch-Aengstlichen und ein O weh! aus der innersten Seele gestöhnt, vernehmen Sie ob der bevorstehenden Kündigung des Waffenstillstandes. O weh! nun gar und abscheulich! ruft der Patriot und will wissen: Dänemark werde einen neuen Waffenstillstand auf der Basis der Trennung Schleswigs und Holsteins durchsetzen — und alle Septembergefühle, die so lange geschlummert, erheben sich von Neuem. Nun bitte ich Sie dringend, dem Unwesen zu steuern: Sprechen Sie es getrost aus, daß zweierlei nicht geschehen wird:

1) wird kein Krieg ausbrechen,
2) wird kein neuer Waffenstillstand abgeschlossen werden.

Hingegen wird

1) der frühere Waffenstillstand, auf einige Monate wenigstens, verlängert,
2) ein Friede geschlossen werden.

Woher ich diese Ueberzeugung habe? Nicht daraus, daß die Dänen selbst, ihren bedeutendsten Namen an der Spitze,*) zur Klarheit gelangen über die Unmöglichkeit eines Krieges — denn ein edles Wild kämpft selbst den vergeblichen Verzweiflungskampf aus. Nicht daraus, daß die schleswig-holsteinschen Regimenter den Glauben aufgeben, als könnte eine lang gedehnte Doppelküste durch Landratten vertheidigt werden. Wohl aber meine ich, es sei Verrath am Vaterlande, jetzt noch an dem Zustandekommen einer deutschen Einheitskraft zu zweifeln, nachdem die gedoppelten Träger von 25 bis 30 Einzelstaaten Deutschlands derselben Treue geschworen haben! Und nur derjenige hat das Recht, den Verdacht auszusprechen, als könne jemals eine deutsche Centralgewalt wieder einen neuen Waffenstillstand sanktioniren, wer an die innere Zerrüttung des Vaterlandes glaubt. Aber Krieg? der läßt sich jetzt nicht wieder so improvisiren! Einmal ist denn doch unser Flottenbestand so groß, daß die dänische allein die Blokaden und Räubereien von 1848 nicht erneuern kann. Sodann aber bedenke man die eiserne Hand, welche Großbritannien über den Ereignissen des Nordens hält. Wie? Lord Palmerston sollte nicht im Stande sein, den unruhigen Köpfen Kopenhagens ein: Quos ego, zu englisch ein: Her Majesty's Government most earnestly protests u. s. w. zukommen zu lassen? England kann und wird unter keinen Umständen dulden, daß der Krieg von Neuem ausbreche. Es wird auf einen Friedensschluß hinarbeiten, und während der Unterhandlungen, die schon rüstig begonnen haben müssen, darauf bestehen, daß Ruhe gehalten werde.

Nur Eine Möglichkeit für den Ausbruch eines Krieges läßt sich denken, und hierüber noch ein Wort. Rußland könnte sagen: Bruder von Dänemark, „stoß zu, ich parire!" Aber der diese Worte vor dem Czaren Nikolaus geredet, der hatte den Preis für dieses Pariren in seiner Tasche, nämlich Fausti Seele — und hatte bekanntlich auch nichts zu verlieren. Wie aber mit Rußland? Der Preis solcher Dienste von Dänemark geleistet, nämlich der Besitz des Inselstaates und seiner Meerengen, ist denn doch ein äußerst ungewisser; und arge Verluste, wie sie sicher bevorständen, müßten Rußland vorsichtig machen. Einmal weiß Nikolaus recht wohl, daß er mit den sorgfältig angesammelten Schätzen haushälterisch umgehen muß. Eine freie Nation läßt sich durch große nationale Anforderungen, selbst nach langjähriger, bitterer Noth, zu neuen Lasten bewegen: der Czar häuft im eigenen Palaste, unter eigener Aufsicht, die Massen Goldes an, wohl wissend, daß er seine Pläne ohne Mitwirkung der Nation ins Werk zu setzen hat. Ein großartiger Beobachter der Dinge, weiß er wohl daß ein Jahr, wie das nun vergangene, nur das Vorspiel sein kann zu Weltereignissen, welche seine Thatkraft unmittelbar in Anspruch nehmen werden. Es liegt ihm daher ob, seine Kräfte zusammen zu halten auf den Punkt hin, wo dem neuen russischen Reiche die Zukunft blüh't.

Als Kaiser Nikolaus die Hauptstadt Großbritanniens das letzte Mal mit seinem Besuche überraschte, soll er ein wunderbares Gespräch mit den Ministern der Krone geführt haben, die ihn seiner Naivetät wegen fast anstaunen wollten. „Was meinen Sie von der Türkei?" sprach er, und fügte, ohne die Antwort abzuwarten hinzu: „Meine Minister sagen mir, sie sei im Sterben. Ich halte sie für eine Leiche: es kommt nur darauf an, wer den Sarg zimmern und wer das Erbe vertheilen soll. Ich werde gezwungen werden, Konstantinopel einzunehmen — aber ich wünsche es nicht. Ich kann es nicht wünschen", fuhr er fort als ein erstauntes ungläubiges Lächeln ihm auf den Lippen der Minister ersichtlich ward, „denn welcher Russe möchte noch in Petersburg leben, wenn er Konstantinopel, die Hauptstadt der Erde, wählen darf?"

Ob wohl der Kaiser das alte Stambul für das Babylon des neuen Alexander ansehen mag? Nur, daß diesmal ein Hellas da ist, um in die verlassene Hauptstadt Makedoniens einzutreten! Und doch treibt ihn der Wille der Geschichte dahin — er weiß es, und alle Gedanken des großen Herrschers sind dahin gerichtet. Alle russische Strömungen laufen nach Süden und Südwesten: die italische Halbinsel, die Fürstenthümer, das schwarze Meer, das Reich der Osmanen. Dahin blickt ein kundiges Auge, dort sieht es, nach dem Bibelspruche, die Adler sich sammeln.

Der Norden Europa's aber — der ist schon zu sehr besetzt. Das ist kein Boden für Rußland — da ist keine Zukunft mehr zu holen. Peter der Große schob die Vorposten des Reichs an die Ostsee, um „das Land seiner Reußen" europäisch zu machen; das neue Rußland, äußerlich europäisirt, wird sich berufen fühlen, den Kampf des Kreuzes mit dem Halbmonde wieder aufzunehmen, und ihn zu endigen.

*) Den neuesten Nachrichten zufolge soll freilich das Gerücht, Tscherning und seine Rede betreffend, auf einem Mißverständniß beruhen. A. d. R.

Deutschland.

Wien, 18. Febr. Die Kaim'sche Angelegenheit, so unbedeutend an und für sich — der ehrenw. Deputirte soll im Rausche den Kaiser Ferdinand gelästert haben — stellt beinahe die Existenz des Reichstags von oben und unten zu gleicher Zeit in Frage. Einige Worte zum Verständniß dieser verdrießlichen Geschichte dürften daher nicht überflüssig sein. Kaim ist ein böhmischer Bauer, aber kein Tscheche; er trug in seinem Wahlbezirk den Sieg über den Minister Schwarzenberg und den Bürgermeister des Orts davon. Kaim sitzt als Böhme auf der Linken und stimmt mit der deutschen Linken. Den Tschechen war er daher von jeher unbequem, und sie haben jetzt die Gelegenheit verloren an seiner Stelle einen ihrer Parteimänner in die Kammer zu bringen. Die Ruthenischen Bauern stimmten merkwürdiger Weise auch gegen die Regierungsabsichten, weil sie in ihrer staatsmännischen Einfalt behaupteten, die Regierung wolle mit dem böhmischen Bauer den Anfang machen, um dann die übrigen zu entfernen. Die Linke stimmte fürs Prinzip, und um sich vor ähnlichen in Aussicht gestellten Anklagen zu schützen. Dies in Kürze das Räthsel des Kaim'schen Prozesses, das soviel Bewegung in Kremsier hervorbrachte, und zugleich dessen Lösung. Schuselka, Goldmark und Wieser wiesen den Verdacht zurück, als ob sie ihrer eigenen Sicherheit wegen der Justiz in die Hände greifen wollten. Die Allgem. österr. Zeitung sollte suspendirt werden, doch hielt es der Minister des Innern für gerathen das Aufsehen das dieser neue Fall gemacht hätte, zu vermeiden. (Allg. Z.)

Wien, 20. Febr. Minister Bruck wird in diesen Tagen zurückerwartet, und man sieht mit Spannung dem Erfolge seiner Reise nach Pesth entgegen, welche zum Hauptzwecke nichts weniger hatte, als dem Marschall die Einwendungen des Ministeriums gegen sein politisches Vorgehen vorzustellen. Denn auf Befehl des Marschalls sollen alle jene Einrichtungen geschehen, welche das Ministerium in Ungarn und Kroatien so sehr compromittiren, er soll ganz in den Händen jener magyarischen Partei sein, welche unter anderer Form ihre Magyarisirungsplane fortsetzt. Das Ministerium, welches sich dadurch in vielen seiner Vornahmen gehindert sieht, soll entschlossen sein, wenn die Sendung Bruck's nicht Erfolg hat, der Marschall nicht auf die Wünsche und Befehle des Ministeriums Rücksicht nimmt, sämmtlich die Portefeuilles niederzulegen (?). Das Faktum wäre insofern niederdrückend, als es den Beweis liefert, welchen Einfluß der Säbel nun bei uns hat. Wir haben ihn zwar immer für sehr groß, aber nicht für so allmächtig gehalten. (C. Bl. a. B.)

Prag, 22. Febr. Der hiesige Deutsche Verein, von dessen Thätigkeit man schon seit längerer Zeit im Publikum nichts erfuhr, hatte gestern eine Plenarversammlung veranstaltet und das Programm derselben schon früher durch die von ihm herausgegebene Deutsche Zeitung aus Böhmen angekündigt. Da die Besprechung der österreichischen Note vom 4. Februar den Hauptgegenstand bildete, so hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden. Alle Redner, die sich an der Debatte betheiligten, sprachen sich dahin aus, daß die Note viel zu wenig biete, daß sie den Wünschen und Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung Böhmens nicht entspreche, und allenfalls nur der ernstliche Wille des Ministeriums, zur Neugestaltung Deutschlands kräftig mitwirken zu wollen, anerkannt werden könne. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, eine Adresse ans österreichische Ministerium zu richten und dasselbe aufzufordern, der Nationalversammlung in Frankfurt positive Grundlagen für die weiteren Unterhandlungen zu geben und die Verbindung mit Deutschland so innig als möglich zu gestalten. Zugleich wurde eine Petition an das Ministerium beschlossen, daß dasselbe die noch rückständigen Wahlen ausschreibe, um die Vertretung Oesterreichs in Frankfurt so vollständig als möglich zu gestalten. Auch an die Nationalversammlung in Frankfurt wurde eine Adresse beschlossen, worin der ernste Wille der deutsch-böhmischen Bevölkerung, unter keinen Umständen aus dem großen Vaterlande zu scheiden, und zugleich die Hoffnung ausgesprochen ist, daß man Oesterreich, den ältesten Sohn Deutschlands, nicht aus dem Vaterhause verstoßen werde. Die Adressen wurden auch dem Centralverein in Reichenberg und sämmtliche Deutschen Vereinen und Bürgerausschüssen zum Behuf der Mitfertigung mitgetheilt. Heute früh verschied der Erzbischof von Prag, Frhr. v. Schrenk, nach einer langwierigen Krankheit. (D. A. Z.)

Von der österreichischen Grenze, 22. Februar. Wenn es wahr ist, was heute aus sehr glaubwürdiger Quelle berichtet wird, daß nämlich mit dem Telegraphen der Befehl zum Einmarsche österreichischer Truppen in Rom und Toskana abgegangen sei, so nähern wir uns sichtlich einem wichtigen Abschlusse des so bewegten europäischen Lebens. Daß auf die Nachricht von der Proklamirung der römischen Republik und den Vorgängen in Toskana hin, Interventionsverhandlungen gepflogen wurden, ist sicher, so wie der durch zahlreiche Mittheilungen beglaubigte Umstand, daß die italienische Armee schon seit längerer Zeit einer solchen Operation entgegensah. Zur Pacificirung des römischen und toskanischen Gebietes, dürfte eine Truppenmacht von 36,000 Mann ausreichen. Bei Toskana handelt es sich um die österreichischen Secundogeniturrechte; bei Rom um die Beschützung des katholischen Pontifikats. Das britische Kabinet ist in neuerer Zeit in der italienischen Frage auf die Seite Oesterreichs getreten, und selbst Sardinien dürfte in gewisser Hinsicht ein Auge zuzudrücken geneigt sein, wenn es nämlich — kann. (Leipz. Z.)

≏ **München**, 23. Febr. Endlich eine Entscheidung, wenn auch natürlich noch immer kein Ministerium. Denn das wäre ja erschreckend rasch. Die Entscheidung ist, daß die Kammer vertagt wird, nachdem sie noch über zwei Gesetze in Betreff der Matrikularbeiträge Baierns und der deutschen Flotte berathen und beschlossen haben wird. Man müsse zunächst die Einleitung zu einem festen Verhältniß zur Centralmacht (durch jene beiden Gesetze) treffen, hieß es, und Zeit zur Bearbeitung der geforderten Vorlagen haben. Eigentlich ist „Zeit haben" wohl der eigentliche Grund der ganzen Maßregel. Wie andere Parteien gern die Revolution permanent machen möchten, so soll es hier die Unentschlossenheit werden. Freilich mag's auch schwer sein ein neues Ministerium zu finden. Die gefügigen Leute sind des Publikums halber nicht zu wählen, und die sonst Tüchtigen erweisen sich natürlich der Krone gegenüber nicht gefügig. Ich könnte Ihnen davon Beispiele mit Namensnennung herzählen; aber zu was wäre ein solches Schwatzen aus der Schule nütz. Noch vor wenigen Tagen gab einer der tüchtigsten, freilich eben nur versuchsweise und indirekt befragten baierischen Staatsmänner die Antwort: „Ja, ich nehme die Ministerpräsidentschaft an, wenn ich auch wirklich die übrigen Minister bezeichne und die Bezeichneten wirklich ernannt werden, wenn vor Allem mein Programm nicht bloß sozusagen, sondern wirklich angenommen wird, kurz wenn ich ein wahrhafter konstitutioneller Minister werden soll, der vertritt, was er thut, aber auch verhindert, was er nicht vertreten kann." Soviel uns bekannt, ist auf diese Antwort keine Rückäußerung erfolgt. Sie war ja auch gar zu bestimmt und entschieden, gar zu offen und klar. Es wäre ja damit das beliebte System des Horchens nach Rechts und Links, des „Zuwartens" (hochseligen Metternich'schen Andenkens) an seiner Wurzel erschüttert worden. Wohin soll dies System Baiern noch bringen?

München, 23. Febr. Die verschiedenen Parteien der Kammer werden sich heute in ihren Klubs berathen, wie sie sich der gänzlich unerwarteten königlichen Eröffnung in der heutigen Sitzung gegenüber zu verhalten haben. Fürst Wallerstein hat nun endlich seine Rede in den hiesigen Blättern abdrucken lassen, nachdem er sämmtliche Redaktionen ersucht hatte, damit so lange zurückzuhalten bis er seine Rede korrigirt habe. Wir kommen vielleicht später auf den Inhalt derselben zurück und bemerken für heute bloß, daß Fürst Wallerstein diesmal seine Gedankenfäden weniger für das Publikum, um dessen Gunst er zwar noch immer rastlos, aber vergeblich buhlt, als für seinen Herrn und König gesponnen hat. Der Hof soll die versiden Angriffe dieses Staatsmannes gegen die Anhänger der deutschen Kaiseridee, die er als Preußenthümler verdächtigt, huldreichst aufgenommen haben und bei seinem letzten Empfang in Nymphenburg sollen dem stets hoffenden Fürsten, der sich noch immer nicht für abgenützt hält, ungemein gnädige Aeußerungen zu Theil geworden sein. Leider ist es bei uns so weit gekommen, daß die verkappten Feinde der deutschen Einheit (zu welchen wir auch eine gute Anzahl Mitarbeiter der Allgem. Zeitung zählen), da sie weder Muth noch Ehrlichkeit genug haben, ihren Plan der Verhinderung des deutschen Bundesstaates um jeden Preis offen zu bekennen, auch vor Mitteln der schlechtesten und erbärmlichsten Art nicht zurückschrecken. Sie stacheln rastlos die halbentschlafene Stammeseifersucht Süddeutschlands gegen den Norden und insbesondere die Antipathie gegen Preußen. Das kann freilich Deutschland nicht zum Heil gereichen, aber ihnen selbst noch weniger. Uebrigens war es eben keine kluge Taktik der Partikularisten, daß sie einen Wallerstein zu ihrem Sprecher und Fahnenträger erkoren. Denn dieser ehemalige Minister, welcher bekanntlich in Baiern die politischen Prozesse und das Spionirsystem im großen Maßstabe eingeführt — ein Staatsmann, dessen Charlatanismus, Charakterlosigkeit und Windbeutelei in Baiern zum Sprüchwort geworden — hatte hier ein noch fataleres Loos als Hr. v. Abel; er ist etwas schlimmeres als blos verhaßt. In Baiern mag noch Vieles möglich sein, aber ein Staatsmann, der es so gründlich mit allen Parteien verdorben und selbst die Achtung der wenigen politischen Anhänger in solchem Grade verscherzt hat, gehört doch nicht mehr zu den Möglichkeiten, selbst wenn ihm die Zungenfertigkeit in noch ganz anderm Grade zu Gebote stünde.

+ **Karlsruhe**, 24 Febr. Bekanntlich hatte unsere zweite Ständekammer den von der Regierung über die Gerichtsverfassung vorgelegten Gesetzes-Entwurf in der Weise abgeändert, daß die bisherigen Einzelrichter in erster Instanz für Civilsachen beibehalten und die 4 Hofgerichte abgeschafft werden sollten. Hierüber erhob sich von Seiten der strengen Juristen ein einmüthiger Nothschrei, da die Wissenschaft schon längst den Grundsatz der Collegialität anerkannt hatte. Gleichwohl trat die erste Kammer in der Hauptsache dem Beschlusse bei, nur machte sie in Bezug auf die Rekursinstanz bedeutende Abänderungen. So sah sich denn die zweite Kammer noch einmal genöthigt, eine weitere Berathung über denselben Gegenstand zu pflegen. Nach reiflicher Erwägung

in der Kommission kam man zu dem Resultate, die Hauptprincipien des von der Regierung ausgegangenen Entwurfs zur Annahme zu empfehlen. Es leiteten dabei besonders die Rücksichten, daß, da doch einmal Kollegialgerichte für Strafsachen errichtet würden, keine Kostenvermehrung eintrete und daß durch Errichtung von Kollegialgerichten erster Instanz- das Verfahren vor dem Einzelrichter bedeutend vereinfacht werden könnte. Gerade in letzter Beziehung waren aber allgemeine Klagen im Lande vorhanden. Fast ohne Discussion nahm nun heute die zweite Kammer diese total veränderten Vorschläge an. Hiernach gestalten sich unsere Instanzen so: außer dem für die geringfügigsten Gegenstände competenten Bürgermeister entscheidet ein Einzelrichter (Amtsrichter) in erster Instanz, sobald die Streitsumme nicht über 250 fl. beträgt oder der Gegenstand selbst nicht Eile erfordert; in Fällen über 250 fl. entscheidet das Kreisgericht. Die Appellationssumme beträgt bei Urtheilen des Amtsgerichts 50 fl., bei Urtheilen der Handels- und Schiedsgerichte 150 fl., bei Urtheilen der Kreisgerichte als erster Instanz ebenfalls 150 fl. Die Appellation von den Kreisgerichten als erster Instanz geht an das Obergericht. Eine Oberappellation kann nur dann an das oberste Landesgericht stattfinden: 1) wenn die Vorschriften des Verfahrens in der zweiten Instanz verletzt wurden, ohne Rücksicht auf die Beschwerdesumme. 2) gegen ein kreisgerichtliches Urtheil, in so fern sich eine Beschwerdesumme von 500 fl. ergibt und 3) gegen ein obergerichtliches Urtheil, in so fern durch dasselbe das kreisgerichtliche Urtheil abgeändert wurde und eine Summe von 500 fl. vorhanden ist. Der von der Regierung früher beantragte Kassationshof fiel weg; dagegen nahm die Kammer noch auf Lamey's Antrag einen Zusatz in das Gesetz auf, wornach die Erkenntnisse über geringe Polizeifrevel durch die Bürgermeister und über schwerere durch die Kreisgerichte erfolgen. Bei der Endabstimmung trat die Kammer dem Gesetz einstimmig bei. Hierauf ging man zur Berathung des Gesetzes über ein abgekürztes Verfahren bei den Amtsgerichten über. Auch der Abgeordnete Welte von Engen hat heute der Kammer seinen Austritt angezeigt, auch verkündete der Präsident, daß die erste Kammer dem Gesetze wegen Emission von Papiergeld im Betrage von 2 Millionen Gulden beigetreten sei.

** Von der Bergstraße, 24. Febr. Wie niederschlagend große Rückschritte in Baierns höheren Regionen binnen Jahresfrist die deutsche Gesinnung gemacht hat, dafür gibt sprechendes Zeugniß die einfache Vergleichung der neusten baierischen Erklärungen mit der Thatsache, die ich aus bester Quelle Ihnen mitzutheilen im Stande bin, daß man den im März vorigen Jahres für Baiern ernannten, eben so frei als deutsch gesinnten Bundestagsgesandten, als er Instruktion begehrte, nicht nur der höchsten Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für das deutsche Einheitswerk versicherte, sondern mit den Worten: „Ihre Ueberzeugung ist Ihre Instruktion" ihm unbedingte Vollmacht mit auf den Weg nach Frankfurt gab.

Frankreich.

* **Paris**, 22. Febr. Vortreffliche Worte spricht über die Feier des 24. Febr. das Journal des Debats und wir wünschten, daß sie auch anderswo beherzigt werden möchten. „In diesem Augenblick — so lauten die bezeichnendsten Stellen — schmücken sich unsere Plätze und Monumente, um den Jahrestag der letzten Revolution zu feiern. Die Republik ist in ihrem Recht; man hat ihr leider das Beispiel dazu gegeben und wir können es ihr nicht zum Vorwurf machen, daß sie ihm gefolgt. Aber was wir beklagen, das ist, daß seit 60 Jahren unsere Festtage Revolutionstage sind, was wir verwerflich finden, das ist, daß die Regierungen, die natürlichen Hüter des Gesetzes, die Insurrektion als die heiligste der Pflichten verherrlichen und ihre Apotheose dekretiren. Wir sprechen hier nicht von dieser oder jener Revolution; wir untersuchen nicht, ob die von vorgestern gerechtfertigt, die von gestern nicht gerechtfertigt war. Wir wollen nur sagen, daß eine Revolution, selbst eine rechtmäßige Revolution, immer eine Ausnahme ist von der ewigen Regel der Ordnung. Freilich wissen wir, daß es über den geschriebenen Konstitutionen ursprüngliche Rechte giebt, die nicht ungestraft verletzt werden können; wir wissen, daß es in der Geschichte der Menschheit Augenblicke geben kann, wo die Gerechtigkeit, wenn die Arme des Gesetzes sie vergiften und ersticken, ihre Kette bricht und den Ruf nach Befreiung erschallen lassend sich auf die Straße stürzt; aber was man vergißt, das ist, daß das Stöße sind, welche die Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttern, daß es das fürchterliche Aeußerste ist, zu welchem man nur im letzten Nothfall greifen darf. Die Feste, durch welche nicht blos die Völker, sondern die Regierungen die Revolutionen verherrlichen, haben keinen anderen Sinn, als daß sie die Ausnahme als Regel heiligen und den Zustand der Krise der Gesellschaft zu ihrem Normalzustand machen, und das ist der Grund, weßhalb wir die Feier dieser Jahrestage als eine gefährliche und unmoralische Lehre betrachten. Wenn die Kinder, sobald sie den Mutterleib verlassen, sich an die blutigen Brüste der Revolution legen, und dort in langen Zügen die Liebe zum Aufruhr einsaugen, dann sind wir, wir Alle, verantwortlich dafür, weil wir fortwährend jene Tage feiern und verherrlichen, welche nicht blos Gedenktage des Krieges, sondern des fürchterlichsten von allen, des Bürgerkrieges sind. Lange genug haben das Blut der Männer und die Thränen der Frauen die Erde getränkt, lange genug hat der Sohn gegen den Vater, der Bruder gegen den Bruder in Waffen gestanden. Schließen wir die Thore dieses unheiligen Tempels, sammeln wir die zerstreuten Reste des Buches der Gesetze, das so oft von blutbesudelten Händen zerrissen worden. Genug der Revolutionen, genug der Jahrestage!"

Die Nationalversammlung ist in der fortgesetzten Berathung des Wahlgesetzes bei der Frage der Inkompatibilitäten angelangt. Im Princip ist dieselbe bekanntlich bereits von der Konstitution entschieden, indem diese jedes besoldete öffentliche Amt für unvereinbar mit dem Mandat eines Volksrepräsentanten erklärt hat; aber die Konstitution bestimmt zugleich, daß dieses Prinzip Ausnahmen gestattet, welche durch das organische Gesetz über die Wahlen präcisirt werden würden, und die Nationalversammlung ist gegenwärtig beschäftigt, diese Ausnahmen festzustellen. Das vorliegende Gesetz kennt zwei Arten von Inkompatibilitäten. Art. 74 bestimmt, daß die Wahl jedes Beamten annullirt werden soll, wenn er nicht vor der Ratifikation seiner Vollmachten die Entlassung von seinem Amte genommen; der Artikel spricht also unbeschränkt aus, daß Niemand zugleich Beamter und Wahlrepräsentant sein kann. Die Wahl des Beamten ist nicht nichtig, aber er muß sich entscheiden, ob er Beamter bleiben will und dann kann er nicht Volksrepräsentant sein, oder ob er Volksrepräsentant sein will und dann muß er aufhören Beamter zu sein. Artikel 75 dagegen stellt gewisse Kategorien von Inkompatibilitäten auf, welche rein lokaler Natur sind und eine Garantie gegen den Beamteneinfluß auf die Wahlen geben sollen: die Wahl gewisser Beamten in ihrem Amtsbezirk aber ist absolut nichtig und sie können nicht optiren, ob sie Beamte bleiben oder Volksrepräsentanten werden wollen. Beide Artikel sind nach langen und unerquicklichen Debatten angenommen, nachdem die Inkompatibilitäten des letzteren so außerordentlich ausgedehnt waren, daß man sich wirklich, wie ein Mitglied der Versammlung es aussprach, wundern muß, daß keine Besorgniß vor dem Einfluß der Feldhüter und ähnlicher hochstehender Beamten laut geworden. Die Details haben natürlich für das Ausland kein Interesse. Von den Ministern war übrigens in der heutigen Kammersitzung Niemand zugegen; die aus Italien eingegangenen Depeschen hatten den Ministerrath veranlaßt, sofort zu einer Berathuug zusammenzutreten.

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen. In dem amtlichen Berichte des k. k. Generalkommando in Herrmannstadt heißt es über das Einrücken der Russen: Von der Nothwendigkeit durchdrungen, den Rebellenchef Bem anzugreifen, ehe er durch die ihm von mehreren Seiten zuziehenden Rebellenhaufen zu übermächtig würde, anderntheils in die Unmöglichkeit versetzt, mit seinen schwachen Streitkräften zugleich dem Feinde die Spitze zu bieten und das Sachsenland vor den Verheerungen der Szekler zu schützen, glaubte Feldmarschallieutenant v. Puchner der Stimme der Menschlichkeit Gehör geben und die vereinten Bitten der romanischen und sächsischen Nation um Herbeirufung russischer Hülfe, obgleich er hierzu von der k. k. Regierung nicht ermächtigt war, in Berathung ziehen zu müssen. Zu diesem Ende versammelte er am 1. Febr. in Hermannstadt einen Kriegsrath. Gerade am Schlusse dieser Versammlung überbrachte ein Kurier von Kronstadt die amtliche Nachricht, daß die bewaffneten Szeklerhorden, 15,000 an der Zahl, die Grenzen ihres Landes überschritten hätten, und daß

demnach für das zunächst durch diese Banden mit dem gewissen Untergange bedrohte reiche Handelsemporium Kronstadt die höchste Gefahr im Verzuge sei. Dieser Umstand wirkte entscheidend auf den Beschluß des Kriegsraths, welcher dahin ausfiel, die russische Hülfe zum Schutze von Hermannstadt und Kronstadt herbeizurufen. In Folge des sohin vom Feldmarschallieutenant v. Puchner gestellten Ansuchens sind am 1. Febr. 6000 Mann russische Truppen in Kronstadt für die Zeit der drohenden Gefahr eingerückt. Außer den in der eben dargestellten Sachlage begründeten Motiven hat Feldmarschallieutenant von Puchner zu seiner Rechtfertigung über den ohne Ermächtigung der kaiserl. königl. Regierung gethanen Schritt auch noch angeführt, daß die Hülfeleistung der russischen Truppen nur auf den momentanen Schutz der sächsischen Städte berechnet ist, und daß von einer activen Theilnahme dieser Truppen an der weitern Bekämpfung der Rebellion keine Rede sein kann.

Von der österreichischen Gränze, 23. Febr. Der serbische Patriarch Rajatschitsch ist neuerdings in argen Zwiespalt mit dem kommandirenden General von Temeswar, Baron von Rukawina, gerathen. Als er diese Stadt besuchen wollte, ließ der General die Thore sperren, und erst auf die dringende Bitte der größtentheils griechisch-nicht-unirten Bewohnerschaft wurden sie geöffnet. Um die Kränkung noch auffallender zu machen, untersagte der General die Abhaltung einer Volksversammlung, welcher der Patriarch beizuwohnen Willens war. Dieser Greis glüht für die nationale Sache; er will das Banat durchaus raizisch organisirt haben. (Leipz. Z.)

Italien.

Toskana. Genaueres über den neuesten Stand der Dinge in Toskana gibt in Folgendem die N. Z. Z. Die provisorische Regierung zögerte immer noch dem Begehren der politischen Vereine zu entsprechen und die Vereinigung Toskana's mit Rom zu einer Republik auszusprechen. Am 18. aber war hier große Demonstration für die Republik und die Vereinigung mit Rom. Alle freiwilligen Militärs der Hauptstadt hatten sich mit den politischen Vereinen und den Abordnungen vom Lande zu diesem Zwecke vereint. Mazzini stand unter ihnen und hielt eine feurige Rede zu Gunsten der Republik. Der Ruf: Es lebe die Republik! schallte von allen Seiten. Dieser Volksversammlung wurde sodann ein Dekretsentwurf vorgelesen, der die Absetzung Leopolds, die Vereinigung mit Rom und die Republik erklärte. Jubelnd stimmte die Versammlung dem Vorschlage bei. Nun begaben sich die Schaaren zur Regierung und verlangten die Annahme ihres Beschlusses. Die Regierung erklärte sich hiezu bereit und bat nur die feierliche Proklamirung auf den folgenden Tag verschieben zu dürfen, was vom Volke gestattet wurde. Indessen wurde noch in der Nacht desselben Tages die Stadt beleuchtet, ein Freiheitsbaum aufgerichtet u. s. w.

Schweiz.

+ **Zürich**, 24. Febr. Wie sich in der öffentlichen Meinung Schwyz durch unparteiische Gerechtigkeitspflege, Baselland durch Urbanität seiner Bewohner von jeher ausgezeichnet hat, so wußte man in der sparsamen, ehrbaren Schweiz immer viel von der Moralität und Oekonomie des Kantons Luzern zu reden, nirgends wird der Fasching lustiger gefeiert als dort, der Hausvater versetzt seinen letzten Rock, die Tochter ihren silbernen Rosenkranz, um an den Freuden desselben Theil zu nehmen. Daß diese Richtung der Bigotterie keinen Abbruch thut, sehen wir übrigens ja auch an analogen Erscheinungen am Rhein und an der Donau. Die finanzielle Solidität Luzerns ferner ist so wohl begründet, daß ein verstorbener nahmhafter Zürcher Staatsmann sich in meiner Gegenwart nicht genug darüber verwundern konnte, wie es möglich sei, einen Luzerner mit der Verwaltung der eidg. Kriegskasse zu betrauen. Nun, das war eine Uebertreibung, aber eine charakterisirende Uebertreibung. Sie wissen, daß die durch Beschluß des deutschen Parlaments aus Deutschland verwiesenen Spielpächter sich neulich nach Interlaken wandten, um dort ihre goldenen Netze auszuwerfen; allein die Bevölkerung des Berner Oberlandes ist doch noch nicht durch die Rendez-vous der vornehmen Welt Europa's so verdorben, wie jene Herren ohne Zweifel voraussetzten: ihre „glänzenden" Anerbietungen wurden mit Protest zurückgewiesen. Wohin wenden sie sich jetzt? An das ökonomisch halb ruinirte Luzern, dem sie eben auch die „glänzendsten" Offerten machen. Und siehe da! die Regierung — beschließt, die Sache in Erwägung ziehen zu wollen. Wir fürchten nun freilich nicht, daß innerhalb der Marken der Eidgenossenschaft eine Spielhölle etablirt werde, aber wahrlich nicht deßhalb, weil wir etwa eine einzelne Kantonsregierung für unfähig dazu hielten, sondern weil die Bundesversammlung einen solchen Skandal unmöglich dulden könnte. — In demselben Luzern ist nun auch seit dem 17. eine neue Werbung für Neapel — trotz der stets bedrohlicheren Lage unserer Landsleute an verschiedenen Punkten Italiens — eröffnet, da noch ein Paar hundert Mann fehlen, um die durch Krieg, Krankheiten und — Selbstmorde entstandenen Lücken wieder zu ergänzen. Die Unteroffiziere, welche die letzten fünf Rekrutentransporte bis in die Lombardei begleiteten, sind zurückgekehrt und erzählen von den Gefahren, die sie im Kanton Tessin ausgestanden; große Summen seien den Rekruten geboten, wenn sie ihrer Fahne untreu würden, aber nur Zwei hätten sich dadurch zur Desertion verleiten lassen. Sicherlich sind die angebotenen Summen nicht so gar groß gewesen. Welche Früchte die Kapitulationen tragen, erleben wir nun in Rom: Die beiden Regimenter hatten nur die Alternative, abzudanken und heimzukehren, oder den Nationaltruppen einverleibt zu werden; und wenn ihnen Seitens des römischen Kommissärs auch wirklich einige Versprechungen gemacht sind, wer denkt daran dieselben zu halten, sobald die gefürchteten Schweizer die Gränze passirt haben? Daß Radetzky „über tausend Kapitulanten in seine Dienste genommen, und als steierische Schützen gekleidet habe," wie sich die „A. A. Z." von Mailand schreiben läßt, bezweifeln wir sehr; Einzelne derselben sind übrigens am 19. schon in Chur angelangt. — Interessant ist in dem Schreiben unserer Landsleute in Toscana an den Bundesrath die Glut der Begeisterung für die Sache Italiens, die sich gar so weit vergißt, daß sie die vom Bundesrathe angeordnete Wegweisung der italienischen Flüchtlinge aus den beiden Kantonen Tessin und Graubündten „ein hoffentlich nicht authentisches Aktenstück" nennt. Wer hätte das von diesen Krämern und Seidespinnern gedacht! Wir wollen nun sehen, ob dieser Enthusiasmus nicht verrauchen wird, wenn der Vorschlag der „Bern. Ztg.," zum Behufe der Aufhebung der Kapitulationen von den in Italien sich aufhaltenden Schweizern eine „freiwillige Beisteuer von einigen Millionen" zu erheben, zur Ausführung kommen sollte. Damit hat es jedoch noch gute Wege. — Der sizilianische Abgeordnete Beltrami, der schon wider nach Turin verreist ist, erkannte in seinem Schreiben an den Bundesrath an, daß derselbe durch frühere Verträge gebunden sei, hofft aber, „daß die Bundesversammlung Mittel finden werde, die Kapitulationen aufzuheben, und dadurch den einzigen Flecken auszulöschen, der auf dem sonst makellosen Banner Helvetien's hafte;" er verspricht endlich, daß Sizilien zu den nothwendig werdenden Geldopfern einen angemessenen Beitrag liefern werde. Die Note ist äußerst schwülstig gehalten, und dazu noch von unsern Blättern so entsetzlich holperig übersetzt, als ob der Herr Sizilianer selbst sich dieser undankbaren Mühe unterzogen hätte. Zum römischen Gesandten in der Schweiz ist ein Hr. Philipp de Boni ernannt.

Im Thurgau schickt man sich an, die Revision der etwas hinter der Zeit zurückgebliebenen Verfassung vorzunehmen; der Kl. R. schlägt unter anderm vor: alle zwei Jahre Integralerneuerung des Gr. R. durch direkte Wahlen, Ernennung der Mitglieder des Kl. R. durch das Volk, kein Veto, und — keine Kultusfreiheit. Die wird immer noch in der Schweiz als ein unerreichbares Ideal angesehen. — Ein Lithograph Schönfeld in Winterthur wurde dieser Tage von dem zürcherischen Obergericht „wegen Anstiftung zur Theilnahme am Struve'schen Zuge," in Gemäßheit des §. 7. des Fremdengesetzes, zu einem Monat Gefängniß und zu 120 Schw. Fr. Buße verurtheilt.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 59. Frankfurt a. M., Mittwoch 28. Februar. 1849.

Uebersicht.

Die Feinde der deutschen Einheit.

Deutschland. Frankfurt (Thronrede des Königs von Preußen. Die Ernennung des Grafen Arnim Erkrankung des Reichskriegsministers.) Wien (Die Brodpreise. Der Gouverneur und die Bürgerschaft. Erbitterung der Soldaten. Sektion für seedische Angelegenheiten. Adressen an den Kaiser. Nachrichten aus Ungarn und Kroatien. Der Konstitutionsentwurf.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Prag (Die Wahlen nach Frankfurt.) Berlin (Herr Camphausen. Graf Arnim und Graf Bülow. Die Patrimonialrichter. Litterarisches. Kirchliche Bewegungen.) Köln (Ein Abgeordneter verfolgt.) München (Sitzung der Reichsrathskammer. Militärische Vorkehrungen.) Hannover (Note der Regierung an den österreichischen Gesandten.) Konstanz (Verurtheilung wegen Preßvergehen.) Gießen (Demokratisches Bankett.) Mainz (Veränderung in der Provinzialregierung.) Hessen-Homburg (Konstituirender Landtag.) Mecklenburg-Schwerin (Die Kammer und die Eisenbahn.)

Großbritannien. London (Vergleich wegen der marokkanischen Händel. Die Times über die schleswig-holsteinsche Frage und Bunsens Mission.)

Frankreich. Paris (Das Revolutionsbankete der Demokraten. Die Furstin Belgiojoso. Eine Aktiengesellschaft für sozialistische Zwecke. Lyon und Dijon.)

Schweiz Bern (Beschluß des Bundesraths rücksichtlich der Kapitulationen. Historische Skizze übir die Schweizerregimenter in ausländischen Diensten. Konsularberichte aus Italien. Der Bundesrath und die römische Republik)

Dänemark. Kopenhagen (Ernennungen in der Flotte. Kriegerische Anstalten.)

Ungarn. Pesth (Kriegsnachrichten.)

Nordamerika. Washington (Anrede des deutschen Reichsgesandten und Antwort des Präsidenten.)

28. Februar.

„Es ist doch fast unbegreiflich, wie man so hartnäckig den reformirten, mit einem deutschen Parlament versehenen Bund mit dem unreformirten, bloß durch fürstliche Gesandte vertretenen verwechseln kann, fast unbegreiflich, daß man platterdings mit keiner Reform, sondern nur mit einer Revolution zufrieden sein will!" Dieser unklare Gedanke, daß nämlich mit einem wieder erweckten deutschen Bunde, populär gemacht durch ein deutsches Parlament, Deutschland befriedigt und vor weiterer Revolution bewahrt werden könne, wird theils aus Schwäche, theils aus Hinterlist jetzt so vielfach ausgesprochen, daß es wohl nicht überflüssig sein möchte, ihn ein wenig zu beleuchten.

Also auf das alte abgetragene und schon in den Lumpenkasten geworfene Kleid des deutschen Bundes soll der neue Lappen des Parlamentes geheftet werden? Es ist ein neuer Wein da und er ist noch in Gährung, das wird doch Niemand ableugnen wollen; wie kann man nun das für den Weg besonnener Reform halten, wenn man den neuen Wein in die alten Schläuche füllen will? Der Bund ist in Deutschland die hemmende Kraft gewesen, ihm soll die treibende des Parlamentes hinzugefügt werden; das ließe sich noch hören. Aber das Parlament wird doch nicht eine bloße Komödie zur Beschäftigung und Besänftigung des deutschen Volkes abgeben sollen; es wird auf Ausführung seiner Beschlüsse dringen und ein Reichsministerium verlangen, das der Majorität des Hauses entspricht. Schon in der Besetzung des Ministeriums möchten, ohne eine einheitliche Spitze, nicht geringe Schwierigkeiten liegen. Man sieht ja bei jeder Ministerkrisis in jedem Lande, wie schwer es ist, ein geschicktes, den Bedürfnissen des Landes entsprechendes und in sich einiges Ministerium zusammen zu bringen. Wie aber sollte die Bildung eines Ministeriums möglich sein, wo die Neigungen und Abneigungen nicht eines, sondern mehrerer Fürsten mitzureden hätten? Wenn einer der Fürsten etwa der deutschen Einheit überdrüßig geworden sein sollte und wegen einer russischen Heirath oder wegen andrer Möglichkeiten ein Gelüste haben sollte, sich auf seinen Einzelstaat zurückzuziehen, so würde es ihm ein Leichtes sein, dahin zu wirken, daß gar kein oder ein unfähiges Ministerium zu Stande käme. Man wird nicht erwiedern können, daß dergleichen bei dem aufopfernden deutschen Patriotismus, der Wittelsbacher z. B., nicht möglich sei. Und wenn nun die Reichsregierung und die Mehrheit beider Häuser einen Beschluß fassen, wie setzen sie ihn in Vollzug, wenn in Sachsen der souveräne Unverstand ihn nicht für gut findet? Oder wenn die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands einen Krieg mit Rußland zu führen geböte, die preußische Regierung wäre aber, im Einverständniß mit ihren Kammern, dagegen, weil sie den Wohlstand ihrer östlichen Provinzen nicht gefährden wollte. Oder wenn Oesterreich die Preßfreiheit beschränkte, weil es sie den Slawen nicht zuträglich fände. Oder wenn mit den italienischen Staaten ein Bündniß oder ein Handelsvertrag zu schließen wäre, Oesterreich aber thäte Einspruch, weil es sich gerade der Lombardei wegen mit Italien in Feindschaft befände. Immer wird Oesterreich die Rücksicht auf seine besonderen Verhältnisse geltend machen, und immer wird es diese dem Wohle Deutschlands voranstellen.

Und auf solchem Wege glaubt man zu einem einigen und mächtigen Deutschland zu gelangen? Man hat den Führern derer, welche einen festen Einheitsplan verfolgen, Professorenweisheit zum Vorwurf gemacht. Mag es sein, daß ihre Entwürfe mit den Demosthenischen Reden das gemein haben, daß sie ein wenig nach der Lampe riechen; aber ist es Staatsweisheit, die man der Professorenweisheit gegenüberstellt, oder sind es Schülerträume, und wo ist Vaterlandsliebe, wo ist Aufopferung, wo ist männliche Konsequenz? Die Antwort möge jedem gerecht Urtheilenden überlassen bleiben. Aber betrübend ist es in einer Zeit, wo die ganze Zukunft des großen Vaterlandes gegründet werden soll, so wenig Aufopferungsfähigkeit zu finden. Man kann kein großes Haus bauen, wenn man sich nicht entschließen kann, die Hühnerställe und Kohlbeete aufzugeben, die noch den Platz einnehmen. Ja, Opfer will man wohl, aber ein Jeder verlangt sie vom Andern. Das fängt von unten an. Die, welche sich vorzugsweise Arbeiter nennen, verlangen für sich nicht nur größere politische Rechte, sondern die alleinige Ausübung dieser Rechte; sie wollen sich verbessern nicht durch ihre Arbeit, sondern durch ihre Forderungen; ob sie dadurch alle Bildung vernichten, den Staat auflösen und zuletzt sich selbst in dem allgemeinen Sturz begraben, mögen sie nicht überlegen. Und in gleicher Weise handeln in mehreren deutschen Staaten die Regierungen. Fast möchte man es Oesterreich am Ersten verzeihen, wenn es als ein halbdeutscher Staat nur ein halbdeutsches Interesse hat, und Deutschland nicht mächtiger und selbstständiger sehen mag, als ihm gerade bequem ist. Aber ein Jammer ist es, wenn in dieser Zeit in Baiern die alten Gelüste, eine europäische Großmacht zu werden, erwachen, und wenn es, um sich selbst zu erheben, erst Oesterreich ausschließen will, und dann seine Sympathien für Oesterreich vorschützt, um Preußen entgegenzuarbeiten; so denkt es, der deutschen Einheit entgegen, eine Souveränetät zu erringen, wie es sie unter dem alten Bundestage doch auch nie gehabt hat. Und in Sachsen spielt man dasselbe Spiel; man glaubt die Gelegenheit günstig, um das Königreich zu vergrößern, und behält sich vor, wenn dies gelungen sein sollte, an die Befestigung der deutschen Verhältnisse zu denken. Es würde von großem Einfluß gewesen sein, wenn der Minister von der Pfordten noch das alte warme Gefühl für die deutsche Einheit gehabt, und sich in seiner wichtigen politischen Stellung in der Weise gesprochen hätte, wie es viele Zeugen von ihm gehört haben, da er noch Professor war. Allen aber möchte man zurufen, Fürsten, Ministern, Kammern und Volk: Verkennt die ungeheure Wichtigkeit des Augenblicks nicht und setzt alle kleinlichen Rücksichten bei Seite, damit der große Wurf gelinge, für den die Zeit nicht wiederkommt, es sei denn nach Zerstörung aller jetzt bestehenden Verhältnisse.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 27. Febr., Nachmittags. Auf außerordentlichem Wege ist hier die Thronrede eingetroffen, mit welcher der König von Preußen gestern Vormittag auf dem weißen Saale des Schlosses zu Berlin die Sitzungen der preußischen Kammern eröffnet hat. Wir beeilen uns, die königliche Rede sofort mitzutheilen. Sie lautet:

„Meine Herren Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer! Ereignisse, die Ihnen Allen in frischem Gedächtnisse sind, haben Mich im Dezember v. J. genöthigt, die zur Vereinbarung berufene Versammlung aufzulösen. Unfreiwillig habe Ich, überzeugt von der unabweisbaren Nothwendigkeit endlicher Wiederherstellung eines festen öffentlichen Rechtszustandes, dem Lande eine Verfassung verliehen, durch deren Inhalt Meine im März v. J. ertheilten Verheißungen getreulich erfüllt sind. Seitdem ist die Spannung, in welcher noch vor wenigen Monaten ein großer Theil des Landes sich befand, einer ruhigen Stimmung gewichen! Das frühere, tief erschütterte Vertrauen kehrt allmählig wieder. Handel und Gewerbe fangen an sich von der Lähmung zu erholen, welcher sie zu erliegen drohten. Ergriffen von dem Ernste dieser Stunde sehe Ich die auf Grund der neuen Verfassung gewählten Mitglieder der beiden Kammern zum ersten Male um Meinen Thron versammelt. Sie wissen, meine Herren, daß Ich Ihnen eine Revision der Verfassung vorbehalten habe. An Ihnen ist es jetzt, sich darüber unter einander und mit Meiner Regierung zu verständigen. Zu Meinem Bedauern hat über die Hauptstadt und ihre nächste Umgebung der Belagerungszustand verhängt werden müssen, um die Herrschaft der Gesetze und die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen. Es werden Ihnen, meine Herren, hierauf bezügliche Vorlagen ohne Verzug zugehen. Außer den in Meinem Patente vom 5. Dez. v. J. angekündigten dringlichen Verordnungen sind noch über einige andere Gegenstände, welche im öffentlichen Interesse einer beschleunigten Regulirung bedürfen, auf Grund des Art. Nr. 105 der Verfassungsurkunde vorläufig Verordnungen ergangen; insbesondere habe ich durch die vielfachen dringenden Anträge einer unverzüglichen Reform der Verhältnisse des Handwerkerstandes Mich bewogen gefunden, zwei vorläufige Verordnungen für diesen Zweck zu erlassen. Alle diese Verordnungen werden Ihnen ohne Verzug zur Genehmigung vorgelegt werden. Außerdem werden Sie sich mit der Berathung verschiedener theilweise zur Ausführung der Verfassung nothwendiger Gesetze zu beschäftigen haben, deren Entwürfe Ihnen nach und nach zugehen werden. Ich empfehle Ihrer sorgfamsten Erwägung besonders die Entwürfe der neuen Gemeindeordnung, der neuen Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung, des Unterrichts-Gesetzes, des Gesetzes über das Kirchenpatronat, des Einkommensteuergesetzes, so wie der Gesetze über Ablösung der Reallasten und die unentgeltliche Aufhebung einiger derselben und über die Errichtungen der Renten-Banken und des Grundsteuergesetzes.

Um die durch die Verfassungsurkunde ausgesprochene Selbstständigkeit der verschiedenen Religionsgesellschaften zu verwirklichen, sind die erforderlichen Einleitungen getroffen, und wird damit so schnell, als es die Wichtigkeit des Gegenstandes gestattet, vorgeschritten werden. Der nach der Verfassungsurkunde vor Eintritt des Rechnungsjahres veröffentlichte Staatshaushaltungsetat für das Jahr 1849 wird Ihnen mit den erforderlichen Erläuterungen zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden. Sie werden daraus entnehmen, daß ungeachtet der in Vergleich gegen die vorigen Jahre zu erwartenden Verminderung des Steuer-Einkommens der für verschiedene Ausgabenzweige, namentlich für öffentliche Arbeiten, erforderliche Mehrbedarf ohne Steuererhöhung und ohne Benutzung des Staatskredits wird gedeckt werden können. Ueber die Verwendung der im verflossenen Jahre auf Grund der Ermächtigung des vereinigten Landtages aufgenommenen freiwilligen Anleihe von 15 Mill. Thalern wird Ihnen Rechenschaft gegeben werden. Ich habe es dankend und mit Genugthuung anzuerkennen, daß die Bereitwilligkeit, mit welcher die bemittelten Einwohner aus allen Theilen des Landes und aus allen Klassen des Volkes, inmitten der drückendsten Verhältnisse, bei dieser Anleihe sich betheiligten, den Rückgriff auf andere, kostspieligere Maßregeln entbehrlich gemacht hat. Auch über die auf Grund der Ermächtigung des vereinigten Landtages erfolgte Gabe von Darlehns-Kassenscheinen und über einige hiermit in Verbindung stehende Maßregeln zur Unterstüung der bedrängten, gewerblichen Thätigkeit, wird Ihnen näherer Ausweis vorgelegt werden. Es ist auf diesem Wege gelungen, manchen schweren Unfällen, welche eine verderbliche Rückwirkung auf größere Bezirke und ganze Provinzen geäußert haben würden, zuvorzukommen, und die gewerbliche Thätigkeit im Lande aufrecht zu erhalten. Der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1850 wird nebst dem Entwurfe des zu seiner Feststellung nöthigen Gesetzes an Sie gelangen, sobald Ihre Berathungen über die Ihnen vorzulegenden Steuergesetze so weit gediehen sind, daß sie eine Grundlage für die Etatseinnahme gewähren können.

Die Vervollständigung der Vertheidigungsmaßregeln des Landes ist ungeachtet anderweit gesteigerter Bedürfnisse des Staatshaushaltes nicht unterbrochen worden, und Preußen darf mit Zuversicht auf sein Heer blicken, dessen Organisation, Kriegstüchtigkeit und Hingebung sich unter ernsten Prüfungen bewährt haben.

Die innigste Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate ist forthin der Gegenstand meiner lebhaftesten Wünsche. Meine Regierung hat mit redlichem Eifer dahin gewirkt, daß dieses große Ziel, für welches Preußen auch Opfer nicht scheuen wird, erreicht werde. Der Weg zur Verständigung aller deutschen Fürsten mit der deutschen National-Versammlung in Frankfurt ist angebahnt. Meine Regierung wird ihre Bemühungen in gleichem Sinne fortsetzen. Ich brauche nicht zuerinnern, wie sehr Sie, meine Herren, zur Erreichung des großen Zweckes mitwirken können.

Die gegenwärtige Lage der zwischen der provisorischen Centralgewalt von Deutschland und der Krone von Dänemark angeknüpften Friedens-Unterhandlungen berechtigen zu der Hoffnung, daß die Differenzen, durch welche im vorigen Jahre der Friede, und mit ihm Handel und Schifffahrt, unterbrochen worden, bald auf eine befriedigende Weise erledigt sein werden.

Die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den übrigen fremden Staaten haben keine Störung erlitten.

Schmerzlich betrauere Ich den Verlust eines Prinzen Meines Königlichen Hauses, der vor wenigen Tagen in der Blüthe des Lebens dem schönen Berufe entzogen wurde, seine Kräfte dem Vaterlande zu widmen.

Meine Herren Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer! Mit Vertrauen erwartet das Vaterland jetzt von dem Zusammenwirken mit Meiner Regierung die Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung, damit es sich der konstitutionellen Freiheiten und ihrer ruhigen Entwickelung erfreuen könne. Der Schutz jener Freiheiten und der gesetzlichen Ordnung, dieser beiden Grundbedingungen der öffentlichen Wohlfahrt, wird stets Gegenstand Meiner gewissenhaften Fürsorge sein. Ich rechne dabei auf Ihren Beistand.

Möge Ihre Thätigkeit mit Gottes Hülfe dazu dienen, die Ehre und den Ruhm Preußens, dessen Volk im innigen Vereine mit seinen Fürsten schon manche schwere Zeiten überwunden hat, zu erhöhen und dem engeren sowie dem weiteren Vaterlande eine friedliche, segensreiche Zukunft zu bereiten."

Abgang der telegraphischen Depesche: Berlin, den 26. Februar Mittags 12 Uhr 30 Minuten.

⁑ **Frankfurt**, 27. Febr. In wohlunterrichteten Kreisen betrachtet man die Ernennung des Grafen Arnim zum Minister des Auswärtigen in Berlin lediglich als einen Akt politischen Taktes. Da Preußen in seinem eben so ruhigen als bestimmten Vorwärtsgehen in der Frage des Bundesstaates nothwendig in eine immer schärfere Sonderstellung zu Oesterreich kommen muß, so hat man dem Wiener Kabinet einen Staatsmann als Vermittler bieten wollen, der durch langjährigen Verkehr mit demselben vertraut und ihm selbst eine persona grata sein muß. Dem Vernehmen nach lauten aber deshalb die Instruktionen, welche der neue Minister in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten erläßt, nicht um ein Jota anders als die sehr bestimmt gefaßten früheren.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 27. Febr. Der Reichskriegsminister, General v. Peucker, ist bedeutend erkrankt, was um so mehr zu beklagen ist, als er in den weit verzweigten Abtheilungen seines Ministeriums überall das belebende Prinzip ist. Seine energische Voraussicht hat zwar Vieles geordnet und vorbereitet aber eine lange dauernde Krankheit würde doch eine unheilvolle Verwirrung in den militärischen Maßregeln, vorzugsweise für das westliche Deutschland hervorrufen.

Wien, 21. Febr. Daß die Serben vor Szegedin zogen, habe ich Ihnen bereits gemeldet. Sicherem Vernehmen nach standen dort 6000 Honveds um dem Vordringen der Serben entgegenzutreten. Aus Szegedin waren übrigens viele Familien aus Angst vor den Serben nach Pesth entflohen, während sie die kaiserl. Truppen gerne bewillkommt hätten. Der greise Patriarch Rajacich ist zum Civil- und Militärgouverneur der Serben ernannt worden, auch wird im Ministerium des Innern für die serbischen Angelegenheiten eine eigene Sektion gebildet. (Allg. 3.)

△ **Wien**, 22. Febr. Unser Gemeinderath scheint sich endlich ernstlich mit der Regulirung des Brodpreises beschäftigen zu wollen, um dadurch einen billigeren Stand desselben zu erzielen. Unsere Brodpreise sollen in dem Verhältniß zu unsern Körnerpreisen eine Ermäßigung von 40 bis 80 Prozent gestatten. In Folge des Widerspruchs, welche die letzten Verordnungen der Militärbehörde im Publikum fanden, ist eine Anzahl Bürger zusammen getreten um dem Gouverneur Welden das Anerbieten zu machen, in eintretenden Fällen zwischen ihm und ihren Mitbürgern als Vermittler aufzutreten und dadurch seinen militärischen Anordnungen möglichstes Entgegenkommen zu bereiten. Diese Versammlung, welche aus 193 Bürgern besteht, sandte heute eine Deputation an den Gouverneur, die nach ihrer eigenen Aussage sehr gut aufgenommen wurde und bei ihrer Verabschiedung folgende Antwort erhielt: „Was der Gouverneur proklamirt, muß der Gouverneur halten. Jedoch freut es mich als Mensch, einen Kreis von gutgesinnten Bürgern um mich versammelt zu sehen, welche als Vertrauensmänner zwischen mir und dem Gouverneur einschreiten wollen, in all' jenen Fällen, wo es gestattet ist, daß nur der Mensch wisse, was der Gouverneur nicht zu erfahren braucht!" Im Einverständnisse mit dem Gouverneur werden nun die Stadt und sämmtliche Vorstädte in Sektionen eingetheilt. Jeder derselben wird ein Bürger als Vertrauensmann vorstehen, um in vorkommenden Fällen als Vermittler zu dienen, ohne daß er dadurch irgend einen amtlichen Charakter hätte.

△ **Wien**, 23. Febr. Als vorgestern Abend der im Lerchenfeld durch einen Schuß in den Schenkel verwundete Soldat in die Alserkaserne gebracht wurde, geriethen seine Kameraden in solche Wuth, daß sie eigenmächtig in Masse auszurücken und die ganze Vorstadt Lerchenfeld in Brand zu stecken drohten. Die Autorität der Offiziere reichte nicht mehr aus, um die aufgeregten Massen im Zaum zu halten. Es mußten eiligst zwei Generale herbei geholt werden, welchen es endlich durch abwechselndes Zureden und Androhung strenger Maßregeln gelang, die Mannschaft von Dingen zurückzuhalten, deren Folgen unberechenbar sein können.

Die „standrechtliche" Exekution, welche ich Ihnen gestern andeutete, wurde an einem Tischlergesellen Namens Hüffner wegen „Verheimlichung einer scharfen Waffe, ungeachtet der so oft erneuerten Aufforderungen zur Abgabe derselben", vollzogen. Er ist 54 Jahre alt, aus Aschaffenburg in Baiern gebürtig und seit dem Jahre 1827 in Wien. In den Oktobertagen war er in der Nationalgarde eingereiht und nahm Theil an dem Kampfe gegen die k. Truppen. Die scharfe Waffe, welche in einem Stoßdegen bestand, wurde durch ihn selbst verrathen, indem er sie in Folge eines Streites mit seinem Quartiergeber, welcher die für fünf Monate rückständige Miethe begehrte, hervorholte und gegen ihn zückte, worauf sie ihm entwunden und er selbst dem Gericht übergeben wurde.

Neben der ungarischen Abtheilung, in welcher man von vielen Seiten schon eine neue Auflage der vormärzlichen ungarischen Hofkanzlei sehen wollte, hat nun das Ministerium des Innern auch eine Sektion für serbische Angelegenheiten unter dem Vorstand eines Ministerialrathes gegründet. Kroatien ist bereits durch den Minister ohne Portefeuille Kulmer vertreten, und zur Gleichberechtigung der Nationalitäten in Ungarn sind somit die ersten Schritte gethan.

In diesem Augenblick liegt eine Adresse an den Kaiser hier auf, welche schon mehrere Tausend Unterschriften hat, um Se. Majestät zu bitten, seinen Aufenthalt in der Residenzstadt Wien zu nehmen. Eine zweite Adresse hat der Handelsstand aufgelegt, welche ganz dem hiesigen Krämergeiste entspricht. Unsere Krämer erklären darin, daß die Aufhebung des Adels ihren Interessen entgegen sei, und bitten daher, Se. Majestät möge dem betreffenden Paragraph der Grundrechte die Sanktion versagen. Das Einrücken der Russen in Siebenbürgen wird hier allgemein mißbilligt; eben so allgemein ist der Wunsch, daß die Regierung jeder Art von „herzlichem Einverständniß" mit denselben entsagen möge. Den letzten dreitägigen Kampf in Siebenbürgen können Privatbriefe nicht mörderisch genug schildern. Offiziere berichten, daß eine Legion Wiener Studenten mitkämpfte, die sich eine rothe Fahne vortragen ließ, worauf das Wort Aula geschrieben stand; diese und die polnische Legion sollen den heftigsten Widerstand geleistet haben, weßhalb auch der Bajonettangriff gemacht werden mußte, bei welchem der größte Theil der Legion auf dem Platze blieb. Von der mährischen Gränze gegen Ungarn wird geschrieben, daß ein Theil der Truppen des FML. Schlick durch Görgey versprengt seien, deren Offiziere zum Theil in Dukla in einem ganz zerfetzten Kostüme ohne Schuhe u. s. w. angekommen sein sollen. Unsere offiziellen Berichte sprechen aber von keiner Niederlage. Der frühere Kommandant von Essegg, Graf Casimir Batthyani soll in Debreczin sein, und einige Bezirke des Solter Komitats sind auf's neue für Kossuth gewonnen worden. Eine Truppe Raizen hat wieder nach ihrer bekannten Art gehaust und auf dem Rückzuge von einem verunglückten Angriffe auf Szegedin die Orte Horgos, Zenta und Csantaver förmlich verwüstet.

Die Differenz zwischen dem Patriarchen von Serbien und dem General Stratimirovich scheint sich nicht friedlich lösen zu wollen, da die Volksversammlung vom 12. d. M. in Mitrovitz den Beschluß faßte: nur der Patriarch sei als wahres Oberhaupt der Nation anzuerkennen und Stratimirovich und seine Anhänger als Rebellen zu erklären. Ferner bestimmen sie 1) wer sich mit Wort oder That gegen den Kaiser oder andere hohe Personen vergeht, sei standrechtlich zu behandeln; 2) die Posten der früher angestellten Offiziere sind mit andern zu besetzen; dann folgt die Ernennung des Interims-Kommandanten Radosavljevich zum National-Obersten.

Der Banatrath Lentulaj verbietet für Kroatien die ungarischen Ein- und Zweigulden-Noten, welche ein gewisser Zeitungsschreiber und gewesener Finanzminister Namens Kossuth dem Lande aufgedrungen habe. Er untersagt zugleich die Annahme jedes Papiergeldes außer dem österreichischen.

* **Wien**, 23. Febr. Der Konstitutionsentwurf des Fünferausschusses in Kremsier ist hier bereits bekannt geworden. Das Föderativsystem ist darin vorwaltend. Die Provinzen bleiben in ihrer bisherigen Gestalt; nur sollen Krain, Kärnthen, Ober- und Niederösterreich eigene Provinzen bilden. Der Reichstag würde aus zwei Kammern bestehen, von denen die Volkskammer aus direkten Wahlen mit mäßigem Census, die erste Kammer, in welcher auch der Thronerbe säße, theilweise aus den Provinzial-Landtagen hervorginge. Dem Kaiser wird ein suspensives Veto zuerkannt.

** **Kremsier**, 22. Febr. (Reichstagssitzung.) Von den Ministern ist schon seit längerer Zeit keiner in der Kammer anwesend. Neuwall interpellirt das Gesammtministerium über die von den Alt-Konservativen Ungarns beabsichtigte Sonderstellung den übrigen Provinzen gegenüber, und fragt, wie sich dieses mit der im ministeriellen Programme vom 2. Dez. v. J. verheißenen Gleichberechtigung vereinbaren lasse.

Hierauf wird die Verhandlung über die Grundrechte fortgesetzt und die Spezialdebatte über §. 14 eröffnet. Dieser Paragraph lautet im Entwurfe der Kommission: „Keine Religionsgesellschaft (Kirche) genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat. Niemand kann zu religiösen Handlungen und Feierlichkeiten überhaupt oder insbesondere zu den Verpflichtungen eines Kultus, zu welchem er sich nicht bekennt, vom Staate gezwungen werden". 15 Redner sind gegen und 12 für eingeschrieben. Haßlwanter (aus Tyrol) weist in einer langen und langweiligen Rede nach, wie die katholische Kirche durch den Absolutismus förmlich zu einer Polizeianstalt verwendet worden, und beansprucht völlige Freiheit und Unabhängigkeit derselben vom Staate. Er will, daß ihr vom Staate Freiheit der Lehre, des Kultus, der Disziplin und Verfassung, des Verkehrs mit ihren Obern, sowie der Genuß und Besitz der für ihren Kultus, ihre Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds gewährleistet werde. Nach ihm besteigt Schneider (evangel. Pastor von Bielitz in Schlesien) die Tribüne. Er schildert in einer ergreifenden, nur etwas zu gedehnten Rede die Unbilden und Ungerechtigkeiten, die die protestantische Kirche in Oesterreich zu erdulden hatte, und beschwört die Versammlung, nun auch seinen bedrängten Glaubensbrüdern ihr Loos zu verbessern. Er erklärt

sich gegen eine herrschende Staatskirche, weil er eine solche ebenso mit dem Charakter der Kirche nicht vereinbar findet, wie mit dem Grundprinzip eines konstitutionellen Staates, der Gleichberechtigung. Popiel will Freiheit der Kirche, aber die Aufsicht über das Unterrichtswesen will er ihr nicht einräumen. Auf die Bemerkung, daß Tyrol keine andere Kirche als die katholische anerkennen werde, müsse er erwidern, daß es schwer ausführbar sein werde, für eine Provinz mit 400,000 Einwohnern ein Ausnahmsgesetz in den Grundrechten zu machen. Brauner begründet folgenden Zusatzantrag zu diesem Paragraphen: „Eben so wenig wird vom Staate ein weltlicher Zwang zur Beobachtung von Verpflichtungen ausgeübt oder sanktionirt, welche Jemand durch geistliche Weihen oder Ordensgelübde übernommen hat." Sidon (katholischer Priester) ist vollkommen einverstanden mit dem ersten Absatze dieses Paragraphen, doch empfiehlt er noch das Minoritätsvotum: „Eine Staatskirche gibt es nicht." Indem er eine Staatskirche für einen Unsinn erklärt, bittet er die Kammer, den Grundsatz in den Grundrechten auszusprechen, daß es keine solche gebe. Sie würde dadurch der katholischen Kirche einen großen Dienst erweisen, die der Staat nur darum zur Staatskirche erhoben habe, um sie zur Förderung des Absolutismus zu gebrauchen. Der Schluß der Sitzung wird hierauf beantragt und angenommen. In der morgigen Sitzung findet die Präsidentenwahl und die Wahl der Ordner statt.

Prag, 22. Febr. Ueber den Ministerialerlaß, nach welchem die rückständigen Wahlen nach Frankfurt ausgeschrieben werden sollen, sagt das Konst. Bl. a. B.: Nach der österreichischen Note vom 4. Februar war nichts anderes zu erwarten. Eine kaum vernarbte Wunde unserer Zustände wird dadurch neu aufgerissen und zwar, wie wir glauben, zwecklos. Denn die einmal unterm czechischen Landvolk erregte Antipathie gegen Frankfurt läßt uns bezweifeln, daß der Erfolg der Wahlausschreibung den Erwartungen des Ministeriums entsprechen werde. Indeß scheinen auch diese nicht hoch gespannt zu sein, denn die betreffende Ministerialbestimmung soll — wie die Národni nowiny berichten — sich auf jene Bezirke verklausuliren, in welchen die Wahl „ohne Gefahr für die öffentliche Ruhe und ohne große Aufregung thunlich ist". Der Standpunkt der Wahlen ist übrigens heute ein ganz anderer, als er im vergangenen Jahre gewesen: damals waren sie auf den Wunsch des deutschen Volkes ausgeschrieben worden, jetzt geschieht es in vorwiegend dynastischem Interesse.

Prag, 23. Febr. Die Anordnung der Wahlen nach Frankfurt durch das Ministerium hat unter der hiesigen Bevölkerung große Aufregung verursacht, und man rüstet sich schon zum Widerstande gegen die Wahlen. In der gestrigen Sitzung beschloß die Slowanska lipa: 1) an alle Filialvereine die Aufforderung ergehen zu lassen, daß sie sich der Vornahme der Wahlen in ihren Bezirken widersetzen; 2) eine deutsche und böhmische Proklamation an das Volk zu erlassen, daß es keine Wahlen vornehme; 3) in Prag eine Volksversammlung zusammenzurufen, und diese zu einer energischen Protestation gegen die Vornahme der Wahlen in Prag zu vermögen; 4) endlich sich darüber mit dem slavischen Klub in Kremsier ins Einvernehmen zu setzen. So viel ich die Verhältnisse unseres Landes kenne, glaube ich, daß nur in einigen deutschen Wahlkreisen, wo eine größere Stadt einen überwiegenden Einfluß hat, die Wahlen werden vorgenommen werden, denn die Landbevölkerung, und auch die deutsche, hängt zu sehr an Prag und folgt in allem dem Beispiele der Hauptstadt. In gewissen Kreisen sprach man hier davon, nach Frankfurt zu wählen, aber es sind Männer, die entschieden radikal und anti-österreichisch sind, und eine Majorität in Frankfurt nicht für Oesterreich, sondern für republikanische Bestrebungen im Auge haben. Man hat jedoch die Sache wieder fallen lassen. (C. P. Z.)

Berlin, 21. Febr. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Arnim, war früher Gesandter in Paris, später in Wien. Seit seiner Abberufung lebte er sehr zurückgezogen in Berlin, so daß die Politik, die er in den schwebenden Fragen einzuschlagen gedenkt, so ziemlich unbekannt ist. Das Gerücht, daß Graf v. Bülow, die Stütze der deutschen Sache in unserer Regierung, in Folge jener Ernennung aus dem Ministerium auszuscheiden Willens sei, bestätigt sich zu unserer Freude nicht. (D. Ref.)

Lith. Korresp. **Berlin**, 25. Febr. Eine Verlagshandlung (Reuter und Stargardt) bereitet schon jetzt das Erscheinen eines Tableaus vor, auf welchem sie die vier Reden des Königs im weißen Saale, die morgende mit eingeschlossen, einander parallel gegenüberstellt. Zwei Zeitungen, die frühere Parlaments-Zeitung und eine neue „Kammer-Zeitung" wollen täglich Berichte über die Verhandlungen bringen. Endlich wird von Morgen ab die Zahl der großen politischen Journale um eins vermehrt werden; die von Hrn. Hansemann begründete „Konstitutionelle Zeitung" wird morgen zuerst ausgegeben. Während die allgemeine Aufmerksamkeit sich ausschließlich auf die politischen Dinge richtet, gehen wichtige Bewegungen auf kirchlichem Gebiet fast unbemerkt vor sich. Die Mißstimmung, welche seit der sogenannten Union und dem Erlaß der neuen Agende unter den streng Konfessionellen gegen die neugestiftete Landeskirche herrschte und durch die Verfolgung der separatistischen Lutheraner auf's äußerste gesteigert wurde, benutzt das Recht der freien Assoeiation, welches der März gebracht hat, zu einer allmäligen und immer rascher vor sich gehenden Auflösung der unirten Kirche. Ganze Gemeinden, namentlich in Schlesien und Pommern, treten zu der verfolgten Sekte der Lutheraner über. Die Gemeinden Jassow bei Kammin, Sommersdorf bei Stettin sind übergegangen, und nur Pastor und Kantor verblieben an einzelnen Orten in der Landeskirche. In Breslau hat ein Professor der Theologie, Dr. Kaheis, sich der Sekte angeschlossen; der bekannte Hr. v. Thadden ist mit seiner Gemeinde und dem Prediger gleichfalls übergetreten. In Rogasen (Posen) gründen die Separatisten schon ein Lehrinstitut. Selbst am Rhein gründet ein Kandidat Rudel zu Walpershofen bei Saarbrücken eine lutherische Gemeinde.

Berlin, 25. Febr. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Allerhöchstihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, Camphausen, zum wirklichen geheimen Rath zu ernennen.

Berlin, 25. Febr. Von vielen Seiten sind dem Justizministerium Vorstellungen zugegangen, aus welchen zu entnehmen ist, daß die Patrimonialrichter mit Bezug auf die Bestimmung des §. 1 der Verordnung vom 2 Jan. d. J. sich hinsichtlich ihres künftigen Schicksals in großer Unruhe befinden. Die bisher eingekommenen Berichte der Obergerichte lassen indeß, wie wir mitzutheilen ermächtigt sind, schon jetzt übersehen, daß, insofern nicht ganz besondere Umstände obwalten, sämmtliche Patrimonialrichter im königlichen Justizdienste werden angestellt werden, daß daher für sie durchaus kein Grund zur Beunruhigung vorhanden ist, sie mögen deshalb der näheren Bestimmung durch die betreffenden Behörden mit Vertrauen entgegensehen. (Pr. St.)

Köln, 26. Febr. Der Abgeordnete Borchardt wird wegen seiner in Bernkastel entdeckten Korrespondenz mit dortigen Einwohnern verfolgt, konnte aber bisher nicht aufgefunden werden. (Köln. Z.)

0 **München**, 25. Febr. Die gestrige Sitzung der Reichsräthe wäre durch das Verfahren des Präsidenten Schenk-Stauffenberg gegen die Journalisten beinahe zu einer geheimen gemacht worden; er hatte den Befehl gegeben, daß die Journalisten nicht eher in ihre Loge eintreten dürften bis alle Reichsräthe ihre Plätze eingenommen hätten. Da die Journalisten aber nicht geneigt waren unter den Lakaien zu antichambriren, bis die hohen Herrn versammelt wären, so kamen sie darin überein, daß Keiner die Journalistenloge betreten, Keiner einen Bericht über eine Sitzung mehr abfassen sollte, bis diese Herabwürdigung abgestellt wäre. Die Sitzung brachte dieselben Anfragen an das Ministerium, welche schon in der Abgeordnetenkammer zur Sprache gekommen waren. Den geheimnißvollen Bund, der zwischen Baiern, Oesterreich und Rußland zum Abschlusse gekommen sein soll, leugnete Bray eben so entschieden wie in der andern Kammer. Sollte dennoch Etwas daran sein, so müßte der Minister des Auswärtigen selbst nichts davon wissen. Herr von Aretin hat schon früher direkt mit der Krone korrespondirt und mit auswärtigen Kabinetten ohne Wissen des baierischen Gesammtministeriums unterhandelt. Gestern Abend, wo die Arbeiter den Jahrestag der französischen Republik begingen, waren die Truppen größtentheils in den Kasernen konsignirt und starke Patrouillen von Kavallerie und Infanterie durchzogen bis spät in die Nacht die Straßen, ohne daß die geringste Ruhestörung vorfiel.

Hannover. Die hannover'sche Zeitung veröffentlicht die Antwort der hannover'schen Regierung auf die Mittheilung der österreichischen Note vom 4. Febr. Sie bemerkt dazu, „sicherem Vernehmen nach habe Preußen diese Erklärung durchaus beifällig aufgenommen." Sie lautet:

Se. Majestät der König von Hannover und allerhöchst dero Regierung haben in der durch den k. k. österreichischen außerordentlichen Abgesandten, Hrn. Freiherrn v. Brenner, erfolgten Mittheilung der in Betreff der deutschen Verfassungsangelegenheit an den k. k. Bevollmächtigten, Freiherrn v. Schmerling, gerichteten Depesche des Herrn Fürsten v. Schwarzenberg, d. d. Wien, den 4. Febr. 1849 mit dem aufrichtigsten Danke einen neuen schätzenswerthen Beweis des von dem k. k. Hofe der königl. Regierung geschenkten Vertrauens entgegengenommen. Mit lebhafter Befriedigung haben des Königs Majestät in diesem wichtigen Aktenstücke das tiefgefühlte Bedürfniß der Wiedergeburt Deutschlands und die Ansicht ausgesprochen gefunden, daß Deutschland nach Außen fest und mächtig, im Innern stark und frei, organisch gegliedert und doch in sich einig sein müsse. In diesen der Zukunft des Vaterlandes gewidmeten Wünschen erkennt Hannover die seinigen wieder und theilt die Ueberzeugung des k. k. Hofes, daß ein wirklich einiges Deutschland nur geschaffen werden könne, wenn Deutschlands Großmächte — Oesterreich und Preußen — bei dem Baue des neuen Verfassungswerks Hand in Hand gehen. Gleichwie Hannover den Fortbestand Oesterreichs in staatlicher Einheit als ein deutsches, als ein europäisches Bedürfniß und gleichwie Hannover es als eine Nothwendigkeit betrachtet, daß Oesterreichs Beistand und seine dargebotene Mitwirkung den Angelegenheiten des gemeinsamen Vaterlandes erhalten bleiben, daß sie in einer thätigen Theilnahme an ihrer Leitung sich bewahrheiten: ebenso hat Hannover freudig die Hingebung willkommen geheißen, mit welcher jüngst von Preußen die Bereitwilligkeit erklärt ist, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte. Ein einhelliges ungeschmälertes Zusammenwirken beider großen Höfe für die Lösung der großen Fragen des Augenblicks ist das, was Hannover zum Wohle von Deutschland aufrichtig wünscht und als Deutschlands unverjährbares Recht betrachtet. Die königliche Regierung glaubt in der That glücklich genug zu sein, in dieser Auffassung der Verhältnisse mit den Ansichten beider Höfe im Einklange zu stehen. Unter ausdrücklicher Anerkennung des hohen Berufs von Oesterreich, als mächtigsten Bundesgliedes, begehrt Preußen für sich keinen andern Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach ihm anweisen. Auch Preußen ist nicht der Ansicht, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung nothwendig sei. Hannover theilt die Befürchtung Preußens, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunktes der wirklichen Erreichung des Ziels der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Die hannoversche Regierung findet jedoch zu ihrer Beruhigung diese Gefahr sowohl durch die eigene Willensmeinung Preußens in Betreff der Annahme einer ihm anzubietenden veränderten Stellung, als auch durch die in der Depesche vom 4. d. M. ausgesprochene Erklärung beseitigt, mittelst welcher Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und allerhöchst dessen Regierung gegen eine Unterordnung unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt Verwahrung eingelegt haben. Nach der durch diese Erklärungen der deutschen Großmächte gegebenen Sachlage kann das übereinstimmende Verhalten Hannovers einem Zweifel nicht unterliegen. Ein innig deutsches Zusammenwirken der beiden großen Höfe zählt die königliche Regierung namentlich zu den Bedingungen, welche erfüllt werden müssen, wenn die übereinstimmend für nothwendig erkannte Verständigung über die Verfassungsfrage gelingen soll. Als Aufgabe dieser Verständigung betrachtet Hannover die Bildung einer kräftigen Centralgewalt für Deutschland neben der Erhaltung der den einzelnen deutschen Staaten zur Pflege ihrer mannigfaltigen Bedürfnisse und Interessen unentbehrlichen Selbstständigkeit in dem ihnen zu belassenden Kreise der Wirksamkeit ihrer Regierungen. Um beide Aufgaben neben einander lösen zu können, wird als Haupterforderniß eine genaue Regelung des Umfangs der Centralgewalt nach bestimmten Gegenständen ihrer Thätigkeit angesehen. Es gereicht der königlichen Regierung zur besonderen Genugthuung, in der Depesche vom 4. d. M. die mit der ihrigen genau harmonirende Ansicht anzutreffen, daß je schärfer die Scheidelinie gezogen wird zwischen den dem gesammten Deutschlande gemeinsamen Interessen und denen der einzelnen Theile, um desto sicherer einem Vorwalten der Sonderinteressen wird vorgebeugt werden. Wie aber auch die Verfassung Deutschlands, berathen von den hierzu gesetzlich berufenen Vertretern des Volks, sich gestalten möge auf der Grundlage der zu Frankfurt gefaßten Beschlüsse: — sie wird, nach der von der königlichen Regierung unabänderlich festzuhaltenden und zu diesseitiger Befriedigung mit der des k. k. Hofes übereinstimmenden Ansicht rechtsgültig und heilbringend nur vollendet werden können, wenn sie ihre Begründung findet im Wege einer freien Vereinbarung mit der zu Frankfurt a. M. tagenden Nationalversammlung, im Sinne der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848, auf deren Grund die deutsche Nationalversammlung zusammengetreten ist, um das deutsche Verfassungswerk zwischen dem deutschen Volke und den deutschen Regierungen zu Stande zu bringen. Die gegenwärtige Mittheilung wird dem königlich hannoverschen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt für die über die Verfassungsangelegenheit von ihm abzugebende Erklärung als Richtschnur dienen. Indem der Unterzeichnete Se. Hochwohlgeboren den Hrn. Freiherrn v. Brenner ersucht, selbige zu der Kenntniß seines allerhöchsten Hofes zu bringen, ergreift er mit wahrem Vergnügen ꝛc. Hannover, den 13. Febr. 1849. (gez.) Graf v. Benningsen."

Konstanz, 25. Febr. Der Redakteur der Seeblätter, Letour, stand gestern neuerdings vor dem Hofgericht, und wurde wegen Verbreitung aufrührerischer Schriften zu drei Monaten Festungsstrafe verurtheilt. — Der Soldat, der vor einigen Wochen von den benachbarten schweizer Behörden festgenommen wurde, ist wieder zurückgegeben worden. Man hatte ihn seither mit Ketten belegt und nach Frauenfeld abgeführt. Dem Vernehmen nach soll er bedeutende Prozeßkosten zu tragen haben. (Schw. M.)

☐ **Gießen**, 25. Febr. Das Bankett zur Feier der französischen Februarrevolution ist gestern Abend vor sich gegangen. Für 20 Kreuzer, incl. Getränke, konnte man an dem Mahle der Volksfreunde theilnehmen, für die geringe Summe von 3 Kr. aber von der Gallerie des Saales aus dieselben essen sehen und reden hören. Eine Wiedergabe der Reden und Toaste, von denen einer den Frauen galt „die ihre Kinder zu Demokraten erziehen", wird man mir erlassen; man wird sie wohl von Mainz her besser zu lesen bekommen. Uebrigens herrschte große Freiheit — im Schimpfen auf die Unterdrücker, Gleichheit — im Durcheinanderschreien, Unbrüderlichkeit — im Geldpunkt, da man nichtzahlende Demokraten hinauszuwerfen drohte. Das Frühlingswetter hat auch sonst in unsern Demokraten neues Leben erweckt; diese Herren haben wieder gewaltigen Muth, fordern offen zum Putschen auf, desavouiren jedoch die überall gleich angegebene Zeit des Ausbruches als zu früh, halten Versammlungen, um sich auf leichte und wenig kostspielige Art zu bewaffnen (obwohl eine bewaffnete Bürgergarde besteht), hören von einem bekannten Demokratenführer Vorlesungen über Barrikadenbau und schimpfen dabei in ihrem Organ, dem „Wehr Dich" auf die Professoren in Frankfurt und die „Deutsche Zeitung", die ihren Abscheu erregt.

Mainz, 26. Febr. Der bisherige Dirigent der Provinzialregierung in Rheinhessen, Herr v. Dalwigk, ist von dieser Stellung abberufen und in den Staatsrath zu Darmstadt versetzt worden. Dr. Steve, bisheriger Generaladvokat am Obergerichtshofe der Provinz Rheinhessen, ist zum Nachfolger des Hrn. v. Dalwigk ernannt. (D. P. Z.)

Aus der Landgrafschaft Hessen-Homburg, 25. Febr. Das heute erschienene landgfl. hess. Regierungsblatt Nr. 2 enthält ein „Edikt, die Einberufung des konstituirenden Landtags auf den 11. April l. J. betreffend," d. d. Homburg, 20. Febr. 1849, wie auch den landständischen Verfassungsentwurf, aus 38 §§. bestehend. (Fr. J.)

Schwerin, 22. Febr. In der heutigen Sitzung der mecklenburgischen Kammer wurde mit 51 gegen 10 Stimmen angenommen, daß der Eisenbahngesellschaft Behufs schleuniger Vollendung der Bahn, von dem Staate ein prioritätisches Anlehen à $4\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen, einschließlich $\frac{1}{2}$ pCt. zur Amortisation, gegeben werden solle. Wegen der Bedingungen wird noch eine Vereinbarung mit der Gesellschaft Platz greifen. (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 24. Febr. Ganz beiläufig unter ihren mit kleinster Schrift gedruckten Schiffsnachrichten bringt die heutige „Times" folgende Notiz: „Gibraltar, 12. Febr. Sir C. Napier hielt am 10. eine Konferenz im Klubhaus-Hotel. Der britische Vizekonsul für Tanger war mit einer Anzahl Mauren zugegen, um sich über die an den Kaiser von Marokko gestellten Entschädigungsansprüche zu verständigen. Man gab die Entscheidung dem Schiedsrichterspruche zweier britischer Kaufleute anheim, welche die Summe auf 10,000 Dollars festsetzten, die auch in Bereitschaft ist." So verweist die Times die friedliche Ausgleichung einer Angelegenheit, welche möglicher Weise zu einer Beschießung der Stadt Tanger führen konnte, in einen fast unbemerkten Winkel ihrer Riesenspalten! Sir C. Napier hatte hierauf nichts weiter zu thun, als die auf seiner Flotte befindlichen Seetruppen, etwa 1800 Mann, nebst einigen Feldgeschützen ausschiffen und zu Lande Manövrirübungen vornehmen zu lassen, welchem Schauspiele der Gouverneur Sir R. Wilson, der, irren wir nicht, demnächst durch Gardiner abgelöst werden soll, und in großer Zahl Damen und Herren beiwohnten.

Der schon erwähnte Artikel der „Times" über die Mission Ritter Bunsen's beginnt: „Ritter Bunsen, der preußische Gesandte in unserm Lande, ist, wie man vernimmt, auf seinen Posten zurückgekehrt, mit gänzlicher Vollmacht nicht nur vom Hofe zu Berlin, sondern auch von der deutschen Regierung zu Frankfurt dazu ausgerüstet, um auf eine Verhandlung wegen Abschlusses eines definitiven Friedensvertrags zwischen Dänemark und denjenigen deutschen Staaten, welche eine bewaffnete Einmischung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit für passend hielten, eingehen zu können. Wir zweifeln nicht, daß der deutsche Bevollmächtigte seine gewohnte Energie und Geschicklichkeit entfalten wird, um ein Resultat zu erzielen, welches von den Seeinteressen

Preußens dringend gefordert wird und für die politische Ruhe und Sicherheit Deutschlands nicht minder nothwendig ist." Die Times behauptet weiterhin etwas kühn: daß die endliche Ausgleichung der Streitfrage jezt sogar für Preußen ein größeres Bedürfniß sei, als für Dänemark oder die Herzogthümer, und ergießt sich dann in ihre gewöhnlichen, zum Ueberdruß oft gehörten Lamentationen über die von Deutschland an Dänemark angeblich geübten Ungerechtigkeiten und Beeinträchtigungen, behauptet, Schleswig habe eben so wenig ein positives Recht, deutsch sein zu wollen, als die Kanalinseln ein Recht hätten, sich für Frankreich zu erklären, weil sie einmal dem Herzogthum der Normandie angehörten, führt dann die Grundlagen an, auf denen Ritter Bunsen zu unterhandeln den Auftrag hat und die wir in der Beilage zu Nr. 57. bereits mittheilten, kann aber die Gerechtigkeit dieser Grundlagen nicht recht begreifen. Weiter glaubt sie versichern zu dürfen, daß die Deutschen und namentlich Preußen sehr gerne die Erneuerung des Krieges vermieden sähen, daß aber, wer im äußersten Unrecht gewesen, gewöhnlich sich schäme, dieß zu gestehen und daß solche Demüthigung gegenüber einer ungestümen Volksopposition nicht nur unangenehm, sondern auch gefährlich wäre. Aber welche Bedingungen Deutschland auch erreichen könne, sie würden, meint die Times, nie der Art sein, um die Insurrektionspartei in Schleswig oder die deutschen Radikalen zufriedenzustellen und zum Schweigen zu bringen; diese hätten den Zank mit Dänemark von jeher nur als einen revolutionären Brandstoff benutzt und würden, wie der Friede auch ausfalle, ihn nur dazu benutzen, von neuem die Unzufriedenheit mit der Regierung in den Massen zu schüren. Diese Bemerkung ist richtig; aber in Betracht solcher gefährlichen Elemente fällt es doppelt auf, wenn die „Times" in demselben Artikel mit großer Gemüthsruhe den König v. Dänemark ermahnt, nicht nachzugeben, auf die Verlegenheiten Deutschlands keinerlei Rücksicht zu nehmen, und es lieber auf einen Krieg ankommen zu lassen, in welchem Dänemark ja durch seine Schiffe ein so großes Uebergewicht habe. Die Times schließt: „Der dänische Hof dürfte wohl nicht geneigt sein, seine Politik herabzustimmen, nur um die Wünsche seiner Gegner zu erfüllen und ihre Verlegenheiten zu mindern; und wenn er nicht überzeugt ist, daß die vorgeschlagene Unabhängigkeit Schleswigs (Unabhängigkeit von Dänemark und Deutschland, eigene Landesregierung, bloße Personalunion sollen die Bedingungen sein) sich nicht mit den Rechten und Interessen der Nation im Ganzen und Großen verträgt, so wird er es natürlich ablehnen, auf diese Zumuthung (suggestion) einzugehen. Wenn wir die Beschaffenheit und den Charakter des auf die Herzogthümer gemachten Anfalls und die den Rechten Dänemarks allgemein günstige Stimmung des übrigen Europa in Betracht ziehen, so würde es für uns eine Ueberraschung sein, wenn König Friedrich VIII. irgend Neigung zeigen sollte, eine Stellung aufzugeben, die er festzuhalten ein unbestreitbares Recht hat. Er möge wohl eingedenk sein, daß England ihm eine solche Zumuthung nur in löblicher Friedensabsicht habe machen können, freilich ohne die geringste Absicht, auch auf ihrer Annahme zu bestehen" (Sehr aufrichtig!); „aber die letzte Entscheidung der dänischen Regierung wird ohne Zweifel von der Meinung derjenigen nordischen Höfe abhängen, welche als getreue Verbündete Dänemarks ihre Garantien geachtet und sich geneigt erwiesen haben, die Unabhängigkeit Dänemarks zu schützen. Die Verhandlung wird in London eröffnet, die Entscheidung aber in St. Petersburg getroffen werden."

Die Times spielt gern die Gegnerin der Politik Palmerston's, und doch befolgt sie dieselbe Politik. Unbekümmert, ob das in seinem Innern so vielfach gefährdete Deutschland um Dänemarks willen in Feuer und Flammen aufgeht, sucht sie Christian VIII. zu überreden, nicht zur Minderung, sondern möglichst zur Mehrung der Schwierigkeiten Deutschlands beizutragen; und doch ist sie dieselbe Zeitung, welche neulich den deutschen Fürsten mit Recht warnend zurief: so stark sei noch immer der Trieb nach Nationaleinigung in dem deutschen Volke, daß, wenn es unglücklicherweise zu der Ueberzeugung käme, die deutschen Fürsten als die alleinigen Verzögerer und Hinderer dieser Einheit betrachten zu müssen, die Anhänger der Einheitsidee mit den Republikanern gemeinsame Sache machen würden, um nach Zertrümmerung der Monarchie die Errichtung einer deutschen Republik zu versuchen! Aber, denkt die Times, lieber die rothe Republik, lieber ein allgemeines anarchisches Durcheinander in Deutschland, als eine besondere Landesregierung in dem kleinen Schleswig! Klug, was den eigenen augenblicklichen Vortheil betrifft, und in materieller Hinsicht sogar großartig mag die Politik John Bull's sein, aber weise, voraussichtlich und schöpferisch ist sie gewiß nicht.

Frankreich.

* **Paris**, 25. Febr. Paris ist ruhig und die offizielle Revolutionsfeier ist vorüber; heute aber feiert die demokratische Partei mit einem großen Bankett im Fraternitätssaal den ersten Jahrestag der Republik. Viertausend Gäste werden die weiten Räume des Saales füllen, unter ihnen, als geladene Ehrengäste, 62 Deputirte des Berges, die Redaktoren der demokratischen Journale und die Chefs der demokratischen Wahlausschüsse. Das Ministerium hat, obgleich die Häupter der Partei selbst von jedem Unternehmen abgemahnt, das unter den gegenwärtigen Umständen als Wahnsinn erscheinen müßte, umfassende Vorsichtsmaßregeln nicht für überflüssig gehalten. Fünf Regimenter stehen schlagfertig in der Richtung von Vincennes und vom Père la Chaise und eine noch stärkere Truppenzahl ist um das Faubourg St. Denis, den Schauplatz des Bankets, zusammengezogen.

Sonst ist kaum irgend Etwas zu berichten. Die meisten Journale, darunter sämmtliche Organe der Demokratie, sind heute nicht erschienen und die wenigen, welche erschienen sind, füllen ihre weiten Spalten zum größten Theile mit den für Deutschland bereits antiquirten Nachrichten aus Italien. Wir möchten allenfalls nur erwähnen, daß die Fürstin Belgiojoso, die bekanntlich in der italienischen Emigration eine Rolle spielt, nach Rom abreist und daß sich nach dem Muster einer ähnlichen Anstalt in London auch in Paris gegenwärtig unter dem Protektorat des Präsidenten der Republik, welcher selbst für 50,000 Fr. Aktien gezeichnet, eine Aktiengesellschaft zur Erbauung von Arbeiterwohnungen bildet.

Auch die Nachrichten aus den Provinzen bringen wenig von Belang. In Lyon ist die Ruhe wieder hergestellt und die Statue der Volkssouveränetät steht unbelästigt, wenn gleich ohne Schildwache, wo sie gestanden hat. In Dijon, wo die Artilleriekompagnie der Nationalgarde aufgelöst werden war und ihre Kanonen ausliefern sollte, weigerte sie sich dessen und eine Abtheilung Dragoner mußte die Thore des Zeughauses sprengen und die Geschütze mit Gewalt fortführen.

Schweiz.

) **Bern**, 21. Febr. Gestern hat der Bundesrath rücksichtlich der Kapitulationen beschlossen, in dieser Frage keinen Antrag an die Bundesversammlung zu bringen, weil die Verträge in den Bereich der Kantonalsouveränität fallen. Mit diesem Beschluß ist die Sache nicht beigelegt, und ohne Zweifel wird entweder aus der Mitte des Nationalraths ein Antrag für Aufhebung der Kapitulationen gestellt, oder die Sache kommt in Folge der einlangenden Petitionen zur Sprache. Die radikale Partei wird kein Mittel unversucht lassen, diesen Gegenstand zu einer nationalen Frage zu machen und ihn dem Bereiche der Nationalsouveränität zu entziehen. Denn einmal würde kein schnell entscheidendes Resultat erfolgen, wenn man die Entscheidung in die Hand der Kantonsbehörden legte, besonders aus dem Grunde, weil die finanziellen Hilfsmittel der Kantone nicht ausreichen, die aus einem solchen Beschluß folgenden Lasten zu tragen. Dann aber ist das Streben der radikalen Partei auf die Einheitsrepublik gerichtet und sie wird jede Gelegenheit ergreifen, die Bundesgewalt auf Kosten der Kantonalgewalt zu schwächen. Wären nicht die finanziellen Schwierigkeiten, Bern hätte seine Regimenter in Neapel längst zurückgerufen. Die „Berner Zeitung" gibt eine nicht uninteressante Skizze der Erlebnisse der Schweizerregimenter seit dem Jahre 1790, woraus hervorgeht, welchen Lohn sie für ihren „sündhaften Völkerunterdrückungsdienst" geerntet haben. Sie sagt: 1791 Mord der Schweizergarde in Paris am 10. August. 1792 Entlassung der 15 in französischem Solde stehenden Schweizerregimenter ohne Entschädigung. 1795 Entlassung der Schweizerregimenter in Piemont nur mit einigen Retraiten. Entlassung der Hellebardiergarde. 1808 zwei Regimenter in spanischem Dienste werden in der Schlacht von Baylen aufgerieben und ihre wenigen Ueberreste ohne Sold weggeschickt. Die schweizerischen Hellebardiers beim Papste werden ohne Entschädigung aufgelöst. 1811 von dem Walliser Bataillon in Frankreich kommen nur Wenige zurück. 1815 vier Schweizerregimenter im Dienste Napoleon's, oft ergänzt, während des russischen Feldzugs fast vernichtet, werden von der Eidgenossenschaft nach der Rückkehr von der Insel Elba heimgerufen. 1816 Entlassung der Schweizer in englischem Dienste mit guten Pensionen. 1817 Entlassung eines piemonte-

sischen Schweizerregiments nach einjährigem Dienste. 1830 Mord der Schweizer in Paris. Entlassung der 6 Regimenter mit dem bekannten Solde. Vier Schweizerregimenter in Spanien gehen elend zu Grunde. 1848 die Schweizer schlagen sich in Neapel, Messina und bei Vicenza und verlieren circa 1500 Mann. Entlassung der Hellebardiersgarde in Turin. Angriff und Entlassung der Schweizergarde in Rom. 1849 Entlassung der zwei Schweizerregimenter im Dienste des Papstes. Die Konsularberichte aus Italien melden: der Papst habe die bewaffnete Intervention der Mächte angenommen, und die Oesterreicher seien im Begriff, Ferrara zu okkupiren. In dem von dem ungarischen Gesandten in Sardinien, Splenv, an die dortige Regierung gerichteten Schreiben, worin er eine Union beider Staaten vorschlägt, heißt es unter anderem, daß er den Gang der Ereignisse in neuerer Zeit erwarten lasse, daß sich die Ungarn mit den ihren Boden bewohnenden und sie zum Theil umgebenden slawischen Völkerschaften bald aussöhnen werden, um einen Föderativstaat zu bilden. Dies ist eine offizielle Bestätigung des Gerüchts, daß Windischgrätz und Jellacic, als die Repräsentanten der deutschen und slawischen Nationalitäten in dem die Eroberung von Ungarn bewerkstelligenden österreichischen Heere einander auf's bitterste hassen und der Augenblick nicht ferne sei, wo dieser sich an die Spitze der Slawen und Ungarn stellen werde, um die Oesterreicher aus dem Lande zu jagen. Die provisorische Regierung von Toskana arbeitet eifrig an der Herstellung einer bedeutenden Truppenmacht.

Bern. Daß dem Bundesrath die Konstituirung der römischen Republik offiziell angezeigt worden sei, ist unrichtig; dem Bundesrath ist nur das diesfällige Dekret der römischen Nationalversammlung unter Kreuzband zugekommen. (N. Z. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 21. Febr. Folgende Ernennungen für den Sommer 1849 in der Marine werden in den heutigen Blättern veröffentlicht. Es sind ernannt: zum Befehlshaber des Geschwaders an der Ostküste der Herzogthümer: Kommandeur Garde, zum Befehlhaber des Geschwaders in der Nordsee: Kommandeur-Kapitän Bille und zum Befehlshaber bei Eskadrille an der schleswigschen Westküste: Kommandeur Elbrecht, zum Kommandeur des Linienschiffs „Christian den Ottende": Kommandeur-Kapitän F. Paludan. Es folgen sodann die Ernennungen der Chefs von 5 Fregatten („Havfruen", „Thetis", „Bellona", „Rota", „Gefion") 4 Corvetten („Polder", „Walkyrien", „Galathea", „Flora" und „Najaden"), 4 Briggs, 4 Kriegsdampfschiffen („Hekla", „Geiser", „Aegyr" und „Hertha"), für 6 andere Dampfschiffe, eine Division Kanonenfahrzeuge (Kapitän Krenchel und Kapitänlieutenant v. Dockum), für 3 Barkschiffe und Kutter und 3 Wachtschiffe.

Der von Hrn. Donner erstandene „Kopenhagen", der den Namen „Schleswig" erhält, wie ein kleines Dampfschiff, das jetzt in England gekauft wird, soll, meldet die Berlingsche Zeitung, so lange der Krieg dauert, zur Disposition des Kriegsministeriums gestellt werden, allein später sollen beide Schiffe Postschiffe werden.

Nach Flyveposten hat der König der schleswigschen Deputation am Montag für ihre Liebe und Treue gedankt und den Trost gegeben, er selbst werde mit seinem ganzen Heere am 26. März an der Königsau stehen.

Das Generalkommando für Seeland ruft die Beurlaubten zum 7. März ein.

Ungarn.

Pesth, 19. Febr. Szegedin soll erst nach einem verzweifelten Kampfe genommen worden sein, doch ward der offizielle Rapport noch nicht ausgegeben. Baja, heißt es, steht in Flammen. Komorn soll Kapitulationsbedingnisse eingeschickt und darin freien Abzug für die Garnison mit Waffen und Fahnen gefordert haben. Die Kapitulation ward verworfen. Gestern wurden drei Israeliten eingebracht; es waren Lieferanten des Rumpfparlaments, welche Banknotenpapier und trikolore Fähnlein nach Debreczin schmuggelten und dabei ertappt wurden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so stehen wir am Vorabend einer entscheidenden Schlacht. Görgey und Dembinski eilen sich zu vereinigen und haben dieses Manoeuvre vielleicht auch schon ausgeführt. (C. Bl. a. B.)

Amerika.

* **Washington**, 26. Jan. Die schon erwähnte Anrede, welche der deutsche Reichsgesandte in der an diesem Tage stattgehabten Antrittsaudienz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten richtete, lautete nach der Wes. Z. wie folgt: „Herr Präsident. Der Brief Sr. kais. Hoh. des Reichsverwesers von Deutschland, welchen ich hiermit die Ehre habe Ihnen zu überreichen, der mich als Gesandten und Minister des deutschen Reichs bei der Regierung der Vereinigten Staaten accreditirt, spricht so ganz die freundschaftlichen Gefühle aus, welche Deutschland gegen dieses Land hegt und welche meine Sendung hierhin bewogen haben, daß ich nichts weiter hinzuzufügen brauche. Was mich selbst betrifft, so habe ich Sie nur zu versichern, daß ich Alles aufbieten werde, um die Bande der Freundschaft, welche beide Länder verbinden, noch enger zu ziehen, und ich darf hoffen, daß meine Bestrebungen zu diesem Zwecke nicht ohne Erfolg sein werden, denn ich komme nicht als ein Fremder zu Ihnen; ich kehre zu einem Kreise alter und bewährter Freunde zurück. Das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten haben mir während meines langen Aufenthaltes in diesem Lande als Gesandter Sr. Maj. des Königs von Preußen so viele Beweise ihres Wohlwollens gegeben, daß ich alle Ursache habe eine nicht weniger gütige Aufnahme in meiner jetzigen Stellung als Repräsentant des deutschen Reiches zu erwarten. Ich bin froh und stolz darauf, daß ich der erste Mann bin, dem die deutsche Regierung den ehrenvollen Auftrag ertheilte, die diplomatische Verbindung mit diesem Lande zu eröffnen. Zwei große Nationen reichen jetzt einander die Hand der Brüderschaft. Deutschland muß in seinem Streben nach gesetzlicher Freiheit und Einigkeit die Sympathien des aufgeklärten Volkes der Vereinigten Staaten für sich haben, einer Nation, welche unter ihren Bürgern Millionen Leute zählt, die noch durch Bande des Blutes an Deutschland hängen, — eines Volkes, welches sein Glück und seine Größe in nicht geringem Grade jenem Föderativ-System verdankt, welches Deutschland jetzt im Begriffe steht anzunehmen. Diese Sympathien zu wahren und zu mehren und die Handelsverbindungen, durch welche die Natur beide Länder aneinander geknüpft zu haben scheint, noch weiter auszubreiten, soll stets mein Bestreben sein und ich schmeichle mir darin auf die gütige Mitwirkung der Regierung der Vereinigten Staaten rechnen zu dürfen."

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Polk, antwortete dem deutschen Reichsgesandten: „Es macht mir viel Vergnügen, Sie, mein Herr, als den ersten Gesandten und Minister des deutschen Reiches, der bei den Vereinigten Staaten akkreditirt worden ist, anzuerkennen. Die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten haben ein tiefes und reges Interesse an den großen Ereignissen genommen, welche im vergangenen Jahre in Deutschland vorgefallen sind, und während sie ihrem alten Grundsatze sich nicht in die eigenen Verhältnisse fremder Nationen zu mischen stets treu bleiben werden, sind alle Sympathien dahin gerichtet, die Bestrebungen Deutschlands gesetzliche Freiheit und Einigkeit in einer Regierung Vereinigter Staaten zu erringen, mit Erfolg gekrönt zu sehen. Dies Gefühl der Sympathie war bei einem Volke natürlich, welches selbst die größte Freiheit unter einer Konföderation souveräner Staaten, so wie Ihre Landsleute sie bilden wollen, genießt, und welches unter den besten seiner eingebornen und Adoptiv-Bürger viele von deutscher Abstammung zählt. Die erste Gelegenheit nach der Bildung der deutschen Centralgewalt wurde von unserer Regierung wahrgenommen, um einen Gesandten nach Frankfurt zu senden. Die freundliche Weise, in welcher er aufgenommen wurde, gibt uns die beste Garantie der freundschaftlichen und gütigen Gesinnungen jener Regierung: Gesinnungen, welche unsererseits, das kann ich Sie versichern, aufs Herzlichste erwiedert werden. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, die freundschaftlichen Verbindungen, welche so schön zwischen beiden Ländern bestehen, noch mehr zu befestigen und den Handel, der sie verbindet und für jeden Theil vortheilhaft sein muß, zu wahren und noch weiter auszubreiten. Ihr von Ihnen erwähnter früherer Aufenthalt in diesem Lande, als Gesandter Sr. Majestät des Königs von Preußen, hat Ihnen nicht allein bei der Regierung, sondern auch bei den Bürgern dieser Hauptstadt einen günstigen Ruf erworben, und ich hoffe, daß Ihnen Ihr hiesiger Aufenthalt in Ihrer diplomatischen Stellung angenehm sein wird."

Redacteur: **H. Kruse.**

№ 59. **Beilage zur Deutschen Zeitung.** 28. Februar 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 28. Febr. Der Verfassungsausschuß der Frankfurter „Konstituante" wird in längstens 14 Tagen den Verfassungsentwurf vorlegen können. Die vollziehende Gewalt wird, wie bereits bemerkt, aus sieben Mitgliedern bestehen, die auf fünf Jahre gewählt werden und jedes jährlich mit 3500 fl. salarirt werden sollen. Die Mitglieder des großen Rathes beziehen sobald sie zusammentreten, Tagegelder.

♂ **Frankfurt**, 28. Febr. Ueber die Besetzung der Stelle des katholischen Stadtpfarrers dahier, vernimmt man noch nichts Bestimmtes. Es soll der Wunsch des hiesigen Gemeindevorstandes, die Stelle mit einem Geistlichen von außerhalb der Diözese Limburg zu besetzen, in Limburg Widerstand finden, doch steht zu hoffen, daß der Gemeindevorstand, kraft der Grundrechte, seinen Kandidaten durchsetzt.

⊙ **Ollmütz**, 22. Febr. Zu den hiesigen Buchhändlern kam in diesen Tagen ein Polizeikommissär und deutete ihnen an, sie möchten die Frankfurter Parlamentsbeschlüsse und die Grundrechte des deutschen Volkes Niemanden aus den untern Klassen verkaufen; man will nicht, daß das Volk in die Kenntniß derselben komme. Diese Thatsache, für deren Wahrheit ich Ihnen vollkommen bürge, könnten sich gewisse Herren in der Paulskirche zur vollsten Beherzigung nehmen; solche Facta sprechen lauter und verständlicher als zehn lange, geschraubte Noten. Nach solchen Vorgängen will es uns in unserer österreichischen Einfalt dünken, unser Kabinet denke an nichts weniger als an eine Vereinbarung mit Deutschland und sein ganzes Streben sei nur darauf gerichtet, das Einheitswerk des deutschen Volkes durch Nährung der Zwietracht zu vernichten oder auf lange Zeit hinauszuschieben. Wenn Oesterreich sich an die Spitze Deutschlands stellen wollte, so müßten doch vor allem andern die deutschen Grundrechte auch für seine eigenen Völker Geltung und Kraft haben; aber nicht einmal die aus Kremsier hervorgegangenen werden, wie man allgemein sagt, in Vollzug gesetzt werden. Die Kremsierer Deputirten sind im Voraus davon überzeugt, und setzen nur deshalb ihre Berathungen noch fort, damit das österreichische Volk aus der von ihnen entworfenen Verfassung erkenne, daß es seinen Vertretern mit der Freiheit Ernst war.

Als andere Neuigkeit, die aus einer sonst sehr sichern Quelle stammt, theile ich Ihnen mit, daß der Belagerungszustand über das unglückliche Wien nun endlich doch einmal sein Ende finden soll; er wird entweder am 1. oder längstens am 9. März bestimmt aufgehoben; daß diese Maßregel jetzt aber nicht mehr den guten Eindruck machen wird, den sie zwei Monate früher gemacht hätte, das ist ebenfalls bestimmt vorauszusehen. Der Sieg Puchner's über Bem in Siebenbürgen bestätigt sich, nur soll er nicht so bedeutend sein, als das offizielle Bülletin spricht. Schlik ist dagegen neuerdings von dem bereits mehr als 10 mal nach offiziellen Berichten zersprengten und aufgeriebenen Görgey'schen Corps weit zurückgedrängt worden. Seine Vorposten standen bekanntlich schon über Tokay hinaus; von da bis zurück nach Bartfeld, wo er gegenwärtig steht, ist ein weites Stück Wegs, und alle seine frühern Eroberungen, Kaschau, Eperies, Mischkolz und die ganze Zips befinden sich wieder in den Händen der Ungarn.

* **Kremsier**, 23. Febr. In der heutigen Reichstagssitzung interpellirte Palacky das Ministerium hinsichtlich der Verhältnisse zu Deutschland. Die Interpellation richtete sich zunächst gegen die in Böhmen angeordneten Wahlen nach Frankfurt, und schließlich auf ein bloß völkerrechtliches Verhältniß zu Deutschland. Weitere Mittheilung behalten wir uns vor. Die Präsidentenwahl ergab (vermuthlich in Folge einer Parteiverständigung) gleich beim ersten Skrutinium Smolka als Präsident (mit 298 Stimmen unter 312), Kudler als erster und Brauner als zweiter Vizepräsident.

⊞ **Berlin**, 25. Febr. Soeben, 10 Uhr Abends, ist eine wichtige Versammlung der konservativen Partei mit dem günstigen Erfolge geschlossen: daß eine ziemlich sichere Majorität der zweiten Kammer für das Programm dieser Partei gewonnen ist. Die Debatte ward unter dem Vorsitze Vincke's eröffnet. Nur eine Stimme fand Bedenken die Verfassung vom 5. Dez. für „rechtsgültig" anzuerkennen und wollte bei der früheren Bezeichnung „geltend" verbleiben, erklärte übrigens selbst: daß die Verfassung — vom Volke selbst durch die Urwahlen anerkannt — als der Rechtsboden für die künftigen Verhandlungen anzusehen sei. Mehrere Abgeordnete aus Schlesien forderten sehr warm eine entschiedene Berücksichtigung der Erwartungen des Volks in Betreff seiner materiellen Interessen und nach einer Verständigung darüber, daß es unzulässig sei, Hoffnungen zu erwecken, deren Erfüllung unmöglich sei, ein Mißbrauch, der schon viel Unheil veranlaßt habe, kam es zu einem kleinen Zusatze, der die Antragsteller befriedigte. Das Programm soll sofort gedruckt und aufs schleunigste in allen Kreisen vertheilt werden.

Ein Antrag, sich in dem Programm auch über die Stellung Preußens zum einigen Deutschland auszusprechen, weil ohne Zweifel die Thronrede den Gegenstand berühren werde, ward abgelehnt, um nicht neue Diskussionen über das Programm hervorzurufen, welches nun hauptsächlich nur die Rechtsgültigkeit der Verfassung vom 5. Dez. 1848 unter Vorbehalt der Revision nach den Vorschriften derselben feststellt und somit als die Sicherung einer ruhigen Verhandlung in den jetzigen Kammern angesehen werden kann.

Der Entwurf der Geschäftsordnung der zweiten Kammer von Seiten der konservativen Partei ist schon im Drucke; die Besprechung darüber gab Veranlassung zu dem Antrage: Es möge ein Parteibeschluß dahin gefaßt werden, daß bei den Debatten jede parlamentarische Unart des Scharrens, Zischens u. s. w. vermieden werden solle. Die Versammlung war mit der Sache selbst völlig einverstanden, fand aber einen Parteibeschluß nicht angemessen. Ein humoristisches Mitglied bemerkte: Scharren, Zischen u. dgl. könne man wohl zu unterlassen übernehmen, aber nicht — das Lachen. (Gelächter.) Für den zu erwählenden Präsidenten der zweiten Kammer einigten sich alle Stimmen auf Grabow.

⊞ **Berlin**, 26 Febr. So eben kehren die Abgeordneten beider Kammern aus dem weißen Saale zurück. Die Eröffnung der Nationalversammlung ist, nachdem der König selbst die Thronrede verlesen, durch den Minister, Grafen Brandenburg, proklamirt. Der allgemeine Eindruck ist beruhigend und mehr Vertrauen erweckend.

Im Dome waren um 9 Uhr viele Abgeordnete ohne alle Aufforderung freiwillig erschienen, der König mit den Nächsten des Hauses zeigte sich bald und die Predigt von Gerlachs über einen Text aus dem Propheten Micha: „Und der Herr fragte: Was habe ich verschuldet?" suchte Eindruck zu machen aber ohne Erfolg bei Denen die es nicht lieben den Göttlichen Herrn mit Königlichen in Andeutungen verwechselt zu hören.

Der König kehrte aus dem Dom zu Fuße nach dem Schlosse zurück und ward von der gedrängten Menge mit Hurrah begrüßt. Der weiße Saal füllte sich bald darauf mit den Abgeordneten beider Kammern, und ob zwar das Gerücht gesagt hatte, daß Viele der Linken nicht erscheinen würden, so dürften doch wenige gefehlt haben.

Als der König erschien, begrüßte ihn ein dreimaliges Lebehoch! Er las sitzend, mit dem Helme bedeckt, die geschriebene Thronrede, wegen Kurzsichtigkeit etwas mühsam, deutlich, aber etwas bewegt vor, die Stellen die sich auf Preußens Heer und Preußens Ruhm beziehen mit fester Betonung. Die Mäßigung in der Fassung überhaupt, die Beruhigung mit Bezug auf den Stand der Finanzen, baldiger Frieden mit Dänemark, die Festhaltung der Hoffnung: mit Zustimmung aller Fürsten

die Einigung Deutschlands erstreben zu können, dies Alles scheint hier einen guten Eindruck gemacht und das Vertrauen gestärkt zu haben. Die Rede wird auf den Straßen größeren und kleineren Gruppen vorgelesen, die sich daran zu erbauen scheinen.

Die Kammern können, weil die Sitzungsräume noch nicht fertig sind, erst Morgen Vormittag zur Erwählung des Alters-Präsidenten zusammen treten.

> **Berlin**, 26. Febr. Die Abgeordneten fanden sich bald nach 11 Uhr einzeln im weißen Saal ein; nach Beendigung des Gottesdienstes, der für die evangelischen und katholischen Mitglieder getrennt gehalten worden war, kamen sie zahlreicher. Sie trennten sich nicht nach Parteien, sondern setzten sich vermischt durch einander; Waldeck und Jakoby nahmen auf der vordersten Bank ihren Platz. Der Anblick der Versammlung war bei weitem eleganter, als der vorjährigen; fast nur Fracks und weiße Halsbinden, nur Ein Paar Wasserstiefeln und wenig Oberröcke, viel Uniformen und Orden. Auch die Tribünen waren mit glänzenden Toiletten gefüllt. In den Gängen und im Saal selbst waren Leibgardisten aufgestellt, im Schloßhof standen Kanonen. Die Minister hatten sich ebenfalls frühzeitig in voller Galla eingefunden. Herr v. Manteuffel unterhielt sich zutraulich nach allen Seiten hin. Graf Brandenburg zog sich mehr zurück; er hatte die Thronrede in der Hand. Als der König angekündigt wurde, trat eine erwartungsvolle Pause ein; er erschien von mehreren Kammerherren geführt. Er war in Generalsuniform und hatte den Helm auf dem Kopf. Er nahm ihn beim Eintreten ab, stieg den Thron hinauf, bedeckte sich, und verlas die Thronrede, die Graf Brandenburg ihm überreichte. Mit besonderer Betonung trug er den Satz zum Lobe des preußischen Heeres vor, und in dem Satz: „der Weg zur Verständigung aller deutschen Fürsten mit der Nationalversammlung in Frankfurt ist angebahnt," hob er das Wort aller heraus. Die Rede wurde in lautloser Stille angehört, und nachdem Graf Brandenburg die Kammern für eröffnet erklärt und sie aufgefordert hatte, sich unter ihren Alterspräsidenten zu konstituiren, entfernte sich der König unter dem dreimaligen Hoch, mit dem er auch empfangen worden war. Die Abgeordneten verließen sogleich das Schloß. Es erneuerten sich die Aeußerungen der Sympathie des Volkes, dessen Zahl seit ihrem Kommen gewachsen war, aber in nicht heftigerem Maße, als bei der ersten Begrüßung. Die Thronrede hat bei den Kammern und dem Publikum zwar keine Begeisterung erregt, doch ist ihr Eindruck günstig zu nennen. Der versöhnliche Ton, mit dem der vorjährigen Versammlung gedacht wird, wird dankbar anerkannt. Jedoch hat die Stelle über den Belagerungszustand bei der Linken Anstoß erregt. Sämmtliche Parteien scheinen übrigens darin einverstanden, die Verfassung als Grundlage ihrer Wirksamkeit anzuerkennen.

≍ **München**, 24. Febr. Ungefähr Dienstag wird die Gesetzvorlage über die Matrikularbeiträge in der Kammer zur Verhandlung kommen. Die Reichsrathskammer soll entschlossen sein, anstatt für eine Steuererhöhung, für ein Anlehen sich auszusprechen. Aber nach dem bereits vorliegenden außerordentlichen Budget übersteigt die Ausgabe die Einnahmen (direkte Steuern jährlich 6,700,000 fl.) in den letzten zwei Jahren bereits um 5,600,000 fl. Wird man unter diesen Verhältnissen zu einer Vermehrung der Staatsschuldenlast rathen können? Ueber das Ministerium kursiren nur immer noch Gerüchte. Nach der neuesten Version soll Heintz Minister des Innern werden. Nebenbei ist es wohl auch bemerkenswerth, daß man immer noch daran denkt, Hrn. v. Abel im Staatsdienst zu verwenden; und zwar, um der ewigen Aufregung im Lande durch seine Anwesenheit ein Ziel zu setzen, soll derselbe wieder mit einer auswärtigen Mission betraut werden. Mit welcher Wahrheitsliebe Hr. v. Abel neulich in der zweiten Kammer seine famose Vertheidigung geführt hat, erhellt nachträglich u. A. auch noch aus der Thatsache, daß er bei seinen Klagen über die 2500 fl. jährlichen Standesgehalts ganz zu erwähnen vergessen hat, daß ihm dieser Gehalt unter dem Ministerium v. Maurer um 1000 fl. erhöht worden ist. Wir ersehen dies aus der sehr umfangreichen Denkschrift, welche Hr. v. Maurer über sein und Zu-Rheins Ministerium zu dem Protokoll der fünften Reichstagssitzung niedergelegt hat. Aus dieser Denkschrift werde ich Ihnen später einige interessante Thatsachen in Bezug auf die Lolaangelegenheit und Hrn. v. Abel mitzutheilen haben.

0 **München**, 26. Febr. Die Kammer der Reichsräthe hat einen von Graf Reigersberg eingebrachten Antrag zum Beschluß erhoben, wonach Se. k. Maj. zu bitten sei, das Gesammtministerium zu veranlassen, sämmtliche Normativinstruktionen jederzeit und alsbald in dem Regierungsblatt bekannt zu machen und bei Beginn jeder Ständeversammlung zur Kenntniß der versammelten Kammern sämmtliche über die am vorangehenden Landtage vereinbarten Gesetze etwa erlassenen Vollzugsinstruktionen zu bringen und mit dieser Vorlage schon bei dem gegenwärtigen Landtage zu beginnen. Veranlassung zu diesem Antrage gaben namentlich die Vollzugsinstruktionen zum Jagdgesetze, welche demselben nicht nur widersprachen, sondern dasselbe fast ganz aufhoben und dadurch im Lande große Aufregung verursachten. Wenn das Jagdgesetz bezweckte, die Jagd auf fremdem Grund und Boden gänzlich aufzuheben und dadurch die Agrikultur von einem Krebsschaden zu befreien, so bestimmte die Vollzugs-Anordnung, daß die Jagdbezirke der Gemeinden zu vereinigen und wo möglich die Eintheilung der bisherigen Jagdbezirke beizubehalten sei, daß die Verpachtungen auf fünfzehn Jahre zu geschehen haben, daß nur derjenige, welcher mindestens eine Einkommensteuer von 1 fl. 30 kr. zahle, zu pachten berechtigt sei, daß die Landgerichte die Verpachtungen vorzunehmen haben u. s. f. — Bestimmungen, welche die früheren Jagdbesitzer zu unaufkündbaren Jagdpächtern gemacht haben würden und wobei alles Uebrige beim Alten geblieben wäre. Ein ähnliches Verhältniß wie bei der Instruktion zum Jagdgesetze findet auch bei andern Vollzugsverordnungen statt; bei der geringen Kenntniß aber, welche das Volk von seinen Gesetzen hatte, war ihm Gesetz und Instruktion gewöhnlich gleichbedeutend. Die neuste Zeit hat auch hier viel geändert und es haben namentlich bei der Verpachtung der Jagden viele Gemeinden die Instruktion nur in so weit befolgt, als sie zur Vollziehung des Gesetzes wirklich nothwendig ist, und dem Geiste des Gesetzes nicht widerspricht. Daß dieses Verfahren Veranlassung gab zu Reibungen zwischen Gemeinden, königlichen Behörden und adligen Jagdliebhabern, daß dadurch an manchen Orten Unordnungen entstanden, hat das Ministerium dazu bewogen, die Instruktionen zurückzunehmen und den Gemeinden die ihnen gebührende Freiheit bei der Verpachtung der Jagden zu überlassen. Der Antrag der Reichsrathkammer will nun durch die verlangte Veröffentlichung und Vorlage dieser bis jetzt gewöhnlich geheim gehaltenen Instruktionen ähnlichen falschen Erläuterungen der Gesetze zuvorkommen; die Kammer der Abgeordneten dürfte aber in dieser Sache noch weiter gehen, indem sie, wie man vernimmt, von nun an bei der Vereinbarung der Gesetze die Vollzugsinstruktionen mit berathen und beschließen wird. — Seit gestern geht das Gerücht, daß man den Gedanken der Vertagung des Landtags wieder aufgegeben habe; so bestimmt dies auch versichert wird, so scheint es uns doch unglaublich, da man dadurch das rathlose Schwanken, in welchem die bairische Staatsmaschine sich seit einem Jahr bewegt, offen zugestehen würde.

A **Dresden**, 26. Febr. Die neuen Minister erschienen heute zum ersten Male in der Kammer. Der Ministerpräsident Dr. Held verlas eine Art von Programm, welches wegen seiner Farblosigkeit einen sichtlichen Eindruck auf die Versammlung nicht machte. Die Kammer verhandelte über den Tzschirner'schen Antrag auf Zurückziehung der sächsischen Truppen aus Thüringen, und nahm denselben gegen eine Minorität von 12 Stimmen mit dem Erweiterungsantrage von Fincke an, daß die Regierung ersucht werde, allen ihren Einfluß dafür aufzubieten, daß überhaupt Thüringen so wie Altenburg insbesondere von allen Reichstruppen völlig befreit werde. Minister v. Beust sprach die Hoffnung aus, daß die Reichsgewalt sich in dem Falle befinden werde, den Wünschen der sächsischen Regierung wenigstens theilweise entsprechen zu können.

Das Programm des Ministeriums lautet:

„Das Ministerium, welches Se. Majestät der König zu Uebernahme der Staatsgeschäfte berufen, fühlt sich gedrungen, bei seinem ersten Eintritt in die Kammer sein lebhaftes Bedauern über den Rücktritt einer Verwaltung auszusprechen, welche das Vertrauen des Landes an die Spitze der Geschäfte getragen hatte und von deren längerer Wirksamkeit die Vollendung der vor Jahresfrist begonnenen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse in der befriedigendsten Weise gehofft werden durfte. Die Mitglieder des neu eintretenden Ministeriums erkennen in vollstem Maße die Größe der ihnen unter solchen Umständen zugetheilten Aufgabe. Sie werden sich bestreben, dem sächsischen Volke hinsichtlich der Wahrung der ihm gewordenen Freiheiten, aber auch nicht minder in Bezug auf die Aufrechthaltung des Rechtszustandes und der gesetzlichen Ordnung die vollste Beruhigung

zu gewähren. Das Ministerium sieht es zwar zur Abwendung erheblicher materieller Nachtheile von den diesseitigen Staatsangehörigen für erforderlich an, daß diejenigen Punkte der Grundrechte des deutschen Volks, bei denen in den Staatsverhältnissen Gegenseitigkeit erforderlich ist, den andern Staaten gegenüber erst dann in Wirksamkeit treten, wenn jene Bestimmungen auch dort zur Geltung gelangen. Die Regierung erblickt jedoch hierin ein unabweisbares Hinderniß der sofortigen Publikation der Grundrechte um so weniger, als sie die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Bestimmungen des Einführungsgesetzes bereits ausreichende Sicherheit gegen eine Gefährdung des öffentlichen Wohls darbieten.

Durch die sofortige Publikation der Grundrechte wird zugleich thatsächlich der Beweis geliefert, daß da, wo nicht gebieterische Rücksichten auf die wohlbegründeten Ansprüche und Interessen des eigenen Landes es zur Pflicht machen, das Recht der freien Vereinbarung zur vollsten Geltung zu bringen, die sächsische Regierung gern bereit ist, die auf eine einheitliche Gestaltung der deutschen Verhältnisse hinzielenden Beschlüsse der Nationalversammlung in das Gebiet der praktischen Anwendung einzuführen.

In Befolgung dieser Grundsätze werden die einzelnen Ministerialdepartements zunächst ihre ganze Thätigkeit den Ausführungsgesetzen zuwenden, welche das Einfüheungsgesetz zu den Grundrechten fordert. Soweit dergleichen bereits vor Publikation der Grundrechte in Kraft waren, werden sie unverändert bestehen bleiben. Eine habeas corpus-Akte ist bereits vollendet; wegen der zu Aufhebung des Lehnsverbandes und der Fideikommisse zu treffenden Maßregeln sind bereits die Gutachten der Lehnshöfe erfordert. Die Reichswechselordnung wird den Kammern demnächst sammt den wenigen durch Lokalverhältnisse bedingten Zusätzen vorgelegt werden. Im Uebrigen werden die begonnenen Arbeiten in allen Zweigen der Kriminal- und Civilgesetzgebung thätig fortgesetzt. Die Vorbereitungen einer die Bestimmungen der Grundrechte ausführenden Gesetzgebung in Sachen der Kirche und Schule werden keine Unterbrechung erfahren. Ein Jagdgesetz und ein Gesetz zu Ausführung von §. 6 der Grundrechte sind bereits bearbeitet und auch bei den übrigen demnächst in Angriff zu nehmenden Ausführungs-Gesetzen wird das Ministerium die Durchführung des Prinzips mit den Rücksichten auf Recht und Billigkeit und mit den Anforderungen des praktischen Lebens zu vereinigen wissen. Das Ministerium hält dafür, daß rücksichtlich der Theilbarkeit von Grund und Boden die sächsische Gesetzgebung bereits in das von den Grundrechten geforderte Stadium des Uebergangs eingetreten sei. In der gewerblichen Gesetzgebung wird sich nach Lage der Dinge ein Vorschreiten nicht länger verschieben lassen und es ist daher zu wünschen, daß dem Ministerium die Mittel zu schleunigster Beendigung der Vorarbeiten auf dem bereits betretenen Wege bald gewährt werden. Man kann sich wohl einiger Hoffnung hingeben, daß es gelingen werde, diese schwierige Aufgabe in einer Weise zu lösen, welche mit der Durchführung möglichst gleicher Bestimmungen auch die Wahrung der wohlverstandenen Interessen des Gewerbestandes vereinigt. Die Organisation der Verwaltungsbehörden und die Revision der Städte- und Gemeindeordnung werden in einer Richtung erfolgen, welche die Elemente der Einfachheit und Volksthümlichkeit mit denen der Kraft und Ordnung zu vereinigen sucht.

Die Vorlagen, welche über Finanzgegenstände bis jetzt an die Kammer gelangt sind, bedürfen Seiten des eintretenden Ministeriums keiner Abänderung. Die über die Staatseisenbahnen zugesicherte besondere Mittheilung soll unverweilt folgen. Dem Ministerium wird es eine erfreuliche Verpflichtung sein, die Klarheit und Offenheit, welche die Regierung bei Aufstellung des vorgelegten Staatshaushaltplanes geleitet hat, auch bei den Verhandlungen über denselben, wie in Bezug auf alle hinsichtlich der Finanzverwaltung erforderlichen Nachweisungen zu bethätigen. Darin, daß die Berathung jener Vorlagen der Beschleunigung dringend bedürfe, werden die Kammern mit der Regierung einverstanden sein, da jede hierin eintretende Verzögerung nicht allein den geregelten Gang der Verwaltung wesentlich benachtheiligt, sondern auch die Wiederaufnahme der öffentlichen Arbeiten, namentlich an den Staatseisenbahnen, behindert, deren ungestörte Ausführung die gewissenhafte Erfüllung bestehender Staatsverträge nicht minder erheischt, als solche zu baldiger Verwerthung des Anlagekapitals, wie zu Gewährung von Arbeit und Verdienst an die unter dem Drucke der Verhältnisse leidenden Klassen der Bevölkerung von den Kammern gewiß ebenso angelegentlich wie Seiten der Regierung gewünscht werden wird.

Damit sind die Bemerkungen erschöpft, welche das eintretende Ministerium für nothwendig hielt, um den Kammern und dem Lande gegenüber das zu bezeichnen, was es als seine nächste Aufgabe betrachten zu müssen glaubt, bei deren Lösung es auf die Unterstützung der Kammer rechnet."

Aus Thüringen, 22. Febr. Das Reichsministerium des Kriegs hat die Verfügung erlassen, daß aus denjenigen thüringischen Staaten, die den Schutz der Reichstruppen nicht mehr beanspruchen, dieselben zurückgezogen werden sollen. In Folge dieser Verfügung wird das großherzogl. weimarische Bataillon, das jetzt in Meiningen stationirt ist, schon am 25. Febr. in seine Heimath marschiren, und auch das Herzogthum Gotha wird von den königl. sächsischen Truppen, die bis jetzt daselbst kantonirten, in den nächsten Tagen verlassen werden. In Altenburg und Weimar werden dagegen die Reichstruppen einstweilen noch verbleiben; in Altenburg, weil das eigne Militär in Schleswig stationirt ist, in Weimar, weil die großherzogl. Staatsregierung bei den bevorstehenden Verhandlungen der Assisen Unruhen und Exzesse zu befürchten scheint. Die fürstl. schwarzburgischen Regierungen haben sich noch nicht bestimmt darüber ausgesprochen, ob die Reichstruppen aus ihren Ländern sofort zurückgezogen werden sollen oder nicht.

(D. A. Z.)

** Aus Schleswig-Holstein. Die Seeconscription im Lande ist nun beendet, Holstein allein hat 700 Mann ausgehoben aus den Seefähigen der Jahre 16 bis 46. Mit dieser Mannschaft sollen nun zunächst die Kanonenböte besetzt werden. Statt unsere seefähige Mannschaft in fremdem Dienste zu sehen, werden wir nun sehen, wie sie unsere eigenen Grenzen gegen dieselben Dänen vertheidigen werden, denen sie früher zu dienen verpflichtet waren.

In den letzten Aufstand und Einfall der Dänen bei Sundewitt scheint einer unserer Offiziere, Hauptmann v. Schröр verwickelt zu sein, denn er wurde unvermuthet verhaftet. Der sich durch seinen Vandalismus auf Schloß Glücksburg auszeichnende Lieutenant Svane ist ins Irrenhaus gewandert, sein Dänensinn und Haß der Deutschen hat ihn wahnsinnig, ja rasend gemacht! Sobald er den Namen der Herzogthümer hört, verfällt er in Tobsucht.

♉ **Schleswig**, 24. Febr. Im Norden der Herzogthümer, namentlich in Tondern, Hadersleben und den angrenzenden Landdistrikten werden noch immer eifrige Vorbereitungen getroffen zu einer großen Deputation nach Frankfurt und Berlin. Den Bewohnern dieser Landestheile sind ihre alten Rechte erst in den letzten Jahren recht wieder lebendig und geläufig geworden, deßhalb haben sie jetzt zu denselben der Diplomatie gegenüber auch noch ein großes Vertrauen. Von hier aus wird man sich dabei nicht betheiligen in der festen Ueberzeugung, daß nur das Eisen hilft! In diesen Tagen haben sich einige unserer Jäger in Sundewitt, der Insel Alsen gegenüber, mit den Dänen umhergeschoßen. Verloren soll nichts gegangen sein, als nur Munition. Leider kann man nicht in Abrede stellen, daß der Uebermuth unserer Jäger diesen Lärm veranlaßt hat. Dem Vernehmen nach sollen einige Mitglieder der schleswig-holsteinischen Ritterschaft sich in diesen Tagen nach Kopenhagen begeben haben. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, würde man dies aufrichtig bedauern müssen. Die Veranlassung zu der Reise sei immerhin, welche sie wolle, als nächste Folgen lassen sich bestimmt voraussetzen: Mißstimmung und Argwohn in den Herzogthümern, Spott und Hohn in Dänemark! Bisher ist die Ritterschaft in bestem Einverständniß mit der ganzen Bevölkerung immer in der ersten Reihe dem dänischen Uebermuth entgegen getreten! — Der König von Dänemark, heißt es, will sich selbst an die Spitze seiner Armee stellen, um den treuen (?) Schleswigern die ganze dänische Glückseligkeit zu überbringen. Wie diese von ihnen empfangen werden wird, läßt sich mit großer Sicherheit vorhersagen. Die Dänen scheinen die größte Klugheit und politische Feinheit darin zu finden, daß sie sowohl das eigne Land als das Ausland täuschen und geradezu belügen. Es scheint den Dänen anzukleben, wie manchem ehemals vornehmen Mann, der immer noch fortlebt in seiner vormaligen Größe und sich selbst und Andere zu täuschen sucht. Der belustigende Don Ranudo de Colibrados könnte noch immer den Dänen Belehrung gewähren!

** **Hamburg**, 25 Febr. Der Tag der französischen Revolution ist von den verbundenen 12 demokratischen Vereinen zu einer Festfeier für die deutschen Grundrechte angesetzt und somit der Stein des Anstoßes, vielleicht auch der Stein des Zusammenstoßes gegeben, denn von Seiten des Senats geschieht alles Mögliche um die Hauptfeier, die Illumination zu hintertreiben.

Heute Morgen nun zogen die demokratischen Vereine mit Musik und Fahnen heraus aus der Stadt nach dem Circus und mit Musik, Gesang und Reden wurden die Grundrechte in Empfang genommen. Tausende wohnten dieser Feier bei. Trotz des Widerspruchs des Senats wird heute Abend illuminirt werden.

Frankreich.

†† **Paris**, 23. Febr. Die Feier des Geburtstages der hermaphroditen französischen Republik glich einem Leichenbegängnisse, welches ohne Thränen und Liebeszeichen einen gleichgültig gewordenen Verwandten zu Grab bestattet. In gewissen Dingen sind die Franzosen trotz ihres revolutionären Instinktes die konservativsten Reaktionaire der Völker. Ihr Polizeitrieb, der Uniformehrgeiz, welchen selbst der Omnibuskondukteur geltend macht, der nationale Eigendünkel sind eben so viele Hindernisse einer wahrhaft republikanischen Entwickelung. So lange Frankreich zentrifugal und zentripetal zugleich regiert wird, ist die Republik unmöglich. In der Dezentralisation liegt die einzige Möglichkeit, die Republik dem Land- und Provinzstadtbewohner geläufig zu machen, weil sie die Gemeindeautonomie begründet und damit Bürgschaften für Erhaltung der Rechte und des Wohlstandes ab-

Uebersicht.

27. Februar.

Wir waren im Stande, schon in unserer gestrigen Beilage Andeutungen zu bringen über den Inhalt der preußischen Thronrede. Im Laufe des Tages traf die Thronrede als telegraphische Depesche ein. Wir haben sie unsern städtischen Lesern schon gestern in einem besondern Abdrucke mitgetheilt und begleiten die wichtige Urkunde heute nur mit wenigen Worten.

Thronreden, pflegt man zu sagen, gleichen eine der andern. Wahrlich, dies Wort findet keine Anwendung auf die Thronreden Friedrich Wilhelm's IV. Sie bezeichnen vielmehr sehr deutlich die verschiedenen Stufen, auf welchen Preußen zu seiner gegenwärtigen Entwickelung gelangt ist. Als die erste Thronrede können wir die begeisterten, alle Hoffnungen entsiegelnden Worte betrachten, welche der König bei der Huldigung, aus dem Schlosse hervortretend, wo der erste und der zweite Stand ihm gehuldigt, zu den vor dem Schlosse harrenden Abgeordneten des dritten und vierten Standes und der zahllos versammelten Menge sprach. Die Wege der Könige sind thränenreich und thränenwerth, sagte damals der geist- und gemüthvolle Herrscher, wenn Herz und Sinn ihrer Völker ihnen nicht hülfreich zur Hand gehn. Er forderte sein Volk auf, ihn mit Rath und That zu unterstützen, und empfing dessen tausendstimmiges Ja! wie ein heiliges Unterpfand. Damit war für Preußen eine neue Zeit eröffnet. Denn es war recht das Wesen der alten Zeit, der wohlmeinenden „auf ein wohlgeübtes Heer und eine wohlgefüllte Kasse, so sicher, wie der Himmel auf des Atlas Schulter ruhenden" fürstlichen Alleinherrschaft, daß sie alles, was dem Volke fromme, selbst und allein ermessen wollte. Der berühmte Fürst, in welchem sich die alte Zeit, das vorige Jahrhundert gleichsam verkörperte, hat einmal einen merkwürdigen Ausspruch gethan. Einem fremden Gesandten, welcher seine außerordentliche Thätigkeit pries, antwortete er: „Es würde noch viel besser gehen, wenn ich Alles thun könnte. Sie sollten einmal sehen, wenn ich Alles ohne Ausnahme selbst und allein anordnen könnte!" Aber was würde jener Gesandte dann wohl gesehen haben? Gewiß einen bewundernswürdigen Herrscher, aber auch ein bedauernswerthes Volk. Ein bedauernswerthes Volk, in dem jede Selbstregsamkeit erstickt ist. Wenn auch durch Stein's leider ins Stocken gerathene Plane eine gewisse Selbstständigkeit des Bürgers in seiner eigenen Gemeinde angebahnt war, so vermochte er sich doch nirgends als Bürger des Staates zu fühlen. Der Staat gehörte den Beamten. Es war sehr schwierig den Uebergang zu einer Betheiligung der Bürger zu finden, und die innern Schwierigkeiten wurden durch äußere erhöht. Oesterreich, das alte Oesterreich, in Metternich verkörpert, wollte nicht zugeben, daß Preußen einen Aufschwung nahm, auf welchem der Doppelaar mit allen seinen Wappenschilden nicht folgen konnte. Die Entwickelung Preußens schwankte vorwärts und rückwärts, hin und her, bis der König sich endlich entschloß, den vereinigten Landtag auf den 11. April 1847 einzuberufen. Der weiße Saal des Königsschlosses sah damals zuerst die Vertreter aller preußischen Provinzen versammelt. Die Vertretung war nach Ständen, und selbst das bewegliche Vermögen, die Städte, war dabei in mittelalterlicher Weise an den Grundbesitz gekettet. Auch der König, dessen Schöpfung vorzüglich jene Stände von 1823 waren, wurzelte noch mit seinen Gedanken im Mittelalter, während er eine neue Zeit heraufbeschwor. Er sprach damals im Vollgefühl seiner ererbten Herrschermacht Worte aus, an welche es jetzt ungroßmüthig wäre, zu erinnern; man soll niemals sagen: Niemals! Es ergab sich gar bald die Unverträglichkeit der unumschränkten Herrschermacht, die selbst die Quelle der Gesetze ist, und einer Volksvertretung, welche Rechte in Anspruch nimmt. Der vereinigte Landtag ward in Ungnaden entlassen. Nicht alle gewählten Abgeordneten fanden es angemessen, zu den Ausschüssen im Anfang vorigen Jahres wieder nach Berlin zu kommen. Noch waren diese in Berlin versammelt, als der 24. Februar in Paris dem ganzen preußischen allmähligen Fortschritt ein Ende machte. Der König empfand, als er sie entließ, bereits das Wehen des nahenden Sturms, seine Stimme war unsicher; er fühlte, daß was er jetzt bewilligte, jetzt nicht mehr ausreichte. Aber Schmerzlicheres war ihm beschieden. Als er im Mai vorigen Jahres, gebeugt von der Hand des Unglückes, in welchem er selbst eine göttliche Schickung verehrte, die Thronrede las, welche seine Minister verfaßt, um die Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung zu eröffnen, da mußte jedes edlere Herz ausgesöhnt sein mit dem, der die Dornenkrone trug, der da kaum noch als Mitherrscher erschien, wo er vor einem Jahre sich die Einrichtungen für den vereinigten Landtag besah und auf die Enge des Raums aufmerksam gemacht, mit seinem leichtsprudelnden Witze hinwarf: „Es ist mir ganz recht, daß die Herren sich nicht so breit machen können!" Die Ordnung des Staates ward durch jene Versammlung nicht wieder hergestellt, vielmehr während derselben, zum Theil durch dieselbe, tief erschüttert. Der König, dessen Macht allmählig wieder erstarkt war, löste sie auf und verlieh, unfreiwillig, wie er gestern in der Thronrede sagte, dem Lande eine Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit. Die nach dieser Verfassung erwählte Volksvertretung unterscheidet sich von der ersten zur Vereinbarung der Verfassung Berufenen am augenfälligsten dadurch, daß sie in zwei Kammern tagt, deren eine in mehr als Einer Hinsicht durch den Besitz bedingt ist, wenn sie auch nicht mehr, wie zur Zeit der ständischen Gliederung, auf dem Grundbesitz beruht. Dieser doppelten Vertretung ist nun die Aufgabe gestellt, die verliehene Verfassung zu revidiren. Da die Abgeordneten nur auf Grund dieser Verfassung gewählt und zusammengekommen sind, und, was schwerer wiegt als die Form, da die Mehrheit des Volkes, namentlich alle Einsichtigen, wirklich im Wesentlichen mit jener Verfassung einverstanden sind, so werden die nachträglichen Versuche, ihre Giltigkeit anzufechten, hoffentlich bedeutungslos bleiben. Es ist das erste Mal, daß Preußens König ein wirkliches geordnetes Parlament eröffnet, und es ist erfreulich, daß diese Thronrede in einem wahrhaft konstitutionellen Geiste abgefaßt ist. Wir müssen uns die nähere Besprechung des Inhaltes vorbehalten und heben hier nur die einfache und doch feste Weise hervor, auf welche der König an dem wichtigsten Schritte, den seine Regierung gethan hat, an der Erklärung für den deutschen Bunstaat festhält, und die Bedeutung der Volksvertretung richtig würdigend, auf deren Mitwirkung ein besonderes Gewicht legt. Der König von Preußen hat seine Pflicht gethan; es ist an den Vertretern des preußischen Volkes, die ihrige zu erfüllen.

Baden und die deutsche Sache.

†† Aus Süddeutschland, 23 Febr. Unter allen diplomatischen Aktenstücken, welche uns die jüngste Zeit gebracht hat, ist keines, das einen so erfrischenden und wohlthuenden Eindruck gemacht hätte, als die Instruktion der badischen Regierung an ihren Frankfurter Bevollmächtigten. Das ist der Ton, in welchem unsere junge nachmärzliche Diplomatie auftreten müßte, mit solchen Noten wird man mehr zum Sinn und Herzen des Volkes sprechen, als mit allen diplomatischen Wendungen des Gentz'schen Nachwuchses. Wir sind zwar schon durch die frühere Erklärung des Großherzogs zu der Erwartung berechtigt, daß von Karlsruhe aus die Angelegenheiten der deutschen Politik im geraden und patriotischen Geiste werden aufgefaßt und behandelt werden, dieses letzte Aktenstück hat aber noch das besondere Verdienst, daß der „großdeutschen" Politik, die in Ollmütz residiert und in München, Dresden, Stuttgart und Hannover Alliirte sucht, einmal von einem kleindeutschen Staate eine sehr bittere Lektion geworden ist. Baden will keine „Wiederholung der Wiener Kongreßpolitik", es will, daß das „Werk der Verständigung nur in Frankfurt, wo alle Ansichten und Forderungen zusammenströmen und gegenseitig geläutert, berichtigt und gewürdigt werden können, seinen Boden finde", es ist überzeugt, daß „der alte Weg diplomatischer Verhandlungen unter einzelnen deutschen Regierungen über allgemein deutsche Angelegenheiten verlassen werden muß", denn „dergleichen Verhandlungen haben dem ehemaligen Bundestage den letzten Lebensnerv gelähmt und sind dem Geiste, der durch die neue Schöpfung gehen soll, gänzlich entgegen". Baden ist bereit, „der gemeinsamen großen Sache des Vaterlandes, aber auch nur dieser, seine Opfer zu bringen".

Zu dieser Erklärung wird Baden auf die Zustimmung aller Gutgesinnten in ganz Deutschland rechnen können, im Lande selbst werden die Parteistimmen einen Augenblick schweigen, um sich dem tapfern und ernsten Worte, das die Regierung gesprochen

rückhaltlos anzuschließen. Daß die Stände der Politik, wie sie sich jetzt in Karlsruhe kundgibt, vollständig zugethan sind, haben ihre früheren Beschlüsse und Erklärungen in der deutschen Angelegenheit bewiesen. Die Politik, welche die Karlsruher Zeitung vertritt und zu der sich Geheime Rath Welcker in der „Mainlust“ hergibt, ist nicht die der badischen Regierung, das muß man laut sagen, weil in unsrer verstimmten und verworrenen Zeit auch hier die Mißdeutungen nicht ausbleiben. Schreiben uns doch unsere Frankfurter Freunde, man wolle zum Theil in der Differenz zwischen dem halboffiziellen Blatte und dem offiziellen Vertreter mit der Regierung einen fein ausgedachten diplomatischen Plan erblicken; Baden wolle wie viele andere Leute à deux mains spielen. Wir brauchen kaum zu sagen, daß nur das baarste Mißverständniß oder die Verläumdung zu solchen Insinuationen greifen kann; was man als Doppelzüngigkeit deuten will, ist nichts als eine übertriebene Toleranz, die freilich in einer so kritischen Lage sehr schlecht angebracht ist.

Nur wenige Worte über das, was der Note den Anstoß gegeben hat, über die wiederauflebende „Wienerkongreßpolitik“, über jenen dynastischen Schacher, der den Moment der Rathlosigkeit und Verlegenheit „zunächst“ zu Gunsten von „Deutschlands Königen“ auszubeuten sucht. Ein bischen Menschen- und Länderhandel, Reminiszenzen aus der Politik von der Theilung Polens an bis zum Wiener Kongreß — Das wäre also Alles, was die Unverbesserlichen aus den Ereignissen des vergangenen Jahres sich als politische Moral abgezogen hätten! Die deutschen Könige, d. h. „zunächst“ Baiern, Sachsen, Würtemberg und allenfalls Hannover durch territoriale Trinkgelder zu gewinnen, ein paar kleinere Staaten zu verschlingen und dann mit diesem neuen verstärkten Fürstenbund dem Werke der Einigung entgegenzutreten, das ist's, was uns die Ollmützer Politik als ihre Märzerrungenschaft zu bieten wagt? Darum sucht jenes Oesterreich in demselben Athem, wo es sich so zärtlich für das „selbstständige Leben“ der „einzelnen Gliedmaßen“ interessirt, den Weg zu bahnen zu einem deutschen Fürstenkongreß der schlimmsten Art, einem Congresse, der die einen aufspeisen will, um mit dem neuen Zuwachs die anderen zu bekämpfen? Wir wollen den innern Wahrscheinlichkeiten, die auf eine solche Taktik hindeuten, nicht näher nachgehen; zwingt uns doch die Erfahrung der jüngsten Zeit, von den Epigonen Metternichs auf jede Art schlimmer Rückfälle gefaßt zu sein. Auch auf Baiern, dessen Montgelas'sche Erinnerungen so wenig verwischt sind, als es seine Gelüste, sich mit einem Stück badischen Gebirts zu vergrößern, jemals aufgegeben hat, fällt der Verdacht, an diesem Intriguenspiel Theil genommen, oder wie jüngst irgendwo treffend gesagt wurde, diesen „diplomatischen Putschgelüsten“ seine Mitwirkung geschenkt zu haben. Die jüngste Verhandlung in der Kammer der Reichsräthe und die Art der Rechtfertigung des Grafen Bray über die famose Londoner Verhandlung würde, auch wenn man Baierns jüngste Geschichte ganz vergessen wollte, allein schon den Beweis liefern, daß die badische Regierung sehr gut that, bei Zeiten ihre Verwahrung einzulegen.

Am seltsamsten ist das Benehmen von Würtemberg; will dort auch die Großmannsucht und die sublime Idee von einer selbstständigen würtembergischen Politik, die in Baiern solche Verwüstung anrichtet, ihre Wurzeln schlagen? Noch ist es nicht so schlimm, wie in Baiern und Sachsen, wo die gesinnungstüchtige Volksvertretung selbst ein Argumentum ad hominem für die nothwendige Mediatisirung des konstitutionellen Partikularismus zu liefern sucht, aber die Regierung selbst schien einige Male ihre unbefangenen Freunde irre machen zu wollen. Scheint doch Staatsrath Römer etwas darin zu suchen, die Ueberlegenheit des würtembergischen Staatsbewußtseins Baden gegenüber recht scharf zu betonen: uneingedenk seiner eigenen Worte, daß es eine würtembergische Souveränetät so wenig gibt als eine badische. Wurde doch jüngst in der badischen Kammer von Brentano dem Ministerium der unwahre Vorwurf gemacht, Baden unterhandle mit Würtemberg um die Einführung der Grundrechte zu verzögern und die Vereinbarungstheorie durchzuführen; berief sich doch der Ankläger, als seine Behauptung für unwahr erklärt wurde, gesprächsweise auf den Staatsrath Römer! Sehr möglich, daß das nur eine Parteilüge war, für die der unbescholtene Name Römers die Folie sein mußte, aber es liegt anderes Bestätigte vor, das wenigstens von sehr wenig nachbarlicher Gesinnung zeugt. Staatsrath Römer, so lesen wir in öffentlichen Blättern, schiebt das längere Verbleiben der Reichstruppen dem Verlangen der badischen Regierung zu und wie wir auf Erkundigung erfahren — stellt die badische Regierung dies ganz entschieden in Abrede. Allerdings hat Staatsrath Römer auch einmal gnädig geäußert, „er müsse Baden hüten,“ denn es ist eine alte Erfahrung, daß der Zwerg sich neben dem Zwerg streckt, und mit der eignen Größe dick thut. Es scheint aber zudem Parole zu sein, Baden so hinzustellen, als könne es sich nicht mehr selber erhalten; zu thun, als sei die republikanische Wühlerei ein nur in Baden einheimisches Uebel.

So rasch hätten also die liberalen Staatsmänner von heute vergessen, was Baden der liberalen Opposition werth war, als man allerwärts schweigen mußte oder die Waffen streckte? Denkt man so wenig daran, welchen Antheil Baden an allem dem ansprechen darf, was uns die Märzerhebung rasch gezeitigt hat? Erwägt man so wenig die geographische Lage Badens, die dies vorgeschobene und politisch bewegte Ländchen dazu verurtheilte, den ersten und gewaltsamsten Stoß der Revolution — für die Andern auszuhalten? Vergißt man so ganz, daß Baden die Kosten bezahlen mußte für die Ruhe und Sicherheit der Nachbarn; übersieht man so undankbar, daß zwar Baden im April den ersten Putsch erlebt, aber auch im März das erste entzündende Wort zur deutschen Volkserhebung gesprochen hat! Wenn unsre nachmärzlichen Staatsmänner nichts Besseres wissen, als die schlechtesten Künste der diplomatischen Vorgänger nachzumachen, so war es fürwahr des großen Lärms nicht werth. Wenn das Verschlucken eines oder des andern Fürstenthums „zunächst“ durch die deutschen Könige die Erfüllung jener großartigen Mediatisirungen wäre, die Staatsrath Römer einmal in der Paulskirche verkündigte, so müßten wir freilich abermals beklagen, daß auch andere Leute als die Bourbons nichts vergessen und nichts gelernt haben.

Man mediatisire nur, aber wirklich im großen Stile; man fange nicht mit dynastischen Pfuschereien an. Sonst würde man einst in sehr ernster Weise die Worte der badischen Note in Erinnerung rufen: „Daß wir doch unmöglich eine Wiederholung der Wiener Kongreßpolitik erleben dürfen.“

Die Russen in Siebenbürgen.

*: **Stuttgart**, 25. Febr. Das Einrücken der Russen in Siebenbürgen, diese aktive Betheiligung der russischen Waffen an den Angelegenheiten Mitteleuropa's hat in den hiesigen politisch gebildeten Kreisen große Sensation erregt. Wenn wir uns auch nicht vermessen wollen, jetzt schon alle Folgen eines Ereignisses zu übersehen, welches wir als ein sehr wichtiges bezeichnen müssen: so können wir uns jedoch darüber wohl kaum täuschen, daß es auf die Entwicklung unserer deutschen Zustände und vor Allem auf die, wenn auch augenblicklich vertagte, dennoch schwebende Frage „ob Habsburg oder Hohenzollern?“ einen großen Einfluß äußern wird. Wenn wir das Erscheinen des russischen Adlers auf österreichischem Gebiete mit der Lösung der oben erwähnten Frage in Verbindung bringen, so sprechen wir dadurch indirekt die Ueberzeugung aus, daß diese Frage der Entscheidung vorliege. Es ist dies unsere feste Ueberzeugung! Mögen unsere inneren politischen Verhältnisse augenblicklich sein welche sie wollen; mag man in der Paulskirche über die Oberhauptsfrage denken was man will, es ändert dies nichts an unserer Ansicht, die auf der Macht unabweisbarer Verhältnisse beruht. Die Frage „ob Hohenzollern oder Habsburg?“ schwebt seit dem 7jährigen Kriege über Deutschland. Ihre Lösung ist immer mehr herangereift und sie wartet schon längst zu ihrer Entscheidung auf entsprechende, zu der Lösung drängende Verhältnisse. Wenn je, so ist die gegenwärtige Zeit, wo sich der öffentliche Geist so mächtig nach einer Centralgewalt Deutschlands sehnt, dazu geeignet, die definitive Lösung dieser hochwichtigen Frage zur Nothwendigkeit zu erheben.

Wenn Oesterreich nach unserem Ermessen durch seine geographische Lage, durch seine inneren Verwickelungen, durch die Politik, welche es nach Innen befolgt, und endlich durch seine bedrohte Lage nach Außen, in der Gunst der Verhältnisse (mit Bezug auf die Oberhauptsfrage) Preußen bisher nachstand, so erblicken wir in dem Einrücken der Russen in Siebenbürgen ein Ereigniß, welches in dem Rivalitätsstreite mit Preußen nicht zu Gunsten Oesterreichs in die Wagschale fällt. Es erhellt daraus wenigstens mit Bestimmtheit, daß Oesterreich mit Rußland in ein enges Bündniß getreten ist, und ferner, daß es auf eine Allianz mit Rußland größeres Gewicht als auf die Sympathie des größ-

ten Theiles Deutschlands legt. Mag die allgemeine Stimme Deutschlands, welche sich so leidenschaftlich gegen Rußland erhebt, in ihrem ganzen Umfange gerechtfertigt sein oder nicht; es besteht einmal diese Richtung des öffentlichen Geistes, welcher ein Staat nicht entgegentreten kann, der mit Deutschland oder gar an seiner Spitze die Geschicke des Vaterlandes ordnen will. Wir glauben daher auch nicht zu viel auszusprechen, wenn wir erklären, daß wir in dem mehrfach genannten Ereigniß einen Wendepunkt in unseren inneren Angelegenheiten erblicken, daß wir der Ansicht huldigen, daß durch dasselbe alle schwebenden Fragen des Vaterlandes schneller zur Entscheidung geführt werden.

Deutschland.

Wien, 19. Febr. Dieses Mal war weder Nachlässigkeit, noch Unwohlsein, noch Mangel an Zeit die Ursache meines langen Schweigens. Die Tagesneuigkeiten werden Ihnen von Ihren übrigen Korrespondenten regelmäßig mitgetheilt, und in dem Räderwerke unserer Staatsmaschine hat seit meinem letzten Briefe kein neuer Umschwung stattgefunden.

Die Deutsche Reform bekomme ich leider nicht mehr zu lesen; das Blatt ist in Wien nicht öffentlich verboten, wird aber insgeheim unterdrückt und ich weiß deßhalb nicht genau mehr das Datum meines letzten Briefes; sehr genau weiß ich aber noch, daß in jenem Briefe von der österreichischen Note die Rede war.

Seitdem ist das verhängnißvolle Aktenstück in offizieller Kundmachung erschienen, und wenn ich des Höchsten über den Inhalt erstaunt war und noch bin, so theile ich hierin das Schicksal der ganzen deutschen Nation, — nur mit dem Unterschiede, daß mein Erstaunen ganz andere Gründe hat, als ich bei meinen Brüdern „im Reich" annehmen darf.

Ich staunte nämlich darüber, daß mein letzter Brief, der eigentlich nur einige vorbereitende Andeutungen geben sollte, mehr enthielt (nicht der Buchstabenzahl, sondern dem Sinne nach) als die Note selbst, welche außer einigen zweideutigen Verneinungen so ziemlich gar nichts enthält.

Ich kannte die Absichten unserer Regierung und hielt es für meine Pflicht, Ihnen einen zeitigen Wink zu geben; daß unser Kabinet in seiner Depesche nur einen Anlauf nahm, und den Wink selbst noch nicht für zeitgemäß hielt, konnte ich nicht errathen. Jedenfalls haben die intelligenten Leser der Deutschen Reform nun den Vortheil, nach meinem Winke den Inhalt der nächsten österreichischen Note schon genau vorher zu wissen. Diese von mir sogenannte „nächste österreichische Note" befindet sich schon längst in den Händen des Hrn. v. Schmerling; mit der Veröffentlichung derselben wird nur so lange gewartet, bis man die Stimmung in Deutschland genau erforscht hat, oder mit andern Worten: bis man weiß, wie viele Preußenfresser unser großes Vaterland zählt.

So viel vorläufig als allgemeine Andeutung: werfen wir jetzt einen Blick gemüthlicher Betrachtung auf die ganz Deutschland in Bewegung setzende erste Depesche unseres Kabinets.

Ueber die schülerhafte Abfassung, die schlechte Form der Depesche brauche ich nicht viele Worte zu verlieren; daß jeder Tertianer in Preußen besser deutsch schreibt, als unser ganzer Ministerrath zusammengenommen, wissen Sie ohnehin aus den schwarzgelben Proben, die ich Ihnen früher geliefert habe. Der Verfasser des berühmten Aktenstückes ist unser Justizministerchen Bach. Fragen Sie mich: warum man gerade diesen, der so schlecht deutsch schreibt, mit der Abfassung einer so wichtigen Schrift beauftragte, so antworte ich Ihnen ehrlich: weil Stadion und Schwarzenberg noch viel schlechter schreiben!

Gehen wir nach dieser Formrüge auf den Gehalt des Ganzen ein, so läßt sich der weitauseinander gesponnene Hauptgedanke etwa folgendermaßen kurz zusammenfassen:

„Da die österreichische Regierung mit Preußen sich nicht vereinbaren kann, so hält sie es für angemessen, sich mit Frankfurt zu entzweien."

Dann kommt ein Langes und Breites von dem, was unserem erleuchteten Kabinete vorschwebt! „Der K. K. Regierung schwebt vor rc. rc."

Man wird dabei unwillkürlich an Fallstaff erinnert, der auf die Frage: „Pistol! was schwebt mir vor?" die Antwort erhält: „Ein Wanst von 100 Pfund!" Dieser Wanst soll für Oesterreich Deutschland sein, wenn es dumm genug ist, sich dazu herzugeben.

Nachdem der Kaiserstaat sich von seinem Ochsenzweifel erholt — Sie kennen die Bedeutung dieses Wortes: Wenn ein Ochs den ersten Schlag vor den Kopf erhält, so sieht er sich verblüfft um und zweifelt, ob er auseinanderfallen oder seine Integrität bewahren wird — entwickelt die Regierung einen Uebermuth, der keineswegs in Einklang mit ihren Mitteln steht.

Durch ein diplomatisches Kunststück will sie uns mit in den großen Racenkampf reißen, der jetzt aus ganz Oesterreich eine blutige Wahlstatt macht. Die Völker werden untereinander nicht lange mehr zu bändigen sein und man will neue Hülfe von Außen herbeiziehen. So lange man sich stützen konnte auf die zahlreichen Kroaten und Gränzer, ging Alles gut, d. h. man konnte allen Nationalitäten die Gleichberechtigung des Bombardements ihrer Hauptstädte gewährleisten, und die Regierung wollte damals von deutschen Sympathieen nichts wissen. Aber jetzt fängt's auch unter den Kroaten zu gähren an; die slavischen Zeitungen, selbst die früher allergetreueste Agramer, speien Feuer und Flammen gegen unser perfides Ministerium, und dieses will uns jetzt mit liebenden Armen herbeiziehen, um uns bei Gelegenheit gegen die Kroaten zu hetzen.

Glauben Sie es mir: es gibt in ganz Wien nicht sechs zurechnungsfähige Deutsch-Oesterreicher, welche ein Bündniß mit Deutschland in solcher Weise wollen, wie unsere Regierung es anstrebt. Alle diejenigen, deren Verstand nicht ganz verschlemmt ist von vormärzlicher Gemüthlichkeit, begreifen so gut wie wir, daß Gagern den einzig richtigen Weg eingeschlagen hat.

Es ist trostlos, daß man in Deutschland so unklare Begriffe über die österreichischen Zustände hat. Ich fühle zuweilen ein starkes Gelüste hinauszureisen und von Stadt zu Stadt zu ziehen, um durch das gesprochene Wort den Leuten zuzurufen: „Ihr irrt, wenn ihr glaubt, daß in Oesterreich irgend eine Partei Sympathien für Euch hat! Ihr irrt noch mehr, wenn Ihr glaubt, daß unsere Regierung ein starkes, einiges Deutschland will!" Das Ministerium Schwarzenberg-Stadion unterscheidet sich von dem Ministerium Metternich-Sedlnitzki durch nichts als durch größere Unfähigkeit. Die deutsche Freiheit und Einheit im österreichischen Sinne des Worts ist eine Freiheit der Willkür von Oben, ist eine Einheit der Fürsten zur abermaligen Zerstückelung unseres schönen Vaterlandes. Diese Freiheit will unsere Regierung für sich allein und diese Einheit soll ihre Spitze finden in Franz Joseph und getragen werden von slovakischen und kroatischen Bajonetten! Und angenommen, der ungeheuerliche Traum unklarer Köpfe, der Traum eines mitteleuropäischen Reiches mit der Hauptstadt Wien ließe sich verwirklichen — was würdet Ihr dabei gewinnen? Die Größe eines Wassersüchtigen, dem alle Glieder schmerzen; Böhmen im Herzen des Landes, Italien jenseits der Alpen, Ungarn diesseits der Alpen. Was Platen einst dem alten Kaiser Franz zurief, paßt noch heute genau auf den jungen Kaiser Franz Joseph:

„Vergebens hoffst Du, daß der Lombarde je
Dich lieben lernt, daß je es der Pole lernt!
Wohl schleifte Mailand Barbarossa,
Aber es blutete Konradin auch!"

Wollt Ihr das für den Augenblick einzig Mögliche, so schließt Euch Heinrich von Gagern an! Wollt Ihr den Umsturz alles Bestehenden, wollt Ihr Bürgerkrieg und Blutgericht, so tanzt nach den österreichischen Noten! Dann wird der rosenfarbene Humor ob Eurer Dummheit zum blutrothen werden, dann werden auch die Gemäßigten die Glocke der Empörung läuten und lieber untergehen, als unser Vaterland aufs Neue zerstückeln sehen. (D. Ref.)

Wien, 21. Febr. Wir erhalten so eben den Originalbrief eines Kronstädters, der unter der Deputation sich befand, welche in Bukarest die russische Hülfe nachsuchte. Der Brief lautet wörtlich: Bukarest, 9. Februar. Der Erfolg unserer Reise von Kronstadt hieher war günstig. Den 2. waren wir in Bukarest, und den Donnerstag und Freitag waren die Russen schon in Kronstadt. Sonntag, 4. Februar ist Engelhard mit einem Bataillon, 200 Kosaken und 2 Kanonen gegen Honigsberg rekognosciren gegangen, wo ein starker Nebel war; als dieser sich gehoben, sieht er plötzlich die Szekler Vorposten vor sich stehen, und etwa 6000 Mann, worunter viele reguläre Truppen, welche einen Ueberfall auf Kronstadt ausführen wollten. Engelhard beschäftigt sie mit den Kosaken, schickt nun das übrige Militär zurück, sowie die Kanonen, und hat den Szeklern eine derbe Lektion gegeben; diese zogen sich eiligst zurück, ließen über 150 Todte auf dem Felde und nahmen viele Verwundete mit sich. Auf dieses sind noch 4

Eskadron Kavallerie von der Grenze nachgerückt, welche Engelhard verlangte. Dank der Vorsehung, welche die Szekler verblendete, nicht hieher nach Kronstadt zu kommen, bis die Russen da waren. Wir hoffen, daß Bem bald auch seine Rolle wird ausgespielt haben, und dann wird es über die Szekler ernstlich hergehen, welche so geschwind den abgelegten Eid für den jetzigen Kaiser gebrochen haben. Wir haben hier den ersten Autoritäten sowohl der Russen und Türken, als auch der hiesigen Regierung unsere Besuche abgestattet, und sind mit ausgezeichneter Achtung und Theilnahme für unsere Sache empfangen worden. Zur Unterstützung für die verunglückten Kronstädter ist eine Kollekte gemacht worden, wozu der türkische Kaiser allein 1000 Stück Dukaten gegeben hat. Vorgestern hat auch der russische Kaiser 1000 Stück Dukaten geschenkt, so daß nun von hier 3000 Dukaten beisammen sind. Von Omar Pascha sind wir sehr gut aufgenommen worden, er spricht gut deutsch. Wir haben an den Russen und Türken in der Wallachei weit bessere Nachbarn, als an den Szeklern, welche ohne unser Verschulden uns berauben und vernichten wollten.

(Ostd. Post.)

** **Kremsier**, 21. Febr. Die für Deutschland sehr interessante Interpellation des Abgeordneten Zimmer in der heutigen Reichstagssitzung lautet vollständig: „Das Ministerium hat durch seine Note vom 4. Febr. an die deutsche Centralgewalt die Erklärung abgegeben, daß es im Interesse Oesterreichs und Deutschlands der Begründung eines „unitarischen“ deutschen Staates unter dem Namen eines Bundesstaates seinen Beifall nicht schenken könne.

Hat es in verneinender Weise sich sehr klar ausgedrückt, so hat es dagegen nur in höchst unbestimmten und mystischen Worten angedeutet, wie es den von ihm als unbestreitbar nothwendig angenommenen „engeren Verband“ und die „nähere Einigung“ Deutschlands verwirklicht wissen will. Dem Ministerium schwebt nur die nebelige „Idee“ eines einigen Deutschlands vor, „mit einer in Aussicht zu stellenden Grundlage, auf der alle deutsche Staaten und alle ihre außerdeutschen Bundestheile Platz finden“. Diese Idee will es ausführen „durch einen stufenweisen Gang, der mit dem aufrichtigen Willen, sich anzunähern beginnt und allmälig übergeht zum wirklichen, engen Verband“. Das deutsche Volk ist hinaus über den bloßen Willen der Annäherung, der erst allmälig übergehen soll in einen wirklichen Verband; es ist zum Werke geschritten, einen durch tausend Jahre bestehenden Verband zur vollen Einigung weiter zu führen und baut seit länger als einem halben Jahre mit Entschiedenheit an seiner einheitlichen Verfassung, und wird nicht davon absehen, daß sie zur Wahrheit werde. Das deutsche Volk wird und muß trotz aller Hemmnisse einig werden, so begehrt es der innere Trieb der Nation, so begehrt es der Genius der Menschheit, der dieses ihr edelstes Glied als mächtigen Träger der Kultur stark wissen will.

Wir anerkennen die aufrichtigen Wünsche, welche das Ministerium für die glückliche Wiedergeburt von Deutschland hegt, wir durften aber von der ersten deutschen Macht erwarten, daß sie mit klarem Bewußtsein des großen Zieles in „der gemeinsamen Aufgabe der Fürsten und Völker Deutschlands“ die leitende Stelle zu behaupten wissen, daß ihre erste Erklärung an die Nationalversammlung den klaren Schöpfergedanken einer neuen, engeren Einheitsform, die alle Bundesländer umfassen soll, aussprechen werde. Wir sahen uns darin durch die Note vom 4. Februar enttäuscht, wir sahen uns mit Bedauern enttäuscht, weil ihre vagen, jedes positiven Inhalts ermangelnden Worte auf die österreichische Regierung den Verdacht werfen können, daß Oesterreich nur die alte Zersplitterung und damit die alte Machtlosigkeit Deutschlands erhalten wolle, daß Oesterreich an dem alten Metternich'schen Bundestag hänge, welcher den Fluch der deutschen Völker auf sich geladen. Wir sehen dadurch die österreichische Regierung in Gefahr gerathen, die Sympathien, welche sich noch in den letzten Tagen in Süddeutschland so kräftig für dasselbe kund gegeben, zu verlieren, ohne die nicht deutschen Volksstämme Oesterreichs durch deutliche Garantien ihrer nationalen Interessen für ihren Plan gewonnen zu haben.

Es kann sein, daß die dunkle Erklärung vom 4. Febr. aus der Sprache alter Diplomatie entnommen, hemmenden Einflüssen gegenüber, nützliche, verschleierte Zwecke erreichen will, allein die deutschen und nicht-deutschen Volksstämme in Oesterreich haben das Recht, offene, verständliche Worte von ihrer Regierung zu verlangen. Ihre Vertreter in Frankfurt und ihre Vertreter in Kremsier, zum Theil aus derselben Wahlquelle hervorgegangen und zum einheitlichen Handeln berufen, dürfen in ihren klaren Zielen nicht durch mehrdeutige Räthselworte beirrt werden.

Daher stellen wir in Anbetracht, daß die eben sich gestaltende Spezialverfassung von Oesterreich mit jener von ganz Deutschland in nächster Beziehung steht, an das hohe Gesammtministerium die Frage: „In welcher Verfassungsform ihm ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vorschwebt und welcher Art das Verhältniß ist, in welchem mit allen deutschen Staaten auch ihre außerdeutschen Landestheile Platz finden sollen?“

Die nicht minder interessante Interpellation Schuselka's wegen der deutschen Grundrechte lautet: Durch die Kreisämter ist an die politischen Amtsvorsteher folgendes Rundschreiben ergangen: „Laut einer vom Hrn. Minister des Innern herabgelangten Weisung beabsichtigen einige österreichische Deputirte der deutschen Nationalversammlung, das Reichsgesetzblatt vom 8. enthaltend die Grundrechte des deutschen Volkes in einer größern Anzahl Exemplare in den österreichischen Staaten zu verbreiten. Da diese Verbreitung bei der gegenwärtigen Stimmung auf die unteren Volksklassen aufreizend einwirken würde, so ersuche ich Ew. Wohlgeboren im engsten Dienstvertrauen der Verbreitung dieser Druckschrift entgegen zu wirken.“

So lautet das kreisamtliche Rundschreiben in Folge herabgelangter ministerieller Weisung. Wie sich diese Weisung mit der jüngsten Note, welche dasselbe Ministerium an die deutsche Centralgewalt erlassen hat, vereinbaren läßt, will ich nicht untersuchen, ich überlasse diese Vereinbarung den erleuchteten Erfindern der Vereinbarungstheorie selber, ich überlasse sie insbesondere der hohen diplomatischen Weisheit unseres Kabinets. Folgende Punkte aber muß ich hervorheben. Ein österreichischer Prinz ist anerkannter Reichsverweser von Deutschland und hat als solcher die deutschen Grundrechte als Gesetz verkündet, und dieses Gesetz soll in Oesterreich selbst als bloße Druckschrift verboten sein!

Die Vertreter Oesterreichs haben in von unserer Regierung anerkannten Wirksamkeit an den deutschen Grundrechten mitgearbeitet, diese österreichischen Volksvertreter sitzen noch in der Paulskirche, unser Ministerium schreibt eben jetzt neue Wahlen für Frankfurt aus, und doch sollen die Frankfurter Beschlüsse in Oesterreich selbst als Druckschrift verboten sein!

Die französische Verfassungsurkunde, also eine republikanische Verfassung durfte in Oesterreich gedruckt und verbreitet werden; die Grundrechte des deutschen Volkes aber sind in Oesterreich eine verbotene Schrift!

Die deutschen Grundrechte stimmen im Wesentlichen mit den österreichischen überein, ja sie sind in einzelnen Punkten sogar weniger freisinnig gefaßt. Da wir nun an der Consequenz des hohen Ministeriums nicht zweifeln dürfen, so müssen wir gewärtigen, daß auch die österreichischen Grundrechte auf den Inder der verbotenen Schriften gesetzt, und dagegen etwa von Amtswegen die Hefte Hansjörgels zur Aufklärung der untern Volksklassen verbreitet werden dürften.

Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Gewährleistung der freien Entwicklung jeder einzelnen ist das oft und feierlich verkündete vielgepriesene und preiswürdige Staatsprincip Neuösterreichs. Wie steht es aber mit diesem Princip den deutschen Oesterreichern gegenüber, wenn sie die Grundrechte ihrer Nation nicht einmal lesen sollen!

Ich stelle daher an den Herrn Minister des Innern die Frage:

„Ob er die angeführte Weisung wirklich erlassen habe und ob er nicht geneigt wäre sie zurückzunehmen, da sie offenbar eine Beleidigung des deutschen Volkes und der deutschen Nationalversammlung, eine unheilvolle Compromittirung der deutschen Stellung Oesterreichs, eine Verletzung der allen Oesterreichern garantirten Preßfreiheit und besonders eine Verhöhnung und Unterdrückung der nationalen Freiheit der deutschen Oesterreicher enthält.“

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in **Leipzig**. — **Druck** von **H. L. Brönner** in **Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 60. Frankfurt a. M., Donnerstag 1. März. 1849.

Uebersicht.

Was will man auf der Mainlust?

Deutschland. Frankfurt (Die Linke und die Koalition. Die Verfassungsvorschläge der Linken. Würtembergische Note. Die „Brustbilder aus der Paulskirche." Neue Uniformirung der Frankfurter Truppen.) Wien (Die Attentate auf Soldaten. Die Konskription. Adressen. Die Universität. Civilehe. Nachrichten aus Ungarn. Die Verfassung. Die Russen. Tagesnachrichten.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen. Interpellation Palacky's.) Von der österreichischen Grenze (Die neue Organisation Ungarns.) Berlin (Die deutschen Gesandten. Die Pläne der Rechten und der Linken. Die Vertretung der einzelnen Interessen auf dem Landtage. Die Eröffnung der Kammern. Die Thronrede. Programm. Rußland und die Verträge von 1815. Die Bürgerwehr.) Posen (Feldzugsplan der Polen in Berlin.) München (Die Ministerkrisis. Die Kammer und das Gesetz über die Matrikularbeiträge. Militärjustizbeamte nach Frankfurt.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Dresden (Erklärung von 66 Kammermitgliedern.) Hannover (Die Grundrechte. Landdrost Meyer.) Darmstadt (Kammerverhandlungen.) Aus Thüringen (Unterhandlung über Abtretung von Sondershausen an Preußen.) Mecklenburg-Schwerin (Standbild Paul Friedrichs.) Hamburg (Graf Oxholm. Der österreichische Gesandte in Schweden.) Bremen (Die Feier der neuen Verfassung. Neue Zeitung.)

Großbritannien. London (Eine humoristische Episode im Unterhause, betreffend den beabsichtigten Gegenbesuch in Paris. Die Judenbill. Graf Collredo bei der Königin. Sir A. Malet. General G. Napier.)

Frankreich. Paris (Das demokratische Banket. Das bonapartistische Wahlprogramm. Die Trauerfeier und das diplomatische Korps. Verhaftungen. Regimenter für den Straßenkampf. Die Ankunft der Abgesandten der römischen Republik.)

Oesterreichische Monarchie. Kronstadt (Proklamation des russischen Generals.) Syrmien. (Zwangsanleihe und Assignaten.)

Italien. Sardinien (Gioberti ist mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt.)

Schweiz. Bern (Preise auf die Köpfe der deutschen Fürsten. Der Bundesrath der und deutsche Reichsgesandte. Die projektirte Spielbank in Luzern.)

Ungarn. (Die Einnahme Arads.)

1. März.

Die Gesellschaft in der Mainlust hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine Bundesverfassung für Deutschland zu erfinden, in welcher auch Oesterreich seinen Platz haben solle. Dabei geht sie aber von der Annahme aus, daß Oesterreich gleichzeitig ein Gesammtstaat (in centralisirter oder föderativer Form) bleiben werde und müsse. Ein Gesammtstaat, auch in der loseren Form der bloßen Föderation (also des Bundesstaates) setzt aber nothwendig voraus: 1) eine einheitliche Regierung durch ein Gesammtministerium und eine gemeinsame Volksvertretung; 2) eine Gesammtvertretung nach Außen. Aus der einheitlichen Regierung folgt aber, daß kein Akt der Gesetzgebung, der sich auf allgemeine d. h. blos provinzielle Angelegenheiten bezieht, anders, als durch jene einheitliche Regierung und Vertretung, oder doch unter deren Beistimmung, ins Werk gesetzt werden kann. Es kann daher kein Gesetz in irgend einem Theile des österreichischen Gesammtstaates Geltung haben, ohne zuvor die Zustimmung nicht blos der obersten Centralregierung dieses Staatsganzen, sondern auch der gemeinsamen Vertretung, d. h. des Reichstags für die gesammten einheitlich verbundenen Lande erlangt zu haben. Ganz konsequent hat daher die österreichische Regierung in einer neuerlichen Note an ihren Bevollmächtigten erklärt, daß eine unbedingte Gültigkeit der deutschen Reichsgesetze in Deutsch-Oesterreich darum unmöglich sei, weil jeder Gesetzgebungsakt gleichmäßig die deutschen und nichtdeutschen Theile der Monarchie betreffen müsse, auf die letzteren aber ein von Frankfurt aus diktirtes Gesetz natürlich nicht Anwendung leide. Das ist im Voraus die Antwort der österreichischen Regierung auf den Vorschlag, den der erwähnte Entwurf der Mainlustpartei zu den §§. 2 und 3 vom Reiche aufstellt. Demnach soll es nämlich ohngefähr so heißen: „Wenn ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen politisch verbunden ist, so muß diese Verbindung der Art sein, daß sie der vollen Anwendung der deutschen Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung auf den deutschen Theil keinerlei Abbruch thut." Entweder würde die österreichische Regierung diesen Vorschlag, als unausführbar, gar nicht annehmen, oder sie würde ihn dem Scheine nach annehmen, ihm aber niemals aufrichtig nachkommen, noch nachkommen können, oder endlich sie würde sich, eben jener eigenthümlichen Verhältnisse halber, ein besonderes Zustimmungsrecht zu allen Reichsgesetzen vorbehalten. Daß wir im letzteren Falle wieder vollständig auf die alte Bundesverfassung zurückkämen, welche auch bei allen sog. organischen Beschlüssen die freie Zustimmung jedes einzelnen Mitgliedes erheischte, daß dagegen eine solche Bestimmung mit dem Bundesstaat und seiner „einheitlichen Regierung" völlig unvereinbar ist, wird am Wenigsten der Führer jener Partei, der als Staatsrechtslehrer so berühmte Herr Welcker in Abrede stellen können. Es ergibt sich hieraus, daß allerdings die strenge Beibehaltung der §§. 2 und 3 eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Bundesstaates ist.

Was ferner die Form der „einheitlichen Regierung" des Bundesstaates betrifft, so ist auch diese keineswegs so gleichgültig wie die Frankfurter Zeitung uns glauben machen möchte. Das Siebenerkollegium, welches der Entwurf der Mainlustpartei an die Spitze des Reichs stellen will, besteht aus Bevollmächtigten der Regierungen; es regiert also nicht kraft eigenen Rechts und nach eigenem Willen, sondern im Namen und Auftrag der Einzelregierungen gerade wie der alte Bundestag. Die Mainlustpartei sucht nun zwar diese Besorgniß niederzuschlagen, indem sie einen starken Accent auf die parlamentarische Regierung legt, auf das von der Majorität des Volks- und Staatenhauses getragene und geleitete Reichsministerium. Aber hier ist nur Zweierlei möglich: Entweder es gibt eine wirkliche parlamentarische Regierung, wo die Macht und die Leitung des Ganzen in der Volksvertretung und dem aus ihrer Majorität hervorgehenden Kabinete liegt — dann fragen wir: welchen Vortheil haben die Regierungen davon, daß sie formell vertreten sind in der obersten Spitze? Oder aber: die parlamentarische Regierung ist ein bloßer Schein und das eigentliche Regiment ist bei dem Siebnerkollegium, nun, dann sind wir eben wieder da, wo wir vor dem März waren. Soviel ist gewiß: Die Tendenz einer Bundesregierung, welche aus Beauftragten der Einzelregierungen besteht, muß nothwendig dahin gehen, die parlamentarischen Gewalten, das Reichsministerium und die Volksvertretung nicht zur Geltung kommen zu lassen, weil sonst der ganze Zweck dieser Siebentheilung der obersten Gewalt, dieser Verewigung der Präponderanz der Einzelregierungen in der Spitze selbst verloren ginge. Es wird daher ein fortwährender Kampf sein zwischen dieser Tendenz der partikularistisch konstruirten Spitze und dem die Einheit retten wollenden Parlament. Siegen in diesem Kampfe die Regierungen, so ist es gleichzeitig um die Freiheit wie um die Einheit geschehen, denn sie werden dann das Parlament, wenn nicht gänzlich unterdrücken, doch so sehr als möglich schwächen müssen. Siegt das Parlament, so wird es in Verfolgung seines Sieges nicht bloß die widerstrebenden Einzelregierungen, sondern die Bundesregierung selbst, weil diese nur ein Agglomerat der Einzelregierungen ist, vernichten, also die eine und untheilbare Republik herstellen. Daß diese letztere Aussicht die republikanische Linke dem Projekte einer Siebenregierung geneigt macht, begreift sich; seitens der Verfassungskommission der Mainlustpartei scheint man eine solche Hoffnung absichtlich zu nähren, u. a. dadurch, daß man das suspensive Veto sogar bei Verfassungsveränderungen (welches die Nationalversammlung in erster Lesung verworfen hat) in jenen Privat-Verfassungsentwurf aufgenommen hat; ebenso gewiß aber ist auch, daß man bei den Regierungen, denen man doch durch jenes Projekt zunächst

entgegenkommen will, namentlich der österreichischen unmöglich eine Zustimmung zu jenen republikanischen Hintergedanken, als auch nur die Kurzsichtigkeit, solche nicht zu merken, voraussetzen kann, daß man also nach zwei Seiten hin ein ganz verschiedenes Gesicht zeigen muß, wenn man nicht mit seinen Plänen sofort ausgelacht und vor die Thüre gesetzt sein will. Ob das auch deutsch sei, darüber wird die Stimme des deutschen Volkes richten, welches hoffentlich noch nicht ganz verlernt hat, daß deutsche Treue und Redlichkeit immer zu den schönsten Tugenden unserer Nation gerechnet sind, und der alte Main, an dessen Ufern tausendjährige Erinnerungen an das einst große und herrliche Reich der Deutschen mahnen, wird wenig Lust haben an dem Treiben auf der Mainlust!

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 28. Febr. Die Kommission der Linken hatte bereits vorgestern Abend in den einzelnen Fraktionen ihre Gegenanträge zu dem Entwurfe der österreichischen Coalition vorgetragen, welche auch die Billigung derselben erhalten haben sollen. Gestern Abend sollten indessen in gemeinschaftlicher Sitzung der Fraktionen der Linken diese Gegenanträge nochmals einer Berathung unterzogen werden und es fragt sich, ob sie durch dieselbe nicht mancherlei Aenderung noch erlitten haben. Wenn die Linke die Hand auf's Herz legt, so muß sie sich eingestehen, daß sie, die dem Vereinbarungssystem so abhold ist, auf der von ihr angegebenen Basis zu keiner dauernden Coalition mit der österreichischen Landsmannschaft gelangen kann. Was aber denn doch der Linken noch weit ernstere Bedenken erregen muß, ist der Umstand, daß die österreichische Coalition eine Deputation nach Ollmütz mit dem Welcker'schen Entwurfe sendete, ohne es der Mühe werth zu halten, erst die Beistimmung der Linken abzuwarten. Wenn nun auch der Welcker'sche Entwurf in Ollmütz Gnade fände, schlösse dies auch die Zustimmung zu den Anträgen der Linken in sich? Gewiß nicht. — Wir wollen sehen, wann die Coalition der Linken mit der österreichischen Fraktion eine Wahrheit wird.

*** **Frankfurt**, 28 Febr. Die eventuellen Gegenanträge der Kommission der Linken zu den „Vorläufigen Verbesserungs-Vorschlägen" der österreichischen Coalition sind im Wesentlichsten: „Bei §. 2 und 3 des Abschnittes „das Reich" soll statt politische Verbindung, staatliche Verbindung (eines deutschen Fürsten mit einem nichtdeutschen Lande) gesetzt werden." „Die Einzelregierungen sollen keine besonderen Gesandten anstellen, noch annehmen." „Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung." „Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Central-Gewalt. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs." „Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Flotte geht vom Reich aus." „Der Reichsgewalt liegt es ob, kraft der Reichsverfassung die allen Deutschen verbürgten Rechte zu wahren." „Die Stelle des Reichsstatthalters wird von drei zu drei Jahren abwechselnd dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen übertragen. Der Reichsstatthalter muß seine Stelle persönlich einnehmen. In Verhinderungsfällen hat Preußen für Oesterreich, dieses für Preußen die Stellvertretung." „Die Reichsregierung hat unter Mitwirkung des Reichstags das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Bündnisse oder Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen." (Die Zusammensetzung des Staatenhauses aus 183 Mitgliedern wird beibehalten.) „Die Mitglieder des Staatenhauses werden durch die Volksvertretung der einzelnen Staaten ernannt. Wo zwei Kammern bestehen, wählen diese in gemeinschaftlicher Sitzung nach Stimmenmehrheit." „Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung im Staatenhause verbunden sind, treten die Kammern der betreffenden Einzelstaaten zu gemeinschaftlich vorzunehmender Wahl zusammen." „Der Reichstag versammelt sich den 1. Mai jedes Jahres am Sitze der Reichsregierung." (Die Reichsgewähr betr.) „Eine Aenderung der Regierungsform in einem einzelnen Staate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen."

Frankfurt, 28. Febr. Die Frankf. Z. glaubt über den Inhalt der würtembergischen Note vom 11. Febr. Folgendes mittheilen zu können: Die würtembergische Regierung tritt dem Antrage auf eine Vereinbarung über die künftige Verfassung des deutschen Bundesstaats ohne Unterwerfung desselben unter ein einziges Oberhaupt bei. Einem engern Bund im Bunde kann diese Regierung ebenfalls nicht das Wort reden, legt vielmehr den größten Werth auf das Verbleiben Oesterreichs im Bundesstaate. Eine Lostrennung Oesterreichs sei eine Selbstverstümmelung des Vaterlandes, ein mit dessen jetziger und künftiger Größe unverträglicher Akt; die würtembergische Regierung hofft im Gegentheil, daß die kaiserliche Regierung die bereits angebahnte Verständigung mit der Nationalversammlung über den vorliegenden Verfassungsentwurf, so viel immer möglich beschleunigen werde.

** **Frankfurt**, 28. Febr. Von Robert Heller's „Brustbildern aus der Paulskirche" sind seit einigen Tagen Exemplare der zweiten Auflage von Leipzig hier eingetroffen. Außer mehreren Berichtigungen in den Mitgliederverzeichnissen und außer etlichen Zusätzen, die sich auf die Hrn. Max Duncker, Schubert von Königsberg und Wydenbrugk beziehen, bemerken wir keine wesentliche Veränderung in dem Buche, welches sich eines so seltenen Beifalls von Seiten der deutschen Zeitungspresse und des Publikums zu erfreuen gehabt. Besonderen Werth legen wir auf die Aufmerksamkeit, welche das Parlament selbst dieser Schilderung des Parlaments schenkt und auf die rege Theilnahme von Außen, auch darum namentlich, weil die „Brustbilder" die Stellung einer Parteischrift nicht verleugnen. Denn gehören sie zwar nicht einer bestimmt abgegränzten politischen Richtung an, so vertreten sie doch überall desto nachdrücklicher die Partei des Patriotismus und der Bildung. Dafür aber, daß diese Tendenzen zu einem immer klareren und allgemeineren Bewußtsein im deutschen Volke kommen, legt die überraschende Wirkung ein Zeugniß ab, welche die erwähnte Schrift in den mannigfaltigsten Kreisen hervorzubringen im Stande war.

♈ **Frankfurt**, 28. Febr. Bekanntlich ist schon seit längerer Zeit entschieden, daß unser Linien-Militär nach preußischem Muster mit Waffenrock und Helm versehen werden soll. Die Maßregel wird, da man bereits einzelne Soldaten in der neuen Uniform erblickt, ohne Zweifel demnächst vollständig durchgeführt werden. Der Waffenrock ist länger als beim preußischen Militär, sonst ist kein Unterschied bemerkbar.

△ **Wien**, 24. Febr. Die Geldprämien unseres Gouverneurs finden Nachahmung; auch das Ortsgericht Neulerchenfeld hat eine Belohnung von 300 fl. C.-M. ausgesetzt für die Entdeckung des Thäters, der am Abend des 20. jenen Soldaten in den Schenkel verwundete; wer eine gegründete Spur zur Entdeckung desselben angeben kann, erhält eine Belohnung von 100 fl. C.-M. Seit Dezember sind drei Soldaten auf diese Art verwundet worden, wovon sogar einer starb, und noch kein Einziger der Thäter konnte ermittelt werden! Unsere Sicherheitswache wurde zwar erst kürzlich reorganisirt und auf 400 Mann zu Fuß und 50 M. zu Pferde erhöht, sie scheint aber zu allem andern eher tauglich, als zur Entdeckung von Mördern und Dieben. Dem Vernehmen nach ist die Konskription für Wien sistirt worden, da der Gemeinderath bewies, daß die hiesige Gemeinde bereits 1165 Mann Freiwillige mit 5 fl. K.-M. Handgeld für jeden Einzelnen gestellt hat. Das Kontingent für Wien ist also nicht nur komplettirt, sondern es sind schon 551 Mann Ueberschuß, welche von der nächsten ordentlichen Rekrutirung abzurechnen sind. Aus Znaim hören wir, daß durch die Rekrutirung im Orte selbst, sowie in der Umgegend, tumultuarische Auftritte veranlaßt worden sind. Abermals habe ich Ihnen von einer Dankadresse zu berichten, welche Unterschriften sucht, um „dem hohen Ministerrathe" für sein Programm vom 27 Nov. v. J. und für seine am 4. und 8. Januar am Reichstage in Kremsier abgegebenen Ministerialerklärungen in Betreff der Grundrechte für Oesterreich zu danken!" Diese und die gestern erwähnte Adresse wegen der Aufhebung des Adels werden doch dazu gemacht sein, dem unglücklichen Wien einen Blick der Gnade von den höchsten und hohen Herrschaften zu verdienen, von welchen es noch immer konsequent gemieden wird, wofür die 2800 leerstehenden Wohnungen (nach amtlichen Angaben) ein sprechendes Zeugniß geben können. Ueber den Zeitpunkt der Eröffnung der Universität wissen nicht einmal die Professoren etwas Genaues oder auch nur Muthmaßliches anzugeben. Die Gefoppten sind dabei die jungen Leute, welche aus den Provinzen kamen um sich vormerken zu lassen. Für die philosophischen Studien sind gegen 50 eingeschrieben; früher waren es 400. Es hat den Anschein, als ob man die Märztage vor der theilweisen Eröffnung der Studien wolle vorübergehen lassen. 12 bis 13000 Aktien, welche die Regierung von der Mailänder Ferdinands-Eisenbahn angekauft und in Venedig niedergelegt hatte, hat sich die

dortige provisorische Regierung zugeeignet. Das Handelsministerium erklärt daher heute durch offiziellen Anschlag dieselben für ungültig und warnt mit Angabe der Nummern vor dem Ankaufe derselben. Großen Eindruck hat in unserer Leopoldstadt das erste Beispiel einer Civilehe gemacht. Ein katholischer Schuster, der von seiner ersten Frau geschieden ist, und kirchlich keine zweite Ehe nach kath. Ritus mehr eingehen konnte, hat sich mit dem Civil-Akte begnügt. Die Leopoldstädter nennen dies eine „konstitutionelle Ehe," und die Geistlichkeit kann sich kaum zurückhalten über diese Ketzerei der Neuzeit das Anathema auszusprechen.

Aus Ungarn kommen täglich Transporte von Gefangenen an. Gestern brachte man den gewesenen Stadtkommandanten von Essegg, General Eder in Ketten hierher. Wenn man den neusten Nachrichten glauben darf, so ist die Festung Peterwardein mittelst Kapitulation den k. Truppen geöffnet worden. Fürst Windischgrätz soll die Einverleibung der Murinsel zu Kroatien genehmigt haben; seine Mission scheint also immer noch an Ausdehnung zu gewinnen.

Der Ban wurde um Einberufung des kroatischen Landtags durch die Slovanska-Lipa angegangen. Mit dem Zusammentritt desselben wird die Ausnahmsstellung Jellacics in Kroatien ihr Ende erreicht haben. Wie wir es längst erwarteten, hat nun die Slovanska-Lipa eine Vertrauensadresse an den Reichstag votirt; wahrscheinlich soll sie den Gerüchten über dessen bevorstehende Auflösung als Gegengewicht dienen — und sie dürfte allerdings gewichtiger sein als man annehmen möchte. Der Verfassungsentwurf des Reichstags ist fertig und wird bis zum 15. März gedruckt sein; dagegen hat das Ministerium auch eine Verfassung fertig, welche nur einzelne Glückliche lithographirt besitzen und von welcher behauptet wird, daß sie sehr liberal sei.

Die Ostdeutsche Post und die allgemeine österreichische Zeitung setzen unsre Schwarzgelben durch ihre Artikel gegen das Einrücken der Russen in eine Verzweiflung, welche man wirklich komisch finden könnte, wenn man überhaupt noch den Muth hätte, in der jetzigen Zeit irgend etwas komisch zu finden.

Nachschrift. Am 4. d. kam es bei Kronstadt zum Kampfe gegen die Szekler, welche Kronstadt überfallen wollten. General Engelhard führte seine Russen an, vertrieb die Szekler von Petersburg und Honigberg. Die Szekler scheinen 9000 Mann stark gewesen zu sein, die Russen gegen 3000 und ohngefähr 200 österreichische Dragoner und Husaren. 2 Offiziere, 1 Russischer und 1 Oesterreichischer blieben und 5 oder 7 Gemeine. Die Szekler sollen 150 Todte haben. Der Ruhm des Tages gehört, wie der Bericht sagt, einzig und allein der sehr weisen und kaltblütigen Führung des Herrn General Engelhard und den unerschrockenen k. russischen Truppen.

* **Wien**, 24. Febr. Es verlautet, daß heute Nachts abermals ein Wachtposten meuchlings verwundet worden sei. Ueberhaupt sind Diebstähle, gewaltsame Einbrüche und Attentate gegen das Militär seit dem Belagerungszustande hier an der Tagesordnung, während man früher in dem gemüthlichen Wien von ersteren Fällen selten, von letzteren niemals hörte.

Sicherem Vernehmen nach hat sich Feldmarschall-Lieutenant Schlick mit den Korps der Generäle Schulzig, Jablonowsky und Colloredo in Verbindung gesetzt und man gewärtigt bald von dem Falle Komorn's zu hören.

Da sich eine Versammlung von Wahlmännern in Sechshaus bilden wollte, um dem Abgeordneten Schuselka ein Mißtrauensvotum abzugeben, erklärte eine bei weitem größere Anzahl Wahlmänner, daß sie für diesen Fall ihrerseits demselben eine Dank- und Vertrauensadresse votiren würden; weßhalb erstere Versammlung unterblieb.

** **Kremsier**, 23 Febr. Der heute auf der Tagesordnung stehenden Präsidentenwahl gingen 3 Interpellationen vor leeren Ministerbänken voraus. Die der Abgeordneten Fluck und Joseph Neumann waren beide ohne Belang, wichtiger und interessanter war die des Czechenführers und böhmischen Historiographen Palacky an das Gesammtministerium. Sie lautet im Wesentlichen: „Am 15. März 1848 ist das Kaiserthum Oesterreich in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingetreten, indem an jenem Tage Se. Majestät Kaiser Ferdinand I. den Völkern Oesterreichs eine Konstitution des Vaterlandes unter Berücksichtigung der besondern Provinzialverfassungen zusicherte, und dieser allgemeinen Zusicherung am 8. April v. J. zunächst für das Königreich Böhmen, sodann aber in dem Patente vom 25. April v. J. für sämmtliche in dieser hohen Kammer vertretenen Länder einen bestimmten Ausdruck gab. Durch die weiteren Patente vom 16. Mai, 1., 3. und 6. Juni wurde die Feststellung der Verfassung unseres Gesammtvaterlandes den Vertretern desselben allein anheim gestellt und zu diesem Behufe der erste österreichische Reichstag als konstituirender erklärt. Anderseitig wurden auch Wahlen für das Frankfurter Parlament ausgeschrieben. Dies vermochte, so sehr es auch befremden mußte, doch an den wohlbegründeten Rechtsverhältnissen, sowie an der Kompetenz der hier tagenden Versammlung offenbar nichts zu ändern. Allein jetzt, wo das Frankfurter Parlament mit den Ansprüchen auch in die Verfassung Oesterreichs maßgebend einzugreifen je länger, je offener und nachdrücklicher auftritt, wo diplomatische Agenten der österreichischen Regierung es außerhalb Oesterreich laut verkünden, diese Regierung habe ihre Ansichten in der deutschen Frage geändert, wo dieselbe Regierung neue Wahlen für Frankfurt auch in denjenigen Ländern, wo sich der Volkswille entschieden längst dagegen ausgesprochen hat, wo dieselbe Regierung in ihren Erklärungen die Annahme der Frankfurter Beschlüsse für sich allein ohne Verweisung auf den österreichischen Reichstag in Aussicht stellt und dabei neuerdings in eine Sonderung der sogenannten deutschen Länder und nichtdeutschen eingeht, kann ich auch nach dem Wunsche meiner politischen Meinungsgenossen nicht umhin, in diesen immer tiefer sich verwickelnden Verhältnissen, im Interesse sowohl von ganz Deutschland, als von ganz Oesterreich das Wort zu ergreifen und vorläufig um die Aufklärung einiger Hauptpunkte dieser Verhandlung von Seite des hohen Ministeriums anzusuchen.

Ich erlaube mir daher das hohe Ministerium um die baldige Beantwortung nachstehender Fragen zu bitten: 1) Ist es wahr, daß das Ministerium seine im Programm vom 27. Novbr. v. J. erklärten Grundsätze, namentlich auch in Bezug auf die deutsche Frage geändert hat? 2) Erkennt die Regierung noch immer die Nothwendigkeit der Staats-Einheit für Oesterreich, somit auch die Nothwendigkeit einer einzigen höchsten gesetzgebenden Gewalt für den Gesammtstaat an, und sieht sie nicht in der hier tagenden Reichsversammlung in Vereinbarung mit Sr. Majestät die gedachte oberste Gesetzgebungsgewalt, wenigstens der schon hier repräsentirten Länder? 3) Aus welchem Grunde und auf welchen Rechtstitel hin werden neue Wahlen für das Frankfurter Parlament in denjenigen Ländern und Gebieten ausgeschrieben, welche wie die große Majorität von Böhmen und Mähren ihren Widerwillen dagegen bereits unzweideutig ausgesprochen, ist es nicht vielmehr geneigt, die zum großen Theile durch bloße Minoritätswahlen, somit rechtsungültig ernannten Deputirten von Frankfurt abzuberufen? 4) Ist das hiesige Ministerium geneigt alle auf die Verhandlungen mit der neuen deutschen Centralgewalt bezüglichen Akten und Papiere seiner Zeit dem österreichischen Reichstage vorzulegen, insbesondere aber die diesfälligen Rechtsverhältnisse selbst der vorläufigen Berathung dieses Reichstages zu unterziehen, bevor sie in Wirklichkeit treten?" Diese Interpellation wurde mit vielem Beifall aufgenommen. (Ueber das Resultat der Präsidentenwahl haben wir bereits berichtet.)

Von der österreichischen Grenze, 24. Febr. In Betreff Ungarns hat das Ministerium sich entschlossen, Kroatien, Slavonien, Ungarisch-Dalmatien, die serbische Wojwodovina und Siebenbürgen von Ungarn gänzlich abzutrennen, das Königreich Ungarn jedoch bei seinen engern Grenzen mit selbstständiger Administration und Gesetzgebung zu belassen. Eine dem Slaventhume dargebrachte Konzession ist dies allerdings und wird auch von den Südslaven als solche anerkannt werden. Allein was werden die ungarischen Nordslaven dazu sagen? Und wie wird es möglich sein, eine europäische Großmacht mit drei Schwerpunkten zu bilden? Selbst wenn die Südslaven sich an Kremsier anschlössen, kann der Schwerpunkt Pesth daneben bestehen? Hat die österreichische Regierung sich nicht den Magyarismus zum Todfeinde gemacht, der nun, der verschiedenartigsten Formen sich bedienend, gleichwohl das Kaiserreich zu miniren fortfahren wird? So viel ist sicher, mit dem Vorgehen des Fürsten Windischgrätz ist das Ministerium nicht einverstanden und hat deßhalb selbst die Interpellation des Reichstagsabgeordneten Neuwall, der bekanntlich den Bänken des Centrums angehört, angeregt. (Leipz. Z.)

= **Berlin**, 26. Febr. Der Antrag auf Rückberufung aller sächsischen Gesandten ist ein großer Dienst, den die sächsischen Kammern der deutschen Sache geleistet haben. Hätten alle deutschen Staaten schon während des Provisoriums ihre Vertre-

tung nach Außen der Centralgewalt überlassen, wahrlich es sähe jetzt anders aus um diese und bis in den fernsten Winkel Asiens würde man sich beeilt haben, das deutsche Reich anzuerkennen. Aber in diesem Punkte, dem allerwichtigsten, waren die Einzelstaaten zäh.

Daß in den Parteiversammlungen unserer Deputirten politischer Takt sich zeigt, freut mich besonders Ihnen berichten zu können. Die Berathung über die deutsche Sache hat in allen Fraktionen oben an gestanden. Die Rechte will Vertagung, die Linke nicht. Diese aber, im Falle sie in dieser Beziehung siegt, will sofort auch den Antrag auf unbedingte Anerkennung der Grundrechte einbringen und dadurch den Beweis ihrer deutschen Gesinnung liefern und so zeigen, daß, obgleich gegen Vertagung, sie nicht minder deutsch sei als die Rechte. Dieser Wetteifer, deutsch zu sein, wenn auch auf verschiedenen Wegen, ist ein glückverheißender Anfang.

In wenigen Tagen wird die Physiognomie der neuen Kammern sich scharf herausgestellt haben. Indeß dürfte es nicht uninteressant sein, jetzt schon einen Blick auf erkennbare einzelne Gruppen zu werfen. Die Ultramontanen sind nicht allzustark vertreten: hier begegnen wir dem Professor Walter aus Bonn und dem aus früherer Zeit her bekannten Herrn v. Beckedorf. Reichensperger ist nicht wieder gewählt. Der große Grundbesitz und die Landwirthschaft im Großen war in der aufgelösten Versammlung so gut wie gar nicht vertreten; um so willkommener sind daher unter den diesmal Gewählten der Domänenpächter Koppe, ein Mann von den gediegensten Kenntnissen und dem trefflichsten Charakter, der der landwirthschaftlichen Welt durch seine verschiedenen Schriften aufs Vortheilhafteste bekannt ist und durch ein warmes Interesse für Verbesserung der Zustände des ländlichen Proletariats sich ausgezeichnet hat. Da die höchst wichtige Frage der Parcellirung der Domänen auch diesmal vorkommen wird, so ist die Gegenwart so schätzbarer nur seltener Spezialitäten wie Koppe, Baumstark u. A. doppelt wichtig. Unter den in Fragen des Handels und der Industrie Kundigen heben wir den Fabrikanten Dannenberger von hier, Herrmann, Eigenthümer der in ihrer Art einzigen chemischen Fabrik zu Schönebeck hervor. Karl von hier und Kruse von Stralsund sind Repräsentanten des freien Handels, der Handelsminister v. d. Heydt dagegen vertritt das Schutzzollsystem. Die Armee ist in Griesheim und Brand vertreten: möge man dort in der Wahl des Ersteren eine Demonstration des spezifischen Preußenthums gegen Frankfurt nicht erblicken. Man hat in Griesheim der Armee eine Anerkennung zollen und zugleich der Demokratie einen redegewandten, allezeit schlagfertigen Gegner entgegenstellen wollen. Griesheim personifizirt in der Kammer das bekannte Wort: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." Sollte er aber auf seine früheren Rodomontaden wieder zurückkommen, so findet er in dem edlen schlesischen Grafen Dyhrn einen unüberwindlichen Gegner. Stüve hat in dem Berichte an seine Wähler gläubig die Jeremiaden wiederholt, in die Griesheim über den Verlust der Armee-Nummern im vorigen Jahre ausbrach. Da beide Schriften sehr bekannt geworden sind, die von Dyhrn dem Letzteren gewordene klassische Abfertigung aber wohl nicht, so mögen Sie ihr immerhin hier eine Stelle gönnen. „Uns war die Aufregung," so sprach der schlesische Graf in dem konstitutionellen Klub seiner Heimath, „welche in der preußischen Armee über das Einführen laufender Nummern entstanden ist, vollkommen unbegreiflich, nachdem die Armee zwei solche Nummerwechsel wie 1807 und 1822 ertragen hat. Mit der Nummer soll das Bewußtsein der Geschichte der Thaten des Regiments fallen?! In den letzten Feldzügen hatten die Regimenter, das 1. und 2. Husarenregiment vielleicht ausgenommen, noch ganz andere Namen, niemand sprach vom 1. Kürassierregiment, vom 1. und 11. Infanterieregiment; es gab nur ein schlesisches Kürassierregiment, nur ein 1. ostpreußisches, 2. schlesisches Regiment u. s. w., die ganz neuen Regimenter gar nicht zu nennen. Verloren aber die Regimenter die Erinnerung ihrer Geschichte bei Einführung der Nummern, die eben eine Willkürlichkeit war? Und werden sie sie verlieren, wenn sie 1. deutsches oder 110. deutsches Regiment sein werden? Nur böser Wille oder Unverstand kann dies behaupten. Die Tafeln bleiben an ihren Fahnen und der geschichtliche Ruhm von Fehrbellin, Roßbach, Zorndorf, Eilau, Katzbach und Waterloo läßt sich nicht numeriren." Wer begreift noch, wenn man unbefangen dies liest, daß so Viele in das Griesheimsche Geschrei, welches damals der deutschen Sache entschieden geschadet hat, einzustimmen vermochten? — Eine der wichtigsten Vorlagen ist das Gesetz über Geschwornengerichte: in dieser Beziehung ist die Wahl Leue's und die wahrscheinlich erfolgende Nachwahl des Professor Gneist von Wichtigkeit: beide sind vertraute Kenner englischer und französischer Geschwornengerichtszustände, jener ein rheinischer, dieser ein altländischer Jurist. Das Postwesen ist in einem seiner Chefs, Hrn. Schmückert, vertreten; die Bureaukratie des alten Preußens, deren letzte Stunde im vorjährigen März geschlagen, im Oberpräsident Böttcher; das starre militärische ancien régime im General Schack aus Erfurt, die berliner Geldaristokratie in Karl und Beer, der in einer Brochüre vom vorigen Sommer noch sich bemühte, darzuthun, daß das Streben nach einer deutschen Flotte zwecklos sei und nur durch den augenblicklichen Krieg mit Dänemark entschuldigt werden könne und jetzt — über einen Sünder, der Buße thut, mehr Freude als über hundert Gerechte — für die deutsche Flotte eifrig sammelt. Und endlich werden Sie sich freuen, unter den Deputirten den Major v. Vincke zu finden; den Lesern der „Deutschen Zeitung" bekannt als einer jener Männer, welche dieses Blatt aus der Taufe hoben.

Der amerikanische Gesandte Donelson wird in den nächsten Tagen von hier nach Frankfurt abreisen.

Die Thronrede hat vielleicht, die Extreme ausgenommen, allgemein befriedigt, da sie echt konstitutionell und nicht der Ausdruck subjektiver Gefühle ist. Nur in der deutschen Frage und in der Stellung, welche Oesterreich ihr gegenüber eingenommen hat, hatte man eine entschiedenere Wendung erwartet.

Berlin, 26. Febr. 11½ U. Vorm. Eben verläßt der König unter schallendem Lebehoch den weißen Saal. Der Saal war dicht besetzt; die beiden Kammern nahmen nicht getrennt, sondern die Mitglieder derselben ohne Unterschied Platz. Es scheinen sich Mitglieder der Linken nicht, wie verlautete, von der Feierlichkeit ausgeschlossen zu haben; wenigstens sah ich Waldeck, Phillips, Temme, Stein, Arntz, Gladbach* (den dieselben Wahlmänner an Aldenhoven's Stelle gewählt haben! sie werden auf noir haben rouge setzen wollen!), Dierschke, Schneider, Parrisius; Rodbertus und Unruh bemerkt' ich nicht. Von der andern Seite waren mehrere neuerdings Gewählte, so Professor Stahl, Geh. Legationsrath v. Gruner, General v. Willisen zu sehen. Die Mitglieder der Reichsversammlung: Saucken, Vincke u. A. standen immer in einem Kreise von Freunden. Besondre Aufmerksamkeit erregten außerdem Bonin, der neuerdings das Portefeuille der Finanzen ausgeschlagen, Eichmann, Graf Arnim-Boitzenburg, Auerswald, Milde, Grabow und die beiden neuen Minister Rabe und Graf Arnim. Die Minister trugen Uniformen.

Der König, gefolgt von den Prinzen seines Hauses, darunter auch den Erbprinzen Friedrich, dem General v. Wrangel und einigen Adjutanten und Kammerherrn, wurde mit dreimaligem begeistertem Lebehoch empfangen, in welches auch von der Zuschauerbühne eingestimmt wurde, verlas sitzend, mit bedecktem Haupt die Thronrede. Sie schien mir von ungewöhnlicher Ausdehnung; doch ist sie wohl schlicht und ohne Phrase. Die Stelle in Bezug auf Deutschland betonte der König mit starker Stimme; ein besondrer Nachdruck lag auf dem Wort „alle" und „Nationalversammlung" (Verständigung aller Fürsten mit der deutschen Nationalversammlung) und auf dem Worte Bundesstaat (innige Vereinigung der deutschen Stämme zu einem Bundesstaat). Wenn die Kammern den Absichten des Königs entsprechen, wie die Thronrede sagt: „ich darf nicht erinnern, wie sehr Sie, meine Herrn, mit Ihrer Mitwirkung die Erreichung des großen Zwecks fördern können", so darf Deutschland zufrieden sein. Die Erwähnung der auswärtigen Angelegenheiten konnte wohl in Bezug auf „die provisorische Centralgewalt von Deutschland" nicht rücksichtsvoller sein. Eine Lösung der schleswig'schen Frage stellt das Wort vom Thron in Aussicht. Meine Zuversicht beruht auf Gagern, daß er in nichts willigen wird, was den Rechten unserer Herzogthümer und der Ehre Deutschlands vergeben könnte! Die Erinnerung an den Tod des tapfern und ehrenreichen Waldemar, welcher „dem schönen Beruf entrissen ist, seine Kräfte dem Vaterlande zu widmen", sprach der König mit bewegter Stimme. Am kräftigsten und mit sichtlicher Genugthuung schien er anzuführen, daß der erforderliche Mehrbedarf ohne Steuererhebung und ohne neue Benutzung des Staatskredits gedeckt werden könne. Deutschland wird es nicht gleichgültig sein, über die Finanzlage der ersten deut-

schen Macht diesen so befriedigenden Aufschluß zu erhalten. Ich müßte mich sehr irren, wenn die laute und feste Art, womit die Vertheidigungsmittel des Landes von dem König als ununterbrochen in Vervollständigung begriffen angekündigt wurden, nicht ein Quos ego nach etlichen Seiten hin zu bedeuten hätte!

Wir sind gewärtig, daß die Kammern unsres Königreichs dem preußischen Volk und der ganzen deutschen Nation gegenüber ihre Schuldigkeit thun und ihre Sendung erfüllen. Möge ihre Thätigkeit mit Gottes Hülfe dazu dienen, die Ehre und den Ruhm Preußens, dessen Volk im innigen Verein mit seinen Fürsten schon manche schwere Zeit glücklich überwunden und immer noch für Deutschland glücklich überwunden hat, zu erhöhen und das heißt für uns: nach Kräften beizutragen, daß aus dem königlichen Preußen mit dem Willen der wiedergebornen Nation das kaiserliche Deutschland werde. Vorwärts!

Berlin, 26. Febr. Eine große Anzahl von Abgeordneten der zweiten Kammer hat sich rücksichtlich ihrer Stellung zur Verfassung gestern über nachstehende Erklärung geeinigt.

Die unterzeichneten Mitglieder der zweiten Kammer betrachten folgende Grundsätze als unerläßlich für eine gedeihliche Lösung der ihnen gestellten Aufgabe:

1) Sie erkennen die Verfassung vom 5. Dezbr. v. J. als rechtsgültiges Grundgesetz des preußischen Staates an und verpflichten sich, zu der vorbehaltenen Revision derselben nur auf dem im §. 112 daselbst vorgezeichneten Wege mitwirken und das Ergebniß dieser Revision als verbindlich anerkennen zu wollen.

2) Bei Revision der Verfassung werden sie unabänderlich festhalten an dem Prinzip der konstitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern.

Auf diesen Grundlagen fußend widmen sie sich mit voller Hingebung der Förderung aller wahren Interessen des Volkes.

In diesem Sinn werden sie auch die Fragen erörtern, die in Bezug auf die ländlichen und Gewerbeverhältnisse ihre Erledigung erwarten. (D. Ref.)

Lith. Korr. **Berlin**, 26. Febr. Je freundschaftlicher sich die Beziehungen des preußischen Kabinets zu dem englischen gestalten, je mehr sich die kleineren Fürstenhäuser Deutschlands Preußen anschließen, mit einem Worte, je selbstständiger die Politik Preußens nach Außen wird, mit desto neidischerem Auge blickt Rußland auf das, sich von seiner Politik losringende Preußen. Rußland hat die triftigsten Gründe, der Reorganisation des deutschen Staatenbundes hindernd in den Weg zu treten; deßhalb läßt es auch in der neuesten Zeit keine irgendwie passende Gelegenheit vorübergehen, ohne auf die Aufrechthaltung aller Punkte der Traktate von 1815 zu pochen. Wir haben schon neulich mitgetheilt, daß die norddeutschen Souveräne (so viel uns bekannt alle mit Ausnahme der Könige von Sachsen und Hannover) Preußen den Oberbefehl über sämmtliche norddeutsche Truppen angetragen haben. Heut erfahren wir nachträglich, daß auch der Anwesenheit des Kurfürsten von Hessen derselbe Zweck zu Grunde lag.

AZC **Berlin**, 26. Febr. Die königliche Kabinetsordre zur Reorganisation der Bürgerwehr ist nunmehr ergangen und wird damit dem Vernehmen nach in nächster Woche vorgeschritten werden. Es soll, wie bekannt, vorerst nur eine begrenzte Anzahl von Bürgerwehrmännern armirt werden; das ganze Institut ist indeß seit dem „passiven Widerstand" an manchen Orten so unpopulär geworden, daß die frühern eifrigsten Verfechter desselben jetzt häufig nichts mehr davon wissen wollen, wenigstens nicht auf Grund des bestehenden Gesetzes.

⁑ **Posen**, 24. Febr. Folgenden Operationsplan haben die polnischen Abgeordneten mit auf den Weg nach Berlin bekommen: „Der erste Schritt der Polen in den preußischen Kammern muß die Nichtigkeitserklärung der Wahlen im Posen'schen bezwecken. Jedoch darf dieselbe nur in der Form erfolgen, daß die Wahlen ungültig sind, weil die Wahlkreise nach der Demarkationslinie abgegrenzt worden. Der zweite Schritt ist, daß die polnischen Abgeordneten eine besondere, unabhängige polnische Fraktion bilden und als solche mit den Parteien unterhandeln. Sie haben sich dann als eine Art polnischer Deputation zu benehmen, und werden im Verein mit den Polen aus Westpreußen und Schlesien sicherlich eine kompakte Macht von 20 Stimmen bilden, um die die Rechte und die Linke buhlen wird, weil sie bei den bevorstehenden geringen Majoritäten leicht den Ausschlag geben kann. So erlangen wir Zugeständnisse von beiden Seiten, können bei jeder Gelegenheit etwas für uns erlangen und dabei unsere Würde als polnische Nationalrepräsentanten aufrecht erhalten. Dies ist unsere richtige Stellung. Denn wir können uns nicht mehr zum bloßen Werkzeug der Linken hergeben, die uns nur zum Sturmbock in eigenen Angelegenheiten verwendet, wenn sie aber gesiegt hat, uns immer verläßt und einer folgenden linken Opposition in die Arme wirft. So waren die linken Oppositionsmänner des vereinigten Landtages, die Camphausen, Hansemann, Auerswald, später unsere heftigsten Gegner; so haben Gagern, Mohl, Gervinus, welche ihre parlamentarische Laufbahn unter vollen Sympathien für uns begonnen, die Frankfurter Demarkation gefördert; so hat Dr. Müller, der Führer der jetzigen Linken in München, und seine ganze Partei, in der baierischen Kammer, wo sie uns nicht braucht, den Antrag durchgesetzt: „Wir wollen Oesterreich nicht fahren lassen, denn der Osten oder das slawische Deutschland ist das deutsche Kalifornien!" Dieser Antrag ist, wie Jedermann weiß, das Feldgeschrei der kriegslustigen süddeutschen Partei. Mit den Centren in Berlin können wir uns aber am wenigsten verbinden, denn diese sind spezifisch frankfurtisch, im Gegensatz zu der spezifisch preußischen Rechten und der spezifisch oppositionellen Linken. Eine unabhängige polnische Fraktion also! Diese hat aber nach solchen Abgeordneten sich umzuschauen, welche früher uns Beweise ihrer Zuneigung gegeben haben, so z. B. nach dem Grafen Arnim-Boitzenburg, nach der katholischen Geistlichkeit, Kanonikus Bogedain, Richter u. s. w. Der Hauptfeind der polnischen Fraktion, der Goliat, den der kleine David zu besiegen haben wird, ist und bleibt die unglückselige Demarkationslinie, obwohl wir zu Gott hoffen, daß sie nur eine Donquixote'sche Mühle sein wird. Denn da wir ja mit klaren Augen sehen, was in Deutschland vorgeht, so können wir nicht wissen, ob das Frankfurter Parlament diese Demarkationslinie lange überleben wird, ein wichtigeres Werk wird es aber schwerlich noch herausgeben!"

Wir Deutschen denken natürlich entgegengesetzt, halten die Demarkationslinie für den kleinen David und das Polenthum für den großmäuligen Goliat und sehen mit Vergnügen, wie unsere Regierung rüstig mit der Durchführung der Abgrenzung vorschreitet. Was die Frankfurter Versammlung anbetrifft, so ist es leicht erklärlich, daß sie nicht leicht irgendwo wärmere Anhänger hat als bei uns.

München, 23. Febr. Auf Verlangen des Reichskriegsministeriums in Frankfurt wurde von Baiern für die Militärjustizpflege der k. Oberauditor Frhr. v. Reichlin-Meldegg und für die Administration der Oberkriegskommissär Schultheiß dahin entsendet. (Edd.)

A **München**, 25. Febr. Die schlechten Aussichten für ein neu zu bildendes Ministerium mögen bei Vielen die Veranlassung zu dem Wunsche sein, die bisherigen Minister möchten wieder im Amte bleiben, oder es möchte wenigstens Heintz für die neue Kombination gewonnen werden. Wer aber bedenkt, wie sehr das ganze Kabinet, namentlich seit Herrn von Beisler's Wiedereintritt, im Volke an Vertrauen verloren hat, und wie die Politik desselben bezüglich der deutschen Frage von der Linken wie vom Centrum, also von weitaus zwei Drittheilen der Kammer, entschieden mißbilligt worden, der kann in jenen Wunsch nicht einstimmen, um so weniger, da ein Wiedereintritt des Ministeriums doch von keiner Dauer sein könnte. Inwieferne durch die Vertagung der Kammern der von der Regierung beabsichtigte Zweck erreicht wird, möchte sehr zweifelhaft sein, da die Mehrheit der Kammer diese Zeit dazu benützen wird, ihre Wahlbezirke in ihrem Sinne zu bearbeiten, und sich also bei der Einberufung des Landtages das Land wahrscheinlich noch entschiedener aussprechen wird, als bisher. Allem Anscheine nach wird auch das noch vorher zu berathende Gesetz über die Matrikularbeiträge zur deutschen Reichskasse zu längeren Debatten Veranlassung geben. Wie es scheint, wird die Verpflichtung Baierns zur Zahlung seiner Beiträge in der Kammer nicht in Abrede gestellt, vielmehr vollkommen anerkannt, die Bewilligung der neuen Steuer aber davon abhängig gemacht werden, daß erst ein neues Ministerium gebildet sei, welches das Vertrauen des Landes genieße. Dabei wäre es gar nicht unmöglich, daß die geforderte Summe auf das bekannte griechische Anlehen verwiesen würde, welches vor einigen Jahren das damalige Ministerium ohne Bewilligung der Stände aus Staatsgeldern der griechischen Regierung vorstreckte, welches dann stets in den Rechnungen verdeckt geführt wurde, und für das

dann endlich, als es nicht länger verheimlicht werden konnte, König Ludwig persönlich die Garantie übernahm. Dieses Anlehen würde sammt den rückständigen Zinsen etwa anderthalb Millionen betragen, und also zur Deckung jener Zahlungen an die Reichskasse ziemlich hinreichen. Dabei würden natürlich gar mancherlei Dinge zur Sprache kommen, es würde namentlich des früheren Ministeriums vielfältig in nicht sehr rühmender Weise gedacht werden, zumal da sich, wie es heißt, die Kammer im Jahre 1846 in geheimer Sitzung ausdrücklich das Recht vorbehielt, das Ministerium deshalb auch noch nachträglich in Anklagestand zu versetzen. Ob derartige Verhandlungen die Regierung nicht am Ende gar noch dahin bringen, eine Auflösung der Kammern zu versuchen, das mag einstweilen dahin gestellt bleiben! Jedenfalls sind wir auf einem Punkte angelangt, wo irgend ein energischer Schritt nach der einen oder anderen Seite hin zum Bedürfniß geworden ist, denn wie die Zustäade jetzt sind, können sie wahrlich nicht länger fortdauern!

÷ **Stuttgart,** 23. Febr. Die Kammer hat wiederum einige jener Sitzungen gehalten, die gleich trostlos für die Mitglieder und für die Zuhörer sind, nur daß die letzteren sich in der Lage befinden, zu jeder Zeit die Flucht ergreifen zu können. Die Bierbrauer von Stuttgart haben für Abschaffung einer städtischen Steuer die eine, einige Anträge auf sehr unerhebliche Aenderungen in der Geschäftsordnung der Kammer, die andere Hälfte einer ganzen Sitzung in Anspruch genommen und heute ist viele Stunden lang über die Abschaffung oder Nicht-Abschaffung des Kalendermonopols debattirt, bis die Versammlung endlich, weil dieses Monopol durch die Grundrechte bereits als aufgehoben zu betrachten, zur Tagesordnung überging. Besondere Erwähnung verdient nur ein von der Regierung eingebrachter Gesetzentwurf über die Aufhebung der Abgabe von politischen Zeitungen und über die Besteuerung der Zeitungsunternehmungen, sowie des schriftstellerischen Erwerbes überhaupt. Vom 1. Jan. d. J. an hört die Stempelabgabe von inländischen und fremden Zeitschriften auf und ebenso die von ersteren unter dem Namen Kammer-Kanon bisher bezogene jährliche Steuer; dagegen unterliegt das Einkommen der Eigenthümer und Herausgeber von Zeitschriften, sofern sie nicht zugleich Verlagsbuchhändler oder Drucker sind, sowie überhaupt der schriftstellerische Erwerb, ohne Rücksicht darauf, ob derselbe in Gehalten oder Honoraren besteht, der gleichen Besteuerung wie das Einkommen der Aerzte, Advokaten, Handlungscommis und des übrigen im Gesetze vom 29. Juni 1821 genannten bunten Personals.

A **Dresden,** 25. Febr. Sechs und sechszig Mitglieder beider Kammern haben folgende Erklärung erlassen:

„An das Volk! Als das Ministerium Braun sein offenes Wort erließ und sich damit in schneidenden Widerspruch mit dem Worte eines Ministers setzte, „daß das sächsische Volk keinem deutschen Bruderstamm an Freiheitsrechten nachstehen sollte", hat das Volk ihm geantwortet durch seine Wahlen. Hofften die Minister nach diesen noch auf eine dauernde Majorität in den Kammern, so war dies nur dadurch möglich, daß sie den Forderungen des Volks, welche es durch seine Vertreter zu erkennen gab, sich näherten. Dies haben sie nicht gethan. Ein Ministerium erwirbt vor selbstständigen Männern keine Majorität durch persönliches Erscheinen, sondern durch Grundsätze und Handlungen.

Hätten die Minister vor vier Wochen bei der damaligen Krisis erwartet, daß die Kammern von ihren Grundsätzen nachlassen würden, so wäre diese Voraussetzung eine Beleidigung gewesen gegen die Abgeordneten und das Volk, das sie gewählt. Dennoch haben die Kammern, da es einige Fragen der Zeit gab, in denen die Minister mit den Kammern Hand in Hand gehen zu können schienen, diese mit den Ministern lösen wollen.

Es hat dies nichts gefruchtet. Die Minister sind gegangen, und haben ihre Wirksamkeit mit einem Zuruf an das Volk beendet, welcher Zwietracht zu säen geeignet ist zwischen diesem und seinen Vertretern.

Die Minister haben den wahren und eigentlichen Grund ihres Rücktritts verschwiegen. Sie sind nicht deshalb abgetreten, weil sie überhaupt nicht die Majorität hatten — denn wenn es sich hierbei um unwesentliche Fragen handelt, zieht sich noch keine parlamentarische Regierung zurück — sondern deshalb, weil sie die Majorität nicht hatten bei einem Hauptgegenstande, bei der Publikation der deutschen Grundrechte.

Die Mehrheit der Kammern verlangte deren sofortige Bekanntmachung, während in dem königl. Dekret die Publikation der Grundrechte erst dann in Aussicht gestellt ist, wenn von den Staaten, welche das deutsche Reich bilden werden, die darin befindlichen größern Nachbarländer Sachsens sie ebenfalls angenommen haben würden. Der Minister des Innern, der auch das fragliche Dekret nicht mit unterzeichnet, hat als Abgeordneter der 1. Kammer gleichfalls für sofortige Publikation der Grundrechte gestimmt und dabei erklärt, wie er stets dieser Ansicht gewesen sei; es ist von ihm aber noch den Tag vor seiner Abstimmung bei den Deputationsverhandlungen, denen er als Regierungskommissar beigewohnt hat, eröffnet worden, daß er nicht wisse, ob das Gesammtministerium ihm beipflichten werde, daß es jedoch sein fester Wille sei, so zu stimmen, es komme, was da wolle. Seine Meinung hat jedenfalls im Gesammtministerium nicht Geltung gefunden, und sämmtliche Minister, die, obgleich sie nicht auf einer und derselben politischen Stufe gestanden, doch solidarisch zusammengehalten haben, sind ausgetreten. — Auch aus anderen Aeußerungen einzelner Minister ist die nothwendige Folgerung herzuleiten, daß es die Frage wegen der Grundrechte gewesen ist, welche das frühere Ministerium zum Rücktritt bewogen hat.

Dieselbe Ministerkrisis wie bei uns, rufen die Grundrechte in Baiern und Hannover hervor, und doch sind sie ein Eigenthum des Volks, das ihm von keinem Fürsten mehr vorenthalten werden kann! Sollte das neue Ministerium sie bringen, so hätte man offenbar nur ein Mitglied des alten opfern wollen, einen Mann, welchen die Reaktion, so lange er Minister war, am meisten haßte und fürchtete, der aber nicht die Kraft besaß, mit derselben Selbstständigkeit, mit der er in dieser Frage seinen Kollegen im Ministerium entgegentrat, offen vor das Volk hinzutreten. — Die Mehrheit der Kammern, der eben so wie den abgegangenen Ministern Zustimmungsadressen von allen Theilen des Landes zugekommen sind, wird auch von der sofortigen Publikation der Grundrechte, durch welche übrigens unbeschränkte Freizügigkeit und allgemeine Gewerbefreiheit noch keineswegs in Wirksamkeit tritt, unter keinen Verhältnissen abstehen; sie wird fortfahren, die Grundsätze der Demokratie zur Verwirklichung zu bringen, und erwartet, daß eine Regierung, die mit dem Volke gehen will, hierin nicht zurückbleibt. Das Ministerprogramm vom 16. März 1848 enthielt nur Anfangsgründe dazu, und die darin aufgestellten Grundsätze gehörten bereits dem Volke, ehe die Minister berufen wurden; das Volk selbst hatte sie sich schon geschaffen. Die Zeit ist gegenwärtig aber weiter vorgeschritten, und die Faktoren der Gesetzgebung müssen ihr sich fügen."

⨯ **Hannover,** 24. Febr. Unsere zweite Kammer hat sich bis zum 27. Febr. vertagt. In der Kommission möchten einige das Ministerium um jeden Preis halten. Allein es ist nicht daran zu denken, daß die Mehrheit der zweiten Kammer Stüve's Eigensinn das Wohl und die höchsten Güter des Vaterlandes opfere. Von dem Bürgerverein und dem Magistrate der Stadt Norden ist eine energische Erklärung an die Ständeversammlung erlassen, „daß die Stadt Norden die Grundrechte des deutschen Volkes als ihr Eigenthum in Anspruch nehmen und fest daran halten werde." Der Abgeordnete dieser Stadt, der sich zu den Feinden der Grundrechte gesellt, Jan ten Doornkaat-Koolmann, hat die Aufforderung erhalten, sein Mandat in die Hände der Wähler zurückzugeben, deren Vertrauen er mißbraucht habe. Als muthmaßlichen Minister bezeichnet man fortwährend Landdrost Meyer aus Hildesheim.

) **Darmstadt,** 27. Febr. Unsere 2. Kammer beschäftigte sich in ihren letzten Sitzungen, deren in 8 Tagen nur zwei waren, in Erwartung der Rückkunft der noch zu erledigenden wichtigen Gesetzesentwürfe aus der 1. Kammer, bloß mit neuen Eingaben, Interpellationen und Berichterstattungen. Heute brachte der großh. Reg.-Kommissär Ministerialrath v. Lindelof einen Gesetzesentwurf ein, der an die Stelle der durch die Grundrechte abgeschafften Todesstrafe lebenslängliche Zuchthausstrafe setzt. Die übrigen durch die Grundrechte aufgehobenen Strafarten als Brandmarkung, Vermögenskonfiskation ꝛc. bestanden bei uns schon längst nicht mehr, bedurften also keiner Erwähnung. Die 1. Kammer ist den Beschlüssen der 2. Kammer bezüglich des Gesetzesentwurfs für Vermehrung der Truppen auf 2 pCt. der Bevölkerung im Wesentlichen beigetreten. Hinsichtlich einer unerheblichen Abweichung findet morgen noch eine Berathung in der 2. Kammer statt. Abg. Hillebrand hat die Errichtung einer Professur der Landwirthschaft ꝛc. in Gießen beantragt.

Aus Thüringen, 25. Febr. Es verbreitet sich hier von gewöhnlich gut unterrichteter Seite her die Nachricht, daß der Fürst von Sondershausen durch seinen Minister das offizielle Anerbieten in Berlin gemacht habe, seine Souveränetät vollkommen und rückhaltlos an Preußen gegen Garantie einer Civilliste abtreten zu wollen, so wie daß die Antwort bejahend ausgefallen sei. (D. A. Z.)

⨯ **Schwerin,** 23. Febr. Dem am 7. März 1842 verstorbenen Großherzoge Paul Friedrich ist von den Bürgern hiesiger Stadt, um die der verstorbene Herr sich sehr verdient gemacht hat, ein Standbild errichtet. Das von Rauch gefertigte Kunstwerk ward gestern auf dem alten Garten mit großer Feierlichkeit enthüllt.

Hamburg, 24. Febr. Der dänische Bevollmächtigte, Kammerherr General Oxholm, ist heute von Hamburg abgereist, um sich über Ostende nach London zu begeben.

Gestern ist der österreichische Gesandte am schwedischen Hofe, Frhr. v. Thun hier durchgereist. (B.-H.)

♂ **Bremen,** 23. Febr. Am 8. März, dem Jahrestage unserer Revolution, hoffen wir die Vollendung unserer neuen Verfassung zu feiern. Die Bürgerschaft will die noch vorliegenden

Arbeiten selbst in außerordentlichen Sitzungen beschleunigen, und hat den Senat aufgefordert, einen gemeinschaftlichen Ausschuß für die Anordnung der Feier niederzusetzen. Die Auswanderung wird in diesem Jahre wieder lebhaft werden, ein Golddurst, wie zu Zeiten der ersten Entdeckung Amerikas hat die Menschen erfaßt und Kalifornien ist jetzt die Losung. Unsere Weserzeitung, welche den Namen Bremer Weserzeitung angenommen hat, wird in ganz Norddeutschland viel gelesen, und erfreut sich einer verdienten Anerkennung: doch ist sie einem Theile unserer Börse nicht ganz konservativ genug, und es ist eine Gesellschaft zusammengetreten, welche 20,000 Thaler zur Gründung einer neuen Zeitung gezeichnet hat, die im Mai erscheinen soll. Zum Redakteur ist dem Vernehmen nach Hr. Dr. Dietlein, früher in Königsberg, bestimmt.

Großbritannien.

* **London,** 24. Febr. Die Verhandlungen des Parlaments während der letzten Tage waren ziemlich unerheblich, und namentlich für das Ausland von geringem Interesse. Als ein Kuriosum ist anzuführen, daß Hr. Cochrane vorgestern im Unterhause durch Ablesung eines Programms mit der Ueberschrift: „Englands Gegenbesuch, den Nationalgarden von Paris abgestattet" die Debatte eine Zeit lang in ein fast nicht enden wollendes Gelächter verwandelte. Dieses Programm ist auch von fünf Mitgliedern des Unterhauses, den Herren Wyld, Brown, G. Thompson, Williams und Willcox, unterzeichnet, und enthält z. B. folgende Stelle: „Der gesellschaftliche Geist, welcher empfängt, muß geben! Wir speisen zusammen, wir Frankreich und England, wie eine Familie! (Stürmisches Gelächter.) Du, Frankreich, dinirtest heute bei mir, und ich, England, nehme Deine Gastfreundschaft morgen in Anspruch. Der Besuch der französischen Nationalgarden in London möge jetzt wiedererstattet werden von Adeligen, Vornehmen, Kaufleuten, Handwerkern und Freisassen unsers Landes. (Gelächter.) Genug ist schon gesagt worden, um zu zeigen, daß die besuchende Gesellschaft, obgleich sehr zahlreich, wenigstens in Betreff des Charakters der Besucher erquisit sein wird. Damen erhalten eine anständige Begleitung. (Lautes Gelächter.) Die Aufsicht und Versorgung übernimmt Hr. J. Crisp, der in solchen Unternehmungen eine grosse praktische Erfahrung besitzt." (Gelächter.) Hr. Cochrane richtete nun an das einzige anwesende Mitglied des Ministeriums, den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, die Frage, ob das Programm, wie darauf angegeben, der Parlamentsakte gemäß einregistrirt, oder ob, wie er vermuthe, das Ganze nur ein Schwank sei? Zu der heiteren Stimmung des Hauses trug denn auch wohl, außer dem lächerlichen Inhalte des Programms, der Ernst bei, mit dem Hr. Cochrane die Sache behandelte. Hr. C. Lewis erwiderte: ihm erscheine Plan und Programm sehr unschuldig; er sei davon nicht in Kenntniß gesetzt worden, glaube auch, daß das Ministerium des Innern die Unternehmer nicht unter Beaufsichtigung zu stellen habe. (Gelächter.) Hr. Willcox, einer der Unterzeichner erhob sich sofort, um eine heftige Anrede an das Haus zu halten; doch wurde ihm vom Sprecher das Wort abgeschnitten, worauf Hr. Wyld über den Flur des Hauses gegen Hrn. Cochrane heranschritt und ihm einige, wie es schien zornige, aber dem Hause unvernehmbare Worte sagte. Hr. Hope, Hrn. Cochrane zunächst sitzend, stand sofort auf und sprach, zum Sprecher gewendet: „Sir! es hat soeben etwas stattgefunden, worauf ich die Aufmerksamkeit des Hauses zu lenken für recht halte. Ich hörte das ehrenwerthe Mitglied für Bodmin (Herrn Wyld) zu dem ehrenwerthen Mitgliede mir zunächst etwas sagen, was, wie ich fürchte, zu weiteren Folgen außerhalb der Thüren führen dürfte." (Gelächter.) Der Sprecher sagte darauf nichts und das Haus blieb gelassen. Doch bald darauf sah man den Obersten Hall mit Hrn. Osborne, welcher Hrn. Wyld zunächst saß, in Unterhaltung, „und es schien, die Sache war solchergestalt beigelegt". So unwichtig diese Scene im Ganzen erscheinen mag, so ist sie für die Gemüthsart der Briten bezeichnend genug.

Der ministerielle „Globe" drückt übrigens seine Schadenfreude darüber aus, daß die genannten fünf Parlamentsherren für ihre Theilnahme an einem so geschmacklosen Produkt wie das genannte Programm, dadurch gezüchtigt und kastrirt worden seien, daß das engliche Parlament sie für ihre Albernheit ausgelacht habe, lobt Hrn. L. Cochrane dafür, daß er dem Hause hierzu Gelegenheit verschaffte, erwähnt zugleich, daß die Namen dieser „fünf Weisen seit zehn Tagen auf einem blauen Banner die Regentstreet und Piccadilly auf und ab paradirt hätten," und gibt endlich zu verstehen, daß die eitle Vorstellung, bei dieser sozialen Fahrt nach Paris als Mitglieder des englischen Unterhauses eine hervorstechende Rolle zu spielen, die Herren bewogen habe, sich an diesem Abenteuer und besagtem Programm zu betheiligen. Zu bemerken ist, daß jene fünf Parlamentsmitglieder der radikalen Seite des Hauses angehören, namentlich G. Thompson, Vertreter von Tower Hamlets, und John Williams, der sehr entschieden zum Chartismus hinüberneigt. Auch dem englischen Radikalismus scheint es an Geschmack, Bildung und richtigem Takt leider gar sehr zu fehlen.

Gestern kam die von Lord J. Russell vor kurzem beantragte und ausführlicher begründete Bill für Abänderung des Parlamentseids oder für Zulassung der Juden zum Parlament nach einer trockenen und wenig erheblichen Debatte zur ersten Lesung, nachdem das Haus den Minister in einer frühern Sitzung zur Einbringung dieser Bill ermächtigt hatte. Bei dieser Gelegenheit beantragte Hr. Vernon Smith das Amendement, „es sei zweckmäßig, alle Eide abzuschaffen, außer dem Eide der Treue und der Unterthanenpflicht gegen Ihre Majestät". Dieses Amendement wurde jedoch mit 140 gegen 68 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 72 Stimmen, verworfen. Wunderlich erscheint nur daß Lord J. Russell die zweite Lesung der Bill, „in Betracht der vorliegenden Geschäfte des Hauses", bis nach Ostern, nämlich bis zum 16. April vertagte. Leicht möglich, daß Baron Lionel Rothschild auch diese Session vergebens darauf wartet, daß ihm die christlichen Herren des Unter- und Oberhauses die Pforten des Parlaments erschließen.

Der „Sun" vom 23. meldet: „Gestern hielt die Königin ein Lever, dem auch Graf Colloredo als österreichischer Gesandter, ferner der Prinz von Oranien und das ganze diplomatische Korps beiwohnten."

Der „Morn. Post" zufolge ist Sir A. Malet, britischer Gesandter am würtembergischen Hofe, nach Stuttgart abgereist. Seine Gemahlin bleibt noch fürs erste in England, wo sie Lord und Lady Brougham besuchte.

Wie der der „Globe" meldet, ist der Oberbefehl der ostindischen Armee wirklich dem von seinen früheren Siegen in Ostindien her bekannten Sir George Napier angeboten, aber von diesem unter Vorschützung von Gesundheitsrücksichten abgelehnt worden.

Frankreich.

* **Paris,** 26 Febr. Paris ist ruhig, können wir auch heute berichten: die Phrasen und Deklamationen der Demokratie im Fraternitätssaale haben außerhalb desselben kein Echo gefunden und das mit solchem Geräusch angekündigte große Banket hat keine anderen Spuren hinterlassen, als daß die Organe der Partei in pflichtmäßiger Bewunderung ihre Spalten mit den Reden füllen, welche fünf Stunden lang in ununterbrochener Folge die Wände des Saales erzittern machten. Friede sei mit ihnen; es gibt nöthigere Dinge zu berichten, als was selbst Herr Ledru-Rollin und einer seiner „Brüder aus Amerika", der socialistische Commis-Voyageur Herr Brisbane, im Faubourg St. Denis gesprochen haben. Die Galanterie erfordert es indeß, der zahlreichen anwesenden Damen zu gedenken. Der Schwester des „Märtyrers" Barbès war der Ehrenplatz, neben Herrn Ledru-Rollin, bestimmt: sie war verhindert zu erscheinen, aber ein Veilchenbouquet bezeichnete die Stelle, die sie hätte einnehmen sollen.

Die Liberté bringt heute das Manifest des Bonapartistischen Wahlausschusses. Es ist im Ganzen eine fast wörtliche Wiederholung des Programms, welches Louis Napoleon am 20. Dezember veröffentlichte; bezeichnend möchte aber außerdem die folgende Stelle sein, von welcher die Nutzanwendung unschwer zu machen ist. „Nach der großen socialen Reform, welche das vorige Jahrhundert geschlossen und das gegenwärtige begonnen hat, hat Frankreich zwei Regierungsformen versucht und wieder aufgegeben: das System von Gottes Gnaden trotz seiner Erinnerungen, die konstitutionelle Monarchie trotz ihrer materiellen Resultate. Das Kaiserthum allein ist nicht durch das Volk, sondern durch das Ausland gefallen."

Einen seltsamen Kontrast zu diesem Programm bilden die Worte, welche der Präsident der Republik gestern, bei Einweihung der Eisenbahnstrecke zwischen Compiegne und Noyon, auf den ihm gebrachten Toast erwiederte. „Die Hoffnungen, welche das Land aus meiner Erwählung geschöpft hat, werden nicht getäuscht wer-

№ 60. Beilage zur Deutschen Zeitung. 1. März 1849.

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 1. März.

Tagesordnung der 179. öffentl. Sitzung.

Abstimmung über §. 13 und Berathung über §. 11 und folgende des vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.“

Die Sitzung wird bald nach 9 Uhr durch den Präsidenten, Hrn. Eduard Simson, eröffnet. Derselbe zeigt den Austritt des Abg. Hrn. Zitz aus Mainz und den Eingang nachträglicher Erklärungen von Hannover und Sachsen-Altenburg an, welche gleichfalls dem Verfassungs-Ausschusse überwiesen werden.

Die Anrufung, welche hierauf der Abg. Hr. Vischer von Tübingen an das Reichsministerium des Aeußeren richtet, lautet wörtlich folgendermaßen:

„In Erwägung, daß das Einrücken russischer Truppen in Siebenbürgen (hört! hört!) eine Quelle schwerer Verwickelungen werden kann, welcher das im Aufbau seiner politischen Einheit begriffene Deutschland nicht ruhig zusehen darf;

In Erwägung, daß dies Ereigniß, zusammengenommen mit der Anhäufung russischer Truppen an der östlichen Grenze ein Verhältniß Oesterreichs zu einem despotischen Staate aufdeckt, wodurch das deutsche Volksgefühl mit tiefem Unwillen und mit Sorge für seine junge Freiheit erfüllt werden muß;

In Erwägung, daß der Unwille gegen eine deutsche Regierung wegen eines solchen Schritts, vermöge einer zwar unbegründeten aber doch naheliegenden Verwechselung der Subjekte leicht die Sympathie für einen edlen deutschen Volksstamm schwächen und dadurch die Schwierigkeiten in der Errichtung eines alle deutschen Stämme umfassenden Bundesstaats verdoppeln könnte;

In Erwägung, daß die Befürchtung sehr nahe liegt, es möchten mit jener Erscheinung Konzessionen in Betreff der für die Zukunft Deutschlands so wichtigen Donauländer in Zusammenhang stehen —

Aus diesen Gründen stelle ich an das Ministerium des Auswärtigen die Frage, ob es in dieser Sache diejenigen Schritte zu thun gedenkt, welche geeignet sind, die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung und die deutsche Nation zu beruhigen.“

Nachdem noch Hr. Schulz von Weilburg eine ähnliche ältere Interpellation wegen des Schutzes der östlichen Grenzen Deutschlands in Erinnerung gebracht hat, bemerkt der Präsident, daß er über die Beantwortung noch ohne Nachricht von dem Reichsministerium sei.

Dagegen erfolgt in Betreff der Interpellation des Hrn. Eisenstuck, die Unterstützung deutscher Rechtsansprüche der holländischen Regierung gegenüber betreffend, die nachstehende Erklärung des Reichsministers der Justiz Hrn. Rob. v. Mohl:

„Die von dem Hrn. Interpellanten zur Sprache gebrachte Petition ist dem Reichsministerium von der Kanzlei der Reichsversammlung erst am 26. Jan. d. J. mitgetheilt worden. (Hört!)

Es hat jedoch diese Verzögerung keinen Nachtheil für die Bittsteller gehabt, weil deren Eingabe nicht etwa eine Unterstützung in einer bestimmten einzelnen Erbschafts-Angelegenheit zum Gegenstand hat, sondern nur allgemeine Klagen und einige ebenso allgemeine Vorschläge enthält. Letzteren aber war das Reichsministerium, soweit es dieselben für ausführbar erachtete, durch eigne Thätigkeit bereits zuvorgekommen.

Es hat nämlich das Ministerium hinsichtlich der zahlreichen Bitten und Beschwerden in Betreff des Bezugs von Erbschaften aus Holland und dessen Kolonien doppeltes gethan.

Einmal hat es sich in jedem einzelnen Falle aktenmäßige Kenntniß von der Sachlage zu verschaffen gesucht, und nach Befund derselben entweder die entsprechende Verwendung wirklich eintreten lassen, oder die Betheiligten über den Stand ihrer Angelegenheit und über die, seiner Meinung nach, zweckmäßigen Schritte zu belehren gesucht. Wenn letzteres nicht immer mit Erfolg, so ist dieß nicht seine Schuld.

Zweitens aber hat es einige allgemeine Maßregeln angebahnt, welche deutschen Bürgern den Bezug wirklich von ihnen zu beanspruchenden Erbschaften wesentlich erleichtern werden. Es ist nämlich einerseits die königl. niederl. Regierung um möglichste Vollständigkeit der von ihr zu erlassenden Todesanzeigen und Erbenaufrufe angegangen worden. Andererseits ist eine Unterhandlung mit einem tüchtigen holl. Geschäftsmanne im Gange, welcher dem Ministerium nach genommener örtlicher Kenntnißnahme mit Gutachten über die wirkliche Sachlage der zur Unterstützung der Reichsbehörden empfohlenen Erbschaftsangelegenheiten in Holland und in dessen Kolonien an die Hand gehen wird.“

Hr. Reichensperger bittet den Verfassungsausschuß um Auskunft darüber, ob die zweite Lesung des noch rückständigen Theils der Grundrechte so weit vorbereitet sei, daß sie demnächst auf die Tagesordnung gebracht werden könne. (Aha! aus dem Centrum.) Eine Antwort erfolgt heute noch nicht.

Nach dem Uebergange zur Tagesordnung ruft die Reihenfolge der zu §. 11 des Wahlgesetzes eingezeichneten Redner zuerst Hrn. R. Mohl auf die Tribüne, welcher direkte Wahlen und das Stimmengeheimniß empfiehlt; sodann Hrn. Nauwerck, der sich in derselben Richtung ausspricht. Hr. Dinstl aus Krems erklärt sich für direkte Wahlen und relative Stimmenmehrheit, so jedoch, daß der Gewählte zum Mindesten ein gewisses festzusetzendes Minimum der wirklich abgegebenen Stimmen für sich haben müsse. Hr. Buß aus Freiburg: für direkte und öffentliche Wahlen nach den Gemeinden, wofür ihn nicht nur seine neuesten konstitutionellen Erfahrungen, seine konstitutionellen Erfahrungen seit zehn Jahren, sondern auch seine Ansichten vom Christenthum und von der Menschheit bestimmen.

Es gelingt keinem einzigen dieser Redner, die Aufmerksamkeit der Versammlung zu gewinnen, außer etwa für eine wunderliche Wendung, wie z. B. wenn Herr Buß mit erhobenem Ton und Finger die Entdeckung verkündigt, „daß es Tagelöhner gibt, welche Vermögen besitzen“, und wenn er gegen die „Dorfmagnaten“ eifert, die auf indirektem Wege gewählt werden würden. Hr. v. Gagern hat nach der Meinung des Herrn Buß, der sich in populärer Gesprächsweise bald an diese bald an jene Seite des Hauses strafend, bittend und belehrend herabkehrt, die Politik „nur im Großen getrieben“, im Kleinen glaubt sie der Redner besser zu verstehen. Das Wahlrecht ist ihm ein Hausmittel zur Erziehung des Volkes, und es soll seinen politischen Glauben öffentlich bekennen lernen. Das Wahlrecht gilt ihm auch für ein Erziehungsmittel für gewisse Stände, wie z. B. für die Beamteten, die noch sehr viel konstitutionellen Sinn zu erlernen haben. (Lachender Beifall).

Das Schlußwort nimmt als Berichterstatter Hr. Riesser: der Ausschuß habe sich für das direkte Wahlrecht erklärt und auch jetzt, nachdem alle und jede der vorgeschlagenen Beschränkungen des aktiven Wahlrechts weggefallen seien, beharre er aus inneren Gründen auf der direkten Wahlart (Bravo von der Linken!). In der Erhöhung, in der möglichsten Allgemeinheit und Theilnahme aller Staatsbürger an dem Wahlrechte suche der Ausschuß das Heilmittel gegen den Mißbrauch. Allein er besteht auf unbedingter Stimmenmehrheit, als einer nothwendigen Garantie für den Charakter des Erwählten und einer unerläßlichen Sicherheit gegen schädliche Parteieinflüsse.

Die Abstimmung ergibt zunächst die fast einhellige Annahme (durch Aufstehen) des ersten Theils vom §. 13 nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses:

§. 13. „Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden.“

Durch Namensaufruf wird hingegen abgestimmt über die zweite Hälfte:

„Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden."

Von 239 gegen 230 verworfen!

Angenommen dagegen mit 249 gegen 218 Stimmen wird das Minderheitserachten:

„Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt."

§. 14 wird vollständig nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses angenommen und nur über die ersten vier Worte findet Abstimmung durch Namensaufruf statt, die sich für deren Beibehaltung mit 264 gegen 202 Stimmen erklärt.

„Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen.

Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos."

Nachdem der Präsident noch den Austritt des Herrn von Mayern aus Wien verkündet hat, vertagt er (halb 2 Uhr) die heutige Berathung über das Wahlgesetz. Sie wird in morgender Sitzung fortgesetzt.

-x **Frankfurt**, 1. März. Die für gestern beabsichtigte vierte Versammlung im Weidenbusch ist auf nächsten Sonnabend verlegt. Das leitende Komite der Weidenbuschvereinigung oder des „Vereins für Festhaltung des Bundesstaats," wie dieselbe sich nennt, besteht aus den Herren: v. Selchow aus Preußen (von der Partei des englischen Hofes); Rüder aus Oldenburg (Kasino); Bauer aus Bamberg und Breusing aus Osnabrück (Landsberg); Biedermann aus Sachsen (Augsburger Hof); Zell aus Trier und Kierulff aus Rostock (Württemberger Hof); Reh aus Darmstadt und Federer aus Stuttgart (Neuwestendhall.)

*** **Frankfurt**, 1. März. Wenn das Wahlgesetz in erster Lesung beendigt ist, so wäre nichts natürlicher und ersprießlicher, als daß die Sitzungen auf einige Tage ausgesetzt würden, um dem Verfassungsausschusse Zeit zu gönnen, die Erklärungen der Einzelregierungen in der Verfassungsfrage zu prüfen. Die Koalitionspartei zittert aber in diesem Augenblicke wahrhaft vor der Feststellung eines Termins für den Beginn der zweiten Lesung der Verfassung und wird eher dafür sein, die Zeit mit der Berathung unwesentlicher Kommissionsberichte auszufüllen. Die Koalition erwartet ihr Heil von Ollmütz und will somit die Deputation von dort zurückgekehrt wissen, bevor mit der Berathung der Verfassung weitir vorgeschritten werde. Wir wollen es ruhig erwarten, mit welchen Koncessionen die Deputation zurückkehrt. Unterdessen wird in der Paulskirche die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten für den Monat März stattgefunden haben. Die Koalitionspartei soll beabsichtigen, dem kompakten Centrum diesmal mit Kandidaten aus ihrer Mitte entgegenzutreten. Wir sind gespannt, welche Kandidaten sie der Linken zu präsentiren vermag, um deren Zustimmung zu erlangen. Die Linke kann doch wahrlich nicht so weit ihr Prinzip verläugnen, daß sie, wenn sie auch den Präsidenten Deutschlands fahren ließ auch noch den Präsidenten der National-Versammlung aufgiebt.

*** **Frankfurt**, 1. März. Wie man vernimmt, ist nun die Untersuchung gegen unsere Septembergefangenen so weit beendigt, daß sie sobald vor die Geschwornen gestellt werden können, als die nöthige Verständigung zwischen Senat und der verfassunggebenden Versammlung erfolgt ist. Man will weiter wissen, es sei nicht unwahrscheinlich, daß nun, nach neuer Lage der Sache, die französische Regierung die zu Verdun zurückgehaltenen, der Theilnahme an dem Morde Lichnowsky's und Auerswald's bezüchtigten Individuen ausliefern werde.

Wien, 23. Feb. Der österreichische Gesandte in Brüssel, Graf Woyna, hat dieser Tage in einer offiziellen Audienz dem Könige von Belgien das Großkreuz des Stephansordens überreicht. Irren wir nicht, so hat das Metternich'sche Gouvernement keinen der aus einer Revolution hervorgegangenen Könige mit einer solchen Auszeichnung bedacht. (Ostd. Post.)

Aus **Innsbruck** ist, wie die Allg. Ztg. meldet, eine Dankadresse mit 222 Unterschriften abgegangen an die beiden Kammern in München — natürlich für ihre Erklärungen über Oesterreichs Anschluß an Deutschland und gegen ein preußisches Kaiserthum. Es heißt in dem Briefe: „Der 9. Februar 1849 wird ewig glänzen in der Geschichte Deutschlands. Der Drang der Zeit erlaubte uns nicht mehr Unterschriften zu sammeln. Fast ganz Deutschland (?) würde sich mit Freuden unterschreiben!"

Prag, 24. Febr. Die Staatseisenbahnadministration beeilt sich, die größtentheils fertige Bahnstrecke von Prag bis nach Aussig (nächst Töplitz) mit Schienen zu belegen und noch im Laufe dieses Sommers fahrbar zu machen, wodurch der österreichische Verkehr mit Nord- und Nordwestdeutschland seinen Lauf zumeist über Sachsen nehmen wird. (Leipz. Z.)

Lith. Korr. **Berlin**, 27. Febr. Auch während des Belagerungszustandes versuchen jetzt die verschiedenen Parteien Preßorgane entstehen zu lassen. Gestern ist die Hansemann'sche „Konstitutionelle Zeitung" zum ersten Male ausgegeben worden. Heut Abend erscheint die erste Nummer der „Tribune," eines Blattes, das die Herren Dr. Dohm und Kriminal-Aktuarius Stein zu Redakteuren hat, im Verlage von A. Hoffmann. Das Blatt wird in der ersten Zeit (während des Belagerungszustandes) einen ziemlich schweren Stand haben, da in der Erlaubnißertheilung des kommandirenden Generals gesagt wird, die Erlaubniß werde nur in der Voraussetzung ertheilt, daß die Zeitung nichts aufnehmen werde, was im Stande sei, Unzufriedenheit der Bürger gegen die Regierung zu erregen oder überhaupt Aufregung hervorzubringen. In Teltow sind gestern bei der erfolgten Neuwahl an Stelle der Herren v. Bodelschwingh und v. Vincke die Herren v. Griesheim und Geh. Rath Stiehl für die zweite Kammer gewählt worden. Herr Geh. Rath Mätzke unterlag diesen beiden Mitbewerbern. Ludwig Tieck hat seine bedeutende, namentlich in der dänischen und spanischen schönen Literatur so reiche Bibliothek, die er fast überall handschriftlich kommentirt hat, an den als Bibliograph bekannten Buchhändler Hrn. Asher verkauft.

>**Berlin**, 27. Febr. Heute haben die Kammern ihre erste Sitzung gehalten. Die allgemeine Aufmerksamkeit war, wie natürlich, der zweiten Kammer zugewendet. Hier sind die Männer vereinigt, auf die Preußen als auf die Ersten jeder Partei blickt. Der Sitzungssaal enthält nicht alle gewöhnlichen Abtheilungen. Er ist ein längliches Rechteck, an dessen beiden schmalen und einer langen Seite von zierlichen Säulen getragene Gallerien für Zuhörer Raum bieten. An derjenigen langen Seite, über der Gallerien sind, und die zugleich die Fensterseite ist, steht mit dem Rücken gegen die Fenster der Präsidentenstuhl und die Rednerbühne, ihnen gegenüber an der andern langen Wand der Ministertisch. Der ganze Raum dazwischen ist leer, nur ein kleiner Tisch für den Stenographen steht in der Mitte. Die Sitze für die Abgeordneten befinden sich sämmtlich an den Seiten des Saales. So gibt es räumlich nur eine Rechte und Linke, kein Centrum. Etwa drei Bänke jeder Seite laufen an den Wänden entlang bis an den Ministertisch einer- und den Präsidentenstuhl andererseits; den innern Raum füllen Querbänke, die durch Zwischen-Gänge in verschiedene Abtheilungen getrennt sind. Die Bänke längs der Wand, zunächst dem Präsidentenstuhl, scheinen für die Aeußersten zu gelten, die zunächst dem Ministertisch für die dem Centrum entsprechenden; wenigstens bemerkte ich zur Linken auf der vordersten von jenen die Herren Waldeck, Jakoby, d'Ester, Schramm (Langensalza) dicht nebeneinander; auf der vordersten Querbank zunächst der äußersten Linken saß Kirchmann, in der folgenden Abtheilung die Herrn Rodbertus, Berg, Schultze (Delitzsch), und immer mehr der andern Wand zu Unruh und Pilet. Zur Rechten saß auf der vordersten Querbank zunächst dem Präsidium Vincke an dem Eckplatz, wie er auch in Frankfurt gewohnt war, hinter ihm Graf Arnim-Boytzenburg, hinter diesem Bodelschwingh; auf der folgenden Abtheilung dem Ministertisch zu saß Alfred Auerswald, und auf einer Bank längs der Wand Grabow. Gleich nach 10 Uhr fanden sich die Abgeordneten ein; sie wogten hin und her und schienen nicht zu wissen, wie anzufangen. Von den Ministern waren Herr von Manteuffel und von der Heydt anwesend, sie fühlten sich nicht berufen, die Eröffnung der Sitzung auszusprechen. Endlich nach einer halben Stunde wagt es Naumann aus Posen, und schlägt vor, durch Ausrufung des Alterspräsidenten sich zu proklamiren. Die Rechte ruft Lensing, die Linke Esser. Lensing ist 65 Jahr 2 Monat, Esser erklärt, dagegen käme

er nicht auf. So besteigt denn Kanonikus Lensing den Präsidentenstuhl. Er leitet den Akt mit einigen Worten ein: „Zum ersten Mal sei der Wunsch des Volks erfüllt, es tage eine verfassungsmäßige Versammlung in Preußen. Der vorjährigen habe es nicht gelingen wollen, die Verfassung zu schaffen; darum habe der König sie aus eigener Bewegung gegeben. Sie sei im ganzen Lande mit Jubel begrüßt worden." Bisher hatte die Linke schweigend zugehört, hier entwand sich ihr ein spöttisches Oho! und nachdem Lensing geendet, nimmt Grün aus Trier das Wort, um in seinem und der Linken Namen Verwahrung dagegen einzulegen, daß die Verfassung überall mit Jubel aufgenommen worden, und daß noch keine konstituirende Versammlung (wie Lensing nach seiner Behauptung gesagt hatte) dagewesen sei; der vorjährigen Versammlung hätte wohl mit mehr Liebe gedacht werden können, denn wenn es ihr auch nicht hätte gelingen wollen, das Verfassungswerk zu vollenden, so sei sie doch nicht Schuld daran. Lensing zog den unerfreulichen Streit durch eine Erwiderung noch länger hin. Die vier jüngsten Mitglieder wurden nun zu Schriftführern aufgerufen: es fand sich, daß sie sämmtlich der Linken angehörten, was die Rechte mit ironischem Lachen bemerkte. Parrisius und Grün sind darunter. Sechs Herren von der Rechten (Viebahn, Keller, Riedel u. A.) hatten eine Geschäftsordnung drucken und zu Anfang der Sitzung vertheilen lassen, die sie, ohne Verhandlung als provisorische anzunehmen beantragten. Unruh dagegen hatte vorgeschlagen, zunächst nur einige Bestimmungen über die Formen bei Prüfung der Wahlen zu beschließen, und sofort durch die Abtheilungen, in welche sich die Kammer zu sondern habe, dies Geschäft vornehmen und einen Ausschuß zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung wählen zu lassen. Ueber diese Anträge entspann sich nun eine zweistündige Verhandlung, an der fast alle Koryphäen Theil nahmen. Viebahn machte auf den Werth der Zeitersparniß aufmerksam, Unruh behauptete, auch nach seinem Vorschlag ginge keine Zeit verloren; Berg fragte, warum die Verfasser der Geschäftsordnung dieselbe Tags vorher nicht auch den bereits in Berlin anwesenden Mitgliedern der Linken mitgetheilt hätten, damit sie sich hätten überzeugen können, ob nichts Verfängliches darin enthalten sei; so aber müsse ihnen ein beschridenes timeo Danaos gestattet sein. Vincke antwortete scharf, wenn jene die Danaer fürchteten, fürchteten sie die Trojaner. Waldeck hob die Bedeutung der Geschäftsordnung für das Leben einer Versammlung hervor. Kirchmann zählte einige bedenkliche Bestimmungen der von Viebahn und Genossen vorgelegten auf, Bismark-Schönhausen verwarf sie wieder, weil sie der Linken Vortheile gewähre. d'Ester endlich meinte ironisch, warum das Ministerium, das doch so viel oktroyirt hätte, ihnen nicht auch eine Geschäftsordnung hätte schenken wollen? Bezeichnend war bei diesem Wechsel der Redner die Art, wie Jeder auf den Ruf: Namen! mit der Ankündigung desselben begann. Um die Verwirrung zu lösen, schlug Immermann vor, bis morgen die Frage zu vertagen, ob die Viebahn'sche Geschäftsordnung angenommen werden sollte und heute nur die Ausschüsse auszuloosen. Pilet bemerkte, ihm sei es gleich, ob das Plenum oder die Ausschüsse feierten; er wollte daß die Prüfung der Wahlen sogleich beginne. Endlich kam man zur Fragestellung; wieder derselbe Streit, wie abgestimmt werden sollte, wieder die Reibung zwischen Vincke und Berg. Soll der Immermann'sche Antrag getheilt oder ungetheilt zur Abstimmung kommen? Zweimal wurde wegen dieser Frage gezählt. Die Linke wollte die Bildung der Ausschüsse aber keine Vertagung; sie schien die Theilungsfrage zur Parteifrage machen zu wollen. Doch erhoben sich auch Einzelne der Rechten für Theilung, und so ward dieselbe mit 161 gegen 155 Stimmen angenommen. Die Linke frohlockte. Nachher aber wurden beide Theile des Immermann'schen Antrags genehmigt. Die ganze langwierige Verhandlung des heutigen und wahrscheinlich einiger folgenden Tage wäre vermieden worden, wenn wir unser parlamentarisches Leben nicht immer wieder von vornen beginnen wollten, wenn man die Geschäftsordnung der vorjährigen Versammlung provisorisch angenommen hätte. Bei der Ausloosung der Ausschüsse wollte die Laune des Schicksals, daß Vincke und Berg zusammen in einen, und Waldeck, Jakoby, Bodelschwingh und Manteuffel zusammen in einen andern kamen. Die Parteien stehen sich, wenn man nach dem äußern Anblick urtheilen darf, an Zahl ziemlich gleich; doch sollen sich für das Programm der Rechten (das gestern in der Deutschen Reform abgedruckt war) heute Morgen um 10 Uhr bereits 170 Unterschriften gefunden, die Linke in ihren Partei-Versammlungen nur 150 Mitglieder gezählt haben. Eine bedeutende Menge Nachwahlen sind noch zu halten; die Linke behauptet, die Mehrzahl von ihrer Partei.

In der ersten Kammer ging es ähnlich wie in der zweiten. Hier war Bracht Alters-Präsident. Er war seiner Aufgabe aber sowenig gewachsen, daß mit seiner eignen Zustimmung statt seiner ein provisorischer Präsident in der Person Rudolph Auerswald's gewählt wurde. Auch hier war von einigen Mitgliedern eine provisorische Geschäftsordnung vorgelegt worden, die lebhaft bekämpft dann aber angenommen wurde.

Schließlich erwähne ich einer Nachricht, die sonst Gutunterrichtete erzählten. Heute Nacht soll die Regierung die Mittheilung erhalten haben, daß Dänemark den Waffenstillstand gekündigt hat. Sie werden dort am besten wissen, ob die Nachricht gegründet ist.

0 **München**, 27. Febr. Auch die heutige zwölfte Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde größtentheils mit Interpellationen an das Ministerium ausgefüllt. Bei Beginn der Sitzung wurde auf Müllers Antrag eine tyroler Dankadresse für die Erklärung der bairischen Kammer bezüglich des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland vom Präsidenten verlesen. Hierauf ergriff Beisler das Wort, um eine Anfrage wegen Zurückhaltung einer Adresse für die Grundrechte durch einen Beamten zu beantworten. Er wies die Verantwortlichkeit für alle Handlungen der Beamten vom Ministerium zurück, das nur Abhilfe bringen könne und werde, wenn es durch Beschwerden Kenntniß von Mißbräuchen der Beamten erhalte. Eine Interpellation wegen der Verpflegsgelder, welche theilweise den Quartierträgern noch nicht bezahlt worden, gab Veranlassung zu mannichfachen Klagen über Exzesse, die von Soldaten begangen worden. Oberst Kratzeisen bürdet der Presse die Schuld für alle vorgekommenen Exzesse auf, indem er seinen Stand, der von allen Seiten Angriffe erfährt, vertheidigt. Schlund giebt eine Geschichte von einer durch den Landrichter von Sonthofen gestörten Versammlung oberschwäbischer Landwirthe zum Besten und fragt den Minister des Innern, ob bezüglich der Assoziationsfreiheit keine Instruktionen an die Behörden erlassen worden seien? Beisler weiß nichts vom gegebenen Falle, der nicht unter seinem Ministerium vorgekommen sei. Wenn man in den wenigen Tagen, in welchen er noch an diesem Tische sitzen werde, Fragen an ihn zu stellen habe, so möge man diese vorher schriftlich an ihn gelangen lassen. Uebrigens sei alles, was das Ministerium dem vorigen Landtage versprochen habe, seiner Ueberzeugung nach aufrichtig gehalten worden. Als er ins Ministerium trat, habe er gefunden, daß man das Assoziationsrecht in Baiern unbehindert genieße und deßhalb nicht für nothwendig gehalten, besondere Instruktionen darüber zu erlassen. Was sein Vorgänger in dieser Beziehung etwa gethan habe, könne er erst nach Durchsicht der Akten erfahren. Eine sehr unbefriedigende Antwort gab Beisler auf die Interpellation des Dr. Meier von Roßhauffen, bezüglich der vom Ministerium an die Landämter ergangenen Weisung, die neue Münchener Zeitung auf Regiekosten anzuschaffen. Beisler gab die halboffizielle Eigenschaft dieses Blattes zu. Die Regierung benütze es manchmal, um ihre Ansichten darin niederzulegen. Für alle Artikel könne sie aber nicht verantwortlich gemacht werden, denn die Redaktion der neuen Münchnerin sei so selbstständig wie andre Redaktionen und allein für alle Berichte verantwortlich. Da der Minister gerade den Geldpunkt zu berühren sorgfältig vermied, so kündigte Dr. Meier bezüglich desselben eine schriftliche Interpellation an.

Der Beschwerde der Journalisten in der Reichsrathskammer ist bereits abgeholfen und Niemand will jetzt die unangenehme Szene veranlaßt haben, so daß, wenn man Herrn v. Stauffenberg glauben darf, er von dem ganzen Vorfall erst durch die Erklärung der Journalisten Kenntniß bekommen hat.

÷ **Stuttgart**, 27. Febr. Noch kokettiren die Volksvereine, die nach und nach das ganze Land mit einem Netz überziehen, von Zeit zu Zeit mit dem Ministerium Römer, aber über die eigentliche Stimmung derselben gegen eine Verwaltung, die trotz der in ihr vertretenen, sehr vorgerückten Meinungen doch fest zu halten gedenkt an der Monarchie, ist nicht wohl eine Täuschung möglich. Auch gibt sich das Ministerium einer solchen Täuschung nicht hin, wohl aber hat es geglaubt, den Hetzereien, wie sie in jenen Vereinen organisirt sind, eine öffentliche Erklärung entgegen-

№ 60. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 1. März 1849.

Uebersicht.

Was wir bedürfen.

Ein Pole über die österreichische und preußische Note.

Deutschland. Wien (Die Organisationspläne des Ministeriums. Der Einmarsch der Russen.) Kremsier (Der Verfassungsentwurf. Das Ministerium und die Slaven.) München (Die Kammer der Reichsräthe. Die baierischen Verhältnisse nach innen und zur Centralgewalt. Neues Beispiel der Wahrhaftigkeit des Fürsten Wallerstein. Die preußische Note.) Aus Baden (Putschgerüchte und militärische Vorsichtsmaßregeln.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.)

Was wir bedürfen.

E. M. A. **Frankfurt,** 25. Febr. „Und Macht und Ehre wollen wir, Macht soll es sein und muß es sein!" Wir haben in den letzten zum Theil sehr unerquicklichen und unerfreulichen Verhandlungen unsrer Reichsversammlung Weises und Unweises genug hin und her klingen gehört über die sogenannte ziemlich unbestimmliche Unbescholtenheit. Das fühlt man bei diesem etwas dunklen Begriff, daß die bloße sogenannte Unbescholtenheit, wenn man sie über einen Mann ausspricht, eben nicht viel sagen will. Blickt man nun auf unser deutsches Volk zurück, wie es seit Jahrhunderten vor Europas Augen gestanden oder vielmehr gelegen hat, wenn man dieses große Volk gleichsam wie die Persönlichkeit eines Mannes wägt und schätzt, so dürfen wir bei diesem Blick und Ueberblick kaum für unbescholten gelten, so vielen Schimpf und Schmach hat es hinter einander ungestraft auf seine Ehre häufen lassen. Und in diesen langweiligen thatenlosen und ungeehrten Zustand, worin wir auch in dem jüngstverflossenen Menschenalter wieder daniedergelegen haben, sollten wir uns von dem langen und dicken österreichischen mit jedem findlichen und erdenklichen diplomatischen Honigseim und Ambrosia bestrichenen Kabelthau halbbarbarischer Herrschaft — von diesem dicken Kabelthau sollten wir schlaflüsterne deutsche Bären uns wieder einfangen und in das alte ruhmlose und thatenlose Nichts zurückschleppen lassen? Dahin sollten wir uns von unsern Fürsten, die wieder auf dem alten mit Souveränetätsdunen gefüllten Pfühl schnarchen möchten, dahin von vielen unverständigen und kurzsichtigen Männern und Räthen der Fürsten, welche uns in der alten jämmerlichen Zersplitterung und Zertheilung der Macht wie im alten Weiland die einzige Sicherheit der Freiheit zeigen wollen, zurückschmeicheln, zurücktäuschen und zurückschrecken lassen? Nein, nimmer, nimmer!

Wir brauchen aber Macht und starke Macht, wir brauchen eine glänzende und majestätische Macht. Sonst überholt uns das wilde und unruhige Ding, was man jetzt noch Freiheit zu nennen beliebt und was ohne schirmende und leuchtende und erhaltende Macht bald entweder völlige Herrenlosigkeit und Unordnung oder die alte langweilige Ohnmacht sein würde.

Der Mensch, welcher der irdischen Luft und Speise genießt, lebt doch nicht allein vom Brode. Er, der sich göttlichen Geschlechts fühlt, will den Wein Gottes schlürfen, er will Luft und Athem des Geistes schlürfen, und muß ihn schlürfen wollen, wenn er nicht thatenlos und ehrlos fortträumen und fortdämmern will. Zu diesem Geist, zu diesem geistigen Athem gehören, wenn man von Völkern spricht, Ruhm und Ehre, und diese beiden Herrlichkeiten sind nimmer ohne Macht und Majestät da.

Was meine ich damit? Ich meine einen tiefst im Menschen wurzelnden Urtrieb. Was hat der Schwede von seinem Karl dem Zwölften, der Franzose von seinem Napoleon, der Brandenburger von seinem Friedrich dem Zweiten, endlich was hast du, o Deutschland, von deinem Friedrich Rothbart gehabt? Siehe es waren fast übermenschliche Arbeiten und Anstrengungen der Völker, welche diese Gewaltigen ihnen zugemuthet haben. Und die Völker haben den aus diesen unendlichen und schwersten Arbeiten und Mühen aufleuchtenden Glanz, diesen kostbarsten mit Gold und Glück und Blut erkauften Glanz gewollt. Ja, sie haben ihn gewollt: denn sonst hingen die Bilder solcher Gewaltigen nicht in der Hütte jedes Bauers und Soldaten, sonst säßen sie nicht so fest in den Gedächtnissen auch der Aermsten und Elendesten im Volke.

So ist es: wir leben von der geistigen Speise. Freiheit, Vaterland, Majestät, es sind eben Ideen, keiner kann mit den Fingern zeigen, was und wo sie sind: denn sie sind nur der Schatten und Schemen eines tieferen und höheren Schemens. Wir wollen endlich Macht und Ruhm; das deutsche Volk ruft sehnsüchtig Macht und Ruhm! es ruft: Komm', Kaiser Friedrich, steige aus dem langen Siebenschlaf deines Kyffhäusers herab!

Ja, solche Erleuchtung und Erhebung wollen wir Deutsche, die aus dem langen sechshundertjährigen Siebenschlaf endlich Wiedererwachten. Wir haben Furcht und Ehrfurcht für die eigene Freiheit nöthig, wir haben sie den fremden Welttheilen und Völkern gegenüber fast nöthiger. Diese Furcht und Ehrfurcht, welche allein eine starke Regierung geben kann, wird unsern Schiffern wie unsern Weltwanderern und Auswanderern allein den Schutz und Schirm und unserm Fleiß und Handel allein die Auswege und Hülfen öffnen, wonach alles Volk so laut und einstimmig schreit. Solches könnte die halbirte und getheilte Herrschaft, womit Einige unter dem Titel Freiheitsverbürgung uns eben so unverständig als listig vorgaukeln, nimmer schaffen; diese könnte die mit buntesten chinesischen Farbenfeuern gespiegelte und vorgespiegelte österreichische Lockung uns noch viel weniger geben.

Also: Ein Herr, ein starker Herr, ein ganzer Herr, ein ganz deutscher Herr über und neben den Königen und Fürsten!

„Aber dieser Eine wird die Könige und Fürsten endlich verschlingen." So winkt und warnt man. In gleicher Weise hat man ja früher bei allen Kaiserkapitulationen, welche wahrlich die Macht und Freiheit des Volkes am wenigsten meinten, gewinkt und gewarnt, und darüber ist die Macht, Ehre und Freiheit des Vaterlandes endlich ein Nichts geworden. Was künftige Zeiten für Wechsel der Völkergeschicke bringen können, das weiß ich nicht und sage mit Schmalz: ich sitze nicht darin, aber ich habe die Hoffnung, daß gerade unter einem recht starken Halter und Verwalter der höchsten Macht wird die deutsche Freiheit und auch die einzelne Selbstständigkeit der deutschen Fürsten und Republiken am würdigsten und edelsten und vor Erschütterungen und Umwälzungen am festesten und längsten bestehen. So wird das frische, gesunde durch alle Adern und Poren des großen Volkes pulsirende Blut am fröhlichsten rund getrieben werden; so wird der rechte gewaltige Druck und Gegendruck eines gedeihlichen vollkräftigen Lebens in dem großen und mächtigen Kaiser und in dem starken und freien Reichsparlamente allein da sein.

Versteht ihr? oder nicht? singt der Schlußklang der Voluspa, oder Weissagung der Vola in der Edda.

Ein Pole über die österreichische und preußische Note.

Mit Argusaugen verfolgen die Slaven und unter ihnen namentlich die Polen unsere Angelegenheiten; es verlohnt wohl der Mühe, eine Stimme aus ihrer Mitte über unsere „Notenpolitik" zu hören; wir entlehnen daher die folgenden Zeilen einem der polnischen Hauptorgane. „Ein allgemeiner Schrei der Entrüstung brach unter den Deutschen aus, als die österreichische Note an's Licht trat, als endlich Oesterreich mit einer Art Cynismus von Offenheit seine Meinung über die deutsche Einheit abgab, eine Meinung, die nicht sehr schmeichelhaft und angenehm für die Deutschen ist, aber wer ist denn schuld daran? Wenn wir die beiden Dokumente aus Berlin und Ollmütz vergleichen, so scheint es fast, daß die Rollen getauscht sind. Die preußische Note ist diesmal diplomatisch, die österreichische athmet einen wahrhaft blücherischen Geist. Sie ist der Handschuh, welcher der deutschen Einheit und auch dem gutmüthigen aufgeblasenen Parlament ohne alles Kompliment in's Antlitz geschleudert wird; das Hohnlachen des, auf seinen Kanonen ruhenden Windischgrätz, welcher die germanistischen Träume der Frankfurter Professoren und die zusammenschweißenden Bemühungen des „edlen" Gagern unangenehm stört.

„Ich will keine neumodische deutsche Einheit," sagt Oesterreich und wenn ich keine will, so erlaube ich sie auch nicht!" Es muß alles hübsch ruhig in das alte Bette zurückkehren, alles so werden, wie zu den guten Zeiten des „guten Königs Robert." Diesen Ausspruch thut Oesterreich, nachdem es sich mit Galizien und Siebenbürgen auf die breiten Schultern des russischen Kolosses gestützt und die eigene Wirthschaft mit „Pulver und Blei" so ziemlich in Ordnung gebracht hat. Jetzt kann es dem Begeh-

ren nicht mehr widerstehen, jenseits seiner Grenzen seine verwandtschaftliche Theilnahme Deutschland zu beweisen.

Oesterreich muß sich stark fühlen, oder einer kräftigen Stütze sicher sein, da es seine Tatze nicht unter die Metternich'sche Perrücke versteckt, sondern die scharfen Klauen den „deutschen Brüdern" offen zum Händedruck hinreicht. — Daher ist denn auch viel Schrecken unter die Deutschen gefahren und viel Rathlosigkeit. Nur im Berliner Kabinet ist man still und scheint unerhörter Weise eine selbstständige Politik befolgen zu wollen. Aber warum veröffentlicht man denn die Präliminarien einer neuen Tripelallianz nicht, welche Oesterreich mit Rußland vorschlug und die man in Berlin ablehnte, vielleicht sehr zur Unzeit?!

Welch' eine Kluft liegt jetzt zwischen dem ersten Aufpflanzen der deutschen Trikolore und der liebreizenden Einheit, welche die östreichische Note bietet! Wie herrlich klingt das ironische Selbstlob der österreich. Regierung im Eingange! wie ehrlich sagt sie, daß sie ihre Hand auch ferner nicht von Deutschland abziehen, und wenn auch Nichts umschmelzen, so doch Alles darin hübsch einwichsen und abputzen wolle, daß es wieder frisch glänze. Was aber die alten burschenschaftlichen Gedanken anbetrifft, die in den deutschen Schädeln anno 1848 spukten und mit denen das Frankfurter Parlament tant bien que mal sein Spiel treibt, damit kann Oesterreich sich natürlich nicht befassen! Wenn die österreichischen Abgeordneten bisher mitschwärmten, so werden sie jetzt wissen, was sie als gute Oesterreicher zu thun haben, und die Regierung wird nicht ermangeln, ihnen die nöthige Anleitung zu geben. Sie sind die Schachfiguren in Frankfurt, wie die kleinen deutschen Könige als solche in dem politischen Spiele der Kabinette von Olmütz und Petersburg dienen müssen. Mit beiden wird der Plan eines deutschen Bundesstaates vereitelt, der für Oesterreich und Rußland gleich unbequem ist.

Wo ist denn nun das herzinnige Einverständniß mit Preußen, von welchem die preußische Cirkularnote so viel erzählt? Wo ist denn die Hoffnung und die Ueberzeugung Preußens geblieben, daß Oesterreich sich über die deutschen Angelegenheiten mit Frankfurt und mit den Regierungen verständigen würde? Das ist ein schönes Verständigen, wenn man Jemand rund heraus sagt: „Alles, was du ein Jahr lang getrieben, ist albernes Zeug, ich kann nichts davon brauchen, wir bleiben beim Alten, damit basta!" Das Einverständniß Preußens und Oesterreichs muß doch auch etwas sonderbarer Natur sein! Preußen ist voller Komplimente und Vertrauensversicherungen, Oesterreich aber sagt grade heraus, „wir haben uns vorweg nicht einigen können, deshalb komme ich allein, um mit Frankfurt zu vereinbaren."

Beide Staaten wollen inzwischen nur den Standpunkt in Deutschland einnehmen, welcher ihnen „zukommt." Natürlich legt sich jeder die Sache zu seinem Vortheil aus. Geht die ganze Geschichte in Deutschland auf das alte Verhältniß zurück, so kann Niemand Oesterreich den Vorsitz am erneuten Bundesdirektorium streitig machen; hat die Revolution die Kraft, etwas Neues zu schaffen, so muß Preußen als Repräsentant der neuen deutschen Geschichte an die Spitze. Wir sind aber der Ansicht, daß es demnächst noch beim Alten bleiben wird, und es kann uns Slaven ganz recht sein. Ist der Bundestag in optima forma mit einigen Zugeständnissen in Handels-, Zoll-, Straßen- und Paßangelegenheiten hergestellt, so hat Habsburg mit Hilfe der Slaven in Deutschland das Uebergewicht, und herrscht in Oesterreich wenigstens auf einige Zeit noch über die Slaven mit Hilfe der Deutschen. Es lebe dann die deutsche Einheit aus Stadions Garküche! Nun werden wir sagen: „Ach die armen Slaven! sie haben sich so sehr gefreut, sie haben sich so abgearbeitet, um nur die Löcher im habsburgischen Mantel zu flicken, und jetzt streichelt sie Oesterreich so unangenehm und thut ihnen die Wohltbat eines innigeren Verbandes mit Deutschland an!" Ja wohl, so werden wir sprechen, aber wir werden auch hinzusetzen: „Es ist nicht aller Tage Abend," wie schon König Perseus sagte, „und es wird die Zeit kommen, wo die Windischgrätze und Jelacice fehlen werden. Dann aber werden die Völker erzogen sein! — ich meine unsere slavischen Völker, denn Oesterreich erzieht sie jetzt und thut wohl daran, Erziehung bringt uns zur Vernunft!"

Was aber Frankfurt zunächst zu der Geschichte sagen wird, ist schwer zu errathen. Noch schwerer, woher die deutsche Einheit kommen soll, die man dort träumte. Ich für meinen Theil wiederhole, was ich im Juli vergangenen Jahres gesagt: „Frankfurt säet statt Einheit Zwietracht, es weckt nicht die Brüderlichkeit, sondern den Bürgerkrieg, und da es nicht den Muth hat, etwas aufrichtig zu wollen, so wird es ohnmächtiger Weise nur das zu Stande bringen, was es nicht will."

Wir schließen diese Mittheilung mit einem „dii avortant omen!"

Deutschland.

Wien, 22. Febr. Das Ministerium ist endlich in der Frage über die Reorganisation Ungarns nach langen Geburtswehen zu einem Entschlusse gekommen. Ich theile Ihnen die wesentlichsten Punkte mit. Kroatien und Slavonien, die serbische Woywodschaft und Siebenbürgen sollen von Ungarn gänzlich losgetrennt und als selbstständige Provinzen mit Oesterreich vereinigt werden. Das übrige sogenannte engere Ungarn soll trotz seiner verschiedenen, großentheils sogar geographisch von einander gesonderten Nationalitäten ein ungetrenntes zusammenhängendes Ganze bilden, mit selbstständiger Verwaltung und Gesetzgebung, und der Zusammenhang mit dem Gesammtstaate nur durch die Einheit des Militärwesens, der Finanzen und der Zölle erhalten werden. Zur Reorganisation des engern Ungarns in diesem Sinne will das Ministerium Vertrauensmänner der verschiedenen Nationalitäten zusammenberufen.

Wir gestehen es, wir hätten eine solche Inkonsequenz vom Ministerium nicht erwartet. Noch sind die Grundfragen der österreichischen Verfassung nicht entschieden: ob die Centralisations-, ob die Föderations-Idee zu Grunde gelegt, ob die althistorische Eintheilung nach Provinzen, oder die vornehmlich von den Deutschen verlangte Eintheilung nach Nationalitätskreisen festgehalten werden soll. In dem Verhältnisse Ungarns zur Monarchie präjudizirt nun das Ministerium diese künftige Entscheidung; es stellt auf der einen Seite ein sehr lockeres Föderativband, und auf der anderen die althistorische Provinzialeintheilung fest. Oder soll Ungarn, wie vor dem März, unabhängig von dem übrigen sogenannten konskribirten Oesterreich, seine besondere, nicht Provinzial-, sondern Staatsverfassung, seine besondere Stellung im Gesammtstaate haben? Dann ist es uns unbegreiflich, wie das Ministerium die Idee der Staatseinheit zu seiner Devise machen konnte.

Wir nannten das Verfahren des Ministeriums inkonsequent, und das ist es auch. In Galizien hat das Ministerium sich kurzweg über die Provinzial-Selbstständigkeit gesetzt und zwei Nationalitäten in der Verwaltung von einander geschieden. Und doch gehören diese Nationalitäten dem einen slawischen Mutterstaate an und sind jedenfalls viel verwandter als Magyaren, Deutsche, Slaven und Romanen, aus denen die Bevölkerung Ungarns besteht. Den Slawen zu Liebe oder vielleicht auch den Polen zum Torte hat es in Galizien sich für das eine Prinzip entschieden, während es in Ungarn den Magyaren zu Liebe das entgegengesetzte zur Geltung bringt. Wir bedauern herzlich die Kurzsichtigkeit des Ministeriums, das nicht nur mit jedem Tage mehr seine eigene Stellung untergräbt, sondern jedem nachfolgenden die größten unentwirrbarsten Schwierigkeiten bereitet.

Unter den Südslawen herrscht ohnedies bereits die oppositionellste Stimmung gegen das Ministerium; nun wird sich auch unter den Nordslaven, die zuversichtlich eine besondere Verwaltung und eine gänzliche Lostrennung von Ungarn für die slowakischen Theile dieses Landes erwarteten und nach früheren Andeutungen auch erwarten konnten, ein Sturm gegen das Kabinet erheben.

Und was ist die Hauptursache dieser neuen Politik, die das Ministerium in Ungarn festhält? Nichts anderes als die deutsche Frage, die es mehr und mehr von seinem ursprünglichen Wege abbringt. Wie es scheint, „schwebt dem Ministerium ein ganz eigenthümlicher Plan vor." Es gedenkt nämlich den Staat Oesterreich in vier minder organisch mit einander verbundene Massen zu theilen, die eine dieser Massen würden die zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen, die zweite die slawischen außer dem deutschen Bunde stehenden Theile, die dritte Ungarn und die vierte das lombardisch-venetianische Königreich bilden. Die erste dieser Massen würde in unmittelbarer, wenigstens verhältnißmäßig unmittelbarer, die andern drei in mittelbarer Beziehung zu Deutschland stehen. In diesem zwar nur noch nebelhaft vorschwebenden Plane dürfte der Schlüssel zu mancher räthselhaften Erscheinung der ministeriellen Politik zu suchen sein. (D. Ref.)

Wien, 22. Febr. Kuranda allein von allen hiesigen Journalisten spricht heute über den Einmarsch der Russen in einem würdevoll freimüthigen Artikel. Ueberraschend erfreulich war es mir, daß alle Offiziere die ich hörte, entrüstet über den Einmarsch der Russen sind, sie betrachten diese Hülfe als einen Flecken der so glorreichen österreichischen Armee, und sind wüthend über die Vernachlässigung Siebenbürgens in militärischer Hinsicht, welche eben die russische Hülfe nöthig machte. Uebrigens hat sich jetzt herausgestellt, daß das Kriegsministerium Sendung auf Sendung an Waffen, Geschütz und Munition nach Siebenbürgen geschickt hat, aber nothgedrungen auf dem Umwege durch Kroatien und Slavonien, und daß alle diese Transporte von den Banalbehörden aufgehalten und für ihre eigenen Zwecke benützt worden sind. Das ist auch ein kleines Bausteinchen zu dem Anarchietempel in Oesterreich, dessen Bauhütte man in Wien allein voraussetzen will. (Allg. Z.)

Kremsier, 20. Febr. Der Verfassungsentwurf, vom Fünferausschusse vollendet, ist in Vollberathung des ganzen Verfassungsausschusses gekommen und von diesem bis etwa zu zwei Drittheilen bereits angenommen. Mehrere Paragraphen wurden zusammengezogen, und das Ganze wird somit eine geringere Paragraphenanzahl enthalten, als der Fünferausschuß aufgestellt hat. Von der Verwaltung der Provinzen durch einen von verantwortlichen Räthen umgebenen Gouverneur ist man abgekommen, und nur der Gouverneur soll verantwortlich sein. Die Kreisverwaltungen sollen nicht unmittelbar mit dem Ministerium, sondern mittelbar durch den Gouverneur mit demselben in Verbindung stehen. Die Provinzen sollen in eine mindere Anzahl von Kreisen eingetheilt werden, als es bis jetzt der Fall war. Noch während der fortdauernden Berathungen über die Grundrechte wird der Entwurf vom Ausschusse den Abtheilungen übergeben werden, und wird somit sogleich nach beendigter zweiter Lesung der Grundrechte in Vollberathung genommen werden können. — Die Frage der Judenemancipation scheint einer günstigen Lösung entgegenzugehen. Selbst die anfangs sich sträubenden und unentschiedenen Elemente der Linken haben sich entschieden für dieselbe ausgesprochen, nicht minder das linke Centrum. (Const. Bl. a. B.)

In **Kremsier** wurde — wie die Národni nowiny berichten — aus Anlaß der neuen Bedrückungen, welche die Slawen in Ungarn erfuhren, ein Komite von 3 Personen (Trojan, Hawlicek und Klaudi) ernannt, um mit den Slowaken über den Stand dieser Angelegenheit zu berathen, und die angemessenen Mittel zu erwägen. Neuerlich wurden 3 Glieder des slawischen Klubs, und zwar Trojan, Obecal (Mähre) und Cerne (Südslawe), gewählt, um über diese Angelegenheit direkt mit den Ministern zu verhandeln, die freilich fast immerwährend ungünstigen Einflüssen ausgesetzt sind. Sie erhielten folgende Versicherungen: aus Ungarn soll keine Behörde nach Kroatien rc. oder die Wojwodowina hinüberreichen; Almasy mußte seine bekannte, nach Kroatien geschickte Zuschrift zurücknehmen, und der Minister Bruck wurde zu Windischgrätz und dem Ban Jellacic gesandt; die Gleichberechtigung der Nationalitäten soll in Ungarn anerkannt, daher der Vorrang, ja die Alleinherrschaft des Magyarenthums gebrochen, die treuen Slowaken sollen in die Aemter eingesetzt, und zum Behuf der Neuorganisirung Ungarns ein Rath — bestehend aus Vertrauten aller Nationalitäten des Landes — nach Wien einberufen werden. Auch wurde versprochen, daß die Gleichberechtigung aller österreichischen Nationalitäten ehestens wirklich ins Leben eingeführt wird, in dem Maße, als es die gegenwärtigen Umstände erlauben. Zugleich sorgt das Ministerium dafür, daß alle Gesetze für jedes Volk Oesterreichs in seiner Sprache, nicht als Uebersetzung, sondern als vollkommen gültiger Urtext, erlassen werden.

△ **München**, 26. Febr. Kaum haben sich die ersten Folgen des bekannten Votums der Kammer der Reichsräthe eingestellt, eines Votums, das hier selbst in ehrlich blauweißen Kreisen die Leute betroffen machte, so fängt auch schon die hohe Kammer an einzusehen, daß man es mit sogenannten kühnen Griffen nicht allzu leicht zu nehmen habe und ist naiv genug, durch den Mund des Fürsten Wallerstein zu erklären: sie hätte es nicht so gemeint. „Die Kammer glaubt dem Rufe der Ehre zu folgen, indem sie sich gegen ein preußisches Kaiserthum erklärt". Ich dächte, dieser Satz wäre ziemlich deutlich und ließe nur Eine Interpretation zu: es liegt nur einerlei Meinung darin. Wenn dennoch hinterher behauptet wird, man habe sich etwas anderes gedacht, als ausgesprochen worden, so stellt sich die Sache fast noch mißlicher, indem dadurch bekannt wird, der Kammer gehe die Kenntniß des Werthes der Ausdrücke deutscher Zunge ab. Die Wirkung dieses Votums, darüber braucht man sich wohl keinen Täuschungen hinzugeben, wird eine der beabsichtigten gerade entgegengesetzte sein.

In der Ministerkrise, wenn überhaupt jemals eine solche stattbatte, noch immer der alte Status. Denn niemand denkt daran, daß die jetzt die laufenden Geschäfte besorgenden Ministerleichen, wie der Volkswitz sagt, neuen Ministern Platz machen werden. Die Kammern gehen morgen oder übermorgen nach Hause, und es wird für's Erste ohne Kammermajorität regiert werden, bis die Verhältnisse sich mehr abgeklärt haben.

⚌ **München**, 26. Febr. Wer jetzt Herzlosigkeit und Frivolität genug besäße, über die Art zu lachen und zu spotten, wie die baierischen Verhältnisse von oben her gehandhabt werden, fände wahrlich Stoff genug dazu. Diese Scheu vor dem Großen, diese Angst im Kleinen, diese Unentschlossenheit nach allen Seiten und dazu dennoch die Sucht sich entschieden, energisch, thatkräftig anzustellen, bietet wirklich ein so buntes Gemisch von Erscheinungen, daß es ganz amüsant sein könnte, wenn es nicht zu gar so traurigen Betrachtungen Veranlassung böte. Also mehr als vierzehn Tage lang hat man den Geschäftsgang des Landtags aufgehalten, weil man weder zum Entschluß der Bildung eines neuen Ministeriums kommen konnte, noch auch wagte, was man endlich doch nicht vermeiden konnte, nämlich eine Vertagung der Kammern eintreten zu lassen. Daß diese eintreten solle, verkündigt man wider allen parlamentarischen Gebrauch im Voraus vom Ministertisch, und will vorher noch ein Gesetz über die Matrikularbeiträge berathen haben. Diese Frage selbst kann natürlich nicht zur Entscheidung gedeihen, ohne daß sämmtliche Prinzipienstreite über Baierns Stellung zur Centralgewalt wieder in derselben Weise zur Debatte kommen, wie sie es bei der Adresseberathung waren, während auf diese Adresse selbst keinerlei Rückäußerung erfolgt ist. Bei der Centralgewalt selbst suchte die letzte baierische Note, obgleich sie Baierns Festhalten am Vereinbarungsprinzip und dessen Ueberzeugung gegen Errichtung der Kaiserwürde ausdrückt, auch noch zu temporisiren, indem der Bevollmächtigte sagt, über seine Theilnahme an den Berathungen über die Verfassung würden ihm in kürzester Zeit speziellere Instruktionen zugeben. Hat diese Konferenz wirklich am Jahrestag der französischen Revolution stattgehabt, so muß in Frankfurt nun allerdings Baierns Stellung klar geworden sein. Hier dagegen war aus des Grafen Bray Erklärungen in der Reichsraths- und Abgeordnetenkammer nur zu ersehen, was Baiern in dieser Frage nicht gethan, keineswegs was es thun werde. Bei der jetzigen Berathung über die Matrikularbeiträge sind also die Kammern und deren Parteien ohne allen positiven Anhalt in dieser Beziehung. Tritt nun auch der Minister etwa mit einer Erklärung vor, so bleibt eine solche entweder wirkungslos auf die Kammer beschlässe, oder sie ruft eine so lange Debatte hervor, daß wieder die Vertagung selbst in's Ungewisse hinausgeschoben wird. Bis diese erfolgt, so scheint es nach der ministeriellen Verkündigung, tritt ein neues Ministerium nicht ein. Je später dieses in Wirksamkeit kommt, desto weiter schiebt sich natürlich der Wiederzusammentritt des Landtags hinaus, während dieser Landtag selbst, so lang der Reichsrath noch in seiner jetzigen Zusammensetzung besteht, blos in der zweiten Kammer als wirklich volksvertretend angesehen werden kann, und die Finanzperiode am 1. Okt. zu Ende läuft, also bis dahin das neue Budget festgestellt sein muß. Wie schwierig aber diese Feststellung sein wird, hat mein letzter Brief bereits angedeutet. Ueber diese ganze Zeit mit dem bisherigen System des Zögerns hinwegzukommen, ist nach menschlichem Ermessen bei den bestehenden Stimmungen des Landes unmöglich. Nicht das Handeln der Regierung, sondern das Temporisiren und Zögern, das rathlose Hinhorchen nach allen Seiten, die Unentschlossenheit, die gänzliche Unzuverlässigkeit, sowie es sich um Konsequenzen irgend einer Art handelt — dies sind die Elemente, welche nicht unwahrscheinlich selbst zu tumultuarischen Volksbewegungen in Baiern führen werden. Die jetzige Art und Weise der Regierung hat gar keine Partei für sich; selbst der (um es höflich auszudrücken) auf dem politischen und religiösen Gebiete „rückzügelnden" Partei ist man nicht sicher, weil diese mehr Energie fordert; obgleich sich nicht läugnen läßt, daß man am Hofe, wenn auch nicht im Ministerium, noch am liebsten mit ihr liebäugeln möchte. Das Be-

wußtsein dieser gänzlichen Haltlosigkeit äußert sich in der entsetzlichen Angst, womit man jede nur mögliche Bewegung hier in München mit Soldatenmassen umstellt. Das übrigens wahrlich recht unbedeutende Arbeiterbankett im sogenannten Kreuzbrauhaus zur Feier der französischen Revolution hatte am Sonnabend wieder die ganze Garnison auf die Beine gebracht. München sah wieder aus, wie am Tage nach dem großen Lolakrawall. Tief in der Nacht erst durften die aufgestellten Massen in ihre Quartiere gehen, ohne daß sie auch nur das Geringste zu thun gehabt hatten, als dazustehen; ohne daß die Streifwachen auch nur einen einzigen Volkshaufen auseinanderzusprengen gehabt hätten. Aber gestern Abend ritten sie doch wieder durch alle Straßen; vielleicht weil das Gerücht geflogen gekommen war, in Nürnberg sei bei Gelegenheit jener Feier die Republik ausgerufen und die Stadt in Belagerungszustand erklärt worden. Aber, fragen wir weiter, heißt es nicht mit Gewalt zu Gassendemonstrationen treiben, wenn man fortwährend die Furcht davor zur Schau trägt und doch im eigentlichen Staatsleben nicht einmal dazu kommt zu sagen: dies und dies ist unser Prinzip, so und so wollen wir handeln? Heißt es nicht den Massen sagen: wir haben ein böses Gewissen, unsere Unentschlossenheit und unser Temporisiren könnten Euch wohl zu Tumulten treiben und weil wir diese fürchten, halten wir Euch die Bajonette entgegen?

†† **München**, 25. Febr. Der mehr als hinlänglich bekannte Fürst Ludwig v. Oettingen-Wallerstein, aus dessen Feder die meisten Angriffe auf Preußen und auf die sogenannte „Preußen-Partei" in Frankfurt stammen, von welchen die hiesige „deutsche konstitutionelle Zeitung" seit Monaten überschwillt, hat auch die durch die verletzende Fassung des Protestes der Reichsrathskammer gegen die preußische Oberhauptswürde wohlmotivirte Note des hiesigen preußischen Gesandten an den Grafen v. Bray zu neuen Angriffen gegen den preußischen Namen und gegen die ihm so tief verhaßten „Preußenthümler" in Frankfurt nach Kräften ausgebeutet. Er begnügte sich nicht damit, in einem besondern Artikel des gedachten Blattes jene Note als einen förmlichen Angriff auf die „parlamentäre" Unabhängigkeit, als einen neuen Uebergriff des „Preußenthums" zu denunziren, sondern er hatte auch noch die Keckheit, bei Anlaß der von ihm in der gestrigen Sitzung der Reichsraths-Kammer in dieser Sache an den Grafen Bray gestellten Interpellation alle die von ihm in dieser Versammlung schon jüngst vorgebrachten Invektiven gegen den vorberechtigten aber auch vorverpflichteten Staatsberuf Preußens für Deutschland in geschärfter Betonung zu wiederholen. Auch konnte er nicht unterlassen, eine Behauptung zu erneuern, deren Lügenhaftigkeit ihm schon früher nachgewiesen worden und die ich auch heute wieder unter meiner Verantwortlichkeit als Lüge bezeichne, daß nämlich „Preußen im vorigen Jahre, zur Zeit, als er (Wallerstein) Minister gewesen, gegen die in Baiern verfügte Freigebung der Presse für innere Angelegenheiten reklamirt und resp. protestirt habe." Eine gleiche Interpellation wegen der mehr beregten Note des hiesigen preußischen Gesandten ward auch in der gestrigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer gestellt, und zwar von dem Herrn Dr. Müller, der sich nun einmal in den Kopf gesetzt hat, daß eine deutsche Kaiserwürde, wenn die Nationalversammlung in Frankfurt sie beschlöße, sich nur für die „tausendjährige" Dynastie der Wittelsbacher passen würde, und der also, bei der gefährlichen Rivalität Preußens für seinen Lieblings-Plan, schon deßhalb ein ingrimmiger Preußen-Fresser ist. Schließlich gestatten Sie mir noch ein Wort über das gute Recht der Note des Herrn v. Bockelberg. Unser Minister des Aeußern, Graf Bray, bei den fraglichen Verhandlungen der Reichsrathkammer über die deutsche Frage in dieser Versammlung amtlich anwesend, machte auch nicht die leiseste Erinnerung, als dieselbe, dem „Gebote der Pflicht und Ehre folgend," das „preußische" Kaiserthum perhorreszirte. Auch möchte ich fragen: Wird nicht die Bedeutung eines Beschlusses, der einen Tadel der vermeintlichen Politik Preußens enthält, dadurch verstärkt, wenn das offizielle Organ der bairischen Regierung bei dem preußischen Hofe dabei mitwirkt?*)

*) Graf v. Lerchenfeld-Köfering, unser Gesandter in Berlin und jetzt als Mitglied der Reichsrathkammer hier in Urlaub.

△ Aus Baden, 25. Febr. Der Tag, welchem man vielfach, wenn auch nicht mit Besorgniß, so doch mit einer gewissen Spannung entgegen sah, der Jahrestag der letzten französischen Revolution und der Proklamirung der französischen Republik, ist vorüber und nirgends im Lande ist die Ruhe irgendwie gestört worden. Es lagen der Anzeigen, daß die republikanische Partei ein neues Unternehmen beabsichtige, zu viele vor, als daß in dieser Beziehung noch ein Zweifel gestattet sein könnte, und nicht umsonst wurde die Vorsicht so weit getrieben, daß selbst die einzelnen Eisenbahnzüge nur unter militärischer Bedeckung abgingen und kleine mobile Kolonnen zu beiden Seiten des Schienenweges ins Land hinein streiften. Einer solchen Wachsamkeit und Thätigkeit gegenüber wäre jede Schilderhebung, der es außerdem, seit Hecker verschollen und Struve ein Gefangener ist, an jedem auch nur einigermaßen einflußreichen Führer gefehlt hätte, Thorheit und Wahnsinn gewesen, und die Partei kann offenbar nichts Besseres und Klügeres thun, als daß sie, wie es in der That und mit einem großen Aufwand von Entrüstung geschieht, alle jene Gerüchte, welche die Vorsichtsmaßregeln der Regierung hervorgerufen, als Erfindung und Abgeschmacktheit bezeichnet.

┼ **Karlsruhe**, 26. Febr. Mehrere unserer s. g. demokratischen Blätter haben seit Kurzem großen Lärm gemacht über einen angeblichen Ministerialerlaß, wornach die Gensdarmerie nachzuforschen aufgefordert sei, auf welche Weise die Petitionen an die zweite Kammer für die Auflösung der jetzigen Ständeversammlung verfaßt worden seien. Der Abgeordnete Lehlbach unternahm es nun, in der heutigen Kammersitzung hierüber eine Interpellation an den Minister des Innern zu richten, und vollzog seine Aufgabe zur Belustigung der Kammer. Er behauptete, daß jener Erlaß sich auf Petitionen gegen die Kammerauflösung (sollte heißen für) beziehe und schilderte, wie durch die Nachforschungen der Gensdarmerie Mancher schwarz (sollte heißen roth) angeschrieben werden könnte. Die furchtbare Anklage war abgeschleudert, und zum nicht geringen Erstaunen des Interpellanten erhob sich sofort Staatsrath Bekk zu ihrer Beantwortung. Dieselbe ging mit den kürzesten Worten dahin, daß die in den rothen Blättern aufgestellte Behauptung, worin man sogar die Nummer des Erlasses beigefügt hatte, von A bis Z erlogen sei; dagegen sei allerdings an sämmtliche Aemter die Aufforderung erlassen worden, sogleich Anzeige zu machen, sobald sie über das Vorhaben von Sturmpetitionen Kenntniß erhalten sollten. Lehlbach bezeigte seine Zufriedenheit, daß die Gensdarmerie demnach nicht zu freiheitsfeindlichen Maßnahmen verwendet werde. Etwas boshaft und unter anhaltendem Gelächter hielt ihm sodann der Abgeordnete Schaaff entgegen, daß diese Absicht doch schon vorhanden gewesen sei, und gedachte einer von dem Advokaten von Rotteck kürzlich anberaumten Volksversammlung in Kirchzarten, wo die ganze Gemeinde zwar erklärt habe, sie wolle von einer solchen Versammlung nichts wissen und werde sich ihr widersetzen, wo aber Rotteck den Schutz der Gensdarmerie verlangt habe, um eine durch die Grundrechte anerkannte Befugniß auszuüben.

Blankenhorn interpellirte sodann das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, als Eisenbahnverwaltungsbehörde, über den Gütertransport vom Endpunkt unserer Eisenbahn bis Basel, und verlangte um die Konkurrenz mit der Elsässer Bahn aushalten zu können, theils eine ermäßigte Taxe, theils die Uebernahme der Spedition von und nach Basel durch die Eisenbahn-Verwaltung selbst. Der anwesende Regierungs-Commissar von Böckh sagte beides zu, und bemerkte daß man beabsichtige bei allen Gütern, die nach der Schweiz gehen und selbst die Kinzigthalroute einschlagen, die Taxe zu ermäßigen, und ebenso einem besonders angestellten Spediteur den Transport der Güter von Efringen bis Basel zu übergeben. Blankenhorns Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Kammer beschäftigte sich endlich mit dem Gesetzentwurfe, das Verfahren bei den Amtsgerichten betreffend, und kam damit vollständig zu Ende. Einstimmig trat sie dem Entwurf bei.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 11 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 24 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 61. Frankfurt a. M., Freitag 2. März. 1849.

Uebersicht.

---

2. März.

Die Thronrede des Königs von Preußen am 26. Februar eröffnete die „erste verfassungsmäßige Versammlung, nach welcher Preußen sich seit dreißig Jahren gesehnt!" Denn die Versammlung, welche am 22. Mai v. J. zusammentrat, sollte eine Verfassung erst vereinbaren und ist damit bekanntlich nicht zu Stande gekommen. Vorzüglich deshalb nicht, weil sie über ihre eigene Befugnisse sehr unklare Begriffe hatte. Diesmal sind die Preußischen Volksvertreter auf Grund einer bestimmten Verfassung, der vom Könige am 5. Dezember verliehenen, gewählt worden und wir haben auf die inneren und äußeren Gründe aufmerksam gemacht, weshalb die Versammlung hoffentlich diese Verfassung als zu Recht bestehend annehmen werde. Aller Streit darüber wird mindestens nur ein Wortstreit bleiben, der so wenig austrägt, wie der in England noch jetzt von den Gelehrten erörterte Streit über die Rechtsbeständigkeit der Verfassung vom Jahr 1689. Die Preußische Verfassung ist geordnet und kann nur nach deren eigenen Bestimmungen geändert werden. Wir freuen uns zu vernehmen, daß auch in der zweiten Kammer in Berlin für diese Auffassung die Mehrheit als gesichert betrachtet werden darf. Die Linke selbst muß einsehen, daß die Brandfackel, welche sie mit diesem Streit in das Land zu schleudern unternehmen könnte, so wenig zünden würde, wie die Steuerverweigerung. Wir haben also eine Verfassung und eine verfassungsmäßige Versammlung, und begrüßen in der Thronrede mit Freuden den Anfang einer verfassungsmäßigen Regierung.

Denn die Thronrede ist wirklich im wahren Geiste einer solchen Regierung gehalten. Die Rede des Königs hat nicht den Schwung, in welchem er früher als Mensch, als hochbegabter Mensch sein eigenes Gefühl aussprach. Ein solcher Verkehr hat zugleich mit dem väterlichen Verhältnisse des Herrschers zu seinen Unterthanen für immer aufgehört. Es sind manche, die das bedauern, die darin den Untergang eines schönen, wahrhaft menschlichen Verhältnisses zu erblicken sich nicht erwehren können. Und dennoch irren sie. Uns wenigstens dünkt es, daß ein schöneres Verhältniß an die Stelle getreten. Jene Liebe und Treue des Volkes war eine unbewußte Empfindung, die den Würdigsten nicht belohnen konnte, weil sie auch an den Unwürdigsten verschwendet ward; auch Ludwig XV. war ja „vielgeliebt!" Die neuere Weltanschauung ehrt im Könige seine Würde, die so wenig, wie die priesterliche, durch ihren Träger ihre Heiligkeit einbüßen kann, und alles, was der Herrscher und das Herrscherhaus an menschlichen Vorzügen besitzt, kommt ihnen als Menschen zu Gute. Kein Herz ist ungerührt geblieben, als der König den frühen Tod des Prinzen Waldemar beklagte. Denn Jeder weiß, daß der Thatendrang, welcher den Prinzen in die Schlachten am Indus führte, auch dem Vaterlande Hoffnungen gab, und daß jetzt Ein Herz weniger für Deutschlands Größe schlägt.

Die Thronrede legt, wie es einer Staatsgewalt der andern gegenüber gebührt, Rechenschaft ab von der innern und äußern Lage des Landes. Zwar von den fremden Mächten ist wenig die Rede und uns freuet das. Es läßt uns hoffen auf die Zeiten, wo von Deutschlands auswärtigen Beziehungen nur in der Hauptstadt des deutschen Reiches wird geredet werden. Aber das für Preußen so wichtige Verhältniß zu Dänemark durfte nicht unberührt bleiben. Mit Unrecht hat man die Zurückhaltung getadelt, daß die Thronrede nur im Allgemeinen auf Frieden hoffe. Selbst diese Hoffnung ist bereits getäuscht. Dänemark hat so eben den Waffenstillstand gekündigt und zwar an Preußen. Denn um das deutsche Reich kümmern sich die Dänen noch immer nicht; sie spotten darüber und wie früher Hecker und Struve, so werden sie jetzt Heckscher und Welcker hoch leben lassen. Die werden schon dafür sorgen, daß aus dem deutschen Reiche nichts wird! Gerade dieser Zustand der deutschen Angelegenheiten hat in Verbindung mit Rußlands Einflüsterungen, das schon im vorigen Jahre Kiel besetzen wollte, Dänemark so dreist gemacht, einen Kampf erneuern, zu wollen, durch den es am sichersten sich selbst zu Grunde richtet. Es fragt sich, ob England die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und die Unterbrechung seines so beträchtlichen Verkehrs mit den deutschen Küsten der Ost- und Nordsee ruhig geschehen lassen wird, und das zu einer Zeit, wo Deutschland sich zu Friedensvorschlägen bereit erklärt hat, welche von dem englischen auswärtigen Amte gebilligt werden. Gewiß ist es, daß England Verwahrung eingelegt hat gegen eine Erneuerung der Feindseligkeiten. Doch geziemt es sich für ein großes Volk wie das Deutsche vor Allem auf seine eigenen Kräfte zu zählen. Wir unsererseits werden gewiß stets darauf dringen, daß Deutschland sich der Herzogthümer annehme und bereits sind ja von Reichswegen kriegerische Vorkehrungen getroffen. Vor allem aber müssen wir die Herzogthümer ermahnen, zu zeigen, wie sehr ihnen ihre eigene Sache am Herzen liegt. Schon vor ihrer Erhebung im März und wiederholt in jüngster Zeit haben sie die Versicherung gegeben, sie wären allein im Stande, es mit dem kleinen Dänemark aufzunehmen. Sie haben es jetzt zu bewähren:

In native swords and native ranks
The only hope of courage dwells!

Wir wenden uns zu demjenigen Theile der Thronrede, welcher von den inneren Angelegenheiten handelt. Anzuerkennen ist vor allem, daß die Minister hier die weise Mäßigung beobachtet haben, welche sie in ihren Handlungen mitunter verläugneten. Die Thronrede spricht keinen Tadel aus gegen die Partei, welche in der vorigen Versammlung unterlag, und befördert so mittelbar die äußerst wünschenswerthe Mäßigung, zu welcher die meisten Abgeordneten nach Berlin wenigstens den Vorsatz mitgebracht. Allzu unbestimmt spricht sich die Thronrede über die Ausnahmsmaßregeln aus, welche das Ministerium zur Wiederherstellung der

Ordnung ergriff und trotz der wiederhergestellten Ordnung nicht glaubte entbehren zu können. Merkwürdiger Weise gibt es von der den Belagerungszustand von Berlin betreffenden Stelle der Thronrede zwei verschiedene Lesarten. Nach der einen, welche vielfältig verbreitet ist, lautet sie:

„Um die Herrschaft der Gesetze wieder herzustellen, hat über die Hauptstadt und deren nächste Umgebungen der Belagerungszustand verhängt werden müssen. Derselbe kann nicht wieder aufgehoben werden, bevor nicht die noch immer bedrohte öffentliche Sicherheit, für welche jene Maßregel unerläßlich war, durch kräftige Gesetze dauernd geschützt ist. Die Entwürfe zu solchen Gesetzen werden Ihnen unverzüglich zugehen."

Der König hat sie aber folgendermaßen verlesen:

„Zu meinem Bedauern hat über die Hauptstadt und ihre nächsten Umgebungen der Belagerungszustand verhängt werden müssen, um die Herrschaft der Gesetze und die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen. Es werden Ihnen, meine Herrn, hierauf bezügliche Vorlagen ohne Verzug zugehen."

Und in dieser Fassung ist sie amtlich gedruckt. Uns liegen bittere Klagen vor, jene Stelle sei von den unverschämten Demokraten böslicher Weise verfälscht. Mehr innere Wahrscheinlichkeit hat indeß deren Erzählung, die erste Fassung sei die ursprüngliche gewesen. Erst in der letzten Nacht sei jene Aenderung vorgenommen, da selbst Mitglieder der ersten Kammer sich gegen die Minister für Aufhebung des Belagerungszustandes ausgesprochen. Man hat dem Ministerium Brandenburg, trotz der Kühnheit seiner äußeren Schritte, eine gewisse Unsicherheit anmerken wollen und erklärlich ist es, daß es hinsichtlich des Belagerungszustandes besonders rathlos war, denn die mit Willkürlichkeiten mancher Art verbundene ununterbrochene Fortdauer dieses Zustandes ist ein offenbarer Beweis seiner Schwäche. Mit Streitkräften, groß genug, um ein feindliches Heer zu schlagen, haben die Minister nicht gewagt, in einer entwaffneten Stadt die Herrschaft der gewöhnlichen Gesetze wiederherzustellen. Wir wollen nicht die bitteren Bemerkungen wiederholen, welche eines der angesehensten Preußischen Blätter in seiner jüngsten Nummer über diesen „nothwendigen Belagerungszustand" des „Ministeriums der Nothwendigkeit" macht. Wir wollen sogar hervorheben, daß die Uebel des Belagerungszustandes von den Bewohnern der Hauptstadt fast gar nicht verspürt werden, daß selbst die Stadtverordneten hinsichtlich desselben getheilter Meinung sind, und der Magistrat beinahe einstimmig abgelehnt hat, einen Antrag auf die Aufhebung des Belagerungszustandes zu machen. Die Leichtigkeit, mit der man sich in die alten Zustände findet und der neuen Freiheiten entbehrt, beweist, wie wenig vorbereitet unser Volk für sie zur Zeit noch ist; aber es beweist nichts für die Minister.

Auf die Erwähnung des Belagerungszustandes folgt die Ankündigung aller der vorläufigen Verordnungen, welche die Regierung mit staunenswerther Thätigkeit seither in Folge der verliehenen Verfassung erlassen hat. Die Menge dieser zu endgültigen Gesetzen zu erhebenden Verordnungen und Vorlagen ist offenbar viel zu groß, als daß diese Versammlung, welche so manche andere Fragen, vor allem die Revision der Verfassung zu erledigen hat, zu einer gründlichen Revision auch jener Gesetze fertig werden könnte. Wie große Anfänger wir in der Politik sind, zeigt sich besonders darin, daß wir Alles auf einmal thun wollen. Freilich, es ist uns Vieles auf einmal über den Hals gekommen und das Ministerium kann mit Hamlet klagen: Die Welt ist aus den Fugen gegangen; weh mir, daß ich sie wieder einrenken soll! Aber dafür, daß außer den schon bei der Verfassung vorgesehenen und nicht vorgesehenen Verordnungen auch noch zwei das ganze Gewerbswesen umgestaltende Verordnungen erlassen sind, dafür ist die Dringlichkeit wohl nur in dem Eifer des neuen Handelsministers zu suchen. Herr von der Heydt wird trotz seiner Sachkenntniß und seiner Talente in der Vertheidigung der neuen Gewerbegesetze einen harten Stand haben. Denn selbst viele Konservative sind dagegen und wollen die Gewerbe-Freiheit wenigstens weit mehr konservirt sehen, als in jenen Gesetzen geschehen ist. Eine neue Grundsteuergesetzgebung wird ebenfalls vorgelegt werden; aber dem Vernehmen nach ist dabei nicht mehr so tief als Hr. Hansemann beabsichtigte, in das Fleisch der Reaktion geschnitten. Mit Freuden begrüßen wir die eine neue Ueberzeugung von den Pflichten der Reichen bekundende Einkommensteuer, von welcher jedes Einkommen über 300 Thaler in steigendem Maße betroffen sein wird. Die Einkommensteuer trotz Camphausens Beredtsamkeit abgelehnt zu haben, bildet den unrühmlichsten Theil der Thätigkeit des vereinigten Landtags. Die Einkommensteuer ist recht eigentlich ein Triumph der Presse.

Erfreulich ist, was die Thronrede über den guten Zustand des Staatshaushaltes und des preußischen Heeres verkündigt. Trotz aller außergewöhnlichen Auslagen, trotz der ununterbrochenen Vervollständigung der Vertheidigungsmaßregeln hat Preußen keine andere Anleihe zu machen gebraucht, als eine freiwillige. Auch der König hob diese erfreulichen Thatsachen mit sichtbarer Genugthuung hervor, und Friedrich der Große, der einen Staat auf Heer und Kasse so sicher wie auf des Atlas Schultern ruhen glaubte, wird gern sehen, daß sein Staat auch in Sicherheit ist! Denken wir an Oesterreichs überkläglichen Zustand, für den jetzt russische Hülfstruppen und Hülfsgelder, Almosen aus den Gewölben der Peters-Pauls-Insel auf der Newa herbeigeholt werden, denken wir an das Vertrauen, mit welchem die Fürsten von Norddeutschland bereit sind, ihre Truppen dem preußischen Heere anzufügen, so können wir mit unserem Dahlmann sagen: „Die Macht steht bei Preußen!" und Muth schöpfen auch für Deutschland. Von dem wichtigsten Theile der Thronrede, von dem Deutschland betreffenden, müssen wir uns zu reden vorbehalten.

Deutschland.

Υ **Frankfurt**, 1. März. Seit einigen Tagen weilt, um seinen erlauchten Oheim, den Reichsverweser, zu besuchen, der Erzherzog Stephan von Oesterreich in unserer Mitte. Derselbe hat bisher, seit er der Palatinswürde entsagt, in stiller Zurückgezogenheit auf den ererbten mütterlichen Besitzungen im Herzogthum Nassau, in seiner Herrschaft Schaumburg, gelebt.

Mit einiger Spannung sieht man der Bestätigung eines Gerüchts entgegen, welches das gegenwärtig hier garnisonirende baierische Jäger-Bataillon nebst einer Abtheilung Kavallerie und Artillerie nach dem Westerwald bestimmt nennt, wogegen in Frankfurt nassauische Truppen einrücken würden. Der Garnisonswechsel an und für sich würde ohne sonderliche Bedeutung sein, aber die Bestimmung von Truppen nach dem Westerwald soll durch eine dort in bedenklichem Grade um sich greifende Steuerverweigerung veranlaßt worden sein, und daß die nassauische Regierung für diesen Zweck nicht ihre eigenen, sondern baierische Reichstruppen verwendet, scheint ein eigenthümliches Licht auf den Geist ihrer Truppen zu werfen. Wir würden uns freuen, wenn sich das ganze Gerücht nicht bestätigte.

· Parl. Korr. **Frankfurt**, 1. März. Einen eigenthümlichen Gegensatz zu der Stelle der preußischen Thronrede, welche das Verhältniß zu Dänemark berührt, bildet die gestern hier eingetroffene Nachricht von der Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes. Schwerlich ist es dabei ernstlich auf die Wiederaufnahme des Krieges abgesehen. Das Schreiben des dänischen Kabinets sucht in einer feindlichen Sache einen möglichst freundlichen Ton anzuschlagen. Man wünscht eine versöhnliche Stellung Deutschland gegenüber einnehmen zu können, nur sei der Zustand im nördlichen Schleswig ein so unerträglicher gewesen, daß man sich genöthigt sehe, demselben ein Ende zu machen. Aus dieser zweideutigen Haltung sowie aus diesem ganzen Schritt erhellt für uns nur von Neuem, wie prekär die Lage der dänischen Regierung ist. Das Reichsministerium ist nicht gemeint, sich schrecken zu lassen und etwa irgend etwas zu Gunsten Dänemarks von den Bedingungen des Malmöer Waffenstillstandes nachzulassen. Ein Kourier ist sofort nach London abgegangen. Unterstützt von Lord Cowley wird das Reichsministerium dort die Ansicht mit Nachdruck geltend machen, daß die Fortdauer der Waffenruhe die unerläßliche Bedingung für die Fortsetzung der Friedensverhandlungen sei. Im Reichskriegsministerium haben übrigens bereits im Laufe des heutigen Vormittags Konferenzen in Bezug auf die eingetroffene Kündigung des Stillstands stattgehabt. Dieselben hatten umfassende militärische Maßregeln zum Gegenstande. Der Kriegsminister wird trotz seines immer noch gedrückten Gesundheitszustandes keinen Augenblick seine Thätigkeit einstellen, da er nichts von seiner Energie und geistigen Klarheit eingebüßt hat.

Wien, 22. Febr. Das Tagesgespräch sind die Russen. Das Ministerium will — wie ich Ihnen aus guter Quelle mittheilen kann — von Puchner eine Anfrage erhalten haben, ob er die Russen nach Siebenbürgen rufen dürfe. Er erhielt hierauf durch einen Kourier die geschriebene formelle Weisung, **in keinem Falle** die

russische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Unglücklicher Weise jedoch kam der Offizier, welcher mit dieser wichtigen Depesche betraut war, nicht bei Puchner an. Wo er geblieben, ob er zu spät angekommen, das weiß das Ministerium für jetzt noch nicht zu sagen. Genug, Puchner nahm das Ausbleiben des Boten für eine Bejahung und gab dem Drängen der Hermannstädter nach. Von Ollmütz ist aber auf die Nachricht vom Einmarsch der Russen sogleich ein zweiter Kourier abgegangen, welcher sie einladen soll, über die Grenze zurückzukehren. Wenn nur nicht dem zweiten auch ein Unglück auf der Reise widerfährt! (Allg. Z.)

△ **Wien**, 24. Febr. Es ist als ob jede neue Exekution einen Theil des Volkes zu neuer Tollkühnheit aufreizte! So erzählt man, daß bei der Hinrichtung Hüffner's eine Stimme aus der versammelten Masse der Zuschauer gerufen habe: dafür müssen wieder drei Soldaten fallen; und in der That wurde gestern Abend auf dem Glacis in der Nähe des berüchtigten rothen Hauses, ein Soldat des Landwehrbataillons Wocher aus der 3. Compagnie durch einen Schuß in das rechte Bein leicht verwundet. Dießmal weiß man wenigstens, daß der Thäter kein Wiener war, denn er hatte den Soldaten in slowakischer Mundart angesprochen, und sich ihm als Begleitung angeschlossen. Als sie sich trennten, schoß der Civilist dem Soldaten nach und entkam trotz des Allarmsignals, das eine nahe Schildwache gab und der Menschenmenge, die nach den beiden Schüssen von allen Seiten zusammenströmte. Heute früh fand man in der Nähe des Platzes, wo das Attentat verübt worden, eine ärarische Reiterpistole. Der Himmel verhüte, daß in der nächsten Zukunft ein Einschreiten der bewaffneten Macht in Wien nöthig werde; das sämmtliche Militär ist so ergrimmt, daß sie wie das gemeine Sprüchwort sagt: das Kind im Mutterleibe nicht verschonen werden. Der Gemeinderath setzt nun auch eine Prämie von 200—500 fl. aus für Jeden, „der einen solchen Meuchelmörder ergreift oder eine sichere, zu seiner Ergreifung führende Anzeige macht". In den letzten Tagen sind wieder drei Personen, welche noch in Besitz von Waffen waren, gefänglich eingezogen worden. Auch wurde ein Deserteur aus den Oktobertagen entdeckt; wir dürfen also jedenfalls eine oder mehrere standrechtliche Hinrichtungen gewärtigen. Unsere 193 Bürger, welche sich dem Baron Welden als „Vereinbarer" angeboten haben, veranlaßten eine Bürgerversammlung, in welcher beschlossen worden sein soll, daß sich eine Anzahl Bürger dem Gouverneur zum Wachtdienste zur Verfügung stellen solle, was sie früher so beharrlich ablehnten und was allerdings seinen guten Einfluß zur Beruhigung der untern Volksklassen üben dürfte. In Stockerau, welches zu dem Wiener Belagerungsrayon gehört, sind der Nationalgarde mit Bewilligung des Gouverneurs die Waffen zurückgegeben. Auch der Gratzer Nationalgarde wurde ein provisorisches Nationalgardegesetz versprochen.

△ **Wien**. 25. Febr. Die Agramer Zeitung vom 22. d. bringt einen leitenden Artikel, der alle Aufmerksamkeit von Seite unserer Regierung verdient. Es ist darin über die Stellung Kroatiens und Slavoniens unter andern gesagt: „Es wäre an der Regierung Sr. Majestät, die geeigneten Schritte zu thun, die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen den drei vereinigten Königreichen (Kroatien, Slavonien und Dalmatien) festzustellen, und für die sich aufopfernden Südslawen etwas zu thun; wir wissen, heißt es weiter, vielleicht besser, als man uns zutrauen will, daß ein konstitutionelles Ministerium, das in einem am Reichstage, dem es verantwortlich ist, nicht vertretenen Lande regieren will, ein Unding ist, und darum können wir auch das österreichische Ministerium, ohne uns den Absolutismus zu vindiziren, formell nicht anerkennen, bis wir nicht den uns gebührenden Platz am Central-Reichstag aller österreichischen Völker einnehmen. Darum betrachten wir in diesem Provisorium den mit der Diktatur bekleideten Banus Jellacic als den einzigen legalen Vermittler zwischen dem Throne und unserer Nation. Wir wollen, ehe unsere Abgeordneten in Kremsier tagen, ehe die Sanktion von der Krone gegeben, ehe der Ban die zur Rettung der Gesammtmonarchie erhaltene Diktatur am Landtag niedergelegt hat, durchaus keine formelle, fragmentarische Anknüpfung diplomatischer Beziehungen.

Nach Bestimmung des Unterschieds zwischen dem, was die Ungarn angestrebt und erhalten, und dem, was Slavonien will, heißt es weiter: „Die Kroaten wollen 1) Einen von der Nation gewählten und vom Kaiser bestätigten Ban als Statthalter Sr. Majestät, ohne irgend eine andere als die ihm vom Könige verliehene Machtvollkommenheit. 2) Eine Landesregierung, die alle Zweige der exekutiven Gewalt umfassend, in Bezug auf Finanzen, Handels- und Kriegsangelegenheiten von dem respektiven Central-Ministerium abhängig ist. Hier verwaltet zwar das Land die Finanzen und das Heerwesen, liefert aber sein Kontingent zu den Staatszwecken unbedingt, und fügt sich den Befehlen des Central-Ministeriums. Die zur Central-Regierung nicht unbedingt nöthigen Zweige der Gesetzgebung werden am Nationallandtage verhandelt, aber doch nur vom Kaiser bestätigt, selbst etwa vom Centralreichstage geprüft. Dies sind für den Gesammtstaat wichtige Konzessionen, die wir ihm nicht vorenthalten wollen, sobald er uns durch staatliche Institutionen die Garantie gibt, daß unsere innere und nationale Autonomie nicht beeinträchtigt werde." Zum Schluß verlangt der Artikel „Thaten, wie wir und unser hochherziger Ban sie aufzuweisen haben — „Thaten, und das Vertrauen ist da!" „Unsere nationale Entwickelung ist in ein Stadium des allgemeinen Bewußtseins getreten, das nach Geltung ringt und wenn von der Regierung weise unterstützt, dem österreichischen Gesammtvaterlande eine Zukunft erschließt, wie es sie noch nicht gehabt. Wir fühlen endlich unser Gewicht in der Wagschale der Austria."

Aus Siebenbürgen hören wir, daß das Gerücht den General Bem wieder einmal getödtet sein läßt. Ein eigner Fatalismus hat es so gefügt, daß das Einrücken der Russen daselbst, mit der Verlautbarung des Wahlspruches unsres jungen Monarchen — viribus unitis — zusammentraf! Gott gebe, daß diesmal der Zufall nicht Recht behält! Aus Ungarn hören wir, daß eine Abtheilung des Görgey'schen Korps durch den General Jablonovski geschlagen und daß die Verbindungslinie aller k. Truppen in Ungarn und Siebenbürgen hergestellt sei.

Gestern Abend wurde hier ein Kanonenschuß vernommen, der große Bestürzung erregte, da man ihn für ein Allarmzeichen hielt. Doch hatte er keine weitere Folgen und kein Mensch wußte weder gestern noch heute, wo er abgefeuert worden. Eine Abtheilung Soldaten brachte gestern einen Kutscher und den Reitknecht des Grafen Bentheim ein; bei Letzterem wurde ein geladenes Pistol gefunden und er soll aussagen, daß er dafür bezahlt sei, um auf das Militär zu schießen. Die Soldaten in der Alserkaserne (die größte der hiesigen Kasernen) machen Miene, die Waffen niederzulegen, da ihnen der Dienst zu anstrengend sei, und sie nur alle vier Tage ein paar Stunden Ruhe hätten; sie wollten lieber nach Ungarn oder Italien gegen den Feind gehen, als hier bleiben. Die Unzufriedenheit unter ihnen ist so groß, daß die Wrbna-Chevauxlegers (Polen) in der Reiterkaserne Tag und Nacht zum Aufsitzen bereit sein müssen, um nöthigenfalls die Alserkaserne zu Paaren zu treiben.

Radetzky's schnelles und energisches Einschreiten in Ferrara und die eben so schnell erlegte Kontribution einer halben Million fl. C. M. (200,000 Piaster) für die unsern Truppen zugefügten Unbilden, Diebstähle und meuchlerischen Ermordungen, hat man hier mit großer Befriedigung vernommen.

Mit der Weigerung Jellacic's, sein Armeekorps nicht zu theilen, hat es seine Richtigkeit, und wir haben derselben den Einmarsch der Russen zu danken. Fürst Windischgrätz hatte ihm auf wiederholtes dringendes Ansuchen des F. M. L. Puchner um Verstärkung den Befehl gegeben, zwei Bataillone seiner Siebenbürgen am nächsten stehenden Truppen so schnell als möglich dahin zu senden, worauf Jellacic als Banus und Diktator von Kroatien die bekannte Antwort gab, „seine Armee sei nicht theilbar." Siebenbürgen blieb ohne Verstärkung und — die Russen marschirten ein.

* **Wien**, 25. Febr. Der Gouverneur Welden hat in einem Erlasse an den Gemeinderath erklärt, daß auch künftighin jene Personen, die ihre Waffen freiwillig abliefern, den gesetzlichen Strafen nicht unterliegen sollen. Aus Prag erfährt man, daß Feldmarschallieutenant Khevenhüller die Prager Nationalgarde aufforderte, die Altstädter Rathhauswache dem k. k. Militär einzuräumen, widrigens sie gewaltsam in Besitz genommen würde. Szegedin in Ungarn soll bereits von den Serben eingenommen sein, die, so oftmal sie zurückgeschlagen wurden, die umliegenden Ortschaften auf grausame Art verwüsteten. Zombor und Maria-Theresiopel sollen gleichfalls die Wuth und Erbitterung der Serben in derselben Weise erfahren haben. Der Ministerialrath Dr. Becher

soll dem Vernehmen nach im Auftrage des Handelsministeriums eine Reise durch Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich und die Schweiz antreten, um kommerzielle und industrielle Beobachtungen zu machen, deren Resultate zum Besten des vaterländischen Industrie- und Handelswesens in Anwendung kämen. Fürst Windischgrätz hat die Huldigungsadresse des Tolnaer Komitates als nicht annehmbar zurückgewiesen. In Reichenberg fand in der letzten Faschingsnacht ein Erzeß zwischen Militär und Nationalgarde statt. Nur durch das Einschreiten einiger Offiziere der Nationalgarde und des Militärs wurde weiteren Erzessen vorgebeugt.

⊙ **Ollmütz**, 25. Febr. Die Nachricht von der Intervention der Russen in Siebenbürgen hat hier in allen Kreisen einen sehr schlimmen Eindruck gemacht; selbst bei Hofe soll man das eigenmächtige (?) Verfahren Puchner's laut mißbilligen; obwohl andererseits behauptet wird, schon bei der Anwesenheit des Großfürsten Constantin in Ollmütz sei die Frage eines Einmarsches russischer Truppen in Siebenbürgen zur Sprache gekommen und dahin entschieden worden, wie es jetzt vor aller Welt kund wurde. Daß eine geheime Konvention zwischen dem hiesigen und dem Petersburger Kabinete besteht, daran will Niemand zweifeln und wenn sich Deutschland in's österreichische Schlepptau nehmen läßt, so könnte sich's wohl einmal treffen, daß Kosacken ihre Pferde im Main oder Neckar tränkten und daß Rothmäntel mit Kalmucken in Frankfurt oder Nürnberg als Bundesgenossen des deutschen Reichsoberhauptes auf offener Straße bivouakirten. Im Ministerium soll nun die Verfassung zum Abschlusse gelangt und bereits in der Staatsdruckerei einige Exemplare davon abgezogen sein. Sie wird der Kammer zur Berathung vorgelegt werden, denn man hofft auf diese Art am ersten eine Verständigung zwischen Krone und Reichstag zu erzielen.

Die Bestrebungen unserer Czechomanen tragen hier nicht den gewünschten Erfolg; die hiesige Slowanska lipa verliert, anstatt neue zu gewinnen, immer mehr von ihren größtentheils nur aus Studenten bestehenden Mitgliedern. Ihre hohen Protektoren, die Professoren Dr. Hannusch und Dr. Helzelet, gaben eine slawische Zeitung heraus, deren Abnahme vorzüglich auf das Landvolk berechnet, und die sonach auch ganz populär gehalten war. Aber auch dieses Unternehmen muß wegen Mangel an Theilnahme eingehen, indem unter dem slawischen Landvolke noch nicht der geringste Sinn für eine politische Lektüre vorhanden ist.

Heute verbreitete sich hier die Nachricht von der Uebergabe Peterwardein's an die kais. Truppen; sie ist sehr zu bezweifeln, denn diese Festung ist einer der stärksten Waffenplätze in der Monarchie und fast uneinnehmbar; sie hat ferner magyarische Kerntruppen zur Besatzung und einen entschlossenen und geschickten Befehlshaber. So lange ungarische Heerhaufen das Feld halten können, so lange, dieß ist mit Sicherheit anzunehmen, wird auch die rothweißgrüne Fahne von den Wällen Comorns und Peterwardeins wehen.

Lith. Korr. **Berlin**, 27. Febr. Heut tagten unsere beiden Kammern zum ersten Male. Die Berathungen galten natürlich nur Formalitäten. Ein provisorisches Geschäftsreglement, das von der rechten Seite in beiden Häusern proponirt wurde, war der Mittelpunkt der Debatten. In der ersten Kammer scheint die entschiedene Rechte, die an Hrn. Prof. Stahl einen tüchtigen Führer besitzt, im Verein mit einer Fraktion unter dem Oberpräsidenten v. Bonin (etwa rechtes Centrum) die Majorität zu besitzen. Die Linke und das linke Centrum bestehen aus den verschiedensten Elementen. Es ist nicht zu zweifeln, daß von hier aus das rechte Centrum und selbst die entschiedene Rechte noch einen wesentlichen Zuwachs erhält. Eine äußerste Linke fehlt auch nicht, wenn sie auch nur 6 vielleicht 8 Mitglieder zählt; wir finden hier Landgerichtsrath Gräff, Stadtrichter Zenker, Regierungsrath Szumann, Hr. v. Brodowsky, Hr. v. Potworowski und Hr. Maurach; mit Ausnahme des letzteren Herrn, sämmtlich Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung. Dieser Partei scheint am nächsten zu stehen Hr. v. Forkenbeck mit etwa 12 — 14 Stimmen; Hr. Kisker, Graf Dyhrn, Sperling (Königsberg) gehört dieser Partei an, der frühere Minister Eichmann hatte dort ebenfalls seinen Sitz genommen; mit dieser Partei scheint jetzt die Partei Hansemann-Milde, die in vielen politischen Fragen mehr rechts geht, zusammenzuhalten; die Partei, in der wir die Herrn Baumstark, v. Auerswald, Kitz, Walter u. A. erblicken, zählt jetzt etwa 35 Stimmen; sie wird voraussichtlich die Interessen der Bourgeoisie der Grundbesitzeraristokratie gegenüber vertreten.

Berlin, 27. Febr. Um den arbeitslosen Proletariern so früh als möglich Beschäftigung zu geben, sollen alle öffentliche Bauten in Berlin bereits im nächsten Monat wieder beginnen. Der Geh. Ob.-Finanzrath v. Pommer-Esche ist, mit Beibehaltung seines Amtes als Unterstaatssekretär im Finanzministerium, zum General-Steuer-Direktor designirt, da Hr. Kühne, welcher diesem Amte jahrelang zur größten Zufriedenheit vorgestanden, nun gänzlich aus dem Staatsdienste ausscheiden will. Obwohl dieser sein Entschluß zu bedauern ist, können wir doch hoffen, in seinem Nachfolger vollständigen Ersatz für den so tüchtigen Staatsbeamten zu finden. (Nat. Z.)

Berlin, 27. Febr. Die Auswanderungslust regt sich in diesem Frühjahr bei uns und im ganzen Deutschland in einer fast unglaublichen Weise. Es bestehen hier schon Dutzende von Vereinen für den bevorstehenden Umzug, und in allen Städten und Dörfern regt sich ein gleicher Trieb. Namentlich werden aber in diesem Jahre nicht nur Arbeiter und überhaupt arme Personen, sondern auch vorzugsweise wohlhabende Familien auswandern. Besonders sind die politischen Ereignisse hieran Schuld. Die sogenannten Reaktionäre gehen aus Furcht vor bevorstehenden Unruhen und Kriegen, die Demokraten aus Aerger über die neuere Wendung der Dinge fort. Wir sind überzeugt, es werden in diesem Jahre kaum Schiffe genug für die Auswanderer aufzutreiben sein und es wird namentlich nach Süd-Australien und Kalifornien eine wahre Völkerwanderung beginnen. Gewiß werden aber auch viele Auswanderer ein Opfer des Betrugs und des Leichtsinns werden. Möge also Jeder sich wohl vorsehen, ehe er einen so gewagten Schritt unternimmt. (Voss. Z.)

Köln, 28. Febr. Die „Rhein. Volks-Halle" will aus zuverlässiger Quelle wissen, die königliche Regierung hierselbst habe den Grundsatz anerkannt, daß es nach Art. 12 der Verfassungs-Urkunde der Genehmigung derselben bei Kapital-Anlagen der katholischen Kirchen nicht weiter bedürfe.

Neuß, 27. Febr. An die Stelle des Bank-Direktors Hansemann, welcher für den hiesigen Wahlbezirk resignirt hatte, wurde von den Wahlmännern der Kreise Neuß, Elberfeld, Gladbach und Grevenbroich der jetzige Finanzminister v. Raabe heute gewählt.

Bonn, 25. Febr. Die mehrmalige Aufforderung am schwarzen Brett — so berichtet die N. B. Z. —, den Jahrestag der französischen Revolution zu feiern, schien dem Senat der hiesigen Universität mißliebig zu sein, und am Samstag früh erschien ein rothes Plakat, das vor der Betheiligung am Festzuge ernstlich warnte. Die Studenten setzten jedoch dieser ernstlichen Warnung ihren ernstlichen Vorsatz entgegen und der Zug fand Statt. Um 7 Uhr begab sich der Zug, von einem Musikchor begleitet, vom Markte nach dem hell erleuchteten Wiersberg'schen Saale. Reden, Lieder und Musikchöre wechselten miteinander ab. Toaste wurden gebracht der revolutionären That der Freiheit, der deutschen Jugend, den Polen. Den Schluß bildete das Lied: Noch ist Polen nicht verloren.

÷ **Stuttgart**, 26. Febr. Nach langem Schweigen hat auch die Kammer der Standesherren sich einmal wieder vernehmen lassen: Die Frage über die künftige Gestaltung Deutschlands hat sie zu einer Lebensäußerung bewegen, sie hat es für ihre Pflicht gehalten, auch ihrerseits einen Beitrag zur Feststellung der öffentlichen Meinung zu liefern. Die Kammer erklärt zuvörderst, „daß sie die Erhaltung Oesterreichs im deutschen Reichsverbande als unumgänglich nothwendig für die Wohlfahrt, Einigung und Kräftigung Deutschlands erachtet und jede Art der Ausscheidung desselben als eine unheilvolle Zerstückelung des deutschen Vaterlandes ansehen müßte": schon in politischer Beziehung werde die Bildung eines einigen Deutschlands in der festeren Form des Bundesstaates ganz verfehlt sein, wenn dessen mächtigster Staat ihm nicht beitrete, und namentlich für Süddeutschland müsse, nach seiner geographischen Lage, nach seinen kommerziellen und gewerblichen Beziehungen, sowie nach den zum Theil auf historischem Boden erwachsenen Sympathieen der weit überwiegenden Mehrheit seiner Bevölkerung, auch eine nur theilweise Lostrennung Oesterreichs von jenem engern Verbande als ein Nationalunglück angesehen werden. Die Kammer erklärt aber ferner, daß sie nur in einer freien Vereinbarung der Nationalversammlung mit den deutschen Fürsten über die künftige deutsche Reichsverfassung eine sichere Bürgschaft für den kräftigen und rechtlichen Bestand derselben er-

kennen kann: Gründe des allgemeinen sowohl, als des positiven Rechtes scheinen ihr dafür zu sprechen, daß dem Verfassungswerke, wollte man dasselbe ohne Einwilligung der Regenten zu Stande bringen, ein wesentliches Merkmal seiner Rechtsbeständigkeit fehlen würde und außerdem würde sich nicht absehen lassen — und das möchte wohl die Hauptsache sein — wie man über das Erforderniß einer solchen Vereinbarung hinwegkommen wollte, nachdem eine Anzahl der deutschen Regenten und unter ihnen die mächtigsten derselben, die Vereinbarung auf das Bestimmteste in Anspruch genommen.

Die Kammer der Abgeordneten hat heute ebenfalls eine Sitzung gehalten und über Forstverwaltung, Floßkonzessionen, Holzpreise und ähnliche Interessen in einer Weise verhandelt, daß der Abgeordnete Reyscher alle Höflichkeit bei Seite setzte und den dringenden Wunsch aussprach, die hohe Versammlung möge etwas weniger langweilig sein. Unter diesen Umständen werden Sie mir den näheren Bericht über die Sitzung gewiß erlassen.

▽ **Ulm**, 24 Febr. An diesem Tage des unvermeidlichen Fatums hat hier, von der Welt ziemlich unbemerkt, eine Art würtembergisch-bairischer Konvent, ein zweites Nebenparlament getagt, dessen Beschlüsse, wie sich denken läßt, geradezu das Gegentheil von den Beschlüssen des allgemeinen deutschen Parlaments zu Frankfurt bedeuten wollen. Während man in Frankfurt noch gar nicht so ganz über das künftige Oberhaupt Deutschlands im Reinen ist, hat die verfassunggebende Versammlung in Ulm kurzen Prozeß gemacht und einen auf 6 Jahr zu wählenden Präsidenten an die Spitze von Deutschland gestellt. Darüber freilich hat man sich nicht ausgesprochen, wer der deutsche Washington und wo er zu finden sei, den man für würdig und fähig hielte, die künftigen Geschicke Deutschlands in die Hand zu nehmen. Der Versuch einer solchen Schöpfung wäre nicht übel, es würde ein interessantes Schauspiel gewähren, diese hundert Präsidenten und Präsidentchen zu sehen, welche neben dem obersten Präsidenten sehr bald aus dem furchtbar üppigen Moorboden unserer demokratischen Vereine wie liebliche Pilze in bunter Mischung emporschießen würden. Oder glauben Sie nicht, daß jeder dieser 140 Volksvereine, denn so viel oder beinahe so viele haben den Ulmer apokryphischen Reichstag beschickt, einen Präsidenten in seinem Schooße birgt, mithin also die Präsidenten von 140 Republikchen in Taschenformat allein für Würtemberg und einige Bezirke in Baiern? Lassen Sie uns nur fünf Jahre lang in so und so viele Republiken zerfallen sein, und ich gebe Ihnen mein feierliches Wort, daß der Name Präsident fortan nur noch eine ironische Bedeutung haben und der ehrwürdige so arg mißbrauchte Name Republik einen ergiebigeren Stoff für die satyrischen Ausfälle unserer Gamins abgeben würde, als gegenwärtig das Königthum, dieser Sündenbock unserer Zeit, dem wir so gern unsere eigenen Laster und sündhaften Gelüste aufbürden.

Dresden, 26. Febr. Mittelst königl. Dekrets ist den Kammern in Folge eines diesfalls geschehenen Antrags des provisorischen Landeskirchenvorstandes der deutschkatholischen Gemeinden des Landes zu dem ihnen bereits mitgetheilten Staatsbudget nachträglich ein Postulat von 400 Thlr. jährlich zur Unterstützung der deutschkatholischen Kirchengemeinden vorgelegt worden.

(D. A. Z.)

┼ **Karlsruhe**, 28. Febr. Durch den Kammerbeschluß bezüglich der Auflösungsfrage haben einige Mitglieder der äußersten Linken, welche gegen Brentano gestimmt hatten, das Vertrauen der „Rothen" verloren und sind in öffentlichen Blättern darüber gehörig belehrt worden. Dem Abgeordneten Bauer, welcher früher als Demokrat „vom reinsten Wasser" bezeichnet worden, scheint es auf ähnliche Weise ergangen zu sein; er hat daher in heutiger Sitzung seinen Austritt aus der Kammer angezeigt. Sodann beschäftigte sich die Kammer in Beziehung auf den Vollzug des Beschlusses vom 10. d. M. mit der Frage, welche Geschäfte noch auf gegenwärtigem Landtage als dringend nothwendig zu erledigen seien. Eine besondere Kommission hatte hierüber Bericht erstattet und drei Kategorien der Geschäfte aufgestellt, nämlich 1) solche, deren Vornahme unumgänglich nöthig ist, als das Budget, ein Gesetz über die zukünftige Landesvertretung nebst Wahlordnung, Verwaltungsorganisation mit Staatsschreibereiwesen, Pensionengesetz nebst Revision der Civilstaatsdienerpragmatik ꝛc.; 2) solche, deren Erledigung während der Bearbeitung der Geschäfte der ersten Gattung in dieser und in der andern Kammer noch geschehen kann, wie ein Wiesenkulturgesetz, Abänderung des Forstgesetzes, Einführung von Kommunalschulen ꝛc.; 3) solche, die in keinem Falle mehr einer Berathung ausgesetzt werden sollen. Die Anträge der Kommission wurden fast sämmtlich angenommen und damit steht zu erwarten, daß der Landtag innerhalb 2 Monaten beendigt sein kann. Wohl am längsten werden noch die Budget-Arbeiten aufhalten, da solche wegen der durchgreifenden neuen Organisation noch nicht einmal vollständig von der Regierung vorgelegt sind. Am Schlusse der Sitzung nahm die Kammer ohne Diskussion zwei Gesetzentwürfe einstimmig an, wonach die Ausstattung der Einlösungskasse für das Papiergeld im Betrage von 700,000 fl. aus dem Domanialgrundstock zu entnehmen und diesem von der Amortisationskasse zu verzinsen ist; und ferner, wonach die Eisenbahnschuldentilgungskasse zur Vollendung unserer Eisenbahn ermächtigt wird, ein Anlehen von 1,500,000 fl. mit Unterpfandsrecht auf die Domänen aufzunehmen, jedoch nicht unter 95 pCt. des Nominalbetrages zu begeben.

Mit Spannung sieht man einer Berathung über den Gesetzesentwurf, die Erhöhung der Runkelrübensteuer betreffend, entgegen, da die Kommission den Antrag gestellt hat, diese Erhöhung von 1 auf 2 Thaler nicht zu genehmigen. Wird, woran fast nicht zu zweifeln ist, die Kammer im Interesse der badischen Industrie und des Ackerbaues dem Kommissionsantrage beistimmen, so ist der erste Fall vorhanden, daß eine Landesvertretung einen Beschluß des Zollvereins nicht anerkannt hat und es fragt sich dann, welche Folgen hiemit verbunden sein werden, nachdem die Erhöhung der Steuer vom 1. Sept. v. J. an bereits faktisch eingetreten ist.

⁑ **Marburg**, 28. Febr. Auch die kurhessische Demokratie beginnt sich zu organisiren. In diesen Tagen haben in unserer Nähe, in Rauschenberg, die demokratischen Turnervereine und die demokratischen Bürgervereine von Marburg und den nahe gelegenen Orten getagt und sind je zu einem Bezirksvereine zusammengetreten, die Turnvereine als Lahn-Etter-Bezirk, die Bürgervereine als Oberhessischer Bezirk, beide mit Marburg als Vorort. Sie haben sich indeß nicht, wie vor Kurzem die Demokraten in der darmstädtischen Provinz Starkenburg, dem demokratischen Centralkomité, sondern dem Central-Märzverein angeschlossen. Sollte diese fast gleichzeitig an so vielen Orten eingeleitete feste Organisation der demokratischen Partei ein bloßer Zufall oder sollte sie Absicht und Plan und für bestimmte Eventualitäten berechnet sein?

†† **Darmstadt**, 28. Febr. Der Vaterländische Verein hat heute Abend eine Adresse an die deutsche Reichsversammlung über die deutsche Verfassungsfrage beschlossen. Dieselbe hat drei wesentliche Punkte. Zuerst, daß die Versammlung von jeder Einwirkung unbeirrt, ihrer souveränen Berufung eingedenk über das Verfassungswerk endgültig beschließen und nicht eher auseinander gehen möge, bis dessen Ausführung gesichert sei; dann, daß sie den König von Preußen als erbliches Oberhaupt an die Spitze des neuen Bundesstaats rufen solle; endlich, daß auch der Zurücktritt einzelner Staaten, wie traurig immer, die Gründung des Bundesstaats nicht hindern dürfe. Damit könnte man, wäre die Sprache energischer, zufrieden sein. Aber die Stimmen über die große Sache ertönen zu vereinzelt und zu zögernd. Was, wie Ihr berühmter Korrespondent vom Rhein wollte, ein einziger gewaltiger Schlachtruf der Nation hätte sein sollen, klingt nun von den verschiedenen Gebieten des Vaterlandes her wie ein halb verunglückter, nicht durch die volle Gewalt der Begeisterung getragener Akkord zusammen. Die tiefe Bewegung der Geister ist in die ängstliche Spannung eingezwängt, welche die Entscheidung von außen her erwartet; die Nationalversammlung allein kann sie geben. Ihr Wort, sei's auch mit geringer Mehrheit gesprochen, wird die Fesseln sprengen. Es ist nicht Gleichgültigkeit, nicht verzweifelte Ermattung, was die Vereine in dieser thatlosen Schwebe hält. Bewußt oder unbewußt drängt sich den Ruhigsten die Ueberzeugung auf, daß nur ein großes Votum im gleichschwebenden Konflikt so großer Interessen die Loosung geben kann. In diesem Sinne möchten wir auch die tiefe Ruhe deuten, womit die Adresse heute gehört, womit sie ohne jede Debatte fast einstimmig angenommen wurde. Sie mag zugleich ein Zeichen für die vaterländische Zusammensetzung des Vereins sein; im konstitutionell-monarchischen Verein, der mehr rechts liegt, wird eine ähnliche Adresse nicht ohne lebhafte Debatten durchgehen. Der vaterländische Verein aber, seit der Gründung des Märzvereins von auseinander strebenden Elementen mehr befreit, hat damit

wieder einen Beweis gegeben, daß er sein Ziel mit festerem Willen und Bewußtsein verfolgt. Auch daß er, nach einem heutigen Beschluß, unseren sechsten März mit einem einfachen Abendmahl feiern will, mag gelten. Es ist eine Demonstration der besonnenen Mäßigung gegen die Demokratenbankette des 24. Februar. Möge nur eine ganze Feier, eine Feier der Erfüllung, dieser halben, der Feier der Verheißung einst folgen.

Die erwähnte Adresse lautet:

„Hohe Nationalversammlung! Die Gefahren, welche jetzt mehr wie je einer glücklichen Vollendung des deutschen Verfassungswerkes, zumeist von Oesterreich her, drohen, werden am Ersten durch rasches Handeln zu beseitigen sein. Wir wünschen deßhalb, hohe Versammlung wolle ihrer wichtigsten Aufgabe, mit Beiseitesetzung aller übrigen Gegenstände, ihre gesammte Thätigkeit zuwenden. Hohe Versammlung wolle hierbei, eingedenk des Beschlusses des Vorparlaments, das sie in's Leben rief, durch keinerlei Einfluß sich beirren lassen, sondern einzig und allein endgültig beschließen, daher auch ihre Aufgabe nicht eher als gelöst betrachten, bis der Vollzug aller durch sie gefaßten Beschlüsse gesichert ist. Die Freiheit, Einheit und Stärke des deutschen Vaterlandes sind, nach unserer innigen Ueberzeugung, nicht durch einen neu zu organisirenden Staatenbund, sondern nur durch den zu errichtenden Bundesstaat verbürgt. Für diesen Bundesstaat wünschen wir die Form der konstitutionellen Monarchie, da solche, nach den bestehenden staatlichen Verhältnissen, am meisten geeignet ist, die erforderliche Kraft gegen äußere und innere Feinde zu entwickeln, sowie die Freiheit und Rechte des Volkes zu wahren. Nur die kräftigste deutsche Macht, welche durch ihr angehörende fremde Elemente nicht gehindert ist, wird an die Spitze der Regierung zu berufen sein. Als solche Macht erkennen wir Preußen und sehen wir darum in der Berufung des Königs von Preußen an die Spitze von Deutschland, als erbliches Oberhaupt, die beste Gewähr für die Dauer einer die Freiheit und Einheit Deutschlands sichernden Verfassung. Sollten einzelne deutsche Staaten, ihrer besonderen Verhältnisse wegen, außer Stand sein, dem Bundesstaate beizutreten, so möge dieß eine hohe Versammlung nicht zu Beschlüssen veranlassen, welche die von der Mehrheit des deutschen Volkes entschieden ausgesprochene Erwartung einer festen staatlichen Einigung, in der Form des Bundesstaates, täuschen und deßhalb Stürme hervorrufen würden, deren traurige Verheerungen sich nicht ermessen ließen. Auch wir würden es tief beklagen, wenn das neue starke Band nicht alle unsere deutschen Brüder umschlingen könnte, aber an der Hoffnung uns aufrichten, daß feste Einigung der überwiegenden Mehrheit auch bei den andern Bruderstämmen die lebhaftesten Wünsche zum Beitritt erregen muß, deren Verwirklichung nicht ausbleiben kann. Darmstadt am 28. Februar 1849. Der vaterländische Verein daselbst."

Mainz, 27. Febr. Hr. Leopold Schmid, Professor der Theologie zu Gießen, der neugewählte Bischof der Diöcese Mainz hat sich vielfach als Schriftsteller bekannt gemacht. Derjenigen Richtung, die man die ultramontane nennt, gehört er nicht an. Vor zwei Jahren erhielt er einen Ruf nach Breslau, blieb jedoch in Gießen, wo er damals neben seinem theologischen Amt auch zum Professor der Philosophie ernannt wurde. Seinem ganzen Wesen nach scheint er mehr friedlich oder irenisch als polemisch zu sein; wie denn auch seine neueste Schrift den Titel hat: „Grundlegung der christlichen Irenik." Ob er in dem Grade, wie ich behaupten höre, Reformbestrebungen zugeneigt ist, will ich dahingestellt sein lassen. Die eben erwähnte Schrift beginnt mit den Worten: „Die Menschheit, vor Allem aber das Deutsche Volk, geht einer religiösen Umgestaltung entgegen, zu welcher Bewegungen, wie diejenigen der jüngsten Zeit, nur ein sehr mattes Vorspiel bilden." (Rh. u. M. Z.)

Mainz, 28. Febr. Die heutige Beilage zur „Oberpostamts-Zeitung" bringt eine Nachricht von hier, wonach der Dirigent der Regierung von Rheinhessen, Freiherr v. Dalwigk, in den Staatsrath nach Darmstadt versetzt, und der Generaladvokat an hiesigem Obergerichte, Herr Dr. Creve, an dessen Stelle getreten wäre. Wir können aus sicherster Quelle versichern, daß dem nicht so ist, und daß diese Nachricht lediglich aus einem ungegründeten Gerüchte geschöpft ist. (O. P. Z.)

▷ **Schwerin**, 25. Febr. Endlich ist nun unsere Kammer, nachdem sie bereits 3½ Monate getagt, mit dem Entwurfe von vier Abschnitten des Staatsgrundgesetzes hervorgetreten. Dieselben handeln von den allgemeinen Bestimmungen, der Kammer und der gesetzgebenden Gewalt, dem Großherzoge und der vollziehenden Gewalt, endlich von der richterlichen Gewalt. Der Inhalt des ersten Abschnittes gibt einen deutlichen Begriff von der Natur der Arbeit des Verfassungsausschusses. Es heißt darin: Das Volk ist die Quelle aller politischen Gewalt und die Regierungsform ist monarchisch-demokratisch. Ein dritter Paragraph geräth in die entfernteste Zukunft hinein, indem er diese Regierungsform für unabänderlich erklärt, sowohl von Seiten des Großherzogs als auch von der Kammer und von beiden vereint. Von den vier wöchentlichen Sitzungen sollen künftig drei dem Verfassungswerke gewidmet sein.

Drei Sitzungen, unter ihnen eine außerordentliche, galten der Eisenbahnfrage. Es handelte sich nämlich um eine halbvollendete, wegen Mangel an unterstützenden Geldmitteln liegen gebliebene Bahnstrecke von etwa 11 Meilen, welche die Seehäfen von Rostock und Wismar mit einander und somit auch den erst genannten Ort mit der Berlin-Hamburger Bahn verbinden soll. Ueber die Gemeinnützigkeit des Baues, über die Nothwendigkeit, daß das Land helfend einschreiten müsse, war Niemand in Zweifel, die Differenzpunkte lagen allein in der Größe der zu bewilligenden Summe und in dem Wie? der Hülfeleistung. Ein Antrag Bolten's nämlich überließ dies den großherzoglichen Kommissarien, welche der Kammer darüber Regierungsvorlagen machen sollten. Dagegen wollte die Opposition in der Versammlung die Sache nicht aus den Händen lassen und durch eine Kommission mit der Eisenbahngesellschaft die Vertragsspecialitäten zu Stande bringen. Zehn namentliche Abstimmungen am Schlusse der Debatte führten endlich vor der Hand zu dem Beschlusse, daß der Aktiengesellschaft die zur Vollendung der Bahn nothwendige Summe von 1½ Millionen Thaler vom Staate angeliehen werde, ohne daß damit die Berathung über die Eisenbahnfrage abgeschnitten ist welche vielmehr wiederum auf der nächsten Tagesordnung steht. Zweierlei ist es hauptsächlich, das dergleichen Fragen immer in die Länge zieht: einmal das zwar vielfach berührte, aber noch nicht festgestellte Verhältniß des Großherzogthums zu Strelitz und dann das von der Kammer zwar längst beschlossene, von der Regierung aber immer noch nicht publizirte Gesetz wegen der Aufhebung der alten Landstände. In Bezug auf das Erstere hatte in der Eisenbahnfrage eine Verwahrung des strelitz'schen Kommissarius stattgefunden, welcher die Trennung der beiderseitigen Finanzen geltend machte. Im Uebrigen wurde zwar nicht durch Kammerbeschluß, aber doch thatsächlich die Ansicht festgehalten, daß es sich um eine rein schwerin'sche Angelegenheit handle. Was den zweiten Punkt anbetrifft, so war er Gegenstand einer Interpellation an die Kommissarien, deren Beantwortung mit allgemeiner Spannung entgegengesehen wurde. Sie erfolgte in der gestrigen Sitzung. Die schwerin'schen Kommissarien theilten mit, daß der Großherzog geneigt sei, unter Vorbehalt der Verhandlung über einige noch zu erledigende Punkte die Auflösung der alten Stände zu verfügen, daß aber die hausvertragsmäßige Kommunikation mit Strelitz zu keinem Einverständniß geführt habe. Zu den erwähnten Punkten gehört das nicht genau bestimmte Verhältniß der Seestädte Rostock und Wismar zur Landesregierung, welche bisher eine privilegirte Sonderstellung einnahmen und deren etwaiger Anspruch auf Entschädigung beim Aufgeben derselben, die Regierung von der Kammer als dem Staate zukommend anerkannt wissen will. Die Erklärung der strelitz'schen Kommissarius dagegen lautete durchaus ablehnend und verwies auf den Zeitpunkt der Beendigung des Verfassungswerkes wenigstens in seinen Hauptgrundzügen als den geeigneten, wo jene förmliche Auflösung geschehen könne. Beide Vorlagen wurden dem Verfassungsausschusse zur schleunigsten Berichterstattung überwiesen.

* **Schleswig-Holstein.** Im Gegensatz zu der in unserer gestrigen Beilage mitgetheilten Nachricht der Kündigung des Waffenstillstandes durch die dänische Regierung will der Altonaer Merkur, ein sonst wohlunterrichtetes Blatt, aus zuverlässiger Quelle wissen, daß die dänische Regierung, auf Andringen Englands, zur Zeit zwar noch nicht auf eine ausdrückliche, wohl aber auf eine stillschweigende Verlängerung des Waffenstillstandes von Monat zu Monat sich einlassen zu wollen erklärt habe und daß darauf die Verwendung auch der Gesandten anderer Mächte in Kopenhagen für die Bewirkung einer mehr gesicherten und den Handelsstand beruhigenden Verlängerung desselben in Anspruch genommen sei. Gleichzeitig ist, nach derselben Quelle, da bekanntlich die dänische Regierung die Rechtmäßigkeit der gemeinsamen Regierung der Herzogthümer bestreitet, Graf Reventlow-Farve im Auftrage dieser letztern nach Kopenhagen abgegangen, um bei dem König-Herzoge auf erneuerte Anerkennung des durch die Malmöer Konvention für die Dauer des Waffenstillstandes vereinbarten Rechtszustandes in den Herzogthümern anzutragen, und wird, als Zeichen der Anerkennung des bestehenden Verhältnisses, demnächst nach Maßgabe des Art. 8 jener Konvention ein königlicher Kommissär in den Herzogthümern erwartet.

Dagegen meldet der Hamb. Korresp. aus Kopenhagen vom 22. Febr., daß alles auf eine nahe bevorstehende Erneuerung des

Krieges hindeutet. Die ganze Flotte, bedeutend stärker als im vorigen Jahre, und darunter auch das ganz neue Linienschiff Christian VIII. ist beinahe segelfertig und die Kommando's der einzelnen Eskadres, so wie der einzelnen Schiffe sind ernannt. Die Landarmee fängt an, sich an der schleswig'schen Grenze zu sammeln und die in Kopenhagen liegenden Regimenter nebst den Garden haben Marschbefehl erhalten. Nach der Nordsl. Zid. konzentriren sich in und um Kolding 20—30,000 Mann.

Hamburg, 26. Febr. Vorgestern ist der Obrist v. Kudriaffsky, der als Reichskommissär die deutsche Ost- und Nordseeküste inspicirt, auf seiner Rundreise hier eingetroffen. Er soll heute den hiesigen Hafen besichtigt und die Flottille besucht haben. Auch der dänische Geheimerath v. Pechlin ist, von seiner Sendung nach Wien, Ollmütz und Berlin zurückgekehrt, vorgestern hier durch nach Kopenhagen gereist. (B.-H.)

⊙ **Lübeck**, 26. Febr. Heute fand in dem letzten städtischen Bezirk die Wahl zur Bürgerschaft statt, und ist, wie auch in dem vorhergehenden Bezirk, insofern gut ausgefallen, als die Erwählten fast ausschließlich den höheren Ständen und namentlich dem Kaufmannsstande angehören. Von den jetzt neuerwählten 120 Vertretern saßen in der bisherigen Bürgerschaft 68; in der Stadt wohnen 84, auf dem Lande 36. Der Gelehrtenstand, dem früher nur 12 Vertreter zustanden, zählt jetzt 15 städtische, 3 ländliche Mitglieder, von Kaufleuten (früher 40) sind 26 gewählt, von Krämern 11 (früher 12), von Gewerbtreibenden 24 (früher 40), von den früher unvertretenen sogenannten Einwohnern, jetzt Neubürger genannt, 8, unter denen ein Militär. Ueber den Charakter der Versammlung läßt sich im Allgemeinen wohl nur das prognostiziren, daß weder das konservative noch das radikale Element in ihr die Uebermacht hat, sondern die Hauptschwere in die Centren fallen wird.

Großbritannien.

* **London**, 26. Febr. Die „Times" kann nicht umhin, von ihrem Standpunkt aus eine längere Betrachtung über die Aufgabe des gegenwärtigen preußischen Landtags anzustellen. Dies sei nun, meint die „Times", das dritte und wahrscheinlich auch entscheidende Experiment Preußens in dem schwierigen und verwickelten Wagniß konstitutioneller Regierung. Wenn das Experiment gelänge, gut, so würden die beklagenswerthen Spuren der zwei letzten unter mißlungenen Bestrebungen oder revolutionärer Aufregung verbrachten Jahre verwischt werden, wenn dagegen auch dieser Versuch mißlingen sollte, so würde der Ausfall entweder für die Monarchie oder für die Volkssache verderblich sein. „Friedrich Wilhelm IV.", setzt die Times hinzu, „spielt also am heutigen Tage (26. Febr.) das höchste Spiel seines Lebens, und wir wollen, um der Wohlfahrt dieses Souveräns wie um der wahren Freiheit seines Volkes willen, ernstlich hoffen, daß seine Bemühungen, sein Volk zum Range eines konstitutionellen zu erheben, nicht mit Undank belohnt werden mögen." Eine Gefahr erblickt die Times in dem preußischen wie in allen jüngeren Parlamenten, daß nämlich, da in ihnen die Parteitraditionen keinen Anhalt und die aufgestellten Prinzipien wenig Autorität hätten, natürlich auch die Fluktuation der Ansichten und Abstimmungen in ihnen größer sei als z. B. in England. Die erste Bedingung eines glücklichen Erfolges sei, daß die konservative Mehrheit mit den Dienern der Krone wenigstens einen Kompromiß eingehe; denn so lange zwischen diesen beiden Grundmächten ein aktiver Streit stattfinde, so lange sei das Ergebniß nicht Regierung, sondern Anarchie. So habe es sich, wie Charles Buller so trefflich nachgewiesen, früher in Bezug auf Kanada verhalten, wo so lange Unzufriedenheit, fortdauernde Anarchie und aufrührerischer Geist geherrscht, so lange die englischen Minister sich gesträubt, die logischen Folgen der Institutionen auf sich zu nehmen, welche Großbritannien selbst nach den Kolonien verpflanzt habe. Die Times bemerkt sehr wahr: „Wenn der König nach der Eröffnung des vereinigten Landtags im Jahre 1847, jener loyalsten und einsichtsvollsten Versammlung, wie man sie wohl nicht so leicht wieder in Berlin bei einander sehen kann, sein Ministerium aus den Reihen der Majorität genommen hätte, so würde diese Versammlung sich um den Thron geschaart haben und sein Ansehen würde durch die Märztage nicht vernichtet und der Verachtung preisgegeben worden sein".

Was weiter folgt, ist eine Mahnung an die preußische Landesversammlung, sich in Bezug auf die preußische Suprematsfrage nicht zu sehr überheben zu wollen; zwar der König habe in seiner höchst ehrenhaften Note vom 23. Jan. die löblichsten Gesinnungen ausgesprochen, aber gewisse preußische Staatsmänner seien kaiserlicher als er, und wenn die preußische Landesversammlung die Politik derjenigen, welche Preußen an die Spitze Deutschlands zu bringen sich bemühten, zu der ihrigen machen wolle, so müsse man besorgen, daß der König nicht vollkommen im Stande und seiner selbst Herr sein werde, dieser Partei Widerstand zu leisten. Die Folgen davon seien nicht abzusehen und ein Bruch Oesterreichs mit Preußen zu befürchten u. s. w. Die „Times" weist nun darauf hin, wie gefährlich für Preußen es sein würde, diesen Bruch mit Oesterreich eintreten zu lassen, welches in Norditalien seine Kraft und Würde in einer Weise aufrecht erhalten habe, „daß die mystifizirten Bevollmächtigten für den Kongreß zu Brüssel nach dem flüchtigen Besuch des Grafen Colloredo nichts weiter zu thun hatten, als zu diniren und abzureisen." Aber es ist noch ein stärkerer Grund für Preußen, Oesterreich zu fürchten; denn, wie die Times sagt: „Das stärkste Hinderniß, welches sich diesen gefährlichen und visionären Entwürfen (von preußischer Oberhoheit u. s. w.) entgegenthürmt, liegt in der erneuten Kraft Oesterreichs, welches, wie offen zu Tage liegt, ein inniges Einverständniß (perfect understanding) mit dem Hofe von St. Petersburg zu seiner Unterstützung hat." Während also früher eine Annäherung an Rußland als das Abscheulichste und Unvolksthümlichste galt, was sich ein deutscher Fürst oder eine deutsche Regierung zu Schulden kommen lassen könne, wird hier die innige Allianz Oesterreichs mit Rußland als ein Popanz hingestellt, um die guten, und gewiß nur zu guten Deutschen von einer innigen Allianz mit Preußen abzuschrecken, und zugleich als Lockspeise benutzt, um sie zu verführen, sich dem verbündeten österreichisch-russischen Absolutismus und Militärdespotismus auf Gnade und Ungnade gefangen zu geben!

„Daily News" berichtet, die Verhandlungen zwischen Lord Palmerston und Herrn Mon für Wiederherstellung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen England und Spanien hätten ihren guten Fortgang und ließen in wenig Tagen ein günstiges Ergebniß erwarten. Diese Zeitung nennt Lord Howden als den künftigen Vertreter der britischen Regierung am spanischen Hofe.

Wie Galignani's Messenger bereits vorläufig berichtet, stellte Abends den 26. Hr. Cobden im Unterhause seinen vielbesprochenen Antrag daß die Regierung angehalten werde, ihren Etat für dieses Jahr bis zu demjenigen von 1835, d. h. von 54,185,000 auf 44,122,000 Pf. zu ermäßigen. Seine Rede war beim Abgang der Post noch nicht zu Ende und schien sehr lang werden zu wollen. Die Aussichten auf einen Erfolg des Cobden'schen Antrags sind übrigens, Allem nach, sehr gering. Seit einigen Tagen sind die Konsols wieder ein wenig zurückgegangen; sie stehen jetzt auf 92⅞.

Frankreich.

* **Paris**, 37. Febr. Die Nationalversammlung — die Post kommt so spät, daß wir kurz sein müssen — hat sich fortwährend mit dem Wahlgesetz und zwar zunächst nochmals mit den Inkompatibilitäten beschäftigt: das Militär hat mehr Gnade vor ihren Augen gefunden als die Civilbeamten; alle Militärpersonen, Offiziere und Soldaten sind für die Nationalversammlung wählbar erklärt; die Offiziere werden als zu einem besondern Dienste kommandirt, die Unteroffiziere und Soldaten als auf Urlaub befindlich betrachtet. Eine theilweise sehr stürmische Debatte aber riefen die §§. hervor, welche von dem Gehalt der Volksrepräsentanten handeln: Die Kommission hatte auf jährliche 9000 Fr. angetragen und dieser Antrag wurde, nach Beseitigung mehrerer Amendements, welche auf Herabsetzung antrugen, endlich zum Beschluß erhoben, dagegen aber auch entschieden, daß in Zukunft das Gehalt ganz oder theilweise mit Beschlag belegt werden könne.

Der Moniteur erklärt die Abwesenheit des diplomatischen Korps bei der kirchlichen Trauerfeier vom 24. Februar durch ein „einfaches Mißverständniß." Es sind indeß solcher wunderbaren Mißverständnisse in der letzten Zeit so viele vorgekommen, daß man auch diesmal geneigt ist, an ganz andere Gründe jener Abwesenheit und zwar an eine absichtliche Nichtachtung zu glauben.

№ 61. Beilage zur Deutschen Zeitung. 2. März 1849.

Uebersicht.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 2. März.

Tagesordnung der 180. öffentl. Sitzung.

Berathung über Art. V. §. 15, 16 und 17 des vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause", über Anlage A.: „Reichswahlmatrikel" und über das „Reichsgesetz über die Tagegelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstag"; — eventuell: Abstimmung über das ganze Reichsgesetz.

Die Sitzung wird 9¼ Uhr durch den Präsidenten Herrn Ed. Simson eröffnet. Von neuen Flottenbeiträgen werden folgende angemeldet: Ein Beitrag von Hrn. Kugler in Venedig von 100 fl. Ertrag der von den Ständen in Oberösterreich veranstalteten Sammlung (nachträglich zu den bereits übergebenen 1459 fl.) 162 fl. 40 kr. Von der oldenburgischen Regierung: a) 195 Thlr. in Louisd'or; b) 180 Thlr. 45 Gr. Courant; c) aus Zwischenahn 25 Thlr. in Louisd'or. Ertrag einer Sammlung aus Knesebek 10 Thlr. 21 gGr.

Zu den Regierungserklärungen, das Verfassungswerk betreffend, ist nachträglich eine Note vom 28. Febr. von Baiern eingegangen, deßgleichen werden Zusatzerklärungen von Seiten einiger Regierungen angemeldet, die zu den Mitunterzeichnern der preußisch-badischen Kollektivnote gehören.

Hinsichtlich der Vergütung für die Verpflegung der Reichstruppen, die seit dem 23. Sept. in Bockenheim liegen (Interpellation des Hrn. Schoder), erklärt Hr. v. Beckerath Namens des Reichsministeriums des Kriegs und der Finanzen: daß der Beitrag der kurhessischen Regierung zu der Matrikularumlage von einer Million im Betrage von 31,000 Gulden dazu angewiesen worden sei, um die zugesagte Vergütung für die im kurhessischen Gebiete einquartierten Reichstruppen zu leisten. Aber auch die kurhessische Regierung trage die Schuld jener Verspätung nicht, sondern die städtische Behörde von Bockenheim, die erst am 19. Febr. den Nachweis der dort zu leistenden Entschädigungen eingereicht habe.

Hr. Zimmermann von Spandow will darauf die Frage erheben, auf welches Reglement hin das Reichsministerium bei der Belegung mit Reichstruppen verfahre. Der Präsident erkennt jedoch darin einen Antrag oder eine Beschwerde, die ohne unmittelbaren Zusammenhang mit der vorliegenden Interpellationsbeantwortung stehen und deßhalb selbstständig zu behandeln sein würde. Er entzieht daher Hrn. Zimmermann das Wort.

Ohne Besprechung, mittelst einfacher Abstimmung werden darauf angenommen von Artikel V. des Wahlgesetzes:

§. 15. „Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen."

§. 16. „Die Wahlen sind im Umfang des ganzen Reichs an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt.

Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben."

§. 17. „Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, oder durch Anordnungen der Reichsgewalt noch festgestellt werden wird, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt."

Ueber die Anlage A.: „Reichswahlmatrikel" entspinnt sich eine unbedeutende Debatte, an der sich die Herren Venedey, Rüder, Jahn, Moritz Mohl und der Berichterstatter Herr Riesser betheiligen. Die Abstimmung liefert sodann folgendes Ergebniß:

Anlage A.: Reichswahlmatrikel.

Zum Zweck der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus werden zusammengelegt:

1) Liechtenstein mit Oesterreich.
2) Hessen-Homburg mit Großherzogthum Hessen. Das hessenhomburgische Oberamt Meisenheim auf dem linken Rheinufer mit Rheinbaiern.
3) Schaumburg-Lippe mit Hessen-Kassel.
4) Hohenzollern-Hechingen mit Hohenzollern-Sigmaringen.
5) Reuß älterer Linie mit Reuß jüngerer Linie.
6) Anhalt-Köthen mit Anhalt-Bernburg.
7) Lauenburg mit Schleswig-Holstein.
8) Birkenfeld mit Preußen.
9) Pyrmont mit Preußen.

Gegen die Bestimmungen des angefügten Reichsgesetzes über die Tage- und Reisegelder der Abgeordneten ergreift das Wort Hr. Schulz von Darmstadt. In allen Zweigen des öffentlichen Dienstes thue die äußerste Sparsamkeit noth. Denn vor Allem sei es die Aufgabe des Reichs, die Mittel zur Verbesserung der Lage der ärmeren Klassen zu beschaffen. Die Generäle und Minister seien allerdings gar reichlich bezahlt, desto schlechter dagegen die Unteroffiziere und Soldaten, die für wenige Kreuzer täglich Blut und Leben opfern müßten. Er beantragt daher die Herabsetzung der Tagegelder von 7 Gulden auf 5. Die Vorträge des Hrn. Schulz, im Tone eines Grabredners gehalten, bringen stets, soweit sie die Aufmerksamkeit des unruhigen Hauses zu erregen vermögen, eine sehr erheiternde Wirkung auf die Versammlung hervor.

Hr. Friedrich v. Raumer erklärt sich im Interesse der Gerechtigkeit dagegen, daß die Beamteten schlechter gestellt und in Ausnahmeverhältnisse neben anderen Abgeordneten gebracht würden. Ein Antrag Hrn. Schlöffel's will ihnen nämlich ihren Amtsgehalt, während der Sitzungsperiode entzogen wissen. Herr Venedey ist für Diäten von 7 Gulden den Tag. Hr. Zimmermann aus Stuttgart: wer der Freiheit dienen will, der vermindere nicht, der erhöhe die Diäten. Schließlich wird (unter Hinzufügung eines die Portofreiheit betreffenden Zusatzes von Wiesner) nach dem Entwurfe des Verfassungsausschusses angenommen das

Reichsgesetz
über die Tagegelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstag.

„Die Mitglieder des Staatenhauses und des Volkshauses erhalten ein Tagegeld von 7 Gulden rheinisch und eine Reisekosten-Entschädigung von 1 Gulden für die Meile sowohl der Hinreise als der Rückreise, und genießen Portofreiheit für alle an sie gelangenden oder von ihnen ausgehenden Korrespondenzen und Drucksachen."

Nachdem somit die einzelnen Bestimmungen der Vorlage sämmtlich erledigt sind, wird durch Namensaufruf abgestimmt über die Annahme des Reichswahlgesetzes — die zweite Lesung vorbehaltlich — im Ganzen. Die zahlreichen „Nein," mit denen die Frage aus dem Centrum beantwortet wird, können nur bei Denen Erstaunen erregen, die sich der wesentlichen Veränderungen nicht bewußt sind, welche der Verfassungsentwurf durch die Verhandlungen erfahren hat. Ziemlich ansehnlich ist auch die Anzahl Derer, die auf den Zuruf über die Annahme oder Verwerfung damit antworten, daß sie sich der Abstimmung zu enthalten erklären. Die Annahme des Reichswahlgesetzes im Ganzen ist schließlich bejaht von nur 256 gegen 194 verwerfende Stimmen. Eine protokollarische Erklärung von Reichensperger und Genossen (die mit Ja gestimmt haben) hofft die Beseitigung „wesentlicher Gebrechen des Gesetzes" von der zweiten Lesung.

Für diese zweite Lesung beantragt Herr v. Trützschler die Erwählung eines besonderen Ausschusses von fünfzehn Personen zur Revision des Wahlgesetzes. Der Antrag erhält jedoch die Mehrheit des Hauses nicht.

Herr **Edel** aus Würzburg dagegen stellt den Antrag, daß dem Verfassungsausschusse die schleunige Berichterstattung über den noch rückständigen Theil der **Grundrechte** aufgegeben werde. Die Dringlichkeit dieses Antrags wird anerkannt. Der Antragsteller sagt offen, daß es höhere Rücksichten auf die Einigung und den Frieden Deutschlands seien, die sein Verlangen bestimmten. Denn er wolle das reiche Material der auf das Verfassungswerk bezüglichen Regierungserklärungen nicht leichtsinnig behandelt sehen. Es sei vor Allem Oesterreich, woran er dabei denke. Sollte es sich von Deutschland trennen, so solle die Schuld nicht die Nat.-Verf. treffen — sie solle auswärts stehen. Nicht um jeden Preis wolle er und seine Partei Oesterreich und namentlich nicht um den **Preis des Bundesstaates** (Bravo!); aber ihm Zeit lassen wolle er, bis das Maaß der irgend zu gewährenden Geduld erschöpft sei, um dann im unglücklichen, von dem Redner nicht gehofften Falle eben so tapfer für das sogenannte Kleindeutschland Partei zu ergreifen. Oesterreich stehe zwischen Deutschthum und Czechenthum. Es müsse sich jetzt entscheiden. Er verlange nur eine kurze Frist — werde sie von Oesterreich versäumt, so möge dies verantworten das Unglück Deutschlands und Oesterreichs. Eine Frist von 10 bis 12 Tagen solle man — nicht der österreichischen Regierung, sondern dem österreichischen Volke einräumen. (Beifall.)

Hr. **Riesser** erklärt sich einverstanden im Namen des Verfassungsausschusses mit dem Edelschen Antrage. Denn wenn es sich nur um eine Frist, nicht um eine Hinausschiebung in's Unbestimmte handele, so werde wohl Niemand im Hause sein, der nicht mit Freuden darin willige. Und daß gerade Hr. Edel die Vollendung der Grundrechte beantrage, das begrüßt Hr. Riesser mit lebhafter Genugthuung als eine thatsächliche Widerlegung des Gerüchts, als werde durch eben die Partei, welcher man Herrn Edel selbst beizähle, in Baiern das Mißtrauen und die Unzufriedenheit wider die Grundrechte und deren Geltendmachen genährt.

Der **Edel'sche Antrag** wird darauf mit **großer Mehrheit angenommen**. Ueber den Antrag von Herrn **Vogt** und **Eisenstuck** dagegen, wornach das Wahlgesetz als Grundlage der Verfassung betrachtet und die zweite Lesung in nächster Woche schon vorgenommen werden soll, muß die Abstimmung durch Zettel geschehen, um das zweifelhafte Ergebniß zu ermitteln. Gegen die Dringlichkeit erklären sich 228 gegen 211 Stimmen. Ein fernerer Antrag von der Linken, der nur die offene Wiederholung des Vogt'schen enthält, wird gleichfalls als nicht dringlich beseitigt.

Die heutige Sitzung schließt zeitig — schon 12½ Uhr — nachdem noch die Tagesordnung für die nächste Sitzung festgestellt ist. Diese findet Montag den 5. März Statt. Die **Wahl der Präsidenten** wird ihren Hauptgegenstand bilden. Außerdem kommen einige Ausschußberichte zur Berathung. Die Versammlung ist schon im Begriffe sich zu entfernen, als Herr **Wesendonck** noch das Reichsministerium interpellirt: ob der Waffenstillstand von Malmoe gekündigt sei. Auch Herr Venedey erscheint noch einmal auf der Tribüne, indem er den volkswirthschaftlichen Ausschuß um das Schicksal einer homburgischen Eingabe, die Aufhebung der Spielbanken betreffend, befragt. Herr Eisenstuck sagt die Antwort für nächste Montagssitzung zu.

*** **Frankfurt**, 2. März. Die Fraktionen der Linken wollten erst gestern Abend die von der Kommission der Linken zu dem österreichischen Verfassungsentwurfe gestellten Anträge prüfen. Sie hatten nämlich an den Abenden des 27. und 28. Febr. in vereinigter Sitzung erst die vielfach aufgestiegenen Bedenken gegen die Koalition an und für sich zu beseitigen gesucht und die Koalition wurde an dem vorgestrigen Abend denn auch beschlossen. Eisenstuck hat den darauf gezielten Antrag gestellt. Was man von den vorausgegangenen Debatten vernimmt, gewährt die Ueberzeugung, daß die Koalition mit einem, bei den Grundprinzipien der Linken auch leicht begreiflichen innern Widerstreben, eingegangen wird, und zwar auf Bedingungen, welche die im Wesentlichen mitgetheilten Gegenanträge der Kommission der Linken als das **Maximum der Zugeständnisse der Linken**, (mithin das **Minimum der Forderungen**) erkennen lassen. Insofern nun die österreichische Fraktion sich freiwillig dem Ausspruche des Ollmützer Ministeriums unterworfen, darf man darauf gespannt sein, ob die äußersten Zugeständnisse der Linken in Ollmütz auch Gnade finden werden. An einer Bedingung wird aber wahrscheinlich die Koalition die Feuerprobe zu bestehen haben. Die Linke wird bei der zweiten Lesung der Verfassung begehren, daß der Abschnitt „die Reichsregierung" zuletzt berathen werde. Wird sich aber ein alter Fuchs so leicht prellen lassen? Wir erlauben uns, einen bescheidenen Zweifel auszusprechen.

** **Frankfurt**, 1. März. Die dänische Regierung hat also den Waffenstillstand gekündigt. Die Kunde davon wurde bereits heute Morgen in der Paulskirche vernommen, allein es darf versichert werden, mit einer Art Befriedigung. Nicht, daß man den Krieg mit Dänemark herbei wünscht, ja es glaubt Niemand daran, daß Dänemark ernstlich den Wiederausbruch der Feindseligkeiten will*). Es ist aber in diesem Augenblicke der innern Zerrissenheit Deutschlands, in dem Augenblick der Anbahnung der alten Trostlosigkeit und Erschlaffung, eine äußere kräftige Einwirkung nöthig, um Deutschland zu dem Selbstbewußtsein seiner einheitlichen Kraft, zur Erkenntniß seiner einzigen Rettung aufzurütteln.

Frankfurt, 1. März. Heute hat nun auch Baiern seine Erklärung über die Bestimmungen der deutschen Verfassung nach der ersten Lesung eingereicht. Baiern behält sich darin wie Sachsen das Recht vor, sich erst nach vollendeter Verfassung endgültig über deren Annahme oder Nichtannahme zu entscheiden, verwirft ein einheitliches Oberhaupt, und erklärt sich für ein Direktorium, unter dem Wegfall des Reichsraths. Es besteht ferner auf dem Beitritt Oesterreichs, und beschränkt in seinen Einwendungen gegen die einzelnen Paragraphen die künftige Centralgewalt in so hohem Grade, daß von dem Charakter eines Bundesstaats fast nichts übrig bleibt. In dieser Beschränkung und Lockerung geht es noch viel weiter als Sachsen, ja als der sogenannte großdeutsche Verfassungsentwurf selbst, wofür nur das Beispiel anzuführen ist, daß es das ganze deutsche Heerwesen lediglich in der alten Bundeskriegsverfassung, und die künftigen Reichsfinanzen auf die bisherigen Matrikular-Ausschreiben beschränkt lassen will. Wahrlich, wir haben von der jetzigen baierischen Regierung wenig für die einheitliche Macht unseres künftigen Bundesstaates erwartet, auf Vorschläge aber, die kaum begreifen lassen, warum man nicht lieber bei der alten Bundesverfassung selbst stehen blieb, waren wir nicht gefaßt. (O. P. Z.)

Wien, 25. Febr. So eben erhalte ich aus sehr verläßlicher Quelle die betrübende Nachricht, daß am 11. d. General Puchner im Maroschthale von Bem zurückgedrängt wurde, und auf Reismarkt sich zurückziehen mußte. Nicht die Tapferkeit sondern die Niederträchtigkeit der Insurgenten hat diesen Sieg erfochten, der übrigens ihnen keine Früchte bringen wird. Durch die Horden verstärkt welche General Gläser nach seinem Siege bei Arad vor sich hertrieb, heuchelte Bem Unterwerfung, aber während der Unterhandlung wurde plötzlich eine Batterie demaskirt und ein mörderisches Kartätschenfeuer eröffnet. Namentlich litt das siebenbürgisch-sächsische Jägerbataillon sehr viel, das mit Heldenmuth focht. Puchner mußte sich zuletzt auch nur aus Mangel an Munition zurückziehen. Stutterheim zog sich auf Karlsburg zurück. **Weigern sich die Serben unter Gläser nicht vorwärts zu gehen**, so kommt Bem aus dem Maroschthal nicht heraus, außer über das Gebirge gegen Großwardein in einzelnen Haufen, **denn unter diesen Umständen werden die Russen wohl nicht in Hermannstadt die Hände in den Schooß legen**. Bei der Schlacht von Stolzenburg hatten sich 200 Kosaken als Gnade ausgebeten die Verfolgung übernehmen zu dürfen, und von den 700, die der Feind verlor, kommt ein guter Theil auf ihre Rechnung, sonst nahmen bei Stolzenburg keine Russen theil. (Allg. Z.)

> **Berlin**, 28. Febr. In der heutigen **zweiten** Sitzung der zweiten Kammer haben sich die Parteien den ersten ernsten Kampf geliefert. Es handelte sich um Annahme einer provisorischen Geschäftsordnung. Zu den beiden gestern bereits gemachten Vorschlägen, dem der Rechten, die vom Abgeordneten **Viebahn** u. A. ausgearbeitete Geschäftsordnung einstweilen zu genehmigen, und dem **Unruh**'schen, einen Ausschuß zur sofortigen definitiven Ausarbeitung niederzusetzen und einstweilen nur eine Rede- und Abstimmungsordnung anzunehmen, kam heute noch ein dritter Vorschlag, ebenfalls von der Linken hinzu, der Geschäftsordnung der vorigen Nationalversammlung zu folgen. Die Berathung drehte sich um die Fragen, auf welchem Wege man am schnellsten zu einer definitiven Geschäftsordnung komme, und welche von den vorgelegten provisorischen Geschäftsordnungen die meisten Vorzüge habe. Daß ein solcher Gegenstand an sich kein Interesse hat versteht sich von selbst; nur der Parteiengegensatz, der sich daran bildete, gab der Verhandlung Leben. Zuerst nahm der Abgeordnete

*) Worin man sich doch recht sehr irren könnte.

v. Kleist, ein munterer, ritterlicher, kleiner Herr, das Wort für den Viebahn'schen Antrag. „Abgesehen davon, daß die vorjährige Geschäftsordnung auf eine Kammer und auf eine andere Zahl von Abgeordneten und Abtheilungen berechnet sei, gewähre sie den Interpellationen viel zu freien Spielraum." Gegen diesen Vorwurf wendete sich später mit besonderer Schärfe Bucher. „Es scheine freilich, als solle die Versammlung, wie sie durch lange Gänge und Höfe von dem Geräusch der Straße geschieden sei, auch den Tagesereignissen fremd bleiben. Was aber dabei herauskomme, wenn ein Parlament, in seine Spekulationen vertieft, ein blos beschauliches Leben führe, zeige das Frankfurter." Bucher's Rede war bei weitem die bedeutendste der Linken. Temme wurde durch seine Eitelkeit verführt, sich ganz in angebliche Widerlegungen der Schmähungen gegen die Nationalversammlung zu verlieren. „Die Nationalversammlung ist vielfach verfolgt worden auch in ihren einzelnen Mitgliedern; ich will nicht näher bezeichnen, von wo diese Verfolgungen ausgehen. Sie wird aber ihren Platz in der Geschichte behaupten, und vielleicht in Jahresfrist höher stehen, als — eine andere Versammlung." Wie die Rechte dies seltsame Kompliment aufnahm, läßt sich leicht ermessen; aber auch die Linke schien nicht ganz damit einverstanden. Für den Antrag der Rechten sprechen unter Anderen Riedel und Graf Arnim, Riedel mit selbstgenügsamem Pathos und ungerechtfertigtem Hohn gegen Hrn. v. Unruh, Graf Arnim mit staatsmännischer Eleganz. Er berief sich auf das Beispiel des Frankfurter Parlaments, zeigte, wie unwichtig die Einzelnheiten einer provisorischen Geschäftsordnung überhaupt sind und entschied sich für die Viebahn'sche, hauptsächlich, weil die der Nationalversammlung nicht Allen bekannt sei. (Es wäre freilich Sache der neuhinzutretenden Mitglieder gewesen, sich damit bekannt zu machen; oder will man in jeder Session den Streit um die Geschäftsordnung erneuern?) Erwähnenswerth sind noch zwei Erklärungen des Ministers von Manteuffel. Von der gestrigen Aeußerung d'Ester's, weshalb das Ministerium denn nicht auch eine Geschäftsordnung oktroyirt habe, Veranlassung nehmend, versicherte er: „das Ministerium sei bereit, über alle seine Handlungen Rechenschaft abzulegen; es habe aber geglaubt, der Zeitpunkt dazu sei erst nach Konstituirung der Kammern gekommen. Eine Geschäftsordnung habe es nicht vorgelegt, weil nach der Verfassung die Kammer ihren Geschäftsgang regele." Dann, als wieder von „Gesetzüberschreitungen" des Ministeriums gesprochen worden war, sagte er: „Schon einmal habe ich gebeten, die Angriffe gegen das Ministerium bis nach Konstituirung der Kammern auszusetzen. Ich begnüge mich für jetzt, gegen die gefallenen Aeußerungen einfach Protest einzulegen." Als die Verhandlung geschlossen war, verlangt die Linke über die Frage, ob die Viebahn'sche Geschäftsordnung angenommen werden solle, namentliche Abstimmung. Die Rechte sträubt sich anfangs; Moritz und Berg behaupten aber die namentliche Abstimmung sei die natürliche, und ihre Zulassung an keine Beschränkung gebunden, bis die Geschäftsordnung dergleichen aufstelle. So wird namentlich abgestimmt, und der Viebahn'sche Entwurf mit 169 gegen 148 Stimmen zur einstweiligen Geschäftsordnung erhoben. Die Stärke der Parteien hat sich also gerade so herausgestellt, wie wir sie gestern angegeben haben. Die Rechte war mit ihrem Siege sichtlich zufrieden.

Vor der Verhandlung über die Geschäftsordnung wurde noch ein Antrag verlesen, den mehrere schlesische Abgeordnete der Rechten, Graf Renard an der Spitze, auf sofortige Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse gestellt hatten. Wir glauben, daß das Feuer den Herren in Schlesien auf die Nägel brennt, und daß es ihnen darauf ankommt, dem Landvolk ihren guten Willen zu zeigen. Wenn sie aber mit ihrem Antrag für jetzt etwas anderes als dessen Verlesung beabsichtigen, so ist derselbe, wie Einer der Linken richtig bemerkte, wohl als verfrüht zu betrachten. Er veranlaßte nur einen unerquicklichen Streit, was mit ihm anzufangen sei.

Am Schluß der Sitzung erhob sich Minister von der Heydt: „Die dänische Regierung hat am 26. d. den Malmöer Waffenstillstand gekündigt, in der Art, daß sie sich mit dem Ablauf desselben, dem 26. März, nicht mehr an die Bedingungen desselben gebunden wissen wolle. Doch hat der dänische Gesandte zugleich erklärt, daß seine Regierung nicht fürchte, daß eine Erneuerung der Feindseligkeiten erfolgen werde. Auch wir hoffen, daß bis zu jenem Termin die in London eingeleiteten Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebniß geführt haben. Die Regierung hat sowohl die Maßregeln, welche zur Herbeiführung des Friedens nöthig sind, ergriffen, als sie auch keine versäumt hat, die erforderlich ist, die Ehre des Landes zu retten. Ich habe bereits den Handelsstand von den angegebenen Thatsachen in Kenntniß gesetzt." Die Kammer nahm diese Mittheilung (durch welche meine gestrige Angabe bestätigt wird) mit Ruhe hin; nur bei den Worten: „die Ehre des Landes", riefen einige Stimmen aus der Rechten Bravo.

In den Abtheilungen der Kammer, die durch das Loos bestimmt worden, scheint die Rechte das Uebergewicht zu haben. In sechs von sieben gehört der Präsident der Rechten an. Vincke ist Präsident der 1., Grabow der 5., Graf Arnim der 6. Der Zufall, der Berg in eine Abtheilung mit Vincke geführt hat, hat ihn auch zu seinem Stellvertreter gemacht. In der einzigen Abtheilung, wo die Linke die Mehrheit besitzt, der 7., ist Philips Präsident und Auerswald Stellvertreter.

≍ **München**, 27. Febr. Endlich scheint die Ministerkrise doch ihre Lösung finden zu sollen. Und zwar versichern sonst gut unterrichtete Personen, daß Herr Stockinger, unter Uebernahme des Portefeuilles des Innern, mit der Bildung des Ministeriums beauftragt sei. Herr Justizminister Heintz wird seine jetzige Stellung in diesem allem Anscheine nach gemischten Ministerium beibehalten. Wer für das Aeußere, die Militärangelegenheiten, Finanzen und den Kultus eintreten soll, ist noch ganz unbekannt.

A **Dresden**, 28. Febr. Das königliche Dekret an die Kammern, die Publikation der Grundrechte des deutschen Volkes betreffend, lautet: „Da Se. Königliche Majestät mit den von den Kammern in der Schrift vom 24. Februar d. J. wegen der Grundrechte des deutschen Volkes gestellten Anträgen (vgl. D. Z. vom 17. Februar) einverstanden sind, so wird mit der Publikation derselben unverweilt verfahren werden. Allerhöchstdieselben setzen jedoch hierbei das Einverständniß der Kammern darüber voraus, daß bei der Publikation zur Wahrnehmung der materiellen Interessen des Landes die Gültigkeit der in §. 3 und 4 enthaltenen Bestimmungen nur denjenigen deutschen Staaten gegenüber ausgesprochen wird, in denen die Grundrechte des deutschen Volkes ebenfalls zur Geltung gelangen und sehen hierüber der Erklärung der Kammer entgegen. Dresden, 27 Febr. 1849. Friedrich August. D. Gustav Friedrich Held.

Die Kammer zog dieses königliche Dekret sofort in Berathung und nahm es (mit Abänderung des Ausdrucks „ausgesprochen wird" in „eintritt") einstimmig an.

** Aus Schleswig-Holstein, 27. Febr. Nach Mittheilungen aus London wird der Waffenstillstand weder offen gekündigt, noch offen verlängert werden, sondern man wird in Kopenhagen den Waffenstillstand von Monat zu Monat fortbestehen lassen, solange es geht. Diesem widerspricht aber das Faktum, daß Dänemark in Jütland ernstlich rüstet, daß es in und um Kolding ein Truppenkorps von 20 bis 30,000 Mann zusammenzieht, daß es Fridericia tüchtig befestigt, und daß man dort 6000 Mann Einquartirung angesagt hat. Alle diese Dinge würden aber kaum geschehen, wenn man in Kopenhagen ernstlich an den Frieden dächte. Daß dies nicht der Fall ist, geht aus der Antwort des Königs an die in Kopenhagen befindlichen Schleswiger hervor, welche die Berl. Ztg. mittheilt. Darnach war in einer am 7. d. abgehaltenen Versammlung der in Kopenhagen anwesenden Schleswiger beschlossen worden, die ursprünglich an die Reichsversammlung gerichtete große Adresse mit einem Begleitschreiben dem Könige durch eine Deputation überreichen zu lassen. Dies geschah auch am Montag den 19. Der König, heißt es, gab der Deputation in den gnädigsten Ausdrücken seine allerhöchste Zufriedenheit mit diesem, sowie mit allen anderen Beweisen der treuergebenen Gesinnung, die er von den Schleswigern erhalten, zu erkennen, und bat sie, ihre Landsleute wissen zu lassen, daß er ihnen vor dem 25. März keine Antwort ertheilen könne, dann aber werde er sie ihnen mit seiner Armee bringen. Da mag es denn, so lauteten des Königs eigene Worte, gehen, wie der Himmel will. Falle ich, so falle ich für mein Volk; mit Gottes Hülfe werde ich aber stehen bleiben und Dänemark mit mir! Aus dieser königlichen Antwort sieht freilich wenig friedlicher Sinn.

Frankreich.

* **Paris**, 27. Febr. Wenn die Revolutionsfeier in Paris bon gré oder mal gré in vollständiger Ruhe abgelaufen ist, so

№ 61. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 2. März 1849.

Uebersicht.

Der deutsche Staat.

* Vom Rhein, 1. März. Es gibt keine Frage deutscher Politik, die im Moment ein so ausschließliches Interesse verdiente, wie die Gestaltung unsers Verhältnisses zu Oesterreich. Erlauben Sie mir daher, daß ich fortwährend auf diesem Einen Thema verweile. Man macht der Deutschen Zeitung in der Allgemeinen Zeitung die Vorwürfe, ihr Eifer für das preußische Erbkaiserthum gehe in förmliche Wuthausbrüche über; und in der Karlsruher ist sie von dem Korrespondenten W. offenbar vorzugsweise gemeint, wenn er die Presse dieser Farbe der Perfidie und Rücksichtslosigkeit ärger als die republikanische, wenn er ihre Sprache bis zur Insolenz und Brutalität gesteigert nennt, wenn er sie beschuldigt, sie fordere unverholen zum Bürgerkriege auf. Alle diese Ehren fallen auf Ihren Rheinkorrespondenten entweder allein oder doch mit, und es ist wohl billig, daß er, des Fanatismus drei- und sechsmal beschuldigt, sich vor den Leuten ein wenig verantworte, die ihm ins Angesicht so leidenschaftlich, man möchte sagen mit geballten Fäusten, Ruhe und Mäßigung predigen. Man hat im Laufe des Jahres 1848 so vielfach erlebt, daß Menschen, auf deren Verstand und Konsequenz man unerschütterlich gerechnet hatte, den Kopf verloren haben; man hat das bei so nahen Freunden erlebt, die man wie sich selbst zu kennen meinte, daß man wohl thut, sich gelegentlich selbst nach der Stirne zu fahren und sich zu fragen, ob auch der eigene Kopf noch am alten Flecke steht. Sollte es möglich sein, daß Ihr Rheinkorrespondent, dem man so oft seine Nüchternheit und Prosa vorgeworfen hat, über diese österreichische Frage plötzlich ein Fanatiker geworden wäre? Ich fühlte wohl, daß ich mit meinem Eifer, wenigstens mit dem rücksichtslos ausgesprochenen Eifer gegen Oesterreichs perfide Machinationen eine Weile allein stand; ich fürchtete im Stillen, man möchte meinen Eifer wieder auf meine krankhafte Erregung und diese auf den Einfluß der Zeit schieben: ich habe deshalb neulich schon eine solche Selbstbetrachtung angestellt, indem ich auf die Ansicht zurückgriff, die ich schon im Mai v. J. über die österreichische Frage äußerte, als keine menschliche Seele sonst an die Verwickelungen dachte, die zwischen Deutschland und Oesterreich unausbleiblich eintreten mußten und immer müssen, wenn Deutschland in gutem Ernste ein Staat werden und Oesterreich ein Staat bleiben will. Ich habe bei diesem Selbstexamen gefunden, daß ich noch ganz mit meinem Gedankensystem im Reinen bin. Allein freilich, kann man sagen, im Mai v. J. hatte der Taranteltanz der Geister schon begonnen, und es könnte gerade gegen mich gekehrt werden, daß die Symptome bei mir früher ausbrachen, als bei andern. Ich greife also noch einmal weiter zurück und lese zu meiner eigenen Erbauung nach, was ich im Juli 1847 bereits, als noch die Welt im tiefsten Frieden und in den Nachwehen des seligen vereinigten Landtags lag, über die Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland in diesem Blatte schrieb, nicht wie sie in dem Zustande der Ruhe waren, sondern wie man sich ihre Gestaltung bei dem Eintritte großer Ereignisse und Veränderungen denken würde. Damals war eine Zeit, wo man gezwungen war, Eventualitäten dieser Art nur zu fingiren und wo man Ruhe und Muße hatte, die Lehren der Geschichte für solche fingirte Fälle zu konsultiren. Das Ergebniß meiner damaligen Betrachtung war: daß sich Oesterreich von Deutschland faktisch getrennt hatte; daß unsere berühmtesten Publizisten einstimmig das beste Heil für Deutschland im Abtrennen von Oesterreich suchten, daß dieß Abtrennen der Zug unserer ganzen Geschichte sei, daß sich Schweiz, Niederlande, gewissermaßen auch Preußen von Deutschland abgelöst hatten, als sie in kräftiger politischer Entwickelung ihre eigenen Wege suchten! „So, fügte ich bei, schien die Ansicht, daß nun ganz im Großen der Bruch zwischen Deutschland und Oesterreich erfolgen sollte!“ Es würde noch einmal das Bedürfniß nach einer „kräftigen politischen Entwickelung“ Preußen, nicht gewissermaßen, sondern förmlich nöthigen mit dem gleichinteressirten, gleichentwickelten Theile von Deutschland sich abzutrennen und den unentschloßneren, gefesselteren Theil noch einmal zurückzulassen. Ich gewahrte aber zugleich die Symptome einer neuen Zeit, die für Deutschland angebrochen sei, den Aufgang eines entgegengesetzten Sterns, der für die Zukunft nicht mehr Trennungen in Aussicht stellte, sondern Vereinigungen. Ich führte die Wünsche von Schleswig, die einzelnen Stimmen aus der Provinz Preußen und Oesterreich an, als „vereinzelte und unentschiedne Zeichen dieser Umwandlung.“ Seitdem hat sich Schleswig und die Provinz Preußen ohne Bedenken und Rückhalt an Deutschland angeschlossen, in Oesterreich haben sich die deutschen Sympathien gemehrt, wie wir es vermutheten und wünschten, aber hingegeben an Deutschland hat sich Oesterreich nicht; vielmehr müssen wir die Briefe ehrlicher Oesterreicher lesen, die uns glattweg sagen, in Oesterreich „habe keine Partei Sympathien für uns.“ Ich nannte es damals kühn und voll Selbstvertrauen, ich nannte es den schönsten Sieg des Geistes über die Materie, wenn es Deutschland gelänge, „mit seinem Geiste und allgemeinen Bewegung den riesigen und halbfremden Körper von Oesterreich mitzureißen,“ aber ich fügte bei, daß „einer solchen Aussicht die Verhältnisse, in denen wir leben, ja selbst die Naturart des Volkes als einer eitlen Chimäre zu spotten scheine!“ Ich darf also glauben, daß mein Kopf noch immer auf demselben Flecke steht, auf dem er damals stand, und damals war in Deutschland Niemand fanatisch. Fanatisch aber, wenn nichts schlimmeres, scheinen mir heutzutage die zu sein, die Preußen heut noch der alten Politik zeihen, die es unter Friedrich dem Großen befolgt, die mit diesem Manne einschlief und seither nicht wieder erwachte, während sie zu gleicher Zeit in vollkommene Vergessenheit begraben, was Oesterreich von dem ersten Habsburger an gegen Deutschland immer war, und was es, um so alte Geschichten nicht aufzuwärmen, seit 1815 bis zu diesem heutigen Tage gegen Deutschland fort und fort gewesen ist. Und das vergessen dieselben Leute, die seit 25 Jahren in deutschen Ständeversammlungen nie müde wurden, gegen dieses Oesterreich zu wüthen, das uns in der That nur hemmte und knechtete, das Deutschland ein Land und ein Staat zu sein hinderte, das nie zu Deutschland gehörte, als wo es galt sein Gedeihen und seinen Aufschwung zu kreuzen. Diese Leute werfen uns den Trugschluß vor: Oesterreich will dem Bundesstaat nicht beitreten, also muß er sich ohne Oesterreich konstituiren, während die allein richtige Folgerung sei: Also taugt das Projekt nichts, weil es nothwendig ein Drittheil Deutschlands ausschließt. Das Projekt schließt aber Nichts aus, als was faktisch immer ausgeschlossen war, dessen förmlicher Ausschluß darum von den theoretischen Politikern der 30er Jahre gefordert wurde, dessen Beiseitesetzung in dem Zollvereine begonnen hatte. Der Schluß den wir Gegner des österreichischen Staatenbundes machen ist der: Oesterreich will den Bundesstaat nicht, es sei denn, daß es ihn abschwäche oder daß es herrsche wie sonst; unter seiner Herrschaft und unter dem schwachen deutschen Bunde ist aber Deutschland zu Grunde gegangen, folglich soll Oesterreich weder im Bundesstaate herrschen noch mit dem Staatenbunde uns verderben. Ein Staat soll aus Deutschland werden, das ist das geringste, um es hundertmal den tauben Ohren zu wiederholen, was unsere auf's Spiel gesetzte Ehre uns auferlegt durch die Bewegungen dieses Jahres zu erringen! Das sieht man jetzt in den verschiedensten Kreisen endlich ein, das sprechen jetzt deutsche Stände aus dem hat der vaterländische Verein in Braunschweig den rechten Ausdruck geliehen, ja selbst die preiswürdige badische Note hat dies gethan, indem sie gegen die Wiederkehr der Wiener Kongreß-Manövers Protest einlegte! Was sollen die Aufreizungen mit dem ewigen Geschwätze von Verstümmelung des Vaterlandes, das Aufstacheln der nationalen Phantasien, während man den politischen Verstand einschläfern will? Ein Vaterland und eine Nation existirt erst da, wo beides von Andern anerkannt und geehrt und geachtet wird. Wir haben dem Wort nach Vaterland und Nation gehabt, aber der Sache nach suchen wir beides noch heute. Der Sache nach werden wir Beides wohl haben, wenn wir einen Staat haben. Der Staat, das ist Vaterland und Nation! Das wußten nach jenem alten Zuge unserer Geschichte jene Schweiz und jene Niederlande wohl, als sie sich von Deutschland abtrennten. Man konnte ihnen auch nachrufen, sie verließen und verstümmelten Vaterland

und Nation: aber sie in der That konnten mit weit mehr Recht sagen: Ihr habt uns gehindert, Vaterland und Nation zu sein, weil ihr selbst beides entbehrt: wir haben uns ausscheidend Geschichte, Ruhm, Vaterland und Nationalität geschaffen, während ihr in Spaltung und Nichtigkeit fortvegetirtet, unwerth so großer Namen und Ehren! Dasselbe ist unsere Lage zu Oesterreich. Wir kommen erst zu einer selbstständigen Existenz in einem frei beweglichen Staate, dem Oesterreichs Bleigewicht nicht mehr anhängt. Gesteht man uns auf Seiten der Gegner zu, daß ein befriedigtes Deutschland unmöglich ist, wenn man bloß auf den alten Staatenbund zurückgehen wolle, wie mag man denn, indem man sich allsehend stellt, so blind sein, einen gemeinsamen Gang mit dem Oesterreich anzurathen, das uns einen noch weit lockerern Staatenbund vorzeichnet und uns „die Größe eines Wassersüchtigen geben will, dem alle Glieder schmerzen!" Mir ist es noch heute derselbe bittere Ernst, wie er mir es im Juli 1847 war, jenen alten Zug unserer Geschichte mit dem neuen vertauscht zu sehen, der auf Restaurationen und Recuperationen ausgeht; es ist mir derselbe Ernst mit der Mahnung, an keiner patriotischen und nationalen Aufgabe zu verzweifeln: aber dieser neue Zug, diese neue Kraft der nationalen Assimilation muß sich zuerst an dem Gleichartigen erprüfen. Schleswig und Preußen haben nicht nach Bedingungen gefragt, als sie sich uns darboten; sie haben unsere Geschicke theilen wollen, wie sie auch fielen. Solange Oesterreich nicht dasselbe thut, ist es nicht deutsch, und will es nicht deutsch sein; es will Deutschland nur mißbrauchen, wie immer. Und solange wir diese Schmach nicht um jeden Preis der Zerstückelung, und wie alle die Schreckworte heißen, von uns abhalten, solange haben wir weder die Ehre, noch die Macht, noch das Selbstgefühl, ein Staat, ein Vaterland, eine Nation sein zu können. Solange verdienen wir nur Schande und Unglück, als die letzte Zuchtruthe, die uns belehren kann.

Die Zustände der Provinz Posen.

△ **Posen**, 25. Febr. Obschon wir, durch eine lange Erfahrung genöthigt, sonst nicht sehr geneigt sind, allen und jeden Gerüchten von neuen polnischen Schilderhebungen in der Provinz Glauben zu schenken, können wir uns doch in diesem Augenblicke nicht verhehlen, daß die Anzeichen einer neuen Insurrektion zu allgemein und zu deutlich sind, um sie völlig zu ignoriren. Die polnische Liga hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Partei zu organisiren gewußt, die katholische Geistlichkeit hat den polnischen Bauern wieder einen Fanatismus einzuflößen vermocht, der fortwährend den Ausbruch offener Feindseligkeiten droht. Gerüchte von Herstellung des polnischen Reiches werden systematisch im Lande ausgesprengt. Die Drohungen gegen die Deutschen nehmen zu, so daß man kaum daran zweifeln darf, daß planmäßig im Geheimen aller Brennstoff zu einem abermaligen Aufruhr gesammelt wird. Es sind in der nächsten Nähe unsrer Stadt Fälle vorgekommen, die jetzt sogar gerichtlich anhängig gemacht werden sollen. So gerieth ein katholischer Geistlicher mit seiner Gemeinde darüber in Streit, daß er allsonntäglich in seiner Kirche die Gazeta Polska vorgelesen hat und die Unzufriedenen mit der Aussicht auf eine unmittelbar bevorstehende Herstellung des polnischen Reiches zu beruhigen suchte, für welche er von vornherein die thätige Mitwirkung seiner Bauern verlangte. Solche Züge, deren man viele sammeln könnte, würden immer noch wenig Beachtung verdienen, wäre nicht die politische Weltlage in diesem Augenblicke so, daß sie von selbst den Polen die Hoffnung erregen muß, aus einer leicht möglichen kriegerischen Verwickelung alles bereits Verlorene wieder zu gewinnen. Daß sie in solchem Falle, selbst ohne Aussicht auf Erfolg, nicht ruhige Zuschauer bleiben werden, ist feste Ueberzeugung jedes Bewohners der Provinz. Gefaßt sind wir Deutschen auf Alles. Die Schicksale dieses Landes aber sind nicht nur Gegenstand unsers partikularen Wohlseins: wir glauben ein Recht zu haben, vom ganzen Vaterlande rege Theilnahme an dem nationalen Kampfe auf diesem Gebiete in Anspruch zu nehmen.

Die unlängst erfolgte definitive Genehmigung der Demarkationslinie durch die deutsche Nationalversammlung entsprach den seit beinahe einem Jahre verfochtenen Prinzipien der hiesigen Deutschen, welche nur durch eine derartige Maßregel eine selbstständige Entwickelung der polnischen Nationalität ohne empörende Beeinträchtigung der Deutschen für möglich hielten. Der nationale Gesichtspunkt sollte — so war der ursprüngliche Plan — der Hauptgesichtspunkt für die Ziehung der Grenze sein. Wenn nun schon Pfuel bei seiner Demarkation aus militärischen Rücksichten ein sehr beträchtliches Stück polnischen Landes zu Deutschland zog und dadurch bei den hiesigen Deutschen, welche den Gedanken einer Demarkation zuerst angeregt hatten, heftigen Widerspruch erregte, so hat General Schäffer noch 24 Quadratmeilen weiter nach Osten gegriffen, wahrscheinlich auf Anrathen seines Begleiters, des Majors v. Voigts-Rhetz, der in einer Flugschrift unmittelbar vorher aus militärischen Rücksichten eine der jetzigen entsprechende Abgrenzung empfohlen hatte, welche auf den Flußgrenzen der Netze, Warthe und Obra beruht. Diese Art der Abgrenzung verstößt nun freilich gegen das ursprüngliche Prinzip; die polnische Nationalität ist ohne Zweifel dadurch beeinträchtigt und es dürfte sehr die Frage sein, ob ein höheres politisches Interesse nicht ein Zurückdrängen jener militärischen Gesichtspunkte geboten hätte. Der Angelpunkt der ganzen Frage ist: „was hat man mit dem jenseits der Grenze liegenden polnischen Theile des Landes für Absichten?" Wenn die Regierung ehrlich ist, wenn ihre Maßnahmen wirklich aus der Anerkennung der nationalen Freiheit hervorgegangen sind, so muß sie dieses Gebiet für alle Zukunft einer national-polnischen Entwickelung überlassen, an der unter Umständen auch freilich andere Gebiete polnischer Zunge theilnehmen müßten.

Leider aber deutet gar manches darauf hin, daß die preußische Regierung im Grunde die Einverleibung auch des polnischen Theiles der Provinz in Deutschland herbeizuführen beabsichtigt. Aber die Aufnahme der ganzen Provinz Posen in Deutschland wäre eine durchaus unglückliche Maßregel, welche vielleicht am allerdringendsten von den Polen selbst verlangt werden dürfte; und es gehörte doch wirklich eine kaum begreifliche Kurzsichtigkeit dazu, darin den Willen eines ehrlichen und dauernden Anschlusses an Deutschland zu erkennen. Die Herstellung eines selbstständigen polnischen Staates in seinen alten Grenzen ist ein Plan, den die Polen keinen Augenblick in Abrede stellen. Sie wollen die ganze Provinz Posen zu Deutschland geschlagen, um sie bei günstiger Gelegenheit ganz losreißen zu können. Daß ihnen in den westlichen Gebieten das bei weitem überwiegende Deutschthum ein großes Hinderniß dabei ist, fühlen sie selbst; daher arbeitet die Liga systematisch daran, die Deutschen zu verdrängen. Sie gebietet nach ihren eignen Angaben über mehr als 8000 Mitglieder, über eine jährliche Einnahme von 14000 Thaler. Dafür werden nun möglichst viel Polen in das deutsche Land gezogen; den Deutschen, die einigermaßen von Polen abhängen, wird ohne weitern Grund ihr Unterhalt entzogen, in einem einzigen Dorfe wissen wir von 16 braven deutschen Familien, die plötzlich auf Betrieb der polnischen Liga brodlos geworden sind, indem polnische Gutsbesitzer sie aus ihren Diensten entließen. Wer nicht blind ist, kann solchen Thatsachen gegenüber nicht an die vorgegebene Bereitwilligkeit der Polen glauben, in den deutschen Bundesstaat einzutreten. Es ist eine andere Frage, ob man ihnen ihr Streben nach politischer Unabhängigkeit verargen soll oder nicht. Aber für Deutschland ist es offenbar Pflicht, das seinem Volksthum gehörige Gebiet gegen jeden Angriff zu sichern. Dazu bedarf es vor Allem der entschiedenen Bekämpfung jener Tendenzen, die auf die gegenseitige Unterdrückung der einen Nationalität durch die andere hinauslaufen; es bedarf einer nicht nur auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit bestehenden Scheidung beider Nationalitäten, so daß jede in ihrem Bereiche sich ungestört entwickeln kann.

Wir sehen die einzig richtige Politik für die Regierung dieses Landes darin, daß nach Herstellung der polnisch-nationalen Reorganisation des östlichen Theils der westliche zerrissen und zu Westpreußen, Schlesien und der Mark geschlagen werde. Dem in ihm zurückbleibenden polnischen Elemente mag man dann jede mögliche Rücksicht zugestehen: dies Land ist dann jedenfalls durch die engste Verbindung mit Deutschland den Plänen der Polen entrückt. Nur durch eine solche Maßregel kann die deutsche Reichsgrenze hier der ganzen Bevölkerung zum Bewußtsein kommen. So lange die Provinzialgrenze uns noch von Deutschland scheidet und mit polnisch-Posen verbindet, behalten die Polen einen Vorwand, die ganze Provinz als ihr Eigenthum zu betrachten und ihren Machinationen, das Deutschthum zu verdrängen, wird ein wesentlicher Vorschub geleistet. Der Anschluß an die deutschen Provinzen wird auf das Lebhafteste im Netzgau, so wie in den südlichen und westlichen Kreisen (Krotoschin,

Meseritz, Lissa, Fraustadt) gewünscht und betrieben; im posener Kreise ist die ländliche Bevölkerung ebenfalls dafür; nur in der Hauptstadt Posen findet er aus leicht erklärlichen Gründen Widerstand. Aber auch die Zukunft unserer Stadt, welche wesentlich von ihrer Sicherheit vor polnischen Insurrektionen abhängt, erscheint im Grunde nur gewahrt, wenn die lebendigste Wechselbeziehung uns mit dem Westen verbindet. Vor Allem ist nöthig, daß die preußische Regierung sich nicht durch die Schwierigkeit der von uns geforderten Provinzialeintheilung zu halben Maßregeln bestimmen läßt. Es ist von hier aus um endliche Regelung dieser Verhältnisse auch in der letzten Zeit vielfach beim Ministerium petitionirt worden, und wir hoffen daher baldige Entscheidung der Sache.

In einer andern Beziehung aber bedürfen wir der Unterstützung des gesammten deutschen Volkes. Wollten die Deutschen der Verdrängung ihres Volksthums durch die polnische Liga ruhig zusehen, so würde man zuletzt den Polen ihre Eroberungsgelüste kaum verdenken können. Aber hier gilt es, dem Deutschthum ein ihm durch langjährigen Fleiß der Bewohner erworbenes Gebiet zu behaupten und dem feindlich vordringenden Polenthum wirksamen Widerstand entgegenzusetzen: die bloße Defensive müßte die völlige Niederlage des deutschen Elements zur Folge haben. Das wirksamste Mittel liegt in deutscher Kolonisation des Landes, welches in jeder Weise dazu einladet. Kaum wird irgendwo in Deutschland redlicher Fleiß dem Ackerbauenden reicheren Gewinn versprechen, als hier, wo eine gute Bodenkultur erst durch die Deutschen eingeführt ist und immer noch der weiteren Verbreitung bedarf. Der Preis des Grund und Bodens ist niedrig und bei geringem Kapital und geschickten Unternehmungen der beste Erfolg gesichert. In einer Zeit, wo an vielen Orten des Vaterlandes durch Uebervölkerung die Auswanderung zu einer Nothwendigkeit geworden ist, dürfte es wohl angemessen sein, die Blicke des Volks auf diese Gegenden zu lenken, wo noch Hunderttausende einen hinreichenden Erwerb finden könnten und dem Vaterlande für die Dauer ein sicherer Besitz geschaffen werden kann. Jedenfalls bedarf die Ostgrenze Deutschlands steter Wachsamkeit, und nur, wenn die Frage nach der Zukunft dieses Landes als eine Nationalsache anerkannt ist, können wir die Lösung der Schwierigkeiten hoffen, die ganz zu beseitigen, noch bei weitem nicht gelungen ist.

General Dembinsky.

Wie rasch und vergeßlich unsere Zeiten sind, das zeigt unter anderm die Notiz, welche neulich die allg. Zeitung über Dembinsky brachte. Vor 18 Jahren wußte jeder Zeitungsleser, daß Heinrich Dembinsky an dem kühnen Zuge der Polen in Litthauen hinein Theil genommen, und als der größte Theil dieses Heeres vor der russischen Uebermacht unter Gielgud über die preußische Gränze flüchtete, sich mit nur 4000 Mann durch das russische Heer nach Warschau durchgeschlagen, und bald darauf, kurz vor der polnischen Katastrophe, als Generalissimus das ganze polnische Heer befehligt hatte. Seitdem hat er in Frankreich, meist in Paris gelebt. Im April v. J. sah ich ihn wieder auf seiner Reise über Berlin nach Krakau. Seine jugendlichen Söhne, die er in Deutschland hatte erziehen lassen, waren bereits nach Polen voraus ohne weitere Instruktion, als daß er sie überall zu finden erwarte, wo Polen für ihr Land kämpften. Er selbst schien kaum auf mehr zu hoffen, als auf ein Soldatengrab in der polnischen Erde. Die mystischen Propheten, die unter der polnischen Emigration bekanntlich ein großes Wort führen, hätten gemeint, es sei noch nicht Zeit. Für ihn sei es immer Zeit, wenn in Polen Leben sich rege. Der rüstige Greis, ein Marschall Vorwärts nach Sinn und äußerer Erscheinung, dem auch ein tieferer Sinn für Familie und stille Sitte inwohnt, als man ihn bei slawischen Großen vorauszusetzen pflegt, gehört nicht zu den abenteuernden Lanzknechten, denen es gleich ist, ob sie für Ali Pascha oder für Cabrera den Säbel führen, wie deren manche auch aus der polnischen Emigration hervorgegangen sind. Wo er kämpft, da glaubt er sicher für sein Vaterland zu kämpfen.

Deutschland.

γ **Frankfurt**, 1 März. Wie in Gemäßheit des §. 17 der Grundrechte des deutschen Volkes in allen deutschen Einzelstaaten eine durchgreifende Aenderung der kirchlichen Verfassungen geboten ist, so hat auch der Vorstand der hiesigen evangelisch-lutherischen Gemeinde bereits die Nothwendigkeit einer völligen Umgestaltung der Gemeindeverfassung für nothwendig erkannt. Es liegt aber gegenwärtig eine Denkschrift zur Unterzeichnung auf, welche dem genannten Vorstande die Kompetenz und Befugniß bestreitet, diese wichtige Angelegenheit selbstständig in die Hand zu nehmen, und welche den Antrag stellt, derselbe wolle zu diesem Zweck die Wahl eines eigenen Verfassungs-Ausschusses anordnen und ins Leben rufen, für welchen jedes volljährige Gemeindemitglied wahlberechtigt und wählbar sei. Unterzeichnet ist diese Denkschrift bereits von sämmtlichen evangelisch-lutherischen Mitgliedern des deutschen Vereins, des Bürgervereins zu Sachsenhausen, des Montagskränzchens und des demokratischen Vereins.

* Wir haben bereits neulich (Nr. 52) die amtliche Kundmachung, welche die Wahlen für Frankfurt in Kärnthen anordnet, in der Kürze erwähnt; wir fügen heute eine merkwürdige Stelle dieses Aktenstückes hinzu, in welchem der Gouverneur die Wahlen mundgerecht zu machen sucht. Sie ist von großem Interesse für die Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland und für die Art, wie die Regierung sie auffaßt. Es heißt in jener Kundmachung:

„Im vorigen Jahre, als die Wahlen für Frankfurt vor sich gingen, stand der österreichische Staat am Vorabende gewaltiger und ganz außerordentlicher Erschütterungen, und es haben sich manche Bedenken gegen jene Wahlvornahme erhoben gehabt, da man auch nicht entfernt ahnen konnte, welchen Ausgang die Frankfurter Beschlüsse nehmen und welchen Einfluß dieselben auf die Stellung des österreichischen Staates überhaupt ausüben könnten.

Wie sehr haben sich aber seither die Verhältnisse geändert. Oesterreich hat die Kämpfe in Italien, bei Prag und Wien, dann in Ungarn und Siebenbürgen siegreich bestanden, es kömmt ihm nun auch zu, den ihm gebührenden Platz in Deutschland einzunehmen, mit dem es im innigsten, friedlichsten und vortheilhaftesten Verbande zu verbleiben beabsichtet.

Wenn auch in den Oktoberbeschlüssen der Frankfurter Versammlung der Versuch aufgetaucht ist, die deutsch-österreichischen Provinzen an sich zu reißen, und von den übrigen verbrüderten Landen des Kaiserstaates zu trennen, ein Versuch, der mitunter auch deßhalb von gefährlicher Bedeutsamkeit war, weil sich zu wenige österreichische Abgeordnete in der Frankfurter Versammlung befanden, so ist es nun davon schon ganz abgekommen.

Seither hat das österreichische Ministerium in dem Programme vom 27. November v. J. klar ausgesprochen, daß Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit als ein europäisches Bedürfniß anerkannt werde, und daß es nach dieser Einheit auf der Grundlage gleicher Berechtigung aller Nationalitäten streben werde, ferners, daß die staatlichen Beziehungen des verjüngten Oesterreichs zu Deutschland erst bestimmt werden sollen.

Um nun diese staatlichen Beziehungen möglichst vortheilhaft zu erzielen, ist es nothwendig und daher der Wunsch des Ministeriums, daß die in Frankfurt tagende Versammlung aus allen österreichischen Landestheilen, die wie in Krain seit Langem zum deutschen Bundesgebiete gerechnet werden, so zahlreich wie möglich beschickt werde, und wenn die diesfällige Aufforderung nun auch wirklich an mehrere krainische Wahlbezirke ergeht, so geschieht dies ohne Beeinträchtigung und auch ohne Gefahr für die heimische Nationalität, welche schon durch die besonderen Einrichtungen des österreichischen Kaiserstaates unwiderruflich gewährleistet ist; es geschieht, um Oesterreichs Staatsinteressen am deutschen Reichstage mit der gehörigen Stimmenzahl vertreten zu können, und um hierdurch dem großen österreichischen Kaiserstaate den ihm zukommenden vorzüglichen Rang in Deutschland zu wahren."

Gratz scheint gesegnet mit gouvernementaler Willkür. Auf eine in einem Privatbrief eines Ministers entwickelte Ansicht hin thut das Landespräsidium kund, daß jeder einzelne Student, der sich einer politisch verdächtigen Handlung schuldig mache, und wenn es mehrere sind, die ganze betreffende Abtheilung von den Studien ausgeschlossen werden würde, so wie, daß das Tragen auch einer Spur der Legionskleidung und jeder auffallenden Kleidung überhaupt verboten sei. Auf dem Lande in Steiermark sind ebenfalls auf amtlichem oder geheimem Wege, d. h. unter der Privatadresse der betreffenden Beamten diese angewiesen, die Verbreitung der von den Abgeordneten mitgetheilten Beschlüsse des Frankfurter Parlaments möglichst zu hintertreiben. (C. Bl. a. B.)

== **München**, 27. Febr. Eine ausführlichere Darlegung und Kritik der Protokollerklärung des Hrn. v. Maurer über seine Ministerialführung würde für einen größern Theil der Leser Ihrer Zeitung wohl nur von höchst untergeordnetem Interesse sein. Es handelt sich in dem Schriftchen eigentlich speziell nur um die Indigenatsfrage der Lola Montez und die moralische Nöthigung oder Mißverpflichtung des Hrn. v. Maurer zur Uebernahme des Portefeuilles in dem Augenblick, als Hr. v. Abel das eben so berühmte als berufene Memorandum gegen König Ludwig geschleudert hatte. Was die politischen oder administrativen Thaten des Ministeriums Zu Rhein-Maurer anbelangt, so sind diese in jenem Schriftchen selbst auf wenigen Seiten zusammengefaßt. Jene Lolageschichte ist abgethan, lassen auch wir sie ruhen. Soviel geht indessen mit Bestimmtheit aus der Denkschrift hervor, daß Hr. v. Maurer, wenn er es auch für eine Ehrenpflicht erachtete, den König in dem Augenblicke des Zurücktrittes der übrigen Minister und der mehr als perfiden Veröffentlichung des Abel'schen Memorandums nicht allein stehen zu lassen, doch jedenfalls die Uebernahme des Portefeuilles an die Bedingung knüpfen mußte, daß das berufene Indigenatsdekret nicht erlassen werde, falls er wirklich keiner Mitschuld an demselben geziehen werden wollte. Er hatte es in der Hand. Er betrachtet dessen Erlaß allerdings nur als eine Rechtsfrage, aus welcher man mit Gewalt eine Parteifrage gemacht habe, er erzählt auch wie er dem Könige stets aufs dringendste davon abgerathen. Ja, wir müssen zugestehen, daß Hr. v. Maurer juristisch, selbst staatsrechtlich gerechtfertigt ist, (denn es existirte damals noch nicht das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit und die Minister waren nur für genaue Befolgung der Verfassung verantwortlich, nach welcher allerdings der Erlaß eines Indigenatsdekrets unter die Kronrechte gehörte): allein die nota, welche in dieser Beziehung dem Ministerium Maurer aufgedrückt ist, läßt sich mit allen derartigen Deduktionen nicht wegwaschen.

Wir verlassen auch diesen Punkt, um noch auf ein paar Bemerkungen einzugehen, wie sie sich uns aus den Briefen der Ministerresidenten Baierns über die Verbreitung des Abel'schen Memorandums entgegendrängen. Denn wahrhaft widerlich berührt einen auf der einen Seite die vigilantenhafte Weise, womit namentlich Hr. v. Hormayr aus Bremen seine Mittheilungen über die Veröffentlichung des Memorandums macht, andrerseits, mit welchen perfiden Mitteln die Abel'sche Partei die Verbreitung der Denkschrift bewerkstelligte. So schreibt Hormayr aus Bremen, 2. März 1847:

„— — Seit meinen jungen Jahren in Wien mit den polizeilichen, mit den Chiffrecabinets- und den Taxis'schen Postverhältnissen vertraut, weiß ich, daß der Hauptheerd solcher Dinge, der vielseitige Influenzpunkt Eisenach ist, wo es auf sechs bis acht Stunden Operation der Logisten gar nie ankömmt. Das Memorandum muß mit sachkundigem Scharfsinn sogar früher (wahrscheinlich in Augsburg) unter den gewohnten Adressen, in den Postschalter gegeben und wenigstens zuerst an die ferneren, dann immer rückwärts an die näheren Orte aufgegeben worden sein, damit irgend welche Inhibition zu spät kommen müsse und auch der Weg in die englischen und französischen Zeitungen nicht mehr abzuschneiden sei, was denn nach den bestehenden Postcommunicationen ohnedieß eine Unmöglichkeit ist." — „Bis diesen Augenblick hat nur die Redaktion der Weserzeitung, nicht aber die der Bremerzeitung, das Memorandum, direkt, in Abschrift erhalten. Ich hielt es im ersten Augenblick für etwas Gemachtes, für eine Impostur, wie wir solche schon öfters erlebt haben, zumal als die zwei einzelnen Blätter, die ich in der Hand hatte, alle Spuren der äußersten Flüchtigkeit und Schnelligkeit an sich trugen und der Aufsatz in mehreren Exemplaren auf einmal, Diktando geschrieben zu sein scheint, vielleicht gar aus dem originären Konzept, weil nicht nur Ueberhörens- und Schreibfehler currente calamo, sondern ganze Sätze korrigirt, flüchtig durchgestrichen und durch andere ersetzt sind! — ꝛc. ꝛc." Ein weiteres Schreiben Hormayrs, d. d. Bremen 5. März 1847, lautet im Auszuge wie folgt: „Ich habe das Zeitungswesen in seinem Detail, zum anhaltenden Gegenstande früherer und späterer Berichte gemacht. Man darf freilich keine Parallele davon, was in unserem Süden das Licht erblicken darf, oder meiden muß, darauf ziehen, was im Norden verhindern zu wollen, eitel und vergeblich sein würde, wo die öffentliche Meinung schon weit bedeutendere Fortschritte gemacht hat. Aber selbst im Norden hat die Frechheit Erstaunen erregt, womit die Ministererklärung in zahllosen Abschriften nicht nur, sondern auch lithographirt und chalkographirt aus München und Augsburg nach dem Norden geschleudert worden ist, und mit vielem Vorbedacht sehr frequent auf die katholischen Centralpunkte Köln, Münster, Osnabrück, Bingen, Hildesheim, Düsseldorf, um dort allerwärts ein gleiches crucifige! zu veranlassen, wie es jetzt aus der katholischen Schweiz erschallt! Es wird sich auch alsbald zeigen, ob die Düsseldorfer, die Trierer Zeitung, ob der westphälische Merkur jenen Donnerlaut vom 28. Februar aufnehmen, oder von der Hand weisen, oder mit Dämpfern aus dem Vorrathe von S. Ignatius Tartuffius begleiten, was allerdings zu erwarten ist! Gegen die Opposition der jüngsten und wohl auch früherer Ständeversammlungen waren sie willfährig zu gebrauchen. Ich habe wie früher nach den hiesigen Correspondenten, so auch nach den fraglichen Exemplaren selbst, möglichst unter der Hand, aber wachsam geforscht und bisher fünf Exemplare der Ministererklärung finden können: zwei lithographirte und drei geschriebene, von denen das allererste dem Bureau der Weserzeitung zugekommen, mir wegen seiner Flüchtigkeit und vielen Korrekturen besonders auffallend erschien." „Man sieht, wie prämeditirt der Schlag war und wie er nicht etwa von Einzelnen, sondern von einer zahlreichen Partei ausging!? Namentlich müssen die Studenten viel zur Verbreitung kommandirt worden sein: denn von den fünf Bremer Exemplaren rührt nur ein einziges von einem Handelshaus, die andern alle von ehemaligen Mitschülern und Schulbekannten her."

Solcher Geheimpolizeidienst, Geheimpolizeidienst der niedersten Art, vollkommen nutzlos in Bezug auf den höhern Staatszweck, war die große Aufgabe der vormärzlichen Diplomatie! Wahrlich, spräche irgend etwas noch nicht laut genug gegen die verderblichen, aufreizenden, im Kleinen erbitternden Folgen der Gesandtschaften deutscher Staaten untereinander, so würde ein solches Beispiel diese Nachtheile schreiend beweisen müssen. Was half es dem Staate Baiern gegenüber dem Staate Bremen, daß er erfuhr, auf welche Weise das Memorandum dorthin gekommen? Konnte er, selbst wenn er das Recht gehabt hätte, den geschehenen Abdruck ungeschehen machen? Nein. Konnte er irgend eine Erklärung fordern? Nein. Es half also solche Wissenschaft gar nichts, als daß man den Diplomaten Bremens zu München ein paar finstere Gesichter machte und auf die Gelegenheit harrte, ähnliche schmutzige Wäsche Bremens (oder eines andern Staates, denn Bremen ist hier eben nur Beispiel) vor aller Welt Augen aushängen zu lassen. Das war die große Freundschaftspolitik des deutschen Staatenbundes und das Ausland hatte wahrlich vollkommen Recht, dieselbe auf's Tiefste zu mißachten. Wir thaten's auch, aber sagen durften wir's nicht. In der Verhinderungspolizei herrschte die herrlichste Eintracht. Armes Deutschland! Oesterreich möchte dich wieder so sehen!

Ungarn.

Aus Ungarn, 19. Febr. Die Sprache, welche die „Südslawische Zeitung" führt, ist bezeichnend für die Stimmung der Slawen in Ungarn. Wir glauben schon erwähnt zu haben, daß die Slawen über die gegenwärtige Militärherrschaft murren, weil sie ihrer Ansicht nach zu milde und schonend gegen den Magyarismus verfährt. Die Südslawische Zeitung sagt: Leute, die unter Kossuth regierten und verwalteten, stünden jetzt wieder am Ruder, und die magyarische Raçe beanspruche noch immer eine Suprematie über ihre Sieger, und übe dieselbe auch faktisch aus. Ihr Korrespondent aus Wien protestirt gegen die Bezeichnung Oesterreichs als erste deutsche Macht in der Note vom 4. Februar, äußert seinen unverhohlenen Unwillen gegen die neuerlich in den Wahlbezirken Laibach ꝛc. ausgeschriebenen Wahlen zum deutschen Parlamente, und sagt schließlich, das Ollmützer Kabinet schiebe die vielen Interessen der nichtdeutschen Völker Oesterreichs bei Seite, um dem eitlen Glanze der verblichenen deutschen Kaiserkrone nachzujagen. Wir geben diese charakteristischen Aeußerungen, die ihre Verantwortung selbst übernehmen mögen.

(Ostd. Post.)

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 62. Frankfurt a. M., Samstag 3. März. 1849.

Uebersicht.

Die preußische Thronrede. II.

Deutschland. Frankfurt (Berichtigung. Petitionen um Zollschutz. Hr. Detmold. Die bairische Erklärung. Komite für deutsche Flüchtlinge. Weitere Abänderungsvorschläge zur Verfassung.) Wien (Nachrichten aus Ungarn und Siebenbürgen. Die sardinische Flotte nicht mehr vor Venedig. Verweigerung der Rekrutenstellung. Auswanderung. Hinrichtung.) Berlin (Das Erbkaiserthum. Die Präsidentenwahl. Hr. v. Gruner. Der alte Jahn. Schleswig-holsteinische Angelegenheiten. Sitzung der ersten Kammer. Leichenbegängniß des Prinzen Waldemar. Truppen nach Schleswig.) München (Vorschläge des Ausschusses für Geschäftsordnung.) Stuttgart (Kammerverhandlungen. Die Erklärung des Ministeriums.) Mannheim (Erklärung des vaterländischen Vereins.) Kassel (Wahlagitation. Der Landtag. Gesetzgebung.) Weimar (Erste schwurgerichtliche Verhandlung.) Schwerin (Der erste Abschnitt des Staatsgrundgesetzes.) Hamburg (Demokratisches Bankett.) Bremen (Rückäußerung des Senats über die neue Verfassung.

Großbritannien. London (Verwerfung des Cobden'schen Antrages im Unterhause. Graf Colloredo bei Palmerston. Guizot bei Peel. Dänische Anleihe. Der Reisende John Duncan. Nachrichten aus Labuan und Ceylon. Gefährdete Lage des Kolonialministeriums. Sir Ch. Napier für definitive Eroberung des Pendschab. Letzte Post aus Lissabon und Gibraltar.)

Frankreich. Paris (Die „Patrie" über die Absichten der Regierung in Betreff Italiens. Die sterblichen Reste des Herzogs von Reichstadt.)

Spanien. (Cabrera wieder thätig. Schreiben desselben an den Grafen Morelli.)

Oesterreichische Monarchie. Lemberg (Die Religionsparteien und die protestantischen Deutschen in Galizien. Der Kriegszustand. Besetzung der ungarischen Gränze. Russische Truppen an der Gränze.)

Italien. Venedig (Eröffnung der Assemblea.) Sardinien (Gioberti. Demonstration. Kriegerischer Adreßentwurf.) Ferrara (Das Einrücken der Oesterreicher.) Toskana (Die Truppen der Regierung gegen Laugier.) Neapel (Mißtrauensvotum gegen das Ministerium.)

Schweiz. Thurgau (Die Gränzhändel.)

Dänemark. Kopenhagen (Die Kündigung des Waffenstillstandes.)

Ungarn (Die Adresse des Tolnaer Komitats.)

---

3. März.

Die innigste Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate, so lautet die Deutschland betreffende Stelle der preußischen Thronrede, ist forthin der Gegenstand meiner lebhaftesten Wünsche. Meine Regierung hat mit redlichem Eifer dahin gewirkt, daß dieses große Ziel, für welches Preußen auch Opfer nicht scheuen wird, erreicht werde. Der Weg zur Verständigung aller deutschen Fürsten mit der deutschen National-Versammlung in Frankfurt ist angebahnt. Meine Regierung wird ihre Bemühungen in gleichem Sinne fortsetzen. Uns wird mit diesen Worten zwar nichts Neues gesagt, vielmehr bedeutend weniger, als wir bereits wissen. Auch läßt sich an einzelnen Ausdrücken mäkeln. „Der Weg zur Verständigung aller deutschen Fürsten" soll wohl heißen „Staaten", da die freien Städte keine Fürsten besitzen und in den übrigen die Fürsten nicht mehr sagen dürfen: Der Staat, das bin ich! Auch lassen wir dahingestellt, weßhalb der König das „aller" so betonte, ob er dabei zunächst an Hessen-Homburg und andere Souveränetäten dachte, oder an Oesterreich. Wir halten uns an Sinn und Meinung des Ganzen und freuen uns, nun auch ein feierliches Königswort, das sich nicht drehen und nicht deuteln läßt, darüber vernommen zu haben, daß Preußen festhält an der innigsten Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate. An jenem Bundesstaate, welchen Oesterreich verboten hat, weil es nicht dabei sein will und kann. Wir nehmen Urkunde davon. Der Bundesstaat, das ist es, wonach alle edlen deutschen Herzen sich so lange schmerzlich gesehnt haben. Der Bundesstaat, das ist das deutsche Reich, von dem Max von Schenkendorf gesungen hat:

Wenn alle untreu werden,
So bleiben wir doch treu!

Mit Recht hält der Verfassungsausschuß, der jetzt in seinen Berathungen den Vorstellungen der Bevollmächtigten alle billigen Rücksichten zu Theil werden läßt, mit Recht hält er fest an dem theuerwerthen Namen Reich. Mag es denn ein Kaiser" oder ein Königreich sein, oder mag es unmündig bleiben und ihm ein Verweser bestellt werden, oder sieben oder eilf Verwalter: es ist doch ein Reich! Wir wollen unsere Zersplitterung nicht ferner schon durch den bloßen Namen aller Welt zur Schau tragen. Selbst der Britte ist zu stolz, von seinen Inseln anders zu sprechen als von einem Kaiserreich, Empire — Doch wohin schweifen wir ab? Wir müssen lächeln über unsere patriotische Hitze, wenn wir an die nüchternen Worte des Ministeriums Brandenburg denken, die dazu veranlaßten. Das preußische Ministerium gehört größtentheils einer Partei an, welche von Frankfurt und von Deutschland möglichst wenig wissen wollte. Mit dem Herzen können sie nicht Theil nehmen an dem hiesigen Werke und ihr Verstand ist auch nur langsam überzeugt. Wir wollen die Note vom 23. Jan. und die Instruktion vom 16. Februar anerkennen. Aber wir wissen, daß andere, zu einer andern politischen Partei gehörige Männer jene Urkunden so zu sagen abgerungen haben. Am meisten Herz zur deutschen Sache hat unter den Ministern, wie einstimmig versichert wird, Graf Bülow. Und selbst dieser konnte ein Schriftstück unterzeichnen, welches wir ohne Bemerkungen, die jeder selbst anstellen kann, der Oeffentlichkeit übergeben:

„Der Unterzeichnete glaubt bei gegenwärtiger ergebenster Beantwortung der geehrten Note des Hrn. Grafen zu Inn- und Knyphausen vom 4. d. M., die von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen „Grundrechte des deutschen Volks" betreffend, zunächst voraussetzen zu dürfen, daß die Ansichten der Regierung Sr. Maj. des Königs, seines allergnädigsten Herrn, über die Kompetenz der gedachten Nationalversammlung und der provisorischen Centralgewalt für Deutschland während der Dauer des jetzigen Provisoriums allgemein gültige Gesetze zu erlassen und zu publiciren, der königlich hannover'schen Regierung aus den derselben darüber zugekommenen früheren diesseitigen Mittheilungen hinlänglich bekannt sind. Bei diesen Ansichten, wonach die diesseitige königl. Regierung sich das Recht vorbehalten hat, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, in wie weit derartigen Beschlüssen Gesetzeskraft für die preußischen Staaten zu geben sei, bleibt dieselbe auch in Ansehung jener Grundrechte stehen, indem sie sich vorbehält, zu prüfen, ob und in wie weit dieselben durch selbstständige Einführungsgesetze in die Landesgesetzgebung hinüber zu führen seien, und hierzu diejenige Kompetenz für sich in Anspruch nimmt, welche natürlich jeder deutschen Landesregierung zusteht. Mit der königl. hannover'schen Regierung ist sie zugleich darüber einverstanden, daß die Grundrechte einen wesentlichen Bestandtheil der künftigen Verfassung Deutschlands bilden. Insofern dies der Fall ist, hat die diesseitige Regierung bereits in ihrer bekannten Cirkulardepesche vom 23. v. M. den Weg bezeichnet, auf welchem ihrer Ansicht nach Differenzen über den vorliegenden Gegenstand, wo solche bestehen, zum Austrage zu bringen sein werden. Die vorstehenden Bemerkungen enthalten Alles, was der Unterzeichnete über die Ansichten seiner Regierung, ihrerseits die Aufnahme der Grundrechte in die zu vereinbarenden Verfassungsabschnitte bei der provisorischen Centralgewalt in Antrag bringen zu lassen, dem Hrn. Grafen zu Inn- und Knyphausen zur Erfüllung des in der gefälligen Note vom 4. Dez. ausgesprochenen Wunsches für jetzt mitzutheilen die Ehre haben kann. Berlin, 8. Febr. 1849. Gez. Bülow."

Wir nehmen, wie gesagt, keine Veranlassung, das Verfahren des preußischen Ministeriums hinsichtlich der Grundrechte zu besprechen und zu bedauern, daß kleinliche Rücksichten in so großen Dingen überwiegen. Aber wir müssen bedauern, daß selbst Hr. v. Bülow, wenn nicht zurückgetreten ist, doch einen Vorgesetzten erhalten hat, und zwar in der Person des Grafen Arnim.

Graf Arnim ist ein Mann, über dessen Fähigkeiten sich in Paris ein außerordentlich höflicher Mann außerordentlich unhöflich ausgesprochen hat. Er ward nach Wien gesandt auf den Wunsch des Fürsten Metternich, und glaubte nach Metternich's Sturze seine Entlassung einreichen zu müssen. Dieser Mann wird zur Führung der auswärtigen Angelegenheiten in einem Augenblicke berufen, wo nichts so sehr Noth thut, als eine entschiedene Haltung gegen Oesterreich, das mit Rußland auf's Engste verbunden ist und mit diesem vereint es in Berlin an keinen Bemühungen fehlen läßt, Preußen zu zerren und zu locken, die alte heilige Allianz und deren nothwendiges Anhängsel, den deutschen Staatenbund, wieder herzustellen. Die Ergänzung des preußischen Ministeriums deutet darauf hin, daß das Ministerium glaubt, sich behaupten zu können. Die Entscheidung darüber hängt in einem konstitutionellen Staate aber von den Parteien in den Kammern ab. Wie verhalten sich diese Parteien zu dem gegenwärtigen Ministerium?

Auf dem preußischen Landtage scheint es, wie räumlich, so auch in der That bis jetzt nur zwei Parteien zu geben, eine Rechte und eine Linke. Dies schreibt sich von den Tagen her, wo im Dom zu Brandenburg beide Parteien so schroff gegeneinander überstanden, als wenn sie sich wechselseitig „vernichten" wollten. Dieser Parteihaß ist seitdem ununterbrochen, besonders während der Wahlen, genährt worden. Bei den Wahlen standen sich fast überall zwei Parteien entgegen, die konstitutionelle und die demokratische. Allein es fehlt viel, daß die konstitutionelle Partei eine ministerielle genannt werden könnte. Zwar und leider ist es wahr, daß die konstitutionelle Partei es häufig versäumt hat, unzurechtfertigenden Maßregeln des Ministeriums entgegen zu treten und gegen dessen Fortdauer etwas einzuwenden. Allein sie selber verwahrt sich in einem ihrer bedeutendsten Organe gegen alle Folgerungen, die man eigentlich daraus ziehen mußte. „Die Deutsche Zeitung", schreibt die Parlaments-Correspondenz, deren warmer und beredter Eifer große Anerkennung verdient und findet, „gibt uns Veranlassung auf die Angelegenheit der von uns so dringend empfohlenen Vertagung zurückzukommen. „Die Parlaments-Korrespondenz in Berlin", heißt es darin, die seit lange durchaus nichts gegen die Fortdauer dieses Ministeriums Brandenburg *einzuwenden hatte, verlangt plötzlich* dessen *Rücktritt*, damit die Vertagung ungefährdet geschehen könne." Wir schrieben am 12. d. M.: „Wir haben Angesichts der bedrohlichen Lage des Landes verschmäht, Opposition gegen das Ministerium zu erheben. Grundsätzlich sind wir zu verschiedenen Malen *ausgewichen*, wo sich die Gelegenheit uns gleichsam *aufdrängte*, nicht die Männer am Ruder des Staates, sondern die *Maßnahmen* dieser Männer *zu mißbilligen*. Selbst, wo es nothwendig schien, ein Wort der Warnung einzulegen, hielt uns das Gefühl der *Scham* zurück, wir möchten, ohne es zu wissen, mit Parteien und Personen Chorus machen, deren Gemeinschaft uns *ein für alle mal unerträglich* dünkt." Wenn wir demnach seit lange nichts gegen die Fortdauer des Kabinets einzuwenden sogar für unsere Pflicht hielten, so folgt daraus nicht, daß wir dagegen „*nichts einzuwenden hatten.*"

Aber um des Himmels willen, wie konnten wir das wissen? Thu's Maul auf! sagt Dr. Martin Luther, und an einer andern Stelle: Red' was wahr ist! Selbst die Preußenvereine haben es ja in ihrem Programm, daß sie mit gleicher Entschiedenheit alle Uebergriffen entgegentreten wollten, kämen sie von unten oder von oben. Um so mehr wäre es zu wünschen gewesen, daß die konstitutionelle Partei im Preußischen sich durch keinerlei Rücksichten, die man recht eigentlich parteiische nennen kann, von einem männlichen Freimuthe hätte zurückhalten lassen. Indessen stellt eine Partei es als eine Forderung der höhern Politik auf, den Demokraten gegenüber eine geschlossene Phalanx zu bilden, alle Vorwürfe gegeneinander zu vermeiden und sie für die gemeinschaftlichen Feinde aufzusparen. Wir enthalten uns jedes Urtheils, ob eine solche Organisation der Parteien zu empfehlen sei, benützen aber die Gelegenheit, um es ein für allemal abzulehnen, mit einer bestimmten politischen Partei, wie man es nennt, durch dick und dünne zu gehn. Wenn wir schon hier am Ort darauf verzichten, unter allen Umständen einer bestimmten Partei zu folgen — und verständige Männer ziehen einen selbstständigen Bundesgenossen einem unselbstständigen vor — so sehen wir noch weniger Veranlassung, in den preußischen Angelegenheiten andere Rücksichten zu nehmen, als die auf unsere Ueberzeugung. So ganz unbedeutend und ohne Gewicht unsere Meinung dann auch sein mag, so ist sie doch wenigstens eine aufrichtige und unsere eigene. In der Ferne ist es zudem leichter, unparteiisch zu bleiben. Z. B. will es uns bedünken, daß in dem kleinen Kriege der Parteien, wie er in den letzten Monaten besonders bei den Wahlen überall in Preußen geführt ward, hinsichtlich der Mittel keine Partei der andern allzuviel vorzuwerfen habe, obgleich jede von sich in ihren Blättern nur Rühmliches, von den Gegnern nur Unrühmliches anzuführen wußte. „*Alle Parteien*, schreibt uns ein sehr wohlunterrichteter Mann, haben *alle Mittel* angewandt!" Und in der That brachte die Kölnische Zeitung jüngst ein erbauliches Exempel, wie sogar die höchsten Behörden eine höchst anständige Summe, etliche Tausende, nicht für Verbesserung der Wege, sondern für Verbesserung der Wahlen angewiesen haben. Besonders werden einer Partei, welche ebenfalls konstitutionell sein will, die bittersten Vorwürfe gemacht, daß sie sich mit Leuten der äußersten Linken, mit offenbaren Republikanern in einer Weise verbündet habe, daß sie über Wahlen solcher wohlbekannten Menschen als über einen Sieg ihrer Partei frohlockte. Der Vorwurf ist nicht ungerecht; doch die ihn machen, verlangen auf der andern Seite die innigste Vereinigung der freisinnigen Rechten, zu welcher wir uns zählen, mit denen, welche bis zum März die entschiedensten Gegner jeder freisinnigen Regung waren. Sie verlangen insonderheit, daß die in sich geschlossene Rechte vorläufig und wenigstens bis nach der Adresse unter allen Umständen das jetzige Ministerium stütze.

Wir unsererseits haben früher fortwährend unsere Gründe auseinandergesetzt, weshalb die Minister im öffentlichen Interesse handeln würden, wenn sie nach überstandener Gefahr ihrem Versprechen gemäß zurückträten. Namentlich wiederholten wir diesen Wunsch, mit dem in der letzten Zeit die bedeutendsten Stimmen übereinkamen, vor den Wahlen. Nach den Wahlen, als die Minister bestimmt erklärten, sie würden nicht abtreten, sondern in der Kammer erscheinen, um dort ihre Ehre zu vertheidigen, schien es uns unnöthig unsern frommen Wunsch zu wiederholen und gegen den Wind zu fechten. Aus demselben Grunde sprechen wir jetzt nicht mehr von der Vertagung der preußischen Kammern. So wünschenswerth sie auch für Frankfurt ist, wie die letzten Abstimmungen bewiesen haben, so hat doch selbst die Rechte in Berlin Hrn. v. Vincke's desfallsigen Antrag verworfen, und das Gewicht der Gegengründe ist nicht zu verkennen. Der preußische Landtag bleibt zusammen und seine nächste Aufgabe ist die Antwort auf die Thronrede. Wir glauben nicht, daß sich die Ministerfrage davon wird trennen lassen und über diese Frage wollen wir unsere Meinung kurz zusammenfassen.

Das Wesen eines konstitutionellen Staates besteht doch darin, daß das Volk einen gesetzmäßigen Einfluß auf die Regierung ausübt. Diesen Einfluß macht es durch seine Vertreter geltend. Sie kommen zusammen, um zunächst auszusprechen, ob die gegenwärtige Regierung, d. h. die Minister, ihr volles Vertrauen besitze. Dies ist für diesmal doppelt nothwendig, da die Minister, gar nicht auf gewöhnliche konstitutionelle Weise eingesetzt sind. Die Minister gehören einer äußersten Partei an; sie sind Hochtories, während das preußische Volk zum Theil radikal, in seinen großen gebildeten Mehrheit aber whiggistisch ist. Einen so unnatürlichen Zustand kann man unmöglich künstlich, durch eine faktiose Unterstützung verlängert wünschen. Man muß wünschen, daß Männer, auf welchen die Mehrheit des Volkes in diesen gefährlichen Zeitläuften mit voller Zuversicht blickt ans Ruder kommen. Eine Gelegenheit dazu, welche man herbeiwünschen müßte, läßt sich gar nicht vermeiden. Die Minister legen in der Thronrede ihre Maßregeln dar. Die Volksvertretung hat darüber ihr Urtheil abzugeben. Viele der Maßregeln, zum Beispiel die Oktroyirung der Verfassung, wird sie, wie wir hoffen und schon wissen, entschieden billigen. Andere Maßregeln wird sie, wenn sie ihrer Ueberzeugung folgt, in der Mehrheit mißbilligen müssen. Dann wird ein Ministerium, welches so oft versichert hat, es wolle durchaus konstitutionell verfahren, sich zurückziehn. Denn wir glauben es nicht, was in öffentlichen Blättern versichert wird, das Ministerium wolle sich auf die erste Kammer stützen und bleiben. Das würde für beide Theile, die erste, selbst noch unbefestigte Kammer und das Ministerium, ein gefährlicher Versuch sein.

Deutschland.

0* **Frankfurt**, 2. März. In Ihrer gestrigen Nummer erwähnen Sie eines Gerüchtes, wonach das hier garnisonirende

baierische Jägerbataillon nach dem Westerwald bestimmt sei, wogegen in Frankfurt nassauische Truppen einrücken würden. Dieses Gerücht kann ich aus bester Quelle als völlig grundlos bezeichnen. Auch kann von einer auf dem Westerwald in bedenklichem Grade um sich greifenden Steuerverweigerung nicht die Rede sein. Alles beschränkt sich darauf, daß in einigen Orten des Westerwaldes Widersetzlichkeiten gegen die Gerichtsvollzieher — eine kürzlich durch die neue Gemeindeordnung in das Leben gerufene, den Bauern mißliebige Institution — stattfanden. Es bedurfte nur des Erscheinens zweier Abtheilungen **nassauer** Truppen von je 100 Mann, um sofort die Ordnung herzustellen, und die Widerspenstigen zur eiligen Berichtigung ihrer Schuld zu veranlassen.

*** **Frankfurt**, 2. März. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ließ der Abg. Eisenstuck, der Präsident des volkswirthschaftlichen Ausschusses und der unermüdliche Schutzzöllner, neun Folianten auf dem Tisch des Hauses niederlegen. Sie enthielten erstens eine Petition aus 325 sächsischen Fabrikorten mit 87,112 Unterschriften und eine andere aus 233 würtembergischen Fabrikorten mit 34,489 Unterschriften. Diese Petitionen begehren die baldige Herstellung der Handelseinheit Deutschlands, nebenbei aber auch kräftige Schutz- und Differenzialzölle. Diese Veranlassung erinnert an die Zusage des Reichshandelsministers bezüglich der Vorlage eines — wo möglich nach beiden Seiten hin befriedigenden Tarifs.

8 **Frankfurt**, 2. März. Unter den Unterzeichneten der von den hannoverschen Abgeordneten der Paulskirche an Lang abgesendeten Dankadresse vermissen wir auch den Namen des Herrn Detmold, des hannoverschen Jügens. Wir können bei dieser Gelegenheit nicht umhin, unser inniges Bedauern darüber auszusprechen, daß Stüve nur mit den partikularistisch gesinnten hannoverschen Abgeordneten der Paulskirche in freundschaftlichem Verkehr steht, und dadurch die ihm über die Verhältnisse in Frankfurt zugehenden Privatmittheilungen nur aus getrübten, sehr einseitigen Quellen empfängt. Die Stellung des Herrn Detmold zu dem deutschen Verfassungswerke ist bekanntlich eine meist negirende, indem er im Verfassungsausschusse sich in der Regel auf ein Nein beschränkt. Indem das hannoversche Volk zu der jetzt tagenden Ständeversammlung den Herrn Detmold, dessen Talenten und Charakter wir jede Gerechtigkeit widerfahren lassen, nicht wählte, gab es einen neuen Beweis, daß es vor Allem deutsch sein will.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 2. März. Die heute eingegangene baierische Note ist, wie verlautet, im Ganzen mit den von der sächsischen Regierung abgegebenen Erklärungen einverstanden; jedenfalls müsse die Verfassung des deutschen Bundesstaates so organisirt sein, daß Oesterreich in dieselbe eintreten könne. Das Direktorium gilt als die allein mögliche Regierungsform und das einheitliche Oberhaupt wird in das Reich der Träume verwiesen. Daß aus diesem obersten Grundsatz die richtige und einzig mögliche Konsequenz, nämlich die Zerstörung des deutschen Einheitswerkes gezogen wird, muß für alle Diejenigen belehrend sein, die durch ihre Parteistellung nicht außer Stande gesetzt sind, Lehre anzunehmen. Indem man nämlich der von dem preußischen Bevollmächtigten überreichten Kollektiv-Note beistimmt, werden baierischer Seits noch anderweitige Einwendungen gemacht, die in der schonungslosesten Weise mit dem Verfassungsentwurfe verfahren. So wird unter Andern die Existenz der Reichsfinanzen beseitigt und das Reich für den Fall des Bedarfs auf Matrikularbeiträge der Einzelnstaaten angewiesen; die neueste in Baiern gemachte Erfindung, solche Beiträge durch besondere zu diesem Zwecke ausgeschriebene direkte Steuern aufzubringen und somit das Volk in fortwährender Aufregung gegen die deutsche Einheit zu erhalten, soll wahrscheinlich hierdurch auch andern Staaten empfohlen werden. Ebenso werden die meisten Bestimmungen in Betreff des Heerwesens verworfen und darauf hingewiesen, daß die bisherige so vortreffliche Kriegsverfassung des deutschen Bundes beibehalten werden könne.

So eben tritt ein aus den Abgeordneten Gevekoht, Merk, Riesser, Simson, Tellkampf, Veit und Vogt bestehendes Komite in der Absicht zusammen, für eine kleinere Anzahl deutscher politischer Flüchtlinge, die in Straßburg und andern französischen Städten dem bittersten Elend verfallen sind, durch Privatunterzeichnung eine Summe zusammenzubringen, aus welcher die Ueberschiffung der Bedürftigsten nach den Vereinigten Staaten von Amerika bestritten werden kann.

* **Frankfurt**, 2. März. Aus den gestern dem Reichsministerpräsidenten übergebenen weiteren Bemerkungen und Abänderungsvorschlägen der vereinigten Regierungen heben wir (ausführliche Mittheilung vorbehaltend) Folgendes als das Wichtigste hervor: Die Regierungen verlangen das Recht für jeden Staat, mindestens einen Vertreter ins Staatenhaus zu senden; das **absolute Veto für das Reichsoberhaupt**; Feststellung des Budgets auf drei Jahre. Der Bevollmächtigte für Luxemburg will nicht, daß Limburg einen Vertreter im Staatenhaus habe — weil bereits erklärt worden, daß dasselbe dem engeren Bundesstaate nicht beitreten könne! — die Zahl von 2 Vertretern soll aber darum nicht gemindert werden, weil Luxemburg allein so viel in Anspruch nehmen dürfe!

* **Wien**, 26. Febr. Aus Pesth wird bestätigt, daß Szegedin von den Serben genommen sei. Komorn hat Kapitulationsvorschläge gemacht und darin freien Abzug für die Garnison mit Waffen und klingendem Spiel gefordert, welche jedoch zurückgewiesen wurden. Mehrere Verhaftungen von Juden fanden Statt, welche Banknotenpapier und trikolore Fahnen nach Debreczin absenden wollten. Die Gefangenen aus Essegg sind nebst vieler Munition, Fahnen und Waffen aller Art in Ofen angekommen.

Nachrichten aus Siebenbürgen berichten von einem neuen Siege des F.-M.-L. Puchner, wonach die Insurgenten beinahe gänzlich vernichtet worden sein sollen. General Bem selbst sei bereits fliehend im Gefechte geblieben. Die näheren Details, welche man über das Hausen der Insurgenten in Siebenbürgen erfährt, sind wahrhaft grauenerregend. Auf dem Rückzuge ward allenthalben geplündert, die Häuser angezündet und die Einwohner theils gemordet, theils vertrieben. Der Schaden ist ungeheuer und es müssen Jahre vorübergehen, ehe die gänzlich verarmten Einwohner sich einigermaßen von diesen Drangsalen erholen.

Die Befestigung des Schlosses von Preßburg geht rasch vor sich. Das alte Gebäude soll nach dem Entwurfe eines neu vorgelegten Planes niedergerissen und an geeigneter Stelle ein großes Fort erbaut werden. Auch in Essegg haben die Befestigungsarbeiten wieder begonnen. Das Neugebäude soll nach dem Mailänder Vorbilde zu einer Citadelle umgewandelt werden.

Aus Triest wird geschrieben: Das Kriegsdampfboot „Vulkan" hat von hier aus eine Rekognoszirungsfahrt gegen Venedig unternommen und dort weder die Flotte des sardinischen Admirals Albini, noch sonstige Handelsschiffe entdeckt. Die sardinische Flotte soll sich nämlich von Venedig, sowie die sardinischen Truppen von der lombardischen Grenze zurückgezogen haben. Karl Albert soll zu Gunsten seines Sohnes unter der Bedingung abgedankt haben, daß die Unterhandlungen über den Friedensschluß mit Oesterreich sogleich aufgenommen würden. (?) Sollte dieser wirklich zu Stande kommen, so dürfte die österreichische Armee in Italien sich blos auf die Interventionen im Kirchenstaate und Toskana beschränken.

F.-M.-L. Ban Jellacic erhielt vom Könige von Hannover den Guelphenorden.

Wie in einigen Gegenden Böhmens die Rekrutenstellung verweigert wurde, so geschieht es nun auch in Mähren und bereits mußten zahlreiche Truppensendungen in die betreffenden Ortschaften gesendet werden, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Die Auswanderungen nach Amerika aus allen Ständen und Provinzen Oesterreichs nehmen immer mehr überhand; besonders läßt sich dies von dem Handwerkerstande und der israelitischen Bevölkerung Böhmens sagen. Dem Vernehmen nach sind auch einige Assoziationen zur Reise nach Kalifornien gebildet worden.

Im Finanzministerium finden jetzt fortwährend Berathungen über das neue Grundsteuergesetz statt.

Von den beiden Individuen, die vorgestern wegen verheimlichter Waffen und Munition eingezogen wurden, ist heute Morgen das als sträflich befundene erschossen und das andere zu Kerkerstrafe begnadigt worden.

** **Berlin**, 27. Febr. Mit einer überwiegenden Majorität (auch wenn die Kammer vollzählig wäre, würde dies die Mehrheit sein) von 95 Stimmen wählte die erste Kammer Rudolf v. Auerswald zum vorläufigen Präsidenten. Es wäre, wenn Herr v. Auerswald, der kaum noch von seiner Wunde genesen ist, sich wieder so kräftig fühlt, kaum ein würdigerer Präsident unserer hohen Kammer zu finden.

= **Berlin**, 28. Febr. Wiederholen Sie es, ohne zu ermüden, Preußen wird das Erbkaiserthum übernehmen, wenn ihm

dies höchste deutsche Ehrenamt aufgetragen wird. Da macht nun wieder ein Brief Stüve's an seinen Bruder die Runde durch die Norddeutsche Presse, wonach Camphausen in Frankfurt sich dahin erklärt haben soll, Preußen wolle das Erbkaiserthum nicht. Diese Angabe steht im direkten Widerspruch mit dem, was hier über die unserem Bevollmächtigten mitgegebenen Instruktionen bekannt ist, die für den Fall, daß Preußen nicht an die Spitze gestellt werde, allerdings dahin lauten sollen, daß in diesem Falle Preußen auf einer minder straffen Form des Bundesstaates beharren müsse. Darin liegt ja aber geradezu die erbkaiserliche Erwartung Preußens ausgesprochen, zugleich aber auch der Wunsch, sich nicht aufzudrängen, nachdem die so wohlgemeinte Proklamation des vorjährigen März, wo man doch nur den jetzt zu allgemeiner Geltung gekommenen Verhältnissen Worte lieh, theilweis recht absichtlich mißverstanden ist.

Noch immer läßt sich trotz der heutigen Abstimmung, über die Stärke der Parteien kein genaues Urtheil fällen; aber so viel steht fest, daß die Ansicht des Ministeriums, welches nach der in seinen Bureaux gefertigten Zusammenstellung auf eine Majorität von 30—40 Stimmen zählen zu können glaubt, irrig ist. Ein Centrum gibt es eigentlich nicht; wir verstehen hier darunter jene in Frankfurt herrschende Partei. Die Kammer bietet nur zwei Lager, ein demokratisches und ein konstitutionelles, dem sich die Absolutisten u. s. w. anschließen. Die Parteien werden sich erst bei der Präsidentenwahl messen; es handelt sich hier um die Namen Unruh und Grabow.

Unter den für die erste Kammer Nachgewählten hebe ich die Wahl des Herrn Legationsrathes v. Gruner, des früheren Geschäftsträgers bei der Stadt Frankfurt, eines Mannes von politischer Einsicht und umfangreichen Kenntnissen hervor. Er ist der Sohn des bekannten Justus Gruner, der rechten Hand Steins, mit welchem dieser seiner Zeit die Ehre theilte, auf der Napoleonischen Proskriptionsliste zu stehen. Ferner ist für die zweite Kammer der Geheimerath Stiel nachgewählt, ein Mann, der seine Schule in dem Eichhorn'schen Ministerium gemacht hat, ein sehr gewandter Redner. In einem hiesigen Bezirke, wo Waldeck und Jakoby gewählt wurden, aber nicht angenommen haben, sind Beckerath und Jahn die Kandidaten der konstitutionellen Partei; der Letztere hat bedeutende Chancen, da er die demokratische Partei durch seine Abstimmung gelegentlich des Wahlgesetzes mit sich ausgesöhnt hat, die konservative aber mit seiner sonstigen Haltung zufrieden ist. Es wird daher möglicherweise ein Compromiß zu Stande kommen und wir sehen vielleicht nächstens den alten Jahn hier eintreten. In den Parteiversammlungen der Rechten ist bereits die Vertagungsfrage ventilirt worden, aber wider alles Erwarten die Vertagung abgelehnt.

Gestern Abend ist die Nachricht von der Kündigung des Waffenstillstandes dänischer Seits hier eingetroffen — nicht eben sehr unerwartet, denn die in holsteinischen Diensten befindlichen preußischen Militärs haben den Friedensgerüchten nie sonderlich getraut. Der hiesigen Hofpartei ist der dänische Krieg ob seines angeblich revolutionären Ursprunges ein Dorn im Auge. Käme es auf sie an, so würde im Fall eines wiederausbrechenden Krieges Schleswig-Holstein seinem Schicksal preisgegeben und der vorjährige Beschluß der aufgelösten Nationalversammlung, nach welchem Preußen mit aller Energie in solchem Falle der Centralgewalt zur Seite zu stehen hat, aus den Annalen der Parlamentsgeschichte ausgetilgt werden. Unsre Kammern aber werden der Ehre Preußens auch in dieser Beziehung nichts vergeben und in unserem General v. Bonin besitzt Schleswig-Holstein einen eben so tapfern Krieger als einsichtigen Staatsmann, dessen hiesiger Einfluß gegenüber dem der Hofpartei für die Interessen Schleswig-Holsteins ein höchst wohlthätiger genannt werden darf. Unsere beim dänischen Kriege im vorigen Jahre betheiligten kundigeren Militärs theilen fast sämmtlich die Ansicht, daß dieser ein ganz anderes Ergebniß geliefert haben würde, wenn gleich Anfangs Bonin und nicht Wrangel den Oberbefehl gehabt hätte. Bonin wird häufig mit Gneisenau verglichen; aber Wrangel ist kein Blücher.

Auch die Oesterreicher von der Linken in der Paulskirche scheinen ihr Kontingent zur Verherrlichung der Eröffnung unsrer Kammern hergesandt zu haben; so war ich höchlich erstaunt, Hrn. Pattai hier zu begegnen, den ich in Frankfurt für die Kreirung Deutschlands mit einem verantwortlichen Präsidenten an der Spitze wirkend glaubte. Nun, Hr. Pattai wird sich hier vielleicht überzeugen, daß es unter dem erbkaiserlichen Scepter der Hohenzollern nicht schlecht um Deutschland stehen würde.

Die Interpellationen am österreichischen Reichstage in Betreff der österreichischen Note brachte der gestrige preußische Moniteur, was Sie wohl beachten mögen, in extenso. Sie haben hier ein ungemeines Aufsehen erregt.

Berlin, 28. Febr. Nachdem gestern in der Nacht der Sarg, in welchem sich die sterbliche Hülle Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen F r i e d r i c h W i l h e l m W a l d e m a r v o n P r e u ß e n befindet, in der Stille nach der Domkirche gebracht und vor dem Altar niedergesetzt worden war, so fand heute das feierliche Leichenbegängniß nach Maßgabe des darüber erschienenen Reglements statt, in höchster Gegenwart Sr. Majestät des Königs und Ihrer Majestät der Königin, der Prinzen Wilhelm und Adalbert und der Prinzessin Elisabeth Königl. Hoheiten, Höchstdero Gemahls, des Prinzen Karl von Hessen und bei Rhein Hoheit, als hoher Leidtragenden, wie auch in Gegenwart des Prinzen und der Prinzessin von Preußen Königl. Hoheiten, der anderen anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses und der fremden fürstlichen Häuser. Das diplomatische Korps war in besondern Kirchensitzen anwesend, der Königl. großbritanische Generallieutenant und Gesandte Graf von Westmoreland hatte auf besondere Einladung Sr. Majestät des Königs, da der hochselige Prinz in der brittischen Armee mitgekämpft hat und Höchstdemselben deßhalb das Großkreuz des Bath-Ordens verliehen gewesen war, unter den anwesenden preußischen Generalen Platz genommen. Es wurde zuerst ein Vers des Liedes „Jesus, meine Zuversicht" gesungen, dann der Gottesdienst nach der Kirchen-Agende von dem wirklichen Ober-Konsistorialrath, Hof- und Domprediger Strauß gehalten und der Segen gesprochen, worauf die Feierlichkeit mit einem Verse aus dem obigen Liede beschlossen wurde.

(St.-A.)

Konst. Korr. **Berlin**, 28. Febr. Wir vernehmen, daß zunächst die Truppenkörper der kleineren deutschen Staaten in Schleswig einrücken, und daß ein preußisches Armeekorps als Reserve an der mecklenburgischen Grenze mit dem Hauptquartier Perleberg zusammengezogen wird. Bei der heutigen Bestattung der Leiche des Prinzen Waldemar im Dome machte es einen ganz besonders ergreifenden Eindruck auf die Zuschauer, als der König nach Einsegnung der Leiche den Verblichenen küßte und dann mehrere Minuten lang in stillem Gebete neben demselben auf den Knieen lag.

0 **München**, 28. Febr. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit von der Kammer der Abgeordneten ein Ausschuß erwählt, um eine neue Geschäftsordnung zu entwerfen. Mit der Berathung und Beschlußfassung über diesen Gesetzentwurf, den die Kommission in seinem allgemeinen Theile bereits vollendet und zur Vorlage gebracht hat, macht die Kammer zum Erstenmale von dem ihr zustehenden Rechte der Initiative Gebrauch. Der vorliegende Entwurf hat vorzüglich zum Zwecke eine neue Feststellung der Verhältnisse der Kammern unter sich und zur Staatsregierung, und soll als Grundlage der eigentlichen Geschäftsordnung dienen, welche eine jede Kammer, nach Maßgabe der erlangten allgemeinen parlamentarischen Erfahrungen und ihrer besondern Bedürfnisse selbstständig abzufassen, zu verändern und aufzuheben befugt ist. Von den einzelnen Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs sind folgende bemerkenswerth: die von der Regierung aufgestellte Einweisungskommission zur Prüfung der Wahlakten wird beseitigt und die Kammer konstituirt sich selbstständig; die Präsidenten, die bisher aus 6 von der Kammer gewählten Kandidaten von der Krone ernannt wurden, werden unmittelbar von der Kammer gewählt; Aufhebung des unbedingten Vorrechts der Regierungsvorlagen auf Erledigung; Befugniß der Kammern die Ausschüsse nach eignem Ermessen des Bedürfnisses der Zahl und Zusammensetzung nach zu bilden; Einräumung der Befugniß für diese Ausschüsse, von Originalacten Einsicht zu nehmen und Sachverständige und Zeugen zu vernehmen, endlich Aufhebung der sehr oft nachtheilig wirkenden Bestimmung, daß die von den Kammern genehmigten Gesetzentwürfe erst am Schlusse des Landtags die Sanktion des Staatsoberhaupts erhalten können. Der bezügliche Paragraph der dem Könige das absolute Veto zugesteht lautet: „Der König ertheilt oder verweigert den von den Kammern genehmigten Gesetzentwürfen seine Sanktion entweder s o g l e i c h nach dem Zustandekommen eines jeden einzelnen Gesammtbeschlusses b e i d e r Kammern, oder s p ä t e s t e n s beim Schlusse des betreffenden Landtags. Dasselbe gilt hinsichtlich der Beschei-

bung der von den Kammern gestellten Anträge." Daß dieser §. von dem Ausschusse, der in seiner Mehrheit der linken Seite des Hauses angehört, mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, wie man aus dem Protokolle erfährt, hat sehr überrascht. Früher gab die Regierung erst am Schlusse des Landtags Antwort auf Anträge und Beschwerden, und nicht selten kam es namentlich unter Abels Ministerium vor, daß man während der Session, so lange man noch der Beistimmung der Stände benöthigt war, Annahme der Anträge und Abhülfe der Beschwerden zusagte, um dann im Landtagsabschiede nicht Wort zu halten. Hätte die Krone schon nach vierzehn Tagen ihre bestimmte Antwort auf die Begehren der Kammern geben müssen, so wäre entweder mancher Beschwerde Abhülfe geworden, oder es wären manche Vorlagen der Regierung durchgefallen. Es war aber Gesetz, daß die Regierung erst im Landtagsabschiede antworten konnte, — nach der Bestimmung des Ausschusses wird ihr nun das Recht eingeräumt, ihre Antwort zu geben, wann sie will. Offenbar wird also der Regierung eine noch größere Gewalt eingeräumt als ihr nach den bisherigen Gesetzen zustand.

-:- **Stuttgart**, 28. Febr. Der Abgeordnete Scherr liebt es, der Kammer Ueberraschungen zu bereiten und so fiel er denn auch heute, eben als die Versammlung sich anschickte, ihre interessanten Debatten über Staatsköhlereien, Fehmelwirthschaft, Nadelwaldungen, Holzgärten und Waldschützen fortzusetzen, mit einem dringlichen Antrage in die Berathung hinein, „die Kammer der Abgeordneten wolle zur Kräftigung des Bewußtseins der Einigung und der Freiheit Deutschlands und zum Merkmal gemeinsamen Handelns ihre volle Sympathie für die in Betreff der deutschen Grundrechte von den Volkskammern Sachsens, Hannovers und Baierns gefaßten Beschlüsse zu Protokoll erklären und diese Erklärung den genannten Kammern durch das Präsidium mittheilen." Die ganze Kammer erhob sich zum Zeichen ihrer Zustimmung, obgleich von mehreren Seiten der Wunsch ausgesprochen wurde, daß das geehrte Mitglied in Zukunft der Versammlung Ueberraschungen ersparen möge, welche nur zu leicht den Charakter einer Ueberrumplung annehmen könnten. Damit war dieser Gegenstand erledigt; aber sofort stellte auch der Abgeordnete Wolff einen dringlichen Antrag, „die Staatsregierung um schleunigste Vorlegung eines Wahlgesetzes zu ersuchen," einen Antrag, welchen er indeß zurückzog, als der Staatsrath Goppelt die Erklärung abgab, daß der Gegenstand bereits das letzte Stadium der Berathung hinter sich habe und also an die Kammer gelangt sein werde, bevor die Staatsregierung deren Erklärung entgegennehmen könne. Schließlich nahm der Freiherrn v. Hornstein das Wort, um darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es sei, endlich die Ungewißheit zu heben, in welcher sich das Land über die definitive Deckung des Defizits befinde, möge dieselbe nun durch Anlehen, Papiergeld oder Bank beschafft werden: die Politik namentlich in Frankfurt stehe so, daß Würtemberg wohl eilen dürfe, seine Maßregeln zu treffen. Der Vorstand der Finanzkommission antwortete auf diesen indirekten Vorwurf gegen die Thätigkeit der Komission: daß sie ihren Bericht noch nicht habe liefern können, weil in Folge der neu hinzugekommenen Flottensteuer und der Erhöhung des Militäraufwandes das Defizit genau noch gar nicht ermittelt sei und sich nur erst annähernd auf die Summe von $4\frac{1}{2}$ Millionen Gulden berechnen lasse. Der Chef des Finanzdepartements schloß die Debatte mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß bei den vielfachen Hilfsquellen Würtembergs die zur Deckung des Defizits erforderlichen Maßregeln auf keine allzugroßen Schwierigkeiten stoßen würden.

Das Ministerium ist übrigens gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Auflösung des Postlehensvertrags mit dem Fürsten von Thurn und Taxis und zur Uebernahme der Post auf die Verwaltung des Staats beschäftigt, so zwar, daß diese Uebernahme bereits am 1. April d. J. erfolgen dürfte.

*† **Stuttgart**, 28. Febr. Eine von unserem Ministerium in Nr. 49 des Schwäb. Merkurs abgegebene Erklärung über mehrere an dasselbe gelangte Vertrauensadressen (s. Nr. 60 Beil.) ist gegenwärtig in hiesiger Stadt der Gegenstand vieler Erörterungen. Am Schlusse derselben heißt es nämlich: „So lange das jetzige Ministerium nicht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Mehrheit des würtembergischen Volkes mit dem gegenwärtigen Regierungssystem nicht einverstanden ist, oder daß in einer durch aristokratische Elemente nicht getrübten Monarchie das Wohl des Volkes nicht erzielt werden könne, glaubt es nicht freiwillig zurücktreten zu dürfen." Der erste Theil des vorstehenden Schlusses jener Erklärung bedarf keines weiteren Kommentars. Er ist in vollem Einklang mit dem Wesen eines konstitutionellen Ministeriums. Der zweite Theil läßt dagegen verschiedene Deutungen zu. Viele bringen, wie uns scheint ohne Grund, den Vordersatz mit dem Nachsatz in Verbindung, und wollen darin die Ansicht des Ministeriums erblicken, daß auch die Mehrheit des Volkes über die Frage, „ob Monarchie oder Republik" zu entscheiden habe. Wenn wir auch diesen Sinn in keiner Weise in dem mitgetheilten Schlußsatz finden können, so müssen wir doch von der andern Seite bekennen, daß wir nicht recht begreifen, was, namentlich in dem gegenwärtigen Augenblick, das Ministerium veranlaßt hat, Worte auszusprechen, welche wenigstens klar enthalten, das es möglicher Weise zu der Ueberzeugung gelangen könne, daß das Wohl des Landes in einer konstitutionellen Monarchie nicht erzielt werde. Nach allen bisherigen Erklärungen des Ministeriums haben wir nicht daran zweifeln können, daß es nicht im Entferntesten schwanke, welche Regierungsform, ganz abgesehen von dem historischen Rechtsboden, dem Wohle des Landes am meisten entspreche, und unter allen Verhältnissen entsprechen werde, und wir können daher über jene angeführten Worte des Ministeriums den Ausdruck unsers Erstaunens nicht zurückhalten. Wir hoffen, das Ministerium wird, veranlaßt durch die verschiedene Auffassung seiner mehrfach erwähnten Worte, denselben eine öffentliche Erläuterung geben, die im Stande ist, alle Besorgnisse zu verscheuchen, welche jetzt durch dieselben mehr oder weniger hervorgerufen sind.

Mannheim, 26. Febr. Der neue vaterländische Verein hat in der heutigen Versammlung folgende Erklärung einstimmig beschlossen:

„1) Wir halten unverbrüchlich fest daran, daß die in Frankfurt tagende deutsche Reichsversammlung allein berufen und berechtigt ist, die künftige Staatsverfassung Deutschlands festzustellen. 2) Wir wünschen und erwarten, daß die Reichsversammlung die Grundzüge der künftigen deutschen Staatsverfassung, wie sie bei der ersten Lesung von derselben angenommen worden sind, auch bei der zweiten Lesung festhalte, indem wir der Ueberzeugung sind, daß nur ein starker Bundesstaat mit einheitlichem Oberhaupte sowohl die Freiheiten, die uns bereits in den Grundrechten gewährt sind, dauernd zu sichern, als auch das Ansehen und die Macht nach Außen zu verleihen vermag, auf die Deutschland einen gerechten Anspruch hat, und die es zu erlangen fest entschlossen ist. 3) Wir erklären uns daher auf das Entschiedenste gegen die österreichische Note vom 4. Februar, welche, uneingedenk der Ereignisse des Jahres 1848, der Reichsversammlung nur das Recht zugesteht, einen Entwurf der deutschen Reichsverfassung zu machen, während sie für die Regierungen das Recht der Vereinbarung darüber im ausgedehntesten Maße in Anspruch nimmt; welche ferner gegen die Herstellung eines kräftigen Bundesstaats, den das ganze deutsche Volk mit voller Uebereinstimmung als nothwendig erkannt hat, protestirt und uns dagegen in den alten Staatenbund zurückführen möchte. 4) Den deutschen Brüdern in Oesterreich aber erklären wir hiemit, daß wenn ihre jetzige Regierung, oder ihre gegenwärtigen Verhältnisse, ihnen den vollen Eintritt in den zu bildenden deutschen Bundesstaat nicht gestatten, wir wünschen und hoffen, es werde ihnen dieser Eintritt jeder Zeit offen gehalten werden."

† **Kassel**, 28. Febr. Die beiden politischen Hauptparteien sind seit einigen Tagen in großer Thätigkeit; Veranlassung ist die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung für den ersten Wahlbezirk an die Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten von Baumbach. Die konstitutionelle Partei hat den Landtagsabgeordneten Henkel, die republikanische den Dr. Kellner als Kandidaten aufgestellt. Seit zwei Tagen hat sich die Straßeneckenliteratur der Sache bemächtigt, ein Anschlag verdrängt den andern, das anklebende Personal ist stets im Galopp, die Ecken sind fortwährend von einer Menge Leser und Hörer umstanden; jede Partei sucht ihren Kandidaten von der besten Seite darzustellen, die republikanische verschmäht es auch nicht, den Gegenkandidaten recht schlecht zu machen und jedes seiner Worte zu verdächtigen und zu verdrehen, daneben auch noch eine Anzahl Jungen zu halten, die die Anschläge der Gegenpartei sofort abreißen müssen. Man wirft Herrn Henkel besonders vor, daß er die Oesterreicher aus der Nationalversammlung und damit Oesterreich aus Deutschland ausgeschlossen wissen wolle, eine Ansicht, die natürlich den Zwecken der republikanischen Partei nicht entspricht. Dennoch ist Henkel's Wahl so ziemlich außer Zweifel, namentlich werden die umliegenden Dorfschaften die Kasselsche Bürgerschaft, die zum großen Theil flatterhafter ist als die Windfahne, thatsächlich belehren, wie Henkel's langjährige Bestrebungen und Anstrengungen im Dienste des Vaterlands und des allgemeinen Be-

sten gewürdigt zu werden verdienen. Morgen ist der Schlachttag, übermorgen werde Ich Ihnen das Resultat berichten können.

Unser Landtag flößt nur noch wenig Interesse ein, die schon begonnenen Berathungen des Budgets werden den Schluß seiner Thätigkeit bilden. Alle wichtigeren Entwürfe sollen dem neuzuwählenden Landtage vorgelegt werden. Die sehnlichst erwarteten Gesetze über Regulirung der wahrhaft trostlosen Verhältnisse des Anwaltsstandes in Kurhessen, deren Erscheinen nach der Proklamation vom 11. April vorigen Jahrs schon während des vorigen Landtags hätte folgen müssen, scheinen aufs Neue in Vergessenheit gerathen zu sein, und doch ist die Heranbildung eines tüchtigen Anwaltstands unbedingt erforderlich, wenn das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren von irgend gedeihlicher Wirkung sein soll. Der Entwurf über ein neues, nach den Grundsätzen der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit auszuarbeitendes Civilprozeßgesetz ist noch immer nicht vollendet, obgleich die aus 2 Obergerichts- und 2 Oberappellationsgerichtsmitgliedern bestehende Kommission nun fast seit 9 Monaten daran arbeitet; was bis jetzt bekannt geworden ist — ungefähr 900 Paragraphen — läßt auf einen ungeheuern Folianten schließen. Das Urtheil ist fast allgemein ein ungünstiges, und gewiß mit Recht; die Kommission scheint das französische, frühere preußische und bisher hier gültige Verfahren nach dem vagen Grundsatz der Zweckmäßigkeit zusammenfassen zu wollen. Viele Stimmen von Richtern und Anwälten gehen dahin, daß der Entwurf unbrauchbar sei und von Neuem und vor Allem nach anderen Grundsätzen umgearbeitet werden müsse. Möchte endlich der Justizminister sich der Sache annehmen!

Weimar, 26. Febr. Heute ist hier das erste Geschwornengericht in Weimar und auch in Thüringen eröffnet worden. Schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung waren die Zuhörerräume überfüllt. Der Präsident, geh. Regierungsrath v. Gresdorf, und der Staatsanwalt Hr. v. Ekendahl, eröffneten die Sitzung mit angemessenen Worten. Die hierauf erfolgende Hauptverhandlung betraf eine Aufforderung zum Aufruhr. Die Aussagen der Zeugen waren sehr unsicher und schwankend, so daß der Staatsanwalt die Anklage zum Theil fallen lassen mußte. Die Freisprechung war demnach vorauszusehen und erfolgte auch. Verhandlungen und Plaidoyers gingen sehr gut von statten trotz der Neuheit des Verfahrens. Die Mitglieder des Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft erschienen in weiten schwarzen Talaren und mit Barets. Das Publikum benahm sich musterhaft ruhig. Kein Geschrei, kein Toben unterbrach die Verhandlung. Wenn irgend einmal eine kleine Unruhe entstand, so wurde die Mahnung des Präsidenten sogleich befolgt. Alle Acclamationen unterblieben; nur zuletzt wurde das freisprechende Urtheil des Präsidenten mit Bravo aufgenommen. (D. A. Z.)

▷ **Schwerin**, 28. Febr. Die Natur des Staatsgrundgesetzentwurfs, welchen der Verfassungsausschuß vorgelegt hat, schrieb ich neulich, könne man aus dem ersten Abschnitt deutlich ersehen. Wenn ich heute melde, daß derselbe mit 49 gegen 45 Stimmen angenommen ist, so liegt darin ein Urtheil über die Kammer der Abgeordneten selber. Oder eine Verurtheilung, wie Sie wollen. „Das Volk, die Quelle aller politischen Gewalt und die monarchisch-demokratische Regierungsform die seine Vertreter schaffen, weder von ihnen selber, noch — kurz von keiner Gewalt auf Erden abzuändern", es sei denn durch das allstund souveräne Volk. Ehe die Berathungen über den Inhalt der 3 Paragraphen des ersten Abschnitts begannen, gaben die Kommissarien von Schwerin und der von Strelitz Erklärungen ab, in denen nachdrücklich auf den Verfassungsentwurf hingewiesen war, der der Kammer bei ihrem Zusammentritt von der Regierung als Vorlage mitgetheilt worden war und worüber sich zu erklären man bis jetzt durchaus versäumt hatte. Dann weisen die Erklärungen auf solche Stellen des neuen Entwurfes hin, welche, besonders in Bezug auf die Stellung des Großherzogs, sich im Widerspruch mit den Prinzipien der Proklamation des vorjährigen Märzes befinden. Dieser Aeußerung der Regierung entsprechend, brachte die Rechte den Antrag ein, den alten Regierungsentwurf unter Verwerfung des so eben produzirten des Ausschusses noch zur Grundlage der Verhandlungen zu nehmen. Natürlich fiel dieser Antrag. Doch wird die Kammer nicht umhin können, sich irgendwie förmlich über den Regierungsentwurf zu erklären. Man hat ihn als „schätzenswerthes Material" brav geplündert und läßt ihn nun eben liegen, ohne einmal der Regierung zu sagen warum? recht wie John Falstaff, wie ein Mitglied der Rechten bemerkte, der sich auf Gründe nicht weiter einläßt.

** **Hamburg**, 27. Febr. Der gestrige Abend brachte uns ein neues von vielen Tausenden besuchtes Bankett zur Feier der französischen Revolution. Die Demokraten kommen aus dem Taumel gar nicht mehr heraus, eine Festlichkeit folgt der andern, gibt Hamburgs Geschichte kein Material, nun so weiß man sich mit fremder Geschichte zu helfen. Das Banket war aber wirklich großartig, die Hinterwand bildeten Barrikaden und die Symbole der Verbrüderung. Die Hauptredner waren wiederum die Führer der rothen Republik, Th. Hagen und Ferdinand Löwe und Schnacke aus Westphalen; außer ihnen sprachen noch alle republikanischen Fraktionen. Die rothe Republik muß hier noch bedeutende Mittel haben, denn bei einer Sammlung finden sich viele große Stücke, selbst ein Doppel-Louisdor; bei sogenannten Kommunisten gewiß seltene Dinge.

Bremen, 26. Febr. Die Bürgerschaft empfing in ihrer Sitzung vom 24. d., eine Mittheilung des Senats, in welcher dieser seine Erklärung über den Verfassungsentwurf und die darauf sich beziehenden Beschlüsse der Bürgerschaft ausspricht. Die Erklärung des Senats lautet im Allgemeinen zustimmend. Nur wenige Punkte haben den Senat zu besonderen Erinnerungen und Anträgen veranlaßt. Im Uebrigen erklärt sich derselbe, „in der Voraussetzung, daß auch die angeführten Punkte ihre Erledigung finden, ferner auch über die erforderlichen transitorischen Bestimmungen ein Einverständniß erfolge," mit dem Verfassungs-Entwurf, so weit darüber die Bürgerschaft bereits Beschlüsse gefaßt und ihm mitgetheilt hat, so wie mit diesen Beschlüssen einverstanden. (W. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 27. Febr. Gestern stellte, wie bereits erwähnt, im Unterhause Hr. Cobden seinen bereits in den Journalen und zahlreichen Volksversammlungen hinlänglich durchgesprochenen Antrag: daß es die gegenwärtige Lage räthlich erscheinen lasse, die jährlichen Ausgaben so schnell als thunlich auf die Summe zu beschränken, welche im Jahr 1835 hinreichend war, die Sicherheit, Ehre und Würde der Nation aufrecht zu erhalten, d. h. die laufenden Ausgaben um 9,763,000 Pf. zu mindern, welche namentlich an dem Marine- und Militärbudget, das sich auf die übergroße Summe von 18 Mill. belaufe, erspart werden könnten. Obschon Hr. Cobden ausdrücklich hinzusetzt, seine Meinung sei nicht, daß diese Ersparniß sofort in's Leben treten könne, vielmehr sei es ihm nur darum zu thun, dem Hause Gelegenheit zu geben, sich über die Wünschenswürdigkeit oder Nothwendigkeit einer solchen Reduktion aussprechen zu können, mithin die denkbar mildeste Form für seinen Antrag gewählt war, so wurde die Motion Cobdens doch mit der großen Majorität von 197 (275 gegen 78) Stimmen abgelehnt.

Der „Herald" berichtet, daß der Graf Colloredo den 24. Febr. bei Lord Palmerston den Nachmittag bis Abends 8 Uhr zubrachte. Wahrscheinlich war dieser Besuch die Ursache, daß er eine Einladung zum Diner bei Sir Robert Peel nicht annehmen konnte; es heißt in der „M. Post", er sei durch ein unumgängliches Geschäft verhindert gewesen, diesem Diner, an dem auch Hr. Guizot theilnahm, beizuwohnen.

In ihrem Börsenberichte meldete vor Kurzem die „Times", daß an der Londoner Börse ein Anlehen von 80,000 Pfd. für die dänische Regierung notifizirt wurde, welches 5 pCt. tragen und zu 86 ausgegeben werden soll. Die Hälfte davon hat die Kopenhagener Bank übernommen. Eine Subscription für 150,000 Pfund soll Unterzeichnungen bis zu einer Million gefunden haben. Die Zinsen der Anleihe werden vom 31. März d. J. an bezahlt. Die Einzahlungen auf die Anleihe geschehen in fünf Terminen mit 3 pCt. Diskonto für die Einzahlungen vor dem Eintritt der Termine. Für den Amortisations-Fonds wird 1 pCt. des Kapitalbetrages der Anleihe reservirt.

Der „Times" zufolge ist der berühmte Reisende John Duncan, dessen Beschreibung seiner Reise durch das Gebiet des Königs von Dahomey und darüber hinaus schon früher erschien, abermals im Begriff, England zu verlassen, um in den unerforschten Regionen des innern Afrika auf weitere Entdeckungen auszugehen.

Die neuesten Nachrichten aus der englischen Kolonie auf Labuan vom 18. Dezbr. lauten bei weitem nicht so günstig, als die früheren. Die Gegend, in welcher die Stadt Viktoria ange-

legt ist, ist furchtbar ungesund. Seit der Eröffnung der Kolonie im vergangenen August bis zum Dezember, also in noch nicht fünf Monaten, sind nicht weniger als 15 pCt. der Bevölkerung in Folge des Fiebers gestorben; dieses Sterblichkeitsverhältniß zu Grunde gelegt, würde Labuan an Ungesundheit sogar noch Sierra Leone übertreffen. Auch der überaus thätige Gouverneur, der bekannte Sir James Brooke, war leidend und dadurch verhindert nach Sulu zu reisen, wo er mit dem dortigen Sultan einen Vertrag abzuschließen gedachte. Wie man aus Ceylon erfährt, hat der auch in England vielangefeindete, aber von der Regierung beschützte Gouverneur, Lord Torrington, es für nöthig gehalten, in einer Proklamation zu versichern, daß die umlaufenden Gerüchte von einer bevorstehenden neuen Empörung unbegründet seien, während er doch gegen die Möglichkeit einer solchen die größten Vorsichtsmaßregeln trifft. Das Volk von Ceylon ist durch die vielen Erschießungen und Konfiskationen aufs Aeußerste erbittert. In einer Zeitung Ceylons beklagt sich ein buddhistischer Priester, daß die Soldaten ihm 75 Pf. an Werth genommen hätten, wofür ihm Seitens der Regierung nur 3 Pf. 4 D. Entschädigung geworden sei; man möge ihm volle Entschädigung gewähren, oder ihn erschießen lassen, wie Kadabapolle Unanse in Kandy erschossen worden. Es fragt sich sehr, ob die Minister klug daran gethan, im Parlament ihre Billigung mit den vom Lord Torrington getroffenen blutigen Maßregeln auszusprechen. Alle Parteien außer den reinen Whigs sind gegen diesen Mann aufgebracht, wie überhaupt mit der Kolonialverwaltung des Grafen Grey, gegen den sich auch im Oberhause ein Sturm zu erheben droht, im höchsten Grade unzufrieden. Der von dem Hause gefaßte Beschluß, einen Ausschuß zur Untersuchung der gegenwärtigen Kolonialpolitik zu ernennen, wird von der Daily News als ein großer Sieg betrachtet und dem vereinten Zusammenwirken der Protektionisten (Stanleyiten), der Peeliten und der „unabhängigen“ Liberalen zugeschrieben.

Der von seinen Siegen in Indien her bekannte General Sir Ch. Napier hat sich in der Times in einem an deren Redaktion gerichteten trefflichen Briefe vom militärischen Standpunkt unbedingt für die gänzliche Unterwerfung des Pendschab ausgesprochen, da die Nordwestgrenze des britisch-indischen Reichs nicht am Sutledsch, aber um so besser am Indus vertheidigt werden könne. Persönliche Zerwürfnisse mit dem Direktorium der ostindischen Kolonie haben die Regierung leider verhindert, Sir Ch. Napier zum Oberbefehlshaber der britischen Heere in Ostindien zu ernennen; sein Bruder Sir George, dem man sie anbot, hat sie bekanntlich ausgeschlagen.

Das Schiff Pacha, welches am 24. Febr. in Southampton eintraf, brachte Briefe aus Lissabon vom 19., wonach die portugiesische Bank sich mit der finanziell stark bedrängten Regierung über zwei Anleihen vereinbart hat, die eine fünfprozentige zu 180 Kontos, die andere zu 576 Kontos, wovon 360 in sechs Raten jede zu 60 Kontos per Monat, der Rest von 216 erst zu Ende des Jahres wieder zu erstatten. Aus Gibraltar hatte man Nachrichten vom 16. Febr. Die englischen Kaufleute in Gibraltar zweifelten nicht daran, daß es, nachdem man sich mit dem marokkanischen Konsul daselbst über die von Marokko zu leistende Entschädigungssumme verständigt, auch Hrn. Drummond Hay gelingen werde, mit dem Kaiser von Marokko ein friedliches Abkommen zu treffen. Die Beschwerden Englands beziehen sich bekanntlich auf Seeräubereien, welche marokkanische Unterthanen an der Brigg „Three Sisters“ und andern englischen Schiffen begangen haben.

Frankreich.

*Paris, 28. Febr. Die seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über die Möglichkeit einer französischen Intervention zu Gunsten des Papstes gewinnen an Bestand. Die Regierung soll die Absicht haben, sich dann erst auszusprechen, wenn Spanien, Belgien, Portugal und die übrigen sich betheiligenden Mächte ihren definitiven Entschluß notifizirt haben würden. Diese Gerüchte brachten gestern eine große Aufregung im Konferenzsaale der Nationalversammlung hervor.

Die Sprache der halboffiziellen Patrie von gestern Abend drückt ziemlich deutlich die Absichten der französischen Regierung in Bezug auf Italien aus. „Die Besetzung von Ferrara durch die Oesterreicher, sagt dieses Blatt, hat die Lösung der italienischen Frage beschleunigt, aber auch verwickelt. Es reicht jetzt nicht mehr hin, daß Frankreich die Mazzini'schen Ideen, die jetzt in Rom herrschen, indirekt und bloß durch seinen Einfluß bekämpft. Es ist der Würde Frankreichs zuwider, nur von ferne der Wiederherstellung Pius des IX. auf dem Throne des h. Petrus und der Wiederkehr der heiligen liberalen Ideen in die Hauptstadt der christlichen Welt beizustimmen. Auf der andern Seite wird Frankreich sich nicht zu einer Intervention bloß im Gefolge Oesterreichs entschließen können. Es muß daher ein entschiedener und energischer Entschluß gefaßt werden und der Präsident der Republik wird nicht hinter dem ehrenwerthen General Cavaignac, der, wie man weiß, eine Expedition nach Civita Vecchia vorbereitet hatte, zurückbleiben.“

Man versichert, daß die österreichische Regierung auf den Wunsch der Familie Bonaparte die sterblichen Reste des Herzogs von Reichstadt herausgeben wird. Dieselben sollen mit denen des Kaisers in der Kirche der Invaliden vereinigt werden.

Die Nationalversammlung setzte die Berathung über die noch übrigen Artikel des letzten Kapitels des Wahlgesetzes, nämlich Art. 103 bis 114 fort. Diese Artikel beziehen sich, wie schon gesagt, auf die Strafbestimmungen für die bei den Wahlen begangenen Vergehen. Die Versammlung ist sichtbar mit andern Dingen beschäftigt; die Nachrichten aus Italien sind der allgemeine Gegenstand der Privatunterhaltungen in den Gängen des Sitzungssaales und man erwartet allgemein Interpellationen hierüber, welche Herr Birio zu machen gesonnen ist.

Spanien.

Nach zuverlässigen Nachrichten ist Cabrera von seinen Wunden geheilt und wieder an der Spitze einer Insurgentenbande erschienen. Das „Echo von Montpellier“ vom 23. Febr. enthält folgenden Brief an den Grafen Morella: „Mein lieber Freund! Keine Angst mehr; ich bin wieder hergestellt, der Himmel hat mich beschützt. Ich sollte das rechte Bein verlieren; es ist aber geheilt. Ich schrieb schon vor einem Monat einen langen Brief und übergab ihn einem Reisenden. Ich weiß nicht, ob er ihn an Sie gelangen ließ? In jedem Falle muß ich heute kurz sein... Bald werde ich Ihre Hand drücken. St. Jaime, 15. Febr. 1849.

(gez.) Cabrera.“

Oesterreichische Monarchie.

♀ **Lemberg**, 20. Febr. (Verspätet.) In Folge der gegenwärtig auf dem Reichstage zu Kremsier zur Berathung gekommenen Frage der Judenemanzipation hat sich im polnischen Landvolke der Haß gegen die Juden in einem Grade gesteigert, daß die bedauerlichsten Auftritte gegen dieselen, deren Zahl in Galizien bis zu 600,000 gestiegen ist, zu befürchten sind. Man hat dem der römisch-katholischen und griechisch-unirten Kirche anhängenden Landvolke eingeredet, daß die Juden und die andern christlichen Religionsparteien das Einkommen der katholischen Kirchen pachten und daher auch die Kirchenschlüssel bei sich behalten würden. In der That haben solche Fälle zur Zeit der polnischen Könige Staatt gehabt, und die hiesige griechisch-katholische Stadtpfarrer hat noch aus jener Zeit herrührende und darauf bezügliche Urkunden aufzuweisen. Gegen die neue provisorische Ministerialverfügung, wonach die evangelischen Religionsverwandten von nun an die gleichen Rechte mit den katholischen genießen sollen, wird dagegen nicht das Mindeste eingewendet. Die allenthalben in Galizien verbreiteten deutsch-evangelischen Gemeinden leben in eigenen schönen Dorfschaften friedlich beisammen, verkehren mit ihren Nachbaren den Ruthenen und Polen in aller Freundschaft, und haben sich die Achtung der letzteren dadurch erworben, daß sie ihnen in der Landwirthschaft mit gutem Beispiele vorleuchten. Diese Deutschen sind zu Ende des vorigen Jahrhunderts aus Schwaben und Baden nach Galizien eingewandert, haben ihre deutsche Nationalität vollkommen bewahrt, und sind wohlhabend. In Lemberg ist der Sitz des evangel.-luth. Superintendenten, dem auch die Aufsicht über die evangelisch-reformirten Gemeinden zusteht; zu Stadlo, Ugartsthal und Brigidau sind Seniorate. Man sieht aus diesem Beispiele, daß die deutschen Ortschaften auch deutsche Namen führen. Möchten nur recht viele Deutsche sich hier ankaufen; der rheinische Feldmorgen (472½ österr. Quadratklafter) kostet höchstens 10 Gulden Reichswährung.

Seitdem unser ganzes Land in Kriegszustand erklärt worden, herrscht große Ruhe und Sicherheit, die karpathische Grenze gegen Ungarn ist an den zugänglichen Gebirgspässen mit

Uebersicht.

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 3. März. Die heute ausgegebene Nummer des Amtsblattes veröffentlicht das Reichsgesetz vom 12. Februar d. J. zur Beschaffung der zweiten Hälfte (3 Millionen Thaler) der von der Nationalversammlung zum Bau der deutschen Flotte bewilligten Summe. Der Antheil Frankfurts ist auf 7903 fl. 11 kr. berechnet.

□ **Frankfurt**, 2. März. Die Hauptgegenstände der heutigen Tagesordnung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt, Vorlage und Bericht des Einführungsgesetzes zur allgemeinen deutschen Wechselordnung, gelangten, da eine bunte Reihe von andern theilweise als dringlich bezeichneten Gegenständen die Zeit der Versammlung in Anspruch nahm, abermals nicht zur Berathung und mußten auf die folgende, schon in den nächsten Tagen anzuberaumende Sitzung verschoben werden. Den Anfang der heutigen Verhandlungen bildete eine Rückäußerung des Senats in Bezug auf die Entfernung, beziehungsweise auf Reichskosten zu beschaffende Kasernirung der in den Ortschaften Bornheim, Niederrad und Oberrad einquartirten Reichstruppen. Es bestand diese Rückäußerung wesentlich in dem beigeschlossenen Schreiben des Reichskriegsministeriums an den Bevollmächtigten von Frankfurt, welches eine Kasernirung für nicht zulässig erklärt und eine gänzliche Entfernung der Truppen dann, aber auch erst dann in Aussicht stellt, wenn der Zweck, zu dessen Erreichung ein mobiles Truppenkorps hier zusammengezogen worden, es gestatte. Dies Schreiben rief einen solchen Sturm hervor, und namentlich Herr Dr. Schwarzschild, der außerdem im Namen der durch die Reichstruppen gefährdeten Tugend der Dorfbewohnerinnen plädirte, war so beleidigt durch seine Kürze, daß wir eine Zeitlang besorgten, die Sitzung werde mit einer förmlichen Kriegserklärung Frankfurts an das Reich schließen; doch hatte es am Ende bei dem Beschluß sein Bewenden, den Senat zu ersuchen, neue und energische Schritte zur Herbeiführung eines erwünschten Resultates beim Reichsministerium zu thun. Aus der Debatte ergab sich übrigens, daß in der Stadt selbst von den weit über 100,000 fl. betragenden Einquartierungskosten noch gar Nichts vergütet, daß auch in den Landgemeinden diese Zahlung noch für mehrere Monate rückständig ist, daß neuerdings der Senat aus der Staatskasse dieselbe vorschußweise gezahlt hat und daß auf alles Andrängen beim Reichsministerium nur die Antwort zu erlangen gewesen, gegen die sich allerdings nichts einwenden läßt: es sei kein Geld in der Kasse. Herr Dr. Reinganum knüpfte daran die Bemerkung: „In dieser Beziehung war der alte Bundestag viel ordentlicher; was er gekauft hat, hat er pünktlich bezahlt.“ Ein stürmischer Incidentfall in dieser stürmischen Debatte war die Erklärung desjenigen Mitgliedes der Versammlung, welches für Frankfurt in der Nationalversammlung sitzt, daß es eine ihm angemuthete Interpellation an das Reichsministerium nicht stellen werde und sich überall in seiner Wirksamkeit als Mitglied der Nationalversammlung durch Beschlüsse der „in Frankfurt lebenden Deutschen“, welche ihn gewählt, nicht gebunden erachte: in der Versammlung fielen sehr bittere Worte, und das „Nationalgefühl“ des Publikums machte sich in so lautem Murren Luft, daß die Klingel des Präsidenten ihm Einhalt thun mußte. Die Tagesordnung wurde jetzt durch ein von der Petitionskommission als dringlich bezeichnetes Thema unterbrochen: die seiner Zeit erwähnte Beschwerde des Literaten Friedrich Funk gegen ein Preßurtheil des Polizeigerichts. Die Kommission hatte aus triftigen Gründen den vorliegenden speciellen Fall unberücksichtigt gelassen, sie war aber der Ansicht gewesen, daß solche Urtheile nicht mehr vorkommen dürften und empfahl deshalb der Versammlung die Beschließung eines Gesetzes, wornach die Aburtheilung aller Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, den zu errichtenden Schwurgerichten vorbehalten bleibt. Die Diskussion war sehr lange und sehr reich an den gewöhnlichen Gemeinplätzen gegen die ständige Rechtspflege. Nachdem Herr Schöff Souchay mit beißendem Spotte das Zeitbewußtsein gegeißelt, dessen Berücksichtigung andere Redner als das erste Requisit eines Richters gepriesen, nahm in einem seiner glänzenden Vorträge, sprudelnd von Witz und Satyre, aber auch tief in die Sache eingehend, Herr Dr. Reinganum für den Gesetzentwurf das Wort, und nach diesem Vortrage, der uns abermals bedauern ließ, daß ein so eminentes Talent es nicht verschmäht, durch allerlei kleine Künste auf den leichten Beifall des Publikums zu spekuliren, wurde die Debatte geschlossen. Von 10 Mitgliedern war, wie bei allen wichtigen Abstimmungen, damit das Volk „seine Freunde“ kennen lerne, namentliche Abstimmung beantragt: mit 98 gegen 5 Stimmen (Senator Hessenberg, Dr. Jucho, Schöff de Neufville, Dr. Schaffner und Schöff Souchay) wurde der Gesetzentwurf angenommen. (Schluß folgt.)

Frankfurt, 2. März. Es ist nicht uninteressant zu erfahren, daß die Herren Heckscher, v. Hermann und v. Somaruga auf Kosten der österreichischen Staatskasse reisen, wenigstens können wir aus guter Quelle versichern, daß die Reisekosten durch den österreichischen Bevollmächtigten bestritten werden. (O. P. Z.)

⁝ **Frankfurt**, 3. März. Hr. v. Lerchenfeld ist hier eingetroffen. Hoffentlich bringt er einen besseren Text zur baierischen Note.

△ **Wien**, 26. Febr. Heute früh schon wurde meine gestrige Vermuthung bevorstehender standrechtlicher Hinrichtungen bestätigt. Der Kutscher des Grafen Nako, vorgestern verhaftet, wurde heute standrechtlich erschossen, „weil er wiederholten Warnungen zum Trotze, eine mit 2 Kugeln geladene Pistole, 35 scharfe und 16 blinde Patronen, nebst einer bedeutenden Quantität Schießpulver, Kugeln und Schrot bei sich versteckt hatte.“ Der Hingerichtete zeichnete sich durch eine hervorragende kräftige Gestalt aus und starb mit seltener Ruhe und Fassung. Es war bei dieser Exekution eine ungewöhnlich starke Anzahl Militär zu Fuß und zu Pferd ausgerückt; die Kanonen, welche auf der Bastei so aufgestellt waren, um die Richtstätte im Stadtgraben zu bestreichen, waren gegen die Gewohnheit mit Bedienungsmannschaft versehen. Als der Verurtheilte bereits niedergekniet war, rief eine Stimme aus der Umgebung: „Halt, das Urtheil ist ja dem Gefangenen noch nicht verlesen!“ Dieses wirklich unglaubliche Versäumniß mußte also erst verbessert werden. Der gleichzeitig verhaftete Reitknecht des Grafen Wenkheim wurde aus unbekannten Gründen frei gelassen, der Gürtlermeister Rogendorfer aus Wien hingegen zum Tode verurtheilt, weil er am 18. d. M. in einem hiesigen Kaffeehause einen Stockdegen herausgezogen hatte, um ihn den Gästen zu zeigen; das Urtheil wurde jedoch „aus besonderer Gnade und einigen Milderungsgründen“ in zweijährige Schanzarbeit in leichten Eisen verwandelt. Die Anstalten zur öffentlichen Sicherheit werden in bedeutungsvoller Weise vermehrt. Aus dem Neugebäude wurden heute 20 weitere Kanonen nebst Munitionswagen hieher gebracht. Ein Theil davon wurde auf die Bastei postirt. Diese letztere ist nun zuweilen schon von 4 Uhr Nachmittags an stellenweise ganz abgesperrt. Der Kanonenschuß von gestern Abend hat sich dahin aufgeklärt, daß es gar kein Kanonenschuß, sondern der Knall einer zwischen der Karlskirche und dem polytechnischen Institute abgebrannten Rakete war. Der Urheber dieses Unfugs blieb wie gewöhnlich unermittelt. Von vielen Seiten wird die Behauptung wiederholt, daß die vielen Schüsse in der letzteren Zeit zum Theil von dem Militär selbst herrührten.

△ **Wien**, 27. Febr. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so schwebt dem Ministerium der Plan vor, die Provinzen, nach Nationalitäten eingetheilt, sich selbst konstituiren zu lassen. Ob dazu eine oktroyirte Verfassung gegeben wird, ob man diese in

Kremsier noch durcharbeiten läßt, scheint bis jetzt auch nur in die Klasse der Nebelbilder zu gehören, die vielleicht nur ein Anstoß von Außen zur Wirklichkeit gestalten kann.

Der polnische General Dembinski hat nun wirklich die Offensive ergriffen und ist der k. Armee bis wenige Meilen vor Pesth entgegen gegangen. Fürst Windischgrätz mit allen nur irgend mobil zu machenden Truppen hat sich in Bewegung gesetzt, wie es scheint, zugleich mit der ganzen Armee; er stand gestern in Hatvan, wo das Gerücht Dembinski glaubte. Für die nächsten Tage dürfen wir jedenfalls entscheidende Schläge erwarten und der so lange vorbereitete und erwartete Uebergang der k. Armee über die Theiß dürfte dann die nächste Folge derselben sein. Im Norden Ungarns und Siebenbürgen sind von Gallizien aus Verstärkungen eingerückt und dadurch scheint der projektirte strategische Kreis vollkommen geschlossen. Aus der Umgegend von Komorn, namentlich von der Insel Schütt, kommen die alten Klagen über Ausfälle und Plünderungen der Komorner Besatzung. In Debreczin soll die Sängerin Schodel, die Geliebte Nyari's, einen Vergiftungsversuch auf Kossuth gemacht haben und deßhalb öffentlich enthauptet worden sein. In Pesth will man einem ungarischen Komplotte auf die Spur gekommen sein, das eine Art sizilianische Vesper an dem k. Militär zum Zweck gehabt hätte und woran auch Damen, zum Theil von hohem Range, Theil genommen haben sollen.

Bei dem Einrücken der Russen in Siebenbürgen kommt mir eine Prophezeihung Monsieur de Fonton's in den Sinn, des Stellvertreters des russischen Gesandten in dessen Abwesenheit von hier. Als im März v. J. die Studenten die ersten Reden in dem Hofe des Ständehauses in der Herrengasse hielten, da prophezeite Monsieur de Fonton: in einem Jahre stehen russische Truppen in Wien! Damals lachte man einfach ihn aus. Jetzt prophezeit Monsieur de Fonton wieder: „wenn die Wiener einfältig genug sein sollten, im März eine Demonstration zu machen, so ist dies, was wir wünschen und in 18 Stunden sind mittelst Eisenbahn über Krakau 20,000 Russen hier — maintenant c'est notre tour, Dieu merci!" Wir sind seiner ersten Prophezeiung um 11 Monate näher gerückt und niemand wagt mehr über die zweite zu lachen; besonders ist uns das Lachen vergangen, seit wir wissen, daß sie sich in Siebenbürgen nicht auf den Schutz der Städte beschränkten, sondern mitkämpften. In Kroatien, wo man jetzt immer au qui vive lebt, ist wieder eine neue Mißhelligkeit entstanden. Der Ausschuß des Agramer Komitats weist den dortigen Bischof zurecht wegen eines in lateinischer Sprache erlassenen Cirkularschreibens und fordert zugleich den Stuhlrichter auf, dasselbe mit Beschlag zu belegen, weil sich der Bischof darin als Banallocumtenent bezeichne, sowie alle, welche sich desselben bedienen, zu strenger Verantwortung zu ziehen. Ebenso fordert der Ausschuß den Banalrath auf, den Bischof wegen seines ungesetzlichen Verfahrens zur Verantwortung zu ziehen.

Endlich hat man doch eingesehen, daß der Staat an den ungarischen Banknoten bankerott werden müßte. So eben erscheint darüber folgende Kundmachung der Landesregierung im Erzherzogthum Oesterreich unter der Ens: „Mit Rücksicht auf den § 14. der Statuten der österreichischen Nationalbank vom 1. Juli 1841, zufolge dessen diese Bank während der Dauer des ihr allergnädigst verliehenen Privilegiums in dem ganzen Umfange der österreichischen Monarchie das ausschließende Recht besitzt, Banknoten auszufertigen und auszugeben, wird in Folge Beschlusses des Ministerrathes erklärt, daß die von der ungarischen Rebellenregierung in Umlauf gesetzten Banknoten im Verkehr ebensowenig, wie bei den öffentlichen Kassen angenommen werden dürfen, daß jeder Umsatz derselben zu Zahlungen untersagt ist, und daß, soferne solche Banknoten in dem Verkehre betreten werden, dieselben dem Inhaber abzunehmen und an die nächste landesfürstliche Kasse abzuliefern sind, welche sie an die Staatscentralcassa zur Unbrauchbarmachung einzusenden hat. Wien, am 24. Februar."

* **Wien.** 27. Febr. Die Wiener Zeitung veröffentlicht heute mehrere Vertheilungen von goldenen Ehrenmedaillen meistens an Hofbeamte, die sich in den Oktobertagen Verdienste um den Staat gesammelt haben sollen. Das Gerücht von der Freilassung des frühern Redakteurs der „Konstitution" Häfner, welches unlängst in allen Zeitungen zu lesen war, hat sich nicht bestätigt; derselbe wird vielmehr noch immer in Josephstadt gefangen gehalten und bis jetzt hat noch kein Verhör mit ihm stattgefunden. Der Handelsminister von Bruck ist gestern in Triest zum österreichischen und Kaiser Ferdinand am 10. in Gonobitz (Steiermark), letzterer einstimmig zum Reichstagsdeputirten für Frankfurt und Erzherzog Johann zu dessen Ersatzmann gewählt worden. Die Gemeinde in Prag wollte, um dem Wunsche vieler Bürger zu begegnen, für fl. 120,000 städtische 20- und 10kreuzernoten ausgeben; sie mußte aber davon abkommen, da das Ministerium erklärte, dieses Recht stehe nicht der Gemeinde zu und gehöre in das Finanzdepartement des Staates. Ein kaiserlicher Erlaß fordert, daß die kaiserlichen Kommissäre in der ungarischen Slovakei, slovakisch zu korrespondiren haben. Aus Mailand erfährt man, daß F.-M. Radetzky sämmtlichen Offiziersfrauen den Auftrag ertheilt haben soll, die Stadt zu verlassen. Auch soll das Kastell auf 2 Monate mit Lebensmitteln versehen und 7 Bataillons in dasselbe gelegt worden sein.

Berlin, 26. Febr. Vorgestern traf hierselbst im russischen Gesandtschaftshotel ein Kabinetskourier ein, der dem Herrn von Meyendorf eine Zirkularnote der russischen Regierung an sämmtliche europäische Großmächte zur Uebergabe an das hiesige Kabinet überbrachte. Diese Note erklärt in einer diplomatisch abgerundeten und gewandten Sprache, daß Rußland mit der größten Integrität an den Verträgen von 1815 festzuhalten gesonnen sei, insofern dieselben nicht bisher auf einem sonst gesetzmäßigen und von den andern Mächten anerkannten Wege abgeändert seien, und daß die Regierung des Czaren daher jede fernere Verletzung derselben, welche ohne ihre Zuziehung und Mitwirkung erfolgen sollte, als einen Casus belli betrachten werde. Bei den sich auf allen Enden Europas immer mehr häufenden Verwickelungen erhält diese Erklärung, gerade in diesem Augenblicke erlassen, ein hohes Gewicht. Eben derselbe Kourier überbrachte, dem Vernehmen nach, auch für Hrn. v. Meyendorf die Anweisung, der heute stattfindenden Eröffnung unserer Kammern nicht beizuwohnen. (K. Z.)

(Wir haben eine Bestätigung dieser etwas zweifelhaften Nachricht bis jetzt vergeblich erwartet.)

Berlin, 28. Febr. Von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist heute nachfolgende Benachrichtigung an den Handelsstand der Ostsee-Provinzen erlassen worden: „Die königl. dänische Regierung hat in einer vom 23. d. Mts. datirten, am 26. d. M. übergebenen Note erklärt: „„daß Se. Maj. der König von Dänemark sich durch die malmöer Waffenstillstands-Konvention nicht über die ursprüngliche für dessen Dauer verabredeten sieben Monate gebunden halten, und daß folgeweise die gedachte Konvention am nächsten 26. März ihre Endschaft erreicht haben werde. Es ist zwar diese Erklärung mit der Bemerkung begleitet worden, daß die königlich dänische Regierung sich der vertrauensvollen Hoffnung hingebe, es werde der gefaßte Entschluß nicht zu einer Erneuerung der Feindseligkeiten führen, und es berechtigen zwar ferner die jetzt unter englischer Vermittelung in London eröffneten Friedens-Unterhandlungen zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, noch vor dem wirklichen Ablaufe des Waffenstillstandes wenigstens die Friedens-Präliminarien festzustellen; da sich indeß der Erfolg nicht mit Sicherheit voraussehen läßt, beeile ich mich, den Handelsstand in den Seehäfen von der Lage der Sache hierdurch in Kenntniß zu setzen, und ihm die den Umständen entsprechende Vorsicht zu empfehlen, indem ich zugleich die Zusicherung aussprechen kann, daß die Staatsregierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen wird, welche geeignet sind, den diesseitigen Handel vor Verlusten zu schützen."

> **Berlin**, 1. März. Heute hielt nur die erste Kammer Sitzung. Die erste Kammer fängt da an, wo die zweite aufhört. Die Rechte der zweiten ist die Linke der ersten; hier sitzen hintereinander Walter und Baumstark, Hansemann und Milde. Und die Partei, welcher Einige von der Rechten der zweiten Kammer „tief in's Fleisch schneiden wollten," bildet die Rechte der ersten Kammer. Gerade vis-à-vis Walter sitzt Stahl; der protestantische Orthodoxe hält fest auch an den politischen Consequenzen des Territorialsystems. Einige Splitter der vorigen Nationalversammlung haben den verlornen Posten der äußersten Linken inne, der Pole Szumann und Gräff. Auf der äußersten Rechten saß heute Kisker, der vorgestern noch auf der Linken gesehen wurde. Seltsamerweise hat sich auch Bornemann unter die Vertreter des Patrimonialstaates auf die Rechte gesetzt; etwa, um im Himmel Freude zu machen? Die Kammer beschäftigte sich heute mit den Berichten der Ausschüsse über die Prüfung der Wahlen. Auch wo keine Wahl angefochten wurde,

verschonte die Gewissenhaftigkeit der Berichterstatter die Kammer mit keinen noch so unerheblichen Bedenklichkeiten. Die Kammer hatte bei einigen Beschwerden den Wunsch, beim Ministerium Klage zu führen. Wie vorgestern, war aber auch heute kein Minister anwesend. Nachdem Milde mit sanften Worten sich darüber beklagt hatte, erhob sich Hansemann zu einem derberen Angriff. „Ich muß mein schmerzliches Bedauern aussprechen, daß keiner der Minister, auch nicht von denen, welche Mitglieder dieser Kammer sind, zugegen ist. Wir sind sogut eine Volkskammer, wie die andere, und verlangen dieselbe Achtung. Um so größer ist die Hintansetzung, als Nachrichten von der höchsten Wichtigkeit für das ganze Vaterland eingetroffen sind, welche der zweiten Kammer mitgetheilt worden, uns aber nicht amtlich bekannt geworden sind. Und doch sind wir gleichberechtigt. Ich werde Alles thun, diese Kammer hoch zu halten. Ich spreche es unumwunden aus, ich finde das Benehmen der Minister unpolitisch, ich sehe darin eine Mißachtung". Stürmisches Bravo der Linken, Murren der Rechten. Das war der erste Akt der Opposition in der ersten Kammer, und der erste Schritt zu einem Ministerium — Hansemann-Unruh. Die Zusammenstellung klingt jetzt noch etwas seltsam; einige versteckte Worte der „Konstitutionellen Zeitung" deuten aber bereits auf die Nähe einer Verbindung dieser beiden Parteien, und die Nothwendigkeit der Dinge führt zu derselben.

Die zweite Kammer hat sich inzwischen in den Ausschüssen mit Prüfung der Wahlen beschäftigt. Man hört von ernsten Bedenklichkeiten bei Grävell und Gladbach.

Bei den heutigen Ergänzungswahlen hier sind Jung (sic!) Heinrich Simon, der Landrath Reuter und der Bürgermeister von Brandenburg, Ziegler gewählt worden. Heinrich Simon verdankt seine Wahl der Selbstüberwindung des Assessors Paalzow. Letzterer war der ursprüngliche Kandidat der Demokraten. Eine Fraktion derselben bestand aber auf H. Simon, und so bat denn Paalzow selbst seine Anhänger, von seiner Wahl abzustehen, damit die Gegenpartei, welche Beckerath aufgestellt hatte, nicht den Sieg davontrüge.

** **Berlin**, 1. März. Die erste Kammer hat sich heute konstituirt. Hansemann, der mit Rosenkranz, Milde, Wittgenstein, Kuh, Sperling auf der Linken sitzt, machte den Ministern, deren keiner anwesend war, heftige Vorwürfe, daß so gegen allen konstitutionellen Brauch, so unpolitisch und mit Nichtachtung der Kammer, die gleichfalls eine Volkskammer sei, nachdem gestern die Nachricht von der Kündigung der Malmöer Konvention durch die Minister der zweiten Kammer mitgetheilt wäre, heute dieselben es nicht für werth erachteten, der ersten Kammer eine Notifikation zu machen. Hansemann sagte dieß im Anfang der Sitzung; es brauchte nur ein Geheimerath sich aufzumachen um die Minister zu holen! Sie kamen indessen nicht, sondern Graf Bülow, Mitglied der Kammer und Unterstaatssekretär, erhielt den Auftrag, die Nachricht mitzutheilen. Er las dieselbe Rede vor, welche Minister v. d. Heydt gestern fesi gehalten hatte. Die Entschuldigung des auswärtigen Ministers war etwas schwächlich; er sei nicht Mitglied der Kammer, deßhalb nicht erschienen; ferner das Kabinet in pleno sei nicht vor die Kammer getreten; weil diese sich noch nicht konstituirt habe! Hansemann in der Opposition kam mir wie ein Anachronismus vor — auf der Rechten wurde gezischt, als die Linke lauten Beifall rief. Doch beunruhigen Sie sich nicht allzusehr ob dieser Rechten; da sitzen Bornemann, General Willisen, General Brandt, Dannenberger, Kühne rc. — Wir werden in dieser äußerlich wirklich allerliebst eingerichteten Kammer gewiß bei Berathung der Verfassung manche sehr angenehme Stunde verleben; denn hier wird der Kampf, welcher im Jahr 1848 parlamentarisch ausgekämpft worden wäre, wenn die große Bewegung dieses Jahres nicht eine schleunigere Entscheidung herbeigeführt hätte, zwischen den Konstitutionellen de la veille und du lendemain nachträglich und also, damit der Sieg unserer Grundsätze desto gründlicher zur Geltung komme, seine parlamentarische Wahlstatt finden.

Rudolph v. Auerswald wurde mit 109 von 123 Stimmen definitiv zum Präsidenten gewählt. Am Schlusse seiner Antrittsrede sagte er mit erhobener Stimme: „Einen Fähigeren hätte diese hohe Kammer finden können, aber Keinen, der eine heißere Vaterlandsliebe im Herzen trägt, als ich." Erster Vicepräsident wurde Baumstark; (mit 73 St.) er fand in dieser Wahl von Mitgliedern der ehemaligen sog. Nationalversammlung, die Intention der Kammer ausgesprochen, sich im organischen Zusammenhang mit der Vergangenheit des Landes zu wissen. Er werde, setzte er scherzhaft hinzu, seinem Namen nicht Unehre machen. Der zweite Vicepräsident, Heinrich v. Wittgenstein aus Köln mit 103 Stimmen erwählt, versprach Unparteilichkeit in Handhabung des Reglements und soviel an ihm stehe, Wahrnehmung des Ansehens und der Ehre dieser Kammer.

Das Programm der Rechten in zweiter Kammer, welches Anerkennung der Verfassungs-Urkunde, als des geltenden Staatsgrundgesetzes ausspricht, hat bis jetzt schon über 165 Unterschriften gefunden. Diese Partei hält ihre Versammlung, in der Regel unter Vorsitz des Frhrn. v. Vincke in Stadt London. In ihrem erwählten Komite sind Vincke, Alfred von Auerswald, Dr. Möcke (von der schlesischen Ztg.), Friedr. Harkort u. s. w. Die konstitutionelle Partei der ersten Kammer hält im Mielentz'schen Saale Vorversammlungen. Sollte in der zweiten Kammer von Seite der Linken die Wahl eines provisorischen Präsidenten angeregt werden, so wird wahrscheinlich Grabow von der Rechten durchgesetzt werden.

Heute sind Heinrich Simon, Ziegler (Oberbürgermeister von Brandenburg) und — horribile dictu! — Reuter und Jung, die beiden Mignons der Linken, von der guten Stadt Berlin gewählt worden. Die Demokraten par excellence sind darüber fast unzufriedener, als wir; sie wollten Bruno Bauer wählen.

Die Kündigung der Malmöer Konvention bringt wahrscheinlicherweise Dänemark um Englands thätige Freundschaft; beruht dieser Uebermuth auf etwas Reellerem, als dänischem Fanatismus, nämlich auf Rußland, so könnte leicht England mehr als bloß neutral werden. Wenn wir jetzt nur auftrumpfen! Läuten Sie Sturm — dann klärt sich noch der Himmel auf. Ich wittere so etwas von einer europäischen Verwicklung.

× **Hannover**, 27. Febr. In der Konferenz zwischen Mitgliedern beider Kammern über die abweichenden Beschlüsse in Bezug auf das Ministerialschreiben vom 10. Februar ist es zu keiner Einigung gekommen. Es laufen fortwährend Petitionen für die Grundrechte ein, einige auch dagegen. Allein die letzteren sind großentheils durch Unterbeamte zu Stande gebracht, über deren nachtheiligen Einfluß auf die ländliche Bevölkerung Stüve selbst neulich Klage führte. Die zweite Kammer hat sich bis Morgen Nachmittag vertagt.

Hannover, 27. Febr. Aus Osnabrück ist eine Deputation hier angelangt, um im Sinne der mitgetheilten Adresse der zweiten Kammer für ihren Beschluß vom 19. zu danken und sie zur kräftigen Durchführung des Begonnenen gegenüber der ersten Kammer aufzufordern.

Freiburg, 1. März. Das hiesige Hofgericht hat an die Geschwornen und Zeugen in dem Prozesse von Struve und Blind die Aufforderung ergehen lassen, zur Eröffnung der Sitzungen in diesem Prozesse bis zum 20. März hier einzutreffen. (N. Fr. Z.)

Oldenburg, 26. Febr. Unsere Regierung beginnt mit der Vermehrung unseres Militärs — und man muß es dankbar anerkennen — auf eine sparsame Weise. Am 1. März beginnt die Aushebung und zwar von der Jahresklasse 1826—48, 208 Mann für die Infanterie und 21 Mann für die Artillerie; dagegen wird eine gleiche Anzahl der ausgebildeten Soldaten beurlaubt werden, so daß dem Staate keine besondere Last durch diese Vermehrung entsteht.

Rendsburg, 27. Febr. Die gestern hier abgehaltene Versammlung von Abgeordneten der verschiedenen Wehrkommitteen hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, als deren Summe sich die Konstituirung eines Centralwehrausschusses bezeichnen läßt, welcher nach der einen Seite mit der Regierung, nach der anderen Seite mit den Lokalkommitteen in Verbindung zu treten und die gesammte Wehrangelegenheit zu leiten hat. (Schl.-Holst. Ztg.)

Frankreich.

* **Paris**, 28. Febr. Die zweite Lesung des Wahlgesetzes ist beendet, die dritte wird am 6. März beginnen. Es werden noch einzelne Amendements eingebracht werden, so daß sich die Schlußabstimmung bis zum 8. verzögern dürfte; 3 Tage sind zur Verkündigung nöthig und die Anfertigung der Wahllisten kann

Uebersicht.

Für die Großdeutschen.

* Vom Rhein, 2. März. Offen gestanden, ich hatte bisher nie an eine Wirkung meiner Schreibereien in Ihrem Blatte geglaubt, und hatte es seit lange nicht mehr darauf angelegt. In der Allgemeinen Zeitung spricht seit einigen Tagen ein „Isolirter" vortreffliche kurze Worte vor sich hin, auf die Niemand hören wird; in solch einer Lage sah ich auch mich; ich schrieb meine Herzensergießungen nieder wie Denkblätter aus einer interessanten Zeit, die man in späteren Tagen gern einmal wieder aufschlagen würde zur Erinnerung. Ich dachte mit einem großen Manne, Verdruß sei auch ein Theil des Lebens; den sollten die Rheinbriefe mir bewahren. Die Schriften, in Bezug auf welche der große Mann diesen Satz von sich sagte, hatten indeß die Wirkung, daß sie auch Anderen Verdruß machten. Und das gewahre ich jetzt, daß sich diese Wirkung im Kleinen wie im Großen einstellt, daß nämlich Verdruß auch wieder Verdruß erzeugt. Verstellung ist meine Sache nicht: ich muß sagen, daß mir das rechte Freude macht. Es wäre doch auch gar unchristlich gewogen, wenn denn Aergerniß in die Welt kommen muß, daß es von der ganzen Welt käme und sich alles auf Einen Menschen allein abladen sollte. Die Frankfurter Korrespondenten in der Allg. und Karlsruher Zeitung, mit denen ich gestern zu thun hatte, haben mir etwas von meiner Last abgenommen. Heute sehe ich, daß der Graf Arco-Valley sich in der ersten baierischen Kammer sehr über einen Artikel der „Deutschen Zeitung" erbost hat, in dem offenbar zum Bürgerkrieg aufgefordert werde. Der Artikel muß entweder von mir sein, oder es ist ein anderer aus Berlin, dessen ich mich annehmen will, wie meines eigenen. Wenn der Herr Graf mit der Deutschen Zeitung ein Tänzchen wagen will, so bitte lassen Sie mich ihm aufspielen. Gegen eine solche Partei, sagte der Graf, und gegen ihre Bestrebungen müsse man sich kategorisch aussprechen. Das ist eben unsere Meinung gewesen. Und es ist uns dabei ganz einerlei, ob die Partei, die solche Bestrebungen hat, eine Regierung, oder eine Dynastie, oder auch eine ganze Bevölkerung ist. Was uns dabei nur leid thut, das ist das, daß wir in so ungleicher Stellung stehen, daß wir einer etwaigen dynastischen oder Regierungspartei gegenüber nur einen Schreiberstandpunkt einnehmen, statt daß man, um auf gleichem Fuße zu stehen, die Macht zu handeln eben so haben müßte, wie der Gegner. Bei solcher gleichen Stellung würden wir die Regel des Hrn. Grafen, die wir ganz billigen, in einem natürlichen Climax nur noch steigern: Gegen die, die zum Bürgerkrieg (nur mit Worten) auffordern, sich kategorisch aussprechen; gegen die, die damit faktisch drohen, thatsächlich rüsten; gegen die, die angreifen, dreinschlagen. Nun drehe der Herr Graf aber die Dinge nicht herum. Oesterreich, Oesterreich, daß es der Herr Graf höre, Oesterreich hat in Berlin aufgefordert, vierzigtausend Mann gegen Frankfurt aufzustellen. Das widerlege uns der Herr Graf. Aber er thue es nicht, wie die Widerleger der A. Z., die es für eine Unwahrheit erklärten, daß man in Ollmütz daran gedacht hätte, 10,000 Oesterreicher gegen Frankfurt zu schicken. Worauf die deutsche Reform noch einmal kategorisch fragte, ob man dorther auch nicht angetragen hätte, 20,000 Preußen, 10000 Baiern u. s. w. aufzustellen, hinter die man sich mit gewohnter österreichischer Arglist besser verstecken wollte! Auf diese kategorische Frage ist keine Antwort erfolgt. Widerlege der Herr Graf die Nachricht, daß dieß von Oesterreich geschehen sei, überzeuge er uns, daß es nicht geschehen sei. Wenn er das nicht kann, so gestehe er uns ein, daß Oesterreich, Oesterreich, damit es der Herr Graf ja deutlich höre, Oesterreich zum Bürgerkrieg nicht allein aufgefordert, sondern faktisch damit gedroht habe. Und gestehe er nur, daß alle die deutschen Regierungen und Stämme und Parteien, die sich auf die Seite dieses Oesterreichs stellen, das die neuen glänzenden Hoffnungen der deutschen Zukunft mit diesem Stücke aus der Zeit unserer schmachvollsten Vergangenheit eröffnen will, näher oder entfernter, die Mitschuldigen dieser vaterlandsverrätherischen Politik sind, die wir, Dank der freien Presse und zum Verdrusse aller, die sie gerne vertuschen und verhüllen möchten, jetzt wenigstens mit ihrem wahren Namen nennen dürfen. Und wenn der Hr. Graf dieß Alles zugestanden hat, dann bekenne er sich auch folgerichtig zu unserem Climax, den wir in feinem Simme aufgestellt haben: Gegen den, der Bürgerkrieg droht, muß man rüsten. Und da wir armen Schreiber nicht über Bajonette zu verfügen haben, so müssen wir den zur Rüstung zu überreden suchen, der sie hat. Und da wir einen Erfolg der Ueberredung nur da hoffen können, wo man an der angegriffenen Volkssache, an dem Bundesstaate, festhält, so mußte unsere Mahnung, zu rüsten, an Preußen und an die 22 Millionen Deutsche gerichtet sein, die sich für den Bundesstaat erklärt haben. Ist dies dem Herrn Grafen verständlich und deutlich? Wir sind in Nothwehr begriffen. Wir fordern nicht zum Bürgerkrieg auf, sondern wir sprechen gegen den, der dazu auffordert. Wie nennt der Herr Graf das Attentat der italienischen Armee gegen den Reichstag zu Kremsier? Der Reichstag in Kremsier hat bei uns blutwenig Sympathieen, aber er ist der konstitutive Körper, den die österreichische Regierung berufen hat. Hätte er die Macht, die er vielleicht in den ersten Tagen seiner Zusammenkunft hatte, noch heute, so war der Protest der italienischen Armee ein Signal zum Bürgerkrieg. Die Regierung aber, die so etwas schweigend duldet, erregt den Verdacht, daß sie sich zum Bürgerkriege von einem blind gefügigen Heere gerne schieben läßt. Und wenn sie das gegen ihre eigenen Unterthanen thut, wie sollte sie es nicht gegen die deutschen Heloten? Wenn die Armee so von ihrem eigenen Reichstag spricht, wie wird sie demnächst zu dem Frankfurter sprechen? Wer für alle diese Zeichen von Oesterreichs Politik und seinen Absichten auf Deutschland kein Verständniß, gegen diese drohenden Gewaltthaten keine Rüstung, und wenn ihm diese nicht gegeben ist, keine Entrüstung hat, wer trotz alledem uns noch einmal dem österreichischen Korporalstock untergeben, Metternich noch einmal restauriren will, sei es ein Einzelner, sei es eine Partei, sei es eine Regierung, eine Dynastie, ein Volksstamm, — erlaube es uns der Herr Graf zu sagen, ihm und allen sogenannten Großdeutschen, an dem ist nichts groß-deutsch, weder die Vaterlandsliebe, noch das Ehrgefühl, noch der politische Verstand. So schiebe uns denn also der Herr Graf nicht ein Verbrechen zu, das wir an Anderen zu rügen hatten, auf deren Seite er sich stellt. Der Fall ist gar zu klar, er wird jeden Tag klarer, als daß man die Welt darüber zu beirren hoffen könnte. Und gleichwohl ist es das Kunststück der ganzen großdeutschen Partei, immer mit der keckſten Stirne alle Verhältnisse auf diese Weise auf den Kopf zu stellen. So geht es über Preußen und die preußische Partei her, die allein nie von dem geraden Weg gewichen ist. Die verfassunggebende Nationalversammlung in Frankfurt, das war immer der gerade Weg gewesen, auf dem man in Deutschland zu einem Ziele zu kommen hoffte. Oesterreich sagt sich von ihm los. Baiern und die königlichen Regierungen sagen sich von ihm los. Und eine Flut von Schmähungen geht über die preußische Partei und über Preußens Politik los, die nur ganz stille bei der Nationalversammlung und auf dem geraden Weg geblieben ist. Wenn uns die baierischen Herren so selbstgefällig sagen, daß wir ein halbes Deutschland machen wollen, daß wir nach den Stimmungen in Baiern auch nur ein halbes Deutschland machen können, so haben sie nie daran gedacht, daß all die Unthaten auf ihrer Seite auf der anderen, weil es nicht nöthig war, nie nur im Schatten vorgekommen sind. Die Wagschale wird erst gleich stehen, wenn die Sachen für Großdeutschland einmal so günstig stehen, wie für Kleindeutschland, und wenn Preußens Regierung dann wie Oesterreich sagt, sie würde sich Niemand unterordnen, und wie Baiern mündliche Berufung bei Lord Palmerston auf die Verträge einlegt, und wenn Stände und Volk aufstehen und Alles gut heißen, was partikularistisch gut preußisch ist. Dann erst wögen die Sünden gleich, dann dürfte man in Oesterreich und Baiern Preußen erst noch keine Vorwürfe machen! Welche Parteiblindheit gehört denn dazu, daß die Sündigen die Fleckenlosen anklagen dürfen! Welche verdorbene Welt, wo (nach Shakespeare) das Böse, wie ein Häscher, das

Gute, wie einen Schächer, gefangen führt! Welche Nation, wo sich das bei diesen krummen Wegen der Regierungen unbetheiligte Volk in so großen Massen auf die Seite der Unterdrückung, der Diplomatie, der Ränke und Machinationen stellt, gegen die man sich so eben in einer furchtbaren Bewegung erhoben hat!!

Die Kirchenverfassung im westl. Preußen.

♀ Aus dem westlichen Preußen, 25. Febr. Der damalige Kultusminister, Graf Schwerin, verfuhr zu rasch, als er im März v. J. sofort das kaum geschaffene Ober-Konsistorium auflöste, welches durch seine kollegialische Selbstständigkeit so geeignet gewesen wäre, das evangelische Kirchenregiment vorläufig fortzuführen, und die plötzlich unvermeidlich und dringlich gewordene Auseinandersetzung der Kirche mit dem Staate vorzubereiten. Die Kommission, welche dann rein nach dem Belieben des verantwortlichen Ministers gebildet wurde, war nicht im Stande, jene Behörde zu ersetzen. Jetzt ist der Mißgriff wieder gut gemacht, und durch den königlichen Befehl vom 26. v. M. in der fortan in kollegialischer Selbstständigkeit dastehenden evangelisch-geistlichen Abtheilung des Ministeriums des Kultus das Ober-Konsistorium unter anderm Namen wieder hergestellt. Der Erlaß dieser Behörde vom 13. d. M. zeigt, daß sie ihre Aufgabe richtig als eine des Uebergangs würdigt. Es bleibt zu wünschen, daß sie auch die rechte Stellung zu der evangelischen Kirche der westlichen Provinzen findet. Diese Kirche wird sich allerdings die Hoffnung auf organische Einigung mit der evangelischen Christenheit in ganz Preußen, und weiter in ganz Deutschland und der übrigen Welt weder selbst verbauen, noch verbauen lassen. Aber eben so wenig ist sie gesonnen, die Errungenschaft dreier Jahrhunderte, welche sie vor dem übrigen Deutschland voraus hat, ohne Weiteres in den Schmelztiegel neuer weit aussehender Experimente mit hineinzuwerfen. Diese Errungenschaft ist ihre presbyteriale Verfassung in ihrer Gliederung einer aus allen ihren Gliedern, den Nichtbeamten wie den Beamten (Pfarrern), hervorgehenden Vertretung der Ortsgemeinden, wie der weitern Kreise (Synodalbezirke) und der ganzen Kirchenprovinz. Diese Verfassung setzt sie in Stand, jetzt wie seit Jahrhunderten, die kirchliche Gesetzgebung in autonomer Weise auszuüben, und auch die kirchliche Verwaltung hat sie theilweise längst durch selbstgewählte Beamte ausgeübt, und vermag leicht auch diejenigen ständigen Verwaltungsbeamten aus sich hervorzubringen, deren sie nunmehr welche bedarf, nachdem die königlichen Verwalter des Kirchenregiments durch die neueste Gesetzgebung, namentlich durch die Verfassung vom 5. Dezember, das Recht und die Fähigkeit dazu verloren haben. Dieß wird sie mit Vermeidung unfriedlicher, tumultuarischer, zerrüttender Hast, einfach und rasch vollbringen, die entsprechenden nothwendigsten Modifikationen ihrer Verfassung beschließen, das ihr gebührende Kirchengut sich sicher stellen und dann vollkommen bereit sein, alle und jede Kirchengewalt für ihren Bereich aus den Händen der Staatsbehörde zu übernehmen, und sie so selbstständig zu verwalten, wie es §. 12 der Verfassung ihr sichert.

Ganz anders steht es mit der evangelischen Kirche der östlichen Provinzen. Sie hat ihren organischen Ausbau, an dem wir drei Jahrhunderte lang gearbeitet haben, erst zu beginnen. Kaum sind dort die Ortsgemeinden bis zu den Elementen organischer Gliederung gelangt; den größeren Kreisen, und vollends den Landschaften fehlt es ganz und gar an einem organischen, synodalen Verbande, welcher, wie der unsrige, das ganze christliche Volk, nicht blos die Pfarrer umfaßte. Die kirchliche Einheit jener Provinzen, einzeln und zusammengenommen, ist aber lediglich eine administrative und sie werden von einer und derselben landesherrlichen Kirchenbehörde regiert. Eine organische Einheit der westlichen Provinzialkirchen mit der evangelischen Christenheit der östlichen Provinzen, mit der ganzen sog. preußischen Landeskirche existirt nicht: diese ganze Landeskirche ist bis jetzt nur ein Aggregat innerlich unverbundener, aller organischen Wechselwirkung völlig baarer Theile, deren Einheit eben nur darauf beruht, daß sie aus einem und demselben Ministerial- oder Konsistorialbureau Reskripte, Mahnungen, gelegentlich auch Agenden u. dgl. erhielten. Soll dort also die Autonomie der Kirche eine Wahrheit werden, so gilt es, ihre vereinzelten Glieder in einem Neubau von Grund aus zu organischer Einheit zusammen zu fassen.

Aber an diesem Neubau können die westlichen Provinzialkirchen nur einen entfernten Antheil liebender und hoffender Mitarbeit nehmen; unmittelbar für sich selbst können sie nicht daran mitbauen, so weit sie ihn für sich längst vollbracht haben. Das ist kein sonderbündlerisches Gelüst, wie man in Berlin, wo das Sensorium für die Lage und das Bedürfniß der Provinzen so oft vermißt, so leicht verloren wird, zu glauben scheint. Es ist nur eine geschichtliche Nothwendigkeit. Wollten die westlichen Provinzialkirchen tabula rasa bei sich machen, um auf gleichem Niveau wie die östlichen Provinzen mit diesen von vorn zu bauen, so hieße das 300 Jahre ihrer Geschichte und das in dieser Zeit Erarbeitete vergessen und verläugnen; es wäre ein Frevel an uns selbst und an unsern östlichen Brüdern, denen unsere Erfahrungen und Errungenschaften zu Gute kommen sollen wie uns selbst. Rathen können wir ihnen bei dem Neubau, dessen Nothwendigkeit jetzt so plötzlich über sie gekommen ist, aufmerksam machen auf die schwachen Punkte unserer Kirchenverfassung, die sie etwa bei sich wiederholen möchten, warnen wenn sie im Begriff wären, die gehoffte künftige organische Verbindung mit uns zu verbauen; von ihnen Warnung in gleichem Sinne dankbar annehmen, und bei der Entwicklung unserer eignen Kirchenverhältnisse, alles was jene Verbindung erschweren könnte, sorglich meiden: das ist es, aber mehr nicht, worin die westlichen Provinzialkirchen mit den östlichen Provinzen zusammen gehen können und wollen, bis jene kirchlich verfaßt sind. Es wird gut sein, daß man sich in Berlin hierüber nicht täuscht, und nie mehr vergißt, daß die westlichen Provinzen eine sehr ausgebildete Kirchenve.fassung bereits lange besitzen.

Zur Geschichte der Thüringischen Anschlußfrage.

♃ Aus Thüringen, 26. Febr. Selbst dem aufmerksamsten Beobachter der Schattirungen öffentlicher Meinungen dürfte es schwer werden, jetzt zu entscheiden, wohin will die große Mehrheit der Bevölkerung? Will sie einen Bundesstaat mit Exekutivgewalt und Landtag, die Einzelregierungen mit dem Charakter der Provinzialverwaltungen — will sie einen engen Anschluß an Preußen — oder an Sachsen — oder will sie bleiben, wie sie ist?

Entschieden zu verneinen dürfte die letzte Frage sein, sobald man nämlich die Partei der hiesigen, sogenannten Demokraten, oder bezeichnender: der Anarchisten, nicht mitzählt. Und man darf sie weglassen, ohne Unrecht zu thun; denn politisch berechtigt ist nur, wer mit der Einsicht in die Grundbedingungen der staatlichen und gesellschaftlichen Existenz den redlichen Willen verbindet, diese Einsicht zum Nutzen des Ganzen geltend zu machen. Beides aber fehlt dieser Partei trotz der Majorität in dem oder jenem Landtage; ihre verworrenen kommunistisch-republikanischen Schwätzereien, ihre Verachtung jedweden öffentlichen und privaten Rechts zwingen zu diesem Urtheil. So lange die Menschen nicht im Einzelnen wesentlich besser werden, so lange werde ich kein begeisterter Freund rein demokratischer Institutionen sein; sollte es sich praktisch bestätigen, daß durch die Demokratie die Menschen wirklich gehoben und veredelt werden, so will ich mich gern bekehren; dann aber ist auch der Stab über die hiesige Demokratie gebrochen, denn soviel steht mauerfest, daß sie die unteren Klassen noch viel mehr demoralisirt hat, als sie es vorher schon waren. Lassen wir also unsere Demokratie und gehen wir weiter.

Der Bundesstaat fand eine Zeitlang viele Anhänger, denn er erschien als der nächste Weg, die zahlreichen Mängel so zersplitterter Verwaltungen aufzuheben. Er garantirte ferner die stammliche Selbstständigkeit — die Grund- und Lieblingsidee des Deutschen. Allein bald folgte die Erkenntniß, daß die Eifersüchtelei der einzelnen Regierungen, ja der einzelnen Ländchen und Städtchen dem eine unübersteigliche Schranke entgegensetze; man fürchtete hegemonische Versuche Weimars, und mit ächter Kleinstaaterei sträubte man sich, gerade den mächtigeren als den ersten anzuerkennen. Dazu kam, daß bei näherer Prüfung Zweifel darüber aufstiegen, ob der Bundesstaat würde seinem Zwecke genügen können? Und der wirkliche und natürliche Zweck aller Umgestaltungsversuche hier zu Lande ist Schutz gegen die Anarchie, die trotz aller Besatzung und aller Proklamationen von hergestellter Achtung vor dem Gesetz, fortbesteht, Schutz gegen die Wühlereien, die unablässig die unteren Klassen gegen die oberen hetzen, zum Verderben Aller. In der That, wie sollte in dem haltlosen Gewirre der thüringischen Staaten eine kraftvolle Gesammtregierung erstehen können? Vielleicht, daß dieser Grund den Eifersüchteleien der Regierungen erst einige Wirksamkeit gab, vielleicht auch, daß sich die Regierun-

gen fürchteten, unter dem Schutze eines so schwachen Dammes den Kampf mit den Anarchisten aufzunehmen. Denn die hiesigen Regierungen sind beinahe wie eine Decke von Wasserpflanzen über einem See; sie schwanken auf und ab, rechts und links, wie gerade die Wellen gehen, und warum sollten sie nicht? Denn wenn die Reichstruppen uns verlassen, so — — —

Der Anschluß an Preußen hat auch seine Bedenken. Vor Allem scheint Preußen keinen Verdacht auf Vergrößerungsgelüste erwecken zu wollen, und hat dem Vernehmen nach entschieden abgelehnt. Dann ist Preußen offenbar zu mächtig, zu einheitlich gestaltet, als daß die versessenen Partikularisten nicht lebhafte Furcht für den Fortbestand der 8 oder 9 thüringischen Nationalitäten hegen sollten. Und endlich ist die Idee von Preußen hier zu sehr mit dem berüchtigten Berlinischen Wesen verwebt, so daß Eins mit dem Andern ziemlich allgemein und gründlich gehaßt wird. Anders ist es mit den Preußen benachbarten Theilen; dort hat man bessere Einsicht gewonnen, doch ohne große Sympathieen. Sie lächeln, daß ich sage dort? Als ob nicht ganz Thüringen benachbart wäre? Kommen Sie nur her, und sehen Sie selbst; die Landkarte gilt nicht. Freilich hat Preußen Macht und gibt Schutz; die Zustände entwickeln sich besser, als man geahnt; man dürfte hoffen, daß Preußen nachdrücklicher für die Wiederkehr gesetzlicher Zustände sorgen würde, aber Preußen will nicht — die Partikularisten wollen nicht — was bleibt da übrig?

Der Anschluß an Sachsen. Es gab eine Zeit, wo Sachsen bloß zu sagen brauchte: Kommt her, die Ihr mühselig und beladen seid — und Thüringen wäre wohl gekommen und hätte sich erquicken lassen. Es gibt der natürlichen Bande gar viele, die Thüringen an Sachsen fesseln. Es ist Ein Volksstamm; Sprache, Sitten, Gebräuche sind gleich oder nahe verwandt. Die meisten der Staaten gehörten einmal zu Sachsen. Die frühere sächsische Regierung hatte sich durch die Trefflichkeit ihrer Gesetze, durch ihre Freisinnigkeit in einer drückend beschränkten Zeit, durch ihr besonnenes Fortschreiten viel Sympathieen erworben. Thüringen ist deutsch gesinnt; das frühere Verhalten, wo sich das Ministerium Braun und alle Parteien zu Frankfurt stellten, entsprach dieser Gesinnung; von Sachsen brauchten die Partikularisten nicht viel zu fürchten, hatte es doch die Verfassung seiner Lausitz geschont; seine Haltung versprach genügenden Schutz für Personen und Eigenthum. Waren für Preußen, namentlich damals, nur sehr wenige Stimmen, worunter freilich die der ersten Kapazitäten, so waren für Sachsen fast alle Theile der Bevölkerung; selbst ein großer Theil der Anhänger des Bundesstaates wollte dessen Oberleitung durch Sachsen. Auch die Haltung der sächsischen Reichstruppen trug dazu bei, die Sympathieen zu vermehren.

Aber Sachsen verfehlte, wie schon einige Male in seiner Geschichte, den richtigen Zeitpunkt. Seitdem in Sachsen die antideutsche Stimmung sich breit macht, seitdem das Ministerium darin den Ton angiebt und seinerseits unter dem Einflusse einer Majorität steht, die sich aus einer Koalition der Vaterlands- und der republikanischen Vereine bildete; seitdem sich die Kammern auch dort würdig an unsere verschiedenen konstituirenden Versammlungen in Haltung und Intelligenz, sowie in dem angezweifelten moralischen Werthe einzelner ihrer Glieder anschließen: seitdem sieht man für Sachsen eine Periode im Anzuge, wie diejenige, welche das „Oberkommando in den Marken" hervorrief und vermag nicht, das Bedenken zu unterdrücken, ob die dermalige Regierung, bei ihrem Schönthun mit den Affiliirten des Märzvereins, Energie finden werde, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen. Was soll ihr da ein so durchwühltes Land wie Thüringen? Die Noth und die Plage mehren? Aber nicht dieses Mehrens wegen sucht Thüringen einen Anschluß. Die Sympathien für Sachsen kommen mir vor, wie ein großes Handlungshaus, das bei ansehnlicher Aktivbilanz genöthigt ist, der Zeitläufte wegen seine Zahlungen zu suspendiren.

Das ist die Anschlußfrage, wie sie sich im Laufe der Zeit gestaltet hat. Weit entfernt, auszusprechen, wohin man sich wenden solle, habe ich nur versucht, deren Phasen zu schildern. Jetzt herrscht Rathlosigkeit, die Demokraten lachen sich ins Fäustchen, hoffen auf die Erbschaft und sprechen laut von Anschluß an Sachsen, weil dieses dem Strome der Reaktion trefflich widerstehe. Und darin haben sie vollkommen Recht, denn man ist weit entfernt sagen zu können: „Schon spricht die Reaktion von der Wiederkehr des Vertrauens" — von Vertrauen ist keine Spur. Mittlerweile blickt man hier auf Kurhessen und würde selbst auf Bayern reflektiren, wenn dessen antideutsche Haltung dem nicht hinderlich wäre. Nun, wir werden ja sehen, was die Zukunft bringt.

(Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, daß uns gegen den Art. unseres ♃ Korrespondenten vom 7. Febr. [Nr. 46., Beilage II.], eine lebhafte Reklamation aus Thüringen zugegangen ist. Wir setzen die Hauptstelle daraus hierher, in welcher der fragliche Hergang wie folgt erzählt wird. „Der in Rudolstadt versammelte Landtag unterhandelt seit mehreren Wochen mit den fürstlichen Kommissären über Vereinigung der Kammereinkünfte mit der Landeskasse und Feststellung der Civilliste. Der Grund warum man trotz der schon so lange darüber hin und her gezogenen Unterhandlungen noch zu keinem Resultat gekommen ist, dürfte theilweise darin liegen, daß die Landtagsmitglieder bei Prüfung des Standes der Kammerfinanzen sich in ihren Erwartungen etwas getäuscht sahen, indem sich anstatt der gehofften aktiven Kapitalien bei Fürstl. Kammerkasse noch Schulden vorfinden. Obgleich diese im Verhältniß zu dem sehr werthvollen Grundeigenthum der Fürstl. Kammer nicht eben bedeutend sind, so hat diese Entdeckung doch allgemeines Staunen erregt, da nie bei der Fürstlichen Familie und Hofhaltung übertriebener Luxus geherrscht hat und die Kammerverwaltung stets mit sehr großem Eifer auf Vermehrung der Kammereinkünfte bedacht war. Dies und der Umstand, daß bei den Unterhandlungen über die Civilliste ein fürstlicher Beamter mitwirkte, welcher sehr mißliebig geworden war und in den Märztagen seinen Posten verlassen mußte, hat einige Unzufriedenheit und Mißtrauen erregt und gab Veranlassung zu einer Petition um Entfernung dieses Beamten aus der Nähe des Fürsten bei den Verhandlungen über die Civilliste. Bei Vorbereitung dieser und einer anderen Petition, in welcher die Bewohner Schwarzburgs um Entfernung eines adeligen Offiziers aus dem Staatsdienst baten, weil derselbe in einer öffentlichen Gesellschaft den Bauer: „für ein nützliches Thier aber General-Heuochsen" erklärt und sich noch verschiedene andere sehr unpassende Aeußerungen erlaubt hat, sind einige Versammlungen in den gewöhnlichen Gesellschaftslokalen vorgekommen um die Petitionen zu unterzeichnen. Hierbei mag wohl der gefährliche Wirth in Oberweisbach, weil er die Sache für dringlich hielt und bei den bekanntlich im Februar etwas kurzen Tagen, noch bei Nachtzeit die Landleute zur Betheiligung durch Unterschrift eingeladen haben. Sollten hier oder bei anderer Gelegenheit einige Worte von todtschlagen 2c. gefallen sein, so kann man dies den schlichten Landbewohnern wohl nicht so hoch anrechnen, da dieselben erst durch das Benehmen einiger jungen adeligen Herren, von welchen man doch mehr Bildung erwarten könnte, aufgereizt worden sind. Aber an einen bewaffneten Zug nach Rudolstadt hat niemand gedacht, ein solcher liegt auch gar nicht in dem Charakter der gemüthlichen Thüringer Waldbewohner, die zufrieden sind wenn sie hinlänglich Holz und Kartoffel haben. Ernstliche Unruhen könnten höchstens dann entstehen, wenn die Reichstruppen die Kartoffel durch ihr zu langes Verweilen seltener und theuerer machten. Die einzige zu beklagende Unordnung ist die in manchen Gegenden vorkommende vermehrte Beraubung der Forste, zu deren Abstellung aber die Reichstruppen noch gar nichts beigetragen haben." Wir wollen unsern Lesern überlassen, wie sie nach dieser Berichtigung von den thüringischen Verhältnissen zu denken geneigt sind; ein entscheidendes Urtheil maßen wir uns in diesen Wirrnissen nicht an. Dagegen liegt uns ob, unsern Korrespondenten, als wahrheitsliebenden und von keiner ausschließlichen Parteiansicht befangenen Beobachter, der sich übrigens irren kann wie andere Leute, in Schutz zu nehmen gegen gehässige Vermuthungen und abgegriffene Parteibeschuldigungen).

Deutschland.

München, 27. Febr. Eine peinlichere Sitzung als die heutige der Abgeordneten haben wir in dieser Kammersession noch nicht erlebt. Nachdem Dr. Müller aus Aschaffenburg, der konfuseste aller konfusen Köpfe, heute wieder seine alte in seinem Munde klanglose Melodei: „Das ganze Deutschland soll es sein" ein paarmal wiederholt, erfolgte eine ministerielle Erklärung hinsichtlich der Vergütung für Naturalverpflegung an die in Schwaben und in der Pfalz aufgestellten Reichstruppen. Die Regierung versprach die Ansprüche der Quartiergeber zu befriedigen, sobald sie hierüber mit der provisorischen Reichsgewalt abgerechnet habe. Bei dieser

Gelegenheit fiel ein ganzer Wolkenbruch von Klagen und Interpellationen auf den Ministertisch herab. Viele Abgeordneten führten im Namen ihrer Kommittenten bittere Beschwerden über die Anmaßungen und die schlechte Aufführung der einquartierten bairischen Soldaten besonders im Kreise Schwaben und Neuburg. Am längsten und unständlichsten sprach Herr Schlund aus Kempten, der es gewöhnlich recht gut meint, dem aber alle Parteien den Ruhm zuerkennen, der schlechteste und langweiligste Redner des bairischen Landtags zu sein. Herr Schlund behauptete unter Anderem: manche Soldaten hätten sich sogar erfrecht, von ihren Quartiergebern Wein zu fordern. Die Debatte nahm eine gewisse Bitterkeit an, als der zur ultramontanen Partei gehörende Obrist Kratzeisen behauptete, nur die schlechte Presse, nicht die Soldaten, hätten dergleichen Exzesse hervorgerufen. Herr Schmidt aus Nürnberg entschuldigte sowohl die Zeitungen als die Soldaten und fügte das drohende Wort bei: „es werde eine Zeit kommen, wo die Soldaten ihre Bajonette gegen andere Personen kehren würden als gegen Bürger und Journalisten." Zu unserer Verwunderung läßt man diese unparlamentarische Sprache ohne Ordnungsruf hingehen. Nachdem auch noch wegen der Neuen Münchener Ztg. interpellirt worden, durfte man hoffen, daß es mit diesen Interpellationen an ein Ministerium, das seinen Rücktritt erklärt hat und mit Sehnsucht der Stunde entgegensieht, wo es seine Marterbank räumen kann, zu Ende sei. Aber Herr Schlund, der heute von unermüdlicher Redelust befallen, protestirte in einem pathetischen Tone, der ihm komisch genug stand, gegen den Schluß mit der Erklärung: er habe noch eine höchst wichtige Interpellation vorzubringen und hielt nun eine einstündige Rede in einem deutschen Kauderwälsch, wie es selbst im Kremsierer Reichstag, wo so viele Tschechen und Polacken sitzen, noch nicht gehört werden. Herr Beisler vertheidigte sich kurz und mit Würde.

† Aus der Pfalz, 1. März. „Die Macht der Könige ist gegründet auf die Vernunft und auf die Thorheit des Volkes, und zwar weit mehr auf die Thorheit als auf die Vernunft." Zu diesem Worte des geistvollen Pascal bietet das politische Treiben unserer Pfälzer, die sich mit politischer Bildung so gerne brüsten, einen trefflichen Commentar. Es gehört nichts weiter als gesunde Vernunft dazu, um zu begreifen, daß wenn in den deutschen Staaten das absolutistische Wesen gebrochen und durch einen ächten Konstitutionalismus ersetzt werden soll, dieses nur durch eine mächtige, Achtung gebietende Centralgewalt geschehen kann. Mit richtigem Takt ergriffen die Männer der Opposition in unserer Ständekammer die Idee der Centralisation in diesem Sinne. Von ihr, und gleichsam von den Sympathieen des ganzen deutschen Vaterlandes getragen, errangen sie in den ersten Sitzungen Sieg auf Sieg und die ultramontanen Künste des Partikularismus zerstoben vor ihren Angriffen, wie Spreu vor dem Sturmwind. Die politischen Wortführer der Pfalz, die Volksvereine, erkannten es nicht minder, daß sie nur durch das Hervorheben der allgemeinen deutschen Sache und durch eine energische Wirksamkeit für die Anerkennung der Grundrechte, der Nationalversammlung und Centralgewalt, von Bedeutung für die gegenwärtige Entwicklung Baierns werden könnten. Adressen auf Adressen wurden nach München gesendet, um die Deputirten zur muthigen Beharrlichkeit aufzumuntern. Ihre Zahl ist über 20, und sie sind mit mehreren tausend Unterschriften bedeckt. Aber das Ganze war nur ein flüchtiger Rausch, ein Putsch ohne tieferen Nachhalt und reifen politischen Plan. Wie wenig im Grunde diesen Stürmern an der Nationalversammlung gelegen sei, haben sie, so wie auch die Deputirten in München, bald nachher deutlich genug gezeigt. Durch die Berathung des Reichswahlgesetzes veranlaßt, erließ der Volksverein der Pfalz von Neustadt aus, wo sich die politische Intelligenz der Pfalz schon seit längerer Zeit konzentrirt hat, eine Adresse an die Nationalversammlung, worin folgende Sätze vorkommen: „Die konstituirende deutsche Nationalversammlung ist ein Kind der Revolution und der Volkssouveränität und ihre Wähler haben nichts weniger als das erwartet, daß das Kind die im Anfang so stolz anerkannte Mutter nachgehends verleugnen würde. Ihr Herren der Mehrzahl habt diese Sünde im Lauf von acht Monaten, wie Euch selbst am besten bewußt ist, wiederholt begangen und die wiederholte Mahnung des darob entrüsteten Volkes, das Euch zur folgerichtigen Durchführung jenes Grundsatzes gewählt, beim Aufbau der deutschen Freiheit, Einheit und Größe unbeachtet gelassen . . . Nun aber muß es sein Schweigen brechen und redet zum letzten Male mit einer Versammlung, welche sich und ihren Ursprung und Zweck ganz und gar vergißt. Sie will die Märzrevolution und ihren höchsten und heiligsten Grundsatz, unsere theuerste, mit dem kostbarsten Blut erkaufte Errungenschaft, verkaufen. Ja, sie will dieselbe verrathen an die durch sie selbst neu gekräftigten Fürsten, an einen 35sten, den unverantwortlichen Kaiser, den unbeschränkten Herrn über Krieg und Frieden, der seinen Eigenwillen gegen den des Volkes in dieser Angelegenheit und in andern Dingen durchsetzen kann; an einen Reichsrath, den wiederauferstandenen Bundestag; an ein Staatenhaus rc." „Das ist zu arg! Wenn das deutsche Volk dazu schwiege, müßten die Steine schreien. Diese Reichsverfassung, das Grab der Demokratie, dieses Reichswahlgesetz, welches dem zahlreichsten, fleißigsten, gedrücktesten aber auch freiheitsliebendsten und aufopferungsfähigsten Theil des Volkes, den Barrikadenhelden und Märtyrern deutscher Freiheit und Einheit, ihr Wahlrecht raubt, darf die Nationalversammlung nicht aufzwingen. Sie darf es nicht, und wollte sie es im Vertrauen auf die fürstlichen Bajonette! Wir wollen es nicht und der Wille des Volkes ist Gottes Wille . . . ."

Man möchte wirklich zweifeln, ob die guten Leute, welche diese Adresse ausgeschickt, noch ihren Verstand besitzen. Mit eben den vollen Backen, mit denen sie vorher zu Gunsten der Nationalversammlung in die Lärmtrompete gestoßen, treten sie jetzt gegen sie auf. Aber solche Widersprüche geniren diese großen Geister nicht. Sie sind in ihrem politischen Eifer schon viel zu hoch geflogen, um noch zu erkennen, daß sie durch die Thorheit solcher Inkonsequenz dem Absolutismus nur wieder Thür und Thore öffnen und sich selbst ein trauriges Ende bereiten. Indeß fühlen sie wohl, daß die Zeit der Entscheidung nahe rückt und haben auf den 4. März eine allgemeine Versammlung aller pfälzer Volksvereine nach Neustadt ausgeschrieben, um ihre Reihen zu mustern. Viele wollen sogar mit Bestimmtheit wissen, daß ein Putsch, wie der von Hecker und Struve, nur in etwas größerer Ausdehnung, mit den Gesinnungsgenossen in Rheinhessen und Mitteldeutschland vorbereitet werde. Doch darf man erwarten, daß unter den Pfälzern die Zahl solcher Abentheurer nicht so groß sein würde, als die Führer etwa hoffen mögen. Auf dem Lande hat das milde Wetter den politischen Vereinen den empfindlichsten Abbruch gethan. Die durch dasselbe wieder möglich gemachte Feldarbeit vertreibt immer mehr jene thörichten Gedanken und schafft einer vernünftigen Ueberlegung Raum. Wären Handel und Gewerbe wieder im Gang, so würde, selbst wenn eine Steuererhöhung einträte, wie sie die Ständekammer in Aussicht gestellt hat, der Klagen doch immer weniger werden. So werden die Putschmacher nur aus einer Zahl von zurückgekommenen Handwerkern in den Städten und Proletariern bestehen, die nichts zu verlieren haben und durch die Stockung der Geschäfte zu verwegenen Entschlüssen aufopferungsfähig gemacht sind. Sollte aber wirklich eine solche Thorheit zur Ausführung kommen, was kann sie anders bewirken, als die Stärkung des Absolutismus? Mit dem Fall der Nationalversammlung und der Centralgewalt wird auch dem deutschen Konstitutionalismus und damit der deutschen Freiheit der tödtliche Schlag versetzt. Ohnehin sind bereits Tausende von ordnungsliebenden Bürgern dieses Treiben herzlich überdrüssig. Der Kommunismus fängt bereits hier und da an, aus der Theorie in die Praxis überzugehen. Diebstähle und Feuersbrünste kommen in einer ungewöhnlichen Zahl vor. Selbst das freundliche, mit allen Bequemlichkeiten versehene Gartenhaus des Dr. Hepp, des bekannten Führers der äußersten Demokratie, der in der Ständekammer freilich außerordentlich schweigsam geworden ist, hat vor Kurzem des Nachts einen kommunistischen Besuch nicht zu seinem Vortheil zu erfahren gehabt. Dennoch sind jene demokratischen Volksvereine bis jetzt die einzigen politischen, die einigen Einfluß in der Pfalz ausüben. Die Bourgeoisie besitzt eine solche Saumseligkeit und Gleichgültigkeit, daß sie wohl über solche Auswüchse die Achseln zuckt, aber keinen Finger rührt, um etwa durch konstitutionelle Vereine auf geeignete Weise entgegenzuwirken. Kein einziges der zahlreichen Lokalblätter erhebt sich über diesen bodenlosen Radikalismus und selbst die „Speierer Zeitung" öffnet ihm bereitwillig ihre Spalten. Und doch wäre gewiß jetzt die günstigste Gelegenheit für die Pfälzer, zu zeigen, daß sie es mit der deutschen Sache ehrlich meinen und eine Freiheit wollen, die auf dem Recht und dem Gesetze ruht.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 63. Frankfurt a. M., Sonntag 4. März. 1849.

Uebersicht.

Zweite Kollektiverklärung der preußischen und ihr beigetretener Regierungen

über die Verfassungsabschnitte:

Reichstag, Reichsgericht und Reichsrath.

***Frankfurt**, 2. März. Die weiteren Erkläeungen der vereinigten Regierungen sind dem Reichsministerpräsidenten v. Gagern mit folgendem Schreiben zugegangen:

Herr Minister.

Die Unterzeichneten beehren sich, Ihnen in Ergänzung des Schreibens vom 23. Februar Namens ihrer Regierungen die weiteren Bemerkungen und Abänderungsvorschläge zu den in erster Lesung bezüglich der Verfassung von der deutschen Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen über die Abschnitte, welche den Titel: „der Reichstag, das Reichsgericht, der Reichsrath" führen, zu überweisen. Dieselben sind gemeinschaftlich vollzogen und erlauben wir uns hinsichtlich derjenigen Punkte, welche nicht gemeinschaftliche Zusätze, Erläuterungen oder Anträge veranlaßten, auf die an den betreffenden Orten vorbehaltenen besonderen Erklärungen ergebenst zu verweisen.

Wir ersuchen Sie, Herr Minister, auch diese Mittheilung auf geeignetem Wege zur Kenntniß der deutschen Nationalversammlung zu bringen. Frankfurt a. M., den 1. März 1848.

Camphausen für Preußen. C. Welcker für Baden. Jordan für Kurhessen. Francke für Schleswig-Holstein. Karsten für Mecklenburg. Mosle für Oldenburg. v. Scherff für Luxemburg. Liebe für Braunschweig. v. Wydenbrugk für Sachsen-Weimar. v. Stein für Koburg-Gotha. Petri für Waldeck und Lippe. Karlowa für Schaumburg-Lippe. Brehmer für Lübeck. Cruciger für Sachsen-Altenburg. Seebeck für Sachsen-Meiningen. Frhr. v. Holzhausen für Hohenzollern, Reuß und Hessen-Homburg. Smidt für Bremen. Kirchenpauer für Hamburg. Kohlschütter für beide Schwarzburg. Eigenbrod für Hessen. Hergenhahn für Nassau.

An den Präsidenten des Reichsministeriums Herrn Freiherrn v. Gagern.

Bemerkungen und Abänderungsvorschläge zu Beschlüssen der Nationalversammlung bezüglich der Verfassung.

Der Reichstag.

§. 3. Jedem Staate wäre, ohne Zusammenlegung, das Recht einzuräumen, mindestens einen Vertreter in das Staatenhaus zu senden, und kann auch in dieser Aenderung das Motiv zu einer Revision der Stimmenvertheilung im Staatenhause gefunden werden.[1])

§. 4. Der zweite Satz des Paragraphen steht im Zusammenhang mit dem Reichswahlgesetze. Es wird nützlich erachtet, der schließlichen Feststellung durch dasselbe nicht vorzugreifen, jedenfalls aber eine etwaige Modifikation durch das Reichswahlgesetz vorzubehalten.

§. 6. Die zu §. 3 beantragte Aenderung würde die Streichung von §. 6 zur Folge haben.

§. 9. Es wird festzusetzen sein, in welcher Art die Erneuerung stattfinden soll.

§. 16. In Folge der zu §. 58 beantragten Aenderung würde §. 16 wegfallen.

§. 17. Auf das Recht der Untersuchungen wird verzichtet werden können. In der vorgeschlagenen Allgemeinheit verliehen, würde es in einem Bundesstaate noch viel größere Anstände mit sich führen, als in einem Einzelstaate, indem daraus die Befugniß einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten abgeleitet werden könnte.

§. 18. Es muß darauf bestanden werden, daß das Bundesoberhaupt das Recht des absoluten Veto habe.

Demgemäß würde §. 18 etwa wie folgt zu fassen sein:

„Zur Erlassung, Auslegung, Aufhebung oder Abänderung von Bun-
„desgesetzen ist die Uebereinstimmung des Bundesoberhauptes, des
„Staatenhauses und des Volkshauses erforderlich." [2])

§. 19. In §. 19 fiele nach Vorstehendem der zweite Satz und der Punkt Nr. 1 weg, und insofern es danach noch erforderlich scheint, einzelne Fälle aufzuführen, welche nur durch ein Bundesgesetz, nicht durch Verordnungen erledigt werden können, würden in Nr. 2 die Worte „Steuer oder" gemäß der Bemerkung zu §. 49, sodann Nr. 3 in Folge der Bemerkung zu §. 46 ganz wegfallen.

§. 19a. Es ist wünschenswerth, die Dauer der Finanzperiode auf drei Jahre, statt auf ein Jahr, festzusetzen, da das Budget des Bundesstaates nicht vielen Veränderungen unterliegen wird und auch keinen zu großen Schwankungen ausgesetzt werden darf, damit den Einzelstaaten die erforderliche Bürgschaft für die Stetigkeit ihres eigenen Haushaltes gegeben werde.[3])

Art. VIII. §. 34. Die Worte „gethanen Aeußerungen" wären durch die Worte „ausgesprochenen Meinungen" zu ersetzen, um nicht Straflosigkeit für Injurien und Verleumdungen einzuführen.[4])

§. 35. Es wird vorgeschlagen, zwischen die Worte „denselben gehört" das Wort „jederzeit" einzuschalten.

§. 36. Die Fassung wird der Deutung vorbeugen müssen, daß die Minister verpflichtet seien, auf jede Interpellation, auch wenn das öffentliche Interesse dadurch gefährdet wäre, die verlangte Auskunft zu ertheilen.

Das Reichsgericht.

§. 1 u. 2c. Auf die dem Reichsgerichte zuzugestehende Kompetenz ist dessen, einem besonderen Gesetze überwiesene, Organisation von wesentlichem Einflusse, namentlich mit Rücksicht darauf, daß (§. 2c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten zur Kompetenz des Reichsgerichts gehören sollen, bei welchen Streitigkeiten eine Mitwirkung des Reichsrathes oder die Zuziehung von regierenden Fürsten zur Begründung einer Austrägal-Instanz zu verlangen sein würde. Es dürfte angemessen sein, das künftige Gesetz über Organisation des Reichsgerichts an die Zustimmung des Reichsrathes zu binden und dem letzteren ebenfalls einen Einfluß auf die Besetzung des Gerichtes vorzubehalten.

§. 2. e. Gegen die Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates wegen Verletzung der Verfassung ist zu erinnern, daß dadurch das Reichsgericht mit einer Unzahl Beschwerden überhäuft werden würde, und daß diese Klagen hier um so eher wegfallen könnten, als es zunächst den Volksvertretern in den Einzelstaaten obliegt, derartige Beschwerden aufzunehmen, und als dieselben, im Falle sie damit bei der Landesregierung nicht durchdringen, nach §. 2. d. die Befugniß haben, auf eine Entscheidung des

---

[1]) Zu berücksichtigen die besondere Bemerkung zu §. 3.
[2]) Zu berücksichtigen die besondere Bemerkung zu §. 18.
[3]) Zu berücksichtigen die besondere Bemerkung zu §. 19 a.
[4]) Zu berücksichtigen die besondere Bemerkung zu §. 34.

Reichsgerichts anzutragen. Der Ausübung dieser Befugniß kann ein nachhaltiges Hinderniß nicht entgegen treten, weil in jedem Jahre eine Versammlung des Volks- und des Staatenhauses stattfinden soll, und weil auch in der Zwischenzeit die Bundesgewalt nach §. 53. Nr. 3. die Pflicht haben würde, einzuschreiten.[1])

§. 2. h. Es könnte hinzugefügt werden, daß die Bundesregierung auf Anrufen der Betheiligten zuvörderst eine Ausgleichung auf gütlichem Wege zu versuchen habe.

Der Reichsrath.[2])

Zu den nicht vollständigen Beschlüssen über den Reichsrath ist aus den vorangegangenen Bemerkungen zusammenzutragen, daß demselben mindestens das Zustimmungsrecht zu Verfassungsänderungen und zu dem Gesetze über die Organisation des Reichsgerichts, sowie ein Einfluß auf die Besetzung des letzteren einzuräumen wäre, woraus sich die Nothwendigkeit ergibt, für entscheidende Beschlüsse, wie in dem Staatenhause, eine Vertheilung des Stimmrechtes nach Maßgabe der Größe und des Gewichts der einzelnen Staaten anzuordnen. Frankfurt a. M., den 1. März 1849.

Camphausen für Preußen. Welcker für Baden, mit besonderer Beziehung auf die früher übergebenen badischen Bemerkungen und Wünsche, Beilage XVI. des Protokolls v. 24. Febr. d. J. Jordan für Kurhessen. v. Scherff für Luxemburg. Eigenbrod für Großherzogthum Hessen. Francke für Schleswig-Holstein. Karsten für beide Mecklenburg. Mosle für Oldenburg. v. Stein für Koburg-Gotha. Liebe für Braunschweig. v. Wydenbrugk für Sachsen-Weimar, unter dem Vorbehalt über den einen oder andern Punkt nach eingeholter spezieller Instruktion eine ergänzende oder abweichende Erklärung abzugeben. Hergenhahn für Nassau. Petri für Waldeck und Lippe. Seebeck für Sachsen-Meiningen. Freiherr v. Holzhausen für Hohenzollern, Reuß und Hessen-Homburg. Crueiger für Sachsen-Altenburg. Smidt für Bremen. Karlowa für Schaumburg-Lippe. Brehmer für Lübeck. Kohlschütter für Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt. Kirchenpauer für Hamburg.

Besondere Bemerkung des Großherzoglich Luxemburgischen Bevollmächtigten

zum V. Abschnitt: „Der Reichstag" Art. II. §. 3.

Der unterzeichnete Bevollmächtigte hat den Antrag zu stellen, daß bei Aufzählung der Mitglieder des Staatenhauses hinter Luxemburg die Worte: „mit Limburg" wegfallen, die Ziffer 2 (Mitglieder) aber beibehalten werden möge und zwar weil: 1) für Limburg bereits erklärt worden ist, daß für solches dem engeren Bundesstaate nicht beigetreten werden könne und weil 2) Luxemburg, in Betracht seiner Bevölkerung und früheren Stellung im Bunde, für sich allein die Sendung von 2 Mitgliedern in das Staatenhaus in Anspruch nehmen zu können glaubt. Frankfurt, den 1. März 1849.

v. Scherff, Bevollmächtigter für Luxemburg.

Separat-Bemerkung

des fürstlich schwarzburgischen Bevollmächtigten zu Art. II. §. 3. des Abschnitts „der Reichstag."

Der in der Kollektiv-Erklärung vom heutigen Tage zu dem Verfassungsabschnitt „der Reichstag" Art. II. §. 5. gestellte Antrag, nach welchem jedem deutschen Staate ohne Rücksicht auf seine Größe mindestens eine selbstständige Stimme im Staatenhause einzuräumen sein würde, ist vom Standpunkte der fürstlich schwarzburgischen Regierungen aus noch durch folgende Bemerkungen näher zu begründen und zu unterstützen.

Die im Verfassungsentwurfe erster Lesung beschlossene gruppenweise Verbindung mehrerer Staaten zu Kollektivstimmen im Staatenhause, hat schon an und für sich wesentliche Bedenken gegen sich. Man wird es zwar nur billig und gerecht finden können, wenn den größeren Staaten, im Verhältniß ihres Umfangs und ihres politischen Einflusses, eine stärkere Zahl von Stimmen eingeräumt wird, als den kleineren. Allein soll den Letzteren, wie es die Absicht ist, ihre Selbstständigkeit erhalten werden, so muß es ihnen auch möglich gemacht werden, dieselbe, oder was gleich gilt, ihre Eigenthümlichkeit zur Geltung zu bringen, ihre Ansicht und ihren Willen wenigstens der Wahrheit getreu auszusprechen und so das Dasein und das Recht ihrer Individualität nicht blos mittelst einer Fiktion zu wahren. Auf eine solche, und noch dazu auf eine, den Geschäftsgang wesentlich erschwerende läuft es aber hinaus, wenn mehrere Staaten, deren Interesse schon, weil sie mehrere sind, nicht immer zusammenfallen wird, geschweige zusammenfallen muß, gezwungen sein sollen, sich zu einer Stimme zu vereinigen. Schon die frühere Bundesverfassung lehrt, daß die Nothwendigkeit anerkannt wurde, in gewissen vor das Plenum gewiesenen Fällen, jedem Staate eine besondere Stimme zu gewähren.

Unter allen Umständen aber müßte die aufzustellende Gruppirung wenigstens eine solche sein, welche von einer inneren Verwandtschaft der zu einer Kollektivstimme vereinigten Staaten getragen würde. Es mag nun zwar, was die unter dem Namen des thüringischen Zollverbandes zusammengefaßten Staaten insonderheit anlangt, nicht verkannt werden, daß zwischen einem großen Theile derselben eine Stammesgenossenschaft und bis zu einem gewissen Grade auch Aehnlichkeit, ja Gleichheit der Sitte, des Lebens, des Rechts, der Gerichtsverfassung und der Verkehrsverhältnisse, stattfindet. Allein dadurch scheint es nicht hinlänglich gerechtfertigt, sie als eine Gesammtheit zu behandeln, und ihr als solche eine beliebige Zahl von Stimmen einzuräumen. Denn neben jenen Vereinigungspunkten bestehen mächtige, vorzüglich staatsrechtliche Verschiedenheiten und Sonderinteressen, deren angemessene Vertretung gesichert werden muß. Das ist namentlich in Bezug auf die beiden fürstlichen Häuser Schwarzburg der Fall, insofern jedes ihrer Gebiete in zwei von einander und beziehentlich von den übrigen thüringischen Staaten räumlich und sachlich getrennte Theile zerfällt, wodurch eine Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse und Interessen in gewissen Beziehungen von selbst bedingt wird. Es scheint sonach gerecht und billig, den beiden genannten Fürstenthümern im Staatenhause eine andere, jener Eigenthümlichkeit ihrer Lage entsprechende und dieselbe schützende Stellung einzuräumen. Durch die Annahme des in der Kollektiverklärung vorgeschlagenen Grundsatzes würde dieser Zweck von selbst erreicht werden. Sollte derselbe aber wider Verhoffen nicht zur Geltung gelangen, so würden die beiden Fürstenthümer Schwarzburg wenigstens auf eine ihnen einzuräumende Gesammtstimme mit gleichem Rechte wie die in ähnlicher Lage befindlichen herzoglich anhaltischen und fürstlich lippe'schen Lande gerechten Anspruch haben. Frankfurt am 1. März 1849. Der fürstlich schwarzburgische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland. Kohlschütter.

[1]) Zu berücksichtigen die besondere Bemerkung zu §. 2 e.

[2]) Zu berücksichtigen die Bemerkungen zu diesem Abschnitte und zu §. 1 insbesondere.

□ **Frankfurt**, 2. März. (Const. Vers. der freien Stadt. Schluß des gestern abgebrochenen Berichts.) Außer der Tagesordnung wurde ferner ein Vortrag des Senats in Bezug auf das Consulat in London verlesen. Der Senat erklärte, daß aus den angestellten Untersuchungen zu seinem Bedauern sich ergeben habe, daß jenes Consulat seinen Pflichten nicht entsprochen, und daß er sich zur Zurückziehung des demselben ertheilten Mandats umsomehr veranlaßt gesehen, als in Kürze eine Anstellung von Reichsconsuln zu erwarten stehe; er habe sich es außerdem zur angenehmen Pflicht gemacht, dem bremischen Konsul in Ramsgate und dem sächsischen Konsul in London seinen Dank auszusprechen für die einem Frankfurter Staatsangehörigen geleistete Unterstützung. Der Vortrag wurde mit einem lauten Bravo aufgenommen und sein sofortiger Druck beschlossen. Ein „dringlicher" Antrag der Gemeinde Hausen, ihren „Fasselochsen" betreffend und, nach Dr. Reinganum's Ausdruck, dessen Civilliste, wurde, sowie ein Antrag über das Schulwesen in Oberrad, einfach einer Kommission überwiesen. Dasselbe Schicksal hatte ein Antrag der sämmtlichen Landgemeinden auf Abrechnung über die Revenuen aus den Zollerträgnissen und auf die Umwandlung der Accise zur Gemeindesache; endlich ein dringlicher Vortrag des Senats, die Beschaffung der für den Lederverkehr in der Messe erforderlichen Räume betreffend. Es folgten dann zwei Berichte des Finanzausschusses, von welchen der erste die von Niederrad aus angeregte Klassifizirung der steuerbaren Güter im Prinzip für richtig erkannte, aber die Ausdehnung dieses Prinzips auf alle Landgemeinden für wünschenswerth erachtet und den Senat um die Prüfung und Mittheilung des thatsächlichen Materials ersucht; der zweite eine für das Laternenamt geforderte Nachbewilligung von 4000 fl. befürwortet. Beide Anträge wurden, der letzte indeß erst nach einer Debatte von wahrhaft verzweifelter Gründlichkeit, und zwar mit dem Zusatze angenommen, daß das Bauamt in Zukunft bei Ausgaben für dauernde Zwecke sich die vorherige Ermächtigung der zukommenden Behörden zu verschaffen habe. Zwei fernere Vorträge des Senats schlossen die Sitzung. Der erste erklärt, mit Bezug auf die §§. 36, 37 und 49 der Grundrechte, daß das Aufhören der Forstamtsgerichtsbarkeit (§. 49) bereits in Berathung genommen sei, daß über die Jagd (§. 37.) demnächst eine Vorlage erfolgen werde, daß es aber in Bezug auf die auf dem Stadtwalde ruhenden Lasten und deren Gegenleistungen (§. 36) als das Geeignetste erschien, vorerst nichts Neues zu verfügen. Der 2te betrifft das Stadtfuhrwerk. Der bisherige Unternehmer soll mit fl. 25,000 abgefunden und dagegen das Stadtfuhrwerk an die Gesellschaft der Lohnkutscher in der Art überlassen werden, daß jeder, der eine Droschke besitzt, 20 fl. für die Konzession zu zahlen hat: mit den in solcher Weise jährlich einkommenden 2000 fl. würde jene Abfindungssumme getilgt werden. Noch ist einer gedruckt vertheilten Beschwerde eines hiesigen Buchdruckers, aus dessen Offizin die meisten Schmähschriften gegen Preußen hervorgehen und der sich über deshalb erlittene Gewaltthätigkeiten von Seiten preußischer Soldaten beklagt, zu erwähnen; eine Kommission wird darüber berichten.

*** **Frankfurt**, 3. März. Auch in der am vorgestrigen Abend stattgehabten vereinigten Versammlung der Linken wurden die von der Kommission der Linken zu dem österreichischen Verfassungsentwurfe gestellten Gegenanträge in keine Erörterung genommen. Es wurde vielmehr — allerdings im Hinblicke auf eine mögliche Koalition mit der österreichischen Fraktion — beschlossen, daß die gesammte Linke in den die Verfassungsangelegenheit betreffenden Beschlüssen nur eine Fraktion bilde, die Minorität sich der Majorität zu unterwerfen habe, ein solcher Beschluß für alle Fraktionen der Linken bindend sei. Fragt man aber nun, warum die Linke mit der Feststellung der ihr von ihrer Kommission proponirten Gegenanträge zögert, so bedarf es keiner großen Weisheit, die Antwort zu geben. Die Linke muß erst die Rückkehr

der Ollmützer Deputation erwarten, um sich keiner Blâme preis zu geben. Eine solche würde es aber sein, wenn das Ollmützer Ministerium die Vorschläge der österreichischen Fraktion, d. i. des Welcker'schen Entwurfs, verwirft, mindestens wesentlich modifizirt. Die Linke muß dann den Gedanken an eine Koalition — den sie trotz des eventuell gefaßten Beschlusses noch nicht ernstlich gefaßt hat — aufgeben und in der Oberhauptsfrage wieder zu dem Präsidenten, wenn auch nicht der deutschen Republik, doch des deutschen Reiches, zurückkehren. Es wird übrigens behauptet, die Deputation habe in Ollmütz eine freundliche Aufnahme gefunden.

*** **Frankfurt**, 3. März. Die dänische Regierung hat noch vor kurzer Zeit wohl an eine Aenderung der Stipulationen des Waffenstillstandes bei Verlängerung desselben, aber nicht an eine Kündigung desselben behufs der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gedacht. Und noch jetzt motivirt sie die Kündigung des Waffenstillstandes durch die gedrückte Lage der Nordschleswiger und stellt durch die beigefügten Erläuterungen ihres Bevollmächtigten den Abschluß eines neuen Waffenstillstandes in Aussicht, wenn er auf Grundlagen basirt werde, welche die Klagen der Nordschleswiger beseitigen. Dabei ist aber hervorzuheben, daß die dänische Regierung die an Deutschland haltenden Bewohner der Herzogthümer als „Rebellen" bezeichnet und die augenblickliche faktische Gewalt der Herzogthümer als in den Händen einer republikanischen Faktion sich befindend, schildert. In diesem Sinne hat noch jüngst die dänische Regierung die Sachlage den vermittelnden Höfen und andern Mächten vorgestellt und namentlich auch durch die jüngste Sendung des Hrn. v. Pechlin nach Ollmütz. Trotz alledem ist die Aussicht auf den Friedensabschluß mit Dänemark nicht verschwunden, namentlich wenn Deutschland eine seiner Macht würdige Stellung dem Inselkönig gegenüber einnimmt. Auch eine Drohung aus dem Osten kann dann Deutschland nicht einschüchtern.

♈ **Frankfurt**, 3. März. Bald nach den Märzereignissen pflanzte der restaurirte Bundestag auf seinem Sitzungslokale, dem Thurn und Taxis'schen Palais, die schwarzrothgoldne Fahne auf, und wenn auch Sonne und Regen ihre Farben seitdem gebleicht, sie flatterte dort fort und fort als ein Gedenkzeichen, daß eine neue Zeit gekommen. Jetzt ist sie verschwunden; der Sturm, der in den letzten Tagen brauste, hat sie herabgeworfen. Dii avortant omen!

Salzburg. Die hier erscheinende „Juvavia" theilt mit, daß das Ministerium von Wien über Salzburg nach Deutschland einen Telegraphen zu errichten gesonnen ist.

Triest, 24. Febr. Gestern früh ist die neapolitanische Dampfkorvette „Ercolano" in unserm Hafen eingelaufen. Sie ist völlig bemannt und der Vorläufer mehrer anderer Schiffe dieser Macht. Wir werden bald, nachdem wir vor einem Jahr die neapolitanischen Schiffe mit der sardinischen Flotte vereint Triest haben blokiren sehen, jetzt dieselben Schiffe, mit unserer Flotte vereint, Venedig blokiren und möglicherweise auch der sardinischen, falls diese es hintertreiben wollte, die Spitze bieten sehen. Prokesch von Osten ist vorgestern aus Griechenland hier eingetroffen und es scheint, daß er das Kommando unserer Flotte übernehmen wird (?) doch ist die Marine auch damit nicht zufrieden, weil er ebenfalls kein Seemann ist. Für die hier zu bauenden 2 Kriegsdampfboote sind die Maschinen bereits in England angekauft. (K. Bl. a. B.)

** **Von der March**, 25. Febr. Unsere staatlichen Verhältnisse gestalten sich täglich bedenklicher und kläglicher, die Zukunft spiegelt sich immer trüber und ungewisser ab, das Gespenst eines zerfallenden, in seine faulen Theile sich auflösenden Oesterreich verfolgt auf jedem Schritte den aufmerksamen Beobachter, was auch unsre „gutgesinnte" Presse von der Macht und Einigkeit Oesterreichs faseln mag. In keinem konstitutionellen Staate hat es je ein Ministerium gegeben, welches bei bestehendem Reichstage, ohne die Majorität der Volksvertreter regieren konnte. Unser Ministerium, das eine große Majorität im erzbischöflichen Pallaste zu Kremsier gegen sich hat, kümmert sich sehr wenig darum; hat es doch 70 Männer im Centrum, die es stützen, und eine Armee von 700,000 Bajonetten, die ihm den Rücken decken; wird es doch von den gutgesinnten Bürgern Wiens mit Vertrauensadressen überschüttet, und seine unvergleichliche Staatsweisheit, seine ehrliche und offene Politik von seinen Myrmidonen in der Presse bis zum Himmel erhoben.

Der Reichstag, der die österreichischen Völker repräsentirt, von dem die Konstituirung des Reiches ausgehen soll, wird von dieser Presse und von der Armee geschmäht und mißhandelt, und weder das Ministerium, noch der Staatsanwalt sehen darin eine Veranlassung, die Ehre der ersten Reichsbehörde zu wahren.

Von der Armee, die unter dem ritterlichen Helden Windischgrätz in Ungarn gegen Rebellenhorden operirt, sind nicht weniger als 25 Siegesbülletin's erschienen, denen zufolge nach so vielen Gefangenen, Uebergegangenen und Todten, kaum mehr ein Ungar, vielweniger ein kampffähiger Rebelle existiren könnte. Demungeachtet mußten die Russen, schon längst des Winkes gewärtig, zur Hilfe herbei gerufen werden; General Schlick ist aus Kaschau verjagt und sein Korps zersprengt, die Festung Arad, von den Kaiserlichen bereits erobert, ist von ihnen wieder geräumt worden. Was mit Jellacic vorgegangen, bleibt ein unenthüllbares Räthsel, er scheint ganz von der Schaubühne verschwunden, man hört und sieht nichts mehr von ihm. Die Südslaven, welche wir vor einigen Monden als die Vorkämpfer für die Erhaltung der Monarchie auf dem Schauplatze erblickten, geben jetzt laut und ungestüm ihre Unzufriedenheit kund; die Czechen, mit denen das Ministerium noch vor Kurzem koquettirte, machen kein Geheimniß mehr aus ihren Separationsgelüsten und ihrem Verlangen, Oesterreich zu slavisiren.

Das Ministerium, das in seinem Programme und bei mehreren andern Gelegenheiten öffentlich und feierlich versprochen, konstitutionell zu sein und für seine Handlungen die vollste Verantwortlichkeit zu übernehmen, sehen wir täglich mehr diese Grundsätze verläugnen. Der Ministerpräsident richtet Privatbriefe „im engsten Vertrauen" an den Gouverneur Welden, um gewisse mißliebige Journale zu unterdrücken, der Herr Minister des Innern schreibt, gleichfalls „im engsten Vertrauen", an die Landesgouverneure, bald um die Unterdrückung und Beschlagnahme der von den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung an ihre Kommittenten abgesendeten Reichsgesetze, bald um das Verbot von Kalabresern, Nationaltrachten, Nationalbändern u. dgl. anzuordnen. Alles im engsten Vertrauen, weil man sich mit einem bezüglichen Ministerialerlaß nicht vor die Oeffentlichkeit wagt.

Vom Ministerium werden dringend neue Wahlen für die Frankfurter Nationalversammlung ausgeschrieben, und während dessen wird der Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung, Moritz Hartmann, in der offiziellen Prager Zeitung als Rekrutirungsflüchtiger ausgeschrieben. Wer mag dieß Chaos entwirren? Und um das Bild zu vollenden, ein jugendlicher Kaiser, seit drei Monaten auf dem Thron, dem es so leicht hätte werden können, die ersterbenden Sympathieen seiner Völker wieder zu gewinnen, bei dem man schon seiner Jugend wegen Herz und Gefühl voraussetzte, bezeichnet seinen Regierungsantritt mit blutigen Thaten, und läßt kein Wörtchen von Versöhnung fallen, spricht nicht das große Wort „Amnestie", das allein im Stande war, ihm die Liebe seiner Völker zu gewinnen.

Von der österreichischen Grenze, 27. Febr. Die Gefangennehmung Perczel's bestätigt sich; nicht so die Bem's, worüber bis jetzt noch keine offiziellen Berichte eingelaufen sind. Die neuesten Nachrichten aus der Lombardei lauten wieder so unbefriedigend und trübe wie gewöhnlich. Wer das kaiserliche Wappen verunglimpft, ist als schwerer politischer Verbrecher zu behandeln. Die Garnison zu Mailand beträgt ungeachtet aller Abzüge 25,000 Mann. Die Hauptbewegungen im öffentlichen Leben beschränken sich dort auf Truppenmärsche mit Proviantzügen und Verhaftungen; letztere werden meist unter Bauern und Geistlichen vorgenommen. Mit den Sequestrationen hat man bereits begonnen und der Stadt Brescia statt der Kontribution von 540,000 Lire eine Zahlungsverbindlichkeit von 770,000 Lire auferlegt. (Leipz. Z.)

AZC. **Berlin**, 1. März. Ein hiesiger Bürger F. Danchelt fordert mittelst Circulairs die hiesigen Einwohner auf, sich bei der Begründung einer Handelsgesellschaft nach Kalifornien zu betheiligen. Er schlägt das zusammenzuschießende Kapital auf 100,000 Rthlr. an, welches durch 1000 Aktien à 100 Thaler aufgebracht werden soll. Wie wir hören, haben schon Zeichnungen statt gefunden. Aehnliche Pläne beräth auch die hiesige Handelsgesellschaft Teutonia. Ein anderer spekulativer Geldmann hiesiger Stadt ist bereits auf eigene Hand nach Kalifornien abgegangen.

Das englische Kriegs-Ministerium beabsichtigt die preußischen Helme bei der englischen Infanterie einzuführen. Es sind dazu hier bereits weitere Einleitungen getroffen.

Der von uns jüngst bezeichnete in geheimer Mission des hiesigen Kabinets nach Olmütz abgegangene Gesandte ist der Graf Brühl.

Die hiesigen Gewerke halten jetzt oft Generalversammlungen ab, um das provisorische Gewerbegesetz zu berathen. Sämmtliche Angehörige des Gewerkes sowohl Zunft- wie Patent-Meister werden dazu eingeladen. Im Ganzen findet sich sehr viel Widerspruch.

Lith. Korr. **Berlin,** 1. März. In den Parteiversammlungen haben sich die Oppositionsmitglieder dahin bestimmt, bei der Präsidentenwahl für Hrn. v. Unruh zu stimmen, wenn schon anzunehmen ist, daß die Rechte und das rechte Centrum mit einer Majorität von 10—20 Stimmen Hrn. Grabow durchbringen werden. Man denkt übrigens in verschiedenen Kreisen auch jetzt daran, daß bei einer sehr möglichen Wendung der Verhältnisse eine Veränderung des Ministeriums eintreten könnte, von der von gewisser Seite erwartet wird, daß sie Hrn. Grabow an den Ministertisch bringt. Wir zweifeln jedoch, daß eine derartige Veränderung schon in der nächsten Zeit eintreten wird.

Berlin, 1. März. Vor der ersten Abtheilung des Kriminalgerichts wurde gestern unter dem Vorsitz des Direktors Harassowitz wiederum eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Ein aus Oesterreich hierher gekommener Eleve der hiesigen Thierarzneischule wurde in einer Nacht des Dezember v. J. von Konstablern in der breiten Straße verhaftet, weil er dort im trunkenen Zustande getobt und gesungen hatte. Auf dem Wege zur Stadtvoigtei hatte derselbe allerlei Schimpfreden und hierbei auch ein einzelnes Schimpfwort gegen den König ausgestoßen, wegen dessen gegen ihn Anzeige ergangen war. Das bescheidene Wesen des Angeklagten und die große Jugend desselben, so wie der Umstand, daß derselbe offenbar nur aus Unbesonnenheit und in dem Zustande der Trunkenheit sich vergangen hatte, erregten allgemeine Theilnahme für denselben. Da zufällig ein Begleiter des Angeklagten, welcher zugleich mit solchem verhaftet worden war, den Namen „König" führte, so versuchte der Vertheidiger (Hr. Stieber) zwar das Sachverhältniß so aufzufassen, als ob sich das ausgestoßene Schimpfwort auf diesen Begleiter des Angeklagten hätte beziehen sollen, bei den bestimmten Aussagen der als Zeugen aufgetretenen Konstabler erschien dieser Einwand jedoch nicht haltbar und sprach der Gerichtshof das „Schuldig" über den Angeklagten aus. In Rücksicht auf die oben angegebenen Milderungsgründe wurde das gesetzliche Strafmaß von 2 Jahren aber dem Antrage des Staatsanwalts (Hr. Ass. Riem) gemäß auf 1 Jahr herabgesetzt. (Voss. Ztg.)

‡ **Posen,** 27. Febr. Es wird lebendig bei uns. Ueberall auf den Straßen sieht man marschfertige Soldaten mit der feldzugsmäßigen Ausrüstung, die Bataillone sind in ganzer Kriegsstärke vorhanden, selbst des Nachts stehen stets die Packpferde gerüstet. Wo man hinsieht, wird exerzirt. Patrouillen und Pikets kommen und gehen, als würde jeden Augenblick ein Ereigniß erwartet. Auf dem Generalkommando arbeiten 5 Adjutanten Tag und Nacht. Was das Alles bedeuten soll, ist schwer zu sagen, doch könnte es wohl mit den Nachrichten zusammenhängen, die jetzt Stoß auf Stoß aus dem Königreich Polen, dem sonst „todesstummen", zu uns herüber kommen. Die Truppenbewegungen nehmen dort zu, besonders um Kazimierz herum. Die Kur- und Liefländischen Regimenter standen am südlichen Theil unserer Grenze, jetzt scheinen sie durch neue aus dem Innern Rußlands ersetzt zu sein; wenigstens kommen keine Offiziere mehr zu uns zum Besuch. Das Treiben der Polen ist nicht zu durchschauen. Es scheint plötzlich, als ob die Liga nicht mehr existire; nur von polnischen Liebhabertheatern hier und in den Kreisen — von National-Bällen, Konzerten und dergleichen hört man etwas. Wie am Anfang des vorigen Jahres scheinen die Polen plötzlich nur dem Vergnügen zu leben. Nichts destoweniger wußten sie zuerst die Ereignisse in Siebenbürgen genau; Privatbriefe hatten die Nachrichten vom Einrücken der Russen längst gebracht und sprachen von einer neuen Tripelallianz Rußlands, Oesterreichs und Preußens, welcher beizutreten aber Letzteres sich geweigert hätte. Wunderbar war uns Deutschen dabei, wie es der österreichischen Regierung gelingen konnte, Thatsachen, wie die Besetzung eines Theiles von Siebenbürgen durch die Russen, wochenlang zu verheimlichen und die Welt jetzt noch über das wahre Sachverhältniß zu täuschen. Großen Antheil nehmen die Polen unstreitig an dem Schicksale Ungarns. Von den 150 Polen, die seit der letzten Insurrektion in den Festungen zwischen der Elbe und Weser sich aufhielten, sind fast 100 nach Ungarn gegangen, nur Wenige kamen hierher. Täglich laufen Briefe von ihnen aus Ungarn und Galizien hier ein. Was uns Deutsche anbetrifft, so erregt der drohende russische Koloß uns nicht mehr die Besorgnisse, welche uns im Frühling des vorigen Jahres erfüllten, als unsere Provinz in ihrer Zerrüttung gleichsam eine Bresche war, durch welche ein Einfall nach Deutschland gemacht werden konnte. Eine tiefe Erbitterung über Oesterreichs heimtückische Politik im Herzen, würden wir einen noch schrecklicheren Kampf wie den vorjährigen über uns ergehen lassen, um der Ehre Deutschlands willen. Denn nur zu klar sehen wir, daß eine Politik, welche selbst die österreichischen Volksvertreter in Frankfurt als Werkzeuge braucht, nicht eher aufhört, der Freiheit und Selbstständigkeit des deutschen Volkes gefährlich zu sein, als bis sie keine Hand mehr an unsere Angelegenheiten legen kann. Wir glauben, daß dem gleißnerischen Vorgeben, als ob es sich um ein Abstoßen des österreichischen Volkes bei der Gründung eines neuen Bundesstaates handle, am besten die Larve abgerissen werden könne, wenn mit der zweiten Lesung der Verfassung zugleich der Entwurf einer Unionsakte mit Oesterreich vorgelegt wird. Wir hoffen, daß dies Gagern thun wird, bei dessen Namen alle unsere Herzen höher schlagen, nicht hier allein etwa, sondern bis weit hinauf nach den fernsten nordöstlichen deutschen Marken. 1848, das Jahr einer großen Bewegung hat nur einen Mann geschaffen wie er, und wenn uns Deutsche noch etwas zu der Aufopferung selbstsüchtiger Stammesinteressen und kleinlicher Eifersucht bewegen kann, wenn wir wirklich zu einem allgemeinen Nationalgefühl uns zu erheben im Stande sind, dann muß uns jene sittlich große Gestalt daran mahnen, daß die Stunde gekommen ist! Mag er kein Philopömen gewesen sein!

Koblenz, 1. März. Heute Morgen sind schleunig zwei Kompagnien Musketiere vom 28. Regimente, welche erst vor einigen Wochen von Kreuznach hierher zurückgezogen worden waren, dahin abmarschirt. Ihnen folgten unmittelbar zwei Feldgeschütze von hier und Mittags eine Kompagnie des 8. Jägerbataillons von Neuwied. Wie man vernimmt, so sind diese Truppen von der Centralgewalt requirirt, indem man dieser Tage im Oberlande, namentlich aber im Herzogthum Nassau den Ausbruch ernster Unruhen befürchtet. (Rh. Volksh.)

0 **München,** 1. März. Seit einigen Tagen hat die Nymphenburger Politik gewaltig umgeschlagen und wenn bisher die Kamarilla zugleich mit Berlin und Wien liebäugelte, so kann ich Sie versichern, daß einige freundliche Schreiben aus dem Berliner Kabinette das Herz des Königs gewonnen haben. Closen's Enthebung von seinem Posten als bairischer Bevollmächtigter in Frankfurt und seine Ersetzung durch den bisherigen Gesandten in Berlin, den Grafen Lerchenfeld-Köfering, war das erste Resultat dieser veränderten Politik. Closen will unter allen Umständen die Erhaltung Deutsch-Oesterreichs im deutschen Bundesstaate, Lerchenfeld soll den preußischen Ideen huldigen.

Alle Nachrichten über ein zu Stande gekommenes Ministerium sind abermals zu Nichte geworden; Stockinger wurde nicht nach Nymphenburg berufen, Kleinschrod und Ringelmann haben noch nicht angenommen, und es scheint als ob man sich in Nymphenburg ganz wohl dabei befinde, unbehindert von einem verantwortlichen Ministerium regieren und Geschichte machen zu können. König Ludwig bediente sich seiner verantwortlichen Minister als Sekretäre, Max II. braucht seine Sekretäre als unverantwortliche Minister — dies ist der Unterschied im Regiment.

Heute war Sitzung der Kammer der Abgeordeten, in welcher der allgemeine Theil der Geschäftsordnung zur ersten Berathung und Annahme, fast ohne Debatte, gelangte. Dem Gesetze gemäß wurde der betreffende Ausschuß auf die doppelte Zahl erhöht, um die Vorlage von Steuern zu berathen, und für die zweite Lesung vorzubereiten. Erst bei der zweiten Lesung wird der Entwurf zur Diskussion kommen.

A **Dresden,** 27. Febr. Es ist nicht genug, daß die sächsische Volksvertretung mit Argusaugen darüber wacht, daß kein Heller in die Staatskasse fließe, welchen ihre Vorfahren nicht sündhafter Weise schon bewilligt haben; heute beginnt sie schon, die Staatskasse direkt zu plündern. Anders läßt sich das Verlangen und der gegen 11 Stimmen gefaßte Beschluß nicht bezeichnen, demgemäß die Regierung vom 1. April d. J. ab die Leipziger Zeitung, welche in etwa 7000 Exemplaren im Lande

verbreitet ist und dem Staate in diesem Jahre einen Reingewinn von 17,130 Thalern abwirft, eingehen und an ihre Stelle einen Staatsanzeiger treten lassen soll. Der Berichterstatter der vierten Deputation, ein Freiberger Buchhändler, legte der Kammer eine Berechnung vor, welche darauf basirt ist, daß ohne allen Inseratenzwang die Inserate dem bloßen Anzeigeblatte eben so zahlreich zufließen werden, wie jetzt der Zeitung, an welche seit länger als einem Menschenalter ein zahlreicher Leserkreis durch die süßen Bande der Gewohnheit geknüpft ist. So stand denn auf seinem Papiere ein Reingewinn von 22,300 Thalern. Niemand lachte jedoch den wohlweisen Referenten aus, weil entweder kein urtheilsfähiger Sachverständiger in der Kammer sitzt, oder weil (und dies ist das Wahrscheinlichste) eine schlaue Coterie die Klubversammlungen schon im Voraus für die Unterdrückung der Leipziger Zeitung bearbeitet hatte, um so für den Flügelschlag der radikalen Presse in Sachsen Raum zu gewinnen. Die Regierung muß sich auch diesen Schlag gefallen lassen, da sie selbst und ihre wenigen Anhänger die Sache der Leipziger Zeitung äußerst matt vertheidigten; sie wird nichts davon tragen, als eine Menge Klagen über das Auflösen der Zeitung, und im nächsten Budget den Ausfall an der Stelle wo die 17,300 Thaler standen. Schon auf dem vorigen Landtage richtete die radikale Partei ihre Angriffe gegen die damalige Redaktion, redlich unterstützt durch den Exminister Oberländer, welcher übrigens in dieser Zeitung seiner segensreichen Wirksamkeit als Reichskommissär in Thüringen mit eigner Feder Weihrauch zu streuen nicht versäumte. Der interimistische Redakteur, Prof. D. Marbach, welcher in wenigen Monaten durch sein Bestreben, allen Parteien gerecht zu werden, sich viele Anerkennung erworben, die früher ganz unbedeutende Zeitung bedeutend gehoben und ihr 1100 neue Abonnenten zugeführt hatte, sah sich veranlaßt, seine Entlassung nachzusuchen, als Hr. Oberländer für gut befunden hatte einige scharfe Bemerkungen über den Berliner Pöbel, eine Notiz, daß die Linke in Frankfurt einmal gezischt und ein Inserat, in welchem der Abgeordnete Tzschirner Interpellationsrath genannt wurde, in öffentlicher Kammersitzung als „Angriffe auf bewährte Volksfreunde“ zu bezeichnen.

Der König hat dem regierenden Herzoge von Sachsen-Meiningen-Hildburghausen den Charakter eines Generallieutenants der Reiterei beigelegt.

× **Hannover**, 28. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer konnte nichts vorgenommen werden, weil die Minister nicht erschienen waren, obgleich sie doch versprochen hatten, die laufenden Geschäfte zu besorgen. Für die Grundrechte waren 32 Petitionen eingegangen, dagegen 33. Die Hannover'sche Zeitung jubelt über diese Zeichen treuer und unverdorbener Gesinnung. Die Petitionen sind in der That größtentheils in der guten alten Weise zu Stande gekommen, die Gellert so treffend schildert: „Die Bauern lächelten: Ach ja, Herr Amtmann, ja!“ In der ersten Kammer erzählte der Hr. Rittmeister v. Münchhausen (auch ein alter treuer unverdorbener Name!) er hätte von fast achtzig Männern in seinem Wahlbezirke gehört, die Kammer habe sich durch ihren Beschluß um das Vaterland verdient gemacht. Diese Bemerkung erregte auf der Gallerie eine so ausgelassene Lustigkeit, daß der Vorsitzende, Hr. Hausmann, ein strenges Wort einlegen mußte. Eine Einigung mit der zweiten Kammer hinsichtlich des Ministerialschreibens über die Grundrechte war bis jetzt nicht zu Stande zu bringen. Die Berathungen der ersten Kammer boten nichts von Erheblichkeit dar.

Darmstadt, 2. März. Der Professor Leopold Schmid hat die Wahl zum Bischof in Mainz angenommen. (Darmst. 3.)

⊙ **Friedland** in Mecklenburg-Strelitz, 23. Febr. Es ist heute von hier ein mit vielen Unterschriften versehener Protest gegen die österreichische Note vom 4. Febr., an die deutsche Nationalversammlung abgegangen, und hoffen wir, daß die Vertreter in Frankfurt sich durch jene Note nicht beirren lassen werden, in dem Verfassungswerke rüstig und kräftig fortzuschreiten.

Kuxhaven, 28. Febr. (Pr. elektro-magnetischen Telegraph.) Diesen Nachmittag 3 Uhr ist die Reichsmarine-Kommission, in Begleitung hannover'scher und hamburg'scher Kommissarien, am Bord des Dampfschiffes Henriette von Hamburg hier angekommen; dieselbe wurde durch Schüsse von der Hafenbatterie und durch Flaggen sämmtlicher hier liegenden Schiffe bewillkommt. (C. H.)

⊙ **Lübeck**, 28. Febr. Die erste Versammlung der neuen Bürgerschaft ist auf den 8. März anberaumt, dieselbe wird mit der Wahl des Bureaus und der 30 Mitglieder für den Bürgerausschuß ausgefüllt werden. Die hiesige Kaufmannschaft hat gleich dem Verein für Handelsfreiheit den Entwurf des Zolltarifs für das vereinte Deutschland adoptirt. Privatbriefe aus Kopenhagen melden, daß die österreichische Regierung sich durch den Grafen Carolyi von dem dänischen Gouvernement einen tüchtigen Admiral erbeten habe, um diesen für ihre Flotte im adriatischen Meere zu verwenden. Die dänische Regierung habe diesem Ersuchen bereitwilligst entsprochen, und den Seeoffizier Dahlerup der österreichischen Regierung zur Verfügung gestellt. Bei dieser entente cordiale, die naiv genug gerade mit der Kündigung des Waffenstillstandes zusammentrifft, gewinnt die Vermuthung, als habe dem österreichischen Kabinette bei der Bildung von Großdeutschland auch der Eintritt Dänemarks vorgeschwebt, neue Nahrung.

Großbritannien.

* **London**, 28. Febr. Es wird nicht ohne Interesse sein, noch Einiges aus der Debatte über Cobdens Ersparungsvorschläge und aus den Urtheilen der Presse über dieselben hier mitzutheilen. Die „Times“ bemerkt unter Andern: „man kann nicht wohl eine von Hrn. Cobdens Reden lesen, ohne die köstlichen Empfindungen zu haben, wie etwa nach einigen Zügen Chloroforms oder einer Dosis Schwefeläthers oder dem mäßigen Gebrauch irgend einer etwas gewöhnlicheren Stimulanz. Der Himmel wird lichter und lichter, die körperliche Masse flüchtiger, der Fuß beschwingter, die Visionen intensiver; die Schwierigkeiten verschwinden, die Verwickelungen erhalten eine plötzliche Lösung, das Schreckhafte erscheint spaßhaft, und neue Hoffnungen strömen Einem zu. Seine Reden lassen sich ganz so gut lesen, wie Feenmährchen aus alter Zeit u. s. w. Die „Times“ führt diesen Vergleich in einem Anfall guten Humors weiter aus. Sie sagt: „Tief im Osten läßt sich der große russische Niklas (the great Russian bugbear) blicken; unser Magiker schwingt seinen Zauberstab und fort ist das Ungeheuer; Polks Linienschiffe verwandelt er in Getreidekähne, ihr Pulver in Mehl und ihre Kugeln in Brod; unter seinen Händen ist eine französische Invasion nichts anders als ein Einfall königlicher Flüchtlinge oder ein friedlicher Besuch französischer Nationalgarden u. s. w.“

Die Stelle, worauf sich dieser Passus in der Times bezieht, ist wohl folgende. Cobden äußerte in seiner Rede: „Die Verhältnisse Englands zu den fremden Mächten seien jetzt ruhiger und gesicherter als früher, und er frage, ob Jemand ihm eine Weltgegend nennen könne, von der aus Gefahr zu befürchten sei. Etwa von Amerika? Der Grenzstreit wegen Oregon, welcher beinahe einen Krieg im Gefolge gehabt, sei beigelegt. Etwa von Frankreich? O nein, die Frage wegen der spanischen Heirathen sei ja beseitigt. Etwa von Rußland? Nicht im Geringsten; Rußland habe sich während der letzten Jahre fein still zu Hause gehalten, in dem Bewußtsein, daß es in seinen 20 Millionen Leibeigenen ein eben so furchtbares Problem zu lösen habe, als irgend ein Land Europa's. (Hört! Hört!) Etwa von Deutschland? Sicherlich nicht. Also von wo her? Wenn England von seiner insularischen Lage Nutzen ziehen und sich auf seine eigenen Angelegenheiten beschränken wolle (Beifall), wenn es sich nicht ohne Noth und Uebereilung in die inneren Streitigkeiten fremder Länder einmische, so habe es wohl nie eine Zeit gegeben, wo England so wenig wie jetzt der Gefahr eines Krieges ausgesetzt sei.“ Gleich sanguinisch, und man kann wohl sagen, etwas leicht und oberflächlich, faßte Cobden die innern Gefahren Englands auf. Er versicherte, „es gebe in England und Irland zusammen nicht hundert bewaffnete Verschwörer. In England selbst wären bei ihren Meetings nicht dreißig Mitglieder zugegen, und wenigstens sechs oder acht davon seien Spione. Und wäre nicht das irische Element, so würde unter der englischen Bevölkerung nicht die geringste Gährung sich zeigen, trotz der Noth und der Entbehrungen, die auf ihr gerade während des Jahres 1847 gelastet.“ Uebrigens kann man Hrn. Cobden keineswegs absprechen, daß er auch diesmal seine zum Theil sehr beherzigenswerthen Ansichten in ein leichtfaltiges, angenehm durchsichtiges Gewand seiner stets populären Beredtsamkeit zu kleiden wußte; auch wurde ihm von seinen Anhängern, und wohl nicht von diesen allein, der lebhafteste Beifall zu Theil.

Für die Cobden'sche Proposition sprachen unter andern Hr. Hume, Hr. M. Gibson, Hr. Bright. Letzterer wies darauf hin, daß England in Kanada mehr Truppen auf den Beinen halte, als das ganze stehende Heer der Vereinigten Staaten betrage; Hr. Gibson führte an, die französische Flotte hätte nur 931 Offi-

ziere, die englische dagegen 3931, diese habe 150 Admirale, die nordamerikanische gar keinen. Die Regierung habe sich zu einer Reduktion von 2½ Mill. Pf. verstanden; so gut wie diese würden sich auch wohl 10 Millionen ersparen lassen. Der Schatzkanzler, Sir Ch. Wood, wünscht Hrn. Cobden Glück dazu, daß er, wie bei früheren Gelegenheiten, sich einer so maßvollen Sprache bedient und die Regierung selbst nicht angegriffen habe, obschon im Grunde die ganze Rede Cobden's als ein fortgesetzter Tadel der finanziellen Seite der Regierung, und eine Stelle derselben als direkt gegen die Palmerston'sche Politik gemünzt zu betrachten ist. In den Volksversammlungen pflegt Hr. Cobden ohnehin die Regierung keineswegs zu schonen.

Sir Charles Wood wies im Fortgange seines Vortrags darauf hin, daß die Mehrausgaben für das Heer zum Theil aus der guten Absicht hervorgegangen, das harte Loos der Soldaten zu erleichtern. Dem englischen Heere lasse man selten Gerechtigkeit widerfahren, und doch habe keins so viele Mühseligkeiten und Strapatzen durchzumachen. Rasch hintereinander sei der englische Soldat dem erstarrenden Frost von Kanada, der tropischen Hitze Westindiens oder dem sengenden Sonnenbrande im südlichen Asien ausgesetzt, und doch thue er seine Pflicht überall ohne Murren. Wie wenig sei da die Beschuldigung Seitens des Liverpooler Finanzreformvereins gerechtfertigt, die Beschuldigung, daß dies Heer nur deßhalb erhalten würde, um die jüngern Söhne der englischen Aristokratie zu füttern. Liverpool sei wahrhaftig nicht der geeignete Ort, von dem aus man sich solcher Verleumdungen hätte versehen können. Erst im vergangenen Jahre habe Liverpool (wegen befürchteter chartistischer Unruhen) Truppen von der Regierung verlangt; man habe Truppenverstärkungen hingeschickt, aber die Liverpooler hätten noch mehr verlangt, ja sogar um die Aufhebung der Habeaskorpusakte nachgesucht (Beifall und Gelächter). Der Redner gab zu, daß die Friedensaussichten seit dem vergangenen Jahre sich wieder günstiger gestellt hätten und daß sich die Regierung dadurch in den Stand gesetzt sähe, das Heer von 113,817 Mann bis auf 103,254 zu verringern. Der Redner brachte einige schlagende Beweise dafür bei, daß, im Vergleich zu dem Einkommen der Individuen, kein Land so gering besteuert sei als England, und erwähnte schließlich, daß die Gesammteinnahme bis zum 5. Januar 52,933,000 Pf., die Gesammtausgabe 52,563,000 Pf. betragen habe, mithin ein Ueberschuß von 370,000 Pf. verblieben sei. John O'Connell führte, wie dies die irischen Mitglieder immer zu thun pflegen, die Frage von ihrem allgemeinen Standpunkt auf den des irischen Partikularismus abseits, indem er versicherte, daß, wenn nur Irland besser verwaltet würde, 800,000 fl. jährlich erspart werden könnten. Vom protektionistischen Gesichtspunkt aus sprachen gegen die Cobden'schen Vorschläge namentlich Hr. Herries, der unter Andern Hrn. Cobden empfahl, sich in den Volksversammlungen mindestens derselben anständigen und gemäßigten Sprache zu bedienen wie hier im Hause, und Oberst Sibthorp, letzterer in seiner gewöhnlichen burlesken Manier. Dieser unbewußte Humorist unter den Rednern des Unterhauses sagte unter andern: „Ich halte es für meine Pflicht, gegen die Motion des ehrenwerthen Mitglieds für den Westbezirk von Yorkshire zu stimmen, aber mit Ihrer Majestät Regierung zu stimmen vermag ich auch nicht. Ich mag weder jenem, noch dieser trauen, sie sind beide gleich schlecht (Gelächter). Mir kommt das ehrenwerthe Mitglied für den Westbezirk wie eine Natter im Grase vor; ich werde mich in Acht nehmen und mich nicht von ihr beißen lassen (wiederholtes Gelächter). Nicht anders erscheint mir die Regierung, und ich werde deshalb weder mit jenem noch mit dieser stimmen", worauf der tapfere Degen unter Beifall und Gelächter das Haus verließ.

Spanien.

* **Madrid**, 23. Febr. Der Finanzminister Mon hat den Cortes heute das Budget vorgelegt; die ordentlichen Ausgaben für das Jahr 1849 sind zu 1,099,461,808 Realen, die Einnahmen zu 1,226,974,931 Realen veranschlagt.

Es wird bestimmt behauptet, daß die Differenzen zwischen dem hiesigen und Londoner Kabinette zur Stunde bereits geschlichtet sind und daß Hr. Isturiz für den Botschafterposten in London ausersehen ist.

Eine gestern ausgegangene Depesche meldet die vollständige Vernichtung der Bande des Kabecilla Pimentaro, der die Provinz Cuenca unsicher machte. Pimentaro selbst ist in dem letzten Gefecht gefallen.

Oesterreichische Monarchie.

Am 22. Febr. ging in **Agram** das Gerücht, Fürst Windischgrätz habe vom Kaiser die Weisung erhalten, sich jedes Einflusses auf die Leitung der Civilverwaltung in Ungarn zu enthalten, welcher der Ban als ernannter Civilgouverneur vorstehe, und dem alle königlichen Kommissäre untergeordnet seien. Briefe aus Pesth melden, daß der Ban erst nach Befestigung der Ordnung und nach einer definitiven Regelung der politischen Verhältnisse in Ungarn nach Agram zurückkehren werde. Der Landtagsausschuß in Agram hat seinen Bericht über die Koordinirung des Landtags beendigt und bereits dem Druck übergeben. Die Idee des Zweikammersystems und des Census werden in diesem Entwurfe als die leitenden bezeichnet. (C. Bl. a. B.)

Schweiz.

† **Zürich**, 1. März. Unmittelbar nach meinem letzten Schreiben an Sie berichteten unsere Blätter triumphirend, die Tugend habe gesiegt, die Regierung von Luzern sei der schnöden Versuchung nicht erlegen, sie habe stolz die verlockenden Anerbietungen des französischen Spielpächters Bias zurückgewiesen. Der hinkende Bote kam bald hintendrein. Die Regierung that Herrn Bias, gleichsam mit Bedauern, kund und zu wissen, die Hazardspiele seien im Kanton Luzern gesetzlich verboten, sie könne daher von sich aus nichts in der Sache thun, als — dieselbe (mit Empfehlung?) dem Großrathe überweisen. Man sieht, die Versuchung, 40,000 Francs jährlich zu erbeuten, die glänzende Aussicht, Luzern nicht blos zu einem vorübergehenden, sondern zu einem bleibenden Aufenthalte der hohen Herrschaften, Spieler und Gauner von ganz Europa zu machen, war zu verführerisch. Zu dem verpflichtet sich noch Herr Bias, keinen Schweizer spielen zu lassen, ja sogar jedem Schweizer, der die Wachsamkeit der Aufseher getäuscht, den etwaigen Verlust auf Verlangen zu ersetzen. Die Moralität der Schweizer ist also gerettet, und was die Fremden anbelangt: fiat experimentum in corpore vili! Was wird der große Rath thun? Die Antwort ist einfach die: er wird mit beiden Händen zugreifen, falls von den Bundesbehörden keine Einsprache geschieht. Daß das Letztere aber stattfinden werde, hoffen wir zu Ehre der Schweiz zuversichtlich.

Unsere lieben Landsleute in Bologna können immer noch nicht abreisen, weil die römische Republik kein Geld hat, ihnen auszuzahlen; die Liquidation ist mit Einwilligung beider Theile neuerdings bis zum 15. März verlängert; ich zweifle jedoch sehr daran, ob die römischen Kassen alsdann voller sein werden als jetzt. Latour, der Kommandant der Brigade, soll krank und leidend sein; allein auch ohne diesen Umstand wird er sich gern jeden Aufschub gefallen lassen; wer weiß, was für günstige Veränderungen in der jetzt ziemlich desperaten Lage binnen 14 Tagen eintreten können! Als General Haynau von Ferrara her erwartet wurde, sollen sich die Schweizer anerboten haben, demselben entgegenzuziehen, was natürlich die tapfern Bologneser, die schon wie Espenlaub zitterten, mit tausend Freuden annahmen; ich möchte denselben jedoch rathen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht allzu fest auf die Treue der Schweizer zu bauen; bei Vicenza, da war es ein Anderes, da hatte der „rechtmäßige Landesherr" den Kampf anbefohlen; aber jetzt werden andere Rücksichten sich geltend machen, wenn jene Situation sich wiederholen sollte. — Als Herr Thiers in den dreißiger Jahren einmal einen Ausflug nach London machte, erzählten die Oppositionsblätter satyrisirend, der „illustre" Reisende habe einen der einsichtigsten Beamten im brittischen Finanzministerium höflich ersucht, ihm „ein Viertelstündchen" zu schenken, um ihm das brittische Finanz- und Steuer-System auseinander zu setzen. Auf ähnliche Weise melden unsere Zeitungen, jedoch ohne Satyre, Herr R. R. Stämpfli von Bern habe „für eine Woche" Urlaub genommen, um eine Erholungsreise zu machen, und „um zugleich das Steuerwesen anderer Kantone in's Auge fassen zu können."

Am 26. und 27. Febr. war eine Menge von Industriellen und Handwerkern aus den meisten Kantonen der Schweiz dahier versammelt, um einen schweizerischen Handwerker- und Gewerbsverein zu gründen. Vor ein Paar Jahren noch wurde Jeder über die Achsel angesehen, der nicht für das Freihandelssystem der Schweiz begeistert war; jetzt begreift man nicht, wie man so bornirt sein könne, die nationale Arbeit nicht durch entsprechende Zölle schützen zu wollen. Daß List sein System ausdrücklich als nicht anwendbar auf kleinere Staaten, wie die

Schweiz, erklärte, kümmert uns sehr wenig, das war nur ein Kniff, um uns im Interesse Deutschlands die Sache zu verleiden. Da nun „Schutz der nationalen Arbeit" in Aller Munde, in dem der industriellen Nebenzweige (die Hauptzweige — Baumwollspinnerei, Seide- und Uhrenfabrikation — sind für den Freihandel) wie in dem der Handwerksmeister, so ist es kein Wunder, daß auch die schweizerischen Handwerksgesellen bei der Bundesversammlung um „Schutz für die nationale Arbeit" petitioniren, und zwar durch Ausschluß der fremden Handwerksgesellen von Arbeiten in der Schweiz. Auch hier kommen wir also wieder auf den beliebten Refrain zurück: hinaus mit den Schwaben! Die Gesellen sind natürlich so gut in ihrem Rechte wie die Meister; ich zweifle aber daran, ob die letzteren sehr erbaut über diese Art von Schutz der nationalen Arbeit sein werden. — und noch weniger das Publikum. Unbegreiflich war es, wie alle Blätter dem „Berner Verfassungsfreund," der sich einen groben Bären hatte aufbinden lassen, seinen sinn- und hirnlosen Bericht über die Resultate und Arbeiten der Zollkommission zu Bern auf Treu und Glauben nachdrucken konnten; oder traut man der Mehrheit jener Kommission wirklich zu, daß sie die Hauptlast eines Zollvertrages von 4—5 Millionen auf Lebensmittel und Rohstoffe legen wolle? Es geschehen zwar im Steuer- und Zollwesen noch täglich Dinge bei uns, die fast unglaublich sind; sollte man es für möglich halten: der Kanton Wallis deckt fast den dritten Theil seines aus 359,209 Schwzfr. bestehenden Büdgets allein aus dem Salzregal; Reiche und Arme tragen also ungefähr gleichmäßig dazu bei, den dritten Theil der Ausgaben des Staates zu bestreiten! Im Kanton Schwyz waren die Verhältnisse ähnlicher Art: kein Wunder, daß die reichen Bauern daher jetzt nichts von dem neuen, auf Vermögen und Einkommen gegründeten Steuergesetz wissen wollen, und häufig die Annahme der Steuerzettel verweigern.

Den Mitgliedern des früheren Gr. Rathes von Luzern hat die Staatsanwaltschaft angezeigt, auf das Befinden des Kriminalgerichts eigne sich die Voruntersuchung zur Spezialuntersuchung, die Akten seien daher der Justizkommission vorgelegt. Auch der „Landesverrathsprozeß" spukt immer noch halb todt, halb lebendig im Lande umher.

Niederland.

** **Haag**, 27. Febr. Beide Kammern haben bereits, auf diesem Landtag zum erstenmal jede für sich allein, die Adresse berathen und dem König überreicht. In der zweiten Kammer war die Debatte darüber ungewöhnlich lebhaft. Fast eine ganze Sizzung ward bloß mit der Diskussion über die allgemeine Richtung der Adresse ausgefüllt, welche, ungeachtet besonders Herr Thorbecke sie sehr beredt vertheidigte, doch nur mit 34 gegen 31 Stimmen gutgeheißen wurde. Auch die Erörterung der einzelnen §§. und der Amendements war bewegt. Die Adresse lautet also: „Sire! die zweite Kammer der Generalstaaten hat mit wahrem Interesse die durch Ew. Maj. bei Eröffnung des Landtages empfangenen Mittheilungen vernommen, betreffend die Anliegen und den Zustand des Vaterlandes. Lebendig fühlen wir das Gewicht der Pflichten, welche das Grundgesetz den Volksvertretern auflegt. Wir wünschen zur Erfüllung der großen vielumfassenden Aufgabe, wozu wir berufen, in dem Geiste mitzuwirken, daß zwischen Volk und Regierung die innige Uebereinstimmung, welche die Kraft der Regierung ist, mehr denn je befestigt werde. Dies hat Ew. Maj. gewollt, als Ihr königliches Wort die Neugestaltung beschloß, und hieran muß, unseres Einsehens, die unverweilte Entwickelung der Freiheiten und Rechte, welche das Grundgesetz dem niederländischen Volk gewährt, hieran muß die Regelung der Verwaltung, die sie verlangt, dienstbar sein. Wir glauben, Sire! daß, wenn so die Regierung sich ganz auf die Kraft der Nation stützt, die Schwierigkeiten, welche unsere Finanzen bieten, überwunden werden können. Diese Schwierigkeiten, vermehrt durch einen Ausfall, mit dessen Deckung sie nicht schwinden werden, fordern vor allem, daß das System sowohl der Einnahmen als der Ausgaben durchgeprüft und verbessert werde. Die Nation wird um so williger sein, nach Maße sie mehr überzeugt ist, daß die Opfer, die man von ihr heischt, rechtmäßige sind, nach Gebühr vertheilt und zweckmäßig verwendet werden. Mit dem Willen wird auch das Vermögen sich paaren, so nur der Gewerbfleiß, sein Lebensprinzip, freie Bewegung, durch Gesetzgebung und Verwaltung achten sieht und bei beiden das rechte Verständniß seiner Interessen erkennt. Die Kolonieen und Besitzungen des Reichs in andern Welttheilen haben hohen Anspruch auf nationale Fürsorge. Unserer Pflicht gemäß werden wir von dem Haushalte jener Länder sorgfältige Kenntniß nehmen und die zur Förderung ihrer Wohlfahrt nöthigen Maßregeln eifrig unterstützen. Die Nation, Sire! kann nicht vergessen, daß Sie es sind, der sie zur Ausübung des Rechts rief, woraus wir unsern Ursprung herleiten. Wir schätzen uns glücklich, Ihnen hiefür ihre Erkenntlichkeit darzubringen. König und Volk haben sich einander genähert; und in dieser Ueberzeugung schließen wir uns Ew. Maj. an, um in den neuen Zeitabschnitt, welchen Sie öffneten, mit Vertrauen auf den göttlichen Segen einzutreten." Aus der Antwort des Königs, worin er sichtlich bei dem Satz über die immer innigere Uebereinstimmung zwischen Regierung und Volk gern verweilte, entheben wir nur den Schluß: „Also aneinandergeschlossen, meine Herren! so können wir den Schwierigkeiten des Augenblicks mit minderer Besorgniß entgegenblicken, und wird der göttliche Segen unseren Bemühungen für das Glück eines treuen Volkes nicht fehlen, mit welchem ich mich innigst verbunden halte." Die Adresse der ersten Kammer ist ausführlicher gehalten, nach alter Weise mit Umschreibung der Thronrede, der Erwähnung der auswärtigen Verhältnisse rc. „In unseren Tagen besonders," lautet ein Passus, „möge in Niederland nicht vergessen werden, daß der Zustand der Geldmittel die meist mögliche Sparsamkeit und Einfachheit fordert." Bei der Seemacht wird auf eine Vermehrung der Kriegsschiffe hingewiesen zum kräftigen Schutze der fernen Besitzungen und der Handelsflotte. Während die zweite Kammer Limburg gar nicht erwähnt, sagt die erste Kammer darüber: „Wir wünschen mit Ew. Maj., daß auf Grund der Verträge die Schwierigkeiten, welche die Beziehungen des Herzogthums Limburg zum deutschen Bund herbeigeführt haben, aus dem Wege geräumt werden mögen. Es freut uns, daß Ruhe und Ordnung, wo sie an einigen Orten des Herzogthums bedroht waren, dort wie anderwärts, unter Mitwirkung der Landmacht auf preiswürdige Weise gehandhabt sind." Wir tragen noch nach, daß in einer früheren Sitzung der zweiten Kammer der Petitionsausschuß über den Brief des Hrn. v. Scherpenzeel berichtet hat: der Ausschuß hege keinen Zweifel, daß die Kammer nicht verpflichtet sei, auf die Fragen des Limburger Abgeordneten zu antworten, und halte gleichfalls für unnöthig, in eine Untersuchung über die Gründe einzugehn, welche denselben gehindert hätten, seinen Sitz in der Kammer einzunehmen. Er beantragt demnach, über den Brief einfach zur Tagesordnung überzugehn, was die Kammer denn auch, ungeachtet der Einwendungen des Hrn. Thorbecke, der nicht für passend fand, das Schreiben eines Abgeordneten gleichsam wie nicht empfangen zu behandeln, bei Namensaufruf mit 59 gegen 4 Stimmen zu ihrem Beschluß erhob. Auf das was man in Holland, unter dem Eindruck der österreichischen Note und der Erklärung einiger süddeutschen Regierungen und Stände, von der deutschen Einheit hält, kommen wir vielleicht ein andermal. Doch könnte Myn Heer gar zu eilig darüber frohlockt haben, daß in Deutschland auch gar nichts zu Stande komme.

Belgien.

* **Brüssel**, 2. März. Die Repräsentantenkammer hat heute das Fremdengesetz von 1835 mit den Modifikationen vom Jahre 1841 mit 76 gegen 6 Stimmen auf drei Jahre verlängert. Zwei Amendements, das eine dahin gerichtet, für diejenigen Ausländer eine Ausnahme zu gestatten, welche mit Belgierinnen verheirathet seien und Kinder besäßen, das andere, daß eine Ausweisung erst nach eingeholtem Gutachten der Anklagekammer des betreffenden Apellhofes stattfinden dürfe, wurden, als der Minister des Justiz darauf hinwies, mit welcher Schonung die Regierung seither jederzeit von den durch das Gesetz ihr beigelegten Befugnissen Gebrauch gemacht, verworfen.

Gestern ist der dänische General Oxholm, der bekanntlich mit Depeschen seines Hofes nach London geht, hier angekommen.

Ungarn.

Aus Ungarn, 21. Febr. Aus dem Mund eines österreichischen Offiziers erfuhren wir, daß ein Brief der ungarischen Regierung an Windischgrätz gelangt ist, wonach bei jeder Wiederholung einer Exekution an ungarischen Gefangenen die Repressalie sofort erfolgen werde. Auch hatten 73 kaiserliche Offiziere, welche in Debreczin gefangen gehalten werden, ein Schreiben an Fürst Windischgrätz gerichtet, in welchem sie ihn zur Schonung ihres eigenen Lebens auffordern, von dem eingeschlagenen Verfahren gegen ungarische Kriegsgefangene abzustehen. Fünf kaiserliche Ge-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 5. März. Die österreichische und die niederländische Flotte. Blutiger Aufstand im Aschaffenburgischen. Reichstruppen abgesandt.) Berlin (Sitzungen der Kammer. Der Kurfürst v. Hessen. Preußischer Generallieutenant. Amtliche Widerlegung.) Hannover (Beide Kammern erklären sich für die Grundrechte.)

Frankreich. Straßburg (Die Februarfeier.)

Italien. Rom (Proklamations- und anderer Krieg gegen Oesterreich. Neapel droht mit einem Einfall. Die geistlichen Güter zu Staatseigenthum erklärt. Zwangskours der Bankscheine.) Turin (Interpellation über die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten. Gioberti und der König.) Florenz (Laugier geflüchtet.) Venedig (Aufhören der Diktatur; Bildung einer ausübenden Gewalt mit außerordentlichen Vollmachten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 5. März.)

Nachschrift.

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 5. März.

Tagesordnung der 181. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten.
2) Berathung über den Antrag des Abgeordneten Fehrenbach, Niederlegung der auf die Verlegung von Reichstruppen in das Großherzogthum Baden bezüglichen Akten auf den Tisch des Hauses betreffend.
3) Berathung des vom Abgeordneten Fischer, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung erstatteten Berichts über den Antrag des Abgeordneten Wesendonck, die Ergänzungswahlen in den Ausschüssen betreffend.
4) Berathung des vom Abgeordneten v. Buttel, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses erstatteten fünften Berichts über verschiedene an die verfassunggebende Reichsversammlung gelangte Eingaben.
5) Berathung des vom Abgeordneten Reichensperger, Namens des Ausschusses zur Begutachtung der Wahlen in dem badischen Bezirk Thiengen erstatteten Berichts, betreffend die am 26. Oktober v. J. stattgehabte Wiedererwählung des Dr. Friedrich Hecker als Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung.
6) Berathung des vom Abgeordneten Mittermaier, Namens des Gesetzgebungs-Ausschusses erstatteten Berichts über die an den Ausschuß gewiesenen Anträge und Petitionen in Beziehung auf die Bearbeitung allgemeiner deutscher Gesetzbücher.

Vorsitzender Präsident Herr Eduard Simson.

Ausgetreten aus der Nationalversammlung ist Herr Schlörr aus der Oberpfalz. Der Präsident zeigt heute den Eingang fernerer auf das Verfassungswerk bezüglicher Regierungserklärungen an: von Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Altenburg, Bremen und Braunschweig *).

Von Ausschußberichten werden angemeldet: durch Herrn Gevekoht aus Bremen für den volkswirthschaftlichen Ausschuß ein Gesetzentwurf über die Auswanderung. Durch Herrn Teichert ein Bericht für den Wehrausschuß, wornach über die von dem Abgeordneten Herrn Vogt eingereichten Statuten der Bürgerwehr von Gießen, Wetzlar und der Umgegend, in Betracht, daß dieselben mit den Landesgesetzen im Widerspruche stehen, die motivirte Tagesordnung angerathen wird.

Herr v. Langerfeldt berichtet, daß der Gesetzgebungsausschuß über den Antrag Herrn Roßmäßler's, angebliche Verletzungen des Briefgeheimnisses und die Verwirklichung des § 12 der Grundrechte betreffend: in Betracht, daß dieser Gegenstand in den Bereich der Landesgesetzgebung gehören würde, zur motivirten Tagesordnung überzugehen räth.

Dagegen zeigt Hr. v. Breuning für den Untersuchungsausschuß an, daß derselbe die im Sommer vorigen Jahres versagte Erlaubniß zur Verhaftung des Abgeordneten Herrn Peter von Konstanz gegenwärtig zu ertheilen beantragt.

An der Wahl zum Präsidenten der Nationalversammlung haben sich 368 Mitglieder betheiligt. Da auf Herrn Ed. Simson 271 Stimmen gefallen sind, so verkündigt der Vicepräsident, Herr Beseler, unter dem lebhaften Beifalle des Hauses, die Wiedererwählung Herrn Simsons für die Zeit der nächsten vier Wochen. 65 Stimmen sind auf Herrn Schüler von Jena, 16 auf Herrn Kirchgeßner, 9 auf Herrn Edel gekommen. Die Uebrigen vereinzelt. Mit folgenden Worten übernimmt Herr Simson das ihm abermals übertragene Amt: Sie werden nicht müde, meine Herren, mir durch wiederholte Wahlen immer neue Beweise Ihres wohlwollenden Vertrauens zu geben. Ich an meinem Theile werde nicht ermüden in der ernsten unbefangenen Handhabung des ehrenvollen Amtes. Uns Alle drängt und erfüllt in diesen Anstrengungen das klare Bewußtsein von der Reinheit, von der Erhabenheit des Zieles, dem wir zustreben. Die Ueberzeugung, daß wir von der Erreichung desselben in keinem Falle mehr weit entfernt sein können, wird uns auch die letzten Wochen überwinden lassen, und wenn sie die schwersten sein sollten. Denn diesen hohen Zwecken wird schließlich doch jede Gewalt förderlich und dienstbar werden müssen, die neben der unsrigen, wo auch immer, auf deutschem Boden waltet (Allgemeines Bravo). Auch jeder Anstoß von Außen wird sich ihnen hilfreich erweisen (im Centrum mehrere Stimmen: Sehr gut!); denn, meine Herren, das Recht, die Grenze zu bestimmen, über welche hinaus es diesem obersten Rath der Nation nicht zustünde, das Werk ihrer Einigung zu führen, steht in keiner irdischen Gewalt. Es steht lediglich jener hohen Hand zu, welche die Geschichte der Völker und das menschliche Geschlecht nach einem Plane leitet, den selbst die Einsichtsvollsten in seinen Umrissen kaum zu erkennen vermögen. In dieser Hand liegt der Ausgang auch unserer Arbeiten. Wir gehen diesem Ausgang mit getroster Zuversicht entgegen; wir wissen, der Ausgang wird die Wahrhaftigen loben. (Allgemeine Beistimmung.)

An der Wahl des ersten Vicepräsidenten betheiligen sich 365 Mitglieder, von denen sich 226 für Herrn Wilhelm Beseler aus Schleswig erklären — Hr. Kirchgeßner erhält 100, Hr. Edel 28, Hr. Schüler 12, die Herren Reh und Schneer je eine Stimme. An seinen Dank knüpft Hr. Beseler den Wunsch und die Hoffnung, daß der Präsident „in seiner ruhmvollen Leitung der Geschäfte" auch während der nächsten vier Wochen niemals verhindert sein möge.

Zum zweiten Vicepräsidenten wird von 351 Stimmen mit 329 Hr. Kirchgeßner aus Würzburg ernannt.

Hiernach besteigt die Tribüne der Präsident des Reichsministeriums Hr. v. Gagern:

Die am 26. August 1848 zwischen Deutschland und Dänemark zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstandskonvention ist dänischerseits und zwar in einer den Verhältnissen nicht entsprechenden unförmlichen Weise gekündigt worden. Bei der Uebergabe der Kündigungsurkunde erklärte zwar der dänische Bevollmächtigte, daß Se. Majestät der König von Dänemark sich der vertrauensvollen Hoffnung hingebe, es werde der gefaßte Entschluß nicht zu einer Erneuerung der im vorigen Jahre stattgehabten Feindseligkeiten führen und es suchte derselbe die Kündigung aus dem Gesichtspunkte der Beförderung des Friedens darzustellen.

So befremdend es schon lautet, einen wesentlich einer erneuerten Kriegserklärung gleichkommenden Akt als zur Beförderung des Friedens dienend dargestellt zu vernehmen, so wird die Verwunderung dadurch noch gesteigert, daß die Kündigung der malmöer Waffenstillstandskonvention seitens Dänemarks zu dem Zeitpunkte geschah, als eben die Eröffnung der Friedensunterhandlungen durch die vermittelnde Macht England eingeleitet worden und von Seiten des ersten Staatssekretärs ihrer königlichen Majestät von England der ernste Wunsch der Regierung der vermittelnden Macht ausgedrückt worden war: daß der diesseitige Gesandte zur Verlängerung des Waffenstillstandes mitwirken wolle, indem eine solche Verlängerung einer jeden nützlichen Unterhandlung unumgänglich nothwendig vorausgehen müsse.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß der gleiche Wunsch auch gegen Dänemark ausgesprochen ist. Der diesseitige Gesandte hat seine Zustimmung zu jenem Vorschlage der Verlängerung des Waffenstillstandes sofort erklärt. Auf diesen und andern während der Dauer des Waffenstillstandskonvention von Seiten Deutsch-

---

*) Von diesen Regierungserklärungen theilen wir zur Bezeichnung ihres Inhalts die braunschweigische mit. Sie lautet:

„In Folge der von Ihnen, Herr Präsident, unterm 28. Januar l. J. erlassenen Aufforderung hat der unterzeichnete Bevollmächtigte für das Herzogthum Braunschweig die Ansichten der von ihm vertretenen Regierung über die in erster Lesung vollendeten Theile des Verfassungsentwurfes gemeinschaftlich mit anderen Bevollmächtigten in zwei Eingaben vorgelegt. Derselbe findet sich, da diese Eingaben den Verfassungsabschnitt vom Reichsoberhaupte nicht berühren, veranlaßt auf die bereits unterm 19. v. M. ausgesprochene Ansicht der herzoglich braunschweigischen Regierung zurückzuweisen, nach welcher Ansicht sich der Zweck des angestrebten Bundesstaates nur wird erreichen lassen, wenn ein erbliches monarchisches Oberhaupt an die Spitze der künftigen Reichsregierung tritt."

lands gegebene Beweise der Bereitwilligkeit zu friedlicher Verständigung hat Dänemark mit der Kündigung der Waffenstillstandskonvention bei dem Beginne der Friedensunterhandlungen geantwortet. Unter den angeführten Umständen ist es zwar noch immer möglich, daß die übereilte Entschließung Dänemarks ohne Folgen bleiben werde. Die bereits eingeleiteten Friedensunterhandlungen sind aber natürlich als unterbrochen zu betrachten, bis die Uebereilung Dänemarks wieder gutgemacht ist, bis es feststeht, daß bis zu einem weiter zu bestimmenden Termine die Feindseligkeiten nicht werden erneuert, der status quo werde aufrecht erhalten werden. Auf diesen vorläufigen Zweck sind gegenwärtig die Unterhandlungen gerichtet.

Dem Reichsministerium liegt es ob, Sorge zu tragen, daß für den Fall der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten Deutschland gerüstet sei. Es ist desfalls das Erforderliche eingeleitet, und die Centralgewalt zählt auf die Mitwirkung der Nationalversammlung und der Staatenregierungen, wenn das Bedürfniß eintreten sollte. Die Ehre Deutschlands im Frieden wahren zu können, war unsere Hoffnung und unser aufrichtiges Bestreben. Wenn die Schritte Dänemarks die Erneuerung des Krieges im Norden Europa's zur Folge haben sollten, so fällt die Schuld und Verantwortlichkeit auf Dänemark, und Europa wird der bisher diesseits eingehaltenen Mäßigung Anerkennung zollen. Sollte aber Dänemark geglaubt haben, aus der anscheinend gestörten Eintracht unter den deutschen Staaten Vortheile ziehen zu können, so wird das angegriffene Deutschland zeigen, daß es seine Entwickelungskämpfe zu begrenzen weiß; es wird mit Ernst bedacht sein, daß das Verfassungswerk beendigt werde, die Glieder sich schließen. (Anhaltender Beifall.)

Damit ist zugleich die Wesendonck'sche Interpellation beantwortet. In Bezug auf die Interpellation des Hrn. Vischer von Tübingen erklärt Hr. v. Gagern, daß er sich hinsichtlich des Einmarsches der russischen Truppen in Siebenbürgen an den österreichischen Bevollmächtigten gewendet und um Auskunft gebeten habe.

Hr. Riesser bemerkt den dänischen Angelegenheiten gegenüber, daß das gesammte Deutschland einig zu seiner Regierung stehen werde, um ihr zur kräftigen Führung des Kriegs alle erforderlichen Mittel zu gewähren (stürmisches Bravo!), und wenn hinter der nächsten gering erscheinenden dänischen Gefahr eine größere stehe, wenn die junge Freiheit des Vaterlandes der Feuerprobe eines Kampfes mit einem anderen mächtigen Feinde unterworfen werde, so werde über dem Werke der Verfassung beschleunigend und versöhnend der Gedanke der Gefahr des Vaterlandes schweben. (Beifall.)

Im Namen der linken Seite des Hauses bestätigt Herr Venedey die Worte Riesser's, indem er das Bewußtsein ausspricht, Deutschland sei stark genug und entschlossen, um zugleich den Feind abzuwehren und den Tempel seiner Einheit zu bauen.

Der dringliche Antrag, den Hr. Fehrenbach aus Säckingen hierauf in einer weitläufigen Rede zu begründen sucht, lautet: Um die angeblichen Gründe zur fortdauernden Verlegung von Reichstruppen in das Großherzogthum Baden prüfen und weitere Anträge stellen zu können, beantrage ich

„die hohe Nationalversammlung wolle das Reichskriegsministerium auffordern, die deßfallsigen Akten auf den Tisch des Hauses niederzulegen".

Der Sprecher stellt die Geduld der Versammlung durch die Vorlesung von allerlei Schriftstücken auf eine harte Probe, indem er das üble Betragen der Soldaten zu beweisen und dadurch die von ihm behauptete Aufregung der badischen Bevölkerung gegen die Reichstruppen zu rechtfertigen sucht. Besser als alle Soldaten werde eine Amnestie der in die letzten Aufstände Verwickelten fruchten (Aha von der Rechten). Nur das böse Gewissen eines Ministeriums, dem das Vertrauen des Volkes fehle, sehe gefahrdrohende Gestalten durch das Land gehen, wogegen es den Schutz der Reichstruppen herbeirufe.

Herr Buß aus Freiburg will über Fehrenbach's Antrag die einfache Tagesordnung beschlossen sehen. Sein Verlangen sei auch im Interesse der linken Seite des Hauses, die er nur schone, wenn er sich nicht weiter über seinen Antrag auslasse. Obschon die Linke stürmisch auf diese Schonung verzichtet, so wiederholt doch Herr Buß nur seinen Antrag auf Tagesordnung, denn er „will die Wunden seines Vaterlandes nicht bloß legen."

Herr Fröbel gibt eine Schilderung der unbegründeten Voraussetzungen, welche die großherzogl. Behörde mit seinen kurzen Besuchen in Baden verbunden habe. Der Redner läßt es darnach unentschieden, ob die Verläumdungen, deren Gegenstand er von Seiten des Ministeriums Bekk gewesen, „leichtsinnig" oder „böswillig" zu nennen.

Hr. Bassermann: Wenn der Minister eines Landes, das schon zwei republikanische Einfälle ausgehalten hat, mit einer Vorsicht zu Werke geht, die vielleicht einmal ihr Ziel verfehlt, so ist der Ausdruck „Verläumdung" auf ein solches Verfahren nicht anwendbar, ebenso wie Hr. Bassermann die Bezeichnung leichtsinnig und böswillig zurückweist. Baden hat 116 Stunden Grenze gegen zwei Republiken. Die Geographie Deutschlands, nicht das Ministerium Bekk hat die Ungunst dieser Lage zu verantworten.

Hr. v. Gagern schließt sich nachdrücklich den Worten an, womit sich Hr. Bassermann des Ministeriums und des persönlichen Charakters Hrn. Bekk's angenommen hat. Eine stärkere Truppenaufstellung in Baden werde unter allen Umständen auch aus strategischen Gründen unerläßlich sein, wobei der Redner auf die zahlreichen Besatzungen der Franzosen im Elsaß aufmerksam macht. Hr. v. Gagern empfiehlt mithin über Fehrenbach's Antrag den Uebergang zur Tagesordnung. Bei der Abstimmung pflichtet das Haus der Meinung des Reichsministerpräsidenten mit großer Mehrheit bei.

Ebenso erledigten sich sodann und ohne Diskussion durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung die Nummern 2 bis 4.

Erst Nr. 5 der Tagesordnung hat wieder eine kurze Debatte zur Folge, indem Hr. L. Simon nur den Wählern des betreffenden Bezirks das Recht zugesteht, über die Würdigkeit ihres Abgeordneten zu urtheilen. „Friedrich Hecker ist jetzt in Nordamerika und die Russen stehen in Siebenbürgen" — Sie lachen? Und doch liegt der Zusammenhang vor Augen, wie denn auch Mancher unter uns, der früher in dem Fortbestehen der deutschen Fürsten kein Hinderniß der deutschen Einheit erblickte, sich diese Frage gegenwärtig anders beantworten mag. (Beifall von der Linken.) Herr Simon will daher, daß die Versammlung ihren früheren Beschluß, der die Wahl Hecker's für ungültig erklärt, zurücknehme. Die Abstimmung erklärt sich jedoch, nachdem noch Hr. Reichensperger als Berichterstatter das Wort genommen, für den Antrag des Ausschusses wornach es bei dem Beschlusse vom 10. August sein Bewenden hat und die Mittheilung der badischen Regierung über die Wiederwahl Friedr. Heckers einfach zu den Akten genommen wird.

Die Verhandlung über Nr. 6 der Tagesordnung endlich, an der sich die Herren Mareck, Förster von Hünfeld, Huck, der Minister der Justiz Hr. Rob. v. Mohl und der Berichterstatter Hr. Mittermaier betheiligen, endet damit, daß der Antrag des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung über die verschiedenen Eingaben, die auf sofortige Bearbeitung allgemeiner deutscher Gesetzbücher gerichtet sind, angenommen wird.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 8. März Statt. Tagesordnung: Zweite Lesung des rückständigen Theils der Grundrechte.

Frankfurt, 3. März. Der „niederländische Staatskourant" vom 2. März enthält folgenden Artikel: Haag, den 1. März 1849. „Verschiedene deutsche Zeitungen haben dieser Tage aus der „Frankfurter Oberpostamtszeitung" eine Nachricht aufgenommen, nach welcher in Folge eines zwischen Oesterreich und Niederland abgeschlossenen Vertrages, ein großer Theil der holländischen Kriegsflotte, unter dem Befehl eines Admirals, für einen gewissen Zeitraum zur Disposition gestellt sein sollte. Wir sind mit Sicherheit unterrichtet, daß durch die niederländische Regierung kein einziges Schiff, kein Offizier und kein Matrose zur Verfügung der österreichischen Regierung gestellt worden." (O.P.A.Z.)

⁝ **Frankfurt**, 5. März. In der großen Saline Ort bei Aschaffenburg ist ein nichtswürdiger Aufstand ausgebrochen. Die Aufständischen beabsichtigten die Saline zu plündern, und zu dem Ende vorher die Kaserne in Brand zu stecken. Die in Ort stationirten Soldaten vertheidigten sich tapfer, mußten sich aber, da ihrer nur vierzig waren, der Aufständischen aber gegen 800, darunter viele Bauern aus dem Kurhessischen, vor der Uebermacht zurückziehen. Dem Vernehmen nach haben die Truppen drei Mann verloren, von den Aufrührern sollen fünfzehn erschossen sein. Es sind sogleich Reichstruppen, Infanterie und Kavallerie, nach dem Aschaffenburgischen abgeschickt.

> **Berlin**, 2. März. Dritte Sitzung der zweiten Kammer. Um 10½ Uhr rief die Klingel des Präsidenten die Abgeordneten auf ihre Plätze. Unter den Bemerkungen gegen das Protokoll der vorigen Sitzung erregte die des Abgeordneten Berends Aufmerksamkeit. Er verlangte, daß die Aeußerung des Ministers Manteuffel: „Das Ministerium werde nach Konstituirung der Kammer über seine Handlungen Rede stehen und es protestire gegen jeden vorherigen Angriff" in das Protokoll aufgenommen würde. Nach einigem Hin- und Hersprechen erledigte Vincke die Sache mit der Bemerkung: „Die Erklärung des Ministeriums besage, daß es mit der nicht konstituirten Kammer nicht verhandeln wolle und müsse als solche aufgezeichnet werden." Nun wiederholte sich das Schauspiel, das gestern in der ersten Kammer aufgeführt worden ist. Die Berichterstatter der verschiedenen Abtheilungen erstatteten über die von denselben geprüften Wahlen Bericht und trugen ihre ermüdenden Bedenklichkeiten, auch wo kein Bedenken über die Entscheidung obwaltete, einer nach dem andern vor. Ein politisches Interesse bot nur der Streit über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Arntz aus Cleve. Arntz hatte im Jahre 1834 Preußen wegen politischer Verfolgungen verlassen. Er war nach Belgien gegangen, hatte sich dort zuerst als Advokat, dann als Professor an der Brüsseler Universität ernährt. Damals gab es noch kein Gesetz über den Verlust des Staatsbürgerrechts. Ein solches erschien im Jahr 1842 und machte den Verlust des Staatsbürgerrechts von einem 10jährigen Aufenthalt im Auslande abhängig. Inzwischen war aber auch (1841), die Amnestie erlassen worden und Arntz war zu verschiedenen Malen, namentlich auch schon im Jahr 1841 selbst, auf kürzere Zeit zurückgekehrt. Zuletzt ließ er sich wieder ganz in Preußen nieder und war bekanntlich im vorigen Jahr Mitglied der preußischen Nationalversammlung. In der Abtheilung war das Bedenken, ob Arntz noch das Staatsbürgerrecht besitze, nur kurz erwähnt und die Frage bejahend entschieden worden. Heute in der Plenarsitzung focht Pelzer aber von Neuem die Wahl an; „nach dem Code Civil, der für das linke Rheinufer entscheide, behauptete er, verlöre der das Staatsbürgerrecht, der sich mit der Absicht des dauernden Aufenthalts im Auslande niederlasse. Eine solche Absicht habe Arntz offenbar gehabt." Parrisius wies die Unrichtigkeit dieser Meinung nach und mit Wärme verwahrte sich Arntz dagegen, daß ihm, dem politisch Verfolgten, der nur die Wahl zwischen Exil und Gefängniß gehabt habe, die gezwungene Entfernung als absichtliches Aufgeben seines Vaterlandes ausgelegt werde. Die ganze Kammer erhob sich für die Gültigkeit der Wahl. Die Kammer beendete heute nicht die Prüfung der Wahlen und wird morgen damit fortfahren.

Die erste Kammer hielt keine Sitzung. Am Schluß der gestrigen war die Frage aufgeworfen worden, ob nicht sofort eine Adresse an den König zu erlassen sei. Hansemann wollte, daß vorher die Konstituirung der Kammer der Krone angezeigt würde, damit die Minister bei dem darüber zu fassenden Beschluß anwesend seien. Die Kammer ging aber nicht darauf ein, beschloß durch die Abtheilungen eine Adreßkommission sofort zu ernennen und vertagte sich, um dieser Kommission Zeit zu lassen, bis Montag.

** **Berlin**, 2. März. Für jetzt unterliegt es keinem Zweifel, daß ein „rechtes Centrum" nicht vorhanden ist; die ganze Rechte versammelt sich abendlich in der Stadt London und ich wüßte nicht, daß Herr von Bismark und Herr von Bodelschwingh andere Zwecke verfolgten, als Herr Grabow, Herr Camphausen, Herr v. Auerswald. Ob sich die ganze Linke noch beisammen erhält, ist mir unbekannt. Die Taktik der Rechten, wie sich immer mehr herausstellt, ist wahrhaft vaterländisch. Disciplinirt, wie die Linke sonst nur sein konnte, fest auf ihrem jedesmaligen Vorhaben beharrend, zeigt sich in ihrem Auftreten als Partei der Geist der Versöhnlichkeit, der Würde und es fehlt nicht an Indizien, daß die Koryphäen der Linken sich angenehm überrascht und angezogen fühlen. Insbesondere scheint die Linke sich in dem ritterlichen Abgeordneten von Hagen getäuscht zu haben; sie meinte, Vincke werde mit Feuer und Schwert unter sie fahren, nichts billigen, Alles anfeinden, genug, wie ein Trabant jener Partei sagte, er werde sich hier abnützen. Statt dessen wirft sich Vincke, dem man wahrlich nicht nachsagen kann, daß er zur Linken neige, zum Paladin der von der Linken vorgebrachten billigen Bedenken und Ansichten auf. Neulich bestritt hinter ihm auf der Rednerbühne Grebel das Recht, zur Geschäftsordnung zu sprechen; als er zu Worte kam, sprach er für Grebel, dem ein Mitglied das Recht, sein Wort zu cediren, bestritten hatte. Heute verlangt Behrends, daß in das Protokoll der Protest des Herrn v. Manteuffel aufgenommen werde; nachdem Auerswald nachgewiesen, daß das Protokoll darum nicht fehlerhaft sei, nahm sich Vincke dieses Verlangens an. Sie hätten die Gesichter auf der Linken sehen sollen! Als er später in Betreff der Legitimationen seine Ansicht aussprach, fand sie bei Waldeck und den Seinen volle Billigung. Graf Cieskowski wollte sie gleich zum Beschluß erhoben sehen. Dagegen war ein Theil der Linken. Vincke sagte gleich, da bei dem vorliegenden Fall dieser Punkt nicht entscheide, wäre wohl bis zum ersten Fall zu warten, wo derselbe wesentlich sein würde. So rücksichtsvoll und gerecht zeigte sich die ganze Partei. Gewisse rasche Naturen, noch in der Gewohnheit des Konzert-Saals, machten ihr zwar Verlegenheit und reizten die Gegner ohne Noth; doch die Partei redressirte jeden Verstoß! Als in Frage stand, ob Arntz (obwohl Mitglied der Linken der vorigen Versammlung) als preußischer Staatsbürger zu betrachten sei, suchte dies ein Mitglied der Rechten zu bestreiten; wahrlich ohne Grund. Die Rechte drang sogleich auf Schluß der Verhandlung; mitten im Rufen nach Schluß naht Arntz selbst der Rednerbühne, weicht aber bei diesem Rufe zurück; sogleich ruft die ganze Rechte: „Reden!" und unmittelbar nachher verlangt sie den Schluß. Einmüthig — auch jenes Mitglied — erhob sich die Rechte, die Linke natürlich auch, und die staatsbürgerlichen Rechte dieses Mannes, der das Exil 1834 gewählt hatte, um politischen Verfolgungen zu entgehen, waren einstimmig anerkannt. Ich hoffe, diese Kraft, das entschiedene Vollgewicht des Talents im Verein mit solchem Geist der Anerkennung und Milde wird nicht nur der Rechten zur Ehre, sondern auch der Linken zur Läuterung und dem Lande zum Segen gereichen. Montag den 5. soll die Adreßverhandlung in der ersten Kammer beginnen.

** **Berlin**, 2. März. Nach der Wahl der Schriftführer (v. Bockumdolffs, v. Bernuth, v. Münchhausen, Sperling, Wachler, v. Gruner, v. Könen, Wodiczka) wurde der von 40 Mitgliedern gestellte Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses zur Entwerfung einer Adresse einstimmig angenommen. Der Ausschuß der zweiten Kammer zur Ausarbeitung einer endgültigen Geschäftsordnung besteht aus den Abgeordneten: v. Möller, de Syo, Waldeck, Stein, Knauth, Hildenhagen (Linke), und v. Viebahn, Stolle, v. Auerswald, Osterrath, v. Kleist, v. Groddeck, Gellern (Rechte).

Berlin, 3. März. Nach dem heutigen Militär-Wochenblatte ist der Kurfürst von Hessen, Königl. Hoheit, zum General-Lieutenant und Chef des 11. Infanterie-Regiments ernannt worden.

Berlin, 3. März. Verschiedene deutsche Blätter haben sich in Verbreitung des Gerüchtes gefallen, daß von Berlin eine hochstehende vertraute Person nach Ollmütz gesandt worden sei. Wir können versichern, daß an der Sache auch nicht ein Wort wahr ist. (Pr. St.-A.)

Hannover, 2. März. Der Ausdauer der Majorität zweiter Kammer und einer treuen und deutschgesinnten Minorität in erster Kammer ist es endlich gelungen, einen ständischen Beschluß zu erkämpfen und somit die Frage über die Grundrechte auch formell zu günstiger Entscheidung zu bringen. Der Beschluß der verstärkten Konferenz, welche gestern gewählt wurde und heute ihre Arbeit vollendet hat, lautet: „Stände erwiedern auf das Ministerial-Schreiben vom 10. Februar, das deutsche Verfassungs-Werk und die Grundrechte betreffend, daß zweite Kammer in zweimaliger Berathung beschlossen hat: In Rücksicht auf die nach Ansicht der königl. Regierung obwaltenden Bedenken gegen den Inhalt der Grundrechte wollen Stände nicht verkennen, daß es der königl. Regierung wünschenswerth sein konnte, die Ansicht der Stände zu vernehmen, bevor die königl. Regierung ihrerseits in dieser Angelegenheit vorschritt. Da nun aber Stände die Ueberzeugung hegen, daß die Grundrechte so wie die Reichs-Gesetze überhaupt, durch die Verkündigung im „Reichs-Gesetz-Blatte" Gesetzeskraft erlangen und es ihrer Zustimmung dazu überall nicht bedarf, so können Stände die Bedenken der königl. Regierung nicht theilen, Stände tragen vielmehr darauf an: 1) zur Beseitigung aller etwaigen Zweifel die Grundrechte so wie die Reichs-Gesetze überhaupt durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und für deren örtliche Veröffentlichung Sorge zu tragen, so weit dies noch nicht geschehen sein sollte;

2) die Gesetze, die zu weiterer Ausführung der Grundrechte den Einzelstaaten überlassen sind, den Ständen alsbald vorzulegen. Erste Kammer hat sich mit diesem Beschlusse, welchen zweite Kammer zu modifiziren sich nicht hat verstehen können und wollen, nur in so fern einverstanden erklärt, als auch sie sofortige Publikation der Grundrechte für unerläßlich hält. Stände beantragen daher: daß die königl. Regierung die Grundrechte sofort durch die Gesetzgebung zur allgemeineren Kenntniß zu bringen und die zur Ausführung erforderlichen, den Einzelstaaten überlassenen Gesetze baldmöglichst den Ständen vorlege". Als dieser Konferenz-Vorschlag verlesen war, verließ Stüve, der seiner gestern mitgetheilten Erklärung zufolge nur als Abgeordneter von Osnabrück anwesend war, das Haus. Der Abgeordnete Böhmer (Regierungsrath) bemerkte, daß in der Stelle in dem ständischen Schreiben, wo verlangt werde, die Grundrechte sollten durch die Gesetzsammlung zur allgemeineren Kenntniß gebracht werden, das Prinzip ausgesprochen werde, Reichs-Gesetze träten auch ohne Publizirung in den Einzelstaaten nach der bestimmten Frist in Kraft. Lang II., der Mitglied der Konferenz gewesen, erklärte, ihm würde es persönlich lieber gewesen sein, wenn der Beschluß zweiter Kammer von der ersten einfach angenommen wäre. Indessen sei doch das beste erreicht, was möglich gewesen. Gerade die Stelle mit dem Komparativ „allgemeinere" habe für die wichtigste in dem Schreiben gegolten; man habe namentlich darüber abgestimmt, und sie sei mit 11 gegen 5 Stimmen angenommen. Es war, schloß Lang seine Rede, die letzte Hand, welche Stände an dieses Werk hatten legen können. Jetzt liegt ein ständischer Beschluß über die Grundrechte vor; wir können uns Glück dazu wünschen. Der Kampf aber wird sich erneuern, wird sich bald erneuern, wenn von der Reichsversammlung wieder Gesetze kommen. Wird die Regierung dann ihre Absicht ändern? Ich hoffe, sie wird es. Wir in diesem Hause werden unsere Ansicht nicht ändern. Der Konferenzvorschlag wurde einstimmig angenommen. Auch der Abgeordnete Windhorst (Oberappellationsrath) stimmte gegen die unbedingte Anerkennung der Grundrechte „nach seiner juristischen Ueberzeugung". In der ersten Kammer ist der Konferenzantrag auch mit allen gegen zwei Stimmen, die des Erb-Landmarschalls Grafen Münster und die des Grafen Stolberg-Wernigerode, angenommen. Graf Stolberg berief sich dabei auf die Vorstellung, welche vierundvierzig fürstliche und gräfliche ehemals reichsständische Familien bei der Frankfurter Versammlung gegen die Grundrechte eingereicht haben. Um die Nachgiebigkeit der ersten Kammer und den Sieg der deutschen Frage haben sich dort namentlich Prokurator Wyneken, Wachsmuth, Neupert, v. Honstedt, Witte und Rosenthal große Verdienste erworben. (Köln. Z.)

Frankreich.

* **Straßburg**, 1. März. Unter diesem Datum schreibt man uns, daß die Februarfeier, einige sehr unbedeutende Exzesse abgerechnet, friedlich und ruhig verlaufen ist. Wir erwähnen derselben nur deßfalls ausdrücklich, um anzuführen, daß es dem Militär streng untersagt worden war, sich an einer zur Feier des Tages angesetzten Parade der Nationalgarde, sowie an den verschiedenen Lustbarkeiten zu betheiligen. So weit ist die Regierung, so viel wir wissen, anderswo nicht gegangen.

Italien.

* **Rom**, 25. Febr. Der Vollziehungsausschuß hat alle Hände voll zu thun mit Protesten und Proklamationen gegen die „Pest Italiens", wie die betreffenden Aktenstücke die Oesterreicher bezeichnen. „Stark durch die allgemeine Billigung der Völker hat die Regierung der Republik schon jene Maßregeln ergriffen, welche stets die Staaten von Sklaverei und Schande retten", das heißt in gewöhnlicher Sprache, der Kriegsminister will selbst nach Bologna und mit der Linie, der mobilisirten Civica und den Freiwilligen, die, auf dem Papier, von allen Seiten heranrücken, den Feind zurücktreiben. Der Vollziehungsausschuß ermuthigt übrigens seine tapferen Truppen durch die Aussicht auf die Unterstützung von Toskana und selbst von Piemont aus und hat außerdem in einer Proklamation an alle Italiener jede Nation einzeln zur Theilnahme an dem großen Befreiungswerk aufgefordert, einstweilen aber, da sie dieselben selbst aufzukaufen beabsichtigt, die Ausfuhr von Pferden und Maulthieren verboten. Denn auch an der südlichen Grenze regt es sich bedenklich. Eine Kolonne Neapolitaner, 10,000 Mann stark, soll bereits in San Germano, am Fuße des Monte Cassino, angekommen sein, gleichzeitig eine von Zuchi befehligte Abtheilung von 7000 Mann mit 16 Kanonen vorrücken und endlich ein drittes Korps von 1500 Reitern mit 40 Kanonen ein Lager bei Terraciana bezogen haben.

Das Dekret, welches alle geistlichen Güter im Kirchenstaat für Eigenthum der Republik erklärt und dagegen eine angemessene Dotation der Priester in Aussicht stellt, ist jetzt erlassen; ein zweites Dekret gibt den Scheinen der römischen Bank einen gezwungenen Cours.

Turin, 23. Febr. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer fragte der Abgeordnete Tosti, wie es mit der Kriegsbereitschaft der piemontesischen Truppen stehe, ob das Ministerium zur Wiedereröffnung des Kriegs mit Oesterreich noch immer die gelegene Zeit (opportunità) — Anspielung auf frühere Aeußerungen — abwarte. Ratazzi erwiderte: Die Regierung warte nicht eine gelegene Zeit ab (Noi non attendiamo alcuna opportunità), sie glaube, daß vielleicht die gelegene Zeit da sei (crediamo noi pure, che forse l'opportunità é giunta); aber die Kammer werde es ihnen Dank wissen, wenn sie hier nicht den Tag angeben, an dem die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden sollen. Ebenfalls am 23. ward in Turin öffentlich auf kleinen Tischen eine Petition an den König zum Unterzeichnen ausgelegt, welche die Rückkehr Gioberti's in's Ministerium und die augenblickliche Auflösung der Kammern forderte. Nachdem eine Anzahl Unterschriften beisammen war, ward die Adresse von einer Deputation dem König überreicht. Der König antwortete sehr fest, er werde sich nach dem Votum des Parlaments richten (uniformarsi). In Turin war es sowohl an diesem Tage als an den beiden folgenden ruhig. (Allg. Z.)

Florenz, 25. Febr. Verschiedene Mittheilungen und telegraphische Depeschen in der Alba vom 24. und 25. bestätigen sämmtlich, daß de Laugiers Heer ohne Kampf aufgelöst, er selbst geflüchtet ist. Die neueste telegraphische Depesche ist von Pisa, 24. Febr., vom Präfekten von Pisa an den Präsidenten der provisorischen Regierung gesandt. Sie besagt: Gestern Abend um 8 Uhr kam die vom Munizipium von Viareggio an Guerrazzi gesandte Deputation von Massa zurück; sie kündigte an, daß alle Truppen de Laugiers und alle seine Offiziere, darunter auch der Kommandant Gamberini, in die Reihen des Generals Apice übergegangen waren. De Laugier ist geflohen.

Venedig, 17. Febr. Die Versammlung beschloß heute zuerst: mit ihrer Konstituirung habe die Diktatur aufgehört; dann einstimmig: die Versammlung überträgt die ausübende Gewalt den Repräsentanten Manin, Graziani und Cavedalis mit außerordentlichen Vollmachten, soweit es die Vertheidigung des Staats betrifft. Das Recht, die Versammlung zu vertagen oder aufzulösen, haben sie nicht.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 5. März.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 72⅞; 2½pCt. Metall. 38¾; Bank-Aktien fl. 1172; fl. 500. Loose 124¾; fl. 250. Loose 78⅞; Badische fl. 35. Loose 27⅜; Hess. 27⅜; Hess. Rthlr. 40 Loose —; Großh. Hess. 50 fl. Loose 69½; Polnische fl. 500 Loose 74½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 36⅝; Berbach 72⅝; Köln-Minden 78⅛; 3pCt. inländ. Spanier 22⅞; 4½pCt. Würt. 93¾; 5pCt. Bad. 96½; 5pCt. Nass. 99; Belg. 82¼; Integ. 49.

Die höhere Wiener und Berliner Notirung brachte die Börse in bessere Stimmung. Alle Fonds waren daher, bei zwar beschränktem Umsatz, mehr begehrt.

Nachschrift.

⁝ **Frankfurt**, 5. März. Es ist eine neue österreichische Erklärung aus Ollmütz angekommen. Dem Vernehmen nach wird Deutschland dadurch eine böse Sieben zugedacht.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 64. **Frankfurt a. M.,** Montag 5. März. **1849.**

Uebersicht.

Deutschland.

• **Frankfurt**, 2. März. Wir sind in den Stand gesetzt, die folgenden Aktenstücke mitzutheilen:

Der Präsident des Reichsministerraths an den Herrn Präsidenten der verfassunggebenden Reichsversammlung.

Im weiteren Verfolge seiner Mittheilung vom gestrigen beehrt sich der Unterzeichnete, dem Herrn Präsidenten der verfassunggebenden Reichsversammlung behufs gefälliger Veranlassung der Ueberweisung an den Verfassungsausschuß der Reichsversammlung anliegend Abschrift der heute von den Herren Bevollmächtigten für Mecklenburg-Schwerin und für Sachsen-Altenburg an das Reichsministerium gelangten weiteren Erklärungen dieser Regierungen in Betreff der von der Reichsversammlung in erster Lesung über die Verfassung gefaßten Beschlüsse zu übersenden. H. Gagern.

„Herr Ministerpräsident!

Als ich die Ehre hatte, Ihnen am 15. Januar eine Vollmacht meiner Regierung für mein Verhalten in der Reichsoberhauptsfrage persönlich zu überreichen, wünschte ich vorläufig nur den mecklenburgischen Zeitungen zuvorzukommen, welche dieselbe damals schon aufgenommen hatten.

Wenn ich nun seitdem durch die geehrte Zirkularnote vom 28. Januar mich aufgefordert sehe, über die Verfassungsbeschlüsse der Nationalversammlung die Ansicht meiner Regierung auszusprechen, und dies durch die abgegebenen Kollektiverklärungen hinsichtlich der übrigen Abschnitte bereits geschehen ist, so darf ich nicht säumen, auch über denjenigen, das Reichsoberhaupt betreffend, die nachfolgende ergebenste Erklärung folgen zu lassen.

Se. königliche Hoheit der Großherzog und dessen Regierung sind der fortschreitenden Entwickelung der durch die Nationalversammlung gegründeten bundesstaatlichen Verfassung Deutschlands mit immer regem Interesse gefolgt; sie sind auch der Ausbildung einer starken Centralgewalt an deren Spitze durch willige Anerkennung ihrer Akte gerne und jederzeit förderlich gewesen. — Schon dieses bürgte für Ihre Zustimmung zu den nunmehr herausgegebenen Verfassungsbeschlüssen, insoweit sie auf Befestigung der deutschen Einheit und Kraft, wie auf freie Aeußerung der gewährten Rechte des deutschen Volkes abzwecken. Nachdem hierauf auch in der königlich preußischen Zirkularnote vom 23. Jan. an der bundesstaatlichen Verfassung festgehalten war, konnten Se. königl. Hoheit nur mit um so viel größerer Zuversicht Ihr Verharren in derselben erklären, aber Sie können nun auch den in jener Vollmacht vom 15. Jan. in Betreff des Oberhauptes ausgesprochenen vereinten Wünschen der Abgeordnetenkammer und Ihrer Regierung nur noch um so viel lieber den freiesten Lauf lassen.

Es sind nämlich Einheit und Kraft Deutschlands nicht ohne Einheit und ununterbrochene Dauer der obersten Handhabung seiner gemeinsamen Angelegenheiten zu verwirklichen. Eben so wenig wird anders als in dem monarchischen Prinzipe die Ausübung eines solchen oberhauptlichen Bundesregiments mit parlamentarischen Institutionen ihre sichere Begründung finden können, was auch die Ausdrücke „Reich“ und „Reichsgewalt“ in den Verfassungsbeschlüssen anzudeuten scheinen. Daß aber die Personifizirung dieses Prinzips in seiner deutschen Vollkommenheit durch die ganz im Bunde mitbefindliche größte, staatliche, wahrhafte und politische Macht geschehen müsse, erscheint ebenso sehr als Selbstfolge, wie ihr baldiges Vortreten dringendes Bedürfniß des jungen bundesstaatlichen Deutschlands sein wird. Frankfurt, am 2. März 1849. gez. Karsten, großherzoglich mecklenburg-schwerin'scher Bevollmächtigter.“

„An das Präsidium des Reichsministeriums Herrn Freiherrn v. Gagern hier.

Herr Ministerpräsident!

Unter Bezugnahme auf die über das deutsche Verfassungswerk unter dem gestrigen Tage abgegebene anderweite Kollektiverklärung der königl. Preußischen und der ihr beigetretenen Regierungen erlaube ich mir, hinsichtlich des daselbst zu §. 18 u. 19 des Abschnitts „der Reichstag“ gebildeten Antrags die, mir vorbehaltene, besondere Erklärung abzustellen, daß die herzoglich sachsen-altenburgische Regierung nicht in dem Falle ist, sich jenem auf Einführung des absoluten Veto's, anstatt des in erster Lesung angenommenen suspensiven, gerichteten Antrage anzuschließen oder hierunter einen besondern Antrag zu bilden. Zwar mag die Modalität des suspensiven Veto, wie sie von der Nationalversammlung beschlossen worden, an sich bedenklich erscheinen; indem hiernach ein Reichstagsbeschluß innerhalb ein und derselben Wahlperiode, sonach von den nämlichen Kammern und von den nämlichen Mitgliedern, welche den Beschluß zum ersten Male gefaßt haben, ohne Sanktion des Reichs-Oberhauptes zum Gesetze erhoben werden kann, während es doch schon in dem Begriffe des (monarchischen) suspensiven Veto, als einer Appellation des Staatsoberhauptes an das Volk liegt, daß ein suspendirter Beschluß nur nach Eintritt einer neuen Wahlperiode oder nach vorgängiger Auflösung der Kammern wiederholt, und so erst ohne Sanktion des Staatsoberhauptes mit Gesetzeskraft versehen werden soll: ein Grundsatz, von welchem bei herrschendem Einkammersystem jedenfalls nicht abgegangen werden könnte. Allein die Betrachtung, daß eines Theiles das angenommene Zweikammersystem eine Bürgschaft für eine gründliche und allseitige Erwägung der zu fassenden Beschlüsse bieten werde, andererseits auch das Recht des Staatsoberhauptes, das suspensive Veto zweimal in Anwendung zu bringen, die übereilte Ausführung von Reichsbeschlüssen auszuschließen geeignet sei, und daß endlich für die wichtigsten Beschlüsse, für diejenigen nämlich, welche eine Verfassungsänderung bezwecken, das absolute Veto festgehalten worden ist, ließ jenes Bedenken nicht für so erheblich erscheinen, um dieserhalb einen selbstständigen Antrag jetzt in's Mittel zu bringen, wo man sich noch der Erwartung hingibt, es werde ein die wahren Interessen der Nation sicherndes Wahlgesetz von der Nationalversammlung in zweiter Lesung beschlossen werden.

Indem ich schließlich mir noch darauf hinzuweisen erlaube, daß das in der obgedachten Kollektiverklärung wider die Bestimmung im §. 2 Lit. e des Abschnittes über das Reichsgericht erhobene Bedenken vielleicht durch bloße Streichung des Wortes „Verletzung“ erledigt werden könnte, bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, Gegenwärtiges auf geeignetem Wege zur Kenntniß der konstituirenden Nationalversammlung zu bringen. Frankfurt a. M., den 2. März 1849. Der herzoglich sachsen-altenburgische Bevollmächtigte (gez.) Crueiger.

Frankfurt, 3. März. Aus sicherer Quelle kann ich Sie benachrichtigen, daß die durch die Kölnische Zeitung verbreitete Angabe von einer an die europäischen Großmächte gerichteten russischen Circularnote vollkommen ungegründet und überhaupt kein Grund vorhanden zu sein scheint, welcher die kaiserlich russische Regierung jetzt zu irgend einer Erklärung bewegen könnte.

(O. P. Z.)

Wien, 27. Febr. Wie die Allg. Z. meldet, hat sich das ungarische Korps unter Görgey und Dembinski, dem Fürst Windischgrätz von Pesth aus entgegengegangen war, von seinem Standort Hatvan wieder zurückgezogen.

Wien, 27. Febr. Ohne irgend eine vorbereitende Andeutung ist heute unsere Stadt durch das Verbot der Anwendung ungarischer Banknoten im Verkehr überrascht und in Bestürzung versetzt worden. Fürst Windischgrätz, in dessen Händen sich die ausgedehntesten Vollmachten notorisch befinden, hat in Ungarn die Gültigkeit der 1 und 2 fl. Noten ausgesprochen, selbst die höheren Apoints nicht unbedingt und definitiv verurtheilt. Von öffentlichen Organen, die ihre Verbindungen mit dem Ministerium öfter zur Schau tragen, hörte man Kommentare über die Legalität jener — weil unter Sanktion des Palatins und des Kaisers emit-

tirten — Noten. Nirgends ein thatsächlicher Widerspruch, nirgends eine Hinweisung, daß das Gouvernement hinsichtlich dieser Frage einen bestimmten, den allseitigen Vorstellungen entgegengesetztn Entschluß in petto habe, nirgends ein warnendes Signal für den großen Theil der Bevölkerung, der, in gutem Glauben befindlich, die ungarischen 1 und 2 fl. Noten nahm und darauf hin Geschäfte kontrahirte. Wir lassen gänzlich dahin gestellt, ob die ungarischen Noten einen Anspruch auf Anerkennung besitzen oder nicht. Nur däucht uns, daß es entweder unmittelbar nach Eröffnung des Feldzuges, oder nach der Nachricht, der Fürst habe die 1 und 2 fl. Noten autorisirt, an der Zeit war, das heut, vor dem verhängnißvollen Ultimo verkündete absolute Verbot zu publiziren, wenigstens in Aussicht zu stellen und dadurch dem großen Unglück vorzubeugen, welches nach der Einbürgerung der Noten namentlich in Wien das Verbot nach sich ziehen muß. (Ostd. Post.)

Nach dem Const. Bl. a. B. hätte das Direktorium der Bank beschlossen, die ungarischen Ein- und Zwei-Guldennoten einzulösen, natürlich gegen österreichisches Papier.

Wien, 27. Febr. Nachrichten aus Krakau erzählen von ernstlichen Unruhen, die vorgestern dort stattgefunden haben. Eine Militärabtheilung, die in die Stadt einzog, soll in unwürdiger Weise vom Volk empfangen worden sein, worauf ein Bajonetangriff erfolgte. Näheres werden wir wohl morgen erfahren. (Auch in Kremsier hatte sich, nach dem C. Bl. a. B., das Gerücht von diesen Unruhen verbreitet.) (Ostd. Post.)

△ **Wien**, 28. Febr. Das Neueste, was ich zu melden habe, ist wieder eine Exekution, welche heute früh um 8 Uhr, der Kleidung nach zu urtheilen, an einem Taglöhner vollzogen wurde. Die Zugänge zu dem Stabsstockhause waren diesmal für Nichtmilitärs ganz abgesperrt. Bisher stand es dem Publikum frei, den letzten Gang der Verurtheilten mit anzusehn. Unser Gemeinderath beabsichtigt, eine Adresse an den Gouverneur zu richten, in welcher derselbe, nicht etwa um Gnade für das Leben seiner Mitbürger, wohl aber um Zurücknahme der Bestimmung angegangen werden soll, wodurch den Gemeinden für die Verheimlichung von Waffen von Seiten einzelner Gemeindeglieder eine Strafe von 1000 bis 20,000 fl. C.-M. angedroht ist. In den Vorstädten werden noch täglich Waffen und Munition aufgefunden und auch an Verhaftungen fehlt es nicht. Unter andern wurde vorgestern ein Hauseigenthümer aus Sechshaus verhaftet, weil er in einem Gasthause vor Andern sich erlaubt hatte zu sagen: der vorgestern früh erschossene Kutscher Matzko habe recht' gethan, die Waffen zu verstecken, damit er hätte dreinschießen können, wenn's wieder losgehe. Unser Provinzialgefängniß ist so überfüllt, daß an die Landesgerichte Niederösterreichs die Weisung ergehn mußte, minder gefährliche und zu leichteren Strafen verurtheilte Verbrecher nicht hieher abzuliefern, sondern in den Lokalarresten die Strafe abbüßen zu lassen. Von den widerspenstigen Soldaten der Alserkaserne wurde gestern früh einer daselbst bei verschlossenen Thoren erschossen. So eben läßt der österreichische patriotische Verein ein Plakat, das erste irgend eines Vereins seit dem Belagerungszustande, an allen Ecken und Enden anschlagen, um die Bewohner Wien's aufzufordern, die Vertrauensadresse an das Ministerium, bezüglich der zu gewährenden Grenzen der Freiheit und besonders der stattgehabten Debatte über §. 1. der Grundrechte, welche auf dem Magistrat, bei allen Buchhändlern, in Kaffeehäusern rc. aufliege, zu unterschreiben.

Eine Deputation der hier anwesenden Studenten begab sich vorgestern zu dem Gouverneur, um ihn um Eröffnung der Universitätsstudien zu bitten. Baron Welden nahm sie nicht nur sehr freundlich auf, sondern versprach ihnen auch den Anfang der Studien für die zweite Hälfte des nächsten Monats (März) und sagte ihnen im Wesentlichen, daß ihn diese Bitte und dieser Schritt ihrerseits sehr freue, nur bitte er sie und gebe ihnen den wohlgemeinten Rath, sich aller Einmischung in die Politik zu enthalten, sich aber in jeder Angelegenheit direkt an ihn zu wenden, er werde stets bereit sein, auf Forderungen der Billigkeit einzugebn. Der gewesene Gouverneur von Gallizien und kürzlich als Sektionschef im Ministerium des Innern hierher versetzte Ritter v. Zaleski starb hier am 24. d. M. Sein Verlust wird von Polen und Deutschen sehr beklagt; er besaß vielseitige und große Kenntniße.

Aus Pesth berichtet man, daß Kossuth an dem historischen ungarischen Palladium, an der Krone des heiligen Stephan ein Sakrilegium begangen habe. Es wird nämlich behauptet, daß er mehrere der werthvollsten Edelsteine herausgenommen und sie als Ehrensold an seine eifrigsten Anhänger vertheilt habe. Die dadurch entstandenen Lücken sollen durch kleine Goldplätchen ausgefüllt worden sein, worauf die Namen Perczel, Bem, Görgey u. s. w. eingeprägt sind.

Nachstehende Proklamation ist am 23. in Ofen erschienen:

„Die nach Debreezin geflüchteten Rebellen, nicht müde, die ohnehin so arg gestörten Verhältnisse des Landes noch mehr zu verwirren, haben außer den ohne Fug und Recht emittirten Banknoten, auch Scheine zu 30 und 15 Kr. ausgegeben, welche sich schon im Verkehr zeigen. Dieses Papiergeld kömmt meistens in die Hände der ärmeren, durch beinahe gänzlich mangelnden Erwerb ohnehin schwer bedrängten Klasse der Handwerker und Landbewohner, die vor Schaden vorzugsweise zu bewahren sind. Ich erkläre daher vorläufig, und bis auch über die ungarischen Banknoten eine Verfügung getroffen werden wird, diese ganz ungesetzlichen Scheine zu 30 und 15 Kr. für ungültig und werthlos, und verbiete deren Annahme sowohl bei öffentlichen Kassen als im Privatverkehr.

Alfred Fürst Windischgrätz, k. k. Feldmarschall."

In Siebenbürgen scheinen die k. Truppen, trotz der russischen Hülfe noch keinen entscheidenden Sieg davongetragen zu haben. Der Kampf bei der Brücke von Piski am 9. d. M. scheint sehr blutig gewesen zu sein, aber zum Vortheile Bems geendigt zu haben, da sich unsere Truppen unmittelbar nachher — angeblich aus strategischen Gründen — gegen Hermannstadt zurückzogen. Wir verloren dabei vier Offiziere, unter ihnen den tapfern Oberst Losenau. Fünf Offiziere sollen schwer verwundet sein. Am Meisten soll das Regiment Baron Bianchi gelitten haben, welches durch Vorspiegelung des Uebertritts den Feind zu nahe an sich herankommen ließ, worauf er seine Batterien demaskirte und in dieser Nähe ein entsetzliches Blutbad unter unsern Truppen anrichtete.

* **Wien**, 28. Febr. Die Art und Weise, womit Graf Wickenburg, früher Gouverneur von Steiermark und im Sept. 1848 zum Minister designirt, in Ruhestand versetzt wurde, ist einer förmlichen Ungnade gleich zu erachten. Baron Kübeck ist in Kremsier angelangt und hat seinen Sitz im rechten Centrum eingenommen.

Auch in **Salzburg** hat der Gemeinderath eine Dankadresse an die beiden baierischen Kammern beschlossen.

** **Kremsier**, 27. Febr. Die Interpellation über Nichtbeachtung des Gesetzes vom 7. Sept. in Gallizien ist in unserer Kammer geradezu stereotyp geworden, auch heute kam sie zweimal vor, allein wie gewöhnlich vor leeren Ministerbänken. Der Constitutions-Ausschuß hat sich schon seit mehreren Tagen in Permanenz gesetzt, um den Verfassungs-Entwurf noch im Laufe dieses Monats zu vollenden. Der Obmann desselben, Abg. Feifalik, beantragte in Folge dessen, daß die Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte bis zum 1. März vertagt werde, damit der Ausschuß morgen seine Arbeit zu vollenden im Stande sei. Der Antrag wurde angenommen.

Die Discussion über §. 14 wird hierauf fortgesetzt, Leopold Neumann, Selinger, Petranovich und Pitteri betheiligen sich dabei, der erstere mit einer glänzenden Rede, worin er sich für Freiheit der Kirche und gegen jede Staatskirche aussprach, und eben so Freiheit für alle religiösen Genossenschaften verlangte. Selinger's Auftreten veranlaßt eine förmliche Völkerwanderung aus dem Saale, die Bänke der rechten wie der linken Seite werden leer, und selbst das Centrum lichtet sich. Er tritt für den christlichen Staat in die Schranken. Petranowich will Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse, indem er noch besonders dieses Recht für die griechisch nicht unirte Kirche in Anspruch nimmt. Pitteri will, daß die Versammlung das Werk vollende, was Joseph II. begonnen hat. Man möge die Religion der Vernunft zur Staatsreligion erheben. Der Berichterstatter Rieger, die gestellten Amendements widerlegend, vertheidigt mit gewohntem Scharfsinne den Commissions-Antrag, worauf sodann der Präsident über die verschiedenen Amendements und Zusatzanträge abstimmen läßt, welche bis auf den Zusatzantrag Brauners: „Eben so wenig darf zur Einhaltung von Verpflichtungen, die Jemand durch geistliche Weihen oder Ordensgelübde übernommen hat, ein Zwang angewendet werden," sämmtlich in der Minorität bleiben.

Der §. 14. lautet demnach in der endgültigen Schlußfassung: „Keine Religionsgesellschaft (Kirche) genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat. Niemand kann zu religiösen Handlungen, Feierlichkeiten überhaupt oder insbesondere zu den Verpflichtungen eines Cultus, zu welchem er sich nicht bekennt, vom Staate gezwungen werden. Eben so wenig darf zur Einhaltung von

Verpflichtungen, die Jemand durch geistliche Weihen oder Ordensgelübde übernommen hat, ein Zwang angewendet werden."

Nach diesem Beschlusse wurde die Sitzung geschlossen.

Berlin, 2. März. Der Zusammentritt der Kammern hat das Leben und die Physiognomie unserer Stadt weniger verändert, als man erwartete; selbst die Theilnahme des Publikums an den Verhandlungen scheint geringer als früher. Ob dies die Folge des Belagerungszustandes, oder einer gewissen politischen Abgespanntheit ist, lasse ich dahin gestellt sein. Keinenfalls hat die Verhandlungen in der zweiten Kammer über das Geschäftsreglement zur Erweckung günstiger Vorurtheile für dieselbe gestimmt; denn auf Seite der Majorität waren durch nichts gerechtfertigte Prätensionen und Mangel an Offenheit, während auf Seite der Minorität viel zu viel Geschrei über ein Reglement gemacht wurde, welches nur provisorisch gelten soll. Von der ersten Kammer wird fast gar nicht gesprochen, da man annimmt, daß sie im Allgemeinen nur als Echo und Organ des Ministeriums zu betrachten sei. Die Art und Weise, wie die Minister dieses Oberhaus in der dänischen Frage behandelt haben, zeigt eben nicht von vielem Takte; denn wenn das Ministerium selbst die erste Kammer vernachlässigt, wie ist da zu erwarten, daß sie im Volke, wo sie schon ohnehin mit Vorurtheil betrachtet wird, Anerkennung finde. Hansemann's Interpellation in dieser Angelegenheit wird ihm zwar von vielen Seiten übel genommen, hat aber jedenfalls das Gute, die Minister auf strengere Beobachtung der Förmlichkeiten auch gegen die erste Kammer aufmerksam gemacht zu haben. An eine Wiedereröffnung des Krieges mit Dänemark will man hier nichts desto weniger doch nicht recht glauben; man erwartet vielmehr ganz entschieden eine Intervention von Seiten Englands. In gut unterrichteten Kreisen wollte man gestern behaupten, daß die Aussicht zu einem Frieden, in welchem Selbstständigkeit der beiden Herzogthümer anerkannt, von denselben jedoch ein Theil der dänischen Schuld übernommen werden würde, nicht so fern sei, als es den Anschein habe. Der gestern statt gehabte Auflauf der Kattundrucker in der Goldschmidt'schen Fabrik ist zwar ohne Schwierigkeit und Blutvergießen unterdrückt worden, gibt aber hinreichenden Beweis, wie wenig die Krankheit, welche uns im verwichenen Sommer heimsuchte, bis jetzt geheilt ist, und wie leicht sie wieder zum Vorschein kommen dürfte, wenn die eiserne Bandage, die uns jetzt umgibt, einmal abgenommen sein wird. Daß außer den Arbeitern auch noch Personen aus den gebildeteren Ständen mehr oder minder hinter diesen Vorgängen thätig sein müssen, geht aus den Erklärungen hervor, die die Kattundrucker vor ein paar Tagen durch die Zeitungen veröffentlichten, und in denen die Maschinen — „die eisernen Arbeiter" — zwar im Geiste der ungebildeten, aber in Form und Ton der gebildeten Klassen angegriffen wurden. So lange unsere Volksbeglücker keine andere Lösung der socialen Frage wissen, als eine Predigt gegen die Maschinen d. h. so lange sie Unvernunft fordern, darf man es ihren Gegner wahrlich nicht so sehr übel nehmen, wenn auch sie sich weniger auf die Macht der Gründe und die Stärke des Rechtes als auf das Recht des Stärkeren und die Macht der Gegenwart stützen.

Ueber Gladbachs Wahl ist bereits der Stab gebrochen, und wir haben die Hoffnung dieses „noch nie da gewesene" Exemplar eines Volksvertreters wieder dahin geschickt zu sehen, wo es hin gehört; nämlich in die Clique der Gräfin Hatzfeld, Lasalle und Konsorten. Selbst Waldeck, der sich überhaupt gemäßigt benehmen soll, und daher bei den Ultra-Demokraten schon als Reaktionär gilt, hat sein Erstaunen über die Dreistigkeit nicht verhehlen können, daß Hr. G., zu dessen Wahl bekanntlich ein großer Theil der Wahlmänner gar nicht eingeladen war, den Muth besessen hat, nichts desto weniger doch hier zu erscheinen. Wie es heißt, wird sich die Ultra-Partei von der Partei Waldeck trennen und künftig unter d'Esters Fahnen fechten. Glück auf!

⁑ **Posen**, 28. Febr. Der Aufruf zum Eintritt bei der polnischen Legion in Sardinien steht heute in den Blättern und ist von der Instruktion für die Freiwilligen begleitet. „Die sardinische Regierung hat den Antrag des Divisionsgenerals Chrzanowski, Chef des Generalstabes genehmigt, die Vergrößerung der polnischen Legion angeordnet und mir die Organisation derselben anvertraut. Sie soll aus verschiedenen Waffengattungen bestehen und es sind polnische Offiziere ausgeschickt worden, um denjenigen Polen, welche vor den Verfolgungen der drei Großmächte im Osten flüchten müssen, kund zu thun, daß sie im Reiche des Königs von Sardinien Mittel und Gelegenheit finden, sich in der militärischen Laufbahn zum Frommen ihres eigenen Vaterlandes auszubilden. Die Bedingungen sind folgende: 1) Man verpflichtet sich für die Dauer des Krieges, 2) der Sold ist dem gewöhnlichen sardinischen gleich, 3) sollte nach dem Kriege die Legion aufgelöst werden, so steht Jedem der Eintritt in das sardinische Heer frei, oder er kann mit Vergütung einer 6monatlichen Besoldung austreten, 4) die Uniform ist blau, mit kramoisinenen Aufschlägen, dazu eine kramoisine Mütze mit weißem Adler, 5) die Legion wird nie getrennt und bleibt unter Anführung eines polnischen Generals, 6) Schwerverwundete haben gleiche Rechte mit den Sardiniern, 7) die gebildete polnische Jugend wird besondere Kadettenkompagnien bilden und als Feldschule dienen, um dem zukünftigen Polen Offiziere zu liefern u. s. w. Turin den 20. Januar 1849. gez. Felix Breanski, Oberst im Generalstabe der sardinischen Armee." Dieser Aufruf findet im Augenblicke wenig Beachtung, denn der ungarische Krieg und die Haltung Rußlands nehmen die Aufmerksamkeit der Polen ganz in Anspruch. Alles was man sich hier von einer im Werke stehenden Tripelallianz erzählt hatte, bestätigt sich. Der Antrag dazu soll auf Rußlands Veranlassung durch Oesterreich in Berlin gemacht worden und der Zweck derselben gewesen sein, mit Hinweisung auf die Verträge von 1815 gegen Frankfurt Front zu machen. Es ist bekannt, daß von Berlin aus eine abwehrende Bewegung gegen Oesterreich in dieser Sache gemacht worden, wobei man sich bemühte, in kein unfreundschaftliches Verhältniß weder zur letzteren Macht, noch zu Rußland zu kommen. In der That liegt auch noch nichts Positives vor, was zu der Voraussetzung eines Bruches zwischen Preußen und diesen Mächten Grund gäbe. Indessen scheint es, daß Preußens Sträuben und Beharren auf der deutschen Politik ein Verfolgen vereinigter Pläne durch Rußland und Oesterreich nicht gehindert hat. Ob die Verlegenheiten, welche für Preußen durch die Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes bereitet werden, und die offenbar durch die vereinigte russisch-österreichische Politik veranlaßt sind, Preußens Stellung zur deutschen Sache etwas ändern werden, steht in Frage. Das aber ist unzweifelhaft, daß es Rußland ist, welches den Dänen Rückhalt bietet und eben so unbestreitbar liegt das Bündniß Oesterreichs mit Rußland vor aller Welt Augen. Wir haben hier nach den letzten Vorgängen nicht mehr daran gezweifelt, daß die Regierung Oesterreichs Verrath am deutschen Vaterlande üben werde und wir setzen unsern Stolz auf die Hoffnung, daß Preußen sich wieder einsetzen wird zur Rettung deutscher Ehre, wie es das so oft mit Selbstaufopferung gethan. Mag man es uns, die wir am ersten den Angriffen des nordischen Kolosses ausgesetzt sind, und unserer Zertrümmerung schnell entgegengehen würden, nicht verargen, daß wir mit einiger Bitterkeit auf jene Schreier im Südwesten blicken, welchen im verwichenen Jahre die „deutsche Ehre" eine unverwüstliche Phrase, und der „Krieg gegen die Russen" stete Losung war, die aber jetzt durch ihren undeutschen Partikularismus Oesterreich zu einer Politik veranlaßt und ermuthigt haben, welche sie selbst zu Bundesgenossen der verabscheuten Russen macht. Aber die Geschichte wird die Stämme nicht vergessen, welche ihre Interessen an des deutschen Namens Ehre setzten und nicht an fremden Höfen schacherten zu eigenem Vortheil. Der Nordosten Deutschlands ist wahrlich der ärmste Theil des großen Vaterlandes und was soll man dazu sagen, wenn man erfährt, daß er mit 5,000,000 Thalern im Vorschuß steht bei den Rüstungen und daß man im Südwesten im reichen Baiern sich sträubt und zögert seine Rückstände zu zahlen? — Dem deutschen Vaterlande stehen schwere Stunden bevor! aber wir zweifeln nicht daran, daß der Norden stehen wird wie ein Mann und Hannover sicherlich mit, eingedenk seines Wahlspruchs: „Nec aspera terrent."

München, 1. März. Zu unserm schmerzlichen Bedauern sehen wir wie die bisherigen Minister, die wir sonst für Altliberale (im besten Sinne des Worts) gehalten und denen wir einstmals auch eine gut deutsche Gesinnung zugetraut hatten, von Tag zu Tag tiefer in der öffentlichen Meinung sinken, ohne daß wir zu ihrer Rechtfertigung ein Wort zu sagen vermöchten. Ihr Gesetzesvorschlag, den Antheil Baierns an den Kosten der deutschen Flotte wie überhaupt die Summe sämmtlicher an die deutsche Centralgewalt zu leistenden Matrikularbeiträge durch eine Erhöhung der direkten Steuern aufzubringen, ist so perfider Natur, ist so

jesuitisch fein berechnet, um unser Landvolk nicht nur gegen die deutsche Nationalversammlung und die baierische Linke, sondern gegen die deutsche Einheit überhaupt aufzubringen, daß derselbe einem Wallerstein oder Abel alle Ehre gemacht hätte. Ob die Minister hier aus ganz freier Entschließung gehandelt oder sich blos als Werkzeuge der Hofpartei gebrauchen lassen, wollen wir nicht untersuchen. Gewiß ist nur, daß der Hof auf diesem Wege am besten seinen Zweck erreichen würde: jene große Masse von Steuerzahlenden, die ihren Geldbeutel mehr lieben als das deutsche Vaterland, für seine partikularistischen Gelüste zu gewinnen. Indessen können wir bereits mit Bestimmtheit versichern, daß die Majorität der Abgeordneten sich nicht in die gelegte Falle wird locken lassen. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich bereits dahin erklärt, daß die geforderte Summe in das gewöhnliche Budget aufgenommen und nicht durch eine Steuererhöhung, sondern durch Ersparnisse bei dem übertrieben hohen Militäretat und der Civilverwaltung, sowie durch eine Verminderung der Civilliste und der prinzlichen Apanagen herbeigeschafft werde. Auf diese Weise dürfte der feingesponnene Plan, die Majorität der zweiten Kammer völlig unpopulär zu machen und bei der nahen Vertagung sie an ihre Kommittenten mit dem Rufe zu schicken: seht eure Auserwählten, sie bringen euch Nichts als neue Lasten! — dieser Plan der Hofpartei dürfte zu Schanden werden. Die heutige Sitzung der Abgeordneten bot wenig Interesse bis zum Schlusse; wo Posthalter Stöcker, ein Mann von gutgemeintem Eifer, aber sehr beschränkter Redegabe, die elenden Angriffe der ultramontanen Presse gegen die Majorität einer langen und in höchst zankfüchtigem Tone gesprochenen Erwiderung würdigte. Der gute Mann ärgerte sich mehr als die Sache werth ist. Die pöbelhafte Gemeinheit, mit welcher z. B. der Volksbote, ein in der niedern Volkssprache nicht ohne Geschick redigirtes Blatt, in täglichen Schimpfartikeln gegen die Kammer der Abgeordneten loszieht, ist weit eher geeignet, die Abelschen Parteigänger in den Augen aller gebildeten, billigen, besonnenen Leute, deren Urtheil am Ende doch einzig der öffentlichen Meinung die Richtung gibt, noch verächtlicher zu machen, als es alle Reden des Herrn Stöcker vermöchten. Die feierliche Verwahrung dieses Abgeordneten gegen die lächerlichen Beschuldigungen der kleinen ultramontanen Blätter, als beabsichtige die Majorität der zweiten Kammer nichts Anderes als den König vom Thron zu stoßen und die Republik auszurufen, erregte zuerst eine gewisse Heiterkeit, welche bald in Langweile überging, denn der Redner vereinigt mit viel Pathos unendliche Weitschweifigkeit. Zum Schlusse rief er sogar: „Nur über meine Leiche geht der Weg zum Throne!" So kann also König Max sich auf seinem Throne ruhig schlafen legen, da Posthalter Stöcker für ihn wacht.

⩸ **München**, 1. März. Man erwartet schon morgen die Verkündigung der Vertagung. Sie fragen warum? Darauf weiß Niemand mit Bestimmtheit zu antworten. Indessen wird man Ihnen sagen, wegen der auf den 4. dieses Monats festgesetzten großartigen Demonstration, woran sich auch einige Mitglieder der Linken betheiligen wollen. Die Regierung fürchte nun, wenn der Landtag noch beisammen sei, so könne ihr die Theilnahme dieser Leute eine Hinderung gegen ein energisches Einschreiten werden u. s. w. Also Furcht, vielleicht sogar pure Gespensterseherei, welche auch bei dem Arbeiterbankett am 27. Febr., wie eine soeben ausgegebene Beschreibung dieses Banketts sagt: „manches böse Gewissen in seinen innersten Räumen erbeben machte, so daß diese Angst selbst unter dem einförmigen Schritte nutzlos gequälter Soldaten und ihrer Bajonette Schutz suchen zu müssen glaubte." Diese einzige Phrase beweis't Ihnen den Ton, in welchem jene Schilderung des Arbeiterbanketts gehalten ist. Aber sie ist dennoch nicht uninteressant, da sie uns einige der bei jener Gelegenheit gesprochenen Reden fast wörtlich wiedergibt. Natürlich triefen sie von rother Republik und von Galle gegen ein deutsches Erbkaiserthum, überhaupt eigentlich gegen jede Ordnung der Dinge außer der republikanisch-föderativen. Dr. Riedel, der bekannte Tribun, machte die neue Entdeckung, daß die Geschichte der Revolutionsschule Frankreichs mit blutiger Schrift geschrieben sei, und Deutschland in deren Periode von 1789 eintrete. Dr. Kufner, der Deputirte aus Wunsiedel meinte: der Freiheit sei stets die Bluttaufe geworden, auch in Deutschland werde diese Freiheit mit der blutrothen Morgenröthe anbrechen. Werkmann, der bekannte Kammerpfarrer, mit dem Urweltorgan, verglich die Republik mit Gottes Niedersteigen vom Himmel und meinte, da Frankreich durch die Hände der Arbeiter zu dieser Seligkeit gelangt sei, so müsse es Deutschland auch versuchen, wenn es sich nicht vor seinem Nachbar schämen solle. Nebenbei empfahl er ein paar demokratische Lokalblätter. Der Redakteur des Einen, Hr. Sensburg, schien darin eine Aufforderung zu finden, für die soziale Demokratie zu sprechen; vielleicht um eine Art Probe seines Blattes zu geben. Ein anderer Herr brachte einen lärmenden Toast auf Hecker aus. Schließlich sagte noch ein Arbeiter, den man allerdings mehrere Wochen lang fast ganz grundlos in Verhaft gehalten: „Die Throne seien auf physische Kraft gebaut, diese könne sie indessen auch in die Höhe schnellen und wenn dies nöthig sei, rechne er auf seine Freunde. Die Tyrannei in Deutschland sammt ihren Thronen würde noch fallen und sollte sie auch mit Ketten an den Himmel gefesselt sein". Sie sehen, die blutigste Phrase ward hier mit aller möglichen Gemüthlichkeit ausgesprochen, und in der Vogelperspektive mag die ganze Sache vielleicht sehr erschreckend ausgesehen haben. Aber entweder ist sie's nicht — und dann ist die große Furcht vor der angekündigten Demonstration am 4. März ganz nutzlos, ja mit ihren Vorkehrungen sogar insofern gefährlich, als sie den Mangel des Vertrauens der Regierung auf sich selber zeigt. Oder der Kreis jener rothen Republikaner ist sehr groß — nun dann wäre die Kammervertagung und die damit herbeigezwungene Ungewißheit in allen innern Angelegenheiten, sowie in der deutschen und in der Matrikularbeitragsfrage, eine Veranlassung mehr zum Losschlagen. Aber freilich, ist man einmal von oben her in eine Politik des Augenblicks gekommen, so wird man auch von diesem beherrscht, und der echte Vaterlandsfreund fragt umsonst nach einem wahrhaft staatsmännischen Plane. Die heutige Kammersitzung war unbedeutend; der Entwurf der Geschäftsordnung wurde an eine verdoppelte Kommission gewiesen; mehrere Herren der Linken beschwerten sich wieder bitter wegen Preßangriffen. Was doch diese Leute empfindlich sind! Natürlich immer nur im Namen der guten Sache. Nachdem man gestern beim heutigen Morgengrauen die freudige Nachricht von einem neuen Ministerium ganz bestimmt zu vernehmen gehofft hatte, herrscht heute abermals tiefes Schweigen darüber.

0 **München**, 2. März. Gestern war Sitzung des Staatsraths, worin über die Vertagung des Landtags und über die Bildung des neuen Ministeriums berathen wurde. Da das Resultat solcher Berathungen so geheim gehalten wird, daß östers die von der Krone bestellten Regierungskommissäre in der Kammer der Abgeordneten erst durch den Mund des Ministers, wenn er der Kammer Eröffnungen machte, mit den Regierungsgeheimnissen bekannt wurden, — so ist wohl auch was über das Ergebniß dieser Staatsrathssitzung verlautet, nicht mehr als leeres Gerücht. Es soll beschlossen worden sein, die Kammern wirklich zu vertagen, und den Gesetzentwurf über die Matricularbeiträge zurückzuziehen, von dessen Ablehnung man um so mehr überzeugt sei, als der Finanzausschuß durch einige Nachforschungen die Entdeckung gemacht habe, daß noch hinreichende Fonds vorhanden sind, um außer den gewöhnlichen Ausgaben auch diese außergewöhnliche zu decken. Bestätigt es sich, daß auch über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums im Staatsrathe berathen wurde, und soll dasselbe demnach von der Zustimmung dieses überlebten Instituts abhängig gemacht werden, so dürften wir wohl auch ein bureaukratisches Ministerium zu erwarten haben, und Kleinschrod als Justizminister, Zu-Rhein als Finanzminister, würden die ersten sein, bei deren Aufführung das portefeuillespendende Stadtgespräch nicht lügt. Auch Professor Scheuerl war gestern in Nymphenburg. — Die Agitation gegen die Einführung der Grundrechte in Altbayern wächst von Tag zu Tag; gestern wurde der freisinnige Lehrer in Holzelling, einem Dorfe in Oberbayern, gewaltsamer Weise aus diesem Orte vertrieben. Die Ultramontanen hatten seine Wohnung förmlich umlagert und er durfte froh sein, daß er mit dem Leben davon kam. Bezeichnend für die Wühlerei dieser Partei ist ein Brief, der von einem gewissen Pater Rauch, Professor am hiesigen neuen Gymnasium an den Vorstand des monarchisch-konstitutionellen Vereins in Ingolstadt gerichtet, von diesem aber einem Landtagsabgeordneten zu beliebigem Gebrauch übergeben wurde. Derselbe beginnt mit einer Empfehlung des ultramontanen Schmähblatts „Volksboten," das beiläufig gesagt bereits in 8000 Exemplaren abgezogen wird, und fährt nach eini-

gen Schmähungen auf die nichtswürdigen Rheinpfälzer „die sich wie wüthende Hunde gebehrden, von keinem Könige, keinem Pfaffen, keinem Besitzthum mehr wissen wollen" folgendermaßen fort: „sie wollen unbedingte Einführung der liederlichen Frankfurter Grundrechte, wodurch der ganze bayerische Bauern-, Gewerbe- und Handelsstand mit einemmale vernichtet würde, außerdem dürften wir sicher sein, daß in 3—4 Jahren unser Land noch von wenigstens einer Million liederlicher Einwanderer aus Norddeutschland überschwemmt wäre. Darum rathe ich Euch, benehmt Euch mit ein Paar andern Gemeinden, und schickt sogleich eine Adresse an die beiden Kammern und an den König, worin mit kurzen Worten gesagt ist, daß Ihr die unbedingte Annahme der Grundrechte, namentlich die §§. 3 und 33 verwerfet, und sie um keinen Preis der Welt Euch aufdringen lasset. Zaudert nicht, man muß die Thüre zumachen, weil die Kuh noch im Stall ist. Da seht Ihr, was die März-Errungenschaften für saubere Früchte bringen. Im vorigen Sommer haben die liederlichen Abgeordneten bereits das Ablösungsgesetz gemacht, und dadurch den Pfarrern, Kirchen :c. bereits 80 Millionen gestohlen, auch haben sie den Adeligen ihre Rechte geraubt. Jetzt gehen sie schon weiter, und wollen den Bauern die Zertrümmerung der Güter gesetzlich auflegen, dann wollen sie unbedingte Gewerbfreiheit, so daß alle Realrechte aufhören, was in München allein 4 Millionen macht, die den Gewerbetreibenden genommen und auf die Gasse geworfen werden sollen :c. Seht auf diese Weise wollen die Pfälzer Deputirten und einige lumpige Franken unser Altbayern an den Bettelstab bringen. Dazu kommt noch ihr Verlangen, die katholische Religion auszurotten, weil sie sonst die Republik nicht einführen, den König nicht davon jagen können." In dieser Weise geht es fort, und was durch solche Briefe und Ansprachen gewirkt wird, das beweisen die 600 Adressen, die bei der Kammer der Abgeordneten gegen die Einführung der Grundrechte eingebracht worden sind. In einem schwäbischen Dorfe ließ der Pfarrer die Gemeinde zusammenkommen und legte ihr eine Adresse gegen die Grundrechte vor: Wollt Ihr den König fortjagen und Republik machen? „Nein." So unterschreibt die Adresse. Wollt ihr die katholische Religion abschaffen? „Nein". Das könnt ihr nur verhüten, wenn Ihr Euch sammt und sonders unterschreibt. Und die Gemeinde unterschrieb.

÷ **Stuttgart**, 2. März. Der Landesausschuß hat Namens der Volksvereine den Fehdehandschuh aufgenommen, welchen die Erklärung des Ministeriums Römer ihm hingeworfen, aber er hat gleichzeitig und bevor der offene Kampf beginnt, nach der Art und Weise kriegführender Parteien ein Manifest erlassen, in welchem er seinen Kampf als einen gerechten hinstellt. Das Sündenregister des Ministeriums ist lang. Das Ministerium „scheint die freie und unabhängige Entwickelung des Vereinswesens nicht mit günstigen Augen zu betrachten und über etwaigen Uebertreibungen Einzelner den guten Willen und die Kraft zu übersehen, welche das Volk in seinen Vereinen kundgibt"; es hat den demokratischen Kreisverein sogar verboten. Das Ministerium will ferner die Berufung zum Geschwornen von einem Census abhängig machen; es hat die würtembergischen Gesandten aus dem Auslande nicht sofort abberufen; es hat die „Anhänger des früheren Regierungssystems" nicht gründlich aus der Verwaltung ausgemerzt; es hat — lauter entsetzliche Dinge — den geheimen Rath und die Kammer der Standesherren noch nicht beseitigt; und so ist denn gekommen, was der Landesausschuß schon längst voraus gesehen: „die Reaktion erhebt immer drohender ihr Haupt", und der Landesausschuß „erfüllt eine ernste Pflicht, wenn er, unbekümmert um die Bitterkeit seiner alten Freunde, sie, in deren Hand das Volk in den Tagen des Siegs mit Vertrauen seine Geschicke gelegt hat, auf die schwere Verantwortung hinweist, welche sie dem Volke, ihrer Partei, ihren eigenen Grundsätzen gegenüber auf sich genommen haben". Der Krieg ist also ausgebrochen und wird, wie immer, wenn alte Freunde sich entzweien, mit steigender Erbitterung fortgeführt werden. Das Ministerium Römer aber dürfte einen schweren Stand haben: seine früheren Bundesgenossen stellen sich ihm feindlich gegenüber, und seine früheren Feinde hat nur die Noth zu zweifelhaften Bundesgenossen gemacht.

A **Dresden**, 28. Febr. Schon in der vierten Sitzung der zweiten Kammer hatte der Oberlieutenant Müller, der Sohn eines ehemaligen sächsischen Staatsministers, der einzige aktive Offizier, welcher in der Kammer sitzt, einen Antrag auf Revision der Kriegsartikel und des militärischen Dienstreglements eingebracht und dabei namentlich den Artikel V, welcher die Soldaten auch zum außerdienstlichen Gehorsam gegen ihre Obern verpflichtet, als einen solchen bezeichnet, welcher in Folge der dermaligen Stellung des Militärs einer Abänderung bedürftig sei. Dieser Antrag ist Veranlassung zu den heftigsten und unbesonnensten Beschuldigungen und Verläumdungen gegen diesen durch und durch ehrenwerthen Offizier geworden, welche in einem „auf unsre Ehre" überschriebenen im Namen sämmtlicher Offiziere der sächsischen Armee (mit Ausnahme der Lieutenants von Wilucki und von Zychlinski) veröffentlichten Maueranschlage ihren allgemeinsten Ausdruck fanden. Die Sache erregte im ganzen Lande, namentlich aber in der Hauptstadt, außerordentliches Aufsehen, welches sich noch steigerte, als die Offizierkorps der einzelnen Truppenkörper ihre Mannschaften zu gleichlautenden Erklärungen veranlaßten. Die Chemnitzer Garnison erklärte sogar auf's Ueberschwenglichste, „sie wolle lieber mit ihren Offizieren fallen, ja sterben, als mit einem Oberlieutenant Müller siegen." Bald erschienen jedoch auch Proteste der gemeinen Soldaten gegen die ihnen abgenöthigten Erklärungen und Vertrauensadressen für den Oberlieutenant Müller, dessen Wahl zum Abgeordneten (er hat unter allen Abgeordneten des Landes die höchste Stimmenzahl, 4201, erhalten) schon für seine Beliebtheit im Heere sprach. Heute war nun dieser vielbesprochene Antrag Gegenstand der Kammerverhandlungen, welche mit dem fast einstimmig gefaßten Beschlusse „die Fassung des genannten Kriegsartikels dermaßen der Staatsregierung zur Berücksichtigung anheimzugeben, daß es heißt: Jeder Soldat ist seinem Obern in und außer dem Dienste Achtung, aber nur in allen Angelegenheiten, die sich auf den Dienst beziehen, Gehorsam schuldig" endigten. Es mag immerhin eine schwer zu lösende Streitfrage sein, ob die militärische Disziplin eine Beschränkung der Subordination auf die dienstlichen Angelegenheiten im engern Sinne vertragen würde oder nicht; in der heutigen Kammersitzung ist aber blutwenig geschehen um die verwickelte Frage allseitig zu beleuchten, und der Antragsteller war seines Stoffes mächtig genug, um die gewichtigsten Einwände selbst aufzuwerfen und zu entkräften. Die Gegner citirten einfach (das Citiren ist hier sehr an der Tagesordnung) Schiller's „Gehorsam ist die erste Pflicht" oder den Imperator Otho: „Parendo res militares continentur." Der Antragsteller aber wies nach, wie das dem Soldaten zustehende Wahlrecht, das Associationsrecht, das Petitionsrecht, das Recht zum Gebrauche der Preßfreiheit, welche alle mit dem Dienste nicht zusammenhängen, durch den militärischen Gehorsam nicht beeinträchtigt werden dürften; wie ferner eine Unterscheidung zwischen Dienst und Nichtdienst durch die Gesetzgebung sehr wohl thunlich sei, auch die Versetzung des Soldaten in den dienstlichen Zustand in jedem Augenblicke zu bewerkstelligen sei, wo es nöthig erscheine, und wie endlich die Strenge der über Achtungsverletzung bestehenden Gesetze durchaus hinreichen werde, die militärische Disciplin zu erhalten. Es mag sein, daß ein guter Theil der „entschieden Freisinnigen" in dem Müller'schen Antrage die ersten Anfänge zur Lösung und Vernichtung kriegerischer Zucht und Ehre erblicken, und durch dessen Unterstützung „die Brüder im Militär in die Arme des Volkes zu führen" (wie die nichtswürdige Phrase lautet) hoffen, der Antragsteller schämt sich sicher dieser Genossenschaft. Unter allen Reden, welche der an tragikomischer Rhetorik so reiche Landtag aufzuweisen hat, steht die Müller'sche als die einzige durchaus würdige da, welche durch ihren Gehalt und ihre Mäßigung einen tiefen Eindruck hervorbrachte.

△ **Mannheim**, 2. März. Die Wirren in Oesterreich haben noch das Ihrige gethan, um die Sympathien für Preußen entschiedener hervortreten zu lassen; man sieht nun fast allerseits ein, daß nur durch den Anschluß an Preußen ein kräftiges Deutschland erstehen kann. Es verliert daher die Demokratie, welche auf eine Revolution hofft, um aus den Trümmern des Bestehenden Neues aufzubauen, gar sehr an Anhängern, besonders da einzelne ihrer Stimmen davon sprechen, die Franzosen zu Hülfe zu rufen. Es heißt, die Volksvereine sollten aufgelöst werden; doch bedarf dieses Gerücht, wenngleich sehr wahrscheinlich, noch der Bestätigung. Die Thätigkeit derselben zeigt sich in einer im Zunehmen begriffenen Fluth von Flugschriften und Adressen. Auch von Seiten des „neuen vaterländischen Vereins" wird zu Flugblättern gegriffen, um der demokratischen Partei mit gleichen Waffen entgegenzutreten. Die Dienstzeit unseres

Militärs ist nun auf 6 Jahre in der Linie und 1 Jahr in der Reserve festgesetzt; die Zeit des wirklichen Dienstes soll aber bedeutend vermindert werden, was bei der jetzigen Vereinfachung des Exerzierens sehr leicht möglich. Die Gewehre der hiesigen Bürger, über deren Zurückbehalten schon mehrfach geklagt worden war, sind zum Theil zurückgegeben worden; allein mit der Bürgerwehr scheint es nicht Ernst werden zu wollen.

† **Kassel**, 3. März. Die Wahl des Abgeordneten zur Reichsversammlung für den ersten kurhessischen Wahlbezirk ist noch immer nicht entschieden; es fehlen bis zur Stunde noch einige Protokolle aus den umliegenden Dörfern und erst heute Nachmittag 4 Uhr wird die Stimmenzählung beginnen. Die Spannung ist sehr groß, das Resultat leider noch sehr ungewiß, ein Zeichen, daß die Bemühungen der republikanischen Partei nicht ohne Erfolg geblieben sind und die traurige Indolenz der kassel'schen Bürgerschaft sich immer klarer herausstellt.

Die letzte Sitzung der Ständeversammlung bot in so fern einiges Interesse, als der Minister des Auswärtigen die Interpellation in Betreff des deutschen Verfassungswerks und der Oberhauptfrage dahin beantwortete, daß die Regierung Anfangs die Absicht gehabt habe, keine Aenderungen zu den Beschlüssen der Nationalversammlung zu beantragen, daß sie indeß durch die preußische Note veranlaßt worden sei, den Gesandten zum Beitritt zu der Collectivnote zu instruiren. Für oder gegen die Erblichkeit des Oberhaupts habe sich die Regierung nicht ausgesprochen, um der Nationalversammlung nicht vorzugreifen, indeß werde sie keine Opfer scheuen, die zur Herstellung eines einheitlichen und starken Deutschlands erforderlich sein möchten.

Die Nachricht von der Kündigung des Waffenstillstands mit Dänemark hat bei unserm Militär eine freudige Aussicht auf Siegeslorbeeren eröffnet; übrigens ist man hier und gewiß auch anderwärts der Ansicht, daß Deutschland sich sofort auf's Kräftigste rüsten müsse, um jeden Augenblick bereit zu sein, die verworrenen Fäden einer russisch-österreichischen Kabinetspolitik mit der Kraft des Schwerdtes zu zerhauen. Möge sich Deutschland um Alles in der Welt, um seiner Freiheit willen nicht durch die Vorspiegelungen eines Friedens von kräftiger Vorbereitung abhalten lassen!

Köthen, 27. Febr. In der heutigen Sitzung des Landtages machte Minister Habicht im Namen des Gesammtstaatsministeriums eine Mittheilung über die neuesten Erklärungen Preußens in der deutschen Verfassungsfrage. Er wies aus dem wesentlichen Inhalte der unterm 16. Febr. ergangenen Instruktion für den preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt nach, daß Preußen das Ziel vor Augen habe, wonach jeder wahre Freund des deutschen Vaterlandes streben müsse, nämlich die Schöpfung eines Bundesstaats; daß durch diesen klaren und unumwundenen Ausspruch Preußens alle die Zweifel gelöst seien, welche in Folge der Circularnote vom 23. Jan. bei der Abstimmung über die Instruktionen des diesseitigen Bevollmächtigten hinsichtlich jenes Zieles anscheinend geblieben wären, und daß mithin die bezüglich der obigen Frage von dem Ministerium vorgeschlagene und von der Versammlung genehmigte Politik Anhalts und insbesondere das Preußen bei dieser Gelegenheit gegebene Vertrauensvotum sich durch jenen neuesten und entschiedenen Ausspruch Preußens rechtfertige. Minister Habicht verglich hierauf wiederholt die edlen Absichten Preußens bezüglich der deutschen Angelegenheiten mit der Politik Oesterreichs und bemerkte, daß gerade die Tendenz, welche Oesterreich jetzt festhalte, die Schöpfung eines Staatenbundes, schon bei frühern Gelegenheiten von dem vereinigten Landtage gänzlich verworfen worden sei. Dagegen harmonire das Ziel, welches Preußen im Auge habe, genau mit den Ansichten (bezüglich eines Bundesstaats), welche der Landtag schon früher immer festgehalten habe. Nur über das Mittel dazu, nämlich die von Preußen festgehaltene Vereinbarungstheorie, finde zwischen beiden Staaten eine Meinungsverschiedenheit statt, welche jedoch weniger einflußreich sei. Schließlich benachrichtigte der Minister den Landtag davon, daß, nach einem ihm in dieser Angelegenheit zugegangenen Antwortschreiben des königl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Preußen das von Anhalt dargebrachte Vertrauen mit großer Genugthuung aufgenommen und sich bereit erklärt habe, dieses Vertrauen auf die möglichst entgegenkommende Weise zu erwidern.

(Magd. Z.)

▷ **Schwerin**, 2. März. Die Fortsetzung der Verf.-Berathung ergab die Annahme des § 2. in der Fassung des Minoritätserachtens: „Die Regierungsform ist die demokratisch-monarchische." Gegen dieses Zugeständniß, das die Linke machte, nicht an der Fassung der Majorität (monarchisch-demokratisch) festzuhalten, mußten aber auch alle anderen Amendements fallen. So fiel: „die konstitutionelle auf demokratischer Grundlage" und natürlich: „die monarchische, beschränkt durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Staatsgrundgesetzes." Eine Deputation der Kammer, die den Großherzog an seinem Geburtstag beglückwünschte, hat der junge Fürst in freundlich-ernsten Worten an die Gewissenhaftigkeit erinnert, mit der er allen seinen Verheißungen bisher nachgekommen und ihr seine bestimmte Hoffnung zu erkennen gegeben, daß auch die Kammer das ihrige thun werde, um nicht ungeeinigt auseinanderzugehen.

** Aus Schleswig-Holstein, 1. März. Schleswig-Holstein wird wiederum der Knotenpunkt der deutschen Politik sowohl wie der nordischen werden, auf diesem Gebiete muß der Kampf ausgekämpft werden, da Dänemark sowohl wie die Herzogthümer Alles aufs Spiel setzen, um ihr Ziel zu erreichen, und beide va banque spielen. Unsere Landesversammlung wird in diesen Tagen zusammentreten, um über einen ihr gewordenen Antrag zu berathen: Den König von Dänemark Friedrich VII. der Schleswig-Holstein'schen Herzogskrone für verlustig zu erklären, und dem nächsten Agnaten, mit Uebergehung des regierungsunfähigen Erbprinzen Ferdinand von Dänemark die Krone anzutragen. Dänemark fordert die Besetzung Nordschleswigs mit dänischen Truppen, rechtliche Anerkennung der faktischen Occupation Alsens und endlich Theilnahme zweier Dänen an der gemeinsamen Regierung der Herzogthümer gegen Ausschließung zweier der bisherigen Mitglieder. Bunsen hat diese Forderungen zurückgewiesen.

⊙ **Rendsburg**, 26. Febr. In der Landwehrversammlung waren erschienen Abgeordnete aus den Landwehrkommitteen in Schleswig, Kiel, Altona, Apenrade, Cappeln, Rendsburg, aus der Probstei, aus den Vereinen in Altona, Wandsbeck, Husum, Eiderstedt, Neumünster, Meldorf, Kellinghusen, Mitglieder der Kommunen Ploen, Kaltenkirchen, Dagebüll, Bredstedt, Eckernförde, Glückstadt, Hohenwestedt, Holtorff, Oldesloe, Ipland, Büsum und Rendsburg, sowie eine Anzahl von Abgeordneten zur Landesversammlung. Die Versammlung beschloß einstimmig:

1) Es soll sofort dahin gewirkt werden, daß zum Zweck der Landesvertheidigung außer den bei den Fahnen stehenden Truppen aus Freiwilligen eine nach dem Reglement der Armee waffengeübte Mannschaft zu Lande hergestellt werde. 2) Es wird zu diesem Behuf ein Landwehr-Centralausschuß ernannt, dem die Förderung der Sache als allgemeine Landesangelegenheit anvertraut wird. 3) Dieser Ausschuß hat die Bildung von Lokal-Landwehrkommitteen, wo solche nicht bereits vorhanden, in den einzelnen Ortschaften des Landes unter Mittheilung der vorliegenden Beschlüsse anzuregen. 4) Der Centralausschuß hat sich mit den Lokalkommitteen und der Staatsregierung in Verbindung zu setzen, um die örtlichen Bedürfnisse kennen zu lernen und die von Seiten der Regierung in Aussicht gestellte Unterstützung zu ermitteln. 5) Durch gemeinsames Wirken des Centralausschusses und der Lokalkommitteen werden im Einvernehmen mit der Staatsregierung zur Herstellung der Mannschaft im ganzen Lande an geeigneten Orten, zunächst in den Städten und größeren Flecken Exerzierschulen errichtet. 6) Die Lokalkommitteen haben für Errichtung und Erhaltung dieser Schulen zu sorgen; dem Centralausschuß liegt die Inspektion ob. 7) Der Centralausschuß besteht aus dem bisher provisorischen Ausschuß zu Schleswig, aus je zwei von den jetzt bereits zu Rendsburg, Kiel und Altona bestehenden Lokalkommitteen zu dem Behuf zu erwählenden Mitgliedern, aus einem herbeizuziehenden geschäftsführenden Mitgliede und aus einem beizuziehenden Offizier. Namens der Versammlung Paul Ingwersen, Dr., Vorsitzender. W. C. Wiggers, Schriftführer.

Großbritannien.

* **London**, 1. März. Während die Unterhausverhandlungen des gestrigen Tages für das Ausland von höchst geringfügigem Interesse sind, boten die vom 27. einige Interpellationen und darauf erfolgte Antworten, welche Erwähnung verdienen. Hr. Anstey richtete untern andern an Lord Palmerston die Frage, ob es wahr sei, daß Graf Colloredo, der österreichische Botschafter, auf dem Statusquo von 1815 als der Grundlage der Kongreßverhandlungen in Brüssel bestehe und ob, wenn dem so sei, dieser Statusquo auch auf Polen und Krakau seine Anwendung finden solle? Lord Palmerston, der im Beantworten solcher Zwischenfragen eine große Virtuosität besitzt, bejahte die erste Frage und entzog sich der zweiten durch die Wendung, daß Hr. Anstey, der ja die neuern polnischen und krakauer Ereignisse ohne Zweifel kenne, im Stande sein werde, diese Frage am besten selbst zu beantworten. Hr. Wyld fragte: ob es Absicht der Regierung sei,

für St. Francisco oder irgend einen andern Hafen in Kalifornien einen Konsul zu ernennen? (man lacht). Lord Palmerston antwortete: nicht zum ersten Mal sei diese Frage an ihn gerichtet worden (man lacht) und zwar von Personen, hierunter auch Mitgliedern des Hauses, die dabei interessirt wären, daß entweder sie selbst oder ein Anderer in konsularischer Eigenschaft nach Kalifornien gingen. Er, Palmerston, müsse nun dem Frager antworten, daß es seine Absicht nicht sei, noch sein könne, einen Konsul nach Kalifornien zu schicken, indem ja dort keinerlei Regierung bestehe, mit welcher ein konsularischer Verkehr möglich sei; mithin würde ein solcher Konsul in jenem Lande gar nichts zu thun haben, es sei denn, daß er sich mit der Goldwäsche abgebe. (Gelächter). Hr. **Bankes** fragte, ob es wahr sei, daß, wie das Gerücht gehe, einige in den Besitz der sicilianischen Insurgenten gelangte Waffen aus den Waffenvorräthen der Regierung stammten? Lord **Palmerston** erwiederte, es seien keine Waffen auf Kosten der Regierung an die sicilianischen Insurgenten verabfolgt worden; das Wahre an diesem Gerüchte sei, daß ein Waffenlieferant der Regierung um die Erlaubniß nachgesucht habe, einige von ihr bestellte Flinten zurückzuerhalten, um seine gegen die sicilianische Regierung eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllen zu können. Hiergegen habe er, Palmerston, nichts einwenden zu dürfen geglaubt. Auf eine Frage des Hrn. **Ewart** in Betreff der Verhältnisse zu Buenos Ayres erwiederte Lord Palmerston: die frühern Vorschläge Frankreichs und Englands seien allerdings abgelehnt worden und es bliebe nun nichts weiter übrig als zu sehen, ob man andere Vorschläge machen könne. Uebrigens könne er versichern, daß Hr. Southern, (der neue, im vergangenen September in Buenos Ayres eingetroffene englische Botschafter) zwar vom General Rosas nicht in seiner amtlichen Eigenschaft, aber als Privatmann mit jeder möglichen Rücksicht, um nicht zu sagen Auszeichnung empfangen worden sei, so daß man fest hoffen dürfe, daß er demnächst auch offiziell anerkannt und eine alle Parteien zufrieden stellende Ausgleichung der dortigen Händel getroffen werden würde. Herr **Baillie** beklagte sich über die angebliche Verstümmelung von Depeschen aus Jamaika, welche Anklage der Unterstaatssekretär im Kolonialamt, Hr. **Hawes**, ziemlich lebhaft zurückwies, mit dem Bemerken, daß, wenn der Ausschuß zur Untersuchung von Kolonialangelegenheiten zusammentreten werde, der Vorlage aller Depeschen in unverkürzter Gestalt nichts im Wege stehe, mit Ausnahme derjenigen, die rein persönlichen Charakters seien. Andere Zwischenfragen betrafen den Radschah von Sattarah und die Mittheilung der Aktenstücke über den Aufstand und den gegenwärtigen Krieg im Pendschab.

Am 26. versammelte sich eine Zahl irischer Parlamentsmitglieder unter dem Vorsitze des Sir Lucius O'Brien, um über die von der Regierung beabsichtigte irische Hilfsarmensteuer zu berathen. Man beschloß zu erklären, „daß diese Steuer in ihrem Prinzip ungerecht und in ihrer Tendenz gefährlich (!) sei, und daß man sich mit allen durch die Verfassung gewährten Mitteln ihr widersetzen werde." Diese Versammlung entgeht dem beißenden Spotte der „Times" nicht, sie sagt unter andern: „die Stifter der neuen irischen Liga nehmen ihren Standpunkt auf dem erhabenen und ruhmwürdigen Grundsatz, daß kein irischer Gentleman einen Sixpence zur Abhülfe der außerordentlichen Noth seiner Landsleute außerhalb seines Kirchensprengels beitragen dürfe." Jene irischen Mitglieder gehören, wie es scheint, größtentheils den Provinzen Leinster und Ulster an, während die Sixpencesteuer hauptsächlich dem hungernden Connaught zu Gute kommen würde.

Frankreich.

***Paris**, 2. März. Die Angelegenheiten des Inlands nehmen, gegenüber den ungeheuern Ereignissen, die sich auf einem andern Schauplatze drängen, nur ein sehr geringes Interesse in Anspruch. Die Nationalversammlung, die seit Kurzem eine Menge von Petitionen erhielt, die auf Rückforderung der Milliarde der Emigranten-Entschädigung dringen, wird heute das erste organische Gesetz zu Stande bringen, das Gesetz über den neuen Staatsrath, der sich zu einem Zwitterding zwischen einer monarchischen und einer republikanischen Schöpfung zu gestalten scheint. Der Moniteur enthält nach einem einleitenden Räsonnement gegen die sozialistischen Wühlereien abermals eine Reihe von Berichten über Exzesse und Demonstrationen der rothen Republik, welche auf Anlaß der Februarfeier in den verschiedenen Departements stattgefunden und von welchen wenigstens einige auch hier eine Erwähnung verdienen; in Langeac (Ober-Loire) schleppten vier rothgekleidete und mit Beilen und Piken bewaffnete Individuen vier weißgekleidete und mit Stricken gefesselte Strohmänner hinter sich her, hielten auf den öffentlichen Plätzen an, ließen die Strohmänner am Fuße des Freiheitsbaums niederknieen und schlugen ihnen dann die Köpfe ab; in Schirmeck (Vogesen) zog eine Bande, von welcher ein Individuum den Henker vorstellte, mit einer Guillotine auf einem Karren umher, hielt an den Thüren aller Reichen an und köpfte jedesmal einen Strohmann. Auf Ersuchen mehrerer Handelskammern läßt das Ministerium, um den Absatz französischer Waaren zu vermitteln, in Kalifornien einige Faktoreien anlegen. Die demokratisch-sozialistischen Journale haben einen „permanenten Ausschuß der demokratisch-sozialistischen Presse" konstituirt, der mit Nächstem sein Programm veröffentlichen wird. Die Presse ferner ist durch ein neues Blatt, le temps, bereichert worden, welches im Sinne der aufrichtigen, aber gemäßigten Republik geschrieben ist, und, wie es heißt, unter der Leitung Lamartine's steht. Herr Guizot endlich bewirbt sich im Departement Calvados um einen Sitz in der Nationalversammlung, und Herr Thiers bietet alles auf, um seine Kandidatur scheitern zu machen; das ist alles, was sich berichten läßt; ein Gerücht, General Changarnier habe dem Präsidenten der Republik die Existenz einer Verschwörung gegen sein Leben mitgetheilt, kann man wohl auf sich beruhen lassen.

Das eigentliche Interesse des Tages dreht sich vor allen Dingen um die neuesten Berichte aus Italien und speziell um die Frage, ob eine Intervention Frankreichs zu Gunsten des Papstes zuläßig oder nothwendig sei. Ein definitiver Beschluß darüber ist von der Regierung noch nicht gefaßt; der Präsident der Republik und die Minister Fallour, Faucher und Rulhières sollen für, die sämmtlichen übrigen Minister gegen die Intervention gestimmt sein. Ob ein Gerücht, welches Drouin de Lhuys ausscheiden läßt, damit zusammenhängt, mag dahin gestellt bleiben.

Schließlich möge noch, als ein nicht uninteressantes historisches Aktenstück, das folgende neuerdings zur Oeffentlichkeit gelangte Schreiben Bugeaud's an Thiers hier seinen Platz finden. Es ist vom Morgen des 24. Februar vorigen Jahrs datirt und lautet: „Es ist schon lange her, mein lieber Thiers, daß ich es kommen sah, wir beide würden eines Tags berufen werden, die Monarchie zu retten. Mein Entschluß ist gefaßt: ich verbrenne meine Schiffe. Dieser Entschluß hindert mich indeß nicht, zu beklagen, daß man mir den Oberbefehl mit einer zu schwachen Streitmacht übergeben und daß man mich zu sehr ohne Hülfsquellen gelassen hat. Würden Sie glauben, daß zur gegenwärtigen Stunde in mehreren Regimentern die Leute kaum zehn scharfe Patronen in ihrer Tasche haben? Sobald wir den Aufruhr gedämpft haben, und wir werden ihn dämpfen, denn die Lauheit und Theilnahmlosigkeit der Nationalgarde soll mich nicht zurückhalten, würde ich bereit sein, als Kriegsminister mit Ihnen ins Kabinet zu treten, es sei denn, daß die Unpopularität, die angeblich auf mir lastet, ein unübersteigliches Hinderniß bilde. In diesem Fall nehme ich keinen Anstand, Ihnen zu rathen, Bedeau zum Kriegsminister zu nehmen; er ist ein ausgezeichneter Offizier, praktisch und voll Einsicht und Besonnenheit, und ihm den Deputirten Magne, dessen seltene Geistesfähigkeiten ich zu würdigen Gelegenheit hatte, als Unterstaatssekretär beizugeben."

Oesterreichische Monarchie.

Czernowitz, 18. Febr. Ueber Bem herrscht das konstante Gerücht, er sei schwer verwundet worden und sogar in Folge der Verwundung gestorben. Letzteres findet jedoch keinen rechten Glauben, denn man glaubt darin nur eine List zu sehen, um seine Flucht und völlige Entweichung auf fremdes Gebiet zu sichern, was ihm jedoch schwer gelingen dürfte, da die Pässe gegen die Walachei mit russischen Truppen und sogar von einem türkischen Regimente besetzt sind, die den Szeklern und Ungarn den Uebertritt mit bewaffneter Hand verwehren. Gestern wurde hier ein Studirender wegen eines Konflikts, den er mit einer Schildwache und einem Feldwebel gehabt, festgenommen und sogleich assentirt.

(C. Bl. a. B.)

Kronstadt, 3. Febr. Der hiesige Magistrat hat an den die russischen Truppen in den Donaufürstenthümern kommandirenden General v. **Lüders** eine Dankadresse überschickt.

Italien.

Sardinien. Der an der Stelle von Gioberti zum Präsidenten des Ministerraths ernannte Marchese Colli war Ordon-

nanzoffizier des Kaisers Napoleon. Als ein junger Mann von 18 Jahren wohnte er in dieser Eigenschaft der Schlacht von Wagram bei, wo eine Kanonenkugel ihm das Bein wegriß. Seine Ansichten galten für gemäßigt und konstitutionell. In den Funktionen eines Syndic von Turin (eine Stelle, die er bis zu dem Augenblick bekleidete, wo er von Karl Albert ins Ministerium gerufen wurde), wußte er sich die Achtung der ehrbaren Bürgerschaft zu erwerben. (Basler Z.)

Rom. Der Minister des Auswärtigen Rusconi hat am 21. dem diplomatischen Corps einen Protest gegen das Einrücken der Oesterreicher nach Ferrara überreichen lassen.

Schweiz.

Schwyz. Die Regierung hat das bekannte Schreiben des Bundesrathes beantwortet, betreffend die eidg. Hochschule, und bemerkt, die Gründung einer schweizerischen Hochschule oder einer polytechnischen Schule liege nicht in ihren Wünschen. (Schwyz.Z.)

Ungarn.

Pesth, 24. Febr. Szegedin ist authentischen Berichten zufolge in den Händen der Serben, welche der Stadt eine Brandschatzung von 500,000 fl. auferlegten. (C. Bl. a. B.)

Nachrichten aus **Pesth** vom 26. Febr. zufolge ziehen sich die Magyaren aus der Gegend von Gyöngyös fortwährend zurück, und es hat noch kein großes Gefecht stattgefunden. Der Fürst Windischgrätz ist nach Gyöngyös aufgebrochen. Feldmarschallieutenant Schlick, der nach der Wiederbesetzung Kaschaus von dort herabrückt, ist wieder offensiv vorgegangen. Aus Neusatz wird gemeldet, daß Feldzeugmeister Nugent am 22. Febr. dort eingerückt. Man erwartete den andern Tag die Uebergabe Peterwardeins. (C. Bl. a. B.)

Frankfurter Börsenbericht.
(Wochenbericht.)

Der anhaltende Begehr nach allen Gattungen Staatspapiere, wie er sich noch in den letzten Wochen des Februar zeigte, hat nachgerade sehr nachgelassen. Die flüssigen Kapitalien, zum Ankauf von Fonds bestimmt, sind theilweise untergebracht, die Anschaffungen für den Bedarf der Monats-Abrechnung gedeckt. Die politischen Verwickelungen in den italienischen, deutsch-österreichischen und dänischen Fragen haben, namentlich in den letzten Tagen, eine flaue und ängstliche Stimmung erzeugt, und die Schwankungen in der letzten Woche waren ziemlich bedeutend. Wir geben nachfolgend eine anschauliche Uebersicht:

	Höchster Cours vom 21. u. 26. Febr.	Niedr. Cours vom 3. März
5% Metalliques	74 7/8	72 7/8
4% ditto.	59	58 1/8
3% ditto	44 1/2	43 3/4
2 1/2 % ditto.	39 5/8	38 1/2
1% ditto.	14 3/4	14 1/2
Bankaktien	1190	1172
fl. 250 Loose.	79 1/2	78 1/2
fl. 500 ditto.	126 1/4	124
4 1/2 % Bethm.	74 1/2	73 1/2
4% ditto.	64	63
Russ. 4% Oblig.	83	82
Preuß. 3 1/2 % Staatsschuldsch.	80 1/2	80
„ Prämienscheine	99	99
Köln-Minden	79	78
Spanische 3%	22 3/8	22 7/8
Holländ. 2 1/2 % Intregale	50	49 1/8
„ 4 1/2 % Oblig.	79	78 1/2
„ 4 1/2 % Synd.	78 3/4	78 1/4
Belgische 4 1/2 % Obligationen	84 1/2	82 1/2
„ 2 1/2 % „	43 1/2	42 3/4
„ 5% „	90	89 1/2
Bairische 3 1/2 % Oblig.	79	78 1/4
„ 4%	87 1/2	87 1/4
„ 5%	99 1/4	99
Ludwigshafen-Berbach	74 1/4	73
Würtemb. 3 1/2 %	79 3/8	78 1/2
„ 4 1/2 %	94 1/4	94
Sardinische Loose	28 1/4	28 1/2
Polnische fl. 300 Loose	102 3/4	102 1/4
„ fl. 500 Loose	75	74 1/2
Kurhess. Rthlr. 40 Loose	27 1/2	27 1/8
Friedr.-Wilh.-Nordbahn	37 5/8	36 1/4
Großh. Hess. 3 1/2 % Oblig.	79	78 1/2
„ „ 4% „	87	86 3/4
„ „ fl. 50 Loose	70 1/2	69 1/2
„ „ fl. 25 Loose	22 3/4	22 1/2
Badische 3 1/2 % Oblig.	78 1/4	77 3/4
„ 5% „	97 7/8	97 1/2
„ fl. 50 Loose	49 1/4	48 1/2
„ fl. 35 Loose	28 1/2	27 1/4
Nassau 3 1/2 % Oblig.	81 1/2	81
„ 5% „	99 3/4	99 3/8
„ fl. 25 Loose	20 1/2	20 3/8
Frankfurt 3 1/2 % 1846	88 1/2	88 1/4
„ „ 1839	92 1/4	92
Taunusbahn-Aktien	287	285

Mit Ausnahme der 3pCt. Spanier sind alle Effektengattungen, die österreichischen am fühlbarsten, im Course zurückgegangen. Die Spanier stiegen in Rücksicht auf die hohen Notirungen in Madrid, Amsterdam, Antwerpen und auf den befriedigenden Finanzbericht des Ministers Mon. Indessen werden sie sich auf ihren bisherigen hohen Standpunkt auch nicht erhalten können, wenn die allgemein gedrückte Stimmung anhält.

In Friedrich Wilhelm Nordbahn waren für den Abrechnungstag des Februar belangreiche Anschaffungen zu machen und in Folge dessen besserte sich der Kours bis 37 3/4. Allein auch dieser Aufschwung war nicht von langer Dauer; am letzten Börsentage der Woche waren sie zu 36 1/2 angeboten. Es scheint übrigens in der prekären Lage dieser Unternehmung eine Entwickelung sich vorzubereiten. Die Regierung hat der Ständeversammlung den Vorschlag gemacht, die Darleihung von Thlr. 500,000 in Kassenscheinen gegen Hinterlegung von Thlr. 600,000 in Prioritätsaktien, dergestalt, daß die Rückzahlung in 20 Jahren stattfinden muß, zu genehmigen. Ohne Zweifel werden die Stände hierauf eingehen; denn so wenig geneigt man auch sonst zu Geldbewilligung ist, so siehet doch jeder ein, daß der Friedrich Wilhelm Nordbahn geholfen werden muß, wenn das Unternehmen nicht zu Grunde gehen und solchergestalt auch die Staatsbahn den größesten Nachtheilen ausgesetzt werden soll. Den sonstigen Bedarf (das ganze Defizit beträgt nahe an 2 Millionen Thaler) denkt die Direktion der Nordbahn durch Ausgabe von 5pCt. Prioritätsaktien zu decken, wozu die Genehmigung der Regierung (welche nach den Statuten erforderlich ist) in Aussicht stehet, sobald die Stände die nachgesuchte Genehmigung zu dem Darleben von Thlr. 500,000 gegeben haben werden. Es dürfte die Vollendung der Bahn gesichert sein. Ob der von der Regierung angeschlagene Weg auch den Aktionären, d. h. dem Stande der Aktien günstig sein wird, stehet sehr dahin; ihnen würde der von der Direktion vorgelegte Plan, wonach der Staat, gegen Nachzahlung von 20 pCt. 2 1/2 pCt. Zinsen garantiren sollte, mehr zugesagt haben.

Im Wechselgeschäft waren die Umsätze wieder ziemlich bedeutend und mit Ausnahme der Devisen auf Bremen, Hamburg und Wien sind die übrigen rasch aufgekauft und manches über Notiz bezahlt worden. Goldsorten sind seit einigen Tagen etwas angenehmer; der kleine Verkehr auf dem Lande gestaltet sich etwas lebhafter auch mögen politische Befürchtungen darauf einwirken.

Course der Wechsel.

Amsterdam k. S. 100 1/2 G.; ditto 2 M. 100 1/4 G; Augsburg k. S. 119 7/8 B.; Berlin k. S. 105 3/8 G.; Bremen k. S. 98 3/4 B.; Hamburg k. S. 88 1/2 B.; ditto 2 M. —— G.; Leipzig k. S. 105 3/8 G.; London k. S. 120 3/4 G.; ditto 3 M. 120 1/8 G.; Mailand k. S. 98 3/4 G.; Paris und Lyon k. S. 95 3/8 G.; Wien k. S. 106 7/8 B.

Course der Geldsorten:

Neue Louisd'ors fl. 11. 5 kr.; Pistolen fl. 9. 54 kr.; ditto preußische fl. 9. 55 1/2 kr.; holländische fl. 10 Stücke fl. 10. 3 kr.; Randdukaten fl. 5. 37 kr.; 20 Frankenstücke fl. 9. 36 kr.; Englische Sovereigns fl. 12. 3 kr.; Gold al marco fl. 382; Laubthaler fl. —. — kr.; preußische Thaler fl. —. — kr.; Hochhaltig Silber fl. 24. 28 kr.; Gering und mittelhaltig fl. 24. 20 kr.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

(Hierzu eine Beilage).

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 65. Frankfurt a. M., Dienstag 6. März. 1849.

Uebersicht.

---

6. März.

Der Bundesstaat mit einem Parlament, der Staatenbund mit einem Bundestag — darauf werden die Dinge mit unvermeidlicher Konsequenz hinausgehen, mag man nun den neuen Bundestag nennen und einrichten wie man will. Daß sich manche Wünsche bereits diesem Ziele ganz nahe gerückt glauben, daß die Ollmützer Politik mit allen Mitteln darauf hinstrebt, darüber kann denn doch unter allen denen kein Zweifel mehr bestehen, welche die politische Entwicklung der jüngsten Zeit mit offenen Augen verfolgt haben. Die Ollmützer Gelüste haben ihre Verbindungen bis in die Paulskirche ausgesponnen und nicht Alle, die sich jetzt zu Trägern der ollmützer „großdeutschen“ oder auch großrussischen Politik machen, sind dabei nur die gefoppten Hansnarren (wiewohl ihrer die Mehrheit ist) sondern ein geschlossenes Häuflein kluger Leute weiß recht gut, was es erreichen will und erreichen kann!

So ist denn möglich geworden, was jüngst in diesen Blättern prophezeit ward: man verhandelt hin und her über den Sinn der österreichischen Note vom 4. Februar und denkt einen Augenblick ernstlich daran, Herrn v. Schmerling in den Verfassungsausschuß einzuladen, damit er die Note auslege! Ist schon dies ein prächtiger Stoff für Kaulbachs künftigen Reineke, so ist doch das Motiv noch kostbarer, weßhalb jener Vorschlag abgelehnt worden sein soll. Es seien, meinte Herr Welcker, österreichische außerordentliche Gesandte an den einzelnen deutschen Höfen unterwegs und erst wenn die angekommen seien, werde Hr. v. Schmerling die wahren Aufschlüsse geben können. Deutschland darf also immer noch der authentischen Auslegung Hrn. v. Schmerlings entgegensehen; wir hoffen aber diesmal doch, es werde sich seine Auslegung selber machen und nicht abwarten, bis die außerordentlichen Bevollmächtigten in Frankfurt eingetroffen sind.

Wir hätten Bedenken getragen, den obigen Nachrichten Glauben zu schenken, obwohl wir von unserer nachmärzlichen Diplomatie immer das Einfältigste zu glauben bereit sind, wie von der vormärzlichen das Schlimmste — wenn nicht das Fastnachtsspiel auf der Mainlust auch das Unfaßbarste als wahrscheinlich und wirklich erscheinen ließe. Eine Versammlung wie die der „Großdeutschen“ unter Welckers Auspicien, die in Folge der österreichischen Note einen Verfassungsentwurf zur Verbindung mit Oesterreich entwerfen läßt, die sich zugleich der äußersten Linken auf eine Weise offerirt, die uns im Namen alter ehrenwerther Namen die Schamröthe ins Gesicht treibt — eine solche Versammlung läßt Viel erwarten, wovon sich der Philosophie anderer ehrlicher Leute nichts träumen läßt.

Ob die Linken und Linksesten sich ködern lassen zu der neuen Koalition und ob sie die Hand bieten zur Preisgebung der wichtigsten Märzerrungenschaft und zur Oktroyirung eines neuen Bundestags, das ist freilich eine Frage, die sich nicht so kurzweg mit einem bestimmten Ja oder Nein beantworten läßt. Wäre die äußerste Linke von Anfang an als eine große politische Partei mit bestimmten Entwürfen aufgetreten, so müßte es ein Leichtes sein, ihr Verhalten in dieser Frage prognosticiren zu können. Aber das ist sie eben nicht. Die Begriffe über Staat und Staatsordnung lagen dort so durcheinander, daß es denkbar war, die Partei habe sich die Lebensfrage über die erreichbare und mögliche Staatsform Deutschlands noch nicht einmal recht klar gemacht. Ohnedies steht nach ihrem politischen Katechismus die Freiheit über der Einheit und die Forderung einer allgemeinen Nationalvertretung war notorisch diejenige, welche sie vor zwölf Monaten anfänglich am wenigsten ihrem ganzen Gewicht nach zu schätzen wußte. Von der lebendigen Eifersucht auf nationale Macht, Ehre und Vortheil, von jenem in Wahrheit großdeutschen Egoismus, der uns gegenüber der Fremde so wohl anstünde, haben wir in jener äußersten Partei sehr geringe Anwandlungen gefunden.

Schwerlich wird sich daher die äußerste Linke von großen nationalen Beweggründen leiten lassen; sie wird die Frage, ob Staatenbund ob Bundesstaat, bei weitem nicht für so gewichtig halten, als sie ist, da weder der Staatenbund noch der Bundesstaat dem republikanischen Vorbilde entspricht, wonach von ihr alle politischen Verhältnisse beurtheilt und bemessen werden. Die äußerste Linke wird sich allerwärts darin gefallen, die Dinge, wie sie sind, für grundschlecht zu erklären, sie wird die verzweifelte aber resignirte Partei spielen, der es gleichgültig ist, was weiter daraus wird, da sie doch einmal entschlossen ist, ihre Hoffnungen auf eine neue Welterschütterung zu setzen. Sie wird nöthigenfalls, wenn auch nicht so pessimistisch sein, doch jenen Pessimismus vorgeben, der für das Unheilvollste stimmt, nur damit die Dinge sich recht heillos gestalten und die Aktien des künftigen Generalkrachs um so sicherer al pari stehen. Die Linke wird die Sache wahrscheinlich nur vom Parteistandpunkt aus behandeln, nicht vom nationalen.

Daß das kein Patriotismus ist, wissen wir wohl; es fällt uns indeß nicht ein, darüber der äußersten Linken Vorwürfe machen zu wollen. Dagegen behaupten wir, daß es auch eine schlechte Politik ist. Es ist ein gefährliches Beginnen, seine politische Zukunft so „auf nichts zu stellen“ und den Schlechtigkeiten der Gegenwart deßhalb mit philosophischer Ergebung zuzusehen, weil man auf die Unbeständigkeit menschlicher Dinge rechnet. Ohne auf die Ewigkeit menschlicher Einrichtungen zu bauen, möchten wir doch noch weniger zu jenem Pessimismus rathen, der an die Beweglichkeit der Dinge alle seine Hoffnungen knüpft. Es liegt in menschlichen Dingen neben allem Wechsel eine unbezwingliche vis inertiae, die Erregbarkeit und Gährung menschlicher Gemüther steht mit der Unempfindlichkeit und Erschlaffung in einer fatalen Wechselwirkung und auf bewegte Zeiten folgt in der Regel eine um so entschiedenere Periode der Ruhelust. Wir wollen nicht behaupten, daß wir bereits in diesem Stadium angelangt sind,

aber es kann wenigstens jeden Augenblick eintreten und dann dürften die Aktionäre der Revolution sich wieder einmal verrechnet haben. Die Sättigung an den Freuden revolutionärer Zustände macht reißende Fortschritte, auch wenn das Behagen über das Errungene noch nicht besonders groß ist; und so gut das Staatenunding von 1815 über drei Decennien ausgehalten hat und dann noch einen Anlauf nahm, sich im alten Sinne neu zu restauriren, eben so gut kann auch das neue Staatenunding, das der österreichischen Politik „vorschwebt", noch eine weitere Generation überdauern.

Die äußerste Linke setzt die Freiheit über die Einheit; gleichwohl behält der alte Turner Recht, wenn er die Freiheit für die Tochter der Einheit erklärt und den Freunden der Tochter anräth, es mit der Mutter zu halten. Es zeugt nicht für die Weisheit unserer Linksten, daß sie die straffe, feste Staatseinheit glauben hingeben zu können, wenn sie nur die papiernen Zusagen einer möglichst unbeschränkten Freiheit retten. Wenn doch einmal gefeilscht werden soll, so möchten wir lieber ein Stück Freiheit als ein Stück Einheit preisgeben; lieber vor der belagerten Festung einen Theil unseres Geschützes stehen lassen, um in einem raschen Schlag das entscheidende Treffen zu gewinnen, das uns Festung und Geschütz sicher in die Hände liefert. Oder glauben die Männer der äußersten Linken im Ernst, jene papierne Freiheit erretten zu können, wenn die Einheit verloren geht? Wir unsererseits, wenn die alte österreichische Bundestagswirthschaft, oder was das nämliche ist, ein königliches Direktorium restauriet werden sollte, geben nicht einen Deut für alle Freiheitsverheißungen, die uns auf dem Papiere garantirt sind, und leben in fester Ueberzeugung, daß, wie dann die äußere Politik Deutschlands in die alte Misere zurückfallen wird, so auch unsere inneren Zustände wieder dort anfangen würden, wo sie im März 1848 aufgehört haben. Die eben eingetroffene österreichische Erklärung will dem Vernehmen nach uns eine böse Sieben aufhalsen. Wir haben hoffentlich noch Kraft genug zum Widerstande. Sonst ist, wenn wir unsere innere Zerrissenheit und die großen Kriegsrüstungen der hohen Verbündeten Oesterreich, Rußland und Dänemark betrachten, der kurze Traum von Einheit und Freiheit bald wieder zu Ende.

Die äußerste Linke will keine andere und höhere Instanz anerkennen, als das Volk; aber auch dem Volke gegenüber geräth sie in eine falsche Stellung, wenn sie die Wege zum alten Bundestage weiter ebnen hilft. War auch im Augenblick wo die Revolution ausbrach die große Mehrheit unseres Volkes keineswegs klar und einig über die künftige Staatsform Deutschlands (so wenig wie es heute noch die Gelehrten sind), war es auch durchaus mehr von Antipathie gegen die Vergangenheit erfüllt als von bestimmten Wünschen für die Zukunft, so lag doch Allem ein gewisser Instinkt zu Grunde, der allmählig zur klaren Einsicht heranreifen wird. Das Volk wird dann so richtig und bestimmt, wie es heute über die Ergebnisse des Wiener Congresses urtheilt, auch über Diejenigen den Stab brechen, welche ein Menschenalter später das Diplomatenstück vom Wiener Congresse wiederholen halfen. Eine Partei, die dazu die Hand bot, wird gerichtet sein, wie es heute die Staatsmänner sind, die damals Metternich und Kollegen das Werk der innern Befreiung vereiteln halfen; denn wie der alte Römer sagt, **sera numinis vindicta sed eo certior!**

Wir aber heben die Hände gen Himmel auf, daß wir rein von aller dieser Schmach sind. Gott mit Deutschland!

Deutschland.

△ **Frankfurt**, 4. März. Von verschiedenen Seiten hört man, daß die österreichische Regierung ernstlich darauf Bedacht nehme, in denjenigen Theilen Deutsch-Oesterreichs, wo bisher die Wahlen zur hiesigen Nationalversammlung verweigert wurden, dieselben jetzt in voller Eile nachträglich vornehmen zu lassen. Wir wissen, daß noch in den letzten Wochen ein Abgeordneter von dort hier eingetroffen und zugelassen ist, zu dessen Wahl 103 Wahlmänner zusammentreten sollten, von denen aber nur 57 erschienen. Unter diesen gaben 14 die Erklärung ab, daß sie nicht nach Frankfurt wählen wollten, und dessen ungeachtet wählten die übrigen 43 Wahlmänner. Schlimmer noch stand es um eine Wahl im Herbste des vorigen Jahres, wo aus einem Kreise von etwa 130 Wahlmännern nur 20 erschienen und mit 11 Stimmen gegen 9 den Deputirten wirklich wählten. Das stärkste Beispiel aber ist ein noch älteres, wo überhaupt nur 5 Wahlmänner einen Abgeordneten gewählt haben. Wir haben nicht gehört, daß die Nationalversammlung bisher über solche Vorgänge sich ausgesprochen hätte. Erinnern wir uns aber, welchen Unwillen vor mehreren Jahren ähnliche Minoritätswahlen in einem anderen Lande hervorriefen, so halten wir es doch für angemessen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Manipulationen zu richten. Der Legitimationsausschuß ist außer Stand, hier etwas zu thun; denn im österreichischen Wahlgesetze findet sich keine Bestimmung über Minoritätswahlen. Wir dächten, es wäre zunächst moralische Pflicht der österreichischen Abgeordneten, auf die Beseitigung solchen Treibens mit würdigem Ernste hinzuwirken; denn ehrlich währt am längsten!

Parl. Korr. **Frankfurt**, 5. März. Die vorgestrige Versammlung des „Vereins für Festhaltung des Bundesstaats" (wie sich die Vereinigung im Weidenbusch nun benannt hat) war wieder sehr zahlreich besucht. Zur Berathung kam u. A. der Vorschlag: Bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verfassungsabschnitte: „vom Reich" und „von der Reichsgewalt" die Reihefolge dieser beiden Abschnitte umzukehren und mit dem „von der Reichsgewalt" zu beginnen; für diesen Vorschlag wurde namentlich geltend gemacht: daß, da der Abschnitt „von der Reichsgewalt" die eigentlichen praktischen Konsequenzen, der „vom Reiche" mehr nur die prinzipiellen Voraussetzungen des Bundesstaates enthalte, es sachgemäßer sei, zuerst jene im Einzelnen festzustellen, um dann besser beurtheilen zu können, ob und in wie weit diese, insbesondere die Forderung der reinen Personalunion zwischen deutschen und nichtdeutschen Staaten nothwendig sei, oder nicht. Demnächst fand man auch darin die letzte zulässige und wünschenswerthe Rücksichtnahme auf Oesterreich und die österreichische Partei, welche noch immer einer entscheidenden Erklärung von Ollmütz aus entgegensieht oder wenigstens entgegen zu sehen vorgibt. Da diese Erklärung sich muthmaßlich vorzugsweise auf den Abschnitt „vom Reich" beziehen dürfte, so würde derselben durch Zurückstellung dieses Abschnitts hinter dem „von der Reichsgewalt" noch eine längere Frist eröffnet.

In der heutigen Sitzung war viel die Rede von einer neuen Depesche, die von Ollmütz an den österreichischen Bevollmächtigten von Schmerling gekommen sein soll. Ueber den Inhalt derselben erfährt man nur, daß dieselbe eine Geneigtheit der österreichischen Regierung auf die Form eines **Bundes-Direktoriums**, nicht aber auf den Vorschlag eines an dessen Spitze stehenden **Reichsstatthalters**, einzugehen aussprechen, in allem Uebrigen aber weitere Erklärungen bis zur zweiten Lesung vorbehalten soll.

Wien, 28. Febr. Wie wir hören, hat der Herr Minister des Innern ein Rundschreiben an alle Behörden erlassen, in welchen ihnen die Weisung ertheilt wird, am 15. März in den Hauptkirchen ein Hochamt zur Jahresfeier des denkwürdigen Tages, an dem Kaiser Ferdinand den Völkern Oesterreichs eine Konstitution zugesagt, sowie Gebete für die glückliche Vollendung der Verfassung zu veranlassen. (Ostd. Post.)

△ **Wien**, 1. März. Die Werbung des österreichischen Patriotenvereins um Stimmen zu einer Vertrauensadresse für das Ministerium ist verunglückt: sie war dem Ministerium selbst zu derb und zu naiv. Der gestern standrechtlich Hingerichtete hieß Martin Pausar, er war 40 Jahre alt, aus Böhmen gebürtig, früher Soldat, zuletzt Hausknecht in einem Gasthause zu Ottakring (eine Stunde von Wien); er wurde erschossen, weil er eine Kavallerie-Pistole nebst Pulver und mehreren frisch gegossenen Kugeln auf dem Dachboden seines Herrn versteckt hatte. Gestern kamen neuerdings zwei Bataillone Kroaten hier an, welche in die radikale Vorstadt Wieden, längs dem Glacis bis gegen die Alservorstadt einquartirt werden sollen. Der Gouverneur scheint sich jetzt hauptsächlich mit den Anstalten zum Schutz der öffentlichen Sicherheit zu beschäftigen. Die Munizipalwache ist auf seinen Befehl temporär mit der Militärpolizeiwache vereinigt und diese letztere hat einen neuen Kommandanten in dem Platzkommandanten von Brescia, Joseph Beigl von Kriegslohn, erhalten. Privatbriefe aus Mailand besagen, daß der Marschall Radetzky über 1000 Schweizer, welche in Rom und Neapel entlassen wurden, in Sold genommen habe (?). Die Stimmung soll dort auf's Höchste gereizt und ein Ausbruch nur durch die Furcht vor dem Militär und den überall aufgepflanzten Kanonen niedergehalten sein; was Radetzky selbst davon hält, beweist sein Befehl an alle Offiziers-

frauen, Mailand zu verlassen und die starke Ausrüstung des Kastells mit Proviant auf mehrere Monate. F.-M.-L. Wohlgemuth, der die Kommission zur Ausführung der über die Emigranten verhängten Gütersequestration leitet, läßt die Namen sämmtlicher Emigranten, deren Besitzthümer der erwähnten Maßregel verfallen, mittelst langen Listen, die als Plakat an dem Munizipalgebäude angeheftet sind, dem Publikum bekannt machen. Die Ruhestörungen, welche am 24. und 25. in Krakau vorkamen, waren nicht so bedeutend, als das Gerücht sie machte. Am 24. widersetzte man sich der Assentirung, die ohnehin sistirt worden wäre, da indessen ein Befehl des Ministeriums eingelangt war, welcher eine Werbung von Freiwilligen statt der Rekrutirung in Aussicht stellte, da man nach dem Beispiele Wiens die Hoffnung habe, daß sich auch im Krakauischen mehr Freiwillige anwerben lassen würden als das dortige Kontingent beträgt. Die Aufregung war aber einmal da und als am folgenden Tage eine Patrouille von 8 Mann Soldaten durch eine der Straßen ging, machte sich ein Civilist die Unterhaltung mit seinem aufgespannten Regenschirm den Czako eines dieser Soldaten wiederholt festzuhalten, der Soldat verstand keinen Scherz, zog den Säbel und versetzte dem Civilisten einen Hieb in die Hand. Dadurch entstand ein größerer Zudrang von Menschen, wobei es sein Bewenden hatte; man fürchtet keine weitere Ruhestörung, da die dortige Bevölkerung weiß, daß obschon nur 800 Mann österreichische Truppen in Krakau als Besatzung sind, die Russen an der Grenze stehen, und jeden Augenblick zur Verstärkung bereit sind.

Das beifolgende 25. Armeebülletin wird durch folgende, ich glaube ziemlich offiziellen Nachrichten, welche der Soldatenfreund giebt, vervollständigt: Fürst Windischgrätz ist nach Gyöngyös vorgerückt, von wo er die Verbindung mit F.-M.-L. Schlick bewerkstelligt, um sodann vereint gegen die Rebellen zu operiren. F.-M.-L. Schlick steht in Sima-Szombath und es ist sowohl die Linie von dieser über Losocz Gyarmutha und Waizen, als auch die von Gyöngyös über Hatpan Haszbereny und Szolnok durch unsere Truppen besetzt. Einige bis Gyöngyös vorgedrungene feindliche Rekognoszirungspatrouillen gaben zu dem Gerüchte Anlaß, als seien die Insurgenten im Anzuge gegen Pesth. F.-M.-L. Schulzig ist auf eine feindliche Schaar gestoßen, die jedoch nicht Stand hielt. Görgey, Guyon und Klapka haben Kaschau verlassen (also sind sie nicht daraus vertrieben, wie das Bülletin vermuthen läßt?) und den Weg wahrscheinlich nach Süden eingeschlagen. Ihre Streitkräfte dürften sich auf mehr als 20,000 Mann mit 40 Geschützen belaufen, darunter ist das 2. Grenadierbataillon Wasa, 1 Bataillon Este und zwei Husarenregimenter. Jedenfalls können wir binnen Kurzem entscheidenden Ereignissen entgegen sehen.

Eine Handelsnachricht sagt heute, Bem habe mit einigen seiner Getreuen die Flucht ergriffen; eine andre Nachricht behauptet, die Ungarn seien bei Erlau von dem vereinigten 1 und 2 Armeekorps geschlagen worden. Beide bedürfen der Bestätigung. Reisende, die heute früh von Pesth hier ankamen, haben in Pesth aus der Umgegend starken Kanonendonner vernommen. Ebenso hörten sie anhaltendes Feuern, als sie bei Komorn vorüber fuhren. In Pesth herrschte bei ihrer Abreise der Glaube, daß Görgey, Nepusy, Dembinski und Klapka sich Pesth nähern und daß sich ihre Vorposten bis Hatvan erstrecken.

Die Stadt Gyöngyös giebt sich alle Mühe, um ihre Unschuld an der Aufhebung des Obersten Montecucoli durch die Honveds zu beweisen und hofft die 23,000 fl., welche sie an der ihr auferlegten Brandschatzung von 50,000 fl. schon zahlte, wieder zurückzuerhalten.

Man erwartet eine neue Verordnung des Ministeriums in Betreff der ungarischen Banknoten. Die 1 und 2 Gulden Noten sind unter der gesetzlichen Sanktion des Erzherzogs Stephan als damaligem Stellvertreter des Kaisers emittirt und eine entsprechende Summe Silbers bei der Bank in Pesth dafür deponirt. Es ist unglaublich, wie das Ministerium dieses Faktum in seiner Kundmachung vom 24. ignoriren konnte. Uebrigens scheint es, daß die Bank schon den Auftrag erhalten hat, die Ein- und Zweiguldennoten auf Rechnung der Regierung einzulösen.

25. Armee-Bülletin.

„Seine Durchlaucht der Herr Feldmarschall Fürst Windischgrätz ist om 24. d. M. von Ofen oufgebrochen, und hot sein Hauptquartier an diesem Tage nach Hatvan, und om 25. nach Gyöngyös verlegt. Hierdurch ist die Verbindung mit dem Korps des Herrn Feldmarschall-Lieutenants Grafen Schlick hergestellt. Nach eingegangenen Berichten aus Siebendürgen hat der äußerst thätige und umsichtige Obeest Urban abermals ein sehr glückliches Gefecht mit den Insurgenten bei Bayersdorf, in der Nähe von Bistritz bestanden. Um sich über die Stellung der Insurgenten genaue Nachricht zu verschaffen, brach Oberst Urban am 18. d. M. von Jaad auf, marschirte durch Bisteitz über Heidendorf bis an den Knotenpunkt der noch Bayersdorf und Szerétfalva führenden Straße, wo er unter dem Major Wiefer eine Umgehungskolonne gegen Szerétfalva entsendete. Mit der Hauptmacht rückte er gegen Bayersdorf, stieß daselbst auf die polnische Legion, und erstürmte diesen Ort mit dem Bajonette. Der Feind wurde noch einem hitzigen und siegreichen Gefechte gegen Mogyaros zurückgedrängt. Hieebei wurde der schwer verwundete Insurgentenoberst Mitzko, zwei Offiziere und 200 Mann gefangen, drei Kononen, ein Karren, eine kaiserliche und eine Insurgenten-Fahne, Munition und Gepöck eebeutet. Leider beklagen ouch wir unsereeseits den Verlust des Oberlieutenants Grofen Baudissin von Savoyen Dragoner, welcher daselbst für Koiser und Vaterland den Tod des Helden gefunden. Nachdem der Zweck dieser Unternehmung erreicht war, ging Oberst Urban in seine Position noch Bistritz zurück. Oberst Urban spricht sich sehr lobend über die Topferkeit und Ausdauer seiner sämmtlichen Truppen aus, sowohl der des gozizischen Korbons-Batoillons, der Regimenter Karl Ferdinond Infanterie und Savoyen Dragoner, als auch der beihabenden Romonen. In Oberungorn hat die Division Baron Romberg, aus den Brigoden Götz und Jablonovsky bestehend, Eperies und Kaschau om 21 d. M. besetzt. Wien am 28. Februar 1849. Der Civil- und Militärgouverneur: Welden, Feldmarscholl-Lieutenont."

* **Wien**, 1. März. Der Superintendent in Raab, Matthäus Haubner, ist wegen eines von ihm verfaßten Hirtenbriefes, worin er zur Unterstützung der Rebellenregierung auffordert, zu 6jährigem Festungsarrest verurtheilt worden. Die höheren Lehranstalten in Italien, welche am 1. März d. J. wieder beginnen sollten, bleiben für dieses Jahr gänzlich geschlossen. Den Professoren selbst wurde verboten, mehr als 8 Schülern Privatunterricht zu ertheilen. Auf Grundlage eines neuen Regierungserlasses wurde am 25. Febr. zu Gratz die erste Versammlung der freien christlichen Gemeinde wieder abgehalten. Der heutige Wiener Geschäftsbericht enthält einen Beschluß des Ministerrathes, wonach die Nationalbank ermächtigt wird, die ungarischen 1 und 2 fl. Noten gegen österreichische Banknoten bis zum Betrage von 3,900,000 umzutauschen. Die Arretirungen wegen Schmähreden auf das Militär sind an der Tagesordnung und veranlassen öfters Aufläufe. Die Nachrichten aus Ollmütz lassen auf ein Verweilen des kaiserlichen Hofes allda für die Dauer des ganzen Sommers schließen.

Triest, 26. Febr. Die Ultras in Triest und in Istrien machen traurige Gesichter. Die beiden französischen Kriegsschiffe Asmodee und Psyche sind gleichzeitig mit der englischen Fregatte nach Ancona abgesegelt, von wo uns durch Kauffahrer die Nachricht zukam, daß der Sarden-Admiral seiner Mannschaft den Besuch der Stadt verboten habe, von einer Volksdeputation aber auf die schmählichste Art gezwungen worden sei das Verbot zurückzunehmen. Gewissen Anzeichen nach will man mit Albini dort den Spaß wiederholen den man in Venedig mit Martini so glänzend durchgeführt hat — die neue italienische Republik braucht eine Flotte, und die sardinische steht eben recht in Ancona um über sie zu verfügen. Die österreichische Flotte steht in Pola, und der venezianische Dampfer Pio IX. macht seine Kreuzfahrten an der Küste Istriens ohne im mindesten daran verhindert zu werden. Hr. v. Prokesch, der auf seiner Durchreise nach Wien hier einen Tag verweilte, zog interessante Erkundigungen über die Marine ein. Man schreibt uns aus Wien, daß er zum Marineminister ernannt werden soll. (Allg. Z.)

Aus **Kremsier** wird berichtet, daß Minister Stadion auf mehrseitige Beschwerden die Antwort ertheilte, das Ministerium habe noch keine Rekrutirung ausgeschrieben, sondern den Aemtern nur befohlen, daß alles zur Losung Nöthige in Ordnung gebracht werde; später erst werde das Ministerium geeignete Aenderungen bezüglich des Stellungsgesetzes veröffentlichen und die Rekrutirung anordnen. Der slawische Klub beabsichtigte bereits, nicht in einer Interpellation (denn diese werden vom Ministerium immer nur obenhin abgefertigt), sondern privatim auf die Mängel und Unzukömmlichkeiten des Rekrutirungsgesetzes aufmerksam zu machen. (C. Bl. a. B.)

Prag, 1. März. Folgende Nachrichten sind so eben brieflich eingelaufen. General Schlick, der nach der letzten offiziellen Mittheilung der Pesther Ztg. in Torna stand, ist weit bis Simur Szombath zurückgegangen und dadurch aus der Verbindung mit der Hauptarmee gerathen. Am 13. erlitt seine Nachhut eine ziemlich empfindliche Schlappe; es blieben 30 Pferde und 50 Mann. Görgey ist nicht eingeschlossen, sondern hat sich mit der Hauptarmee unter Dembinski und Klapka in Verbindung gesetzt. In Kaschau ward er festlich empfangen; mehrere k. k. Offiziere wur-

den mit dem Tode bedroht und sahen sich gezwungen, zur Kossuth'schen Fahne zu schwören. Die Verbindung mit Galizien ist auf der Nordseite unterbrochen. (Leipz. Z.)

⁎ **Berlin,** 3. März. Bis jetzt haben Parteibildungen in der ersten Kammer nicht nur nicht stattgefunden, sondern bedeutende Mitglieder dieser Kammer geben sich auch Mühe, es überhaupt nicht dazu kommen zu lassen. Sie wollen, daß die Kammer oder wenigstens die überwiegende Majorität einig bleibe und einzig dem Beruf einer höheren Instanz und einer Vermittlerin zwischen der Krone und der zweiten Kammer nachkomme. Darin, und nicht in einer Gesinnungsänderung, liegt auch der Grund, warum Bornemann und Kisker, die in der ersten Sitzung im linken Centrum saßen, in der zweiten ihren Platz auf der äußersten Rechten genommen haben. Indessen — der Mensch denkt, Gott lenkt. Es ist möglich, es ist nach der Ansicht eines Mitgliedes sogar wahrscheinlich, daß die Kammer in zwei Parteien sich spalten wird bei Gelegenheit der deutschen Frage. Die Redaktion der Norddeutschen Zeitung in Stettin hat in der Mitte des vorigen Monats eine Einladung ergehen lassen zu einem Kongreß konservativer Provinzial-Zeitungen in Berlin. Dieser Kongreß ist in den letzten Tagen abgehalten und eine engere Verbindung mehrerer konservativer Redaktionen dadurch hergestellt worden. Die durch sie vertretenen Blätter werden nun in wesentlichen Dingen gemeinsam operiren und der Rechten und dem rechten Centrum in den Kammern eine Stütze zu sein suchen. Man wird gemeinsame Korrespondenten in den Städten zweiten Ranges halten und die Einrichtung treffen, daß bei jeder Expedition Inserate für alle verbundenen Zeitungen übergeben werden können. Die konstitutionell-konservative Partei entwickelt jetzt überhaupt viel mehr Thätigkeit, als früher. Das Resultat ihrer ersten Ermannung liegt vor in den Wahlen für die zweite Kammer. Nun wollen hiesige Wahlmänner dieser Farbe auch für die Zukunft in näherer Verbindung bleiben, durch Wort und Schrift auf die Massen zu wirken und ähnliche Verbindungen im ganzen Lande hervorzurufen suchen. Diesen Bestrebungen kann man aufrichtig guten Fortgang wünschen, wenn Diejenigen, die sich dazu bekennen, nicht vergessen, daß die konstitutionelle Monarchie, die sie wollen, das Mittel sein soll, um die gerechten Forderungen des Volkes und der Zeit am sichersten und vollständigsten zu erfüllen!

△ **Berlin,** 3. März. Die Versammlungen der Konservativen in der Stadt London finden jeden Abend statt und gewinnen an Zahl und Festigkeit; da die Direktion der Abtheilungen fast ganz in den Händen derselben ist, so haben auch die sehr interessanten zum Theil streng wissenschaftlichen Erörterungen über das Wahlgesetz und dessen Zweideutigkeit viel dazu beigetragen, daß die Prüfung der Wahlen so rasch und liberal vorgeschritten ist. Die Wahlen in den Abtheilungen zu der Kommission für eine definitive Geschäftsordnung, 2 aus jeder Abtheilung haben 9 Konservative und 5 von der Opposition ergeben.

Die scharfe Sonderung der Kammer — auch im Lokale — in zwei Abtheilungen will beiden Parteien nicht länger behagen, man will ein Centrum haben und der Minister des Innern ist aufgefordert worden für die lokale Einrichtung eines Centrums zu sorgen, soll sich auch dazu bereit erklärt haben.

Das Programm der Konservativen wird, obgleich schon gedruckt, noch nicht ausgegeben, da man noch mehr Zutritt erwartet; es zählt schon 169 Namen und ist also nahe an der absoluten Majorität der ganzen Kammer, wovon nur 317 erst hier sind.

Dr. Phillips hat einen Antrag bei der zweiten Kammer gestellt, daß von dem stenographischen Berichte jedem Abgeordneten bis 50 Exemplare verabfolgt werden sollen, um durch die gratis Vertheilung im Lande die politische Bildung des Volkes zu befördern! Fraglich bleibt ob dafür die Porto-Freiheit zu erlangen sein werde, da nach der Bekanntmachung des Ministers des Handels den Abgeordneten die Portofreiheit nur für Schriftstücke bis zwei Loth bewilligt ist. Die Post würde für jeden Sitzungstag etwa 100 Ries stenographische Berichte zu befördern haben.

Berlin, 3. März. Das großartige morgen Abend im Kroll'schen Lokale stattfindende Karnevalsfest wird auch den Gelehrten eine noch nicht erlebte Ergötzlichkeit bringen. Ein junger Gelehrter, Ernst Dohne, hat nämlich unter Zuziehung des bekannten Lustspieldichters Kalisch, den Versuch gemacht, die Lysistrate des Aristophanes zur Aufführung bei diesem Fest zu berlinisiren.

Berlin. Die Deputirten der Konversationshalle (bekanntlich die linke Seite der zweiten Kammer) haben nunmehr beschlossen, in jeder Woche fürs größere Publikum eine Sitzung zu halten, zu welcher mittelst Einlaßkarten, welche die Deputirten vertheilen, Einlaß erlangt wird. Die Verhandlungsgegenstände dieser öffentlichen Sitzungen werden indeß nicht sowohl spezielle parlamentarische Vordebatten, als allgemein belehrende Vorträge über Kammerpolitik zum Vorwurf haben. Der Andrang des Publikums wird voraussichtlich sehr groß werden. Es zeigt sich dies schon jetzt in der Ueberfüllung mit Neugierigen und allerdings oft sehr unberufenen Personen, welche die Konversations-Halle darbietet. Um diesem Uebelstande zu steuern, ist der Besitzer, auf den Antrag des Abgeordneten Waldeck, veranlaßt worden, die Restaurationspreise bedeutend zu erhöhen — eine Maßregel, welche jedoch unter den Demokraten Berlins, die am meisten davon betroffen werden, viel Mißvergnügen hervorgerufen hat.

* **Frankfurt** a. d. O., 1. März. Die Messe ist zu Ende, man kann sie als eine gute mittelmäßige bezeichnen. Unter Berliner Artikeln gingen Calikots sehr gut, diese haben während der ganzen Zeit der Geschäftserschütterung auch nicht eine schlechte Messe gehabt; Seidenwaaren und Berliner Wollenwaaren sind weniger gesucht gewesen und war das Geschäft darin sehr mittelmäßig. Bedürfnißartikel waren im Ganzen gesucht, während Luxussachen wenig Nachfrage erfuhren. Wolle und Leder waren sehr gesucht und hoch im Preise. Die bekannt gewordene Kündigung des dänischen Waffenstillstandes machte einen sehr ungünstigen Eindruck. Der Versicherung daß der Friede dennoch zu Stande kommen werde, wurde wenig Glauben geschenkt.

÷ **Stuttgart,** 28. Febr. Das war eine eigenthümliche und interessante Sitzung, welche heute die Kammer der Standesherren hielt, um die Antwort der zum ersten Male in dieser Kammer anwesenden Minister der Justiz, des Innern und des Kriegs auf eine Reihe von Interpellationen zu vernehmen, welche Graf Schäsberg angekündigt hatte. Einer großen Fraktion der Kammer der Abgeordneten gilt das gegenwärtige Ministerium bereits für arg reaktionär, und dort tritt es, weil es sie fürchtet, sehr leise und behutsam mit der für ein Ministerium nicht ganz zu umgehenden konservativen Beimischung auf; in der Kammer der Standesherren aber hält man es für nicht viel besser als die Demagogen der Volksvereine, und dort, weil es sie nicht fürchtet, bramarbasirt es und setzt von Zeit zu Zeit die Rothmütze auf. Man muß diese Stellung der hohen Kammer und des Ministeriums zu einander sich vergegenwärtigen; es ist zum Verständniß des Inhalts und selbst des Tons der Verhandlungen nothwendig. Graf Schäsberg leitete seine Interpellationen in affektirter Höflichkeit mit weitschweifigen Entschuldigungen ein, daß er sich erlaubt habe, die Herren Minister von ihren anderweitigen Geschäften abzuziehen und kam dann endlich zu den Interpellationen selbst, dahin lautend, was die politischen Berichte der Behörden über die socialen Zustände äußerten, ob und wenn das Ministerium die Initiative zu den nöthigen Verfassungsänderungen zu ergreifen und den Ständen Vorlagen zu machen gedenke, welche Gesetzentwürfe dasselbe zur Sicherheit und zum Schutze des Eigenthums noch zur Verabschiedung vorzulegen gesonnen und endlich, inwieweit es gefaßt sei, einer gesetzwidrigen und gewaltsamen Schilderhebung mit Kraft und Erfolg entgegenzutreten. Staatsrath Römer, nachdem er trocken bemerkt hatte, daß es einer Entschuldigung des Herrn Interpellanten nicht bedürfe, da die erste Kammer so gut wie die zweite Kammer das Recht der Interpellation besitze, übernahm die Antwort auf die beiden ersten Fragen. Er erklärte, daß die Württembergische Regierung gleich anderen Regierungen Nachrichten von beabsichtigten Versuchen, die Ruhe zu stören, erhalten habe und daß auch namentlich von mehreren Oberämtern an der Gränze über allerlei verdächtige Bewegungen berichtet sei, allein er für seine Person habe keinen großen Werth gelegt auf Mittheilungen, die sich wesentlich darauf beschränkten, daß man Leute mit großen Bärten gesehen, und der 24. Febr., welchen alle Berichte als den Tag einer neuen Schilderhebung bezeichnet, habe auch bekanntlich die etwa gehegten Besorgnisse nicht gerechtfertigt. In Bezug auf die Abänderung der Verfassung aber, auf welche das Ministerium bereits in der Thronrede hingedeutet, so werde die Regierung schon mit Nächstem den bisherigen Ständen ein Wahlgesetz vorzulegen im Stande sein. Nach einem sehr heftigen und mit Persönlichkeiten aller Art gemischten Wortwechsel zwischen dem Minister und dem Interpellanten, der mit großer Gereiztheit die Anrede „Ew. Erlaucht" in Anspruch nahm und davon sprach, daß es vielleicht nöthig sein

werde, den Eifer eines Ministeriums etwas zu mäßigen, welches durch Knalleffekte die Gunst des Volkes zu erwerben und zu erhalten trachten möchte, folgten noch zwei sehr wichtige und sehr bestimmte Erklärungen von der Ministerbank. Auf eine beiläufige Aeußerung des „erlauchten" Interpellanten bemerkte Römer, die Regierung werde eine konstituirende Versammlung im modernen Sinne des Worts nicht gestatten, sondern es handle sich nur um die durch die Grundrechte gebotenen Abänderungen der Verfassung und wenn auch vielleicht die Regierung noch einige fernere Abänderungen beantrage, so müßten die Stände, sollten sie ähnliche Anträge stellen wollen, diese im Wege der Petition geltend machen und der Regierung bleibe dann das Recht, ihr Veto einzulegen! auf eine bestimmte Frage aber desselben „erlauchten" Grafen, ob die Regierung jene Abänderungen mit Einer oder mit zwei Kammern zu verabschieden gedenke, entgegnete derselbe eben so bestimmt ein lakonisches: „Mit Einer." Die dritte Interpellation beantwortete Duvernoy und zwar dahin, daß die Regierung in möglichst kurzer Frist einen Gesetzentwurf sowohl über die Haltung der Gemeinden für die durch Ruhestörungen veranlaßten Beschuldigungen, als über die Form, in welcher das Militär in Aufruhrsfällen einzuschreiten, vorlegen werde und daß sie nur deßhalb noch gezögert, weil sie damit einen ferneren Gesetzentwurf zu verbinden gedenke, der mit der noch nicht zur zweiten Lesung gelangten Reichsverfassung in Zusammenhang stehe. Graf Quadt und Fürst Hohenlohe-Oehringen sprachen indeß den dringenden Wunsch aus, daß die guten Absichten der Regierung bei allen ihren Behörden die nöthige Unterstützung finden möchten, während zur Zeit nicht selten der Einzelne in den Fall komme, unfreiwillig und um nicht Aergeres erleiden zu müssen, einen Theil seines rechtmäßigen Besitzthums abzugeben. Auf die vierte und letzte Interpellation entgegnete zuvörderst der Kriegsminister, daß die Regierung, soweit die nothwendige Rücksicht auf die Finanzlage des Landes es gestatte, alle diejenigen militärischen Kräfte bereit halte, welche zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, wenn dieselbe irgendwo bedroht werden könnte, erforderlich seien, daß Würtemberg gegenwärtig, ungerechnet die 5000 Mann und 900 Pferde, welche im Reichsdienste in Baden und Schleswig-Holstein ständen, gegen 6000 Mann und 1400 Pferde präsent habe und daß in längstens 14 Tagen der volle Kriegszustand hergestellt werden könne. Prinz Friedrich fügte hinzu, daß außerdem die sämmtlichen im Reichsdienste befindlichen Truppen des 8. Armeekorps in der Nähe ständen und es nach den gegebenen Instruktionen keinen Anstand haben werde, nöthigenfalls auch diese Truppen zu verwenden. Römer machte schließlich darauf aufmerksam, daß man die Besorgniß namentlich für Würtemberg wohl übertreibe und daß die Ruhe am ersten widerkehren werde, wenn die übergroße Angst vor Ruhestörungen sich lege.

*** **Leipzig**, 3. März. Gestern wurde im deutschen Verein der einstimmige Beschluß gefaßt, das Parlament zu Frankfurt a. M. in einer Adresse zu bitten, doch ja so bald als möglich die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs zu beginnen und sich davon durch keinerlei Machinationen irgend welcher Parteien abhalten zu lassen, da mit allen wahren Freunden des Vaterlandes auch der deutsche Verein zu Leipzig nur aus der schnellen Vollendung der Verfassung sich Segen versprechen könne. Man hielt das um so mehr für Pflicht des Vereins, als durch das Verhalten der Regierung wie der Kammern gerade Sachsen der Vorwurf undeutscher, kleinlich-partikularistischer Gesinnungen tagtäglich mehr trifft und man seiner Seits solchen wenigstens nicht mitzutragen Lust hat. Uebrigens zeigt sich doch nach gerade ein neues Erwachen des alten gesunden Sinnes bei uns hie und da. So hat man sich am Dienstag im Vaterlandsverein offen dahin ausgesprochen, daß sich das Gagern'sche Programm doch schließlich als das allein praktische herausstelle und daß man sich von dem freiheit- und einheitfeindlichen Oesterreich durchaus lossagen müsse. Ueber unsere Kammern kommen jetzt tagtäglich neue interessante Sachen ins Publikum. So bin ich im Besitz eines Briefes, in dem ein durchaus glaubwürdiger Mann erzählt, wie am 16. Januar bei einer Versammlung der „entschieden freisinnigen Partei" im Hotel de Russie in Dresden Herr Schaffrath als die einzig richtige Taktik empfohlen habe, man müsse vor allen Dingen das Ministerium stürzen, allein da dasselbe die Majorität des Volkes für sich habe, so müsse von Seiten der Versammlung nicht mit Consequenz, sondern mit Klugheit verfahren werden, d. h. sie müsse so agiren, daß der Sturz des Ministeriums nicht auf die Kammerglieder, sondern auf das Ministerium selber falle, daß letzteres scheinbar sich selber stürzen müsse. Auf diese Weise sei dann die Versammlung jeder Verantwortlichkeit gegen die Majorität des sächsischen Volkes überhoben, dieselbe fiele lediglich dem abtretenden Ministerium zu. Ueber diesen Vorschlag Ehren-Schaffraths wurde von den achtzig anwesenden Mitgliedern der 1 und 2 Kammer förmlich abgestimmt und derselbe von einer bedeutenden Majorität gebilligt.

Hannover, 28. Febr. Den Abgeordneten Wyneken hat ein wohlmeinender Gegner der Grundrechte durch folgenden anonymen Brief zu bekehren gesucht. (Poststempel: Hannover.)

„Auch Sie sind einer von den Wahnsinnigen und Vaterlands-Verräthern, welche der Spitzbubenbande zu Frankfurt das Wort hier reden, Auch Ihnen, Sie infamster Hallunke, verdanken wir es, daß wir unser Ministerium verlieren. Sie wollen wohl Finanzminister werden? Das sage ich Ihnen, kommen Sie mir am passenden Orte, einer von uns beiden bleibt, denn nur das halte ich für meine Pflicht eines jeden Teutschen, einen solchen Hallunken wie Sie, aus der Welt zu schaffen, und ich bitte Gott mich in dieser That zu stärken. Das Vaterland will Ruhe, aber nicht eher wird sie kommen, bis diese Höllenbrut oder Nationalversammlung zu Frankfurt auseinandergejagt ist.

Der Teufel muß nicht nöthig haben einen Braten,
Sonst müßt er nehmen, die Frankfurter 600 Demokraten

und Sie dazu. Dieses schreibt Ihnen ein hiesiger Bürger im Namen aller, Sie sind in unsern Augen der infamste Spitzbube, den Hannover jetzt enthält, Pfui, unserm guten König solchen Gram zu machen. Hannover, den 24. Februar 1849.

Ein Bürger."

Auch andere Abgeordnete haben ähnliche Drohbriefe erhalten in welchen die Frankfurter Reichsversammlung mit den gemeinsten Namen belegt und ohne Weiteres mit Erschießen gedroht wird. Hr. Stüve darf sich nicht wundern, seine Weisheit so ins Plattdeutsche übersetzt zu sehen.

† **Kassel**, 4. März. Soeben ist die Wahl des Abgeordneten zur Nationalversammlung entschieden worden. Hr. Henkel hat 141 Stimmen mehr als der Kandidat der Republikaner, Dr. Kellner; auf andere Personen sind überhaupt nur 20 Stimmen gefallen. Die gute, in diesen Blättern stets vertheidigte Sache wird in Hrn. Henkel einen eifrigen und redlichen Beförderer finden.

Wiesbaden, 1. März. Bekanntlich sind bei dem letzten Ausmarsche unserer Truppen nach Baden in dem 1. Regimente sehr bedauerliche Insubordinationsvergehen vorgefallen. Von den Soldaten, die sich damals widersetzten und nicht marschiren wollten, waren bisher eine Menge in hiesiger Kaserne in Untersuchungsarrest. Einige davon wurden schon früher zu sehr harten Strafen verurtheilt und erst vor einigen Tagen wurden wieder mehrere an ihren Strafort, das Zuchthaus in Dietz, (viele zu 2 — 4jährigem Aufenthalte angewiesen), abgeführt. (Fr. J.)

* **Schwerin**, 28. Febr. Zur Feier des großherzoglichen Geburtstags (28. Febr.) bringt die Meckl. Ztg. ein Begrüßungsgedicht, welches mit dem Verse schließt:

Auf Zollerns Haupt! Er trage sie in Frieden,
Germanien will's, es bietet ihm die Hand,
„Er werde Cäsar!" hat das Volk entschieden,
Auch Du, o Fürst, hast Dich dazu bekannt.
Mit dir vereint, so stehn wir zu dem Reiche,
Getreuer, als den Welfen Friedrich fand,
Wir fehlen nicht im Schatten seiner Eiche:
Mit Niklots Sohn das Obotritenland!

** Aus Schleswig-Holstein, 2. März. Unser Land ist wie verwandelt, alles Geschäft ruht, welches nicht auf den Krieg gerichtet ist, man hört nur von Vereinsversammlungen, Waffenübungen, Exerzitien der Bürgergarden, demokratischen Freiwilligen-Korps, Landsturmübungen, Landwehrzusammenziehungen, Marinezusammenzug, Uebungslager, Exerzitien bei Haltenau u. s. w. Jedenfalls hat die Kündigung des Waffenstillstandes günstig auf die Stimmung des Volkes gewirkt, das Volk ist erwacht aus seiner Lethargie, es verlangt die größten Anstrengungen für die Bewaffnung des Landes. Je mehr man aber dies wünscht, je mißvergnügter wird man über den Schritt der Regierung, einen Gesandten in der Person des Grafen Reventlow-Farve nach Kopenhagen gesandt zu haben, um sich anerkennen zu lassen. Es gibt selbst nach der Ansicht des Volkes nur einen Weg, und

dieser eine ist offener Bruch, selbst wenn es auch nicht zum Kampfe kommen sollte, was wir noch sehr bezweifeln, obgleich die Eiderlootsen-Galiote, welche alljährlich den 22. Januar ihre Station einzunehmen pflegte, bis weiter in unserm Hafen verblieben ist, was keine friedlichen Aussichten zu verheißen scheint; würde man nicht die Wegnahme der Galiote befürchten, so würde man sie gewiß an diesem gefährlichen Orte hinauslegen; denn ohne die Galiote sind Schiffbrüche unvermeidlich und kommen jetzt schon vor. Nach Berichten aus Kopenhagen soll der König durch die Aufregung die dort herrscht, zur Kündigung des Waffenstillstandes genöthigt worden sein. Weder der König noch die Regierung sind frei, sie wissen nicht, wohin die Aufregung führen würde, wenn sie dieselbe frei ließen. Vielleicht hat Dänemark schon erkannt, daß durch den Krieg die Streitfrage mit den Herzogthümern sich nicht mehr zu seinen Gunsten entscheiden läßt. Außerdem gilt diese Kündigung als eine Maßregel, um die Verfassung im Sinne des Ministeriums durchzusetzen. Dasselbe soll die Reichsgewalt aufgefordert haben, es möge veranlassen, daß von Seiten der Herzogthümer Schritte zur Anordnung der gemeinsamen Regierung eingeleitet würden. Nur in diesem Falle würde die dänische Regierung im Stande sein, Herr der Aufregung in Kopenhagen zu bleiben, und könne an eine Verlängerung des Waffenstillstandes gedacht werden. Deutschland muß dem Könige von Dänemark eine Stütze leihen, damit der dänische Staat nicht zusammenbricht. Ist der Untergang oder die Erhaltung unserer Feinde unser Sieg? Wohin würde sich die Bewegung in Kopenhagen verlieren, wenn die Regierung die Zügel verlöre. Kouriere sind an der Tagesordnung, jeder Bahnzug bringt welche, welche entweder nach Nord oder Süd gehen. Die Diplomatie ist sehr stark in Bewegung, ob aus deren Schaffen etwas entstehen wird? wir glauben es nicht.

Kiel, 1. März. Der Kriegsminister, General Hansen, wird sich, wie wir aus sicherer Quelle aus Kopenhagen erfahren, an die Spitze der dänischen Truppen stellen; auch wird ein zweites Linienschiff bereits armirt. (K. C.-B.)

Kiel, 1. März. Der bisher als Mitglied der Frankfurter Marinekommission thätig gewesene Marinekapitän Donner ist wieder zurückgekehrt und von der gemeinsamen Regierung zum Kommandanten der schleswig-holsteinischen Marineabtheilung ernannt worden. Die in Hamburg anwesende Reichs-Marinekommission wird auch hier erwartet. (H. C.)

Flensburg, 27. Febr. Ein dänischer Matrose, der gestern zu Boot von Alsen auf Sundewitt zusteuerte, wurde von einem daselbst auf dem Posten stehenden Jäger durch einen losen Schuß gewarnt, ohne daß er Gehör leistete. Darauf schoß der Jäger ihm eine Kugel durch die Segel, der Matrose verhöhnte ihn dagegen und steuerte rücksichtslos dem Lande zu, bis ersterer, in Erfüllung seiner Pflicht, den Matrosen erschoß. Uebereinstimmend erzählt man hier heute allgemein diesen Vorfall so.

Großbritannien.

***London**, 2. März. Gestern legte Hr. Disraeli seine schon früher angekündigten Resolutionen zu Gunsten der ackerbauenden Klasse Englands auf die Tafel des Hauses nieder. Ihr Inhalt ist im Wesentlichen folgender: Die örtliche Besteuerung zu nationalen Zwecken laste besonders auf Grund und Boden, so daß die Interessen der ackerbauenden Bevölkerung darunter empfindlich leiden müßten. Hierzu komme, daß das Accifeeinkommen zu einem ganzen Drittheil von den Agrikulturerzeugnissen erhoben werde, daß diese durch die jüngsten Aenderungen in der Gesetzgebung sich der direkten Mitbewerbung der unbesteuerten Produkte des Auslands ausgesetzt sähen, daß dadurch die einheimischen Bodenerzeugnisse übermäßig vertheuert und Einschränkungen veranlaßt würden, welche dem Handel und dem Gewerbfleiß des Landes Abbruch thäten. Daher möge das Haus in einer Komitésitzung solche Maßregeln in ernstliche Berathung ziehen, welche geeignet seien, eine billigere Vertheilung der öffentlichen Lasten zur Folge zu haben und den gerechten Beschwerden der Grundeigenthümer abzuhelfen. Diese Resolutionen wurden von den Protektionisten mit lautem Beifall aufgenommen.

In derselben Sitzung trug Lord Ashley auf die Niedersetzung einer Kommission an, um zu untersuchen, in wiefern und durch welche Mittel es ausführbar sei, dicht bevölkerte Kirchspiele zu kirchlichen Zwecken solchergestalt in Unterkirchspiele zu theilen, daß deren Bevölkerung, außer in besondern Fällen 4000 Seelen nicht übersteige. Hr. Hume meinte dagegen: nicht durch Erbauung von Kirchen und Vermehrung der Geistlichkeit könne den Leiden des Volks abgeholfen werden, diese Leiden seien zeitlicher und leiblicher Natur. Auch habe Lord Ashley der Dissenters, die so viel für die Erziehung gethan, nicht mit einem Worte erwähnt. Er stellte daher das Amendement: dem Wort Bevölkerung solle die nähere Bestimmung „Mitglieder der englischen Kirche" hinzugefügt und die Untersuchung des Komités auch auf die Anhäufung von Pfründen in einer Hand und der Sinekuren ausgedehnt werden. Hume's Amendement wurde jedoch mit 111 gegen 18 Stimmen abgeworfen und Lord Ashleys Antrag angenommen. Wer die Verhältnisse Englands einigermaßen kennt, weiß übrigens, auf welche zahlreichen Hindernisse der ohnehin kostspielige Plan Lord Ashleys, für welchen auch Lord J. Russell mit Wärme sprach, bei seiner versuchten Ausführung stoßen müßte.

Die übrigen Verhandlungen im Hause der Gemeinen betrafen die Motion Lord J. Russells, den Bericht des speciellen Ausschusses zur Untersuchung der irischen Armengesetze als Komité in Betracht zu ziehen. Dieser Bericht empfiehlt die schon erwähnte von ganz Irland aufzutreibende allgemeine Hilfsarmensteuer als nothwendig, um das Elend in den darbenden Westbezirken Irlands zu mildern. Die Maßregel wurde von vielen irischen Mitgliedern heftig bekämpft, hauptsächlich aus dem Grunde, daß es unrecht sei, besondere Distrikte Irlands zu Gunsten eines andern Distrikts zu besteuern, so lange das allgemeine Staatseinkommen Irlands zu allgemeinen Reichszwecken verwendet werde. Schließlich wurde jedoch mit 135 gegen 96 Stimmen entschieden, pro forma in Komité zu gehen. In Irland selbst wird die Bewegung gegen diese Maßregel immer heftiger und allgemeiner. Lord Castlereagh hat gegen diese Maßregel als eine „harte und unpolitische" entschieden protestirt und zur Abhaltung von Meetings in diesem Sinne aufgefordert, die große Jury von Meath hat einstimmig das Gleiche gethan u. s. w. So bleibt Irland mit seiner Noth, seiner socialen Zerrüttung, seinen unsinnigen Pächtergesetzen, seinem kirchlichen Zwiespalt die Hauptschwierigkeit und der am öftersten wiederkehrende Ablösungsruf für die Ministerien.

Die von Sir George Napier aus „Gesundheitsrücksichten" ausgeschlagene Oberbefehlshaberstelle für Ostindien ist, wie der Globe meldet, nun dem Sir W. Gomm übertragen worden, „nachdem die Administrationsperiode des jetzigen Oberbefehlshabers Lord Gough erloschen ist". Das ostindische Direktorium und die Regierung scheinen von Anfang an mit der Art, wie Lord Gough die Operationen im jetzigen Feldzug gegen die Sikhs geleitet hat, unzufrieden gewesen zu sein.

Oesterreichische Monarchie.

Die Versöhnung des serbischen Patriarchen mit Stratimirowitsch ist zu Temeswar in Gegenwart des Nationalausschusses am 11. Februar feierlich erfolgt. Von da verfügte sich das Komite mit seinem Oberhaupt nach Kikinda, um weiter zu tagen. Der Belagerungsstand zu Carlowitz dürfte als faktisch aufgehoben anzusehen sein, da der Napredak wieder erscheint und jene Differenz ausgeglichen worden. (Leipz. Z.)

Schweiz.

) **Bern**, 3. März. Der sardinische Gesandte Farina sprach am 27. v. M. gegen den Bundespräsidenten Furrer die Bitte aus, er möchte die Antwortsnote an Sardinien nicht abgeben, weil mit dem Falle Gioberti's die sardinische Politik eine andere geworden und das jetzige Ministerium bereit sei, die ganze Angelegenheit wegen der Ausweisung der mit sardinischen Pässen versehenen lombardischen Flüchtlinge auf sich beruhen zu lassen. Furrer und der Bundesrath lehnten aber die Bitte aus dem Grunde ab, weil falsche Anklagen nicht ohne Widerlegung hingenommen werden können. — Aus dem nun veröffentlichten Berichte des politischen Departements an den Bundesrath in Betreff der Militärkapitulationen vernimmt man, daß das Verwerfliche und Gefährliche dieser Kapitulationen auch in dieser Behörde allgemein anerkannt, aber auch nach der ganzen Sachlage eingesehen wird, daß die Bundesbehörden in dieser Angelegenheit durchaus inkompetent sind. Die Wirksamkeit der Bundesbehörden könne für einmal höchstens so weit gehen, die kapitulirenden Kantone auf das Bedenkliche der gegenwärtigen Lage aufmerksam zu machen und sie einzuladen, in Betracht zu ziehen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Kapitulationen aufgehoben und modifizirt, und ob nicht Maßregeln zur Erschwerung und Suspension der Werbungen getroffen werden können. Wie bekannt, hat die Regierung von Bern die Werbungen eingestellt. Der Volksverein von Freiburg hat nun beschlossen: 1) von der Bundesversammlung sofortige Auflösung der Militärkapitulationen zu verlangen;

da dies aber voraussichtlich wenig Erfolg haben wird, 2) vom Staatsrath die Einberufung des großen Rathes von Freiburg zu begehren, um über die Kapitulationen zu bestimmen; 3) denselben aufzufordern, den Werbungen im Kanton ein Ziel zu setzen. Bei dem Centralkomite des schweizerischen Volksvereins ist von verschiedenen Sektionen der Antrag gestellt worden, ein Beglückwünschungsschreiben an den Volksverein von Rom zu erlassen, dabei den Römern die wärmsten Sympathien des Schweizervolkes für ihre liberalen Bestrebungen auszudrücken und ihnen mitzutheilen, daß die Politik der Bundesbehörde in den italienischen Angelegenheiten keineswegs der Ausdruck der Gesinnung der Schweizernation sei. Auf den Wunsch des Großrathspräsidenten v. Tillier hat der hiesige Regierungsrath ein Schreiben an den schweizerischen Geschäftsträger in Paris zu Handen des französischen Gerichtshofs erlassen, nach welchem Hr. v. Tillier die Behauptung des Herrn Mortier, Tillier habe vor dem Sonderbundskriege die französische Intervention begehrt, als verläumderisch und wahrheitswidrig erklärt. In Sitten angekommene Briefe bestätigen als gewiß das Arrangement zwischen Neapel und Sizilien. Der Friede wurde auf folgenden Grundlagen abgeschlossen: 1) getrenntes Parlament; 2) ein Vicekönig von der Familie Bourbon; 3) gemischte Garnison. Die Schweizertruppen in Messina sollten weggezogen und an die römische Grenze befördert werden. Am 27. Februar war Jahrmarkt zu Solothurn. 140 Pferde zu 15 bis 16 Louisd'or wurden für Piemont gekauft. Man erzählt sich aber, daß Nachmittags 2 Uhr Ordre an die Lieferanten gekommen sei, die Einkäufe einzustellen, weil Oesterreich mit Sardinien Frieden geschlossen. Die Konsularberichte aus Italien melden: In Rom soll eine von Pellegrini projektirte italienische Bank errichtet werden, um die Mittel zum gemeinsamen Unabhängigkeitskriege herbei zu schaffen. Sie soll aus allen Nationalgütern der italienischen Staaten, aus Kapitalien, welche Kapitalisten einzuschießen gezwungen werden, und freiwilligen Beiträgen bestehen. Das römische Ministerium hat am 21. Febr. eine Proklamation an das Volk über den „Raubzug" der Oesterreicher in die Stadt Ferrara erlassen und darin erklärt, daß bedeutende Truppenmassen bereits an die Grenze beordert seien, um einen abermaligen Versuch dieser Art mit gewaffneter Hand zu vereiteln. — Der General Stockalper (ein Schweizer) hat das Platzkommando in Neapel ausgeschlagen, weil der König nicht will, daß die Soldaten, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung stören, gestraft werden. Aus den Provinzen meldet man gleichfalls Raub- und Mordthaten von Detaschements regulärer Truppen, und die Sache sei so arg, daß Apulien bereits im Aufstand begriffen sei. Die provisor. Regierung in Toskana hat sogar Zeit gefunden, einen Lehrstuhl des Sanskrit, Koptischen, Chinesischen ꝛc. an der Universität Pisa zu kreiren und zu besetzen. De Laugier ist der legitimen Regierungstruppen nicht mehr sicher; er mußte sich auf allen Punkten zurückziehen, und seine Soldaten sind am Ende auseinandergelaufen. D'Apice, dessen Heer fortwährend durch neuen Zuzug verstärkt wurde, ließ von Lucca aus drei Kolonnen auf verschiedenen Wegen vorrücken. De Laugier erwartete keine, sondern soll über Massa geflohen sein, so daß seine Schilderhebung als total verunglückt zu betrachten sei. Wie der Geist in den venetianischen, von den Oesterreichern nur noch besetzt gehaltenen Provinzen ist, geht am besten aus einer Proklamation des Generals Haynau aus Padua hervor. Jeder, der außerhalb der Blokadelinie gegen Venedig hin mit Lebensmitteln, Briefen oder Geld angetroffen wird, jeder, der sich bei Kollekten zu Gunsten der Venetianer betheiligt, soll sofort füsilirt werden. Die gleiche Strafe wird auf das Verborgenhalten von Waffen gesetzt.

Niederland.

** **Haag**, 28. Febr. Die erste Kammer hat die von ihrer Kommission ihr vorgelegte neue Geschäftsordnung bereits berathen und mit geringfügigen Veränderungen fast einstimmig angenommen. Darnach theilt sie sich jeden Monat von neuem durchs Loos in vier Abtheilungen und nachdem dies für jetzt geschehen, hat sie sich bis auf fernere Einberufung vertagt. Das war auch ungefähr ihre alte Weise und kann daher, wie die Paraphrase der Thronrede in der Adresse, des üblen Eindrucks nicht verfehlen. Gespeist haben die Mitglieder auch schon bei Hofe. Was Wunder daß man von einer „neuen Hofkammer", oder von einem „Ofenschirm der Regierung" gegen die allzugroße Hitze der Volkskammer zu sprechen anfängt, was für die neue Institution bedenklich genug klingt. Die Geschäftsordnung gestattet vor wie nach das Ablesen aufgeschriebener Reden, um den Mitgliedern (wie's in dem Commissionsberichte heißt), die früher nicht gewohnt waren von der Faust zu sprechen, jetzt kein Stillschweigen aufzulegen, um ferner der Gründlichkeit bei wichtigen Angelegenheiten nicht zu schaden und um Niemand Zwang anzuthun. Freilich, die alten edelmögenden Herrn, die Jahr ein Jahr aus ihre Weisheit vorgetragen, jetzt plötzlich aufs Trockene zu setzen, wäre wohl ein crimen laesae vanitatis. Die klare bündige, entschiedene Sprache in der Adresse der zweiten Kammer erntet dagegen allgemeinen Beifall, sie gibt den Eindruck der festen Ueberzeugung, daß eine kräftige Regierung, zumal in dieser Zeit, ein ernstes Bedürfniß ist, daß dieselbe aber nicht blos in der „Mitwirkung" der Volksvertreter, wie die Thronrede sich ausgedrückt, sondern in der „innigen Uebereinstimmung" zwischen Volk und Regierung besteht, daß nach dem kernigen Ausdruck der Adresse, „die Regierung nationale Kraft wird." Auch die schwarzsichtigsten Oppositionsblätter beginnen jetzt an ein neues Leben in Niederland zu glauben. Die Stellung des Ministeriums dürfte sehr schwierig werden, besonders wenn es hartnäckig bei seinem Plan beharrt, das bestehende Deficit von 15 Millionen durch eine außerordentliche Steuer auf die vermöglicheren Klassen zu decken. Denn wie hier der Druck der Steuerverhältnisse ist, wird jede neue Schatzung, wenn sie unmittelbar auch nur dem Vermögenden aufgelegt wird, bald schrittweise auf den mittlern und geringen Mann zurückfallen. Um dem schweren Steuerdrucke zu entgehen, dringen viele darauf, die 15 Millionen durch neue Schatzscheine zu decken, welche 4 oder 5 pCt. Zinsen tragen. Dadurch würde freilich die jährliche Zinsenlast des Staats um etwa 750,000 fl. vermehrt, allein hierfür sollen umfassende Ersparnisse bei den Ausgaben eintreten, welche die Opposition bei einer gründlichen Reform des Verwaltungssystems bis auf 5 Millionen berechnet; aus diesen Ersparnissen sollen dann jene Schatzscheine allmählig getilgt, dadurch überhaupt der niederländische Staatshaushalt von den prekären Zuschüssen aus den Kolonialgeldmitteln unabhängiger gestellt werden. Gewichtige Stimmen, wie z. B. das Handelsblad, empfehlen auch einen Versuch mit unverzinslichem Papirrgeld — Kassenscheinen — unter Hinweisung auf Preußens Beispiel. Es läuft dabei noch die sehr bemerkenswerthe Nebenrücksicht unter, das Staatsinteresse an das Bestehn der niederländischen Handelsgesellschaft und ihrer Monopolien vollends zu knüpfen und unzerreißbar zu ketten, indem man den Kredit des neuen Staatspapiergeldes auf den Kredit und die Aktien dieser Gesellschaft zu stützen gedenkt. Allein schwerlich wird die Mehrheit der Kammer auf ein derartiges Projekt eingehn, da man hier recht wohl weiß, daß die wohlgeordneten und beneideten Kreditverhältnisse Preußens auf Niederland nicht anwendbar sind, und daß eine Maßregel, welche Preußen nicht im mindesten gefährdete, hier die furchtbarsten Erschütterungen hervorbringen könnte.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Febr. Der Reichstag von gestern ward mit der Mittheilung des Finanzministers eröffnet, daß es der Regierung gelungen, eine Anleihe in London abzuschließen; zwar unter weniger günstigen Bedingungen, als man im Verhältniß zum Credite Dänemarks erwarten dürfen, aber doch in hohem Grade vortheilhafter als man im Verhältniß zu den anderer Orten abgeschlossenen Anleihen und bei den gegenwärtigen europäischen Verhältnissen erwarten konnte. Ueber das Nähere könne er hier für den Augenblick sich nicht aussprechen.

Die „Berlingsche Zeitung" meldet, daß Kommandeur Dahlerup das Anerbieten zum Eintritt in die österreichische Marine erhalten, nachdem die österreichische Regierung durch ihren hiesigen Agenten sich deshalb an die dänische Regierung gewandt und deren Erlaubniß erhalten! Das genannte Blatt erwartet eine offizielle Bekanntmachung in dieser Angelegenheit. Graf Thun ist der österreichische Abgeordnete und Dahlerup, der zum österreichischen Vizeadmiral bestimmt ist, soll deßhalb vorher zum dänischen Contreadmiral à la suite ernannt sein.

Norwegen.

Christiania, 23. Febr. Aus Drontheim erfährt man, daß die Zinsen der Bankaktien für das Jahr 1848 auf 7½ pCt. bestimmt sind.

Die Cholera fährt fort, sich an verschiedenen Punkten des Landes zu zeigen.

Griechenland.

** **Athen**, 18. Februar. General Prokesch von Osten, durch das letzte Lloyd'sche Dampfboot nach Wien berufen, geht mit dem heutigen ab. Der Ueberbringer des Schreibens, Hr. v. Weis, bleibt als Geschäftsträger hier. Ueber Prokesch's künftige Bestim-

№ 65. **Beilage zur Deutschen Zeitung.** **6. März 1849.**

Uebersicht.

Deutschland.

Frankfurt, 6. März. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes: Die Anmeldungen derjenigen jungen Leute, die als Kadetten in die deutsche Kriegsmarine aufgenommen zu werden wünschen, gehen in so großer Zahl ein, daß nur ein sehr kleiner Theil derselben wird berücksichtigt werden können. Viele derselben haben indeß, ohne nur einen Bescheid abzuwarten, sofort ihre dermalige Laufbahn aufgegeben und ihre Studien eingestellt, als ob mit ihrer Anmeldung zugleich ihre Annahme in den Seedienst schon erfolgt wäre. Da dies aber keineswegs der Fall ist, so wird hiermit öffentlich gewarnt vor jenem voreiligen Verfahren, welches in den meisten Fällen nur bittere Enttäuschungen zur Folge haben kann. Frankfurt a. M., 1. März 1849. Reichsministerium des Handels; Abtheilung für die Marine. Der Minister Duckwitz. Zaier.

□ **Frankfurt,** 5. März. Den bei weitem größten Theil der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt, der längsten, welche bis jetzt stattgefunden — sie dauerte von 4—9 Uhr — füllten die Verhandlungen über das Einführungsgesetz zur Allgemeinen Deutschen Wechselordnung. Es liegt in der Natur des Gegenstandes, daß die Debatten überwiegend von den rechtsgelehrten Mitgliedern geführt wurden und daß dieß juristische Lanzenbrechen für den übrigen Theil der Versammlung wie für das Publikum etwas Ermüdendes hatte, welches weder der Geist Dr. Reinganum's und die Gelehrsamkeit Dr. Goldsmith's, noch der Scharfsinn Schöff Souchay's und die behagliche Selbstgefälligkeit Dr. Jucho's besiegen konnten. Als die Lehre von der Verjährung verhandelt wurde, leerte sich die Versammlung so rasch, daß der Präsident, wenn er versucht hätte, die „Häupter seiner Lieben“ zu zählen, „manch' theures Haupt“ vermißt haben würde, und das Publikum ergriff in solcher Masse die Flucht, daß am Schluß der Sitzung nur noch zwölf Zuhörer beisammen waren. Das Einführungsgesetz ist übrigens aus der Vorlage des Senats und den Verbesserungsanträgen der Kommission ziemlich bunt zusammengewürfelt und außerdem durch eine Anzahl mehr oder minder bedeutender Zusätze bereichert, welche mehrentheils Hr. Dr. Goldsmith, außerdem auch Dr. Reinganum und Dr. Jucho in Vorschlag gebracht; wir werden dasselbe nachtragen.

Der Bericht über den übrigen Theil der Sitzung läßt sich in wenig Worte fassen. Es wurde zuvörderst, nachdem abermals 2 Monate verflossen, nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung zu der Erneuerung des Büreaus geschritten. Das Resultat ergab die Bestätigung der gegenwärtigen Mitglieder desselben mit Einstimmigkeit oder doch einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit; nur um die Wahl des ersten Vicepräsidenten fand auch diesmal zwischen den Hrn. Hadermann und Dr. Binding ein Kampf statt, der aber auch diesmal (64 gegen 36 Stimmen) zu Gunsten des erstgenannten Mitgliedes entschieden wurde. Noch wurden verschiedene Ausschüsse theils ergänzt, theils neu gewählt; dann trat Hr. Dr. jur. Friedleben mit einem dringlichen Antrage auf, die Versammlung wolle, nachdem auf ihren Antrag, die erledigten Lehrerstellen an den hiesigen Volksschulen erst später im Einklang mit den durch die Grundrechte gebotenen Bestimmungen definitiv zu besetzen, vom Senat keine Rückäußerung erfolgt sei und dem Vernehmen nach diese definitive Besetzung gegenwärtig vorbereitet werde, in der nächsten Sitzung die Anwesenheit eines Senats-Kommissärs verlangen, welcher in dieser Beziehung die erforderliche Auskunft gebe. Vergebens bemerkte Herr Bürgermeister Müller, daß ihm von der in dem Antrag enthaltenen Beschuldigung gar Nichts bekannt, vergebens versicherte Hr. Senator Hessenberg auf das Bestimmteste, daß die Voraussetzung desselben durchaus irrig und daß es jedenfalls überflüssig sei, einen solchen feierlichen Apparat aufzustellen, wo man mit einer einfachen Anfrage ebenso weit komme: die Versammlung schwelgte sichtbar in dem Hochgefühl, einen Kommissär des Senats vor ihren Schranken zu sehen und erhob den genannten Antrag, wenn auch nur mit einer schwachen Majorität, zum Beschluß. Ein Mitglied, Herr Herbig, kündigte dann für die nächste Tagesordnung einen Antrag an, der Senat möge, nachdem es sich herausgestellt, daß die bis jetzt ausgezahlte Entschädigung für die einquartierten Reichstruppen nicht von der Reichskasse getragen, sondern vorschußweise aus der Staatskasse entnommen sei, die hierfür aufgewandten Summen zur Kenntniß- und Beschlußnahme der Versammlung spezifizirt angeben. Er wies darauf hin, daß dem Vernehmen nach bereits 600,000 fl. in solcher Weise verausgabt seien, daß man in den dreißiger Jahren mit einem der Bundesmatrikularkasse geleisteten Vorschuß schon einmal eine traurige Erfahrung gemacht habe und daß eine ähnliche Erfahrung sich um so eher wiederholen könne, als die Bundesmatrikularkasse doch Geld gehabt oder solches flüssig zu machen im Stande gewesen, „während die Reichskasse, wie es scheine, kein Geld habe, keins gehabt habe und auch keins bekomme“ und es fast das Ansehen gewinne, als gewöhne sich das Reich, Frankfurt als eine „Versorgungsanstalt“ zu betrachten. Noch ist eines Schlußantrags des Herrn Schöff Souchay zu erwähnen, die Versammlung wolle den Senat ersuchen, die neben der allgemeinen deutschen Wechselordnung in Geltung bleibenden Artikel der hiesigen Wechselordnung und die darauf bezüglichen Verordnungen einer Revision zu unterwerfen und darüber Vorlage zu machen, wenn nicht in einiger Zeit die Aussicht auf ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch sich erfüllen sollte. Die Versammlung trat diesem Antrage einstimmig bei.

⁝ **Frankfurt,** 6. März. Der preußische Bevollmächtigte bei der Reichsgewalt, Hr. Camphausen, ist nach Berlin abgereist.

Frankfurt, 6. März. Nach einer Mittheilung der „Frankfurter Zeitung“ ist Herr v. Schmerling von seiner Regierung angewiesen, wegen Konstituirung der exekutiven Reichsgewalt in der Oberhauptsfrage also in Verhandlung zu treten: „Die österreichische Regierung geht von der Ansicht aus, daß es rücksichtlich des Auslandes im hohen Grade wünschenswerth ist, wenn die Form, unter welcher die Einheit Deutschlands diesem gegenüber repräsentirt werden soll, sobald als möglich festgestellt wird, damit das Reich in dem europäischen Staatensysteme den ihm grundsätzlich gebührenden Platz auch faktisch einzunehmen in der Lage sei. Nach der in der Note vom 4. Febr. negativ ausgesprochenen Ansicht über die Nichtunterordnung des Kaisers von Oesterreich unter einen andern deutschen Fürsten werden positive Anhaltspunkte mitgetheilt. In dieser Beziehung spricht sich die österreichische Regierung für die Form eines Direktoriums aus, wobei sie, in Kürze angedeutet, von nachfolgenden Hauptgrundsätzen ausgeht: 1) Es soll dieses Direktorium aus den Bevollmächtigten deutscher Regierungen, wo möglich aus Mitgliedern regierender Häuser, sieben an der Zahl, bestehen, im Ganzen neun Stimmen bildend. 2) Hierbei hätten Oesterreich und Preußen jedes zwei Stimmen und Baiern eine bei der Centralbehörde, die den andern deutschen Regierungen aber in dem Direktorium zuzuweisenden vier Stimmen wären nach gewissen Kreisen und unter Berücksichtigung der relativen Wichtigkeit der Staaten bei der Vertretung im Kreise auszumitteln. 3) Hätten die Mitglieder des Direktoriums zwar ihr Amt als Delegirte ihrer Fürsten zu üben, ohne aber an spezielle Instruktionen gebunden zu sein: Die Stimmenmehrheit ist für jede einzelne Entscheidung maßgebend. Auf Grundlage dieser im Allgemeinen aufgeführten Sätze wird Hr. v. Schmerling ermächtigt, mit den Bevollmächtigten jener Regierungen in Verhandlung zu treten, welche analog vorzugehen wünschen, um einen Entwurf abzufassen, der alsdann, nach dem ausgesproche-

nen Wunsche der österreichischen Regierung, der Nationalversammlung als Projekt vorgelegt werden wird. Wir können versichern, (fügt obengenanntes Blatt hinzu), daß die Thätigkeit des k. k. österreichischen Bevollmächtigten in dieser Beziehung bereits reichen Lohn gefunden hat und die Verständigung mit den meisten der anderen Herren Bevollmächtigten vor sich geht. (?)"

Wien, 1. März. Nachmittag 4 Uhr. Auf telegraphischem Wege ist soeben aus Triest die Nachricht hier eingetroffen, daß in Venedig die größte Aufregung und Anarchie herrsche. Die sich gegenüberstehenden Parteien, der römischen Republik und die österreichische, wünschen selbst eine Krisis herbei um diesem Zustande längerer Ungewißheit ein Ende zu machen. (Allg. Z.)

* **Kremsier**, 1. März. In der heutigen Reichstagssitzung interpellirte Löhner das Ministerium wegen des Einmarsches der Russen in Siebenbürgen. Weitere Mittheilung behalten wir uns vor.

♁ **Berlin**, 3. März. Die zweite Kammer hat heute die Prüfung der Wahlen fortgesetzt und trotz einer fast fünfstündigen Sitzung noch nicht beendet. Die Verhandlungen entsprachen dem Gegenstande — ihr Interesse reicht nicht über das Resultat hinaus.

Zuerst waren die Wahlen der Provinz Posen an der Reihe. Cieskowski legte einen Protest sämmtlicher polnischer Wahlmänner gegen sämmtliche Wahlen auf das Bureau nieder; Hauptgegenstand desselben war die Zugrundlegung der Demarkationslinie bei der Bildung der Wahlkreise, wodurch eilf frühere Wahlkreise aus einander gerissen seien; die Wahlmänner erklären, nur deßhalb gewählt zu haben, um endlich die Segnungen einer konstitutionellen Regierung genießen zu können, behalten sich aber ihr Recht auf nationale Repräsentation ausdrücklich vor. Dabei fehlte es nicht an Ausfällen gegen die Deutschen im Großherzogthum Posen und gegen das Ministerium, so daß sowohl Manteuffel gegen dergleichen Angriffe von Neuem sich verwahrte, als auch ein deutscher Abgeordneter aus dem Posen'schen mit Emphase erklärte, nicht sie, die Deutschen, seien es, welche den alten Hader wieder anregten, und wir waren schon gefaßt, eine große nationale Frage leidenschaftlich erörtert zu sehen, als Hr. von Vincke mit der einfachen Bemerkung, dieser Protest gehöre an die Petitionskommission, die Sache beilegte.

Die meisten Wahlen wurden natürlich ohne Weiteres für gültig erklärt; nur drei hatten Bedenken erregt. Bei der einen handelte es sich um die Zulassung schreibensunkundiger Wahlmänner zu den Wahlen. Das Wahlgesetz schließt solche „Analphabeten" (was sind das für bêtes? fragte ein französischer Berichterstatter neben mir) aus, das Wahlreglement läßt es zu, daß die Wahlmänner sich ihre Stimmzettel schreiben lassen. Darüber wurde nun mancherlei hin und her geredet; die einen wollten die Frage principiell erledigt wissen, die andern bestanden glücklicher Weise auf der Entscheidung konkreter Fälle; Grün turbirte bei dieser Gelegenheit Hrn. v. Manteuffel etwas, indem er „selbst auf die Gefahr hin, einen neuen Protest des Ministers hervorzurufen" das Wort „selbstgeschriebener Stimmzettel" für ungrammatisch erklärte; Mätze fand in der Forderung, ein Wahlmann müsse schreiben können, einen Census der Intelligenz — „wollen Sie" rief er emphatisch aus, „den Adel der Intelligenz an die Stelle der Geburtsaristokratie setzen?" Dann wurde die betreffende Wahl für gültig erklärt, ohne daß die Versammlung sich auf eine Revision des Wahlgesetzes eingelassen hätte. Am Montag Beendigung der Wahlprüfungen und Wahl des Präsidenten, die ohne Zweifel auf Grabow fällt.

Sonst ist aus unserem parlamentarischen Leben wenig zu berichten. Parteien oder besser die Fraktionen der beiden großen Parteien in der zweiten Kammer treten öffentlich noch nicht hervor, vielleicht aus Mangel an Gelegenheit, wahrscheinlicher, weil sich die Seelen noch nicht völlig gefunden haben; wenigstens versammelt sich einstweilen die ganze Linke noch gemeinschaftlich, eben so wie die ganze erste Kammer fast jeden Abend friedlich bei einander ist. Auf der rechten Seite der zweiten Kammer tritt Vincke als Führer der reinen Rechten in einer ähnlichen Stellung wie in Frankfurt hervor; mehr nach dem Centrum hin bildet sich unter Auerswald eine Fraktion, und das Centrum selbst wird ohne Zweifel unter Grabow's Leitung stehen.

Lith. Corr. **Berlin**, 3 März. In Mecklenburg befindet sich der Adel in Opposition gegen das Ministerium Lützow; er will eine erste Kammer, die nur aus recipirten Adligen bestehen soll, eine Ansicht, der das Ministerium, die obwaltenden Verhältnisse und die Zeitbewegung richtig erkennend, durchaus abgeneigt ist. Bei der Macht, die jedoch der Adel noch immer in Mecklenburg besitzt und bei dem Schwanken des Großherzogs in dieser Frage ist es nicht unmöglich, daß das Ministerium gestürzt wird, und daß wir auch in Mecklenburg bald ein Hochtory-Ministerium an der Spitze der Geschäfte erblicken.

Die evangelische Landeskirche Preußens befindet sich gegenwärtig in einer Krisis, deren Lösung durch die in Kurzem zusammentretenden Provinzialsynoden erfolgen soll. Diese haben durch das Kultusministerium die Aufforderung erhalten, sich auch über die Weise, in der der Art. 12. der Verfassungsurkunde in Vollziehung zu setzen sei, auszusprechen. Die durch die Zwangsmaßregeln der Ministerien Altenstein und Eichhorn nur mühsam aufrecht erhaltene Union möchte wohl die weiten Grenzen des ganzen protestantischen Staatsgebiets nicht ferner zu behaupten im Stande sein, obschon nach den bei dem Kultusministerium eingegangenen sehr zahlreichen Petitionen und Gutachten, die in einer besonderen an die Consistorien versandten Denkschrift zusammengestellt sind, sich die weit überwiegende Zahl der Geistlichen für Aufrechthaltung der Union ausgesprochen haben soll. Ebenso ist die Mehrheit für sofortige Zusammenberufung einer Generalsynode.

△ **Berlin**, 4. März. Die Verzögerung der Konstituirung, womit es doch hoffentlich morgen zu Stande kommen wird, gibt den Parteien hinlänglich Zeit sich fester zu organisiren und die Beantwortung der Thronrede vorzubereiten. Die konservative hat gestern ihren Vorstand auf's Neue für die nächsten vier Wochen erwählt und durch andere fünf Mitglieder auf fünfzehn verstärkt, so daß der hocharistokratische Schein beseitigt wird; für den Entwurf einer Dankadresse ist eine besondere Kommission schon in Thätigkeit, auch ist der Plan einer eigenen lithographirten Parlamentskorrespondenz angenommen worden, die unter Leitung des Abgeordneten Harkort sofort in's Leben treten wird.

Gestern ließ der Minister des Innern in der zweiten Kammer Einladungskarten an alle Mitglieder zum Mittwoch Abend vertheilen.

0 **München**, 4. März. In der gestrigen Sitzung der Reichsräthe hielt Graf Louis Arco einen Vortrag über den Rechenschaftsbericht des reichsräthlichen Kommissärs bei der Staatsschuldentilgungskasse über die Jahre 18$^{44}/_{45}$, $^{45}/_{46}$, $^{46}/_{47}$. Aus der dem Vortrage folgenden Debatte erfuhr man, daß auch in dieser Sphäre des Staatslebens Vieles ist, wie es nicht sein sollte: vor allem Scheinwahrheit, Geheimthuerei und Untreue an dem den Staatsgläubigern verbürgten Worte durch Unterlassung versprochener Verloosung von Staatspapieren. Der ehrwürdige Kommissär, Graf Reigersberg, konnte seinen Bericht nicht schließen, ohne an denselben einige Anträge anzufügen, die aber erst bei der Berathung des Budget zur Verhandlung kommen werden. Er will vor allem aus der Staatsschuldentilgungsanstalt die sogenannte schwebende Schuld verbannt wissen; er verlangt ferner Kassensturz, damit den ständischen Kommissären auch der effektive Stand der Kassen und ihrer Baarschaft jederzeit evident gehalten werde. Ein weiterer Wunsch des Kommissärs bezieht sich auf die Sonderung der Kassen und die genaueste Einhaltung der gesetzlich bestimmten Verwendung der eingewiesenen Gelder zu den angewiesenen Ausgaben, womit man es bisher eben nicht sehr genau nahm. Die ungeachtet aller Mahnungen des ständischen Kommissärs unterbliebene Verlosung möge, fährt er fort, wenn auch in kleineren Beträgen eingehalten werden: denn Wort halten, bringe Kredit. Auch die Stellung der Staatsschuldentilgungskommission, die dem Finanzministerium gegenüber eine abhängige, untergeordnete sei, möge geändert werden. Sehr scharf äußerte sich Reigersberg über den Mißbrauch, welchen man mit der Sparkasse sich erlaubt, so daß die Rückzahlungen für die ärmeren Klassen, für welche doch die Wohlthat der Sparkassen bestimmt sei, nicht regelmäßig eingehalten werden können. Der Tagesordnung gemäß sollte hierauf Berathung und Beschlußfassung über die gegen die Einführung der Grundrechte eingegangenen Adressen folgen. Die tiefe Stille, die den Berichterstatter, Baron Lotzbeck, auf die Tribüne begleitete, zeugte von der Spannung der Zuhörer auf das, was nun kommen sollte; aber siehe da — die Reichsräthe sind feine Diplomaten, sie verwiesen den Gegenstand ohne Debatte an den ersten und dritten Ausschuß. Selbst Arco-Valley schwieg. Wir erfuhren nur, daß die eingelaufenen Adressen gegen 14,000 Unterschriften tragen; für die Anerkennung der Grundrechte war natürlicher Weise bei dieser Kammer keine Adresse übergeben worden. Das petitionirende bairische Volk ist zu delikat, um seiner Reichsrathskammer die seidene Schnur vorzuhalten, die ihr von einer andern Seite in Bälde übergeben werden muß. Vor-

gestern war Ministerrath, in welchem beschlossen ward, den König zu bitten, dem jetzigen Interregnum endlich einmal ein Ende zu machen, und die bisherigen Minister ihrer Funktionen zu entheben. In einer gestrigen Staatsrathssitzung wurde über diese Frage und über die der Vertagung oder Auflösung der Kammer berathen. Der König soll sich für Auflösung ausgesprochen haben, so wenig kennt er den Zustand des Landes. Das Ergebniß der Berathung wird aber wohl bis zur morgenden Sitzung der zweiten Kammer Geheimniß bleiben. Wenn die Krone wüßte, daß sich 165 Vereine dem hiesigen Centralmärzverein angeschlossen haben, und daß dieselben sich nicht nur über die neubaierischen Provinzen ausdehnen, sondern auch ins Herz von Altbaiern sich erstrecken, wenn sie ferner einsehen würde, wie erwünscht der radikalen Partei deshalb die Auflösung kommen müsse, weil sie schon jetzt einer größeren, kompakteren Mehrheit für die neue Kammer sicher ist, sie würde nicht einmal vertagen, denn auch diese Maßregel verstärkt die Oppositionspartei, geschweige denn auflösen. Heute wird der hiesige Märzverein zur Feier der vorjährigen Erhebung an diesem Tage ein Erinnerungsfest halten. Die verstärkten Patrouillen, welche schon gestern die Straßen durchzogen, beweisen, daß man von oben nicht ohne Besorgniß dem heutigen Tage entgegensah. Doch wird ohne Zweifel der Tag ruhig vorübergehen. Die nächste Sitzung der Abgeordneten wird wieder mehrere Interpellationen wegen soldatischer Exzesse in Kempten und Bamberg und wegen einiger Willkürhandlungen von Unterbeamten bringen. In Kempten haben die Soldaten ein Haus theilweise demolirt und den Wirth mißhandelt, weil ein Volksverein sein Lokal dort hatte. In Amberg soll die bewaffnete Macht die Bürger förmlich tyrannisiren und ebenso an andern Orten.

A **Dresden**, 4. März. Die zurücktretenden Minister haben bis auf Oberländer Dresden verlassen. Von der Pfordten ist auf einer Besuchs- und Erholungsreise in seinem heimathlichen Baiern, wo ihn das unter den hiesigen Bürgern allgemein verbreitete Gerücht wiederum als Minister auftreten läßt. Der ehemalige Finanzminister ist nach seinem Mühlau, der Justizminister Braun nach Plauen im Voigtlande gegangen. Der Letztere hat sich wohl den begründetsten Anspruch auf das dauernde dankbare Gedächtniß der Sachsen erworben. Seine Vaterstadt ehrte ihn bei seiner Rückkehr am 28. Februar durch einen Fackelzug, welchen zu stören dem radikalen Gesindel nicht gelang; um den Grundsätzen der entschieden Freisinnigen aber dennoch auch einen Ausdruck zu geben, warf man dem verdienten Manne während der Nacht unter rohem Skandal die Fenster ein.

Hannover, 3. März. Der König wird die ständische Erklärung auf die Vorlage vom 10. Februar noch heute erhalten, und nun nicht länger mit der Bildung eines neuen Ministeriums zögern können. Inzwischen mögen noch immer einige Tage vergeben, bevor die neuen Männer sich zusammengefunden haben werden. Die Wahl derselben scheint keine leichte Sache zu sein, und nur darüber ist man hier einig, daß wir weder ein reaktionäres, noch ein Ministerium der Linken haben werden; ersteres nicht, weil dasselbe den entschiedensten Widerstand im Lande hervorrufen würde, und selbst den Thron in Gefahr bringen könnte, und letzteres nicht, weil die Linke keine Männer aufzuweisen hat, die das Vertrauen erwecken könnten, daß sie einer solchen Stellung gewachsen seien. Das wissen die vernünftigen Leute der Linken selbst recht wohl, und bei diesen ist daher auch das Bedauern über den Rücktritt der bisherigen Minister ein aufrichtiges. Das Wahrscheinlichste, weil es unseren Zuständen am meisten entspricht, ist die Berufung solcher Männer, die den Grundsätzen des abgetretenen Ministeriums in den inneren Fragen huldigen, die aber in der deutschen Frage nicht so, wie Stüve, auf dem strengen Vereinbarungsprinzipe beharren. Unter den vielen, in dieser Richtung Genannten haben wohl der Landdrost Meyer in Hildesheim und der Regierungsrath Bening hierselbst die meiste Wahrscheinlichkeit für sich; ihnen würde auch das allgemeine Vertrauen nicht fehlen. (B. H.)

Darmstadt, 2. März. Nach der hiesigen Zeitung haben bis zum 28. Febr. 23 Gemeinden des Bezirkes Bensheim Vertrauensadressen an ihren Abgeordneten zur Reichsversammlung, den Reichsministerpräsidenten H. v. Gagern, votirt.

△ **Darmstadt**, 4. März. Es ist mit Grund zu befürchten, daß auf dem Boden der allgemeinen Wechselordnung für Deutschland ein recht häßlicher babylonischer Thurm des Wechselverfahrens gebaut wird. Baustücke dazu fuhr wenigstens uns're zweite hiesige Kammer gestern in reicher Menge. Zum Gesetzentwurf, das Wechselverfahren in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen betreffend, hatte der Entwurf als Fall, in welchem der Wechselarrest nicht zulässig sei, auch den vorgesehen, wenn das schuldige Kapital nicht mehr als 50 fl. betrage. Es wurde dabei als Inhumanität bezeichnet, wenn wegen ganz unbedeutender Forderung zu der Vollstreckung durch Personalhaft geschritten würde, und mit Bezugnahme auf Handelssachen in Frankreich und New-York, wo dieselbe Bestimmung bei Summen unter 200 Francs, beziehungsweise 50 Dollars (125 fl.) stattfindet, sowie auf mehrere italienische Staaten, als Wahrnehmung bezeichnet, daß diese Beschränkung nirgends üble Folgen gehabt habe. Der berichtende Ausschuß, auf dieselben Gründe hin, zu denen er das Beispiel Englands, welches für Personalhaft zum wenigsten den Betrag von 25 Pfund (ungefähr 300 fl.) verlangt, zog, wollte 200 fl. statt der vorgeschlagenen 50 fl. als Minimum. Noch höher stieg bei der Berathung der Abgeordnete Behlen, welcher hervorhob, daß möglicher Personalarrest namentlich für die Bauern vom größten Nachtheil sei und die Verhältnisse auf dem Lande sehr verschlimmere, indem er 300 fl. als Minimum vorschlug. Vergebens, daß der Regierungskommissär, Ministerialrath v. Lindelof, darauf aufmerksam machte, in Baden sei Wechselarrest für die kleinste Summe möglich und in Frankfurt a. M. werde es voraussichtlich ebenso werden; es sei bedenklich, sich vom Beispiel der Nachbarstaaten zu entfernen; es würde das dem Kredit des hessischen Handelsstandes schaden u. s. w. Glaubrech machte einen vermittelnden Vorschlag von 100 fl.; Lehne zeigte beredt nach, daß es am besten sei, die ganze Ausnahme fallen zu lassen; Andere hielten am Ausschußantrag. Das Ende war, daß zwar die Behlen'schen 300 fl. mit 27 gegen 15 Stimmen durchfielen, aber dafür die 200 fl. des Ausschusses mit 34 gegen 8 Stimmen angenommen wurden. Gewiß ist, daß, wenn bei künftigen Gesetzen der Centralgewalt die Prozedur der Bestimmung der Einzelstaaten überlassen wird, damit der Punkt des Archimedes gefunden ist, jene Gesetze aus den Angeln zu heben und die gesuchte Einheit in die jammervollste Mancherleiheit zu verkehren.

** **Darmstadt**, 4. März. In der 2. Beilage der Deutschen Zeitung vom 23. Febr. ist in einem Artikel aus Giessen gesagt, die Zahl der dortigen Studirenden habe sich seit dem verflossenen Semester *) um mehr als 100 verringert. Dies ist ungegründet. Der gedruckte sogenannte „Personalbestand" dieser Universität, worin halbjährlich unter anderen alle Studirende mit Namen aufgeführt werden, zeigt, daß im Sommer 1848, 508 anwesend waren, während jetzo 459 verzeichnet sind; ein Unterschied mithin von 49.

☿ **Schleswig**, 1. März. Am 26. v. M. war die früher angekündigte Versammlung von Deputationen aus allen Landestheilen in Rendsburg in Angelegenheit einer rasch zu organisirenden freiwilligen Bewaffnung. Landtagsabgeordnete nahmen hieran besonders eifrigen Antheil. Einstimmig sprach sich der Wunsch und der Wille für eine möglichst schnelle und kräftige Förderung dieser Sache aus. Man hofft mindestens eine kräftige Küsten- und Hafenbewachung herzustellen. Mehr und mehr befestigt sich die Ueberzeugung, daß wir sehr gut allein mit den Dänen fertig werden können, wenn nur nicht die Maßregeln der Diplomatie uns verrätherisch umstricken und lähmen! Einen sehr üblen Eindruck hat die Sendung der „Gemeinsamen" nach Kopenhagen hier gemacht. Graf Reventlow (Farve) habe diese Mission übernommen. Mag auch die Absicht dieser Sendung die lobenswertheste sein, dennoch bleibt diese eine große Unvorsichtigkeit; denn hier traut Niemand der dänischen Regierung noch irgend eine Empfänglichkeit für Recht, Gerechtigkeit und wahre Ehrenhaftigkeit zu. Man erinnerte sich bei dieser Gelegenheit sogar an das Jahr 1460. Damals haben Prälaten und Ritterschaft das Land an Dänemark verkauft und verrathen. „Denn der König (von Dänemark) hatte die" sagt die alte Lübecker Chronik, „so auf den Schlössern waren, durch das Versprechen erkauft, daß sie die Schlösser auf ihre Lebenszeit behalten sollten und hielt ihnen doch nachmals kein Wort nicht." Gespannt blickt jetzt Alles nach London. Aber weder hofft man, noch fürchtet man sehr; vertraut jedoch auf nichts, als auf sich selbst. Seit der Schlacht bei

*) Ohne in der Sache etwas entscheiden zu wollen, müssen wir bemerken, daß dies letztere in dem betreffenden Art. nicht gesagt ist. Es ist nur von dem Unterschied der Frequenz vor und nach dem März 1848 die Rede. D. R.

№ 65. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 6. März 1849.

Uebersicht.

Die künftigen Beziehungen zu Oesterreich.

Der unterscheidende Charakter der deutschen Bewegung vom vorigen Frühjahr besteht darin, daß an die Stelle einer diplomatischen Oberbehörde eine parlamentarische Regierung treten soll.

Dies ist der Sinn des Gegensatzes zwischen Staatenbund und Bundesstaat. Das Band der neuen Einheit ist das deutsche Parlament.

Dies ist auch der Sinn der §§. 2 und 3 vom Reich. Die parlamentarische Regierung kann sich nicht auf solche Gebiete erstrecken, welche mit nichtdeutschen Ländern in der daselbst ausgeschlossenen Weise vereinigt wären. Deshalb könnte man jene Paragraphen nicht aufgeben, ohne den wesentlichen Charakter der deutschen Bewegung zu verläugnen.

Eine solche Verleugnung tritt uns in dem sogenannten österreichischen Reskript vom 4. d. M. entgegen.

Nicht allein werden die §§. 2 und 3 verworfen, sondern es wird eine Grundlage in Aussicht gestellt, auf welcher „alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile Platz finden."

Daß dies eine parlamentarische sein, daß Magyaren und Italiener (um von den in Kremsier bereits vertretenen Galiziern nicht zu reden) mit den Abgeordneten aller deutschen Staaten zu einem Parlament zusammentreten könnten, das wird Niemand behaupten wollen.

Oesterreich verweigert also die Bedingungen, unter welchen seine deutschen Staaten an der parlamentarischen Verfassung Deutschlands Theil nehmen könnten; es verheißt eine „innere Vereinigung" auch derjenigen außerdeutschen Landestheile, an deren Betheiligung bei einem deutschen Parlament nicht gedacht werden kann.

Welche Grundlage, welche zukünftige Verfassung es auch sein mag, welche dem österreichischen Kabinet „vorschweben" mochte — das Prinzip der parlamentarischen Regierung ist dem Gedanken dieses Kabinets fremd.

Das ist's, was uns von Oesterreich trennt, nicht die Frage nach der Einheit oder Vielheit, der Wählbarkeit oder Erblichkeit des Reichsoberhauptes.

Man hätte können den alten Bundestag fortbestehen lassen, er würde eine, wenngleich unvollkommene, doch nicht unmögliche Regierung im parlamentarischen Sinne des Bundesstaates abgeben können — unter einer Bedingung: wenn die Mitglieder des Bundestages nicht an Instruktionen gebunden gewesen wären, das ist, wenn man dem Bundestag seinen diplomatischen Charakter genommen hätte.

Was aber Oesterreich will, das ist das alte Bundesverhältniß, eine oberste Behörde mit freier Bewegung innerhalb der geschlossenen völkerrechtlichen Verträge, und, soweit diese nicht zwingend dazwischen treten, abhängig von den einzelnen Regierungen, keiner Volksvertretung verantwortlich.

Wenn man nicht der gefährlichsten aller Täuschungen sich hingeben will, so muß man an das frühere Bundesverhältniß, um die Möglichkeit einer Fortdauer seiner einzelnen Bestimmungen zu ermessen, den Maßstab einer parlamentarischen Verfassung des deutschen Bundesstaates legen.

Es ist nämlich die Täuschung Derjenigen, welche den Beitritt Deutschösterreichs zum Bundesstaat, unter den vom österreichischen Kabinet vorausgesetzten Bedingungen für möglich erachten, nicht größer als die Unklarheit jener Andern, welche den deutschen Bundesstaat, zugleich aber eine Union desselben mit Oesterreich, und sei's auch nur mit den zum deutschen Bunde gezählten Provinzen Oesterreichs, auf der wesentlichen Grundlage des früheren Bundesverhältnisses für erreichbar halten.

In die letztgenannte Kategorie gehört der Entwurf, welcher in Nr. 43 der Oberpostamtszeitung (vom 19. Februar) veröffentlicht ist.

Es ist dabei gänzlich übersehen, daß die wesentlichsten Attributionen des Bundestages solche waren, deren Ausübung im deutschen Bundesstaat hinfort der Mitgenehmigung des Reichstags unterliegen soll.

Man kann dabei die Frage ganz aus dem Spiel lassen, ob auch Oesterreich seinen Reichstag beibehalten, oder ob der Gedanke der österreichischen Staatseinheit nur in der Rückkehr zum Metternich'schen System seine Vollendung finden wird.

Selbst wenn die österreichische Regierung ganz freie Hand hätte, so würde die Gemeinsamkeit des Heer- und Vertheidigungswesens für den deutschen Bundesstaat und für Deutsch-Oesterreich nicht durchführbar sein. Denn der deutsche Reichstag würde auf das Recht der Beschlußnahme über Vermehrung des Reichsheeres, über neue Matrikularbeiträge, über Reichsfestungen, zu Gunsten einer Feststellung dieser Verhältnisse auf diplomatischem Wege ebenso wenig verzichten, als Oesterreich seine deutschen Provinzen in diesen Beziehungen den Beschlüssen des deutschen Reichstages zu unterwerfen geneigt sein könnte.

Derselbe Einwurf trifft das ganze, weite Feld der Reichsgesetzgebung.

Ganz undenkbar erscheint ferner die Unterordnung Deutsch-Oesterreichs unter ein gemeinsames Reichsgericht, auch wenn dasselbe mit einer entsprechenden Anzahl österreichischer Räthe besetzt wäre. Oder wie soll es mit der Vollstreckung der Urtheile werden? Wird Oesterreich seinen linken Arm durch die Streitkraft des deutschen Bundesstaats niederhalten lassen, ohne mit seinem rechten Arm, der durch keinen Unionsverband gefesselt ist, sich zu wehren? Was der deutsche Bundesstaat in solchem Fall zu unternehmen hätte, das wäre nicht Exekution, sondern (der Gesammtmacht Oesterreichs gegenüber) ein Krieg von ungewissem Ausgang.

Was endlich die auswärtigen Verhältnisse betrifft, auch wenn man sie mit dem Entwurf nur in der Begrenzung auf Krieg, Friedensschluß und Neutralitätserklärung hieher ziehen will, so wäre für den deutschen Bundesstaat die Gefahr nicht ferner und nicht geringer als sie es für den deutschen Bund war, durch die Verhältnisse von Oesterreichs außerdeutschen Provinzen in einen Krieg verwickelt zu werden, während der deutsche Bundesstaat bei einer Verletzung seines Gebietes ebensowenig als der deutsche Bund den Beistand der Gesammtmacht Oesterreichs anzusprechen oder zu erwarten hätte.

Die Unzuträglichkeiten eines solchen Verhältnisses zu Deutsch-Oesterreich, wenn es für den Bundesstaat überhaupt noch möglich wäre, würden ebenso drückend fortbestehen, wie sie im früheren Bundesverhältniß bestanden. Die Schwierigkeiten aber, an welchen der Versuch einer Union des parlamentarischen Bundesstaates mit Deutsch-Oesterreich scheitern müßte, würden kaum schroffer hervortreten, wenn es sich um eine Union, nicht mit den Deutschen allein, sondern mit den Gesammtbesitzungen Oesterreichs handelte.

Diese Betrachtung führt uns zurück zu der, im Reskript vom 4. d. M. in Aussicht gestellten Grundlage für alle deutsche Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile. In unmittelbarer Verbindung damit heißt es: — „Ein stufenweiser Gang, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen sich anzunähern und allmählig übergeht zum wirklichen engen Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume."

Es ist dies die einzige gesunde Stelle in jenem Aktenstück. Das einzige herstellbare Verhältniß zu Oesterreich wird sich daran knüpfen müssen und knüpfen können — sobald der deutsche Bundesstaat mit der von der Erblichkeitspartei beabsichtigten Verfassung in's Leben getreten sein wird.

Man muß sich die noch immer und jetzt auf's neue bedrängte Lage des österreichischen Kabinets gegenwärtig halten, um sich zu überzeugen, wie wenig wahrscheinlich es ist, daß seine Sprache wirklich von dem Entschluß eingegeben sei, die Herstellung des alten Bundesverhältnisses mit Gewalt zu erzwingen.

Um so wahrscheinlicher ist, daß jedes Mittel der Drohung und der Intrigue erst fruchtlos wird erschöpft sein müssen, bevor Oesterreich in dem aufrichtigen Willen sich anzunähern uns begegnen wird. Während des Provisoriums ist ein gedeihlicher Ausgang der Unterhandlungen in keiner Weise zu erwarten, selbst

nicht für den Fall eines gewaltsamen Umsturzes der jetzigen Regierung. Denn ein neues, auf den Wellen einer deutschen oder slawischen Bewegung emporgehobenes Kabinet dürfte noch weniger als das gegenwärtige die Hände frei oder den Willen bereit haben, verwickelte Verhältnisse durchgreifend zu ordnen.

Nur wenn an der vollendeten Thatsache des deutschen Bundesstaates die letzte Hoffnung für Oesterreich gescheitert ist, die in Deutschland verscherzte Stellung wieder zu gewinnen, oder doch Preußen von der ihm nicht gegönnten fern zu halten — nur dann erst, dann aber auch um so gewisser, wird der Proteus Rede stehen und aufrichtigen Sinnes werden.

Dann aber wird die Abwickelung des alten Bundesverhältnisses die geringste Sorge sein. Die Unterhandlung über eine Ausgleichung der für die Bundesfestungen, als bleibende Reichsanstalten, verwendeten Matrikularbeiträge, die Frage, ob Oesterreich das Besatzungsrecht in deutschen Reichsfestungen, als eine Völkerrechts-Dienstbarkeit, auch ferner beibehalten könne, dies und Aehnliches wird zurücktreten vor dem wichtigsten Interesse — einer gegenseitigen Garantie aller Gebiete des deutschen Bundesstaates und der österreichischen Gesammtmonarchie*).

Es ist wahr, Garantieen, zumal in solcher Ausdehnung geleistet, haben ihre großen Bedenklichkeiten. Zu den dornenvollsten, zu den gehässigsten Controversen im Bereich des Völkerrechts gehören die über das Eintreten oder Nichteintreten des aus Garantieen abgeleiteten Casus foederis. Man braucht nur an die berüchtigte Erörterung zwischen Großbritannien und den Niederlanden von 1756 zu erinnern. Es hat auch seine Richtigkeit, daß die parlamentarische Verfassung für die Durchführung von Garantieen besondere Schwierigkeiten darbietet. Zahlreiche Versammlungen, so leicht sie geneigt sind, einer angedrohten Verletzung hastige und herzhafte Beschlüsse entgegenzustellen, entschließen sich schwer, dem Volk große Lasten aufzulegen für Zwecke, die nicht aus einem augenblicklich in nächster Nähe andringenden Bedürfniß entspringen, sondern die in früher eingegangenen Verpflichtungen zu Gunsten entlegener, anderssredender Volksstämme begründet sind. Canning wußte sehr wohl, was er that, als er eine Garantie für die Griechen ablehnte und in seiner Instruktion an Sir Stratford Canning (im September 1828) die Ablehnung dadurch motivirte, daß solche Verpflichtungen mit dem Wesen der britischen Verfassung schwer vereinbar seien. Derselbe Canning aber hatte 9 Monate zuvor, und zwar unter lebhafter Zustimmung seiner politischen Gegner, das Gewissen der Nation zur Erfüllung der portugiesischen Garantie aufgerufen. Im Jahre 1815, als der jüngste Vertrag mit Portugal gelöst ward, hatte Großbritannien jene alte, aus der Zeit Cromwells und der Stuarts stammende Garantie nicht allein fortbestehen lassen, sondern ausdrücklich erneuert. Es war dies geschehen aus überwiegenden politischen Rücksichten — wegen der Bedeutsamkeit von Portugals geographischer Lage für die britische Seemacht.

Nicht minder überwiegend sind die Gründe für die Uebernahme einer so ausgedehnten Garantie, die für Oesterreich viel mehr werth ist, als wenn es ihm gelingen könnte, aufs Neue die deutschen Zustände, annähernd wenigstens, zum Niveau der österreichischen herabzudrücken. Hat es nur erst begriffen, daß es auf den letzteren Erfolg verzichten muß, so wird es den ersteren zu würdigen wissen.

Wir müssen aber uns an den Gedanken gewöhnen, wir anderen Deutschen, daß wir ohne den Entschluß zu großen Anstrengungen in unsere neue politische Laufbahn nicht eintreten können. Auch ist's an uns, zu zeigen, daß wir nicht leichtfertig, nicht ohne dauernde Sehnsucht, daß wir selbst nach Allem was vorgefallen ohne Groll das alte Band sich lösen sehen; an uns ist es, auch unsrerseits für die Deutschen in Oesterreich „aufrichtigen Willen" an den Tag zu legen.

Wenn es gelingen kann, Oesterreichs Gesammtstaat zusammenzuhalten, so wird es ein Sieg des deutschen Elementes sein. Bieten wir denn, soweit wir vermögen die Hand dazu. Sagen wir uns zugleich, daß nur um diesen Preis Deutschland auf seinen Antheil zählen darf an der Zukunft, die im Osten aufgeht.

*) Eine solche Garantie erscheint uns auch unter allen obigen Voraussetzungen als eine höchst gefahrvolle und mißliche, unter den Verhältnissen aber, wie sie gegenwärtig sind und wie sie noch lange bleiben werden, als eine völlig unausführbare Sache.

Endlich hat die Sache ihren europäischen Gesichtspunkt. Eine gegenseitige Garantie zwischen Deutschland und ganz Oesterreich ist der feste Damm gegen jede russisch-französische Coalition. Ist Oesterreich nicht etwa im vorübergehenden Drang des jetzigen Augenblickes verblendet genug, um seine Stellung im Osten für ein Linsengericht an Rußland zu verkaufen (eine Combination die freilich alles hier Gesagte und viel Anderes mehr, auf den Kopf stellen würde), so kann Rußland, nachdem Preußen deutsch geworden, nur mit Frankreichs Connivenz und erkaufter Mitwirkung seine östlichen Entwürfe auszuführen hoffen. Selbst abgesehen von dieser Eventualität (welche sie doch nahe genug angeht) werden, britische Staatsmänner von jeder Farbe in dem oben entwickelten Garantieverhältniß eine Bürgschaft des europäischen Friedens und eine Sicherheit dafür erblicken, der Einmischung in festländische Wirren überhoben zu sein. (Schluß f.)

Deutschland.

* **Frankfurt**, 8. März. Die Bevollmächtigten der Hansestädte haben folgende Separaterklärung zum Verfassungsabschnitte „der Reichsrath" eingereicht:

„Wenn am Schluße der am heutigen Tage eingereichten Bemerkungen zu dem Abschnitte: „der Reichsrath" bei Vertheilung des Stimmrechts eine Berücksichtigung nicht allein der Größe, sondern auch des Gewichts der einzelnen Staaten empfohlen wird, so glauben die unterzeichneten Bevollmächtigten der Hansestädte nicht bloß einer Pflicht gegen die von ihnen vertretenen Freistaaten zu entsprechen, wenn sie diesen Unterschied in Beziehung auf dieselben in folgendem näher hervorheben, sondern finden sich dazu vor allem auch im deutschen Gesammtinteresse bewogen.

Es ist in unsern Tagen wiederholt auf den bedeutenden Rang aufmerksam gemacht worden, welchen Deutschland in seiner Theilnahme am Weltseehandel unter den europäischen Staaten behauptet, weniger aber auf die Art und Weise, wodurch es sich zu demselben zu erheben vermochte und auf den Umstand, daß diese günstige Wendung erst seit 60 bis 70 Jahren begonnen hat.

Vor der Emanzipation der vereinigten Staaten von Amerika war der deutsche Seehandel nur ein europäischer. Alle Kolonialwaaren wurden nur von den Hauptmärkten derjenigen europäischen Staaten, welche sich im Besitze transatlantischer Pflanzstätten befanden, bezogen und gegen deutsche Produkte und Fabrikate ausgetauscht. Die Hansestädte (namentlich Bremen und Hamburg) waren die ersten, welche die mit dem Versailler Frieden von 1783 auch für Deutschland eröffnete freie Kommunikation mit jenen Freistaaten durch Anknüpfung direkter Schifffahrts- und Handelsverbindungen geltend machten. Sie haben diese Bahnen seitdem nach allen Richtungen mit angestrengtem Eifer verfolgt und erweitert; wo in beiden Hemisphären der Kolonialzwang entfesselt oder durch zunehmende Gesittung unwirthlicher Völkerschaften der geringste Raum dazu geboten ward, ist er sofort von ihnen benutzt worden. Es möchte jetzt schwerlich ein dem direkten Verkehr geöffneter Hafen in allen fünf Welttheilen zu finden sein, in welchem sich nicht mittelst des hanseatischen Handelsverkehrs deutsche Häuser etablirt fänden, deren Kreditverhältnisse zu einer soliden Handhabe dieses Verkehrs geeignet erschienen, welcher vorzugsweise mit der Handelsmarine der beiden an der Nordsee gelegenen Hansestädte, die gegen 500 eigene Seeschiffe zählt, betrieben wird. Wie die Bewohner dieser kleinen Freistaaten sich dabei der Scheu vor den Gefahren des Meeres und fremder Klimate entwöhnt, und in der Umsicht und Entschlossenheit, welche ein solcher Weltverkehr fordert und nährt, vielfach geübt worden sind, so hat sich auch eine Masse von Kunde und Erfahrungen bei ihnen gesammelt, die zu einem gereiften Urtheil über das, was unter dem steten Wechsel der Verhältnisse in diesen Beziehungen zu thun oder zu lassen sei, befähigen muß. Was ihnen dazu in ihren beschränkten Staatssphären an Macht gebrach, haben sie durch die freieste Beweglichkeit zu ersetzen gesucht; ihre Gesetzgebung, ihre mannigfachen Institutionen, alle ihre sozialen Einrichtungen sind diesem Zwecke auf analoge Weise gewidmet worden, wie diejenigen größeren Staaten, welche ihren Flor einer allgemeinen Theilnahme am Welthandel verdanken, das Vorbild dazu geliefert. Wenn nun ihr jetziger Anschluß an den enger geknüpften deutschen Bundesstaat an der einen Seite zu einer Erweiterung jener Machtverhältnisse Aussicht darbietet; eine deutsche Flotte aber ohne eine blühende deutsche Handelsmarine nicht denkbar ist, es auch nicht fehlen kann, daß die gewohnte Mobilität des hanseatischen Handels- und Verkehrs-Lebens dagegen in der erweiterten Gemeinschaft manche hemmende Schranken finden muß, deren Bewältigung daher auf's Neue unter gemeinsamen Anstrengungen zu erstreben sein wird, so ergibt sich auch, daß die künftige Gesetzgebung über den deutschen Handels- und Schifffahrtsverkehr nur unter steter Rücksichtnahme auf das bestehende organische Leben desselben sich zu einer gedeihlichen wird gestalten können.

Dürfen die Hansestädte nun hoffen, der engeren deutschen Gemeinsamkeit in dieser Sphäre einen durch lange Erfahrung gereiften Grad des Urtheils zuzubringen, so können sie auch nicht zweifeln, daß es dem Gesammtinteresse Deutschlands zusagen werde, ihnen außer der Vertretung am Reichstage auch in den sonstigen für die verfassungsmäßige Gesammtwirksamkeit der einzelnen Staaten näher zu bestimmenden organischen Kreisen zur Geltendmachung jener Befähigung hinreichend entsprechende Gelegenheit und Stellungen einzuräumen." Frankfurt a. M., 1. März 1849. Brehmer für Lübeck, Kirchenpauer für Hamburg, Smidt für Bremen.

Wien. Man schreibt der D. Reform: „Ein junger Maler, Willi Beck ist sein Name, wurde verhaftet und ins Zuchl-

haus gesperrt, weil ein k. k. Spion den Verdacht auf ihn gewälzt, er habe Karrikaturen von Windischgrätz und Jellacic gezeichnet! Der junge Mann hatte das Glück, einflußreiche Bekanntschaften zu besitzen; Stadion und Bruck verwandten sich persönlich für ihn bei der hohen Wiener Militärbehörde. In Folge dieser Verwendungen dauerte die Untersuchung nur 55 Tage! darauf wurde Willi Beck entlassen, weil — seine Unschuld vollkommen nachgewiesen war. *Fünf und fünfzig Tage* mußte der Unglückliche im Zuchthause siechen, um nach Verlauf dieser langen Zeit zu erfahren, daß — er *vollkommen unschuldig* sei! Ein anderer Bekannter von mir, ein junger Schriftsteller, der beste, friedliebendste Mensch von der Welt, wurde eingesperrt, weil — er im Kaffeehause einige lautredende Freunde auf einen nahesitzenden *Spion* aufmerksam gemacht hatte. Der *Spion* rächte sich und — der junge Dichter kam ins Zuchthaus. Er wurde nackt ausgezogen und seine Taschen und Kleidungsstücke streng untersucht, weil man Waffen und verbotene Schriften darin versteckt glaubte. Sogar die Brille wurde ihm abgenommen, obgleich er versicherte, daß weder Waffen noch verbotene Schriften dahinter versteckt seien .... Auch für diesen jungen Mann verwandten sich einflußreiche Personen und seine Befreiung wurde noch schneller als die von Willi Beck bewerkstelligt. Sein Befreiungsspruch lautete etwa folgendermaßen: „Da bei gerichtlich erhobenem Thatbestand gegen den inhaftirten Literaten X. X. sich herausgestellt hat, daß *keine gegründete Anklage vorliegt*, so wird selber *in Betracht seiner großen Jugend und wegen gezeigter Reue als unschuldig* entlassen." Den vielen Proben schwarzgelber Logik und Stylistik, welche ich Ihnen schon gegeben, muß ich noch eine Stelle aus einer Kundmachung des Wiener Gemeinderathes hinzufügen, worin es heißt: „man weiß, daß trotz der wiederholten Aufforderungen zur Ablieferung von Waffen und Kriegsbedarf, noch eine Menge Pulver vorhanden ist, ohne daß selbes die *Beruhigung* hat, in ordentlichen Händen zu sein."

Ollmütz, 26. Febr. Eine Deputation der romanischen Nation (Walachen) überbrachte eine Adresse an das Hoflager Sr. Maj. des Kaisers, in welcher schließlich um Bewilligung folgender Punkte gebeten wird: 1) Vereinigung aller Romanen der österreichischen Staaten zu einer selbstständigen Nation unter dem Scepter Oesterreichs, als integrirender Theil der Gesammtmonarchie. 2) Selbstständige National-Administration in politischer und kirchlicher Hinsicht. 3) Baldige Eröffnung eines allgemeinen Kongresses zur Selbstkonstituirung, und zwar a) zur Erwählung eines von Sr. Maj. zu bestätigenden Nationsoberhauptes, dessen Titel ebenfalls Se. Maj. zu bestimmen geruhen werden; b) eines nationalen Administrationsrathes unter dem Titel romanischer Senat; c) eines selbstständigen von Sr. Maj. bestätigten Kirchen-Oberhauptes, dem die übrigen Nationalbischöfe untergeordnet sind; d) zur Organisation der Gemeinde- und Kreise-Administration der Romanen; e) zur Organisirung des Schulwesens und Errichtung der nothwendigen Bildungsanstalten. 4) Einführung der Nationalsprache in allen die Romanen betreffenden Angelegenheiten. 5) Eine allgemeine jährliche Versammlung der ganzen Nation zur zeitweise erforderlichen Besprechung der Nationalinteressen. 6) Vertretung der romanischen Nation nach der Seelenzahl bei dem allgemeinen österreichischen Reichstage. 7) Bewilligung eines Organs der Nation bei dem hohen österr. Reichsministerium zur Vertretung der Nationalinteressen. 8) Se. Maj. mögen geruhen, den Titel eines Großherzogs der Romanen fortan zu führen.

(Ollm. Bl.)

AZC **Berlin**, 2. März. Die hiesigen Zimmerleute hielten gestern Abend in einem Lokal der Dorotheenstraße eine stark besuchte Versammlung, in welcher es zu lebhaften Debatten über eine Mittheilung kam, daß der nach den Märztagen erhöhte Arbeitslohn wieder auf den frühern geringern Satz reduzirt werden sollte. Man beschloß endlich, wenn dies mit Ende der Woche eintreten würde, sammt und sonders die Arbeit einzustellen. Es verlautet auch in andern Gewerken, daß die früheren Lohnerhöhungen wieder zurückgezogen werden sollen, worüber nicht unbedeutende Aufregungen kund werden.

AZC **Berlin**, 3. März. Die hier gebildete südaustralische Kolonisationsgesellschaft wird am 24. d. M. ihre Auswanderung antreten. Dieselbe ist 180 Köpfe stark und zählt mehrere Familien mit Frauen und Kindern. Ihrer Beschäftigung nach sind fast alle Klassen der Gesellschaft vertreten; selbst Aerzte, Lehrer und Künstler fehlen nicht. Der Mechanikus Berends, ein Bruder des bekannten Abgeordneten der äußersten Linken und der Bildhauer Todt haben sich neuerdings angeschlossen. Ein großer Theil ist aus dem früher vielbesprochenen Handwerkerverein hervorgegangen, der dadurch den Verlust der besten seiner Mitglieder bedauert. Otto Schomburgk, ein Bruder des berühmten Reisenden Schomburgk, und Dr. Mücke, Lehrer des Handwerkervereins, stehen an der Spitze dieser Emigration, welche außerdem ein 60,000 Thaler übersteigendes baares Kapital mitnimmt. Die Gesellschaft hatte ursprünglich den Plan sich in Adelaide unter solidarischer Gemeinschaftlichkeit aller Mitglieder niederzulassen, hat aber diesen Plan wieder aufgegeben und vielmehr nur eine sittlich-geistige Gemeinschaft festgehalten.

Bonn, 28. Febr. Das Kuratorium der landwirthschaftlichen Lehranstalt macht Folgendes bekannt: Einer Verfügung des königl. Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten zufolge soll der Gesammtbetrag des Honorars, welches von den als wirkliche Mitglieder der höhern landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Poppelsdorf aufgenommenen Akademikern für den vollständigen Kursus von zwei Jahren zu zahlen ist, von 130 Thalern, wie es bisher der Fall war, nunmehr auf 100 Thlr. herabgesetzt werden, und zwar so, daß für das erste Semester 40, für das zweite 30, für das dritte 20 und für das vierte 10 Thlr. zu entrichten sind.

†† **Aus Würtemberg.** Unter die dringendsten Reformen in unserm Lande gehört eine Reform des Gelehrten- und Volksschulwesens. Es hat sich, namentlich in unserem Gelehrtenschulwesen, ein langjähriger Schlendrian festgesetzt, welchem durch zeitgemäße Umgestaltungen ein Ende zu machen, die betreffende Behörde weder den Willen, noch die Kraft, noch die Fähigkeit hat. Eine durchgreifende Reform ist aber gegenwärtig um so unaufschieblicher, als die Auseinandersetzung zwischen Schule und Kirche jetzt eben im Werk ist. Fast alle unsere Gymnasiallehrer sind Theologen; Philologie wird bei uns fast gar nicht ex professo studirt. Dies hat schon an sich große Nachtheile, und ist die Hauptursache des Darniederliegens der höhern Philologie in Würtemberg. Nun wird aber neuerlichst das theologische Seminar, das in seiner bisherigen Einrichtung jenen Uebelstand herbeiführte, vollends ganz von der Kirche reklamirt, wie man aus dem kürzlich ausgegebenen Entwurf der neuen Kirchenverfassung sieht, wo der höchst einfache und zweckmäßige Vorschlag, in jener Anstalt eine philologische Abtheilung zu errichten, rundweg abgewiesen und dem Staate erklärt wird, wenn er Gelehrtenschulen wolle, so möge er auf andere Weise dafür sorgen, das Stift sei eine kirchliche Anstalt — was in dieser Ausschließlichkeit nicht einmal wahr ist, denn nach seiner ursprünglichen Intention, wie nach uralter Praxis ist das Stift eine Pflanzschule ebensowohl für die Gelehrtenschulen, wie für die Kirche: kann das Studium der Theologie und dasjenige der Philologie bei der innern Erstarkung und Anschwellung beider Wissenschaften nicht mehr vereinigt werden, so ist nichts natürlicher, als daß man sie trennt, aber, versteht sich, *innerhalb* des Stifts. Ein anderer Schaden unsers gelehrten Schulwesens sind die sogenannten niedern theologischen Seminarien. Eine unsinnigere Verschwendung von Geld, Kräften und Mitteln läßt sich kaum denken, als diese vier Anstalten, die, in abgelegenen Gegenden des Landes befindlich, jede 5—6 Lehrer zählend, keinen andern Zweck haben, als die Erziehung von je 30 Knaben, die einstmals Pfarrer werden sollen. Auf dem Boden des Protestantismus, der einen Kastenunterschied zwischen Klerikern und Laien nicht kennt, ist die aparte Erziehung theologischer Knaben eine Lächerlichkeit: aber auch ohnedem hätte schon längst der Kostenpunkt darauf führen sollen, diese Anstalten mit den Gymnasien zu vereinigen. Noch ein anderer Uebelstand sind die 70 lateinischen Schulen unseres Landes, deren Reduktion auf eine kleinere Anzahl von Gymnasien neuerdings mehrfach beantragt worden ist. Die Lehrer dieser Schulen sind so unverhältnißmäßig überladen, dabei so schlecht besoldet, so ohne alle Aussicht zum Vorrücken, namentlich, wenn ihnen jetzt der Uebertritt in den Kirchendienst abgeschnitten wird, daß Niemand, der einige Mittel oder Aussichten hat, sich diesem Fache widmet. Von unserem Volksschulwesen will ich nicht sprechen: daß eine Umgestaltung desselben, namentlich hinsichtlich des materiellen Unterrichts, dringend nöthig ist und nicht mehr länger ver-

schoben werden kann, gibt Jedermann zu. Warum geschieht denn aber in allen diesen Dingen nichts? Hat doch selbst unsere Kammer, der Niemand übertriebene Empfänglichkeit für ideale Interessen vorwerfen wird, eine Reform des Gelehrtenschulwesens beantragt. Der erste Schritt hiezu ist eine Personalreform in unserem Studienrath, denn diese Behörde hauptsächlich hat durch einseitige und willkürliche Besetzung der Stellen, namentlich der interimistischen, durch Haß gegen das aufstrebende Talent, durch Begünstigung der kriechenden Mittelmäßigkeit jenen traurigen Zustand herbeigeführt. Allgemeine Organisationsprojekte helfen nichts: man braucht einen Mann, der sie durchführt. Warum sieht man sich nicht nach einem solchen um? Vor einigen Wochen sprach unsre Kammer einstimmig das Bedauern aus, daß man unter dem alten Regiment eine Kapazität, wie Zeller, in's Ausland habe ziehen lassen. Gut — warum ruft man ihn nicht zurück? Warum beruft man ihn, ein unvergleichliches Organisationstalent, nicht als Rath in's Kultministerium? Bei den erstaunlichen Ansprüchen, die die Kirche neuerdings in ihrem Scheidungsprocesse mit dem Staat erhebt, hat der letztere auch seineseits alle Ursache, eifersüchtig auf die Wahrung seiner Rechte und Interessen zu sein.

+ **Karlsruhe**, 2 März. Bei der Eröffnung der heutigen Kammersitzung zeigte der Präsident den Austritt der Abgeordneten Richter und Peter von der äußersten Linken, letzterer bekannt als Hecker'scher Erstatthalter, an. Hierauf beschäftigte sich die Kammer mit der Berathung eines Berichts von Haeusser, die Abänderungen unseres Preßgesetzes in Folge der Einführung der Grundrechte betreffend. Die Regierung hatte ihre Vorlage nur auf den §. 7. jenes Gesetzes beschränkt, dessen Bestimmungen über die Kautionen jetzt wegfallen mußten, doch hatte sie einen Zusatz vorgeschlagen, wonach wenn die Kosten, Entschädigungen und Geldstrafen von einem Redakteur nicht beigebracht werden können, dafür der Verleger und nach diesem der Drucker des Blatts haften soll. Die Commission hatte auf Annahme des Gesetzes angetragen. Der Abgeordnete Christ begnügte sich damit, gegen den Zusatz zu sprechen und einen Antrag auf Strich zu stellen. Bei der Abstimmung überließ er dem Abgeordneten Lehlbach die Ehre, als einziges Mitglied der Kammer dagegen zu stimmen. Außer dieser Bestimmung fand die Commission für angemessen, noch einige weitere Abänderungen des Preßgesetzes zu beantragen. Nach einer kurzen Discussion trat die Kammer den Commissions-Anträgen bei. Dann ging man zum Bericht von Lamey über die Errichtung eines selbstständigen Verwaltungsgerichtshofes über. Der Gesetzentwurf war durch einen Wunsch der Kammer bei der ersten Discussion über das Verwaltungsgesetz hervorgerufen, allein man fand jetzt, daß die Grundrechte gegen denselben sprechen, deren §. 49. das Aufhören aller Verwaltungsrechtspflege ausspricht. Wenn auch diese Stelle der Grundrechte noch manche Auslegung zuläßt, so wollte doch die Commission für jetzt sich nicht in den leisesten Widerspruch setzen und schlug deshalb vor, von der Berathung des Gesetzes Umgang zu nehmen, worin die Kammer ohne weiteres einstimmte. Endlich wurde noch die allgemeine Discussion über das Gesetz, die neue Verwaltungsorganisation betreffend, eröffnet. Die Beschlüsse der II. Kammer hierüber hatten in dem andern Hause eine wesentliche Abänderung dadurch erlitten, daß statt der vorgeschlagenen 30 Kreisämter nur 10 errichtet werden sollten. Die erste Kammer war durch einen sehr gründlichen Bericht des Staatsraths v. Rüdt zu dieser Abänderung veranlaßt worden, der sich auch die Regierung später anschloß. Die Commission der II. Kammer war hierüber getheilter Meinung, der Berichterstatter Lamey schlug einen Mittelweg vor. Nach einer langen Discussion, worin Staatsrath Beck die Vorzüge der 10 Kreisämter aufs vollständigste nachwies, entschied sich endlich die Kammer dafür, die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung auszusetzen; das Ergebniß derselben läßt sich nicht voraussehen, da die Kirchthurmsinteressen bei manchen Abgeordneten eine große Rolle spielen.

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen. Die Allg. Z. theilt aus siebenbürgischen Briefen, deren neuester vom 12. (Bem hält noch immer die gewöhnliche Postroute verlegt, und die Korrespondenz ist zu Umwegen genöthigt), folgende Einzelheiten über die dortigen Ereignisse mit: Am 18. Jan. herrschte die tiefste Ruhe in Hermannstadt, kein Mensch ahnte auch nur das geringste von dem Anzug der Insurgenten, die Militärbehörden selbst waren ohne alle Nachricht. Es ist dies ein anderer Beweis für die traurige Wahrheit, daß die Kaiserlichen keine oder schlechte Kundschafter erhalten können, indeß die Insurgenten trefflich bedient sind. Am 19. stand plötzlich Bem nur noch 6 Stunden von der Stadt, und indeß er näher rückte, verlangte er durch einen Parlamentär, ihm die Thore zu öffnen, wofür er Schonung zusicherte. Nun begann ein allgemeines Flüchten (wie ich Ihnen schon damals ausführlich mittheilte); alle Kassen, die wichtigsten Amtsdokumente, Weiber und Kinder wurden in die Walachei gerettet. Gleichzeitig waren die Szekler gegen Kronstadt im Anzug. Am 20. gelobten sich die Kronstädter Bürger feierlich, bis zum letzten Mann sich zu vertheidigen, aber am 21. zog die schwache Garnison, aus Besorgniß abgeschnitten oder gefangen zu werden, über die Grenze in die Walachei. Die Stimmung der Kronstädter bei dieser Gelegenheit kann man sich denken. Indessen hatte Puchner Bem am 24. von Hermannstadt zurückgedrängt, wurde aber am 26. beim Angriff auf Stolzenburg zurückgeschlagen. Die Russen waren zweimal um Hülfe gebeten worden und immer wieder abbestellt, am 3. Febr. erst wurde für Hermannstadt ihr Einmarsch definitiv verlangt (für Kronstadt schon am 1.) und am 4. rückten sie ein. An eben diesem Tag zog Puchner mit seiner ganzen Macht gegen Bem, und das 24ste Armeebülletin berichtete seinen glänzenden Sieg. Die Truppen hatten sich übrigens beinahe verschossen, statt aber die Zufuhr von Munition aus Hermannstadt abzuwarten, ließ man sich auf die Verfolgung des Feindes ein, und die Folge davon war, daß Bem mittlerweile durch aus Ungarn hereingedrungene (von Gläser zersprengte?) Haufen verstärkt die Offensive ergriff, und am 11. Febr. war Puchner wieder bis Herrmannstadt zurückgedrängt, mit einem bedeutenden Verlust, allein an Verwundeten von 200 Mann, deren viele vom Feinde aufgefangen und gemordet wurden. Bem steht nun abermals in der Nähe von Herrmannstadt! Die Details dieser Kämpfe fehlen noch. Alle Privatnachrichten aus Siebenbürgen stimmen überein über die Tapferkeit der Truppen und die — Unfähigkeit mancher Führer! Ein Brief enthält geradezu den Ausdruck „unsere braven Truppen werden zwecklos geopfert.“ Den Russen wird das größte Lob gespendet, vorzügliche Mannszucht, treffliche Haltung, die Cavallerie noch über die von ihr gehegte hohe Erwartung, die Artillerie ausgezeichnet und uns am meisten erwünscht, da es bereits an Bedienung unserer Kanonen fehlt; die meisten Vormeister sind erschossen oder verwundet. Ueber die tapfere Haltung der Sachsen ist nur eine Stimme, die Rumänen aber (d. h. die Civilbevölkerung, nicht die jetzt sogenannten „Romanen“ Grenzsoldaten, ehemals „walachische Grenzregimenter“) haben sich schlecht benommen. Fast alle Offiziere der Nationalgarden und namentlich auch die Geistlichen sind theils in die Gebirge, theils sogar in die Walachei entflohen. Das Elend in Siebenbürgen übersteigt alle Beschreibung, ganze Dörfer sind von Grund aus zerstört, die Grausamkeit mit der dieser Krieg geführt wird, wäre der rohesten Völker würdig, und man weiß nicht wem der Preis gebührt, den Magyaren oder den Szeklern; indeß haben die Rumanen auch nichts verschont. Es hat allen Anschein, daß Siebenbürgen, eines der gesegnetsten Länder Europa's, mit dem Mangel zu kämpfen haben wird, da die Insurgenten methodisch alles verwüsten. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die Russen bereits Verstärkungen an sich gezogen, und eine zweite Schlacht wird bei Hermannstadt geschlagen werden. Bem entging damals nur durch sein treffliches Pferd dem Tod, denn ein kaiserlicher Dragoner war dicht hinter ihm her, und hätte er seinen Karabiner nicht schon abgeschossen gehabt, so wäre wohl mit Bems Tod der Hauptsache ein Ende gemacht worden, denn leider ist er ein tüchtiger Soldat. Mit der bangsten Erwartung sehen wir weiteren Nachrichten entgegen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 gr.) berechnet.

№ 66. **Frankfurt a. M., Mittwoch 7. März.** **1849.**

Uebersicht.

Herrn von Schmerling's neueste Instruktion.

Deutschland. Frankfurt (Wechselordnung der freien Stadt Frankfurt. Graf Erbach. Die Linke und die Koalition. Feier des 4. März in Wiesbaden. Die österreichische Note. Die entente cordiale zwischen Oesterreich und Dänemark.) Wien (Das neue Preßgesetz. Kundmachung. Bauten. Kroatische Garnison. Die Universität. Nachrichten aus Ungarn. Die großdeutsche Gesandtschaft. Tagesnachrichten.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Die Kattundrucker. Feier des 18. März. Das Wunderkind. Ständehaus. Die Zimmergesellen. Das Narrenfest. Ausweisungen. Waldeck) Bromberg (Herr Giercke.) München (Die Matrikularbeiträge und das griechische Anlehen. König Ludwig.) Ulm (Verkündigung der Grundrechte.) Hannover (Kammer und Ministerium. Die Bürger von Göttingen.) Freiburg (Der Prozeß von Struve und Blind.) Luxemburg (Die Flottenbeiträge verweigert. Ministerkrisis.) Hamburg (Der amerikanische Handel. Marschall Marmont. Graf Holk.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen: Interpellationen wegen angeblicher Anerkennung der neuen Regierung in Toskana durch den britischen Konsul und wegen des Einrückens der Russen in Siebenbürgen. Ungünstiger Eindruck der Nachrichten aus Ostindien.)

Frankreich. Paris (Ein Sieg des Ministeriums. Die Aussichten und Erfolge der rothen Republik. Die Intervention im Kirchenstaat soll beschlossen sein. Die Gerüchte von Attentaten gegen Louis Napoleon. Ein Ehrengeschenk an Lamartine.)

Oesterreichische Monarchie. Hermannstadt (Bem) Essegg (Belagerungszustand.)

Belgien. Brüssel (Wetteifer zwischen Niederland und Belgien.)

Dänemark. Kopenhagen (Kriegsrüstungen.)

Ungarn. Pesth (Die Abtrennung Kroatiens und Siebenbürgens.)

Rußland. St. Petersburg (Die italienische Oper.)

Britisch Ostindien. (Das Nähere über die Schlacht am Dschelum. Uebergabe der Citadelle von Multan nach heftigem Bombardement. Die Veste Attock durch Verrath in den Händen der Afghanen.)

---

7. März.

Der Bundesstaat mit einem Parlament, der Staatenbund mit einem Bundestage — das ist der wahre Gegensatz, wie viele Verfassungsentwürfe man auch noch ersinnen mag, dazwischen wird die Koalition im entscheidenden Augenblicke zu wählen haben. Von diesem, wie es scheint, noch nicht allgemein begriffenen Axiome, müssen wir heute wie gestern ausgehen, und zwar heute aus Anlaß der in der letzten Nummer der Frankfurter Zeitung mitgetheilten Instruktion an den österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt.

Zunächst sind wir damit in einiger Verlegenheit, für was denn eigentlich die Eröffnung des Herrn v. Schmerling an das Reichsministerium zu nehmen ist. Wird uns damit endlich das Gegenstück zu der Kollektiverklärung der preußischen und der ihr beigetretenen Regierungen in Aussicht gestellt oder ist dieß die „baldgefällige Rückäußerung", um welche der Reichsminister-Präsident schon unterm 22. Januar bei Uebersendung der Beschlüsse der Nationalversammlung über das Reich, die „Reichsgewalt", das „Reichsgericht", den „Reichstag", die Regierung des Kaiserstaates ersuchte und der er bis zu diesem Augenblicke, so viel uns bewußt, ohne allen Erfolg entgegengesehen? Man muß sich die Thatsachen und ihre Aufeinanderfolge kurz vergegenwärtigen, um den neuesten Zug der österreichischen Politik in seinem wahren Geiste aufzufassen.

Es ist mehr als zwei Monate her, daß die Berathungen der Nationalversammlung über den „Reichstag" beendet (23. Dezember), daß derjenige Abschnitt der Verfassung, welcher der künftigen deutschen Regierung ihren wesentlichen Charakter aufprägt, sie zu einer konstitutionellen Regierung gestaltet und folglich für Deutschland die Form des Bundesstaates oder wie das österreichische Kabinet es bezeichnet, die Form des unitarischen Staates feststellt, von der Nationalversammlung in erster Lesung angenommen worden. Mit dem früher schon berathenen und mit dem am 25. Januar d. J. beendeten Abschnitte von der „Reichsregierung" lag also seither den deutschen Regierungen ein vollständig fertiger Verfassungsentwurf vor, es ließ sich ohne Mühe erkennen, wie viel die Nationalversammlung auf Veranlassung der Regierungen von den einzelnen Bestimmungen allenfalls ablassen könne, es war aber auch eben so leicht zu begreifen, daß von den wesentlichen Formen des konstitutionellen Regiments, folglich von der damit als nothwendig gegebenen Centralisation der Staatsgewalten nicht abgegangen werden würde.

Einer österreichischen Erklärung über diesen fertigen Verfassungsentwurf im Ganzen haben wir nun diese letzten Tage und Wochen mit Sehnsucht entgegengeharrt. In Erwartung derselben hat die Nationalversammlung erst am 2. März den nach allen Seiten bedenklichen Entschluß gefaßt die zweite Lesung der Verfassung noch weiter auszusetzen, und wahrhaftig, wenn man die Lage Deutschlands nach innen und außen betrachtet, so sollte man doch begreifen, daß auch für deutsche Geduld die letzte Frist dem Ablaufen nahe ist. Da erfolgt nun endlich an den österreichischen Bevollmächtigten eine Weisung, mit den Bevollmächtigten der kleineren Könige über die eventuelle Bildung einer Bundesregierung und zwar auf Grundlage des bekannten Koalitions-Entwurfs zu verhandeln, ohne daß dabei der übrigen Beschlüsse der National-Versammlung, sogar derjenigen die schon am 22. Januar dem k. k. Bevollmächtigten in „beweisender Form" und mit der Bitte um bald gefällige Rückäußerung übermacht wurden, mit einer Silbe gedacht würde. Wir mögen Jedem überlassen, über dieses Verfahren und seine Zwecke sich ein Urtheil zu bilden, vorher aber vernehme man aus der an Herrn v. Schmerling ergangenen Instruktion einen Punkt, welchen die „Frankfurter Zeitung" oder ihr Gönner aus guten Gründen unterdrückt hat: Hr. v. Schmerling ist nämlich ausdrücklich angewiesen worden, die über die Direktorial-Regierung mit den Bevollmächtigten einzuleitenden Unterhandlungen „nicht auf die Attribute dieser Regierung noch auf deren Grenzen und Modalitäten" auszudehnen.

Damit sind wir über die Absichten der österreichischen Regierung so klug als wie zuvor. Wir wissen nicht einmal, ob sie neben diesem Direktorium die Macht einer Volksvertretung zulassen, und wenn dieses, ob sie der parlamentarischen Regierung eine wirkliche Beschlußfähigkeit über alles was Deutsch-Oesterreich, was sein Heer, seine Finanzen, seine Zölle u. s. w. angeht, einräumen will. Eine Direktorialregierung ohne fernere Bestimmung ihrer Attribute, noch ihrer Grenzen und Modalitäten — ei, mein Gott, das paßt ja auf einen Bundestag so gut, wie auf eine konstitutionelle Reichsregierung!

Wir sollen unser Mißtrauen zu weit treiben? — Aber man bedenke und begreife doch nur einfach: „Alle österreichischen Lande sollen in staatlicher Einheit verbunden bleiben", das sagt nicht nur das Kremsierer Programm vom 27. Nov. — wir haben gelernt, die Sprache und Gesinnungstreue österreichischer Staatsmänner zu würdigen — das sagt die eiserne Nothwendigkeit, die Wien und Ungarn unterworfen, die Serben und Tyroler als „Brüder" aneinander schließt, das ist endlich die eindrucksvolle Sprache von 800,000 Bajonnetten. Und was diese „staatliche Einheit" sagen will, ist das denn so schwer zu verstehen? — Das österreichische Ministerium läßt gerade jetzt, zur passenden Stunde auch für uns, in seinem anerkannten Organe, dem Lloyd, für die Magyaren eine bündige Erklärung von der österreichischen Staatseinheit vortragen, die aber genau so für die deutschen und für die italienischen Provinzen gilt.

„Die verschiedenen Theile der österreichischen Monarchie müs-

sen, in Bezug auf alle Dinge, welche sie gemeinsam betreffen, in gegenseitiger Abhängigkeit von einander verbleiben. Diese Abhängigkeit der einzelnen Landestheile von einander gibt uns aber die Bürgschaft für die Unabhängigkeit der Monarchie. Was Alle betrifft, das muß von Allen entschieden werden. In allen österreichischen Angelegenheiten entscheiden nur Oesterreicher, nicht Böhmen oder Tiroler (!), Polen oder Sachsen, Ungarn oder Kroaten. Es darf in der Monarchie nur Ein Heer, Eine Flotte, Eine Staatsschuld, Ein Zollsystem, Eine Flagge, Eine Postverwaltung, Ein Münz- und Maaßsystem, Eine Vertretung dem Auslande gegenüber bestehen. Wir verlangen von Ungarn die unbedingte Einigung, wo dieselbe für das Wohl von ganz Oesterreich nöthig ist. Bei dieser Forderung wollen wir nicht um einen Zoll zurückweichen, um eine Linie nachgeben. Dem Gebote der Nothwendigkeit, wie es im ministeriellen Programm ausgesprochen worden, muß Ungarn gehorchen, ob es will oder ob es nicht will".

Das ist klar gesprochen; und es gilt nicht bloß für Ungarn, sondern für alle österreichischen Provinzen, auch für Deutsch-Oesterreich, für Böhmen und Tirol. Es kann nicht mehr zweifelhaft sein, wo für die deutsch-österreichischen Provinzen die gemeinschaftlichen Angelegenheiten gemeinschaftlich geordnet werden sollen, die Dinge die sich auf Zölle, Münze und Maaße, auf Seewesen, Posten und Eisenbahnen, auf Heer, Flotte und Flagge beziehen, ob in Wien oder in Frankfurt.

Man wird sagen, die Instruktion gibt ja die Antwort, sie bestimmt unter Nro. 3, daß die Mitglieder des Direktoriums, ohne an spezielle Instruktionen ihrer Regierungen gebunden zu sein, nach Stimmenmehrheit entscheiden sollen. — Ganz vortrefflich, aber ohne Volksvertretung gerade wie im alten Bunde. Um kein Haar leichter wogen die Befugnisse der Bundesversammlung. Mit Stimmenmehrheit sollte, wie der freilich alsbald außer Wirksamkeit gesetzte Art. VI. der Bundesakte besagte, über „gemeinnützige Anordnungen" aller Art beschlossen werden, in der Wirklichkeit aber blieb die Unabhängigkeit der großen Staaten im vollsten Umfange bestehen — kurz, nicht auf die Gestalt der exekutiven Regierungsgewalt kommt es an, sondern auf die Mitwirkung der Volks-Vertretung.

Zwischen zwei Vermuthungen muß man wählen, das Kabinet von Ollmütz verzichtet entweder auf den Fortbestand der österreichischen Staatseinheit, oder es vermeidet heute über die ersten Abschnitte des Verfassungs-Entwurfs sich zu erklären mit dem Hintergedanken sie später zu verwerfen, nach einer Seite ist dieses Kabinet nicht ehrlich, entweder nicht gegen Deutschland oder gegen die Völker Oesterreichs. Oder sollen wir wirklich glauben, daß das Gesetzgebungs-Organ für die Oesterreichische Gesammtmonarchie, in dem nach dem Entwurfe Oesterreich für seine deutschen Provinzen mit $\frac{1}{3}$ resp. $\frac{1}{4}$ und $\frac{2}{9}$ vertreten wäre, nach Frankfurt verlegt werden soll, so daß die österreichische Staatseinheit mit der Bevormundung des nicht-deutschen Oesterreich durch Deutschland erkauft würde? Oder sollte es mit der „staatlichen Einheit" doch nicht so ernsthaft gemeint sein, und sollte das Wiener Kabinet die Regierung über seine deutschen Provinzen ehrlich und freudig dem Frankfurter Direktorium, wo es 2 Stimmen gegen 7, und zwar durch das Organ eines nicht instruirten Bevollmächtigten führte, abtreten? — Auf diese Fragen würden wir vielleicht nochmals eingehen, wenn wir für Kinder und nicht für Männer schrieben.

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 6. März. Das in der gestrigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung beschlossene Einführungsgesetz der allgemeinen deutschen Wechselordnung, das bei der Stellung, welche Frankfurt als Meß- und Wechselplatz im kaufmännischen Verkehr einnimmt, auch in weiteren Kreisen ein großes Interesse ansprechen darf, lautet wie folgt:

„§. 1. Von dem 1. Mai 1849 an treten die Artikel 8 bis 46 einschließlich, 55, 56, 58 und 59 der hiesigen Ordnung in Wechsel- und Kaufmannsgeschäften vom Jahr 1739, die Verordnung vom 4. Septbr. 1798, zu Artikel 27 derselben, das Gesetz v. 12. Nov. 1844, Abänderungen, Zusätze und Erläuterungen der hiesigen Wechsel und Merkantilordnung von 1739 enthaltend, das Gesetz vom 31. Dez. 1844, Vollziehung des Gesetzes vom 12. Nov. 1844 betreffend und die Artikel 78, 80, 94, 95 und 96, der Prozeßordnung vom 30. Dezember 1819 außer Kraft.

§. 2. Von dem ersten Mai 1849 an treten an deren Stelle: 1) die durch das Reichsgesetz vom 26. Nov. 1848 verkündigte allgemeine deutsche Wechselordnung, 2) die besonderen Bestimmungen für Frankfurt, welche in den §§. 3—13 gegenwärtigen Gesetzes enthalten sind.

§. 3. Besondere Bestimmung zu Art. 2 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Zu den im Art. 2 der allgemeinen deutschen Wechselordnung unter 1. 2. 3 erwähnten Beschränkungen des Wechselarrestes kommen in Frankfurt a. M. noch folgende: Der Wechselarrest ist nicht zulässig: 4) gegen die bei dem hiesigen Linienmilitär in wirklichem Dienste stehenden Militärpersonen; 5) gegen Verwandte des Gläubigers in auf- oder absteigender Linie, so wie gegen Geschwister desselben; 6) gegen den einen Ehegatten wegen Ansprüchen des andern; 7) gegen die Ehefrau und den Ehemann zugleich wegen der nämlichen Wechselschuld; 8) gegen denjenigen Schuldner, welcher das 70. Lebensjahr angetreten hat; 9) wegen einer die Summe von 25 fl. im Hauptstuhl nicht erreichenden Forderung. Auch finden bei dem Wechselarreste die Vorschriften der §§. 2—7 des Gesetzes vom 31. Oktbr. 1818 über die persönliche Haft wegen Verbindlichkeiten des bürgerlichen Rechtes und des §. 7 des Gesetzes vom 20. Februar 1819 zum Schutze der persönlichen Freiheit Anwendung.

§. 4. Besondere Bestimmung zu Art. 18 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Wechsel, welche auf die erste Meßwoche zahlbar lauten, können in der Ostermesse erst am Dienstage und in der Herbstmesse erst am Montage der genannten Woche zur Annahme präsentirt und in Ermangelung derselben protestirt werden. Solche Wechsel, welche auf die Messe ohne weitere Angabe oder auf die zweite oder auf die dritte Meßwoche zahlbar lauten, können erst am Montage der zweiten Woche zur Annahme präsentirt und in Ermangelung derselben protestirt werden.

§. 5. Besondere Bestimmung zu Art. 29 der allgemeinen deutschen Wechselordnung und zu den Artikeln 48, 49, 50, 51, 52 und 54 der Ordnung in Wechsel- und Kaufmannsgeschäften vom Jahr 1739. Die in Art. 29 der allgemeinen deutschen Wechselordnung unter 1. vorkommenden Worte: „1) wenn über das Vermögen des Acceptanten der Konkurs (Debitverfahren, Falliment) eröffnet worden ist," so wie die in den Artikeln 48, 49, 50, 51, 52 und 54 der Ordnung in Wechsel- und Kaufmannsgeschäften vom Jahr 1739 vorkommenden Ausdrücke: „Ausbruch eines Fallimentes, ausgebrochene Insolvenz, ausgetretener Schuldner, in Insolvenz gerathener Debitor" werden dahin erläutert: daß der Zeitpunkt eines Fallimentes oder Gantes und dessen Eröffnung sich durch den Tag bestimmt, an welchem der Gantmann gerichtlich angezeigt hat, seine Zahlungen einstellen zu müssen, oder, insofern eine solche Anzeige nicht vorliegt, durch den Tag, an welchem die gerichtliche Dekretur erfolgt ist, wodurch Vermögenssperre oder Bestellung eines Güterpflegers, oder die Erlassung einer Bekanntmachung in öffentlichen Blättern, betreffe diese die Erkennung des Konkurses oder die Aufforderung der Gläubiger zur Wahl eines Masseverwalters oder Gläubigerausschusses, oder zur Anmeldung der Forderungen, oder zur Aeußerung über ein nachgesuchtes Moratorium verfügt worden ist.

§. 6. Besondere Bestimmung zu Art. 35 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Wechsel, die auf eine Messe, ohne nähere Angabe der Woche oder auf die Zahlwoche einer Messe lauten, müssen am Samstage der zweiten Meßwoche bezahlt oder protestirt werden. Wechsel, die auf die erste oder zweite oder dritte Woche einer Messe lauten, müssen am Samstage der benannten Meßwoche bezahlt oder protestirt werden.

§. 7. Besondere Bestimmung zu Art. 37 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Diejenigen Wechsel, welche in preußisch Kourant zu 105 Kr. oder in preußischen Thalern, wenn das Wort „effektiv" nicht beigefügt ist, auf Frankfurt ausgestellt werden, kann der Bezogene entweder in preußischem Silbergelde oder in Gulden, den preußischen Thaler zu 1 fl. 45 kr. berechnet, bezahlen. Diejenigen Wechsel, welche in Franken, wenn das Wort „effektiv" nicht beigefügt ist, auf Frankfurt ausgestellt werden, kann der Bezogene in französischem Silbergelde oder in Gulden, den Franken zu 28 Kr. berechnet, bezahlen.

§. 8. Besondere Bestimmung zu Art. 47 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Der Art. 47 der allgemeinen deutschen Wechselordnung ist so zu verstehen, daß, wenn ein Indossant den Wechsel ohne Hinzufügung einer Ortsbezeichnung weiter begeben hat, der Inhaber oder Indossant befugt ist, statt desselben dessen Vormann zu benachrichtigen.

§. 9. Besondere Bestimmung zu Art. 77 bis 80 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Die Verjährung wechselmäßiger Ansprüche ist für alle Wechsel, bei welchen der Lauf der Verjährung vor dem 1. Mai 1849 noch nicht begonnen hat, nach den Vorschriften der §§. 77 bis 80 der allgemeinen deutschen Wechselordnung zu beurtheilen. Hatte dagegen der Lauf der Verjährung bereits vor dem 1. Mai 1849 angefangen, so kommen die Vorschriften des bisherigen Rechtes zur Anwendung.

§. 10. Besondere Bestimmung zu Art. 87 bis 90 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Jeder Protest muß durch einen der besonders ernannten Wechselnotare aufgenommen werden und die Proteste werden Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr aufgenommen. Die Wechselnotare haben die ihnen zukommenden Aufträge schnell und pünktlich zu besorgen. Das von ihnen zu führende Register über die aufgenommenen Proteste liegt auf dem Protestkomptoir zu Jedermanns Einsicht offen. Das Wechselprotestkomptoir ist Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr offen und es muß zu dieser Zeit immer wenigstens Einer der Wechselnotare in demselben anzutreffen sein.

§. 11. Besondere Bestimmung zu Art. 92 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Die allgemeinen Feiertage sind außer den Sonntagen in hiesiger freien Stadt und deren Gebiet dermalen: der erste Januar, der Charfreitag, der Ostermontag, Christi Himmelfahrtstag, der Pfingstmontag, der Buß- und Bettag (der Freitag vor dem ersten Advent-Sonntage), die zwei Weihnachtsfeiertage.

§. 12. Besondere Bestimmungen zu Art. 96 bis 100 der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Eine Wechselklage kann nicht nur durch einen gezogenen oder eigenen Wechsel begründet werden, sondern auch a) durch diejenigen Anweisungen, welche zur Einlösung eines Wechsels dem Wechselinhaber an Zahlungsstatt zugestellt werden, um an der Kasse eines Dritten den Betrag zu erheben: b) durch Anweisungen, welche acceptirt sind, c) durch Anweisungen, die an Ordre gestellt sind, d) durch Schuldscheine und

Zahlungsversprechen, welche an Ordre lauten (billet à Ordre). Eine solche Wechselkraft haben die Urkunden unter a, b und c nur dann, wenn sie die im Art. 4 unter 2 bis 8, und die Urkunden unter d nur dann, wenn sie die im Art. 96 unter 2 bis 6 aufgeführten Erfordernisse haben. Zur Erhaltung dieser Wechselkraft muß der Inhaber alles dasjenige beobachten, was der Inhaber eines Wechsels zu beobachten hat

§. 13. Auch auf Rechtshandlungen, welche mit Wechseln vorgenommen werden, die schon vor dem 1. Mai 1849 ausgestellt waren, sind von diesem Tage an die Bestimmungen der allgemeinen deutschen Wechselordnung und des gegenwärtigen Gesetzes anzuwenden. Jedoch findet die Annahme der vor dem 1. Mai 1849 aus Baiern ausgestellten Wechsel und die Zahlung der vor dem 1. Mai 1849 in fremden Valuten ausgestellten Wechsel in der früheren Weise statt.

⁝ **Frankfurt**, 6. März. Graf Erbach, welcher nur von einem Dragoner begleitet, von General Schlick an Feldmarschall Windischgrätz abgeschickt war, ward von einer Abtheilung magyarischer Insurgenten überfallen und gefangen. Er ward nach Debreczin abgeführt und hat von dort mehrere Briefe hierhergeschrieben. Er ward sehr wohl behandelt, mehrere alte Kameraden nahmen sich seiner freundlich an, und seine Briefe sind geeignet, uns von dem Treiben der Magyaren einen vortheilhafteren Begriff zu geben, als man aus mittelbaren Berichten zu schöpfen pflegt.

*** **Frankfurt**, 6. März. Die vereinigte Linke hat auch am Freitag Abend sich nur mit den Hauptbedingungen, unter welchen die Koalition mit der österreichischen Fraktion einzugehen, beschäftigt. Die Koalitionsfrage wird aber nun bald zur Entscheidung kommen müssen. In Wiesbaden fand vorgestern zur Feier des Jahrestages der vorjährigen Revolution ein Koalitionsbanket im Kursaale statt, das alle Parteien befriedigt haben soll. Mehr war nicht zu begehren.

** **Frankfurt**, 6. März. Die gestern in der Paulskirche ausgesprochene Behauptung, das österreichische Ministerium habe in der neuen Note sich bereit erklärt, in den deutschen Bundesstaat zu treten, war ein Mährchen. Die Note stellt nur die Zustimmung Oesterreichs zu einem Direktorium in Aussicht. Die Linke der Paulskirche darf somit die Hoffnung aufgeben, daß ihre Verfassungsvorschläge in Ollmütz Gnade finden. Wird sie nun doch noch an eine Koalition mit den Absichten Oesterreichs denken? Es dürfte sehr zu bezweifeln sein. Gespannt ist man vorerst, wie die deutsch-österreichische Presse die dänischerseits so „unförmlich" erfolgte Aufkündigung des Waffenstillstandes aufnimmt. Wird sie übersehen, daß die Kabinette von Ollmütz und Kopenhagen im besten Einvernehmen stehen, daß die Aufkündigung des Waffenstillstandes der dem dänischen Gesandten in Ollmütz gewordenen Dekoration auf dem Fuße folgt und dänische Marineoffiziere in österreichische Dienste treten?

Wien, 28. Febr. Das neue Preßgesetz soll, nachdem es viermal verworfen und umgearbeitet worden ist, nächstens veröffentlicht werden. Was davon bis jetzt bekannt ist, deutet auf ein sehr strenges Gesetz. So ist z. B. die Caution eines Journals auf 10,000 fl. festgesetzt. Zwei Redakteure hiesiger — halboffizieller — Blätter wurden vom Ministerium zur Berathung zugezogen. (Allg. Z.)

△ **Wien**, 2. März. Heute erschien folgende neue Kundmachung des Gemeinderaths: „Se. Exc. der Herr Militär- und Civilgouverneur, haben den Gemeinderath der Stadt beauftragt, in seinem Namen zu erklären, daß demjenigen, welcher sich an einem gegen das Militär unternommenen Attentate mitschuldig gemacht, nebst der in dem Plakat vom 24. Febr. l. J. zugesicherten Belohnung von 200 bis 500 fl. K.-M. auch die volle Straflosigkeit zukommen solle, wenn demselben nicht die Anstiftung dieses Verbrechens, oder die unmittelbare Theilnahme an der vollbrachten oder versuchten That zur Last fällt". Die Entdeckung dieser Schuldigen gestaltet sich nachgerade zu einem förmlichen neuen Industriezweige, denn auch in der Alservorstadt circulirt eine Subskription, welche den Zweck hat, zu den vier bereits ausgesetzten Belohnungen noch eine fünfte beizufügen. Heute wird das Diplom von hier abgehen, womit der Gemeinderath den greisen Radetzky zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernennt. Der Text desselben ist von Grillparzer verfaßt, und das Ganze an Erfindung, Zeichnung und Ausstattung ein Meisterwerk. Unsere betreffenden Behörden lassen sich durch die Zeichen der Zeit nicht irre machen. Den vielen leer stehenden Wohnungen zum Trotz, haben sie einen vor mehreren Jahren beseitigten Plan zur Vergrößerung der innern Stadt zwischen dem Schotten- und Rothen-Thurm-Thore wieder aufgenommen und es haben schon mehrere Kommissions-Berathungen darüber stattgefunden. Auch die Vorarbeiten zur Regulirung der Donau sind in Angriff genommen. Das Ministerium hat zu diesem Zwecke einen Ober- und mehrere Unteringenieure beauftragt, die Donaustrecke vom Kahlenberge bis Schwechat genau aufzunehmen und zu nivelliren. Gestern ertönte plötzlich im Burghofe ein so ungewohntes wildes Geschrei, daß die halbe Stadt in Allarm kam, doch beruhigte man sich schnell wieder, als es sich zeigte, daß es ein Zivioruf war, welchen die neu angekommenen 2600 Kroaten bei einer Inspizirung dem Kaiser, ihrem Banus und dem Gouverneur brachten. Es sind dieselben Regimenter die wir schon von den Oktobertagen her kennen, aber Niemand freut sich dieser alten Bekannten.

Unsere noch uneröffnete Universität scheint sich doch nicht ganz ohne Grund mit dem baldigen Anfang der Studien zu schmeicheln, da wie nun in dem außerordentlichen Professor der Philosophie in Göttingen, Dr. Lott, in derselben Eigenschaft eine neue Acquisition gemacht haben. Der landwirthschaftliche Kongreß, welcher Ende d. M. in Aussicht gestellt war, ist durch das Ministerium der Landeskultur definitiv auf den 19. März einberufen.

Aus Ungarn keine offiziellen Nachrichten, doch muß nach Privatbriefen in der Gegend von Gyöngyös ein Kampf statt gefunden haben; man brachte aus jener Richtung mehrere Wagen voll Verwundete nach Pesth. Komorn soll ganz cernirt und bereits beschossen worden sein.

Gestern Abend trafen die „großdeutschen" Abgeordneten Heckscher, Somaruga und Herrmann hier ein und eilten bereits heute früh nach Ollmütz, um das letzte Wort Oesterreichs in der deutschen Frage zu veranlassen. Möge es denn endlich dieses Wort vernehmen lassen. Die Regierungen von 22 Millionen deutscher Völker haben bereits gesprochen: wenn Oesterreich kann, so möge es ihrem Beispiele folgen, aber rasch: Deutschland hat lange in Geduld gewartet, jetzt drängt die Zeit und der Frühling ist vor der Thüre!

Nachschrift. Es kömmt uns so eben die noch unverbürgte Nachricht zu, daß in der Gegend von Erlau ein sehr bedeutendes und blutiges Gefecht soll statt gehabt haben, in welchem jedoch endlich die k. Truppen Sieger geblieben.

* **Wien**, 2. März. Der bekannte Schriftsteller und Nationalökonom Dr. Kreuzberg aus Prag wurde im Gablonzer Wahlbezirke in Böhmen zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt. Die ungarischen Bischöfe haben einen Hirtenbrief erlassen, worin sie zur Treue gegen den rechtmäßigen König Franz Joseph ermahnen. Hinsichtlich der neuen österreichischen Anleihe waltet von beiden Seiten Unentschlossenheit. Weder der Minister Kraus, noch die hiesigen Banquiers konnten sich bisher zu einem festen Abschluß vereinigen. In Italien hat sich aus politischen Gründen entschiedene Abneigung gegen irgend eine Betheiligung ausgesprochen. Der k. k. Konsul in Odessa, Dr. Gutmannsthal, wird sich im Auftrage des österreichischen Handelsministeriums nach Petersburg begeben, um der daselbst im Mitte Mai stattfindenden Industrie-Ausstellung beizuwohnen. Man erwartet von seinen Beobachtungen nützliche Fingerzeige für die österreichischen Handelsinteressen.

** **Kremsier**, 1. März. (Reichstagssitzung.) Beim Beginn der Sitzung verliest der Schriftführer Ullepitsch eine Eingabe des seit längerer Zeit auf Urlaub abwesenden Deputirten für Ragusa, Androvich, in welcher derselbe erklärt, daß er nur Wien für den Sitz des österreichischen konstituirenden Reichstages ansehen könne; er halte es mit der Würde eines Volksvertreters nicht vereinbar, an dem Reichstage in Kremsier Theil zu nehmen. In Folge dieser Erklärung wird der Antrag des Bureau's wegen Ausschreibung einer neuen Wahl für Ragusa angenommen. Kübeck, in zwei Wahlbezirken gewählt, nimmt als Abgeordneter für den zweiten Wahlbezirk Wiens seinen Sitz in der Kammer ein. Vom Präsidenten Smolka wird die Anzeige gemacht, daß eine große Anzahl von Vertrauensadressen an den Reichstag eingelangt ist, unter denen eine von 722 Stadt- und Dorfgemeinden und mit 40,595 Unterschriften bedeckt, in böhmischer und deutscher Sprache verlesen wird. Zu den zahllosen, noch immer nicht vom Ministerium beantworteten Interpellationen, kommen abermals zwei hinzu, die vor leerem Ministertisch abgelesen werden: die eine vom gallizischen Abgeordneten Bogdas, abermals das Gesetz vom 7. Sept. v. J. betreffend, die zweite vom Abgeordneten Löhner, den Einmarsch der Russen in Siebenbürgen betreffend. Dieselbe stellt folgende Fragen an das Ministerium: 1) Hat

das Ministerium in irgend einer Art Antheil an dem Einmarsch der Russen, oder hat es zwar nicht zu dem Einschreiten Puchners beigetragen, jedoch auf diplomatischem Wege in Petersburg die Erlassung von Instruktionen an den russischen General veranlaßt, in Folge deren der Einmarsch erfolgte? 2) Den einen oder den andern Fall gesetzt, ist das Ministerium bereit, die einschlagenden Papiere auf den Tisch des Hauses zu legen? 3) Den ersten Fall gesetzt, ist das Ministerium entschlossen, den General Puchner zur Rechtfertigung seines Schrittes anzuhalten? 4) Den zweiten Fall gesetzt, hat das Ministerium die Erlassung solcher Instruktionen an die russischen Generale nur für die siebenbürgische Grenze oder auch für andere Grenzen erwirkt? 5) Ist das Ministerium bereit, dem Hause erschöpfenden Aufschluß zu geben, ob und welche Verhandlungen bezüglich eines Bündnisses mit Rußland und mit welchem Erfolge stattgefunden? 6) Ist endlich das Ministerium bereit, im Falle die Okkupation gegen seinen Wunsch stattgefunden, energisch die Räumung des österreichischen Gebietes zu betreiben?

Hierauf wird die Diskussion über §. 15 der Grundrechte eröffnet. Dieser Paragraph lautet im Entwurfe der Kommission: „Die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche, namentlich in Beziehung auf das Kirchenvermögen und die Wahl der Kirchenvorsteher, sowie die Bedingungen, unter welchen Klöster und geistliche Orden fortzubestehen oder aufzuhören haben, werden durch besondere Gesetze bestimmt“. 32 Redner sind gegen und 17 für den Paragraphen eingeschrieben. Wieser, der erste Redner gegen den Paragraphen, begründet sein im Vereine mit mehreren Gliedern des Hauses gestelltes und beinahe einstimmig unterstütztes Amendement: „Das Verhältniß des Staates zu den einzelnen Religionsgesellschaften (Kirchen) ist durch ein organisches Gesetz zu regeln, welchem folgende Bestimmungen zur Grundlage dienen sollen: a) Jede Kirche steht, wie alle Gesellschaften und Gemeinden im Staate unter den Gesetzen, dem Schutze des Staates. b) Jede Kirche ordnet und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbstständig. c) Das Recht, die Kirchenvorsteher durch freie Wahl zu bestellen, wird den kirchlichen Gemeinden und Synoden, zu welchen auch die Gemeinden Vertreter senden, eingeräumt. d) Das Kirchenvermögen wird durch Organe, welche von den kirchlichen Gemeinden, oder nach den Umständen, von der Diöcesan- oder Provinzial-Synode zu wählen sind, unter dem Schutze des Staates verwaltet, bis zur organischen Regelung des Kirchenwesens auf diesen Grundlagen bleiben die vom Staate bisher in dieser Beziehung ausgeübten Rechte in Wirksamkeit.“ Goriup spricht sich gegen die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate aus. Kosakiewicz (kath. Pfarrer) will, daß jede Kirche ihre kirchlichen Angelegenheiten selbstständig ordnen und verwalten, aber unter der Aufsicht des Staates bleiben soll. Jede Gemeinde soll das Recht haben, ihre kirchlichen Vorsteher selbst zu wählen. Der Staat soll für den würdigen Unterhalt der Seelsorger und des kirchlichen Kultus Sorge tragen, die kirchlichen Güter verwalten, sie aber weder verkaufen, noch zu andern als kirchlichen Zwecken verwenden können. Auch spricht er sich für Aufhebung der Klöster aus. (Schluß der Sitzung.)

Der Konstitutionsausschuß wird noch im Verlaufe des heutigen Tages den Entwurf der Konstitution vollenden. Die tyroler Frage verzögerte seine Arbeit; die Südtyroler beharren auf der Trennung von Nordtyrol und einer eignen Provinzialverfassung und Verwaltung. Vielfältig spricht sich hier und zwar selbst in den Klubs der verschiedenen Fraktionen der Wunsch aus, daß die vom Ausschusse verfaßte Konstitution in möglichst kürzester Frist ohne Debatte in Bausch und Bogen angenommen werde. Bis auf die Czechen und Polen wären alle Parteien hiezu geneigt. Der Eindruck, der dadurch im Volke hervorgebracht würde, wäre ein durchaus günstiger, da alle Gemüther durch das Ungewisse, Bodenlose und Schwankende unserer Verhältnisse im hohen Grade unzufrieden sind. Der Reichstag würde durch diesen Akt den Dank der Völker Oesterreichs sich erwerben und der fromme Wunsch Schuselka's, daß die Konstitution bis zum 15. März beschworen werde, ginge seiner Erfüllung entgegen.

○ **Berlin**, 3. März. Ueber die Unruhen unter den Kattundruckern kann ich Ihnen folgendes zuverlässig melden. Durch die immer weiter um sich greifende Anwendung der Maschinen war ein Theil der hiesigen Kattundrucker schon vor längerer Zeit allmälig überflüssig geworden, da die bisherige Methode weder an Schnelligkeit noch Güte mit den Maschinen wetteifern konnte. Viele dieser Leute waren zu anderen Beschäftigungen übergegangen. Im vorigen März meldeten sie sich wieder bei den Fabrikherrn und verlangten von ihnen beschäftigt zu werden. Bei den bedenklichen Aspekten jener Zeit wagte man es nicht sie ganz abzuweisen, sondern stellte die, welche man irgend brauchen konnte, an und sagte den Uebrigen bis zum 1. März d. J., sie möchten gebraucht werden oder nicht, einen Tagelohn von 10 Silbergroschen zu. Diese Unterstützung war demnach vorgestern abgelaufen. Die Goldschmidt'sche Fabrik beschäftigt außer den eigentlichen Druckern, noch eine Menge anderer Arbeiter, wenn es gut geht wohl an zwölf hundert. Diese Arbeiter verlangten, von den Druckern aufgehetzt, eine Erhöhung des Lohnes. Sie stellten ihren Kameraden vor, daß die Fabrikherrn, bei denen eben viele Bestellungen eingelaufen seien, sich zu jeder Bewilligung herbeilassen würden. Herr Goldschmidt war auch zu einer Erhöhung des Lohnes bereit. Aber die Arbeiter verlangten, daß er ihnen diese Verheißung schriftlich und gerichtlich zusichern solle. Nachdem diese ungeziemende Forderung gebührend zurückgewiesen worden, drohten sie die Arbeit ganz einzustellen. Es wurde ihnen hierauf bemerkt, daß wer die Fabrik jetzt verlasse, nie mehr in dieselbe zurückkehren dürfe. Hierauf rotteten sich achtzig Arbeiter zusammen, zwangen durch Drohungen siebenzig andere ihre Partei zu nehmen, stellten die Arbeit ein und ließen die Absicht merken, die Fabrik zu zerstören. Die Konstabler, die herbeigerufen worden, wurden verjagt, zum Theil gemißhandelt und eine Abtheilung Jäger mußte die Ordnung wieder herstellen. Am anderen Tage kehrte ein großer Theil der Arbeiter mit der Entschuldigung, daß er von den Tumultuanten gezwungen worden, in die Fabrik zurück. Diese wurden wiederum angestellt, jene achtzig Anstifter aber durch andere Arbeiter ersetzt. Heute sind sie, mit Stöcken bewaffnet, wiederum vor dem Lokal des Herrn Goldschmidt erschienen, und haben unter Drohungen gegen die Person des Fabrikherrn und sein Etablissement ihre Forderung auf Arbeit mit erhöhtem Lohne erneuert. Herr Goldschmidt ist übrigens ein sehr wohlwollender Patron seiner Arbeiter, der schon vor einiger Zeit einer Menge anderer Fabrikanten den Vorschlag machte den Arbeitslohn zu erhöhen und zu diesem Zwecke den Preis der Fabrikate etwas aufzuschlagen, was aber namentlich von den Fabrikanten in Sachsen und am Rhein abgelehnt wurde. Uebrigens haben sämmtliche Kattundrucker in Berlin die Arbeit eingestellt, obgleich viele Bestellungen vorhanden sind.

Lith. Korr. **Berlin**, 4. März. Die Linke der II. Kammer will das früher in der Nationalversammlung beantragte Denkmal zur Erinnerung an die Märzrevolution jetzt durch eine Privatsammlung ins Werk setzen. Die Veranstaltung einer derartigen Sammlung durch die ganze Monarchie ist in der Weise organisirt worden, daß je ein Abgeordneter für diesen Zweck die Sammlungen in den einzelnen Provinzen zu leiten beauftragt ist. So für Sachsen Hr. Schulze (Delitzsch), für Schlesien Hr. Stein, d'Ester für die Rheinprovinz, Rodbertus für Pommern u. s. f. In Breslau, Köln, Stettin und anderen größeren Städten ist man mit Vorbereitungen zur Feier des 18. März schon jetzt eifrig beschäftigt!

Die Unzulänglichkeit der für die Kammer errichteten Gebäude, die übrigens nur provisorisch als Sitzungslokale dienen sollen, hat veranlaßt, daß an die Errichtung eines großartigen und der Würde der Volksvertretung entsprechenden Ständehauses schon jetzt Hand gelegt wird. Dasselbe soll in dem ausgedehnten Raume, der sich neben dem Hardenberg'schen Palais befindet, seine Stelle erhalten, so daß das jetzt für die zweite Kammer errichtete Gebäude in Verbindung mit dem Hardenberg'schen Palais selbst lediglich für die Büreaus benutzt werden soll. Die Messungen sind bereits vorgenommen.

Die Gährung, die unter den hiesigen Arbeitern seit einiger Zeit wieder bemerkt wird, und die sich in der vorigen Woche bei der Kattundruckeremeute sogar in gewaltthätigen Angriffen auf das Eigenthum einiger Fabrikherren Luft zu machen drohte, hat auch die Zimmergesellen ergriffen. Auch sie verlangen den ihnen früher bewilligten höheren Lohn und drohen andernfalls mit Arbeitseinstellung.

AZC **Berlin**, 4. März. Das mehrbesprochene Narrenfest hat nicht ganz befriedigt. Trotz alles Aufwandes von närrischer Weisheit gelang es erst einer zum Schluß gegebenen Theatervorstellung elektrischer auf das Narrenreich einzuwirken. Der Titel dieses Stückes war „Lysistrate oder der passive Widerstand socialer Tendenz“, Drama mit Gassenhauern und Versenkungen aus dem

bürgerlichen Leben, nach einer Idee des Aristophanes für Berlin und seinen zweimeiligen Umkreis bearbeitet von mehreren Gelehrten des Kladderadatsch." Den allerdings dankbaren Inhalt bildeten die bekannten Verhandlungen unsrer städtischen Behörden über die Aufhebung des Belagerungszustandes und die dichterische Behandlung des Stoffes ließ die berühmten Equivoken der Herren v. Voß und Stollberg als graziöse Tändeleien erscheinen, während die Aufführung die absolute Abwesenheit jeder weiblichen Zuhörerschaft voraussetzte.

Der Schriftsteller Saß, ein geborner Lübecker, welcher sich seit mehreren Jahren hier aufhielt, hat gestern auf Befehl des General v. Wrangel die polizeiliche Weisung erhalten, Berlin bis heut Abend zu verlassen.

Man bemerkt übrigens, daß die Staatsgewalt in ihrem Verfahren gegen mißliebige Nichtortsangehörige gegenwärtig noch energischer einschreitet, als bis lang in früheren Monaten. Es vergeht fast kein Tag, an welchem nicht eine oder die andere hierher gehörige Maßregel getroffen würde.

Der Abg. Waldeck ist dem Vernehmen nach mit Abfassung einer Schrift über die neueren preußischen Zustände beschäftigt, welche jedenfalls großes Interesse in Anspruch nehmen wird. Wir bemerken dabei, daß dieser so rasch zu Ruf gelangte Abgeordnete im Jahre 1802 geboren ward, mithin als 47jähriger Mann im rüstigsten Mannesalter steht. Wenig Juristen bekleideten vor ihm in diesem Alter schon die hohe Würde eines Geh. Ober-Tribunalsrathes. Durch keine hervortretenden politischen Antecedentien aus früherer Zeit bekannt, gehört er zu der kleinen Zahl politischer Berühmtheiten, welche erst die Revolution von 1848 erzeugte. Daß er indeß seinen jetzigen politischen Ansichten bereits von frühester Jugend huldigte, scheint unter Andern der Umstand zu beweisen, daß er mit Heinr. Heine auf der Göttinger Universität in einer intimen Freundschaft lebte.

Bromberg, 1. März. Gestern früh traf hier der frühere Minister, jetzige Präsident des hiesigen Oberlandesgerichts, Herr Gierke, von Stettin ein. Kaum hatte sich die Nachricht seiner Ankunft verbreitet, so wurde von dem demokratisch gesinnten Theil der Einwohnerschaft beschlossen, ihm einen Fackelzug zu bringen. Ein hiesiger Seifenfabrikbesitzer lieferte hierzu unentgeltlich 200 Fackeln, und Abends halb acht Uhr bewegte sich der Zug vom Markte nach dem Hotel, wo Herr Gierke vorläufig seine Wohnung genommen. Die Militärmusik war zu dieser Feier verweigert worden. Heute wird Herr Gierke in sein Amt eingeführt und zwar von den Personen, die gegen seine Herkunft so sehr protestirt hatten.

München, 3. März. Stockinger ist nicht zum König gerufen worden, wie man in den letzten Tagen allgemein irrig behauptet hatte. Selbst Hr. v. Scheurl, der vorgestern in Nymphenburg war, wurde nur über Gegenstände von untergeordnetem Interesse, nicht über die Bildung des neuen Kabinets zu Rathe gezogen. Die Majorität der Abgeordneten nimmt diesem seltsamen, schwankenden Benehmen der Krone gegenüber eine mit jedem Tage bestimmtere Oppositionshaltung ein, welche in den Versammlungen ihrer Klubs noch weit schärfer sich offenbart als in den öffentlichen Sitzungen. Aus ganz sicherer Quelle erfahren wir, daß die Mehrheit der Mitglieder des Gesetzgebungsausschusses, welchem die Begutachtung hinsichtlich der Matrikularbeiträge für die deutsche Reichsgewalt übertragen worden, fest entschlossen ist zur Deckung des geforderten Betrags jene Summe in Anspruch zu nehmen, welche König Ludwig bekanntlich vor Jahren ohne Wissen und Bewilligung der Stände der Regierung Griechenlands aus den Staatsgeldern vorgeschossen hat. Bekanntlich theilt einem Privatvertrage zur Zeit des letzten Thronwechsels zufolge König Ludwig die Civilliste mit seinem Sohne. Die Entfernung von den Regierungsgeschäften hat die Leidenschaft des alten Königs für kostspielige Bauten neu angeregt und wenn er jetzt die entfremdete Summe herbeischaffen soll, wird er auf mehrere Jahre hinaus in seinen Kunstliebhabereien sich beschränken müssen. Es sind drei Jahre verflossen seitdem die Kammer der Abgeordneten zum erstenmal in geheimer Sitzung von den Ministern Rechenschaft über jene Gelder gefordert hat. Hr. v. Abel, der damals noch in der vollen Glorie seiner ministeriellen Gewalt und einschüchternden Grobheit auf der grünen Bank saß, war — wie mir ein Augenzeuge jener geheimen Sitzung schilderte — plötzlich ungewöhnlich milde und kleinlaut geworden, als Hr. v. Lerchenfeld ihn zur Verantwortung aufforderte. Er antwortete mit der Stimme eines Mannes, der auf der Anklagebank sitzt: König Ludwig habe für jene Summe, die er der Regierung seines Sohnes in einem Augenblick drückendster Finanzklemme vorgeschossen, durch eigenhändige Unterschrift Bürgschaft geleistet. Ueber diese Sitzung soll aber dem alten König damals kein Wörtchen gesagt worden sein, denn bei seiner launenhaften Reizbarkeit hütete sich damals jeder Günstling (besonders Herr v. Abel) irgend etwas zur Kenntniß der Majestät zu bringen, was deren Ohren unangenehm klingen mochte. So wird ihn natürlich jetzt die offene Mahnung der Kammer zur Rückzahlung doppelt überraschen. Die Spannung zwischen Vater und Sohn scheint fortzudauern; sie meiden sich gegenseitig und besuchten selbst während des Karnevals nie zusammen eine öffentliche Festlichkeit. Bis jetzt trifft der alte König auch noch gar keine Anstalten, das Schloß zu verlassen und nach dem neuen rothen Palast überzusiedeln, welcher ursprünglich zum Wohnsitz seines Sohnes bestimmt war.

= **Ulm**, 4. März. Heute fand bei uns auf öffentlichem Markte die Verkündigung der Grundrechte durch den Stadtschultheißen statt. Die ganze Bürgerwehr und eine große Menge Menschen nahm an dem feierlichen Akte Theil. Der Stadtschultheiß beging zwar den Mißgriff, sich persönlich deßhalb zu vertheidigen, weil er nicht schon vor acht Tagen (als hier die Generalversammlung der Landesvereine stattfand) die Verkündigung vorgenommen habe. Doch bewies seine Rede, daß er die hohe Bedeutung der Grundrechte wohl erkenne. Freilich sagte er, es stürze mit dem morschen alten Bau auch viel Treffliches. Aber — ist denn etwas noch trefflich, wenn es einmal morsch ist? Fuimus Troes! Im Gegensatz zu dem Landesausschuß, der gegenwärtig mit dem Ministerium, besonders mit Römer, im Kampf liegt, schlug der Stadtschultheiß eine Vertrauensadresse für das Ministerium vor. Die Listen dazu sind von heute an im Rathhause niedergelegt. Hiemit schloß die vom heitersten Frühlingshimmel begünstigte Feier. Ein Hoch auf ein einiges, großes, freies Deutschland fand lauten Widerhall.

Hannover, 3. März. Nachdem beide Kammern sich über die Grundrechte geeinigt, nachdem sie in einem Schreiben an die Regierung dem Willen des Landes, treu zu Deutschland zu stehen, die Frankfurter Versammlung als die höchste gesetzliche Macht im Vaterlande anzuerkennen, Geltung verschafft, haben sie noch einmal den Verdiensten der Minister um die innern Angelegenheiten Hannovers Gerechtigkeit widerfahren lassen. Als das ständische Schreiben mit dem Beschlusse für die Grundrechte (den ich Ihnen gestern mitgetheilt habe) verlesen war, sprach Schatzrath Lang: „Wir haben durch unser ganzes Verhalten gezeigt, daß wir den Ernst dieser Angelegenheit gewürdigt, daß wir an unserer Ueberzeugung festgehalten haben. Unser Beschluß war der Ausdruck der öffentlichen Meinung, war in Uebereinstimmung mit der größten Mehrheit unseres Landes. Ich glaube auch jetzt in voller Uebereinstimmung mit diesem Hause, mit der überwiegendsten Mehrheit in unserem Lande zu sein, wenn ich dringend bitte, daß die Herren Minister die Verwaltung fortführen. Ich fordere die Herren dieses Hauses auf, durch Erheben von ihren Plätzen ihre Zustimmung zu geben." Alle Abgeordneten erhoben sich, nur Weinhagen nicht. Er motivirte dieses damit, daß er nicht glaube, Minister, die sich so offen und ohne Rückhalt gegen die Grundrechte ausgesprochen, könnten noch dem König und dem Lande große Dienste leisten. Der Syndikus Lang widerlegte dies damit, daß Staatsmänner ihre persönliche Ueberzeugung wohl dem Willen des Landes unterordnen können. In der ersten Kammer sprach Wyneken, einer der ausdauerndsten Vertheidiger der Grundrechte gegen die Geistlichen und Bureaukraten, den Wunsch aus, die Minister möchten bleiben; auch dort ward diesem Wunsche allgemein zugestimmt. Die göttinger Bürger haben die Professoren, welche glaubten, gegen die Grundrechte auftreten zu müssen, beschämt. Sie haben ihrem Abgeordneten Ellissen, einem der tüchtigsten Männer im Ständehause, ihren Dank für sein ausdauerndes und ehrenwerthes Benehmen in der deutschen Sache ausgesprochen. (K. 3.)

Freiburg, 3. März. Die Sitzung der Geschwornen zur Aburtheilung der, wegen Hochverraths, Kassenraubs und Erpressungen in Anklagestand versetzten G. Struve und K. Blind werden am Dienstag, dem 20. d. M. beginnen. (Schw. M.)

Luxemburg, 28. Febr. Seit drei Monaten ist Willmar, vormals Abgeordneter zu Frankfurt, Präsident des Regierungsraths, in welchem er mit Ulrich, N. Metz und Ulveling sitzt. Die

reine, abgeklärte Gesinnung dieses Mannes hatte schon begonnen, das Ländchen eine verständige Lösung seiner innern und auswärtigen Fragen erwarten zu lassen. Nun beendigten die Landstände am 25. Febr. ihre Session von 1848 damit, daß sie mit Stimmenmehrheit den von der Regierung begehrten Matrikularbeitrag für die deutsche Flotte und zu den durch die in Schleswig und im badischen Oberlande verursachten Kosten rund heraus verweigerten. Wie wir hören, hat in Folge dieses Beschlusses Willmar, welcher außer der Justiz und dem Kultus auch das Portefeuille des Auswärtigen hat, seine Entlassung begehrt, und wir stehen, wenn dieselbe wider Erwarten vom Großherzog angenommen werden sollte, am Vorabend böser Verwickelungen. (Köln. Z.)

Hamburg, 2. März. Die jüngst eingegangenen amerikanischen Berichte melden, daß die kalifornischen Spekulationen in ganz anderer Weise, als zuerst erwartet, auf den Newyorker Markt einwirken. Es ist letzterer nämlich in Folge bedeutender Aussendungen von Kontanten und der Anlegung großer Summen in Schiffen, wofür einstweilen keine Retouren zu erwarten sind, fester geworden und Geld macht sich rarer. Sollte dieses fortdauern, so würde Silber für Nordamerika ein Einfuhrartikel werden. Der Bericht drückt am Schlusse die Befürchtung aus, daß Viele, die mit glänzenden Erwartungen nach den kalifornischen Goldminen pilgern, traurige Nachrichten zurückbringen dürften, weil durch eine so plötzliche Bewegung, deren Konsequenzen noch Niemand vorhersehen könne, das reelle Geschäft förmlich aus seinen Fugen getrieben wird. Eine merkwürdige Erscheinung ist der seit einiger Zeit sich hier aufhaltende greise Marschall Marmont, Herzog von Ragusa, welcher mit schneeweißem, aber aufrecht gehaltenem Haupte täglich auf dem Jungfernstieg ambulirt. Er scheint sich übrigens hier recht wohnlich zu fühlen, da derselbe, um sich eine längere Zeit in Hamburg aufzuhalten, das schöne Haus unseres Deputirten Ernst Merck in Frankfurt bis auf Weiteres in Miethe genommen. In Angelegenheit der deutsch-dänischen Verwickelungen ist so eben ein neuer dänischer Kurier, ein Graf Holk (Sohn des hiesigen dänischen Postdirektors) mit Depeschen vom Kopenhagener Kabinet nach Frankfurt abgegangen. Auf der hiesigen russischen Gesandtschaft herrscht gegenwärtig eine große Thätigkeit. (D. Ref.)

Großbritannien.

* **London**, 3. März. Im Oberhause richtete Lord Brougham gestern an den Marquis von Lansdowne die Frage, wie es sich mit dem Gerücht verhalte, daß der britische Konsul zu Livorno die neue Regierung von Toskana anerkannt habe? Er erwähne ein solches jedenfalls sinnloses Gerücht hier nur deshalb, weil es nicht nur in allen französischen und einigen englischen Zeitungen, sondern auch in einer Proklamation der revolutionären Regierung veröffentlicht worden sei? Der Marquis von Lansdowne erwiederte, daß er von dieser Anerkennung der revolutionären Regierung von Toskana durch den britischen Konsul weder etwas wisse, noch daran glaube. Graf Grey legte eine „sehr wichtige" Denkschrift in Betreff der Schifffahrtsgesetze, welche man eben erst von der gesetzgebenden Versammlung von Kanada erhalten, auf der Tafel des Hauses nieder.

Im Unterhause richtete Lord Dudley Stuart an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Frage: ob die Regierung in Betreff der in den öffentlichen Blättern erschienenen Mittheilung, daß ein russisches Heer in Siebenbürgen eingerückt sei, Nachricht erhalten habe? Lord Palmerston erwiederte, daß die Regierung allerdings hiervon in Kenntniß gesetzt worden sei; die Russen seien indeß nur auf Ersuchen der bedrängten Bevölkerung von Kronstadt und Hermannstadt gekommen, um diese Städte zu besetzen; auch glaube er nicht, daß sie an den militärischen Operationen anderweit Theil nehmen würden. (Hierbei ist zu erwähnen, daß schon die Besetzung der Donaufürstenthümer dem Minister des Auswärtigen gar nicht genehm war, wie sich wenigstens aus folgender Stelle in dem zu Lord Palmerston's Verfügung stehenden „Globe" erkennen läßt: „die wenigen englischen Staatsmänner, welche sich um die Einsicht in solche Gegenstände bemühen, und der Theil der französischen Gesellschaft, welcher das volle (?) Verständniß derselben hat, werden einräumen, daß die französische und englische Regierung in keiner Weise ehrenvoller mit einander Hand in Hand gehen können, als wenn sie nachdrücklich darauf bestehen, daß die russische Armee unverzüglich aus den Donaufürstenthümern zurückgezogen werde." Ist diese Stelle, wie so viele Rodomontaden in halboffiziellen Blättern, auch nur eine bloße Redensart? oder sollte wirklich zwischen Frankreich und England eine Art Dupel-Allianz gegen die russische Besetzung der Donaufürstenthümer im Werke sein? Und wie wird man jetzt diese Frage in Paris und London auffassen, seitdem auch Oesterreich die Russen herbeigeholt hat und schon aus Dankbarkeit Rußlands treuer Kumpan sein und bleiben muß?)

Im Unterhause stellte Lord J. Russell endlich definitiv seinen Antrag auf Einführung der bereits angekündigten und vorläufig vom Hause besprochenen Hilfsarmensteuer in Irland. Denjenigen irischen Mitgliedern, welche behaupten, man dürfe Irland eine solche Steuer nicht einseitig auflegen, so lange seine sonstigen Steuern zu allgemeinen Reichszwecken verwandt würden, hielt der Minister das Faktum entgegen, daß England direkte und indirekte Steuern im Betrage von 12 Millionen Pf. zu zahlen habe, von denen Irland ausgenommen sei. Die Opposition gegen diese Maßregel war auch diesmal eine heftige. Der Schatzkanzler wies schließlich darauf hin, daß hier keine Zögerung am Orte sei, wenn man nicht Tausende in Irland dem Hunger preisgeben wolle, worauf die Debatte bis Montag ausgesetzt wurde.

Die neuesten Nachrichten über die Kriegsvorfälle in Pendschab (vergl. unter „Britisch Ostindien") haben auf die Börse einen so ungünstigen Eindruck gemacht, daß die Konsols auf 91⅝ und ¾ zurückgingen. Die Times bemerkt, daß das blutige Schlachtfeld an den Ufern des Dschelum (Hydaspes) dasselbe sei, auf welchem der Kampf zwischen Alexander dem Großen und dem König Porus stattfand.

Frankreich.

* **Paris**, 4. März. Das Ministerium hat gestern in der Frage der „schreienden Verletzung des Associationsrechtes" einen vollständigen Sieg erfochten. Der Ministerpräsident selbst bestieg die Tribüne, um der Regierung das Recht zu vindiciren, durch ihre Beamten von dem, was in derartigen lärmenden Versammlungen verhandelt wurde, Kenntniß zu nehmen. „Wir erkennen, sagte er am Schlusse seines glänzenden Vortrags, wir erkennen das Recht sich zu versammeln an, wir verlangen aber, daß die Parteien den Muth haben, dadurch daß sie den Agenten der Regierung den Zutritt zu ihren Versammlungen gestatten, ihre Meinungen öffentlich zu bekunden. Je mehr Freiheit und Rechte ein Land genießt, desto höher muß das Gesetz in Achtung stehen." Auf Odilon Barrot's eigenes Verlangen wurde die von zwei Mitgliedern der Rechten beantragte motivirte Tagesordnung, welche dem Verfahren der Regierung ausdrücklich die Billigung der Nationalversammlung zu erkennen gab, durch die einfache Tagesordnung ersetzt.

Die Vereinigung der sämmtlichen Schattirungen der socialistisch-demokratischen Partei, um gemeinsam auf die bevorstehenden Wahlen einzuwirken, beginnt der gemäßigten Partei Besorgnisse einzuflößen: das beweist die Aufmerksamkeit, welche die Organe der letztgenannten Partei dem Treiben ihrer Gegner schenken, das beweist ihr fortgesetztes Bestreben, den verschiedenen Fraktionen Versöhnung und Eintracht zu empfehlen, das beweist selbst die Bitterkeit, mit welcher der Moniteur, sonst nur der leidenschaftslose Berichterstatter trockener Thatsachen, die Manifestationen der rothen Republik verfolgt. Und allerdings scheint große Ursache zu Besorgnissen vorhanden. In einer Masse von Departements hat die extreme Partei große Fortschritte gemacht, und rechnet man dazu die Sympathien der arbeitenden Bevölkerung fast aller größeren Städte für sie, so scheint eine verstärkte Thätigkeit und Energie aller guten Bürger wohl gerechtfertigt.

Die Union will wissen, daß in einem gestern abgehaltenen Ministerrathe beschlossen worden sei, auf das erste förmliche Ansuchen des Papstes (das bekanntlich bereits erfolgt sein soll) direkt und im Einvernehmen mit den übrigen katholischen Mächten zu interveniren. Es soll bereits Befehl gegeben sein, für diesen Fall Truppen bei Marseille und Toulon zusammenzuziehen und ein Geschwader in die Gewässer von Civita Vecchia zu senden. Man erwartet wichtige Depeschen aus Gaeta.

General Changarnier hat in diesen Tagen dem Präsidenten der Republik einen langen Besuch abgestattet, und ihn, wie wiederholt versichert wird, zu größerer Vorsicht bei seinen häufigen Ausgängen aufgefordert, da man gewissen Absichten gegen seine Person auf die Spur gekommen sein will.

Die Maires des 10. und 11. Stadtbezirks von Paris haben in Begleitung mehrerer Offiziere der Nationalgarde Herrn von Lamartine die dreifarbige Fahne überreicht, welche Bürger dieser beiden Bezirke am 24. Februar v. J. von der Deputirtenkammer nach dem Stadthause trugen und welche die erste war, die bei Verkündigung der Republik aufgepflanzt wurde. Der Maire des 10. Bezirks sagte bei Ueberreichung des Geschenks, daß diese historisch gewordene Fahne nicht besser aufbewahrt werden könne, als bei einem Bürger, der sie so ehrenvoll vertheidigt habe. Lamartine erwiederte, daß diese Fahne ihm in doppelter Beziehung theuer sei: einmal, weil es die erste sei, welche die Wiege der Republik beschattet, dann, weil es die erste sei, welche dieser Republik ihren Charakter der Nationalität, der Mäßigung, der Eintracht und des Einklangs mit den schönsten historischen Erinnerungen Frankreichs gegeben.

Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 12. Febr. Dem geschlagenen Rebellenkorps sind bis jetzt 21 Kanonen abgenommen worden; die Zahl der Gefangenen geht über 1000. Bem ist abermals mit genauer Noth entwischt. Er war schon gefangen, ein Offizier von Bianchi hatte die Hand auf ihm, als Kossuthhusaren ihn befreiten. Unter den bei dem Siege am 4. Febr. mit dem Wagen des Anführers Bem erbeuteten Gegenständen befindet sich auch das Siegel Bem's. Man sieht in demselben die vereinigten Wappen Ungarns und Polens, über denselben das Emblem der Versehung (das Auge Gottes). Unter dem Wappen die Unterschrift: „Tábornok Bem". Die Randumschrift lautet: „Magyar hadsereg fövezéro — 1. legio Polska" (Oberanführer der magyarischen Armee. Erste polnische Legion). Hieraus läßt sich entnehmen, welches Ziel Bem seinen Planen gesteckt hatte. (Agr. Z.)

Essegg, 22. Febr. Die Stadt Essegg sammt den Vorstädten und umliegenden Dörfern ist heute in Belagerungszustand erklärt worden. (Presse.)

Belgien.

** **Brüssel**, 27. Febr. Eine der glücklichsten Folgen der Trennung Belgiens von Nordniederland besteht darin, daß an die Stelle der ehemaligen Abneigung und wechselseitigen Hemmung der regste Wetteifer zwischen beiden Ländern getreten ist, es einander in Verbesserungen zuvorzuthun. Es ist eine Eifersucht, die noch schöne Früchte reifen wird. Bei jeder Reform in Belgien — und das Land ist reich daran — haben die holländischen Blätter nichts Eiligeres zu thun als dieselbe ins glänzendste Licht zu stellen und die eigenen Zustände daran zu spiegeln; ebenso umgekehrt läßt besonders die vlämische Presse keine Gelegenheit vorbeigehen, um jeden Fortschritt in Holland hervorzuheben. So haben jetzt die von der holländischen Thronrede in Aussicht gestellten Ersparnisse, zumal bei der Landmacht, die belgische Eifersucht geweckt. Die Independance meint, das sei überflüssig, betrage doch der niederländische Ausgabeposten für die Landmacht (von 1848) bei einer Bevölkerung von 3 Millionen 26 Millionen Fr., also 8 Fr. 66 Cnt. auf den Kopf, und bei einer Ersparniß selbst von 2 bis 2½ Millionen Gulden noch immer 7 Fr., während in Belgien das Kriegsbudget von 27 Millionen, vertheilt über eine Bevölkerung von 4,400,000 Einwohner, auf jeden nur mit 6 Fr. drücke. Zudem sei Holland noch mit einem Budget von 12 Millionen Fr. für die Kriegsmarine beschwert, und das alles zum Schutz und zur Vertheidigung eines Landes, viel leichter zu vertheidigen und zu bewahren als Belgien.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. März. So wenig man auch im Ernste an die Erneuerung des Krieges denken mag, werden doch die Vorbereitungen mit äußerlich kriegerischem Anstande fortgesetzt. Das Kriegsministerium macht heute die Kavalleriedepots bekannt, bei welchen wieder freiwillig zum Gebrauch des Heeres gestellte Pferde mit Dank angenommen werden. Neulich wurden die Schiffsrheder, deren Schiffe zum Truppentransport nach Fridericia brauchbar wären, aufgefordert, sich zu melden. (B.-H.)

Ungarn.

Pesth, 24. Febr. Vorgestern wurde im Komitatshause ein Reskript der Regierung in Olmütz verlesen, worin das Pesther Komitat in Kenntniß gesetzt wurde, daß Kroatien, Slavonien, die serbische Wojwodowina, eingerechnet das Banat, endlich Siebenbürgen künftighin der k. ungarischen Kameralverwaltung nicht mehr unterstünden. Damit wäre denn ein großer bedeutungsvoller Schritt geschehen, das historische Ungarn nach seinen nationellen Gebieten zu zerschneiden und den politischen Brennpunkt all dieser Länder von Pesth nach Wien zu schieben. (Allg.Orst.Z.)

Rußland.

St. Petersburg, 22. Febr. Die Direktion des kaiserlichen Theaters macht bekannt, daß Se. Maj. der Kaiser die Beibehaltung der italienischen Oper nur für den Fall erlaubt hat, daß alle Kosten durch ein genügendes Abonnement gedeckt würden.

Ostindien.

* Britisch Ostindien. Der Bericht der „Bombay Times" über die blutige Schlacht am Dschelum (Hydaspes) zwischen Briten und Sikhs, die ihren kriegerischen Ruf hier wieder auf's Glänzendste bewährten, lautet im Wesentlichen: Nach den früheren erfolglosen Treffen vom 22. Nov. und 3. Dez. schien der Oberbefehlshaber Lord Gough entschlossen, den Feind sich selbst zu überlassen, bis Multan gefallen oder das britische Belagerungskorps zu ihm gestoßen sei. Am 10. Jan. traf Oberst Lawrence direkt aus dem Hauptquartier des Generalgouverneurs (Lord Dalhousie) im Lager ein, wahrscheinlich mit der Weisung, vorrücken zu lassen, was daraus hervorzugehen scheint, daß das Heer folgenden Tags Befehl zum Aufbruch in der Richtung des Dschelum erhielt. Am 13. Vormittags erblickte man das Lager der Sikhs. Der britische Oberbefehlshaber, ein tapferer Haudegen, aber kein geschickter Taktiker, meinte, daß es zur Ausführung seines Schlachtplans, wonach Russul, der Schlüssel der Stellung, genommen werden sollte, heute zu spät sein würde, und beschloß, den Angriff bis zum folgenden Tag zu verschieben. Nachmittags 1 Uhr aber eröffneten die Sikhs, von denen Lord Gough sich eingebildet zu haben scheint, sie würden sich ruhig verhalten und die Briten in ihrem Bivouak nicht stören, ein heftiges Geschützfeuer auf die Briten; mehrere Kugeln schlugen dicht in der Nähe des Oberbefehlshabers selbst ein, und dieser gab nun Befehl zu einem allgemeinen Angriff, ohne daß dazu irgend Dispositionen getroffen waren. So scheinen denn die einzelnen Brigaden, ohne Zusammenhang unter sich, je nach Ort und Gelegenheit angegriffen zu haben, sie fochten mit größter Tapferkeit und eroberten auch mehrere Batterieen, wurden aber durch das heftige Musketenfeuer des Feindes, der die einzelnen britischen Brigaden in der Flanke und selbst im Rücken zu fassen wußte und zum Theil durch Verschanzungen und Verhaue gedeckt war, aus den eroberten Stellungen immer wieder herausgetrieben. Am meisten scheint die Brigade unter dem General Pennycuick gelitten zu haben. Sie erstürmte eine Batterie, ohne von dem englischen Geschütz unterstützt zu werden, als plötzlich mehrere Regimenter Sikhs aus einem Hinterhalte ein furchtbares Feuer auf sie eröffneten, daß sie zum Rückzuge zwang. Der Brigadegeneral Pennycuick fiel selbst mitten im Gefecht, das 24. Infanterieregiment (ein britisches) verlor auf dieser heißen Stelle 13 Offiziere und 287 Gemeine an Todten und 10 Offiziere und 214 Gemeine an Verwundeten. Das 30. Regiment (aus Eingebornen bestehend) zählte an Todten und Verwundeten 287 Mann. Ein übereilter Rückzug des 14. Dragonerregiments, welches die Bespannung und Bedienung an den eigenen, hinter ihnen aufgefahrenen Geschützen zum Theil niederritt, gab dem Feind Gelegenheit, 6 Geschütze zu nehmen, wovon nur 2 wieder erobert werden konnten. 37 Artilleristen mit ihrem Major, C. Christie, wurden an den Geschützen vom Feinde niedergehauen. Der Abend trennte die Kämpfenden. Die Sikhs zogen sich sofort nach Russul zurück, dem festen Stützpunkt ihres rechten Flügels, wo sie sich verschanzten; die Briten blieben auf dem zum Lager ausersehenen Grunde stehen, wo sie ebenfalls Verschanzungen aufwarfen, indem sie sich bis zum Eintreffen neuer Verstärkungen aus Multan und Dschullunder zu schwach fühlten, einen neuen Angriff zu unternehmen. Die am härtesten mitgenommenen Regimenter wurden nach Lahor und Ramnuggur zurückbeordert, um hier durch neue ersetzt zu werden. Von den 30 bis 40 Geschützen der Sikhs, die man zu einer oder der andern Zeit genommen hatte, behielten die Briten nur 12; die übrigen wurden von den Sikhs in Sicherheit gebracht. Die Briten verloren an Geschützen 4, an Fahnen 7, an Todten und

Uebersicht.

Deutschland.

: **Frankfurt**, 7. März. Um dem Schmerling-Welcker'schen Projekte eines Direktoriums bei gewissen Parteien Kredit zu geben, wird unter anderm versichert, der preußische Bevollmächtigte habe sich über dasselbe zustimmend geäußert. Es bedarf wohl kaum der Bemerkung, wie abgeschmackt dergleichen Gerede jedem erscheinen muß, der von der Sachlage auch nur die oberflächlichste Kenntniß hat.

△ **Wien**, 3. März. Baron Prokesch-Osten wird Wien in Kurzem verlassen, da er zum österreichischen Gesandten in Berlin ernannt ist. Der jetzige dortige Gesandte Trautmannsdorf wird wahrscheinlich die schon so lange unbesetzte Stelle eines Oberhofmeisters an unserem Hofe erhalten. Die heutige Wiener Zeitung enthält 4 Urtheile, worunter man mit besonderer Spannung das des Schriftstellers Wilhelm Ehrlich las, für dessen Leben man in großer Besorgniß war. Er war Redakteur des „österreichischen Landboten" und später der „Nationalzeitung, ein Volksblatt für demokratische Interessen" wovon er zugleich Eigenthümer und verantwortlicher Redakteur war. Wenn man eine Parallele zwischen ihm, Jellinek und Becher zieht, so war er jedenfalls für die öffentliche Stimmung gefährlicher als die beiden andern zusammen, denn er schrieb in einem für die unteren Klassen faßlichen Style von der weder Becher's exaltirte Phantasiebilder, noch Jellinek's hegelianische Metaphysik verstanden werden konnte. Sein Urtheil lautet nach dem Kriegsrechte in Verbindung mit dem Civilstrafgesetze „wegen Theilnahme an dem Oktoberaufstande und Aufwiegelung zur Empörung" auf zwölfjährigen schweren Kerker. Ehrlich ist aus Neutnau im Großherzogthum Baden, 30 Jahre alt, katholischer Religion und verheirathet. Die übrigen 3 Verurtheilten sind: der Schmied J. Rumsauer aus Ungarn und der Seidenzeugmacher J. Schneider aus Wien, wegen aufwiegelnder Reden, Ersterer zu decimonatlichem, Letzterer zu achtmonatlichem Stockhausarrest in Eisen verurtheilt. Dann der Handlungsbuchhalter Eduard Meelitschek aus Mähren im Brünner Kreise, 28 Jahr alt, welcher bis zum 29. Okt. Adjutant, „des berüchtigten Obersten Wutschel" war und am 6. Okt. einen Säbel auf dem Stephansplatze zeigte, der sich zwar nicht mehr vorfindet, den er aber damals „Latoursäbel" genannt haben soll, ist wegen „Theilnahme an dem Aufruhr" zu siebenjährigem schwerem Kerker verurtheilt, jedoch in Berücksichtigung einiger Milderungsumstände auf fünfjährigen schweren Kerker begnadigt. Der vor einigen Tagen zu zweijähriger Schanzarbeit verurtheilte Gürtlermeister Roggenhofer ist auf die Vorstellungen einer Deputation seiner Mitbürger aus der Vorstadt Neulerchenfeld, daß Roggenhofer die Waffe nur aus Unverstand verheimlicht habe, gänzlich begnadigt worden. Ebenso wurde der Student Baukal aus Böhmen wegen Mangel an Beweisen der ihm zur Last gelegten Vergehen aus den Oktobertagen ab instantia losgesprochen.

Für Wien bleibt es dem F. M. L. Welden überlassen, die kirchliche Feier des 15. März abhalten zu lassen oder nicht; er soll sich aber dahin geäußert haben, daß er die Zustände Wiens in diesem Augenblick nicht für Festlichkeiten geeignet finde. Also für Wien keine Märzfeier.

Die versprochenen Szeredschaner sind nun wirklich, 600 an der Zahl, eingerückt und machen schon Streifpatrouillen auf den Glacis. In den letzten acht Tagen sind meines Wissens keine Attentate gegen Soldaten mehr verübt worden, dagegen kamen wenigstens 10 bis 12 Verhaftungen wegen Verheimlichung von Waffen vor und erst gestern wurde wieder ein Schmiedgeselle von zwei dienstfertigen Civilisten auf die Wache gebracht, angeblich weil er übel von dem Militär gesprochen hatte. Die allgemeine Stimmung ist also noch immer keine unbedingt friedliche zu nennen.

Graf Wickenburg, der als Gouverneur v. Steiermark viel Gutes stiftete, wird wohl in Leoben zum Reichstagsdeputirten gewählt werden, da ihm die Steiermark einen Beweis ihrer Anhänglichkeit zu geben wünscht, um ihn zu entschädigen für die harte Art, womit er, weil er sich im vorigen Jahre zu populär gemacht, von seiner Stelle entlassen wurde. Die Rekrutirung nimmt in Böhmen keinen guten Fortgang; in Saaz, Pomeisl und Hagensdorf mußte sie wegen Widersetzlichkeit eingestellt werden. Ueber den Kampf bei und in Kapolna (s. das nachfolgende Armeebulletin) erfahren wir noch, daß mehrere Eskadronen Husaren so tapfern Widerstand leisteten, daß sie am Ende auch gänzlich aufgerieben wurden, ohne sich zu ergeben. Am 26. hatte sich ein Bataillon Zanini-Infanterie (Italiener) in der Kirche und den sie umgebenden Häusern von K. verschanzt und waren nicht zum Weichen zu bringen, bis man die ultima ratio anwandte und die Häuser sammt der Kirche in Brand schoß. Dann erst verließen sie die Italiener und wurden zu Gefangenen gemacht sammt zehn ihrer alten Offiziere, welch' Letzteren man ein übles Prognostikon stellt, da die wenigsten derselben von Adel sind und kaum „berücksichtigungswerthe Familienverhältnisse" bei ihrem Urtheilsspruche vorkommen dürften. Die ungarische Armee hat sich nun in zwei Kolonnen zurückgezogen gegen Erlau und gegen die Theiß; wo es scheint, daß sie ein zweitesmal die Schlacht anbieten will. Man gibt die Streitkräfte, welche sie bei Kapolna entwickelte, auf 40,000 Mann an, die k. Armee stellte 50,000 entgegen. Ein Gerücht sagt, General Bem habe Siebenbürgen geräumt und sich in das Krassoer Komitat geworfen, was wohl eine Folge des Einmarsches der Russen sein dürfte, wenn es sich überhaupt bestätigt. Die Ungarn scheinen plötzlich ihren alten Muth wieder gefunden zu haben und das frühere Weichen auf allen Punkten scheint eine Folge ihres Mangels an geübten Führern und überhaupt mangelhafte Organisation gewesen zu sein. Um so trauriger, da das Ende dieses Kampfes leicht vorauszusehen ist und er nur um so blutiger enden wird! Nach Privatnachrichten wäre Erlau schon von dem Korps des Grafen Schlick besetzt. Die letzten Armeeberichte waren von dem Wunsche des Fürsten Windischgrätz begleitet, die Bülletins so kurz als möglich zu fassen. Das siebenbürgische Generalkommando gibt eine ziemlich lange Darstellung der Gründe, welche den Einmarsch der Russen veranlaßten und schließt damit, man möge darin nichts Auffallenderes suchen, als „wenn man Jemanden, der in einem an der Landesgrenze befindlichen Strome unterzugehn in Gefahr ist, von jenseits herüber aus der Gefahr rettet, und die hilfreiche Hand dann wieder zurückzieht." Wir wünschten zu Oesterreichs eignem Besten, die „hilfreiche Hand" hätte sich schon wieder zurückgezogen, denn in den slawischen Provinzen dauert die Gährung fort und Rußland pflegt seine „hilfreiche Hand" nicht ohne Schadloshaltung zu reichen. Aus Szegedin schreibt man vom 24. d. M.: Heute früh haben die Magyaren mit der ganzen Szegediner Garnison einen Ausfall auf Szöreg gemacht und diesen Ort mit Haubitzen beschossen, wobei der größte Theil des Dorfes in Flammen aufging. Es dürften noch in keiner Schlacht so viele Magyaren gefallen sein, als hier. Knicanin, der bei Zeiten aus Beba nach Szöreg zu Hilfe kam, war der Held des Tages; er leitete die Schlacht, welche von früh bis Abends dauerte, und die Reihen der Magyaren, die mit Wuth und Verzweiflung fochten, wurden von dem Kartätschen- und Pelotonfeuer und von unsern Bajonetten furchtbar gelichtet. Als sie nach hartnäckigem Widerstande gegen Abend zu fliehen begannen, wurden sie von den Serbianern verfolgt und niedergemetzelt; der Rest wurde gegen die Theiß und Maros getrieben, wo über die Hälfte der Fliehenden, da das Eis einbrach, in den Wellen dieser Flüsse das Grab fand.

Nach der Schlacht verlegte Knicanin das Szöreger Lager nach Djale. Er selbst kehrte sodann nach Beba zurück, wo ihm eben aus Temesvar vom Patriarchen das Ernennungsdiplom zum Rang eines k. Generalmajors der Nationaltruppen zukam.

Von Kronstadt wird geschrieben, daß am 14. dort bekannt

wurde, daß von mehreren Seiten Szekler in größeren Massen gegen Herrmanstadt, zur Unterstützung Bem's anrückten, welcher letztere jedoch, hier eingelangten Nachrichten zu Folge, bei der ungarischen Armee angekommen sein dürfte.

26. Armee-Bulletin.

Der Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz, welcher am 25. Februar sein Hauptquartier in Gyöngyös genommen, gab dem Feldmarschall-Lieutenant Grafen Schlick, welcher am selben Tage in Petervasara eingetroffen war, den Befehl, sich am 26. über Verpeleth mit der Hauptarmee zu vereinigen, um die Insurgenten mit vereinten Kräften anzugreifen.

Am 26. Februar rückte die Kolonne des F.-M.-L. Grafen Wrbna von Gyöngyös gegen Kapolna, jene des F.-M.-L. Fürsten Schwarzenberg von Arok-szallas gegen Kaal vor. Um 2 Uhr stießen diese Kolonnen, eine Stunde Weges vor Kapolna auf den Feind, welcher mit seinem linken Flügel vor Kaal stand, den Wald zwischen Kaal und Kompolt besetzt hielt, und seine Aufstellung bis über die Hauptstraße, welche von Gyöngyös nach Kapolna führt, ausgedehnt hatte. Als die ersten Kanonenschüsse bei der Kolonne des F.-M.-L. Fürsten Schwarzenberg hörbar wurden, griff F.-M.-L. Wrbna auch seinerseits den Feind an, der bedeutende Streitkräfte entwickelte.

Der Feind zeigte Anfangs die Absicht, unsere linke Flanke zu bedrohen, indem er sich einer waldigen Höhe bemächtigte, die er mit 2 Bataillons besetzte. Eine Kompagnie vom 6. Feldjäger-Bataillon, unter Hauptmann Feldegg, unterstützt von 2 Kompagnien Erzherzog Stephan, warf jedoch den Feind durch einen kühnen Bajonnetangriff heraus, und besetzte diesen wichtigen Punkt. Major Salis wurde hierbei durch einen Granatensplitter verwundet.

Hierauf versuchte der Feind mit seiner Kavallerie unser Centrum zu durchbrechen, indem er mit derselben zwischen die beiden Kolonnen eindrang. Vier Eskadronen Civallartuhlanen kamen, nachdem sie eben erst ein feindliches, in Massa stehendes Infanteriebataillon auseinander gesprengt hatten, diesem Angriffe mit seltener Entschlossenheit zuvor und warfen, unterstützt von einer Abtheilung Kreßchevauxlegers, welche mit bewunderungswürdiger Ordnung und Präzision auf eine Division Husaren attaquirte, den Feind mit großem Verluste zurück.

Unserseits blieben hierbei Lieutenant Weißenthurn und 6 Uhlanen; 35 wurden verwundet. Vom Feinde lagen 60 Todte und schwer Verwundete am Platz.

Hierauf zog sich der Feind auf allen Punkten zurück und wurde bis gegen Kapolna und Kaal verfolgt, wo die einbrechende Dunkelheit dem Gefechte ein Ende machte.

Feldmarschalllieutenant Graf Schlick, welcher am 26. bis Verpeleth vorzudringen beabsichtigte, um seine Vereinigung mit der Hauptarmee zu bewerkstelligen, konnte diese Absicht am selben Tag nicht erreichen, da er das enge Defilee von Sirck vom Feinde besetzt fand und selbes wegen der großen Vortheile, die es dem Vertheidiger bot, erst nach einem sehr ruhmvollen Gefecht in seine Gewalt bekommen konnte. Bis dahin war gleichfalls die Nacht hereingebrochen, welche das Korps in dieser Stellung zubrachte.

Am 27. früh ließ der Feldmarschall den Angriff fortsetzen, nachdem er durch das in seiner linken Flanke lebhaft unterhaltene Geschützfeuer von dem Herannahen des F.-M.-L. Schlick unterrichtet war. Letzterer trieb den Feind bis Verpeleth vor sich her, in welchem Orte sich derselbe festsetzte und hartnäckigen Widerstand leistete. Das Dorf wurde jedoch von der Brigade Kriegern genommen, wobei sich besonders das 2. Bataillon Latourinfanterie rühmlichst auszeichnete. Der Feind zog sich in eiliger Flucht auf die Höhen zurück. Eine Abtheilung wurde in die Gebirgsschluchten in der Richtung gegen Erlau hineingeworfen, die sich auf der Miskolczer Hauptstraße zurückzog. Der Feind schien auf den Besitz von Kapolna großen Werth zu legen, da er zweimal Versuche machte sich dessen wieder zu bemächtigen. Nachdem es ihm jedoch nicht gelang, durch sein zahlreich aufgeführtes Geschütz die Brigade Wiß daraus zu vertreiben, die Brigade Collaredo aber, indessen durch das in gleicher Höhe liegende Dorf Döbrö vorgedrungen war, und des Feindes Angriffskolonnen in deren rechter Flanke bedrohte, so beeilte er sich über die Höhen zurückzuziehen. Auf dem rechten Flügel rückte F.-M.-L. Fürst Schwarzenberg bis Kaal vor, welches Dorf er mit Sturm nahm.

Die weichenden feindlichen Streitkräfte, welche mit zahlreicher Artillerie versehen waren, zogen sich in eine Stellung bei Maklar zurück. Sie wurden eine Stunde über Kapolna hinaus verfolgt, wo der bereits einbrechende Abend und die Ermüdung der Truppen der Verfolgung Einhalt zu thun gebot.

Wir hatten es während dieser zweitägigen Schlacht auf allen Punkten mit der Hauptstärke des Feindes zu thun; allein der vortreffliche Geist und die Tapferkeit der Truppen, die zweckmäßige Führung der Herren Generale und das lebhafte wirksame Feuer der Artillerie wußten selbst die numerische Ueberzahl zu überwinden.

Bei der Einnahme von Kapolna wurde das in Essegg von der österreichischen Fahne abgefallene Bataillon Zanini-Infanterie, welches die Kirche besetzt hatte, zu Gefangenen gemacht.

Nachdem von allen Punkten der ausgedehnten Schlachtlinie die Meldungen bis zum Abgange des Couriers noch nicht eingelangt waren, so kann der beiderseitige Verlust in Ziffern noch nicht genau angegeben werden.

Feindlicherseits dürfte derselbe in mindestens 2—300 Todten bestehen; außerdem machten wir 900—1000 Gefangene, worunter 15 Offiziere, und erbeuteten eine Fahne.

Von den Unsern ist der Verlust nicht so bedeutend. Wir bedauern den Tod des Rittmeisters Züllow von Preußen-Kürassier, des Lieutenants Schulz vom 2. Jäger-Bataillon. An Verwundeten den Hauptmann Sauer von Latour-Infanterie, den Oberlieutenant Staffmann und Rittmeister Uechtritz von Preußen-Kürassier, Hauptmann Weckbeker des 2. Jäger-Bataillons und einiger Anderer. Wien, den 3. März 1849. Der Militär- und Civil-Gouverneur: Welden, Feldmarschall-Lieutenant.

* **Wien**, 3. März. **Krakau hat sich neuerdings erhoben. Die Stadt wurde bombardirt und durch Militärmacht die Ruhe hergestellt.** Fünf Aufwiegler wurden standrechtlich aufgehenkt.

Die Herstellung der Telegraphenlinie von hier über Linz und Salzburg dürfte in baldigen Angriff genommen werden, da die hierzu nöthigen Tragsäulen bereits angeschafft werden.

Gratz, 27. Febr. Die Wahlen für Frankfurt wurden in allen slovenischen Bezirken der Steiermark vorgenommen, nur Pettau ist noch unvertreten, weil Bürgermeister Raisp und Prof. Kudler, auf welche die Wahl gefallen war, dieselbe ablehnten.

Const. Bl. a. B.

** **Berlin**, 5. März. Ihnen über die Sitzung der zweiten Kammer vom Sonnabend zu schreiben, verlohnte sich ebensowenig der Mühe, als über die heutige Sitzung. Ich darf mich kurz fassen. Die Prüfung der Wahlen ist heute beendigt. Eine Wahl des Mitgliedes der Stadt London (Rechte), des Herrn v. Winterfeld, gab Herrn v. Bodelschwingh Gelegenheit, vorgestern zu debutiren. Wenn man den Kaplan v. Berg bald nach Vincke oder überhaupt in dieser neuen Atmosphäre witzeln hört, sollte man meinen, es sei gar nicht derselbe, der von sich reden gemacht hat. Wenn Sie eine Weile durch ein Mikroskop auf einen Gegenstand geblickt und ihn in Gedanken mit andern Objekten verglichen haben und nun plötzlich mit bloßem Auge die Mücke sehen, so haben Sie ungefähr den Eindruck, welchen Hr. v. Berg jetzt hervorbringt. Damit will ich seinen Verehrern, von denen ihn die Meisten aus Langeweile bewundern, nicht zu nahe treten. Bei der Abstimmung über die Gültigkeit jener Wahl hatte, wiewohl Schwerin, Vincke u. A. mit der Linken stimmten, die Rechte eine Mehrheit von 30 Stimmen. Freilich votirten Rupp u. A. von der Konversationshaus-Partei (Linke) mit der Stadt London. Aber es ist auch noch keineswegs ausgemacht, ob Rupp, ja selbst ob Unruh längere Zeit an den Versammlungen im Konversationshause sich betheiligen werden. Es läßt sich übrigens nicht verheimlichen, daß nach jeder Sitzung Einer oder der Andre das Programm der Rechten wegen Anerkennung der Verfassung aus freiem Antrieb unterzeichnen konnte. Heute galt es die sehr zweifelhafte Wahl Grebel's und Gladbach's. Beide sind bestätigt worden. Die letztere macht den gesittetern Mitgliedern der Linken wo möglich noch weniger Vergnügen, als Ehre. Waldeck, der hoffentlich mit Heinrich Simon einen eignen Kreis bilden wird, worin ein bessrer Ton herrscht, soll über die Wahl Gladbach's ungemein übel gelaunt sein. Was von Gladbach, das gilt auch von Grebel. Bei der Prüfung einer Wahl auf der rechten Seite, des Hrn. Küpfer für Wirsitz, dessen sich Hr. v. Gagern von der Tribüne zu Brandenburg im Dom des großen Otto nicht ohne Lächeln erinnern wird, kamen vorgebliche Bestechungen zur Sprache, die freilich darauf reduzirt wurden, daß 1 Thlr. 10 Sgr., eine Summe demnach verausgabt war, welche höchstens als Entschädigung für die weite Strecke gelten konnte, die von dem Empfänger, dem Wähler, zurückgelegt worden. Hr. v. Vincke nahm aber dabei Gelegenheit, mit einigen Blitzen die Schwüle, welche sich über diese Verhandlung lagerte, zu durchwettern; eine deutsche Kammer dürfe nimmer dulden, daß auch nur Ein Platz im Wege der Bestechung besetzt werde. Diese sittliche Strenge erntete den Beifall unsrer deutschen Männer und so walte Gott, daß unser Gewissen rein bleibe!

♀ **Berlin**, 5. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer waren wiederum die Wahlprüfungen an der Tagesordnung. Nur zwei davon verdienen Erwähnung, weil man an ihnen von Neuem erkennt, wie wunderbar der Rechtsstandpunkt ist, den die Kammer bei diesem Geschäfte eingenommen hat. Bei der Wahl des Abg. Grebel sind 29 Stimmzettel auf ganz falsche Voraussetzungen hin für ungültig erklärt worden; nur dadurch hat Grebel die Mehrheit erhalten. Dennoch beantragte die Abtheilung der die Wahl überwiesen war, die Gültigkeitserklärung der Grebel'schen Wahl, weil das Präsidium bei den Urwahlen (Wahlkommissarius und Stimmzähler) dem Gesetze nach als eine Jury zu betrachten sei, die ganz nach subjektivem Ermessen über die Gültigkeit zu entscheiden habe, von deren Ausspruch keine Appellation gestattet sei. Die Versammlung ging auf diesen Grund ein und bestätigte die Wahl.

Die zweite Wahl, die des Abg. Küpfer, gab uns ein kleines Bild englischer Wahlen. Die Deutschen im Kreise Wirsitz (Großherzogthum Posen) hatten in einer Vorwahl Hrn. Küpfer als ihren Kandidaten aufgestellt; um sicher zu sein, daß alle ihre Wahlmänner bei der Wahl erschienen, hatten sie den Aermeren

von ihnen die Reisekosten nach Bromberg, wo die Wahl stattfand, und freies Unterkommen daselbst versprochen, waren auch diesem Versprechen nachgekommen. Es ist konstatirt und wurde auch von dem Abg. Küpfer selbst zugegeben, daß in einem Chausseehause bei Bromberg eine Liste der betreffenden Wahlmänner ausgelegt, die Vorübereisenden nach ihrem Namen gefragt worden sind, und wenn sie der Partei Küpfer angehörten, einen Zettel mit „gut für . . . . .“ erhalten haben. Gegen die Angriffe der Linken, welche wie Sie denken können, recht bei der Hand waren, trat namentlich Vincke auf und führte aus, daß das obige Verfahren keine Bestechung sei, sondern nur eine Erleichterung für die Wahlmänner, von ihrem Rechte Gebrauch machen zu können. Nach längerer Verhandlung bestätigte die Versammlung auch diese Wahl.

Morgen findet nun die definitive Konstituirung statt. Grabow und Unruh stehen gegeneinander; es ist aber schon so gut, wie ausgemacht, daß Grabow siegt. Die Rechte hat bereits den Antrag vorbereitet, dem Präsidenten Gehalt zu geben.

✗ **Berlin**, 5. März. Die heutige Sitzung der ersten Kammer dauerte wenig über eine Stunde. Während der Verlesung des Protokolls traten die Minister Brandenburg, Ladenberg, Rintelen, Strotha und Rabe in den Saal. Herr Hansemann, der hierin eine Wirkung seiner letzthin ausgesprochenen Rüge sehen konnte, eilte den Finanzminister zu begrüßen. Nachdem der Präsident mehrere Nachwahlen (Justizminister Rintelen, Regierungspräsident v. Witzleben, Finanzminister Rabe, Syndikus Moewes, Ober-Revisionsrath v. Oppen, Oberkonsistorialrath Nitzsch) angezeigt hatte, legte der Justizminister der Kammer zwei Verordnungen — die Aufhebung des Gerichtsstandes und die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens mit Geschwornen betreffend — zur Genehmigung vor. Die Versammlung beschloß den Druck dieser Verordnungen ohne sofortige Verlesung. Dann fuhr sie in Prüfung der Wahlprotokolle fort und genehmigte die Wahlen der Abgeordneten Graf Dyhrn, Graf York, Stahl, Katte, Itzenplitz, Rosenkranz, Jakobs und General v. Willisen. Der Abgeordnete Rösler stellte den Antrag: die Versammlung wolle das Gesetz wegen Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse möglichst bald in Berathung ziehen. Er erklärte in seiner Motivirung den gegenwärtigen Zustand für unerträglich und tadelte das Gesetz wegen interimistischer Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse als unzweckmäßig. Forkenbeck forderte die Kammer auf, durch einstimmige Annahme der Anträge dem Lande zu beweisen, daß die materiellen Interessen des Landes ihr am Herzen liegen und daß sie auch hierin der zweiten Kammer nicht nachstehen wolle! Die Versammlung beschloß einstimmig, den Antrag in Erwägung zu nehmen. Derselbe geht nun an die Abtheilung zurück, um der Kammer von Neuem zur erschöpfender Berathung vorgelegt zu werden. — Man hofft, daß am 8. d. die Adreß-Debatte werde beginnen können. Eine Scheidung in Parteien ist noch immer nicht eingetreten. Die ganze Kammer versammelt sich bei Mielentz, wo sie abwechselnd in dem großen oder kleinen Saal ihre Sitzungen hält. Die Debatten werden durch ein Comite geleitet, das aus den Abgeordneten v. Saucken, Brüggemann, v. Brandt, Baumstark und Kisker besteht und auch die innern Angelegenheiten besorgt. Bis jetzt sind die Mitglieder der ersten Kammer mit denen der zweiten nicht in Verbindung getreten; doch sollen Unterhandlungen darüber im Gange sein.

Konst. Korr. **Berlin**, 5. März. Der größte Theil der Maurer- und Zimmergesellen haben heute die Arbeit eingestellt, indem sie vor Wiederaufnahme derselben die Zusicherung der hohen Löhne vom vorigen Sommer verlangen. Sie gruppiren sich auf dem Dönhofsplatze und anderwärts, was bereits mehrere Verhaftungen zur Folge gehabt hat. Ungefähr 30 Mitglieder der Rechten in der zweiten Kammer haben sich unter Osterrath zur Bildung einer Art rechten Centrums vereinigt, dem sich leicht eine Anzahl der Gemäßigten von der Linken anschließen dürften.

Berlin, 5. März. Nächsten Mittwoch wird Se. Majestät der König eine große Heerschau über sämmtliche hier anwesende Truppen am Kreuzberge vor dem Hallischen Thore halten. Gegen 35,000 Mann Truppen sollen hier jetzt zur Besatzung stehen.

Dem hiesigen österreichischen Gesandten, Grafen von Trautmannsdorf, ist jetzt doch ganz unerwartet die Anzeige gemacht worden, daß er demnächst abberufen werden wird. Ein offizielles Abberufungsschreiben hat derselbe noch nicht erhalten. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts bestimmt, wenn man auch den Herrn Prokesch von Osten dazu bezeichnet.*)

Auch unter Deputirten der Linken wiederholt sich das Gerücht, daß Herr v. Vincke in dem Augenblicke mit der Bildung eines Ministeriums betraut werden solle, wo Grabow als Präsident der zweiten Kammer aus der Urne hervorgehen werde. Dies solle jedoch nur dann der Fall sein, wenn die Präsidentur des Hrn. Grabow eine bedeutende Majorität erlangt habe. Ursprung und innerer Zusammenhang dieser neuen Kabinetsconjunktur müssen auf die letzten Ereignisse des zurückgelegten Jahres zurückgeführt werden. (Const. Z.)

* Die von der Kölnischen Zeitung gebrachte, von der hiesigen D. P. Z. in Abrede gestellte Nachricht über eine russische Cirkularnote taucht von Neuem auf. Die Berliner Allgemeine Zeitungskorrespondenz berichtet unter dem 5. März: Wir haben bereits in einem früheren Bericht der zwischen den Kontinental-Großmächten, mit Ausschluß Frankreichs, schwebenden Unterhandlungen über die Friedenstraktate von 1815 Erwähnung gethan. Wir erfahren heute, daß das russische Kabinet neuerdings an die Großmächte eine Note erlassen habe, worin es auf die fernere Rechtsgültigkeit der Völkertraktate von 1815 insofern besteht, als sie nicht bereits auf diplomatischem Wege eine Abänderung erfahren haben. Rußland würde, heißt es darin weiter, eine jede Veränderung der in jenem Jahre festgesetzten Territorialverhältnisse als einen Völkerrechtsbruch ansehen, den es nicht zugeben könne; eine an der ungarischen Grenze aufgestellte Armee werde seinen Worten den erforderlichen Nachdruck zu verleihen wissen. Wir können diese Note mit derjenigen Gewißheit mittheilen, welcher der höhere diplomatische Verkehr nur immer fähig ist. (Auch die Kass. Z. berichtet aus **Berlin**: Aus guter Quelle erfahren wir, daß im Augenblick geheime Verhandlungen zwischen den Kontinentalmächten, mit Ausschluß Frankreichs, schweben, bei gewissen Eventualitäten die Integrität der Friedenstraktate von 1815 streng aufrecht zu erhalten und diese zugleich als fernere Basis für die europäischen Zustände zu betrachten. Die Verhandlungen werden vornämlich mit Rußland gepflogen, welches einigen besonderen Auffassungen Raum zu geben geneigt sein soll. Es ist hierauf der lebhafte in jüngster Zeit bemerkbar gewordene Kurierwechsel bezüglich.)

+ **Karlsruhe**, 5. März. Schon frühe war heute die Gallerie der zweiten Kammer durch eine Masse von Landleuten besetzt, welche hauptsächlich aus den Aemtern Schwetzingen und Philippsburg gekommen waren, um den Verhandlungen über den erhöhten Zoll, der auf den Rübenzucker gelegt wurde, beizuwohnen. Die bedeutende Zuckerfabrik in dem nahe gelegenen Waghäusel übt auf den Wohlstand jener Gegend einen großen Einfluß aus. Finanzministerialpräsident Hoffmann vertheidigte den Beschluß der Zollkonferenz, wonach die Steuer von 1 auf 2 Thaler pr. Zentner erhöht wurde; er suchte hauptsächlich aus dem Ausfall der Zollkasse durch die Vermehrung der Runkelrübenzuckerfabrikate die Maßregel, wozu sein Vorgänger, Staatsrath Regenauer, die Zustimmung gegeben hatte, zu vertheidigen. Allein die Ansicht der Kammer, welche in frühern Jahren sich stets gegen eine Erhöhung jener Steuer ausgesprochen hatte, stand so fest, daß nicht ein einziger Redner zur Unterstützung der Regierung auftrat. Bei der Endabstimmung erklärten sich alle Abgeordneten für den Kommissions-Antrag, der dahin ging, daß die Besteuerung der Rübe für den Zeitpunkt, den das Gesetz bestimmt, nämlich bis zum letzten August 1850 in dem Maaße belassen werden, wie er bis zur Erlassung des Provisoriums gestellt war. Zwei weitere Abgeordnete, Berger und Helmreich, haben heute ihren Austritt aus der Kammer angezeigt.

* **Freiburg**, 3. März. Der hiesige vaterländische Verein hat eine Adresse an die Nat.-Vers. gerichtet, worin er, in Uebereinstimmung mit der großherzogl. bad. Erklärung vom 9. Febr., sich für einen festgegliederten Bundesstaat mit einheitlicher Spitze erklärt, und eine Verfassung zurückweist, „die aus der Politik der Kabinette oder gar aus den Befehlen einzelner Mächte hervorgeholt werden möchte.“ Eine andere Adresse desselben Vereins an den Großherzog spricht demselben Dank und Zustimmung aus für jene Erklärung vom 9. Febr. Der Verein erfreut sich vieler Theilnahme und einer wachsenden Mitgliederzahl.

---

*) Die gleiche Nachricht findet sich heute in allen Berliner Blättern.

Uebersicht.

Die künftigen Beziehungen zu Oesterreich.
(Schluß.)

Die Garantieakte wäre, unter Berücksichtigung aller einschlagenden Verhältnisse, als völkerrechtlicher Vertrag zu unterhandeln, abzuschließen und zur Genehmigung des deutschen Reichstages zu bringen.

Wenn dieser Schritt als ein für sich bestehender und für sich zum Abschluß zu führender in den Vordergrund gestellt wird, so soll damit nichts weniger als gesagt sein, daß es von beiden Seiten dabei sein Bewenden haben soll. Allerdings aber der „stufenweise Gang" wird einzuhalten sein.

Die Verkehrsverhältnisse werden den angemessensten Gegenstand einer zweiten Unterhandlung ausmachen.

An eine Gleichmäßigkeit des Tarifs, an ein Fallen der Zollschranken selbst auch nur zwischen Deutschösterreich und dem deutschen Bundesstaat, ist offenbar für eine Reihe von Jahren nicht zu denken.

Selbst wenn die bekannten materiellen Verhältnisse nicht im Wege ständen, so würden die oben angeführten formellen Gründe die Verständigung über einen Tarif so sehr erschweren, als über irgend einen Zweig der Gesetzgebung. Vergebens würde man die vielgetadelten Proceduren des Zollvereins wiederholen, vergebens in büreaukratisch-diplomatischen Konferenzen die Sache abmachen, und der Volksvertretung nur eine nachträgliche Genehmhaltung, die sie, ohne Unheil anzurichten, nicht weigern kann, überlassen wollen. Wenn irgendwo, so muß in Bezug auf diesen Theil der Gesetzgebung das parlamentarische System streng eingehalten werden; denn die Entscheidung, sie falle wie sie wolle, wird die Interessen einzelner und ganzer Landstriche in einer Weise verletzen, die man nur dem unzweifelhaften Ergebniß parlamentarischer Erörterung und Abstimmung verzeiht.

Es kann aber neben einer Verschiedenheit der Tarifsätze ein dem Ausland gegenüber gleichmäßiges System der Handels- und Schifffahrtspolitik sehr wohl bestehen. So fabelhaft das „Reich der Mitte" als politische Einheit auch erscheinen mag, ein Handels- und Schifffahrtsgebiet kann hergestellt werden, sobald Oesterreich einerseits und andererseits der deutsche Bundesstaat entschlossen sind, Retorsionen gleichmäßig, das heißt, durch gleichmäßigen Zuschlag zu ihren beziehungsweisen Abgabensätzen zu üben. Dies einfache Prinzip läßt selbst noch abweichende Tarifsätze für die verschiedenen Theile der österreichischen Monarchie zu.

Die Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich wird für solche Zwecke sehr erleichtert werden, wenn nach dem englischen Vorgang das Parlament sich entschließt, der Regierung die Befugniß zu übertragen, zur Erreichung wirklicher Gegenseitigkeit Abänderungen in der Handelspolitik anderer Völker in entsprechender Weise zu erwidern.

Die Anlässe werden sich von selbst vervielfältigen, die Verkehrsbeziehungen mit Rücksicht auf Land- und Wasserstraßen-, auf Münz- und Bankwesen, auf Erfindungspatente u. dgl., zum Gegenstand von Unterhandlungen und Verträgen zu machen.

Je bestimmter sich voraussehen läßt, daß von den vielen Angelegenheiten dieser Art manche zu beiderseitiger Zufriedenheit ihre Erledigung finden werden, desto mehr wird die Möglichkeit nicht nur, sondern auch die Zweckmäßigkeit einleuchten, die konsularische Vertretung als eine gemeinsame zu vereinbaren. Welches System man auch wählen möge, das einer alternirenden Besetzung der wichtigeren Stellen oder, was vorzuziehen sein möchte, die Bezeichnung der Länder, welche dem Kreise der einen oder der andern Macht zugewiesen sein sollen, die Erfahrung mag Denjenigen zur Seite stehen, welche die Interessen der beiden Staaten, so weit sie in den Kreis der konsularischen Wirksamkeit fallen, einer gemeinsamen Vertretung fähig halten.

So wird es in doppelter Beziehung — durch die Garantie des Gebietes und durch handelspolitische Einrichtungen — dem Auslande zur Anschauung kommen, daß zwischen Oesterreich und dem deutschen Bundesstaat ein engeres und der fernern Annäherung fähiges Band geknüpft sei.

Und die bisher entwickelten Ergebnisse wären zu erreichen auf dem Wege der Unterhandlung, die, jedes Mal nur auf einen einzelnen Punkt gerichtet, durch die gewöhnlichen diplomatischen Organe beschafft werden könnte. Es bedürfte dazu keiner permanenten gemeinschaftlichen Behörde. Konferenzen von Sachverständigen, wo sie nöthig werden und wenn sie auch andauernd oder regelmäßig wiederholt stattfinden sollten, würden gewiß nicht den ambitiösen Titel eines Bundesrathes in Anspruch nehmen.

Je schwieriger es sein würde, einen Bundesrath aufzustellen, dessen einzelne Mitglieder nicht an nachträgliche parlamentarische Genehmigung in anstößiger Weise gebunden, oder in gleich anstößiger Weise sich darüber hinwegzusetzen bemächtigt wären; je wichtiger es ist, den täuschenden Glauben an die leichte Durchführbarkeit solcher Einrichtungen zu vermeiden und dem Verhältniß, welches zu Oesterreich hinfort das mögliche sein wird, scharf und fest ins Auge zu sehen — desto tröstlicher ist es auch auf der andern Seite, eine Reihe von wünschenswerthen Resultaten von der vorherigen Bestellung eines gemeinsamen Bundesrathes, überhaupt von der Herstellung eines künstlichen föderativen Organismus unabhängig zu wissen.

Ein österreichischer Abgeordneter hat in einem Schreiben an seine Wähler die Idee angedeutet, es könnten Ausschüsse des österr. und des deutschen Reichstages von Zeit zu Zeit zusammentreten, um die gemeinsamen Angelegenheiten des weitern Bundes abzumachen. Es ist wohl kaum nothwendig, dies Surrogat einer parlamentarischen Regierung in seiner ungenügenden Gestalt nachzuweisen. Es wäre ein zahlreicher seltsam kombinirter Staatsrath, der mit dem Direktorium in die Befugniß der Gesetzgebung sich theilen würde, um die parlamentarische Zustimmung in den allerwichtigsten Fragen umgehen zu lassen, und die beiden neugebackenen Reichstage in ihren wesentlichen Befugnissen sofort wieder zu expropriiren. Die praktische Seite des Gedankens wäre diese, daß der solchergestalt gebildete Staatsrath unter Umständen als begutachtende und vorbereitende Gesetzcommission dienen könnte, wenn in einzelnen Fällen einer oder der andere Theil der Gesetzgebung gemeinschaftlich vorbereitet werden sollte, um eine Gleichförmigkeit zu erzielen, für welche die Zustimmung beider Reichstage allerdings nur dann mit einigem Grunde sich erwarten ließe, wenn erfahrene Männer und Männer des Vertrauens aus der Mitte beider Reichstage bei der Feststellung des Entwurfes sich betheiligt hätten.

Sind wir somit zu dem Ergebniß gelangt, daß das neue Verhältniß zu Oesterreich, wenn man nicht auf die parlamentarische Verfassung für Deutschland verzichten will, einzig und allein auf rein völkerrechtlicher Grundlage sich bauen und bilden kann, so bleibt noch zum Schluß die Frage übrig, ob nicht Dänemark und Niederland in ein analoges Verhältniß einer völkerrechtlichen Union gezogen werden könnten.

Es ist die preußische Note vom 23. v. M., welche in ihrer anstößigsten Stelle in der Bejahung dieser Frage die Lösung der Schleswig'schen, der Limburgischen Wirren zu erblicken scheint.

So ungewiß und fern vielleicht die Erfüllung, so ist doch dem Gedanken das Verdienst eines staatsmännischen Ursprungs nicht abzusprechen.

Was Dänemark anlangt, so mag es Tschernings Unmuth sein, der zuerst das Echo deutscher Träume von dänischer Admiralschaft wiedergab. Dänemark könnte zu solchem Entschluß gedrängt werden, wenn der krankhaft gereizte Eigenwille an der Finanznoth sich bricht — wenn Rußland der Hülfe müde würde, wenn England seinen Vortheil begriffe und Dänemark dem russischen Einfluß entzogen, dem deutschen Bundesstaat zugewandt, als geeigneten verläßlichen Wächter des Sundes erkennen wollte.

Es könnte ein Friedensschluß dazu führen, wenn große und schwere Kämpfe erst sich erneuert, wenn eine unverhofft gewaltige Anstrengung Schleswigs dem Ehrgefühl der deutschen Nation verboten hätte, in Friedensbedingungen von zweifelhaftem Gehalt zu willigen und ihre Hand von dem Sohn der Schmerzen abzuziehen.

Niederland kämpft gleichfalls mit seinen Finanzen. Der Absatz seiner Kolonialprodukte ist die Stelle, wo es sterblich ist. Das Interesse eines Theils deren norddeutschen Küstenstrecke (aber auch

nur eines Theils derselben) würde sich gerne der Vollstreckung von ausschließlichen Maßregeln leihen, deren Probe Niederland auf die Dauer schwerlich bestehn würde. Die Arnim'sche Idee, Belgien gegen Holland auszuspielen, könnte wieder aufgenommen, der Vertrag von 1844, in dem was zwischen den Zeilen zu lesen, ist, endlich ausgeführt werden. Rußland hat einmal den niederländischen Staat im Stich gelassen, als kriegerische Zwangsmaßregeln im Gang waren; es würde nicht ganz leicht einen Vorwand finden, kommercielle von ihm abzuwehren. Aber nicht Rußland allein, sondern auch England würde eifersüchtig die Annäherung Hollands und Deutschlands bewachen. Endlich — um von der moralischen Kraft nicht zu reden, die Niederland in beispiellosem Widerstand zu entwickeln gewohnt ist und von der langen Rechnung abzusehn, mit der es nicht verfehlen würde, den Unionsvertrag abzuschließen — Deutschland kann ihm den einzigen Besitz nicht garantiren und nicht schützen, für den es zu fürchten hat — seine Kolonien.

Zur Geschichte des Herrn von Radowitz.

⊙ Aus Kurhessen, 4. März. Ihr Blatt brachte im Anfang des vorigen Monats einen interessanten Artikel über die interessante Persönlichkeit des Hrn. von Radowitz. Da sich indessen die von Ihrem Koblenzer Korrespondenten mitgetheilten „Wahrnehmungen" nur auf die im preußischen Staatsdienste durchlebten Jahre des Hrn. v. Radowitz beziehen, so dürfte es Manchem Ihrer Leser nicht unerwünscht sein, auch über den früheren Lebensabschnitt jenes Mannes einige Mittheilungen zu erhalten. Zwar können auch diese keinen Anspruch darauf machen, das mystische Dunkel, in welches sich der „große Unbekannte" einzuhüllen liebt, zu zerstreuen; aber sie vermehren doch die Anhaltpunkte zur endlichen Feststellung des Urtheils über einen so hervortretenden öffentlichen Charakter. Geboren ist Hr. v. Radowitz in Braunschweig; sein Vater war ein ungarischer Weinhändler, seine Mutter eine geb. Fräulein von Einsiedel aus Sachsen. In der Burgkirche zu Braunschweig wurde von Radowitz 1810 protestantisch konfirmirt; wann und wo er seinen Glauben gewechselt, das ist ein Geheimniß, über welches wir nicht eher Auskunft erhalten werden, als bis Hr. v. Radowitz sich bewogen findet, sein Schweigen zu brechen. Erzogen in der Braunschweigischen Militärschule trat er, da Braunschweig damals zum Königreich Westphalen gehörte, in westphälische Dienste, aus diesen noch vor den Befreiungskriegen in den kurhessischen Kriegsdienst. Er behauptet auch, einige Zeit auf der berühmten Kriegsschule zu Brienne zugebracht zu haben; eigensinnige Chronologen jedoch, die sein curriculum vitae mit zudringlicher Genauigkeit verfolgt haben, wollen dies ganz unmöglich finden. Hier stehen wir also abermals an einem dunkeln Punkt, über welchen uns nur Hr. v. Radowitz selbst genügende Aufklärung geben kann. Nach den Befreiungskriegen kam er in den Generalstab, wurde ein tüchtiger Lehrer am Kadettenhaus und hat auch dem damaligen Kurprinzen (jetzigen Kurfürsten) Unterricht in den Kriegswissenschaften gegeben. Hierdurch trat er zu dem Prinzen in ein ähnliches nahes Verhältniß, wie später zu dem preußischen Thronfolger.

Hauptsächlich wohl auf seine Veranlassung bildete sich damals in Kassel eine enge gesellige Verbindung hochgestellter Männer, die sämmtlich dem Kurprinzen mit besonderer Ergebenheit anhingen, mit der Regierung des Vaters hingegen sehr unzufrieden waren. Zu diesen Männern gehörten Hassenpflug, der verstorbene Oberstallmeister von Verschüer, der jetzige Oberfinanzrath Karavacki (ebenfalls eine sehr mysteriöse, mit Hrn. von R. eng liirte Persönlichkeit, erzogen im Jesuiten-Kollegium zu Braunsberg *) und — wie man sagt — als „harmlose Mitspieler" die beiden Ruhl's. Plötzlich aber wurde dieser Kreis vom Kurfürsten nach allen vier Winden zersprengt, wie man glaubt, weil er wegen der bekannten räthselhaften Drohbriefe Verdacht auf diese Freunde der „aufgehenden Sonne" geworfen hatte. Vielleicht könnte Hr. v. R. auch zur Lösung dieses Räthsels uns den Schlüssel liefern. Merkwürdiger Weise wurde ein ähnlicher Kreis in Berlin in den ersten dreißiger Jahren vom verstorbenen König durch ehrenvolle Versetzungen auseinandergetrieben. Hr. v. R. kam damals als preuß. Militär-Bevollmächtigter nach Frankfurt an die Stelle des pensionirten Generals v. Wolzogen.

*) Dieser Mann steht jetzt als Kurhessischer Zollvereins-Bevollmächtigter in Münster. (A. d. E.)

Bald darauf (1826) nahm Hr. v. R. in Kurhessen den Abschied, ging mit Empfehlungen des Kurprinzen und der Kurfürstin versehen nach Berlin, wo er sogleich Zutritt in „den Cirkel der Wilhelmsstraße" und in das Haus des frühern weiblichen Mittelpunkts des Tugendbundes fand, während die Kurfürstin und der Kurprinz gleichzeitig nach dem Haag, später nach Bonn gingen. Wie sehr Hr. v. R. auch in Berlin das Geheimniß und die Intrigue liebte, das ergibt sich unter andern aus einer geheimen Korrespondenz, welche die Vertrauten jenes „Cirkels der Wilhelmsstraße" unter angenommenen Namen führten, und worin eine hohe Person unter dem Namen „Lehmann" figuriren mußte — abermals ein Beleg für die von Ihrem Koblenzer Korrespondenten ausgesprochene Ansicht, daß Hr. v. R. sein Verhältniß zu seinem „allergnädigsten König und Herrn" nie anders betrachtet habe, denn als Mittel zu gewissen „über die Berge reichenden" Zwecken.

Das intime Verhältniß zum Kurprinzen dauerte inzwischen fort bis zu dessen Verheirathung; dann trat plötzlich die größte Abneigung des Kurprinzen gegen Hrn. v. Radowitz ein: man sagt, weil v. Radowitz diese Heirath gemißbilligt habe. Wie weit jene Abneigung des Kurprinzen gegen den frühern Intimus gegangen sein muß, kann man daraus schließen, daß bei Gelegenheit eines Besuches, den v. Radowitz bei seinem seit 1832 in Kassel akkreditirten Freunde Hrn. v. Canitz im Jahr 1834 abstattete, der Fürst seinen Hof- und Staatsdienern den Besuch des mißliebigen Gastes ausdrücklich untersagte. Freilich ließen sich diese durch das fürstliche Verbot nur von öffentlichen Besuchen abhalten; insgeheim, sogar unter dem Schleier der Nacht besuchten sie ihren frühern Bundesgenossen desto fleißiger. Im Jahre 1840, als Preußen die Bewaffnung Deutschlands gegen die Drohungen des französischen Ministers Thiers betrieb, wurde Hr. v. Radowitz an allen deutschen Höfen herumgeschickt und sollte auch Kassel berühren. Da das damalige Mißverhältniß desselben zum Kurprinzen kein Geheimniß war, so mochte man in Berlin einigermaßen besorgt sein, wie Hr. v. Radowitz in Kassel würde aufgenommen werden, ja ob er überhaupt nur Audienz erhalten werde. Allein wider alles Erwarten empfing ihn der Kurprinz sehr gnädig, blieb zwei volle Stunden in vertraulicher Unterredung mit ihm eingeschlossen, (wodurch der „interessante Mann" dem kasselschen Publikum noch interessanter werden mußte) und beschenkte ihn mit einer kostbaren Tabatière. Parenthetisch wollen wir hier bemerken, daß Hr. v. Radowitz von diesem berühmten „Kreuzzug" nicht weniger als 2 Großkreuze und 6—8 Kommandeurkreuze mit zurückbrachte. Mit dem König von Hannover hat er nie in nähern Verhältnissen gestanden; vielmehr schien dieser gerade Fürst gegen den Geheimnißvollen eine eigne Aversion zu haben. Dagegen hat er der verstorbenen Königin, deren Richtung der seinigen analog war, in verschiedenen Dingen Rathschläge gegeben, die dem alten Ernst August nicht angenehm waren. Mit dem verstorbenen Prinzen August hat Hr. v. Radowitz Reisen in Italien und England gemacht. Diplomatische Missionen, außer dem „Kreuzzug" haben ihn nach Frankfurt, Karlsruhe und — als „Sturmvogel der Revolution" nach Paris geführt, wo er in Sachen der Schweizer Sonderbündler und Jesuiten die bekannten verunglückten Geschäfte machte und wo ihn seine Prophetengabe in Beziehung auf die Festigkeit des französischen Königsthrones bekanntlich gänzlich im Stiche ließ.

Hr. v. Radowitz hat alle möglichen litterarischen und andere noblen Passionen. Er besitzt z. B. eine ausgezeichnete Handschriftensammlung, die er noch fortwährend vermehrt. Er hat eine Broschüre geschrieben über die Symbolik der Heiligen als Anhaltspunkt zur Erklärung von Gemälden, eine andre Broschüre über die spanische Successionsfrage, beziehungsweise für Don Carlos, worüber er jedoch vom Prof. Zöpfl schrecklich mitgenommen worden ist. Vor einem eleganten Damenkreis in Frankfurt (im Hause der Frau v. Günderode) hat er Vorlesungen über Generalbaß und alte Musik gehalten. Er macht überhaupt Anspruch darauf, ein großer Kenner der Musik zu sein und will den Komponisten jedes Stückes sogleich nach dem Gehör sicher erkennen. Aber wie seine Prophetengabe in Beziehung auf Louis Philipp, so täuschte ihn sein Gehör bei einer hochgestellten Dame in Kassel, wo er ein Rossini'sches Stück mit größter Entschiedenheit für eine Komposition von Sebast. Bach erklärte. Des Irrthums überführt betrat der in seiner Eitelkeit gekränkte Mann nie wieder ihren Salon. Diese Eitelkeit hat dem „interessanten Manne"

überhaupt schon manchen komischen Streich gespielt. Hr. v. R. ist wirklich wenn auch kein Universal-Genie, doch eine Art von Polyhistor, möchte es aber gern in noch höherem Grade scheinen, als er es ist. Dies könnte unter andern Prof. Klenze in Berlin attestiren, welcher einst im Salon des genannten Prinzen August sich in einer gelehrten Auseinandersetzung über eine eben erschienene juristische Monographie von Runde ergangen hatte, bald darauf aber in einem entfernteren Zimmer vor einem andern Kreise seinen Vortrag von dem mit einem beneidenswerthen Gedächtniß begabten Hrn. v. R. als dessen Originalprodukt wiederholen hörte! So verschmähte der reichbegabte Mann selbst den Schmuck fremder Federn nicht, um auch in seinem angeblichen Lieblingsfach des altdeutschen Rechts als gründlicher Kenner zu glänzen, obgleich es auch für den Polyhistor eine Grenze gibt, wo ihm wie jedem Andern der Zuruf gilt: ne sutor ultra crepidam!

Deutschland.

00 **Frankfurt,** 5. März. In der am 4. März dahier abgehaltenen Sitzung des Nationalvereins für deutsche Auswanderung und Ansiedelung, welche unter Theilnahme mehrerer theils der Nationalversammlung angehörigen, theils durch ihre Stellung als Konsule und höhere Verwaltungsbeamte befähigten Sachkenner der Auswanderungsangelegenheit und der für die deutsche Auswanderung in Vorschlag gebrachten Länder stattfand, kamen abermals Gegenstände von hoher Wichtigkeit vor. Als Beweis der zunehmenden Theilnahme an dieser Nationalangelegenheit wurde die am 25. Februar geschehene Bildung des dem Nationalverein sich anschließenden badischen Vereins und die in laufender Woche bevorstehende Konstituirung eines Hanauer Zweigvereins gemeldet. Da es dem Verein vor Allem daran liegen muß, von den auf den verschiedenen Verkehrsbahnen den Auswanderern gewährten Vortheilen sichere Kenntniß zu erlangen, so hatte derselbe mehrere darauf bezügliche Anfragen gestellt und darauf von der Maindampfschifffahrts- und der Kölnischen Rheindampfschifffahrtsgesellschaft die Antwort erhalten, daß Auswanderer von Würzburg bis Mainz für 2 fl. 30 kr., von da bis Köln für 2 fl. 31 kr., von da bis Bremen für 8 fl. 6 kr. befördert werden, wobei Kinder unter 6 Jahren die Hälfte bezahlen, Säuglinge aber frei sind. Die Maindampfschiffe gewähren 50, die Rheinschiffe und die sich anschließenden Eisenbahnen 100 Pfd. Freigepäck für die erwachsene Person. Endlich wurde die erfreuliche Nachricht mitgetheilt, daß endlich ein thatkräftiges Eingreifen deutscher Regierungen bevorsteht. Die würtembergische, badische und hessendarmstädtische Regierung, denen sich wahrscheinlich die kurhessische anschließen wird, haben sich vereinigt, eine gemeinsame Kommission von Sachverständigen nach Amerika zu schicken und für das von den Ständen bewilligte Geld eine zusammenhängende Strecke Landes anzukaufen. Bei allen seinen Bemühungen für das Wohl der Auswanderer sah der Verein sich aufs Kräftigste vom Reichshandelsministerium unterstützt.

Kremsier, 28. Febr. Der slawische Klub ist endlich in der Rekrutirungsangelegenheit zu einem Entschlusse gelangt. Heute ist an das Ministerium eine von dem genannten Klub abgefaßte und unterzeichnete Vorstellung abgegangen, in welcher in entschiedener Weise das Inkonstitutionelle der letzten Rekrutenausschreibung nachgewiesen und verlangt wird, daß das Ministerium diesen, ohne Mitwissen des Reichstags gethanen Schritt vor demselben rechtfertige. Gleichzeitig wird auf die Nothwendigkeit hingewiesen, daß einerseits die Kapitulationszeit herabgesetzt, andererseits die allgemeine Wehrpflicht von dem illusorischen Boden, auf welchen sie durch gewisse Bestimmungen des gegenwärtigen Rekrutirungsprovisoriums versetzt wurde, auf den der realen Allgemeinheit der Wehrpflicht zurückgeführt werde. Dabei sollen an einzelne Provinzen nicht übermäßige Forderungen gestellt und statistisch nachgewiesen werden, daß das einer Provinz abgeforderte Kontingent ihr wirklich zu leisten zukomme. Das Ministerium wird aufgefordert, in dieser Angelegenheit in kürzester Frist entscheidende Erklärungen abzugeben, und man ist entschlossen, wenn die Zuschrift ohne Erfolg bleiben sollte, dasselbe vom Klub aus sogar mündlich aufzufordern. (C. Bl. a. B.)

Prag, 2. März. Wir hatten dieser Tage hier zwei Gäste, die Beide ein wunderliches Schicksal erlitten haben. Der eine ist Hr. Häfner, der ehemalige Redakteur der „Konstitution" in Wien, der durch vier Monate theils auf dem Spielberge in Brünn, in demselben Gefängniß, in dem einst Silvio Pellico lebte, dann in der Festung Josephstadt im strengsten Gewahrsam gehalten wurde, ohne auch nur ein einziges Verhör gehabt zu haben. Als er sich nun in einer dringenden Eingabe an das Kriegsministerium, wegen besserer Behandlung und endlicher Vornahme eines Verhöres wendete, wurde er plötzlich gänzlich freigelassen. Der zweite war der bekannte polnische Schriftsteller Kaminski, der, über 30 Jahre alt, Doktor der Rechte und verheirathet ist, und in einem fremden Werbbezirke assentirt, als gemeiner Soldat nach der Festung Theresienstadt wandern muß, woselbst er vorläufig bleibt. Weder die energischen Verwendungen Smolka's noch die Interpellation zu seinen Gunsten am Reichstage konnten ihm etwas nützen, doch hofft man, daß er in Galizien zum Reichstagsdeputirten gewählt werde. In Wesenitz wurde in diesen Tagen Dr. Klier, der Redakteur der Deutschen Ztg. aus Böhmen, zum Reichstagsdeputirten nach Kremsier gewählt. (D. A. Z.)

-:- **Stettin,** 24. Febr. Aus einer von den hiesigen Herren C. Wendt u. C. in ihrer Eigenschaft als Agenten für Lloyds in London angefertigten offiziellen Uebersicht der preußischen Handelsmarine entnehmen wir folgende interessante Angaben. Es bestand Ende verflossenen Jahres die gesammte preußische Handelsmarine aus 911 Schiffen von 131,702 Lasten, während dieselbe noch im März 1848 nur 822 Schiffe von 113,022 Lasten zählte. Sie hat sich mithin trotz aller Ungunst der Zeit vom März bis Dezember 1848 um 89 Schiffe mit 21,680 Lasten vermehrt. Die Gesammtheit dieser Schiffe vertheilt sich auf die verschiedenen preußischen Häfen in folgender Weise:

Stettin . .	besitzt	203	Schiffe	mit	27,098	Lasten
Danzig . .	„	112	„	„	23,897	„
Stralsund .	„	103	„	„	11,721	„
Memel . .	„	95	„	„	19,916	„
Königsberg .	„	44	„	„	6,944	„
Greifswalde .	„	55	„	„	6,079	„
Barth . .	„	80	„	„	9,268	„
Wolgast . .	„	37	„	„	4,578	„
Ueckermünde .	„	29	„	„	4,438	„
Stolpe . .	„	25	„	„	2,367	„
Swinemünde	„	21	„	„	2,605	„
Colberg . .	„	21	„	„	3,783	„
Rügenwalde .	„	20	„	„	2,344	„
Elbing . .	„	11	„	„	2,083	„
Anclam . .	„	14	„	„	1,599	„
Demmin . .	„	8	„	„	1,122	„
Berlin . .	„	6	„	„	1,655	„
Altwarp . .	„	5	„	„	456	„
Braunsberg .	„	4	„	„	538	„
Pillau . .	„	4	„	„	379	„
Kammin . .	„	3	„	„	192	„
Köln . . .	„	3	„	„	651	„
Vogelsang .	„	2	„	„	341	„
Neuendorff .	„	1	„	„	71	„
Neuwarp .	„	1	„	„	220	„
Potsdam . .	„	1	„	„	313	„

Auch auf diesem Gebiete macht sich das politische Leben, welches seit einigen Jahren unser Volk zu durchdringen beginnt, geltend, und es ist höchst interessant, in dieser Beziehung die Namensliste der preußischen Kauffahrteiflotte durchzugehen. Während die älteren Schiffe Hoffnung, Marie, Anton u. s. w. heißen, finden wir unter den in den letzten Jahren gebauten alle politischen Parteien repräsentirt. Das alte Fritzische Preußen findet hier seinen Zieten, die Zeit des verstorbenen Königs ihren Nagler, Blücher, Gneisenau, Nettelbeck und Friedrich Wilhelm III., die von 1810 an datirende neue Epoche ihren Prinz von Preußen und Friedrich Wilhelm IV., den Mann des Ueberganges Graf Arnim, der vereinigte Landtag seinen Graf Schwerin und zwar viermal, Hagenow, Alfred v. Auerswald, die aufgelöste Nationalversammlung ihren Rodbertus, der Belagerungszustand seinen Wrangel, die deutsche Demokratie ihren Robert Blum und Johannes Jakoby, der deutsche Parnaß seinen Göthe, die Wissenschaft ihren Alexander Humboldt, Immanuel Kant und Georg Forster. Endlich begegnen wir auch einer Konstitution, einer Reform, einem Patrioten, ja sogar einem Republikaner, und als ob sich der deutsche Kosmopolitismus durchaus nicht verläugnen könnte, auch einem Robert Peel, Suwarow, Palafox, und sollte man es glauben — Talleyrand. Nicht wahr, das sind erfreuliche

Zeichen der Zeit? Hoffend wollen und können wir mit dem Dichter der Kölnischen Zeitung sagen:

Geduld, es wird die Stunde schlagen,
Wo bis zum fernsten Meeresstrand
Uns keine Stimme mehr wird fragen:
Was ist des Deutschen Vaterland?

*† **Stuttgart,** 3. März. Was wir längst als unvermeidlich voraussahen, ist eingetreten. Zwischen unserem Ministerium und den Volksvereinen des Landes ist ein Bruch entstanden, welcher für unsre inneren politischen Verhältnisse nicht ohne große Bedeutung sein wird. Wir haben es früher schon ausgesprochen, daß wir die augenblickliche Gestaltung des beliebten Vereinswesens als einen Gegenstaat im Staat betrachten, und daß wir es nicht für möglich halten, daß irgend eine Regierung einer Vereinsthätigkeit gegenüber, wie die jetzt, namentlich bei uns herrschende, auf die Dauer zu regieren im Stande sein wird. Unsere Staatsregierung scheint, durch die Erfahrung belehrt, dieser Ansicht beigetreten zu sein, und hat den Volksvereinen des Landes dadurch den Fehdehandschuh hingeworfen, daß sie in ihrer neulichen, offenen Erklärung ausgesprochen hat: „Die Volksvereine werden offenbar in feindseliger Absicht gegen das Ministerium gegründet und organisirt". Der Landesausschuß (d. h. der Ausschuß der Volksvereine des Landes) hat den Fehdehandschuh aufgenommen durch seine Erklärung gegen das Ministerium (s. den ÷ Brief aus Stuttgart in Nr. 64) worin dem Ministerium der Vorwurf gemacht wird, daß es, nachdem es im März vorigen Jahres das Recht der Versammlungen und Vereine als eins der wichtigsten politischen Rechte dem Volke zu gewähren eilte, jetzt die freie und unabhängige Entwicklung des Vereinswesens und durch diese des politischen Lebens überhaupt, nicht mehr mit günstigen Augen zu betrachten scheine. Die Erklärung schließt mit den Worten: „Sei das Ministerium seines Namens eingedenk und sehe es zu, wer die ihm geistig verbundenen Freunde sind. Wir aber werden unsern Weg in Frieden gehen, und keine Herausforderung unserer Gegner wird uns zu thörichten Gewalthandlungen verleiten. Wir glauben an die Macht des Geistes vor dem unlängst die Mächtigsten sich gebeugt haben und lassen die Geschichte richten zwischen uns und unsern Gegnern."

In der festen Ueberzeugung, daß die durch das Mitgetheilte zwischen dem Ministerium und den Volksvereinen eingetretene Kluft tief in unser politisches Leben eingreifen wird, wollen wir diesem Gegenstand unsere besondere Aufmerksamkeit schenken, und Ihnen, so oft es von Interesse sein kann, Mittheilung hierüber machen.

, **Altenburg,** 1. März. Nach den sächsischen Blättern, namentlich nach der „Deutschen allg. Ztg." könnte es scheinen, als schwärme man neuerdings hier ganz allgemein für das Projekt eines Anschlusses an Sachsen. Es wird deßhalb an der Zeit sein, den wahren Sachbestand ins rechte Licht zu setzen. Hierbei und vor Allem ein Wort über die Deutsche allgemeine Zeitung. Es ist derselben schon verschiedene Male begegnet, daß sie die Farbe zu ändern für gut fand. Man darf nicht in Zweifel sein, daß ihr dies jetzt wiederum passirt ist und daß sie eine bedeutende Schwenkung nach Links gemacht hat. Darum ist auch ihre Richtung eine so undeutsche und partikularistische geworden, daß sie hier von Allen, die es treu und ehrlich mit der deutschen Sache meinen, mit Widerwillen zurückgewiesen wird. Schon diese Bemerkung ist im Stande zu zeigen, weß Geistes Kind jene Nachrichten über den Anschluß an Sachsen sind.

Auf das Bestimmteste kann ich erklären, daß die gegenwärtig zu Gunsten jenes Anschlusses hier hervorgerufene Bewegung eine durchaus künstlich gemachte ist und daß sie auch nicht um ein Haar breit über den Kreis einer Partei hinausgeht, die ihren Führern blindlings zu folgen gewohnt ist. Es ist noch gar nicht so lange her, daß der Gedanke an unsere Vereinigung mit Sachsen, als derselbe unter der hiesigen konstitutionellen Partei einmal auftauchte, von den Demokraten mit Spott und Entrüstung zurückgewiesen wurde. Kaum hatten sich aber die Verhältnisse in Sachsen zu Gunsten der von den Vaterlandsvereinen vertretenen Richtung geändert, kaum hatte das sächsische Ministerium den Frankfurter Gewalten gegenüber eine oppositionelle Stellung eingenommen und partikularistische Tendenzen verrathen — so priesen die Führer der demokratischen Partei in ihren Organen und Parteivereinen den Anschluß an Sachsen als das höchste Glück, das unserm Ländchen widerfahren könnte. Von dem früher vielbelobten thüringischen Gesammtstaate hörte man kein Wort mehr. Seitdem wird nun bei uns für Sachsen gearbeitet. Man hat mit Abgeordneten von der Linken der verschiedenen Ständekammern kürzlich deshalb eine Versammlung in Leipzig abgehalten und die zu ergreifenden Maßregeln verabredet. Nun haben denn auch unsere neuen Stadtverordneten, mit geringer Ausnahme sämmtlich der republikanischen Partei angehörend und völlig willige Werkzeuge in der Hand des Advokaten Dölitzsch, gleich in ihrer ersten Sitzung den Beschluß gefaßt, sofort den Antrag an den hiesigen Landtag zu stellen, daß sich derselbe für den heißersehnten Anschluß aussprechen möge. Den kürzlich erneuten Stadtverordneten-Kollegien der meisten Städte unseres Landes, welche durchaus der „entschieden freisinnigen" Richtung huldigen, ist von hier aus aufgegeben worden, sich mit gleichen Petitionen an den Landtag zu wenden. Unser Landtag wird sich aber in seiner jetzigen Zusammensetzung dieser „Stimme des ganzen Landes" schwerlich fügen, denn es kann im Gegensatz zum Vorigen unbedingt versichert werden, daß auf Seiten unserer Intelligenz auch nicht die geringste Sympathie für einen Anschluß an Sachsen zu finden ist. Ich habe hier besonders die Männer im Auge, die deutsch gesinnt und allem partikularistischen Wesen von Herzen fremd sind.

Eben kommt mir das heutige Blatt der D. A. Zeitung zu und veranlaßt mich noch zu einigen Worten. Es wird darin über eine am vergangenen Mittwoch hier vorgekommene Schlägerei zwischen Soldaten und Handwerksgesellen auf eine Art berichtet, als ob die hier liegenden sächsischen Soldaten wahre Bluthunde und Kannibalen wären. Einmal ist der ganze Vorfall durchaus nicht von der Bedeutung gewesen, die man hinein zu legen sucht, und dann sind die Soldaten hier schon seit langer Zeit auf alle nur mögliche Weise so empfindlich geneckt und gereizt worden, daß man sich eben nicht wundern darf, wenn einige von ihnen im Augenblicke des Zusammenstoßes sich vor Wuth kaum noch gekannt haben, so daß es den Offizieren nur durch den Generalmarsch gelang, sie zur Besinnung zu bringen. Sogleich nach jenem Vorfalle ist eine Deputation der Stadtverordneten nach Dresden abgegangen, um die unverzügliche Zurückziehung der „rohen Horden" aus Altenburg zu verlangen.

Schweiz.

** **Bern.** 4. März. Die Stellung des Bundesrathes wird von Tag zu Tag schwieriger. Während schon die Organisation der durch die Bundesverfassung centralisirten Verwaltungszweige, wie namentlich des Post- und Zollwesens mit bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft ist und zu mancherlei Konflikten führen muß, — während in einigen, namentlich den kleinen Kantonen der Partikularismus sich wieder regt, und selbst in größern Kantonen, wie namentlich Bern, die Regierungen häufig mehr ihre Sonderinteressen verfolgen, als das allgemeine des Bundes — so fangen auch die Verhältnisse gegenüber dem Auslande an, verwickelter zu werden. Zunächst sind es die italienischen Angelegenheiten, welche dem Bundesrathe bedeutende Verlegenheiten bereiten, und je nachdem die Sachen eine Wendung nehmen, dürften dieselben zur eigentlichen Lebensfrage für die Schweiz werden, indem ihre Neutralität dabei auf dem Spiele steht. Leider besteht auch in der Schweiz eine Partei — zwar klein an Zahl, aber thätig und in den Mitteln nicht verlegen — welche dieses Palladium schweizerischer Unabhängigkeit geringschätzt und jeden Augenblick bereit wäre, es preiszugeben, wenn sie hierdurch ihre Pläne zu erreichen hoffen könnte. Bis jetzt hat zwar der Bundesrath die Neutralität der Schweiz nach allen Seiten zu wahren gewußt, und sowohl in der sardinischen Paßangelegenheit als in der Kapitulationsfrage seinen festen Willen beurkundet, diesem Prinzipe unter allen Umständen treu zu bleiben. Allein die Volksvereine und die ganze radikale Presse — einige wenige Blätter ausgenommen — scheinen es planmäßig darauf abgesehen zu haben, die öffentliche Meinung zu beirren und das Schweizervolk glauben zu machen, die Neutralität sei eigentlich nicht viel mehr als ein Phantom. Jedenfalls ist unter den Leitern der radikalen oder besser revolutionären Partei eine große Thätigkeit bemerkbar und man glaubt, es liegen der Reise des Regierungsraths Stämpfli nach Genf ganz andere Dinge zum Grunde, als die, „sich mit dem Steuerwesen anderer Kantone bekannt zu machen". Allem Anschein nach ist es zunächst auf einen Sturm gegen den Bundesrath abgesehen, zu welchem sein Benehmen in der Kapitulationssache als Vorwand dienen soll. James Fazy scheint zum Sturmbock bestimmt zu sein, wozu er sich in der That vorzugsweise eignet.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 67. Frankfurt a. M., Donnerstag 8. März. 1849.

Uebersicht.

Ungarn und die Polen.

Deutschland. Frankfurt (Erklärungen der würtembergischen und mecklenburg-strelitzischen Regierungen zur Reichsverfassung. Die neuesten Beschlüsse des Verfassungsausschusses. Berichtigung. Die katholische Stadtpfarrerstelle.) Wien (Die Kontribution von Ferrara.) Botzen (Ministerialerlaß über die wälsch-tyrolische Frage.) Ollmütz (Siegesnachrichten aus Ungarn. Studenten und Literaten bei der Rekrutirung bevorzugt.) Kremsier (Die tyroler Frage im Konstitutionsausschuß.) Prag (Die Kreiseintheilung Böhmens.) Von der österreichischen Grenze (Prag soll Residenz werden.) Berlin (Patrimonialrichter. Kreisgerichte. Große Parade.) Posen (Soldatentumulte. Warschauer und Krakauer Zustände.) Elberfeld (Beschluß des Gemeinderaths.) München (Feier des 4. März. Der Gesetzentwurf über die Matrikularbeiträge.) Stuttgart (Kammerverhandlungen. Erklärung Römers.) Dresden (Waffenröcke in der Armee. Rückkehr von Truppen aus Thüringen.) Darmstadt (Feier des 6. März.) Schleswig (Reaktion und Amnestie.) Altona (Die Kündigung des Waffenstillstandes. Die Feiedensvorschläge und die Herzogthümer.) Hamburg (Die Gleichstellung der Juden. Carl Heine vermehrt das Vermächtniß seines Vaters.)

Großbritannien. London (Unteegang eines Schiffes mit 200 deutschen Auswanderern.)

Frankreich. Paris (Sitzung der Nationalversammlung. Abreise der Maigefangnen. Widerstand gegen Abnahme der rothen Mütze. Die Presse über Italien.)

Oesterreichische Monarchie. Von der österreich. Grenze (Die nationalen Forderungen und die Zukunft Ungarns.) Agram (Ehrensäbel für den Ban.) Kronstadt (Die Szekler. Neue russische Truppen.)

Italien. Sardinien (Protest des englischen Gesandten.) Florenz (Laugier's Korrespondenz aufgefangen.)

Niederland. Haag (Das Ministerium. Die ostindischen Kolonien. Schulwesen.)

Belgien. Brüssel (Das Kriegsbudget. Sozialistisches Fest.)

Ungarn. Pesth (Die Universität. Kaschau genommen. Perczel.)

Nachschrift.

---

8. März.

Die kaiserlich königliche Armee hat soeben einen neuen blutigen Sieg über die Ungarn erfochten, durch den — nichts entschieden wird. Es ist kein glückliches Zeichen für den Fortgang der österreichischen Waffen, daß so viele Siege erfochten werden, und die wer weiß wie oft zersprengten Ungarn haben eben doch vierzigtausend Mann in's Feuer geführt. Freilich haben die Oesterreicher in Ungarn auch mit dem Lande zu fechten, nicht bloß mit dessen kriegerischen Bewohnern. Diese haben ihren Ruf der Tapferkeit anfangs wenig bewährt. Sie haben ihre großen mit unsäglicher Anstrengung errichteten Vertheidigungsanstalten, ihre Gräben und Verhacke im Eingange des Landes fast ohne Schwertstreich dem Feinde preisgegeben. Doch fehlte es ihnen weniger an Muth, als an Plan und Führung. Hinter die Donau zurück- und zusammengedrängt, fechten sie wie Verzweifelte. Aber dennoch kann der Freiheitskampf der Ungarn nicht mehr lange dauern, so glückliche Wendungen er hie und da auch genommen. Der nordische Riese hat seine Arme ausgebreitet und solche Umarmungen könnten einer größeren Nation den Athem beengen. Vergebens blickt auch der Magyare sich nach einem Bundesgenossen um. Hr. Möring in der Paulskirche reißt die Versammlung nicht mehr zu einer ohnmächtigen Erhebung für die alten Bundesgenossen Deutschlands hin; sie würde auch nur dazu dienen, beide Machthaber zu reizen, welche jetzt ihre absolute Zuchtruthe „schweigsam aber bedeutsam" auch über Deutschland schwingen. Nur bei einem Volke haben die Ungarn Sympathie gefunden, bei den Polen, welchen nächst den französischen Angelegenheiten von jeher nichts so nahe lag, als die Sache Ungarns. Die Theilnahme der Polen, die allgemein erwacht ist, hat sich bekanntlich durch die That bewährt. Polnische Generale stehen an der Spitze der ungarischen Streitkräfte (wir nennen nur Dembinski, Kamienski, Klapka, Bem), polnische Offiziere organisiren die Bataillone und eine bedeutende Anzahl junger Polen reißen die ungeordneten Honvedhaufen zu Heldenthaten fort und geben ihnen ein Beispiel, wie man für das Vaterland kämpfen müsse. Fast möchte es scheinen, daß die Sache Ungarns und Polens, wie zu alten Zeiten, für ein und dieselbe gehalten werde. In der That ist in beiden Nationen die Erinnerung an die Zeit der alten Bünde nicht erloschen. Noch lebt die Uebertieferung von den gemeinsamen Kämpfen gegen die Türken, man erkennt die Aehnlichkeit wieder, die im Charakter, im Temperament, in der ganzen geistigen Beschaffenheit dieser beiden Stämme herrscht, und das alte Sprichwort wird im Volke wieder laut, „daß der Pole ein hellgelockter Magyare, der Ungar aber ein dunkelhaariger Pole sei." Es waren auch die politischen und sozialen Verhältnisse in Polen und Ungarn von überraschend ähnlicher Beschaffenheit. Hier wie dort war nur der Adel die Nation, jener Stand mit „kühner Stirne und gewandter Hand", welchen das arme arbeitsame Volk auf seinen Schultern trug; der Bauer und Bürger waren eben nur die misera contribuens plebs. Der ungarische Adel hat noch alle Fehler und Tugenden des polnischen; er ist leichtsinnig, streitsüchtig, prahlerisch, grausam, aber auch gastfrei, freigebig und kühn. Und wäre dieses alles nicht, so würde doch eine mächtige Triebfeder jetzt Polen und Ungarn vereinigen, das gemeinsame Dürsten nach Rache und nach Freiheit. Beide wollen das Joch abschütteln, welches die habsburgische Politik ihnen aufzulegen wußte, beide die Grausamkeiten rächen, an welche die galizischen Scenen auch uns unter Schaudern erinnern. Sie wollen Oesterreich sprengen, die Ohnmächtigen! Oesterreich, das auf die breiten russischen Schultern gelehnt, den glimmenden Freiheitszunder mit leichter Mühe nicht blos in Ungarn zertreten wird!

Die große Mehrheit der Polen sieht aber den vergeblichen Kampf ein, sie weiß, daß aus ihm keine andere Frucht für ihr Vaterland erwachsen kann, als aus dem Blute, welches sie in der Somma Sierra oder am Fuße der Pyramiden oder sonst auf irgend einem fernen Punkte vergossen haben; sie wissen es und daher ist ihre Theilnahme gelähmt und macht sich nicht durch gemeinsame Erhebung geltend.

Dazu kommt, daß die ungarische Sache zwei Seiten hat: der österreichischen Politik gegenüber sind die Ungarn im Recht, den slawischen Stämmen gegenüber im Unrecht.

Es ist nicht zu leugnen, daß es der habsburgischen Politik gelungen war im Laufe der Zeit die Unabhängigkeit der ungarischen Monarchie zu untergraben, um den selbstständigen Organismus der ungarischen Regierung, welcher traktatenmäßig ein besonderes Heer und besondere Finanzen zu Gebote standen, so weit zu vernichten, daß von Allem nur ein Schein in Pesth zurückblieb. Die fremde Politik einer absolutistischen Kamarilla dankte es den Ungarn sehr schlecht, daß sie mit ihrem „moriamur pro rege nostro" vielfach das Haus Habsburg vom Untergange gerettet hatten. Nach den Märzrevolutionen mußte das anders werden. Denn wenn auch die pragmatische Sanktion die Krone Ungarns erblich dem habsburgischen Hause zuerkennt, so enthält sie doch auch die unbestreitbaren Garantieen der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Königreiches und wenn die Ungarn nicht de jure das werden wollten, was sie untir einer absoluten Kamarilla so ziemlich geworden waren, nämlich eine abhängige Provinz, so mußten sie in dem konstitutionellen Oesterreich eine besondere Regierung mit einem besonderen verantwortlichen Ministerium beanspruchen. Sie thaten es und erhielten die kaiserliche Zusage am 11. April v. J.

Doch die Dynastien schwören und halten Schwüre nur, so lange sie schwach sind und in Oesterreich gab es noch dazu eine konsequente Politik, die festgehalten wurde trotz der einzelnen Dynasten. Ferdinands Entsagung war ein treffliches Mittel sich

der unbequemen nächsten Vergangenheit zu entledigen. In der ungarischen Angelegenheit verfuhr man aber noch mit ganz besonderem Cynismus sogar rücksichtlich der Person dieses Kaisers, denn das Ministerium Wessenberg desavouirte durch sein Manifest die kaiserliche Zusage vom 11. April geradezu.

Aber was ging die Ungarn das Ministerium Wessenberg an? Sie hatten ihren König und diesem hatten verfassungsmäßig ungarische Minister zur Seite zu stehen. Sie kehrten sich an keine Manifeste eines „fremden Ministeriums" und die Kossuth'sche Revolution begann.

Hätte die Sache Ungarns nur diese eine Seite, sie stünde vielleicht anders. Aber leider versündigten sich die Ungarn gegen Slawen, Walachen und Deutsche eben so, wie Oesterreich sich an ihnen versündigt hatte. Während sie sich dem österreichischen Joche entziehen wollten, bürdeten sie jenen Stämmen ein noch härteres als das eigene auf. Während sie mit Fanatismus ihre Sprache und ihre Nationalität vertheidigten, wollten sie den Kroaten und Slowaken die ihrige entreißen; sie predigten Gleichberechtigung der Völker und wollten die fremden Stämme auf ihrem Boden nicht zu gleichen Rechten gelangen lassen.

Dieser moralische und politische Fehler hat den Ungarn mehr Kraft geraubt, als selbst die Schlauheit des österreichischen Kabinettes, welches längst gegen verbrieftes Recht die ungarischen Geschwader und Bataillone aus der Heimath zu verpflanzen wußte. Wäre es ein Kampf für die Freiheit von ganz Ungarn gewesen und nicht bloß einer für die des herrschenden Stammes, zu welchem sich die Magyaren erhoben hatten, der Erfolg wäre ein anderer und bestimmte vielleicht Oesterreichs Geschicke. Denn es hätte nicht blos ein brüderliches Band die Kroaten und Slowaken in Ungarn mit den Magyaren verbunden, sondern es hätten sich auch die stammverwandten ragusischen Slawen dem Kampfe gegen Habsburg angeschlossen und die Magyaren als Führer anerkannt. Es hätten vor allen die Polen mit ganzer Seele und in Massen in Galizien sich erhoben, während sie so im Anfang der ungarischen Bewegung die slawischen Stämme sogar gegen den Magyarismus aufreizten. Wir hätten vom Tatra bis zum adriatischen Meere eine Erhebung gesehen und das, was mit der Zeit nicht ausbleiben kann — wenn man jenen Völkern eine Zukunft zugesteht — es wäre jetzt schon über Oesterreich hereingebrochen. Schon im gegenwärtigen Augenblicke stehen die Sachen so, daß die Magyaren den Fehler ihrer Selbstsucht und die Slawen den Undank des Oesterreicherthums einsehen. Ihre Führer wünschen dem Ministerium Stadion eine längere Dauer, denn sie erkennen in der Politik desselben und in dem Verfahren der Radetzky und Windischgrätze die beste belehrendste Schule für die ragusischen Slawenstämme. Schon beginnt es unter diesen zu tagen, auch unter den Walachen ist es seit dem Einschreiten der Russen in Siebenbürgen lichter geworden. Wenn die Polen ihre Rolle mit Ernst verfolgen, die in der Vermittlung und Vereinigung dieser verschiedenartigen Volksstämme besteht, so wendet sich das Blatt gar bald. Die Letzteren sind sich ihrer Aufgabe bewußt, sie halten sich für den silbernen Draht, welcher den elektrischen Freiheitsfunken durch die Slawenstämme hindurch leitet, und welcher rings um Habsburgs Thron alles entzünden soll. „Wir wollen die Zügel der slawischen Bewegung nicht fahren lassen! so rufen die Polen, wir wollen die Ungarn und die Slawen ihrer Blindheit entreißen und ihnen ihr wahres Interesse nachweisen. Wir haben Alle nur ein Ziel, das ist, den Racenkampf zu meiden, aus dem die Deutschen Nutzen ziehen; wir haben nur eine Gefahr zu überwinden, und diese droht nicht in Pesth und nicht in Agram, wohl aber in Ollmütz und Frankfurt. Wir haben diese große Lehre in Prag gepredigt, aber das Magyarenthum hat uns nicht hören wollen."

Dem offenen Auge entgeht die Wendung nicht, die in den slawischen Verhältnissen eingetreten ist. Je länger der Kampf in Ungarn dauert, desto mehr erkaltet der Haß der Stämme, welche für ein ihnen fremdes Interesse in die Schlacht geführt werden, und in denen das Mißtrauen gegen die österreichische Regierung täglich mehr Nahrung findet. Das fürchterliche „vae victis", welches die russischen und österreichischen Schaaren durch Ungarns Gefilde werden ertönen lassen, wenn die letzten Honveds überwunden sind, werden die slawischen Stämme nicht mehr jubelnd begrüßen. Sie verstehen die Bedeutung der russischen Truppenmassen wohl, welche ihnen gegenüber in Südrußland lagern, und wenn der Augenblick gekommen sein wird, in welchem auch ihnen die habsburgische Politik das nicht gewähr, was sie den Ungarn haben entreißen helfen, so wird das Gewitter heraufziehen, dem der Magyarenkampf als Wetterleuchten vorangegangen ist.

Deutschland.

* **Frankfurt,** 7. März. Wir sind in den Stand gesetzt aus der Erklärung der würtembergischen Regierung über den Entwurf der Reichsverfassung Folgendes mitzutheilen:

I. Zu dem Abschnitt: „Das Reich." Die §§. 2, 3 und 4, betreffend das Prinzip der reineu Personal-Union, werden wegen Oesterreichs nicht aufrecht erhalten werden können. Denn wenn auch die Richtigkeit jenes Prinzips an und für sich nicht zu bestreiten ist, so sind doch die vorwaltenden besondern Verhältnisse Oesteereichs zu berücksichtigen und es wären die Nachtheile für Deutschland zu groß, wenn Oesterreich eines Grundsatzes wegen dem deutschen Buadesstaate nicht beitreten könnte, als daß au diesem Grundsatze starr festgehalten werden sollte.

II. Zu dem Abschnitt: „Die Reichsgewalt." Zu §. 7 wird vorgeschlagen, daß die Reichsgesandten im Ausland sich mit solchen Beamten der einzelnen Staaten umgeben, welche die besonderen Verhältnisse ihres Landes kennen, vorausgesetzt, daß die einzelnen Staaten geneigt sind, den Aufwand für eine solche untergeordnete Vertretung zu bestreiten.

Zu §. 8 wird eine ähnliche Einrichtung für die Konsulate vorgeschlagen, etwa das Recht, wegen besonderer Interessen Lokal-Konsuln oder Vice-Konsuln zu präsentiren, mit Untirordnung unter die Reichs- (General) Konsulate.

Zu §. 12: Im Hinblick auf den Schiußsatz des §. 14 wird sich die Verfügung der Reichsgewalt über die bewaffnete Macht nur auf den Keieg und die Fälle nothwendiger Sicherheitsmaßregeln im Frieden erstrecken.

Zu §. 14: Die Organisation ihres Heerwesens dürfte den einzelnen Staaten zu überlassen und der Reichsgewalt — neben der allgemeinen Gesetzgebung — nur die Einhaltung der Wehrverfassung mittelst anzuordnender Inspektionen zuzuweisen sein.

Zu §. 18: Die Ernennung der Offiziere jeden Grades sollte den Einzelregierungen überlassen bleiben und nur für den Krieg die beschlossene Ernennung der Kommandirenden ꝛc. durch die Reichsgewalt beibehalten werden.

Zu §. 55: Der Centralgewalt wird die Einbringung eines Gesetzes über das Associationswesen noch bei der konstituirenden deutschen National-Versammiung empfohlen, da die richtige gesetzliche Entwicklung unserer öffentlichen Zustände hiervon sehr abhängig ist.

III. Zu dem Abschnitt: „Der Reichstag." Zu §. 3: Für die süddeutschen Staaten wird eine größere Stimmenzahl beantragt, zumal wenn Oesterreich nicht beitreten sollte, weil sonst die süddeutschen Interessen von den norddeutschen stets überstimmt werden können. Dagegen kann man sich mit dem Vorschlag, jedem Staate das Recht einzuräumen, wenigstens Einen Vertreter in das Staatenhaus zu senden, nicht einverstanden eeklären.

IV. Zu dem Abschnitt: „Das Reichsoberhaupt." Zu §. 1 und 2: Es ist zuzugeben, daß eine Regierung, die von Einem ausgeht, kräftiger ist, als eine solche, die von Mehreren geführt wird. Es ist ferner zuzugeben, daß der häufige Wechsel in der Person des Regierenden mehrfache Nachtheile in seinem Gefolge hat, und daß von diesem Gesichtspunkte aus die Sache betrachtet, die Vererbung der Regierungsgewalt in einer Dynastie nach den Gruadsätzen des Erstgeburtsrechts am besten geeignet ist, dieselbe zu kräftigen.

Allein die Eigenthümlichkeit der Lage der deutschen Staaten nöthigt uns, von demjenigen Umgang zu nehmen, was vielleicht das Beste wäre um uns an das Mögliche zu halten.

Maßgebend für Würtemberg ist der Abschaitt I. §. 1 des Verfassungsentwurfs „das Reich", wo es heißt: „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen dentschen Bundes."

Nun ist bekannt, daß die Meinungen darüber getheilt sind, ob Oesterreich in den deutschen Bundesstaat eintreten werde, oder ob es in denselben eintreten könne? So lange dies nicht entschieden ist, würde die von Vielen beabsichtigte Berufung des Königs von Prenßen zum dentschen Erbkaiser, Oesterreich von Deutschland für immer trennen, da Oesterreich eben so wenig sich Preußen unterordnen, als letzteres zugeben würde, daß Oesterreich erblich an die Spitze von Deutschland gestellt werde. Da es nun im Interesse Deutschlands und insbesondere Süddeutschlands und Würtembergs liegt, daß alle deutsche Staaten beisammen bleiben und da es namentlich in militärischer, politischer und kommerzieller Beziehung für Süddeutschland von höchster Wichtigkeit ist, daß Oesterreich in den Bundesstaat eintrete, so wird von dem Prinzipe der Vererbung der Würde des Reichsoberhaupts Umgang genommen werden müssen; es wäre denn, daß Preußen oder Oesterreich geneigt wären, sich unterzuordnen.

Fast auf dieselben Schwierigkeiten wird man stoßen, wenn man von dem Gruadsatze eines Wahlreichs ausgeht, in welchem Einer periodisch an der Spitze steht: denn abgesehen von den Nachtheilen, welche hierdurch dem Prinzip der Stabilität zugefügt werden, und von den stets wiederkehrenden vielfachen Wahlintriguen, welche jeder Wahlakt zu besorgen gäbe, so wird sich auch hier von den beiden Großmächten keine der andern unterordnen wollen.

Es scheint daher nichts übrig zu bleiben, als ein Direktorium, was früher in der Absicht Preußens lag und heute noch in der Absicht Oesterreichs liegen soll.

Da es indessen Noth thut, daß die Verhältnisse Dentschlands bald geregelt werden, so wird auf eine baldige und bestimmte Erklärung Oesterreichs zu bringen sein; uad zwar nicht bloß in Beziehung auf die Oberhauptsfrage, sondern auch auf die einzelnen Theile der verschiedenen Kapitel des Verfassungsentwurfs; und wenn diese nicht, oder nicht befriedigend erfolgt, so würde Württemberg eine Vereinigung des übrigen Deutschlands mit

Preußen in Einem Bundesstaat einer Trennung Deutschlands in Süd und Nord vorziehen.

Damit aber der Eintritt Oesterreichs in den Bundesstaat fortwährend möglich sei, erwartet man von dem Patriotismus Preußens, daß es von der Erblichkeit der Würde des Reichsoberhaupts abstehe und sich begnüge, dieselbe entweder zeitlich zu bekleiden oder sich den Grundsätzen eines Direktoriums anzuschließen.

Zu §. 4: Statt der Civilliste sollte blos eine gewisse Summe für die Residenz des Reichsoberhauptes (oder Direktoriums) am Sitze des Reichstags festgesetzt werden.

Der Großherzogl. Mecklenburg-Strelitzische Regierungsbevollmächtigte hat die Erklärung seiner Regierung über den Verfassungsabschnitt von dem Reichsoberhaupt dem Reichsministerpräsidenten übergeben. Die bezügliche Stelle lautet: „Bei dem Ernste der Zeit, welcher zu entscheidenden Beschlüssen mahnt, und bei der immer stattgefundenen Bereitwilligkeit Seiner königlichen Hoheit Regierung, die feste Begründung deutscher Einheit mit Aufopferung zu erstreben, steht dieselbe auch nun nicht länger an: die Uebertragung der erblichen deutschen Oberhauptswürde auf die in den Bundesstaat ganz eingetretene größte politische Macht für eine nothwendige Folge der angenommenen bundesstaatlichen Verfassung mit centraler, von parlamentarischen Institutionen umgebener Exekutivgewalt zu erklären. Eine weitere nothwendige Folge und ein gleich dringendes Bedürfniß engster Unirung des Bundesstaats mit der deutsch-verwandten Großmacht, erlaube ich mir nur ergebenst anzudeuten."

⁑ **Frankfurt**, 7. März. Von den im Verfassungs-Ausschusse in den letzten Tagen gefaßten Beschlüssen sind die wichtigsten folgende:

Abschnitt I. §. 1. Die Schlußfassung dieses Artikels wurde aufgeschoben (14 Stimmen gegen 10).

Abschnitt I. §. 2 und 3. Der Wortlaut nach der ersten Lesung beibehalten mit 18 gegen 6 Stimmen. Die Minorität bilden Hr. Ahrens, Welcker, Rotenhan, Lassaulx, Detmold, Jürgens.

Abschnitt III. Der Vorschlag der Koalition zu einem Direktorium von 7, mit 9 Stimmen (derselbe, über den Hr. v. Schmerling zu verhandeln angewiesen ist) wurde mit 17 gegen 7 Stimmen verworfen.

Die Erblichkeit der Reichsoberhaupts-Würde nach der Fassung des Unterausschusses wurde mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Die Minorität bilden die Herren Gülich, Mittermaier, Schreiner, Wigard, Schüler, Ahrens, Welcker, Rotenhan, Lassaulx, Detmold, Jürgens.

· **Frankfurt**. In Nr. 64 ist ein Schreiben des mecklenburgischen Bevollmächtigten an den Ministerpräsidenten abgedruckt, darin ein sinnentstellender Druckfehler steht. Es muß nämlich heißen statt: wahrhafte und politische Macht „wehrhafte und politische Macht."

*** **Frankfurt**, 7. März. Die kürzlich in Betreff der Besetzung der vakanten Stelle eines katholischen Stadtpfarrers dahier gemachte Mittheilung bedarf einer wesentlichen Berichtigung. Der Bischof von Limburg dringt durchaus nicht darauf, daß aus der Geistlichkeit der Diöcese ein Kandidat für die hiesige Stelle in Vorschlag gebracht werde. Er wird die „Wünsche" der hiesigen Gemeinde gern erfüllen, wenn diese sich auf einen würdigen, wenn auch „fremden" Geistlichen vereinigen. Dagegen nimmt der Senat unserer Stadt — oder vielmehr unseres „Freistaats" — das Präsentationsrecht für die Besetzung der fraglichen Stelle in Anspruch, und dies ist es, was der Bischof von Limburg dem Senat durchaus nicht zugeben will. Es fragt sich nun, in welcher Weise diese Kollision zwischen dem Senat und dem Bischof ausgeglichen wird. Der katholische Gemeindevorstand, der auf der Seite des Bischofs zu stehen scheint, will Beda Weber zum Stadtpfarrer haben.

Wien, 2. März. Die Wiener Zeitung enthält Folgendes: Auf Vortrag des Ministerraths hat der Kaiser beschlossen, daß die der Stadt Ferrara von den Oesterreichern auferlegte Strafkontribution von 200,000 Skudi sogleich zur Verfügung des Papstes gestellt werde, um hierdurch dem rechtmäßigen Herrn der Stadt Ferrara den unzweideutigsten Beweis zu liefern, daß die dorthin von den k. k. Truppen unternommene Expedition nur von den gerechtesten und uneigennützigsten Absichten geleitet und allein durch die Nothwendigkeit herbeigeführt war, die wohlverdiente Strafe über eine Stadt zu verhängen, welche ebenso ihre Pflichten gegen die legitime Regierung als die Gebote des Völkerrechts und der Menschlichkeit verletzt hatte. Zugleich hat man geglaubt, daß das von der aufrührerischen Stadt erlegte Strafgeld keine würdigere Verwendung finden könnte, als wenn es in die Hände des Papstes gelegt würde, um wenn es ihm genehm ist, damit einen Theil des Elends zu lindern, welchen der in seinen Staaten herrschende Terrorismus täglich über so viele Opfer der Revolution verhängt.

‡ **Botzen**, 1. März. Die wälschtyrolische Frage hat nun durch einen Ministerialerlaß vom 14. v. M. ihre Lösung erhalten. Es wird darin erklärt: „die österreichische Regierung werde und könne nie gestatten, daß die Provinz Tyrol in zwei von einander unabhängige Theile gespalten werde, da eine solche Trennung ein Verrath am tyrolischen Volke, ein Verderben für die ganze Provinz, ja selbst für Wälschtyrol ein Unglück wäre." Ich glaube, die Wälschtyroler haben sich selbst ihre unausbleibliche Lage noch nie recht klar gemacht, falls sie nach ihrem Wunsche an Oberitalien kämen. Nur als Theil einer deutschen Provinz blüht ihrem Lande Wohlstand und Handel, durch den Eintritt in den deutschen Zollverein gewinnt erst ihr Wein, ihre Seide einen dem Erzeuger entsprechenden Preis, ja selbst die Förderung geistiger Kultur können sie nachgerade nur von Deutschland erwarten; Italien besitzt nur Studien aus dem Mittelalter, aber keine Literatur, keine Kunst, die jetzt Hand in Hand mit dem Leben geht. Der Vortheil, den Wälschtyrol aus dem Anschluß an die deutsche Zolllinie zöge, wäre meinem Dafürhalten nach so unermeßlich, daß der dortige Bürger und Bauer dann alsbald selbst die herrschsüchtigen Aristokraten und faselnden Professoren auf's Schweigen verwiese. Erfreulich war uns auch die entschiedene und nachdrückliche Sprache, die das Ministerium des Innern in seinem erwähnten Beschlusse annahm. Die Behörden sind angewiesen, jeden auf Lostrennung von Deutschtyrol abzielenden Versuch als einen der Regierung feindlichen nach den Strafgesetzen zu behandeln, und nöthigenfalls auch mit Gewalt einzuschreiten. Spräche man sich doch auch in Ollmütz mit derselben Offenheit über den Anschluß an das neue Deutschland aus!

⊙ **Ollmütz**, 2. März. Heute Vormittag langte ein Courier von der ungarischen Armee an, der seine Depesche in der Kirche, wo gerade der Hof einer Seelenmesse für den verstorbenen Kaiser Franz I. beiwohnte, abgab. Hier erbrach sie der Kaiser und soll sehr vergnügt über die empfangenen Nachrichten gewesen sein, denn sie meldeten ihm einen neuen, vollständigen Sieg seiner Truppen über das von Dembinski befehligte ungarische Corps. So soll wenigstens die Depesche sagen, obwohl man vielleicht gegen die Totalität dieses neuesten Sieges einige bescheidene Zweifel erheben könnte, denn auch Görgey mit seinen Truppen wurde, nach offiziellen Berichten, wenigstens zehnmal geschlagen und zersprengt, und doch steht derselbe Görgey wieder an der Spitze einer recht respektablen Macht von 20,000 Mann, mit 40 Kanonen.

Bei der Rekrutirung werden besonders die Studenten hart mitgenommen. Die Stadt Ollmütz hatte noch einen Rest von 16 Mann zu stellen und führte der Assentirungskommission außer 134 andern Individuen auch 16 Studenten vor; von erstern wurden 6, von letztern 10 Mann angenommen und darunter Studirende, die im 2. oder 3. Jahrgange ihrer Studien sind und deren Zeugnisse derartig lauten, daß sie unter Metternichs Regime nie zu der Ehre gekommen wären, des Kaisers Rock zu tragen. Aber man will sich rächen an den Studenten, die man als die Urheber aller Uebel ansieht, die Oesterreich seit dem März v. J. getroffen.

Der Literat Kaminski, der ein politisches Blatt in Krakau redigirte, saß hier längere Zeit im sogenannten Transporthause, welches der Sammelplatz aller Einberufenen, Rekruten u. s. w. ist. Vor einigen Tagen ging er in Begleitung eines solchen Transportes zu seinem Regimente nach Prag ab, in welches man ihn zur Buße seiner schriftstellerischen Sünden steckte. Sie sehen in Oesterreich sind jetzt Maßregeln gang und gäbe, die ganz in die Zeiten der Soldatenwirthschaft des 18. Jahrhunderts gehören.

Kremsier, 1. März. In dem Konstitutionsausschusse wurde heute die tyroler Lebensfrage entschieden. Eine Majorität von 12 gegen 11 Stimmen entschied sich dafür, daß Südtyrol von Nordtyrol nicht getrennt werden soll. (O. C.)

Prag, 2. März. Ein neues Ministerialdekret beantwortete eine von der Landesstelle ausgegangene Anfrage, wie viel Kreise für die Provinz Böhmen zu kreiren seien, dahin, daß allenfalls fünf genügen möchten, wenn sich auch nicht auf diese Anzahl zu beschränken sei; diese wären jedoch nach den Sprachgrenzen zu gestalten. Prag, Budweis, Czaslau oder Kuttenberg werden als Orte czechischer Kreispräsidien, dagegen Eger oder Saaz und Reichenberg als die deutschen darin vorgeschlagen. (C. Bl. a. B.)

Von der österreichischen Grenze, 2. März. Während ein vollkommen leeres Gerücht Unruhen zu Prag für den 5. d. verkündigt, vernimmt man aus vollkommen zuverlässiger Quelle, daß Prag für geraume Zeit Residenzstadt werden soll. Es wurde darüber bereits im Prager Stadtverordnetenkollegium verhandelt. Auch war der Adjutant des regierenden Kaisers zu Prag eingetroffen, um die Lage der Verhältnisse zu prüfen. Nicht bloß der Reichstag, sondern der gesammte Hof soll nach der Moldaustadt kommen. Ministerbureaus, Gesandtschaften und hohe Aristokraten würden ohne Zweifel nachkommen. Welche außerordentliche Konzession an das Slawenthum in diesem Schritte läge, brauche ich kaum zu erwähnen. Leider! soll die Stimmung zu Wien noch immer von der schlimmsten Art sein. (Leipz. Z.)

AZC **Berlin**, 5. März. In voriger Woche ist eine wichtige Plenarsitzung des Kammergerichts gehalten worden, in welcher beschlossen ward, den Patrimonialgerichten sofort die Ablieferung ihrer Akten aufzugeben. Die mit den neueren Verordnungen zusammenhängende Einrichtung von Kreisgerichten bietet wenig Schwierigkeiten, da die Städte wegen der anderweiten damit zusammenhängenden Vortheile alles aufbieten, sich den Besitz eines solchen Gerichts zu verschaffen. So hat z. B. hier in der Mark die Stadt Luckenwalde 15,000 Rthlr. zur Erbauung der erforderlichen Lokalien angeboten; zwischen Beeskow und Storkow ist ein förmlicher Wettstreit ausgebrochen und dergl. mehr.

Posen, 1. März. Der Charakter der Soldatentumulte in unserer Stadt wird immer ernster, denn es zeigt sich, daß er ein nationales Gepräge an sich trägt. Es sind nun schon zweimal Demolirungen von Häusern vorgekommen und der Fall von Vorgestern begann damit, daß ein deutscher Hausknecht, den sein polnischer Brodherr entfernt hatte, ohne ihm seinen Lohn zu zahlen, seine Kriegskameraden auf der Hauptwache zu Hilfe rief. Er hatte ihnen zugleich die Entdeckung gemacht, daß Waffen zu aufrührerischen Zwecken in seiner früheren Behausung verborgen seien. Die Folge davon war eine Erstürmung des Hauses, wobei es zu schweren Verletzungen kam. Erst der Generalmarsch machte dem Kampfe ein Ende.

Aus Warschau schreibt man uns, daß eine düstere Stille in der Stadt wie im Königreich herrsche. Der Druck nimmt zu und mit ihm das Elend. Die Garnison ist nicht verändert auch nicht erhöht worden. Das einzige außergewöhnliche Ereigniß in den letzten Februartagen war die Ankunft des französischen Gesandten, General Leflo, aus Petersburg. Er war in ächt republikanischer Weise mit seiner Familie in der Diligence angekommen und Fürst Paszkiewicz hatte ihn empfangen. Man bewies ihm die ganze Zeit über ungemeine Aufmerksamkeit, hielt Parade für ihn ab und gab glänzende Gesellschaften. Gewiß ist noch kein Republikaner so ehrenvoll in Rußland behandelt worden.

Von dem krakauer Gebiete berichtet man uns unterm 28. Februar von einer allgemeinen Aufregung, die besonders auf den Dörfern herrschen soll. Die Bauern in dem Gebiete des ehemaligen Freistaates hatten immer noch nicht glauben wollen daß die Rekrutirung nach dem neuen Gesetze wirklich eintreten werde. Sie erklären allgemein, daß sie sich nicht zwingen lassen würden und man hat ernstliche Dinge zu fürchten, da es nicht fehlen wird, daß Unbesonnene diese Stimmung zum Aufstande benutzen werden. Fürst Jablonowski ist mit einer Petition an den Reichstag nach Kremsier abgereist, um einen Aufschub der Rekrutirung zu erlangen.

In den Kreisen unserer Provinz ist bis auf einige Fälle, wo ein Bauernauflauf bei Gelegenheit der Einziehung von Schulbeiträgen statt fand, nichts Aufrührerisches vorgekommen. Bekanntlich weigern sich die polnischen Bauern an einigen Orten, wo die Geistlichkeit die ihr mißliebigen Lehrer entfernen will, diese Schulbeiträge freiwillig zu zahlen. Daher erscheinen Exekutoren und Gensdarmen. Sind sie jedoch nicht zahlreich genug, so vertreibt sie die bewaffnete Bauernschaft. Dies geschah vor wenigen Tagen im schildberger Kreise.

Elberfeld, 6. März. Der hiesige Gemeinderath hat nach vielen und heftigen Debatten am 27. v. M. den Beschluß gefaßt, daß ein größerer Theil der Kommunal-Lasten künftighin nur von den reicheren Bürgern, nämlich den Angehörigen der Steuerklasse von 1 bis 12 allein getragen werden solle, während die Abgaben für die Klasse von 12 bis 19 bedeutend herabgesetzt werden sollen. Dieser Beschluß ist hauptsächlich durch die Bemühungen des Gemeinde-Verordneten Advokat-Anwalt Dr. Hörtee durchgesetzt worden. Die Bürgerschaft will demselben zum Danke hiefür im Laufe dieser Woche einen Fackelzug bringen. Der hiesige Volksverein hat beschlossen, den 18. März durch eine große Volksversammlung zu feiern. (Köln. Ztg.)

München, 5. März. Gestern war der Jahrestag der von München eroberten baierischen Errungenschaften und zur Feier des Tages im Prater eine große Versammlung veranstaltet, welcher natürlich an dem vom herrlichsten Frühjahrwetter begünstigten Sonntage unzählige Menschen beigewohnt haben. Viele Reden jener Art, von welcher ich Ihnen neulich einige Proben mittheilte, haben auch diese Versammlung bezeichnet. Natürlich war nun wieder die gesammte Militärmacht in Bereitschaft gegen alle möglichen Gespenster gehalten. Aber es geschah auch nicht die mindeste Straßenunordnung, und die Soldaten waren ungefähr 14 Stunden lang vollkommen umsonst unter Waffen und auf dem Qui vive gehalten worden. Indessen ist auch die Vertagung der Kammern nicht erfolgt. Dagegen schreitet durch unsere Stadt die Nachricht, daß das Gesetz über die Matrikularbeiträge von der Regierung — natürlich noch immer von dem alten Ministerium, für das man selbst im Publikum nach und nach aufhört einen Ersatz zu bezeichnen — werde zurückgezogen werden. Die Vertagung soll dann sofort eintreten und so auch diese Frage schwebend bleiben, bis man genöthigt ist, den Landtag wegen der am 1. Okt. ablaufenden Finanzperiode von Neuem einzuberufen.

Die Einbringung des Gesetzes über die Matrikularbeiträge in demselben Augenblicke, wo die Frage wegen Baierns Stellung zur Centralgewalt vor den Parteien und durch den Gang der Ereignisse auf der schwankendsten Spitze steht, war bekanntlich von mehreren Seiten (und auch von mir) gedeutet worden, als ob sie nicht ohne Absicht geschehen sei um die Stimmung des Volkes gegen eine nähere Verbindung mit der Centralgewalt zu erregen, durch welche nichts als die Erhöhung der Steuern um ein Viertel ihres bisherigen Bestandes gewonnen werde. Man sagte sogar allgemein, Hr. v. Abel, welcher immer noch in erstaunlich häufigen Beziehungen zu Nymphenburg steht, sei der Veranlasser solchen intriguenhaften Verfahrens. Jetzt erfährt man eine andere Geschichte der Entstehung dieses Antrags, welche, wenn sie sich wirklich bewahrheiten sollte, diesen Ansichten wenigstens theilweise widerspricht. Nach dieser Lesart soll nämlich der Gesetzentwurf von dem Ministerium schon lange Zeit vor der Eröffnung des Landtags, zufolge einem nach Frankfurt gegebenen Versprechen für möglichste Beschleunigung dieser Angelegenheit bei dem Landtag und baldigste Flüssigmachung des Geldes, vollkommen ausgearbeitet im Kabinet vorgelegt gewesen, aber dort aus der bekannten Scheu vor Anrührung irgend eines mit dem neuen Deutschland in Verbindung stehenden Gegenstandes unerledigt geblieben sein. Nun kamen die bekannten Adressenstürme und der Rücktritt des Ministeriums, worüber man im ersten Augenblick die Angelegenheit ganz vergaß. Aber es kam auch eine neue Mahnung an die Einhaltung des gegebenen Wortes aus Frankfurt, und damit natürlich neue Verlegenheit. Man legte hastig den Gesetzentwurf den Kammern mit der berufenen Vertagungsankündigung verbunden vor. Die Folge war, daß jetzt von Seiten der vorberathenden Ausschüsse eine Menge von Gesuchen um Aufklärung in finanziellen Fragen bei dem Ministerium einliefen, und daß besonders die Rückzahlung des bedenklichen griechischen Anlehens sehr entschieden gefordert werden zu wollen schien. Dies war natürlich höchst störend, da, wie man vernimmt, in Athen der ministerielle Plan besteht, das Anlehen beim nächsten Landtag auf die Staatskasse zu werfen. Geschähe nun jetzt in Baiern ein Schritt, welcher zeigte, daß man die baldige Rückzahlung der Summen nebst Zinsen fordere, so wäre bei dem griechischen Landtage voraussichtlich eine noch viel unversöhnlichere Opposition gegen eine solche Escamotirung zu erwarten, als schon unter günstigeren Verhältnissen nicht ausbleiben kann. Auch möchten die baierischen Minister, besonders in ihrer jetzigen Zwitterstellung, die finanziellen Aufschlüsse natürlich gern bis zur Budgetberathung verschoben wissen. Sie denken dann ihre Nachfolger dem Sturm überlassen zu können, welcher nicht nur von Seiten der Abgeordneten- sondern auch der Reichsrathskammer in dieser Frage droht. Denn selbst die Reichsräthe werden, wie sich in der letzten Sitzung bei Gelegenheit der Berichterstattung des

ständischen Kommissärs über die Thätigkeit der Schuldentilgungsanstalt in der Finanzperiode 18⁴⁵/₄₇ zeigte, sehr entschiedene Angriffe gegen die Art der bisherigen Finanzverwaltung erheben. Alle diese Gründe zusammengefaßt, sollen nun den ministeriellen Entschluß zur Zurückziehung des erwähnten Gesetzentwurfs veranlaßt haben. Also wieder ein Resultat der Furcht, wieder das unselige System des Temporisirens. Und dazu aller Orten, nicht nur in Baiern, sondern in ganz Deutschland, ein drohendes Donnergrollen heranziehender Unwetter, welche vor der Hand gar nicht zu berechnen sind. Die baierische Staatskunst dagegen lebt, als wehe noch bequeme Luft des Jahres 1847 und so weiter rückwärts.

÷ **Stuttgart**, 2. März. Die Abgeordneten-Kammer hat heute über den Gesetzentwurf berathen, welcher die Aufhebung der bisher den Standesherren und ihren Familien zustehenden Befreiung vom Kriegsdienste und der Stellvertretung im Heere betrifft. Der erste Theil desselben rief keine weitere Erörterung hervor; die Kommission, welche die Voraussetzung ausgesprochen hatte, daß, nachdem das Privilegium der Standesherrn gefallen, auch die Prinzen des königlichen Hauses ihrer Wehrpflicht zu genügen haben würden, und mit ihr die Kammer erkannte es gleichwohl für angemessen, diese Frage bis zum Erscheinen eines allgemeinen deutschen Wehrgesetzes, das ohne Zweifel auch die Verhältnisse der fürstlichen Familien in Bezug auf den Kriegsdienst regeln werde, offen zu lassen: einige bissige Bemerkungen des Abgeordneten Reyscher hatten weiter keine Folge. Eine sehr lange Verhandlung rief, während das Aufhören aller und jeder Stellvertretung für die Zukunft auf keinerlei Widerspruch stieß, die Frage hervor, inwieweit es nach Lage der bisherigen Gesetzgebung zulässig sei, sich noch vor dem im gegenwärtigen Gesetz festgesetzten Termin durch Stellung eines Ersatzmannes der erst mit jenem Termin eintretenden Militärpflicht zu entledigen. Es hat nämlich bereits eine Menge junger Leute sich beeilt, noch vor Thorschluß solche Ersatzmänner zu stellen. Die Kammer entschied schließlich für die Ansicht, daß eine derartige, augenscheinlich in fraudem legis geschehene Stellvertretung als unzulässig erscheinen müsse.

*† **Stuttgart**, 6. März. Der Staatsrath Römer hat in dem Schwäb. Merkur Nr. 55 auf die öffentlichen Angriffe des Ausschusses der Demokraten-Vereine des Landes die bisherige Handlungsweise des Ministeriums vortrefflich gerechtfertigt. Vor Allem weist er nach, daß aus dem, den Volksvereinen von ihm hingeworfenen Fehdehandschuh, nicht der Schluß zu ziehen sei, daß er im Widerspruch mit seinen früheren Grundsätzen, gegen die Vereine überhaupt eifern wolle, daß dies vielmehr nur gegen eine bestimmte Tendenz bestimmter Vereine eine Anwendung leide.

In Betreff der Behauptung des Landesausschusses, daß die Volksvereine für die Verwirklichung ihrer Zwecke blos auf dem Wege des Gesetzes vorschreiten würden, bemerkt Römer sehr richtig: „Diese Behauptung hat in meinen Augen nicht die geringste Bedeutung. Denn will man den Zweck erreichen, so muß man den Weg des Gesetzes verlassen, man muß, wenn man den Zeitpunkt für geeignet hält, zur Gewalt schreiten, weil die Republiken nicht vom Baume fallen, wie überreife Birnen." In Bezug auf die demokratischen Bestrebungen der Volksvereine sagt Römer: „Kein wohlorganisirter Staat darf gleichgültig zusehen, wenn seine Existenz dadurch täglich in Frage gestellt wird, daß die Grundsätze der Demokratie, sei es vorerst auch nur in der Theorie, auf die Spitze getrieben werden, weil sonst in den öffentlichen wie in den Privatverhältnissen eine Unsicherheit entsteht, welche geeignet ist, das Verderben des Einzelnen, so wie des Ganzen herbeizuführen."

Weiter sagt Römer: „Mag auch die radikale Presse, mögen manche Volksvereine mit noch so großer Zuversicht behaupten, die Republik sei für Würtemberg unvermeidlich, ja, sie liege bereits in der Luft — ich habe alle Ursache vom Gegentheil überzeugt zu sein, und wenn jene Behauptungen nicht den Zweck haben, durch die Zuversicht des Tons, Anhänger zu gewinnen, so zeigen ihre Urheber, daß sie noch im Flügelkleide der Erfahrung einherwandeln." Im Laufe der Entgegnung heißt es weiter: „In Wirklichkeit aber bedarf es eines geringen Grades von Muth, um den Löwen des Tages entgegenzutreten, und diejenigen, welche jetzt unter dem Eindrucke der Angst Manches thun, was ihrer innersten Natur zuwider ist, werden, wie ich hoffe, in nicht entfernter Zeit darüber staunen, daß sie vor so geringer Gefahr so große Furcht haben hegen können." Vollkommen richtig wird weiterhin bemerkt, „daß mit dem besten Willen kein Werk für die Ewigkeit gegründet werden kann, liegt in den menschlichen Verhältnissen; aber der Gegenwart Rechnung zu tragen und ebenso dem Ueberstürzen Einhalt zu thun, ist Pflicht, und zwar nicht sowohl im Interesse der Freiheit, die nach meiner Ueberzeugung keine gefährlicheren Feinde hat, als ihre jetzigen Vorkämpfer."

Wir geben uns der festen Ueberzeugung hin, daß die gediegene, kräftige Erklärung Römer's bei allen Wohldenkenden des Landes den günstigsten Eindruck machen wird. Ein kräftiges Auftreten der Regierung gegen die Wühlereien der Volksvereine scheint in einem Augenblicke um so gebotener, in welchem ein einflußreiches Organ, gewissermaßen das offizielle Organ der Volksvereine, in seiner neuesten Nummer, ganz unumwunden zu Proklamirung der Republik in Würtemberg und Baiern aufgefordert hat. Aber die Volksvereine wollen keine Gewalt, haben wir gehört, sie wollen nur die Republik! So einem unbedeutenden Ding, wie die Republik brauchen die Volksvereine nur zuzurufen: „erscheine", und siehe da, sie tritt mit der Jakobinermütze und den Fasces aus dem Nebel der politischen Gegenwart hervor, Alles beugt sich vor ihr und ruft: „Sei gegrüßt und gebenedeiet, Du lang Ersehnte." Die Fürsten legen geduldig die Krone nieder, die Gewalten treten von ihren Plätzen, die Heere legen ihre Waffen nieder, der Besitzende tritt an den Proletarier seinen Besitz ab — Alles ohne Gewalt — Alles nur durch die Macht des Geistes, durch die Macht des Zeitbewußtseins, oder besser Alles nur durch die Kunst der demokratischen Gaukelei. Und bei dieser gewaltlosen Metamorphose ruft der Landesausschuß dem erstaunten Volke zu: „Es ist keine Hexerei, nur Geschwindigkeit!"

Dresden, 4. März. Aus guter Quelle erfahren wir, daß man nun auch beim sächsischen Heere die Einführung der Waffenröcke beabsichtigt. Daß übrigens dieser Beschluß mit allen Rücksichten auf die nöthige Sparsamkeit zur Ausführung gebracht werden wird, versteht sich von selbst. Wir hören soeben, daß von unsern in Thüringen befindlichen Truppen in diesen Tagen zwei Bataillone (ein Bataillon Schützen und ein Bataillon von der Linie) nach Sachsen zurückkehren werden. (Dresd. J.)

△ **Darmstadt**, 7. März. Gestern Abend feierte der hiesige vaterländische Verein das Andenken an den 6. März v. J., als den Tag, an welchem die Proklamation mit den Unterschriften des eben ernannten Mitregenten und H. v. Gagern's erschien, durch eine Versammlung und einfaches Abendessen im großen Saale des Darmstädter Hofes. Die Versammlung war zahlreich und durch entsprechende Reden, Toaste und Lieder gewürzt. Gleichzeitig waren die Mitglieder des Märzvereins, der neuen Schützengilde und des Volkslesevereins zu einer Versammlung vor der Stadt, im Karlshofe, zusammengetreten, zu welcher sie „Gleichgesinnte" luden, um die Märztage zu „berathen". Durch den bezüglichen öffentlichen Anschlag erfuhr man, was man bis jetzt nicht so gewußt, daß der Märzverein sich mit dem entschieden republikanischen Volkslesevereine als „gleichgesinnt" ansehe. Das Darmstädter Journal von gestern brachte die Proklamation vom 6. März v. J. ihrem ganzen Inhalte nach abgedruckt und zugleich den speziellen Nachweis, daß die Verheißungen derselben in Erfüllung gegangen sind oder daß, soweit dieß nicht geschehen (in Bezug auf eine allgemeine Volksbewaffnung), nicht die Regierung, sondern die Ständeversammlung daran schuld ist.

♉ **Schleswig**, 3. März. Der Waffenstillstand ist gekündigt und Kriegs- und Friedensgerüchte schwärmen umher wie die Maikäfer an warmen Frühlingsabenden. Bedenklich aber erscheint das gleichzeitige Schwärmen der „Fledermäuse der Reaktion." Bei uns hat die Reaktion einen ganz andern Inhalt als im übrigen Deutschland. In Schleswig-Holstein heißt Reaktion: „Rückführung der dänischen Gewaltherrschaft unter Kränkung des klarsten Rechts und der deutschen Nationalität!" Man erzählt sich schon von einem freundlichen Zusammenwirken der Kamarilla zu Ollmütz, Kopenhagen und anderen berühmten Residenzen. Man will schon wissen, in welcher Weise von jenen Orten bis hierher die Fäden gezogen werden. Allenthalben gibt es Leute, die sich für alle Fälle möglich erhalten möchten und sich deßhalb im Widerspruch mit ihren bessern Gefühlen einem lächerlichen Kosmopo-

litismus ergeben. Doch sollten sich wirklich, meinen wir, unter unsern Aristokraten Einzelne finden, die zu solchen Bestrebungen sich hinneigen, möchte es weniger die Treulosigkeit, als eine krankhafte Anarchistenriecherei sein, die dazu treibt. Indessen erregt auch das hier keine Sorge. Deutschland hat die Unzertrennlichkeit und Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins anerkannt! Deutschland wird diese seine Anerkennung aufrecht erhalten, wird wenigstens unserm gerechten Streben nicht feindlich in den Weg treten. Uneinigkeit hat die Nachricht hervorgerufen, daß die Friedensunterhandlungen bei einer Amnestiefrage angelangt seien. Einige wenige meinen: Dänemark habe eine Amnestie auszusprechen. Dagegen behauptet die überwiegende Mehrzahl mit Heftigkeit: Nein, nur Schleswig-Holstein habe Dänemark Amnestie zu bewilligen! Denn die Herzogthümer können nie Amnestie wollen, weil sie nie von ihrer gerechten Sache lassen werden!

× **Altona**, 4. März. Die deutschen Kriegesdrohungen beunruhigen uns weniger, als die Friedensgerüchte. Nach dem, was man von den verschiedensten Seiten und namentlich von denjenigen vernimmt, bei welchen man eine genauere Kenntniß des Standes der Verhandlungen voraussetzen darf, so wäre die Grundlage des Friedens die Selbstständigkeit von Schleswig. Zwar keine völlige; man wird die Verbindung der Herzogthümer nicht ganz aufheben, aber doch die jetzt bestehende Verbindung. Man wird zurückgehn auf die Verbindung, wie sie vor dem März v. J. bestand. Mit einem Worte, der Friedensschluß soll das Staatsgrundgesetz aufheben und wir sollen die Früchte aller unserer Anstrengungen verlieren. Wir wissen nicht ob die „Herren in Manschetten" das Projekt von der Selbstständigkeit bloß verschieben, obgleich oder weil sie wissen, daß es doch damit unmöglich etwas werden kann. Die Unzufriedenheit hier zu Lande ist lebhaft. Man glaubt sich von der Diplomatie hintergangen und traut selbst der gemeinsamen Regierung nicht mehr recht. Die Sendung des Grafen Reventlow Farve ist noch nicht hinlänglich aufgeklärt. Die Schleswig-Holstein'sche Zeitung verlangt die sofortige Berufung der Landes-Versammlung und wie weit wir hier mit den Wünschen schon gehen, das sehen Sie aus folgenden Worten jenes Oppositions-Blattes: „Erklärungen fruchten nicht mehr, es muß gehandelt werden. Die Landesversammlung muß zeigen, daß sie einen Frieden wie den eben angedeuteten, der nichts sein würde als eine neue verbesserte Auflage der alten schmählichen Zustände, nicht will, unter keiner Bedingung will; und daß es ihr mit diesem Willen ernst ist, muß sie die Schiffe hinter sich verbrennen, um jede Möglichkeit der Rückkehr abzuschneiden. Zu diesem Ende hat sie, um Klarheit und Entschiedenheit in unsere Stellung Dänemark gegenüber zu bringen, die Personalunion für verfallen zu erklären. Kündigt der König von Dänemark uns den Waffenstillstand, setzt er sich abermals in Bereitschaft um uns mit Krieg zu überziehen: wohlan! kündigen wir ihm die Herzogskrone! Das Maß der Unbilden, die er uns angethan, ist voll. Wie die berühmte Unabhängigkeitserklärung der vereinigten Staaten von Nordamerika in ihrem Eingang unter Aufzählung der Unbilden und Bedrückungen, welche sie vom Könige von England erfahren, diesem den Gehorsam kündigt und alle politische Verbindung mit Großbritannien auflöst, so möge die Landesversammlung die Personalunion mit Dänemark für verwirkt erklären. Allein mit der bloßen Kündigung der Personalunion ist es nicht genug: Hand in Hand damit muß die Einsetzung einer neuen Landesregierung gehen."

Die Zeitung verlangt, daß die Landesversammlung für die Zeit des Unabhängigkeitskampfes einen Diktator ernennen solle. Das ginge wohl Alles, aber es geht nicht, wenigstens nicht so leicht. Denn Schleswig-Holstein ist keine Insel. So viel ist gewiß, daß Dänemark zu Lande und zu Wasser besser gerüstet ist, als voriges Jahr, und daß es uns recht abgeschmackt vorkommt, wenn man im Binnenlande sich den angenehmen Hoffnungen überläßt, Dänemark rüste nur zum Spaß. Die Einreden Englands werden schwerlich viel helfen. Ein Vorwand ist leicht gefunden. Alles, was Dänemark thut, will es ja nur der „treuen Nordschleswiger wegen" unternehmen. Diese können, wie die Kopenhagener Blätter sagen, unmöglich länger unter dem bisherigen Drucke schmachten. An Bundesgenossen wird es den Dänen nicht fehlen und der beste Bundesgenosse ist die deutsche Uneinigkeit, über welche die Dänen beständig spotten. Jetzt sollte Gagern seinen kühnsten Griff machen und uns Reich und Reichsgewalt zu Stande bringen. Fragen Sie mich nach dem möglichen Ende der widerwärtigen Schleswig'schen Wirren, so sehe ich kein anderes Ende ab, als dasjenige, was in Ihrer Zeitung stets vertheidigt ist: eine billige Scheidung nach den Nationalitäten. Die Träger und Stützen des Aufstandes in den Herzogthümern sind die gebildeten Klassen gewesen, und ich kann versichern, daß gerade unter diesen die Meinung sich immer mehr feststellt, daß die „treuen Nord-Schleswiger", weil sie es denn einmal wollen, dem Dänenkönig zu überlassen sind, und der deutsche Theil von Schleswig ganz zu Deutschland kommen muß. Man darf von uns nicht erwarten, daß wir selbst mit diesen Vorschlägen kommen sollen, wodurch ein Theil unserer ursprünglichen Forderungen aufgeopfert wird. Aber einen ernstlichen Widerstand würde jene Lösung der Frage, unseres Bedünkens die einzige vernünftige, in den Herzogthümern nicht hervorrufen.

Hamburg, 1. März. Die bürgerliche Gleichstellung der Juden in hiesigem Staate hat bereits eine edle Frucht emporgetrieben. Es hatte nämlich der verstorbene Banquier Hr. Salomon Heine zum Andenken seines früh vollendeten Sohnes, Hermann, eine Stiftung gegründet, um armen, aber rechtlichen und strebsamen Handwerkern und Handelsleuten durch ein zinsenfreies Darlehn, das sich bis auf 2000 Mk. belaufen kann, zur Betreibung ihres Geschäftes behülflich zu sein. Nach §. 4. der Stiftungsurkunde sollte diese Wohlthat sich bis zu dem Tage nur auf die israelitischen Gemeinde-Angehörigen beschränken, an welchem die beengenden Schranken fallen werden, die den Juden die Wege des Fortkommens mehr als den übrigen Einwohnern erschweren und schwer auf ihnen lasten. Diese Schranken sind nun gefallen, und mithin, nach dem Willen des Testators, haben die Christen gleiche Ansprüche mit den Juden an der Wohlthat der genannten Stiftung, wodurch die Zahl der dieselbe Beanspruchenden sich mindestens um das Doppelte vermehren wird. Dieses berücksichtigend, hat Hr. Carl Heine, Sohn des Testators, den Stiftungsfond am gestrigen Tage um 100,000 Mk. Bco. vermehrt, und sind selbige bereits von seinem Bank-Konto abgeschrieben und der Administration der Stiftung überwiesen, die auch schon heute zur Anzeige bringt, daß vom Jahre 1850 an, sowohl Christen als Juden, bei der Vertheilung der Darlehne in gleichem Maße berücksichtigt und Christen mit zur Verwaltung hinzugezogen werden sollen. (Nat. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 5. März. Aus Harwich berichtet man einen der traurigsten Schiffbrüche, welche je an diesem Theile der englischen Küste vorgekommen sind und durch welchen 200 Menschen, außer den Seeleuten leider sämmtlich deutsche Auswanderer, ihr Leben verloren haben. Dieses Unglück betraf das Fahrzeug Floridian, dem Herrn E. D. Hulbert zu New-York zugehörig, und von einer deutschen Gesellschaft für Auswanderer zur Ueberfahrt nach Nordamerika befrachtet. Es war von Antwerpen aus gesegelt und scheiterte während eines furchtbaren Sturmes an den Long Sands. Die einzelnen Umstände sind, wie bei solchen Schiffbrüchen immer, sehr traurig. Viele scheinen auf dem Wrack erfroren zu sein. Die Umgekommenen waren meist junge und achtbare deutsche Landleute nebst Familien und viele Handwerker; darunter 50 — 60 Frauen und zwischen 20 — 30 Kinder. Nur vier wurden gerettet, drei Matrosen und ein Auswanderer, wie es schien ein Handwerker und auch diese in einem gänzlich erschöpften Zustande.

Frankreich.

* **Paris**, 5. März. Sitzung der Nationalversammlung. Nach einer kurzen Berathung über einige Lokalgesetze verliest der Präsident das Ergebniß der Wahl der Vice-Präsidenten und Sekretäre für den kommenden Monat. Die Wahl ist ganz in dem Geiste der bisherigen Majorität, nämlich: zu Vice-Präsidenten sind gewählt, Lamoriciere mit 445 Stimmen auf 507, Goudchaux 384, Alavin 378, Billault 343, Corbon 291, Gévy 259; zu Sekretären: Jules, Richard und Laupedert. Daß General Bedeau nur 240 Stimmen erhielt, also nicht wiedergewählt ist, erregt großes Aufsehen. Die Tagesordnung bringt nun die Berathung über den Plan zur Erbauung eines Saales für die Nationalversammlung. Die Kommission schlägt vor, das Lokal der ehemaligen Deputirtenkammer wieder einrichten zu lassen. Malpial er-

hebt sich gegen diesen Vorschlag und ein langweiliger Streit über die Gesetze der Akustik entspinnt sich.

Die heutigen Journale sind völlig leer an politischen Betrachtungen. Sie beschäftigen sich vorzugsweise mit der Abreise der Mai-Angeklagten nach Bourges. Der Bahnhof war von drei Uhr des Morgens an mit Militär stark besetzt. Der Polizeipräfekt, Oberst Rebillot, leitete in Person die Vertheilung der Gefangenen in die verschiedenen Waggons. Um 4½ Uhr erschien der erste Zellenwagen, welcher zwei Angeschuldigte aus dem Gefängniß Sainte-Pelagie brachte; dann ein zweiter großer Zellenwagen, der von der Conciergerie kam mit fünf Angeschuldigten, u. a. dem gewesenen General der Nationalgarde, der diesen Posten in den ersten Tagen nach der Februarrevolution übernommen hatte, Hrn. v. Courtais. Frau v. Courtais, welche die Erlaubniß erhalten hatte, ihren Mann zu begleiten, befand sich ebenfalls darin. Um 5 Uhr kam ein dritter Wagen an, welcher Barbès, Albert, Blanqui, Sobrier, Raspail, Quentin, Flotte und andere der Gefangenen von Vincennes enthielt. Sämmtliche Gefangene wurden sodann in ihren Zellenwagen auf die Eisenbahn geschafft, und um 5 Uhr setzte sich der Zug, in welchem sich außerdem 400 Gendarmen und Sicherheitsbeamten befanden, in Bewegung.

Der Krieg der Regierung gegen die rothen Mützen auf den Freiheitsbäumen und öffentlichen Denkmälern dauert fort, nicht ohne häufigen Widerstand von Seiten des Volkes und sogar zuweilen der Ortsbehörden zu finden. So schrieb ein Bürgermeister im Departement von Vienne an den Unterpräfekten als Antwort auf die Aufforderung, die rothe Mütze abnehmen zu lassen, Folgendes: „Bürger Unterpräfekt! Ich anworte auf Ihren Brief vom 23., daß das Volk, indem es die phrygische Mütze aufgepflanzt hat, seine Souveränität ausgeübt hat. Ich protestire auf das entschiedenste gegen Ihren Brief, der dieses Princip angreift. Ich mache Sie verantwortlich gegen jede brutale Handlung, welche Unruhen in der Gemeinde herbeiführen könnte. Ich überliefere Ihr herausforderndes und aufreizendes Benehmen der öffentlichen Verachtung. Gruß. Der Bürgermeister Bouchardat. Wir stimmen Vorstehendem von ganzem Herzen bei. Ganet, Gemeinderath, Cumin, Gemeinderath."

Die Presse enthält abermals unter der Aufschrift: „Mitgetheilt" einen bemerkenswerthen Artikel über die italienischen Angelegenheiten. „Nachdem das Kardinalskollegium", heißt es in diesem Artikel, „einstimmig der Ansicht gewesen, eine fremde Intervention anzurufen, um dem Kirchen- und Klosterraub, der Verschleuderung des Erbtheils des h. Petrus und dem Handel mit den die Gallerien des Vatikan und die apostolischen Paläste zierenden Kunstschätzen Einhalt zu thun, ist das Kardinalskollegium nicht minder einstimmig darin gewesen, daß unter allen fremden Mächten vorzugsweise diejenigen zu einer Intervention berufen seien, welche schon seit Jahrhunderten das Schutzrecht gegen den h. Stuhl ausüben, nämlich Frankreich, Oesterreich, Spanien und Portugal. Nur kam man darin überein, an der Stelle von Portugal, welches zu weit entfernt ist, den König von Neapel um seine Mitwirkung zu ersuchen, welcher dem Papste sogleich bei dessen Ankunft in Gaeta seine ganze Armee zur Verfügung stellte, während der König von Sardinien nur eine friedliche Vermittelung anbot und auf diese Weise seine Mitwirkung unter den gegenwärtigen Umständen nutzlos und selbst unmöglich machte. Was Frankreich betrifft, so sind die beiden von Louis Bonaparte gestellten Bedingungen zu einer Intervention eingetreten: die Absetzung des Papstes und ein förmliches Interventionsgesuch von Seiten des letzteren. Uebrigens werden Oesterreich, Spanien und Neapel auch ohne Frankreich interveniren, besonders da Baiern und Belgien und selbst die protestantischen Mächte England, Preußen und Würtemberg sich für die Aufrechthaltung der weltlichen Macht des Papstes erklärt haben. Die Pazifikation Italiens würde übrigens nach dem Bericht eines Diplomaten, der dieses Land im Auftrage seiner Regierung durchreist hat, mit 1000 Mann und ohne Blutvergießen zu bewerkstelligen sein, da die Masse der Bevölkerungen dem neuen Zustande der Dinge nicht günstig ist. Der Großherzog von Toskana seinerseits hat bis zum letzten Augenblick auf die von Karl Albert ihm freiwillig verheißene bewaffnete Hülfe gewartet und erst, als er das Schicksal des Generals Laugier vernahm, den sowohl die Piemontesen, als seine eigenen Truppen im Stich gelassen hatten, sich nach Gaeta begeben, von wo er die Hülfe Oesterreichs anrufen wird."

Oesterreichische Monarchie.

Von der österreichischen Grenze, 2. März. Zu der slawischen Frage ist nunmehr die Emanzipationsfrage der Rumainen hinzugetreten; nächstens wird auch die der Slowaken energisch angeregt werden. Der berühmte tschecho-slawische Freischaarenführer Janitschek ist zu diesem Behufe nach Ollmütz gereist. Schwerlich dürfte die Annahme irrig sein, daß nur auf den Trümmern des alten Ungarns der wahrhafte Friede der österreichischen Nationalitäten hergestellt werden kann. Die Natur selbst hat Ungarn in die Slowakei, Magyarei und die südslawischen Länder abgetheilt; die Politik wird nachfolgen müssen. Der ungarische Krieg aber, der jetzt mit wechselndem Glücke geführt worden, dürfte nur durch das riesenhafteste Aufgebot aller dem Prinzipe des einigen Oesterreichs treu anhängenden Völker gelöst werden. Die von der Wiener Zeitung gebrachte Nachricht, daß General Ramberg Kaschau und Eperies wieder genommen habe, scheint minder wichtig, selbst wenn sich die Besetzung dieser Städte bewährt, weil von einem Kampfe keine Rede ist, beide Städte also vermuthlich unbesetzt gefunden wurden. (Leipz. Z.)

Kronstadt, 12. Febr. Die Szekler haben sich in Marienburg festgesetzt, von wo aus sie nach allen Richtungen hin ihre Vorposten unterhalten, dabei aber auch fleißig Brod, Fleisch und Fourage requiriren. In Obertömös waren gestern 1000 Mann neue russische Truppen angelangt. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe. (Sat.)

In **Agram** hat sich ein Verein gebildet zur Ueberreichung eines Ehrensäbels an Jellacic. Er fordert alle Oesterreicher ohne Unterschied der Nationalität auf, zu dem Geschenke beizutragen und will den betreffenden Aufruf in allen Hauptzeitungen der Monarchie veröffentlichen lassen. (C. Bl. a. B.)

Italien.

Die Genuesische Zeitung vom 28. enthält einen Protest des britischen Konsuls gegen die in einer Proklamation enthaltenen Angaben des Präfekten von Pisa und des Gouverneurs von Livorno, daß Sir George Hamilton sich dem Einmarsch der piemontesischen Truppen in Toskana widersetzt und versprochen habe die provisorische Regierung oder eine Republik anzuerkennen. Sir George Hamilton, heißt es in diesem Protest, stehe im Interesse seiner Landsleute in freundschaftlichen, aber nicht offiziellen Beziehungen zu der provisorischen Regierung und werde auch darin fortfahren, so lange die provisorische Regierung Ordnung und Ruhe in dem Lande aufrecht erhalte.

In **Florenz** wollte man am 26. Febr. aus Rom wissen, daß 20,000 Neapolitaner in der Richtung von Caprano im Anrücken begriffen wären. Eine wichtige Korrespondenz mit General De Laugier ist aufgefangen und den Gerichten übergeben worden. Da die betreffenden Thatsachen vor der Errichtung der Militär-Kommission stattgefunden haben, so werden die gewöhnlichen Tribunale das Urtheil fällen.

Niederland.

** **Haag**, 3. März. Das Ministerium hat in der zweiten Kammer bereits mehrere Niederlagen erlitten, zumal in der Adreßdebatte, und scheint dort überhaupt nur auf eine Minderheit rechnen zu können, mit der sich nicht regieren läßt. Da es außerdem nichts weniger als gleichartig zusammengesetzt ist und es wohl schon vorgekommen, daß der eine Minister eine Maßregel verläugnet, welche der andere getroffen hat, so erwartet man eine baldige Aenderung des Kabinets, um doch die unter obwaltenden Verhältnissen sehr wünschenswerthe „starke" Regierung wirklich zu bilden. Die Besorgniß für den sichern Besitz der ostindischen Kolonien ist ausnehmend gewachsen, seit der zwischen England und dem Sultan von Borneo abgeschlossene Vertrag, der den vertragsmäßigen Rechten Niederlands entgegenläuft, bekannt geworden. Der Sultan verpflichtet sich feierlich, fortan kein Grundgebiet zu Gunsten einer andern Nation abzutreten, es sei denn mit Zustimmung ihrer britischen Majestät, d. h. mit andern Worten: der Sultan von Borneo erkennt die britische Oberherrlichkeit an. Ganz ohne Zweifel ist jene Beschränkung gegen die Niederländer gerichtet und soll der Ausbreitung ihrer Kolonien im indischen Archipel entgegenwirken. Zwei geheime Artikel des Vertrags sollen überdem ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen beiden Theilen feststellen, welches gelegentlich den Engländern Anlaß darbieten könnte, sich in die innern Streitigkeiten des Archipels

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 8. März.) Wien (Die ungarischen Banknoten.) Kremsier (Der Verfassungsentwurf.) Prag (Beschlüsse des deutschen Centralvereins.) Berlin (Sitzung der Kammer. Das ganze Büreau aus der Rechten genommen.) Posen (Polnische Taktik. Die slawischen Blätter über die Wahltreibjagden in Oesterreich.) München (Neues Ministerium. Sitzung der Kammer.) Aus der Pfalz (Ergänzungswahl in Landau. Das Treiben der Demokraten. Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Dresden (Die Kammer und das suspensive Veto.) Kassel (Das Kriegsministerium.)

Oesterreichische Monarchie. Hermannstadt (Bem wieder in der Nähe. Die Wallachen.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 8. März.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 8. März.

Tagesordnung der 162. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den Wehrausschuß.
2) Zweite Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte: Art. V. §. 21 und 22, Art. VII. §. 30, Art. IX. bis XII. §. 43 bis 48.

Vorsitzender Präsident Hr. Eduard Simson.

Aus der Nationalversammlung treten aus: die HH. Burkart aus Bamberg, Flottwell aus Münster, Hoffmann aus Ludwigsburg, Heubner aus Zwickau. (Letzterer jedoch erst nach Ablauf von vier Wochen.) Dagegen treten drei neue Mitglieder in das Haus und werden der Abtheilung XIV. zugewiesen, die HH. Lauck aus München, Henkel aus Kassel und Perthaler aus Wien.

Von Flottenbeiträgen werden fünf angemeldet: aus Taenow im Posenschen, aus Göttingen, Guben, Freiberg in Sachsen und Werden an der Ruhr.

Der von Hrn. Schultze aus Potsdam erstattete Bericht über einen Antrag des Hrn. Vischer von Tübingen lautet auf Uebergang zur Tagesordnung. Desgleichen der von Hrn. v. Dieskau Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstattete Bericht, die in Bezug auf die Aufhebung der Spielbanken eingelaufenen Petitionen betreffend.

Hr. Vischer von Tübingen stellt heute in Wiederholung der seiner deßfallsigen Interpellation zu Grunde liegenden Erwägungen (vergl. unsern Parlamentsbericht vom 5. in Nr. 64 d. Bl.) den förmlichen Antrag:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, durch die provisorische Centralgewalt der österreichischen Regierung zu erklären, daß sie das Einrufen russischer Truppen in Siebenbürgen als eine Erschwerung ihrer aufrichtig und ernst verfolgten Aufgabe betrachten muß, alle deutschen Stämme in einen Bundesstaat zu vereinigen, zu welchem die nichtdeutschen Länder Oesterreichs in ein seine Kraft und Einheit nicht störendes Verhältniß treten, daß sie daher im Namen des Wohls der deutschen Nation auf ungesäumte Entfernung der russischen Truppen aus Siebenbürgen und auf beruhigenden Aufschluß darüber dringen muß, ob und wie die österreichische Politik die Interessen Deutschlands gegenüber den russischen Eingriffen in den Donaufürstenthümern zu wahren gedenkt."

Der Antrag wird dem Verlangen Herrn Vischers gemäß auf den Ausschußweg zur Berichterstattung verwiesen.

Die Ergänzungswahl in den Wehrausschuß bleibt für heute ausgesetzt, weil in den gedruckten Vorschlagszetteln anstatt neun, nur acht Namen verzeichnet sind.

Nachdem auf die Besprechung verzichtet worden ist, kommt Artikel V. §. 21 der Grundrechte nach den für die zweite Lesung vom Verfassungsausschusse gestellten Vorschlägen zur Abstimmung. Da das Ergebniß durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft bleibt, so müssen Zettelabstimmungen vorgenommen werden, die sich in dem ersten Falle für einen Zusatz der Minderheit des Ausschusses („von Korporationen") im zweiten Falle (mit 185 gegen 182 Stimmen) für die von Stavenhagen, Teichert und Genossen beantragte das Heer und die Flottenmannschaft betreffende Beschränkung erklären. Zum Beschluß erhoben wird demnach in folgender Gestalt:

Artikel V. §. 21: „Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden.

Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen als von Korporationen und von Mehreren im Vereine ausgeübt werden.

Beim Heer und der Kriegsflotte jedoch nur in der Weise, wie es die Disziplinarvorschriften bestimmen."

§. 22. „Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht nothwendig um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Thätigkeit gerichtlich zu verfolgen."

Ebenso wird ohne Besprechung angenommen:

Artikel VII. §. 30. „Die Besteuerung soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter in Staat und Gemeinde aufhört."

Ein Zusatz der Ausschußminderheit, wonach hinter „einzelner" eingeschaltet würde: „Personen" wird mit 223 gegen 197 Stimmen verworfen. Desgleichen werden abgelehnt die Anträge Nauwerck's und Würth's von Sigmaringen, die auf Vermögens- und Einkommensteuer hinauslaufen, der Antrag der Ausschußminderheit auf Aufhebung der Abgaben von nothwendigen Lebensmitteln, ferner mehrere Zusatzanträge, die den Schutz der Arbeit und welche die Verbindlichkeit der Gemeinden zur Ernährung „unfreiwillig Arbeitsloser" aussprechen wollen.

Ueber Artikel IX. §. 43 findet eine kurze Diskussion Statt. Hr. Moritz Mohl will dem Staate die Oberaufsicht über die Gemeindewaldungen erhalten sehen, damit sie nicht verwüstet, sondern nach guten forstwirthschaftlichen Grundsätzen verwaltet werden. Die Gemeindehölzer sind in mehreren Staaten Süddeutschlands von so bedeutendem Umfange, daß sie bis 35 pCt. des gesammten Waldbestands betragen. Hr. v. Bally verwendet sich ebenfalls für das Oberaufsichtsrecht des Staates über den Grundbesitz der Gemeinden aus staatsökonomischen Gründen. Hr. Raveaux aus Köln nimmt aus den sehr ernsten Reibungen, die in seiner Heimathstadt zwischen Bürgern und Soldaten vorgekommen sein sollen, Veranlassung, auf die Nothwendigkeit der Bürgerwehr hinzuweisen. In dem Fortbestande der stehenden Heere in ihrer bisherigen Gestalt erkennt er nicht blos eine unerträgliche Finanzlast, sondern auch eine stete Gefahr für die Freiheit des Volkes. Er empfiehlt daher die Annahme jener Bestimmung der Ausschußminderheit, nach welcher unter den Grundrechten der Gemeindeverfassung auch die „organisirte Bewaffnung als Theil der allgemeinen Volkswehr" aufgezählt werden soll. Hr. Wigard, der als Berichterstatter dieser Minderheit auftritt, erblickt in der Oberaufsicht des Staates über die Gemeinden nur die Wiederherstellung der alten Bureaukratie. Was dagegen die allgemeine Volksbewaffnung anlange, so sei sie eine der ersten und allgemeinsten Forderungen des deutschen Volkes gewesen, deren Erfüllung in §. 43 ihre passende Stelle finden werde.

Hr. G. Beseler: Wollten Sie die Gesundheitspolizei und die Sicherheitspolizei ausschließlich in die Hände der Gemeinden legen, so würden Sie die allgemeine Wohlfahrt gefährden. Die Volksbewaffnung gehört in eine deutsche Wehrverfassung, aber nicht in die Gemeindeverfassung. Hr. Raveaux ist bei seiner Anführung von den Vorfällen, die sich in Köln begeben haben sollen, den Beweis schuldig geblieben, daß dergleichen durch das Vorhandensein einer Bürgerwehr hätte vermieden werden können. Das Wort „Soldateska", welches hier gebraucht worden, wie überhaupt den Gegensatz zwischen Volkswehr und Soldaten weise ich mit Entrüstung zurück. (Lärmender Widerspruch und Hohn von der Linken.) Wir in Preußen wenigstens kennen keinen Unterschied (Gelächter von derselben Seite) und es ist nicht vaterländisch, einen Theil von Staatsbürgern mit dem Schimpfnamen „Soldateska" zu belegen, einen Theil sage ich, der vielleicht bald unser Stolz sein wird (Beifall von der Rechten und aus der Mitte. Zischen von links.)

Die Abstimmung über Artikel IX., §. 43 liefert folgendes Ergebniß:

„Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung:
a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter;
b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, unter gesetzlich geordneter Oberaufsicht des Staates;
c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushalts;
d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen als Regel."

Verworfen wird in Abstimmung durch Namensaufruf mit 252 gegen 188 Stimmen der Zusatz zu a., daß bei der Wahl der Gemeindevorsteher rc. das Bestätigungsrecht der Staatsbehörde ausgeschlossen sei. Ferner der Zusatz c. eben dieser Minderheit des Verfassungsausschusses: „Organisirte Bewaffnung als

Theil der allgemeinen Volkswehr" — letzterer Satz mit 242 gegen 191. Die anderen zu §. 43 beantragten Zusätze fallen theils durch die gewöhnliche Abstimmung, theils durch freiwilliges Zurückziehen der Antragsteller.

Darnach wird die Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte auf die morgende Sitzung vertagt.

Fernere Regierungserklärungen sind von Mecklenburg-Strelitz und Würtemberg eingegangen und dem Verfassungsausschusse vom Präsidium bereits zugemittelt. Von 119 Mitgliedern des Hauses wird ein Protest gegen die vom Wehrausschusse vorgelegte Kandidatenliste eingebracht. Hinsichtlich dieses Protestes aber weist der Vorsitzende aus der Geschäftsordnung nach, daß sich der Wehrausschuß in seinem vollen Rechte befinde.

Eine kurze Verhandlung über die morgende Tagesordnung endet mit Bestätigung des bereits bezeichneten Gegenstandes, wozu noch die heute ausgesetzte Ergänzungswahl in den Wehrausschuß kommt, worauf der Präsident die Sitzung 2 Uhr Nachmittags schließt.

Wien, 1. März. Das Cirkular über die ungarischen Banknoten erregte eine Zeit lang großen Schreck, denn in Folge der Windischgrätz'schen Finanzmaßregeln hatten viele hiesige Geschäftsleute Zahlungen in ein- und zweiguldigen Noten angenommen, die sie nun blankem Papier gleich achteten, allein bald beruhigten sie sich, indem das Cirkular Ungarn nicht ausdrücklich benennt, und sind jetzt so sicher, daß das Ministerium nicht aus Saumseligkeit sie in so empfindliche Verluste bringen werde, daß die berufenen Noten hier mit einigen und 80 pCt. genommen werden.

(C. Bl. a. B.)

Kremsier, 1. März. Der Konstitutionsausschuß ist heute wirklich mit seiner Arbeit fertig geworden. Der Entwurf, der circa 150 Paragraphen umfaßt, wird, noch einmal durchredigirt, übermorgen Samstag im Ausschusse zum letzten Male gelesen, und sodann in Druck gelegt werden. Die im Reichstage vertretenen Länder sind nach dem Entwurfe in 14 Provinzen getheilt, die, von Osten angefangen, folgende sind: Die Bukowina (1 Kreis), Galizien (10 Kreise), Schlesien (1 Kreis), Mähren, Böhmen (9 Kreise, darunter 3 deutsche), Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol (4 Kreise), Steiermark (2 Kreise, ein slawischer und ein deutscher), Kärnthen, Krain (je 1 Kreis), Küstenland (1 Kreis) und Dalmatien (1 Kreis). Südtirol ist mit 12 gegen 11 Stimmen bei Nordtirol geblieben; daß Tirol von Natur aus ein abgegranztes Ganzes ist, und die Südtiroler und Nordtiroler, wenn auch verschieden durch Sprache und Abstammung, doch durch die Gestaltung und die Verhältnisse des Bodens nothwendig an einander gewiesen sind, sind die Gründe, die die Vertheidiger der Gehörenz Tirols leiteten. Den nationalen Rechten der Südtiroler soll hierdurch nicht der geringste Abbruch geschehen. Als konstitutionelle Staatsfarben sind goldrothweiß angenommen worden, und die Mitglieder des Konstitutionsausschusses wollen morgen mit Kokarden dieser Farben geschmückt in der Sitzung des Reichstags erscheinen.

(Const. Bl. a. B.)

Prag, 4. März. Aus Reichenberg erfahren wir, daß der Centralverein aller deutschen Vereine sich der Ansicht des hiesigen deutschen Vereins, der Adresse der Slowanska Lipa nicht beizutreten, angeschlossen hat. Zugleich wurde im Namen aller deutschen Vereine eine Adresse an das Ministerium wegen schleuniger Ausschreibung der rückständigen Wahlen nach Frankfurt und eine Dankadresse an die Nationalversammlung in Frankfurt für die Ertheilung der Grundrechte gerichtet.

(D.-A.Z.)

☿ **Berlin**, 6. März. Die zweite Kammer hat sich heute konstituirt; sie hat ihre Präsidenten und Schriftführer gewählt — sämmtlich im Sinne der Rechten.

Bei der ersten Wahl wurde Grabow unter 330 Stimmen mit 171 gegen 158 zum Präsidenten erwählt; sein Gegenkandidat war Unruh; eine Stimme (wahrscheinlich die von Grabow selbst) fiel auf Auerswald. Bei der zweiten Wahl erhielt Auerswald unter 330 Stimmen 170 — Gegenkandidat Waldeck (154 Stimmen); als zweiter Vizepräsident wurde Lensing mit 168 gegen 156 Stimmen gewählt — Gegenkandidat Philipps. Die Schriftführer endlich sind ebenfalls lauter Mitglieder der Rechten, Sperling, Grodbeck, Ostermann, v. Borries, Geßler, Hartmann, Gallern, Krause, die alle mit einer ähnlichen, kleinen Majorität gewählt worden sind.

Das ist das bedeutungsvolle Ergebniß einer achtstündigen Sitzung! — Ich nenne es ein bedeutungsvolles Ergebniß, in mehr als einer Beziehung. Die Grabow'sche Partei hat heute unbedingt ihren Anschluß an die Rechte ausgesprochen; die Rechte hat die Majorität. Das ist die eine Seite der Betrachtung! — Aber noch andere wesentliche Punkte drängen sich unserer Erwägung auf.

Früher, bei der Nationalversammlung war die Konstituirung des Büreau's eine Sache friedlicher Verständigung der Parteien untereinander — dieses Mal war sie reine Parteifrage. Während man damals (und wie mir scheint, mit Recht) nur die Wahl des ersten Präsidenten als eine Parteisache behandelte, dann aber die Vizepräsidenten möglichst aus allen Parteien nahm — ich erinnern an Waldeck, Philipp's Bornemann, Jonas — und vor Allem bei der Wahl der Schriftführer völlig unparteiisch verfuhr, so sind heute, wie gesagt, alle Mitglieder des Büreau's nur aus einer Partei hervorgegangen.

Ich kann nicht anders, als dieses Resultat als ein wenig Erfreuliches zu bezeichnen. Die Rechte hatte die Geschäftsordnung durchgebracht, die doch das Recht der Minorität zum Theil in ihre Hand gab; heute hatte sie Gelegenheit, zu zeigen, daß es ihr dabei nur auf eine rasche Beendigung der Formalien angekommen, daß sie nicht gewillt sei, die Bestimmungen jener Geschäftsordnung über das Recht der Interpellationen zur Anwendung zu bringen; es wäre mehr als klug gewesen, durch Zugeständniß einiger Personen des Bureau's der Linken diese Furcht zu nehmen. Aber die Rechte ist über diese Bedenken hinweggegangen, sie hat sich selbst in die Gefahr begeben, ihre Macht zu mißbrauchen — eine Macht, die noch dazu nicht sehr fest steht; denn die Mehrheit der Rechten ist bis jetzt gering und wir haben beim vorigen Landtage gesehn, wie leicht sie verloren werden kann.

Sonst ist natürlich über die heutige Sitzung nichts zu erwähnen. Bei der Gleichheit der Stimmen auf beiden Seiten erregten die ersten Wahlen ein größeres Interesse als sonst; Grabow und Unruh hielten bis zur 120sten Stimme etwa gleichen Kurs, ähnlich ging es bei Philipps und Lensing; bei den folgenden Wahlen trat denn auch eben so natürlich die Abspannung ein, welche bei solchen Geschäften eigenthümlich und sehr mühselig schleppte sich die Sitzung ihrem Ende entgegen. Morgen ist wegen des Mangels an Vorlagen keine Sitzung.

≚ **München**, 5. März. Erschrecken Sie nicht — wir haben plötzlich ein neues Ministerium, wenngleich eines bei dessen Zusammensetzung Jedermann vorausweiß, daß es den Wiederzusammentritt der Kammern schwerlich mehr als wenige Tage überleben wird. Der Landtag soll nämlich sofort nach offizieller Verkündigung der plötzlich erfolgten Geburt des Ministeriums auf 4 Wochen vertagt werden. Doch beinahe hätte ich vergessen, Ihnen die Männer zu nennen, welche endlich aus den langen Berathungen zu Nymphenburg als Räthe der Krone hervorgingen. Für das Ministerium des Innern ist Herr Volz bestimmt, eigentlich durch weiter nichts im Publikum bekannt, als durch die Schroffheit seiner büreaukratischen Ansichten und Behabungsformen, welche ihn gerade gestern vorm Jahre vom Ministersessel stürzten. Mit dem Ministerium des Innern bleibt wie bisher die oberste Verwaltung der Handels- und Gewerbeangelegenheiten verbunden. Dagegen wurde das Ministerium des Kultus selbstständig geschaffen und Herrn Ringelmann übertragen. Der Grund für diesen neuen Versuch eine selbstständige Verwaltung der Kultusangelegenheiten einzurichten, liegt dem Vernehmen nach in rein persönlichen Rücksichten. Herr Ringelmann, ein ganz gewandter Beamter, war während des Anfangs der Ministerkrise nach Nymphenburg berufen worden, um das Portefeuille der Justiz zu übernehmen. Nach 24stündiger Bedenkzeit erklärte er sich dazu bereit, und es schien also dieser Posten definitiv vergeben. Unterdessen hatte man aber auch nach Frankfurt an Herrn Kleinschrod geschrieben, ob er in das Ministerium treten wolle, und von ihm eine bejahende Antwort unter der Bedingung erhalten, daß ihm das Departement der Justiz übertragen werde. Jetzt also verglich man sich mit Herrn Ringelmann, und errichtete für ihn das abgesonderte Ministerium des Kultus. In Bezug auf die Konfessionsangelegenheiten erwartet man von ihm die Einhaltung eines freisinnigen Systems, da noch sein Vater der israelitischen Glaubensgenossenschaft angehörte; in Bezug auf seine politischen Ueberzeugungen erwartet man dagegen für die Sache des ächten Kon-

stitutionalismus sehr wenig mehr, als von Herrn Volz. Herr Dr. Kleinschrod endlich übernimmt das Ministerium der Justiz. Seine Geschäftsgewandtheit ist bekannt, und diese ist es vor Allem, was wir brauchen, nachdem Minister Heintz in den Justizangelegenheiten so viele Neugestaltungen mit größtem Geschick und eisernem Fleiße angebahnt hat. Schade, daß er sie nicht selber zur Vollendung führt!

Die übrigen Minister bleiben in ihren bisherigen Stellungen. Graf Bray mag allerdings mit seinem altdiplomatischen Gebehren der Krone im gegenwärtigen Augenblicke der ganz passende Mann erscheinen. Indessen ist doch hoffentlich sehr fraglich, ob er sich mit seinem entschieden aussehenden System der Unentschiedenheit, auch vor den wieder zusammentretenden Kammern wird halten können; besonders da auch bekannt ist, wie sehr abhängig dieser Mann von der hohen Aristokratie und deren Einflüssen erscheint. Der Finanzminister, bekanntlich ein trefflicher Bureauchef, nur kein Verwaltungstalent höhern Styles, mußte wohl ehrenhalber an seiner Stellung festhalten, da er den Sturm des Landtags in der Budgetfrage aufsteigen sieht, und wenigstens nicht eben als Mann des moralischen Muthes erschiene, wenn er sich demselben durch einen rechtzeitigen Rücktritt entzöge. Hr. v. Lesuire endlich, der Kriegsminister, bei Hofe durch aristokratische Manieren empfohlen, in der Armee ohne die geringste Sympathie, bleibt gleichfalls. Vielleicht vorzugsweise deßhalb, weil man auf den theoretisch außerordentlich durchgebildeten und praktisch ebenso tüchtigen, aber freilich auch soldatenspielerischen Launen abgeneigten und etwas schroffen General Weishaupt (Sohn des bekannten Illuminaten) nicht zurückgreifen mag. Nach diesen Auseinandersetzungen wird man auch in Ferne erkennen, daß mit dem neuen Ministerium nur eine Uebergangsperiode ausgefüllt werden kann, und der neue Zusammentritt der Kammern höchst wahrscheinlich abermals zu einer Ministerkrisis führen muß. Hoffentlich haben dann die Verhältnisse des deutschen Reichs wenigstens formell einen Abschluß gefunden; damit natürlich auch Baierns Stellung zur Centralgewalt. Wie aber die Dinge im Augenblicke liegen, ist man natürlich auf das neue Ministerprogramm auf's Aeußerste gespannt, ohne auch nur im Geringsten voraussagen zu können, wie dasselbe gefaßt sein wird.

0 **München**, 6. März. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten brachte wieder verschiedene Interpellationen an das nun endlich scheidende Ministerium. Der Rücktritt desselben selbst war Gegenstand einer Anfrage des (im Namen des rechten Centrums sprechenden) Abgeordneten Forndran. Diese wie alle andern Interpellationen waren dem Ministerium durch das Kammerpräsidium schriftlich übergeben worden, weßhalb denn auch wieder einmal Minister Beisler am Ministertisch erschien, während man in der letzten Zeit gewohnt war die Regierung nur durch einige Ministerialräthe in der Kammer vertreten zu sehen. Beisler erwiederte: er habe auf diese Interpellation hin bei Sr. Majestät dem Könige angefragt und Se. Majestät habe ihn beauftragt, der hohen Kammer anzukündigen, daß das neue Ministerium der Mehrzahl nach bereits gebildet sei und daß die Kundgebung schon heute erfolgt sein würde, wenn nicht noch einige Formalitäten zu erfüllen gewesen wären, daß aber dieselbe jedenfalls morgen erfolgen würde. (S. den obigen Brief). Was die Verzögerung der versprochenen Gesetzvorlagen betreffe, fuhr der Minister fort, so sei diese in der Natur der Sache begründet; ein abtretendes Ministerium könne keine neuen Vorlagen machen. Die von ihnen gemachte Ausnahme bezüglich der Vorlage über die Matrikularumlage, welche von Forndran als Inkonsequenz bezeichnet wurde, sei durch die Dringlichkeit dieses Gesetzes nöthig geworden.

Ferner war Gegenstand einer Interpellation eine unter dem Ministerium Lerchenfeld erlassene Instruktion, vermöge welcher die bewaffnete Macht berechtigt und verpflichtet sein soll, nach Maßgabe der Umstände mit oder ohne Warnung von den Hieb- und Schußwaffen Gebrauch zu machen in verschiedenen angegebenen Fällen, worunter auch das Zerschlagen der Fenster mitaufgeführt wird. Nach Art. 448 des Strafgesetzbuchs kann nur die Regierung im Vereine mit dem Appellationsgerichte oder in dringender Noth erstere allein das Standrecht proklamiren, niemals könne aber eine solche Anordnung von der bewaffneten Macht ausgehen. Der Interpellant erkennt deßhalb in dieser Instruktion eine Verfassungsverletzung und behält sich weitere Anträge vor. Präsident Lerchenfeld übernimmt die Erwiederung, da die Instruktion von ihm ausgegangen, nicht aber ohne vorhergegangene Prüfung und Genehmigung durch das Justizministerium, welches keinen Widerspruch mit der Verfassung und den Gesetzen darin finden konnte. Die Excesse, die in München am 14. Oktober stattgefunden, haben diese Instruktion veranlaßt. Damals haben im Pschorrschen Bräuhause die Tumultuanten auf das Scheußlichste gehaust, während Militär vor dem Hause aufgestellt war, das aber nicht einschritt, weil es durch keinen Civilkommissär dazu befugt worden war. Ein Civilkommissär sei nicht immer gleich zur Hand, wenn man ihn brauche. (Ich bemerke hierbei nur, daß jene durch Soldaten großentheils begangenen Excesse von morgens 6 Uhr bis nach Mittag fortdauerten, und daß man in kürzerer Zeit wohl einen Civilkommissär finden konnte, um die Aufruhrakte zu verlesen.) Schließlich fügt noch Lerchenfeld hinzu, daß die Anwendung der bewaffneten Macht zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung noch kein Standrecht involvire. Von einer Interpellation über vielfache, durch Soldaten begangene Excesse wird für heute abgesehen. Beisler kehrt nochmals zur obigen Frage zurück und bemerkt zur Erläuterung der Instruktion wörtlich Folgendes, womit jede willkürliche Gesetzesverletzung entschuldigt, und worunter namentlich der einseitig von der Regierung auszusprechende Belagerungszustand begriffen werden kann: Es gebe Fälle, wo Befugnisse ausgeübt werden müssen, die durch kein Gesetz gestattet werden, außer durch das Gesetz der Nothwehr. Nach diesen Interpellationen wurde ein Schreiben des Präsidiums der würtembergischen Kammer der Abgeordneten, eine Mittheilung des Beschlusses dieser Kammer vom 28. v. M. im Betreff der deutschen Grundrechte, verlesen. Ein von Roßbach eingebrachter Gesetzentwurf, der den Mißstand aufheben soll, wonach Garnisonstädte versetzte Offiziere vierzehn Tage lang umsonst beherbergen müssen, wurde dem zuständigen Ausschusse zugewiesen.

† **Aus der Pfalz**, 6. März. Gestern fand in Landau die letzte für die Pfalz nöthige Ergänzungswahl für die baierische Ständekammer statt. Mit 152 Stimmen entschied man sich für den Deputirten der Nationalversammlung Cullmann, Advokaten in Zweibrücken. 48 Stimmen fielen auf den Notar Schmid von Kirchheimbolanden. Der Vorschlag, einen der demokratischen Volksschullehrer in die Kammer zu bringen, blieb ohne Erfolg. Zugleich wurde eine Adresse berathen, daß die Deputirten, welche für die Ständekammer und Nationalversammlung gewählt worden, das eine Mandat niederlegen möchten.

† **Aus der Pfalz**, 6. März. Auch unsere Demokraten haben durch Bankette den Jahrestag der Februarrevolution in Frankreich gefeiert, welche diesen jovialen Leuten so sehr zugesagt haben, daß vielfach deren baldige Wiederholung gewünscht ward. Am 4. März fand in Neustadt der Kongreß der Ausschüsse der 130 Volksvereine der Pfalz statt, nachdem Tags zuvor der Verein in Neustadt wegen Mangel eines geeigneten Hauptes (Dr. Hepp, der gewaltige Redner, fehlt allenthalben) in fatale Zerwürfnisse gerathen war und nur mit Mühe vor seinem Zerfall hatte bewahrt werden können. Unter den Beschlüssen jenes seinen großartigen Verheißungen keineswegs entsprechenden Kongresses erwähnen wir besonders eine Adresse an die Centralgewalt, welche bald mit den Unterschriften der pfälzer Demokraten bedeckt, nach Frankfurt abgehen soll. Man fordert sie darin auf, alle diejenigen Regierungen in Anklagestand zu versetzen, welche den Grundrechten noch keine gesetzliche Anerkennung eingeräumt. Geeigneter wäre gewesen, diese Anklage gegen die demokratischen Vereine zu richten, die selbst nichts unterlassen, was die Autorität der Centralgewalt und der Nationalversammlung im Volke untergraben kann.

:- **Stuttgart**, 3. März. In der Kammer der Abgeordneten hat es heute gewaltig kriegerisch ausgesehen: es ist von nichts die Rede gewesen, als von Infanterie und Kavallerie, von Artillerie und Pionieren, von Reserven und Rekruten, von Linie und Landwehr, und es war kein einziges Mitglied, das sich nicht auf alle diese Dinge weit besser verstanden hätte, als der General, welcher an der Spitze des Kriegsdepartements steht, mit seinen beiden technischen Beiständen. Es handelte sich um den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Militärmacht und die Rekrutenaushebung für das Jahr 1849—1850, ein Gesetzentwurf, der also neben der jährlichen Aushebung diejenigen Maßregeln umfaßt,

Uebersicht.

Das vielköpfige Götzenbild.

E.M.A. Da kommt der Herr Schüttelkopf, tönte es weiland in meines Vaters Hause von den Lippen der Kinder, wenn ein alter hinkender Bäckergesell aus dem nahen Städtchen mit dem großen Korbe auf dem Rücken durch das Hofthor trat. Nota bene dieser alte Gesell hinkte mit einem Fuße und schüttelte sehr mit dem Kopfe; weswegen ihm die Kinder diesen Namen gegeben hatten. Aber es ging doch noch leidlich mit seinem Marschiren: denn der Alte hinkte doch nur mit Einem Bein und schüttelte und wackelte doch nur mit Einem Kopf — glücklicher Weise hatte er nur Einen — und brachte doch den Kindern das Brod.

Da nun nach der heiligen Schrift und der unheiligen Geschichte des Menschen alles zum Beispiel und Vorbilde dienen soll, so mache ich mir diesen alten in meinem Gedächtniß fast verschimmelten Hinkebein und Schüttelkopf, diesen Kinderspaß, zum Vorbilde für einen deutschen Spaß, der lustig genug sein würde, wenn er nicht zu ernsthaft wäre. Die baierischen und badischen Herren Bevollmächtigten Closen und Welcker haben uns Deutschen zur ersten unendlichen Belustigung und zur späteren unendlichen Kopfschüttelung ganz andere Hinkebeine und Schüttelköpfe dargereicht, Ungeheuer mit sechs, vierzehn, ja mit zwanzig Beinen oder mit drei, sieben oder zehn Köpfen. Welch ein unendliches europäisches Gelächter! welche Belustigung und Ergötzung für die Fremden und welche lange Katzenjammerung für die Eigenen! welch ein ungeheuerliches deutsches Götzenbild, das in unsern Tagen ein gescheidter Mensch wahrlich nimmer anbeten würde! Denkt an Göthen und Schlegel, und wie der erste alte glorreiche Here über die gräulichen ungeheuerlichen und vielköpfigen indischen Götzenbilder im heiligen Zorn des Schönen ergrimmt war. Und sollten nicht auch wir im heiligen Zorn des Starken ergrimmen dürfen?

Nein; einen solchen albernen, schwächlichen, hinkebeinigen, schüttelköpfigen Gräuel wollen wir nicht machen. Wir glauben — so hat uns die lange Geschichte belehrt — an keine politische Dreieinigkeit oder gar Siebeneinigkeit oder Zehneinigkeit; wir glauben nicht, daß ein solches Ungeheuer ohne ewiges Wackeln und Schütteln stehen könnte; wir wollen Einen Kopf, einen festen und starken Kopf, auf die erhabene Spitze unserer Reichssäule stellen. Mag man uns aus dem mit halbbarbarischem Lächeln höhnenden, lauernden und lauschenden Ollmütz heraus Unitarier schelten, wir wollen zur Freiheit des Volks Einheit der Macht. So weit sind wir ächte Unitarier und verwerfen alle vielköpfigen und vielherzigen Inkarnationen, welche in politischer Hinsicht eben so ungeheuerlich sind, als die buddhistischen und braminischen in metaphysischer Hinsicht. Wir verabscheuen die Zersplitterung der Herrschaft; wir wollen ein starkes Einheitreich, was und wie viel man dagegen auch winkle und höhnle; wir wollen einen Herrn, und immer nur Einen Herrn, und zwar einen deutschen, einen ganz und voll deutschen Herrn.

Verweilen wir einen Augenblick bei unserm Vorbilde, bei dem Gleichniß von dem alten Bäckergesellen, Herrn Schüttelkopf. Dieser Herr Schüttelkopf war immer eine sehr liebe und willkommene Erscheinung, er brachte den Kindern das Brod. Ich sage euch vorher: der vielbeinige und vielköpfige Closen-Welcker'sche Schüttelkopf würde den Deutschen nimmer das Brod bringen.

Und zwei Dinge, zwei jedem großen und tüchtigen Volke unentbehrlichste Dinge will das deutsche Volk doch haben, zwei Dinge zuerst vor allen, die ihm bis jetzt gefehlt haben: Macht und Ehre und Brod und Wohlsein. Jene Fülle von Beinen und Köpfen aber, welche man uns für die deutsche Freiheit und Einheit als die nothwendigsten ausruft, würde keines von beiden geben.

Vielbeinigkeit, Vielköpfigkeit in der Regierung ist gleich wacklichter Schwäche in den Füßen, gleich verzerreter und versperrter Verdummung und Verdumpfung in den Köpfen gerade durch die zu viele Zusammenschüttelung und Zusammenstoßung. Also nur wieder das alte lahme abgelebte deutsche Ding, das thatenlose, ruhmlose, lächerliche und belachte Ding, viel ärger, als der Staatenbund mit seinen Zahl- und Machtgewichten war. Die natürlichste Folge davon, wenn einschlafen möglich wäre, wäre die Hinstreckung und Einschläferung des deutschen Riesen auf dem früheren wie neu gepolsterten Lotterbette. Also keine Macht und Furcht nach außen hin, kein deutscher Arm der Stärke und des Muthes den Freunden gegenüber über die Länder und Meere hingestreckt. Also das letzte Facit: dieser Schüttelkopf trägt kein Brod. Denn Herrschaft in unsern deutschen Meeren wollen wir und müssen wir wollen; unsern Theil an dem Welthandel und an den Welthändeln wollen wir und müssen wir wollen; Schutz und Schirm für die Hunderttausende unserer Auswanderer wollen wir und müssen wir wollen. Das heißt in kürzester Rede: Wir sollen und müssen allem Volke Brod schaffen.

Majestät und Ruhm, das höhere Götterbrod der Völker, wollen wir endlich auch und müssen wir wollen. Doch über dieses Kapitel ist früher genug gesprochen.

Preußen und Deutschland.

§ Aus Süddeutschland, im März. Vor nun drei Vierteljahren haben wir, im Gegensatz zur „Deutschen Ztg.", mit vollster Ueberzeugung den Grundsatz verfochten, dem bald nachher die Reichsversammlung durch die Wahl des Reichsverwesers beitrat: daß die Reichsgewalt nur einem nichtregierenden deutschen Fürsten anvertraut werden dürfe. Damals hätte die allgemeine Stimmung es ohnehin unmöglich gemacht, Preußens oder Oesterreichs Herrscher an die Spitze zu bringen; denn, abgesehen von vorübergehend erwachten alten Abneigungen gegen Preußen im südlichen Deutschland, war die Macht beider Staaten augenblicklich gelähmt und wenigstens Oesterreich schien seiner Auflösung ganz nahe. Zugleich sprachen alle Anzeichen dafür, daß die übrigen deutschen Einzelstaaten großentheils, durch Einschmelzung der kleineren und natürlichere Abgränzung und Abrundung der größeren, einer Ausgleichung ihres bisher so höchst ungleichen politischen Gewichts entgegengingen. Der neuere Stand der deutschen Dinge hat uns aber längst überzeugt, daß der obige Grundsatz dermalen geradezu unausführbar sein würde und daß der Reichstag das beste Theil erwählt habe, indem er einen regierenden Fürsten an die Spitze zu stellen beschloß. Wie großen Anklang dieser Beschluß in der Nation gefunden, das zeigte sich unverkennbar in der noch vor Kurzem ungeahnten Uebereinstimmung, womit durch einen unwillkürlichen Zug der Geister, im Süden wie im Norden, im Volk und bei den Fürsten, überall da wo nicht machtneidische Sondergelüste die Oberhand haben, in der Berufung Preußens zur Reichsregierung das einzige Heil, auf jedem andern Wege aber der sichere Schiffbruch der deutschen Einheit, die Unmöglichkeit ihrer festen und dauernden Gestaltung erkannt ward. Trotz der vielfachen kläglichen Erscheinungen der jüngsten Monate können wir noch immer nicht lassen von dem Glauben, daß unser Verfassungsreichstag diese von allen Seiten täglich lauter ertönende Stimme des deutschen Volkes nicht überhören und, eingedenk seines Berufs zu dessen Vertretung, auch die nöthige Kraft noch in sich finden werde, unbeirrt durch Parteimeinungen, durch den bösen Geist der Verneinung und der Sonderbündelei sein Werk in diesem Sinne an's Ziel zu führen. Um den großen, wenn auch freilich nicht „unüberwindlichen" Schwierigkeiten mit Erfolg zu begegnen, die auf dem Wege der Uebertragung der Reichsgewalt auf den regierenden Fürsten eines deutschen Einzelstaats, zumal eines so mächtigen wie Preußen, liegen, muß man sich vor Allem dieser Schwierigkeiten vollkommen bewußt bleiben. Niemand kann verkennen: die gefährlichste Klippe ist hier die — nach aller Geschichte, vorzüglich der des Hauses Habsburg —

auf die Dauer gewöhnlich übermächtige Versuchung, die Reichsgewalt nicht zum Besten des Reichs, sondern der eignen Stammlande, zur Mehrung der Hausmacht zu brauchen, endlich vielleicht gar zur Beseitigung aller übrigen Fürstenhäuser und zur Verwandlung des lebendig gegliederten Deutschlands in das todte, freiheitswidrige Triebwerk eines Einheitstaats nach französischem Zuschnitt. Diese Saite hat, um uns bange zu machen, auch die österreichische Note vom 4. Febr. angeschlagen und, wie es scheint, nicht ganz ohne Nachklang. Soviel steht fest: durch die Doppelstellung desselben Fürsten an der Spitze des Ganzen und doch auch wieder des einzelnen Theils, würde, trotz der Erblicherklärung der Würde des Reichsoberhaupts, ein unleugbarer Hauptvorzug des Erbreichs vor dem Wahlreich wenigstens zur Hälfte wieder aufgegeben werden. Man hätte in die Reichsverfassung mit der erwähnten unseligen Versuchung eines der Krebsübel übertragen, woran jedes Wahlreich krankt. Und darum hauptsächlich schien uns früher der einzige Ausweg der: daß ein Fürst ohne erbliche Hausmacht nur über ganz Deutschland zu herrschen berufen werde, für den dann schon durch diese Stellung die Aufforderung gegeben wäre, allen deutschen Landestheilen gleich gerecht zu sein. Auch gab es eine Zeit, wo die entschiedenste Abneigung unsers Volks gegen alle Sonderstrebungen weniger besorgen ließ, ein solches Reichshaupt sobald in Abhängigkeit von dem guten oder bösen Willen der einzelnen Fürsten und Landsmannschaften gerathen und zum Schattenkönig in partibus herabsinken zu sehen. Auch heute noch würde diese Gefahr bei endgiltig festgestellter Reichsverfassung wenigstens geringer sein als bei längerer Dauer des Zwischenreichs. Die Bedingungen der Ausführbarkeit dieses Gedankens sind aber vollständig weggefallen, seitdem von Herstellung eines Gleichgewichts der deutschen Einzelstaaten kaum mehr die Rede ist und Preußen wie Oesterreich sich wieder aufgerichtet haben in überraschender Kraftentwickelung. Nun aber lehrt die Geschichte aller Zeiten, daß überall der Mächtige herrscht. Dieser Satz hat, durch Preußens und vor Allem durch Oesterreichs herrschenden Einfluß, trotz des Buchstabens der Bundesakte, während eines Menschenalters in Deutschland sich bewährt und wird auch künftighin sich bewähren, wenn nicht die neue Reichsverfassung das einzig mögliche Mittel wählt, jene Macht unschädlich zu machen indem es ihr ein würdiges Ziel anweist und sie so gemeinnützig beschäftigt. Wir sind nämlich durch die handgreifliche staatsrechtliche Unmöglichkeit für Oesterreich, wie dieses selbst uns sagt, in den Bundesstaat einzutreten, den wir gründen wollen und müssen, in die glückliche Lage gekommen, der inneren Entzweiung ledig, ein starkes und wahrhaft einheitliches rein deutsches Deutschland zu Stande zu bringen. Aber auch so kann uns dies nur dann gelingen, wenn wir nie vergessen, daß wie immer man auch sonst versuchen möchte, die Verfassung und die Spitze des deutschen Bundesstaats zu gestalten, fortan in demselben das Uebergewicht Preußens naturgesetzlich nothwendig ist. Geben wir ihm darum freiwillig die Ehre, die ihm doch später oder früher durch die Ereignisse zu Theil werden müßte. Thun wir es auf dem geraden Wege der Reichsverfassung, wenn wir in diese nicht von Anbeginn abermals einen Keim innerer Unwahrheit und Uneinigkeit legen und nicht stete Schwankungen unserer öffentlichen Zustände durch unser Grundgesetz förmlich hervorrufen wollen. Deutschland bedarf, darüber sind Alle einig, mehr als je einer starken und stetigen d. h. ungetheilten und ungeschwächten Obergewalt, und daß diese ohne Erblichkeit undenkbar ist, auch dies sehen von Tag zu Tage mehr alle Verständigen ein. Weit weniger klar ist aber zur Zeit den Meisten noch der weitere entscheidende Grund für die Erblichkeit der Reichsregierung: daß nur unter dieser Bedingung das preußische Königshaus ebenso stark und stärker sich angezogen fühlen kann und muß von dem höheren deutschen, als von dem beschränkten preußischen Ziel, weil es nur dann mit dem Wohl und Wehe des ganzen größeren Vaterlandes eben so unzertrennlich verwachsen kann und wird, wie es bisher mit seinem engern Vaterland verwachsen war. Wer aber, trotz der laut sprechenden Geschichte, nicht wissen sollte, was es diesem bisher gewesen ist, und was es für das größere deutsche Vaterland sein könnte, der mag darüber und über Preußens natürliche Bestimmung, aus eines Ausländers, aus Mirabeau's geistvollem Buch de la monarchie prussienne sich belehren. Scheuen wir uns nicht es auszusprechen: trotz vielfacher menschlicher Schwächen der Fürsten auch dieses Hauses darf doch kein anderes sich rühmen, eine so deutsche Gesinnung auch in den traurigsten Zeiten unserer Geschichte, den Zeiten unserer tiefsten Erniedrigung bewährt, ein so großes Verdienst um das Gesammt-Vaterland sich erworben zu haben, wie das Haus Hohenzollern!

Deutschland.

Frankfurt, 6. März. Im Reichsministerium des Handels sind, aus Anlaß von Beschlüssen der Reichsversammlung, unter Mitwirkung einer Kommission von Hydrotechnikern und Verwaltungsbeamten zwei Entwürfe, der eine zu einem deutschen Flußschifffahrtsgesetze, der zweite zu einem Reichsgesetze über die Aufhebung der Flußzölle, ausgearbeitet und als Manuskript gedruckt den Mitgliedern des Verfassungs- und des volkswirthschaftlichen Ausschusses, sowie den Bevollmächtigten und den für die Zollangelegenheiten hieher gesendeten Beauftragten der Einzelstaaten zur vorläufigen Kenntnißnahme mitgetheilt worden. Der Reichshandelsminister spricht sich über die Absichten, welche er dabei hegte, in einem die Uebersendung an den Vorsitzenden des volkswirthschaftlichen Ausschusses begleitenden Schreiben in folgender Weise aus:

„Das Reichsministerium des Handels kann diese Gesetzesentwürfe, welche auf die erste Lesung des Verfassungsentwurfes gebaut sind, nicht für reif halten, der Reichsversammlung vorgelegt zu werden, so lange die zweite Lesung über die betreffenden Paragraphen der Verfassung nicht erfolgt sein wird. Wenn das Reichsministerium gleichwohl die Ausarbeitung der Entwürfe nicht bis nach dieser Lesung verschoben hat, so war es hierbei sowohl von dem Wunsche geleitet, seinerseits der Erledigung dieser hochwichtigen Angelegenheit jede mögliche Förderung angedeihen zu lassen, als von der Hoffnung erfüllt, Vorschläge von bleibendem Werthe für die deutsche Flußschifffahrts-Gesetzgebung machen zu können, insofern nicht bloß ein großer Theil der Entwürfe auf allgemeinen Grundsätzen beruht, welche mit den Bestimmungen des zweiten Abschnittes der Reichsverfassung in keinem nothwendigen Zusammenhange stehen, sondern das Reichsministerium auch in denjenigen Theilen, in welchen dies letztere der Fall ist, aufs Ernstlichste bestrebt war, theils der Reichsgewalt die zu Sicherung der gemeinsamen Zwecke erforderliche Wirksamkeit zu gewähren, theils den Einzelstaaten die zu Entwickelung einer gedeihlichen Thätigkeit im eigenen Gebiete nöthige Selbstständigkeit zu erhalten. Das Reichsministerium des Handels mußte voraussetzen, daß die Reichsversammlung auch bei der zweiten Lesung der Verfassung diesen Standpunkt des Bundesstaates nicht verlassen und somit an die Stelle der früher beschlossenen Grundlagen der deutschen Flußschifffahrtsverhältnisse nicht so gänzlich veränderte setzen werde, daß es als nutzlos erscheinen könnte, Gesetzesentwürfe auf jene Grundlagen zu bauen. Das Reichsministerium des Handels glaubt endlich vollkommen im Sinne des volkswirthschaftlichen Ausschusses und der Reichsversammlung zu handeln, indem es durch den Druck dieser vorläufigen Entwürfe dem sachverständigen Urtheile rechtzeitig die Gelegenheit zur öffentlichen Besprechung derselben bietet."

Der Entwurf zu einem deutschen Flußschifffahrtsgesetze zerfällt in vier Abschnitte: der erste enthält die allgemeinen Grundsätze, der zweite die Bestimmungen über die Sorge des Staates für die Schifffahrt, der dritte handelt von der Oberaufsicht der Reichsgewalt und von dem Verhältnisse der Letztern zu den Einzelstaaten und im vierten werden formelle Schlußbestimmungen über die Verhältnisse, auf welche dasselbe anwendbar ist, ertheilt. Die erste Abtheilung des ersten Abschnitts setzt die Rechte und Pflichten der Schifffahrttreibenden, die zweite das Verhältniß zwischen Schiffern und Befrachtern fest. In diesen Bestimmungen ist der Grundsatz der vollständigen Gleichberechtigung und Gleichstellung aller deutschen Schiffer und Fahrzeuge, ohne Unterschied des Staates, welchem sie angehören, insoweit sie nur zum Schifffahrtsbetriebe fähig und geeignet sind, zur Geltung gebracht, und auf die Möglichkeit, das Maß der freien Entwicklung, deren der Handel bedarf, mit den Ansprüchen auf Schutz, welche die Gewerbtreibenden machen können, ins Gleichgewicht zu bringen, Bedacht genommen worden. Am deutlichsten ist diese Absicht im Art. 9 ausgesprochen, welcher lautet: „Jeder Staatsangehörige kann das Gewerbe als Rheder oder Schiffsherr behufs der deutschen Schifffahrt betreiben, vorbehaltlich der durch die Reichsgesetzgebung etwa einzuführenden Beschränkungen oder näheren Bestimmungen; Aktiengesellschaften bedürfen zum Betriebe der Schifffahrt auf den Reichsflüssen der Genehmigung der Reichsregierung."

Die Sorge des Staates für die Schifffahrt äußert sich als Sorge für die Flüsse durch Instandhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit derselben, als Inachtnehmung der Tauglichkeit der Schiffe, welche untersucht und nach einem einfachen Verfahren geaicht werden sollen, als Aufsicht über die Tüchtigkeit der Schiffsführer und der Schiffsmannschaft (die Schiffer und die Steuerleute sollen wenigstens 6 Jahre lang die Schifffahrt erlernt und betrieben haben, Schiffer und Lootsen unter Zuziehung von Schiffern geprüft werden), und endlich als Sorge für die Sicherheit der Schifffahrt und für eine schleunige Erledigung vorkommender Streitigkeiten.

Die der Staatsgewalt obliegende Aufsicht, Fürsorge und Thätigkeit hinsichtlich der für Schiffe und Flöße fahrbaren Gewässer, sowie des Betriebes der Flußschifffahrt und der Flößerei auf denselben, wird von jedem Uferstaate in seinem Gebiete ausgeübt, vorbehaltlich der auf den Grund bestehender Rechtsverhältnisse etwa von Dritten zu leistenden Mitwirkung und Kostenbeiträge und der der Reichsgewalt zustehenden Oberaufsicht. Die letztere erstreckt sich auf alle schiffbaren Gewässer; jedoch beschränkt sie sich auf den Flüssen, welche in ihrem schiffbaren Laufe nur einem Staate angehören, in der Regel auf ein sehr geringes Maß, und auf den kleineren gemeinsamen Flüssen besteht sie meistens nur in der Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten zwischen den Uferstaaten. Aber der Rhein unterhalb Basel, der Neckar, der Main, die Lahn und die Mosel, die Ems, die Weser mit der Werra und Fulda, die Elbe und deren Verbindung mit der Ostsee durch die Stecknitz und Trave, und die Donau, also alle für den größeren gemeinsamen Verkehr wichtigen Hauptstraßen, werden zu Reichsflüssen erklärt, auf denen die von den Einzelstaaten für die Instandhaltung zu verwendenden Summen durch die Reichsgesetzgebung bestimmt und die richtige und zweckmäßige Verwendung von der Reichsregierung überwacht wird. Die Kosten außerordentlicher Bauten zur Verbesserung der Schiffbarkeit übernimmt das Reich auf den Grund von Beschlüssen des Reichstags. Zur wirksamen Ausübung der der Reichsgewalt in Beziehung auf die Wasserstraßen und Schifffahrtsanstalten zustehenden Befugnisse werden Oberaufsichtskreise gebildet, in denen Reichsbaumeister und Reichsschifffahrtsaufseher, von den Behörden der Einzelstaaten unterstützt und die Thätigkeit derselben ihrerseits fördernd, den Zustand der Flüsse und den Schifffahrtsbetrieb beaufsichtigen.

Die Aufhebung der Flußzölle, unter welcher Benennung alle für die Befahrung der Flüsse vom Schiff oder von dessen Ladung oder von Flößen erhobenen Abgaben, jedoch nicht die Vergütungen für besondere Dienstleistungen verstanden werden, soll für die deutsche Schifffahrt gleichzeitig mit der Zolleinigung in Kraft treten, weil diese für unsern Verkehr bei weitem die Hauptsache ist und ohne dieselbe die Abschaffung der Flußzölle den gewichtigsten Bedenken unterliegen und sehr bedeutende Schwierigkeiten finden würde. In dieser Beziehung braucht nur auf die Unzuträglichkeit einer Aufhebung der Flußzölle beim Fortbestehen der Durchfuhrabgaben und der Binnenzölle, und auf die Schwierigkeit, die zur Bestreitung der Ausgaben, für welche in Folge jener Aufhebung andere Mittel beschafft werden müssen, erforderlichen Summen ohne eine Zolleinigung aufzubringen, hingedeutet zu werden.

Die von der Reichsversammlung bei der ersten Lesung des Verfassungsentwurfs beschlossene billige Ausgleichung wird für die gemeinsamen Ströme, auf denen Abgaben von einiger Erheblichkeit lasten, vom Reiche übernommen, für die übrigen von den betreffenden Einzelstaaten getragen. Die letztere Bestimmung ist vorgeschlagen, weil die aus der Aufhebung der Flußzölle hervorgehende Erleichterung des Verkehrs auf den nur einem Staate angehörigen Flüssen, die hier fast allein in Betracht kommen, auch beinahe ausschließlich den Angehörigen dieses Staates zu Gute kommen, auf den großen Flüssen hingegen haben die Einwohner ganzer Flußgebiete und Handelsbezirke, ja weit über dieselben hinausliegender Gegenden Gewinn durch die Ersparung der Zölle, ohne daß sich berechnen ließe, wie hoch sich dann der einem jeden Staate durch die Erleichterung seiner Angehörigen zufallende Vortheil, mithin auch der am billigsten nach Maßgabe des letztern zu bestimmende Beitrag zu der Ausgleichung belaufen möge. Von dem Rohertrage der Zölle werden zunächst die Erhebungskosten (jedoch unter billiger Fürsorge für die Beamten) und die irrthümlichen Erhebungen, sodann aber aus dem nämlichen Grunde, aus welchem bei den Flüssen, die nur einem Staate angehören, die Entschädigung dem letztern allein überlassen worden, die vom eigenen Verkehr erhobenen Abgaben abgezogen. Der demnach verbleibende Reinertrag wird durch eine Rente ausgeglichen. Dieselbe soll bis zu der Summe, welche erforderlich ist, um die auf den Zöllen haftenden Renten (z. B. die bekannten Rheinoctroirenten) und die Kosten für die Unterhaltung der Flüsse zu bestreiten, jedoch nur in so weit, als diese Summe aus dem bisherigen Reinertrage hätte bestritten werden können, dauernd (aber ablösbar), und für den nach Abzug jener Lasten verbleibenden Ueberschuß eine allmälig sinkende, in 20 Jahren eine gänzlich erlöschende sein. Auf diese Weise würde der Verkehr entlastet, den Einzelstaaten würden die Verbindlichkeiten, denen sie bisher wegen der Zölle und aus dem Ertrage derselben genügten, abgenommen, ihr Haushalt würde nicht durch einen plötzlichen Ausfall erschüttert und das Reich doch allmälig von einem großen Theil der übernommenen Last befreit. Eine andre Entschädigungsnorm ist für die Privatzölle und für den Brunshäuser Zoll angenommen, bei dem letztern namentlich für den Betrag der von der ausländischen Schifffahrt erhobenen Abgaben. Möchten diese Entwürfe zu einer gründlichen Prüfung Anlaß geben und mit allen Verbesserungen, deren sie noch fähig sind, zu Gesetzen erhoben, die deutsche Einheit mehren und stärken. (O. P. Z.)

= **Berlin**, 6. März. Preußen steht am Scheidewege. Auch Ihr Blatt brachte bereits einige Andeutungen über den veränderten Wind, der hier in den höheren Regionen seit einiger Zeit zu wehen beginnt. Soll Preußen sich auf Frankfurt und Kleindeutschland stützen oder alter unheilvoller Gewohnheit zu Liebe über Wien von Petersburg die Losung empfangen? Noch ist die Wahl nicht geschehen, aber verhehlen Sie es nicht, die Lage der Dinge ist Besorgniß erregend. Zwar hat der vorgestrige Staatsanzeiger halbamtlich mitgetheilt, daß an den Gerüchten über die geheime Sendung einer Vertrauensperson nach Ollmütz kein wahres Wort sei. Aber die Ernennung des Grafen Arnim, einer persona grata bei der österr. Regierung, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, bleibt immerhin sehr bedeutungsvoll. Es ist eine Gefahr, der man sicher in's Auge sehen muß, damit sie um so leichter besiegt wird, daß wir nächstens, wenn auch in etwas veränderter Form, die heilige Allianz wieder aufleben sehen. Und wiewohl der König in gewisser Weise eine deutsche Richtung hat, so sind doch die väterlichen Ueberlieferungen noch fester gewurzelt und das bekannte Testament des verstorbenen Königs, welches unter allen Umständen enges Bündniß mit Rußland und Oesterreich empfahl, stellt sich bei jedem energischen Schritte auf's Neue hindernd in den Weg. Darum sind auch die gelegentlich der Adresse bevorstehenden Verhandlungen über Preußens Stellung zur deutschen Frage von tiefeingreifendster Wichtigkeit für die nächste Zukunft Preußens und Deutschlands. Von ihrem Ausfall hängt das Gelingen des großen Baues, für und gegen den die Männer der Paulskirche arbeiten, wesentlich ab. Die erste Kammer wird sich in ihrer Majorität der Regierung, auch wenn diese Frankfurt gegenüber sich zu isoliren geneigt sein sollte, wohl anschließen, da bei ihr die streng ministerielle Färbung vorherrscht. Unsere erste Kammer entspricht in dieser Beziehung vollständig den Schichten der Gesellschaft, von der sie erkoren, wobei wohl zu beachten, daß die Gesetzesbestimmung, welche ihr Diäten versagt, sie gewissermaßen ausschließlich zur Vertreterin der höheren und höchsten Klassen der Gesellschaft macht. Es ist daher eine interessante, zu ihrer Charakteristik dienende Wahrnehmung, daß die Wahl Camphausens bei den Wahlmännern als eine nach links hin gemachte Konzession galt, desselben Camphausens, der das ihm angetragene Präsidium des Reichsministeriums ablehnte, weil ihm die Paulskirche allzu antipreußisch gesinnt schien. Die Stellung dieses Ehrenmannes, der zu den Wackersten Deutschlands gehört, in der 1. Kammer, wird eine sehr interessante sein. Obgleich er in der heißesten Stunde sich zum Schilde opferte, hört man doch jetzt schon wieder von der äußersten Rechten und den ihr entsprechenden Kreisen der Gesellschaft ihn vielfach anzweifeln und die Stellung, die er gegenüber der deutschen Sache einnehmen wird, beklagen. Er scheint in der That zum Träger jenes bekannten und in vieler Beziehung wahren Wortes von Radowitz sich machen zu wollen, daß der am deutschesten handele, der in Frankfurt recht preußisch und in Berlin recht deutsch rede. Warum wohl Radowitz selber diesem Worte nicht nachlebt, wozu ihm doch die Wahl in Oppeln die beste Gelegenheit gab? Daß Frankfurt und seine Bestrebungen

bei unserer Kammer entschieden mißliebig sind, ist gewiß nicht zu viel gesagt. In einer neulichen Parteiversammlung, wo gelegentlich des dänischen Waffenstillstandes man auch auf die deutsche Frage kam, sollen sich mehrere Stimmen dahin ausgesprochen haben, daß die Frankfurter Bestrebungen auf Einheit von Münze, Maaß und Gewicht zurückzuführen seien und was das etwaige Wiederausbrechen eines Krieges mit Dänemark anlange, so müsse man in einem solchen Falle Frankfurt gegenüber sich isoliren. Scheuen Sie es nicht, hier klaren Wein eingeschenkt zu erhalten; denn in der Politik ist nichts gefährlicher als Illusionen. Bei alledem zählt die erste Kammer auch manche Männer ächt deutscher Richtung: Die Auerswald, Camphausen, Fahrenbek, Helldorf, Dyhrn, Rosenkranz, Saucken, Sperling, York-Wartenburg u. A. stehen obenan. Aber sie bilden die Minderheit und das fritzisch Preußische überwiegt. Die Berliner Nachwahlen haben in Möwes und Knoblauch zwei Männer des vereinigten Landtages gebracht, von denen Letzterer sich durch gediegene finanzielle Kenntnisse auszeichnet; die dritte ist auf den bekannten Statistiker Dieterici gefallen, der nun sein ständisches Debut macht. Der Prinz von Preußen der dreimal gewählt ist, soll noch nicht darüber entschlossen sein, ob er überhaupt eine der auf ihn gefallenen Wahlen annehmen wird. Und es spricht Manches für die Negative, um dem künftigen Herrscher die solchem nothwendige Stellung über den Parteien unversehrt zu bewahren. Bei dem Prinzen darf man auf eine feste Haltung Oesterreich gegenüber zählen. Der Schwerpunkt ruht offenbar in der zweiten Kammer, die andere wirkt hauptsächlich als Stoßpolster zwischen den beiden Locomotiven der Regierung. Charakteristisch ist es schon jetzt, daß bei Doppelwahlen Alle für die zweite Kammer optirt haben und daß Mancher der Deputirten der ersten Kammer verlangend nach einem Sitze im Unterhause schaut und seinen Platz in der ersten Kammer nur als ein pis aller ansieht.

Die Rechte der zweiten Kammer ist mit einigen Ausnahmen, theils prinzipiellen, theils durch politische Nichtbildung erklärlichen, entschieden deutsch. Zu den Ersteren gehört namentlich die Fraktion der Konstitutionellen à la Louis Philippe, deren Koryphäen Milde und Hansemann bei ihrer Kandidatur für die zweite Kammer nicht durchdringen konnten. Zu einer Scheidung und Sichtung der feineren Parteischattirungen ist es noch immer nicht gekommen, obgleich z. B. in den Vorversammlungen der Rechten das Bedürfniß der Aussonderung einer äußersten Rechten mehr und mehr gefühlt ward. Morgen, wo die Präsidentenwahl stattfindet, werden wir in der Parteibildung zwar einen Schritt voran thun, indeß vollständig wird diese erst bei der Adreß-Verhandlung erfolgen. Die Rechte hat folgende Kandidaten aufgestellt: Grabow Präsident, Alfred v. Auerswald erster Vicepräsident, Kanonikus Lensing zweiter Vicepräsident. Die Linke wird versuchen, Unruh als Präsidenten durchzusetzen. Obgleich mehrere Mitglieder der Rechten beantragten, daß in ihren Parteiversammlungen Gäste Zutritt haben möchten, hat sich die Mehrheit dennoch dagegen erklärt.

Aufgefallen ist hier in hohem Grade, daß das Einrücken der Russen in Siebenbürgen in Süddeutschland so wenig Sensation zu machen scheint, und man wundert sich, daß die Paulskirche mit der Vischer'schen Interpellation sich genügen läßt. Als die Nachricht hier ankam, bemerkte eine angesehene Persönlichkeit: „Was würde man von uns Preußen sagen, wenn in Frankreich ein streng konservatives Gouvernement wäre und wir erbäten uns französische Truppen, um eine in den Rheinlanden auftauchende republikanische Bewegung zu unterdrücken. Ein Schrei des Unwillens und Entsetzens würde durch ganz Deutschland gehen. Und doch ist der Fall ganz derselbe.“

Lassen Sie mich mit einem Scherz schließen, dessen Charakter Ernst trägt. Bei einem regelmäßig stattfindenden Scheibenschießen hiesiger Bürger in der Hasenhaide will man künftighin statt der Scheibe einer großen Figur aus Pappe, den Fürsten Windischgrätz vorstellend, sich bedienen und damit schon übermorgen den Anfang machen.

⁑ **Gießen**, 5. März. Gegen den in Nr. 59 enthaltenen Artikel „♉ Gießen 23. Febr.“ muß ich von Wahrheitswegen Verwahrung einlegen. Schon in dem Eingang jenes Artikels liegt eine Beleidigung für die Theilnehmer an dem Bankett, dessen mehrfach ausgesprochener Zweck nicht der Feier der französischen Revolution als solcher, sondern dem Einfluß galt, welchen dieselbe auf die Verhältnisse Deutschlands geübt. Mögen die Reden und Toaste auch nicht nach dem Geschmack Ihres Berichterstatters gewesen sein, so darf ich Ihnen doch die Versicherung geben, daß sie sich in den Grenzen des Anstandes hielten. Ferner wurde in jener Versammlung, bei der fast alle Stände der hiesigen Bevölkerung vom Arbeiter bis zum Gelehrten vertreten waren, weder geschimpft, noch durcheinandergeschrien, noch Drohungen des Hinauswerfens ausgestoßen. Der weitere Inhalt, welcher von Aufforderung der hiesigen Demokraten zum Putschen, von Vorlesungen über Barrikadenbau redet, ist eine müssige Erfindung. Die hiesige demokratische Partei zählt in ihren gemäßigten Fraktionen viele tüchtige Männer, die ihrer Gesinnung nach mit dem Programm des konstitutionell-vaterländischen Vereins auf breitester demokratischer Grundlage übereinstimmen, die es aber verschmähen, mit den verbissensten Büreaukraten und Anhang, welche unter die Flügel jenes Vereins sich geflüchtet, Chorus zu machen*).

Aegypten.

Alexandrien, 31 Jan. In den Wintermonaten der früheren Jahre zogen Aegyptens klimatische Reize und die riesenhaften Denkmäler des Alterthums eine bedeutende Menge von Reisenden aus allen Theilen Europa's herbei; allein in den heurigen scheint diese anziehende Kraft hauptsächlich durch die politischen Wirren in Europa neutralisirt worden zu sein; denn nur sehr spärlich haben sich Besucher eingefunden. Von besonderem Interesse für uns hier lebende Deutsche ist die Ankunft eines deutschen Reichsgesandten, des Fürsten von Hohenlohe. Der Fürst in genannter Eigenschaft an die Höfe von Athen, Rom und Florenz bestimmt, hat seine Mission in Griechenland bereits erfüllt, und benützt nun die Zeit in welcher in Rom kein Hof besteht, zu einer Reise im Orient. An Bord des von dem englischen Gesandten in Athen zur Verfügung gestellten Dampfbootes ging der hohe Reisende mit seiner durchlauchtigsten Frau Gemahlin und von Freiherrn v. Schack, Legationsrath in Diensten Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzog-Reichsverwesers, begleitet nach Syrien, besuchte Jerusalem u. s. w. und schiffte sich dann nach Alexandrien ein. Nachdem die hohen Gäste in einem dem Vicekönig gehörenden und von der hiesigen Regierung aus besonderer Rücksicht eingeräumten Palast eine neuntägige Quarantäne abgehalten, besuchten dieselben die Paläste Mehemed Ali's und Said Pascha's, verweilten einige Zeit in dem Landhause des Ritters von Laurin, welches den Platz einnimmt wo früher die berühmte Bibliothek der Ptolemäer stand, beaugenscheinigten die dort aufgestellten Antiquitätensammlung (die einzige in Alexandrien), und erfreuten sich der herrlichen Aussicht, welche die Terrasse jener Villa bietet, und die sich über die mit Palmenhainen bedeckte Landschaft, die ganze Stadt, den Hafen, die Säule des Pompejus und den Obelisk der Kleopatra erstreckt. In dem Garten Gibara's besuchten dieselben den Ort, wo im Jahre 1840 Mehmed Ali durch die Konsuln der Großmächte genöthigt ward, auf Syrien Verzicht zu leisten, und traten gestern auf dem von der ägyptischen Regierung besonders beorderten Nildampfer die Reise nach der Hauptstadt an. Da der Wasserstand des Nils noch ziemlich hoch ist, so werden dieselben ihre Reise bis zu den Ruinen von Theben oder bis zum ersten Katarakt ausdehnen, und bei ihrer Rückkehr, die gegen Ende nächsten Monats statthaben wird, sogleich nach Italien abreisen. Der Naturforscher Baron Müller ist so eben mit einer großen Anzahl von Kisten, die mit seinen reichen zoologischen Ausbeuten aus Kordufan, den Ländern am weißen Flusse rc. angefüllt sind, mit lebendigen Hyänen, Affen u. s. w. hier angelangt, um mit dem nächsten direkten Lloyd nach Europa zurückzukehren. Er hat die Absicht, eine großartige Expedition nach Centralafrika auszurüsten. Zu dem Ende bleibt sein Sekretär, Herr Alfred Brehm, hier, um die Vorbereitungen zu diesem Unternehmen zu treffen. (A. Z.)

*) Aehnliche Verhältnisse kommen allerdings jetzt häufig vor; doch haben wir schon oft unsere Meinung ausgesprochen, daß bei der Parteistellung persönliche Neigungen und Abneigungen nicht in Frage kommen sollten. Was die obige Widerlegung betrifft, so vermögen wir zwischen den beiden Berichterstattern nicht zu entscheiden.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 68. Frankfurt a. M., Freitag 9. März. **1849.**

Uebersicht.

Die Politik von Olmütz.

Deutschland. Frankfurt (Näheres über die österreichische Note. Der Verfassungsausschuß und die Bedenken der Regierungen. Dänemark. Diplomatische Intriguen.) Wien (Die Presse über die großdeutschen Verfassungsvorschläge. Bem. Nachrichten aus Ungarn. Die Serrschaner. Die ungarischen Banknoten. Fürst Friedrich Schwarzenberg. Tagesnachrichten.) Berlin (Herr Grabow. Anfang zur Bildung eines Centrums. Entwurf zur Adresse der ersten Kammer. Die deutsche Frage. Die demokratische Partei. Bündniß zwischen Dänemark, Rußland und Frankreich.) Posen (Polnische Taktik. Die slawischen Blätter über die Wahltreibjagden in Oesterreich.) Duisburg (Die Rheinische Provinzialsynode.) München (Die Märzfeier.) Hannover (Die Ministerkrisis.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen.) Schleswig (Landesversammlung. Vorbereitungen für den Krieg.) Flensburg (Freude der dänischen Soldaten über die Kündigung des Waffenstillstandes.) Altona (Lord Palmerston.)

Großbritannien. London (Erwiderungen der deutschen Seestaaten auf die Anfragen Englands in Betreff der Schifffahrtsgesetze. Gnadenakte des Statthalters von Irland. John Mitchell. Die irische Noth. Steigende Aufregung gegen die Hilfsarmensteuer in Irland.)

Frankreich. Paris (Dritte Lesung des Wahlgesetzes. Kandidaten der Rue Poitiers und der Ultrarepublikaner. Empfang der römischen Gesandten. Die Mai-Angeklagten in Bourges. L. Blanc's Entschuldigung. Hrn. v. Persigny's und Thiers' Vertrautheit.)

Italien. Turin (Adreßdebatte der zweiten Kammer. Antwortadresse des Senats.) Florenz (Versuch der Reaktion. Lager bei Pistoja. Sardinische Intervention gegen Oesterreich nachgesucht.) Rom (Jahresfeier der französischen Revolution. Landsturm aufgeboten. Nahen der Neapolitaner.)

Schweiz. Zürich (Gioberti und seine Note. Die Militärkapitulationen. P. Girard und Regierungsrath Bollier erkrankt. Das Spielpachtprojekt in Luzern und Schwyz.)

Niederland. Haag (Oesterreich und die niederländische Marine.)

Ungarn. (Theresiopel von den Serben genommen.)

---

9. März.

Die österreichische Instruktion vom 27. Febr., über die wir immer noch nur nach mündlichen Mittheilungen berichten können, leitet ihren Gegenstand mit Betrachtungen darüber ein, wie wünschenswerth es sei, „das Reich in dem europäischen Staatensysteme den ihm grundsätzlich gebührenden Platz einnehmen zu lassen" und „anarchischen Faktionen im Innern das einträchtige und starke Zusammenwirken der Regierungen in Aussicht zu stellen". Ganz einverstanden damit, wird nun Jedermann begierig sein, aus der Instruktion das Mittel zur Erfüllung dieses Wunsches zu vernehmen. Zunächst sollte man glauben, es könne nur in der Vollendung der Verfassung, in der schließlichen Konstituirung dieses „Reiches" gefunden werden, und die österreichische Regierung werde ihren Bevollmächtigten anweisen, endlich zu thun, was alle anderen Regierungen längst gethan, nämlich der Nationalversammlung, resp. dem dazu ermächtigten Reichsministerium ihre Aeußerung über den Verfassungs-Entwurf, der ja schon seit dem 25. Januar in seinen wesentlichen Abschnitten vollendet vorliegt, zugehen zu lassen; man sollte glauben, nur durch das Organ der Nationalversammlung und der provisorischen Centralgewalt, die ja auch von der österreichischen Regierung als die gesetzlichen Centralbehörden Deutschlands, gleichviel mit welcher Kompetenz, ausdrücklich anerkannt worden, könne jenes „einträchtige und starke Zusammenwirken der Regierungen" vermittelt werden; ohne sie könne das „Reich" nimmermehr zu Stande kommen, geschweige denn seinen „gebührenden Platz" einnehmen. So wird Jeder vermuthen, der dem Wiener Kabinet die redliche Absicht zutraut, die Konstituirung des „Reiches", das heißt die Vollendung der Verfassung, denn ohne Verfassung gibt es doch wohl kein Reich, fördern zu helfen. Diese so natürliche Vermuthung muß also wohl von einer irrigen Voraussetzung ausgehen, denn der provisorischen Centralgewalt wird in der Instruktion gar nicht und der Nationalversammlung nur in einem feindseligen Geiste gedacht, und nicht die Verfassung mit ihren sieben Abschnitten und 138 Paragraphen soll den Gegenstand der Verhandlung bilden, sondern nur die Frage des Oberhauptes, und auch diese nur mit der Beschränkung, „daß lediglich die Art der Zusammensetzung der Reichsregierung behandelt würde, ohne Präjudiz für dasjenige, was sich auf deren Attribute und die Gränzen und Modalitäten ihrer Wirksamkeit bezöge."

Indem die österreichische Regierung ihren Bevollmächtigten anweist, einen Entwurf lediglich über die Art der Zusammensetzung der Reichsregierung anzufertigen und denselben „als Gegenprojekt gegen die von der Reichsversammlung in erster Lesung angenommenen korrespondirenden Paragraphen vorzulegen," so hat es zwar zunächst den Anschein, sie wolle nur hinsichtlich der Aufeinanderfolge der zu berathenden Abschnitte das Gegentheil von dem bisherigen Gange der Reichsversammlung; man täusche sich aber darüber nicht, könnte dieser erste Schritt der Wiener Kabinets-Politik auf Erfolg rechnen, so müßte die fernere Verhandlung mit dem Gegentheile von allem bisher Erstrebten enden: mit der Wiederherstellung des Bundestages, mit der Beseitigung der Reichsversammlung und überhaupt jeder Volksvertretung bei der Bundesbehörde.

Die Reichsversammlung hat bei ihren Berathungen mit Bestimmung der Befugnisse begonnen (Abschnitt II. Die Reichsgewalt), welche der kräftigen Bundesbehörde, wenn eine wahre Einheit Deutschlands im Innern und nach außen dargestellt werden soll, beiwohnen müssen, und da die Voraussetzung einer Volksvertretung neben der Exekutivgewalt selbstredend an der Spitze aller Entwürfe stand, so ist die Nationalversammlung konsequenter Weise zur Gestaltung dessen vorgeschritten, was man den Bundesstaat oder den Einheitsstaat genannt hat. Ferner, als es an die Schaffung einer Regierungsform für diesen Bundesstaat ging, da fand man, daß jede andere Form, als die der erblichen Einheit, nothwendig zur Republik führen müsse. Dieses Resultat konnte sich nicht anders ergeben, sobald man von der Grundlage der Berathung wie die Reichsversammlung ausging.

Die österreichische Regierung schlägt deßhalb den entgegengesetzten Weg ein. Sie will zuerst die „exekutive Gewalt" festgestellt wissen, und schmeichelt sich natürlich mit der Hoffnung, daß bei dieser einseitigen Feststellung der Vorschlag eines alle Sondergelüste befriedigenden Direktoriums allgemeinen Beifall finden werde. Sie besteht aber auch darauf, daß die Verhandlungen darüber zuerst nur gesondert geführt werden, sie untersagt ihrem Bevollmächtigten, über „die Attribute der Reichsgewalt, über deren Grenzen und Modalitäten" in Verhandlung einzutreten, denn sie weiß recht gut, daß nach einseitiger Feststellung dieses Punktes alles andere nach ihren Wünschen sich fügen würde. Und in der That, gesetzt das Undenkbare, die Reichsversammlung, die eine Aeußerung der österreichischen Regierung über das Ganze des Verfassungsentwurfs zu erwarten ein Recht hatte, ginge auf eine Verhandlung über die abgetrennte Frage des Oberhaupts ein, und es erklärte sich eine Mehrheit für das Welcker'sche Direktorium, was müßte die Folge sein? Die Absichten der österreichischen Regierung, die unzweifelhaft dahin gehen, die Befugnisse der Reichsregierung auf das Maaß der Wiener Schluß-Akte zurückzuführen, (denn dadurch allein ist der Fortbestand der österreichischen Staatseinheit und zugleich des Bundesverhältnisses zu Deutschland denkbar), würden dann bei den Regierungen nur geringen Widerstand finden, und die Nationalversammlung, wollte sie dem widerstreben, hätte den Beistand derjenigen Regierungen verloren, auf welche sie bisher sich stützen konnte.

Die Instruktion ist also nichts weiter, als die Ausführung der in der Note vom 4. Februar angekündigten Absichten. Man erinnere sich nur folgender Stelle in jener Note: „Es wurde vor-

geschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten und zwar zunächst mit den Königen Deutschlands zu beginnen. Die beabsichtigte vorläufige Verständigung mit der königlich preußischen Regierung konnte jedoch nicht in vollem Maße erzielt werden. Wir betreten daher, statt wie wir gewünscht hätten, in Gemeinschaft mit Preußen, nun allein den Weg der Vereinbarung mit Frankfurt." — Mit Frankfurt? — Man sollte glauben, hier sei die Reichsversammlung gemeint, oder mindestens die Centralgewalt. Wir kennen nun besser den Sinn dieses spielenden Ausdruckes, dieses Wortspiels mit in und mit. Zunächst mit den Königen wird die „Vereinbarung in Frankfurt" versucht, nur den Bevollmächtigten der Könige ist die Instruktion von Herrn v. Schmerling mitgetheilt worden, gegen jeden anderen Bevollmächtigten wird sie ängstlich verheimlicht.

Wäre freilich „die beabsichtigte vorläufige Verständigung mit der königlich preußischen Regierung" gelungen — diese „vorläufige Verständigung" zwischen Oesterreich und Preußen, die wir aus den Zeiten des Bundestags noch so gut kennen — so wäre das gemeinsame Werk der Vereinbarung in Frankfurt und mit Frankfurt allerdings außerordentlich erleichtert gewesen, das erste beste Protokoll aus der Kanzlei des Bundestags hätte dazu das Schema abgeben können. Hat man sich aber mit Preußen nicht verständigen können, so muß man Preußen beseitigen, und gelingt dieses, so ist die Reichsversammlung zugleich mit beseitigt, denn wir wüßten nicht, worauf sie sich dann noch stützen könnte. Es gilt jetzt wie früher, zwischen zwei natürlichen Bundesgenossen, der Reichsversammlung und Preußen, Zwietracht zu säen, sie von einander zu trennen, um sie einzeln leichter zu bewältigen. Der einfachste Weg schien, das Potsdamer Kabinet zu gewinnen; das war der alte, oft erprobte Weg. Hier zurückgewiesen, wendet man sich an die partikularistische Partei in Frankfurt, und hofft durch sie die Nationalversammlung zu einem gegen Preußen feindlichen Votum fortzureißen. Mit andern Worten: man hofft die Reichsversammlung durch sich selbst zu vernichten. Hätte die Nationalversammlung einmal mit Preußen gebrochen, so, erwartet man, werde Preußen sich genöthigt sehen, zu einer Verständigung mit Ollmütz sich herbeizulassen, wo es, wie sich von selbst versteht, zu einem Koalitions-Werke gegen „Frankfurt" immer mit offenen Armen aufgenommen würde.

Dieser feingesponnene Plan wird indessen nicht an einer, sondern an vielen Schwierigkeiten scheitern. Zunächst wird und muß die Reichsversammlung es unter ihrer Würde finden, statt der österreichischen Erklärung über das Ganze des Verfassungsentwurfs sich ein „zunächst mit den Königen Deutschlands" vereinbartes Gegenprojekt über die Oberhauptsfrage unterschieben zu lassen. Die Nationalversammlung möge nur bei der zweiten Lesung dieselbe Ordnung mit den einzelnen Abschnitten des Entwurfs wie bei der ersten befolgen, dann wird es sich zeigen, welche Spitze auf den Bau paßt. Es ist aber auch unwahrscheinlich, daß von den mit Preußen zu der Kollektiv-Erklärung vereinigten Regierungen eine einzige von der gemeinschaftlichen Verabredung sich trennen wird, obschon es allerdings im Plane liegt, den Kreis des Sonderbundes allmählig auch auf die kleineren Staaten auszudehnen.

Endlich schöpfen wir aus den inneren Zuständen, wie aus den auswärtigen Beziehungen Preußens die feste Ueberzeugung: Preußen wird die Reichsversammlung nicht verlassen, so lange sie sich nicht selbst verläßt.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 8. März. Ein Artikel der heutigen O.P.Z. enthält interessante, augenscheinlich aus guter Quelle stammende Einzelheiten über den sorgsam verschleierten Inhalt der neuesten Ollmützer Instruktion, von der nur das Gerippe in der Frankfurter Ztg. dem Publikum gezeigt ward. So soll unter Anderem in der Note der provisorischen Centralgewalt der Vorwurf gemacht sein, daß sie der demokratischen Partei nicht genug Herr geworden. Ferner sei in der Note auch des Präsidiums im Direktorium erwähnt, und zwar sei davon gesagt, daß es in der bisherigen Weise zu bestellen sein würde. Ist die Zusammensetzung des Direktoriums, wie die neue Note sie will (sieben Mitglieder mit neun Stimmen), derjenigen gleich, welche der sog. großdeutsche Verfassungsentwurf vorschlägt, und läßt sich hieraus entnehmen, daß dieser Entwurf dem Ollmützer Kabinet bei Abfassung seiner Note vorgelegen (wenn auch die drei Ueberbringer damals noch nicht in Ollmütz eingetroffen waren), so ersieht man aus der Abweichung, welche sich zwischen dem österreichischen Vorschlage und dem sogenannten großdeutschen ergibt, daß Oesterreich weder den hier für nöthig befundenen Reichsstatthalter annehmbar findet, noch überhaupt mit Preußen im Vorsitze abzuwechseln gesonnen, sondern der Meinung ist, das Direktorium solle in bisheriger Weise, d. h. durch das Mitglied für Oesterreich präsidirt werden. Darin also wäre der alte Bund auf's treulichste festgehalten, und wir würden statt eines k. k. Bundespräsidialgesandten vielleicht deren zwei haben; denn wer zweifelt überhaupt daran, daß jeder der sieben „fürstlichen" Direktoren, sei es in oder neben dem Ministerium, seinen Beirath von Hause neben sich haben würde, beziehungsweise haben müßte? Auf der andern Seite dagegen belehrt uns der oben erwähnte Artikel, daß dasselbe Oesterreich, das ausdrücklich die Bundesakte noch als rechtsbeständig ansieht, das wiederholt erklärt hat, es werde bis zu rechtsgiltiger Abänderung dieser Acte seine Bundespflichten treulich erfüllen, die Zahlung der von der Centralgewalt nach der alten Bundesmatrikel gemachten Umlagen verweigert und in einer jüngst beim Reichsministerium eingereichten Antwort nunmehr sogar erklärt haben soll, es halte sich vor erfolgter Feststellung eines neuen Bundesverhältnisses zur Zahlung nicht verpflichtet.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 8. März. Auf die Bedenken der einzelnen Regierungen ist bei der neuen Durchsicht der ersten Lesung vom Verfassungsausschuß die gebührende Rücksicht genommen und ihnen in mehreren nicht unwichtigen Punkten nachgegeben worden. Für die Bildung des Staatenhauses ist den kleineren Staaten die Konzession gemacht, daß jeder derselben mindestens ein Mitglied in dasselbe zu senden habe. In Betreff der dem Reich zustehenden Kriegsgewalt hat der Ausschuß vielleicht zu viel nachgegeben, indem er die Ernennung der Generale den einzelnen Regierungen ganz überlassen will.

Die Aufkündigung des Waffenstillstandes hat Herr Bunsen, gemäß einstimmenden Instruktionen von Frankfurt und Berlin, sehr einfach dadurch beantwortet, daß er die Friedensunterhandlungen sofort abgebrochen und auf so lange abgebrochen erklärt hat, bis jene Aufkündigung zurückgenommen sei. England, nicht minder aber Frankreich, haben den Dänen ernsthafte Mißbilligungen ihres Verfahrens zukommen lassen, wie man denn in Kopenhagen überhaupt nicht ganz angenehm überrascht sein soll von den Wirkungen, welche dieser Schritt in Frankfurt, in Berlin und in London hervorgerufen hat. Wenigstens hatte man Erwartungen anderer Art gehegt: man wird sich nun um so mehr an Rußland halten müssen, und wird in Petersburg um so bereitwilligere Unterstützung finden, als die bestrittene Nachricht von jener in Berlin übergebenen Note sich seitdem unzweifelhaft bewährt hat. Rußland nimmt das Recht in Anspruch auf Grund der Verträge von 1815 die bedrohte Souverainetät der deutschen Königreiche zu wahren (?).

Der Entwurf der Adresse der ersten Kammer in Berlin legt entschieden Zeugniß ab für die deutsche Gesinnung dieser Versammlung, so oft bezweifelt; sie erklärt sich bereit, daß Preußen die Opfer bringe, welche zur Herstellung einer kraftvollen Einheit Deutschlands erforderlich seien. Es steht zu erwarten, daß die Debatte der Adresse und die Beschlüsse darüber in erster und zweiter Kammer die Bedingungen dieser Einheit schärfer hervorheben werden, damit jene Opfer nicht umsonst gebracht werden mögen und durch dieselben nicht etwa Preußen mit Deutschland geopfert werde.

Indeß geht die diplomatische Intrigue hier ihren schleichenden, unheimlichen, unermüdlichen Gang. *Divide et impera!* Ja, in diesem Sinne hat man von Anfang an von Olmütz aus die deutschen Könige (Sachsen, Hannover und Württemberg) geködert und bearbeitet, in diesem Sinne weist die letzte Note Herrn v. Schmerling an, sich mit den Bevollmächtigten der Könige in Benehmen zu setzen. Indeß wollte man mit diesen nur den Anfang machen und ist im gegenwärtigen Augenblick bereits weiter gekommen. An den Höfen der beiden Hessen, in Baden scheint man wieder Fuß gefaßt zu haben und die in Darmstadt erfolgte Ankunft eines baierischen Prinzen dürfte kaum ohne Zusammenhang sein mit diesen Dingen. Die Bevollmächtigten von Baden und Darmstadt schienen bereit, Erklärungen gleich denen von Braunschweig und Mecklenburg abzugeben; dieselben werden aber wahrscheinlich durch den Umschlag des Windes verzögert.

△ **Wien**, 4. März. Ueber die Bewegungen Bem's in Siebenbürgen ist man hier, von offiziellen Berichten verlassen, in der größten Ungewißheit. Zuerst schlug er die k. Truppen bei Deva, dann sah man ihn wieder bei Piski, wo abermals ein Kampf stattfand, nach welchem unsere Truppen „aus strategischen Gründen" eine ruckgängige Bewegung machten; gestern hieß es, Bem sei im Krassoer Komitate, und nun soll er plötzlich wieder in Mediasch stehen, von wo seine Vorposten bis Frauendorf, 4 bis 6 Meilen von Hermannstadt reichen. Wenn man seinem Gang auf der Karte folgt, so findet sich, daß er einen großen Kreis um den Mittelpunkt Hermannstadt gemacht hat. Schäßburg ist in den Händen der Szekler, die dortige Garnison und die Nationalgarde unter dem Baron von der Heydt zogen vor der Besetzung ab.

In Karlowitz ist der Belagerungszustand aufgehoben, nachdem das Nationalkomite von dem Patriarchen aufgelöst war und nun durch ihn neu organisirt wird. Aus Hutak sollen die syrmischen Nationalbataillons durch die Neusatzer magyarische Garnison vertrieben und der Ort ein Raub der Flammen geworden sein. Das Verstärkungskorps, das nach Siebenbürgen bestimmt ist, unter den Generalen Glaser, Theodorovich und Mengen wird 15,000 Mann stark sein und meist aus Grenzern bestehen, nebst 800 berittenen Serben und 80 Mann von den unentbehrlichen Seredschanern. Kürzlich wurde sogar eine Anzahl davon nach Mailand gesandt für den persönlichen Dienst des Feldmarschalls. Hier werden sie nun regelmäßig auch in der Stadt zum Nachtdienst verwendet. Jeder Patrouille sind, wie es anfängt zu dunkeln, drei Mann Seredschaner beigegeben, die ihre lauernden Augen in beständiger Bewegung von rechts nach links richten. Diese Sicherheitswächter sind nicht dazu gemacht, den gutmüthigen Wiener über die Sicherheit seiner Person zu beruhigen, oder die Widerspenstigen zu versöhnen. Schon einmal mußten diese Gäste wegen ihres Verhaltens entfernt werden, und sie werden auch jetzt den März kaum überdauern.

Die Summe der Ein- und Zweiguldennoten, welche von der Finanzverwaltung anerkannt worden, wird ungefähr 3 Millionen betragen und die hiesige Nationalbank hat bereits 1 Million österreichischer Banknoten zur Einwechslung nach Ofen an die dortige Verwechslungskasse abgehn lassen. Kossuth soll seine Banknotenpresse an eine Gesellschaft von Spekulanten verpachtet und die Summe von 2 Millionen fl. C.-M. in Gold, Silber und österreichischen Noten dafür erhalten haben.

Der Fürst Friedrich Schwarzenberg, ältester Sohn des berühmten Feldmarschalls, durch sein abenteuerliches Leben in Afrika, Spanien u. s. w., so wie als Schriftsteller unter dem Namen „der Lanzknecht" bekannt, ist wieder in den aktiven Militärdienst eingetreten. Er ist von dem Kaiser zum General ernannt und wird demnächst in Oedenburg ein Kavallerieregiment organisiren. Er könnte besonders als Führer eines Freikorps gute Dienste leisten, da er viel Erfahrung und großen persönlichen Muth, ja Tollkühnheit besitzt.

Morgen beginnen die praktischen Vorlesungen beider Kurse für die ehemaligen Schüler der Josephsakademie. Von den übrigen Studien verlautet noch nichts.

*__Wien__, 4. März. Ueber das Treffen von Kapolna erfährt man folgendes Nähere: „Fürst Windischgrätz hat persönlich das Kommando geleitet und kam 15 Stunden nicht vom Pferde. In der Gegend von Kapolna (19 Meilen von Pesth) beginnen die imposanten ungeheuern Theißflächen, und eben auf einer dieser wildromantischen Ebenen haben am 27. Febr. 80,000 Mann von beiden Seiten mit 300 Kanonen einander eine Schlacht geliefert. Die Ungarn waren hier an Anzahl den k. k. Truppen um das Doppelte (?) überlegen und leisteten Anfangs einen hartnäckigen Widerstand. Das wichtigste Resultat dieser Schlacht ist wohl die Vereinigung der Hauptarmee mit dem Korps des Feldmarschalllieutenant Schlick. — Briefe aus Mailand berichten, daß der Abmarsch eines Theils der k. k. Truppen von dort wahrscheinlich noch im Laufe der nächsten 24 Stunden stattfinde. Doch weiß Niemand, ob der Zug nach Toskana oder nach Turin sich richten wird. Sämmtliche Minister haben sich vorgestern nach Ollmütz begeben, mit Ausnahme des Handelsministers Bruck, der erst gestern abreiste, nachdem er früher eine Unterredung mit den hier weilenden deutschen Deputirten Hermann, Somaruga und Heckscher hatte, die aber nicht mehr als eine bloße Privatbesprechung war. Die genannten 3 Herren erwarten heute durch den Telegraphen die Nachricht zu erhalten, wann sie in Ollmütz mit dem Gesammtministerium konferieren können. Die Militärpatrouillen sind von wandernden auf lagernde ausgedehnt worden, indem einzelne Soldaten häufig an den Glacishecken lagern, um verdächtige Vorübergehende ein Interrogatorium bestehen zu lassen, was übrigens nach 10 Uhr Nachts auch ganz Unverdächtigen widerfährt, welche dann nach Umständen bis zu ihrer Behausung begleitet werden. In Prag, wo am 5. März die Losung der Militärpflichtigen vor sich gehen soll, sind bereits jetzt alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um Unruhen zu begegnen. Die Garnison ist konsignirt, die Nachtposten sind verdoppelt, die auf der Kleinseite und dem Hradschin liegenden Truppen durch jene der Altstadt vermehrt, und auch die Zahl der Kanonen am Hradschin verstärkt werden.

Wien. Die „Presse" unterwirft in ihrer Nummer vom 4. März die „großdeutschen" Verfassungsvorschläge einer Kritik, deren wohlwollender Ton der Partei eine Vorempfindung geben mag von dem Danke, den ihre dienstfertigen Bemühungen von Seiten des „rein österreichischen Standpunktes" einerndten werden. Es habe sich, sagt die „Presse", in Frankfurt eine Vereinigung von Abgeordneten in der Absicht gebildet, die in erster Lesung beliebte Reichsverfassung, derart umzuwandeln, daß Oesterreichs Beitritt zu dem Bundesstaat möglich würde. Der Ausschuß jener Abgeordneten habe durch die Herren Heckscher, Hermann und Somaruga seine Vorschläge der österreichischen Regierung mitgetheilt und werbe um deren Zustimmung. Die Personalunion werde nicht mehr verlangt, aber ihre Folgesätze seien beinahe durchgehends stehen geblieben. Die Presse führt darauf alle Beschränkungen der Souveränetät auf, welche der großdeutsche Verfassungsentwurf vorschreibt, um zum Schlusse ihr Urtheil mit großer Schrift in dem höhnenden Satze zu verkünden: „Außer diesen im Allgemeinen angedeuteten Beschränkungen ist Oesterreich im Uebrigen vollkommen selbstständig und souverän!" Aus den bundesstaatlichen Gesinnungen des Organs der österreichischen Politik wird man auf die Ansichten der österreichischen Regierung schließen können, wenn sie dereinst nicht blos die Form der obersten Bundesbehörde aus dem großdeutschen Entwurf entlehnen, sondern auch über deren „Attribute, Gränzen und Modalitäten" in Verhandlungen sich einlassen wird.

Berlin, 4. März. Unsere Regierung hat die zuverlässigsten Nachrichten darüber, daß das mannigfach umhergetragene Gerücht von einem für den Fall des Wiederausbruchs der Feindseligkeiten zwischen Dänemark, Rußland und Frankreich geschlossenen Bündnisse keineswegs ein leeres ist. Es liegen vielmehr ganz bestimmt formulirte Verträge zwischen diesen drei Mächten vor (und man hat hier Kenntniß von dem Inhalte und Wortlaut derselben), welche leider fast über den Zweck einer bloßen Beseitigung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hinauszugehen und vielmehr darauf berechnet zu sein scheinen, den deutschen Einheitsbestrebungen im Ganzen ein Paroli zu bieten. (Weser Z.)

⊞ **Berlin**, 6. März. Die Ernennung des Hrn. Grabow zum Präsidenten der zweiten Kammer ist ein freilich schon erwartetes erfreuliches Ereigniß. Seine Geschäftskenntniß, seine Entschiedenheit, seine Würde und Unparteilichkeit haben ihm auch die Achtung der Linken verschafft. Bei der äußersten Rechten ist er der vermittelnden Stellung wegen, welche er in dem Zerwürfniß zwischen Krone und Volksvertretung einzunehmen suchte, nicht sehr beliebt. Die Rechte hat ihren Sieg nur mit dreizehn Stimmen erfochten und hat also alle Ursache, sich durch die äußerste Partei zu keinen Schritten verleiten zu lassen, durch welche sie einen noch so kleinen Theil ihrer Anhänger einbüßte. Sie würde dadurch sofort aus der Mehrheit in die Minderheit kommen. Das Ministerium Manteuffel stützen zu wollen, wird wohl schon jetzt als eine verlorene Idee zu betrachten sein. Der neue Minister, Graf v. Arnim, rechnet selbst auf eine kurze Amtsführung, und hat, als er das Ministerhotel bezog, seine Dienerschaft angewiesen, nichts in seiner Wohnung zu rücken, mit dem Bemerken, er werde wohl bald wiederkommen. Der Abgeordnete Osterrath bemüht sich bereits ein rechtes Centrum zu Stande zu bringen, dem sich vielleicht auch einige bis jetzt links sitzende Mitglieder anschließen werden. Das Programm lautet: „Die Unterzeichneten sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich die beiden Seiten des Hauses mehr, als bisher, nähern müssen, und daß dieses bald geschehen muß, ehe sich schroffe Gegensätze feststellen. Sie erachten daher als Pflicht, eine Vermittlung anzubahnen.

1. Sie erstreben ein kräftiges, würdig ausgestattetes Königthum neben voller Erhaltung der Volksrechte.

2. Sie erkennen das Verfassungs-Gesetz vom 5. Dez. 1848 als ein zu Recht bestehendes Gesetz an, das der Revision in der im Art. 112 verzeichneten Weise unterliegt.

3. Sie sehen zunächst die Revision der Verfassung und die Maßregeln zur Förderung des materiellen Wohls der Staats-Angehörigen als Hauptaufgabe der Kammer an, und werden dahin trachten, alle Hemmungen des Hauptwerkes abzuwehren.

4. Sie werden kräftigst dazu mitwirken, daß durch Verständigung aller deutschen Staaten mit der Reichs-Versammlung in Frankfurt Deutschland zu einem Bundesstaate mit Volks-Vertretung geeinigt werde."

Die Linke hat noch gar kein eigentliches Programm aufgestellt, was ihr bei der Menge der Parteien, welche sie in ihrem Schooße birgt und die sich bereits abzusondern anfangen, auch schwer fallen müßte. Dagegen hat sie ihrer äußersten Partei nachgegeben und in das unverständige Verlangen gewilligt, zuerst gegen jede Antwort auf die Thronrede zu stimmen, angeblich, um Zeit zu sparen, obgleich sie sehr wohl weiß, daß sie mit dem Antrag nicht durchdringt, und also Zeit verloren geht.

Die Adreß-Kommission der ersten Kammer, bestehend aus den Herren v. Auerswald, Bergmann, Graf Helldorf, Itzenplitz, v. Katte, v. Keltsch, Kupfer, Leue, Rosenkranz, Simons, Walter (Referent) hat ihren Entwurf bereits drucken lassen. Er besagt so wenig, daß wir nur ein paar Stellen daraus hervorheben wollen. Ueber den Belagerungszustand heißt es: „Hinsichtlich des über die Hauptstadt und ihre nächste Umgebung verhängten Belagerungszustandes sind uns von Ew. Majestät nähere Vorlagen angekündigt. Wir werden uns durch deren gewissenhafte Prüfung in Stand setzen, über die außerordentliche Maßregel unser Urtheil auszusprechen."

Und über die deutsche Frage: „Die von Ew. Majestät gehegten Wünsche für die innigere Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate leben mit gleicher Stärke in den Herzen aller derjenigen, welche in der Herstellung einer kräftigen deutschen Einheit die längst ersehnte Befriedigung des nationalen Bewußtseins und das einzige Mittel erkennen, die deutsche Nation im Innern wie nach Außen zu der Größe und Herrlichkeit wieder aufzurichten, wozu sie nach ihren geistigen und materiellen Kräften und nach ihrer Lage im Herzen Europas befähigt ist. Je mehr der Augenblick zur Verwirklichung dieses Gedankens drängt, um desto stärker tritt für Preußen der Beruf dazu mitzuwirken hervor. Das Volk, als Preußen wie als Deutsche, wird Ew. Majestät Regierung bei allen Schritten, die jenen hohen Zweck verfolgen, mit seiner vollen Kraftentwicklung unterstützen und dabei Opfer nicht scheuen. Das Ziel seiner Wünsche wird um so vollständiger erreicht werden, je mehr alle deutschen Fürsten in die Verständigung mit der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt eingehen. Wir, seine Vertreter, erkennen es als unsere besondere Pflicht, durch Stärkung der innern Eintracht, Ordnung und Freiheit, auch nach Außen hin das Vertrauen und das Ansehen, dessen Ew. Majestät Regierung zu einem segensreichen Erfolge ihrer Anstrengungen bedarf, vermehren zu helfen."

Je unbestimmter sich die Thronrede über die deutsche Sache ausgesprochen hat, desto nothwendiger ist es, daß die Kammern sich in dieser Lebensfrage für Preußen und Deutschland auf das Unzweideutigste aussprechen, daß sie goldene Aepfel hineinlegen in die silberne Schaale. Die Hauptsache ist, daß die Kammern festhalten am deutschen Bundesstaate und erklären, daß wenn auch dieser oder jener deutsche Fürst sein Nie poz volam! einlegen wollte, der Bundesstaat dennoch zu Stande kommen müsse, wenn nicht mit Zustimmung aller Fürsten, so doch mit Zustimmung aller derjenigen, welche sich daran betheiligen wollen. Die Unzufriedenheit unter den Gewerbetreibenden ist mit der neuen Gewerbeordnung nicht abgestellt, vielmehr stößt diese auf mannigfachen Widerspruch. Ein bedeutender Fabrikant äußerte sich darüber kurz: „Ein wohlmeinender Plan, der zu den Akten gelegt werden wird!" An die Maurer- und Zimmergesellen haben sich auch manche Buchdruckergehülfen angeschlossen. Ihre Klage ist immer, daß ihnen der im vorigen Jahre versprochene höhere Lohn wieder entzogen werde. Die Täuschung, daß der Lohn willkürlich vom Arbeitgeber bestimmt werde, konnte unmöglich lange währen. Sie sprechen davon, sie wollten zum Könige nach Charlottenburg ziehn, um ihn um Erhöhung ihres Lohnes zu bitten, dieser kann aber schwerlich mehr thun, als was er und mehrere Prinzen schon beabsichtigen, auf ihre eigene Kosten bedeutende Bauten ausführen zu lassen. Die demokratische Partei rüstet eifrig zur Feier des 18ten März, zu welcher General Wrangel seine Einwilligung gegeben hat, unter der Bedingung, daß beim Zuge keine Fahnen vorangetragen würden. Ferner soll auf dem Friedrichshain ein Denkmal gesetzt werden; Waldeck, Jakoby und andere Abgeordnete der Linken haben einen Aufruf zu Geldbeiträgen ergehen lassen. Der Instrumentenmacher Benary, ein Bruder des Professors, hat ein neues, vorzugsweise demokratisches Lesekabinet am Dönhofsplatze errichtet, an dem es überhaupt jetzt sehr lebendig ist.

⁑ **Posen**, 4. März. Die Aufregung unter der Bevölkerung ist bei uns sehr bemerkbar und die polnischen Organe bemühen sich vergebens, alle Gerüchte von neuen Bewegungen unter den Polen Lügen zu strafen. Gewöhnlich erscheinen, wenn in der Stadt Allarm geschlagen wird, auch deutsche Bürgerwehrmänner mit Büchsen bewaffnet, was den Polen ein Dorn im Auge ist. Sie haben deshalb auch schon ihre Deputirten in Berlin mit Interpellationen beauftragt. Ueberhaupt werden die polnischen Abgeordneten täglich fast auf ihre besonderen Pflichten aufmerksam gemacht und ihnen eingeschärft, daß sie keinen integrirenden Bestandtheil der preußischen Kammern ausmachen, sondern eine besondere heilige Schaar bilden, die für ihr Vaterland zu kämpfen hat, eben so wie die Galizier zu Kremsier. Man dringt eifrig darauf, sie möchten sich außerhalb der Kammern als „polnischer Reichstag" konstituiren, ein besonderes Protokoll führen und durch Beschlüsse die Taktik bestimmen, welche innerhalb der preußischen Kammern von ihnen zu befolgen sei. Im allgemeinen werden die Grundzüge derselben bereits angegeben. „Nur der Vortheil kann uns mit einer Seite des Hauses zusammenführen; liegt ein besonderer Vortheil nicht vor, so haben wir einen allgemeineren Gesichtspunkt in's Auge zu fassen. Die Rechte repräsentirt die Vergangenheit, will die Rückkehr derselben und stützt das Ministerium. Die Linke repräsentirt die Zukunft, ihre Hoffnungen — und die Aussicht auf Veränderungen, die Centren sind Träger der unbestimmten Interessen, welche gegenwärtig existiren und der Vermittelung bei Neuerungen bedürfen. Mit der preuß. Vergangenheit und einem Ministerium, welches uns die Demarkationslinie bescheerte, mögen wir nichts zu schaffen haben! Mit den gegenwärtigen politischen Verhältnissen verbindet uns nur der Wunsch: Die konstitutionellen Freiheiten bei uns praktisch vorzubereiten, unsere Hoffnung richtet sich auf die Zukunft, also auf die Linke. Sollte deshalb die parlamentarische Taktik innerhalb der Kammern es mit sich bringen, daß wir uns in verschiedene Fraktionen vertheilen, so werden die Centren und die Linken der Ort für uns sein. Es unterliegt dabei keinem Zweifel, daß wir, wie bei der letzten Nat.-Versammlung, bedeutenden Einfluß auf die Persönlichkeiten gewinnen werden."

Ergötzlich sind die Bemerkungen, welche in den böhmischen und Krainer Blättern über die Treibjagden der österreichischen Regierung für die Wahlen nach Frankfurt stehen. So heißt es im Szotek: „Wir wollen wählen, und zwar Leute die keine Silbe deutsch verstehen, nur eine ehrliche böhmische Haut muß den Dollmetsch spielen können. Kommen wir nach Frankfurt, so stimmen wir alle für die Republik; da die Linke nur etwa 50 Stimmen noch braucht, so wird sie bald mit unserer und der Oesterreicher Hilfe dekretirt. Dann können wir Böhmen übrigens gleich zurückkehren. Auf diese Weise werden wir den Deutschen ihre tausendjährigen Wohlthaten am besten vergelten können und wir heilen sie zugleich in alle Zukunft von ihrer Zärtlichkeit zu uns. Denn ihr wißt, daß unter allen Scheußlichkeiten die scheußlichste die Demokratie ist. Amen, amen, ich sage Euch, eher werden 67 Kamele (Mitglieder der Rechten in Kremsier) durch ein Nadelöhr gehen, ehe ein Demokrat oder Republikaner durch die himmlische Pforte kommt." — Krainer Blätter enthalten einen Aufruf des Gubernialpräsidiums von Illyrien, worin die Einwohner, welche im März v. J. nicht nach Frankfurt haben wählen wollen, zur Wahl ermahnt werden. Es wird ihnen ganz offen gesagt: daß die österreichische Regierung dienstwillige Stimmen für sich in Frankfurt brauche, damit sie mit um so größerer Sicherheit ihre Pläne in Deutschland durchführen könne. „Die geringe Anzahl von Deutschen und ihre Parteigänger strengen alle Kräfte an, und träumen schon von einer Herrschaft Oesterreichs über Teutonien, aber wir glauben, daß diese Schliche an dem ge-

funden Sinne unserer Slovenen scheitern werden. Es steht jetzt schon anders mit der Sache des Slawenthums! Wir brauchen in Frankfurt keine Repräsentanten, denn wir wollen mit den Deutschen nichts gemein haben. Wir überlassen sie ihrer eigenen Entwicklung und verlangen nur gleiches Recht. Daß unser Gebiet zum deutschen Bunde gehört hat, kann uns nicht binden, denn der deutsche Bund existirt nicht mehr!" Es mag dies als Beleuchtung der Regierungsartikel des Lloyd dienen.

Duisburg, 2. März. Am 17. d. M. wird die rheinische Provinzialsynode auf 8—10 Tage hier zusammentreten. (Elb.3.)

München, 5. März. Die Demokraten Münchens, die zwar nicht die Mehrzahl, doch einen starken Theil der Bevölkerung bilden, feierten gestern den Jahrestag des 4. März. Es wurden Reden gehalten, deren Sinn ein ziemlich unverhüllt republikanischer war. Wir machten leider wieder die traurige Erfahrung, daß die wüthendsten Phrasenpolterer wie Dr. Riedel offenbar den größten Eindruck machten, während man den Vortrag des Dr. Hermann, der zwar keineswegs gemäßigt sprach, aber doch Ideen und eine anständige Form hatte, als doktrinär bezeichnete. Nach ihm donnerte auch der bekannte Dr. Greiner seine ultraradikalen Phrasen herunter — es war aber wieder das alte Gerumpel einer leeren Tonne. Wir hätten nicht das Geringste gegen dieses demokratische Fest einzuwenden, wenn nur etwas mehr Geist und Witz dabei zum Vorschein gekommen wäre. Aber des ewigen Wiederholens der bekanntesten Redensarten sind wir nun einmal herzlich satt. Es ließen sich noch viele unbedeutende Individuen von der Rednerbühne hören, keiner hatte einen Funken von Originalität. Bemerkenswerth ist daß die Demokraten und Liberalen Münchens den 4. März als den Jahrestag der Erstürmung des bürgerlichen Zeughauses und des bewaffneten Zuges gegen das königliche Schloß feierten, nicht den 6. März, an welchem die königliche Proklamation die berühmten Konzessionen bewilligte. Die Mehrzahl der übrigen Städte Baierns, wo die Demokraten und die Ultramontanen nicht so zahlreich und schroff einander gegenüber stehen wie hier und wo die gemäßigt liberale Partei gewöhnlich die Majorität bildet, begehen erst morgen die Märzfeier, für welche namentlich Augsburg sehr glänzende Vorbereitungen getroffen hat. Den ehrwürdigen Bau seines Rathhauses werden wir dort am Abend in prächtiger Illumination sehen. Zugleich freut es uns zu hören, daß auch in dieser geistestodten alten Reichsstadt ein neuer Geist sich zu regen beginnt. Dr. Mebold, das einzige Mitglied*) der Allg. Ztg., welches für die preußische Hegemonie in seinen geistvollen „Erörterungen über deutsche Politik" rüstig fortkämpft, hat dort den Deutschen Verein ins Leben gerufen, an welchem viele patriotisch gesinnte Männer sich betheiligt haben.

** **Hannover**, 6. März. Wirklich auf unverantwortliche Weise wird unsere Ministerkrisis hingezögert und die Stände nun schon fast vierzehn Tage in eine Unthätigkeit versetzt, die kläglich anzusehen ist. Jeden Tag erscheinen sie im Sitzungssaale und gehen bald darauf wieder fort, weil keine Regierungskommissäre da sind, die über die Gesetzentwürfe Auskunft geben können. Wir hätten von Stüve nicht erwartet, daß er das Land auf solche Weise in Spannung setzen und der deutschfeindlichen Partei Zeit und Gelegenheit geben würde, alle Mittel und Wege in Bewegung zu setzen, um gegen die Grundrechte zu wühlen, was denn bei unsern unpolitischen Landleuten reichlich geschieht. Beamte und Geistliche wetteifern mit dem Adel und fast der einzige Adelige in der ersten Kammer, v. Münchhausen, hat Versammlungen gehalten, in denen er die besten Leute unserer Kammer geschmäht und ihnen republikanische Gelüste untergelegt hat. Welche Ministerkombination beliebt wird, darüber gehen tagtäglich andere Gerüchte, und wenn man die heute erfolgte Verleihung von den höchsten Orden an Windischgrätz und Jellacic für die Stimmung des Königs bezeichnend ansehen darf, so haben wir keine sonderliche Aussicht. Wie dem auch sein mag, nur nicht so gezaudert und Deutschland wird sich in der deutschen Gesinnung des hannoverschen Volkes niemals täuschen, was auch für eine Farbe seine Regierungsmänner tragen mögen. „Wanke nicht, mein Vaterland!"

+ **Karlsruhe**, 6. März. Die Erklärungen und Angriffe, welche theils von der Ministerbank, theils von Seiten der Stände in Würtemberg gegen unsere Staats-Regierung und Kammern seit einigen Wochen stattfanden, mußten zu einer Erwiederung in unserer Ständeversammlung Veranlassung geben. Der Abgeordnete Häußer brachte darum in heutiger Sitzung ein Gerücht zur Sprache, welches vielfach duch die Zeitungen gelaufen ist und durch den Staatsrath Römer hauptsächlich hervorgerufen wurde, wonach die Badische Regierung eine Vermehrung der Truppenkorps im Oberlande beantragt habe. Der Redner machte darauf aufmerksam, daß dieses Gerücht nicht zufällig entstanden, sondern geflissentlich gemacht worden sei, um nach verschiedenen Richtungen hin ausgebeutet zu werden, und glauben zu machen, als sei Baden unfähig, die Ruhe im Innern zu erhalten; auch wurden gewisse Plane der Mediatisirung damit in Zusammenhang gebracht. Gegenüber einer solchen perfiden Taktik müsse die Regierung eine offene Erklärung darüber geben, wie es sich mit der Vermehrung der Truppen im Oberlande verhalte. Staatsrath Bekk bemerkte hierauf, er glaube nicht, daß Minister Römer jene Aeußerung, von der öffentliche Blätter gesprochen, wirklich gethan habe. Am Ende des Jahres 1848 sei bereits eine bedeutende Verminderung jener Truppen erfolgt; unterm 20. Januar habe das Reichsministerium sich an die Regierung mit der Frage gewandt, ob ein Zurückziehen der württemberger Truppen möglich sei. Noch ehe dieser Erlaß eingetroffen, habe unterm 27. Januar die badische Regierung dem Reichsministerium erklärt, daß ein gänzliches Zurückziehen jener Truppen nur dann möglich sei, wenn die Festung Rastatt durch Reichstruppen besetzt werde, sie habe hinzugefügt, daß die Stimmung im Lande wieder ruhiger geworden sei, daß es daher weniger auf die Zahl der Truppen, als auf ihr Dasein ankomme, und darauf angetragen, eine Verminderung durch Beurlaubung eintreten zu lassen. Allein die gleichzeitigen Gerüchte von einem neuen Putsche und der Bericht des Kommandirenden des 7. und 8. Armeekorps (Prinz von Baiern) und des württemberger Generals v. Miller hatten einen neuen Erlaß des Reichsministeriums veranlaßt, wonach auf die beantragte Verminderung zur Zeit nicht eingegangen wurde, doch glaubte Hr. Bekk, daß in Kurzem eine wesentliche Verminderung statt finden könne. Nach einer längeren Diskussion, wobei Schaaff das auffallende Benehmen des würtembergischen Regierungskommissärs hinsichtlich der Vergleichung der Kosten für die dortige Vermehrung des Militärs auf 2 pCt. der Bevölkerung hervorhob, beruhigte sich Häusser mit der Erklärung, daß man hiernach zweierlei Berichte an das Reichsministerium eingesandt habe — beruhigende und beunruhigende, erstere von der badischen Regierung, die Letzteren vom Prinzen Karl von Baiern und einem württembergischen General. Was hiervon zu halten sei, würde von Jedem leicht eingesehen werden können.

Hierauf ging man zum neuen Verwaltungsgesetz über, das nach dem Vorschlage der ersten Kammer unter Zugrundelegung großer Kreisämter angenommen wurde, und wobei ich noch hervorhebe, daß diesmal die aktiven Staatsdiener und Advokaten von der Wählbarkeit zu Mitgliedern des Kreisausschusses ausgeschlossen wurden, wie dies auch in Belgien der Fall ist. Das Gesetz wurde mit allen gegen 6 Stimmen angenommen.

Kassel, 5. März. Die Republikaner bemühen sich seit einiger Zeit, eine „Blums-Eiche" zu pflanzen; doch haben sie auf ein desfallsiges Ansuchen bei dem Ministerium des Innern um einen Platz innerhalb der Stadt keine günstige Antwort erhalten. (Köln. 3.)

Schleswig, 5. März. Morgen wird das Bureau der Landesversammlung endlich versammelt sein und wir werden dann ohne Zweifel die Landesversammlung auf Montag oder Dienstag nächster Woche einberufen sehen. Im Kriegsministerium wird mit großer Anstrengung gearbeitet; besonders erfreulich ist dabei der Eifer und die Hingebung für unsere Sache, die man sich von dem General Bonin erzählt. Es sind in diesen Tagen die Beurlaubten zum Heere zurückgekehrt und reihen sich freudig ein, um von neuem an der Vertheidigung des Vaterlandes Theil zu nehmen. Gestern, Sonntag von früh bis sp.it hörten wir um die Stadt

*) Auch Dr. Altenhöfer ist entschieden für ein erbliches Oberhaupt; aus seiner scharfgeschnittenen Feder ist der schlagende, ausgezeichnete Aufsatz, welchen wir neulich unsern Lesern mittheilten. Nur der dritte Redakteur scheine in der deutschen Frage keinen bestimmten Standpunkt gewinnen zu können. Daher die Verwirrung in jenem schätzbaren Blatte, welche, beiläufig bemerkt, uns zeigen kann, was für eine einheitliche Leitung von einer Trias zu erwarten ist. Was die fortwährenden, oft sehr bitteren Angriffe betrifft, welche gegen die Deutsche Zeitung in jenem Blatte gemacht werden, so erlauben wir uns darauf mit der aufrichtigsten Anerkennung der großen Verdienste zu antworten, welche die Allgemeine Zeitung sich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts um die Bildung der Nation erworben hat.

die Büchsen knallen: es waren die freiwilligen Schützen, die sich nun täglich im Scheibenschießen üben. (Schl. Holst. Z.)

Flensburg, 2. März. Auf welche Weise die Dänen auf Alsen die Kündigung des Waffenstillstandes feierten, davon wissen unsere zurückgekehrten Jäger, die auf Vorposten standen, genug zu erzählen. Die Nächte von Sonntag auf Dienstag wurden mit Saufen, Johlen und Tanzen durchgebracht, und es hatte den Anschein, als wären sie alle von der Tarantel gestochen. (S. H. Z.)

Altona, 5. März. Man erfährt, daß Lord Palmerston sich bei der dänischen Regierung sehr entschieden gegen eine Wiederaufnahme des Krieges erklärt, und auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes gedrungen hat, falls der Friede nicht bis dahin zu Stande käme.

Großbritannien.

* **London**, 3. März. Man weiß aus den Parlamentsverhandlungen über die beantragte Abänderung der Schifffahrtsgesetze, daß die englische Regierung mit den übrigen Seemächten sich in Korrespondenz gesetzt hat, um zu erfahren, ob sich die britische Regierung für den Fall, daß sie abgeschafft würden, auf Gegenseitigkeitsverträge zu beiderseitigem Vortheil der kontrahirenden Mächte Rechnung machen dürfe. Diese Korrespondenz, ein interessantes Aktenstück, ist jetzt aus der Parlamentsdruckerei hervorgegangen. Wir erwähnen daraus die Antworten, welche die englische Regierung von Seiten der deutschen Seestaaten erhalten hat.

Die erste Antwort ist die österreichische. Sie beschränkt sich auf die Versicherung, daß Graf Colloredo, dessen Abreise damals bevorstand, versprochen habe, die Sache in die Hand zu nehmen, um im Stande zu sein, nach seiner Ankunft zu London mit Lord Palmerston darüber in Verhandlungen treten zu können.

Die Antworten von Hannover und Oldenburg heben die besondere Stellung dieser Staaten als Bestandtheile des deutschen Bundes hervor, wodurch es ihnen unmöglich gemacht oder doch erschwert sei, in irgend einen Separathandelsvertrag mit Großbritannien sich einzulassen.

Der Senat von Hamburg, obschon seine Freude über die beabsichtigte Abschaffung dieser veralteten und mit dem Geiste der Zeit nicht im Einklang stehenden Schifffahrtsgesetze aussprechend, erklärt mit Bedauern, daß er gegenwärtig nicht in der Lage sei, die Frage wegen eines Vertrags für so oder so viel Jahre jetzt zur Entscheidung zu bringen. Jedoch versichert der Syndikus des Senats, „daß, so weit es von ihm abhängt, nichts ungethan bleiben soll, um jener freisinnigen Handelspolitik, welche die Regierung von Hamburg von jeher in Hamburgs wie im allseitigen Interesse zu vertheidigen und aufrechterhalten zu müssen glaubte, den Weg über ganz Deutschland zu bahnen."

Der Senat von Bremen („dieser erhabene und ehrwürdige Körper", setzt die Times ihren Auszügen aus der Druckschrift zu) erklärt sich vollkommen vorbereitet, auf die Frage einzugehen und erklärt zugleich, „daß die von der britischen Regierung und dem Parlament in Betracht gezogene Aenderung in den hanseatischen Städten als ein Sieg jener großen Grundsätze, denen sie selbst zum großen Theile ihr Gedeihen zur See verdankten, begrüßt werden würde."

Preußen und die beiden Mecklenburge scheinen geneigt, den Absichten der britischen Regierung mit Freisinn und Bereitwilligkeit entgegenzukommen. In den Mecklenburgen scheinen, sagt die „Times" in ihren Auszügen, keine Beschränkungen für britische Schiffe zu bestehen, noch beabsichtigt man, ihnen solche aufzulegen. Weiter heißt es, die Antwort des preußischen Handelsministers sei noch nicht angelangt, aber Graf Bülow habe dem britischen Gesandten zu Berlin folgende Erklärung zukommen lassen: „er (Bülow) könne keine Schwierigkeit erblicken, welche dem von Sr. Lordschaft vorgeschlagenen Abkommen, die Schifffahrt Preußens und Großbritanniens auf einen vollkommen liberalen und gleichen Fuß zu setzen, im Wege ständen."

Wegen Limburgs und Luxemburgs sei hier noch die Antwort Hollands erwähnt. Sie lautet sehr entgegenkommend, und enthält unter andern folgende Stelle: „Die holländische Regierung wird nicht zögern, den Kammern die nothwendigen Abänderungen in dem Handelsgesetzbuch Hollands vorzuschlagen, in der Absicht, den britischen Schiffen dieselben Vortheile zu sichern, die den inländischen Seefahrern eingeräumt sind." Die Antwort Dänemarks scheint noch nicht eingetroffen zu sein.

Laut Verordnung des Lordstatthalters von Irland wurden am 1. März mehrere Staatsgefangene, gegen Stellung von Bürgschaft für ihr Wiedererscheinen, ihrer Haft im Gefängniß zu Kilmainham entlassen, nämlich die Herrn J. Rea, S. Meany, Thomas Halpin, Mayler, P. O. Higgins und J. Brennan. Die Herren Meany und Brennan waren Mitarbeiter an der „Tribune" und dem „Felon," Helpin der Schriftführer des Irenbundes. Durch einen andern Gnadenakt des Lord-Statthalters wurde ferner aus dem Gefängniß von Clonmel einer der irischen „Hauptwühler", Richard Leyne, befreit. Das Gesuch O'Briens und Genossen um Revision und Kassation ihres Prozesses wird der Times zufolge schwerlich vor dem 20. Juni oder frühestens dem 20. Mai vom Oberhause vorgenommen werden. Der „Cork Examiner" berichtet, daß John Mitchell wegen fortdauernder Kränklichkeit von Bermuda nach dem Kaplande werde gebracht werden, mit dem Beifügen, daß dieses Land durch sein namentlich für Lungenleiden heilsames Klima bei den Briten in Ostindien in demselbe Rufe stehe wie Madeira bei den Engländern daheim. Als ein Beweis von dem gänzlichen Einschlafen der Repealbewegung kann auch das Aufhören des letzten Organs dieser einst so mächtigen, wenn auch jedenfalls mehr lärmhaften als mächtigen Bewegung gelten. Es ist hiermit der „Dublin Pilot" gemeint, welcher 20 Jahre lang die Mittheilungen O'Connells empfing.

Was man sonst aus den nothleidenden Bezirken Irlands hört, ist traurig genug. Hungertode kommen immer häufiger vor. Unter anderm starben erst vor Kurzem in Tipperary ein Mann nebst Tochter aus Mangel an Nahrung. Die Schilderungen, welche die Provinzialblätter über die Nothlage der niedern Klassen bringen, sind in hohem Grade betrübend. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn auch Wohlhabendere diese Stätte des Fluchs und des Elends fliehen und die Auswanderung sich immer massenweiser gestaltet. Inzwischen wächst in der nördlichen Provinz Ulster die Aufregung gegen die beabsichtigte Hilfsarmensteuer in einem bedenklichen Grade. Von der Sprache, die man bei öffentlichen Anlässen dort führt, hier ein Beweis. Ein gewisser Dolling sagte bei einem öffentlichen Festmahl unter andern: „Ein Kreuzzug muß gegen diese unbillige Maßregel stattfinden, und wollt Ihr schwören, daß ihr mit Beihülfe des allmächtigen Gottes Euch dieser Maßregel bis zum Aeußersten widersetzen und nie und nimmer die Steuer bezahlen wollt? (der bejahende Zuruf dauerte unter stürmischem Beifall mehrere Minuten). Die Bewegung im Süden war eine bloße Spielerei; aber laßt mich dem Lord J. Russell sagen, daß er mit einer Bewegung in einer andern Gegend und von anderer Art zu thun bekommen soll. Laßt mich ihm sagen, daß es ein anderes Ding ist, wenn die steifnackigen, stämmigen, gesunden, verständigen Männer von Down sich erheben. (Großer Beifall). Wir sagen dem Lord J. Russell, daß der Geist von 1782 (Enthusiastischer Beifallslärm), der Geist, der die Freiwilligen von Dungannon beseelte, noch nicht erloschen ist; und können wir es dulden, daß man uns die Früchte unsers Fleißes raubt zur Unterstützung des Westens und Südens?" (Erneuerter Zuruf.)

Frankreich.

* **Paris**, 6. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung begann endlich die dritte Lesung des Wahlgesetzes. Der erste Artikel blieb unverändert, beim zweiten Artikel wird der Zusatz angenommen, daß diejenigen, welche noch vor dem definitiven Schluß der Wahlliste das gesetzliche Alter von 21 Jahren erreicht haben, auch Wähler sind. Lichtenberger und mehrere andere Abgeordnete vom Elsaß schlagen vor, daß die Kinder von fremden Eltern, welche in Frankreich geboren sind und dem Konskriptionsgesetz Genüge geleistet haben, Wahlrecht haben sollen. Das Amendement wird jedoch verworfen. Beim dritten Artikel erhob sich ein langer Streit zwischen Emile Leron und den Mitgliedern der Kommission über den Zusatzvorschlag: Das Wahlrecht auch den Bankbrüchigen zuzugestehen, welche von ihren Gläubigern einen gütlichen Vergleich (concordat) erlangt haben, zu gestatten. Der Zusatzvorschlag wird mit 501 gegen 212 Stimmen angenommen.

Der Wahlausschuß der Rue Poitiers, zu dem aber auch viele Nichtmitglieder der Nationalversammlung und also auch des Vereins gehören, ist jetzt definitiv konstituirt. Von den 75 Mitgliedern desselben zählen 37 zur konservativen Partei, 15 zur legitimistischen Partei, 12 zur bonapartistischen und 5 zum Verein für

Religionsfreiheit, d. h. zu den Ultramontanen, darunter Graf Montalembert und Henri de Riancey. Unter denjenigen Mitgliedern, welche der konservativen Partei angehören und jetzt die Regentschaft vertreten, treten Molé, Thiers, Bugeaud, Maleville, Herzog von Broglie, Cousin und Taschereau hervor; unter den Bonapartisten Lucien Murat, Prinz von Wagram, Cambaceres, Persigny, Ferdinand Barrot und General Pyat. Letzterer bleibt zu gleicher Zeit Präsident des rein bonapartistischen Wahlausschusses. Man sieht, daß die verschiedensten monarchistischen Parteien nicht minder im Einverständniß zu wirken gesonnen sind, als die Fraktionen der extremen Republikaner und es scheint, daß die sogenannte gemäßigte Republik immer mehr von dem politischen Schauplatz verschwindet. Unter den von den Demokraten und Socialisten aufgestellten Kandidaten für das Departement der Seine sind: Ledru Rollin, Lamennais, Felix Pyat, Caussidière, Albert, Barbes, Louis Blanc, d'Alton Shee, Proudhon, Pierre Leroux, Raspail, Cabet. Kein einziger der aufgestellten Kandidaten repräsentirt die Cavaignac-Marrast'sche Partei oder die Partei der gemäßigten Republik.

Gestern sind die beiden Abgesandten der römischen Republik von dem Präsidenten und dem Minister des Aeußern empfangen worden. Damit stimmt die Nachricht, daß das französische Kabinet gegen die Besetzung von Ferrara, letzteres sogar gegen jede Intervention Oesterreichs in Italien, protestirt habe.

Die Maiangeklagten sind am 4. März des Mittags in Bourges eingetroffen und sofort in die für sie bereiten Gefängnisse gebracht worden. Begleitet waren dieselben von der mobilen Gensdarmerie, der früheren Municipalgarde, welche in den Februartagen auf dem Platz des Palais Royal, im Chateau d'Eeau und auf dem Platz de la Concorde, den einzigen Orten, wo gekämpft wurde, stand; empfangen wurden sie von dem 14. Linien-Regiment, das am 23. Februar am Ministerium des Aeußern die verhängnißvolle Salve auf das Volk gab. Der General Courtais bewohnt mit seiner Frau, welche ihn keinen Augenblick verlassen hat, dasselbe Zimmer; die übrigen wohnen zu zweien oder einzeln. Barbes und Blanqui, zwischen denen ein heftiger Groll herrscht, sind getrennt. Die beiden geflohenen Maiangeklagten Louis Blanc und Caussidière, die versprochen hatten, seiner Zeit vor den Gerichten zu erscheinen, erklären ihr gegenwärtiges Nichterscheinen damit, daß im Monat August, wo sie das Versprechen öffentlich abgaben, der Nationalgerichtshof von Bourges, ein bloßes Ausnahmegericht, noch nicht bestanden habe und daß sie im August nicht hätten im Sinne haben können, sich vor einem Gericht zu stellen, das erst im November eingeführt wurde.

Herr v. Persigny, einer der vertrauten Freunde und Unglücksgefährten von Louis Bonaparte, ist jetzt mit Hrn. Thiers, der ihn als Minister gefangen gesetzt, so vertraut, daß er alle zwei Tage bei demselben speist und überhaupt die Hälfte seiner Zeit bei ihm zubringt, während er die andere Hälfte dem Präsidenten der Republik schenkt.

Italien.

Turin. Die Adressedebatten in der zweiten Kammer wollen kein Ende nehmen. Schon sind vier Sitzungen auf die Berathung der Adresse verwandt worden und die Debatten über die wichtigen Punkte derselben haben erst begonnen. Man hat eine kostbare Zeit mit Wortstreitigkeiten vergeudet. Im Eingang der Adresse, wo von dem herrlichen Einklang zwischen König und Volk die Rede ist, wollte ein Pedant statt „accordo maraviglioso" die Worte „concordia rara" gesetzt wissen und erging sich hierüber in stundenlangen Reden, in denen er Dante, Boccaccio und andere Klassiker mit einer Masse Citaten aufmarschiren ließ, welchen dann andere Pedanten ebenfalls Citate entgegenstellten, so daß man sich in einen Philologenkongreß versetzt glaubte. In der dritten Sitzung erst kam es zu einem wichtigen Punkt, zu der Stelle, in der die Stellung Piemonts zu Mittelitalien berührt wird. In der vierten Sitzung, am 28. Febr., wurde über mehrere Amendements zu diesem Abschnitte abgestimmt, und es blieben mehre Anträge, welche die in dem Adressentwurf liegende indirekte Anerkennung der jetzigen Zustände in Rom und Toskana, sowie die gegen eine fremde Intervention in Mittelitalien gerichtete Drohung beseitigen wollten, in der Minderheit.

Die Deputirtenkammer nahm vielmehr die Stelle des Adressentwurfs, die von der Stellung Piemonts zu Mittelitalien handelt, **unverändert** an. Die Stelle, welche Anschluß an die freien Völker, besonders an Ungarn empfiehlt, wurde ebenfalls angenommen. Nun beräth die Kammer den wichtigsten Artikel, den des Krieges ohne Verzug. Hierüber ist uns noch keine Entscheidung bekannt. (N. 3. 3.)

Der Senat hat, in voller Uebereinstimmung mit den Erklärungen der Minister, wonach der Krieg nur, wenn er unvermeidlich sei, begonnen werden solle, einer italienischen Constituante kein Recht über die politica interna der Einzelstaaten zugestanden werden könne, die gegenwärtigen Regierungen in Florenz und Rom aber weder anerkannt noch nicht anerkannt werden sollten, folgende Adresse als Antwort auf die Thronrede erlassen: Die Regierung des Königs muß sich wirksame Mühe geben die verschiedenen Meinungen im Land zu versöhnen und im patriotischen Gefühl der Freiheit und Unabhängigkeit zu verschmelzen; sie muß ihr ganzes Ansehn und die nöthige Kraft entwickeln, damit die Konstitution und die Gesetze vollständig beobachtet werden, damit jede Usurpation derjenigen Rechte verhindert werde, die einzig der Thätigkeit der konstitutionellen Gewalten angehören; damit die von der wahren Gleichheit und Freiheit unzertrennliche die öffentliche Ruhe gewährleistende Achtung vor den Gesetzen, Behörden und Personen wiederhergestellt werde. Die engste Einigung zwischen dem König und dem Volk ist das unzerstörbare Element der Macht und der Freiheit, aber wenn diese Einigung bei uns erste Bedingung der Macht und Freiheit ist, so ist es im höchsten Grad für das Interesse Italiens und für die Sache der Unabhängigkeit wichtig, daß die andern Staaten, mit denen uns das süße Band der Brüderlichkeit und Nationalität vereinigt, mit uns zur gemeinschaftlichen Vertheidigung zusammenwirken. Der Senat vertraut auf die weise, edle und nationale Politik der Regierung Ew. Maj., kann inzwischen nicht unterlassen, Ew. Maj. auszudrücken, wie er sich gänzlich den Gefühlen unverletzlicher Ergebenheit anschließt, welche in diesen schwierigen Tagen von Ew. Maj. und deren Ministerium gegen das sichtliche Oberhaupt der katholischen Kirche bekannt sind. Sie haben sich, Sire, durch diese als würdigen Erben der Treue und Frömmigkeit Ihrer erhabnen Dynastie gezeigt. Die Völker, die ihrem Herzen und den eignen Waffen vertrauen, fürchten den Krieg nicht, aber weil sie die Uebel kennen, die er mit sich führt, so unternehmen sie ihn nur, wenn die heiligen Interessen und die Ehre der Nation gebieterisch ihn fordern. Einen besseren Ausleger, einen unerschrockenern Kämpen für diese Ehre als Ew. Maj. besitzt Italien nicht. Wenn daher die von zwei mächtigen und befreundeten Nationen unternommene Vermittlung nicht zum gehofften Ende ausgehen könnte, dann würden, dessen sind wir sicher, Sire, Ihrem Aufruf die alten Provinzen des Reiches und die durch ihr freiwilliges Votum vor kurzem aggregirten heroisch antworten. Um den konstitutionellen Thron Oberitaliens (dell' Alta Italia) zu festigen, würden unser ruhmwürdiges Heer, unsere Nationalgarde und die übrigen Bürger wetteifernd zusammenwirken.

* **Rom.** Am 24. Febr. feierte die römische Republik den Jahrestag der französischen Revolution durch Erleuchtung des Kapitolthurms, und der Circolo popolare zog mit seiner Fahne vor das Hotel der französischen Gesandtschaft. Da niemand zu Hause war, so trat ein Franzose auf, und hielt im Namen seiner Nation eine Rede, welche mit stürmischem Jubel aufgenommen wurde. Frankreich und Rom, hieß es darin, seien eins, und die große Nation werde nicht eher ruhen bis der letzte Deutsche in Italien niedergeschlagen sei, worauf eine Stimme aus dem Chorus mit dem Amendement Austriaco antwortete.

Das Ministerium hat der Nationalversammlung in geheimer Sitzung mitgetheilt, daß die Intervention gegen Rom zwischen Oesterreich, Spanien und Neapel beschlossen sei; Frankreich habe sich bisher noch nicht bestimmt erklärt. An die Gemeindepräsidenten hat der Minister des Innern ein Kreisschreiben erlassen, worin auf die bevorstehenden Gefahren hingewiesen und zu einem Volkskrieg aufgefordert wird. So wie ein österreichischer oder neapolitanischer Soldat die Grenze überschreitet, soll Sturm geläutet und wer irgend welche Waffe zu handhaben wisse, ermahnt werden, über den Feind herzufallen. Die Inquisitionsgefängnisse sind geöffnet und die darin sitzenden Gefangenen freigelassen worden.

Die Allg. 3. will wissen, daß das neapolitanische Herr seine Operationen gegen Rom am 26. beginnen werde. Es sei 22,000 Mann stark und stehe bei Terracina zwischen S. Germano und Caprano und bei Rieti. Die fremden Konsule wollen übrigens

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 9. März. Die Instruktion des Hrn. v. Schmerling. Verfassungsvorschläge des Hrn. v. Schmerling.) Wien (Berufung eines preußischen Philologen an die Universität.) Kremsier (Reichstagssitzung.) Prag (Die Rekrutirung.) Berlin (Vorschlag zur geselligen Vereinigung der Parteien. Der Belagerungszustand. Ein Prediger zur Festungshaft verurtheilt.) München (Das neue Ministerium.) Hannover (Hr. Lang I. aufgefordert ein neues Ministerium zu bilden.)

Italien. Turin (Die Deputirten aus Savoyen sprechen gegen den Krieg.) Genua (Aufregung in der Stadt. Die Toskaner haben keine Intervention nachgesucht.) Florenz (Nahen der Oesterreicher.) Rom (Die neapolitanische Grenze noch nicht überschritten.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 9. März.)

Verhandlungen der National-Versammlung.
Vom 9. März.

Tagesordnung der 183. öffentl. Sitzung.
1) Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den Wehrausschuß.
2) Zweite Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte: Art. IX. §. 44 und folgende.

Vorsitzender Präsident Hr. Eduard Simson.

Von ferneren Regierungserklärungen wird die vom Königreich Hannover als eingegangen angemeldet und ist dem Verfassungsausschusse sofort übergeben werden. Von Hrn. Bouvier aus Steiermark ist eine bedingte Austrittserklärung erfolgt und zugleich wird von der betreffenden kaiserl. österreichischen Behörde Hr. Formbacher als Ersatzmann Bouvier's beglaubigt.

Nachstehende Herren sind als Abgeordnete neu eingetreten: Hr. Albert aus Quedlinburg für Hrn. Flottwell aus Münster, und Hr. Herz aus Wien für Hrn. Schilling ebendaher.

Flottenbeiträge kommen zwei zur Anzeige. Einer vom Bürgerverein zu Schleiden an der Eifel und ein zweiter (von 22 fl. 6 kr.) von mehreren Offizieren der baierischen Garnison in Germersheim. (Bravo!)

Hr. Jucho ruft das Reichsministerium der Justiz an: welche Vorkehrungen dasselbe in Bereitschaft habe, um die Einführung des allgemeinen deutschen Wechselrechts zu überwachen und etwaige Abweichungen und Abänderungen durch die Landesgesetzgebung zu verhindern.

Namens des Wehrausschusses berichtet Hr. Bock aus preuß. Minden, daß zwei aus Lübeck eingelaufene Petitionen von dem genannten Ausschusse dem Reichsministerium zur geneigten Berücksichtigung überreicht worden sind.

Der Präsident verordnet die Einsammlung der Stimmzettel zur Ergänzung des Wehrausschusses. Dann wird unter Verzicht auf die Debatte zur Abstimmung über §. 44 des Artikels IX. der Grundrechte verschritten. Die Annahme erfolgt in der Fassung des Entwurfs:

§. 44. „Jedes Grundstück soll einem Gemeindeverbande angehören. Beschränkungen wegen Waldungen und Wüstenein bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten."

Ueber Artikel X. §. 45 wird eine Besprechung zugelassen an der sich aber nur Hr. Förster von Hünfeld betheiligen kann, um die beiden zu §. 45 gestellten Minderheitserachten zu empfehlen, die Bestimmungen über die Wahl der Volksvertreter und den periodischen Zusammentritt der Kammern enthalten, so wie den Uhland'schen aus der ersten Lesung dieses Theils der Grundrechte bekannten auf die Abwehr oktroyirter Verfassungen gerichteten Antrag. Dann unmittelbar nach dem Förster'schen Vortrage wird die Debatte mit dem Schlußworte des Berichterstatters Hrn. Beseler beendet. Auch für den folgenden Paragraphen wird die Fassung der Ausschußmehrheit angenommen:

§. 45. „Jeder deutsche Staat soll eine Verfassung mit Volksvertretung haben."

wozu durch eine spätere redaktionelle Umstellung noch der Satz aus §. 46 kommt:

„Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich."

Ueber den Zusatz dazu: „die Wahl der Volksvertreter erfolgt direkt, ohne Ausschluß einer Klasse von Einwohnern, und unabhängig von einem Census" — (Schüler von Jena, H. Simon, Wigard) ist von Hrn. Nauwerck die Abstimmung durch Namensaufruf beantragt. Sie verwirft mit 300 gegen 131 Stimmen den Zusatz. Auf dem Wege gewöhnlicher Abstimmung fallen auch alle sonstigen Zusatzanträge, worunter zum zweiten Male der Uhland'sche: „Unter keinen Umständen darf eine Landesverfassung einseitig gegeben oder abgeändert werden —" (abgelehnt mit 226 gegen 204) über den, da das Ergebniß zweifelhaft scheint, durch Zettel abgestimmt wird.

Angenommen wird in folgender Gestalt, nachdem sich der Berichterstatter des Ausschusses mit der Abänderung „des Rechts der Initiative" in den Ausdruck: „Recht des Gesetzvorschlags" einverstanden erklärt hat.

§. 46. „Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, bei der Besteuerung, bei der Ordnung des Staatshaushaltes; auch hat sie — wo zwei Kammern bestehen jede für sich — das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde, der Adresse, sowie der Anklage der Minister.

(Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich.)

Die Sitzungen der Landtage sind in der Regel öffentlich."

Verworfen wird, abermals durch Abstimmung durch Namensaufruf, der Zusatz der Ausschußminderheit: „die Regierung des deutschen Einzelstaates hat nur ein aufschiebendes Veto gegen die Beschlüsse der Volksvertretung" mit 279 gegen 157 Stimmen.

Ferner wird angenommen Art. XI. §. 47.

„Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der innern Verwaltung und der Rechtspflege."

und Art. XII. §. 48.

„Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze des Reichs".

Nachdem hiermit die Berathung über die Grundrechte beendet ist, bringt Hr. Eisenstuck und mehr als siebzig Genossen — worunter Hr. v. Lassaulx — den dringenden Antrag auf Ansetzung der zweiten Lesung des Wahlgesetzes auf einen der ersten Tage nächster Woche. Dagegen tragen die HH. Arndts, Sepp, Döllinger und Genossen darauf an, daß der Verfassungsentwurf für die zweite Lesung nicht abschnittsweis, sondern im Ganzen eingebracht werde und daß den Mitgliedern des Hauses mindestens eine Frist von dreimal vierundzwanzig Stunden zwischen Empfang des Berichts und der Berathung darüber gelassen werde. Der Eisenstuck'sche Antrag wird als dringlich anerkannt, worauf ihn der Antragsteller zu begründen sucht. Das Wahlgesetz für das Volkshaus gilt ihm als das Fundament der Verfassung, und der, welcher einen Aufschub der zweiten Lesung des Wahlgesetzes verlange, der könne es nicht ehrlich meinen. Der Präsident ruft Hrn. Eisenstuck wegen dieser Voraussetzung zur Ordnung. Gegen die beantragte Vorausnahme des Wahlgesetzes erklärt sich Herr Biedermann nicht blos weil ein Wahlgesetz stets die Verfassungsbestimmungen schließe, nicht aber sie eröffne, sondern auch deßhalb, damit sich ein reines Produkt des Volkswillens in dem Wahlgesetze ausspreche und „nicht Rücksichten auf einen andern Gegenstand, der jetzt hinter den Abstimmungen steht." Die Verhandlung nimmt einen so heftigen Charakter an, daß der Präsident selbst mit Schließung der Sitzung droht, wenn die unwilligen Unterbrechungen nicht aufhören. Hr. Ludw. Simon theilt das Haus in drei Parteien — „wovon die österreichische einen Direktorialextrakt von Fürsten an die Spitze stellen will." Die Linke aber habe keinen besseren Probirstein für die Partei, der sie sich annähern solle, als das Wahlgesetz. Desto lebhafter müsse also der Redner im Namen seiner Gesinnungsgenossen auf der zweiten Lesung des Wahlgesetzes bestehen, damit ein Sieg der Linken befestigt werde, den man ihr wieder entreißen wolle. Denn dieser Hintergedanke sei der Verzögerungsgrund.

Hr. Plathner von Halberstadt: Der Ausgang wird zeigen, auf welcher Seite die Ehrlichkeit in diesem Hause war, von allem Anfange an war (Lärmen auf der Linken). Herr Ludwig Simon hat offen gesagt, weßhalb er so dringend die zweite Lesung des Wahlgesetzes verlangt. Aber die Feststellung der Verfassung thut uns vor allem noth, die Beendigung des provisorischen Zustandes in Deutschland. Mit dem Wahlgesetze schlagen Sie kein feindliches Heer und vor einem Kriege bestehen keine blos moralischen Gewalten, es bedarf gesicherter politischer Formen. Das heißt nicht bona fide verfahren, wenn man einen drei viermal zurückgeworfenen Antrag immer wieder und in der Weise erneuert, wie es hier geschieht. Auch Hr. Plathner wird wegen dieses Zweifels an der bona fides eines Theils des Hauses zur Ordnung gerufen.

Hr. Vogt von Gießen: Damit die Stellung dieser Nationalversammlung, unklar den Fürsten gegenüber, zum wenigsten klar werde in ihren Beziehungen zum Volke, so verlangen wir die Erledigung des Wahlgesetzes. Wo sind die Mächte, die Sie in Bewegung setzen können wider die Regierungen, welche auf der „Vereinbarung" mit Ihnen bestehen? Es soll jetzt mit Umgehung Ihres Einflusses ein Frieden mit Dänemark geschlossen worden sein — in Petersburg. Ich will die Bestätigung dieses Gerüchts nicht hoffen — oder vielmehr ich möchte hoffen, daß sich das Gerücht bestätige, damit Sie endlich erkennen, wohin die Sachen gediehen sind. Unser Baum, der so stolz im deutschen Volke stand, hat Wurzel auf Wurzel verloren. Geben Sie ihm wenigstens die starke Herzwurzel des Wahlgesetzes. Sie sprechen von Krieg. Bedenken Sie, daß der Arm vom Herzen aus ernährt wird, und daß Sie die Arme des Volkes nicht haben werden, wenn Sie das Herz nicht besitzen.

Hr. Riesser: Eine redliche Ueberzeugung müßte doch dieselbe bleiben vor wie nach der zweiten Lesung der Verfassung. Oder wäre Jemand im Hause, der sich mit einer Partei verbünden könnte, welcher er selbst so sehr mißtraute, daß sie den Kaufpreis — gleichsam vorausbezahlen muß. (Beifall.) Uns ist die Verfassung, die wir erstreben, durch kein anderes Interesse als das des Vaterlandes geboten. Sie ist uns nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck, Mittel zur Einheit und Freiheit Deutschlands, daher haben wir auch keiner Seite dieses Hauses irgend ein Zugeständniß zu bieten, denn von Prinzipien läßt sich nichts abdingen. Die Verhältnisse sind daher so klar, daß die Partei, von der Herr Simon gesprochen, daß sie unter zwei anderen zu wählen habe, sogleich ihre Entscheidung treffen kann. Das Wahlgesetz ist hier die Grundlage der Verfassung genannt worden. Fragen Sie einen Engländer, ob er sein nach einem vielfach verderbten Wahlgesetze gewähltes Parlament aufgeben will, oder die Größe und Herrlichkeit seines Reichs. Bieten Sie ihm Ihr Wahlrecht und als Zugabe eine schwächliche, drei-, sieben- oder neunhäuptige Regierung und er wird es verwerfen, ohne sich auch nur einen Augenblick zu bedenken. (Stürmisches Bravo und Beifallklatschen aus der Mitte und von der Rechten.) Nachdem Hr. Riesser noch darauf hingewiesen, daß die Kraft eines Volkes nicht auf einem Wahlgesetze, sondern auf seiner Vaterlandsliebe beruhe, wird die Debatte geschlossen und durch Namensaufruf über den Antrag Eisenstucks abgestimmt:

Die Nationalversammlung beschließt, den Verfassungsausschuß oder falls dieser verhindert sein sollte, das Bureau mit der Vorbereitung zur zweiten Lesung des Wahlgesetzes zu beauftragen, damit diese in den ersten Tagen der nächsten Woche erfolgen könne — und dieser wird verworfen mit 260 gegen 182 Stimmen.

Was den Antrag des Herrn Arndts und Genossen anlangt, so ist er durch die Erklärung, die Hr. Riesser für den Verfassungsausschuß abgegeben hat: daß derselbe den ganzen Entwurf der Verfassung auf einmal und möglichst zeitig vorzulegen gedenke, von selbst beseitigt.

Das Ergebniß der Ergänzungswahl für den Wehrausschuß ist der Eintritt der Herren Eckart von Lohr, Langerfeld und Selasinsky. Nachdem der Präsident dies und als Gegenstand für die Sitzung am Montag den 12. März den Verfassungsabschnitt vom Reichsgericht verkündet hat, wird 2¼ Uhr die heutige Sitzung geschlossen.

⁑ **Frankfurt,** 9. März. Endlich, gestern Abend ist die Instruktion des Herrn von Schmerling auch den übrigen nicht königlichen Bevollmächtigten mitgetheilt. Sie lautet wie folgt: „Unter den die künftige Verfassung Deutschlands betreffenden Fragen, rücksichtlich derer das schleunige Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung dringendes Bedürfniß der Zeit ist, nimmt die Frage wegen Konstituirung der exekutiven Reichsgewalt, die Oberhauptsfrage, den ersten Platz ein.

In doppelter Hinsicht erweist sich dieses Bedürfniß als ein dringendes. Rücksichtlich des Auslandes ist es in hohem Grade wünschenswerth, daß so bald als möglich die Form, unter welcher ihm gegenüber die Einheit Deutschlands repräsentirt werden wird, feststehe und das Reich in dem europäischen Staatensysteme den ihm grundsätzlich gebührenden Platz auch faktisch einzunehmen in der Lage sei.

Im Innern Deutschlands häufen sich leider wieder die Anzeichen hereinbrechender Anarchie in beunruhigendem Maße und es scheint daher dringend nothwendig zu sein, vor allem Anderen durch Feststellung der Grundsätze, nach welcher die Reichscentralgewalt definitiv gebildet werden wird, den Faktionen das einträchtige und starke Zusammenwirken der Regierungen zum Behufe des Schutzes der Güter des gesellschaftlichen Lebens in ununterbrochene Aussicht zu stellen.

Was Oesterreich in Bezug auf die Aufstellung eines Reichsoberhaupts nicht wolle, ist E. H. am Schlusse meiner Weisung vom 4. d. M. deutlich gesagt. Der Kaiser nämlich will sich nicht unterordnen „unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt."

Es ist billig, daß wir nunmehr neben jenem negativen Ausspruche auch positiv uns äußern, wie denn nach unserer Ansicht jene Centralgewalt gebildet und zusammengesetzt sein sollte.

Nach unserer feststehenden und wohlbegründeten Meinung ist die Handhabung des exekutiven Theils der Reichsgewalt bei dem einmal gegebenen Stande der Dinge in Deutschland anders nicht denkbar, als in der Form eines Direktoriums.

Folgendes müßten unseres Dafürhaltens die leitenden Grundsätze bei Konstituirung dieser Behörde sein:

1) Sie hätte zu bestehen aus Bevollmächtigten deutscher Regierungen, wo möglich aus Mitgliedern regierender Häuser, sieben an der Zahl, zusammen neun Stimmen bildend.
2) Die Zusammensetzung des Direktoriums wäre in der Art zu bewerkstelligen, daß Oesterreich und Preußen ein jedes zwei Stimmen, Baiern eine Stimme in der Centralbehörde zu führen hätten; die den anderen deutschen Regierungen aber in dem Direktorium zuzuweisenden vier Stimmen nach gewissen Kreisen und unter Berücksichtigung der relativen Wichtigkeit der Staaten bei der Vertretung im Kreise auszumitteln wären.
3) Die Mitglieder des Direktoriums hätten ihr Amt zwar als Delegirte ihrer Fürsten, jedoch unabhängig von speziellen Instruktionen, zu üben. Die Stimmenmehrheit wäre für jede einzelne Entscheidung des Direktoriums maßgebend.
4) Rücksichtlich des Präsidiums wäre eine den früheren Verhältnissen entsprechende Einrichtung zu treffen.

Ew. H. sind ermächtigt, unter Zugrundelegung obiger Sätze mit denjenigen Bevollmächtigten in Frankfurt, deren Regierungen nach analogen Prinzipien voranzugehen wünschten, in näheres Einverständniß zu treten, und mit ihnen gemeinschaftlich den Entwurf eines Abschnittes, die Reichsregierung betreffend, zu fertigen, in welchem wir jedoch wünschten, daß lediglich die Art der Zusammensetzung jener Regierung behandelt würde, und ohne Präjudiz für dasjenige, was sich auf deren Attribute und die Grenzen und Modalitäten ihrer Wirksamkeit bezöge.

Dieser Entwurf wäre sodann seitens der über denselben einverstandenen Regierungen der Nationalversammlung als deren Gegenprojekt gegen die von dieser Versammlung in der ersten Lesung angenommenen korrespondirenden Paragraphen ihres Verfassungsentwurfs vorzulegen.

Ehe dieses geschähe hätten uns jedoch E. H. den von Ihnen gemeinschaftlich mit anderen Kollegen festgestellten Entwurf zur Prüfung und definitiven Genehmigung einzusenden.

Empfangen u. s. w."

⁑ **Frankfurt,** 9. März. In einer gestern auf Veranlassung des österreichischen Bevollmächtigten abgehaltenen Konferenz, wozu alle Regierungs-Bevollmächtigte mit Ausschluß des (bekanntlich abwesenden) preußischen sich eingefunden, hat Herr von Schmerling mit Bezug auf die bekannte Instruktion vom 27. Februar folgende Vorschläge Namens der österreichischen Regierung überreicht.

Die Reichsregierung.

§. 1. Die Reichsregierung führt ein Direktorium.

§. 2. Dieses Direktorium bilden sieben regierende Fürsten oder ihre Stellvertreter. Es besteht: 1) Aus dem Kaiser von Oesterreich, 2) dem König von Preußen: 3) dem König von Baiern, 4) aus einem durch Würtemberg, Baden, Hohenzollern-Hechingen-Sigmaringen und Lichtenstein; 5) aus einem durch Sachsen, Sachsen-Weimar, Coburg-Gotha, Meiningen-Hildburghausen, Altenburg, Reuß-Greiz und Schleiz, Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen, Anhalt-Köthen, Bernburg und Dessau; 6) Aus einem durch Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Holstein und Lauenburg,

Hamburg, Bremen und Lübeck; 7) Aus einem durch Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Hessen-Homburg, Luxemburg-Limburg, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und Frankfurt gewählten Fürsten.

§. 3. Jene Staaten, welche ein Mitglied wählen, haben sich über dessen Wahl zu verständigen; für den Fall der Wahlverständigung wird ein Reichsgesetz das Mitwirkungsrecht der Betheiligten bestimmen.

So lange weder eine Verständigung noch ein Reichsgesetz erfolgt ist, entscheidet der Regent desjenigen Staates, dessen Volkszahl in dem betreffenden Staatenverbande die größte ist, Kurhessen und Hessen-Darmstadt aber abwechselnd.

§. 4. An der Spitze der Reichsregierung steht ein Reichsstatthalter.

§. 5. Abwechselnd von Jahr zu Jahr bekleidet der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen die Würde eines Reichsstatthalters.

§. 6. Der Reichsstatthalter führt in der Reichsregierung den Vorsitz, besorgt die Geschäftsleitung, repräsentirt den Bundesstaat im Innern und gegen das Ausland, beglaubigt Reichsgesandte, empfängt fremde Gesandte und verkündet die Reichsgesetze.

§. 7. Der Reichsstatthalter ernennt ferner die Reichsbeamten. Er ist jedoch bei ihrer Ernennung an die Zustimmung des abwechselnd mit ihm zur Würde des Reichsstatthalters berufenen Fürsten gebunden. Bei Meinungsverschiedenheit entscheidet das Direktorium.

§. 8. In Verhinderung übt Preußen für Oesterreich und Oesterreich für Preußen die Rechte des Reichsstatthalters aus.

§. 9. Alle nicht dem Reichsstatthalter allein zukommenden Regierungsrechte stehen der gesammten Reichsregierung zu, diese faßt ihre Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit, wobei Oesterreich und Preußen je zwei, die übrigen Mitglieder aber je eine Stimme führen. Die Mitglieder des Direktoriums sind nicht an spezielle Instruktionen gebunden. Die Abwesenheit einzelner Mitglieder hindert eine Beschlußfassung nicht. Wird eine absolute Stimmenmehrheit nicht erzielt, so entscheidet der Reichsstatthalter.

§. 10. Alle Regierungshandlungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines Reichsministers, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

§. 11. Der Sitz der Reichsregierung wird durch ein Reichsgesetz bestimmt.

Wien, 4. März. Die W. Z. meldet offiziell die Berufung des Dr. Bonitz, Oberlehrers am Gymnasium in Stettin, zum Professor der klassischen Philologie und Literatur an der Wiener Universität. (Diese Anstellung ist besonders deshalb von Bedeutung, weil durch sie zum ersten Male seit Jahrhunderten, vielleicht überhaupt, ein protestantischer Lehrer an die katholische Universität Wien kommt.)

* **Kremsier.** In der Reichstagssitzung vom 3. März kam die Einziehung der Depositengelder zum Vortheil der Staatskasse zur Berathung. Sie sollen gegen Staatspapiere umgewechselt und mit 3 Prozent verzins't werden. Bisher wurden bereits 1,694,000 fl. abgeführt. Schuselka benutzte die Gelegenheit und die Anwesenheit der Minister Stadion, Krauß und Bach zu einer Philippika gegen das Ministerium. Als das vorige Ministerium im Wonnemonat der österreichischen Freiheit die fragliche Maßregel verfügte, da habe das Volk freudig die Depositengelder geopfert; er selbst habe noch vor wenigen Wochen in der Abtheilung für die Maßregel gestimmt; heute könne er es nicht mehr thun. Die Depositengelder sollten zu Staatszwecken benutzt werden; überlasse man sie dem Ministerium, so sei dies ein Vertrauensvotum. Dies war der Uebergang zu dem Beweise, daß in der gegenwärtigen Zeit, einer Zeit der permanenten Revolution und der systematischen Contrerevolution, der Zustand des Staates für die Depositengelder keine Sicherheit biete. Alle Provinzen lebten im Belagerungszustand, das sei revolutionär und von Sicherheit mithin keine Rede. Das Sündenregister des Ministeriums, das der Redner ihm vorhielt, war lang; es begann von den Oktoberereignissen, wo man die Dinge auf's Aeußerste habe kommen lassen, um Wien auf's Aeußerste niederzuschmettern; es ging weiter zur Regierung der Generale: ihre Korrespondenz mit den Ministern müsse zeigen, ob diese regierten oder regiert würden. Nach dem Oktober habe das Ministerium eine Politik der Rache befolgt, der Rache zumal an Schriftstellern und Studenten: aber die freie Presse habe Metternich zu Grunde gerichtet, und werde auch dieses Ministerium zu Grunde richten: eine Politik der Furcht, denn man fürchte sogar die Röcke der akademischen Legion. Aus der Ruthenischen Politik des Ministeriums könne bald eine Russische werden; die Siege in Italien seien nicht benutzt worden; gegen die Deutschen benehme man sich zweideutig. „Fährt das Ministerium noch lange so fort, so wird es den Ruhm davon tragen, Oesterreich ruinirt zu haben." (Lang anhaltender Beifall). Jos. Neumann sucht diese Angriffe zu widerlegen; er nahm die Wiener Presse in Schutz, suchte die Nothwendigkeit des Belagerungszustandes darzuthun, und wies auf die würdevolle Haltung hin, die Oesterreich in Italien genommen. Dilewski behauptet aus finanziellen Gründen, daß die Finanzverhältnisse allerdings nicht so viele Sicherheit darbieten, um das Geld der Waisen und Unmündigen dem Finanzministerium anzuvertrauen. Er erinnert an die Geschichte der österreichischen Finanzen in den Jahren 1810 — 15 (wo der Vater des Grafen Stadion Finanzminister war) und deutet darauf hin, daß solche Zeiten wiederkommen könnten. Der Finanzminister Kraus versichert, die Rechte der Deponenten seien hinreichend geschützt. Seine Vertheidigung gegen Schuselka war schwach. Der Kaiser habe für die Unterstützung der Wiener mehrere Hunderttausende bestimmt: das sei gewiß kein Akt der Rache. Von dem Einmarsch der Russen habe das Ministerium nicht sogleich Kunde erhalten, und sei im Begriff gewesen, denselben für unzulässig zu erklären. Der Antrag der Abtheilung, welcher dem Ministerium die Depositengelder auf so lange Zeit zur Disposition stellt, bis sie von den Eigenthümern verlangt werden, worauf sie in derselben Münze, in welcher das Ministerium sie empfangen, zurückgezahlt werden müssen, erhält die Majorität des Hauses. Stadion, Krauße Bach beantworteten schließlich beiläufig 20 Interpellationen, durchgehends ohne Zeichen der Befriedigung des Hauses, Stadion überdieß in unvernehmlicher Weise. Die Interpellationen Zimmer's und Palacky's über das Verhältniß zu Deutschland waren nicht darunter.

Prag, 5. März. Der heutige Tag, auf den Krawalle angesagt waren, ist ruhig vorüber gegangen, die Losung der Militärpflichtigen, die heute früh begonnen, geht in aller Ruhe vor sich. Das Rathhaus ist von einer neugierigen Menge belagert. (D. A. Z.)

** **Berlin**, 7. März. In der Vorversammlung der ersten Kammer ist gestern ein Vorschlag zur Sprache gebracht, hat allgemeinen Anklang gefunden und wird der zweiten Kammer vielleicht heute schon an's Herz gelegt werden, der freilich gar nichts Offizielles betrifft, aber von dem wir uns viel versprechen. Es soll danach nämlich Ein Mal in der Woche — Donnerstags — eine gesellige Vereinigung beider Kammern bei Mielentz, im Saale der Steuerverweigerung stattfinden. Die Aufforderung ist namentlich auch an die Linke gemeint. Es soll der Punkt des Archimedes gefunden werden, die alte Gehässigkeit und Unverträglichkeit aus den Angeln zu heben! Jeder Abgeordnete soll übrigens berechtigt sein, Jemand einzuführen, so daß alle Exklusivität gemieden ist. Hoffentlich wird dieser gutgemeinte Vorschlag auch bei den politischen Gegnern Anklang finden. Die ersten Anzeichen des Entstehens einer Linken in der ersten Kammer sind bemerklich; Hr. v. Forkenbeck soll darin eine Rolle spielen, doch die Mitglieder der äußersten Linken der aufgelösten Versammlung, welche in der ersten Kammer sitzen, können wohl nicht dabei betheiligt sein, wenn Hr. v. Forkenbeck sich treu bleibt. Die von ihm in der allgemeinen Vorversammlung bei Mielentz entwickelten politischen Grundsätze laufen denen, welche man von jenen Mitgliedern voraussetzen muß, durchaus entgegen. Die ganze große Partei bei Mielentz und von der zweiten Kammer in der Stadt London kann nicht beisammen bleiben und Abend für Abend berathen. Aber damit ist nicht gesagt, daß Spaltungen eintreten müßten. Die große Partei wird sich in verschiedene parlamentarische Klubs theilen, welche sich schon der Zahl wegen ebenso wie in Frankfurt nicht nach dem Platz in der Kammer, sondern nach Lokalen oder Führern nennen dürften. Spätestens unmittelbar nach der Adreßdebatte wird in beiden Kammern der Belagerungszustand auf die Tagesordnung kommen. Es steht zu erwarten, daß freisinnige, doch vernünftige Entscheidungen darüber getroffen werden. Die Preßfreiheit insbesondere darf nicht länger unterdrückt bleiben, auch das Vereinsrecht darf nicht ein Monopol der

№ 68. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 9. März 1849.

Uebersicht.

Die Regierungen und der Bundesstaat.

* **Vom Rhein**, 7. März. Ich kann es nicht billigen, daß ein Aktenstück, wie das Schreiben, das der Reichsministerpräsident am 22. Jan. an Herrn v. Schmerling gerichtet hat, erst heute dem Publikum in die Hände kommt; ich billige diese Vorenthaltung um so weniger, je mehr man Anlaß haben wird, das Schreiben selber zu billigen. Die Zeiten der diplomatischen Geheimnißkrämerei sollten vorbei sein. Es wird zwar immer diplomatische Geheimnisse geben müssen, aber das was wir mit Oesterreich über unser Verfassungswerk zu berathen haben, kann unmöglich darunter gehören sollen. Wie viel wäre dieß Schreiben werth gewesen, um in den letzten sechs Wochen so vielen Kleinmüthigen und Unklaren einen Anhalt zu geben! Es hebt mit Schärfe und Bestimmtheit die Punkte hervor, um die es sich in unserm Verhältnisse zu Oesterreich handelt, die Schwierigkeiten, die zu beseitigen sind und die Schwierigkeiten — die Oesterreich muthwillig hineinwirft. Es wird gesagt, das Bedürfniß von Unterhandlungen mit Oesterreich hätte sich durch die Unvereinbarkeit einer starken Staatseinheit des österreichischen Reichs mit der Unterordnung unter einen gleich stark organisirten deutschen Bundesstaat herausgestellt. Diese Schwierigkeit könne nicht gelöst werden durch Lockerung des österreichischen Staatsverbandes, und nicht durch die Lockerung des deutschen Bundesstaates. Dieß habe das Programm von Kremsier erkannt und habe demgemäß die gegenseitige Unabhängigkeit der staatlichen Gestaltung beider Reiche ausgesprochen; eine Sonderstellung Oesterreichs, sein Nichteintritt in den Bundesstaat schien als entschieden angesehen zu werden. Dieß ward später widerrufen. Der Anspruch ward erhoben, daß Oesterreich seine Stellung in dem Bunde nicht aufgeben wolle. Der Ministerpräsident las in dieser Erklärung die Aussicht, es werde sich die neue Konstituirung Oesterreichs mit dem deutschen Bundesstaate vereinigen lassen. Er erklärte, sich dieser Aussicht nicht verschließen zu wollen: setzte aber voraus, daß Oesterreich Deutschland die Rücksicht nicht versagen werde, die es für sich in Anspruch nehme; daß es eine starke Einheitsgewalt in Deutschland nicht werde hindern, die Ursache der Revolution nicht werde verewigen wollen, daß es das deutsche Verfassungswerk nicht werde hinausschieben, nicht ein aus seinem Rechte als Bundesmacht abgeleitetes Veto gegen den Bundesstaat einlegen, seine Bundesrechte und Pflichten nach dem Gesetz vom 28. Juni v. J. nicht mehr ausschließlich nach den Grundgesetzen von 1815 und 1820 werde bemessen wollen. Der Ministerpräsident setzt zugleich die Nothwendigkeit auseinander, einen Gesandten am österreichischen Hofe zu haben, und fragt wegen etwaiger Wünsche und Vorschläge in dieser Beziehung an.

Man sieht aus alle dem, wie hier die Gesichtspunkte einfach stehen; man fühlt, was es werth gewesen wäre, wenn jeder dieses Schreiben gekannt, diese Fragen mitgestellt und darum eben die Antworten sogleich richtig zu würdigen gewußt hätte. Auf dies Gesuch um Annahme eines Bevollmächtigten hat Oesterreich gar nicht geantwortet; ich weiß nicht, ob unser verehrter Gagern auch hierauf noch eine Antwort abwarten wird? Welche Rücksicht Oesterreich uns geschenkt hat, ist seitdem zu Tage gekommen. Es hat eine starke Einheitsgewalt für Deutschland unerträglich gefunden, es hat sich auf die Verträge berufen, es hat sein Veto gegen den Bundesstaat eingelegt, es will das deutsche Verfassungswerk hinausschieben, es will die Ursachen der Revolution verewigen. In dem Vorschlage, den die neueste Note nun in Bezug auf die Oberhauptsfrage machen soll, sehe ich nichts anderes, als diese Absicht, selbst wenn Oesterreich diesen Vorschlag von Welcker adoptirt und nicht ihn ihm eingegeben haben sollte. Ein Direktorium von sieben Personen und neun Stimmen ist keine Einheitsgewalt, es ist eine veränderte Gestalt der Verfassung nach den Verträgen von 1815, es ist ein Ruin des Bundesstaats, es ist ein Provisorium, das unsere Hoffnungen, unsere Macht, unsern Staat hinausschiebt und die Revolution aufs Neue nothwendig macht. Es werden die Könige, die gefährlichsten Feinde der Einheit Deutschlands, die alten Kurfürsten, zur Gewalt gerufen, denen die große Macht eines Oberhaupts nach dem alten Kunstausdrucke zu schwer wird, die sich einer Unterordnung nicht fügen wollen, die um eines Scheinansehns willen die Reichseinheit und Gewalt dahinopfern. Wir werden einem „Reichsstatthalter" den Reichsapfel übergeben und werden den Witz Karls V. dazu sprechen können, den er bei Pfalzgraf Friedrich II. machte, als er ihm die Insignien der Kurwürde überreichte: „Ich schenke und gebe dir hiermit, was nicht mein ist, die Welt!" das heißt: die Gewalt, die bei einer solchen Anordnung zu geben nicht möglich ist. Die königlich sächsische Regierung hat in ihren Erklärungen in Frankfurt die Schwierigkeiten nicht für bedeutend gehalten, „die sich der Anpassung eines solchen Direktoriums an die Erfordernisse einer parlamentarischen Regierung auf den ersten Blick entgegenstellen mögen!" Ich gestehe, daß mir bei dem „ersten Blick" auf diese Schwierigkeiten schon graut und daß ich den „letzten", auf den es im Grunde mehr ankommt, wenn von den muthmaßlichen Folgen einer Einrichtung die Rede ist, gar nicht zu ermessen fähig bin. Der allererste Schritt, die bloße Bildung eines Ministeriums würde bei dieser Form des Regiments zu einer mühselig gekünstelten und gewogenen Kombination führen, der von vorn herein alle Handlungsfähigkeit abginge, oder wenn diese Bildung in die Eine Hand des Statthalters gelegt würde und es entschlösse sich dieser Einmal über kleinliche Rücksichten hinwegzusehen, so würde sogleich die Saat des Mißvergnügens und der Eifersucht gestreut, der man bei einem erblichen Oberhaupte mit Einemmale entginge. Uebrigens ist dieß ein Nichts gegen das was alles sonst im Hintergrunde dieses österreichischen Vorschlages liegt. Wäre nur Eine Großmacht im Bunde, machte Preußen diesen Vorschlag für den Bundesstaat, in dem Oesterreich keinen Sitz hätte, so ginge es schon eher, obgleich es auch so schwer anginge. Aber ein Bundesstaat in dem in Wien und Berlin zwei Reichstage sitzen, die beide von geschlossenen Nationalitäten gebildet, getragen von dem Gefühle einen großen Staat zu repräsentiren, geleitet sind jede von einer einheitlichen, starken, in Oesterreich von einer militärischen Regierung, ein Bundesstaat in dem dann in Frankfurt ein dritter Reichstag säße, gebildet von der zerfahrenen und zersplitterten, dem Partikularismus durch seine neue Organisation nun verfallenen deutschen Nation, gebeugt von dem Gefühle der Lähmung und Nichtigkeit, gegängelt, hingehalten von einer vielköpfigen, schwachen, jedes Nachdruckes entbehrenden Regierung, ein solcher Bundesstaat ist ein solches Ungeheuer von Staat, wie ihn nur deutsche Theoretiker und Praktiker ausgrübeln können, wie er selbst nur in der Vorstellung erträglich nur der deutschen politischen Unmündigkeit sein kann; er ist ein solches Unding, daß ihn ernsthaft zum Gegenstande parlamentarischer Berathungen zu machen, nur bei der ungeheueren Gesunkenheit der Parteien in Frankfurt, bei den Ränken der Einen, bei der Bosheit der Andern, bei der Verranntheit der Dritten möglich ist.

Wenn bei den Ruhigen und Vernünftigen in der Nationalversammlung in Frankfurt noch Energie und Entschluß genug vorhanden ist, halten sie ja bei der Einen Ueberzeugung fest, daß an der Oberhauptsfrage, an der erblichen Bestellung Eines Fürsten Alles gelegen ist. Ich möchte sagen, man solle Alles, was die Ausstellungen der Bevollmächtigten trifft, Alles Preis geben, nur an diesem Einen fest halten. Viele von den Bedenken, die bisher eingegangen sind, drehen sich um kleinliche Dinge, die ohnehin nicht von Belang sind. Die beiden Hauptanstände sind gegen die §. 49 und 58 gerichtet. Ich habe diese Paragraphen nie gebilligt, habe auch wohl in diesen Briefen schon mich dagegen ausgesprochen, sowie gegen Alles, was über die nothwendigen Forderungen des Bundesstaates hinausgeht; ich hätte immer gern die Grenzen der Reichsgewalt auf die auswärtigen Angelegenheiten beschränkt, hier aber auch in aller Strenge begründet gesehen, so daß mir auch jene Forderung der einzelnen Staaten, Konsuln neben den Reichskonsuln zu haben, unbedingt zu verwerfen scheint. Mein ganzer Wunsch ist, daß man Alles, was auch nur einen Vorwand darbietet, über Centralisation zu klagen, beseitige; ich gehe darin weiter und bin von allem Anfang an weiter gegangen, als selbst Sie thun, ich mag die Namen Reich und Kaiser nicht lei-

den; mir ist der Name des *deutschen Bundes* immer etwas ehrwürdiges gewesen, das einen bessern Klang sich noch erwerben könnte als es bisher geschehen. Nur ein erblicher Fürst an der Spitze, das ist Alles, worauf es ankommt. Es schließt Eine der beiden Großmächte aus, und die beiden sind unverträglich, sind auf die Länge ganz unmöglich, sind möglich nur so lange, als der deutsche Staat, nach dem wir uns sehnen, nicht zur Verwirklichung kommt.

Fürst Wallerstein über die deutsch-österreichische Frage.

0 **München.** „Die deutsch-österreichische Frage, aus dem Standpunkte der internationalen Politik und der künftigen Weltgestaltung, ein Mahnruf an Deutschlands heutige Staatsmänner und Gesetzgeber," von Ludwig Fürsten von Wallerstein, ist nunmehr im Verlag von Fahrmbacher in Augsburg erschienen. Gestatten Sie mir Einiges aus dieser Brochure von wenigen Randglossen begleitet mitzutheilen. Der Fürst beginnt das Vorwort seiner Brochure, wie König Ludwig in jenem berühmten Abschiedsworte an das baierische Volk seine Regierung beschloß, — er stellt sich selbst das Zeugniß eines reinen Gewissens aus über seinen Antheil an unseres Volkes endlichem Erwachen. Qui s'excuse s'accuse. Er findet es ferner für nöthig, sich gegen den Verdacht eines blau-weißen Partikularismus zu verwahren, denn das Triumvirat sei von ihm eben so warm bekämpft worden, als „Dahlmanns mittelalterlicher Erbkaiser." Das Strebeziel der großen Völkerbewegung ist ihm die Erringung staatlicher Bedeutsamkeit nach außen, Mündigkeit innerhalb der vier Pfähle. Das und nichts weiter habe auch die öffentliche Stimme in Deutschland gefordert. Deßhalb habe der Siebzehnerentwurf, welcher der Einheit mehr als der Freiheit, ja oft geradezu ersterer auf Kosten der letztern beflissen gewesen, männiglich überrascht, und über der allgemeinen Verblüffung sei der große Moment verloren gegangen. An die Stelle eines praktischen Uebereinkommens, das gleichsam fertig in den geöffneten Herzen gelegen, sei durch Schuld einer kleinen Schaar entschlossener Männer, die das großartige Märzergebniß in ihrem Geiste auszubeuten bestrebt gewesen, gegenseitiger Rückhalt, Breitschlagen unfruchtbarer Nebenfragen und zuletzt die „unheilvolle Gestirnung der Gegenwart" eingetreten. Schon die bekannte Abordnung aus Südwest habe nichts geringeres bezielt als die freiwillige Unterordnung aller deutschen Regierungen unter das Kaiserthum an der Spree, und die preußische Hegemonie sei nur hinausgeschoben worden, weil die öffentliche Meinung damals dagegen war. Stillschweigend geht der Fürst darüber hinweg, daß zu jener Zeit, wo weder Italien besiegt, noch die Aula gestürzt, noch Ungarn unterworfen war, das Auseinanderfallen des österreichischen Gesammtstaats nach seinen verschiedenen Nationalitäten in Aussicht stand, wodurch der Personalunion und dem unbedingten Anschlusse Deutschösterreichs an Deutschland nur geringe Hindernisse im Wege gestanden hätten, und daß erst durch die Siege der österreichischen Heere die Sachen die jetzige Gestaltung angenommen haben; und ging nicht dem Gagern'schen Programm das des österreichischen Ministeriums voraus?

Es ist nicht undeutsche Gesinnung, die Wallerstein den Anhängern der preußischen Oberleitung großmüthig als Basis ihres Strebens unterlegt, sondern die vorgefaßte Meinung, daß Großmachtthum einen Herrn und Gebieter voraussetze. Denselben Vorwurf, den der Fürst hiermit seiner Gegenpartei macht, könnte man ihm zurückgeben; er sagt nämlich weiter unten: „Um bei Deutschland zu sein, muß Oesterreich auch jene Stelle behalten, welche seiner weit vorwiegenden Bedeutsamkeit von jeher eingeräumt war. Kehrt Deutschland zurück zu einem Kaiserthum, so hat dieses nothwendig ihm als dem Mächtigsten zuzufallen. Gibt Deutschland sich eine kollegiale Spitze, so gebührt auch ihm der Vorsitz." In der einen wie in der andern Form würde also Oesterreich, wenn auch nicht Herr und Gebieter sein, doch immer viel voraus haben vor den mitverbündeten Staaten. Gagern's weiterer Bund ist dem Fürsten ein Ergebniß unhaltbarer Gefühlspolitik; denn wäre Oesterreich nicht mehr bei Deutschland, so wäre es gegen Deutschland. „Vermöge des erloschenen Primats in Deutschland würde jenseits des Inn und des Fichtelgebirges das germanische Element in eine rein numerische Proportion treten, und der Schwerpunkt auf das slawische, magyarische Bereich übergehen, Oesterreich würde aus einem centraleuropäischen ein *peripherischer* Staat von stets zunehmender panslawischer Färbung werden und mit dem übrigen peripherischen Europa auf den geschwächten Kern des Welttheils zurückdrücken, bis in letzter Konsequenz das germanische Element unterjocht, der europäische Kontinent in eine slawische und in eine romanische Hälfte getheilt und zuletzt nach eingetretener gänzlicher Erschöpfung der Welttheil unter einer nordasiatischen Eiskruste erstarren würde." Ein solches Endresultat wird der Gründung eines Kleindeutschlands prophezeit. Der Fürst sieht nur Heil in der Erschaffung eines mächtigen Centraleuropa, dessen Kern Deutschland wäre und dem sich nicht nur die österreichischen Völkerschaften anzuschließen haben würden, sondern auch die Germano-Bataven, die Germano-Skandinaven und endlich die verlorenen Brüder in der Schweiz. Abgesehen davon, daß das Deutsch-Nationale durch die Uebermenge der zum Bunde beitretenden fremden Nationen unterdrückt würde, möchten wir doch gerne wissen, auf welche Weise der edle Fürst diese Staaten bestimmen würde, auf seinen Vorschlag hin einen Theil ihrer Selbstständigkeit aufzugeben, um sich einem Bundesstaate anzuschließen, mit welchem sie außer einer entfernten Stammesverwandtschaft so wenig gemein haben? Und ferner fragen wir, vorausgesetzt, daß diese Nationen geneigt wären, einem centraleuropäischen Bunde beizutreten, wäre es dann nicht vorzuziehen, wenn die innern deutschen Staaten als Gesammtstaat, eben als dieses verrufene Kleindeutschland, diesem Völkerbunde sich anschließen würden, und mit ihm eine gleiche internationale Politik verfolgten, alle inneren Fragen aber unter sich allein ausmachten? Oder hält es der Fürst für nothwendig, daß Reuß-Schleiz ebenbürtig mit den Großstaaten im Rathe der Völker sitze?

In seinen weiteren Folgerungen geht der Fürst von der Voraussetzung aus, daß durch die Gründung eines engeren Bundes, wie schon oben angeführt, die Feindschaft oder mindestens eine dauernde Entfremdung Oesterreichs hervorgerufen würde, wodurch den verbündeten Staaten große materielle Nachtheile erwachsen würden. „An Rohstoffen und gewerblicher Entwickelung gebreche Deutschland viel von dem was ein vollständig abgerundetes Leben bedinge. Und von dem ihm gewährten beruhe nicht der geringere Theil auf dem Vollverbande mit Oesterreich. (Wo war er bis jetzt?) Oesterreich gehören die ungeheuern Eisenlager, sein sind viele der entwickeltsten Industriezweige, sein ist die Donau nebst dem Verkehr mit dem schwarzen Meere und nebst der Ansiedelungsgelegenheit für Millionen arbeitsamer Landleute, sein die ganze Südküste, sonach der gesammte levantische Handel, — kurz, als sein stellt sich dar ein großer Theil dessen, was das kommerzielle Bestehenkönnen eines Central-Europas verbürgt." Wenn die Brochure ferner behauptet, daß nach Maßgabe der Einwohnerschaft sich Roherzeugung, Industrie und Handel steigern, und daraus folgert, daß Kleindeutschland mit seinen zehnthalbtausend Quadratmeilen nicht mit der unermeßlichen Produktion der übrigen Welt in Konkurrenz treten könne, so scheint uns diese Folgerung nicht die richtige zu sein: nicht von der Anzahl der Quadratmeilen, die ein Volk bewohnt, ist seine Industrie und sein Handel abhängig, sondern von seiner Tüchtigkeit und Regsamkeit, von seiner Lage und theilweise auch von der Dichtheit seiner Bevölkerung. Wir verweisen dabei nur auf *ein* Beispiel, auf Belgien.

Da der Fürst einsieht, daß bei der von ihm gewünschten Vereinigung der mitteleuropäischen Völker ein Bundesstaat nicht bestehen kann, so begnügt er sich mit dem Staatenbunde, da ohnedem eine scharfe Grenzlinie für beide Formen nicht gezogen werden könne. Wie dieser Staatenbund zu bilden sei, darüber spricht er sich nicht deutlich aus; das Wort das er nur errathen läßt, ist auch gar zu verhaßt und würde ausgesprochen das Bischen Popularität wieder rauben, das durch einjährige Selbstverläugnung vielleicht gewonnen wurde. Wir glauben am besten zu thun, wenn wir diesen Punkt nach seinem Wortlaute mittheilen: „Das Mandat der Parlamentsabgeordneten war die Aufführung eines Baues, worin vernünftige Selbstbestimmung der Theile Hand in Hand gehe mit einem starken Gesammtverbande, worin nicht das bleierne Scepter eines unverantwortlichen Gewalthabers, sondern die milde Hand einer *moralischen Person* (riecht dies nicht nach „Bundestag"?) oder einer verantwortlichen Personification des Einheits-Gedankens die Geschicke lenken, damit mittelst befruchtenden Territoriallebens die Freiheit Alles durchdringe von dem entlegensten Dorfe bis zum Mittelpunkte. „*Volksvertretung am Bunde*" (das ist schon deutlicher) war sogar in mehreren Wahlgesetzen unumwunden ausgesprochen." Im weiteren

Verlaufe der Brochüre werden schwere Anklagen gegen die Nationalversammlung erhoben, und mit folgender Drohung gegen dieselbe geschlossen: „Handelte aber gegen alles Verhoffen die in Frankfurt majorisirende Minorität direkt dem Zwecke zuwider, für welchen das Parlament berufen wurde, stieße sie, der Deutschland die Befestigung seiner Einheit anvertraute, der Einheit den tödtlichen Stahl in die Brust, entkleidete sie den Mittelpunkt Europas muthwillig seiner welthistorischen Aufgabe, risse sie in einem Momente da Alles in Massen sich zusammenthut, da das bloße Nichtvergrößern bereits Verkleinerung ist, das alte Land der Eichen unerhörter Weise in Fetzen, so müßte auch ihr der Gehorsam versagt werden, es müßte durch eine Neuwahl an das gesammte deutsche Volk appellirt werden. Selbst wir, die wir ihre konstituirende Gewalt vom ersten Tage an anerkannt und warm vertreten haben, wir erblicken über den Mandataren ein ewiges Gesetz — jenes der nationalen Selbsterhaltung — und einen höhern Willen, jenen des deutschen Gesammtvolkes in seiner direkten Offenbarung."

Dem Heftchen sind zwei Karten beigegeben, deren eine Europa nach Stämmen und Deutschland in seinen verschiedenen Entwicklungsphasen, die zweite das bisherige Deutschland und das beabsichtigte in ihren Beziehungen zu den übrigen Weltstaaten darstellt.

Der preußische Landtag und das allgem. Stimmrecht.

♀ Aus dem westlichen Preußen, 26. Februar. Also heute treten unsere Preußischen Kammern zusammen. Einzelne verhängnißvolle Namen des vorigen Jahres fehlen in ihr, auch einzelne vom besten Klange, z. B. Reichensperger von Koblenz. Doch wie sie sind das wissen wir, zwar nur nach ungefährer Schätzung, aber mit hinreichender Gewißheit. Sie sind, die erste Kammer mit entschiedenem die zweite mit mäßigem Uebergewicht, so zusammengesetzt, daß die Mehrheit ihrer Glieder erhalten, Ordnung gründen, und die Entwicklung zur gesetzlichen Freiheit aus der Ordnung und mit der Ordnung fördern, eine starke und lebensfähige Regierung erwachsen lassen, und sie zugleich stützen und überwachen will. Auch der vorjährige klägliche Mangel an Männern der Einsicht, der That und der Rede wird diesmal diese Seite der Versammlung nicht drücken. Tüchtige Parteiführer, wackre Mittelglieder zwischen diesen und der Masse der Abgeordneten finden wir genug vor: auch an Männern, aus welchen das Ministerium ergänzt, nach Umständen ganz oder größtentheils so erneuert werden kann, daß ihm das Vertrauen des Volkes zu seiner Kraft und seiner Einsicht nicht fehlt, wird es nicht fehlen. Selbst ein paar successive Ministerien würde die rechte Seite liefern können. Und die Linke? Die Opposition unter allen Umständen, die positive Negation ist jedenfalls stark genug vertreten, um ihren reellen Beruf zu erfüllen, vorwärts zu treiben, selbstgefällige Halbweisheit der Regierung und der Rechten anzufechten, behagliche und träge Ruhe unmöglich zu machen. Die Zügel der Regierung selbst in ihre Hand zu bringen dazu ist diese Seite zur Zeit zu schwach. Aber ob sie nicht stark genug ist, durch das Zerrbild der Freiheit und eines socialen Neubaus, welches sie aufstellen wird, die Masse ihrer Gegner in das entgegengesetzte Zerrbild des Konservatismus hineinzuscheuchen, das läßt sich nicht absehen. Denn überhaupt was aus unsern Kammern, aus ihrer Rechten werden wird, wenn ihre Glieder aus der Vereinzelung heraus in lebendige Wechselwirkung treten und so dem Ministerium, dem Lande, Deutschland in den großen Fragen der Zeit gegenüberstehen, das läßt sich heute nur vermuthen. Preußisch wird diese Rechte sein, das ist kein Zweifel; wird sie aber zugleich deutsch sein? Ihre Pflicht gegen Preußen, Preußens Recht gegen Deutschland wird sie zu kennen glauben; wird sie auch Preußens und ihre eigene Pflicht gegen Deutschland kennen? Wird sie die in ihrer Mitte überwinden, welche meinen werden, es sei alles gethan, wenn Preußen sich wieder glücklich befestigt; es könne dann für sich allein dem großen europäischen Sturm zusehen und trotzen; die Gefahr des übrigen Deutschlands, zunächst derjenigen Theile desselben, welche isolirt zu staatlichem Dasein absolut unfähig sind, die Gefahr anarchischer Auflösung rettungslos zu verfallen berühre Preußen nicht; ein frommer Wunsch und ein Arndtischer Vers genüge um die Pflicht gegen Deutschland abzulösen! Oder werden die obsiegen, welche auch bei der glücklichsten Gestaltung der preußischen Dinge die Nothwendigkeit mit Deutschland zu gehen, die Gefahr des Kontagiums aus Mittel- und Süddeutschland nicht verkennen, aber alles für Deutschland nicht durch das ganze Deutschland, sondern durch ein bevormundendes Preußen wollen? Klein und unbedeutend wird diese Partei jedenfalls nicht sein.

Und wie wird sich unsere Rechte zu der sozialen Frage verhalten? Wer die Antecedentien so vieler ihrer Glieder, die Stimmung der Wahlmänner, welche sie gewählt haben, sorgfältiger beobachtet hat, der kann sich der Besorgniß nicht erwehren: unsere Kammern könnten zu „gut," zu „konservativ" werden, eine Art von chambre introuvable, deren Mehrheit eben vor allem und quand même den ruhigen Genuß, die behagliche sociale Stellung der jetzt Besitzenden „konserviren" möchte. Aber unsere sozialen Zustände werden nicht durch opferscheue Konservative geordnet werden. Der Abgrund, der sich in unserer Mitte aufthut fordert seinen Curtius; ihn zudecken zu wollen, bis es zu einer zerstörenden Eruption der tief in ihm wühlenden Mächte kömmt, ist eitel. Die soziale Frage lösen entweder Männer, edel, aber glücklicher als einst Gracchus, oder Catilina nimmt sie in die Hand; die ungeheuere Schwierigkeit des Problems wird durch seine Vertagung nicht gemindert, sondern gemehrt.

Die große Probe unserer Kammern hinsichtlich ihres Verhaltens zu der sozialen Frage wird die Berathung der Wahlbestimmungen der Verfassung vom 5. Dezember (§. 67) sein. Würden sie das allgemeine Stimmrecht, wie es jetzt in Preußen in Jahresfrist bereits dreimal, einmal für die Frankfurter, zweimal für die Berliner Versammlung ausgeübt ist, beschränken wollen, oder was auch Brandenburg und Manteuffel nicht gewagt haben, werden sie es versuchen, es zu ordnen, wie die Anmerkung zu §. 67 der Verfassung schüchtern in Aussicht stellt? Freilich sind sie stark genug, eine Beschränkung zu beschließen, aber man sollte meinen, es müßte die Wahlart, durch welche sie selbst gebildet sind, auch den Konservativen nicht so schlimm erscheinen, daß sie das immer doch bedenkliche Experiment wagen sollten. Doch, das geben wir den Konservativen ganz zu, was diesmal etwa noch geglückt ist, kann gar leicht das nächstemal und sofort fehlschlagen, und die Wahlagitation, wie sie diesmal geübt worden, bei der, offen gesagt, allen Parteien schlechthin alle Mittel recht waren, muß ein Volk, wenn sie öfter wiederkehrt, sittlich zu Grunde richten. Und diese Wahlart, welche eine Anzahl Männer, die nie irgend etwas gemeinsames zusammen getrieben haben, plötzlich ganz mechanisch zusammenwirft, um den Mann ihres Vertrauens zu finden, kann nie echte Ergebnisse liefern, mögen Tausende zu direkten Wahlen, oder Hunderte zu indirekten zusammenlaufen. Mögen die Umtriebe der Konservativen oder der Radikalen, oder irgend einer andern Partei überwiegen, immer wird der von unorganisirten Massen Gewählte, für fast alle Wähler eine ihnen höchstens scheinbar bekannte, in Wirklichkeit aber ganz mystische Größe sein, gerade wie Louis Bonaparte für Millionen seiner Wähler; und der blinde Zufall wird immer das Ergebniß bestimmen. Also eine Ordnung bedarf das allgemeine Stimmrecht jedenfalls; organisirt muß die Masse der Wähler dafür werden; das kann seinem wärmsten Vertheidiger kaum zweifelhaft sein. Wird dem Triebe, der sich jetzt in unserm Volke überall so mächtig regt, in Innungen und andern Genossenschaften das seither atomistisch Vereinzelte kräftigend zusammenzufassen, Spielraum und Pflege geboten, dann ist auch die Ordnung für das allgemeine Stimmrecht gefunden: die einzelnen Genossenschaften, vertraut in ihren einzelnen Gliedern durch gemeinsame Betreibung gemeinsamer kleiner und großer Interessen, werden mit Urtheil und wahrhafter Wahl Wahlmänner für die Landesversammlung so gut wie Vorsteher und Vertreter ihrer nächsten Interessen finden können. Und diese Wahlmänner werden in einfachster und naturgemäßester Entwicklung des Innungs- und Genossenschaftswesens auch die Bezirksvertreter abgeben können, welche ein volksthümlicher Ausbau des Staatslebens fordert, und in der gemeinsamen Arbeit als Bezirksvertreter sich befähigen können, Abgeordnete zur Landesvertretung in wahrhafter prüfender Wahl zu finden. Sage Niemand, solche Gliederung des Volks für das Wahlgeschäft führe zu engherziger Vertretung von Sonderinteressen. Denn die bleibt bei keiner Wahlart aus, so lange Menschen Menschen sind: keinen besondern Standpunkt zu haben, ist Wenigen gegeben; nur daß es bei der jetzigen atomistischen Wahlart dem Zufall überlassen bleibt, welche Interessen in den Kammern Vertretung finden, welche nicht.

Unsere heute zusammentretenden Kammern nun oder die Mehrheit in ihnen, werden sie einer Ordnung des allgemeinen Stimmrechts auf dem bezeichneten oder einem ähnlichen, langsamen, aber gründlichen und sichern Wege, oder einer Beschränkung desselben, als dem einfacheren und kürzeren Korrektiv den Vorzug geben? Ich fürchte, so weit ich die Zusammensetzung des konservativen Theils unserer Kammer kenne, das Letztere, auch nach den jüngsten Abstimmungen in Frankfurt. Und zwar, so fürchte ich, wird man zu dem Beschränkungsmittel eines Census greifen, weil dieses Mittel, als ein rein mechanisches das faßlichste ist, das einfachste zu sein scheint. Ich habe so manchen konservativen Abgeordneten, der für den Census schwärmt und die Stimme seines Gewissens überhört, wenn sie ihn warnt, die Volksvertretung auf die Frage zu gründen: Wie viel Mark Banko ist der Mann werth? — ich habe so manchen gefragt, ob er glaube, es werde sich irgend ein voraussehender Staatsmann zu diesem reaktionären Wagstücke hergeben, und welche Mittel es gäbe, es durchzusetzen. Denn das dreimal ausgeübte Recht entziehen, greife den größten Theil des Volkes bei der Ehre an, und ein Instinkt sage den Massen, daß eine ernste und nachdrückliche Beschäftigung mit der sozialen Frage von ihrer Mitbetheiligung am politischen Leben, am Wahlrecht bedingt sei. Die Antwort, die mir wurde, war, die Staatsmänner würden sich finden, und das letzte Mittel, den Census durchzusetzen, sei — das Schwert. Nun, ob sich die Staatsmänner finden, das muß sich zeigen. Was aber das Schwert, d. h. das Heer betrifft, so hat allerdings das preußische Heer die Versuchungen des letzten Jahres wunderbar bestanden und ein großartiges Zeugniß gegeben von dem innersten Sinn des Volkes, aus dem es hervorgeht, und von der Macht sittlichen Gemeingeistes im Heere selbst. Aber man spanne darum den Bogen des Vertrauens auf dieses „Schwert" nur nicht zu hoch. Der Geist des preußischen Heeres wird wesentlich von seinen Unteroffizieren getragen und fortgepflanzt. Gerade diesen aber würde ein Census, und wäre er noch so mäßig, das seither ausgeübte Wahlrecht entziehen. Will man es darauf hin wagen? Das Schwert könnte darüber gewaltige Scharten bekommen. Nun, mögen meine Besorgnisse sich alle ungegründet erweisen, und Gott durch weise und muthige Männer uns davor bewahren, daß die Mehrheit unserer Kammern allzu preußisch, allzu konservativ, allzu „gut" werde.

Deutschland.

Kremsier. Die Leipz. Ztg. enthält über den Verfassungsentwurf folgendes Nähere: Der Reichstag besteht aus einer Volkskammer von 360 und einer Länderkammer von 115 Mitgliedern. In letztere entsendet jeder Provinzial-Landtag 6 Abgeordnete, jeder Kreis (eine neue Eintheilung der Provinzen in größere Kreise als die bisherigen wird vorausgesetzt) einen Abgeordneten. Die Wahlen sind direkt. Zum aktiven Wahlrecht ist ein Minimalcensus an direkter Steuer oder eine gewisse Hausmiethe erforderlich. Die Wählbarkeit ist frei. Das Budget wird blos in der Volkskammer votirt. Der Monarch hat ein Suspensivveto. Nach verweigerter Sanktion eines Beschlusses sollen die Kammern aufgelöst werden; nehmen die neu versammelten Kammern den Beschluß abermals an, so habe er Gesetzeskraft. Sollte, wie mannigfach gewünscht und vermuthet wird, die Annahme der Verfassung in Bausch und Bogen vorgeschlagen werden, so dürfte insbesondere der Punkt des Veto zahlreiche Bedenken erzeugen.

Erlangen, 28. Febr. Die Zahl der Studirenden beträgt in gegenwärtigem Wintersemester 441, nämlich 182 Theologen, 183 Juristen, 49 Mediziner, 5 Pharmaceuten, 22 Philosophen und Philologen. Unter ihnen befinden sich 43 Ausländer, vorzugsweise Theologen, und zum größten Theil der Schweiz und dem Norden Deutschlands angehörig. Eine Vergleichung des Frequenzverhältnisses aus den letzten 20 Jahren läßt erkennen, daß der gegenwärtige numerische Stand hinter dem höchsten Stand aus dem angegebenen Zeitabschnitt (448 im Sommersemester 1829) nur um 7 zurückbleibt. (Allg. Z.)

✗ Von der Unterweser, im März. An der Weser werden zehn Kanonenboote für die deutsche Kriegsflotte erbaut. Von diesen hatten die Bremischen Agenten Hederich und Röper den sieben Bremischen Schiffswerften acht Boote zugetheilt und den acht oldenburgischen Schiffswerften nur zwei. Die oldenburgischen Schiffszimmermeister wollten sich deshalb mit einer Vorstellung an das Reichsministerium wenden, und während solche angefertigt wurde, setzten sie jene Agenten hiervon in Kenntniß. Kurz vorher hatten diese nun zwar behauptet, es sei schon Alles verfügt und vertheilt; sie hatten den oldenburgischen Schiffszimmerern Riß und Zeichnung zu den Booten so lange vorenthalten, bis diesen die festgesetzte Frist zur Vollendung zu kurz erscheinen mußte, während die Boote auf den Bremischen Werften bereits im „Spann" standen. In Folge obiger Anzeige aber mochte den Agenten doch die Wirkung der an das Ministerium beabsichtigten Beschwerde bedenklich vorkommen. Kurz, die Oldenburger bekamen nun Riß, Zeichnung, noch ein Boot und Frist! Uebrigens versichern ortskundige und sachverständige Leute, es werde an diesen Booten schweres Geld verdient. Man behauptet, jedes derselben könnte 7 bis 800 Thaler billiger angenommen werden, und doch noch einen guten Erwerb für den Schiffszimmermann abwerfen. Das sind die Folgen wenn alles bloß durch die Bureaus geschieht und in die Hände der Agenten und Sub-Agenten gelegt wird. Eine einzige öffentliche Bekanntmachung des Inhalts: „Die an der Weser zu erbauenden Kanonenboote sollen auf die verschiedenen Schiffswerften gleich vertheilt werden. Riß, Bestick, Zeichnuug, Kostenanschläge ꝛc. sind in Bremen, Vegesack, Elsfleth, Brake, Bremerhafen zur Einsicht ausgelegt" — hätte jeder ungerechten Willkühr und Begünstigung vorgebeugt. Sind die Herren Marine-Räthe so unerfahren in ihrer Geschäftsleitung, daß ihnen dieses einfache Mittel nicht in Gedanken kam? In Beziehung auf die Besichtigung der norddeutschen Häfen und Küsten hat sich bei der Weserfahrt der hiezu abgesendeten Kommission auch etwas zugetragen, welches in dieses Kapitel gehört. Die Kommission ward auf einem bremischen Dampfschiffe durch eine Gesellschaft bremischer Kaufleute, Staatsbeamte, Rheder ꝛc. von Bremen ab die Weser hinunter nach Bremerhafen geleitet. Etwa auf halbem Wege, am linken Ufer liegt der bedeutende oldenburgische Fluß- und Frei-Hafen Brake; und eine halbe Stunde oberhalb desselben auch am Strom das Kirchdorf Hammelwarden. Als nun — so schreibt ein Korrespondent an der Weser — das Dampfboot gegen Hammelwarden hinkam, wo man schon den Flecken Brake und den Mastenwald seines Hafens erblickt, fand die Begleitung, jetzt sei es Zeit an Tisch zu gehen, denn von hier aus bis nach Bremerhafen gebe es nichts an dem Ufer zu beobachten. Und es ward an Tisch gegangen. In Brake hatte man erwartet, die Kommission werde doch, wenn auch nur auf eine halbe Stunde an Land kommen, um den Freihafen zu besehen. Man glaubte, da sie mit der Auswahl zweckmäßiger Lokalitäten zur Anlegung von Kriegsschiffswerften, Arsenalen, Nebenhäfen u.s.w. beauftragt worden, sei es ihre Verpflichtung, nichts ungesehen zu lassen, und sich über alle Ortsverhältnisse u. s. w. durch eigenen Augenschein zu unterrichten. Nun hat der Freihafen Brake eine Lage, welche von der Natur sehr begünstigt ist, er wird nordwärts von einem niedrigen Vorland (dem sogenannten Klipkenner Gorden) begrenzt, dessen Ausgrabung eine sehr bedeutende Erweiterung des Hafens mit verhältnißmäßig geringem Kostenaufwand gewinnen ließe. Wenigstens wäre die Sache einer Erwägung, der Braker Hafen einer Beschauung wohl würdig gewesen. Die Kommission hätte nur ihre Schuldigkeit gethan, wenn sie zu diesem nahe liegenden Zweck sich eine kleine Pause von ihrem Zweckessen abgemittelt hätte. Letzteres muß aber wohl das näher liegende gewesen sein. Denn bei Brake ist von der ganzen in der Dampfbootkajüte speisenden Gesellschaft nicht ein Mensch nur auf das Verdeck, viel weniger „an den Wall" gekommen. Wenn alle Punkte unserer Küsten, fügt der Berichterstatter hinzu, mit solcher Aufmerksamkeit und Umsicht untersucht werden, dann wird es sehr gründliche Berichte geben. Die Kommission sollte doch im Stande sein, nach eigener Anschauung sagen zu können: der Ort taugt zu dem, oder er taugt nicht. Wer aber solches Urtheil fällen will und soll, der muß selbst am Platz gewesen sein und sich nicht von Leuten führen lassen, die selbst von einem dem Platz entgegenstrebenden Interesse geführt werden.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 69. Frankfurt a. M., Samstag 10. März. **1849.**

Uebersicht.

Peel und seine Partei.

Deutschland. Frankfurt (Die Deputation in Olmütz. Stellung der Linken. Die Regierungsbevollmächtigten und der Schmerling'sche Entwurf. Aufstandspläne. Rußland verlangt den Durchgang durch den Bosporus.) Wien (Die großdeutsche Deputation. Nachrichten aus Ungarn. Die ungarischen Banknoten. Ankunft der Minister. Gerücht von dem Rücktritt Stadions. Armeebülletin.) Berlin (Der dänische Krieg. Politik und Vergnügen. Die Parteien. Das Vincke'sche Programm. Bürgerwehr. Die Garden nach der mecklenburgischen Grenze. Rußland und Oesterreich. Der Papst. Herr v. Richthofen nach Spanien.) Königsberg (Städtisches.) Münster (Lehrer Meier ins Zuchthaus.) Köln (Arbeiterunruhen.) München (Der Ausschuß über die Matrikularbeiträge.) Hannover (Die Forderungen der Mehrheit.) Mannheim (Brentano legt sein Mandat nieder.) Weimar (Verurtheilung Lafaurie's. Truppen nach Holstein.) Bremen (Die neue Verfassung angenommen.) Cuxhaven (Befestigung.)

Großbritannien. London (Auffallende Erklärung Palmerstons in Betreff der österreichisch-italienischen Angelegenheiten. Interpellation Hume's wegen der Lage im Pendschab, Urquhart's wegen des Parkerschen Geschwaders. Die Times über die Waffenstillstandskündigung Seitens Dänemarks. Ernennung des Sir Ch. Napier zum Generalissimus in Ostindien. Neue Regimenter dorthin. Sir H. Ellis. Gerücht über eine nach dem Mittelmeer bestimmte russische Flotte.)

Frankreich. Paris (Siege der Linken in der Nationalversammlung. Die Wohlthätigkeit der Rechten. Streit der Parteien um das Heer. Marschall Bugeaud. Familienscene in der rue d'Anjou-Saint-Honoré. Verhandlungen über das Wahlgesetz. Der Moniteur bestreitet das Unteroffizierbankett. Nachrichten über die Intervention im Kirchenstaat.)

Oesterreichische Monarchie. Von der österreichischen Grenze (Das serbische Centralkomite.) Krakau (Widerlegung der Aufstandsgerüchte.)

Italien. (Widersprechende Nachrichten über den Einfall fremder Truppen in Toscana. Rüstungen gegen Venedig.) Florenz (Protestation des Großherzogs.)

Schweiz. Luzern (Das Spielbankprojekt verworfen.) Schaffhausen (Händel an der Grenze).

Nachschrift.

---

10. März.

Es war in der berühmten Unterhaussitzung vom 27. Januar 1846, als der Premier, Sir Robert Peel, mit seinen umfassenden Vorschlägen in Betreff der Kornzölle vor das Haus trat. Peel beantragte an diesem Tage eine Wandelskala für Getreide auf noch drei Jahre, nach deren Ablauf jeder Zoll gänzlich aufzuhören habe, außer dem bloß nominellen Wagezoll von 1 Shill. per Quarter, der mehr zum Behufe statistischer Zwecke beibehalten wird, um eine Uebersicht der eingeführten Quantitäten zu haben. Wie man weiß, ist dieser Zeitpunkt mit dem Anfange dieses Jahres eingetreten. Seit diesem Tage war die frühere sogenannte konservative Partei, die Partei der Tories, welche ihre Geschicke den Händen Robert Peel's anvertraut hatte, in zwei Heerlager zersprengt, in die der Protektionisten, welche größtentheils von dem reichen Landadel gebildet wird, und in die der Peeliten, d. h. des näheren Anhangs von Peel, welcher, obschon noch hinlänglich konservativ, den Forderungen des Landes nachgebend, sich zu freihändlerischen Grundsätzen bekannt hatte. Daß die Protektionisten durch Peel's Kornreformbill, die am 27. Febr. mit einer Mehrheit von 97 Stimmen zum ersten, endlich am 15. Mai mit einer Mehrheit von 98 Stimmen zum dritten Male gelesen wurde, sich in allen ihren Berechnungen für immer getäuscht sahen, läßt sich eben so gut wie ihr wüthender, auch jetzt noch nicht erloschener Groll gegen Peel, „den Verräther von Tamworth," begreifen; sie klagten ihn offen des Treubruchs an, ja eines Treubruchs, „wie er in der parlamentarischen Geschichte Englands noch nicht erlebt worden". Und man bedachte obige Stimmenzahl wohl. Jene Mehrheit von 97 bis 98 Stimmen,*) wodurch die Annahme der Peel'schen Maßregel erzielt wurde, bezeichnet so ziemlich die Stärke des näheren Peel'schen Anhangs, dessen Stimmen nun den Absichten und Entwürfen der vereinigten Whigs und Liguisten (der Mitglieder des Vereins gegen die Korngesetze) zu Gute kamen und die alte Mehrheit der Tories in die Stellung einer ziemlich hoffnungslosen und darum um so erbitterteren, übrigens immer noch Achtung gebietenden Minderheit zurückwarfen.

Die Wunde, welche der offene Uebertritt Peels und seines Anhanges zu den Grundsätzen der Freihandler der konservativen Partei geschlagen, ist keineswegs im Laufe der Zeit vernarbt; sie bricht bei jeder Gelegenheit wieder auf und wird von den strengen Konservativen oder den Tories um so schmerzlicher gefühlt, da sie sich bei den künftigen allgemeinen Wahlen wohl eher darauf Rechnung machen dürfen, Einbuße zu erleiden, als neuen Zuwachs zu erhalten. Eine Aussöhnung der Protektionisten mit Peel selbst und seinen näheren Freunden ist nimmer denkbar, seitdem derselbe bei Gelegenheit der Debatten über die Mißverwaltung der Kolonien im Unterhause offen erklärt hat: er wünsche nicht, daß die jetzige Handelspolitik Großbritanniens eine Aenderung erleide. Selbst das Morning Chronicle, welches die Fraktion des Grafen Lincoln vertritt und in seinen heftigen Angriffen auf die angeblich mit der Revolution liebäugelnde auswärtige Politik des Kabinets wie überhaupt in seiner Haltung einen Hauch torystischen Geistes nicht verkennen läßt, führt trotzdem das Wort für die Abschaffung der Schifffahrtsgesetze, für die Besoldung der katholischen Geistlichkeit aus Staatsmitteln, für den Freihandel, lauter Dinge, welche den wahrhaft Gläubigen unter den Konservativen als gräuelhaft und ketzerisch gelten.

Der Zerfall der konservativen Partei läßt sich nicht besser schildern, als es vor Kurzem die sehr konservative „Britannia" gethan. „Man kann kaum sagen", heißt es in diesem Blatt, „daß die konservative Partei als politische Macht noch da sei. Ihr Einfluß auf die Gesetzgebung, wenigstens im Unterhause, ist beinahe auf Null gesunken. Bei jeder Frage von Wichtigkeit ist die Opposition (die Britannia meint hier die torystische) unter sich uneins und wenn zu einer Abstimmung gerufen wird so stimmen die auf den Vorderbänken gegen diejenigen, welche hinter ihnen sitzen. Jedenfalls wird es einem geschickten Taktiker, wie der Premier ist, nicht schwer fallen, einige der Zwietrachtsanlässe, welche sie gegenwärtig veruneinigen, zu nähren, und so lange er dies vermag, wird er auch im Stande sein, eine Fraktion gegen die andere zu hetzen. Diese Schwäche der Opposition ist ohne Zweifel in ihrem Ursprung auf den Abfall des Peelschen Anhangs bei der Korngesetzfrage zurückzuführen; aber andere Ursachen kamen hinzu, ihre Niederlage zu vollenden. Die festländischen Unruhen im letzten Jahr und ihr zwar durch die Entfernung gedämpfter, aber doch stellenweise in Großbritannien gespürter Rückstoß nöthigten die Regierung zu einem festen Auftreten und legten der konservativen Partei die Pflicht auf, ihr zu Hilfe zu kommen. Die Volksthümlichkeit des Thrones übertrug sich auf die Minister, die sehr geschickt den Enthusiasmus, welcher das Publikum beseelte, dazu benutzten, sich als die Hüter der Ordnung in den Vordergrund

---

*) Das Zahlenverhältniß bei der dritten Lesung der Peel'schen Kornreformbill war folgendes: Für dieselbe stimmten 106 abgefallene Konservative oder „Peeliten" und 223 Whigs, Repealer und damals noch gemeinhin zu den Whigs gerechnete unabhängige Liberale und Radikalreformer; dagegen 9 Whigs und 222 Konservative, welche letztere in der fortan „protektionistischen" Opposition verblieben. Dies zusammen gibt 560 Mitglieder und eine Majorität für Peel von 98. Bei einem vollständigen Hause von 658 Mitgliedern würde damals (jetzt nicht mehr) das Zahlenverhältniß der Parteien folgendes gewesen sein: 221 Whigs (Repealer und sonstige Liberale und Radikale mit eingeschlossen), 121 Peeliten und 253 Protektionisten.

zu drängen.“ Folgt nun eine Musterung der Russell'schen innern Politik, welche in ihrer vorsichtigen Haltung ganz darauf berechnet sei, die konservative Partei eher mit sich zu versöhnen, als vor den Kopf zu stoßen. Aus diesem Artikel der „Britannia“ erkennt man übrigens, daß Peel und seine Anhänger wohl oder übel noch immer zur Opposition gerechnet werden, weil sie auf den Oppositionsbänken sitzen.

Man hat den kühnen Schritt Sir Roberts im Jahr 1846 verschieden gedeutet und gegnerischerseits aus Haschen nach Volksgunst und Ehrgeiz erklärt. Man darf an Peel einen so niedrigen Maßstab nicht legen. Peel ist kein Mann der Begeisterung, der sprudelnden augenblicklichen Eingebung, er ist ein vorsichtiger Rechner, dem es an Ideen keineswegs fehlt, der aber auch diese so lange und so genau abwägt, mit einander multiplicirt oder von einander subtrahirt, bis sich wie bei einer arithmetischen Berechnung das unumstößliche Facit ergibt. Ein solcher Mann bringt bei einem Schritte wie der vom Jahr 1846 alle Faktoren in Rechnung, er subtrahirt die Volksgunst von der Vaterlandsliebe oder vielmehr dem Vaterlandsinteresse und findet das Ergebniß viel zu klein, als daß es sich verlohnte, um ein Bischen augenblicklicher und flüchtiger Popularität die Gunst, das Vertrauen, die Zuneigung einer mächtigen Partei zu verscherzen, mit der man so lange in Freud' und Leid zusammengehalten, die alle ihre Pläne diesem Manne anvertraut, ihr Wohl und Weh ihm in die Hände gegeben hat. Seine Stellung als Minister hing für diesmal nicht von der Kornfrage ab; er war sehr wohl im Stande mit seinen Tories, die ja vor der Lossagung Peels die Mehrheit im Hause bildeten, die Frage, wie dies schon so oft geschehen, auf die künftige Sitzung zu verschleppen; aber Peel hatte erkannt, er hatte es in Zahlen bis auf Heller und Pfennig berechnet, daß die Zeit gekommen sei, wo zum Nutzen des englischen Gemeinwesens die Korngesetze reformirt und demnächst abgeschafft werden müßten, und er stand nicht an, um des Vaterlandes willen einen Schritt zu thun, der ihn um die Zuneigung, ja wohl selbst um die Achtung des größern Theils seiner frühern Anhänger brachte, ohne ihm doch eigentlich neue Freunde zu gewinnen. Besaß doch auch das Oberhaus Weisheit und Selbstverleugnung genug, die Peel'schen Maßregeln zu billigen, obschon die starren Protektionisten den Lords gegenüber die dumpfe, jedoch nicht eingetroffene Weissagung entgegenriefen: schafft die Korngesetze ab, und ihr schafft auch das Oberhaus damit ab! An solchen Beweisen von Selbstverleugnung und Selbstaufopferung mögen unsere Minister, unsere ersten Kammern sich ein Beispiel nehmen, während wieder unsere Demokraten an der maß- und taktvollen Haltung der Demokraten im britischen Unterhause, eines Cobden, Hume, Bright, Molesworth u. A. unendlich viel lernen könnten, was nicht nur dem Vaterlande, sondern auch ihren werthen Personen gar sehr zu gute kommen würde. Lernen wir doch sonst so gerne von der Fremde. Was Peel betrifft, so durfte er am 27. Januar 1846 wohl mit Recht ausrufen: „Die Macht um ihrer selbst willen hat für mich keinen Werth; im Stande zu sein, Ehren und Aemter austheilen zu können, ist kein beneidenswerthes Vorrecht, man erwirbt damit mehr Ungunst als Gunst. Ohne persönlichen Zwecken oder Belohnungen nachzustreben, habe ich vier Monarchen gedient als getreuer Unterthan. Mit Ehren meiner Macht enthoben zu werden, wäre für mich keine Strafe, sondern das höchste Glück. Ich bin nicht darnach begierig, Englands erster Minister zu sein, aber so lange ich es bin, will ich Niemand sklavisch verpflichtet sein und mich durch nichts als durch das Wohl des Staats leiten lassen.“ Daß diese Worte nicht eitel Dunst waren, hat Peel seitdem bewiesen, indem er mit edler Selbstverleugnung dem Ministerium Russell, welchem er mit seinen Amtsgenossen den Platz räumen mußte, seinen uneigennützigen Beistand in allen Lebensfragen und unter der Hand sogar seinen Rath nicht entzogen hat.

Wenigstens bis jetzt nicht. Aber Peel, trotz seines Alters, besitzt wie jeder politisch-mächtige Mensch auch Ehrgeiz, nicht jenen niedern, der in der Bekleidung eines hohen Amtes, im bloßen Befehlen und Herrschen seine Befriedigung findet, sondern jenen höhern, welcher den begabten Menschen dazu antreibt, seine Fähigkeiten zu eigenen Schöpfungen zu verwenden. Ohnehin ist eine gewisse und aus den Umständen sehr erklärliche Feindseligkeit Peels gegen Russell noch nicht erloschen. Dies hat sich hier und da auch bereits während des jetzigen Parlamentes gezeigt, einmal bei der Berathung über die Kolonien, wo Peel zwar im Ganzen sich gegen das Ministerium mit gewohnter Loyalität benahm, aber doch über Russels Schützling, den Gouverneur von Ceylon, tadelnde Worte aussprach, welche den jetzigen Premier nicht wenig zu verdießen schienen, namentlich aber bei der Berathung über den Regierungsantrag, die Aufhebung der Habeaskorpusakte in Irland noch bis zum Juli fortbestehen zu lassen. Peel stimmte für die Maßregel als eine durch die Umstände gebotene, aber, wie er hinzusetzte, „nicht im Vertrauen auf irgend eine Person“, konnte jedoch dabei nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Russell'sche Politik in Betreff Irlands nur eine verstärkte und vermehrte Fortsetzung derjenigen sei, die er, Peel, als erster Minister ebenfalls befolgt habe, während Lord John Russell und die Seinigen ihr damals den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt hätten. Peel konnte mit Recht hervorheben, wie seine irische Zwangsbill vom Juni 1846 (eine Bill, wodurch das bewaffnete Ausgehen zur Abendzeit verhütet werden sollte) ja noch milde zu nennen sei gegen die Maßregeln, welche das jetzige Ministerium zu treffen sich genöthigt sähe, vielleicht darum genöthigt sähe, weil eben das Haus der Peel'schen Vorsichtsmaßregel die Zustimmung versagt habe. Bekanntlich war die Verwerfung jener Peel'schen Bill durch die vereinigte Opposition der Whigs und eines Theils der Protektionisten, die einem unklugen Rachegedanken gegen Peel Raum gaben, die Hauptveranlassung für Peel, abzutreten und einem Russell'schen Ministerium Platz zu machen.

Und wie, wenn das Ministerium Russell fallen sollte? Würde Peel, dem das Land wenigstens in Finanzsachen mehr Vertrauen schenkt, als irgend einem Whig, wieder der Mann oder vielmehr der Herr der Lage sein? Würde er es über sich nehmen, aus seiner Partei heraus ein Ministerium zu bilden, während ein ansehnlicher Theil der Protektionisten fast von einer persönlichen Bitterkeit gegen ihn erfüllt ist, sein nächster Anhang bei den letzten allgemeinen Wahlen eher verloren als gewonnen hat und er als Minister vielleicht noch abhängiger von dem guten Willen der Whigs sein würde, als diese gegenwärtig von ihm? Oder würde, da ein protektionistisches Ministerium eben so wenig denkbar ist, als ein Ministerium von Radikalreformern, ein öfters schon geweissagtes Koalitionsministerium, aus whigistischen und peelischen Elementen bestehend, versucht werden? Daß Russell und Peel je in Einem Kabinet neben einander sitzen, daß einer dieser beiden Nebenbuhler sich dem andern als dem Haupte des Kabinets je unterordnen würde, scheint kaum glaublich, aber wohl ein Ausscheiden gewisser Mitglieder aus dem jetzigen whigistischen Kabinet und ein Eintreten peelischer an deren Stelle, wie ja Russell schon zweimal den Versuch machte, Anhänger Peel's für sein Kabinet zu gewinnen, das erste Mal schon bei dessen Bildung, das zweite Mal erst jüngst nach dem Tode Lord Aucklands. In Bezug auf innere Politik, auf Freihandel, Abänderung der Schifffahrtsgesetze und zum Theil selbst kirchliche Fragen gibt es zwischen Whigs und Peeliten kaum noch einen Unterschied; dagegen aber scheinen Peel und seine Freunde in der auswärtigen wie in der Kolonialpolitik die alten toryistischen Grundsätze in ganzer Strenge festgehalten zu haben, und ehe nicht Lord Palmerston oder die Grey's (die sog. „Dynastie der Grey“) beseitigt sind, eher dürfte ein solches Mischkabinet nicht denkbar sein.

Es ist in dieser Betrachtung bisher mehr von Peel als seiner Partei die Rede gewesen; aber es läßt sich in gewisser Hinsicht auch behaupten, daß Robert Peel seine Partei selbst ist. Parteien wie die Protektionisten oder die Freihändler von Manchester, schaaren sich um ein bestimmtes, zum Theil fast lokales Interesse, und ob Bentinck stirbt oder Peel andern Sinnes wird, sie werden immer Jemand finden, der als Vertheidiger ihrer nächsten Spezialinteressen ihr Mundstück wird, möge derselbe bei den Protektionisten Hr. Herries oder Bankes oder Disraeli oder Lord Manners, oder bei den Freihändlern Cobden oder Bright oder Hume oder Wilson oder Gibson heißen. Anders die Peeliten, denen die Autorität Peels, bis jetzt wenigstens, Alles war. Es ist nicht zu läugnen, daß die Partei Peels an Männern wie Graf Lincoln, Sydney Herbert, Sir J. Graham, Goulbourn, Gladstone tüchtige und in hohen Staatsämtern bereits geschulte Talente besitzt, aber sie wie ihre jetzigen Parteigenossen würden, wenn Peel von der politischen Schaubühne abtreten sollte, sich sehr wahrscheinlich theils unter den Whigs verlieren, theils vielleicht aus alten toryistischen Neigungen den Protektionisten zufallen. In manchen Fragen wie in der Judenemanzipationsfrage ist unter den Anhängern Peels bereits eine ziemlich schroffe Meinungsverschieden-

heit eingetreten, und der „Globe" unterscheidet scharf zwischen den Peeliten älteren und den Peeliten jüngeren Geschlechtes.

Man kann wohl sagen, Sir Robert genießt in finanziellen Fragen, und nicht in diesen allein, bei einem großen Theile der britischen Nation das Ansehen eines Orakels. Im Parlament wirken seine kunst- und gehaltvollen, logischen Reden meist entscheidend, obschon er gegenwärtig mit ihnen ziemlich sparsam ist. Wie zur Zeit seiner ministeriellen Herrschaft hält er diplomatische Tafel, sieht er geflüchtete Minister und neue Gesandte, einen Guizot neben einem Grafen Colloredo bei sich. Freilich ist die Stellung eines englischen Parteihauptes eine so gewichtige, daß mancher souveräne Fürst sie ihm neiden würde. Auch die parlamentarischen Diner's bei Lord Stanley, dem gefürchteten Gegner der Minister im Oberhause, wollen etwas mehr bedeuten als die Tafelfreuden irgend eines kleinen souveränen Fürsten in der Umgebung seiner Hofschranzen.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 8. März. Die wohlwollende Aufnahme, welche die Koalitionsdeputation in Ollmütz gefunden haben soll, hinderte aber doch nicht, wie man bestimmt wissen will, daß die Deputation ziemlich unverrichteter Sache nach Wien abging, um die Minister dort aufzusuchen. In der Erwartung auf den Erfolg der Deputation ist die Linke am meisten zurückgekommen. Sie wird sich vorerst auch gar nicht in die Koalitionsfrage selbst einlassen, sondern den ihr von ihrer Kommission vorgelegten Verfassungsentwurf prüfen und das Weitere der Zukunft überlassen. Wenn aber auch die Linke mit Achselzucken die Kunde beantwortet, daß der Verfassungsausschuß mit 13 gegen 11 Stimmen — und in der Majorität sind zwei kräftige Kämpfer der Linken — beschlossen, den erblichen Kaiser auch in der zweiten Lesung zu beantragen, so ist doch nicht zu läugnen, daß dieser Beschluß ihr ein unangenehmes Gefühl bereitete. Die Linke weiß recht gut, daß das deutsche Volk in dem Direktorium die Auferstehung des seligen Bundestages erkennt und mehr und mehr die Ueberzeugung gewinnt, daß eine kräftige, einheitliche Regierung Deutschland Noth thut.

***Frankfurt**, 9. März. Die Frankf. Ztg. giebt „aus zuverlässiger Quelle" die Nachricht, daß die Bevollmächtigten von Oesterreich, Bayern, Hannover, Sachsen und Würtemberg sich bereits über den von Oesterreich angedeuteten Entwurf, die Reichsregierung betreffend, vollständig geeinigt haben und in der Lage sind, denselben nunmehr behufs einer schließlichen Anerkennung ihren Regierungen vorzulegen, um sodann als Grundlage einer Vereinbarung mit der Reichsversammlung zu dienen.

Frankfurt, 9. März. Die Erklärung der Hannoverschen Regierung über die Verfassungsbeschlüsse erster Lesung besteht zunächst in einem Schreiben des hannover'schen Bevollmächtigten an den Reichsministerpräsidenten, wonach die hannover'sche Regierung die amtlich mitgetheilten Verfassungsbeschlüsse einer näheren Prüfung unterzogen hat, deren Erledigung „durch die bekannte Lage der hannover'schen Verhältnisse einen nicht wohl zu vermeidenden Aufschub erlitten hat." Bei dieser Prüfung ist die Erklärung der Preußischen und der ihr beigetretenen Regierungen vom 23. Februar auf das aufmerksamste berücksichtigt worden. Außerdem hat die hannover'sche Regierung dabei diejenigen Ansichten festgehalten, welche in der an den österreichischen Gesandten in Hannover, Freiherrn v. Brenner, gerichteten Note vom 13. Februar (s. Nr. 59 d. Bl.) ausgesprochenen, und schon damals als Richtschnur für die von der hannover'schen Regierung abzugebenden Erklärungen bezeichnet worden sind. Die sorgfältigste Prüfung hat der hannover'schen Regierung den Beitritt zu allen wesentlichen Punkten der Erklärung vom 23. Febr. als unbedenklich erscheinen lassen. Die einzige Ausnahme besteht darin, daß nach der von der königlichen Regierung in wesentlicher Uebereinstimmung mit der durch öffentliche Blätter bekannt gewordenen Note der königlich preußischen Regierung an den Grafen Knyphausen vom 8. v. M., (s. Nr. 62 d. Bl.) festgehaltenen Ansicht vor dem Eintritte der ersten Bestimmung des §. 52 eine weitere Verständigung auch über den Inhalt der Grundrechte annoch erforderlich ist.

Die fernere Kollektiverklärung der vereinigten Regierungen vom 1. März lag bis zum Abgang der Instruktionen der hannover'schen Regierung nicht vor und es wird darüber die fernere Erklärung nebst etwaigen Nachträgen zur gegenwärtigen vorbehalten.

Der Bevollmächtigte theilt zum Schluß dem Reichsministerpräsidenten und der Nationalversammlung in einem Auszug die in den betreffenden Sitzungen des königlichen Gesammtministeriums aufgenommenen Notata mit, welche einzelne von der Kollektiv-Erklärung vom 23. Februar abweichende Ansichten darlegen. Wir theilen aus diesen „Notata" Folgendes als das Hervortretendste mit:

Ohne auf eine nähere Erörterung der §§. 1—4 eingehen zu wollen, und die Bemerkungen der Kollektivnote über das Unvorgreifliche der zu wählenden Benennung theilend, glaubt die königliche Regierung mit Rücksicht auf die von der deutschen Bundesversammlung unter dem 30. März 1848 beschlossene Umgestaltung der Bundesverfassung annehmen zu sollen, daß für die betheiligten Regierungen nicht sowohl eine Bereitwilligkeit zum Eintritte in den durch die neue Verfassung zu begründenden Verband, als die Absicht des Nichtaustretens in Frage steht, eine Absicht, welche von Hannover völlig getheilt und hierdurch wiederholt erklärt wird. In der Voraussetzung, daß keines der bisherigen Bundesglieder von der neuen Einigung sich ausschließen werde, hat die königliche Regierung als äußeren Umfang derselben das im §. 1. erwähnte Gebiet des deutschen Bundes bei den folgenden Betrachtungen im Auge gehalten.

§. 7. Die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands in allen gemeinsamen Angelegenheiten muß der Bundesgewalt allein vorbehalten bleiben. Die einzelnen Staaten des Rechts der ständigen Vertretung in eigenen politischen oder Handels-Angelegenheiten zu entkleiden, bringt die Natur des Bundesstaates aber nicht nothwendig mit sich.

Bei §. 20 walten Zweifel ob über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit des im ersten Absatze für die einzelnen Staaten ausgesprochenen Verbots der eigenen Unterhaltung von Kriegsschiffen. Diese Zweifel gründen sich auf das Beispiel der Verfassungen der nordamerikanischen Freistaaten, sowie auf die Vermuthung, daß die fortschreitende Entwickelung dieser neuen Schöpfung des Vaterlandes eine nähere Betheiligung der Küstenstaaten als ein in den Verhältnissen begründetes Bedürfniß werde erscheinen lassen, dem die vorgeschlagene Verfassungsbestimmung unerwünschte Hindernisse entgegenstellen würde. Statt der betreffenden Vorschläge wird außerdem Folgendes zur Berücksichtigung empfohlen: „Ein Reichsgesetz verfüge über die Organisation der Kriegsmarine des Bundesstaats unter Berücksichtigung der eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs, welches jedenfalls ein entsprechendes Kontingent an Schiffen und Mannschaft zur deutschen Kriegsflotte zu stellen hat. Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotte gestellt wird, ist bei der Zahl der von demselben zu stellenden Landmacht abzurechnen. Das Nähere hierüber, sowie über die Kostenausgleichung zwischen der Gesammtheit und den einzelnen Staaten bestimmt ein Reichsgesetz."

Zu §. 35 hält die königliche Regierung die Aufrechterhaltung des Prinzips, die Mittel zu den Reichsausgaben durch Matrikularbeiträge herbeizuschaffen für das Richtigere. Für deren rechtzeitigen Eingang und für Beschaffung eines der Finanzverwaltung unentbehrlichen Betriebsfonds, dessen Mangel selbst gegenwärtig schon empfunden zu werden scheint, mögen sichernde Vorkehrungen getroffen, eventuelle Beschlagnahmen gestattet werden.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 9. März. Die in der Berliner Kammer über den Ausbruch eines allgemeinen demokratischen Aufstandes verbreiteten Nachrichten sind durchaus geeignet, die Aufmerksamkeit der Regierungen wach zu erhalten. Wenn wir bisher diese Mittheilungen nicht berührt haben, so dürfen wir wohl jetzt, nachdem sie einmal zur Sprache gekommen, darauf hinweisen, daß der Reichsgewalt von Seiten der französischen Regierung Mittheilungen zugekommen sind, nach welchen am 18. März, im Verhinderungsfalle am 5. April, eine Kette von Aufständen vom badischen Oberlande durch das Nassauische nach Thüringen bis nach Berlin, und zwar um die Truppenmacht überall zu beschäftigen, gleichzeitig losbrechen soll. Daß in Genf unter dem Vorsitz von Karl Heinzen ein Ausschuß sich gebildet hat (der auch den Meuchelmord nicht verwirft), um den Aufruhr zu organisiren, kann als gewiß betrachtet werden, und nicht bloß auf die Fürsten, sondern auch auf die Führer der konservativen Partei ist es abgesehen. Aeußere Abzeichen tragen diese Vehmrichter nicht, der Händedruck und in einzelnen Fällen Erkennungskarten machen die Verschwornen einander kenntlich, auch hier ist bereits eine solche Karte zum Vorschein gekommen. Es ist unbegründet, daß die Bevollmächtigten von Baiern, Hannover, Sachsen und Würtemberg mit dem von Herrn v. Schmerling vorgelegten Entwurf sich vollständig einverstanden erklärt haben. Sie haben sich zwar beifällig geäußert, ihre Erklärung sich jedoch vorbehalten, und die Bevollmächtigten der kleineren Staaten haben die Mittheilung lediglich entgegengenommen.

Frankfurt, 9. März. Privatbriefe aus London aus sonst sehr unterrichteter Quelle bringen die Nachricht, daß die russische Regierung, um ihre im schwarzen Meere stationirte Flotte in das mittelländische zu bringen, von der Pforte den Durchgang durch den Bosporus gefordert hat. Der Sultan hat dieses Ansinnen zurückgewiesen, worauf die Erklärung erfolgt sein soll, daß der

Durchgang auch wider Willen der Pforte bewirkt werden würde. Der englische Gesandte hat den Vorgang nach London berichtet, und es ist abzuwarten, welche Stellung die englische Regierung in dieser Angelegenheit einnehmen wird. Wir erwarten die Bestätigung dieser Nachricht, bemerken jedoch, daß dieselbe auch der „Kölnischen Zeitung" von Paris aus mitgetheilt worden ist. (O.P.Z.)

△ **Wien,** 5. März. Die Frankfurter Reichstags-Abgeordneten Heckscher, Hermann und Somaruga gehen erst heute Abend nach Ollmütz, da das Ministerium noch zwei Tage zum Ueberdenken der gemachten Vorschläge gewünscht hatte. Wir dürfen also den morgenden Tag als den entscheidenden für Oesterreich in der deutschen Frage bezeichnen, denn diese drei Männer scheinen entschlossen, eine festere Stellung einzunehmen und zu behaupten, als es die früheren Reichskommissäre thaten. Hoffentlich werden sie ihre Zeit nicht mit Antichambriren zersplittern und nur mit einem deutlichen Ja oder Nein heimkehren, im schlimmsten Falle auch gar keine Antwort als eine Antwort betrachten. Das Zaudern und Hinausschieben muß aufhören; periculum in mora! tönt es laut auch dem nur Halbdenkenden in die Ohren. Hier wie am Rheine mehren sich die Zeichen der Zeit und die Parteien treten unverholen in den Vorgrund. Noch ist's ein Räthsel für uns in Wien, ob das Ministerium selbst genau weiß, was es will und namentlich was es in der deutschen Frage will. Nur ein Einziger der Minister, Fürst Schwarzenberg, scheint über beides mit sich selbst einig: er hemmt wo und wie er kann. Die Abgeordneten denken Mittwoch von Ollmütz abzugehen und Samstag wieder in Frankfurt einzutreffen.

An der böhmisch-mährischen Grenze hat man in den letzten Tagen 20,000 Stück Gewehre nebst 80,000 Zündhütchen aufgefangen und sie nach Ollmütz gebracht. Ein Jude der sie begleitete ist spurlos verschwunden. Es scheint, daß sie nach Ungarn bestimmt waren.

Für den 9. d. M. ist die Beschießung von Komorn mit schwerem Belagerungsgeschütz beschlossen; doch dürfte man es in der Festung selbst nicht darauf ankommen lassen, und früher eine Uebereinkunft zu bewerkstelligen suchen. Erlau ist von den kaiserl. Truppen besetzt und das Hauptquartier schon eine Stunde weiter vorgeschoben.

Nach einer Eröffnung des Ministers Bach ist die Organisirung von Bezirks-Gerichten in Ober- und Niederösterreich innerhalb 14 Tagen zu erwarten.

Nachschrift. Die Pesther Zeitung vom 3. d. M. bringt folgende Kundmachung: Nachdem im Publikum die Nachricht sich verbreitete, daß die ungarischen Noten in Oesterreich außer Kurs gesetzt und konfiszirt werden sollen, so wird zur Beruhigung desselben hiemit bekannt gegeben, daß eine Außer-Kurs-Setzung oder Konfiskation der ungarischen Noten im Privatverkehr für Ungarn keine Anwendung hat. Ofen am 2. März 1849. Vom k. k. Armee-General-Kommando.

Es folgt also hieraus der erste offene Widerstand des Fürsten Windischgrätz gegen das Ministerium, dessen Erlaß über denselben Gegenstand so bestimmt war, und keinem Zweifel Raum ließ. Alles ist in Aufregung und gespannter Erwartung einer Aufklärung dieses Sachverhalts.

Vom Korps des Feldzeugmeisters Grafen Nugent ist am 2. d. M. die Brigade Palffy mittelst Dampfschiff aus den unteren Gegenden in Pesth angelangt Ein neuer Beweis wie weit die Donau schon in dem sichern Besitz der kaiserlichen Truppen ist.

So eben ist das ganze Ministerium von Ollmütz angenommen. Personen welche demselben nahe stehen, glauben daß Graf Stadion, der Minister des Innern, seine Entlassung nehmen wird, oder sie schon genommen hat. Warum, weiß noch Niemand. Ist es die Rede Schuselka's vom 3. in Kremsier, sind es die deutschen Verhältnisse, will es die Slovanska lipa oder sonst wer?

Somit kann man nun auch annehmen, daß die Frankfurter Deputirten heute Abend nicht nach Ollmütz abgehen, sondern daß die Frage hier zur Entscheidung kommt.

27. Armee-Bulletin.

Den 26. und 27. hatten die Spitzen der Kolonne der unter Sr. Durchlaucht dem Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz vorrückenden Hauptarmee die Rebellen aus der Stellung hinter der Tarna zwischen Kapolna und Kaal angegriffen und zurückgeworfen.

Die Kolonnen des F.-M.-L. Schlick, welche gegen Verpeleth und Erlau vorrückten, hatten den Feind in die Flanke genommen und durch diese gelungene Bewegung seine Rückzugslinie gegen Miskolz und Tokay bedroht.

Der Feldmarschall rückte den 28. auf der ganzen Linie vor und verlegte sein Hauptquartier diesen Tag nach Maklar, nachdem der Feind es eben verlassen und sich in der Richtung gegen Mezö-Kövesd zurückgezogen hatte.

Dem eiligen Rückzuge des Feindes rasch folgend, stieß das Kürassier-Regiment Prinz Karl von Preußen nahe an Mezö-Kövesd auf die hier zusammengedrängte Arrieregarde des Feindes, wobei es zu einem hartnäckigen Kavalleriegefechte kam, welches von den nachrückenden Brigaden Wyß und Montenuovo unterstützt wurde.

Bei diesem ersten Gefechte wurde Major Prinz Holstein und 2 Offiziere verwundet.

Am 1. März unternahm der Feldmarschall längs der ganzen Linie eine Rekognoszirung der ganzen Ebene, die sich von Mezö-Kövesd über Istvan bis an die Theiß zieht, welche jedoch des großen Nebels und Schneewetters wegen nicht die nöthigen Resultate gab.

Einstweilen manövrirte das Korps des F.-M.-L. Schlick immer in der rechten Flanke des Feindes, der dadurch genöthigt war, noch im Laufe des Tages Mezö-Kövesd zu räumen, sich über Szemere und Eger Farmos gegen Poroßlo zurückzuziehen. Die Brigade Deym von dem Korps des F.-M.-L. Schlick besetzte Mezö-Kövesd.

Gegen Mittag, als sich der Nebel etwas verzogen, meldeten die rekognoszirenden Avantgarden den Abmarsch des Feindes in der Richtung gegen die Theiß und seinen Uebergangspunkt bei Tißa-Füred. Der Feldmarschall disponirte sogleich 3 Brigaden auf die Rückzugslinie des Feindes, dessen Arrieregarde bei Szemere erreicht wurde.

Bei Eger Farmos versuchte der Feind noch ein Mal Widerstand zu leisten, wurde aber geworfen und am Abend dieser Ort von unseren siegenden Truppen besetzt. Der Feldmarschall hatte zu gleicher Zeit von Besenyö aus eine Brigade des ersten Armeekorps unter Führung des Generalmajor Zeisberg auf der Straße nach Poroßlo gesandt und am 2. Morgens, woher die letzten Berichte aus dem Hauptquartiere Maklar sind, war die ganze Armee im Vorrücken gegen die Theiß. Die Division des F.-M.-L. Ramberg hatte ihre Avantgarde von Kaschau bereits auf der Straße, die sich bei Hidas-Nemethy theilt und dort links nach Tokay, rechts nach Miskolcz führt, vorgeschoben.

Bei Komorn war es auf dem rechten Donauufer schon zu mehreren Gefechten zwischen den Insurgenten und den Truppen der Brigade Lederer gekommen, — so machte die Besatzung Komorns schon am 17. Febr. mit 9 Kompagnien, 2 Geschützen und einer halben Eskadron Husaren einen Ausfall und warf sich, protegirt von einem lebhaften Kanonenfeuer, aus dem Brückenkopf auf die linke Flanke der unter Kommando des Major Kellner von Khevenhiller-Infanterie O-Szöny besetzt haltenden Abtheilung. Major Kellner griff die Insurgenten an und warf sie zurück, wobei selbe 17 Mann an Todten verloren.

Einen ähnlichen Ausfall versuchte die Besatzung am 24. Febr. mit 2 Bataillon Infanterie, eine halbe Eskadron Husaren und 3 Kanonen. Der Feind eröffnete ein lebhaftes Geschützfeuer auf die Stellung des Major Kellner, welcher mit dem 2 Bataillon Khevenhiller, einer halben Eskadron Fiquelmont-Dragoner und einer halben 12pfündigen Batterie O-Szöny besetzt hält. 40 Granaten fielen in den Ort und zündeten an fünf Stellen, wobei mehrere Häuser gänzlich abbrannten. Den zweckmäßigen Dispositionen des Major Kellner, und der Entschlossenheit seiner Truppe gelang es, dem Feuer Einhalt zu thun und als nachher unter thätiger Mitwirkung der, unter Hauptmann Schmutz, in die rechte Flanke des Feindes mit zwei Kanonen entsendeten Division desselben Regimentes, die Offensive ergriffen wurde, hat dieses brave Bataillon die Insurgenten, welche einen Verlust von 59 Mann erlitten, in den Bereich der Kanonen der Festung zurückgeworfen und auch diesen Ausfall siegreich abgeschlagen.

Nunmehr ist daselbst die Division des F.-M.-L. Simunich an dem linken Donauufer eingetroffen.

Die hierzu gehörige Brigade Weigl steht auf dem linken Ufer der Waag. Die Brigade Soffay, schon seit mehreren Tagen in N. Tany eingetroffen, hält die Insel Schütt besetzt, und man ist beschäftigt bei Gönyö eine Schiffbrücke zu schlagen, um so die Verbindung beider Donauufer für das Cernirungskorps herzustellen, und da auch der Belagerungstrain von Leopoldstadt bei Komorn eingetroffen ist, so wird die Beschießung der Festung nächster Tage beginnen.

Offizielle Nachrichten vom 3. März aus Krakau sagen, daß 600 Mann Kosaken die russische Grenze auf dem eigenen Gebiete von Michalowice, an die Weichsel, und von dort bis an die Bilica besetzt halten. Krakau, welches nach andern Nachrichten bombardirt und sogar von den Russen besetzt sein sollte, war ruhig; obwohl zahlreiche Emissäre und Waffenschmuggler bemüht waren, diese Ruhe zu stören.

F.-M.-L. Legediez war dort vollkommen in Verfassung, jeder Eventualität zu begegnen. Wien am 5. März 1849.

F.-M.-L. Welden,
Militär- und Civil-Gouverneur.

⊙ **Berlin,** 7. März. Preußen hat nicht, wie einige seiner Neider unwissender und gehässiger Weise aussprengen eine Fortsetzung des Kampfes in Holstein und Schleswig nöthig um seine Bedeutung für Deutschland zu beweisen. Es ist hingegen mehr als wahrscheinlich, daß die demokratische Partei in Dänemark mit ihren politischen Glaubensgenossen in Deutschland sich dahin verständigt hat, eine Beendigung des holstein-schleswigschen Streites so viel als möglich zu erschweren, indem sie dadurch hofft die Aufmerksamkeit der dänischen Regierung zu theilen und Kopenhagen von Truppen zu entblößen, um ihre Umtriebe ohne Gefahr fortsetzen zu können. Denn den dänischen Radikalen ist, sie mögen nun eine skandinavische oder rein dänische Farbe tragen, an einer Verwirrung der öffentlichen Verhältnisse eben so sehr wie ihren deutschen Freunden gelegen, weil beide nur dadurch bedeutend werden können. Den deutschen wie den dänischen Kon-

servativen kann aber nur mit einer endlichen Beilegung des unseeligen Zwistes gedient sein, dem bei einem besseren Verständnisse der gegenseitigen Interessen hätte vorgebeugt werden können, dessen Beendigung aber jetzt ein unabweisliches Bedürfniß ist.

Berlin, 7. März. Selten, daß von dem beschränkten Zuhörerraume mehr als die vordersten Bänke besetzt sind. Die Politik ist trotz der Eröffnung der Kammern kaum noch die Achse der Gesellschaft zu nennen. Diese scheint vielmehr nach alter Weise das Vergnügen zu sein. Man scheint die Winterfreuden nachholen zu wollen und selbst die Politik muß durch Komödien dazu mithelfen. Solche politische Stücke sind „Peter im Frack" und der „Traum eines Republikaners," der im Theater der Friedrich Wilhelmsstadt mit so viel Beifall gegeben wird, daß selbst der König, wie es heißt, es zu sehen beabsichtigt. Die Linke ist jetzt wieder mit der alten Frage: Annehmen oder Ablehnen? beschäftigt. Der Minister, Hr. v. Manteuffel, hat nämlich eine Einladung an alle Abgeordneten ergehen lassen. Erfreulich ist, daß bis jetzt sichtbar das Gefühl von der Nothwendigkeit wechselseitiger Mäßigung die verschiedenen Parteien durchdringt. Die Kammern hatten heute keine Sitzungen, sondern arbeiteten in den Abtheilungen. Waldeck und Genossen werden demnächst ihren Antrag einbringen, die Verfassung vom 5. Dezbr. nur als Grundlage zu betrachten. Dem steht die unter dem Vincke'schen Programm vereinigte Mehrheit geschlossen entgegen. Dieses Programm lautet:

Die unterzeichneten Mitglieder der zweiten Kammer betrachten folgende Grundsätze als unerläßlich für eine gedeihliche Lösung der ihnen gestellten Aufgabe: 1) Sie erkennen die Verfassung v. 5. Dezbr. v. J. als rechtsgültiges Grundgesetz des preußischen Staates an und verpflichten sich, zu der vorbehaltenen Revision derselben nur auf dem im §. 112 daselbst vorgezeichneten Wege mitwirken und das Ergebniß dieser Revision als verbindlich anerkennen zu wollen. 2) Bei Revision der Verfassung werden sie unabänderlich festhalten an dem Prinzip der konstitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern. Auf diesen Grundlagen fußend, widmen sie sich mit voller Hingebung der Förderung aller wahren Interessen des Volkes. In diesem Sinne werden sie auch die Fragen erörtern, die in Bezug auf die ländlichen und Gewerbeverhältnisse ihre Erledigung erwarten. Berlin, den 26. Februar 1849.

Grabow, welcher übrigens das Vincke'sche Programm ebenfalls unterzeichnet hat, ist beschäftigt, ein Centrum zu bilden. Er soll bereits fünfzig Anhänger zählen. Waldeck ist sehr zurückhaltend, Hr. v. Vincke ist durch sein unparteiisches Auftreten auch auf der linken Seite geschätzt.

Gott gebe, daß unsere inneren Angelegenheiten den bisherigen friedlichen Anblick behalten. Dann können wir auch den ernsteren Verwickelungen ruhig entgegensehn. Die Märzfeier beunruhigt uns wenig. Ein Jeder kann das Todtenfest in seinem Sinne begehn. Sonst ist wenig zu berichten. Es ist so friedlich, daß eine Bittschrift hinsichtlich der Bürgerwehr, worin diese als zwecklos, zeit- und geldraubend bezeichnet wird, zahlreiche Unterschriften findet. Adam Smith könnte sich freilich im Grabe umdrehen, daß man so verstößt gegen sein Prinzip der Theilung der Arbeit. Bei allgemeiner Wehrpflicht ist eine allgemeine Bürgerwehr, wenigstens wie sie im vorigen Jahre beabsichtigt wurde, gewiß eine sehr zweifelhafte Errungenschaft. Daß der Rittmeister und frühere Abgeordnete Kuhr, der angeklagt war, bei Gelegenheit des Zeughaussturmes ein Zündnadelgewehr entwandt zu haben, freigesprochen worden, wird Ihnen schon gemeldet sein. Eben sagt man, ein Theil der Garden rücke an die meklenburgische Grenze. Der Großherzog von Schwerin, so meint das Gerücht, könne mit seiner Landesversammlung nicht fertig werden und wolle nach preußischem Vorbild eine Verfassung verleihen. So gehts! Früher war von den Fürsten eine Verfassung für keine gute Worte zu erlangen, jetzt haben sie einen großen Hang, Verfassungen zu schenken.

Lith. Korr. **Berlin**, 7. März. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich beschäftigen die Politiker von Fach schon seit längerer Zeit. Die erste Thatsache, die vermuthen ließ, daß die von Metternich eng geknüpften Bande der Freundschaft zwischen beiden Staaten durch die Revolutionsstürme des Jahres 1848 nicht zerrissen waren, fand man in dem Anerbieten Rußlands der österreichischen Regierung durch eine Anleihe beizuspringen. Unter welchen Bedingungen jenes Anerbieten gemacht und weßhalb es nicht acceptirt worden, ist bis jetzt in weitern Kreisen noch unbekannt geblieben. Der Versicherung eines in dieser Angelegenheit sehr erfahrnen Mannes zu Folge verlangte Rußland, daß die bekanntlich von dem russischen Kaiser zu sehr hohem Kourse gekauften 40 Millionen Rente mit (zu dem Einkaufspreise) an Zahlungsstatt angenommen würden. Die österreichische Regierung hielt den Verlust bei dieser Art der Zahlung für zu bedeutend, um auf die Proposition des Petersburger Kabinets einzugehen.

Der Papst, dem von sämmtlichen katholischen Souverainen Europa's Condolenzbriefe zugegangen sind, hat nunmehr auch von einem mächtigen protestantischen Fürsten Deutschlands ein Schreiben empfangen, in dem er der aufrichtigsten Theilnahme versichert wird, und in welchem ihm die möglichste Wahrung seiner weltlichen Rechte verheißen wird.

* **Berlin**. Unser in der Regel wohlunterrichteter = Correspondent beharrt bei der Behauptung, daß Graf Brühl nach Ollmütz gesandt sei, trotz des Artikels im Staatsanzeiger, welcher diese Sendung in Abrede zu stellen schien.

Berlin, 7. März. Der ehemalige preußische Generalkonsul in Jassy, Geh. Intendanturrath Freiherr von Richthofen, ist vom Ministerium beauftragt, nach gehöriger Rücksprache mit der Kaufmannschaft in Stettin, Hamburg ꝛc. eine Reise nach Spanien, Portugal, so wie nach den spanischen und portugiesischen Kolonien zu unternehmen, um neue Handelsverbindungen vorzubereiten und anzuknüpfen.

Königsberg, 3. März. In der Untersuchungssache gegen den Polizei-Präsidenten a. D. Lauterbach wegen Beleidigung der 138 Deputirten, die den bekannten Protest unterzeichnet, ist vor einigen Tagen das Erkenntniß vom Kriminal-Senat des hiesigen Oberlandesgerichts ergangen: es lautet auf 150 Thlr. Geld- oder dreimonatliche Gefängnißstrafe. (N. Kön. Z.)

, **Köln**, 7. März. Gestern Morgen drang eine Rotte Menschen, unter welcher jedoch nur wenig oder gar keine ordentlichen Arbeiter zu bemerken waren, mit Gewalt in das Arbeitsbureau in den Minoriten ein, zertrümmerten dort das Hausgeräthe und jagten das Personal von dannen, worauf sie auch die Fenster einwarfen und sodann nach dem Rathhause zogen, um dem Oberbürgermeister ihre Beschwerden vorzubringen und in drohendem Tone Arbeit zu begehren. Das Rathhaus war stark militärisch besetzt, alle Zugänge zum Platze mit doppelten Posten versehen. Nachdem die Ruhestörer auch hier abgewiesen waren, zerstreuten sie sich in der Stadt und suchten truppweise einzelne Gemeindeverordnete in ihren Wohnungen heim, unter argen Drohungen Arbeit — oder Geld von ihnen fordernd. Ueberhaupt fielen gestern in den Straßen unserer Stadt die bedauerlichsten Rohheiten vor, und nicht mit Unrecht hört man darüber klagen, daß die Arbeiter in den verschiedenen Vereinen und Versammlungen förmlich zu solchen Attentaten auf ihre wohlhabenden Mitbürger gehetzt werden. In Bezug auf diese Vorfälle wird so eben folgende Bekanntmachung an den Straßenecken angeschlagen: „Mitbürger! Die große Anzahl der unbeschäftigten Arbeiter hat sich in der letzten Zeit erheblich vermehrt durch die hinzugetretenen Handwerker aller Klassen und Gewerbtreibenden, welche bei dem Mangel an Verdienst in der Theilnahme an den öffentlichen Arbeiten ihre letzte Zuflucht suchen. Die übergroße Zahl der Arbeiter hat es nur möglich gemacht, einen Theil zu beschäftigen, und durch Alternirung in der Arbeit einer verhältnißmäßig größeren Anzahl Hülfe zu bereiten. Die städtische Verwaltung wendet sich deßhalb nochmals an die so oft bethätigte patriotische Gesinnung der wohlhabenden Bürger mit der dringenden Bitte, jenen Handwerkern und Gewerbtreibenden möglichst viele Beschäftigung zu gewähren. Die Ereignisse der letzten Tage haben es nöthig gemacht, das Arbeiterbureau an den Minoriten zu schließen. Dabei ist jedoch die Einrichtung getroffen, daß den Arbeitern in Zukunft die Arbeitsanweisungen in ihren Wohnungen zugestellt werden u. s. w. Das Oberbürgermeisteramt."

Münster, 5. März. Die Zahl der hiesigen politischen Gefangenen ist gestern unerwartet um einen vermehrt worden. Ein Lehrer, Meier aus Telgte, der schon im Dez. v. J. wegen Theilnahme am westfälischen Demokratenkongresse zur Zeit des Novemberkonflikts verhaftet werden sollte, sich aber der Sicherheit wegen von Telgte entfernte, und eine Lehrerstelle unter den Augen der Behörden (bei Soest) in Rüthen verwaltete, wurde im hiesigen Zuchthause abgeliefert. Hoffentlich verkündet bald eine

allgemeine Amnestie, daß wir friedlich von der alten zur neuen Zeit, wenigstens soweit es den innern Frieden betrifft, übergegangen sind.

0 **München**, 7. März. Der zweite Ausschuß, der mit der Vorberathung des Gesetzentwurfs über die Matrikularumlage beauftragt war, hat seine Aufgabe bereits vollendet und es wird sein deßfallsiger Bericht heute oder morgen vertheilt werden. Der Ausschuß hat durch vielfache Nachforschungen Enthüllungen bezüglich der Staatskasse gemacht, die im Lande eben so große Entrüstung hervorrufen werden, als seine darauf hin gefaßten Beschlüsse Sensation auch außerhalb der Grenzen des engeren Vaterlandes. Ich behalte mir vor ausführlicher über diesen Gegenstand zu berichten, sobald mir der Bericht zur Hand kommt und gebe nur einstweilen folgende zuverläßige Data. Bekanntlich wurde im vorletzten Jahrzehnte ein Anlehen von 1,900,000 fl. aus der baierischen Staatskasse an die griechische Krone gemacht. Das Geld wurde aus der Defensionskasse genommen, über deren spezielle Verwendung das damalige Ministerium sich nicht für verpflichtet hielt dem Landtage Rechenschaft zu geben. Die Krone übernahm die Garantie des Anlehens, von welchem 700,000 fl. zurückgezahlt worden sind. Seitdem Griechenland eine konstitutionelle Monarchie geworden, verweigert es jede weitere Zahlung, und bringt außerdem noch eine Gegenrechnung. Da König Ludwig die fehlende Summe von 1,200,000 fl. nebst den rückständigen Zinsen, für welche er Bürgschaft geleistet, bis jetzt nicht ersetzt hat, so hat der Finanzausschuß einstimmig beschlossen, ohne daß die anwesenden Minister der Finanzen und der auswärtigen Angelegenheiten dagegen protestirt hätten, darauf anzutragen, daß man den König Ludwig mit seinem Privatvermögen für die fehlende Summe haftbar erkläre, und demgemäß verfahre; dazu soll der damalige verantwortliche Minister der Finanzen Graf Karl Seinsheim, in Anklagestand versetzt und die bisher nach Griechenland an König Otto ausbezahlte Appanage von jährlich 80,000 fl. in solange zurückbehalten werden, als die Schuld nicht abgetragen ist. Man zweifelt übrigens daran, ob dieser Bericht vor Ostern noch zur Berathung in die Kammer gelangen werde, weil einem Gerüchte zufolge das in der morgenden Sitzung der Kammer sich präsentirende Ministerium die Vertagung des Landtags bis zum 12. April aussprechen wird.

Hannover, 7. März. Der Abgeordnete Lang sen. hat gestern in einer Versammlung der deutschen Partei über die mit ihm durch den Kammerrath v. Münchhausen geknüpften Verhandlungen ausführlich Bericht erstattet. Aus dem königl. Schreiben an Hrn. v. Münchhausen ist zu bemerken, daß in ähnlicher Weise, wie die Minister es in ihrem Entlassungsgesuch thaten, ein besonderes Gewicht auf die Meinung der zweiten Kammer gelegt wird; in Verbindung mit dem Umstande, daß man sich unseres Wissens an die Parteiführer der ersten Kammer nicht gewandt hat, darf man darin eine neue Anerkennung der wahren Volksvertretung sehen. Die Versammlung war mit der Auffassung des verehrten Wortführers vollkommen einverstanden; sie verlangte nur einen ehrlichen Anschluß an die Nationalversammlung und eine von allem österreichischen einheitsfeindlichen Einfluß gereinigte Politik; in den innern Angelegenheiten die Aufrechthaltung der Freiheit, die Vereinfachung und Neubildung des Verwaltungs-Systems. (Ztg. f. Nordd.)

* Nach der Weser Zeitung hat Hr. Lang bereits in diesem Sinne geantwortet.

Mannheim, 7. März. Der Abgeordnete Brentano hat gestern dem Präsidenten der badischen zweiten Kammer die Anzeige gemacht, daß er seine Stelle als Mitglied derselben niedergelegt. (M. A. Z.)

Weimar, 6. März. Daß die Geschworenen Sonntag Abend Lafaurie und Genossen freisprachen, hat hier nicht blos unter den Juristen, sondern auch in weiteren Kreisen Mißbilligung gefunden, zumal man glauben muß, daß Bombast, Phrase und Sentimentalität der Vertheidiger diesen Erfolg herbeiführten, nicht aber das lautere Rechtsgefühl. Gestern und heute saßen Lafaurie und Reventlow abermals wegen Aufforderung zum Aufruhr auf der Anklagebank. Ersterer wurde zu 1 Jahr und Reventlow zu 1/2 Jahr Gefängniß, nachdem das Schuldig ausgesprochen war, verurtheilt, wobei Jedem 2 Monate für die ausgestandene Haft in Abrechnung kommen. Von unserm Militär gehen demnächst 4 Kompagnien vom 2. Bataillon, welches in Eisenach steht, in Gemäßheit eines erlassenen Reichsbefehls nach Holstein. (Leipz. Z.)

‡ **Bremen**, 6. März. Gestern ward unsere Verfassung vollendet! Bei der letzten Abstimmung der Bürgerschaft erhob sich bis auf etwa sechs Mitglieder die ganze Versammlung für die Annahme der Verfassung, die auch vom Senate angenommen ist. Der 18. April ist zum Tage der Einführung bestimmt. Jedem Staatsbürger soll ein Exemplar der Urkunde verabreicht werden, und künftig jeder Bürger bei Ableistung des Eides ein Exemplar erhalten. Die Bürgerschaft hat dem Senate ihren Dank ausgesprochen und wir können allen deutschen Staaten nur wünschen auf eine ebenso friedliche und einträchtige Weise wie wir die nothwendige Umgestaltung ihrer Verfassung bald zu vollenden.

Cuxhaven, 1. März. In der „Zeitung für das Amt Ritzebüttel" vom 28. Februar wird aus Cuxhaven berichtet, daß auf Neuwerk und in Cuxhaven Befestigungen angelegt werden sollen.

Großbritannien.

* **London**, 6. März. Die bereits kurz erwähnte merkwürdige Erklärung, welche Lord Palmerston am 27. Febr. auf eine Anfrage des Hrn. Baillie in Betreff der österreichisch-italienischen Angelegenheiten abgab, lautet den englischen Blättern zufolge vollständig so: „Allerdings hat Oesterreich behauptet, daß es berechtigt sei, auf der Territorial-Eintheilung Italiens, wie der Wiener Vertrag von 1815 sie feststellte, bestehen zu bleiben. Jedoch sind die Anordnungen dieses Vertrags von keiner der kontrahirenden Mächte gewährleistet." Wir haben diese Erklärung früher nicht ihrem Wortlaute nach mitgetheilt, weil wir glaubten, es müßte sich hier irgend ein Versehen eingeschlichen haben; auch die Allg. Ztg. bemerkt in einer Note: „So lauten Palmerstons Worte in zwei uns vorliegenden Quellen; sie können aber kaum richtig angegeben sein." Da wir jedoch bis jetzt nirgend einer Berichtigung begegnet sind, und früher auch im „Morning Chronicle", als dieses noch ein Organ Palmerstons war, den „arrangements" des Wiener Vertrags (arrangements ist ein Lieblingswort Palmerstons), wenigstens kein Charakter der Unerschütterlichkeit beigelegt wurde, so theilen wir nachträglich diese Erklärung vollständig mit, aus der, wenn Palmerston sie wirklich so abgab, hervorgehen würde, daß England oder vielmehr Palmerston sich in Betreff der jetzigen Territorial-Eintheilung Italiens durch die Wiener Verträge von 1815 für nicht gebunden erachtet.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erhob sich Herr Hume unter dem tiefsten Schweigen des Hauses, um an Lord J. Russell die Frage zu richten, was die Regierung unter den jetzigen kritischen Umständen in Indien zu thun gedenke? Lord J. Russell erwiderte: Allerdings müßten die indischen Angelegenheiten und die gegenwärtigen Kriegsoperationen das höchste Interesse des Hauses in Anspruch nehmen. Auch habe Ihrer Maj. Regierung der Königin den Rath gegeben, den sie in der gegenwärtigen Krisis für den besten hielten. Er habe von Ihrer Maj. noch keine Nachricht empfangen, werde aber, sobald er sie erhalten, keine Zeit verlieren, sie dem Hause zur Kenntniß zu bringen." (Wahrscheinlich hat Lord J. Russell gerathen, Sir C. Napier nach Indien zu schicken; wenigstens sagt die „Times" in ihrer heutigen Nummer, daß, wie sie aus guter Quelle mittheilen könne, die Differenzen zwischen dem ostindischen Direktorium und Sir Charles, „dessen bloßer Name mehr werth sei als 5000 Mann", ausgeglichen seien und daß derselbe wahrscheinlich schon morgen nach Indien abgehen werde, „einer neuen Sphäre von Ruhm entgegen." Siehe übrigens unten.) Der unabläßige Peiniger Palmerstons, Hr. Urquhart, nöthigte den Minister des Auswärtigen durch seine Zwischenfragen zu dem Versprechen, daß er in wenig Tagen dem Hause die betreffenden Aktenstücke vorlegen werde, welche auf das Erscheinen der Packerschen Flotte im Golf von Neapel und auf die „in zufriedenstellender Weise abgeschlossenen" Verhandlungen des Admirals Bezug hätten. Die ewige Debatte über die irische Hilfsarmensteuer wurde sodann wieder aufgenommen und wider den Wunsch Lord J. Russell's abermals vertagt. Herr Grogan setzte bei diesem Anlaß das Haus mit der Nachricht in Schrecken, daß über eine so wichtige Frage jedes irische Mitglied seine Meinung abzugeben wünsche. (Oh, oh!) Zu bemerken ist noch, daß Peel in einer langen, gründlichen und an guten Vorschlägen reichen Rede sich für die ministerielle Maßregel erklärte.

Die „Times" bringt einen Artikel über die Aufkündigung des

Waffenstillstandes Seitens Dänemarks, der jedoch nichts wesentlich Neues enthält. Die Times findet, wie sich denken läßt, diese Kündigung ganz in der Ordnung, und drückt nur ihr Bedauern aus, nicht etwa darüber daß im Laufe von sechs Monaten Deutschland nicht dem Vincke'schen Versprechen nachgekommen ist, sich in Besitz eines der dänischen Flotte ebenbürtigen und gewachsenen Seegeschwaders zu setzen, daran hat die Times ohne Zweifel ihren herzlichen Spaß, sondern daß innerhalb dieser sechs Monate so wenig für die Anbahnung eines definitiven Friedens geschehen sei. Doch, meint sie, seien zur Ausführung praktischer Vorsätze drei Tage eben so gut, als sechs Monate u. s. w. Sie wünscht die definitive Beilegung der Differenzen nicht darum, weil damit auch einer der vielen, theils natürlichen, theils künstlichen Anlässe der Wühlerei und Hetzerei in Deutschland beseitigt sein würde (oder auch nicht), sondern weil dieser Zustand bewaffneten und unsichern Friedens dem dänischen Staate unerträglich viel Geld koste! Als ob wir auf diese Verlegenheiten Dänemarks Rücksicht zu nehmen hätten, nachdem die Times vor Kurzem dem dänischen Könige den Rath gegeben, sich an die Verlegenheiten Deutschlands (die wahrlich viel bedenklicherer Natur sind, als die finanzielle Klemme Dänemarks) in keiner Weise zu kehren, sondern sie sich vielmehr möglichst zu Nutze zu machen.

* **London**, 7. März. Gestern zeigte Lord J. Russell im Hause der Gemeinen wirklich an, daß die Königin die von den Ministern ihr angerathene Ernennung Sir Ch. Napiers zum Generalissimus in Indien genehmigt und Napier, der „Held von Sind", sie angenommen habe. Der Minister kündigte zugleich an, daß folgenden Tags (also am heutigen Tage) der Direktorenhof zusammentreten, und wie er glaube, die Ernennung gutheißen werde. (Beifall.) Sir Ch. Napier ist bereit, jeden Augenblick sich nach Ostindien einzuschiffen. Auch haben das 75. und 83. Regiment Befehl erhalten, nach Ostindien abzugehen.

Die M. Post meldet, daß der zum Geschäftsträger der britischen Regierung bei dem ziemlich zweifelhaft gewordenen Kongreß zu Brüssel ernannte Sir Henry Ellis aus letzterer Hauptstadt wieder in London angekommen ist. Vorgestern traf auch die Königin der Belgier in Dover ein.

Der „Standard" erwähnt eines Gerüchts, welches aus Konstantinopel via Malta nach London gelangt ist, wonach die russische Regierung an die Pforte das Gesuch gestellt habe, einer nach dem Mittelmeere bestimmten russischen Flotte den ungehinderten Durchgang durch die Dardanellen zu gestatten.

Frankreich.

△ **Paris**, 6. März. Wenn man die letzten Sitzungen der Nationalversammlung betrachtet, so möchte man glauben, die gemäßigte republikanische Partei sei stärker als je; kein Mitglied des Bureau's ist aus einer andern Partei genommen; General Bedeau bisher Vizepräsident, ist sogar als schon zu reaktionär, nicht wiedergewählt worden. Die Rechte gönnt in solchen Fragen der Linken unbestrittene Triumphe, sie neidet ihr nicht die Ehre, im Reiche der Todten zu herrschen. Ebenso lässig ist die Rechte in den Abtheilungen. Sie geht gar nicht mehr hinein und überläßt der Linken die Beschlüsse der Abtheilungen nach Belieben zu fassen. Dadurch ist gewöhnlich auch in den Ausschüssen, die aus den Abtheilungen hervorgehen, die Linke im Vortheil; kommt die Sache dann vor das Plenum, dreht es sich oft um. So wird wohl auch der Ausschuß, der für den Antrag des Ministers Passy, einen Steuerzuschlag von $^2/_{12}$ zu bewilligen, niedergesetzt ist, den Antrag verwerfen und nur $^1/_{12}$ gutheißen, die Versammlung aber wird den Antrag doch genehmigen. Die Rechte beschäftigt sich schon ausschließlich mit den Wahlen. Das Komite das von der Rue Poitiers ausgegangen ist, sich aber nicht Komite de la Rue Poitiers, sondern Komite Central du parti moderé nennen wird, hat eine Exekutiv-Kommission ernannt, die vorzugsweise die Operationen leiten soll. Mitglieder derselben sind: Thiers, Mole, Berger, Montalembert, Maleville, Broglie, Noailles, Remusat, A. Fould, Larcy, Chambolles, Duvergier de Hauranne, General Piat, Persigny und F. Barrot. Nur die drei letzten gehören der Partei des Präsidenten an: man sieht, wie wenig derselbe in den Augen der Moderés zählt. Die Journale der verschiedenen Parteien beschäftigen sich inzwischen damit, sich die Sympathieen der Armee streitig zu machen. Die sozialistischen Journale behaupten, dieselbe sei sozialistisch gesinnt und führen zum Beweis ein prächtig beschriebenes Bankett sozialistischer Unteroffiziere der Garnison von Paris an; die Organe der Regierung und der monarchischen Parteien leugnen dieses Bankett geradezu ab und sprechen nur von der unbedingten Ergebenheit der Armee gegen ihre Chefs und den Präsidenten der Republik. Alle sind einstimmig in ihrem Lobe und ihrer Sorgfalt für die Armee, welche seit den Junitagen berufen ist, in letzter Instanz über das Schicksal Frankreichs zu entscheiden. Das erinnert uns wieder an eine neue Geschichte Bugeaud's. Er hielt neulich in St. Etienne Heerschau über die Nationalgarde. Die Leute riefen: „Es lebe die Republik!" nur einige Stimmen ertönten für die „demokratische und soziale Republik". Der Marschall ging auf einen dieser Rufer zu und fragte: „Was verstehen Sie unter sozialer Republik? Der Mann antwortete: „Ich meine das Recht auf Arbeit." — „Da meinen Sie etwas Unmögliches," versetzte der Marschall; „denn Sie können das Staatsbudget verzehnfachen; es reicht nicht aus um allen Franzosen Arbeit zu verschaffen. Oder wollen Sie den Kommunismus? Aber der Kommunismus ist nicht nur eine empörende Ungerechtigkeit, da er Fleiß und Sparsamkeit um ihre Früchte bringt, sondern er würde auch die Plünderer ärmer machen als sie waren; denn er zerstört die Werkzeuge der Produktion, er tödtet die Henne mit den goldenen Eiern. Darum weise ich die Losung des Socialismus entrüstet zurück; Frankreich verwirft ihn, die Verfassung verbietet ihn." — Auch unter dem Spritzenkorps der Stadt erhob ein ehemaliger Chef einer Nationalwerkstatt jenen Ruf. Der Marschall fragte auch ihn, was er damit meine. „Ich meine Association", sagte der Mann von der Spritze. „Ei, ei, mein guter Freund", antwortete Bugeaud, „euer Amt ist das Feuer zu löschen, nicht es zu schüren." Damit hatte er die Lacher auf seiner Seite. Das Gespräch der Pariser dreht sich aber im gegenwärtigen Augenblick weder um Marschall Bugeaud noch um die Nationalversammlung, sondern um eine furchtbare Familienscene, die am 28. Febr. in der Rue d'Anjou-Saint-Honoré vorgefallen ist. Ein Amerikaner Namens Caraby hatte seine junge Frau, mit der er erst seit einigen Jahren verheirathet ist, schon länger im Verdacht der Untreue. Er beschloß sie auf die Probe zu setzen. Am gedachten Tage nimmt er (nach der gewöhnlichen List der Ehemänner) Abschied von seiner Frau, als wolle er auf mehrere Tage verreisen, kehrt aber noch in derselben Nacht in Begleitung seiner Brüder zurück. Er klopft an die Thür seiner Frau; man öffnet nicht. Er überläßt die Bewachung der Thür seinen Brüdern und dringt, ein Pistol in der Hand, von einem Balkon aus, der eine zweite Verbindung zwischen seiner und seiner Frau Zimmern bildet, durch das Fenster in das Schlafgemach ein. Er findet daselbst Herrn Coetlogon, der kaum Zeit gehabt hat, sich anzukleiden. Ehemann und Geliebte stehen sich starr gegenüber; auch Coetlogon ist mit einer Pistole bewaffnet. Caraby schießt zuerst und trifft seinen Gegner in die Brust; darauf schießt auch Coetlogon, wie er behauptet, in die Luft, wie Caraby sagt, auf ihn; jedenfalls sieht Caraby seinen Arm bluten und flirbt auf demselben Wege, auf dem er entkommen. Dadurch läßt er den Liebenden Zeit, auch über den Balkon nach der andern Seite hin zuerst in das Nachbarhaus, von da in die Wohnung Coetlogon's zu entkommen. Caraby und die Seinigen glauben sie aber noch im Hause versteckt und befehlen dem Portier, Niemanden herauszulassen. Etwa eine Stunde nachher will ein Herr Borgognon, der eine Treppe höher den Abend friedlich zugebracht hatte und an dem Vorfall nicht betheiligt war, das Haus verlassen, da stürzen sich die Caraby's, in dem Glauben, er sei der Liebhaber, auf ihn und richten ihn mit Schüssen und Stichen so arg zu, daß er leblos liegen bleibt. Am folgenden Morgen klärt sich der Irrthum auf, man findet Coetlogon, der, nachdem er seine Geliebte in Sicherheit gebracht, ärztliche Hülfe aufgesucht hatte, mit dem Tode ringend in seinem Bett; Borgognon liegt nicht minder schwer darnieder. Caraby ist verhaftet; die zur Feststellung des Thatbestandes (Lage der Zimmer, zerbrochene Fenster u. s. w.) beschäftigten Justizbeamten sammeln eine Menge von Menschen um das Haus, die schaudernd den Schauplatz der tragischen Verwicklung betrachten.

* **Paris**, 7. März. Nachdem die Nationalversammlung gestern nur bis zum 15. Artikel des Wahlgesetzes gekommen war, schritt sie heute in ihrer ermüdenden Arbeit, über alle die unzähligen Amendements, die eingebracht worden sind, abzustimmen, langsam weiter vor. Der Artikel 15 bestimmt die Fristen zur Schließung der Wahllisten. Herr Duplan wollte einen letzten Versuch machen, das Leben der Versammlung zu verlängern und

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die gestrige Sitzung. Marsch der Reichstruppen.) Wien (Graf Stadion. Die ungarischen Banknoten. Die Minister und die Frankfurter Deputation. Entschädigungsklagen. Wahlen. Die Juden in Pesth. Die Cholera. Kaiser Ferdinand.) Kremsier (Reichstagsverhandlungen.) Berlin (Die Partei Grabow. Herr v. Rodbertus. Die Adresse der ersten Kammer. Verhandlungen der ersten und zweiten Kammer. Parade. Nachricht aus Kremsier.) München (Vertagung der Kammern.) Dresden (Sturmpetition. Bildung eines Centrums.) Kassel (Das Kriegsministerium.) Schleswig (Rückkehr des Grafen Reventlow-Farve von Kopenhagen. Die Landesversammlung.)

Italien. Turin (Die Adresse angenommen.) Rom (Zwangsanleihe. Angebliche Protestation des englischen und französischen Consuls gegen die Intervention.) Neapel (Großherzog von Toskana. Die Sicilianische Frage ungelöst.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 10. März.)

Deutschland.

—x **Frankfurt**, 9. März. Die kurze Debatte am Schlusse der heutigen Sitzung, obschon sie nur eine Formfrage betraf, hatte doch eine ganz besondere moralische Bedeutung und kann von entscheidender Nachwirkung auf die Stellung der Parteien sein. Sie glich dem Donnerwetter, welches die lange gespannte und mit schwülen Dünsten angefüllte Atmosphäre entladet.

Viermal schon war der Antrag auf sofortige zweite Lesung des Wahlgesetzes — vor der zweiten Lesung der Verfassung — von der Versammlung zurückgewiesen worden; mit gewohnter Beharrlichkeit ward er zum fünften Male heute von der Linken vorgebracht. Die Frage der Dringlichkeit — dreimal mit schwacher Majorität verneint — ward diesmal, bei abermals veranlaßter Abstimmung darüber, vom Vorsitzenden, ohne Gegenprobe, als zu Gunsten der Antragsteller entschieden angenommen. Dieses Ergebniß gewährte den Gegnern des Antrags wenigstens den Vortheil, einmal ganz offen von der Tribüne aus die Natur und Absicht jenes Antrags enthüllen und dem Urtheile der öffentlichen Stimmung preisgeben zu können. Die Sprecher dieser Seite wiesen ziemlich unumwunden darauf hin, daß die Linke das Wahlgesetz nur darum vor der Verfassung durchsetzen wolle, weil sie hoffe, diejenigen jetzt für sich zu haben, welche ihre Bundesgenossenschaft bei gewissen Punkten der Verfassung zu erkaufen gedächten, daß aber gerade aus diesem Grunde die Gegner der Koalition von der in der Sache begründeten Reihenfolge der Berathungen nicht abgehen wollten, weil sie das Wahlgesetz als ein reines, durch keine fremdartigen Rücksichten verfälschtes Produkt der in der Versammlung vertretenen Volksansichten aus den Berathungen hervorgehen zu sehen wünschten. Mit jener sittlichen Reinheit und Wärme, die ihn so sehr auszeichnet, erklärte insbesondere Riesser: er und seine Freunde, wie sie überhaupt das Erbkaiserthum nicht als Zweck, am wenigsten als persönlichen, vielmehr nur als Mittel, aber als das einzig richtige Mittel zur Einheit und Macht des Vaterlandes erstrebten, so vermöchten sie auch nicht einen anderen Theil der Verfassung oder das Wahlgesetz in solche Beziehung zu jener Idee zu setzen, daß sie um des Einen willen bei dem Andern von ihrer Ueberzeugung und ihrer Pflicht gegen das Vaterland nur das Geringste opfern sollten. Dieselbe Ueberzeugungstreue traue er allen Mitgliedern der Versammlung zu und glaube daher nicht, daß irgend eine Partei ihre Stimme beim Wahlgesetz verhandeln werde, um damit Zugeständnisse bei der Verfassung zu erreichen.

Welchen beschämenden Eindruck mußten diese Worte auf Die machen, welche diese vertrauensvolle Voraussetzung Riessers nicht auf sich anwenden konnten! Man sah es manchen Mitgliedern an, wie sie gleichsam die Stirn kreuzten unter dem stillen Vorwurfe, der in jener so edlen Auffassung der Sache für sie lag.

Mit jener Offenheit, welcher man freilich oft versucht ist, einen andern Namen zu geben, welche aber jedenfalls bei Weitem den Vorzug verdient vor der im Stillen schleichenden Zweideutigkeit, erklärte im Namen seiner Partei Hr. Simon von Trier ganz unumwunden, daß sie allerdings darum auf Vornahme des Wahlgesetzes drängen, weil sie hofften, jetzt bessere Geschäfte damit zu machen, als später, weil sie jetzt ihre Unterstützung für die künftige Berathung der Verfassung theuer verkaufen könnten, weil sie aber nicht sicher wären, ob nicht der bedungene Preis ihnen entgehen möchte, wenn sie den Gegenpreis dafür im Voraus bezahlt hätten.

Von den andern Fraktionen der Koalition sprach Niemand; nur Hr. Edel beantwortete eine an ihn gerichtete Berufung Biedermanns (der ihn an seine neuliche Rede erinnerte, worin Edel ausdrücklich für das Verfassungswerk keinen längern Aufschub, als bis zum 12. März beantragte) damit, daß er — für die Zurückstellung der Verfassung hinter das Wahlgesetz stimmte!

Ueberhaupt war es von großer Wichtigkeit, daß die, von Mitgliedern der Weidenbuschpartei beantragte namentliche Abstimmung eine genaue Statistik jener Koalition lieferte, welche dieses gegen alle parlamentarische Sitte verstoßende Manöver wie diese täglich von Neuem versuchte Ueberrumpelung der Versammlung mit einem wiederholt abgewiesenen Antrag ist, fort und fort unterstützt. Zu unserer Freude haben wir bemerkt, daß von den Oesterreichern ein großer Theil sich diesmal durch ihre Abstimmung von jener Koalition lossagte — ein Beweis wie unrühmlich denselben das Mittel erscheinen mußte, welches hier zur Erreichung eines Zweckes angewendet ward, der an und für sich gewiß auch ihnen gar sehr am Herzen lag. Der Weidenbuschverein hielt fest zusammen und zeigte damit, daß er eine kompakte, von einem klar erkannten Prinzip zusammenhaltende Partei ist. Selbst diejenigen seiner Mitglieder, welche von ihrem sonstigen Parteistandpunkte aus die sofortige Zustandebringung des Wahlgesetzes gerne gesehen hätten, ordneten diesen Wunsch der höhern Rücksicht auf die rasche Vollendung der Verfassung unter. Nur einige fanden nicht den Muth in sich, ihr Nein! auszusprechen und stimmten daher entweder für den Antrag, (wie stimmt dies mit dem Weidenbuschprogramm, welches die Mitglieder verpflichtet, jeder Verzögerung des Verfassungswerkes sich zu widersetzen?) oder verließen vor der Abstimmung den Saal.

* **Frankfurt**, 10. März. Um 8 Uhr heute Morgen sind die gesammten hier garnisonirenden Reichstruppen, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, mit alleiniger Ausnahme der nöthigen Wachmannschaft zu einer großen militärischen Promenade nach der Offenbacher Seite ausgerückt und nachdem sie dort über den Main gegangen, Mittags um 1 Uhr hierher zurückgekehrt. Ob dieser Marsch noch andere als taktische Zwecke gehabt, ist zur Zeit nicht bekannt.

△ **Wien**, 5. März. Der beabsichtigte Rücktritt des Grafen Stadion bestätigt sich nicht, wenigstens bis jetzt noch nicht und reduzirt sich für den Augenblick auf einen erhöhten Grad des bekannten Widerwillens dieses Staatsmannes gegen die Kammer, obschon dieselbe in ihrer Sitzung vom 3. dem Ministerium gleichsam ein neues Vertrauensvotum gegeben hat durch ihre Abstimmung gegen Schuselka.

Der Erlaß des Pesther Generalkommandos in Betreff der ungarischen Banknoten berichtigt sich nun dahin, — was die wunderliche Fassung desselben nicht gehörig präzisirt und modifizirt — daß dem Privatverkehr derselben nichts in den Weg gelegt wird, weil noch nicht so viel österreichische Noten nach Ungarn abgegangen sind, um die nöthige Quantität als Austauschmittel zu decken. Bis gestern sandte die Bank 3 Millionen hiesiger Noten dahin ab. Auch auf die Börse machte die Kundmachung des Fürsten Windischgrätz Eindruck; das Geld stieg plötzlich bedeutend.

Morgen dürfte die Konferenz über die deutsche Frage zwischen den drei Abgeordneten von Frankfurt und dem Ministerium beginnen, da Fürst Schwarzenberg die Abgeordneten durch den Telegraphen verständigt hat, daß er Mittwoch früh zu diesem Zweck hier eintreffen werde. Gestern Abend hatten die Abgeordneten eine Unterredung mit dem Grafen Stadion und übergaben ihm zugleich eine Schrift, worin ihr Entschluß ausgesprochen ist, nur eine Antwort vom gesammten Ministerrathe und nicht von einem einzelnen Minister anzunehmen, damit jede spätere Einsprache, als sei das Gegebene oder Gesagte nur eine Privatansicht irgend eines der Minister gewesen, vermieden werde.

Gestern boten unsere Straßen und Plätze das seit vorigem Sommer unerhörte Schauspiel gedrängter Menschenmassen. Auf dem Stephansplatze, auf dem Graben, in der Kärnthnerstraße u. s. w. war buchstäblich kaum durchzudringen. Alle hatten einen Gesichtspunkt, nach dem sie hinstarrten. Die meisten sahen nach dem Himmel, wo Nachmittags um 4 Uhr bei hellem Sonnenschein plötzlich ein hell funkelnder Stern erschienen war. Andere sahen nach dem Portal der Stephans-Kirche, wo sich ein seltener Vogel niedergelassen haben sollte. Noch Andere sahen auf den Stephansthurm, wo man eine neue, weithin flatternde

schwarzgelbe Fahne aufgezogen hatte. Gegen Abend durchzogen Patrouillen in ungeheuerer Anzahl die Straßen und Plätze, man wich ihnen ruhig aus und die Menge zerstreute sich nach und nach. Großes Aufsehen machte gestern Abend der Brief eines Schustermeisters, welcher mit Angabe seines Namens und seiner Wohnung seine rencontre mit einer Schildwache in der Oesterreich. Allgemeinen Zeitung zur öffentlichen Kenntniß bringt. Er erzählt, daß er seit dreißig Jahren in der Leopoldstadt wohne, sein Verkaufsgewölbe in der Stadt habe und jeden Abend nach beendigtem Geschäft aus der Stadt in die Vorstadt nach Hause gehen müsse. In den letzten Tagen wurde er wie gewöhnlich von einer Schildwache mit „Wer da" angerufen, er antwortete „gut Freund" und wollte seiner Wege gehen, aber die Schildwache hielt ihn fest und beantwortete alle seine Protestationen mit „nix deutsch." Der Soldat war ein Kroate und verstand den unglücklichen Schuster nicht. Endlich hatte dieser letztere eine Inspiration und sagte „Offizier, Korporal," dies verstand der Kroat, deutete auf das Haus vor dem er Wache stand, und ließ den Bürger hinein gehen, wo sich auch der rettende Engel vorfand, der in Gestalt eines deutschsprechenden Korporals den Bürger sofort frei machte. Der Schustermeister bringt den Fall zur öffentlichen Kenntniß, damit nicht ein weniger „geduldiger Bürger" als er, in eine ähnliche Lage gerathe und die Behörden dafür Sorgen tragen dies zu verhüten, „denn so weit sei es denn doch noch nicht mit Wien gekommen, daß man einem Bürger zumuthen dürfe kroatisch zu lernen, um ruhig nach Hause gehn zu können." Die Civilehe, welche kürzlich hier geschlossen wurde, bringt eine förmliche Revolution unter der Geistlichkeit hervor; in Folge der Schritte der letzteren steht eine Verordnung des Ministeriums gegen das Abschließen von Civilehen vor der Publikation der Konstitutionsakte in Aussicht. Die Anforderungen wegen Ersatz des durch die Oktobertage verursachten Schadens häufen sich noch immer. In den letzten Tagen haben sich noch 22 Hauseigenthümer der Hundsthurmer und Matzleinsdorfer Linie mit Ersatzgesuchen an den Gemeinderath gewendet und die Haus- und Grundbesitzer von der Favoritenlinie sprechen ebenfalls einen Schadenersatz von 249,418 fl. K.-M. an. Der Gemeinderath weißt alle derartigen Gesuche an das Ministerium und man ist sehr gespannt auf die Entscheidung. In Leoben wurde nicht wie man erwartet hatte, Graf Wickenburg, sondern der hiesige Professor Hye mit 57 von 69 Stimmen zum Abgeordneten nach Kremsier gewählt. Der Glaube, daß die Konstitutionsurkunde, so wie sie in Kremsier entworfen, über Bausch und Bogen angenommen wird, um dann wie in Preußen einer spätern Prüfung unterzogen zu werden, wird immer allgemeiner.

* **Wien**, 5. März. Die Vorsteher der Pesther Judengemeinde sind, ihren Rabbiner Schwab an der Spitze, dem Feldmarschall Windischgrätz ins Hauptquartier gefolgt, um Nachlaß der ihnen im Baaren auferlegten Leistung von 100,000 fl. für Toleranzsteuerrückstände, dann der den Gemeinden zur Last fallenden solidarischen Verbindlichkeit bei hochverrätherischen Vergehungen Einzelner. Sie wurden nicht nur mit ihrem Begehren abgewiesen, sondern auch wegen angeblichen Haltens der Juden an die Sache der Rebellen sehr hart angelassen, wobei auch der österreichischen Deputirten Fischhof und Goldmark mißbilligend und in sehr heftigen Ausdrücken gedacht worden sei.

* **Wien**, 6. März. In dem Nachlasse des hier in den ersten Novembertagen v. J. standrechtlich erschossenen Freiherrn v. Sternau hat sich eine Baarschaft von fl. 10,500 vorgefunden. Das Justizministerium fordert die Commune auf, hierüber ihre Ansprüche bei den mähr. schles. Landrechten geltend zu machen.

Cholera: Vom 25. bis 2. März sind beim Militär keine neuen Erkrankungen, beim Civile deren 23 eingetreten, wovon 9 in der Leopoldstadt in dem Einen Spital der barmherzigen Schwestern und 6 auf der Wieden. Es starben in der gedachten Woche 18, genasen 13 und verblieben in Behandlung 4.

In Wiener Neustadt, außerhalb des Belagerungsrayons gelegen, kam ein Lese- und Redeverein zu Stande, wurde aber wegen angeblich radikaler Gesinnung seiner Mitglieder vom Kreishauptmann aufgehoben.

Kaiser Ferdinand, welcher, wie wir meldeten, einen Besuch in Ollmütz beabsichtigte, ließ sich durch eine Deputation der städtischen Behörde, welche die Versicherung aussprach, daß die Gegenwart des Kaisers den in diesen Tagen befürchteten Eventualitäten entgegentreten würde, zum Bleiben bewegen.

** **Kremsier**, 5. März. Haimerl stellt in der heutigen Reichstagssitzung einen von 80 Mitgliedern mit unterzeichneten Dringlichkeitsantrag, daß die hohe Kammer beschließen möge, von der Geschäftsordnung abweichend, den nun vollendeten Konstitutionsentwurf ohne Vorberathung in den Abtheilungen, am 15. März als dem Gedächtnißtage der Konstitutionsertheilung, zur ersten Lesung zuzulassen.

Er begründet seinen Antrag, den er und seine Meinungsgenossen darum eingebracht, um den denkwürdigen Tag würdig zu feiern. Die Zustände der österreichischen Länder machen die schleunige Beendigung der Konstitutionsurkunde höchst wünschenswerth. Das Vertrauen der Völker werde dadurch gerechtfertigt und die nagenden Vorwürfe, die man dem Reichstage so vielseitig gemacht, entkräftet. Zudem habe man die Erfahrung gemacht, daß durch die Berathung der Grundrechte in den Abtheilungen dieselben nicht besser, sondern vielmehr, wie man sich vielseitig ausgesprochen, schlechter geworden seien.

Rieger erklärt sich hierauf wohl mit der Begründung des Abgeordneten Haimerl einverstanden, hält aber nicht für nothwendig, deswegen von der Geschäftsordnung abzuweichen. Es kämen in der Konstitution ganz spezielle, nur Oesterreich eigenthümliche Verhältnisse zur Sprache, die es sehr zweckmäßig machen, daß sie von verschiedenen Meinungsgenossen beleuchtet werden. Es genüge, wenn dieselbe bis zum 13. in den Abtheilungen besprochen werde, um sonach am 15. die erste Lesung derselben vornehmen zu können. Strobach schließt sich Riegers Meinung an, und stellt demgemäß einen Verbesserungsantrag. Cajetan Mayer beantragt, den Konstitutions-Entwurf am 15. März zur ersten Lesung zu bringen und hierzu eine eigne Sitzung anzuberaumen. Alle übrigen Redner stimmen darin überein, daß die erste Lesung der Konstitution am 15. Statt finde. Es wurde der Antrag Mayers, am 15. März in einer eignen Sitzung die erste Lesung vorzunehmen, einstimmig angenommen. Ein weiterer Zusatzantrag, die Berathung über die Grundrechte nach dem Abschlusse über §. 15 zu unterbrechen, wurde gleichfalls angenommen.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen und die Debatte über §. 15 fortgesetzt. Lomnicki, Pinkas, Dylewski und Borrosch sind die heutigen Sprecher, von denen Pinkas der einzige war, der die Aufmerksamkeit fesselte; er warnte, der Kirche völlige Freiheit und Unabhängigkeit zu gewähren, indem er auf die gefährlichen Folgen dieser Maßregel hinwies. Morgen dürfte es hoffentlich zum Abschlusse über diesen §. kommen.

□ **Berlin**, 7. März. Mit der gestrigen Präsidentenwahl ist die Partei Grabow zur Beherrscherin der Versammlung geworden; auf ihr Votum wird Alles ankommen. Sie unterhandelt mit dem Ministerium über die räumliche Herstellung eines Centrums und eines ihrer bedeutenderen Mitglieder, der Abgeordnete Immermann ist bereits mit der Organisation einer engeren Fraktion beschäftigt. Diese Fraktion wird sehr gesucht sein; die Rechte und Linke werden um sie werben in den zartesten Reden; wie sie stimmen wird ist schon jetzt der Gegenstand eifriger Nachforschungen. Ich glaube, versichern zu können, daß sie für das allgemeine Wahlrecht, für das unverkürzte Recht der Steuerbewilligung und Gesetzgebung seitens der Volksvertretung, für Annahme der Frankfurter Beschlüsse über die Suspension der Grundrechte, gegen die von dem Ministerium verfügte Gewerbeordnung und gegen das Geschwornengesetz stimmen wird. Rodbertus hat einen Adreßentwurf bereits fertig, der, wie ich höre — denn noch ist es ein Geheimniß — eine vollendete Beherrschung aller diplomatischen Formen bekundet — ein Schierlingstrank in goldenem Becher. Morgen werden wieder beide Kammern Sitzung halten; in der zweiten Kammer wird Manteuffel Mittheilungen machen; auch liegt schon ein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes vor, den die Berliner Abgeordneten eingereicht haben. In der ersten Kammer wird wohl die Adresse berathen werden; der Entwurf, dessen ich oben erwähnte, ist bereits gedruckt. Das Wichtigste, was er enthält, ist die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verfassung und eine beinahe entschiedene Erklärung in der deutschen Frage — im Uebrigen muß man von ihm sagen, was Hamlet von der Welt: er ist schaal und flach und unersprießlich.

✗ **Berlin**, 8. März. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer kam es zu lebhafter Debatte über einen dringenden Antrag von Leue und Milde: Die hohe Kammer wolle die Bitte an Se. Maj. den König beschließen, den Justizminister anzuwei-

sen, mit Ausführung der Verordnungen vom 2. und 3. Januar d. J. (über Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes und über Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschwornen) einzuhalten. Der Abgeordnete Leue erklärt, durch einen formellen und einen materiellen Grund zur Stellung des Antrags genöthigt worden zu sein. Fürs erste nämlich könnten jene, die Gerichtsverfassung des Landes betreffenden Verordnungen nicht zu denjenigen gehören, die in Art. 105 der Verfassung dringend genannt würden. Sodann seien die Verordnungen selber mangelhaft, besonders die Bestimmungen über Einrichtung der Civilgerichte und der Geschwornengerichte. Gegen die kleinen Kreisgerichte spreche die Erfahrung; je kleiner die Gerichte, je schlechter die Justiz. Bei der angeordneten Einrichtung der Geschwornengerichte sei der Parteilichkeit Raum gegeben und könnten die ungerechtesten Urtheile zu Stande kommen. Er für seine Person wollte lieber das alte schriftliche Verfahren mit allen seinen Mängeln haben, als diese Geschwornengerichte (Beifall). Der Abgeordnete Forkenbeck hält die Einrichtung der Geschwornengerichte ebenfalls für mangelhaft, ist aber für baldigste Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit; er wünscht, daß die Verordnungen verbessert und ausgeführt würden. Der Justizminister vertheidigt die angefochtenen Verordnungen in einer nicht sehr wirksamen Rede. Er führt an, daß kein Oberlandesgericht dagegen remonstrirt, viele Deputationen aber ihre größte Zufriedenheit erklärt hätten. Auch seien die Oberlandesgerichte mit der Ausführung schon soweit vorgeschritten, daß am 1. April die Verordnungen in Kraft treten könnten. Dagegen bemerkt der Abgeordnete Daniels: daß man nicht remonstrirt habe, sei ganz natürlich — die Gerichte hätten bei der Schwierigkeit und den Mühen der Ausführung zum Remonstriren gar keine Zeit gehabt! Gegen die Gestalt der Geschwornengerichte, welche die Verordnung vorschreibe, sprächen aber sowohl Erfahrung als Wissenschaft. Auch Baumstark ist durch die Gründe des Justizministers nicht überzeugt. Dieser ergreift nochmals das Wort, um die Besorgniß auszusprechen, daß die Reorganisation der Gerichte, wenn der Antrag auf Suspension angenommen würde, in der nächsten Zeit gar nicht zu Stande kommen könnte und ferner die in Aussicht gestellte Einrichtung von Kreisgerichten für ganz zweckmäßig zu erklären. Die Versammlung beschließt mit überwiegender Majorität den Hauptantrag zur weiteren Erwägung den Abtheilungen zu überweisen. Zu Anfang der Sitzung war dasselbe über einen Antrag von Schleinitz und Konsorten beschlossen worden, der verlangte, daß die Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 den Abtheilungen zur Vorberathung über die vorbehaltene Revision überwiesen werde. Den Antrag, den Leue gestellt, wird Temme dieser Tage in der zweiten Kammer stellen.

△ **Berlin**, 8. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer sprach zuerst der Minister v. Manteuffel (in dessen Abendgesellschaft nur die Rechte vertreten war; die Linke hatte sich nicht überwinden können, den „Teufel aus dem ff" zu besuchen). Er bat in Betreff des über Berlin verhängten Belagerungszustandes die angekündigten Vorlagen einbringen zu dürfen. Diese Vorlagen bestehen in dem Entwurf eines Gesetzes gegen den Mißbrauch des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes, eines andern hinsichtlich öffentlicher Anschläge und Plakate, eines dritten gegen den Mißbrauch der Presse. Ferner überreichte er eine Denkschrift über den Belagerungszustand*). Nach ihm trug Hr. v. Vincke auch eine Adresse an den König als Antwort auf die Thronrede an. Er hob die Stellung der Kammer zur Verfassung vom 5. Dezbr., und die Stellung Preußens zu Deutschland als Gegenstände hervor, über welche eine Aeußerung der Kammer nothwendig sei. Gegen eine Adresse sprach Kirchmann; Adressen seien nur Spielereien. Bei der Berathung einer Adresse würde es an heftigen Angriffen gegen die Regierung nicht fehlen. Das könne zu einer neuen Auflösung der Kammer führen, man würde dann nach der Auflösung sagen: Die Volksvertretung hat sich zweimal unfähig bewiesen, eine Verfassung festzustellen. „Viele von jener Seite (auf die Linke deutend) haben viel gelitten. Sie wollen hierüber schweigen und um der Versöhnung willen, Vergangenes vergessen. Sie, meine Herren (auf die Rechte deutend) haben nicht gelitten. Es ist Ihnen vielleicht gut gegangen; ich glaube daher, daß ich von Ihnen dasselbe mit noch größerem Recht erwarten kann." (Bravo zur Linken.) Mewes protestirt dagegen, daß alle Deputirten der Linken gegen die Gültigkeit der Verfassung seien.

Für die Adresse sprach mit beredten Worten Urlichs. Weniger Glück hatte Kinkel, sein ehemaliger Bonner Kollege, bei seiner Jungfernrede. Er nannte Thronreden den blauen Nebel in der politischen Landschaft, sprach aber bald von ganz andern Dingen, als Thronreden, so daß ihn der Präsident aufforderte bei der Sache zu bleiben. Hr. v. Vincke selbst ergriff noch einmal das Wort. Er sagte unter Anderm: „Es ist ferner gegen die Adresse eingewendet worden, daß die Berathung derselben zu viel Zeit rauben werde. Wir auf dieser Seite (auf die Rechte deutend) sind gar nicht so sehr gespalten, wie es auf jener Seite der Fall zu sein scheint. Uns ist der Inhalt der Adresse gar nicht so zweifelhaft, wir werden sehr bald fertig werden, wir wollen die Adreßdebatten nicht zu glänzenden Reden benutzen. Wollen Sie die Debatte hinziehen, so ist es Ihre Schuld.

Man hat uns auch noch vorgeworfen, daß wir jetzt unsere Majorität benutzen wollten, um eine Adresse durchzusetzen, während schon in wenigen Wochen die Herren von jener Seite durch die Nachwahlen die Majorität erlangen würden. Ich weiß nicht, ob diese Vermuthung richtig ist. Sie, meine Herren, haben wahrscheinlich bessere Nachricht."

Diese Wendung verfehlte nicht, Heiterkeit in der Versammlung hervorzurufen. Doch hat die Linke durch die Nachwahlen allerdings noch Zuwachs zu erwarten. Vincke's Antrag wurde mit 172 Stimmen gegen 159 angenommen. Also wieder die Mehrheit von 13 Stimmen. Hierauf stellt Behnsch seinen Antrag auf Wahl eines Ausschusses, um die Verfassung zu berathen. Das hätte man ja voriges Jahr immer verlangt. Die vorhandene Verfassung solle dabei — zu Grunde gelegt werden! Bei der Verhandlung machte sich besonders d'Ester bemerklich, der nicht auf Grund der Verfassung sondern auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes gewählt sein wollte, was ihm Entgegnungen von Vincke und Graf Schwerin zuzog. Der Behn'sche Antrag ward verworfen. Außer einigen andern Anträgen ward noch besonders heftig über Portofreiheit verhandelt. Der Handelsminister will nur für zwei Loth die Freiheit zugestehen und macht auf den Mißbrauch aufmerksam, welcher mit dieser Freiheit getrieben wrrde. Sogar Eßwaaren wären früher von den Abgeordneten frei bezogen worden. Hr. v. Berg nennt das Hohn; durch jene Portofreiheit werde nur das Petitionsrecht des Volkes in Schutz genommen. Der Antrag wird in die Abtheilungen verwiesen.

Konst. Corresp. **Berlin**, 8. März. An der heutigen Parade auf dem neuen Exercierplatze bei Moabit nahmen Theil das 2. Garde-Regiment, das Alexander- und Kaiser Franz-Regiment, die Gardeschützen, das Königs-Regiment, das 9. Regiment und die anwesenden Bataillone vom 12. Regiment, Artillerie zu Fuß und zu Pferde, Garde du Corps, Garde Cuirassiere, Garde Dragoner und Uhlanen. Der König und die Königin kamen nach 11 Uhr von Charlottenburg gefahren. Bei der neuen Kaserne stieg der König zu Pferde, das Publikum und die Truppen empfingen ihn mit lautem Hurrah! sämmtliche Musikchöre spielten „Heil dir im Siegerkranz." Außer den Prinzen waren auch die Prinzessinnen des königl. Hauses und der Prinz von Würtemberg anwesend. Wrangel befand sich in der Suite unmittelbar hinter dem Könige. Man hatte Gelegenheit an der Garde die großen, an den Linientruppen die kräftigen Gestalten zu bewundern. Der König schien sehr befriedigt zu sein.

Die Konstitut. Korrespondenz meldet: Der Reichstag in Kremsier ist aufgelöst, einzelne Mitglieder verhaftet, eine Verfassung mit zwei Kammern oktroyirt, worin das allgemeine Wahlrecht abgeschafft ist.

0 **München**, 8. März. Das neue Ministerium ist immer noch nicht vervollständigt, bis jetzt bestätigt sich nur die Ernennung der Ministerialräthe Kleinschrod und Aschenbrenner zu Staatsräthen. Zugleich wurde denselben die Leitung des Justiz- und Finanzministeriums übertragen. Wahrscheinlich wird ihre Ernennung zu wirklichen Staatsministern bald nachfolgen, da nach Art. 2. des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit die Leitung der Geschäfte eines Staatsministeriums durch einen Staatsrath nur stattfinden darf, wenn der wirkliche Minister an der Ausübung seines Amtes verhindert ist, oder in so lange die sofort einzuleitende Wiederbesetzung eines erledigten Staatsministeriums zu kei-

*) Ist im Staats-Anzeiger veröffentlicht. Wir theilen Morgen die Hauptstelle mit.

Uebersicht.

Auch ein Großpreußen.

E. M. A. **Frankfurt**, 26. Febr. Der Rex Poloniae! Könnte der König von Preußen es sein? dürfte er es sein?

Es sind sogenannte Allerweltzurechtmacher und Allerweltzusammenmischer, nicht bloß diplomatische Kartenmischer und Volteschläger, sondern auch viele fromme und gutmüthige Narren, welche unsre heilige Bibel und die große weite Volksbibel, die da Weltgeschichte heißt, dumm und verkehrt auslegen, nämlich den Spruch Gottes: Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sey! und über die Behauptung und Erhaltung der sogenannten Volksthümlichkeit, über den Satz, daß der eine Menschenstamm ursprünglich edler und reiner sei als der andere, höhneln und spötteln. Solcherlei Leute haben das von Oesterreich mit so freigebigen und einschmeichelnden Worten und Geberden uns dargereichte Geschenk eines neuen völkerbunten Chinesenthums als etwas gar Liebliches erfaßt und die prächtige Gabe Andern wieder gleichsam auf goldnen Schüsseln hingehalten. Es ist ja der Augenblick da, wo wir um den deutschen Kaisermantel tagedingen; es ist noch mehr der Augenblick da, wo man in allen Schenken und Märkten lehrt, daß die im Paradiese gegebene Magna Charta des armen mühevollen Menschengeschlechts, der Erdesegen, den Gott freilich außerhalb des Paradieses zu Adam gesprochen: Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brod essen, für zerrissen erklärt wird, da hinfort der Bettlermantel weggeworfen sei, da jeder Menschgeborne von Natur einen souveränen Kaisermantel trage. O du armer mühseliger Adamsmensch, wohin?

Wie dieser Klang und Ausspruch aus den Munden und Mäulern der jüngsten Tageslehre über die Einzelnen lautet, so lautet er auch über die Völker. Wir greifen, wenn wir in Wald und Feld spazieren gehen, in das verbotene Gebiet Gottes nicht ein, wir fragen nicht, für welches Spiel oder für welchen Scherz er den Dornbusch neben der Eiche, den Wasserschierling neben der Lotosblume hat wachsen lassen, warum die Krähe neben dem Adler fliegt und der Affe neben dem Menschen äffelt und menschelt; und doch wollen wir in dem Reiche der wundersamsten und größten Mannigfaltigkeit der Abstufungen und Gestaltungen, auf dem Gebiete des Geistes nicht anerkennen, daß nicht aus jedem Truttvögelholze ein Merkurius geschnitten werden kann, daß der Neger und Mongole nimmer ein Araber und Hindu, der Madschar und Kumane nimmer ein Germane werden kann. Geheimniß bleibt freilich, aus welchen Anfängen, auch aus welchen Mischungen der Geschlechter die verschiedenen Menschenstämme entstanden sind; denn Mischungen sind gewiß dagewesen, ehe der Grundstempel des Einzelnen und Verschiedenen, ehe die bleibende Eigenthümlichkeit der Völker sich ausgeprägt hat. Jetzt sind die unendlichen Verschiedenheiten einmal da und die mächtigen und gewaltigen Gegensätze empfinden ein gewisses Grauen bei dem Gedanken, mit einander gemischt zu werden und in einander zu verwachsen. Wir sehen diesen Gegensatz bis zur fürchterlichen unmenschlichsten und unchristlichen Uebertreibung in Amerika zwischen den Weißen und den Farbigen; aber auch in Deutschland fühlt der Deutsche dem Polen und Russen gegenüber, in Siebenbürgen fühlt der deutsche Sachse seinem Nachbar dem schrecklichen Barbaren, Szekler und Kumanen, (beinahe einem Volltürken) gegenüber oft ein ähnliches Grauen und Schaudern. Der denkende und vernehmende Mensch, der aus der Geschichte und nur aus den Gestaltungen und Entwickelungen des letzten europäischen Jahrtausends etwas hat vernehmen und lernen gewollt, versteht die guten ja die menschlichen und menschlichsten Ursachen und Gründe eines solchen Grauens.

Doch zur Sache, und zu uns selbst, zu uns Deutschen.

Vorweg sage ich, daß ich nicht nur ein großes und tiefes polnisches und moskowitisches Grauen empfinde, sondern ein noch viel größeres und tieferes madscharisches, kumanisches, kroatisches wallachisches und wie man alle die mannigfaltigen und vielgestaltigen Graulichkeiten und Gräulichkeiten nennen will, in welchen etwas von einem Wallachen des germanischen Elements lauert und welche man uns jetzt tagtäglich unter dem Titel Großdeutschland oder lieber Großösterreich — denn das wäre der rechte Name — vorzeigt und zur Verspeisung und Verdauung hinreicht. Ich sage, welch einen tüchtigen Straußenmagen Deutschland auch habe, diese dicke und harte Speise könnte es am Ende doch nicht verdauen, ohne todtkrank zu werden; ich sage: die einzigen Polen, diese unruhigsten, leichtsinnigsten, wildesten Gesellen, die am meisten Freiheit schreien und am wenigsten Freiheit kennen, wären uns schon viel zu viel.

Wer kann für wunderliche Einfälle einstehen? Wir müssen ja alle Tage Einfälle hören, worüber der Himmel, wenn er über seine Erde erstaunen könnte, vor Erstaunen einfallen würde und worüber die Lerchen den Todesschreck bekommen könnten. Von dem undeutschen und lichtlosen Gedanken des ungeheueren und lichtlosen deutschösterreichischen Chinesenthums sind ja die möglichen Uebersprünge zu kleineren Ungeheuern das Allernatürlichste. Wer weiß, ob nicht ein spinnender und flechtender Diplomat eben die Feder schneidet, um auch das ihm im Wege stehende allerdings sehr mächtige ja ihm zu mächtige Preußen auf seine Weise abzufinden und ein Großpreußen zu gründen und endlich nach gebührlicher und gehöriger Abfindung und Abänderung von Großösterreich und Großpreußen die Mittelstaaten und Kleinstaaten des Vaterlandes zum beliebigen Raube für die Nachbarn (Franzosen, Dänen, Holländer, Engländer u. s. w. u. s. w) als einen wehrlos und schutzlos schwimmenden Raub liegen zu lassen?

Wir haben solchen Gedanken schon mehrmals auftauchen, ja hell aufblitzen gesehen, besonders bei den immer erfindungsreichen und allfertigen und allesfertigenden Franzosen, die sich seit dem listigen Ludwig dem Elften und ihrem Musterkönig Heinrich dem Vierten unsere deutschen Dinge und die Einrichtung und Anordnung derselben immer geflissentlichst haben angelegen sein lassen. Das haben diese, uns ihre Hilfe und ihren Verstand immer großmüthig leihenden Nachbarn auch in dem letztverflossenen Menschenalter mehrmals gethan, vorzüglich bei Gelegenheit des Griechenaufruhrs in den zwanziger Jahren und den daraus erfolgenden Stößen und Verwickelungen der Völker und Kabinette, und zu der Zeit als Karl der Zehnte von Frankreich und Nikolaus der Erste von Rußland sich einmal über das ganze weite Deutschland hin mit den weitesten umfassendsten Umarmungen in brüderlicher Lust umhalsen wollten. Da ward, also lange vor dem Namen und Gedanken von Großdeutschland und Großösterreich schon der Gedanke eines Großpreußens geboren; da klang es ungefähr so:

„Europa, welches so dräuende Gewitterwolken zeigt, die in der ganzen politischen Atmosphäre erschütternde Erhebungen machen müssen, ist, wenn man die Dinge im großen Styl diplomatischer Weisheit behandelt und die einzelnen Schwierigkeiten frisch und kühn durchschneidet und dann das Ganze neu zuschneidet, doch sehr leicht zu ordnen und zu beruhigen. Deutschland und die osmanischen Donauländer sind der Stoff, den man zerschneiden und zuschneiden kann und von dem die Beruhigung und Stillung und die Befriedigung Aller am leichtesten und bequemsten vor sich gehen kann, und wie?"

„Preußen gibt die Rheinlande und Westphalenland und seine ganze Stellung in Westdeutschland auf und bekommt dafür die polnische Krone und Polen, mit welchem es seine östlichen Lande vereinigt. Frankreich erhält die rheinischen Lande wieder, seine Naturgrenze, und übernimmt den Schutz der mittleren deutschen Fürstenthümer. Zur Entschädigung Rußlands und Oesterreichs für zurückgegebene polnische Landschaften bieten die Donaulande des verrotteten Türkenreichs die Hülle und Fülle."

Siehe da ein ganz neues Großpolen oder Großpreußen fix und fertig. Wahrlich, ein ähnlicher Vorschlag könnte möglicher Weise einen guten Tag von Frankreich wiederkommen, er könnte, wie die Dinge stehen, selbst von Oesterreich mit halb freundlichen Gebärden angenommen werden; aber nimmer von dem Könige von Preußen, nimmer von den Preußen noch von den Deutschen.

Nimmer von den Preußen noch von dem König von Preußen und von dem glorreichen hohenzollerischen Königsstamme, weil beide aus nächster Nähe und täglicher Anschauung genug wissen, welch ein giftiger Nessusrock mit dem polnischen Königsmantel und mit dem Zusammenleben und Zusammenwachsen mit den Polen ihnen angezogen wurde.

Nein! ich sage, nimmer von den Deutschen nicht, weil sie sich selbst, weil sie ein Heiligthum zu bewahren haben. Ja, sprechen wir es aber- und abermal aus, sprechen wir es mit dem Stolze aus, welcher dem größten edelsten Volke gebührt: wir wollen uns nicht so verunreinigen lassen, weil wir ein Heiligthum, das Heiligthum der Menschheit zu bewahren haben. Unsere Schwächen und Gebrechen sind ja weltbekannt und liegen in allen unsern Hadern und Zwietrachten in ihrer vollen baaren Nacktheit eben wieder vor den Augen von ganz Europa aufgedeckt da; darum dürfen wir uns der Tugenden und göttlichen Gaben unsers Volkes rühmen. Denn nur wohin dieses Volk mit seinem Samen gereicht hat, wie weit seine Stämmlinge gekommen sind, ist die Gesittung und Bildung und die Kunst und Wissenschaft der christlichen Welt gekommen. Dies Heiligthum der Menschheit haben wir zu bewahren, und deswegen sträuben wir uns, so lange deutscher Athem aus unserer Brust weht, uns in dem letzten großen Augenblick unsers welthistorischen Lebens nicht mit dem vollen trüben und schmutzigen Einguß und Ueberguß von ganzen oder halben Barbaren (von Polen, Kumanen, Kroaten u. s. w.) neu beglücken und vergrößern zu lassen.

Nein, wir wollen unser altes Deutsches, wir wollen unser Deutschland erhalten und bewahren, zugleich die Blüthe und den Kern des Weltlebens dieser Erde. Und bliebe uns nur das vielbespottete Kleindeutschland und wollte Oesterreich nicht hinein, wollte es nichts Anderes, als uns mit den alten verbrauchten Künsten in sich hineinlocken und hinschleppen, wir sind zum Bewußtsein unserer Stärke erwacht, wir würden, wenn es trauriger Weise sein müßte, mit dem Schwerte für sie eintreten. Wir kennen unsere Stärke, aber wir kennen auch Deutschlands Geschichte.

Als Millionen der edelsten Säfte und Kräfte des ältesten weitesten Germaniens, das im vierten Jahrhundert vom Don und Dneper bis zur Ostsee und Nordsee reichte, über alle Südlande ausgeflossen und ausgegossen waren, da ward der Osten des jetzigen Deutschlands von Slawen, Avaren und Madscharen überschwemmt, und was geschah? Es zogen die Germanen, die daheim und rein und unvermischt geblieben waren, aus, die Enkel der Franken, Friesen, Sachsen, Katten und Thüringer, und gewannen ihren Osten bis zur Weichsel und March wieder.

Darum verzage nicht, mein Kleindeutschland! Nichts kann dir endlich verloren gehen, wenn du deine edle jüngste Freiheit zur Einheit der Macht und Stärke zusammenzubinden wagst; verzage nicht! Du wirst sie alle wiedergewinnen, sie werden alle wiederkommen müssen, die sich von dir losreißen wollen; darum rufe dir selbst zu: steh fest, Kleindeutschland! dein Kaiser erstehe!

Klageruf eines Hochgefeierten und Antwort von Jahn.

„Ach und Weh im ganzen Land:
Ist uns noch kein Haupt geboren? —
Ja! es ist ein Uebelstand:
Deutschland hat den Kopf verloren."

So durfte noch Ende Hornungs (26.) ein edler Sänger klagen, jetzt mag sich sein Schmerz in Wonne und Jubel lösen, seit die Reichsverwelker aus schöner Mainlust das gefährliche Wunderthier (Offenbarung Johannis Kap. 13) mit sieben Köpfen, Hörnern und Kronen hervorgezaubert haben, und vom Pariser Hofe nach dem Ollmützer Hofe zur Schau führen.

Dieser Vierunddreißig-Fuß ist ein wahrer Rattenkönig, in einen siebenknotigen Weichselzopf zusammengeschwänzt. Aber er hat zum Glück noch zwei aneinandergewachsene Zwillingsrachen, die jeder sich doppelzüngig hindern. Und der kranke Mund, der, durch Gebrauch von Schmerlenöl, plötzlich heil geworden, und große Worte der Lästerung und kleine der Verführung redet, kann doch das schwarzgelbe Herzblatt nicht verbergen, womit er Junker, Jesuiten und Rothe zusammen pfeift.

Nun lieber und guter und großer Dichter, singe wie Dir um's Herz ist, aber wache auf aus der Verrückung Deines wahren Selbst, und sprich nicht künftig, in arger Verwechselung, verkehrt Dein Ja und Dein Nein. Bedenk':

Und würden wir auch als Verbrecher verdammt,
Nicht nächtlich ist unser Beginnen;
Es ist vom himmlischen Licht entstammt,
Und eine Sonne dereinst es flammt,
Wenn der Prüfung Nächte verrinnen.

F. L. Jahn.

Deutschland.

Kremsier. Aus dem uns verspätet zukommenden Bericht unsers ** Korrespondenten tragen wir über die Reichstagssitzung vom 3. noch Folgendes nach. Stadion, Bach und Kraus beglückten heute die Kammer mit ihrer Gegenwart, jeder mit einem ungeheuern Aktenstoß ausgerüstet. An der Tagesordnung war die Verhandlung über die Verwendung der Depositen zu Staatszwecken, welche durch einen Ministerialerlaß vom 29. Mai v. J. angeordnet wurde. Mehrere Petitionen um Zurücknahme dieses Erlasses brachten schon vor längerer Zeit die Frage in die Kammer, die damals zur Begutachtung an den Finanzausschuß verwiesen wurde. Die Berathung über dessen (gestern erwähnten) Antrag benutzte Schuselka um seinem gepreßten Herzen über die Politik unseres Kabinettes Luft zu machen. Obschon die Rede die unzweideutigsten Wahrheiten enthielt, obschon sie ein Meisterstück parlamentarischer Beredsamkeit genannt zu werden verdient, so war sie doch für den Moment unpolitisch und nicht am Orte und brachte darum den beabsichtigten Eindruck nicht hervor. Ja der aufrichtige, und redlich begeisterte Schuselka mußte die Kränkung erfahren, daß seine Rede von seiner eigenen Partei desavouirt wurde. Brestl unternahm es, die Linke von dem Verdachte zu reinigen, als wäre sie heute mit Schuselka's Rede einverstanden. Zum Glück sprach Joseph Neumann zur Vertheidigung des Ministeriums so schwach, daß das Gleichgewicht dadurch ein wenig hergestellt wurde. Nach dieser Verhandlung bestieg der Minister des Innern die Tribüne und beantwortete in einem Zuge 12 Interpellationen, in ausweichender und unbestimmter Weise. Finanzminister Kraus ebenso deren 4 und Justizminister Bach, in der Form der Beantwortung dem Minister Stadion nichts nachgebend, zwei.

△ **Posen**, 5. März. Auf dem Lande kursiren hier die wunderlichsten Gerüchte von dem neuen polnischen Reiche, das in diesem Frühjahr erstehen würde. Die Polen glauben, daß die preußischen Truppen in kurzer Zeit die Provinz räumen werden, um gegen die Dänen zu ziehen und hoffen dann, der von ihren Geistlichen mit den lockendsten Farben ausgemalten Herrlichkeit des neuen Polens theilhaftig zu werden. Furcht haben sie nur, daß, wie in Siebenbürgen, auch hier die Russen über die Grenze rücken werden. Wir Deutsche halten es auch nicht für unmöglich, daß in nicht ferner Zukunft kosakische Horden unser Land überziehen; aber sie kommen gewiß nicht als Verbündete unsrer Regierung. Für den Fall eines Krieges mit Rußland ist unser Land offenbar das am nächsten Betheiligte. An den Polen hälten wir dann gewiß nichts weniger, als treue Bundesgenossen und die Lage unsrer Deutschen auf dem Lande, namentlich da, wo sie in vereinzelten Gehöften rings von aufgereizten Polen umgeben sind, könnte eine sehr peinliche werden. Die Feindschaft zwischen den beiden Nationalitäten besteht in ganzer Schärfe fort und an eine Milderung derselben ist nicht zu denken, so lange die katholische Geistlichkeit allsonntäglich von den Kanzeln den Haß gegen Deutsche und Juden neu anschürt. Neulich wurde ein katholischer Priester, der hierher vom Lande nach der Stadt gekommen war, plötzlich morgens todt in seinem Bette gefunden; offenbar hatte er sich selbst das Leben genommen. Aber systematisch wird nun auf dem Lande verbreitet, er sei von den Deutschen und Juden vergiftet worden. Deutsche Kaufleute aus der Gegend von Wreschen, Pleschen u. s. f., senden ihre Waaren nach Posen, um sie zu sichern. Für uns hängt Alles von der glücklichen Lösung der deutschen Frage ab. Die Zuversicht, unsre Grenzen für Deutschland, d. h. für den deutschen Bundesstaat zu vertheidigen, würde uns keinen Kampf scheuen lassen; scheitert aber die Hoffnung einer gedeihlichen Vollendung des deutschen Verfassungswerks, so kann man keine nationale Begeisterung von uns erwarten.

München, 6. März. Nach langen Wehen hat endlich der Nymphenburger Berg sein Mäuslein geboren. Das neue Ministerium lebt, liegt bereits im Trockenen und wird morgen sich auf seiner grünen Wiege in der Kammer schaukeln. Statt Männer einer bestimmten politischen Farbe hat König Max Bureaukraten vom reinsten Wasser gewählt, meist ziemlich obskure Namen, welche bisher nur in den Bureaux gehört worden oder höchstens hinter der grünen Bank als Souffleurs oder Schildknappen der Minister diesen zum Wort oder zur Waffe verhalfen. Ringelmann und Kleinschrodt waren bisher Ministerialräthe und sind gewiß tüchtig geschulte Beamte, aber durchaus ohne höhere staatsmännische Befähigung. Die Wahl des Staatsrath Volz zum Minister des Innern scheint uns eine durchaus unglückliche. Wir kannten Herrn Volz persönlich zur Zeit, wo er noch einfacher Regierungsrath in Augsburg war, ein in jeder Hinsicht höchst mittelmäßiger Mann von schwankender politischer Gesinnung, ziemlich liberal im Kaffeehause, in liberaler Umgebung, zur Zeit, wo Abel noch nicht Minister war, und man in Baiern, wenigstens mit der Zunge, ohne Gefahr liberal sein konnte. Als Hr. Volz später unter Abel Ministerialrath wurde, kleidete er sich ganz in die Livree seines Meisters, was so weit ging, daß er sogar dessen grobe Manieren nachzuahmen wußte. Man rechnete ihn damals zu den servilsten Beamten des Abel'schen Ministeriums. Obgleich Protestant, suchte Hr. Volz auch seinen Glaubensgenossen gegenüber so ultramontan als möglich zu sein, einzig der Gunst seines Meisters willen. Bei der Synode in Ansbach im Jahre 1845, wo Hr. Volz als königlicher Kommissär erschien, hatte er die Kunst, im Sinne seines Meisters zu reden, besonders glänzend bewährt und dafür Orden und Beförderungen erhalten. Als Hr. v. Abel und seine Partei gefallen, war Hr. Volz natürlich schnell wieder liberal im bureaukratischen Sinne, ein Gegner der Ultramontanen, ein Eiferer gegen das anmaßende Priesterregiment, ein Verfolger der Jesuiten. Er war Ministerverweser, als die Münchner Universität purifizirt und die ultrakatholischen Zeloten von ihren Lehrstühlen gejagt wurden. Später ernannte ihn König Ludwig zum Staatsrathe. Ob ein Mann mit solchen Antezedentien für einen Ministersitz gerade jetzt, wo man von allen Seiten fordert, daß das konstitutionelle Prinzip zu einer Wahrheit werde, besonders geeignet sei, das mögen unsere Kammern entscheiden. An Gelegenheiten in die Vergangenheit hinüberzugreifen dürfte es auch in den folgenden Sitzungen nicht fehlen. Jedenfalls war es kein glücklicher Tausch, daß wir für Heinz und Beisler, die wenigstens als Männer von biederm Charakter und als Altliberale schon wegen ihrer reinen Vergangenheit in allgemeiner Achtung standen, die Herren Kleinschrodt und Voltz, Bureaukraten von der alltäglichen Sorte, nicht einmal durch Redegabe ausgezeichnet, erhalten. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten kamen wieder recht peinliche Auftritte vor, indem ein Mitglied der Linken in der Form seiner Interpellationen die Grenzen alles Anstandes überschritt und zum Beispiel den Präsidenten der Regierung von Mittelfranken als einen „schamlosen Polizeispion" bezeichnete und von den Ministern dessen Absetzung verlangte. Unbegreiflicher Weise ließ der tolerante Herr Präsident diese unparlamentarische Redeweise ungerügt.

München, 7. März. Die Vermuthung, die wir gestern ausgesprochen, hat sich nicht verwirklicht. Der schwankende König, der sich gestern die Ernennungsdekrete der neuen Minister zur Unterschrift vorlegen ließ, wurde wiederholt von allerlei Skrupeln und Bedenken befallen. Zwar war dem Staatsrathe v. Volz seine Ernennung zum Minister des Innern aus dem Munde Sr. Maj. selbst zugesichert, aber die von verschiedenen Seiten lautgewordenen Anstände gegen einen Staatsmann, welcher der treue Schildknappe des Hrn. v. Abel gewesen, wirkten auf die Majestät wieder so erschütternd, daß das dem ehrgeizigen Hrn. v. Voltz vorläufig gegebene Versprechen bereits wieder zurückgenommen ist. Man hat dem König bemerklich gemacht, daß wenn er einmal das neue Ministerium ausschließlich aus geschulten Büreaukraten zusammensetzen wolle, diese Wahl doch wenigstens auf Männer fallen müsse, welche durch ihre Vergangenheit nicht so kompromittirt und in der öffentlichen Meinung zu Grunde gerichtet seien, wie Staatsrath v. Voltz. Gestern Abend wurde Reg.-Direktor Forster aus Augsburg berufen. Ihm scheint der König heute das Portefeuille des Innern anvertrauen zu wollen. Ob der Monarch es auch morgen noch will, wissen die Götter. Sicher ist nur, daß bis zu dieser Stunde noch kein Ernennungsdekret unterzeichnet ist und daß bei den sich stündlich kreuzenden widersprechenden Gerüchten sämmtliche Zeitungskorrespondenten in Verzweiflung sind. Die auf heute angesagte Kammersitzung hat in Folge der fortdauernden Ministerkrise nicht stattgefunden. Hinsichtlich des politischen Systems der künftigen Minister scheint ziemlich gewiß, daß dieselben ganz nach der Hofluft steuern werden. Ist der Hof deutsch gesinnt, so werden es auch die Minister sein, will er sich streng in konstitutionellen Schranken halten, so werden auch die neuen Minister höchst konstitutionell administriren. Die schlimmste Verlegenheit für das Ministerium dürfte die Ungewißheit sein, denn schwerlich werden sie genau erfahren was der Hof eigentlich will. König Max möchte deutsch und zugleich nicht deutsch sein, konstitutioneller Fürst und zugleich baierischer Selbstherrscher.

△ **München**, 7. März. Im Staate Baiern herrscht wie Sie wissen, ein großer Widerwille gegen die deutschen Grundrechte; Regierung und ultramontane Partei suchen auf alle Weise dieselben beim Volke verhaßt zu machen und was die eine nicht thut, sucht die andere nachzuholen. Die Ultramontanen wühlen förmlich gegen die „Grundverderbungsrechte", wie sie der hiesige Volksbote, das schamloseste Organ derselben immer nennt, wo er auf die Grundrechte zu sprechen kommt. Auf die künstlichste, mitunter auch perfide Weise werden die Landleute und die Bewohner kleiner Städte, namentlich Altbaierns zum Unterzeichnen von Adressen gebracht. Dabei ereignet es sich aber auch, daß hinterher aus denselben Ortschaften, zum Theil von den hintergangenen Unterzeichnern selbst, protestirende Adressen einlaufen; so aus Rosenheim, Floß und Weiden, in denen die unbedingte Geltung und sofortige Verkündigung der Grundrechte verlangt und erzählt wird, wie die Unterschriften zu den früheren Adressen gesammelt wurden. Dabei meinte die neue Münchner Zeitung dennoch letzthin, die Regierung könne sich so lange nicht für die Grundrechte erklären, als noch eine Gemeinde im Lande gegen sie sei.

† **Kassel**, 6. März. Die bedrängte Finanzlage des Landes führt zu der Ueberzeugung, daß Ersparnisse eintreten müssen, und da wird natürlich und nicht mit Unrecht, vor Allem die übermäßige Hofdotation ins Auge gefaßt. Welches Schicksal die auf dem vorigen Landtage in dieser Beziehung gestellten Anträge gehabt haben, ist bekannt, der Kurfürst hat sich bislang nicht veranlaßt gesehen, freiwillig auf einen Theil der Hofdotation Verzicht zu leisten, so dringend die Stände ihren Wunsch auch ausgesprochen hatten. Bei dem Aussprechen der Erwartung eines freiwilligen Verzichts blieb es bis jetzt, weil man annahm, die in Mitte liegenden Verträge und Vereinbarungen zwischen dem Hofe und den Ständen müßten jeden Zwang zur Herabsetzung nothwendig ausschließen. Ich will es dahin gestellt sein lassen, ob solche Vereinbarungen über den Unterhalt des Fürsten die Natur privatrechtlicher Verträge haben, die für alle Zeit, auch bei veränderten politischen Verhältnissen, heilig gehalten werden müssen; jedenfalls liegt es aber in der Natur zweiseitiger Verträge, daß beide Kontrahenten ihren übernommenen Verbindlichkeiten Genüge leisten, und das ist bisher von Seiten des Kurfürsten nicht geschehen. Den Vereinbarungen über die Hofsumme sind Modalitäten beigefügt, die, sollten sie auch nicht gerade als Gegenleistungen erscheinen, dennoch erfüllt werden müssen; diese Modalitäten beziehen sich vorzugsweise auf die Art und Weise, wie die Summen zum Besten des Landes ꝛc. verwendet werden sollen; so ist namentlich bestimmt, daß 106,000 Thlr. für Besoldungen an Hofdiener ꝛc. verwendet, daß die landesherrlichen Gebäude, Schlösser, Parks ꝛc. in gutem Zustande erhalten werden sollen. Das ist aber nicht geschehen; statt jener 106,000 Thlr. ist nicht viel mehr als die Hälfte zu Gehalten der Hofdienerschaft ꝛc. verwendet worden und die Schlösser sind zum Theil gänzlich verfallen. Es fragt sich, ob diese Umstände nicht die Pflicht des Landes zur Heilighaltung der Verträge wesentlich ändern und Repressalien an die Hand geben. In dieser Richtung scheint der Abgeordnete Oetker die Frage betrachten zu wollen; derselbe hat den Antrag gestellt: „Die Ständeversammlung wolle beantragen, daß für die Zukunft baldigst eine angemessene, den Kräften des Landes und den Zeitverhältnissen entsprechende Veränderung der Hofdotation durch Vereinbarung herbeigeführt werde. Hinsichtlich des Jahrs 1849 wolle die Versammlung 1) die Erklärung abgeben, daß sie wegen der eingetretenen Kalamitäten und der dadurch herbeigeführten bedrängten Finanzlage des Landes die Minderung der Dotationssumme um

100,000 Thlr. auf den Grund des in der Vereinbarung über die Hofdotation gemachten Vorbehaltes für angemessen halte, 2) die feste Zuversicht aussprechen, daß die Staatsregierung und Se. Königl. Hoh. der Kurfürst hiermit einverstanden sein werde, 3) die übrigen 200,000 Thlr. alsbald bewilligen, jedoch mit dem Vorbehalte, daß die Auszahlung der Hälfte davon nur in soweit stattfinde, als nachgewiesen werde, daß die Summe zur Zahlung von Besoldungen der Hofverwaltungsbeamten und der Hofdienerschaft ꝛc. erforderlich sei, und daß die Auszahlung der anderen Hälfte nicht eher erfolge, als bis dargethan sei, daß eine Verwendung in gleichem Betrage behufs Unterhaltung der landesherrlichen Gebäude, Schlösser, Parks ꝛc. im laufenden Jahre stattgefunden habe." Die Begründung des Antrags ist noch nicht erfolgt.

†† **Darmstadt**, 8. März. Wie hat doch die Prophetenstimme vom Rhein so Recht, wenn sie an diesem Volk und an diesen Zuständen keine Freude hat. An jedes gute Zeichen knüpfen wir, fast gewaltsam den Glauben an die Zukunft gegen die entmuthigende Wirklichkeit behauptend, auf's neue die Hoffnung an und gleich wird sie uns wieder durch eine Unglückserscheinung zerstört. Ich hatte Ihnen neulich von der Adresse des vaterländischen Vereins an die Reichsversammlung geschrieben; bald darnach geschah vom konstitutionell-monarchischen, dem stärksten der hiesigen Vereine, ein gleicher Schritt. Das waren, wenn verspätete, doch erwünschte Stimmen; aber die Art, wie der 6. März begangen wurde, hat mir die Freude daran wieder verdorben. Ein richtiges Gefühl mochte beiden Vereinen jede rauschende Feier untersagt haben; es fand sich nur eine Anzahl ihrer Mitglieder zu einem einfachen Abendessen zusammen. Und so wäre es ohne Zweifel Recht gewesen, hätte nur der Ton und die Stimmung der Gemüther zu dem Tage besser gepaßt. Aber schon die Trinksprüche ließen gar Vieles zu wünschen übrig. Auf den Großherzog, auf Heinrich von Gagern, auf die Nationalversammlung, auf Bassermann u. a. wurden sie ausgebracht und manche waren nicht ohne glückliche Wahl in Form und Gedanken, auch nicht ohne ansprechende Wärme; aber der Funke, der aus der Bedeutung des herrschenden Augenblicks die zündende Kraft nimmt, fehlte allen zusammen. Als säßen sie glücklich sicher im Schooße ihrer Errungenschaften, so ließen die Anwesenden mit behaglicher Ruhe sich die schönen Dinge erzählen, womit sie seit einem Jahre beglückt worden, und freuten sich gemüthlich des Friedens, womit ihre gute Stadt vollkommen beglückt scheint, derweilen es draußen noch wettert. Ein guter Theil des alten Spießbürgers kam an diesem Abend zum Vorschein. Auch die Demokraten haben es nicht besser gemacht, wenn auch wüster und geräuschvoller. Sie hatten sich auf die Einladung des März- und des Volkslesevereins an 1000 oder darüber zählend zu einer Besprechung über die Märztage versammelt. Wie es herging, brauche ich kaum zu schildern. Der Ausschuß des Märzvereins, in dem eine Anzahl Leute aus der rechten Seite desselben sitzt, tugendhafte Anbeter der Volkssouveränetät, gemüthliche Anhänger der kindlichen Politik eines Venedey und Eisenmann, hatte die Leitung mehr dem Komite des Volkslesevereins überlassen, wodurch die Handlung grimmiger und revolutionärer wurde. Die Frage was denn von den Verheißungen der vorigen Märztage erfüllt sei, gab zu einer furchtbaren Kritik aller Personen und Verhältnisse den Anhalt; das Volk ist um Alles betrogen, es muß sich aufs Neue erheben gegen die wiederkehrende Tyrannei. Auch die Ungarn, die Polen, die Italiener mußten hoch leben; die Menge lärmte Allem Beifall zu, sogar dem Hoch auf die Guillotine, wogegen sich aber doch später ein Redner, nicht ohne Meinungsgenossen, erhob.

Ein Einziges könnte an dem ganzen Verlauf des Tages noch einigermaßen trösten. Daß nämlich von keiner Seite der Versuch gemacht wurde, eine eigentliche Feier zu begehen und dazu etwa, wie es von unseren westlichen Nachbarn so gern geschieht, die Parteien zu einer augenblicklichen lügenhaften Verbrüderung zu vereinen. Die noch schwebende Entscheidung, die trennende Kluft in den Dingen, lag doch bewußt oder geahnt über den Gemüthern. Aber nicht, daß wir uns zu leicht einem Freudenrausche überlassen, sondern daß wir zu leicht in träge Ruhe versinken, haben wir gerade beim besseren Theil des Volkes zu fürchten. Dies Geschlecht wird noch eine harte Schule des Unglücks durchmachen müssen, bis ihm zur Natur geworden ist, was den Staatsbürger macht, das Bewußtsein, daß in Allem der Einzelne mit dem Ganzen steht und fällt. Es ist tief zu beklagen, daß auch die Einsichtigen, durch Einfluß und Bildung höher Gestellten, fast wie abgestumpft dem zusehen, woran unser ganzes Schicksal hängt. Es ist kaum glaublich, aber ich selbst habe Nachrichten wie die: daß die Nationalversammlung sich auflösen, daß Heinrich v. Gagern zurücktreten und die „großdeutsche" Koalition ein neues Ministerium bilden wolle, daß Preußen der neuesten österreichischen Note beigetreten sei, erst in diesen Tagen mit resignirter Gleichgültigkeit erzählen gehört. Muß man nicht da an Elend und Erniedrigung jeder Art glauben, wo sie so vollgültig verdient scheinen? Noch habe ich bessere Hoffnung. Preußen wird nicht so im entscheidenden Augenblick seine geschichtliche Sendung an eine niederträchtige Diplomatie verhandeln; Gagern und die in der Nationalversammlung zu ihm stehen, werden uns jetzt nicht verlassen, und nicht weichen, bevor der letzte Anker bricht. Aber auch dann noch, wenn Alles zusammenstürzt, wenn jedes muthige Thun und jedes begeisterte Wort seiner besten Männer an diesem Volke verloren ist, auch dann noch will ich glauben, daß unsere Hoffnungen kein leerer Traum sind; daß dann in der eisernen Schule der Noth ein besseres Geschlecht heranreift, ein Geschlecht, das die Lehren der großen Männer, die vielleicht die Erndte ihrer Saat nicht mehr erblicken dürfen, in einem verjüngten Vaterlande erfüllen wird.

♉ **Gießen**, 7. März. Es ist kein Wunder, wenn sich die große Mehrheit der Nichtdemokraten von einem kleinen Häuflein in den Sack stecken läßt. Muß ja doch bei den Letztern Selbstgefühl und Vertrauen auf ihre Kraft um so mehr sich steigern, je jämmerlicher die Indolenz und Feigheit der „ruheliebenden" Bevölkerung ist. So hatten wir gestern wieder einen Tag der klassischsten Angst. Schon seit geraumer Zeit hatte sich das Gerücht verbreitet, am 6. März, als am Jahrestage der hessischen Umwälzung, solle es „losgehen", die Behörde sei davon in Kenntniß gesetzt, es werde Militär requirirt werden, zweihundert der Reichsten und Vornehmsten, deren Häuser mit rothen Kreuzen bezeichnet werden, sollten die Opfer des Tages sein ꝛc. Dazu kamen noch Drohbriefe an verschiedene Personen, von denen einer sogar als Pendant zu dem bekannten hannöverischen Schmutzbrief seinen Weg in die Didaskalia gefunden hat — kurz Alles vereinigte sich, um sämmtliche furchtsamen Seelen der Stadt in unnennbare Angst zu versetzen. Und wie endigte die angekündigte Blutnacht? Einige Schüsse oder Kanonenschläge, von Muthwilligen losgebrannt, dann tiefe Stille und allgemeiner Schlaf, der die armen Seelen von ihrer Angst erlöste. Dieß ist die komische Seite der Sache, die ernste haben wir oben schon angedeutet. Nun noch einige Personalveränderungen an unserer Universität. Moriz Carrière, der bekannte Philosoph und Aesthetiker, und der Philolog Fritzsche sind zu außerordentlichen Professoren ernannt worden. Die Regierung hat hierdurch wieder ein schreiendes Unrecht der früheren Zeiten gut gemacht. Baur, außerordentlicher Professor der evangelischen Theologie, hat einen Ruf nach Königsberg erhalten, wird aber hier bleiben und zum Ordinarius befördert werden.

Oesterreichische Monarchie.

Der Vladika von Montenegro hat dem bekannten serbischen Anführer Knicanin eine Dekoration mit folgendem Schreiben übersandt: An den hochgeborenen Hrn. Knicanin. O Zierde unserer Nation! Du hast vollkommen den Ruf der Duschans und Karagjorgjes Helden gerechtfertigt. Es muß von mir, es muß von jedem echten Serben eine große Erkenntlichkeit dir gezollt werden. Nur aus edlem Muth opfertest du dich für deine Nation und eiltest du deinen leidenden Mitbrüdern zu Hülfe. Deßhalb werde ich dich ewig lieben und hochschätzen und aus reiner Erkenntlichkeit für deine rastlosen Bemühungen übermittle ich dir das Bildniß des unsterblichen Obilich. Es wird passend die Brust des Siegers bei Thomaschevcze und des Erretters von Pancsowa zieren. Empfange es also, junger heldenmüthiger Sprößling deiner heldenmüthigen Vorfahren, empfange es mit jener Aufrichtigkeit und Entzücken, mit welchem es dir nebst brüderlichem Gruße sendet Czetinje, 28. Jan. (9. Febr.) 1849. Vladika von Montenegro, P. Petrovich Njegosch m. p.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 70. Frankfurt a. M., Sonntag 11. März. 1849.

Uebersicht.

Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Die Auflösung der Koalition. Die Auflösung des österreichischen Reichstags und die deutsche Verfassung. Herr v. Neuwall. Berathung der Bevollmächtigten über die Aufbringung der Kriegskosten. Beendigung der Arbeiten des Verfassungsausschusses. Wirkungen der Straßenliteratur. Die baierischen Truppen. Der Kurfürst v. Hessen. Märzfiler in Gelnhausen.) Laibach (Widerstand gegen die Rekrutirung.) Kremsier (Beantwortung von Interpellationen.) Berlin (Die Presse. Hr. Hansemann sonst und jetzt. Die Parade. Hr. Rodbertus. Die Arbeitseinstellungen. Denkschrift der Regierung über den Belagerungszustand.) Posen (Generalversammlung der deutschen Vereine. Krakauer Zustände. Die polnische Liga.) München (Das Ministerium.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Hannover (Vertagung der Kammer. Hannover und Deutschland. Verunglückter Aufzug der Weißgelben.) Aus Baden (Die zweite Kammer und die republikanische Partei.) Lübeck (Einführung der neuen Verfassung. Dampfschiff Lübeck.)

Großbritannien. London (Verhandlungen über die neapolitanisch-sicilianische Frage im Oberhause. Annahme des ministeriellen Vorschlags für die irische Hilfsarmensteuer im Unterhause. Die Dinge im Pendschab. Mittheilung des Herald über das angeblich von Rußland an die Pforte gestellte Ansinnen wegen der Durchfahrt einer russischen Flotte.)

Frankreich. Paris (Die Socialisten in Bourges. Die Vornehmen kommen zurück. Uebermuth der reaktionären Presse. Verzweiflung der Republikaner. Spöttereien auf die Nationalversammlung. Interpellation wegen Italiens. Erlasse des Ministers des Innern.)

Spanien. Madrid (Narvaez hat einen Deputirten der Opposition gefordert.)

Italien. (Die Oesterreicher ziehen sich von Carrara zurück. Monf. Savelli in Ferrara.)

Schweiz. Bern (Das Proletariat organisirt sich. Die Militärkapitulationen und Druey's Votum. Der große Rath. Streitkräfte Piemont's und Venedig's. Verhandlungen mit Sardinien.)

Deutschland.

> **Frankfurt**, 10. März. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand die zweite Lesung der noch rückständigen Theile der Grundrechte, darunter auch der Paragraphen, welche die in der Reichsverfassung zu gewährleistenden Rechte der Volksvertretung in den Einzelstaaten betreffen. Die Verhandlung, oder vielmehr die Abstimmung — denn nur Herr Förster aus Hünfeld sprach, und zwar ungehörte Worte — würde nicht eine Besprechung fordern, da das Ergebniß dasselbe, wie in der ersten Lesung geblieben ist, hätte nicht die dabei erfolgte Verwerfung aller von der Linken ausgegangenen Verbesserungsanträge zu einem Ereigniß geführt, das diese Sitzung zu einer der denkwürdigsten des Parlaments macht. Die Linke hatte in ihren Verbesserungsanträgen die Forderungen zusammengefaßt, welche ihr die österreichische Partei als Preis ihres Zutritts zum österreichischen Verfassungsentwurf bewilligen sollte; dennoch stimmten die Oesterreicher der Rechten gegen die Anträge, auch gegen den, welcher das bei der ersten Lesung des Wahlgesetzes ja schon angenommene Wahlrecht mit direkten Wahlen nun auch als Grundrecht ausgesprochen wissen wollte. Diese Abtrünnigkeit machte es der Linken wünschenswerth, auf einmal die Gewißheit zu erhalten, wessen sie sich zu den Oesterreichern zu versehen hätte, und ohne daß der Plan vorher in den Parteiklubs besprochen worden wäre, wiederholte Eisenstuck mit 77 Genossen den, wenn wir nicht irren, schon viermal verworfenen Antrag, sofort die zweite Lesung des Wahlgesetzes vorzunehmen. Mit unbefangener Offenheit enthüllte Ludwig Simon die Gründe dieses Antrages. Der Linken gilt überhaupt die Frage nach dem Oberhaupt als eine Nebenfrage, die Hauptsache sind ihnen die Volksrechte und vor Allem das allgemeine Wahlrecht. Wer ihnen dieses bewilligt, dem bewilligen sie ihre Stimmen in der Oberhauptsfrage. Jetzt aber, ehe noch die Oberhauptsfrage entschieden ist, hoffen sie „bessere Geschäfte mit dem Wahlgesetz zu machen, als hinterher", denn nachdem der „Direktorialextrakt" mit ihrer Hilfe beschlossen ist, haben sie kein Mittel mehr in der Hand, den für ihre Hilfe zugesagten Lohn zu erpressen. Es kam darauf an, die Unsittlichkeit dieses ganzen Handels, der bis dahin zwar bekannt, aber noch nicht öffentlich mitgetheilt worden war, so zu brandmarken, daß es selbst den Frivolsten unmöglich wäre, dabei zu beharren. Riesser übernahm diese Aufgabe. „Niemand im Hause", sprach er, „wird es für möglich halten, daß es eine Partei dieses Hauses gibt, so schlecht, um gegen ihre Ueberzeugung in der einen Frage zu stimmen, damit sie Bundesgenossen — in einer andern finde. Noch viel weniger aber wird sich eine Partei in diesem Hause finden, die sich mit jener Partei verbinden wollte, einer Partei, der sie selbst so weit mißtrauen müßte, um sich den Kaufpreis pränumeriren zu lassen." So mit gleicher Entschlossenheit und Geschicklichkeit führte er den Angriff und erschütterte und gewann die Versammlung. Seine Rede gehört zu den in allen Parlamenten seltenen, welche nicht blos die Meinungen, sondern auch die Stimmen ändern. Das Parlament war in der ängstlichsten Spannung, und erschütternd soll es selbst für die festesten Charaktere desselben gewesen sein, als die ersten Oesterreicher der Rechten ihr Nein abgaben. Vor den Augen des Parlaments zerfiel die Koalition; es war Niemanden ein Geheimniß, daß diese Frage eine Kabinetsfrage derselben war, unmittelbar nach der Sitzung kündigten sich auch beide Theile die Gemeinschaft auf und es mag schwer zu sagen sein, welche von Beiden sich mehr erleichtert fühlte. Der Druck einer unnatürlichen Gemeinschaft hatte schwer auf ihnen gelastet. Jetzt sind alle Verhältnisse wieder in ihre rechte Stellung gerückt. Die Linke stimmt für ihren Präsidenten, die österreichische Partei für ihr Direktorium und der Phalanx der Kaiserlichen bleibt wenigstens die verhältnißmäßige Mehrheit. Wir sind nicht so schwarzsichtig, wie die Herrn von der Linken, welche meinen, es käme jetzt nur noch darauf an, wer mit dem wenigsten Aerger nach Hause gehe. Wir glauben an ein positives Ergebniß. Aerger freilich mag es noch genug geben, aber die Freude des Schaffens wird hoffentlich auch bei der Linken überwiegen. Ja, auch bei der Linken! Denn sie kann sich unmöglich der Einsicht verschließen, daß nicht sie die Früchte einer allgemeinen Verwirrung erndten würde. Eine allgemeine Verwirrung würde zur Herrschaft der Bajonette führen, jener Herrschaft, welche Reichstage sprengt und aus Gnade eine Verfassung mit doppeltem Census oktroyirt.

*** **Frankfurt**, 9. März. Meine Voraussage ist eingetroffen. Die Koalition zwischen der Linken und der österreichischen Fraktion ist nicht zu Stande gekommen; sie gebar in der heutigen Sitzung der National-Versammlung eine todte Frucht. Nachdem die Linke — wie ich nachgewiesen — seither schon sehr zögernd in der Koalitionsfrage vorschritt und um so weniger Vertrauen haben konnte, als die Deputation ohne vorausgegangenes Benehmen mit der Linken nach Ollmütz gesendet wurde, gewahrte sie in ihrer totalen Niederlage bei der zweiten Lesung des noch nicht publizirten Theils der Grundrechte, daß sie auf die Unterstützung der österreichischen Fraktion und ihrer Affiliirten nicht mit Sicherheit rechnen könne. Die Linke mußte nun wissen, woran sie sei und dazu konnte das Wahlgesetz, um mit L. Simon zu sprechen, der beste Probierstein sein. Allerdings wurde von Wiesner bei der Linken beantragt, sich mit der österreichischen Fraktion dahin zu verständigen, daß die zweite Lesung des Wahlgesetzes sofort beantragt und durchgesetzt werde. Es kam aber zu keiner gemeinsamen Berathung (nicht einmal bei der Linken selbst) und so stellten gestern Vogt und heute Eisenstuck den Antrag auf sofortige zweite Lesung des Wahlgesetzes, ohne vorausgegangene Fraktions-Beschlüsse. Gleichwohl erkannte die Linke in diesem Antrage eine Lebensfrage für die Koalition und sie trat deshalb heute so entschieden für

den Eisenstuck'schen Antrag in die Schranken. Sie erlag einer Majorität von 78 Stimmen und sah sich von der Koalition verlassen. Was zu diesem Resultate — das sogar bis in den zu der Linken zu zählenden „Würtemberger Hof" reicht — wesentlich beigetragen hat, war die mit bewundernswerther Offenheit gegebene Erklärung Ludwig Simons, daß die Linke sich wenig um den übrigen Theil der Verfassung bekümmern werde, wenn sie das Wahlgesetz nur habe. Jetzt wußte auch die österreichische Fraktion und ihre Affiliirten woran sie waren. Mißtrauen um Mißtrauen wurden getauscht und lebhaft wurden wir an die Begegnungscene des Mohren mit dem Papageno in der Zauberflöte erinnert. Von beiden Seiten heißt es aber nun: „es hat noch keine Koalition bestanden." Das ist wahr, allein sie war mehr als blos beabsichtigt und die Linke setzte ihren Präsidenten für das Direktorialextrakt ein." Jetzt, wo der Coalitionsparoxysmus geschwunden, wird die Linke wieder zu ihrem Präsidenten zurückkehren. Aber kann sie ihn nun noch mit der Kraft der inneren Ueberzeugung, der lebendigen Wahrheit beantragen? Wahrlich nicht! Die Linke spielte mit ihren Koalitionsgelüsten ein gefährliches Spiel vor der öffentlichen Meinung und — sie verlor es. Sie hätte nie ihren Meister, das Prinzip, verläugnen sollen. Sie ist unter dem Zeichen dieses Artikels öfters in guter Absicht gewarnt worden. Die Linke ist aber nun in eine Situation gerathen, in welcher ihr Wunsch, die Verfassung nun möglichst rasch zu Stande zu bringen, gewiß ein ehrlich gemeinter ist.

*** **Frankfurt**, 9. März. Die Auflösung des österreichischen Reichstags war des letztern eigner Wunsch, da er in seiner Lebensunfähigkeit nicht länger vegetiren wollte. Was nun aber die österreichische oktroyirte Verfassung betrifft, so hieß es, sie sei „ziemlich" liberal. Wir werden sehen. Für heute ist das Gemüth der Aengstlichen zu beruhigen, welche behaupten, auch die deutsche Nationalversammlung werde aufgelöst werden. Hr. Camphausen sei wegen der Oktroyirung einer deutschen Verfassung nach Berlin berufen worden. Die deutsche Nationalversammlung wird sich auflösen, aber erst, wenn sie ihre Mission erfüllt, Deutschland eine Verfassung gegeben. Dieß wird nun rascher zu Stande kommen, als man noch vor Kurzem hoffen durfte, denn die am Montag beginnende zweite Lesung soll ununterbrochen fortgeführt werden, so daß mit dem Monat Mai die Verfassung Deutschlands ins Leben treten kann.

—l **Frankfurt**, 10. März. Es erregt Verwunderung, daß der deutsche Geschäftsträger in der Schweiz, Herr v. Neuwall, seinen Posten schon seit mehreren Wochen verlassen hat und in Frankfurt weilt, gerade zu einer Zeit, wo die Umtriebe der deutschen Revolutionspartei in der Schweiz und die von dort aus angekündigten ernstlichen Versuche einer neuen Revolutionirung Deutschlands dessen Verbleiben auf seinem Posten doppelt nothwendig und das Verlassen desselben doppelt unbegreiflich erscheinen lassen. Oder hat Hr. v. Neuwall seinen Geschäftsträgerposten in die Hände der Centralgewalt niedergelegt, um ausschließlich seinen Pflichten und Interessen als österreichischer Abgeordneter in der Paulskirche obzuliegen?

☿ **Frankfurt**, 10. März. Bekanntlich hat vor einigen Tagen eine Berathung der Bevollmächtigten der Einzelregierungen unter dem Vorsitz des Reichsministeriums über die Mittel und Wege stattgefunden, wie das zu einem etwaigen Kriege gegen Dänemark nöthige Geld aufzubringen sein möchte. Darin herrschte eine seltene Einmüthigkeit, daß das Reich die Kosten tragen solle. Aber wie das zu bewerkstelligen, daß das Reich die Kosten tragen könne? Das Reichsvermögen ist bis jetzt eine rein negative Größe. Das natürlichste schien, durch Matrikularbeiträge die erforderlichen Summen auf die Einzelstaaten zu vertheilen. Die bisherige Erfahrung hat aber leider bewiesen, daß die Ausschreibung der Matrikularbeiträge nicht überall die sofortige Einzahlung zur Folge hat, und Kriegsbedürfnisse wollen ohne Zögern bestritten sein. Ein anderer Vorschlag ging deßhalb dahin, daß die Staaten, welche Truppenkontingente stellten, auch alle übrigen Kriegskosten einstweilen tragen möchten; sie sollten sie hinterher mit dem Reich berechnen. Nur ein Theil der Bevollmächtigten stimmte diesem Vorschlage bei; diejenigen nämlich, deren Regierungen auf diese Weise nicht Gläubiger des Reichs werden würden. Allgemeinen Anklang fand dagegen ein dritter Vorschlag: eine Anleihe von Reichswegen abzuschließen. Mit großer Wärme wurde entwickelt, wie sehr eine Reichsschuld die Einigkeit stärken würde; nichts gäbe so sehr das Gefühl der Gemeinsamkeit, als gemeinsame Schulden. Der Reichsfinanzminister erkannte die vortreffliche Wirkung einer Reichsschuld in vollem Maße an; er hatte nur das eine Bedenken, daß das Reich schlechterdings keinen Kredit habe. Wenn die Einzelregierungen sich entschließen wollten, die Bürgschaft für eine Reichsanleihe, etwa mit ihren Zolleinnahmen, zu übernehmen, dann hoffe er, vielleicht zu 5pCt. das erforderliche Geld aufzubringen. Diese nüchterne Betrachtung mäßigte die Begeisterung der Herren Bevollmächtigten für eine Reichsschuld nicht wenig; sie nahmen den Vorschlag — ad referendum. So steht die Sache noch jetzt; eine Einigung scheint den Herren nicht eilig: der Waffenstillstand läuft ja erst mit dem 26. d. Mts. ab. Man kann von diesen Dingen kaum im Ernst reden. Wir theilen sie mit, weil sie ein lebendiges Vorbild sind des Zustandes, in den wir mit einer dem alten Bundestag mehr oder minder gleichartigen Verfassung zurücksinken würden. Es gibt nur ein Mittel, uns Deutschen endlich die Schamröthe zu ersparen, wenn von der Behandlung unserer gemeinsamen Angelegenheiten die Rede ist — ein einheitliches, erbliches Oberhaupt!

Parl. Korr. **Frankfurt**, 10. März. Durch den Sieg des gestrigen Tages gehoben, sehen wir wieder zuversichtlicher einem Entgegenkommen von Berlin her entgegen. Verkehr in aller Weise hergestellt und die Kontinuität der Gesinnung läßt nicht zweifeln an dem Erfolge gemeinschaftlichen Wirkens für den Bundesstaat unter einheitlicher Leitung. Der Verfassungsausschuß hat inzwischen gestern Abend seine Arbeit vollendet. In der Paulskirche kann fortan in rascher Thätigkeit die Verfassung zum Abschluß gebracht werden.

In hiesiger Stadt zeigen sich bei der fortdauernden Erregtheit der Truppen die bedauerlichen Nachwirkungen jener gehässigen und leidenschaftlichen Straßenliteratur. Gestern drohten österreichische Soldaten in einer namhaften Buchhandlung die Fenster zu zertrümmern, wenn nicht augenblicklich mehrere ausgehängte, an sich ganz unschuldige Darstellungen entfernt würden; während in voriger Woche mehrere preußische Soldaten bei einem hiesigen Buchdrucker einige Exemplare eines Plakats auf eigene Hand konfiszirten. Jene preußischen Soldaten gehörten dem vortrefflichen Bataillon des 38. preußischen Infanterie-Regiments an, das sich durch Tapferkeit und Disziplin bisher besonders ausgezeichnet hat; es machte auch jetzt seinem Rufe Ehre, indem jenem Exzesse strenge Bestrafung der Schuldigen augenblicklich folgte. Mit Bedauern vernimmt man in der Stadt, daß die beiden hier befindlichen baierischen Bataillone zu dem Kontingent für Schleswig-Holstein stoßen sollen, da diese Bataillone sich während ihrer Anwesenheit in Frankfurt stets musterhaft geführt, und Offiziere und Soldaten sich allgemeine Liebe und Achtung erworben haben.

Frankfurt, 10. März. Der Kurfürst von Hessen hat, wie man vernimmt, neben dem Reichenbach'schen Palais in unserer Stadt ein großes neues Haus gekauft, das für die Aufnahme seiner Familie bestimmt sein soll.

Auch die Gelnhäuser wollen morgen eine Märzfeier veranstalten und haben auch hierher Einladungen ergehen lassen.

Laibach, 27. Febr. Auch hier stößt die Rekrutirung auf Schwierigkeiten, und es wollen sich unter den Bürgern keine Vertrauensmänner zum Auslosungsgeschäft finden, aus Furcht, mißliebig zu werden. (Zl.)

* **Kremsier**. Wir tragen noch Einiges nach über die in der Reichstagsitzung vom 3. März beantworteten Interpellationen, wenn auch jetzt, nachdem das lange schwankende Schicksal des Reichstags von Kremsier sich erfüllt hat, dieselben wenig Interesse mehr ansprechen dürfen. Auch ihr innerer Gehalt wird diesen Antworten keine Aufmerksamkeit zuwenden; merkwürdig sind sie aber (um das gelindeste Wort zu gebrauchen) ihrer Naivetät wegen, die nur aus völliger, cynischer Nichtachtung einer Versammlung sich erklären läßt, gegen die man alles für erlaubt hielt. Schuselka's Interpellation wegen des Verbots der Verbreitung der deutschen Grundrechte wurde dahin berichtigt, daß blos die amtliche Verbreitung und Kundmachung verboten worden. Die Kundmachung von Gesetzen sei ein Hoheitsrecht, dessen Oesterreich sich niemals begeben habe. Einzelne Abgeordnete aus Frankfurt schickten diese Grundrechte an Beamte, Magistrate u. dgl. und daher wurde die amtliche Verbreitung untersagt. (Die bekannt gewordnen Data reichen hin, über die musterhafte Wahrhaftigkeit dieser Antwort zu entscheiden). Ueberhaupt würden von einigen Abgeordneten in Frankfurt und von Vereinen in Deutschland aufreizende Schriften hereingeschickt. Auf Schuselka's Interpella-

tion wegen der Rekrutirung wurde geantwortet: Die Studenten könnten nicht von der Rekrutirung befreit werden, das wäre ein Vergehen gegen die Gleichheit Aller vor dem Gesetze. Die beiden in Lemberg assentirten Schriftsteller seien aus früherer Zeit rekrutirungspflichtig, und Gallizien ohnehin im Rückstande mit 1149 Mann von der vorjährigen Assentirung. Je dürftiger diese Antworten, desto weitläufiger war die Antwort auf Dilewski's Interpellation über Stadion's Lieblinge, oder wie Böswillige sagen, seine Erfindung, die Ruthenen. Man läugne die Existenz der Ruthenen und doch komme diese Nation mit Deputationen und Bittschriften, und bitte um Gleichberechtigung. Das Ministerium hat in Krakau eine polnische Universität ausgestattet; in Lemberg wird eine ruthenische errichtet; da aber die Literatur der Ruthenen noch nicht ausgebildet ist, wird einstweilen deutsch unterrichtet. Ein Schulrath werde später das Nöthige einleiten. Auf eine Interpellation von Ullepitsch wird geantwortet, daß mit Berücksichtigung der slowenischen Nationalität in Laibach eine Universität gegründet werden soll. Bilinski's Interpellation wegen der Truppenaushebung ohne Zustimmung des Reichstags, wird dahin beantwortet, daß das Ministerium in der **Bewilligung des Kredits von 80 Millionen**, welche doch größtentheils zur Unterdrückung des Aufstandes und zur Herstellung der Heeresmacht gegen etwaige äußere Feinde bestimmt waren, **zugleich die Genehmigung der Rekrutirung** erblickt habe!

= **Berlin**, 8. März. Der verstorbene Gans schrieb, von Paris hierher zurückgekehrt, seinem dortigen Freunde Saint Marc Girardin, der Berlin nicht kannte, Berlin sei durchaus Paris, aber ganz im Kleinen. Dies war schon damals sehr bezeichnend, würde es aber weit mehr noch jetzt sein. Komischer Weise findet man jene Aehnlichkeit auch in den Einzelheiten wieder, so z. B. in den Benennungen der Presse. Wir haben jetzt eine konstitutionelle Zeitung, die in ihrer ganzen Haltung dem Constitutionel entspricht und die ihren Hansemann ganz so lobt, wie dieser seinen Thiers; eine Nationalzeitung, die dem National entspricht, gleichwie die nun suspendirte Ruge'sche sogenannte wilde Reform (gegenüber der zahmen Milde'schen, welche von der ersteren sich den Namen angeeignet hat) dem Ledru Rollin'schen Organe gleiches Namens. Was das Verhältniß der beiden auf spezifisch konstitutionelle Richtung Anspruch machenden Blätter, der Konstitutionellen Zeitung und der Reform, anlangt, so kann man es nicht treffender bezeichnen, als es von dem Berliner Bürger zu geschehen pflegt, der von der Ersten sagt, sie sei ganz Hansemann, von der zweiten, sie sei ganz milde. Die Konstitutionelle Zeitung ist hinter den bedeutenden Erwartungen, die man schon vor ihrem Erscheinen von ihr hegte, durchaus zurückgeblieben; namentlich hatte man auch größere Universalität von einem Blatte erwartet, das fünf Redakteure zählt und dessen Hauptredakteur einen jährlichen und dazu auf 6 Jahre garantirten Gehalt von 3000 Thlr. bezieht. Auch kann dies Blatt den sehr zweideutigen Ruhm beanspruchen, in der deutschen konstitutionellen Presse das einzige Journal zu sein, welches sich durch eine Frankfurt feindliche Tendenz auszeichnet, so daß die Berichte des geistreichen Korrespondenten, den es in Frankfurt besitzt, ihrer ganzen Haltung gegenüber als eine Anomalie erscheinen. An den Herren Hansemann und Weil oder, was dem gleich ist, an der Konstitutionellen Zeitung haben die Herren Vogt, Martiny, Simon und Andere die Paulskirche Schmähenden einen höchst schätzbaren Bundesgenossen erhalten. Wie Herr Martiny einst mit komischen Cynismus dem deutschen Parlament zurief: „Meine Herren, gehen Sie nach Hause!" ganz in derselben Weise äußerte jüngst das gedachte Blatt: „Es ist kaum denkbar, daß eine Versammlung, deren Werk so vollständig von allen Seiten desavouirt wird, das moralische Ansehen besitzt, von Neuem an's Werk (zur zweiten Lesung nämlich) zu gehen, um der deutschen Nation den Grundvertrag zu geben." — Und neulich entblödete sie sich nicht, zu behaupten, daß „die Paulskirche in dem Wahlgesetze den französischen Nationalkonvent übertroffen und sich durch ihre deßfallsige Abstimmung nun vollends in der großen Mehrheit der Gebildeten als eine revolutionäre Versammlung dargestellt habe." Und beachten Sie das wohl, so spricht das Organ des Mannes, der sein Ministerium der That glorreichen Andenkens damit eröffnete, die Revolution anzuerkennen, was der edle Camphausen geweigert; dem wir gerade vorzugsweise die Urwahlen verdanken, wie dies seinen Minister-Kollegen am besten bekannt ist. Nur einem solchen Manne mag es allerdings ein Leichtes erscheinen, heute Versprechungen zu geben, morgen in gleicher Weise sie zurückzunehmem. Wir aber wollen es uns nicht verhehlen, daß gerade durch das gegen unsere Wünsche ausgefallene Wahlgesetz die Paulskirche einen großen Theil der Popularität wieder gewonnen hat, welche sie durch ihre Lethargie bei dem Falle Wiens verlor.

In der offiziellen Minister-Soirée bei Hrn. v. Manteuffel war am gestrigen Abend kein Mitglied von der Linken; einige Polen ausgenommen, zu bemerken! Ein neues Symptom, daß die Polen eine von ihrer disherigen Taktik abweichende zu verfolgen beabsichtigen.

Heute Morgen war große Musterung aller in Berlin befindlichen Truppen, deren Zahl sich auf nicht weniger als 20,000 beläuft. Wie man vernimmt, hatte diese Truppen-Entfaltung, bei welcher der König, umgeben von einer glänzenden Suite erschien, keineswegs einen blos militärischen Zweck. Sie sollte zugleich eine politische Demonstration gegen etwa beabsichtigte demokratische Schilderhebungen sein.

Unter den Deputirten zur ersten Kammer spielt Saucken namentlich in den Vorberathungen eine hervorragende Rolle und die Sache der deutschen Einheit hat in ihm einen der wackersten und wärmsten Verfechter. Der Adreßentwurf der ersten Kammer ist lediglich eine Umschreibung der Thronrede; die Adresse selbst wird es hoffentlich nicht noch mehr werden. Der Hauptkampf wird sich um die Worte „Verständigung mit **allen** deutschen Fürsten" drehen, indem doch vielen Deputirten der ersten Kammer sogar die daraus ziehbaren Consequenzen höchst bedenklich erscheinen. Auf der linken Seite der zweiten Kammer ist Rodbertus seiner deutschen Richtung treu geblieben und hat sich an verschiedenen Orten und bei verschiedenen Gelegenheiten sehr warm dahin ausgesprochen, daß Frankfurt auf jede Weise unterstützt werden müsse. Es verdient dies um so mehr hervorgehoben zu werden, als bekanntlich Rodbertus, wie er als Gast Ende verflossenen Jahres in Frankfurt war, nicht allzu freundlich dort aufgenommen wurde. Er kann, wenn er seinen jetzt ausgesprochenen Grundsätzen treu bleibt, dadurch nunmehr denjenigen Gegnern, die ihm Motive persönlichen Ehrgeizes unterlegten, den besten Gegenbeweis liefern.

Die Arbeitseinstellungen zur Erzwingung höhern Lohnes mehren sich und treten in den Nachbarstädlen Köpenick, Spandau u. s. w. gleichzeitig hervor.

* **Berlin**, 10. März. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine Denkschrift des Ministeriums über den Belagerungszustand, worin die Hauptstelle lautet:

„Das Staatsministerium hat die Stimmen nicht überhört, welche den Zweck des Belagerungszustandes für erfüllt und die Aufhebung desselben für zeitgemäß halten. Es hat, eingedenk der Verpflichtung, die Dauer dieser Maßregel nicht über die äußerste Nothwendigkeit zu verlängern, stets von neuem mit Gewissenhaftigkeit sich die Frage vorgelegt, ob und inwieweit der öffentliche Zustand die Aufhebung gestatte; aber, obwohl jede mögliche Milderung eingetreten ist, so verbieten es doch Gründe der gewichtigsten Art, schon jetzt der Bevölkerung der Hauptstadt den Schutz gegen die Wiederholung der anarchischen Zustände ganz zu entziehen, welche durch eine 8monatliche Dauer nur zu tiefe Wurzeln geschlagen haben. Erst wenn ein solcher Schutz durch entsprechende Gesetze ertheilt oder durch die Stimmung der Bevölkerung gewährleistet ist, kann die Beseitigung eines Ausnahmezustandes gerechtfertigt erscheinen, welcher einstweilen das einzige Mittel bleibt, der wuchernden Unordnung Halt zu gebieten. Leider treten die Merkmale noch nicht wiedergekehrter Besonnenheit nur zu deutlich hervor. Dem Verbote entgegen, haben die politischen Vereine der gefährlichsten Färbung nicht aufgehört, als solche ihre Wirksamkeit zu äußern und einzelne Schichten der Bevölkerung in einer Spannung erhalten, welche sich bei jeder irgend dargebotenen Gelegenheit, selbst jetzt, in offener Widersetzlichkeit Luft zu machen suchen. Ja, es liegen dem Staatsministerium Thatsachen der bedrohlichsten Art vor, welche gegenwärtig, theils weil sie Gegenstand gerichtlicher Untersuchung sind, theils weil Rücksichten des Staatswohls entgegenstehen, noch nicht veröffentlicht werden können. Nur so viel mag angedeutet werden, daß zuverlässiger Nachricht zufolge die Fäden der Parteibestrebungen, welche dem Bestand der Monarchie Gefahr drohen, in Berlin zusammenlaufen. Entfesselt man sie hier, bevor die öffentliche Ordnung ausreichende Garantie erhalten hat, so entwaffnet man die Regierung gegen die Feinde der Gesellschaft, so willigt man in Wiederkehr der trostlosen Zustände des verwichenen Jahres und gibt die Mitglieder der Kammern und ihre Berathungen den Unbilden preis, welche die Nationalversammlung im vorigen Jahre zu bestehen hatte."

: **Posen**, 6. März. Heute findet hier eine Generalversammlung sämmtlicher deutschen Verbrüderungsvereine statt, um die Schritte zu berathen, welche in der deutschen Angelegenheit gethan werden sollen. Der Entwurf einer höchst energischen Adresse an die deutsche Nationalversammlung liegt bereits vor. Von Bromberg aus ist eine ähnliche bereits abgesandt worden, auch sind von dort die wackeren Nürnberger wegen ihres deutschen Sinnes begrüßt worden. Bei unseren Nachwahlen für Berlin steht Georg

Beseler im Meseritzer Kreise für die zweite Kammer und Freiherr v. Arnim in Bromberg für die erste auf der Kandidatenliste, und ihre Wahl ist als ziemlich sicher anzusehen. Die Stadt Posen will Friedrich v. Raumer in die erste Kammer wählen.

Die Krakauer Zustände beschäftigen die Polen sehr, alle amtlichen Erlasse der Behörden jener Stadt werden in unsern polnischen Blättern abgedruckt. Es scheint wirklich der Zustand in dem Gebiete des ehemaligen Freistaates immer bedrohlicher zu werden, und sollte der ungarische Kampf noch eine günstige Wendung nehmen, so zweifeln wir nicht an einem Ausbruch dort und an Bewegungen hier, obwohl in Krakau selbst die strengsten Maßregeln getroffen sind. Die Centraldirektion der polnischen Liga ist während der Dauer der Kammern nach Berlin verlegt worden, woselbst die größere Zahl ihrer Mitglieder als Abgeordnete weilen.

⩸ **München**, 7. März. Gestern ist also das Ministerium wieder nicht verkündet worden. Man kam auf der Ministerbank selbst auf die vom Centrum gestellte Interpellation nicht weiter, als bis zu der Erklärung (Beisler's) im Auftrage des Königs: „daß das neue Ministerium der Mehrzahl der zu besetzenden Stellen nach wirklich gebildet sei und dessen Kundgebung heute wirklich erfolgt sein würde, wenn nicht zuvor noch einige Formalitäten zu erfüllen wären, daß dies wohl morgen geschehen und das neue Ministerium seine Thätigkeit beginnen werde." Dies klingt nun wieder erstaunlich sicher, wie alle ministeriellen Aeußerungen in Baiern — wenn nämlich die Herren Minister endlich einmal durchaus genöthigt sind, mit der Sprache herauszugeben. Für diese Sicherheit des Tones scheint Herr Graf Bray mit seinen Erklärungen in der deutschen Frage Vorbild zu sein; und es muß ihm das Verdienst gelassen werden, dadurch an die Stelle des alten, vorsichtigen, wenigstens einen neuen, keckern Diplomatenjargon gesetzt zu haben. Nur schade, daß dieser Jargon sich noch rascher abnutzen wird, als es jener gethan, wenn man — wie unter dem heute noch bestehenden, abgetretenen baierischen Ministerium — immer von Neuem gewahren muß, daß sich dahinter ebenfalls nichts als ein jammervolles System unentschlossenen Zögerns oder zögernder Unentschlossenheit versteckt. Wir meinen dies nicht etwa nur in Bezug auf die deutsche, sondern noch mehr auf die vorliegende Ministerfrage. Sie ist heute noch nicht fest entschieden; es war sogar ein Glück, daß die nächste Kammersitzung erst auf morgen anberaumt ist; denn keineswegs nur an Formalitäten lag es, daß gestern das neue Ministerium nicht verkündet werden konnte. Vielmehr hatte man in Nymphenburg wirklich einmal eingesehen, daß ein durch die Märzereignisse gestürzter Minister, wie Herr Bels, nicht abermals in höchst kritischer Zeit an die Spitze des Ministeriums treten könne. Und so ist man denn nach abermaligem Bedenken endlich wiederum zum Ungeschicktesten, zu einem Provisorium geschritten, und zwar zu einem Provisorium, durch welches die Krone selbst ein größeres Zugeständniß macht, als sie hätte durch ein ganzes, vollkommen oppositionelles Ministerium machen können. Nämlich Herr v. Beisler wird die Verweserschaft des Ministeriums des Innern führen, derselbe Herr v. Beisler, dessen Entlassung während der ganzen Dauer der Ministerkrisis die einzige unabänderlich feststehende Thatsache schien, nachdem er vor der Kammer durch seine Aeußerungen über die Abfassung der Thronrede den König persönlich in die Debatte gezogen, ja gewissermaßen preisgegeben hatte, wenngleich er dann die Bereitwilligkeit des Ministeriums zur Vertretung des Inhalts jener Rede beifügte. Auch tritt nachträglich doch noch der Finanzminister zurück, um seinen Posten dem Staatsrath Aschenbrenner zu überlassen. Hr. Graf Bray dagegen wird das Portefeuille des Aeußern mit der bisher an ihm gewohnten und besonders in der deutschen Frage so glänzend bewährten Selbstständigkeit fortführen; Herr General Lesuire wird ebenfalls nochmals versuchen, den status quo in den Militärangelegenheiten aufrecht zu erhalten — so lang es geht. Hr. Ringelmann dagegen, welchen ich Ihnen neulich als ursprünglichen Kandidaten für das Justizministerium bezeichnete, worin er jedoch Hrn. Kleinschrod weichen mußte, um sich mit dem wieder einmal selbstständig herzustellenden Kultusministerium zu begnügen, dieser Herr Ministerialrath Ringelmann wird diesmal leer ausgehen, da man entschlossen ist, auch die Kultusangelegenheiten bei dem Ressort des interimistischen Ministeriums des Innern zu belassen. Morgen sollen nun wirklich diese Erstaunlichkeiten der Kammer verkündet werden; aber ich stehe natürlich nicht dafür, daß man sich nicht binnen der nächsten Stunde noch einmal anders besinnt. Auf die Verkündigung des Ministeriums soll dann sogleich die der Kammervertagung folgen. Indessen hören wir, daß auch dies wieder seine Anstände findet, da keiner der jetzigen Minister die betreffende königliche Botschaft gegenzeichnen mag. Und was nun die fernern Aussichten? Tritt der Landtag, wie es jetzt heißt, wirklich am Tage nach dem Osterfest wieder zusammen, so wird er dasselbe Ministerium vorfinden, welches bei seiner Vertagung die Portefeuilles übernimmt, und zwar auch noch immer mit demselben provisorischen Vorstand. Es werden hierauf wieder ganz die heutigen Differenzen mit dem Ministerium eintreten; und schließlich wird dieses sich vielleicht zu einer Appellation an das Volk aufraffen, um damit nichts weiter als eine vollkommen radikale Kammer zu gewinnen. Ob man es dann einsehen wird, daß die deutsche Bewegung sich aus der Lebensgeschichte des baierischen Volkes, trotz aller Beihilfe der ultramontanen Partei und der egoistisch-konservativen Bürgerschaften einiger Städte, nicht spurlos wegwischen läßt, sondern auch von oben herab mit Ehrlichkeit fortentwickelt werden muß, wenn sie nicht sprunghaft zur republikanischen Erhebung werden soll — ob man dies dann erst, oder auch dann noch nicht einsehen wird, wissen die Götter. Armes Baiern!

∸ **Stuttgart**, 6. März. Die Vielseitigkeit ist bei unserer Abgeordnetenkammer nicht das am wenigsten Bewundernswürdige: eben erst hat sie ihre militärischen und strategischen Kenntnisse leuchten lassen und heute sitzt sie bis über die Ohren in der Nationalökonomie und stellt Betrachtungen an — erschrecken Sie nicht — über die Frage: ob die Puddlingsfrischerei mit Gas und Torf einen ungünstigen Einfluß auf die Ergebnisse der Berg- und Hüttenwerke geliefert. Ich muß besorgen, daß Sie nicht im Stande sind, mir auf dies interessante Gebiet der Puddlingsfrischerei im Einzelnen zu folgen und beschränke mich deßhalb auf die Mittheilung des von der Kammer zum Beschluß erhobenen Schlußantrags ihrer Kommission, die Regierung möge den Betrieb der Hüttenwerke, sowie die ganze Administration derselben einer sorgfältigen Untersuchung unterwerfen und sodann die geeigneten Anträge an die Stände gelangen lassen. Nur verdient aus diesem Kapitel noch hervorgehoben zu werden, daß die Kommission den Wunsch aussprach, es möchten bald thunlichst ausgedehnte Bohrversuche angestellt werden, um Aufklärung darüber zu erlangen, ob Würtemberg Steinkohlenlager wirklich besitze oder nicht. Bei weitem interessanter, als diese Bergbau- und Steinkohlenabhandlungen war die folgende Debatte über die würtembergischen Salinen. Die Kommission hatte hierbei Anlaß genommen, im Interesse der ärmeren Klasse die Anträge zu formiren, daß die Regierung in Frankfurt bei Durchführung eines gemeinsamen Handelssystems auf Beseitigung der Salzsteuer hinwirken und bei Einführung eines neuen Steuersystems auf eine wesentliche Verminderung bei der Einnahme aus den Salinen Rücksicht nehmen, sodann aber den Steinsalzpreis im ganzen Lande auf 1 Kreuzer das Pfund herabsetzen und dieses Salz für Zwecke der Industrie zu 18 Kreuzer pr. Centner abgeben möge; welchen Anträgen der Abgeordnete Wieland noch den weiteren Antrag beifügte, den Preis des Viehsalzes auf ½ Kreuzer pr. Pfund zu ermäßigen. Der Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer wurde mit besonderer Wärme von dem Abgeordneten Eisenlohr unterstützt, der dem Staate lieber jedes Opfer aufbürden, als eine Steuer fortbestehen lassen wollte, welche vorzugsweise geeignet sei, den Mißmuth des Armen zu nähren, weil sie ihm die einzige Würze seiner einfachen Speise vertheuere; des Viehes aber nahm sich mit wo möglich noch größerer Wärme der Abgeordnete Ritter an, der eine sehr idyllische und sehr lange Geschichte vortrug, deren kurzer Sinn sich dahin zusammenfassen läßt: Ein Bauer hatte 12 Kühe; sechs bekamen Salz zu fressen, sechs nicht, und aus den ersteren hat der Bauer einen höheren Preis gelöst. Die Kammer, überwältigt vor allen Dingen von der Moral dieser Geschichte, trat schließlich allen Anträgen ihrer Kommission bei, obgleich vom Ministertische darauf aufmerksam gemacht wurde, daß in Frankfurt demnächst die Regulirung der Salzpreise für ganz Deutschland erfolgen werde, und deßhalb ein einzelner Staat damit nicht vorgehen könne. Diese Regulirung wird übrigens, wie aus jenen Erklärungen hervorgeht, in der Art beabsichtigt, daß die Salzbereitung aufhört, ein Monopol zu sein, und statt dessen auf die Salzproduktion eine Steuer gelegt wird. Wahrscheinlich also wird sich das Verhältniß in ganz Deutschland in Kurzem in ähnlicher Weise gestalten, wie zur Zeit in Frankreich.

⤫ **Hannover**, 7. März. Die zweite Kammer hat sich

bis Montag vertagt. Freudentheil ermahnte die Mitglieder, wenigstens die Stadt nicht zu verlassen. Die Petitionen für die Grundrechte laufen ungefähr doppelt so zahlreich ein wie die wider die Grundrechte gerichteten, obgleich Edelleute, Prediger, Beamte ihr Möglichstes thun, um das Volk gegen die Grundrechte aufzuwiegeln. Aber das hannoversche Volk durchdringt das klare Bewußtsein, daß es sich hier um weit höhere Dinge handelt, als um diesen oder jenen Paragraphen der Grundrechte, welchen die rückwärts strebende Partei ja nur auszubeuten bemüht ist, um das Volk irre zu machen. Aber es soll den Dunkelmännern nicht gelingen. Wenn Hannover treu zur deutschen Sache steht, so ist ein wenigstens den ganzen Norden Deutschlands umfassender Bundesstaat gesichert. Und das übrige Deutschland wird gar bald sich anschließen. Das ist der einzige Weg, wie aus Deutschland etwas werden kann. Das wissen wir und werden unsere Pflicht thun. Unser theures Vaterland gleicht einem Schiffe im nächtlichen Sturme. Ueberall muß die Mannschaft auf ihrem Platze sein und wenn sie auch kaum Hand vor Augen sieht, ein Jeder thun, was ihm obliegt. So wird das Schiff mit Gotteshilfe gerettet werden!

** **Hannover**, 8. März. Die deutsche Partei ist stark und hat ihren Sitz in allen Städten, in den Provinzen Bremen, Verden, Ostfriesland, Hildesheim u. a. m. Dagegen ist die Provinz Calenberg und der Harz ganz den Weißgelben Preis gegeben, die denn auch unermüdlich Petitionen kolportiren lassen. Dies alles hätte Herr Stüve vermeiden können, wenn er seinen Rücktritt sofort genommen hätte als er ihn ankündigte. Vor allen Dingen sind heute die Beamten und Hofhandwerker in die Höhe gebracht, um dem Könige eine Bitte vorzulegen, daß er unter allen Umständen das Ministerium behalten möge, aber mit Gepfeife und Gespötte sind die Petenten zum Schlosse begleitet. Es wäre ein Kleines, Tausende auf die Beine zu bringen, um die sofortige Veröffentlichung der Grundrechte zu verlangen, wenn nicht der politisch gebildetere Theil der Meinung wäre, daß diese Frage bereits auf dem gehörigen Wege durch die Ständeversammlung entschieden wäre. Daneben hat sich gestern die zweite Kammer auf 3 Tage und soeben die erste Kammer auf 2 Tage vertagt, weil es kläglich anzusehen war, wie die Abgeordneten tagtäglich zusammenkamen, und wieder auseinandergehen, weil die Minister und Regierungskommissäre nicht zugegen waren. Dazu schrieb dann die hann. Zeitung, jeder Tag koste dem Lande so und so viel hundert Thaler, allein aus dem Grunde weil die Stände die Grundrechte durchaus haben wollten. Einen großen Fehler hat nach unserer Ueberzeugung vorgestern Herr Lang I. gemacht, daß er dem Unterhändler zwischen dem König und ihm, v. Münchhausen, gesagt haben soll, seine Partei denke gar nicht daran Minister zu werden, nachdem sie dem Könige ein ächt demokratisches Programm vorgelegt hatte. Der Lärm gegen die Weißgelben wird so stark, daß Bürgerwehr requirirt wird. Die Ordensverleihung an Windischgrätz und Jellacic erregt überall die größte Mißstimmung. So eben sind einige Fenster in einem Bürgerhause eingeworfen. Die gelbweiße Demonstration ist aufs allerkläglichste ausgefallen.

△ **Aus Baden**, 10. März. Der Abgeordnete Brentano hat sein Mandat niedergelegt, „weil er es mit seinem Gewissen und seinen Pflichten gegen das souveraine Volk für unvereinbar hält, an einer Versammlung Theil zu nehmen, welcher das Volk sowohl im Allgemeinen als in der Person einzelner Mitglieder entschiedene Mißtrauensvoten gegeben hat und welche zur Verhöhnung des Volkes sich jetzt noch anmaßt, auf seinen Beutel hin die wichtigsten Gesetze und Einrichtungen des Landes berathen und beschließen zu wollen." In gleicher Weise erklärt der Volksverein zu Lahr, daß „eine Volksvertretung, die es bis zu der Fähigkeit gebracht hat, Unwissenheit über den Willen ihrer Vollmachtgeber zu heucheln, sich zum Gegenstande des sittlichen Abscheues in dem Grade gemacht hat, daß ein fernerer Verkehr mit ihr, ohne Wegwerfung seiner eigenen Würde, nicht mehr möglich ist, und daß er gegen Alles protestire, was eine solche Gesellschaft zum Nachtheil des Volkes noch unternehmen könne." Die Bierbrauer von Heidelberg endlich haben auf eine Aufforderung des Finanzministers, ihr Gutachten über ein demnächst den Kammern vorzulegendes neues Biersteuergesetz abzugeben, geantwortet: „Die Kammern haben das Vertrauen des badischen Volkes, also auch der Heidelberger Bierbrauer (bemerken Sie, wie streng logisch) durchaus verloren und wir werden deshalb auch kein Gesetz von ihnen annehmen und verwahren uns aufs Entschiedenste gegen ein solches Gesetz."

So gewichtigen Stimmen zum Trotze ist die Kammer entschlossen, zu bleiben und das große Werk der Umgestaltung unseres Staatslebens, welches sie im März des vorigen Jahres begonnen, nicht unvollendet zu lassen, sondern in der damals eingeschlagenen Richtung zum Ziele zu führen. Eine große Anzahl von Gesetzen ist in diesem Sinne bereits erlassen, die wichtigsten und eingreifendsten sind zwar längst vorbereitet, bedürfen aber noch des Abschlusses. Das Gesetz über die Gerichtsverfassung, ohne welches das Institut der Geschwornengerichte nicht vollständig ins Leben treten kann, das Gesetz über die Landesverwaltung durch die bürgerlichen Kreisversammlungen und Kreisausschüsse, nicht nur für die Freiheit, sondern auch für den öffentlichen Haushalt und Verkehr vielleicht das wichtigste von allen, die Gesetze, welche erforderlich sind, um dem zerrütteten Staatshaushalt wieder aufzuhelfen und die Mittel herbeizuschaffen, der dringenden Noth Einhalt zu thun, endlich das Gesetz über die Wahl und Zusammensetzung der künftigen Landesvertretung: das Alles zu vollenden, hat sich die Kammer berufen und berechtigt geglaubt. Geht sie jetzt aus einander, so überläßt sie die wichtigsten Bestimmungen für die Zukunft des Volkes einer Versammlung, die aus einer durch Lügen und Täuschungen künstlich aufgeregten und irregeleiteten Masse hervorgegangen ist; geht sie jetzt aus einander, so schleudert sie die Brandfackel in eine Pulvermine, denn ein erbitterter Wahlkampf, wie er nicht ausbleiben kann, würde im gegenwärtigen Augenblicke der Republik und der Anarchie die Thore öffnen. Man muß sich in der That klar machen, wohin es führen würde, wenn jede Kammer sich aufzulösen hätte, sobald eine Anzahl von Petitionen gegen sie zusammengebracht wäre. Das wird Niemand bestreiten, daß gegen jede Regierung, heiße sie wie sie wolle, Unterschriften unzufriedener Leute in Menge aufgebracht werden können. Das Resultat aber wäre alle paar Wochen eine andere Kammer und eine andere Regierung, oder, was am Ende dasselbe ist, gar keine Kammer und gar keine Regierung.

⊙ **Lübeck**, 7. März. Gestern war die alte Bürgerschaft zu einer vertraulichen Schlußsitzung berufen. Der erste Kommissarius des Senats, Syndikus v. d. Hude eröffnete die Sitzung, indem er im Auftrage des Senates der Bürgerschaft dessen Dank aussprach. Der Wortführer der Bürgerschaft, Boldemann, sprach in seiner Erwiederung den Wunsch aus, daß auch der neuen Bürgerschaft, welcher die alte willig den Platz räume, stets im Einvernehmen mit dem Senate das Wohl des Ganzen zu fördern beschieden sein möchte. Heute fand die Eröffnung der neuen Bürgerschaft statt. Nach einigen einleitenden Worten des ersten Senats-Kommissarius, ward zur Wahl des Büreaus geschritten. Zum Wortführer wurde erwählt Dr. jur. Heinr. Behn, zum ersten Stellvertreter desselben, Kaufmann Behrens, zum zweiten Stellvertreter Dr. jur. Krüger. Darauf ward die Wahl des aus 30 Personen bestehenden Bürgerausschusses vorgenommen. Es wurden gewählt: 6 Advokaten, 11 Kaufleute, 9 Gewerbtreibende, 1 Major a. D., 3 Landbewohner.

Das neugebaute Dampfschiff Lübeck, auf dessen Erwerb das Reichsministerium des Krieges einstweilen verzichtet hat, wird nach einer erlassenen Ankündigung seine Fahrten nach Kopenhagen, Gothenburg und Christiania am 17. April beginnen.

Großbritannien.

* **London**, 7. März. In der gestrigen Unterhaussitzung, in welcher Lord J. Russell, wie schon erwähnt, dem Hause die Ernennung Sir Charles Napiers zur Anzeige brachte, wurde endlich auch der ministerielle Vorschlag zu einer Hilfsarmensteuer in Irland mit der unerwartet großen Mehrheit von 206 gegen 31 Stimmen angenommen. Diese Steuer trifft jedes Pfund Werth realen Eigenthums mit 6 Pence (18 kr.), ist also im Grunde eine Art Einkommensteuer, um 1 Penny noch niedriger als die Einkommensteuer in England und Schottland, welche überdies unter den Arten Einkommens keinen Unterschied macht. Im Oberhause entspann sich, durch Lord Stanley angeregt, eine interessante sog. „Konversation" über den Seitens der britischen Regierung den Sicilianern gewährten Beistand. Lord Brougham spottete über die von seinem edeln Freunde dem Konseilpräsidenten (Marquis Landsdowne) öfters gebrauchten Worte „Regierung von Sicilien"; er könne die gegenwärtige sicilianische

Regierung eben so wenig als eine Regierung de jure anerkennen, als Smith O'Briens Ausschuß als die Regierung Irlands anerkannt worden sei. Auch der Herzog von Wellington ergriff das Wort, um den Minister an die Wiener Verträge zu erinnern wogegen Graf Minto versichern zu dürfen glaubte, daß der einzige auf Neapel und Sicilien Bezug habende Artikel des Wiener Vertrags, der 104te, nichts mit der jetzigen Streitfrage zu thun habe. Wenn die Sicilianer die Rechte, die ihnen durch die Verfassung von 1812 gewährt worden, zurückforderten, so ständen sie auf gesetzlichem Boden. Von diesem Standpunkte aus habe er die Unterhandlungen geleitet. Jener Artikel beziehe sich wesentlich nur auf die Wiedereinsetzung des Königs in seine neapolitanischen Besitzungen und erkenne ihm als Titel — und nicht mehr — den eines Königs des Königreichs beider Sizilien zu; sei er doch auch, wie der edle und gelehrte Lord wissen werde, in demselben Aktenstück König von Jerusalem zugenannt. Lord Brougham: „Ja, aber der Graf (Lord Minto) ist nicht nach Jerusalem gegangen!" (Heiterkeit.)

Die Lage des britischen Heeres im Pendschab, die, wie man befürchtet, eine sehr bedrängte ist, beschäftigt aufs lebhafteste sowohl das Publikum als die Presse. Wenn man schon ungehalten über Lord Hugh Gough ist, der nun bereits zweimal seine Truppen übereilt und erfolglos auf die Schlachtbank getrieben, so richtet sich doch der Haupttadel gegen das ostindische Direktorium, welches bloß persönlicher Reibungen wegen, es nicht über sich gewinnen konnte, dem großen Kenner ostindischer Kriegsführung, dem zugleich mit staatsmännischen Fähigkeiten bekleideten Sir Charles Napier, den Oberbefehl über das britische Heer in Ostindien anzuvertrauen, dafür einen bloßen Dreinschläger wie Lord Gough mit diesem hochwichtigen und gefährlichen Posten bekleidete und so eben im Begriff war, einen ähnlichen Mißgriff zu begehen, indem es bereits den Sir W. Gomm, Gouverneur von Mauritius, einen ziemlich unbekannten Offizier, zu diesem Posten auserseben hatte. Die jetzt erfolgte Ernennung Napiers zum Generalissimus ist um so bedeutungsvoller, da dieser General die definitive Eroberung und Einverleibung des Pendschab für nothwendig hält. Auf den Inhalt der jetzt vorliegenden offiziellen Berichte über die blutige Schlacht am Dschelum kommen wir noch zurück.

Der „Herald" bringt ebenfalls, als eine „wichtige Nachricht aus Malta" die Mittheilung, daß der russische Gesandte, Herr Titow, in amtlicher Weise bei der Pforte um die Erlaubniß nachgesucht habe, daß eine russische Flotte ungehindert durch die Dardanellen segeln dürfe. Der Sultan habe die übrigen Gesandten zu Rath gezogen und auf deren Eingebung die Erlaubniß verweigert, worauf Hr. Titow erklärt habe, so werde Rußland sich die Durchfahrt erzwingen müssen. Ist diese Mittheilung wenigstens in ihrer letzten Hälfte sehr in Zweifel zu ziehen, so gehört folgende gewiß in das Gebiet der Mythe: auf die Einflüsterung Rußlands habe Oesterreich die Pforte ersucht, ihm eine Flotte zur Bezwingung Venedigs zu leihen, auf den Rath der andern Mächte habe die Pforte dies verweigert.

Frankreich.

△ **Paris**, 7. März. Paris ist vergnügt, daß das ganze Sozialistenlager es verlassen hat und nach Bourges übergesiedelt ist. Heute beginnt daselbst der große Prozeß der Maiangeklagten vor dem Nationalgerichtshof. Die Sitzungen werden mit kurzen Unterbrechungen von 10 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends dauern. Die Geschwornen der 86 Departements sind beinahe alle eingetroffen. Nur zwei haben sich entschuldigt. Den Gefangenen wird der Besuch ihrer Verwandten und Freunde gestattet. Barbes befindet sich viel in Gesellschaft seiner Schwester und seines Schwagers; der alte General de Courtais immer in der seiner Frau. Die Stadt ist voll von Neugierigen und Erwartungsvollen; Journalisten, Französische, Englische und Deutsche haben sich in solcher Menge eingefunden, daß besondere Vorkehrungen im Sitzungssaal für sie getroffen werden müssen. Paris füllt sich indeß mit Fremden anderer Art. Man will es als einen Beweis betrachten, wie schnell mit der neuen Ordnung der Dinge das Vertrauen und die Sicherheit wiederkehre, daß täglich durch Reichthum und Rang ausgezeichnete Gäste eintreffen u. A. die Fürstin Lieven, die Herzogin Montrose, die Marquise Ailesbury, Lord und Lady Holland, welche letztere sich durch ihre Gastfreundschaft gegen alle nach England verschlagenen politischen Notabilitäten unsrer Zeit ausgezeichnet und namentlich auch die verbannten Mitglieder der Familie Bonaparte, so wie den Grafen Montemolin, die Louis Philipp'sche Familie, den Fürsten Metternich und die Hrn. Guizot, Duchatel, Salvandy auf das Freundschaftlichste bei sich aufgenommen haben. Das Bewußtsein, wieder unter den Augen so vornehmer Beschützer zu stehen, gibt denn auch der sogenannten reaktionären Presse neuen Schwung; so hat die Assemble Nationale folgenden Artikel, der an Naivität Alles übertreffen mag, was seit der Februarrevolution von dieser Partei geschrieben worden ist. „Die Börse", sagt sie, „ist fortwährend im Steigen begriffen und das Vertrauen kehrt wieder: auf den Boulevards und in den Champs Elysees erscheinen wieder mit Wappen bemalte Equipagen. Die „Rothhäute" brüllen über diesen Anblick und sie sehnen sich zurück nach den schönen Tagen der provisorischen Regierung, wo die Blusen die öffentlichen Plätze überschwemmten und in freier Luft Klubs hielten. Wer hat diesen neuen Segen, diese allgemeine Sicherheit geschaffen? Offenbar der erste Sieg der gemäßigten Partei, die Wahl vom 10. Dez., und wir sind überzeugt, daß die Wahlen des Monats Mai die öffentlichen Fonds sehr nahe al pari bringen werden. Welche Demüthigung für jene Menschen, die sich für Volksfreunde, für Schöpfer des öffentlichen Wohls ausgeben! Wenn der Luxus wiederkehrt, wird auch der Handel und mit ihm die Werkstätten wieder in Thätigkeit kommen. Dieß ist besser, als wie Wilde über die Reichen herzufallen und ihnen mit dem Ça ira zu drohen. Wir benachrichtigen übrigens alle jene tapfren Federhelden, daß seit der Carmagnole die Zeiten sich geändert haben und daß Reiche und Arme, Kapitalisten, Bauern und Arbeiter mit der Flinte in der Hand einer so gut wie der andre sind. Wenn Jedermann Muth hat, fürchtet man weder niedrige Gesänge noch barbarische Handlungen: man ist zu allem bereit, man vertraut und wartet. Wehe dem, der dies nicht versteht?" Der Muth der Republikaner κατ' ἐξοχήν sinkt in demselben Grade, wie die Hoffnungen der ehemaligen Königlichen steigen. Es bleibt ihnen nichts übrig, als sich über sich selbst lustig zu machen. So enthält der Charivari, den wohl Niemand im Verdacht der reaktionären Gesinnung haben wird, heute eine Karrikatur, auf der ein Mann in der Portieruniform der Nationalversammlung mit Trauerabzeichen und kläglicher Miene folgende Ankündigung vorträgt: „Die Republik hat die Ehre, Sie von dem schmerzlichen Verlust ihrer ältesten Tochter, der Nationalversammlung, zu benachrichtigen, welche ihr in dem Alter von einem Jahr, trotz einer ausgezeichneten Konstitution, entrissen worden ist. Ihre zahlreichen Freunde sind gebeten, sich zur Vermeidung von Unordnungen vor dem Sterbehaus nicht zu versammeln." Da ich einmal im Zuge bin, Ihnen die Spöttereien über die Nationalversammlung mitzutheilen, so muß ich eines Couplets gedenken, das neulich in den Varietes einen nicht enden wollenden Beifallssturm hervorrief.

Les questions étant majeures,
Les représentans aujourd'hui
Arrivent tout juste à deux heures,
Au lieu d'arriver à midi.

Sur la loi dite électorale,
Ils votent, mais bien tristement;
Car pour eux cette loi fatale
Est un billet d'enterrement.

* **Paris**, 8. März. Unmittelbar nach der Eröffnung der heutigen Sitzung erhält Buvignier das Wort, um über die italienischen Angelegenheiten zu interpelliren: Der Redner erörtert, daß das Einschreiten der nordischen Mächte in fremdes Gebiet ein Anzeichen von einer neugebildeten feindlichen Koalition sei deren erste Streiche gegen Italien gerichtet sind. Die Lage Frankreichs sei jetzt dieselbe, wie 1792 und die Anhänger der Monarchie zählten wie damals auf die Intervention des Auslandes, wenn erst das Bollwerk, das ihm Italien für Frankreich bilde, umgeworfen sein werde. Der Redner beklagt sich, daß die Gesandten der römischen Republik nicht von der französischen Regierung empfangen worden seien, daß dieselbe dem Einschreiten der Mächte in Italien ruhig zusehe. Er schlage daher vor, daß die Versammlung durch ein feierliches Votum ihr Dekret vom 24. Mai (welches die Befreiung Italiens gewährleistet) und den Artikel der Konstitution, welcher jeder Nation das Recht zuspricht, unabhängig ihre Regierungsform zu ändern, nochmals gutheiße. **Drouyn de l'Huys**, Minister des Aeußern, behauptet, daß die Regierung der Politik treu geblieben sei, welche die Nationalver-

sammlung schon früher gebilligt habe. Der Vorschlag des Hrn. Buvignier hätte zur Folge die Nationalversammlung zu einer Politik zu veranlassen, welche das Land allen Lasten und allen Wechselfällen des Krieges aussetze; die Versammlung möge entscheiden, ob sie diese Politik befolgen wolle. Ledru Rollin: Da die Regierung nicht auf die an sie gerichtete Frage antworten will, so will ich versuchen, es in ihrem Namen zu thun. Die Absicht der Regierung geht aus ihrem Benehmen gegen die Gesandten der römischen Republik hervor, welchen sie geantwortet hat, daß Frankreich die römische Republik nicht anerkennen könne, weil sie dem allgemein ausgesprochenen Wunsche Europa's zuwider sei; die französische Regierung erkenne keinen andern römischen Gesandten an, als den päpstlichen Nuntius. Ist dieß die Politik des Dekretes vom 24. Mai? Mein Kollege Hr. Lamartine mag es bezeugen! Der Redner untersucht hierauf, welches denn die frühere Meinung Odilon Barrots über diese Frage gewesen, und beweist durch mehrere Stellen aus dessen Reden im Jahr 1831, daß derselbe stets die Nicht-Intervention in Italien verkündigt habe. Den Präsidenten der französischen Republik betreffend frägt er, ob derselbe vergessen habe, daß sein Bruder an seiner Seite im Kampfe für die Freiheit Italiens getödtet wurde. Er solle sich erinnern, daß sein Oheim, der doch die Religion in Frankreich wieder hergestellt, stets die weltliche Macht des Papstes von seiner geistlichen getrennt habe, und das römische Volk so wie die katholische Christenheit hätten sich nicht schlecht dabei befunden. Lamartine: Ich würde nicht die Rednerbühne bestiegen haben, wäre ich nicht von meinem Vorgänger gleichsam hiezu aufgefordert worden, denn es gibt Nichts gefährlicheres als die Diplomatie auf der Rednerbühne. Der Redner sucht nun zu beweisen, daß die provisorische Regierung ihrem Manifeste treu geblieben und Italien nicht wie behauptet schmählich verlassen habe; der König von Sardinien habe bis zum letzten Augenblick den Beistand, der ihm angeboten worden, zurückgewiesen. Was nach Abtritt der provisorischen Regierung vorgefallen, dafür könne er nicht verantwortlich sein. Der Redner untersucht hierauf was die Politik Frankreichs gegenüber von Italien sein müsse. Hier biete sich ein dreifacher Gesichtspunkt der Frage dar: ein ultrakatholischer, ein radikaler und endlich ein politisch-französisch-republikanischer. Wenn sich das Ministerium für den erstern ausspreche, so möge es interveniren oder interveniren lassen, wenn es vorziehe, im Hintergrund zu bleiben; wolle man den zweiten Standpunkt einnehmen, so müsse man sich auf einen Religionskrieg gefaßt machen. Im dritten Falle aber müsse sich das Ministerium energisch gegen alle fremde Intervention aussprechen und Unterhandlungen in einem europäischen Kongreß der katholischen Mächte eröffnen. Cavaignac protestirt gegen einen Ausdruck Lamartine's, wonach zwischen der Politik beider ein Unterschied gewesen sei. Er habe stets öffentlich erklärt, daß er die Politik des Manifestes vom 21. Mai befolge. Wenn Hr. Lamartine gefunden, daß dieß falsch war, so hätte er es damals sagen sollen. Was die politische Frage selbst betreffe, so sei er bereit, sich ausführlich hierüber auszusprechen, wenn das Ministerium erkläre, daß dieß ohne Gefahr geschehen könne. Beim Postschluß antwortet Lamartine, um sich zu entschuldigen.

Der heutige Moniteur enthält die amtliche Bekanntmachung des neuen Gesetzes über den Staatsrath. Derselbe wird aus 40 Staatsräthen unter dem Präsidium des Vicepräsidenten der Republik, 24 Assessoren, 24 Referendarien, einem Generalsekretär und einem Sekretär für die Sektion der Kompetenzkonflikte bestehen. Die 40 Staatsräthe werden sofort von der jetzigen Nationalversammlung ernannt, die Hälfte derselben jedoch in den ersten zwei Monaten des Zusammenseins der kommenden Nationalversammlung durch das Loos ausgeschieden und durch neue Wahlen ersetzt werden. — Der nichtamtliche Theil des Moniteurs veröffentlicht zwei Rundschreiben des Ministers des Innern Leon Faucher an die Präfekten. In dem ersteren wird denselben auf's neue eingeschärft, rothe Fahnen und rothe Mützen nirgends zu dulden und nöthigenfalls die bewaffnete Macht gegen diese das Volk beunruhigenden Zeichen des Aufruhrs und des Schreckens zu requiriren. Die Präfekten werden angewiesen, sich dabei auf ein Dekret der Nationalversammlung vom 11. August, worin die Ausstellung von Sinnbildern der Unordnung und des Aufruhrs untersagt wird, und auf die Befehle der Regierung zu berufen. In dem zweiten Rundschreiben werden die Präfekten aufgefordert, den sogenannten „Brüderlichen Bund der Freunde der Ordnung“, der durch seine Organisation in Legionen, Centurien und Dekurien mit militärisch subordinirten Führern und durch seine Statuten unter die Kategorie einer geheimen Gesellschaft fällt, als gesetzwidrig, obgleich von den besten Absichten beseelt, überall aufzulösen und seine Mitglieder nöthigenfalls gerichtlich zu verfolgen, um den Gegnern der Ordnung, setzt der Minister hinzu, kein Recht zu geben, sofort einen viel ausgedehnteren Bund zum Zweck der Aufregung und Ruhestörung zu organisiren, nach Art des Bundes der Solidarité republicaine, den die Regierung sich beeilt hat aufzulösen. Der Moniteur enthält ferner eine halboffizielle Notiz, wonach der Präsident der Republik, im Widerspruch mit der Behauptung fast aller Journale, sich an der Zusammensetzung des Wahlausschusses der Rue de Poitiers durchaus nicht betheiligt hätte. Der Präsident, heißt es darin, will sich jedes Einflusses auf die Wahlen auf das strengste enthalten.

Spanien.

Die Nachrichten aus Spanien sind ohne Bedeutung. Narvaez hat wieder einem Deputirten der Opposition wegen einer von demselben in der Deputirtenkammer gemachten Aeußerung eine Herausforderung zugeschickt. Durch das vermittelnde Einschreiten des Präsidenten der Kammer ist die Sache beigelegt worden.

Italien.

Nach dem Nove Tebbrajo von Bologna haben sich die gegen Carrara beorderten österreichischen und modenesischen Truppen bei der Erscheinung einer starken Abtheilung von Piemontesen wieder zurückgezogen. Monsignore Savelli, von Pius IX. zum päpstlichen Prolegaten von Ferrara ernannt, ist dort angekommen und hat seine Wohnung in der Citadelle, unter dem Schutze der Oesterreicher, aufgeschlagen.

Schweiz.

) **Bern**, 6. März. Die Schweiz ist wohl das einzige Land in Europa, welches von einem Proletariate im herkömmlichen Sinne bisher nichts wußte, weil der Besitz gleichmäßiger vertheilt ist, für die Armen von allen Seiten sehr viel gethan wird, und was die Hauptursache ist, der Luxus und die Genußsucht der großen Städte unsere glücklichen Thäler bisher verschont hat. Allein die Begehrlichkeiten fangen an, sich in bedenklichen Symptomen zu äußern, und leicht dürfte in der nächsten Zukunft eine soziale Bewegung hier um sich greifen, welche, wenn der Staat sich nicht der Sache bemächtigt und die immer lauter werdenden Wünsche berücksichtigt, bedenklich werden kann. Vorgestern fand in der Nähe von Bern eine Art Volksversammlung statt, welche besonders von der ärmeren Volksklasse besucht war. Die gegenwärtige Noth der untern Stände wurde besprochen und die Auswanderungsfrage, das Armenwesen, eine gleichmäßige Gütervertheilung verhandelt. Alles Elend der Gegenwart wurde der neuen Regierung Schuld gegeben, und als Mittel zur Abhilfe eine Verfassungsrevision beschlossen, da man „vorläufig“ auf dem gesetzlichen Weg bleiben wolle. Dasselbe wollen die Konservativen, und sie freuen sich deswegen einer auch von dieser Seite beginnenden Opposition gegen die Regierung. Aber einige Redner ließen Aeußerungen fallen, die geeignet sind, Bedenken zu erregen. In der neuen Verfassung, so hieß es, sollen die Advokaten und selbst die Gerichte als etwas Ueberflüssiges abgeschafft, die Zuchthäuser geleert und die Güter getheilt werden. Gehe dies nicht auf friedlichem Wege, so werde man die Reichen todt schlagen, nach Bern ziehen und die Junkerngasse, wo die reichsten Patrizier wohnen, plündern. Zuletzt beschloß man noch, das Proletariat solle sich, ähnlich wie die Volksvereine, kreisweise organisiren, um in regelmäßigen wöchentlichen Versammlungen diese Ideen im Volke zu verbreiten. Vermuthlich hofft man, mit diesen Drohungen den großen Rath zu bewegen, noch einmal die Auswanderungsfrage an die Hand zu nehmen und sie mehr im Interesse der unteren Volksklassen zu erledigen, die bereit sind, ihre Heimath zu verlassen, wenn ihnen der Staat hiezu behülflich sein will.

Die Sturmpetition an die Bundesversammlung gegen die Kapitulation mit Neapel ist in vollem Gange. Der Berner Volksverein hat am 3. d. beschlossen, von der Bundesversammlung die sofortige Aufhebung der Militärkapitulationen ohne Ent-

schädigung zu verlangen: Die daherige Adresse soll allen Volksvereinssektionen mitgetheilt und mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln dahin gewirkt werden, diese Angelegenheit auf ehrenhafte Weise zu erledigen. Der Beschluß des Bundesraths, in dieser Frage keinen Antrag an die Bundesversammlung zu bringen, ist keineswegs, wie berichtet wurde, einstimmig gefaßt worden. Franscini ist im Tessin abwesend, um seine Familie zu holen, und Druey wollte diejenigen Kantone, welche Militärcapitulationen haben, auf die wesentlichen Nachtheile aufmerksam machen, die daraus für sie und die Schweiz entstehen; die Kantone möchten untersuchen, ob es nicht der Fall sei, sie zu brechen und auf welche Weise man zu diesem Zwecke gelangen könnte; es seien sodann, wenn man die Antworten erhalten habe, Vorschläge an die Bundesversammlung in der Absicht zu machen, die Kapitulationen aufzuheben, wenn die Lage der Schweiz und Italiens es erheische. Druey beantragte ferner, die Werbungen für die neapolitanischen Regimenter so lange einzustellen, bis eben jene Antworten der Kantone eingegangen seien. Bei der Motivirung dieser Anträge stützte sich Druey besonders auf das Recht, welches schon die Tagsatzung hatte und das die Bundesversammlung noch in größerem Maße besitzt, alle für die innere und äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft oder durch höhere Interessen des Landes gebotenen Maßregeln zu treffen. Auch biete der Text der Kapitulation der Schweiz so gut, wie dem König von Neapel Mittel, die Werbungen einzustellen, und selbst den Vertrag zu brechen, ohne daß die Offiziere und Soldaten die Ansprüche verlieren, die sie auf Pension und Renten haben. Verschiedene angesehene Blätter der Schweiz sehen den Moment immer näher rücken, wo diejenigen Großmächte, welche mit der größten Integrität an den Verträgen vom Jahr 1815 festhalten wollen, mit der Schweiz abrechnen werden, weil dieselbe ohne Genehmigung der Großmächte den Staatenbund in einen Bundesstaat abgeändert und das republikanisirte Neuenburg ohne Preußens und der Allirten Zustimmung in die Bundesversammlung aufgenommen habe. Sie rufen: gegen die bald herandringende Gewalt von Außen und die Reaktionsbestrebungen im Innern ist nur ein Mittel übrig: inniger Verband mit den für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern.

Gestern ist der Berner Große Rath zur Fortsetzung seiner jüngst unterbrochenen Sitzung zusammengetreten, und er begann mit der Berathung des Gewerbegesetzes. Von Bedeutung in dem Entwurf ist nur der Grundsatz der Reciprocität und der Gedanke der Association. Der Berichterstatter, Dr. Schneider, schloß seinen gründlichen Eingangsrapport mit Franklins Worten: Wenn euch Jemand sagt, daß den Gewerben anders geholfen werden kann, als durch Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit, so glaubet ihm nicht, er ist ein Volksbetrüger.

Privatnachrichten aus Turin melden, man sehe jeden Augenblick dem Ausbruch des Krieges mit Oesterreich entgegen. Der König sei durch seine schwankende Politik zu einer bloßen Null herabgesunken. Die einzige Stütze, die er bisher noch hatte, im Adel und einem Theil des Heeres, habe er fast ganz verloren. An der Grenze von Genua bis zum Lago Maggiore sind gegen 200,000 Mann aufgestellt, und der Oberbefehlshaber Chrzanowski habe den Plan, mit der ganzen Macht in drei Kolonnen nördlich, westlich und südlich auf einmal zu operiren. Das Korps der Lombardei betrage 30,000 Mann. Die Landarmee und Venedig zählt 16,000 Mann, die Nationalgarde 10,000 und die Marine 6000. Das baare Geld ist rar. Die sardinische Flotte ist in Ankona und Venedig. Die französische Flotte des adriatischen Meeres besteht aus einem Dampfer und einer Segelfregatte, welche vor Triest liegen. Der Pluto, der Solon und der Brasier sind vor Venedig. Der Jupiter soll ohne Verzug anlangen. Die Engländer haben nur einige Dampfschiffe vor Triest und Venedig.

Bern. Der neue sardinische Minister des Auswärtigen, Colli, hat eine Beschwerde des schweizerischen Bundesrathes darüber, daß die in Sardinien niedergelassenen Schweizer zum Dienste in der Nationalgarde angehalten werden, dahin erwidert, daß nur diejenigen Fremden zu diesem Dienste verpflichtet seien, welche in Folge ihrer Niederlassung in Sardinien naturalisirt worden seien, dem Landesherrn Treue geschworen haben u. s. w.; es seien nun die nöthigen Verfügungen getroffen, damit in Zukunft diejenigen Schweizer, auf welche jene Gesetzesbestimmungen nicht anwendbar seien, nicht in Anspruch genommen werden. (N. Z. Z.)

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Post-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 71. Frankfurt a. M., Montag 12. März. 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

□ **Frankfurt,** 10. März. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt wurde zuvörderst ein dringlicher Antrag des Abgeordneten Herrn May verlesen, der Senat wolle das Kriegszeugamt dahin anweisen, daß die neu eintretenden Stadtwehrmänner nicht gehalten seien, vor erfolgter Reorganisation der Stadtwehr Uniform und Waffen anzuschaffen. Der Antrag wurde, nachdem Herr Schöff Souchay bemerkt, daß der Inhalt des hier ausgesprochenen Wunsches bereits am geeigneten Orte in gleicher Weise aufgefaßt worden, und nachdem Herr Bürgermeister Cöster des Weiteren hinzugefügt, daß demgemäß bereits die Neubürger ihren Bürgereid ohne die Uniform hätten schwören dürfen, ohne Diskussion zum Beschluß erhoben; ebenso ein Antrag der Kommission, welche den Vortrag des Senats über die Beschaffung der erforderlichen Räume für das öffentliche und mündliche Verfahren zu begutachten hatte, die vom Senat getroffene Wahl des städtischen Leinwandhauses und die für den Bau und die Mobiliar-Einrichtungen vorangeschlagenen Kosten zu genehmigen; endlich ein fernerer Antrag einer anderen Kommission, den Senat um die Einrichtung des städtischen Grundstückes Gew. I. Nro. 70 zum städtischen Schießplatz zu ersuchen. Ein folgender Antrag der betreffenden Kommission, eine Nachbewilligung von im Ganzen 12,690 fl. auf den Bedürfnißstand des Polizeiamtes von 1818 zu genehmigen, rief nicht sowohl eine lange Diskussion, als lange Monita und Deklamationen des Schirmers aller Bedrängten, Herrn Dr. A. Friedleben hervor, der diesmal als Hort aller auf dem Schube beförderten und noch zu befördernden Individuen auftrat. In dem spezificirten Bedürfnißstand kommen übrigens eine Menge patriotischer Züge des Polizeiamtes vor: bald hat es zu Ehren des Vorparlaments eine Illumination veranstaltet, bald hat es in den Barrikadentagen die Gensdarmen mit Speise und Trank gelabt, bald hat es eine Anzahl schwarz-roth-goldner Kokarden angekauft und zwar zu dem enormen Preise von 1 fl. 24 kr. das Stück. „Diese Kokarden waren damals theurer als jetzt", bemerkte der Berichterstatter trocken. Ein fernerer Antrag des Abgeordneten Dänzer um unentgeldliche Aufnahme unbemittelter Landbewohner, gleich den Stadtbürgern, in die Heilanstalt für Irre und Epileptische, wurde nach einer Debatte von ermüdender Weitschweifigkeit an einen eigenen Ausschuß verwiesen; der bereits in der vorigen Sitzung angekündigte und motivirte Antrag aber des Abgeordneten Herrn Herwig, den Senat sofort zur Spezifizirung der von der Staatskasse an die Reichskasse gemachten Vorschüsse und Vorlage derselben an die Versammlung zu veranlassen, zum Beschluß erhoben. Es folgte dann ein Vortrag des Senats, die Aufhebung des §. 35 der Stadtwehrordnung betreffend. Der Senat erklärt darin, daß allerdings eine vollständige Umgestaltung der Stadt- und Landwehr vor der Erlassung des allgemeinen deutschen Wehrgesetzes nicht als zweckmäßig erscheinen könne, daß er aber schon jetzt, einem vielfach ausgesprochenen Wunsche gemäß, den von dem Ausschuß der Stadtwehr vorgeschlagenen Wahlmodus der Offiziere und Unteroffiziere zur Genehmigung vorlege. Es werden hiernach alle Offizier- und Unteroffizierstellen, Adjudant, Stabsfourier und Stabsordonnanz ausgenommen, welche der Korpschef ernennt, durch Wahl des Korps und zwar jede Charge durch Wahl aus der nächst vorhergehenden Charge, besetzt, die 4 Wochen vorher anzuzeigenden Wahlen haben schriftlich, ohne Vorschlag und durch absolute Stimmenmehrheit zu geschehen, alle Wahlen bedürfen der Bestätigung des Senats, und der Senat ernennt den Oberst, welcher Offizier gewesen sein muß, aus drei ihm in Vorschlag gebrachten gewählten Kandidaten. Eine Petition des Litteraten Herrn Friedrich Funk, der neuerdings stark im Fache der Gesetzgebung zu arbeiten scheint, die konstituirende Versammlung wolle zur Sicherung der Unabhängigkeit der Geschwornenjustiz ein Gesetz beschließen, welches die Einschüchterung der Geschwornen der Zeugenbestechung gleichstelle, schloß die Sitzung, die diesmal, da auch Herr Dr. Reinganum nicht bei Laune schien, weder sehr lebhaft noch sehr interessant war.

-X **Frankfurt,** 12. März. So eben hat Abgeordneter Welcker in der Nationalversammlung den Antrag gestellt:

Die Nationalversammlung möge:

1) Die Verfassung, sowie der Verfassungsausschuß sie zur zweiten Lesung vorbereitet habe, in Bausch und Bogen annehmen;

2) die hiernach zu begründende erbliche Kaiserwürde für Deutschland dem Könige von Preußen übertragen.

3) Durch eine große nach Berlin zu entsendende Deputation den König von Preußen zum sofortigen Antritt der kaiserlichen Gewalt einladen.

Die Bewegung in der Versammlung nach Verlesung dieses Antrags war ungeheuer; erst nach geraumer Zeit ward es möglich, daß der Vorsitzende an dieselbe die Frage richten konnte: ob sie dem Abgeordneten Welcker das Wort zur Begründung der Dringlichkeit seines Antrages verstatten wollte? Die ganze Versammlung erhob sich zur Bejahung dieser Frage und unter Todtenstille im Hause ergriff Abgeordnete Welcker das Wort. Er sei, sagte er, nie aus Vorurtheil gegen die Idee des erblichen Kaiserhauses gewesen, noch weniger aus Abneigung gegen den König von Preußen, sondern nur, weil er bislang die sichre Ueberzeugung noch nicht gewonnen habe: daß Oesterreich wirklich nicht in den deutschen Bundesstaat eintreten wolle und könne. Jetzt hat er diese Ueberzeugung erlangt; die neuesten Ereignisse sprechen zu laut und deutlich. Er gönne seinen ältern politischen Freunden den Triumph, daß sie weiter als er, das, was nun gekommen sei, vorausgesehen; aber auch er sei stolz darauf, den Bruch mit Oesterreich so lange als möglich verhindert und den Schein von Deutschland abgewandt zu haben, als ob von hier aus zuerst dieser Bruch

hervorgerufen worden sei. Der Redner schloß mit einer feurigen Ermahnung an die Versammlung, das Vaterland, das in Gefahr sei, zu retten durch rasches Handeln und eine kräftige einheitliche Verfassung zu schaffen, aus dem Gesammtwillen des Volks mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen und der Rechte vor Allem, bevor die wieder allseits thätige Kabinetspolitik uns eine solche oktroyire. Unter stürmischem Beifall der großen Mehrheit des Hauses verließ Welcker die Tribüne; nur ein Theil die Linke und der Oesterreicher saßen sehr betroffen darein und gaben ihr Mißfallen gegen die Rede zu erkennen. Der Welcker'sche Antrag wird sofort gedruckt und in einigen Tagen zur Berathung gestellt werden.

* **Wien.** Die neue Konstituirung des Kaiserstaates ist in einer Reihe von Aktenstücken enthalten, die wir für heute theils vollständig, theils nur im Auszuge mittheilen.

I. Kaiserliches Manifest.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden, Kaiser von Oesterreich rc. Als vor nahe einem Jahre Unser durchlauchtigster Herr Vorgänger im Reiche, Kaiser Ferdinand der Erste, dem allgemeinen Wunsche nach zeitgemäßen politischen Verbesserungen durch die Verheißung freier Institutionen bereitwillig entgegen kam, verbreiteten sich im ganzen Reiche die Gefühle der Dankbarkeit und freudiger Erwartung. Aber nur wenig entsprachen die späteren Erlebnisse so gerechter Hoffnung. Der Zustand, in welchem sich heute das Vaterland befindet, erfüllt Unser Herz mit tiefer Betrübniß. Der innere Friede ist von ihm gewichen. Verarmung bedroht die einst so gesegneten Lande. In der Haupt- und Residenzstadt Wien erheischen die Umtriebe einzelner Uebelwollender noch immer, zu Unserem großen Leidwesen und unerachtet der trefflichen Gesinnung der überwiegenden Mehrzahl ihrer Einwohner, die Aufrechthaltung des Ausnahmszustandes. Bürgerkrieg verheert einen Theil unseres Königreiches Ungarn. In einem andern Kronlande hindert der Kriegszustand die Einführung geordneter Verhältnisse, und wo die äußerliche Ruhe auch nicht gestört ist, wirbt um Anhang, im Finstern schleichend, der Geist des Mißtrauens und der Zwietracht. So betrübend sind die Wirkungen, nicht der Freiheit, aber des mit ihr getriebenen Mißbrauches. Diesem Mißbrauche zu steuern, die Revolution zu schließen, ist Unsere Pflicht und Unser Wille. In dem Manifeste vom 2. Dezember hatten wir die Hoffnung ausgesprochen, daß es Uns mit Gottes Beistand und im Einverständnisse mit den Völkern gelingen würde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen. Allenthalben in Unserm weiten Reiche fanden diese Worte freudigen Anklang; denn sie waren der Ausdruck eines längst gefühlten, jetzt zum allgemeinen Bewußtsein gelangten Bedürfnisses. In der Wiedergeburt der Gesammt-Monarchie in der engeren Verbindung ihrer Bestandtheile erkennt der gesunde Sinn des Volkes die erste Bedingung für die Wiederkehr der gestörten Ordnung und des entwichenen Wohlstandes, so wie die sicherste Bürgschaft für eine gesegnete und glorreiche Zukunft. Mittlerweile berieth zu Kremsier der von Kaiser Ferdinand I. berufene Reichstag eine Verfassung für einen Theil der Monarchie. Wir beschlossen — mit Hinblick auf die von ihm während des Oktobers eingenommene, mit der Unserm Hause schuldigen Treue wenig vereinbaren Stellung — allerdings nicht ohne Bedenken, ihn mit der Fortführung jenes großen Werkes betraut zu lassen. Wir gaben uns dabei der Hoffnung hin, daß diese Versammlung, die gegebenen Verhältnisse des Reiches im Auge haltend, die ihr übertragene Aufgabe ehebaldigst zu einem gedeihlichen Ergebnisse führen werde. Leider ist diese Unsere Erwartung nicht in Erfüllung gegangen. Nach mehrmonatlicher Verhandlung ist das Verfassungswerk zu keinem Abschlusse gediehen. Erörterungen aus dem Gebiete der Theorie, welche nicht nur mit den thatsächlichen Verhältnissen der Monarchie im entschiedenen Widerspruche stehen, sondern überhaupt der Begründung eines geordneten Rechtszustandes im Staate entgegentreten, haben die Wiederkehr der Ruhe, der Gesetzlichkeit und des öffentlichen Vertrauens in die Ferne gerückt, in den wohlgesinnten Staatsbürgern trübe Befürchtungen erzeugt, und der durch Gewalt der Waffen zu Wien eben erst geschlagenen, in einem andern Theile Unseres Reiches noch nicht gänzlich besiegten Partei des Umsturzes neuen Muth und neue Thätigkeit verliehen. Dadurch ward auch die Hoffnung wesentlich erschüttert, daß dieser Versammlung, trotz der höchst achtbaren Elemente, die sie enthält, die Lösung ihrer Aufgabe gelingen werde. Inzwischen ist durch die siegreichen Fortschritte Unserer Waffen in Ungarn das große Werk der Wiedergeburt eines einheitlichen Oesterreich, das Wir Uns zu Unserer Lebensaufgabe gestellt, seiner Begründung näher gerückt und die Nothwendigkeit unabweislich gemacht worden, die Grundlage dieses Werkes auf eine dauernde Weise zu sichern. Eine Verfassung, welche nicht blos die in Kremsier vertretenen Länder, sondern das ganze Reich im Gesammtverbande umschließen soll, ist es, was die Völker Oesterreichs mit gerechter Ungeduld erwarten. Hierdurch ist das Verfassungswerk über die Grenzen des Berufs dieser Versammlung hinausgetreten. Wir haben daher beschlossen für die Gesammtheit des Reiches: Unsern Völkern diejenigen Rechte, Freiheiten und politischen Institutionen aus freier Bewegung und eigener kaiserlicher Macht zu verleihen, welche Unser erhabener Oheim und Vorfahr, Kaiser Ferdinand I., und Wir selbst ihnen zugesagt, und Wir nach Unserm besten Wissen und Gewissen als die heilsamsten und förderlichsten für das Wohl Oesterreichs erkannt haben. Wir verkünden daher unter dem heutigen Tage die Verfassungs-Urkunde für das einige und untheilbare Kaiserreich, schließen hiedurch die Versammlung des Reichstages zu Kremsier, lösen denselben auf und verordnen, daß dessen Glieder sofort nach Veröffentlichung dieses Beschlusses auseinander gehen. Die Einheit des Ganzen mit der Selbständigkeit und freien Entwicklung seiner Theile, eine starke, das Recht und die Ordnung schützende Gewalt über das gesammte Reich mit der Freiheit des Einzelnen, der Gemeinden, der Länder Unserer Krone und der verschiedenen Nationalitäten in Einklang zu bringen, — die Begründung einer kräftigen Verwaltung, welche gleichweit von beengender Centralisation und zersplitternder Auflösung, den edlen Kräften des Landes hinreichenden Spielraum gewährt, und den Frieden nach Außen und Innen zu schützen weiß, die Schaffung eines sparsamen, die Lasten der Staatsbürger möglichst erleichternden, durch die Oeffentlichkeit gewährleisteten Staatshaushaltes, die vollständige Durchführung der Entlastung des Grundbesitzes gegen billige Entschädigung unter Vermittlung des Staates, — die Sicherung der echten Freiheit durch das Gesetz; dies sind die Grundsätze, von welchen wir uns bei Verleihung der gegenwärtigen Verfassungs-Urkunde leiten ließen. Völker Oesterreichs! Fast allenthalben in Europa ist die bürgerliche Gesellschaft erschüttert bis in ihre Grundfesten, fast allenthalben mit Auflösung bedroht durch die rastlosen Anstrengungen einer verbrecherischen Partei. Allein so groß auch die Gefahren sind, denen Oesterreich, denen Europa ausgesetzt ist, Wir zweifeln nicht an einer großen segensreichen Zukunft des Vaterlandes. Wir vertrauen auf den Beistand des allmächtigen Gottes, der Unser Kaiserhaus nie verlassen hat. Wir vertrauen auf den guten Willen und die Treue Unserer Völker, denn unter ihnen bilden die Wohlgesinnten die unermeßliche Mehrzahl. Wir vertrauen auf die Tapferkeit und Ehre Unserer ruhmwürdigen Armee. Völker Oesterreichs! Schaaret euch um euren Kaiser, umgebt ihn mit eurer Anhänglichkeit und Mitwirkung und die Reichsverfassung wird kein todter Buchstabe bleiben. Sie wird zum Bollwerke werden eurer Freiheit, zur Bürgschaft für die Macht, den Glanz, die Einheit der Monarchie. Groß ist das Werk, aber gelingen wird es den vereinten Kräften. Gegeben in Unserer Hauptstadt Olmütz, 4. März 1849.

Franz Joseph.

Schwarzenberg. Stadion. Krauß. Bach. Cordon. Bruck. Thinnfeld. Kulmer.

II. Kundmachung. Se. Majestät haben geruht, am heutigen Tage den Völkern Oesterreichs eine Verfassung zu verleihen, und in dem gleichzeitig erlassenen Manifeste die Gründe darzulegen, welche Allerhöchst Dieselben zu diesem Schritte bestimmt haben. Es wird durch diese Verfassung unser großes Vaterland zu Einem Ganzen vereinigt, und somit jenes Werk zu Stande gebracht, das Se. Majestät in Ihrem Antritts-Manifeste vom 2. Dezember v. J. als Allerhöchst Ihre Aufgabe bezeichneten. Durch die endliche Feststellung der freien, den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden, Institutionen sollen nun die, von Sr. Majestät dem Kaiser Ferdinand den Völkern zugesicherten, und von unserem Monarchen Franz Josef bestätigten Freiheiten und Rechte zur Wahrheit werden; es soll durch die Feststellung und Abgränzung aller Staatsgewalten, durch die Regelung der staatlichen Verhältnisse dem schwankenden, unruhigen Zustande, dem Zustande der Revolution, in welchem sich Oesterreich seit einem Jahre befindet, und der bei längerer Fortdauer das politische, geistige und materielle Wohl der Völker zu untergraben droht, ein Ziel und Ende gesetzt werden. In diesem wichtigen, ernsten Augenblicke ist es die heilige Pflicht der Behörden, mehr als je sich ihren hohen Beruf vor Augen zu halten. Es liegt ihnen ob, ihre ganze Thätigkeit, ihren ernstesten Willen daran zu wenden, daß den Gesetzen die vollste Geltung verschafft werde, es liegt ihnen ob, den Feinden der Ordnung, des Gesetzes, mit Entschiedenheit entgegen zu treten, und dadurch den Staatsbürgern den unverkümmerten Genuß der wahren Freiheit zu sichern. Das Bewußtsein, das Verständniß ihrer Pflicht muß den Behörden die Mittel in die Hand geben, um in jedem Falle ihrem Berufe im vollsten Umfange nachzukommen. Belehrung gegen Zweifelnde und durch Mißverständnisse oder falsche Auffassung Schwankende; eindringliche Vorstellungen gegen Irregeführte; energisches Auftreten gegen Jene, welche Andere zu verführen, von der Bahn des Gesetzes abzuleiten wagen; entschiedenes Vorgehen gegen jede Ungesetzlichkeit, jeden Widerstand gegen das Gesetz oder die gesetzliche Autorität wird zunächst Aufgabe jeder Behörde sein. Der Ministerrath wird mit allem Nachdrucke, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf dringen, daß Alle, in deren Hände die Regierungsgewalt gelegt ist, ihre Schuldigkeit thun; er darf und wird nie zugeben, daß von Seiten der Behörden Zweifel und Schwanken in der Ausführung ihrer Pflichten eintrete; er wird vielmehr mit Festigkeit darauf bestehen, daß dieselben ihre Aufgabe lösen. Auf dieselbe Weise müssen aber auch alle Diener der Krone die ihnen unterstehenden Organe anhalten, auf daß durch einheitliches Zusammenwirken der gemeinschaftliche große Zweck der Beruhigung des Landes, der Förderung des Volkswohls, der Wahrung, Belebung und Kräftigung der neuen verfassungsmäßigen Einrichtung erreicht werden. Der Ministerrath ist der festen und innigen Ueberzeugung, daß es in der Hand der Behörden liegt, Ruhe, Ordnung, Friede und Gesetzlichkeit zu erhalten; den Institutionen der Verfassung Oesterreichs Geltung, dem Gesetze Achtung zu verschaffen; diese Ueberzeugung macht es ihm aber auch zur Pflicht, allen Staatsdienern die strengste, persönliche Verantwortung für dieses ihr Wirken aufzulegen und nochmals in diesem großen Momente mit allem Ernst und Nachdruck den Ruf an sie ergehen zu lassen, mit Festigkeit und Entschlossenheit ihre Pflichten zu erfüllen und treu und unabänderlich festzuhalten an den Grundsätzen der Verfassung, die Se. Majestät, unser allergnädigster Kaiser, Seinen Völkern zu gewähren geruht hat. Olmütz, den 6. März 1849. Der Ministerrath: Schwarzenberg. Stadion. Krauß. Bach. Cordon. Bruck Thinnfeld. Kulmer.

III. Grundrechte.

Wir Franz Joseph I., von Gottes Gnaden, Kaiser von Oesterreich rc. Verordnen für die nachbenannten Kronländer des österreichischen Kaiserreiches, nämlich für das Erzherzogthum ob und unter der Enns, das Herzogthum Salzburg, das Herzogthum Steiermark, das Königreich Illirien, bestehend aus den Herzogthümern Kärnthen und Krain, der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska, der Markgrafschaft Istrien und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete, für die Grafschaft Tyrol und Vorarlberg, das Königreich Böhmen, die Markgrafschaft Mähren, das Herzogthum Ober- und Niederschlesien, die Königreiche Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Krakau, für das

Herzogthum Bukovina, endlich für das Königreich Dalmati*) in Anerkennung und zum Schutze der den Bewohnern dieser Länder durch die von uns angenommene konstitutionelle Staatsfoem gewährleisteten politischen Rechte über Anteag Unseres Ministerrathes, wie folgt:

§. 1. Die volle Glaubensfreiheit und das Recht der häuslichen Ausübung des Religionsbekenntnisses ist Jedermann gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und der politischen Rechte ist von dem Religionsbekenntnisse unabhängig und daef den staatsbürgerlichen Pflichten durch das Religionsbekenntniß kein Addruch geschehen.

§. 2. Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt im Besitze und Genusse der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, ist aber, wie jede Gesellschaft, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.

§. 3. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu ertheilen, ist jeder Staatsbürger berechtiget, der seine Befähigung hierzu in gesetzlichee Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung.

§. 4. Für allgemeine Volksbildung soll durch öffentliche Anstalten, und zwar in den Landestheilen, in denen eine gemischte Bevölkeeung wohnt, derart gesorgt werden, daß auch die Volksstämme, welche die Minderheit ausmachen, die erforderlichen Mittel zur Pflege ihrer Sprache und zur Ausbildung in derselben erhalten. Der Religionsuntereicht in den Volksschulen wird von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft besorgt. Der Staat führt übee das Unterrichts- und Erziehungswesen die Oberaufsicht.

§. 5. Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrife, Druck oder bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußeen. Die Presse darf nicht unter Censur gestellt werden. Gegen den Mißbrauch der Presse wied ein Repressivgesetz erlassen.

§. 6. Das Petitionseecht steht Jedermann zu. Petitionen unter einem Gesammtnamen dürfen nur von Behörden und gesetzlich anerkannten Körperschaften ausgehen.

§. 7. Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden, insofern Zweck, Mittel oder Art und Weise der Versammlung oder Vereinigung weder rechtswidrig noch staatsgefährlich sind. Die Ausübung dieses Rechtes sowie die Bedingungen, unter welchen Gesellschaftsrechte eewoeben, ausgeübt oder verloren werden, bestimmt das Gesetz.

§. 8. Die Freiheit der Person ist gewährleistet. Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur in Kraft eines mit Gründen versehenen Befehles geschehen, welcher von dem Richter oder von einer richterliche Funktion gesetzlich ausübenden Behöede ergangen ist. Jeder solcher Verhaftbefehl ist dem Verhafteten sogleich bei seiner Anhaltung oder spätestens 24 Stunden nach derselben zuzustellen.

§. 9. Die Sicherheitsbehörde muß Jeden, den sie in Verwahrung genommen, binnen 48 Stunden feeilassen oder dem zuständigen Gerichte überweisen.

§. 10. Das Hausrecht ist unverletzlich. Eine Durchsuchung der Wohnung und der Papiere oder eine Beschlagnahme der letzteren ist nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen zulässig.

§. 11. Das Briefgeheimniß darf nicht verletzt und die Beschlagnahme von Briefen nur in Kriegsfällen oder auf Geund eines richterlichen Befehls voegekommen werden.

§. 12. Im Falle eines Kriegs oder bei Unruhen im Innern können die Bestimmungen der vorstehenden §§. 5 bis einschließlich 11 zeitweilig und örtlich außer-Wirksamkeit gesetzt werden. Ein Gesetz wird das Näheee hierüber bestimmen.

§. 13. Unser Ministerrath wird beauftragt, die zur Duechführung dieser Bestimmungen bis zu dem Zustandekommen organischer Gesetze provisorisch zu erlassenden Verordnungen zu entwerfen und Uns zur Sanktion vorzulegen.

Gegeben in Unserer königl. Hauptstadt Ollmütz den 4. März 1849.

Franz Joseph.

Schwarzenbeeg. Stadion. Kraus. Bach. Gordon. Bruck. Thinnfeld. Kulmer.

(Ein Auszug der Verfassung und des Robothentschädigungspatentes folgt in der Beilage.)

Wien, 6. März. Aus einem Schreiben aus Jassy erfahren wir, daß dort die Ankunft von 12,000 Kosaken angekündigt ist, die jedoch nicht in der Moldau verbleiben, sondern an der siebenbürgischen Grenze aufgestellt werden sollen. (Ostd. Post.)

* **Wien**, 7. März. In Kremsier wurde gestern noch §. 15 der Grundrechte mit verschiedenen Amendements angenommen und die Kammer bis zum 15. d. vertagt.

Ollmütz, 6. März. Das hier erscheinende politische Journal „die neue Zeit" enthält in seiner heutigen Nummer die Notiz, daß der Redakteur desselben, J. Nitscher, plötzlich die amtliche Weisung erhalten habe, Ollmütz zu verlassen, weshalb H. v. Hagen die verantwortliche Redaktion übernommen hat. (Ostd. P.)

Von der österreichischen Grenze, 6. März. Aus verläßlichen Privatbriefen ersieht man, daß Perczel weder gefangen noch nach der Schweiz geflüchtet ist. Zu ersterer Version gab sein unvermutheтes, abentheuerliches Erscheinen in Pesth Veranlassung, wo er mehreren Damen seiner Bekanntschaft einen Besuch machte. Die Militärbehörde fahndete bereits nach ihm, doch entkam er zu rechter Zeit. Nunmehr hört man, daß er im Tolnaer Komitate eine Agitation des Landvolkes begann, die von Tag zu Tag drohender wird. Eine weitere traurige Kunde meldet die fast gänzlich erfolgte Aufreibung der von Stur und Hurban geleiteten Freischaaren. Ein Korps von 12,000 Mann operirt im Rücken der kais. Armee und trachtet gegen die Bergstädte vorzudringen. Der Anführer desselben soll Guth heißen. Einzelne Flüchtige, dem slowakischen Landsturm angehörig, sind in Miava an der mährisch-ungarischen Grenze angelangt und haben das traurige Ereigniß nach Prag der Slovanska Lipa gemeldet.

\# **Berlin**, 8. März. Die Wahl von Jung, den man sonst nicht anders als mit Gladbach und Kompagnie zusammenstellte und mit dem unbestimmten Artikel kopulirte, ist eine Schmach für die größte Stadt in Deutschland; größte, sagen wir, denn Berlin hat Wien bereits an Einwohnerzahl überflügelt; als Vertreter der Tuchelschen Haide und mit dem Sinnspruch: „Hony soit qui mal y pense" hätten wir ihn uns allenfalls gefallen lassen; denn Niemand kann mehr geben als er hat. Aber in Berlin in Berlin! Doch die Revolution hat Alles umgeworfen, selbst die Freigeisterei scheint von uns gewichen, denn zu Hunderten wallen die Gläubigen — nicht zum wunderthätigen Rock — sondern zum wunderthätigen Schiffermädchen, das aller Polizei und allen Aerzten zum Hohn ihr Unwesen mit vorgeblichen Heilungen treibt.

AZC **Berlin**, 8. März. In der gestrigen Soiree beim Herrn von Manteuffel wurde folgende Parlaments-Geschichte erzählt und wie sich erwarten läßt verschiedenartig beurtheilt. Der Abgeordnete Temme habe jüngst dem Exminister und Abgeordnete von Bodelschwingh einen Besuch abgestattet. Herr Temme habe erklärt dadurch seine vor längeren Jahren mit dem Herrn v. Bodelschwingh bestandene Bekanntschaft wiederanknüpfen zu wollen und hinzugefügt, daß wenn sie auch Beide in der Kammer entgegengesetzter politischen Meinung seien, — bekanntlich ist der Eine äußerst rechts der Andere äußerst links — sie doch außerhalb derselben freundschaftlich verkehren könnten. Herr von Bodelschwingh habe indeß den Besuch sehr kalt aufgenommen und sich gegen Herrn Temme dahin ausgedrückt, daß er seit den Vorgängen des verflossenen Jahres stets sein Gegner und zu jeder Zeit und an jedem Ort bereit sein werde ihm dies zu beweisen.

In der ganzen preußischen Armee soll statt des weißen Lederzeuges schwarzes und statt der hellen Bleche an den Helmen dunkle eingeführt werden. Man will dadurch verhüten, daß die Truppen dem Feinde gegenüber künftig zu sehr markirt werden. Es hat Letzteres besonders im letzten dänischen Kriege sehr nachtheilige Folgen herbeigeführt.

♀ **Königsberg**, 6. März. Gestern wurde hier die an Stelle des Regierungsrath v. Unruh der frühere Minister Gierke für die erste Kammer gewählt. Unter 25 Votanten erhielt derselbe 20 Stimmen, die 5 übrigen fielen auf den früheren Bundestagsgesandten Graf Dönhoff. Ebenso sind in Bartenstein drei Ersatzwahlen für die erste Kammen vollzogen, an Stelle des Bischof v. Ermeland Dr. Geritz, der Gesundheitsrücksichten halber das Mandat abgelehnt, und für die HH. v. Auerswald und Tamnau, welche das Mandat für Danzig angenommen haben. Es wurden gewählt: v. Daniels, Kühlwetter und Ober-Regierungsrath Graf Eulenburg von hier. Die 54 Abgeordnete unserer Provinz zur zweiten Kammer haben bereits eine feste Parteistellung in derselben eingenommen; es sitzen 29 auf der Rechten und 25 auf der Linken. — Die unter dem 9. Febr. d. J. erlassenen Gewerbegesetze haben auch hier, unter den Gewerbetreibenden selbst, große Unzufriedenheit hervorgerufen; von verschiedenen Seiten werden darauf bezügliche Petitionen an die zweite Kammer vorbereitet; namentlich hat auch der Arbeiterverein, welcher 1600, zum größeren Theile dem Handwerkerstande angehörige Mitglieder zählt und den Grundsätzen der unbedingten Gewerbe- und Handelsfreiheit huldigt, einen motivirten Protest gegen die in Rede stehenden Gesetze durch den Abgeordneten Dr. Rupp der Kammer überreicht. Die Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes hat veranlaßt, daß die Schiffsrehder, den Abschluß der Ladungskontrakte, der sonst in dem Märzmonat Statt findet auf wer weiß wie lange hinausgeschoben sehen. Wer wird jetzt Schiffe unter deutscher Flagge befrachten?

\# **München**, 8. März. Bei der heutigen Vertagung bemerkten wir in der Kammer der Reichsräthe die Anwesenheit sämmtlicher königlichen Prinzen, auch des Prinzen Karl, welcher die Sitzungen nicht regelmäßig zu besuchen pflegt. Die neuen

Minister der Justiz und der Finanzen, Kleinschrod und Aschenbrenner, hatten bereits auf der Ministerbank Platz genommen. Hinsichtlich der Besetzung des Ministeriums des Innern soll der König noch immer zwischen Volz und Forster schwanken. Hr. v. Beisler erwartet mit Ungeduld die Ernennung seines Nachfolgers und sehnt sich in die angenehmere Stellung eines Abgeordneten in Frankfurt zurück. Am meisten bedauern wir den Rücktritt des eben so thätigen als talentvollen Heinz, den alle Ueberredung seiner Freunde nicht zum Bleiben bewegen konnte. Zwischen einer drängenden Kammeropposition und einem widerstrebenden oder schwankenden Hof war Heinz seines Sitzes auf der grünen Bank herzlich satt geworden. Seiner thätigen Amtsführung verdanken wir die rasche Einführung der Schwurgerichte. Nach wenigen Tagen der Eröffnung sehen wir dieselben so schön im Gange, als hätte man in Baiern in Leitung dieser öffentlichen Gerichtsverhandlungen eine alte Praxis. Jedermann, sogar der stockkonservative Theil der Münchener Bürgerschaft, fragt jetzt mit Erstaunen: wie war es möglich, daß wir unser Volk für diese Institutionen noch unreif halten konnten? Wie konnten wir so lange zögern, ein so natürliches, einfaches, rasches und wohlfeiles Verfahren in unserm Lande einzubürgern? Uebrigens erfahren wir durch diese öffentlichen Prozesse, von welch' tiefer moralischer Verdorbenheit ein Theil des altbaierischen Volkes, das uns von gewisser Seite nicht blos als gut katholisch, sondern auch als sittlich und tugendhaft dargestellt worden, durchdrungen ist. Kriminalverbrechen der schauderhaftesten Art treten jetzt Tag für Tag an das Licht der Oeffentlichkeit. Die meisten Verbrecher, welche in den letzten Wochen vor dem hiesigen Schwurgericht standen, waren des Mordes angeklagt. Vorgestern erfolgte ein Todesurtheil gegen einen Raubmörder. Heute steht ein Mann vor Gericht, der des Mordes seiner Gattin angeklagt ist. Die nähern Umstände sollen schauderhaft sein. Das Münchener Publikum wundert sich selbst über die schrecklichen Thaten, welche in unserer Mitte geschehen und bisher, Dank dem Vergraben in den geheimen Akten, verborgen geblieben waren.

0 **München**, 8. März. Es zweifelt Niemand mehr daran, daß die Anträge des Finanzausschusses bezüglich der griechischen Anlehensfrage, die heute erfolgte Vertagung veranlaßt haben; fürchtete man doch so sehr die Veröffentlichung des Kolb'schen Referats, daß der Präsident der Kammer, Frhr. v. Lerchenfeld, der als Referent des Finanzausschusses im Jahre 1846 diese Angelegenheit nicht ohne Energie betrieben hatte, heute die Vertheilung des lithographirten Abdrucks verhindern wollte, um diese „zarte Sache" nicht vor das Forum der Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Nur der Drohung, das Manuscript anderweitig drucken und in viel tausend Exemplaren verbreiten zu lassen, gab er nach. Doch wurden bei der Vertheilung der Exemplare die Journalisten, die sonst gewöhnlich einen Abdruck von jedem Berichte erhalten, übergegangen. Der Bericht ist 22 enggeschriebene Folioseiten stark. In dem Abschnitte über die „Beleuchtung des gesammten Verhältnisses" heißt es: Gegen die ausdrückliche Bestimmung der Verfassungsurkunde wurde ein bairisches Heer nach Griechenland gesendet. Die damaligen Stände schwiegen. Die Presse ohnehin hatte man schmachvoll geknebelt. Millionen bairischer Staatsgelder wurden verausgabt aus Veranlassung der den bairischen Staatszwecken unbedingt fremden s. g. „Griechischen Frage". Es konnte dies kein Geheimniß bleiben, Jedermann wußte davon, die Stände aber schwiegen. Sie meinten um so mehr schweigen zu müssen, als die meisterhafte Ordnung des Staatsrechnungswesens auf dem Papiere, jene notorische Verwendung von Millionen zu fremden Zwecken nicht erkennen ließ, indem die vorgelegten Rechnungen eben nichts davon angaben. Erst als die griechische Regierung genöthigt ward, ihr Budget und ihre Rechnungen zu veröffentlichen, konnte es kein Geheimniß bleiben, daß bairische Staatsgelder nach Griechenland geliehen worden waren. Nun mußten die Stände in Baiern Kenntniß von der Sache nehmen. (1840.) Aber man ließ es geschehen, daß ein Minister (Abel) blos einem Ausschusse und nur „konfidentiell" Auskunft gab über Angelegenheiten der Staatskasse, mit der freilich seitdem auf ihren gebührenden Werth gebrachten Bedingung, daß darüber nie eine Verhandlung in öffentlicher oder geheimer Sitzung der Kammer stattfinden dürfe. Der Kenntniß der Kammern wurden alle den Gegenstand betreffenden Urkunden vorenthalten, Abel erklärte auf's Bestimmteste, daß es sich um solche Gelder handle, bezüglich welcher keine Verbindlichkeiten noch Haftungsverpflichtungen der in den ständischen Wirkungskreis fallenden Staatskassen beständen. Beide Kammern verwahrten sich indessen doch durch einen Gesammtbeschluß vom 6. April 1840 in der Beziehung, daß an die hiebei in Frage gekommenen Defensionsgelder keine Verbindlichkeiten oder Haftungsverpflichtungen für die Staatskassen sich knüpfen dürften, worauf der König im Landtagsabschied die Zusicherung wiederholte, daß solche Verbindlichkeiten und Haftungen zu keiner Zeit ohne verfassungsmäßige Begründung werden in Anspruch genommen werden. Indessen aber wurde thatsächlich schon 1840/41 über eine Million für den Germersheimer Festungsbau — zu welchem die Defensionsgelder bestimmt waren — aus den unmittelbaren Staatskassen hinweggenommen, eben in Folge jener Entfremdung der Defensionsgelder von ihrem Zwecke. Darauf Verhandlungen auf dem Landtage 1843, wieder in geheimen Sitzungen, — Betheuerungen, daß der König persönlich die Vertretung der Haftung trage, und endlich auf den Grund jener Zusicherungen, Beruhigung der Kammer. Auf dem Landtage 1846 wies Lerchenfeld unwiderlegbar die persönliche Haftungsverpflichtung des Königs für Wiedererstattung der fraglichen Summe nach. Auf das bestimmte Versprechen der Minister hin, sie seien zu der Erklärung ermächtigt, daß dem nächsten Landtage Vorlagen zur Bereinigung, d. h. Rückzahlung jener Schuld würden gemacht werden, wobei dieselben auf ein Zurückbehalten der Appanage des Königs Otto hinwiesen, wurde beschlossen vorerst Umgang von der Sache zu nehmen. Was die Sicherung des Kapitals und die Rückzahlungen von Seiten Griechenlands betrifft, so haben sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr düsterer gestaltet, und was man im Jahre 1846 (durch Graf Bray) darüber vernahm, besteht in der Aussicht auf eine formelle Anerkennung der Schuld, zu einer Rückzahlung ist aber nicht die geringste Aussicht vorhanden, da von Seiten Griechenlands sogar schon Gegenforderungen aufgestellt worden. Das Kapital mit Zinsen bis November 1848 beläuft sich auf 1,529,333 fl., wobei der baierische Staat noch in dem besondern Verlust ist, seinen Gläubigern 5 Prozente zahlen zu müssen, während ihm blos 4 Prozente vergütet werden sollen. Da diese Summe ungefähr jener gleich kommt, die für Reichszwecke jetzt verlangt wird, so würde die beantragte Steuererhöhung um so unverantwortlicher erscheinen, so lange Staatsgelder vorhanden sind, die zu baierischen Staatszwecken gar nicht verwendet sind. Der Ausschußantrag wurde ohne Widerspruch der anwesenden Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen von den Ausschußmitgliedern, (Schüler, Kolb, Schlund, Binder, Langguth, Steinhäuser) einstimmig angenommen und lautet: Die Kammer der Abgeordneten möge beschließen: 1) derjenige Beamte, welcher die Auslieferung baierischer Staatsgelder behufs eines Darlehens an die Krone von Griechenland verfügte, sei schleunigst auf civilrechtlichem Wege soweit möglich zur Rückzahlung anzuhalten. 2) Die fernere Auszahlung der Appanage, welche König Otto von Griechenland als baierischer Prinz bezieht, und welche von demselben für die richtige Rückzahlung des sogenannten griechischen Anlehens verpfändet wurde, ist bis zur Abtragung der gedachten Schuld sofort einzustellen. 3) Es sind unverzüglich die geeigneten Schritte einzuleiten, um den schleunigsten Rückersatz der gedachten Staatsgelder, soweit diese nicht anderweitig gedeckt werden, aus dem Privatvermögen des vorigen Königs Ludwig von Baiern zu erlangen. 4) Diejenigen Beamten, auf deren Weisung die Auslieferung der erwähnten Staatsgelder zu andern als baierischen Staatszwecken erfolgte, sind sofort wegen gewöhnlichen Amtsvergehens den gewöhnlichen Gerichten behufs Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens, unter Vorlage der betreffenden Akten, zur Anzeige zu bringen. 5) Die sämmtlichen Minister sind, jeder soweit der Gegenstand in das Bereich seines Wirkungskreises einschlägt, zur unverzüglichen Anordnung der nöthigen Weisungen aufzufordern.

0 **München**, 9. März. Der gestrige Abend vereinigte die beiden Fraktionen der Linken zum Abschiedsfeste im baierischen Hofe, wo ihnen durch den Märzverein ein Ständchen gebracht wurde. Man schied von einander, nachdem man die Uebereinkunft getroffen hatte, die Mitglieder der baierischen Kammer in der Nationalversammlung zu veranlassen, eine Zusammenkunft der Gesinnungsgenossen aller deutschen Volkskammern in einer mitteldeutschen Stadt anzubahnen, wozu von manchen Seiten Nürnberg und Würzburg vorgeschlagen wurden. Heute reisen viele Abgeordnete, Franken und Pfälzer, über Nürnberg und Bamberg

gemeinschaftlich in ihre Heimath oder nach dem Orte ihrer Bestimmung, nach Frankfurt. An festlichen Empfängen, besonders in Mittel- und Oberfranken wird es wahrscheinlich nicht fehlen, wiewohl diese Herren bis jetzt mehr Gelegenheit gehabt, ihren guten Willen als Thaten zu zeigen. In der letzten Zeit hat auch das linke Zentrum einige Stimmen gewonnen durch den Beitritt mehrerer Abgeordneten die bisher dem rechten Zentrum angehört hatten, und noch mehrere andere haben den gleichen Entschluß zu erkennen gegeben, vielleicht in der geheimen Absicht, ihren Ansichten in dieser Fraktion Geltung zu verschaffen. — Ueber die noch erledigten Ministerportefeuilles gehen wieder die verschiedensten Gerüchte; so will man wissen, das Ministerium des Aeußern und des k. Hauses sei dem bairischen Bevollmächtigten in Frankfurt, Grafen Lerchenfeld-Köfering angetragen worden, das Portefeuille des Innern habe man dem Herrn von der Pfordten angeboten, wahrscheinlich, wegen dessen Abneigung gegen die unbedingte Geltung der deutschen Grundrechte in Sachsen; da derselbe aber als ehelicher Constitutioneller der Majorität der sächsischen Kammer gewichen ist, so wird er wohl nicht gegen die Mehrheit der baierischen Kammer ein Ministerium annehmen. Andererseits hält man ihn für zu charaktervoll, um zu glauben, daß er seine Ansicht über die Vereinbarung aufgegeben habe, wenn man auch dem König selbst eine Meinungsveränderung zutrauen dürfte.

Aschaffenburg, 7 März. Nach bereits von Orb eingegangenen Nachrichten wurde die dahin geschickte Mannschaft ohne allen Widerstand in die Stadt aufgenommen; die Artillerie wird in Kurzem zurückerwartet. Eine von dem hiesigen k. Kreis- und Stadtgerichte abgesandte Kommission führt über die stattgefundene Auflehnung die Untersuchung. Schon länger herrschte wegen der geschärften Beaufsichtigung der Wild- und Waldfrevel eine Spannung zwischen den Einwohnern und dem Militär, und als ein geborner Orber, welcher in einem Wirthshause ungebührlich auf König und Regierung schimpfte, von Soldaten schwer verwundet wurde, ging dieselbe in den förmlichen Aufstand gegen das Militär über. (N. C.)

(Daß Reichstruppen nach Orb geschickt worden, hat sich nicht bestätigt. Das Militär zählte in Folge des Kampfes einen Schwerverwundeten und mehrere leichter Verletzte; der Verlust der Gegner ist noch nicht ermittelt.)

Dresden, 8. März. Der König hat den Oberstlieutenant Bernhard Rabenhorst, unter Ertheilung des Oberstencharakters, zum Staatsminister ernannt und ihm das Departement des Kriegs übertragen.

Kassel, 9. März. Dem Vernehmen nach ist Befehl gegeben, einen Theil unseres Armeekorps (zwei Bataillone, zwei Eskadrons und zwei Batterien) für weiteren Reichsdienst in Bereitschaft zu setzen. (Kass. Z.)

Weimar, 7. März. Heute standen Kandidat Rothe, Dr. Lafaurie und Litterat Jäde vor den Geschworenen wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen gesetzliche oder obrigkeitliche Anordnungen. Dieselben sollten in einem in einer Zeitung abgedruckten, von ihnen unterschriebenen Plakat zur Steuerverweigerung aufgefordert haben. Dieselbe Aufforderung sollte Jäde vor einer versammelten Menge am 8. Oktober in Jena erlassen haben. Die Geschworenen sprachen das Schuldig über Rothe wegen des Plakats und über Jäde wegen der mündlichen Aufforderung. Mit Berücksichtigung der langen Haft wurde ersterer zu vier Wochen, letzterer zu zwei Monaten Gefängniß und in die Kosten verurtheilt. Bei allen diesen Verurtheilungen blieb das Publikum vollkommen ruhig. (D. A. Z.)

Gotha, 5. März. Die letzten Februartage, denen man auch hier mit Besorgniß entgegensah, sind glücklich vorübergegangen, wenn auch einige Kanonenschläge, die auf dem hiesigen Marktplatze von unbekannter Hand entzündet wurden, die Bewohner der Stadt in Schrecken setzten. Nichtsdestoweniger ist und bleibt die Bürgerwehr in fortwährendem Diensteifer, während die sächsischen Reichstruppen am 17. März unsere Stadt verlassen und die hiesigen Truppen hierher zurückkehren werden. Der Aufwand, den diese militärischen Maßregeln erheischen, ist kaum erschwinglich und wird der Selbstständigkeit der kleinern Staaten allmählig eine unvermeidliche Grube graben. Die hiesigen Kassen sind fast erschöpft und das Reichsministerium ist auf das dringendste ersucht worden, die dem hiesigen Lande für Verpflegung der Reichstruppen zustehende Vorschußforderung von 18,000 Thlr. baldigst zu ersetzen. (D. A. Z.)

Gotha, 7. März. Die Vereinigung der thüringischen Staaten kam in der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung zur Sprache, in welcher ein Erlaß des Herzogs berathen wurde der eine verfassungsmäßige Verbindung der Herzogthümer Koburg und Gotha wiederholt beantragte. Die Kammer beschloß, sobald die von ihr berathene Verfassung publizirt sein werde, eine Deputation aus ihrer Mitte zu ernennen, um mit einer Deputation der Koburger Stände zusammen zu treten, und das Ob und Wie der Vereinigungsfrage in Angriff zu nehmen. Von einer finanziellen Vereinigung beider Länder soll aber schon im Voraus abgesehen und das Resultat der gemeinschaftlichen Berathung der Zustimmung den beiderseitigen Plenarversammlungen unterstellt werden. Daß auf diese Art nichts zu Stande kommen wird ist einleuchtend. (Sächs. Bl.)

Rendsburg, 4. März. Die Rüstungen werden hier aufs kräftigste betrieben. In den nächsten Wochen bekommen wir eine Einquartirung von 3500 Mann Rekruten, außer der gewöhnlichen Garnison, und wie im vorigen Frühjahre wird unsere Stadt ein großes befestigtes Feldlager bilden. Unser Fastenjahrmarkt ist für dieses Mal ausgesetzt worden, weil die Festung sich im Kriegszustande befindet und für die Marktgäste auch wohl kaum ein Unterkommen zu finden wäre. Das 9. Bataillon wird, wie verlautet, uns nächstens verlassen und nach Flensburg marschiren. Wir verlieren diese wackern Krieger ungern, und namentlich unser schaulustiges Publikum verliert durch ihren Abmarsch manchen heiteren und genußreichen Abend. Unter dem Namen „Harmonia" besteht nämlich in dem Bataillone eine dramatische Gesellschaft, welche von Zeit zu Zeit auf unserm Theater Vorstellungen gibt, die allgemein Beifall finden und daher jedesmal ungemein stark besucht sind. Diese Vorstellungen gewähren dadurch viel Originelles, daß die Damenrollen von Herren gegeben werden. Unter dem Namen Aurora spielt z. B. der eine Herr mit vielem Naturell und einem hübschen Aeußeren die Liebhaberinnen, während ein anderer als „Caroline Pichler" auf dem Zettel figurirt und ältere Damenrollen mit vieler weiblicher Würde dem Publikum vorführt.

⊙ **Schleswig**, 7. März. Eine soeben erlassene Bekanntmachung der gemeinsamen Regierung macht die Landwirthe darauf aufmerksam, daß sie sich ihrer Vorräthe an Heu nicht gänzlich entäußern mögen, damit sie den bei dem Wiederausbruch des Krieges nothwendigen Requisitionen für die Reichstruppen nachkommen könnten. Wirklich sollen die ersten Reichstruppen bis zum 16. d. M. in das Herzogthum Schleswig eingerückt sein und wir glauben daher, daß der Wiederausbruch der Feindseligkeiten noch Ende d. M. beginnen werde. Die Rüstungen werden mit Eifer betrieben. Die Küstenbefestigung in Glückstadt, Eckernförde, der Bau von Batterieen am Flensburger Hafen und der vom Kriegsdepartement verordnete Ankauf von 6000 Spitzkugelbüchsen für die Jäger und 9000 Gewehre für die Landwehr sprechen hiefür. Ueber die an der mecklenburgischen Grenze sich zusammenziehenden Preußen erfahren wir, daß dieß Hilfskorps unter den Befehl des von Posen her bekannten Generals von Hirschfeld zu stehen kommen soll.

⊙ **Schleswig**, 7. März. Abends. Das Bureau hat in Verbindung mit dem Reichskommissär Stedmann die Nothwendigkeit der Einberufung der Landesversammlung gestern und heute in Berathung gezogen, ohne zu einem Resultate zu gelangen. Wie wir hoffen, obgleich augenblicklich noch nichts festgestellt ist, so wird die Landesversammlung spätestens auf den 16. d. M. einberufen werden, da sich die Mehrheit der Mitglieder des Bureau's für schleunige Einberufung gestimmt findet.

Großbritannien.

* **London**, 8. März. Die bereits erwähnten amtlichen Depeschen über die Schlacht am Dschelum oder bei Russul bestehen erstlich aus einem Schreiben des Generalgouverneurs, Lord Dalhousie, an das Geheimkomite der ostindischen Gesellschaft, datirt Feldlager von Mukka, 22. Januar. Dieses Schreiben klärt die Ursachen auf, welche den Oberbefehlshaber Lord Gough veranlaßten, einen Angriff auf die feindlichen Streitkräfte unter Shir Singh zu unternehmen. Lord Gough bezweckte nämlich, nachdem er von der Uebergabe der Veste Attock an die Affghanen und dem Anrücken des Tschuttur Singh Kunde erhalten hatte, die feind

lichen Streitkräfte unter Shir Singh zu schlagen ehe noch die anrückenden Truppen unter Tschuttur Singh zu ihnen gestoßen. Dieser Plan war der Sachlage ganz entsprechend, scheiterte aber an dem hartnäckigen Widerstand des Feindes, wie in Folge der übereilten und unzweckmäßigen Anordnungen des britischen Oberbefehlshabers. Nachdem der Generalgouverneur gestanden, daß der Verlust der Briten leider sehr groß gewesen, verbindet er mit diesem Schreiben die Anzeige, daß er befohlen habe, für diesen „Sieg" auf allen Standquartieren des Heeres Freudensalven von 21 Kanonenschüssen abzufeuern — Freudensalven für eine Schlacht, in der die Briten außer einer Menge umsonst geopferter Menschenleben und tapferer Offiziere, auch noch Kanonen und Fahnen verloren und im Grunde auch das Schlachtfeld räumen mußten, ohne daß der Zweck der Schlacht, die Verbindung Shir Singhs und Tschuttur Singhs zu hindern, irgend erreicht wurde! Freudensalven für eine Schlacht, die von Jedermann in England schon des moralischen Eindrucks wegen, den sie auf die Bevölkerung des ganzen Pendschab machen muß, einer Niederlage gleich geachtet wird!

Zweitens bestehen diese Depeschen aus dem Schlachtberichte des Oberbefehlshabers, datirt Feldlager Tschillianwallah 17. Jan. und der Todtenliste. Der Schlachtbericht, obschon darin der Sachverhalt gewiß möglichst zu Gunsten der Briten gewendet ist, kann doch den ungünstigen Eindruck in keiner Weise verwischen. Die Stärke des Feindes unter Shir Singh wird darin auf nicht weniger als 30—40,000 Mann mit 62 Geschützen angegeben. (Das Heer Lord Goughs bestand aus 22,000 Mann, hatte aber 125 bis 130 Geschütze, die jedoch, wie es scheint, ohne Zweifel aus Mangel an geschickter Oberleitung, die zerstreut angreifenden Brigaden nicht gehörig unterstützten). Die Sikhs standen hinter schwer zugänglichem Dickicht. Das fast unglaubliche Faktum, daß einige von den Sikhs auf englische Tirailleurs abgefeuerte Schüsse den Oberbefehlshaber veranlaßten, den erst für den folgenden Tag festgesetzten allgemeinen Angriff sofort (ohne eigentlichen Schlachtplan!) zu befehlen, wird durch des Generalissimus eigene Angaben bestätigt. Der Verlust von 4 Geschützen wird zugestanden. Die durch die Briten erbeuteten Geschütze betrugen 12. Zwar versichert Lord Gough in seinem Bericht, daß die Briten den Sikhs die Mehrzahl ihrer Geschütze abgenommen hätten; als man sie aber gleich nach Tagesanbruch von dem Schlachtfelde habe abholen wollen, habe man sie nicht mehr gefunden, indem die Sikhs sie während der Nacht bereits abgeholt hatten! Dieses Geständniß ist fast eben so naiv, als die Angabe in dem Bericht der Bombay Times, wonach die Sikhs sich nach der Schlacht auf Russul, den Schlüssel der Stellung zurückzogen. Wo in aller Welt hörte man je von einer geschlagenen Armee, die sich auf den Schlüssel ihrer eigenen Stellung zurückgezogen hätte! Der Oberbefehlshaber weiß nicht, und er kann es natürlich nicht wissen, da er nicht im Besitze des Schlachtfeldes blieb, wie viele von den Feinden geblieben seien, versichert aber, der Verlust der Sikhs an alten und geübten Kriegern sei sehr groß gewesen, größer als in irgend einer der frühern Schlachten mit den Sikhs, die bei Sobraon vielleicht ausgenommen. Die Schlacht, meint der Obergeneral, werde für den Feind eine sehr heilsame Lehre sein, aber er setzt sogleich hinzu: „insofern nicht das heute (den 16. Jan.) umlaufende Gerücht, daß seine Vereinigung mit Tschuttur Singh schon erfolgt sei, sich als richtig erweisen sollte."

Den Verlust der Briten in dieser improvisirten übel ausgefallenen Schlacht gibt der Generalissimus folgender Maßen an: 602 Mann, (darunter 14 europäische und 7 Offiziere) und 52 Pferde todt; 1651 Mann (hierunter 28 europäische und 9 indische Offiziere) und 44 Pferde verwundet; 104 Mann, 80 Pferde vermißt; Gesammtverlust 2357 Mann und 176 Pferde. Unter den gefallenen höhern Offizieren werden von der Armee am meisten bedauert der Brigadegeneral Pennycuick und der Oberstlieutenant Robert Brookes, jener ein Offizier, der seit 1805 an allen Feldzügen in Ostindien, an der Einnahme von Balli und Makassar im Jahr 1814, am Kriege gegen die Birmanen im Jahr 1825 und 26, an dem Feldzuge in Affghanistan, an den Schlachten von Ghusni, Khelat u. s. w. Theil genommen hat; der Oberstlieutenant, ebenfalls ein alter Offizier, der schon im Kriege auf der iberischen Halbinsel diente, dort an 12 Treffen, unter andern an den Schlachten von Badajoz und Salamanca Theil nahm und während dieses Feldzuges dreimal verwundet wurde. Hätte übrigens Lord Gough am Dschelum durch einen glücklichen Zufall gesiegt, so wäre er der Held des Tages, jetzt sucht man von gewissen Seiten sogar seine Rechtlichkeit anzugreifen; er habe sich, sagt man, seine hohen Stellen durch Kauf und Mäklerei erworben. Hiergegen bemerkt die Redaktion des „Messenger": „Wir halten dies für einen Irrthum, Lord Gough's Ansprüche sind die eines alten Haudegens. Er befehligte während des ganzen spanischen Feldzugs das 87. Regiment, welches eins der rührigsten in der ganzen Armee war, und seine Erfolge in China beförderten ihn sehr erklärlich zu seinem letzten Posten in Indien. Diese Beförderung verdankte er seinen Diensten, seiner Tapferkeit und seinem Alter; aber eine Mäklerei, welcher Art sie auch sei, hat sich der alte Feldherr, wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren, während seiner ganzen Laufbahn nicht zu Schulden kommen lassen."

Der Direktorenhof hat, der Noth und der einstimmigen Forderung des Landes, vielleicht zu spät, oder mindestens nicht früh genug nachgebend, die Ernennung des Generals Ch. Napier zum Generalissimus in Ostindien und zum außerordentlichen Mitglied des obersten Rathes in Indien bestätigt, doch nicht ohne Widerstand. Generalmajor Caulfield leitete die Opposition gegen die Ernennung

Frankreich.

* **Paris**, 9. März. In der gestrigen Sitzung, deren Gegenstand die Interpellation wegen Italien bildete, kam Lamartine in seiner Antworts-Rede auch auf den Zug zu sprechen, welcher zur Zeit der provisorischen Regierung von Lyon nach Savoyen gemacht worden ist. Er wies im Namen der ehemaligen „provisorischen Regierung" alle Theilnahme an diesem Zuge zurück. Emmanuel Arago (damals Präfekt von Lyon) seinerseits erklärte, daß er Alles gethan, um die Anführer der Expedition in Lyon zurückzuhalten, ja daß er einige derselben habe verhaften lassen, aber die übrigen hätte er leider nicht an ihrem Unternehmen verhindern können. Sarrans hielt schließlich eine lange Rede, welche den Saal mit großer Schnelligkeit leerte. Er richtet folgende 3 Fragen an die Regierung: was würde das Verhalten derselben sein 1) wenn Oesterreich Piemont überfiele, 2) wenn dasselbe versuchen würde, den Papst wieder in seine weltliche Macht einzusetzen, 3) wenn es dem Großherzog von Toskana beistehen würde? Drouyn de l'Huys erklärte: daß wenn die Regierung durch sein Organ aussprechen würde, sie werde sich nicht in die Sache mischen, so könnte man dies als eine Aufmunterung betrachten, würde dieselbe hingegen eine entgegengesetzte Erklärung geben, so würde sie unnöthigerweise einen casus belli setzen, während sie entschlossen sei, Alles anzuwenden, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Er appellire, wie Hr. General Cavaignac öfters gethan, an die Klugheit der Versammlung, um seine Zurückhaltung zu billigen. Maugier sucht vergebens das Wort zu nehmen. Die Versammlung schließt die Debatte und erklärt mit 438 gegen 341 Stimmen, daß sie einfach zur Tagesordnung übergehe. Dufaure im Namen der Finanzkommission schlägt die Dringlichkeit für den Antrag der Regierung zur Bewilligung von zwei neuen Zwölftheilen (Steuerzuschlag) vor. Hierauf geht man zur Fortsetzung der Berathung über das Wahlgesetz.

Das Wahlgesetz bildete auch den Gegenstand der Berathung in der heutigen Sitzung. Verschiedene Zusätze zu den Artikeln 3, 19 und 59 waren der Kommission zu abermaliger Prüfung zugewiesen worden, auf ihren Antrag werden dieselben verworfen. Hierauf wird mit dem 60. Artikel, die Abstimmung der Militärs betreffend fortgefahren. In der vorgestrigen Sitzung war hiebei als Zusatz folgender Paragraph angenommen worden. Für die Militärs vor dem Feinde und für die in einer Expedition begriffenen Seeleute bleibt das Stimmrecht suspendirt. Gent schlägt vor hinzuzufügen: Wenn eine materielle Unmöglichkeit, die Militär-Wähler zu vereinigen, vorliegt, oder wenn das Resultat der Wahlen nicht zur gehörigen Zeit nach Frankreich gelangen könnte. General Oudinot weist den Vorschlag zurück und beschwört die Versammlung nicht zu gestatten, daß die für die militärischen Operationen nöthige Disciplin durch politische Aufreizungen gestört werde. Es wird zur Zettelabstimmung geschritten und das Amendement mit 534 gegen 191 Stimmen verworfen. Der Artikel selbst wird angenommen, ebenso der 61te mit dem Zusatze, daß bei Stimmengleichheit der älteste Kandidat den Vorzug hat. Die Versammlung kommt bis an den Artikel 76, der von den Inkompatibilitäten handelt.

Die italienischen Angelegenheiten nehmen natürlich, je mehr sie sich verwickeln, desto mehr die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Interpellationen in der Kammer über auswärtige

Angelegenheiten führen nie zu einer Aufklärung über die Politik, welche die Regierung befolgen wird. Sie werden stets ausweichend beantwortet. So hat auch die Buvignier'sche Interpellation die Regierung nicht veranlaßt, sich über das Verfahren, das sie in Italien einschlagen wird, auszusprechen. Doch heißt es allgemein, daß die französische Regierung entschlossen ist, sich einer Intervention zu Gunsten des Papstes gegenüber streng neutral zu verhalten und nicht einmal auf diplomatischem Wege sich derselben zu widersetzen. Die „Presse" theilt übrigens aus derselben Quelle, aus der sie bereits mehrere authentische Nachrichten über die italienischen Angelegenheiten geschöpft hat, mit, daß nach dem Ton einer Note, welche die österreichische Regierung an die europäischen Mächte gerichtet hat, um wegen des eventuellen Rückfalls von Toskana an das Haus Oesterreich gegen die neue Ordnung der Dinge daselbst Verwahrung einzulegen, an eine bevorstehende bewaffnete Intervention Oesterreichs in Toskana nicht zu denken ist. In Bezug auf den Krieg mit Sardinien habe der Feldmarschall Radetzky die Weisung erhalten, sich streng auf die Defensive zu beschränken, im Falle eines Angriffs aber, den Tessin zu überschreiten und auf Turin zu marschiren. Karl Albert sei in Folge der vereinten Bemühungen und Rathschläge Frankreichs und Oesterreichs der Kriegspartei in seinem Lande zum Trotz entschlossen, den Krieg gegen Oesterreich, dessen Erfolg die fortgesetzten Niederlagen der Ungarn mehr als zweifelhaft machen, nicht wieder aufzunehmen.

Der famose Prozeß der Maiangeklagten in Bourges hat bis jetzt noch zu keinen großen Auftritten geführt. Die Anklageakte ist verlesen worden, die Angeklagten haben gegen die Zuständigkeit des Gerichts protestirt, und Blanqui und Albert ihr Erscheinen geweigert. Wir werden die Einzelheiten morgen mittheilen.

Portugal.

* **Lissabon**, 1. März. Von diesem Datum sind die letzten Nachrichten, welche das Dampfschiff Iberia am 6. März nach Southampton überbrachte. Man ersieht daraus, daß das portugiesische Dampfboot Minello von Gaeta nach Lissabon zurückgekehrt war, den Grafen Penafiel an Bord, welcher der Königin ein Antwortschreiben des Papstes auf deren Antrag, daß er sein Asyl in Lissabon nehmen wolle, zu übergeben hatte. Die Antwort war, wie sich erwarten ließ, ablehnend, aber in Ausdrücken abgefaßt, welche der Königin große Freude bereiteten. Die Cortes hatten, nach achttägiger Debatte, den Entwurf für ein direktes Wahlsystem mit 59 Stimmen gegen 32 verworfen. Sonst verbrachten sie ihre Zeit mit allerlei Dingen, nur nicht mit der Berathung solcher Maßregeln, welche das Land dringend fordert. Der Herzog von Saldanha beabsichtigte, einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach alle in die Amnestie vom Jahr 1834 einbegriffenen royalistischen Offiziere auf ihr Gesuch in das Heer wieder eintreten können. Die Thätigkeit des neuen Finanzministers, Lopes Branco, der sich streng an die Vorschriften des Gesetzes und von jedem Favoritismus wie von allen höhern Einflüssen fern zu halten weiß, fand immer mehr Anerkennung. Sonst war das Land ruhig, obschon die Verwerfung des direkten Wahlsystems durch die Cortes im Lande große Unzufriedenheit erregt hatte.

Oesterreichische Monarchie.

Krakau. Ueber die Unruhen daselbst am 25. v. M. erfährt man noch nichts Näheres. Daß die Rekrutenaushebung Veranlassung zu harten Auftritten gegeben, bestätigen die bestunterrichteten Blätter. Ein Wiener offizielles Journal schreibt über den Aufstand etwas österreichisch-didaktisch: „Als man fünf der Rebellen standrechtlich aufgehangen, war die Ruhe vollkommen wieder hergestellt!" Mehrere Berichte sprechen zwar von einem Bombardement, allein diese Nachrichten kommen über Schlesien, was in der Zeitungsliteratur einen bösen Leumund hat. Das gutunterrichtete Konst. Bl. a. B. weiß nichts von einem Bombardement, dagegen kann der Aufstand wieder nicht unbedeutend gewesen sein, da man in dem offiziellen Bericht der Lemberger Zeitung von der Bildung eines Sicherheitsausschusses liest, und zwar aus Generalen und Polizeibeamten. In derselben Quelle wird zwar bloß von einer nächtlichen unmusikalischen Volksmenge erzählt, die eine Patrouille mit Steinwürfen „geneckt" habe, nichtsdestoweniger wird den Bürgern Krakau's versichert, daß diese „Demonstration" kommunistische Tendenzen gehabt habe. (A. Z.)

Griechenland.

** **Athen**, 25. Febr. Als ein geistreicher Mann die Abrufung des langjährigen „Plagegeistes" Lyons erfuhr, fragte er: und Griffits? Der alte Seemann gab meist nur den Namen, der Sekretär war die Seele der Gesandtschaft.

Gensdarmerie-Major Zinos ist mit großer Machtvollkommenheit gegen die Räuber ausgerüstet. Alle Militär- und Civilbehörden müssen ihm Folge leisten. Die Fähigkeit dieses Mannes ist bekannt, wie seine Härte; er scheut kein Mittel, Geständnisse zu erpressen. Gleichwohl glaubt man nicht an eine gewaltsame Ausrottung des Straßenraubs. Die Ursachen dieser Krankheit müssen gehoben werden, das Symptom läßt sich nicht heilen. Straßenräuber wurden zuerst die von der Regentschaft undankbar und sinnlos verabschiedeten Palikaren. Sie rekrutirten sich bisher durch Verfolgte, Unterdrückte, Mißvergnügte. Auch gilt das Handwerk der Straßenräuber hier keineswegs für ein schändliches, und hunderte von Beispielen, daß amnestirte Räuber Offiziersgrade und Orden erhielten, dienen zum Sporn. Unsere Nordgrenze bedürfte zur Bewachung mehr Truppen, als die ganze kleine Armee Griechenlands — 5 bis 6000 Mann — zählt. Man werfe einen Blick auf die Karte. Mit dieser Grenze kein Heil. Das fühlt der Grieche lebhafter als je. Die Kammer genießt kein Ansehen und verdient keines, als aber letzthin die Heterochthonen-Frage auf der Tagesordnung stand und der Abgeordnetete von Aegion eine kolettische Rede hielt, da donnerten die überfüllten Gallerien begeisterten Beifall.

Von der hiesigen Diebsbande sind wieder zwei ergriffen. Vorgestern Abends fielen 8 Schüsse, und tönte weithin entsetzliches Angstgeschrei eines Weibes. Im Hause des reichen Banquiers Negris waren 7 Diebe im Einverständniß mit dem Kutscher eingedrungen, hatten Mutter, Kinder, Kindsmädchen gebunden, und schon den Vater zum Oeffnen der eisernen Kasse gezwungen, als Hilfe kam.

Frankfurter Börsenbericht.

(Wochenbericht.)

Die Unsicherheit in unsern innern und äußern Angelegenheiten fängt nachgerade an auf die Börsenzustände einzuwirken. Auf die Lebhaftigkeit des Geschäftes der letzten Wochen ist eine Lethargie gefolgt, die äußerst lähmend auf den Verkehr einwirkt. Selbst in den beliebtesten Gattungen, süddeutsche und belgische Papiere, ist der Umsatz schwerfällig und es zeigen sich davon mehr Abgeber als Käufer. Von österr. Metalliques - Obligationen sind nicht unbedeutende Posten zum Verkauf an den Markt gekommen, und derselbe, da die Amsterdamer Börse auch nicht mehr recht zieht, ziemlich schwierig geworden. Zeigen sich jedoch Käufer in diesem Effekt an einem Tage, wo die Abgeber seltener sind, so ergeben sich sogleich Coursdifferenzen von $^1/_2$ à $^3/_4$ pCt., wie solches am 8. März der Fall war. Solche Erscheinungen bekunden die Schwäche der Börse. Die courranteste Waare bleibt immer die 3pCt. inländische Schuld. Man kann wenigstens ohne zu große Erschütterung verhältnißmäßig bedeutende Posten an jedem Börsentag umsetzen. Es sind diese Papiere die Jettons der kleinen Kapitalisten und Spekulanten, die, bei der Leichtigkeit der Umsätze und der Geringfügigkeit des Kapitals im Verhältniß des Nominalwerthes, einen bevorzugten und lebhaften Handel damit treiben.

Das anhaltende Steigen der französischen Renten, in Folge des außerordentlichen Geldüberflusses an der Pariser Börse, veranlaßt uns einen Gegenstand zur Sprache zu bringen, der die Aufmerksamkeit der österr. Finanzverwaltung in hohem Grade zu verdienen scheint.

Das Ausfuhrverbot in Oesterreich hat nicht verhindern können, daß eine Masse Zwanziger und Zehner über die Grenze geschmuggelt wurden. Das Verbot hat daher einen großen Handel in diesen Münzsorten veranlaßt. Theils ist es der Schmuggel der, bei dem niedrigen Stand der Wiener Valuta, große Benefice bietet, theils aber auch der Umstand, daß Oesterreich bis zur Stunde seine Münzen im fl. 24 - Fuß prägt, während alle deutschen, ja europäischen Staaten, schon seit geraumer Zeit im fl. 24½-Fuße prägen. Daß das Ausfuhrverbot Oesterreich geschadet und einzelne Geschäftsleute bereichert hat, steht fest. Merkwürdig ist es aber, daß diese Maßregel für Frankreich von großem Nutzen ge-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der National-Versammlung vom 12ten März. Die Versammlung im Weidenbusch.) Wien (Die Oktroyirung. Die großdeutschen Abgeordneten. Die Verfassung und das Robotentschädigungspatent. Ungünstige Nachrichten aus Ungarn und Siebenbürgen.) Berlin (Verhandlungen der ersten Kammer. Sitzung der zweiten Kammer.) München (Regierungsdirektor Forster Minister des Innern. Das griechische Anlehen.) Dresden (Publikation der Grundrechte.) Freiburg (Militärische Vorkehrungen für die Zeit des politischen Prozesses.) Schleswig-Holstein (Die Landesversammlung auf den 16. berufen.)

Italien. Turin (Adressen der Deputirtenkammer und der lombardischen Konsulta. Antworten des Königs.) Genua (Auflegung von Registern für die Freiwilligen.) Modena (Brutalität der österreichischen Offiziere.) Florenz (Keine neuen Kriegsnachrichten.) Rom (Mazzini soll zum Diktator ernannt sein.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 12 März)

Verhandlungen der National-Versammlung.
Vom 12. März.

Tagesordnung der 184. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Verfassungsausschusse zur zweiten Lesung vorgelegten Abschnitts VI. der Reichsverfassung: „Das Reichsgericht.“

Das Haus ist zeitig und zahlreich besetzt. In Folge der österreichischen Nachrichten gibt sich eine tiefe Bewegung unter den Mitgliedern kund. Vorsitzender: Präsident Herr Eduard Simson. Ausgetreten aus der Nationalversammlung ist Herr von Kleinschrodt aus Baiern. Dagegen werden als neu in das Haus eingetreten angemeldet die Herren Formbacher aus Steiermark und Melleck aus Ratibor in preußisch Schlesien. Von Flottenbeiträgen kommen zwei zur Anzeige: 109 Gulden, Ertrag einer Sammlung in Ober-Oesterreich (Bravo!) und eine verhältnißmäßig bedeutende Beisteuer der Zöglinge des Friedrich Wilhelm Gymnasiums in Berlin. (Beifallszeichen)

Herr Mittermaier verkündet, daß der Entwurf für die zweite Lesung der Verfassung gedruckt sei und heute noch zur Vertheilung komme. (Beifall)

Einen Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstattet zuerst Herr Degenkolb, dahin gehend, daß mehrere von Spinnern und Webern eingereichte Eingaben dem Reichsministerium zu geeigneter Berücksichtigung überwiesen worden seien. Eine bei Weitem wichtigere Stelle als die Ausschußberichte, die sich den erwähnten zugesellen, nehmen die Anrufungen ein, von denen heute die nachstehenden erfolgen:

Herr Schüler von Jena interpellirt das Ministerium des Aeußern wegen angeblichen Protests der russischen Regierung (Hört!) wider die Verfassungsveränderung Deutschlands, ob und welcher deutschen Regierung ein solcher Protest und ob er dem Reichsministerium selbst zugegangen sei.

Dann richtet Herr von Raumer aus Dinkelsbühl folgende Anfrage an das Reichsministerium:

In Betracht, daß

1) der verfassungsgebende deutsche Reichstag unterm 13. Januar dem Reichsministerium die Ermächtigung ertheilt hat, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der k. k. Regierung Oesterreichs Namens der provisorischen Centralgewalt für Deutschland über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten; daß

2) das Reichsministerium unterm 22. Januar an den österreichischen Bevollmächtigten eine jener Ermächtigung entsprechende Note hat ergehen lassen; daß

3) seit dieser Zeit bereits sieben Wochen verflossen sind, und daß endlich

4) am 6. d. M. für den österreichischen Gesammtstaat mit Einschluß Ungarns und der Lombardei von der kaiserlichen Regierung eine Verfassung oktroyirt worden ist, welche thatsächlich eine Antwort an Deutschland enthält,

so stelle ich an das Reichsministerium die Anfrage:

ob von Seiten Oesterreichs auf vorerwähnte Reichsministerialnote vom 22. Januar eine Antwort erfolgt ist und welche Antwort? und welches demnach der Stand der mit Oesterreich obschwebenden Verhandlung ist?

Die Antwort darauf wird für Donnerstag zugesagt, wo Herr von Gagern zugleich auch die Würt'hschen Anfrage in Bezug auf die gesammte auswärtige Politik zu beantworten verspricht.

Herr Gevekoht interpellirt im Namen des Marineausschusses das Reichsministerium der Finanzen: wegen der rückständigen Matrikularbeiträge zur Herstellung der deutschen Flotte. Namentlich verlangt er zu wissen, welche Staaten haben ihren Beitrag und aus welchen Gründen auf die erste Umlage verweigert? Welche Einzahlungen sind auf die zweite Umlage geschehen und wann wird die nachträgliche dritte Umlage erfolgen, sofern die eingegangene Summe nicht ausreicht? Der Schluß der Gevekoht'schen Anfragen bezieht sich auf Oesterreich, welches sich nicht für verbunden erachtet, zur deutschen Kriegsflotte Geldbeisteuern zu leisten und welche Kunde das Reichsministerium darüber habe, daß Oestreich dänische Offiziere für seine Flotte erworben habe. Die Beantwortung wird für morgen zugesagt.

Auf die Interpellation des Herrn Schüler von Jena erwiedert der Präsident des Ministeriums, Herr Heinrich von Gagern, sogleich: eine Note der russischen Regierung, wie die von Herrn Schüler bezeichnete, sei dem Reichsministerium nicht zugekommen und dasselbe habe Grund zu zweifeln, daß überhaupt eine solche Note einer deutschen Regierung zugegangen oder erlassen worden sei.

Der Reichsminister der Justiz, Herr Rob. v. Mohl, beantwortet die Jucho'sche Interpellation wegen Veränderung der deutschen Wechselordnung durch die Landesgesetzgebung dahin, daß das Reichsministerium der Justiz den angeregten Gegenstand in Betracht gezogen und die Regierungen ersucht habe, sich jeder in das Wesen des Gesetzes eingreifenden Modifikation zu enthalten, widrigenfalls durch ein neues Reichsgesetz Vorsorge getroffen werden müsse.

Einem das Verfassungswerk betreffenden Antrage des Herrn Bresgen aus Ahrweiler wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Darauf aber wird unter der steigenden Spannung des Hauses von dem Präsidenten der folgende dringende Antrag des Herrn Karl Welcker aus Baden verlesen:

Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung, in Erwägung der dringlichen Lage der vaterländischen Verhältnisse, beschließt:

1) Angesichts der wiederholten öffentlichen Nachrichten von fremder Einsprache gegen die von der deutschen Nation zu beschließende Verfassung, ihre Entrüstung gegen solche Eingriffe in das heiligste Urrecht freier Völker, gegen jeden Deutschen aber, sei er Fürst oder Bürger, welcher landesverrätherisch solche Eingriffe hervorrufen möchte, den tiefsten Abscheu und zugleich die feste Erwartung auszusprechen, daß die deutsche Nation wie Ein Mann ihre Ehre vertheidigen und deren Verletzung zurückweisen werde;

2) die gesammte deutsche Reichsverfassung, so wie sie jetzt nach der ersten Lesung von dem Verfassungsausschuß mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen redigirt vorliegt, wird durch einen einzigen Gesammtbeschluß der Nationalversammlung angenommen und jede etwa heilsame Verbesserung dem nächsten verfassungsmäßigen Reichstage vorbehalten.

3) Die in der Verfassung festgestellte Kaiserwürde wird Sr. Majestät dem König von Preußen übertragen.

4) Die sämmtlichen deutschen Fürsten werden eingeladen, großherzig und patriotisch mit diesem Beschlusse übereinzustimmen und seine Verwirklichung nach Kräften zu fördern.

5) Es wird eine große Deputation der Nationalversammlung abgesendet, um Sr. Majestät dem Könige von Preußen die Wahl zum deutschen Erbkaiser anzuzeigen.

6) Sowohl Sr. Majestät der Kaiser von Oesterreich, als Fürst der deutsch-österreichischen Lande, als die sämmtlichen Bruderstämme in diesen Landen, einzeln und vereint sind zum Eintritt in den deutschen Bundesstaat und seine Verfassung jetzt und zu aller Zeit eingeladen und aufgefordert.

7) Die deutsche Nationalversammlung legt gegen ein etwa beanspruchtes Recht der Regierung der deutsch-österreichischen Lande oder dieser Lande selbst, von dem deutschen Vaterlande und aus der von seinem Gesammtwillen beschlossenen Verfassung auszuscheiden, für alle Zeiten feierlichen Widerspruch ein.

8) Sie ist aber bereit, so lange einer definitiven Verwirklichung des völligen Eintritts der deutsch-österreichischen Lande in die deutsche Reichsverfassung noch Schwierigkeiten im Wege stehen sollten, die bestehenden nationalen brüderlichen Verhältnisse, jedoch unbeschadet der Selbstständigkeit der deutschen Reichsverfassung, zu erhalten.

Auf die Frage des Präsidenten, ob Herrn Welcker das Wort zur Begründung der Dringlichkeit zu verleihen sei, erhebt sich einhellig die ganze Versammlung. Tiefe Stille, unter deren Eintritt die Rednerbühne einnimmt:

Hr. Welcker: Meine Bedenken gegen das Erbkaiserthum gingen aus keiner Abneigung gegen Preußen hervor, sondern aus meinem heißen Verlangen, daß das ganze Vaterland zusammen gehalten werde. Nur daß kein Mittel versäumt werde, welches zur vollständigen Einheit führen könne, war meine Absicht. Jetzt glaub' ich, daß diese Mittel erschöpft sind, daß der Augenblick gekommen ist, wo wir das übrige Deutschland zu einem festen Körper zusammen zu fassen haben. Und so ist die durch mich mitbewirkte Verzögerung zum Segen gewesen. Sie hat jeden Schimmer der Usurpation von der Krone entfernt, die wir auf Preußens Haupt setzen, wir haben die Oesterreicher nicht ausgestoßen und unsere Hand ist jeden Augenblick bereit, sie aufs Neue brüderlich zu empfangen (Stürmischer Beifall von dem ganzen Hause). Alle, ich zweifle nicht daran, auch die katholischen Badner und Baiern sind jetzt durchdrungen von dem Gedanken, daß Deutschland gerettet werden müsse, und gegen jeden Eingriff von Außen, gegen jeden Versuch, das selbstständige Werk seiner Verfassung zu hindern, wird sich unser Volk wie Ein Mann zur Vertheidigung seiner Freiheit erheben! (Bravo) Keine oktroyirte Karte, eine selbstertheilte werden wir haben. Das Vaterland ist in Gefahr. Wäre noch eine Möglichkeit des Eintritts Oesterreichs in unsern Bund übrig, so wird es an dem Könige von Preußen, als dem Kaiser von Deutschland sein, das Ultimatum zu stellen. Ich wiederhole, das Vaterland ist in Gefahr. Retten Sie das Vaterland! (Anhaltender, allseitiger Ruf der Zustimmung und Beifallsklatschen).

Dem Antrage Hrn. Welckers gemäß, wird genehmigt, daß die Berathung des von ihm angeregten Gegenstandes auf eine der nächsten Tagesordnungen gebracht werde.

Nachdem dieser Beschluß gefaßt ist, wird die Berathung über Abschnitt VI. des Verfassungsentwurfs: „Das Reichsgericht" eröffnet. Aber es zeigt sich bald, daß unter dem Gewicht so inhaltschwerer Ereignisse und nach der Behandlung des Welcker'schen Antrags der Versammlung die Ruhe und das Interesse gänzlich mangelt, um den vorliegenden Paragraphen und den dazu gestellten Verbesserungsanträgen die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen. Auf das wiederholte und allgemeine Verlangen vertagt daher der Präsident schon gegen 11 Uhr Vormittags die Fortsetzung der Berathung über das Reichsgericht auf die morgende Sitzung.

—x **Frankfurt**, 12. März. In der gestrigen Versammlung im Weidenbusch wurde zunächst vom Vorstande der Wunsch ausgesprochen und von den Versammelten allseits getheilt, den auf der nächsten Tagesordnung stehenden Abschnitt der Verfassung, „vom Reichsgericht" so rasch als möglich ohne viel Mäkeln an den einzelnen Bestimmungen anzunehmen; die Verwirklichung dieses Wunsches auch dadurch angebahnt, daß einzelne Bedenken vorgebracht und im Wege der Verständigung erledigt wurden, so daß von dieser Seite her der schnellsten Förderung dieses Gegenstandes nichts in den Weg gelegt werden wird. Sodann setzte man die abgebrochene Debatte darüber fort: ob nach dem Reichsgericht zuerst das Kapitel „vom Reiche" oder das von der „Reichsgewalt" zweckmäßiger zur Berathung kommen möchte. Nach einiger Debatte entschied sich die Versammlung, zum Theil mit Rücksicht auf die neuesten Ereignisse und den dadurch veränderten Stand der Dinge dafür, daß es besser sei, die bei der ersten Lesung eingehaltene Reihenfolge auch diesmal zu beobachten. Der Antrag, das Reichsministerium über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen mit Oesterreich mit Bezugnahme auf die oktroyirte Verfassung zu interpelliren, fand allgemeinen Anklang und ist bereits heute durch Hrn. v. Raumer von Dinkelsbühl zur Ausführung gebracht worden.

△ **Wien**, 7. März. Mancherlei Vorbedeutungen bringen die Vermuthung beinahe zur Gewißheit, daß das Ministerium mit dem Gedanken schon zur Reife gelangt sei, die von dem Constitutionsausschusse in Kremsier entworfene Verfassung kurz und gut zu oktroyiren und somit die ganze Frage zu durchschneiden. Die Staatsdruckerei ist seit gestern militärisch besetzt, niemand der den Fuß über die Schwelle bringt, darf fürs Erste zurück, sondern ist genöthigt, darin Gott weiß wie lange zu verweilen. Es wird Tag und Nacht darin gearbeitet, man glaubt die Verfassung werde mit allerlei Anhängsel gedruckt.

Die Frankfurter Großdeutschen dürften ziemlich resultatlos von hier heimkehren, da ihre Sendung von unserem Ministerium vielleicht nicht in ihrer ganzen Bedeutsamkeit erkannt wird, und der Gedanke noch gar keinen Grund gewinnen konnte, daß das von denselben Unternommene im Interesse Oesterreichs liege. Es hat sogar in vielen Fragen den Anschein, als ob feindliche Mächte mit einander unterhandelten, während es Bundesgenossen sind, die sich von einer Seite nicht erkennen. Ich möchte Ihnen mit Bestimmtheit sagen, daß die einzige deutliche Antwort, welche die Abgeordneten erhalten konnten, sich für heute noch darauf beschränkt, alles so weit als möglich hinauszuschieben oder — (aber wundern Sie sich nicht und finden Sie es nicht unglaublich, denn bei uns ereignet sich das unglaublichste gerade am leichtesten) — „daß Oesterreichs bedingter Anschluß nur durch Aufhebung oder Ausmerzung aller deutschen Grundrechte ins Werk zu setzen sei."

Bis hierher hatte ich geschrieben, als ein großes Wogen und Drängen, eine im Belagerungszustande unglaubliche Bewegung auf den Straßen bemerkbar wird. Man rennt auf die Plätze, wo lautlos große Gruppen stehen, neben denen jedesmal einige Sicherheitswächter bemerkbar werden. Ich dränge mich hindurch und sehe viele große Plakate und Bogen, die aufgeheftet werden. „Der Kaiser octroyirt eine neue Verfassung, löst den Kremsirer Reichstag auf, spricht das Wort des Einheitsstaates in Oesterreich aus — Alle Grenz-Sperren fallen."

Es ist unmöglich, noch in diesen Stunden einen Ueberblick des Eindruckes zu gewinnen, welchen diese oft besprochene Verkündigung hervorbringt. Mißtrauen gegen sich und Andere hält den wahren Ausdruck unverkennbar zurück. Weder laute Zustimmung, noch leiser Tadel ist zu vernehmen. Nur dieß lesen die Leute heraus oder wollen es herauslesen, „daß die Juden emanzipirt seien."

* **Wien.** Nachstehendes sind die wesentlichsten Bestimmungen der neuen Reichsverfassung, deren vollständige Mittheilung wir uns auf morgen vorbehalten müssen. Das Reich umfaßt nebst den schon am Reichstage vertretenen Ländern auch noch Kroatien, Slawonien, Ungarn, Siebenbürgen, die Militärgrenze, Lombardei und Venedig (§. 1). Diese Kronländer bilden die freie, selbstständige und untheilbare konstitutionelle Monarchie (§. 2). Wien ist die Hauptstadt des Reichs und Sitz der Reichsgewalt (§. 3). Den einzelnen Kronländern wird ihre Selbstständigkeit innerhalb jener Beschränkungen gewährleistet, welche die Verfassung feststellt (§. 4). Alle Volksstämme sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung seiner Nationalität und Sprache (§. 5). Das ganze Reich bildet ein Zoll- und Handelsgebiet. Ausnahmen einzelner Orte oder Gebietstheile bleiben der Reichsgewalt vorbehalten (§. 7). Der Kaiser wird gekrönt und beschwört bei seiner Krönung die Reichsverfassung (§. 13). Jede Verfügung bedarf der Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers (§. 18). Der Kaiser ernennt und entläßt die Minister und verleiht den Adel, Orden und Auszeichnungen (§. 19). Für alle Völker des Reichs gibt es nur Ein allgemeines Reichsbürgerrecht ((. 23). In keinem Kronlande darf zwischen seinen Angehörigen und jenen eines andern Kronlandes ein Unterschied in Rechten und Lasten bestehen (§. 24). Die Freizügigkeit der Person innerhalb des Reichs unterliegt keiner Beschränkung; die Freiheit der Auswanderung ist nur durch die Wehrpflicht beschränkt (§. 25). Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich (§. 28). Jeder österreichische Reichsbürger kann in allen Theilen des Reichs Liegenschaften jeder Art erwerben, sowie jeden gesetzlich erlaubten Erwerbszweig ausüben (§. 30). Der allgemeine österreichische Reichstag soll aus zwei Häusern, dem Ober- und dem Unterhause, bestehen und wird alljährig im Frühjahre vom Kaiser berufen (§. 38). Der Reichstag versammelt sich in Wien, kann aber von dem Kaiser auch an einen anderen Ort berufen werden (§. 39). Das Oberhaus wird gebildet aus Abgeordneten, welche für jedes Kronland von dessen Landtage gewählt werden (§. 40). Die Zahl der Abgeordneten des Oberhauses beträgt die Hälfte der Zahl des Unterhauses (§. 41). Die Wahlen für das Unterhaus sind direkt (auf 100,000 Seelen ein Abgeordneter) mit einem Steuercensus von 5 bis 20 fl. Das Oberhaus wird auf zehn, das Unterhaus auf fünf Jahre gewählt. Bei Auflösung des Reichstags, welche dem Kaiser zusteht, muß die Wiedereinberufung nach drei Monaten erfolgen (§. 42 — 69).

Der §. 66 lautet: „Die Uebereinstimmung des Kaisers und der beiden Häuser des Reichstags ist zu jedem Gesetze erforderlich." Aenderungen dieser Reichsverfassung können auf dem ersten Reichstage im gewöhnlichen Wege der Gesetzgebung beantragt werden. Das letzte der vorliegenden Aktenstücke ist das Robotentschädigungs-Patent. Eine wesentliche Bestimmung desselben ist, daß von der ausgemittelten Entschädigung ein Drittel der Berechtigte, ein Drittel der Verpflichtete und ein Drittel das betreffende Land aus Landesmitteln aufzubringen hat.

Wien, 7. März. Ein Gerücht verkündet eine große Schlacht jenseit der Theiß, welche zum Nachtheil der Kaiserlichen ausgefallen sein soll. Auch aus Siebenbürgen lauten die Nachrichten (vom 20. Febr.) ungünstig. Außer Hermannstadt und Kronstadt war das ganze Sachsenland vom Feind besetzt. (A. Z.)

✗ **Berlin,** 10. März. Die heutige Sitzung der ersten Kammer, in welcher über den Adreßentwurf berathen wurde, dauerte von 10 bis 2½ Uhr. Der Hauptredner der Rechten, Stahl, warf dem Adreßentwurfe Farblosigkeit, Mangel an Nachdruck vor; er vermißte darin den Dank, welcher der rettenden That des Ministeriums gebühre, ferner eine allgemeine Anerkennung des Belagerungszustandes, die unerläßlich sei, und eine Kundgebung in der deutschen Frage zu Gunsten des Rechtsbodens, der bestehenden Macht. Anträge im Sinne der Linken stellten und vertheidigten Maurach und Graeff, Sperling, Fischer und Zänker. Die beiden ersten wollten statt der Worte „in Ehrfurcht", im ersten Satz des Entwurfs, gesetzt wissen: „mit ehrerbietigem Vertrauen". Als Hauptgrund der Aenderung führte man an, daß Ehrfurcht mehr das Gefühl des Menschen gegen Gott bezeichne. Allein für die Ehrfurcht gegen den König traten Brüggemann, Nitzsch und Hansemann in die Schranken. Brüggemann wies darauf hin, wie der Sinn für das Ehrwürdige überhaupt aus vielen Herzen verschwunden sei und daß man daher die noch vorhandenen Keime zu pflegen habe; Ehrfurcht müsse man gegen den Monarchen empfinden, weil derselbe eine Macht sei, die man nur aus dem Prinzip der göttlichen Weltordnung herleiten könne. Nitzsch unterschied: Ehrfurcht zeige man gegen Höhere, Ehrerbietung mehr gegen Seinesgleichen. Auch sei Ehrfurcht etwas Freies, Sklavenseelen empfänden nur Furcht. Hansemann sagte weniger cathedermäßig: „Ich war nie ein Schmeichler der Gewalt, aber ich habe stets Ehrfurcht gehabt vor dem absoluten König und habe noch mehr vor dem konstitutionellen." Die Versammlung entschied sich mit überwiegender Majorität für die Fassung des Entwurfs. Sperling und Genossen wollten statt Satz 2 und 3 des Entwurfs Folgendes in die Adresse aufgenommen sehen: „Berufen zur Revision der Verfassung vom 5. Dezember v. J., werden wir dieselbe nach den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes und im Geiste der ihm gegebenen Verheißungen sorgfältig prüfen. Unsere Zuversicht, bei dieser Aufgabe zur baldigen Verständigung mit der zweiten Kammer und mit E. M. Regierung zu gelangen, ist um so größer, je wichtiger es uns allen erscheinen muß, das Land so schnell als möglich der vollen Befriedigung und Sicherheit theilhaftig zu machen, welche an die Vollendung dieser Revision geknüpft sind." Der Abgeordnete Graeff nannte die erste Kammer eine Versammlung, welche nicht vom Volke gewählt und zwischen die Krone und die Volksvertretung geschoben sei, was großen Tumult hervorrief. Die andern Redner machten geltend, daß durch die Verfassung die Anarchie beseitigt, durch die Wiederherstellung der Ordnung in Preußen aber auch die deutsche Einheit möglich gemacht sei, und daß man darüber wohl Freude empfinden könne. Am wirksamsten sprach der Abgeordnete Bergmann. Krone und Nationalversammlung seien nicht vertragschließende Parteien gewesen, sondern gleichberechtigte Gewalten. Komme es zwischen solchen nicht zur Vereinbarung, so bleibe eben nichts übrig, als die permanente Unvereinbarung, und da müsse der Grundsatz gelten, daß die Regierungsmacht nicht nur das Recht sondern die Pflicht habe, nach Maßgabe der Umstände zur Rettung des Staates Alles zu thun! Der Abgeordnete Bornemann beantragte den Schluß der Berathung, Milde dagegen den Schluß der Sitzung und Vertagung. Letzteres wurde angenommen und die Berathung bis zum 12. d. vertagt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Fassung des Entwurfs angenommen werden.

** **Berlin,** 10. März. (Sitzung der 2. Kammer.) Die Wahlprüfungen schritten vorwärts. Eine Menge der verschiedensten Anträge wurde zur Lesung gebracht. Darunter der von der Rechten ausgehende Antrag in Betreff der ländlichen Bevölkerung, dessen Vorwegnahme die Linke nicht verwinden kann. Die Linke? Sie existirt nur noch räumlich, wenn nicht durch die Fehler, welche leichthin von der Rechten begangen werden könnten. Denn ist nach Berg einmal die Linke das Ilium, so wird ja doch gesündigt „in Ilium und außer Ilium." Aber der Tag, wo das heilige Ilium hinsinkt, soll nicht erst kommen. Er ist schon gekommen. Die ganze Linke konnte bei mancher Gelegenheit auseinanderfallen; doch beieinander bleiben konnte sie nur unter einer Bedingung, daß die Anerkennung der Verfassung — „offne Frage" blieb. Sobald auf die Frage der Anerkennung näher eingegangen wurde, sprengte die Linke in drei, mindestens zwei Theile. Denn aus dreien bestand sie; gewählt waren die Einen, welche vor der Wahl die Nichtanerkennung offen ausgesprochen; ferner Solche, die vor der Wahl diese Frage „offen" gelassen oder in der Sprache von Delphi beantwortet hatten; drittens diejenigen, welche nur um den Preis der Anerkennung der Verfassung gewählt sind. Ein Antrag der Linken auf Niedersetzung eines Revisions-Ausschusses fand bei der Rechten Unterstützung; denn er mied alle Berührung des Prinzips und die Rechte hätte keinen andern Grund dagegen gehabt, als daß Riedel, eines ihrer Mitglieder, eine Motion in Bezug auf diesen Gegenstand angekündigt hatte. Phillips verlangte für jeden Abgeordneten täglich 50 Exemplare der stenographischen Berichte zur Versendung, um — dem Geist der Lüge entgegenzuwirken. Phillips sieht diesen Geist der Lüge darin, daß, als die Nationalversammlung die konstitutionelle Freiheit zu vertheidigen schien, sie von allen Gegenden der preußischen Welt Zustimmungsadressen erhielt, und daß, als Waldeck später mit Drohungen Herrn v. Unruh in öffentlicher Sitzung im Saale der Stadtverordneten entgegentreten durfte, als diese Partei, welche stets die konstitutionelle Freiheit mißachtet hatte, den Ausschlag gab, das preußische Volk die gesunkene Versammlung fallen ließ. Es geht Herrn Phillips, wie manchem König und Machthaber — er beklagt sich über Undank und sollte an die eigene Brust schlagen. Wenn diese Kammern wieder in einen 15. November auslaufen sollten, wird auch die Versendung en gros, welche Phillips beantragt, die höchste Jury der öffentlichen Meinung nicht bewegen, freizusprechen, wo die stenographischen Berichte selbst zum Corpus delicti gehören.

0 **München,** 10. März. Das Ministerium ist seiner Vervollständigung wieder um einen Schritt näher gerückt; zu den dreien ist ein vierter gekommen, ein Minister des Innern, der bisherige Regierungsdirektor Forster in Augsburg, ein Geschäftsmann zu dessen Lobe die Fama sagt: er habe jährlich fünfhundert Nummern mehr erledigt, als der fleißigste Arbeiter. Von seiner staatsmännischen und parlamentarischen Befähigung schweigt bis jetzt die Geschichte. Nun fehlt nur noch ein Minister des Auswärtigen, und einen für den Cultus, im Fall man nicht wieder von der Idee abgekommen ist, dieses Ministerium von dem des Innern zu trennen, — und ich zweifle nicht, daß sich auch zur Annahme dieser Portefeuilles willfährige Beamte finden, denen der Wunsch des Königs Befehl ist, so daß Hoffnung vorhanden ist, daß der Landtag bei seinem Wiederzusammentreten die vorschriftmäßige Anzahl von Ministern antreffen werde: ein Gesammtministerium wird er aber so wenig finden als er ein solches bei seiner Trennung verlassen hat. Die Leute werden durch den Befehl des Königs zusammengeführt, und werden Ministercollegen, ohne daß sie vielleicht vorher nur Gelegenheit gehabt, sich persönlich kennen zu lernen, sich zu besprechen. Wird nun die Krone durch zwei Drittheile des Volkes oder durch äußere Verhältnisse gezwungen, die Geltung der deutschen Grundrechte anzuerkennen, so wird man die Publication wahrscheinlich dazu benützen, dieses Ministerium populär zu machen. Seit gestern geht das Gerücht, König Ludwig habe eine Million Gulden als Abschlagszahlung an dem von ihm garantirten griechischen Anlehen deponirt. Bei dem bedeutenden Vermögen des Königs muß ihm eine solche Zahlung nicht schwer fallen. Gezahlt mußte aber werden, wenn man den neuen gegen das königliche Ansehen geführten Stoß pariren wollte. Der Scandal, der durch diese Angelegenheit veranlaßt wurde, hat bereits einen hohen Grad erreicht durch die tausendfältige Verbreitung des Kolb'schen Referats, das gar nicht zu widerlegen ist, da es nur in Thatsachen spricht. Die Lokalpresse hat diesen Scandal schon weidlich ausgebreitet; seit gestern reißt man sich um ein Blatt, das in fetten Lettern folgendes Motto bringt: Griechisches

Anlehen. Kleine Diebe hängt man, große läßt man laufen. Man hat den Landtag vertagt, wird man auch die Wahrheit die man nicht ertragen kann, vertagen können?"

A **Dresden**, 10. März. Das heute ausgegebene sechste Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen enthält die Publikation der Grundrechte des deutschen Volkes, welche der Exminister von der Pfordten als verderbenbringend und gefahrvoll zu brandmarken nicht müde wurde. Die königliche Verordnung lautet: Wir, Friedrich August rc. verkünden hiermit, nachdem die Kammern ihr Einverständniß ausgesprochen und sich dahin erklärt, daß die Grundrechte des deutschen Volkes das geringste Maaß der Rechte und Freiheiten des sächsischen Volkes enthalten, und daß ungeachtet der Publikation derselben alle Gesetze fortbestehen, welche dem Volke größere Rechte und Freiheiten gewähren, nachstehendes Reichsgesetz, die Grundrechte des deutschen Volkes betreffend: Der Reichsverweser, in Ausführung u. s. w. Dem vorstehenden Gesetze, von dem jedoch §. 3 und 4 des Artikel I der Grundrechte des deutschen Volkes nur denjenigen deutschen Staaten gegenüber in Gültigkeit treten, in denen die Grundrechte des deutschen Volkes ebenfalls zur Geltung gelangen, ist gebührend nachzugehen. Unsere Ministerien, ein jedes in seinem Wirkungskreise, werden mit der Ausführung hierdurch beauftragt. Zu dessen Urkund haben Wir gegenwärtige Verordnung eigenhändig vollzogen, auch das Königliche Siegel beidrücken lassen. Dresden 2. März 1849. Friederich August. Dr. Gustav Friedrich Held.

Freiburg, 9. März. Für die Zeit des bevorstehenden politischen Prozesses hat das Generalkommando der Truppen am Oberrhein bereits solche militärische Maßregeln angeordnet, wie sie ihm zur Aufrechthaltung der Ordnung nöthig erscheinen. Zu der hiesigen Garnison werden den 16. d. noch ein Bataillon würtembergischer Infanterie, eine halbe Batterie reitender Artillerie und eine Abtheilung Reiterei in Freiburg einrücken. Zugleich sollen noch weitere Truppenabtheilungen in der Umgegend aufgestellt werden. (N. Fr. Z.)

× **Schleswig**, 8. März. Die Landesversammlung ist auf den 16. d. berufen. Der 24. März, an welchem die Herzogthümer sich erhoben, wird im ganzen Lande festlich begangen werden.

Italien.

* **Turin**. Wie wir bereits meldeten, hat die Deputirtenkammer mit großer Mehrheit dem Adreß-Entwurfe, der den König direct zur schleunigen Erneuerung der Feindseligkeiten auffordert, beigestimmt. Die Opposition bestand großentheils aus den Deputirten Savoyens, welche den Krieg als ein tollkühnes Unternehmen, das den Staat ins Verderben stürzen würde, bezeichneten. Wenn letztes Jahr der Krieg mißlungen sei, da die Oesterreicher gleichsam unvorbereitet überfallen werden konnten und die allgemeine Völkererhebung demselben zu Statten kam, so lasse sich nicht einsehen, wie dieses Jahr ein günstiger Erfolg gehofft werden könne, jetzt, da Oesterreich gerüstet, die Völker darniedergeworfen und der Papst für Oesterreich sei. Diesen Argumenten gegenüber hoben die Vertheidiger des Adresseentwurfes die Gebote der Ehre hervor, welche nicht gestatte, daß man die Lombardei und Venedig, die sich Sardinien angeschlossen haben, länger den Launen der Barbaren überlasse.

Als die Adresse zu Ende berathen war, beantragten die Deputirten Savoyens, ehe zur Abstimmung über das Ganze geschritten wurde, folgenden Zusatz: „Dennoch scheint, Sire, Savoyen in dieser Beziehung (in Beziehung auf Leistung von Opfern) eine Ausnahme zu machen und die äußerste Grenze der Opfer, die es für die italienische Sache machen soll und kann, erreicht zu haben; es wäre zu wünschen, daß die Regierung Ihrer Maj. Maßregeln vorschlagen und treffen könnte, welche der Ausnahms-Lage dieses Landes, das durch Großherzigkeit jeden Akt der Gerechtigkeit erwidern wird, entsprechen." Auf die Versicherung des Ministers der Justiz, daß man die Interessen Savoyens möglichst berücksichtigen werde und auf die Bemerkung, daß ja bereits eine besondere Kommission nach Savoyen sei, um die Bedürfnisse dieser Landesgegend zu prüfen, wurde obiger Zusatzantrag zurückgezogen. Die Adresse wurde dem König am 5. durch eine Deputation überreicht. Der König antwortete: „Ich bin dankbar für die Gesinnungen, die Sie gegen mich aussprechen und bitte Sie, der Kammer meinen Dank zu bezeugen. Ich freue mich der Eintracht, die in unserm Lande herrscht; diese Vereinigung Aller ist die feste Grundlage unserer Erfolge. Sie versichern mich, daß die Nation zu allen Opfern bereit ist und ich versichere Sie, daß das Heer gerüstet und blühend ist und daß mir und meinen Söhnen nichts so sehr am Herzen liegt, als die Ehre der Nation und die ital. Unabhängigkeit." An demselben Tage überreichte die lombardische Konsulta dem König eine Adresse, worin die Zuversicht auf baldige Wiedereröffnung des Krieges ausgesprochen und die Zusicherung ertheilt wird, daß beim Erscheinen des piemontesischen Heeres die Lombarden massenweise sich erheben werden. Der König antwortete in ähnlicher Weise wie der Deputation der Abgeordnetenkammer. Die amtliche Piemonteserzeitung setzt der Erzählung des Vorganges folgende Bemerkung hinzu, durch welche die etwas unbestimmte Antwort des Königs vielleicht verdeutlicht werden soll. „Die Mitglieder der lombardischen Consulta (Casati, Turroni, Borromeo, Dossi, Giulini, Rezzonico, Carbonera, Strigelli, Beretta, Moroni) vom König durch andere edelmüthige Worte gestärkt, entfernten sich zufrieden, sich der heiligen Pflicht der Dankbarkeit entledigt zu haben, noch zufriedener, in der Hoffnung, daß die Befreiung ihres Landes bald bevorstehe, bestärkt worden zu sein. So möge das Vertrauen in die edeln Vorsätze des Königs, des Parlaments und der Regierung die Lombarden stärken, die letzten Tage der Erwartung und des Märtyrerthums muthig zu ertragen und sie ermuntern, sich kräftig zum Befreiungskampfe zu erheben."

* **Genua**. Am 4. d. hat die Kriegspartei wieder sehr laute Demonstrationen gemacht. Den Tag darauf machte der Regierungskommissär Buffa bekannt, daß diese Kriegslust die Regierung nur freuen könne und daß sie gesonnen sei, dieselbe sich zu Nutzen zu machen; Register seien aufgelegt, wo die Kriegslustigen sich zum Kriegsdienst einschreiben können; jeden Tag sollen die Namen der Freiwilligen veröffentlicht werden.

* **Modena**. Die Fastnacht endigte hier mit Blutvergießen. Die erste Sängerin, welche mit den österreichischen Offizieren in einer entente cordiale lebte, wurde bei der letzten Karnevalsvorstellung im Theater ausgepfiffen. Die im Theater anwesenden österreichischen Offiziere zogen sofort vom Leder und hieben scharf ein; etwa 15 Personen wurden verwundet, darunter zwei gefährlich.

Florenz. Hiesige Blätter vom 4. d. bringen nichts von Bedeutung aus Mittelitalien. Von der Bewegung der österreichisch-modenesischen Truppen gegen Toskana vernimmt man nichts mehr; ebensowenig von neapolitanischen Truppenbewegungen gegen Rom. Alles ist wieder still. Indessen wird in Rom und Florenz gerüstet, so gut die Umstände es gestatten. (N. Z. Z.)

Die Florenzer Alba vom 2. berichtet, daß die toskanischen Truppen das wichtige Defilé von Korreto an der modenesischen Grenze besetzt haben und daß gegenwärtig jeder wichtige Paß über das Gebirge durch hinreichende Kräfte geschützt ist.

* **Rom**. Die Exekutivkommission hat unter dem 28. Febr. verordnet, daß vom 15. März an sämmtliche Zahlungen nur noch in Papiergeld gemacht werden sollen. Mazzini soll nach den neuesten aber noch unverbürgten Nachrichten zum Diktator ernannt sein.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 12. März.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 74⅛; 2½pCt. Metall. 39⅝; Bank-Aktien fl. 1178; fl. 500. Loose 124⅜; fl. 250. Loose 79¾; Badische fl. 35. Loose 27⅜; Hess. 27¼; Hess. Rthlr. 40 Loose —; Großh. Hess. 50 fl. Loose 69¾; Polnische fl. 500 Loose 74½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 36¼; Berbach 72¼; Köln-Minden 77; 3pCt. inländ. Spanier 22¾; 4½pCt. Würt. 94; 5pCt. Bad. 95¾; 5pCt. Nass. 98¾; Belg. 83½; Integ. 49.

Die Stimmung an der heutigen Börse war nicht sehr belebt in Folge des Welcker'schen Antrags in der Reichsversammlung. Für österr. 5pCt. Metall. zeigten sich Käufer und schlossen dieselben fest.

Redacteur: **H. Kruse**.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 72. Frankfurt a. M., Dienstag 13. März. 1849.

Uebersicht.

12. März.

Als Peter der Große sein Binnenreich an die Küsten auszudehnen strebte, waren ihm die Küsten der Ostsee wichtiger, als die des schwarzen Meeres. Denn im Norden lagen vor ihm Landschaften, in denen deutsche Bildung verbreitet war, und die Ostsee war der Weg nach Holland, England und den übrigen gesitteten Ländern, denen er seinen rohen Staat anzunähern suchte. Im Süden begnügte er sich Asow zu erobern und zu befestigen, im Norden gründete er auf schwedischem Gebiete, und zwar während der Schwede mitten im Laufe seiner Siege war, in der sumpfigen öden Niederung der Newa St. Petersburg, welches Alles zugleich sein sollte, Festung, Hauptstadt, Handelshafen. Die Festung ist jetzt der kleinste Theil jener unermeßlichen Stadt; St. Petersburg liegt auch längst nicht mehr an der Grenze. Die russische Grenze liegt jetzt an der andern Seite der Ostsee und die Skandinavier sind die schwächsten, wenn gleich die herzlichsten Feinde der Russen. Ein wichtiger Handelshafen wird die Stadt an der Newa immer bleiben, und den Anker nicht aus ihrem Wappen verlieren, wohl aber die Krone. Das Herrscherhaus Rußlands und seine Großen werden schwerlich noch lange in jener freiwilligen Verbannung im hohen Norden aushalten. Der Kaiser läßt sich in Moskau und in Kiew schon neue Paläste bauen. Der Schwerpunkt des Reiches liegt in der That seit lange nicht mehr im Norden. Durch die Friedensschlüsse von 1721, 1743 und vollends 1809 hat es im „kargen Norden" was ihm dort wünschenswerth ist, erreicht. Rußland hat sich gegen Westen und namentlich gegen den Süden ungeheuer ausgedehnt. Immer weiter umspannt es die Küsten des schwarzen Meeres, den es zu einem Binnensee zu machen wünscht, und kaum erträgt es der Czar, daß er noch immer nicht „den Schlüssel zu seinem eigenen Hause," die Bosporus, besitzt, hat. Er hat sich darüber bei seinem unvermutheten Besuche in England gegen die englischen Minister mit erstaunlicher Unbefangenheit ausgelassen. „Was meinen Sie von der Türkei? fragte er und fügte ohne die Antwort abzuwarten, hinzu: „Meine Minister sagen mir, sie sei im Sterben. Ich halte sie für eine Leiche; es kommt nur darauf an, wer den Sarg zimmern und wer das Erbe vertheilen soll. Ich werde gezwungen sein, Konstantinopel einzunehmen, aber ich wünsche es nicht (specie recusantis ardentissime flagrabat!) Ich kann es nicht wünschen, fuhr er fort, als er ein ungläubiges Lächeln auf den Lippen der Minister ansichtig ward — denn welcher Russe möchte noch in St. Petersburg leben, wenn er Konstantinopel, die Hauptstadt der Erde, wählen darf!"

Zum Zugreifen in der Türkei wird Rußland nicht blos durch die leibliche und geistige Erschlaffung der Türken ermuntert, sondern es findet dort auch mächtige Bundesgenossen vor, die Verwandtschaft der bis an das adriatische Meer wohnenden slawischen Stämme und den gleichen Glauben. Seit Peter der Große sich an die Brust schlug und sagte: Ich bin Euer Patriarch! ist der Czar von Rußland der Papst der griechischen Christenheit. Es wäre ein Unglück für die Menschheit, wenn die schönsten Gegenden Europas unter die russische Herrschaft kämen; denn diese verträgt sich nicht mit der freien Entwickelung der Völker. Das übermäßige russische Reich wird nur durch den unbeugsamen Willen eines Einzelnen und dessen zahllose verknechtete Werkzeuge zusammengehalten. Jedes Volk, welches unter russische Herrschaft kommt, verliert sein selbstständiges Leben und muß auf jeden Fortschritt, als allenfalls auf den des äußeren Wohlstandes, verzichten.

Als im vorigen Jahre die Bewohner der Moldau und der Wallachei vom sogenannten Freiheitsschwindel erfaßt wurden und von ihren Menschenrechten redeten, da achtete Rußland keine Verträge und besetzte die Fürstenthümer, wo seitdem die Ordnung hergestellt ist, das heißt russische Willkür auf eine Weise schaltet, welche für unsere Nerven zu stark ist. England und Frankreich legten Verwahrung ein gegen den Bruch der Verträge. Die Macht aber, welche vor allen berufen ist, Rußlands weiterem Vordringen entgegenzutreten, Oesterreich, schwieg. Aber nicht damals zuerst verkannte es seinen Beruf. Der mächtige Strom, welcher seine Staaten durchrollt, weist ihm seine Bahn an, europäische Gesittung und deren Bedingung, die Freiheit in den Osten zu verbreiten. Statt dessen hat es sich gegen den Westen gewandt, um dessen freierer Entwickelung entgegenzutreten. Es glaubte die Willkürherrschaft für seine eignen Staaten nothwendig und brauchte dazu Rußlands Unterstützung. So gerieth es in eine schimpfliche Abhängigkeit, von der wir den neusten und schmachvollsten Beweis in diesen Tagen erlebt haben: die Besetzung Siebenbürgens durch russische Truppen.

Seit Monaten war das gesegnete Siebenbürgen der Schauplatz eines Bürgerkrieges, den Magyaren und die stammverwandten Szekler auf der einen Seite, auf der andern Deutsche und Romanen mit einander führten. Wir wollen nicht versuchen die Gräuel dieses Krieges zu schildern, wir wollen bloß sagen, daß vierhundert Dörfer in Flammen aufgegangen und dreißigtausend Leichen unbestattet auf dem Felde liegen geblieben sind. Endlich neigte sich der Sieg auf die Seite der Deutschen und Romanen, als der Bürgerkrieg von einem feindlichen Einfalle durchkreuzt ward. Bem, der alte polnische Heerführer drang an der Spitze magyarischer Truppen in Siebenbürgen ein. Durch das Thal der Theiß rückte er vor, und Morden und Brennen begannen von Neuem. Klausenburg fiel; der ganze Norden war wieder in Feindes Hand. Nun flüchtete alles in die sächsischen Städte, nach Hermannstadt und Kronstadt, dorthin ward Alles Werthvolle im Lande geschleppt. Bem nahte von der einen Seite, von der andern die ergrimmten Szekler.

In dieser verzweifelten Lage wurden die Russen herbeigerufen. Von wem? Man sagte zuerst von den unglücklichen Einwohnern, ohne Genehmigung des österreichischen Generals Puchner. Allein diese Angabe hat sich als unrichtig erwiesen. Der russische General Lüders, welcher mit 10,000 Russen in Siebenbürgen einrückte, ist vom General Puchner dazu aufgefordert worden. Allein man ging in den Behauptungen rückwärts, und versicherte nur, General Puchner habe ohne Vorwissen des öster-

reichischen Ministeriums die Aufforderung ergeben lassen. Allein auch diese Angabe ist unwahr. Die Möglichkeit des Falles, die Russische Hilfe erbitten zu müssen, war in Ollmütz längst vorausgesehen, man hatte in Petersburg um die Unterstützung nöthigenfalls nachgesucht, und sie war mit größerer Bereitwilligkeit zugesichert, als erbeten. Dafür, daß dem Russischen General eine solche Instruktion zugegangen, ließen sich Anzeichen genug anführen, und zum Ueberflusse hat sich der General selbst auf seine Instruktionen berufen, und erklärt, er werde in Siebenbürgen, auf österreichischem Boden, den Willen seines Kaisers ausführen. Um das Maß der Schande voll zu machen, haben bereits österreichische Truppen unter russischem Oberbefehl gefochten.

Die feile österreichische Presse — leider gibt es dort nur sehr wenige Zeitungen, welche noch ihre eigene Meinung auszusprechen wagen — sucht den Einmarsch der Russen in Siebenbürgen als ein ganz unbedeutendes Ereigniß darzustellen. Wenn Jemand in einen reißenden Strom fällt, heißt es, soll er sich nicht von Leuten, die am anderen Ufer wohnen, retten lassen? Und der Lloyd meint: „Die Truppen Rußlands werden seiner Zeit sich zurückziehen, wie sie gekommen sind, ohne daß jene Macht sich irgend ein anderes Anrecht auf Oesterreich erworben hat, als den Dank derjenigen, deren Eigenthum ihre Truppen vor dem Brande, deren Leben sie vor dem Morde durch eine zahlreiche Horde wüthender Desperados geschützt haben." Nicht einmal das ist gewiß; die Russen sind stets „zum Schutze der Unterdrückten" in fremde Landschaften eingerückt und haben sich dann in Unterdrücker verwandelt. Aber gesetzt auch, Rußland zöge auf Oesterreichs Verlangen, von dem aber noch nichts verlautet, seine Truppen aus Siebenbürgen zurück, so sind damit doch die Folgen des Ereignisses keineswegs erschöpft. Wir wollen gar nicht einmal von der moralischen Niederlage Oesterreichs sprechen, obgleich diese, namentlich den slawischen Einwohnern des Kaiserstaates gegenüber, gar nicht gering anzuschlagen ist. Aber die nothwendigen Folgen des Ereignisses liegen auf der Hand. Oesterreich hat auf die in der Wallachei stehenden russischen Truppen gerechnet und sie benutzt. Es kann forthin unmöglich etwas dagegen einzuwenden haben, daß russische Truppen in der Wallachei stehen. Die Fürstenthümer, die Donau sind den Russen preisgegeben. Und wenn nur nicht mehr als Länder und Ströme Preis gegeben wären! Die österreichische Regierung hat ihr Ansehen eingebüßt, sie hat öffentlich eingestehen müssen, wessen man sie beschuldigte, daß sie im engsten Einverständnisse mit Rußland stehe, daß sie von Rußland unterstützt werde, daß beide Kabinette gemeinschaftliche Plane verfolgen. Und diese Plane kennen wir. Sie bezwecken nicht die Freiheit der Völker!

An demselben Tage, wo die Russen in Hermannstadt einrückten, ward die österreichische Note ausgefertigt, in welcher den deutschen Völkern und Fürsten verboten wurde, zu einer engeren Vereinigung zusammenzutreten, als zu dem alten Staatenbunde, über welchen die verbündeten Kabinette von Wien und St. Petersburg nach alter Weise herrschen wollen. Und mit solcher Sicherheit rechnet das österreichische Kabinet auf die Uneinigkeit der Deutschen, daß es jede fernere Verstellung für unnöthig hält und seine Pläne anfängt auszuführen, als ob es für österreichische und russische Bajonette gar keine Hindernisse mehr gebe. Es sprengt seinen ohnmächtigen Reichstag, fahndet auf die Abgeordneten, wirft sie in den Kerker und oktroyirt eine Verfassung, worin von Deutschland gar keine Rede ist, wo dem Einflusse einer deutschen Reichsbehörde oder vollends einer deutschen Volksvertretung gar kein noch so kleiner Spielraum verstattet ist. Und dennoch erdreistet, erfrecht sich dasselbe Kabinet Oesterreich, das eine und untheilbare Kaiserreich, die erste deutsche Macht zu nennen! Oesterreich, den Schützling Rußlands! Kann einer großen Nation ein ärgerer Hohn geboten werden? Auch diejenigen, welche wie Welcker am hartnäckigsten an dem Gedanken festgehalten haben, Oesterreich an einem deutschen Staate, so unvollkommen er auch eingerichtet sein möge, Theil nehmen zu lassen, müssen sich bitter enttäuscht sehen. An ihnen liegt es, wie heute Welcker gethan, mit doppeltem Eifer das Versäumte nachzuholen und Hand anzulegen an dem Einen, was Noth thut, an dem deutschen Bundesstaat. Wenn die große Gefahr des Vaterlandes endlich Alle vereinigt, denen das Vaterland über die Partei geht, so wird Deutschland mit Gottes Hülfe sich aus der tiefsten Demüthigung zur höchsten Ehre aufrichten. Es kann dann alle auswärtige Drohungen verlachen, österreichische wie russische. Nicht von Wien oder von St. Petersburg droht uns Gefahr, sondern nur von Berlin, wenn der preußische Hof sich von österreichischen und russischen Einflüsterungen verleiten ließe, der neuen heiligen Allianz, dem Bunde der Fürsten gegen die Völker, beizutreten. Dem vorzubeugen, den Willen und den Muth des Fürstenhauses, auf dem Deutschlands letzte Hoffnungen ruhn, aufzurichten und zu tragen ist vor Allen die Aufgabe der preußischen Kammern. Der König selbst hat sie in der Thronrede aufgefordert, mitzuwirken zur deutschen Einheit. Sie haben, was in seinen Worten noch unbestimmtes lag, mit bestimmten Worten auszusprechen. Sie haben es zu sagen, daß nichts in der Welt, am wenigsten der Widerspruch von drei, vier oder fünf Fürsten, im Stande sein solle, die Deutschen daran zu hindern, ein festes, einiges und mächtiges Reich zu bilden, und daß sie kein Opfer scheuen würden, um das Recht zu einem deutschen Bundesstaate, welches auf so unerhörte Weise bestritten ist, gegen innere und äußere Feinde, mit Gut und Blut zu vertheidigen.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 12. März. Die Ereignisse und Nachrichten, welche uns die letzten Tage gebracht haben, sind wohl geeignet, auch die Zähesten zu überzeugen, daß Deutschland kein Heil von dem gegenwärtigen Oesterreich zu erwarten hat. So geschah es denn in der heutigen Sitzung, daß derselbe Mann, welcher bisher als Hauptführer der österreichischen Partei galt, welcher kein Mittel unversucht gelassen hat, dieser Partei eine scheinbare Mehrheit in der Versammlung zu erwerben, daß derselbe Mann, sagen wir, als eifrigster und ungestümester Vertheidiger des preußischen Erbkaiserthums auftrat. Wir nehmen ihn mit Freude in unsere Reihen auf: er legt das Gewicht eines Namens in die Wagschale, den alle Irrthümer, welche er begangen, noch nicht um seinen guten Klang haben bringen können, und je schroffer er uns bis heut gegenüberstand, desto eindringlicher wird sein Uebertritt zu Aller Ohren reden.

Die Sitzung begann mit Interpellationen über dieselben Thatsachen, welche den nachher erfolgten Antrag veranlaßt haben, über die russische Note, worin gegen Verfassungsänderungen in Deutschland Einspruch erhoben wird, und über die Oktroyirung einer Verfassung, worin Oesterreich als eine selbstständige und untheilbare Monarchie erklärt wird. **Welcker** aber glaubte Angesichts dieser Thatsachen sich nicht mit Interpellationen begnügen zu dürfen, er stellte den dringenden Antrag, ihnen gegenüber die deutsche Verfassung sofort abzuschließen und in's Leben zu rufen — abzuschließen, indem man in einem Gesammtbeschluß die Verfassung, wie sie der Ausschuß mit Berücksichtigung der Erinnerungen der Regierungen zur zweiten Lesung redigirt habe, sofort annehme, in's Leben zu rufen, indem man die darin festgesetzte Erbkaiserwürde unmittelbar dem König von Preußen übertrage. Die Verlesung des Antrags geschah unter so gemischten Empfindungen, wie sie die Versammlung wohl noch nie bewegt haben mögen. Freude und Hohn haben sich selten so nahe berührt, sind sich kaum schon so schnell gefolgt. Allgemein aber war das Erstaunen über den Namen des Antragstellers. Wer? rief man ungläubig von allen Seiten und nicht deutlich genug konnte der Präsident den Namen buchstabiren. Allen kam das Ereigniß unerwartet. Noch gestern Abend hatte sich der Antragsteller unter seinen früheren Genossen in entgegengesetztem Sinne ausgesprochen; wer hatte gedacht, daß so schnell für ihn der Tag von Damaskus kommen würde? Alles sprach, lief durcheinander: die Sitzung mußte auf einige Zeit suspendirt werden. Dann erhielt **Welcker** das Wort zur Begründung der Dringlichkeit. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, als habe er aus persönlicher Abneigung gegen Preußen oder Vorliebe für Oesterreich so gehandelt, wie er bisher gehandelt habe; er habe nur erst jedes Mittel versuchen wollen, um Oesterreich für den deutschen Bundesstaat zu gewinnen. Jetzt aber könne man nicht länger warten. Das Vaterland sei in Gefahr. „Retten Sie das Vaterland!" schloß er seine Anrede.

Noch einige solche Siege, wie die beiden letzten Sitzungen sie uns gebracht haben, und das Vaterland ist gerettet! Freitag löste sich die Koalition der gegen das Kaiserthum verschworenen Parteien, heute beginnt die eine derselben, sich schon zu ihm zu bekennen. Mögen sie alle diesem Beispiele folgen! Es ist nicht genug, daß das Ergebniß, welches wir herbeiwünschen, nur in seinem Zustandekommen gesichert sei; wollen wir durch unsere Einigung dem Auslande Achtung einflößen, wollen wir uns als die große Nation hinstellen, gegen die jeder Versuch, ihre Selbstständigkeit anzutasten, schon im Gedanken scheitern muß, dann

muß die Verfassung auch einmüthig beschlossen werden. Mögen deshalb die Parteien, deren persönliche Wünsche sich nicht erfüllen, auch die Selbstüberwindung besitzen, sie aufzugeben. Mögen sie das Ihrige thun, damit, was doch unvermeidlich geworden ist, zum Heil des Vaterlandes ausschlage!

* **Frankfurt**, 12. März. Der Hannöverische Bevollmächtigte hat dem Reichsministerpräsidenten einen Nachtrag zu den frühern Erklärungen seiner Regierung über das Verfassungswerk übergeben, im Wesentlichen folgenden Inhalts: „Während die königl. hannöversche Regierung von einer näheren Erwägung des Abschnitts „der Reichsrath" wegen dessen Zusammenhangs mit der Oberhauptsfrage vorerst noch abgesehen, hat der Unterzeichnete in Beziehung auf die übrigen in der Kollektivnote des königlich preußischen und mehrerer anderer Regierungs-Bevollmächtigten vom 1. d. Mts behandelten Abschnitte der Verfassung im Wesentlichen den Beitritt der königlichen Regierung zu den in jener Kollektivnote enthaltenen Bemerkungen zu erklären und nur hinzuzufügen:

Zu §. 19 a, daß die königliche Regierung ad Nr. 6 eine Gleichberechtigung des Staatenhauses mit dem Volkshause bei der Prüfung und Bewilligung des Budgets als unentbehrlich ansieht, weil nach dem Verhältnisse des Bundesstaats das Interesse der Steuerpflichtigen praktisch von dem Staatenhause zu vertreten ist, während im Volkshause wesentlich die Interessen der Gesammtheit ihr Organ finden werden. Eine Modifikation, welche rücksichtlich der beiden Häusern zuerkannten Initiative der Gesetzgebung für den Fortbestand der einzelnen Staaten geradezu als unerläßlich erscheint.

Zu §. 37 daß die königl. Regierung diese Bestimmung für genügend motivirt nicht erachten und den Wunsch, dieselbe gestrichen zu sehen, nicht zurückhalten kann."

Frankfurt, 12. März. Herr von Schmerling hat in Folge der Entwicklung, welche die österreichisch-deutschen Verhältnisse genommen haben, seine Entlassung als österreichischer Bevollmächtigter bei der deutschen Centralgewalt eingereicht, und diesen Schritt bereits Sonntag Abend dem Reichsministerium angezeigt.

△ **Wien**, 7. März. „Die Hauptstadt ist ruhig". Diese so oft gehörte und gelesene Formel war wohl selten wahrer als heute in Wien, obschon so eben die Residenz illuminirt wird. An den meisten Fenstern stehen Lichter als Zeichen stummen Beifalls für die oktroyirte Verfassung und in den Straßen wogt beinahe lautlos eine große Menschenmasse, hie und da von Patrouillen und Seredschanern mit gespannten Gewehren auseinander gehalten. Welch ein trauriges Bild im Vergleich zu dem Empfang des Kaisers, als er vor einem Jahr durch die Stadt zur Universität fuhr; und doch hatte er damals nur eine Verfassung versprochen und noch nicht gegeben! Der erste Eindruck, den die neue Verfassung auf die hiesige Bevölkerung macht, wäre demnach kein ungünstiger zu nennen, nur ist den Meisten alles in zu weite Ferne gerückt und das zu erwartende Regiment der Ordonnanzen bis zum Zusammentritte der Reichskammer, welcher vielleicht schon in einem Jahre erfolgen könnte, scheint von vorn herein Mißtrauen zu erregen. Die Minister sind nun sicher bis zu jenem Zusammentritt ungestört ihre Ansichten, wie wir hoffen die ihres Programms und der heutigen Proklamation, zu verfolgen; doch hat die Regierung immerhin bei manchen Elementen, besonders dem böhmischen, Opposition und vielleicht mehr zu erwarten; auf der andern Seite fällt in die Wagschale, daß der ganze bisher feindselige Stamm der Hebräer schweigt, oder zufrieden gestellt ist, wenn nicht die Gemeindeordnung oder die Regierung in einem nachträglichen Paragraphen noch bestimmt, daß das Gemeindebürgerrecht oder das Staatsbürgerrecht an die christliche Konfession gebunden sei. Spitzfindige Denker wollen in der oktroyirten Verfassung Stellen finden, welche auch den Anschluß an Deutschland ermöglichen und zwar den der deutschen Provinzen! Ich meinestheils kann in diesem Bezuge nichts herausfinden; nur die Zollvereinigung scheint mir mit dieser Verfassung möglich. Will man nach den Ursachen forschen, welche so plötzlich den lange gehegten und vorbereiteten Plan zur Reife brachten, so dürften zweierlei Dinge den entscheidenden Schritt beschleunigt haben: die unaufhaltsamen Erfolge der Armee in Ungarn (welche an drei Orten die Theiß überschritten hat und konzentrirt gegen Debrezin vorrückt) und der Versuch Schuselka's und seiner Partei, das Ministerium zu stürzen, wobei sich dies Letztere klar sagen mußte, daß, was heute nicht gelungen, bei der Beweglichkeit der Böhmen morgen gelingen könnte.

** **Wien**, 8. März. Die Sitzung am 6. März, in welcher der §. 15. der Grundrechte zur Beschlußfassung kam, dauerte bis 9½ Uhr Abends. Man wollte die Verhandlung über diesen §. noch endigen, damit nach dem Beschlusse vom 5. die Sitzung bis zum 15. vertagt und an diesem Tage nach feierlichem Gottesdienste die erste Lesung des Entwurfes der Constitutionsurkunde vorgenommen werde. Aber der Mensch denkt und das Ministerium Schwarzenberg Stadion lenkt. Stadion langte am Abend dieses Tages, ungefähr um 9 Uhr in Kremsier an. Außer dem Ordner Jelen war seine Ankunft Niemand bekannt. Um 10 Uhr wurden mehrere Reichstagsdiener mit Zetteln herumgeschickt, auf welchen die Namen von Abgeordneten der Rechten und des Centrums verzeichnet waren, um diese schleunig und dringend zum Minister Stadion zu rufen. Diese Einberufung von ungefähr 30 Abgeordneten dauerte bis nach 11 Uhr. Natürlich, daß dieselbe bei den von dieser Einladung ausgeschlossenen Abgeordneten Vermuthungen aller Art hervorrief. An eine Auflösung des Reichstages und Oktroyirung der Constitution dachte man am wenigsten. Ref. beabsichtigte noch in derselben Nacht nach Wien zu reisen, um dort einige Tage zuzubringen, er versuchte alles Mögliche von der geheimen Berathung etwas zu erfahren, aber vergebens, selbst der Präsident Smolka, welcher gleichfalls nicht geladen war, konnte keinen Aufschluß geben, und Ref. mußte um Mitternacht in Gesellschaft mehrerer Abgeordneten mit unbefriedigter Neugierde die Reise antreten. Kaum eine Viertelstunde von Kremsier begegnete uns ein Trupp Soldaten, von einem Offiziere angeführt, der unsern Wagen umzingelte. Der Offizier trat zum Kutschenschlag, fragte woher und wohin, und verlangte die Pässe. Die Deputirten verweigerten dieselben, in ihrer Eigenschaft als Deputirte. Nach einigem bedenklichen Kopfschütteln entließ uns der Offizier. Auf dem Wege nach Hullein kamen uns noch 2 Häuflein Soldaten entgegen, welche, wie wir am Stationsplatze erfuhren, auf der Eisenbahn von Ollmütz gekommen waren. Bei der Ankunft in Wien wurde uns das Räthsel gelöst. Hier fanden wir in der innern Stadt bereits die Manifeste des Kaisers, und die oetroyirte Charte an allen Enden angeschlagen. Tausende von Menschen belagerten bis zum späten Abend die Staatsdruckerei, um sich die neue Constitution zu kaufen. Die Meinungen über diesen Coup d'état sind in der Residenz getheilt. Viel muß auch auf Rechnung des noch immer bestehenden strengen und geschärften Belagerungszustandes gesetzt werden, welcher jede freie Meinungsäußerung verbietet. Abends war die Stadt beleuchtet.

△ **Wien**, 8. März. Heute kamen mehrere Wagen mit militärischer Bedeckung hier an, man sagt, daß sie nicht weniger als eilf verhaftete Reichstagsabgeordnete brachten; Goldmark und Kudlich sollen noch zu rechter Zeit nach Breslau abgereist sein. Gegen letzteren soll eine Hochverrathsanklage vorliegen, wegen eines Versuchs zur Organisirung des Landsturms in den Oktobertagen. Die Alservorstadt hat nun durch Subskription 1000 fl. C. M. zusammengebracht welche sie als Prämie für denjenigen aussetzt der einen „Attentäter" ergreift oder zur sichern Verhaftung anzeigt. Dies ist nun schon die fünfte namhafte Summe, welche gleichwohl noch niemand verdienen wollte oder konnte. Ein hiesiger Druckfabrikant Namens Steiner, sandte gestern der Redaktion der Wiener Ztg. 600 fl. C. M. zur Verfügung der Behörden für Staatszwecke, aus Dankbarkeit, daß er und seine Glaubensgenossen am gestrigen Tage „ein Vaterland" erhalten haben. Der Einsender scheint ein Israelite zu sein und fordert zur Nachahmung seines Beispiels auf. Unsre Journale sind heute noch ziemlich schweigsam über die oktroyirte Verfassung oder beschränken sich auf wenige neutral gehaltene Worte. Die Sendung der „Großdeutschen" hat dem Anschein nach ihr Ende mit dem gestrigen Tage erreicht und es werden vielleicht nur noch einige Höflichkeitsbeziehungen stattfinden. Hr. v. Prokesch hat dieselben noch zu einer Unterredung mit dem Fürsten Schwarzenberg eingeladen, und wie ich glaube den Wunsch beigefügt, daß Se. Maj. die Herrn in Ollmütz zu sehen hoffe. Wird nun Preußen den Augenblick ergreifen und entschieden auftreten? So glücklich dürfte er zum zweitenmale nicht wiederkehren!

Fürst Windischgrätz ist am 5. nach Ofen zurückgekehrt; wahrscheinlich um bei der Publikation der Verfassung gegenwärtig zu sein. Bem hat in Siebenbürgen den Versuch wiederholt nach

Galizien durchzubrechen, wurde aber wie das erstemal zurückgeschlagen.

** **Wien**, 8. März. Einem so eben aus Kremsier erhaltenen Privatschreiben zu Folge, wurde sogleich, nachdem gestern durch den Minister Stadion die Auflösung der Kammer und die Verleihung der oktroyirten Charte verkündet war, auf mehrere mißliebige Glieder des eben aufgelösten Reichstages gefahndet, zu welchem Zwecke drei Bataillone Infanterie von Olmütz angelangt waren. Ein großer Theil derselben befand sich auf Urlaub abwesend, nur Fischhof und Prato wurden ergriffen und alsogleich unter Militärbedeckung zur Haft hierher gebracht, wo sie heute Vormittags um 10½ Uhr eintrafen und in den Gefängnissen des Polizeihauses untergebracht wurden, wo Vorbereitungen zur Aufnahme von noch 16 Abgeordneten getroffen werden. Dieses Ereigniß erregt hier große Sensation und großes Mißfallen und übt selbst auf die Kurse einen ungünstigen Einfluß, indem die Staatspapiere zurückgingen.

* **Wien**, 8. März. Ein Regierungszirkular verkündet Straflosigkeit für die sich freiwillig meldenden Rekrutirungsflüchtlinge. Im hiesigen Münzamte ist ein Kurs für Bergakademiker eröffnet worden. Der Herzog von Parma hat dem seinen Namen führenden Infanterieregimente für dessen bewiesene Bravour bei dem Feldzuge in Ungarn 3000 Frks. in Gold für die Mannschaft, dann dem Obersten das Kommandeurkreuz und den 6 übrigen Stabsoffizieren das Ritterkreuz des Konstant. St. Georgsordens übersendet. Feldmarschall Windischgrätz erhielt das Großkreuz dieses Ordens. Der Prager Slovanska Lipa sollen nächstens Beschränkungen ihres weit um sich greifenden Wirkungskreises bevorstehen. Man soll höhern Orts ihre in schroffen Worten abgefaßte Vertrauensadresse an den Reichstag nicht mit besonderem Wohlgefallen aufgenommen haben. Die Nachricht von den erfolgten und beabsichtigten Verhaftungen hat die Stimmung merklich getrübt. Man war vielmehr außerordentlicher Gnadenbezeugungen bei dem erfolgten erfreulichen Anlaß gewärtig. Die ostdeutsche Post hebt nicht mit Unrecht hervor, daß der §. 83 der Konstitution praktisch eigentlich das Wichtigste ist, da er die Einberufung des Reichstags in große Ferne stellt. Es müssen nämlich früher erst die Provinzialverfassungen vollendet sein. Man spricht von einem sehr strengen Repressivgesetze gegen die Presse, welches auf Grund der französischen Septembergesetze abgefaßt sein soll. Man erfährt noch, daß die Aufhebung der Slovanska Lipa in Prag beschlossen sei und daß bei ernstlichen Anzeigen von Unruhen daselbst der Belagerungszustand über diese Stadt verhängt werden soll.

Triest, 4. März. Vorgestern langte ein für unsere Marine acquirirter holländischer Schiffs-Ingenieur hier an, der von seiner Regierung für 3 Jahre Urlaub genommen hat und den Bau unserer Kriegsschiffe leiten wird. Nach Ablauf dieser Zeit wird er sich erklären, ob er definitiv in unsere Dienste übergehen will. (C. Bl. a. B.)

Triest, 5. März. Der Schnellsegler „Triest", Kapitän Littrow, ist vor einer Stunde von einer Rekognoszirungsfahrt unter Venedig und Ancona zurückgekehrt. Die Sarden-Schiffe, die vor wenigen Tagen noch im Hafen von Venedig standen, haben endlich jene Gewässer verlassen, in Ankona aber, wo von allen Basteien die neue italienische Tricolore weht, steht der Sarden-Admiral mit seinen Fregatten im Hafen. Der ehemalige Vizeadmiral Martini hat eine diplomatische Sendung nach Neapel erhalten, wodurch die österreichische Marine vor seiner Rückkehr sicher gestellt wird. An seiner Statt hat der Feldmarschall-Lieutenant Gyulai das Marinekommando wieder übernommen. (A. Z.)

Prag, 5. März. Vorgestern hat sich der Katholikenverein für Böhmen konstituirt. Der Besuch war zahlreich, die Gegenstände wurden in beiden Landessprachen verhandelt. Sein Zweck ist „Belebung des katholischen Glaubens und Verbreitung wahrer Bildung und christlicher Gesittung." Geistliche und Laien sind an dem Verein betheiligt. (C. Bl. a. B.)

Prag, 6. März. Der gefürchtete Militärlosungstag, der 5. März, ist im Ganzen genommen in Böhmen ziemlich ruhig vorbeigegangen. Freilich wurde an vielen Orten nicht geloost; hin und wieder, z. B. in dem Bergstädtchen Przibram, ereigneten sich dabei bedauerliche Exzesse. (Nürnb. Korr.)

Prag, 8. März. Das Aufsehen und die Aufregung, die in unserer Stadt über die bekannt gewordene Auflösung des Reichstags und Oktroyirung der Verfassung herrschen, ist sehr groß, besonders bei der czechischen Bevölkerung, die erst vor wenig Wochen ein so großartiges Vertrauensvotum dem Reichstage gegeben hatte. (D. A. Z.)

♀ **Berlin**, 9. März. An demselben Tage wo Herr v. Manteuffel der Kammer mittheilt, mit welchem Schmerz und inneren Widerstreben das Ministerium sich zur Verhängung des Belagerungszustandes entschlossen habe, erscheint eine Bekanntmachung des Herrn von Hinckeldey: es habe sich herausgestellt, daß die Kontrolle der Fremden auf den Eisenbahnhöfen ungenügend sei und vielfach umgangen werde, es müsse daher die Aufsicht an den Thoren geschärft werden; damit solle nun zwar der Verkehrsfreiheit der Einwohnerschaft und Umgegend kein Abbruch geschehen, aber es möge sich doch jeder, der ein Thor passiren wolle, mit Legitimationen versorgen, um sie im Nothfalle vorzuzeigen. Mithin kann man, falls es irgend einem Polizeibeamten beliebt, keinen Spaziergang mehr machen, ohne sich ausweisen zu müssen. Wenn wir auf diesem Wege fortgehen, werden wir bald dahin kommen, daß man wie in China jede Straße absperrt und keinen ohne Paß hinausläßt, oder, wie Platen sagt, dem Menschen „daß man besser ihn erkennt, seine Hausnummer auf die Nase brennt." Ein Seitenstück zu der Hinckeldeyschen Bekanntmachung bildet es, daß Wrangel die beabsichtigten öffentlichen Versammlungen der Deputirten der Linken in der Konversationshalle für die Dauer des Belagerungsstandes verbietet.

☿ **Berlin**, 9. März. Als gestern in der Kammer der Minister Manteuffel eine „Denkschrift" über den Berliner Belagerungszustand einreichte, so erwarteten wir eine kleine Broschüre voll interessanter Data über die Zustände der letzten Monate in Berlin — „Enthüllungen Nr. V.", wie der Berliner Witz meinte. Der heutige Staatsanzeiger hat uns gewaltig enttäuscht. Wir Armen. Nichts als altgebackene Erzählungen oder Hinweisungen auf Dinge, die man nicht sagen könne. Wenn die Segnungen des Belagerungszustandes in dem schönen Satze beschrieben werden, der mit den geradezu eigenthümlich wahren Worten schließt: „der friedliche Bürger lebt wieder im beschützten Genusse seines Besitzes und seiner Freiheiten" — ist es nicht, als ob wir den Chor in der Braut von Messina das Lob des Friedens singen hörten?

Aber genug von den Anklängen vergangener Zeiten. Aber von „jeder möglichen Milderung" des Belagerungszustandes zu reden, wenn der Polizeipräsident an demselben Tage die Verordnung erläßt, daß jeder zum Thore hereinpassirende, jeder Spaziergänger von den Beamten nach reinem Gutdünken um eine Legitimation angegangen werden kann! Es ist klar, daß bei Beurtheilung dieser Denkschrift in der zweiten Kammer die wahre Stellung der Parteien zu Tage treten wird. Wenn die zweite Kammer „die zuversichtliche Hoffnung" des Ministeriums erfüllt, diesen Gründen für Fortdauer des Belagerungszustandes ihre Anerkennung nicht zu versagen, so ist in der That das Schicksal der jetzigen Legislation entschieden — den einzigen Fall ausgenommen, daß die vorgelegten — aber bis jetzt noch völlig unbekannten — Gesetzentwürfe von einem andern Geiste diktirt wären, als die Denkschrift selbst.

In den Parteien gehen bereits bedeutende Veränderungen vor. Die Linke hat sich gestern in drei Fraktionen gespalten, zum Theil wegen persönlicher Differenzen und der politischen Abweichungen, die natürlich mit jedem Tage mehr hervortreten. Bucher ist dieses Mal bei der äußersten Linken, Unruh bei der Partei Rodbertus — Berg geblieben, das ehemalige Centrum, jetzt linkes Centrum, steht unter Parrisius und Kosch. Diese letzte Fraktion hat sich namentlich gebildet, um den Abgeordneten der Rechten, die aus Vincke's starkem Regiment nach einem Centrum sich hinsehnen (Grabow, Immermann, Sperling) die Hand zu bieten — denn die Rechte ist auch nicht fest an einander gekittet; nach der Adreßdebatte wird sie auseinanderstieben, und Vincke wird nicht lange das einzige Haupt, der Allmächtige sein — deum pater atque hominum rex.

♃ **Berlin**, 10. März. Die Spaltung der Linken ist dadurch zum Ausbruch gekommen, daß die äußerste Linke, deren Flügelmänner D'Ester und Kinkel sind, in der Parteisitzung auf Niedersetzung einer Kommission bestand, um Thatsachen für Anklagen des Ministeriums zu sammeln. Schon im weisen Sirach steht, daß Alles seine Zeit habe und die jetzige Zeit passend erachten zu einer derartigen Anklage, ist ungefähr, als wenn man im April vorigen Jahres die Anklagen eingeleitet gegen Alle, welche im März sich gegen die rechtmäßige Obrigkeit vergangen. Die Partei der äußersten Linken zählt übrigens jetzt 90 Mitglie-

der, die gemäßigte unter Rodbertus, Berg, Phillips, Unruh 40 Mitglieder. Das sogenannte Centrum, welches von Kosch und Parrisius geführt wird, besteht aus etwa 28 Mitgliedern. Einige Mitglieder der Linken haben übrigens als Feinde aller rohen Gewalt Klage beim Präsidenten Grabow gebracht, daß der Kriegsminister mit dem Degen an der Seite in die Versammlung gekommen. Das Ereigniß des Tages ist die Rede des Abgeordneten Bergmann in der ersten Kammer. Seine ebenso klare, als eindringliche Rede brachte eine überraschende Wirkung hervor. Er ist Gerichtsdirektor in Nordhausen. Man hofft, daß die Antwort auf die Thronrede noch entschiedener im deutschen Sinne ausfalle, als der von Prof. Walter herrührende Entwurf. In der zweiten Kammer, ist die Adreßkommission zusammengesetzt aus den Hrn. v. Vincke, v. Berg, v. Rodbertus, v. Bodelschwingh, Graf Arnim und Harkort. Aus den letzten Verhandlungen verdient besonders der Antrag von Olawski hervorgehoben zu werden, das Ministerium aufzufordern baldmöglichst die Vorlagen zu machen, welche die Erfüllung des Verheißungen der Artikels 23 der Verfassung betreffen. Durch diesen Artikel wird den preußischen Volksschullehrern ein bestimmter auskömmlicher Gehalt gewährleistet. Es ist dies eine schwache Seite des Staates der Intelligenz. Nicht bloß seine Volksschullehrer, sondern auch die Lehrer an den gelehrten Schulen haben zwar ein Einkommen, aber kein Auskommen und Preußen wird in diesem Punkte von vielen kleinen Staaten weit übertroffen. Um die schreiendsten Bedürfnisse der Volksschullehrer abzustellen, war ihnen in den Jahren 1846 und 1847 in Allem, für den ganzen Staat eine außerordentliche Unterstützung von 45,000 Thalern bewilligt. Diese Summe ward im vorigen Jahre auf 28,000 Thaler herabgesetzt und in diesem Jahr will der Finanzminister nur 25,000 bewilligen! Das macht auf jeden Lehrer etwa einen Thaler. Hoffen wir, daß in Preußen, wie anderswo, die Volksvertretung in dieser Sache freigebiger ist, als das Finanzministerium. Hunger ist der beste Koch, aber wahrhaftig nicht der beste Schulmeister!

‡ **Posen**, 7. März. Wir erhalten hier nur eine einzige polnische Zeitung aus Krakau den **Czas** (die Zeit), da alle übrigen Organe während des Belagerungszustandes daselbst zu erscheinen aufgehört haben. Dies Blatt ist natürlich im Sinne der österreichischen Regierung geschrieben, gewährt aber dennoch, wenn man zwischen den Zeilen zu lesen versteht, einen Blick in die wahre Sachlage. Offenbar ist man bemüht auf alle Weise einem möglichen ernsten Ausbruch vorzubeugen, und jede Veranlassung dazu wo möglich auf milde Weise aus dem Wege zu räumen. So viel ist klar: daß die Rekrutirung nur eine Gelegenheit war, bei welcher die Bewegung ins Leben treten konnte. Dauert der Kampf in Ungarn noch länger, so wird eine neue sich schon finden. Die No. des Czas vom 3. März sagt selbst ganz naiv: „Was konnte denn wohl die Ursache der Unruhe unter der Bevölkerung, was die der ungemeinen Vorsichtsmaßregeln der Regierung sein? War es die Rekrutirung, die auf den 26. Februar fiel? In oberflächlicher Weise könnte man die Straßenaufläufe allerdings so beurtheilen. Aber dieser Grund hört auf ein Grund zu sein, denn schon am 25. hatte unser Mitbürger Fürst Jablonowski das Ministerialschreiben mitgebracht und bei Trommelschlag verkünden lassen, daß wie früher nur geworben und auch nur die Zahl von 587 Mann, wie früher in der Stadt Krakau und Gebiet angenommen werden solle. Trat denn nun Ruhe ein? Gott bewahre! Die Landleute strömten nach der Stadt. Am 26. überfiel man am hellen Tage die Polizeimannschaft, welche 5 des Diebstahls beschuldigte Leute zur Wache geleiteten, und befreite dieselben. Tags darauf trat derselbe Fall ein. Große Haufen Arbeitervolk sammelten sich auf dem Markte, verhöhnten die Soldatenkompagnien, und prügelten einzelne Soldaten durch, die sie einsam erwischten. Die Patrouillen vermieden jede Aufreizung. Erst als die ganze Menge auf dem Markte vor den Tuchläden einen Offizier in die Enge trieb, der zum Auseinandergehen ermahnte, gaben 2 Patrouillen Feuer: Es fielen jedoch nur ein einige Schüsse. Damit war auch die Menge zerstreut, Blut befleckte das Pflaster nicht (??), und dafür müssen wir den Soldaten danken. Indessen dauern die Gerüchte von einem Ausbruch fort, wo mag der Grund sein?" „Wir können auf das Bestimmteste versichern, daß von einer Annäherung des ungarischen Kampfes an unser Gebiet nicht im Entferntesten die Rede sein kann, denn ein eben hier durchgesandter Kreiskourier, der aus Ungarn nach Ollmütz geht, brachte die Nachricht, daß die Rebellen auf einen engen Raum jenseits der Theiß zusammengedrängt sind. Wir beeilen uns um so mehr mit dieser Nachricht, als überall Gerüchte verbreitet sind, daß die Ungarn jeden Augenblick in Galizien einrücken können." Aus diesen Bemühungen des Czas, die Gemüther zu beruhigen, erkennt man deutlich, daß die Besorgnisse einer Erhebung Galiziens im Interesse Ungarns von der österreichischen Regierung — und wohl nicht ohne Grund gehegt werden.

Aus Posen hat eine große Anzahl Polen einen „Ausflug nach — Schwedt, „in Feuerversicherungsangelegenheiten", machen wollen, schlug dabei aber sonderbarer Weise den Umweg über — Berlin ein, um diese Hauptstadt kennen zu lernen. Da der Feuerversicherungszug doch zu stark erschien, so fand man sich in Berlin veranlaßt, ein Dutzend derselben, welche ohne Pässe reisten, wieder nach der Heimath zu weisen. Darüber erheben die polnischen Blätter ein Zeter; „In ganz Deutschland will man keinen Polen mehr dulden! und es scheint, daß jetzt für uns, wie einst für die Juden in den Städten eine Art Ghetto errichtet werden soll. Polnischposen scheint dies Ghetto für Deutschland zu werden, und nur zu bestimmten Zeiten soll uns erlaubt sein, dasselbe zu verlassen!"

A **Dresden**, 10. März. Aus den Kammerverhandlungen der letzten Tage, über welche zu berichten ich versäumt habe, will ich nachträglich eines einstimmigen Beschlusses der zweiten Kammer gedenken, nach welchem der Regierung für die bisher unter Weinlig's Leitung arbeitende Commission zur Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse, nachdem der erste Dispositionsfond von 12,000 Thalern erschöpft ist, eine weitere Summe von 14,000 Thalern mit dem Wunsche bewilligt wird, daß die Staatsregierung durch möglichste Beschleunigung der Commissionsarbeiten die gegenwärtig versammelten Volksvertreter bald in den Stand setzen möge, ihre Entschließung über die künftige Gestaltung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse zu fassen. Die erste Kammer tritt diesem Beschlusse unzweifelhaft bei, da diese Commission ein durchaus populäres Institut ist und nach den Auslassungen des Ministers Weinlig Hoffnung da ist, die Resultate ihrer Arbeiten bald in Form praktischer Gesetzesentwürfe vorliegen zu sehen. — Ungleich wichtiger ist der vorgestrige Beschluß der ersten Kammer in der Steuerangelegenheit. Die ganze Lage der Sache ist folgende: Da die Finanzperiode mit dem Schlusse des vorigen Jahres, mithin vor Zusammentritt des ordentlichen Landtages, ablief, schrieb das frühere Ministerium durch Verordnung vom 18. Dez. 1848 die Forterhebung der bestehenden Steuern bis auf Weiteres unter Berufung auf §. 88. der Verfassungsurkunde aus. Ein Königl. Dekret vom 17. Januar 1849 beanspruchte 1) die nachträgliche Zustimmung der Kammern zu dieser Verordnung, so wie 2) die Ermächtigung der Regierung, gleichzeitig mit der zum 1. Februar 1849 fällig werdenden Grundsteuer einen außerordentlichen Zuschlag von 2 Pfennigen zu jeder Steuereinheit (die Steuereinheit zahlte bisher 8 Pfennige) zu erheben. Den Beschluß über den zweiten Theil dieses Dekrets haben beide Kammern bisher noch ausgesetzt; die Majorität ist indeß fest entschlossen, den Steuerzuschlag zu verweigern, wenn die Regierung sie nicht etwa durch namhafte andre Zugeständnisse willfährig macht. Ueber den ersten Theil des Dekrets dagegen faßte die zweite Kammer am 7. Febr. folgenden Beschluß: „Die Kammer ertheilt, jedoch unter ausdrücklicher Wahrung der Rechte der Volksvertretung, ihre Zustimmung zu der Forterhebung sämmtlicher bestehender ordentlicher Staatsabgaben und Steuern bis Ende des Monats Juni d. J. Dagegen bleibt die weitre Erörterung und Beschlußfassung über die angeregte Prinzipfrage, ob die Staatsregierung zum Erlaß der Verordnung auf Grund des §. 88. der Verfassungsurkunde berechtigt gewesen, bis zur bevorstehenden Revision der Verfassungsurkunde ausgesetzt." Dieser Beschluß war so räsonnabel, wie er von der zweiten Kammer nur irgend erwartet werden durfte; die Kammer hatte am 7. Februar eben eine schwache Stunde und vergaß über der schlagenden Beweisführung des Finanzministers Georgi ihren Freisinn und ihre Entschiedenheit. Nun mußte natürlich der Klub die Ordre ertheilen, daß die erste Kammer den Fehler wieder gut mache. Es ist geglückt. Am 8. März beschloß die erste Kammer (40 anwesende Mitglieder) mit 24 gegen 16 Stimmen, den Beschlüssen der zweiten Kammer nicht beizutreten, und mit 21 gegen 16 Stimmen, das im Dekrete vom 17. Jan. d. J. gestellte Verlangen der nachträglichen Genehmigung der Verordnung vom 18. Dezember 1848 als verfassungswidrig (die

Deputation hatte vorgeschlagen „als in der Verfassung nicht begründet") abzulehnen, dagegen die Staatsregierung zu ermächtigen, unter Aufhebung der Verordnung vom 18. Dezember 1848 die genannten Staatsabgaben und Steuern auf die Zeit vom 1. Januar bis Ende April (nicht Juni) d. J. auszuschreiben." Dieß ist das Vorspiel einer Steuerverweigerung. Der Termin zur nächsten Grundsteuererhebung ist der 15. Mai, und die Bewilligung der Steuern bis Ende April hat gar keinen Sinn.

*** **Leipzig**, 10. März. Gestern herrschte eine gewisse Unruhe in unserer Stadt. Es hatten nämlich unter dem geheimnißvollen Titel „20,000 Baiern in Sachsen" vier demokratische Klubs und der Arbeiterverein zu einer großen Volksversammlung eingeladen. Der Abend war günstig gewählt, da er den Bußtag beschloß und also Tanzböden ꝛc. geschlossen waren. Die ängstlicheren Gemüther sprachen nun schon viel von Krawallen und Alarmschlagen, und das vielleicht mit um so größerer Berechtigung, als gleichzeitig Deputirte sämmtlicher demokratischen Vereine Sachsens hier versammelt und als Gäste die Herren d'Ester, Heramer und Reichenbach gekommen waren. Jede Besorgniß war unnütz. Unsere Demokraten haben den Muth verloren. Seit den Wahlen für den Landtag fühlen sie, daß Leipzig kein günstiges Terrain mehr für sie ist; außerdem sind die Hauptführer in Dresden, und statt des schwankenden Bürgermeisters Klinger steht an der Spitze der Geschäfte der energische Koch, auf dessen schleunige Requisition der immer noch ganz zuverlässigen Kommunalgarde man rechnen kann. So ermahnten die Wortführer denn auch gestern Abend vor allen Dingen zur Ruhe, was in dem mit Menschen vollgepfropften Odeonsaale eine schwere Aufgabe war. Dann ging man zur Tagesordnung über, d. h. zu den 20,000 Baiern, dem einzigen Gegenstand, mit dem man sich für heute beschäftigen mögen. Natürlich hatte man zuerst die Aufgabe, den Leuten zu erzählen, es kämen wirklich 20,000 Baiern, was man denn ohne weitere Angabe der Quellen that. Sodann wurden in schwarzen Farben die Schrecken geschildert, die diese 20,000 katholischen Ausländer über Sachsen bringen werden, und darauf hin dann eine Adresse beschlossen, die die Regierung aufforderte, keine Baiern nach Sachsen zu nehmen, wenn wirklich unsere Truppen nach Schleswig-Holstein gingen, womit man übrigens sehr unzufrieden schien. Die Bürgerwehr, so heißt es in der Adresse, kann in Sachsen die Ordnung schon aufrecht erhalten. Still, wie man es angerathen hatte, verliefen sich nun die Tausende von Menschen und die sächsische Regierung wird nun wohl im Fall der Noth nicht katholische Baiern, sondern Preußen in's Land ziehen müssen.

Hannover, 8. März. Die beabsichtigte Demonstration für das Ministerium ist heute vor sich gegangen — aber nie fiel eine Demonstration jämmerlicher aus, als diese. Nach 1 Uhr Nachmittags versammelten sich auf dem Rathhause die hiesigen Bürger und Landleute, welche die Petition dem Könige überbringen und den Zug begleiten wollten: es kamen etwa 70, sage im Ganzen 70 Männer von hier und der Umgegend zusammen, mehr nicht. Daß sich gleichzeitig eine große Masse Menschen vor dem Rathhause versammelt hatte und die ankommenden Festgänger mit Pfeifen und sonstigen Zeichen des Mißfallens empfing; daß dadurch eine Zahl derer, welche die Absicht hatten, am Zuge Theil zu nehmen, abgehalten wurden, sich in dieser Absicht auf das Rathhaus zu begeben: dies nebenbei. Der kritische Moment war aber, als die wenigen Demonstranten paarweise aus dem Rathhause traten und ihren Zug durch die Volksmasse nach dem königlichen Palais hin begannen. Empfangen von einem fürchterlichen Pfeifen, geriethen mehrere Herren, die man für die Unternehmer des Zuges hielt, mit der andrängenden Volksmasse an einander und es fielen thätliche Excesse wider sie vor, die wir nur mißbilligen können und die von der anwesenden geringen Mannschaft der Bürgerwehr erst zu spät bemerkt wurden. Die Deputation der Petenten wurde vom Könige empfangen, und wie man hört, hätte er gesagt, wie er es den Ministern nicht verdenken könne, daß sie ihre Entlassung gefordert. Inmittelst hatte sich vor dem Palais eine bedeutende Volksmasse versammelt, welche die Herauskunft der Petenten abwartete. Da sie etwas zu laut wurde, so räumte die Bürgerwehr endlich den Platz vor dem Schlosse, wobei es noch mancherlei Händel gab zwischen der Bürgerwehr und den Versammelten, auch einmal mit gefälltem Bajonette vorgegangen wurde. Die Petenten verliefen sich einzeln aus dem Palais, ohne daß sie weiter bemerkt wurden. Auch die Zuschauer räumten den Platz. Jedoch zog noch eine Anzahl Leute vor das Haus eines Bürgerwehrmannes, der sich nach ihrer Meinung bei dem Bajonnetangriff etwas hervorgethan hatte, und warfen dort einige Fenster ein — abermals ein bedauerlicher Exceß, der bewirkte, daß am Abend die Bürgerwehr wieder auf den Beinen sein mußte, um noch weitere Excesse, die man befürchtete, zu verhüten. Jedoch verlief der Abend vollkommen ruhig. Hoffentlich wird dieser Tag die Lust der Demonstrationen so gründlich und radikal heilen, daß nichts davon übrig bleibt. Das Ministerium kann mit Recht sagen: „Gott behüte mich vor solchen Freunden! (H. C.)

△ **Mannheim**, 10. März. Es herrscht in unserem Lande und namentlich auch hier eine trübe, bedenkliche Stimmung; es ist die Ruhe vor einem gewaltigen Sturme, dem man denn auch mit ziemlicher Zuversicht entgegensieht. Die Vereine entwickeln alle nur erdenkliche Thätigkeit, und die Zeit der Flugblätter ist wieder da, wie im vorigen Jahre. So viel ist übrigens gewiß, daß die demokratische Partei gegenwärtig nicht daran denkt, einen Putsch zu machen, da sie zumal das Militär nicht auf ihrer Seite hat. Das Benehmen einzelner Bürger gegen die Truppen in erster Zeit ihres Hierseins und der Spott der Proletarier hat eine Antipathie bei dem Soldaten geweckt, welche ihn für etwa beabsichtigte Wühlereien unempfänglich macht. Daß eine Bearbeitung stattfinden soll, ist übrigens außer allem Zweifel. Unsere Demokraten beabsichtigen, ein Revolutionsfest zu halten, der Tag ist jedoch noch nicht bestimmt. Man besorgt hin und wieder, daß dasselbe Anlaß zu Unruhen geben könnte. Mit unserer Bürgerwehr steht es noch beim Alten. Eichfeld wird die Stelle als Oberst, wie es heißt, nicht annehmen. Täglich melden sich Freiwillige zum Militär, welche im Kriegsdienste ein besseres Glück zu machen hoffen, als in den friedlichen Zweigen des Staatsdienstes. Für das Militär ist dieser Zudrang gebildeter Leute nicht ohne Vortheil, es hebt den Stand und wirkt auf den weniger Gebildeten. Das System der Einjährigen ist nach preußischem Muster jetzt auch bei uns eingeführt. Die Einjährigen müssen sich ihre Montirung stellen und für den Gebrauch der Armatur eine Entschädigung geben.

△ **Darmstadt**, 10. März. Nach Mittheilung des hiesigen Darmstädter Journals war in der Versammlung von Mitgliedern des Märzvereins, der neuen Schützengilde, des Volkslesevereins und ihrer „Gleichgesinnten" am 6. d. M. auf dem Karlshofe dahier, „der rothen Republik und der Guillotine" ein Hoch ausgebracht worden. Das Darmstädter Journal forderte dabei die Mitglieder jener Versammlung auf, wenn dem nicht so sei, sich von dem ihnen angedichteten Schandflecke zu reinigen. In einer neueren Nummer des erwähnten Blattes wird jedoch jene Nachricht mit dem Zusatze bestätigt, daß das Hoch in der Versammlung mit Beifall aufgenommen worden sei, 2 bis 3 Mitglieder des Bürgervereins aber dagegen Verwahrung eingelegt hätten. Also nur 2 bis 3 Mitglieder? Und was thaten die Andern? Soll die Guillotine in dem Augenblick, wo die Grundrechte die Todesstrafe abgeschafft haben und die Einzelstaaten die bezügigen Gesetze verkünden, als Reservatrecht für die rothe Republik zurückgelegt werden? Und ist das des Pudels Kern, der so schön voll Humanität und Civilisation bellt? Der neulichen Michelstädter Volksversammlung, welche entschieden unter demokratischen Impulsen stand, wird morgen eine in Gernsheim am Rhein folgen. Sie ist vom obengedachten Bürgerverein und dem Gernsheimer Bürgerverein unternommen. Wessen Geistes Kind der letztere Verein ist, weiß man nicht so recht; daraus, daß er unsern Großherzog als Oberhaupt Deutschlands der Frankfurter Reichsversammlung vorgeschlagen, könnte man auf seine loyale Natur schließen; aber denselben Vorschlag machte ja seiner Seits auch unser Abgeordneter, Herr Heldmann! Die Absicht scheint wenigstens vorzuliegen, auch den andern Parteien, di sich um Schöffers Denkmal versammeln, einige Rechnung zu tragen, denn die Versammlung soll einen Präsidenten wählen, etwas, was seit der bekannten Kranichsteiner Volksversammlung in usum democratiae abgekommen war.

Großbritannien.

* **London**, 9. März. In der vorgestrigen Unterhaussitzung stellte Hr. Bankes, mit Bezug auf einen bekannten und auch von uns bereits erwähnten Vorfall, den Antrag, „daß dem Hause ein Verzeichniß aller Geschütze vorgelegt werde, die von dem Feldzeugamt irgendwelchem Waffenlieferanten zurückgestellt worden, um

mit Zustimmung der Regierung den sizilianischen Insurgenten zugeschickt zu werden, welche gegen den König von Neapel, Ihrer Majestät Verbündeten, die Waffen ergriffen hätten." Lord Palmerston erklärte, gegen den Antrag nichts einwenden zu wollen, insofern die Worte „sizilianische Insurgenten" ausgelassen würden, da die Ansicht, daß die Sizilianer Insurgenten seien, nur als eine subjektive und vorgreifende zu betrachten sei, so lange das Haus von den demnächst vorzulegenden, hierauf bezüglichen Aktenstücken noch keine Kenntniß genommen habe. Hr. Bankes erklärte, er wolle den Ausdruck „Insurgenten" fallen lassen, insofern Lord Palmerston einwillige, daß an die Stelle der die Wahrheit nicht genau treffenden Worte „mit Zustimmung der Regierung" die Worte „mit Zustimmung des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten" gesetzt würden. (Heiterkeit.) Hierauf ging Palmerston nicht ein, sondern bestand auf der Abstimmung über sein Amendement, welches dann auch mit 121 gegen 39 Stimmen angenommen wurde. Da der Handel, welcher den Antrag Hrn. Bankes veranlaßte, für die etwas rasche und eigenmächtige Handlungsweise Lord Palmerstons charakteristisch ist und die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden des Lords wie des Premierministers nicht ohne politische Bedeutung sind, so werden wir auf diese Sitzung, wie auf die gestrige, in welcher Hr. Disraeli seine Resolutionen zum Schutze der ackerbaulichen Interessen in langer Rede begründete, ausführlicher, wenn auch in möglichst gedrängter Kürze zurückkommen.

* **London**, 10. März. Die gestrigen Verhandlungen im Hause der Gemeinen betrafen die zweite Lesung der Schifffahrtsbill. Die Debatte wurde vertagt. Zu bemerken ist, daß eine Menge durch die Zahl ihrer Unterschriften Achtung gebietender Petitionen gegen jede Abänderung der Schifffahrtsgesetze eingereicht wurden, hierunter zwei aus Liverpool, die eine mit 24,700, die andere mit 20,757 Unterschriften. Klagend und bittend wandte sich erst im Laufe des Tages eine Deputation von Schiffseigenthümern aus Glasgow, Liverpool, Greenwich, Newcastle und andern Orten an Lord J. Russell, um Zurücknahme dieser „Neuerungen," wogegen Lord J. Russell bemerkte: die Frage wegen Abänderung der Schifffahrtsgesetze sei keineswegs eine neue; schon im vorigen Jahre sei sie vor dem Parlament gewesen, und es müsse daher mit der Bill vorgegangen werden.

Frankreich.

* **Paris**, 9. März. Wir tragen folgende Einzelnheiten über den Nationalgerichtshof in Bourges und seine ersten Sitzungen nach: Der Nationalgerichtshof zu Burges, von welchem der Prozeß der Maiangeklagten verhandelt werden wird, hat sich am 7. für konstituirt erklärt. Er besteht der Verfassung gemäß aus 5 Richtern und 36 Geschwornen. Die Richter sind von dem Kassationshofe, dessen Mitglieder sie sind, durch geheime Abstimmung und nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Sie selbst haben ihren Präsidenten, Herrn Berengir, ernannt. Die obrigkeitlichen Personen, welche den Staatsanwalt repräsentiren, sind von dem Präsidenten der Republik bezeichnet. Die Geschwornen, 36 an der Zahl, zu denen noch 4 Stellvertreter kommen, sind aus den 86 durchs Loos bestimmten Mitgliedern der Departementalräthe genommen. Der von dem Prokurator der Republik, Herrn Baroche, entworfene Anklageakt gibt ein deutliches Bild von dem Attentat des 15. Mai: Am 13 Mai hatte bereits ein Volkshaufen versucht, der Nationalversammlung eine Petition zu Gunsten Polens unmittelbar zu überreichen, war jedoch auf dem Platze de la Concorde überredet worden, dieselbe in die Hände eines Repräsentanten auszuliefern, der sie auf das Bureau der Versammlung niederlegte. Die Clubs beschlossen, diese Demonstration in Masse zu wiederholen. Am 15. Mai versammelten sich Volkshaufen, zum Theil bewaffnet, auf dem Bastille-Platze und setzten sich unter Anführung der Häupter der Clubs und mit deren Fahnen in Bewegung. Haber, Sobrier, Blanqui und Raspail marschirten an der Spitze der verschiedenen Colonnen. Zu gleicher Zeit hielten sich die bewaffneten Sektionen der Gesellschaft der Menschenrechte in Permanenz. Gegen Mittag erschien der Zug auf dem Platze de la Madeleine, wo er auf den General Courtais, Oberbefehlshaber der zum Schutz der Nationalversammlung bestimmten Streitkräfte, traf, der die Erlaubniß ertheilte, die Petition durch eine Deputation an die Nationalversammlung überbringen zu lassen, während die Masse über die Brücke de la Concorde sich auf den Quai d'Orsay begäbe. Diese Erlaubniß wurde aber weder durch den Präsidenten der Nationalversammlung noch durch Hrn Lamartine genehmigt, trotz der Anstrengungen, welche General Courtais machte, um die Zustimmung des letzteren zu erhalten. Unterdessen drang die Menge vor und der Widerstand der Truppen und Nationalgarden wurde alsbald durch das Einschreiten des General Courtais beseitigt, der überall den gegen die Nationalversammlung vordringenden Massen die Hand zu bieten schien. Die Menge hatte bald die Tribünen überschwemmt und Raspail liest, trotz der Protestationen des Präsidenten der Nationalversammlung von Louis Blanc unterstützt, seine Petition zu Gunsten Polens von der Tribüne des Präsidenten herab vor. Blanqui ergreift nach ihm das Wort, um eine sofortige Genehmigung der Petition zu verlangen. Unterdessen reden Louis Blanc, Albert und Barbès, in die Falten einer Fahne grupirt, das Volk von einem Fenster aus an. Louis Blanc wünschte dem Volke Glück, das Petitionsrecht wieder erobert zu haben und rief am Schlusse aus: „Die heutige Manifestation ist keine von denen, die erschüttern, sondern die umstürzen." Barbès besteigt dann seinerseits die Präsidententribüne und verlangt den sofortigen Abmarsch einer Armee nach Polen, die Entfernung der Garnison aus Paris und eine Auflage von 1000 Millionen auf die Reichen. Der Präsident weicht noch immer nicht, und wird mit dem Tode bedroht. Dazwischen wird auf Befehl des Hrn. Garnier Pagès in der Stadt Appell geschlagen. Die Aufrührer setzen, um keine Zeit zu verlieren, eine provisorische Regierung zusammen, unter deren Mitgliedern sich Louis Blanc, Barbès, Albert, Blanqui, Raspail, Huber, Caussidière, Pierre Leroux, Cabet und Proudhon befinden und Huber erklärt der Nationalversammlung, da sie keinen Entschluß fassen wolle, für aufgelöst. Zugleich ergreift er den Präsidenten beim Kragen und sagt zu ihm: „Fort mit Ihnen! Sie sind jetzt nichts mehr! Nun auf das Hotel de Ville!" Die designirte Regierung geht nach dem Hotel de Ville; während sie aber mit verschiedenen Dekreten sich beschäftigt, darunter mit einer Kriegserklärung an Rußland und Deutschland, wenn Polen nicht sofort wiederhergestellt werde, erscheinen Ledru-Rollin und Lamartine an der Spitze der Nationalgarde und nehmen die neue provisorische Regierung gefangen. Die übrigen Rädelsführer, mit Ausnahme von 8, werden ebenfalls alsbald verhaftet. Noch vor der Vorlesung des Anklageaktes erhebt sich ein heftiger Streit über die Competenz des Gerichts. Blanqui, Albert, Barbès, Sobrier, Raspail, Flotte, Quentin und Villain bestreiten die Competenz und wollen sich der Verhandlung entziehen Courtais und die übrigen nehmen die Verhandlung an, aber wie sie ausdrücklich erklären, nur wegen ihrer langen Gefangenschaft, und dabei beharrend, daß das Gesetz keine rückwirkende Kraft haben könne. Nachdem die Anklage verlesen, erhebt sich Barbès und spricht: „Ich habe nur Eins zu sagen, nämlich warum ich mich nicht vertheidige. Es scheint mir jetzt an der Zeit zu sein, es zu sagen. Mit welchem Recht wollt ihr uns richten? Mit dem Recht des Stärkern; denn es wäre am 15. Mai kein Mensch in der ganzen Stadt gewesen, der uns nicht als seine Herren anerkannt hätte, wenn wir die stärkeren gewesen wären. Hätten wir gesiegt, so hättet ihr unsere Regierung begrüßt, wie ihr die vom 24. Febr. anerkannt habt. Ja, ihr richtet uns mit dem Rechte der Gewalt. Sagt nicht, daß ihr kommt, um über uns zu urtheilen; ihr kommt, um uns zu verdammen. Ihr bildet ein Ausnahmegericht, welches unter den, unsern Ansichten und unsern Grundsätzen am meisten feindseligen Leuten des ganzen Landes ausgewählt ist; aus den Leuten, welche die Stützen der alten Einrichtungen sind, welche nur Eines verehren, das Kapital, und Einen Götzen haben, das goldene Kalb. Einst verurtheilten die Heiden Christum. Heute schickt ihr euch mit Freude an, uns Socialisten zu schlagen. Es ist ein Krieg auf Leben und Tod, der zwischen uns besteht. Von unsrer Seite ist der einzige Zweck dieses Krieges, euch sowie die ganze Menschheit mit den Wohlthaten, die aus unsren Lehren entsprießen, zu segnen. Von eurer Seite hat dieser Krieg nur ein Ziel, nur eine Hoffnung, die ihr mit Wonne nährt, das heißt, uns in eure Kerker zu werfen." Bei dieser Stelle von einem Geschworenen und dem General-Prokurator energisch unterbrochen, erklärt Barbes nur noch, daß er das Gericht nicht anerkennt und daß er nur durch die Gewalt gezwungen, der Sitzung ferner beiwohnen werde. Raspail versuchte hierauf einige versöhnliche Worte anzubringen. Um 6 Uhr wird die Sitzung aufgehoben und am folgenden Tag (8. März) um 10 Uhr Morgens wieder aufgenommen. Barbès und Albert sind

№ 72. **Beilage zur Deutschen Zeitung.** 13. März 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 13. März. Eindruck des Welcker'schen Antrags. Graf Stadion erwartet. Abmarsch der kurhessischen Truppen. Neues Lokalblatt.) Wien (Dankadresse der Stadt. Die Sendung der Großdeutschen. Schlimme Nachrichten aus Siebenbürgen.) Prag (Kudlich und Füster verhaftet.) Berlin (Aus der letzten Kammersitzung. Die Vorlagen der Minister über die Presse und das Versammlungsrecht. Verfolgung der Steuerverweigerer.) München (Das Ministerium gebildet. Hr. v. Hermann und Graf Lerchenfeld Minister des Handels und des Auswärtigen. Das griechische Anleben.) Hannover (Russ. Gesandtschaft nach Frankfurt.) Schleswig (Rüstungen.) Bremen (Verfassungsfeier.) Lübeck (Wiederanfang derdänischen Blokade.)

Italien. Rom (Das Ministerium u. Hr. Peto. Protestation des Ministers des Aeußern.) Neapel (Protestationen Antonelli's. Lage der sicilianischen Frage. Verhaftungen und Brutalitäten.)

Ungarn. Pesth (Angriff der Magyaren.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 13. März.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 13. März.

Tagesordnung der 185. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungsausschusse zur zweiten Lesung vorgelegten Abschnitts VI. der Reichsverfassung: „Das Reichsgericht" §. 128 und folgende.

Der Präsident Herr Eduard Simson eröffnet die Sitzung ¼ nach neun Uhr. Herr Rösler von Oels ruft das Reichsministerium des Kriegs an, ob es wahr sei, daß die Soldaten vom 2. Bataillon des 10. preußischen Regiments, wenn sie in die zweite Klasse — eine Strafklasse versetzt würden, die schwarzweiße Kokarde verlören, die deutsche schwarz-roth-goldene aber trügen? (Heiterkeit.)

Nachdem Herr Eisenstuck auch heute wieder mehrere Anfragen wegen des Zustands der deutschen Kriegsflotte an das Reichsministerium der Finanzen gerichtet hat, erscheint Herr v. Beckerath auf der Tribüne, um zunächst auf die gestrige Anrufung des Marineausschusses eine sehr ausführliche Mittheilung zu machen, aus der wir vorläufig Folgendes hervorheben:

Auf die Frage des Marineausschusses: Welches sind die Staaten die ihrer Verpflichtung wegen der Einzahlung der ersten Quote der Matrikularumlage für die Einzahlung noch nicht nachgekommen sind? erklärt der Minister: Diese Staaten sind Oesterreich mit fl. 1,566,138. 33 kr., Bayern mit fl. 587,989. 51 kr., Sachsen mit fl. 198,198. 49 kr., Luxemburg und Limburg mit fl. 41,883. 12 kr., Liechtenstein mit fl. 916. 1 kr. und bis zu diesem Augenblicke auch noch Kurhessen mit fl. 93,792. 25 kr.; wobei jedoch zu bemerken ist, daß die kurhessische Regierung durch ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt unterm 24. Febr. d. J. die Anzeige gemacht hat, die Direktion der Hauptstaatskasse in Kassel sei von ihr angewiesen worden, die betreffende Summe an die Reichskasse einzuzahlen.

Was nun die verschiedenen Weigerungsgründe anlangt so erwiedert

Oesterreich daß es eine Flotte in den südlichen Häfen halte, mit der es seine Bundespflichten zu erfüllen bereit sei.

Baiern hat mit Gegenforderungen geantwortet. Aus der Darstellung der Verhandlungen geht hervor, daß es auch den dringendsten Vorstellungen des Reichsministeriums nicht gelungen ist, die bairische Regierung zur Erfüllung ihrer Pflicht zu bewegen und dieselbe hat endlich die Zahlung ihres Umlageantheils auf die ständische Bewilligung hinausgeschoben.

Sachsen hat vorerst eröffnet, daß es unweigerlich, jedoch nicht eher zahlen werde bis die andern Staaten, namentlich die größeren unter ihnen ihren desfallsigen Verbindlichkeiten nachgekommen seien. (Hört! und Unwillen.) Später hat es auf Preußen anweisen wollen, um seinen Beitrag aus der Einnahme der Zollvereinskasse zu decken. Preußen erklärte jedoch, daß Sachsen nicht zu den Staaten gehöre, für die es Vorschüsse leisten könne, da Sachsen in der Regel bei den Zollvereinsabrechnungen noch herauszuzahlen habe (Gelächter). Endlich setzt die sächsische Regierung den wiederholten Mahnungen des Reichsministeriums gleichfalls die ständische Zustimmung entgegen.

Kurhessen hat anfänglich durch Gegenrechnung erwiedern wollen, sich aber später zur Baarzahlung verstanden.

Für Limburg stützt die niederländische Regierung ihre Weigerung auf die noch nicht hinreichend ins Klare gestellten Verfassungs-Verhältnisse Limburgs zu Deutschland, wobei die Errichtung einer deutschen Marine als ein durchaus unvorgesehenes Ereigniß (Gelächter) bezeichnet wird, wozu ohne Zustimmung der niederländischen Stände keine Beisteuer geleistet werden könne. Das Reichsministerium widerlegte diese Einwände, ohne daß es jedoch zu einem Erfolge gelangte. Nach nicht amtlichen Nachrichten haben jetzt die limburgischen Stände ihren Flottenbeitrag ausdrücklich versagt.

Auf die zweite Umlage sind die Einzahlungen bereits erfolgt von Preußen, dem Großherzogthum Hessen und einer Reihe kleinerer Staaten.

Von der Anstellung dänischer Offiziere in der österreichischen Marine hat das Reichsministerium keine amtliche Kunde. Was Herr von Beckerath auf die Anfragen Herrn Eisenstucks erwiedert, so wie den Schluß seines mehrmals von beifälligem Zuruf unterbrochenen Vortrags, tragen wir im morgenden Blatte wörtlich nach.

Herr Gevekoht dankt im Namen des Marineausschusses für die eben so rasche als genaue Beantwortung der gestellten Anfragen, wobei er zugleich die Hoffnung ausspricht, daß den Verhältnissen des Vaterlands eine feste Ordnung unmittelbar bevorstehe. Denn von „Versicherungen" könne man keine Flotte bauen.

Bevor zur Tagesordnung, das ist zur Berathung des Verfassungsabschnitts vom Reichsgericht übergegangen wird, bringt Hr. Bauer von Bamberg den dringenden Antrag auf Vertagung bis zum Donnerstag ein. Es sei, sagt er zur Begründung seines Verlangens, eine Abstimmung über den Verfassungsentwurf im Ganzen in Aussicht gestellt. Da erscheine es denn nicht rathsam auf das Einzelne noch ferner ausführlich einzugehen. Zugleich sei heute früh die Vorlage des Verfassungsausschusses für die zweite Lesung übergeben worden und zwei Tage zum mindesten erforderlich zu deren gewissenhafter Prüfung.

Herr Eisenmann erklärt sich wider dieß Ansinnen als gegen ein unerhörtes im parlamentarischen Leben. Denn bis jetzt liege nur der Antrag eines einzelnen Mitgliedes der Versammlung auf Annahme der Verfassung im Ganzen vor und der Redner ist nicht der Meinung, daß es die Verantwortlichkeit gegen die Nation einem gewissenhaften Abgeordneten erlauben werde, die zweite Lesung der Verfassung mit solcher Kürze zu behandeln. Hr. Vogt spricht sich in ähnlichem Sinne aus und warnt vor geheimen Maßregeln und heimlichen Besprechungen. Sei übrigens die Gefahr des Vaterlandes so groß als man sie hier geschildert, so dürfte auch kein Augenblick versäumt werden und es sei dann der Welcker'sche Antrag sofort zu berathen.

Hr. Biedermann: es sei der Sache angemessen gewesen, daß nicht gestern sogleich über den Welcker'schen Antrag abgestimmt worden. denn der Eindruck der welckerischen Rede sei so groß gewesen, daß man nicht habe darüber debattiren können. Der Entschluß ob man mit einem Male die ganze Verfassung annehmen solle erfordere eine reife Erwägung; jeder Einzelne und jede Partei müsse mit sich darüber zu Rathe gehen, ob sie, im Hinblick auf die Gefahr des Vaterlandes, den Welcker'schen Antrag annehmen wolle oder nicht. (Die Linke lacht bei den Worten: „Gefahr des Vaterlandes.") Wenn Sie diese nicht anerkennen, so werden Sie doch uns erlauben, sie anzuerkennen und ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit des Volkes hierbei auf unserer Seite steht. Hr. Vogt sagt, wenn die Gefahr so dringend sei, so müsse man augenblicklich den Entschluß fassen. Ich glaube aber, daß die Nation es vollständig billigen wird, wenn wir, wo es einen so großen Entschluß gilt, diesen Augenblick auf den Zeitraum von zwei Tagen ausdehnen. Lassen Sie uns also diese zwei Tage lang die Sache sorgfältig erwägen und dann mit ruhiger Ueberlegung den entscheidenden Entschluß entweder fassen oder nicht fassen.

Hr. Moritz Mohl spricht seine Entrüstung aus über das empörende Benehmen mehrerer deutschen Regierungen in der Marineangelegenheit. Der große Eindruck aber, den Hrn. Welcker's Rede gestern allerdings hervorgebracht habe, sei nur ein Eindruck des Erstaunens gewesen. Denn nicht das Vaterland sei in Gefahr, sondern nur das preußische Erbkaiserthum! (Unwillen von der Rechten und aus der Mitte. Beifall von der Linken.) Nachdem hierauf die Debatte über den Antrag Bauers geschlossen worden

ist, wird durch Zettel über die Vertagung der Berathung bis Donnerstag abgestimmt. Mit 252 gegen 215 Stimmen verworfen.

In der gestrigen Sitzung ist von dem Abschnitt VI. des Verfassungsentwurfs: Das Reichsgericht, bereits angenommen worden:

§. 127. „Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt."

Die heutige Verhandlung lehnt zunächst eine fernere Besprechung über §. 128 ab, so daß nur der Berichterstatter Herr von Soiron noch zum Wort kommt. Die Annahme des Paragraphen erfolgt in folgender Gestalt — wobei die Eingangsworte des Verfassungsausschusses durch den Verbesserungsantrag des Hr. Robert Mohl ersetzt werden:

§. 128. „Zur Zuständigkeit des Reichs gehören

a) Klagen eines Einzelstaats gegen die Reichsgewalt, wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Erlassung von Reichsgesetzen und durch Maßregeln der Reichsregierung; so wie Klagen der Reichsgewalt gegen den Einzelstaat wegen Verletzung der Reichsverfassung.

b) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhause und dem Volkshause unter sich und zwischen jedem von ihnen und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen.

c) Politische und privatrechtliche Streitigkeiten aller Art zwischen den einzelnen deutschen Staaten.

d) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den Einzelstaaten.

e) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaats und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung.

f) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung.

Angenommen wird zu f mit 245 gegen 188 Stimmen der Zusatz der Minderheit des Ausschusses: „Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung, wegen Verletzung der Landesverfassung, können bei dem Reichsgerichte nur angebracht werden, wenn die in der Landesverfassung gegebenen Mittel der Abhülfe nicht zur Anwendung gebracht werden können."

g. Klagen deutscher Staatsbürger wegen Verletzung der durch die Reichsverfassung ihnen gewährten Rechte. Die näheren Bestimmungen über den Umfang dieses Klagerechts und die Art und Weise dasselbe geltend zu machen, bleiben der Reichsgesetzgebung vorbehalten.

h. Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mitteln der Abhülfe erschöpft sind.

i. Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.

k. Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.

l. Strafgerichtsbarkeit in den Fällen des Hoch- und Landesverraths gegen das Reich.

Ob noch andere Verbrechen gegen das Reich der Strafgerichtsbarkeit des Reichsgerichts zu überweisen sind, wird spätern Reichsgesetzen vorbehalten.

m. Klagen gegen den Reichsfiskus.

n. Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, so wie, wenn die gemeinschaftliche Verpflichtung gegen mehrere Staaten in einer Klage geltend gemacht wird.

§. 129. Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst.

§. 130. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Diesem Gesetze wird auch die Bestimmung, ob und in welchen Fällen bei dem Reichsgericht die Urtheilsfällung durch Geschworene erfolgen soll, vorbehalten.

Ebenso bleibt vorbehalten: ob und wie weit dieses Gesetz als organisches Verfassungsgesetz zu betrachten ist.

§. 131. Der Reichsgesetzgebung bleibt es vorbehalten, Admiralitäts- und Seegerichte zu errichten, sowie Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit der Gesandten und Konsuln des Reichs zu treffen.

Damit ist der Abschnitt VI. der Verfassung über das Reichsgericht angenommen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 15. März statt. Den Gegenstand der Berathung bildet der Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über das Auswanderungsgesetz.

*** **Frankfurt**, 12. März. Der tiefe Eindruck, welchen der Welckersche Antrag auf die Nationalversammlung machte, pflanzte sich heute in alle Kreise fort. Die Klubs traten theils gleich nach der heutigen Sitzung zusammen, theils werden sie heute Abend in Berathung treten. Die Linke erst in einzelnen Fraktionen, dann in vereinigter Sitzung. Auch aus der Linken erschallt jetzt der Ruf nach kräftiger Einheit Deutschlands, und schon sprechen sich einzelne ihrer Stimmen für den lebenslänglichen Kaiser aus. Sie werden noch weiter gelangen. Das Direkterialertrakt ist abgestanden.

⊙ **Frankfurt**, 13. März. Von einem Mitgliede der verunglückten Wiener Sendung — dem Hrn. Heckscher — hörten wir soeben sagen, die Ankunft des Grafen Stadion aus Wien sei zu erwarten. Eine russische Gesandtschaft soll ja auch in Aussicht stehen. Der bewährten österreichisch-russischen Staatskunst kann Deutschland seine Geschicke gewiß mit dem größten Vertrauen übergeben!

♈ **Frankfurt**, 13. März. Heute morgen um 8 Uhr haben uns die seither hier in Garnison liegenden kurhessischen Truppen, Husaren und reitende Artillerie verlassen: Kurhessen hat für die Eventualität eines Wiederausbruchs der Feindseligkeiten mit Dänemark ein Kontingent von im Ganzen 2000 Mann (2 Bataillone Infanterie, 2 Schwadronen Kavallerie und 2 Batterien) zu stellen. Die hiesige Garnison wird dem Vernehmen nach durch hessen-darmstädtische Chevaurlegers und preußische Artillerie wieder komplettirt werden.

Der alte Bürgerverein, eine der zahlreichen hier bestehenden Gesellschaften, hat in seiner letzten Versammlung, um der mehr oder weniger radikalen Lokalpresse entgegenzuwirken, die Gründung eines Lokalblattes mit konservativer Tendenz auf Aktien beschlossen. Die Redaktion ist bereits vorhanden und wird das Unternehmen demnächst ins Leben treten können.

Wien, 6. März. Aus Siebenbürgen noch immer keine bessern Nachrichten. Vom 20. Febr. schreibt man mir, daß außer Hermannstadt und Kronstadt das ganze Sachsenland vom Feinde besetzt sei, der auch in Klausenburg stehe. Unsere ganze Macht sammt den Russen beträgt in Hermannstadt nur 11,000 Mann. Bem steht mit 6000 Mann in Mediasch, die Szekler in Schäßburg, wo leider sehr bedeutende Vorräthe aufgehäuft waren, die nun verloren sind. Die Schäßburger wollten sich selbst vertheidigen, aber man gab es nicht zu, und als das Militär sich zurückzog, mußten die Garden mit ihm ziehen. In Hermannstadt reichen die Lebensmittel nur auf 14 Tage hin, und dieser Mangel hindert auch noch mehr russische Truppen herbeizuziehen. (Allg. Z.)

△ **Wien**, 8. März. Die Stadt Wien sendet eine Dankadresse nach Ollmütz, und schlägt einen Aufruf an die Bürger an, sich des §. 3 der Verfassung, welcher Wien zur Residenz erklärt, durch Treue und Gehorsam würdig zu machen.

Die Sendung der Großdeutschen ist zu Ende, und zwar ohne Resultat. Sie haben heute noch eine Konferenz mit Fürst Schwarzenberg gehabt, ganz ohne irgend einen Erfolg. Sie gehen diesen Abend oder Morgen früh über Ollmütz nach Frankfurt.

Prag, 9. März. Von einem Reisenden erfahre ich soeben daß Kudlich, Füster, nebst noch zwei Abgeordneten in Oderberg, von wo sie nach Breslau sich begeben wollten, verhaftet und unter starker Eskorte nach Wien gebracht worden seien. (D. A. Z.)

♁ **Berlin**, 10. März. Heute früh erklärte in der zweiten Kammer der Abgeordnete Rohden, Mitglied des von Grabow und Immermann vorbereiteten Centrums, gleich nach Beginn der Sitzung: „Die lokale Einrichtung dieser Kammer ist abweichend von der gewöhnlichen: die Versammlung ist in zwei große Hälften geschieden. In der neuesten Zeit ist es mehrmals vorgekommen, daß man von dieser Tribüne herab die Ausdrücke gebraucht hat: „Wir sind dieser Ansicht, wir werden das anerkennen." Es hat dabei den Anschein, als ob alle Abgeordneten der betreffenden Seite dieses Hauses in dem Worte „wir" mit einbegrif-

sen sind. Ich muß erklären, daß nicht jeder Abgeordnete, der auf dieser oder jener Seite des Hauses sitzt, damit zugleich der Partei angehört, welche hauptsächlich dieselbe einnimmt. Ich habe mich mit Niemanden über meine Ansichten geeinigt und nicht bloß in meinem eigenen Namen spreche ich dies aus — ich bin dazu von mehreren anderen Abgeordneten autorisirt." Dieser öffentliche Bruch des Centrums mit der Rechten, dessen Dasein von manchen Blättern bestimmt verneint ward, ist das Hauptereigniß der heutigen Sitzung; im Uebrigen multa, non multum! Ein Abgeordneter der Rechten hatte durch die sehr bedenkliche Stimme eines Wahlmannes die Majorität erlangt; die Abtheilung beantragte, die Wahl dieses Wahlmannes genauer untersuchen zu lassen. Dierschke war großmüthig: „Markten wir nicht um eine Stimme! Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, nicht einmal einen Frühling! Dazu gehört ein ganzes Konzert von Schwalben und Nachtigallen. Ich bin zwar sonst in der Naturgeschichte nicht bewandert, aber das kann ich sagen (auf die Minister deutend): Fledermäuse liebe ich nicht." Trotz dieses Humors, mit dem der edle Dierschke debutirte, war die Linke unerbittlich, auch Immermann u. a. stimmten ihr bei; die Stimmzählung ergab, daß der Antrag der Abtheilung mit 166 gegen 161 Stimmen, die dann von Pelzer (Rechte) beantragte namentliche Abstimmung, daß er mit 167 gegen 165 Stimmen angenommen war.

Der Antrag von Olawski, auf bald möglichste Ausführung des Art. 23. der Verfassung, welcher den Volksschullehrern ein auskömmliches Gehalt gewährleistet, wurde verworfen, nachdem Ladenberg in einer höchst gewandten Rede — die erste die er gehalten — auf die Uebelstände hingewiesen, welche die Berathung dieses einen Punktes aus dem Unterrichtsgesetze habe, wenn man nicht das ganze Gesetz abwarte, und zugleich die Schwierigkeit oder besser die Unmöglichkeit dargelegt hätte, jenen Artikel der Verfassung mit einem „Federstriche" auszuführen, da die Ermittlungen, wieviel im einzelnen Falle die Gemeinden beisteuern könnten, wieviel der Staat beitragen müsse, was ein auskömmliches Gehalt sei, sehr weitläuftig seien. Dieser Vortrag, den er in einer kurzen Replik gegen einen Angriff von Parrisius mit demselben Geschicke weiter ausführte, wurde mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört und machte den besten Eindruck, so sehr man auch die Wahrheit der Bemerkung des Abgeordneten Parrisius empfand, es klinge wie Ironie, daß der preußische Staat, der Staat der Intelligenz, auf sein Heer 30 Millionen verwende und zu außerordentlicher Unterstützung seiner Volksschullehrer, nach Angabe des Cultusministers, jetzt nur 25,000 Thaler übrig habe.

AZC **Berlin**, 11. März. Die ministeriellen Vorlagen in Betreff der Presse, des Vereinigungsrechts und des Anheftens von Plakaten, von deren vorheriger Annahme das Ministerium die Aufhebung des Belagerungszustandes abhängig gemacht hat, sind heute mit den bezüglichen Denkschriften unter die Abgeordneten vertheilt worden. Die Aufnahme, so weit unsere Beobachtungen reichten, scheint eine verschiedenartige, vorherrschend jedoch ungünstige gewesen zu sein; selbst auf der rechten Seite beider Kammern gaben sich sehr bedenkliche Aeußerungen kund. Die Führer der Linken erklärten, lieber den Belagerungszustand permanent erklären, als das Land unter solchen Septembergesetzen schmachten lassen zu wollen. Seit heute Mittag bereitet man schon auf diese Vorlagen bezügliche Petitionen vor. Wir geben einige Proben aus den Vorlagen. Das umfangreichste Gesetz ist das über die Presse, oder über „das Recht durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern." Es enthält 25 Paragraphen. Die Vorschriften wegen Nennung des Druckers, Verlegers, Verfassers ꝛc. sind die früheren. Zeitschriften müssen der Polizei vorher angemeldet werden, Entgegnungen unentgeltlich aufgenommen werden. Ueberschreitungen ziehen eine Geldbuße bis zu 100 Thlr. nach sich. Für den Inhalt sind Verfasser, eventuell Herausgeber, Verleger, Drucker und Verbreiter verantwortlich. Wer durch Druckschriften zur Begehung eines Verbrechens oder Vergehens auffordert, wird bloß dafür mit Geldbuße bis zu 500 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Jahren bestraft, erhält aber Zuchthaus von 3—10 Jahren, wenn die erfolglose Aufforderung auf ein Verbrechen des §. 92, Th. II., Tit. 20 des A. L. R. oder des Art. 86 und 87 des rheinischen Straf-Gesetzbuchs gerichtet war. „Wer die in dem Eigenthume und in der Familie beruhenden Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft angreift oder die Bürger zum Hasse oder zur Verachtung gegen einander anreizt, hat Gefängniß bis zu 2 Jahre verwirkt." Ebenso wird bestraft, wer thatsächliche Unwahrheiten verbreitet, welche geeignet wären, Haß oder Verachtung gegen die Einrichtungen des Staats oder die Staatsregierung zu begründen. Wer durch Preßvergehen die Ehrfurcht gegen den König oder die Königin verletzt, erhält Gefängniß von 2 Monaten bis zu 5 Jahren. Ist der Beleidigte der Thronfolger, ein anderes Mitglied des königlichen Hauses oder das Oberhaupt eines deutschen Staates, so besteht die Strafe in Gefängniß von 1 Monat bis 3 Jahren. Verläumdungen durch die Presse sollen bis zu 18 Monaten Gefängniß, unter mildernden Umständen bis zu 500 Thalern nach sich ziehen. Druckschriften ꝛc. gegen die guten Sitten werden mit Geldbuße bis zu 100 Thalern oder Gefängniß bis zu 1 Jahr verfolgt. Die Kompetenz haben die Schwurgerichte, wo sie fehlen die ordentlichen Gerichte. — Das zweite Gesetz, „betreffend die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts" ist weit kürzer, obwohl es auch 23 Paragraphe zählt. Von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, muß der Polizei 24 Stunden vorher Anzeige gemacht werden. Jedermann muß der Zutritt gestattet werden, sofern nicht die Polizei auf Antrag der Leiter diese Oeffentlichkeit ausschließt. Die Polizei ist befugt, in jede solche Versammlung zwei Beamte oder sonstige erkennbare Abgeordnete zu senden, denen ein angemessener Platz nach ihrer Wahl einzuräumen ist und welche ermächtigt sind, über alle Wahrnehmungen eine Verhandlung aufzunehmen. Ihnen muß auch auf Verlangen Name, Stand und Wohnung aller auftretenden Redner angegeben werden. Sie können Versammlungen, in welcher aufreizende oder zum Verbrechen auffordernde Vorträge gehalten werden, sofort auflösen, die Uebertreter des Gesetzes verhaften und verlangen, daß Jeder in der Versammlung ihnen dabei Hilfe leiste. Hat der Abgeordnete der Polizei die Versammlung aufgelöst, so müssen sich alle Anwesende sofort entfernen und ist nöthigenfalls bewaffnete Macht zu requiriren. Alle Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, müssen ihre Statuten binnen 24 Stunden der Polizei einreichen; in ihrer Versammlung haben sie den vierten Theil der Plätze Denen frei zu lassen, welche dem Vereine fremd sind, aber Eintritt begehren. Bei Volksversammlungen unter freiem Himmel finden alle hier aufgeführten Bestimmungen auch dann Anwendung, wenn keine öffentlichen Angelegenheiten verhandelt werden. Die Polizei kann diese Volksversammlungen verbieten, wenn sie dieselben für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet; sie bedürfen ihrer Genehmigung, wenn sie auf Straßen oder öffentlichen Plätzen in Städten und Ortschaften statt finden sollen. Oeffentliche Aufzüge stehen ihnen gleich. Während der ganzen Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern dürfen innerhalb eines Umkreises von 5 Meilen keine Versammlungen unter freiem Himmel gehalten werden. Die Strafbestimmungen sind Geldbuße bis 200 Thlr. und Gefängniß bis zu 6 Monaten und 1 Jahre. — Das kürzeste Gesetz ist das letzte, „betreffend das Anheften von Anschlagzetteln und Plakaten in Städten und Ortschaften, so wie den Verkauf und das Vertheilen von Druckschriften oder bildlichen Darstellungen in öffentlichen Straßen." Plakate mit Ausnahme gewerblicher, Vergnügungs- oder Anzeigen zu erlaubten Versammlungen sind verboten. Zum Verkauf von Druckschriften bedarf es eines widerruflichen Erlaubnißscheines. Die Strafen sind Geldbuße bis 50 Rthlr. oder Gefängniß bis zu 6 Monaten.

A. Z. C. **Berlin**, 11. März. Die Untersuchung wegen der Steuerverweigerung wird jetzt vom hiesigen Kammergericht mit ungemeiner Lebhaftigkeit betrieben. Einzelner Vorladungen außerhalb der Kammer haben wir Erwähnung gethan, sämmtliche 86 wiedergewählte Steuerverweigerer haben jetzt ebenfalls Vorladungen erhalten. Es soll im Ministerrath beschlossen sein, alles aufzubieten, um sich ihrer zu entledigen und damit möglichst rasch vorzugehen. Das Kammergericht wird also vielleicht schon in den nächsten Tagen einen Antrag um Genehmigung zur Verfolgung und Verhaftung der wiedergewählten Steuerverweigerer ergehen lassen.

0 **München**, 11. März. Endlich ist die Krone am Ziele ihres vierwöchentlichen Wirkens angelangt und hat den Aufbau eines Ministers vollendet. Zu der gestern gemeldeten Ernennung eines Ministers des Innern in der Person des Herrn Forster, kann ich Ihnen heute wieder drei neue Ministerernennungen ankündigen, so daß wir statt der gewohnten Fünfe, nunmehr sieben Minister haben, indem für den Cultus und den Handel je ein besonderer Minister ernannt ist. Das Ministerium des Handels wurde dem Professor Herrmann, dem Abgeordneten für München in der verfassungsgebenden Reichsversammlung, übertragen und von demselben angenommen. Dieser geist- und kenntnißvolle Mann wird jedenfalls die Seele des ganzen Ministeriums bilden und demselben wo möglich innern Halt verleihen. Besonders wird sich Handel und Industrie, bisher von der baierischen Regierung so stiefmütterlich behandelt, dieser Wahl zu erfreuen haben. Auch im Allgemeinen hat seine Berufung guten Eindruck gemacht, schon weil man glaubt, daß das bisherige Mitglied des linken Centrums die unbedingte Geltung der Reichsgesetze auch in Baiern zur Anerkennung bringen wird, ein Umstand, der freilich im baierischen Oberlande, wo die vom Volksboten und der Geistlichkeit fanatisirten Bauern zum Schutze der Religion sich förmlich rüsten, die Aufregung auf das Aeußerste steigern wird. Zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des königl. Hauses ist Graf Lerchenfeld-Köfering, zum Kultusminister Herr Ringelmann ernannt. In der Geschichte des griechischen Anlehens werden von Tag zu Tag neue Enthüllungen gemacht, wodurch die frühere Regierung wie die früheren Ständekammern schwer kompromittirt werden. Durch ein Versehen eines Ministerialbeamten war der ganze Aktenstoß, welcher über diese Angelegenheit geführt wurde, in die Hände des damaligen Finanzausschusses gelangt; das Geheimniß wurde aber von den Mitgliedern desselben so getreu bewahrt, daß am Schlusse desselben Landtags drei

№ 72. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 13. März 1849.

Uebersicht.

Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich.

Deutschland. Baiern (Die baierische Regierung und der Verein für nationale Arbeit.) Aus Sachsen (Der Leipziger Vaterlandsverein für das Gagern'sche Programm. Herr Wuttke.) Dresden (Scheidung der Parteien in der Kammer. Kammerverhandlungen.)

Niederland. Haag (Die neue Geschäftsordnung der zweiten Kammer. Gesetzentwürfe.)

Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich.

I. Abschnitt. Von dem Reiche.

§. 1. Das Kaiserthum Oesterreich besteht aus folgenden Kronländern: Dem Erzherzogthume Oesterreich ob und unter der Enns, dem Herzogthume Salzburg, dem Herzogthume Steiermark, dem Königreiche Illirien, bestehend: aus dem Herzogthume Kärnthen, dem Herzogthume Krain, der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska, der Markgrafschaft Istrien und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete, — der gefürsteten Grafschaft Tyrol und Vorarlberg, dem Königreiche Böhmen, der Markgrafschaft Mähren, dem Herzogthume Ober- und Nieder-Schlesien, dem Königreiche Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Krakau, dem Herzogthume Bukowina, den Königreichen Dalmatien, Croatien und Slavonien mit dem kroatischen Küstenlande, der Stadt Fiume und dem dazu gehörigen Gebiete, dem Königreiche Ungarn, dem Großfürstenthum Siebenbürgen, mit Inbegriff des Sachsenlandes und der wieder einverleibten Gespannschaften Krasna, Mittel-Szolnok und Zarand, dann dem Distrikte Kövar und der Stadt Zilah (Zillenmarkt), den Militärgränzgebieten und dem lombardisch-venetianischen Königreiche.

§. 2. Diese Kronländer bilden die freie, selbstständige, untheilbare und unauflösbare konstitutionelle österreichische Erbmonarchie.

§. 3. Wien ist die Hauptstadt des Kaiserreiches und der Sitz der Reichsgewalt.

§. 4. Den einzelnen Kronländern wird ihre Selbstständigkeit innerhalb jener Beschränkungen gewährleistet, welche diese Reichsverfassung feststellt.

§. 5. Alle Volksstämme sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache.

§. 6. Die Gränzen des Reiches und der einzelnen Kronländer dürfen nur durch ein Gesetz verändert werden.

§. 7. Das ganze Reich ist Ein Zoll- und Handelsgebiet. Binnenzölle dürfen unter keinem Titel eingeführt werden, und wo solche zwischen einzelnen Gebietstheilen des Reiches gegenwärtig bestehen, hat deren Aufhebung sobald als möglich zu erfolgen. Die Aussonderung einzelner Orte oder Gebietstheile aus dem Zollgebiete und der Einschluß fremder Gebiete in dasselbe bleibt der Reichsgewalt vorbehalten.

§. 8. Die Wappen und Farben des Kaiserthums und der einzelnen Kronländer werden beibehalten.

II. Abschnitt. Von dem Kaiser.

§. 9. Die Krone des Reiches und jedes einzelnen Kronlandes ist, in Gemäßheit der pragmatischen Sanktion und der österreichischen Hausordnung, erblich in dem Hause Habsburg-Lothringen.

§. 10. Die Bestimmungen der Hausgesetze über die Großjährigkeit des Thronfolgers, dann über die Einsetzung einer Vormundschaft oder Regentschaft bleiben in Wirksamkeit.

§. 11. Der Kaiser nimmt zu seinem bisherigen Titel noch jenen eines Großherzogs von Krakau und eines Herzogs der Bukowina an.

§. 12. Der Kaiser wird als Kaiser von Oesterreich gekrönt. Ein besonderes Statut wird diesfalls das Nähere bestimmen.

§. 13. Der Kaiser beschwört bei der Krönung die Verfassung, welcher Schwur von seinen Nachfolgern bei der Krönung, so wie von dem Regenten bei Antritt der Regentschaft, geleistet wird.

§. 14. Der Kaiser ist geheiligt, unverletzlich und unverantwortlich.

§. 15. Der Kaiser führt den Oberbefehl über die gesammte bewaffnete Macht entweder persönlich oder durch seine Feldherren.

§. 16. Der Kaiser entscheidet über Krieg und Frieden.

§. 17. Der Kaiser empfängt und schickt Gesandte, und schließt mit fremden Mächten Verträge.

Bestimmungen in solchen Verträgen, welche dem Reiche neue Lasten auflegen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages.

§. 18. Der Kaiser verkündet die Gesetze und erläßt die bezüglichen Verordnungen.

Jede Verfügung bedarf der Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers.

§. 19. Der Kaiser ernennt und entläßt die Minister, besetzt die Aemter in allen Zweigen des Staatsdienstes, und verleiht den Adel, Orden und Auszeichnungen.

§. 20. Im ganzen Reiche wird im Namen des Kaisers Recht gesprochen.

§. 21. Dem Kaiser gebührt das Recht der Begnadigung, der Strafmilderung und der Amnestirung, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen in Ansehung der Minister.

§. 22. Das Münzrecht wird im Namen des Kaisers ausgeübt.

III. Abschnitt. Von dem Reichsbürgerrechte.

§. 23. Für alle Völker des Reiches gibt es nur Ein allgemeines österreichisches Reichsbürgerrecht. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, unter welchen Bedingungen das österreichische Reichsbürgerrecht erworben, ausgeübt und verloren wird.

§. 24. In keinem Kronlande darf zwischen seinen Angehörigen und jenen eines anderen Kronlandes ein Unterschied im bürgerlichen oder peinlichen Rechte, im Rechtsverfahren oder in der Vertheilung der öffentlichen Lasten bestehen.

Die rechtskräftigen Urtheile der Gerichte aller österreichischen Kronländer sind in allen solchen gleich wirksam und vollziehbar.

§. 25. Die Freizügigkeit der Person innerhalb der Reichsgränzen unterliegt keiner Beschränkung. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staatswegen nur durch die Wehrpflicht beschränkt.

§. 26. Jede Art von Leibeigenschaft, jeder Unterthänigkeits- oder Hörigkeitsverband ist für immer aufgehoben.

Die Betretung des österreichischen Bodens oder eines österreichischen Schiffes macht jeden Sklaven frei.

§. 27. Alle österreichischen Reichsbürger sind vor dem Gesetze gleich, und unterstehen einem gleichen persönlichen Gerichtsstande.

§. 28. Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle zu denselben Befähigten gleich zugänglich.

§. 29. Das Eigenthum steht unter dem Schutze des Reiches; es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles, gegen Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes, beschränkt oder entzogen werden.

§. 30. Jeder österreichische Reichsbürger kann in allen Theilen des Reiches Liegenschaften jeder Art erwerben, so wie jeden gesetzlich erlaubten Erwerbszweig ausüben.

§. 31. Die Freizügigkeit des Vermögens innerhalb der Reichsgränzen unterliegt keiner Beschränkung. Abfahrtsgelder von den in das Ausland abziehenden Vermögenschaften dürfen nur in Anwendung der Reziprozität erhoben werden.

§. 32. Jede aus dem Unterthänigkeits- oder Hörigkeitsverbande oder aus dem Titel des getheilten Eigenthums auf Liegenschaften haftende Schuldigkeit oder Leistung ist ablösbar, und es darf für die Zukunft bei Theilung des Eigenthums keine Liegenschaft mit einer unablösbaren Leistung belastet werden.

IV. Abschnitt. Von der Gemeinde.

§. 33. Der Gemeinde werden als Grundrechte gewährleistet:

a) die Wahl ihrer Vertreter;
b) die Aufnahme neuer Mitglieder in den Gemeindeverband;
c) die selbstständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten;
d) die Veröffentlichung der Ergebnisse ihres Haushaltes, und in der Regel
e) die Oeffentlichkeit der Verhandlungen ihrer Vertreter.

Die nähere Bestimmung dieser Grundrechte der Gemeinden und insbesondere die Bedingungen für die Aufnahme einer Gemeinde, enthalten die Gemeindegesetze.

§. 34. Die Einrichtung von Bezirks- und Kreisgemeinden zur Besorgung ihrer gemeinsamen inneren Angelegenheiten wird ein besonderes Gesetz bestimmen.

V. Abschnitt. Von den Landes-Angelegenheiten.

§. 35. Als Landesangelegenheiten werden erklärt:

I. Alle Anordnungen in Betreff
   1. der Landeskultur;
   2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
   3. der Wohlthätigkeitsanstalten im Lande;
   4. des Voranschlags und der Rechnungsablegung des Landes;
      a) sowohl hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benutzung des Landeskredits, als
      b) rücksichtlich der Landesausgaben, der ordentlichen wie der außerordentlichen.

II. Die näheren Anordnungen inner der Grenzen der Reichsgesetze in Betreff
   1. der Gemeindeangelegenheiten;
   2. der Kirchen und Schulangelegenheiten;
   3. der Vorspannsleistung, dann der Verpflegung und Einquartirung des Heeres; endlich

III. die Anordnungen über jene Gegenstände, welche durch Reichsgesetze dem Wirkungskreise der Landesgewalt zugewiesen werden.

VI. Abschnitt. Von den Reichs-Angelegenheiten.

§. 36. Als Reichsangelegenheiten werden erklärt:

a) alle das regierende Kaiserhaus und die Rechte der Krone betreffenden Angelegenheiten;
b) die völkerrechtliche Vertretung des Reiches und aller seiner Interessen, insbesondere der Abschluß von Verträgen mit fremden Staaten.
c) die Beziehungen des Staates zur Kirche;
d) das höhere Unterrichtswesen;
e) das gesammte Heerwesen zu Land und die Seemacht;
f) der Reichshaushalt, einschließlich der Krongüter und Reichsdomänen, unter welchen das bisher durch die Benennungen: Staats-, Kameral- oder Fiskalgüter bezeichnete Vermögen verstanden wird; die Reichsbergwerke, dann die Reichsmonopole, der Reichskredit, und alle Steuern und Abgaben zu Reichszwecken;
g) alle Gewerbs- und Handelsangelegenheiten, einschließlich der Schifffahrt, der Zölle und Banken, des Münz- und Bergwesens und der Regelung von Maaß und Gewicht;
h) die Reichsverbindungen durch Wasser- und Landstraßen, Eisenbahnen Post und Telegraphen, überhaupt alle Reichsbauten;
i) alle die Wahrung der inneren Sicherheit des Reiches betreffenden Einrichtungen und Maßregeln; endlich
k) alle Angelegenheiten, welche nicht durch die Reichsverfassung oder Reichsgesetze als Landesangelegenheiten erklärt werden.

VII. Abschnitt. Von der gesetzgebenden Gewalt.

§. 37. Die gesetzgebende Gewalt wird in Bezug auf die Reichsangelegenheiten von dem Kaiser im Vereine mit dem Reichstage, in Ansehung der Landesangelegenheiten, von dem Kaiser im Vereine mit den Landtagen ausgeübt.

VIII. Abschnitt. Von dem Reichstage.

§. 38. Der allgemeine österreichische Reichstag soll aus zwei Häusern dem Oberhause und dem Unterhause bestehen, und wird alljährlich von dem Kaiser berufen.

§. 39. Der Reichstag versammelt sich in Wien, kann aber von dem Kaiser auch an einen andern Ort berufen werden.

§. 40. Das Oberhaus wird gebildet aus Abgeordneten, welche für jedes Kronland von dessen Landtage gewählt werden.

§. 41. Die Zahl der Abgeordneten für das Oberhaus beträgt die Hälfte der verfassungsmäßigen Zahl des Unterhauses.

Die Vertheilung dieser Zahl wird durch das Wahlgesetz dergestalt bestimmt werden, daß jedes Kronland zwei Mitglieder seines Landtages als Abgeordnete zu senden hat, und die übrige Zahl nach dem Verhältnisse der Bevölkerung unter alle Kronländer vertheilt wird.

§. 42. Die beiden aus jedem Kronlande zum Reichstage abgeordneten Landtagsmitglieder müssen im Vollgenusse der bürgerlichen und politischen Rechte, österreichische Reichsbürger wenigstens seit fünf Jahren, und mindestens vierzig Jahre alt sein.

Die anderen Mitglieder des Oberhauses können von den Landtagen nur aus jenen Reichsbürgern gewählt werden, welche die bevorstehenden allgemeinen persönlichen Eigenschaften besitzen, und im Reiche wenigstens 500 Gulden Conv.-Münze an direkter Steuer bezahlen.

In den Kronländern, wo die Zahl solcher Reichsbürger, welche fünfhundert Gulden Conventions-Münze direkte Steuer bezahlen, nicht das Verhältniß von eins auf sechstausend Seelen erreicht, wird sie durch die der Besteuerung nach zunächst folgenden Reichsbürger des Kronlandes bis zu diesem Verhältnisse vollzählig gemacht.

§. 43. Das Unterhaus wird durch direkte Volkswahl gebildet.

Wahlberechtigt ist jeder österreichische Reichsbürger, welcher großjährig, im Vollgenusse der bürgerlichen und politischen Rechte ist, und welcher entweder den durch das Wahlgesetz bestimmten Jahresbetrag an direkter Steuer bezahlt, oder ohne Zahlung einer direkten Steuer, nach seiner persönlichen Eigenschaft in einer Gemeinde eines österreichischen Kronlandes das aktive Wahlrecht besitzt.

§. 44. Die Wahlen für das Unterhaus geschehen nach den Bezirken und an den Orten, welche das Wahlgesetz bestimmt; dasselbe setzt auch die Zahl der Abgeordneten nach der Bevölkerung fest. Diese Zahl ist dergestalt zu bestimmen, daß auf je Einhunderttausend Seelen wenigstens Ein Abgeordneter fällt.

Das Wahlgesetz wird den in dem vorstehenden Paragraph erwähnten Jahresbetrag der direkten Steuer in jedem Kronlande mit Beachtung der eigenthümlichen Verhältnisse desselben festsetzen und dabei als Grundsatz festhalten, daß derselbe für das Land und für die Städte bis zehntausend Seelen nicht unter fünf Gulden Konventionsmünze und für Städte über zehntausend Seelen nicht unter zehn Gulden Konventionsmünze betragen und in keinem Falle höher als mit zwanzig Gulden Konventionsmünze bestimmt werden darf.

§. 45. Um in das Unterhaus gewählt werden zu können, muß man selbst wahlberechtigt, im Vollgenusse der bürgerlichen und politischen Rechte, österreichischer Reichsbürger wenigstens seit 5 Jahren und mindestens 30 Jahre alt sein.

§. 46. Jede Stimmgebung bei den Wahlen zum Ober- und Unterhause ist mundlich und öffentlich.

§. 47. Gewählten, welche ein öffentliches Amt bekleiben, darf der Urlaub nicht versagt werden.

§. 48. Nimmt ein Mitglied des Reichstages ein besoldetes Staatsamt an, so muß es sich einer neuen Wahl unterziehen.

§. 49. Die Mitglieder des Oberhauses werden auf die Dauer von zehn, jene des Unterhauses auf die Dauer von fünf auf einander folgenden Jahren gewählt. Sie sind nach Ablauf ihres Mandats wieder wählbar.

§. 50. Die Mitglieder des Oberhauses empfangen keine Entschädigung, jene des Unterhauses erhalten für jede Session ein Entschädigungspauschale.

§. 51. Niemand kann zugleich Mitglied des Oberhauses und des Unterhauses sein.

§. 52. Bei jedem Mitgliede des Reichstages wird bei dem Eintritte in denselben der Eid dem Kaiser und auf die Reichsverfassung geleistet.

§. 53. Die Abgeordneten dürfen keine Instruktionen annehmen und nur persönlich ihr Stimmrecht ausüben.

§. 54. Jedem Hause des Reichstags steht das Recht zu, die Wahlmandate seiner Mitglieder zu prüfen und über deren Zulassung zu entscheiden.

§. 55. Jedes Haus ernennt durch absolute Stimmenmehrheit seinen Präsidenten und seine Vizepräsidenten für die Dauer der Session.

§. 56. Kein Haus kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die Mehrheit der verfassungsmäßigen Zahl seiner Mitglieder versammelt ist.

§. 57. Geheime Stimmgebung — mit Ausnahme der vorzunehmenden Wahlen — findet in keinem Hause Statt.

§. 58. Ein Beschluß kann nur durch absolute Stimmenmehrheit zu Stande kommen. Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

§. 59. Die Reichstagssitzungen sind öffentlich; doch hat jedes Haus das Recht, über den von dem Präsidenten oder von wenigstens zehn Mitgliedern gestellten Antrag, vertrauliche Sitzungen zu halten.

§. 60. Nur Reichstagsmitglieder können in dem Hause, welchem sie angehören, Bittschriften einbringen.

§. 61. Deputationen dürfen auf dem Reichstage nicht zugelassen werden.

§. 62. Kein Mitglied des Reichstages darf außerhalb des Reichstages wegen Aeußerungen in den Sitzungen zur Rechenschaft gezogen, noch auch gerichtlich verfolgt werden.

§. 63. Ein Mitglied des Reichstages darf, so lange derselbe versammelt ist, nur mit Genehmigung des Hauses, welchem dasselbe angehöre, verhaftet oder verfolgt werden, mit Ausnahme der Ergreifung auf frischer That.

§. 64. Jedes Haus hat seine Geschäftsordnung innerhalb der durch diese Verfassung bestimmten Grundsätze selbst festzustellen. Die geschäftlichen Beziehungen des Ober- und Unterhauses zu einander werden durch eine Uebereinkunft der beiden Häuser geregelt.

§. 65. Dem Kaiser, so wie jedem der beiden Häuser, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

§. 66. Die Uebereinstimmung des Kaisers und der beiden Häuser des Reichstages ist zu jedem Gesetze erforderlich. Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche durch eines der beiden Häuser oder durch den Kaiser abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 67. Dem Reichstage steht die Theilnahme an der Gesetzgebung über jene Angelegenheiten zu, welche in dieser Reichsverfassung als Reichsangelegenheiten bezeichnet sind.

§. 68. An der Gesetzgebung über die Reichsangelegenheiten nehmen die Abgeordneten aus allen Kronländern Theil. Diese gemeinsame Theilnahme findet auch rucksichtlich der Gesetzgebung über das bürgerliche Recht, das Strafrecht, die Gerichtsverfassung und das Gerichtsverfahren Statt.

In soferne aber in Ungarn, Siebenbürgen, Croatien und Slavonien sammt dem croatischen Küstenlande und Fiume für die eben angeführten Zweige der Gesetzgebung eigene, von jenen für die übrigen Kronländer abweichende gesetzliche Normen und Einrichtungen bestehen, wird für diesen Theil der Gesetzgebung die Wirksamkeit der Landtage der zuerst genannten Kronländer aufrecht erhalten.

Es wird jedoch eine Aufgabe der Landtage dieser Kronländer sein, die bisherige Gesetzgebung in den erwähnten Zweigen einer Revision zu unterziehen, um baldigst die wünschenswerthe Uebereinstimmung der Gesetzgebung in allen Theilen des Reiches herbeizuführen.

Bis dieses erfolgt, haben die Abgeordneten desjenigen Kronlandes, in welchem eine von den übrigen Kronländern verschiedene Gesetzgebung in den genannten Zweigen besteht, sich der Theilnahme an den Verhandlungen hierüber am Reichstage zu enthalten.

§. 69. Der Kaiser vertagt und schließt den Reichstag, kann auch zu jeder Zeit die Auflösung des ganzen Reichstages oder eines seiner Häuser anordnen.

Wird der Reichstag vertagt, oder auch nur eines der Häuser aufgelöst, so sind die Sitzungen in beiden Häusern alsogleich einzustellen.

Die Wiederberufung des Reichstages muß, im Falle der Auflösung, innerhalb drei Monaten nach derselben erfolgen.

IX. Abschnitt. Von den Landesverfassungen und den Landtagen.

§. 70. Die im §. 1 angeführten Kronländer werden in den Angelegenheiten, welche die Reichsverfassung oder die Reichsgesetze als Landesangelegenheiten erklären, von den Landtagen vertreten.

§. 71. Die Verfassung des Königreichs Ungarn wird in so weit aufrecht erhalten, daß die Bestimmungen, welche mit dieser Reichsverfassung nicht im Einklange stehen, außer Wirksamkeit treten und daß die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und landesüblichen Sprachen in allen Verhältnissen des öffentlichen und bürgerlichen Lebens durch geeignete Institutionen gewährleistet wird. Ein besonderes Statut wird diese Verhältnisse regeln.

§. 72. Der Woiwodschaft Serbien werden solche Einrichtungen zugesichert, welche sich zur Wahrung ihrer Kirchengemeinschaft und Nationalität auf ältere Freiheitsbriefe und kaiserliche Erklärungen der neuesten Zeit stützen.

Die Vereinigung der Woiwodschaft mit einem anderen Kronlande wird, nach Einvernehmung von Abgeordneten derselben, durch eine besondere Verfügung festgestellt werden.

§. 73. In den Königreichen Kroatien und Slavonien, mit Einschluß des dazu gehörigen Küstenlandes, dann der Stadt Fiume und dem dazu gehörigen Gebiete, werden deren eigenthümliche Institutionen, innerhalb des durch diese Reichsverfassung festgestellten Verbandes dieser Länder mit dem Reiche, in völliger Unabhängigkeit derselben von dem Königreiche Ungarn aufrecht erhalten. Abgeordnete aus Dalmatien werden mit der Landeskongregation dieser Königreiche, unter Vermittlung der vollziehenden Reichsgewalt, über den Anschluß und die Bedingungen desselben verhandeln und das Ergebniß der Sanktion des Kaisers unterziehen.

§. 74. Die innere Gestaltung und Verfassung des Großfürstenthums Siebenbürgen wird nach dem Grundsatze der völligen Unabhängigkeit von dem Königreiche Ungarn und der Gleichberechtigung aller das Land bewohnenden Nationen, im Einklange mit dieser Reichsverfassung, durch ein neues Landesstatut festgestellt werden. Die Rechte der sächsischen Nation werden innerhalb dieser Reichsverfassung aufrecht erhalten.

§. 75. Das zum Schutze der Integrität des Reiches bestehende Institut der Militärgrenze wird in seiner militärischen Organisation aufrecht erhalten und bleibt als ein integrirender Bestandtheil des Reichsheeres der vollziehenden Reichsgewalt unterstellt. Ein eigenes Statut wird den Bewohnern der Militärgrenze in Bezug auf ihre Besitzverhältnisse dieselben Erleichterungen gewährleisten, welche den Angehörigen der übrigen Kronländer ertheilt wurden.

§. 76. Ein besonderes Statut wird die Verfassung des lombardisch-venetianischen Königreiches und das Verhältniß dieses Kronlandes zum Reiche feststellen.

§. 77. Alle übrigen Kronländer erhalten eigene Verfassungen.

Die ständischen Verfassungen treten außer Wirksamkeit.

§. 78. Die Zusammensetzung der Landtage hat mit Beachtung aller Landesinteressen zu geschehen. Die Abgeordneten zu denselben werden durch direkte Wahl berufen.

§. 79. Die zum Wirkungskreise der Landesvertretung gehörigen Befugnisse werden entweder durch die Landtage selbst, oder durch die von ihnen gewählten Landesausschüsse geübt.

§. 80. Jedem Landtage wird das Recht der Theilnahme an der Gesetzgebung in Landesangelegenheiten und des Gesetzesvorschlages, so wie das Recht, die Ausführung der Landesgesetze zu überwachen, gewährleistet.

Die Uebereinstimmung des Kaisers und des Landtages ist zu jedem Landesgesetze erforderlich.

§. 81. Abänderungen in den Landesverfassungen sollen in den Landtagen, welche zuerst werden berufen werden, im gewöhnlichen Wege der Gesetzgebung beantragt werden können. In den folgenden Landtagen soll zu einem Beschlusse über solche Abänderungen die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Abgeordneten, und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich sein.

§. 82. Die näheren Bestimmungen über die Bildung und den Wirkungskreis der Landtage und Landesausschüsse werden die Landesverfassungen und Wahlgesetze dieser Kronländer feststellen.

§. 83. Alle Verfassungen der einzelnen Kronländer, welche das Reich bilden, sollen im Laufe des Jahres 1849 in Wirksamkeit treten, und müssen dem ersten allgemeinen österreichischen Reichstage vorgelegt werden, welcher nach deren Einführung sofort berufen wird.

X. Abschnitt. Von der vollziehenden Gewalt.

§. 84. Die vollziehende Gewalt im ganzen Reiche und in allen Kronländern ist Eine und untheilbar. Sie steht ausschließend dem Kaiser zu, der sie durch verantwortliche Minister und die denselben untergeordneten Beamten und Bestellten ausübt.

§. 85. Wird einer Korperschaft oder wem immer ein Theil der vollziehenden Gewalt übertragen, so kann dieses nur widerruflich stattfinden, und die Krone ist stets berechtigt, für die Ausübung des übertragenen Theiles der vollziehenden Gewalt eine andere Vorkehrung zu treffen.

§. 86. Die Vollziehung und Handhabung der Landesgesetze, so wie die Ausführung der von den Landtagsausschüssen innerhalb ihres verfassungsmäßigen Wirkungskreises erlassenen Entscheidungen, steht der vollziehenden Gewalt zu.

§. 87. Wenn der Reichstag oder der Landtag nicht versammelt ist, und dringende, in den Gesetzen nicht vorgesehene Maßregeln mit Gefahr auf dem Verzuge für das Reich oder für ein Kronland erforderlich sind; so ist der Kaiser berechtigt, die nöthigen Verfügungen, unter Verantwortlichkeit des Ministeriums, mit provisorischer Gesetzeskraft zu treffen, jedoch mit der Verpflichtung, darüber dem Reichs- oder beziehungsweise Landtage die Gründe und Erfolge darzulegen.

§. 88. Die Minister haben die Verwaltung im Reiche und in den einzelnen Kronländern zu leiten, die bezüglichen Verordnungen zu erlassen, und die Handhabung der Reichs- und Landesgesetze zu überwachen.

§. 89. Den Ministern steht es zu, unter ihrer Verantwortung, in jenen Angelegenheiten, welche den Gemeinden oder den Landtagen und deren Organen zur selbstständigen Entscheidung überlassen sind, die Ausführung von Verwaltungsmaßregeln, welche den Gesetzen und dem Gesammtwohle entgegen sind, einzustellen oder zu untersagen.

§. 90. Die Minister haben das Recht im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; sie können auch für bestimmte Verhandlungen sich durch abgeordnete Kommissäre vertreten lassen.

An den Abstimmungen des Reichstages nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder desselben sind.

§. 91. Ueber die Verantwortlichkeit der Minister, über das gerichtliche Verfahren gegen dieselben, dann über deren Bestrafung im Falle der Verurtheilung, wird ein besonderes Gesetz bestimmen.

§. 92. Für die einzelnen Kronländer ernennt der Kaiser Statthalter, welche als Organe der vollziehenden Gewalt die Handhabung der Reichs- und Landesgesetze zu überwachen, und die Leitung der inneren Angelegenheiten in dem Umfange ihres amtlichen Gebietes zu besorgen berufen und verpflichtet sind.

§. 93. Die Statthalter haben das Recht in den Landtagen selbst, oder durch ihre abgeordneten Kommissäre zu erscheinen, und jederzeit das Wort zu nehmen.

An den Abstimmungen der Landtage nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder derselben sind.

§. 94. Die Statthalter sind in ihrer Geschäftsführung dafür verantwortlich, daß die Reichsgesetze und die Gesetze des betreffenden Kronlandes genau beobachtet und gehandhabt werden.

§. 95. Die vollziehende Reichsgewalt kann die Statthalter und alle Behörden der einzelnen Kronländer auch mit der Besorgung der Reichsangelegenheiten beauftragen, oder solche durch andere Organe in allen Theilen des Reiches verwalten lassen.

XI. Abschnitt. Von dem Reichsrathe.

§. 96. An die Seite der Krone und der vollziehenden Reichsgewalt wird ein Reichsrath eingesetzt, dessen Bestimmung ein berathender Einfluß auf alle jene Angelegenheiten sein soll, worüber er von der vollziehenden Reichsgewalt um sein Gutachten angegangen wird.

§. 97. Die Mitglieder des Reichsrathes werden von dem Kaiser ernannt; bei deren Ernennung ist auf die verschiedenen Theile des Reiches mögliche Rücksicht zu nehmen.

§. 98. Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und den Wirkungskreis des Reichsrathes regeln.

XII. Abschnitt. Von der richterlichen Gewalt.

§. 99. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt.

§. 100. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Reiche aus. Es sollen in Zukunft keine Patrimonialgerichte bestehen.

§. 101. Kein vom Staate bestellter Richter darf nach seiner definitiven Bestellung, außer durch richterlichen Spruch, von seinem Amte zeitweilig entfernt oder entlassen, noch auch ohne sein Ansuchen an einen andern Dienstort überwiesen oder in den Ruhestand versetzt werden.

Diese letztere Bestimmung findet jedoch auf Versetzungen in den Ruhestand, welche wegen eingetretener Dienstesuntauglichkeit nach den Vorschriften des Gesetzes erfolgen, so wie auf jene Veränderungen im Richterpersonale, welche durch Aenderungen in der Einrichtung der Gerichte nothwendig werden, keine Anwendung.

§. 102. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig gestellt werden. Ueber Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden entscheidet die durch das Gesetz zu bestimmende Behörde.

§. 103. Das Gerichtsverfahren soll in der Regel öffentlich und mündlich sein.

Die Ausnahmen von der Oeffentlichkeit bestimmt, im Interesse der Ordnung und Sittlichkeit, das Gesetz.

In Strafsachen soll der Anklage-Prozeß gelten, Schwurgerichte sollen in allen schweren Verbrechen, welche das Gesetz näher bezeichnen wird, dann bei politischen und Preßvergehen erkennen.

§. 104. Die Durchführung der vorgedachten allgemeinen Grundsätze, nach welchen in Hinkunft die Rechtspflege eingerichtet und das Richteramt ausgeübt werden soll, so wie deren Einführung in den einzelnen Kronländern unter Beachtung der eigenthümlichen Verhältnisse derselben, bleibt besonderen Reichs- und beziehungsweise (§. 68) Landesgesetzen vorbehalten.

§. 105. Die Bestimmungen der Hausgesetze über den Gerichtsstand der Glieder des kaiserlichen Hauses bleiben aufrecht.

XIII. Abschnitt. Von dem Reichsgerichte.

§. 106. Es soll ein oberstes Reichsgericht eingesetzt werden, welches von Amtswegen oder auf geführte Klage in folgenden Fällen einzuschreiten haben wird:

I. Als Schiedsgericht: bei Streitfragen zwischen dem Reiche und den einzelnen Kronländern oder zwischen einzelnen Kronländern unter sich, in so ferne der Gegenstand nicht in den Bereich der gesetzgebenden Reichsgewalt gehört.

II. Als oberste Instanz: bei Verletzungen der politischen Rechte.

III. Als untersuchende und oberste richtende Behörde:

a) bei Anklagen gegen die Minister und Statthalter, dann

b) bei Verschwörungen und Attentaten gegen den Monarchen oder Regenten und in Fällen von Hoch- oder Landesverrath.

§. 107. Der Sitz des Reichsgerichtes ist in Wien, und es wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt, wie die Bestellung der Richter mit Rücksicht auf die einzelnen Kronländer stattfindet, wie groß die Zahl derselben, und wie das Verfahren des Gerichts sein soll.

XIV. Abschnitt. Von dem Reichshaushalte.

§. 108. Alle Steuern und Abgaben für Reichs- und Landeszwecke werden durch Gesetze bestimmt.

§. 109. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen jährlich in einem Voranschlage ersichtlich gemacht werden, welcher durch ein Gesetz festgestellt wird. Allfällige Ueberschreitungen des Voranschlages sind der nachträglichen Anerkennung von Seite des Reichstages zu unterziehen.

§. 110. Die Staatsschuld ist vom Reiche gewährleistet.

§. 111. Die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt jeden Jahres wird nebst einer Uebersicht der Staatsschulden von dem obersten Rechnungshofe dem Reichstage vorgelegt.

§. 112. Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtungen und Befugnisse des obersten Rechnungshofes feststellen.

XV. Abschnitt. Von der bewaffneten Macht.

§. 113. Die bewaffnete Macht ist bestimmt, das Reich gegen äußere Feinde zu vertheidigen, und im Innern die Aufrechthaltung der Ordnung und die Ausführung der Gesetze zu sichern.

§. 114. Im Innern kann zu diesen Zwecken die bewaffnete Macht nur über Aufforderung der Civilbehörden und in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen einschreiten.

§. 115. Die bewaffnete Macht ist wesentlich gehorchend.

Kein Theil derselben darf gemeinsam berathen.

§. 116. Das Gesetz bestimmt den Umfang und die Art der allgemeinen Wehrpflicht zum Landheere und zum Dienst auf der See.

§. 117. Das Heer steht unter der Militärgerichtsbarkeit und dem Militärgesetze.

Die Disciplinarvorschriften für das Land- und Seeheer bleiben in voller Anwendung.

§. 118. Der Eid des Heeres auf die Reichsverfassung wird in den Fahneneid aufgenommen.

§. 119. Die Einrichtung der Bürgewehr wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.

XVI. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.

§. 120. In so lange die durch diese Reichsverfassung bedingten organischen Gesetze nicht im verfassungsmäßigen Wege zu Stande gekommen sind, werden die entsprechenden Verfügungen im Verordnungswege erlassen.

§. 121. Bis die neuen Gesetze und Verordnungen in Wirksamkeit treten, bleiben die bestehenden in Kraft.

Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fort erhoben, bis neue Gesetze abweichend bestimmen und zur Anwendung kommen.

§. 122. Die Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden neuen organischen Gesetze und Verordnungen in ihrer Wirksamkeit.

§. 123. Aenderungen dieser Reichsverfassung können im ersten Reichstage im gewöhnlichen Wege der Gesetzgebung beantragt werden. In den folgenden Reichstagen ist zu einem Beschlusse über solche Abänderungen in beiden Häusern die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder, und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

So gegeben in Unserer königlichen Hauptstadt Ollmütz den vierten März im Jahre des Heils Eintausend Acht Hundert Neun und Vierzig, Unserer Reiche im Ersten.

Franz Joseph.

Schwarzenberg. Stadion. Krauß. Bach. Cordon. Bruck. Thinnfeld. Kulmer.

Deutschland.

Hr. v. Kerstorf, Anwalt in Augsburg und gegenwärtig als Mitglied des Vereins zur Förderung der Nationalarbeit zu Frankfurt thätig, hat v. Sr. Exc. dem Grafen von Bray ein Schreiben vom 2. März erhalten, worin derselbe anzeigt, daß die baierische Regierung zur Förderung der Zwecke des Vereins dem Hrn. v. Kerstorf 2000 fl. übermachen werde. (Allg. Z.)

Y Aus Sachsen, 9. März. Der Vaterlandsverein zu Leipzig (bisher der Gegenfüßler des deutschen Vereins in der deutschen Frage) ist in einer seiner letzten Sitzungen, bei abermaliger Durchsprechung der österreichischen Frage, seiner Mehrheit nach zu dem Resultat gekommen, daß für **Deutschland doch kein andrer praktischer Ausweg übrig bleibe, als der in dem Gagern'schen Programm vorgezeichnete.**

Sehr auffällig wird es gefunden, daß der Abgeordnete zur Reichsversammlung für Leipzig, Dr. **Wuttke**, öffentlichen Blättern zufolge sich der österreichischen Partei angeschlossen, ja sogar an dem sogenannten großdeutschen Verfassungsausschuß Theil genommen hat. Weder die Ansichten der Mehrzahl der Bewohnerschaft Leipzigs, insbesondere ihres gebildeteren Theils, noch die in den beiden politischen Vereinen, denen Dr. **Wuttke**, sonderbar genug! gleichzeitig angehörte, dem deutschen und dem Vaterlandsvereine, zur Zeit (s. oben) vorherrschenden Tendenzen in Bezug auf die künftige Bundesverfassung Deutschlands, können denselben zu der Annahme berechtigen, daß er die Meinung seiner Wähler für sich habe bei einem Beginnen, welches doch offenbar auf nichts Anderes hinausläuft, als: die Diplomatenwirthschaft des alten Bundestages wieder herauf zu beschwören, für dessen Beseitigung, wenn ich nicht irre, auch Herr **Wuttke** beim Vorparlamente so tapfre Worte sprach.

A **Dresden**, 10. März. Je näher der drohende Augenblick der Kammerauflösung heranrückt, desto zügelloser wird das Treiben der „entschieden Freisinnigen" in der Kammer. Mitten in diesem Taumel kehrt aber denen, an welchen Hopfen und Malz noch nicht ganz verloren war, die Besinnung zurück. Das sinnlose Wüthen gegen die Nationalversammlung, die wiederholten Insinuationen, endlich von der „sklavischen Unterwürfigkeit" gegen Frankfurt abzulassen, die Aufforderungen zu „einer gänzlichen Emanzipation nicht nur von der Nationalversammlung, sondern auch von der Centralgewalt", die Wühlereien im Klub, um Genossen für die Verweigerung der Matrikularbeiträge zur deutschen Flotte zu werben, welche Sachsen noch immer nicht entrichtet hat, die drohende Interpellation des kürzlich noch steckbrieflich verfolgten Hrn Böttcher, ob die Staatsregierung Truppen zum Kriege gegen Dänemark hergeben wolle, erregten endlich den Ekel derer, welche deutsch zu fühlen und zu denken noch nicht ganz verlernt haben. So geht denn in diesen Tagen in den Kammern, welche bei ihrem Zusammentritt aus eitel „Freisinnigen" bestanden, eine förmliche Scheidung der Parteien vor sich. Sie wissen, hier gab es früher gar keine; alle Abgeordnete waren Söhne derselben Mutter, des Vaterlandsvereins, Alle hatten „dem Volke" die theuersten Versprechungen abgelegt, seinen Launen und Einfällen überall unsträflich nachzuleben. Das Dutzend Gemäßigte schien unter den hundertundfünfundzwanzig nur da zu sein, um dem Präsidenten Gelegenheit zu geben, ihnen unter allen möglichen Einwänden das Wort abzuschneiden; die Majorität war zu siegetrunken, um sich nur im Geringsten um sie zu kümmern, und die Wahrheit zu gestehn, sie thaten auch möglichst wenig, was ihnen Einfluß und Beachtung hätte erwerben können. Dieses goldne Zeitalter ist vorüber; der Stand der Unschuld, in welchem ein Klubbeschluß so viel galt als ein Kammerbeschluß, kehrt nicht wieder. Im Januar wurde der Deutschen Zeitung aus Leipzig geschrieben, daß man von diesem Landtage noch die seltsamsten Dinge hören würde; wundern Sie sich daher nicht, wenn — Schaffrath nächstens in öffentlicher Sitzung ein Fürstenknecht genannt wird. Die Stimmung gegen ihn wird sehr, sehr schwierig; das Prädikat „entschieden freisinnig" kann ihm hinfüro nicht länger verstattet werden. Schon vor längerer Zeit, wo wir Uebrigen ihn in unsrer Verblendung noch für einen leidlich rothen Radikalen hielten, schrieb das Organ der entschieden Freisinnigen, die Dresdener Zeitung: „Mit Schaffrath könnten wir anders reden; doch ist es besser, noch zu schweigen. Nur ein Paar Worte zwischen uns: die Politik der Grundsätze hat er bereits aufgegeben, heute hat er auch die Politik der Klugheit verläugnet." Jetzt wendet dieselbe Dresdner Zeitung ihre Wuth schon gegen die Majorität der Kammer mit dem schmerzlichen Ausrufe: „Wahrlich, wir sind im besten Zuge, den Frankfurtern nachzuahmen," was in diesem Blatte synonym ist mit: „Wir sind keinen Schuß Pulver werth." Komisch bleibt immerhin das Bild, wie die entschieden Freisinnigen sich unter einander auffressen. Freisinnige von reinstem Wasser gibt es jetzt in beiden Kammern nur noch zwanzig unter des großen Interpellators Tzschirner Führung; der Scheidungsprozeß der großen Masse ist noch nicht vollendet; für jetzt zählt die gemäßigte Partei (seltsamer Weise Centrum genannt, obgleich eine Rechte ganz fehlt) über dreißig Mitglieder in beiden Kammern; in der ersten Kammer hat sie unter Klinger's Führung fast die Hälfte der Mitglieder, und würde sich sicher schnell verstärken, da nach untrüglicher Erfahrung die Bauern, je länger sie in der Kammer sitzen, desto konservativer zu werden pflegen. Doch wozu diese Hoffnungen? Es ist zu spät! Das hippokratische Lächeln, der Vorbote des nahenden Todes, spricht schon aus allen Zügen der Versammlung.

Niederland.

** **Haag**, 9. März. Der Entwurf der neuen Geschäftsordnung auch für die zweite Kammer liegt bereits vor. Wir heben daraus nur das sichtbare Bemühen hervor, den Schwerpunkt der Berathung aus den Abtheilungen in die allgemeine Versammlung zu verlegen und die Diskussion mancher Fesseln und Förmlichkeiten zu entledigen, sie belebter und freier zu machen. Die Abtheilungen werden auf ihren wesentlichen Zweck zurückgeführt, d. h. die vorbereitende Untersuchung, während bisher in ihnen das Schicksal jedes Gesetzentwurfs schon so gut wie entschieden wurde, so daß die darauf folgende öffentliche Berathung im Grunde jedes höhern Interesses ermangelte. Das Verbot geschriebene Reden vorzulesen, obwohl nicht ausdrücklich ausgesprochen, liegt doch stillschweigend verschiedenen Bestimmungen zum Grunde. Kurz, dieser Reglementsentwurf athmet einen neuen Geist, und wenn die Kammer sich seine Grundsätze aneignet, so wird den meisten Mißbräuchen und Langweiligkeiten der edelmögenden Kammer der Paß gegeben sein. Dagegen scheint das Ministerium sich mehr und mehr in Widerspruch mit der Mehrheit der zweiten Kammer zu stellen. Der erste Gesetzentwurf, durch dessen Vorlegung das Kabinet den Beweis liefern konnte, daß es ihm mit der Entwickelung der neuen grundgesetzlichen Einrichtungen vollkommen ernst sei, nämlich das organische Gesetz über die Ausübung des grundgesetzlich gewährleisteten Rechts der Vereinigung und Versammlung, hat selbst die Freunde des Ministeriums, wie das Handelsblad, stutzen gemacht, so wenig entspricht es der allgemeinen Erwartung. Die Beschränkungen sind in Wahrheit der Art, daß zuletzt jeder ordentliche Verein, die kirchliche, literarische, gesellige Genossenschaft ebensogut als die politischen Clubs, um die königliche Genehmigung seiner Statuten wird nachsuchen müssen, die dann aus „Gründen, hergenommen dem Interesse der öffentlichen Ordnung oder einem andern Staatsinteresse" auch verweigert werden kann. Ebenso soll das Versammlungsrecht der Willkühr der Polizeibehörden wieder gänzlich unterworfen werden. Der Entwurf, urtheilt das Handelsblad, führt uns zu der goldnen Zeit der Willkühr zurück, ja in mancher Hinsicht bleibt er selbst hinter dem zurück, was das französische Strafgesetzbuch gewährt oder was der vorige Justizminister in unser Strafgesetzbuch einführen wollte. (Man muß dabei bedenken, welch eine Scheu man in diesen doch noch an Selbstregierung gewöhnten Landen gegen die napoleonisch-französische Polizei hegt!) „Wahrlich, wir begreifen nicht, wie das Ministerium mit solch einem, von Anfang bis zu Ende undurchdachten und unnützen Gesetzentwurf hat debutiren können. Nach einem solchen Anfang aber noch länger Anspruch auf wirkliche Freisinnigkeit erheben zu wollen, dünkt uns unmöglich." Der neue österreichische Gesandte am hiesigen Hofe, Hr. Doblhoff, ist über Paris hier eingetroffen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in **Leipzig**. — Druck von **H. L. Brönner** in **Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2¼ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 73. Frankfurt a. M., Mittwoch 14. März. 1849.

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

---

14. März.

Zwei Kriege beschäftigen gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Welt, beide nicht ohne Vergleichspunkte: der Krieg Oesterreichs mit den Magyaren und der Krieg Großbritanniens mit den Sikhs im fernen Fünfstromlande. Wenn uns jener allerdings näher angeht und augenblicklich tiefer in unsere Geschicke eingreift, so sollte man über ihm die Kämpfe an den Ufern des alten Hydaspes und Acesines, auf demselben klassischen Boden, wo Alexander der Große den König Porus schlug, nicht vergessen. Es kündigen sich von dort aus Zusammenstöße zwischen zwei mächtigen, nach Weltherrschaft begierigen Reichen an, welche, wenn auch nicht für die nächste Zeit, doch in vielleicht nicht allzu ferner Zukunft auch an Mitteleuropa nicht spurlos vorübergehen werden. Immer bedeutungsvoller gestalten sich die Bewegungen im Schooße der slawischen Ostwelt, um uns in die Schranken zu fordern, immer kräftiger entwickelt sich bei den Germanen ein geheimer Trieb, der sie die Donau hinab nach dem Osten weist, — und plötzlich sehen wir ein germanisches Volk uns aus dem fernen Osten entgegenarbeiten und das Bollwerk tapferer Völkerschaften durchbrechen, um früher oder später die unter verweichlichten Sultanen faul und morsch gewordenen westasiatischen Reiche als Preis seiner Kämpfe in Empfang zu nehmen, insofern ihm dieser Kampfspreis nicht in einer neuen Reihe von Kriegen durch jene riesige osteuropäische Macht streitig gemacht wird, welche ihrerseits schon längst ihre Schläge gegen die Gebirgsmauern des Kaukasus führt, um für ihre Kriegsheere ein Thor zu sprengen. Ob auch uns dann unser bescheidenes Theil zufallen wird, kann allein davon abhängen, daß wir, wenn das Ungeheure in der Ostwelt vorgeht, wirklich zu der Einheit gelangt sind, von der wir bis jetzt so viel geredet, geträumt und geschrieben haben, als deren Symbol die Versammlung in der Paulskirche aber bis jetzt leider nicht gelten kann.

Der oben angedeutete Vergleich zwischen dem Kriege im Induslande der Sikhs und dem im magyarischen Donaulande scheint gewagt, aber er ist nicht gewagter als jeder Vergleich. Wie sich das Kriegstheater hier zwischen der Sau, Drau, Donau, Theiß und ihren Nebenflüssen ausbreitet, so im Lande der Sikhs zwischen dem Dschelum (Hydaspes), Tschenab (Acesines), Rawi (Hydraotes) und Sedledsch (Hyphasis). Die Briten haben es hier mit einem Volke zu thun, welches mindestens eben so kriegerisch und waffengeübt ist als das magyarische, und wenn Lahor als das Pesth dieses Landes angesehen werden kann, so mag Multan als sein Komorn, die Schlacht am Dschelum als seine Schlacht bei Kapolna gelten, nur daß das ungarische Multan noch nicht gefallen ist, wogegen wieder die Schlacht bei Kapolna für die magyarischen Insurgenten nicht so ermuthigend ausfiel als die ohnehin bei weitem blutigere Schlacht bei Russul ermuthigend für die Sikhs. Beide Völkerschaften befinden sich in offener Empörung gegen eine Macht, mit der sie mehr im Bundes- als im Unterthanenverhältniß standen, und beide Kriege werden damit enden, daß die aufständischen Völkerschaften um den letzten Schein ihrer Selbstständigkeit kommen.

Denn man darf sich nicht täuschen, so schlimm auch augenblicklich die Sachen für die Briten zu stehen scheinen, sie werden Sieger bleiben, weil sie entschlossen sind zu siegen, und als Wahrzeichen dieses Entschlusses den General Charles Napier, den Eroberer von Sind, der für unbedingte definitive Eroberung und Einverleibung des Pendschab ist, zum Generalissimus der indo-britischen Heere ernannt haben. Die Britten haben seit dem 18. Juni v. J., an welchem Tage der britische Lieutenant Edwardes zuerst den aufständischen Fürsten von Multan im offenen Felde schlug, einen blutigen und wechselvollen Krieg geführt, sie haben nach vielen zurückgeschlagenen Ausfällen die Stadt Multan nach entschlossener Gegenwehr erstürmt und die Citadelle von Multan durch ein 16tägiges Bombardement bezwungen, sie haben aber bei Ramnuggur ein eben so erfolgloses als blutiges Treffen bestanden, in welchem sie ihren besten Reiteroffizier, den General Cureton einbüßten, und haben endlich in der unentschiedenen Schlacht am Dschelum oder bei Russul eine solche Einbuße an Mannschaft und höhern Offizieren erlitten und ihren Zweck so wenig erreicht, daß diese Schlacht ihres moralischen Eindrucks wegen von den Briten daheim wie eine Niederlage betrachtet wird. Lord Gough wird sich nun mit den durch die Einnahme von Multan verfügbar gemachten Streitkräften unter General Whish, welcher dem Obergeneral an taktischen Fähigkeiten weit überlegen zu sein scheint, vereinigen, dagegen muß auch Tschuttur Singh mit seinen Sikhs zu dem Heerhaufen Schir Singhs, welcher die Schlacht bei Russul bestand, bereits gestoßen sein, und möglicher Weise sind die Sikhs, so verstärkt, zur Offensive übergegangen, ehe noch General Whish im Stande war, seine Vereinigung mit Lord Gough zu bewerkstelligen. Ein einziger glücklicher Schlag mit Uebermacht gegen das geschwächte und gebeugte Heer Lord Goughs geführt, würde das ganze Land in weitester Ausdehnung in Aufruhr bringen, und auch die in der Ferne lagernde düstere Wetterwolke würde sich alsdann entladen, jenes Heer der Affghanen unter Dost Mohamed, die eben so wenig ihren Sieg in den Kayberpässen im Jahre 1841, als ihre im folgenden Jahre durch die Briten erlittenen Niederlagen von Tezeen, Kabul,

Ghisni vergessen haben und bereits im Besitze der zwar verfallenen aber als Uebergangspunkt wichtigen Veste Attock am Indus sind.

Möge nun aber das Glück der Waffen sich für oder gegen die Briten entscheiden, so wird der Feldzug jedenfalls zu Ende sein, ehe noch Sir Charles Napier in Indien eingetroffen ist, da ein Krieg in jenen Gegenden füglich nur von Mitte November bis April geführt werden kann. Im ungünstigen Falle wird der Krieg dann im künftigen Spätherbst unter des gefeierten Napier's Anführung erneuert und von England mit aller Macht und allem Kraftaufwande fortgeführt werden, bis das Land der Sikhs völlig botmäßig gemacht, und in ein britisches Unterthanenland verwandelt ist. Man wird sich erst hier festsetzen und sichern und dann bei dem ersten günstigen Anlaß von dieser festen Basis aus Affghanistan unterwerfen, das man britischerseits nicht umsonst schon einmal mit Kriegslärm erfüllt hat. Dann ist man Persiens nächster Nachbar, und Persien, das außerdem durch seinen Meerbusen englischen Schiffen zugänglich, ladet durch innere Kämpfe, Familienzwiste und gänzliche Entkräftung von selbst zur Einmischung und schließlich zur Besitznahme ein. Auch war Persien von jeher ein Schauplatz englischer Intrigue. Arabien, Suez mit seinem Isthmus, Aegypten haben seit langem das Auge der Briten auf sich gezogen! Die Meerherrschaft verlockt zur Weltherrschaft!

Deutschland.

! **Frankfurt**, 13. März. Die telegraphische Nachricht von Berlin, von welcher die Frankfurter Zeitung berichtet, ist bis jetzt nicht angekommen, wohl aber die Nachricht, daß die Preußischen Kammern ihre Pflicht gegen Deutschland erfüllen werden.

Der Verfassungsausschuß hat mit allen Stimmen gegen 6 beschlossen, den Welcker'schen Antrag der Versammlung zur Genehmigung zu empfehlen. Ueber Verfassung und Wahlgesetz soll in einer Abstimmung entschieden werden, wodurch beiden eine große Mehrheit gesichert würde.

! **Frankfurt**, 13. März. Die Herren Kudlich, Füst und Violand sollen von Kremsier hier eingetroffen sein.

> **Frankfurt**, 13. März. In diesen Blättern war kürzlich von einer Verhandlung die Rede, welche über die Aufbringung der Kriegsgelder zum dänischen Kriege zwischen der Reichs- und den Einzelregierungen geführt worden ist. Ein Seitenstück dazu lieferte heute der Bericht des Reichsfinanzministers über das Einlaufen der zum Flottenbau umgelegten Matrikularbeiträge. Von einzelnen Staaten, darunter von Oesterreich, Baiern, Sachsen, Luxemburg und Limburg, ist die bereits im Oktober vorigen Jahres ausgeschriebene erste Rate noch gegenwärtig nicht gezahlt. Der Finanzminister theilte die mit diesen Staaten geführte Korrespondenz ausführlich mit. Es war ergötzlich, mit anzuhören, auf wie mannigfaltige Weise dasselbe Thema variirt wurde. Alle waren „gern zur genauen Erfüllung der Bundespflichten bereit" — namentlich rühmte sich die niederländische Regierung wiederholt „eine treue Beobachterin geschlossener Verträge zu sein" — „aber der Zahlung so großer Summen stellten sich unumstößliche Schwierigkeiten in den Weg." Ueberall waren die Kassen leer, überall hatte man schon unvorhergesehene Ausgaben gehabt, und zuletzt, wenn nichts mehr helfen wollte, hatten die Stände noch nicht eingewilligt. Vergebens machte das Reichsministerium darauf aufmerksam, wie sogar nach der alten Bundesverfassung die Ausgaben zu Bundeszwecken von der vorherigen Genehmigung der Einzelstände unabhängig waren, wie viel weniger eine solche jetzt, wo eine Volksvertretung bei der Centralgewalt bestehe, erforderlich sein könnte; die Regierungen wußten nichts zu erwiedern, zahlten aber nicht. Am naivsten benahm sich Sachsen. Zuerst will es warten, bis alle anderen Staaten gezahlt hätten; dann, als der Finanzminister droht, ein „so eigenthümliches Verlangen" zu veröffentlichen, zieht es Wechsel auf Preußen, obgleich Preußen bei den Zollvereinsberechnungen nicht nur nichts herauszuzahlen, sondern von ihm herauszuempfangen hat; endlich flüchtet es offen zu der ultima ratio, „es könne den Rechten seiner Stände nichts vergeben." „Diese Thatsachen," schloß der Finanzminister, „werden Ihnen eine Einsicht geben in einen Theil der Schwierigkeiten, mit denen die Centralgewalt bei Erfüllung ihrer Aufgabe zu kämpfen hat. Wenn es trotz der Zögerungen und Weigerungen der Einzelregierungen ihren Pflichten nachzukommen, dem Reichsministerium bis jetzt gelungen ist, jede Unterbrechung in dem großen Werke der Schöpfung einer deutschen Kriegsmarine zu verhüten, so kann dasselbe doch nicht umhin, öffentlich auszusprechen, daß es trotz der größten Sorgfalt und Hingebung nicht immer im Stande sein möchte, bei der jetzigen Verfassung die ihm gestellten Zwecke zu erreichen. Stellen Sie deßhalb bei der definitiven Regelung der Verfassung die Reichsgewalt so, daß sie in ihren Geldmitteln unabhängig ist von der Bereitwilligkeit der Einzelregierungen! Nur so werden Sie aus der Einheit eine Wahrheit machen!" Köstliche Worte und um so größer an Werth, als sie die Früchte der eigenen Erfahrung sind! Ist es doch, als sollte auch das Kleinste in diesen Tagen auf die Nothwendigkeit einer starken einheitlichen Macht hindeuten. Wir können nichts thun, als alle diese Zeichen eintragen, Sache des Parlaments ist es, ihnen Folge zu geben. Nachdem Hr. Gevekoht im Namen des Marineausschusses den Wunsch des Finanzministers wiederholt hatte, verließ die Versammlung diesen Gegenstand.

Es trat dann ein Nachspiel des gestern durch den Welcker'schen Antrag veranlaßten Auftrittes ein. Die Versammlung sollte sich mit der zweiten Lesung des Reichsgerichtes beschäftigen, Herr Bauer aus Bamberg wollte aber, daß sie sich bis Donnerstag vertage, damit Alle Zeit hätten, sich über den Welckerschen Antrag zu entschließen. So unschuldig dies scheint, so erregte es doch die Galle einiger Herren auf der Linken. „Was?" stürmte Eisenmann „denkt man etwa, in einem Tage mit jenem Antrage fertig zu werden? Will die Mehrheit noch immer die Minderheit tyrannisiren? will sie ihr bei solcher Frage den Mund verbieten? dann aber, fügte er mit drohendem Ton hinzu, „das sage ich Ihnen, werden wir an das Volk appelliren!" „Man hat" spottete Vogt „von Kabinetspolitik gesprochen; wollen Sie etwa auch im Spazierengehen geheime Politik treiben? Sonst möchte wohl die Zeit auch nach den Sitzungen ausreichen, um den Welcker'schen Antrag in Erwägung zu ziehen." Vergebens suchte Biedermann die Vertagung zu rechtfertigen, vergebens wies er darauf hin, „wie der Gefahr des Vaterlandes gegenüber, der Welcker'sche Antrag die sorgfältigste Erwägung verdiene, wie im Verhältniß zur Wichtigkeit des Gegenstandes zwei Tage nur ein Augenblick seien," Moritz Mohl behauptete „nicht das Vaterland, sondern das Preußische Kaiserthum sei in Gefahr, und wer nicht im Stande wäre, sofort zu stimmen, der sei überhaupt nicht werth, seine Stimme abzugeben" und die Versammlung verwarf die Vertagung.

Der Abschnitt der Verfassung vom Reichsgericht wurde in zweiter Lesung berathen, und keine wesentliche Verschiedenheiten von den Beschlüssen der ersten Lesung festgesetzt.

*** **Frankfurt**, 13. März. Ein neue österr. Note soll eingetroffen sein (s. den △ Brief aus Wien) und Oesterreich sich darin bereit erklären, mit seiner gesammten Monarchie in den deutschen Bundesstaat einzutreten, aber unter der Bedingung, daß ein Direktorium unter seinem alleinigen Vorsitz errichtet und das Volkshaus beseitigt werde. Ein neuer Hemmschuh zur Verzögerung! Die österreichischen Mitglieder aller Fraktionen waren gestern gemeinsam versammelt und beschlossen, nicht auszutreten.

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 13. März. In einer gestern gehaltenen Versammlung der österreichischen Abgeordneten sollen v. Würth und Arneth sich für den Austritt entschieden, andere aber zu bleiben sich entschlossen und Giskra und Berger für die einheitliche Spitze, eventuell für den erblichen Kaiser sich erklärt haben (?)

Man hört, daß Oesterreich und zwar mit der Gesammtheit seiner Staaten in ein Bündniß mit Deutschland treten wolle, daß aber dann kein Volkshaus, sondern nur ein Staatenhaus bestehen solle. In diesem Sinne soll die österreichische Regierung in der Person des Ritters von Prokesch einen Gesandten nach Berlin und den Grafen Thun nach München gesendet haben, in der Absicht, Preußen und Baiern dahin zu bewegen, daß auch für Deutschland eine Verfassung oktroyirt und darin das Volkshaus beseitigt werde. Man sieht, wir leben im Zeitalter der Oktroyirungen!

♈ **Frankfurt**, 13. März. Heute Mittag sind bereits, zum Ersatz der ausmarschirten kurhessischen Husaren, die Chevaurlegers von Darmstadt hier eingerückt: die preußische Artillerie dagegen wird noch erwartet.

*** **Frankfurt**, 13. März. Die Linke der Nationalversammlung trat gestern erst in den Klubs, dann in vereinigter Sitzung zusammen, kam aber über den Welcker'schen Antrag noch zu keinem Beschluß. Morgen wird die Linke wieder zusammen treten. Es gibt bereits viele — wenn auch bedingte — Erbkaiserliche unter ihr.

⚷ **Frankfurt**, 12. März. Auch Gelnhausen feierte gestern sein Revolutionsfest, bei dem mehrere Mitglieder der Linken der Paulskirche, u. a. Martiny, Rühl, Wiesner rc. als Redner auftraten.

** **Frankfurt**, 12. März. Man sagt, es sei die nordamerikanische Dampffregatte von 1000 Pferdekraft, „Vereinigte Staaten," für Rechnung des deutschen Reichs angekauft worden, und es werde die Fregatte anfangs April in die Wesermündung einlaufen.

Wien, 7. März. Der Würfel ist gefallen, und es scheint ein guter Wurf gewesen zu sein. Die Ansprache des Kaisers ist eindringlich, bestimmt; die Verfassung ist ein starkes Gebäude auf breiter Grundlage. Längst trug man sich mit dem Gerüchte, daß der Ministerrath mit ihrer Abfassung beschäftigt sei. Man kannte die Ansichten Stadions, sein Hinneigen zu einer starren Centralisation und sein unerklärbares Anlehnen an den Reichstag. Sonderbarerweise soll sein eigener Schützling, der Minister Bruck, es gewesen sein der sich dagegen ausgesprochen. Diese Meinungsverschiedenheit hatte einen ernsten und gefährlichen Zwiespalt im Ministerium erzeugt, bis endlich die Ansicht durchdrang, daß der Reichstag aufgelöst werden und der Kaiser eine allgemeine Verfassung für den ganzen Staat ertheilen müsse. Der Entwurf der den Berathungen zur Grundlage gedient hat, soll von Bruck sein. Wie nun der Ministerrath seine Stellung in der deutschen Frage nehmen wird, dieß werden wir aus Frankfurt bald erfahren. Inzwischen hört man, daß der bekannte österreichische Gesandte in Griechenland, Feldmarschallieutenant Frhr. von Prokesch, der in Urlaub hier anwesend ist, mit einer außerordentlichen Sendung nach Berlin betraut werden wird. Jetzt erfährt man auch, daß die Sendung des Ministers Bruck nach Pest hauptsächlich diese Frage betroffen hat, da ihm der Auftrag geworden war mit dem Fürsten Windischgrätz und dem Banus den nach langen Berathungen festgestellten Entwurf der Verfassung zu besprechen, der dann noch wesentliche Aenderungen erlitten haben soll. Allgemein ist die Freude, daß der Ungewißheit ein Ende gemacht worden, und man sieht den weiteren Maßregeln des Ministeriums mit gespannter Erwartung entgegen. (Allg. Z.)

△ **Wien**, 9. März. Aus Kremsier erhalte ich folgende Einzelheiten. Fischhof, vielfach gewarnt, blieb ruhig in Kremsier. Während er im Gasthause zu Mittag aß, sagte man ihm, daß eben seine Wohnung von Militär besetzt worden sei, worauf er seinen Hut nahm und sagte: da muß ich ja sogleich auch nach Hause gehen. Dieses Faktum beweist sicher kein schuldiges Gewissen. Die Verhaftung von 11 Deputirten, von welchen gestern das Gerücht sprach, hat sich auf zwei reduzirt, die von Fischhof und von Prato. Von den Mördern Latour's sind 3 (oder fünf) ihres Verbrechens geständig, doch dürften die erfolgten Verhaftsbefehle gegen 7 Deputirte gar nicht, oder nur theilweise damit in Verbindung stehen, so viel man auch im Publikum darüber spricht. Goldmark und Kudlich sollen wirklich nach Breslau und Löhner nebst einigen Andern nach Frankfurt gegangen sein. In Bezug auf Latour wurde erst vor einigen Tagen wieder ein Schlossergeselle aus Baiern in der Vorstadt „am Thury" verhaftet, weil man ein Stück von der Goldborte der Uniform des ermordeten Ministers bei ihm fand. Unser Gemeinderath hat die Absicht, eine feierliche Deputation nach Ollmütz zu senden, um dem Kaiser für die Verfassung zu danken und zugleich dem Ministerium ein Vertrauensvotum zu überreichen. Glauben Sie übrigens ja nicht, daß das Publikum schon ein Urtheil über die Kammerauflösung ausspricht oder ausgesprochen hat. Es kommt mir in vielen Beziehungen, namentlich in der Stellung der Menschen zu einander vor, als ob wir wieder unter der Oberhoheit Metternich's und Sedlnitzky's stünden, so behutsam und vorsichtig steht Einer dem Andern gegenüber. Alle Abgeordneten, besonders aber die Böhmen, haben Kremsier in großer Verstimmung verlassen. Viele der Letzteren wollen nach Frankfurt gehen oder sich dahin wählen lassen. Die drei Frankfurter Abgeordneten verließen uns gestern Abend, ohne vorher in Ollmütz gewesen zu sein. Die letzten Depeschen unseres Kabinets sind ihnen vorangeeilt und dürften bereits seit 48 Stunden in Frankfurt eingetroffen sein. Sie bringen also alles, was Oesterreich Deutschland bieten will. Hätte es den Zollanschluß, den sie anbieten, 20 Jahre früher beschlossen, so wäre gewiß Alles damit einverstanden gewesen, sogar Preußen. Es ist leicht zu erkennen, welche Vortheile der Erstarkung des deutschen Elements dadurch zu gewinnen wären, aber auch, welche Gefahren der deutschen Freiheit unter Oesterreichs neuesten Verhältnissen drohen! In wenigen Tagen wird unser neues Preßgesetz erscheinen, welches einige nur ihm eigenthümliche Bestimmungen enthalten wird. Die Kaution für die Journale wird darin festgehalten und für die der Strafe verfallenden Artikel wird nicht nur der Redakteur oder der Verfasser, sondern beide zugleich verantwortlich gemacht; eine Maßregel, welche meines Wissens in keinem andern Preßgesetze enthalten ist. Das revidirte Gemeindegesetz dürfte bald folgen. Aus Ungarn lauten die Nachrichten widersprechend. Unsere offiziellen Berichte beschränken sich auf die Siege bei Kapolna, aber in Pesth will man wissen, daß Szolnok von den Ungarn genommen ist, und daß an einen Angriff jenseit der Theiß nicht zu denken sei, bevor die kaiserliche Armee Verstärkung erhalten habe, was dadurch wahrscheinlich erscheint, daß auch die Brückenequipage, zum Uebergange über die Theiß mitgenommen, nach Pesth zurückgebracht wurde. Die Eisenbahn soll durch die Ungarn wieder zerstört und so die Kommunikation zwischen Abony und Szolnok unterbrochen sein. Als die Raketen- und Kanonen-Batterien von dem Schlachtfelde zu Kapolna nach Ofen in die Festung zurückkamen, wollte das Volk daraus erkennen, daß die kaiserlichen Truppen geschlagen seien und Tausende von Menschen strömten in die Kerepeserstraße, um den siegreichen Einzug der Ungarn zu erwarten. So steht es also dort um „die gute Gesinnung." Fürst Windischgrätz soll den Oberbefehl über die ganze Operationsarmee dem Grafen Schlick übergeben haben; hier wissen wir darüber nichts Offizielles. Auf heute war die Beschießung Komorns beschlossen. Von Kossuth's Aufenthalt weiß man, wenigstens hier, nichts Genaues. Doch wird behauptet, daß er Debreczin in Folge einer Differenz mit dem Landesvertheidigungsausschüsse, welcher Vorschläge zur Pacifizirung gemacht, verlassen habe und nach Szigeth gegangen sei, nachdem er vorher den serbischen Anführer Stratimirovic zum Ban von Kroatien und zum Woiwoden der zu errichtenden Woiwodina ernannt habe. Dies letztere würde der schon längst behaupteten Annäherung der Serben an die Magyaren zum Belege dienen. Die ungarischen Blätter bringen Auszüge aus den Protokollen des ehemaligen Landesvertheidigungsausschusses, woraus klar wird, daß große Summen*) nach Wien gingen um den unglücklichen 6. Oktober vorzubereiten.

Die heutige Wiener Ztg. bringt die Begnadigung eines zum Tode verurtheilten Buchbindergesellen. Der Verurtheilte ist aus Wien, heißt L. Koller und wurde eingezogen weil er am 20. v. M. in der Trunkenheit gegen die Konskription, die gerade in Ober-Döbling vorgenommen wurde, gesprochen hatte. Die Strafe wurde auf 2jährige Schanzarbeit in Eisen gemildert. Thomas Skoda aus Mähren, Maurer von Profession ist zu 8 wöchentlichem Stockhausarreste verurtheilt weil er in „halb trunknem Zustande" einige Soldaten in Sechshaus „mit Schimpfworten gröblich insultirt" hat. Georg Füßl aus Geit in Niederösterreich 28 Jahr alt, Hausmeister in der Vorstadt Wieden ist sammt seiner Frau wegen Verheimlichung einer Säbelklinge und eines Doppelgewehrs zu dreimonatlichem Stockhausarrest in Eisen verurtheilt, die Strafe der Frau jedoch auf 6 wöchentlichen Stockhausarrest ohne Eisen gemildert. Ferner wurde der Schneidermeister Matthäus Timmel aus Böhmen „wegen grober Lästerungen gegen Sr. Majestät im Oktober v. J." zu sechsmonatlichem Stockhausarrest in Eisen verurtheilt.

* **Wien**, 9. März. Aus Pesth erfährt man: Nach der Schlacht bei Kapolna hat sich eine magyarische Abtheilung nach Szolnok gewendet und am 5. d. in einem hitzigen, hartnäckigen Gefechte bei diesem Orte, das von 8 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags dauerte, die Brigade Karger zum Weichen gebracht, die sich aufs jenseitige Theißufer flüchten mußte. Das Ministerium ist in Erwartung des Eindruckes, den die Auflösung des Reichstags und die Verleihung der Konstitution auf die Provinzen machen wird; insbesondere ist man auf Nachrichten aus Böhmen

*) Uebrigens lange nicht so groß, als das Gerücht und die österreich. Ministerialblätter behaupteten.

und Gallizien gespannt. Der Belagerungszustand Prags wird immer mehr und mehr in nahe Aussicht gestellt. Der nach Berlin ernannte Gesandte General v. Prokesch reist heute Abend dahin ab. Ein Kourier ist an Hrn. v. Schmerling nach Frankfurt abgegangen, der die neue Verfassungsurkunde nebst einer neuen, sehr bestimmten und inhaltschweren Note an die Centralgewalt überbringt. Das hiesige Militär ist zur größten Höflichkeit gegen das Civil aufgefordert worden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Kaiser seine Sommerresidenz in Schönbrunn nehmen wird. Der Spielberg in Brünn wird stark befestigt und mit schweren Geschützen armirt.

Kremsier, 7. März. Gestern Nacht gegen 10 Uhr kam der Minister Stadion hier an und ließ eine Anzahl Reichstagsmitglieder, darunter Palacky, Strobach, Pinkas, Brauner, Leopold Neumann, Lasser, Haßlwanter, Neuwall u. A., zu einer Konferenz berufen. Das Centrum und die Czechen waren vertreten. Minister Stadion eröffnete nun das Vorhaben des Ministeriums, worauf er die oktroyirte Charte durch Dr. Kajetan Mayer vorlesen ließ. Die Betroffenheit war selbst in diesem Kreise allgemein. In eindringlicher Sprache erhoben sich Meyer, Lasser, Neumann, Strobach, Pinkas u. A. dagegen und machten auf das Inkonstitutionelle, Unzeitgemäße, Unpopuläre rc. aufmerksam. Nach Mitternacht schien durch die Anwesenden endlich doch der Minister dahin gestimmt, nach Ollmütz zurückzufahren, um vielleicht eine Aenderung zu erwirken. Man hatte den Vorschlag gemacht, das Ministerium sollte nach den vorliegenden Entwürfen des Reichstages die Grundrechte und die Konstitution in seinem Sinne oktroyiren, eine kaiserliche Botschaft dies dem Reichstage verkündigen, und man wolle freudig und in Ehren auseinandergehen. Minister Stadion wollte mittelst Telegraphen das Weitere des Morgens berichten. Einstweilen war es in allen Kreisen bekannt geworden, daß etwas Wichtiges vorgehe. Man hatte sogar gehört, daß der Kommandant der anwesenden Truppen ins Schloß berufen worden, und die Garde scharfe Patronen gefaßt habe. Heute früh wurde noch in der Dunkelheit das erzbischöfliche Palais von einem Bataillon Infanterie besetzt, der Saal und die Kanzleien gesperrt, an allen Thoren Posten aufgestellt, die Wachen verdoppelt. Niemand wußte, was eigentlich bevorstehe. Selbst die ins Vertrauen Gezogenen wußten nur einen Theil. Die erste Meinung war, daß man die Beinzichtigten des Oktober vielleicht gewaltsam in Haft bringen wolle. Mehre derselben verließen sogleich die Stadt; man nannte Violand, Kudlich, Füster, Goldmark, Scherzer, Marcher, Fischhof. Endlich gegen 9 Uhr wurden die bekannten Plakate, die Auflösung des Reichstages rc. betreffend angeschlagen. Dem Präsidenten ward durch einen Ministerialbeamten die Weisung ertheilt, es sei Alles zu versiegeln und zu sperren. Minister Stadion wollte gestern, daß mehrere Deputirten die Konstituirung der Landtage in Wien mit berathen sollen; Abg. Pinkas antwortete: unser Mandat lautet auf eine Konstituirung des Reichs; da Sie dieß allein machten, können Sie auch das Andere allein machen. Die Czechen werden eine Darstellung aller Verhältnisse bis zum Schlusse publiciren, wenn es der Presse gestattet wird. (D. A. Z.)

Prag, 9. März. Die Anzahl der durch die Verfassung Befriedigten ist hier sehr gering; mit Ausnahme der Aristokratie und der Handelswelt, wo die günstige Notirung der Kourse der Wiener Börse, sowie die Eröffnung eines größern Marktes für den Handel günstig wirkt, sieht man meist düstere und unzufriedene Mienen. Am meisten bestürzt sind die Czechen, deren Plane durch die Verfassung gänzlich vernichtet sind. Von den hiesigen Organen bringt bloß die Deutsche Zeitung aus Böhmen, Organ des Deutschen Vereins hier, einen leitenden Artikel, durch den sie gleich in Opposition gegen die Verfassung tritt.

Gestern Abend langte bereits ein Theil der czechischen Abgeordneten hier an. Heute Abend erwartet man die Abgeordneten der Deutschböhmen, worunter Dr. Zimmer, Stamm und Haimerl. Die deutschen Studenten werden sie am Bahnhof erwarten. Ungefähr 30 derselben, die bei Stadion waren, blieben in Kremsier zurück, um einen Aufruf an die Völker Oesterreichs auszuarbeiten.

△ **Berlin**, 10. März. Hr. Hansemann ist nicht wenig darüber verdrossen, daß Hr. v. Ladenberg die geringe Summe, welche vom Unterrichtsministerium für hülfsbedürftige Lehrer verwandt worden, gewissermaßen der Hartherzigkeit des Finanzministers in die Schuhe zu schieben suchte. Er läßt in seiner Zeitung es für unverantwortlich erklären, einem Kollegen dergleichen aufzubürden, das sei ganz gegen allen Gebrauch, das Ministerium bilde ein Ganzes u. s. w. Zu seiner Beruhigung können wir ihm sagen, daß er nicht der erste Finanzminister gewesen, welcher zum Sündenbock dienen mußte. Wenn der Unterrichtsminister Jahr aus Jahr ein seine hungernden Lehrer fast mit nichts als mit Versprechungen, mit diesen aber auch desto freigebiger unterstützte, so war es immer der böse Finanzminister, der alle Schuld zu tragen hatte. Aber wahrhaft beschämend bleibt es, daß im Land der Schulen und Kasernen, wie Cousin Preußen nannte, hundert mal mehr für Kasernen ausgegeben wird, als für Schulen. Der Hauptgegenstand der Unterhaltung sind augenblicklich die Vorlagen der Minister über die Presse, das Vereinswesen und die Plakate. Letztere sind eigentlich ganz verboten und der Presse ist durch die Einführung des Verbrechens der Verläumdung, welches mit hohen Strafen belegt, ein Maulkorb vorgebunden. Ja, wer die Bürger zum Hasse und zur Verachtung gegen einander aufreizt, hat Gefängniß bis zu zwei Jahren verwirkt! Wenn das Gesetz nach dem Buchstaben ausgelegt werden soll, so werden unsere politischen Schriftsteller wohl bald sammt und sonders im Gefängnisse sitzen! Die Versammlungen sollen genau überwacht und jeden Augenblick aufgelöst werden können. Man darf sich nicht wundern, wenn die Vorlagen der Minister sehr scharf beurtheilt werden. Dem Direktor des Friedrich-Wilhelms-Theater ist ein Schreiben von der Polizei zugegangen, die Schauspieler hätten sich auf seiner Bühne der verfänglichen politischen Anspielungen zu enthalten, sonst würde sie während der Dauer des Belagerungszustandes geschlossen werden. Gegen die letzte Nummer des Kladderadatsch, in der es über die Kammern hergeht, hat der Staatsanwalt die Untersuchung eingeleitet. Erfreulicher ist die Aussicht die wir haben, daß vom 1. April ab wesentliche Verbesserungen in der Post zu erwarten sind. Namentlich soll das bei uns noch immer sehr hohe Porto bedeutend ermäßigt werden.

AZC **Berlin**, 10. März. Das bekannte, besonders zu den Zeiten der lichtfreundlichen Religionsbewegungen vielgenannte Tivoli-Etablissement auf dem Kreuzberge vor dem Halle'schen Thor ist von der Regierung angekauft worden, um ein Narrenhospital daraus zu machen. Es war früher ein besuchter Vergnügungsort der Berliner und mag freilich damals auch genug Narren beherbergt haben. Nach mehrmaligem Wechsel seines Besitzers befand es sich zuletzt in den Händen des Kaufmanns Siegmund, des Schwiegervaters Herwegh's.

Gegen den Abgeordneten Gutsbesitzer Nesselhaaf aus Königsberg in der Neumark ist ein Protest aus seinem Wahlkreise eingegangen, weil er am partiellen Wahnsinn leiden soll. Die Protestirenden haben zum Behuf der Beweisführung mehrere ärztliche Atteste beigebracht, welche ihre Behauptung bestätigen. Herr Nesselhaaf gehört der Rechten an.

Parl.-Corr. **Berlin**, 10. März. Die Parlaments-Correspondenz, gestiftet von den Mitgliedern der Rechten und des rechten Centrums, welche dem Ruf des Königs, die unterbrochenen Arbeiten der zur Vereinbarung einer Staatsverfassung berufenen Versammlung in Brandenburg fortzusetzen, am 27. Nov. nachkamen, war das Organ ihrer Partei bis zur Auflösung jenes Parlaments. Mit Nr. 25 begann ein neuer Cyklus dieser Korrespondenz und der Unterzeichnete übernahm deren verantwortliche Leitung, in der ausgesprochenen Absicht, keine bestimmte Fraktion, sondern die gesammte konstitutionelle Partei, deren Rechtsboden die Verfassungsurkunde vom 5. Dezember geworden war, Angesichts der Wahlen zu vertreten. Die erste Legislatur des Königreichs ist eröffnet; beide Kammern haben sich konstituirt; und diese Correspondenz, bisher das Organ einer großen Partei im Lande, wird forran das Organ einer Partei in den Kammern. Das Programm, welches 171 Mitglieder der zweiten Kammer unterzeichnet haben, ist das Programm der Parlamentscorrespondenz. Sie vertritt die rechte Seite der zweiten Kammer und die gleichgesinnte Majorität in der ersten Kammer. Die Parlamentskorrespondenz soll als Vermittlung zwischen dieser Partei und der öffentlichen Meinung im Lande dienen. Sie wird, was der Name besagt, eine direkte Korrespondenz aus den Kammern sein. Verschiedene Stimmen der konstitutionellen Partei beider Kammern werden hierin laut werden. Der Unterzeichnete behält in steter Verbindung mit der Partei die Leitung dieser Blätter. Die ersten Nummern der Neuen Folge der Parlamentskorrespondenz, bis zum 15. März c., werden gratis versandt. Wir behalten uns vor, den Preis des monatlichen Abonnements be-

kannt zu machen. Das Feuilleton der Parlamentskorrespondenz wird die interessanteren Nachrichten des Tages schnell und zuverlässig mittheilen. Von der Thätigkeit unserer Partei in Vorversammlungen und Fraktionen wird die Parlamentskorrespondenz fortlaufende Kenntniß geben. Die Redaktion der Parlamentskorrespondenz. **L. K. Aegidi.**

AZC **Berlin**, 11. März. Das Ministerium scheint jetzt zu dem Hilfsmittel der Purifizirung in der Beamtenwelt zu schreiten. Es haben besonders unter den Verwaltungsbeamten in der jüngsten Zeit zahlreiche Versetzungen stattgefunden, welche man auf die notorisch demokratische Gesinnung der davon Betroffenen zurückführt, namentlich sind hiesige Postbeamte in entfernte Provinzen versetzt. Andere subalterne Postbeamte sind vom Hofpostmeister über ihre politische Farbe vernommen und resp. verwarnt worden. Es ist dabei bestimmt ausgesprochen worden, es sei Grundsatz des Ministeriums, alle Beamte, welche sich bei demokratischen Bestrebungen betheiligten, von Berlin weg und nach kleinen Provinzialorten zu versetzen.

⁝ **Posen**, 8. März. Die Nachrichten aus dem vorwiegend polnischen Theile Galiziens lauten noch immer beunruhigend, im russinischen Theile regen sich jedoch ganz andere Interessen. Am 1. März hielt der Russinenrath eine Generalversammlung in Lemberg und hörte dabei den Bericht der Deputation, welche der Russinenrath an den Kaiser gesandt hatte. Der Abgeordnete Borysikiewicz erklärte, daß es besonders die Verfassungskommission in Kremsier sei, welche die Theilung und selbstständige Organisirung Galiziens in zwei unabhängige Hälften verhindere. Es wurde eine Kommission ernannt, welche die ruthenische Nation auffordern soll, im Falle der Reichstag nicht für die Selbstständigkeit Galiziens votirt, ihre Abgeordneten abzurufen. Zugleich wurde bekannt gemacht, daß 1600 Mann in die ruthenische Legion eingetreten seien und es erging die Aufforderung zu Geldbeiträgen für die Krieger, welche im Freiheitskampfe der Ruthenen und der andern Slawen unter Oesterreichs Scepter fallen sollten.

Die „Narodni Nowiny" in Prag enthalten folgende Stelle über österreichische Neuwahlen in Mähren. „Das ollmützer Kabinet hat der böhmischen und mährischen Regierung Befehl gegeben schnell unter gehöriger Rücksichtsnahme auf etwa vorkommenden aufrührerischen Widerstand nach Frankfurt wählen zu lassen. Wir rathen nun unseren Landleuten, gar keinen Antheil an diesen Wahlen zu nehmen. Sollte sich ein Verräther des Vaterlandes und des Slawenthums finden, der Theil nähme, dann mag der Wahlkreis feierlich gegen die Wahl protestiren. Was müssen wir Alles erleben! Wir sollen nach Frankfurt gehen, um in Gemeinschaft mit den österreichischen Deputirten gegen Preußen eine Majorität zu bilden! Wir sollen dort für jenes Oesterreicherthum kämpfen, welches uns, die Slaven, die Ruthenen, die Walachen und endlich auch noch die Ungarn zum Fußschemel der Deutschen machen will! Mag Preußen in Gottes Namen an die Spitze Deutschlands treten, denn dann sind doch Kopf und Körper von gleichem Stoff, aber was Oesterreich anlangt, so ist das zu einer Hegemonie in Deutschland ganz und gar nicht geschaffen. Ist es denn noch nicht zufrieden mit dem, was es hat? Es gleicht dem Hunde in der Fabel, welcher das Fleisch, das er im Maule trägt, im Wasserspiegel nochmals sieht, danach schnappt und — nichts behält. Wir vergleichen unser Reich ungern mit diesem Thier, und doch wünschten wir ihm eine von den Eigenschaften des Hundes, die Treue und Dankbarkeit gegen die Völker, welche im Sturme der Bedrängniß für Oesterreich ihr Leben gegen Deutsche und Ungarn eingesetzt haben und jetzt verrathen werden!"

Der Erzbischof von Posen und Gnesen, der bekannte Dr. Przyluski, ist gegenwärtig eifrig bemüht, den Plan einer in Posen zu errichtenden polnischen Universität — als Erweiterung der katholischen Fakultät — in's Leben zu rufen. Aus seinen in die Oeffentlichkeit gelangten Briefen an den Kultusminister v. Ladenberg und dessen Antworten ergibt sich auch, daß der Hr. Erzbischof eifrigst bemüht ist, in seiner früheren Weise auf Entfernung oder Nichtanstellung deutscher Lehrer an dem erwähnten Institute zu beharren. Natürlich ohne Erfolg.

Empfingen, (in Hohenzollern-Sigmaringen) den 7. März. Heute wurden die hiesigen Bürger von dem Pfarrer Sprißler auf das Rathhaus eingeladen, und ihnen ein Beschluß des Erzbisthums Freiburg mitgetheilt, der dahin lautet, daß Sprißler wegen Abhaltung einer Rede bei der Todtenfeier Blums in Sulz a. N. und wegen einem Unterantrag, den er in Frankfurt bei der Nationalversammlung zu dem §. 15 der Grundrechte stellte, von seinen geistlichen Funktionen suspendirt sei. (Schw. M.)

A **Dresden**, 11. März. Wenn sich Gerüchte von Sturmpetitionen zu Gunsten eines Ministeriums Tzschirner*), von einer allgemeinen Erhebung des Sachsenvolkes zum entschlossenen Widerstande gegen „die furchtbare Gefahr, welche den Bürgern in den Reichstruppen entgegentritt" (schon glaubt man 20,000 Baiern vor den Thoren Dresdens zu sehen), oder gar von Verpackung der Kostbarkeiten der königlichen Familie, von der Thronentsagung und bevorstehenden Flucht des Königs und ähnliches Gewäsch, wie es hier in Jedermanns Mund ist, bis nach Frankfurt verlieren sollten, so wird dort Jedermann wohl thun, alle dem nicht das geringste Titelchen von Beachtung zu Theil werden zu lassen. Diese dreisten Lügen blähen sich 24 Stunden lang auf und platzen dann. Sie werden ausgesprengt von dem Anhange der radikalen Kammerfraktion, welche Aufregung um jeden Preis braucht, welche nicht klanglos von Dresden scheiden will und mit Sollman ausruft: „Die Welt soll wissen, daß der Löwe stirbt." Sind in den nächsten oder vierzehn Tagen dann noch keine Reichstruppen da, so wird Herr Tzschirner sagen: Siehe, edles sächsisches Volk, das verdankst du deinem imponirenden passiven Widerstande! Gegen die Reichstruppen wird besonders geltend gemacht, sie wären nicht auf die sächsische Verfassung vereidet und würden hier schalten wie in Feindes Land. — Der Uebermuth der Presse nimmt zu. Gestern ließ der Oberstaatsanwalt Beschlag auf Nro. 9 der vom Abgeordneten Röckel (äußerste Linke) redigirten Volksblätter legen, in welcher die auf das Prinzip der Theilung der Gewalt gegründete sächsische Verfassung für „verurtheilt" erklärt wird, da die Theilung der Gewalt zwischen Volk und König dem Volke die Hälfte seines Rechtes raube und es um die Hälfte elender mache, als es sein solle und dürfe. Dem Könige wird dann eine Stelle zugewiesen, welche selbst der Präsident einer Republik ablehnen würde. Vorige Woche hat der Herr Redakteur den Eid geleistet, daß er das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes nicht aus den Augen verlieren wolle. — Große Aufmerksamkeit erregt ein heute publizirter Tagesbefehl des neuen Kriegsministers Obersten Rabenhorst, welcher dem Kammerbeschlusse über den Müller'schen Antrag vollständig entgegentritt. Die betreffende Stelle lautet: „Kein Soldat soll in seinen staatsbürgerlichen Rechten beeinträchtigt werden, ich werde aber auch unter keiner Bedingung dulden, daß die Bande der Disziplin gelockert, daß mit dem militärischen Gehorsam die Grundpfeiler des Standes untergraben werden. Denn ohne Ordnung und strengen Gehorsam in und außer Dienst ist ein Heer nicht denkbar, und sinkt binnen Kurzem die beste Armee herab zu einer regellosen Masse."

Darmstadt, 11. März. Aus Veranlassungen, die noch nicht ermittelt sind, versammelten sich in der Herrschaft Itter am 7. d. Abends Landleute aus Thalitter, Dorfitter und vielleicht anderen Orten, zum Theil bewaffnet und zogen nach Vöhl zu, wie es scheint, um einige Angestellte zu vertreiben. Einwohner von Vöhl und Basdorf rückten ihnen aber entgegen; es kam zu Thätlichkeiten, wobei einige Verwundungen durch Schüsse eintraten und einige der Aufständischen gefangen genommen wurden. Auf Befehl des Hofgerichts in Gießen ist der Kriminalrichter Klingelhöffer in Vöhl eingetroffen, und ein Militärcommando von 50 Mann wird heute oder Morgen daselbst ankommen, um die Untersuchung dieses höchst strafbaren Beginnens zu unterstützen.

(Vom 12.) Durch das von Friedberg eintreffende Militär wird das fürstlich waldeckische Kommando von 50 Mann, welches auf Verlangen des Landrichters sogleich eingerückt war, abgelöset werden. Uebrigens ist der Aufführer der Aufrührer in der Nacht auf den 8. todt geblieben. (Darmst. Z.)

Gera, 9. März. Der konstituirende Landtag für Reuß j. L. ist mit dem Ministerium in Konflikt gerathen, wegen der Beiziehung von fünf ritterschaftlichen Deputirten, welche das Ministerium verlangte, der Landtag aber, auf Grund seiner früheren Beschlüsse verweigerte. In einer stürmischen Sitzung am 5. März hatte das Ministerium (v. Bretschneider und Dinger) den ganzen Landtag

*) Der Ausschuß der sächsischen Vaterlandsvereine widerspricht diesem Gerüchte in der Leipz. Zeitung auf's feierlichste.

gegen sich. Es wurde ihm erklärt, daß es das Vertrauen des Landes nicht besitze. Es trat aber nicht ab, sondern berief sich auf eine Entscheidung der Reichscentralgewalt, die eingeholt werden müsse, weil es in dem Art. 8 des Einführungsgesetzes zu den deutschen Grundrechten heiße, daß die durch Abschaffung aller Standesvorrechte, zu denen jene ritterschaftliche Landstandsberechtigung gehörte, nöthig gewordenen Abänderungen der Landesverfassungen durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung herbeigeführt werden sollen. Zu diesem Zwecke wurde der konstituirende Landtag durch ein schon bereitgehaltenes fürstl. Reskript auf so lange vertagt, als die Entscheidung der Reichscentralgewalt erfolgt sei. Der Landtag protestirte gegen die Vertagung, während die Mitglieder des Ministeriums sich in größter Hast aus dem Sitzungssaal entfernten. Militärische Vorsichtsmaßregeln waren bereits seit mehreren Tagen getroffen, erwiesen sich aber als überflüssig. (Sächs. Bl.)

Schleswig, 7. März. Die treibende Macht in Kopenhagen ist, wie näher unterrichtete Personen wissen wollen, der jetzige Conferenzrath v. Scheel mit seinen Gleichgenossen. (H. C.)

Rendsburg, 9. März. Die früher bereits erwähnte dramatische Gesellschaft gab am gestrigen Abend ihre letzte Vorstellung. Das Haus war gedrängt voll. Es wurde aufgeführt „der Zeitgeist" extemporirte Posse in vier Akten. Das Stück spielt in Krähwinkel, dessen Bewohner, mit dem Zeitgeiste unzufrieden, den Beschluß gefaßt hatten, auf ihn zu fahnden und im Fall sie ihn ergreifen würden, vor Verhör und Gericht zu stellen. In der Person des zum Kompagnie-Chirurgen avancirten Barbiers Schelle glauben sie ihn am Ende entdeckt zu haben. Der unglückliche Schelle wird eingesteckt und vor Verhör gestellt. In seiner Verzweiflung faßt er den Entschluß, Alles einzugestehen. Er bekennt sich zu allen ihm imputirten politischen Verbrechen, als aber zuletzt ihm die Frage vorgelegt wird: „Hast Du den Grafen Reventlow-Farve nach Kopenhagen gesandt?" ergreift ihn die Wuth, er ballt krampfhaft die Fäuste und ruft im Tone der höchsten Erbitterung: „Nein, Gott verdamm mich, das habe ich nicht gethan, das ist wider meine Ehre". Ein nicht endender, das Haus erschütternder Applaus begleitete diese Worte. (S.-H. Z.)

* Die Veröffentlichung aller auf die Sendung des Grafen Reventlow-Farve bezüglichen Papiere ist übrigens in Aussicht gestellt.

Frankreich.

* **Paris**, 11. März. Aus der gestrigen Sitzung der Nat.-Vers. ist noch nachzutragen, daß Hr. Bastiat in vollem Ernst bei dem Artikel über die Inkompatibilitäten vorschlug, man solle auch die Minister für nicht wählbar erklären, daß trotz des Widerspruches der Kommission und Lamartine's dieser Vorschlag nicht sogleich verworfen, sondern der ganze Artikel an die Kommission zurückgewiesen werde. Das heißt allerdings, die Inkompatibilitäten übertreiben! Und man kann es dem Journal des Débats nicht verargen, wenn es in seinem Aerger fragt, warum die Versammlung das Wahlgesetz nicht einfach so beschlossen hätte: Art. 1. Jeder ist Wähler. Art. 2. Keiner ist wählbar.

Die äußere Politik macht für einen Augenblick der Wahlangelegenheit Platz. Die Provinzen werden von Paris aus bearbeitet und das ganze Land abermals in Bewegung gesetzt. Die Verschmelzung dieser oder jener Wahlausschüsse und die zu erwartenden Manifeste bilden den Gegenstand der Unterhaltungen. Hr. Cousin ist mit der Abfassung des Wahlmanifestes der sogenannten gemäßigten Partei, welche in dem Verein der rue de Poitiers vertreten ist, beauftragt. Das Manifest eines demokratischen Centralausschusses ist ebenfalls binnen kurzem zu erwarten. Das Recht auf Arbeit bildet den obersten Grundsatz dieses Manifestes. Allein Eigenthum und Familie werden respektirt.

Der Minister des Innern hat wieder ein Bulletin über angebliche „sozialistische Unruhen" im Moniteur abdrucken lassen. Dieselben erscheinen aber, selbst unter der Vergrößerungsbrille der amtlichen Besorgniß, als von sehr kleinen Dimensionen. Nur im südlichen Frankreich sind sie von einiger Bedeutung. In der Nähe von Arles und von Beziers, so wie zu Carpentras haben zum Theil aus Veranlassung der Rekrutenaushebung sehr heftige Auftritte stattgefunden.

Man spürt in Paris das Nahen des in Italien ausbrechenden Sturmes. Die Regierung der römischen Republick hat bei einem Pariser Haus eine Million Zündhütchen für Perkussionsgewehre bestellt. Ladislaus Zamoyski, ehemals Chef des Generalstabs bei dem polnischen Armeekorps, das unter den Befehlen des Generals Ramorino stand, jetzt Oberst in Diensten des Königs Karl Albert, seit einiger Zeit in Paris verweilend, um seine Landsleute für die piemontesische Armee zu engagiren, hat den Befehl erhalten, sich sofort wieder nach Turin zu begeben. Zwei und vierzig der tüchtigsten Offiziere der ehemaligen polnischen Armee sind mit ihm abgereist.

Wir haben noch über die vorgestrige Sitzung des Nationalgerichtshofes zu berichten. Sie begann um 10¼ Uhr. Man bemerkt die Abwesenheit von Barbès, Albert, Sobrier, Raspail, Flotte und Borme. Der Centralpolizeikommissär verläßt mit 8 bis 10 Gendarmen den Saal. Kurze Zeit darauf erscheinen die fehlenden Angeklagten, in deren Begleitung Barbès und Albert, jeder von zwei Gendarmen im Arm geführt. Flotte fehlt noch immer. Er hat sich ins Bett gelegt und weigert sich aufzustehen. Der Gerichtsdiener sagt in dem Protokoll, das er darüber aufgenommen, daß Flotte sein letztes Kleidungsstück abgelegt und sich geweigert habe, an den Verhandlungen Theil zu nehmen, da er den Nationalgerichtshof gar nicht anerkenne. Der Präsident befiehlt, den Angeklagten durch die bewaffnete Macht herbeizuschaffen. Zehn Minuten darauf bringen die Gensdarmen denselben halb getragen, halb geführt, bleich und abgespannt herein und setzen ihn auf seine Bank. Die andern Angeschuldigten beobachten das tiefste Schweigen. Alsbald erhebt sich Flotte und sagt: „Ich erkläre . . ." Der Präsident unterbricht ihn mit den Worten: „Sie haben nicht das Wort." Nichtsdestoweniger fährt der Angeklagte fort: „Ich erkläre, daß ich euer Ausnahmegericht und eure royalistische Gesellschaft satt habe." Der Präsident erwidert nur: „Sie haben nicht das Wort" und läßt alsdann durch den Gerichtsdiener den namentlichen Aufruf der Zeugen vornehmen. Unter diesen befindet sich auch der bekannte Vidocq, dessen Name, obschon derselbe nicht gegenwärtig, ein gewisses Aufsehen in dem Auditorium erregt. Als der Präsident hierauf zum Verhör der Angeklagten schreiten will, protestirt Blanqui gegen ein solches Verfahren, indem er behauptet, daß der Präsident verpflichtet sei zuerst die Zeugen zu verhören. Der Gerichtshof verwirft durch einen Beschluß die Einsprache Blanqui's. Blanqui erklärt hierauf, daß er nicht antworten wird. Albert thut ein Gleiches. Barbes sagt: „Ich habe erklärt, daß ich eure Autorität nicht anerkenne, es versteht sich von selbst, daß ich nicht antworten werde." Sobrier verweigert ebenfalls zu antworten. Raspail erklärt sich bereit zu antworten, da er das Gerichtsverfahren angenommen habe. Indessen wolle er nicht, daß man in seinem Benehmen eine Feigheit oder einen Tadel gegen seine Mitangeschuldigten sehe. In seiner Aussage behauptet Raspail, wie dies überhaupt das Vertheidigungssystem aller Angeklagten ist, daß ganz einfach eine Manifestation zu Gunsten Polens beabsichtigt war und daß kein zum voraus verabredeter Plan zum Umsturz der Regierung bestanden habe. Er behauptet ferner, daß der General Courtais ihn als einen der Abgeordneten in die Nationalversammlung eingelassen habe. Blanqui macht dazu die Bemerkung, daß vorher der Volksrepräsentant Xavier Durrieu ausdrücklich verkündet habe, daß die Abgeordneten der Klubs vorgelassen werden könnten. Bis zum Schlusse der Sitzung werden noch die Angeschuldigten Degre (ein Pompier oder Gardist der Feuerwache), Borme (den seine Mitangeklagten als einen Agent Provokateur und geheimen Polizeiagenten betrachten und der jedenfalls seit seiner Verhaftung wichtige Geständnisse gemacht hat) und Courtais verhört. Letzterer vertheidigt sich mit Energie gegen den Vorwurf, daß er seine Pflichten verrathen habe.

In der gestrigen Sitzung (am 10.) wird zum Zeugenverhör geschritten. Das Verhör wird häufig von Blanqui unterbrochen, auf dem der Verdacht ruht, daß er der von den Klubs beabsichtigten Manifestation zu Gunsten Polens die auf den Sturz der Regierung und die Sprengung der Nationalversammlung zielende Richtung gegeben habe. Blanqui protestirt auf das entschiedenste gegen diese Verdächtigung und gibt seinerseits zu verstehen, daß die Agenten der geheimen Feinde der Republik das Unternehmen gegen die Nationalversammlung, von dem, nach ihm, vorauszusehen war, daß es mißlingen mußte, angestiftet haben. Der Angeklagte Borme, der Gründer des bekannten Frauenkorps, Vesuvierinnen genannt, der, wie schon erwähnt, gegen seine Mitangeklagten ausgesagt hat, wird von Blanqui ziemlich deutlich als einer dieser Agenten bezeichnet. Die Sitzung wird um 6 Uhr aufgehoben und soll auf den Antrag mehrerer Geschworenen zur Beschleunigung des Processes heute Sonntag fortgesetzt werden.

Italien.

* **Florenz**. Von einem Angriff der Oesterreicher und Modeneser ist es wieder ganz still geworden. Die Regierung fühlt sich auch so sicher, daß sie die Verordnungen wieder aufgehoben hat, wonach die Güter der Abwesenden mit Beschlag belegt werden, und Jeder eines Unternehmens gegen die Republik Verdächtige vor ein Kriegsgericht gestellt wird.

* **Rom**. Auf die Note des Ministers des Aeußeren an die neapolitanische Regierung, worin Beschwerde über Gebietsverletzungen Seitens der neapolitanischen Truppen geführt wird, hat die neapolitanische Regierung gleichsam zur Antwort dem General Palma, welcher an der Grenze kommandirt, Befehl gegeben, sich vor den Aufreizungen der Grenzdistrikte durch die Römer zu hüten, und wo sich Aufregung zeige, sofort die betreffenden Orte in Belagerungszustand zu setzen.

Die römische Regierung hat den Kardinal Mastai, Bruder des Papstes, verhaften und über die Grenze bringen lassen. Den übrigen Verwandten Pius IX. droht ein gleiches Schicksal.

Schweiz.

Baselland. In Sachen der deutschen Flüchtlinge hat der Regierungsrath auf wiederholte Zuschriften ab Seite des Bundesrathes wieder einige Schlußnahmen gefaßt. Unter Anderm sollen solche Flüchtlinge, welche am zweiten badischen Aufstande Theil genommen haben, und welche durch ihre Anwesenheit Beunruhigung der Nachbarstaaten veranlassen könnten, nicht mehr in unserm Kantonstheile geduldet werden. (Schweiz. Bl.)

Schweden.

Stockholm, 2. März. Der König hat den Anschlag des Marineministeriums für 1849 auf 1,429,240 Rthlr. festgestellt.

Auch bei uns im hohen Norden grassirt bereits das californische Goldfieber, und die Blätter enthalten Aufforderungen, sich einer aus allen Ständen gebildeten californischen Colonisationsgesellschaft anzuschließen.

Ungarn.

Jellacic, Feldmarschallieutenant und Ban, veröffentlicht aus **Pesth** vom 2. März in der Wiener Zeitung folgende Erklärung: In der Beilage zu Nr. 56 der allgemeinen Zeitung vom 25. Febr. l. J. lese ich einen Artikel, dem zufolge sich die Deutsche Zeitung aus Böhmen von Agram schreiben läßt, daß das frühere innige, ja freundschaftliche Verhältniß zwischen dem Fürsten Windischgrätz und mir ziemlich gelockert, wenn nicht gar vollständig gebrochen sei; dabei führt man als Grund ein in Folge nationaler Sympathien eingetretenes gegenseitiges Mißverständniß an. Indem ich vor Allem erkläre, daß ich bis nun stets gewohnt war, meine Angelegenheiten selbst zu vertreten, und auch hoffe, in Zukunft keiner vormundschaftlichen, am wenigsten einer unberufenen Vertretung zu bedürfen, füge ich nur noch bei, daß ich als österreichischer Soldat von demselben Geiste festen Vertrauens und freudigen Gehorsams gegen Befehlshaber beseelt bin, wie jeder meiner Waffenbrüder in der Armee, eine Pflicht, deren angenehme Erfüllung bei meiner persönlichen unbegrenzten Verehrung für Se. Durchl. den Feldmarschall Fürsten Windisch-Grätz mir durchaus keine Selbstverläugnung auferlegt. Von „Nationalitätsstreitigkeiten" wird in unserem Heere nie eine Rede sein, wohl aber wird das warme heilige Nationalgefühl nach wie vor bei jedem Einzelnen den edlen Wetteifer rege erhalten, es seinem Bruder andern Stammes an Muth und Ausdauer, an Treue und Hingebung für unsern konstitutionellen Monarchen und unser Gesammtvaterland zuvorzuthun. Möchte doch dieses praktische Beispiel brüderlicher Einigung in Oesterreichs Heere baldige heilsame Nachahmung bei Oesterreichs Völkern finden!

Amerika.

Vereinigte Staaten. Die neuesten Nachrichten aus den Verein. Staaten (aus Newyork vom 20., Boston vom 21. und Halifax vom 23. Febr.) wurden durch die Dampfschiffe Wisconsin und Niagara nach Liverpool überbracht. Vorläufig beschränken wir uns auf das Wesentlichste. Die Berichte aus und über Kalifornien bilden in den Verein. Staaten noch immer den Lieblingsgegenstand für Publikum und Presse. Während von vielen Seiten behauptet wird, daß man den Goldreichthum der Placeros bei weitem überschätzt habe, und daß der Werth des bisher gesammelten Goldes höchstens 4 Mill. Dollars (800,000 Pfd.), vielleicht nur 3 Mill. Doll. betrage (doch immer eine ansehnliche Summe!); versichert der Oberkommandant des nordamerikanischen Geschwaders im stillen Meere, Th. Jones, daß täglich das Gold in unglaublicher Menge gesammelt und immer wieder an neuen Plätzen entdeckt werde. Dagegen können, demselben Schreiben zufolge, die moralischen Zustände Kaliforniens nicht trauriger sein, als sie sind. Es herrscht da kein Gesetz, außer dem Lynchgesetz; in 6 Wochen kamen, bei einer Bevölkerung von etwa nur 15,000 Seelen, nicht weniger als 20 Mordthaten vor; Räubereien sind an der Tagesordnung und mehrfache Meutereien auf Schiffen haben den Flottenkommandanten Jones veranlaßt, strenge Verordnungen wegen der Beaufsichtigung und Durchsuchung fremder Schiffe zu erlassen, denen man sogar einige politische Bedeutung beizulegen versucht ist. (Von der Mannschaft der Adeline, eines chilesischen Fahrzeugs, auf dem eine Meuterei stattgefunden hatte, waren acht sofort nach dem Einlaufen des Schiffs, im Hafen von Callao gehängt worden, was wenigstens für schnelle Gerechtigkeitspflege beweist. Auch auf dem englischen Fahrzeuge Amelia hatte eine Meuterei stattgefunden.)

Ueber die Theurung in den kalifornischen Goldbezirken enthält ein Schreiben aus Monterey, welches der New-Yorker Korrespondent der Fr. O. P. Z. mittheilt, Folgendes: „In der Goldgegend kostet ein Pfund Ochsenfleisch 10 Dollare, ein Faß Mehl 50 D., eine wollene Decke 80 D., eine Schaufel und eine Axt 20 D., ein abgetragener Rock 20 bis 25 D., ein Faß Branntwein 100 D. In San Francisco wurde eine Ladung Porcellan für 200,000 D. in Goldsand veräußert. Täglich erhalten wir Nachrichten von Gewaltscenen, Beraubungen und Ermordungen. Hier (in Monterey) kauft man die Unze Gold für 10 Dollare."

Den Bestimmungen der Verfassung gemäß wurde General Zacharias Taylor am 14. Febr. zum Präsidenten und Hr. Fillmore zum Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten amtlich proklamirt. Ersterer hatte Herrn John M. Clayton von Delaware, angeblich ein entschiedner Gegner der Sklaverei, zum Staatssekretär unter seiner Verwaltung ernannt. Unter der Verwaltung Polks bekleidete bekanntlich James Buchanan aus Pennsylvanien diesen hohen und einflußreichen Posten. General Taylor hatte seinen Landsitz Baton Rouge bereits verlassen, um sich nach Washington zu begeben, wo seine Einsetzung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, für welche große Vorbereitungen getroffen wurden, bekanntlich am 3. März stattfinden sollte. Seine Reise glich einem Triumphzuge. Den letzten Nachrichten zufolge befand er sich in Cincinnati, auf seiner Reise leider häufig durch Eis- und Schneemassen aufgehalten, indem dieser Winter in Nordamerika ein sehr heftiger war. (In Kanada, Neuschottland und Neubraunschweig erreichte die Kälte eine solche Höhe, daß das Quecksilber in den Thermometern gefror.)

Im Kongreß fanden noch immer ziemlich heftige und unerquickliche Debatten über die Sklavenfrage statt. Andere wichtige, eine welt- und völkergeschichtliche Bedeutung ansprechende Fragen, wie die wegen Verbindung des atlantischen und stillen Meeres durch Eisenbahnen und Kanäle werden ohne Zweifel erst unter der Verwaltung Taylors zur Erledigung kommen. Der oberste Gerichtshof (Supreme court) hatte das Passagiergesetz (Alien passenger law), wonach von jedem Einwanderer eine gewisse Steuer zu erheben sei, mit 5 gegen 1 Stimme für der Verfassung widersprechend, d. h. für ungültig erklärt. Die Auswanderung aus dem Westen nach dem Osten oder vielmehr Kalifornien glich fortdauernd einer kleinen Völkerwanderung.

Ueber gewisse Schattenseiten des republikanischen Nordamerika entnehmen wir einer Korrespondenz der Fr. O. P. Z. aus New-York die folgende Mittheilung: „Außer den zahllosen betrügerischen Mäklern und den nicht weniger habgierigen Wirthshauseigenthümern, welche, wenn sie die armen Ankömmlinge ausgesogen haben, sie verstoßen und ihrem Schicksale preisgeben, fallen diese einer unbarmherzigen Polizei in die Hände. Bei einer am 23. vorgenommenen Untersuchung der Gefängnisse von Seiten des Großrichters ergab sich, daß von 746 Eingesperrten, 743 ungesetzlich festgehalten waren. Richter Edmonds setzte sofort davon den Stadtrath in Kenntniß und erklärte, daß er dieselben am 24. in Freiheit setzen wolle. Bei eben dieser Untersuchung wurden 11 Männer und 11 Weiber in einem unterirdischen Loche, theils auf faulem Stroh, theils auf dem nakten Boden liegend, gefunden. In unserer Stadt, wo eine große Menge mittelloser Menschen aufgehäuft sind, ist es nichts seltenes, daß in verborgenen Winkeln oder bei Sonnenaufgang auf der Straße selbst die Leichname verhungerter unbekannter Menschen gefunden werden. Dieser Leichen bemächtigen sich dann die chirurgischen Anatomien,

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Die neue österreich. Note. Der Verfassungsausschuß für den Welcker'schen Antrag. Die Octroyirung einer Verfassung für den Bundesstaat. Ankauf von Schiffen.) Wien (Nachrichten aus Ungarn und Serbien.) Linz (Befestigungen. Widerstand gegen die Rekrutirung.) Triest (Verbot der slawischen Flagge.) Ollmütz (Officielle Feier der Verfassung.) Prag (Empfang der Deputirten. Palacky.) Berlin (Die Feier des 18. März nicht gestattet. Die Reformen in der Justiz. Verhandlungen der ersten Kammer über die Adresse. Verhandlungen der zweiten Kammer. Vorkehrungen der Regierung. Russische Note.) München (Die „neue Richtung" in der baierischen Politik.) Dresden (Truppen nach Schleswig.) Aus Schleswig-Holstein (Rüstungen. Die Jütrn.)

Italien. Turin (Aenderung des Ministeriums. Das Standrecht in Modena verkündet.) Florenz (Rundschreiben des Ministeriums an die Bischöfe.) Rom (Das Ministerium bittet die Gesandten um ihre Verwendung für die Geißeln von Ferrara.) Neapel (Das Entlassungsgesuch der Minister.)

Schweiz. Bern (Verletzung des Schweizergebiets.) Basel (Die Spielpächter.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 14. März.)

Deutschland.

Frankfurt, 14. März. Die neue österreichische Note in Betreff des deutschen Verfassungswerkes lautet wie folgt:

„Der interimistische k. k. österreichische Bevollmächtigte an das Reichsministerium des Innern:

„Auf außerordentlichem Wege ist mir gestern Abend ein Reskript der k. k. Regierung vom 9. d. M. zugekommen, worin sie die dem Kaiserstaate Oesterreich verliehene Verfassung mittheilt, und sich über ihr mögliches Verhältniß zu Deutschland ausspricht.

„Dieses Reskript lautet dahin:

„Als die kaiserliche Regierung im Ministerialprogramme vom 27. Nov. und in den damit in Einklang stehenden späteren Eröffnungen die Einigung des großen Kaiserstaates in sich zu einem auf neue Grundlage wohlgeordneten Ganzen als die naturgemäß und nothwendig der Regelung des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland vorausgehende Bedingung aufstellte, gab sie nach ihrer Absicht den Beweis, wie ernstlich ihr um das Zusammenstehen mit Deutschland, um die mögliche Einigung des deutschen Gesammtvaterlandes zu einem lebensstarken, den gerechten Wünschen des denkenden Theils des deutschen Volkes entsprechenden Körper zu thun sei. Sie hielt an dem Weg, der ihr der kürzeste, der allein zum Ziele führende schien, unbeirrt darin durch absichtlichen Mißverstand, durch Entwürfe der Spaltung und durch Anforderungen, die den ersten und obersten Bedürfnissen Oesterreichs nicht Rechnung tragen wollten. Diese vorläufige Aufgabe der kaiserlichen Regierung ist heute gelöst. Die Anlage enthält das Grundgesetz, das in Erkenntniß seiner Pflicht und des Bedürfnisses seiner Völker Seine Majestät der Kaiser allen Ländern der Monarchie als eine gemeinschaftliche staatliche Grundlage, als ein, alle Theile zu einem großen, lebendigen Ganzen vereinigendes Band aus eigener Machtvollkommenheit gegeben hat, nachdem theils die unvollkommene Zusammensetzung, theils die Haltung des Reichstags Ihm die Hoffnung benehmen mußten, durch diesen Verein das große und heilsame Werk zu Tage gefördert zu sehen.

„Da sonach der Zeitpunkt gekommen ist, daß die k. k. Regierung ihrem Wunsche und Versprechen gemäß sich über ihr Verhältniß zu Deutschland ausspreche, so säumt sie nicht, wenigstens ihre Grundansicht festzustellen, aus der sich alles Weitere ergibt.

„Oesterreich, auf seine eigene Macht und Verfassung gestellt, kann seine deutschen Provinzen nicht aus dem innigen Verbande reißen, der die Monarchie zur Einheit gestaltet. Wenn Deutschland dies Bedürfniß nicht anerkennt, wird die k. k. Regierung es beklagen, aber deßhalb ihre Lebensbedingung nicht aufgeben. Wer die Einheit Deutschlands wirklich will, wird den Weg suchen, der es Oesterreich möglich macht, ohne Aufgeben seiner selbst, im großen Gesammtvaterlande zu verbleiben. Die k. k. Regierung hat ihre Ansicht über das Oberhaupt bereits ausgesprochen, sie begreift die in langer Vergangenheit wurzelnde Eintheilung des Reiches in große, durch Volkswahl in sich vertretene Körper, die ihre Abgeordneten um die Centralgewalt stellen, und mit ihr die gemeinsamen Interessen berathen und pflegen. Sie begreift also ein Haus aus mittelbarer Wahl hervorgegangen, das nicht durch eine Volksvertretung über und neben ihm gelähmt wird. Oesterreich ist in diesem Falle bereit, einen dieser Körper zu bilden, durch die aus der Vereinbarung zwischen den Regierungen mit ihren Kammern hervorgegangenen Ausschüsse mit zu sitzen, und die gemeinsamen Interessen mit Rath und That fördern zu helfen. Aber Oesterreich würde sich im andern Falle den Gefahren zu entziehen verpflichtet betrachten, die aus dem Widerstreite der Gewalten nothwendig für das ganze Reich sich ergeben würden. Die k. k. Regierung wird willig die Hand zu allem bieten, was innerhalb der Grenzen, über die sie nicht hinaus kann, liegt, eben weil sie aufrichtig die Einheit, die mögliche Einheit will, außerhalb welcher nur Spaltung im Innern und Abhängigkeit von Außen zu finden sein werden. Die k. k. Regierung will ein großes, ein starkes Deutschland, mit Achtung der wohlerworbenen Rechte Aller, mit Berücksichtigung und Förderung der staatlichen und materiellen Interessen, welche die Ordnung nicht untergraben, sondern gewährleisten, mit starkem Arme zur See und zu Land, mit gemeinsamer Vertretung nach Außen, wo sie nützlich ist, ein Deutschland an Kraft und Ehre reich.

„Auf dieser Grundlage wird der österreichischen Regierung jeder Vorschlag angenehm sein. Sie rechnet auf die wahrhaft deutsche Gesinnung derer, die den ihrigen beurtheilen."

„Ich entspreche den Absichten meiner Regierung, indem ich den wörtlichen Inhalt dieses Reskriptes dem Reichsministerium mit dem Ersuchen bekannt gebe, denselben gefälligst zur Kenntniß der deutschen Reichsversammlung zu bringen, der, nach dem mir gewordenen Auftrage, auch das Reskript vom 4. Februar 1849 mitgetheilt worden ist.

„Frankfurt, den 13. März 1849, Morgens 11 Uhr.

(gez.) Schmerling."

⁝ **Frankfurt**, 13. März. Die telegraphische Nachricht von Berlin, von welcher die Frankfurter Zeitung berichtet, ist bis jetzt nicht angekommen, wohl aber die Nachricht, daß die Preußischen Kammern ihre Pflicht gegen Deutschland erfüllen werden.

Der Verfassungsausschuß hat mit allen Stimmen gegen 6 beschlossen, den Welcker'schen Antrag der Versammlung zur Genehmigung zu empfehlen. Ueber Verfassung und Wahlgesetz soll in einer Abstimmung entschieden werden, wodurch beiden eine große Mehrheit gesichert würde.

⁝ **Frankfurt**, 13. März. Die Herren Kudlich, Füster und Violand sollen von Kremsier hier eingetroffen sein.*)

*** **Frankfurt**, 13. März. Unter den verschiedenen Versionen in Betreff der Gestaltung der deutschen Verfassung machte sich auch die heute in der Paulskirche geltend — natürlich privatim — es sei die für Deutschland bestimmte Verfassung auf dem Wege der Oktroyirung im nahen Anzuge. Diese so leicht hingeworfene Behauptung findet, trotz ihrer Absurdität, doch manches empfängliche Ohr. Es hat sich wohl unter unsern Augen ereignet, daß die beiden mächtigsten deutschen Staaten eine oktroyirte Verfassung erhalten haben, ohne daß das Experiment unglücklich ausgefallen wäre. Mehr als gefährlich wäre es aber, dem deutschen Bundesstaat eine Verfassung oktroyiren und dadurch die kaum erst geschlossenen Schleußen der Revolution von neuem aufziehen zu wollen. Für so kurzsichtig darf man die deutschen Regierungen nicht halten, selbst in dem Falle, daß eine Einigung unter ihnen für eine oktroyirte Verfassung möglich wäre. Die Verfassung Deutschlands wird und muß die Nationalversammlung und zwar endgültig feststellen, oder es würde sie bald wieder ein gewaltiger Sturm bis auf die Grundvesten erschüttern.

*** **Frankfurt**, 13. März. Wie man weiter vernimmt, hat die provisorische Centralgewalt nicht allein die gestern genannte nordamerikanische Dampffregatte, sondern auch die nordamerikanische Dampffregatten „Acadia" und „Britannia" von 600 Pferdekraft angekauft und werden auch diese Kriegsschiffe anfangs April in der Wesermündung einlaufen. Auch will man wissen, es habe Lord Palmerston der dänischen Regierung bedeutet, England müsse jede Störung des Handels in den deutschen Gewässern für einen casus belli erklären.

Wien, 9. März. An der Börse herrscht heute eine minder günstige Stimmung. Man schreibt dies dem Umstand zu, daß die Verhältnisse in Ungarn sich nicht so schnell entwickeln wie man gehofft hatte. Unsere Armee scheint dort noch einen sehr harten Stand zu haben. Szolnok soll wieder in den Händen der Insurgenten sein und auch Futak, ein bedeutender Marktflecken unweit Neusatz, wurde durch die Unachtsamkeit des Platzkommandanten, der deßhalb von seinen eigenen Soldaten erschlagen ward, den Oesterreichern entrissen und in einen Schutthaufen verwandelt. Aus Bosnien sind wichtige Nachrichten eingegangen. Alles rüstet sich zum Kampf, wie es scheint gegen die Serben. 40,000 Türken stehen vollständig bewaffnet und 20,000 Rajas sind mit Hacken, Heugabeln und Sensen versehen und kampfbereit. In Travnik sind 30,500 Nizams angelangt. Sämmtliche serbische Hülfstruppen wurden aus dem österreichischen Heer zurückberufen und es soll uns nicht befremden, wenn unsere Aufmerksamkeit bald auf einen neuen Kriegsschauplatz gewendet würde. (Allg. Z.)

Linz, 8. März. Das Strafhaus am hiesigen Schloßberg wird zu einem Kastell hergerichtet; bis den 16. d. M. wird bereits eine Batterie aufgeführt. Man scheint sich auf alle Fälle rüsten zu wollen. Die starke Rekrutirung hat auf dem Lande schon einige unruhige Auftritte veranlaßt. In Schwanenstadt wurde einer der sogenannten Vertrauensmänner, da er die Befreiungsnothwendigkeit von ein paar Rekruten nicht anerkennen wollte, erstochen. In Mauerkirchen wurden dem Distriktskommissär die Fenster eingeschlagen, worauf er sich flüchtete, auch in Walchen mußte der Distriktskommissär Reißaus nehmen, um nicht durchgeprügelt zu werden. (Fr. J.)

---

*) Beide obige Nachrichten sind in einigen Exemplaren des Hauptblattes nicht aufgenommen worden.

Triest, 6. März. Auf mehreren der hiesigen Handelsschiffe, deren Eigenthümer Slaven sind, wehte neben der österreichischen auch die slavische Flagge. Nun wurde (wahrscheinlich in Folge der Gleichberechtigung aller Nationalitäten) verordnet, diese Flagge herabzunehmen, mit dem strengsten Verbote sie wieder aufzuhissen. Darüber sind die Dalmatiner und andere hier weilende Slaven höchst erbittert. (C. Bl. a. B.)

Der Oesterreichische Korrespondent berichtet aus **Ollmütz** vom 7. März, daß die Bevölkerung die Manifeste und Patente über die Auflösung der konstituirenden Versammlung in Kremsier und die Proklamirung einer Reichsverfassung für das gesammte Kaiserthum Oesterreich, allenthalben mit freudigster Ueberraschung aufgenommen habe. Gegen Abend füllte sich der Hauptplatz mit dem Volk, und eine aus Gliedern des Bürgerkorps und der Nationalgarde zusammengesetzte Compagnie zog mit fliegender Fahne und klingendem Spiel vor das auf diesem Platze gelegene Theatergebäude. Als der Kaiser erschien, ward er von den Tausenden des Volks mit stürmischem Enthusiasmus begrüßt. Beim Eintritt des Kaisers in die Hofloge des festlich beleuchteten Hauses, wo die Versammlung die Volkshymne verlangte, sowie später beim Austritt aus dem Theater wiederholte sich derselbe Beifallsjubel.

Prag, 10. März. Der Empfang, der den gestern von Kremsier angelangten Deputirten zu Theil wurde, zeigte, daß der Reichstag in Prag noch einige Sympathien hatte. Eine große Anzahl Bewohner Prags, darunter sehr viele Studenten, deutsche und czechische, füllten den Bahnhof. Als der Zug ankam und die Deputirten die Wagen verließen, wurde der deutschen Linken am Reichstage ein donnerndes Hoch gebracht. Sodann wurde den angelangten deutsch-böhmischen Abgeordneten Zimmer und Stamm und dem czechischen Rieger ein lautes Vivat gebracht. Studenten beider Nationalitäten betheiligten sich dabei. Der Rechten am Reichstage wurde nicht gedacht, und am Schlusse dem Minister Stadion ein Pereat gebracht. Herr Palacky ist mit den Ministern nach Wien abgereist, um ihnen bei dem Entwurfe der Landesverfassung an die Hand zu gehen. Der Abgeordnete für Prag, Dr. Pinkas, hat diesen Auftrag entschieden abgelehnt. (D. A. Z.)

△ **Berlin**, 12. März. Es ist Seitens der Regierung nunmehr der Beschluß gefaßt, am 18. März keinerlei Aufzug oder Versammlung zu gestatten. Man erwartet morgen die hierauf bezügliche Kundmachung des General v. Wrangel. Die Truppen werden am 18. März und den folgenden Tagen konsignirt sein. Indessen hofft man, daß es hier nicht zu Ruhestörungen kommen werde. Andererseits spricht man davon, daß die Regierung neue Aufklärungen und Beweismittel über die beabsichtigten Schilderhebungen erhalten, außer denen, welche die Denkschrift über den Belagerungszustand von Berlin bereits erwähnt hat. Verhaftungen stehen zu erwarten. Der Antrag, welchen die Hrn. Milde und Leue in der ersten Kammer gestellt haben, die Ausführung der Justizreformen zu sistiren, hat in den Abtheilungen vielen Widerspruch gefunden und es ist nicht unmöglich, daß dieser Antrag nicht durchgehen wird. Unsere Juristen würden über einen solchen Ausgang erfreut sein, mit vielleicht wenigen Ausnahmen. Zwar hat die Rintelen'sche Reform, die sich auf die Kisker'schen Entwürfe stützt, manchen Angriff erfahren und es sind zahlreiche Protestationen gegen dieselbe laut geworden: allein, wenn man gerecht sein will, so muß man einräumen, daß die anerkennenden Stimmen nicht weniger zahlreich sind. Hiervon abgesehen ist es eine andere Frage, ob die Einführung der Reformen, ohne vorher die Genehmigung der Kammern abzuwarten, zweckmäßig war. Die Meinungen sind hierüber gleichfalls getheilt. In jedem Falle war es auch ein „kühner Griff". Vielleicht ist bei der Abstimmung in der Kammer auch der Umstand von Einfluß, daß die Vorbereitungen zu den neuen Einrichtungen bereits soweit gediehen sind, daß eine Sistirung derselben Verwirrungen und Verlegenheiten, selbst für die Justizpflege, bereiten würde.

✕ **Berlin**, 12. März. Die erste Kammer erledigte in ihrer heutigen Sitzung die Sätze 2 und 3 des Adreßentwurfs. Ein Amendement von Jordan und Bonin will an Stelle des zweiten Satzes gesetzt wissen: „Die Verfassung vom 5. Dez. v. J., auf deren Grund wir gewählt und berufen sind, erkennen wir als die zu Recht bestehende Grundlage unseres Staatsrechts an und gewähren mit Dank, daß durch Verleihung der Verfassung das Vaterland vor drohender Zerrüttung bewahrt und ein fester öffentlicher Rechtszustand wiederhergestellt worden ist. In der seitdem eingetretenen ruhigen Stimmung des Landes, in der Wiederkehr des früher so tief erschütterten Vertrauens und in der beginnenden Belebung des Handels und der Gewerbe erblicken wir mit Freude eine Wirkung jener das Vaterland rettenden Maßregel und eine Gewähr der Hoffnungen, welche sich an dieselbe für die Gestaltung des öffentlichen Lebens und alle Zweige der Wohlfahrt knüpfen." Dieses Amendement wird hinreichend unterstützt und Stahl zieht nun das seine zurück. Hülsmann und Vincke-Olbendorf sprechen für das Jordan'sche, Forkenbeck, Maurach und Leue für das Sperling'sche Amendement, Rosenkranz und Walter für den Entwurf. Hülsmann spricht von „Errungenschaften des Dezembers", die nicht beeinträchtigt werden dürften. Vincke sagt: „Die Verfassung ist vom Volk bestätigt, nicht durch Adressen allein, sondern dadurch, daß 40,000 Mann auf den Ruf des Königs zu den Waffen eilten und daß die Steuern fortgezahlt wurden!" Rosenkranz, indem er sich für den Entwurf erklärt, wünscht nur, daß das Wort „freudig" weggelassen werde. Er nennt den Vorbehalt der Revision einen politischen Fehler der Regierung, sieht aber eben deßwegen ihre Offenheit und Ehrlichkeit dadurch bewiesen. „Sehen Sie den Zustand von Europa — ruft er der Versammlung zu — erkennen Sie die Gefahren, in denen auch unser Vaterland schwebt! Ist es nicht besser, eine Verfassung zu haben, wie sie auch immer sei, als unter wilden Stürmen ohne Rechte zu stehen?" Die Redner der Linken machten geltend, daß die Krone selbst keine bloße Anerkennung, sondern Revision der Verfassung wolle, und daß sie sich durch die Anerkennung thatsächlich das Recht der Revision abschneiden würden! Das Sperling'sche Amendement wurde mit großer Majorität verworfen und das Jordan'sche angenommen. Satz 3 des Entwurfs wurde angenommen, nachdem Verbesserungsanträge von Hansemann und Hesse verworfen waren. Fünf polnische Abgeordneten hatten folgenden Zusatz beantragt: „Auch die noch fortwährend gespannten Gemüther im Großherzogthum Posen werden endlich beruhigt und versöhnt werden, sobald die von Ew. Maj. verheißene und von dem letzten vereinigten Landtage im Namen Deutschlands so freudig begrüßte nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen zur Ausführung kommen wird." Viere der Antragsteller sprachen dafür und klagten, daß das Großherzogthum Posen zerstückelt worden sei, daß ihre Nationalität unterdrückt würde. In einer Aeußerung des Abgeordneten v. Schleinitz fanden nicht nur polnische Redner, sondern auch Hansemann zu wenig Rücksicht gegen die polnische Nation. Von Andern wurde aber mit Recht geltend gemacht, daß man über diese wichtige Frage nicht so im Flug weggehen dürfe, und das Amendement wurde mit großer Majorität verworfen. Der Minister Ladenberg, der während der Verhandlungen mit dem Grafen Brandenburg, Rintelen und von Strotha erschienen war, bemerkte gegen die Beschwerde eines polnischen Deputirten über Unterdrückung der polnischen Sprache, daß die polnische Sprache in den höheren Klassen, wie in den niederen angewendet werden dürfe, und daß die Regierung der Pflege derselben kein Hinderniß in den Weg lege.

‡ **Berlin**, 12. März. Die Rede Waldecks über den von ihm selbst und den andern Berliner Deputirten gestellten Antrag auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes war das Hauptereigniß der heutigen Sitzung der zweiten Kammer. Ich theile Ihnen daher einige Stellen daraus mit: „Ein drückender schwerer Winter hat auf dem Lande gelegen. Es ist nöthig, daß das sittliche Gefühl, daß das Rechtsbewußtsein wieder gehoben wird — dies zu thun, ist Ihre Aufgabe. Wir müssen das Volk erheben, stärken, wir müssen es wieder hinaustragen auf die Höhe der Märzrevolution (Lachen und Murren zur Rechten, lauter Beifall links.) Hier ist noch ein kleiner Raum gelassen, von wo die Stimme der Mehrheit laut und frei durch das Land erschallen darf. Wir wissen nicht, auf wie lange uns diese Stelle noch bleibt. Sichern Sie sich daher den Ruf, daß, wie auch Ihre Beschlüsse ausfallen mögen, sie von einer freien Versammlung ausgegangen sind. Ohne auf die Geschichte des vorigen Jahres, welche nun der Vergangenheit angehört, einzugehen, darf ich es jedoch als unsere erste Pflicht ansehen, diesen jetzigen gesetzlosen Zustand hinwegzuräumen. Denn gesetzlos ist dieser Zustand — das gesteht die Denkschrift des Ministeriums selbst zu. Wie viel auch von den im April v. J. garantirten Grundrechten die Rück-

seite der Verfassung illusorisch macht, nachdem sie dieselben auf der Vorderseite anerkannt hat; den Belagerungszustand rechtfertigt sie nicht. Wenn man das behauptet, so ist es gerade, als ob der Vater seinen Ursprung von seinem Kinde ableiten wollte: Die Verfassung ist ein Produkt des Belagerungszustandes, nicht umgekehrt; der Belagerungszustand ist nur verhängt, um die Nationalversammlung auflösen, die Verfassung oktroyiren zu können. Das Volk von Berlin hat nicht die geringste Veranlassung zu dieser Maßregel gegeben. Die Gründe, welche die Denkschrift anführt, sind ein mühsam zusammengeflicktes Gewebe, das gut genug wäre für die „Neue Preußische Zeitung." Nachdem der Redner einige Sätze der Denkschrift durchgenommen, welche von der Anarchie des vorigen Sommers handeln, fährt er fort: „Auf welches Gesetz beruft sich das Ministerium für den Belagerungszustand? Auf eine Instruktion für Festungen und auf ein Militärgesetz. Sind das, meine Herren, die Gesetze, nach denen man unsere Grundrechte suspendiren kann?" Der Redner gab dann einen kurzen Rückblik auf den Belagerungszustand unter Napoleon 1810, in Paris 1832 und im vorigen Jahre und ging dann dazu über, zu prüfen, ob denn der jetzige Belagerungszustand den materiellen Interessen Berlin's förderlich gewesen; gestützt auf die Angaben des Lokalvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen — eines Vereines ohne alle politische Färbung — verneinte er diese Frage auf das Entschiedenste; dann schloß er: „Wenige haben wohl vorausgesetzt, daß das jetzige Ministerium vor der Volksvertretung erscheinen werde. Daß es dies dennoch thut, ist anzuerkennen. Aber es gewähre uns gleichen Kampf! es stelle nicht gegen diese Tribüne seine Kanonen! Das Ministerium ist vor uns getreten, indem es in der einen Hand eine Denkschrift für Aufrechthaltung des Belagerungszustandes, in der andern drei Gesetzentwürfe hält. Es fragt uns: Wollt Ihr die nicht organisirte Willkür noch länger, oder wollt Ihr sie durch Gesetze organisiren? wollt Ihr die bisherige Willkür in Berlin schalten lassen, oder wollt Ihr diese Gesetze annehmen, welche nichts sind als eine Fortsetzung dieser Willkür, als eine Ausbreitung derselben über das ganze Land? Das ist eine unwürdige Sprache; sie verdient die lauteste Rüge!"

Diese Rede, etwas zu lang, zu matt vielleicht an einzelnen Stellen, machte dennoch Eindruck; denn der Belagerungszustand ist die schwache Seite des Ministeriums.

Manteuffel erhob sich für das Ministerium: Die Regierung sei nicht dagegen, daß der Antrag in nähere Erwägung gezogen werde; er bedaure, daß derselbe nicht mit dem Referate über die von dem Ministerium eingebrachten Gesetzentwürfe verbunden sei, weil man dabei doch die Debatte werde wiederholen müssen; die Regierung erkenne an, daß das „Kapitel" über den Belagerungszustand noch nicht „geordnet" sei und sie würde noch in dieser Sitzung ein deßfallsiges Gesetz einbringen, aber daraus folge nicht, daß man eine unbedingt nothwendige Maßregel deßhalb unterlassen müsse. Den Vorwürfen, die der vorige Redner vorgebracht, wolle er nur die eine Thatsache entgegenhalten, daß von Seiten der Soldaten kein einziger Exzeß vorgefallen sei. Hier gab die Linke die unzweideutigsten Zeichen von Mißvergnügen und Verwunderung zu erkennen; leichtgereizt, wie Manteuffel bekanntlich ist, fuhr er mit erhobener Stimme fort: „Freilich haben das wohl die Herren, welche in der Nacht vom 11. zum 12. Novbr. ihre Berathungen hielten, weder erwartet noch gehofft;" er schloß damit, er glaube nicht, daß die freie Berathung der Gesetzentwürfe, wie Waldeck angedeutet, durch das gleichzeitige Ueberweisen der Denkschrift gehindert sei. Sofort ergriff Unruh zu einer faktischen Bemerkung das Wort: „Der Herr Minister hat keinen Anstand genommen, zu erklären, daß die Mitglieder der National-Versammlung, welche vom 11. zum 12. Novembr. Sitzung hielten, die Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe weder erwartet noch gehofft hätten. Der Gegenbeweis ist sehr leicht zu führen; es ist bekannt, wie gerade die Ermahnungen der Nationalversammlung die Ruhe erhalten haben. Da diese Thatsache auch dem Minister gewiß nicht unbekannt ist, so muß ich seine vorherige Aeußerung als eine persönliche Verdächtigung ansehen." Lauter Beifall von der Linken folgte diesen Worten, die Rechte schwieg. Der Minister versuchte, seine Aeußerung durch die Erklärung wieder gut zu machen, er habe die Nationalversammlung nicht genannt, sondern eine andere Versammlung, über deren Verhandlungen er sehr gut unterrichtet sei.

Der folgende Theil der Sitzung kam an Interesse gegen diesen ersten nicht auf. Parrisius und mehrere andere hatten den Antrag gestellt, das Staatsministerium aufzufordern, die Ausführung der Organisation der Gerichtsbehörden und der Schwurgerichte bis dahin zu sistiren, bis sich die Volksvertretung über diese Gesetze entschieden haben würde. In einem längeren Vortrage setzte Parrisius auseinander, daß so große Reformen nur von allen gesetzgebenden Gewalten zusammen ausgehen dürften, daß ferner der Inhalt dieser Gesetze speziell reife Erwägung verdiene, und die Justiz sei nicht strict von der Verwaltung, die Advokatur nicht vom Notariat getrennt; die Schwurgerichte seien auf einen enormen Census basirt, der Willkür der Regierungspräsidenten unterworfen; man möge nicht das Schlechte vorläufig annehmen, weil man es nachher nur um so schwerer los werde. Bei dieser Frage trat der Justizminister Rintelen zuerst auf: bei den Schwurgerichten sei dem Regierungspräsidenten eine ähnliche Macht gegeben, wie in England; freilich — fügte er etwas naiv hinzu — sei die Stellung eines englischen Sherifs unabhängiger, als die eines unserer Regierungsbeamten. Auch dieser Antrag passirte mit großer Majorität die erste Lesung, d. h. es wurde seine nähere Erwägung beschlossen; er geht in die Abtheilungen. Die Kommission zur Revision der Verfassung besteht wieder vorwiegend aus Mitgliedern der Rechten: Vincke, Bodelschwingh, Auerswald, Unterstaatssekretär Müller, Ullrich, außerdem Wenzel, Rohden, Heinrich Simon u. a. Morgen und übermorgen keine Sitzung wegen Mangels an Vorlagen.

Lith. Korr. **Berlin**, 12. März. Die Regierung scheint in der That — darf man aus den Vorkehrungen, die in der letzten Zeit von neuem getroffen werden, Schlüsse ziehen — einen Ausbruch mit der Wiederkehr des 18. März zu fürchten. Nicht nur eine große Anzahl öffentlicher Gebäude, sondern auch eine Menge Privathäuser werden mit Soldaten angefüllt. An den Thoren findet eine Kontrole statt, wie noch nie vorher. Auf den Bahnhöfen erhalten die einpassirenden Fremden, nachdem ihre Legitimation geprüft ist, gestempelte Karten, die sie an den Thoren abzuliefern haben. Auf dem Polizeipräsidium ist ein zu diesem Zweck eigens errichtetes Ausweisungsbüreau, an dessen Spitze der Polizeirath Seeger steht, in fortwährend sich steigernder Wirksamkeit begriffen. Die Nachrichten von dem Eintreffen warnender Mittheilungen Seitens auswärtiger Behörden an die diesseitige Regierung wiederholen sich täglich.

A. Z. C. **Berlin**, 12. Mai. Bereits am Ende des vorigen Monats gedachten wir geheimer Verhandlungen, welche zwischen den Kontinental-Mächten über die Integrität der Friedenstraktate von 1815 schwebten und knüpften hieran später die Mittheilung einer russischen Note, welche jede Veränderung der Verträge von 1815 für einen Völkerrechtsbruch erkläre. Man hat diese Note namentlich von Frankfurt aus in Abrede gestellt. Wir können jetzt die allerbestimmteste Versicherung ertheilen, daß jene Note hier in Berlin übergeben ist, und wir fügen hinzu, daß dies Faktum unter gewissen Eventualitäten sehr bald ein offizielles sein wird.

△ **München**, 11. März. „Baiern! eine neue Richtung hat begonnen; eine andere, als in der ich bis heute regierte." So motivirte bekanntlich König Ludwig vor einem Jahre seinen Rücktritt. In dieser Aeußerung liegt der Schlüssel zu manchen, im Hinblick auf die konstitutionelle Regierungsform des Königreichs Baiern scheinbar unverständlichen Ereignissen während der Regierungsjahre des genannten Herrschers. Ludwig war Autokrat im weitesten Sinne des Wortes, Autokrat trotz und mit der, von manchen dennoch so gepriesenen Verfassung, Autokrat durch eine innere und äußere Möglichkeit. Die sogenannten verantwortlichen Minister waren seine Sekretäre, wie letzthin einer Ihrer hiesigen Korrespondenten richtig bemerkte und er erging sich in der völligen Ungebundenheit seines Willens. Das Beharren (manchmal auf sehr eigenartigen Ansichten und deren Durchführung) hatte er sich selbst als Devise erkoren. Die Genugthuung persönlicher Liebhabereien in Zusammenhang gebracht mit unklaren und dunkelen Vorstellungen von einer künftigen Größe und Glanz des Hauses Wittelsbach durch das Geschick Baierns hat ihn auf dem Throne zumeist beschäftigt. Und es begann „eine neue Richtung." Hat eine solche damals wirklich für unser Land begonnen? Wir mei-

Uebersicht.

Oesterreich und Rußland.

* Vom Rhein, 12. März. Die O.-P.-Z. von vorgestern bringt einen allarmirenden Artikel über die Gefahren des Vaterlandes, die von Rußland und Oesterreich her drohen, den sie gerne gründlich widerlegt sehen möchte. Ich weiß nicht, ob ich mich diesem Wunsche anschließen würde, ob ich es nicht vielmehr besser finden würde, den Inhalt jenes Artikels nach allen Seiten hin bestätigt zu sehen. Und es scheint wohl, als ob ich meinem Wunsche näher stünde, als die O.-P.-Z. dem ihrigen. Die russische Note wird nun nicht mehr abgeleugnet werden, so sagt unser Artikel selbst. Der Entwurf Oesterreichs über die deutsche Reichsregierung liegt vor und öffnet uns die braven, ehrlichen Absichten, die das Haus Habsburg und seine Soldaten wider uns haben. Die Last des Reichstags von Kremsier und seiner aufregenden Interpellationen, den letzten Rest der Freiheiten von 1848, hat man sich vom Hals geschafft. Verschiedene Gerüchte sprechen von 40,000 Russen, die Neapel zu Hülfe kommen sollen, und die ihren Weg durch Ungarn nehmen werden. Wozu Neapel 40,000 Mann Hülfstruppen braucht, sieht man nicht ab. Aber der Weg dieser Russen scheint deutlicher als das Ziel. Sind sie erst in Ungarn, so wird man sich besinnen, daß zur Erstickung des revolutionären Geistes, wozu die russisch-österreichische Allianz geschlossen ist, ihr dortiges Verbleiben rathsamer ist, damit Oesterreich sein Heer gegen Deutschland frei hat. Dann wird Oesterreich seinem Anspruch, im deutschen Bunde seine Stelle zu behaupten, Nachdruck geben, wie wir es, um mit Voß zu reden, „urlängstvorlängst" vorausgesagt haben. Rußland wird ihm nur den Rücken decken und Dänemark auf die Flanke von Deutschland hetzen, so wird es einem Zusammenstoß mit Preußen, und was es mehr fürchten wird, mit England, und was es am meisten fürchten wird, mit Polen entgehen. Das Spiel scheint mir geschickt, und darum zu glauben und darum wo möglich zu vereiteln, so lange noch der Zug an uns ist. Aber freilich, bei uns stehen drei bis vier Spieler am Bret, von denen immer Einer auf den Andern wartet, und die sich immer am langsamsten und flauesten entscheiden, wo rasche und scharfe Entschlüsse nothwendig wären. Die O.-P.-Z. selbst ermahnt die Centralgewalt, mit einer offenen Darlegung der Lage des Vaterlandes vor die Nation zu treten. Das wäre das Geringste. Sie müßte an die Nationalversammlung die Aufforderung daran knüpfen und Gagern müßte als Abgeordneter die betreffenden Anträge stellen, daß man die Verfassung auf's schleunigste, wo irgend möglich ohne Diskussion, nach der neuen Redaktion des Verfassungsausschusses votire; sie müßte bei Preußen auf die Veröffentlichung der russischen Note und auf eine öffentliche Antwort und feierliche Protestation gegen jede Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten dringen. Sie müßte Preußen antreiben, mit England die möglichst feste Allianz einzugehen für sich und für Deutschland. Sie müßte durch Preußen in Paris verhandeln (und dort gibt es große Preise zu bieten, die ganz unbedenklich sind), wo es nicht schwer sein kann klar zu machen, daß einer Unterdrückung der Bewegung in Italien und Deutschland, durch Rußland und Oesterreich, eine Fortpflanzung des Rückschlags nothwendig folgen werde. Man müßte nicht scheuen und keinen Moment säumen, selbst die polnische Emigration auf diesen Moment aufmerksam zu machen, so wie man im Verlauf des Kampfes natürlich keinen der Feinde Rußlands unversucht lassen würde. Wenn man diese Anmuthungen an die Centralgewalt und an Preußen überliest, so wird man freilich lachen. Nach unseren bisherigen Gewöhnungen ist der Kontrast zwischen diesen Anforderungen und den früheren Leistungen, zwischen diesem scheinbaren Leichtsinn und der gründlichen Vorsicht, die in unsrer Politik herkömmlich ist, gar zu groß! Und wäre denn der Leichtsinn in diesen brausenden Anschlägen nur scheinbar und nicht vielmehr augenscheinlich und greifbar? Da sie uns unfehlbar in einen Krieg mit Rußland muthwillig verwickeln würden, das sich doch, alle die übrigen Voraussetzungen als richtig angenommen, nur hinter Oesterreich verstecken will; da sie uns den Krieg schleunigst auf den Hals ziehen würden, der sich sonst noch lange hinziehen könnte. Aber der Leichtsinn schiene mir doch vielmehr dort zu liegen, wo man einen schleichenden Feind, dem man nicht angriffsweise beikommen dürfte, lieber hätte, als einen offenen; und dort, wo man einen Kampf mit Oesterreich verschieben möchte, bis Ungarn und Italien ganz erdrückt und jeder taugliche Bundesgenosse gegen zwei übermächtige Feinde vernichtet ist. Ich komme auf frühere Grillen zurück, wenn es denn Grillen sein sollen. Ja, ich muß es immer wiederholen, ich möchte nie einen ungerechtfertigten Krieg über Deutschland heraufbeschwören, aber einem gerechten und volksthümlichen und für die Sache der Freiheit und Civilisation geführten Kriege, wünschte ich, möchte man in Deutschland mehr entgegen als aus dem Wege gehen. Hoffe man nicht, so große Erwerbungen, wie die dieses Jahres sind, wenn wir sie wirklich doch noch erwerben sollten, ohne eine weihende Feuertaufe besitzen, und richtig gebrauchen zu können. Wir bedürfen für den starken Staat, den wir schaffen wollen, eines starken Geschlechtes und je balder wir das erziehen, desto besser wird es unseren neuen Institutionen zu Statten kommen. Wir bedürfen, um mit so großen Freiheiten Haus zu halten, einen Patriotismus, der das Vaterland und sein Wohl über Alles setzt, und der aus diesem Einen und großen Grundsatz den Geist der Ordnung schöpfe und der Gesetzlichkeit, ohne den unsere neu errungene Freiheit sich selber vernichten wird. Wir bedürfen aber, um eben jenen Patriotismus groß zu ziehen, der Noth und der Anstrengungen, die uns den heimathlichen Boden wie ein bedrohtes Eigenthum erst recht lieb machen. Wir bedürfen eines nationalen Ehr- und Selbstgefühls, das nicht von Institutionen und Freiheiten, sondern allein durch Thaten eingeflößt wird. Wir bedürfen, um den neugeschaffenen einheitlichen Bundesstaat nach Außen zur Geltung zu bringen, einer Kollision, die wir mit Ehren bestehen, denn ohne dieß haben wir nur eine leere Form ohne Inhalt. Man wird die neue Macht nur dann erst im Auslande respektiren, wenn sie sich als eine solche, nicht bloß konstituirt, sondern auch bewährt haben wird. Jedem denkenden Mann muß es bei der Vorstellung grauen, was aus Deutschland werden sollte, wenn eine österreichische Reaktion bei uns möglich würde, ja selbst dann wenn Oesterreich die Hand böte, eine leidliche Bundesorganisation zu bewerkstelligen, in der aber seine Politik vorherrschte und Deutschland in der neutralen und untergeordneten Rolle nach außen hin erhielte, die es bisher immer gespielt hat. Man hat die schrecklichen Wirkungen erlebt, die dieser unterdrückte Nationalgeist machte, indem er sich seit der Reaktion der dreißiger Jahre in unsere Literatur warf und die Geister in dem Grade verwilderte, wie wir es nun um uns sehen. Denke man sich, daß dieselbe Operation noch einmal erfolgen sollte, daß noch einmal die Entwickelung unseres Staatslebens in jeder Weise gehemmt würde, daß noch einmal der flüssiggewordene Geist, statt in handelnder Bewegung sich geltend zu machen, rückströmen müßte in die Literatur, daß er sich ein neues Ziel der sittlichen Verwilderung setzen müßte, um die Geschlechter rücksichtslos, gewissenlos, blutig genug zu den Entschlüssen und Thaten zu erziehen, die allen künftigen Reaktionen terroristisch vorbeugen würden, denke man sich das, und dann erst werfe man mir Leichtsinn, und brennende Phantasie und was sonst Alles vor, wenn ich jetzt wie früher dem Kriege das Wort rede, dem Kriege mit Rußland, der die politische Bewegung nach Osten fortpflanzen und dann erst bei uns sicher stellen wird, dem Kriege mit Oesterreich, wohin dann der deutsche Geist erobernd in der Art vordringen wird, daß „an eine Reaktion gar nicht gedacht werden dürfte". Die Staatsmänner sind selten, die die Lage der geistigen Welt bei ihren Kombinationen in Anschlag bringen; doch drängt sich in unsern Tagen die Frage so ungemein nahe auf: womit man wohl glaubt, die krankhafte Aufregung der Geister, die Verirrung der Begriffe, die Zerrüttung der sittlichen Grundsätze in den Massen tilgen zu können, wenn nicht durch große Thaten und eine gemeinsame Bewegung der Nation, die von so gewaltiger Anziehung und Bedeutung ist, daß alle frühere, kleine, verschrobene und ruchlose Bestrebungen dagegen verschwinden und jeder Gedanke sich dorthin ablagern, jeder Ehrgeiz sich dahin wenden muß?

Ich weiß wohl, welch sonderbaren Eindruck es macht, den Krieg in einem Volke zu predigen, das seit 200 Jahren als Volk nicht mehr auf der großen Weltbühne gespielt hat; in einer Zeit, die lange her die Segnungen des Friedens in vollen Zügen trank und die unter der Verweichlichung der Geschlechter so weit gekommen ist, die Träume einsamer Philosophen von ewigem Frieden zu einer Art Verbreitung und Popularität zu bringen. Ich muß hinzufügen, das dieses Volk in den Werken des Geistes so vielbewandert ist, daß es so großen Ruhm durch sie erlangt hat, daß es wohl verzeiblich ist, wenn es den äußeren Thaten nicht leidenschaftlich nachstrebt, wenn es die großen Endzwecke der Gattung und den Fortschritt des Menschengeschlechts mehr im Wachsthume der Kultur, der Intelligenz und Sittigung sucht, dem der Friede mehr Raum zur Entfaltung gibt. Aber gleichwohl ist es einem solchen Volke gegenüber vielleicht um so nöthiger, daß man es bei guter Gelegenheit aufrüttelt, mit seiner bisherigen Existenz und seinem bisherigen Glauben Rechnung zu halten, und sich zu fragen ob dieß die einzig beste Existenz ist und ob jene höchsten Zwecke in der That am besten dabei gewahrt sind. In einem solchen Volke ist man gar zu geneigt, in den Zeiten des Krieges die thierische Natur des Menschen allein ihre Triumphe feiern zu sehen und sich voll Abscheu zurückzuwenden zum Frieden, der uns scheinbar in unserer edleren Gestalt erkennen läßt. Aber leider, in langen Friedenszeiten erscheint diese edlere Gestalt gerade am meisten wieder ganz verschwunden, und wer sich in den Charakter solcher Zeiten ernstlich vertieft, der sollte sich vielleicht noch schneller wieder zu den Kraftanstrengungen des Krieges wenden; er wird im besten Falle die Ueberzeugung davon tragen, daß weder Krieg noch Friede zu lange dauern sollten, daß allzulange Ruhe und Aufregung eine gleich nachtheilige Lähmung und Ueberreizung der Organe erzeugt, daß sie gleich zerstörende Seuchen, zehrende Fieber und fressende Fäulniß hervorruft. Was bei dem dauernden Frieden und der Eintracht und Verbrüderung der Völker die letzte Frucht der Sittigung sein würde, das scheinen uns die Zustände der römischen Kaiserzeit hinlänglich zu lehren. Die Leidenschaften, die die Langeweile des Universalstaats und des Friedens zeugt, die kleinen Leidenschaften der Menschen, die keiner großen mehr fähig sind, sind die allerschrecklichsten. Der Epikurismus in seiner ersten und besten Gestalt hat zuerst die Werke des Kriegs und der Politik als Sünde verschrieen, hat von Staat und Staatskunst abgelenkt, hat die alten großen Nomotheten gelästert, und die Lehre gepredigt, der Mensch solle der Natur treu sein, die in stiller Entwickelung vegetirt und ohne Kämpfe. Aber gerade im Moder der Muße schießen des Menschen verächtlichste Seiten und seine niedrigsten Begierden am üppigsten auf. Wir sind nicht geschaffen zu feiern, sondern die Thätigkeit ist der ausschließende Charakter unsers Geschlechtes. Darum ist es in der That im Kriege und nicht im Frieden, wo trotz aller Ausbrüche der Rohheit die Menschheit nie ganz ihrer selbst unwürdig erscheinen und unter sich selber herabsinken wird. Im Frieden gewinnt unter dem Schutze der Kleinmüthigkeit und Alltäglichkeit bald alle Mittelmäßigkeit und nach ihr alle Niederträchtigkeit und Weichlichkeit zuerst Duldung und dadurch Ausdehnung; es rosten die Kräfte der Menschheit, die wir als die höchsten bestaunen; in dem verdorbenen Geschlechte gewinnt alles Große und Hohe, alle ungewöhnliche Aufopferung und Selbstverleugnung den Anstrich — ja selbst den wirklichen Charakter der Schwärmerei, während in Kriegszeiten große Entwürfe und ein großer Ehrgeiz die Menschen erfaßt, Muth und Unternehmungsgeist erwacht, Verachtung der gemeinen Güter der Erde sich zeigt, jede männliche Tugend und Strebsamkeit genährt wird. Der Charakter der Nation wie der des Individuums lernt sich dann erst fühlen. Denn nur da, wo es um Thaten und Leistungen gilt, und wo nicht Convenienz und Zufall den Rang bestimmt, gilt der Mensch was er werth ist; der Nothdrang läßt das Verdienst zu Ehren kommen. Wenn Krieg und Friede, jeder in seiner Art, gleich ungeheuere Laster hervorrufen sollten, so ist es unleugbar, daß sie dort durch große Tugenden aufgewogen werden, hier nur durch große Genüsse; denn die Kraft ist das Losungswort im Kriege und das Glück im Frieden.

Zur Verständigung.

☿ **Frankfurt**, 13. März. Schon vor dem Bekanntwerden des Welcker'schen Antrages war es unsere Absicht, noch einmal ein Wort der Verständigung an diejenige politische Partei zu richten, deren Vertreter ihre Sitze auf der linken Seite der Paulskirche einnehmen. Wir verheimlichen nicht, daß wir einen Werth darauf legen würden, sie bei Entscheidung der Lebensfrage des deutschen Volkes mit den Anhängern des Erbkaiserthums gleichen Weges wandeln zu sehen. Zwar wird auch ohne ihren Beistand die Ansicht der letzteren siegen; die Befürchtung, daß aus der Versammlung, deren Zusammentritt mit so großen Erwartungen begrüßt wurde, überhaupt kein lebensfähiger Beschluß hervorgehen, daß zum Gespötte des Auslandes, zur Demüthigung des Vaterlandes die Gesammtheit der gewählten Vertreter der Nation dasselbe Armuthszeugniß verdienen werde, welches sich die Minister der Fürsten auf dem Wiener Kongreß ausgestellt hatten, diese Befürchtung ist geschwunden, Dank unseren Feinden, welche durch ihre trotzige Selbstüberhebung den Stolz des deutschen Volkes herausgefordert haben — aber nichts desto weniger möchten wir die Linke zusammengehen sehen mit der Majorität und zwar aus dem Grunde, damit der kommende Beschluß über die Verfassung einen Akt der Versöhnung der Parteien in und außer dem Hause bezeichne. Wir reden nicht von einer vorübergehenden Koalition widerstreitender Ansichten, ermöglicht durch scheinbare Nachgiebigkeit, berechnet auf gegenseitige Täuschung. Von eurem eignen Standpunkte aus wollen wir die Taktik nachzuweisen suchen, die ihr, dünkt uns, befolgen müßt, wenn ihr vernünftig, wenn ihr patriotisch handeln wollt. Euer Zweck, wie der unsrige, bei dem Anstreben einer größeren Einigung der deutschen Volksstämme war die Sicherung der Freiheit. Wir sehen, daß die einzelnen Staaten, selbst da, wo sie auf dem Papiere gute Verfassungen hatten, zu klein waren, als daß die öffentliche Meinung in ihnen sich einen dauernden Einfluß auf die Regierung hätte verschaffen können, wir sahen die Bewegung des Staatenlebens nach selbstbestimmtem Ziele gehemmt durch einen über der Souveränetät der Einzelstaaten thronenden Bund der Fürsten. Darum wollten wir uns aneinanderschließen, den dynastischen Bund in einen Völkerbund umwandeln. Ueber die Frage der Ausführung aber konnte eine Abweichung der Meinungen stattfinden, und sie ist eingetreten. Republik und konstitutionelle Monarchie wurden die Losungsworte der sich trennenden Fraktionen, die bisher vereint unter dem Banner des Liberalismus gefochten hatten. Die Appellation an das Volk hat statt gefunden und ist zu Gunsten der Konstitutionellen entschieden worden und nach dem innersten Wesen Eures Systems müßt ihr dem Ausspruche der Mehrheit euch fügen. Oder wollt Ihr etwa die Thatsache leugnen, wollt ihr behaupten, daß die Bajonette einer außer dem Volke stehenden Soldateska im März und April v. J. die Throne gerettet haben? Nein, keiner äußeren Macht, nur dem Willen des Volkes, das Staatsschiff nicht dem unbefahrenen Meere zur Reise in ein unentdecktes Land anzuvertrauen, haben die Dynastien ihre Erhaltung zu danken. Freilich ist diese Entscheidung nur gültig für die Verfassung der Einzelstaaten. Ihr wollt selbst deren monarchische Formen vorerst bestehen lassen und nur für das Reich eine republikanische Spitze schaffen. Hättet ihr Aussicht, mit dieser Ansicht durchzudringen, wir glauben, ihr würdet zurückschrecken vor der Erfahrung, die ihr an der provisorischen Centralgewalt, die im Grunde nichts anderes war, gemacht habt. Euer beabsichtigtes Votum für einen Präsidenten ist nichts als eine Protestation gegen das unvermeidlich Geschehende. Ihr harrt auf einen Umschlag der Volksüberzeugung, die nothwendig erst die Throne in den Einzelstaaten umstürzen müßte, um die republikanische Gesammtverfassung zu ermöglichen. Ein solches Verfahren nennen wir unstaatsmännisch und unpatriotisch. Es hat der patriotische Staatsmann keine andre Aufgabe, als die ihm in der Gegenwart gegebenen Faktoren bei seinen Schöpfungen zu benutzen. Für die Zukunft auf dem gesetzlichen Wege auf eine andre Gestaltung der öffentlichen Meinung zu wirken, wollen wir damit Keinem verkümmern. Könnte aber noch irgend ein Zweifel sein über das, was dem deutschen Volke Noth thut, so müßte er verstummen vor den von außen her drohenden Gefahren. Ein Moment, wie der gegenwärtige enthält für alle Vaterlandsfreunde die Mahnung, die häuslichen Streitigkeiten bei Seite zu legen und an die Sicherung der Grenzen zu denken. Aus dem Osten droht euch ein Feind, der nicht nur die Freiheit, sondern alle Errungenschaften der Civilisation verschlingen möchte. Also, schließen wir, nehmt mit gutem Glauben diejenige Verfassung auf, die allein euch zu retten vermag und die, indem sie euch ein parlamentarisches Leben sichert, dem Siege der Freiheitsideen eine sichere Garantie gewährt. Je feindseliger ihr euch gegen sie stellt, um so mehr werdet ihr eure

Gegner zwingen, sie stark gegen euch selbst zu machen. Wir reden zu Ehrenmännern und darum ist unser letztes Wort: bedenkt, daß die Consequenz nicht immer, wohl aber die Gewissenhaftigkeit stets eine Tugend ist.

Rede Welcker's am 13. März.

Meine Herren! Mein Gedanke ist nicht, so wichtige Beschlüsse Ihnen zur Annahme zu empfehlen, ehe sie wenigstens mehrere Tage gedruckt in Ihren Händen sich befinden. Erlauben Sie mir nur, die Dringlichkeit selbst Ihnen mit wenigen Worten darzustellen. Ehe ich aber unmittelbar Dieses thue, erlauben Sie mir, wenigstens bei Denjenigen, die meine ganze Ansicht nicht genauer kennen, jedes Vorurtheil einer Inkonsequenz bei diesem Antrage zu beseitigen. Meine Bedenken gegen das Erbkaiserthum gingen weder von einer Abneigung gegen Preußen noch von einer Vorliebe für Oesterreich aus. Ich hatte nichts im Sinne, als Das, was wir Alle wollen, die Einheit unseres großen deutschen Vaterlandes, ich wollte sie nicht beeinträchtigt wissen durch irgend eine in Beziehung auf diese Einheit gefährliche Maßregel. Ich habe, als ich glaubte, wir dürften noch nicht das preußische Erbkaiserthum beschließen, mich auch nicht bestimmen lassen durch glänzende Hoffnungen von der österreichischen Kabinetspolitik; ich habe keine bestimmte Erwartungen gehabt, ich habe dieses auf dieser Tribune gesagt: ich drückte mich so aus: ich habe diese Politik nicht in meiner Tasche; ich habe kein Vertrauen zu irgend einer Kabinetspolitik. Meine Ansicht war einfach diese: die Pflicht gebietet das ganze Vaterland zusammenzuhalten, und keinen Schritt zu thun, welcher es möglicherweise auch nur vorübergehend zerreißen könnte, ehe alle Mittel erschöpft sind, das ganze Vaterland zu verbinden. Ich habe zweitens ganz entschieden abwarten wollen, bis ich nicht nach subjektiven Wahrscheinlichkeitsgründen, sondern nach objektiven Gründen, die Ueberzeugung hätte, daß Oesterreich jetzt nicht eintreten wolle in den deutschen Bundesstaat. Bloße Auslegungen einzelner Notenstellen, die nicht einmal an uns gerichtet waren, oder augenblickliche äußere Schwierigkeiten gaben mir diese Ueberzeugung nicht; ich wollte alle Mittel erschöpft wissen, ich wollte endlich fest überzeugt sein, daß der äußerste Termin gekommen sei, ehe ein großer, bedenklicher Schritt geschehe. Jetzt glaube ich, meine Herren, die Mittel sind erschöpft, jetzt glaube ich, es liegt in dem Werk der eigenen Hände der Minister, in ihrer babylonischen Verfassung, hinlänglich klar vor, daß wir von ihnen die Vereinigung Oesterreichs in dem Bundesstaat nicht erwarten dürfen. Die neuesten Ereignisse sind Ihnen bekannt. Jetzt glaube ich, daß die Zeit dringt, das übrige Deutschland desto fester, desto stärker, desto inniger zu vereinigen. (Lebhaftes Bravo.) Wenn ich hier hinblicke auf meine alten Freunde, so werde ich vielleicht einem kleinen Triumph in Ihrem Herzen, wenn nicht in Ihren Mienen begegnen, daß sie schon vor Wochen und Monaten und ich erst so spät das Richtige erkannt hätte. Seien Sie stolz darauf, wenn Sie wollen, aber vergeben Sie mir, auch ich bin — obwohl jetzt mit traurigem Herzen — stolz darauf, daß ich, soviel wie möglich war, nach allen Kräften eine Verzögerung der Trennung bewirkte. (Bravo.) Wir haben viel dadurch gewonnen und Sie selbst, gerade die eifrigsten Anhänger der preußischen Kaiserkrone müssen mir danken; denn, meine Herren, denken Sie, wenn an dieser Krone ein Flecken geklebt hätte, ein Vorwurf, ein Schein einer Schuld, daß sie Deutschland zerrissen hätte, wenn der Gedanke entstanden wäre, durch voreilige oder eigennützige Beschlüsse wäre Oesterreich hinausgetrieben worden, oh! dann wäre diese Krone nicht so viel werth, nicht so wohlthätig schützend. Wir wollten unsere österreichischen Brüder in brüderlichem Verband mit uns erhalten, dafür haben wir zu wirken gesucht. Wir wollten ihnen das Bewußtsein lassen, daß hier in ganz Deutschland deutsche Herzen für sie schlagen, die jeden Augenblick bereit sind, ihnen die Bruderhand zu reichen, wenn sie wieder zu uns kommen. (Lebhaftes Bravo.) Kein Stachel der Empfindlichkeit darf in ihrem Herzen zurückbleiben; Sie selbst, die Sie für das preußische Kaiserthum stimmten, haben nicht Oesterreich verletzen wollen. (Mehrere Stimmen aus dem Centrum: Nein!) Sie haben geglaubt, es wäre das unentbehrlichste Mittel der Sicherung des Vaterlandes. Uebrigens haben sich, trotz jenem Wunsche, durch das preußische Kaiserthum baldigst zum Abschluß zu kommen, wiederholt Majoritäten in dieser Versammlung gebildet, um den Oesterreichern auszusprechen, daß wir nicht ohne tiefsten Schmerz sie auch nur vorübergehend ausscheiden sähen. Dieß, meine Herren, ist wichtig, die Schuld möge das österreichische Kabinet, nicht das österreichische Volk, nicht uns, unser Werk und unsere Krone treffen. Diese Reinheit von Schuld, dieses volle klare Bewußtsein, daß wir uns nicht übereilt haben, dieses ist ein großer Vortheil. Die öffentliche Meinung wird für uns sein, und denken Sie, meine Herren, wir hätten unseren Brüdern in Süddeutschland, die diese Trennung besonders schmerzhaft trifft, wir hätten den Baiern und den ehemals österreichischen katholischen Badnern und Würtembergern den Glauben gelassen, daß wir uns übereilt oder eigennützig das Vaterland zerrissen hätten, wie wären bei den Gefahren des Vaterlandes unsere Kräfte geschwunden, wie wäre die Einheit getrübt worden. Ich bin überzeugt, die Baiern, und selbst die Oesterreicher, ferner die katholischen Würtemberger und Badener sind mit mir jetzt Alle von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es nunmehr unaufschieblich ist, das Vaterland zu retten. Meine Herren! Soll ich Ihnen nun sagen, welche Gefahren über uns schweben? Sehen Sie nicht die Wolken, die den Himmel Deutschlands verdüstern? Wollen Sie wachsen lassen die Kabinets-Intriguen und Verhandlungen, um unser armes Deutschland wieder in die Rheinbunds- und andere traurige Verhältnisse kommen zu lassen? Sollen wir ungerüstet die Gegner sich rüsten lassen, und ungerüstet die Gefahr über uns hereinbrechen sehen? Nein! Ein einziger gemeinschaftlicher, wohlgerüsteter Körper wollen wir dem Auslande gegenüber stehen, und wir werden unsere Freiheit siegreich vertheidigen! (Lebhaftes Bravo auf der Rechten und im Centrum.) Noth thut es, meine Herren, unsere Versammlung droht ihre Lebenskraft und den Glauben des Vaterlandes zu verlieren und auseinanderzufallen. Die Gelüste in den Kabinetten wachsen, die Einheit wird täglich mehr gefährdet. Halten wir zusammen, retten wir die Ehre der Nationalversammlung durch schnellen, kräftigen, und möglichst einmüthigen Beschluß für Das, was Noth thut in dem Vaterlande; dann werden wir nicht mit einer oktroyirten Charte nach Hause gehen, sondern eine von uns ausgehende, auf unserer Souveränetät, wie auf der Zustimmung durch die Fürsten, eine auf dem Nationalwillen, auf dem Rechte beruhende Verfassung zum Heil des Vaterlandes gründen. Lassen Sie uns, meine Herren, die Ehre der Nationalversammlung, die souveräne Kraft der Nation retten als Grundstein, daß diese Verfassung nicht willkürlich alterirt oder zerstört werden darf; lassen Sie keine Verfassung oktroyiren; wir wollen die Verfassung selbst machen mit Anerkennung der Rechte von Jedermann. Meine Herren! Ich sage Ihnen, das Vaterland ist in Gefahr; lassen Sie die Dinge nicht weiter kommen; handeln Sie jetzt rasch und entschieden! Ich lege aber bei meinem Antrage auch darauf ein besonderes Gewicht, daß seine Annahme allein noch eine Möglichkeit gibt, daß das österreichische Kabinet sich schnell zu dem verstünde, was nach unserer festen Ueberzeugung das Richtige ist; aber wir können nicht mehr mit ihm unterhandeln, nicht Monate und Jahre lang Frist geben; es wird dann die Aufgabe des Königs von Preußen sein, durch ein Ultimatum seinen Entschluß zu bedingen, und es wird vielleicht in wenig Tagen oder Wochen eine Entscheidung dasein. (Beifall auf der Rechten und im Centrum.) Ist es möglich, daß Oesterreich eintritt, so ist dann nichts verloren; ist es nicht möglich, so wollen wir gerüstet sein gegen die Gefahren, welche dieser Bruch hervorbringen wird; denn seien Sie versichert, sowie dieser Bruch da ist zwischen Oesterreich und Deutschland, sind die lauernden Feinde im Osten und Westen bereit, die Einheit des jungen Deutschland's im Keime zu ersticken. Ich sage nichts weiter, als: Das Vaterland ist in Gefahr; retten Sie das Vaterland! (Stürmisches Bravo auf der Rechten und im Centrum.)

Deutschland.

Frankfurt, 10. März. Die neueste Zeit hat in unserm Vaterlande so viele partikularistische Tendenzen in die Erscheinung gebracht, daß es fast zum allgemeinen Ton sich gestaltet, jede Bestrebung aus partikularistischem Gesichtspunkte zu beurtheilen. Dies Schicksal scheint auch die Marine-Verwaltung treffen zu sollen, da der Bau von 8 Kanonenbooten (aus 86) auf Bremischen Werften und die Nichtuntersuchung einiger kleiner Küstenhäfen und Flußstationen hinsichtlich ihrer Tüchtigkeit zu Kriegshäfen schon eine bittere Kritik hervorgerufen und die Bemerkung zu Tage gefördert hat, wie solches damit zusammenhänge, daß der

mit der Gründung der Marine beauftragte Minister ein Bremer Senator gewesen sei. Der Sachverhalt ist aber der folgende. Es ergab sich, daß die zur Küstenvertheidigung erforderlich geachteten, nur in der Ostsee zu verwendenden Kanonenboote nicht auf den Werften der Ostsee bis zum 1. April fertig gebaut werden konnten, weshalb man sich genöthigt sah, für 25 Kanonenboote sich an die Werften der Nordsee zu wenden. In Ermangelung von Beamten des Reiches wandte man sich an den Patriotismus des Schiffs-Kapitäns Hederich zu Bremen, theils weil derselbe schon mehrfach unentgeltlich den Reichsbehörden Rath ertheilt hatte, theils weil er in der Mitte der Nordseeküste wohnte und also auf die leichteste Weise nach Ost und West wirken konnte. Er erhielt den Auftrag nach vorläufigen schriftlichen Angaben, weil die Spezial-Zeichnungen noch nicht vervielfältigt waren, 10 Boote an der Elbe, 10 an der Weser und 5 an der Ems in Bau zu geben, und zwar unter möglichst gleichmäßiger Vertheilung auf die verschiedenen Staaten. Es ergab sich, daß die meisten Schiffsbauer erklärten, sie könnten bis zum 1. April ein Boot nicht liefern, und daß sie die Preise nicht eher anzugeben vermöchten, als bis sie die Zeichnungen genau studirt hätten. Diese konnte der Kapitain Hederich ihnen nicht vorlegen aus dem einfachen Grunde, weil er sie selbst noch nicht hatte. Es ergab sich ferner, daß die Bremischen Schiffsbaumeister, bekanntlich die bedeutendsten, welche in Deutschland vorhanden sind, die Sache ziemlich en bagatelle behandelten, (die Baukosten von 8 Kanonenbooten sind kaum mehr als diejenigen eines der größeren Kauffahrer, deren gewöhnlich 15 bis 20 von ihnen jährlich erbaut werden) bei weitem die billigsten Preise stellten, und sich zur Lieferung vor dem 1. April ohne Weiteres verpflichteten, welches sie auch um so leichter konnten, da große Holzvorräthe und eine Ueberzahl von Arbeitern ihnen zu Gebote standen. Erst nachdem mit Hülfe vielen Zuredens an der Elbe und Ems eine Anzahl Boote untergebracht war, wurden 8 Boote auf Bremischen Werften kontrahirt. Hätten diese sich nicht gleich bereit erklärt, zu bestimmter Zeit und zu billigem Preise die Lieferung zu übernehmen, so wäre vielleicht jetzt noch kein Kontrakt abgeschlossen, oder das Reich hätte ein gutes Stück Geld mehr dafür bezahlen müssen. Es ist aber noch zu erwähnen, daß die bremischen Werften, auf welchen jene 8 Kanonenboote erbaut werden, fast durchweg mit hannoverschen und oldenburgischen Arbeitern ihre Bauten vornehmen und daß an den Werften nichts andres bremisch ist, als der Boden, worauf sie liegen und daß der Meister bremischer Bürger ist. Es ist Thatsache, daß im Ministerium des Handels und in der Verwaltung der Marine kein einziger Bremer, ja nicht einmal ein Hanseat sich angestellt findet, ungeachtet es doch wohl kaum einem Zweifel unterliegen dürfte, daß gerade in den Hansestädten die größte Kunde von Handel und Schifffahrt, namentlich von Schiffbau und einschlägigen Verhältnissen vorhanden sein dürfte. Es ist kein Hanseat angestellt worden, weil der Minister ein Hanseat ist und weil er erkannte, daß nach der Tendenz unserer Zeit man ihm die Anstellung derselben als Partikularismus auslegen würde. Wäre ein Baier, ein Preuße oder ein Sachse Minister, so würde die Nothwendigkeit ihn zwingen, da seine Unterstützung und seine Kraft zu suchen, wo sie vorhanden ist und wo sie sich künftig schon geltend und unentbehrlich machen wird, wenn ein Hanseat nicht mehr Minister sein wird.

Was den zweiten Gegenstand betrifft, so ist zu bemerken, daß die Instruktion für die Kommission zur Untersuchung der Küsten und der für Kriegszwecke tauglichen Häfen von der technischen Marinekommission entworfen ist, also ohne das mindeste Zuthun des „Bremer Senators", daß ferner es sich nur darum handeln konnte, solche Häfen zu untersuchen, welche ein Fahrwasser von mindestens 26 bis 32 Fuß Tiefe darboten, weil nur diese für größere Kriegsschiffe zugänglich sind, daß es mithin eine unnütze Zeitvergeudung sein würde, kleine Häfen und Stationen, die nur 16 bis 18 Fuß Fahrwasser haben, wie z. B. Brake, einer Untersuchung zu unterziehen. Ohnehin handelt es sich bei der jetzigen Untersuchung nur um ein vorläufiges Erkunden, da die genauere Untersuchung erst vorgenommen werden kann, nachdem die eigentliche Admiralität gebildet sein wird. Nebenbei gesagt, ist es bekannt, daß der Minister des Handels sich oft dagegen ausgesprochen hat, die deutschen Kriegshäfen mit Handelshäfen zu verbinden oder in deren Nähe zu legen, weil solches nur von sehr nachtheiligem Einflusse auf die Handelsschifffahrt sein kann. Wenn dennoch die Nothwendigkeit dahin führt, interimistisch einzelne Handelshäfen zu Kriegszwecken zu verwenden, so geschieht es nur, weil eben keine anderen Einrichtungen vorhanden sind.

Bei der Beurtheilung der Marine-Angelegenheit in öffentlichen Blättern Deutschlands geht man gar oft von sehr unrichtigen Prämissen aus, indem man wähnt, es lasse sich eine Marine wie die holländische oder dänische in wenig Monaten herbeizaubern. Man glaubt, daß, wer ein Handelsschiff bauen könne, bedürfe nur des Auftrages, um auch beliebige Kriegsschiffe zu bauen und wieder Andere glauben, daß wenn dergleichen Aufträge nur ertheilt wären, so würden auch die Schiffe schon sogleich vorhanden sein. Wäre das aber auch alles möglich, so würde doch noch die Bemannung zu schaffen und einzuüben bleiben, welches ein ganz anderes Ding ist, als einige Regimenter Landtruppen einzuexerzieren, umsomehr, da zuvor die Schiffe da sein müssen, auf welchen sie einzuüben sind. Wären nun auch Werften, kundige Schiffsbauer und alles übrige Material vorhanden, so würde doch der Bau einer Fregatte zum Mindesten ein volles Jahr erfordern, dergleichen schnell gebaute Schiffe sind aber von kurzer Dauer und erweisen sich nach wenig Jahren als weggeworfenes Geld. Ebenso verhält es sich mit Kriegsdampfern. Sollte daher in kurzer Zeit etwas geschaffen werden, so müßte man von dem Selbstbau, mit Ausnahme der zur Deckung der Küsten nöthigen kleinen Fahrzeuge absehen und zum Ankaufe im Auslande übergehen, diese Ankäufe aber auf ein solches Maaß beschränken, daß eine deutsche Bemannung unter Aushülfe fremder Offiziere möglich blieb, denn die zu lösende Aufgabe war nicht eine fremde Flotte zu kaufen, sondern eine Deutsche heranzubilden. (?) Die Zeit wird den Beweis liefern, daß dazu ein tüchtiger Grund gelegt, daß der Kern einer wehrhaften Flotte vorhanden ist und daß Musterschiffe, Personal und Material beschafft sind, um nach Maßgabe der zufließenden Mittel auf deutschen Werften nunmehr die Kriegsschiffe in solcher Weise zu bauen, wie nach den neuesten Erfahrungen das Ergebniß es erheischt. Wird dann fachgemäß allmählig vorgeschritten, so ist nicht zu besorgen, daß die Kriegsflotte der Handelsmarine ihre nothwendige Mannschaft entziehe und zum Verderben der Letzteren gereiche, weil der Zudrang zum Flottendienst aus allen Theilen Deutschlands und aus allen Ständen, vom Sohne des Fürsten bis zum Sohne des Tagelöhners auf die erfreulichste Weise sich geltend macht.

Bei den überschwenglichen, ja geradezu thörichten Erwartungen und Anforderungen des deutschen Publikums, bei dem gänzlichen Mangel an Hülfsmitteln und der Sache kundigen Personen wollte bis tief in den Herbst des vorigen Jahres hinein Niemand das Wagstück übernehmen, eine Flotte zu bilden und zu schaffen, um sich maaßlosen und leidenschaftlichen Angriffen auszusetzen. Die Sache durfte aber nicht liegen bleiben. Es traten endlich im November v. J. für des Vaterlandes Ehre begeisterte Männer zusammen und führten das Werk durch. Sie hatten die Genugthuung, daß später berufene erfahrene Marine-Offiziere auf's vollständigste das Geschehene billigten, und nicht begreifen konnten, was in so kurzer Zeit deutsche Energie vermocht hatte. Das ist das Urtheil fremder Offiziere; was das Vaterland urtheilen wird, nachdem das Geschehene ihm vorliegt, ist zu erwarten, aber so lange sollte man billig jegliches Urtheil auch zurückhalten, da aus begreiflichen Gründen diese Dinge dermalen nicht vor die Oeffentlichkeit gehören. *)

Parl. Corr. **Berlin**, 10. März. Nr. 26 der Oberschles. Lokomotive sagt unter Anderm: „Allerdings wollen wir eine Verurtheilung sämmtlicher Aristokraten zum Galgen, und wenn das der Umsturz aller staatlichen Ordnung ist, so wollen wir den Umsturz aller staatlichen Ordnung. Zur Vernichtung unserer Feinde, der Aristokraten, genügt es aber nicht, sie nur moralisch zu vernichten, nein, auch ihre physische Vernichtung ist nothwendig!"

Wer Ohren hat zu hören, der höre! Wir aber bedauern eine Partei, welche der Preßgesetzgebung solches Material liefert.

Dresden, 10. März. Sicherm Vernehmen nach soll das Verbot der Geldausfuhr aus den österreichischen Staaten nunmehr in nächster Zeit zurückgenommen werden. (Dr. J.)

*) Unsere Meinung in Sachen der deutschen Flotte ist in diesen Blättern häufig ausgesprochen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 2 Brandgaße, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 74. Frankfurt a. M., Donnerstag 15. März. 1849.

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

---

15. März.

Das Ministerium Stadion-Schwarzenberg ist mit einem reformatorischen Akt im größten Style um so überraschender hervorgetreten, je weniger seine bisherigen Handlungen von diesem Geiste waren. Insofern hat es jedenfalls seine bisherigen Wege verlassen; es handelt sich nur darum, ob dies eine Umkehr für's Leben bedeuten soll oder eine Schwenkung für den Augenblick; oder mit andern Worten, ob die Auflösung des Reichstags oder die Ertheilung der Verfassung der wesentliche Punkt in diesem politischen Akte war. Eine Betrachtung darüber wird sich weniger an die Normen der Verfassung, als an die begleitenden Umstände halten müssen; einiger Aufschub kann ihr nur Gewinn bringen, und schon heute stehen die Dinge in anderm Lichte, als am Tage der Oktroyirung. Das Gegebene selbst wird man im Interesse der Freiheit, im Interesse Oesterreichs und Deutschlands, nicht hoch und scharf genug fassen, nicht genug seinen Urhebern zur steten Mahnung und Spiegelung in's Gedächtniß zurückrufen können.

Die Größe und Kühnheit dieses neuen Verfassungsbaues ist reizend für jede politische Phantasie, noch mehr jedenfalls für eine österreichisch-patriotische, und in diesem Eindruck wird man sich durch die Form der Oktroyirung nicht irren lassen. Der politische point d'honneur, der sich Rechte und Freiheiten nicht gerne will schenken lassen, ist in Oesterreich noch nicht so ausgebildet, und wenn er es wäre, so hätten die schweren Zeiten ihn ersticken müssen. Schon bei seinem Eintritt in die Geschäfte kam dem Ministerium die Hoffnung und Erwartung einer „rettenden That" entgegen. Der Reichstag, eine unorganische übel zusammengesetzte Versammlung, hatte zu einer Verfassung für den ganzen Kaiserstaat weder ein Mandat noch innere Befähigung; es bedurfte der ganzen Ungeschicklichkeit, der parlamentarischen Unfähigkeit und der trotzigen Nichtachtung des Ministeriums gegen diese Versammlung, um ihr noch ein ehrenvolles Ende zu bereiten. Einige Tage vor der Oktroyirung enthielt die „Presse" die folgende, sei es vorbereitende oder vorahnende, jedenfalls bedeutungsvolle Stelle: „Nur von der Regierung allein, die so viele und große Mittel besitzt, die die Parteien des Landes, ihre Kraft und ihre Zukunft besser kennen muß, als der Einzelne, wäre er auch noch so gut unterrichtet, nur von der Regierung allein kann ein ernstes, lebensfähiges Projekt für die Verfassung Oesterreichs ausgehen." In diesem Sinne enthält die Verfassung in den Grundrechten und in den §§. 23—30, in den Bestimmungen des allgemeinen Reichsbürgerrechts, der Gleichheit in Rechten und Lasten und der allgemeinen Freizügigkeit, die wahren Grundpfeiler der Centralisation in Oesterreich. Allen diesen Bestimmungen widersetzte sich provinzielles und nationales Vorurtheil und ihr Schicksal wäre auf jedem österreichischen Reichstage ein zweifelhaftes gewesen: Beweis genug, daß noch heute wie unter Joseph die Regierung in Oesterreich die Initiative der Freiheit ergreifen und durch sie am sichersten herrschen kann. An dem Census für das Unterhaus wird man keinen Anstoß nehmen dürfen; daß allgemeines Wahlrecht für den Reichstag in Oesterreich ein Unding wäre, wird kein verständiger Oesterreicher leugnen. Der aufgestellte mäßige Census könnte sogar, durch die Verschiedenheit des Satzes nach Stadt und Land und den abweichenden Verhältnissen der einzelnen Länder, die großen Schwierigkeiten einer so ungleichartigen Volksvertretung vermindern. Hier, in der Ungleichheit der Länder und dem Verhältniß der Provinziallandtage zur Reichsregierung, liegen die Abgründe des österreichischen Staatswesens, deren Tiefe auch der erfahrenste Staatsmann noch nicht ermessen könnte; umsoweniger darf man sich wundern, daß die betreffenden Paragraphen keine Brücke, sondern höchstens eine täuschende Verhüllung sind. Von den zweideutigen Stellen, den Fallen und Hinterthüren (vor allem der breitesten des §. 5—11 der Grundrechte verschlingenden Belagerungszustandes) wollen wir hier nicht reden. Was würde es nützen, sie aufzuzählen? Hier kommt es eben auf redlichen Willen und Befähigung zur parlamentarischen Regierung an, deren Dasein oder Mangel mächtiger ist, als alle Verfassungsparagraphen.

Wir sind in diesem flüchtigen Ueberblick den beiden wesentlichen Anstandspunkten schon begegnet, dem einen in den Dingen, dem andern in den Menschen. Wir haben früher die Schöpfung eines österreichischen Gesammtstaats mit den unentbehrlichen Institutionen der neuen Zeit nicht für unlösbar gehalten; wir wollen aber auch nicht läugnen, daß die fortschreitende Enthüllung der österreichischen Zustände jene Ansicht nicht bestärkt hat und daß jeder Tag einer Verwaltung, wie die bisherige des Ministeriums Schwarzenberg-Stadion, die Möglichkeit der Lösung vermindert. Auch schien uns stets, daß in einem solchen Staate das konstitutionelle Leben vorzugsweise in den Gliedern, die regierende, und zugleich (wie oben angedeutet) die Freiheit des Ganzen überwachende Gewalt vorzugsweise im Haupte walten müsse: während in der vorliegenden Verfassung zwar im besten Falle das Letztere, aber nicht das Erstere der Fall ist. Wir dachten uns die legislative Centralbehörde des Gesammtstaats nur als einen Ausschuß aus den Einzellandtagen, der ihre auserwählten Glieder zu den großen Staatsgeschäften heranziehe; und wir glaubten eben darin zwischen dem österreichischen und dem deutschen Bundesstaate den Unterschied zu finden, daß dieser vermöge seiner größern Gleichartigkeit eine große Volksvertretung zulasse und darin sogar das

mächtigste Band seiner Einheit besitze, während jener das bindende Element in der gemeinsamen Regierung, das auseinanderstrebende in den einzelnen Landtagen hätte, und mit einer Vertretung dieser bei der Centralregierung sich begnügte. Was gegen einen Gesammtreichstag, und noch überdieß von zwei Kammern, sich alles einwenden läßt, haben wir nicht nöthig zu wiederholen. Der gegenwärtige Versuch ist kühner und umfassender, als der vom 25. April vorigen Jahres: und dennoch muß er ungleichartige, widerstrebende Elemente anerkennen, Lücken und Ausnahmen in der Gesetzgebung, den Grundrechten, ja sogar in der Verfassung zulassen; er muß den widerstrebendsten Theil, die Lombardei, der nach unserer Meinung in keiner Weise sich hereinzwingen läßt, in einer abgesonderten Stellung belassen, und kann über die Zweideutigkeit in der Stellung Ungarns nicht hinwegkommen.

Um solcher Schwierigkeiten Herr zu werden, bedarf es der größten staatsmännischen Befähigung, und um parlamentarisch zu regieren, bedarf es wiederum der Fähigkeit und des redlichen Willens dazu. Es erhebt sich also eine neue und für die Gegenwart entscheidende Frage. Trauen die Minister sich zu und sind sie des redlichen Willens, im Sinne dieser Verfassung und im Geiste der neuen Zeit zu regieren? Nach den bisherigen Erfahrungen muß diese Frage unbedingt verneint werden. Das Programm von Kremsier steht da als warnendes Beispiel. Es ist kein Satz in diesem Programm, der nicht hinterher, kein Recht und keine Freiheit in dieser Verfassung, die nicht zum voraus wäre verletzt und niedergetreten worden. Haben also die Minister die Verfassung im Ernste gegeben und mit dem vollen Bewußtsein der Folgerungen, oder ist ihnen, wie jenes Programm, so diese wichtigste Urkunde des Staatslebens ein Werkzeug zum Fortkommen, eine Art von Rekurs an die öffentliche Meinung, nachdem man sich in den bisherigen absolutistischen Wegen rettungslos verfahren? Im ersten Falle werden sie einen neuen Menschen anziehen, im zweiten werden sie entweder, nach außen, oder wo sonst sie sich sicher fühlten, auf den alten Wegen beharren, oder, wo sie bisher Widerstand fanden oder fürchteten, von vorn beginnen. Sehen wir denn nach beidem. Es ist nicht genug, um konstitutionell zu sein, daß man nach der konstitutionellen Regel im Innern administrire; dies ist vielmehr unmöglich, wenn nicht der gleiche Geist die ganze Politik durchdringt und auch nach außen mit den verwandten Grundsätzen sich begegnet. Ein gleichmäßiges Leben und eine politische Verbindung entsteht, durch die Gleichheit der Staatsgrundsätze, trotz aller Verschiedenheit der Sitten und Interessen; das ganze westliche Europa, England und Frankreich zumal, ist dafür ein Beispiel. Oesterreich aber ist der Mittelpunkt und Kern einer durchaus absolutistischen Atmosphäre, Schild und Schwert nicht blos aller kleinen und mindermächtigen Feinde der neuen Staatsordnung in jedem Lande Europa's, sondern auch der kriegerische Arm des diplomatisch arbeitenden, aller Freiheit des Westens grundsätzlich abholden Hauptes im Norden. Es scheint im Begriff, in der Sache des gesammten europäischen Absolutismus den Weg der Gewalt zu beschreiten. Und im Innern? Der lästige, trotz aller Machtlosigkeit lästige Reichstag ist weggeschafft — und man beginnt von vorne. Die Thatsachen strömen dieser Ansicht zu. Die militärische Sprengung des Reichstages, die Verhaftung und Verfolgung von Abgeordneten, eine Fluth von unheimlichen Gerüchten, bevorstehende Unterdrückung der slawischen Vereine, der Belagerungszustand schwebend über der einzig frei gebliebenen großen Stadt des Reichs, ein drakonisches Preßgesetz im Anzug, dumpfe gedrückte Stimmung in der ganzen Bevölkerung — das ist die Morgenröthe der konstitutionellen Freiheit für Oesterreich! Und nun das Schlimmste: die Verfassung tritt frühestens in einem Jahre in's Leben, wenn die einzelnen Landesverfassungen geordnet sind. Also ein Jahr ministerieller Gesetzgebung, ein Jahr des Belagerungszustandes, ein Jahr in diesen Zeiten, nach diesen Vorgängen, in dieser Aufregung der Nationalitäten, und in diesem Jahr der Gegenstoß aller Interessen, die Eifersucht aller Stände, die Festsetzung neuer Landesverfassungen! Armes Oesterreich! Das wird eine dunkle, vielleicht eine blutige Pforte für deine Freiheit werden!

Wir in Deutschland endlich haben gegen Oesterreichs Absichten die gerechtesten Zweifel und zugleich den besten Probierstein. Ueber Oesterreichs innere Gestaltung ist jetzt vor den Augen der Welt kein Zweifel mehr. Oesterreich hat sich eine Verfassung gegeben, die vor allem den Grundsatz der strengsten Staatseinheit festhält, die jeden fremden Antheil an der Gewalt ausschließt, die selbst widerstrebende Glieder trotz besonderen Verhältnissen und alten Staatsverträgen hereinzwingt. Es hat seine Centralgewalt mit allem ausgerüstet, was einen Staat fest, einig und kräftig macht. Das ist die Seite, an der wir uns ein Beispiel nehmen mögen; wir haben das gleiche Recht zu behaupten. Aber täusche man sich nicht über Oesterreichs Absichten, wie man sich bei dem Programm von Kremsier getäuscht hat. Wenn Oesterreich andern das Recht verweigert, das es im ausgedehntesten Maße selbst geübt hat, wenn es andern die Kraft und die Einrichtungen mißgönnt, deren es selbst theilhaftig werden will, dann ist es nicht umgewandelt, nicht frei, nicht konstitutionell. Die Thatsachen sprechen auch hier. Oesterreich ist nicht verändert. Jener schmachvolle Siebenmännerentwurf, den man uns ins Angesicht warf, ist nicht zurückgenommen; vielmehr ist im Moment, wo Oesterreich eine einheitliche und starke Verfassung erhielt, die nothwendige Folge jenes Entwurfs auch ausgesprochen worden: **man will uns das Volkshaus nehmen!** Statt seiner ein Ausschuß aus Ständekammern, die vormärzliche Volksvertretung am Bundestag im magersten Sinne! Und dafür die ganze Last des Gesammtstaats Oesterreich! Die Nationalversammlung soll weggeschafft werden wie der Reichstag von Kremsier, und eine Verfassung oktroyirt, aber keine wie die österreichische. In hohen Kreisen des konstitutionellen Oesterreich betrachtet man die Versammlung in der Paulskirche als einen Rest der Demagogie, über den man Herr werden wolle wie 1819 und 1830!

Dieser schneidende Gegensatz spricht zu laut, und man hat ihn endlich gehört. Ein neuer Geist ist mindestens für kurze Zeit durch die Paulskirche gegangen. Möge denn die neue Verfassung Oesterreichs ihm und uns Heil bringen! **Wahren wir uns vor Oesterreich, so werden wir am ersten seinem guten Beispiel folgen!**

Deutschland.

- x **Frankfurt**, 13. März. Oesterreich hat sich als einheitlicher, untheilbarer Staat konstituirt, aber weit entfernt, nun dasselbe uns zu gönnen, glaubt es den Augenblick gekommen, um uns seine Heerschaft aufzudringen, um unser Werk der Einigung und Ermannung gewaltsam rückgängig zu machen, damit an unserer Schwäche seine Macht erstarke. Angesichts dieser Stellung der österreichischen Regierung gegen Deutschland, wird es immer unbegreiflicher, wie die österreichischen Abgeordneten es noch länger vor ihrem Gewissen verantworten können, an den Arbeiten einer Versammlung Theil zu nehmen, deren Werk zu zerstören, deren Aufgabe unmöglich zu machen, ganz augenscheinlich der beharrliche Zweck des österreichischen Kabinets ist. Werden jene Abgeordneten noch immer sagen: sie seien nicht verantwortlich für das, was ihre Regierung thue, sie verträten das österreichische Volk und das österreichische Volk wolle fort und fort etwas ganz Anderes, als seine Regierung? Ist das wirklich ihre Willensmeinung, nun, so mögen sie hin nach Oesterreich ziehen und **dort** dieser Ansicht Geltung zu verschaffen suchen d. i. mit andern Worten, die Revolution und den aktiven Widerstand predigen gegen die oktroyirte Verfassung. Können oder wollen sie das nicht, so ist uns mit ihren Versicherungen und Erklärungen nicht geholfen, so wenig als mit den Adressen aus einzelnen deutschgesinnten Ortschaften Oesterreichs, welche auch die Neigung zum Anschluß bekunden. Die Thatsache ist die, daß die Hinneigung der deutschösterreichischen Elemente zu Deutschland und ihr Widerstand gegen eine österreichische Gesammtmonarchie viel zu vereinzelt und zu schwach ist, um den weit überwiegenden Sympathien für ein Gesammtösterreich die Spitze zu bieten. Diese Thatsachen sollten die Abgeordneten aus Oesterreich endlich offen und aufrichtig anerkennen und sollten das einzige Mittel ergreifen, welches ihnen bleibt, um ihre Theilnahme für das erstandene Deutschland durch die That an den Tag zu legen — das Mittel, entweder ihre Stimmen uneigennützig in die Wagschale der Einheit und Macht Deutschlands zu werfen, oder sich der Abstimmung in diesen Fragen gänzlich zu enthalten. Wie wir hören hat diese letzte Ansicht bereits viele Stimmen unter den Oesterreichern für sich gewonnen, wenn auch die Idee eines förmlichen Austritts aus der Nationalversammlung, obgleich gestern in

einer Verhandlung derselben von **Würth**, **Arneth** u. A. angeregt, keine Majorität zu erlangen vermochte.

⨯ **Frankfurt**, 14. März. Der Verfassungsausschuß hat seinen Bericht dahin abgestattet, daß er vorschlägt, die Verfassung mit den in Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen getroffenen Aenderungen, und das Wahlgesetz mit einer einzigen Abänderung, nämlich mit der Annahme der öffentlichen Abstimmung, in **einer** Abstimmung anzunehmen. Es gehen unter den Abgeordneten Listen herum zur Unterzeichnung eines hiemit übereinstimmenden Programms, welches zahlreiche Unterschriften findet.

—x **Frankfurt**, 14. März. Die bevorstehenden Verhandlungen über den Welcker'schen Antrag erhalten alle Parteien der Nationalversammlung fortwährend in Athem. Der Verfassungsausschuß hat gestern mit 14 gegen 6 Stimmen sich für denselben erklärt (in der Minorität sind die HH. Schüler, Wigard, Schreiner, Römer, Lasaulx und Ahrens), sodann aber, mit 9 gegen 8 Stimmen, beschlossen: zugleich mit der Reichsverfassung **auch das Wahlgesetz** zur Annahme **en bloc** der Nationalversammlung zu empfehlen und zwar letzteres in der Fassung, wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen, nur mit der Abänderung, daß statt der **geheimen** die **öffentliche** Stimmgebung darin aufgenommen werde. Es ist dies eine versöhnliche Maßregel, nicht sowohl einzelnen Parteien innerhalb der Nationalversammlung, als vielmehr der **Demokratie** und ihren Anhängern im Volke gegenüber, welcher Angesichts der Feststellung eines erblichen Kaiserthums und des absoluten Veto eine Bürgschaft dafür zu geben ist, daß dieser Hebel einheitlicher Macht und konservativer Staatsordnung nicht gegen sie und die ihr gebührenden Rechte und Freiheiten gemißbraucht werde. Die Erbmonarchie mit dem absoluten Veto auf der einen Seite, das freieste Wahlrecht als breite demokratische Grundlage auf der andern, so steht die Partie gleich, und das Gleichgewicht der konservativen und der demokratischen Elemente ist hergestellt. Aus diesem Gesichtspunkte scheint auch die sogenannte kaiserliche oder Weidenbuschpartei die Sache anzusehen, denn ob zwar in der vorgestrigen Sitzung sich mehrere Stimmen ziemlich bestimmt gegen die Mitannahme des Wahlgesetzes erklärten, als gegen eine unzulässige „Konzession“, wie sie es nannten, so war doch heute, wo indessen der bekannt gewordene Beschluß des Verfassungsausschusses als eine vollendete Thatsache vorlag, die Stimmung eine wesentlich andere. Von allen Seiten erkannte man an, daß die dringende Gefahr des Vaterlandes, die Gefahr, daß Deutschlands Freiheit und Einheit abermals (wie 1815) ein Raub der Diplomatie werde — eine Gefahr, die durch die neueste österreichische Depesche in das grellste Licht gestellt werde — nur zu beseitigen sei durch einen raschen und kühnen patriotischen Entschluß, und daß einem solchen selbst manches, sonst wohlgegründete Bedenken geopfert werden müsse. Allem Vermuthen nach wird daher der Weidenbuschverein einmüthig, oder doch seiner ganz überwiegenden Mehrheit nach sich dem Vorschlage des Verfassungsausschusses anschließen. Wie die Stimmung über diesen in andern Theilen der Nationalversammlung sei, läßt sich ganz genau noch nicht übersehen. Würtemberger Hof und Westendhall (soweit nicht beide schon dem Weidenbuschverein angehören) werden erst heute in definitive Berathung des Welcker'schen Antrags treten; eben so die Linke. Von jenen steht ein Anschluß an die Partei der Patrioten, (so möchten wir jetzt die Weidenbuschpartei am Liebsten nennen) wohl mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Die eigentliche Linke dagegen scheint vor der Hand noch wenig geneigt, ihrerseits ein Opfer ihrer Lieblingsidee auf dem Altar des Vaterlandes zu bringen; doch dürften Einzelne im entscheidenden Augenblicke noch ihren Entschluß ändern. Die Baiern hielten gestern Abend eine Versammlung, worin aber leider der krasseste Partikularismus und jener Geist, der kein anderes Vaterland kennt, als Rom, bei weitem die wenigen gut deutschen Elemente überwogen. So weit geht der blinde Eifer dieser Herren gegen ein preußisches Kaiserthum, daß Einer derselben, Herr **Edel**, erklärt haben soll: lieber werde er für einen Präsidenten stimmen. Als ein großer moralischer Gewinn für die Patriotenpartei kann indeß das betrachtet werden, daß Männer wie **Rotenhan** und **Giech** sich nun entschieden für das Erbkaiserthum erklärt haben und daß auch jene baierischen Abgeordneten, welche sich aus Rücksichten für ihr spezielles Vaterland von ihren bisherigen Meinungsgenossen trennen zu müssen glaubten, wie **Pözl**, **Paur**, **Reitmayr**, jetzt zu denselben zurückzukehren sich entschlossen zeigen. Die **Oesterreicher** selbst waren in einer vorgestern abgehaltenen Versammlung zu einer ziemlich richtigen und anerkennenswerthen Anschauung ihrer Stellung hier Angesichts der neuesten Schritte ihrer Regierung gelangt; wenn auch der Vorschlag auszutreten (der von Arneth und Würth ausging) nur wenig Stimmen gewann, so schien doch die Mehrheit entschlossen, das deutsche Einigungswerk nicht länger durch Abstimmungen im Sinne eines österreichischen oder vielmehr habsburgischen Sonderinteresses zu stören. Gestern war leider dieser gute Geist so ziemlich wieder verflogen, obschon man glauben sollte, daß die russische Depesche von Ollmütz jenen vorgestern gefaßten ehrenhaften Entschluß noch mehr bestärkt haben müßte. Der Ueberredungskunst **Heckschers** soll es namentlich zuzuschreiben sein, wenn sich ein großer Theil der Oesterreicher von Neuem in unklaren Vorstellungen und Hoffnungen von einem doch noch möglichen staatsrechtlichen Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland wiegt.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 14. März. Dürfen wir den Berichten der nunmehr zurückgekehrten Gesandten des großdeutschen Verfassungsausschusses trauen, so gehört es zu den weiteren Ansichten der österreichischen Regierung, daß der gesammte deutsche Bundesstaat in 6 oder 7 Kreise getheilt würde, daß das **ganze Oesterreich** einen dieser Kreise bilde und daß für diese Kreise auf jede Million Einwohner ein Abgeordneter zum Staatenhause gesandt werde, so daß Oesterreich in Anwendung dieses statistischen Grundsatzes 38, das übrige Deutschland nur 32 Vertreter in diesem Staatenhause zählen würde. Außerdem würde Oesterreich den beständigen Vorsitz im Direktorium führen, während es den andern deutschen Staaten nicht erlaubt sein würde, noch besondere Vereinigungen unter sich einzugehen. So z. B. müßte der Zollverein sofort aufhören!

⁝ **Frankfurt**, 14. März. Graf Stadion soll hier eingetroffen sein. Vielleicht gelingt es ihm noch, das Werk der deutschen Einheit zu stören. Vielleicht auch nicht. Vielleicht ist das deutsche Parlament so beschränkt, sich noch nicht überzeugt zu haben, daß ein deutsches Parlament eine ganz unnöthige, überflüssige und unzulässige Einrichtung sei.

Der Verfassungsausschuß beantragt, den Welckerschen Antrag anzunehmen, jedoch dem nächsten ordentlichen Reichstage Abänderungen an der Verfassung ohne die hiefür vorgeschriebenen erschwerenden Formen vorzubehalten, zugleich auch für den Fall, daß Oesterreich nicht beitreten werde, eine andere Vertheilung der Stimmen im Staatenhause alsbald zu beschließen. Ferner, das Wahlgesetz in der Fassung, wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen, anzunehmen mit der einzigen Abänderung, daß öffentliche Stimmgebung an die Stelle der geheimen trete.

Morgen sind, was gewiß kein Redner vergessen wird, die Iden des März, an welchen Cäsar fiel. Man vergesse nur nicht, daß das römische Volk statt des aus der Welt geräumten Cäsar einen Augustus erhielt und einen Tiberius.

Wien, 9. März. Wie der in ministeriellen Dingen wohl unterrichtete Lloyd erzählt, sind das Gemeindegesetz, die Gesetze, welche die Preßfreiheit, das Associationsrecht regeln, bereits entworfen, und bedürfen wenig mehr, als der Sanction des Kaisers.

△ **Wien**, 9. März. Die Verhaftung des Abgeordneten Fischhof war von Umständen der wunderlichsten Art, wie sie nur bei uns vorkommen können, begleitet. Hier angelangt, führte man ihn zuerst auf die Stadthauptmannschaft, welche erklärte, sie könne ihn nicht übernehmen, da keine Anzeige gegen ihn vorliege. Man brachte ihn also in das Kriminalgebäude, wo die Uebernahme des Gefangenen abgelehnt wurde, da er keines Verbrechens angeklagt sei. Nun führte man ihn zur Central-Untersuchungskommission, aber auch hier lag nichts vor und dieselbe Antwort erhielt man von der sonst so bereitwilligen Militär-Untersuchungskommission. Er mußte also in das Polizeihaus gebracht werden, bis entdeckt sein wird, wer ihn eigentlich verhaften ließ, und auf welche Anklage hin. Man vermuthet, daß die Ursache seiner Verhaftung darin zu suchen sei, daß er im Mai v. J. Präsident des Sicherheitsausschusses und im Oktober Mitglied des Vertheidigungsausschusses war. Der Abgeordnete Prato aus Wälschtyrol ist beschuldigt, im Einverständnisse mit Karl Albert gewesen zu sein; die fünf andern Abgeordneten, gegen welche Verhaftsbefehle ausgestellt worden, sind Füster, Violand, Goldmark, Kudlich und Marcher. Dieser Letztere ist gänzlich unbekannt, und hat in der Kammer niemals gesprochen. Es ist unterhaltend, zu beobachten, wie sich unsre Journale bemühen, der Illumination vom 7. eine erfreuliche Seite abzugewinnen. Die Lückenhaftigkeit derselben (in vielen

Straßen der innern Stadt (in Einzelnen blieb es ganz finster) wird mit den vielen leerstehenden Wohnungen entschuldigt, die Stille, welche herrschte, ist nach der „Presse“ nur in den Anstandsbegriffen des Publikums zu suchen. Gewiß ist, daß die Illumination spät anfing und früh aufhörte, daß der größte Theil der Vorstädte, obschon dort die Illumination angesagt war, gar nicht beleuchtete, z. B. Lerchenfeld, wo man den einzigen Bürger, der beleuchtete, zum Auslöschen zwang und mit einer Katzenmusik bedrohte. Im Kärnthnerthore wurde zwar nach der Oper die Volkshymne gesungen, aber vor einem beinahe schon leeren Hause, da es den anwesenden Offizieren zu spät eingefallen war, sie zu verlangen. Eine weitere Bemerkung, die ich machte, ist die, daß Militär und Sicherheitswache den Fenstern, welche dunkel blieben, eine besondere Aufmerksamkeit widmeten.

Ich habe Ihnen die Erlasse und Gegenerlasse des Ministeriums und des Fürsten Windischgrätz in der ungarischen Banknotenfrage zugesendet. Heute bringt nun das Abendblatt des Lloyd, das halboffizielle Journal des Ministers des Innern, einen für unsre Verhältnisse unerhörten Artikel. Ohne gerade einen Namen zu nennen, wird darin gesagt, daß in einem konstitutionellen Staate nur eine Regierung sein könne und daß die Schlösser von Mailand und Ofen gehorchen müßten, wie die untergeordneiste Stelle. Das demüthige Wien ist ordentlich erschrocken über diese kecken, vielen beinahe wie hochverrätherisch klingenden Worte; aber der Lloyd wird wissen, warum er jetzt so spricht und nicht anders. Uebrigens ist das Militär höchst ungehalten gegen den Lloyd und welchen Grad die militärische Mißbilligung in einem konstitutionellen Staat erreichen kann, beweist das Beispiel in Gratz mit dem Redakteur Gretschnigg. Die Presse vom 10. ruft das Ministerium förmlich auf sich in die ser Frage Gehorsam zu verschaffen mit Hinweisung auf den §. 80, welcher das Militär einen gehorchenden Körper nennt. Auf die Ungarn scheint das Wort Gesammtmonarchie und die Verleihung der Konstitution nicht den günstigsten Eindruck zu machen, besonders scheint der konservative Adel die Beibehaltung seiner Vorrechte gehofft zu haben. Einzelne lassen sich so weit hinreißen, daß sie an öffentlichen Orten gegen die Oktroyirung sprechen und auf diese Veranlassung wurde gestern Abend Graf Ludwig Dessewffy verhaftet. Das Versprechen des Grafen Stadion, zu versuchen ob die Oktroyirung noch rückgängig zu machen sei, scheint doch ernstlich gemeint gewesen zu sein, denn um 11 Uhr in der Nacht vom 7. wurde von Kremsier hierher telegraphirt, daß man mit der Publikation der k. Manifeste rc. bis auf Weiteres einhalten möchte, aber schon um 5 Uhr früh wurde von Ollmütz telegraphirt, daß die gemachten Anordnungen zu vollziehen seien.

△ **Wien**, 10. März. Das Urtheil des Juweliers Benedetti aus Gratz, welcher seit mehreren Monaten in Haft ist, wurde vorgestern gesprochen: es lautet auf 12jährigen schweren Kerker wegen Theilnahme am Oktoberaufruhr und gefährlicher Aufreizung. Auch in Preßburg wurde am 27. v. M. der Wirthschaftsbeamte Franz Spur aus Eisenstadt in Ungarn „wegen des Verbrechens der beleidigten Majestät im 2. Grad“ zu 10monatlichem Arrest verurtheilt. Sämmtliche betreffenden Behörden haben den Auftrag erhalten, den Frankfurter Deputirten Dr. Giskra, wenn er sich in Oesterreich betreten ließe, zu verhaften, da er als Emissär des Demokratenvereins in Halle bezeichnet sein soll, um hier Unruhen zu erregen. Die Danksagungsdeputation des Gemeinderaths und des Magistrats, bestehend aus 17 Mitgliedern dieser Körperschaften, ist gestern Abend nach Ollmütz abgegangen. Der Beifall, welches sich die oktroyirte Verfassung von Seiten sämmtlicher Hebräer zu erfreuen hat, äußert sich täglich in Spenden einzelner Juden zum Wohle des neuen „Gesammtvaterlandes.“ Auf Anordnung des Ministeriums des Innern werden am 11. l. M. in allen Haupt- und Kreisstädten der Monarchie kirchliche Festlichkeiten veranstaltet, zur Feier der erhaltenen Konstitution. Für Wien ist die St. Stephanskirche dazu bestimmt; wir fürchten, sie wird nicht überfüllt sein, da bereits so viele „Gutgesinnte“ anfangen, Reißaus zu nehmen aus Furcht vor der Wiederkehr des 13. März; obgleich man zu ihrer größern Beruhigung nun ein förmliches Lager auf dem Glacis gegen die Wieden vorbereitet. Man erwartet mit großer Spannung die Nachrichten, wie die neue Konstitution in Böhmen und in den südslawischen Ländern aufgenommen wird. Findet sie dort Beifall, so ist für diesen Handstreich der Regierung alles gethan, denn die übrigen Provinzen und größeren Städte sind in dem gleichberechtigten Zustande der Belagerung und des Kriegs; es wäre mithin völlig überflüssig, ihre Meinung darüber auszusprechen. Ueberdies hat hat das Ministerium die spekulirende Nation für sich, obschon die Verhaftung Fischhofs den anfänglichen Jubel wieder etwas herabgestimmt hat. Schuselka blieb zwei Tage nach der Auflösung der Versammlung in Kremsier, um sich etwaigen Verhaftungsbefehlen zur Disposition zu stellen. Heute ist er hier eingetroffen, hat sich der Stadthauptmannschaft vorgestellt und dort angezeigt, daß wenn man ihn allenfalls suchen sollte, er bei seiner Mutter in Klosterneuburg zu finden sei.

Ueber Ungarn sind wir noch in der gestrigen Ungewißheit. Baron Kulmer hatte versprochen, eine Kundmachung zu erlassen, um den Gerüchten einer Niederlage der k. Armee zu widersprechen; sie erfolgte aber nicht. Die Differenzen wegen der ungarischen Banknotenfrage scheinen sich beilegen zu wollen. Von dem Fürsten Windischgrätz steht eine Proklamation zu erwarten, wodurch er die Noten wieder niederschlägt und den letzten Erlaß, obgleich er seine Namensunterschrift trägt, dadurch desavouirt, daß ein Regierungsbeamter dafür verantwortlich gemacht wird, welcher ihn in seiner Abwesenheit erlassen haben soll, was freilich nach der langen Zeit, welche darüber hingegangen und den vielen Erörterungen etwas unwahrscheinlich klingt. So eben wird amtlich bekannt gemacht, daß morgen als am 11. eine solenne Meße mit Te Deum nebst Ausrückung der ganzen Garnison und Abends Beleuchtung der Stadt „aus Anlaß der verliehenen Konstitution“ stattzufinden habe.

* **Wien**, 10. März. Nach dem neuen Preßgesetz sollen die Kautionen für täglich erscheinende politische Journale 10,000 fl. für Wien und 5000 fl. für die Provinzen betragen. Für Preßvergehen soll schwere Kerkerstrafe bis auf 10 Jahre verhängt werden können. Briefe aus Pesth melden, daß Feldmarschall Fürst Windischgrätz sich geäußert habe, er bedürfe zur Vollendung des ungarischen Feldzuges einer Verstärkung von 50,000 Mann. — Siebenbürgen ist bis auf die Städte Kronstadt und Hermannstadt ganz in den Händen der Insurgenten. Die weiteren ungünstigen Nachrichten aus Ungarn haben sich bis jetzt noch nicht bestätigt, die Börse schöpft Vertrauen. Bei den 35 Bataillons, durch deren Aufstellung in den deutsch-slawischen Werbbezirken die k. k. Infanterie eine ansehnliche Verstärkung erhält, schreitet die Bildung der Kadres rasch vorwärts. Kaiser Ferdinand gedenkt den Sommer auf einer der Familienherrschaften in Oberösterreich zuzubringen; was vorzüglich durch den leidenden Zustand der Kaiserin Maria Anna veranlaßt wird. Der große Mathematiker von Ettingshausen, bisher Professor an der hiesigen Universität, ist zum Professor der höheren Mathematik an der k. k. Ingenieur-Akademie ernannt worden.

Laibach, 2. März. Gestern wurde hier Graf Hohenwart jun. zum Abgeordneten für Frankfurt, und der Med. Dr. del Cott zum Ersatzmann gewählt.

△ **Berlin**, 12. März. Der Minister des Innern hat privatim ersucht, ihm 12, 16, 20 Abgeordnete aus den verschiedenen Provinzen und Ständen zu bezeichnen, mit denen er die beabsichtigte Gemeindeordnung zu berathen wünsche. Die von den Ministern vorgelegten Gesetze über Gewerbe, Gerichtsverfahren rc. finden vielen Widerspruch, und selbst die Neue Preußische Zeitung spricht sich gegen die Anwendung aus, „welche das Staatsministerium, oder vielmehr die später zu den vier ersten muthigen Männern hinzugetretenen Departementschefs von dem Artikel 105 der Verfassung gemacht und dadurch denselben im Voraus kompromittirt, statt zum haushälterischen Gebrauch reservirt hätten.“ Es sei „dringendes Bedürfniß der Gesetzgebung“ mit „dringendem Fall“ verwechselt worden. Letzteren, der nur vorliege, wenn unerwartete Ereignisse eine unmittelbare Abhülfe erheischten, habe das Gesetz im Auge gehabt. Allerdings hat sich die Nothwendigkeit einer Revision des betreffenden Paragraphen schon in dieser kurzen Frist herausgestellt. Die Denkschriften, in welchen das Ministerium den Belagerungszustand und seine Vorlagen rechtfertigt, sind auch von der Rechten mangelhaft befunden. Man mißt die Schuld weniger den Ministern bei, als den Räthen, mit denen sie sich umgeben haben, deren Mehrzahl der alten Schule angehört. Im Heere kommen vielfache Pensionirungen, Beförderungen und Versetzungen vor. Allerdings ist es kriegerisch genug, und die mannigfachen Gerüchte von der bevorstehenden dänischen Blokade, den russischen Drohungen u. s. w. haben die Kurse auf der Börse herunter-

gedrückt. In den Parteiversammlungen der Rechten wird die deutsche Frage behandelt. Die Stimmung ist bei vielen Abgeordneten der Rechten sehr günstig für die deutsche Sache. Die Führer der Partei fürchten indeß durch eine zu kräftige Fassung manche der Stimmen aus der bis jetzt vereinigten Schaar zu verlieren. Daher wird man vielleicht eine milde Form wählen, aber an der Sache, am Bundesstaate, wird man festhalten.

** **Berlin**, 12. März. Die Motion wegen Aufhebung des Belagerungszustandes, gestellt von den Abgeordneten Berlins, war heut' auf der Tagesordnung obenan. Waldeck erhielt das Wort. Ich habe Waldeck noch nie so ungeschickt sprechen hören; es ist jedoch ein Gegenstand, von dem auch aus andern Gesichtspunkten, als denen seiner Partei sich Manches sagen läßt. Doch der Redner übernahm sich und ward dann wieder matt. „Die Zahl der leerstehenden Wohnungen soll vermindert sein? Ja, durch Einquartierungen von Militär." Die Linke brach hier selbst unwillkürlich in Lachen aus; aber der Redner veränderte die schmerzlich verzogenen Gesichtszüge nicht und die rechte Hand auf dem Rücken ballte sich bei jener Erwähnung so krampfhaft, wie bei den tragischen Stellen des Vortrags. Er kam auf die Ausweisungen zu sprechen; es war überraschend, aus seinem Mund als obersten Beschwerdegrund zu vernehmen, daß die Berliner Einwohner durch die Ausweisungen großen Schaden erlitten hätten, indem viele Ausgewiesene ihre Schulden auf diese Weise nicht bezahlt hätten! Die Polen versuchten einen Passus gegen die Demarkationslinie, über die Reorganisation des ganzen Großherzogthums einzuschieben. Es gelang nicht. Graf Itzenplitz, im Namen des Adreßausschusses erklärte, daß „die Kammer Deutschland gegenüber solchen Antrag nicht der Regierung empfehlen könne." Ueber den zu Deutschland nicht gehörigen Theil von Posen (dies accentuirte der Redner sehr scharf) sei in der Adresse nichts gesagt, weil die Angelegenheiten von Deutschland noch nicht geordnet seien, weil „es noch nicht feststeht, ob der engere oder der weitere Bundesstaat errichtet werde," und das Schicksal der „Nachbarländer" daher fraglich sei. Freiherr v. Schleinitz, der sich in Jordan'scher Art über die Polen ausließ, erfuhr eine Zurechtweisung von Hansemann; aber unerörtert blieb seine Aeußerung, im Jahr 1848 habe man das, was man Tags zuvor beschlossen, Tags darauf bereut! und sie bezog sich doch auf die Politik Preußens in der polnischen Sache, die, soweit jenes Mitglied (als Rath im Ministerium des Hrn. A. v. Auerswald) in genauer Kenntniß der einzelnen Schritte der Regierung sich befindet, so konsequent war, als der Gegenstand — die Polen — es ermöglichte! Darin lag eine Rücksichtslosigkeit, welche wir immer häufiger bei den älteren Beamten vorfinden, die zur Zeit von Camphausen, Auerswald, Hansemann trotz aller Cruzifige's der öffentlichen Meinung von jenen Männern im Amt erhalten wurden. Undank ist der Welt Lohn. Wir sahen mit Befremden, daß, als über das Amendement der Polen abgestimmt werden sollte, General v. Willisen sich entfernte. Das heißt soviel: Herr v. Willisen konnte nicht mit den Polen gegen die Demarkation und wollte nicht für die Demarkation gegen die Polen stimmen!

Berlin, 12. März. Sobald Hr. Bunsen in London die Aufkündigung des Waffenstillstandes von Seiten Dänemarks erfuhr, brach er sofort die Friedensunterhandlungen ab. Lord Palmerston machte dem dänischen Gesandten über das brüske Verfahren seiner Regierung ernstliche Vorstellungen, die auf die ferneren Schritte Dänemarks nicht ohne Einfluß sein dürften. In Berlin wird fortwährend unterhandelt und zwar durch denselben dänischen Bevollmächtigten, der den Waffenstillstand bei der hiesigen Regierung aufgekündigt hat. Offenbar hegt Dänemark ein allzu blindes und durch nichts zu rechtfertigendes Vertrauen in die Hülfe Rußlands, das den überspannten Forderungen der Dänen jedenfalls den Rücken deckt. Es ist ausgemacht, daß bei unserer Regierung in der letzten Zeit eine russische Note einlief, in der das St. Petersburger Kabinet sich zu Gunsten Dänemarks auf die Verträge von 1815 beruft. Auch gehört wenig Scharfsinn dazu, ein enges Bündniß zwischen Oesterreich und Rußland als bereits geschlossen anzunehmen. Das Einverständniß des österreichischen Internuntius in Konstantinopel mit dem russischen Geschäftsträger daselbst ist eine unbestreitbare Thatsache; dagegen bedarf das Gerücht, die Pforte sei entschlossen, der österreichischen Regierung ihre Flotte zur Bezwingung Venedigs zur Verfügung zu stellen, keiner Widerlegung. Das türkische Ministerium hegt weder für Oesterreich, noch für Rußland besondere Sympathieen und das eifrige Bestreben des russischen Kabinettes, seine Flotte nach dem Mittelmeer auslaufen zu lassen, möchte vorerst ein frommer Wunsch bleiben. Unserer Regierung liegt es ob, allen Intriguen, die sich gegen Preußen und Deutschland anspinnen, ein offenes und gerades Verfahren entgegenzusetzen. Gerüstet ist Preußen auf alle Fälle: in 14 Tagen können wir ein Heer von 300,000 Mann ins Feld stellen. Glauben denn die östlichen Mächte, eine Allianz zwischen Deutschland, England und Frankreich wäre eine Unmöglichkeit? Gewisse Verbindungen machen sich von selbst gewissen Ansprüchen gegenüber. (D. Ref.)

, **Köln**, 12. März. Auf gestern Nachmittag waren die sämmtlichen Urwähler Kölns zu einer Versammlung auf dem „Gürzenich" eingeladen, um sich darüber zu verständigen, wie eine fortwährende enge Verbindung zwischen den Urwählern und unseren Deputirten in Berlin herzustellen sei. Die konservative Partei verwahrte sich gegen dies Beginnen. Es erschienen nur eifrige Demokraten, doch auch nicht zahlreich. Die Verhandlungen schleppten sich mit unverkennbarer Mattigkeit einige Stunden hin. Indessen wurde am Schlusse ein Komite von 13 Mitgliedern, wovon jedoch 3 ihr Mandat nicht annehmen zu wollen erklärten, mit Akklamation zu dem Eingangs erwähnten Zwecke gewählt. Auch wurde der Antrag gestellt, wegen Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin eine Adresse zu erlassen und derselbe ebenfalls mit Akklamation angenommen. Die Weise, wie vorgestern ein junger Auswanderer sein Leben verlor, findet lebhafte Theilnahme. Während seine Angehörigen am Ufer des Rheines standen und ihn auf dem ankommenden Dampfboote bereits bemerkten und grüßten, stürzte er plötzlich durch irgend eine Unvorsichtigkeit in den Rhein und kam nicht wieder zum Vorschein.

0 **München**, 12. März. Vorgestern Abend waren in Nymphenburg geheime Vorsichtsmaßregeln getroffen, die Anzahl der dort liegenden Truppen vergrößert, die Wachtposten verstärkt — weßhalb? weiß Niemand so recht zu sagen, und es lautet wirklich komisch, wenn man von der Besorgniß reden hört, es möchten in Nymphenburg Unruhen ausbrechen. Nymphenburg ist ein königliches Lustschloß mit Garten und einigen wenigen Gehöften. Brand- und Drohbriefe sollen gefunden worden sein. Wenn dies wahr ist, so wurden sie gewiß von einem Spaßvogel gelegt, welcher der beständigen Bereithaltung von mehreren königl. Reisewagen einen Grund geben wollte. Die Nacht ging dort wie hier völlig ruhig vorüber. Vorgestern wurde die erste Sitzung eines baierischen Schwurgerichtshofs diesseits des Rheines geschlossen; die von ihm abgeurtheilten Fälle waren meist Todtschlag und Mord. Ueber zwei Verbrecher wurde das Todesurtheil ausgesprochen, das aber jedenfalls in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt wird, da König Max überhaupt noch kein Todesurtheil bestätigt hat, wenn auch nicht bestimmt durch §. 9 der Grundrechte. Kaum waren die Assisen geschlossen, so wurde gestern am hellen Tage in einem Hause, nahe der protestantischen Kirche, ein Raubmord an einem Geistlichen und Professor des alten Gymnasiums verübt. Einer der beiden Mörder befindet sich bereits in den Händen der Gerechtigkeit. Was im Anfang der dreißiger Jahre in Blüthe stand, die Verletzung des Briefgeheimnisses, scheint auch jetzt in Baiern wieder aufkommen zu wollen: sei es mit Absicht oder nicht, — so viel ist sicher, daß in der letzten Zeit besonders solche Briefe, die an Vereine oder an Männer, die als freisinnig bekannt sind gerichtet waren, wiederholt erbrochen oder verspätet an die Adressaten gelangten. Es sind bereits auch deßhalb Beschwerden beim Ministerium eingelaufen. Die neuen Ministerernennungen sind bis jetzt noch nicht im Regierungsblatte erschienen, — wahrscheinlich weil man der Annahme des Portefeuilles von Seiten des noch nicht hier eingetroffenen Professor Herrmann noch nicht sicher ist. Von Abel ist eine Selbstvertheidigung erschienen, die aber nicht in den Buchhandel kommen wird und nur seinen Freunden mitgetheilt wurde.

Stuttgart, 13. März. Nach mehrstündiger Berathung hat die Kammer die Exigenz der Regierung für die Civilliste im Betrage von 850,000 fl. (von welcher Summe jedoch bekanntlich für das Jahr 1848—49 200,000 fl. freiwillig nachgelassen worden sind) mit 59 gegen 13 Stimmen angenommen. (Schw. M.)

A **Dresden**, 12. März. Das Landhaus war heute von Menschenmassen förmlich belagert, welche die Auflösung der Kam-

mern verkünden hören wollten. Sie ist nicht erfolgt, zum großen Aerger einer hier immer zahlreicher werdenden Partei, welche am liebsten Schwefel und Pech auf diesen Landtag herabregnen ließe, welche die Krone der Wettiner am Abgrunde hinrollen sieht und mit ihrem „Landgraf werde hart!" und „der Thron ist in Gefahr!" dem Könige beständig in den Ohren liegt. Wirklich bedauerlich ist hierbei nur, daß in der That der Fürst von Kleinmüthigkeit nicht allzufern ist. Er soll Wohlgefallen finden an den Loyalitätsadressen, welchen der Schlamm des Radikalismus zu üppigerem Wachsthum verhilft, und in denen ihm beliebige Massen von „Gut und Blut" aufs freigebigste zur Disposition gestellt werden. Auch hier zeigt sich jetzt recht deutlich, wie ein Extrem das andre hervorruft; diese Heulergesellschaft kommt in der That sehr ungelegen in einer Zeit, wo eine verständige freisinnige Partei eben auch in den Kammern in der Bildung begriffen war. Die Anhänger der äußersten Linken gewinnen begreiflicher Weise dadurch auch an Terrain, denn wenn ein Hoflieferant und Hr. Tzschirner gleichzeitig die Werbetrommel rühren, zeigt es eben nicht von schlechtem Geschmacke, wenn die Meisten der letzteren nachlaufen. Hr. Tzschirner hat übrigens heute im Namen seiner politischen Freunde (zwanzig Mitglieder der äußersten Linken) ein meilenlanges Programm nebst angehängter Interpellation zum Besten gegeben, von dem ich heute nur sagen will, daß es bescheidner ausgefallen ist, als man nach den Antecedentien zu fürchten berechtigt war. Der Minister v. Beust beantwortete mehrere Interpellationen — darunter die vorwitzige Schaffrath'sche, ob bairische Truppen im Kirchenstaate interveniren würden, natürlich dahin, daß die Regierung nicht das mindeste davon wisse. Ein andrer Herr wünschte, die Regierung möge keine Truppen nach Schleswig senden (am liebsten möchte dieser Großsachse und seine politischen Freunde ein Separatbündniß mit Dänemark!); der Minister antwortete, die Regierung werde gern ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllen und das Heer werde stolz darauf sein, ihm jetzt dienen zu können. Von Reichstruppen, welche in Sachsen einrücken sollten, hat die Regierung gar keine Kunde; das Mährchen nimmt also ein Ende, wie wir es voraussagten.

† **Kassel**, 12. März. Zur Veränderung haben wir wieder einmal einen neuen, provisorisch bestellten Vorstand des Kriegsministeriums in der Person des Majors Bödicker erhalten. Seit den Märztagen des vorigen Jahrs ist dies vielleicht der zehnte Wechsel dieser Art; die Mittheilung, daß der inzwischen (seit der letzten Sitzung) mit dem Kriegsministerium betraute Herr N. N. den verfassungsmäßigen Revers eingesandt habe, bildet nahezu die stereotype Einleitung jeder Ständesitzung. Den Grund dieser sehr zu beklagenden Erscheinung suchte man bisher vorzugsweise in dem §. 107 der Verfassungsurkunde, wonach das Kriegswesen nur, „soweit solches nicht für den Landesherrn als obersten Militärchef ausschließlich gehört" unter dem Kriegsministerium steht, und den dadurch veranlaßten Kompetenzkonflikten; allein man hat sich darin getäuscht, der Wechsel ist seit der Aufhebung jenes Vorbehalts durch das Gesetz vom 26. Oktober 1848 nur noch häufiger geworden. Auch die ungesunde Luft, welche nach dem Volkswitze im Kriegsministerium herrschen soll, wollen wir als Grund dahin gestellt sein lassen. Der wahre Grund liegt einzig in der Persönlichkeit des Churfürsten und in den Verlangen, welche er an die Kriegsminister nach alter Gewohnheit stellen zu können glaubt. Die Unhaltbarkeit der Stellung eines Kriegsministers kann nur durch die übrigen Minister und eine strenge Solidarität beseitigt werden. Uebrigens verspricht man dem jetzigen Kriegsministerium eine längere Dauer, ein Umstand, der zur Empfehlung gerade nicht geeignet sein möchte.

Das Ansinnen der Republikaner an den Stadtrath, auf dem neuen städtischen Todtenhofe eine Blums-Eiche pflanzen zu dürfen, soll dem Vernehmen nach vielfachen Anklang bei den Stadtrathsmitgliedern gefunden haben; ein Beschluß ist bis jetzt nicht gefaßt. Herr Oberbürgermeister Harlwig ist ganz entschieden dagegen.

Die nächsten Tage werden uns in der Person des frühern Oberhofintendanten Henkel, einem Manne von bewährtem Charakter, einen tüchtigen Chef der städtischen Polizeiverwaltung bringen, und ist zu hoffen, daß der Sittenlosigkeit, welche in dem letzten Winter hier in bedenklichem Grade geherrscht hat, dann in Etwas gesteuert werden wird.

△ **Darmstadt**, 14. März. Gestern Abend beschloß der hiesige vaterländische Verein nachstehende beide Adressen. „An die deutsche Nationalversammlung. Hohe Versammlung! Die Wünsche von ganz Deutschland sind in dem Antrage formulirt, welchen gestern der Abg. Welcker vor das Haus gebracht hat. Wir erwarten von den Repräsentanten der deutschen Nation die rasche, begeisterte That, an welcher die Hoffnungen unserer Feinde auf immer zerschellen müssen. Erhebt euch, Vertreter des Volks, und sprecht das rettende Wort: „daß die Verfassung, sowie sie aus der Revision des Ausschusses hervorgegangen, endgültig feststehe!" Beruft an die Spitze des neuen Reiches den deutschen Fürsten, der allein die Macht hat, unsere nationale Ehre zu verfechten! Sprecht es aus! und seid versichert: es wird das deutsche Volk mit derselben Kraft der Begeisterung wie in den glorreichen Tagen der Märzrevolution, dafür sorgen, daß sein Wille in allen Gauen Deutschlands zu Ehren komme. Das Vaterland ist in Gefahr, aufs Neue in den Jammer zurückzuversinken, der es Jahrhunderte lang vernichtet hat. Erfasset den Welcker'schen Antrag — und Ihr habt es gerettet." „An den Abgeordneten Welcker. Nehmen Sie, verehrter Mann, unsern wärmsten Dank für den Antrag, welchen Sie gestern vor der Nationalversammlung gestellt. Ihr Wort war erlösende That! Sie hatten gehofft, Oesterreich in den Verband der deutschen Verfassung eintreten zu sehen, ohne das Bedürfniß des deutschen Volkes nach staatlicher Einheit zu verletzen. Oesterreich aber hat durch die Oktroyirung seiner Konstitution aufs Neue bewiesen, daß es, in sich geschlossen, auch nicht den kleinsten Theil seiner Provinzen als Theil des deutschen Bundesstaates dulden will und kann. Und dieser Thatsache gegenüber haben Sie keinen Augenblick gezaudert, Ihr bisheriges Streben zu verlassen und mit der ganzen Energie Ihres patriotischen Willens unsere Partei, die Partei des erblichen preußischen Kaiserthums zu ergreifen. Sie haben beantragt, die Verfassung rasch durch einen Gesammtbeschluß festzustellen; Sie haben das Verdienst, die deutsche Nationalversammlung wieder zu der großartigen Begeisterung entflammt zu haben, welche die Mutter jeder erhabenen That ist. Möge die Nationalversammlung im Feuer dieser Begeisterung den kühnen Entschluß fassen, den Sie beantragt haben, und der uns retten wird!" Beide Adressen gingen bereits nach Frankfurt ab.

Wiesbaden, 13. März. Heute ist vom Reichskriegs-Ministerium der Befehl dahier eingetroffen, daß eine, schon seit mehreren Tagen marschfertig gehaltene Batterie unserer Artillerie — 6 Geschütze mit 4 Offizieren — so zeitig von hier abmarschiren sollte, daß dieselbe am 20. d. M. zu Köln und am 23. in der Elbemündung eintreffen könne. Demgemäß wird jene Batterie in den nächsten Tagen ab- und muthmaßlich ernsten Scenen entgegengehen. (O. P.-Z.)

Oldenburg, 11. März. Heute feierte Oldenburg das Fest der endlich errungenen Verfassung. Reveille, Glockengeläute und 25 Kanonenschüsse leiteten den Tag ein; dann folgte die Beeidigung des Militärs, welches vor der Kaserne aufgestellt war. Der Eid lautet: „Ich schwöre, eingedenk des von mir geleisteten Diensteides, auch die Staatsverfassung treu und gewissenhaft beachten zu wollen, so wahr mir Gott helfe!" Der General sprach den Eid vor und die Truppen erkannten ihn mit gehobener Hand an. Ein dreimaliges Hoch auf den „konstitutionellen Landesherrn" beschloß den etwas frostigen Akt. Um 10 Uhr war in der gedrängt vollen Lambertikirche Gottesdienst, dem der ganze Hof beiwohnte. Ueber der Kanzel hing zwischen dem deutschen und dem oldenburgischen Wappen eine blaue Fahne mit einem Adler, welcher in den Fängen die deutschen Grundrechte und unser Staatsgrundgesetz hielt. (Wes. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 9. März. Um auf das Parlament „von außen zu drücken" oder Petitionen an das Parlament zu berathen, finden aller Orten und Enden Versammlungen in verschiedener Richtung und zu verschiedenen Zwecken statt. Die Schiffsherren und Schiffsbauer versammelten sich an mehreren Orten, um gegen die beabsichtigte Aenderung der Schifffahrtsgesetze zu eifern, die Gesellschaft zum Schutze der Ackerbauinteressen, aus wohlgenährten Farmern bestehend, versammelte sich soeben erst unter dem Vorsitze des Herzogs von Richmond, um über Zurücksetzung und unerträglichen Druck Klage zu führen; anderwärts versammelt man

sich, um Petitionen zu entwerfen zu Gunsten des von Cobden empfohlenen zur Zeit noch etwas chimärischen Planes, an die Stelle des Kriegs völkerrechtliche Schiedsurtheile treten zu lassen, oder man faßt zornige Beschlüsse über die Malzsteuer, oder die Höpfenbauer kommen zusammen und beklagen sich über Vernachlässigung Seitens der Regierung, die, wie man sieht, es in England eben so wenig Jemanden Recht machen kann als die Regierungen in andern Ländern. Von größerem Interesse für das Ausland ist ein Meeting, welches die Parlamens-Reform-Gesellschaft von Westminster am 7. März im York-Hotel hielt, wobei ein gewisser Herr Geeson darauf aufmerksam machte, daß der Londoner Stadttheil Tower Hamlets mit 18748 registrirten Wählern nur zwei Vertreter ins Parlament schicke, wogegen 50 Städte mit nur 18511 Wählern nicht weniger als 86 Vertreter zum Parlament abordneten. Zugleich wurde angezeigt, daß in mehreren Kirchspielen von Westminster Versammlungen gehalten würden, um für die Abschaffung der Fenstersteuer zu petitioniren.

Erwähnt zu werden verdient noch eine Versammlung, welche an demselben Tage (7. März) von Arbeitern und kleinen Handwerkern in der Threadneedlestreet gehalten wurde, um den heruntergekommenen Zustand der Gewerbe in der Hauptstadt, wie überhaupt die traurige Lage der arbeitenden Klassen im Allgemeinen in Betracht zu ziehen und ein an das Parlament zu richtendes Gesuch um Errichtung von Kolonien im Inlande zu berathen. Die Leute gehen von der Ansicht aus, daß in England noch genug Land vorhanden sei, welches richtig vertheilt und benutzt, hinreichen würde, alle jetzt Darbenden zu ernähren. Sie mögen nicht so ganz Unrecht haben; wenn aber dabei die gewöhnlichen Ausfälle gegen Aristokratie, gegen Hofwirthschaft, ja selbst gegen das Königthum vorkommen, so ist dabei wohl zu bedenken, daß die republikanische Form an sich keineswegs allen Rechtsungleichheiten und Glücksunterschieden plötzlich ein Ende zu machen im Stande ist, wie man von gewissen Seiten leichtfertig genug ist, dem Volke vorzuspiegeln. In den Urkantonen der Schweiz halten wenige Familien im Bunde mit den Priestern die übrige Bevölkerung im tiefsten Elend und geistigen und leiblichen Schmutz, in der ganzen Schweiz giebt es, zu ihrer tiefsten Schande, Haufen von Heimathlosen, die von Dorf zu Dorf und von Kanton zu Kanton wie jagdbares Wild gehetzt werden, und in den Kellern und Straßen des übervölkerten New-York kommen diejenigen, welche keine Arbeit finden können, eben so elend und vielleicht verhältnißmäßig in eben so großer Zahl um als in London. Für die Empfindungen jedoch, welche auch in diesen englischen Arbeitern leben, sind Aussprüche wie folgende bezeichnend genug. Ein gewisser A. Walton äußerte: die Weltfrage sei jetzt, nicht ob dieser oder jener König regieren, oder der Papst wieder eingesetzt werden solle, sondern ob die Bevölkerung, die von ihrer Hände Arbeit lebe, einen Lohn für ihre Arbeit haben solle. Ein Chartistenführer, Namens Cooper sagte: er müsse gegen die bestehende Ordnung der Dinge Protest einlegen, so lange es noch einem Herzog gestattet sei, 100,000 Morgen Landes bloß dazu zu besitzen, um darauf Hochwild jagen und Wildhühner schießen zu können, während es Hunderttausende gebe, die kein Hemd auf dem Leibe trügen. Derselbe Chartist empfahl der Versammlung, die beschlossene Bittschrift durch Peel, als den geeignetsten Mann, dem Parlament überreichen zu lassen, was denn auch von der Versammlung beschlossen wurde. Peel als Befürworter einer chartistischen Bittschrift! Es ist sehr fraglich, ob sich Sir Robert Peel durch das Vertrauen, welches die Chartisten auf ihn setzen, sehr geschmeichelt fühlen dürfte, obschon er sich dieses Vertrauen durch einen im Parlament gemachten Vorschlag zur Bebauung wüst liegender Ländereien in Irland erworben haben mag. Indeß ist es allerdings richtig, daß der gemeine Mann in England auf den konservativen Peel von jeher mehr Vertrauen setzte, als auf irgend einen liberalen Whig.

Frankreich.

* **Paris**, 12. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Berathung des Wahlgesetzes unterbrochen, um den Antrag des Finanzministers zur Bewilligung von zwei Zwölftheilen der Steuern zu berathen. **Perrée** verlangt, daß man nur ein Zwölftel bewillige, um dem Ministerium nicht Gelegenheit zu geben, auf diese Art sich das ganze Budget des Jahres nach und nach bewilligen zu lassen. **Goudchaux**: Es ist gleichgültig, ob man ein oder zwei Zwölftel bewilligt; vorausgesetzt, daß die Versammlung das ganze Budget votirt. **Passy**, Finanzminister: Gerade weil das Ministerium die Absicht der Versammlung, das Budget in seiner Gesammtheit zu untersuchen, kennt und achten will, verlangt es nur zwei Zwölftheile. Die Versammlung bewilligt den verlangten provisorischen Kredit von 176 Millionen. Als Zusatz wird von der Kommission verlangt, daß jeder Minister in seinen Ausgaben nicht den Kredit überschreite, den ihm das Budgetprojekt für dieses Jahr vorschreibt. **Dezeimeris** fordert den Finanzminister auf, sich zu erklären, ob das Ministerium beabsichtige, den Gehalt des Präsidenten der Republik unter dem Vorwande von Repräsentations-Entschädigung zu vermehren. **Passy** behauptet, daß der Berichterstatter des Konstitutionsentwurfs (Marrast) schon zu verstehen gegeben, daß diese Repräsentationskosten sich eben so hoch als der zugestandene Gehalt belaufen könnten. (**Antoni Thouret**: Das ist eine Verletzung der Konstitution.) Der Minister verlangt also, daß man dem Präsidenten der Republik noch weitere 600,000 Franken bewillige; es sei nur eine Frage des Anstandes und der Würde der Republik. **Laussedat**: Sparsamkeit ist vor allem nöthig und die Würde der Republik liegt mehr in den Handlungen, als in den Luxusausgaben. **Clement Thomas** beklagt sich, daß der Minister so gleichsam hinterrücks die Vermehrung des Gehaltes des Präsidenten verlange, man solle also diesen Vorschlag der Finanzkommission zur Prüfung zuweisen.

Das Büdget für das Jahr 1849 ist nach dem ministeriellen Entwurf folgendenmaßen zusammengesetzt: Ausgaben 1639 Mill. Davon kommen auf die verschiedenen Ministerien 945,877,000 Frkn.; auf die allgemeinen Ausgaben 693,274,000 Frk. und zwar auf die öffentliche Schuld 455,397,000 Frk., auf die Erhebung der öffentlichen Einnahme 237,877,000 Frk.

Die Einnahmen dagegen waren zu 1548 Mill. veranschlagt. Das Büdget, wie es der Nationalversammlung am 12. Dezember 1848 vorgelegt wurde, bot also ein Defizit von 91 Millionen dar. Da indessen seitdem verschiedene Veränderungen im Staatshaushalte eingetreten sind, einerseits die Herabsetzung der Salzsteuer, andererseits Verringerung der Anzahl der Beamten und ihres Gehalts u. a. m., so muß nach Hrn. Passy das Defizit jetzt auf 208 Millionen angeschlagen werden.

Der Wahlausschuß der Rue de Poitiers geht noch immer mit seinem Manifeste schwanger. Es scheint zwischen den Mitgliedern desselben nicht die beste Eintracht zu herrschen. Es heißt, daß die imperialistischen Mitglieden in Masse auszutreten beabsichtigen. In diesem Falle würde der Ausschuß nur noch aus reinen Orleanisten und Legitimisten bestehen. Die in dem Moniteur veröffentlichte Mittheilung, worin Louis Bonaparte jede direkte Verbindung mit dem Wahlausschuß des Hrn. Thiers ablehnt, hat große Bestürzung in demselben hervorgebracht.

Der General Le Flô, im Juli vorigen Jahres von General Cavaignac nach St. Petersburg gesandt, ist wieder nach Paris zurück. Er erzählt, daß der Czar sich voll Sympathie für die französische Republik gezeigt habe, während er die größte Verachtung gegen die spitzfindige, egoistische und rein persönliche Politik Louis Philipp's hege, und daß derselbe sich wie von einer großen Last befreit fühle, da er sich nicht mehr gegen die Lügen und Winkelzüge des Ex-Königs in Acht zu nehmen brauche. „Die Franzosen, soll der Czar gesagt haben, haben die Republik angenommen. Mögen sie diese Regierungsform behalten; es ist diejenige, die ihnen zusagt, wie den Russen noch lange Zeit der Despotismus nothwendig ist." Er hegt übrigens die größte Achtung vor dem General Cavaignac wegen seiner Geradheit und militärischen Talente.

Wir haben bei einem hochgestellten Beamten des Kriegsministeriums Erkundigungen über das vielbesprochene, von dem Minister des Innern hartnäckig geleugnete Bankett socialistischer Unteroffiziere der Garnison von Paris eingezogen. Dieses Bankett hat wirklich stattgefunden, so wie es die zwei Repräsentanten vom Berge, die demselben beiwohnten, beschrieben haben. Ueberhaupt flößt der Geist der Armee, namentlich der Unteroffiziere, der Regierung die größten Besorgnisse ein. Für die beiden Generale Cavaignac und Lamoriciere hat der Polizeipräfekt auf Befehl des Ministeriums eine eigene Ueberwachung organisirt.

Das schon seit geraumer Zeit bemerkbare Steigen der Course hat sich an der heutigen Börse nicht angehalten. Die 3 pCt. schlossen 55, 40, die 5 pCt. 87, 15, Bankaktien 2390.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung vom 15. März. Beschluß der preuß. ersten Kammer in der deutschen Frage. Herr Welcker. Herr von Wydenbrugk. Abgeordnete aus Berlin. Graf Arnim tritt aus dem Ministerium.) Berlin (Anklage gegen Abgeordnete. Verhandlungen der ersten Kammer. Die Nachrichten aus Frankfurt.) München (Truppen nach Schleswig. Ultramontane Presse.)

Frankreich. Paris (Die Repräsentationsgelder des Präsidenten genehmigt.)

Italien. Turin (Die Revuen.) Rom (Neue Gesetze. Anerkennung der Republik.) Neapel (Kein Guerillaskrieg.)

Ungarn. Pesth (Das Treffen bei Szolnok.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 15. März.)

Verhandlungen der National-Versammlung.

Vom 15. März.

Tagesordnung der 186. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Abgeordneten Gevekoht, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichts, die Erlassung eines Gesetzes, den Schutz und die Fürsorge des Reichs für die deutsche Auswanderung betreffend.

Vorsitzender der Präsident Hr. Ed. Simson. Von neu eingetretenen Mitgliedern werden den Abtheilungen zugewiesen die Herren Brockhausen aus Warendorf, d'Elvert aus Brünn, Kreutzberg aus Prag, Wesseln aus ungarisch Hradiz. Zu den Erklärungen der deutschen Regierungen ist eine von Oesterreich eingegangen (Hört!) und durch den interimistischen Bevollmächtigten überreicht worden. Desgleichen ein Flottenbeitrag von über 300 Gulden in Banknoten aus Salzburg. (Bravo!) Der Reichsministerpräsident vertagt seine für heute angesagte Beantwortung der v. Raumer'schen Anrufung wegen des Verhältnisses zu Oesterreich auf morgen, wo auch die Beantwortung der Würth'schen Interpellation in Bezug auf die auswärtige Politik erfolgen soll.

Der Reichsminister des Handels Hr. Duckwitz erwiedert heute auf die Eisenstuck'sche, die Verwaltung der Flottenangelegenheit betreffende Anrufung vom 12. mit einer Darstellung des Verfahrens, welches das Marinedepartement den von Herrn Eisenstuck gerügten Fällen gegenüber eingehalten. „Weil binnen fünf Monaten — schließt er seinen Vortrag — keine Flotte erbaut werden könne, so seien Schiffe erkauft worden und das Reich besitze gegenwärtig demnach: 3 Dampffregatten (wovon eine den Namen „Erzherzog Johann", die andere „Barbarossa" führen werde), 6 Dampfkorvetten, 1 kampffähiges Segelschiff von 32 Kanonen und 86 Kanonenbote und Jollen, wenngleich nicht alle schon ganz im Bau beendet sind. Für die Armirung aller dieser Fahrzeuge ist das Material beschafft, die Offiziere zu deren Befehligung sind engagirt, das Medizinalwesen ist geordnet, Exerzier- und Disziplinar-Reglements sind ausgearbeitet und in der Einführung begriffen, Modelle und Zeichnungen für den Schiffsbau auf den deutschen Werften sind besorgt und kundige Kriegsschiffbaumeister werden in Kurzem zur Beaufsichtigung einiger Bauten eintreffen.

Das ist das Resultat einer wenig mehr als dreimonatlichen Thätigkeit der Marineverwaltung, welche weder Organe noch Hülfsmittel irgend einer Art vorfand und noch mehr geleistet haben würde, wenn nicht mehrere deutsche Staaten die unerläßlichen Geldmittel ihr vorenthalten hätten.

Die hohe Versammlung hat verlangt, daß eine deutsche Flotte als einheitliche Reichssache geschaffen werden solle. Diesem Verlangen ist Folge gegeben und nunmehr ein tüchtiger Kern für die Entwickelung der deutschen Seemacht gewonnen. Deutschland erscheint daher zuerst auf dem Meere unter dem schwarz-roth-goldnen Kriegsbanner als eine Einheit. Möge diese auf dem festen Lande bald nachfolgen!" (Beifall.)

Hr. Riesser meldet Namens des Verfassungsausschusses den bereits gedruckt vertheilten Bericht über den Welcker'schen Antrag vom 12. März an. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich in Folge des genannten Antrags zu folgenden Vorschlägen vereinigt:

1) Die gesammte deutsche Reichsverfassung, so wie sie jetzt nach der ersten Lesung und nach möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen durch den Verfassungsausschuß redigirt vorliegt, durch einen einzigen Gesammtbeschluß anzunehmen; jedoch mit den Modifikationen, daß a) nunmehr §. 1 folgende Fassung erhalte: „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des deutschen Bundes unter folgenden näheren Bestimmungen: „den österreichischen Bundeslanden wird der Zutritt offen gehalten," „die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten;" b) daß, so lange die österreichischen Bundeslande dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, die nachfolgenden Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause erhalten, nämlich: Baiern 20, Sachsen 12, Hannover 12, Würtemberg 12, Baden 10, Großherzogthum Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 2.

2) Dem nächsten nach Einführung der Verfassung zusammentretenden Reichstage das Recht vorzubehalten, in seiner ersten Sitzungsperiode Aenderungen einzelner Bestimmungen der Verfassung in Gemeinschaft mit der Reichsregierung in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu beschließen.

3) Durch denselben Gesammtbeschluß auch das Wahlgesetz, so wie dasselbe in erster Lesung angenommen wurde, nunmehr definitiv zu genehmigen, jedoch mit den beiden Modifikationen, daß a) so lange die österreichischen Bundeslande dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, in §. 7 die Zahl von 100,000 auf 75,000, und dem entsprechend in den §§. 8 und 9, von 50,000 auf 40,000 herabgesetzt werde, auch die Punkte sub 6 und 7 der Reichswahlmatrikel, sowie die besondere Bestimmung wegen Lübeck in §. 9 wegfallen. b) daß in §. 13 die früher vom Verfassungsausschuß vorgeschlagene Fassung: „das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden", angenommen werde.

4) Die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde Sr. Majestät dem Könige von Preußen zu übertragen.

5) Das feste Vertrauen auszusprechen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschland's großherzig und patriotisch mit diesem Beschluß übereinstimmen, und seine Verwirklichung mit aller Kraft fördern werden.

6) Zu erklären, daß sofern und so lange der Eintritt der deutsch-österreichischen Lande in den deutschen Bundesstaat und seine Verfassung nicht erfolgt, die Herstellung eines möglichst innigen und brüderlichen Bundes mit denselben zu erstreben sei.

7) Zu beschließen, daß die Nationalversammlung versammelt bleibe, bis ein Reichstag nach den Bestimmungen der Reichsverfassung berufen und zusammengetreten sein wird.

Es wird hierauf, in Folge der heutigen Tagesordnung zur Berathung des Gevekoht'schen Berichts verschritten, welcher den Entwurf eines Auswanderungsgesetzes zum Gegenstande hat. Die Anträge, die von den Hrn. v. Langerfeldt und Brons eingebracht und von Hrn. Godeffroy unterstützt worden, sind präjudizirlich und gehen auf eine Beseitigung der Berathung. Hr. Veit aus Berlin empfiehlt dagegen dringend die sofortige Vornahme des Gesetzes, worin ihm Hr. Eisenstuck beipflichtet. Nach Eröffnung der allgemeinen Debatte über den Gesetzesentwurf, erhält das Wort

Hr. Buß aus Freiburg. Die Klage über das unruhige Verhalten des Hauses, womit er seinen Vortrag eröffnet, ist so begründet, daß die Stimme des Redners in dem allgemeinen Geräusche in Kurzem völlig erstickt. Verstehen wir seine Meinung recht, so erklärt er sich gegen den Gesetzentwurf, weil sich dieser hauptsächlich nur auf den Transport der Auswanderer und der Auswanderer nach Nordamerika erstrecke, was eine durchaus unzulängliche Fürsorge sei.

Hr. Schulz aus Weilburg: Die Auswanderung aus Deutschland ist ein schweres Krankheitszeichen. Durch das Gesetz darf sie nicht noch weiter hervorgerufen, die Auswanderung soll nur geregelt und von dem Schutze des Reichs begleitet werden. Im Allgemeinen erkennt Hr. Schulz die Vorschläge des Entwurfs als zweckmäßig an. Nur will er die Verpflichtungen und Befugnisse des Auswanderungsamtes dahin erweitert sehen, daß dasselbe mit den Einzelstaaten und mit Auswanderungsvereinen in Verbindung trete. Zweitens daß das Auswanderungsamt Untersuchungsausschüsse aussende.

Hr. Herz aus Wien: Er sei jahrelang als Konsulatbeamter mit dem behandelten Gegenstande beschäftigt gewesen, woraus er das Recht schöpfe, das Wort in der behandelten Angelegenheit zu ergreifen. Indessen trägt er doch nur unwesentliche und beiläufige Notizen bei, indem er sich mit dem Inhalte des Gesetzes im All-

gemeinen zufrieden gestellt erklärt. Nur für die Gesetzesüberschrift hält er eine Abänderung für nöthig. Aus den Erörterungen des Staatssekretärs Hr. Fallati heben wir hervor, was er über die mehrfach in Anregung gebrachte Auswanderung nach den Donauländern beibringt. Es hat nämlich deßhalb ein Schriftenwechsel zwischen der Centralgewalt und der kaiserl. österreichischen Regierung stattgefunden. Oesterreich machte den Vorschlag, das Reichsministerium möge den Strom der Auswanderung nach den untern Donauländern richten, wo sich nach der Unterwerfung Ungarns, die vortheilhafteste Gelegenheit zur Niederlassung darbiete. In einer Note antwortete das deutsche Reichsministerium darauf: Es fühle sich für jetzt außer Stande, den Strom der Auswanderung nach dem freien Amerika umzulenken. Doch sei es keineswegs seine Absicht, eine Auswanderung nach andern Ländern zu hindern; vielmehr wolle es durch das Konsularwesen jede mögliche Erleichterung gewähren. Die Hindernisse, welche sich jetzt der Begünstigung der Auswanderung nach den Donauländern entgegenstellten, beständen darin, daß die Donauufer sich in den Händen fremder Völker befänden, deren politische Zustände keine Rechtssicherheit gewährleisteten. Sobald Oesterreich diese Hindernisse hinweggeräumt und durch freie und gesicherte Verhältnisse in Ungarn die erforderlichen Garantien für das Wohl deutscher Auswanderer gegeben habe, würde das Reichsministerium einer Auswanderung dorthin jeden Vorschub angedeihen lassen.

Was das vorliegende Gesetz anlangt, so stimmt Hr. Fallati dem Entwurfe bei, Falls die von ihm aufgezählten Verbesserungsvorschläge Berücksichtigung finden, und insofern der Antrag der Herren Brons, v. Langerfeldt und Anderer die Mehrheit nicht erhielte, wornach der Gesetzentwurf mit dem Bericht als Material einer schleunig darnach zu bearbeitenden Vorlage der Centralgewalt überwiesen werden soll.

Nachdem noch Hr. Gevekoht als Berichterstatter das Wort genommen und der präjudizielle Antrag der Herren Brons, v. Langerfeldt abgelehnt worden ist, erfolgt die Abstimmung über den vorliegenden Entwurf. Ihr Ergebniß ist die Annahme von nachstehendem

Gesetz,
den Schutz und die Fürsorge des Reichs für deutsche Auswanderung betreffend.

§. 1. Der Schutz und die Fürsorge des Reichs für deutsche Auswanderung wird durch ein, von der Centralgewalt einzusetzendes Auswanderungsamt geübt und hat sich dasselbe zu diesem Zweck namentlich mit den Einzelregierungen so wie mit den Auswanderungsvereinen in Verbindung zu setzen.

§. 2. Dem Auswanderungsamte steht das Recht zu, Agenten für Auswanderung zu ernennen und zu entlassen. Nur die vom Auswanderungsamte ernannten Agenten sind befugt, Agenturen für Auswanderung zu betreiben. Wer ohne diese Erlaubniß derartige Geschäfte betreibt, verfällt in eine Geldstrafe bis zu 1000 fl. Rh.

§. 3. Jeder Agent für Auswanderer ist verpflichtet, zur Sicherung gewissenhafter Erfüllung der von ihm gegen Auswanderer übernommenen vertragsmäßigen Obliegenheiten eine von dem Auswanderungsamte bestimmte angemessene Kaution zu bestellen. Rheder, Schiffsmäkler und Expedienten in den Seestädten so wie solche Unteragenten für welche Agenten haften, sind hiervon ausgenommen.

§. 4. Die Agenten für Auswanderung haften den Auswanderern für alle erweislichen Schäden, welche diesen aus unterlassener oder nicht pünktlich erfolgter Erfüllung der von ihnen, im Namen und Auftrage Dritter, mit denselben zur Beförderung abgeschlossenen Verträge erwachsen, sowie für alle aus Nichtbefolgung gesetzlicher Verordnungen zugezogenen Nachtheile. Bei Beförderung von Auswanderern von deutschen Seehäfen aus hört diese Verbindlichkeit mit der kontraktlich erfolgten Einschiffung auf. Die Agenten sind zum Ersatze der Schäden aus eigenen Mitteln und ohne sich dagegen durch Beziehung auf diejenigen schützen zu können, in deren Auftrage sie mit den Auswanderern Beförderungsverträge abgeschlossen haben, als Selbstschuldner verpflichtet.

§. 5. Zur Sicherung überseeischer Auswanderungen von deutschen Seehäfen aus werden von dem Auswanderungsamte über die Beförderung der Auswanderer, insbesondere über Verproviantirung der Schiffe, über den für die Unterbringung der Passagiere nach den Bestimmungen in §. 10 erforderlichen Schiffsraum, über die Verpflegung der Passagiere am Hafenplatze bis zur Einschiffung und über die Assekuranz der Passage- und Verwendungsgelder für alle deutschen Seehäfen gleichförmige Bestimmungen getroffen.

§. 6. Jeder Agent, welcher Kontrakte zur Beförderung deutscher Auswanderer von nicht deutschen Seehäfen aus abschließt, ist gehalten, die Passage- und Verwendungsgelder, in Gemäßheit der für deutsche Seehäfen geltenden Verordnungen und Gesetze, durch Assekuranz zu decken und die darüber ausgestellte Police an den Reichskonsul am Einschiffungsplatze abzugeben, oder in Ermangelung eines solchen eine beglaubigte Abschrift davon an das Auswanderungsamt sofort einzusenden.

§. 7. Bei Beförderung von Auswanderern von nicht deutschen Seehäfen aus ist der Agent verpflichtet, außer der nach §. 3. bestellten allgemeinen Kaution noch eine besondere Kaution nach Bestimmung des Auswanderungsamtes zu leisten.

§. 8. In nichtdeutschen europäischen Seehäfen sind die Reichskonsuln verbunden, die deutsche Auswanderung zu überwachen und besonders dafür zu sorgen, daß den Passagieren die abgeschlossenen Ueberfahrtskontrakte pünktlich gehalten und erfüllt werden, auch nöthigenfalls zu diesem Zwecke bei Gericht und jeder anderen geeigneten Behörde, einzuschreiten.

§. 9. Jeder Agent hat die Auswanderer, deren Beförderung er übernimmt, vor Abschließung des Kontraktes von den Einwanderungsgesetzen des jenseitigen Landes in Kenntniß zu setzen und ihnen mit der Kontraktsurkunde einen Abdruck der nach §. 5 zu erlassenden Verordnungen einzuhändigen.

§. 10. An Bord eines Schiffes mit Passagieren ist diesen ein Raum von mindestens 12 Quad.-Fuß rheinländisch auf freier Deckoberfläche, bei wenigstens 6 Fuß Höhe im Zwischendeck, für den Kopf, — wobei jedoch Kinder unter einem Jahre nicht mitgerechnet werden, — zu gewähren. Insofern fremde Gesetzgebungen einen größeren als jenen Schiffsraum vorschreiben, hat das Auswanderungsamt in Uebereinstimmung damit das Erforderliche anzuordnen. Für pünktliche Befolgung der für den Schiffsraum getroffenen Bestimmungen haftet bei Auswanderungen von fremden Seehäfen aus der Agent, im Fall sich der Auswanderer eines solchen bedient; bei Auswanderungen von deutschen Seehäfen aus hingegen liegt deren Ausführung der obrigkeitlichen Behörde ob.

§. 11. Alle fremden Schiffe, welche in deutschen Seehäfen Passagiere an Bord nehmen, sind den gesetzlichen Bestimmungen für Auswanderung und für deutsche Seehäfen unterworfen. Der Expedient oder Korrespondent eines fremden Schiffes, welches Passagiere in deutschen Seehäfen aufnimmt, ist verpflichtet, durch den betreffenden Konsul oder in Ermangelung eines solchen durch die obrigkeitliche Behörde, den Kapitän des Schiffes zur Ausstellung einer gerichtlichen Urkunde anzuhalten, wodurch derselbe so wie das Schiff für die gewissenhafte Erfüllung der übernommenen Obliegenheiten und zum Schadenersatze verbindlich gemacht wird.

§. 12. Die von den Agenten nach §§. 3 und 7, bei Beförderung von Passagieren von nicht deutschen Seehäfen aus geleistete Kaution, sowie die von dem Kapitän eines fremden Schiffes nach §. 11 übernommene Verbindlichkeit ist nur dann als erloschen zu betrachten, wenn durch den Reichskonsul, oder in Ermanglung eines solchen durch die geeignete Behörde am Landungsplatze bei Ankunft des Schiffes die Erfüllung der den Passagieren während der Reise gewährleisteten kontraktähnlichen Bestimmungen glaubhaft bescheinigt wird.

§. 13. In den außereuropäischen Hafenplätzen, in welchen sich Reichskonsuln befinden, steht die Auswanderung unter deren besonderer Aufsicht. Bei der Ankunft eines jeden deutschen Schiffes mit Auswanderern hat sich der Kapitän sofort bei dem Reichskonsul zu melden und demselben seine Passagierliste nebst dem Schiffsjournale vorzulegen. Der Reichskonsul hat entweder selbst oder durch einen Bevollmächtigten bei Ankunft eines jeden Schiffes mit deutschen Auswanderern vorkommende Klagen wegen ihrer Behandlung während der Reise entgegenzunehmen, darüber ein Protokoll, nach Befinden unter Vernehmung von Zeugen, abzufassen, und dasselbe an das Auswanderungsamt einzusenden. Der Reichskonsul hat in jeder Hinsicht, namentlich gegen das Schiff und den Kapitän, die Rechte der Passagiere zu vertreten und hierzu nöthigenfalls den Schutz und die Hülfe der Gerichte oder anderer Behörden in Anspruch zu nehmen.

§. 14. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die Reichskonsuln sich mit den in den Haupthäfen bestehenden deutschen Gesellschaften in Verbindung zu setzen, um in Gemein-

schaft mit denselben und den örtlichen Behörden das Interesse der Eingewanderten wahrzunehmen, auch denselben zu ihrer Weiterbeförderung und Ansiedelung insbesondere mit ihrem Rathe behülflich zu sein. Auch sonstige im Auslande für die deutsche Auswanderung nöthig geachtete Maßregeln geschehen durch das Auswanderungsamt.

§. 15. Die Reichskonsuln haben bei Ausübung ihrer in den §§. 8, 13 und 14 vorgezeichneten Obliegenheiten die Bestimmungen zu befolgen, welche das Reglement für Konsuln enthält.

§. 16. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit .... (dem von der Centralgewalt festzusetzenden Tage) in Wirksamkeit.

In den obigen zum Beschluß der Versammlung erhobenen Bestimmungen sind sämmtliche Vorschläge Fallatis enthalten. Ebenso haben mehrere Zusätze von Schulz an den geeigneten Orten ihre Stelle gefunden.

Nachdem der Kriegsminister seine Antwort auf die Rösler'sche Interpellation für morgen hat anmelden lassen und noch der Austritt des Abgeordneten Hrn. v. Gersdorf aus Tuetz angemeldet worden ist, erhebt sich eine Debatte über den Tag und Inhalt der nächsten Sitzung. Sie endet damit, daß sich die Mehrheit des Hauses dafür erklärt, daß die nächste Sitzung Samstag den 17. März Statt finde und daß sie — außer den ministeriellen Beantwortungen — die Berathung des Berichts vom Verfassungsausschusse über den Antrag Welckers bringe.

: Frankfurt, 14. März, Abends.*) So eben ist folgende telegraphische Depesche hier eingetroffen:

Berlin, 14. März, 5½ Uhr Abends. Die erste Kammer hat den nachstehenden Paragraphen beinahe einstimmig angenommen: „Die von Euer Majestät gehegten Wünsche für die innige Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Bundesstaate leben mit gleicher Stärke in dem Herzen des Volkes. Die Befriedigung der Sehnsucht nach dem einigen Deutschland ist eine Nothwendigkeit, sie ist entsprechend der tief begründeten Erkenntniß, daß vor Allem in dieser Vereinigung alle geistigen und materiellen Fragen, welche unser Vaterland bewegen, gelös't, die mahnenden Bedürfnisse der deutschen Nation in ihrem staatlichen, gewerblichen und Handelsleben befriedigt werden können. Diese Einigung wird das deutsche Volk zu der Größe und Herrlichkeit erheben, zu welcher es nach seiner Lage im Herzen Europas besonders befähigt und berufen ist. Je mehr der Augenblick zur Verwirklichung dieses Gedankens herannaht, desto stärker tritt für Preußen der Beruf hervor, die bis dahin bewiesene Bereitwilligkeit, dazu mitzuwirken, auf das Entschiedenste zu bethätigen. Sollte derselbe unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu einer Vereinigung aller deutschen Staaten führen, so wird Preußen die Anerkennung nicht versagt werden können, daß dieser unerwartete Ausgang von ihm weder herbeigeführt, noch abzuwenden gewesen ist. Wir werden in der Bildung eines engeren Vereins innerhalb des Bundes eine Zweck entsprechende Anbahnung des großen Ziels mit Befriedigung erkennen und Eurer Majestät Regierung in Ueberwindung der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten und Hindernisse mit aller Kraft zur Seite stehen."

: Frankfurt, 15. März. Dem Abgeordneten Welcker gehen vielfach Dankadressen zu. Mögen viele seinem Beispiele folgen, und die Stimme, die in ihrem Herzen für das Wohl, für die einzige Rettung des Vaterlandes spricht, nicht übertäuben lassen durch die Eitelkeit einer elenden Konsequenzmacherei. Oder vielmehr, es wäre für sie eine Inkonsequenz, jetzt unter veränderten Umständen, da die Voraussetzungen unter welchen sie ihre Ueberzeugung hinsichtlich Oesterreichs bildeten, jetzt offenbar nicht mehr bestehen, dennoch auf der früheren Meinung zu beharren. Es freut uns melden zu können, daß auch Wydenbrugk die Reihen der kaiserlichen Partei verstärkt hat, wahrlich, kein geringer Zuwachs. Er welcher die schärfsten Waffen gegen uns gekehrt, wird auch zu unsern tapfersten Vorkämpfern gehören. Auch Herr von Radowitz ist im Weidenbusch gewesen.

⊙ Frankfurt, 15. März. Beide Seiten des Parlaments sehen sich heute durch mehrere Mitglieder der preuß. Nat.-Vers., die HH. H. Simon, Rappard und Temme von der einen Seite, Martens und v. Saucken von der andern, verstärkt, die von Berlin hierhergekommen sind, um der zweiten Lesung der Verfassung beizuwohnen. Aus zuverlässiger Quelle geht uns zu gleicher Zeit die Nachricht von dem unmittelbar bevorstehenden Rücktritte Arnims aus dem preußischen Ministerium zu. Er soll durch einen Mann ersetzt werden, der alle Garantien für seine aufrichtige und muthige Hingebung an die deutsche Sache darbietet. Das ganze übrige Ministerium besteht darauf und um den Preis seiner Entlassung.

*) Die obige Nachricht ist unsern städtischen Abonnenten schon durch ein Extrablatt bekannt geworden.

Berlin, 13. März. Ueber die Anklage gegen Abgeordnete berichtet die „Vossische Zeitung" folgendes Genauere: In Folge der Voruntersuchung hat der Staatsanwalt jetzt bei der Anklagekammer des Kammergerichts darauf angetragen, etwa 8 bis 10 Abgeordnete in den Anklagezustand zu versetzen. Das Kammergericht selbst hat bisher mit der ganzen Angelegenheit noch nichts zu thun gehabt.

⁂ Berlin, 13. März. Bevor die heutige Sitzung der ersten Kammer begann, zeigte man sich auf den Tribunen ein Extrablatt der Konstitutionellen Zeitung, welches anzeigte, daß die deutsche Nationalversammlung auf Welcker's Antrag den König von Preußen zum Kaiser von Deutschland ausgerufen habe, und daß eine große Deputation gewählt sei, um dem König diesen Beschluß mitzutheilen. Deputirte waren mit demselben Extrablatt gekommen; es bildeten sich im Saale Gruppen, die in freudiger Aufregung sich unterhielten. Um 10¼ Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Nachdem Einiges über den Adreßentwurf verhandelt war, erschien am Ministertisch, wo Graf Brandenburg, Ladenberg, Rintelen, Rabe und Strotha schon vorher Platz genommen hatten, der Graf Arnim, bat ums Wort und berichtigte von der Tribune aus die Nachricht der Konstitutionellen Ztg. dahin, daß Welcker den erwähnten Antrag gestellt habe, die Verhandlung darüber jedoch vertagt worden sei. Die Kammer fuhr in der Adreßdebatte fort und erledigte bis zum Schluß (gegen 3 Uhr) die Sätze 4—8 des Entwurfs. Es waren zahlreiche Amendements eingebracht worden. Ein von Willisen und Genossen gestelltes, wollte statt des Satzes 4 gesagt wissen: Die Kammer beklage ebenso lebhaft, daß es nothwendig gewesen, zu der außerordentlichen Maßregel des Belagerungszustandes zu schreiten, als sie wünsche, sie so schnell als möglich aufgehoben zu sehen. Stahl nahm davon Gelegenheit zu einer eifrigen Vertheidigung des Ministeriums und des Belagerungszustandes. Berlin habe allerdings die Leiden einer Belagerung auszustehen gehabt, aber diese Belagerung habe stattgefunden vom 19. März bis zum November und das Militär habe der Stadt Entsatz gebracht. Die Militärmacht ohne Belagerungszustand sei wohl im Stande, die Revolution zu bewältigen, aber sie könne nicht das Schüren des Revolutionsfeuers verhindern. Die Revolution stamme aus Frankreich und Frankreich habe auch das alleinige Gegengift erfunden — den Belagerungszustand. Würde man den Belagerungszustand in Berlin aufheben, ohne die Gesetze zur Aufrechthaltung der Ordnung genehmigt zu haben, so würden die Unordnungen des vorigen Jahres sich erneuern. In Bezug hierauf erinnerte Willisen daran, daß zwischen dem gegenwärtigen und dem vorigen Jahre ein großer Unterschied stattfinde: damals sei die Anarchie stark gewesen und die Regierung schwach, jetzt sei die Regierung stark und die Anarchie schwach! Der Abg. Zenker hatte den Belagerungszustand eine vorbeugende Maßregel genannt. Der Minister v. Manteuffel erklärte dies für unrichtig und sagte: Die gesetzliche Autorität habe nicht mehr die genügende Macht gehabt und es seien deßhalb die Truppen herbeigezogen worden. Diese habe man zweifelhaft empfangen, die Bürgerwehr habe ihnen am Schauspielhause nicht Platz gemacht, und das einzige Mittel, sowohl die Regierung nicht zu kompromittiren als ein Blutbad zu vermeiden, sei der Belagerungszustand gewesen. Das Amendement Willisen's wurde verworfen und die Fassung des Entwurfs angenommen. Zu Satz 5 beantragten Böcking und Milde die Einschaltung: „wir hegen zu E. M. Regierung das Vertrauen, daß auch zur Abstellung der großen materiellen Noth des Volkes und zur Belebung des Handels und Verkehrs den Kammern baldigst geeignete Vorlagen gemacht werden." Der Abg. Jakobs bemerkte, dieses Amendement käme ihm vor wie ein Wechsel, den sie auf das Ministerium zögen, während dieses ihn nicht einlösen könne. Nachdem der Handelsminister unter wiederholtem Bravo der Kammer mitgetheilt, daß die Regierung die Absicht habe, so viel als möglich Arbeit zu schaffen, daß es mit den Finanzen über Erwarten günstig stände und die Regierung die Hoffnung hege, den Bau der Ostbahn fortsetzen und den der westphälischen Bahn übernehmen zu können, wurde das Amendement verworfen und der Satz des Entwurfs angenommen. Zu Satz 6 war ein Amendement gestellt von Hülsmann u. A., welches die „unveräußerlichen Rechte des Staats" in Bezug auf die Religionsgesellschaften gewahrt wissen

№ 74. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 15. März 1849.

Uebersicht.

Preußen und Oesterreich.

§ Aus Süddeutschland, im März. Preußen und nur Preußen ist nicht nur durch seine ganze überwiegende rein deutsche Macht und Bildung, sondern durch seine Geschichte und Verhältnisse, sogar durch seine geographische Lage, schlechterdings darauf hingewiesen, die Interessen des ganzen Deutschlands zu vertreten. Ihm fehlt außerhalb Deutschland jeder Stützpunkt seiner Macht; ihm fehlen darum die ganz unklaren, unsichern inneren Verhältnisse, die, wie kein nüchterner Staatsmann sich verhehlen kann, einen Staat wie Oesterreich, der zu vier Fünftheilen nicht deutsch ist, nothwendig hindrängen zu einer überwiegend vormundschaftlichen und mechanischen Regierungsweise, zu einer gewissen Gewaltsamkeit und Verschmitztheit des Verfahrens — wenn anders nicht über kurz oder lang seine Staatseinheit zerfallen soll. Thatsache ist, daß es bisher nur mit äußerster Mühe und machiavellistischen Mitteln gelungen ist, wie es auf die Dauer unmöglich gelingen kann, so ganz widerstrebende Bestandtheile in dieser Staatseinheit zusammenzuhalten. Oder könnte Jemand in allem Ernst glauben, daß für Panduren und Kroaten, Polen und Tschechen, Magyaren, Italiener und Deutsche die Gewährung desselben Maßes staatsbüegerlicher Freiheit jemals wirklich ausführbar sei? daß jene der Freiheit fähig seien, die der Deutsche, wenigstens der gereistere nichtösterreichische Deutsche, schlechterdings nicht länger entbehren kann und will? Nur durch äußerste Kurzsichtigkeit oder durch eine zauberähnliche Gebanntheit in einen engen, bloß österreichischen Gesichtskreis läßt es sich eeklären, daß die meisten, obwohl sonst freidehkenden Oesterreicher deutscher Zunge nicht einsehen wollen, daß, seit der Wiederbefestigung des österreichischen Gesammtstaats, eine Zukunft der Freiheit für Deutsch-Oesterreich nimmer zu erhoffen ist aus einer unklaren, unmöglichen Zwitterstellung dieser Gebietstheile zwischen Oesterreich und Deutschland — da Niemand zwei Herren dienen kann — sondern nur aus einer, durch völlige staatsrechtliche Scheidung bedingten ganz klaren Stellung des östeereichischen Staats zum neuen deutschen Reich. Erst müssen Oesterreichs Regierung und Volk ehelich und ganz den alten Neigungen entsagen, die wir so lange und bitter auf Kosten unsree Freiheit und Geöße empfunden haben! Sie müssen endlich aufhören uns eine „Geschichte" zu mißgönnen und darum fort und fort heimlich oder offen, wie jeder Sehende sieht, unser Verfassungswerk zu stören. Sie sollten endlich begreifen, daß ihr wahres Interesse ihnen vielmehr gebietet, der Gestaltung eines nicht minder starken und mächtigen als freien, rein deutschen Deutschlands allen nur möglichen Vorschub zu thun. Was ein solches Deutschland für Oesterreich bedeuten würde, liegt auf flacher Hand, nicht bloß durch eine naheliegende Gemeinsamkeit des gewerblichen Verkehrs und Handelsbetriebs sondern überhaupt durch einen innigen, obwohl nur völkerrechtlichen Freundschaftsbund. Ohne ein solches, von ihm unabhängiges Deutschland ist Oesterreichs Rückfall in das alte Metternichisch-Russische Geleise, wie jeder Tag es deutlicher darthut, unvermeidlich. Statt aber diesem, wenn auch für den Augenblick schmerzlichen Gedanken mit staatsmännischem Sinne nachzugehen, ziehen die gemüthlichen österreichischen Männer es vor, über die „Verstümmelung und Zerreißung Deutschlands" zu jammern und, wenigstens verstohlen, in dem riesigen Ungedanken eines deutsch-slawischen Weltreiches der Mitte sich zu benebeln, woein sie die Lösung des staatsrechtlichen Räthsels eines Eintretens Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat erblicken. Diese neueste Ausgabe eines weltherrschenden Kaiserstaats ist aber Nichts als ein wirres wüstes Traumgebild, völlig unfähig zur Verwirklichung im Leben, nicht bloß oder zunächst wegen des Argwohns und Machtneides des ganzen Europa, sondern vor Allem wegen der gleich starken Abneigung der nichtdeutschen Völkerschaften Oesterreichs wie der nichtösterreichischen Deutschen gegen einen mit dem Bedürfniß und Vortheil Beider so augenfällig unversöhnlichen Staatsverband. Denn Ersteren stände dadurch nahezu völlige Vernichtung des großen politischen Einflusses bevor, den sie im heutigen Oesterreich naturgemäß haben, weil dessen Regierung nicht umhin kann auf sämmtliche ziemlich gleich wiegenden Völker des Reichs sich zu stützen, um, wenn es gilt, ein jedes durch alle übrigen im Schach und Joch zu halten. Deutschland aber als deutsches Land hätte vom Tage der Gründung jenes europäischen himmlischen Reichs offenbar aufgehört zu sein.

Nichts von allen diesen freiheit- und einheitwidrigen Einflüssen ist für Preußen vorhanden, Nichts der Art von Preußen für Deutschland zu fürchten, — für Deutschland, dem es in seinem ganzen Denken und Fühlen ausschließend angehört. Preußen gehört aber auch schon durch seine äußere Lage, wie kein anderer Staat, dem ganzen Deutschland an. Es ist zugleich ein norddeutscher und, durch seine Rheinprovinz, ein süddeutscher Staat. Es gehört ferner duech seine Bevölkerung eben so wohl dem Protestantismus wie dem Katholizismus an, nur von Seiten der geistigen Bildung verherrschend dem ersteren; und welcher deutsche Staat hätte bessee bewiesen, daß es ihm Ernst war lange vor den deutschen Grundrechten, aber ganz in deren Geist, den verschiedensten Bekenntnissen gleich gerecht zu sein! Wie wäre es möglich, auch nur Aehnliches zu erwaeten von Oestreich oder Baiern, wo, allen Reichs- und Bundesgesetzen zum Trotz, seit Jahrhunderten der Protestantismus, wo nicht ganz erdrückt, doch auf jede Weise gedrückt und verkümmert worden ist, und nach der Natur der Sache auch künftig im besten Fall sich schwerlich auch nur halb so wohl befinden kann, als sich der Katholizismus unter preußischer Herrschaft mit wenigen Ausnahmen, die jetzt nimmer wiederkehren können, stets befunden hat. Schon die Verhältnisse des eignen Landes und Volks weisen endlich Preußen darauf hin, gleichmäßigen Bedacht zu nehmen auf das Gedeihen der Landwiethschaft, der kleinen und geoßen Gewerbe und des Handels, auf das Binnen- wie das Küstenland, den Rhein wie die Weser, Oder und Weichsel. Dies Alles und Preußens ganze ruhmreiche und deutsche Geschichte fallen in Deutschlands Wage und zeigen was an der Zeit ist!

Dänische Circulardepesche über die Kündigung des Waffenstillstandes.

Die Brüsseler Independance theilt die Circulardepesche des dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die dänischen diplomatischen Agenten im Auslande mit, in welcher die Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes motivirt wird. Die Beweggründe sind die mehrfach vorgebrachten, daß nämlich die persönliche Sicherheit der Bewohner der Herzogthümer gefährdet sei und die dänische Bevölkerung derselben fortwährend Nothrufe erhebe, daß die bürgerlichen Rechte in den Herzogthümern mit Füßen getreten und die Ressourcen derselben verschleudert werden. Natürlich verlangte die Konsequenz, daß die Sache der Herzogthümer auch in diesem Aktenstücke als gemeiner Aufruhr bezeichnet wird; bemerkenswerth dagegen ist die ziemlich unzweideutige Berufung auf das von den Regierungen befolgte System der Reaktion welches die Fortdauer der abnormen Stellung der Herzogthümer nicht mehr gestatte. „Der König", heißt es nämlich in der Note, „hofft, daß die befreundeten und verbündeten Mächte die Gründe, welche seinen Entschluß motivirt haben, nach ihrem ganzen Werthe würdigen werden. Er überläßt sich dieser Hoffnung um so mehr, als nicht nur die Grundprinzipien des öffentlichen Rechts, sondern auch die wohlverstandenen Interessen der anderen Regierungen ihm augenscheinlich die Pflicht auferlegen, eine im Bereiche seiner Staaten ausgebrochene Revolte zu unterdrücken. Der Zustand der Dinge, der gegenwärtig in den Herzogthümern besteht, ist der politischen Moral, deren Fundamente er untergräbt, eben so verderblich, als gefährlich für die dänische Monarchie und vernichtend für die Beziehungen, welche zwischen dem Souverän und seinen Unterthanen bestehen müssen. Wenn der König der Verlängerung des Waffenstillstandes von

Malmö sich nicht widersetzte, so würde er nicht nur dazu beitragen, die durch den Aufstand verursachte Anarchie zu befestigen, sondern er würde sich auch offenbar von dem Wege entfernen, den die Regierungen Europas im gegenwärtigen Augenblicke mit so großer Weisheit und Beharrlichkeit verfolgen und seinen heiligen Beruf verläugnen, der ihn verpflichtet, sein treues Volk zu schützen und die legitime Gewalt in ihrer Integrität zu erhalten."

Präsident Zacharias Taylor.

Am 4. März hat die Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika ihren Präsidenten gewechselt. An Polk's Stelle ist Taylor getreten; die Demokraten geben das Ruder an die Whigs ab, ohne daß irgend eine Erschütterung stattfände. Man achtet in jenem Lande die Freiheit und fügt sich der Majorität.

Die Whigs in Amerika gelten für die konservative Partei gegenüber den Demokraten oder Lokofokos. Das Stimmrecht, welches früher nur den sogenannten inskribirten Bürgern zukam und an die Steuerrollen geknüpft war, wurde durch die Demokratie der Ver. Staaten allmählig immer weiter ausgedehnt, weil sie überall gern den Willen der Menge rasch zur Geltung zu bringen sucht, ohne eben abzuwarten, bis derselbe geläutert ist und die Ansichten sich abgeklärt haben. Die Whigs möchten die Reformen behutsamer ins Werk setzen. Dagegen wollen sie dem Präsidenten das Recht, sein Veto einzulegen, so viel als irgend angeht, einschränken, ja wo möglich dasselbe ganz abschaffen, weil sie meinen, es dürfe einem Einzelnen nicht zustehen, die Beschlüsse der beiden Kammern (denn am Zweikammersystem halten die Republikaner Amerika's unbedingt fest) zu neutralisiren. Ihrerseits streben gerade dort die Demokraten, dem Veto die möglichste Ausdehnung zu geben, sind dabei aber doch Gegner der politischen Centralisation, und vertheidigen die sogenannten „Staterights," die Rechte und die Autonomie der Einzelstaaten. In einem Lande, wo der Centralgewalt ihre Rechte und Befugnisse so genau vorgezeichnet sind, und wo in den Einzelstaaten keine Dynastien ihren Privatwillen, ihre Vorurtheile oder ihr Familieninteresse geltend machen können, bringt ein solcher Partikularismus keine Gefahr. Die Whigs suchen dagegen die Befugnisse der Centralgewalt möglichst auszudehnen und diese zu stärken und zu kräftigen. Beide Parteien haben Recht und thun wohl.

Die Demokraten sind lange Zeit im Besitze der Majorität, also auch der Präsidentschaft gewesen. Jackson, van Buren und Polk gehörten zu ihrer Partei. Taylor ist Whig und sein Lebenslauf folgender: Er stammt aus einer englischen Familie, welche im siebenzehnten Jahrhundert nach Virginien übersiedelte. Sein Vater, Oberst Taylor, diente während des Unabhängigkeitskrieges unter Washington, der ihn hochschätzte. Im Jahre 1790, als Zacharias noch sehr jung war, siedelte der Oberst sich in der Wildniß an, in welcher seitdem der Staat Kentucky sich bildete. Damals war sie noch beinahe unbestritten im Besitze der Indianer, gegen welche die weißen Ansiedler harte Sträuße zu bestehen hatten. Wer pflügte, mußte das Feuerrohr auf dem Rücken tragen. Zacharias, der jetzige Präsident der großen Union, wuchs in dieser Wildniß auf, welche allmählig angebaut wurde, erhielt nothdürftig eine wissenschaftliche Bildung und trat 1808 als Lieutenant in die Armee der Vereinigten Staaten. Damals war er achtzehn Jahre alt. Im Jahre 1812 wurde er zum Kapitän befördert; im Kriege mit den Engländern (1812—1815) wurde er Major und stand bis 1832 an der Grenze gegen die Indianer. Er brachte es dabei bis zum Obersten. Im Kriege gegen die Seminolen in Florida wurde er Brigadegeneral, zehn Jahre später, während des mexikanischen Krieges Generalmajor. Er schlug den Feind bei Palo alto, Resaca de la Palma, Buena vista und Monterey. Als einige seiner politischen Freunde den Plan faßten, ihn als Kandidaten für die Präsidentschaft aufzustellen, erklärte der alte Haudegen, er habe sich eigentlich nicht viel mit Politik beschäftigt und würde die Stelle nur annehmen, wenn man ihn nicht als Mann der Partei hinstelle. Dadurch wurde er noch mehr populär. Als dann Polk und dessen demokratische Freunde ihn anfeindeten, drängten sie ihn völlig zu den Whigs hinüber, mit denen er übrigens von jeher in allen wesentlichen Punkten einverstanden war. Er trug in der Wahlschlacht den Sieg davon.

Taylor ist ein Mann von gedrungenem Körperbau, mittelklein, etwas dick, dabei jedoch sehr behend. Sein Gesicht hat nichts Ausgezeichnetes, aber das Auge ist scharf und sehr lebhaft. Er spricht wenig, und das nicht mit Leichtigkeit, manchmal stottert er ein wenig, aber was er sagt, ist verständig und gediegen. Als Kentuckier vom alten Schlage, „halb Roß, halb Alligator", ist er einfach, gutmüthig und durchaus ungeziert. Sein Urtheil ist immer gründlich, er gilt für einen ausgezeichneten Menschenkenner und einen durch und durch rechtlichen Mann. An Energie übertrifft ihn so leicht Niemand. Man sieht aus dieser kurzen Schilderung, daß die Nordamerikaner den rechten Mann zum Präsidenten gewählt haben. (D. Rchsz.)

Deutschland.

Prag, 10. März. Der Eindruck, welchen die Verfassungserlassung hier hervorbrachte, war der der allgemeinen Bestürzung. Kein einziges Journal kam noch hier dazu, ein festes und umfassendes Urtheil abzugeben. Bei diesem Schwanken aller Meinungen will Niemand so recht festen Boden unter seinen Füßen empfinden. Der Unterstaatssekretär Helfert wird als der Mann bezeichnet, der an der Redaktion der Verfassungsurkunde sowie an der Durchführung der Maßregel den wesentlichsten Antheil genommen. Er ist ein junger Mann, gebürtig aus Prag, wo sein Vater k. k. Professor war. Stadion hatte im Beisein mehrerer Deputirten, welche er zur Vorberathung, wenige Stunden vor der Auflösung, einlud, Thränen vergossen. Aus vollkommen zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß nur auf sieben Deputirte gefahndet wurde. Ihre Namen sind: Prato, Fischhof, Goldmark, Marcher, Füster, Kudlich, Violand. Schuselka hatte muthvoll die ihm zum Fliehen dargebotene Gelegenheit abgelehnt, er befand sich übrigens nicht unter den Requirirten. Zur Leitung der militärischen Operationen in Kremsier war ein Bataillon von „Kaiser" Infanterie aus Ollmütz eigens entsendet worden. In den letzten Momenten des Beisammenseins der verscheuchten Deputirten war aller nationaler Groll ausgelöscht, und gebe Gott! für immer verschwunden. Selbst die Nord- und Südtyroler, die sich auf das Bitterste gehaßt hatten, lagen einander in den Armen und gelobten sich wechselseitig inniges Zusammenhalten. Hier ist bis jetzt keine Freudenbezeigung zu Ehren des 4. März vorgekommen. Ein sehr strenges Repressivgesetz gegen die Presse ist so gut als gewiß. Vielleicht morgen wird es bereits veröffentlicht. Auch ist die Auflösung der Slovanska Lipa beschlossen. Dessenungeachtet wird vor der Hand hier keine Demonstration stattfinden und somit hoffentlich der Grund zur Verkündigung des sonst mit Zuversicht zu erwartenden Belagerungsstandes hinwegfallen. (Leipz. Z.)

München. Die Augsb. Postztg. enthält folgende Erklärung des Herrn v. Abel: „Die von den Herren Reichsräthen v. Maurer und Freiherrn v. Zu-Rhein in der Sitzung der Kammer der Reichsräthe vom 17. Februar d. J. gegen mich unternommenen Angriffe und vorgebrachten Beschuldigungen haben mir die Nothwendigkeit einer Erwiderung auferlegt, in welcher Verhältnisse der zartesten Natur berührt werden mußten. Indem ich vor der Hand auf die allgemeine Veröffentlichung dieser Erwiderung verzichte, und die Mittheilung der veranstalteten Abdrücke auf einen engen Kreis beschränkte, habe ich den besonderen Rücksichten ein großes Opfer gebracht, welche die, nicht von meiner Seite, in den Kreis der Besprechung hereingezogenen Verhältnisse in Anspruch nehmen. Ich kann und darf indessen nicht unterlassen, die vorstehende Erklärung der Oeffentlichkeit zu übergeben. Die allgemeine Veröffentlichung meiner Erwiderung mit den etwa nöthigen weiteren Zusätzen wird erfolgen, sobald neue Herdorforderungen mir dazu Anlaß geben; aber es wird dann die Verantwortung nicht mich, sondern die Veranlasser treffen."

⊙ **Lübeck**, 11. März. Nach amtlichen Bekanntmachungen hat im verflossenen Jahre die Waareneinfuhr zu Lande ein Gewicht von 50½, zur See von 131 Millionen Pfund erreicht. Ein Vergleich mit der Einfuhr im Jahre 1847 ergibt, daß die Landeinfuhr sich um 7 Mill. Pf. vermehrt hat, wohingegen in Folge des durch den dänischen Krieg gestörten Verkehrs die Seeeinfuhr um 21½ Mill. Pf. geringer ausgefallen ist. Vorgestern traf hier zum ersten Male wieder das Dampfschiff Malmoe von Kopenhagen ein, welches schon gestern dorthin zurückgekehrt ist. Mit demselben kamen u. a. der Kammerherr von Oxholm, so wie der

dänische Contreadmiral Dahlerup. Der Zufall fügte es so, daß dieser für die österreichische Flotte gewonnene Offizier vorgestern mit dem zur Inspektion unserer Küstenbefestigung hier anwesenden Marine-Oberst Kudriaffsky aus Wien an einer und derselben Wirthstafel sich zusammenfinden mußte!

Oesterreichische Monarchie.

Cernowic, 28. Febr. Sicherem Vernehmen nach ist die neue politische Organisation für Galizien, so wie für die Bukowina bereits festgestellt. Galizien wird statt der bisherigen 18 Kreise in 5 große Kreispräsidentschaften eingetheilt, wovon 3 mit den Hauptorten Lemberg, Tarnopol und Stanislau auf die sogenannten ruthenischen, und 2 auf die polnischen Gebietstheile mit den Hauptorten Krakau und Rzeszow entfallen. Die Bukowina bildet eine eigene Präsidentschaft mit dem Kreispräsidentensitze Cernowic. Die bisherigen Kreishauptmannsstellen gehen sämmtlich ein und die statt derselben zu kreirenden Kreispräsidenten werden eine viel größere, dem weiten Umfange ihrer Amtssprengel entsprechende Selbstständigkeit erhalten. Das Landespräsidium ist aufgefordert worden, dem Ministerium des Innern bis zum 15. März bereits die Anträge wegen Besetzung der neuen Kreispräsidentenstellen zu erstatten. (N. Z.)

Schweiz.

+ **Zürich** 11. März. Der Sturm in Italien gegen unsere dort wohnenden Landsleute scheint sich nach den neuesten Berichten ein wenig gelegt zu haben; überhaupt ist wohl nicht leicht bei einem Volke eine solche Differenz zwischen dem Wollen und dem Vollbringen, sobald das letzte auf einigermaßen bedeutende Schwierigkeiten stößt, als bei den heutigen Italienern. Unsere beiden römischen Regimenter haben sich in Bologna vereinigt, vermuthlich um vereint mit desto mehr Nachdruck ihre Forderungen und Ansprüche betreiben zu können; inzwischen ist Hauptmann Debrunner von Venedig in Bologna angelangt, und, wenn auch nicht die Offiziere, doch wenigstens die Soldaten für die venetianische Republik anzuwerben; nach der „Costituzionale" hegte man sogar in Bologna die sanguinische Hoffnung, das gesammte Corps in die Dienste der römischen Republik übertreten zu sehen.

Es ist merkwürdig, welch eine Menge von sonst bei uns unerhörten Verbrechen seit einiger Zeit verübt wird: im Aargau sind Brandstiftungen an der Tagesordnung, im Bezirk Laufenburg wurden in einer Woche zwei Weiber auf offener Landstraße beraubt, eine dritte, nachdem ihr Gewalt angethan, getödtet. Auch bei uns wurde vorgestern Abend ein 75jähriger Greis der Zunftgerichtspräsident Weidmann, auf der Straße zwischen Zürich und Winterthur beraubt und ermordet. Veruntreuungen öffentlicher Gelder sind auch nicht selten, besonders in Aargau und St. Gallen; doch wußte auch bei uns kürzlich ein (ehemals in fremden Diensten gestandener) Gemeindspräsident seine Gemeinde um den größten Theil ihres aus 30,000 bis 40,000 Gulden bestehenden Gemeindegutes zu prellen; der Verbrecher selbst ist wahrscheinlich schon in Amerika; der Bezirksrath, durch dessen Nachlässigkeit allein das Verbrechen geschehen konnte, ist dieser Tage durch einstimmigen Beschluß des Kriminalgerichts in Anklagezustand gesetzt. Eine Gaunerei eigener Art wurde kürzlich in St. Gallen entdeckt: Reisende zogen auf dem Lande umher, gingen zu Bauern, um ihnen angeblich ihre Produkte abzukaufen, und ließen sich deren Adresse eigenhändig auf die Rückseite von unausgefüllten Wechseln schreiben. Später wurden denn diese Wechsel mit beliebigen Summen ausgefüllt, ebenso ein beliebiges Indossament über jener Adresse ausgestellt, und darauf der Wechsel an den Mann zu bringen gesucht. Da nach der neuen deutschen Wechselordnung jetzt auch in Deutschland Jedermann, wie im größten Theile der Schweiz, wechselfähig geworden ist, so lohnt es wohl der Mühe, die unkundigen Landleute auf eine so leicht zu bewerkstelligende Gaunerei aufmerksam zu machen. Nebenbei versucht man sich in St. Gallen auch im Sozialismus; wie aber aller Anfang schwer ist, so auch hier; eine kleine Versammlung, die vor 14 Tagen im Gasterland zusammenkam, um über den Druck, der auf den „mittleren Ständen" (es waren keine Proletarier!) laste, über die Härte der Wucherer u. s. w. sich zu beklagen, beschloß, der Mensch habe ein „Recht auf freie Existenz", deßhalb müsse der Zinsfuß von 5 auf 2 pCt. herabgesetzt, die Nichtkündbarkeit der Kapitalien ausgesprochen, und die Schuldgesetze revidirt werden. In diesem Sinne wurden zwei Proklamationen an das Volk erlassen. Die Spielpächter geben ihre Versuche, in der Schweiz Boden zu fassen, noch nicht ganz auf; nachdem der Gr.-Rath von Luzern am 7. ihre Offerten mit 67 gegen 12 Stimmen (welche für vorläufige Untersuchung stimmten; unter ihnen befanden sich die liberalen Führer Dr. Steiger und Dr. Heller) abgelehnt, nachdem auch Schwyz sie abgewiesen, haben sie sich nun nach Rapperschweil gewandt, wo allerdings ein geistiger Boden für sie wäre, wenn nicht die St.-Gallische Regierung ein Einsehen hätte.

In unsern „reinen Demokratien" kommen bisweilen eigenthümliche Scenen vor, die man indessen schon mit in den Kauf nehmen muß: das Appellationsgericht von Glarus hatte ein Urtheil gefällt, welches dem „souveränen" Völklein mißfiel; es verhöhnte deßhalb das Urtheil, und beleidigte die Richter. Der Landrath vermochte weiter nichts, als gegen das Gericht sein Bedauern über den Vorfall auszusprechen; allein damit begnügten sich die beleidigten Richter nicht; am 5. d. reichten sie sämmtlich dem Landrathe zu Handen der nächsten Landsgemeinde ihre Dimission ein, so daß nun der Kanton ohne Obergericht sich befindet.

Die Regierung von Solothurn hat eine neue fiskalische Erwerbsquelle entdeckt, die ich zwar keineswegs zur Nachahmung empfehlen möchte; um nämlich das Defizit aus dem Budget auszumerzen, weiß sie nichts Anderes vorzuschlagen als — die Kosten der militärischen Instruktion zu streichen, und — die Kost der Gefangenen zu verschlechtern.

In der nächsten Sitzung des zürcherischen Gr. Rathes wird Bürgermeister Zehnder, der hochverdiente Chef unseres Armenwesens, einige Vorschläge machen, um dem auch bei uns immer mehr um sich greifenden Pauperismus wirksam entgegenzutreten; es gehören dahin: Gründung von Waisenhäusern in den verschiedenen Bezirken, Errichtung eines Kantonalarbeitshauses, Erschwerung der Heirathen durch erhöhte Heirathsgebühren (es fragt sich sehr, oder vielmehr gar nicht, ob dadurch dem zu raschen Steigen der Population gewehrt wird), und endlich — Veränderung des Erbschaftsgesetzes zu Gunsten des Kantonalarmengutes. Wenn nämlich bloß „lachende Erben" vorhanden sind, soll der Fiskus berechtigt sein, einen beträchtlichen Theil der Erbmasse zu Armenzwecken an sich zu ziehen. Die Regierung von Zürich steht also schon mit einem Fuße mitten im Sozialismus; es ist kaum glaublich!

Die Drohung des eidg. Postdepartements, dem Kanton Schwyz sein Betreffniß an der Posteinnahme vorzuenthalten, falls derselbe nicht für bessere Unterhaltung der Straßen sorge, hat gute Früchte getragen; der Regierungsrath hat durch den Ingenieur Näf ein Projekt ausarbeiten lassen, wonach sieben den Kanton in allen Richtungen durchkreuzende Straßen zu Kantonalstraßen erklärt, und dann entsprechend in den Stand gesetzt und korrigirt werden sollen. Die Entscheidung darüber liegt dem Kantonsrathe ob.

) **Bern**, 10. März. Es wird für Ihre Leser von Interesse sein, zu vernehmen, welchen Antheil das katholische Deutschland an dem Schicksal des von der Freiburger Regierung verfolgten, verhafteten, eingekerkerten und endlich außer Landes verwiesenen Bischofs Marilley von Freiburg nimmt. Aus allen Gegenden Deutschlands gehen Adressen an den Bischof ein, worin die höchste Bewunderung für seine Person und tiefer Abscheu gegen die Regierung ausgesprochen wird. Hannover, Hessen, Rheinpreußen, Schlesien, Baiern 2c. haben ihre Stimme erhoben. Die Adresse aus München sagt unter Anderm: „Alle Freunde des Rechts und der Wahrheit mußten schon seit geraumer Zeit auf die Schweiz hinblicken. Daß gerade dieses Land, welches einst berufen schien, mitten in Europa ein klares Musterbild der Gerechtigkeit und Treue zu sein, nun zur Pflanzschule hinterlistiger Ungerechtigkeit und gewaltthätiger, kein Recht, keine Freiheit achtender Unterdrückung geworden ist, das erfüllet uns mit tiefem Schmerz." In der Adresse aus Köln heißt es: „Wir sehen durch den einen Generalakt dieser schon durch früheren Treubruch gebrandmarkten Behörde (Regierung von Freiburg) das Völkerrecht offenbar verletzt". Die Adresse von Großglogau in Schlesien sagt: „Es will uns nur befremden, daß der gesunde Kern des alten Schweizervolks, welches seit undenklichen Zeiten als der treue Hort christlicher Sitte und Humanität galt, auf einmal zum Vandalenthum ausgeartet, sich berufen fühlen sollte, den guten Namen von Treue und Pietät durch Schändung der kirchlichen Autorität aus der Weltgeschichte zu vertilgen". „Hoffentlich", (so sagt die Adresse aus Andernach am Rhein) „werden jetzt auch den Schwei-

zerkatholiken endlich die Augen ganz aufgehen; sie werden einsehen, daß die Feinde der Kirche sich mit Verbannung der Jesuiten nicht begnügen, sondern die Religion selbst untergraben wollen; daß ihnen jeder ein Jesuit ist, der noch Jesu anhängt". In diesen Stimmen spricht die eine, an allen Orten verbreitete ultramontane Partei, die jeglicher Geistesfreiheit den Krieg macht. Ich bin weit entfernt, so manche Gewaltmaßregel der Freiburger Regierung in Schutz zu nehmen. Ich habe mich in frühern Briefen darüber ausgesprochen. Daß sie aber den Umtrieben des Bischofs Marilley mit aller Strenge entgegentrat, war nothwendig. Um das Wirken dieses Mannes zu beurtheilen, braucht man nur ohne sich an sein intriguantes, volksverderbliches Spiel zur Sonderbundszeit zu erinnern, den Bildungszustand des Freiburger Volks und ganz besonders den Zustand des Unterrichtswesens ins Auge zu fassen, wie derselbe von Marilley herbeigeführt worden ist. Besser als aus einer langen Beschreibung der Freiburgischen Volksschulen ersieht man den Standpunkt vieler Freiburgischen Lehrer aus folgenden Antworten, welche bei den Lehrerprüfungen gegeben wurden, die von der jetzigen Regierung mit allen Lehrern des Kantons vorgenommen wurde. Fr. Was versteht man unter Republik? Antw. Die Eidgenossenschaft. F. Was versteht man unter Monarchie? A. Auch die Eidgenossenschaft. F. Was versteht man unter Aristokratie? A. Wo nur die Guten zu befehlen haben. F. Was versteht man unter Demokratie? A. Wo keiner dem andern etwas zu befehlen hat. F. An welche Kantone grenzt Freiburg? A. Ans Guggisberg, Murten und Waadt. F. Zu welcher Jahreszeit sind die Tage am längsten? A. Im Heuet (Heuernte). F. Was für Kaiser gibt es in Europa? A. Der russisch, österreichisch und der badisch. Aus diesen von Freiburger Blättern mitgetheilten Notizen mögen Sie sich einen Begriff machen von der Wirksamkeit des Jesuitenregiments in Freiburg unter dem Protektorat des Bischofs Marilley.

Berichte aus Neapel wiederholen die Nachricht von einer mit Sizilien getroffenen Beilegung. Die Häfen beider Königreiche seien dem Handel wieder geöffnet und die Schiffe haben, wie vor Beginn der Feindseligkeiten ihre regelmäßigen Fahrten wieder begonnen.

Niederland.

** **Haag**, 10. März. Trotz seiner wohlwollenden Absichten ist das Ministerium mit seinen Gesetzesvorlagen nicht glücklich. Es wünscht das Land auch mit einer verbesserten und wohlfeilern Gerichtsorganisation zu beschenken und zu dem Zwecke schon einige vorbereitende Maßregeln zu treffen, namentlich die leergewordenen Richterstellen einstweilen unbesetzt zu lassen. Ein dahin zielender Gesetzentwurf ward am vorigen Landtage von der alten ersten Kammer gegen Erwarten verworfen, woraus fast eine Ministerkrisis entstanden wäre. Jetzt bringt das Ministerium einen ähnlichen Gesetzentwurf ein, dessen Annahme sehr zweifelhaft ist, auch wenn es eine Kabinetsfrage daraus machen sollte. Die Kammer will nicht am unrechten Orte sparsam sein und wünscht, eh' sie solchen tiefschneidenden Maßregeln zustimmt, vorher den neuen Gerichtsplan in seinen Einzelheiten zu kennen, weil sie ihn sonst gewissermaßen im Voraus billigte. Für Abschaffung der Provinzial-Gerichtshöfe scheint die Regierung entschieden zu sein. Dieselben sollen vorläufig aus Sparsamkeitsrücksicht bei Behandlung der Strafsachen in der Rathkammer nur aus 3 statt 5, wie bisher und in der öffentlichen Sitzung nur aus 4 statt 6 Räthen bestehn. Gegenwärtig kann ein Todesurtheil durch eine Mehrheit von 4 Richtern, die zugleich über die Thatfrage und die Rechtsfrage ohne Appell entscheiden, gefällt werden; fortan soll das Kollegium nur aus 4 Richtern bestehen und 3 von ihnen das Todesurtheil aussprechen können. Der Justizminister sieht dieses Stimmen-Verhältniß für den Angeklagten sogar als günstiger an, und er würde Recht haben, wäre die Strafrechtspflege ein Hasardspiel des Beschuldigten gegen das öffentliche Ministerium und die Richter die Nummern; dann wäre auch ein Collegium von nur zwei Richtern, die einmüthig verurtheilen müßten, sogar noch vortheilhafter. Aber dem ist nicht so, die Gewähr des Angeklagten erscheint vielmehr um so größer, je mehr unabhängige Männer von der Schuld überzeugt sein müssen. Aus Haß gegen die französische Gesetzgebung und aus Widerspruch gegen Belgien entledigte sich Niederland im Jahr 1838 des Geschworneninstituts. Allein gewisse Einrichtungen der Rechtspflege vereinigen sich besser mit konstitutionellen Staatsformen, andere mit absolutistischen: Oeffentlichkeit, freie Vertheidigung, Jury, Freiheit der Anklage wegen erlittenen Unrechts erscheinen im Gefolge der Volksregierung; der geheime, schriftliche Prozeß, feste Strafen 2c. gehören dem Absolutismus und der Bureaukratie an. Daher wollen jetzt auch manche Stimmen, z. B. im Wochenblatt für Recht, entschieden zur Jury zurückkehren, überhaupt die ganze Rechtspflege in Einklang mit dem neuen konstitutionellen Leben setzen, das sich i. J. 1848 erschlossen. Aus Ersparungsrücksichten aber dürfen derartige wesentliche Verbesserungen doch nicht aufgegeben werden.

Jetzt noch ein Wort darüber, wie man im Allgemeinen hier nachgerade die deutschen Bestrebungen zu beurtheilen anfängt. „Die Einheit Deutschlands, nach der in frühern Zeiten kriegsmächtige Herrscher strebten, ist (so läßt sich eines der meistgelesenen Blätter vernehmen) seit einigen Jahren durch Gelehrte wieder aufgewärmt worden, „welche gewohnt sind in Idealen zu leben". Es war darin jedoch mehr Sinn und Bedeutung, als Viele sich einbildeten, denn auch bei praktischen Männern fand die Einheitsidee allmählich Zugang. Der „freie Rhein", die „freie Donau", die „deutsche Sprachkarte, soweit die deutsche Zunge klingt", Niederland und Elsaß eingeschlossen, die „deutsche Flagge und Marine", der „deutsche Handelsbund und Kolonien" — das waren die Stichwörter, welche die Zahl der Einheitsmänner fortwährend vergrößerten. So standen die Dinge, als die Februarrevolution hereinbrach und die Demokratie triumphirte. Aber die Freiheit ward in Frankreich Zügellosigkeit, und in dem „noch durch Zünfte und Herrenrechte geknebelten" Deutschland sprangen alle Bande, welche die Gesellschaft verbunden hielten. Das Morgenroth für die deutschen Einheitsprediger war angebrochen. Deutschland erbebte dabei vor der entfesselten Demokratie, geleitet theils von idealistischen Träumern, theils von weniger wohlgesinnten politischen Wühlern. „Jetzt oder nie!" Einheit, Macht, Vergrößerung war die Losung. Man streckte die Bruderhand lockend nach allen Seiten aus, man bot Schutz und Hülfe Allen, die mit Deutschland sich vereinigen wollten. Elsaß, Lothringen, Belgien, Niederland, die deutschen Herzogthümer, ganz Oesterreich gehörten zur „deutschen Einheit," zahllose Hände schienen dafür gerüstet, Millionen bereit, Gut und Blut dafür hinzugeben. „Doch Gott hatte Mitleid mit dem armen Menschen-Geschlecht." Unter den Demokraten und Einheitsleuten war kein Mann, weder in Frankfurt noch in Köln, in Berlin, Wien oder wo auch, begabt und kräftig genug, um die Bewegung mit rechter Umschau und Tiefschau leiten zu können, um zu sehen, was geschehen konnte, wann es geschehen mußte. So ging der günstige Augenblick zur Verwirklichung der deutschen Einheitsträume verloren, er war unwiderbringlich vorbei schon, als in den Junitagen zu Paris an der mit Blut gerötheten Seine die Ordnung gesiegt hatte. Nun rieben die Besonnenen sich auch in Frankfurt und in andern deutschen Orten die Augen aus, sie schüttelten das Joch des Schreckens von sich ab, sie erwachten von ihren Idealen, ernüchterten sich, bevor es zu spät war. „Man begann einzusehen, daß die geträumte deutsche Einheit eine Unmöglichkeit sei, ohne Ströme Bluts zu vergießen, bei immer zweifelhaftem Erfolg. So traten die Besonderheiten rasch wieder hervor. Der eine ward wieder Baier, der andere Oesterreicher, dieser Preuße, jener Hannoveraner. Der Traum der allgemeinen deutschen Einheit war der Ueberzeugung gewichen, daß die frühere staatenbündliche Form doch die allein passende gewesen, für die deutschen und die benachbarten Staaten. Für Deutschland ist die Thorheit, die Unausführbarkeit seiner Einheit ebenso klar ans Licht getreten, als in Frankreich, daß das Recht auf Arbeit ein unerreichbares Hirngespinnst ist." Also wohl gemerkt, es wird die deutsche Einheit auf eine Linie gerückt mit den Hirngespinnsten der tollsten französischen Socialisten, die Gagern, Dahlmann, Gervinus in eine Kategorie geworfen mit den Louis Blanc, Cabet, Proudhon. So lautet, trotz einiger tiefer schauenden Holländer, doch das spöttelnde Urtheil von Myn Heer. Wird die Frankfurter Nationalversammlung es bekräftigen wollen? Du aber, deutsches Volk, kannst das Urtheil zu Schanden machen. Walte Gott!

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. A. Alexandre in Strasburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

No. 75. **Frankfurt a. M., Freitag 16. März.** **1849.**

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

Oesterreich und das deutsche Parlament.

Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Die israelitische Gemeinde. Das österreichische Anlehen. Die Aufnahme der großdeutschen Abgeordneten in Oesterreich.) Wien (Mißverständnisse. Feier der Konstitution. Milderung des Belagerungszustandes. Fischhof. Die Wiener Deputation beim Kaiser. Vermischte Nachrichten.) Berlin (Das Ministerium. Thätigkeit der zweiten Kammer. Hr. Held.) Magdeburg (Uhlich.) Naumburg (Verurtheilungen. Verhaftung.) Bonn (Mißhelligkeiten zwischen dem Senat und den Studenten.) München (Prof. Hermann. Das griechische Anlehen.) Stuttgart (Eingabe des vaterländischen Vereins an die Regierung.) Hannover (Dänemarks Forderungen und Deutschlands Ehre. Die Vermittelung. Die Kammern. Das Ministerium bleibt.) Mannheim (Eindruck des Welcker'schen Antrags. Militärische Vorkehrungen. Struve und Blind nach Freiburg. Petition von Soldaten.) Gießen (Adresse an die National-Versammlung.) Gotha (Truppen nach Schleswig.) Braunschweig (Marschordre für die Truppen.) Schwerin (Die Mecklenburgischen Kammern. Die Großherzöge und das Land. Lehnstreue.) Schleswig (Aufruf der Angler an die Engländer. Geschenk der Frauen an Wilhelm Beseler.) Aus Schleswig-Holstein (Die dänische Circularnote.) Kiel (General Fabvier.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen: Politische Meinungsaußerungen Palmerston's und Russell's bei Gelegenheit der Debatte über Sizilien; die zweite Lesung der Schifffahrtsbill mit verhältnißmäßig geringer Mehrheit zugestanden.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über die Inkompatibilitäten. Charakter und Stimmung Karl Alberts. Die Börse.) Bourges (Prozeß der Maiangeklagten.)

Spanien. Madrid (Bevorstehende Suspension der Cortes. Cabrera wieder geschlagen.

Italien. Florenz (Die National-Versammlung zur constituirenden Versammlung erklärt.)

Belgien. Brüssel (Eine Uebereinkunft mit Holland gekündigt. Das Budget. Freund nachbarliche Gesinnung Frankreichs.)

Dänemark. Kopenhagen (Wiederbeginn der Blokade. General Fabvier. Seerüstungen.)

Ungarn. Pesth (Jellacic zur Armee. Gefecht bei Szolnok. Der Primas von Ungarn durch die Regierung in Debreczin entsetzt. Die Serben vor Szegedin zurückgeschlagen. Die serbischen Hülfstruppen zurückgerufen.)

---

15. März.

Seit Monaten haben wir die Ansichten darüber aufzuklären gesucht, daß dem deutschen Volke und seinen Vertretern nur die Entscheidung zwischen zwei denkbaren Vorschlägen bleibt, entweder der konstitutionelle Bundesstaat mit der preußischen Erbmonarchie, oder der Staatenbund mit dem verbesserten, erweiterten, selbst popularisirten Bundestage. Durch die österreichische Note vom 9. l. M. ist dieser Gesichtspunkt nun unwiderruflich festgestellt, sie bringt eine Centralgewalt in der bekannten siebenköpfigen Form in Vorschlag und neben derselben „Ausschüsse, aus der Vereinbarung der Regierungen mit ihren Kammern hervorgehend," welche „mit der Centralgewalt die gemeinsamen Interessen berathen und pflegen," also nicht das Recht einer entscheidenden Mitwirkung, sondern des „Beirathes," wie früher die staatsrechtliche Bezeichnung lautete, auszuüben hätten, dagegen aber „durch eine Volksvertretung über und neben sich nicht gelähmt" wären. Dieses Ausschußhaus hätte also zwar keinen übermächtigen Nebenbuhler in einem Volkshause zu fürchten, dagegen ständen ihm aber der Centralgewalt, d. h. den Regierungen und ihren diplomatischen Vertretern, gegenüber keine bestimmten Rechte zu, es hätte nur zu „pflegen und zu berathen." Und da nun ferner die konstitutionelle österreichische Gesammtmonarchie ohne Zweifel eine Wahrheit werden und ihre volle Entwicklung erlangen soll, so bedarf es wohl keiner tiefen Betrachtung um zu ermessen, welche Kraft und Selbstständigkeit die deutsche Centralgewalt sammt dem Ausschußhause dem österreichischen Parlamente, den Vertretern einer kompakten Gesammtmasse von 35 Millionen gegenüber, allenfalls erlangen könnte. Eben so klar ist im Voraus das Verhältniß zu übersehen, welches anderer Seits die winzigen deutschen Reichskreise (besteht doch einer derselben nach dem österreichischen Vorschlage aus nicht weniger als den beiden Hessen, Nassau sammt Homburg, Luxemburg, Limburg, Waldeck, den beiden Lippe und Frankfurt!), diesem „großen, durch Volkswahl in sich vertretenen Körpern," in dieser Löwengesellschaft vorbehalten wäre.

Wenn aber offenbar keine Rede davon sein kann, der Centralgewalt und ihrem Ausschußhause die Suprematie über das österreichische und selbst über das preußische Parlament zu übertragen, geschweige ihr dieselbe in der Wirklichkeit zu sichern, so wäre es am ehrlichsten und zweckförderlichsten von vornherein diese Bundesbehörde für nichts anderes auszugeben als was sie der That nach sein wird: das diplomatische Verhandlungsorgan vollkommen souveräner und unabhängiger Staaten, um so unabhängiger, je mehr sie wahrhaft konstitutionell von dem Willen und der Kraft der Völker getragen sein werden.

Handelt es sich aber von einem bloß völkerrechtlichen, oder wenn man lieber sagt, von einem innigsten Bundesverhältnisse Deutschlands zu Oesterreich, zu dem konstitutionellen österreichischen Gesammtstaate, unbeschadet der vollen Unabhängigkeit der Bundesglieder, so kann man wahrhaftig Deutschland nur rathen, nicht in Reichskreise zerfällt, sondern zu einer kräftigen Einheit gestaltet, in diese Ehe einzutreten, widrigenfalls es ihm wie andern Ländern ergehen möchte, die durch Heirath (tu felix Austria nube) an Oesterreich gekommen sind. Kurz die Note des österreichischen Kabinets vom 9. März kann nur als auf das Gagern'sche Unionsverhältniß bezüglich von uns aufgefaßt werden, wie ja auch das Programm von Kremsier es ausgesprochen hat, daß „die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden können, wenn beide Staatenkomplexe zu neuen und festen Formen gelangt sein werden".

Es ist noch nicht der Augenblick gekommen, die Gestaltung dieses Verhältnisses Deutschlands zu Oesterreich näher in's Auge zu fassen. Wie die österreichische Regierung abgelehnt hat, vor der Vollendung der österreichischen Staats-Einheit darauf einzugehen, so muß es auch Deutschland gestattet sein, diese Verhandlungen bis zur schließlichen Bildung des deutschen Bundesstaats hinauszuschieben. Vorläufig haben wir deshalb nur scharf und klar festzustellen, daß und in welcher Weise durch die Verleihung der österreichischen Gesammtverfassung und durch die Note vom 9. März die bisherigen Beziehungen Deutschlands zu diesem Staate einen Abschluß erfahren haben.

Die Verfassung vom 4. März hat die deutsch-österreichischen Länder ihrem bisherigen Bundesverhältnisse entzogen, sie sind der österreichischen Gesammtmonarchie, einer völlig neuen Schöpfung, einverleibt, ihr Verhältniß zum deutschen Bunde ist in der Verfassungsurkunde mit keiner Silbe vorbehalten worden. Dieser Thatsache entspricht Ton und Fassung der Note vom 9. d. M., die sich in dieser Beziehung zu dem polternden Style der Note vom 4. Febr. ungefähr so verhält, wie die gemessene Sprache des Staatsmannes zu den Uebertreibungen des Rhetors. „Sollte Deutschland das Bedürfniß der österreichischen Staatseinheit nicht anerkennen, so würde die k. k. Regierung es beklagen, aber deshalb ihre Lebensbedingung nicht aufgeben; sie würde sich den Gefahren zu entziehen verpflichtet betrachten, die aus dem Widerstreite der Gewalten nothwendig für das ganze Reich sich ergeben würden." Das ist die Sprache des unterrichteten Staatsmannes, welcher die verfügbaren Mittel seiner Regierung und deren Umfang kannte, welcher weiß, daß von einem Zwangsverfahren gegen Preußen und die übrigen Mitglieder des ehemaligen Bundes keine Rede sein kann, welcher begreift, daß ein ungeschlachtes Mittelreich, dessen „Grenzmarken" von Hamburg bis Semlin sich er-

strecken, kein europäisches Bedürfniß, sondern ein europäisches Störniß, im besten Falle einer jener lebensmatten, kurzathmigen Riesen-Organismen sein würde, die an Energie einbüßten, was sie an Umfang gewonnen. Nicht als ob uns die halbverhüllten Drohungen der Note vom 4. Febr. sonderlich erschreckt hätten — nach unserer Auffassung wünschen wir geradezu dem deutschen Bundesstaate, dem jungen, frisch in die Welt tretenden Kämpen, einen tüchtigen, ebenbürtigen Feind; es gehört aber eben zum wahren Verständnisse unserer Lage, die friedfertige Haltung der Note vom 9. März nicht zu übersehen. Die österreichische Regierung macht einen Vorschlag, der ohne das vermittelnde Dazwischentreten des engeren Bundes nach allen Seiten und für alle deutschen Staaten unannehmbar ist; sollte er die Aufnahme finden, die der eigene Urheber vorhergesehen haben mag, so wird die österreichische Regierung es „beklagen und sich zurückziehen." Mit dieser Erklärung ist den betheiligten Staaten der Weg zum engeren Beschlusse gewiesen. Möchte insbesondere die Nationalversammlung diese Sachlage nicht übersehen. Eine politische Schöpfung, welche die Nothwendigkeit gebietet, bedarf nicht der Zustimmung irgend einer irdischen Macht, sie könnte leicht auch ohne den Segensspruch einer knappen Majorität ins Leben treten. **Nicht sowohl das Vaterland ist in Gefahr, noch weniger das preußische Erbkaiserthum, aber die Nationalversammlung ist in Gefahr.**

Deutschland.

> **Frankfurt**, 15. März. Die Sitzungen, welche das Parlament jetzt noch hält, ehe es zu der Einen entscheidenden Berathung übergeht, können nur als Vorbereitungen zu dieser gelten. Die Aufmerksamkeit der Versammlung ist nicht mehr dem Reichsgericht und nicht dem Auswanderungsgesetz gewidmet; auf den Schlußakt des ganzen Dramas, wo der Schleier von dem Bilde des Kaisers fallen soll, sind Aller Gedanken gerichtet.

Zu Anfang der heutigen Sitzung wurde der Bericht des Verfassungsausschusses über den Welcker'schen Antrag unter die Mitglieder des Parlaments vertheilt. Er verdient die Theilnahme, mit der er auf allen Seiten gelesen wurde. Mit kurzer, schlagender Begründung rechtfertigt der Ausschuß die Empfehlung des Antrags. Die Berechtigung, Deutschlands Einigung auch ohne Oesterreich auszuführen, begründet der Ausschuß aus dem Verfahren der österreichischen Regierung selbst, aus dem Erlaß der Verfassung vom 4. März und der Note vom 9.: „Die für den österreichischen Gesammtstaat gegebene Verfassung schließt jede Einwirkung einer deutschen Gesetzgebung und einer deutschen Regierung auf das deutsche Oesterreich stillschweigend aus"; sie schafft das Werk „der Einigung des großen Kaiserstaates] in sich zu einem auf neuen Grundlagen wohlgeordneten Ganzen", welche das Kremsier-Programm vom 27. Nov. als die Vorbedingung der Regelung der Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs aufstellt, ohne alle Rücksicht auf Deutschland. Schon darin läge das Recht Deutschlands, auch das Werk **seiner** Einigung, welche das Kremsier-Programm ja als zweite Bedingung jener Regelung angibt, nun auch ohne Rücksicht auf Oesterreich auszuführen. In jener Note aber wird „jede weitere Verhandlung über ein Bundesverhältniß mit Deutschland an die vorgängige Bedingung des vollständigsten Verzichts auf eine Volksvertretung für den zu gründenden Bundesstaat geknüpft;" es wird ferner der Anspruch erhoben, daß in dem auf solche Weise gebildeten Bundesstaat die Gesammtheit aller österreichischen Länder nicht blos die deutschen Provinzen aufgenommen werden. Die erste Forderung „weist eine der wesentlichsten, unerläßlichsten Grundlagen des Baues zurück, den die Nationalversammlung auszuführen vom Volke den Auftrag hat." Die zweite setzt eine Bundesform voraus, die „entweder völlig machtlos und dem Einheitsbedürfniß des deutschen Volkes auf keine Weise entsprechend sein, oder, wenn sie Macht gewönne, die deutsche Entwicklung von einem überwiegend undeutschen Einfluß abhängig machen würde." Mit vortrefflicher Ironie bemerkt der Verfassungsausschuß, wie das Verlangen Oesterreichs „sogar den alten von Oesterreich selbst früher angerufenen Verträgen widerspreche." Damit ist die Befugniß Deutschlands sich selbstständig zu konstituiren, unzweifelhaft dargethan. Die Beschleunigung des Verfassungswerkes aber durch Annahme der ganzen Verfassung in Einer Abstimmung und durch Uebertragung der Kaiserwürde an Preußen „findet in der allgemeinen politischen Lage Deutschlands und Europas dringende Veranlassung." Jeder wird, hofft der Ausschuß, „die eigne Meinung über einzelne Fragen, nicht der Meinung des Andern, aber der gemeinschaftlichen Ueberzeugung von dem Bedürfniß des Vaterlandes opfern." Er hält es deßhalb für billig, daß auch bei dem Wahlgesetz, über das in dem Gesammtbeschluß mitentschieden werden soll, nicht auf frühere Bedenken zurückgekommen wird, mag ihre Berücksichtigung in der zweiten Lesung wahrscheinlich gewesen sein oder nicht; das Wahlgesetz in der Form soll genehmigt werden, welche die erste Lesung ergeben hat; nur die Oeffentlichkeit der Stimmgebung bei den Wahlen wünscht der Ausschuß aufgenommen.

Hundertfach wurden diese Vorschläge des Verfassungsausschusses besprochen und erwogen, während die Tagesordnung der Sitzung fernliegende Gegenstände zur Berathung bot. Kaum vermochte der lehrreiche Vortrag des **Handelsministers**, in dem derselbe auf eine Frage Eisenstuck's über den Stand der deutschen Flotte Auskunft gab, sich einige Aufmerksamkeit zu verschaffen. Es erhellte aus ihm, daß die Anfänge der Flotte nicht sehr glücklich waren. Die ersten für die Flotte erworbenen Schiffe mußten entweder als völlig untauglich zurückgegeben oder sogleich einer sehr ausgedehnten und kostspieligen Ausbesserung unterworfen werden. Die dann ins Leben getretene Marinekommission scheint bessern Erfolg erzielt zu haben.

Das Reich besitzt jetzt (man höre!) 3 Dampffregatten, 6 Dampfkorvetten, 1 Segelschiff von 32 Kanonen und 86 Kanonenböte. Hoffentlich befindet sich ein Theil dieser Flotte bereits in der Ostsee: sonst möchten die am meisten ausgesetzten Küstenländer wenig Nutzen von ihr haben. Auch der Handelsminister klagte, daß mehrere deutsche Staaten die nöthigen Geldmittel vorenthalten hätten und so mochte ihm der Wunsch wohl vom Herzen kommen, daß wie Deutschland zur See bereits als Einheit erschiene, die Einheit auf dem Festlande bald nachfolgen möge.

Während der Berathung über das Auswanderungsgesetz erschienen mehrere aus Berlin zurückgekehrte Abgeordnete wieder in der Paulskirche. Sie brachten die Berathung beinahe ganz in's Stocken. Als **Saucken** hereintrat, war ein so herzliches Händeschütteln, sich um ihn Drängen, Befragen und Erkundigen, daß die Klingel des Präsidenten nichts dagegen vermochte. Wir müssen der Linken aber die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie **Temme** ebenso warm empfing.

Das Auswanderungsgesetz wurde glücklicherweise schnell beendet; es enthält auch wenig mehr als sehr ausführliche Bestimmungen über die Pflichten der Auswanderungs-Agenten. Der Präsident wollte nun die Verhandlung der großen Frage auf morgen anberaumen; **Simon** aber und **Eisenstuck** verlangten zur reiflichen Erwägung längere Muße. Was ist aber, um des Himmelswillen, da noch zu erwägen? Haben diese selben Herren doch schon vor zwei Tagen der Aeußerung Mohl's zugeklatscht: wer heute noch nicht weiß, wie er zu stimmen hat, ist nicht werth mitzustimmen! **Riesser** und **Beseler** waren gutmüthig genug, die Vertagung bis Sonnabend zu befürworten, und zugleich zu versprechen, daß die Verhandlung mehrere Tage dauern soll. Wir können nicht umhin, diesen Verzug zu beklagen.

Wir fürchten nicht, daß das Ergebniß gefährdet werde; wir billigen, daß jede Forderung der Geschäftsordnung erfüllt worden ist; wie die Würde der Versammlung aber die Beobachtung aller Formen erheischte, so erheischt sie auch, daß man, was man entschlossen ist, schnell thue. Möge die Versammlung nicht bei dem Akte, der alle ihre Fehler sühnen soll, alle ihre Fehler wiederholen!

*** **Frankfurt**, 14. März. Bekanntlich wurde bereits vor längerer Zeit aus **Wien** gemeldet, es sei das neue österreichische Anlehen mit den Bankhäusern **Rothschild**, **Sina** und **Stieglitz** abgeschlossen worden. Seitdem erfuhr man nicht Gewisses darüber, doch melden die neuesten Handelsbriefe aus Wien, es sei dieses Anlehen am 10. d. M. noch nicht abgeschlossen gewesen. Hinzugefügt wird noch, daß die obengenannten Bankhäuser nur kommissionsweise das Anlehen übernehmen wollten, was sich aus der augenblicklichen Lage Oesterreichs leicht erklärt.

Frankfurt, 12. März. Die Briefe, welche Hr. Herrmann, einer der nach Ollmütz Abgesandten, geschrieben hat, finden nicht Worte genug, um die empörende Mißachtung, selbst Geringschätzung, welche sie als Mitglieder der deutschen National-Versammlung in Wien und Ollmütz fanden, zu schildern. Es heißt unter Anderm wörtlich: „Wir sind wie Schulbuben behandelt und von einem Vorzimmer in's andere geschickt worden." (K. Z.)

* **Wien.** Auch die Art, wie der Reichstag aufgelöst wurde, war nur ein Mißverständniß. Man schreibt der Allgem. Zeitung: „Die Minister äußern sich in vertrauten Kreisen bedauernd über die Art wie der Reichstag geschlossen und die beiden Deputirten verhaftet wurden. Es sei dies nicht in ihrer Absicht gelegen, und die Organe des Ministeriums seien viel zu weit gegangen. Ein leidiges Mißverständniß, das hier wie in den Provinzen viel böses Blut machen wird."

** **Wien,** 11. März. Heute Vormittags 10 Uhr wurde in der Metropolitankirche zu St. Stephan ein solenner Gottesdienst zur Feier der verliehenen Konstitution abgehalten. Der Gouverneur Welden von einer zahlreichen glänzend uniformirten Suite umgeben, wohnte demselben bei, 101 Kanonenschüsse verkündeten von den Wällen den feierlichen Akt. Der Civil- und Militär-Gouverneur Welden fand sich bewogen, von heute in dem Belagerungszustand eine Milderung eintreten zu lassen. Er gestattet die Promenade auf den Stadtwällen bis zur 10. Abendstunde ungehindert; Kaffee- und Wirthshäuser dürfen bis Mitternacht geöffnet bleiben; die Patrouillen sind angewiesen, dem Verkehr zwischen Stadt und Vorstädten keine Hindernisse in den Weg zu legen; doch werden diese Zugeständnisse bei dem nächsten Falle einer Aggression auf das Militär oder aufreizender Reden an öffentlichen Orten zurückgenommen. Fischhof wurde gestern von 24 Mann eskortirt vom Polizeihause in das Stabsstockhaus zum Verhöre geführt, er kehrte aber nur allein vom Profoßen begleitet zurück; man glaubt daher, daß die Untersuchungskommission von der Unschuld des Inhaftirten überzeugt sei und seine baldige Entlassung bevorstehe. Es gibt sich hier allenthalben viel Theilnahme kund für diesen ersten Freiheitskämpfer des März, ungeachtet die Schandblätter Wien's nicht ermüden, ihn zu verunglimpfen und seinen Charakter zu verdächtigen. Seine Kommittenten verwendeten sich mit aller Wärme für ihn. Man hofft, er werde in kürzester Zeit schuld- und verdachtlos sein Gefängniß verlassen. Die Deputation des Gemeinderathes und Magistrats von Wien, welche nach Olmütz ging, um dem Kaiser den Dank der Bewohner Wien's für die Verleihung der Konstitution auszudrücken, wurde von ihm auf das huldvollste empfangen. Der Kaiser sprach die Hoffnung aus, daß die von der Stadt Wien kundgegebenen Gesinnungen ihn bald in die Möglichkeit versetzen würden, sich in ihre Mitte zu begeben.

* **Wien,** 11. März. Dr. Fischhof wird in seinem Gewahrsam mit großer Rücksicht behandelt. Es ist ihm gestattet, Besuche zu empfangen und Zeitungen zu lesen; so viel man hört, dürfte er bald auf freien Fuß gesetzt werden, da seine Wähler die Absicht haben, deshalb Schritte einzuleiten. Die Antwort, die er seinen Freunden ertheilte, als sie ihn zur Flucht bereden wollten, ist eines Mannes würdig: „Ich glaube nicht, daß mich die Militärkommission verurtheilen wird und kann, wenn ich bleibe, aber ich weiß gewiß, daß mich das ganze Volk verurtheilen wird, wenn ich fliehe."

In dem durch die unglückliche Schlacht berühmt gewordenen Austerlitz haben sich die christlichen Einwohner Exzesse gegen die dortigen Juden aus Anlaß der Erklärung der Gleichberechtigung erlaubt.

Graf Albert Nostitz aus Prag, Landstand und Verfasser einer im Laufe des vergangenen Sommers erschienenen Brochüre über die Konstituirung Oesterreichs, ist mittelst Telegraphen hieher berufen.

Der Feuerschaden, welchen die hiesige wechselseitige Brandversicherungsanstalt in Folge der Oktoberereignisse zu bezahlen hatte, beläuft sich auf 116,170 fl. C.-M.

Der Tyroler Bote enthält folgende Anzeige: „Wir können unseren Lesern die erfreuliche Nachricht mittheilen, daß S. M. Kaiser Ferdinand beabsichtige, diesen Sommer nach Innsbruck zu kommen."

△ **Berlin,** 13. März. Die Organisation der zweiten Kammer für die eigentliche Thätigkeit derselben wird eifrig betrieben. Während von der Rechten die Feststellung der Verfassung durch die Antwort auf die Thronrede beabsichtigt wurde, trat eine gemäßigte Fraktion der Linken mit dem Tüliff-Berg'schen Antrag dazwischen, dessen Unverfänglichkeit die Rechte bewog, die Ernennung einer Kommission zur Prüfung der Verfassung vom 5. Dez. 1848 auch zu unterstützen. Zum Vorsitzenden ward v. Auerswald gewählt, Stellvertreter Oberlandesgerichtsdirektor Wentzel (Ratibor), Sekretär Professor Ulrichs (Greifswald). Da wir in dieser für die weiteren Verhandlungen der Kammern sehr wichtigen Kommission die Namen v. Vincke, Heinrich Simon, Unterstaatssekretär Müller (Siegen), Wentzel, v. Unruh, v. Arnim, v. Auerswald und Phillips neben einander gestellt finden, so darf man wohl scharfe Diskussionen, aber eben so gewiß wohl erwogene Beschlüsse erwarten. 14 Mitglieder der Kommission gehören zu der Rechten und 7 zu der Linken. Es kann gewiß nicht mit Recht gesagt werden, daß die Parteien, denen noch immer ein festes Centrum fehlt, sehr schroff gegeneinander stehen; im Gegentheil, da beide Seiten Centrum-Theile in sich schließen, so werden schon dadurch die Spitzen sehr abgestumpft. Für diese Ansicht ist auch noch anzuführen, daß in den Abtheilungen, wo Linke und Rechte mit einander verkehren müssen, die Geneigtheit hervorgetreten ist, auch im gesellschaftlichen Verkehr zusammenzutreten. Es haben einige Abtheilungen dergleichen „Mittagessen auf neutralem Boden" schon probirt und man darf hoffen, daß alle dem Beispiele folgen werden. Die Adreßkommission ist auch in voller Tätigkeit und hatte sich gestern schon über einige Sätze geeinigt. Nachdem auch in der zweiten Kammer die Suspension der provisorischen Gerichtsveränderungen beantragt und zur Erwägung gekommen ist, scheint die Einführung derselben jedenfalls weiter hinaus geschoben und auch nach provinziellen Verhältnissen beschränkt werden zu müssen. Noch mehr dürfte dies bei der vom Ministerium zur Berathung ausgegebenen „Gemeindeordnung" der Fall sein, die, wie von allen Seiten bemerkt wird, weil sie eine allgemeine sein soll, bei der großen Verschiedenheit der preußischen Landestheile und Gemeindeverhältnisse nirgend ausführbar erscheint. Es wird die besondere Berathung derselben in verschiedenen Landsmannschaften der Abgeordneten vorbereitet.

♁ **Berlin,** 13. März. Wie sehr ein anderes Ministerium einem Staat wie Preußen noththut, das kam uns vor Allen heute auf das Klarste zum Bewußtsein, als sich die Nachricht hier verbreitete, daß die deutsche Oberhauptsfrage in Frankfurt zu Gunsten Preußens entschieden sei. Für die großen Bahnen, die sich damit dem preußischen Staate eröffnen, reichen wahrlich die jetzigen Minister nicht aus. Der Minister-Präsident hielt sich selbst für seinen Posten nicht befähigt, und nahm ihn nur aus Gehorsam an. In den Kammern that er den Mund nicht auf, weil er nichts zu sprechen weiß. Herr v. Manteuffel vereinigt Thätigkeit mit Willenskraft, aber er ist ein verbissener Büreaukrat, und vereinigt alle Sympathien gegen sich. Hr. Rintelen, der Justizminister, hat selten in seinem Fache, in den Kammern nicht genügt, abgesehen von seinen Thaten außerhalb der Kammer. Graf Arnim endlich dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ist alles, was in Frankfurt geschieht, böhmische Dörfer. Jetzt mehr als je kommt es darauf an, den Bedeutendsten an Talent und Charakter an die Spitze zu stellen, wenn es sich auch nur darum handelte, dem deutschen Volke zu beweisen, wie wir seine Wahl zu ehren wissen, wenn auch nicht die Verwicklungen, die nur dem „kleinen Deutschland" drohen, mit gebietender Stimme einen Piloten erheischten, der dem Sturme zu trotzen versteht!

Berlin, 13. März. Man erinnert sich wohl noch des Konflikts, der im verflossenen Sommer zwischen Herrn Held und dem Staatsanwalt statt hatte und für dessen Erörterung sogar die Spalten des Staats-Anzeigers sich öffneten. Hr. Held, als Zeuge vernommen, hatte die Eidesleistung verweigert, weil er nicht an Gott glaube. In einem gestern verhandelten Civilprozeß sah sich Held zu der Erklärung genöthigt, daß er fortan schwören werde. Wie er behauptet, werde er seit dem Bekanntwerden jener Eidweigerung unablässig mit ungerechtfertigten Schuldanforderungen bedrängt, deren Urheber sich stets zur Begründung der Ansprüche der Eideszuschiebung bedienten.

Magdeburg, 12. März. Die Berufung des Herrn Uhlich zum Prediger der hiesigen Katharinen-Gemeinde ist so eben durch die Majorität des Kirchen-Kollegiums entschieden worden.

N **Naumburg** an der Saale, 12. März. Die sehr ausgezeichneten Wühler: der Kandidat Leister; Buchdrucker Littfas; Dr. Keil, welcher früher einen liederlichen Roman über die Freuden der höhern Liebe geschrieben, und jetzt Herausgeber schlechter Wochenblätter war — sind zu mehrjähriger Haft

im Zuchthause verurtheilt. Ihr Freund, ein Lohnkutscher, könnte sie nun hinfahren, wenn er nicht mitverurtheilt wäre.

Der Pallastbesitzer Rötscher (zu Wennungen), ist verhaftet. Er verbreitete Aufsätze unter seinem Namen, die er sich schreiben ließ, um sich theils ein Ansehen zu geben, theils aus Furcht die Rothen möchten seinen Prachtbau zur Aufführung einer terroristischen Demonstration benutzen.

§ **Bonn**, 12. März. Am 24. Febr. hielten eine Zahl Studenten ein Bankett trotzdem, daß der Senat es verboten hatte, oder vielmehr zum Theile gerade deßhalb. Der Senat hat sich veranlaßt gefunden, mehrere Studenten vorzuladen, dreien davon die Urheberschaft zuzuerkennen, weil ihnen nachgewiesen ward, sie hätten die Musik zum Spielen aufgefordert, und zwei mit dem consilium abeundi, den andern mit Relegation, und weil er das Urtheil nicht anerkannte, es vielmehr einen reaktionären Streich nannte, noch hinterher mit 10tägiger Carzerstrafe zu bestrafen. Letzterer, ein entschiedener Republikaner, und folglich bei den Demokraten sehr angesehen, verlangte, nachdem er mit Gewalt ins Carcer geschleppt war, einen Rechtsbeistand und eine Abschrift der Akten. Beides ward ihm abgeschlagen. Eine Versammlung von mehreren Hundert Studenten zog deshalb heute zum Rektor, und verlangte, um den Rekurs ihres Kommilitonen unterstützen zu können, Abschrift der Akten, sprach sich entrüstet über die Verweigerung des Rechtsbeistandes aus, und fügte hinzu, der Rektor möge es nicht verkennen, daß dies zu gleicher Zeit eine Demonstration sei, durch welche die Studenten bekundeten, daß sie noch Rechtsgefühl hätten, und auf dasselbe trotzen würden, jeder Behörde, jedem Ministerium gegenüber. Und, fügte der Redner hinzu, die Bonner Studentenschaft, als eine der bedeutendsten in Deutschland, und als Vorort der gesammten deutschen Studentenschaft, glaubt auf diese einigen Einfluß zu haben: sie wird ihn, wenn das so fortgeht, wenn es ihr unmöglich ist, das geringste Vertrauen zu der ihr vorgesetzten Behörde zu fassen, dazu anwenden, daß die deutschen Studenten die Universität Bonn meiden. Der Rektor sprach lange, aber wenig, und versprach nur, auf den Antrag wegen der Akten, baldmöglichst Bescheid zu geben. Gleichzeitig nahte eine allgemeine Volksversammlung, um die sofortige Freilassung des Studenten zu verlangen; der Rektor antwortete, die Bürger ginge das nichts an, jener sei Student, und als solcher dem Universitätsgericht unterworfen. Man brach die Unterredung kurz ab, und die Bürger tagen weiter.

0 **München**, 13. März. Professor Herrmann ist von seiner Sendung nach Wien gestern hier eingetroffen; noch weiß man nicht ob er das ihm angebotene Portefeuille annehmen werde. Die Bezahlung von einer Million Gulden durch König Ludwig bestätigt sich; der Rest dieser Schuld in Betrage von 555000 fl. soll nun von der übrigen königlichen Familie bezahlt werden. Daß man diese Verpflichtung nicht früher anerkannt hat, daß man sich erst durch einen Scandal zur Anerkennung derselben zwingen ließ, mögen jene verantworten, welche im engern Rathe der Krone sind. Den Männern des Finanzausschusses aber gebührt Dank, denn ohne ihre energischen Bemühungen wären diese anderthalb Millonen für die Staatskasse verloren gewesen, und die Matrikularumlage hätte durch eine neue Schuld oder durch die verhaßte Steuererhöhung gedeckt werden müssen.

× **Stuttgart**, 14. März. Die Nachricht von dem Welcker'schen Antrage hat hier, wie wohl überall im Vaterlande eine große Wirkung hervorgebracht. Oesterreich ist nicht ausgeschlossen worden, es hat sich selbst ausgeschlossen und unserer Regierung bleibt nach ihrer eigenen Erklärung nichts Anderes übrig, als sich ein Deutschland gefallen zu lassen, mit welchem Oesterreich nur verbündet ist. Der vaterländische Verein hat sofort eine Eingabe an die Regierung eingereicht, in welcher es vom Welcker'schen Antrage heißt: „Während durch Annahme dieses Antrags das dringende Bedürfniß einer wahren Staatseinheit befriedigt, das gerechte Verlangen der Deutschen ein starkes Vaterland zu haben, gestillt erscheint, werden sich dadurch nicht nur mancherlei Wünsche durchkreuzt, manche Interessen verletzt fühlen, sondern wir müssen auch, da Oesterreich sich nunmehr zu Einer großen Gesammtmonarchie zusammengeschlossen hat und hiedurch (wie in dem Programm von Kremsier erklärt wurde) Deutschland ebenso aufgefordert wie berechtigt ist, das Gleiche zu thun, in dem neu begründeten deutschen Staate voraussichtlich mehrere edle deutsche Bruderstämme, vorerst wenigstens missen. Dennoch aber erscheint die nach der in Frankfurt herrschenden Stimmung nicht zweifelhafte Annahme des Antrags als eine Nothwendigkeit, als ein Segen für das Vaterland, das in längerer Ungewißheit sich verzehren, bei fortdauernder Spaltung eine Beute auswärtiger Feinde werden müßte. Unter diesen Umständen ist es die Pflicht jedes sein Vaterland liebenden Deutschen, seine besonderen Ansichten, Neigungen und Interessen demjenigen unterzuordnen, was das Wohl des Ganzen erheischt, damit Deutschland in dem starken Nationalgefühl seiner Bürger die Kraft finde, den drohenden Stürmen zu begegnen." Die Eingabe schließt mit folgenden Worten: Mit vollster wohlbegründeter Zuversicht hoffen wir daher, daß die hohe Staatsregierung den in nächster Aussicht stehenden Beschlüssen der Nationalversammlung Folge leisten werde; wir verbinden aber mit diesem Ausdruck unseres Vertrauens die ehrerbietigste Bitte, die hohe Staatsregierung möge auch durch das moralische Gewicht ihres offenen und freudigen Beitritts zu den für Deutschlands Größe und Ehre entscheidenden Beschlüssen demjenigen Theile des würtembergischen Volkes, denjenigen deutschen Staaten und Stämmen ein ermunterndes Beispiel geben, die in Ab- und Zuneigungen, in mancherlei Vorurtheilen, Gefühlen und Gewöhnungen befangen, gegen das Gebot der politischen Nothwendigkeit sich etwa sträuben sollten; sie möge durch rasche, entgegenkommende Bereitwilligkeit den bleibenden Dank des Gesammtvaterlandes verdienen, eine unverwelkliche Blume zum Kranze der deutschen Einheit stiften."

Römer verwahrt sich öffentlich gegen die Anschuldigungen, welche in der badischen Kammer gegen ihn erhoben sind. Aus seiner Aeußerung in der Paulskirche: Ohne großartige Mediatisirungen sei uns nicht zu helfen, und einem Worte, das er in der würtembergischen Kammer fallen ließ: man müsse Baden hüten, habe man geschlossen, er sei nicht abgeneigt, im Trüben zu fischen. Für eine solche Behauptung erwarte er bessere Beweise. Im Trüben fischen heißt wohl so viel als Baden mit Würtemberg vereinigen. Indessen würde es allerdings nicht leicht sein, Baden zum Frühstück zu verzehren. Der Schwarzwald hat gar harte Felsen und spitze Tannen.

+ **Hannover**, 12. März. Die dänisch-deutsche Frage, in der es vor sechs Monaten dem Frankfurter Parlament glücklich gelungen ist, durch Annahme des von Preußen geschlossenen Waffenstillstandes die anarchie-süchtigen Pläne einer pseudo-kriegerischen Partei, inner- und außerhalb ihrer Mitte, für immer zu vereiteln, scheint heute in ein Stadium eingelaufen, wo Deutschland die damals aufgezogene Friedensflagge nun wirklich nicht länger mit Ehren führen kann. Derselben nationalen Majorität und eigentlichen Reichsvertreterschaft, deren besonnene Pflicht es unter jenen Umständen sein mußte, auf Lösung des von Preußen verpfändeten Wortes zu dringen, liegt es jetzt ob, auf dem Einholen der verpfändeten deutschen Ehre und auf der Lösung des damals von ihnen selbst wie von Preußen gegebenen Wortes zu bestehen, das Schwert solle nur halb und mit dem Vorbehalte in die Scheide gesteckt werden, daß es, im Falle einer von Dänemark und den vermittelnden Macht an die Herzogthümer gestellten ungerechten und unwürdigen Forderung, augenblicklich wieder zum Schutze derselben bereit sei. Um aber die Grenze zu stecken, jenseits deren Deutschland und die Herzogthümer, ohne Recht und Ehre aufzugeben, Dänemark in dieser Frage ein Zugeständniß machen dürfen, genügt es, einen einzigen Blick auf das Wesen der Frage selbst zu werfen. Gegen drei von der dänischen Regierung unternommene revolutionäre Eingriffe in das urkundliche und verfassungsmäßige Recht der Herzogthümer haben sich diese, unter dem Schutze Deutschlands, zum gesetzmäßigen Widerstande erhoben: Zerreißung ihrer alten Staatseinheit, theilweise Aufhebung ihrer von der dänischen getrennten Erbfolgeordnung, und vollkommene Einverleibung des durch diese Verfügungen von Holstein losgetrennten Herzogthums Schleswig in Dänemark. Es springt in die Augen, daß von Allem, was die durch solche Uebergriffe verletzten Rechte der Herzogthümer Bleibendes enthalten, sowohl Deutschland als das vermittelnde England, ohne Zustimmung der Herzogthümer, nebst den herzoglichen Agnaten selbst, nie und nimmer ein Recht haben können, auch nur ein Düttelchen zu opfern, ja noch mehr, daß Deutschland, nach den Schritten, die von ihm und von Preußen in seinem Namen bereits geschehen sind, nicht einmal die Freiheit mehr hat, die Vertheidigung der Herzogthümer in jenen wesentlichen Punkten mit Ehren von sich zu weisen. Der einzige der von ihm im Namen der Herzogthumer erhobenen Ansprüche, den

Deutschland seinerseits fallen zu lassen berechtigt ist, betrifft das unmittelbare Eintreten Schleswigs in den deutschen Bundesstaat; so daß also, zu Gunsten Dänemarks, vorgeschlagen wurde, daß nördliche der beiden Herzogthümer solle, bis zu der Zeit wo das verschiedene Erbfolgegesetz in Wirksamkeit trete, von dem südlichen in gewissen Beziehungen getrennt und mit Dänemark in einen mehr unmittelbaren politischen Zusammenhang gesetzt werden. Aber will sich Dänemark mit diesem Zugeständniß, dem äußersten das ihm gemacht werden kann, begnügen? Keineswegs. Was es verlangt, und was es, mit einer neuen Beleidigung für Preußen und Deutschland, so wie nicht minder für England, durch den Schreckschuß der Waffenstillstandsaufkündigung zu erobern wagt, ist nichts geringeres als die ihm, angesichts Europa's zuzusichernde für immer unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit dem Königreich — d. h. also im Wesentlichen alles, ja für die Zukunft noch mehr als was es sich, zum Erstaunen Europa's und zur allgemeinen Entrüstung Deutschlands, in dem offenen Briefe zu fordern erdreistet hat. Und für einen auf solche Bedingungen zu schließenden Frieden sollte Deutschland die mehrjährige Begeisterung seines Volks, das Ansehen seiner Regierungen und das Blut seiner Krieger vergeudet, sollte mit Ehren gekämpft und gesiegt haben, bloß um zuletzt eine Urkunde zu unterzeichnen durch die der edle Gedanke des ganzen Kampfes für eitlen Frevel und Wahnwitz erklärt wird! Ich glaube, Sie versichern zu können, daß bei einem solchen Entweder — Oder, selbst hier zu Lande, Angesichts aller der Opfer die die Erneuerung des Kriegs diesem Theile Deutschlands auferlegen muß, doch kein braver Mann einen Augenblick über den zu fassenden Beschluß zweifelhaft sein wird. Und ebenso wenig, bin ich überzeugt, wird die Rücksicht auf Rußland, selbst wenn dasselbe (was nicht wahrscheinlich) den mächtigen Beistand den Dänemark von ihm erwartet, über eine bloß drohende Stellung hinaus geltend machen sollte, irgend eine deutsche Regierung und Versammlung bewegen für ein solches Zugeständniß deutscher Unehre zu stimmen. Aber freilich ist es beklagenswerth, daß, wie es heißt, die vermittelnde Macht selbst einen solchen Vorschlag befürworten, und dadurch die ihr gewordene vermittelnde Stellung faktisch hat vernichten können!

** **Hannover**, 13. März. Die erste Kammer, die ohne Minister früher eine Vorlage über das Postwesen nicht berathen wollte, that es heute, in der Hoffnung, daß die Minister kommen würden. Nach dem Schluß der Berathung erschienen denn auch die Minister in beiden Kammern und erklärten ihr Amt weiter fortführen zu wollen und die Grundrechte nicht nach dem Beschlusse der Stände zu publiciren. Sie wiederholen ihre Bedenken nochmals, sagen, der König habe kein Ministerium nach der Majorität bilden können und was dergl. m. ist. So lange haben die Herrn also mit dem Lande und seinen Vertretern Komödie gespielt, wie Sie selbst aus dem morgen gedruckt werdenden Schreiben ersehen werden. Auf Freudentheils Interpellation wegen der Königl. Rede ging Stüve nicht ein und erklärte, beiläufig die Verantwortung auf sich nehmen zu wollen. Ellissen fragte wegen der Ordensverleihung an die Feinde der deutschen Nation an, ob die Minister davon wüßten, sprach kräftig und mit großem Beifall des Saales und der Tribüne gegen solche Verhöhnung der öffentlichen Meinung, worauf Stüve kalt erwiederte, Orden vertheilten hier zu Lande nicht die Minister, allein jene Männer hätten als gute Soldaten nur die Befehle ihres Herrn vollzogen und ihre Pflicht gethan. Die zweite Kammer wird natürlich morgen auf ihren früheren Beschlüssen beharren, die erste Kammer wiederum dem Ministerium beitreten, darüber wieder Tage über Tage hingehen, dann löst man, nach gehöriger Durchwühlung des Landes die Kammer auf und regiert fort. Wahrlich solche Maßregeln hätten wir nie und nimmer von diesem Ministerium erwartet.

** **Hannover**, 13. März. Wir sind mit der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes seit längerer Zeit in der Lage gegen das Ministerium Stüve Opposition machen zu müssen, einestheils wegen seiner undeutschen Gesinnung, anderntheils wegen seines ganzen Manövrirens. Man zweifelt jetzt gar nicht mehr daran, daß man von Anfang an nur hat mit den Ständen Versteckens spielen wollen, so sehr man sich anfangs gegen diesen Glauben auflehnte, das Ministerium wird bleiben und auf einige Bitten von bethörten Bauern Gewicht legen. Ueber 14 Tage sind die Stände schmählich behandelt, Buren sagte gestern wie dumme Jungen, und erst gestern raffte sich die zweite Kammer auf, um die Minister zum Erscheinen aufzufordern, die erklärt, nur laufende Geschäfte besorgen zu wollen, aber namentlich noch den ständischen Beschlüssen ins Gesicht schlagende Instruktionen nach Frankfurt gesandt hätten. Freudentheil kündigt Interpellation darüber an, weshalb die Grundrechte noch immer nicht publicirt seien, und Buren glaubte, daß dies die tagtägliche Frage an den Minister sein müsse, bis ein anderes Ministerium am Ruder sei. Das Ministerium findet in der zweiten Kammer außer Buddenberg und Windhorst gar keinen Vertheidiger, die dann aber mit juristischen Spitzfindigkeiten sich in der Regel nur hinter die Schele'sche Gesch.-Ord. v. 1840 zu stecken suchen. Und diese harten verdienten Angriffe kommen von einer Kammer, die außer Weinhagen diesem Ministerium in allen innern Angelegenheiten Vertrauen votirt hat. Die erste Kammer zeigt sich aber in dem traurigsten Lichte, die wichtigsten Fragen werden immer von 3 bis 4 Rednern besprochen und dann Beschlüsse im Sinne der Halbheit von Geistlichkeit und Bauern mit kleiner Mehrheit gefaßt.

△ **Mannheim**, 14. März. Schon längst sahen wir einer endlichen Entscheidung in der Verfassungsfrage entgegen und stets hegten wir die Ueberzeugung, daß nur durch den Anschluß an Preußen die Einigkeit erzielt werden kann. Selbst Männer demokratischer Gesinnung, denen das wahre Wohl des Vaterlandes am Herzen lag, konnten dem nicht widersprechen. Daß jetzt endlich die Würfel gefallen sind, daß das ersehnte Ziel uns so nahe steht, hat den besten Eindruck auf die Gemüther gemacht. Es scheint, daß hier abermals ein Putsch befürchtet wird. Seit gestern ist die Rheinbrückenwache mit einem Offizier und ansehnlicher Mannschaft verstärkt und ihr die Instruktion ertheilt, ein genaues Augenmerk auf die der Brücke sich nähernden Kähne zu haben, da man Anlegung von Feuer befürchte. Es soll im Nothfalle von den Waffen Gebrauch gemacht werden. Gleiche Vorsicht wird auch auf rheinbaierischer Seite anbefohlen. Von Rastatt theilt man uns mit, daß heute Morgen 7 Uhr Blind und Struve unter starker Militäreskorte nach Freiburg gebracht worden seien. Die wirkliche Verhandlung beginnt den 20. d., an welchem Tage, wie die Untersuchungskommission in Freiburg nach Karlsruhe berichtete, eine bedeutende Menschenmenge sich dort einfinden wird, was Veranlassung zu Unruhen geben könnte. 180 Soldaten von einem in Rastatt liegenden Regimente haben eine Petition eingereicht, in welcher sie sich beklagen, „daß die jetzigen Rekruten nur sechs Wochen im Dienst zu bleiben hätten (es sind die der außerordentlichen Konskription gemeint), während sie bisher so lange schon im Dienste hätten bleiben müssen; man solle sie doch auch nur sechs Wochen im Dienst lassen." Von Karlsruhe kam von Seiten des Kriegsministeriums darauf der Bescheid, die Leute über diese Sache zu belehren, nicht aber zu bestrafen. Ohne Zweifel wurden sie zu diesem Schritte durch Ueberredung gebracht, ohne zu wissen, was sie mit der Petition eigentlich wollten.

⊙ **Gießen**, 13. März. Der Centralausschuß der deutschen Vereine am Mittelrhein hat die nachfolgende, vom hiesigen vaterländischen Verein ausgehende Adresse adoptirt und die verbundenen Vereine eingeladen, sich unverweilt in gleichem Sinne auszusprechen.

„Hohe Nationalversammlung!

Der vaterländische Verein zu Gießen hat bereits wiederholt einer hohen Versammlung seine Wünsche für kräftige Einigung der Nation durch Erhebung Preußens an die Spitze Deutschlands, sowie für selbstständige Vollendung des Verfassungswerkes in Gründung des wahren und vollen Bundesstaates ausgesprochen. Gegenüber der Politik der Kabinette, insbesondere des österreichischen, hat die Zwietracht in der Nation und selbst im Schooße der Nationalversammlung ihn mit Besorgniß erfüllt.

Um so lebhafter ist der Beifall, womit die Unterzeichneten den Welcker'schen Antrag begrüßen und in allen Punkten ihm beipflichten, indem sie darin das rettende Banner erkennen, um das sich alle Parteien einigen mögen, den drohenden Gefahren gegenüber die Macht und Würde der Nation, die Selbstständigkeit ihrer Vertreter, die Volkssouveränität im Einklang mit den Fürstenrechten zu behaupten.

Sie leben der Hoffnung, es werden Diejenigen, welche bisher in allzugroßem Vertrauen zu Oesterreich, oder in Besorgniß um die Sicherung der Volksfreiheiten der Einigung für das preußische Erbkaiserthum hemmend entgegentraten, ihre Ueberzeugung dem Heile des Vaterlandes zum Opfer bringen; es werde die große Mehrheit hoher Versammlung sich zur rettenden That erheben, zum erhabenen Beispiel für sämmtliche Fürsten und Staaten, für alle Parteien im Schooße der Nation.

Der Ausschuß des vaterl. Vereins."

Gotha, 11. März. Vom Reichsministerium des Kriegs ist der Befehl eingegangen, daß die hiesigen Truppen, die am 17.

März hierher zurückkehren, marschfertig gehalten werden. Sobald die erwartete Nachricht von England eintreffe, werde definitive Ordre erfolgen, ob und wann sie nach Schleswig abmarschiren sollen. Dorthin ist vorläufig auch ein Bataillon des weimarischen, des meiningischen und des reußischen Contingents bestimmt. (D. A. Z.)

Braunschweig, 9. März. Schon seit einiger Zeit ist hin und wieder das Gerücht aufgetaucht, daß unsere Truppen Marschordre erhalten würden, und das Infanterieregiment ist auch schon seit einiger Zeit marschfertig. Heute hat nun auch unsere Artillerie Befehl erhalten, sich binnen zehn Tagen marschfertig zu machen, und es ist nicht zu bezweifeln, daß dieselbe ausrücken wird, wie man vermuthet, nach Schleswig-Holstein. In Beziehung auf unsere Infanterie vermuthet man, daß sie nach Mainz beordert werden wird. (W. Z.)

▷ **Schwerin**, 11. März. Wie heiß es in unserer Kammer hergeht, wie schroff die Parteien gegeneinander stehen, mögen Sie daraus ersehen, daß ein Mitglied der Rechten folgenden Antrag stellte: „Der Vorsitzende hat das Recht, einem Abgeordneten eine Haft von 8 Tagen und Abbitte aufzulegen.“ Mit der Verfassung geht es natürlich verwünscht langsam weiter. Nöthig gewordene Ersatzwahlen sind sämmtlich konservativ ausgefallen. Die zahlreich umhergehenden, neu eingekleideten Rekruten, das Sammeln preußischer Truppen an unseren Gränzen, macht den Demokraten üble Laune und mit der größten Anstrengung suchen sie die Stimmung des Landvolks für sich zu behalten. So fand vor einigen Tagen auf dem Klüschenberge bei Stargard im Strelitzischen eine von den Reformvereinen angeregte Volksversammlung statt, da man nicht damit zufrieden war, daß sich im Lande nicht stark genug die Sympathie für die Union der Großherzogthümer ausspreche. Es wurde eine Adresse beschlossen, worin die sofortige Aufhebung der alten Landstände mit Bestimmtheit gefordert und ein Mißtrauen gegen die Kronräthe ausgesprochen wird, welche gegenüber der Kammermajorität die sofortige Auflösung abzulehnen wagten. Dagegen untersagt eine Verfügung des Großherzogs von Strelitz mit Bezug auf den Erlaß des Reichsjustizministeriums vom 24. Sept. v. J. und nach Maßgabe des §. 29 der Grundrechte alle Volksversammlungen und Zuzüge nach der Residenz, welche die Abdringung von Zugeständnissen zum Zweck haben. — Auch der Großherzog von Schwerin hat eine allgemeine Ansprache an die Arbeiter in den Städten und die Tagelöhner auf dem Lande erlassen, worin er mit Hinweis auf seine ertheilten Zusicherungen die Entwickelung der Zustände in Ruhe abzuwarten ermahnt. Als Curiosum sei bei dieser Gelegenheit der Aeußerung einer stark konservativen Stimmung von Seiten eines Gutsbesitzers Erwähnung gethan, welcher in den Blättern erklärt, „daß jetzt der Zeitpunkt eingetreten sei, wo die Lehnmänner ihres abgelegten Lehneides wornach sie, wenn dem Fürsten und dem Lande Gefahr drohet, mit ihren Mannen zu Roß und zu Fuß zu Hülfe eilen sollen, eingedenk werden müssen“ und daher zu geeigneten Maßregeln auffordert.

♉ **Schleswig**, 10. März. Ein Prediger in Böhren, Amts Gottorff, hat die Angeln verleitet, sich in einem Aufruf an das englische Volk um englische Sympathien und englische Hülfe zu bewerben. Dieser Mangel an Nationalstolz erweckt hier scharfen Tadel!

♉ **Schleswig**, 12. März. Am 3. d. M., seinem Geburtstag, wurde der Präsident unserer unvergeßlichen provisorischen Regierung, W. Beseler, von den Frauen und Jungfrauen des Friedrichsbergs, des westlichen Theils der Stadt, mit einer schönen von ihnen gestickten Fußdecke überrascht. Man sieht darauf die Doppeleiche mit der Jahreszahl 1848. Das Begleitungsschreiben der Frauen und Jungfrauen lautete:

„Dem Präsidenten derjenigen Regierung, die sich am 24. März 1848 zur Eiche machte, woran die verbundenen Herzogthümer Schleswig-Holstein sich sicher anlehnten und harrten ruhig dessen, was kommen sollte, unter ihren Aesten und Laubdach und damit Erschütterungen wehrte in diesem Theil des theuren, großen deutschen Vaterlandes, von welchen, wenn ihnen nicht zur rechten Zeit ein fester Halt gegenüber gestellt wäre, auch der Frauen Heiligthum, das Haus, Zertrümmerung und Auflösung hätte besorgen müssen, ja vor denen „der Frauen Schmuck,“ wie Petrus schreibt (1 Pet. 3, V. 4), „der verborgene Mensch des Herzens mit sanftem stillen Geist, der köstlich vor Gott“, nicht unverrückt hätte bleiben mögen,

dem Herrn Wilhelm Hartwig Beseler
bringen zum dankbaren Gedächtniß dieser schirmenden That, und daß, wenn von angestrengtem Feststehen, was so treu geschah, was aber immer ferner auch noch Noth thut, der Fuß müde oder gar wund werden sollte, sie ihm den harten Boden weich machen nach ihrem Vermögen, diese Fußdecke, seines bisherigen nächsten Wohnorts, des Friedrichsbergs in Schleswig, Frauen und Jungfrauen.“

Auch unsere Jungfrauen fangen an in den Lokalblättern, ihrer Vaterlandsliebe Worte zu geben. Schon haben sich eine Friesin eine Anglerin und eine Holsteinerin in begeisternden Worten vernehmen lassen und zum äußersten Widerstand gegen die Dänen aufgefordert. Auch dieß ein Beweis, wie sehr unsere Sache wirkliche Volkssache ist.

Aus Schleswig-Holstein vom 10. März. Die Cirkularnote des Grafen Moltke-Bregentved erregt hier nicht den mindesten Unwillen. Man lacht darüber. Niemals hat die Diplomatie ein Machwerk geliefert, von dem man richtiger hätte sagen können: c'est une bêtise. Die betreffenden auswärtigen Regierungen haben hier ihre General-Konsuln, Konsuln, Konsular-Agenten; keiner derselben wird es, wenn er zum Berichte aufgefordert wird, bestätigen, daß bei uns die Sicherheit der Einwohner gefährdet ist, die bürgerlichen Rechte mit Füßen getreten werden und Anarchie herrscht. In dieser Note spricht nicht Reinecke Fuchs, sondern Münchhausen. (H. C.)

Kiel, 10. März. Obgleich es bisher die Absicht des Kriegsministers Hansen gewesen, sich selbst an die Spitze der dänischen Armee zu stellen, hat man es doch jetzt vorgezogen, den Oberbefehl einem Napoleonischen General anzuvertrauen. Einen solchen hat man in der Person des Generals Fabrier, mittelst glänzender Anerbietungen und Vorspiegelungen, als: 100,000 Fr. Gage und, bei einigem Erfolg, alle hohen Orden, gewonnen. Hr. Fabvier ist schon in Kopenhagen, er freut sich auf den Einzug in Schleswig. „Je les ferai gratter la terre ces colons du Slesvic-Holstein!“ (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 12. März. Eine der politisch bedeutsameren Unterhaussitzungen war, wie schon erwähnt, die vom 7. März. Die Debatte betraf den bekannten Vorfall, daß einem Waffenlieferanten der Regierung auf dessen Gesuch eine Anzahl von Waffen vom Feldzeugamt wieder zurückerstattet wurden, um damit eine kontrahirte Waffenlieferung für die Sicilianer vervollständigen zu können. Die hierauf bezügliche Motion des Herrn Bankes, das Amendement Lord Palmerston's und die Annahme des letzteren, wonach zwar das Verzeichniß jener Waffen dem Hause vorgelegt, aus der Motion selbst aber der Ausdruck sicilianische „Insurgenten“ wegbleiben solle, haben wir schon früher mitgetheilt; dagegen verdienen einige charakteristische Aussprüche Lord Palmerston's noch besonders hervorgehoben zu werden. Diese Aussprüche sind eben deutliche und offenherzige Kundgebungen jener politischen Anschauung Palmerston's, welche ihm, indem ihr zufolge die Revolution unter gewissen Umständen gerechtfertigt erscheint, den Haß und die unversöhnliche Feindschaft der Konservativen vom reinsten Wasser zugezogen hat.

Lord Palmerston äußerte unter Andern: Hr. Bankes gehöre auch zu jener alten Schule von Politikern, welche den Königen ein göttliches Recht, übel zu regieren (a right divine to govern wrong), beilegten und behaupteten, das Volk sei allein zum beliebigen Gebrauche für den Herrscher, nicht aber der Herrscher für den Dienst seines Volkes da. Diese Politiker seien denn freilich gewohnt, Alle, welche zur Wahrung ihrer Rechte zu den Waffen griffen, rundweg als Empörer zu betrachten. Die Sicilianer hätten aber Jahrhunderte lang eine Verfassung besessen und ihre alten und unbestrittenen Rechte seien durch die Verfassung von 1812 bestätigt worden. Der Wiener Vertrag gestehe allerdings dem Könige von Neapel den Titel eines Königs beider Sicilien zu, aber die Verleihung eines Titels und der Umsturz einer Verfassung seien zwei verschiedene Dinge. Uebrigens sei es immer der Wunsch der englischen Regierung und die Aufgabe der Vermittelung Lord Mintos gewesen, daß die beiden Kronen auf demselben Haupte vereinigt blieben. Der Minister ließ sich sodann auf die näheren Umstände ein, unter welchen jene Waffenlieferung erfolgte und bestätigte sodann die vom Marquis Lansdowne im Oberhause abgegebene Erklärung: daß der britisch-

Gesandte zu Neapel den Auftrag habe, dem Hofe von Neapel auf Verlangen zu erklären, daß jene Waffenlieferung in Folge von Unachtsamkeit geschehen sei. (Die Erklärung des Marquis von Lansdowne im Oberhause lautete im Wesentlichen: die Mitglieder des Kabinets hätten später die dem Waffenlieferanten gegebene Erlaubniß näher erwogen, und gefunden, daß die Gewährung des Gesuchs allerdings zu bedauern sei. Der britische Gesandte sei dann auch ermächtigt worden, geforderten Falls zu erklären, daß Unachtsamkeit daran Schuld gewesen und sofort Vorkehrungen getroffen worden seien, um einen zweiten Fall dieser Art zu verhüten). Schließlich machte Lord Palmerston noch darauf aufmerksam, daß die französische Regierung gewohnt sei, bei Waffenverkäufen unter den kriegführenden Parteien keinerlei Unterschied zu machen.

Diese Rede Lord Palmerston's gab Herrn J. O'Connell Gelegenheit, die darin ausgesprochenen Ansichten, zu denen er dem Minister ironisch Glück wünschte, sehr geschickt auf Irland anzuwenden. „Ich verlasse mich darauf," äußerte O'Connell unter Andern, „daß wir Irländer auf die Unterstützung des edlen Lords rechnen dürfen, wenn Irland dieselben Ansprüche macht (Gelächter), denn die Sache Irlands ist mindestens so gerecht, wie die Siciliens. Der edle Lord hat gesagt, die Könige haben kein von Gott stammendes Recht, ihre Länder schlecht zu regieren, aber es hat auch kein Parlament ein göttliches Recht, ein Land schlecht zu regieren. (Hört!) Der edle Lord hat auch von einer alten sicilianischen Verfassung gesprochen, und ich dagegen kann von einer alten irischen Verfassung sprechen, welche 500 Jahre lang bestanden hat und im Jahre 1782 durch das britische Parlament anerkannt worden ist." Der Redner suchte sodann darzuthun, daß Unfriede und Aufruhr die Mission des Grafen Minto Schritt für Schritt begleitet habe, und schloß dann: „Wenn dies eine Mission des Friedens und der Versöhnung ist, so möchte ich wohl einmal wissen, wie eine kriegerische Mission beschaffen sein würde." (Gelächter.)

Lord Russell erhob sich sodann, um den Grafen Minto gegen O'Connell's Beschuldigungen in Schutz zu nehmen. Der sehr wahre und beherzigenswerthe Schluß seiner Rede lautet: „Wären solche Rathschläge (wie diejenigen Minto's) vor etlichen 20 Jahren ertheilt und angenommen worden (Hört, hört!) hätten sich Oesterreich und Preußen, und die Herrscher Italiens zu nützlichen und mäßigen Reformen verstanden, hätten sie einige Diskussionsfreiheit und sogar ein gewisses Maß konstitutioneller Freiheit gewährt, hätten sie der höheren Bildung und dem Verlangen nach politischer aber friedlicher Thätigkeit einen Abzugskanal gegönnt, so würden wir von den Auftritten, die wir jüngst vorgehen sahen, verschont geblieben sein, und statt des Uebergangs von dem vollständigsten und unbeschränktesten Despotismus zum wildesten und rasendsten Demokratismus würden wir den friedlichen Fortschritt zum Bessern, die Einführung verfassungsmäßiger Regierungen und sonach einen bessern Zustand der Dinge als den gegenwärtigen in Europa erlebt haben." (Lauter Beifall.)

Diese Angelegenheit ist dem Minister des Auswärtigen ohne Zweifel ziemlich unbequem, wie er überhaupt seine frühere Haltung in der sizilianischen Frage, wovon die Konsequenzen, auf Irland angewendet, für die britische Regierung nicht ungefährlich sind, jetzt aufrichtig bedauern mag. In Betreff der Waffenlieferung handelte er ohne Zweifel einseitig, wenn ihm schon seine Amtsgenossen den Rücken zu decken suchen. Endlich ist nicht zu verkennen, daß die Minister während der Debatte absichtlich verschwiegen, daß es sich bei der sizilianischen Insurrektion um etwas ganz Anderes handelte, als um Wiederherstellung der Verfassung von 1812, wie ja das Parlament von Palermo ganz offen in einem Dekret vom 13. April die Absetzung Ferdinands von Bourbon und seiner Familie für ewige Zeit verkündigte. Palmerston hielt eine in ihrer Art meisterhafte Rede, konnte aber selbst durch eine sehr beredte Stelle auf das Glück, die Ruhe und die Macht Englands der Versammlung keinen eigentlichen Beifall abgewinnen, der dagegen den einfachen Worten Russells in reichem Maße zu Theil wurde.

* **London**, 13. März. Gestern handelte es sich im Unterhause, um die zweite Lesung der Bill zur Abschaffung der bestehenden Schifffahrtsgesetze, die dann schließlich auch erfolgte, nachdem ein entgegenstehendes Amendement des Hrn. Herries mit 266 gegen 210 Stimmen verworfen worden war. Die ministerielle Mehrheit von 56 Stimmen wird in diesem Falle für so gering angesehen, daß die torystische Opposition die Verkündigung des Abstimmungsresultats mit lautem Beifall begrüßte.

Frankreich.

* **Paris**, 13. März. Die Nationalversammlung beschäftigt sich heute wieder mit dem Wahlgesetz und zwar zunächst mit dem Amendement des Herrn Bastiat, welches verlangt, daß die Minister von der Ausnahmsliste derjenigen Beamten, die zugleich Volksvertreter sein können, ausgeschlossen werden sollen. Mornay erhebt sich gegen das Amendement. Er führt vorzüglich das Beispiel der ersten Republik, das dagegen spreche, an. Das Beispiel Amerika's könne nicht gelten, da die politischen Sitten beider Länder so verschieden seien. Der Zweck, die Ränke und Kabalen zu vermeiden, werde auch nicht erreicht werden, denn diese würden nur aus dem Innern der Nationalversammlung entfernt werden, um sich außer derselben geltend zu machen. Bastiat vertheidigt seinen Vorschlag mit denselben Gründen wie das erstemal. Billault: Das Amendement des Herrn Bastiat ist gegen den Geist der Konstitution, denn die Exekutivgewalt soll nur der Arm der höchsten Staatsgewalt, der Nationalversammlung sein; soll der Arm in Einklang mit dem übrigen Körper handeln, darf er nicht von ihm getrennt werden. Während der Präsident der Republik das feste Prinzip während 4 Jahre repräsentirt, müssen die Minister den Wechsel der Politik in der Nationalversammlung vorstellen; so wird jeder Konflikt zwischen den beiden höchsten Staatsgewalten vermieden. Uebrigens sind Ränke beim allgemeinen Stimmrechte und bei der großen Zahl von Volksvertretern nicht wohl möglich. Dagegen liegt in der Absonderung die Gefahr der Usurpation. In Amerika ist bei dem Decentralisationssysteme ein Staatsstreich von Seiten des Präsidenten undenkbar, während in Frankreich, das noch nicht allen monarchischen Erinnerungen fremd ist, diese Gefahr bei der großen Gewalt welche der Regierung in Frankreich zu Gebot steht, zu befürchten wäre. Das Amendement Bastiat's wird nun mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Senard schlägt vor, die Unterstaatssekretäre auch auf die Ausnahmsliste zu setzen, da ihr Amt ja ein wesentlich politisches sei und sie mit den Ministern ein- und austräten. Mornay: die Zulassung der Unterstaatssekretäre als Volksvertreter ist gegen das Interesse einer guten Verwaltung. Besin im Namen der Kommission unterstützt den Vorschlag. Derselbe wird aber bei der Abstimmung verworfen. Dérodé schlägt vor, die unabsetzbaren Gerichtsbeamten als Volksvertreter zuzulassen. Fayet, Bischof von Orleans, unterstützt den Vorschlag; kaum, sagt er, seid Ihr durch das allgemeine Stimmrecht auf diese Bänke berufen, so sucht Ihr durch Euer Wahlgesetz diesem Rechte Schranken zu setzen. Euer Wahlgesetz wird nur für die nächsten Wahlen angewendet werden und nicht länger bestehen, ich kann es Euch voraussagen. Wenn Ihr so viele ausgezeichnete Männer bei Seite lasset, so werden diese Alles aufbieten, um auf gesetzlichem Wege die Vergangenheit wieder ins Leben zu rufen. Nachdem Besin im Namen der Kommission den Vorschlag bekämpft, wird derselbe verworfen. Die Kommission schlägt vor, den Präsidenten, die Räthe und den Generalprokurator am Kassationshofe, den Generalprokurator des Appellationsgerichtes von Paris und den Seine-Präfekten der Liste der wählbaren Beamten beizufügen. Dem Seine-Präfekten wird die Wählbarkeit gerettet; alle andern Beamten verfallen rettungslos der Inkompatibilität.

Der heutige Siècle, (das Blatt des Ministerpräsidenten) enthält einen Artikel über die politische Lage im Allgemeinen und über die Italiens insbesondere, aus welchem die größten Besorgnisse für die Erhaltung des Weltfriedens hervorgehen. Er schildert folgendermaßen die Stimmung und die Absichten Karl Alberts: „Man muß sich nicht täuschen: es ist nicht bloß diese oder jene Partei, dieser oder jener Minister, die Piemont tollkühn zum Kriege anspornen. Das Land hat seine Ruhe verloren, es leidet in seiner Ehre, und weit entfernt, dasselbe in seinem zügellosen Drange zurückzuhalten, reißt der König voll Unruhe, Mißvergnügen und Zorn es fort zu einem gewaltsamen Bruch des Waffenstillstandes, der nach dem unglücklichen Ausgang eines ersten Feldzuges zur Befreiung Italiens geschlossen wurde. Karl Albert ist, wie man weiß, in seiner Jugend durch manche Schwankung in seinen Meinungen und manchen Wechsel in seinem Benehmen

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Constituirende Verf. der freien Stadt. Die Parteien-Verf. im Wolfseck. Hoch auf Paul Pfizer.) Wien (Die ungarischen Banknoten. Verhaftungen.) Berlin (Die Märzfeier. Neue Vereine. Ministerrath. Die Frankfurter Ereignisse. Verhandlungen der ersten Kammer. Adresse der zweiten Kammer. Die Vorlagen des Ministeriums. Dänisches Ultimatum. Blühender Zustand der Finanzen. Truppen nach Holstein.) Dresden (Die Parteien. Beschuldigungen gegen die Kammern.) Leipzig (Adressen des deutschen Vereins zu Gunsten des Welcker'schen Antrags.) Köthen (Schluß des konstituirenden Landtags.) Schwerin (Amtliche Berichtigung.)

Italien. Turin (3 Mill. Lire zur Mobilmachung der National-Garde bewilligt.) Mailand (Oesterreichische Maßregeln.) Rom (Mil-liet-Constant, Minister. Proklamationen und Gesetze. Finanz- und andere Noth.) Neapel (Kongreß. Intervention. Ministeränderung.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 16. März.)

Deutschland.

□ **Frankfurt,** 15. März. Die heutige Sitzung der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt war eine der längsten und jedenfalls die stürmischste von allen, welche noch gehalten worden. Erlauben Sie mir diesmal die chronologische Ordnung zu verlassen und mit dem Schlußgegenstande der Berathungen, der Rückäußerung des Senats auf den Beschluß der Versammlung, welcher die Aburtheilung über alle von Amtswegen zu verfolgenden Preßvergehen den neu zu errichtenden Schwurgerichten vorbehält, zu beginnen. Die Rückäußerung sagt in Kurzem, daß der Senat die ausdrückliche Bestimmung des Einführungsgesetzes der Grundrechte, wornach Preßvergehen allerdings in Zukunft vor die Schwurgerichte gehören, bis zu deren Einrichtung aber die bestehenden Gerichte für ihre Aburtheilung kompetent bleiben, mit dem von der Versammlung beschlossenen Gesetz für unvereinbar hält und schon aus diesem Grunde, abgesehen von anderen erheblichen Bedenken, demselben beizutreten nicht vermöge. Diese Bedenken sind des Weiteren in einem beigeschlossenen Erlaß des Reichsjustizministeriums an den Senat entwickelt, in welchem das genannte Ministerium, „im Namen des Gesammtministeriums" demselben „eröffnet", daß, da in Frankfurt Schwurgerichte zur Zeit noch nicht eingeführt seien und voraussichtlich noch in längerer Zeit nicht eingeführt werden könnten, die Vollziehung jenes Gesetzes einer theilweisen Einstellung der Rechtspflege gleichkommen werde, doppelt gefährlich in einer Zeit, wo die gröbsten Mißbräuche der Presse eher eine Verschärfung der dagegen zu treffenden Maßregeln nöthig machen möchten; es werde deßhalb der Senat, zumal nach den Meldungen der Militärbehörden unter den Reichstruppen eine bedauerliche Aufregung herrsche, welcher die Vorgesetzten schwerlich zu steuern im Stande sein würden, wenn ein Gesetz wie das in Frage stehende, die Preßvergehen für kurze Zeit gewissermaßen straflos mache, aufgefordert, Mittel zur Erhaltung eines gesicherten Rechtszustandes zu ergreifen. Der Senat hat, wie aus einer gleichfalls beigeschlossenen Abschrift hervorgeht, dieser Aufforderung durch die Entgegnung entsprochen, daß er dem ergangenen Gesetz bereits seine Zustimmung versagt. Der Sturm welchen die Mittheilung dieser Aktenstücke in der Versammlung erregte, war unbeschreiblich. Herr Dr. jur. Friedleben fand zuerst Worte, seine Entrüstung über diese „unbefugte Einmischung" des Reichsministeriums auszusprechen, welches auch diesmal die großen Diebe laufen lasse und die kleinen hänge, welches übersehe, was die großen Staaten gesündigt, und am kleinen Frankfurt sein Müthchen kühle; über die Schwäche aber auch des Senats, der eine solche Zuschrift nicht energisch zurückweise. Dr. Schwarzschild erklärte, das Reichsministerium habe sich, wenn es die Möglichkeit zugebe, Excesse seiner eignen Soldaten nicht verhüten zu können, ein Armuthszeugniß ausgestellt, welches keines weiteren Kommentars bedürfe, und daß der Senat nicht anders geantwortet habe, als es geschehen, würde er eine Schande nennen, wenn ihn nicht ein Gefühl fast wie Mitleid ergreife, sobald er die peinliche Stellung desselben bedenke. Der Redner beantragte schließlich, um einerseits einen Conflikt mit den Reichsbehörden zu vermeiden, andererseits aber zu verhindern, daß nicht edle Preßverbrecher wie gemeine Verbrecher bestraft würden, einen vermittelnden Vorschlag, dahin gerichtet, der Senat möge ersucht werden, mit der Einführung der Schwurgerichte schon jetzt und vor der Herstellung der definitiven dafür bestimmten Räumlichkeiten vorzugehen und ebenfalls die Bestellung eines Staatsanwalts zu beschleunigen, der Kommission für das Strafverfahren aber, mit aller erreichbaren Beschleunigung den betreffenden Gesetzentwurf vorzulegen. Dr. Thomas schloß sich diesem Antrage im Wesentlichen an und sprach den boshaften Wunsch aus, das Reichsministerium möge darüber interpellirt werden, welche Maßregeln es in Weimar, Kurhessen und anderswo, wo die Aburtheilung von Preßvergehen in gleicher Weise wie hier ausgesetzt worden, zur Aufrechthaltung eines gesicherten Rechtszustandes ergriffen habe. Dr. Jucho, die einzige Stimme, die sich für das Reichsministerium zu erheben wagte, machte darauf aufmerksam, daß das Oberaufsichtsrecht des Reichsjustizministeriums sich in jedem Fall nothwendig dahin erstrecken müsse, einen Stillstand der Rechtspflege zu verhüten, daß aber dieser besondere Fall noch dazu eigens in dem Einführungsgesetz der Grundrechte vorgesehen sei, und daß auch der Senat seiner Würde nichts vergeben, da er einfach erklärt, nicht, daß er dem Gesetz nicht beitreten wolle, sondern daß er demselben, als einem verkündigten Reichsgesetz widerstreitend, nicht beitreten könne. Dr. Braunfels sprach mit gedämpfter, umflorter Stimme von der Gewalt, welche man gegen den Freistaat übe, und welche des Reiches und des Ministeriums unwürdig sei: das Reich werde nicht untergehen, weil ein Buchdrucker in Frankfurt noch nicht verurtheilt worden. Dr. A. Friedleben fand keine Worte für das Benehmen des Senats in dieser Angelegenheit, und stellte den doppelten Antrag, die Versammlung möge beschließen, ihren Beschluß in seinem ganzen Umfange aufrecht zu erhalten und über den Vortrag des Senats und das Schreiben des Reichsministeriums zur Tagesordnung überzugehen. Noch lieferte Dr. Reinganum in seiner gewöhnlichen burleskgeistreichen und schneidenden Manier eine köstliche Mosaik der vorgebrachten Gründe und Gegengründe; dann nahm Dr. Binding das Wort, und, als er von der planmäßigen Verhetzung sprach, mit welcher ein Theil der Redner Mißtrauen und Erbitterung gegen die Behörden des Freistaates und des Reiches säe, begann er einen Wortwechsel und Sturm hervorzurufen, den der mehrmalige Ordnungsruf kaum zu beschwichtigen, und erst die Drohung des Präsidenten, die Sitzung aufzuheben, zu bewältigen vermochte. Dr. Mappes hielt die Berufung des Senats auf die Worte des Einführungsgesetzes der Grundrechte für wichtig genug, um nochmals an die Kommission übergeben zu werden, und fand es geeignet, daß die Versammlung bis dahin ihr Urtheil über Personen und Sachen aussetze; Hr. Dr. jur. Friedleben endlich stellte, nach einigen versöhnenden Worten des Herrn Dr. Goldsmith, den Antrag, das sämmtliche Material nebst der Rückäußerung des Senats zur schleunigsten Berichterstattung an die Kommission zu verweisen, und dieser Antrag wurde endlich zum Beschluß erhoben. (Schluß folgt.)

⁝ **Frankfurt,** 15. März. Je näher der verhängnißvolle Augenblick rückt, welcher entscheiden muß, ob die deutsche Reichsversammlung im Stande ist, ein deutsches Reich zu schaffen, oder ob sie und ihr Werk und alle Hoffnungen des Vaterlandes in nichts zerfallen sollen, desto mehr scheint die Wichtigkeit dessen, was geschehen wird, sich Allen aufzudringen und die kleinen Leidenschaften der Parteien verstummen zu lassen. In der gestrigen Versammlung der Kaiserlichen im Wolfseck vernahm man, daß der englische Hof ein Amendement stellen wolle, um seine Theorie der Vereinbarung zu wahren, aber, wenn das Amendement falle, oder wenn der Antrag des Verfassungsausschusses zuerst zur Abstimmung käme, für diesen sich entschlossen habe zu stimmen. Es kam zur Sprache, daß selbst die HH. Heinr. Simon von Breslau, Rappard und Temme Hoffnung gegeben hätten, eventualiter der kaiserlichen Sache beizutreten. Aber verschweigen wollen und dürfen wir es nicht, daß unsere Partei sich keineswegs voreiligen Siegeshoffnungen überlassen darf. Ueberhaupt kann von dem Siege einer Partei gar nicht die Rede sein. Jede Partei für sich ist zu schwach, den Sieg zu erringen; nur mit der Vereinigung der Parteien und wenn sie sich vor dem Altare des Vaterlandes brüderlich die Hand reichen, ist es möglich, einen gemeinsamen, eines großen Volkes würdigen Beschluß zu fassen. Möge das Vaterland siegen!

× **Frankfurt,** 15. März. In der gestrigen Versammlung der Kaiserlichen im Wolfseck verlas der Abgeordnete Federer eine Eingabe des vaterländischen Vereins in Stuttgart *) an die wür-

*) Vergl. unser Morgenblatt.

tembergische Regierung. Sie ward mit Freuden begrüßt, und Paul Pfizer, dem thätigsten Mitgliede jenes Vereins von der Versammlung ein lautes Hoch! dargebracht. Ein lautes Hoch für jeden fern und nah, der in diesen heißen Stunden nach Kräften für sein Vaterland wirkt.

Wien, 11. März. Soeben geht folgende wichtige Nachricht aus Pesth vom 9. März ein: Fürst Windisch-Grätz erließ heute eine Kundmachung, durch welche die ungarischen Noten von 100 Fl. und 50 Fl. zur Annahme in öffentlichen Kassen verboten werden. Diese Ankündigung hat eine außerordentliche Bestürzung hervorgebracht, und jeder Verkehr hat in diesem Augenblick aufgehört; unsere Messe (Josephimarkt), die ohnedies nicht besucht ist, dürfte in Folge dessen gar nicht abgehalten werden. (D. A. Z.)

Wien, 11. März. Man schreibt der Allg. Z.: Zahlreiche Verhaftungen finden neuerdings und zwar auf offener Gasse statt, nämlich solcher Individuen, welche spöttische Bemerkungen über die neu verliehene Reichsverfassung sich erlauben. So eben durchläuft das Gerücht, daß Dienstag den 13. März vier Mitglieder des aufgelösten Reichstags hingerichtet werden sollen, die Stadt, was wohl nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt (!) aber doch nicht wahrscheinlich ist.

✗ **Berlin**, 14. März. Die erste Kammer beschloß heute auf den Vorschlag ihres Präsidenten, die Berathung des Satzes 9 der Adresse nicht zu vertagen, sondern unverweilt zu beginnen. Von den eingebrachten Amendements wurden im Verlauf der Debatte die meisten zurückgezogen; es blieben nur das Vincke'sche und das Stahl'sche. Das erstere lautet: „Die von Ew. Majestät gehegten Wünsche für die innigere Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Bundesstaate leben mit gleicher Stärke in dem Herzen des Volks. Die Befriedigung der Sehnsucht nach dem einigen Deutschland ist innere Nothwendigkeit. Sie ist entsprungen aus der tiefbegründeten Erkenntniß, daß vor Allem in dieser Einigung alle geistigen und materiellen Fragen, welche unser Vaterland bewegen, gelöset, die mahnenden Bedürfnisse der deutschen Nation in ihrem staatlichen, gewerblichen und Handelsleben befriedigt werden können. Diese Einigung wird das deutsche Volk zu der Größe und Herrlichkeit erheben, zu welcher es nach seiner Lage im Herzen Europas besonders befähigt und berufen ist. Je mehr der Augenblick zur Verwirklichung dieses Gedankens drängt, desto stärker tritt für Preußen der Beruf hervor, die bis dahin bewiesene Bereitwilligkeit, dazu mitzuwirken, auf das Entschiedenste zu bethätigen. Sollte dieselbe unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu einer Vereinigung aller deutschen Staaten führen, so wird Preußen die Anerkennung nicht versagt werden können, daß dieser unerwartete Ausgang von ihm weder herbeigeführt, noch abzuwenden gewesen ist. Wir werden in der Bildung eines engern Vereins innerhalb des Bundes eine zweckentsprechende Anbahnung des großen Ziels mit Befriedigung erkennen, und E. M. Regierung in Ueberwindung der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten und Hindernisse mit aller Kraft zur Seite stehen." Die Debatte war die lebendigste von allen bisherigen. Graf Dyhrn erklärte sich in einer warmen patriotischen Rede für das Vincke'sche Amendement, dem er „der Einigkeit wegen" das seine, noch entschiedener gefaßte, geopfert hatte. Er schilderte den Beruf des preußischen Staates für Deutschland und sprach seine Mißbilligung aus über das Verhalten eines andern Staates, der die schützende Kuppel des Reiches gewollt habe, ohne sich selbst zum stützenden Pfeiler hergeben zu wollen. Rosenkranz vertheidigte den Entwurf und nahm sich Oesterreichs an. Die Realunion sei für Oesterreich nothwendig; weil der Entwurf sich in dieser Beziehung schonend ausspreche, deswegen ziehe er ihn vor. Vincke sagte in der Vertheidigung seines Amendements: er verhehle sich nicht, daß die einzelnen Staaten und ihre Fürsten Opfer bringen müßten zu Gunsten der Einheit Deutschlands; aber er hoffe, diese Zeit werde gerade zu der Erkenntniß führen, daß die dynastischen Interessen nicht das Vorherrschende seien und daß die Dynastien nur bestehen könnten, wenn sie das Wohl des Volkes über Alles stellten! Stahl kämpfte für „das gute alte Recht in Deutschland und für die fürstliche Autorität." Die deutschen Fürsten dürften nicht zu Präfekten herabgesetzt werden, wie die Frankfurter Beschlüsse wollten (Zischen links); wenn dies geschähe, würde die konstitutionelle Monarchie in Deutschland überhaupt gefährdet sein. Die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung sei gewesen, die Verfassung zwischen dem Volke und den Fürsten festzustellen, statt dessen habe sie sich die Macht der Fürsten angemaßt! Als Stahl unter Bravo und Zischen geendet hatte, ergriff der Ministerpräsident das Wort und sagte: Der Redner, der die Tribüne verlassen, habe von dem Ministerium Erklärungen gefordert. Er erwiedere hierauf, daß die Regierung den Weg verfolgen werde, der durch die Note vom 23. Januar eingeschlagen sei. Baumstark übernahm es, Stahl zu antworten, und that dieß in so entschiedenen, kräftigen Worten, wie ich sie nie von ihm gehört habe. Er wies darauf hin, daß die fürstliche Gewalt nicht unter allen Umständen über dem Volke stehe, daß ein freies sittliches Volk eine Macht sei, die neben den Fürsten anerkannt werden müsse. Er vertheidigt das Verfahren der deutschen Nationalversammlung, die eine so schwierige Aufgabe gehabt habe, gegenwärtig aber mit dem einen Fuße auf dem Rechtsbewußtsein und dem Begehren des deutschen Volkes, mit dem andern auf dem wiedererwachten politischen Takte der Fürsten stehe und ihr letztes Wort als wahres Organ des ganzen Volkes sprechen werde. Hansemann erklärte vom Platze, er hätte den Beweis führen wollen, daß man es in Frankfurt auf einen deutschen Einheitsstaat abgesehen habe und daß dieß zur Anarchie führen müsse; aber er sei für heute nicht vorbereitet und trage deßhalb auf Vertagung an. Die Versammlung zeigte keine Lust, um den Preis der Vertagung eine solche Beweisführung zu hören. Das Vincke'sche Amendement kam zur Abstimmung und wurde beinahe einstimmig (nur Stahl und einige seiner Freunde blieben sitzen!) angenommen.

△ **Berlin**, 14. März. In den Abtheilungen wird lebhaft über den Belagerungszustand verhandelt. Sonst ist das Wichtigste der Sieg der deutschen Sache in der ersten Kammer. In dem Adreßentwurf der zweiten Kammer lautet die Stelle, welche sich auf die deutsche Frage bezieht:

„Erfüllt von dem lebhaften Wunsche einer innigeren Vereinigung der deutschen Staaten, sind wir dem Bestreben Eurer königlichen Majestät Regierung, das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundesstaate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hierzu nöthigen Opfer nicht zu scheuen haben, weil seine Stärke stets eine wesentliche Bedingung der Stärke Deutschlands sein wird.

Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller deutschen Regierungen mit der deutschen Nationalversammlung zu einem erwünschten Ziele führen wird.

Sollten einzelne Mitglieder des deutschen Bundes durch die eigenthümliche Zusammensetzung ihres Gebietes, oder aus andern Gründen sich dem Bundesstaate überhaupt oder für jetzt nicht anschließen, so wird es, wie wir zuversichtlich erwarten, Eurer königlichen Majestät Regierung dennoch gelingen, unbeschadet fortdauernder Bundesgemeinschaft aller deutschen Staaten, die Bildung des engern Bundesstaates innerhalb derselben zu erreichen."

Der Berichterstatter ist Hr. v. Vincke. Ich habe schon angedeutet, daß vielfach eine stärkere Fassung gewünscht wird. Man hat den Grundsatz: Fortiter in re, sed suaviter in modo! befolgen wollen.

△ **Berlin**, 14. März. Aus einer Feier des 18. März wird hier bestimmt nichts werden. Bis vor einigen Tagen noch hatte man den Gedanken an die Durchführung einer Feierlichkeit selbst nicht aufgegeben. Titus Ullrich, der bekannte Verfasser des „Hohen Liedes", hatte zu diesem Ende ein Requiem gedichtet, mit dessen Komponirung ein angesehener Komponist beschäftigt war. Das Gedicht, dem poetische Auffassung nicht abzusprechen ist, circulirt jetzt. Leider trägt es nicht den Geist der Versöhnung, welcher überhaupt der ganzen beabsichtigten Märzfeier, an deren Tage ja, wie man befürchtet, die Schilderhebung durch ganz Deutschland beabsichtigt wird, nicht zum Grunde liegt. Läge der Feier des 18. März ein Geist der Versöhnung zum Grunde, oder wäre sie lediglich eine Erinnerungsfeier: so würde sie, das muß man von jedem politischen Standpunkt aus bekennen, ungleich größern Anklang in der Bürgerschaft finden. Um dem Bestreben der Bezirksvereine ein Gegengewicht zu halten, ist man nun in fast allen Theilen der Stadt im Begriff, neue Vereine zu bilden, welche die Verfassung vom 5. Dezbr. und deren Anerkennung als unverrückbare Grundlage aufstellen. Die besitzende Klasse betheiligt sich an der Bildung dieser Vereine in ungewohntem Umfange. Den Frankfurter Beschlüssen sieht man mit ungemeiner, im Allgemeinen mit freudiger Spannung entgegen. In dem Ministerrath, welcher gestern morgen gehalten wurde, kam man, was auch nicht anders möglich war, zu keinem entscheidenden Ergebnisse. Doch läßt sich sagen, daß in den entscheidenden Regionen die

Gegner der deutschen Kaiserkrone auf dem Haupte des Königs von Preußen leider kaum minder zahlreich sind, als die Fürsprecher derselben. Doch hoffen wir, daß der entscheidende Augenblick alle Hindernisse hinwegreißen, der Jubel des Volkes alle Einflüsterungen, heimische wie auswärtige, übertönen wird.

§ **Berlin**, 14. März. Der Adreßentwurf der zweiten Kammer, welcher heute Nachmittag ausgegeben ist, ist das wichtigste Ereigniß des Tages und zugleich neben manchem nichts besagenden Worte eine Erklärung in der deutschen Frage, die wenn auch nicht Hand und Fuß, doch eine Hand hat, bei der man sie fassen kann. Möge sie in Frankfurt ergriffen und festgehalten werden!

Die Gesetzentwürfe des Ministeriums werden in den Abtheilungen berathen und erhalten mannigfache, Aenderungen zum Theil so wesentlicher Art, daß sie in einer ganz neuen Gestalt vor die Kammern treten werden. In manchen Punkten ist es die Rechte selbst, welche auf Aenderung dringt (die Bestimmung, daß in politischen Klubs der vierte Theil der Plätze für Fremde freigelassen werden sollen, hat sogar bei Bodelschwingh keine Gnade gefunden), hauptsächlich aber gibt in den Berathungen der Abtheilungen das Centrum den Ausschlag. Diese letztere Partei, namentlich Immermann, soll schon bei mancher Gelegenheit zu verstehen gegeben haben, daß sie es seien, welche die Versammlung beherrschten.

Im Uebrigen ist von Tagesneuigkeiten wenig zu melden. Die öffentliche Feier des 18. März ist nun verboten worden; Wrangel hat gestern den Magistrat zum Diner bei sich gehabt und die Hoffnung ausgesprochen, daß es ihren vereinten Bemühungen gelingen werde, die Ruhe zu erhalten.

Berlin, 14. März. Wie verlautet, sind eingelaufenen Depeschen zufolge, die Friedensunterhandlungen in London auf dem Punkte angelangt, daß dänischerseits ein Ultimatum gestellt wurde. (D. Ref.)

Berlin, 13. März. Die Finanzen Preußens befinden sich im Vergleiche mit anderen großen Staaten in einem unerwartet blühenden Zustande. Der baare Bestand des Staatsschatzes ist angewachsen auf 4 Millionen; disponible, diverse 1 Mill.; überwiesene Aktiva 4 Mill.; diskonte Kassen 1 Mill.; Vorschuß an die Seehandlung 1 Mill.; zusammen 11 Millionen. Außerdem ergibt der Abschluß der Jahresrechnung noch bedeutende baare Bestände. 1 Million Verwendung für die Marine ist durch den Etat des Kriegsministeriums übernommen worden. Einnahme und Ausgabe deckten sich, mit Ausschluß von 5 Millionen extraordinaria für öffentliche Bauten u. s. w.

Auf Requisition der Centralgewalt wird Preußen sofort 12,000 Mann nach Holstein senden. (D. Ref.)

Berlin, 14. März. Der von der Adreßkommission der 2. Kammer ausgearbeitete Adreßentwurf lautet:

„Königliche Majestät!

Durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszustandes hat das preußische Volk die Feststellung desselben durch die Verfassung vom 5. Dezember v. J. dankbar erkannt.

Auf Grund derselben zum ersten Male versammelt, werden die Mitglieder der zweiten Kammer voll Ehrfurcht und Treue gegen eure königliche Majestät und feststehend auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie sich der Revision dieser Verfassung, — des nunmehr gültigen Grundgesetzes des preußischen Staates, — auf dem im Artikel 112 daselbst vorgezeichneten Wege mit dem dieser großen Aufgabe entsprechenden Eifer unterziehen.

Die in Beziehung auf den über die Hauptstadt verhängten Belagerungszustand uns gemachten Vorlagen werden wir mit gewissenhaftem Ernste prüfen und uns dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß wahre Freiheit nicht ohne gesetzliche Ordnung bestehen kann. In Betreff des außerhalb der Stadt Berlin über einzelne Orte und Kreise verhängten Belagerungszustandes sehen wir einer weiteren Mittheilung Eurer königlichen Majestät Regierung entgegen.

Die in Aussicht gestellten organischen Gesetze werden wir, dem dringenden Bedürfniß der Zeit gemäß, mit angestrengter Thätigkeit berathen und über unsere Zustimmung zu denselben, so wie zu den vorläufig erlassenen Verordnungen uns entscheiden. Die Ordnung der Gemeindeverhältnisse, die zeitgemäße Gestaltung des Unterrichtswesens und der kirchlichen Zustände und die hierauf bezüglichen Entwürfe, namentlich aber die Gesetze, deren schleunigster Erlaß zur Erhaltung und Förderung der materiellen Wohlfahrt, insbesondere der Regelung der ländlichen und Gewerbeverhältnisse so wünschenswerth und nothwendig ist, werden wir ohne Verzug in Betracht ziehen.

Mit gleicher Sorgfalt werden wir die uns Behufs einer gerechten Vertheilung der Staatslasten vorzulegenden Steuergesetze, so wie den Staatshaushalts-Etat für die Jahre 1849 und 1850 und den Rechenschaftsbericht über die freiwillige Anleihe und die Ausgabe von Darlehnsscheinen prüfen.

Freudig erkennen auch wir, daß Preußens Heer in Tagen des Kampfes seinen Kriegsruhm, in schwereren Prüfungen seine Treue bewährt hat.

Erfüllt von dem lebhaften Wunsche einer innigeren Vereinigung der deutschen Staaten, sind wir dem Bestreben Eurer königlichen Majestät Regierung, das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundesstaate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hierzu nöthigen Opfer nicht zu scheuen haben, weil seine Stärke stets eine wesentliche Bedingung der Stärke Deutschlands sein wird.

Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller deutschen Regierungen mit der deutschen National-Versammlung zu einem erwünschten Ziele führen werde.

Sollten einzelne Mitglieder des deutschen Bundes durch die eigenthümliche Zusammensetzung ihres Gebietes, oder aus andern Gründen sich dem Bundesstaate überhaupt oder für jetzt nicht anschließen, so wird es, wie wir zuversichtlich erwarten, Eurer königl. Majestät Regierung dennoch gelingen, unbeschadet fortdauernder Bundesgemeinschaft aller deutschen Staaten, die Bildung des engern Bundesstaates innerhalb derselben zu erreichen.

Wir wünschen aufrichtig, daß die Aufkündigung des Waffenstillstandes Seitens der Krone Dänemarks keine Störung des Friedens herbeiführe, dessen Erhaltung die freundschaftlichen Verhältnisse Eurer königl. Majestät Regierung zu den übrigen auswärtigen Staaten verheißen. Sollte jener Wunsch aber wider Verhoffen nicht in Erfüllung gehen, so werden wir, wo es die Ehre Deutschlands und Preußens gilt, Eure königl. Majestät Regierung in deren Wahrung auf das Kräftigste zu unterstützen bereit sein.

Innig beklagen wir den Verlust, welchen das königliche Haus, wie das Vaterland durch den frühen Hintritt eines tapfern und hochherzigen Prinzen erlitten, der den alten Ruhm der Hohenzollern auch unter fernen Zonen bewährt hat.

Königliche Majestät! Wir haben unsere Wirksamkeit in dem Bewußtsein begonnen, daß es jetzt mehr als je gelte, voll von Hingebung für die große Sache, der wir uns widmen, dazu mitzuwirken: daß das von schweren Stürmen bewegte leidende Vaterland der Segnungen der Freiheit theilhaftig werde, welche ein Volk nur genießen kann, wenn Gottesfurcht, wenn Achtung vor dem Gesetze, wenn Gerechtigkeit und Gemeinsinn die Träger seines öffentlichen Lebens sind.

Möge die Vorsehung, welche die Herzen der Könige, wie die Geschicke der Völker lenkt, Eurer königl. Majestät und den Vertretern des Volkes ihren Beistand verleihen, daß es uns, wie unsern Vätern, welche in guten wie in bösen Tagen fest zusammen hielten mit ihren Fürsten, gelinge, auf jenen Grundlagen die Zukunft Preußens und mit ihr Deutschlands unerschütterlich zu begründen. Berlin, 13. März 1849.

Die Adreßkommission: Grabow. v. Bodelschwingh. Stiehl. Riedel. Groddeck. Immermann. Uelichs. v. Seckendorf. Graf v. Arnim. Harkort. Ulrich. Graf Renard. Müller (Siegen). v. Vinke. Dane. Dr. Grün. Riotte. v. Berg. Camphausen. Mac-Lean. Rodbertus. W Lipski.

A **Dresden**, 13. März. Die unsinnigen Gerüchte, welche in den letzten Tagen Stadt und Land durchlaufen, wurden anfangs von beiden äußersten Parteien genährt; denn sie sollten beiden Dienste leisten. Eine Sturmpetition, um die Einsetzung eines Ministeriums Tzschirner zu erzwingen, ist ein Gedanke, welcher im Schoße des Vaterlandsvereins entsprungen ist und den man erst dann abzuläugnen für gut fand, als man an der imponirenden Ausführung verzweifelte. Nun hielten die Männer der vorsündfluthlichen Zeit ihre Stunde für gekommen, erklärten den Thron in Gefahr (so weit hatten es die entschieden Freisinnigen doch noch nicht getrieben!) und suchten mit unverschämter Zudringlichkeit den König zu den äußersten Mitteln, zu Schwert und Bajonnet zu drängen. Es war zu früh! Das Ministerium bewahrt in dieser beispiellosen Aufregung der Parteien eine sichere und kräftige Haltung, die dem Hofe sehr zu fehlen scheint. Es wird keinen Anstand nehmen, die Kammern erforderlichen Falles aufzulösen, ein Verlust, den das Land bei besserer Einsicht leicht verschmerzen kann und wird, aber es wird sich nicht dazu hergeben, durch Gewaltmaßregeln die Gewalt zu provociren. In beiden Kammern wurden heute Interpellationen an die Regierung gestellt, von ihr zu hören, ob eine Verfassungsverletzung oder ein Angriff auf die Sicherheit des Thrones von den Kammern ausgegangen sei; erwiesen sich nach angestellter Erörterung diese frechen Verläumdungen (die Adresse an den König, welche den Thron in Gefahr erklärt, wurde in beiden Kammern verlesen) als unbegründet, dann möge der Staatsanwalt nach Artikel 96 des Kriminalgesetzbuches die Untersuchung gegen die Unterzeichner einleiten lassen. Die an verschiedenen Orten der Stadt ausgelegten Adressen fangen an zu verschwinden. Die gemäßigte Partei, die des deutschen Vereins, hält sich in beobachtender Stellung oder mißbilligt offen die gegen die Kammer ausgesprochenen Verdächtigungen. In der heutigen Neuwahl des Direktoriums der zweiten Kammer blieben die alten Personen; Vicepräsident Schaffrath war nahe daran, seinen Platz zu verlieren.

*** **Leipzig**, 15. März. Als gestern die Nachricht von den Anträgen des Abgeordneten Welcker in der Reichstagssitzung vom 12. März angekommen war, berief der deutsche Verein sofort durch Plakate eine außerordentliche Versammlung. Dr. Goeschen eröffnete dieselbe mit einer kurzen Ansprache, in der er die Wichtigkeit dieser Anträge entwickelte. Auf die würdigste Weise habe die Reichsversammlung zu Frankfurt die Feier der Märzrevolution begangen, indem sie anerkannt hätte, wie man jetzt schnell vom Wort zur That schreiten und die überkommene Aufgabe lösen müsse. Nötig sei es aber nun, daß auch das Volk laut seine

Nº 75. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 16. März 1849.

Uebersicht.

Ueberschau und noch ein Wort vom Mediatisiren.

E. M. A. Daß Oftumhergetragenes wieder vorgezeigt werde, daß Oftgesagtes zum dritten, vierten Male gesagt werde, kann nicht schaden. Deswegen geschehe hier nur noch einmal eine kurze Ueberschau, die nicht unnütz scheint, da, wie es am Tage liegt, Viele im Volke und im Fürstenrathe wieder zu bäumeln und schwindeln anfangen.

Der Gedanke der Einigung und Stärkung Deutschlands ist nicht mehr ein hintertreiblicher und verlöschlicher Gedanke. Er hat sich eine weite Bahn gemacht, er wird sich weitere Bahn machen. Wir sind trotz alles aus Ollmütz oder Kopenhagen schallenden Hohns **Unitarier**, wir wollen und müssen **Unitarier** sein. Ein Haupt muß sein und werden, ein starkes und einziges Haupt, welches das ganze Deutschland halte und zusammenhalte.

Dieses Haupt wird entweder ein wählbares republikanisches oder ein erbliches monarchisches Haupt.

Die das republikanische Haupt wollen, denen darf vor einem rothen blutigen Durchgang nicht schaudern, einem unvermeidlichen Durchgang.

Dieser Durchgang würde doch nur ein Uebergang sein, also ein neuer Durchgang, ein Uebergang zur vollständigsten Centralregierung, zu einer vollsten Monarchie. Er würde viel Großes und Herrliches, was uns von den Vätern noch übrig ist, zerstören, vor allen zuerst die Herrschaften der einzelnen Fürsten und Stämme — und am Ende würde ein gewaltiger Einherr da sein und auch eine gewaltige fürchterliche Hauptstadt Deutschlands würde werden, ein deutsches Peking oder Paris mit allen ihren fürchterlichen Gräulichkeiten und Gefährlichkeiten. Denn ich glaube nimmer, daß bei den europäischen Zuständen und Verhältnissen eine Republik von 40 bis 50 Millionen Seelen eine glückliche Möglichkeit wäre. Man macht uns freilich hier in der Paulskirche und an hundert andern Stellen und Orten mit aus Nordamerika hergeholten Beispielen und Vergleichungen, oft auf eine recht kindische Weise, satt und übersatt. Aber das paßt meistens wie der Daumen auf's Aug. Nur Eines: Amerika hat keine andere streitbare Nachbarn, als Seebären und Wallfische.

Ein erbliches starkes Haupt der deutschen Nation dagegen mit der Wahrung und Erhaltung von vielem Guten, Schönen und Eigenthümlichen ließe sich auf eine würdige und feste Weise machen, so würdig und edel machen, daß in diesem **unitarischen Reiche** die einzelnen konstitutionellen Monarchien und Republiken gebührlichen und angemessenen Platz hätten, daß in die Zukunft hinaus die Aussicht, die schönste aller Aussichten, gestellt bliebe, daß die in den letzten schwächlichen und schlechten deutschen Jahrhunderten abgerissenen germanischen Theile sogar mit Freuden einmal wieder in den alten Mutterschooß zurücksinken möchten.

Wir setzen ein starkes, freies aus allen Fürstenthümern und Republiken germanischen Stammes gewähltes und zusammengesetztes Parlament. Dieses Parlament wird die Belange und Vortheile der einzelnen Stämme und Herrscherscherhäuser schon zu wahren und zu erhalten wissen, wenn den unitarischen Kaiser — eine Eulenfurcht, womit Viele die kleineren Reichsvögel schrecken — ja einmal die Lust des Fressens und Verschlingens anwandeln sollte.

Die Erhaltung dieser Einzelstaaten Deutschlands — ich sage das im Gegenbilde gegen das gallisirte Frankreich und moskowitisirte Rußland — würde seine unaussprechlichen Vortheile haben. Ich zähle dazu besonders:

1) Es wird durch die vielen einzelnen Hauptstädte, Hochschulen u. s. w. der verschiedenen Fürstenthümer die allgemeine Vermenschlichung und Bildung in Kunst und Wissenschaft und jedem freieren höheren Streben mit den wohlthätigsten Sonnenstrahlen des geistigen Lebens rings und gleichmäßig verbreitet;

2) Es wird Deutschland dadurch doch viel mehr als andere große Reiche von dem eben angedeuteten Unsegen einer ungeheuren Hauptstadt u. s. w. bewahrt.

Ja, es ist meine festeste Ueberzeugung, und gewiß die Ueberzeugung vieler guten und gescheidten Männer, daß die einzelnen deutschen Fürstenthümer und Republiken allein durch ein freies und starkes Parlament und durch einen starken unitarischen Oberkönig erhalten, und zwar würdig und edel erhalten werden können.

Ihnen bleibt im Frieden (freilich nach dem Muster allgemeiner Reichsgesetze) die volle Würde und Ehre der Regierung und Rechtspflege ihrer Lande und die Oberhand und der Befehl über ihre Kriegsmannschaft. Nur im Kriege übernimmt der Kaiser den Befehl und die Leitung der ganzen deutschen Heereskraft und ernennt die Feldherren.

Unter den vielen Generalen der einzelnen Herrschaften werden sich auch im Frieden die vorragenden Männer wohl schon offenbaren und werden durch die Stimmen des Volks dem Kaiser gezeigt werden. Doch dies beruht häufig auf einem glücklichen Griffe des Ungefährs: denn selbst in den freiesten Staaten, wo die öffentliche Meinung die Männer mächtig zeigt, wird nicht immer richtig gezeigt; und hier muß der König selbst erst die rechte zuverlässige Probe machen. Rom und England haben Feldherren und Admirale oft falsch gezeigt und gewählt. Vor Wellingtons Auftreten in der pyrenäischen Halbinsel schlossen Boyd und Dalrimple mit dem Franzosen Junot den dummsten Abzugsvertrag.

Bei dieser Betrachtung ist nun alles mehr nach unten hin und einzeln betrachtet worden und besonders bei der Ueberdenkung des deutschen Heerwesens der Gedanke an das Mediatisiren der sogenannten Zukleinen aufgestiegen. Und in der That einzelne Fürstenthümer sind wirklich so klein, daß ein einzelnes wohlgeordnetes Kriegswesen bei ihnen selbst im Frieden eine Unmöglichkeit scheint. Sie scheinen für diesen Zweck mediatisirt werden, in dieser Beziehung in die Heergemeinschaft größerer Staaten im Frieden eingereiht werden zu müssen. Anderen, die, obgleich einzeln fast zu klein, doch nachbarlich zusammen liegen, wäre aber bei ihrer günstigeren geographischen Lage hinsichtlich der Gemeinschaftlichkeit des Obergerichts- und Oberkriegsbefehls wohl zu helfen.

Man nehme zum Beispiel Thüringen, mein tapferes, reiches und reizendes Thüringen, welches eben wegen seiner zerstückelten und zersplitterten Fürstenthümer und wegen der Kleinlichkeit der Herrschaft und Kümmerlichkeit des Heerwesens so viele wunderliche demokratischradikale Wirren und Aufläufe gehabt hat. Warum dieses bodenlose und geistlose Treiben von radikalen Wühlern, die meistens in leerer hohler Luft zappeln und mehr vor Frost als vor Hitze springen, durch das königliche Sachsen und den oberen Theil Schlesiens so durchläuft und bis in das deutsche Mähren und Böhmen hineinläuft — dies zu erörtern ist hier weder der Augenblick noch die Stelle. Uebrigens däucht mir, in Thüringen wäre es gar nicht schwer zu machen.

Die sächsischen, schwarzburgischen, reussischen u. s. w. Herzoge und Fürsten jenes herrlichen reichbegabten Landes und Volkes schaffen sich:

1) ein allgemeines großes Obergericht;

2) ein gemeinsames Heer.

Wie machen sie es in diesen Sachen?

Sie machen es verständiger und gerechter Weise also:

Da die sächsischen Herzöge von allen Fürsten der Gesammtlande Thüringens einmal die mächtigsten sind, so hat jedesmal der Aelteste der vier sächsischen Herrscherlinien die Oberanordnung und Oberleitung des ganzen thüringischen Kriegswesens, das heißt, er ernennt ohne weitere Umfrage die Obersten und Generale. In Hinsicht des kriegsmännischen Unterbefehls haben die verschiedenen Herrscher für ihre einzelnen Heertheile bei der Ernennung und Beförderung den Vorschlag, welchen er billig berücksichtigen muß.

Da wir hier von einer kleineren Art des Mediatisirens sprechen und da die von alten Sondergelüsten angefochtenen Baiern und Sachsen u. s. w. sich wenigstens äußerlich geberden, als ob es ihnen hinsichtlich eines möglichen künftigen Mediatisirtwerdens

durch alle Glieder zittere, so schauen wir in dieser Beziehung ihnen gegenüber einmal Preußen an, wenn Preußen nicht als Kaiser, als der unitarische Kaiser, an die Spitze Deutschlands und seiner Könige und Fürsten gestellt würde, sondern wenn es einen republikanischen Präsidenten oder einen der andern Fürsten des Reichs als Oberherrn bekäme.

Bei der Einrichtung dieses unseres Reiches, wie wir sie meinen und wie jeder wohlgesinnte und verständige Deutsche sie gewiß ehrlich meint, bleiben die größeren deutschen Staaten (Sachsen, Baiern, Würtemberg, Baden u. s. w.) auch in dem neuen Bundesstaate während des Friedens meistens in derselben Stellung der Macht und Herrschaft, wie weiland in dem Staatenbunde jämmerlichsten Andenkens; aber Preußen, gerade Preußen würde in dem Falle, daß ein anderer Fürst die höchste Reichswürde trüge, den Kaiser nicht bloß im Leibe, sondern auf dem Leibe haben, es würde ein halbmediatisirter Staat sein. Denn der Kaiser hat die Macht und soll die Macht haben über die Ströme, Küsten, Häfen, über die ganze deutsche Flotte und über alle zur Flotte gehörigen Anstalten und Einrichtungen, und zugleich die Anstellung und Ernennung aller Admirale, Oberkonsule u. s. w. Also würde er über das ganze lange Küstenland Pommerns und Preußens, über seine Inseln und Ströme, über seine größten und mächtigsten Städte (Königsberg, Danzig, Stettin, Stralsund u. s. w.) mitten im Frieden den Oberbefehl führen und den preußischen König da gleichsam zur Seite schieben. Das ginge nimmer, und auch deswegen bleibt zwischen manchen Uebeln, Stürmen und Hindernissen keine Mitte; auch deswegen muß Preußens König Kaiser Deutschlands sein.

Aber Oesterreich und wieder Oesterreich, das liebe, das geliebte Oesterreich? Ich darf die Wörter lieb und geliebt unterstreichen; denn wehe dem, der zu sagen wagt, ich hege nur einen Funken Abneigung gegen das freundliche, liebenswürdige Volk der deutschen Oesterreicher! Aber leider, sie wollen nicht in unsern Bund hinein, sie wollen uns lieber lose und locker mit Geschenken von Halbbarbaren überschütten, die wir nicht gebrauchen könuen. Was sage ich? nicht sie, sondern ihre Regierung. Sie wollen nicht hinein, sie wollen mit hundert verdächtigen Winken, Vorbehalten kaum heran. Denn sie sind durch den Unverstand und die Blindheit ihrer Führer in dem jüngst verflossenen Jahrhundert fast ganz in die südöstlichste deutsche Ecke gedrängt worden. Sie wollen nicht hinein, und wollen sie, so müßten wir Deutsche uns dieses Hinein mit ihren fremdartigen Massen höflichst verbitten. Mögen sie denn, wenn sie können, durch brüderliches Bündniß freundlich zu uns heran kommen!

Wahrlich, hätte der rheinische Fürst Lothar Metternich im Jahre 1815 ein ganzes volles deutsches Herz gehabt wie der rheinische Freiher Karl von Stein, hätte er Deutschlands wahre Größe und die Aufgaben und Hoffnungen seiner Zukunft empfunden und verstanden, hätte er die alten deutschen Westlande (Belgien, Elsaß u. s. w.) gewollt, dann hätte Oesterreich jetzt eine überwiegend deutsche und deutschartige Stärke, eine Stärke wenigstens von 15 Millionen solcher Seelen, und wer dürfte dann anders sprechen als: Oesterreich ist der geborne deutsche Kaiser? Aber nun?

Deutschland.

Posen, 11. März. Dem Vernehmen nach soll auch bei uns die Landwehr zweiten Aufgebots organisirt werden, wie dies bereits in Ost- und Westpreußen geschieht. Diese bedeutsame Maßregel ist seit den Freiheitskriegen noch nicht in größerem Maßstabe ausgeführt worden, und spricht deutlich genug für den Augenblick. Aus Kalisch meldet man uns unterm 9. März, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten mit Dänemark auch das Signal für die russische Offensive sein werde. Längst der Grenze herrscht die größte Rührigkeit. Ueberall werden Feldbäckereien errichtet und von Seiten der Verpflegungsbehörden alle nur möglichen Getreidearten angekauft. Bei der Ortschaft Kirchdorf (unweit Kalisch) arbeitet man an einem Lager und allgemein spricht man davon, daß die auf dem Marsche befindlichen Armeekorps täglich eintreffen müssen. Der Hafer wird bereits besser bezahlt als in Preußen und überall aufgekauft. Bei Bloszki befindet sich ein ganzes Kosackenregiment, bei Tuliczkowo (hart an unserer Grenze) ein vollständiger Artilleriepark. Tag und Nacht werden die Truppen exerzirt und den härtesten Strapatzen ausgesetzt. Angesichts dieser Gefahr verfolgen wir Deutschen natürlich einerseits das deutsche Einigungswerk mit besorglicher Spannung, andererseits die östlichen Verhältnisse Oesterreichs. Ich brauche Ihnen nicht zu schreiben, daß selbst unsere radikalsten Demokraten sich jetzt mit Verachtung von den Fraktionen der äußersten Linken in Frankfurt abwenden, die sie früher vergötterten, sie sehen ein, daß selbst die alte Kabinetspolitik das Gefühl des Volkes für des Vaterlandes Einheit und Größe und die Aufopferung im Drange der Gefahr nicht so sehr vergiftet hat, als diese Priester elender selbstsüchtiger Theorien. Aber noch hoffen wir, daß einige Erhebung möglich ist zur Ehre deutschen Namens! Und das drohende Gewitter scheint uns nicht so furchtbar, wenn diese Hoffnung in Erfüllung geht. Oesterreich halten wir im Augenblicke zu einer Offensive kaum befähigt. Unsere aus Ungarn zurückgekehrten Polen erzählen zwar von dem Geldmangel der ungarischen Partei, aber sie bringen auch die wichtige Nachricht, daß bereits eine sehr große Anzahl Kroaten und Slovenen in den ungarischen Reihen kämpfen, daß in den letzten Tagen sogar Stratomirowitsch von Kossuth ganz gewonnen und zum Ban von Kroatien ernannt worden sei. Eben so zeigen sich die Serben plötzlich in anderer Stimmung, ihre Einfälle mindern sich, es scheint sie befinden sich im Abziehen. Es scheint, daß die Polen von der Türkei aus eine Diversion im Rücken der Serben zu Gunsten Ungarns veranlassen wollen, und daß auch Sardinien, welches überhaupt den Kampf nicht mit Gleichgültigkeit betrachtet, seine Finger dabei im Spiele hat. Schon im Februar ist der junge Fürst Czartoryski, Hauptmann in der Armee Karl Alberts, in Konstantinopel angelangt, er zieht die daselbst weilenden ziemlich zahlreichen Polen an sich, sogar diejenigen, welche sich in der polnischen Ansiedelung am Bosporus befinden und meist aus Deserteuren der russischen Armee am Kaukasus bestehen. Seine Operationen sollen sich nach der Moldau und Wallachei hin erstrecken. Andererseits ist unsere Aufmerksamkeit nach Krakau gerichtet. Ein Brief von dort vom 7. März, spricht von der noch fortdauernden Aufregung unter der Bevölkerung, und macht zugleich eine nicht uninteressante Mittheilung, über die Mission des Fürsten Jablonowki beim Kaiser in Ollmütz, in der Rekrutirungsangelegenheit. Stadion hatte nach eigener Erzählung des Fürsten ihn an den Kaiser selbst angewiesen. „Ich wurde zur Tafel befohlen, um dort vorgestellt zu werden. Natürlich war es für mich sehr interessant den Jüngling, um nicht zu sagen das Kind zu sehen und zu sprechen, in dessen Händen das Schicksal eines Drittels unseres Vaterlandes ruht. Der Hofhalt ist geblieben wie er war. Der Kaiser befand sich im Gefolge zahlreicher Hofdamen und Höflinge und war trotz der Steifheit seiner Haltung, die von der Uniform herrührte, doch von der Würde seiner Stellung durchdrungen. Er glich in seinen Bewegungen einem jungen Lieutenant. In der Versammlung fehlte noch Erzherzog Franz Karl. Als er eintrat ging ihm der Kaiser sofort entgegen, küßte ihm den Arm, und nach dieser Huldigung, die dem Vater vom Sohne gebührt, nahm er eine stolze imponirende Halung an. Er unterhielt sich später ziemlich geläufig. Als ich ihm vorgestellt wurde und meinen Auftrag erfüllen wollte, unterbrach er mich bei den ersten Worten: „Ich habe mir vorgenommen nur durch die Minister auf solche Anträge zu antworten, gehen Sie also zum Grafen Stadion, der mein ganzes Vertrauen hat, was er bestimmt, werde ich bestätigen.“ (Stadion ist, wie ich Ihnen bereits mittheilte, auf des Fürsten Vorschlag, wiewohl ohne Erfolg, eingegangen, es bei der freiwilligen Werbung in Krakau zu belassen.) Nicht Ungarn, nicht Galizien allein bindet Oesterreich die Hände, sondern die Stimmung der Slawen überhaupt, die von der neuen Konstitution nichts weniger als befriedigt sein werden. Unsere Blätter enthalten sie heut, ich komme nächstens auf ihren Eindruck unter den Slawen zurück.

München, 12. März. Also der Landtag aufgelöst und ein halbneues, halbaltes Ministerium am Ruder, beschäftigt damit die Windrose, den Kompaß und die Seekarte zu studiren, zu studiren unter Leitung derjenigen Steuerleute, denen die Equipage gesagt hatte, sie möchte sich ihrer Leitung nicht weiter anvertrauen, denn ihr Kurs sei falsch. Hetzen wir das Bild nicht zu Tod. Was sollen die neuen Minister lernen, von wem sollen sie's lernen? Sie sollen die Vorlagen revidiren, welche das vorige Ministerium den Kammern vorzulegen sich vorbereitet hatte, und doch genießen sie eben so wenig Vertrauen bei diesen als jenes. Also bloß Aufarbeitungsminister, Minister die man preiszugeben geson-

nen ist, sowie der April die Kammern wieder versammelt sieht. Die Allgemeine Zeitung, welches alles Baierische so genau weiß, hat uns zwar im Augsburger Regierungsdirektor Forster den definitiven Minister des Innern bereits verkündet, aber die offizielle Bekanntgebung des sogenannten neuen Ministeriums kennt nur noch Herrn v. Beisler als Verweser des Ministeriums des Innern. Die Abgeordneten gingen hier auch mit der bestimmten Erwartung auseinander, bei ihrem Wiederkommen immer noch denselben provisorischen Zustand vorzufinden. Und es ist auch wohl voreilig, wenn jetzt im Publikum die Sage geht, in Herrn Dr. v. d. Pfordten, dem abgetretenen sächsischen Minister, sei der neue Minister des Innern hier angelangt. Herr v. d. Pfordten hat eine zweimalige Aufforderung zur Uebernahme dieses Portefeuilles bereits von Dresden aus ablehnend beantwortet. Er wird jetzt, die hiesigen Dinge in der Nähe anschauend, wahrlich nicht mehr Vertrauen für die Dauerhaftigkeit eines hiesigen Ministeriums fassen. So lang ein Dönniges, ein Bluntschli, ein Hartmann als die eigentlichen Rathgeber des Königs gelten, ist überhaupt in Baiern kein dauerhaftes Ministerium denkbar. Wie Dönniges hierher gekommen und welche Präcedentien er mitgebracht hat, ist zu bekannt, als daß ich hier darauf zurückkommen möchte. Herr Bluntschli ward bekanntlich von Herrn von Abel berufen. Gerade als er in der Schweiz jeden fernern Anhalt aufgegeben hatte und dem Rufe hierher gefolgt war, stürzte Abel von seinem Thron. Man hatte nun die moralische Schuld an Herrn Bluntschli, ihm durch Uebertragung einer Professur seine sogenannten Opfer zu vergüten; und aus dem Professor ist ein **unverantwortlicher** Rath der Krone erwachsen. Herr von Hartmann ist Generalmajor, ein Mann von feinen Hofformen, kavaliermäßiger Haltung und eng begrenzten Anschauungen. Er ist ein Adeliger der Kammerjunkersphäre vom Wirbel bis zur Zehe, und lernte es natürlich in jener Atmosphäre vortrefflich erhabenen Freisinn in sehr unklaren Wendungen, ohne Anerkennung irgend einer Konsequenz auf eine Weise auszusprechen, daß es in den Schloßsälen wie außerordentliche Liberalität sich anhört. Das ist sein Verdienst, und deßhalb hat er Geltung. Wir mögen die persönliche, politische Ehrlichkeit der Genannten nicht einen Augenblick bezweifeln. Aber ist es denn möglich, daß der König einen einzigen richtigen Blick in die Lage des Landes thue, wenn solche Leute zwischen ihm und den offiziellen Räthen der Krone stehen? Und diese selber, denen es ja nicht fremd sein kann, wie ihnen nirgends auch nur die geringste Sympathie zur Seite steht, die ja doch einsehen müssen, daß man sie nur an das Staatsruder stellte, um keine wichtigere Kraft nach 4 oder 6 Wochen unmöglich gemacht zu haben — wie sollen sie nun zur Feststellung eines Prinzips, wie überhaupt zu einer Freudigkeit des Muthes in der Arbeit der Staatsverwaltung kommen? Dies darf man nicht vergessen, wenn man die Persönlichkeiten des gegenwärtigen Ministeriums angreift. Aber allerdings lag es auch in ihrer Hand andere und bessere Bedingungen zu erzwingen. Der bekannte Kolb'sche Bericht, welcher jetzt aller Orten zum Verkauf ausgeboten wird, läßt uns einen erschreckenden Blick in die Art und Weise thun, wie früher hier in Baiern der Constitutionalismus zum schnöden Gaukelspiel von oben her herabgewürdigt worden ist. Aber wenn daraus auch hervorgeht, daß damals die sogenannt verantwortlichen Ministerien höchst unverantwortlich gehandelt haben, (wir beklagen tief auch den erhabenen Fürsten Oettingen-Wallerstein mit in die Sache verwickelt zu sehen, beinahe so tief wie den Umstand, daß der Fürst „wegen Mangels der nöthigen Dokumente" uns immer noch die vielmal versprochene, heißersehnte, ihn zweifelsohne vollkommen rechtfertigende Denkschrift über seine ministeriellen Handlungen schuldig bleibt), so dürfen wir doch auch nicht vergessen, daß sich die Opposition der damaligen Landtage in einem sehr wenig schmeichelhaften Lichte zeigt. Weniger verbreitet, doch in ihrer Art wohl eben so interessant, soll auch die Vertheidigungsschrift des Herrn v. Abel gegen die Angriffe der Herren v. Zu Rhein und v. Maurer sein. Ein hiesiges Lokalblatt macht dabei die Bemerkung, der Exminister habe bereits erklärt in seiner Erwiederung seien Verhältnisse der zartesten Natur berührt, und er habe daher die Mittheilung der Abdrücke auf einen engern Kreis beschränkt. Das heiße eine „Oeffentlichkeit" für engere Kreise — nach den weitern frage man eben nichts. Das Blatt hat Recht.

*† **Stuttgart**, 12. März. Das entschiedene Auftreten des Staatsraths Römer gegen die Volksvereine hatte das Zutrauen, welches die konservative Partei in unser Ministerium stets setzte, noch um Vieles gesteigert. In den letzten Tagen dagegen verlautet wieder Verschiedenes, was jenen günstigen Eindruck zu schwächen geeignet ist. Man verargt es Römer sehr, daß er, und dazu noch gerade in den Tagen, in welchen er den Volksvereinen den Fehdehandschuh so rückhaltlos hinwarf, sich thatsächlich den Führern dieser Partei dadurch näherte, daß er ihnen (wie wenigstens allgemein behauptet wird) den Entwurf des Wahlgesetzes zur konstituirenden Versammlung vertraulich mittheilte und sich ihre Ansicht über denselben erbat. Hierdurch fühlt sich die konservative Partei in der Kammer, welcher Römer ein gleiches Vertrauen nicht an den Tag legte, sehr verletzt und wir hörten von Mitgliedern derselben Aeußerungen, die wir allen Grund haben aufrichtig zu beklagen.

Mehr aber noch als das Vorstehende hat ein anderes, allgemein verbreitetes und wie wir wissen auch gegründetes Gerücht, peinliche Empfindungen **gegen** das Ministerium, und zwar im Lager seiner bisherigen Anhänger, hervorgerufen. Unsere Staatsregierung hatte in dem Entwurfe des Wahlgesetzes zu der konstituirenden Versammlung, dem Besitz einen gewissen Einfluß auf die Wahlen eingeräumt. Dieser Gesetzesentwurf war dem Geheimerath zur Prüfung vorgelegt, und nachdem er die Billigung dieser Behörde in den wesentlichsten Punkten erhalten hatte, an das Ministerium zurückgegangen. Statt wie man erwartete dieses Gesetz nunmehr der Kammer der Abgeordneten zur Berathung vorgelegt zu sehen, erfährt man, daß das Ministerium seine Ansicht in Betreff des Gesetzes (weil es jetzt glaube, daß der Entwurf sich nicht der Popularität des Landes (?) erfreuen werde) geändert habe und gesonnen sei der Kammer ein Gesetz vorzulegen, nach dessen Inhalt, ohne alle Berücksichtigung des Besitzes, ganz frei zu der konstituirenden Versammlung zu wählen sei. Ob dies eine Folge der erwähnten vertraulichen Mittheilung des Gesetzesentwurfes an die Führer der demokratischen Partei ist, wie von vielen Seiten behauptet wird, wollen wir hier keiner näheren Untersuchung unterwerfen. Daß aber der dem Geheimerath vorgelegte Gesetzentwurf eine Frucht der Ueberzeugung des Ministeriums unter Berücksichtigung der Stimmung und des Bedürfnisses des Landes war: dies zu glauben verpflichtet uns die Achtung vor den Männern, welche an der Spitze unserer Staatsregierung stehen. Desto bestimmter müssen wir die Ansicht aussprechen, daß sich das Ministerium durch nichts durfte und darf bestimmen lassen, seine Ueberzeugung zu opfern, ja daß es mit dieser stehen oder fallen mußte. Unser Ministerium kann sich darüber nicht täuschen, daß die bei weitem überwiegende Mehrheit des Landes von ihm und nicht von den Führern einer gewissen politischen Partei regiert sein will; es hat selbst verschiedentlich ausgesprochen, daß es des vollen Vertrauens glaube versichert sein zu dürfen und daß es nur seine Ueberzeugung als Leiter seiner amtlichen Schritte betrachten werde. Um so befremdlicher ist es, wenn jetzt ein, gewiß aus der reinen Ueberzeugung des Ministeriums hervorgegangenes Wahlgesetz von demselben zurückgezogen werden soll, weil vielleicht nur wenige Führer der demokratischen Partei dem Staatsrath Römer ausgesprochen haben, das Gesetz werde sich nicht des Beifalls des Landes erfreuen. Hierüber hätten doch allein die gesetzgebenden Organe, die Vertreter des Volks, in ihrer Gesammtheit den Ausspruch zu geben.

⊙ **Weimar**, im März. Der hiesige politische Verein hat folgende Adresse an die Nationalversammlung erlassen:

„Hohe Reichsversammlung! Ein Monat ist vergangen, seit Oesterreich erklärt hat, daß es an der ersehnten, die Wohlfahrt des Vaterlandes allein zu wahren geeigneten Einigung Deutschlands nicht Theil nehmen wolle, noch könne. Denn daß eine deutsche, eine wahrhaft und allein deutsche Macht begründet werde, ist der Inhalt der Sehnsucht, die das Herz der Besten erfüllt, damit, durch das kämpfende Zusammenwirken der verschiedenen Stämme geweckt und durch die Wirksamkeit und das stolze Bewußtsein deutscher Macht gefördert und gehoben, die Fülle des deutschen Geistes sich entwickeln könne. Zu dieser Macht gehört ein deutsches Heer und Eine Vertretung Deutschlands nach Außen. Beides wird durch Oesterreichs Erklärung unmöglich gemacht, da es sich feierlich gegen eine Trennung der deutschen Provinzen von den nichtdeutschen verwahrt. Oder sind wirklich, wie die Note Oesterreichs versichert, die Interessen von Volksstämmen, welche den Kampf der Gesittung fast erst beginnen, dieselben mit denen Deutschlands, welches bisher als einzigen Trost für äußere Ohnmacht die Ueberzeugung hatte, daß es unter den Völkern in geistiger Bildung und Gesittung einen der ersten Plätze einnehme? So sehr auch die politischen Ansichten auseinander gehen, darin stimmen alle Deutschen überein, müssen alle übereinstimmen, daß Deutsche nicht mit Czechen, Kroaten, Südslawen,

Ungarn sich zu einem Ganzen verbinden können. Also die Aufnahme der deutschen Provinzen Oesterreichs in einen deutschen Bundesstaat ist nur dadurch möglich, daß dieselben von den nichtdeutschen getrennt werden. Aber sowohl die Mischung der Bevölkerung in ihnen, als das wohlverstandene Bedürfniß der Gesammtmonarchie, machen eine solche bloße Personalunion unmöglich. Was also soll geschehen? Soll Deutschland warten, bis die Gestalt der Dinge, die dem österreichischen Ministerium vorschwebt, so wesenhaft wird, daß sie sich in klaren und verständlichen Worten einigermaßen ausdrücken läßt? Wo der Krieg mit Dänemark droht, wo in der Ungewißheit aller Dinge Handel und Wandel darniederliegt, wo Alle, die den Umsturz des Bestehenden wollen, Muth gewinnen, wenn sie die Bestrebungen der Besonnenen vereitelt sehen, wo die Feinde Deutschlands sich der Ohnmacht freuen, die zu keiner festen Gesinnung gelangen kann, soll da Deutschland in der Erschaffung dessen, was es für nöthig erkannt hat, sich dadurch hemmen lassen, daß Oesterreich durch Anrufung überall verletzter und somit erloschener Verträge, durch Bündnisse mit auswärtigen Mächten, durch Versuche, den Saamen der Zwietracht unter den deutschen Einzelstaaten auszustreuen und den Bürgerkrieg in Deutschland hervor zu rufen, das zu stören unablässig bemüht ist, was nicht zur Vergrößerung seiner eigenen Macht beiträgt? Oesterreichs Einfluß verdankt Deutschland zumeist das Verderbliche des früheren Zustandes, und alle Versuche, die seither dem Gedanken des österreichischen Ministeriums wirkliche Gestalt zu verleihen gemacht worden sind, führen zu dem alten Zustande des Staatenbundes oder dem noch schlimmeren eines siebenköpfigen Direktoriums, was die Keime der Zwietracht und Ohnmacht in sich trägt. Eine wahrhafte Vertretung des Volkes ist bei beiden Formen unmöglich. Somit führen alle diese Versuche gerade aus zum Verderben Deutschlands. Denn wohl können die Wünsche Aller durch Eifersucht der Stämme, Parteien und Konfessionen noch einmal vereitelt, die Bestrebungen der Edelsten durch Gewalt verblendeter Regierungen noch einmal unterdrückt werden. Aber wie noch vor einem Jahre Niemand an die Stürme glaubte, die kamen, so werden die unterdrückten Bestrebungen, weil sie das ewige Leben der Berechtigung in sich tragen, bei nicht geahnter Gelegenheit wieder erwachen. Glaubt denn Oesterreich, glauben denn die, welche jetzt einen Theil ihrer Macht dem Vaterland zum Opfer zu bringen in unseliger Verblendung sich scheuen, noch einmal zu siegen? Dann wird Deutschland entweder untergehen oder erst nach einem greuelvollen, wilden Umsturz alles Bestehenden wieder zur gesetzlichen Ordnung und zu dem Ziele seiner Wünsche gelangen. Die besonnenen Freunde gesetzlicher Entwickelung werden nicht noch einmal dann dem ungestümen Drange entfesselter Leidenschaften widerstehen können, widerstehen wollen. Dies Gefühl lastet drückend auf uns, und deshalb sprechen wir es hiermit öffentlich aus, daß wir nur in der Zuversicht zu Ihnen, Vertreter des deutschen Volkes, zu Ihrer Festigkeit Beruhigung finden. Sie werden, so vertrauen wir, unbeirret durch alle ausweichenden Erklärungen und Drohungen Oesterreichs und Anderer, an dem deutschen Bundesstaate festhalten, in welchem die gedeihliche Entwickelung der Einzelstaaten hinreichend gewahrt und die feste, des Erfolges gewisse Macht durch den größten, reindeutschen Einzelstaat an der Spitze gesichert ist. Wir vertrauen, daß Sie diesen Bundesstaat so rasch als möglich in's Leben zu rufen trachten. Zu Preußen hoffen wir, daß es seinen heiligen Beruf erkennen, entschieden und furchtlos in die hohe Stellung, die Deutschland ihm bietet, eintreten und seine europäische Stellung nur in und mit Deutschland finden werde. Gegen die ehrenwerthen Vertreter Oesterreichs aber sprechen wir die zuversichtliche Erwartung aus, daß sie, die selbst am besten wissen, wie wenig das Streben nach inniger Vereinigung mit Deutschland selbst in den deutschen Provinzen Oesterreichs tief und lebendig in der Bevölkerung lebe, daß sie es als eine Ehrenpflicht erkennen, der Gestaltung dessen, was Deutschland bedarf, nicht hemmend in den Weg zu treten, sondern der ferneren Theilnahme an den Berathungen freiwillig zu entsagen, und gerade dadurch die Reinheit, Uneigennützigkeit und Größe ihrer Liebe zu Deutschland thatkräftig an den Tag zu legen.

Wir wiederholen, hohe Versammlung, die Versicherung des festen Vertrauens, daß Sie das Beste des Vaterlandes immerdar zu wahren wissen werden. Der politische Verein."

Italien.

Turin. Wir theilen den Text der Adresse der Deputirtenkammer und die Antwort des Königs, deren Inhalt wir schon erwähnt haben, nachträglich mit. Die Adresse lautet:

„Sire! Berufen in den schwierigsten Zeiten die Interessen der Nation zu schützen, tröstet uns der Gedanke des bewunderswerthen Einklangs der durch eine besondere Gunst der Umstände in unserm Staate zwischen Fürst und Volk herrscht — ein großes Element der Kraft und eine Hauptgrundlage unserer Hoffnungen. Diesen Einklang, Sire! verdankt man dem Treusinn, womit Sie die Rechte der Nation unversehrt anerkannten und aufrecht hielten, so wie der Hingebung, mit welcher Sie der italienischen Unabhängigkeit Ihr und Ihrer Söhne Leben weihten. Unsere ersten Worte müssen Ihnen deshalb die lebhafte und tiefe Dankbarkeit des Volkes bezeugen, das mit seiner Liebe und seiner Stimme (voto) Ihre Krone kräftigt und festigt. Auch wird Italien, das Ihnen einen so großen Antheil an seiner Befreiung schulden wird, nicht undankbar sein. Das erste Parlament ward eröffnet inmitten der Freude über die neuen Institutionen, und unter Siegesjubel. Das Unglück brach herein, Ihre Seele stand fest in den großherzigen Absichten. Und jetzt, nachdem Sie die Nation befragt, und sie selbst erstarkt ist im Unglück, beharrt sie darauf, daß sie um jeden Preis die Freiheit und Unabhängigkeit will. Wir sind, Sire, die Vertreter dieser beiden Prinzipien. Indem Sie sich mit der Auswahl des Volkes umgeben und die Aemter und Ehrenstellen allein dem Verdienst übertragen, wir aber unsere vornehmsten Sorgen der Ordnung der Finanzen, des Gemeindewesens, des nationalen Kriegsheers, des öffentlichen Unterrichts und anderer bürgerlichen Einrichtungen widmen, werden wir dem demokratischen Prinzip die mit dem Kriegszustand verträgliche größere Entwickelung geben. Allein nur die konstituirende Versammlung des Königreichs wird unsere Staatseinrichtungen in vollkommenen Einklang setzen können mit dem Geist und den Bedürfnissen des Jahrhunderts. Ihre Regierung versuchte in lobenswerther Absicht unter den verschiedenen Staaten Italiens eine mächtige Konfoderation zu begründen, um den künftigen Nationalgeschicken ihre erste Weihe zu geben. Wir hegen das Vertrauen, sie werde die Einigung der italienischen Völker, welches auch in Folge der neuesten Veränderungen ihre Regierungsform sein möge, noch fernerhin fördern wollen, und sich, anerkennend das Recht der Völker, sich selbst ihre Verfassung zu geben, jeder Intervention in Mittelitalien zu widersetzen und Verwahrung dagegen einzulegen, die Provinzen aber zu bewegen wissen, daß sie mit allen Mitteln zum Nationalkriege beitragen. Bei der Erringung unserer Unabhängigkeit werden die Sympathien der civilisirten Nationen uns begünstigen. Die Regierung wird sich bemühen, innigere Bande mit denen zu knüpfen, welche eine freie Staatsordnung bei sich eingeführt haben, besonders aber mit den beiden großen Mächten, die uns schon Beweise der Freundschaft und Zuneigung gegeben. Wir schließen uns dem hochherzigen Ungarn an, das denselben Krieg gegen denselben Feind kämpft. Und wenn die benachbarten Slawen dereinst versuchen, sich zur Würde einer Nation zu erheben, so mögen sie von uns jene Unterstützungen genießen, welche gemeinschaftliche Interessen erheischen. Ermuthigt durch die kräftige Stimme der Nation, welche die verhängnißvolle Ungewißheit nicht länger ertragen kann, werden Sie, Sire, von den Abgeordneten des Volkes aufgefordert, das Zögern zu brechen und den Kriegsruf ertönen zu lassen. Ja, Krieg, schleuniger Krieg! Wir vertrauen auf unsere Waffen. Auf die Waffen allein und auf unser Recht hegen wir Vertrauen. Das Heer, unser Stolz, die Hoffnung Italiens, kehre zurück in seine Lager, welche Zeugen waren seines Muthes; es mache durch glorreiche Thaten die erlittenen Nachtheile wieder gut und stelle das Glück unserer Waffen wieder her. Die Flotte, welche mit heroischem Muthe Venedig vor den feindlichen Schiffen schützte, unterstütze mächtig die Erfolge des Kriegs, und erneuere im adriatischen Meere die Großthaten, welche den italienischen Muth einstmals berühmt machten auf den Meeren. Sire! Sie sagten es: nicht ohne Nutzen sollen für uns die ersten Proben sein, die Erfahrung sei unsere Lehrmeisterin. Die Geschicklichkeit der Führer, die Einsicht der Verwaltenden verdopple mit dem Vertrauen den Muth der Soldaten. Die zur Einberufung bereiten Reserven, die an Kriegszucht gewohnten beweglichen Milizen, die geordnete und in Waffen stehende Nationalgarde und, wo die Gefahr drängt, das ganze Volk mögen unsern Bannern den Sieg versichern. Wir wollen einmal von fremder Unterdrückung einen so großen Theil des Reichs, und von ungerechtem Martyrerthum jene unserer Brüder befreien, welche, wie sie beharrlich und großmüthig waren im Unglück, so uns tapfere und entschlossene Gefährten sein werden in der Gefahr. Beeilen wir uns, dem heroischen Venedig, das unentmuthigt ausdauert im ungleichen Kampfe, die Hand zu reichen. Die Nation ist für den großen Zusammenstoß zu jedem Opfer bereit. Schon zu viele haben wir, unnutzerweise, dem Wunsche des europäischen Friedens gebracht. Für den Krieg werden uns auch die äußersten leicht sein."

Die Antwort des Königs lautet:

„Meine Herren! Ich bin erfreut über die Gesinnungen, die Sie mir ausdrückten, und bitte Sie, der Kammer in meinem Namen dafür zu danken. Ich freue mich der Eintracht, welche in unserem Lande herrscht; diese Einigkeit aller Gemüther ist die feste Grundlage unserer Erfolge. Sie versichern mir, die Nation sei zu jedem Opfer bereit; ich vergewissere Sie, daß das Heer gerüstet und blühend ist, und daß mir und meinen Söhnen nichts in höherem Grade am Herzen liegt, als die Nationalehre und die italienische Unabhängigkeit."

Ungarn.

Pesth, 8. März In unserer Geldangelegenheit herrscht die größte Verwirrung. Während die Wiener Regierung die ungarischen Noten ganz außer Curs setzte, erklärt hier Fürst Windisch-Grätz ihre Gültigkeit im Privatverkehr, was die erstere Maßregel ganz außer Kraft setzt. Es ist wahr daß die Regierung hier eine äußerst schwierige Alternative zu bekämpfen hat. Vernichtet sie durch eine entschiedene Ordonnanz mit einem Schlag die ungarischen Geldnoten, so ruinirt sie die ganze Handels- und Geschäftswelt, bringt das Landvolk gegen sich auf und setzt sich mithin in eine sehr gefährliche Lage; läßt sie aber diese unglückseligen Noten im Curs, mögen übrigens noch so viele Beschränkungen dabei sein, so läßt sie — abgerechnet den dem Lande mit der Zeit dadurch unfehlbar entstehenden Schaden — den Rebellen in Debreczin den Haupttalisman in der Hand, die Widersetzlichkeit energisch fortzuführen; denn es bleibt unbestritten, daß alle etwaigen Erfolge der ungarischen Sache in und außer Ungarn fast einzig und allein der nie versiegenden Geldproduction Kossuths zuzuschreiben sind. Unaufhörlich wird in Wien ganz ohne Hehl Gold mit ungarischen Banknoten für ungarische Rechnung gekauft!

(Allg. Z.)

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2¼ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 76. **Frankfurt a. M.,** Samstag 17. März. **1849.**

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

Italien.
Oesterreichs Verbindung mit Dänemark.
Erklärung des Herrn v. Boltz.

Deutschland. Frankfurt (Truppen nach Schleswig-Holstein. Der Welcker'sche Antrag und die Parteien. Oesterr. Propaganda.) Wien (Fischhof und Pillersdorf. Die Verfassungsreform. Ursachen der Oktroyirung. Nachrichten aus Ungarn. Vermischte Nachrichten.) Triest (Ein Mißverständniß.) Ollmütz (Ein witziger Befehl.) Kremsier (Militärische Besetzung. Die Abgeordneten. Die Verhaftung Fischhof's. Berufung von Abgeordneten nach Wien.) Stettin (Kriegsaussichten. Preußische Seerüstungen.) Köln (Stollwerk's Kaffeehaus abgebrannt.) München (Die Erklärungen des Hrn. v. Abel. Hr. v. d. Pfordten. Die Truppen für Schleswig-Holstein. Graf Thun.) Stuttgart (Die Kammer der Standesherrn. Das Papiergeld der deutschen Republik.) Hannover (Erklärung der Minister im Amte verbleiben zu wollen.) Darmstadt (Eindruck des Welcker'schen Antrags. Stimmung für das Erbkaiserthum.) Schleswig (Die Sendung des Grafen Reventlow-Farve. Rüstungen der Dänen.) Altona (Die gemeinsame Regierung nimmt die Rechte des Königs von Dänemark wahr.)

Großbritannien. London (Unterhausverhandlungen über die Schifffahrtsbill. Ihr muthmaßliches Schicksal. Disraelis Vorschläge zum Schutze der landwirthschaftlichen Interessen. Gräßliche Noth in Limerick. Geldsammlungen für den Papst in Dublin.)

Frankreich. Paris (Präsidentenwahl. Wahlgesetz. Kriegsnachrichten. Die Börse.) Bourges (Prozeß der Maiangeklagten.)

Italien. Turin (Außerordentliche Vollmachten der Regierung. Ermächtigung zur Gelderhebung. Der König geht zum Heer ab.) Mailand (Kündigung des Waffenstillstandes.)

Dänemark. Kopenhagen (Truppensendungen. Fabvier. Dahlerup. Oehlenschläger's. Königin Margarethe.)

Norwegen. (Abneigung gegen den Krieg.)

Ungarn. Preßburg (Huldigungseid.)

Nachschrift.

---

16. März.

Am 17. Juni v. J., vor der Schlacht bei Custozza, bot das österreichische Ministerium der provisorischen Regierung in Mailand Friedensunterhandlungen auf der Grundlage der vollständigen Unabhängigkeit der Lombardei und ihrer Trennung vom Kaiserstaate an. Baron Wessemberg theilte damals die Ansicht, welche selbst von den antirevolutionärsten Männern in ganz Europa ausgesprochen wurde, daß Italien wenigstens bis zur Minciolinie frei werden müßte. Der Graf Casati, welcher an der Spitze der provisorischen Regierung der Lombardei stand, war edel genug, jenes Anerbieten, welches allein die Lombardei betraf, zurückzuweisen. Er wollte die Frage nicht als eine lombardische, sondern als eine italienische betrachtet wissen, und er machte die Unabhängigkeit aller italienischen Provinzen zur unerläßlichen Bedingung weiterer Unterhandlungen. Auch nach der Niederlage Karl Alberts und dem Waffenstillstand vom 9. August, der Italien bis zum Tessin in die Hände der Oesterreicher zurückgab, änderte Oesterreich noch nicht sogleich seine Sprache. Die französische Republik war damals noch nicht so conservativ wie jetzt, und wenn der russische Kaiser auch bereits den Marschall Radetzki mit seinem höchsten Orden geschmückt und ihm einen Adjutanten geschickt hatte, der ihm die Zusicherung russischer Hülfe bringen sollte, so erlaubte damals doch weder die Stimmung der deutschen Provinzen noch die Lage der ungarischen Verhältnisse von den Russen Gebrauch zu machen. Oesterreich nahm vielmehr das Vermittlungs-Anerbieten, welches England und Frankreich sich zu machen beeilten, an und ging darauf ein, auf einem Kongreß mit den vermittelnden Mächten die italienische Frage zu erledigen. Die Habsburgische Politik hat von jeher im Zögern den größten Gewinn gefunden. Ehe der Kongreß zusammentreten konnte, mußte man ja über den Sitz desselben einig werden, ferner über die Mächte, die hinzugezogen werden sollten; darüber ließ sich leichtlich so lange hin und her verhandeln, bis irgend ein Glücksfall zu Hülfe käme.

Inzwischen gab Oesterreich stillschweigend das noch immer von Frankreich als Grundlage der Unterhandlungen geforderte Prinzip der Unabhängigkeit Italiens zu und widersprach nicht, wenn sämmtliche italienische Staaten Gesandte zum Kongreß bestimmten. Dann aber, als endlich nach fast 6 Monaten der Kongreß im Begriff war, eröffnet zu werden — inzwischen war Wien bombardirt, Ungarn überzogen — nahm es plötzlich eine andere Stellung, erklärte, es habe niemals eingewilligt, von den Verträgen von 1815 abzugehen, die Verhandlungen hätten stets nur den Friedensschluß zwischen ihm und Sardinien, niemals die Regelung der italienischen Verhältnisse überhaupt, zum Zweck gehabt, weshalb die Zuziehung der andern italienischen Staaten völlig unzulässig sei; aber auch mit Sardinien lasse sich jetzt nicht mehr unterhandeln, da es offen seine Absicht, den Krieg wieder zu beginnen ausgesprochen hätte (was allerdings wahr ist) und wenn überhaupt über die Herstellung der Ordnung und Ruhe in Italien (sic!) unterhandelt werden solle, so müßten Rußland und Preußen, als Parteien der Wiener Verträge, mit zugezogen werden. Damit war natürlich der Kongreß abgebrochen; die kaum in Brüssel versammelten Diplomaten verließen es sofort wieder.

Oesterreich herrscht unterdeß in Oberitalien mit eiserner Ruthe. Die strenge Handhabung des Kriegsrechts, sogar die Auflegung von Kontributionen mag sich allenfalls durch die Noth der Umstände rechtfertigen lassen, unmöglich aber kann irgend ein Grund für die Plackereien und Grausamkeiten vorhanden sein, welche das österreichische Militärregiment sich gegen die gedrückte Lombardei erlaubt. In Modena werden die Bürger von den Offizieren im Theater zusammengehauen, weil sie eine österreichisch-gesinnte Sängerin ausgepfiffen haben, in einer andern Stadt müssen die Einwohner zur Strafe, weil die Kinder Oesterreicher und Italiener gespielt haben, sich selbst eine Festung auf den Nacken setzen, und erst in diesen Tagen macht der General Haynau bekannt, kein Reisender dürfe mehr als 300 Lire ohne Erlaubnißschein des Generalkommandos bei sich tragen, widrigenfalls er sofort erschossen würde. So reizen die Oesterreicher den Haß der Italiener zu einer Höhe, daß eine Versöhnung beider Völker unmöglich wird; bis die Italiener im Stande sind, sich offen zu erheben, werden sie ihren Feind, wie bisher, durch Meuchelmord verfolgen, und sollte der Kampf wieder ausbrechen, so wird es nicht ein Kampf um die eigene Befreiung, sondern um die Vernichtung des Gegners werden.

Die Piemontesen theilen den Haß der Lombarden gegen die Oesterreicher. Sie sehen in ihnen nicht blos die Unterdrücker ihrer Landsleute, sondern die Feinde ihrer eigenen Freiheit. Oesterreich an einem Punkt Italiens — und ein wahres constitutionelles Regiment ist im ganzen Lande unmöglich. Es giebt in ihren Augen nur eine Sicherstellung ihrer Freiheit, die Vertreibung der Oesterreicher. Sie haben sie im vorigen Jahre versucht, sie ist ihnen mißlungen; so treibt sie schon ihr Stolz und das Verlangen nach Rache, den Kampf zu erneuern. Es ist dieß nicht blos das Gefühl der revolutionären Partei, selbst die Gemäßigten rufen: Krieg gegen Oesterreich, und ihnen allen geht der König voran. Bei ihm gesellt sich noch zur Scham über die erlittene Niederlage die im savoyischen Königshause nie erstorbene Sucht nach Vergrößerung seiner Besitzungen, und diese Leidenschaften lassen ihn nicht ruhen, bis er noch einmal die Würfel des Krieges versucht hat.

Sardinien kann sich in diesem unvermeidlich gewordenen Kampfe wenig Hilfe von Toskana und Rom versprechen, so sehr beide Länder auch zum gemeinsamen Streite auffordern. Toskana

besitzt überhaupt ganz wenig militärische Kräfte, die es zur Verfügung stellen könnte, und das Wenige braucht die gegenwärtige Regierung, um die Ruhe im eignen Lande zu erhalten. Die Mehrzahl des Volkes ist nicht republikanisch gesinnt, und wenn die ungerechtfertigte Flucht Leopold's ihm auch viele Herzen entfremdet haben mag, so will doch nur der kleinste Theil die Abschaffung des Königthums. Das wußte auch die Regierung und hütete sich wohl, am 8. Februar, wo die Entfernung des Großherzogs bekannt wurde, die Republik auszurufen; sie begnügte sich, eine provisorische Regierung einzusetzen. Die Republikaner, deren Tummelplatz der „Volksklub" ist, waren damit schlecht zufrieden; am 18. Febr. beschlossen sie deshalb schlechtweg die Verkündigung der Republik und schickten eine Deputation mit diesem Beschluß an die Regierung. Die Regierung befand sich in einer schwierigen Lage: wenige Meilen von Florenz sammelte der General de Laugier die dem Großherzog treugebliebenen Truppen; Gioberti, der damals noch an der Spitze des sardinischen Kabinets stand, zeigte nicht wenig Lust, ihm zu Hülfe zu ziehen; wenn die Regierung also ihre Hauptstütze, die Republikaner zurückstieß, so war sie unfehlbar verloren. Sie schlug den diplomatischen Mittelausweg ein, eine so unbestimmte Antwort zu geben, daß zwar die Republikaner sie für eine Gewährung hielten, sie selbst aber hinterher sie entgegengesetzt auslegen konnte. Als dann Gioberti gestürzt war, der piemontesische General Da Marmora vielmehr der provisorischen Regierung Hülfe brachte und Laugier in Folge dessen kapitulirte, erklärte sich die Regierung gerade heraus gegen die Republik, und drohte sogar den Republikanern mit dem Aufruhrgesetz. Die bald zusammentretende Nationalversammlung, welcher die Rechte einer konstituirenden beigelegt sind, soll den Streit schlichten; sie soll sowohl über die künftige Verfassung Toskanas als über seine Verbindung mit Rom entscheiden.

Das Loos beider Staaten, des Römischen und Toskanischen, ist eng mit einander verknüpft. Auch in Rom ist unstreitig die Mehrheit nicht republikanisch gesinnt, aber noch viel weniger wünscht sie die Priesterherrschaft zurück, wie sie schon unter früheren Päpsten bestand und wie sie sie jetzt auch von Pius IX. fürchtet, nachdem er durch seine lange Verbannung gereizt, und durch die Einflüsterungen der Kardinäle und neapolitanischer und österreichischer Diplomaten wie umgewandelt worden ist. Die letzten Proklamationen des heiligen Vaters verrathen nichts mehr von dem sanften, versöhnlichen Pius IX; es spricht aus ihnen ein so heftiger Zorn gegen „die verruchten Missethäter", eine so gallige Anschauung von der „Verderbtheit seiner Unterthanen", daß die Römer, selbst wenn sie einen Theil der Drohungen auf das Pathos der italienischen Redeweise setzen wollten, doch noch Grund genug zu fürchten haben, der Papst werde sie nach seiner Rückkehr mit den Mitteln der alten Geistlichenherrschaft heilen wollen. Das gibt der gegenwärtig herrschenden Partei ihre Hauptstärke. Dabei zeigt sich hier, wie in Florenz, die Regierung sehr gemäßigt; sie hütet sich vor allen extremen Schritten, entwickelt dagegen eine ungemeine Thätigkeit in der Umgestaltung aller Staatseinrichtungen im Sinne der neuen Verfassung. Mit der völligen Neubildung des Staats bis in die tiefsten Grundlagen hinab hofft sie wohl nicht mit Unrecht der Wiederkehr der alten Zeiten vorzubeugen. Sie ist sich dabei ihrer Schwäche wohl bewußt, und gerade die Schwäche der Regierung hier wie in Toskana erweckt in beiden Ländern das Verlangen, sich eng aneinander zu schließen, und wenn die Einheit Italiens für Mittelitalien wenigstens jetzt eine Wahrheit werden zu wollen scheint, so ist es nur das dringendste Bedürfniß, welches die alten Eifersüchteleien unterdrückt. Ob jedoch auch verbunden Toskana und Rom im Stande sein werden, die innern und äußern Feinde zu überwältigen, kann man billig bezweifeln. Schon am 17. Januar entwickelte Oesterreich in einer Note an den französischen Minister des Auswärtigen, welche der Korrespondent der „Times" kürzlich an die Oeffentlichkeit gebracht hat, einen vollständigen Feldzugsplan gegen Rom. Die Neapolitaner sollen von der Südgrenze in den Kirchenstaat einfallen, die Oesterreicher wollen zu gleicher Zeit über den Po gehen, und Frankreich soll inzwischen die Seeseite mit seiner Flotte decken. Weshalb dieser Plan noch nicht ausgeführt ist, läßt sich nicht mit Gewißheit sagen. An dem Papste hat es nicht gelegen: er ruft in öffentlichen Erlassen das ganze Christenthum zu seiner Wiedereinsetzung auf. Auch Neapel ist kriegslustig. Vielleicht, daß die französische Regierung es vor dem Volke nicht gewagt hat, offen die Hand zur Unterdrückung der römischen Republik zu reichen. Möglich auch, daß England, auf dessen Ausschluß Oesterreich offenbar abzielt, heimlich die Intervention bis jetzt gehindert hat. Die römische Republik rüstet, so gut sie kann; sie wird wenigstens nicht ohne Kampf fallen. Toskana würde, wenn die Oesterreicher einrückten, eigene Truppen ihnen schwerlich entgegensetzen können. Die Rettung beider Staaten kann nur Sardinien sein; der wiederausbrechende Krieg mit Karl Albert rettet mindestens bis zu seiner Beendigung Mittelitalien vor den Oesterreichern.

Das Königreich Neapel und Sizilien weist keinen geordneteren Rechtszustand auf, als die anderen italienischen Staaten. Die Konstitution ist eine todte Form. Die Kammern geben dem Ministerium ein und das andere Mißtrauensvotum, sie verwerfen die ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe: das Ministerium bleibt unverändert. Jetzt endlich, sagt man, wird es wechseln, aber — in einem dem Willen der Kammer entgegengesetzten Sinne. Dabei ist der Kampf mit Sizilien noch immer nicht entschieden. Zwar haben die Sizilianer, seitdem Lord Palmerston durch das englische Parlament gezwungen worden ist, von seiner Einmischung in die Sicilianischen Angelegenheiten abzustehen, die Hoffnung fremder Hülfe verloren, und es wäre darnach nur vorsichtig, wenn sie das Ultimatum, welches die vermittelnden Mächte ihnen ausgewirkt haben, annähmen, und gegen die Bewilligung der Konstitution von 1812 unter die Hoheit des Königs Ferdinand zurückkehrten. Sie werden sich aber schwerlich ohne Kampf unterwerfen wollen; und so überlegen ihnen die Neapolitaner sich in offenem Felde gezeigt haben, so unüberwindlich sind sie in ihren Bergen. Vor Allem aber werden auch sie auf Sardinien ihr Augenmerk richten. Wie sie schon einmal durch die Wahl eines Sardinischen Prinzen Karl Albert in ihren Kampf hineinzuziehen dachten, so werden sie auch jetzt wieder, wenn er siegen sollte, sich auf ihn stützen wollen.

Der Kampf Karl Alberts ist entscheidend für ganz Italien. Sein Triumph bedeutet die italienische Unabhängigkeit, seine Niederlage ihre Unterdrückung. Noch während wir schreiben, lauft die Nachricht ein, daß die Feindseligkeiten an der piemontesischen Grenze bereits begonnen haben.

Deutschland.

⨯ **Altona**, 13. März. Ich eile Ihnen eine Nachricht von der größten Wichtigkeit mitzutheilen, für deren Wahrheit ich mich verbürgen darf. Daß die österreichische Regierung ihre Politik vertrauensvoll und unbedingt in die Hände Rußlands gelegt habe, und daß beide, vereinigt, einen gewaltigen politischen Rückschwung in Europa durchzuführen streben unter dessen Flügeln man leicht Konstitutionen auf neun Monate Sicht ausstellen kann — das weiß jetzt Jedermann, selbst der Deutsche, der sonst alles, was ihn angeht, zuletzt erfährt. Wie leicht kann man sich da für einen Antheil an dem aufzuhebenden Osmanischen Reiche ausbedingen, dessen Bestand ja in den heiligen Verträgen von 1815 nicht garantirt ist: welch' angenehme Aussicht für die unschuldige Krone der Habsburger, künftig auch noch Titel wie Fürst von Serbien und Bosnien, gefürsteter Graf von Albanien oder gar auch noch Großherzog von Salonichi tragen zu dürfen! Aber nicht genug! — sind Sie vorbereitet auf dasjenige was Fürst Schwarzenberg in der dänischen Angelegenheit gethan? Ich habe die Nachricht aus sicherster Quelle und Sie können getrost selbst die Frankfurter Zeitung herausfordern, sie abzuleugnen, oder auch Herrn von Schmerling, sie zu bezierlichen. Oesterreich hat in Kopenhagen etwa folgende Erklärung abgegeben, durch eine vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den dortigen österreichischen Geschäftsträger gerichtete Depesche: „Die kaiserliche Regierung schließe sich ganz den Erklärungen Rußlands und Frankreichs an, bezüglich der schleswig-holsteinischen Differenz. Es verstehe sich von selbst, daß Oesterreich sich für die gerechte Sache des Königs gegen seine rebellischen Unterthanen erkläre. Seine Verhältnisse erlaubten ihm allerdings nicht, den Schritten beizutreten, welche jene Mächte entschlossen seien zum Schutze der Rechte Sr. Majestät zu thun — allein es hoffe der guten Sache doch Vorschub leisten zu können durch die ernsten Vorstellungen, welche es bei dem Berliner Hofe und bei der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt machen werde." Wollte nicht schon damals ein leiser Verdacht in unserer Seele

aufsteigen, als wir erfuhren, daß Oesterreich unmittelbar vor Ausbruch eines deutsch-dänischen Krieges, wie uns zum Hohne, Herrn Dahlerup und Konsorten in seinen Sold nahm? Jetzt haben wir die Gewißheit, daß Oesterreich mit unsern Feinden gemeinsame Sache macht. Kaum hat Dänemark, mitten in den Unterhandlungen, den Waffenstillstand aufgekündigt, um Deutschland ja das Messer an die Kehle zu setzen — sofort erklärt sich Fürst Schwarzenberg für den Feind, und entschuldigt sich gewissermaßen dafür, daß seine Regierung nicht, wie Rußland in Aussicht gestellt, Truppen gegen die rebellischen Unterthanen Sr. Majestät zu schicken versprechen könne! Schweden und Norwegen, die skandinavischen Königreiche erklären, auf das Allerentschiedenste, daß sie sich von der wahnsinnigen Politik Dänemarks abwenden müssen, und die „erste deutsche Macht" verleugnet ihre Abstammung, verräth aufs Treuloseste ihre Bundespflicht, vergißt was sie vor elf Monaten gethan. Denn wer, frage ich, wer sind die „Rebellen" anders als jene deutschen Brüder, für deren Rechte sich der alte Legitimitäts-Gesandten-Tag, unter Oesterreichs Vorsitze ausgesprochen, zu deren Gunsten dieselbe Tag- und Nachtgleiche, unter demselbigen Vorsitz, den Krieg erklärt hat. Doch jetzt sind andere Zeiten — Herunter das deutsche Banner und Hoch lebe der Czar!

* **Frankfurt**, 15. März. Hr. Staatsrath v. Volz in München sendet uns zur Veröffentlichung folgende lithographirte Mittheilung zu.

„Die Beilage zu Nr. 69 der deutschen Zeitung enthält zwei Mittheilungen aus München vom 6. und 7. März, worin als Thatsache aufgestellt wird, daß mir aus dem Munde des Königs die Ernennung zum Minister des Innern zugesichert gewesen, in Folge der gegen mich, als treuen Schildknappen des Herrn von Abel laut gewordenen Anstände aber, zurückgenommen worden sei.

Die Glaubwürdigkeit des Korrespondenten mag daraus entnommen werden, daß die ganze Geschichte rein aus der Luft gegriffen ist. Nie hat der jetzige König mir die Absicht kundgegeben, ein Ministerium mir zu übertragen, noch auch nur, wie ich mit gutem Grunde annehmen darf, in diesem Sinne sich gegen irgend Jemand ausgesprochen.

Was den übrigen Inhalt jener beiden Artikel anbelangt, so würde ich sie gerne, gleich andern gegen mich gerichteten Angriffen, unbeantwortet lassen. Wer in dem öffentlichen Leben eine Stellung eingenommen hat, muß sich die Beurtheilung seines Wirkens auch von feindseligem Standpunkte aus gefallen lassen; es muß ihm in den meisten Fällen genügen, wenn er sich bewußt ist, überall seiner Ueberzeugung und seiner Pflicht gefolgt zu sein.

Hier aber ist es mir unmöglich zu schweigen, wo die innersten Motive meines Handelns, wo die Redlichkeit und Lauterkeit meines Charakters angegriffen wird.

Ich weise diesen Angriff als eine schnöde und arge Verleumdung zurück.

Wer meine Wirksamkeit als Regierungs- und Ministerial-Referent, wer meine Denk- und Handlungsweise überhaupt nur einigermassen kennt, wird mich von der Anklage des Servilismus freisprechen, und wenn behauptet wird, ich habe, der Gunst meines Meisters willen, mich in kirchlichen Angelegenheiten des Ultramontanismus schuldig gemacht, so kann ich mich ruhig auf die Akten des Ministeriums, auf das Zeugniß meiner damaligen Kollegen im Ministerium und selbst auf jenes der Mitglieder der obersten protestantischen Kirchenbehörde darüber berufen, daß es mir selbst jenem mächtigen Minister gegenüber nicht an dem Muthe gefehlt hat, die Interessen der Kirche bei oft sehr ernsten und folgeschweren Fragen nachdrücklich und nach besten Kräften zu vertreten.

Wenn mir in der spätern Zeit meines nun 35jährigen Dienstlebens von Seite meines Monarchen eine ehrende Anerkennung (durch Verleihung des Verdienstordens der Krone) zu Theil geworden ist, so hat solche, als am 1. Januar 1840 erfolgt, auf mein Auftreten bei den General-Synoden zu Baireuth und Ansbach im Jahre 1844 überall keinen Bezug. Wohl aber belohnt mich für die, mit so großen Schwierigkeiten umgeben gewesene Theilnahme an diesen Versammlungen als königl. Kommissär das Bewußtsein, durch mein Verfahren bei Zulassung der freiesten Besprechung über die wichtigsten Fragen jener kirchlich so bewegten Zeit den verderblichsten Konflikten, ja der Selbstauflösung der Synoden vorgebeugt zu haben: ein Bewußtsein, das auch in den ehrenvollsten Zeugnissen hervorragender Synodal-Mitglieder, selbst von der damaligen kirchlichen Opposition, seine urkundliche Bestätigung findet. München, am 14. März 1849. von Volz, Staatsrath.

Y **Frankfurt**, 16. März. Dem Vernehmen nach werden die hier und in den umliegenden Ortschaften garnisonirenden 2 Bataillone baierischer Jäger nach Schleswig-Holstein abgehen und haben bereits Marschordre erhalten. Gestern ist eine Batterie nassauischer Artillerie von Wiesbaden ebenfalls nach dem Kriegsschauplatze abgegangen.

*** **Frankfurt**, 16. März. Obgleich von einer Koalition zwischen der Linken und der österreichisch-baierisch-ultramontanen Fraktion, dem „Hotel Schröder" keine Rede mehr sein kann, so traten doch beide in Verhandlung, um um jeden Preis den Welcker'schen Antrag zu Grabe zu tragen. Wenn dies Ziel erreicht ist, steht das „Hotel Schröder" der Linken in so ferne zu Diensten, als es die rasche Beendigung der Verfassung unterstützen wolle. Vorgestern war eine vereinigte Sitzung der Linken, welche die Tagesordnung über den Welcker'schen Antrag beschloß, allein es doch den einzelnen Fraktionen zugestand, noch besondere Anträge zu stellen, obgleich auch der weitere Beschluß gefaßt wurde, die Vorschläge ohne Debatte nach den eingegangenen Paragraphen in aufeinander folgenden Sitzungen zur Abstimmung zu bringen. Auf gestern Abend war wieder eine vereinigte Sitzung der Linken anberaumt, keiner Frage unterliegt es aber, daß das Schwanken der Linken sehr stark ist. Ja es schwant der Rumpfkoalition im „Hotel Schröder", daß die Linke sich zuletzt doch noch für den erblichen Kaiser erklären werde.

—x **Frankfurt**, 16. März. Die Aussichten für Durchsetzung des Beschlusses über ungesäumte Feststellung und Inslebenführung der Verfassung werden von Tage zu Tage günstiger. Der Weidenbuschverein, der jetzt täglich Sitzungen hält und dessen Vorstand fast in Permanenz ist, hat mit rascher und sicherer Organisation Alles gethan, um das Resultat der so entscheidenden Abstimmung zu sichern. Durch förmliche Beitrittserklärungen zu dem Antrage des Verfassungsausschusses über den Welckerschen Vorschlag hat er sich in Betreff derjenigen Stimmen vergewissert, auf welche unter allen Umständen für den Antrag zu rechnen ist. Die Zahl dieser Stimmen betrug gestern Abend schon nahe an 240. Außerdem gibt es noch eine Anzahl Schwankender, von welchen indeß mehr oder weniger wahrscheinlich ist, daß sie sich im entscheidenden Momente dem patriotischen Entschlusse, der mit einem Schlage Deutschland zu einem festbegründeten Reiche macht, nicht entziehen werden. Von Berlin sind bisher nur zwei Mitglieder der Weidenbuschpartei, die Herren *Saucken* und *Martens*, zurückgekehrt; ob noch mehrere kommen werden ist zweifelhaft. Diese Herren schildern die Stimmung der preußischen Kammern für die deutsche Sache als eine *äußerst gute und entschiedene*. Die drei Mitglieder der Linken, welche gestern ebenfalls von Berlin hier eintrafen, H. Simon, Rappard und Renner, von denen man befürchtete, sie möchten das Gewicht ihrer Stimme und ihres Einflusses hier *gegen* den Antrag in die Wagschaale werfen, sollen sich, wenigstens was die letzten Beiden betrifft, ziemlich bestimmt *für* denselben ausgesprochen haben. Ueberhaupt neigten sich vom Klub Westendhall mehr und mehr Mitglieder auf die Seite der Patrioten; auch unter den Baiern sollen einige weitere aus ihrer partikularistischen Abgeschlossenheit herauszutreten auf dem Punkte stehen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 16. März. Die „Frankfurter Zeitung" gibt sich im Verein mit Herrn Heckscher und preußischen Ultramontanen sehr große Mühe, die Linke, mit welcher die österreichische Rechte gemeinsame Besprechungen hält, von der Vortrefflichkeit des Mittelreiches und der in dem österreichischen Projekt des Staatenhauses gewährten Volksfreiheit und Selbstregierung der deutschen Stämme zu überzeugen. Es soll doch nicht recht gelingen. Dagegen hat Herr Heckscher das Verdienst, viele Oesterreicher, welche sich ihrer Stimmen enthalten wollten, davon zurückgebracht zu haben, wahrscheinlich durch die Geltendmachung der Volkssouveränität, welche er früherhin immer so glänzend in's Licht zu stellen und zu vertheidigen wußte.

Wien, 10. März. Pillersdorf besuchte Fischhof im Gefängnisse und will sogar, wie man hört, den Kaiser um die Befreiung

seines einstigen Gegners ansprechen, während Justizminister Bach, ein Freund des Herrn Fischhof, und von diesem sogar am 6. Oktober versteckt — so sagt wenigstens Fama — wenig für ihn thun will. (Allg. Z.)

△ **Wien**, 12. März. Die Feier des gestrigen Tages ist vorüber; es war eine Feier, aber kein Fest, überall dieselbe lautlose Menge von Gaffern und Neugierigen, aber nirgends eine Aeußerung individueller Theilnahme. Man läßt sich die Feierlichkeiten gefallen, man duldet die Oktroyirung der Verfassung selbst mit jener Ergebung, mit der von Diplomaten die faits accomplis aufgenommen zu werden pflegen. Das Riesenthor von St. Stephan war heute, wenn wir uns recht erinnern, zum erstenmal wieder geöffnet seit jenen Tagen, wo unsre Deputirten mit der deutschen Fahne daraus hervorzogen, um nach Frankfurt zu gehn. Alles jubelte damals aus eigenem Herzensdrange — gestern riefen einige „Gutgesinnte" dem Gouverneur bei seinem Erscheinen auf dem Platze ein mechanisches „Hoch". Das Ministerium, welches nebst allen Behörden vollzählig bei dem Te Deum gegenwärtig war, wurde stumm empfangen. Nach der kirchlichen Feierlichkeit wurde die Volkshymne abgesungen und der Gouverneur begab sich auf den Michaeliplatz, wo er ungefähr 20,000 Mann Truppen, Kavallerie und Infanterie, vorüber defiliren ließ. Die Szeredschaner waren nur spärlich repräsentirt, es defilirten nur etwa 60 Mann. Als sie auf dem Michaeliplatze erschienen, hörte ich einige Spaßvögel rufen: Hoch unsre konstitutionellen Szeredschaner! Alles lachte und mehrere stimmten in den Ruf ein, was den Rothmänteln zu gefallen schien. Dies waren die einzigen Unterbrechungen des stereotypen Schweigens. Abends fand befohlener Maßen die Beleuchtung statt, welche zwar etwas reicher ausfiel als die vom 7., doch verriethen die reihenweise unbeleuchteten Fenster des Stockimeisenplatzes u. s. w. die Abwesenheit vieler Märzscheuen. Anfangs waren die Straßen nicht sehr belebt, später lockte die Militärmusik, die heute den Zapfenstreich begleitete, größere Menschenmassen zusammen. Alles verlief sich so still wie am Morgen, mit Ausnahme des Platzes am Hof, wo ein eigenthümlicher Vorgang stattfand. Die dort aufgestellte Musikbande hatte nämlich die Aufmerksamkeit ihren Zuhörern den „Nationalgardemarsch" aufzuspielen, dann folgte „der Freiheitsmarsch", aber wer beschreibt das Erstaunen der Zuhörer, als die Bande zuletzt das verpönte „Fuchslied" anstimmte! Das war zu viel! Alles brach in tobenden Jubel aus. Hoch unsre konstitutionelle Armee, Vivat die Studenten, es lebe Franz Joseph, hörte man durcheinanderrufen und die hier aufgestellte kleine Abtheilung Militär wurde von den Anwesenden über das Glacis bis in die Alserkaserne begleitet, wo das Publikum nun seinerseits dem Militär die Volkshymne sang. Diese kleine Episode könnte beweisen, wie der kleinste Schritt zur Versöhnung mehr Eindruck auf die Wiener macht, als alle Entfaltung von Strenge, die sie bisher nur störrischer machte. In den übrigen Stadttheilen blieb es ganz ruhig, das einzige Geräusch, welches zu vernehmen war, wurde durch einen Fiaker verursacht, der das Bild des jungen Kaisers in seinem Wagen erleuchtet in der Stadt herum fuhr und dazu beständig rief: „Es lebe unser konstitutioneller Kaiser Franz Joseph."

Unter den Ursachen der plötzlichen Oktroyirung einer Verfassung wird noch geltend gemacht, daß man dadurch der vormärzlichen Partei, welche namentlich im Hauptquartier zu Ofen Fuß zu fassen begonnen hatte, die Thüre schließen und zugleich Rußland, bei vielleicht nöthigen weiteren Hülfsgesuchen, ein fait accompli entgegen setzen wollte, im Falle dieses Bedingungen stellen sollte, welche selbst dem Ministerium bei jetziger Weltlage unausführbar erschienen. Von dem Fürsten Windischgrätz ist bereits, wie ich vorgestern andeutete, folgender Beweis seiner Sinnesänderung und Unterordnung unter das Ministerium erschienen: „Verordnung. Durch Se. Maj. beauftragt, die Ordnung im Königreiche Ungarn wiedrr herzustellen, habe ich alle jene Maßregeln angewendet, welche mir am geeignetsten schienen. Ich habe bei der Wahl derselben die möglichste Milde eintreten lassen. Aus diesem Gesichtspunkte ausgehend und in der Hoffnung das schnellere Ende der unseligen Rebellion herbeizuführen, habe ich das illegale ungarische Papiergeld nicht sogleich außer Kurs setzen lassen. Es hat sich aber erwiesen, daß dieß ein Haupthilfsmittel der Rebellion ist (dieß wußten wir hier in Wien bereits seit zwei Monaten), da ferner während meiner Abwesenheit und ohne mein Vorwissen, eine Kundmachung bezüglich der durch die Rebellenregierung in Umlauf gesetzten illegalen Geldnoten erlassen worden ist, die gestern noch ohne Autorisation angeschlagen wurde, so sehe ich mich bemüßigt nun definitiv auszusprechen, daß von dem heutigen Tage angefangen in keiner öffentlichen Aerarial- und Landeskasse die ungarischen Noten zu 50 und 100 fl. mehr angenommen werden dürfen, dagegen auch alle Zahlungen derselben in österreichischen Banknoten und Silbergeld geleistet werden. Die ungarischen Banknoten zu 1 und 2 fl. aber, die einen Metallstock besitzen, werden in kaiserlich Oesterreichische umgewechselt und das dabei zu beobachtende Verfahren, so wie die Orte der Auswechslung bekannt gegeben werden. Diese bleiben daher vorläufig in ihrem Kurse. Hauptquartier Ofen, den 8. März. Alfred Fürst zu Windischgrätz k. k. Feldmarschall."

Von dem Kriegsschauplatze laufen fortwährend widersprechende Nachrichten ein und kein offizielles Wort erscheint über die dortigen Verhältnisse. Soviel kann indessen mit Gewißheit angenommen werden, daß die kaiserlichen Truppen besonders bei Szolnok eine Schlappe erlitten haben, wovon man wieder die Schuld dem Grafen Wbrna beimißt. Dießmal dürfte ihn der illustre Name nicht schützen; man spricht davon zwei Generale anderweit zu ersetzen. Fürs Erste soll sich die Armee in Szegeleth konzentriren, um von dort aus gegen alle Punkte zu operiren, da man für jetzt den Feind, der sich ziemlich geordnet zurückzog, noch nicht weiter verfolgen will oder kann, da dessen Nachhut eine sehr starke Position inne hat. Jedoch sind die Uebergangspunkte über die Theiß von den kaiserlichen Truppen besetzt. So meldet ein beinahe offizielles Schreiben.

Die „allg. österr. Ztg." druckte gestern die stärksten Stellen des vorgestrigen Artikels der „Presse" gegen den Fürst Windischgrätz mit durchschossenen Lettern ab.

* **Wien**, 12. März. Glaubwürdigen Nachrichten zufolge dürfte Dr. Fischhof in wenigen Tagen auf freien Fuß gesetzt werden. — Es hat sich hier ein Verein zur Verbreitung guter Volksschriften gebildet und bereits sein Programm ergehen lassen. Wir wünschen, daß hierbei die Unternehmung der Wochenbände für die geistige Volksbildung, wenn wir nicht irren, von Stuttgart ausgehend, die verdiente Beachtung finden möge. — Die früheren Deputirten Löhner (?), Violand und Füster, die sich bereits über die Grenze geflüchtet haben sollen, werden als Staatsverräther steckbrieflich verfolgt. — Man will wissen, der Kaiser werde Wien am 15. d. mit seinem Besuche überraschen. Man überläßt sich hiebei der Hoffnung einer Amnestie und vieler Begnadigungen, so wie der Aufhebung des Belagerungszustandes. Der ganze Hof und namentlich auch die Kaiserin Mutter in Salzburg sehen, wie es heißt, einer Ermöglichung baldiger Rückkehr nach Wien mit Sehnsucht entgegen.

Triest. Das erwähnte Verbot der Slavischen Flagge wird im Lloyd in gewohnter Weise als ein Mißverständniß aufgeklärt. Seit „undenklichen Zeiten" bestehe die Anordnung, daß die österreichischen Schiffe jedweder Nation auf dem Besanmaste die kais. österreichische Flagge zu führen haben, und dies wurde in Folge eines Ministerialbefehls unlängst wieder eingeführt. Von einem Verbot, die Nationalflagge auf einem andern Theile des Schiffs aufzuhissen, sei dabei keine Rede gewesen, und die obige Weisung nur durch eine irrige Auslegung des Ministerialbefehls erfolgt.

Ollmütz, 7. März. Heute ist hier der ehemalige Kommandant der Wiener Josephstadt gefangen durchgeführt werden, er kömmt mit witzig sein sollendem Befehl auf 12 Jahre in die Festung Josephstadt. Der Korrespondent eines deutschen Blattes in Prag bekam hier in Ollmütz den väterlichen Rath, etwas milder zu schreiben. (C. Bl. a. B.)

Kremsier, 9. März. Das erzbischöfliche Palais, der ehemahlige Sitz des Reichstages, ist noch immer militärisch besetzt, aber die Verstärkungen an den Thoren der Stadt sind zurückgezogen. Niemand glaubt, daß irgend eine Ruhestörung stattfinden könne. Smolka, der letzte Präsident der österreichischen Constituante, ist noch in Kremsier anwesend und wird wahrscheinlich, wie sehr viele seiner Landsleute, nicht nach Galizien zurückkehren, sondern sich nach Preußen oder Sachsen verfügen. Man sagt, die Herren Pinkas, Palacky, Lasser, Ullepitsch, Streit u. A. hätten einer abermaligen Aufforderung des Ministeriums, sich nach Wien zu verfügen, um dort bei dem Entwurf der Provinzialverfassungen behülflich zu sein, wieder kein Gehör gegeben. Heute wird in Mähren das Fest der Slavenapostel Cyrill und Methud (der mährischen Landespatrone) gefeiert. Die Tschechen hatten be-

schlossen, im Vereine mit den übrigen Repräsentanten der österreichischen Slaven diesen Tag in dem Flecken Welehrad, wo einst die erste christliche Kirche in Mähren erbaut wurde, festlich zu begehen, vielleicht in der Absicht, der Vereinigung der österreichischen Slavenstämme einen sichtbaren Anhaltspunkt zu geben. Dieses Fest nun unterblieb für diesmal aus leicht begreiflichen Ursachen.

Kremsier, 9. März. Man schreibt der Allg. Z., daß die Verhaftung Fischhofs durch Ministerialrath Krause im Namen der Wiener Stadtcommandantur vollzogen und dem zur Haft gebrachten die Zustellung des Verhaftbefehls in den nächsten 24 Stunden in Aussicht gestellt wurde. Weitere Verhaftungen sind nicht vorgenommen worden. An mehrere Abgeordnete ist aus Ollmütz auf telegraphischem Wege die Einladung gelangt, sich nach Wien zu begeben, um an der Ausarbeitung der nachträglich zu oktroyirenden Landesverfassungen sich zu betheiligen. Merkwürdigerweise befand sich unter den Eingeladenen kein einziger Pole. Soweit Referent die Namen der vom Ministerium zu obigem Zweck nach Wien Beschiedenen erfahren konnte sind es folgende: für Böhmen Palacky, Pinkas, Brauner, Thiemann, Forster; für Mähren Caj. Mayer, Streit; für Ober-Oesterreich Laffer; für Tirol Clementi; für Illyrien Ullepitsch. Zweifelsohne sind aber noch mehrere in der betreffenden Angelegenheit zur Mitwirkung aufgefordert worden. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die meisten, wenn nicht alle, auf die ihnen vom Ministerium zugedachte Ehre verzichten werden.

Stettin, 12. März. Eins der ersten Häuser an der Londoner Kornbörse schreibt uns unterm 9. d. M.: „Die Friedensunterhandlungen in der dänischen Angelegenheit sind suspendirt und soviel wir erfahren können ist wenig Aussicht, daß das dänische Gouvernement in eine Verlängerung des Waffenstillstandes willigen werde."

Aus sicherer Quelle können wir mittheilen, daß das Kriegs-Ministerium in Folge der Kündigung des Waffenstillstandes Seitens der dänischen Regierung kräftige Maßregeln zum Schutze der Ostseeküste getroffen hat. Zunächst werden die 11 fertigen Kanonen-Schaluppen und Jollen durch Aushebung von Seeleuten mit der kriegsmäßigen Stärke besetzt. Die Korvette Amazone wird mit 24pfd. Kanonen besetzt und die vollständige kriegsmäßige Bemannung erhalten; ferner werden 3 bis 4 Post- und Packet-Dampfschiffe kriegsmäßig ausgerüstet, ebenso die dazu geeigneten Regierungs- oder Privat-Dampfschiffe mit Geschützen besetzt. Sobald die im Bau begriffenen Kanonen-Schaluppen in Stralsund, Wolgast, Ueckermünde, Dammgarten, Elbing ꝛc. (welche kontraktmäßig im Juni fertig sein sollen) von Stapel gelaufen, werden sie sofort nach Swinemünde geschickt. Die Bootsführerstellen werden durch Handels-Schiffs-Kapitäne (als Seewehr-Offiziere) besetzt, und die Mannschaft wird bereits jetzt ausgehoben, um bis dahin in der Handhabung der Waffen ausgebildet zu werden. Das ganze Flotillen-Geschwader wird sich in Swinemünde vereinigen und dann je nach dem Bedürfniß detachirt werden. Den Befehl über dieses Flotillen-Geschwader hat der von uns schon sonst mit Achtung erwähnte Kapitän-Lieutenant Schröder übernommen. (Ostsee-Ztg.)

*** **Köln**, 15. März. Eines der großartigsten Etablissements unserer Stadt ist heute nach Mitternacht ein Raub der Flammen geworden. Das auch in weiteren Kreisen gewiß wohlbekannte Stollwerk'sche Lokal liegt in Schutt und Asche. Hier war es, wo im so sehr bewegten verflossenen Jahre so manche stürmische Volks-Versammlung abgehalten und in neuester Zeit ein recht hübsches Vaudeville-Theater errichtet worden war; in letzterem sollte heute „der Wirrwarr" von Kotzebue gegeben werden; — es ist nicht möglich, sich einen natürlicheren, großartigeren Wirrwarr zu denken, als er heute dort herrscht! Die verkohlten Ueberreste des mächtigen Daches liegen in noch brennenden Massen in den Kellern, die nur gemauerte Abgründe bilden, die halbverbrannten Säulen und Statuen stehen, seltsam anzuschauen, in der öden, weiten Ruine umher, und „des Himmels Wolken schauen hoch hinein." Hr. Stollwerk selbst ist nicht in Köln anwesend; Alles ist versichert.

0 **München**, 14. März. Abels Erklärungen gegen Maurer und Zu-Rhein beweisen viel gegen die beiden Angegriffenen, besonders gegen den erstern, rechtfertigen aber nicht im Geringsten den Autor selbst, der aus zarten Rücksichten sehr scheu und zurückhaltend thut. Einiges Interesse bietet die Brochüre nur wegen der Lichtstreifen, die auf die Regierungsweise König Ludwigs fallen. Der Constitutionalismus hatte fast immer der Autokratie des Königs weichen müssen, der selbst Anstellungen und Versezzungen von Beamten im Kabinette ohne Zuthun der Minister anordnet, und den betreffenden Portefeuilleträgern nur die Signate zur Unterzeichnung zusendet. Der Minister stellt nun wohl manchmal einen Antrag gegen ein solches Signat, wie er z. B. Abel bei der bereits unterzeichneten Versetzung des Polizeidirektor Pechmann gethan, — nicht immer aber scheinen diese Anträge berücksichtigt zu werden, da Abel ein besonderes Gewicht darauf legt, daß es ihm gerade in diesem Falle gelang, den König von der vorgehabten Versetzung dieses Beamten abzubringen. Man traut aber seinen Augen kaum, wenn man liest, wie selbstherrscherlich König Ludwig mit der höchsten Verwaltungsbehörde, mit dem Staatsrathe umgeht, als dieser beschloß, ehe er über das Lolaische Indigenat selbst sein Gutachten abgeben könne, zu untersuchen, ob die vom Gesetze vorgeschriebenen Vorbedingnisse erfüllt seien. Die Abelsche Erklärung giebt hierüber Folgendes: „Das Sitzungsprotokoll würde unverzüglich am geeigneten Orte" (der Verfasser vermeidet es, den König oder Lola zu nennen, letztere ist ihm überall die „unnennbare Person") „vorgelegt und es erfolgte hierauf am andern Morgen eine Entschließung, worin eine neue Sitzung des Staatsraths auf die Mittagsstunde des nämlichen Tags angesetzt und die Abgabe eines Gutachtens über das Indigenatsgesuch selbst, mit dem Bedrohen anbefohlen wurde, daß die Verweigerung derselben als Ungehorsam werde angesehn und behandelt werden." Der Staatsrath hatte übrigens damals Muth genug, mit Ausnahme der Herren Maurer und Vetterlein, trotz dem deutlich ausgesprochenen Willen des Königs, den Gesetzen gehorsam zu sein, da eben gerade die Gesetze seinen Wünschen entgegenkamen. In andern Fällen hat er es wohl auch mit der Krone gegen die Gesetze gehalten. Ganz verfehlt ist ein Rechtfertigungsversuch wegen der aus politischen Gründen geschehenen Entfernung der Professoren Harleß und v. d. Pfordten. Letzterer verweilt seit einigen Tagen in unserer Mitte und so mag es nicht ohne Grund gewesen sein, als man von Unterhandlungen sprach, die von Seiten der baierischen Krone mit diesem Staatsmanne wegen Uebernahme eines Portefeuilles gepflogen worden sein sollen. v. d. Pfordten soll nicht abgeneigt sein in den baierischen Staatsdienst wieder überzutreten, ob aber auch zur Uebernahme eines Portefeuilles — wird sehr bezweifelt. Die baierischen Bataillone, welche nach Altenburg bestimmt sind, haben ihre Beurlaubten einberufen und sich marschfertig gemacht; anders verhält es sich mit den Truppen, deren nächste Bestimmung Schleswig-Holstein ist. Sie werden auch mobil gemacht, aber bisher ohne Einberufung ihrer Beurlaubten. Ehe wir urtheilen wollen wir warten, ob nicht in Bälde weitere Befehle hierüber nachkommen.

München, 13. März. Herr Graf v. Thun-Hohenheim ist als neu ernannter k. k. österreichischer außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am königl. baierischen Hof bereits hier eingetroffen. (Allg. Z.)

÷ **Stuttgart**, 10. März. Gestern hat die Kammer der Standesherrn abermals eine Sitzung gehalten und durch ihren Beschluß, der gleichwohl im höchsten Grade gerechtfertigt ist, die zweite Kammer voraussichtlich sehr erzürnt. Diese Kammer hat nämlich — und diese Bitte ist bezeichnend dafür, wie gewisse Leute heutzutage die Gerechtigkeit verstehen, wenn ein dem jeweiligen Zeitbewußtsein nicht konvenirendes Verhältniß in Frage kömmt — die Regierung um ein Gesetz gebeten, welches die in den früheren Ablösungsgesetzen mit dem Rechtsnachtheil des Ausschlusses auf 4 Jahr festgesetzte Anmeldungsfrist für die Pflichtigen aufheben und denselben gestatten soll, ihre durch jene Gesetze begründeten Ansprüche auch ferner noch durch Klagen oder Einreden geltend zu machen. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Gesetz in seiner Konsequenz für das Eigenthum alle Rechtssicherheit aufheben würde, und die Kammer der Standesherren hat deßhalb beschlossen, jener Bitte nicht beizutreten. Da aber die abzulösenden Leistungen sich der Gunst des Landes einmal nicht erfreuen, so wird auch dieser Beschluß sicher eine sehr herbe Kritik erfahren.

Es ist bereits an andern Orten das Papiergeld zum Vorschein gekommen, welches die künftige deutsche Republik, die vor allen Dingen auch Geld und voraussichtlich sehr viel Geld gebraucht, geschaffen hat. Auch hier ist solche Papiermünze aufgetaucht, und

die Regierung hat sich bereits veranlaßt gesehen, ausdrücklich vor der Betheiligung an diesem „Anlehen" der Republik zu warnen.

Hannover, 13. März. Nachdem die Verhandlungen wegen Bildung des neuen Ministeriums keinen Erfolg gehabt haben, ist von den bisherigen Ministern auf Verlangen Sr. Majestät des Königs erklärt worden, daß sie bereit seien, die Regierung fortzuführen.

Demgemäß hat das königliche Gesammtministerium heute an die allgemeine Ständeversammlung die nachstehende Mittheilung ergehen lassen:

Das Schreiben des königlichen Gesammtministerii, soweit es sich direkt auf den Ministerwechsel bezieht, lautet wie folgt:

„An die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs.

„Es sind den Ständen seiner Zeit diejenigen Erklärungen mitgetheilt werden, welche die unterzeichneten Minister in Folge der Abstimmungen über ihr Schreiben vom 10. Februar in Betreff der deutschen Verfassungsangelegenheit, sich verpflichtet gehalten haben, Sr. Majestät über ihre fernere Amtsführung vorzulegen; so wie nicht minder die Entschließung, welche Se. Majestät darauf zu fassen geruht haben. Seitdem hat die Angelegenheit sich weiter entwickelt und die königliche Regierung ermangelt nicht, den ferneren Verlauf den Ständen ebenfalls mitzutheilen.

„In Gemäßheit der obgedachten Entschließung Sr. Majestät ist Allerhöchstdemselben das ständische Schreiben vom 3. d. M. über die gedachte Angelegenheit vorgelegt werden. Se. Majestät haben darauf, da allerdings von zweiter Kammer ein bestimmter Grundsatz aufgestellt und dieser von der ersten Kammer in seinen praktischen Folgen nicht zurückgewiesen war, erforderlich gehalten, den Versuch zu machen, ein Ministerium zu bilden, welches unternehmen würde, die Regierung in Gemäßheit jenes Grundsatzes zu führen. Zu diesem Ende ist eine Korrespondenz eingeleitet, in deren Folge Se. Majestät ihren Versuch, ein Ministerium aus der Mehrheit der zweiten Kammer zu bilden, als gescheitert angesehen haben, da von jener Seite keine Persönlichkeiten sich gezeigt haben, die geneigt gewesen wären, jene Aufgabe zu unternehmen, und eben so wenig die weiter entwickelten Grundsätze der Art gewesen sind, daß Seine Majestät mit Bestimmtheit hätten entnehmen können, welchen Gang die künftige Regierung, selbst den obigen Beschlüssen der allgemeinen Ständeversammlung gegenüber, einhalten werde.

„Diesem gemäß haben Se. Majestät, da eine Verwaltung, welche das Prinzip der Mehrheit der zweiten Kammer in Uebereinstimmung mit den Ansichten Sr. Majestät durchzuführen bereit gewesen wäre, nicht zu bilden gewesen und ein anderes bestimmtes Regierungsprinzip von keiner Seite aufgestellt ist, die unterzeichneten Minister mittelst anliegenden allerhöchsten Reskripts aufgefordert, die Regierung fortzuführen:

„„Meine Herren!

„„Nachdem Sie Mich um Ihre Entlassung gebeten haben, welche Ich zuerst zu geben beanstandet, habe Ich Mich an den Antragsteller des Beschlusses der zweiten Kammer durch den Kammerrath von Münchhausen gewendet, um von ihm eine Auskunft zu haben über ein Programm, welches die Prinzipien enthalte über die künftige Verwaltung, worauf mir aber keine Antwort geworden ist, nach welcher ich konnte ein neues Ministerium formiren. Da es ist unmöglich, daß das Land kann bestehen ohne Ministerium, so kann Ich unmöglich Ihre Bitte um Entlassung gewähren, und aus Liebe für das Land und wahrem Patriotismus Ich muß fordern von Ihnen Ihr ferneres Verbleiben im Amte. So werden Sie, Meine Herren, diesen Meinen Entschluß den Kammern bekannt machen. Hannover, 10. März 1848. Ernst August.

„„An Meine Herren Ministerial-Vorstände.""

„Dieselben aber haben um so mehr für ihre Pflicht gehalten, diesem Rufe zu folgen, da es den Anschein gewinnt, als ob in nächster Zeit Ereignisse eintreten könnten, welche jede fernere, von weiteren Versuchen zur Bildung eines neuen Ministerii unzertrennliche Fortdauer des gegenwärtigen schwankenden Zustandes unmöglich machen würden.

„Ueberdies ist die Entwickelung der Verhältnisse Deutschlands inmittelst in solcher Weise fortgeschritten, daß daraus Hoffnung geschöpft werden darf, es werde im gegenwärtigen Augenblicke nicht erforderlich scheinen, eine Entscheidung über Prinzipien zu treffen, über welche bekanntlich im Lande ohnehin keineswegs eine völlig übereinstimmende Ansicht herrscht.

„Indem diesem zufolge die Unterzeichneten die Regierungspflichten in vollem Maße wieder auf sich nehmen, finden dieselben sich in der Nothwendigkeit, den Ständen folgende Mittheilungen zu machen. rc. rc.

†† **Darmstadt,** 11. März. Es war ein schöner Freudenrausch, der bei der Kunde vom Welcker'schen Antrag auch hier die Herzen erfüllte. Die That, zu welcher in edler Vaterlandsliebe Karl Welcker die Reichsversammlung aufrief, wird, so hoffen wir, am Tage der Entscheidung von einer siegverheißenden Mehrheit beschlossen werden. In diesem Sinne hat der vaterländische Verein am Dienstag zwei beredte Adressen an die Reichsversammlung und an den Abgeordneten Welcker gesandt. Hier erzählt man sich, daß ein Theil der Linken den Erbkaiser nachgeben wolle für das allgemeine Stimmrecht. Dieses Anerbieten kann gute moralische Motive haben; es sprechen edle Gründe für die Aufhebung jedes Census, wie gefährlich sie dem Staatsmanne erscheinen mag; und die andere Seite darf in diesem Punkte wohl nachgeben. Kommt doch auf den Erbkaiser Alles an. Die Zustände sind überall halb und schwankend und werden es bleiben, bis eine starke Gewalt die großen Interessen nach Innen und Außen in die ordnende Hand nimmt. Bei uns wenigstens sieht es in allen Gebieten der Staatsverwaltung mit den Reformen noch traurig aus; in Justiz und Finanzen wird ausgebessert und geflickt; das Heerwesen, unter dem doppelten Druck alter Formen und Vorurtheile, fürstlicher Liebhabereien und bedrängter Budgetverhältnisse, kann sich nicht einmal genügend zur Aufstellung der zwei Prozent emporarbeiten. Alles beharrliche Streben und alle Tüchtigkeit des ersten Ministers begegnet dem doppelten Widerstand der fort und fort wühlenden Demokraten und der unverbesserlichen, von hundert Interessen getragenen Reaktionsmänner. Aus diesem Jammer kann uns nur der Schwung einer großen Politik erretten. Das ist ein Gefühl, welches alle Gemüther erfüllt, und darum zählt das Erbkaiserthum hier und im ganzen Lande eine große Schaar Anhänger. Auch die hohe Aristokratie, die Standesherren, ein großer Theil der Offiziere sind gut erbkaiserlich. Die Schwere des Augenblicks lastet drückend auf den Geistern; mit ängstlicher Spannung sieht Alles dem Tag der Entscheidung entgegen. Er naht und wir hoffen, daß er uns das Vaterland rettet. Die Nationalversammlung wird das Wort der Erfüllung sprechen. Nach diesem gibt es keine Gefahr mehr für Deutschland. Kein Krieg kann uns schrecken. Wo ist der Feind, der ein Volk besiegt, das sich selbst nicht verläßt und eine gerechte Sache vertheidigt?

NC **Schleswig,** 12. März. Die verunglückte Sendung des Grafen Reventlow-Farve nach Kopenhagen enthält zuverläßigem Vernehmen nach durchaus keinen Vorwurf für die gemeinsame Regierung, die sich gegen das Projekt gesträubt und nur den Diplomaten der Großmächte, welche sich Erfolg versprachen und den Empfang garantirten, namentlich Englands nachgegeben hat. Der im Lande schlecht aufgenommene Schritt hat die Zahl der politischen Fehler der Dänen um einen vermehrt.

Vom Kriegsschauplatz nichts Neues von Bedeutung. Die Truppen sammeln sich, wenden sich hierhin und dorthin. Von Reisenden, die von jener Gegend herkommen, hört man, daß die Dänen „versprochen," am 27. wieder in die Stadt Schleswig einrücken zu wollen.

General Borin wird zweifelsohne, da die Demarkationslinie der Malmöer Konvention dazu nöthigt, Flensburg zum Ausgangspunkt des Operationsplanes machen; aber es ist auch kein Zweifel, daß jeder feindliche Angriff ihn unaufhaltsam nordwärts führt, unbehindert weder durch Bajonette noch durch Noten. Die Dänen arbeiten übrigens emsig an ihrer Pontonbrücke zwischen Alsen und dem Sundewitt'schen. Man wird ihnen mit schwimmenden Batterien antworten. Indeß meint man, daß der Hauptangriff auf Kiel und Eckernförde gemünzt sein wird, wobei dann das neu ausgerüstete Linienschiff debütiren soll.

Altona, 13. März. Die gemeinsame Regierung der Herzogthümer veröffentlicht im „Alt. Merkur" ein vom 11. März datirtes Reskript an die schleswig-holsteinische Regierung auf Gottorf, in welchem sie sich gegen die Versuche, eine Auflösung des zwischen dem schleswig-holsteinischen Volke und dem König-Herzoge bestehenden Bandes herbeizuführen, ausspricht, und zur Anzeige bringt, daß gegen den Advokaten Baudiz, wegen eines mit seiner Unterschrift in der „Schlesw. Holst. Ztg." erschienenen Aufrufes zu dem vorerwähnten Zwecke eine Kriminaluntersuchung eingeleitet ist und zugleich der schleswig-holsteinischen Regierung aufgibt, eine Warnung gegen eine zu jenem Zwecke abzuhaltende Volksversammlung ergehen zu lassen.

Großbritannien.

* **London,** 13. März. Aus den Verhandlungen, die sich gestern im Unterhause über die Bill zur Abschaffung der gegenwärtigen Schifffahrtsgesetze entspannen, führen wir vorläufig an, daß Hr. Gladstone im Allgemeinen für die Bill sprach und schließlich das Haus darauf aufmerksam machen zu müssen glaubte, daß einem Geständniß des ersten Ministers zufolge ein Mitglied des Kabinets mit dieser Maßregel nicht einverstanden sei. Ein vormals radikaler Freihändler, Hr. Muntz (Sohn eines geachteten, in Birmingham ansäßig gewordenen deutschen Kaufmanns), gewann den Beifall der protektionistischen Opposition durch das Geständniß, daß mehrere britische Artikel unter der fremden Mitbewerbung empfindlich gelitten hätten, und er fuhr fort: „Das Ziel der gegenwärtigen Maßregel ist, die Frachten und den Gewinn der englischen Schiffseigenthümer zu schmälern und den ausländischen Schiffseigenthümern in derselben Weise in die Hand

zu spielen, wie wir die Erträgnisse der englischen Landwirthe geschmälert und dem Ausländer in die Hand gespielt haben. (Beifall von Seiten der protektionistischen Opposition.) Ich kenne bis jetzt noch keinen Nutzen, den diese Aenderungen für die Nationalwohlfahrt gehabt hätten." (Erneuerter Beifall der Opposition.) Der Redner gestand, daß er in einem andern Sinne spreche und in einem andern Sinne stimmen werde; er sehe aber nicht ein, warum gerade die Schiffseigenthümer allein noch geschützt sein sollten; auch würde mit den Schifffahrtsgesetzen die letzte Entschuldigung fallen, die man stets in Bereitschaft habe, wenn es das gänzliche Fehlschlagen der während der beiden letzten Jahre getroffenen Freihandelsmaßregeln zu erklären gelte. Dieser von Hrn. Muntz angeführte Grund für Abschaffung der Schifffahrtsgesetze bestimmt auch andere Freihändler, für diese Bill zu stimmen; denn es ist nicht zu läugnen, daß sich unter einem Theile der Freihändler bereits eine Reaktion gegen das Freihandelsprinzip bemerkbar macht. Das Schicksal der gegenwärtigen Schifffahrtsbill, die vorgestern von dem Handelsminister, Hrn. Labouchere, ziemlich lau befürwortet wurde, ist, bei dem großen Widerstande, den sie bei fast allen Schiffseigenthümern und Schiffsbauern findet (wogegen sie namentlich von einigen Fabrikstädten, deren Fabrikate besonders nach den Kolonien gehen, z. B. Birmingham, unterstützt wird), wie bei der verhältnißmäßig geringen Majorität, die sich im Unterhause für sie aussprach, leicht vorauszusehen. Lord J. Russell*) kündigte an, daß er das Haus einladen werde, Freitag den 23. März, die Bill in Komiteberathung zu nehmen. Man wird nun die einzeln Klauseln so ändern, beschneiden, ausmerzen, flicken, daß sich die Bill nicht mehr ähnlich sehen und entweder von den Ministern selbst abermals bei Seite gelegt oder schließlich vom Hause der Lords verworfen werden wird.

Um auf Disraeli's Vorschläge zum Schutze der landwirthschaftlichen Interessen (Unterhaussitzung vom 8. März) mit einigen Worten zurückzukommen, so wollen wir kurz erwähnen, daß Hr. Disraeli Eingangs seiner Rede die von den Grundeigenthümern durch die Aufhebung der Getreidezölle erlittenen Verluste aufzählte und sodann die Theorie der Freihändler im Allgemeinen bestritt, indem sie die durch die hohen Zolltarife des Auslandes hervorgerufenen Nachtheile nicht durch Repressalien, sondern durch Freigebung alles Handels zu beseitigen bemüht seien. Der Redner wies sodann nach, daß 12 Mill. Pf. an Lokalsteuern, die im allgemeinen Interesse des Landes erhoben würden, ausschließlich auf den 67 Mill. Pf. Sterling lasten, welche das Grundeigenthum jährlich einträgt, d. h. auf dem vierten Theil des ganzen Volkseinkommens, dieses zu 249 Mill. angeschlagen. Disraeli's Berechnung nach dürfte von jener Summe von 12 Mill. Pfd. eigentlich nur der vierte Theil, höchstens aber die Hälfte vom Grundeigenthum erhoben und der Rest sodann durch den Staatsschatz mit Hülfe von allgemeinen Steuern gedeckt werden. Die Malzsteuer dürfe beibehalten, die Armensteuer aber nicht nach einzelnen Bezirken, sondern als eine allgemeine Landesabgabe behandelt werden. Hr. Hume wendete gegen Disraeli's Vorschlag ein, daß damit nur für die großen Grundeigenthümer, nicht aber für die Pächter und kleinen Leute eine Erleichterung erzielt sein würde und beantragte ein Amendement, welches sein Lieblingsthema, Beschränkung des Staatsaufwandes, zum Gegenstande hatte. Wenn die Staatsausgaben verringert würden, so könnten auch die Malz- und Hopfensteuer abgeschafft werden, und wenn diese nur erst abgeschafft wären, so würde auch den Landwirthen geholfen sein. Auf Antrag des Kanzlers der Schatzkammer wurde die weitere Berathung vertagt. Die „Times" spricht sich für Disraeli's Vorschläge günstig aus und meint, Hr. Disraeli verdiene einen Platz unter den ersten Staatsmännern, wenn es ihm gelänge, eine Reform der durch ihre Höhe und unberechenbares Schwanken der Nationalwohlfahrt besonders nachtheiligen Lokalabgaben durchzuführen.

Das „Limerick Chronicle" entwirft von der dort herrschenden Noth folgendes graufenhafte Bild: „In jeder Straße und jedem Winkel unserer Stadt erfüllen uns die zahlreichen Schauspiele menschlichen Elends und Leidens mit Schauder und Eckel; an jeder Straßenecke stoßen wir auf die gräßlichsten Gestalten. Männer, Weiber und Kinder, meist in einem Zustande von Nacktheit, viele durch Krankheit ausgemergelt, einige nur noch wandelnde Leichen, betteln um Barmherzigkeit in allen Straßen und Fahrwegen." Wozu, fragt das Blatt, habe man denn Armen- und Krankenhäuser? und fährt dann fort: „Umlagert von Krankheit und Tod ist es unsere heiligste Pflicht, jede nur immer mögliche Vorkehrungsmaßregel zu ergreifen, und keine ist so dringend geboten, als täglich von den Straßen jene elenden Geschöpfe zu entfernen, deren schmutzige Lumpen und geisterhaften Blicke manches Herz mit Schrecken erfüllen und so eine Anlage zu Fieber und Cholera erzeugen. Das Mitleid mit den leidenden Armen selbst fordert zu dieser Maßregel auf, denn wenn man sie ihrem Schicksale überläßt, ist ihr Untergang in Folge der Entbehrung aller Art unvermeidlich." Die katholische Geistlichkeit Irlands hat freilich mehr an die gewiß nicht sehr drückende pekuniäre Noth des Papstes in dem fernen Gaeta, als an das gräßliche Elend ihrer eigenen Landsleute in unmittelbarster Nähe zu denken, und es macht, jener Schilderung gegenüber, einen peinlichen Eindruck, von den Geldsammlungen zu lesen, die man in dem hungernden Irland für den Papst veranstaltet. Das Dubliner Kirchspiel des Erzbischofs Murray brachte für den heil. Vater über 177 Pf. zusammen, in der St. Michael- und St. Johanneskirche sammelte man 200 Pf., in der Andreaskirche 130, in der St. Paulskirche 202 Pf. u. s. w. Dagegen war man in Leinster und Ulster fast geneigt, wegen der ausgeschriebenen Sechspfennigsteuer für die Nothleidenden in Connaught und Munster Revolution zu machen.

Frankreich.

* **Paris**, 14. März. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung beginnt mit der Präsidentenwahl. Das Resultat der ersten Abstimmung ist folgendes: Zahl der Abstimmenden 593. Absolute Majorität 297. Marrast erhielt 246, Dufaure 196, Grevy 69, Billault 55 Stimmen. Da also keiner der Kandidaten die nöthige absolute Majorität erhalten hat, so wird sogleich zu einer neuen Abstimmung geschritten. Dieses Resultat erregt das größte Aufsehen, bisher war Marrast immer mit überwiegender Stimmenmehrheit gewählt worden. Es wird allgemein dem Unwillen des Berges gegen Marrast zugeschrieben, weil dieser in den letzten Sitzungen die unterbrechenden Mitglieder vom Berge sehr heftig zur Ordnung gerufen hat. Hierauf wird mit dem Wahlgesetze fortgefahren. Ein Amendement von Lelut, welches die Mitglieder des Unterrichts-Rathes als wählbar erklärt, wird verworfen, so wie auch der Antrag der Kommission, welche vorschlägt, die Wählbarkeit auch auf die Professoren in den Provinzstädten auszudehnen. Beim 83 Artikel, die Stellung der zu Volksvertretern ernannten Militärs betreffend, schlägt die Kommission vor, daß die in der Nationalversammlung zugebrachte Zeit nicht bei der Pension gerechnet werden solle. Das Gespräch des Tages ist die heute Morgen vom National gebrachte Nachricht, daß die Feindseligkeiten zwischen Karl Albert und den Oesterreichern gestern den 13. März angefangen haben müssen. Der National versichert ferner, daß die englische Regierung förmlich erklärt habe, zu Gunsten des Papstes nicht interveniren zu wollen und zwar aus zwei Gründen: 1) weil der Papst die Intervention Englands gar nicht verlangt habe, 2) weil England, das den Papst nur als einen weltlichen Souverän betrachte, in Bezug auf ihn sein allgemeines politisches System nicht ändern könne, das darin bestehe, in keinem Streite zwischen den Völkern und ihren Fürsten zu interveniren. Später eingetroffene Privatnachrichten bestätigen allerdings den Wiederbeginn der Feindseligkeiten zwischen den Piemontesen und Oesterreichern. Es wird sogar versichert, die Regierung habe heute Morgen eine telegraphische Depesche aus Lyon erhalten, wonach die Piemontesen die Oesterreicher angegriffen und nach einem hartnäckigen Kampfe in die Flucht geschlagen hätten. Diese Nachrichten von der Wiedereröffnung des Kriegs haben an der heutigen Börse die Renten um 1 Fr. herabgedrückt. Die 3 pCt. schlossen 54,85, die 5 pCt. 86,35.

* **Bourges**, 13. März. Das Zeugenverhör dauert fort. Raspail stellt folgenden Antrag an den hohen Gerichtshof: „In Betracht, daß in dem Moniteur vom 17. Mai folgende schändliche Worte gedruckt worden sind: Nein, Barbes, du täuschest dich, zwei Stunden Plünderung wollen wir haben! in Betracht, daß der Zweck dieser Veröffentlichung darin besteht, das Gehässige dieser Verleumdung auf alle Angeklagten zu werfen, in Betracht, daß obiger Satz weder von den Stenographen noch von dem Herausgeber des Moniteur herrührt, in Betracht, daß die Ehre

*) Lord J. Russell, nicht Lord Russell, wie gestern durch ein Versehen des Korrektors gedruckt war.

№ 76. Beilage zur Deutschen Zeitung. 17. März 1849.

Uebersicht.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 17. März.

Tagesordnung der 187. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Abgeordneten Rießer, Namens des Verfassungs-Ausschusses erstatteten Berichts, über den vom Abgeordneten Welcker in der 181. öffentlichen Sitzung vom 12. März 1849 gestellten Antrag.

Die Bewegung, die der heutige Parlamentstag hervorbringt, offenbart sich schon vor der Paulskirche in zahlreichen Menschengruppen, die den Platz um sie her erfüllen, und in dem Gedränge an den Thüren. Die Zuhörerräume innerhalb des Hauses selbst sind Schulter an Schulter besetzt. Von den Abgeordneten scheint bei Eröffnung der Sitzung kaum noch Einer zu fehlen. Diese erfolgt ¼ nach 9 Uhr durch den Präsidenten Hrn. Eduard Simson. Drei neue Mitglieder — Hr. Gazolette aus Triest, in Vertretung des Hrn. v. Prato, Hr. Wagner aus Jastrow in Westpreußen und Hr. Weigele aus Hoheneck in Würtemberg — werden angemeldet. Vom Reichsministerium der Finanzen wird angezeigt, daß ihm eine Reihe von Werthgegenständen aus Bonn zugegangen, desgleichen sind aus Leer in Hannover durch den Abgeordneten Hrn. Groß von dort in Summa 900 Thaler als Beitrag zur deutschen Kriegsflotte überreicht worden. (Beifall.)

Hr. Zimmermann von Stuttgart ruft das Reichsministerium der Justiz an, daß es das Ergebniß der gegen Zitz, Schlöffel und Simon eingeleiteten Untersuchung mittheilen möge. Die Antwort wird für Montag angekündigt.

Nach einem von Hrn. Plathner für den Legitimationsausschuß erstatteten Berichte, erscheint zur Beantwortung der Raumer'schen, in Bezug auf die österreichischen Verhältnisse gestellten Interpellation auf der Rednerbühne der Präsident des Reichsministeriums Hr. Heinrich v. Gagern. Unter der gespannten Aufmerksamkeit des Hauses verliest er langsam und mit nachdrücklicher Hervorhebung der bezeichnenden Stellen eine ausführliche Darstellung der zwischen Oesterreich und dem Ministerium der deutschen Centralgewalt bisher gepflogenen Verhandlungen. Sämmtliche Aktenstücke, auf die sich der Vortrag des Ministerpräsidenten stützt, sind der Nationalversammlung bereits vorgelegt und durch die Presse bekannt. Die Folgerungen, die Hr. v. Gagern aus allen den verschiedenen Aeußerungen der k. k. österreichischen Regierung zieht, konzentriren sich namentlich in nachstehenden Sätzen: Das Reichsministerium gibt der Besorgniß nicht Raum, daß Oesterreich die Bildung eines engeren Bundesstaates, in welchen es nicht eintritt, wird verhindern wollen. Es liege dies weder in seinem Interesse, noch stehen ihm dabei Rechtsgründe zur Seite. Betrachtet man sodann die Vorschläge Oesterreichs bezüglich der künftigen deutschen Verfassung: den Vorschlag der Eintheilung des Reichs in große Körper auf der Grundlage der Volksstämme, den Wunsch mit der gesammten österreichischen Monarchie in den deutschen Bund einzutreten, so sind diese Vorschläge wenigstens nicht auf die Verträge von 1815 basirt.

In der Note vom 4. Febr. ist gesagt: Die Pflichten der Selbsterhaltung als Deutscher, nicht minder denn als Oesterreicher, bestimmten in gleicher Weise solche Bestimmungen (den Bundesstaat und engeren Bund) abzulehnen. Dagegen heißt es in der Note vom 9. d. M.: „Oesterreich, auf sein eignes Recht und Verfassung gestellt, kann seine deutschen Provinzen nicht aus dem innigen Verbande reißen, der die Monarchie zur Einheit gestaltet. Wenn Deutschland dieses Bedürfniß nicht anerkennt, wird die k. k. Regierung es beklagen, aber deshalb ihre Lebensbedingung nicht aufgeben." Die gleiche Pflicht der Selbsterhaltung wird Oesterreich für Deutschland anerkennen, der starke Bundesstaat ist seine Lebensbedingung. Es ist nicht, wie Oesterreich, auf seine eigene Macht und Verfassung gestellt, es will sich, es muß sich darauf stellen, um, hoffentlich mit Oesterreich vereint, die nationalen Geschicke zu erfüllen. Ich sage: hoffentlich mit Oesterreich vereint.

Die Regierung erklärt in der neuesten Note, die Zeit sei für Oesterreich, nachdem es sich in sich konstituirt, gekommen, sein mögliches Verhältniß zu Deutschland zu ordnen. Es wird nicht allein darauf ankommen, was für Oesterreich möglich, sondern auch, was für Deutschland nothwendig ist. Die k. k. Regierung erklärt ferner, es werde ihr auf den von ihr angedeuteten Grundlagen jeder Vorschlag angenehm sein. Das Ministerium erachtet also die hier ertheilten Ermächtigungen für fortbestehend und es wird in deutschem Sinne davon Gebrauch machen, auf der Grundlage, die allein jetzt noch die gegebene ist.

Vor der Eröffnung der Verhandlung über den auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstand fordert ein Antrag der Herren Wigard und Genossen die außerordentliche Eröffnung der seit den bekannten Ereignissen des vorigen Jahres den Zuhörern entzogenen Räume. Der Präsident entspricht diesem Verlangen, worauf sich auch der Theil der Emporkirche rechts vom Bureau mit Menschen zu füllen beginnt.

Die zu dem Riesser'schen Berichte und zu den Erachten des Verfassungsausschusses gestellten Verbesserungsanträge sind ebenso weit auseinander laufender Art als von zahlreicher Menge. Nur die Verlesung des Lassaulx'schen davon bringt eine Bewegung, aber eine Bewegung des Unwillens hervor. Hr. v. Lassaulx verlangt nämlich einfachen Uebergang zur Tagesordnung über den Welcker'schen und über die Anträge des Verfassungsausschusses, was er aus Erwägungen und Voraussetzungen der Geschichte, der Sittlichkeit und Vernunft — wie er eben diese Begriffe auffaßt — zu begründen sucht. Ein Antrag von dem österreichischen Abgeordneten Hrn. Berger von der linken Seite des Hauses unterstützt von Heckscher, Somaruga und Genossen verlangt: —

„Die Nationalversammlung stellt ihre Bedingungen an die österreichische Regierung und wird nach eingelangter Erklärung der österreichischen Regierung, oder wenn eine erschöpfende und definitive Erklärung binnen eines Monats nicht erfolgen sollte, über die Reichsverfassung ohne Diskussion endgültig beschließen."

Für die Anträge des Verfassungsausschusses haben sich dreißig Redner, dagegen mehr als die doppelte Anzahl einzeichnen lassen. Das Wort erhält zur Eröffnung der Debatte

Hr. Welcker aus Baden: Außerordentliche Fälle verlangen außerordentliche Maßregeln, sie verlangen aber vornämlich auch das Abstreifen vorgefaßter Ansichten, was namentlich für uns Deutsche eine schwere Zumuthung ist. Ich habe das Recht, Ihnen diese Selbstüberwindung anzumuthen, denn ich habe meinen Lieblings- und Lebensgedanken nicht zu hoch geachtet, als daß ich ihn nicht nach der überzeugenden Lehre der Thatsachen umgestaltet hätte. Die letzten Ereignisse in Oesterreich haben unsere ganze Lage zu diesem Lande umgewandelt. Oesterreich will nicht bloß in unseren Bund nicht eintreten: es kann nicht eintreten. Diesem Schritte entgegen stünde jetzt das kaiserliche Wort. Fragen wir nun was verneint Oesterreich, und was bietet es an. Der Redner verweist auf den Artikel der österreichischen Verfassung, der dem Reichstage das ausschließliche Recht der Gesetzgebung anheim gibt. Dazu hat sich Oesterreich klar ausgesprochen, daß es nur ein Staaten-, kein Volkshaus in Frankfurt anerkennen will. Wo finde ich nun den Mann in dieser Versammlung, der seine Vollmacht so gering achtete, daß er Alles aufgeben möchte, was uns als Ideal vorgeschwebt, was uns hieher und zusammengeführt hat — für die trügerische Möglichkeit eines Zusammenhalts mit Oesterreich. Die Ehre des Vaterlandes — oder täuschte ich mich und wäre nur mein Gefühl so empfindlich — läßt uns mit Schamröthe, mit Entrüstung auf die Anerbietungen Oesterreichs blicken. Mit 38 Millionen, Slawen, Ungarn, Italienern sollen wir nur 31 Mill., in Ein Staatenhaus gestoßen werden, wo wir, die Vertreter Deutschlands, im Voraus in der Minderheit wären. Was Oesterreich erlaubt war, seine Völker und Staaten in Eine Hand zu vereinigen, das frage ich, das sollte uns Deutschen nicht erlaubt sein? Wir dürften uns politisch nicht aneinander schließen? Das ist kein ehrenvoller Antrag, das

ist kein Antrag an Männer. Nein, Oesterreich hat sich von uns losgesagt. Wir müssen unsern eignen Weg gehen. Dies ist aber nach Hrn. Welcker's Meinung gerade der Weg, der am sichersten zu einer brüderlichen Verbindung mit dem österreichischen Volksstamme führen wird. 8 Millionen werden wir zunächst verlieren, diesen Abgang an dem Umfange unseres Reichs werden wir durch innere Kraftentwickelung zu ersetzen haben. Die Beschlüsse von 1815, die alten Bundestagsbestimmungen können uns nicht hindern, zu thun, was Oesterreich selbst an sich und ebenfalls gegen diese Verträge gethan hat. Der Redner verbreitet sich dann über die von ihm vorgeschlagenen Modalitäten, um so rasch als möglich zur festen Gestaltung des Vaterlandes zu gelangen. Die Herren auf der Rechten sollten sich namentlich darüber trösten, daß somit das Wahlgesetz zur Endgiltigkeit gelange. Einer wesentlichen Abänderung seien sie auch bei einer zweiten Berathung nicht sicher gewesen, und — „etwas mehr Freiheit schadet nicht, die Menschen werden jeden Tag verständiger". Die Linke aber möge nur freudig zugreifen; denn in diesem Wahlgesetze habe sie ja, was sie als Grundlage der deutschen Verfassung gefordert. Warten Sie nicht, bis die Gefahr der Oktroyirung auch über uns kommt oder bis die Quartiermeister vor unsern Thoren stehen (Oho! von der Linken) — keine leeren Worte mehr! An's Werk, welches unsere Ehre vor Deutschland und Europa, ans Werk, welches das Vaterland rettet. Auch an die Republikaner wendet sich Herr Welcker, „wenn es solche im Hause gäbe", denn auch von ihrer richtigen Erkenntniß der Dinge erwartet er Hilfe für sein Vorhaben. Endlich richtet er an die Oesterreicher sein Wort: „Wollen Sie uns verderben? wollen Sie uns trösten mit armseligen Hoffnungen, die nur Kinder täuschen könnten! wollen Sie dem deutschen Vaterlande — Ihrem Vaterlande — Verderben bringen durch Ihr Handeln? So dann stimmen Sie gegen uns, meine Herren, aber mit dieser Abstimmung knüpfen Sie kein Band mit Deutschland, bei Gott, und die Geschichte wird die Namen Derer aufzeichnen, die sich dieses Verbrechens schuldig gemacht haben. (Stürmischer Beifall aus dem Hause und von den Gallerien. Zischen links.) Auf Welcker folgt

Hr. v. Radowitz: Die wohlberechtigten Stammesgegensätze unseres Volkes mußten, je näher der Abschluß der Verfassung heran kam, immer deutlicher hervortreten. Die Stammesverschiedenheiten Nord- und Süddeutschlands sind uralt in unserer Geschichte und die kirchliche Trennung hat sie vergrößert. Allein dazu ist auch noch eine Leidenschaftlichkeit in dieß Haus gekommen, die jede gedeihliche Einigung unmöglich macht, ich muß den Vorwurf dieser parteiischen Leidenschaft gegen beide Theile gegen die Centralisten eben so richten wie gegen die Totalisten. Wird noch eine versöhnende Ausgleichung möglich sein? Wir haben hier nicht bloß Deutschlands Einheit zu gründen, sondern auch seine Macht. Ging Oestreich mit uns, dann hätte sich Deutschland auf das Centralisationsprinzip hin konstituiren müssen, Oesterreich auf das Föderativprinzip. Oesterreich ist aber nicht bei uns geblieben und wir haben nur den schmerzlichen Trost, daß diese Trennung nicht von unserm Hause ausgegangen. (Beifall) Ein Abschluß unsers Werks, der eine verjüngte deutsche Verfassung von 1815 wäre, kann nimmermehr der Ausgang des welterschütternden Jahres 1848 sein. Die Schwierigkeiten einer anderen Konstituirung aber sind groß auch nach der Seite hin, daß wir dem Auslande keinen Anlaß und kein Recht verleihen, um in unsere Geschicke einzugreifen. Der deutsche Bund bildete ein unlösbares Ganze, aus dem kein Mitglied einseitig austreten konnte. Es hätten daher die Verletzten allerdings das formelle Recht für sich, die Hilfe des Auslandes zum Schutz der Verträge herbei zu rufen. Wehe zwar Denen, die es thäten! Allein zur Beseitigung dieser und sonstiger Bedenken empfiehlt Hr. v. Radowitz den von ihm und seinen politischen Freunden gestellten Antrag, wornach es für zulässig erachtet wird, daß die ganze Verfassung ohne zweite Berathung im Ganzen von der Versammlung angenommen werde. Allein dann sei die Verfassung den deutschen Regierungen zum Eintritt vorzulegen und denjenigen Staaten, die sich dessen weigerten, der Fortbestand des Bundesverhältnisses von 1815 vorzubehalten. Durch diesen Vorschlag werde jeder drohende Bruch vermieden und Preußen aus der widrigen Stellung gebracht, auf eine kleine Majorität hin „von Einigen in Deutschland gerufen, von Andern zurückgewiesen" an die Spitze der Dinge zu treten. Der Redner wird für jeden Beschluß stimmen, der die Vollendung des Verfassungswerks beschleunigt. Aber er schließt mit einer Warnung vor jähen Maßregeln und mit einer Schilderung der Leiden des letzten Kriegs, die wohl nur wenige im Hause noch mit eignen Augen gesehen. „Und das war ein Krieg nur gegen den äußern Feind!" (Allseitiger Beifall.)

Herr Wurm aus Hamburg entwickelt ausführlich das staatsrechtliche Verhältniß des deutschen Bundes in dessen Stellung zum Auslande. Der deutsche Bundestag hat demnach selbst und auf eine sehr energische Weise, den Versuch fremder Einmischung zurückzuweisen verstanden. Der Redner beleuchtet dann namentlich die Haltung Würtembergs zur preußischen Erbkaiserfrage. Er bezieht sich auf die Aussprüche Paul Pfizers, eines Mannes, gegen den die Linke nichts werde einwenden wollen — von links: das sind Pfizers Meinungen jetzt nicht mehr! — und der von jeher und noch heute in dem preußischen Kaiserthum den einzigen Weg zum Heil und zur Größe Deutschlands erblickt habe. Warum verschweige man das dem Volke? Warum rege man namentlich den katholischen Süden auf? Die Katholiken haben allerdings auf Vorgänge hinzuschauen, die ihnen ein preußisches Kaiserthum bedenklich erscheinen lassen könnten. Allein — und wenn das Reichsoberhaupt ein Muselmann wäre — so sind ja die Verhältnisse so geordnet, daß er keiner christlichen Kirche etwas anhaben könne, daß die Freiheit und Unabhängigkeit der Ueberzeugung nicht allein, daß auch die Selbstbestimmung jeder religiösen Genossenschaft gewährleistet ist.

Hr. Römer aus Stuttgart erhält zur Widerlegung einer Bemerkung Wurm's über die würtembergische Regierung das Wort. Hr. Wurm habe ihr irrthümlich nachgesagt, daß sie früher selbst dem Könige von Preußen die Oberhauptswürde angetragen. Dazu habe sie kein Recht gehabt und das sei nicht geschehen. Auch wenn Paul Pfizer jetzt noch in der würtembergischen Regierung säße, so würde er nur eine vereinzelte Stimme gegen mehrere sein. So hoch er (der Redner) übrigens Paul Pfizer achte, so sei er doch stolz darauf, daß die würtembergische Regierung in der vorliegenden Frage nicht nach den Lehrsätzen dieses Staatsmannes verfahre. Die Linke, die Herrn Römer als einen der Ihrigen betrachtet, beklatscht lebhaft jeden seiner Widersprüche gegen die Behauptungen Wurm's.

Hr. v. Herrmann aus München: In den deutschen Provinzen Preußens wohnen auch nicht lauter Deutsche und in Schleswig, welches wir Deutschland einverleiben wollen (Widerspruch von der Rechten: Nicht ganz!) ebenfalls nicht. Warum sollten wir nun Oesterreich ausschließen. Etwa seiner fremden Nationalitäten wegen? Ein Staatenhaus und kein Volkshaus freilich wolle Oesterreich. Aber noch habe es auch nicht sein letztes Wort gesprochen. Eine Annahme der Verfassung in Bausch und Bogen sei schon in Hinsicht auf das absolute Veto nicht rathsam. Denn wie werde sich mit künftigen, dem ersten zusammenzurufenden Reichstage vorbehaltenen Verfassungsveränderungen das absolute Veto vertragen, wenn sich z. B. die Verfassungsveränderung auf dies absolute Veto selbst richtete? Eine Zollvereinigung Deutschlands mit Oesterreich ist eine der größten Wohlthaten, die dem deutschen Volke jemals geboten werden könnte. Diese Vereinigung würde den Streit über den Schutzzoll sofort beenden, denn auf einem so ungeheuren Gebiete könnte man der einheimischen Produktion den weitesten Schutz gewähren, indem die Konkurrenz alle Nachtheile eines solchen Schutzes aufhöbe. Endlich solle man bedenken, daß durch den Zollverband mit Oestereich die großen Kosten ausgedehnter Grenzbewachung erspart würden. Auch die ferneren Auseinandersetzungen des Redners gelten der Hervorhebung dieser Vortheile. Leider habe er in Wien nur als Organ einer Partei der Nationalversammlung sprechen und daher nur Wünsche äußern und empfangen können! Auf materielle Interessen legt der Redner überhaupt mehr Gewicht, als auf alle katholische und Stammesabneigung. Süddeutschland dürfe nicht an die Grenze gesetzt werden, sonst möchten, wenn die Oesterreicher aus dieser Versammlung gingen, noch manche andere Abgeordnete ihre Mission für beendet halten. (Beifall von der Linken.)

In Herrn Münch aus Wetzlar machen wir Bekanntschaft mit einem Mitgliede der Paulskirche, welches unseres Erinnerns heute die Rednerbühne des Hauses zum ersten Male betritt. Im Namen der Noth und des Bedürfnisses des Vaterlandes fordert er auf, dem Welcker'schen Antrage beizupflichten.

Herr Karl Vogt von Gießen: Mit Speck fängt man Mäuse, hat Herr Welcker selbst gesagt in Bezug auf das preußische Erbkaiserthum. Der Speck also scheint denn gefunden worden zu sein, ich meine für Herrn Welcker wenigstens. Man suche die Nationalversammlung zu Beschlüssen zu drängen durch

die Hinweisung auf die Gefahren vom Auslande. Wo seien diese Gefahren? Er kenne, was Rußland betreffe, nur die einzige Note vom vorigen Sommer und das Bestreben der russischen Politik gehe ausschließlich dahin, die Türkei durch einen Gürtel slawischer Nationen von dem übrigen Europa zu isoliren. Die Politik der deutschen Centralgewalt freilich habe darin bestanden, für das preußische Erbkaiserthum im Innern zu intriguiren nach Außen aber nichts zu thun. — Wegen dieser Aeußerung wird Herr Vogt vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. — Alle deutschen Regierungen haben das Doppelspiel seit dem Beginn unserer Revolution mit uns getrieben, daß sie in manchen Dingen deutsch zu sein sich stellten, in andern aber sehr undeutsch handelten. Hier sei das Nöthigste versäumt worden. Daher stehe man denn jetzt am Abgrunde und nenne ein Kopfüberhineinstürzen „die rettende That." Hr. Vogt erklärt für sich und seine politischen Freunde, daß sie über den Welcker'schen Antrag für die einfache Tagesordnung stimmen würden. Für die Erbkaiseridee sind alle Hebel des Patriotismus und der Einschüchterung versucht worden. Auch mit der Gefahr der Oktroyirung hat man uns gedroht. Ich glaube nicht an eine solche Oktroyirung, nicht als ob den deutschen Regierungen die Vermessenheit dazu fehlte, sondern weil — sie nicht einig werden. Uebrigens ist die Tendenz unserer Zeit die, daß die Revolutionen zu ihren Ausgangsforderungen zurückkehren. In Frankreich ist sie bis auf die Kleinigkeit, daß Ludwig Philipp durch Napoleon ersetzt worden, zum Wahlgesetz und zu einem Ministerium Odilon Barrot zurückgekehrt. Das Ministerium Odilon Barrot haben wir bereits (Gagern verneigt sich gegen den Redner) und unser Wahlgesetz wird die Vertretung des Volks beim Bundestage sein. Preußen unter der Kaiserkrone werde sich nicht anders benehmen, als früher im Königthum. Auch an die Großherzigkeit und den Patriotismus der andern deutschen Fürsten glaubt Herr Vogt nicht, — „die in ihren Schlössern umhergehen und mit den Worten gegen die Wände springen: ich lasse mich nicht mediatisiren (Gelächter)." Endlich kommt der Redner auf den Welcker'schen Speck zurück. Wenn sich Preußen, bei allem Zusammenhalte in anderen Beziehungen, in legislativer wenigstens in Provinzen auflöste, das heißt wenn es künftig neben dem Frankfurter keinen Reichstag mehr in Berlin gebe — „so wäre damit vielleicht auch für mich der Speck gefunden." Geschähe dies nicht, so werde der Schwerpunkt des Reichs nicht in Frankfurt sondern in Berlin liegen. Eine muthige Versammlung ernenne in Zeiten der Gefahr einen Diktator aber keinen Erbkaiser. (Beifall.) Als der Moment da war, Oesterreich an Deutschland zu reißen, haben wir (von der Linken) vergebens um Ihre Hilfe gebettelt. Nun ist die Wunde da, an welcher das Vaterland kranken wird — bis die Gelegenheit wieder kommt. Ich verkaufe meine Freiheit nicht um den Absatz von so und so viel Ballen Waare oder um eine Heerde ungarischer Ochsen. Ich erkläre ferner meine tiefe Entrüstung über die Vorschläge der österreichischen Note, die ich ganz unannehmbar finde. Als wir Ihnen sagten, wenn wir es litten, daß Wien genommen werde, so gehe uns Oesterreich in der Gesammtmonarchie und für Deutschland verloren, so haben Sie uns keinen Glauben geschenkt. Eben so wenig glaubten Sie uns, als wir von Kamarilla, Reaktion und Säbelregiment Gesetze für Oesterreich verkündigten. Der Redner zeigt nun in pikanten Gegensätzen, wem die Ereignisse recht gegeben. Aber was ich Ihnen vorschlage? Was Ihnen bei andern Gelegenheiten, wo es sich um Abtrennungen von Deutschland handelte, die HH. Wurm und Waitz vorschlugen und namentlich was Graf Deym Ihnen zurief: „Erobern Sie Oesterreich." Aber nicht durch einen Krieg der ausgefochten wird unter dem Banner eines Erbkaisers, und sich dadurch als ein Haus- und Eroberungskrieg angekündigt, sondern durch einen Völkerkampf. Wir dürfen Oesterreich nicht verlassen in seinem Despotismus. Wir müssen es retten. Zwar ist gesagt worden, das sei kein guter Nachbar der dem Nachbar Feuer ins Haus werfe, „wo aber die Wände aus Leichen erbaut und mit Blut gekittet sind, da ist's wohl ein Verdienst, den Scheiterhaufen anzuzünden, aus welchem sich der Phönix der deutschen Einheit erhebt."

Nachdem Herr Vogt seinen Vortrag unter dem anhaltenden Beifalle der linken Seite des Hauses und der Gallerie beendet hat, wird der Antrag auf Vertagung angenommen und die Sitzung 3 Uhr Nachmittags geschlossen. Die Fortsetzung der Berathung findet Montag den 19. März Statt.

***Frankfurt**, 17. März. Aus der **Kölnischen Zeitung** entlehnten wir gestern, am 16. Februar, eine Mittheilung aus Frankfurt vom 12. Februar. Daß der Artikel keine Originalmittheilung war, darauf ließ sich wohl schon daraus schließen, daß wir eine Nachricht vom Orte selbst erst vier Tage alt brachten. Dem Artikel fehlte, wie sich von selbst versteht, das Correspondenzzeichen. Endlich hatten wir die Kölnische Zeitung ausdrücklich als Quelle angegeben. Nichtsdestoweniger hat der Abgeordnete Hr. v. Hermann so eben folgende Erklärung in der Paulskirche vertheilen lassen:

„**Erklärung.** Die „Deutsche Zeitung" vom 16. März, Nr. 75, enthält unter dem Datum „Frankfurt den 12. März" die Behauptung: Die Briefe, welche ich über unsere Sendung nach Ollmütz geschrieben, fänden nicht Worte genug, um die empörende Mißachtung, selbst Geringschätzung, welche wir in Wien und Ollmütz fanden, zu schildern. Es heiße unter Anderem **wörtlich**: „Wir sind wie Schulbuben behandelt und von einem Vorzimmer ins andere geschickt worden."

Dieser ganze Artikel ist vom Anfange bis zum Ende eine **Lüge**. Ich habe gar keinen Brief nach Frankfurt geschrieben, und in dem einzigen, den ich überhaupt über unsere Sendung schrieb, habe ich die offene Weise anerkannt, in welcher die österreichischen Minister uns ihre Ansichten schon vor dem Erscheinen der Constitution darlegten. Wir sind gar nicht in Ollmütz gewesen; in Wien aber war unser Empfang in jeder Beziehung zuvorkommend und würdig. Daß ich irgendwo den Schlußsatz des Artikels geschrieben hätte, ist eine **freche Lüge**.

Ich bitte alle ehrliebenden Redactionen von Zeitungen um Aufnahme dieser Erwiderung, da sie zugleich einen weiteren Beweis der Mittel liefert, deren sich die kleindeutsche Zeitung für ihre Zwecke bedient. **Frankfurt**, 16. März 1849. **Hermann**, Mitglied der Nationalversammlung."

Wir bedauern die fast unbegreifliche Uebereilung eines Mannes, dessen noch heute in diesen Blättern mit Anerkennung gedacht wurde, freilich mit der Bemerkung, wofür Hr. v. Hermann soeben einen neuen Beweis geliefert, er habe eine ausgebildete Anlage zur Ungeschicklichkeit.

B **Frankfurt**, 16. März. Die (bereits erwähnte) Adresse des deutschen Vereins in Leipzig an die National-Versammlung lautet wie folgt:

„Hohe Reichsversammlung! Nach einer schwülen Zeit, in welcher der Wille und die Thatkraft des deutschen Volkes und seiner Vertreter in Parteikämpfen zu erlahmen schienen, hat am 12. März der patriotische Antrag des Abg. **Welcker** wie ein Blitz den düstern Wolkenschleier zerrissen. Männlich und offen hat er ausgesprochen, wie groß und wie nahe die Gefahren sind, in welchen feindseitige Arglist die Verfassung Deutschlands untergehen lassen will; frei und kühn hat er deren sofortige Vollendung von Ihrer Einsicht und Entschlossenheit gefordert. Erlöst von dem beklemmenden Drucke der Rathlosigkeit, sehen wir jetzt mit freudigem Vertrauen der nahen Entscheidung entgegen; wir wissen, daß in den Stunden der Gefahr Muth und Kraft wachsen. Hohe Versammlung! Wir danken Ihnen, daß aus Ihrer Mitte der begeisternde Aufschwung eines großen Entschlusses in dem deutschen Volke das Bewußtsein seiner herrlichen Zukunft neu belebt und gestärkt hat. Mit voller Zuversicht hat es Ihnen Deutschlands Einheit, Freiheit und Macht anvertraut; mit voller Zuversicht erwartet es jetzt von Ihnen die entscheidende That, welche Deutschland retten wird; es **wird mit seiner ganzen Kraft zu Ihnen stehen.** D. deutsche Ver. zu Leipzig. Dr. **Göschen**, Vors. C. **Haubold**, Schriftf.

‡ **Frankfurt**, 17. März. Man erfährt, daß nicht der General von Wrangel, Oberbefehlshaber in den Marken, sondern der General von Prittwitz von der preußischen Regierung zum Befehlshaber der nach Schleswig zu sendenden Truppen ernannt.

Brünn. Seit einigen Tagen ist das Gerücht verbreitet, gegen die Beamten, welche in den Oktobertagen in ihrer Eigenschaft als Nationalgarden den Wienern zu Hülfe eilten, werde eine Kriminaluntersuchung eingeleitet werden. Auch macht ein Ministerialdekret, nach welchem die Bureau-Chefs eine Art politischer und moralischer Qualifikationstabellen über ihre Untergebenen streng zu führen haben, viel Aufsehen. (Presse.)

✗ **Berlin**, 15. März. Die erste Kammer hat heute die Adreßdebatte beendigt. Von Interesse war nur die Diskussion des zehnten Satzes (dänische Frage). Baumstark hatte beantragt, am Schlusse des Satzes die Hoffnung auszusprechen, daß die „erschütterten Handelsverhältnisse der Ostseeprovinzen gegen etwaige neue Gefährdungen entschieden gewahrt würden". Flottwell dagegen stellte den Zusatzantrag: „Sollte aber diese Hoffnung (auf den Frieden mit Dänemark) nicht in Erfüllung gehen, so dürfen wir getrost die Ueberzeugung aussprechen, daß das preußische Volk,

Uebersicht.

Schilderungen aus der preußischen Kammer. I.

(Aus den Grenzboten.)

Bevor ich die allgemeine Haltung der Kammern schildere, will ich einige Daguerotypen bekannter Persönlichkeiten geben. Zuerst die beiden Minister, welche zugleich Kammermitglieder sind: Manteuffel und v. d. Heydt.

Manteuffel, Minister des Innern, sieht aus wie ein alter verkümmerter Bureaukrat; er hat nichts frei Aristokratisches in seinem Wesen. Alle seine Bewegungen sind eckig und unbeholfen; wenn ihn Jemand grüßt, bückt er sich sehr tief, aber steif wie eine Gliederpuppe; es ist in seinem Körperbau wie in seiner Haltung keine einzige Wellenlinie. Sein Gesicht ist blaß, gelblich, sein Auge sieht selbst durch die Brille mißtrauisch und grämlich nach allen Seiten hin. Er sitzt finster und in möglichst engen Formen zusammengekauert an seinem Pult; scheu, als ob jeden Augenblick ein unvorhergesehener Angriff erfolgen könnte. Seine Züge sind unbeweglich, einen einzigen Augenblick machte er einen schwachen Versuch zum Lächeln, aber das Lächeln erfror auf seiner dünnen Lippe. Zweimal sah er sich veranlaßt, auf einen improvisirten Ausfall der Radikalen zu antworten; seine Stimme knarrte wie ein schlecht gearbeiteter Nußknacker, er sprach langsam und mit Mühe, aber was er sagte, war ebenso verständig als sachgemäß. Das Porträt ist nicht geschmeichelt, ich muß aber noch eines hinzusetzen. Manteuffel macht den Eindruck, als ob er in Verhandlungen wie im geselligen Verkehr so unbequem als möglich wäre, ein Mann, bei dem man nur mit Mühe etwas erreichen, aber auf den man sich verlassen könne. Man wundert sich, einen solchen Mann an der Spitze einer Regierung zu sehen, die sich durch einen großen, kühnen Entschluß konstituirt hat; daß er eine Ausdauer besitzt, sieht man ihm wohl an. Warten wir ab, wie er den Angriffen, die wahrscheinlich auf die gehässigste Weise über ihn einstürmen werden, begegnen wird. Vielleicht trägt das Bewußtsein, auf seine gegenwärtigen Bundesgenossen nicht sicher rechnen zu können, zu seiner eigenthümlichen Haltung bei. Wenigstens rief nur ein kleiner Theil der Rechten, als Bucher sich an sie wandte: „Ich weiß nicht, meine Herrn, ob Sie das gegenwärtige Ministerium zu schützen gedenken," ein vernehmliches Ja! Der größere Theil blieb still, und replicirte auch auf das lebhafte Zischen nicht, das gleich darauf von der gesammten Linken erscholl.

v. d. Heydt, der Handelsminister ist eine große, starke Figur mit gesundem, gutmüthigem Gesicht, dünnen, blonden Haaren und bürgerlichem Anstrich. Man bedauert den Mann, wie er dasitzt in einer möglichst gezwungenen Haltung, die er keinen Augenblick zu verlassen wagt, aus Furcht, ein Dintenfaß oder sonst etwas umzuwerfen, und wie er seine Verlegenheit durch ein stereotypes wohlwollend blasses Lächeln zu übertünchen strebt. Der Mann ist einem Sturme nicht gewachsen! Ich sah ihn einmal beim Nachhausegehen in jenem Defilé; er stand wahrscheinlich um Jemand zu erwarten, in derselben ängstlich verrenkten Haltung, wie er am Ministertische saß, und schien froh, daß ihn Niemand anfiel. Lesen Sie die Worte, mit denen er die Kündigung des dänischen Waffenstillstandes anzeigte. Hätten Arnim oder Vincke sich ganz auf dieselbe Art ausgedrückt, sie hätten die Versammlung elektrisirt. So aber kamen jene kriegerischen Anzeigen mit einer Blödigkeit und Schüchternheit heraus, daß man jeden Augenblick fürchten mußte, der Redner werde anfangen zu weinen. — Wenn v. d. Heydt durch sein Auftreten im vereinigten Landtage sich einen gewissen Ruf erworben hat, so kann das nur in dem Inhalt dessen, was er sagte, gelegen haben, durch seine Persönlichkeit hat er gewiß nicht imponirt.

Der Alterspräsident, Canonicus Lensing — 65 Jahr und 2 Monate alt — gehörte in der Konstituante zu rechten Seite. Er eröffnete die Versammlung ziemlich ungeschickt mit einer Rede, in der er die Meinung aussprach, das gesammte Land habe die oktroyirte Verfassung mit Jubel begrüßt, was einen wahren Sturm von Seiten der Linken hervorrief. Er ist der Sprache nicht mächtig; das Präsidium hat er mit möglichster Haltung geführt, was ihm übrigens die Versammlung sehr erleichterte. Ich muß beiläufig bemerken, daß mit Ausnahme einiger Rothen in der ganzen Versammlung die gute und feste Absicht vorwaltet, auch das Unangenehme mit Anstand zu betreiben. Wenn ein tüchtiger Mann, wie Grabow Präsident wird, der auch durch seine politischen Ansichten keine Seite verletzt, so kann man von der neuen Legislative das Beste hoffen. Lensing wurde einmal in große Verlegenheit gesetzt. In dem von der Rechten proponirten und später auch en bloc angenommenen Geschäftsreglement war die Bestimmung enthalten, daß auch während des Provisoriums die Versammlung jeden Augenblick das Recht haben solle, an die Stelle des Alterspräsidenten einen provisorischen Präsidenten zu erwählen. Die Linke focht diese Bestimmung an, und Geheimerath Riedel vertheidigte sie, indem er das Institut des Alterspräsidenten als das verwerflichste schilderte, was jemals erfunden sei, da das Alter stumpf mache und unfähig, eine große Versammlung zu leiten, und das Provisorium eines Alterspräsidenten als ein Sodom und Gomorrha. Alle Welt war außer Fassung: so war noch nie über einen Parteigenossen gesprochen worden. Darauf setzte denn Riedel mit seiner gewöhnlichen, gemessenen und etwas koketten Langsamkeit hinzu: „freilich haben wir jetzt zufällig das Glück, einen höchst würdigen Mann" u. s. w. Bei diesen Worten, denen die Rechte lebhaften Beifall spendete, schnitt Vincke eines von jenen Gesichtern, die ihn unsterblich machen würden im Gedächtniß der Menschen, auch wenn er nie ein Wort gesprochen hätte. Ungeschickt blieb die Wendung immer, da nun der Ausfall direkt auf Schön, den Alterspräsidenten der frühern Versammlung, gerichtet erscheinen mußte.

Neben dem Alterspräsidenten fungiren die jüngsten Mitglieder als Sekretäre. Sie sind nicht über 32 Jahre alt, und alle radikal. Assessor Parrisius, der unvermeidliche Schriftführer der Konstituante, ist der junge Berliner, wie er leibt und lebt. Sein Bild, welches Sie bei Recca sehen, ist sprechend ähnlich. Er gehört zu der nicht unbedeutenden Klasse der jungen Assessoren, die als Staatsmänner der Zukunft gegen die Gegenwart quand-même Front machen. Karl Grün, der bekannte Sozialist, der, wenn ich nicht irre, in Göthe's Wanderjahren das Evangelium der künftigen Menschheit suchte, macht mit den vielsagenden Blicken, die er beständig durch seine Brille schießen läßt, einen unangenehmen Eindruck; er scheint aber nicht ohne oratorisches Talent zu sein. Eine gewisse Sucht, den Enthusiasmus für die gute Sache, den wir bei ihm gern voraussetzen wollen, durch Ironie gegen die Gegner zu umkleiden, ist eben so natürlich als fatal. Von den beiden andern jungen Schriftführern ist nichts zu sagen. Ich gehe jetzt zu der Aristokratie der rechten Seite über und beginne mit dem Manne, der mein Liebling ist, wie der von ganz Preußen, mit Vincke.

Man sieht es diesem Manne an, daß er den Rechtsboden nur aus Prinzip und aus Neigung vertheidigt, er ist nicht von ihm abhängig, er steht fest auf den eigenen Füßen. Vincke würde nicht untergehen mit dem Königthum, nicht untergehen mit der Aristokratie. Ein gewaltiger Kopf auf kolossalen Schultern, der Vergleich mit einem Stier hat etwas Bezeichnendes. Ganz kurze, fast graue Haare, die Augen von der Massenhaftigkeit der Muskeln etwas unterdrückt, von der Brille überschleiert, kräftige, gesunde Gesichtsfarbe, das Profil wider alle Convenienz beinahe halbmondförmig, so kräftig tritt Stirn und Kinn hervor und so wenig weiß die Nase ihr Recht zu behaupten. Nur ein ganz dünnes Bärtchen umsäumt das Kinn. Er geht mit raschen, kriegerischen Schritten auf die Tribune zu, die Schultern treten etwas zu hoch hervor, der Kopf ist etwas vorwärts gebückt, um den Gegner in die Luft zu schleudern, der Gang und die Haltung der Arme scheinen auf die Gewohnheit des Reitens hinzudeuten. Auf der Tribune ist er gerade nach der Mitte hingewandt, er lehnt sich mit den Fingerspitzen auf das Pult. Er spricht sehr schnell, aber deutlich, in einem beweglichen Baß, seine Sprache ist nicht correkt, er ist öfters genöthigt, sich zu corrigiren. Seine Ausfälle kommen unerwartet und treffen immer; das kleine Manöver, das er auch in Frankfurt mehrfach angewendet, in unbedeutenden Fragen aus Rechtsgefühl für die Linke sich zu entscheiden, hat ihm auch hier schon ein paarmal lauten Beifall von dieser

Seite zugezogen, obgleich sie in ihm ihren gefährlichen Gegner erkennt. Vincke ist in den Vorversammlungen der rechten Seite zum Chef erwählt; von ihm geht das Programm aus, das in seinen wichtigsten Punkten, namentlich der Anerkennung der octroyirten Verfassung, jedenfalls die Majorität der Kammer gewinnen wird. Die Linke möchte gern ihre Scheu vor diesem gewaltigen Redner ableugnen; sie hat das wunderliche Projekt ausgebrütet, ihn dadurch in der Achtung herabzusetzen, daß sie ihm jedesmal ihren Clown, unsern alten Freund Dierschke, entgegenstellt. Ich hörte ein Paar dieser Ehrenmänner mit großem Entzücken diesen Plan verarbeiten. Wenn Vincke eintritt, drängt sich Alles in seine Nähe; mit der Herablassung eines Seniors gegen seine Füchse — er muß zur Zeit ein prächtiger Senior gewesen sein — drückt er diesem oder jenem Bekannten die Hand und wirft sich dann auf seinen Sitz, die Arme aufgestemmt, den Körper, der sich alsdann noch kolossaler ausnimmt, in möglichst nachlässiger Bequemlichkeit über den Sitz verbreitet. Einer nach dem Andern — auch von der Linken — kommt heran, ihm den Hof zu machen; mit huldvollem Gähnen läßt er es geschehen.

Wenn in Vincke dies aristokratische Wesen in jener liebenswürdigen individuellen Ungenirtheit, die sich fühlt und sich dabei gehen lassen kann, ohne roh zu werden, zur Erscheinung kommt, so äußert es sich bei Graf Arnim-Boitzenburg in vornehmen, überall in feste Schranken gebundenen Formen. Eine hohe, schlanke Gestalt, schreitet er kerzengerade, durch die Versammlung, den Oberrock nach englischer Weise fest zugeknöpft, aufrechtem Hemdkragen, die dünnen, rothblonden Haare zierlich über die Glatze gekämmt, Habichtsnase, um den feinen Mund stets ein gelinder Anflug von ironischem Lächeln, große, blaue, durchbohrende Augen. Er grüßt nur mit den Augen. Auch auf seinem Sitz läßt er sich nie gehen, und kontrastirt dann seltsam mit Vincke, der vor ihm sitzt und die Empfindungen des Amusements und der Langweile in allen denkbaren Modulationen auf seinem breiten Gesichte spielen läßt. Seine Aussprache ist nicht frei, sie fließt nicht in natürlicher Leichtigkeit, er stößt die Sätze hervor, aber mit einem kräftigen, belebten Organ; er erinnert lebhaft an Marr. Die einzelnen Wendungen werden nachdrücklich und mit einer gewissen Heftigkeit betont. Die kleine Rede, die er über Annahme des Viebahn'schen Geschäftsreglements hielt, und die durchaus improvisirt war, weil sie sich wesentlich auf eine Kritik der eben vorgebrachten Ansichten beschränkte, war entschieden die Krone der Debatte; hier war nichts Ungehöriges; eine strenge logische Folge, überall mit Bewußtsein, und doch ohne Pedanterie zusammengehalten. Arnim wird niemals blenden oder ergötzen, aber Keiner ist so geeignet, was er denkt und will, in überzeugende Darstellung zu bringen.

Bodelschwingh, der hinter Arnim sitzt, hat ganz das Ansehen eines Dragonerobersten. Ein kräftiger, blonder Schnurrbart, stattliche Figur, gutmüthige Augen, in denen aber doch etwas wie Gewohnheit des Kommandirens liegt. Mit großer Aufmerksamkeit, halb geöffnetem Munde verfolgt er die Verhandlungen und sieht mit einer Art Verwunderung in die neue Welt, die doch immer für ihn etwas fremdartiges haben muß. Er ist jedenfalls ein guter Familienvater. Sprechen habe ich ihn noch nicht hören.

Bismark-Schönhausen, bekannt als Führer der rechten Seite auf dem vereinigten Landtage, ist ein eleganter, noch ziemlich junger Mann mit sorgfältig gekräuseltem Haar und Bart und feinen Weltformen. Er macht mehr den Eindruck eines Lebemannes als eines Politikers. In der Rede ist er sehr unsicher, beinahe ängstlich; selbst in einem kleinen speech ist er in Gefahr, den Faden des Gedankens zu verlieren. Er sitzt auf den hinteren Bänken und legt eine gewisse Gleichgültigkeit gegen den Gang der Debatte zur Schau.

Graf Schwerin-Putzar dirigirt die Bänke zur rechten Seite des Präsidiums; er unterdrückt jede Neigung derselben, durch Beifalls- oder Mißfallsbezeugungen mit der Linken zu wetteifern; so namentlich bei dem Resultat der Abstimmung über den Viebahn'schen Antrag. Möchte es ihm gelingen, den parlamentarischen Anstand zunächst bei seiner Partei, die ihrem ganzen Wesen nach berufen ist, darin mit gutem Beispiel voranzugehen, zum herrschenden Tone zu erheben. Sein Aeußeres hat nichts Aristokratisches; ein dicker, wohlwollender, vergnügter Mann mit nachlässiger, bequemer Haltung und fast weichen, aber doch verständigen Zügen. Es muß sich mit ihm leben lassen. Seine Rede ist einschmeichelnd, und man kann bei ihm mit ziemlicher Sicherheit voraussehen, daß er auch unter seinen politischen Gegnern keine persönlichen Feinde haben wird.

Alfred v. Auerswald-Plauthen entspricht durch seine persönliche Erscheinung keineswegs dem Bilde, das man sich aus einer aufmerksamen Verfolgung seiner politischen Laufbahn zu machen geneigt sein könnte. In seiner Politik scheint er überall geneigt, zu vermitteln, durch gelindes Nachgeben und vermeiden aller Schroffheit die Schwierigkeiten zu umgehen, die ein Anderer gewaltsam durchbrochen hätte. Wenn man ihn sieht, würde man das Gegentheil vermuthen. Eine hagere Gestalt mit hagerem Gesicht, steif und beinahe rückwärts gebeugt, immer ernst, die Brille vor den Augen, nicht als ob sie dazu gehörte, sondern wie einer, der ihrer ungewohnt ist und daher etwas gezwungen in die Welt sieht, die in dem Glase in andern Proportionen als den bekannten sich bewegt. Ich würde ihn eher für einen Juristen halten, als für einen Gutsbesitzer. Und doch gestehen Alle zu, die ihn näher kennen, daß er mit seinen angenehmen Formen mehr als irgend ein Anderer geeignet ist, eine Partei zu organisiren und zusammenzuhalten.

Von den übrigen Aristokraten ist mir nur noch der Landrath v. Kleist-Retzow aufgefallen, ein schlanker, adrettee Mann, kurz angebunden in seinem Wesen wie in seinen Worten, bald geneigt, durch ein rasches Urtheil ohne viel Kopfzerbrechen eine Sache zu entscheiden, die Andere für sehr verwickelt halten. Er wird jedenfalls einer der bebendesten Plänkler werden.

Unter den Bureaukraten der rechten Seite hat sich bis jetzt nur der Geheime Archivrath Riedel ausgezeichnet. Er war bereits in der vorigen Constituante einer der unermüdlichsten Vorfechter der konservativen Partei. Sein Aeußeres ist, wie man auf dem Theater die Jesuiten abzubilden pflegt, hager, blaß, ziemlich groß, schwarzes Haar, sehr sanft und doch mit dem Ausdruck stiller Energie. Er spricht sehr langsam und mit nachdrücklicher Betonung fast jedes einzelnen Wortes, was natürlich den Eindruck einer übertriebenen Selbstgefälligkeit macht. Es ist Logik in dem, was er sagt, aber nicht immer der richtige Takt; ich habe schon die ungeschickte Jeremiade über das Institut des Alterspräsidenten erwähnt; ein andermal machte er einen eben so ungehörigen persönlichen Ausfall gegen Unruh, der eben so versöhnlich als möglich gesprochen hatte. Die Mitglieder der alten Versammlung sollten sich auf das Sorgfältigste hüten, die verjährten Parteistreitigkeiten, welche die unmittelbar vorliegenden Fragen nur verwirren können. Wenn wir mit Lust und Erfolg an den Neubau des Staats gehn wollen, so muß ein tiefer Schleier über die alte, trübe Vergangenheit gebreitet werden.

Was nun die Physiognomie der gesammten rechten Seite betrifft, so versteht es sich von selbst, daß hier das gesetzte Alter, das rasirte Kinn oder der blos militärische Schnurrbart, die bureaukratische Bildung und die bürgerliche Wohlbeleibtheit vorherrscht. Wenn ich mich näher werde umgesehen haben, sollen Sie genauere Details erhalten. In meinem nächsten Brief — dieser ist fast schon zu lang geworden — folgt eine Skizze der Linken.

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 16. März. (Konst. Vers. d. fr. St. Schluß des gestern abgebrochenen Berichts.) Ich füge nur noch einige Worte bei, welche den Eindruck wiedergeben, den das Schreiben des Reichsministeriums und des Senats sowie die Verhandlungen der Versammlung auf mich gemacht. Ich hätte gewünscht, daß das Schreiben des Reichsjustizministeriums die Bedenken, die rechtlichen Bedenken, welche gegen den Beschluß der konstituirenden Versammlung zu sprechen scheinen und welche die Rückäußerung des Senats geltend macht, nicht aber die rein polizeilichen Bedenken enthalten hätte, welche es gegenwärtig und zwar in einer so wenig geschickten Fassung vorbringt, daß die Verdächtigung, es drohe mit den Exzessen der Soldaten oder erkläre sich doch für ohnmächtig, ihnen zu steuern, überall Platz greifen konnte. Der Senat aber hat gehandelt wie er handeln mußte: er hat einem Gesetz seine Zustimmung verweigert, welches, nach seiner Ansicht, gleichviel ob dies die richtige Ansicht gewesen oder nicht, den klaren Worten eines Reichsgesetzes widersprach, und daß dieser Grund nur simulirt und vorgeschoben, in der That aber die Aufforderung des Reichsministeriums für seinen Entschluß maßgebend gewesen, ist eine Voraussetzung, so unwürdig, daß sie billig, bevor man sie öffentlich ausspreche, erwiesen werden sollte. Die

Verhandlungen endlich tragen den Stempel einer Leidenschaftlichkeit und Bitterkeit, welche zumal dann einen peinlichen und traurigen Eindruck machte, wenn sie gegen die Träger derjenigen Gewalt gerichtet war, welche zur Zeit die Einheit des deutschen Vaterlandes repräsentiren, und wenn Hr. Dr. Friedleben am Schlusse seines Vortrags unter rauschendem Beifall des Publikums mit donnernder Stimme die Worte sprach: „Retten Sie, meine Herren, die Ehre unseres Freistaats!" so muß man sich erinnern, daß seit die Gänse das Kapitol gerettet, die Zeiten anders geworden sind und daß man mit bloßem Lärmen in der konstituirenden Versammlung des Freistaats Frankfurt weder die Ehre des Freistaats Frankfurt rettet, noch, wenn das beabsichtigt sein könnte, das Vertrauen stört, mit welchem die große Mehrheit der Nation fort und fort der Zukunft entgegengeht. Ich habe jetzt noch über den ersten Theil der heutigen Sitzung zu berichten. Es rief zuvörderst die Protokoll-Verlesung, welche eine „Verwahrung" des Herrn Dr. med. Hoffmann gegen das von der Versammlung beschlossene Einführungsgesetz der Reichswechselordnung, so weit dasselbe dieser Reichswechselordnung widersprechende Bestimmungen enthalte, und außerdem eine „Erklärung" zu Tage förderte, in welcher Herr Dr. A. Friedleben die Mit- und Nachwelt in Kenntniß setzte, daß er gegen die Nachbewilligung auf den Bedürfnißstand des Polizeiamts gestimmt — es rief diese Vorlesung theilweise sehr heftige Bemerkungen hervor: Herr Dr. Reinganum aber, von Herrn Dr. Mappes mit Berufung auf die Praxis der gesetzgebenden Versammlung unterstützt, wieß schließlich die Unstatthaftigkeit aller Verwahrungen gegen Beschlüsse der Majorität so schlagend nach, daß die Versammlung, um damit eine Lücke in ihrer Geschäftsordnung auszufüllen und da Herr Dr. Hoffmann abwesend war, mit einstweiliger Uebergehung des einzelnen Falles, den Beschluß faßte, daß das Büreau eine dergleichen Verwahrung zu Protokoll hinfort nicht weiter annehmen dürfe. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl verschiedener Commissionen: es wurde dieselbe aber alsbald durch einen dringlichen Antrag des Herrn May unterbrochen, die zur Begutachtung der vom Senat in Vorschlag gebrachten Abänderung des Wahlmodus in der Stadtwehr zu wählende Commission zugleich zu beauftragen, die geeigneten Vorschläge über eine zweckmäßige Umgestaltung der Bürgerwehr im Ganzen zu machen und sie zu diesem Zwecke bis auf 9 Mitglieder zu verstärken. Es scheint sich in der Versammlung eine constante Praris gebildet zu haben, alle als dringlich bezeichneten Anträge auch als solche anzuerkennen, denn sonst würde nicht immer diese Schaar von dringlichen Anträgen, von welchen zwölf auf ein Dutzend gehen, in die Tagesordnung hineinschneien. Wie dem aber auch sei, Herr May durfte seinen Antrag sofort begründen, und als Hr. Dr. Reinganum ein unbedingtes Vertrauen in das Talent der Versammlung aussprach, auch ohne bedeutende Sachkenntniß etwas Vollendetes in diesem Fache zu Stande zu bringen, entschied dieselbe für den Antrag und wird hoffentlich durch die Wahl in die Commission Hrn. Dr. Reinganum Gelegenheit geben, das militärische Organisationstalent, welches er in kleinen Andeutungen bereits an den Tag gelegt, vollends zur Geltung zu bringen. In der Tagesordnung folgte sodann der Commissions-Bericht über die Beschaffung der nothwendigen Räumlichkeiten für den Lederverkehr in der Messe, nachdem die seither dazu benützten Lokalitäten auf dem Baugraben zur Kaserne haben eingerichtet werden müssen. Nach einer längerer Discussion, in welcher namentlich Herr Bürgermeister Köster hervorhob, wie wichtig es sei, Nichts zu versäumen, um der Stadt den einzigen, ihr noch gebliebenen großartigen Zweig des Meßverkehrs zu erhalten, genehmigte die Versammlung die Verwendung der vorgeschlagenen Räumlichkeiten, nämlich des Behrens'schen Lagerhauses auf dem Wollgraben, der Stadtwaage und einer auf dem Domplatz zu errichtenden Bretterhütte, sowie die Errichtung einer Waaghalle auf dem Domplatz, beides für die Dauer der Ostermesse, sprach aber zugleich den Wunsch aus, der Senat möge für die nächste Herbst- und folgenden Messen für die Beschaffung definitiver möglichst nahe zusammenliegender Lokalitäten Sorge tragen. Noch wurde eine Rückäußerung des Senats in Bezug auf die erledigten Lehrerstellen vorgetragen, des Inhalts, daß der Senat von dem betreffenden Konsistorium bereits beschleunigten Bericht erfordert und diesen in der bezeichneten Weise (also durch einen Kommissair) der Versammlung mittheilen werde, daß er aber von den Anträgen der Versammlung schon Anlaß genommen habe, eine inzwischen erledigte Schulstelle nicht definitiv zu besetzen. Den Schluß der ganzen Sitzung bildete ein Vortrag des Senats, die Abschaffung der Todesstrafe, und ein zweiter Vortrag, die Wahrung des Brief-Geheimnisses betreffend; beide wurden der Kommission für das Strafverfahren überwiesen.

** **Wien**, 11. März. Durch die Mittheilungen eines höchst geachteten Theilnehmers der verhängnißvollen Berathung in der Nacht vor dem 7. März bin ich in der Lage Ihnen darüber die folgenden authentischen Nachrichten zu geben. Dr. Pinkas und Strobach waren die Letzten, die zu der geheimen Besprechung kamen, sie fanden die übrigen schon alle versammelt und Dr. Cajatan Mayer las eben die zu oktroyirende Konstitution den Anwesenden vor. Bei ihrem Eintritte erhob sich Stadion, ging ihnen entgegen und entdeckte unter wenig verhehlter Verlegenheit wie sich der Kaiser entschlossen habe, in Erwägung der noch nicht beigelegten Wirrnisse im Königreiche Ungarn, und um der Revolution ein Ende zu machen, eine Konstitution zu oktroyiren; einer Auflösung des Reichstages erwähnte er aber mit keiner Sylbe. Mayer las das Aktenstück weiter; nachdem er geendigt, folgte eine unheimliche Pause, bis Dr. Pinkas das Wort ergriff, und tief erschüttert von dem Eindruck des eben Vernommenen, dem Minister in seiner beredten Weise alle die Gefahren vor Augen hielt, die ein solcher Akt für Krone und Reich nach sich ziehen könnte. Er beschwor ihn, wenn es noch möglich sei, Alles anzuwenden, um eine Suspension dieses Schrittes zu bewirken. Strobach warnte gleichfalls davor und erklärte unumwunden, daß der Kaiser seinem am 2. Dezember v. J. gegebenen Versprechen zu Folge als wortbrüchig gegenüber den Völkern Oesterreichs erscheine. Mayer, Palacky, Lasser, selbst Haßlwanter und Leopold Neumann äußerten sich in höchster Entrüstung über das Vorhaben. Stadion soll selbst zu Thränen gerührt worden sein. Man schlug einen vermittelnden Ausweg vor. Stadion entfernte sich auf kurze Zeit, um sich mit dem gleichfalls anwesenden Unterstaatssekretär Helfert zu besprechen, der nebenbei gesagt, einen Hauptantheil an diesem Staatsstreich hat, da er, und nur er allein das Verfahren der Regierung vertheidigt und als Grund angab, daß man einen Reichstag nicht könne fortbestehen lassen, der sich anmaße, Religion zu machen. Pinkas wies ihn zurück und fragte ihn, wie er als Professor des Kirchenrechtes so dumm*) sein könne, die Einführung von Synoden mit dem Titel Religion machen, zu belegen. Stadion kehrte nach einer Weile zurück und gab das Wort, sogleich nach Ollmütz zu eilen und Alles aufzubieten, um eine Suspension zu bewirken. Er versprach bis 6 Uhr Morgens an Cajatan Mayer eine telegraphische Depesche gelangen zu lassen und bat bis dahin um strenge Verschwiegenheit über das Vorgefallene. Um 2 Uhr nach Mitternacht reiste der Minister ab. Um 6 Uhr Morgens langte wirklich eine telegraphische Depesche an, mit den Worten: „Es bleibt beim Befehl." Alsbald wurde das Schloß von 3 Kompagnien Infanterie belagert, alle Zugänge mit Posten besetzt, bloß der Zugang zum Präsidial-Büreau war frei, wo sich nach und nach die Abgeordneten versammelten, um die betäubende Neuigkeit zu vernehmen. Auf die Einwohner Kremsier's machte das Ereigniß einen gewaltigen Eindruck, da sie so plötzlich sich eines bedeutenden Zuwachses ihrer Einnahmen entäußert sahen.

= **Berlin**, 14. März. Das war gestern ein Tag der Freude: da war Alles vergessen, Belagerungszustand, Kabinetsfrage, Linke und Rechte. Seit dem Versöhnungstage, der nun bald jährig ist, mag in Berlin eine so frohe Stimmung nicht geherrscht haben. Unser König soll Kaiser werden! riefen die Leute auf der Straße einander zu und trotz des schlechtesten Wetters sah man überall Gruppen sich sammeln, staunend, fragend, jubelnd. Und es waren auch manche Reichszweifler unter ihnen. Die erste Nachricht war unrichtig gewesen; ein Extrablatt der Konstitutionellen Zeitung hatte gemeldet: auf einen Antrag Welcker's habe die deutsche Nationalversammlung den König von Preußen zum Kaiser von Deutschland ausgerufen und eine Botschaft der angesehensten Männer der Paulskirche sei unterwegs, dies Evangelium dem Hohenzoller zu überbringen. Schade, daß es nicht ganz so war, die vollendete Thatsache würde Alles mit sich fortgerissen haben. Während durch den Belagerungszustand jeder Maueranschlag untersagt ist, war dennoch jenes Extrablatt an allen Straßenecken angeschlagen und sammelte das Volk um sich. Die genauere Mittheilung brachte dann das Extrablatt der Deutschen Reform

*) wörtlich.

und wurde vom auswärtigen Minister der ersten Kammer amtlich mitgetheilt. Wie ein heiterer Sonnenstrahl den Herbstnebel, so durchdrang jene Kunde unsere politische Atmosphäre. Wir haben hier einen Vorgeschmack dessen gehabt, wie es in Deutschland aussehen wird, wenn der Welcker'sche Antrag durchgehen, wenn auf den großen Entschluß der Paulskirche der Nachkomme Friedrich des Großen würdig antworten wird. Wenn die Parteien sich in der Paulskirche vereinigen, so wird Versöhnung gefeiert werden durch ganz Deutschland. Es ist aber auch hohe Zeit.

War nun der Eindruck jener Nachricht im Volke ein überaus froher, so äußerte er sich in den verschiedenen Kreisen doch sehr verschieden. Den unteren Schichten des Volkes und der Berliner Demokratie — einzelne ehrgeizige Häupter ausgenommen — sei es zum Ruhme nachgesagt, daß sie mit Jubel diese Kunde aufnahm. Der hiesige Mittelstand ist immer gut deutsch gewesen; und ist opferwillig zugleich, da er wohl weiß, daß Berlin nicht der Sitz der Reichsgewalt werden kann. Auf die hier befindlichen preußischen Reichsmänner hat die Nachricht eine so elektrische Wirkung ausgeübt, daß sie zum Theil flugs nach Frankfurt geeilt sind. Die erste Kammer hätte die Kunde wärmer aufnehmen können und dies fühlte ihr Präsident Auerswald und lieh seinen deutschen Gesinnungen einen tiefbewegten Ausdruck. Mit Bedauern sage ich, daß in den höheren Schichten der Gesellschaft der Eindruck ein getheilter war und einen Blick in die Zerfahrenheit und Schlaffheit der heutigen Generation thun ließ. Wird der König es annehmen? fragten die ängstlichen Gemüther. Als ob ein Hohenzoller die Verantwortlichkeit auf sich laden dürfte, ein die Zukunft unseres Vaterlandes vernichtendes Nein auszusprechen. Aber da bekommen wir Krieg mit Rußland! fürchteten Andere. Fast unsere ganze Presse erkannte aber die Wichtigkeit des Augenblicks und zeigte den richtigen Weg. Nur das Organ der äußersten schwarzweißen Rechten, die Neue Preußische Zeitung, die seit einiger Zeit auf widerwärtige Weise das Privatleben der Oppositionsdeputirten durchspionirt, geberdet gar komisch sich also: „Wir müssen unsrerseits Zweifel in die Zuverlässigkeit dieser seltsam klingenden Nachricht setzen. „Wir glauben nicht, daß die deutsche Nationalversammlung nach so vielfachen traurigen Erfahrungen sich durch den plötzlichen Eindruck der jüngsten österreichischen Ereignisse abermals zu einem Schritte sollte haben verleiten lassen, den wir nur als einen übereilten bezeichnen können. Nicht unmöglich indeß, daß in Frankfurt, welches der Seltsamkeiten schon manche zu Tage gefördert, auch diese neue Uebereilung hervorgetreten. Davon aber sind wir fest überzeugt (sic), daß der etwaige Frankfurter Beschluß keine weiteren praktischen Folgen haben werde und daß der König von Preußen nimmermehr sich dazu verstehen werde, aus den Händen der Revolution eine Krone anzunehmen, welche ihn ganz unvermeidlich in die ernstesten Verwicklungen mit allen legitimen (sic!) Mächten stürzen müßte." — Welche innige Seelenharmonie muß zwischen dieser Partei und der russischen Diplomatie herrschen, welche überall in den Vordergrund zu schieben die österreichische Diplomatie schlau genug ist. — Werden Ludwig Simon nicht endlich die Augen aufgehen, oder wird er sich noch länger zum Bundesgenossen seiner Todfeinde hergeben? So sehr wendet sich hier die allgemeine Aufmerksamkeit nach der Mainstadt, daß man Aller Reichsmänner Gesinnung zu durchforschen sucht: man vergißt die Unbill, die Schmerling uns zugefügt hat, da man hört, daß er seinen Abschied genommen hat und darin eine edle Erwiederung des Gagern'schen Vertrauens erblickt. Man späht, ob Jürgens-Detmold noch länger Hebammendienste verrichten wolle für den vom Czaren gewünschten Staatenbund. Man zweifelt nicht, daß Venedey sich wiederfinden, daß Raveaux nicht mehr Unmögliches wolle, daß die Sachsen von der Linken zur Besinnung kommen, daß die Katholiken erst deutsch und dann katholisch sein werden, wie Preußen vor Allem deutsch ist. Man vermißt in dem Welcker'schen Antrage die Einladung an die österreichischen Deputirten, welche die Knechtschaft der Heimath fürchten, bei uns zu bleiben und mit uns das Unserige theilend in dem Dome der deutschen Einheit bei uns zu wohnen, den noch von uns getrennten deutsch-österreichischen Brüdern ein Pfand, daß sie Alle in nicht ferner Zeit zu uns zurückkehren werden. Denn das Werden Oesterreichs ist, wie ein hiesiges Blatt heute sagte, der Anfang seiner Auflösung.

⩶ **München**, 14. März. Unser rein bureaukratisches Ministerium hat seinen Präsidenten mit dem Portefeuille des Innern doch noch in dem Regierungsdirektor Forster aus Augsburg gefunden. Es ist damit eine rein bureaukratische Spitze gefunden, und wir haben im Falle einer abermaligen Krise beim Wiederzusammentritt der Kammern in der That weder ein großes Verwaltungstalent, noch eine ausgezeichnete Arbeitskraft zu beklagen. Daß aber eine solche Krise unvermeidlich ist, sagt man sich nicht etwa nur in den oppositionellen Kreisen, sondern mit derselben Bestimmtheit auch in den allerkonservativsten. Man begreift daher nirgends, warum man jetzt — wie die Rede geht — noch vor dieser so nahen neuen Entscheidung die Handels- und Gewerbsangelegenheiten von dem Ministerium des Außern abscheiden, und an deren Spitze den Ministerialrath Hermann stellen will. Die bekannte Rede, wodurch ihm im September vorigen Jahres das Reichsministerportefeuille wieder aus den Händen fiel, ist zwar ein Zeugniß dafür, daß dieser Mann eine außerordentlich ausgebildete Anlage für Ungeschicklichkeit hat, aber trotzdem ist und bleibt er ein administratives Talent und im Gewerbs- und Handelsfache eine tüchtige Autorität. Talent und Autorität in ihren Fächern ist jedoch der gemeinsame Mangel der übrigen Mitglieder des Ministeriums. Man sollte sie also da, wo sie sich finden, nicht mit in den Strudel der nächsten Ministerkrisis ziehen. Welche persönliche Selbstständigkeit der Ansichten man dem neuen Minister des Innern zutraut, ist aus der überall umlaufenden Anekdote abzunehmen, daß es Herrn Forster in den Regierungssitzungen zu Augsburg nicht selten passirt sei, seine Veta mit der Einleitung abzugeben: „meine Frau meint ꝛc." Man wird es vielleicht für Geklätsch halten, daß ich Ihnen dies mittheile, allein ich meine, ein so charakteristisches Zeichen für die Hoffnungen, mit denen man einen Ministerpräsidenten aufnimmt, darf doch nicht übergangen werden.

Von dieser speziell baierischen und wahrlich recht kleinlichen Angelegenheiten komme ich zur jetzigen Stimmung des Publikums in der deutschen Frage. Die Sprengung des Kremsierer Reichstags und die Oktroyirung der Reichsverfassung haben ihren Eindruck nicht verfehlt. Hatte bisher schon in sehr weiten Kreisen die an Oesterreich angelehnte Politik der baierischen Regierung in der deutschen Frage die in den Kammerverhandlungen ausgesprochene Opposition gefunden, in welcher freilich die Erklärung gegen das preußische Kaiserthum ꝛc. eine wundersame Episode bildet — um es nicht härter zu bezeichnen — so fängt man jetzt dagegen wirklich an, sich dessen zu schämen, daß man sich von Gewohnheitssympathien noch immer fesseln und von einem eben auch nur bequemen Vertrauen auf Oesterreichs redlichen guten Willen hatte täuschen lassen. Besonders ist auch der Verdacht rege geworden, daß die ganze bisherige innere und äußere (deutsche) Politik Baierns von den Ollmützer Absichten, die nun zur That wurden, diktirt worden sei. Denn man zweifelt nicht daran, daß man in Nymphenburg schon länger von dem unterrichtet gewesen sei was dort bevorstehe. Jetzt erkennt man, daß Oesterreich innerhalb der Monarchie mit einem Machtspruche die Revolution „schließen" zu können vermeint, d. h. soweit irgend möglich die ganze Geschichte des letzten Jahres wegwischen will, während es die deutsche Angelegenheit vollkommen desavouirt. Und die nächste Frage ist dann: ist das nicht dieselbe Politik, welche Baiern, nur mit weniger Energie, ebenfalls in den letzten Monaten verfolgte? Gelänge aber der österreichische Staatsstreich mit allen gewünschten Konsequenzen, wer stünde dann für die Folgeereignisse desselben Styles in denjenigen Staaten, welchen jetzt nur Muth und Macht zu solchem Verfahren fehlt? — Es ist nicht nöthig die daran hängenden Folgerungen und Anwendungen weiter auszuführen. Sie sind selbstverständlich. Das nächste Gesammtergebniß ist aber, daß selbst Jene jetzt der baierischen Regierung mißtrauend gegenüberstehen, welche bisher deren Gebahren in der deutschen Frage, welche überhaupt ein Hereinfordern Oesterreichs in den engern deutschen Bund vertheidigten. Kommen die Dinge bis zum Wiederzusammentritt der Kammern nicht zu einem definitiven Abschluß, steht dann Baiern immer noch in zweideutiger Haltung dem Nationalwerke gegenüber, so geht die Regierung dem schwersten Stand entgegen. Sie wird dann voraussichtlich eine noch viel wichtigere, viel schärfere und auch massenhaftere Opposition als bisher finden. Sie wird dasselbe Resultat haben, welches ihr eine Kammerauflösung gebracht haben würde.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann'schen** Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaße, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2¼ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 77. **Frankfurt a. M.,** Sonntag 18. März. **1849.**

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

Deutschland.

> **Frankfurt,** 17. März. Endlich hat der große Kampf begonnen, von dessen Entscheidung es abhängt, ob dem deutschen Volke die Früchte seiner Erhebung werden, oder ob alle die Anstrengungen, Freuden und Leiden, des vergangenen Jahres vergebens gewesen sein sollen. Wir werden die Verhandlungen nicht ins Einzelne verfolgen: Wir wollen das Für nicht wiederholen und das Gegen nicht immer von Neuem widerlegen: wir werden uns darauf beschränken, den allgemeinen Gang der Berathung anzugeben.

In dem Vortrage, welchen der Minister-Präsident zur Beantwortung der Raumer'schen Interpellation beim Beginne der heutigen Sitzung hielt, lag eigentlich schon der Abschluß der ganzen Frage. Er sollte über den Stand der Verhandlungen Auskunft geben, welche er gemäß der ihm am 13. Jan. von der Nationalversammlung ertheilten Ermächtigung mit Oesterreich gepflogen habe. Er that dies in würdiger und kräftiger Weise. Eine direkte Antwort sei ihm auf seine bereits am 22. Jan. an den österreichischen Bevollmächtigten geschickte Note nicht geworden; dagegen läge eine Reihe von Aeußerungen und Thaten Oesterreichs vor, in denen sich zur Genüge die Ansicht desselben über sein mögliches Verhältniß zu Deutschland ausspreche. Es bestätige sich, was er selbst in seinem Programm vom 13. Dez. aufgestellt habe, daß ein doppelter Bund, ein engerer und ein weiterer, errichtet werden müsse. Die Nothwendigkeit dessen liege einmal in den außerdeutschen Provinzen und dann in der Unmöglichkeit, daß eine der beiden Mächte, Preußen und Oesterreich, sich der andern unterordne. Derselbe Umstand würde auch ein Direktorium unausführbar machen. Wenn Oesterreich nun erkläre, es könne seine deutschen Provinzen nicht aus dem Verbande der Gesammtmonarchie reißen, wenn es Verfassungsvorschläge mache, mit denen weder das Volk noch die Regierungen zufrieden sein möchten, was sei das Anderes, als eine Bestätigung jener Ansichten, daß Oesterreich für jetzt nur im weiteren Bundesstaat stehen könne und in den in Aussicht gestellten engeren nicht eintreten werde? Das Abschließen dieses engeren Bundes zu stören, liege aber weder im Interesse noch im Rechte Oesterreichs, im Interesse nicht, wie das Kremsier-Programm selbst anerkenne, im Rechte nicht, denn seine Vorschläge (mit seinem ganzen Länderkomplex in den deutschen Bund einzutreten) widersprächen den Verträgen von 1815. Nachdem jeder der beiden Theile, Oesterreich und Deutschland selbstständig konstituirt seien, werde es an der Zeit sein, das gegenseitige Verhältniß zu ordnen; er werde dann die Unterhandlungen nicht blos nach dem Gesichtspunkt führen, „was für Oesterreich möglich", sondern auch nach dem, was für Deutschland nothwendig sei.

Eine klarere, schlagendere Zusammenfassung der Sachlage, und der daraus zu ziehenden Folgerungen, wie sie der Minister-Präsident gegeben hat, wird schwerlich im ganzen Lauf der Berathung vorgetragen werden. Heute wenigstens haben wir sie nicht gehört.

Welcker als Antragsteller sprach zuerst. Er begann mit sich und seiner Selbstüberwindung. Mit dem heftigsten Pathos erging er sich dann gegen die empörenden österreichischen Vorschläge und richtete zum Schluß glühende Worte erst an die Linke, dann an die Oesterreicher.

Hr. v. Radowitz, der ihm folgte, war heute matter, als gewöhnlich. Seine Klagen über die Leidenschaftlichkeit des Hauses waren etwas schulmeisterlich. Die Befürchtungen, daß der Abschluß eines engeren Bundes ohne Oesterreich einen Krieg gegen Deutschland heraufbeschwören könne, mögen begründet sein; wie diese Gefahr aber durch seine Vorschläge vermieden wird, darüber sprach er sich mindestens undeutlich aus. Wir begreifen seine Absicht, daß es zur Rechtsgültigkeit und zur Sicherheit des Kaiserthums gehöre, wenn die Fürsten der Einzelstaaten vorher um ihre Einwilligung ersucht werden; aus welchem Grunde sollen aber diejenigen, welche ihre Einwilligung ertheilen wollen, wenn es trotz dem ohne sie errichtet werden soll, dann ruhiger als jetzt zuschauen? Anzuerkennen ist aber jedenfalls der edle Patriotismus, mit dem Hr. v. Radowitz seine Bedenklichkeiten, falls die Versammlung sie nicht theile, aufgeben zu wollen erklärte.

Herr Wurm wies, was sein Vorredner bezweifelt hatte, auf das Klarste nach, wie ein auch nur formelles Recht der fremden Mächte, in die Konstituirung Deutschlands hineinzureden, nicht bestehe; wie dies sogar der Bundestag ausgesprochen habe. Er wendete sich dann auf die speziell würtembergischen Verhältnisse und leitete aus der im März v. J. erfolgten Sendung des Herrn v. Gagern nach Berlin ab, daß schon damals die würtembergische Regierung für ein Erbkaiserthum gestimmt gewesen sei. Herr Römer nahm davon Veranlassung, auf die heftigste Weise dagegen zu protestiren, daß die würtembergische Regierung dem König von Preußen die Kaiserkrone habe übertragen wollen.

Nachdem noch Herr v. Herrmann als Nationalökonom aus Gründen des materiellen Vortheils gegen den Bund ohne Oesterreich gesprochen hatte, erhob sich der gefährlichste Gegner, Herr Vogt. Mit dem scharfen Spott, der nur ihm eigen ist, schilderte er, wie man die Gefahren des Krieges und der Oktroyirung übertreibe; jetzt seien die Gespenster, mit denen man

drehe, nicht mehr unten, sondern oben, man sehe jetzt „Gestalten", nicht mehr mit Schlapphüten und rothen Federn, sondern mit Kronen und Purpurmänteln. Sei aber wirklich Gefahr da, so dürfe man doch nicht die Zukunft des Vaterlandes verpfänden, sondern habe nur das Recht, zeitweilig einen Diktator zu ernennen. Er ging dann alle Fehler durch, welche die Versammlung in der österreichischen Frage begangen habe, und zeigte, wie sie sich jetzt über Oesterreich nicht beklagen könne. Hätte sie Wien gerettet, so hätte sie eine Hand bei der Ordnung der österreichischen Verhältnisse behalten. Aber sie habe die Hand abgehauen und im Rachen des Löwen gelassen. Er beschämte endlich seine Gegner, indem er ihnen die Widersprüche aus ihren früheren Reden vorhielt. Am schwächsten war er, wo er seine eigenen staatsrechtlichen Gedanken entwickelte; was er sich bei der Gestaltung, die er Preußen geben will, denkt, war schwer abzusehen.

Am Schluß seiner Rede protestirte seine Parthei schriftlich gegen einen Ordnungsruf, den er erhalten hatte, weil er äußerte, die Centralgewalt habe nichts gethan, als für das Kaiserthum zu intriguiren. Der Präsident rechtfertigte sich, indem er auf den Unterschied zwischen der Centralgewalt und ihrem Ministerium hinwies, und Vogt war ehrlich genug, einzugestehen, daß er den Ordnungsruf verdient habe.

Erklärung.

Herr Staatsrath Römer hat durch seine Erklärung in Nr. 61 (Extrabeilage) der Oberpostamtszeitung mich herausgefordert, „die Beweise, wenn ich welche habe, zu veröffentlichen, damit die von mir ihm beigemessene Politik gebührend gewürdigt werden könne." Einer solchen Aufforderung kann ich nicht wohl ausweichen, wenn gleich meine Interpellation in der badischen Kammer und die dadurch veranlaßte Verhandlung im Grunde jeden weitern Zeitungshader überflüssig gemacht hat.

Also zur Sache. Das badische Ministerium hat schon am 6. Jan. in einer Eingabe an das Reichskriegsministerium über die Lage der deutschen Gränzen Bericht erstattet; dasselbe verbirgt sich in diesem Berichte zwar nicht, daß Ereignisse eintreten könnten, die neue Hoffnungen erregen würden, daß namentlich die schwankende Lage der deutschen Verfassungsverhältnisse solchen Hoffnungen stets neue Nahrung zuführen müsse, aber es setzt gleichwohl hinzu, daß die Nachrichten im Allgemeinen beruhigender lauten und daß der Zustand der Dinge **wesentlich** besser sei. Uebereinstimmend mit dieser Ansicht wurde am 27. Jan. im badischen Staatsministerium ein Antrag auf **Verminderung** der badischen Truppen wenigstens durch Beurlaubung genehmigt. Inzwischen war unter dem 20. Jan. vom Reichskriegsministerium ein Erlaß ausgegangen, welcher den beruhigenden Nachrichten der badischen Regierung entgegenhielt, „wie namentlich durch den Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, dem Prinzen Karl von Baiern mehrfach Meldungen zugekommen, daß die Aufregung im Oberlande sich in den letzten Wochen noch gesteigert habe." Die Reichsbehörde stellte daher an Baden die Anfrage, ob man unter den gegenwärtigen Umständen „den Wegzug der Reichstruppen noch für zulässig halte." Gegenüber solchen Berichten konnte Baden nichts anderes erklären, als daß es unter solchen Verhältnissen ein völliges Zurückziehen der Truppen nicht für räthlich halte. Eine neue Note des Reichskriegsministeriums aber (vom 5. Febr.) stützte sich wiederholt auf jene Berichte, wie sie „**von dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps im Einverständniß mit dem Kommandirenden des 8. Armeekorps** ausgegangen seien" und erklärte, daß eine Verminderung oder ein Zurückziehen keineswegs gestattet werden könne.

Wenn nun Herr Staatsrath Römer **diesen** aktenmäßigen Thatsachen gegenüber die bekannten Aeußerungen gethan und damit das beliebte Thema „man müsse Baden hüten" in anderer Weise variirt hat und wenn seine neueste Erklärung dies trotzig wiederholt, so wäre es eher an mir als an ihm, Berufung einzulegen an das Urtheil „aller Männer von Ehre." Schwerlich freut er sich indessen selbst des Erfolges, den seine Erklärungen bis jetzt in Baden gehabt haben, z. B. des Umstandes, daß unsre dunkelrothe Presse zu Adressen nach **Stuttgart** statt nach **Karlsruhe** auffordert, weil bei Staatsrath Römer, nicht aber bei der badischen Regierung Verminderung der Okkupationslast zu erlangen sei. Schwerlich wird er selber bei ruhiger Ueberlegung in seinen Erklärungen ein sehr nachbarliches oder sehr staatsmännisches Verhalten erblicken, sondern sich wohl selber sagen müssen, daß man Staatsgeschäfte, namentlich wenn andere Staaten davon berührt sind, nicht so „cavalièrement behandeln sollte.

Indem ich bedaure, zu dieser Erklärung genöthigt zu sein, verzichte ich gern darauf, die Form und den Ton von Herrn Römers jüngster Erklärung mit Gleichem zu erwidern. Herr Römer weiß aus einer langen und ehrenvollen parlamentarischen Praxis wohl besser als ich, daß eine gute Sache durch grobe und schmähende Formen nichts gewinnt, eine schlimme dadurch nur verliert.

Heidelberg, den 15. März 1849.

L. Häusser, Abgeordneter der 2. badischen Kammer.

---

* **Frankfurt**, 17. März. Die „Frankfurter Ztg.", deren Zuverlässigkeit bekannt ist, bringt folgende Neuigkeiten:

„Soeben wird uns eine preußische Cirkularnote vom 10. März mitgetheilt, worin sich die preußische Regierung mit den Ansichten Oesterreichs über die oberste Reichsbehörde **vollständig einverstanden** erklärt und ihre Gesandten anweist, in diesem Sinne zu handeln. Wir werden den Wortlaut morgen mittheilen.

Heute früh traf von Berlin die Nachricht ein, daß der dänische Waffenstillstand durch österreichische Vermittelung auf 3 Monate verlängert wurde.

So viel man auch von preußischen Rüstungen spricht, so sei man überzeugt, Preußen wird **nicht** gegen Dänemark zu Felde ziehen und sich blos auf die Vertheidigung seines eignen Landes beschränken. Ebenso zieht sich Preußen von den Friedensunterhandlungen mit Dänemark zurück und wird höchstens dafür besorgt sein, möglichen Widerstand in den Herzogthümern gegen die vorgeschlagenen Bedingungen aus dem Wege räumen zu helfen. Letzteres Geschäft liegt übrigens vorzugsweise der Reichsgewalt ob und wird dieselbe durch ihren Reichskommissär dahin zu wirken trachten."

Dagegen berichtet die Palaments Korrespondenz: „Die Vorschläge, welche neuerdings vom dänischen Kabinette in London gemacht wurden, sind der Art, daß der wirkliche Ausbruch des Krieges am 26. März in keiner Weise mehr zu bezweifeln steht. Was die Verwicklung am traurigsten für Deutschland macht, ist Oesterreichs Parteinahme für die dänischen Ansprüche auf Schleswig: ein Umstand der nach Mittheilung aus Altona, die sich auf Nachrichten aus Kopenhagen stützen, kaum in Abrede gestellt werden kann. Das Reichsministerium beschleunigt die Truppenmärsche nach den Herzogthümern mit allem Nachdruck. Aus Preußen, von dem in Betracht der ernsthaft bedrohten Ostgrenze in erster Linie 12,000 und in vier Wochen dieselbe Anzahl verlangt worden ist, hat sich bereits ein stärkeres Kontingent in Bewegung gesetzt, nämlich das 14. und 15. Infanterieregiment 3. Bataillons der 1. und ebensoviel der 10. Landwehrbrigade, außerdem 8 Schwadronen Husaren (da sich schwere Kavallerie im vorigen Jahre als nicht recht anwendbar in den Herzogthümern gezeigt hat) und 4 Batterien: im Ganzen 14,000 Mann."

△ **Wien**, 13. März. Gestern Abend erhielten drei Eskadronen Wrbna-Chevauxlegers (Polen) den Befehl, in Eilmärschen nach Pesth aufzubrechen, wo sie längstens am 19. einzutreffen hätten. Heute, mit dem Frühesten machten sie sich auf den Weg. Bei Szolnock haben wir 600 Gemeine und eine große Anzahl Offiziere verloren. Dies ist nun schon die zweite Schlappe, die wir auf demselben Punkte erhalten, der Generalstab drang daher auf die Entfernung des Grafen Wrbna, welche, obwohl er die Protektion des Fürsten Windischgrätz besitzt, schon pensionirt sein soll, sowie General Karger, welcher in Szolnok selbst lag. Als Vortheil wird unsererseits geltend gemacht, F.M.L. Schlick habe während eines Scheinangriffs die Brücke über die Theiß abbrennen lassen und den Ungarn so den Rückzug abgeschnitten, doch behaupten andere Nachrichten, die ungarische Armee sei über die Donau gegangen, habe dadurch unsere Armee umgangen und stehe nun unweit Pesth! Unter die unverbürgten Gerüchte gehört, daß Peterwardein genommen und daß Bistritz in Siebenbürgen durch den tapfern Obersten Urban genommen sei. General Bem soll in Folge der Amputirung von zwei Fingern nun auch den Arm verloren haben und krank in Vasarhely liegen, mit ihm würden die Ungarn ihren tapfersten und umsichtigsten Führer verlieren. Die Ortschaft Muglur (Distrikt der Theiß), in welcher unsere Truppen gewaltsam nahmen, was ihnen taugte, war von dem Fürsten Windischgrätz mit 1000 fl. C.M. dafür entschädigt worden, aber nach dem Siege der Ungarn bei Szolnok hatte diese

ungarisch gesinnte Ortschaft fünf kaiserliche Munitionswagen, welche den Ort passirten, den Ungarn überliefert, dafür wurden auf Befehl die Theilnehmer standrechtlich erschossen und der Ort durch unsere Truppen in Asche gelegt!

Komorn ist noch immer nicht genommen, doch hat sich der frühere Kommandant der Festung wirklich freiwillig dem General Suffeck auf der Insel Schütt gestellt. Eine Patrouille aus der Festung, welche am 8. gefangen genommen wurde, sagte aus, daß die Einwohner nur noch Erbsen und Linsen zu ihrer Nahrung hätten und daß die Verstimmung allgemein sei.

Die Deputirten Fischhof und a Prato wurden von der Militärbehörde dem Civilgerichte übergeben. Fischhof wurde in einem Verhöre befragt, warum er im November v. J. nach der Besetzung der Stadt durch die k. Truppen, den Dr. Emzerger aus Grütz bei sich verborgen gehalten habe, worauf er erwiederte: ich habe ja im Oktober auch die Minister Doblhof und Bach bei mir aufgenommen und würde auch heute wieder jeden politisch Verfolgten bei mir aufnehmen. Die Deputirten, welche steckbrieflich verfolgt worden, sind: Füster, Violand und Kudlich, doch sollen die beiden ersteren bereits an der schlesischen Grenze sein, andere behaupten Füster sei in Ratibor in Preußen verhaftet und von dort an die österreichische Regierung ausgeliefert (!) worden. —

11 Uhr. Der heutige Tag scheint doch nicht ganz ohne Demonstration vorübergehn zu sollen. Auf dem Stephansplatze, Graben ꝛc. gehn die Massen dichtgedrängt und weit zahlreicher als an den Festtagen des 7. und 11. Die seit vorgestern neu auferstandene vormärzliche Polizeiwache rückt in Masse aus mit der Sicherheitswache. Auf dem Stephansplatze steht Kavallerie und Grenadiere, die Letzteren „in Bereitschaft", in der Burg stehn Szeredschaner und Kroaten und in allen Straßen und Plätzen wimmelt es von Militärabtheilungen. 1 Uhr. Der Menschenandrang in den Straßen hat folgende Veranlassung. Gestern wurde in der St. Stephanskirche für heute Vormittag ein Seelenamt bestellt und die Gebühren vorausbezahlt. Heute Vormittag um 10 Uhr bewegte sich ein kleiner Zug von schwarz gekleideten Männern und Frauen (20 bis 30) in die Stephanskirche dieß wurde gemeldet und auf dem Platze erschien Sicherheits- und Polizeiwache. In der Kirche selbst war indessen ein Wortwechsel entstanden, da man verweigerte die bestellte Seelenmesse abzuhalten und dieß mit einem Verbot der Militärbehörde entschuldigte. Auf dem Platze war nun auch Militär erschienen und es kamen immer mehr Menschen zusammen, welche sich aber alle vollkommen ruhig verhielten und sich darauf beschränkten, auf und abzugehen und sich gegenseitig und dann wieder das Militär neugierig zu betrachten. Es sind einige Verhaftungen vorgenommen worden, namentlich sah ich zwei Frauen einführen, welche aufreizende Worte gesprochen haben sollen, welche von einigen „Spitzeln" gehört wurden. Jetzt hat das Gedränge in den Straßen ein wenig nachgelassen. Starke Patrouillen durchziehen die Stadt, welchen man ruhig ausweicht; in einigen Stunden wird hoffentlich alles im normalen Zustande sein.

Im Ministerrathe wird so eben darüber verhandelt, ob es an der Zeit sei, daß sich der junge Kaiser nach Wien begebe, oder ob damit zu warten sei bis Ungarn unterworfen ist. Aus Siebenbürgen kommen uns die bittersten Klagen über den dort herrschenden Mangel. Die Einwohner des flachen Landes und der Städte bitten, um Gottes Willen, daß man die Russen wieder entferne, da sie nicht genug haben zu ihrer eigenen Erhaltung, also um so weniger die Anforderungen der russischen Besatzungen zu befriedigen im Stande sind.

Wien, 13. März. Wir lesen in der Oberösterreichischen Zeitung, daß F. M. Windischgrätz vom Kaiser die Weisung erhalten habe, sich jedes Einflusses auf die Civilverwaltung in Ungarn zu enthalten, welcher der Ban Jellacic als ernannter Civilgouverneur vorstehe und dem alle k. Kommissäre untergeordnet seien. — Die neueste Verordnung des F. M. Windischgrätz aus Ofen v. 10. März verhängt über den Adel und die Bürger, dann die Städte und Gemeinden, die sich dem Aufruhr anschließen, die Tragung der Militärrequisitionen ohne Anspruch auf Entschädigung; demnächst werden diejenigen Kathegorien unter dem Adel und Bürgerstande verhalten, die Verpflegungskosten des Militärs zu tragen, welche für die kais. Sache sich unthätig bewiesen; doch erfolgen die Requisitionen hier gegen Quittung und es bleibt der Anspruch auf Ersatz vorbehalten. Auf vollen Ersatz haben die getreuen und loyalen Bewohner insbesondere Anspruch. Die Anstifter von Schaden verfallen der Vermögenssequestration.

** **Berlin**, 15. März. Ein Königreich für ein Centrum! heißt es an manchen Orten. Osterrath und Saltzwedell haben versucht, eines zu bilden; ohne Erfolg. Vorläufig gehört das Centrum, wovon auch der deutschen Zeitung kürzlich berichtet ist, in das Reich der Träume. Freilich „allmählig aufsteigend zu immer innigerm Verband" könnten mehrere Westphalen um Harkort ein solches ausmachen; doch dieser Kreis von Westphalen ist wohl mehr landsmannschaftlich. Gestatten Sie mir über einen Vorfall in der zweiten Kammer einige Worte. Als Ereigniß vom 10. März wird in Nr. 72 der deutschen Zeitung berichtet, daß Herr Rohden, ein Mitglied des „von Grabow und Immermann vorbereiteten Centrums" erklärt hat, zwar auf der Rechten zu sitzen, aber nicht zur Rechten zu gehören. Dieser Redner sagte selbst, er habe sich über seine politischen Ansichten mit Niemand geeinigt, er gehöre zu keiner Partei der Kammer; und er sei beauftragt, auch von Andern dasselbe zu sagen. „Dieser öffentliche Bruch des Centrums mit der Rechten", fährt Ihr Berichterstatter fort, „Sie wissen, daß es hier in den Kammern räumlich kein Centrum gibt; es sitzen mehrere Mitglieder der Rechten auf der Linken; es sitzen auf beiden Seiten natürlich Mehrere, die zu keiner Partei gehören. Rohden, der selbst erklärt, zu keiner Fraktion zu gehören, sitzt auf der Rechten. Er ist also auch kein Mitglied des Centrums. Doch Grabow und Immermann haben weder mit einem Centrum, noch miteinander etwas zu schaffen. Immermann ist auch Einer von denen, welche auf der Rechten sitzen, fast immer mit der Rechten stimmen, und nicht zur Rechten gehören. Doch gehört auch er zu keiner Fraktion. Der Grund liegt einfach darin, daß er das in dem Programm für Anerkennung der Verfassung gebrauchte Wort „rechtsgültig" nicht billigt; hätte statt dessen das Wort „gültig" gestanden, so würde derselbe das Programm wahrscheinlich unterschrieben haben. Grabow hat es unterschrieben und ist weit davon entfernt, sich von seinen politischen Fr unden zu trennen. Es haben sogar Mehrere das Programm der Stadt London unterschrieben, welche nicht eigentlich zur Rechten gehören; dagegen Grabow gehört zur Rechten. Ich will nicht bestreiten, daß ein Kenner des hiesige Parteiwesens eine Veränderung auf Seite der Rechten in nahe Aussicht stellen. könnte. Wenn die eigentlichen Aufgaben, welche sich die Rechte (einschließlich Grabow, Vincke, Schwerin, Auerswald, Bodelschwingh, Bismark) gesteckt hat, gelöst sind, d. h. wenn die Verfassung als nunmehr gültiges Staats-Grundgesetz anerkannt, wenn die deutsche Frage für den Bundesstaat, für die Verständigung beantwortet ist vermittelst der jetzigen konservativen Majorität, dann wird vielleicht das Ministerium und dessen Vorlagen die Veranlassung geben, daß eine eigentlich ministerielle Fraktion als äußerste Rechte ausscheidet. Es werden dann, also nach Rettung des Wesens unserer öffentlichen Dinge, des konstitutionellen Königthums und des deutschen Reichs, gewiß mehrere charakteristische Fraktionen entstehen. Ich werde nicht säumen, Ihnen von den ersten nennenswerthen Symptomen neuer Partei-Organisation Nachricht zu geben.

** **Berlin**, 15. März. Heute wird in der Paulskirche der Antrag Welckers berathen. Als ich ihn erfuhr, klang mir das Wort aus Don Carlos im Ohr: „Lassen Sie in allen Kirchen ein Tedeum singen — der Sieg ist unser"! Ich versichere Sie, dort in Frankfurt ist die Stimmung nicht so festlich, feierlich, bewegt gewesen, als hier. Wohin man kam, tönte das Wort vom Kaiser und vom Reich entgegen! Allen Ernstes fragten sich Männer aus den Kammern, welcher Empfang der großen Deputation zu bereiten sei. Die zahlreichen dreifarbigen Kokarden, die namentlich seit dem März wieder allenthalben auftauchen, haben sich seither verdoppelt. In der ersten Kammer erschien der Prinz von Preußen als Zuschauer, als Stahl mit seiner Vereinbarung allein blieb und Maurach mit einer fast von Thränen erstickten Stimme in leidenschaftlicher Heftigkeit den für einen Verräther erklärte, welcher die Reichsversammlung und ihr Werk herabsetze. Das wäre das größte Unglück, wenn der Antrag Welckers verworfen würde; für die deutschesten Preußen ein wahrhaft töötlicher Schlag!

= **Berlin**, 15. März. Die gestrigen Verhandlungen der ersten Kammer werden in der Paulskirche ein dankbares Echo gefunden haben. Das war eine Verhandlung aus dem Vereinigten Landtag: groß und würdig wie es einer preußischen Versammlung

geziemte. „Die Frage, die uns beschäftigt, ist die größte die uns je beschäftigen kann — die Frage von Deutschland, welche seit dem Lüneviller Frieden fast nur noch in Liedern lebte": so sagte Graf Dyhrn und dies Gefühl lebte in der ganzen Verhandlung. Nur die Rede des Professors Stahl, des Ritters der Legitimität und der bestehenden Machtverhältnisse brachte einen Mißton in die Versammlung. — Die bedeutungsvolle Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er keine Erklärung geben könne — und warum hätte er sie abschlagen sollen, wenn der König entschieden gewesen, wie Manche es wünschen, die Kaiserkrone nicht anzunehmen — ging in der Hitze der Debatte ziemlich unbemerkt verloren. Zum Schlusse erhob sich noch eine sehr interessante Verhandlung über die Reihenfolge der Abstimmung, indem Milde durch den Antrag, die Stahlsche Proposition möge zur Abstimmung gelangen, den Versuch machte, eine äußerste Rechte abzuschneiden.

Möchte man aber in Frankfurt eilen: möchte man den mit letzter Kraftanstrengung auch hier sich regenden Gegnern des Erbkaiserthums keine Zeit lassen. Denn darin stimmen hier Aller Ansichten überein: der Welckersche Antrag ist der Rettungsanker des deutschen Parlaments. Fällt der Antrag, so fällt mit ihm auch das deutsche Parlament.

An Belagerungszustand, an den bevorstehenden 18. März und innere Politik wird hier jetzt wenig gedacht. Aller Blicke sind jetzt nach Frankfurt gerichtet.

* **Berlin**, 15. März. Die allgemeine Zeitungskorrespondenz bezeichnet ihre neuliche Mittheilung über die beabsichtigte Oktroyirung einer Verfassung in Mecklenburg als eine ganz zuverlässige.

Halberstadt, 11. März. Ueber die seit dem November v. J. inhaftirten politischen Gefangenen ist das Urtheil gesprochen. Referendar Berteg wurde zu anderthalb, Wislicenus, Tremper, Schmidt, Belge, Jeder zu einem Jahre Festungsstrafe verurtheilt. (D. R.)

Erfurt, 11. März. Das Ministerium Manteuffel behauptet in seiner Rechtfertigungsschrift über den Berliner Belagerungszustand, worin auch der hiesige Belagerungszustand erwähnt ist: „Eine zeit- und distriktsweise Suspendirung der §§. 1 und 6 des Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 24. September 1848 hat niemals Statt gefunden." Das ist bezüglich Erfurts eine Unwahrheit, welche nur auf falschen oder irrigen Berichten gegründet sein kann, welche das Ministerium Manteuffel von hier erhalten hat. Hier sind jene Grundrechte in häufigen Fällen allerdings faktisch suspendirt worden, indem die Polizei und Soldaten bei Tag und Nacht zu Haussuchungen in die Wohnungen drangen und Verhaftungen außer dem Gesetze vornahmen. Wir fordern das Ministerium Manteuffel hiermit auf, von uns hierüber die Beweise zu verlangen, wenn es ihm um Ermittelung der Wahrheit zu thun ist. (Rh. u. M. Z.)

0 **München**, 14. März. Der Abgeordnete Hermann ist heute, ohne ein Portefeuille übernommen zu haben, nach Frankfurt zurückgereist. In einer Audienz, die er bei Sr. Majestät gehabt, soll ihm dieser versichert haben, daß dem wieder zusammentretenden Landtage die Publikation der Grundrechte vorangehen solle, daß man ferner nicht an eine Auflösung der Kammer der Abgeordneten, sondern im Gegentheil an eine frühere Einberufung derselben bis zum 25. März hin denke. Ich weiß aber nicht, ob die heute aus Frankfurt eingetroffenen Nachrichten bezüglich der Welckerschen Anträge die Stimmung in Nymphenburg wieder geändert haben; möglich wäre es, denn die Uebertragung der erblichen deutschen Kaiserkrone an das Haus Hohenzollern mag dem baierischen Hofe, ohnerachtet seiner neuesten entente cordiale mit dem Berliner Kabinette, eben doch noch nicht genehm sein. Das ist wenigstens gewiß, daß die Annahme dieser Anträge im Ganzen jetzt weit günstiger von der deutschen Partei in München aufgenommen werden würde, als es vor der Oktroyirung der österreichischen Verfassung geschehen wäre, und ich hörte selbst Demokraten sich beistimmend über diese Anträge aussprechen, als das nächste Mittel, wenigstens die Einheit zu retten. — Die nach Schleswig bestimmten Truppen haben nun doch Marschbereitschaft erhalten, und werden wenn nicht Contreordre kommt in den nächsten Tagen schon über Nürnberg und Leipzig mittelst der Eisenbahn den Weg nach ihrem Bestimmungsorte machen. General Schmalz wird den Befehl über die baierischen Truppen in Schleswig, General Dupontel über jene in Altenburg übernehmen. Die von hier abgehenden Infanteriebataillone werden durch ein Jägerbataillon ersetzt werden. Im Ganzen sollen 16,000 Mann marschieren. — Viel Aufsehen machte eine in das gedruckte Protokoll der Kammer der Reichsräthe aufgenommene Rede des Grafen Armannsperg gegen die unbedingte Anerkennung der Grundrechte, welcher dieselbe in der Kammer gar nicht gehalten hat, und die einen Tag nach jener Sitzung, in welcher diese Angelegenheit dem betreffenden Ausschusse ohne alle Debatte zugeworfen wurde, schriftlich unter die Reichsräthe vertheilt worden war. Man vernimmt darüber, daß die Herren Reichsräthe damals nicht zu sprechen gewagt haben, weil Sie von Seiten ihres Kollegen Wallerstein eine beredte Vertheidigung der unbedingten Geltung der Reichsgesetze fürchteten. Um aber den altbaierischen Adressenmännern zu zeigen, wie man mit ihnen den Haß gegen die Grundrechte theile, wurde diese ausgesprochene Rede ins Protokoll aufgenommen.

* **München**, 14. März. Der Allg. Z. wird geschrieben, daß der Prinz Adalbert am 12. von seiner Lustreise nach England, Spanien und Portugal zurückgekehrt ist, ferner, daß der König in Folge der sich häufenden Gesuche von Gemeinden auf die durch das Jagdgesetz als Leibgehäg designirten Rayons in den Umgebungen von München, Hohenschwangau und Berchtesgaden freiwillig verzichtet hat.

München, 15. März. Wird das Einberufungsdekret heut nicht erscheinen, so darf man sicher annehmen, daß sich in Nymphenburg der Wind wieder gedreht hat, daß man von dem Gedanken wieder abgekommen ist, durch innigen Anschluß an die Centralgewalt und durch Gewährung der versprochenen Rechte sich in dem eigenen Volksstamme eine sichere Stütze, im übrigen Deutschland Vertrauen und Ansehen zu erwerben. Die Zeit drängt, und zehn Tage sind wohl nöthig um durch die äußeren Behörden die einzelnen Abgeordneten zusammenzurufen, bis dahin aber kann auch die verfassunggebende Nationalversammlung ihre Aufgabe erfüllt haben, und Absicht und Zweck der Einberufung wäre verfehlt. Man täuscht sich aber auch, wenn man in Nymphenburg etwa den Glauben hegt, die Abgeordnetenkammer hänge noch an der Idee, die, in der Müllerschen Erklärung ausgesprochen, von ihr in einem Momente der Ueberraschung durch Acclamation angenommen worden war. Die österreichische Verfassung hat nun sicher den größten Theil aufgeweckt und nüchtern gemacht. Die Nothwendigkeit eines preußischen Kaiserthums wird bereits von Manchem derselben anerkannt; die legislativen Bürgerschaften in Bayern haben aber nun vor der Hand ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, die materiellen Nachtheile, die sich etwa für Süddeutschland aus der Uebermacht des Nordens erheben möchten, wo möglich im Entstehen zu beseitigen. Daß die bairische Krone wieder zur Vasallin wird, wird vielleicht nur im eigentlichen Altbaiern Bedauern und Widerwillen erregen; der Franke wird nur den Gewinn an Einheit und Freiheit im Auge haben. Wenn aber letztere nicht gesichert wird, so wird die neue Krone in ihm einen entschiedenen Gegner finden. — Herr v. d. Pfordten hat das ihm angebotene Portefeuille ausgeschlagen, da man nicht auf die von ihm gestellten Bedingungen einging. Er wird aber demungeachtet sein Domicil wieder in Baiern nehmen, und in seine frühere Stellung als Professor zurückkehren. Wie ich vernehme, wird ihm an der hiesigen Hochschule ein Lehrstuhl überlassen werden. Es thut auch noth, daß man der hiesigen Universität durch Herbeiziehung auswärtiger Kräfte wieder auf die Beine hilft. — Das neueste Regierungsblatt, dat. vom 11. d. M., bringt den Abschied für den Landrath der Pfalz. Wir entnehmen daraus, daß aus den Kreisfondserübrigungen 28,000 fl. zur Errichtung einer Irren-Heilanstalt für die Pfalz verwendet werden solle. Die Errichtung eines Filialinstituts der armen Schulschwestern in Maikammer hat zu unterbleiben, wogegen der beantragten sofortigen Aufhebung des Minoritenklosters zu Oppersheim im Hinblick auf den Art. VIII. des Concordats gewichtige Bedenken entgegenstehen sollen. Die derzeitige Regierung gibt demnach dem Worte aliqua eine Ausdehnung die sich über eine Zahl von mehr als hundert erstreckt. — Dem Antrage des Landraths wegen Aufnahme der französischen Sprache in die obligaten Unterrichtsgegenstände an den pfälzischen Studienanstalten wird in der demnächst zu erlassenden neuen Schulordnung Berücksichtigung zugesagt. Auch dem Verlangen einer theilweisen Umwandlung der lateinischen Schulen und Gewerbsschulen wird Berücksichtigung versprochen. Auf die Wünsche und Anträge erwiedert die Regierung unter anderm folgendes: „Auch wir sind

von dem Streben nach Wiederherstellung eines einigen und dadurch mächtigen Deutschlands beseelt und werden zur Erreichung dieses großen Zweckes thätig mitwirken. Um so sicherer zählen wir auf die Fortdauer der Liebe der Pfälzer zu ihrem angestammten Fürsten und werden nie aufhören dieselbe durch treue Sorgfalt für die Verbesserung der pfälzischen Zustände zu erwidern." Den Anträgen wegen Oeffentlichkeit aller Landrathsverhandlungen wird in einem betreffenden Gesetze ebenfalls Berücksichtigung zuerkannt. Das dortige Postwesen soll neu revidirt werden und auch den übrigen Wünschen wird Erfüllung versprochen. Der Abschied schließt äußerst gnädig mit den wiederholten Versicherungen besonderen Wohlwollens, und ist noch vom abgetretenen Ministerium unterzeichnet.

A **Dresden**, 15. März. Die Steuerangelegenheit hat (vgl. D. Z. v. 13. März) den Ausgang gehabt, der vorauszusehn war. Die zweite Kammer ist, um mit der ersten Kammer in Uebereinstimmung zu kommen, von ihrem ursprünglichen Beschlusse der Steuerbewilligung bis Ende Juni zurückgegangen und hat die Bewilligung bis zum Ende des nächsten Monats beschränkt. In diesem Zeitraume ist, wie ich Ihnen bereits gemeldet, ein Grundsteuertermin gar nicht fällig. Die Regierung wird baldigst ein neues Dekret mit Steuerforderung vorlegen. In der ersten Kammer wurde heute ein Antrag des Abg. Heinze: „1) Die Kammern wollen der Staatsregierung erklären, daß die durch den königlich sächsischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt in Bezug auf das Recht des Staatenhauses und des für die Wahlen dazu geforderten Census, so wie die in Bezug auf das absolute Veto abgegebenen Erklärungen den Ansichten und dem Willen der sächsischen Volksvertretung entschieden entgegen seien; und daher 2) die Staatsregierung aufzufodern, die über jene drei Punkte des deutschen Verfassungswerks an die Centralgewalt abgegebene Erklärung schleunigst zurückzunehmen und den diesseitigen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt anzuweisen, sich nun im entgegengesetzten Sinne gegen die Centralgewalt auszusprechen" einstimmig (der zweite Punkt gegen 4 Stimmen) angenommen. Aus der Erklärung des Ministers von Beust ging hervor, daß die Regierung sich die Zustimmung der Kammern vorbehalten habe und auch nicht abgeneigt sei, nöthigenfalls von ihren früheren Ansichten über die Nothwendigkeit eines so hohen Census für das Staatenhaus abzusehen.

× **Hannover**, 15. März. Nach dem Beschlusse der Stände vom 3. März konnte das Ministerium entweder sich fügen oder die Kammern auflösen. Es hat nichts von alledem gethan. Es bleibt und fügt sich nicht. Es führt die Grundrechte nicht ein. Die in ihrer Ehre gekränkte zweite Kammer wird aber auf deren Veröffentlichung bestehen, und dem Ministerium wird nichts übrig bleiben, als deren Auflösung. Für diesen Fall ist auch schon gesorgt. Der Antrag auf Bewilligung der Steuern ist bereits eingebracht. Werden die Kammern aufgelöst, so können die Steuern bis Ende 1849 forterhoben. Bis dahin kann vielerlei geschehen. Die Ritter des Welfenordens, Fürst Windischgrätz und der Ban von Kroatien, können bis dahin schon ihr Hauptquartier in Hannover aufgeschlagen haben und als liebe Gäste im Schlosse speisen. Allein die zweite Kammer wird alle in ihrer Macht stehenden Mittel anwenden, um ihr Ansehen zu retten. Ihre letzte Waffe ist §. 102 im Landesverfassungsgesetz, wo es heißt: „Die allgemeine Ständeversammlung ist befugt, die Verantwortlichkeit der Minister durch eine an den König selbst gerichtete Beschwerde geltend zu machen, welche die Entlassung der Minister oder des betreffenden Ministers zur Folge haben soll."

In der Sitzung trat Stüve diesmal milder auf. Er sprach den Wunsch aus, die Berathung über das Schreiben der Minister möchte ausgesetzt werden. Seit dem Erlasse des Schreibens, sagte er, ist eine große Wendung der Dinge in Frankfurt eingetreten. Die Entscheidung kann bald, sehr bald eintreffen, bis dahin ist es nicht nöthig, uns zu entzweien, uns wieder in Prinzipienkämpfe einzulassen. Der 4. März in Oesterreich habe auf das Verfassungswerk, auf die Oberhauptsfrage den entscheidendsten Einfluß. Was dem Frankfurter Beschluß, der jetzt bevorstehe, folgen werde, sei noch nicht abzusehen. Es stimmen jetzt Männer dafür, namentlich süddeutsche Abgeordnete, die bis jetzt dem Erbkaiserthume entschieden entgegen waren. Was werden die Folgen des Beschlusses sein, der nicht mehr zweifelhaft ist? Die Versammlung in Berlin wird sich ihm nicht widersetzen und geht Oesterreich entschieden von Deutschland zurück, dann bleibt nichts übrig, als die Sache einigermaßen zu ordnen. Der Kriegszustand, der uns nahe liegt, wird nach dem Beschlusse über die Kaiserfrage eine ganz andere Bedeutung erhalten. Viel Zündstoff ist jetzt aufgehäuft, die Flamme ist bald angefacht und der erste Schritt an der Elbe kann ganz Europa in Flammen setzen. Dann kann unser Prinzipienstreit auch in Flammen aufgehen. Bis wir wissen, was in Frankfurt geschehen ist, hat die Sache in der That keine Eile. Mein Antrag geht dahin, daß die Berathung über das Schreiben bis zum nächsten Montag ausgesetzt wird. Allein die Versammlung lehnte Stüves Antrag mit großer Mehrheit ab und schritt zur Berathung. Stüve fuhr dabei wieder auf die Theilbarkeit der Länder her, wogegen er einen blinden Haß hat. Und dennoch sind die ländlichen Verhältnisse nirgends günstiger, als z. B. in Ostfriesland, wo von jeher freie Theilbarkeit des Bodens geherrscht hat, Stüve behauptete, jene Beschlüsse rührten namentlich von den Oesterreichern her, und gab sich dabei der Hoffnung hin, wenn die Oesterreicher aus dem Parlamente schieden, so ließen sich wohl noch Abänderungen treffen. Wer Stüven von dieser schwachen Seite faßte, dem gelang es vielleicht noch, ihn auf den richtigen Weg zu bringen, obgleich man dabei sagen mußte: Herr, Deine Wege sind wunderlich. Der Gesetzentwurf auf Abänderung des §. 2 der Landesverfassung, d. h. die Anerkennung der Grundsätze des Ministerialschreibens ist mit 67 Stimmen gegen 7 verworfen. Soeben erfahre ich, daß das Ministerium dem heute drohenden Sturme zuvorgekommen ist und die Stände bis zum 12. April vertagt hat.

△ **Aus Baden**, 13. März. Die Agitation gegen die gegenwärtige Kammer ist im Zunehmen. Bis jetzt wurde mehr vereinzelt und unter der Hand für die Auflösung gewirkt, jetzt hat der „provisorische Landesausschuß der Volksvereine" offiziell zu den Schritten aufgefordert, welche dieselbe herbeizuführen geeignet sind; er richtet an die sämmtlichen Abgeordneten der „Volkspartei" die Aufforderung, unverzüglich aus der Kammer auszutreten und jede abermalige Wahl zu der bestehenden Ständeversammlung abzulehnen, an die sämmtlichen Wahlbezirke, ihre Abgeordneten sofort aus der Kammer abzurufen, an die sämmtlichen Wahlmänner, sich jeder Theilnahme an einer weiteren Abgeordnetenwahl zu enthalten und endlich, an die sämmtlichen Bürger Badens, gegen die Beschlüsse und Gesetze der bestehenden Ständeversammlung Verwahrung einzulegen. Es sollte mich sehr wundern, wenn die Regierung, einer so organisirten Agitation gegenüber, nicht auf Mittel denken sollte, zunächst wenigstens der Organisation der Agitation, mit andern Worten dem auf diese Weise verstandenen Vereinswesen ein Ende zu machen.

Das Plaidoyer der in Bruchsal befindlichen Freischärler beginnt bereits, noch bevor das Geschwornengericht zusammengetreten ist. Die Herren, an ihrer Spitze der Bürger Bornstedt, der einst Herr von Bornstedt hieß, sind empört, daß eine „feile Presse" es gewagt, die republikanischen Schaaren, welche Deutschland zu befreien kamen und einstweilen und auf Rechnung der künftigen Freiheit einige kleine Eingriffe in das sich gestatteten, was der Spießbürger Eigenthum nennt, als räuberische Horden zu bezeichnen; es wird ihnen dadurch, erklären sie, die „heilige" Pflicht auferlegt, die Vertheidigung der „reinen und edlen Quelle" der Freischaarenzüge von Hecker, Struve und der Pariser Legion zu übernehmen. Diese Vertheidigung wird wunderbarer Weise dadurch geführt, daß sie sich „auf ihr Wort" verpflichten, „in der mündlichen Verhandlung, den Geschwornen gegenüber, denjenigen Stolz und Anstand zu behaupten, welcher den wahren Republikanern ziemt." — Stolz lieb ich den Spanier, selbst wenn der Becher überschäumt. — Den Kern des ganzen Playdoyers muß man aber in den Schlußworten suchen: „damit indeß diejenigen, welche der Hülfe bedürfen, in anständiger Kleidung vor Gericht erscheinen können und, falls sie freigesprochen würden, ihren Lebensunterhalt für die erste Zeit gesichert haben, so ergeht an alle Demokraten Deutschlands die Aufforderung, für die Herbeischaffung der nothwendigen Uebersendungen zu sorgen."

Rendsburg, 12. März. Die Festung Rendsburg ist in diesen Tagen wieder so belebt, wie es im denkwürdigen verflossenen Jahre nach dem 24. März, dem Tage unserer Befreiung, der Fall war. Mit großer Bereitwilligkeit stellen sich die einberufenen Reserven nicht minder, als die Rekruten, welche zu Ersatzmannschaften herangebildet werden. Daneben ziehen die hier garnisonirenden Reichstruppen und das neunte Bataillon in diesen Tagen gen Norden, um anderen vom Süden nachrückenden Ba-

taillonen und Batterien Platz zu machen, so daß von nun an täglich ein Wechsel stattfinden wird. Es ist merkwürdig, wie schnell der Mensch an Zustände dieser Art sich gewöhnt! Während vor dem 24. März beherzte Männer selbst mit einem gewissen Grauen an die Kriegsfälle dachten, welche jeder Weiterblickende als unausbleiblich vorhersehen mußte, ist jetzt die Kündigung des Waffenstillstandes mit einer Ruhe vom ganzen Volke aufgenommen, welche von der Entschlossenheit desselben Zeugniß ablegt, die Opfer und die Leiden des Krieges, wenn es so sein muß, bereitwillig auf sich zu nehmen, um dadurch seine Freiheit sich zu bewahren.

Großbritannien.

*** London,** 14. März. Die Times meldet: „Die Acadia und Britannia, die, wie wir früher erwähnten, durch die deutsche Centralregierung der nordamerikanischen Postdampfschifffahrtgesellschaft für den Gebrauch von Kriegsdampfern abgekauft wurden, verließen die Mündung des Mersey, die Acadia am Freitag und die Britannia am Montag, um nach Antwerpen zu segeln, wo sie so viel wir glauben, ihre Bewaffnung empfangen werden. Außer diesen hat dieselbe Regierung das Dampfschiff United States angekauft, als ebenfalls zu einem Kriegsschiff geeignet." Das Riesendampfschiff Great Britain soll von einer Gesellschaft um 25,000 Pf. angekauft sein, um zur Beförderung von Reisenden zwischen einem Punkt der Westküste von Südamerika und San Francisco zu dienen.

Dem „Liverpool Mercury" zufolge ist mit dem Dampfboot Niagara auch Herr Lewis Caß, Sohn des Generals Caß, in Liverpool angekommen, von wo er sich auf seinen Posten als Konsul der Vereinigten Staaten nach Rom begibt. Bekanntlich fand diese noch vom Präsidenten Polk vollzogene Ernennung in den Vereinigten Staaten vielen Anstoß, weil man es nicht ganz schicklich fand, daß Polk noch vor seinem Austritt gerade den Sohn desjenigen Mannes, welcher Taylors gefährlichster (demokratischer) Nebenbuhler bei der Präsidentenwahl war, zu diesem Posten befördert hatte. Es hieß auch einmal, Polk habe diese Ernennung zurückgenommen, was jedoch, wie man sieht, nicht der Fall war. Wie sich denken läßt, bemäntelt die Gegenpartei ihren Aerger über diese Ernennung mit dem Vorgeben, daß Hr. Lewis Caß zu einem solchen Posten gänzlich unfähig sei.

Der sogenannte Eisenbahnkönig, Hr. Hudson, Präsident von fünf Eisenbahngesellschaften, dessen Vermögen auf nicht weniger als 25 Mill. Pf. geschätzt wird, ist bekanntlich in einen häßlichen Handel verwickelt, indem er von einer dieser fünf Gesellschaften beschuldigt wird, durch Uebervortheilung beim Aktienverkauf sich einen unrechtmäßigen Gewinn von 14,000 Pf. zugeeignet zu haben, worauf auch die übrigen vier Gesellschaften sich veranlaßt sahen, eine Kommission mit einer genauen Untersuchung über Hudsons Rechnungsablegungen zu beauftragen. Mehrere Zeitungen nehmen sich Hrn. Hudsons bereits eifrig an und versichern, die Unschuld Hrn. Hudsons werde klar zu Tage kommen. Wohl möglich, da die modernen Begriffe, welche im Börsen- und Aktienhandel gelten, etwas sehr liberal sind (liberal für den Gewinnenden und klug Spekulirenden!); soviel aber ist gewiß, daß sich in einen Geldsack von 25 Mill. Pf. viele Taschen geleert haben müssen, ehe er so voll wurde.

Frankreich.

*** Paris,** 15. März. Ueber die gestrige Sitzung der Nationalversammlung haben wir noch nachzutragen, daß Marrast bei der zweiten Abstimmung zum Präsidenten gewählt wurde, und daß bei der Berathung des Wahlgesetzes der Vorschlag der Kommission, den Militärs die Zeit während dem sie Abgeordnete sind, bei der Berechnung ihrer Pension und bei dem Amendement nicht anzunehmen, verworfen worden ist.

Heute ist nun die dritte Lesung des Wahlgesetzes beendet worden. Der 15. März war der dazu bestimmte Tag, und mit reißender Schnelligkeit ohne erhebliche Berathungen wurden sämmtliche noch übrige Artikel vom 84. bis 121. angenommen. Bei der nachträglichen Berathung des 81. Art. wurden in den Kreis der Inkompatibilitäten noch einige Beamte hineingezogen. Das ganze Gesetz wurde mit ungeheurer Mehrheit genehmigt. Nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes werden nun am 7. Mai die Wahlkarten vertheilt werden, am 13. Mai die Wahlen stattfinden, und am 28. Mai wird die legislative Versammlung zusammentreten.

Die Assemblée Nationale behauptet, daß die gestern allgemein verbreitete Nachricht von dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Piemont, welche auch in der halboffiziellen Patrie von gestern Abend enthalten ist, auf einem Irrthum beruhe. So viel sei indessen gewiß, versichert dasselbe gewöhnlich sehr gut unterrichtete Blatt, daß die piemontesische Armee den Tessin überschritten habe. — Der 13. März war der Tag, an welchem der Waffenstillstand aufgekündigt werden mußte. Der Uebereinkunft gemäß durften die Feindseligkeiten erst acht Tage später wieder eröffnet werden; allein es war vorauszusehen, daß man nicht so lange warten würde. Karl Albert betrachtet bekanntlich den Waffenstillstand als von den Oesterreichern durch die Besetzung Ferrara's gebrochen, so daß es einer Aufkündigung eigentlich gar nicht bedürfte.

Bei seinem letzten Ball hatte der Präsident der Republik angeblich vergessen, vier ihm mißliebige Vice-Präsidenten und fünf Sekretäre der Nationalversammlung einzuladen. Zu dem Ball, den er gestern Abend gegeben, hat er zwar das Bureau der Nationalversammlung nicht vergessen, allein er hat dasselbe auf höchst nachlässige Weise und gegen allen Gebrauch erst gestern Morgen einladen lassen. Der National, der auch unter der Republik die Etiquette ritterlich vertheidigt, ist darüber heftig erbost. Der Ball war übrigens, wie Augenzeugen berichten, sehr glänzend. Die hervorragenden Mitglieder der Nationalversammlung, der Künste und Wissenschaften, so wie die fremde Diplomatie waren gegenwärtig. Unter den eleganten Frauen bemerkte man die Marquise von Santa Cruz, so wie Madame Monnier, die Frau eines reichen Gutsbesitzers aus dem Jura, deren Schmuck man auf 200,000 Franken schätzte. Am auffallendsten war die Anwesenheit vieler Bewohner des Fauburg St. Germain, welche die Bälle Louis Philipp's nie mit ihrer Gegenwart beehrt hatten.

Der Proceß in Bourges, so ernst er auch in den Journalen behandelt wird, sieht weniger einer ernsten Gerichtsverhandlung, als einer geselligen Unterhaltung ähnlich. Die Angeklagten treten mit einer großen Sicherheit und Ungenirtheit auf. Raspail und Blanqui, die sich zu Fürsprechern ihrer Mitangeklagten aufgeworfen haben, ergreifen mitten in der Verhandlung das Wort, ohne den Präsidenten darum gebeten zu haben, der übrigens eine große Nachsicht beweist. Der General Courtais rechnet mit Sicherheit auf seine Freisprechung und seine Familie scheint diese Ueberzeugung zu theilen, wie die unbefangene Freudigkeit beweist, womit eine seiner Töchter, ein großes, hübsches, schwarzäugiges Mädchen der letzten Sitzung beiwohnte. Die Richter und die Geschworenen sind in sichtlicher Verlegenheit, da fast alle Zeugen, welche in dem Proceß aussagen, näher oder entfernter als Mitschuldige erscheinen. Keiner der Geschworenen hat bis jetzt eine Ahnung davon, welches Urtheil er und seine Collegen fällen werden.

An der Börse wichen die Course in Folge der Kriegsnachrichten sehr beträchtlich. Die 3 pCt. schlossen heute 52.25; die 5 pCt. 82.85; Bankaktien 2.300.

Italien.

Florenz. Die „Kostituente" beschwert sich darüber, daß die Regierung durch ihre Proklamationen manchmal die düstern Schilderungen der reaktionären Blätter über die hiesigen Zustände zu bestätigen scheine. Wenn auf den Plätzen einige laute Lebehochs ertönen und hie und da um die Freiheitsbäume getanzt werde, so gerathe sie schon in Schrecken, wähne, die Anarchie stehe vor der Thüre und jammere in Kundmachungen über die dem Staate drohende Auflösung. Wenn ein paar Soldaten desertiren, so schreibe die Regierung in die Welt hinaus, das Heer löse sich auf. Das rühre daher, daß diese Proklamationen von einem Romanenschreiber geschrieben seien, der am Düstern besondern Gefallen gehabt habe. Guerrazzi, jetziger Regierungspräsident, hat nämlich vor Jahren einige Romane geschrieben, die allerdings sehr düster gehalten sind. (N. Z. Z.)

Rom. Am 6. trat Mazzini zum ersten Mal in die römische Nationalversammlung. Lauter Beifall empfing ihn und er mußte sich neben den Präsidenten setzen. Er hielt eine überschwengliche Rede, worin er den Abgeordneten zwei Dinge als einzig nöthig empfahl zu lieben (Gott, das Vaterland, die Wahrheit, die Tugend, den Genius und die Religion) und stark zu sein. Auf seinen Vorschlag beschloß sodann die Versammlung durch Akklamation, das toskanische Volk einzuladen, seine Deputirten nach Rom zu senden und so die Vereinigung zwischen beiden Staaten

zu bewerkstelligen. Guiccioli, Camerata und Gabussi sind beauftragt, diese Einladung in Florenz zu eröffnen. Das modifizirte Ministerium besteht aus: Manzoni, Finanzen; Saffi, Inneres; Rusconi, Aeußeres; Lazzarini, Justiz; Montecchi, öffentliche Arbeiten; Sturbinetti, Unterricht; Rilliet-Constant, Krieg. (N. Z. Z.)

Rom, 6. März. Während die Kamarilla von Gaeta mit bewunderungswürdiger Kaltblütigkeit oder gar mit unglaublicher Fahrlässigkeit zusieht, wie man hier alles nur Antastbare gründlich verwüstet, zeigt sie sich dagegen höchst empfindlich und geradezu kleinlich, wenn es auf Etikettenlappalien ankommt. Dahin gehört vor Allem das beharrliche Bestehen der Staatssekretäre auf der Abnahme der Wappen von den Gesandtschaftwohnungen. Gestern Abend ist sie bereits erfolgt. Ein russischer Courier, der von Gaeta eingetroffen war, hatte den Befehl dazu mitgebracht. Seit Huß die denkwürdigen Worte: O sancta simplicitas! ausgerufen hat, haben sie vielleicht nie wieder eine so passende Anwendung gefunden, als dießmal. Bisher durfte man dem heiligen Stuhle immer eine gewisse Großartigkeit zugestehen, die man selbst dann zu rühmen veranlaßt war, wenn er sich starr und hart zeigte und mit den Grundsätzen der Religion der Duldung in einen bizarren Widerspruch trat. Das ist nun auch vorbei. Seine eifrigsten Anhänger hört man über die päpstliche Politik fein spotten, was nichts besser als das Gerücht veranschaulichen kann: der Papst habe an Oesterreich einen Protest gesandt wegen der Wiedereinsetzung der päpstlichen Regierung in Ferrara. Diese Nachricht wird nicht etwa durch Liberale und Republikaner in Umlauf gesetzt, sondern durch treugesinnte, für das Wohl des Kirchenstaats zitternde Katholiken. (A. Z.)

* **Neapel**, 5. März. Gestern sind endlich in Wirklichkeit der französische und englische Admiral nach Palermo abgegangen, um der sicilianischen Regierung die Friedensbedingungen zu überbringen. Die neapolitanische Regierung hatte versucht, eine Aenderung der ursprünglich verabredeten Bedingungen durchzuschmuggeln: zu dem Artikel nämlich, der allgemeine Amnestie verheißt, wollte sie einen Zusatz fügen, wonach 30 bis 40 Personen ausgenommen wären. Sobald Admiral Parker aber diesen Betrug merkte, fuhr er nach Gaeta und erzwang die Herstellung des ursprünglichen Textes. Der Theil der englischen Flotte, welche gestern in der Richtung nach Palermo abgegangen ist, wird sich nur kurze Zeit daselbst aufhalten und demnächst nach den Dardanellen segeln, um sich mit der Flotte aus Gibraltar, die aus 7 Segel- und Dampfschiffen und vom Admiral Napier befehligt wird, zu vereinigen.

Ungarn.

Pesth, 8. März. Gestern wurde bei uns vielfach erzählt, daß **Dembinski**, welcher das Szolnok gegenüberstehende magyarische Corps befehligt, in der Nacht vom 4. auf den 5. März an zwei Punkten Truppen über die Theiß gesendet, die Oesterreicher am Morgen umzingelt, total gesprengt habe, und am 6. März schon bei Abany stand. Wie wir heute vernehmen, war dieses Treffen zwar nicht so entsetzlich mörderisch und nachtheilig für die Kaiserlichen, als es unsere geheimen Malkontenten erzählten, doch sollen Erstere ganz unvermuthet in Fronte und Rücken gefaßt einigen Verlust erlitten haben, und nur der strengen Disziplin und dem nicht so leicht zu erschütternden Muth des österreichischen Militärs sei es zuzuschreiben, daß die Brigade, welche nunmehr bei Abany steht, nicht härter mitgenommen wurde. Aus **Debreczin** ist eine hochwichtige, und weil allgemein und von beiden Parteien gleichmäßig erzählt, auch ziemlich glaubwürdige Nachricht nach Pesth gelangt. Ein Deputirter soll das Wort verlangt und gefragt haben, ob man ohne Angst vor der Bergpartei offen und frei, wie es in einem ehrenhaften Parlament Sitte sei, seine Meinung äußern dürfe. Als die Frage bejaht wurde, trug er geradezu darauf an, die Reichsversammlung wolle Se. Maj. den Kaiser Franz Joseph als legitimen König Ungarns anerkennen. Nyary unterstützte zuerst diesen Pacifikationsvorschlag, und selbst Kossuth hielt eine glänzende Rede für den Antrag, welcher dann einstimmig durchging. (9. März.) Die gestern mitgetheilte Nachricht aus Debreczin scheint sich bestätigen zu wollen, und soll die Reichsversammlung, sagt man, in der That Se. Maj. den Kaiser Franz Joseph als legitimen König von Ungarn anerkannt haben. Diese Anerkennung beruht aber auf der pragmatischen Sanktion. Auch hat man, wie verlautet, ausdrücklich beigefügt, daß man zu diesem Schritte vorzugsweise durch den Wunsch bewogen wurde, den europäischen Monarchien, namentlich den Großmächten in der unmittelbaren Nachbarschaft zu beweisen, daß man nicht im Mindesten daran denke, eine einige, große, wohl gar rothe sarmatisch-magyarische Republik zu stiften. (C. Bl. a. B.)

Pesth, 9. März. Ein Erlaß des Fürsten Windischgrätz hat den Handelsverkehr mit dem östlichen Ungarn einstweilen mit Sperre belegt. Der Erlaß lautet: „Um über den Verbot einer Verbindung mit den Rebellen jeden Zweifel zu heben, wird im Nachhange zu meiner Proklamation vom 11. Febr. d. J. zur allgemeinen Kenntniß gebracht: 1) Während der Dauer des Belagerungszustandes hat jeder direkte und indirekte Verkehr mit den Rebellen und den Einwohnern der von ihnen besetzten Gegenden aufzuhören. 2) Desgleichen ist auch jede Handelsverbindung aufgehoben. 3) Die Pässe von Reisenden sind nur dann giltig, wenn sie in gehöriger Form ausgestellt und von der Militärbehörde visirt sind. 4) Alle Waarensendungen, Zufuhren von Lebensmitteln, Rohstoffen oder Kunsterzeugnissen jeder Art sind nach diesen Gegenden verboten. 5) Die Dreißigstämter oder sonstigen Behörden dürfen weder zur Verfrachtung nach bestimmten Orten, noch Transito in von den Rebellen besetzte Theile des Landes Waaren verzollen, Bolleten, Erlaubnißscheine u. s. w. ausstellen. 6) Die k. k. Truppen sind angewiesen auf der ganzen Linie der von den Rebellen okkupirten Strecken alle Frachtwägen anzuhalten, zu konfisziren, und die Eigenthümer und Verfrachter dem Gerichte zu überliefern. 7) Alle diejenigen, welche gegen diese Verbote handeln, verfallen der standrechtlichen Behandlung, desgleichen alle, die dazu Vorschub leisten. Die Waaren aber werden konfiszirt und zu Gunsten des Aerar verkauft."

Von der **Drave**, 8. März. Da der Einmarsch der Russen ohne Zweifel an vielen Punkten der Monarchie auf Grund der Principienfrage große Aufregung veranlassen wird, glauben wir zur Beruhigung der ängstlichen Gemüther aus ganz verläßlicher Quelle mittheilen zu können, daß die Russen allsogleich Siebenbürgen verlassen werden, wenn es unsern Truppen gelungen sein wird, den F.-M.-L. Puchner zu verstärken. Die Regierung hat bereits diese eigenmächtige Herbeirufung, deren Eindruck leicht vorauszusehen war, auf das bestimmteste desavouirt und getadelt.

Rußland.

Von der russischen Grenze wird unter dem 4. März der N. Königsb. Z. geschrieben. Daß die russischen Heere unterwegs sind, ist bereits Thatsache; wohin sie bestimmt sind, darüber verlautet nichts Gewisses. In hohen Kreisen spricht man jedoch mit Gewißheit davon, daß ein Armeekorps (24 Regimenter à 2000 Mann?) nach Preußen hinein, ein anderes den Oesterreichern zu Hilfe marschiere. Der Landsturm ist bereits aufgerufen, auch diejenigen Dienstfähigen, die bereits ihren Abschied erhielten, haben wieder eintreten müssen. Die aus letzteren gebildeten Regimenter werden die Grenze besetzen, während die jetzige Besatzung nach Polen hineinrückt. Alles Militär ist seit dem 1. März auf den Kriegsfuß gestellt und sämmtliche Montirungsstücke doppelt vorhanden. Im tiefen Rußland verweigerten die Freien durchaus die Rekrutenaushebung, und die Verhältnisse sollen der Art sein, daß es dabei sein Bewenden hat.

In **Bosnien** werden große Kriegsvorbereitungen getroffen. Alles rüstet sich zum Kampfe. Privatnachrichten zufolge stehen bereits 40,000 Türken, regelmäßig bewaffnet, und 20,000 Rajas mit Hacken, Heugabeln, Sensen versehen, kampflustig in Bosnien bereit. 30,000 türkische Nizams seien in Travnik angekommen. Man bringt diese Rüstungen mit der plötzlichen Abberufung der serbischen Hilfstruppen aus den österreichischen Gegenden in Verbindung und glaubt, diese Waffengewalt sei gegen die Serben bestimmt. (Lloyd.)

Türkei.

Konstantinopel, 28. Febr. Heute ist ein Theil der türkischen Flotte ausgelaufen nach dem schwarzen Meere, um einestheils zur See bei Varna gegen einen etwaigen Ueberfall zu decken, anderntheils an der Donau eine Stellung einzunehmen, welche es nach Bedürfniß erlaubt, zu raschen Truppenversetzungen an den Ufern jenes Flusses bei der Hand zu sein. Ganz entge-

gen gewissen früheren Gerüchten, welche eine Verminderung des ägyptischen Heeres in Aussicht stellten, erfährt man, daß dort eben so sehr gerüstet werde als in dem übrigen türkischen Gebiete, wo die Rekruten alle Straßen bedecken. Wie man erfährt, so ist eine namhafte Mannschaft von dort zu erwarten, es soll dieselbe schon theilweise eingeschifft und unterwegs sein. Der Kapudan-Pascha ist als außerordentlicher Gesandter nach Petersburg abgegangen.

Nachschrift.

Ueber den thatsächlichen Ausbruch der Feindseligkeiten fehlen noch bestimmte Nachrichten. Karl Albert hat den Redakteur der Concordia, Hrn. Valerio, nach Rom geschickt, um sich mit den mittelitalienischen Republiken über die gemeinschaftliche Führung des Krieges zu verständigen. Vergebens haben die fremden Gesandten Karl Albert vom Kriege abhalten wollen, vergebens haben sie gedroht, ihre Pässe zu fordern, vergebens haben sie ihm die Gefahr, die ihm von den Republikanern drohe, gezeigt; fordert die Einheit Italiens die Republik, soll er geantwortet haben, werde ich der Erste sein, der die rothe Mütze aufsetzt. Man spricht auch von einem eigenhändigen Brief Karl Alberts an den Papst, worin er diesem seine Absicht, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, ankündigt. Sein Zweck sei, zuerst die Fremden aus Italien zu vertreiben. Wenn dies geschehen, werde er dafür sorgen, daß der Papst wieder in seine Rechte eingesetzt werde.

In Venedig haben ernstliche Volksbewegungen stattgefunden, wie es scheint, in Folge einer zwischen Regierung und Nationalversammlung Betreff der Finanzfragen ausgebrochnen Spaltung. Manin, Cavedalis und Graziani haben sogar, nachdem sie über ihre Verwaltung Rechenschaft abgelegt, ihre Entlassung angeboten. Avesini schlug deshalb in der Nationalversammlung vor, eine Diktatur zu errichten und wahrscheinlich wird sie Manin übertragen werden.

Aus Neapel geht uns der Text des Ultimatums der Regierung an die Sicilianer zu. Es ist in Form einer Proklamation des Königs an das sicilianische Volk abgefaßt und vom 28. Februar 1849 datirt. Im Eingang wird vollkommene Amnestie für alle politische Vergehen seit Anfang 1848 und ein Statut auf den Grundlagen der Verfassung von 1812 versprochen. Dann folgen die näheren Bestimmungen über die vollziehende Gewalt, welche nur bei der Abwesenheit des Königs von Sicilien durch einen mit beschränkten Vollmachten versehenen Vicekönig ausgeübt wird, über die Pairskammer und die Kammer der Gemeinen und über das active und passive Wahlrecht, wobei wir bemerken, daß beide einem Census unterworfen sind, der für die Stadt Palermo noch besonders erhöht wird. Zum Vice-König von Sicilien soll der beim Volke sehr beliebte Fürst von Catano ernannt sein. Uebrigens besteht der Conflikt zwischen dem Ministerium und der Deputirtenkammer zu Neapel noch immer fort und man erwartet eine Auflösung durch den König.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 78. **Frankfurt a. M., Montag 19. März.** **1849.**

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

---

18. März.

Als die Frankfurter Zeitung gestern eine preußische Cirkularnote vom 10. März ankündete, worin sich die preußische Regierung angeblich mit den Ansichten Oesterreichs über die oberste Reichsbehörde vollkommen einverstanden erklärt und ihre Gesandten in diesem Sinne zu handeln angewiesen haben soll, hat sie aus guten Gründen den ihr vorliegenden Text der Note nicht mitgetheilt. Sie wollte den Leser nicht in Stand setzen, über die Richtigkeit ihres Vorgebens sich ein Urtheil zu bilden. Aus demselben Grunde theilen wir die fragliche Cirkular-Depesche, ihrem Wortlaute nach, mit:

„Die k. k. österreichische Regierung hat durch ihren Gesandten am hiesigen Hofe der königlichen Regierung die Vorschläge mitgetheilt, welche sie durch Instruktion an ihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt vom 27. v. M. in Betreff der Bildung einer obersten Centralexekutivgewalt der deutschen Bundesverfassung in Form eines Direktoriums hat nach Frankfurt gelangen lassen.

Es gereicht der königlichen Regierung zur großen Befriedigung, daß damit nun auch Oesterreich den von uns vorgeschlagenen Weg der Verständigung in Frankfurt betreten hat. Wir haben uns daher auch nun mit Vergnügen bereit erklären können, diese Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen und der königliche Bevollmächtigte in Frankfurt wird mit hinreichenden Instruktionen versehen werden, um in die Besprechungen und Berathungen über dieselben in Frankfurt eintreten zu können, von welchen wir die Hoffnung hegen dürfen, daß sie zu dem immer von uns angestrebten Ziele der Verständigung unter den Regierungen und mit der Nationalversammlung führen werden.

Wir zweifeln nicht, daß auch die übrigen deutschen Regierungen, denen die österreichischen Vorschläge inzwischen, sei es direkt, sei es durch ihre Bevollmächtigten, bekannt geworden sein werden, zu einem gleichen Verfahren bereit seien.

Ich ersuche daher Ew. .... der Regierung, bei welcher sie accreditirt sind, den Wunsch des königlichen Kabinets auszudrücken, daß dieselbe baldmöglichst ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt die nöthigen Instruktionen ertheilen wolle, um an den Berathungen über jene Vorschläge auf eine den dortigen Ansichten entsprechende Weise Theil nehmen zu können.

Berlin, 10. März 1849. gez. Graf Arnim."

Wie man sieht, handelt es sich hier, nach des Grafen Arnim ausdrücklicher Bemerkung, um eine Erwiderung auf die österreichische Instruktion vom 27. Februar, welche bekanntlich Herrn von Schmerling anwies, in Verhandlung zu treten über die Bildung einer obersten Reichsbehörde, ohne jedoch vorläufig deren Befugnisse, ihren Grenzen und Modalitäten nach, zu berühren; es handelt sich von jener Instruktion, die ausdrücklich von der Aufrechthaltung des Bundesverhältnisses der deutschen Provinzen Oesterreichs und stillschweigend wenigstens von der Beibehaltung einer Volksvertretung am Bunde ausging; von der Instruktion, welche sammt den darauf gegründeten Vorschlägen des österreichischen Bevollmächtigten durch die Oktroyirung der österreichischen Staatseinheit und durch die Note vom 9. März in dem Grade verläugnet wurde, daß endlich Herr v. Schmerling sich genöthigt sah, die Miene des verläugneten Diplomaten, der mit Ehren nicht länger in seiner Stellung bleiben kann, anzunehmen. Die Vergleichung der Daten ergibt, daß die Note, d. d. Wien den 9. März, die endlich mit der Sprache herausrückte und an die Stelle des Parlaments berathende Ausschüsse setzen wollte, in Berlin noch gar nicht bekannt sein konnte; daß ferner erst am Tage vor dem Erlaß der preußischen Note in Berlin telegraphisch die Oktroyirung der österreichischen Verfassung bekannt geworden, folglich die Abfassung der Note jener Thatsache und dem Eintreffen der Nachricht davon in Berlin sicherlich vorhergegangen ist. Das thatsächliche Verhältniß ist einfach folgendes: Oesterreich proponirt am 27. Febr. in sehr dunkeln Aeußerungen über die Oberhauptsfrage in Verhandlung zu treten; der preußische Minister des Auswärtigen erklärt, auf diese Verhandlungen eingehen zu wollen. Sollte etwa die Frankfurter Zeitung an Preußen das Begehren stellen, jen'n Vorschlag kurzweg von der Hand zu weisen?

Zum Ueberflusse erinnern wir an die Erklärung, welche Graf Brandenburg in der ersten Kammer am 14. März abgegeben: Die Regierung wird sich an die Note halten, die am 23. Januar von uns bekannt gemacht worden ist. *)

---

* **Frankfurt**, 19. März. Unsere vorgestern mitgetheilte, freilich eben so befremdliche als wichtige Nachricht über die Weise, wie Oesterreich im Auslande gegen Deutschland Partei ergreift, hat zu folgender Entgegnung in der Oberpostamtszeitung Veranlassung gegeben:

„**Frankfurt**, 18. März. Die „Deutsche Zeitung" vom Gestrigen enthält einen Korrespondenzartikel aus Altona vom 13. d. M., welcher die Behauptung enthält, Oesterreich habe sich bezüglich der schleswig-holsteinischen Differenz der Politik und den Erklärungen Rußlands und Frankreichs angeschlossen. Wir können diese mit großer Zuversicht mitgetheilte Nachricht aus bester Quelle durch Mittheilung eines wörtlichen Auszugs aus einer Note des k. k. österreichischen Bevollmächtigten bei der Central-

---

*) Diese Mittheilung ist unsern geehrten hiesigen Lesern bereits gestern in einem Extra-Blatte zugekommen.

tralgewalt an das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten berichtigen. Es heißt darin:

„Daß die k. k. Regierung, die Besorgnisse theilend, welche der Entschluß des Kabinets von Kopenhagen durch die Aufkündigung des Waffenstillstandsvertrages von Malmö dem Reichsministerium einzuflößen geeignet ist, dessen Wünschen entsprechend, bereits dem k. k. Gesandten am dänischen Hofe die Weisung habe zugehen lassen, nach Kräften dahin zu wirken, um die königliche Regierung zum Abschlusse eines neuen Waffenstillstandsvertrages für eine der Wichtigkeit der Friedensunterhandlungen entsprechende Dauer und mit Beibehaltung des status quo zu bestimmen. Ueberdies hat die kaiserl. königl. Regierung den Gesandten am königl. dänischen Hofe, Freiherrn von Brints, beauftragt, dem Könige und dessen verantwortlichen Räthen an das Herz zu legen, bei den zu London eröffneten Friedensunterhandlungen nur der Stimme weiser Mäßigung zu folgen, damit aufrichtiges Entgegenkommen und redlicher Wille von allen Seiten rasch zu gutem Ende führe, und ein im Geiste des Friedens und der Versöhnung abgeschlossener Vertrag im gleichen Geiste vollzogen werde."

Man sieht diese „Berichtigung" hat eine amtliche Färbung. Nichts destoweniger müssen wir mit Pilatus sagen: Was ich geschrieben habe, das hab' ich geschrieben. Jenes schmachvolle Aktenstück ist wirklich vorhanden, es ist gelesen worden, und der wesentliche Inhalt ist in unserer Mittheilung wiedergeben, wenn auch nicht wörtlich, sondern aus dem Gedächtnisse. Der obige österr. Versuch der Abläugnung kann nur wie die neulich von Bayern gegen uns versuchte dahin führen, das Unwürdige der Handlungsweise zu vermehren. Aber, näher betrachtet, wird durch jene als Beweis veröffentlichte Weisung an den k. k. Gesandten in Frankfurt das geringste bewiesen? War eine andere Sprache in **Frankfurt** irgend zu erwarten? Irgend denkbar? Ist die Diplomatie überhaupt, und die österreichische insbesondere niemals doppelzüngig gewesen? Kann man aus der Sprache, welche sie in Frankfurt führt, mit Sicherheit schließen auf die Weisungen, welche sie in Kopenhagen befolgt? Hr. v. Brints sagt dort Manches, was Graf Bismark nicht hört, und wenn die versuchte Widerlegung in der amtlichen Zeitung irgend Etwas beweist, so beweist sie, daß wir in diesem Falle besser unterrichtet sind, als das Reichsministerium.

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 18. März. Ich habe bereits auszugsweise die „Eröffnung" mitgetheilt, welche das Reichsministerium auf Anlaß eines von der verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt beschlossenen Gesetzes vor Kurzem an den Senat des Freistaates zu richten sich veranlaßt gesehen: dieß Aktenstück nimmt aber, insofern es auch im Allgemeinen die Grundsätze darlegt, welche in einer wichtigen Frage bei den Reichsbehörden maßgebend sind, ein so hohes Interesse in Anspruch, daß es Ihnen nicht unwillkommen sein wird, es seinem Wortlaut nach Ihren Lesern vorlegen zu können; inwieweit der Sturm gerechtfertigt ist, welchen dasselbe in der zunächst betheiligten Körperschaft erregt hat, mag darnach Jeder selbst ermessen. Es lautet wie folgt:

„Oeffentliche Blätter theilen die Nachricht mit, daß die konstituirende Versammlung der hiesigen freien Stadt dem Senate derselben einen Gesetzentwurf zur Annahme vorgelegt habe, nach welchem die Aburtheilung aller von Amtswegen verfolgten Preßvergehen den Schwurgerichten vorbehalten bleiben soll. Der Unterzeichnete ist von dem Gesammtministerium beauftragt, dem Senate über diesen Gegenstand nachstehende Eröffnung zu machen. So viel diesseits bekannt ist, sind Schwurgerichte in diesem Augenblick in hiesiger Stadt noch nicht eingeführt und auch in nächster Zeit aus äußern Gründen noch nicht wohl möglich. Die gesetzliche Sanktionirung des vorbemerkten Entwurfs würde also die Folge haben, daß während längerer Zeit, vielleicht während mehrerer Monate, in hiesiger Stadt gar kein von Amtswegen verfolgtes Preßvergehen zur Aburtheilung kommen könnte, wäre die Sache auch spruchreif und ein baldiges Urtheil noch so wünschenswerth. Daß eine solche theilweise Einstellung der Rechtspflege zu jeder Zeit unstatthaft, mit dem Begriff des Staats völlig unvereinbar wäre, bedarf wohl nicht erst eines Beweises; doppelt unzulässig aber wäre ein solcher Zustand in der jetzigen Zeit, in welcher die gröbsten und gefährlichsten Mißbräuche der Presse täglich vorkommen, so daß eine Verschärfung der Rechtspflege weit mehr indicirt wäre, als eine völlige Einstellung derselben. Das Reichsministerium überläßt sich unter diesen Umständen der sichern Hoffnung, daß der hohe Senat die nöthigen Mittel ergreifen wird, um einen gesicherten Rechtszustand in hiesiger Stadt aufrecht zu erhalten, und es würde sich seinerseits nie dabei beruhigen können, am Sitze der Reichsgewalten auf längere Frist und in mehrfach gefährlicher Zeit gar keinen gerichtlichen Schutz gerade gegen die schwersten Angriffe durch die Presse zu wissen. Ein solches Zusehen wäre dem Ministerium des Reichsverwesers um so weniger möglich, als nach den Meldungen der Militärbehörden schon jetzt, also ohne völlige Rechtseinstellung, eine bedenkliche Aufregung unter einem Theile der hier in Besatzung liegenden Reichstruppen sich kundgibt, welche über die frechen und beleidigenden Straßenanschläge und Flugblätter in hiesiger Stadt tief entrüstet sind und sich über Straflosigkeit derselben beschweren. So gewiß Alles von Seiten der Vorgesetzten geschehen wird, um Ausbrüchen dieser Stimmung entgegenzuarbeiten, so kann doch nur allzuleicht bei jungen und bewaffneten Männern der Gedanke an Selbsthilfe zur That werden, wenn sie sich rechtlos glauben. Wie viel gesteigerter wäre nun aber die Gefahr, wenn gar die Straflosigkeit jedes noch so verbrecherischen und aufreizenden Preßunfugs gesetzlich auf Monate sanktionirt würde; und Niemand sicher wäre im Stande, die Folgen des Ausbruchs roher Gewalt gegen rechtswidriges, aber strafloses Benehmen zu ermessen. Frankfurt a. M. 7. März 1849. Der Reichsminister der Justiz. (gez.) R. Mohl."

Der Verfassungsausschuß hat den Entwurf einer Verfassung für den Freistaat Frankfurt gegenwärtig beendet und es wird Sie interessiren, die Grundzüge dieses Entwurfs, der wirklich auf der beliebten breitesten demokratischen Grundlage ruht und sehr nach einer Schweizer-Kantonal-Verfassung schmeckt, vollständiger als bisher kennen zu lernen. Das Volk ist die Quelle aller Gewalt. Die gesetzgebende Gewalt sodann wird von einem „Volksrathe" geübt, der aus 96 Mitgliedern besteht, 80 aus der Stadtgemeinde und 16 aus den Landgemeinden; ihn wählen sämmtliche großjährige Staatsbürger; die Wahl ist eine direkte, wird in geheimer Abstimmung vorgenommen und erneuert sich jedes Jahr. Die vollziehende Gewalt beruht in einem „Regierungsrath", der aus 7 Mitgliedern zusammengesetzt ist; auch ihn wählen sämmtliche großjährige Staatsbürger, aber nur von 5 zu 5 Jahren; er ernennt dann aus seiner Mitte je auf 1 Jahr einen Präsidenten und einen Vicepräsidenten. Der Regierungsrath hat das Recht der Initiative bei dem Volksrathe, gegen Beschlüsse des letzteren aber nur ein suspensives Veto in der Art, daß er dieselben mit seinen Bemerkungen oder Erinnerungen binnen 2 Monaten zurückgeben kann; wenn dann der Volksrath dennoch auf seinen Beschlüssen beharrt, so haben diese Beschlüsse Gesetzeskraft. Die Controle über die ganze Administration wird vom Volksrathe namentlich in der Weise geübt, daß er zu den einzelnen Verwaltungsämtern Kommissäre abordnet und daß ohne deren Unterschrift keine Gelder ausgezahlt werden dürfen; aber auch im Uebrigen bleibt ihm der Regierungsrath verantwortlich. Die richterliche Gewalt wird durch Richter geübt, welche der Volksrath auf Vorschlag des Regierungsraths auf Lebenszeit ernennt. Die ferneren Bestimmungen betreffend, so ist hervorzuheben, daß freilich die bestehenden Dotationen für den Kultus unangetastet bleiben, in Zukunft aber der Staat keine Dotationen mehr leistet, daß er weder die Ernennung noch die Bestätigung der Geistlichen und Religionslehrer ansprechen kann, und daß in den Schulen nur noch die Sittenlehre, aber kein konfessioneller Religionsunterricht mehr vorgetragen werden soll. Die Verfassung kann endlich nur dann geändert werden, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln des Volksraths eine Aenderung beantragt und die absolute Mehrheit der Staatsbürger sie beschließt, und dieselbe absolute Mehrheit muß sich dann auch für die neuen Verfassungsbestimmungen wieder aussprechen.

Wien, 13. März. In Erwiderung der Sendung des k. neapolitanischen Generals Sabatelli in das Allerhöchste Hoflager und zur Wiederstellung der unterbrochenen diplomatischen Verbindung mit dem k. neapolitanischen Hofe, ist der Feldmarschall-Lieutenant und Marine-Oberkommandant, Ritter von Martini, als außerordentlicher Abgesandter nach Neapel entsendet worden.

(W. Z.)

* **Wien**, 14. März. Sehr viel Aufsehen macht die offizielle Notiz des gestrigen Abend-Lloyd: „Der Kriminal-Gerichtshof hat so eben einstimmig erklärt, daß nach den vorliegenden Akten Dr. Fischhof für das Kriminalverfahren geeignet sei, weßhalb derselbe auch heute Abend in das Kriminalgefängniß abgegeben werden

wird; dagegen ist gegen den Priester Prato nicht hinlänglicher Grund zu einer gerichtlichen Prozedur vorhanden; es wird daher derselbe aus dem Arreste mit der Weisung entlassen, sogleich nach seiner Heimath abzureisen, da er sich hier für einen längeren Aufenthalt nicht ausweisen kann".

Es waren gestern sehr viele Menschen auf den Gräbern der Märzgefallenen versammelt, sie schmückten selbe mit frischem Immergrün. Das Militär vertrieb sie jedoch und nahm jene Ausschmückung hinweg. Von da war es, daß sich Mehrere in die Stephanskirche begaben und die Abhaltung eines Trauergottesdienstes verlangten. Etwa 10, die Trauerflöre an den Hüten hatten, sind verhaftet worden. Das Militär war um 2 Uhr wieder abgezogen. Der Vorfall blieb ohne Folgen, obschon Nachmittags wieder sehr viele Menschen auf dem Friedhofe versammelt waren. Man betrachtet den Vorfall, so unbedeutend er sich in seiner Erscheinung darstellt, als Anfrage an das Publikum; wobei sich die konservativen Tendenzen sattsam herausstellten.

Prag, 14. März. Heute Abend findet zu Ehren der ehemaligen Reichstagsdeputirten Borrosch und Rieger ein glänzender Fackelzug statt, woran die Nationalgarde sich betheiligen will. Die Garnison ist consignirt. Zwischen Prag und der Festung Theresienstadt herrscht lebhafter Courierwechsel. Die äußere Ruhe wird unserer Ueberzeugung nach schwerlich gestört werden. Auf dem Lande, namentlich in etlichen deutschböhmischen Städten, herrscht Gährung. Es sind unter den Tschechen selbst zahlreiche Stimmen laut geworden, welche die Vornahme der Frankfurter Wahlen in den tschechischen Bezirken wünschen. Dieser Plan wird indeß noch vielfältig bestritten und ist keineswegs als gereift anzusehen. Aus dem Süden sind wichtige Nachrichten eingelaufen. In Agram ist die Kunde von der oktroyirten Verfassung mit dem entschiedensten Mißfallen aufgenommen worden. Der „Slawenski Jug" führt eine der Dynastie förmlich drohende Sprache. In der serbischen Wojwodschaft ist die Kunde von der Oktroyirung noch nicht bekannt geworden. Indeß waren auch dort schon mächtige Zerwürfnisse vorgekommen. General Theodorovich, Hauptheerführer der Serben, welcher auf Befehl des Fürsten Windischgrätz dem Feldmarschalllieutnant Rukawina hätte untergeordnet werden sollen, erklärte, von dem Patriarchen, als dem Träger des Volkswillens, sein Mandat erhalten zu haben, und verpflichtete sämmtliche Offiziere seines sehr zahlreichen Corps (mindestens 36,000 Mann), nur seinen Anordnungen zu gehorchen. Der Patriarch Rajachich hatte gleichfalls den Ministerialbefehl, alle nationalen Ausschüsse und von ihm bestellten Obrigkeiten vorläufig aufzulösen und die Organisirung der Wojwodschaft von Wien zu erwarten, ablehnend beantwortet.

C. Bl. a. B.

:: **Berlin**, 16. März. Die erste Kammer hatte heute eine kurze Sitzung. Der Präsident machte bekannt, daß der König die Deputation, welche die Adresse zu überreichen habe, Sonnabend den 17. d., Mittags 12 Uhr, im hiesigen königl. Schlosse empfangen werde. Dann nannte er die Mitglieder der Deputation: darunter die Abg. Bergmann, Bornemann, Böcking, Baumstark, Stahl, Itzenplitz, Forkenbeck, Wittgenstein und Rosenkranz. Der Referent des Adreßentwurfs, Walter, hatte an zwei Stellen aus stylistischen Gründen Aenderungen vorgenommen, die er der Versammlung zur Genehmigung vorlegte. Im zweiten Satz des Entwurfs komme zweimal das Wort „Verfassung" vor; er beantrage statt „durch Verleihung der Verfassung" zu setzen: „durch Verleihung derselben." Kühne schlug vor, zu sagen: „durch Verleihung dieser Verfassung." Die Versammlung verwarf die Waltersche Aenderung und war schon im Begriff, sich für die Kühnesche zu entscheiden, als Sperling und Baumstark einwendeten, daß dieß eine wesentliche, materielle Aenderung sei. Der Präsident gestand, daß er einen Fehler gemacht, indem er dieß übersehen habe; Kühne zog seinen Antrag zurück; die Versammlung hob ihren Beschluß wieder auf und genehmigte die Waltersche Aenderung. Im letzten Satz wollte der Referent die Worte gestrichen wissen: „mit der zweiten Kammer wetteifernd, durch weise Gesetze insbesondere zur Förderung einer kräftigen Rechtspflege und volksthümlichen Verwaltung," weil sich das von selbst verstände. Die Kammer war erst derselben Meinung, verwarf aber die Aenderung, nachdem sich Forkenbeck und Baumstark dagegen erklärt hatten. Endlich beantragte Kuh, vor den genehmigten Worten eine Komma zu setzen. Graf Eulenburg ererklärte auch dieß für eine wesentliche Aenderung, das Komma wurde verworfen. Schallendes Gelächter folgte der Bekanntmachung dieses Beschlusses. Die Sitzung wurde um 11 Uhr geschlossen und die nächste auf Montag den 19. angesetzt.

♃ **Berlin**, 17. März. Sie können heute keinen ausführlichen, keinen ruhigen Bericht von mir erwarten. Wir theilen hier die Spannung und Aufregung, in der Sie alle in Frankfurt sich heute befinden werden. Mehr als eine elektrische Verbindung besteht zwischen hier und der großen Wahlstadt des deutschen Reiches. Die großartigsten Vorbereitungen sind für morgen, 18. März getroffen, die Kavallerie ist ausgerückt, die nach Holstein bestimmten Truppen sind zum großen Theile heute in den umliegenden Dörfern einquartiert; die Umgegend des Friedrichshaines ist mit Soldaten förmlich gespickt.

Uebermorgen beginnt dagegen ein größeres öffentliches Schauspiel. Die Adreßdebatte wird von dem bedeutendsten Interesse sein. Die Hauptdebatte wird sich um den Entwurf drehen, den die Minorität der Adreßkommission (Rodbertus, Grün, Riotte, Dane u. A.) eingereicht hat. Namentlich ist er in der deutschen Frage von der größten Offenheit und Entschiedenheit. Die Stelle lautet: „Ew. Maj. Regierung wird uns stets bereit finden, zur innigen Vereinigung aller deutschen Stämme unter einer Verfassung mitzuwirken, welche den Bedürfnissen Deutschlands wie den gerechten Erwartungen seines Volkes entspricht. Wenn in diesen Tagen von der verfassungsgebenden Versammlung entscheidende Beschlüsse gefaßt werden, so wünschen wir nichts sehnlicher, als daß Ew. Maj. Entschluß übereinstimmend ausfallen möge, damit Preußens Macht und Ruhm zur Stärkung Deutschlands, wie zur Erfüllung der gespannten Hoffnungen seines Volkes unauflöslich mit dem theuern Gesammtvaterlande verbunden werden." Die bedingte Anerkennung der Verfassung, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, die Freisinnigkeit der zu erlassenden organischen Gesetze sind die Hauptpunkte darin.

Noch eine wichtige Nachricht habe ich Ihnen mitzutheilen. Zum Oberbefehlshaber der deutschen Truppen im dänischen Kriege ist General Prittwitz ernannt worden, von dessen militärischer Klugheit man sich das Beste verspricht. Die Truppen, welche dieses Mal in den Krieg gehen, sind andere Regimenter als im vorigen Jahre — zwei Kavallerieregimenter aus Westphalen und vier Regimenter Infanterie, die zum Theil noch nicht bekannt sind, aber keinesfalls aus der Garde genommen werden.

Ueber die Berathungen in den Abtheilungen der zweiten Kammer werde ich Ihnen bald genaue Nachrichten geben; so viel kann ich Ihnen jetzt schon sagen, daß das Schicksal der ministeriellen Gesetzentwürfe so gut wie entschieden ist: in der Abtheilung z. B., deren Präsident Grabow ist, sind die sechs ersten Paragraphen des Vereins-Gesetzes verworfen!

** **Berlin**, 17. März. Der König ist heute Mittag von Charlottenburg hierher gekommen, um die Adresse der ersten Kammer im Schloß entgegenzunehmen. Er stand vor dem Thron, als die durch das Loos erwählte Deputation eingeführt wurde. Präsident v. Auerswald verlas die Adresse, der König that mehrere Schritte nach ihm hin und nahm die Adresse, welche der Ministerpräsident empfing. Dann las der König folgende Worte: (s. unten). Man hört übrigens diesmal in jedem Worte den König; so warm und herzlich ist ihr Ton, als der in der Adresse kalt und maßvoll war. Dann wurden sämmtliche Mitglieder vorgestellt und er sprach mit den Meisten. Also zwischen dem 17. und 19. März sollen sich die Geschicke Deutschlands erfüllen? Erinnern Sie sich nicht nur an die Tage des 17., 18., 19. März von vergangenem Jahr; gedenken Sie des 17. März 1813, als der König das deutsche Volk aufrief und die Landwehr stiftete; in That und Wahrheit. Sein oder Nichtsein, das ist jetzt die Frage. Wir warten hier mit einer Spannung, einer fieberhaften Unruhe der Dinge, die da kommen sollen. Ich versichere Sie, dies Unbehagliche und innere Beben pflanzt sich bis in die höchsten Kreise fort. Mir ist vor nichts so bange, als vor der Ankunft irgend welcher fürstlichen Person, des Kronprinzen von Würtemberg oder sonst eines Potentaten. Denn in dieser Schwebe, worin wir uns befinden, ist Alles möglich; das Schlimmste, wie das Beste. Rechnen Sie das nicht einem Mangel an Charakter zu. Gerade der geniale Mensch findet es unverträglich, das Zuwarten zu haben, wenn über sein Theuerstes entschieden wird. Und das Theuerste für unsern König ist das Vaterland. Nun soll es gar in seine Hand alle Sorgen legen! Und wüßte er nur, ob auch mit Vertrauen und Hingebung? daß es nicht etwa bloß von zweien Uebeln das Ge-

ringste wähle und der österreichischen Reaktion den preußischen Kaiser vorziehe? Ja, stäke nur eine Dosis Patriotismus in den deutschen Königen! Ein Wort von dem König Max von Baiern — und Deutschland ist außer Gefahr. Wahrlich, es wird dem Nachfahre des Otto Wittelsbach nicht sobald wieder sich ereignen, daß ein Wort aus seinem Munde dem Werde-Ruf am Schöpfungsmorgen gleicht.

Ueberhaupt, was soll man von den Intelligenzen und von der Lauterkeit des Willens denken, auch von den gen Himmel schreienden Thatsachen nichts zu lernen. Jetzt wird Welcker denen heftiger grollen, als wir ihm gegrollt haben, und er hat Ursache. Sind denn die Könige von Baiern, Sachsen und Würtemberg Ausländer? Wodurch hat Kremsier sie bestochen, womit sie geblendet? Aber, zürnen wir ihnen nicht. Der König von Würtemberg hat zum ersten Rath seiner Krone den allen Deutschen theuern Vorkämpfer der Freiheit, den edeln Römer ernannt, und wir haben gejubelt; da soll er diesem Rathe doch wohl vertrauen? Und dieser wackre Mann ist so völlig von Sinnen, daß er nicht bloß nach dem 4. März noch Oesterreich nicht lassen will, nein, daß er im Verfass.-Ausschuß, nachdem er die Note vom 9. März, welche die deutsche Nation, die wiedergeborene und in der Paulskirche vertretene, morden will, welche uns in sieben Nationalitäten zertheilt, in Erfahrung gebracht und sein heilloses doktrinäres Mißfallen an dem Kaiserthum nicht dem Vaterland opfern konnte!!

Hier sind wir soweit, daß man nur vor der allzuraschen Ankunft der großen Deputation Besorgniß hegt. Ich sage — diese Deputation kann nicht schnell genug reisen! Sie muß augenblicklich ernannt werden, darf keine Stunde säumen, darf nirgend übernachten und muß ohne Rast herüberkommen, wie vom Sturmwind getragen. Es muß nicht soviel Zeit gelassen werden, daß in München die Nachricht ankommen und von Nymphenburg ein Sendling ihr nach Charlottenburg voraneilen kann. Herr Heckscher, der sich für sein Portefeuille und die Konvention von Malmoe rächt, wird wohl nicht von der Gesellschaft sein; in seiner Vaterstadt ward illuminirt, als die Hansemann'sche Zeitung dorthin die voreilige Nachricht von der Kaiserwahl brachte. Ach, „Kaiser-Wahl" und wir wissen noch kaum, ob wir einen Kaiser erhalten! Hier tritt der krasseste Partikularismus jetzt hervor; aber just weil er Heerschau hält, sieht man, wie winzig das Häuflein. Dagegen der Unglauben ist sehr stark vertreten; Hansemann zu bekehren ist noch weit schwerer, als Welcker zu überzeugen; auch Kosch, der das Vaterland gewiß innig liebt, zweifelt an Allem; möchten diese Thomasse bezwungen werden, möchte das Reich endlich auferstehen und erscheinen, daß sie die Hand in die Wundenmale Deutschlands legen!

Wenn wir jetzt nicht in Frankfurt durchdringen, dann sind wir verloren. Denn, so wenig revolutionär und moderndemokratisch wir Alle sein mögen, wir werden, wenn wir ohne Kaiser bleiben, uns mit aller Innigkeit festklammern an der Idee des deutschen Parlaments, der Vertretung aller deutschen Stämme als des Einen Volks. Daß Oesterreich uns gerade daran rührt mit seiner rührenden Note vom 9. d. M., das ist wahrhaft providentiell.

Wenn uns jetzt unsre Reichsversammlung verläßt, dann bleibt uns nur noch, was prophetisch der Dichter sang:

„Herr sieh gen Himmel uns die Arme strecken,
Hör' unser heißes Flehen früh und spat,
Du wollest einen Retter uns erwecken:
Dies Volk ist irr' und irr' der hohe Rath —
O lass' Ihn nahn im Donner Deiner Schrecken,
Die Spreu zu scheiden von der guten Saat!

Berlin, 17. März. Des Königs Majestät haben die zur Uebergabe der Adresse der ersten Kammer bestimmte Deputation, unter dem Vortritt ihres Präsidenten von Auerswald, heute Mittag um 12 Uhr in dem Rittersaale des Königlichen Schlosses im Beisein sämmtlicher Staatsminister zu empfangen und die Adresse entgegenzunehmen geruht.

Se. Majestät erwiederten hierauf Folgendes:

„Meine Herren!

Mit hoher Befriedigung erkenne Ich in der Mir überreichten Adresse der ersten Kammer den unzweideutigen Ausdruck ihrer Treue und echten Vaterlandsliebe. Ich halte Mich überzeugt, daß die Meinem Herzen wohlthuende Kundgebung solcher Gesinnungen dazu beitragen wird, das Vertrauen zu befestigen, mit welchem das Land auf die Thätigkeit der ersten Kammer blickt. Möge ihre Wirksamkeit, unter Gottes segensreichem Beistande, reichliche Frucht bringen für das Gedeihen und die Wohlfahrt unseres theuren Vaterlandes! Die erste Kammer wird dann in der dankbaren Anerkennung des Landes den schönsten Lohn für ihr patriotisches Streben finden."

Nach dieser Antwort geruhten Se. Majestät Sich mit den Mitgliedern der Deputation zu unterhalten, und wurde dieselbe demnächst huldvoll entlassen. (Pr. St.)

Constit. Korrespondenz **Berlin**, den 17. März. Nach Nachrichten aus Hannover sieht es in der Hauptstadt sowohl als auf dem platten Lande, insbesondere in den Küstenstrichen nicht sonderlich beruhigend aus; eben so sagt man, daß der König von Hannover gegen die Wahl unseres Königs zum Kaiser von Deutschland keinen Widerspruch erheben werde, überhaupt versieht man sich eines solchen nur von Sachsen und Bayern. Heute ist Herr Camphausen von hier nach Frankfurt a. M. abgereist, wie man sagt, mit günstigen Erklärungen für die zu schaffende Einheit Deutschlands.

Der Glaube an einen bevorstehenden Krieg mit Rußland gewinnt mehr und mehr Boden. Die russischen Truppen im Königreich Polen sollen hart an unseren Grenzen ihr Lager aufgeschlagen haben; ferner berichten Privatbriefe und Reisende, daß die russischen Garden aus Petersburg ausmarschirt und bereits in Riga angekommen seien.

Bei uns herrscht in den Kriegswerkstätten die unausgesetzteste Thätigkeit; auch sagt man, daß die Ordres zur Einberufung der Landwehr seit längerer Zeit schon unterzeichnet da lägen, um jeden Augenblick gebraucht zu werden.

⁑ **Posen**, 15. März. General v. Steinäcker erster Commandant unserer Festung macht heut folgendes bekannt: „Die fast täglich vorkommenden Erzesse und Angriffe, bei denen lebensgefährliche Verletzungen, selbst Tödtungen vorgekommen sind, verpflichten zu der höchsten Wachsamkeit. Bei den bisher getroffenen Anordnungen wird die vom Publikum erwartete Unterstützung oft vermißt, namentlich wird die Controlle der hier zuziehenden Fremden dadurch erschwert, daß dieselben von den Hausbesitzern nicht angemeldet werden. Sollten fernerhin die darüber bestehenden polizeilichen Bestimmungen unbeachtet bleiben, so wird die Commandantur gezwungen sein, den Belagerungszustand durch eine strenge Thorcontrolle zu verschärfen." In der That nehmen die Reibungen zu und die nationale Aufregung greift immer weiter um sich. Unsere Stadt beginnt sich wieder mit polnischer Landbevölkerung zu füllen (nicht mit Bauern, sondern dem sogenannten Zugodgeladel), was einen bevorstehenden Sturm zu bezeichnen pflegt. Dazu kommt, daß man aus dem Königreiche Zufluß erwartet. Denn, wie Nachrichten aus Warschau vom 9. besagen, ist das Gerücht verbreitet, daß der Kaiser die daselbst bestehenden Commissionen für das Innere, den Kultus, die Justiz und die Finanzen aufheben und Alles nach russischer Weise einrichten lassen wird, so daß die Departements dem petersburger Ministerium einverleibt werden. Dadurch würden etwa 1500 Beamte ihre Stellen verlieren und ihnen nur die Wahl des halben Wartegeldes oder des Eintritts in das russische Heer verbleiben. Dann entwickelt sich sicherlich eine „Auswanderung" zu uns. Uebrigens tauchen die maßlosen Ansprüche der Polen in Folge der Berliner Verhandlungen auch in Westpreußen wieder auf. In einer Generalversammlung der Liga zu Culm ist unter andern der Beschluß gefaßt worden, den Anschluß der zu Polen gehörigen (?) westpreußischen Länder in das „Großherzogthum" Posen einzuleiten. Merkwürdiger Weise ruhen die Arbeiten unserer Regierung, welche die Abgrenzung und Reorganisation von Polnischposen ins Werk zu setzen hat, schon wieder!

0 **München**, 16. März. Auch das rechte Centrum der baierischen Kammer der Abgeordneten hat eine Erklärung über seine bisherige Wirksamkeit, dem Beispiele der beiden Linken folgend, veröffentlicht. Es motivirt darin seine Abstimmungen und rühmt sich seiner Anträge und Anfragen an das hingeschiedene Ministerium. In entschiedenem Widerspruch mit sich selbst geräth dasselbe bei der Begründung seines Adreßentwurfs bezüglich der Anerkennung der unbedingten Geltung der deutschen Grundrechte. „Wir konnten nicht wollen," so erklärt diese Faktion, „daß die Publikation der deutschen Grundrechte, dieser bedeutende Schritt zur deutschen Einheit erfolglos bleibe, wir konnten nicht wollen, daß diese Beschlüsse einer neuen Prüfung von Seiten einzelner Landtage unterworfen würden; wir konnten dies um so weniger, als wir in der Nationalversammlung eine Vertretung wie des Ge-

sammtvolks, so auch der einzelnen Stämme Deutschlands erblicken mußten. Wir konnten also nicht anders uns aussprechen, als daß jene Beschlüsse ihrem Inhalte nach wie für alle deutschen Einzelstaaten, so auch für Baiern bindend seien.“ Nun sollte man erwarten, daß diesen Ansichten gemäß das rechte Centrum auch für die unbedingte Geltung der Reichsgesetze stimmen mußte, aber nein, sie glaubt fordern zu müssen, daß jene vor dem Zustandekommen einer Reichsverfassung bei rechtlich noch uneingeschränkter Souveränetät der Einzelstaaten erlassenen Reichsgesetze den baierischen Kammern von der Krone vorgelegt werden sollten. Wie ihr Schicksal hier ausfallen würde, läßt sich denken. Diese Partei ist jetzt freilich in der Auflösung begriffen, indem mehrere Mitglieder derselben um die Aufnahme in das linke Centrum nachgesucht haben. Die übrigen werden dann wohl zur Rechten übertreten oder als Kämpfer auf eigene Faust den Kampf fortsetzen. Gestern war Sitzung des Staatsraths, in welcher die Frage über die Grundrechte und die Einberufung der Kammern auf den 25. dieses Monats zur Berathung kam und eine stürmische Debatte hervorrief. Damit in Verbindung stand die Berathung über die Instruktionen, welche dem baierischen Bevollmächtigten in Frankfurt gegeben werden sollen. Dem Vernehmen nach ist das Resultat dieser Sitzungen ein keineswegs Erfreuliches. Prinz Eduard von Sachsen Altenburg, Oheim des Königs Max, ist zum Oberbefehlshaber über die kombinirten baierisch-sächsischen Truppen in Schleswig-Holstein ernannt worden. Als Offizier vom Generalstab wurde ihm Oberst-Lieutenant von der Tann, der bekannte Führer des Freikorps im vorigjährigen Feldzuge, beigegeben.

≍ **München**, 17. März. Unser neues Ministerium wird beinah so vollständig komplettirt, wie die Armee. Man sollte kaum glauben, daß es nur auf vier Wochen berechnet sei. Seit gestern besitzen wir nämlich auch einen Cultusminister in der Person des Hrn. Riegelmann, welcher bekanntlich 1½ Tag lang designirter Minister der Justiz war, ehe Kleinschrod's Zusage für diese Stellung aus Frankfurt ankam. Nachher sollte er allerdings bereits das Kultusportefeuille bekommen, weil man ihm doch einmal ein Portefeuille versprochen hatte. Aber da Hr. v. Beisler verwesender Minister des Innern blieb, so blieb auch der Kultus damit verbunden. Außerdem hatte sich ja der Staatsrath ganz kurz zuvor dahin entschieden, daß eine Trennung dieser beiden Ministerien nachtheilig sei. Und die Ueberzeugungen unserer obersten Staatsbehörde stehen bekanntlich urfest. Warum nun trotzdem diese Scheidung jetzt stattfindet? Eigentlich weiß es niemand, und man flüstert es sich nur insgeheim zu, man sehe in Nymphenburg bereits ein, daß man durch das Portefeuille des Innern in Hrn. Forster einen gar zu schwachen Mann mit einer gar zu schweren Last bebürdet habe. Vorgestern beschloß man also im Staatsrath die Kreirung des Kultusministeriums, gestern erhielt Hr. Riegelmann das Dekret.

Trotz dieser Kompletirung des Ministeriums scheinen aber Herr Friedrich Rohmer, so wie Herr Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein (er selbst bezeichnet sich in den Artikeln über sich kurzweg als „der Fürst“) noch immer ihre Hoffnungen auf dessen kurze Dauer und ihre eigene Nachfolge nicht aufgegeben zu haben. Ersterer ruft seine werthe Person dem Publikum dadurch ins Gedächtniß, daß er in hiesigen Lokalblättern versichern läßt, das Gerücht sei unwahr, als wenn er sich an die Person des Königs zu drängen suche, oder dieser ihn gar zu sich berufen habe. Letzterer benutzt gewisse Zeitungen, um fort und fort an sich zu erinnern und besonders die große Wahrheit hervorzuheben, wie ihm seiner Zeit die schwierige Aufgabe gegeben gewesen sei, mit dem Anscheine der Reaktion die politische Progression zu fördern, wie er ferner in einer Zeit regiert habe, wo das Volk geschlafen, weshalb das Regieren gar so schwer gewesen, weil dessen Stimme und Wille geschwiegen habe. So viel uns bekannt, ist er auch leider noch immer nicht im Besitze der Akten, welche ihm zu seiner Rechtfertigungsschrift so nöthig. Diese wird daher noch immer nur eine Verheißung bleiben. Vielleicht wird sie unter den vielen andern des sogenannten neuen Baiern nicht speziell vermißt.

Dresden, 17. März. Eine außerordentliche Beilage der Leipziger Zeitung enthält die folgende Bekanntmachung: „Nach einer Mittheilung des Reichsministeriums des Innern haben die in der Beilage näher bezeichneten Individuen von Genf aus die deutsche Grenze überschritten, um in den verschiedenen deutschen Staaten einen republikanischen Aufstand zu leiten. Das unterzeichnete Ministerium bringt solches hierdurch zur Kenntniß sämmtlicher Polizeibehörden, indem es dieselben zugleich anweist, nicht allein im Allgemeinen allen etwa vorkommenden aufständischen Bewegungen mit energischer Benutzung der bereitesten Mittel entgegenzutreten, sondern namentlich auf die in dem Verzeichnisse angegebenen Personen ihr besonderes Augenmerk zu richten, dieselben im Betretungsfalle zu verhaften und schleunigsten unmittelbaren Bericht anher zu erstatten, sofern nicht Grund zu sofortiger Abgabe an die Justizbehörde vorliegt. Dresden, 16. März. Ministerium des Innern.“ (Folgt alsdann das Signalement von 12 Individuen, 2 Schneidern, 2 Schuhmachern, 1 Buchbinder, 1 Messerschmied, 1 Blecharbeiter, 1 Tafelarbeiter und 4 andern republikanischen Größen ohne Gewerbe.)

Freiburg, 16. März. Heute Morgen ist die Verstärkung der hiesigen Garnison durch würtembergische Truppen, von der in einer früheren Nummer dieses Blattes die Rede war, hier eingetroffen: nämlich ein Bataillon Infanterie, eine Schwadron Reiterei und eine halbe Batterie reitende Artillerie zu vier Kanonen. Die hiesige Besatzung besteht nun aus drei Bataillonen Infanterie, anderthalb Schwadronen Reiterei und aus Artillerie mit 8 Kanonen. Dazu kommen noch gegen 500 Rekruten, die größtentheils schon eingeübt sind. Auch die nächste Umgegend ist mit Truppen besetzt. (N. Fr. Z.)

Freiburg, 17. März. Seit einigen Tagen befindet sich Brentano, welcher die Vertheidigung Struve's in der bevorstehenden Procedur übernommen hat, hier, um die hiezu nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Ein anderer Vertheidiger ist der Obergerichtsadvokat Feder von Bruchsal. Struve selbst und Blind sitzen getrennt in der hiesigen Hauptwache, wo sie, wie wir hören, mit angemessener Rücksicht behandelt werden. Ersterem war es gestern gestattet worden, den Nachmittag mit seiner ebenfalls hier inhaftirten Gemahlin, die er seit seiner Verbringung nach Rastatt nicht mehr gesehen hatte, zuzubringen. Er soll möglichst gefaßt sein und sich lebhaft mit Studien zu seiner Vertheidigung beschäftigen, da ihm nunmehr seit Kurzem die Anklageschrift des Staatsanwalts, sowie die ihn betreffenden Akten vorliegen. Der Prozeß wird Dienstag Morgen um 9 Uhr beginnen. (N. Freib. Z.)

† **Kassel**, 17. März. Heute Morgen 7 Uhr sind die ersten Truppen — zwei Bataillone Infanterie — nach Schleswig-Holstein abmarschirt; bis Karlshafen werden sie mit der Eisenbahn befördert, von da marschiren sie über Hörter nach Hildesheim und dann durch Eisenbahnverbindung weiter. Morgen früh folgen eine Batterie bestehend aus 8 Geschützen und zwei Regimenter Kavallerie nach. Voll Begeisterung ziehen sie fort, mögen sie siegreich heimkehren!

Unser Landtag ist noch fortwährend mit dem Budget beschäftigt und wird voraussichtlich noch mehrere Sitzungen zur Beendigung der deßhalbigen Arbeiten gebrauchen; eine der nächsten Sitzungen wird der Hofdotationsfrage gewidmet sein und wünschen wir von Herzen, daß dieser schon so oft erfolglos erörterte Gegenstand endlich in einer Weise geordnet und festgestellt werden möge wie sie das wahre Wohl des Landes und das richtig verstandene Interesse der monarchischen Regierungsform erheischt.

Die Ausgabeposten für die Flügeladjutantur des Kurfürsten hat man für das Jahr 1849 noch einmal passiren lassen, jedoch dabei den dringenden Wunsch aussprechend, daß die Beträge um ein Bedeutendes verringert werden möchten. Die Ausgabe dafür beträgt 8280 Thaler und hatte der Budgetausschuß auf die Streichung angetragen. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, auf einen Uebelstand bei unserer dermaligen Ständeversammlung aufmerksam zu machen, der sich schon vielfach sehr fühlbar gemacht hat, nämlich auf den Mangel regelmäßiger Vereinigungen und Zusammenkünfte der verschiedenen Parteien auf neutralem Boden. Leider thut auch der Präsident in dieser Beziehung fast Nichts und doch möchte ihm wohl nur mit Rücksicht darauf der doppelte Diätenbetrag der Deputirten zugebilligt sein.

Dem Vernehmen nach ist die zur Ausarbeitung eines Kriminalgesetzbuchs niedergesetzte Kommission (bestehend aus den Herren Oberappellationsrath Günst, Generalprokurator Kersting und Ob. G. Rath Rohde) in ihren Arbeiten schon sehr vorgerückt, so daß schon dem nächsten Landtage die Vorlage gemacht werden kann. Zu bedauern ist nur, daß die Resultate der Kommissionsarbeiten noch nicht bekannt gemacht und damit der öffentlichen Kritik, die bei keinem Theile der Gesetzgebung nothwendiger ist, als bei dem Strafrechte, überliefert sind.

Die Blumseiche ist gefallen; in einer zweiten Sitzung des Stadtraths ist das Gesuch **einstimmig** zurückgewiesen, da der städtische Todtenhof nicht zur Errichtung politischer **Denkmale**, sondern zu Begräbnißplätzen hier Verstorbener bestimmt sei.

△ **Darmstadt**, 16. März. Der erste Ausschuß unserer zweiten Kammer hat einen ausführlichen Bericht über die Proposition des großh. Kriegsministeriums, die Kosten der Militärvermehrung auf 2 pCt. der jetzigen Bevölkerung betr., erstattet. Er ist durchweg im Sinn ernstlicher aber verständiger Sparsamkeit gehalten, und dabei ist erfreulich, daß sich die Mehrheit des Ausschusses nicht zu Anträgen herbeigelassen hat, wie zwei Mitglieder desselben (Elwert und Frank). Dieselben beantragten nämlich nach Vollendung des gedachten Berichtes: „im Hinblicke auf die bedenkliche Lage der Finanzen, und die notorische Armuth der Mehrzahl der Steuerpflichtigen, die Kammer wolle die Berathung über die Proposition des Kriegsministeriums aussetzen, bis ihr das Finanzministerium Mittel und Wege zur Herbeischaffung des vom Kriegsministerium geforderten Geldes vorgeschlagen und der Ausschuß darüber berichtet habe." Die übrigen fünf Mitglieder des Ausschusses dagegen, worunter der Berichterstatter Volhard, erklärten, diesen Antrag zur Berücksichtigung nicht empfehlen zu können und bezogen sich zur Begründung ihrer Ansicht auf die Einleitung zum Berichte. Diese Einleitung enthält u. A.: „Die Erhöhung der Truppenstärke auf 2 vom Hundert der Bevölkerung ist von der Reichsgewalt, in Gemäßheit eines Beschlusses der Reichsversammlung angeordnet. Es ist Pflicht jedes deutschen Staates, den Verfügungen, welche die Reichsgewalt innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse erläßt, bereitwillig und pünktlich zu entsprechen, indem nur hierdurch Deutschlands Ehre und seine Unabhängigkeit nach Außen, seine Freiheit und Wohlfahrt im Innern gewahrt und dauerhaft begründet werden können. Wollte jeder deutsche Staat sich erlauben, den gesetzlichen Ordnungen der obersten Reichsgewalt nur soweit Folge zu leisten, als es ihm beliebt oder ohne Opfer geschehen kann, so würde unausbleiblich die alte Zerrissenheit und mit ihr die alte schimpfliche Ohnmacht, Abhängigkeit und Unfreiheit alsbald zurückkehren. — Eben deshalb haben wir vorerst jede Prüfung der Frage unterlassen, ob und wie weit die Staatskasse im Stande sich befinde, die nöthigen Mittel aus den laufenden Einnahmen zu entnehmen, oder in welcher sonstigen Weise dieselben aufzubringen sein möchten, überzeugt, daß kein wahrer Freund des Vaterlandes, kein echter Bürger Geldopfer scheuen dürfe oder werde, wenn es gilt, das Vaterland zu vertheidigen, oder auch nur durch Rüstung zum Krieg den Frieden zu erhalten. Ueberdieß läßt sich jene Frage nicht wohl für sich allein, sondern nur bei Vorlage des Voranschlags über die Staatseinnahme und Ausgabe überhaupt gehörig beurtheilen" u. s. w. Dieser Bericht wird in den ersten Tagen zur Berathung kommen.

Gotha, 11. März. Soeben verlassen die sächsischen Truppen unsere Stadt. Alle königl. sächsischen Truppen werden Thüringen sofort verlassen, um vorläufig in ihre Heimath zurückzukehren. Die Kontingente der thüringischen Staaten aber sind nun definitiv nach Schleswig-Holstein beordert und sollen schon am 25. März, zugleich mit sächsischen, kurhessischen und nassauischen Reichstruppen, dort eintreffen. Thüringen wird dann von bairischen Truppen besetzt werden, und es ist bereits ein bairischer Oberstlieutenant hier angelangt, den das Reichsministerium zum provisorischen Kriegskommissär von Thüringen ernannt hat. Indessen wird auch der sächsische Generalmajor v. Holtzendorf noch eine Zeit lang hier verweilen, um die Formation der thüringischen Kontingente, die auf Befehl des Reichsministeriums möglichst beschleunigt werden soll, ins Werk zu setzen.

* **Altona**, vom 13. März. Der heutige „Abend-Merkur" bringt einen halbofficiellen Bericht über die Sendung des Grafen Reventlow-Farve nach Kopenhagen, über ihre Veranlassung und ihren Erfolg. In einer Einleitung wird die Situation, unter welcher die gemeinsame Regierung ihr Regiment angetreten, kurz recapitulirt und die bekannte Proklamation des Königs von Dänemark als die mittelbare Veranlassung zu der Sendung des Grafen Reventlow angegeben. Dänemark soll Anfang Januar auf die Vorstellungen des englischen Gesandten sich bereit erklärt haben, wieder einen Commissär in die Herzogthümer zu schicken, wenn von Seiten der gemeinsamen Regierung die Absendung eines solchen **erbeten** werde. Die deutsche Centralgewalt wie auch Preußen und England empfahlen dies Auskunftsmittel. Da der Regierung zudem die bestimmtesten Aussichten eröffnet wurden (von wem ist nicht gesagt), daß ihr Gesandter angenommen werden würde, willigte sie ein und richtete durch Vermittelung des deutschen Geschäftsträgers Grafen Bismark ein Schreiben an den König von Dänemark, in welchem sie unter Entwickelung der schwierigen Lage, in welcher sie sich befindet, bittet, Mißgriffe und Fehler, die sie ohne Wissen etwa gemacht habe, dem Volk nicht entgelten zu lassen und die Sendung eines neuen Commissärs anzuordnen. In Folge dieses Schreibens ward denn auch der Graf Reventlo-Farve als Beweis des diesseitigen Entgegenkommens nach Kopenhagen gesandt; durch Vermittelung des **russischen** Gesandten war die Zusicherung gegeben, daß er gern empfangen würde. Nachher zeigte es sich freilich, daß man ihn nur als Grafen Reventlow nicht als Gesandten der gemeinsamen Regierung empfangen wollte, — worauf derselbe dann der Audienz entsagte und nach erhaltener Kunde von der Kündigung des Waffenstillstandes wieder abreiste. Wir erfahren zugleich, daß der Obristlieutenant Schlegel, der bekanntlich zu Gunsten der bei Bröns Gefangenen interveniren sollte, zugleich der Ueberbringer der einfachen Anzeige war, daß die königl. dän. Regierung das Schreiben der „**sogenannten gemeinsamen Regierung**" **nicht** beifällig aufnehmen, und nicht beantworten könne.

Schleswig, 12. März. Es ist hier die betrübende Nachricht eingetroffen, daß der Graf Traugott Reventlou in Folge einer im Duell erhaltenen Schußwunde gestorben ist. Die kräftige Natur desselben ließ, trotz der Fieberphantasieen, anfangs das Beste hoffen. Hochbegeistert und tief durchdrungen für Schleswig-Holsteins gerechte Sache, warf er den leichten Sinn der brausenden Jugend von sich und trat, ritterlich gesinnt, im vorigen Jahre sofort in die Reihen der Freiwilligen.

Großbritannien.

* **London**, 15. März. Die gestrige „Times" enthält einen Artikel über den gegenwärtigen Stand der schleswig-holsteinischen Frage, der zwar, wie sich nicht anders denken läßt, einseitig Partei für Dänemark nimmt, aber im Ganzen doch anständiger und minder plump geschrieben ist als ihre frühern Artikel in derselben Sache. Diese Lieblingszeitung und eigentliches Organ des ächten John Bull glaubt versichern zu dürfen, daß der deutsche Bevollmächtigte (Ritter Bunsen) keineswegs die Absicht zu erkennen gegeben habe, die schwebenden Verhandlungen abzubrechen; wenn sie für den Augenblick ins Stocken gerathen seien, so liege dies daran, daß die Antwort des kopenhagener Hofes auf die ihm mit Uebereinstimmung mehrerer Mächte angebotenen Friedensvorschläge noch nicht in London eingetroffen sei. Wenn diese Antwort zustimmend oder nur bis zu einem gewissen Grade zustimmend lauten sollte, so würden die Verhandlungen ohne weiteren Aufschub wieder aufgenommen werden. Die Times glaubt und hofft nicht, daß man (natürlich deutscher Seits, denn den Dänen erlaubt sie es) den Rest des Waffenstillstands zu kriegerischen Anstalten benutzen oder daß Deutschland, wozu es allerdings durch einen Paragraphen des Waffenstillstandsvertrags ermächtigt sei, seine Streitkräfte bis zur äußersten Nordgrenze der Herzogthümer vorschieben werde, eben so wenig zweifelt sie daran, daß Dänemark, welches sich ja in der Vertheidigung seiner Rechte bisher so tapfer gezeigt, auch fortan auf seinem Recht bestehen und sich nicht einschüchtern lassen werde. Auf der andern Seite glaubt sie dem Baron von Gagern und seinen Amtsgenossen bei der Centralregierung die Anerkennung nicht versagen zu dürfen, „daß sie die wahre Politik ihres Landes im richtigen Sinne auffaßten, indem sie ihre unhaltbare Ansicht (**untenable hypothesis**) von einer untrennbaren Union zwischen den beiden Herzogthümern fahren ließen." Die Times meint, wenn nur die russische Regierung den aufrichtigen Wunsch hege, daß diese Streitfrage geschlossen werde, so sei an dem Zustandekommen einer Uebereinkunft nicht zu zweifeln, und wenn man schon nicht so sanguinisch sein dürfe, sich die Beilegung aller dabei ins Spiel gekommenen Fragen einzubilden, so dürfe man doch die feste Hoffnung hegen, daß alsdann jeder unmittelbaren Kriegsgefahr vorgebeugt sein würde.

Man liest in der Daily News: „In furchtbarem Grade nehmen im Westen und Süden Irlands die Todesfälle aus Mangel an Nahrung zu. Auf den Eilanden Killeen und Gorumna kamen eben erst 10 Todesfälle aus Hunger vor. Mehrere Leichen fand man draußen im Feld, andere in verlassenen Hütten. Bei einigen dieser Fälle sind die Einzelumstände grausenerregend. Von dem

Leichnam eines zu Kilmurry todt gefundenen armen Mannes trieb man nur mit Mühe die Hunde hinweg."

* **London**, 16. März. In der gestrigen Sitzung des Hauses der Gemeinen wurden die Anträge Hrn. Disraeli's in Betreff des Ackerbauschutzes mit 91 Stimmen Mehrheit (280 gegen 189), vorher aber das Amendement Hume's im Sinne der Freihändler von Manchester mit der ungeheueren Mehrheit von 324 Stimmen (394 gegen 70) verworfen.

Die „Times" meldet aus guter Quelle, daß in England gegenwärtig mehrere Dampfboote für den Dienst der revolutionären Regierung von Sizilien ausgerüstet und bemannt würden; 1200 Mann, vollständig bekleidet, bewaffnet und organisirt seien zum Einschiffen fertig, um an dem bevorstehenden Kampfe Theil zu nehmen.

Frankreich.

* **Paris**, 15. März. Sitzung der Nationalversammlung. Nach einigen weniger erheblichen Verhandlungen schreitet man zur Diskussion über das Budget vom Jahr 1849. Auf Befragen entscheidet die Versammlung, daß sie das ganze Budget vorher berathen wolle ehe sie zu dem jedes einzelnen Ministeriums übergehe. Mathieu de la Drôme will einige Ideen derer, welche man die rothen Republikaner nennt, über das Budget entwickeln. Dieses Budget für 36 Millionen Franzosen ist stärker als das von 148 Millionen Preußen, Oesterreicher und Kosacken. Die 1500 Millionen Ausgaben würden hinreichen, um die Einwohner von 15 Departements zu nähren. Der Grund der immerwährenden Vermehrung der Staatsausgaben liegt in dem Ehrgeize der Staatsmänner, welcher dem Lande mehr als 60 Millionen gekostet hat. Ludwig XVIII. hatte Recht, wenn er behauptete, daß unbesoldete Abgeordnete dem Staate theurer zu stehen kommen, als besoldete. Der Redner geht nun zur Kritik der einzelnen Budgets über. Bei dem Ministerium der Staatsbauten tadelt er die Zersplitterung der Ausgaben unter so viele Eisenbahnen, statt daß man sich auf die hauptsächlichsten derselben, zwei höchstens drei, hätte beschränken sollen; überhaupt, meint der Redner, sollte der Staat alle Eisenbahnen auf seine Rechnung betreiben. Hinsichtlich des Marineministeriums, erklärt er, daß er sich nicht zu der Meinung derer bekenne, welche die Herrschaft der Meere an England überlassen wollten und er hoffe, daß der Neffe dem Grundsatz, den der Oheim ausgesprochen, treu bleiben werde, daß das mittelländische Meer ein französischer See sein müsse. Bei einer bessern Ordnung in dem Verwaltungssystem der Marine würden 100 Millionen mehr hinreichen, damit Frankreich eine eben so starke Seemacht besitze als England. Das Landheer betreffend, so könnte man dasselbe mit einer guten Organisation der Reserve um drei Viertel reduciren. 150,000 Mann reichten hin, um die Grenzen um die Republik zu vertheidigen. Die französische Armee wird sich nie zum Umsturze der Demokratie gebrauchen lassen, sie hat es bewiesen, als sie in der Februar-Revolution den Befehlen ihrer Oberen nicht gehorchte und mit umgekehrtem Gewehr vor den Insurgenten vorüberzog (General Bedeau: ich verlange das Wort). Nun zählt der Redner die zu machenden Ersparnisse auf: Verminderung der Gehalte, Reduktion der Zinsen der Staatsschuld; Unterstützung des Ackerbaues dadurch, daß der Staat an die Stelle der Bank von Frankreich tritt und den Bauern zu geringem Interesse Geld vorstreckt, wozu die Veräußerung der nicht produktiven Staatsdomänen und die Sparkassen die nöthigen Kapitalien liefern würden. Auf diese Art würde das Ausgabebudget der rothen Republik sich nur auf tausend Millionen belaufen, während die „anständige und gemäßigte" Republik 1500 Millionen verlange. Das Budget laste besonders auf dem armen Grundbesitzer und dem Proletarier; auch seien die rothen Republikaner entschlossen, das Budget nur dann zu votiren, wenn die Salz und Getränkesteuer ganz abgeschafft und die Steuer von 45 Centimen den Steuerpflichtigen zurückbezahlt würde. General Bedeau. Ich ergreife die Gelegenheit, um alle Anspielungen mit Entrüstung zurückzuweisen, als ob die militärischen Befehlshaber am 24. Februar nicht ihre Schuldigkeit gethan hätten. Wir hatten von der damaligen Regierung den ausdrücklichen Befehl erhalten, jeden Zusammenstoß zu vermeiden, und wenn die Truppen die Gewehrkolben nach oben kehrten, so thaten sie es nur, um der Nationalgarde ihre friedlichen Gesinnungen zu beweisen. Uebrigens haben die Männer, welche sich, obgleich sie der herschenden Familie auf das Höchste verpflichtet waren, der neuen Regierung angeschlossen haben, begriffen, daß sie dem Lande zu Liebe jedes Opfer bringen mußten. Hr. Guichard spricht in demselben Sinne, wie Hr. Mathieu. Nach ihm nimmt Hr. de Lasteyrie das Wort, um sie zu widerlegen: Die Steuer von 45 Cent. war nicht die Folge der schlechten Finanzverwaltung der vorigen Regierung, sondern der revolutionären Politik des Hrn. Ledru Rollin. Indem die sozialistischen Lehren den Reichthum angriffen, schadeten sie der Armuth; indem sie das Kapital angriffen, den Hauptagenten der Arbeit, verstopften sie die Quelle des Lebens der Arbeiter. Herr Garnier-Pagès vertheidigt die provisorische Regierung. Er beruft sich auf den Drang der revolutionären Umstände, in denen sie sich befunden habe. Er spricht zugleich seine Anhänglichkeit an die Grundsätze der Ordnung so beredt aus, daß die ganze Versammlung ihm Beifall zollt. Die allgemeine Diskussion wird darauf auf morgen verlagt.

Hr. Arenoz, Attaché des Kabinets des Generals Narvaez, ist soeben in Paris eingetroffen, wo er nur einige Stunden verweilen soll, um sich sofort nach Gaeta zu begeben. Er überbringt dem Hrn. Martinez de la Rosa daselbst die Vollmachten der spanischen Regierung, um die Bedingungen der zwischen den Kabineten von Paris, Madrid und Neapel verabredeten Intervention zu unterhandeln. Die beiden Kabinete von Paris und Neapel werden ihre Gesandten mit ähnlichen Vollmachten ausstatten.

Man will hier wissen, daß die Sicilianer von dem französischen und dem englischen Admiral eine Frist von zehn Tagen verlangt haben, um sich über das mitgetheilte Ultimatum auszusprechen.

Die Linke der Nationalversammlung will einen Antrag auf Verlängerung der Dauer derselben stellen, bis die Gefahren der äußeren Lage vorüber seien. In einer Zusammenkunft, welche gestern Vormittag bei Hrn. Marrast stattfand, soll diese Frage besprochen worden sein. Die Nachricht hat, so wenig Erfolg sich auch die Linke versprechen kann, doch einen sehr übeln Eindruck auf die Börse gemacht. Die Course sind abermals etwas gewichen.

Prozeß der Maiaugeklagten. 60 Zeugen waren bis jetzt verhört worden. Der 61te war Hr. v. Lamartine. Seine Aussagen sind den Angeklagten günstig. Wir werden sie morgen ausführlich geben. Man glaubt, daß außer dem General Courtais auch Raspail freigesprochen werden wird, da es sich herausstellt, daß wenigstens diese beiden Angeklagten an einem Plane zum Umsturz der bestehenden Regierung und zur gewaltsamen Auflösung der Nationalversammlung keinen Antheil hatten.

Italien.

* **Mailand**. Die Kündigung des Waffenstillstandes ist vom gestrigen, den 12., datirt, mit einer Frist von acht Tagen, wornach also die Feindseligkeiten am 20. d. beginnen werden. Wie man glaubt, wird Karl Albert auf zwei Punkten operiren: bei Piacenza am Po und bei Novara am Ticino. Der Tagsbefehl des Feldmarschalls lautet „Hauptquartier Mailand, 12. März 1849. Soldaten! Eure heißesten Wünsche sind erfüllt. Der Feind hat uns den Waffenstillstand aufgekündigt. Noch einmal streckt er seine Hand nach der Krone Italiens aus, doch er soll erfahren, daß 6 Monate nichts an eurer Treue, an eurer Tapferkeit, an eurer Liebe für euern Kaiser und König geändert haben. Als ihr aus den Thoren Verona's auszoget und von Sieg zu Sieg eilend, den Feind in seine Grenzen zurücktriebet, gewährtet ihr ihm großmüthig einen Waffenstillstand, denn er wollte den Frieden unterhandeln, so sagte er, doch statt dessen hat er sich zum neuen Krieg gerüstet. Wohlan denn, auch wir sind gerüstet, den Frieden, den wir ihm großmüthig geboten, wollen wir in seiner Hauptstadt erzwingen. Soldaten! Der Kampf wird kurz sein, es ist derselbe Feind, den ihr bei St. Lucia, bei Sommacampagna, bei Custozza, bei Volta und vor den Thoren Mailands besiegt habt. Gott ist mit uns, denn unsre Sache ist die gerechte. Auf, auf Soldaten, noch einmal folgt eurem greisen Führer zum Kampf und Siege. Ich werde Zeuge eurer tapfern Thaten' und es wird der letzte frohe Akt meines langen Soldatenlebens sein, wenn ich in der Hauptstadt eines treulosen Feindes die Brust meiner wackern Gefährten mit dem blutig und ruhmvoll errungenen Zeichen ihrer Tapferkeit werde schmücken können. Vorwärts also Soldaten, nach Turin lautet die Losung; dort finden wir den Frieden um den wir kämpfen. Es lebe der Kaiser! Es lebe das Vaterland! Die den Oesterreichern Ergebenen fühlen sich jetzt hier nicht ganz sicher; sie fliehen nach Verona und Südtirol. Wahrscheinlich wird zum

Uebersicht.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 19. März.

Tagesordnung der 187. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Abgeordneten Rießer, Namens des Verfassungs-Ausschusses erstatteten Berichts, über den vom Abgeordneten Welcker in der 184. öffentlichen Sitzung vom 12. März 1849 gestellten Antrag.

Die Theilnahme des Publikums äußert sich heute wieder in dem nämlichen Zudrange zur Paulskirche wie am Sonnabend. Die Sitzung wird 1/4 nach 9 Uhr durch den Präsidenten Herrn Ed. Simson eröffnet. Nicht bloß die meisten Abgeordneten sondern auch die Mitglieder des Ministeriums befinden sich schon während dem Verlesen des Protokolls auf ihren Plätzen. Neu eingetreten sind die Herren Bandelow aus Posen und Giehr aus Mühlhausen. Nachdem noch zwei Flottenbeiträge angemeldet sind, kommt die Anrufung des Hrn. Hartmann aus Leitmeritz an das Reichsministerium zur Verlesung, ob das Unwahrscheinliche wahr sei, daß nämlich das Reichsministerium den Beschluß der Frankfurter konstituirenden Versammlung (des Freistaats Frankfurt) für unstatthaft erkläre, nach welchem alle Preßprozesse auf sich beruhen sollten bis zur Einführung von Geschwornengerichten.

Das Wort über den Gegenstand der Tagesordnung erhält zuerst Hr. v. Wydenbrugk aus Weimar. Hr. Vogt verlange einen Diktator. Aber einen solchen könne man nur ernennen in einem bereits begründeten Staate und eben an der Begründung eines solchen Staats stehen wir. Um die Welt zu bewegen, bedarf's doch zuerst eines Punkts, auf dem man steht. Mit noch ungegossenen Kanonen aber zieht man keinem Feind entgegen. Von den deutschen Fürsten denkt Hr. v. Wydenbrugk besser als Vogt, auch von Männern wie Stüve und Beisler hofft er, sie werden sich im entscheidenden Augenblicke nicht „zu klein zeigen für das Große." Was aber solle man zu dem Benehmen von Männern sagen, die im März die Einigung Deuschlands am lebhaftesten begrüßten, was von Bewegungen, wie sie sich z. B. vorbereiten in den sächsischen Kammern!

Es ist aber keine Vorkehr die wir treffen gegen einen vorübergehenden Zustand, wir wollen uns hier vielmehr zu dauernden Maßregeln vereinigen, die doch über kurz oder lang einmal getroffen werden mußten. Nachdem der Welckersche Antrag einmal eingebracht, das Wort einmal ausgesprochen worden ist, haben wir auch keine Wahl mehr, als ohne Zögern rüstig vorzuschreiten. Wenn irgend etwas dazu dienen kann, daß wir republikanisch und kosakisch werden, so ist's die Zögerung. Der Redner beleuchtet dann den Zustand Oesterreichs, welches auf die gewaltsamste Weise centralisirt. Sei der bewegende Gedanke unserer Gegenwart — und Wydenbrugk zweifelt nicht daran — wirklich ein lebendiger, nämlich die Geltendmachung der Nationalitäten, so könne Oesterreichs Verfassung und die Gesammtmonarchie nicht bestehen. Müssen wir daher jetzt mit Schmerz eine Anzahl österreichischer Männer aus unserer Mitte scheiden sehen, so geschieht das doch mit der festen Hoffnung auf „baldiges Wiedersehen." Aus den Verträgen von 1815 kann Oesterreich kein Recht ableiten und wir können keine solchen Rechte gelten lassen. Daß das einzige Heil der Zukunft in dem Anschlusse an Preußen liege, daß in diesem Staate dem deutschen Volk der natürliche Gravitations- nnd Höhepunkt gegeben sei, führt der Redner sodann aus. Eine Uebertragung der Vorortschaft an Preußen auf drei oder sechs Jahre würde die Verhältnisse Deutschlands nur verschlechtern. Was gegen das Direktorium und gegen sonstige dem Erbkaiserthum ausweichende Vorschläge spricht, faßt der Redner hierauf zusammen. Das Volk blickt sehnsüchtig nach Frankfurt — vielleicht zum letzten Male, da der Partikularismus wieder in üppiger Blüthe steht! Woran so vieles Große in Deutschland bis jetzt gescheitert ist, das ist der Eigensinn, daß Jeder seinen besondern Weg gehen will (Zustimmung). Geben wir dem Volke in diesem Falle ein erquickendes Beispiel des Gegentheils, indem sich niemand scheue, von seiner besondern Ueberzeugung etwas zu opfern, um es auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen (Beifall und Widerspruch). Die Auflösung Preußens in Provinzen, wie es Hr. Vogt gefordert, sei eine organische Unthunlichkeit. In der innigen Verbindung mit Deutschland werde sich aber das Gegengewicht gegen die Uebermacht des speziellen Preußenthums von selbst finden. Zuletzt ein Wort von Oesterreich, welches nimmermehr einen Weg gehen wolle, auf dem ein Hohenzollern Führer sei. Ist das nicht auch die Sprache des Partikularismus? Auch mich erfüllt mit tiefem Schmerze die Trennung Norddeutschlands von den Alpen, von der Donau. Aber wenn wir irgend eine Hoffnung auf Wiedervereinigung fassen wollen, so kann es nur dadurch geschehen, daß wir hier ein festes Haus der Freiheit errichten mit weitgeöffneten Pforten. Wider das Haus Hohenzollern, wider die Persönlichkeit des Königs von Preußen, seien mannigfache Antipathien hervorgerufen worden. Was anders als die Majestät des deutschen Volkes würde aber das Haus Hohenzollern repräsentiren? Richten wir eine feste Gegenwart ein und eine reiche Zukunft ist uns gewiß. (Beifall.)

Herr Raveaux: Wie kommt es, daß an demselben Tage, wo heut vor einem Jahre das Königthum in der äußersten Gefahr war, — am 19. März — das Königthum in ein Kaiserthum verwandelt werden soll? Darin finde ich ein trauriges Zeichen für unsere Versammlung. Der erste Antrag dieser Art ging in einem Rufe von Hohn unter. (Zuruf „das ist nicht wahr!" von der Rechten.) Woher demnach die Aenderung? Was hat das preußische Königthum für die Freiheit seitdem gethan? Von den preußischen Kammern ist nur die erste deutsch gesinnt. Die zweite hingegen hat die Annahme der Grundrechte verworfen — um sich Frankfurt nicht zu unterwerfen. Oder soll ich an den Waffenstillstand von Malmoe erinnern, an jenen Waffenstillstand, der nach dem Zeugnisse des Herrn v. Griesheim geschlossen ward, weil man die Truppen in Berlin brauchte? Jener Waffenstillstand, von dem alles Unglück herrührt (Unterbrechung). Nachdem der Redner auch auf die Umwandlung der Personen und der Parteien hingewiesen hat, fährt er fort: wenn wir nun aber das Kaiserthum, anstatt es zu verewigen, auf sechs Jahre zunächst beschränkten, so hätte dieser Kaiser Gelegenheit sich zu bewähren und würdig zu zeigen. Die deutsche Gährung ist die Gährung eines jungen Weins. Schließen Sie die Spundöffnung mit einer Krone und Faß und Krone wird der Wein zersprengen. Was wäre ein deutsches Volkshaus, dem ein preußisches jeden Augenblick das Gegengewicht bieten könnte? Die Ereignisse, meine Herren, werden nicht von den Bajonetten entschieden. Das Reichsministerium hat neun Monate lang alle Soldaten Deutschlands zur Verfügung gehabt und hat es damit Oesterreich bei uns gehalten? Hat es auch nur den dänischen Krieg zu Ende gebracht? Statt dessen sagt man hier, einen Krieg mit dem Auslande werde Deutschland mit Leichtigkeit bestehen. Ja ein Krieg mit Rußland wäre ein Glück, denn er brächte die Einheit. Täuschen Sie sich nicht — nur ein einträchtiges Deutschland könnte ganz Europa die Spitze bieten. Deutschland aber wird nicht einträchtig durch Ihr Verfahren. Nur ein sechsjähriges Kaiserthum — oder eine Statthalterschaft von sechs Jahren — ist's was mir als der mögliche Ausweg vorschwebt. Gehen Sie auf diese Sechsjährigkeit ein und wir (von der Linken) geben sogar unsere republikanischen Neigungen auf, um Ihren Stimmen die überwiegende Mehrheit zu sichern. Der König von Preußen wird auch ein sechsjähriges Kaiserthum annehmen. Hat er sich doch selbst als den Schirmherrn Deutschlands erklärt und ist von selbst verpflichtet in jedem Augenblicke der Gefahr seine ganze Macht für das deutsche Vaterland aufzubieten.

Nachdem der Redner unter dem anhaltenden Beifalle der Linken geendet, so erregt ein Antrag von Hrn. Schulz von Darmstadt, der zur Verlesung kommt, allgemeines und wiederholtes Gelächter, indem er nichts Geringeres verlangt, als daß der König von Preußen nur unter der Bedingung zum Kaiser erwählt werde, daß er sofort den Russen den Krieg erkläre, Europa die Freiheit und den Frieden sichere, Oesterreich unterwerfe, die Verhältnisse in Ungarn ordne, Konstantinopel erobere, Polen

wieder herstelle u. s. w. Im Fall der Verwerfung dieses Antrags hat Hr. Schulz noch einen andern Vorschlag in petto, wornach an die Urwähler zurückgegangen und ein neuer gesetzgebender Körper zur Vorlage einer Verfassung ernannt werden soll.

Hr. Waitz: Nichts ist so vielfach verwirrt, durch so viel vorgefaßte Meinung und Partei verdunkelt worden, als der Vorschlag des Verfassungsausschusses. Ich sowohl als meine Freunde im Verfassungsausschusse haben alles aufgeboten — und ich rufe unsere österreichischen Kollegen in diesem Ausschusse als Zeugen auf — um Oesterreich bei uns zu halten und daß den besondern Verhältnissen des Kaiserstaats Rechnung getragen werde. Aber ich unterscheide zwischen den österreichischen Stammesbrüdern und zwischen der Politik der Habsburger Gesammtmonarchie. Mit Erstaunen habe ich daher — nicht die Anträge der österreichischen Regierung — wohl aber die Anträge von Abgeordneten aus unserer Mitte gelesen, und darunter auch jenen eines Historikers, der noch kürzlich gegen die Polen von dieser Tribüne donnerte, die uns an das ungeheuerliche Gemisch von Nationalitäten ketten möchten, welches sich in der österreichischen Gesammtmonarchie darstellt. Solche Leute sollten doch wissen, daß das kleinste Stück ächter deutscher Erde uns mehr werth sein muß, als eine unermeßliche und wüste Gesammtheit. Auch ist's gar nicht meine Meinung, daß unsere deutsche Politik zusammenfalle mit der Politik Oesterreichs. Im Gegentheil ist sie sogar eine mannigfach andere, Italien, Ungarn und dem ganzen östlichen Europa gegenüber. Durch das Emporkommen der Habsburger Macht ist das Gesicht Deutschlands abgekehrt worden von dem Punkte, wohin es zumeist hätte gerichtet sein müssen, das ist vom Ausflusse des Rheins und von der Nordsee. Auch ist die Politik Oesterreichs schwerlich eine deutsche zu nennen, weder früher noch jetzt, wenn es in dem Augenblicke, wo Preußen den vereinigten Landtag beruft ein Bündniß mit Rußland schließt und die Russen nach Siebenbürgen beruft, da Deutschland einen Schritt weiter in seiner Entwickelung gethan. Auch ist's Oesterreich, welches auf einen europäischen Kongreß hingewirkt hat zur Ordnung der gegenwärtigen Angelegenheiten Deutschlands. Der Redner betrachtet dann das Verhältniß der Oesterreicher in unserer Mitte. Daß sie sich an Deutschland anklammern, daß sie nicht von uns gerissen werden wollen, das begreife ich. Aber wie sie die öst. Verfassung anzuerkennen vermögen und doch an der unserigen fortarbeiten, das begreife ich nicht. (Große Bewegung.) Oesterreich läßt für Frankfurt wählen mit der offenen Absicht, daß sein Staatsinteresse hier mit der nöthigen Stimmenzahl unterstützt werde. Daher erklären sich die Oesterreicher unter uns namentlich gegen das Erbkaiserthum. Aber das Haus Habsburg hat sich von Deutschland losgesagt, es hat kein Recht, zu verlangen, daß wir ihm den Platz auf unserm Throne offen halten, ja nicht einmal einen Platz in unserm Direktorium. Der Redner sucht dann nachzuweisen, daß der deutsche Bundesstaat, den man durch das Erbkaiserthum für gefährdet ausgebe, eben des Erbkaiserthums zu seiner Erhaltung bedürfe, und daß im Volke selbst nicht der Wunsch nach einem Präsidenten, sondern nach einem Kaiser lebe. Hr. v. Hermann habe bedauert, daß er in Oesterreich nicht habe im Namen dieser Versammlung sprechen können. Aber seit Monaten haben wir das Reichsministerium ermächtigt im Namen dieser Versammlung zu sprechen — und die österreichische Regierung hat nicht darauf geantwortet. (Zeichen von lebhaftem Eindruck.) Es wird gesagt, der Grundsatz, daß Oesterreich kein starkes und centralisirtes Deutschland neben sich dulden könne, sei alten Styls. Wohlan meine Herren von Oesterreich, so zeigen Sie uns das durch Ihre Abstimmung. Blicken wir auf die Lage Deutschlands, auf die Haltung der Kammern in Sachsen und Baiern, auf den drohenden Krieg in meinem engeren Vaterlande (Schleswig-Holstein). Er hat schon einmal eine tiefe Erschütterung in Deutschland, in Europa hervorgebracht. Und was die Verhältnisse Europa's anlangt, so scheint die österreichische Verfassung nicht geeignet, Italien den Frieden zu geben. Hr. Raveaux hat an den März vorigen Jahres erinnert. Was färbte jene Tage blutroth? Die Verblendung der Fürsten, die an kein Recht der Forderung glaubten und an keine Gefahr. Ahmen Sie das Beispiel der Fürsten nicht nach. Sonst möchte es auch für Sie bald lauten: „Zu spät". (Allseitiger, dauernder Beifall.)

Herr Moritz Mohl: Man hat hier mit Verachtung von den materiellen Interessen gesprochen und von einem „baumwollenen" Vaterlande, das hat den Redner tief geschmerzt, der hierher geschickt ist, um den Wohlstand des deutschen Volks wieder herzustellen und in dem Erbkaiserthum kein Mittel der Einheit erblicke, sondern der Trennung. Also für ein Direktorium, was auch, wie die preußische Note vom 10. März zeige, mit den Ansichten des preußischen Kabinets übereinstimme.

Herr Reh aus Darmstadt: Ich bin mit meinem Entschlusse für das preuß. Erbkaiserthum in Widerspruch getreten mit einem Theile meiner bisherigen politischen Freunde, mit den Ansichten eines Theils meiner Wähler, aber ich habe mich dennoch nicht einem Opfer zu entziehen gewagt, welches das Vaterland fordert. Der Zustand Deutschlands innerlich sowohl, wie nach Außen, ist der Art, daß eine rasche Gestaltung unserer Verhältnisse dringend noth thut. Mein Vertrauen zu dem deutschen Volke ist größer, als daß ich glaube, es wolle seine materiellen Vortheile höher achten, als seine politische Ehre. (Bravo!) Der Redner kritisirt dann die Bestimmungen der Verfassung und in dem Wahlgesetze findet er ein hinreichendes Gegengewicht gegen das absolute Veto, sowie in den Grundrechten die Garantie gegen die etwaigen Nachtheile der Erblichkeit. An die Oesterreicher richtet er im Namen des Vaterlandes und der Ehre die Mahnung: daß sie sich der Abstimmung enthalten möchten, wenn sie glaubten, daß sie von der hier vorgeschlagenen Verfassung keinen Gebrauch machen könnten. An ein Verwerfen des Welcker'schen Antrags glaube ich nicht, denn es würde das Vaterland in den Abgrund des Verderbens stürzen. Aber er wolle einen Entschluß, nicht bloß mit Stimmenmehrheit, sondern mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt, als ein Beispiel für das Volk und als ein Zeichen von der Einigkeit des Vaterlandes.

Hr. Eisenmann von Nürnberg: Als eine Verwahrung vor der Mit- und Nachwelt will ich es aussprechen, daß ich es nicht über mein Gewissen vermag, die Verfassung in Bausch und Bogen anzunehmen. Oesterreichs Vorschläge sprechen allen unseren nationalen Forderungen Hohn, sie bedrohen unsere Freiheit, unser deutsches Wesen. Wir sind hier zusammengekommen, um ein deutsches Reich zu begründen, und mit Slowaken, Hanaken, Kroaten 2c. möchte man uns zusammenkoppeln. Allein warum sei seine Warnung ungehört geblieben, als er wiederholt darauf aufmerksam gemacht, mit Ungarn fange die österreichische Kamarilla an, mit Deutschland höre sie auf? Noch heute wünsche er den Ungarn den Sieg. Aber wenn hier die materiellen Vortheile gering angeschlagen worden seien, so laufe doch zuletzt Alles auf sie hinaus. Nicht blos die materiellen Vortheile weisen auf Oesterreich hin, sondern ohne Oesterreich ist auch keine politische Einigung in Deutschland möglich. Denn dann fehlt die eine der drei großen Gruppen, die sich gegenseitig im Gleichgewicht halten müssen. Zu einer komischen Scene gibt eine Frage des Herrn Eisenmann Veranlassung. Als er nämlich im Laufe seiner immer mehr in den Ton der Konversation herabsinkenden Rede ausruft: „Warum verschweigt man, daß durch Oesterreichs Vermittlung der dänische Waffenstillstand um 3 Monate verlängert ist!" und ihm Herr von Gagern von der Ministerbank hierauf antwortet: „weil es nicht wahr ist" — entsteht über die Betroffenheit des Fragenden eine allgemeine und laute Heiterkeit. Das Erbkaiserthum ist ihm ein verhaßtes Fideikommiß zu Gunsten des Hauses Hohenzollern und von der preußischen Herrschaft im Reiche erwartet er die Unterdrückung der Freiheit, die bisher in Süddeutschland ihren vorzugsweisen Sitz gehabt. Niemals werde, das glaubt Eisenmann versichern zu können, der König von Baiern in seine Medialisirung willigen und wenn er es thäte, würde er damit in einen Zwiespalt mit seinem eigenen Volke, mit den Altbaiern, gerathen. Von der Annahme des „papiernen Erbkaisers" fürchtet er ferner, daß sie die Oktroyirung über die Paulskirche herbeibeschwöre. Dagegen müsse eine Verfassung ertheilt werden, die dem Bedürfnisse des Volkes Rechnung trage und den Regierungen den Vorwand zum Einschreiten entziehe. Endlich provocirt der Redner ebenfalls an die Geschichte, an die nächsten Ereignisse und das Weltgericht in der Ueberzeugung, daß es ihm Recht geben werde.

Vicepräsident Herr Wilhelm Beseler aus Schleswig: Wenn wir unsern Zustand vergleichen mit der Lage Frankreichs in den 90ger Jahren, in welcher Lage befinden wir uns? Mehr als dreißig Staaten, nirgends ein allgemeiner Mittelpunkt! Die Mittheilungen des Finanzministers in Bezug auf die deutsche Flotte, jene Weigerungen daher, wo Königsthrone von der napoleonischen Herrschaft bestehen — müssen Schaamröthe rufen auf

das Antlitz jedes Deutschen. Die russische Note ist in Abrede gestellt worden. Allein es existirt eine Note von Oesterreich, die sich auf die Verträge von 1815 stellt und das Ausland gewissermaßen zum Richteramte über Deutschland beruft. Von Rußland anzunehmen, es werde durch seinen Zug gegen den Süden, durch seine Stellung zur Türkei von den deutschen Verhältnissen abgelenkt und gleichgültig gegen dieselbe, das wäre ein Verrath am Vaterlande. Die Gefahr ist dringend, und Jeder, der durch die Verfassung die Freiheit füe gewahrt hält, der sie für geeignet erachtet, Deutschland dem übrigen Europa gegenüber in eine achtungswerthe Machtstellung zu bringen, der wird für den Welcker'schen Antrag stimmen müssen. Es war eine traurige Wahrheit, die Hr. v. Schmeeling vor vier Wochen hier aussprach, daß es eine Schmach für Deutschland sei, daß es sich so lange durch die Marimen Metternich's habe beherrschen lassen. Wohlan, meeken wir auf daß wir nicht in die Schlingen der Epigonen Metternich's fallen (Bewegung). Auch die Verhältnisse Schleswig-Holsteins, die Beschlüsse, die man in Bezug auf dieß Land gefaßt habe, und wo dann die Macht, sie auszuführen, gefehlt habe, führt Hr. Beseler als ein Motiv der Mahnung an, daß man zu einem entscheidenden Beschlusse kommen möge. Auf die Beschlüsse allein legt das Volk Werth, um sie, nicht um unsere Reden, kümmeet es sich. Zeigen wir durch einen großen Akt, daß wir die Nothwendigkeit zu würdigen wissen und daß uns das Wohl des Vaterlandes höher steht, als unsere Parteistreitigkeiten. Es ist hier viel Bedenkliches aus Berlin mitgetheilt worden, sowohl in Bezug auf Zustände, als auf Persönlichkeiten. Aehnliches ist uns gesagt worden aus München. Aber eben damit solche Zustände ihr Ende ereichen in Preußen wie in Baiern, deshalb begeünden wir die Verfassung. Und so wenig als die niedersächsischen Stämme die Opfer scheuen, welche die Einheit von ihnen fordert, eben so wenig fürchtet der Redner von dem schwäbischen, dem preußischen und andern Stämmen eine Weigerung. Nur wenn Sie einen deutscheu, einen mächtigen Staat schaffen, besitzen Sie eine Garantie für die Grundrechte und die Gewähr für die Fortentwicklung des deutschen Volksgeistes und seiner Eigenthümlichkeit. Es ist gesagt worden, daß der König von Preußen die Kaiseekrone nicht annehmen werde. Die Nationalversammlung biete sie ihm nur an und er wird gewiß seine Pflicht gegen das Vaterland erkennen und erfüllen und die Keone nicht ablehnen. Sei die Majorität, mit der wir unsern Beschluß fassen, auch noch so gering, wenn ihn das Volk zu dem seinigen macht, so werden wir ihn duechführen. Ertheilen Sie dem Könige von Preußen die Kaiserkrone und das Volk wied sich dafür erklären. (Langee Beifall aus der Mitte und von der Rechten.)

Hr. Ahrens aus Salzgitter: Das deutsche Volk wird die preußische Kaiseewahl nicht bestätigen und zum andern vermag uns auch kein preußisches Kaiserthum zu europäischee Macht zu erheben. Eine solche sind wir nur im Verein mit Oesterreich. Der König von Preußen könne die Oberhauptswürde nicht annehmen, und die Verhältnisse der deutschen Kaiseefrage erinnerten ihn lebhaft an die Wahl des Herzogs von Nemours im Jahre 1831 zum Könige von Belgien, die mit einer kleinen Stimmenmeheheit erfolgt von Louis Philipp aber abgelehnt worden sei, um Europa einen Beweis von Großmuth und Mäßigung zu geben. Der Redner schließt damit, daß er sein Vaterland nicht ins Unglück stürzen wolle durch einen preußischen Erbkaiser.

Hr. Bauer von Bambeeg widerlegt zunächst die konfessionellen Bedenklichkeiten, die dem preußischen Kaiserthum bei seinen baierischen Landsleuten entgegen stehen möchten, aus den Grundrechten. Herr Eisenmann, wenn er nur die „Bourgeoisie" mit der Kaiseeidee befreundet darstelle, scheine mit der Stimmung in Franken nicht sehr vertraut zu sein. Auch weiß der Redner nicht, wie Hr. Eisenmann Bourgeoisie und Volk unterscheide. Hr. Bauer spricht sich dann über das Veefahren der baierischen Kammer aus. Mit dem tiefen Bedauern eines Mannes, dem sein Land und seine Regierung lieb geworden, beklagt er den Geist, der sich in den Aeußerungen und Maßregeln der Organe des bairischen Staates offenbare. Dennoch ist er übeezeugt, daß Baiern bei Deutschland bleiben werde, wie es sich ausdrücklich verpflichtet habe, selbst wenn es nicht mit allen seinen Anforderungen durchdränge. Gegen eine solche Meinungsverhärtung, die noch immer von der „Ausschließung Oesterreichs" spreche, helfen freilich keine Argumentationen. (Beifall.) Und der Vorschlag des Herrn v. Hermann, der nochmals in Wien anfragen will, kommt mir vor, wie die Frage Jemandes, der auf eine Ohrfeige wissen will, ob sie auch ernstlich gemeint sei. Die materiellen Interessen, die Herr v. Hermann hier voeschiebt, das ist nur der Vogt'sche Speck, an dem man die baierischen Mäuse fängt. Nur sollte man das baierische Volk darüber aufklären, daß es auch eine schwarzrothgoldene Grenze geben könnte füe die blauweiße Absperrung. Aber nicht blos Deutschlands, auch Baierns und meines eigenen Landesfürsten unmittelbares Wohl glaub' ich zu wahren, wenn ich der Vollendung der Verfassung mit den Woeten des Dichters beipflichte: An's Vaterland, an's theure schließ' dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen.

Nachdem Hrn. Bauer's von wiedeeholten Beifalls- und Zustimmungszeichen begleiteter Vorteag beendet ist, wird die heutige Beeathung auf die morgende Sitzung vertagt. Einen tiefen Eindeuck beingt abee die Anzeige des Präsidenten hervor, daß ihm im Laufe der Sitzung zwei Anzeigen von dem Austritte österreichischer Abgeordneter zugegangen, nämlich der Herren Joseph von Würth und Alfred Aeneth. Die Austritts-Anzeige des Ersteren, deren Verlesung untee der feierlichen Stille des Hauses erfolgt, ist des Inhalts: „Da ich an dee Annahme der neuen Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesteereich von Seite des österreichischen Volkes nicht zweifeln kann, so halte ich es mit meiner politischen und moralischen Ueberzeugung für unvereinbar" ꝛc. Der Schluß des Briefs „dafür zu wicken, daß die künftigen Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland so innig als möglich werden, soll mir stets heilige Pflicht sein —" ruft ein allgemeines Beifallsklatschen hervor, zwischen das nur von der Linken her einige Stimmen im sächsischen Dialekt ertönen, die „Neuwahlen" verlangen.

× **Frankfurt**, 19. März. Hr. Camphausen ist aus Berlin, wo seine Vorstellungen Eingang gefunden haben, mit gutem Muthe zurückgekehet.

⁑ **Frankfurt**, 19. März. Die Linke ist nicht sehr großmüthig in den Forderungen, welche sie an unsere Partei stellt. Sie verlangt, daß mindestens 150 Mitglieder sich verpflichteten, genau bei ihren Beschlüssen über die Verfassung zu beharren, möge eine Antwort von Beelin kommen, welche da wolle; sodann fordert sie Herstellung des suspensiven Vetos; ferner geheime Abstimmung. Es war noch mehe, was sie verlangte, aber wir haben es vergessen, denn es ist schon an dem Angegebenen zu viel. Ja, wenn die Unseigen zu ihe sagen, sie könnten es nicht glauben, daß die Linke wirklich gegen den Antrag des Verfassungsausschusses stimmen, und damit dem Verfassungswerk, der Nationalversammlung, und allen theuersten Hoffnungen des Vaterlandes den Untergang bereiten würde, wenn sie sagen, es wäeen ja so viele brave ehrliche Deutsche untee der Linken, und sie hätten ja doch alle einmal in fröhlicher Jugendzeit mit uns zusammen das Lied vom Kaiser und Reich gesungen, und sie wüßten es ja, daß der deutsche Dichter sage, der Mann solle Achtung tragen vor den Teäumen seiner Jugend, und daß sie das Vaterland gewißlich nicht in seiner höchsten Noth verlassen würden — wenn das Alles den Männern von der Linken vorgetragen wird, so wissen sie es nicht abzuläugnen, daß sie selbst fürchten, im entscheidenden Augenblick warm zu werden, und füe das Vaterland zu stimmen. Sie drohen aber, sie wollten eben deßhalb sich vorher einander das Wort geben, wenn ihnen nicht alle ihre Bedingungen zugestanden würden, mit Nein! zu antworten. Sie verhandelten sogar mit der äußersten Rechten, die ihren Veeeinbarungs-Vorschlag, von dem gar kein Erfolg abzusehn, nur gemacht hat, um die Ehre zu wahren. Aber was sie auch thun, was sie auch sagen, wir rechnen dennoch auf die Linke. Wir hoffen nichts von ihnen für uns, aber alles für das Vaterland. Wenn sie vor dessen Altare stehen, so werden sie antwoeten, wie man vor dem Altare muß: Ja! Sie opfeen; aber haben wir nicht auch geopfeet? Die fuechtbare Veeantwortlichkeit wird über sie kommen, und es wird ihnen gehen, wie dem Propheten des alten Bundes. Er hob seine Hände auf zum Fluchen; abee siehe da, er mußte segnen!

Wien, 13. März. Se. k. k. Majestät fanden sich über den Wunsch Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Johann bestimmt, Höchstdenselben von der Stelle eines Curators der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien zu entheben und die Geschäfte eines Curators dem jeweiligen Minister des Innern zu übertragen. — (B. Z.)

Wien, 15. März. Die W. Z. bringt das 28. Armeebulletin, welches den Rückzug der Insurgenten unter Bem nach Maros-Vasarhely bestätigt. Komorn und Peterwardein sind enger eingeschlossen und werden sich bald ergeben müssen.

* **Prag**, 12. März. In einer der letzten Sitzungen des Stadtverordnetencollegiums wurde der Beschluß gefaßt, dem bekannten czechischen Führer Peter Faster, der zuerst am 11. März den Muth hatte, offen aufzutreten, eine Nationalbelohnung durch eine bedeutende jährliche Rente bis zu seinem Tode und im Falle seines Ablebens für seine Kinder bis zu ihrer Großjährigkeit zu verleihen. Allein eine Anzahl kleinseitner Bürger protestirten dagegen, da die Stadtrenten sich ohnehin in einem sehr bedrängten Zustande befänden, und das Landespräsidium sistirte augenblicklich die Ausführung dieses Beschlusses.

Ꝗ **Königsberg**, 14. März. Wir können als durchaus zuverlässig berichten, daß durch Kaiserl. Ukas v. 4. März eine Mobilmachung der ganzen Armee angeordnet ist, und daß, während eine Koncentration der Hauptmacht im Süden des Königreichs, unmittelbar an der Gallizischen Gränze (wie es heißt, bei Sandomir) stattfindet, ein Observationskorps der preußischen Gränze gegenüber bei Kowno gebildet wird. An unserer Börse fehlt es ganz an Leben; die äußerst flauen Berichte vom Auslande, so wie die fortdauernde Ungewißheit in Betreff der dänischen Angelegenheiten lähmen den Muth zu neuen Unternehmungen. Zu einer Feier des 18. März haben sich sämmtliche hiesige Klubs und Vereine, Gewerke, Innungen, die Bürgerschaft, Studentenschaft u. s. w. vereinigt und ein Central-Festkomité ernannt. Dasselbe wurde beauftragt, sich an den Magistrat und die Stadtverordneten zu wenden, und die städtischen Behörden zu ersuchen, sich bei den Feierlichkeiten zu betheiligen. Beide Behörden haben durch Majoritätsbeschluß diese Aufforderung abgelehnt.

0 **München**, 17. März. Die baierische Krone war vorgestern nahe daran mit der deutschen Centralgewalt zu brechen, ihre Befehle nicht auszuführen und ihren Unwillen über das Fehlschlagen ihrer Pläne im Trotze eines passiven Widerstandes zu bekunden. Ein Courier, mit der schwarz-roth-goldenen Schärpe lustig umgürtet, hatte den Befehl von Frankfurt hierher gebracht, zwölftausend Baiern marschfertig zu machen. Die Ordre wurde sogleich vollzogen. Da brachten die frankfurter Blätter die unwillkommensten aller Anträge, die Welcker'schen, und sofort beschloß man den Gehorsam definitiv aufzukündigen. Der Ministerialbefehl war bereits unterzeichnet, der den zum Abmarsch bestimmten Bataillonen Contreordre bringen sollte. Ehe er aber abgesendet wurde, meldete die frankfurter Zeitung die Ablehnung des Königs von Preußen, und man gab es wieder auf, von dem Ministerialbefehle Gebrauch zu machen. Wahrscheinlich aber wird man seine Meinung nochmals ändern, falls die neueren Nachrichten aus Frankfurt, wonach jene telegraphische Depesche sich nicht bewahrheitet, sich bestätigen. Die armen Schleswig-Holsteiner müssen dann den Unwillen des baierischen Königs mit ihrem Blute vielleicht mit ihrer Freiheit büßen: der Verlust eines Theils einer, eingebildeten Souveränetät, die doch nur von der Gnade mächtiger Nachbarn abhängig ist, wiegt aber in der baierischen Regierungswage schwerer, als das Elend eines verbrüderten Volkes. Ueber den passiven Widerstand hinaus wird übrigens der Muth der baierischen Krone kaum ausreichen, man wird spröde thun und Verwahrungen auf Verwahrungen schicken, man wird drohen und die Truppen zurückhalten — aber zu einem völligen Bruche mit Deutschland kann und wird man es nicht kommen lassen, ein solcher wäre nicht einmal in Altbaiern populär, die übrigen Provinzen aber würde er völlig entfremden, da diese sich eher von Bayern als von Deutschland trennen würden. Eine Volksanhänglichkeit der Dreifranken und der Pfalz an das „angestammte" Fürstenhaus hat ohne dem niemals bestanden und die Pfälzer haben es bereits in einer Adresse an die Centralgewalt deutlich ausgesprochen, was sie vorhaben, wenn man sie in ihren Rechten noch länger verkürzen wird. Und wäre die baierische Armee auch noch so zuverlässig, sie ist nicht so mächtig, um allein die Provinzen zusammenzuhalten. Die gestern in der Münchener Zeitung mitgetheilte Erklärung der k. baierischen Regierung zu den von der deutschen Nationalversammlung in erster Lesung angenommenen Abschnitten des Verfassungsentwurfs hat weniger wegen des geringen Theils von Macht und Einfluß, welchen sie der zu kreirenden Centralgewalt läßt, Verwunderung erregt, als deßhalb weil sie thut als ob die durch das österreichische Kabinet oktroyirte Verfassung gar nicht bestünde, und mehr noch deshalb, weil sie sogar an den Grundrechten, die doch bereits zum zweiten Mal gelesen sind, noch mäkelt, die bis jetzt wenigstens durch die anderen Noten so ziemlich glücklich durchgekommen waren.

Hannover, 15. März. Das hannoversche Ministerium hat sich durch das einzige Mittel, welches ihm übrig blieb, aus der Klemme gezogen, in die es durch sein unkonstitutionelles Verfahren gebracht war. Die Vertagung der Stände bis Ostern ist ausgesprochen, zugleich der letzte Antrag des Ministeriums zurückgenommen.

Folgendes ist das Vertagungs-Dekret:

„An die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs.

Die offiziellen Nachrichten, welche der Regierung über die am 12. d. M. in der Nationalversammlung zu Frankfurt stattgefundenen Verhandlung zugegangen sind, lassen mit höchster Wahrscheinlichkeit erwarten, daß die deutsche Verfassungs-Angelegenheit schon in nächster Zeit eine Wendung nehmen werde, welche diejenige auf diese Angelegenheit bezügliche Regierungs-Proposition, die wir unter dem 13. d. Mts. den Ständen vorgelegt haben, als den Umständen nicht mehr entsprechend erscheinen lassen würde.

„Wir finden uns dadurch veranlaßt, die gedachte Proposition zurückzunehmen und behalten Uns vor, baldmöglichst weitere sachgemäße Anträge den Ständen zugehen zu lassen.

„Da aber unverkennbar die Ungewißheit über die in der deutschen Verfassungsfrage beruhende Grundlage der gesammten Staatsverhältnisse die Berathungen der Stände wesentlich erschweren dürfte, so haben wir es für angemessen erachtet, die Stände hiedurch auf eine kurze Zeit zu vertagen, welche Wir mit Rücksicht auf das nahe bevorstehende Osterfest bis zum 12. April erstrecken, als an welchem Tage die Stände sich wieder zu versammeln haben werden. Hannover, 15. März 1849. Königlich hannoversches Gesammtministerium: Bennigsen. Prott. Stüve. Braun. Lehzen. Düring.

(W. Z.)

Aus Thüringen, 16. März. Der sächsische General v. Holzendorff wird nach dem bereits erfolgten Abmarsche der von ihm befehligten Reichstruppen bis zur Ankunft eines preußischen Generals in Gotha verweilen, weil zur Aufrechthaltung der Ruhe in Thüringen am 21. März eine mobile Colonne Preußen einrückt, von vorläufig zwei Bataillonen, einer halben Batterie und vier Schwadronen. Diese Maßregel erscheint um so nothwendiger, je eifriger die Republikaner bemüht sind, die bestehende Ordnung in Thüringen zu untergraben, je geneigter man hier und da ihren Vorspiegelungen Gehör schenkt und je mehr besonders in den kleinern Fürstenthümern die Achtung vor den schwachen Behörden zu schwinden scheint. Von neuem tritt auch der bekannte Beelepsch aus Erfurt auf, der von St. Gallen, wohin er sich angeblich geflüchtet, seine republikanischen Raketen nach Thüringen schleudert.

(D. A. Z.)

Rußland.

Nach der Börsenhalle soll ein russisches Geschwader Befehl erhalten haben, nach der Ostsee auszulaufen.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 19. März.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. $72\frac{7}{8}$; $2\frac{1}{2}$pCt. Metall. $38\frac{3}{8}$; Bank-Aktien fl. 1160; fl. 500. Loose $121\frac{1}{2}$; fl. 250. Loose $77\frac{1}{8}$; Badische fl. 35. Loose 27; Hess. $28\frac{1}{4}$; Hess. Rthlr. 40 Loose —; Großh. Hess. 50 fl. Loose $69\frac{1}{2}$; Polnische fl. 500 Loose 71; Friedr. Wilh.-Nordbahn $31\frac{5}{8}$; Bexbach $71\frac{5}{8}$; Köln-Minden 75; 3pCt. inländ. Spanier $21\frac{7}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würt. 93; 5pCt. Bad. $93\frac{3}{4}$; 5pCt. Nass. $98\frac{1}{4}$; Belg. $81\frac{7}{8}$; Integ. $47\frac{1}{2}$.

Die Börse war in Folge der eingetroffenen niedrigen Notirungen von den meisten Plätzen ziemlich allarmirt. Namentlich wurden 5pCt. Metall., holl. Integrale und 3pCt. Spanier zu weichenden Kursen abgegeben.

Redacteur: **H. Kruse**.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 79. **Frankfurt a. M., Dienstag 20. März.** **1849.**

Uebersicht.

---

19. März.

Die österreichischen Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung, Joseph v. Würth und Alfred Arneth, haben heute erklärt, daß sie es mit ihrer sittlichen Ueberzeugung nicht vereinbar hielten, nachdem die neue Verfassung des österreichischen Kaiserstaates von der Regierung gegeben und vom Volke angenommen sei, ferner in der deutschen Reichsversammlung zu sitzen und zu stimmen. Sie sind deshalb aus der Reichsversammlung ausgetreten. Ehre diesen Männern! Sie sind der Stimme der Pflicht und des Gewissens gefolgt, welche für jeden österreichischen Abgeordneten laut und vernehmlich genug ertönen würde, wenn nicht der Lärm der Parteien stets von Neuem die zarte Stimme übertönte. Niemandem war es eher zu verzeihen, als den österreichischen Abgeordneten, wenn sie sich bis zum letzten Augenblicke in der Täuschung wiegten, Oesterreich könne und wolle Theil haben am deutschen Bundesstaate. Wir haben beständig das Trügerische dieser Vorstellung nachgewiesen und haben uns daher den wahrlich unverdienten Vorwurf zugezogen, wir wären feindselig gegen die Oesterreicher. Vorwurf, sagen wir? Das ist zu milde ausgedrückt. Man schmäht uns ohne Ende. Man legt uns unwürdige Beweggründe aller Art unter, die von der Hannoverschen Zeitung in ein einziges Wort, einen wahren Rattenkönig von Wort, zusammengefaßt sind. Sie beschuldigt uns des Schwarzweiß-Schleswig-Holsteinisch-Frankfurt-Partikularismus. Wir haben aber keine andere Absicht, als den Wunsch, das Vaterland zu retten, und am wenigsten trifft uns die gewöhnlichste Beschuldigung, mit welcher unsere Partei herabgesetzt werden soll, wenn man sie die schwarzweiße nennt und einer blinden Vorliebe für Preußen beschuldigt. Jetzt wie sonst werden wir nirgends gehässiger angefeindet, als gerade in Preußen. Denn wir zeigen dafür keine andere Vorliebe, als die, welche sich in furchtloser Wahrhaftigkeit zeigt, und die gebiert, nach dem alten Worte den Haß. Gerade die sogenannte schwarzweiße Partei, wenn man darunter diejenige versteht, welche durch die Neue Preußische Zeitung vertreten wird, eifert am meisten gegen uns, gegen die Versammlung, welche in Frankfurt von Aufruhrswegen zusammengekommen, gegen die Krone von Goldpapier, welche dem König von Preußen von den Händen der Revolution gereicht werden solle. Uns thut es in der Seele weh, wenn man uns der Abneigung gegen Oesterreich beschuldigt. Wir kennen Oesterreich, das deutsche Oesterreich wenigstens, und sagen aus vollem Herzen: „Das Land und Volk gefiel mir wohl!" Aber nicht die Regierung, wie sie dort gewaltet hat und jetzt wieder waltet, das berüchtigte System. Wenn der untheilbare Kaiserstaat nach den neuesten Absichten mit ganz Deutschland zusammenregiert werden soll, so kann das nicht anders geschehen, als nach dem System. Wenn die Oesterreicher sich unerbittlich an uns festklammern, so müssen wir Beide untersinken. Doch wir wollen unserer Seite nicht wiederholen, was so oft in diesen Blättern geltend gemacht ist. Wir wollen vielmehr die klaren, wahren und, daß wir so sagen, unwidersprechlichen Worte wiederholen, welche neulich ein österreichischer Abgeordneter zur deutschen Reichsversammlung über diese Dinge, namentlich über die Stellung und die Pflichten der österreichischen Abgeordneten schon vor der Nachricht von der neuen Verfassung öffentlich ausgesprochen hat:

„Die Stimmen in Oesterreich, welche so laut sich erheben gegen die Anmaßungen der preußischen Partei, gegen die angebliche Feindseligkeit der Frankfurter Versammlung, gegen Oesterreich — jene Stimmen, welche so lebhaft verfechten die Rechte Oesterreichs auf das Primat in Deutschland, warum sind sie so stumm wenn es sich um Anerkennung der Frankfurter Beschlüsse, wenn es sich um Publizirung der Reichsgesetze handelt? Hat sich nur eine einzige bedeutendere Stimme erhoben für die Gültigkeit der Grundrechte des deutschen Volkes, deren Verbreitung in Oesterreich man mit allen Mitteln vormärzlicher Polizeiaufsicht zu hindern sucht? Wir wollen hier nicht in Besprechung der Frage eingehen ob es vom Kremsierer Reichstage nicht klüger und für Oesterreich förderlicher wäre die Frankfurter Grundrechte in Bausch und Bogen anzunehmen und sie den deutsch-österreichischen Ländern zum Gesetz zu erklären, als seine Zeit in endlosem Wiederkäuen des schon so oft und meistens in gediegenerer Weise Besprochenen zu vergeuden, und am Ende doch nichts zu Tage zu fördern als einen matten Abklatsch der deutschen Grundrechte. Wir wollen nur daß man sich in Oesterreich endlich einmal klar mache was man in und von Deutschland will, was man von Deutschland zu fordern berechtigt, was man aber dann auch zu leisten verpflichtet ist. Die österreichische Regierung, der Reichstag zu Kremsier, sie müssen sich ja doch nun schon gesagt haben ob sie im Stande sind den deutsch-österreichischen Provinzen jene Sonderstellung anzuweisen, welche sie einnehmen müssen, wenn sie in das bundesstaatliche Verhältniß zu Deutschland treten sollen. Sind sie dieß im Stande, nun wohlan, so mögen sie die Schritte thun, welche eine solche Absicht unzweifelbar bekunden. Sie werden die österreichischen Abgeordneten zu Frankfurt mit neuem Muth, mit neuer Standhaftigkeit erfüllen, und es müßte mit sonderbaren Dingen zugehen, wenn es ihnen dann nicht gelänge die Stellung Oesterreichs an der Spitze Deutschlands zu behaupten. Ist aber Oesterreich außer Stande solche Schritte zu thun, nun so vermeide es auch jene zweideutige Sprache wie sie in der Note vom 4. Februar gesprochen wird, es lasse es nicht

bei der Erklärung bewenden das Werk der Einigung Deutschlands nicht hindern, ja sogar es befördern zu wollen, es räume auch, so viel an ihm liegt, die Hindernisse hinweg welche derselben im Wege stehen. Es bringe vor allem Klarheit in seine eigene Stellung zu Deutschland, dann wird es auch die Stellung der österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche ins klare gebracht und sie in den Stand gesetzt haben entweder unverdrossen zu kämpfen für die Rechte Oesterreichs in Deutschland, oder aber, wie es ihre politische Ehrenhaftigkeit fordert, nicht länger theilzunehmen an dem Ausbau einer Verfassung, der die Provinzen, die sie vertreten, sich entweder nicht unterordnen wollen, oder der sie doch nicht untergeordnet sein werden."

Eine größere Entschiedenheit, wie diese, wird kein billig Denkender von einem Oesterreichischen verlangen. Was der ehrenwerthe Abgeordnete verlangte ist, eingetreten; durch die Verfassung vom 4. März ist jede unmittelbare staatliche Gemeinschaft der Provinzen des Kaiserreiches mit dem deutschen Bundesstaate feierlich aufgehoben. Was die Ehrenhaftigkeit erfordert, jetzt erfordert, ist den österreichischen Abgeordneten durch jene Worte ihres Genossen eindringlich ausgesprochen, und noch beredter heute durch das Beispiel dee Ehrenmänner Joseph v. Würth und Alfred Arneth. Möchten alle österreichische Abgeordnete diesem Beispiele folgen und dadurch zeigen, daß sie über alle, zum Theil unwürdigen Rücksichten, erhaben sind, welche man manchen österreichischen Abgeordneten wegen ihres unbegreiflichen Bleibens in der Paulskirche, an einem Platze, wo sie jeden Augenblick fühlen müssen, daß sie nicht an ihrem Platze sind, wie wir wünschen mit Unrecht zugeschrieben hat. Wenn sie aber nicht gehen und uns am Werke der Einheit noch ferner hindern wollen, dann haben wir gegen uns selbst Pflichten zu erfüllen über die sich eine uns zugehende Mittheilung, die wir bedauern nicht ganz aufnehmen zu können, folgender Maßen äußert:

„Es liegt jetzt in den Händen der österreichischen Abgeordneten, die Sympathieen Deutschlands für Oesterreich auf lange Zeit hin wieder zu gewinnen oder gänzlich zu verscherzen. Wollen sie das erstere, so müssen sie von uns scheiden wie Brüder und zu Hause ihren Wählern sagen, daß Deutschland von Herzen das Zustandekommen eines einigen und kräftigen Oesterreichs wünscht, Deutschland aber dasselbe Recht in Anspruch nehme! Sie hätten als Männer von Ehre und Gewissen es nicht über sich gewinnen können, das Einigungswerk ihrer deutschen Brüder aus selbstsüchtiger Politik zu hindern. Handeln die österreichischen Abgeordneten so und geben dadurch ihrer eigenen Regierung die Lehre, daß die Selbstsucht im edleren Sinne darin besteht, sich in seiner eigenen und der Andern Achtung zu erhalten, so kann wenigstens das österreichische Volk auf den Dank und die Sympathieen Deutschlands rechnen. Thun sie dieses nicht, ja sollten sie ferner gegen den Bundesstaat, gegen die Verfassung, von welcher Deutschland sein Heil erwaetet, wirken, so wird die Reichsversammlung ihren längst besprochenen Plan befolgen müssen, die Abstimmungen über die wichtigsten Verfassungsfragen namentlich vorzunehmen und die Stimmen der Oesterreicher bekannt zu machen. Es liegt dann in der Natur der Sache, daß diese österreichischen Stimmen überall in Abzug gebracht werden und die Oesterreicher würden die Beschämung haben, überall den bösen Willen gezeigt und das Zustandekommen des Bundesstaats doch nicht gehindert zu haben, der ungeheuern Verantwortung, die sie auf ihr Gewissen laden, gar nicht zu gedenken.

Und der Bundesstaat wird und muß zu Stande kommen. Denn die Erfüllung dessen, worauf die geschichtliche Entwicklung seit Jahrhunderten hinweist, was das Gebot der Selbsterhaltung erheischt, nnd was die Besten im Volke mit voller Seele erstreben, läßt sich wohl auf einige Zeit verzögern, gänzlich unteedrücken läßt sie sich nicht."

Wenn die Oesterreichischen Stimmen abgerechnet werden, so ist schon eine sehr große Mehrheit für einen einmüthigen Beschluß über die Deutsche Verfassung gesichert. Und es liegt wahrlich im nächsten Interesse unserer Deutschen Landsleute in Oesterreich, daß ein fester deutscher Bundesstaat zu Stande kommt. Nur durch die Einheit kann die Deutsche Freiheit noch gesichert werden, und nur wenn rings an der Oesterreichischen Grenze ein freies Volk wohnt, hat die in Oesterreich verkündete Freiheit einen Halt und einen Hort.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 19. März. Wenn in der Sitzung vom Sonnabend die Gegner des Welcker'schen Antrages die Vertheidiger desselben überragt haben, so können wir von der heutigen Sitzung getrost das Umgekehrte sagen, und wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir den Eindruck der heutigen Verhandlung als einen entscheidenden bezeichnen.

Herr von Wydenbrugk hatte zueest das Wort. Er sprach nicht mit so viel rhetorischem Schmuck und Feuer, als er sonst wohl anzuwenden pflegt, und es schien uns sogar, als ob es ihm, wo er in die gewohnte Bildersprache überzugehen versuchte, nicht recht damit glücken wollte, aber um so mehr machte seine Rede den Eindruck des ungeschminckten Gefühls und der aufrichtigen Ueberzeugung. Wie wahr, und erschütternd durch die Wahrheit, schilderte er den „Eigensinn der Deutschen, an dem so viel Großes schon gescheitert sei. Auch wenn Alle im Allgemeinen übereinstimmten, wolle Jeder im Besonderen seinen Willen festhalten." Der Redner hat selbst ein ehrenwerthes Beispiel der Unterordnung unter die Mehrheit gegeben; er hatte ein Recht, die Andern aufzufordeen, auch „ihre besondere Ueberzeugung auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern."

Herr Raveaux wurde aufgerufen. Hätten wir nicht seine Stimme wieder erkannt, wir hätten ihn nicht für denselben Mann gehalten, dessen Reden uns, auch wo wir seine Meinungen nicht theilten, stets durch ihre Liebenswürdigkeit gefesselt haben. Statt der gewohnten epischen Behaglichkeit, statt des echt rheinischen Humors hörten wir heute nichts als höhnische Anspielungen und traueigen Spott. Die Unterbrechungen waren sonst Herrn Raveaux Veranlassung zu den glänzendsten Stellen seiner Reden: er pflegte stets eine heitere Abfertigung bei der Hand zu haben. Heute waren seine Antworten weder schlagend noch witzig. Er veehöhnte die preußische Regierung und die preußischen Kammern, er verhöhnte den Gedanken, daß Deutschland einen europäischen Krieg führen könnte und schlug zuletzt, auch wie zum Hohne vor, dem König von Preußen ein sechsjähriges Kaiserthum anzubieten, damit er zeigen könne, was er für ein Mann sei. Das Alles bedarf keinee Erwiderung. Seine Meinung, daß Deutschland so unkriegerisch sei, erledigt sich ja schon durch den Antrag, der von einem Mitglied seinee eignen Partei ausgegangen ist, Preußen nämlich die Kaiserkrone unter der Bedingung anzubieten, daß es sofort den Krieg an Rußland erkläre, die ganze Welt, Italien, Ungarn, Polen, Konstantinopel frei mache und „das Schwert Deutschlands nicht eher in die Scheide stecke, bis die Ruhe, Ordnung und der Wohlstand (sic!) Europas gesichert sei." Und ein Kaiserthum auf Probe entspräche wohl schwerlich dem, worauf es jetzt ankommt, nämlich nicht ein neues Provisorium, sondern einen dauernden Zustand zu schaffen. Auf einen Gedanken aber, den Raveaux ausspeach und den wir schon oftmals haben hören müssen, können wir nicht umbin, einmal ausführlich einzugehen.

Er forderte als eine Bedingung, unter der allein Preußen an die Spitze Deutschlands treten dürfe, die Zerlegung Preußens in seine Provinzen. Dasselbe forderte Vogt gestern und Wydenbrugk fand die Fordeeung nicht an sich unhaltbar, sondern die Ausführung nur unthunlich. Uns dünkt, als ob damit genau soviel wieder zurückgethan würde, als man mit der Errichtung des Bundesstaates vorwäets zu gehen im Begriff ist. Was ist denn Preußen andees, als ein Stück geeinigtes Deutschland? Und in dem Augenblicke, wo ganz Deutschland geeinigt werden soll, will man, was bereits geeinigt ist, wieder auflösen? Worin liegt Preußens Beruf an Deutschlands Spitze zu treten, sonst, als in dem Umstande, daß es gleichsam unbewußt der Rahmen gewoeden ist, in den Deutschlands Theile sich einsetzen. Während Oesterreich immer mehr deutsche Bestandtheile verlor, und immer mehr fremde, Italien, Illyrien, Polen aufnahm, wuchs Preußen immer mehr Deutschland zu, und was es an Ungehörigem aufgenommen hatte, hat ein günstiges Geschick ihm zum größten Theil wieder entrissen. Und wenn man auch den Provinzialständen, wie Herr Vogt wollte, nicht die Verwaltung und das Militärwesen, sondern nur die Gesetzgebung überließe, so wäre damit die Sache nicht gebessert. Zu den Uebelständen, welche vor Allem das Bedürfniß nach Einheit im deutschen Volke hervorriefen, gehörte auch die Zerrissenheit des Rechts; Einheit der Gesetzgebung war nicht der letzte Wunsch, den die große Bewegung des vorigen Jahres laut werden ließ. Den Provinzialständen darf nichts als die Verwaltung ihrer eigenen Ange-

legenheiten, die nach dem Grundsatz der Selbstregierung jeder Körperschaft des Staates zukommt, überlassen werden. Was darüber hinausgeht, würde dem Partikularismus, der doch wahrlich in Deutschland nicht befördert zu werden braucht, nur Vorschub leisten. Damit ist freilich nicht gemeint, daß, wie Herr Eisenmann nachher sagte, eine compakte Masse von 16 Millionen dem übrigen Deutschland gegenüber bestehen bleiben soll. Das Preußische Parlament wird vielmehr aufhören und sich mit dem Deutschen verschmelzen, und die größere Geschlossenheit Preußens wird dann nicht Preußen gegen Deutschland, sondern Deutschland gegen Preußen zu gute kommen.

Hr. Waitz, der Hrn. Raveaux folgte, gab eine wahrhaft überzeugende Darstellung, wie in jeder Beziehung Oesterreich und Deutschland auseinandergingen, und auseinandergegangen seien. Weder in Italien, noch in Ungarn, noch in Galizien falle das österreichsche und deutsche Interesse zusammen; Deutschland könne nicht wünschen, daß diese Länder unterjocht würden. Das Haus Habsburg habe nie eine deutsche Politik verfolgt, wie es jetzt keine verfolge; wolle es doch jetzt die Regierung nicht blos der italienischen, sondern auch der deutschen Verhältnisse einem europäischen Kongreß überantworten. Und nicht die Regierung, auch das Volk von Oesterreich stelle die Rücksicht auf Deutschland hinter die Rücksicht auf die Gesammtmonarchie. Deßhalb nicht ausschließlich nach Osten, meinte der Redner, sondern auch nach der Nordsee habe Deutschland seinen Blick zu richten! Ueber das Kaiserthum äußerte Herr Waitz sehr schlagend, daß, was Herr Raveaux dagegen angeführt habe, vielmehr dafür spreche. Wenn er anführe, im vorigen Jahre habe man mit Spott den Gedanken daran aufgenommen, so beweise die große Umwandlung des Volkes, wohin der Zug der Geschichte gehe. Die Stimmen des Volkes hätten auch ihn, der ursprünglich für ein umwechselndes Oberhaupt gewesen wäre, von der Nothwendigkeit des Kaiserthums überzeugt.

Die Bedeutung der Rede des Herrn Reh lag in den Gründen, die er für die Trennung von seinen bisherigen politischen Freunden anführte. Die Gährung im Innern, diese Zustände, wo ein Ministerium ohne die Mehrheit der Vertreter, eine Regierung ohne Ministerium bestünde, müßten aufhören; man müßte endlich ein Ende machen. Was aber in der vorgeschlagenen Verfassung der Linken nicht gefalle, das finde reichlichen Ersatz in dem Wahlgesetze. Damit könne man allen Uebelständen, die man von anderen Bestimmungen derselben erwarte, leichtlich begegnen.

Hr. Eisenmann würfelte in lebendigster Munterkeit Alles, was für und gegen den Welcker'schen Antrag vorgebracht war, zusammen. Die Glanzpunkte seiner Rede waren unstreitig die, welche seiner Partei am wenigsten genehm sein mochten, wo er sehr anschaulich die Unthunlichkeit ausführte, Slowaken u. s. w. mit Deutschen zusammenzuwerfen, wo er rief: wer unser Volkshaus angreift, ist unser Feind, wo er sehr malerisch die Gefahr der Oktroirung durch die Fürsten schilderte!

Hr. Wilh. Beseler sprach nach ihm. Der Geschmack unserer Versammlung geht im Allgemeinen auf künstlich zugespitzte und rhetorisch ausgeschmückte Reden; um so eindringlicher war diese Rede in ihrer Einfachheit und Gradheit. Der biderbe Charakter des Mannes prägte sich in jedem seiner Worte aus. „Ein Diktator", sagte er, „ist uns vorgeschlagen worden; aber es fehlt uns der Staat dazu, es fehlt eben die Form, in der das nationale Leben sich bewegen könnte.

Darum muß man so schnell wie möglich die Verfassung annehmen. Wer nur überzeugt ist, daß durch sie die Freiheit gewahrt ist und Deutschland kräftig werden kann, muß für sie stimmen. Die Gefahr droht nicht bloß von Außen, die Reaktion im Innern droht uns zu überwältigen. Man hat dem deutschen Volke mit Recht vorgeworfen, daß es Metternich so lang ertragen habe; wie könnten wir es verantworten, uns von seinen Epigonen beherrschen zu lassen? Nichts hat der Versammlung so geschadet, als daß sie Unausgeführtes und Unausführbares beschlossen habe; darum möge sie sich jetzt an das Mögliche halten. Das deutsche Volk beginnt an sich zu verzweifeln, von äußern Zufälligkeiten seine Rettung zu erwarten; wir müssen es um jeden Preis aus diesem Zustand durch einen entscheidenden Schritt erretten. Die Nationalversammlung bedeutet wenig; nicht auf ihre Reden kömmt es an; das Volk will Resultate. Darum möge die Versammlung durch einen großen Akt sich über ihre byzantinischen Streitigkeiten hinwegsetzen! Und man soll nicht die augenblicklichen preußischen Zustände anführen; sie sollen ja nicht durch die Kaiserkrone festgemacht werden; vielmehr, damit solche Zustände in ganz Deutschland unmöglich werden soll sich Alles zusammen thun. Und wer fürchtet, daß die übrigen Deutschen sich von dem was man spezifisches Preußenthum nennt, unterdrücken lassen, der muß einen schlechten Glauben auf die Kraft der übrigen Deutschen haben. Auch auf die Größe oder Kleinheit der Majorität des Hause bei dem Beschluß soll man kein Gewicht legen; nicht das Haus, sondern das Volk wird entscheiden."

Nachdem endlich Hr. Bauer aus Bamberg mit warmem deutschen Herzen alle die Gründe, die man für Baiern gegen dessen Anschließung an das Kaiserthum geltend macht, widerlegt hatte, wurde die Verhandlung vertagt. Vorher zeigte noch der Präsident den Austritt der Herren v. Würth und Arneth an. Hr. v. Würth hatte ein Schreiben an den Präsidenten erlassen, in dem er die Gründe zu diesem Schritt mit eben so edlen als warmen Worten auseinandersetzt. Das Schreiben vom Präsidenten mit bewegter Stimme verlesen, machte den tiefsten Eindruck. Wir hörten Viele unter den rauschenden Beifallsbezeugen ein halblautes Lebehoch auf den Schreiber sprechen; in ihrem Herzen haben es ihm alle Patrioten gebracht. Wir aber nehmen von dem Mann, der uns als politischer Gegner gegenüber stand, wenn wir in dem Parteistreit jemals die Reinheit seiner Absichten sollten verkannt haben, mit der Erklärung unserer aufrichtigsten Anerkennung seines Charakters, Abschied.

♈ **Frankfurt**, 18. März. Es ist bekannt, daß sich die hiesige israelitische Religionsgemeinde bisher in einem Ausnahmezustande befand, der ihr eine in vielfacher Hinsicht sehr eigenthümliche Stellung anwies. Dieser Ausnahmzustand hat mit der Verkündigung der Grundrechte sein Ende erreicht, aber die Verhältnisse müssen im Einklange mit den Grundrechten und unter Vorbehalt derjenigen Modifikationen, welche aus den in Aussicht gestellten organischen Gesetzen hervorgehen mögen, bestimmt und geordnet werden und so stellt sich vor allen Dingen eine neue Organisation der Gemeindeverwaltung und zwar nach einem neuen Wahlmodus als Bedürfniß dar, „damit — wie der Gemeindevorstand sich in schönen Worten ausspricht — ein neuer Verband gebildet werde, lose genug, um Männern der verschiedensten Ansichten über religiöse und andere Gegenstände zu genügen und doch fast genug, um die vielen nützlichen und wohlthätigen Institutionen in der Mitte der Gemeinde Allen zugänglich zu erhalten und nur das aufzulösen, was die Zeit verwirft, nicht, was Liebe und Treue verbindet." Vorstand und Ausschuß der Gemeinde haben deßhalb, um den gegenwärtig in Folge des Einführungsgesetzes der Grundrechte noch bestehenden Uebergangszustand möglichst abzukürzen, den Beschluß gefaßt, einen Ausschuß von 18 Gemeindeangehörigen zu berufen, der den Auftrag erhält, eine neue Gemeindeordnung zu entwerfen. Gewählt wird dieser Ausschuß nach Stimmenmehrheit durch die ganze Gemeinde und jedes volljährige männliche Gemeindemitglied ist Wähler und wählbar. Der Entwurf wird sodann vom Ausschusse den sämmtlichen wohlberechtigten Gemeinde-Angehörigen zur Entscheidung, nach Mehrheit der Stimmenden, durch Ja oder Nein vorgelegt, bis aber diese Entscheidung erfolgt ist, bleiben der bisherige Vorstand und Ausschuß in Funktion. Die Wahlen des Ausschusses sind auf den 22. und 23. März angesetzt.

⩶ **Frankfurt**, 19. März. Charakteristisch in Bezug auf unsere kirchlichen Zustände ist eine in diesen Tagen an die evangelisch-lutherische Gemeinde von Seiten vieler achtbaren Bürger ergangene Aufforderung, ein Vertrauensvotum an den Gemeindevorstand zu richten, worin das von ihm als dem gesetzlichen Organ der Gemeinde eingeschlagene Verfahren, derselben einen gutächtlichen Entwurf zu einer neuen Verfassung vorzulegen, die angemessene Würdigung findet. Dieser Schritt wurde hauptsächlich durch gegentheilige Versuche einer rastlosen Partei veranlaßt, die vielleicht sehr zur Unzeit und zum Nachtheil für ihre anderweitigen Zwecke auf ein ihr ganz fremdes Gebiet ihre Spekulationen gerichtet hat. Allem Anschein nach wird jenes Votum die weit überwiegende Mehrheit der Gemeinde für sich erhalten, wie denn überhaupt jenen Parteibestrebungen zum Lobe nachgesagt werden muß, daß sie als ein Satz gegen den bisherigen Indifferentismus zu wirken beginnen, und unbegründeten Bevormundungen gegenüber ein entschiedener und nachhaltiger Widerstand sich geltend macht.

Parl.-Korresp. **Frankfurt**, 19. März. Bereits am 10. März kam uns aus sicherer Quelle die Nachricht zu, daß Oesterreich in London und Paris einen Kongreß der puissance signataires von 1815 vorgeschlagen habe, um dort „die ganze europäische Frage und nicht die eine oder andere allein" zu ordnen. L'organisation de la confederation allemande y serait comprise de droit et les modifications à intervenir recevraient ainsi une sanction europèenne! Jetzt erhalten wir von Berlin aus die Bestätigung dieser ersten Nachricht, so wie Kunde darüber, bis zu welchem Punkte bereits die Verhandlungen gediehen sind. Noch schirmt uns Preußen: „Die innern Angelegenheiten Deutschlands sind nicht geeignet, auf einem Kongreß der Mächte verhandelt zu werden!" Möchten die Nationalversammlung und die Nation begreifen, daß der letzte Augenblick gekommen ist, eine deutsche Politik zu retten.

Wien, 14. März. (28. Armee-Bulletin.) Um den Verwüstungen des Feindes Einhalt zu thun, welcher die sächsischen Distrikte durch die drückensten Requisitionen an Geld und Viktualien einem gänzlichen Ruine entgegen zu führen drohte, sowie um die Kokellinie zu gewinnen und von dort gegen Maros-Vasarhely weiter vordringen und die Verbindung mit dem nach Bistritz vorgerückten Korps des Herrn Feldmarschall-Lieutenants von Malkovsky erzielen zu können, hat der kommandirende General, Feldmarschall-Lieutenant Puchner am 28. v. M. die Brigade Van der Nüll nach Stolzenburg, am 1. März nach Marktschelken, am 2. nach Arbegyen und Frauendorf vorrücken lassen, wohin am 3. das aus den zwei Brigaden Stutterheim und Kallianyi bestehende Hauptkorps nachrückte. Nachdem die ersten Brigaden am 2. März ein siegreiches Avantgardegefecht bestanden, wurde der Feind des folgenden Tages nach der Vereinigung aller drei Brigaden nach und nach aus den drei Positionen, welche die Insurgenten vor Kopis bei dem Wirthshause von Großprobsdorf und vor Medias eingenommen, mit einem Verluste von 300 Mann an Todten und Verwundeten und 85 Gefangenen zurückgeworfen. Die Insurgenten zogen sich in großer Eile gegen Maros-Vasarhely zurück, wohin dieselben nach erfolgter Besetzung von Medias durch eine Division Kavallerie, ein Bataillon Infanterie und zwei Geschützen unter Oberstlieutenant Bussek verfolgt wurden. Durch die nunmehr angebahnte Besetzung von Maros-Vasarhely wird die Verbindung mit dem Malkovsky'schen Korps und Oberst Urban, so wie mit der Bukowina wieder hergestellt sein. Berichten vom Blokadekommando von Komorn zufolge ist die Schiffbrücke zwischen Acs und Gönyö vollendet und hierdurch die engere Cernirung Komorns zu Stande gebracht. Am 11. d. M. machte die Besatzung aus dem Waagbrückenkopf einen Ausfall gegen Heteny, welcher aber von der Brigade Veigl zurückgeschlagen wurde. Nachdem durch Operationen des k. k. österreichisch-serbischen Armeekorps und der Truppen, welche dem kommandirenden General im Banate Feldmarschall-Lieutenant Baron Rukavina, unterstehen, im Monate Februar das ganze linke Ufer der Maros von der siebenbürgischen Grenze bis zur Theiß vom Feinde gereiniget und durch eine wohlkombinirte Aufstellung unserer Truppen in Verbindung mit den beiden Festungen Arad und Temesvar gesichert worden ist, erschien ein längeres Verweilen des serbischen Hilfskorps im Banate und dem Bacser Komitate nicht mehr nöthig und General Thodorovich war in der Lage, dem schon früher von der fürstlich serbischen Regierung ausgedrückten Wunsche nachzukommen, indem er dieses tapfere Hilfskorps an seine friedliche Beschäftigung nach Hause entließ. In den ersten Tagen dieses Monats ist das Hilfskorps auf zwei Dampfschiffen auf der Theiß und Donau nach Belgrad zurügekehrt. General Thodorovich hatte am 1. März sein Hauptquartier zu Türkisch-Kanisa an der Theiß, drei Stunden von Szegedin und Theresiapel, in deren Richtung die Vortruppen auf beiden Ufern der Theiß bis in die unmittelbare Nähe der Städte vorgeschoben waren. Längs der Donau war die Verbindung zu Wasser nur mehr durch Banden bewaffneten Landsturmes unterbrochen, welche von feindlichen Fanatikern in der Gegend von Kalocsa, Pataj und Solt zusammengerottet wurden und mit welchen selbe das bereits vollständig beruhigte rechte Donaufer bei Paks und Földvar in Aufregung zu versetzen versuchten. Eine angemessene Verstärkung, welche die Garnison von Fünfkirchen aus Slavonien unter dem Obersten Reiche erhalten hat, eine Expedition, welche auf Befehl Sr. Durchlaucht des Feldmarschalls Fürst Windischgrätz vor drei Tagen auf 15 Schleppschiffen in die beunruhigten Gegenden der beiden Donauufer abgegangen ist und die Operationen jener Truppen des Armeekorps des Feldzeugmeisters Grafen Nugent, welche unter Oberst Baron Lederer zu Szekszard und Mohacz standen, werden diesen haltlosen Unternehmungen versprengter feindlicher Horden bereits ein Ziel gesetzt und die bedrohten Gegenden dauernd gesichert haben. Feldzeugmeister Graf Nugent selbst betreibt die Verhandlungen wegen Uebergabe der wichtigsten Festung Peterwardein, wo sich unter dem größten Theile der Truppen und der Bevölkerung eine so bedeutende Hinneigung zur Rückkehr an ihre Pflicht gezeigt hat, daß somit gute Hoffnung vorhanden ist, diesen bedeutenden Kriegsplatz in wenigen Tagen gleich der Festung Esseg wieder mit der k. k. Fahne geschmückt zu sehen. Wien den 14. März 1849. Militär- und Civil-Gouverneur: Freiherr v. Welden.

* **Wien**, 14. März. Heute ist ein Patent zur Regelung der Jagdgerechtigkeit erschienen. §. 1 lautet: „Das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist aufgehoben". Ein zweites Patent ordnet die Einführung von Regierungsblättern in allen landesüblichen Sprachen an; dem nichtdeutschen Texte ist immer eine deutsche Uebersetzung beizufügen. Man vernimmt, daß Fischhof wegen der Permanenzerklärung des Reichstags am 30. und 31. Oktober auf Hochverrath angeklagt werden soll. Der Kriminalgerichtshof hatte sich geweigert, den Prozeß anzunehmen, der Gouverneur Welden bestimmte ihn dazu durch Zumittlung der Akten. Der Angeklagte will auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Prozedur hierbei dringen. Er wird durchaus anständig behandelt und bewohnt ein eigenes Zimmer. Ein Stück im Karltheater, worin höhnende Anspielungen auf Fischhof vorkommen, wurde bei den betreffenden Stellen einstimmig ausgepfiffen. Eine eben angeschlagene Kundmachung des Wiener Gemeinderaths ermahnt die hiesigen Einwohner zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, um die von dem Kaiser in Aussicht gestellte Rückkehr nach Wien zu ermöglichen. Der gewesene Reichstagsdeputirte Kaim, welchem im berauschten Zustande sehr kompromittirende Reden entschlüpft waren, wurde von der Kriminalbehörde in seiner Wohnung verhaftet.

Wien, 14. März. Die Nationalbank wird neue Banknoten zu 1 und 2 Fl. emittiren. Das Hervorstechende der neuen Noten ist deren Eintheilung in 4 Karrés, also eine cachirte Ausgabe auch von halben und viertel Fl.-Noten. Bis jetzt fügte sich die Nationalbank der traurigen Nothwendigkeit und ließ die Privatfabrikation dieser halben und viertel Noten zu, weil ihr das Mittel der Verhinderung, die Vermehrung der baaren Münze, nicht in ausländlichem Maße zu Gebote stand. In den neuen Noten aber emanzipirt sie die 30 und 15 kr. Geldwerthe, und legt damit das Geständniß ab, daß sie nicht hoffe, in kurzer und bestimmter Frist jenes Mittel und ihr Gleichgewicht zu erlangen. (Ostd. P.)

Berlin, 16. März. Der Abgeordnete Bücher beantragte gestern die Priorität der Berathung des Waldeck'schen Antrages; die Kammer ging nicht darauf ein; wie wir hören, der Gesammtvorstand der Kammer ebenfalls nicht. Um nun die Dringlichkeit jenes Antrages doch durchzusetzen, hat der Abgeordnete v. Berg, der schon gestern bemerkte, daß es eigentlich Sache des Ministeriums sei, seinerseits einen Antrag auf längere Fortdauer des Belagerungszustandes zu stellen, gleich nach der Sitzung eine Interpellation bei dem Präsidenten eingereicht: „Ob und wann das Staatsministerium gedenke, mit einer Rechenschaftsablegung über seine exceptionellen Maßregeln vor die Kammer zu treten und deren Urtheil über dieselben hervorzurufen." Der Gesammtvorstand der Kammer hat diese Interpellation zugelassen; sie wird am Montag zur Sprache kommen. Am Montag beginnt auch die Adreßberathung. Die Linke und die äußerste Linke hatten jede einen besondern Entwurf ausgearbeitet, den sie als Amendement einbringen werden. Die Polen werden für sich ein besonderes stellen.

(Lith. Korr.) **Berlin**, 17. März. Aus wohlunterrichteter Quelle wird uns die Mittheilung, daß zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Fürsten von Metternich noch der lebhafteste Verkehr stattfindet. Herr von Metternich bezieht, wie sich von selbst versteht, auch noch sein russisches Jahrgehalt. Wie früher, so auch jetzt, pflegt Rußlands Kaiser sich noch bei dem ergrauten Staatskünstler Raths zu erholen. So ist denn auch neuerdings Herr v. Metternich vom Kaiser um eine Denkschrift angegangen worden, in welcher entwickelt würde, auf welche Weise die europäischen Verhältnisse wieder zu ordnen seien. Herr v. Metternich geht nun in seinem Memoire auf die alte Koalition von 1794 bis 1815 zurück und hält zuvörderst eine Rüstung der Machthaber zu einem Kampfe auf Leben und Tod für nothwendig. Als Hauptbedingung einer siegreichen Bekämpfung der Bewegung stellt er demnächst eine enge Allianz zwischen Oesterreich, Rußland und England auf. Merkwürdig, daß Preußens in dem Memoire gar nicht gedacht wird. Herr v. Metternich, der alte Feind der deutschen Einheit, sieht natürlich auch die centralisirenden Bestrebungen für Deutschland als das Herz aller revolutionären Kämpfe an.

Berlin, 16. März. Die Anklagekammer des Kammergerichtes hat gestern hier einen Ausspruch gethan, welcher eine bedeutende Sensation erregen wird. Dieselbe hat nämlich die Anklage auf Hochverrath, welche der Staatsanwalt gegen die für die Steuerverweigerung thätig gewesenen Abgeordneten der früheren Nationalversammlung erhoben hat, einstimmig zurückgewiesen. Als Grund der Zurückweisung ist angegeben, daß die Abgeordneten in ihrer Amtsthätigkeit nur ihrem Gewissen verantwortlich wären und in keiner Weise einer richterlichen Beurtheilung unterzogen werden könnten. Der Staatsanwalt hat über diese Entscheidung bei dem Oberappellationssenat des Kammergerichts Beschwerde erhoben und nach der Gesinnung, welche der Ober-

appellationsrath in letzter Zeit fast täglich an den Tag gelegt hat, läßt sich ziemlich bestimmt erwarten, daß der Oberappellationssenat auch hier eine den Abgeordneten nachtheilige Entscheidung treffen wird. (D. P. Z.)

Köln, 17. März. Der hiesige Piusverein hat als Vorort gleichgenannte Vereine von Rheinland und Westfalen auf Mitte April einen Kongreß ausgeschrieben zur Besprechung der gemeinschaftlichen Zwecke und Maßregeln in kirchlich-politischen Dingen. Es führen diese Vereine derzeit eine scharfe Polemik gegen das ultra-demokratische Getreibe der radikalen Partei in Glauben und Sitte. Ihr hier erscheinendes Organ „Piusblatt" hat seit Kurzem sich besonders dieser Richtung hingegeben. (Pr. M.)

A **Dresden**, 16. März. Kaum war vorgestern der Welcker'sche Antrag hier bekannt geworden, so beeilte sich der große Tzschirner, in der Kammer das Ministerium zu einem neuen Proteste aufzufordern. Der Minister des Auswärtigen, v. **Beust**, antwortete ihm schon heute, daß die Regierung in dem Welcker'schen Antrage an sich keinen Grund erblicke, ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt neue Instruktionen zu ertheilen; sie werde jedenfalls die Annahme des Welcker'schen Antrages und die demnächstige Erklärung Preußens abzuwarten haben. Von dem blinden Preußenhasse, welcher den Exminister von der Pfordten beherrscht, ist das neue Kabinet frei; es ist vielleicht nicht zu viel vermuthet, wenn man ihm eine gewisse Hinneigung zu Preußen beimißt; jedenfalls ist es erhaben über die Vorurtheile, welche einen nicht unbeträchtlichen Theil des Volkes in Sachsen dem preußischen Principate abgeneigt machen. Mit Freuden bemerkt aber der patriotisch gesinnte Beobachter, daß die Reihen dieser Befangenen sich täglich mehr lichten; Minister Weinlig zeigte heute der Kammer an, daß in den vier gegenwärtig in Frankfurt nicht vertretenen sächsischen Wahlbezirken Neuwahlen bereits ausgeschrieben seien. Ein durchaus skandalöser Vorgang in der heutigen Kammersitzung war die Begründung des Antrags des berüchtigten Abgeordneten Böttcher wegen der Theilnahme sächsischer Truppen am dänischen Kriege. In dem Tone eines Stötteritzer Cigarrenmachers erklärte er den Gehorsam, welchen die Regierung der Centralgewalt leiste, für verfassungswidrig, das Gesetz über die Centralgewalt, obgleich es von dem vorigen Landtage angenommen sei, für ungültig in Sachsen, und verweist seinen Kollegen, man schicke die demokratischen sächsischen Regimenter nur deßhalb in den Krieg, um sie von den Dänen vernichten zu lassen. Sie werden nicht begreifen, wie es möglich ist, daß in öffentlicher Kammersitzung so ungewaschenes Zeug gesprochen werden kann, ohne den Unwillen der Minister, der Kammer und der Tribünen zu erregen. Sie müssen bedenken: Die Gewohnheit thut viel. Es ist nicht das erste Mal, daß hier solche Redner sich im Kothe wälzen; auch sind schon schlimmere Dinge im Dresdner Landhause gesprochen worden. Das sogenannte Centrum hört mit einer unerhörten Apathie still zu; die Minister sehen sich bisweilen verwundert an oder verlassen plötzlich den Saal; Weinlig lacht ungenirt über die plumpen Gesellen; Hr. v. Beust dagegen brauchte nur noch einen Heiligenschein, um einem Märtyrer vollkommen zu gleichen. Der ganze Böttcher'sche Antrag läuft darauf hinaus, daß weder die Regierung von Deutschland noch die von Sachsen einen Krieg führen dürfe, ohne die sächsische Kammer um Erlaubniß zu fragen, deßhalb solle schleunigst darüber abgestimmt werden, ob man die sächsischen Truppen ziehen lassen wolle oder nicht; schleunigst, d. h. gegen die Geschäftsordnung jetzt gleich, in den nächsten fünf Minuten. Die Kammer sah Gefahr im Verzuge; „schon auf den Montag soll marschirt werden", bemerkte der würdige Böttcher; daher wurde gegen 21 Stimmen die sofortige Berathung beschlossen. Schon wollte der Präsident seinen Hammer fallen lassen, da erhoben sich die Minister, und thaten feierlich Einspruch. Der Antrag kommt also auf eine der nächsten Tagesordnungen. Unterdessen packen die Soldaten in den Kasernen ihre Tornister und summen lustige Kriegslieder. Ich will keinem der entschieden freisinnigen Kammermitglieder rathen, einem dieser thatendurstigen Söhne des Mars heute Abend in die Hände zu fallen; er könnte in der Dunkelheit leicht für einen Dänen gehalten werden. Welch drolliger Gegensatz: Wenn heute Nacht der Soldat auf seinem Lager von Gefahren und Siegen träumt, sitzen Tzschirner und Genossen im Bierhause und entwerfen die Präliminarien zu einem Separatfrieden zwischen der Krone Sachsen und der Krone Dänemark!

A **Dresden**, 17. März. Was man auch sagen mag, das wahrste Urtheil über die zweite Kammer bleibt doch, daß in ihr der souveräne Unverstand zur Herrschaft gekommen sei. Allerdings herrscht er nicht ganz ohne Widerspruch, aber er macht sich entsetzlich breit. Es wurde heute berathen über den Antrag Böttcher's und 16 Genossen „im Verein mit der ersten Kammer sich dahin zu erklären, daß die Staatsregierung verfassungsmäßig ohne Genehmigung der Kammern weder der etwaigen Anordnung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland auf Verwendung sächsischer Truppen zum Kriege gegen Dänemark Folge leisten, noch den Einmarsch nichtsächsischer Truppen in Sachsen dulden könne." Ich kann mich nicht entschließen, in die schmutzigen Pfade einzugehen, in welche die Antragsteller sich bei der Debatte verloren; nächst dem 20. Januar, dem Tage der Verhandlung über die deutsche Oberhauptsfrage ist der heutige Tag der kläglichste; die Kammer muß Jedem Dank wissen, der ihre Unehre der Vergessenheit zu übergeben strebt. Mit dreister Stirn proklamirten die entschieden Freisinnigen die vollständige Ungültigkeit des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt in Sachsen, weil der vorige außerordentliche Landtag bei der Annahme desselben einen Formfehler begangen habe. Aber auch wenn eine Centralgewalt existirte, dürfe ihr die Regierung doch nicht gehorsamen, da es sich um gar keinen Krieg mit den Dänen, sondern um Unterdrückung der Freiheit in den Herzogthümern handle; der Friede wäre zudem in London schon längst abgeschlossen, wie sie ganz genau wüßten. (!) Vergebens ermahnte Dr. Fischer, die Ehre des deutschen Namens zu schonen; sie beschlossen, Verwahrung dagegen einzulegen, wenn die Regierung ohne Zustimmung der Kammern über Gut und Blut des Volkes verfüge. Minister von Beust sprach ernste Worte in ächt deutschem Geiste; er beklagte die Verunglimpfungen der preußischen Regierung und des preußischen Namens, die wiederholt in der Kammer gehört wurden, und erinnerte die Volksvertreter an ihre Pflicht gegen das große Vaterland. Während dieser schmählichen Vorgänge in der Kammer traten die ersten zwei Bataillone der hiesigen Garnison ihren Marsch nach Schleswig an.

△ **Mannheim**, 19. März. Als in Rastatt von der österreichischen Baudirektion ein Fest zur Feier der oktroyirten Verfassung in Oesterreich bestimmt wurde, erklärte das badische Militär, es werde demselben nicht beiwohnen, indem es seiner deutschen Gesinnung widerspräche. Das Fest soll in einem feierlichen Gottesdienste und wahrscheinlich einem Festmahle bestehen.

⊙ **Rinteln**, 13. März. Gestern reiste Herr von Baumbach-Kirchheim, Bruder unsres Justiz-Ministers, zuletzt Reichstags-Deputirter des Wahlbezirks Kassel, rühmlichst bekannt durch seine frühere landständische Wirksamkeit, auf dem Dampfschiff an unsrer Stadt vorüber, um sich nach Newyork einzuschiffen. Der älteste Sohn begleitet ihn, die übrige Familie folgt später nach. In Hrn. v. Baumbach verliert Kurhessen einen seiner edelsten und bewährtesten Bürger. — Die Wahlen zum konstituirenden Landtag im Fürstenthum Schaumburg-Lippe sind nun beendigt. Die Hauptfrage, welche daselbst jetzt die erhitzten Gemüther fast ausschließlich beschäftigt und den Zwiespalt bis in den Schooß der Familien trägt, ist die Domänen- und Civillistenfrage. Trotz aller Anstrengung ist es der Hofpartei nicht gelungen, mehr als drei Gegner der zu fixirenden Civilliste durchzubringen: die übrigen 17 Deputirten sind keineswegs gewillt, die sehr bedeutenden Domänen des von der Natur reichgesegneten Ländchens als unbedingtes Privateigenthum des Fürsten anzuerkennen. Dem Vernehmen nach geht man damit um, von dem Oberappellationsrath B. W. Pfeiffer, in Kassel, einer bedeutenden juristischen Autorität in solchen Fragen, ein Responsum einzuholen. Die drei „Anti-Civillister" sind in der vom Hofe vielfach abhängigen Residenzstadt gewählt worden.

Hadersleben, 1¹. März. Wir hörten schon wiederholt von Jüten die Versicherung, daß die Aufkündigung des Waffenstillstandes in dem Kern der Bevölkerung Jütlands die Erbitterung gegen die herrschenden Inseldänen auf eine für Dänemarks Zukunft sehr bedenkliche Weise aufgestachelt hätte, weil diejenigen, welche die Last des Landes vorzüglich tragen sollten, fortan der Eitelkeit der Inseldänen zu fröhnen auf keine Weise Lust hätten. (A. M.)

Schleswig, 16. März, 2 Uhr Morgens. Der Reichs-Commissär Stedmann hat Depeschen von Frankfurt erhalten und in Folge dessen ein Schreiben an das Bureau der Landesversammlung gerichtet, um das Zusammentreten derselben zu verhindern. Letztere wird daher ohne Zweifel nur zusammenkommen, um sich sofort auf kurze Zeit (vielleicht bis Montag) zu vertagen. (F. J.)

Hamburg, 15. März. Endlich hat Baumeister, wie es schon seit 2 Monaten seine Absicht war, das Präsidium der konstituirenden Versammlung niederlegen können und wird nun vom Centrum aus kräftiger für Durchführung seiner Verfassungspläne wirken. Bei der gestrigen Neuwahl des Bureau's wurde Dr. Versmann zum Präsidenten, Senator Lutteroth zum ersten und Dr. H. B. Sloman zum zweiten Vizepräsidenten erwählt. Die Kommission der Kriegsdienstpflichtigen aus dem Jahre 1828 hat gegen den hamburgischen Senat eine Beschwerde in Frankfurt eingeleitet und bekämpft in loco die Rechtsbekanntmachung wegen einstweiliger Fortdauer der Stellvertretung durch ein langes Plakat an den Straßenecken. (W. Z.)

× **Hamburg**, 16. März. Drei Oesterreichische Flüchtlinge, darunter die Herren Füster und Violand, sind hier eingetroffen. Herr Schuselka wird hier erwartet.

Lübeck, 12. März. Nach uns mit dem Malmö zukommenden Berichten ist das kriegerische Feuer in Copenhagen durch die Gewißheit russischer Hülfe, daß demnach an diesem Punkte seine europäischen Operationen beginnen dürfte, zu einer Gluth angefacht, die die besten Lebenskräfte des erschöpften Landes verzehren muß. Auf Schweden rechnet man diesmal um so weniger, da jedes gemeinschaftliche Handeln mit Rußland durch die angebornen Antipathien der Nation, die auch im Ministerium ihre Vertreter finden, unwahrscheinlich, ja unmöglich gemacht wird, weßhalb auch das Stockholmer Kabinet sich in diesem Sinne erklärt und eindringlich zum Frieden gerathen haben soll. Wir legen auf diese ziemlich authentische Nachricht großes Gewicht, da wir Deutschen ein Recht auf die Sympathien unserer nordischen Stammesbrüder haben, und es von der größten Wichtigkeit für unsere kommerziellen und nationalen Interessen ist, daß der germanische Norden von den Schlingen der Petersburger Diplomatie unberührt bleibt; denn diese sind eben viel mehr zu fürchten, als ein offener Zusammenstoß, der nun einmal doch nicht lange auf sich warten lassen wird. (Lüb. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 16. März. Ehe wir noch die für die Stellung der Parteien im Hause der Gemeinen bezeichnenden Verhandlungen über den bekannten Disraelischen Plan in ihren Hauptpunkten skiziren, wollen wir hier auf die interessante Sitzung v. 13. März (diejenige, in welcher Lord Palmerston seine bereits in der Beil. zu Nro. 76 mitgetheilte Erklärung über die schleswig-holsteinische Frage abgab) mit einigen Worten zurückkommen.

Der Hauptgegenstand der Debatte in dieser Sitzung war eine Motion Hrn. Trelawny's für gänzliche Abschaffung der Kirchensteuern. Hr. P. Wood, Mitglied für die Stadt Oxford, stellte ein Amendement, dahin zweckend, daß nur die Dissenters von allen kirchlichen Abgaben, wie von deren Eintreibung oder Verwaltung frei sein sollten. Das Amendement wurde mit 183 gegen 20, die Motion selbst mit 119 gegen 84 verworfen, also nur mit einer Mehrheit von 35. Die Debatte war anziehend durch die bedeutenden Redner, die an ihr Theil nahmen, als Peel, Lord J. Russell, Sir G. Grey, Goulbourn, Gladstone, Cobden u. s. w. Lord J. Russell sprach sich in einer Rede, die auch den Beifall der Kirchlichen und Konservativen fand, gegen Trelawny's Antrag aus, obschon er erklärte, sich einer Bill, welche eine Verbesserung des ganzen Systems bezwecke, nicht widersetzen zu wollen. „Aber, sagte er, die Staatskirche, und namentlich die englische, wird nicht allein um derer willen erhalten, die zu ihr gehören, sondern als eine der Religion gebührende große Nationalhuldigung," (ungeheurer Beifall, so daß die nächsten Worte des Redners überjubelt werden), „und wenn man die Mittel, wodurch sie erhalten wird, gänzlich abschaffte, so würde dem Lande keine Besserung, keine Wohlthat erzeugt, sondern das Land würde erniedrigt werden," (erneuerter Beifall). „Dies ist der Grund, wodurch sich die kirchlichen Abgaben rechtfertigen lassen, obschon sich gegen die besondere Form, in der sie erhoben werden, mancher Einwand machen läßt." Gegen das Amendement Hrn. Woods sprach sich der Minister unbedingt aus; dieser Vorschlag, meinte er, sei dem Prinzipe nach gefährlich und führe zu Konsequenzen, die, wie er glaube, bedauerlich seien. „Ich meine," setzte er hinzu, „die von dem sehr ehrenwerthen Baronet (Sir R. Peel) dagegen vorgebrachten Gründe sind entscheidend." (Hört!)

Hr. Cobden befand sich unter den 20 Mitgliedern, welche für das Wood'sche Amendement stimmten, und bemerkte unter andern, daß, wenn Lord John Russell diesmal der (konservativen) Opposition zum Wohlgefallen geredet habe, er darüber die Zustimmung derjenigen verlieren würde, die vormals seine Freunde gewesen.

* **London**, 17. März. Der „Standard" erwähnt eines in London umlaufenden Gerüchtes, dem zufolge in Paris zwischen den fünf Mächten ein Vertrag wegen Aufrechterhaltung der Verträge von 1815 unterzeichnet worden sei. Die Unterzeichnung habe am 5. März stattgefunden.

Nachdem die Times gestern die Nachricht von der Ausrüstung einer Expedition für die provisorische Regierung von Sicilien mitgetheilt, meldet sie heute, daß das Dampfboot Bombay, welches Truppen und Vorräthe für die sicilianischen Insurgenten an Bord genommen, auf Befehl der Zollamtsbehörden zu Blackwall mit Beschlag belegt worden sei.

Frankreich.

* **Paris**, 17. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm bei der allgemeinen Besprechung des Budgets Goudchaux zuerst das Wort: Er erhebt sich gegen die von den öffentlichen Blättern aufgestellte Ansicht, daß nur seit der Präsidentenwahl etwas Ordnung in der Finanzverwaltung des Landes hergestellt sei. Man habe vollkommen Recht den unter der Monarchie begangenen Fehlern die ungeheure Vermehrung der Staatsschuld zuzuschreiben; sie haben sich seit 1814 von 63 bis auf 240 Millionen Renten vermehrt. Zum Ende fordert er die Versammlung dringend auf, das Budget vor ihrem Auseinandergehen zu votiren, damit man der Konstituante nicht vorwerfen könne, sie habe ihr Werk zur Begründung der Republik nur halb vollendet. Fould wirft dem ersten Finanzminister der Republik (Goudchaux) vor, daß er in den ersten Tagen der Revolution sich zu sehr beeilt habe, die Renten und die fälligen Schatzscheine zu bezahlen, wodurch gerade diejenigen begünstigt wurden, die am wenigsten Vertrauen zeigten. Die Mehrausgaben der Julieregierung erklären sich durch die unternommenen großen Staatsbauten und die in Algerien gemachten Ausgaben; übrigens habe die Republik in so kurzer Zeit die Staatsschuld um 59 Millionen Renten vermehrt und das Defizit für das laufende Jahr wird mehr als 460 Millionen ausmachen. Die Nationalversammlung selbst hat gefehlt, daß sie sich nicht früher mit dem Budget vom laufenden Jahre beschäftigt hat (vom Berge: das ist Euer Fehler). Man solle daher auch in der legislativen Versammlung gleich das Budget von 1850 vornehmen, um so einmal zu einem regelmäßigen Systeme zu gelangen. Nach einigen finanziellen Betrachtungen endet der Redner damit, daß er die Besorgnisse des Landes über die finanzielle Lage als übertrieben erklärt und die Hoffnung ausspricht, daß, wenn nicht außerordentliche Ereignisse störend eintreten, die Finanzlage des Landes im Jahre 1850 eine ganz normale sein wird. Nachdem Goudchaux nochmals die Maßregeln der provisorischen Regierung vertheidigt und Fould sich gegen feindselige Absichten bei seinen Kritiken verwahrt hatte, bestieg Passy, der Finanzminister, die Rednerbühne und drückt sich folgendermaßen aus: Ich beschwöre die Versammlung, die großen Schwierigkeiten, mit denen wir alle im gegenwärtigen Augenblicke zu kämpfen haben, nicht noch durch Anklagen über die Vergangenheit zu vermehren. Hr. Garnier Pagès hatte vollkommen Recht, eine außerordentliche Steuer von 45 Centimen auszuschreiben, die dringende Noth, in der sich der Staat damals befand, erlaubte ihm nicht mildere Formen aufzusuchen. Auch Hrn. Goudchaux müsse er vollkommen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Er geht nun in eine Reihe von Berechnungen ein, um zu beweisen, daß die Vermehrung des Budgets lediglich den vom Volke selbst gemachten Anforderungen hinsichtlich der öffentlichen Staatsbauten und der Kolonisation von Algier nur zuzuschreiben sei. Uebrigens müsse er erklären, daß so große Besorgnisse er früher selbst gehabt habe, so sehr sei er heute beruhigt, und er werde das März-Quartal der Renten bezahlen können, ohne zu einem Anlehen bei der Bank

Zuflucht zu nehmen. Vor Allem müsse man dem Lande die Ueberzeugung beibringen, daß eine republikanische Regierung zum Vortheil der Politik ebensowohl als zum Vortheil der Industrie und des Handels verwalten könne.

Der Wahlausschuß des Palais National ist nun auch definitiv, konstituirt. Sein Präsident ist der General Cavaignac, sein Sekretär der ehemalige Buchhändler, später Geheimesekretär des Ministers des Aeußern Bastide, Hetzel. Die korrespondirenden Mitglieder des Departements, sollen meistens der bekannten Gesellschaft Aide-toi et le ciel t'aidera.

An der Börse herrschte heute eine günstigere Stimmung. Man glaubte an eine friedliche Beilegung des italienischen Streits. Die Kourse stiegen. Die 3 pCt. schloß 52,75; die 5 pCt. 83,40; Bankaktien 2285.

0 **Paris**, 16. März. Aus zuverlässigster Quelle kann ich Ihnen die richtige Nachricht mittheilen, daß die Intervention zu Gunsten des Papstes als weltlichem Oberhaupte des römischen Staates in einem gestern abgehaltenen geheimen Ministerrath einstimmig beschlossen worden ist. Dieser gerade nicht sehr republikanische Entschluß des Ministeriums jener Republik, die vor sieben Monaten die Befreiung von Italien unter die drei Grundzüge ihrer auswärtigen Politik aufgenommen und verkündigt hatte, ließ sich von dem voraussehen, der Frankreichs Verhältnisse ruhig beobachtete. Die bevorstehende Interpellation Maugins über die auswärtige Politik des Kabinets wird demselben wahrscheinlich die Gelegenheit liefern den Entschluß, welcher bereits von mehreren Kurieren in die Welt hinaus getragen worden ist, auch der Kammer und dem Volke mitzutheilen; einstweilen aber wird eine Flotille zur Abfahrt nach Civitavecchia bereit gehalten. Die Stärke der Interventionsarmee, sowie der Oberbefehlshaber derselben sind noch nicht festgesetzt worden; doch scheint es in der Absicht des Gouvernements nicht mehr als 6000 Mann nach Rom zu senden, auch dürfte der General Molière von allen genannten hohen Offizieren die meiste Aussicht zur Erhaltung des Oberkommando's haben.

†† **Paris**, 17. März. Heute Morgen fiel nach dem letzten Akte des (dem Morde des General Brea) Trauerspieles vor der Barriere Fontainebleau der bluttriefende Vorhang, das verhängnißvolle Beil der Guillotine. Drei Köpfe fielen nach einander von den Rümpfen. Choir, Nomey, Lahr hießen die Unglücklichen Zwei, Choppart und Vappreaux hatten Gnade gefunden, das heißt Veränderung der Todesstrafe in lebenslängliches Gefängniß. Jetzt fesselt der Prozeß von Bourges über das unblutige Maiattentat die Aufmerksamkeit von Frankreich. Der hohe Gerichtshof erfährt in der öffentlichen Meinung eine scharfe Kritik. Aus der Voruntersuchung ließ sich die Vermuthung herausstellen, daß alle Zeugen belastend und nicht entlastend gegen die Angeklagten auftreten werden. Dem war nicht so. Hr. v. Lamartine z. B. hat fast keinen Umstand erwähnt, welcher zum Nachtheile der Angeklagten gedeutet werden könnte. (Wir verweisen über seine Aussage in die Beilage). Heute wird ein Zeuge auftreten, dessen europäische Berühmtheit seine Aussagen interessant macht. Der Russe Gallowin ist es. Hr. Gallowin wird in seinen Aussagen Beziehungen zwischen der französischen Regierung und der russischen Gesandtschaft bekannt machen, deren Fäden er in den Händen haben soll. Relata refero. In letzter Zeit konferirte der russische Gesandte in Paris viel durch einflußreiche Mittelmänner mit dem Präsidenten Bonaparte.

Italien.

* Die Nachrichten aus **Turin** gehen bis zum 13. Der König spricht in einem Schreiben an die Brigade von Savoyen von der baldigen Wiedereröffnung des Krieges.

Die Sitzung der Turiner Deputirtenkammer vom 12. war sehr kurz. In den Bureaux wurde die Prüfung des Gesetzentwurfs über die der Regierung zu verleihenden außerordentlichen Vollmachten während des Krieges begonnen.

* **Florenz**. Ein im Moniteur enthaltenes Dekret der provisorischen Regierung befiehlt auf das strengste, daß der zur Mobilisirung der Nationalgarde niedergesetzten Kommission die Personalregister jedes Pfarrsprengels auf Verlangen ausgeliefert werden.

* **Rom**. Die Deputirtenkammer hat in einer stürmischen geheimen Sitzung am 7. Abends entschieden, daß dem Triumvirat unbeschränkte Vollmachten zu Maßregeln, wie sie die Sicherheit des Staates erheischt, gegeben werden sollen.

Schweiz.

) **Bern**, 17. März. Ich habe Ihnen vor einigen Wochen die Anwesenheit eines Abgeordneten der provisorischen Regierung Siziliens an den Bundesrath mitgetheilt, welcher die Aufhebung der Militärkapitulation mit Neapel auswirken sollte und zu diesem Zwecke Anerbietungen seiner Regierung machte. So viel bekannt geworden ist, hat derselbe bei der obersten eidgenössischen Behörde nichts ausgerichtet. Dagegen benutzte er seine Anwesenheit um die deutsch-republikanische Propaganda in die Interessen seines Landes zu ziehen, was ihm um so besser gelang. Er hat mit dem bekannten Ph. Becker in Biel, dem ersten Chef des „Hilf dir" eine Konvention abgeschlossen, zufolge deren für Sizilien eine deutsche Legion organisirt werden soll. Die Bedingungen sind so festgestellt, daß durch sie zugleich das Interesse der Leute und die deutsche Ehre gewahrt werden soll. Jeder Legionär erhält das sizilische Bürgerrecht und denselben Sold wie die Schweizertruppen in Neapel. Das Korps führt den Namen „deutsch-republikanische Garde," und soll, wie der Vertrag lautet, ein Vorbild der Freiheitsliebe, der Tapferkeit, des Ordnungs- und Brudersinns sein. Das Korps wird auf 7000 Mann gebracht und blos von deutschen Offizieren kommandirt werden. Das Direktorium des „Hilf dir" proponirt die Offiziere bis zum Hauptmann; die sizilische Regierung genehmigt und garantirt. Bereits sind viele Deutsche zu dieser Legion abgegangen. Der Tessiner „Republikaner" berichtet, der zu Arona versammelte Kongreß der italienischen Emigrirten habe hinsichtlich der Schweizertruppen in neapolitanischen Diensten beschlossen, Alles bei den italienischen Regierungen anzuwenden, um von den schweizerischen Behörden die Auflösung der Kapitulationen und die Abberufung dieser Truppen zu erlangen. Zu diesem Zweck sollen die italienischen Regierungen protestiren, drängen und eine Entschädigung mit der Androhung anbieten, daß im nichtentsprechenden Fall alle in den betreffenden Staaten niedergelassenen Schweizer ausgewiesen würden. Diese Nachricht des Tessiner Republikaner beweist deutlich, daß die Aufregung gegen die Schweizer in Italien eine künstlich erregte ist und von den herrschenden Volksvereinen hervorgerufen wurde. Das stimmt überein mit einer Korrespondenz im „Zofinger Volksblatt" aus Livorno, worin es heißt, daß der Sturm gegen die dortigen Schweizer sich beinahe gelegt habe. Der Korrespondent fügt bei: „Wenn der Tessiner Republikaner die Sache nicht wieder aufwärmt, so werden wir Ruhe haben." Auch die Aufregung in der westlichen Schweiz scheint mehr eine künstlich erregte zu sein. Wenigstens merkt man außer dem Kreise der Volksvereine nicht viel davon, und es ist sehr zu bezweifeln, daß die Bundesversammlung einen entscheidenden Beschluß fassen werde. Höchstens wird sie eine Ansprache an die kapitulirten Kantone halten. Dem Großen Rath von Freiburg liegt ein Antrag vor, sogleich die Einstellung der Werbungen zu beschließen; der Staatsrath wird einen Vorschlag zur Aufhebung der freiburgischen Kapitulation bringen.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. März. Die „Dep. Tid." theilt den Bericht des Finanzministers über die in London abgeschlossene Anleihe mit. Man sieht daraus, daß es dem Unterhändler Konferenzrath Treschow nicht geringe Mühe gekostet hat, die Anleihe mit dem früheren Kopenhagener jetzt Londoner Hause C. J. Hambro und Sohn unter Bedingungen abzuschließen, deren Ungunst der Bericht möglichst zu verdecken sich bemüht. Die ganze Anleihe beläuft sich bekanntlich auf 800,000 Pf. St., von denen aber die dänische Finanzen sich die Hälfte zur Unterbringung in Kopenhagen vorbehalten haben, nachdem sie sich zuvor der Bereitwilligkeit der Nationalbank versichert hatten, ihnen die darauf 2 Mill. Rthlr. vorzuschießen. Die auf London fallende Hälfte wird erst im Lauf der 6 Monate bis 1. Okt. 1849 ausbezahlt, während die Zinsen vom 1. März laufen, wodurch ein Zinsenverlust von $6556\frac{2}{3}$ Pf. St. erwächst. Außerdem bekommt Hambro u. S. 12,000 Pf. St. als Provision. Nimmt man dazu die 16 pCt. Kapitalverlust, da die Anleihe zu 84 pCt. abgeschlossen ist, so bringen die Finanzen allein für die Hälfte der Anleihe ein Opfer von $82{,}656\frac{2}{3}$ Pf. St., oder mit anderen Worten: sie verschreiben 400,000 Pf. St., um $317{,}493\frac{1}{3}$ Pf. St. zu bekommen. (S. H. Z.)

Redacteur: **H. Kruse.**

№ 79. **Beilage zur Deutschen Zeitung.** 20. März 1849.

Uebersicht.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 20. März.

Tagesordnung der 187. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Berathung des vom Abgeordneten Rießer, Namens des Verfassungs-Ausschusses erstatteten Berichts, über den vom Abgeordneten Welcker in der 184. öffentlichen Sitzung vom 12. März 1849 gestellten Antrag.

Die Sitzung wird ¼ nach 9 Uhr eröffnet. Aus der National-Versammlung ist abermals ein Oesterreicher, Hr. Ignaz Kaiser aus Wien ausgetreten. Für die Flotte geben 155 Thlr. von Blankenburg am Harz ein (Bravo!) Eine Anrufung der sächsischen Abgeordneten Hrn. Hallbauer, Maukisch, Stieber, Koch und Biedermann spricht deren lebhaftes Befremden aus über die in der zweiten Kammer des Königreichs Sachsen beantragte Verweigerung des Matrikularbeitrags für die deutsche Kriegsflotte, woran sich die Frage knüpft, ob das Reichsministerium von diesem Schritte der sächsischen Stände Notiz genommen und welche Maßregeln es dagegen ergreifen werde". Die Antwort wird vertagt.

Hr. Buß aus Freiburg erhält darauf das Wort in der gestern abgebrochenen Berathung: „Wo ist es in der ganzen Welt vorgekommen", ruft er mit hochgezogener Kirchenstimme, „daß eine Versammlung, berufen die Verfassung eines großen Reichs zu schaffen, nachdem sie beinahe ein Jahr lang beisammen gewesen, vor größern Differenzen steht bei dem Ende ihrer Thätigkeit als bei ihrem Anfange? „Dem Vaterlande droht Gefahr", warnt man uns. Aber „Baugemachen gilt nicht!" tröstet der Redner und diese Wendung findet das lachende Echo, an das die eben so häufigen als populär gehaltenen Vorträge des Herrn Buß in der Paulskirche längst gewöhnt sind. Er behauptet dann, der Plan des Welcker'schen Antrags schmälere und schwäche das deutsche Reich, anstatt es zu stärken. Er will sich auch über den konfessionellen Scheidepunkt und überhaupt über Alles, was ihm auf dem Herzen liege, sehr ausführlich verbreiten, welche Ankündigung einen begreiflichen Schrecken im Hause hervorbringt. „Es war die Angst, daß die Größe und Zukunft des Vaterlandes auf dem Spiele stehe, die mich um Weihnachten nach Ollmütz trieb. Ich habe dort alle die Herren gesprochen vom Ministerpräsidenten bis zum Kaiser — (Heiterkeit) — ich habe dabei gefunden, daß die österreichischen Personen deutsch gesinnt sind, daß die Regierung von Oesterreich ächt deutsch gesinnt ist und ich war beruhigt. (Lachen.) „Ich war beruhigt", schreit Herr Buß auf, „denn eine Großmacht von 38 Mill. Menschen weiß ihren Willen durchzusetzen, besonders wenn ihr mehr als die Hälfte der deutschen Nation bereitwillig entgegenkommt." (Unwillen und Widerspruch.) Noch lebhafteren Widerspruch erregt die Behauptung des Herrn Buß, daß Oesterreichs im Hause hier stets mit einer gewissen Feindseligkeit gedacht worden sei. (Zuruf: das ist eine Verleumdung!) Ueber seine Darstellung der österreichischen Verfassungs- und Machtverhältnisse und über seine Schilderung der Interessen, die Deutschland an Oesterreich fesseln, geht die wachsende Unruhe des Hauses so hoch, daß die Worte des Redners endlich nur noch mit Hilfe der Präsidentenklingel hindurch dringen. „Unsere Aufgabe ists, die weniger vorgeschrittenen Stämme durch den Geist unserer Bildung zu veredeln und das frische Blut jener kräftigen Völker — der Slowaken und Kroaten — thut unserer Civilisation hinwiederum Noth, die vielfach eine krankhafte, eine Byzanz und dem ehemaligen römischen Reiche verwandte ist. (Ironisches: Ja wohl!) Die religiöse Macht und die Macht der materiellen Interessen — die letzteren selbst erst im zweiten Gliede — halten Süddeutschland bei Oesterreich. Unserer (katholischen) Religionsfreiheit fehlt noch die Begründung, daß wir sie nicht erst erkämpfen müssen! Es ist hier von der Größe Deutschlands gesprochen worden — lassen Sie das kein leeres Schlagwort sein — ich liebe den kräftigen Norden und den gemüthlichen Süden — ich nehme Alle an meine Brust. (Heiterkeit.) Möchte ich Sie nicht vergebens gebeten haben."

Hr. Zittel von Bahlingen: Ich protestire dagegen, daß Hr. Buß der Ausdruck des badischen Volks gewesen und ich bin im Stande, ihm auf dem ganzen Gebiete zu folgen, auf dem er sich herumbewegt hat. Ich leugne die Antipathien des katholischen Volks gegen Norddeutschland. Obschon Protestant habe ich doch lange genug unter Katholiken gelebt. Wäre Mißtrauen gegen einen protestantischen Kaiser vorhanden — wollen wir denn einen Kaiser ohne Grundrechte? Allerdings ist nirgends die Erhebung des Erzherzog Johann zum Reichsverweser mit größerer Freude aufgenommen worden als in den ehemaligen österreichischen Vorlanden. Aber nachdem sich Oesterreich so deutlich von uns geschieden hat, glaubt auch bei uns niemand mehr — es sei denn etwa der Redner — an eine „Ausstoßung Oesterreichs" und nirgends ist das Bedürfniß nach einem festen Beschlusse des deutschen Verfassungswerks dringender und lebhafter als in dem offenen Grenzlande zwischen dem Bodensee und Rastatt. Warum also wollen Sie uns hindern, den Beschluß zu fassen, der jetzt allein noch möglich ist? Wenn Deutschland dadurch ins Verderben gestürzt würde, wie wollen Sie es vor Ihrem Gewissen verantworten. Was hätten Sie damit für Oesterreich gewonnen? Wir sollen das Haus für Oesterreich offen lassen, fordern Sie. Das heißt kein Dach auf unsern Bau setzen, damit wir darin zu Grunde gehen. Oder man verlangt, daß wir Oesterreich eine Frist gönnen, daß wir warten möchten. Der Redner setzt die Gefahren auseinander, welche in der Säumniß liegen. Wir haben dreißig Jahre gekämpft, fährt er fort, um die konstitutionelle Monarchie zu einer Wahrheit zu machen. Das ist nicht gelungen und davon rührte das Mißtrauen des Volks gegen die konstitutionelle Monarchie her, daher der Beifall, den die Republik hier und da gefunden. Aber auch die Republikaner haben ihren Augenblick versäumt und dadurch die Zuversicht ihrer Anhänger eingebüßt. das Volk verlangt endlich in einen gesicherten Rechtszustand eingeführt zu werden und es hat gefunden, daß das Revolutioniren eine sehr kostspielige Sache ist. Diesen gesicherten Zustand haben wir zu schaffen. Weder von dem Partikularismus der Stämme, noch von den Königen fürchtet Hr. Zittel ernste Hindernisse. Sie werden ihre Lage richtig erkennen und ihre Vaterlandsliebe wird ihnen das Opfer erleichtern. Aber wie immer — kein Hinderniß und keine Schwierigkeit dürfte uns zu groß erscheinen, um zu beschließen was noth thut.

Hr. Julius Fröbel: Beschleunigung unseres Werkes thut noth, aber der Welcker'sche Antrag thut der Meinung dieser Versammlung Gewalt an, denn er wahrt nicht den souveränen Charakter dieser Versammlung. Die übertriebene Rücksichtsnahme auf außenstehende Verhältnisse, die sich in dem genannten Antrage ausspricht, ist unserer unwürdig. Sie hebt unsere Selbstbestimmung geradezu auf. Gegen die uns angemuthete Verbindung deutscher Stämme mit rohen Walachen und Kroaten freilich wird mit Unrecht geeifert. Der Redner kann vielmehr versichern, daß die Demokratie in den walachischen und kroatischen Landschaften festere Wurzel geschlagen habe, als in manchem obskuren Kreise Deutschlands. Allein nach den Maßregeln des Unverstands, der seit einiger Zeit in Ollmütz regiere, handele es sich ja gar nicht mehr von dem Anschluß, sondern nur von der Abtrennung oder Zertrümmerung Oesterreichs. Aber in einem norddeutschen Kaiserthume erblicke ich die Gefahr einer nicht blos zweifachen, sondern wahrscheinlich sogar dreifachen Zerstückelung Deutschlands und in der Erblichkeit einen schroffen Anachronismus. Zur Anerkenntniß einer neuen Erbdynastie — nicht als einer Thatsache sondern als eines Prinzips — kann er sich niemals entschließen. Das Kaiserthum paßt überhaupt nur für einen katholischen Kopf. Es ist ein halb religiöses, halb politisches Institut wie das Chalifat, — für uns und unsre Zeit so befremdlich wie „ein konstitutioneller Gott." Allerdings Oesterreich hat einen Kaiser, desgleichen Rußland und vielleicht in Kurzem auch Frankreich. So ist's freilich eine Ehrensache daß Deutschland, auch seinen Kaiser zu haben. Sie werden in dieser Frage wahrschein-

lich die Mehrheit haben. Dann erlauben Sie mir, als einem Vertreter der Ideen, in welchen das Volk seine Zukunft erblickt, Ihnen zu sagen: „Nach der Sündfluth kommen wir."

Hr. v. Reden: Ihre demokratische Freiheit (zu dem vorigen Redner) ist die Freiheit der Republik, die meinige ist die der konstitutionellen Monarchie („Gibt es da eine Freiheit?") Allerdings gibt es eine Monarchie, die der Freiheit jeden Schutz gewährt; viele Millionen mit mir in Norddeutschland sind Anhänger dieser konstitutionellen Monarchie. Der Redner sucht dann durch statistische Nachweise darzuthun, daß Oesterreich zu dem Kriege, mit dem es Deutschland bedrohe, keine Soldaten und kein Geld habe. 626,000 Mann zu Fuß und 80,000 Mann zu Roß halte es unter den Waffen. Aber nicht 20,000 Mann könne es davon entbehren, um sie über die Grenze zu schicken, woran Herr v. Reden eine Schilderung der jetzigen und künftigen österreichischen Finanzlage knüpft. Uebrigens jede feste Gestalt, die sich Deutschland verleihen wolle, müsse auf den Widerspruch nicht blos Oesterreichs gefaßt und gerüstet sein! Der Redner wendet sich dann gegen die „materiellen Interessen" des Herrn Moritz Mohl. Das Erbkaiserthum Preußen ist die eine Alternative — das Verschlungenwerden der norddeutschen Staaten durch Preußen beim nächsten europäischen Krieg die andere. Das deutsche Erbkaiserthum wird im Volkshause seinen natürlichen Bundesgenossen finden, wird mit ihm den Partikularismus bekämpfen und die Centralisation durchsetzen, während ein Oberhaupt „auf Zeit" sich vorzugsweise auf das Staatenhaus stützen müßte. Auch die Abneigung des Auslands gegen den Erbkaiser bestärkt den Redner in seiner guten Meinung für denselben. Wer sich nicht dazu entschließen kann, dem Erbkaiserthum beizupflichten, meint es nicht redlich mit der Demokratie. Denn seine Errichtung ist ein Sieg der Demokratie. (Beifall.)

Nach jedem Redner werden neue Anträge mitgetheilt. Auf Hrn. v. Reden folgt Hr. Ludwig Simon von Trier: Warum ist die Macht in Oesterreich eine andere geworden, seit wir den Reichsverweser hierher beriefen? Warum ist dort das schwarzrothgoldene Banner vom Stephansthurm in Staub und Asche gefallen? Hier ist die Frage am Platze: wer hat diese Umwandlung geduldet und verschuldet? Das ist die Ohnmacht, die immer nach Macht ruft, nach fremder Macht. Anstatt unsere Vorschläge zur Errichtung einer allgemeinen Bürgerwehr anzunehmen, haben Sie das stehende Heer vermehrt. Sie haben alle unsere Warnungen mißachtet und so ist's gekommen, daß Sie Ihre Kraft jetzt nicht mehr suchen dürfen, woher sie Ihnen kam, bei der Revolution, sondern auf der andern Seite. Ich erinnere Sie an das Programm des Herrn von Schmerling und an alle die unerfüllten Versprechungen und leeren Phrasen, mit denen Sie sich von dem Ministerium haben abfertigen lassen. Der Redner zieht dann eine interessante Parallele zwischen den damaligen Aeußerungen Schmerlings und dem jetzigen Stand der Dinge. Auch auf den Waffenstillstand von Malmö kommt er zurück, und auf das hülflos gelassene Wien. Man ließ Wien und damit Oesterreich fallen, damit das Haus Hohenzollern der Habsburgischen Konkurrenz los würde. „Anarchie" habe Herr Bassermann damals gerufen. Aber wenn das Staatsrecht anarchisch ist, wer fragt dann nach der Anarchie des Privatrechts? Die Spaltung Deutschlands ist vollendet. Ich glaube nicht, daß eine Brücke des Friedens hinüber führt.

Eine Verbindung zwischen uns und Oesterreich nach der Verfassung, die es erhalten, ist unmöglich. Auch ein Volkshaus ist eine Unmöglichkeit der österreichischen Gesammtmonarchie. Fünf verschiedene Nationen werden sich selbst sprachlich niemals mit einander verständigen. Oesterreich lockt uns mit den materiellen Interessen. Wo sind aber die Märkte des Absatzes, die es unserm Verkehr eröffnen will? Etwa in Italien? Das heißt, wir sollen Italien mit unserem Blute düngen, um dann darauf zu schachern. Nimmermehr. Zu der Ueberzeugung bin ich gekommen, daß nur von Kleindeutschland unsere Zukunft ausgehen könne. Aber es muß uns die gewonnenen Freiheiten garantiren und die Verpflichtung übernehmen, wieder Großdeutschland zu werden. (Zuruf des Beifalls). Wir sind noch nicht so einig, meine Herren, als es scheint. Ich will Ihnen meine Bedingungen etwas näher bezeichnen. Herr Simon vergleicht darauf die Verhältnisse und giltigen Bestimmungen des Berliner Belagerungszustandes — mit den Grundrechten. Er thut das unter der Hervorhebung einer Menge von Gegensätzen der beißendsten Art, dann entwirft er von dem Schicksale, welches dem Wahlgesetze unter einem Ministerium Brandenburg und Manteuffel bevorstände, ein Bild nach dem Maßstabe, daß sich ein polnischer Graf gegen die Ausweisung aus Berlin nur schützen konnte durch die Vermittelung — des russischen Gesandten. Ob denn in Deutschland ein Ministerium vor der parlamentarischen Majorität zurücktrete? Im Gegentheil. In Berlin regiere ein Ministerium allen Beschlüssen der Paulskirche zum Trotz, in Hannover, in Dresden, in München befände sich die Regierung ebenfalls im Widerspruch mit den Kammern. Falls also das Ministerium Ihre Grundrechte und Ihr Wahlgesetz nicht annähme, was wollten Sie dann thun? So sein Sie wenigstens so ehrlich uns nicht zu sagen, Sie errichteten das preußische Erbkaiserthum zum Schutze unserer Freiheiten. Auch dazu kann das preußische Erbkaiserthum nicht dienen, daß wir Kleindeutschland wieder in Großdeutschland verwandeln. Denn wenn Sie jetzt die österreichischen Brüder gegen die Tyrannei ihrer Regierung nicht vertheidigen, so werden diese österreichischen Brüder, sobald sie sich selbst frei gemacht haben, sich auch nicht um Kleindeutschland kümmern. Aber die Partei des Erbkaiserthums denkt überhaupt gar nicht daran, der österreichischen Gesammtmonarchie etwas anzuhaben. Sie wünscht den österreichischen Waffen Glück und jubelt zu den Siegen über die Ungarn. Die friedliche Formel, die Deutschland zusammenhalten kann, ist nur zu finden, wenn wir uns wieder zu der Idee der Märzrevolution erheben, zu dem Geiste, in welchem damals der König von Preußen seine deutschen Zusicherungen ertheilte, zu dem Geiste, in welchem die Berliner Versammlung dem bedrohten Wien ihre Hilfe zusagte. Nur dann werden Sie die Kraft und Sympathie des deutschen Volkes haben und die Mitwirkung von dieser (der linken) Seite des Hauses. Der Gefahr, mit der man von Rußland droht, setzt der Redner eine Note aus Petersburg entgegen, die ihm zeigt, wie wenig Rußland zu unternehmen wagt, wenn es den Volksgeist lebendig weiß. Käme es aber selbst zu einem Kampfe für die Freiheit, so würden wir England und Frankreich zu Verbündeten der Civilisation haben. Wir (von der Linken) haben treu die Vollmachten des März behauptet und bewahrt. Was auch komme, wir werden unserer Fahne treu verbleiben und wir rufen mit dem Dichter aus: Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Uebel größtes aber ist die Schuld.

Hr. Heinrich v. Gagern: Wir haben dem Volke unser gegebenes Wort zu halten — ein Wort, das ich ihm nie gebrochen habe — und so schließe ich mich denn dem Antrage des Verfassungsausschusses an. Nicht wie einem Nothanker, an den man sich klammern müßte, sondern weil darin Alles erreicht ist, was die vernünftige Lösung unser Aufgabe ausmacht. Hätte ich etwas an dem Antrage auszusetzen, so ist's, daß die Regierungsdesiderien nicht genug berücksichtigt worden, denn mit der Verständigung mit den Regierungen war mir es steter Ernst. Indessen sind die Abweichungen nicht wesentlich. Aber daran halte ich fest, daß wenn wir das letzte Wort gesprochen, es dabei und bis zu den einem nächsten Reichstage vorbehaltenen Veränderungen sein Bewenden habe. Wir waren zur Erschaffung eines starken Bundesstaats berufen. Unsere Aufgabe war, daß wir bei der Spitze, die wir unserer Verfassung gaben, die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten erhielten, soweit sie verträglich war mit einer einheitlichen Regierung. Das Volk ist berechtigt, die Verfassung jetzt aus unsern Händen zu empfangen. Die Hindernisse die sie erfahren könnte, fürchte ich, aber nicht von den Regierungen, wenn nur das Volk anerkennt, daß wir ihm geben, was unter den Umständen irgend möglich war. Wenn mich aber auch die Gefahr, die dem Vaterlande droht, nicht dazu drängt, daß ich den Ausschußvorschlag annehme, so leugne ich sie doch nicht. Sie ist vorhanden. Nicht, daß eine Oktroyirung zu erwarten wäre, oder die Einsprache fremder Regierungen. So lange gebildete Nationen existiren, hat man den Völkern kein Hinderniß in den Weg gelegt, wenn sie ihre inneren Angelegenheiten konstituirten. Allerdings hat ein Vorwurf recht, der hier wie im Scherz gegen mich erhoben ward, daß ich über die Stimmung des Auslandes nicht so gut unterrichtet sei, als es für meine Stellung wohl wünschenswerth wäre. Denn wohin ich keine Gesandten des Reichs schicken konnte, dahin habe ich es auch verschmäht, Spione zu senden. (Beifall) Dies bezieht sich u. a. auf meine Antwort über die russische Note, womit jedoch die Einwirkung der russischen Regierung auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit nicht geleugnet sein soll. Ich fürchte wie gesagt die Einmischung des Auslandes nicht, auch wenn sie eine feindselige wäre, denn wir sind

ein kriegerisches Volk von 40 Mill., welches dann die staatliche Trennung sofort vergessen würde. (Lebhafter Zuruf.) Eine Bedrohung mit Krieg gegen eine große Nation gerichtet ist noch keine Gefahr des Untergangs. Die einzige Gefahr vielmehr, die uns bestimmen muß das Verfassungswerk zu beschleunigen, ist die Ungeduld unseres Volkes. Den Vorwurf, daß wir zu dem Ausgangspunkte unserer Revolution zurückkehrten, den nehme ich dankbar an. Ich rühme mich dessen, daß ich fest und unverändert an dem gehalten habe, was ich zum Heil des Vaterlandes für nothwendig hielt. An einer Verfassung Deutschlands mit wahrhafter Repräsentation des Volks kann Oesterreich keinen Theil nehmen. Als ich diese Frage an dies Haus brachte, fühlte ich wohl, daß es die schwierigste von allen war und daß dabei mein ganzer Ruf auf dem Spiele stand. Vergebens wird man jetzt nach einer triumphirenden Miene in meinem Angesicht suchen — denn dies ist keine Frage, wo irgend ein Triumph möglich ist. Einer Spekulation auf die Rückkehr der Oesterreicher selbst dürfen wir keinen Raum geben, denn sie wäre eine unbundesgenössische eine unsittliche Spekulation. Ob das Band, welches zwischen Deutschland und Oesterreich bestehen kann, gleich von Anfangs sehr enge sein werde, das bezweifle ich selbst, aber ich bezweifle nicht, daß dies Band der Entwickelung fähig sein werde. Ein Schutz- und Trutzbündniß, wenn wir es mit Oesterreich schlössen, könnte uns allerdings die Rolle zuertheilen, die jetzt in Siebenbürgen die Russen spielen. Allein das wäre keine Intervention, sondern ein Aufrechthalten der Gesammtinteressen. Auch die Gemeinschaftlichkeit eines Zoll- und Handelssystems berührt Herr Heinrich von Gagern als eine Möglichkeit. Die natürliche Politik Deutschlands sei von der natürlichen Politik Oesterreichs nicht verschieden. Der Redner kommt auf den Civilisationsberuf Oesterreichs gegen den Osten zurück, indem er immer noch hofft, es werde, nachdem die vorliegenden Schwierigkeiten gelöst seien, diesen Beruf erfüllen. Diese gemeinsame Politik ist, daß wir — Oesterreich und Deutschland — nicht dulden, daß Frankreich im Westen und Rußland im Osten irgend ein gefährliches Uebergewicht gewinne. Wir haben ferner ein nächstes Interesse dabei, daß uns die Donau nicht entfremdet werde. Anders ist es freilich in Bezug auf Italien. Doch glaubt Herr v. Gagern auch in Italien dürfe Deutschland seinen Posten nicht aufgeben, so lange für Italiens Einheit und Selbstständigkeit keine Gewähr gegeben ist. Es scheint daher nicht blos ausführbar, daß ein weiterer Bund zwischen Deutschland und Oestereich erreicht werde, sondern es ist sogar die Pflicht beider Völkerkongresse, die Lösung dieser Aufgabe zu finden.

Jetzt zur Oberhauptsfrage. Blieb Oesterreich in unserm Bunde, so bedürfte es keiner Frage, wer das Oberhaupt sein sollte, es war von selbst gegeben. Vor allen Dingen weise ich mit Entrüstung den Vorwurf der Intrigue zurück. (Beifall.) Ich habe nie intriguirt, ich habe mich nie gemeiner Mittel zur Erreichung meiner Absichten bedient. (Wiederholter, stärkerer Beifall.) Ich habe aus meinen Ansichten niemals ein Hehl gemacht. Aber ich muß Sie daran erinnern, wie diese Frage stand, ehe es unablässigen Wühlereien gelang, den Süden Deutschlands gegen Preußen und gegen die Person seines Königs aufzuwiegeln. Deutschland war stets der That nach eine erbliche Monarchie (lärmender Widerspruch), und als man im Jahr 1815 in Wien auf diese Regierungsform zurückkam, wer widerstand? Oesterreich, weil es die Gefahren der deutschen Herrschaft nicht zum zweiten Male bestehen wollte und die deutschen Mittelreiche, deren Souveränetät aus der Napoleon'schen Herrschaft herrührt. Und als darauf der deutsche Staatenbund im Jahre 1848 auseinander fiel, so erneuerte sich der Gedanke einer deutschen Erbmonarchie. In jenem die parlamentarische Versammlung Deutschlands vorbereitenden Kreise versprachen die Republikaner, mit ihren Wünschen zurückzustehen. Dies Wort sei nicht — wenigstens nicht von allen — gehalten worden. (Unterbrechung: „Namen!" der Redner nennt „Hecker.") Aus dem damals aufgenommenen Protokolle gehe hervor, daß auch Welcker mit der Kaiseridee jetzt nur zu seinem ursprünglichen Verlangen zurückgekehrt sei. Hr. v. Gagern schildert die Einleitungen, die unter seiner wesentlichen Mitwirkung zur Herstellung eines deutschen Parlaments in den süddeutschen Staaten getroffen wurden und unter welchen Voraussetzungen sie geschahen. Es geht aus den mitgetheilten Aktenstücken hervor, daß schon damals nicht blos ein deutscher Fürst, sondern eben der König von Preußen selbst zur Oberhauptswürde ausersehen war. Die Antipathien, die Preußen jetzt in Süddeutschland findet, sind weder religiösen noch materiellen Hintergrunds, es ist der Partikularismus hier, die unklare Auffassung des Volkes dort und durch die Bemühungen der Gebildeten werden sie geflissentlich in's Volk gebracht (Beifall). Der Name Preußen umfaßt schon jetzt einen Inbegriff von Deutschland. (Lärmen.) Oder ist seine Rheinprovinz nicht süddeutsch, war Schlesien nicht einst bei Oesterreich, gehört nicht die Hälfte von Sachsen zu Preußen, Westphalen und die Mark? Als die nothwendige Folge des Erbkaiserthums wird sich von selbst das Vorrücken des Mittelpunkt aus dem Norden gegen den Süden ergeben. Es ist eine banale Phrase, dies Haus verantwortlich zu machen für die Wendung der Dinge in Oesterreich. (Lärmender Widerspruch und Pause in Folge davon — in einem Zwischenfalle kommt der Redner auf die von Hrn. Vogt dem Ministerium schuldgegebene „Intrigue" zurück.) Wir stehen in der Stunde der Entscheidung. Niemand von uns hat vergessen, daß unsere Versammlung aus dem Volke hervorgegangen ist. Darauf baue ich meine Hoffnung. Sie werden aus der Paulskirche in Ihre Heimath zurückkehren, Sie werden die Vermittlung übernehmen zwischen unsern Beschlüssen und dem Volke. Das ist ein unermeßlicher Einfluß auf den ich vertraue und so erlauben Sie mir, daß auch ich mit der Anführung eines Dichters schließe. Nämlich mit der bekannten Aufforderung Walters von der Vogelweide an das deutsche Volk sich einen König zu geben.

Nur Hr. Berger von Wien erhält noch das Wort. Er spricht in einem dem Vortrage des Hrn. Gagern entgegengesetzten Sinne. Wegen drängender Zeit müssen wir darauf verzichten, den Inhalt der Berger'schen Rede schon jetzt näher zu bezeichnen. Wir tragen im nächsten Parlamentsberichte das Nöthige darüber nach. Die Abstimmung findet, nachdem heute der Schluß der Debatte beliebt worden ist, in morgender Sitzung Statt. Den Berichterstattern der Ausschußmehrheit und Minderheit ist das Wort dafür vorbehalten.

*** **Frankfurt**, 20. März. Auf das Gerücht, daß die Finanzkommission der sächsischen Abgeordnetenkammer den Antrag stellen wolle, Sachsen solle seine Matrikularbeiträge nicht zahlen, haben die sächsischen Mitglieder der Linken der Paulskirche ihre Sinnesgenossen in der sächsischen Kammer aufgefordert, diesem Antrag der Finanzkommission entgegenzutreten.

*** **Frankfurt**, 20. März. In der Paulskirche wurden in heutiger Sitzung der Nationalversammlung auf der Linken Briefe aus Berlin gezeigt, nach welchen am 18. des Abends 8 Uhr es in Berlin wieder losging und zwar am Landsberger Thor, wo das Rencontre des Volks mit dem Militär statt gefunden, viel geschossen und eine Barrikade errichtet wurde. Man hält das Ganze für einen Berliner Witz, denn im Gegenfalle würde der Telegraph gewiß eine Meldung gemacht haben.

⁝ **Frankfurt**, 20. März. Es wird in der Paulskirche das Gerücht verbreitet, daß in Berlin ein heftiger Aufruhr ausgebrochen, Barrikaden gebaut seien u. s. w. Indeß sind Briefe vom 18. März Abends aus Berlin da und telegraphische Depeschen vom 19. Nachmittags und vom 20. um 10 Uhr Morgens, die nur von der vollkommensten Ruhe in der Stadt sprechen. Die Depesche von heute 10 Uhr lautet: „Nichts Neues."

*** **Frankfurt**, 20. März. In Betreff des Ausschußberichtes über den Welcker'schen Antrag sind bereits etliche und zwanzig Verbesserungsanträge gestellt, von welchen angeblich der von Heckscher die meiste Chance zur Annahme haben soll. Man dürfte sich täuschen, denn so viel steht fest, daß im äußersten Falle viele Mitglieder der Linken den Erbkaiserlichen beitreten werden. Noch aber hält die Linke an ihren Parteibeschlüssen fest; 1) Tagesordnung, 2) Verweisung des Welcker'schen Antrags, 3) Abstimmung der Verfassung in den einzelnen Paragraphen ohne Debatte. Es finden übrigens fortwährend noch Unterhandlungen zwischen der Linken und der österreichisch-baierisch-ultramontanen Partei statt.

⁝ **Frankfurt**, 20. März. Eine Mehrheit, wenn auch eine kleine, ist für den Antrag des Verfassungsausschusses gesichert. Auf eine große Mehrheit darf man wenigstens hoffen. Die Thatsachen reden zu deutlich und überwältigen jede redliche Ueberzeugung. Wir glauben versichern zu dürfen, daß auch J. Venedey's Ueberzeugung erschüttert ist, und er wahrscheinlich für uns stimmen würde, wenn er nicht sein Wort verpfändet glaubte. Das kann kein Hinderniß sein. Denn die ursprüngliche heiligste Verpflichtung jedes Abgeordneten ist, jedesmal nach bester Ueberzeu-

Uebersicht.

Baiern und Hannover.

⊙ Aus Norddeutschland, im März. Die bedauerliche Sonderstellung, welche sowohl das hannoversche als das baierische Kabinet zum deutschen Verfassungswerke eingenommen hat, veranlaßt uns einen Blick auf die diplomatischen Beziehungen beider Länder zu werfen. Ist auch leider, wie sich im voraus erwarten läßt, nicht viel Erfreuliches darüber zu melden, so wird eine nähere Bekanntschaft mit diesen Verhältnissen doch sicherlich dazu beitragen, die Fällung eines richtigen Urtheils über die gemeinschaftliche Sonderpolitik jener beiden Staaten zu erleichtern. Die diplomatischen Beziehungen Baierns zu Hannover sind gänzlich unterbrochen gewesen seit dem berühmten Ehrenhandel des Herrn v. Hormayr mit dem Dr. Grote, welcher vor etwa 6—7 Jahren stattfand. Ungefähr in dieselbe Zeit fiel die Bekanntwerdung eines Gedichts des Königs Ludwig von Baiern, „der rothe Rock" betitelt, worin derselbe die Vertauschung der ruhmvollen hannoverschen rothen Uniform mit der blauen preußischen bespöttelt. Dies nahm der alte Ernst August begreiflicherweise sehr übel, und es wurde natürlich die Spannung zwischen beiden Höfen dadurch nicht gerade vermindert. Dennoch trat keine fühlbare Stockung des Geschäftsverkehrs ein, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil von eigentlich diplomatischen Geschäften zwischen Baiern und Hannover kaum die Rede sein kann.

Gleichwohl wurden, offenbar um der Verfolgung gemeinschaftlicher politischer Zwecke willen, die unterbrochenen Beziehungen im Herbste des Jahrs 1817 wieder angeknüpft, indem von hannoverscher Seite Hr. v. d. Knesebeck, baierischer Seits Graf Montgelas bei dem betreffenden Kabinet akkreditirt wurde. Jener war früher Artilleriehauptmann, hat ein Buch geschrieben über die Thaten eines hannoverschen Regiments in Spanien, Malta und Indien, hat auch archivarische Studien in Berlin und London gemacht; ein braver Charakter, aber etwas beschränkt und darum wohl der großen Aufgabe, welche die Diplomatie im deutschen Interesse am Münchener Hofe gerade jetzt zu lösen hat, schwerlich gewachsen. Seine Ernennung zu diesem diplomatischen Posten hat seiner Zeit Jedermann in Hannover überrascht. Er ist der Schwiegersohn des Landdrosten von Dachenhausen. Während nun Hr. v. d. Knesebeck den „harmlosen" Charakteren beizuzählen ist, erblicken wir dagegen in dem Grafen v. Montgelas — den ächten Sohn seines Vaters und somit einen unzweifelhaften Repräsentanten der von Baiern schon seit vielen Jahrzehnten verfolgten Politik *). Ja, undeutsch wie die Namen und sogar die Korrespondenz der meisten baierischen Diplomaten, so undeutsch ist auch ihre Gesinnung, so undeutsch auch bei aller sonstigen persönlichen Liebenswürdigkeit und Achtbarkeit die Richtung des Grafen von Montgelas und der Einfluß, welchen derselbe in Hannover geltend zu machen sucht. Glaubwürdigem Vernehmen zufolge hat der edle Graf in Hannover im Verlauf des vorigen Jahres einen bestimmten Antrag auf Mediatisirung der kleinern deutschen Staaten gestellt, wobei es Baiern namentlich auf Koburg und Meiningen abgesehen haben soll, welchen Vorschlag der ehrenwerthe Graf Benningsen jedoch entschieden abgelehnt hat. Möge das baierische Ministerium sich auch hinsichtlich dieser Anschuldigung rechtfertigen, aber durch eine Erklärung, die weder Hörner noch Zähne hat und möge ihm diese Rechtfertigung besser gelingen, als die wegen der Londoner Vorgänge, worüber es nachträglich noch vom „Globe" eine derbe, aber wohlverdiente Züchtigung hat hinnehmen müssen! — Zum Unglück findet der nachtheilige Einfluß, den der baierische Gesandte auf das hannoversche Kabinet übt oder doch zu üben versucht, gegenwärtig nicht einmal in der Persönlichkeit und Stellung des preußischen Gesandten das erforderliche Gegengewicht. Denn der jetzige königlich preußische Botschafter, Herr v. Schleinitz, bekannt durch seine Unterschrift unter dem berühmten Londoner Protokoll, in welchem Preußen verspricht, in Palästina keine Eroberungen machen zu wollen, (?) wofür er auch seiner Zeit mit dem Nischan begnadigt worden, — hegt auch gerade nicht besonders schwarz-roth-goldene Gesinnungen und scheint bei seinen häufigen interessanten Reisen „nach Braunschweig und Schwerin" und seinem mehrmonatlichen völligen Verschwinden aus der Gesellschaft an dem Hofe Sr. Majestät des Königs Ernst August keineswegs den Einfluß zu üben, welchen man Seitens des Repräsentanten der ersten deutschen Macht wünschen und erwarten müßte. Trotz seiner 10,000 Thlr. Gehalt hat er noch kein diplomatisches Diner gegeben, während Herr v. Montgelas in diesem Fache es nicht fehlen läßt; und trotz seiner vielen Reisen „nach Braunschweig" soll er den Herzog doch nur höchst selten sehen und darum ein gewisses neckisches Examen des alten Ernst August nicht haben bestehen können. Daß Hr. v. Schleinitz nicht eben Gefahr läuft von übermäßigem Diensteifer aufgezehrt zu werden, dürfte sich unter andern auch daraus ergeben, daß derselbe seine bereits im April ausgestellten Kreditive für Bückeburg erst im September überreicht hat, worüber Se. Durchlaucht höchlichst erzürnt waren und ebenfalls am Hofe von Oldenburg, wo er auch akkreditirt ist, sich erst einmal auf einen halben Tag gezeigt hat. Im völligen Gegensatz zu dieser grata negligentia steht der straffe Berufseifer des preußischen Gesandten in München, des Hrn. v. Bockelberg. Dieser, ein Schlesier von Geburt, verheirathet mit dem schönen Fräulein von Werdeck, Stieftochter des verstorbenen Generals von dem Knesebeck und frühern Hofdame der Königin, ist in Kopenhagen, Brüssel, Wien Legationssekretär gewesen, dann Geschäftsträger in Darmstadt, war einmal sogar nach Brasilien bestimmt und hat sich überall durch seinen Geschäftseifer rühmlichst ausgezeichnet, wovon er noch unlängst in München bei dem eigenthümlich motivirten Votum der Kammer der Reichsräthe die bekannte Probe abgelegt hat.

*) Graf Montgelas ist Recht-Geschwisterkind mit dem Grafen Arko-Valley, obgleich in demselben Maße wenig-gläubig, als dieser hypergläubig ist, ein Dutzbruder des Grafen v. Bray. Seine Correspondenz nach München wird so gut, wie die des Herrn v. Cetto in London in französischer Sprache geführt. Vielleicht schämt man sich, gewisse Dinge in ehrlichem Deutsch auszusprechen, die man in fremder Zunge unbedenklich der Feder anvertraut.

Schilderungen aus der preußischen Kammer. II.

(Aus den Grenzboten.)

Diejenige Gestalt, welche zunächst die Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist Waldeck. Er kommandirt auf der äußersten Linken, wie Schwerin auf der Rechten, zuweilen mit zu viel Eclat, wie ein zu sehr von sich eingenommener Kapellmeister, nur nicht immer in dem guten Sinn, wie ich es bei dem edlen Grafen rühmend anerkennen mußte. Er zieht an, aber wie ein Lied in fremder Sprache, das man gern verstehen möchte. Eine große Gestalt, die sich selber aber nicht recht zu regieren weiß, hoher, schmaler Kopf mit ungeschmälertem Haar von röthlicher Anlage, das aber schon ziemlich weiß geworden ist, mit feinen Zügen und jener transparenten Haut, die etwas Geistiges vermuthen läßt. Die Gesichtsform ist eher seltsam als schön, oder auch nur bedeutend; ein tiefblaues Auge, in dem etwas liegt, aber man weiß nicht was; man kann nicht einmal seine Richtung genau verfolgen. Seine Mienen sind in beständiger Vibration; die zahlreichen Falten spielen in den sonderbarsten Metamorphosen, man weiß nicht, lächelt er, oder ist er ernsthaft. Es arbeitet beständig in ihm, aber wo hinaus, scheint er selber nicht zu wissen. Seine Stimme ist melodisch und kann unter Umständen sehr ergreifen; doch hat er sie nicht in seiner Gewalt, so wenig als seine Rede.

Wie Waldeck, Mitglied des höchsten Gerichtshofes und im Staatsleben ergraut, zur äußersten Linken kommt, begreift man noch viel weniger, wenn man sich die Gesellen ansieht, die ihn umgeben. Außer Jakoby, in dessen harten Zügen wenigstens unverkennbare Ehrlichkeit liegt, wenn auch eben so viel einseitiger plebejischer Radikalismus, sitzt hier doch auch kein Einziger, in dessen Gesellschaft man sich gern möchte sehen lassen. Den eigentlichen Mittelpunkt der Gruppe bildet der ungeheure strohfarbene Bart des Abgeordneten von Berlin, Herrn Berends, Buchdrucke-

reibesitzer und ehemaliger Candidatus theologiae. Das bornirte Lächeln der Suffisance, das dieser Mann als schickliche Charaktermaske eines über alle staatlichen Fragen weit hinausgehobenen Berliner Demagogen seinen groben Zügen aufprägen zu müssen geglaubt hat, und das bei seinen rohern Gesellen zu einer Art Grinsen wird, sieht um so widerwärtiger aus, da man das Gemachte jeden Augenblick herauserkennt. Die kurzen Bemerkungen, die Berends zuweilen mit hohler Stimme vorzutragen sich bemüssigt findet, sind keineswegs von der Art, jener stereotypen Ironie eine Berechtigung zu geben. Von den übrigen konfiscirten Gesichtern gebe ich Ihnen wohl bei Gelegenheit ein kleines Genrebild.

Im linken Centrum, um den alten technischen Ausdruck beizubehalten, sitzt an der Spitze das liberale Beamtenthum, das schon unter der alten Regierung mit dem Staatswesen, dem es praktisch vollkommen angehörte, theoretisch gebrochen hatte. Der dem preußischen Beamtenthume eigene Dünkel, der früher die nicht offiziellen Schichten des Volks gedrückt hatte, richtet seine Spitze jetzt gegen seine eigene Voraussetzung; es beutet die Volkssouveränität aus, um die bureaukratische Allmacht, die sonst der Regierung als einer Totalität angehörte, jetzt der individuellen Beamtenbildung zu vindiciren. Vor einer Selbstherrschaft der Massen, wie die eigentlichen Demokraten es wollen, würde es sich schönstens bedanken.

Als der vorläufige Chef der Linken scheint Herr v. Unruh seiner letzten parlamentarischen Thaten wegen anerkannt zu sein. Er stellte den Gegenantrag gegen die von der Rechten projektirte Geschäftsordnung, der von der gesammten Linken unterstützt wurde. Herr v. Unruh — er ist Regierungs- und Baurath in Magdeburg — macht persönlich einen sehr wohlthätigen Eindruck. Ein etwas eingefallenes Gesicht mit starkem Schnurrbart, sieht er in seinem grünen Rock wie ein Oberförster oder Forstrath oder so etwas aus. Er redet einfach und schlicht, mit Verstand, und ich muß gestehen, daß sein bisheriges Auftreten ein gemäßigtes und versöhnliches war. Die Rechte sollte sich hüten, diesen Mann unnöthig zu verletzen. Wir haben uns stark genug gegen die Handlungsweise des Rumpfparlaments, dessen Anführer er durch seine Stellung gewesen war, ausgesprochen, daß wir nun auch wohl anerkennen dürfen, sie war in seiner Lage begreiflich und natürlich. Wenn er sich seinerseits nicht durch die eingebildete Pflicht der Konsequenzen bestimmen läßt, gegen die Vergangenheit mit kriegerischen Gelüsten zu Felde zu ziehen, so sollten die Liberalen der rechten Seite sich auch durch seine Vergangenheit nicht abhalten lassen, sich mit ihm zu verständigen. Es ist die Rede von der Bildung eines Centrums, zu welchem etwa sieben bis acht Mitglieder der Rechten — Grabow, Osterrath, Immermann, Naumann und ein paar Andere, deren Namen ich vergessen habe — gehören sollen, und dem im Uebrigen die Linke, mit Ausschluß der Waldeck'schen Partei beiträte. Eine solche Centrenbildung wäre ein Unglück für die gute Sache und von Seiten jener Mitglieder geradezu Verrath, denn sie wäre, ganz wie bei der früheren Constituante, eine pronuncirte parlamentarische Anarchie, eine Parteistellung, welche jede geordnete constitutionelle Regierung unmöglich macht und den Staat zu einem Pharaotisch für ehrgeizige politische Aventuriers herabsetzte. Ein Anderes wäre es, wenn der größere Theil der Rechten, der doch aus der alten ständischen Opposition hervorgegangen ist, von Vornherein eine bestimmte unabhängige Haltung einnähme, und nicht blos Ordnung und Gesetz, sondern auch Freiheit zu seiner Devise machte. Wir wollen doch zugestehen, daß die Rechte der vorigen Versammlung um kein Haarbreit besser war als die Linke; sie hatte kein Leben in sich, sie war nur antiradikal, und gab sich zur Vertheidigung der verschiedenartigsten Principien her, wenn sie nur gerade in der Regierung waren. Die jetzige Rechte dagegen hat ein eigenes, sehr bestimmtes Leben, sie darf dieses nur klar aussprechen, um einen nicht kleinen Theil der gemäßigten Linken, Unruh an der Spitze, zu sich hinüberzuziehen. Durch eigensinniges Festhalten an den längst überwundenen Parteistreitigkeiten würde eine solche Koalition unmöglich werden, die doch für das Gedeihen des Verfassungswerkes eine unabweisbare Nothwendigkeit ist, denn eine so kleine Majorität, wie die jetzige, ist für keine Regierung eine sichere Stütze.

Von den übrigen oppositionellen Bureaukraten ist Herr von Merkel eine neue Größe. Aus den paar Reden, die er bisher gesprochen hat, kann man nicht viel schließen, sein Aeußeres hat eine gewisse Aehnlichkeit — lachen Sie nicht! mit Matthy; er sieht trocken und pedantisch aus und spricht auch so. Temme entspricht genau dem Porträt, das unser Freund von ihm entworfen hat; als er auf die Bühne trat, fing er an, larmoyant zu werden; seine Stimme zitterte und stockte, wenn er auf die politische Verfolgung kam, die auch er habe erleiden müssen und auf die Schmähungen gegen die aufgelöste Nationalversammlung, welche einst in der Weltgeschichte weit über andere Nationalversammlungen erhoben werden würde. Von der Rechten wurde ihm zugerufen: allerdings wird die Geschichte sie besprechen! — v. Kirchmann ist eine kleine Figur, mit kleinem, zusammengedrücktem, gelbbraunem Gesicht, es liegt zuviel Verschlagenheit darin, um Vertrauen zu erregen. — Herr Bucher aus Stolpe, auch ein kleiner Mann, sieht ganz aus, wie der preußische Assessor, in welchem man, weil er noch nichts Bestimmtes ist, mit Bequemlichkeit den Embryo eines Staatsmanns der Zukunft fühlen kann. Er spricht mit Leidenschaft und nicht ohne Gewandtheit, wenn ich auch das große oratorische Talent, welches die Opposition ihm vindiciren möchte, in ihm nicht finden kann. — Das verzogene Schooßkind des linken Centrums, den galanten Abbé, wie die Neue Preußische ihn nennt, Hr. v. Berg übergebe ich hier, weil ihm ein eigener Brief bestimmt ist.

Nehmen Sie vorläufig vorlieb mit diesen leicht hingeworfenen Skizzen; sie machen natürlich keinen Anspruch auf eigentliche Charakteristik obiger Kritik; es hat nur für manche Leser Interesse, zu ersehen, wie die Leute aussehen, von denen man durch dürftige Protokolle oder wenn auch durch stenographische Berichte, denen immer das eigentliche Fleisch und Blut fehlt, so mancherlei erfahren hat.

Ueber die Haltung der Kammer, die bis jetzt ein materielles Interesse noch nicht bieten kann, habe ich nur eins zu sagen, es macht einen unheimlichen Eindruck, diese schwache Opposition der beiden Seiten in rein formellen Fragen zu beobachten. Ich halte das einseitig von der Rechten abgefaßte Geschäftsreglement für eine parlamentarische Ungeschicklichkeit, sie hätte einige Mitglieder der Linken zuziehen sollen; hätte man dann sich nicht geeinigt, so blieb die Abstimmung immer das letzte Mittel. So aber kam es, ohne einen Versuch vorheriger Ausgleichung, sofort zu einer Debatte, die durch ihre Unfruchtbarkeit und Härte lebhaft an die Haltung der dynastischen Opposition in Paris erinnert. Indeß was auch die Odilon Barrot u. s. w. am Staat verbrochen haben, sie haben es zum Theil dadurch wieder gut gemacht, daß sie nach der Revolution den Fluthen der Anarchie einen kräftigen Damm entgegengestellt haben; wenn ich hier dagegen die Männer der Opposition ansehe, so scheint es mir mehr als zweifelhaft, ob sie im Stande sein werden, die rothen Halunken, die hinter ihnen stehen, auf die Dauer zu bändigen; in der eitlen Hoffnung, die Demagogie für ihre ehrgeizigen Zwecke auszubeuten, werden sie ihre Werkzeuge, wie im vorigen Jahre.

Brief an seine Wähler von F. L. Jahn.

Vielerlei habt Ihr gefragt, und mancherlei wollt Ihr wissen, was uns die Zeit bringt, und worüber die Nothwendigkeit entscheidet. Ihr habt die Frage gestellt: Wie Welcker's Antrag aufgenommen? Darauf ist der Wahrheit gemäß zu antworten: Bei allen echten Deutschen gut! Bei den Umsturzleuten schlecht, bei den Jesowidern schlecht, bei den Großjunkern schlecht, und am Schlechtesten bei den Sonderbündlern. Darin liegt die wahre Ehre der Sache, daß die Spreu von den Körnern fliegt.

Ihr habt weiter gefragt: Wie wird's werden? Gut, sage ich, wartet nur eine kleine Weile. Die Feinde von Deutschlands Einheit wissen nicht mehr wo aus noch ein. Ihre Worte werden kleinlaut, und man merkt ihnen die Angst an, wenn sie auch noch immer so thun, als wollten sie sich auf's hohe Pferd setzen. Sie sind aber so matt, daß sie kaum einen Schreiesel besteigen können. Leset nur die stenographischen Berichte. Nur mehr solche Gegenredner wie gestern. Die thaten wahrlich der Einheit keinen Schaden, weder der Reiser, noch Lustig der Witzreißer. Glaubt mir, das Reden ist eitel und gänzlich überflüssig. Die Redlichen haben ihre Meinung, und halten fest an ihr, und sind sicherlich die Mehrzahl. Nur gibt es auch noch Leute, man nennt sie „Piepmeiers", wahre Prachtkerle, die des Abends mit einer andern Meinung zu Bette gehen, und des Morgens mit einer andern zum Vorschein kommen. Das sind wahre Leipziger Lerchen, die nach der Volksmeinung in 24 Stunden fett werden können.

Schlimmer wie diese, sind die Prinzipritter. Die haben sich etwas zu Sinn gezogen, und etwas in den Kopf gesetzt, was sie nun nicht wieder herauskriegen können. Sie würden gern anders stimmen, wenn das Prinzip nicht wäre. Und das Prinzip ist der Alp, der sie drückt, der Saugespuk, der blühendes Leben vernichtet. Ich weiß nicht, wie man das unsinnige Prinzip nennen soll, aber das weiß ich, daß nur Staatskinder Prinzip spielen, besonders solche, so noch im Pohlrocke laufen, oder schon aus Vorsicht rothe Unterhosen tragen.

Im Staatsleben ist nur das Erreichbare richtig. Ein Staatsmann soll allezeit das Gute wollen, das Bessere bedenken, das Beste wünschen, doch dabei auf das Böseste gefaßt sein.

Ihr habt ferner gefragt: Wie sich die Republiker benehmen werden. Lieben Leute! die Republik schattet sich ab, von Rosenroth bis zum Blutroth und zum Hanauer Roth. Die Republik selbst ist ein wahngeschaffenes Trugbild. Unter allen, die diesen Nixensang singen, ist keiner, der nach Sinn, Sitte und Gesittung in einer wahren Republik zurecht käme. Ihre Republik ist dort, wo sie an das Brett kommen. Die mehesten Republiker waren im Polizeistaate Schleicher, Kriecher, Mucker. Und wenn von jeher der Schmeichler veeächtlich war, selbst wenn er mit Hoheit, Macht und Reichthum buhlte; so bleibt der am allerverächtlichsten, welcher sich reiselaufenden Krawallern anvettermichelt. Die Republiker sind nicht bedeutend. Schon der, den sie auf Bier und Apfelwein setzen, merkt, daß die Republik nur ihr liebes Ich, ihr hochherziges Selbst ist; daß sie zuerst kommen, zum zweiten Mal kommen und so lange kommen, bis die Andern das Nachsehn haben.

Ihr habt auch nach den Republikern aus Preußen gefragt. Gott sei Dank! ich kenne keine und halte die Sache für ein Mährchen. Wie sollte auch Einer an der tuchel'schen Heide, in Litthauen, in Pommern von einer Republik träumen? Und in Schlesien vollends nicht. Solche Republik würden die Kosacken bald umreiten. Ich glaube nicht, daß es Republiker aus Preußen bei uns giebt und sollte es solche versteckt geben, so sind das gewiß Zugvögel, die nur in der Paulskirche zum weitern Flug ausruhen, zurück könnten die nimmermehr.

Lieben Freunde, denkt an das alte thüringer Volkslied:

„Wo der Geyer auf dem Gatter sitzt,
Gedeihen die Küchlein selten,
Welcher Vogel sich selber die Federn splitzt,
Wird es im Winter entgelten."

Paul Pfizer.*)

Frankfurt, 18. März. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. März ist meines Bruders, Paul Pfizer, mehrfach Erwähnung geschehen. Gerade hier anwesend, sehe ich mich veranlaßt, zu erklären: daß er seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, Preußen, unter welchem Namen des Oberhaupts es sei, an die Spitze Deutschlands zu stellen, nie einen Augenblick geändert hat, vielmehr seine schon vor achtzehn Jahren feststehende, damals fast nur belächelte oder angegriffene Ansicht durch alle neuern Ereignisse nur bestärkt worden ist. Daher haben ihn die, dagegen sich aussprechenden, ein Direktorium, d. h. einen modificirten Bundestag empfehlenden Noten der würtembergischen Regierung schmerzlich betroffen und er würde sich, wenn er noch Mitglied des Ministeriums gewesen, aufs entschiedenste widersetzt, und wenn er wirklich mit seiner Ansicht allein gestanden und unterlegen wäre, sich sofort zurückgezogen haben. Davon aber sind gewiß diejenigen, die ihn kennen, überzeugt, daß er, wenn seine Ansicht, von ihm selbst vertreten, gesiegt hätte, darauf nicht stolz gewesen sein, sondern eine solche Meinungsdifferenz zwischen ihm und seinen Kollegen tief empfunden und bedauert haben würde.

Gustav Pfizer.

Erklärung der Baierischen Regierung.

München, 17. März. Die heutigen Blätter veröffentlichen die folgende Zusatzerklärung der bairischen Regierung zu den in erster Lesung von der Nationalversamenlung angenommenen Abschnitten des deutschen Verfassungsentwurfs. „Allgemeine Bemerkungen:

Um die Ansichten der einzelnen Bestimmungen des Verfassungsentwurfes zu begründen, ist wohl vor Allem die Feststellung der Grundlagen unerläßlich, auf welchen der neue Verfassungsbau sich erheben soll. Diese Grundlagen aber sind nach der Ueberzeugung der königlich bairischen Regierung nur in folgenden Punkten zu finden: I. Das neue Verfassungsband muß alle Theile Deutschlands in gleichmäßiger Weise umschlingen. Die Lostrennung einzelner Theile aus dem bisherigen Gesammtverbande oder die Versetzung derselben in eine Sonderstellung würde mit dem vorgesetzten Zwecke der festeren Einigung und größeren Kräftigung Deutschlands in unausgleichbarem Widerspruche stehen. II. Es muß eine Reichsgewalt gebildet werden, ausgestattet mit der nöthigen Macht, um Deutschland nach außen mit Würde zu vertreten und seine allgemeinen Interessen nach Innen mit Nachdruck zu wahren und zu fördern. Aber in einem Gesammtstaate, unter dessen Mitgliedern zwei europäische Großmächte und vier andere Königreiche sich befinden, stelle sich die Uebertragung der obersten Reichsgewalt an ein einheitliches Oberhaupt als eine politische Unmöglichkeit dar, und es ist hier nur die Bildung eines Kollektiv-Oberhauptes, oder mit anderen Worten eines Reichs-Direktoriums ausführbar, und zwar eines Direktoriums, in welchem Oesterreich ebenso seine Stelle einnehmen würde, als die übrigen Glieder des Bundes nach Maßgabe ihres Belanges darin Antheil zu finden hätten. In dem Direktorium wären alle Beschlüsse nach Stimmenmehrheit zu fassen und daneben Vorsorge zu treffen, damit nicht die Thatkraft desselben durch die an Instruktions-Erholung gewöhnlich sich knüpfenden Zögerungen gelähmt werde. III. Dem deutschen Volke muß durch eine aus gesetzlich festgestellten Wahlen hervorgehende Volksvertretung, durch ein Volkshaus, und daneben durch die Bildung eines, die staatlichen Verhältnisse wahrenden Staatenhauses, Theilnahme an der Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten des gesammten deutschen Vaterlandes gesichert werden. IV. Während auf der einen Seite in den Machtkreis der Reichsgewalt alle jene Zuständigkeiten zu legen sind, welche zur Erfüllung der unter Ziffer II. bezeichneten Aufgaben erforderlich erscheinen, sollen auf der andern Seite die Zuständigkeiten der einzelnen Staaten nicht weiter beschränkt werden, als der oben erwähnte Zweck solches gebietet, denn nicht die Bildung eines Einheitsstaates, in welchem die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der einzelnen Staaten aufzugehen hätte, sondern die Einigung dieser Staaten zu einem lebenskräftigen organischen Ganzen, in welchem den einzelnen Gliedern die zur Ordnung ihrer eigenen besonderen Angelegenheiten erforderliche freie Bewegung und das Recht der Selbstregierung erhalten und gesichert werde, in so weit nicht der Gesammtzweck dessen Beschränkung erheischt, — soll durch die neue Verfassung angestrebt werden. V. Endlich werden in der deutschen Verfassung auch jene Freiheiten und Rechte zu bezeichnen sein, welche allen Deutschen gewährt werden sollen, ohne jedoch diesen Rechten und Freiheiten eine Ausdehnung zu geben, welche von einzelnen deutschen Volksstämmen das Opfer von Interessen und Einrichtungen forderte, deren Fortbestand mit der Macht und Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes nicht unvereinbar ist. Denn die Verletzung solcher Interessen und die Vernichtung derartiger Einrichtungen würde die Macht und Wohlfahrt des Ganzen nicht fördern, vielmehr schwächen und beeinträchtigen."

Es bedarf der Aufzählung der folgenden speziellen Bemerkungen nicht; sie beruhen natürlich auf den eben bezeichneten Grundlagen und verwerfen also im Wesentlichen die gesammte Arbeit der Nationalversammlung.

Deutschland.

: Posen, 13. März. Das Komite, welches sich mit der Heranziehung und Unterbringung polnischer Emigranten in unserer Provinz beschäftigt und aus den Herren Brodowski, Szczaniecki, Jarochowski und dem Kanonikus Brzezinski besteht, hat nach einer erfolgreichen Thätigkeit seine Bemühungen im Augenblicke einstellen müssen. Die genannten Herren, alle durch ihre Theilnahme an der vorjährigen Insurrektion bekannt, hatten sich natürlich auch vorzüglich der an dem hiesigen Kampfe Betheiligten angenommen, und diese sind nun untergebracht. Die Hauptmassen der Polen aber sind in diesem Augenblicke auf verschiedenen europäischen Punkten vertheilt und es wird Ihren Lesern nicht uninteressant sein, eine kurze Statistik derselben zu erhalten. Die alte Emigration aus dem Jahre 1831 existirt fast nicht mehr. Die eine Hälfte derselben ist ausgestorben, die andere Hälfte ist im gegenwärtigen Augenblicke über das ganze revolutionirte Europa versprengt und hat sich hin und wieder sogar in Angelegenheiten verwickelt, die keine Beziehungen zu der polnischen Frage haben. Es sind zur Zeit polnische Legionen in Rom, Toskana, Sizilien und Turin. In denselben befinden sich sehr viel tüchtige Offiziere, welche meistens Bataillone und Kompagnien führen, die aus Leuten verschiedener Länder und Stämme bestehen. Ludwig v. Mieroslawski ist nunmehr Brigadegeneral und Generalstabschef der sizilianischen Armee, deren Oberbefehl der französische General Magnan übernehmen soll. Dessen Flügeladjudant ist v. Strzecki und mit ihm dienen noch 50 polnische Offiziere verschiedener Waffe und verschiedenen Grades in diesem Heere. Der General Chrzanowski ist Oberbefehlshaber der sardinischen Armee. Unter ihm steht eine polnische Legion, welche Graf W. Zamojski befehligt; in derselben befinden sich 120 polnische Offiziere, doppelt so viel Unteroffiziere und Korporale. Der Trup-

*) Durch Zufall verspätet.

penkörper selbst besteht aus Ungarn, Kroaten, Polen und Slovenen, die entweder aus dem östreichischen Heere desertirt oder Kriegsgefangene sind. Außerdem befindet sich in der sardinischen Armee der aus dem polnischen Aufstande von 1831 bekannte General Romarino und der Oberst Antonini. In **Rom** zählt die polnische Legion 49 Offiziere und 72 Unteroffiziere, die übrigen, so wie die Soldaten sind hauptsächlich ebenfalls aus der österreichischen Armee desertirte Ungarn und Slaven, deutsche Emigranten und etliche 50 Franzosen. In **Toskana** hat der Oberst Siodotkowicz die polnische Legion gebildet, täglich treffen polnische Militärs aus Frankreich bei ihm ein; auch diese Schaar besteht vorzüglich aus österreichischen Deserteurs. In **Konstantinopel** wirbt endlich der sardinische Kaufmann Fürst Czartoryiski, die dort sehr zahlreichen Polen an. Was **Ungarn** anbetrifft, so finden sich kaum 4 oder 5 Generaloffiziere in der magyarischen Armee, welche geborene Ungarn wären. Die polnischen Generale, welche dort befehligen, sind nach einem genauen Verzeichniß folgende: Dembinski, Bem, 2 Divisionsgenerale, Kamienski, Bodzinski, Wolkonski, Uminski, Jaroslawski, Klapka, Romano, 7 Brigadegenerale. Der polnischen niederen Offiziere gibt es eine Unzahl daselbst.

Aus diesem Ueberblick ist leicht zu entnehmen, daß es hier in der Provinz an eigentlichen Führern eines Aufstandes im Augenblick fehlen muß, besonders wenn man erwägt, daß unsere eingeborenen Polen bei weitem die am mindesten Befähigten vor allen übrigen sind, und bekanntlich auch immer den Vorwurf auf sich luden, daß sie eben nicht die kampf- und todesmuthigsten seien. Dennoch gährt es in Polnischposen in den kleinen Städten, wo keine Garnison ist und der polnische Leichtsinn und Muthwille bequem sein Spiel treiben kann. So hat man am 1. März z. B. am Tage Jungen mit polnischen Fahnen durch die Stadt ziehen lassen, in der Nacht aber an zwei Stellen die preußischen Wachthäuser, welche leerstanden, in Brand gesteckt, und an einer dritten Stelle, wo Dies polnische Bürger gefährdet hätte, niedergerissen. Zugleich läutete man Sturm und in der Verwirrung wurde dann bei den Juden Tabak, Branntwein und Geld gepreßt. Diese Vorfälle veranlassen unsere Regierung natürlich zur Einrichtung vieler kleiner Garnisonen, was ohnehin unter den jetzigen politischen Konstellationen nothwendig ist.

┼ **Aus der Pfalz**, 13. März. Die Ständekammer ist vertagt und unsere Deputirten sind bereits größtentheils in ihrer Heimath wieder eingetroffen, die Einen um sogleich nach Frankfurt weiter zu reisen, die Andern um hier für ihre noch lange nicht erreichten Zwecke fortzuwirken. Glänzend wurde der Abgeordnete **Kolb**, der Märzbürgermeister von Speier, von seinen zahlreichen Freunden und Verehrern empfangen. Ein Fackelzug mit Gesang und Instrumentalmusik wurde am 11. d. M. veranstaltet. „Es war, läßt sich die von dem Gefeierten verlegte und redigirte Speirer Zeitung vernehmen, eine Kundgebung der Zustimmung von Bewohnern der Kreishauptstadt zu der von sämmtlichen Abgeordneten des gesammten baierischen Volkes vertretenen Ansichten; kein erkaufter Fackelzug, wie ein berüchtigter in München, sondern der Ausdruck der Gesinnung seiner Bürger." Der Vortrag über das griechische Anlehen, über welches so lange ein mysteriöses Dunkel geschwebt, so wie die Opposition gegen eine Steuervermehrung hat diesem Abgeordneten die Sympathien der Pfälzer in hohem Grade erweckt. Wo es gilt, vorhandene Uebelstände aufzudecken, den regierenden Herren unangenehme Stunden zu bereiten, Ministerstühle zu erschüttern, haben unsere Deputirten und unter ihnen besonders Kolb von jeher Geschick bewiesen. Die fruchtbare Opposition, die zu heilsamen Entwickelungen einer Grundlage, und diesem Ziele selbst die augenblickliche Volksgunst zum Opfer bringen kann, ist ihnen früher wie diesmal fremd geblieben. Trotz ihres Eifers für die Grundrechte, die Nationalversammlung und die Centralgewalt haben sie durch ihre Erklärung gegen ein preußisches Kaiserthum dem baierischen Partikularismus die folgenreichsten Dienste geleistet; nur ihre demokratische Gesinnung, wodurch sie sich die Gunst unserer Volksvereine errungen haben, macht es ihnen möglich, über solche Widersprüche leichten Fußes hinwegzuspringen.

Pfarrer **Berkmann**, der Erzfeind aller Herren von Gottes-Gnaden, ist bereits zu den Republikanern seiner Heimath zurück geeilt. Er, der neulich nicht unpassend mit dem Megalos Auros der Urwelt verglichen wurde (denn etwas Urstierartiges ist in seinem Auftreten nicht zu verkennen), trotzt jetzt, von dem Beifall der Münchner Demokraten gehoben, dem bei seiner Wahl von dem pfälzer Demokratenkongreß ihm entgegengeschleuderten Mißtrauensvotum.

Sein Kollege und Gesinnungsgenosse, Pfarrer **Eckhard**, kehrt zurück, ohne weder den demokratischen Volksschullehrern, noch auch der kirchlichen Oppositionspartei ihre Wünsche und Aufträge erfüllt zu haben. Die Kirchenfrage scheint ohnehin eine neue Wendung zu nehmen. Die Oppositionspartei hat im Vollgefühle ihres Sieges auf der letzten außerordentlichen Generalsynode die Waffen niedergelegt und ihre literarischen Organe eingehen lassen. Viele möchten die Beschlüsse jener Synode ungeschehen machen oder sie doch zur nochmaligen Prüfung der nächstens abzuhaltenden ordentlichen Generalsynode vorlegen. Um dieses zu hintertreiben, bleibt der Oppositionspartei nichts übrig, als die Agitation zu erneuern und die Volksvereine in ihr Interesse hereinzuziehen. In Rücksicht auf diese Sachlage und auf die befürchtete Oktroyirung einer Verfassung für Baiern steht zu erwarten, daß die Rückkehr der Deputirten, durch deren Entfernung sich manche Woge schon wieder zu glätten schien, für die nächste Zeit schon neue Aufregungen nach sich ziehen wird.

÷ **Stuttgart**, 13. März. Der Bruch des Ministeriums und der alt-liberalen Partei mit der demokratischen Fraktion, **außerhalb** der Kammer, besonders durch die Erklärungen des Ministers Römer gegen die Volksvereine eingeleitet, ist jetzt auch innerhalb der Kammer, eine vollendete Thatsache und schon aus diesem Grunde und abgesehen von der Bedeutung der Frage an und für sich würden die heutigen Verhandlungen eine erhöhte Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Es stand die Civilliste des Königs zur Berathung. Bekanntlich hat die Regierung auf die Bitte der Kammer, das Gesetz über die Civilliste noch auf dem gegenwärtigen Landtage einer Revision zu unterwerfen, eine entschieden ablehnende Antwort gegeben, welche nur in Aussicht stellte, daß der König sich veranlaßt sehen werde, „aus freier Entschließung weiteren Nachlaß an der Civilliste, nach dem Bedürfniß der Staatskasse, zuzugestehen." Der Berichterstatter hat aber erklärt, daß der Kammer noch ein Mittel übrig bleibe, ihren Beschluß durchzuführen und das sei die **Steuerverweigerung**. Vor der Hand mag diese Drohung auf sich beruhen bleiben, sie ist eben nur eine Drohung und erst bei der Endabstimmung über das Budget wird sich zeigen, inwiefern die Partei sie zu verwirklichen den Muth und die Macht hat; aber schon jetzt hatte das Ministerium Angriffe zu bestehen, die auf einen nahen und größeren Sturm deuten. Es wurde ihm offen erklärt, daß, nachdem eine große Mehrheit sich für die Revision der Civilliste ausgesprochen, ein Ministerium, welches sich rühme eine Majoritäts-Regierung zu sein, keine andere Wahl gehabt habe, als die Durchführung des Beschlusses zu erwirken oder abzutreten, daß es aber statt dessen sich hinter die Krone gesteckt und die Sache bei Seite geschoben; und es verdient gewiß volle Beachtung, daß der bei weitem größere Theil der Kammer nur aus politischen Gründen und um nicht ein Ministerium zu stürzen, welches voraussichtlich einem weit weniger freisinnigen den Platz räumen möchte, für die Exigenz der Regierung stimmte. Staatsrath Goppelt, der bei dieser wichtigen Berathung allein am Ministertische saß, machte übrigens in seiner Schlußentgegnung den Bruch mit seiner früheren Partei fast unheilbar, als er dieselbe warnte, sie möge nicht, wenngleich unbewußt, „die Wünsche und Absichten derjenigen nähren, welche die gesammelten Früchte des Fleißes verschleudert sehen möchten zum Vortheile unwürdiger Hände, derjenigen, welche die materielle Grundlage des Staates zum Vortheile eben dieser zerbröckelt sehen möchten", als er sie also warnte, nicht der Anarchie und dem Kommunismus in die Hände zu arbeiten. Die Form des Vorwurfs war die mildeste, aber der Vorwurf ist ausgesprochen und er hat getroffen und besonders das letzte wird man dem Ministerium nicht verzeihen.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in **Leipzig**. — Druck von **H. L. Brönner** in **Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 80. Frankfurt a. M., Mittwoch 21. März. 1849.

Uebersicht.

---

20. März.

Heute ist der verhängnißvolle Tag, an welchem über das Schicksal Deutschlands gewürfelt wird. Zwei Parteien stehen in leidenschaftlichem Kampfe einander gegenüber: die kaiserliche, von welcher wir genau wissen, was sie will, und die andere namenlose — denn welchen gemeinschaftlichen Namen wäre sie im Stande aufzufinden? — von welcher wir mit Bestimmtheit nur wissen, was sie nicht will.

Die kaiserliche Partei will dem todten Buchstaben der vollendeten Verfassung Leben einhauchen, sie will den einzig möglichen Weg einschlagen, um in Frieden den begonnenen Neubau zu vollenden und die Einheit, Macht und Freiheit des Vaterlandes fest zu begründen.

Alles das will die andere Partei nicht! Sie will keine Versöhnung, denn jeden vermittelnden Vorschlag weist sie hartnäckig zurück — sie will kein freies und einiges Deutschland, denn durch ihre Bestrebungen kommt sie den österreichischen Reaktions- und Zersplitterungsgelüsten auf halbem Wege entgegen — sie will keinen Frieden, denn die Verwirklichung ihrer Pläne könnte zu nichts anderm führen als zu einer neuen Revolution.

Die Frage um deren Lösung es sich handelt, ist so einfach, daß man sehr unklare oder gar keine Begriffe von der wirklichen Sachlage haben muß, um gegen den Welcker'schen Antrag zu stimmen. Es ist keine leere Phrase, denn wir sind im Stande, die schlagendsten Beweise dafür zu liefern, wenn wir behaupten, daß sieben Achtel der Bevölkerung Oesterreichs gerade das Gegentheil von dem wollen, was das kaiserliche Kabinet in Ollmütz anstrebt.

Mit Ausnahme der deutschen Bevölkerung von Böhmen, (die sich, nebenbei gesagt, leicht auf unsere Seite schlagen kann, wenn sie ein wirkliches Bedürfniß dazu fühlt) findet man in ganz Oesterreich sogenannte deutsche Sympathien nur in jenen vereinzelten demokratischen Klubbs, die gegen alles Bestehende Opposition machen, aber der Zahl nach zu unbedeutend sind, um für uns maßgebend sein zu können. Schaut auf Triest, die blühende Handelsstadt am Adria, Ihr werdet dort einige dreißig unzufriedene Menschen finden, die sich Deutsche nennen und die schwarz-roth-goldene Kokarde tragen — alle übrigen Bewohner der Stadt wollen nichts sein, als Oesterreicher. Geht nach Gratz, der lieblichen Stadt im grünen Steyermark, dem vorzugsweise deutsche Sympathien angedichtet werden, die Zahl der Deutschgesinnten mag sich dort auf einige Hunderte belaufen, aber kein Einziger ist darunter, der nur irgend einen ausführbaren Gedanken über die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland anzugeben wüßte. Das schwarz-roth-goldene Banner ist den Leuten eben nichts anderes, als das Emblem der Freiheit im Gegensatze zu dem schwarzgelben Banner, dem Embleme der Knechtschaft, wie solche unter Metternich bestand und nun von dem neuen Kabinet wieder mit Riesenschritten angebahnt wird.

Richtet Euere Blicke nach Wien, dem Ausgangspunkte aller Bewegungen des Kaiserstaats; dort wurde — und wird jetzt noch — die deutschgesinnte Partei von allen sogenannten Gutgesinnten als die Partei des Umsturzes, als eine landesfeindliche Partei bezeichnet. Ja, allbekannt ist es, daß von den Novembertagen an bis zu dem überraschend schnellen Gesinnungswechsel des Ministeriums Stadion die friedlichste Demonstration zu Gunsten Deutschlands nichts anderes zur Folge gehabt haben würde, als eine Verurtheilung zum Strange und eine Begnadigung zu Pulver und Blei. Das oben Gesagte gilt von allen übrigen Städten Oesterreichs; wir sind im Stande, die unzweifelhaftesten statistischen Belege dafür zu liefern.

Manche Herren von der Oppositionspartei werden zwar unwillig und zweifelnd den Kopf schütteln über unsere Behauptungen, aber diesen Herrn werden selbst die klarsten Beweise unklar erscheinen, wenn ihre Parteitaktik dadurch beeinträchtigt wird; sind sie doch immer noch parteiklug oder naiv genug, uns von der Tribüne herab glauben machen zu wollen, die unglückliche und kopflose Oktoberrevolution der Wiener sei eine nationale Bewegung, sei ein Kampf des Deutschthums gegen das Slawenthum gewesen! Wir wissen sehr genau, wie unschuldig die Einwohner Wiens (d. h. die unendlich überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung) abwechselnd zu Helden und Duldern geworden sind in den Augen der Welt.

Dulden müssen freilich alle jetzt gemeinsam, aber an dem thörichten Kampfe, der das Blutregiment eines Windischgrätz und Welden heraufbeschworen, hatten wahrlich nur Wenige der wirklich Deutsch-Gesinnten freiwilligen Antheil.

Oder wollt Ihr uns ernstlich glauben machen, die Polen, die Magyaren, die Italiener, die Arbeiter und übergegangenen Soldaten, welche in Wien auf den Barrikaden voranstanden, hätten ihr Blut für die deutsche Sache geopfert? Die Triebfedern ihrer Kraftäußerung waren anderer Art!

Wir kommen hierauf zurück. Es drängt uns heute, noch eine ernste Frage an die Gegner des Welcker'schen Antrages zu richten, der, möge er in der Abstimmung fallen oder siegreich durchgehen, in jedem Falle einen Wendepunkt in der Geschichte unseres Vaterlandes bezeichnen wird.

Die Hand auf's Herz, Ihr Herren Abgeordneten aus Oesterreich! Ist Einer unter Euch, der den Muth hätte zu sagen, daß Deutschland anders als auf dem von uns betretenen Wege fried-

lich zur Einheit gelangen könne? Habt Ihr — wenn Ihr wirklich mit den Zuständen und **Bedürfnissen Eures** engeren Vaterlandes bekannt seid — **habt Ihr den Muth,** zu behaupten, daß nicht alle Fabrikanten, Industriellen und Kaufleute in Oesterreich, deren Gewicht dort sehr schwer in die Wagschale fällt! — sich entschieden der materiellen Einigung mit Deutschland, ohne welche eine politische Einheit nicht denkbar ist, widersetzen würden? Und, ehrlich gesprochen, könnte Oesterreich's Handel, Industrie- und Fabrikwesen die Erschütterung aushalten, welche durch die Konkurrenz mit Deutschland erzeugt würde? Könnte das plötzliche Hinwegräumen der Zollschranken eine andere Folge haben, als die sichere Verarmung von Hunderttausenden Eurer Fabrikarbeiter? Bedürfte es nicht unsäglicher Opfer und großer Anstrengungen, ehe ihr dahin gelangtet, eine materielle Einigung mit uns ertragen zu können, und würde, ehe sich solche erreichen ließe, nicht wenigstens ein Jahrzehend darüber vergehen?

Bietet uns die Bruderhand zum inneren geistigen Bunde, so wird sich der äußere von selbst gestalten. Wendet Euch an dem großen Tage der Wiedergeburt Deutschlands nicht feindselig von uns, — zeigt, daß Ihr wirkliche Deutsche seid, bietet der Reaktion nicht Eure Hilfe an zu neuer Zersplitterung unseres Vaterlandes; helft uns stark werden durch Einigung und wir werden Euch wieder helfen in der Stunde der Noth; die Pforten des jungen Deutschlands werden unsern österreichischen Brüdern immer gastlich offen stehen, wenn sie kommen unter Einem Dache mit uns zu wohnen!

„Nichts gibt das Leben den Sterblichen ohne großen Kampf!" und was für das Leben der Einzelnen gilt, sollte das nicht viel mehr von dem Leben der Völker gelten? Die Aufgabe, welche sich das deutsche Volk gestellt hat, die alte Zersplitterung durch eine gemeinsame Verfassung zu beseitigen und dadurch Jahrhunderte einzuholen, welche andere Völker Europas voraus haben, ist die schwierigste, welche eine Nation sich überhaupt stellen kann. Die Schwierigkeiten konnten nicht anders, als sehr mannigfach sein, und nur Ausdauer kann sie überwinden. Es ist in der That nichts leichter, nichts wohlfeiler, als alle diese Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, welche sich dem von der gegenwärtigen Reichsversammlung ausgearbeiteten Werke der Verfassung entgegensetzen. Wir kommen zu dieser Betrachtung zunächst durch das Lesen eines Aufsatzes, in welchem dieses Geschäft mit Lust und Liebe verrichtet wird. Deutschlands Einheit kann nach diesem Aufsatze nicht zu Stande kommen wegen Oesterreichs, wegen Rußlands, wegen Frankreichs, wegen Dänemarks, wegen Baierns, wegen Würtembergs u. s. w. Wer nur Einen Tropfen deutschen Blutes in sich hat, wird von diesem Verzeichnisse wenigstens alle fremden Mächte ohne Weiteres streichen. Gagern hat noch heute einen solchen Eingriff fremder Völker, sich in die Verfassung eines andern Volkes zu mischen, mit Nachdruck zurückgewiesen. Jedes Gelüste, das sich im vorigen Jahre spüren ließ, die Umgestaltung des Staates in Frankreich zu hindern, wagte sich kaum mit Worten hervor. Ist Deutschland weniger als Frankreich? Im Gegentheil, die Kriegserklärung des Kaisers von Rußland würde die Losung zur deutschen Einheit sein. Die Hindernisse, welche sie findet, kommen von Innen, und wir haben sie nie verkannt. Die Eifersüchteleien der Fürsten und der Stämme, vor allen der Gegensatz von Nord und Süd, und der getrennten Kirchen sind verhärtete Gegensätze, welche sich schwer überwinden lassen. Das können und sollen sie auch nicht auf einmal. Kein Interesse braucht zu glauben, daß es durch ein anderes vernichtet oder auch nur beeinträchtigt werden solle. Wir suchen nur nach einer Staatsform, innerhalb deren jene Gegensätze neben einander bestehen und sich, so weit es erforderlich, ausgleichen können. Jahrhunderte wird es dauern, daß diese Gegensätze durch eine, wir möchten sagen, wohlthätige Reibung mit einander sich allmälig ausgleichen. Die deutsche Reichsverfassung, wie sie vorliegt, ist weit von einem Einheitsstaate entfernt, sie enthält nur so viel Einheit, wie überhaupt zu einem Staate gehört.

Zweierlei ist es, was unsern Muth besonders aufrichtet. Zuerst daß unsere Gegner, welche an unserm Verfassungswerke mäkeln, entweder nichts oder doch nichts Besseres an die Stelle zu setzen wissen. Es zeigt sich gar bald, daß zwar die versuchte Lösung ihre Schwierigkeiten hat, aber jede andere noch ungleich größere, und, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll, ganz unübersteigliche. Die andere Bemerkung ist die, daß die oft beklagte Langsamkeit, mit welcher die Verfassung berathen ist, wenigstens Frist gegeben hat, um im Volke den nothwendigsten Ideen derselben Eingang zu verschaffen. Von nah und fern sind uns zahllose Zuschriften von Einzelnen und von Vereinen zugegangen, welche ein erfreuliches Zeugniß ablegen von der Theilnahme, von dem allgemeinen Verständnisse des deutschen Volkes. Namentlich in den letzten Tagen, wo Oesterreich selbst das Reichssiegel gedrückt hat unter die früher so vielfach bestrittenen Ansichten, die namentlich auch in diesen Blättern über Oesterreich's Verhältniß zu Deutschland aufgestellt wurden, wo in Folge dessen alles zur endlichen Entscheidung drängt, mehren sich solche Zuschriften selbst aus solchen Gegenden, wo alle Körner früher auf hartes Erdreich und unter die Dornen fielen; auch aus Würtemberg bringen wir heute frohe Botschaft, und selbst der zürnende Stüve, der wie Achilles bei seinem Schiffe saß, das er so weit von den übrigen wie möglich auf den Strand gezogen, kann sich nicht enthalten, theilnehmend auf den heißen entscheidenden Kampf zu blicken. Wir bedauern von den, mit der Bitte um Veröffentlichung, einlaufenden Adressen nur so wenige geben zu können. Wir wollen aus den Beschlüssen der Generalversammlung des Bürgervereines in Kassel vom 16. März 1849 Einiges mittheilen:

„Der Bürgerverein in Kassel hat Angesichts der von verschiedenen Seiten nunmehr zu Tage getretenen gefährlichen Versuche, welche auf Vereitelung des deutschen Bundesstaates, auf Schwächung und Vernichtung seiner Machtbefugniß, endlich sogar auf Beseitigung der Volksvertretung gerichtet sind und gegenüber den Gefahren, womit die Feinde deutscher Einheit und Freiheit das deutsche Reich in der Geburt zu vernichten suchen, in seiner heutigen Generalversammlung beschlossen:

1) Wir vertrauen, daß die hohe deutsche Nationalversammlung bei der bevorstehenden Entscheidung über den Antrag des Abgeordneten Welcker jeden Parteien- und Prinzipienstreit vergessen, und nach diesem Antrage dasjenige beschließen und ergreifen möge, was die Lage des Vaterlandes, Staatsklugheit und Patriotismus erfordern.

2) Wir vertrauen, daß auch diejenigen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung, welche bisher, aus Rücksichten für ein besonderes Heimathland oder für eine besondere Theorie sich den Wünschen der meisten Völker und Fürsten widersetzten, jetzt, wo das ganze Werk gefährdet ist, der Rettung des Ganzen sich nicht entziehen werden.

3) Insbesondere vertrauen und erwarten wir von den kurhessischen Herren Reichstagsabgeordneten, welche bisher besseren Ueberzeugungen zu folgen glaubten, indem sie entweder für ein Direktorium oder für einen republikanischen Präsidenten kämpften, daß sie nunmehr, wo sich das Eine als unthunlich und verderblich, das Andere als unausführbar erwiesen hat, — einer fruchtbaren und gedeihlichen Entscheidung anschließen. Möchten sie bedenken, daß das Verfassungswerk, dessen Vollendung ihnen obliegt, viel zu gut ist, um einem unnützen und unwichtigen Prinzipienstreite geopfert werden zu dürfen. Möchten sie bedenken, daß diese freieste Verfassung mit dem freiesten Wahlgesetz, welches die Geschichte kennt, durch ihre verneinende Abstimmung dem Volke ganz verscherzt werden könnte. Möchten sie einen Blick auf die Lage der Welt, auf die Lage Deutschlands werfen und erwägen, daß an die Vernichtung unseres Einheitsstrebens sich als gewisse Folge die Rückkehr alter Zustände, als wahrscheinliche eine greuelvolle Revolution; — aber als ein höchst ungewisses Ende der von ihnen selbst etwa angestrebte schließliche Ausgang knüpfen würde.

Möchten sie endlich bedenken, daß das Volk sie nach Frankfurt gesandt hat, um den Bundesstaat zu schaffen, nicht um ihn zu verhindern" u. s. w.

Wenn uns so klar und scharf gefaßt aus allen Gegenden des Vaterlandes unsere eigene Ueberzeugung entgegen schallt, so ist uns zu Muth, als wäre nun das Nöthige gethan, als wäre Alles zum Gusse fertig, als wäre nur übrig nach dem alten Brauche einen frommen Spruch zu beten. Mögen wir bald sagen können: „Freude hat uns Gott gegeben!"

Deutschland.

> **Frankfurt,** 20. März. Die heutige Sitzung begann mit den Reden der Herrn **Buß** und **Zittel**. Stets wenn Hr. Buß die Tribüne besteigt, hören wir um uns herum die Worte: der Ultramontane! der Jesuit! Nun in der That, wenn Hr.

Buß Jesuit sein sollte, so ist er ein Jesuit von einer seltenen Art. Die Feinheit der Bildung, die man bei den Jesuiten voraussetzt, zeigt er weder in dem Inhalt noch in der Form dessen, was er spricht. Auf allen Gebieten „treibt er sich," wie Hr. Zittel es bezeichnete, „herum," und Gemeinplätze wechseln bei ihm nur mit Trivialitäten.

Das nächste Paar war Herr Fröbel und Herr von Reden. Herr Fröbel besitzt die Abstraktion eines Propheten. Wie ihn bei seinem Vortrage nicht kümmert was um ihn herum vorgeht — er scheint nur für sich zu sprechen — so hält er an seinen Sätzen, mögen sie zur Wirklichkeit passen oder nicht. Das erbliche Kaiserthum ist ihm ein Anachronismus, und wenn er auch zugestehen muß, daß die Erblichkeit noch lange nicht ausgerottet werden wird, wenn er demnach die Thatsache anzuerkennen und sogar ein guter Unterthan im absoluten Staat zu werden bereit ist, so will er doch das Prinzip retten. „Was wir für vernünftig halten, dafür ist keine Majorität da. Sie haben die Majorität. Ich gebe mich damit zufrieden. Wir aber wollen die Fahnenträger zukünftiger Zustände sein, wir wollen die Ideale der Zukunft und den Glauben an sie im Volk ungeschmälert erhalten; und wenn die konservative Partei Jahrzehnte lang gesagt hat: nach uns die Sündfluth! so sagen wir: nach der Sündfluth kommen wir!" Fröbels mystischem Fanatismus gegenüber machte sein Partner die Realität der Statistik geltend. Es fehlte nicht an schlagenden Zahlen, und mit praktischem Verstande wurden die Vortheile nachgewiesen, die gerade der Demokratie durch das Erbkaiserthum, als dem natürlichen Feind des Partikularismus, zufielen. „Ein Kaiser auf Zeit muß mit den Einzelregierungen gehen; ein Erbkaiser muß sich, um sich gegen die Einzelregierungen zu halten, auf das Volkshaus stützen."

Dann folgte Ludwig Simon. Als Vorrede wurden die Sünden des Hrn. v. Schmerling aufgezählt, dann zur Sache selbst, um zu beweisen, daß ein preußisches Erbkaiserthum nicht die Volksfreiheiten garantire, die Thaten und Gesetze des Ministeriums Manteuffel in das gehörige Licht gesetzt, endlich als „die friedliche Formel, um Deutschland zusammenhalten," die „Rückkehr zum Geist der Märzrevolution" aufgestellt, und, sollte diese Rückkehr nicht erfolgen, sollte in Folge dessen „ein Zusammenstoß sich ereignen, bei dem Einzelne zu Grunde gingen, sie würden ihre Fahne für die Zukunft retten, und mit dem Dichter rufen: Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Uebel größtes aber ist die Schuld!"

In der zweistündigen Rede, die der Ministerpräsident jetzt hält, gibt er ein vollständiges Bild der Grundsätze seiner innern und äußern Politik und entwickelt er seine früheren und gegenwärtigen Ansichten über alle mit der vorliegenden Frage in Zusammenhang stehenden Gegenstände. Er schließt sich dem Antrag an, weil er in ihm die vernünftige Lösung der Aufgabe der Versammlung findet. „Die Frucht ist reif geworden in unseren Händen, das Volk ist berechtigt, sie zu pflücken." Er fürchtet sich nicht vor der Oktroyirung, aus dem Grunde des Hrn. Vogt, daß die Fürsten sich nicht unter einander würden einigen können; er fürchtet sich nicht vor der Einsprache fremder Regierungen, denn wenn er auch über das Ausland nicht genau unterrichtet ist, weil er es verschmäht, da Agenten zu halten, wo man seine Gesandten nicht annimmt, so vertraut er darauf, daß wir ein kriegerisches Volk von 40 Millionen sind, die in nationalen Bestrebungen sich nicht trennen werden. Sein Gedanke war von Anfang an ein Verhältniß zu Oesterreich außerhalb des Bundesstaates. In einen Bundesstaat kann Oesterreich nicht eintreten, oder es muß zerfallen. Das letztere mag der historischen Spekulation wahrscheinlich sein: vom politischen Standpunkt aber darauf zu spekuliren, wäre unsittlich, und würde das bundesgenossenschaftliche Verhältniß aufheben. Dieses Verhältniß wird zu Anfang vielleicht nicht sehr eng sein, es aber später werden. Es wird ein Trutz und Schutzbündniß werden, daß man sich gegenseitig mit gewaffneter Hand schützt, es wird die Gemeinsamkeit des Staatsbürgerrechts hinzukommen, ein gemeinschaftliches Handels- und dereinst auch Zollsystem. Dieses enge Band rechtfertigt sich daraus, daß die natürliche Politik Deutschlands mit der natürlichen Oesterreichs zusammenfällt; beide haben gemeinsame Interessen an der Donau, in Italien und Galizien. Wäre Oesterreich im Bunde, so müßten wir auf ein einheitliches Oberhaupt verzichten; daß es nicht darin ist, macht uns dasselbe möglich. Daß er aber für einen Erbkaiser intriguirt habe, dagegen verwahrt sich Hr. v. Gagern auf das Feierlichste. Er ist nicht ins Ministerium getreten, ohne dem Reichsverweser vollständige Rechenschaft von seinen Ansichten abzulegen. Er rechtfertigt das Kaiserthum auch mit Rücksicht auf Deutschland und Preußen. Er findet, daß Deutschland bis 1806 erbliche Kaiser gehabt hat. Die kleinen Staaten wollten schon 1814 das Kaiserthum wiederherstellen, und nur die Mittelreiche aus Napoleonischer Schöpfung haben sich dem widersetzt. Auch hatte man sich bereits im vorigen Frühjahr, sowohl in der Versammlung zu Heidelberg, als bei den Verständigungen der Fürsten über das einheitliche Oberhaupt vereinigt, erst hinterher hat man künstlich Antipathieen gegen Preußen hervorgerufen. Aber gegen welches Preußen hat man denn Antipathien? Denn Preußen ist so mannigfaltig, als Deutschland. Man kann Preußen nicht denken ohne Deutschland zu denken. Durch die Vereinigung Kleindeutschlands wird aber der Mittelpunkt aus dem Norden in die Mitte rücken, und auch die Auflösung Preußens wird mit der Zeit nothwendig werden. Schließlich kommt Hr. v. Gagern auf den Fall Wiens zu reden; er nennt es eine banale Phrase, daß Wien durch die Schuld der Versammlung gefallen sei. Sie hätte es nicht retten können. Schuld an dem Unglücke Wien's war eine Minorität, welche kein Maaß halten konnte, und noch kein Maaß halten kann!

So kahl dieses Inhaltsverzeichniß der Rede des Ministerpräsidenten scheinen mag, so mannigfaltig war sie selbst. In einzelnen Momenten, wo der Redner den gewaltigen Ernst seines Wesens walten ließ, brachte er die höchsten Wirkungen der Beredsamkeit hervor. Seine Verwahrungen gegen die ihm vorgeworfenen Intriguen, auf die er wiederholt zurückkam, seine Aeußerungen über das alte deutsche Erbkaiserthum, seine Angaben über die Verständigung auf der Heidelberger Versammlung, seine Bezugnahme auf die Gründe der Wiener Ereignisse führten zu den heftigsten Auftritten.

Herr Berger übernahm die Beantwortung der Rede des Herrn von Gagern. Oesterreich behauptete er, habe noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die oktroyirte Verfassung werde nicht ins Leben treten. Man müsse das bleibende Volk von der vorübergehenden Regierung unterscheiden. Das Volk habe seinen Abgeordneten aufgetragen, wie die Soldaten auf verlorenen Posten bis aufs Letzte treulich auszuharren. Sei es aber von Anfang an die Absicht gewesen, das preußische Erbkaiserthum zu schaffen, so hätte man die österreichischen Abgeordneten überhaupt nicht rufen sollen.

Was Hr. Berger in seiner Rede beiläufig that, gegen die Verfassung vom 4. März zu protestiren, das thaten nachher ausdrucklich die Herren Reitter, Makowicza und Rösler aus Wien. Da sie entweder die österreich. Verfassung nicht anerkennen, oder ihr Mandat für erloschen halten müßten, so wollten sie die Nichtanerkennung der Verfassung ausgesprochen haben. Wir enthalten uns jedes Urtheils über dieses Verfahren.

⁝ **Frankfurt**, 20. März. Die Kölnische Zeitung meldet aus guter Quelle: Berlin, 17. März. Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß nach heute hier eingegangenen Nachrichten aus Kopenhagen das dänische Gouvernement die noch gestern befürchteten Feindseligkeiten am 27. März nicht wieder aufnehmen und auch die Häfen keiner strengen Blokade unterwerfen wird.

Wir zweifeln nicht an der Güte der Quelle; aber alle diplomatischen Nachrichten sind Glatteis, auf das man nicht gehen darf. Wir freuen uns, aus guter Quelle versichern zu können, daß die Schleswig-Holsteiner eifrig rüsten und im Stillen noch stärker als sie es öffentlich sagen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 20. März. Man erzählt von einer Besprechung des Reichskriegsministers mit den Kommandanten der verschiedenen Truppen, welche die hiesige Garnison bilden. Der Kriegsminister sprach die Erwartung aus, daß Offiziere und Soldaten auch fernerhin festhalten würden an der Einheit und Verbrüderung, welche ihnen bisher zu so hohem Ruhme gereicht hätten. Der wackere Kommandeur des österreichischen Bataillons reichte dem Minister die Hand und sprach mit Thränen im Auge: „er bürge für seine Soldaten, sie würden sich ihrem Ruhme, ihrer Ehre und ihrer Disciplin niemals unwürdig zeigen. Mit solcher Gesinnung gehen Oesterreich und Deutschland einer festen Verbrüderung, einer glorreichen und glücklichen Zukunft entgegen! Leider verläßt uns morgen eins der hier stationirten bairischen Bataillone, es nimmt unsre herzliche Achtung und unsre treuen Wünsche auf den Schauplatz des Krieges mit.

*) Das Folgende mag zugleich als Ergänzung des gestrigen Parlamentsberichts gelten.

△ **Wien**, 16. März. Die Eröffnung der Universitätsstudien ist nun endlich ausgesprochen und auf den 20. festgestellt, wo die Vorlesungen über die philosophischen und juridisch-politischen Lehrzweige in der ehemaligen Ritterakademie, dem Theresianum, und jene über die medizinischen Studien theils im allgemeinen Krankenhause, theils in den Räumlichkeiten der aufgehobenen Lehranstalt des Josephinums zu beginnen haben. Das Versprechen Welden's, welches er vor einigen Wochen einer Deputation von Studenten gegeben, wäre also verwirklicht, doch fürchtet man, daß die Vorlesungen durch die Schwierigkeiten, welche man den jungen Leuten bei der Immatrikulirung macht, „wegen Mangel an Zuhörern" dennoch unterbleiben. Unsere drei gefürchteten Märztage sind nun vorüber ohne irgend eine Feier. Gestern Abend waren zwar einige Straßen der radikalen Vorstadt Wieden erleuchtet, doch sorgte die Sicherheitswache so thätig für Ruhe und Ordnung, daß die Finsterniß bald wieder hergestellt war. Das Gerücht über die bevorstehende Ankunft des Kaisers in Wien erhält sich fortwährend, doch dürfte es sich nicht bestätigen vor der Hinrichtung der Mörder Latours.

* **Wien**, 16. März. Am 13. d. war großer Ministerrath, der über 3 Stunden dauerte. Es soll im selben die Intervention in Italien dahin beschlossen worden sein, daß sie im Römischen zu beginnen habe.

Man spricht von zahlreichen Verstärkungen, die die k. k. Armee in Ungarn an sich ziehen soll. Gegen 10,000 Mann sollen bereits nach Pest detachirt sein.

Das Haus Nr. 28 in der Jägerzeile wurde vorgestern Nachmittags vom Militär umzingelt. Es hatte sich daselbst eine Versammlung in strafbarer Absicht eingefunden. Als die Mitglieder gerade beisammen saßen, trat ein Kommissär unter sie mit den Worten: „Meine Herren! die Sitzung ist aufgehoben." Sämmtliche Anwesende wurden sofort verhaftet.

Die Hinrichtung der Mörder Latour's soll nun demnächst vor sich gehen. Fünf derselben haben bereits ihre unmittelbare, thätliche Betheiligung an dem Morde vor Gericht bekannt. Schwer gravirt durch Zeugenaussagen sind noch 3 andere. Als merkwürdig in mancher Beziehung steht der Zimmermaler Brambosch da. Seine noch lebende, bejahrte Mutter diente, ihr Geschlecht verbehlend, als Soldat unter Napoleon und fand Gelegenheit, sich um die Person des Kaisers dergestalt verdient zu machen, daß er ihr das Kreuz der Ehrenlegion verlieh. Zwölf Söhne entsproßen dem Schooße dieses tapfern Weibes, von denen elf ruhmvoll vor dem Feinde blieben, während den zwölften der schimpfliche Tod des Verbrechers erwartet.

* **Prag**, 16. März. Eine Erklärung des Präsidenten der Slovanska lipa straft die Gerüchte einer Auflösung der Lipa durch Ministerialerlaß auf das Bestimmteste Lügen.

§ **Berlin**, 18. März. Große Volksmassen, die zum Thore hinausströmten, eine ungeordnete, stets wechselnde Prozession, frische geschmückte Gräber — und dicht neben an Soldaten, zu Fuß und beritten. Sammelte sich das Volk draußen vor dem Thore zu einer Menge von 100 oder 200 Mann, so verkündete der Führer der Soldaten, daß der Belagerungszustand das Zusammenstehen von mehr als zwanzig Menschen nicht gestatte; das Zeichen zum Auseinandergehen wurde gegeben, das Volk wich auseinander um bald wieder zusammenzulaufen. Dazwischen wurden denn auch die Thore geschlossen, die Cavallerie sprengte auf die Hügel hinauf, um zu rekognosciren, die Schaaren der Menschen mehrten sich, die Befürchtungen wuchsen — so feiert Berlin den Jahrestag seiner Revolution. Gott gebe, daß es bei dieser Feier bleibt. Die bis jetzt herrschende Ruhe läßt auch das Beste hoffen. Abends nach 8 Uhr.

Berlin, 18. März. Aus Königsberg erhalten wir folgende bemerkenswerthe Mittheilung. Die Offiziere v. Wegener, v. Rogenbuk, Lenz und Wernich in Pillau sind vom Königsberger Kriegsgericht zu 6 Jahr Festungsarrest nebst Ausstoßung aus dem Offizierkorps, und der Unteroffizier v. Rogenbuk durch dieselbe Instanz zu dreijähriger Zuchthausstrafe und der Einstellung in eine Strafsektion verurtheilt worden. Sie waren sämmtlich des Hochverraths angeklagt, weil sie zur Zeit der Auflösung der Nationalversammlung eine Anerkennungs-Adresse an dieselbe mit unterzeichnet hatten. Durch Königl. Kabinetsordre ist das Urtheil dahin gemildert worden, daß die ersten vier zu 3 Jahren Festungsarrest nebst Ausstoßung aus dem Offizierkorps und der Letztere zu 10 Monat Zuchthausstrafe zu verurtheilen, auch das Verbrechen nicht als Hochverrath, sondern als ein Subordinations-Vergehen anzusehen sei. Für den Fall einer Amnestirung politischer Verbrechen sind sie jedoch sämmtlich davon ausgeschlossen. Der Unteroffizier wurde sofort nach der Publikation des Erkenntnisses als Sträfling eingekleidet. (Voss. Z.)

Nach der amtlichen Bekanntmachung des Generalstabsarztes Dr. Stromeyer werden Assistenz-Aerzte zweiter Klasse in größerer Anzahl gesucht. Die Bedingungen sind provisorische Anstellung, ungefähr 30 Thlr. monatlich, während des Krieges und freies Quartier. Examinirte Aerzte erhalten Offiziers-Rang. Angestellt werden Aerzte und Studirende der Medizin, die schon 2 Semester die Kliniken besucht haben. (Voss. Z.)

Königsberg, 15. März. (Pr.-M.) Zur Beschützung des Memeler Hafens gegen etwaige Angriffe von der Seeseite gehen übermorgen zwei 18pfündige Geschütze der hiesigen Fußartillerie nach Memel ab. Den 19. d. M. geht auch eine Compagnie des 1. Infanterie-Regiments nach Memel. Auch die Festung Pillau erhält Verstärkung.

✕ **Köln**, 18. März. Unsere Demokraten wollten den heutigen Tag durch ein großes Bankett auf dem Gürzenich feiern. Man mochte denselben nicht geradezu verweigern und räumte den Saal heute für ein Concert ein, welches sehr zahlreich besucht ward. Die Demokraten haben ihr Bankett nun aber auf morgen verschoben, und haben morgen den Gürzenich und ihren Willen dazu. Denn der 19. März ist ihnen lieber als der 18. mit den freiwilligen Zugeständnissen.

In Düsseldorf ist Cantador, der Führer der Demokraten, freigesprochen und vom Volk im Triumph aus dem Gefängniß nach Hause gezogen.

München, 18. März. Die Herstellung des baierischen Ministeriums in durchaus büreaukratischem Sinne, ward in der Mehrzahl Ihrer neuern Berichte von hier besprochen. Es war die mildeste Deutung, welche man der Ernennung eines solchen Ministeriums zu geben vermochte, wenn man dasselbe als den Versuch auffaßt, binnen kurzer Zeit die vom vorigen Ministerium begonnenen Aenderungen im innern Staatswesen aufarbeiten, dann aber das vor den wieder zusammentretenden Kammern als oberste Staatsverwaltungsbehörde unhaltbare Ministerium fallen zu lassen, um einem neuen und von der Mehrheit getragenen wenigstens nicht die hemmenden Reste bisheriger Staatsregierung aufzubürden. Allerdings wäre dies, wir gestehen es, einer der sonderbarsten Wege einer Staatspolitik gewesen, ein Ministerium gleich mit dem Bewußtsein hinzustellen, daß es vor der Stimme der Volksvertreter augenblicklich fallen müsse. Aber um der vollkommenen Rathlosigkeit und Unentschlossenheit zu Nymphenburg einen möglichst bequemen Pfad zu eröffnen, auf welchem sie ohne energischen Entschluß zu einer Aenderung ihres Systems kommen oder vielmehr aus ihrer von jedem augenblicklichen Eindruck bedingten, rückbedingten, abgeänderten, kurz umhergeschaukelten Behandlungsweise der Staatsangelegenheiten, zu einer mit den politischen Nothwendigkeiten und den Volkswünschen übereinstimmenderen, festeren Haltung gedeihen könnte, schien es vielleicht der einzige Weg. So lang man nämlich noch daran glauben konnte, daß es dem König wirklich darum zu thun sei, durch seine Regierung den Anforderungen der Mehrheit und der Gegenwart zu entsprechen. Aber durch das neueste Ereigniß, dessen Kunde schreckend die Stadt erfüllt, werden auch die Wohlmeinendsten von der tiefen Besorgniß erfüllt, daß entweder der König von aller wirklichen Kenntniß der Zustände des Landes, der Stimmungen und Berechtigungen Baierns fern gehalten wird, oder daß jene verderbliche Kamarilla welche sich zwischen den Thron und dessen Räthe drängt, mit gewaltsamen Mitteln eine materielle Bewegung hervorrufen will, um dann auch in Baiern, wie in Oesterreich, den Staat auf die Spitze der Bajonette stellen zu können. Die gestern bekannt gewordene Wiedereinsetzung der Professoren Lassaulx und Philipps in ihre frühere Stellung (die Döllingers ist noch ungewiß) bei der hiesigen Hochschule wird wenigstens hier in München nur als der Anfang solcher Maßregeln aufgefaßt. Von dieser Auffassung ausgehend, findet man nun plötzlich auch den Schlüssel für die bisher unerklärbaren strategischen Maßnahmen in Nürnberg, für die eben so unerklärbare Ausdehnung militärischer Sicherheitsdienste in München für die sich mit unnützen Truppenherbeiziehungen beschwichtigende Hallucinationen in Nymphenburg. Sie erscheinen als Vorkehrungen des bösen Gewissens gegen die Folgen einer beabsichtigten oder vollführten, nur noch nicht bekannt gewordenen

That. Diese That, diese Wiedereinsetzung des ultramontanen Zelotenthums in einen offiziellen Wirkungskreis, ist nämlich nicht heut oder gestern geschehen. Vielmehr wurde sie bereits vom Minister v. Beisler vollführt. Und es ist damit auch eine neue Erklärung der überraschenden königlichen Entschließungen gegeben, welche diesen Mann, nachdem gerad er doch in seiner Erklärung über die Thronrede die Krone persönlich bloßgegeben, bei der Neubildung des Ministeriums provisorisch an dessen Spitze ließ. Es ist ferner erklärlich, warum damals das Kultusministerium noch nicht von dem des Innern getrennt, sondern erst nach Uebertragung der innern Verwaltung auf Hrn. Forsters schwache Schultern, Hrn. Ringelmann anvertraut wurde. Nachdem wir einige Blicke rückwärts geworfen und damit das so vielfach räthselhafte Verfahren der Regierung in einzelnen Punkten erklärt fanden, graut uns vor dem Blicke nach Vorwärts, wenn diese neue Erhebung der ultramontanen Verdunkelung wirklich als erster offener Schritt der Regierung im bisher verborgen gehaltenen Prinzip aufgefaßt werden muß. Es wäre ein Glück, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß Hr. v. Beisler (Gott weiß, warum?) nur persönlich eine Versöhnung mit der streng katholischen Partei gesucht habe, wie Manche behaupten. Indessen liegt dafür in Beisler's bisheriger Haltung keine Wahrscheinlichkeit. Aber wir müßten es doch für ein Glück des Staates halten, wenn auch der einzelne Mann davon vernichtet würde. Hoffentlich gibt uns der wieder zusammentretende Landtag eine Erklärung. Vor der Hand hören wir nur, daß unter den Studirenden ein Verein in der Bildung begriffen sei, dessen Mitglieder sich feierlich zum Nichtbesuch der Vorlesungen jener Führer des Ultramontanismus verpflichten. Bis zur Wiederversammlung der Kammern sind noch drei volle Wochen. Wer sagt voraus, welche mächtigen Ereignisse bis dahin dieses baierische in den Hintergrund gedrängt haben?

** **Stuttgart**, 19. März. Daß bis zu den Ereignissen der letzten Tage Schwaben einem preußischen Erbkaiserthum nicht geneigt war, diese Thatsache konnte man nicht verkennen; denn es war fast nur die Stimme des vaterländischen Vereins zu Stuttgart, eines Vereins, der bis in die letzte Zeit ohne Einfluß auf das Land gewesen, welcher sich, und mit ihm die einzeln stehenden Männer, bisher für das Gagern'sche Projekt erklärt hatte. Man soll der Adressenmacherei keinen übergroßen Werth beilegen, wenn Adressen aber in solcher Anzahl einkommen, wie sie z. B. der Abgeordnete Gfrörer übergeben hat, so kann man sie nicht ignoriren. In dieser Stimmung ist nun aber seit dem Staatsstreich von Kremsier und dem Antrag Welcker's eine nicht zu verkennende Aenderung theils vorgegangen, theils beginnt sie sich in den Gemüthern vorzubereiten. Sofern in dieser Umwandlung der Stimmung manches Opfer der Stammesneigung, der persönlichen Interessen liegt, sofern sie von richtiger Einsicht in die veränderte Lage zeugt, dürfen wir sie mit Freuden begrüßen. Erlauben Sie, die Punkte in Welcker's Vorschlag anzugeben, welche wesentlich die Pille des Erbkaiserthums versüßend, die Zustimmung zu seinem Antrag hervorriefen. Das Schlimmste, was wir befürchteten, war die Versammlung zu Frankfurt könnte nach einem hier üblichen Ausdruck endigen, wie das Hornberger Schießen. Der großartige Gedanke, auf einmal die ganze Verfassung für gültig zu erklären, die Aufnahme des Wahlgesetzes darunter, welches hier sehr vielen Anklang gefunden, der Versammlung sehr viele Sympathie erweckt hat, die Macht, in der so schnell Deutschland dastehen kann, dies hat mächtig auf viele Herzen gewirkt, und geht, wie zu erwarten, der Antrag durch, so wird es an vielseitiger Zustimmung aus Schwaben nicht fehlen. Der vaterländische Verein hat gleich am Abend, an welchem der Welcker'sche Antrag durch ein Extrablat des Schwäbischen Merkurs verbreitet wurde, seine Zustimmung erklärt. Dies ließ sich erwarten; aber auch im Volksverein, der in Erklärungen gegen den Erbkaiser, und für einen Präsidenten oder Reichsstatthalter sonst einstimmig war, hat sich alsbald eine starke Stimme, gerade die seiner bedeutendsten Führer für Welcker's Ideen ausgesprochen, wenn auch der Verein selbst noch unterließ, sich zu äußern. Es ist dies doch von einiger Bedeutung. Berichte vom Lande fehlen zur Stunde noch; ob in Oberschwaben die frühere Stimmung wechselt, möchte ich bezweifeln. Aber eines steht sicher: wenn der Beschluß einmal gefaßt ist, so wird er vielseitig mit Freude, allenthalben aber mit Anerkennung und Gehorsam aufgenommen werden. Möge dies dann nur auch in andern deutschen Ländern der Fall sein! — Die Spannung ist jetzt ungeheuer. Mehrere politische Notabilitäten, einige Abgeordnete und heute noch Paul Pfizer, der unter der fieberhaften Aufregung des Harrens auf Beschlüsse, bei deren Berathung ihm eine Hauptstimme zustehen sollte, hier wohl keine Ruhe hat, sind nach Frankfurt abgereist.

Hannover, 15. März. Die gestern hier eingetroffenen Nachrichten aus Frankfurt haben, wie zu erwarten stand, sofort ihren Einfluß auf die Lage unserer ständischen Dinge geäußert. Am Abend traten Versammlungen der Gleichgesinnten aus beiden Kammern, und nachher beide Kammern wieder jede für sich zusammen. Auch mehrere Minister betheiligten sich an diesen Berathungen. Es sprach sich dabei entschieden der Wunsch aus, jeden Prinzipienstreit ruhen zu lassen, der die in diesem schwierigen Augenblicke doppelt große Gefahr einer Spaltung zwischen Regierung und Ständen mit sich führen könnte. Und in diesem Sinne ist die soeben erfolgte Zurücknahme des Regierungsschreibens vom 13. d. M., wie die damit zugleich ausgesprochene Vertagung der Stände bis zum 12. April, um so mehr allseitig gut aufgenommen worden, als die Regierung bis dahin neue sachgemäße Vorlagen Betreffs der deutschen Verfassungsfrage und der Grundrechte zugesagt hat. Wir hoffen, daß das ganze Land sich freuen wird, auf diese Weise einen Bruch vermieden zu sehen, der nur unheilvolle Folgen hätte haben können. (Wrfhlle.)

** Aus Schleswig-Holstein, 17. März. Die neue Regierung wird entweder ein Triumvirat (Beseler, Reventlow und Bonin) oder eine Statthalterschaft werden. Die Frage ist noch, wer die neue Regierung ernennen und einsetzen soll, die Einen verlangen, daß dieser Akt von der Landesversammlung, die Andern von der Reichsgewalt vorgenommen werde und der Landes-Versammlung nur die Genehmigung vorbehalten bleibe. In wenigen Tagen wird aber noch von der alten Regierung der Aufruf zur allgemeinen Bewaffnung erfolgen, und v. d. Tann wird der Führer dieser Volkswehr wahrscheinlich werden, denn nach einem vor mir liegenden Brief hat er wirklich zugesagt. Der Brief lautet in Bezug hierauf: „daß ich mit dem größten Vergnügen wieder kommen werde, wenn ich dadurch dem Lande nutzen kann, vorläufig aber wenig Hoffnung dazu habe, versteht sich von selbst, denn sie werden sehen, daß die Friedensbedingungen erst kurz vor dem 26. März bekannt gegeben werden, und dann hat das Land keine Zeit mehr energische Schritte unabhängig von den contrahirenden Mächten, zu thun, für den Fall, daß es den Frieden nicht annehmen will. Ich kann aber unmöglich daran glauben, daß Preußen und die Centralgewalt die Herzogthümer opfern werden. Uebrigens bin ich ganz Ihrer Meinung, daß es — bei zu großen Schwierigkeiten — das Beste wäre, die Herzogthümer unterstützt durch freiwillige Beihülfe Deutschlands, die Sache allein auskämpfen zu lassen; das wäre denn freilich ein herrliches Feld für wohlorganisirte Freikorps." Dänische Blätter legen diesem deutschen Helden freilich andere Worte in den Mund, so theilt Flyveposten eine Korrespondenz aus Altona mit, welche sagt: Man glaubt nicht, daß die Anwesenheit der deutschen Soldaten in den Herzogthümern der dänischen Sache geschadet habe, im Gegentheil, sie kämen Alle mit der Ueberzeugung zurück, daß sie hinter das Licht geführt seien, daß der größte Theil der schleswigschen Bevölkerung dänisch ist und sein will, und sie sprächen dies offen in vielen Kreisen aus. Selbst v. d. Tann, der wirklich ein braver Mann gewesen sein soll, hat erzählt, daß er zu einem wohlhabenden schleswigschen Bauern gekommen wäre, und ihm gesagt, daß er einen schönen Hof besitze, besonders gefielen ihm die vielen Bäume, die denselben umgäben. Ja, sagte der Bauer, sie sind schön, in meinen Augen würden sie jedoch viel schöner sein, wenn in jedem Ast ein Deutscher hinge, v. d. Tann stutzte, schwieg und ging. Als er später in seiner Heimath diese Geschichte erzählte, fügte er sorgenvoll hinzu: „Und dieses Volk will man zwingen deutsch zu sein." Lange Zeit glaubte man, er würde wieder kommen, aber er bedankt sich für Schleswig-Holstein und für die Behandlung, welche ihm dort zu Theil geworden. Und so hat ein Jeder seine Erfahrung mit nach Hause gebracht, wie ich glaube zum großen Nutzen für Dänemark." Mit solchen Lügen füttert man die Dänen. Der Krieg steht nahe bevor. Schon laufen dänische Dampfschiffe in unsere Häfen ein, um unsere Vorkehrungen zu beschauen.

* Die deutsche Reform meldet: „Die dänische Frage ist in ein neues Stadium getreten: die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß sind günstiger als je. Lord Palmerston hat durch den englischen Gesandten bei der Centralgewalt, Lord Cowley,

seit längerer Zeit in diesem Sinne wirken lassen, was sich auch durch die uns zugegangene Nachricht bestätigt, daß der am 12. in Kopenhagen angelangte englische Kourier nicht von London kam, sondern von Lord Cowley aus Frankfurt. Nach den neuesten, durchaus zuverlässigen Nachrichten aus Frankfurt ist in Folge einer zwischen Gagern und Cowley getroffenen Uebereinkunft an Bunsen in London ein Kourier mit der Weisung abgegangen, auf Grundlage der von Palmerston aufgestellten Bedingungen die Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, was mit Sicherheit schon in der nächsten Zukunft eine friedliche Lösung der für den europäischen Frieden so bedrohlichen Frage erwarten läßt. Dies vorausgeschickt, werden unsere Leser das ganze Gewicht der von Lord Palmerston in der Unterhaussitzung vom 13. März gesprochenen Worte zu bemessen im Stande sein. Auch von anderer Seite her erfahren wir mit der größten Bestimmtheit, daß an eine Blokade unserer Seehäfen von Seiten Dänemarks nicht gedacht wird."

Alle diese vielleicht dennoch trügenden friedlichen Versicherungen dürfen uns natürlich nicht hindern, die Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens durch die ernstlichsten Kriegsrüstungen zu unterstützen.

▷ **Schwerin**, 17. März. Unsere Reformer „zweifeln an der Sonne Klarheit" und glauben an eine Reaktion des Mondes zu Gunsten des mecklenburgischen „eingebornen" Adels, alles je nachdem. Dem darf aber entschieden widersprochen werden, daß jene Truppenzusammenziehung, die sich auf Schleswig bezieht, irgend etwas mit einer (bis jetzt keineswegs) beabsichtigten Oktroyirung zu schaffen habe. Es hat sich auch die „Meckl. Ztg." ermächtigt erklärt, die Grundlosigkeit solcher Gerüchte auszusprechen und ein Kammermitglied der Linken hat eine deshalb beabsichtigte Interpellation fallen lassen. Eben so grundlos sind die Nachrichten von Bauernaufständen. Dagegen hat zu Neubrandenburg und Strelitz allerdings ein ernsthafter Krawall stattgefunden, der gegen den Redakteur der konservativen „Neubrandenburger Zeitung" gerichtet war. Sein Wohnhaus wurde ihm beträchtlich demolirt und die sparsam herbeieilende Bürgerwehr nicht ohne zum Theil bedeutende Verwundungen auseinander gesprengt. Auch die Fenster des Rathhauses, wohinein die Flüchtigen sich retteten, wurden zertrümmert. Die Berathung der Kammer über den Verfassungsentwurf ist bis zu §. 37 gediehen. Die Verhandlungen waren wiederum oft stürmisch. Stellen Sie sich ein Mitglied der Rechten vor, welches die Amendements der Gegenpartei auf Zettel geschrieben mitbringt, und sie à la Mohrstadt, wenn er sie verurtheilt hat, zerreißt und von der Tribüne auf die Erde streut; oder ein anderes, das der Linken, aus deren Mitgliedern der Verfassungsausschuß meistens gewählt ist, den mit Satyre gegeißelten Entwurf wie einen Spiegel vorhält. In Bezug auf die Beschlußfähigkeit der zweiten Kammer bestimmt §. 23: „daß von der gesetzlichen Zahl der Mitglieder die Mehrheit anwesend sein muß. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit der Stimmenden gefaßt." Ueber die Vertagung spricht sich §. 27 so aus: „der Großherzog kann die Kammer bis auf 4 Wochen ein Mal während des Landtags vertagen. Eine längere oder öftere Vertagung bedarf der Zustimmung der Kammer". Den Entwurf einer Habeaskorpusakte hat die Regierung der Kammer mit ihren Bemerkungen zurückgegeben. Die morgende Sitzung wird den Bericht des Verfassungsausschusses darüber bringen. Die, freilich voreilige Nachricht der Const. Ztg. von der Kaiserwahl erregte hier eine fast allgemeine freudigste Sensation. Möchte doch die Bestätigung, auf die wir hoffen, nicht lange ausbleiben! Ueber unsere Schifffahrt gebe ich Ihnen folgende aus amtlichen Nachrichten genommene Notizen: Im Jahre 1847 passirten den Sund 1209 mecklenburgische Schiffe; im Jahre 1848 nur deren 305. Im Jahre 1847 passirten 90 fremde Schiffe den Sund von und nach Mecklenburg; im Jahre 1848 dagegen 274, unter denen 160 mit Ladung von Mecklenburg kamen und 79 mit Ladung dorthin gingen.

Großbritannien.

* **London**, 17. März. Am 13. verließ Sir C. Napier Cheltenham, um sich mit einem Extrazuge nach London zu begeben. Seine Verehrer begleiteten ihn in großer Zahl nach dem Bahnhofe und brachten ihm ein lautes Lebehoch, für das er sich, aus dem Wagenfenster heraus, bei den Herren und Damen mit einigen herzlichen und einfachen Worten bedankte. Der Schluß seiner Erwiderungsrede lautete: „Ich hoffe, daß ich das Land in seinen Wünschen und Erwartungen nicht täuschen werde." Die Lebehochrufe erneuerten sich, als sich der Zug in Bewegung setzte. Gestern speiste der „Held von Sind" bei der Königin in Osborne. Napier wird sich zuvörderst nach Italien und von hier aus auf einem Dampfschiff, welches die Regierung in Livorno für ihn bereit hält, nach Alexandrien begeben, wo die ostindische Post bis zu seiner Ankunft auf ihn warten wird. (Die Allg. Ztg. bringt eine Lebensskizze von ihm, der wir Folgendes entnehmen: Generallieutenant Sir Charles James Napier, der neuernante Oberbefehlshaber der indo-britischen Heere, ist am 10. Aug. 1782 geboren, also in seinem 67. Lebensjahr. Sir Charles ist ein Bruder des Generalmajors Sir George Napier, dermalen in Nizza lebend, der das ihm angetragene Kommando in Indien abgelehnt, und des Generalmajors Sir William Napier, des bekannten Geschichtschreibers des Halbinselkriegs; der Admiral Sir Charles Napier (das „fechtende Karlchen") ist sein Blut- und Namensvetter. Wie dieser hat der Landgeneral ein langes Leben voll Schlachten und kriegerischer Abenteuer hinter sich liegen, und sein Leib ist von oben bis unten zerschossen und zerhauen. Im Halbinselkrieg, wo Napier das 50ste Infanterieregiment befehligte, erhielt er in der unglücklichen Schlacht bei Corunna fünf schwere Wunden, und wurde von den Franzosen gefangen. Bei Coa blieben ihm zwei Pferde unter dem Leib, bei Busaco ward er durch beide Backen geschossen. Im Jahr 1813 diente er in dem englisch-nordamerikanischen Krieg; 1815 unter Wellington in den Niederlanden. Seine glänzendste Epoche war aber das Jahr 1843, wo er in zwei aufeinander folgenden Schlachten die Emire von Sind besiegte und diese Provinz für Brittisch-Indien eroberte. Er schlug bei Miani mit nur 2800 Mann brittischer Truppen 22,000 Beludschen, dann bei Heyderabad, oder Dubba, mit 5000 Mann 20,000 Feinde. Die Oberbefehlshaberstelle in Indien trägt 5500 Pfd. St. jährlich; es ist aber gewöhnlich ein Sitz am obersten Gerichtshof in Calcutta damit verbunden, welcher weitere 10,000 Pfd. St. einbringt. Die Illustrated London News enthält ein Porträt von Sir Ch. Napier in seiner halb orientalischen Kleidung als Statthalter von Sind. Ein tüchtiger langbärtiger Kopf, aber mit der Brille auf der Nase.")

Frankreich.

⊙ **Paris**, 18. März. Das Manifest des Wahlkomites in der Rue de Poitiers ist heute bereits in einigen Blättern zu lesen. Die pariser Presse, welche sich den erbaulichen Kommentar über diesen sonderbaren Text durchgehends auf morgen aufbehalten hat, wird ihn gewiß sehr vag und unbedeutend finden. Von einer Darlegung der Prinzipien, nach welchen der Wähler den Werth dieses oder jenes Kandidaten beurtheilen sollen, von Aufklärungen über die Art und Weise der Thätigkeit, die der Verein aufbieten wird, kommt auch kein Wort vor. Das Manifest steht vereinzelt, wie eine veröffentlichte Einleitung zu einem Buche, das nie erscheinen wird. Die Unterschriften sind nun gar noch lehrreicher; wir treffen auch 45 Repräsentanten, die in der Kammer gewöhnlich nicht gleicher Meinung sind und auf 28 Männer aus den verschiedensten Klassen der Gesellschaft. Wahrlich, es ist schwer, sich von dem gemeinsamen Streben dieser Herren überzeugt zu halten. Die Orleanisten überwiegen, die Legitimisten sind zahlreicher wie die Bonapartisten und unter all' diesen 73 Männern, welche das heutige Frankreich mit aller Gewalt retten wollen, befindet sich auch nicht ein einziger Republikaner von Schrot und Korn, oder auch nur einer jener Männer, welche, ohne den neuen Zustand hervorgerufen zu haben, der Republik bereits mit der erprobten Ehrenhaftigkeit ihrer Talente wesentliche Dienste geleistet haben. Warum sind Männer wie Lamartine, Dufour, Rivien, Tocqueville, nicht dem Vereine der Rue de Poitiers beigetreten? Hätten ihre Unterschriften etwa nicht das Ansehen, welches der Verein der Rue de Poitiers durch die Berryer's und Victor Hugo's zu erhalten hofft, dieser neuen Schutzgeister der Republik, — welche gegen die Constitution votirt haben? Nein, Frankreich wird sich durch diese Proklamation nicht täuschen lassen, und die öffentliche Stimmung hat vor Larochejaquelein, der als ehrlicher Legitimist vor Abatucci, der als ehrlicher Bonapartist aus dem Vereine scheiden zu müssen glaubte, mehr Achtung, als vor allen gehorsamen Schülern des allezeit conservativen Molé, des stets intriguirenden Thiers, und des bekanntlich erkauften Berryer. Der Bürger wird seine Wahl nach seiner Ueberzeugung vornehmen und das Comite der Rue de Poitiers keinen größern Einfluß darauf ausüben als alle seine Colle-

gen. Das ist die Meinung aller Männer, welche nicht nur die Hauptstadt, sondern auch die Provinzen genau kennen.

* **Paris**, 18. März. Das Manifest der Rue Poitiers wird heute von allen Journalen abgedruckt, ohne daß weitere Bemerkungen daran geknüpft werden. Unser 0 Korrespondent gibt den ersten Eindruck wieder, den es im Allgemeinen hervorgebracht hat. Die Presse kommt aber bei Gelegenheit eines andern Gegenstandes auf die Rue Poitiers zu sprechen, und ihre Aeußerungen können als Vorspiel des Journalkampfes gelten, der sich entspinnen wird. „Wir begreifen nicht, sagt sie, daß nach der Wahl vom 10. Dezember ernsthafte Männer, ehemalige Minister, ehemalige Konseilpräsidenten, sich das lächerliche Ansehn verspäteter Retter der Gesellschaft geben, die herbeigelaufen kommen, nachdem alle Gefahr verschwunden ist, während sie sich auf das sorgfältigste verbargen, als es muthvoll gewesen wäre, sich zu zeigen.“ (Wir haben schon früher mitgetheilt, daß Hr. Thiers der Presse zufolge sich am 24. Februar in einem Winkel des königlichen Wagens verbarg.) „Mit welchem Recht, fährt die Presse fort, kommt ihr nach einer Aufführung, deren trauriges Andenken noch ganz frisch ist, um euch in die Wahlen zu mengen, da die Departements doch besser wissen, was sie zu thun haben, als Paris es ihnen sagen kann? nachdem sogar Hr. Thiers sich vor der Wahl vom 10. Dezember gegen eine Deputation der Stadt Havre auf das verächtlichste über Louis Napoleon Bonaparte ausgesprochen hatte? Was wollt ihr? Ihr wollt die Furcht vor der Anarchie ausbreiten, um eure Namen möglichst vielen Wahlkollegien aufzudrängen und dann wollt ihr den Präsidenten der Republik unter eure Vormundschaft stellen, damit er seinen edlen Ideen, seinen hochherzigen Trieben, die ihr kennt, keinen freien Lauf gebe. Schließlich wollt ihr den Namen Bonaparte vor dem Namen Thiers verschwinden machen. Frankreich ist benachrichtigt und gewarnt!“

Unser ✝✝ Korrespondent hatte gestern irrthümlich gemeldet, daß drei der Bréamörder hingerichtet worden sind. Nur Dair und Lahr sind es, Mourit gehört zu den Begnadigten. Dair bestieg das Schafott mit Festigkeit und Entschlossenheit und redete die Umstehenden mit folgenden Worten an: „Im Namen des französischen Volkes, ich sterbe unschuldig; ich sterbe, weil ich den braven General Bréa vertheidigt habe. Betet für mich, meine Frau und mein Kind. Ich befehle meine Seele in die Hände Gottes.“ Lahr, der nach ihm das Schafott bestieg, war weniger gefaßt. Er konnte nur die Worte ausstoßen: „Jesus, Maria, bittet für mich!“ Der Jesuitengeneral Rothan ist in Paris angekommen, um sich von hier nach Portugal zu begeben, wo er von der Regierung die Erlaubniß zu erhalten hofft, den Mittelpunkt seines Ordens zu errichten.

* **Paris**, 17. März. Das von Hrn. Thiers verfaßte Manifest des Wahlcomite's der Rue Poitiers lautet:

An die Wähler: Bei den großen Gefahren, welchen Frankreich in den letzten Zeiten ausgesetzt gewesen ist, haben sich Männer jeder Meinung, jeden Ursprungs vereinigt, um gemeinschaftlich die bedrohte Gesellschaft zu vertheidigen. Obgleich die Einen und die Andern, früher verschiedenen Parteien angehörend, sich lange und lebhaft bekämpft haben, so haben sie ihren alten Zwiespalt vergessen, um sich gegen die Anarchie zu vereinigen, und wenn es ihnen nicht immer gelungen ist, das Gute zu thun, so haben sie doch oft wenigstens dazu beigetragen, das Böse zu verhindern. Diese ganz von selbst zu Stande gekommene Vereinigung hat sich zu gleicher Zeit allenthalben kund gegeben: in den Berathungen der constituirenden Versammlung, in den Wahlen, in dem Eifer, womit die Nationalgarden im Bunde mit unserer braven Armee zur Vertheidigung der öffentlichen Ordnung geeilt sind. Weit entfernt, in dieser Annäherung ein Verlassen der Prinzipien zu sehen, hat Frankreich darin nur eine edle Uneigennützigkeit der Parteien erkannt, welche weit über ihre besonderen Liebhabereien die Sache der gefährdeten Gesellschaft stellten. Bald hat Frankreich selbst ein ähnliches Beispiel gegeben, indem es sich in der Wahl des 10. December vereinigte, um unter den Candidaten der gemäßigten Partei denjenigen zu wählen, dessen Namen die Befestigung der Ordnung und der Staatsgewalt hoffen ließ. Bei dieser Gelegenheit, wie bei den vorhergehenden, hat der Erfolg das Gefühl, welches Frankreich leitete, vollkommen gerechtfertigt.

Die Gefahr, welche uns bedroht, ist zwar heute wenig sichtbar, aber nicht weniger bedeutend. Die unsinnige Partei, welche die Anmaßung besitzt, alle Bedeutungen der menschlichen Gesellschaft, Familie, Eigenthum, Religion verändern zu wollen und welche, wenn sie nur einen Tag an die Herrschaft käme, eben dieses Volk, für dessen Glück sie zu sorgen vorgiebt, ins Elend stürzen würde, scheint in diesem Augenblick weniger geneigt, die offene Gewalt zu gebrauchen. Allein sie bemüht sich, das Gebäude der Gesellschaft, das sie gewaltsam umzustürzen nicht mehr hoffen kann, allmählig zu untergraben und sie arbeitet unablässig daran durch die beharrlichste, hinterlistigste Verbreitung anarchischer und umstürzender Lehren. Sie schmeichelt sich mit der Hoffnung, wenn sie dem Lande einen Augenblick Ruhe gönne, dasselbe unachtsam oder in Parteien getrennt zu überraschen. Schaaren wir uns deshalb um die Regierung, welche sich aus dem Schooße der Republik erhoben hat, um sie zu halten, zu unterstützen, zu kräftigen in der Bahn, welche sie seit ihrem Beginn eingeschlagen hat. Da die constituirende Versammlung ihrem Mandat ein Ziel gesetzt und neue Wahlen angeordnet hat, so wollen wir uns befleißigen, eine neue weise, feste und aufgeklärte Versammlung zu erwählen, welche die von der Constitution ihr verliehenen Rechte benutze, um die Staatsgewalt zu unterstützen und nicht um sie zu erschüttern, welche durch ihre Weisheit den Mangel unsrer Einrichtungen ergänze, welche sich befleißige, dieselben auf gesetzlichem Wege zu verbessern und es endlich dahin bringe, Frankreich aus der schrecklichen Crisis zu ziehen, worin es sich befindet.

Allein damit aus der Stimme der Wähler eine solche Versammlung hervorgehe, muß die Eintracht, welche uns seit einem Jahre schon so bedeutende Dienste geleistet hat, fortdauern. Der Verein der rue de Poitiers, welcher das Beispiel dieser Annäherung aller alten Parteien zum Zweck der Vertheidigung der geselligen Ordnung gegeben hat, ist der Meinung gewesen, den Anfang machen zu müssen. Er hat in seinem Schooße mehrere seiner Mitglieder zur Bildung eines Wahlausschusses gewählt. Er ist nicht dabei stehen geblieben und er hat denselben aus der Nationalversammlung oder aus andern weisen Männern zugesellen wollen, deren Mitwirkung ihm nöthig schien, um alle Schattirungen der gemäßigten Meinung möglichst vollständig zu vertreten.

Der so gebildete Central-Ausschuß hat nicht die Anmaßung, indem er sich an ganz Frankreich wendet, den auf ihre Unabhängigkeit mit Recht eifersüchtigen Departements ihre Wahlen vorschreiben oder nur an die Hand geben zu wollen. Diese Unabhängigkeit ist mehr als je achtbar und wünschenswerth, denn sie bestimmt, den Geist der Unordnung zu belehren, daß, wenn er einen Augenblick auf einem Punkte unsers Gebietes bivouakiren sollte, er darum nicht ganz Frankreich erobert haben würde. Allein es ist uns von allen Seiten der Wunsch ausgedrückt worden, nach einem gemeinschaftlichen Mittelpunkt, wo man nöthigenfalls Erkundigungen, Rathschläge, Ermunterungen zur Eintracht finden könne und wir haben daran gearbeitet, einen solchen zu errichten. Wenn irgendwo die weisen und gemäßigten Freunde der Ordnung ihre Meinungsverschiedenheiten dem dringenden Bedürfniß der Gesellschaft nicht zu opfern verstünden und wenn unsre freundschaftliche Dazwischenkunft ein Verständniß zu Wege bringen könnte, so würden wir uns glücklich schätzen, ihnen dieselbe anzubieten, da wir keine andere Absicht haben, als durch unser Beispiel und unsre Rathschläge denen nützlich zu sein, die davon Gebrauch machen wollen. Vergessen wir nicht, daß unter dem gegenwärtigen Wahlgesetz die Minoritäten durch die Trennung der Majoritäten den Sieg erlangen können. Neue, unglückliche Beispiele haben es seit einem Jahre genug bewiesen, um diese Erwähnung nöthig zu machen. In einer großen, moralischen aufgeklärten Gesellschaft wie Frankreich, sind die verkehrten Geister immer in kleiner Anzahl und können nur durch die Trennung der besseren Geister triumphiren. Um das Unglück einer solchen Trennung zu verhindern, haben wir uns vereinigt und verkündeten wir euch die definitive Errichtung des Wahlausschusses, dessen Mitglieder vorstehende Erklärung unterzeichnet haben. (Folgen die 72 Unterschriften, unter andern die von: Baraguay d'Hilliers, Ferdinand Barrot, Beaumont (de la Somme), Berryer, de Broglie, Bugeaud, de Cambacérès, Cousin, Duvergier de Hauranne, Achille Fould, Victor Hugo, Lasteyrie, Maleville, Molé, de Montalembert, Lucian Murat, de Noailles, General d'Ornano, Casimir Perier, de Persigny, General Piat, Piscatory, de Rémusat, de Riancey, Taschereau, Thiers, de Wagram.)

Uebersicht.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 21. März.

Tagesordnung der 190. öffentl. Sitzung.

Abstimmung über den vom Abgeordneten Rießer, Namens des Verfassungs-Ausschusses erstatteten Bericht, den vom Abgeordneten Welcker in der 184. öffentlichen Sitzung vom 12. März 1849 gestellten Antrag betreffend, — nach vorgängigem Schlußvortrage der Berichterstatter der Minderheit und der Mehrheit des Verfassungs-Ausschusses.

Die Sitzung*) wird 9¼ Uhr Vormittags durch den Präsidenten Hrn. Ed. Simson eröffnet. In der unruhigen Bewegung des Hauses thut sich die gespannte Erwartung und das Gefühl kund, daß man unmittelbar vor der Entscheidung stehe.

Hr. Römer von Stuttgart erhält das Wort für die Minderheit des Verfassungsausschusses. Er bittet, zuvor eine Sache zur Sprache bringen zu dürfen, die außerhalb der Tagesordnung liege: Hr. Wurm und gestern wieder der Präsident des Reichsministeriums habe in Bezug auf Würtemberg behauptet, daß von dort dem Könige von Preußen die Krone Deutschlands angeboten worden sei. Die würtembergische Regierung habe bei der Neugestaltung der Dinge sich nur dahin erklärt, daß sie kein Bedenken dagegen habe, die Wahrung der deutschen Angelegenheiten dem Könige von Preußen zu übertragen. Aber darauf legt Hr. Römer besonderen Nachdruck, daß an ein Ausscheiden Oesterreichs damals nicht gedacht worden sei. Seitdem habe sich die Sachlage geändert. „Allein Würtemberg hat sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterworfen. Wenn daher die Versammlung das Haus Hohenzollern erblich an die Spitze Deutschlands stellt, so wird es wissen seine Pflicht gegen Deutschland zu erfüllen." (Beifallszuruf.)

Was Herr Römer sodann gegen die Annahme der Verfassung in Bausch und Bogen vorbringt, beschränkt sich darauf, daß eine solche Annahme selbst der Schicklichkeit widerspreche. Mit der Formel: „das Vaterland ist in Gefahr" habe man diese Eile motiviren wollen. Aber das Vaterland ist nach der Darstellung des Redners weder im Innern noch von Außen her jetzt in einer bedrohteren Lage als seit Monaten. Die innere Ruhe und auch die Sicherheit der gegen Frankreich gekehrten badnischen Landschaften sind vollkommen gesichert, die Straßen und Wege mit Reichstruppen bedeckt, und an Ministerien fehlt es nirgends — eher glaube ich, daß es hier und da zu viel Minister gibt. Auch wird die Errichtung des Erbkaiserthums nicht hinreichen, allen Widerspenstigkeiten der Einzelstaaten — wie gegen die Flottenbeiträge zu beseitigen. Fürchten wir uns nur nicht und wir werden nichts zu fürchten haben.

Beharrte Oesterreich auf seinen bisherigen Vorschlägen und namentlich auf dem Wegfall der Volkskammer, so wäre es allerdings nicht meine Meinung, daß Deutschland mit ihm in einem engern Anschlusse verbleiben könnte. Aber ich glaube nicht, daß Oesterreich schon sein letztes Wort gesprochen hat. Seine Verfassung ist oktroyirt. Es wird Jahr und Tag vergehen, ehe sie in Wirklichkeit getreten ist. Inzwischen kann sich mancherlei verändert haben, es kann schon eine neue Karte oktroyirt sein. (Widerspruch und Lachen). Gönnen wir ihm noch eine kurze Frist. Es liegt kein Grund zu einer Beschleunigung vor, wie sie der Welcker'sche Antrag bedingt. Verlieren wir Oesterreich jetzt, so fürchte ich, wir verlieren es für immer. Wir reizen seine Volksstimmung gegen uns, wir werden ferner, ich glaube nicht mit offenen Feindseligkeiten, aber mit fortdauernden Machinationen des österreichischen Kabinets gegen die deutschen Angelegenheiten zu kämpfen haben. Die revidirende Reichsversammlung, auf die der Verfassungsausschuß etwaige Abänderungen der Verfassung verweist, ist ein zweifelhaftes Geschenk. Man ist nicht sicher, daß diese Revision in dem voraus gewünschten Sinne geschieht. (Beifall von der Linken.) Dazu hat das Oberhaupt das absolute Veto und ist definitiv gewählt. Auch unpolitisch wäre die Annahme des Welcker'schen Antrags, denn das Erbkaiserthum hat die Stimmung eines großen Theils von Deutschland gegen sich, eine Mißstimmung, die wachsen würde, wenn die Nationalversammlung „überrumpelt" erschiene. Sodann, gibt es denn nicht auch in Preußen Partikularisten? Und würde nicht dieser Partikularismus im Staaten- und Volkshaus ein bedeutendes Uebergewicht haben? Allerdings besteht Preußen aus verschiedenartigen Stämmen und Landschaften, aber sie sind verbunden durch einheitliche Regierungs-Anstalten, durch dasselbe Oberhaupt und — mit wenigen Ausnahmen — durch die nämliche Gesetzgebung. Die große That, zu der man uns überreden will, ist daß wir Deutschland der Dynastie Hohenzollern übergeben sollen. Ich frage Sie, ist dies eine große That? (Beifall von der Linken).

Eine Aufmerksamkeit, wie sie Hr. Römer sowohl durch seine Stellung in der würtembergischen Regierung, als durch seine gedrungene Persönlichkeit auch bei Denen findet, die seiner Meinung entgegenstehen, vermag Hr. Schüler aus Jena, der hierauf ein zweites Minderheitserachten des Verfassungsausschusses in einem ebenso gedehnten als zerbröckelten Vortrage vertheidigt, nicht zu erregen. Er erblickt die Gefahr eines Bürgerkriegs in der preußischen Kaiseridee und kommt wiederum auf den Begriff „Kleindeutschland" in einer Weise zurück, als trage die Versammlung die Schuld des abgetrennten Oesterreich. Die Nationalversammlung hätte sich von vornherein herzhaft auf den Volksgeist stellen sollen, so würde jetzt weder, wie es Herr Wurm genannt habe, eine „verwegene That," noch nach Hrn. Wilh. Beselers Ausdrucke, „ein kühner Akt," nothwendig sein. Der König von Preußen wird die Krone annehmen, aber nicht von uns, sondern von den Regierungen. Er wird nicht mit demokratischem Oele gesalbt sein, sondern mit dynastischem, ein Kaiser nicht des Volkes sondern der Fürsten. Ist es doch nur der überwiegenden materiellen Macht wegen, warum der König von Preußen gewählt werden soll. Auf diese wird er sich stützen und mit den Fürsten gemeinschaftlich die Demokratie niederhalten. Nur ein Kaiser ohne überlegene Hausmacht würde genöthigt gewesen sein, seine Kraft aus dem Volke zu schöpfen, die allgemeine Volkswehr zu errichten, die stehenden Heere zu vermindern. Es ist nicht ohne Beispiel in der Geschichte, daß Völker ihre Freiheit einem Könige anvertrauten, aber ohne Beispiel ist's, daß dies geschah der großen Hausmacht dieses Königs wegen (Widerspruch.) Die Constitution unter unserm neuen Kaiserreiche wird ein Stück Papier sein. (Sehr wahr! von der Linken) Es ist die Ebbe, die nach der Fluth folgt in der wir uns befinden, es ist der Rückschlag nach dem Vorwärtsdrängen, was Sie zum Erbkaiser treibt. Allein dies Philisterthum bietet keine Elemente der Begeisterung, keinen Stoff zum Aufbau dar. Der Redner sucht dann weitläufig zu begründen, daß sich nur die verleugneten Nationalitätsrechte in der Ablösung Oesterreichs an Deutschland rächen. Wollten wir ein einiges und freies Deutschland, so hätten wir auch ein freies Italien, Ungarn, Polen herstellen müssen. Dann würden wir Oesterreich nicht an die Politik Habsburgs verloren haben. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma ist daher, daß man den österreichischen Brüdern wider die oktroyirte Verfassung zunächst durch das moralische Ansehen der Nationalversammlung und durch eine kriegerische Demonstration helfe — selbst wenn ein Bürgerkrieg daraus entstehe. Die Vorschläge der Ausschußmehrheit dagegen empören sein ganzes sittliches Gefühl. (Beifall von der Linken.)

Die Unruhe die bisher in der Versammlung geherrscht hat, macht unter Hrn. Riesser's Auftreten nach und nach einem achtungsvollen Schweigen Platz:

„Ueberwältigt von der großen Aufgabe, in dieser großen Debatte das letzte Wort zu reden, hege ich nicht die Zuversicht, daß ich den Reichthum des Inhalts derselben noch werde bereichern können. Ich werde der mir obliegenden Pflicht zu genügen suchen, indem ich diesen reichen Stoff übersichtlich ordne, um ihn zur Entscheidung vorzubereiten. Ich werde bestrebt

*) Die gestern wegen des bis nach 4 Uhr Nachmittags verspäteten Schlusses der Sitzung auf den heutigen Bericht verschobenen Ergänzungen sind in der Parlamentsschau eines andern Mitarbeiters — siehe das Hauptblatt dieser Nummer — bereits nachgetragen.

sein, es mit der Unparteilichkeit und der Unbefangenheit zu thun, wie man sie von dem Berichterstatter zu fordern pflegt, so weit eine solche Unbefangenheit möglich ist, bei der warmen und tiefen Ueberzeugung, ohne welche sich bei einer solchen Debatte zu betheiligen ich für ein Verbrechen halten würde". Aus dem mehr als zwei Stunden umspannendem Vortrage — eine der bedeutendsten Reden auch dem geistigen Gehalte und dem Eindrucke nach — heben wir hier nur Folgendes hervor:

Die bei weitem größere Mehrheit der Versammlung zweifelt nicht daran, daß Gründe vorhanden sind, das Verfassungswerk zu beschleunigen, denn selbst die entgegenstehende Seite des Hauses hat Abkürzungsvorschläge für die zweite Lesung gestellt. Es kommt nur darauf an, ob das von uns oder das Ihnen beantragte Verfahren das zweckmäßigere sei.

Die Abweichung des absoluten Veto ist die bedeutendste Abänderung des zweiten Entwurfs von der ersten Lesung der Verfassung. Als aber der Verfassungsausschuß das absolute Veto wiederherstellte, — um dies der Verdächtigung des Einschmuggelns gegenüber zu erwähnen, — war noch kein Gedanke an eine Annahme der Verfassung in Bausch und Bogen. Alle deutschen Regierungen hatten auf das absolute Veto angetragen und seine Herstellung ist keine Frage der Freiheit, sondern der monarchischen Ehre, deren das Oberhaupt des Gesammtstaats nicht entbehren kann. Der Redner erklärt sich dann auch über die vom Verfassungsausschusse vorgeschlagene Modifikation des Wahlgesetzes, der öffentlichen anstatt der geheimen Abstimmung. Nachdem man im Ausschusse über die Annahme des Welcker'schen Antrags einig geworden, habe man sich gefragt, was demnach ein jedes Mitglied von seiner individuellen Meinung opfern, worauf es bestehen müsse. So sei jene Abänderung für nothwendig erachtet worden. Dann erinnert er an die Umstände, unter welchen die §§. 2 und 3 in den Verfassungsentwurf und wie sie mit einer allerdings nur geringen Majorität zum Beschlusse des Hauses erhoben worden seien. Jetzt rufe man, Oesterreich werde niemals auf ein völkerrechtliches Bündniß mit Deutschland eingehen. Allein gerade ein völkerrechtliches Bündniß, welches man damals, durch die Beredtsamkeit einer österreichischen Minorität in der Versammlung dazu vermocht, in die zweite Linie gestellt habe, sei es gewesen, was von der größeren Anzahl der österreichischen Abgeordneten mit den besten Gründen, mit der dringendsten Empfehlung als das einzig mögliche Band bezeichnet worden sei. Jetzt da sich der Verfassungs-Ausschuß in die Nothwendigkeit versetzt sehe, belehrt von den Ereignissen, dies völkerrechtliche Verhältniß aus der zweiten in die erste Linie zu rufen, werde man dies nicht von derselben Seite her eine Ausstoßung Oesterreichs nennen und mit einer unverjährbaren Feindschaft drohen wollen! Herr Berger hat die Oesterreicher in diesem Hause die einzige legale Vertretung des österr. Volkes genannt. Wohlan, dann hat das österr. Volk selbst gegen jedes gewaltsame Einschreiten protestirt, denn diese österreichischen Stimmen haben in allen derartigen Fragen mit der Mehrheit des Hauses und gegen gewaltsame Maßregeln, gegen Oesterreich gestimmt. Der Redner geht sodann auf bekannte Vorgänge in den neuerlichen Wahlen in vielen österreichischen Distrikten ein, wo eine Bevölkerung, „die von Deutschland nichts wisse und nichts wissen wolle", plötzlich Vertreter ihres Willens hierher sende. Ich will über diese schwierige Frage des positiven Staatsrechts nicht entscheiden, aber wir würden zu wählen wissen, wenn „das Recht, das mit uns geboren ist", in einen solchen Konflikt mit einem andern Rechte käme. Die politischen und Rechtsverhältnisse, die zwischen Deutschland und Oesterreich obwalten, sind es, die der Redner darauf erörtert. Er thut dies im Geiste der Liebe für die deutschen Völker Oesterreichs, aber auch im Bewußtsein des unveräußerlichen Rechts, welches Deutschland hat, seine Geschicke zu bestimmen. „Wenn ich den Bruder in mein Haus aufnehme mit seinen ächten Söhnen nicht bloß, sondern auch mit seinen Adoptivkindern, öffne ich deßhalb meine Pforte für jeden ungerufenen Gast von der allgemeinen Heerstraße?" Den „materiellen Interessen" Süddeutschlands hält Riesser entgegen, wie man sich in Norddeutschland beim Beginne dieser Bewegung sofort gesagt habe, einem preußischen Zollvereine konnten wir widerstehen, auf eine deutsche Zollgesetzgebung müssen wir eingehen, es koste, welche Opfer es wolle! (Beifall). Auf eine Stimmenzahl, die sich um ein einiges und durch Einigkeit starkes System schaarte, auch wenn sie viel schwächer wäre, als wir sie gegen den Welcker'schen Antrag erwarten dürfen, würde das größte Gewicht zu legen sein. Allein die achtungswerthe Offenheit, die in dieser Debatte geherrscht hat, hat deutlich gezeigt, daß keine einzige der Gegenparteien, wenn sie zur Mehrheit gelangte, eine mögliche Lösung der Frage in Bereitschaft hat. Die Mittelpartei in dieser Frage hat nach jeder Seite dieses Hauses einen Berührungspunkt. Zwischen den beiden Fraktionen hingegen, die gegen uns eine Majorität bilden könnten, ist nichts gemeinschaftlich als die Verneinung. Sehen Sie zu, was sich daraus aufbauen läßt. Der Redner betrachtet die Stellung der Parteien sodann, abgesehen von der österreichischen Frage, nach ihren republikanischen oder partikularistisch-monarchischen Tendenzen. Eine Monarchie, die wir schaffen, wird allerdings seine Stütze im Volke finden, denn sie besteht allein aus dem Willen des Volks. Eine republikanische Spitze dagegen ist unmöglich bei dem Fortbestehen der Erbmonarchien. Der Redner zieht daraus den Schluß, daß auch eine Verbindung dieser beiden äußersten Parteien zu keinem Ergebniß führen könne. Die Krankheit Deutschlands ist keine acute, sondern eine chronische. Sie kann nicht geheilt werden durch ein Gegenmittel, sondern nur durch ein gesundes Leben des Volks. „Das hoffen wir unter der von uns zu gebenden Verfassung," die er gegen die Fröbel'schen Vorwürfe der vorsündfluthlichen Attribute vertheidigt. In Preußen ist die Monarchie keine Komödie, denn dort kennt man das Gewaltige, das Schützende der Monarchie. Auch im übrigen Deutschland wird man das Gewaltige und Schützende kennen und lieben lernen, wenn die von uns geschaffene in ein kräftiges Leben getreten ist. (Lebhafter Beifall aus der Mitte.) Indem der Redner die verschiedenen Parteien und Stämme zu einträchtigem, patriotischem Handeln ermahnt, leugnet er gar nicht, daß der Name Preußen Antipathien gegen sich habe. Aber eben darum wird auch Preußen gewinnen, wenn es den Namen, der zu unserm politischen Verstande spricht, mit dem Namen Deutschland vertauscht, der an Aller Herzen klingt. Die Grundrechte sind angeführt und Zweifel erregt worden, darüber: ob das preußische Erbkaiserthum sie annehmen werde. „Aber, meine Herren (zur Linken), fürchten Sie keine Gefahr für die von uns, von der Mehrheit des Hauses, beschlossenen Freiheiten. Denn fielen die Grundrechte, so fiele auch das Kaiserthum mit unserer ganzen Verfassung."

Der Berichterstatter kritisirt die verschiedenen zu dem Ausschußvorschlage gestellten Verbesserungsanträge, besonders auszeichnend den von Hrn. v. Radowitz bevorworteten. Es ist nur die geschichtliche Nothwendigkeit, die wir durch unsern Beschluß anerkennen und mit der Sache des Kaiserthums soll es auch der Name sein. Auch von der zweiten preußischen Kammer fürchtet Riesser nicht, daß sie durch den Mangel deutschen patriotischen Sinnes, den Anhängern des Census die Genugthuung verschaffen werde, daß ihr Wahlsystem das bessere sei.

„Wenn Sie (an die Oesterreicher gewendet) es über sich gewinnen können, uns unser Werk vollenden zu lassen, dann werden Sie ein dankbares Deutschland, ein Vaterland finden, wenn Sie es brauchen. Jeder Deutsche, der Ihnen entgegentritt, wird Ihnen in dem Händedruck den Dank Deutschlands reichen und jeder Heerd, an dem Sie sich niederlassen, wird Ihnen ein heimathlicher Heerd werden. (Bravo!) Wenn es aber nicht gelänge, (Unruhe) nun dann, m. H., wir verhehlen uns es nicht, ist ein großer Theil der Hoffnungen verschwunden. Aber an dem Werke des Aufbaues des Vaterlandes verzweifeln, das werden wir für unsern Theil nicht.

Wenn der Römer Schicksal und Freiheit des Vaterlandes aufgab, so schah es im letzten Augenblicke seines von eigener Hand genommenen Lebens. Als Kosciusko das weltgeschichtliche Finis Poloniae rief, lag er nach verlorner Schlacht unter den Hufen der feindlichen Rosse. Die große Behaglichkeit, mit der jetzt manchmal Buben an dem Geschicke des Vaterlandes verzweifeln, gehört zu den ekelhaftesten Erscheinungen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn darum unser Vorschlag fällt, so werden wir uns nicht dagegen sträuben, so gering unsre Hoffnungen sein mögen, mit treuer Arbeit Paragraph für Paragraph, wie Sandkorn auf Sandkorn, um mit den Worten des Dichters zu reden, zum Bau der Einigkeit zu tragen. Wir werden wenn der Stein vom Bau sich abermals herabwälzt und mit Donnergepolter zu unsern Füßen liegt ihn wieder erheben und in geduldiger Arbeit warten, bis der Genius des Vaterlandes die Fesseln bricht und uns von der Qual vergeblicher Arbeit erlöst. Daß aber ein beträchtlicher Theil der Größe und der Hoffnung mit dem Antrage sinkt und daß wohl zu erwarten ist, daß untergeordnete Rücksichten sich ihm fügen, müssen wir Alle anerkennen.

Thun sie den letzten Schritt mit derselben Kraft und Begeisterung, welche diese Versammlung bei ihrem ersten Zusammenkommen in sich hatte. Ich muthe Ihnen nicht zu, wir andere Redner, Ihre letzte Kraft aufzuwenden, denn die Größe und die Kraft Deutschlands ist in Ihnen. Aber ich sage, krönen Sie Ihr Werk, erfüllen Sie den alten großen Traum Deutschlands von seiner Einheit, Macht und Größe, „fassen sie einen weltgeschichtlichen Entschluß."

Sowie Herr Riesser seinen Vortrag geendet hat, bricht ein beispielloser Beifallssturm aus der Mitte des Hauses los und Alles drängt sich gegen die Tribüne um den herabkommenden Redner mit Händedrücken und Umarmungen zu empfangen. In Vieler Augen erblicken wir Thränen. Auch Hr. v. Gagern erhebt sich mit Lebhaftigkeit, um Hrn. Riesser seinen Dank entgegen zu bringen. Die Verhandlung muß eine Pause machen, um diesem Gefühle der Rührung und der Beistimmung Raum zu geben.

Nachdem noch Hr. v. Radowitz im Namen seiner politischen Freunde und für sich erklärt hat, daß sie sich, mit Unterordnung ihrer Bedenken, dem Antrage der Ausschußmehrheit anschließen würden, erfolgt die Abstimmung durch Namensaufruf über das Minderheitserachten des Ausschusses, welches Uebergang zur Tagesordnung verlangt. Von 115 Abgeordneten aus Oesterreich sind gegenwärtig Einhundert und Zehn in Frankfurt. Daran erinnern wir, indem wir mittheilen, daß der Antrag auf Tagesordnung mit nur 272 gegen 267 verworfen wird.

Das Schicksal des Vorschlags der Ausschußmehrheit läßt sich darnach voraussehen. Die Frage über die Annahme des von dem Verfassungsausschusse adoptirten Welcker'schen Antrags wird dann auch wirklich mit 283 gegen 252 Stimmen verneint. (Beifallklatschen von der Linken. Pfui! und Zischen von rechts dazwischen.)

Herr Grumbrecht aus Hannover beantragt die Vertagung der ferneren Abstimmungen auf morgen. Herr Moritz Mohl bezeichnet den Antrag Grumbrechts als einen „skandalösen" und wird von dem Präsidenten deshalb zur Ordnung gerufen, was er mit der Bemerkung hinnimmt: „die Erde bewegt sich doch!" In die Vertagungsdebatte, die sich entspinnt, fällt zündend das Wort des Hrn. Kerst aus Posen: „daß die Oesterreicher, die nicht feierlich gegen die oktroyirte Verfassung protestirten, kein Recht hätten, hier abzustimmen." Endlich entscheidet sich eine Abstimmung durch Zettel für die Vertagung auf nächste (morgende) Sitzung.

*** **Frankfurt**, 21. März. (Aus der Paulskirche Vormittags.) Die Paulskirche bietet in der heutigen 190. Sitzung, der wichtigsten von allen, ein sehr belebtes Bild dar. Die Zuhörertribunen waren schon frühe stark besetzt und überfüllten sie bald. Aus der weitern Umgegend trafen, wie auch an den vorausgegangenen drei Sitzungstagen, Zuhörer ein. Alles ist in der größten Spannung auf die Entscheidung des heutigen Tages.

△ **Berlin**, 19. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erhielt der Abgeordnete Wiethaus Urlaub, um an den Frankfurter Verhandlungen Theil nehmen zu können. Hr. v. Manteuffel zeigte an, daß ein Gesetz über die Tagegelder und Reisekosten der Abgeordneten ausgearbeitet sei.

Der Präsident fragt hierauf: ob und wann das Staatsministerium die auf der Tagesordnung befindliche Interpellation des Abgeordneten v. Berg beantworten wolle:

Minister des Innern: Das Staatsministerium beabsichtigt keineswegs die v. Berg'sche Interpellation in der Allgemeinheit, in der sie gestellt worden, zu beantworten. Die Handlungen des Ministeriums liegen offen vor Jedermanns Augen; möge man bestimmte Fragen stellen und das Ministerium wird die Antwort, zu welcher es nach der Verfassungsurkunde verpflichtet ist, nicht verweigern.

Der Präsident erklärt, daß nach dieser ministeriellen Erklärung die Interpellation nicht Statt haben könne. (Gelächter auf der Linken.) Hierauf verliest Hr. v. Vincke den schon bekannten Entwurf der Adreßkommission. Es begann die allgemeine Berathung der Adresse. Zunächst werden zahlreiche Verbesserungsanträge gestellt. Wir wollen nur den Anfang des Entwurfes geben, welchen d'Ester für die äußerste Linke einreichte:

„Majestät! Die preußische Nationalversammlung ist in Folge von Ereignissen, welche dem Lande noch im frischem Gedächtnisse sind, von Euer Majestät am 5. Dezember v. J. wider ihren Willen aufgelöst worden. Ihr bald vollendetes Werk, eine der Bildungsstufe, den Anforderungen und Bedürfnissen des Volkes entsprechende Verfassung ist dadurch unterbrochen, der öffentliche Rechtszustand tief erschüttert und die Hoffnung auf baldige Erfüllung der von Euer Majestät im März vorigen Jahres ertheilten Verheißungen hinausgeschoben werden.

Das Volk hat abermals durch Ausübung des allgemeinen Stimmrechts Vertreter gewählt, um das unterbrochene Werk der Nationalversammlung zu vollenden, die von Euer Majestät am 5. Dezember v. J. veröffentlichte Verfassungsurkunde, welche ohne die Zustimmung der Volksvertreter keine Rechtsgültigkeit hat, zu berathen, den Anforderungen des Volkes Geltung zu verschaffen und so mit Euer Majestät die zukünftige Verfassung des preußischen Staates festzustellen.

Die seit dem 5. Dezember v. J. erlassenen Verordnungen, welche uns vorgelegt werden sollen, werden wir einer ernsten Prüfung unterziehen, halten uns aber, durchdrungen von der Nothwendigkeit des Grundsatzes, daß kein Gesetz ohne die Mitwirkung und Zustimmung der Volksvertretung gegeben wreden könne, und berufen, die unveräußerlichen Rechte des Volkes aufrecht zu erhalten, für verpflichtet, gegen die vorläufige Giltigkeit jener so tief in das Staatsleben eingreifenden Verordnungen Verwahrung einzulegen." u. s. w.

Man sieht, Hr. D'Ester bleibt bei seiner Behauptung, daß er nicht auf Grund der preußischen Verfassung, sondern auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes in der zweiten Kammer sitze. Die Polen dringen auf Erfüllung der ihrer untergrückten Nationalität gemachten Verheißungen, Auch Rodbertus und Genossen legten einen besondern Entwurf vor. Während die äußerste Linke kein Wort für Deutschlands Hoffnungen, sondern nur eine leere Redensart von Sicherung der Freiheit einschiebt, spricht sich der Entwurf der gemäßigten Linken in der Deutschen Frage auf's Entschiedenste aus*). Als Vorkämpfer der Linken trat Hr. v. Berg auf. Man kennt seine Art. Er tritt immer so sicher auf, wie ein routinirter Schauspieler im Konversationsstück. Er vermißt in dem Entwurf der Kommission eine Kritik der Regierungsmaßregeln, der Entwurf sei kein konservativer, sondern ein ministerieller. „Sie wünschen den Ministern trauen zu können, sagte er zu der Rechten und wir mißtrauen ihnen." Der Entwurf würde nur eine schwache Mehrheit bekommen und nicht Zeugniß ablegen von dem Geiste der Versöhnung, welcher die Kammer durchdringe. Graf Renard trat der äußersten Linken entgegen. Er sagte, sie umschlinge die Krone mit einem rothen Bande. Jakoby sprach gegen die Rechtsbeständigkeit der Oktroyirung. Man sage, das Volk habe die Verfassung angenommen, aber das könne es nur durch seine Vertreter thun.

„In Bezug auf den Inhalt der Verfassung hebe ich nur Eins hervor: sie verletzt die zwei wichtigsten politischen Grundsätze, welche seit der Märzrevolution allgemeine Anerkennung gefunden, nämlich Gleichberechtigung und Selbstregierung, erstere durch die erste Kammer, letztere durch ein Recht des Ministeriums in Gesetzgebung und Besteuerung, welches auch vor dem März unerhört war."

Er schloß mit den Worten: „Es handelt sich darum, ob wir als freie Männer, oder als Freigelassene des Königs von Gottes Gnaden da stehen!" (Beifall links.)

Fast noch heftiger sprach Waldeck. Er erinnerte an das Ruere in servitutem („Deutsch!" „In die Knechtschaft rennen!") und behauptete, er stände, wie Hr. v. Vincke beim vereinigten Landtage, auf dem Rechtsboden. Auf der rechten Seite erhob sich dagegen Herr v. Bodelschwingh: „Es liegen der Kammer jetzt zwei Adreß-Entwürfe vor; zu dem einen bekenne ich mich mit vollem Herzen; den andern möchte ich als den Entwurf unserer politischen Gegner bezeichnen. Beiden Entwürfen kann man in der That nachsagen, daß sie unumwunden das aussprechen, was wir wollen und wünschen, namentlich aber ist der Entwurf unserer Gegner überaus offen und hat mich über Bestrebungen aufgeklärt, von denen ich früher nicht einmal eine Ahnung hatte (Heiterkeit auf der Linken). Unsere Gegner, sagte er im Verlaufe seiner Rede, welche die Stimme des Volkes überhört haben und die Verfassung nicht als gültig anerkennen wollen, beschwören eine Reaktion herauf, die größer sein wird, als die vielbesprochene Reaktion des Junkerthums und der Kamarilla. Ohne Verfassung sind wir kein konstitutionelles Volk.

Er schloß mit den Worten: „Unsere Adresse ist übrigens keine Adresse der ministeriellen Partei." Eine Aeußerung Bodelschwinghs,

*) Die betreffende Stelle ist von uns bereits mitgetheilt.

№ 80. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 21. März 1849.

Uebersicht.

Thüringen, Sachsen und Preußen.

Nachdem die Versammlungen unter den thüringischen Staaten wegen einer Vereinigung, großen Theils an der Eifersüchtelei einzelner dieser Staaten gescheitert waren, ließ man sich daselbst bekanntlich auf Verhandlungen mit Sachsen ein, die eine ähnliche Verbindung, wie sie bisher nur in Thüringen beabsichtigt war, nunmehr zwischen den thüringischen Staaten und Sachsen anbahnen sollten. Namentlich wurde eine solche Verbindung in Bezug auf militärische Angelegenheiten unter Vorsitz eines militärischen Reichskommissärs, des königl. sächsischen General-Majors, Grafen von Holzendorf, auf einer Konferenz in Weimar zu Anfang des Monats Februar besprochen. Als Bedingungen eines solchen Anschlusses waren besonders zwei aufgestellt worden: einmal die, daß Sachsen seine Politik in der deutschen Verfassungsfrage ändere und sich für Uebertragung der deutschen Oberhauptswürde an Preußen ausspreche; zweitens, daß Sachsen in den gemeinsamen obersten Organen des projektirten Staaten-Vereins den Thüringischen Staaten ein Stimmverhältniß einräume, welches diese Staaten nicht sofort formell vernichte. Es soll nun Sachsen zu Erfüllung der zweiten Bedingung sich geneigt gezeigt haben. Was die erstere betrifft, so kann nach den offenkundigen Aeußerungen der sächsischen Kammern und Ministerien über Ablehnung derselben wohl kaum ein Zweifel bestehen. Mittlerweile lassen sich in Thüringen mannigfache Aeußerungen der öffentlichen Meinung gegen diesen Anschluß vernehmen. Bei der ungleichen Größe der betheiligten Staaten, läßt sich die konstitutionelle Einrichtung eines eigentlich gemeinsamen Regiments auf längere Zeit nicht wohl denken. Die Politik in Sachsen, die nach Ausbildung dieses Landes zu einem größeren den Ausschlag zwischen Nord- und Süddeutschland gebenden Mittelstaat hinzielte, konnte bei einer Bevölkerung nicht populär werden, die eine rein deutsche und nur eine deutsche, aber keinerlei Sonder-Politik im Vaterlande zu sehen wünscht. Die Herrschaft des souverainen Unverstandes in der sächsischen Kammer, so verwerflich und langweilig zugleich, war ebenfalls nicht geeignet, Sympathien zu erwecken. So ist es leicht erklärlich, daß man sich niegends in Thüringen nach eifriger Fortsetzung der noch schwebenden Verhandlungen mit Sachsen sehnt. Wunder nimmt es uns, daß diesen Verhandlungen gegenüber Preußen eine so passive Rolle festgehalten hat. Dieser Staat hätte es, so weit wir die Stimmung der politisch weiter Blickenden in Thüringen kennen, noch immer in der Hand, eine Combination mit seinen Thüringischen Landestheilen vorzuschlagen, die auf die Sympathien der Bevölkerung wohl rechnen könnte und im Nutzen aller Betheiligten uns zu liegen scheint. Wir meinen die Vereinigung der preußisch-thüringischen Gebietstheile mit den acht thüringischen Staaten in Bezug auf Gesetzgebung, Militärwesen, höhere Verwaltung, Gerichtsverfassung und Kirchenwesen zu einem Staatenverein (Reichskreis), dessen höchste Organe eine gemeinschaftliche oberste Regierungsbehörde und ein gemeinsamer Landtag sein würden. Preußen könnte in diesem Verein in Bezug auf die Geschäftsleitung den Vorsitz übernehmen. Dieser Plan hat den Vorzug, daß er ein gemeinsames Regiment möglich macht, also die Vortheile eines erweiterten Staatslebens, ohne daß die Radikalkur der Mediatisirung angewendet zu werden brauchte, ferner, daß er die Eifersucht auf Weimar, dem einzelne der übrigen Staaten seine Ueberlegenheit nicht vergeben können, zugleich mit der Unterwerfung unter den vorwiegenden Einfluß Preußens, zurückdrängt. Für Preußen selbst würde es von großem Nutzen sein, wenn es seine Kräfte auf diese Weise arrondiren könnte, von Gefahr dagegen, wenn es diese Länder einem ihm abgeneigten Elemente überließe. Für diesen Vortheil müßte es freilich ein nicht geringes Opfer bringen, nämlich die Lösung seiner thüringischen Landestheile von dem parlamentarischen Gesammtverbande der Monarchie, und Verweisung derselben in Bezug auf die ständische Vertretung auf den gemeinsamen thüringischen Landtag. Es ist möglich, daß man über diese Zumuthung lächeln wird, aber man erinnere sich, daß noch vor wenigen Monaten gewiß nicht unreife Staatsmänner an die Möglichkeit der Beseitigung einer Berliner Nationalversammlung dachten und auf Auflösung derselben in Provinzial-Landtage zusteuerten, daß noch jetzt dies Resultat von den entschiedenen Anhängern des deutschen Bundesstaats als höchst wünschenswerth und fast nothwendig betrachtet wird, dazu würde durch Ausführung des angeregten Plans der erste gewiß im Interesse ganz Deutschlands liegende Schritt gethan sein. Es würde ferner dabei sehr zu Statten kommen, daß zwischen denselben Ländern und den betreffenden preußischen Landstrichen in Bezug auf Zollwesen und indirekte Besteuerung eine engere Vereinigung (der sog. thüringische Zollverein) besteht, daß ferner in Bezug auf mehrere, namentlich aus dem sächsischen Partikularrechte stammende Rechtsinstitute zwischen denselben eine gewisse Gleichmäßigkeit besteht.

Was die Militärfrage betrifft, so soll von Frankfurt aus eine Vereinigung der thüringischen mit den kurhessischen Truppen vorläufig als zweckmäßig empfohlen worden sein.

Deutschland.

Prag. Laut einem Berichte in den Narodni Nowiny ist vorigen Herbst im Chrudimer Kreise die Sekte der Adamiten oder Marokaner von Neuem aufgetaucht. Schon zur Zeit der Hussitenkriege von Zizka mit Feuer und Schwert unterdrückt, war diese abenteuerliche kommunistische Sekte unter Kaiser Joseph II. nach dessen Toleranz-Patent von Neuem hervorgetreten, aber bald wieder durch Gewaltmaßregeln unterdrückt worden. Als nun im vorigen Jahre in ganz Europa der Ruf der Freiheit erscholl, als die Glaubensfreiheit überall ausgerufen wurde und die Zeit der Adressenwuth kam, da ermannten auch sie sich, traten offen als Bekenner ihrer Lehre auf, ließen sich aus den Kirchen-Matrikeln streichen und schrieben im November vorigen Jahres an Seine Majestät den Kaiser eine Adresse, worin sie um Bewilligung von fünf Punkten baten. Sie wollen weder Katholiken noch Akatholiken sein, sondern ohne alle Religion leben. Alle Katholiken werden nach ihrer Meinung durch einen Feind, der aus Marokko kommen werde, vertilgt werden, dann würden sie, die Adamiten, allein bleiben und alle Güter unter sich vertheilen. Gott lebt in ihnen, aber die Unsterblichkeit erkennen sie nicht an. In ihren nächtlichen Zusammenkünften treiben sie ihr Unwesen auf die scheußlichste Weise. Diese Sekte hatte bereits in fünf Dorfschaften des Chrudimer Kreises starken Anhang, und als sie Anlaß zu den größten Streitigkeiten mit ihren Nachbarn gaben, sahen sich die dortigen Aemter veranlaßt, die Wahnsinnigen durch Militär-Exekution zur Ordnung zu bringen. (C. Bl. a. B.)

△ **Aus österreichisch Schlesien**, 12. März. Wie ich Ihnen bereits früher von Ollmütz aus mehremale berichtete, daß es der österreichischen Konstituante ebensowenig als wie der preußischen vergönnt sein würde, ihr Werk zu Ende zu führen, ist nun endlich zur Wahrheit geworden. Die drohende Gewitterwolke, die schon seit längerer Zeit, freilich nur für den Eingeweihten sichtbar, über den Häuptern der Kremsierer Versammlung hing, hat sich nun endlich vernichtend entladen und eine Verfassung sprang plötzlich fertig aus dem Kopfe Stadions, wie Minerva aus dem Haupte Jupiters. Die Sprengung des österreichischen Reichstages ist eine ebenso schlechte Nachäffung des preußischen Originals, als ein trauriges Vorspiel zur Jahresfeier der österreichischen Märzrevolution des Jahres 1848. In unserm kleinen Ländchen hat dieses Ereigniß nicht die Sensation gemacht, die man bei der bekannten demokratischen Gesinnung des größten Theils der deutschen Einwohner desselben voraussetzen durfte. Das Volk hatte seit dem Falle Wiens längst ein Vorgefühl dessen, was da kommen würde. Viel Besorgniß und Theilnahme erregt das Schicksal unseres Landsmannes des Abgeordneten Kudlich; derselbe wurde am 9. auf seiner Heimreise in Sternberg verhaftet. Der Name Kudlich genießt aber nicht bloß in seinem schlesischen Wahlbezirke einer großen Verehrung, sondern jeder Bauersmann in Oesterreich wird wohl immer mit Gefühlen der Dankbarkeit den

Mann nennen, dessen Feuereifer ihn von den drückenden Banden und Lasten der Hörigkeit und Robot befreite. Man will den jungen Deputirten vielleicht à tout prix in die Schuld der Wiener Oktobertage mit verwickeln; gelingt es der Regierung, die in dieser Beziehung eine unversöhnliche, rachedürstende Politik verfolgt, ihm auch nur den geringsten Fehltritt aufzubinden, so dürfte ihm wohl ebenfalls kein anderes Loos zu Theil werden, als den unzähligen andern Opfern, die auf eine gewisse Reihe von Jahren zu leichter oder schwerer Kerkerstrafe begnadigt wurden.

.*. **Berlin**, im März. In geräuschloser Stille entwickelt sich hier eine Krankheit, die zu den größten Besorgnissen Anlaß giebt, und dies um so mehr, als sie von der Presse sogar auf unverantwortliche Weise vernachlässigt wird. Es grassirt hier ein wahres Auswanderungsfieber. Das Provisorische unserer Zustände, sowohl der preußischen als der deutschen, hat dem materiellen Wohlstande die empfindlichsten Wunden geschlagen und namentlich der kleine Bürgerstand geht einer Besorgniß erregenden Verarmung entgegen. Seit vorigem Sommer schon stockt Handel und Wandel, es wird nichts verdient, sondern von Ersparnissen gelebt. Diese reichen aber bei dem kleinen Manne natürlich nicht aus und die Besorgniß, Alles zu verlieren, gebiert den Entschluß auszuwandern. Das allgemein mangelnde Vertrauen hält Wohlhabendere ab, ihre Kapitalien-Unternehmungen zuzuwenden: und so leben sie nun theils von ihren Zinsen, theils regt sich auch bei ihnen die Lust auszuwandern, um ein ergiebigeres Feld für ihre Thätigkeit zu finden. Dazu kommt das Beisammensein der Landwehr, welches störend in viele Verhältnisse eingreift und die Besorgniß vor neuen inneren oder äußeren Wirren, sowie auch die natürliche Nichtbefriedigung der im vorigen Jahre zahlreich aufgetauchten leichtsinnigen Hoffnungen. Dies Alles treibt die Leute fort und nach vor uns liegenden Daten wird die deutsche Auswanderung, die sich bisher durchschnittlich nur auf 60,000 Seelen das Jahr belief, schätzungsweise in diesem Jahre die enorme Zahl von mehr als dem Doppelten erreichen. Und ein Schmerz ist es zu sehen, wie diese Leute meist auf das Ungewisse hin fortziehen, für die Heimath aber ganz verloren gehen. Unter den hiesigen Auswanderungsvereinen scheint der australische auf der sichersten Grundlage zu ruhen und hat tüchtige Elemente in seiner Mitte. Außer diesem hat sich ein Verein zur Auswanderung nach Süd-Brasilien, ein anderer zur Auswanderung nach Rio de la Plata, gebildet. Ferner geht assoziationsweise ein kleines Häuflein nach dem westlichen Texas, der großen Zahl, isolirt und ganz auf eigene Hand nach den Vereinigten Staaten u. s. w. Auswandernden gar nicht zu gedenken. Endlich ist auch ein Verein zur Emigration nach Andalusien entstanden, welcher schon nahe an 300 Theilnehmer zählt. Wie leichtfertig es aber dabei zugeht, können Sie allein daraus ersehen, daß, obgleich man sich schon zum Fortziehen anschickt und das aus 24 Mitgliedern bestehende Comite täglich neue Meldungen annimmt, noch gar nicht einmal die Zustimmung der spanischen Regierung vorliegt, welche allerdings ganz gegen ihr wohlverstandenes Interesse, zur Beförderung keineswegs geneigt scheint.

Köln, 16. März. Die Kölnische Zeitung schließt ihren heutigen leitenden Artikel über den Belagerungszustand mit folgenden Worten: „Diese Erwägungen führen uns auf den Belagerungszustand zurück. Außer der Verhängung und der Fortdauer des Belagerungszustandes wird auch seine Handhabung zur Sprache kommen müssen. Das Ministerium rühmt die Milde derselben — aber es fragt sich, welchen Maßstab legt es hierbei an? Es mag sein, daß Niemand ausgewiesen wurde, von dem man mit bureaukratischem Wohlmeinen nicht sagen konnte: Er macht hier bloß Unfug und hat nichts Gutes hier zu suchen; — es mag sein, daß kein Blatt verboten und keine Druckschrift weggenommen wurde, von denen vernünftige Männer nicht wünschen müßten, daß sie gar nicht wären geschrieben worden: — allein die außerordentliche Maßregel des Belagerungszustandes ist nur da, Gefahren abzuwehren, nicht aber, die Behörden eine väterliche Zuchtruthe führen zu lassen! Wir leiden schwer unter den Nachwehen der Revolution; wir werden aber diese nur überwinden, indem wir uns zugleich von den Nachwehen des väterlichen Absolutismus befreien. Beide Uebel haben dieselbe Unumschränktheit und Maßlosigkeit gemein, und beide müssen mit demselben Mittel — der immer von Neuem geltend zu machenden Maxime einer festen, maßvollen Gesetzlichkeit — bekämpft werden."

Dieselbe Zeitung berichtet: „Es liegen zwei Aktenstücke vor uns, aus denen erhellt, daß der Unverstand der Bureaukratie an zwei Stellen unseres Staates die Censur wieder eingeführt hat. Es heißt nämlich im „Rosenberg-Kreuzburger Telegraphen" vom 7. März: Die verehrten Leser unseres Blattes ersuchen wir, die verspätete Ausgabe dieser Nummer und deren Unvollständigkeit nicht uns zur Last zu legen, sondern berücksichtigen zu wollen, daß wir uns noch immer im Belagerungszustande befinden und der „Telegraph" — welcher in der letzten Zeit von dem zum Abgeordneten für die zweite Kammer erwählten hiesigen königl. Landrath Hrn. Sack censirt worden — nach dessen Abreise nach Berlin nun unter direkte Militär-Censur gestellt worden ist. Die Redaktion. Die Erfurter Behörden sind sogar noch weiter gegangen und haben die Einfuhr anderer Blätter unter polizeiliche Kontrole gestellt!! In dem „Erfurter Adreßblatt" vom 7. Februar heißt es nämlich: Auf Anordnung der k. hochl. Kommandantur hier wird das hiesige Publikum bei „angemessener Polizeistrafe" und bei „sofortiger Verhaftung" verwarnt, auswärts gedruckte Schriften, welche die Maßregeln der Regierung verdächtigen oder gar in gehässiger Opposition angreifen und auf diese Weise dahin wirken, die Gemüther der Einwohnerschaft der bestehenden konstitutionellen Regierung zu entfremden, oder auch geeignet sind, Erbitterung gegen gewisse Einwohnerklassen und dadurch Aufregung und Unfrieden in hiesiger Stadt hervorzurufen, hier zu verbreiten oder zu affichiren. Erfurt, 5. Febr. 1849. Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

Wenn man solche Dokumente durchliest, so weiß man kaum, ob man sich über eine so grobe Rechtsverletzung mehr entrüsten, oder über den ihr zu Grunde liegenden Unverstand mehr erstaunen soll!"

Schweiz.

+ **Zürich**, 17. März. Während im Osten Schlag auf Schlag das politische Gewitter sich entladet, beginnt auch im Süden, in Italien, das blutige Drama: der Waffenstillstand ist von Seiten Piemonts gekündet, der österreichische Gränzkommandant in Como, General v. Haller, verlangt in einem Schreiben an Hrn. Sidler, den eidg. Repräsentanten im Tessin, daß man den Uebertritt bewaffneter Banden aus dem Tessin in die Lombardei verhindere. Diesem Verlangen wird entsprochen werden, und findet sich die tessinische Regierung zu schwach dazu, so wird die Eidgenossenschaft die geeigneten Vorkehrungen zu treffen wissen. Welch' eine Rolle spielt aber die „schweiz. Neutralität" in Mittel- und Unteritalien? Auf der einen Seite der offene, alte Absolutismus, sich stützend auf eine blind ergebene Soldateska, — auf der andern Seite ein durch langjährige Knechtschaft entnervtes Volk, das sich dessen ungeachtet zu einem Verzweiflungskampf auf Leben und Tod anschickt, um die verlorene Freiheit und Unabhängigkeit wieder zu erringen. Und unsere Mitbürger? wo stehen sie? Nicht mit Unrecht bemerkt der „Rep. Tic.": „Ihr spottet darüber, daß 6000 Mann ein unüberwindliches Hinderniß für ein Volk von mehr als 20 Millionen bilden; aber diese 6000 Mann tapferer, wohldisziplinirter, wohlbewaffneter und gut geführter Truppen sind der Kern der neapolitanischen Armee; ohne sie hätte diese Armee dem demokratischen und nationalen Andrange keinen Widerstand leisten können, der Thron des Bourbonen von Neapel wäre in den Staub gestürzt, und Neapel, Sizilien, Rom und Toskana könnten vereint dem tapferen Piemont die Hand bieten, um den Erbfeind des italienischen Namens zu bekämpfen." Mag auch etwas Uebertreibung in dieser Schilderung liegen, gewiß ist, daß bei dem bevorstehenden Kampfe Sardinien nur auf Unterstützung von Seite des schwachen Toskanas und der nördlichen römischen Marken rechnen darf; die Kräfte des übrigen Theiles der römischen Republik sowie Siziliens werden vollständig durch Neapel, und hier wieder vorzugsweise durch unsere 6000 Mitbürger, paralysirt. Bei dieser exzeptionellen Wichtigkeit, die ein verhältnißmäßig kleines Truppenkorps gegenwärtig in Italien einnimmt, ist es wohl nicht ohne Interesse, einen Blick auf die Organisation und Zusammensetzung dieser vier Regimenter zu werfen. Jedes derselben besteht aus zwei Bataillonen zu 736 Mann, und besitzt außerdem noch einige Artillerie. Zu dem 1. Regiment liefert Luzern (nach dem Vertrag vom 3. Juli 1824) ein Bataillon, Uri, Unterwalden und Appenzell J. Rh. (Vertrag vom 15. Juni 1829) das andere; Freiburg und Solothurn stellen das 2. Regiment (Vertrag vom 15. Juni 1825); zum

3. Regiment stellt Wallis ein Bataillon (Vertrag vom 11. Aug. 1826), Schwyz und Graubündten jedes ½ Bataillon (Verträge vom 8. März 1827 und vom 7. Dez. 1828); das 4. Regiment wird von Bern allein gestellt (Vertrag vom 6. Sept. 1828). Die Kapitulationszeit ist auf 30 Jahre festgesetzt, so daß sämmtliche Verträge in den Jahren 1854—59 erlöschen. Die Pensionen betragen bei vorzeitiger Auflösung oder nach 20jähriger Dienstzeit ½, nach 25jähriger Dienstzeit ⅔, nach 30jähriger Dienstzeit ¾ des Soldes; Veteranen mit 35 Jahren Dienstzeit erhalten den ganzen Sold als Ruhegehalt.

J. Fazy hat nun zwar auf der am 11. in Genf abgehaltenen Volksversammlung erklärt, die Regimenter seien sofort zurückzurufen, und wenn der König von Neapel nicht zum schuldigen Danke dafür, daß die schweizer Truppen 25 Jahre lang seinen wankenden Thron aufrecht gehalten, denselben die gebührende Entschädigung leisten wolle, so müsse die Eidgenossenschaft ihn mit Krieg überziehen. Wenn Hr. J. Fazy wüßte, wie entsetzlich kühl und prosaisch die ganze östliche und innere Schweiz diese Militärkapitulation ansieht, er würde gewiß nicht so „kühne Griffe" thun. Mögen die Volksvereine und die öffentlichen Blätter der westlichen Schweiz und Tessin's übrigens deklamiren, so viel sie wollen, die bald zusammentretende Bundesversammlung wird Jeden überzeugen, von welchem engherzigen und egoistischen Standpunkte die Mehrheit der Repräsentanten des schweizerischen Volkes in dieser immerhin kläglichen Angelegenheit ausgeht.

Die Basellandler haben das vom Landrath dekretirte Steuergesetz, welches Vermögen und Einkommen mäßig besteuerte, verworfen, weil die reichen Dorfmagnaten in wohlverstandenem eigenen Interesse der übrigen Bevölkerung einen radikalen Abscheu vor jeder direkten Steuer einzuflößen wußten. Es ist das nicht das erste Mal, daß das „demokratische" Veto der basellandschaftlichen Bevölkerung recht hinterlistig der wahren Demokratie, der wirklichen Volkswohlfahrt ein Bein stellt. Dr. Matt, einer der tüchtigsten Bürger von Baselland, der diesen Stand als Nationalrath zu Bern vertritt, hat aus Unwillen über diese Intriguen und diesen Unverstand seine sämmtlichen öffentlichen Stellen niedergelegt. — N. R. Bollier in Zürich, dessen Krankheit ich Ihnen schon meldete, hat dem Bundesrathe seine Entlassung als Nationalrath eingereicht, da seine Gesundheitsumstände es ihm in keinem Falle erlauben würden, der nächsten Sitzung der Bundesversammlung beizuwohnen.

Niederland.

□ **Haag**, 18. März. Der König ist todt, es lebe der König! Wilhelm II. ist zu seinen Vätern versammelt und Wilhelm III. trägt jetzt die Krone der Niederlande, aber das Land legt aufrichtige Trauer an um den Fürsten, der in guter und böser Zeit der wahre Freund seines Volkes gewesen und zumal in den Stürmen des letzten Jahres zugleich den Wünschen der Nation Rechnung zu tragen und die Würde des Thrones zu wahren gewußt. Holland hat seine unblutige Regeneration vor allen Dingen der mit Entschiedenheit gepaarten Einsicht des Herrschers zu danken, den es gegenwärtig zu Grabe geleitet.

Wilhelm II. wurde am 6. Dez. 1792 geboren und trat, nachdem er seine Ausbildung in der Militärakademie zu Berlin begonnen und in Oxford vollendet hatte, frühzeitig in Militärdienste ein. Der Sohn eines Verbannten blieb ihm Nichts übrig, als in fremden Heeren für eine Sache zu fechten, die zugleich die Sache seines Vaterlandes war. Zuerst in englischen, später in spanischen Diensten hatte er mehrfach, als Adjudant Wellingtons, Gelegenheit sich auszuzeichnen: die Belagerungen von Ciudad Rodrigo und Badajoz, die Schlacht von Salamanca und eine Reihe anderer kriegerischer Ereignisse der Halbinsel trugen seinen Namen in die glorreiche Geschichte des spanischen Unabhängigkeitskrieges ein. So kam das Jahr 1814 heran und als der Sohn eines Souverains kehrte der junge Krieger ins Vaterland zurück, aber nur, um alsbald das niederländische Heer gegen den wiedererstandenen Feind zu führen: er focht bei Quatrebras und Waterloo und zog mit einer kaum vernarbten Wunde in Paris ein. In tiefer Ruhe lebte er seitdem, im Jahr 1816 mit der Schwester Kaiser Alexander's, der Großfürstin Anna Paulowna, vermählt, bis die Ereignisse in Frankreich die belgische Revolution gebaren, deren Verlauf den Prinzen, welcher mit Ueberschreitung seiner Vollmacht die Freiheit Belgiens anerkannt, nach England führte, bis er, ausgesöhnt mit seinem königlichen Vater, im folgenden Jahre den Oberbefehl über die holländische Armee übernahm, deren siegreiches Vorgehen erst die französische Intervention aufzuhalten vermochte. Die Abdication Wilhelms I. endlich rief ihn im Jahre 1840 auf den Thron der Niederlande.

Der verstorbene König hinterläßt 2 Söhne und eine Tochter, den gegenwärtigen König Wilhelm, vermählt mit der Prinzessin Sophie von Würtemberg, den Prinzen Heinrich der Niederlande und die Prinzessin Sophie, Erb-Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach. Wilhelm III. ist am 19. Februar 32 Jahr alt geworden.

China.

Hongkong, im Okt. Nach allen Nachrichten, die wir von Peking erhalten, hat sich der Kaiser, den der Krieg mit England und die daraus erfolgenden Finanzverlegenheiten und andere innere Schwierigkeiten sehr entmuthigt hatten, wieder ermannt. Die Staatszeitung von Peking, die seit einigen Jahren über seine persönliche Wirksamkeit fast geschwiegen hatte, enthält seit mehreren Monaten tägliche Berichte über Sitzungen des Kabinets, denen er beiwohnt, offizielle Audienzen von Gesandten, erzählt von Truppenmusterungen, die er zu Pferde hält. Der Hof scheint, wie es in China immer ist, sobald der Kaiser altert, der Schauplatz unaufhörlicher Intriguen über die Nachfolge. Es besteht nämlich in China kein eigentliches Nachfolgegesetz, der Kaiser kann wählen, wen er will, nicht nur in seiner Familie, sondern im ganzen Reich, und man führt dabei immer einige berühmte Beispiele aus dem Alterthum an, wo der Kaiser den weisesten seiner Unterthanen gewählt habe; diese Beispiele sind nicht sehr befolgt; aber innerhalb ihrer Familie wählen die Kaiser allerdings ganz frei, und es ist selten, daß sie ihren ältesten Sohn nehmen. Man sagt, der Kaiser habe seine Augen auf einen seiner jüngsten Söhne geworfen, einen jungen Menschen von siebzehn Jahren, der eine sehr gute chinesische Erziehung gehabt hat, chinesisch, mandschu und mongolisch redet, in Kriegsübungen wohl erfahren und voll Ehrgeiz und Leben ist. Seine Oheime sind sehr dagegen, und eben so der größte Theil des Hofes; aber wenn der Kaiser ihn wirklich ernennt, so wird er keinen Widerstand im Besitznehmen des Reiches finden, denn die Mandschufamilie hat immer wohl begriffen, daß ihre Sicherheit in ihrer Einigkeit liegt, und bei den gegenwärtigen schwierigen Umständen des Reiches ist nicht daran zu denken, daß sie sich theilen würde. Die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches, so weit sie die Verhältnisse mit England nicht betreffen, scheinen günstig zu stehen. Der neue König von Cochinchina, der seinem Vater Thientri gegen Ende des letzten Jahres gefolgt ist, hat um die Erlaubniß gebeten, dem Kaiser die gewöhnliche Huldigung durch Uebersendung einer goldenen Blume zu bringen und der Hof in Peking, der kein Mittel hat, die Unterwürfigkeit von Cochinchina zu erzwingen, ist natürlich sehr froh, wenn dieses Land in den Formen der alten Abhängigkeit bleibt, die eigentlich nichts zu bedeuten haben, als daß es sich nicht von der Linie der chinesischen Abschließungspolitik entfernt. Vor 30 Jahren, als der Bischof von Adran erster Minister in Cochinchina war, hatten die diplomatischen Verbindungen mit Peking aufgehört und das Land war in die europäische Politik eingetreten, die für China immer eine Gefahr bietet, auf welcher Seite seiner Grenzen sie sich Eingang zu verschaffen weiß. Unter seinen zwei Nachfolgern hatte die chinesische Politik wieder die Oberhand, die französischen Beamten wurden vertrieben, die Christen verfolgt, dem französischen Konsul die Bestätigung verweigert und es scheint, daß der neue König die Politik seines Vaters zu befolgen gedenkt. Auch hat der Kaiser kürzlich eine Gesandtschaft von Nepal erhalten und gnädig empfangen. Nepal steht eigentlich in gar keinem Abhängigkeitsverhältniß zu China, aber von Zeit zu Zeit, wenn die Politik des Hofs von Katmandu der englischen besonders feindselig wird, so schickt man eine Gesandtschaft nach China, sich der alten Freundschaft und Beschützung zu versichern. Als Nepal im Jahre 1819 in Krieg mit der ostindischen Kompagnie gerieth, so suchte es ebenfalls die Hilfe von China und gerade als der Friede geschlossen war, erschien eine tatarische Armee in Himalaya, zog sich aber, als sie alles beendigt fand, wieder zurück. China hat auf diese Art an seiner ganzen westlichen und südwestlichen Grenze eine Politik, die es mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und bei der es sich bei jedem Staat nach altem Herkommen richtet. Seine schwierigste Grenze ist die von Kaschgar, wo seine eigenen mohammedanischen Küsten in Verbindung sind und Empörungen veranstalten, die wegen der großen Entfernung, in der die Kriege geführt werden müssen, überaus kostspielig sind. Seit der letzten großen Empörung, welche China mehrere Jahre beschäftigte und

viele Millionen Unzen Silber kostete, unterhält es eine Garnison der besten Mandschutruppen in Kaschgar, wo sie eine eigene Stadt bewohnen, neben der mohammedanischen, in der Art, wie die Mandschustadt in Peking neben der chinesischen steht. Ihr großer Feind dort ist der Chan von Kokand, der etwa 40,000 Mann kirgisischer Reiterei zusammenbringen kann und sie erhalten sich dort im Grunde mehr durch Diplomatie als durch ihre Waffen, indem sie den Haß der verschiedenen mohammedanischen Stämme unter sich benutzen und zugleich das Interesse der Kaufleute für sich haben, welches sehr beträchtlich ist, indem Kaschgar das Emporium des chinesischen Handels mit Bochora, der Steppe und mit Semipalatinsk ist. Gegen Ende des letzten Jahres war ein neuer Krieg dort ausgebrochen, von dem man hier wenig Bestimmtes gehört hat, den man aber jetzt für beendigt ansehen kann; die Hofzeitung schlägt die Kriegskosten auf 750,000 Unzen Silber an, was keine sehr bedeutenden Kriegsrüstungen voraussetzt; man versichert, der größte Theil des Goldes habe zu Bestechungen der mohammedanischen Chefs gedient, da der Hof es für wohlfeiler gefunden habe, unter ihnen Uneinigkeit zu säen, als einen großen Krieg zu führen, was Alles wahrscheinlich genug ist. Am vollkommensten ist es den Chinesen gelungen, ihr Abschließungssystem an ihrer östlichen Grenze gegen Corea durchzuführen, wo sie der halb abhängigen, halb souveränen Regierung von Corea einen noch größern Abscheu gegen jede Einmischung von Fremden eingeflößt haben, als ihr eigener ist und beide Staaten haben gegenseitig alle Vorsichtsmaßregeln genommen, daß die einzige Berührung, die ihre Unterthanen haben sollen, aus einer Gesandtschaft, die alle elf Monate nach Peking geht, und aus einem Jahrmarkte besteht, der alle fünf Monate einen Tag lang auf der Grenze stattfindet. Uebrigens haben die Coreaner noch verlangt, daß die Grenze auf der chinesischen Seite auf eine weite Entfernung hin wüst gelassen werden solle, und sie führen beständige Klagen in Peking, daß man chinesische Ansiedler dort dulde. Auf solche Klagen hin ist nun ganz kürzlich in Peking wieder ein Edikt erlassen worden, das unter den schwersten Strafen die Einwanderung in diese Provinzen verbietet. Die beständige Wiederholung ähnlicher Edikte beweist freilich, daß sie nicht befolgt werden, und wir wissen von den französischen Missionären, daß diese absichtlich wüst gehaltenen Länder, die überdies ihr kaltes Klima nicht einladend macht, doch nach und nach sich mit Kolonisten aus den südlicheren Provinzen bedecken. Hätte die Regierung in Peking dem unwiderstehlichen Drange, welcher die überströmende Bevölkerung der altchinesischen Provinzen überall hin über ihre Grenzen treibt, nachgegeben und ihn nur gewähren lassen, auch ohne etwas dafür zu thun, so wäre jetzt der halbe Orient chinesisch; die Steppen der Tartarei, die öden Ufer des Amu, die ganze Halbinsel jenseits des Ganges, Borneo und ein Theil der Molukken wären von China durch eine friedliche aber unwiderstehliche Fluth von Auswanderern bedeckt, die direkt oder indirekt unter chinesischem Einflusse geblieben wären und vor der bei ihrer großen Arbeitsfähigkeit und dem Organisationsgeiste, der dieses Volk auszeichnet, die minder begabten Bewohner dieser Länder langsam, aber gewiß verschwunden wären.

Die Schwierigkeiten in der innern Verwaltung des Reichs scheinen sehr im Zunehmen zu sein. Die Chinesen sind keineswegs ein so leicht zu regierendes Volk, als man gewöhnlich geneigt ist zu glauben, und der unbedingte Gehorsam gegen die Administration hat seine sehr bestimmten Grenzen. So ist z. B. das Recht und die Gewohnheit von Verbindungen gegen die Willkür der Mandarinen viel ausgedehnter als man denken sollte, und nichts ist gewöhnlicher, als daß bei einem irgend offenbaren Fall von Ungerechtigkeit oder Erpressung eine Nachbarschaft zusammentritt, ein Essen in einem Tempel veranstaltet, bei welchem die Sache besprochen wird und nach Tische eine Subscription eröffnet, um den Prozeß gegen den verhaßten Mandarin zu führen. Man stellt Geschäftsführer auf, die zuerst bei dem Beamten selbst klagen, und wendet sich, wenn er nicht nachgibt, an die höhern Beamten, zieht ihn vor ihr Tribunal, wohin sich die ganze Gesellschaft mit möglichst großer Begleitung begibt und so lange postulirt, klagt und droht, bis sie Recht erhält, oder bei beständiger Rechtsverweigerung sich an den Vizekönig der Provinz wendet. Diese Associationen geben oft große Summen um die Verfolgung ihres Zwecks aus, und wenn sie von armen Leuten unternommen werden, verfahren sie oft mit vieler Gewaltthätigkeit, und werden dann natürlich von den Mandarinen als Räuberbanden erklärt. Man darf daher die vielen Klagen, welche man in der Hofzeitung über Gewaltthaten und Unruhen liest, nicht immer für Zeichen von Desorganisirung halten, sondern sie sind in vielen Fällen nichts als die Ausübung eines anerkannten Rechts. Aber die Zunahme der Seeräuberei an den Küsten ist ein unverkennbares Zeichen von Schwäche der Regierung, und mit dieser ist es jetzt so weit gekommen, daß gegenwärtig vielleicht nicht die Hälfte der Küstenfahrer ausläuft, die früher die ganze östliche Küste bedeckten. Die Kriegsmarine ist unmächtig gegen diese Leute, die an den Küsten von Fokien alles seefahrende Gesindel an sich ziehen, und es wäre nöthig, um die Küstenschifffahrt zu retten, daß der Kaiser europäische Schiffe zu Hülfe riefe. Aber dies ist gegen den Hochmuth der Regierung, und sie hilft sich dadurch, daß sie das Salz und den Reis, den Peking gewöhnlich zur See bezieht, auf den Kanälen mit großen Kosten kommen läßt. Es ist sogar davon die Rede, eine große Aenderung in dem Finanzwesen zu treffen, und die bisherigen Naturalienauflagen, welche einen großen Theil der kaiserlichen Steuern betragen, in Geld zu erheben, um der Flotten nicht mehr zu bedürfen, die sie gegenwärtig nach Peking bringen. Aber die Finanzen sind nicht in dem Zustand, diese Operation zu ertragen, die sich nur vermittelst beträchtlicher Steuernachlässe durchsetzen ließe. Bei andern Staaten kann man aus den Anleihen, die sie machen, auf den Zustand ihrer Finanzen schließen, aber in China wo eine Staatsschuld unbekannt ist, hat der Finanzminister bei außerordentlichem Bedürfniß kein anderes Mittel, als daß er patriotische Geschenke annimmt, welche der Staat dann aus Dankbarkeit mit Ertheilung einer literarischen Würde bezahlt. Diese Titel geben weder Amt noch Besoldung, und könnten daher eine bloße Ehrensache scheinen, wie ein Orden in Europa, aber die Sache ist doch nicht so einfach und besonders nicht so unschädlich. Denn literarische Titel in China können eigentlich nur durch Konkursexamen erhalten werden, und geben allein das Recht, alle Civilstellen zu begleiten, sie sind im Grunde, was die Staatsprüfung in Deutschland ist. Nun haben freilich die, welche einen Titel kaufen, dadurch kein Recht zu einer Stelle, aber sie gehören zu der berechtigten Klasse, und der Weg, auf dem sie dazu gekommen sind, beweist, daß sie einerseits reich, andrerseits unwissend sind. Ihr Reichthum und ihre Verbindungen bieten ihnen Mittel, sich Stellen geben zu lassen, während der Arme, welcher seinen literarischen Grad durch das Examen erhalten hat, unangestellt bleibt. Die Zahl derjenigen, welche auf diese Art Rang und Grade gekauft haben, ist so groß, und ihr Einfluß so bedeutend, daß man kürzlich ein sehr langes Reglement bekannt gemacht hat, um ihre Rechte und die Art ihrer Beförderung sowie ihre Verhältnisse zu den regelmäßig examinirten Kandidaten zu bestimmen. Es ist nicht zu hoffen, daß dies nur eine temporäre Auskunft bleiben werde, denn jede neue Finanznoth, jeder Krieg, jede Ueberschwemmung oder Dürre, die eine Provinz betrifft, bringt wieder dieselbe Nothwendigkeit ungewöhnlicher Hülfsmittel hervor, welche auf keine andere Weise herbeigeschafft werden können. Die Folgen dieser Einführung von Stellenverkauf sind schon jetzt in der zunehmenden Zahl von Unterschleifen in den Finanzen sichtbar. Der Finanzminister hat kürzlich den Befehl an alle Steuerämter erlassen, daß sie den Ertrag ihrer Einnahmen von den letzten drei Jahren und die Berechnung des Werthes der Naturalabgaben die sie erhoben haben, eingeben sollen, um darauf ein neues System von Steuererhebung und Rechnungsführung zu gründen. — Ich will noch einige Worte über unsere literarische Thätigkeit sagen. Die asiatische Gesellschaft hier hat den ersten Band ihrer Memoiren herausgegeben, der einige wichtige Arbeiten enthält, namentlich eine von Meadows, Dolmetscher in Kanton, über den Grundbesitz in China und eines von Gützlaff über die Bergwerke in China. Ferner hat Herr Jos. Marques, Dolmetscher des Gerichts von Makao, ein Handbuch der Geographie, chinesisch in sechs Bänden, herausgegeben, das nach den neuesten französischen Handbüchern bearbeitet ist. Es ist nicht der erste Versuch, den Chinesen richtigere Begriffe von Geographie beizubringen; Gützlaff hatte vor Jahren angefangen in einer chinesischen Monatsschrift einen Abriß der Geographie zu geben; aber es scheint die chinesische Regierung, welche ungern sah, daß Europäer chinesische Journale verbreiten, hatte sich dem Verkauf widersetzt; später hat der berühmte Generalgouverneur Lin durch seine Dolmetscher eine Geographie in 20 Bänden herausgeben lassen, die aus englischen und deutschen Werken ausgezogen ist. (Allg. Z.)

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitg.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 81. Frankfurt a. M., Donnerstag 22. März. 1849.

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

---

21. März.

Noch zittern wir vor Unwillen und Entrüstung über das Schauspiel, das heute unsere Augen gesehen. Wir sahen einen Russen, der sich schadenfroh die Hände rieb, daß unsere Reichsantipoden den Zersplitterungsplänen des weißen Zaren auf halbem Wege entgegenkommen; wir sahen einen englischen Zeitungsberichterstatter, wie er mit spöttelndem Lächeln seine Beobachtungen niederschrieb; wir hörten einen französischen Diplomaten seinem Nachbar in's Ohr raunen: „Sehen Sie, daß ich Recht hatte, als ich vor acht Tagen nach Paris schrieb: der deutsche Einheitstraum werde sich nicht verwirklichen, der Verstand der Kaiserlichen werde scheitern am Unverstande ihrer Gegner!"

Wie wird man hohnlachen und jubeln an der Seine, an der Themse und an der Newa! Wie sehr meinungsverschieden die Regierungen des französischen Präsidenten, der Kabinette von St. James und von St. Petersburg auch sonst immer sein mögen; in dieses Hohngelächter, in diesen Jubel werden sie alle mit einstimmen.

Deutschland, das zersplitterte Deutschland wollte ob seiner Zersplitterung und Schwäche nicht länger ein Spott der Völker sein, und es entsandte seine Söhne zu tagen in Frankfurt, um den Bau der Einheit des Vaterlandes zu begründen. Ein ganzes Jahr ist verflossen, seit die Männer des Volks zusammentraten; das Verfassungswerk ist vollendet; man will es ins Leben einführen und es mit den Banden der Einheit umschlingen — siehe, da trennen sich feindlich die Bauleute und zerstören ihr eigenes Werk!

Doch, wir wollen uns Gewalt anthun, unsere Aufregung mäßigen und die Vorgänge des Tages mit einfachen Worten berichten. Die Thatsachen reden hier eindringlicher als alle Worte.

Als die vorjährigen Frühlingsstürme von Frankreich über die Lande brausten und Europa aus seinen Fugen rissen, fügte sich auch Oesterreich, dessen Zerfall Jeder nahe glaubte, in die neue Gestaltung der Dinge. Der Abfall der Lombardei, die Bewegungen der Slawen, die Trennungsgelüste der Magyaren, Alles deutete auf eine Zertrümmerung des Kaiserstaates und des Habsburger Haus mit den Deutsch-Oesterreichern, die nicht der Barbarei anheimfallen wollten, suchten eine Stütze in Deutschland. Gastlich und herzlich wurden die Vertreter unserer stammverwandten Brüder aufgenommen in unserer Heimath. Aber kaum hatten sie angefangen mit uns gemeinschaftlich zu arbeiten an dem Verfassungswerke, das uns Alle dauernd vereinen sollte, da erscholl die Kunde der Siege Radetzky's aus Italien. Wie einst das zerfallene Rom, lebte das zerfallene Oesterreich fort in seinen Legionen. Man fühlte sich wieder stark und — man wurde wieder übermüthig.

Schon im Juni — zu welcher Zeit Schreiber dieses die Lande Oesterreichs von einem Ende bis zum andern bereiste — waren überall Klagen darüber zu hören, daß man den voreiligen Schritt gethan, Deputirte nach Frankfurt zu schicken. Selbst die später erfolgte Wahl des volksthümlichen Erzherzog Johann zum Reichsverweser, konnte bei den Oesterreichern keine wirkliche Sympathie für Deutschland erwecken. Man werfe einen Blick in die stimmführenden österreichischen Journale aus jener Zeit, den „Lloyd", die „Presse", das Wiener „Central-Organ" u. s. w. und man wird finden, daß von sachkundigen Oesterreichern die angestrebte Vereinigung, mit Deutschland behandelt wurde als ein Traum unklarer Köpfe. Hr. v. Möring mit seinen mitteleuropäischen Staatsprojekten wurde ausgelacht und mußte seine Zuflucht zu ultra-radikalen Blättern nehmen, weil anständige Journale ihm ihre Spalten verschlossen. Hr. Berger, der im „Radikalen" die frankfurter Septembermeute als einen Kampf der Freiheit gegen die Tyrannei schilderte, trug ebenfalls wenig bei zur Verbesserung der ungünstigen Ansicht, welche die Oesterreicher von ihren Vertretern in Frankfurt hatten.

Indeß, man ließ ruhig gewähren, weil es daheim selbst bunt genug aussah, und weil das Ministerium häufig deutlich genug zu verstehen gab, wie wenig es sich um die Frankfurter Beschlüsse kümmere. Als eines Hauptbeleges dafür wollen wir nur des Silberausfuhrverbots erwähnen, das alle sachkundigen Oesterreicher als höchst verderblich und schadenbringend bezeichneten, das aber dennoch aufrecht erhalten wurde. Aber als Demonstration gegen den Frankfurter Beschluß ward darauf bestanden.

Als die Oktoberrevolution — die wahrlich auch nicht aus deutschen Sympathien hervorging — siegreich unterdrückt war, und der Herrschaft des Volkshaufens, die noch schlimmere Militärherrschaft folgte, unter deren Schutze ein Ministerium Stadion-Schwarzenberg möglich wurde, fand das Programm dieses Ministeriums eben deshalb so freudigen Wiederhall in Lande, weil man besonders darin hervorgehoben hatte, daß Oesterreich in seiner Gesammtheit fortbestehen solle, staatlich getrennt von Deutschland und unbehindert durch deutschen Einfluß.

Schon damals wurde, wie oft! den österreichischen Abgeordneten aufs dringenste ihre Pflicht ans Herz gelegt, nicht mitzustimmen über eine Verfassung, die für sie keine Gültigkeit haben werde. Jetzt ist, was im Programme des Ministeriums im Allgemeinen gesagt, durch alle Paragraphen der Verfassung vom 4. März ausgeführt und festgestellt. Und was geschieht jetzt?

Im Augenblicke, wo über die deutsche Verfassung der ent-

scheidende Entschluß gefaßt werden soll, werden im Kaiserthum Oesterreich förmliche Treibjagden auf Abgeordneten angestellt, die Oesterreicher eilen nach Frankfurt in die Paulskirche, wo sich sonst kaum achtzig Mitglieder blicken ließen, erscheinen heute hundert und zehn, und vereiteln die Wünsche, zerstören die Hoffnungen der deutschen Nation!

Es liegt an der deutschen Nation sich auszusprechen, ob sie sich auf diese Weise verhöhnen lassen will.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 21. März. Die Sitzung eröffnete mit den Reden der Berichterstatter. Hr. Römer sprach für das erste Minoritätserachten, Hr. Schüler aus Jena für das zweite. Die Rede des Hrn. Römer war wenigstens klar und in sich konsequent. Hr. Römer sieht keine Gefahr des Vaterlandes, er glaubt noch an eine Sinnesänderung Oesterreichs, er will also, daß auf die bisher befolgte Weise die Verfassung auch in zweiter Lesung weiter berathen und über den Antrag des Verfassungsausschusses zur Tagesordnung übergegangen werde. Dabei war er ehrenwerth genug zu erklären, daß Würtemberg, da es einmal die Nationalversammlung anerkannt habe, unter allen Umständen auch wenn der König von Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt würde, seine Pflicht erfüllen würde. Wenn Hr. Schüler aber die Dringlichkeit der Verhältnisse anerkennt, und doch nicht auf den Vorschlag eingehen will, der allein im Stande ist, schnell ein „zusammenhängendes, mögliches und ausführbares Werk" zu schaffen, so können wir das weder ehrenwerth noch konsequent finden.

Aber was könnten wir Besseres, Schlagenderes diesen Herren entgegnen, als Hr. Riesser, der Berichterstatter der Mehrheit des Ausschusses, gethan hat? Seine Rede war ein Ereigniß nicht blos dieser Sitzung oder dieser Verhandlung, sondern der ganzen Parlamentssession! Und wenn das Schicksal des Welcker'schen Antrages vielleicht keinen Glanzpunkt der Nationalversammlung bezeichnen wird, diese Rede wird eine Stelle unter ihren glänzendsten Thaten einnehmen. Sie umfaßte alle Seiten der Frage, alle Einwände und Widerreden, und auf jede gab sie die treffenste Erwiderung. Hr. Riesser begann damit, die formelle Berechtigung des Antrags nachzuweisen: Die Mehrheit der Versammlung ist von dem Bedürfniß der Beschleunigung des Verfassungswerkes durchdrungen, so lernen wir nun auch von dem Absolutismus die Raschheit, Größe und Festigkeit der Entschlüsse! Worauf das Volk sieht, worin die geschichtliche Kraft der Verfassung liegt, das sind ja doch nur die Grundzüge. Mag in den Einzelheiten manches unreif sein; dafür ist eben die Abänderung zugelassen. Er ging dann auf die Abweichungen von den in erster Lesung angenommenen Beschlüssen ein, welche in der vorgeschlagenen Verfassung liegen, und rechtfertigte vor Allem das absolute Veto. Bei der Behandlung der österreichischen Frage wies er nach, wie ein völkerrechtliches Band mit Oesterreich schon bei der Berathung der §§. 2 und 3 von den meisten Oesterreichern als das einzig Mögliche hingestellt worden sei. Wo er die Politik der Versammlung, namentlich auch der Wiener Oktoberrevolution gegenüber vertheidigte, machte er darauf aufmerksam, wie wieder die Mehrheit der Oesterreicher damals mit der Mehrheit des Hauses gestimmt habe. Auf die Kritik der von der österreichischen Regierung gemachten Vorschläge übergehend, bemerkte er: Das Mittelreich soll den Frieden der Welt sichern, es würde vielmehr den Krieg in unserer eignen Mitte verewigen. Leicht schob er die von den materiellen Interessen hergenommenen Einwände bei Seite und wendete sich dann zu einer Vergleichung der Partei des Ausschusses mit der Gegenpartei. Wohl wäre auf die Stärke dieser Gegenpartei ein Gewicht zu legen, wenn sie ein einiges System hätte, wenn sie eine Verfassung, eine Regierung Deutschlands möglich machte. Wir haben mit jeder der beiden Fraktionen, welche die Gegenpartei bilden, etwas gemein, sie unter einander gar nichts. Sie würden, zur Mehrheit gelangt, Uneinigkeit in die Verwaltung von ganz Deutschland tragen. Keine der beiden Fraktionen hat auch nur eine Lösung der Frage in Bereitschaft; wird der Vorschlag des Verfassungsausschusses nicht angenommen, so ist überhaupt keine wahre Mehrheit möglich. Bei der Besprechung des Erbkaiserthums hob er hervor, wie eine Diktatur nur gegen akute Krankheiten der Völker helfe, wie wir aber an einer chronischen Krankheit litten, und die Befürchtungen wegen des Preußenthums widerlegte er damit, daß Preußen doch nur ein Kunststaat sei, Deutschland ein Naturstaat, und so würde die Naturkraft Deutschlands die Kunstkraft Preußens überwinden. Treffend wies er darauf hin, wie in England die Befestigung der Freiheit von dem Zeitpunkt datire, wo die Erbmonarchie gleichsam durch die Wahl der Volksvertreter hindurch gegangen sei, und gleicherweise hoffte er, würde in Deutschland die Freiheit mit dem Königthum durch die Wahl des Kaisers versöhnt werden. Endlich entkräftete er auch die Besorgnisse, daß Preußen den Forderungen der Freiheit nicht genügen werde. Will Preußen auf die Freiheit, die wir geschaffen haben, nicht eingehen, so fällt ja die Verfassung und mit ihr der Kaiser; die Mehrheit, die ihn hatte wählen wollen, ist vielleicht beschämt, aber die Freiheit nicht gefährdet. Nachdem er dann noch die einzelnen Verbesserungsanträge durchgegangen war, wendete er sich mit warmen Worten an die Oesterreicher, und verhieß ihnen ein dankbares Deutschland, wenn sie es seine Verfassung vollenden ließen; und zuletzt seine Gedanken auf den Fall richtend, daß die Anträge verworfen würden, gelobte er, doch nicht zu verzweifeln. „Wir werden, wenn der Stein vom Bau sich abermals herabwälzt und mit Donnergepolter zu unsern Füßen liegt ihn wieder erheben und in geduldiger Arbeit warten, bis der Genius des Vaterlandes die Fesseln bricht und uns von der Qual vergeblicher Arbeit erlöst.

Der Fall ist eingetreten; wir mahnen unsere Partei das Wort zu lösen! Der Uebergang zur Tagesordnung wurde zwar verworfen, aber auch die Ausschußanträge nicht angenommen. Daß der Eindruck dieser Entscheidung im ersten Augenblick ein überwältigender war, wir wollen es nicht läugnen; aber die Ausdauer wird auch diesen Schlag überwinden lassen. Schon jetzt sind in die Reihen der Kaiserlichen die einzigen festen und geschlossenen, und es bedarf nur eines geraden Entschlusses, um durch Absonderung der Bestandtheile der Versammlung, die aufgehört haben, deutsche Lande zu vertreten, dem Kaiserthum den Sieg zu verschaffen. Sollte bei den Einen nicht die Ehre, bei den Andern nicht die Vaterlandsliebe erwachen, wir haben den Muth, das Aeußerste zu wagen!

Frankfurt, 16. März. Von Herrn Jürgens sagt man, seine Ueberzeugung sei etwas zu Gunsten des Erbkaisers erschüttert, aber noch nicht ganz. Er wolle es „an den Knöpfen seines Rockes abzählen," ob er für oder gegen Preußen stimme. Dagegen läuft ein kernhaftes Wort von Adolph von Zerzog, dem Regensburger, um. Die Herren kamen ihm mit der Idee des Dreiregimentes. Oesterreich, Preußen und ein aus den Königen zu wählender Direktor solle herrschen. Bei letzterem wird vorzugsweise an Baiern gedacht. „Ich stimme für Einen!" versetzte Zerzog. „Denn so viel weiß ich aus der Naturgeschichte und Erfahrung, daß wo Drillinge geboren werden, da leben sie nicht lange. Und in der Regel kostet's auch noch die Mutter dazu."

(D. Reichsz.)

: **Frankfurt**, 21. März. Hr. Berger erlaubte sich über Hrn. Arneth, als dieser, der Stimme der Pflicht und der Ehre folgend aus der deutschen Reichsversammlung ausschied, in der gestrigen Sitzung beleidigende Worte, welche diesen zu folgendem Schreiben veranlaßten:

„Frankfurt, 20. März 1849. Mein Herr! Sie haben, wie mir aus glaubwürdigster Quelle versichert wird, sich in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung in ehrverletzender Weise über die Motive ausgesprochen, welche mich zu dem am gestrigen Tage erfolgten Austritte aus der Versammlung veranlaßt haben. Ich fordere Sie auf, diese Worte entweder zurückzunehmen oder mir jene Genugthuung zu zu geben, welche sich unter Männern von Ehre geziemt. Alfred Arneth".

Hr. Berger erklärte aber Hrn. Hans von Raumer, welcher ihm jene Zeilen überbrachte, er werde weder seine Schmähungen zurückziehen, noch Genugthuung geben. Hr. Arneth beruft sich nun auf das öffentliche Urtheil. Hätte er doch gleich damit angefangen! Hr. Arneth hat von dem Tage an, wo er zum ersten Male seine beredte Stimme in der Paulskirche erhob und nach redlicher Ueberzeugung für das Beste seines Vaterlandes wirkte, die allgemeinste Achtung bei politischen Freunden und Gegnern genossen. Diese ist erhöht worden durch den Muth und die Ehrenhaftigkeit,

mit welcher er auch jetzt seiner Ueberzeugung treu geblieben ist, und seitdem Oesterreich sich von Deutschland ganz losgesagt, und der Einheit und der Freiheit unseres Vaterlandes zugleich den Untergang droht, einen Sitz verlassen hat, zu dem allen österreichischen Abgeordneten jetzt jede Berechtigung fehlt. Die Wahrheit ärgert die Menschen und er, der von sich sagte: Ich bin die Wahrheit und das Leben! hat auch gesagt: Selig seid Ihr, so Euch die Menschen um meinetwegen anschuldigen und verfolgen! Die Handlungsweise des edlen Arneth lastet schwer auf dem Gewissen seiner Genossen, die fühlen, daß sie handeln sollten wie er und dazu doch nicht den Muth oder nicht die Redlichkeit haben. Wir bedauern, daß Hr. Arneth geglaubt hat, dem alten Vorurtheile folgen zu müssen, und zum Zweikampf herauszufordern. Ueberhaupt ist es an der Zeit, diesem mittelalterlichen Vorurtheile vollends den Gnadenstoß zu geben. Es gilt den Zweikampf aus der Welt zu entfernen, oder ihn wenigstens so selten zu machen wie den Selbstmord. Es gibt dazu nur Ein Mittel. Der Zweikampf wird allen Gesetzen trotzen, so lange er unter dem Schutze der öffentlichen Meinung steht. Der Kaiser von Rußland bedroht den Zweikampf mit dem Tode, und blickt doch mit Nichtachtung auf den, der seine Befehle befolgt. Die öffentliche Meinung selbst muß sich gegen den Zweikampf kehren. Sie muß denjenigen, der zu einem Zweikampf herausfordert oder ihn annimmt, mit derselben Mißachtung bestrafen, die sie bis jetzt nicht selten den entgelten läßt, der einen Zweikampf verweigert. In England nähert sich die öffentliche Meinung diesem Punkte. Dort sind Duelle überhaupt selten. Die Universitäten sind dort nicht die Pflanzschule dieser Unsitte, die in Deutschland fast zur Unterhaltung getrieben wird. Und doch ist das Ehrgefühl eines Mannes von Bildung nirgends feiner als in England. Ein Duell wird dort bereits als eine Seltsamkeit betrachtet, wenn nicht gar als eine Lächerlichkeit oder ein Verbrechen. Es bildete sich dort vor einigen Jahren, als der Lieutenant Monroe seinen Schwager erschossen hatte, eine Gesellschaft, welche dem Duell entgegenzuwirken bezweckte, besonders durch gesellige Ausschliessung der Duellanten und die vornehmsten Personen, Herzöge und Peers traten der Gesellschaft bei. Hoffen wir, daß die Umgestaltung des öffentlichen Lebens, welche alles Mittelalterliche beseitigt, auch diesem Reste des Faustrechtes immer engere Grenzen steckt. Im Zeitalter der Oeffentlichkeit wird das öffentliche Urtheil sich ohne Hilfe von Pulver und Blei feststellen und namentlich Männer, welche als Vertreter des Volkes wirken, wie die Offiziere in den Freiheitskriegen, sollten es verschmähen, sich auf diese Weise zu bekämpfen. Sie sind nicht befugt, über ihr Leben zu verfügen. Es gehört dem Vaterlande.

Da dem Zweikampfe nur durch die öffentliche Meinung entgegengewirkt werden kann, so haben wir geglaubt, derselben, wie sie sich auch in Deutschland immer mehr geltend macht, auch unsere Stimme leihen zu müssen, besonders, da gleichzeitig aus Berlin von Herausforderungen unter Abgeordneten berichtet wird. Uebrigens haben manche Beispiele der neuesten Zeit dazu beigetragen, dem Duelle auf die wirksamste Weise entgegen zu treten: durch die Lächerlichkeit.

Wien, 16. März. Der Civil- und Militär-Gouverneur F. L. Baron Welden und der Banus von Croatien F. L. Baron Jellachich sind zu Feldzeugmeistern ernannt worden. Dieselbe Auszeichnung wurde dem F. L. Puchner in Siebenbürgen und F. L. Graf Wratislaw in Italien zu Theil. Unser Dichter-Veteran Franz Grillparzer hat vom Kaiser das Ritterkreuz des Leopold-Ordens erhalten. (Ostd. P.)

△ **Wien**, 17. März. Der Antrag Welcker's hat uns Deutsch-Oesterreichern Mark und Gemüth erschüttert, aber wir können uns nur sagen „so mußte es kommen!" nach all den Winkelzügen unsrer Diplomaten, die jetzt neue Hohlheiten oder noch etwas Schlimmeres brüten. Die ministeriellen Blätter appelliren bereits an den Widerstand der süddeutschen Regierungen, „welchen keine Gewalt angethan werden darf" und vergessen darüber die Wünsche der Unterthanen der Meisten dieser Regierungen, sowohl in Baiern als in Würtemberg und andern Theilen Süddeutschlands. Sie sagen in vornehmer Selbstgenügsamkeit, „was kann das Haus Hohenzollern bieten im Vergleich mit Habsburg? Was ist Deutschland ohne uns? Deutschland würde eine Flotte haben ohne Schiffe und einen deutschen Kaiser ohne Reich." Die Kollektiverklärung von den 24 deutschen Regierungen, welche 22 Millionen Deutsche repräsentiren, wird dabei natürlich ignorirt und man möchte nun mit Gewalt nehmen, was man noch vor sechs Monaten ganz ohne Mühe erreichen konnte. Der Lloyd witzelte gestern: Die zu Frankfurt tagende Versammlung sinnt auf einen Staatsstreich und gedenkt ihrerseits dem deutschen Volke eine Verfassung zu oktroyiren. Die „Ostdeutsche Post" antwortet ihm heute treffend darauf; „Hätte Pythagoras, der für jede entdeckte Wahrheit eine Hekatombe opferte, je das Glück gehabt, einen ähnlichen Satz zu denken, so konnte er sich in einem einzigen Tage ruiniren. Der Satz ist nemlich netto drei Hekatomben, in unserm Gelde dreihundert Ochsen, werth. Erste Entdeckung: daß eine konstituirende Versammlung berufen sei, etwas anderes zu thun, als nach einer bestimmten Frist aufgelöst zu werden, „daß sie bestimmt sei, etwas zu konstituiren, ist ein Vorurtheil; zweite Entdeckung: wenn demnach eine solche Konstituante sich einfallen läßt, eine Konstitution zu machen, so nennt man das eine Konstitution oktroyiren; dritte Entdeckung: Eine Konstitution oktroyiren ist ein Staatsstreich! Die böhmischen Blätter bringen bereits die angekündigte Denkschrift über Auflösung des Reichstags, sie ist von 33 Deputirten unterschrieben, worunter auch die gewesenen Minister Hornbostl und Pillersdorf. Die heimgekehrten czechischen Deputirten scheinen allen Groll gegen Deutschland in Kremsier zurück gelassen zu haben, neben der Mahnung zur Gesetzlichkeit predigen sie Versöhnung mit den Deutschen und warum konnte dies nicht früher geschehen? Dann hätte sich immer eine Scheidewand zwischen Oesterreich und Deutschland aufthürmen können und es wäre jetzt nicht „zu spät!" Der deutsch gesinnte Borrosch wurde bei seiner Ankunft in Prag auf den Händen herum getragen und die Blicke aller richten sich nun nach Frankfurt, das zum Symbole der Freiheit geworden ist!

* **Wien**, 17. März. Die Bankdirektion erklärt die Angabe, daß die neuen Einguldenbanknoten Behufs ihrer Zerstückelung in 4 Karrees eingetheilt worden, für gänzlich unwahr, zugleich aber, daß sie dahin trachtet, „durch eine dem Bedürfnisse des Kleinverkehrs entsprechende Vermehrung der Scheidemünze auch dem dermal herrschenden Uebelstande der Zerstückelung der Banknoten zu 1 und 2 Gulden in möglichst kurzer Frist abzuhelfen." Aus Pesth erfährt man, daß die dortige Kaufmannschaft ein Wechsel-Moratorium von 6 Wochen nachgesucht hat. Der verhaftete frühere Deputirte Bauer von Neuhofen an der Zaya ist unter Militärbedeckung hier eingetroffen.

* **Wien**, 17. März. Nachdem die drei Märztage hier ruhig abgelaufen sind, marschirten die konsignirten Truppen wieder zahlreich theils nach Ungarn, theils nach Italien ab. Der früher mit 21,000 Mann sehr übertrieben angegebene Besatzungsstand hat sich dadurch bedeutend verringert.

Bedeutsam ist im gestrigen Abend-Lloyd die Verwahrung gegen die Forderung einer allgemeinen Amnestie, welche hiernach im jetzigen Augenblick abgedrungen und im Märzmonat ominös erschiene.

- Das „Fremdenblatt" verspricht, nächstens eine 2. Lieferung von Steckbriefen gegen ehemalige Reichstagsdeputirte zur Veröffentlichung zu bringen.

Schmerling hat seine Entlassung eingereicht und sich dabei jede Beförderung, Belohnung oder Anstellung verbeten.

Heute geht die Deputation des Gemeinderaths mit dem Wiener Ehrenbürger-Diplome für Feldmarschall Radetzky nach Mailand ab.

Schuselka befindet sich noch immer in Wien. Auch der Expräsident Smolka traf vor einigen Tagen hier ein.

⅋ **Berlin**, 19. März. Hansemann stellte in der heutigen Sitzung der ersten Kammer einen Antrag, welcher das Schicksal aller bisherigen Anträge dieses Abgeordneten hatte: er wurde verworfen. Der Antrag lautete: „die Kammer wolle beschließen, daß eine aus zehn Mitgliedern bestehende, aus der Wahl der Abtheilungen hervorgehende Kommission gebildet werde, mit dem Auftrage, 1) die von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte und organischen Verfassungsbestimmungen, in Beziehung auf die Wirkungen zu prüfen, welche daraus für die Rechte und die Stellung der preußischen Staatsverwaltung und der preußischen Kammern, sowie für die Finanzen unseres Staates entstehen; 2) darüber einen Bericht an die Kammer zu erstatten und daran die etwa geeignet erscheinenden Anträge zu knüpfen". Wer es nicht sogleich sah, daß dieser Antrag gegen die deutsche Nationalversammlung gerichtet war, der konnte es aus der Mo-

tivirung erfahren. Durch die deutsche Verfassung, meinte Herr Hansemann — würden den einzelnen Staaten so viele Hoheitsrechte entzogen, daß sie dadurch ihre Selbstständigkeit verlören. Landstraßen, Eisenbahnen, Associationswesen, Gesundheitspflege, Bankwesen, die Gesetzgebung über bürgerliches und Strafrecht, das Gerichtsverfahren und die Gewerbe-Ordnung, alles das sei der Centralbehörde übertragen. Dies dürfte namentlich aber auch nicht vortheilhaft auf die preußischen Finanzen wirken, da auch die Konsumtionssteuern, welche in Preußen gegen 15 Millionen betrügen, der Centralgewalt untergeben seien u. s. w. Die erste Kammer, welche verhältnißmäßig viel mehr praktische Staatsbeamte enthalte, als die zweite, müsse daher die deutsche Verfassung prüfen, damit die betreffenden Wünsche noch zeitig genug vor die Krone gebracht werden könnten! Mit Recht wurde dem Antragsteller entgegengehalten, daß der Antrag nicht zeitgemäß sei, weil die preußische Regierung mit der Nationalversammlung sich verständigen wolle und erst nach der Verständigung Vorlagen machen könne, wie auch erst nach der Verständigung die Wirkungen der deutschen Verfassung auf Preußen zu prüfen seien (Leue); daß der Antrag den Standpunkt der Kammer verschiebe, welche die preußische, nicht die deutsche Verfassung zu revidiren habe (Kisker); daß die Centralgewalt nur das Einheitsprinzip wahren, keineswegs die erwähnten Funktionen ausschließlich handhaben solle, und daß die beantragte Kommission Hindernisse schaffen könnte für die Durchführung des deutschen Einheitswerkes (Maurach). Die Versammlung entschied sich sehr bald für den Schluß der Debatte und lehnte die nähere Erwägung des Antrages ab! Bei Gelegenheit des unpassenden Wortes über „die praktischen Staatsmänner" in der ersten und zweiten Kammer wurde rechts und links gezischt. Schleinitz und Genossen stellten den Antrag, die Kammer wolle beschließen, daß dem §. 2 des Bürgerwehrgesetzes folgende ergänzenden Vorschriften beigefügt würden: 1) Von der Gemeindevertretung kann der Beschluß gefaßt werden, die Errichtung der Bürgerwehr zu beanstanden; 2) dieser Beschluß bedarf der Bestätigung des Verwaltungschefs des Regierungsbezirks und kann zu jeder Zeit von der Gemeindevertretung, sowie von dem Verwaltungschef des Regierungsbezirks aufgehoben werden. Die Motivirung behielt sich der Antragsteller für die erste Sitzung der nächsten Woche vor.

Berlin, 19. März. Die von A. Löffler redigirte „Berliner Zeitung" wird mit dem 31. März aufhören, und zwar unabhängig von dem Tode ihres gewesenen faktischen Hauptredakteurs Dr. Curtius. Bei ihrer einseitigen Stellung fehlte ihr doch als Bedingung des Eindrucks, die Kühnheit der Behauptungen und die skandalöse Sprache, wodurch ihre Gesinnungsschwester, die „Neue Preußische Zeitung", aus verschiedenen Gründen in verschiedenen Kreisen Glück macht. Ihr Gründer, der reiche Justizrath Kahle hat entweder für seine hyperloyale Gesinnung ein Opfer von mehreren tausend Thalern gebracht, oder er wird von Gleichgesinnten entschädigt; Eingang bei einem großen Leserkreise vermochte er der Zeitung nicht zu verschaffen, und der Volkswitz nannte sie nur die kahle Zeitung. Der ehemalige Minister Eichhorn, von dessen Wiedereintritte in die Verwaltung die öffentlichen Blätter zu sagen wußten, denkt sehr wenig an einen Ministerposten, da er seit längerer Zeit bedenklich kränkelt, wohl aber ist er eifrig beschäftigt, eine Schrift zu vollenden, in der seine vormärzliche Amtsführung gerechtfertigt werden soll. (D.-P.-Z.)

§ **Königsberg**, 16. März. Der vor Kurzem von Berlin hieher versetzte Regierungsrath Peters, welcher an Stelle des Regierungsrath v. Waldaw die Verwaltung des Polizeipräsidii übernommen hat, hat dem zur Feier des 18. März intendirten Festzuge der Bürgerwehr, Gewerbe, Studenten u. s. w. die polizeiliche Genehmigung aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit untersagt. Auf die energischen Vorstellungen Seitens des Fest-Komite's äußerte derselbe, er habe für diesen Tag besondere Instruktionen von Berlin erhalten, denen gemäß er so handeln müsse." Das Komite hat sich sofort, Beschwerde führend, an die Regierung gewandt.

Uebermorgen geht von hier eine halbe Batterie zur Deckung des Hafens nach Memel ab; Pillau ist vollständig armirt.

** **Köln**, 20. März. Heute Abend fand auf dem Gürzenich das große Bankett statt, welches der demokratische und der Arbeiterverein dem sogenannten „Heuler-Konzerte" als Gegengewicht gegenüber gestellt hatten. War auch schon vorgestern der mächtige Saal ziemlich gefüllt, so ist er doch wohl noch nie so besetzt gewesen, wie gestern Abend. Man schätzt die Zahl der Anwesenden auf 4—5000, worunter sehr viele Frauen, und viele trugen die Jakobinermütze, ja, Einige waren von Kopf bis zu Fuß blutroth gekleidet. Die Rednerbühne war mit der deutschen und der rothen Fahne geschmückt, und vor denselben waren zwei Hellebarden aufgepflanzt, deren eine einen Bürgerwehrhut, die andere die phrygische Mütze trug. Das Präsidium führte abermals der unvermeidliche Hr. Schapper, und er löste seine gewiß schwierige Aufgabe mit Kraft und Geschick. Mit einer Beschreibung der gehaltenen Reden und ausgebrachten Toaste will ich Sie nicht behelligen, denn das Thema bildete einzig und allein die Verkündigung einer bevorstehenden neuen, diesmal aber gründlichen Revolution, die unumgänglich nothwendige Verjagung der Fürsten, die Nutzlosigkeit der Frankfurter Versammlung und die Vergötterung des Proletariats u. s. w. und sie wechselten mit Liedern und Musikstücken ab. Auch wurde von einem der Festordner, welche, so wie die Redner, beinahe ausschließlich der Redaktion der N. Rhein. Ztg. angehörten, das Gedicht: „Die Todten an die Lebendigen" von Freiligrath vorgetragen. Freiligrath selbst war zugegen. Aus seinem Krater stammt auch wohl das Heklafeuer in einem Feiergesange, worin es nach der Weise der Marseillaise heißt:

Die neue Rebellion!
Die ganze Rebellion!
Marsch, Marsch!
Marsch, Marsch!
Marsch — wär's zum Tod!
Und uns'rer Fahn' ist roth! (bis.)

Das Fest währte bis Mitternacht.

= **München**, 18. März. Die gestern Nachmittag stattgehabte Studentenversammlung war sehr stürmisch, hat es aber hinsichtlich der Reaktivirung von Philipps und Lassaulx (Döllinger war fälschlich als drittes Kleeblatt bezeichnet worden) zu keinem Beschluß gebracht, da die Anhänger des hyperorthodoxen Katholizismus sich ebenfalls in großer Anzahl eingefunden hatten. Der gestrige Abend ist übrigens ohne die leiseste Spur einer Ordnungsstörung vorbeigegangen, so tief aufgeregt auch alle Gemüther sind. Streifwachen in Masse, wie allabendlich, trabten und klirrten aber natürlich durch alle Straßen.

△ **München**, 18. März. Die medizinische Fakultät der hiesigen Universität hat wiederum einen Zuwachs von zwei Honorarprofessoren erhalten; wie denn überhaupt seit längerer Zeit schon in dieser Beziehung dem Verfolgen dieser Anstalt mit Dozenten dieselbe sich einer großen Fürsorge von Seiten des Ministeriums erfreut. Den einen dieser Herren in Rede haben wir kaum dem Namen nach die Ehre zu kennen, wir wollen ihn deshalb auch hier verschweigen; der andere ist der bisherige praktische Arzt Dr. Ditterich, der früher ein Buch über die Krankheitsfamilie Syphilis geschrieben hat und die „neue med. chirurgische Zeitung" redigirt, die hauptsächlich Auszüge aus andern medizinischen Journalen bringt. Vor einigen Tagen musterte ein Freund von mir die ehrenwerthen Glieder der gratiosen Fakultät und rief dabei bedenklich den Kopf schüttelnd aus: Apparent rari nantes in gurgite vasto! Ich erwiderte ihm, er solle sich nicht übereilen, sie wären fast alle wissenschaftliche Nante's.

✕ **Hannover**, 18. März. Ein Zug von 3000 Männern bewegte sich gestern Abend durch unsere Straßen, aber fast schweigend, da der Militärmusik die Theilnahme, wie bei der Feier der Grundrechte, untersagt war. Es galt den Jahrestag unserer friedlichen Umwälzung zu feiern. Eigentlich fiel er auf gestern, doch wurde der heutige Sonntag gewählt, damit auch die Arbeiter sich betheiligen konnten. Auf dem schönen Platz, vor dem städt'schen Schützenhause, ward zuerst das alte Lied: Eine feste Burg ist unser Gott! gesungen, welches der alte Dessauer „unsers lieben Herrgott Dragonermarsch" zu nennen pflegte. Als der erste Redner die Wiener Restauration erwähnte, und von den Orden sprach, welche Windischgrätz und Jellacic vom Könige von Hannover erhalten, machte sich der allgemeine Unwille über diese Ordensverleihung Luft. Der Abgeordnete Gödecke schloß seine Rede mit einem Hoch auf die Verfassung Deutschlands. Die Bürgerwehr hielt große Musterung auf dem Waterlooplatz — ohne Musik. Es ist nicht gut, daß Volk und Regierung bei uns mit einander gehen. Nur bald ein kräftiger Entschluß von Frankfurt, der alles in die rechte Bahn lenkt!

Harburg, 16. März. Für hiesigen Ort sind angesagt als vom 17. bis 26. d. durchrückenden Reichstruppen. A. Hannoveraner: 6 Bataillone Infanterie (5070 Mann), 4 Schwadren Cavallerie (609 Pferde), 2 Fußbatterien (12 Geschütze), 1 reitende Batterie (6-Pfünder); B. Preußen: 6 Schwadron Cavallerie (900 Pferde), 1 reitende Batterie (8 Geschütze); C. Sachsen: 4 Schwadron Cavallerie (562 Pferde); D. Nassau: 2 Bataillon Infanterie (1600 Mann), 1 6-Pfünder Batterie (6 Geschütze), 4 Schwadron Cavallerie (533 Pferde), 1 6-Pfünder Batterie (6 Geschütze) von Wiesbaden; 1 Bataillon Infanterie (800 Mann) Weimar; 1 Bataillon Infanterie (800 Mann) von Gotha; 1 Bataillon Infanterie (800 Mann) von Gera, Schleiz, 1 Bataillon Infanterie (900 Mann) von Meiningen, (die Altenburger, 970 Mann, sind schon länger hier); E. Baiern: 6 Bataillon Infanterie (5125 Mann), 2 Fußbatterien (16 Geschütze), 6 Schwadron Cavallerie (900 Pferde). (Z. f. N.)

△ **Mannheim**, 31. März. Nach Frankfurt richten sich aller Blicke mit der gespanntesten Erwartung; denn dort wird und muß es sich entscheiden, ob wir Revolution, ob Ruhe bekommen. So sehr man sich auch von Seiten der Demokratie bemüht, die nunmehr festgewurzelten preußischen Sympathien zu verdrängen, der wohl unterrichtete läßt sich dadurch nicht bange machen. Man hofft trotz der Ueberzahl der Oppositionsredner daß dennoch Welcker's Antrag durchgeht; denn für Badens und Würtembergs ruhiges Verhalten dürfte nicht zu stehen sein, wenn die Opposition triumphirte. Die Spannung ist aufs Höchste gestiegen, die Gemüther sind erhitzt, aufgeregt und die Partei der Volksvereine erwartet nur eines Winkes, um loszubrechen, da ihre Existenz auf dem Spiele steht. Wie der Arbeiterbildungsverein, dessen Ziel eben kein anderes ist, wie das des Volksvereins, hört man hin und wieder etwas von einem Wehrverein, dessen Zustandebringen jedoch ohne Zweifel Schwierigkeiten namentlich an den zu Betheiligenden finden dürfte, denen noch recht wohl die schmeichelhaften Benennungen im Gedächtnisse sind, die ihnen so oft von den nämlichen Leuten beigelegt wurden. Daß auch in unserem Heere sich allmälig der Geist der Freiheit zu entfalten beginnt, ist nicht zu leugnen; allein ihn zu leiten, zu nutzen, sind Brentano und Konsorten die Männer nicht.

Kassel, 19. März. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung kam, nachdem die Berathung des Budgets im Uebrigen beendigt worden war, der Anfangs und bis zum Schlusse ausgesetzte Ausgabeposten A. 1, die Hofdotation betreffend, und der rücksichtlich desselben vom Abgeordneten Oetker gestellte Antrag auf Verminderung zur Diskussion und Beschlußfassung. Der principale und am Weitesten gehende Theil des Oetker'schen Antrags geht dahin: „die Ständeversammlung wolle bei hoher Staatsregierung beantragen, daß für die Zukunft resp. für die Regierungsdauer Sr. Königlichen Hoheit des Kurfürsten baldigst eine angemessene, den Kräften des Landes und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende Verminderung der Hofdotation durch Vereinbarung herbeigeführt werde"; der mit der Begutachtung beauftragte Rechtspflegeausschuß sprach sich für eine bleibende Minderung der Hofdotation, als im höchsten Interesse des Landes und des Regenten begründet, aus und die Ständeversammlung nahm diesen Theil des Antrags mit Stimmeneinhelligkeit an und beschloß weiter, dem Regenten auf dem Wege der Adresse davon Kunde zu geben, und die Beschlußnahme über Ausgabeposten A. 1. resp. dessen Bewilligung bis zum Eingange einer Antwort auszusetzen. Der zweite Theil des Oetker'schen Antrags, welcher sich nur auf das Jahr 1849 bezieht, die Mittel in Anregung bringt, welche dem Staate gegenüber dem Kurfürsten auf vertragsmäßige Verwendung der Hofdotation zustehen, nämlich Kautionsleistung, Zurückhaltungsrecht und Klagrecht, und ferner wegen den eingetretenen Kalamitäten und der dadurch herbeigeführten bedrängten Finanzlage des Landes eine Minderung der Summe um 100,000 Rthlr. auf den Grund des in der Vereinbarung über die Dotation gemachten Vorbehalts verlangt, — dieser Theil ist einstweilen ausgesetzt und hat sich der Ausschuß dessen Begutachtung für den Fall, daß der erste Theil nicht zu dem erwünschten Resultate führen sollte, vorbehalten. Ob durch die Adresse das erwünschte Resultat erzielt werden wird? Ich für mein Theil zweifle sehr daran, oder vielmehr, ich glaube mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß eine ablehnende Antwort erfolgt; wer dem Gange der Verhandlungen in dieser Beziehung auf den verschiedenen Landtagen gefolgt ist, und auf die Resultate geachtet hat, welche tagelange Diskussionen und die schönsten Beschlüsse gehabt haben, der muß zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß an eine freiwillige Minderung auf dem Wege einer neuen Vereinbarung nicht zu denken ist. Es wird, da gewiß Keiner, außer etwa Hr. Winkelblech, der die ganze Berathung nur für eine „konstitutionelle Ergötzlichkeit" erklärte, die Absicht hat, den Rechtsboden zu verlassen, nichts übrig bleiben, als streng darauf zu bestehen, daß die Summen in der festgesetzten Weise verwendet werden und zu dem Ende sich für den einen oder anderen der von Hrn. Oetker in Vorschlag gebrachten Wege zu entscheiden. Hr. Nebelthau, den man schon vor einiger Zeit bei Gelegenheit der Ministerkrisis als Kandidaten für das Ministerium der Finanzen bezeichnete, schien den Ausgang der Berathung mit einer gewissen Freude zu bemerken.

Weimar, 16. März. Vor einigen Tagen ist ein Entwurf zu einer gemeinschaftlichen Strafprozeßordnung für die thüringischen Staaten mit gemeinsamen, mehrere Ländertheile umfassenden Geschwornengerichten im Druck erschienen. In 14 Tagen erscheint auch der Entwurf eines gemeinschaftlichen thüringischen Strafgesetzbuchs. Beide Entwürfe sind von einer gemeinschaftlichen Kommission verfaßt, welche in Jena unter dem Vorsitze des Oberappellationsgerichts-Präsidenten Ortloff arbeitete. Wenn diese Entwürfe von den einzelnen thüringischen Staaten unverändert angenommen werden, so wäre hiermit der erste bedeutende Schritt zu einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung der thüringischen Staaten gethan. Das Oberapellationsgericht in Jena soll für Strafsachen der gemeinschaftliche Kassationshof der thüringischen Staaten werden.

Hamburg, 18. März. Privatbriefen aus Kopenhagen vom 15. d. zufolge, soll ein Theil der dänischen Flotte, darunter einige Linienschiffe, nach der Nordsee unter Segel gegangen sein.

Großbritannien.

* **London**, 17. März. Der „Globe" oder Lord Palmerston selbst hat alle Hände voll zu thun, um die Politik des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gegen die vielen theils begründeten theils unbegründeten Angriffe in der Presse und im Parlament in Schutz zu nehmen. In einem dieser Artikel heißt es unter andern: „daß Oesterreich zu den Uebergriffen Rußlands jetzt gute Miene macht, ist, nach der Versicherung der „Times", nur die Folge davon, daß wir thöriger Weise uns enthalten, dem Hofe von Olmütz den Hof zu machen. Andererseits glauben wir aber, daß unsere Verbindung mit den konstitutionellen Regierungen durch nichts so gut gerechtfertigt werden kann, als durch diese deutlich zu Tage liegende Freundschaft zwischen den absolutistischen Höfen. Während der letzten 60 Jahre hat Europa zwischen den Grundsätzen des Absolutismus und denen der französischen Revolution abgestimmt. England hat sich mit keiner der beiden Richtungen vollständig identifizirt. Es war unser schönes Vorrecht, zwischen beiden das Gleichgewicht zu halten. Unsere toryistischsten Minister galten in Wien oder Petersburg von jeher fast für Jakobiner. Unsere extremsten Liberale wurden in den Konventen und konstituirenden Versammlungen Frankreichs und Italiens als Reaktionäre verschrieen. Sie (die englischen Minister) waren derselben Ansicht, welche Lord Chatham in Bezug auf unsere Bürgerkriege hatte, „daß das Unrecht zwar auf beiden Seiten, aber zugleich auf der einen Seite der Despotismus, auf der andern Seite die Freiheit sei." Weiter wird nachzuweisen gesucht, daß Palmerston, wie vor ihm Canning, überall auf Seiten der Volkssache stehe, während Lord Aberdeen in den absolutistischen Mächten seine natürlichen Verbündeten erkannt habe. Dagegen ziehe es Lord Palmerston vor, mit der französischen Republik, mit den gemäßigten Liberalen des gesammten Europa, mit den nüchternen Anwalten der verfassungsmäßigen Monarchie in Deutschland und mit jener sardinischen Regierung zusammenzuhalten, „welche, wie die tüchtigsten Zeugen einräumen, an der Spitze alles dessen steht, was in Italien reif und dem Fortschritt zugethan ist." In einem andern Artikel wird darauf hingewiesen, wie Lord Palmerston dadurch zur Besänftigung der Leidenschaften beigetragen und eine endliche Versöhnung angebahnt habe, daß es ihm gelungen sei, überall zwischen den streitenden Parteien Waffenstillstände zu Stande zu bringen. In bürgerlichen Kriegen heiße Zeit gewonnen, Alles gewonnen. Allerdings (meint

der Globe weiter) möchten z. B. weder Dänemark noch Deutschland in irgend einem Punkte der Streitfrage nachgegeben haben, aber die jetzige Stimmung lasse sich mit der Gereiztheit im vorigen Frühling nicht vergleichen. Der „Globe" setzt hinzu: „Hier wie in Sicilien hat unsere Regierung das Beispiel jenes friedfertigen Vaters nachgeahmt, der seinen Buben mit der goldnen Lehre in die Schule zu schicken pflegte, daß er immer 100 zählen möge, ehe er einen Schlag zurückgebe." Lord Palmerston möchte die Erfolge seiner Politik doch wohl in zu sanguinischer Weise ansehen und ihre Dauerhaftigkeit überschätzen!

Bemerkt zu werden verdient, daß „Daily News," während sie dem Minister des Auswärtigen, namentlich in der neapolitanisch-sizilianischen Angelegenheit allerlei Ungehörigkeiten und Uebereilungen zur Last legt, doch an einem Orte gesteht, die Erfolge Palmerstons und namentlich des Grafen Minto in Italien würden viel bedeutender gewesen sein, wenn beider Bemühungen nicht überall durch eine Intrigue gekreuzt würden, deren Fäden der ehemalige König der Franzosen in den Händen habe. Auch im Parlament zähle Ludwig Philipp seine Bundesgenossen. Aber man möge sich wohl bedenken, ehe man den Minister des Auswärtigen einer ausländischen Clique, einer feindseligen und tyrannischen Dynastie und ihren Werkzeugen und Duperten opfere. Auch der „Globe" spricht von einer gegen Palmerston gerichteten „orleanistischen Intrigue".

Mit der allgemeinen Versicherung, daß Graf Colloredo nach Brüssel gehen werde, ist es, dem „Standard" zufolge nichts. Dagegen wird Chandos-House prächtiger hergerichtet, um von dem Grafen und seiner Gemahlin bezogen zu werden, die dort nach ihrem Einzug eine Reihe festlicher Gesellschaften zu geben beabsichtigen.

In der gestrigen Unterhaussitzung antwortete Lord Palmerston auf eine Anfrage des Hrn. Sanders, „daß er seit seiner letzten Erklärung in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage allerdings von der Absicht der dänischen Regierung, an und nach dem 27. die Häfen von Schleswig und Holstein zu blokiren, in Kenntniß gesetzt worden sei. Diese Angelegenheit unterliege jedoch noch der Besprechung und er (Palmerston) lebe der Hoffnung, daß diese Absicht aufgegeben werden würde. Jedenfalls werde, wie er glaube, die Blokade nur nominell einige Zeit nach dem obigen Datum fortbestehen. Er könne nur sagen, daß eine solche Blokade mit den vorläufigen Mittheilungen, womit der preußischen Regierung das Ende des Waffenstillstands angezeigt worden, nicht ganz im Einklang stehen würde."

Frankreich.

• **Paris**, 17. März. Die schon öfter erwähnten Aussagen des Herrn von Lamartine vor dem Nat. Gerichtshof sind im Wesentlichen folgende: „Am 15. Mai," erzählt er, „als ich, um in die Versammlung zu gehen, im Saal des Colonnes angekommen war, fand ich mich plötzlich in Mitten einer Gruppe, die in den Raum der Nationalversammlung eindringen wollten. Unter den Männern, welche diese Gruppe bildeten, erkannte ich Albert, bleich und aufgeregt. Ich wendete mich zu ihnen, streckte die Arme vor, und erklärte, daß ich als Mitglied der Exekutiv-Gewalt, dessen erste Pflicht es sei, die Unverletzlichkeit der Versammlung zu schützen, nicht leiden würde, daß sie in Person ihre Bittschrift in den Saal trügen, daß sie sie nur mir oder einem andern Abgeordneten zu geben hätten, und daß sie der Gegenstand einer freien Berathung der Versammlung werden würde, daß sie aber, um den Eingang zu erzwingen, über meine Leiche müßten. Einer der Führer antwortete mir mit etwas beleidigenden oder vielmehr spottenden Worten. Ich entgegnete. Ich sagte Albert, wir wären nicht mehr im Zustand der Revolution, sondern der Regierung, und daß die direkten Bittschriften, welche bisweilen von der provisorischen Regierung geduldet worden wären, es nicht mehr vor der unverletzlichen Vertretung der Nation wären. Ich weiß nicht, was er erwiederte, es war weder heftig noch aufrührerisch, soviel ich mich entsinne. Ein Bürger, der sich Quentin nennen soll und der sich hinter der Gruppe befand, stellte mich lebhaft aber ohne Unhöflichkeit über meine Politik zu Rede. Er schied sehr bewegt, aber es war eher ein Wortwechsel, als ein Streit. Ich erinnere mich keiner Drohung, keiner Waffe, keiner Gefahr. Nach einigen heftigen Worten zogen sich die Bürger zurück; ich ging in den Saal. Ich kam erst wieder heraus, um mit den Hrn. Bureau de Puzey und Ledru-Rollin die Menge am Gitter anzureden, Der Tumult war so groß, daß es unmöglich war. Es erhob sich bei meinem Erscheinen der Ruf: Tod Lamartine!, aber er wurde durch den Unwillen der Menge selbst erstickt." Auf eine andere Frage des Präsidenten bemerkt Lamartine: „Der General Courtais ist nach meiner Meinung dem 15. Mai ganz fremd; ich würde erröthen, ihn nur einen Augenblick im Verdacht zu haben. Den Abend vorher, kam General Courtais nach dem Luxemburg zur Exekutivkommission um Befehle zu holen, und ich muß sagen, daß er mit dem größten Eifer alle möglichen Vorkehrungen traf, die sich freilich doch ungenügend erwiesen. Er theilte mit Herrn Buchez alle Verantwortlichkeit. Nach der Szene des Angriffs, die ich erzählt habe, begab ich mich mit einer großen Zahl meiner Kollegen in ein Kabinet des Präsidenten. Plötzlich hörten wir das Trommeln des Tambours, der sich näherte; ich sprang aus dem Fenster, und kehrte an der Spitze eines Bataillons in den Saal der Versammlung zurück. Ich stieg auf die Tribüne, und hielt eine Rede, die mit den Worten schloß: Es ist nicht Zeit mehr zu berathen, es ist Zeit zu handeln; nach dem Stadthaus! Ich ging in Begleitung des Herrn Ledru Rollin. Auf der place de la Concorde fand ich ein Dragonerpferd, das ich bestieg. Ich dachte, wir würden das Stadthaus mit allen disponiblen Truppen zu belagern haben, und dazu gab ich, auf meine eigene Verantwortlichkeit, den Befehl dem General Bedeau. Es bedurfte keiner Gewalt; ich kam zu Pferd bis auf den zweiten Hof des Stadthauses. Ich habe hier weder die Lage der Angeklagten zu erschweren noch zu erleichtern; aber wenn ich meinen ganzen Gedanken sagen soll, so betrachte ich das Attentat vom 15. Mai mehr als ein Gelegentliches als ein beabsichtigtes. Es war eine große Volksunbesonnenheit. Ich habe niemals geglaubt, daß sich die Gewalt der Nationalversammlung ohne einen Zusammenstoß mit den verschiedenen Parteien würde befestigen können. Was den Gedanken eines Komplotts ausschließt, ist die Feindseligkeit, welche seit dem Februar alle Männer der extremen Republik trennte. Es war nur ein Instinkt, der sie alle zu derselben Stunde trieb: Polen war der Vorwand, die Nationalversammlung das Ziel. Die Fremden haben eine große Rolle dabei gespielt. Die Volksklubs von Krakau und Warschau hatten seit Anfang Mai Organe in alle Pariser Klubs geschickt, um Frankreich zu zwingen, einen Krieg gegen sein Interesse zu führen. Von den Attentaten des 17. März und 16. April meint Herr von Lamartine, das Volk sei ihnen noch fremder als dem vom 15. Mai. Die Männer, welche die Exekutiv-Kommission als zu gemäßigt betrachteten, wollten eine Ergänzung der Revolution. Sie wollten die Exekutivkommission durch ein Comite de salut public ersetzen. Das Volk sei mehr gekommen, der provisorischen Regierung seine Hülfe anzubieten. Bei der Erzählung des 16. April rühmte er vorzüglich die Bravheit von Courtais. Auch gedenkt er einer dreistündigen Unterhaltung mit Blanqui bei Gelegenheit des 16. April, in der Blanqui ihm zu helfen versprochen hätte, die Gewalt, womit das Volk die Exekutiv-Kommission bekleidet hätte, in die Hände der Nationalversammlung zu übertragen.

• **Paris**, 19. März. Die Nationalversammlung hatte vorgestern am Schlusse ihrer Sitzung das Verlangen der Regierung genehmigt, heute das Klubgesetz vorzunehmen. Es ist die zweite Lesung, die heute beginnt. Die Regierung trägt auf ein förmliches Verbot aller Klubs an und bezeichnet mit diesem Namen alle periodischen und nicht periodischen Vereinigungen, in denen politische Gegenstände verhandelt werden. Die Kommission modifizirt den Regierungsantrag dahin, daß die Klubs zwar gestattet sind, aber sie schlägt zu gleicher Zeit eine Verschärfung des im Juli 1848 angegebenen Gesetzes vor. Jules Favre: Ich verkenne die Schwierigkeit des Unternehmens einer Vertheidigung der Klubs nicht, denn dieselben haben durch gewisse ausschweifende Theorien die allgemeine Ungunst, in der sie bei dem Publikum stehen, verdient. Aber ich frage: ist es nicht zu spät, jetzt ein solches Gesetz vorzuschlagen, nachdem die Konstitution das Versammlungsrecht anerkannt hat? Wäre es nicht klüger und politischer, die Ausübung dieses Rechtes zu mäßigen, als es ganz zu unterdrücken. Die Februar-Revolution wurde gemacht, um gegen die Verletzung des Vereinigungsrechts zu protestiren. Ihr behauptet, daß mit den Klubs eine Regierung unmöglich ist; hat man nicht auch gesagt, die Republik siege unmöglich in Frankreich, und doch steht sie heute in ihrer ganzen Kraft in unserem Lande da. Das allgemeine Stimmrecht, das so sehr bestritten wurde, hat uns eine Regierung gegeben, die stärker und kräftiger

ist, als irgend eine andere. Der Zufall der Revolutionen hat den Mann an das Staatsruder gebracht, der, nachdem er im Februar das Blutbad gleichsam hervor gerufen, heute öffentlich gegen die Republik konspirirt. (Allgemeine Bewegung.) Lohnt es sich der Mühe, so viel Blut zu vergießen, um so zu sagen eine zweite Ausgabe des Herrn Guizot am Staatsruder zu haben; Eure Taktik war also nur eine Kriegslist, um die Monarchie über den Haufen zu werfen, die Euch hartnäckig ein Portefeuille verweigerte? Ist vielleicht das Verbot gegen die Klubs nur eine Falle, um verwegene und unsinnige Angriffe auf die Konstitution vorzubereiten? Das Haupt-Argument gegen das Fortbestehen der Klubs ist, daß der Konvent dieselben auch unterdrückt habe. Aber der Konvent bietet uns nur das Schauspiel von energischen und furchtbaren Kämpfen zur Einführung und Vertheidigung der Freiheit; er war keine in Unabhängigkeit und Unparteilichkeit handelnde Regierung. Der Redner geht hierauf zur Erzählung der ersten Tage der Februarrepublik über und sucht zu beweisen, daß die provisorische Regierung, welche keine Armee zu ihrer Verfügung hatte, den Klubs nur durch ihren moralischen Einfluß in den verhängnißvollen Tagen des 15. März, 16. April und 15. Mai widerstanden hätte. Das Recht der Vereinigung, fährt er fort und der Klubs wurde sogar nach dem Juniaufstand durch das Gesetz vom 28. Juli anerkannt und als am 16. Mai Hr. Isambert ein Gesetz gegen die Klubs vorschlug und Niemand denselben unterstützte; warum ist Hr. Leon Faucher damals auf seiner Bank ruhig sitzen geblieben? Was ist denn seither vorgefallen, daß das Ministerium jetzt die Klubs für gefährlich hält. Hat nicht Hr. Dufaure mit demselben Gesetze zur Zeit der Präsidentenwahl regiert und ist diese Wahl nicht mit der größten Ruhe vor sich gegangen. Nach den eignen Angaben des Ministers haben sich die Klubs bedeutend verändert. Man hat Unruhen nöthig Angesichts der bevorstehenden Wahlen und deßhalb will man das gehässige Gesetz über die Klubs votirt haben. Der Redner spricht noch beim Postschluß.

Die heutige Presse bringt einen Brief Emile de Girardin's an die Wähler verschiedener Departements, von denen er aufgefordert worden war, sich auf die Liste der Kandidaten zu der bevorstehenden Nationalversammlung zu stellen. Emile de Girardin sagt darin, daß zwischen einer unklugen, reaktionären Rechten und einer ungestümen und maßlosen Linken für ihn kein Platz sei. Indem er daran erinnert, daß die bevorstehende Nationalversammlung zum großen Theil unter dem Einfluß der Hrn. Thiers und Berryer gewählt sein werde, fährt er fort: „Soll ich am 13. Mai in eine Versammlung eintreten, die derjenigen fast ganz gleich sein wird, aus der ich am 11. Februar 1848 ausgetreten bin? Seit dieser Zeit hat Frankreich einen König weniger, keine einzige Idee mehr und die Wahlen, deren Kreis das allgemeine Stimmrecht bedeutend erweitert hat, haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Mit der neuen Versammlung wird es wie mit der alten gehen; denn selbst eine gute Nationalversammlung kann zwar das Böse verhindern, aber nicht das Gute thun in einem Lande, wie Frankreich, das unter der Vertheilung des Vermögens und zugleich unter einer drückenden Centralisation der Verwaltung steht." Der National erzählt mit großer Bitterkeit, daß es den Vorstellungen und Intriguen der neapolitanischen Regierung bei dem französischen Kabinet gelungen ist, ein Verbot der Ausfuhr von Waffen auszuwirken, welche für Sicilien bestimmt waren. Dieses durch den Telegraphen nach Marseille beförderte Verbot sei, um so überraschender, als mehreren Fabrikanten von St. Etienne ausdrücklich die Erlaubniß ertheilt worden war, Waffen für das Ausland zu fabriziren. Der National hebt hervor, daß das republikanische Frankreich auf diese Weise gethan hat, was der König von Neapel von dem monarchisch-aristokratischen England nicht erlangen konnte. Die Nachricht von der Errichtung eines Lagers von 20,000 Mann in der Gegend von Saint Maur (zwei kleine Stunden von Paris) bestätigt sich. Die Regierung beabsichtigt, die Truppen in Saint Maur und in Versailles zu concentriren, von wo aus die Bataillons abwechselnd den Garnisondienst in Paris verrichten würden. Man hofft, daß die Soldaten auf diese Weise gegen die Einimpfung der demokratischen Lehren zu schützen.

Ein Ex-Kommissär der provisorischen Regierung, Riancourt, steht jetzt vor dem Assisenhof zu Rouen. Er ist ein schon vielmals bestrafter Dieb und wird jetzt des Mordes angeschuldigt. Er hatte sich als Beamter der religiösen Gesellschaft des heiligen Vincenz von Paula ein Empfehlungsschreiben von dem Erzbischof von Rouen zu verschaffen gewußt und gestützt auf dieses, so wie auf eine Wunde, die er zufällig am 24. Februar auf dem Platz des Palais Royal erhalten hatte, gelang es ihm, bei seinen Kenntnissen und seiner Gewandtheit sich in das Vertrauen des Herrn Buchez einzuschleichen, der ihm einen Empfehlungsbrief an den General-Kommissär der untern Seine mitgab. Von diesem zum Unter-Kommissär ernannt, stieß er bald auf einen ehemaligen Gefängnißgenossen, der sich in einer schlechten Lage befand und sich das gute Glück Riancourts zu Nutzen zu machen suchte. Riancourt ernannte ihn zum Polizei-Agenten in einem kleinen Orte seines Amtsbezirkes und benutzte die erste Gelegenheit, um sich des unbequemen Vertrauten durch einen Mord zu entledigen. Der Angeklagte leugnet bis jetzt auf das hartnäckigste sein Verbrechen, allein die Indicien, welche gegen ihn sprechen, sind zu stark, als daß sein Leugnen von Erfolg sein könnte.

Stand der Renten 5 pCt. 82, 05; 3 pCt. 51, 50; Bankaktien 2240.

Oesterreichische Monarchie.

Von der Drave, 11. März. Die Uebergabe der Festung Peterwardein ist so viel als entschieden und es handelt sich blos nur um die Bedingnisse, in Betreff deren parlamentirt wird. Mit welcher Bestimmtheit die Uebergabe erwartet wird, ersieht man schon daraus, daß ein kaiserlicher Courier, der gestern an das Essegger Distriktskommando angekommen, von Nugent zurückgehalten worden, um Sr. Majestät zugleich die offizielle Uebergabe der Festung zu überbringen. Der Gewinn, der dadurch für unsere Truppen erwächst, ist sehr groß; denn die Festung würde für alle Eventualitäten einen sehr wichtigen Stützpunkt bieten, abgesehen davon, daß 10,000 Mann dadurch disponibel werden.

(Ostd. P.)

Italien.

* **Turin**, 14. März. Die Regierung entwickelt heute in einem Manifest an das ganze zivilisirte Europa, welches die amtliche Zeitung mittheilt, nochmals die Gründe der Wiederaufnahme des Krieges. Es sind wesentlich andere, als die in der Aufkündigung des Waffenstillstandes enthaltenen. Wir theilen das Aufkündigungsschreiben wörtlich mit: „Die Regierung Sr. Maj. des Königs Karl Albert an Se. Exc. den Feldmarschall Grafen Radetzky, Oberbefehlshaber der österreichischen Truppen in Italien. Obgleich der am 9. August 1848 zwischen der sardinischen und österreichischen Armee zu Mailand abgeschlossene Waffenstillstand von den verfassungsmäßigen Gewalten der Staaten Sr. Maj. des Königs Karl Albert nicht ratifizirt wurde und niemals einen andern Charakter hatte, als den einer rein militärischen und vorübergehenden Uebereinkunft, so sind dennoch die der sardinischen Armee auferlegten Verpflichtungen treu und mehr als zur Genüge erfüllt worden, wohingegen Oesterreich die eingegangenen Verpflichtungen verletzt hat und noch verletzt. Zu den offenbarsten dieser Verletzungen zählen wir: die Weigerung, die Hälfte des Artillerieparks von Peschiera herauszugeben; die militärische und politische Occupation der Herzogthümer; die Land- und Seeblokade und andere Feindseligkeiten gegen Venedig; die Grausamkeiten aller Art, welche an Stelle des Schutzes verübt worden sind, den laut Artikel 5 des Waffenstillstandes die kaiserliche Regierung den Personen und dem Eigenthum verheißen hatte; die Verkennung und Ueberschreitung des Geistes der Uebereinkunft, deren Zweck die Anbahnung des Friedens war, indem die kaiserliche Regierung den Aufforderungen der vermittelnden Mächte zum Trotz keinen Ort für die Unterhandlungen bestimmte und außerdem ihren Vorsatz aussprach, auf den Verträgen von 1815 zu beharren, was im Widerspruch mit dem Begriff und den Grundlagen der angebotenen Vermittelung ist, und indem sie ferner sich weigerte, einen Bevollmächtigten nach Brüssel zu schicken, wie dies seit lange mit den Bevollmächtigten Frankreichs, Englands und Sardiniens verabredet war. Die Regierung S. M. des Königs Carl Albert erklärt sich daher an die Uebereinkunft vom 9. August 1848 nicht gebunden und kündigt, um das Maaß der Ehre zu erfüllen, den Waffenstillstand Namens und auf Befehl S. M. des Königs auf. Turin, den 12. März 1849." Folgen die Unterschriften der Minister.

In dem Manifest wird zuerst von der Unmöglichkeit gesprochen, den ungestümen Wünschen des italienischen Volkes zu wider-

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsversammlung vom 22. März.) Berlin (Verhandlungen der zweiten Kammer. Die Feier des 18. März in Preußen. Die Truppen für Schleswig-Holstein. Die Verlängerung des Waffenstillstandes.) Halberstadt (Das Oberlandesgericht und die Steuerverweigerer.) München (Umtriebe der verbündeten Partikularisten und Ultramontanen.) Dresden (Theilweise Amnestirung der Jagdfrevel. Der König zur Musterung nach Leipzig. Seebeck †) Freiburg (Der Prozeß Struve's.) Kassel (Die Adresse über die Hofdotation.) Bernburg (Der Belagerungszustand.)

Oesterreichische Monarchie. Ofen (Die Operationsarmee.) Aus Ungarn (Ein Hülfskorps aus Galizien. Der Krieg in Siebenbürgen. Die Russen. Bem.)

Italien. Mailand (Manifest Radetzky's an das Heer.) Venedig (Monin zum Präsidenten gewählt.) Rom (Verhaftung mehrerer Bischöfe.) Neapel (Unterhandlungen der Admiräle mit dem sicilianischen Minister des Auswärtigen.) Palermo (Die Sicilianer wollen das Ultimatum nicht annehmen.)

Schweiz. Bern (Der römische Gesandte.)

Dänemark. Kopenhagen (Friedensgerüchte. Rüstungen.)

Donaufürstenthümer. (Prämien für die Vermehrung der Bevölkerung durch russische Offiziere.)

Frankfurter Börsenbericht (vom 22. März).

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 22. März.

Tagesordnung der 191. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der Abstimmung über den vom Abgeordneten Rießer, Namens des Verfassungs-Ausschusses erstatteten Bericht, den vom Abgeordneten Welcker in der 184. öffentlichen Sitzung vom 12. März 1849 gestellten Antrag betreffend.

Die Sitzung wird nach 9 Uhr durch den Präsidenten Herrn Eduard Simson eröffnet. Aus der National-Versammlung treten aus: sofort Herr Küntzel aus Hannover und mit dem 3. April Herr Pözl aus Amberg in Baiern.

Aus Göttingen sind gegen 90 Rthlr., als Rest einer dort veranstalteten Sammlung für die deutsche Kriegsflotte, eingegangen.

Herr Würth von Sigmaringen trägt eine Anrufung an das Reichsministerium der Justiz vor, den Vertrag betreffend, welchen die um Frankfurt zusammenstoßenden Staaten zur erleichterten Ausübung der Sicherheitspolizei unter einander geschlossen haben. Der Vertrag berechtigt bekanntlich die Beamten der betheiligten Staaten zu gerichtlichen Verfolgungen auch auf jenseitigen Gebieten. Die Anrufung des Herrn Würth in der bekannten europäischen Ausdrucksweise des Abgeordneten gehalten, athmet einen gründlichen Haß gegen alle Anstalten, die sich anmaßen, der Handhabung der Gesetze einigen Vorschub zu leisten.

Der Antrag des Hrn. Hildebrand, der hierauf unter einer unbezwinglichen Unruhe des Hauses zur Abstimmung durch Namensaufruf kommt, lautet:

„Für I. a (Entwurf der Verfassung, Abschnitt vom Reich) wird folgende Fassung beantragt: Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten.

Nach I. b ist als dritte Modifikation unter c einzuschalten: c. daß in den §§. 81 und 108 die Bestimmungen über das Veto des Kaisers in der Fassung beibehalten werden, wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen sind.

Unter 3 ist Lit. b, welche die geheime Wahl in öffentliche verwandelt, ganz wegzulassen."

Verworfen mit 487 gegen 6, sage sechs Stimmen. Acht Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten.

Dadurch, daß mehrere Anträge zurückgezogen werden, kommt hierauf an die Reihe der Antrag des Abgeordneten v. Radowitz und Genossen. — Er wird auf dem Wege gewöhnlicher Abstimmung abgelehnt.

Hr. Eisenstuck will zwar seinen Antrag zu Gunsten des Heckscher'schen zurücknehmen und sich nur eventuell das Recht, ihn sofort wieder als einen dringlichen einzubringen, vorbehalten. Allein das Haus macht von der Befugniß Gebrauch, einen fallengelassenen Antrag wieder aufzunehmen. Es wird ebenfalls durch Namensaufruf darüber abgestimmt und mit 282 gegen 246 Stimmen zum Beschluß erhoben:

„In Erwägung: 1) daß die Abstimmung in Bausch und Bogen über den vorliegenden modifizirten Verfassungsentwurf, ohne spezielle Abstimmung über dessen einzelne Theile, das freie Abstimmungsrecht aufheben und das Gewissen der Volksvertreter verletzen würde, 2) daß aber bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands die schleunigste Vollendung des Verfassungswerkes als eine gebieterische Pflicht der Volksvertretung erscheint,

beschließt die Nationalversammlung:

I. Ueber den vorliegenden modifizirten Verfassungsentwurf wird einschließlich aller Minoritätsanträge des Ausschusses ohne weitere Diskussion und ohne Zulassung fernerer Verbesserungsanträge, mit Ausnahme solcher, welche mindestens 50 Unterschriften haben, durch Abstimmung über die einzelnen Paragraphen Beschluß gefaßt.

II. Die Abstimmung erfolgt in der vorliegenden Reihenfolge mit Ausnahme des Abschnittes III. der Verfassung, das Reichsoberhaupt, welcher zuletzt zur Abstimmung kommt.

III. Die Abstimmung wird sofort begonnen und in fortlaufenden Sitzungen das Verfassungswerk in der vorgezeichneten Weise vollendet."

Bei dieser Abstimmung erregt der Umstand ein begreifliches Befremden, daß Hr. Eisenstuck gegen seinen eigenen Antrag votirt. Unter den Bejahenden befinden sich hingegen die Herren Venedey, Vischer, Heinrich und Max Simon, Graf Reichenbach, Ludwig Uhland. Fünf Mitglieder des Hauses haben sich ihrer Stimmen enthalten.

Herr Heckscher betritt die Rednerbühne mit der Behauptung, daß mit der Annahme des obigen Antrags der seinige nicht verworfen sei, denn in seinem Antrage befinde sich eine Reihe von Vorschlägen, die unabhängig seien von dem gefaßten Beschlusse und die eine selbstständige Abstimmung zuließen. Der Präsident weist dies Verlangen aus einer Vergleichung des Inhalts beider — des Eisenstuck'schen und des Heckscher'schen — als ein sowohl der Logik, als dem Gebrauch des Hauses, sowie der Geschäftsordnung widersprechendes zurück.

Zur namentlichen Abstimmung kommt hierauf ein anderer Antrag des Herrn Eisenstuck:

„In Erwägung, daß die im Reichsgesetzblatt vom 28. Dez. 1848 veröffentlichten Grundrechte dem gesammten deutschen Volke gewährleistet sind und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates dieselben je aufheben oder beschränken darf;

In Erwägung, daß zu Folge des Beschlusses der Nationalversammlung vom 27. Mai keine Verfassung eines deutschen Einzelstaates Bestimmungen enthalten darf, welche der deutschen Reichsverfassung zuwider laufen;

In Erwägung, daß die österreichische oktroyirte Verfassung vom 4. März diesen gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht;

In Erwägung, daß es die heilige Pflicht der deutschen Nationalversammlung und des gesammten deutschen Volkes ist, dem Volke jedes Einzelstaates die gewährleistete Freiheit unverkürzt zu bewahren und die Regierungen der Einzelstaaten zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten,

beschließt die Nationalversammlung:

1) die am 4. März oktroyirte Verfassung für Oesterreich ist für die zum deutschen Reiche gehörigen Theile des Kaiserstaates nicht verbindlich, in so weit sie den angeführten Beschlüssen der Nationalversammlung zuwiderläuft;

2) das Reichsministerium ist beauftragt, diesen Beschluß mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Ausführung zu bringen."

Eine namentliche Uebersicht über das Verhalten der österreichischen Mitglieder zu dieser Frage — deren Beantwortung über ihr Verhältniß zu Deutschland und über das Recht sich noch fernerhin an unsern Verfassungsangelegenheiten zu betheiligen als entscheidend betrachtet werden muß — werden wir nach den stenographischen Niederschriften sofort zu liefern suchen. Vorläufig erwähnen wir nur, daß selbst einige Mitglieder, die sonst in allen Stücken

mit der verwegensten Linken zu gehen pflegen, wie Hr. Kotschy aus Ustron in Mähren, sich der Abstimmung enthalten, was auch Herr Möring thut (lebhafte Bewegung der Entrüstung im Hause, Lachen und höhnischer Beifall), oder daß sie abwesend sind, wie Herr v. Maifeld. Mit einem tapferen Ja antworteten u. A. Hr. v. Somaruga (Beifall), Giskra, Nein dagegen die Herren v. Neuwall und Schmerling (Das auf die Erklärung Schmerlings folgende Geräusch verursacht eine Pause.)

Der Antrag wird verworfen mit 275 gegen 174 Stimmen. Des Votums haben sich enthalten 63 Mitglieder des Hauses. Zu Protokoll sind in Bezug auf die heutigen Abstimmungen fünf Erklärungen gegeben worden, die sowie mehrere gestrige Erklärungen dieser Art durch den Druck der Versammlung bekannt gegeben werden sollen.

Schließlich läßt der „interimistische" Präsident des Reichsministeriums, Hr. Heinrich v. Gagern, der Nationalversammlung anzeigen, daß sämmtliche Minister und Unterstaatssekretäre ihre Entlassung gegeben haben und daß dieselbe vom Reichsverweser, unter Anerkennung der Beweggründe zu diesem Schritt, angenommen worden ist. Sie werden ihr Amt fortführen bis zur Ernennung ihrer Nachfolger. Nachdem noch einem Antrage der Linken, auf sofortige Annahme der unveränderten Verfassung, wie sie aus erster Lesung hervorgegangen, die „Dringlichkeit" verweigert worden ist, wird die heutige Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Morgen. Tagesordnung: Zweite Lesung der deutschen Reichsverfassung nach dem durch die Annahme des Eisenstuck'schen Antrags beschlossenen Verfahren.

△ **Berlin**, 20. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer widersprach der Finanzminister noch einmal dem Gerüchte über eine Anleihe von 70 Millionen, welches auf der Börse die Papiere fallen gemacht. Er überreichte den Finanz-Etat von 1849 und einen Gesetzentwurf über die gleiche Besteurung der gereinigten und der ungereinigten Soda, der nicht verfehlt hat, in den süddeutschen Zollvereinsstaaten einen günstigen Eindruck hervorzubringen. Es ward ein Ausschuß niedergesetzt, um den Finanz-Etat zu prüfen. Hierauf ward die unerquickliche Berathung über die Adresse fortgesetzt. Man ist bei den beiden ersten Sätzen des Entwurfs stehen geblieben. Zuerst trat Kirchmann auf. Er bestritt die Nothwendigkeit der Oktroirung und sprach äußerst heftig zur Vertheidigung des aufgelösten Landtages, von welchem er behauptete, er sei nicht seiner Unfähigkeit, sondern seiner allzugroßen Fähigkeit wegen aufgelöst worden. Die Vormittagssitzung vom 31. Oktober mit ihrem entschiedenen Geiste wäre die Veranlassung zur Vertagung gewesen. Durch die neue Verfassung habe Niemand gewonnen als die Diebe und Mörder, deren Strafe gemildert wäre. Er bestritt es, daß das Volk die Verfassung durch die Wahlen anerkannt habe und kehrte sich mit der größten Heftigkeit gegen die Minister, auf die er das Wort des heil. Augustinus anwandte: Die Tugenden der Heiden sind glänzende Laster! was nicht geringe Aufregung hervorrief. Die Linke schießt überhaupt viele wüthende, vielleicht auch manche verlangende Blicke nach dem Ministertische. Es ist gewiß schon von dieser Seite her, aus dem Grunde, daß eine Versöhnung der Parteien möglich gemacht werde, ein großer politischer Fehler, daß das Ministerium Brandenburg nicht vor dem Zusammentreten der Kammern einem andern Platz gemacht. In dem jetzigen Ministerium erblickt die ganze Linke nicht bloß ihre Sieger, sondern auch ihre Verfolger.

Hr. Kirchmann schloß auf eine Weise, welche die größte Aufregung und die bittersten Streitigkeiten hervorrief. „Was wir an Freiheit gewonnen, ist nicht ihr Werk, wohl eher gegen ihren Willen geschehen. Gegen die politischen Prozesse, welche tausend Familien in Sorgen und Noth stürzen, ist die Demagogenverfolgung unter Kamptz ein Kinderspiel. Sehen wir nach Deutschland hinaus, so ist das Oktroiren an der Tagesordnung, in Italien verhindert man die Selbstentwicklung und gefährliche Bündnisse drohen von anderer Seite. Darum ist jetzt Mißtrauen die erste Pflicht des Abgeordneten. Aber auch die Furcht ist mir ferne, denn noch sind die Aprilgesetze geltend und mir lieber als die Verfassung. Der Wille zurückzunehmen ist vorhanden, aber ohnmächtig, man würde bald mit Zinseszinsen wiedergeben. Mit der Gewalt kann man sich versöhnen, aber es gibt Etwas, was unauslöschlich erbittert, nämlich der Zwang, Unrecht für Recht anzuerkennen. Das ist die Friedenspalme, die man Ihnen reicht! (Beifall links). Graf Brandenburg: Ich bitte den Präsidenten, das Staats-Ministerium vor Beleidigungen zu schützen und den Redner wegen seiner Anspielung zur Ordnung zu rufen. Präsident: Da die Rede des Abgeordneten v. Kirchmann einen persönlichen Angriff gegen das Ministerium enthielt, so muß ich dem Herrn Deputirten bemerklich machen, daß dergleichen Angriffe nicht in die Debatte gehören und daß ich bitte, dieselben künftig zu unterlassen. Dieser Ordnungsruf bringt auf der linken Seite des Hauses die größte Aufregung hervor. Es ertönt wiederholt der Ruf: „Redefreiheit!" Vom Abgeordneten Elsner vernimmt man die Worte: Dann lassen Sie uns nach Hause gehen! Die Unruhe dauert fort. Endlich verschafft sich der Präsident Gehör. Präsident: Der Angriff des Abgeordneten Kirchmann war ein persönlicher; nach dem Geschäftsreglement war ich verpflichtet, denselben zu rügen, da ich persönliche Angriffe gegen das Ministerium nicht dulden darf. (Große Unruhe.) Es widert mich an, die jetzt nachfolgende Verwirrung zu beschreiben. D'Ester stürmte auf die Tribüne, um sich über Vincke zu beklagen, der auf D'Ester's Bemerkung, der Entwurf entspreche nicht der Bildungstufe des Volkes, hingeworfen hatte, auf das zweifelhafte Glück, der Bildungsstufe des Hrn. D'Ester zu entsprechen, mache der Entwurf keinen Anspruch. Man sieht, Hr. D'Ester will unter allen Umständen zu den gebildeten Ständen gerechnet werden. Es fielen in diesem ganzen von der Sache zu Persönlichkeiten abirrenden Streite, auf beiden Seiten seltsame Worte. Parrisius meinte z. B., die Herren Minister wären da, damit sie angegriffen würden (Heiterkeit.) und zwar auf Grund ihrer Handlungen und Hr. v. d. Heydt meinte dagegen: Das Ministerium erkennt den Abgeordneten auch nicht das Recht zu, daß sie ein Urtheil über unsere Handlungen sprechen, was ebenfalls Heiterkeit erregte. Hr. v. Bismarck verlangte den Ordnungsruf wegen Grobheiten, was ihm sogleich einen Ordnungsruf zuzog. Kurz, wir sehen noch nicht recht, daß wir uns seit vorigem Jahr verbessert haben, und Hr. v. Unruh meinte sogar: „Auch wir sind hier bald einen Monat beisammen und wenn Sie sich fragen, was zu Stande gebracht ist, so werden Sie sagen müssen, nichts! und es ist mir sehr zweifelhaft, ob diese Versammlung schneller mit der Verfassung zu Stande gekommen wäre, als jene Versammlung. Es sind allerdings Irrthümer in der Nationalversammlung begangen worden, aber mehr als die Hälfte derselben fällt der Regierung zur Last." Unruh's Rede war mit mehr Ruhe gehalten, zeigte aber dieselbe Hartnäckigkeit des Prinzips: die Verfassung will er nicht anerkennen und beruft sich dafür auf seine Wähler. Er will keinen andern Rechtsboden anerkennen als den vom 6. April. Wohlthuend waren die versöhnenden Worte von Auerswald, der an einem Gleichnisse die Unvernunft der Unversöhnlichkeit darzustellen bemüht war, und mit den Worten Freiligraths schloß, es gäbe eine höhere Warte als die Zinnen der Partei. (Freiligrath kann dies jetzt freilich jetzt nicht mehr von sich sagen; er war damals noch der Kämmerer von Mohrenland und ist seitdem leider zum Evangelium der rothen Republik bekehrt). Zum Schlusse nahm Vincke das Wort. Aus seiner eindrucksvollen Rede heben wir hervor, was sich auf die Verfassung und den Rechtsboden bezieht. Er bemerkte, daß die am 8. April berufenen Mandatare aufgelöst werden durften, um eben den Kommittenten selbst das Recht der Vereinbarung zu wahren. Ob ein anderer Ausweg möglich war, weiß ich nicht, eben so wenig, ob er einer auswärtigen Diplomatie zuzuschreiben, da ich mich nicht in diplomatischen Kreisen bewege, wie der Redner, der dies behauptet. Ich gestehe, es war ein großes gefährliches Spiel, darum fühle ich mich verpflichtet, meine hohe Achtung den Personen auszusprechen, welche mit Selbstaufopferung und Muth, Ehre und Leben, ihre höchsten Güter, eingesetzt, um das Vaterland zu retten. (Anhaltender Beifall und Zischen, Unruhe.)

Ich gestehe, daß die Noth kein Recht begründet, daß das Recht der Nothwehr jedenfalls nachgewiesen werden muß, wie es nicht der Fall ist; und ich stimme hierin dem Abgeordneten für Greifswald nicht bei, welcher die Unmöglichkeit eines anderen Aushilfsmittels behauptet hat. Aber das Spiel ist gelungen, und wir, die Mandatare, können uns nicht mit unseren Kommittenten in Widerspruch setzen, welche durch die Vornahme der Wahl die Verfassung vertragsmäßig anerkannt und hiermit die Vereinbarung beendet haben, somit stehen wir vollkommen auf dem Rechtsboden.

Schließlich sprach er gegen den Entwurf der äußersten Linken; die Krone, sagte er, solle nicht zum Federballe der Bummler werden. Das D'Ester'sche Amendement erhielt dann auch nur 62 Stimmen. Auch alle übrigen Amendements wurden verworfen. Der erste Passus des Kommissions-Adreßentwurfs wird schließlich mit 172 gegen 161, der zweite Passus mit 175 gegen 158 Stimmen angenommen. Gott lasse das Ende besser sein, als den Anfang!

* Der 18. März ist in allen Theile des Preußischen Staates festlich begangen. Zu ernstlichen Störungen der Ruhe ist es dabei nirgends gekommen, obgleich die beabsichtigten Demonstrationen der Demokraten den Behörden vielfach Besorgnisse einflößten, und die Polizei in ihrem Eifer zum Theil zu weit ging, z. B. in Bonn, wo nach einem Berichte der Kölnischen Zeitung das Abschießen von Böllern in einem Garten untersagt ward, weil es Aufregung verursachen könne.

! **Berlin**, 20. März. Wie wir hören, wird zwar mit der Mobilmachung der für die Herzogthümer bestimmten diesseitigen Truppen fortgefahren, der Abmarsch derselben aber einstweilen ausgesetzt bleiben. Auch wird die von Seiten Dänemarks angekündigte Blokade der schleswig-holsteinischen Häfen, wenn auch dem Wortlaut nach noch nicht zurückgenommen, doch nicht zur Ausführung kommen. Man kann daraus auf eine vorläufige Verlängerung des Waffenstillstandes schließen, dem hoffentlich ein dauernder Friede folgen wird. (D. R.)

Halberstadt, 17. März. Der Kriminalsenat des hiesigen Oberlandesgerichts hat kürzlich einen für die gegenwärtige Zeit höchst wichtigen Rechtsgrundsatz durch Erkenntniß ausgesprochen, indem er die Aufforderung zur Steuerverweigerung aus politischen Gründen für nicht strafbar erachtete. Ein Bürger unserer Stadt war dieses vermeintlichen Verbrechens halber angeklagt und ist völlig freigesprochen worden. (M. Z.)

München, 19. März. Die vereinigte Partei der Ultramontanen und Partikularisten Baierns tritt seit einigen Tagen in so drohender Keckheit auf, wie es selbst die Pessimisten noch vor wenigen Wochen nicht vorauszusagen wagten. Die Zurückberufung von Lassaulx und Philipps auf Lehrstühle der Universitäten München und Würzburg, welche noch unter der Regierung des Königs Ludwig von freisinnigeren Katholiken besetzt wurden, betrachtet unsere reaktionäre Partei nur als einen ersten schwachen Versuch zur Wiedereinführung des alten Regierungssystems und erklärt ziemlich offen, daß der König auf diesem Weg entschiedener fortschreiten, daß Baiern wieder als der Führer des katholischen Deutschlands auftreten müsse. Das ganze Heer der Angestellten und Privilegirten, zeigt nun plötzlich, den Gegnern des Partikularismus gegenüber, ein Anmaßung in Wort und Schrift, wie solche sich kaum die schwarzgelbe Partei in Wien wider die besiegten Oktobermänner herausgenommen hat. Vor Allem thätig ist der sogenannte Verein für religiöse Freiheit und konstitutionelle Monarchie, der sich richtiger „Verein für katholischen Kirchenzwang und monarchischen Absolutismus" nennen dürfte. In diesem Verein präsidirt ein katholischer Priester und der fanatisirende Hauptredner ist Herr Zander, Redakteur des Volksboten, eines ultramontanen Schmähblattes, welches eine außerordentliche Verbreitung hat und von unsern altbaierischen Bauern ausschließlich gelesen wird. Neben ihm sitzt an der Vorstandstafel der bekannte Reichsrath Graf Arco-Valley und Herr von Hörmann, jener baierische Groß-Inquisitor, welcher unter der Wallerstein'schen Verwaltung die politischen Prozesse in Baiern leitete. Nie vergeht eine Sitzung in diesem Vereine ohne einen Aufruf an dessen „katholischen Geist", ohne daß die Redner den Zuhörern, welche großentheils dem niedern Bürgerstand angehören, die Gefahren, die durch die Grundrechte und die deutsche Einheit die katholische Kirche bedrohen sollen, in Lügenbildern von den schreiendsten Farben ausmalen, welche leider auf dieses Auditorium selten ihre Wirkung verfehlen. Dabei unterlassen jene fanatisirenden Redner nie, zugleich als die Vertheidiger der Zunftprivilegien aufzutreten und die deutsche Einheit mit der Gewerbefreiheit zu identifiziren. Ja, der Redakteur des Volksboten ging so weit, daß er den gegen einen katholischen Priester jüngst verübten Raubmord als eine „Folge der liberalen Demonstrationen" darstellte! Wohin es diese Partei, die auf jegliche Weise sich bemüht, unserm wankelmüthigen Monarchen sich nützlich, angenehm und dienstwillig zu zeigen, bei uns noch bringen wird, ist nicht abzusehen. Sie war im ersten Augenblick über die saubern Anträge Oesterreichs hinsichtlich der deutschen Verfassung verblüfft, Jetzt hat sie Muth gefaßt, tritt offen für das Schwarzenberg'sche Programm in die Schranken und redet sogar einer Vernichtung des deutschen Volkshauses das Wort. Mit Ekel sehen wir, wie sie selbst den Einfluß der Weiber nicht verschmäht, um Werkzeuge zur Verwirklichung schändlicher Plane zu gewinnen, welche weiter reichen, als man selbst im Schloß Nymphenburg sich einbilden dürfte.

A **Dresden**, 20. März. Den ungestümen und unersättlichen Wünschen und Forderungen der Kammern kommt nur selten und langsam die Gewährung der Regierung nach. Abgesehen von den Grundrechten und dem gewährten Rechte des Gesetzesvorschlags ist die königliche Entscheidung auf die wichtigsten Beschlüsse, z. B. die sofortige Einziehung der Gesandtschaften und die mit vollstem Rechte und allgemein verlangte Abberufung des Hrn. v. Könneritz aus Wien, noch nicht eingegangen. Heute gelangte wiederum ein königliches Dekret an die erste Kammer, welches den Anträgen der Kammern über die vollständige Amnestirung aller bisher begangenen Jagdfrevel unter vielen Beschränkungen beistimmt. Nur die auf eignem Grund und Boden begangnen Jagdsünden werden amnestirt, dagegen weder die Gerichtskosten niedergeschlagen, noch die Verurtheilten in ihre bürgerlichen Ehrenrechte wieder eingesetzt. Ein anderer Beschluß der zweiten Kammer verlangt nun gar Amnestie für sämmtliche Verbrecher, welche zu der Bewegung des verflossenen Jahres in Beziehung stehen. — Morgen reist der König, von den Prinzen Johann und Albert begleitet, nach Leipzig, um dort den größten Theil der nach Schleswig bestimmten Truppen noch einmal zu mustern und denselben Lebewohl zu sagen. Ein Theil der Infanterie ist direkt über Berlin gegangen und kann sich also auf dem Sammelplatze bei Leipzig nicht einstellen. — Gestern entschlief hier nach schweren Leiden im rüstigsten Mannesalter der bekannte Physiker Prof. August Seebeck, Direktor der königlichen polytechnischen Bildungsanstalt. Er war seit einigen Monaten zum Nachfolger des von seiner Leipziger Professur nach Göttingen zurückkehrenden Wilhelm Weber (eines der sieben Göttinger) designirt.

* **Freiburg**, 20. März. Am heutigen Tage wurden die öffentlichen und mündlichen Verhandlungen vor dem ersten badischen Geschwornengericht in Sachen Struve's und Blind's eröffnet. Der Vertheidiger der Angeklagten, Brentano, bestritt aus formellen Gründen die Zuständigkeit des Gerichtshofs, Struve und Blind erklärten, jener in mehr künstlich rhetorischer, dieser in leidenschaftlicher Weise, ihre Zustimmung, wogegen der Staatsanwalt Eimer darauf anträgt, die von dem Vertheidiger und Angeklagten gestellte Einrede als nicht begründet zu verwerfen, was denn auch am Schluß der Sitzung, Abends 5 Uhr, geschieht. Morgen das Nähere.

* **Kassel**, 20. März. Die Ständeversammlung hat heute die Adresse genehmigt, welche nach ihrem Beschlusse dem Kurfürsten überreicht werden soll. Die Adresse weist auf die zunehmende Noth und Bedrängniß des Landes hin, spricht die „zuversichtliche Hoffnung" der Stände aus, der Kurfürst „werde die von hochwichtigen Ereignissen, wie die erlebten, unzertrennlichen Bedrängnisse sicher und mit warmem Herzen erkennen und Opfer nicht scheuen," und schließt mit dem „ehrfurchtsvollen dringlichen Ersuchen": eine „angemessene" Verringerung der Hofdotation eintreten zu lassen. Es ist bereits um eine Audienz zur Uebergabe dieser Adresse durch eine Deputation nachgesucht.

Bernburg, 18. März. Die am 16. März vom Staatsministerium wegen des Belagerungszustandes erlassene Bekanntmachung besagt: „Da das hiesige Militär in seiner dienstlichen Function angegriffen und auf dasselbe geschossen worden und die Civilbehörden jetzt nicht im Stande sind, dem Gesetze die nöthige Achtung zu verschaffen," so werden die Stadt Bernburg und das Dorf Waldau in Belagerungszustand erklärt. Dem Hauptmann v. Trützschler sind die nähern Anordnungen überlassen worden. Dieser hat sofort alle politischen Vereine geschlossen, bei Tage mehr als fünf, bei Abend mehr als drei Personen auf der Straße zusammenzutreten verboten, Plakate unter seine Censur gestellt und die Ablieferung aller Feuergewehre befohlen. In einer Bekanntmachung von gestern sagt derselbe dem Militär für die

Uebersicht.

Der Rücktritt des Reichsministeriums.

Frankfurt, 21. März. Das Reichsministerium hat heute, gleich nach der Abstimmung, seine Entlassung eingereicht. Der Schritt wird in Deutschland und Europa Schrecken und Entsetzen verbreiten, da er der sichere Vorbote einer neuen, bald bevorstehenden Erschütterung ist.

Das Reichsministerium hat recht gehandelt. Es sah, daß die Anarchisten mit den Ultramontanen und Oesterreichern im engsten Bunde die Macht haben: „die Abfassung der Reichsverfassung zu hindern, daß sie diese Macht gebrauchen, um die Verlängerung des ungewissen Zustandes auf jede Weise zur Permanenz zu bringen.“

Die Oesterreicher und Ultramontanen hoffen die Sache so lange im provisorischen Zustande hinzuhalten, bis Windischgrätz und Radetzky Zeit haben, ihre Kräfte Deutschland zu weihen. Auf die Ankunft dieser Heilande rechnen unsere Anarchisten und erwarten alsdann eine allgemeine separatistische Schilderhebung.

Diejenigen, die einen Anschluß an Frankreichs Kommunisten im Sinne haben, rechnen schon die Tage bis zur neuen sozialen Aera. Es hat schon einer ihrer großen Propheten, ihr Daniel verkündet: „Nach der Sündfluth kommen wir.“

Schon läuft eine Liste von einem Koalitionsministerium umher, mit Heckscher an der Spitze, was dann bald einem Barrikadenministerium — vielleicht schon zur Messe — Platz machen würde. Die einzelnen Ministerstellen werden verschiedentlich ausgetragen, aber auf jeder Liste steht der große strategische und taktische Schriftsteller „W. Schulz“ als Kriegsminister.

Das deutsche Volk hat in seiner Nationalversammlung seine Souveränetät todt stimmen lassen, von denen, die sie stets im Munde führten.

Der Hof von Nymphenburg und das baierische Volk.

⩶ Aus Baiern, 19. März. Uebermorgen wird es jährig, daß König Ludwig sich genöthigt sah, die Krone niederzulegen, weil er endlich erkennen mochte, daß er der Zeit nicht mehr gewachsen war. Und König Max II. stieg auf den Thron. Es ist wahr, man hegte im nichtbairischen Deutschland von diesem Kronprinzen weit größere Hoffnungen als in Baiern selbst. Aber auch hier glaubte man nicht, daß schon nach Jahresfrist alle Hoffnungen so winterkahl dastehen würden, wie jetzt. Neulich hat einer Ihrer Münchener Berichterstatter die Gegensätze zwischen dem zurückgetretenen und dem regierenden Landesherrn so vortrefflich geschildert, daß es vom Ueberfluß wäre, hier nochmals darauf zurückzukommen. Und über die verantwortliche Regierung unter ihm, besonders in den letzten Monaten, haben ja all' Ihre baierischen Korrespondenten sich übereinstimmend ausgesprochen. Aber man vermuthete hinter diesem Wesen doch nur einfache Unschlüssigkeit, Unbeholfenheit, Mißkenntniß der Stimmungen des Landes, der Forderungen der Zeit. Betrübender erscheinen jedoch die Dinge, wenn man durch Zufall einmal einen Blick in das intime Treiben am Nymphenburger Hofe werfen kann. Es mischt sich dort Rathlosigkeit mit vollkommener Unkenntniß der Menschen, plötzliche, rücksichtslose Hingabe des Königs an unbewährte Persönlichkeiten mit einem mißtrauischen Zurückhalten gegen die sehr wenigen Ehrlichen, Liebedienerei der Hofleute und Staatswürdenträger zu einem der traurigsten Bilder. „Jetzt gilt es, meine Herrn, zusammen zu halten und festzustehen“ — dies Wort läuft an einem Gesellschaftsabende tausendfach abgeändert durch die Zimmerreihen. Zwar weiß Niemand, gegen was zusammenzuhalten, gegen was festzustehen. Aber jeder wiederholt den Aphorismus mit energischer Emphase; er stammt aus hoher Quelle. Die Windischgrätz, Schlick, Jellacic, Welden und Wrangel der baierischen Zukunft begegnen sich am andern Abende in denselben Gemächern, nähern sich einander bedeutungsvollen Angesichts, heben sich hoch auf den Zehen, flüstern einander über die Achseln zu: „Jetzt ist der Augenblick gekommen, zu zeigen in wessen Händen die Macht der Ordnung liegt.“ Dann machen beide Kehrt und tragen die wichtige Entdeckung bis zu den entgegengesetzten Zimmerecken. Und nun die Leute, welche sich gern zur Diplomatie rechnen möchten! Höchst wichtigen Angesichts verkünden sie einander: „Nunmehr ist Baierns Aufgabe, die Vermittlung zwischen Oesterreich und Preußen zu übernehmen.“ Aber was haben sie bisher gethan? Vor mehr als zwei Monaten, gerade damals als Hr. v. Aretin so ungnädig in Ollmütz aufgenommen wurde, war es, wie ich aus sicherer Quelle vernehme, in den engsten Kreisen von Nymphenburg schon kein Geheimniß mehr, daß Oesterreichs letzte Erklärung in der deutschen Frage auf Herstellung eines bloßen Staatenhauses ohne Volkshaus hingehen werde. Aber jenes oben erwähnte starre Mißtrauen verhinderte die Berathung darüber, selbst die Mittheilung dieser allerdings nicht offiziellen Kunde an die ehrlichen Räthe der Krone, während man den unverantwortlichen Räthen ohne Titel gern glaubte, wenn sie sagten, schweigendes Zuwarten sei die einzige Weisheit bei dieser Lage der Dinge; ein Vermittlungsversuch könne die Festhaltung der Unversehrbarkeit der dynastischen Interessen präjudiziren; wenn Oesterreich und Preußen in Konflikte geriethen, so erblühten Wittelsbacher Kaiserhoffnungen. Und von diesem Gesichtspunkte aus beurtheilt, die volle Unwissenheit der eigentlich obersten Verwaltungsbehörde für die äußere Angelegenheit über dieses österreichische Vorhaben vorausgesetzt, ist Baierns Verhalten in der deutschen Frage allerdings kein Räthsel mehr. Nunmehr erkennt man freilich, aber viel „zu spät“ Baierns natürliche Aufgabe. Denn selbst abgesehen von der Weiterentwicklung der Dinge in Frankfurt, findet jetzt das baierisch-dynastische Interesse bereits in einem großen Theile des eigenen Landes keinerlei Unterstützung mehr. Man gehe durch alle drei Franken, man durchwandere die Pfalz — überall tönt uns die Diskussion nur darüber entgegen, ob man sich als republikanischer Staat unmittelbar dem Bundesstaat des Reichs anschließen solle, oder mittelbar, und zwar als preußische Provinz. Glauben Sie mir, dies ist nicht etwa eine Parteinachricht. Es wird es Ihnen jeder Einzelne bestätigen, welcher die genannten Theile Baierns mit offenem Ohr und unbefangenem Sinne in neuester Zeit zu beobachten Gelegenheit hatte. Selbst in Altbaiern sind mit der oktroyirten Verfassung und letzten Erklärung Oesterreichs an die Centralgewalt die Bande jener verwandtschaftlich und konfessionell begründeten österreichischen Sympathie, wie preußischen Antipathie auf's Weiteste gelockert, welche bisher der Uebertragung der Kaiserkrone an Preußen, dem Kaiserthum überhaupt entgegenstanden. Die Erkenntniß der politischen Nothwendigkeit, die plötzlich aufklaffende Gefahr einer unabsehbaren Reaktion, die offen dargelegte Tendenz der Vernichtung aller nationalen Errungenschaften ist doch stärker als Stammes- und Confessionsverwandtschaft. Und wohin Baiern bei dieser Gelegenheit, beim ersten, geringsten Siege der ungmetternichschen Politik zu segeln gedenke, das abstrahirt sich selbst der ungebildete politische Verstand aus der Wiedereinsetzung des Ultramontanismus in seinen alten Wirkungskreis in den Personen der Herren Lassaulx, Döllinger und Philipps. Man fragt sich ganz einfach: was soll diese Maßregel im gegenwärtigen Augenblicke? Drei Wochen nachdem der ehemalige Minister Zu-Rhein öffentlich vor der Kammer die ganze Verantwortlichkeit der Entfernung dieser Männer mit den wenigen Worten auf sich nahm: ich hielt sie für nöthig als politische Maßregel, um ein neues Staatssystem durchführen zu können! Die jetzige Maßregel ist dagegen eine Anfrage, ein Versuch ganz anderer Art. Gelingt diese Reaktivirung ohne erheblichen Widerstreit des Volkes — nun dann kann das System, dessen Träger und Vertreter jene Männer, auch weiter schreiten. Noch besser dann, wenn dieser Widerstreit in Tumulte und Emeuten ausartet — rechtfertigt die „Gefahr des Staates“ ein Säbelregiment. Oesterreich zeigt ja, wie weit damit zu kommen ist. Aber freilich vergißt man, daß Baiern nicht Oesterreich, daß der Soldat selber in Baiern sich ganz anders zum Volke verhält als in Oesterreich. Allein, wer soll in den höch-

sten Kreisen an solche unangenehme Wahrheiten erinnern, während unverantwortliche Berather das Ohr des Königs umlagern und die verantwortlichen davon fernhalten, selbst wenn diese über die Stimmungen und Zustände besser unterrichtet wären, als es die Bureaumänner sein können, welche man jetzt an's Staatsruder gestellt hat. Der einzige Mann am ganzen Hofe, welchem man nachsagt, daß er auch vor dem König manch offnes und ernstes Wort gesprochen, während er mit eignem Blick und klarem Verständniß die wirkliche Lage der Dinge ansieht, ist jetzt zum Unglück fern. Es ist dies der Flügeladjutant des Königs, Oberstlieutenant von der Tann. Man hat ihn zum Chef des Generalstabs unter einem nur mittelmäßig gebildeten Kommandirenden gemacht. Wer weiß — vielleicht auch um den unbequemen Mahner auf ehrenvolle Weise zu entfernen, wie man es ja auch mit ähnlichen unbequemen Männern der Diplomatie gethan. — So treibt denn unser Staatsschiff vor dem Winde, ohne festes Steuer, ohne Kompaß, nur mit vielen flatternden Wimpeln behängt. Gott weiß, wohin es der Sturm treibt, dessen schäumende Vorboten auf allen, allen Seiten dräuend aufleuchten.

Die Raben des Asenberges.

Jahrhunderte lang, schwere Zeiten hindurch lässet die Sage um den Asenberg — den Kyffhäuser — heilige Geisterraben fliegen. Sie lässet sie fliegen vom Aufgang zum Niedergang, vom Westen zum Osten. Wer sind diese Wunderraben? Es ist das Botenpaar Wodans, Gedanke und Erinnerung, Rückblick auf die Vergangenheit, Wahrschauen in die Zukunft. So suchen sie die verlorene Einheit des Volkes, warnen gegen die Fehler und Vorurtheile sonderlüstiger Zeit und mahnen an das Eine, was Noth thut. Sie wollen den Kaiser auferwecken, den die Sondersucht eingeschläfert. Sie wollen den Auferstehungsmorgen des Volkes künden, wenn es endlich zur Einheit erwacht.

Und warum ist Friedrich Rothbart der Auserwählte unter den Entschlafenen, der Deutschlands große Ostrra feiern soll? Weil er zum letzten Male und am großartigsten die Sondersuchtsschlange zertrat, und Städte und Lande, die der Sonderherr abhängig gemacht, unmittelbar mit dem Reiche vereinte. Das war seine Großthat, und darum will die Sage **ihn**, und **ihn** von Allen erwecken.

Und was ist die Sage? Die unsichtbare Macht der waltenden Zeit. Sie geht der Geschichte voran, schreitet dann fast still neben ihr her; aber sobald jene die Wahrheit verhüllt oder verschweigt, wird die Sage wieder hörbar und laut. Sie raunt im geschichtslosen Graun und im thatenlosen Nichts. So spinnt die Sage durch das Vaterland fliegende Faden. So gibt sie Zeichen, die das Volk warnen und wahren, wecken und wachhalten. Wo es lange Zeit geschriebene Geschichte gibt, gleicht die Sage dem Epheu an uralten Bäumen und Steinen, der selbst todte Trümmer mit Dauergrün schmückt. So belebt die Sage dem Volke das Vaterland, was häufig die Geschichte todt macht. Dazu braucht sie einen kenntlichen Raum, der sie an eine bleibende Stätte festet. Ohne Ort kein Hort.

Ist aber die Sage mit einem Raume verknüpft, so umkreiset sie diesen im Wechsel der Geschlechter, mit kleinern und größern Ringen. Geben auch Sagen keine verbriefte Urkunden, so werden sie Ergänzungen der Geschichte. Sie liefern die Lichtbilder aus der Gemüthswelt des Volkes.

Die Sage, freier und unbefangener und ungebundener als die Geschichte, lässet sich nicht besprechen noch bestechen, nicht stimmen noch stummen. Herrschern und Heeren bleibt sie überlegen, ihre Tarnkraft ist unbesiegbar: für alle Ewigkeit spricht im Todtengericht als Geschworner — Schuldig oder Unschuldig — die Sage.

Also die unüberwindliche unsterbliche Sage redet von künftiger Kaiserzeit. Der Name und das Wesen des Kaisers lebt bei dem Volke, in der Sprache, in Liedern und Mährchen, die der Geschichte nicht bedürfen, weil sie sich selbst genug sind. So lange noch der letzte Stein der zertrümmerten Raubburgen nicht verwittert ist, wird man auch die Kaiser in Ehren halten, die jene Zwinger brachen.

Wäre es je möglich, daß sich ein Rothwelf oder Rothwolf auf der Deutschen Nacken setzte und sie nach Herzenslust ritte, so würde er doch die Erinnerung an den Kaiser nicht vertilgen und die Sehnsucht des Volkes nach ihm. Alle Bücher könnten verbrannt werden, aber der Name Kaiser würde neuverjüngt immer wieder geboren, und die Sehnsucht des Volkes bliebe unsterblich.

Ein Volk bedarf einer leibhaften, lebenden, webenden Fahne. Diese Fahne ist für Deutschland das erbliche Kaiserthum. Und diesem flieget nun zu, ihr Raben des Schicksals, haltet so lange euren Umflug, bis das Nordlicht der Einheit Deutschlands mächtig am Himmel erscheint. F. L. Jahn.

Deutschland.

÷ **Frankfurt**, 20. März. Die Erfahrung gibt uns Veranlassung, dringend auf einen durch die Einführung der Grundrechte zu Tage getretenen großen Uebelstand aufmerksam zu machen, um so mehr als derselbe durch entsprechende Berücksichtigung bei der zweiten Lesung der deutschen Heerverfassung bedeutend gemindert werden kann. Die allgemeine Wehrpflicht ist auf die Dauer ganz unhaltbar, sofern ihr nicht die Bestimmung zur Seite steht, daß der Pflichtige, in welchem Theile des **Reichs**heeres und an welchem Orte ihm konvenirt, dieser Pflicht nachkommen kann. Man denke sich z. B. einmal, daß die Waldecker oder Köthener genöthigt wären, nur in dem Waldeck'schen oder Köthen'schen Heere ihr Jahr abzudienen. Welche Mißstände würde dies mit sich führen, und besonders für junge Leute der höheren Stände oder solche, die gelehrten Fächern sich widmen, für welche bekanntlich die Universitätszeit stets die gelegenste Zeit oft die einzig mögliche ist, wo sie ohne große Zeitopfer ihrer Militärpflicht Genüge leisten können. Wäre Preußen nicht ein Staat von so großem Umfange und gälte hier nicht die Bestimmung, daß der Pflichtige, wo er will, seinen Militärdienst ableisten kann, so würde hier längst schon die allgemeine Wehrpflicht als unhaltbar sich herausgestellt haben. Desgleichen müssen auch besondere Bestimmungen in dieser Beziehung für die Küstenbewohner getroffen werden, wie z. B. in der preußischen Heerverfassung dem Militärdienst eine transatlantische Reise als Matrose substituirt werden darf. In Bremen z. B., wo jetzt nach Publikation der Grundrechte, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden ist, ohne die zulässigen und nothwendigen Erleichterungen, wie sie in der preußischen Heervefassung sich finden, wandern die jungen Leute nach Amerika aus, um dem Militärdienst sich zu entziehen, und man darf darin bei der jetzt obwaltenden noch so mangelhaften Einrichtung durchaus keinen Mangel an Patriotismus erblicken, sondern dies lediglich dem unvollkommenen Dienstmodus zuschreiben.

München, 18. März. Man sieht hier den Beschlüssen in Frankfurt mit außerordentlicher Spannung entgegen und selbst der phlegmatische Spießbürger Münchens disputirt seit einigen Tagen in der raucherigen Bierkneipe über die deutsche Frage mit ungewöhnlicher Theilnahme. Seit der Oktroyirung der österreichischen Verfassung ist das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich auch unsern Halbblinden ziemlich klar geworden. Eine Entscheidung läßt sich nicht länger verschieben. Jenes perfide Ollmützer Kabinet, welches sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht, in die Gestaltung der deutschen Angelegenheiten nur hemmend und verwirrend einzugreifen, hat nun endlich zur Hälfte seine Larve weggeschoben. Es wagt offen mit Vorschlägen aufzutreten, welche nichts Geringeres bezwecken, als Deutschland um die Vertretung durch sein Volkshaus zu betrügen, also das Beste uns zu rauben, was wir durch die Märzerhebung gewannen. Ueber eine solche Zumuthung sind sogar Altbaierns dickhäutige Partikularisten verblüfft. Den deutschgesinnten Männern in Frankfurt und jenen Organen der deutschen Presse, welche dort die Sache der deutschen Einheit so kräftig vertreten, glauben wir selbst von hier getrost die Mahnung zurufen zu dürfen: „Nur beharrlich und muthig vorwärts! Hinter Euch steht in allen deutschen Gauen der beste Theil der deutschen Nation!" — Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß auch Baiern, auch München sich zuletzt den Frankfurter Beschlüssen und dem erblichen Kaiserthum fügen werden. Baiern kann sich nicht lossagen von Deutschland. Die Stimmung der Bevölkerung in Franken, in der Rheinpfalz, ist für Niemand ein Geheimniß, auch nicht für den Hof in Nymphenburg. Käme es zur endlichen Entscheidung, so würde die größere Hälfte der Bevölkerung des bairischen Staates erklären, daß sie lieber den Befehlen des deutschen Oberhauptes gehorchen werde, als denen, welche vom Nymphenburger Schlosse ausgehen. Die Neue Münchner Zeitung wird unserer Meinung

freilich nicht beistimmen. Sie hadert in Artikeln, die einen Geist von jämmerlicher Lahmheit verrathen, zugleich mit der Fortschrittspartei des bairischen Landtages und mit den Freunden der deutschen Einheit, sie befehdet zugleich die Grundrechte wie das Kaiserthum. Daher auch die kleinliche Bosheit, die sie bei jeder Gelegenheit gegen Ihr Blatt in ziemlich schlecht geschriebenen Artikeln auszulassen pflegt. Gegenwärtig befindet sich die N. M. Z. in einiger Klemme, denn der neue Minister des Innern nimmt einigen Anstand, die schlechtgeschriebenen Artikel dieses Blattes aus dem Seckel der Steuerpflichtigen fortwährend zu honoriren. Der Herr Minister handelt ziemlich klug, denn eine erneuerte Interpellation der Linken über das Verhältniß der Regierung zur N. M. Zeitung, welche Hr. v. Beisler unbeantwortert ließ, dürfte bei Wiedereröffnung des Landtages nicht ausbleiben. Der Gesetzentwurf hinsichtlich der Steuererhöhung zur Deckung der Matrikularbeiträge soll zurückgenommen werden. König Ludwig, der in den ersten Stunden wie ein Wüthender tobte, als der Minister des königlichen Hauses, Graf v. Bray, ihm das Ansinnen der Majorität des Ausschusses, die Zurückzahlung der griechischen Anleihe betreffend, mittheilte, ist seitdem geschmeidiger geworden und hat sich auf Zureden seiner Familie bereit erklärt, aus seinem Privatvermögen vorläufig eine Million Gulden zur Rückzahlung jener Staatsgelder zu deponiren. Freilich klagt er zugleich über die Undankbarkeit des baierischen Volkes!

† Aus der Pfalz, 19. März. Das Bestreben, den deutschen Grundrechten gesetzliche Anerkennung und rechtliche Anwendung in Baiern zu verschaffen, wird in der Pfalz immer lebendiger. Vor mehreren Wochen kam vor dem Bezirksgericht in Frankenthal ein an sich wenig bedeutender Fall vor, bei welchem die deutschen Grundrechte ausdrücklich als in Baiern noch nicht gültig, übergangen wurden. Das Gericht wurde deshalb in öffentlichen Blättern, besonders der Speierer Zeitung, mehrfach zur Rede gestellt, so daß die Sache jetzt dem Oberappellationsgericht in Zweibrücken zur Entscheidung vorgelegt ist. Zwei Friedensgerichte, zu Speier und zu Kaiserslautern, haben indeß vor Kurzem öffentliche Anwendung von den Grundrechten gemacht. Ersteres that es mit Beziehung auf die Verkündigung der Grundrechte durch das Reichsgesetzblatt und des Einführungsgesetzes im Amtsblatte der Pfalz. Letzteres erklärte nach §. 19 der Grundrechte den einem Juden zugeschobenen Eid nach jüdischem Ritus für unzulässig. Da dieses Verfahren viel Beifall gefunden, so werden Nachahmungen nicht ausbleiben.

▷ Aus Würtemberg, 19. März. Wenn unser Hr. Staatsrath Römer die Meinung hegen sollte, daß Welckers Antrag in Schwaben keinen Anklang gefunden, so ist er in einer gewaltigen Täuschung befangen. Man muß dabei von den Volksvereinen absehen, welche allerdings in der Oberhauptsfrage verhetzt und keiner unbefangenen Erwägung der Sache mehr fähig sind, welchen aber auch Herr Römer bekanntlich kein großes Gewicht beizulegen pflegt. Der intelligentere Theil der Bevölkerung Schwabens will nunmehr ohnstreitig den König von Preußen als erbliches Oberhaupt an der Spitze des konstitutionellen Deutschlands und zwar, weil man endlich einmal eine That will. Der vaterländische Verein in Stuttgart hat in seiner Bitte an die Regierung den lebhaften Wunsch von Tausenden ausgesprochen und wir sind Herrn Wurm die offene Anerkennung schuldig, daß er auch in der Ferne die Gesinnung seiner schwäbischen Landsleute richtig erfaßte und darstellte.

Wir wollen allerdings keine preußische Hegemonie, wir wollen weit mehr, nämlich die deutsche Einheit, das Aufgehen Preußens in Deutschland, und zum Beweis unseres ernstlichen Willens bieten wir Preußens König die Krone an. Wohl ist es wahr, die Nationalversammlung ist zusammengekommen, um ein ganzes Deutschland zu bilden, es ist wahr, Preußen und Oesterreich sind die Hindernisse einer freien Vereinigung von ganz Deutschland und es stünde mit unserm Vaterlande anders, wenn diese Regierungen so viel Patriotismus hätten, um nicht auf Einzelinteressen, sondern blos auf Deutschland zu blicken. Da nun aber einmal Oesterreich sich thatsächlich von uns ausgeschieden hat, was hilft es, immer und ewig dieselben Klagen zu führen und dabei eine unmögliche Politik starr zu verfolgen? Oder sollte Herr Römer in Frankfurt so radikal gesinnt sein, daß er mit Herrn Vogt hofft, das aus Leichen gebaute Haus Oesterreichs anzuzünden, damit aus seiner Asche der Phönix des vereinigten Deutschlands sich erhebe?

÷ **Stuttgart**, 20. März. Jetzt erst kommen die Nachwehen der traurigen Theurungsjahre: der Gesammtaufwand, welchen dieselben dem Staate veranlaßt, Ausfall in den Fruchtankäufen, Theurungszulagen an niedere Beamte, öffentliche Arbeiten zur Beschäftigung arbeitsloser Personen, Unterstützung des Wohlthätigkeitsvereins u. s. w., beträgt die ungeheuere Summe von beinahe fünf Millionen Gulden. Es gereicht der Kammer zur Ehre, daß sie wenigstens diesmal nicht gefeilscht und gemäkelt hat um einige Gulden und Kreuzer oder einige Metzen Kartoffeln, daß sie aber strenge Rechenschaft verlangt hat über die durch die verschiedenen Agenten der Regierung beschafften Lieferungen, soweit darüber von Einzelnen oder Gemeinden Klage geführt worden. Eine besondere Erwähnung verdient es übrigens, daß, während von diesen Agenten der eine einen sehr bedeutenden Theil seiner Aufträge, und der zweite seine sämmtlichen Aufträge ohne jede Entschädigung vollzog, die beiden andern außer ihren Reiseauslagen sich noch eine vollständige kaufmännische Provision mit 1½ Prozent berechneten: die Kammer hat, auf das Gutachten von vier von ihrer Kommission dazu aufgeforderten Sachverständigen gestützt, erklärt, daß hier kein kaufmännisches Geschäft vorliege, also auch nicht von einer Provision, sondern nur von einem Honorar die Rede sein könne und dieß Honorar auf die Hälfte der berechneten Provision festgesetzt. Es ist traurig, daß der Bedarf für die Armen und Hungernden ein Gegenstand der Spekulation hat werden können.

*** **Leipzig**, 18. März. „De mortuis nil nisi bene" ist ein recht gut gemeinter Satz, er läßt sich aber mit dem besten Willen nicht durchführen, wenn die Hinterlassenschaft der Verstorbenen uns tagtäglich auf das unangenehmste an sie selbst erinnert. So geht es uns, d. h. den Deutschen, in Sachsen mit dem Ministerium v. d. Pfordten. Genährt und gehätschelt ist von ihm die undeutsche Gesinnung, der Preußenhaß, die Koquetterie mit Oesterreich, der partikularistische Eigendünkel und die Folgen davon haben wir noch heute zu tragen; jeden Tag haben wir neu zu erröthen über die Schmach, die in Folge dessen Sachsen trifft. Manches kommt erst jetzt zu Tage von den Großthaten des abgetretenen Ministerium, so die saubere Geschichte von den Flottenbeiträgen. Kleinlichster Krämergeist, wie sie ihn bekundet, in einer Zeit der Erhebung und Stürme, wie die unsere, er steht namentlich Sachsen sehr gut an, dessen Wohlstand so wesentlich durch den freien Verkehr bedingt ist. Was hat man geseufzt und geächzt über den indirekten Nachtheil, den Leipzig und ganz Sachsen von der Blokade zu erleiden hätten, und doch war man nicht zur Hand, als es galt, den einzigen Weg einzuschlagen, die Wiederkehr ähnlicher Zustände unmöglich zu machen. Nein, unter den nichtigsten Vorwänden suchte man Zeit zu gewinnen und ist mit seinen ersten Leistungen zur Staatskasse noch im Rückstand, da von andern bereits die zweiten geleistet sind. Und die Regierung eben dieses Sachsens stemmt sich ungebührlich gegen die Machtvollkommenheit der deutschen Centralgewalt, der der König noch im Juli die Zusicherung äußerster Opfer gemacht hat. Ist denn etwa die Zahlungs-Unlust oder Unfähigkeit die Triebfeder des undeutschen Gebahrens des Ministerium von der Pfordten gewesen? Dasselbe hat noch immer Freunde im Lande, aber dieses Stückchen mit den Flottenbeiträgen hat denn doch auch diese in Harnisch gebracht. Eine zweite Hinterlassenschaft ist die undeutsche Gesinnung der meisten höheren Beamten in Sachsen, und wir dürfen davon die jetzigen Minister leider nicht ausnehmen. Die Publikation der Grundrechte war eine Nothwendigkeit, eine Bedingung ihres Eintritts, seitdem aber hat das Ministerium, obwohl es an Gelegenheit dazu nicht gefehlt hat, seine Sympathien für Deutschland nicht bekundet, ja bei der ersten wichtigsten Frage, der eigentlichen Lebensfrage Deutschlands, gelegentlich der Welcker'schen Anträge, verweist Hr. v. Beust auf die Erklärungen des vorigen Ministeriums vom Februar. Wir betrachten es als eine dritte Hinterlassenschaft, daß in den sächsischen Kammern fortdauernd auf so ungescheute, freche Weise Aufruhr gegen die Central-Gewalt, gegen die Nationalversammlung gepredigt wird. Diese falschen Ritter der Volkssouveränetät haben sich unter dem Ministerium v. d. Pfordten daran gewöhnt, ihre Redekunst gerade an dem Verhältniß Sachsens und Frankfurts zu üben, es war das Widerstreben gegen letzteres der einzige Punkt, in dem Ministerium und Kammer friedlich Hand in Hand gingen, und nicht ein Mal sind die letztern von dem erstern nach Verdienst zurechtgewiesen. So hat sich denn das Maß immer mehr gefüllt, und jetzt läuft es voll-

ständig über. Ein sächsisches Kammervollblut, ein würdiger Schleppträger des Hrn. Tzschirner, sagt in öffentlicher Sitzung, „die Centralgewalt ist noch nicht anerkannt in Sachsen, denn man hat die Stände nicht um ihre Zustimmung gefragt, darum brauchen wir auch nicht, ihrem Befehle gemäß, unsere Truppen nach Schleswig-Holstein zu senden", und solche Verwegenheit hört die sächsische Kammer ruhig an! Dahin ist es in Sachsen gekommen, und das verdanken wir zum großen Theile dem Ministerium v. d. Pfordten, das recht eigentlich das partikularistische Streben, das undeutsche Wesen gepflanzt und dadurch die Rechtsbegriffe Vieler im Volke in Bezug auf Frankfurt verwirrt hat. Das Ministerium ruht in Frieden; Pfordten, der dieses Element in dasselbe gebracht hat, scheint in Baiern seine politische Laufbahn fortsetzen zu wollen und findet ja dort den besten Boden für seine österreichischen Sympathieen und seinen Preußenabscheu. Das neue Ministerium mag sich vorsehen; vielleicht braucht es eines Tags seiner Seits die Centralgewalt recht nöthig.

Niederland.

** **Haag**, 19. März. Der Gesetzentwurf, den das Ministerium über die Erhebung einer neuen Steuer zur Deckung der 15 Millionen Ausfall für die Jahre 1848 und 1849 eingebracht hat, erregt einen wahren Sturm. Besonders anstößig erscheint die Belastung der Renten der niederländischen Staatsschuld, gleichviel ob Einheimische oder Fremde die Inhaber sind, was allerdings einer einseitigen Herabsetzung des Zinsfußes gleichkömmt und von Manchen sogar als ein Antezedenz zum Staatsbankrot dargestellt wird. Die Regierung wünscht vorzugsweise das hohe Einkommen in Anspruch zu nehmen und man würde ihr auch wohl williger entgegenkommen, wenn man wirklich ernste Anstalten zur Durchführung von Ersparnissen machen sähe. Allein vorläufig sieht man die Ausgaben eher vermehren als einschränken, viele Personen genießen noch für mehrere Funktionen Gehalte, wofür sie nichts leisten, genug, die alten Mißstände der Verwaltung dauern in allen Zweigen fort. Der Abgeordnete Sloet hat bereits eine treffliche Denkschrift über den Gesetzentwurf erscheinen lassen, worin er sich gegen die neue Einkommensteuer, auch gegen eine neue Anleihe, vielmehr theils für eine sehr mäßige Ausgabe von Papiergeld, theils für den Verkauf von Grund und Boden in Java erklärt. Drei Viertel jenes großen Eilandes seien noch unbebaut und unbewohnt und zugleich der Souverain dort auch der einzige Grundbesitzer. Der erste Verkauf möge sich auf 25 Millionen beschränken und erst, wenn dieser Versuch gelungen, damit fortgegangen werden, im Interesse der Kolonie wie des Mutterlandes. Für jene 25 Millionen möge die Regierung 4pCt. Schatzscheine ausgeben, die binnen 3 Jahren aus dem Erlös einzulösen seien und damit die Ausgabe für 3 Millionen unverzinsliches Papiergeld verbinden. Da seien Mittel genug, um auch die in Aussicht gestellten öffentlichen Werke auszuführen, als namentlich das Eindeichen des Dollart, das Abdämmen der Südersee, die Kolonisirung von Drenthe, Oberyssel rc. Der Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit ist ebenfalls bei der 2. Kammer bereits eingebracht worden. Von Amtswegen wird der Befehl zur Anklage und Verfolgung durch einen Minister gegeben. Die 2. Kammer kann die Verfolgung anordnen, es sei auf Anklage ihrer Mitglieder oder des Generalprokurators beim hohen Rath, immer jedoch erst nachdem sie den betreffenden Minister vorher gehört hat. Der Generalprokurator muß den Befehlen des Königs oder der zweiten Kammer unmittelbar Genüge thun. Das Urtheil fällt ein aus fünf Richtern bestehendes Kollegium des hohen Raths. Das Recht der Verfolgung verfällt ein Jahr nach der Entfernung des Ministers aus dem Amt; die Strafen aber verjähren viel später. Diese Strafen sind: a) Zuchthausstrafe; b) Verbannung; c) Gefängnißstrafe; d) zeitliche Unfähigerklärung zur Ausübung gewisser bürgerlicher Rechte; e) Geldbuße; f) Absetzung; g) Verlust der Ansprüche auf Pension. — Die Engländer scheinen hartnäckig nach dem Monopol der Dampfschifffahrt in der ganzen Nordsee zu streben. Sie machen den paar niederländischen Schraubeschonern, die nach England fahren, die Concurrenz ungemein schwer, und verhalten sich, wie wenn das Fahrwasser zwischen Amsterdam und London englisch wäre. Nun wollen sie konkurrirende Dampfschiffe unter britischer Flagge in die Küstenfahrt zwischen Amsterdam und Hamburg bringen und das dafür seit vielen Jahren bestehende niederländische Unternehmen mittelst niedriger Frachtpreise in den Grund bohren. Schon wird auf beiden Seiten zum Kampfe gerüstet. In Hamburg freut man sich vielleicht über diesen Wettstreit, nach dessen Beendigung indeß der auswärtige Sieger die Frachten wieder steigern und seine früheren Verluste wieder zu decken suchen wird. Wäre es nicht natürlich und für uns Alle gleich vortheilhaft, daß ein und dasselbe Schifffahrtsgesetz an der ganzen holländisch-deutschen Küste herrschte? Die niederländischen Dampfer können von Hamburg oder von Antwerpen nicht nach London fahren, ebensowenig als deutsche Dampfer von Amsterdam dahin; die Engländer aber bewegen sich an unsern Küsten, wie und von wo sie wollen, und darum sind sie überall im Vortheil. Ist das denn Gegenseitigkeit oder Freigebigkeit, und nicht vielmehr Schwäche und Zerrissenheit? Wäre nur die deutsche Verfassung einmal fertig, damit eine deutsche Politik sich endlich auch den Seehandelsinteressen zuwenden könnte!

Türkei.

Konstantinopel, 25. Febr. Seit einigen Wochen herrscht in der öffentlichen Meinung eine große Bewegung. Den Gegenstand des Tagesgespräches bildet die Wahrscheinlichkeit eines nahen Krieges gegen Rußland. Die Türkei rüstet und man bespricht im Diwan und mit den dazu befugten Personen die Hülfsmittel an Mannschaften und Geld, und die Art und Weise, solche zu vermehren oder neue zu schaffen. Der Sultan hat sich in das Kriegsministerium und das Arsenal begeben, um sich von den Streitkräften, über die zu verfügen ist, persönlich zu überzeugen. Er und das Ministerium wünschen den Krieg nicht, scheuen denselben sogar; jedoch rüstet man in diesem Augenblicke alle Vertheidigungsmittel. Das Land ist bereit, den Kampf aufzunehmen, ohne die Möglichkeiten seines Ausgangs zu berechnen; man ist hier gewohnt, in Allem auf den Beistand des Himmels zu rechnen und deshalb findet das Gerücht von einem nahen Kampfe mit Rußland freudige Aufnahme. Im Arsenal werden 40 Schiffe ausgerüstet, unter denen sich acht oder neun Linienschiffe befinden. Diese Flotte ist vortrefflich, allein es mangeln unglücklicherweise geübte Matrosen. Man beabsichtigt, die Mannschaft zu vervollständigen, indem man griechische und armenische Christen einzieht; doch handelt die Türkei klug, nicht zu viel auf ihre Flotte zu bauen. Ihre Stärke besteht in dem Landheere, das von dem besten militärischen Geiste erfüllt ist. Man bewaffnet in diesem Augenblicke 300,000 Mann, von denen 150,000 Mann regelmäßige Truppen unmittelbar nach Konstantinopel beordert sind. Sie bestehen aus Soldaten, welche 5 Jahre dienten und seit 7 Jahren bereits entlassen sind. Die Artillerie ist schwach, auch die Kavallerie nicht im besten Zustande, jedoch die Infanterie vorzüglich. Zwar mangelt das Geld, doch hat die Türkei keine Schulden und ihre Einkünfte haben sich seit Einführung einer Reform in der Verwaltung und seit Abschluß des Handelsvertrags von 1838, wodurch Abschaffung der Monopole festgesetzt wurde, beinahe ums Doppelte vermehrt. Der Kredit ist daher der beste, die Türkei kann, ohne im Mindesten ihre Zukunft zu gefährden, eine Anleihe in Europa machen oder Schatzscheine für eine Summe von 100 oder 150 Millionen Franks ausgeben. Man versichert, daß für den Fall eines Krieges mit Rußland bereits mit Abbas-Paschah vor seiner Abreise von hier eine Verabredung stattgefunden und derselbe versprochen habe, alle Finanzpläne der Pforte zu unterstützen. Der Bruch zwischen Rußland und der Pforte wird immer wahrscheinlicher. Letztere erklärte, die Ruhe in den Fürstenthümern allein aufrecht erhalten zu wollen und verlangte die Zurückziehung der russischen Truppen. Allein dieses Verlangen fand in St. Petersburg nicht die mindeste Berücksichtigung, wohl aber wurde die Armee des General Lüders verstärkt. Rußland hat die Unterthanen der Pforte selbst gegen ihren Willen und hinter ihrem Rücken bewaffnet, indem es den Serben 10,000 Gewehre zustellte und trotz den Protesten Fuad Effendi's die Neutralität der Walachei verletzte, indem es mit 10,000 Mann das österreichische Gebiet besetzte. Die Pforte hat in Bulgarien Broschüren, in slawischer Sprache geschrieben, wegnehmen lassen, die von russischen Agenten vertheilt wurden und die Bulgaren zum Aufstande aufforderten. Inmitten dieser Konflikte ist die Haltung der französischen und englischen Gesandten vortrefflich und die Pforte schöpft daraus einen großen Theil ihres Selbstvertrauens. Auch die ägyptische Regierung wird ihrer Flotte eine große Ausdehnung geben. Sie hat zu diesem Zweck mehrere französische Offiziers, sowie einen Marineingenieur in ihre Dienste genommen. (Rh. Volksb.)

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 82. Frankfurt a. M., Freitag 23. März. 1849.

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

Unsere Lage.

Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Neue österreichische Note. Das neue Ministerium.) Wien (Der neue dänische Admiral der österreichischen Flotte. Die Verhaftungen. Vom Kriegsschauplatz. Die Ostd. Ztg. über das Entlassungsgesuch Schmerling's. Der Kaiser incognito. Gerüchtsweise verlautet der Rücktritt von Windischgrätz. Der Grabhügel der März-Gefallenen. Waffenfabrikation. Die Deputation an Radetzki. Die Aenderung des Quarantainewesens. Die Landesverfassungen.) Innsbruck (Das Institut der Nationalgarde.) Aus dem Küstenlande (Erklärung der Provinz in Kriegszustand.) Posen (Die polnischen Legionen in Italien an die Slaven in der österreichischen Armee. Rekrutirung in Posen. Deutsches Organ der Liga. Die Russen in Polen.) Stettin (Katzenmusiken und Belagerungszustand.) Halle (Der Preußen-Verein.) Aus der Pfalz (Die Demokratie.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Aus Hessen (Ein hessischer Gesammtstaat.) Brake (Die erste deutsche Dampffregatte.) Schleswig (Die Schritte Englands und Frankreichs zur Verlängerung des Waffenstillstands und ihr Resultat.) Schleswig-Holstein (Der Stand der Friedensunterhandlungen.) Hamburg (Zustimmung der dänischen Regierung zu den Londoner Friedensprotokollen.) Bremen (Die Flottenrüstungen.) Lübeck (Verhandlungen der Bürgerschaft. Die dänische Flotte ausgelaufen. Verlängerung des Waffenstillstandes in Kopenhagen abgelehnt.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen über das Flottenbudget. Bestrebungen und Gegenbestrebungen der Protektionisten und Freihändler. Erklärung Palmerston's in Betreff Siciliens. Blutige Parteiraufereien in Irland.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über das Klubgesetz. Konservative und socialistische Bemühungen um die Armee. Stand der römischen Frage.)

Oesterreichische Monarchie. Pesth (Ein Erlaß des Fürsten Windischgrätz. Kübeck an der Spitze der Civilangelegenheiten.)

Italien. Sardinien (Gährungen in Parma und Reggio. Adresse der Kammer an das Volk.) Lombardei (Das Hauptquartier Radetzky's in Lodi. Zweiter Armeebefehl.) Florenz (Anhänglichkeit der Nationalgarde für die Republik.) Rom (Rilliet-Constant das Ministerium angeboten.)

Schweiz. Tessin (Die Grenz-Differenzen.)

Türkei. Konstantinopel (Kriegerische Aspekten. Werbungen für eine polnische Legion in Italien und für Rußland.)

Griechenland. Athen (Statistik der Deutschen in Griechenland.

21. März.

Wem die Bedeutung der gestrigen Abstimmung nicht sonst schon völlig klar war, dem mußte sie zum Bewußtsein kommen durch ihre nächste Folge. Gleich nach der Sitzung trat ein Ministerrath zusammen, und noch am Abende erfuhr man, daß alle Reichsminister und Unterstaatssekretäre ihr Amt in die Hände des Erzherzogs Reichsverweser niedergelegt. Der Reichsverweser hat die Entlassung angenommen und Heinrich von Gagern steht nicht mehr an der Spitze der deutschen Angelegenheiten. Diese Kunde wird im ganzen Vaterlande die schmerzlichste Theilnahme erwecken. Alle Hoffnungen, welche sich vom Anfange der deutschen Erhebung im März des vorigen Jahres an diesen Namen knüpften, scheinen damit in den Staub zu sinken. Er tritt zurück nicht wegen dieser oder jener Frage über Waffenstillstand oder anderen Dinge, welche, wie inhaltsschwer auch immer, doch vorübergehender Natur sind. Er tritt zurück wegen der Lebensfrage des deutschen Volkes, wegen der Verfassung. Er tritt zurück, weil es sich am gestrigen Tage gezeigt hat, daß die Linke im Bunde mit den Oesterreichern und denjenigen, welche kein anderes Vaterland zu kennen scheinen als Rom, zusammengenommen „die Macht haben, die Vollendung der Verfassung, jeder aus besonderen Absichten, zu hindern, und daß sie diese Macht gebrauchen wollen." Der Verfassungsausschuß hat alle seine Beredsamkeit, Gagern sein ganzes Ansehn umsonst aufgeboten. Die Paulskirche war von Oesterreichern überfluthet. Hundert und zehn Oesterreichische Stimmen machten, was sonst eine schwache Minderheit gewesen wäre, zu einer Mehrheit von 31 Stimmen. Auf solche Weise ist Gagern gestürzt. Er war der Mann, den man im ganzen Lande als Baumeister des deutschen Domes der Einheit betrachtete und manches treue deutsche Herz wird bange schlagen, und an dem Werke verzweifeln, von welchem der Meister zurücktritt. Sein Loos scheint trauriger als das Erwin's von Steinbach. Dessen Steinbild steht auf dem einen vollendeten Thurm des Münsters in Straßburg und schaut vergebens hinauf, dorthin, wo nach seinem Plan der andere Thurm in die Höhe steigen sollte. Der Dom der deutschen Einheit scheint nicht einmal allmälig oder stückweise wie die meisten jener ehrwürdigen Gebäude zu Stande kommen zu sollen, sondern es läßt sich an, als wenn umsonst die Grundsteine in die Erde gelegt sind und sich nimmer ein Gebäude darauf erheben sollte.

Das wird rings im Vaterlande der erste Eindruck sein. Aber verdrängen wir solche Empfindungen. Erwägen wir, mit dem Bestande prüfend, unsere Lage, und sie ist nicht so verzweifelt, wie diejenigen fürchten, welche glauben, die deutsche Verfassung werde jetzt gar nicht mehr oder wenigstens nicht mehr durch die Reichsversammlung zu Stande kommen; die Fürsten hätten jetzt gewonnen Spiel, die würden uns eine Verfassung bescheeren, wie sie ihnen beliebte. Sie würden dabei ihren alten Spruch befolgen: In omnibus sicuti Austria! In Allem, wie Oesterreich will! und über die eigentliche Errungenschaft des deutschen Volkes, über das Volkshaus, habe Oesterreich ja schon den Stab gebrochen.

Zuerst ist es bezeichnend für das Ereigniß, daß beide Parteien es nicht geahnt haben. Sommaruga und andere Oesterreicher sprachen noch im Laufe des Tages davon, daß die Minderheit sich am Abende versammeln müsse und rechneten auf die Mehrheit der Kaiserlichen also eben so gewiß, wie diese selbst. Der Sieg ist den — ja wie sollen wir sie nennen? den Gegnern des Kaiserthums verblieben. Werden sie ihren Sieg benutzen können?

Diese Frage ist vom Abgeordneten Riesser im Voraus auf das genaueste und unwiderleglichste erörtert worden. Die achtungswerthe Offenheit, sagte er, die in dieser Debatte geherrscht hat, hat deutlich gezeigt, daß keine einzige der Gegenparteien, wenn sie zur Mehrheit gelangte, eine mögliche Lösung der Frage in Bereitschaft hat. Die Mittelpartei in dieser Frage hat nach jeder Seite dieses Hauses einen Berührungspunkt. Zwischen den beiden Fraktionen hingegen, die gegen uns eine Majorität bilden könnten, ist nichts gemeinschaftlich als die Verneinung. Sehen Sie zu, was sich daraus aufbauen läßt. Der Redner betrachtete die Stellung der Parteien sodann, abgesehen von der österreichischen Frage, nach ihren republikanischen oder partikularistisch-monarchischen Tendenzen. Eine Monarchie, die wir schaffen, wird allerdings keine Stütze im Volke finden, denn sie besteht allein aus dem Willen des Volks. Eine republikanische Spitze dagegen ist unmöglich bei dem Fortbestehen der Erbmonarchien. Der Redner zog daraus den Schluß, daß auch eine Verbindung dieser beiden äußersten Parteien zu keinem Ergebniß führen könne.

Das sind nur die Außenlinien dessen, was er so beredt ausführte. Die siegreichen Parteien müssen jetzt, um eine Mehrheit zu bewahren, eine Koalition mit einander eingehen. Und doch haben sie, die Linke wie die Oesterreicher, beständig sich verwahrt, daß sie eine Koalition bildeten. Ja ihre augenblickliche Verbindung ist noch vor wenig Tagen vor den Augen des Parlamentes auseinandergefallen. Beide Parteien haben sich höhnend die Gemeinschaft aufgekündigt. Werden sie die Probe, wie Feuer und Wasser sich vertragen, noch einmal machen wollen? Sie **können** sich nicht mit einander verbinden, ohne ihre ganze Vergangenheit Lügen zu strafen und ohne das Bewußtsein, nach einer ganz ver-

schiedenen Zukunft zu streben. Schon heute hat sich gezeigt, daß die künstliche Mehrheit von gestern nicht zusammen halten kann. Die äußerste Linke und die Oesterreicher wollten Hecksichers Antrag durchsetzen, durch welchen die Vollendung der Verfassung hinausgeschoben wird, bis — vielleicht bis die Russen helfen! Statt dessen ward Eisenstuck's Antrag mit 282 Stimmen gegen 246 angenommen, welcher nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses der beste ist:

„doch der nächste in weiter Entfernung."

Die Berathung der Verfassung wird wenigstens dadurch abgekürzt. Unter denen, welche für die Vollendung der Verfassung stimmten, waren Venedey, Vischer, Heinrich und Mar Simon, Graf Reichenbach und — ein theurer Name! — Ludwig Uhland! Daß Er uns gestern fehlte, er, der Stolz und Stern Deutschlands, hat uns am wehesten gethan. Und so wird einer nach dem andern von der Linken kommen, der es redlich mit dem Vaterlande meint, wenn, wie zu fürchten ist, dessen Gefahren wachsen.

Was sollen wir von den Oesterreichern sagen und hoffen? Alles, was wir selbst sagen, möchte bei ihnen weniger Gewicht haben. Sie beschuldigen uns der Parteilichkeit gegen sie. So oft und so feierlich wir auch uns dagegen verwahrt haben, so hört man nicht auf, was wir gegen habsburgische Politik und metternich'sches System sagen, auf die Oesterreicher, auf das heitere, wackere, liebenswürdige Volk von Oesterreich zu beziehen. Und was hülfen alle neue Verwahrungen? Man mißversteht uns nicht, man will uns mißverstehen. Woher kommt die Gehässigkeit, welche manche österreichische Abgeordnete gegen unsere Partei und namentlich gegen dieses Blatt fast zur Schau tragen? Es ist dem menschlichen Geschlechte eigen, sagt der finstere Römer, den zu hassen, den man verletzt hat. Sollten sie verstimmt werden durch das Gefühl, daß sie uns, indem sie unser Verfassungswerk hindern, das Schmerzlichste zufügen? Doch wir wollen, was wir ihnen zusagen haben, nicht selbst aussprechen. Wir wollen ihre eigenen Landsleute reden lassen. Hören wir eins der besten Blätter, welches in Oesterreich erscheint, die Ostdeutsche Post. Man erinnere sich und erwäge es wohl, daß dieses Blatt früher mit Wärme das Verbleiben Oesterreichs im deutschen Reiche vertheidigt hatte, und deshalb die §§. 2 und 3 der Reichsverfassung bitter getadelt. Sie sagt in einer ihrer letzten Nummern:

„Wien, 15. März. Es hat große Geburtswehen gekostet, ehe das Wort herauskam, das den Sinn der österreichischen Depesche an Hr. v. Schmerling bildet, das Wort: kein Parlament, kein Volkshaus in Frankfurt. Aber wir sind froh, daß es endlich heraus ist, daß diese Notenquälerei, diese unartikulirten Taubstummentöne der letzten Zeit endlich in einem herben Worte sich konzentrirt haben, welches die gegenseitige Position nicht mehr im Unklaren läßt. Wir glauben nicht, daß nach dieser letzten Depesche die österreichischen Abgeordneten länger in der Paulskirche sitzen dürfen. Schon dadurch, daß die centralisirende Grundidee der Verfassung vom 4. März den Unterschied zwischen Deutsch-Oesterreich und den übrigen österreichischen Provinzen aufhebt, ist das ganze Prinzip aufgehoben, durch welches die Oesterreicher Recht und Pflicht erhielten, in dem deutschen Parlament zu tagen. Hierzu kommt, daß durch die Auflösung des Kremsierer Reichstags die Volksvertretung im gesammten Kaiserstaate auf eine unbestimmte Zeit suspendirt ist; nach welchem Privilegium sollen einzelne Männer aus einzelnen Ländern das Recht haben, an einer konstituirenden Versammlung außerhalb ihres Landes Theil zu nehmen, nachdem die konstituirende Versammlung innerhalb ihres Reichs auseinander gehen mußte. Das Recht! Welches Recht? Das Recht, ihre Wähler zu vertreten? Aber ihre Wähler schickten sie in die Versammlung in der Voraussetzung, daß sie dort die Verfassung von Deutschland und der dabei inbegriffenen deutsch-österreichischen Lande berathen und vollenden sollen — während es jetzt keine österreichischen Landestheile mehr giebt, die zu Deutschland gehören, und das Recht zu konstituiren überhaupt der Frankfurter Versammlung und ganz insbesondere, insoweit es Oesterreich betrifft, abgesprochen wird. Von dem Augenblicke, wo die Depesche vom 9. März in Frankfurt anlangte, gibt es unseres Erachtens keine österreichischen Volksvertreter mehr daselbst! Vom deutschen Gesichtspunkte ist ihr Austritt ein Gebot der Ehre, vom österreichischen ein Gebot der Pflicht!"

Hoffentlich werden von den österreichischen Abgeordneten manche bald den Mahnungen folgen, die ihnen von außen und gewiß auch aus ihrer eigenen Brust entgegentönen. Wir können uns es wenigstens nicht denken, daß in irgend Eines Brust ganz die Gedanken schwiegen, die sich unter einander anklagen und entschuldigen. Sie geben sich jetzt zu Werkzeugen der österreichischen Regierungspolitik her, die es gar kein Hehl hat, wie sie es mit Deutschlands Einheit und Freiheit meinet. Aber sie werden sich nicht zu Werkzeugen des Czaren erniedrigen!

Diese Hoffnungen erfüllen uns, wenn wir auf die Parteien innerhalb des Parlamentes schauen. Sie wachsen noch weit mehr, wenn wir auf das weite Vaterland blicken. Das deutsche Volk ist bereits ungleich einiger über das was Noth thut, als das hiesige Parlament. Es wird seine Stimme immer lauter für uns erheben. Es wird unsern Eifer anfachen, daß wir nicht nachlassen. Nur Festigkeit und Ausdauer können zum Ziele führen. Eine feste ruhige Haltung ist es daher vor Allen, welche wir unserer Partei empfehlen. Es freut uns, daß sie sich zu keinem voreiligen Entschlusse hat hinreißen lassen, deren mehrere gestern auftauchten. Wir bleiben hier und fördern unser Werk, in der Weise, wie Riesser es am Schlusse seiner Rede angedeutet hat:

„Wenn darum unser Vorschlag fällt, so werden wir uns nicht dagegen sträuben, so gering unsre Hoffnungen sein mögen, mit treuer Arbeit Paragraph für Paragraph, wie Sandkorn auf Sandkorn, um mit den Worten des Dichters zu reden, zum Bau der Einigkeit zu tragen. Wir werden wenn der Stein vom Bau sich abermals herabwälzt und mit Donnergepolter zu unsern Füßen liegt, ihn wieder erheben und in geduldiger Arbeit warten, bis der Genius des Vaterlandes die Fesseln bricht und uns von der Qual vergeblicher Arbeit erlöst." Oder noch besser, wir verlieren keinen Augenblick den Muth, das vorliegende Werk auszuführen. Es ist nicht willkürlich ausgedacht, die Nothwendigkeit selbst steht ihm zur Seite. Das Werk, wenn wir es nicht zu Ende führten, es wird sich von selbst vollführen.

So möge man denn auch in der Ferne wie bereits hier am Orte der Zukunft ruhiger entgegenzusehen. Warten wir ab, ob ein neues Ministerium im Stande sein wird, das ganze deutsche Volk in andere Bahnen zu lenken, als die vom Schicksal selbst vorgezeichneten. Die Frankfurter Zeitung berichtet so eben schon vom neuen Ministerium; es solle weder aus Preußen noch aus Oesterreichern bestehen. Mit andern Worten, wir gehen einem Ministerium Römer entgegen. Wir, die geschlossene Minderheit, wollen unsere besten Waffen, unseren festen, gestählten Muth, nicht aus den Händen sinken lassen. Bis zum Römer sind wir schon gekommen, und, was gilt's? der Kaiser wird endlich daraus hervorgehen!

Deutschland.

> **Frankfurt**, 22. März. Daß die Kaiserlichen doch siegen werden, kann dem nicht zweifelhaft sein, der in der Weltgeschichte etwas Anderes, als das Spiel eines blinden Zufalls sieht. Man mag ihnen Hinderniß auf Hinderniß in den Weg legen: sie können gehemmt, aber nicht geschlagen werden; und wie das Wasser, je länger das Wehr Widerstand leistet, um so höher sich aufstaut und mit um so größer Gewalt überstürzend sich den Weg bahnt, so wirbt jede Zögerung in der Verkündigung des Kaiserthums demselben neue Anhänger, und um so gewichtiger wird der Beschluß. Die heutige Sitzung zeigte denn auch die Kaiserlichen keineswegs niedergeschlagen. Die Heftigkeit des gestrigen Kampfes machte sich in ihrer Aufregung und in einer gewissen Erbitterung gegen die Gegner bemerklich; das Siegesbewußtsein aber hatte sie nicht verlassen.

So viele von den Ministern und Unterstaatssekretären anwesend waren, halten auf den Sitzen der Abgeordneten zur Rechten des Präsidenten Platz genommen; das Gesammtministerium hat, wie der Präsident der Versammlung ihr am Schluß der Sitzung anzeigte, seine Entlassung genommen und erhalten. Wir vertrauen daß die Entfernung der Minister vom Amt nur kurze Zeit dauern wird. Was der Abgeordnete Riesser gestern äußerte, wird sich schnell bewahrheiten. Das Ministerium hat sich vor einer faktiösen Majorität zurückgezogen. Diese Majorität aber wird sich unfähig zeigen eine Regierung zu bilden, und das Ministerium wird deßhalb die Verwaltung im Interesse des Vaterlandes wieder übernehmen müssen.

Mit welchen Waffen aber ein Theil unserer Gegner ficht, beweist die heute fortgesetzte Abstimmung über die Verbesserungsanträge zum Welcker'schen Antrage. Nachdem das Hildebrand'sche Amendement, welches folgende Abänderungen an den Anträgen des Verfassungsausschusses verlangt: einmal soll die Anerkennung der zeitweiligen Trennung von Oesterreich, welche in den Worten des Verfassungsausschusses liegt „der Zutritt (zum deutschen Reich) wird den österr. Ländern offen gehalten," fortbleiben, dann sollen die Beschlüsse über das suspensive Veto und über die geheime Stimmgebung bei den Wahlen der Abgeordneten aufrechterhalten werden — nachdem dieses Amendement gefallen war, sollte über das Eisenstuck'sche abgestimmt werden. Es geht dahin, die Verfassung ohne weitere Verhandlung, aber nicht wie der Welcker'sche Antrag wollte, in ihrer Gesammtheit, sondern paragraphenweise zu beschließen. Auf diesen Vorschlag hatte die Linke vorzugsweise ihren Widerstand gegen den Welcker'schen Antrag gestützt, sie hatte stets gesagt: Wir erkennen die Nothwendigkeit der Beschleunigung des Verfassungswerkes an, nur soll uns nicht Gewalt angethan werden, wir wollen nicht gezwungen sein, durch Annahme in Bausch und Bogen für eine Menge von Einzelnheiten zu stimmen, die wir nicht billigen, wir wollen einzeln abstimmen. Und als nun dieser ihr Wille ihnen gethan werden sollte, als die Kaiserlichen bereit waren, auch auf diesem Felde den Kampf anzunehmen, da zog der Antragsteller den Antrag zurück; und als derselbe dessenungeachtet, von einem Andern aufgenommen, zur Abstimmung kam, stimmte er selbst dagegen. Das also ist die Loyalität, mit der die Herren Eisenstuck und Genossen verfahren; das ist die Probe, die sie von der Aufrichtigkeit ihrer Absichten, von der Glaubwürdigkeit ihrer Worte ablegen! Sie haben Grund, sich über Intriguen zu beschweren! Der Antrag wurde indeß mit einer Mehrheit von 36 Stimmen angenommen, und wir haben die Freude zu melden, daß Männer wie Uhland und Venedey, mit zu dieser Mehrheit gehörten. Sie werden sich überzeugt haben, von welcher Seite des Hauses das Vaterland sein Heil zu erwarten hat.

Ein zweiter Antrag des Abgeordneten Eisenstuck kam schließlich zur Abstimmung; er geht dahin, die österreichische Verfassung für die deutsch-österreichischen Länder für nichtig zu erklären, soweit sie den Beschlüssen der Nationalversammlung zuwiderläuft. Der Antrag konnte der Probirstein für die Ehrlichkeit der österreichischen Abgeordneten sein: wer von ihnen eine Verfassung anerkennt, wonach ein Zusammenhang Oesterreichs mit Deutschland nicht mehr möglich ist, wer von ihnen mittelbar oder unmittelbar den Grundsatz ausspricht, daß die Bestimmungen der deutschen Nationalversammlung für Deutsch-Oesterreich keine Geltung haben, wie kann man von dem den Glauben hegen, daß er sich in einer anderen Absicht an der Thätigkeit dieser National-Versammlung betheiligt, als um das „Staatsinteresse" seines Heimathlandes zu befördern, um Deutschland in dem Zustand der Ungewißheit und Kraftlosigkeit zu erhalten? Dennoch stimmten die Oesterreicher der Rechten gegen den Antrag; einige Oesterreicher der Linken enthielten sich der Abstimmung, Andere, darunter die Herren Sommaruga und Giskra, retteten wenigstens die Ehre — die Ehre sagen wir, denn wenn wir jetzt auch nicht berechtigt sind, ihnen Unlauterkeit der Gesinnung vorzuwerfen, das Recht können wir ihnen doch nicht zugestehen, durch persönliche Verleugnung einer Verfassung, an deren Annahme durch das Volk wie Hr. v. Würth sagte, nicht gezweifelt werden kann, sich einen Sitz im deutschen Parlamente zu erzwingen, den sie nicht kraft persönlichen Rechts, sondern nur als Vertreter des österreichischen Volks einnehmen könnten.

Auf der morgenden Tagesordnung steht nun die paragraphenweise Abstimmung über die Reichsverfassung. Die wohlthätigen moralischen Wirkungen, welche die Annahme der Verfassung durch einen Beschluß hervorgebracht hätte, sind freilich verloren; das reale Ergebniß wird vielleicht auch auf diesem Wege gewonnen werden. Zum letzten Male aber warnen wir die, welche auch jetzt noch sich der Annahme widersetzen wollten. Jetzt ist ihnen jeder Vorwand genommen, jede Maske abgerissen; die nackte That müssen sie dem Urtheil der Geschichte preisgeben. Die Geschichte aber rechnet Niemandem seine Theorie zu Gute; sie sieht nur auf die That und ihre Folgen.

Frankfurt, 22. März. Von Seite des österreichischen Ministeriums ist gestern Abend eine weitere Erklärung hier eingetroffen; wir werden über deren Inhalt morgen genauer berichten; für heute nur so viel, daß Oesterreich wiederholt erklärt, nicht aus dem deutschen Bundesstaate scheiden zu wollen. (Fr. J.)

Frankfurt, 22. März. Das gesammte Reichsministerium hat gestern Abend seine Entlassung bei Sr. kön. Hoheit dem Reichsverweser eingereicht; dieselbe ist angenommen worden. Wie wir vernehmen, werden in das nunmehr neu zu bildende Reichsministerium weder Preußen noch Oesterreicher eintreten. (Fr. J.)

△ **Wien**, 18. März. Gestern kam der neue Admiral der österreichischen Flotte, den wir von unsern Freunden in Dänemark erhalten, von Olmütz zurück. Er ist entzückt von der Persönlichkeit unsres jungen Kaisers. Der Kaiser sagte ihm unter Anderm, daß er sich ja nicht einbilden sollte eine Flotte vorzufinden. Oesterreich besitze zwar eine Flotte, die müsse er sich aber erst selbst in Venedig abholen! Heute früh geht Admiral Dahlerup nach Triest ab, um den Oberbefehl über die dortige Marine zu übernehmen. Neapel hat sich nun offiziell für Oesterreich erklärt und stellt dem Kaiser ein großes Kriegsschiff zur Blokade von Venedig zur Verfügung. Seit dem 13. ist das äußere Leben unsrer Stadt von besonders düsterem Ansehen. Die Patrouillen sind frequenter und stärker als wir sie je seit dem Belagerungszustande sahen. Auf jedem Schritt und Tritt stößt man auf Eskorten, welche Gefangene von Civil einbringen, oder ganze Züge von Honvedstransportionen. Morgen soll die Beschießung Komorns nun definitiv stattfinden. Gegen Szegedin rücken an beiden Ufern der Theiß serbische Truppen und über Filecshaz kaiserliche Truppen vor. Aus dem Banat kommen Berichte, welche die feindselige Stellung des Kommandanten von Temesvar zu F.-M.-L. Rukovina gegen den Patriarchen als sehr bedenklich schildern. Der Patriarch soll sich bereits nach Olmütz gewandt haben wegen Beschränkung der Vollmachten Rukovina's.

Wien, 18. März. Die „Ostdeutsche Post" sagt zu der Nachricht, daß Herr v. Schmerling seine Entlassung eingegeben: „Wir können nicht glauben, daß die Oktroyirung einer Verfassung in Oesterreich Hrn. v. Schmerling so sehr überraschen konnte. Der Gedanke ist in der politischen Sphäre, in der Hr. v. Schmerling bei seiner Anwesenheit in Wien sich bewegte, ein längst gewünschter und vielfach überlegter gewesen. Es kann die Epoche der Ausführung Hrn. v. Schmerling vielleicht in Verwunderung gesetzt haben, keineswegs aber die Thatsache selbst. Auch die Wendung in der Politik unseres Kabinets, die Erklärung, nur mit dem Gesammtösterreich zu Deutschland zu treten, die Erklärung, nur einen von den Regierungen und den Landtagen erwählten Ausschuß an die Stelle des Volkshauses zu setzen, war sicherlich für Hrn. v. Schmerling keine Neuigkeit. Die Depesche vom 9. März ist die Ausführung des vagen Programmes in der Note vom 4. Februar. Der Uneingeweihte konnte die in Aussicht zu stellende Grundlage nicht begreifen; aber der österreichische Bevollmächtigte gehörte schwerlich zu den Uneingeweihten. Wir erklären uns den sogenannten Rücktritt des Hrn. v. Schmerling ganz anders, und weil wir einen Akt der Klugheit darin erkennen, enthalten wir uns, die Ursache anzugeben, die uns das wahre Motiv seines Schrittes zu sein scheint. — Daß wir in diesem Augenblicke ohne Bevollmächtigten in Frankfurt sind, scheint uns kein großes Unglück, da die deutsche Frage jetzt nicht mehr in Frankfurt, sondern — in Berlin ihrer Entscheidung entgegengeht."

Die untenstehende Mittheilung, welche der „Olmützer Korrespondent" aus Wien — ohne Datum — bringt, dürfte eben wegen des Blattes, in dem sie steht, von Bedeutung sein. „Man erzählt sich hier, der Kaiser Franz Joseph werde gegen Ende d. M. das kaiserliche Schloß in Schönbrunn unter dem Namen eines Grafen von Habsburg beziehen, der Belagerungszustand aber bis zur Beendigung des ungarischen Krieges fortdauern. Man will zugleich wissen, daß die Annahme des Namens Graf von Habsburg deßhalb nothwendig sei, weil, wenn „der Kaiser" nach Wien käme, der Belagerungszustand aufgehoben werden müßte. Uebrigens soll auch Schönbrunn außer dem Belagerungsrayon erklärt werden."

Wien, 18. März. Man versichert, daß Fürst Windischgrätz zum Oberhofmeister des Kaisers ernannt werden, seine Stelle niederlegen und das Kommando zwischen den Generalen Jellacic und Schlick getheilt werden soll. Noch vor 8 Jahren bekleidete ersterer den simplen Grad eines Majors in der Armee. Man behaup-

tet, Welden habe den Grabhügel der am 13. März 1848 Gefallenen der Erde gleich machen lassen, um weiteren Wallfahrten dahin ein Ziel zu setzen. Wie bekannt ist der Friedhof militärisch besetzt. Der Wiener Magistrat hat das Verbot der unbefugten Waffenfabrikation durch eine Kundmachung neuerdings eingeschärft. Die Deputation des hiesigen Gemeinderaths, welche dem F. M. Radetzky das Diplom eines Ehrenbürgers der Stadt Wien überbringt, hat dem greisen Marschall und seinen tapfern Truppen bereits ein Kompliment gemacht, indem sie ihre Pässe nach Mailand und Turin ausstellen ließ. Aus einem amtlichen Artikel in der Wiener Zeitung geht hervor, daß Vorkehrungen getroffen werden, um das österreichische Quarantainewesen einer umfassenden Reform zu unterwerfen. Wie wir bereits gemeldet, ist die Berathung über die Landesverfassungen bereits im Gange, eine der nächsten, die bald vollendet sein dürfte, ist die Landesverfassung von Steiermark.

Innsbruck, 13. März. Das Ministerium des Innern hat an den Verwaltungsrath der Nationalgarde über eine Eingabe desselben nachstehende Eröffnung erlassen: „Das Institut der Nationalgarde ist bereits im Monate März v. J. von Sr. Majestät im Prinzipe genehmigt worden. Wie dieselbe fernerhin zu bestehen haben wird, darüber kann die definitive Bestimmung nur im Wege eines auf konstitutionellem Wege zu Stande kommenden Gesetzes erfolgen. Das Ministerium verkennt nicht die Dringlichkeit dieses Gesetzes und wird dessen Erlaß nach Möglichkeit fördern. Bis zu diesem Zeitpunkte muß sich jedoch an die im April v. J. als Richtschnur in Gardeangelegenheiten vorgezeichneten allgemein kundgemachten Hauptgrundsätze gehalten werden. Ergeben sich Anstände, die in denselben ihre Lösung nicht finden, so wird wohl das Kommando und der Verwaltungsrath der Garde in den meisten Fällen in der Lage sein, durch ein umsichtiges, das Vertrauen der Garde erwirkendes Benehmen, so wie durch geeignete Aufklärung derlei Anstände zu beseitigen, widrigenfalls nichts erübrigen würde, als dieselben von Fall zu Fall der höheren Entschiedung zu unterziehen."

* Aus dem Küstenlande. Auf die Nachricht von der Aufkündigung des Waffenstillstandes von Seiten Sardiniens hat der Gouverneur der österreichisch-illyrischen Küstenlande Triest und die ganze Provinz unterm 17. März in Kriegszustand erklärt.

Posen, 15. März. Die sehr verbürgten Berichte aus dem benachbarten Königreich Polen bestätigen die Nachricht, daß drei neue russische Armeekorps in Polen eingerückt sind und daß das letztere von diesen schon sein Hauptquartier in Konin aufgeschlagen hat. Diese neuen Heeresmassen, die jedenfalls an 60,000 Mann der verschiedensten Waffen zählen, stehen ziemlich nahe an der preußischen Gränze und können dieselbe binnen wenigen Stunden überschritten haben; unmittelbar an der Grenzlinie stehen theils Kosaken, theils ein großer Artilleriepark, letzterer bei Bloszko, dessen Mündungen zu uns herübergähnen. Das große Lager bei Kirchdorf in der Nähe von Kalisch ist fast fertig und bereits von zahlreichen Truppen bezogen, die bei jedem Wetter von früh bis spät exerzieren. Die Soldaten selbst haben sämmtlich die Ueberzeugung, daß sie nächstens in das preußische Gebiet einrücken werden, ob als Freunde oder Feinde, das weiß jedoch niemand.

(D. A. Z.)

‡ **Posen**, 19. März. Ich beeile mich Ihnen ein Aktenstück mitzutheilen, welches von den polnischen Legionen in Italien in mehreren slawischen Mundarten unter die österreichischen Regimenter slawischen und ungarischen Stammes verbreitet wird. Es gibt einen deutlichen Wink darüber, in welcher Weise bei dem eben ausgebrochenen Kampfe in jenem Lande noch gestritten werden wird. „Aufruf der Polen der italischen Legionen an ihre polnischen und slawischen Brüder im österreichischen Heer." „Brüder! Gott und Vaterland ruft euch zu: verlaßt die Schlachtreihen eurer eigenen Feinde und zeigt der Welt, daß ihr die Söhne und Vertheidiger eurer Nation seid! Wehe über den polnischen und slawischen Soldaten, der im österreichischen Heere vatermörderisch kämpft, denn ein Vatermörder ist, wer dem dient, welcher sein Vaterland ermordet hat! Aber noch mehr, wer gegen Italien kämpft, streitet gegen diejenigen, welche sein Vaterland geliebt haben! Befragt euer christliches und polnisches Herz! Wer ist euer Feind? der Italiener oder der Oesterreicher? Ihr habt es ja gehört wie einst der Oesterreicher die Heere eures tapferen Königs Sobieski, die Wien von den Türken und Tartaren befreit hatten, durch Hunger vernichtete, und wer ist denn heut Schuld an unserem Unglück? Ist es etwa der Italiener? hat er sich mit dem Russen und Preußen verbunden, um unser Vaterland zu zerreißen? Vernichtet der Italiener unser Land durch Steuern und Abgaben? Hat der Italiener Krakau, Prag, Lemberg bombardirt und die Sitze unserer Väter zerstört? Nein, Brüder! nicht der Italiener, der abscheuliche Oesterreicher hat das gethan, er unterdrückt uns, er entreißt uns unsere Habe! Also Brüder kämpft nicht gegen die Italiener, Gott und Vaterland rufen euch zu: Heraus aus den Schlachtreihen eurer Feinde! vereinigt euch unter euren eigenen Fahnen, die in der italienischen Armee wehen! Kommt zu uns, ihr findet hier Polen, nicht Deutsche, ihr findet die Freunde der Slawen, die Franzosen und Italiener. Es ist Betrug, wenn man euch sagt, daß die sardinische Regierung die Soldaten ausliefere, die von euch zu uns herüber kommen! Im Gegentheil, sie zahlt sogar denjenigen, die mit Pferd und Waffen kommen, den Werth des Pferdes! Wir warten auf euch, kommt! kommt!" Was die Ungarn betrifft, so bereiten auch sie in ähnlicher Weise magyarische Legionen in Sardinien vor, welche aus Ueberläufern bestehen. Ihr Gesandter in Turin leitet die Sache, und es hat zu dem Zwecke eine eigene nationale Feier bei Marengo stattgefunden. Die sardinische Regierung zahlt jedem ungarischen Husaren der übertritt 100 Franken.

Die Aufregung in der Stadt Posen, welche in den letzten Tagen durch die Einziehung der Landwehrbataillone gesteigert worden, beginnt sich zu legen. Es ist offenbar eine politische Maßregel, daß die Regierung die überwiegend polnischen Bataillone nach Schleswig schickt, da dadurch der Zündstoff hier vermindert wird, welcher während der Dauer des ungarischen Krieges offenbar gefährlich ist. Wie wenig zuverlässig aber die polnischen Landwehrmänner sind, wenn ihre Landsleute ihnen gegenüberstehen, das haben wir im vergangenen Jahre mehrfach erlebt. Die von der polnischen Liga in deutscher Sprache herausgegebene „Zeitung Ostens" erscheint seit einigen Tagen, um von dem „lebendigen Polen mit lebendigen Grenzen", wie es dem Programm der Zeitung nach schon existirt (wahrscheinlich in der Ausdehnung von 1772) den Deutschen in der Ferne Kunde zu geben. Die Tendenz des Blattes gleicht in jeder Beziehung der Oderzeitung.

Stettin, 15. März. Aus Neu-Brandenburg geht uns die Nachricht zu, daß daselbst der Belagerungszustand erklärt worden sei. Aeußere Veranlassung dazu sei der extreme und böswillige Karakter gewesen, welchen die Katzenmusiken in letzter Zeit angenommen hätten.

(Ostsee-Ztg.)

Halle, 19. März. Der Preußenverein ist jetzt obenauf, er hält seine absolutistischen Tendenzen nicht zurück, sondern tritt offen heraus gegen die Revolution, gegen ihre Folgen, gegen die neue Ordnung der Dinge. Die Revolution am 18. März gilt ihm für ein „Verbrechen", die Feier dieses Tages als der „Gipfel aller Scheußlichkeiten". Derselbe Verein hat den König um „schroffe Zurückweisung der Kaiserkrone" gebeten, da sie ihm „von denselben Händen geboten wird, an denen Auerswald's und Lichnowsky's Blut klebt". Der König dürfe die Macht des Frankfurter Parlaments nicht anerkennen, „denn diese Anerkennung sei der direkte Weg zur Republik". Gegen das Geschwornengesetz, gegen die Gewerbeordnung sind von den Vereinen liberaler Gesinnungen Adressen abgegangen, besonders aber hat eine Adresse zahlreiche Unterschriften gefunden, welche Amnestie der politischen Gefangenen verlangt.

(W. Z.)

† **Aus der Pfalz**, 20. März. Das Treiben unserer Demokraten gewinnt ein immer heitereres Angesicht. An ernstliche Schilderhebungen zur Herbeiführung der Republik will Niemand mehr glauben. Es befinden sich unter den zahlreichen Vereinen, die im Wesentlichen alle die gleiche demokratische Richtung, theils offener, theils versteckter haben, so viele von den s.g. „Gutgesinnten", daß es auch dem fulminantesten Redner nicht gelingen wird, sie weiter zu bringen, als zu unschuldigem Straßenlärm, fröhlichen Banketten und Demonstrationen gegen mißliebige Personen. Eine solche fand am 11. März zu Maikammer statt. Dieser zwischen Neustadt und Edenkoben gelegene Marktflecken zeichnet sich durch eine sehr streng katholische Richtung des größten Theils seiner Bewohner aus. Als im Laufe des vorigen Jahres ein dortiger Volksschullehrer sich beim Schulunterricht rationalistische Erklärungen der biblischen Wunder erlaubte, wurde er sogleich auf Antrag der geistlichen Ortschulkommission suspendirt

Seine Kollegen brachten es durch ihre thätige Theilnahme dahin, daß sich die Regierung des als Märtyrer freierer Religionsansichten hingestellten annahm und nachdem der Rath zum Protestantismus überzugeben, von ihm als zwecklos zurückgewiesen, ihn reaktivirte. Aber der glaubensstrenge Geistliche widersetzte sich dem Beschluß der Regierung mit solchem Erfolg, daß selbst, da die Gemeinde auf Seiten ihres Seelsorgers stand, das Erscheinen eines Regierungsassessors vergeblich war. Die Regierung stellte den Pfarrer darauf vor das Zuchtpolizeigericht in Landau. Da dieses ihn freisprach, so brachte sie die Sache vor das Appellationsgericht, welches ihn, wie man neuerlich hörte, zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt haben soll. Die Demokraten die in diesem Fall zufällig auf Seiten der gierung standen, erwiesen ihr auch noch die Unterstützung, am 11. März unter Vorsitz des Redakteurs der Mannheimer Abendzeitung, Grohe, eine Volksversammlung an jenem Orte zu halten, bei welcher der Prediger der freien Gemeinde in Neustadt eine geharnischte Rede gegen jene im Finstern schleichende Partei, die durch Verdummung des Volks die Herren von Gottes Gnaden stützte, vom Stapel laufen ließ; die Ermahnung, die Volksbewaffnung aufrecht zu erhalten, eingeschärft und die bereits erwähnte Adresse an die Nationalversammlung besprochen wurde, nach welcher alle Regierungen, besonders aber die baierische, in Anklagestand versetzt werden sollten, insofern sie den Grundrechten noch nicht gesetzliche Geltung eingeräumt.

-:- **Stuttgart**, 20. März. Die Kammer der Abgeordneten hat die alten Reste der vorigen Verwaltungen ausgearbeitet, und dies undankbare Geschäft ohne erhebliche Diskussion zu Ende gebracht; nur das unglückliche Bauwerk, welches sich in Stuttgart in riesenhaften Dimensionen erhebt und zum Aufenthalt für die Gefangenen bestimmt, um aber jedem Bedürfniß genügen zu können, sehr sinnreicher Weise à deux mains eingerichtet ist, so daß es für das Auber'sche und pensylvanische System gleichmäßig passen würde, oder auch möglicherweise für keins von beiden, und dies unglückliche Bauwerk nahm, wie schon mehrfach in der gegenwärtigen Session, auch diesmal längere Zeit die Versammlung in Anspruch. Die Debatten hatten indeß doch insofern auch ein weiter greifendes Interesse als die Nothwendigkeit zur Sprache gebracht wurde, daß die Regierung sich endlich für ein bestimmtes Strafsystem entscheide: es sei das doppelt nothwendig, nachdem man in Frankfurt die Todesstrafe abgeschafft, ohne eine andere Strafe an deren Stelle zu setzen und ohne ein Strafgesetz mit strengen Strafen dagegen aufzustellen; man habe für die Verbrecher zur Genüge gesorgt, man möge jetzt auch ein wenig für die Nicht-Verbrecher, für die Sicherheit der Gesellschaft sorgen. Der Antrag, die Regierung zu ersuchen, in möglicher Bälde das Strafsystem zur Verabschiedung zu bringen, wurde einstimmig von der Kammer angenommen. Außerdem mag noch hervorzuheben sein, daß die Kommission von der Regierung in Erwägung gezogen haben will, ob und inwiefern nach Herstellung der Eisenbahn, die bis dahin mit nicht unbedeutenden Summen von Seiten des Staats unterstützte Neckar-Schifffahrt noch weiter zu berücksichtigen sein möchte: sie beruhigte sich indeß bei der Erklärung von der Ministerbank, daß man darüber erst noch weitere Erfahrungen machen müsse.

□ Aus Hessen, 22. März. Wie bereits in einem andern Theile des mittleren Deutschlands, in den thüringischen Staaten, sich vielfach der Wunsch und das Bedürfniß einer engern Verbindung unter einander und der Verschmelzung zu einem größeren Ganzen geltend gemacht hat, so ist neuerdings auch hier die engere Vereinigung der sämmtlichen Stämme der Hessen ernstlich angeregt worden, welche vor allen Dingen durch das Testament Philipps des Großmüthigen auseinander gerissen sind und gegenwärtig vier verschiedenen Staaten, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau und Waldeck angehören. Denn auch Nassau ist einer der ältesten Stammsitze der Katten und hat seit Anfang dieses Jahrhunderts eine Menge vormals hessischer Städte und einen ganzen althessischen Landestheil, die niedere Grafschaft Katzenelenbogen, erworben; die Grafen von Waldeck aber waren Hessen lehnbar und besuchten die Hessischen Landtage, und diese gemeinsamen Landtage sind nie ausdrücklich, sondern nur stillschweigend beseitigt worden. Die Vortheile der angeregten Vereinigung liegen auf flacher Hand. Ein einziger hessischer Staat würde in dem Rathe Deutschlands eine Stimme haben, die ein ganz anderes Gewicht in die Wagschale legte, als die getrennten Staaten je ansprechen könnten; ein einziger hessischer Staat würde eine Achtung gebietende Militärmacht aufbringen und, um nur noch Eines anzuführen, mit verhältnißmäßig geringem Aufwande eine der ersten Universitäten Deutschlands herstellen können, während gegenwärtig, wenige Stunden von einander entfernt, in Marburg und Gießen zwei sehr mittelmäßige Universitäten erhalten werden. Allerdings würden die Finanzverhältnisse und die Regierung eines hessischen Gesammtstaates Schwierigkeiten bieten, aber diese Schwierigkeiten dürften nicht unüberwindlich sein, und was die Eifersüchteleien der verschiedenen Residenzen betrifft, so möchten diese vielleicht dadurch beseitigt werden können, daß der hessische Gesammtlandtag abwechselnd in Kassel, Darmstadt und Wiesbaden seine Sitzungen hält.

Brake, 28. März. Heute Nachmittag gegen 6 Uhr traf die erste deutsche Dampffregatte, welche ihren früheren Namen „Britannia" nun in „Barbarossa" verwandeln wird, glücklich vor unserm Hafen ein und wurde mit einer Salve aus den hier stationirten Geschützen und mit dem donnernden Hoch der Einwohner empfangen. Es soll unvorzüglich mit den Einrichtungen zur Armirung begonnen werden. Die zweite Dampffregatte „Acadia", welche unweit Terschelling auf eine Untiefe gerathen, aber ohne erhebliche Beschädigung wieder flott geworden war, ist dem Vernehmen nach in einen holländischen Hafen eingelaufen, um die erforderlichen Reparaturen vorzunehmen. (W. Z.)

Schleswig, 18. März. Der heute wieder zusammengetretenen Landesversammlung sind durch das Präsidium wichtige Mittheilungen der gemeinsamen Regierung vorgelegt worden. In einem Schreiben aus dem Departement des Innern vom 27. v. M. heißt es: „Der gemeinsamen Regierung ist vertraulich mitgetheilt worden, daß die großbritanische Regierung gegen eine dänischerseits zu unternehmende Erneuerung der Feindseligkeiten feierlichen Protest hat einlegen lassen, wie denn auch zufolge eines heute eingegangenen Berichtes des schleswig-holsteinischen Bevollmächtigten bei der Reichscentralgewalt die französische Regierung ihren Gesandten in Kopenhagen instruirt hat, eine Verlängerung des Waffenstillstandes auf Basis des **status quo** dem dänischen Cabinet dringend zu empfehlen. Schon vor einigen Tagen hatte der Bevollmächtigte Francke berichtet, daß die dänische Regierung auf Andringen der großbritanischen erklärt habe, daß sie sich auf eine ausdrückliche Verlängerung des Waffenstillstandes nicht einlassen wolle, wohl aber auf eine stillschweigende von Monat zu Monat."

Eine zweite Mittheilung aus demselben Departement sagt: daß die deutsche Centralgewalt bei der englischen Regierung angefragt hat, ob in kürzester Frist Garantien gegen den Wiederbeginn der Feindseligkeiten gegeben werden könnten, und daß sie der Antwort von London entgegensehe. Unterm 11. März endlich hat der Reichskommissär Stedmann dem Bureau der Landesversammlung angezeigt, „daß so eben ihm zugekommene wichtige Nachrichten ihn zu dem dringendsten Wunsche veranlaßten, daß die Versammlung unbestimmt vertagt bleiben möge." Eine solche Vertagung auszusprechen war das Bureau nicht competent, die Versammlung wird also selbst darüber zu beschließen haben.

Schleswig-Holstein. Lord Palmerston hat schon vor einiger Zeit seine Genugthuung darüber geäußert, daß beide Theile anfingen, „more reasonable" zu werden. Und die meisten Nachrichten stimmen dahin überein, daß die Friedensverhandlungen in London auf der von Lord Palmerston vorgeschlagenen Grundlage (**indépendance administrative, legislative et constitutionelle du duché de Sléswic**) ihrem Abschluß näher gerückt sind. (Vergl. unten Hamburg.) (W. Z.)

Hamburg, 19. März. Wir erfahren von glaubwürdiger Seite, daß die dänische Kriegsfrage ihrer Lösung näher gerückt ist. Ein heute von Kopenhagen nach London hier durchgekommener Kourier soll nämlich die Zustimmung der dänischen Regierung zu dem in London unter den beiderseitigen Unterhändlern vereinbarten Friedensprotokolle überbringen.

Bremen, 19. März. Es sind bereits seit einigen Tagen mehrere der vom Reichsministerium der Marine bestellten Kanonenböte fertig, doch hat die schlechte Witterung verhindert, die Malerarbeit zu vollenden. In diesen Tagen werden Kommissäre des Reichs eintreffen, um die fertigen Kanonenböte nach und nach einer Untersuchung zu unterwerfen und in Empfang zu nehmen.

Am nächsten Mittwoch, den 21. d., sollen drei Böte in Vegesack, eins in Bremerhaven und eins in Burg vom Stapel gelassen werden. (W. Z.)

⊙ **Lübeck**, 19. März. Die beiden ersten Anträge des Senats an die heute versammelte Bürgerschaft betrafen die Bewilligung des auf Lübeck fallenden Antheils an der zweiten Hälfte der Beiträge für die Marine und des zwiefachen Beitrages für den Festungsbau in Ulm und Rastatt in diesem Jahre. Beide Anträge wurden ohne Diskussion genehmigt. Eine längere Diskussion entspann sich über einen zu Gunsten des Krämereibetriebes in unserm Hafenstädtchen Travemünde gestellten Antrag, in Folge deren endlich der Senatsantrag angenommen, und die Frage, in wie weit dem Städtchen die Befugniß zu selbstständigem Handelsbetriebe eingeräumt werden könne, einer Kommission zu weiterer Prüfung überwiesen ward. Bis jetzt steht nur dem Lübecker Kaufmann der Handelsbetrieb in unserm Staate zu; es leidet aber keinen Zweifel, daß eine zeitgemäße Aufhebung dieses Monopols die Folge der jetzt eröffneten Berathungen sein wird. Die Berathungen über eine Verbesserung der Lage der Juden, welche sich schon durch eine Reihe von Jahren hindurchzogen, haben durch die im September v. J. ausgesprochene politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger und durch den §. 16 der am 17. Januar hierselbst publizirten Grundrechte vollständige Erledigung gefunden. In Folge der dadurch eingetretenen Gleichberechtigung sind bereits Juden in unsere kaufmännischen Gilden und in die Krämerkompagnie getreten, wie denn auch zwei derselben in die Bürgerschaft gewählt sind. Auf eine Interpellation hinsichtlich der mit dem 1. Mai in's Leben tretenden deutschen Wechselordnung erklärte die Senatskommission, daß ein darauf bezügliches Einführungsgesetz berathen werde, und der nächsten im April stattfindenden Bürgerschaftsversammlung vorgelegt werden solle. Das heute von Kopenhagen eingetroffene Dampfschiff Malmö hat die Nachricht mitgebracht, daß die dänische Flotte am 16. ausgelaufen sei, und außerdem noch ein Linienschiff und eine Fregatte ausgerüstet würden. Die von England in Vorschlag gebrachte Verlängerung des Waffenstillstandes sei von dem dänischen Kabinet zurückgewiesen werden. (Vgl. indeß die verschiedenen gegentheiligen Angaben weiter oben.)

Großbritannien.

* **London**, 19. März. Die Unterhausverhandlungen von vorgestern betrafen zunächst das Flottenbudget und sind ohne Zweifel für den Engländer von hohem unmittelbaren Interesse, während sie für den mit sich selbst hinlänglich beschäftigten Kontinent doch nur eine sekundäres haben. Für das innere Parteiwesen Englands nicht ohne Bedeutung ist es jedoch, daß die Freihändler von Manchester mit ihren auf umfassende Heer- und Flottenreduktionen und für jetzt unausführbare Ersparnisse gerichteten Anträgen, je öfter sie sie wiederholen, auch um so schlechtere Geschäfte machen und daß in diesem Falle das Ministerium seine besten Mitkämpfer an den Protektionisten selbst hat. Der unermüdliche Hr. Hume beantragte nämlich, daß die Regierung, bevor man ihr irgend einen Budgetsatz bewillige, einen allgemeinen Finanzüberschlag der erwarteten Einnahmen und der beabsichtigten Ausgaben dem Hause verlege. Diese Motion wurde mit einer Mehrheit von 97 Stimmen gegen 48 verworfen. Der Marinesekretär, Henry George Ward, legte sodann das Budget für die Flotte vor, welches gegen früher eine Reduktion von nahe 940,000 Pfd. herausstellt, und beantragte sodann eine Geldbewilligung für 40,000 Mann. Herr Hume fand dies viel zu hoch und schlug eine Reduktion auf mindestens 35,000 Mann vor. Nachdem Sir W. Molesworth und H. Cobden für die Zweckmäßigkeit einer Reduktion gesprochen, Kapitän Barkeley, Hr. S. Herbert und Andere dagegen die Nothwendigkeit hervorgehoben, den Flottenbestand unangetastet zu lassen, wurde Humes zweites Amendement mit 141 Stimmen gegen 59, also mit einer Mehrheit von 85 verworfen.

In der von Disraeli angeregten Frage maßen, namentlich am 14. und 15. März, ebenfalls die Protektionisten und Freihändler ihre Kräfte gegeneinander, und die der letztern bewiesen sich diesmal schwächer, die der erstern stärker, als man vorher wohl erwartet hatte. Die Regierung machte Kehrt sowohl gegen Disraeli's Vorschläge wie gegen Humes Amendement. Der Schatzkanzler hielt einen langen Vortrag, um zu beweisen, daß nicht die kleinern Pächter, sondern nur die großen Gutsherrn von der Annahme der Disraelischen Vorschläge Nutzen haben würden. Und doch müsse die Staatskunst jetzt darauf hinarbeiten, die Lasten des gemeinen Mannes zu erleichtern. Die Lokalverwaltung habe sich als sehr vortheilhaft bewiesen, aber Lokalverwaltung könne ohne Lokalbesteuerung nicht gedacht werden. Lord J. Russell äußerte, die ländlichen Steuern seien nicht so hoch, als zu Sir R. Walpole's Zeit. Mit den Vorschlägen Disraeli's könne er sich eben so wenig als mit Hrn. Hume's Amendement einverstanden erklären. Noch einmal ergriff Hr. Disraeli das Wort, in einer Rede, die, wie selbst seine Gegner einräumen, zum Theil schlagend, jedenfalls aber voll Talent und Witz war. Es ist klar, daß Disraeli hiermit keine andere Absicht verband, als die protektionistischen Interessen und Forderungen überhaupt nur zur Sprache zu bringen, und man kann sagen, daß seine Vorschläge im Lande keinen den Protektionisten ungünstigen Eindruck hinterlassen haben. Das Haus versagte die weitere Berathung der Disraelischen Resolutionen mit der vergleichsweise mäßigen Mehrheit von 91 Stimmen, während sich gegen Hume's Amendement eine Mehrheit von 321 Stimmen fand.

Aus der vorgestrigen Sitzung ist noch nachträglich anzuführen, daß Hr. Urquhart, Palmerston's Erzfeind und unablässiger Peiniger, eine Anfrage an Lord Palmerston in Betreff Siziliens richtete, die von dem Minister, dessen schwacher Fleck allerdings seine in der sizilianischen Angelegenheit befolgte Politik ist, mit fast unhörbarer Stimme beantwortet wurde. Palmerston erklärte, wenn man ihn recht verstand, daß buchstäblich genommen die neapolitanische Regierung keiner von ihm (Palmerston) im Parlament aufgestellten Behauptung widersprochen habe, doch wisse das Haus, daß General Filangieri im neapolitanischen Parlament allerdings den Behauptungen der englischen Regierung die Ausführung der neapolitanischen Truppen in Sizilien betreffend widersprochen habe. Die Aktenstücke, worauf sich jene Behauptungen stützten, würden jedoch dem Hause demnächst vorgelegt werden. (Das hat Palmerston schon oft versprochen!) Aus einer weiteren Erklärung Palmerston's auf eine zweite Anfrage Urquhart's geht hervor, daß der neapolitanische Gesandte am Hofe von St. James sich bei Lord Palmerston darüber beklagt hat, daß von letzterem über eine Unterredung, die beide miteinander gehabt, im Parlament ein ungenauer Bericht abgestattet worden sei.

Der St. Patrickstag (17. März) ist zwar in Dublin ziemlich ruhig vorübergegangen, aber in den Provinzen haben hier und da Raufereien stattgefunden, bei denen sogar Blut floß. In Croßgar, unweit von Downpatric gerieth eine (katholische) Prozession zu Ehren des St. Patricktages mit Orangemännern in Streit, die Parteien schossen mehrmals auf einander, ein Polizeisoldat und ein Weib wurden getödtet, mehrere Personen, hierunter eine Magistratsperson verwundet, und eine Abtheilung Dragoner aus Downpatric zur Hilfe herbeigeholt. Wahrscheinlich befindet sich jetzt das Dorf Croßgar so gut wie Wien und Berlin im Belagerungszustand. Mehrere Downpatric Orangelogen begaben sich mit Musik und Fahnen folgenden Tags in Prozession nach Croßgar hinaus, nicht ohne vom Pöbel verfolgt und mit Steinwürfen angegriffen zu werden.

Frankreich.

* **Paris**, 20 März. Das Klubgesetz ist an der Tagesordnung. Der Vorschlag der Kommission, welche nur eine strenge Ueberwachung der Klubs einführen will, ist dem Vorschlage des Ministers, welcher die Klubs verbieten will, unzweifelhaft vorzuziehen. Die Klubs sind gefährlich, sie sind einer geordneten Regierung hinderlich, und es wäre jedem Lande zu wünschen, daß schon die Sitte die Klubs verböte; aber wo sie bestehen, muß man sie nicht als Quelle, sondern als Symptom einer Krankheit behandeln. Die unnatürliche Aufregung des Volks, die sich schon in der Existenz von Klubs ausspricht, hielt man nicht mit der Unterdrückung derselben: man bringt die Krankheit in andern, vielleicht gefährlichern Formen — in geheimen Gesellschaften und Verschwörungen — zum Ausbruch. Zudem läßt sich eine Freiheit, die einmal gegeben ist, nicht wieder zurücknehmen. Das einzige Mittel gegen Klubs bleibt immer, sie an ihren eigenen Uebertreibungen, die nie ausbleiben, zu Grunde gehen zu lassen, und inzwischen durch Vorsichtsmaßregeln zu verhüten, daß die Worte der Klubredner in Thaten übergehen. Herr Leon Faucher vertheidigte indeß in der gestrigen Sitzung sein Gesez mit vielem Geschick. Er beantwortete die Angriffe Jules Favres.

„Sie behaupten die Revolution zu lieben — nun wohl! aber wenn sie eine Regierung der Klubs sein soll, so werden sie sie Frankreich zum Abscheu machen. Warum hat von 1789 bis 1798 keine regelmäßige Autorität sich festsetzen können? Weil die Klubs die einzige, die durch die Gewalt eingeführte Regierung waren. Wollen Sie noch die Herrschaft dieser Regierung? Frankreich will sie nicht mehr. Es will nicht stets von einem 15. Mai und von Junitagen bedroht sein . . .“ Hier unterbricht ihn Proudhon mit Heftigkeit. Leon Faucher erwidert: „ich höre Einspruch; wenn der, der ihn erhebt, ihn ernstlich meint, so wäre das eine Schande für ihn.“ Dann fährt er fort: „In Paris kann wohl die Behörde die Klubs überwachen. Aber wie will man diese Ueberwachung mit Wirksamkeit über alle Gemeinden Frankreichs ausdehnen; auch dahin, wo es nicht einmal einen Polizeibeamten gibt? Sie werfen dem Gesetzentwurf vor, er sei eine Concession an die öffentliche Meinung — seltsamer Vorwurf unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts. Wenn die Wünsche der öffentlichen Meinung bekannt sind, so ist es unser Aller Pflicht, der Regierung und der Bürger, zu gehorchen.“ Herr Kerdrel begann dann eine Rede, die durch den Schluß der Sitzung unterbrochen wurde, und die er heute fortsetzte.

Ihm folgte Pierre Leroux: Zu allen Zeiten gab es Männer, welche die Staaten durch unkluge Maßregeln ins Verderben stürzten. Hr. Leon Faucher gehört in diese Zahl und sein Gesetz gegen die Klubs kann dieselben verderblichen Folgen haben. Was mich betrifft, so wünsche ich mir Glück, daß ich in dieser Versammlung zur Zahl derer gehöre, welche am meisten die Klubs besucht haben, und nie habe ich daselbst so viele Immoralitäten als in dieser Versammlung gehört. (Zur Ordnung.) Ich sah daselbst Arbeitsleute, welche Stundenlang den Abhandlungen über die trockensten und schwierigsten Fragen der Staatsökonomie zuhörten, während in dieser Versammlung ein Redner kaum zum Worte kommen kann, wenn er solche Gegenstände behandelt. Der Redner sucht hierauf zu beweisen, daß die Volkssouveränetät mit den Wahlen nicht aufhören, und daß das Vereinigungsrecht eines der Hauptattribute der Volkssouveränität sei. Die Klubs sind nicht, wie der Minister behauptet, ein Staat im Staate, sondern ein Mittel, um das Volk aufzuklären. Wenn Ihr die Klubs unterdrückt, so kommt Ihr gerade zu den Gewaltthätigkeiten, die wir im Jahr 1793 ausüben sahen und die wir nicht minder als Ihr verdammen. Aber Ihr gelangt schon zu eben dem Resultate, dadurch, daß Ihr das politische Schaffot, das nach der provisorischen Regierung abgeschafft wurde, wieder aufstellt. (Zur Ordnung.) — Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. — Warum, fährt Leroux fort, nachdem ihm die allgemeine Aufregung wieder zu sprechen erlaubt, warum ruft man mich zur Ordnung, wenn ich Frankreich gegen den Zorn des Himmels zu bewahren suche? übrigens bin ich sehr froh, daß man mich zur Ordnung ruft! (Allgemeiner Ausbruch von Unwillen.) Der Präsident erklärt, daß dem Reglement zufolge, er die Versammlung befrage, ob sie dem Redner fortzusprechen erlauben wolle. Eine bedeutende Stimmenmehrheit erklärt, daß dem Redner das Wort zu entziehen sei.

Cremieux, der Berichterstatter der Kommission: Die geheimen Gesellschaften sind verboten, die nicht öffentlichen anonymen Vereine sind der Genehmigung der Regierung unterworfen, die jeden Augenblick entzogen werden kann, und nun sollen auch die öffentlichen Gesellschaften, gleichviel ob periodisch oder nicht periodisch, untersagt werden? Welche vierte Art sich zu vereinigen bleibt dann noch übrig? Ich kenne keine. Ihr wollt also das Vereinsrecht selbst zerstören, das die Verfassung ausdrücklich verbürgt hat. Die Minister berufen sich dabei auf die öffentliche Meinung, aber die Minister, wie sie auch heißen, glauben stets die öffentliche Meinung für sich zu haben. Guizot glaubte es noch den Tag vor der Februar-Revolution. Hrn. Leon Faucher's politisches System ist, Hinderniß um Hinderniß gegen den Gebrauch der Freiheit zu erheben. Nach dem Gesetz könnte man vier Personen, die in einem Kaffeehause zusammenkämen, um über Gemeindeangelegenheiten zu sprechen, gerichtlich verfolgen. Eine solche Beschränkung ist unter einer republikanischen Verfassung nicht möglich. Ihr wollt die Ausschweifung (licence) durch Eure Gesetze unterdrücken, aber Ihr tödet die Freiheit. Man ruft vergangene Zeiten zurück; allein die Umstände sind verschieden von denen des Jahres 1793. Der Krieg ist nicht vor den Thoren; die monarchischen Regierungen haben genug bei sich zu Hause zu thun und bei uns herrscht Ruhe. Die provisorische Regierung sogar hat die Klubs nicht gefürchtet. Im Mai und Juli wollte Niemand den Vorschlag zur Unterdrückung der Klubs unterstützen. Seit dem 4. Dezember ist kein Klubvergehen bestraft worden und jetzt verlangt der Minister deren Unterdrückung!

Odilon Barrot folgte: Er näherte sich, ohne direkt die Vorschläge des Ministeriums aufzugeben, doch denen der Kommission an. Das Verbot der eigentlichen Klubs wollte er aufrecht erhalten, aber politische Versammlungen zur Verhandlung voraus bestimmter Gegenstände gestattet wissen. In gleichem Sinn sprach Herr Laboulie. Nachdem noch Senard und Odilon Barot noch einmal geredet hatten, ging man zur Abstimmung über. Die Linke forderte geheimes Skrutinium. Das Ergebniß war beim Postschluß noch nicht bekannt. Man glaubt an eine kleine Mehrheit für das Ministerium.

Konservative und socialistische Journale fahren fort, der Armee eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. In den konservativen Journalen und sogar in dem Moniteur wird mit besonderer Breite der Tagesbefehl eines Generals erwähnt, wonach zwei Unteroffiziere der Garnison von Paris zur Belohnung dafür, daß sie zwei Socialisten, welche ihre Verführungskünste an ihnen versuchen wollten, sofort verhafteten, zu Sergenten ernannt worden. Die socialistischen Journale sind mit Zuschriften von Militärs der Garnison von Paris und Einzelnheiten über die gewaltsame Behandlung solcher Soldaten, welche socialistische Tendenzen äußern und socialistische Blätter, namentlich den Peuple, lesen, angefüllt. Der National theilt als Thatsache mit, daß gestern 27 Soldaten und 6 Unteroffiziere der Garnison von Vincennes aus politischen Gründen zur Haft gebracht worden sind. In dem Peuple liest man, daß er bereits 1068 Nummern unentgeldlich an Soldaten abgeben und daß 280 Fr. 55 C. ihm zugeschickt worden sind, um die unentgeltliche Vertheilung fortzusetzen. Seit den Junitagen, wo die stehende Armee ihre Bedeutung wieder erlangt hat, lassen die Parteien kein Mittel unversucht, um sich ihrer Sympathieen zu bemächtigen. Die noch kürzlich in dem neuen Wahlgesetz den Militärs eingeräumten enormen Privilegien vor den übrigen Staatsdienern sind ein Zeichen dieses Bestrebens, welches jetzt wiederum die socialistische Partei veranlaßt, für die nächste Nationalversammlung 4 Soldaten und Unteroffiziere auf ihre Kandidatenliste zu stellen.

Nach der Liberté ist der eine der beiden römischen Bevollmächtigten, Hr. P.Scantini, zum zweiten Mal von dem Präsidenten der Republik empfangen worden. Er soll den Präsidenten sehr beleidigt von den Sympathieen, die derselbe für die Sache der italienischen Unabhängigkeit ausgedrückt hat, verlassen haben. Der andere Bevollmächtigte, Hr. Beltrami, hat mehrere Unterredungen mit dem Minister des Aeußern gehabt und man hofft, daß die Lösung der römischen Frage auf eine für beide Theile befriedigende Weise ausfallen wird. Dabei muß man aber nicht vergessen, daß die Flottille von Toulon segelfertig ist und die zur Einschiffung bestimmten Truppen ganz in der Nähe kantonirten.

Stand der Renten: 5 pCt. 83; 3 pCt. 52. 25; Bankaktien 2235.

Oesterreichische Monarchie.

* **Pesth**, 15. März. Ein Erlaß des Fürsten Windischgrätz erklärt alle zufolge der von dem aufgelösten Ungarischen Reichstag ausgeschriebenen Rekrutenstellung eingegangenen Verpflichtungen für null und nichtig und entbindet namentlich alle Diejenigen, welche Stellvertreter gestellt, von der Zahlung der für die Stellvertretung bedungenen Summen. Die Leitung der Civilangelegenheiten von Außen ist dem Baron Kübeck übertragen worden.

Italien.

Sardinien. Durch Kreisschreiben des Kultusministers vom 14. d. werden die Erzbischöfe eingeladen, öffentliche Gebete für den glücklichen Ausgang des Krieges anzuordnen und das Volk über Zweck und Heiligkeit dieses Krieges aufzuklären. — Die Brigade Savoyen ist am 15. aus Turin ausmarschirt. Es zeigte sich jedoch unter dem Militär große Widerspenstigkeit, so daß in Chivasso zwei und in Alessandria vier Soldaten füsillirt werden mußten. — In Parma gährt es. Ein piemontesischer Kommissär, G. Plezza, wurde mit unbeschränkten Vollmachten dahin abgesandt. In Reggio wurde die Republik ausgerufen. Beide Städte sind von den Oesterreichern geräumt worden. (B. Z.)

* **Turin**, 16. März. In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 15. schlug der Deputirte Mellano eine Adresse an die Nation vor, um sie zu den für die gegenwärtige Lage nöthigen

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsversammlung vom 23. März. Das Reichsministerium und die Parteien.) Olmütz (Eine slowakische Deputation.) Laibach (Protest gegen eine Wahl nach Frankfurt.) Berlin (Verhandlungen der ersten und zweiten Kammer.) Magdeburg (Die Märzfeier.) Swinemünde (Ein dänischer Kreuzer.) München (Ankunft Prato's.) Freiberg (Eine Wahl in's Frankfurter Parlament.) Hannover (Das Ministerium Stüve. Die Märzfeier.) Freiburg (Struve's Prozeß, zweite Sitzung.) Mannheim (Die öffentliche Stimmung.) Neu-Strelitz (Einmarsch preußischer Truppen.) Schleswig (Maßregeln zur Sicherung der deutschen Handelsschiffe.)

Oesterreichische Monarchie. Von der ungarischen Gränze (Gefecht zwischen den Serben und den kaiserlichen Truppen. Gerüchte von Erfolgen der Ungarn in Siebenbürgen und vom Rückzug der kaiserlichen und russischen Truppen. Ein Sohn von Windischgrätz gefangen.)

Italien. Turin (Die waffenfähige Mannschaft der Lombardei aufgeboten.) Mailand (Ruhe der Stadt. Kriegsgerüchte.)

Dänemark. Kopenhagen (Der Kriegsplan der Dänen.)

Frankfurter Börsenbericht (vom 23. März).

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 23. März.

Tagesordnung der 192. öffentl. Sitzung.

1) Ersatzwahl zweier Mitglieder in den Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten.

2) Zweite Lesung der deutschen Reichsverfassung.

Neun ½ Uhr Vormittags wird die Sitzung durch den Präsidenten Herrn Eduard Simson eröffnet. Seinen Austritt für den 31. März zeigt an: Herr Printzinger aus St. Pölten in Oesterreich. Neu eingetreten sind dagegen und werden den Abtheilungen zugewiesen: Herr Oberg aus Hildesheim, für Hrn. Lüntzel, Herr Hoppenstedt aus Hannover für Hrn. Wachsmuth, Herr Bachmeier aus Forchheim für Hrn. Burkhard aus Bamberg.

Zur Tagesordnung übergehend ordnet der Präsident die Einsammlung der Stimmzettel zur Ergänzung des österreichischen Ausschusses an.

In Bezug auf die Geschäftsbehandlung der zweiten Lesung der Verfassung wird auf den Antrag des Herrn Max Simon, Fritsche, von Reden und Genossen beschlossen, daß bis zur Vollendung des Verfassungswerks doppelte Sitzungen täglich, nämlich Vormittags von 9 bis 1 Uhr und Nachmittags von 4 bis 7 Uhr Statt finden sollen. Ferner beantragen die Herren Hermann Müller, Beda Weber und Genossen, daß nach den Abstimmungen über die einzelnen Paragraphen der Verfassung, auch noch eine Abstimmung über das Ganze Statt finde. Die Herren Welcker, Plathner, Zachariä von Göttingen, v. Breuning, Venedey widersprechen diesem Verlangen, unter Hinweis auf das Verfahren bei den Beschlüssen über die Grundrechte. Dagegen wird der Antrag der österreichisch-ultramontanen Seite des Hauses mit Eifer unterstützt von den HH. Eisenstuck, Hartmann aus Leitmeritz und Nauwerck. Hr. Venedey, indem er die Gefahren des Verzugs schildert, erwähnt, daß gestern der Bevollmächtigte Oesterreichs sich geäußert habe, er wolle zu Hrn. v. Camphausen gehen, in der Hoffnung, daß er diesen endlich mürbe genug finden werde, um zu einer Oktroyirung der deutschen Verfassung die Hand zu bieten. Hr. v. Schmerling stellt eine solche Aeußerung in Abrede, indem er sie als eine infame Lüge bezeichnet. Herr Venedey hat sich zwar von der Tribüne herab erboten, seinen Gewährsmann zu nennen, allein es gelingt der Geistesgegenwart des Präsidenten, einen Zwischenfall aus der Verhandlung zu drängen, der allerdings zu einer unabsehbaren Steigerung der leidenschaftlichen Bewegung des Hauses, aber gewiß nicht zu einer parlamentarischen Weitererörterung geeignet wäre. Das Haus entscheidet sich dahin, daß Niemandem in der angeregten persönlichen Angelegenheit weiter das Wort verstattet werde.

(Genau lauten die Worte des Hrn. v. Schmerling: Wenn gleich der Redner seinen Namen nicht genannt habe, so glaube er (der Redner) doch, daß er zu sehr bezeichnet worden, als daß er nicht annehmen solle, er sei gemeint. „Ich mache gar kein Geheimniß daraus, daß ich gestern Hrn. v. Camphausen einen Besuch am hellen Tage machte. Ich mache kein Geheimniß daraus, daß ich sehr häufig mit Hrn. v. Camphausen verkehre, weil ich die Ueberzeugung habe, daß wenigstens die Vertreter der einzelnen Stämme, welche sich selbst so erbittert gegenüberstehen, sich um eine persönliche Begegnung zu bemühen haben. Ich erkläre es aber für eine freche Lüge und fordere den auf, der es behauptet hat, seinen Namen zu nennen, daß ich mich in der von Herrn Venedey bezeichneten oder in einer ähnlichen Weise geäußert habe. Nie wird es mir einfallen, einem Manne, der durch seine Persönlichkeit und seinen Verstand und durch sein ganzes Vorleben so hoch steht, in der Art entgegen zu treten, daß ich mich rühmen sollte, ich hoffte, er werde nun mürbe genug sein, um die Verfassung oktroyiren zu helfen. Das wäre eine infame Zumuthung für irgend einen Staatsmann, der in irgend einer Richtung vorgehe. Der sie mir in den Mund gelegt hat, hat frech gelogen."

Es gereicht uns zur Genugthuung im Stande zu sein, sofort die nachstehende Erklärung mittheilen zu können, die dem Präsidenten überreicht werden soll und zugleich in zahlreichen Abschriften im Hause vertheilt wird:

„Ich erkläre hiermit, daß dem Sinne nach Hr. v. Schmerling die von Hrn. Venedey von der Tribüne mitgetheilten Aeußerungen gestern gegen mich gethan, ohne sich jedoch des Wortes: „mürbe" zu bedienen. Er sagte namentlich zu mir, es scheine als wenn die Versammlung vollständig Bankerott machen wolle. Ich bestätigte dieß und bemerkte, daß es am Ende zu einer Oktroyirung kommen werde, worauf Hr. v. Schmerling fortfuhr: es sei bereits seit längerer Zeit von Oktroyirung die Rede gewesen, der Plan sei aber an dem Widerstande Preußens gescheitert, welches natürlich auf dem von der Nationalversammlung eingeschlagenen Wege mehr zu erreichen gehofft habe, als auf dem Wege einer Oktroyirung. Hierbei habe es ganz in seinem Interesse gehandelt. Jetzt jedoch stehe die Sache anders und er wolle sich in dieser Beziehung noch heute zu Herrn von Camphausen begeben. Die Aeußerung geschah beim Schlusse der Sitzung und Nachmittags hörte ich, daß Hr. v. Schmerling wirklich bei Hrn. v. Camphausen gewesen. Unsere Unterhaltung habe ich Hrn. Venedey mitgetheilt. Frankfurt, am 23. März 1849.

Kuentzel, Abgeordneter.")

Herr Moritz Mohl — und diese Wendung ist bezeichnend — stellt den Unterantrag zu dem Müller-Weber'schen Antrage, daß die Grundrechte von der Gesammtabstimmung über die Verfassung ausgenommen sein sollen. Er zieht nach einer kurzen Debatte dies Verlangen zurück aber die Versammlung verwirft auch den Hauptantrag selbst, so daß also eine Schlußabstimmung über das Ganze nach der zweiten Lesung nicht Statt findet.

Da über eine große Anzahl von Fragen die namentliche Abstimmung verlangt und hinreichend unterstützt ist, so wird die zweite Lesung, trotz des Wegfalls der Diskussion und trotz der getroffenen Erschwerungen gegen das Einbringen neuer Anträge doch nur langsam vorwärts schreiten. Das Ergebniß der heutigen Vormittagssitzung ist die endgültige Annahme des nachfolgenden Paragraphen der Verfassung:

Abschnitt I. Das Reich. Artikel I.

§. 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Gränzbestimmung im Großherzogthum Polen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten.

Verworfen wird in namentlicher Abstimmung der Zusatz zu §. 1:

„Die Theilnahme der österreichischen Bundeslande an den reichsverfassungsmäßigen Rechten und Pflichten bleibt vorbehalten" — mit 290 gegen 240 Stimmen.

Ferner der Zusatz von M. Mohl verworfen:

„Die Aufnahme weiterer Länder in das deutsche Reich kann durch Reichsgesetze erfolgen" — 268 gegen 259.

Im Namen des italienischen Tyrol legen die Herren Marsilli, Esterle und Gazoletti Verwahrung dagegen ein, daß die von ihnen vertretenen Landschaften dem deutschen Reiche angehören sollen!

Artikel II. §. 2, würde nach der ersten Lesung zu lauten haben:

„Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein."

Da gegen diese Bestimmung — von Herrn Schüler aus Jena und Gesinnungsgenossen in den Verfassungsentwurf gebracht — dieselben Personen heute mit Nein stimmen, die bei der ersten Lesung nicht allein für die Annahme derselben votirt, sondern auch bei jener Berathung mit einer solchen Entschiedenheit dafür gesprochen haben, daß sie die Ablehnung als einen Vaterlandsverrath zu brandmarken suchten, so erfolgt mit 266 gegen

265 Stimmen die Verwerfung des Paragraphen. Und das sind dieselben Herren Vogt, Ludwig Simon, Wigard und Andere, die sich sonst vorzugsweise mit ihrer Konsequenz und als die Vertreter von Prinzipien brüsten. Eine ehrenwerthe Ausnahme von einem solchen gesinnungslosen Verfahren bilden außer Hrn. Schüler selbst, die Hrn. von Dieskau, Eisenmann und wenige Andere. Wider die Verkündigung des Abstimmungsresultats legt Hr. Reh aus Darmstadt Berufung ein. Es haben vorhin die Vertreter italienischer Bezirke, die Herren Marsilli, Esterle und Gazoletti gegen den §. 1. der deutschen Reichsverfassung feierlichen Protest erhoben. Diese drei Abgeordneten haben kein Recht über §. 2. unserer Verfassung weiter zu stimmen. Eine stürmische Unterbrechung führt eine Pause in der Verhandlung herbei, worauf, nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, der Präsident Herr Simson erklärt, ehe er das Ergebniß der vorigen Abstimmung mittheilen könne, müsse das Verhältniß jener protestirenden italienischen Abgeordneten zur Versammlung ins Klare gestellt sein. Dies soll in der Nachmittagssitzung heutigen Tags geschehen. Herr Simson verliest deshalb die Verwahrung der Herren Marsilli und Konsorten noch einmal, worauf er — gegen 1 Uhr — die Vormittagssitzung schließt.

*** **Frankfurt**, 22. März. Als gestern Morgen allgemeiner bekannt wurde, daß das gesammte Reichsministerium noch am vorgestrigen Abend seine Entlassung genommen, glaubte die Linke einen Schreckschuß darin zu erkennen, welcher berechnet sei, einschüchternd auf den Schluß der Abstimmung über den Welcker'schen Antrag zu wirken. Andererseits tröstete man sich mit dem Gerüchte, der Reichsverweser habe die Annahme der Demission des gesammten Reichsministeriums von dem Ausgange der gestrigen weitern Abstimmung abhängig gemacht. Als aber im Laufe der Sitzung bekannt wurde, daß das Reichsministerium fest entschlossen sei, nicht im Amte zu bleiben, als am Schlusse der Sitzung offiziell mitgetheilt wurde, der Reichsverweser habe, in Anerkennung der Gründe die Entlassung der gesammten Reichsminister angenommen, da wurden viele Gesichter bedenklicher. Es mag Manchem schwer aufs Herz gefallen sein, daß es unter den obwaltenden Umständen eine große Schwierigkeit, ja eine Unmöglichkeit geworden, ein neues Ministerium zu bilden. Ich sage eine Unmöglichkeit und frage, aus welchem Theile des Hauses die Kandidaten gefunden werden sollen? Die Zeit ist noch nicht reif genug, die Linke mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen, wiewohl diese wegen eines kühnen Griffes nicht verlegen sein würde. Aus der österreichischen Landsmannschaft, die gestern die oktroyirte österreichische Verfassung, bis auf einzelne Ausnahmen, anerkannte und damit auch die untheilbare österreichische Monarchie, kann doch wahrlich Niemand in das deutsche Reichsministerium berufen werden. Es bleiben nun fast nur noch die Ultramontanen übrig und diese können nicht in Betracht kommen. Männer, wie Römer unter Andern, haben aber entschieden erklärt, nicht in's Reichsministerium zu treten. Unter diesen Umständen, die wahrscheinlich sehr bedenklicher Natur sind, will man es dem Reichsministerium zum Vorwurfe machen, daß es aus dem Welcker'schen Antrage in seinem Programme aus der Oberhauptsfrage eine Kabinetsfrage gemacht habe und gibt sich der sanguinischen Hoffnung hin, das abgetretene Reichsministerium werde im Hinblicke auf die gestrige Abstimmung und Angesichts der drohenden Gefahren, die sicher nicht blos in der Reichsfinanznoth und dem partikularistischen Widerstande bestehen, sich bewegen lassen wieder ins Amt zu treten. Sie werden es **nicht** thun, und diejenigen mögen den Sturm beschwören, die ihn heraufbeschworen.

Auf die gestrige Sitzung erlaube ich mir noch mit einigen Bemerkungen zurück zu kommen. Der von Eisenstuck zurückgenommene und von Bresgen wieder aufgenommene und dann mit 46 Stimmen Majorität angenommene Antrag war der ursprüngliche Parteibeschluß der vereinigten Linken. Sie ging davon ab und vereinigte sich mit dem Antrag Heckschers, weil dieser auch das Wahlgesetz mit aufgenommen, das wegen beabsichtigten spätern Einbringens, durch Beschluß der Kommission der vereinigten Linken aus dem Eisenstuck'schen Antrag blieb. Die Linke hatte sich freilich nicht ihres verlorenen Spieles im Voraus versehen, tröstete sich aber mit dem dringlichen Antrag, welchen sie für sofortige Annahme des Wahlgesetzes, wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen, stellen wollte. Der Antrag wurde gestellt und die Nationalversammlung verwarf ihn, da sie die Dringlichkeit nicht anerkannte. Schlechten Dank wissen es auch die österreichischen Abgeordneten der Linken, daß sie durch den Eisenstuck'schen Antrag genöthigt wurden, die oktroyirte österreichische Verfassung anzuerkennen. Die Linke wird überhaupt nun wissen, wie sie mit dem Verfassungswerk dran ist.

Ollmütz, 18. März. Gestern ist eine Deputation aus den nördlichen Komitaten Ungarns, die bekanntlich fast durchgehends von Slowaken bewohnt sind, hier angekommen, um dem Kaiser die Wünsche des slowakischen Volks um nationale und administrative Selbstständigkeit vorzulegen.

Laibach, 12. März. In dem Wahlbezirke Neustadtl erschienen von den 81 geladenen Wahlmännern nur 34, welche sämmtlich gegen die Wahl eines Deputirten zur deutschen Nationalversammlung protestirten. Diese Wahl ist also gleich jener in Krainburg mißlungen. Wahlmänner faßten einen schriftlichen Protest in krainerischer Sprache ab. (Lloyd.)

ℛ **Berlin**, 21. März. Auf der Tagesordnung der ersten Kammer stand heute der Ausschußbericht über den Antrag von Leue und Milde wegen Suspendirung der Gerichtsorganisation und über die Unteranträge von Kuh und Daniels. Der Ausschuß ist für Ablehnung derselben, weil das Volk die Gerichtsorganisation verlange; weil die Vorbereitungen zur Ausführung der Gesetze schon zu weit vorgeschritten und die neuen Einrichtungen wenn auch mangelhaft, so doch wünschenswerther seien, als die Fortdauer des bisherigen Zustandes. Für den Ausschuß-Antrag sprechen Forckenbeck, v. Bernuth, Bornemann, Gerlach, Tamnau und Stahl; dagegen: Leue, Milde, Daniels, Gierke. Der Justiz-Minister ergreift zweimal das Wort, um das Verfahren des Ministeriums zu rechtfertigen. Sein Hauptgrund ist: die Gerichtsorganisation war dringend nothwendig und die vorgängige Einholung der Genehmigung durch die Kammern hätte die Ausführung mindestens um ein Jahr verzögert. Bornemann erklärt, es sei eine Nothwendigkeit gewesen, diese Gesetze zu oktroyiren, wie es eine Nothwendigkeit gewesen sei, die Verfassung zu oktroyiren! Forckenbeck schließt seine Rede mit den Worten: „Der Hauptvorzug dieser Gesetze ist, daß sie da sind und mit dem 1. April ins Leben treten können. Ich lasse es auf sich beruhen, ob das Ministerium eine Verfassungsverletzung begangen hat oder nicht; jedenfalls ziehe ich eine schon begangene der vor, welche man ihm zu begehen zumuthet, indem man verlangt, daß es die in der Verfassung zugesicherten Rechte suspendire und ihren Genuß dem Volke vorenthalte". Die Verfassungsverletzung urgirt namentlich Leue. Er hält es nicht für zulässig, daß dem Rechte und dem Gesetze gegenüber überhaupt nur von der Nützlichkeit die Rede sei. Dadurch gerathe man in Prinziplosigkeit. Uebrigens sei es eine politische Unmöglichkeit, Deutschland mit solchen Gesetzen gegenüber zu treten; denn damit würde man nur ausgelacht werden! Auf den Vorwurf Bornemanns, daß die Gegner die Verordnung tadelten, ohne eine neue bessere zu bieten, kündigt Leue an, daß er in wenigen Tagen einen solchen Versuch vorlegen werde. Milde und Gierke behaupten übereinstimmend, daß durch jene Gesetzgebung das Wesen des Konstitutionalismus verletzt worden sei. Der letztere fügt hinzu, das Ministerium hätte wenigstens vor die Kammern mit einer Motivirung der Dringlichkeit hintreten und sie um Genehmigung ersuchen müssen. Höchst auffallend sprach Hr. v. Gerlach aus Magdeburg. Die Ausführung der ministeriellen Verordnungen sei durchaus nicht so schwierig; es lägen aber ganz andere Mißstände vor, deren Beseitigung viel dringlicher sei: die Suspension der Habeas-Korpus-Akte, welche Akte auch den öffentlichen Rechtszustand auf das Aeußerste unsicher mache und — die Entfernung der Steuerverweigerer aus den Richterämtern, deren Verbleiben seine richterliche Ehre auf das Tiefste kränke! Diesen und ähnlichen Aussprüchen des neu eingetretenen Abgeordneten folgte so heftiges Murren und Zischen, daß der Präsident sich endlich veranlaßt sah, ihn in seiner Redefreiheit zu schützen. Forckenbeck und Gierke antworteten ihm unter Beifallrufen der Versammlung. Nach zwei Uhr wurde die Verhandlung bis morgen 10 Uhr vertagt.

** **Berlin**, 21. März. Der Passus des Adreßentwurfs über den Belagerungszustand führte die Herren Grebel und Jung auf die Rednerbühne. Wir vernahmen von dem Erstern, daß Rodbertus zweimal in Berlin, einmal in der Rheinprovinz gewählt worden nur in Folge seiner Ausweisung; Herr Jung erzählte, die Wahlen der Stadt Berlin seien die Antwort auf die Verhängung

des Belagerungszustandes gewesen. Gewiß eine nicht zu leugnende Wahrheit — aber zu verwundern ist, dies von der linken Seite, ja von einem der Berliner Abgeordneten zu hören. Das Austreten des Herrn v. Kleist-Retzow gehört zu den charakteristischen Symptomen der Parteibildung, über die zu registriren ich versprach. Herr von Kleist erklärte sich in Bezugnahme auf einen frühern Redner für die göttliche Autorität als Quelle der Obrigkeit und Grund aller Gewalt; solche Erklärung ist nicht genügend, um das Ausscheiden oder die Sonderung einer Fraktion zu veranlassen. Aber Herr v. Kleist ging weiter; er wollte für ministeriell gelten; er würde, sagte er, dem Ministerium noch dankbarer gewesen sein, wenn es den Muth gehabt hätte, in der Verfassung die Bedingungen einer starken Obrigkeit besser zu wahren. Schon Herr v. Bismark erklärte sich für nicht ganz einverstanden; Herr v. Schöppleuberg, der mit Auerswald einer der Ersten das Programm der Rechten unterschrieben hat, protestirte für sich und zahlreiche Freunde gegen Kleist's Ausspruch; im Gegentheil, der freisinnige Inhalt der Verfassung sei der Grund, warum dieselben auf der Rechten säßen. Vincke, der gestern dem Ministerium für seinen Muth und seine Vaterlandsliebe seine Hochachtung ausgesprochen hatte, verwahrte sich dagegen, als billige er alle Schritte des Ministeriums, als erachte er sie sämmtlich für gesetzlich und weise. So sehen Sie den ersten Anstoß zur Konstituirung freilich nicht eines rechten Centrums, vielmehr einer äußersten Rechten, einer ministeriellen Partei. Die große Mehrheit der Rechten, welche jetzt das Ministerium deckt, um Verfassung und Königthum nicht erschüttern zu lassen, wird in ihrer Kritik der ministeriellen Maßnahmen sich einzig durch die Prinzipien der Partei leiten lassen und auch das Aeußerste dann nicht scheuen — mit der Linken zu stimmen. — Das Amendement D'Esters zum Belagerungszustandsparagraphen wurde mit 187 gegen 145 Stimmen verworfen. Die Minorität war deßhalb so stark, weil Rodbertus, Kosch, Unruh mit D'Ester stimmten. Der Antrag von Rodbertus blieb gleichfalls in der Minderheit. Gegen beide stimmte z. B. Rupp, Immermann, Rohden, Pape. Der Passus des Entwurfs, welcher beiläufig keineswegs die Fortdauer des Belagerungszustandes als wünschenswerth bezeichnet, sondern nur das Urtheil darüber hinausschiebt und eine Art von Rüge deßhalb hinzufügt, daß in Betreff der über Orte außerhalb Berlin verhängten Belagerungszustände keine Vorlage erfolgt sei, wurde mit 184 gegen 144 Stimmen angenommen. Die namentlich von D'Ester erhobenen Beschwerden über Verletzung der nicht suspendirten Habeaskorpus-Akte wurden von Vincke mit ernstem Worte in Betracht gezogen; daß die Habeaskorpus-Akte nicht suspendirt sei, bleibe sich gleich; das Kabinet sei verantwortlich für die unter seinen Augen vorgefallnen Verletzungen. Herrn v. Bismark dienten die am 18. März stattgehabten Festins mit der dabei zu Tage gekommenen Volkspoesie zum Beleg für die Gefahren der Aufhebung des Belagerungsstandes; er fragte seitab, es möchten wohl Mitglieder darüber Aufschluß geben können; er meinte Waldeck; der Vers des Liedes lautete: „Wir färben echt, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut"!

Magdeburg, 19. März. Bei uns hat gestern eine Erinnerungsfeier der Errungenschaften des vorigen Jahres unter lebhafter Theilnahme des größten Theiles der Einwohnerschaft stattgefunden. Sie wurde begangen gemeinschaftlich von der Bürgerwehr, die sich zahlreich betheiligte, den Gewerken, den Gesangvereinen und dem Verein zur Wahrung der Volksrechte. Ausgeschlossen hatten sich die Königlichen Civil- und Militärbehörden und der s. g. constitutionell-monarchische Verein, dessen Mitglieder auch in den Reihen der Bürgerwehr fehlten. Die Theilnehmer versammelten sich auf dem Exerzierplatze der Garnison; nach einigen Gesängen hielt der Prediger Sachse eine Ansprache, der die Hochs auf die Errungenschaften des vorigen Jahres und auf den König folgten. Ein Vorbeimarsch der Bürgerwehr und der Gewerke schloß die Feier. Unter den Emblemen der Gewerke prangte vor allen auf einem mit 6 Pferden bespannten, mit preußischen und deutschen Fahnen festlich dekorirten Wagen eine Buchdruckerpresse, als Symbol der freien Presse; sie druckte während des Festes ein Gedicht, das vertheilt wurde. Die ganze Feier verlief in vollster Ordnung. Die Militärbehörde hatte übrigens wahrscheinlich aus Anlaß verbreiteter Gerüchte über Zuzug von Tausenden von Demokraten aus Berlin und über beabsichtigte Ruhestörungen, umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, die Truppen in den Kasernen konsignirt, die Festungswerke in der Nähe des Platzes stark mit Militär in feldkriegsmäßiger Rüstung besetzt. Alles Das erwies sich völlig überflüssig; aus Berlin war nur unser Abgeordneter von Unruh erschienen. (L. Z.)

Swinemünde, 18. März. Eine dänische Fregatte, nebst einer Kutterbrigg, haben heute Nachmittag vor unserem Hafen gekreuzt und sich dabei dem Lande auf drei Meilen genähert.

München, 20. März. Priester Prato aus Südtirol, Mitglied des gesprengten österreichischen Reichstages, welcher bekanntlich mit Fischhof zugleich gefänglich eingezogen, nach kurzer Haft aber mit dem Befehle, augenblicklich von Wien abzureisen, entlassen wurde, befindet sich seit gestern hier. (B. k. Z.)

Freiberg, 20. März. Die Wahlmänner des hiesigen Wahlbezirks haben heute den steckbrieflich verfolgten Advokat Erbe aus Altenburg zum Mitgliede für die verfassunggebende Reichsversammlung in Frankfurt gewählt. Er erhielt von 29 St. 20, von den übrigen Stimmen nannten 8 den Appellationsrath Cuno in Zwickau und eine den abgetretenen Minister Oberländer. Zum Stellvertreter Erbe's ist der Advokat Schiffner aus Mittweida erwählt. (L. Z.)

** **Hannover**, 20. März. Als vor einem Jahre Stüve das Ministerium antrat, waren es nur wenige, die in kleinen Kreisen an seiner Befähigung zweifelten, die neue Zeit zu begreifen, jetzt sind es nur noch wenige Anhänger, die ihm, wie jedem andern Ministerium, anhängen. Wir haben wenig Hoffnung auf ihn gesetzt, geglaubt haben wir aber, daß es Stüve ehrlich meinen werde mit dem konstitutionellen Leben, daß er nicht seine Hand bieten würde zu einem Scheinkonstitutionalismus, der unser deutsches Vaterland seit 30 Jahren geknechtet hat. Die Vertagung der Stände wieder ihren Willen ist und bleibt ein inkonstitutioneller Schritt, in Betracht der Lage unsrer Dinge. In der Hauptfrage erlitt das Ministerium eine Niederlage, es that, als wollte es zurück treten und keine laufenden Geschäfte mehr besorgen, instruirte aber den Frankfurter Bevollmächtigten entgegengesetzt der Stimme der Stände, der gesetzlichen Vertreter des Landes. Und nun als es die Geschäfte wieder übernommen, als die Petition zum Bleiben ein so klägliches Ende genommen hatte, tritt es wieder mit denselben, nur anders formulirten Anträgen hervor und verhöhnt gleichsam die schon 14 Tage an der Nase herumgeführten Stände und deutet an, die Majorität der zweiten Kammer sei nicht im Stande gewesen, ein neues Ministerium zu bilden. Ist je an die Mitglieder, an irgend Jemand das ernste Verlangen gestellt, eine Verwaltung zu bilden? Wir glauben es nicht, wie denn auch keiner in der Kammer daran glaubt. Nächstens werden die Briefe, welche der alte Lang mit dem Kammer-Rath v. Münchhausen gewechselt hat, gedruckt werden und man wird sehen, wie das Ministerium sich ähnlich wie bei andern Gelegenheiten aufs Deuten versteht. Hr. v. Schele hatte doch eine Kammer, die in ihrer Mehrheit mit ihm ging, er wahrte doch trotz aller Minoritätswahlen den konstitutionellen Schein, aber unser Ministerium setzt sich auch darüber hinweg und redet in dem traurigen Schreiben von anderer Ansicht, die außerhalb der Stände laut geworden. Wahrscheinlich meint Hr. Stüve verschiedene Petitionen, die auf den Dörfern zusammengerafft sind und sich gegen die Grundrechte aussprechen, vor denen der politischen Unwissenheit durch jedes Mittel Angst gemacht ist. Gibt es etwa nach den ministeriellen Ansichten auch noch andere Organe im Lande als die Stände, nach denen man fortregieren will?

Vorgestern feierten mehrere Vereine den Jahrestag unserer Errungenschaften. Das ganze Militär war in den Kasernen konsignirt und damit war der Feier die Musik entzogen, die den Soldatrn die Zeit vertreiben mußte. Selbst Nachmittags, als die Bürgerwehr große Parade hielt, war ihr die Militärmusik versagt, das Volk aber zog vor dem Palais vorüber und brachte dort seinen ihm vorenthaltenen Grundrechten ein „Hoch" aus, während der König zur Saujagd gefahren sein sollte.

* **Freiburg**, 21. März. Heute fand die zweite Sitzung im Blind-Struve'schen Prozeß statt. Der Morgen wird ziemlich ganz durch die Erklärungen oder vielmehr Reden der beiden Angeklagten ausgefüllt, nachdem der Präsident die Anfrage an sie gerichtet, was sie auf die Anklage vorbedachten Hochverraths und des Versuchs, mit Gewalt die Republik einzuführen, zu erwidern hätten. Struve ergreift diese willkommene Gelegenheit, sich in ausführlicher Weise über die Revolutionsgeschichte des Jahres 1848 zu verbreiten und sich selbst als Mann des Volkes darzustellen, der nur auf den Ruf vieler Badner und nachdem der Malmöer Waffenstillstand das Zeichen zum Losschlagen gegeben, den

Uebersicht.

Die Abstimmung über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses.

König Wilhelm II.

Das As.

Die Verhandlungen des Prozesses von Struve und Blind.

Deutschland. München (Docenten und Professoren.)

Frankreich. Paris (Die Socialisten.)

Die Abstimmung über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses.

Parl.-Korr. **Frankfurt**, 22. März. Die Oesterreicher haben 105 an der Zahl, (nur Einer stimmte für den Antrag des Verfassungsausschusses, 4 enthielten sich der Abstimmung) in schöner Eintracht diejenigen, welche, der ministeriellen Note gemäß, Deutschland an den centralisirten österreichischen Gesammtstaat anhängen wollen, mit denen, welche trotz der oktroyirten Verfassung vorgeben an eine Abtrennung der deutsch-österreichischen Provinzen noch immer zu glauben, — sie Alle haben als Oesterreicher gestimmt. Ob diese Männer ein Recht dazu haben, ihr Mandat für die deutsche Reichsversammlung dahin zu verstehen, daß sie neben einem starken und geeinigten Oesterreich ein ohnmächtiges und uneiniges Deutschland schaffen sollen, — ob diese Thätigkeit auch fernerhin ihren Fortgang finden wird, darüber entscheiden hoffentlich schon die nächsten Tage. Wenigstens wird von den österreichischen Deputirten die Frage beantwortet werden müssen, ob sie die oktroyirte Verfassung ihres Landes und das neue centralisirte Oesterreich als zu Recht bestehend anerkennen oder nicht. An diese Beantwortung knüpfen sich sehr einfache Consequenzen

Es verdient eine besondere Erwähnung, daß bei der gestrigen Abstimmung über den Antrag des Verfassungsausschusses von 188 anwesenden Preußen (8 sitzen in der Berliner Kammer, 4 andere waren sonst beurlaubt oder krank) 38 gegen den Antrag gestimmt haben, von welcher Zahl 12 Stimmen westphälischen und rheinpreußischen Ultramontanen, 26 den verschiedenen Fraktionen der Linken angehören. (unter ihnen Freese von Stargard, Gerlach von Tilsit, Hofbauer von Nordhausen, Raveaux von Köln, Vogel von Guben, Zimmermann von Spandau u. s. w.) Hielten die Vertreter Preußens so fest zusammen, wie die Oesterreicher bei allen Fragen, welche ihren Staat betreffen, es immer thun, so waren gestern bereits die Geschicke Deutschlands entschieden. Von den Vertretern der übrigen deutschen Staaten, abgesehen von Oesterreich und Preußen wurden 232 Stimmen abgegeben: 106 für den Antrag, 126 dagegen. Diese Majorität gegen den Antrag gehört den Baiern an, von welchen nur 12 für, 54 gegen die Annahme der Verfassung mit dem erblichen Oberhaupt stimmten. Nach Abzug dieser 66 baierischen Stimmen stimmten 94 Vertreter der kleineren deutschen Staaten für den Antrag, 72 dagegen.

⊙ **Frankfurt**, 23. März. Es ist ein Anblick, traurig genug, daß wir unsere deutsche Verfassung müssen verzögern, bemängeln und vielleicht zerstören sehen von Leuten, die dieser Verfassung nie gehorchen werden, von denen ihr Viele, ja die Meisten, gar nicht einmal gehorchen wollen und also mit Bewußtsein ihre Hand nur belassen im deutschen Spiele zu Gunsten des Erzhauses Habsburg. Auf den Eisenstuck'schen Antrag nämlich, daß die oktroyirte Verfassung Oesterreichs in den Punkten, die das Verhältniß zu Deutschland, zur Frankfurter Nationalversammlung alteriren, für ungültig zu erklären sei, stimmten von den Oesterreichern:

Mit Ja 40:

Archer.
Berger.
Boczeck.
Demel.
Esterle.
Formacher.
Gazoletti.
Giskra.
Gritzner.
Groß a. Prag.
Hartmann aus Leitmeritz.
Hederich.
Jopp.
Kanitsch.
Kohlparzer.
Kollatscheck.
Kudlich.
Laschan.
Löschnigg.
Makowiczka.
Mareck.
Marsilli.
Melly.
Möller.
Neugebauer.
Pattai.
Perthaler.
Rank.
Raus.
Reitter.
Riehl.
Schiedermayer.
Schneider a. Wien.
v. Somaruga.
Stark.
Strache.
Stremayer.
Trampusch.
Werner a. St. Pölten.
Wiesner.

Mit Nein 56:

Achleitner.
Aichelburg.
Beidtel.
Bergmüller.
v. Coronini, Graf.
v. Deym, Graf.
Dinstl.
Edlauer.
Egger.
d'Elvert.
Engelmair.
Fritsch.
Fügerl.
Gspan.
Hayden.
Herz.
Hillebrand.
Höchsmann.
Huber.
Kagerbauer.
Kerer.
Knarr.
Kreuzberg.
v. Kürsinger (Ignaz.)
v. Kürsinger (Karl.)
Lausch.
Lienbacher.
Lindner.
Mally a. Steiermark.
Maly a. Wien.
v. Mühlfeldt.
Mulley.
Neubauer.
Neumann a. Wien.
v. Neuwall.
Pieringer.
Polatzeck.
v. Pretis.
Quesar.
Rapp.
Rassel.
Reisinger.
Reindl.
Renge.
Riedl.
Riegler.
v. Schmerling.
Schmidt a. Linz.
Schreiner.
Schuler.
Stein.
Streffleur.
Stülz.
Weber aus Meran.
Weiß.
Wessely.

Der Abstimmung enthalten sich 19:

*v. Andrian.
Bauer a. Wien.
*Bauernschmidt.
Benedikt.
*Czörnig.
Glax.
Göbel.
Kotschy.
Laube.
v. Mayfeld.
v. Möring.
*Petzer.
Prinzinger.
Rösler a. Wien.
*Schrott.
Tomaschek.
v. Unterrichter.
Vonbun.
Wagner a. Steyer.

(* bedeutet abwesend.)

König Wilhelm II.

** **Haag**, 18. März. Das Land ist durch den Tod König Wilhelms II. in Trauer und Bestürzung gesetzt. Wilhelm II. war in Wahrheit von dem Volke geliebt, nicht bloß wegen der Dienste, die er als Krieger von Jugend an auf dem Schlachtfelde dem Vaterlande geleistet, sondern mehr noch durch seine Leutseligkeit gegen Jedermann, und besonders wegen seines patriotischen Verhaltens im Frühjahr 1848, wo er die Initiative ergriff zu einer gründlichen Verfassungsreform, nachdem die Minister nur Vorschläge sehr beschränkter und das Land wenig befriedigender Art den Generalstaaten vorgelegt hatten. Sein Hingang nach einer bloß neunjährigen Regierung und einer kurzen Krankheit wird hart gefühlt, und doch weiß der Niederländer dem Himmel Dank, daß der unerwartete Schlag das Land nicht schon ein Jahr früher

getroffen hat; denn er mißt es der Klugheit und Vaterlandsliebe des verstorbenen Königs bei, daß Niederland bewahrt geblieben vor den gewaltigen Erschütterungen, welche die meisten übrigen Staaten Europa's heimsuchten, und daß die Verfassungsreform, anderwärts unter Aufruhr und Bürgerkrieg bewirkt, hier auf gesetzlichem Wege durch Zusammenwirken der verfassungsmäßigen Staatsgewalten zu Stande gekommen. Wilhelm II. war in der ersten Hitze des Revolutionsbrandes, der von Frankreich aus die europäische Gesellschaft ergriff, geboren (1792), und noch ein Kind, das sein Loos nicht begriff, mußte er mit seinen Eltern Zuflucht auf dem gastlichen Boden Britanniens suchen. Doch nicht lange währte sein Aufenthalt in England, er folgte seiner Mutter nach Berlin, wo ihm eine sorgfältige Erziehung zu Theil ward, sowie die Vorbildung zu einer militärischen Laufbahn. Ein siebenzehnjähriger Jüngling, im Sommer 1809, bezog er dann die Hochschule zu Orford, wo er mit manchem britischen Staatsmann späterer Zeit innige Verbindungen anknüpfte, und von wo er unauslöschbare, für sein ganzes Leben bedeutsame Eindrücke mit hinwegnahm. Doch gewann sein kriegerisches Feuer die Oberhand: am 11. Juni 1811 erhielt er eine Stelle als Obristlieutenant im britischen Dienste, und Wellington ward in Spanien sein Lehrmeister. Für Spaniens Freiheit stritt Oranien! Im September 1811 bei Erstürmung der alten Ciudad Rodrigo verdiente der junge Offizier sich seine Sporen. Eben so tapfer und mit großer Auszeichnung focht er bei Badajoz, bei Salamanka und vielen andern Gelegenheiten. Im Jahr 1813 vom König von England zu seinem Adjutanten mit Generalsrang ernannt, betrat der Erbprinz von Oranien den 19. Dezember desselben Jahrs sein Vaterland wieder, das er jetzt erst kennen lernte. Gleich eilte er an die Grenzen und focht unter Preußens Bülow für der Völker Befreiung. Die Tage vom 16., 17. und 18. Juni 1815 haben unverwelkliche Lorbeeren in Oraniens Ruhmeskranz geflochten: „Held von Quatrebras (vom Viersprong)" ward des 23jährigen Prinzen europäischer Titel, seine „Glorie" als Niederländer. In der Schlacht von Waterloo verlor Niederland an Todten 30 Offiziere und über 2000 Soldaten, an Verwundeten zählte es 116 Offiziere und etwa 1900 Soldaten. Unter den letztern war der Erbprinz. Schon damals hatte dieser die ganze Zuneigung der Belgier gewonnen, ja es gab Fraktionen in Frankreich, welche ernstlich darauf bedacht waren, ihn auf den Thron Napoleons zu erheben.

Am 21. Februar 1816 trat Oranien zu St. Petersburg in Ehe mit der Schwester Kaiser Alexanders, Großfürstin Anna Paulowna, der jetzt verwittweten Königin. Vier Söhne und eine Tochter wurden ihnen geboren; einer der Söhne starb im jugendlichen Alter, ein anderer nun gerade vor einem Jahr in der Fremde, der seemännische Prinz Alexander.

Die fünfzehn Friedensjahre verflossen, abgesehen von einzelnen Reisen, ziemlich eintönig und waren dem lebensfrohen, heißblütigen Prinzen um so weniger bequem, als Wilhem I. eine Einmengung in die öffentlichen Geschäfte von keiner Seite liebte und die Zügel mit eigener Hand führte. Doch wie auch darüber die Meinungen wechselten, dem Sohne blieb der Nord und Süd Niederlands in Liebe zugethan, er galt für den Freund der fortschreitenden und die Anliegen beider Landestheile versöhnenden Ansichten des trefflichen van Hogendorp. Dennoch konnte er das belgische Drama von 1830, das seine Seele tief zerriß, nicht verhindern. Man weiß was er daran setzte, wie er sich selbst ganz allein mitten in das aufrührerische wildtobende Brüssel begab. Vergebens! Auch dieser Zug von Seelengröße ward so wenig als seine letzten Versuche in London gewürdigt, und das schöne Reich war auseinandergespalten. Noch einmal schien es, als sollte das Schwert in die Wagschale geworfen werden und den Ausschlag verändern. Ein Jahr nach der belgischen Revolution schon (1821) stand Oranien an der Spitze der holländischen Schaaren siegreich fast im Herzen von Belgien; allein er unterwarf sich dem Gebot der politischen Nothwendigkeit, welche die Aufrechthaltung des europäischen Friedens heischte. Nur neue Lorbeern waren in den Tagen von Bautersem, Hasselt, Löwen errungen und was mehr werth war, die Herzen der Altniederländer waren Oranien wiedergewonnen. Nie noch hat ein Fürst einen Triumphzug durch Holland gehalten, wie der Prinz von Oranien nach dem Feldzug in Belgien, der dem Lande zwar keinen Vortheil, aber eine moralische Befriedigung für sein nationales Bewußtsein gewährt hatte.

Durch den Rücktritt des Vaters, der sich in die neuen Forderungen und Schwierigkeiten der Zeit nach so herben und ermüdenden Erfahrungen nicht zu schicken wußte, folgte Wilhelm II. am 8. Oktober 1840 Niederlands erstem König († am 30. Dez. 1843) in der Regierung. Die Grundgesetzdurchsicht vom Jahr 1840 hatte das Land wenig befriedigt, und wenn auch der neue Fürst hierin wie das Land fühlte, so nahm er doch Anstand sofort zu einer neuen Revision der Verfassung zu schreiten. Auch lag die Lösung vieler andern wichtigen und dringenden Aufgaben vor. Vor allem befanden sich die Landesfinanzen in großer Verwirrung, der öffentliche Kredit lag gänzlich darnieder, der Staatsbankrott stand vor der Thüre. Den Kredit herzustellen, den Staatshaushalt zu ordnen und durchsichtig zu machen, dieser Aufgabe wurden alle Kräfte der Regierung gewidmet. Gesetzentwurf folgte auf Gesetzentwurf, bis endlich die Rettung aus der Noth in der großen patriotischen Maßregel der freiwilligen Anleihe gefunden wurde, an welcher der König sich selbst königlich betheiligte, und welche er zum Schluß noch durch die größten persönlichen Opfer anfüllte. Von nun an aber trat die Grundgesetzdurchsicht in erste Linie, sie war die Frage, die alle übrigen beherrschte. Im Herbst 1847, bei Eröffnung des Landtags, drückte der König denn auch in der Thronrede sein Vorhaben aus, dazu überzugehen; jedoch erfolgte die runde und entscheidende Erklärung erst am 13. März 1848, gerade ein Jahr bevor ihn die Krankheit überfiel, welche ihn so unerwartet seinem Lande entrückte.

In der Nacht vom 16. auf den 17. März um halb 3 Uhr Morgens starb Wilhelm II. auf seinem Schlosse zu Tilburg, umgeben von seiner Gattin und seinem jüngsten Sohne, dem Prinzen Heinrich. Er litt an einer Herzkrankheit. Fast bis zum letzten Augenblick besaß der König sein volles lichtes Bewußtsein und noch eine Stunde vor seinem Tode hatte er Freude darüber ausgesprochen, daß er sich wohler fühle. Auf seinen sobaldigen Hingang war Niemand vorbereitet. Das Land trauert ihm nicht bloß in den äußern Abzeichen, in Glockengeläute und beflorten Flaggen, sondern aufrichtig aus Herzensgrund nach. — So sind denn jetzt zwei Gestirne von der Dreizahl untergegangen, welche der deutsche Krieger W. von Rahden (freiwilliger Kämpfer im niederländischen Heere von 1830—33) noch vor Kurzem als die Kriegsfürsten aufzählte: Erzherzog Karl, Wellington und Oranien. Dieser hatte als der jüngste auch der letzte von ihnen das Schwert entblößt; Erzherzog Karl hatte nicht mehr seit Wagram, Wellington nicht mehr seit 1815 gestritten.

Wilhelm III. Alexander Paul Friedrich Ludwig, der sich gerade in England befindet, ist bereits als König der Niederlande (Koning der Nederlanden) laut Art. 13 des Grundgesetzes ausgerufen. Auch ihm kömmt die Hoffnung und die Liebe des Landes entgegen, ungeachtet sinnlose Gerüchte — so scheinen sie uns — umlaufen, welche wohl nur die Unbesonnenheit verbreitet. „Eintracht gibt Macht."

Das As.*)

E.M.A. Die mich in diese hohe Versammlung gesandt haben, die meisten meiner Wähler, haben mich jüngst öfter gemahnt und aufgefordert für die Nothwendigkeit der deutschen Macht und Einheit und auch dafür, daß der König von Preußen allein der Halter und Hüter dieser Macht und Einheit sein kann, auch einmal einige Worte zu sprechen.

Meine Herren, Sie erinnern sich, daß hierüber schon vor einigen Monaten auf dieser Stelle prächtige und tönende Worte geklungen sind; Sie erinnern sich, daß es Macht! Macht! und aber Macht! klang, daß es aus mehreren Munden klang, die alte Stunde hat geschlagen, der Zeiger weißt auf Zwölf, laßt uns eilen, daß wir unser Werk zu rechter Stunde fertig bekommen! So will denn auch ich, der Sie nimmer mit vielen Worten belästigt hat, einmal ein tönendes Wort ausssprechen und ausrufen: Meine Herren, wir spielen heute unser Trumpf As aus!

Ja, meine Herren, lassen Sie uns mit diesem As und um dieses As herum hier ein wenig spielen. Es ist ja auf dieser Tribune und in allen Tagesblättern genug da herum gespielt

*) Einleitung einer nicht gehaltenen Rede.

worden. Ja man hat diesen höchsten Trumpf im Spiel wider die Natur jedes ordentlichen Spiels wohl mit einer Drei oder Sieben oder Zehn abstechen gewollt, und erfindet jetzt in einem österreichischen Kartenspiel sogar eine neue Karte Fünfunddreißig oder Achtunddreißig genannt, welche das deutsche As abstechen soll. Was man doch für neue Findungen und Erfindungen erleben muß!

Aber, meine Herren, Spaß bei Seite! was ist das As? was bedeutet es? Es bedeutet im Kartenspiel die Einheit und Macht, und das bedeutet es auch in seinem ursprünglichen Sinn. In den alten hetrurischen und germanischen Sprachen bedeutet es die Einheit und die Gottheit, also die höchste Einheit und die höchste Macht. Wundersamlich genug langen wir mit diesem Worte As geradesten Weges bei dem an, was wir in Deutschland wieder suchen, bei dem Kaiser. Suetonius erzählt uns, daß an dem Tage vor Cäsars Ermordung der Blitzstrahl vom Himmel auf Cäsars, vor dem Kapitol stehende, Standsäule herabfuhr und aus seinem Namen das C herausschlug. Die Menschen, die von der Inschrift nur das Asar oder Aesar übrig sahen, staunten und riefen: „er wird sterben, er geht zu den Göttern": denn Aesar, Asar heißt die Göttlichen; bei den Germanen und Gothen hießen die Götter und Göttlichen die Asen, ihre Himmelsburg hieß Asgard oder Asenburg.

Ja, m. H., in der Einheit Gottes im Himmel und in der Einheit der Macht auf Erden haben die Sterblichen immer eine höchste oder gottähnliche Majestät verehrt und angebetet. Vor dem erhabenen Gedanken dieser Macht und Majestät haben sie von jeher gekniet und gebetet, und davor wollen auch wir knieen und beten.

O lassen wir uns nicht irren und betäuben von dem leeren und wilden Tageslärm. Man ruft und schreit jetzt überall auf allen Gassen und Märkten nur von der Göttin Freiheit und vergißt der Gottheit Macht, welche doch eine ältere und höhere Göttlichkeit in sich hat. Nein! ich möchte es in die Millionen Ohren schreien, die jetzt durch wüstes Geschrei verstopft sind, ohne Macht keine Möglichkeit und Dauer der Freiheit, und soll man Eines eher entbehren als das Andere — doch hier schweige ich.

Hüten wir uns denn die Macht, die wir noch haben, nicht zu zersplittern! Binden wir vielmehr alle ihre einzelnen Bündel zu einem großen starken Bunde zusammen! suchen wir sie nimmer in einer flatternden springenden Freiheit! Wahrlich, was ist unsere gegenwärtige gepriesene Freiheit noch? Ein bunter, mit allen erdenklichen Farben des Regenbogens geschmückter Paradiesvogel, welcher mit den allerwunderlichsten Flügelschlägen in mannichfaltigen Ueberstürzungen und Ueberpurzelungen durch die Lufe dahin fährt. Ach! dem armen Vogel fehlt in seinem leichten Element noch das Steuer: er hat noch keine Macht, er hat noch keinen Schwanz. Seien wir denn weise und stellen ihn mit den Füßen auf die Erde! Doch, o die Füße! Der arme Paradiesvogel hat nach der Sage keine Füße.

Wählen wir denn ein besseres Bild: denken wir uns die Freiheit wie ein edles Streitroß, das wohl gezäumt und geschirrt mit festem Hufschlag auf fester Bahn geradaus schreitet, rennt und fliegt.

O unsre Freiheit! und ich rufe zum dritten und vierten Mal, o unsre deutsche Einheit und Macht! Spiegeln wir uns bei der bösen elendigen Zersplitterung, welche man unter dem Augennamen Wiederherstellung und Stärkung uns wieder machen will, spiegeln wir uns doch an dem tragischen Beispiel, das uns täglich vor Augen steht, ja das uns täglich auf allen Wegen und Straßen in seiner jammervollsten Fürchterlichkeit vor den Füßen hinläuft — spiegeln wir uns doch an den unglücklichen Polen! Sie haben in allen langen Jahrhunderten Freiheit! Freiheit! polnische Freiheit! gerufen, aber haben den heiligen Gedanken Macht nicht gekannt, haben Gesetz und Ordnung und Gehorsam gegen das Gesetz weder zu schaffen noch zu erhalten gewußt; und eben deswegen sehen wir sie so tragisch in allen Ländern Europa's herumlaufen, sehen sie auf allen Schlachtfeldern fechten, ja wir sehen sie das leiden, was der Deutsche in der Welt herumfechten nennt, u. s. w.

Die Verhandlungen des Prozesses von Struve und Blind.

Freiburg, 20. März. Heute haben mit dem Prozeß gegen Struve und Blind die öffentlichen und mündlichen Gerichtsverhandlungen vor dem ersten badischen Geschwornengericht dahier begonnen. Mit dem Schlage 9 Uhr treten, von 4 Gendarmen begleitet, die beiden Angeklagten in den Saal und nehmen auf der Anklagebank Platz; auf der Advokatenbank sitzt ihr Vertheidiger Brentano.

„Struve, — so lautet eine Schilderung der Karlsruher Zeitung — einem indischen Büßer gleich, hat einen stärkern Bart, als vordem; sein rundes slawisches Gesicht zeigt den abgeschlossenen Fanatiker; seine Haltung ist bescheiden; die Hände ruhen still auf dem Tisch, wenn er nicht emsig schreibt. Er trägt schwarzen Rock und gleiche Beinkleider, eine weißgestreifte blaue Weste, schwarze Halsbinde und umgelegten Kragen; sein Blick ist ruhig und sinnend. Er wird schwungvoll und biegsam in allen Tönen, fast theatralisch, wenn er spricht. Er sucht nach Effekt und bewirkt denselben. Dann sitzt er schüchtern nieder und lispelt mit Blind oder Brentano.

Blind sitzt wie sein Sohn neben ihm; seine Gesichtsfarbe ist frisch und rein; auch er trägt sich schwarz mit grotesk rother Halsbinde, die um den breiten Hemdkragen und über die schwarze Sammtweste fällt; er sitzt breit gespreizt, streckt die Füße von sich und starrt vor sich hin.

Brentano, den ich seit lange nicht mehr sah, trägt einen größern blonden Kinnbart und eine gleich große Nase wie früher. Sein Auge und seine Mienen zeigen Geist, Verbissenheit und Vorwitz; seine Figur, Haltung und Toilette ist die eines feinen Stutzers. Seine Stimme sanft, doch eindringlich. Wenn er nicht gerade spricht, thut er wie schlafend, oder murmelt Zwischenbemerkungen vor sich hin. Seine Reden sind herb und übertreibend.

Der Staatsanwalt, Eimer, eine schlanke, etwas angegriffene Figur, spricht langsam, schwer und etwas heiser; er ist einfach und fast allzu trocken gegenüber dem Redeprunk der Angeklagten und ihrer energischen Haltung."

Wir fahren nach dieser Schilderung mit dem der N. Freib. Zeitung entnommenen Berichte über die Sitzung selbst fort.

Nachdem die Geschwornen beeidigt waren, erklärte der Präsident die Verhandlung für eröffnet und richtete eine alle Gemüther ergreifende kurze Ansprache an die Geschwornen, an die Angeklagten und Vertheidiger und an das Publikum. Folgte die Angabe von Namen, Stand, Alter und Wohnort Seitens der beiden Angeklagten, worauf der Gerichtsschreiber die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft verliest. Die Verlesung dauerte gegen zwei Stunden.

Es war unterdessen über 12 Uhr geworden und trat nun eine Pause von einer halben Stunde ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sollte das Zeugenverhör beginnen, als sich Advokat Brentano erhob und in einer langen Rede die Zuständigkeit des hier konstituirten Gerichtsinstituts angriff. Wir müssen die ausführliche Erörterung der etwas verwickelten Rechtsfrage, die Brentano mit Geschick zu Gunsten der Angeklagten ausführt, ohne jedoch der mißlichen Situation ausweichen zu können, daß er den anwesenden Geschwornen Mancherlei sagen mußte, was ihnen nicht sonderlich gefallen haben mochte, übergehen und bemerken nur, daß sie sich hauptsächlich auf formelle Anstände bezog, wie die Geltendmachung eines provisorischen Gesetzes über das Schwurgericht, während seitdem ein definitives und zwar freisinnigeres zu Stande gebracht worden sei, den Mangel in der Verkündigungsart jenes provisorischen Gesetzes rc. Ferner protestirt er gegen das Zerreißen des ganzen Prozesses, was dadurch geschehe, daß man aus der Zahl der der einen, untheilbaren That Angeklagten zwei herausgreife, um sie einzeln aburtheilen zu lassen. Eben so verwahrt er sich gegen die von ihm als unfrei geschilderte Bildung der Geschwornenliste. Alle diese Punkte sind in einer von den Vertheidigern und den Angeklagten unterzeichneten Protestschrift näher ausgeführt und mit entsprechenden Anträgen auf Umbildung des Gerichtshofs und Gerichtsverfahrens, sowie auf Vertagung der Prozedur versehen.

Nach ihm erhob sich Struve und erklärte sich mit dem von Brentano Vorgebrachten in einer ausführlichen, an Abschweifungen jeder Art reichen, und mit einem großen Aufwand von rhetorischen Künsten ausgestatteten Rede vollkommen einverstanden. Die Darstellung der Behandlung, die er und besonders seine Frau während der Gefangenschaft erfahren, bildet den Haupttheil derselben. Er protestirt sodann gegen die angeblichen rechtswidrigen

Eingriffe höherer Beamten des Landes, namentlich des Staatsraths Bekk, in seine Sache und gegen die behaupteten Verkümmerungen seine Vertheidigungsmittel.

War schon Struve's Rede heftig genug, so übertraf ihn Blind noch an Leidenschaftlichkeit in einer kurzen Zustimmungserklärung, die auch er seinerseits abgab. Als er seine Ansicht von den Pflichten der Geschwornen und die Absicht erklärte, der heuchlerischen Regierung und „den Herren mit der Krone" die Larve abreißen zu wollen, wurden deutliche Zeichen allgemeinen Unwillens im Saale laut.

Ihnen antwortete der Staatsanwalt Eimer. Er nahm in seinem Vortrage, dem man die Wärme persönlicher Ueberzeugung in allen Worten anmerkte, die Regierung gegen die vorgebrachten Angriffe in Schutz, stellte die übermäßige Härte gegen die Gefangenen in Abrede, zeigte, daß vielmehr die höchste Schonung, die sich nur mit den Umständen vertrage, geübt worden sei, — ohne eines oder das andere Erheblichere zu leugnen, was er selbst nicht vorgekommen wünsche. Das Ministerium habe sich keinerlei ungesetzliche Eingriffe in den Gang der Untersuchung oder sonst in der Sache erlaubt, und eben so wenig seien dem Angeklagten seine vermeintlichen Vertheidigungsmittel verkümmert worden. Die angefochtene Rechtsbeständigkeit des Gerichtshofes erscheine nicht zureichend begründet, und die angebliche Zerreißung des großen Prozesses sei zum Theil Dies nicht, zum Theil liege die vereinzelte Vornahme der Angeklagten für Das, was Ihnen persönlich zur Last gelegt werde, sogar im Interesse der Angeklagten. Gegen das ganze, so stark gerügte Verfahren könne aber kein haltbarer, aus einem positiven Gesetze geschöpfter Einwand vorgebracht werden. Er trägt deßhalb schließlich darauf an, der Gerichtshof möchte die von den Angeklagten und der Vertheidigung gestellte Einrede der Unzuständigkeit verwerfen.

Wiederholt suchen hingegen Brentano und Struve die von ihnen gestellten Anträge zu vertheidigen, wobei es wieder nicht an allerlei Abschweifungen fehlt, die sich auf alles Andere eher, als auf die Formfrage bezogen.

Unterdeß war es nahe an 5 Uhr geworden. Der Gerichtshof zog sich in's Berathungszimmer zurück und erschien wieder nach einer kleinen halben Stunde, wo der gefaßte Beschluß verlesen wurde, daß die Einrede der Angeklagten und Vertheidiger und ihre darauf gestellten Anträge als nicht begründet verworfen werden. Die Sitzung wurde sodann geschlossen und wird morgen wieder aufgenommen werden.

Deutschland.

△ **München**, 19. März. Zu den in meinem letzten Schreiben Ihnen mitgetheilten Ernennungen der Herren Ditterich und Schnitzlein zu Honorarprofessoren der medizinischen Fakultät hiesiger Universität habe ich noch die Beförderung des Privatdocenten C. Buchner zum Extraordinarius hinzuzufügen. Der letztgenannte ist mehrjährig Dozent und dies hat wohl den Hauptgrund zu seinem Aufrücken abgegeben. Wir sehen also drei neue Professoren an unserer Hochschule aus dem Grunde, weil sie schon ein gewisses Alter erreicht haben, denn auch Dr. Ditterich hat schon vor mehreren Jahren einmal habilitiren wollen, was ihm aber damals nicht gelungen ist. Bei unserem früheren Aufenthalte in Preußen, das in allen das Unterrichtswesen angehenden Angelegenheiten so nachahmungswürdig ist, haben wir gesehen, daß dort gerade ein entgegengesetztes Verfahren inne gehalten wird: Privatdozenten, die nach Ablauf von einigen Jahren es nicht bis zur Professur gebracht haben, können später nur schwer zu einer solchen gelangen; das Alter macht sie nicht fähiger. An der Berliner Universität und gerade in der medizinischen Fakultät derselben haben wir Dozenten kennen gelernt, die dieß schon seit mehr als zehn Jahren waren und blieben und der Bruder eines verstorbenen berühmten Operateurs ist gewiß der älteste Privatdozent in Deutschland, da er jetzt wohl an die zwei Dezennien privatim lehrt. Warum hat ihn sein Schicksal nicht zu uns geführt, längst wäre der Unglückliche Ordinarius und Geheimrath. Der frühere preußische Kultusminister Eichhorn, erinnern wir uns, wollte einmal eine Verordnung erlassen, nach welcher jeder Privatdozent, der bis nach Ablauf von 5 Jahren nicht Professor geworden, zu removiren sei: indessen kam es nicht zu einer solchen, da dies doch etwas russisch gewesen wäre. Aber es liegt ihr ein vernünftiger Sinn unter, und man wird überall Niemanden Unrecht thun, wo sie auf eine manierliche Weise zur Ausführung gebracht wird.

Die seit vorgestern Nachmittag bekannt gewordene Reaktivirung von Lasaulx, dem Philologen und Logiker, Phillips, nach einigen auch die Döllinger's (zur Kompletirung auch Sepp's) bildet das Stadtgespräch. Lasaulx wird die hiesige Jugend wieder lehren, wogegen Phillips nach Würzburg versetzt wird, um Pözl's Stelle, der hierher kam, einzunehmen. Das hat gewiß der Herr v. Zu-Rhein nicht gedacht, als er in den letzten Sitzungen der vertagten Reichsrathskammer seine Rechtfertigung vortrug und hierbei auch der Epurationen erwähnte. Diese wären eine nothwendige Folge der Aenderung des Systems gewesen; er nehme sie auf sich und heiße sie noch heute gut. Wie viel wiegt aber diese Systemsänderung jetzt wohl noch, wenn Bluntschli und Phillips das Staatsrecht lehren? In einer gestern stattgefundenen Versammlung hat ein Theil der Studirenden die Schritte berathen, welche von ihnen zunächst gegen die Reaktivirung der erwähnten Herren zu thun sein möchten. Auf Grund der Lehr- und Lernfreiheit fordert dagegen heute die Gegenpartei alle Studenten und auch die Majorität der zahlreichen Versammlung auf, zu einer morgen zu beschließenden Adresse für Hrn. Lasaulx.

Frankreich.

0 **Paris**, 19. März. Das demokratisch-sozialistische Komite ist, so zu sagen, der persönliche Feind des Vereins in der Rue de Poitiers, der in seinem Feldzug gegen den Sozialismus überall auf die Schaaren stößt, welche der Repräsentant Joly und der Expair Alton-Shee, als Präsident des erstgenannten Vereines, leider schon in ganz Frankreich organisirt haben. Das demokratisch-sozialistische Komite steht wieder mit dem Vereine der sozialistischen Propaganda, der eine unglaubliche Thätigkeit entwickelt, in der engsten Verbindung. Diese beiden gleichgesinnten Gesellschaften beherrschen die ganze Macht der Sozialreformer in Frankreich, ein wildes Völklein, nicht durch seine numerische Stärke wohl aber durch sein einiges Handeln furchtbar; wie Sie sich leicht überzeugen können, wenn Sie sich erinnern, mit welcher namhaften Stimmenzahl Proudhon, Pierre, Leroux, Lagrange, Greppe ꝛc. in die Kammer gekommen sind und daß Ledru Rollin und Raspail, die beiden Kandidaten dieser Partei am 10. Dezember, an 400,000 Stimmen vereinigt haben. Dieses legt zugleich von der Stärke oder Schwäche der Partei Zeugschaft ab; alle Sozialisten haben wie ein Mann gestimmt, aber es sind ihrer nicht mehr als 400,000 in ganz Frankreich. Das Journal Proudhon's, „Le Peuple", wies damals schon auf die Nothwendigkeit hin, die Armee den sozialistischen Prinzipien zu gewinnen; der Gedanke wurde hastig aufgegriffen; der Kriegsminister that durch übertriebene Strenge gegen die Soldaten, welche sich nur im geringsten um den Sozialismus kümmerten, das Seinige, um die Soldaten aus Trotz geradezu zu Sozialisten zu machen, und heute verhehlt es sich kein Mensch, daß sich die Armee vielleicht nicht mehr so tüchtig gegen das Volk schlagen würde, wenn es den frevelhaften Versuch der Junitage wieder wagen wollte. „Le Peuple" wird unentgeldlich an Soldaten vertheilt, ja das Blatt bringt täglich selbst die Anzeige, wieviel Exemplare es am verflossenen Tage zu diesem Zwecke verwendet hat. Von Pamphleten der heftigsten Art z. B. „der Soldat als Währwolf" und „ein Korporal und vier Mann", wurden bereits bis an 33,000 Exemplare verbreitet. Heute endlich hat das demokratisch-sozialistische Komite auf indirekte Weise auf das Manifest der Rue de Poitiers geantwortet. Es fordert alle „Freunde in der Armee von Paris" auf, zwei Soldaten zu nennen, welche sie in der neuen Kammer sehen wollten. Das Komite bürgt dafür, daß die beiden Namen von sämmtlichen Sozialisten würden unterstützt werden. Die ministeriellen Journale leugnen freilich das Umsichgreifen der Irrlehren in den Reihen der Soldaten; aber es ist eine Thatsache, auf welche die deutschen Leser nicht früh genug aufmerksam gemacht werden können. Nur ein Beispiel, für dessen Wahrheit ich bürge. In der Kaserne der Rue St. Jacques sind gestern so aufrührerische Reden gehalten worden, daß der Oberst 110 Mann verhaften lassen wollte, und da sich die Soldaten desselben Regimens weigerten, ihren Kameraden Gewalt anzuthun, mußte er zur Ausführung seines Willens in die nächste Kaserne schicken.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaße, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

Nº 83. Frankfurt a. M., Samstag 24. März. **1849.**

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

Die Whigs.

Was soll nun werden?

Verhandlungen der Reichsversammlung vom 23. März.

Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Die neuste österreichische Erklärung. Herr v. d. Pfordten. Das neue Reichsministerium. Herr Jurgens. Die Berathung der Verfassung.) Wien (Das 29. Armeebülletin. Die lombardische Centraleisenbahn. Das Urtheil über die Mörder Latour's. Gerüchte vom Kriegsschauplatz. Slavoniens Wappen am Himmel. Ein russischer Kourier an Windischgrätz. Der Eindruck der Abstimmung vom 17. in der Paulskirche. Die Stimmung der südslawischen Provinzen. Russische Truppen als Besatzung in der ganzen Monarchie.) Berlin (Die Parteien. Die Stimmung.) Stettin (Eine Petition um „Befreiung" von der Bürgerwehr; ein Beitrag zu der Lehre von der geheimen Abstimmung.) Düsseldorf (Die nach Schleswig bestimmten Truppen marschiren nicht.) München (Hr. von Hermann im Widerschein der Hofkunst. Zwiespalt unter der Studentenschaft. Zustimmung an katholische Theologen der Dankadresse an die Regierung. Kriegslust der ausmarschirten und zurückgebliebenen Truppen.) Stuttgart (Das Wahlgesetz.) Mainz (Die Soldaten.) Schleswig-Holstein (Verlängerung des Waffenstillstandes. Die Sendung des außerordentlichen Kommissärs der Centralgewalt. Die eventuelle Einsetzung einer Statthalterschaft.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen. Gerücht über Nichtannahme der Krone Hollands Seitens des Prinzen von Oranien.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über das Klubgesetz. Opposition des National und der Presse. Die ägyptische Flotte. Die Toulouner Expedition. Prozeß der Maiangeklagten.)

Oesterreichische Monarchie. Kronstadt (Das Aufgebot der Szekler.)

Italien. Turin (Annahme des Gesetzes über freiwillige Anleihe. Parma (Konflikt mit den Oesterreichern.) Modena (Die Besatzung stößt zum Heer Radetzky's) Palermo (Rüstungen.)

---

23. März.

Eine eigenthümliche Erscheinung, diese Whigs, welche im Parlament und im Staate die herrschende Partei bilden, und doch weder dort noch hier im Grunde die Majorität haben. Man fragt sich fast vergebens, in welcher besondern Volksschichte denn eigentlich ihre Macht wurzele? Nicht unter dem Landadel und den Pächtern, die im Gegentheil ihre entschiedensten Gegner sind; nicht unter den Börsenmännern, die auf ihre finanziellen Fähigkeiten nur ein bedingtes Vertrauen setzen; nicht unter dem Mittelstand, dem sie für allzu aristokratisch gelten; nicht unter den Fabrikarbeitern, denen sie nicht sparsam und herablassend genug sind; nicht unter den Hochkirchlichen noch unter den Dissentern, nicht in England und noch weniger in Irland, nicht im Oberhause und nicht im Unterhause. Dort hängen sie zum Theil von der Gnade Wellingtons und hier von der Gnade Peels ab. Im Oberhaus rettete bei Anlaß der Adreßberathung die klägliche Mehrheit von nur zwei Stimmen die Minister vor einer empfindlichen Niederlage, der sie ohne Wellingtons begütigende und warnende Worte nicht entgangen sein würden, und im Unterhause schwebt die Partei der reinen Whigs jeden Augenblick in Gefahr, durch ein wenigstens unter Umständen mögliches gemeinsames Manöver des rechten und linken Flügels erdrückt oder von dem Anhange Peels im Stiche gelassen zu werden.

Diese in der That merkwürdige Erscheinung, daß eine Partei, die nicht einmal der Partei der Protektionisten der Zahl nach gewachsen ist, doch als die herrschende erscheint, erklären die Oppositionsblätter aus der Zerfahrenheit und bisherigen Muthlosigkeit der Parteien, die erst jetzt sich wieder zu konsolidiren und von neuem Muth zu fassen beginnen. Sie sagen, das Ministerium habe durch seine halben und schwankenden Maßregeln in den innern, durch seine Raschheit und Einmischungssucht in den äußern Angelegenheiten, wie durch seine Mißverwaltung der Kolonien schon längst das Vertrauen des Landes verloren gehabt; da sei der Revolutionssturm über Europa hereingebrochen, und sofort sei es allen Parteien in und außer dem Hause klar geworden und als Pflicht erschienen, das Ministerium zu stützen, um das Land nicht der Gefahr einer Kabinetskrisis und deren leichtmöglichen, für Großbritannien selbst verderblichen Folgen auszusetzen. Unter solchen Umständen habe keine Partei die Verantwortung auf sich nehmen wollen, die Opposition bis auf eine Spitze zu treiben, wo sie den Sturz des Ministeriums nothwendig zur Folge haben mußte, zumal da die Parteien damals gefühlt hätten, daß ihre Zeit zur Bildung eines Ministeriums, welches auch Haltbarkeit und Dauer verspräche, noch nicht gekommen sei. Diese Auffassung erklärt Vieles aber noch nicht Alles.

Sehen wir uns die Männer, welche das gegenwärtige Kabinet bilden, ein wenig genauer an; vielleicht daß uns dann die Grundlagen, auf welchen das jetzige Ministerium ruht und fußt, aus nicht bloß äußern Umständen, sondern auch aus sehr gewichtigen moralischen Motiven zusammengesetzt erscheinen.

Oben an erblicken wir Lord J. Russell, den man, wie uns deucht, den verkörperten modernen Whiggismus nennen könnte und der somit mit vollem Rechte an der Spitze des Whigkabinets steht. Er besitzt alle die Eigenschaften, welche bei der gegenwärtigen Lage der Parteien einem Premier nothwendig sind, auf der einen Seite hinlängliche Energie und Zähigkeit, auf der andern wieder eine gewisse Weichheit, Schmiegsamkeit, Nachgiebigkeit und Klugheit, die vielleicht an politische Schlauheit streift. Lord John war früher nicht blos Schriftsteller, er hat sich bekanntlich, wie auch viele seiner Amtsgenossen, in dichterischen Erzeugnissen versucht. So ist ein ästhetisch mildernder Hauch über seine ganze Art sich auszudrücken gekommen, dabei fehlt es ihm nicht an einer gewissen gemüthlichen Ironie, aber das feurige, kühne, spottende, herausfordernde Wesen seines Amtsgenossen Palmerston ist ihm fremd. Russell versteht seinen eigenen Weg zu gehen, ohne es doch mit irgend einer Partei zu verderben, vielmehr sucht er überall zu vermitteln, zu versöhnen, zu beschwichtigen und bald diese bald jene Partei durch irgend ein Zugeständniß zu gewinnen. Wenn ihm nachgesagt wird, er verstehe das divide et impera vortrefflich, so kann dieß nur in dem Sinne wahr sein, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßregeln zum Theil ihrer Natur nach Zankäpfel für die andern Parteien sind, während er gewissermaßen mit seinen Whigs auf neutralem Boden steht und zuletzt die Bewegungen der Gegner zu seinen Gunsten leitet. Es ist nicht seine Schuld, wenn sich Protektionisten und Freihändler gleichsam zu seinen Füßen im hitzigen Turnier tummeln, bis der Augenblick kommt, wo er von dem Sieg der Einen und der Niederlage der Andern seinen Vortheil ziehen kann. Lord John vertritt das Prinzip der reinen Humanität, die nicht ausschließlich dieser oder jener Partei, nicht der Demokratie noch der Aristokratie, nicht den Landwirthen von Buckinghamshire noch den Baumwollspinnern von Manchester oder Birmingham angehört, sondern der Nation im Allgemeinen und weiterhin der Menschheit selbst. Wenn er die Juden in's Parlament zu bringen sucht, so verstößt er dadurch gegen den hochkirchlichen Orthodoxismus der Konservativen, und wenn er die Dissenters von der Besteuerung zu staatskirchlichen Zwecken nicht ausgeschlossen wissen will, gegen diejenige Partei, welche ihre freihändlerischen Tendenzen auch in Sachen der Religion zur Geltung bringen wollen. Während er aber zugibt, daß die Form

in der die Kirchensteuern erhoben würden, eine fehlerhafte sei und daß er der Einbringung einer Bill, welche diesen Uebelständen ein Ende mache, nur seinen Beifall schenken werde, versöhnt er den größten Theil der Steuer- und Kirchenreformer mit sich, wie er durch seine Erklärung, daß die Aufrechthaltung der Staatskirche nur als eine große, der Religion dargebrachte Nationalhuldigung zu betrachten sei, wieder die Konservativen in reichstem Maße für sich gewinnt. Man kann diese vorsichtige Politik Russells fast bei jeder in Anregung gebrachten Frage wiederfinden. Er kann den Freihändlern von Manchester zurufen, daß er und seine Whigs ihnen zur Durchsetzung ihrer Zwecke am meisten förderlich gewesen, aber eben so den Protektionisten, daß Peel ja noch weiter gegangen als er; Peel habe die Kornzölle gänzlich abgeschafft, er, Russell, sei ursprünglich für einen zwar niedrigen, aber doch festen Zoll gewesen. Er hat sich, und in diesem Falle sehr entschieden, gegen die von Cobden und Hume vorgeschlagenen umwälzerischen Wahl- und Parlamentsreformen erklärt, aber er hat nichts dagegen, daß einzelne Mängel auf dem Wege allmäliger Verbesserung abgeschafft werden; er ist in so fern in seiner Weise konservativ, daß er die neueste Revolution Englands mit der Reformakte für abgeschlossen erachtet, aber er ist fortschreitend, indem er innerhalb der Grenzen dieser Reformakte keiner wünschenswerthen Aenderung im Wege sein wird, wenn sie nur nicht das Lebensprinzip derselben verletzt und in Frage stellt. Daß diese vermittelnd fortschreitende Politik Lord J. Russell's auf Ueberzeugung beruht und aus sittlicher Anschauung hervorgeht, das läßt sich aus seinen milden, einfach verständigen, von einer inneren wohlthuenden Wärme durchhauchten Reden wohl erkennen. Dieser sittlichen Würde wird Großbritannien nie seine Achtung versagen.

Von einem andern Stoff als Lord J. Russell ist sein Amtsgenoß Palmerston gemacht. Feurig, stolz, durchgreifend, gebieterisch, mit Schwierigkeiten spielend, ja Verwickelungen fast herbeiführend, um sich in ihrer Bewältigung als Meister zu zeigen, dabei, wie selbst seine Gegner zugeben, mit ungeheurer Thätigkeit begabt, mit Geschäftskenntniß ausgerüstet wie Keiner und ein Kenner der innersten Geheimnisse der Diplomatie wie wenige, ist der Minister des Auswärtigen ohne Zweifel eine imposantere Erscheinung als der Premierminister. Dafür hat er aber auch viel mehr Gegner im In- und Auslande. Seine Raschheit und Thatkraft hat ihn zu manchen Uebereilungen verführt, er wünschte Guizot zu stürzen und er trug durch seine schneidenden und höhnenden Artikel im M. Chronicle wie überhaupt durch seine politische Haltung vielleicht mehr als man glaubt dazu bei, die orleanistische Dynastie selbst zu untergraben und zu stürzen, er wollte dem Herzog von Soto Mayor eine gute Lehre geben, und er zog dadurch dem britischen Gesandten die Ausweisung aus Spanien zu, er schulmeisterte, wenn schon nicht mit Unrecht, doch nicht immer in geziemenden Ausdrücken, die griechische Regierung, und er sieht sich jetzt veranlaßt, Sir E. Lyons von Athen zu versetzen, er unterstützte indirekt die Insurgenten Siciliens durch Rathschläge und mehr oder weniger direkt durch Waffenlieferungen, und er muß sich jetzt durch seine Kollegen vor dem Parlament entschuldigen lassen und eingestehen, daß hier eine Uebereilung begangen worden sei. Man muß aber die Meisterschaft bewundern, womit er sich in solchen Fällen vor dem Parlament bis zu einem gewissen Grade zu rechtfertigen und spielend die Pfeile abzuwehren weiß, welche seine Gegner von allen Seiten auf ihn abschießen. Und er ist der Mann dazu, etwas, was er verschoben hat, nach erlangter richtiger Erkenntniß wieder ins Grade zu richten und seinem Volke die hohe Meinung und Stellung zu erhalten, die es zum Theil trotz der Palmerston'schen Raschheit, zum größern Theil aber durch seine entschiedene, thatkräftige, überall die Größe, den Einfluß, die Herrlichkeit, die Wohlfahrt des Vaterlands im Auge habende Politik erlangt hat. Kleine diplomatische Schlappen, die er wie jeder große Feldherr theils durch eigenen Ungestüm, theils durch Ungeschicklichkeit seiner Unterfeldherrn erlitten, weiß er durch große Siege wieder gut zu machen, wie überhaupt sein deutliches Streben, das konstitutionelle Prinzip überall hin zu verpflanzen und der bloßen Vertragspolitik über die Nationalpolitik kein zu drückendes Uebergewicht einzuräumen, schon durch seine Konsequenz Achtung erweckt und verdient.

Zwei der bedeutendsten Redner der Whigs, der berühmte Geschichtsschreiber Thomas Babington Macaulay und der dramatische Dichter Lalor Shiel sind, jener als Generalzahlmeister, dieser als Münzmeister, ebenfalls Mitglieder des Kabinets. Die parlamentarische Mithilfe Macaulay's, der sich namentlich in einigen Religions- und Erziehungsfragen durch klassische Reden bekannt gemacht hat, ist dem Ministerium in der gegenwärtigen Session freilich entzogen, da Macaulay durch einen Zufall, wie er in Feldschlachten und ähnlich auch in Wahlschlachten vorkommen mag, bei den letzten allgemeinen Wahlen zum Aerger und Verdruß des gesammten gebildeten Englands durchfiel. Weniger charakteristisch, im Parlament mindestens, treten die übrigen Mitglieder des Kabinets hervor, aber zusammen bilden sie doch einen Verein von ausgezeichneten Talenten und tüchtigen und redlichen Geschäftsmännern. Wir nennen den Finanzminister Sir Charles Wood, der in der Geldkrisis von 1846 die Selbstverleugnung hatte, den Rath Peel's nachzusuchen und anzunehmen, den Staatssekretär des Innern, Sir George Grey, den vielfach angefeindeten Kolonialminister, Grafen Grey (daher die „Dynastie der Grey," indem ein Grey Gouverneur von Jamaika, ein anderer Grey Gouverneur von Neuseeland und Sir Charles Wood ein Schwiegersohn des Grafen Grey ist) den Handelsminister Labouchere, den Marquis Lansdowne, den Präsidenten des ostindischen Bureau's, Sir J. C. Hobhouse den Kriegsminister Fox Maule, den Marineminister Baring und Andere. Hier ist die Blüthe des Whigismus vereint; außerhalb des Kabinets tritt er, wie sich denken läßt, weniger glänzend hervor. Lord Dudley Stuart, ein veredelter Graf Reichenbach, liebäugelt mit den Polen und der Demokratie und scheut sich nicht vor der Berührung mit Zwillichjacken, nachdem er eben einen hocharistokratischen Ball gegeben. Man klagt, daß die whiggistische Jugend im Allgemeinen wenig Hoffnung gewähre. Ueberhaupt gehen die Parteien in England einer neuen Mischung und Bildung entgegen, die unter Krisen zur Reife kommen wird. Bis dahin darf das Whigkabinet, dem die auswärtige Politik, die Kolonialpolitik und die irische Frage freilich genug Schwierigkeiten machen, vielleicht Aussicht haben, seine Existenz zu fristen. Wenn es schon nicht die unbedingte Zustimmung einer einzelnen Gesellschaftsschichte hat, so vertritt es doch die Allgemeinheit würdig durch idealen, sittlichen Gehalt, Ernst, Thätigkeit, Redlichkeit und Humanität. Und die Gegenparteien wissen, daß die Whigs ihnen außer dem Amte gefährlicher sein würden, als im Amte.

. Vom Main, 23. März. Was soll nun werden? fragen sich um mich her besorgte Freunde ihres Vaterlandes nach einer Entscheidung, die wie ein Blitzstrahl aus blauem Himmel kam für Viele — nur nicht für den, der die Kräfte, Charaktere und Motive der handelnden Personen mehr in's Auge faßte als die Lage der Welt und das Bedürfniß des Vaterlandes. Daß die Gegner des Welcker'schen Antrags an den Erfolg ihre Sache nicht glaubten, ist eine merkwürdige Erscheinung, deren Ursachen nachzuforschen sich verlohnen wird. Für jetzt aber hält und beschäftigt noch alle die Frage: Was soll nun werden? Ich hätte wohl einen Einfall. Lassen Sie uns wieder studiren, verehrte Redaktion! Wir wollen uns're Bücher aus dem Staube hervorziehen und uns selbst in den Schulstaub zurück begeben. Es wird uns gelingen; die alte Gewöhnung wird mächtiger sein als die bösen Gewohnheiten des Revolutionsjahres. Das Schauspiel dieser Zeiten ist so groß und so reich, daß es dem ruhigen Beobachter Belehrung, Stärkung in den Grundsätzen und selbst eine Art großartigen Genusses stets in Fülle darbieten wird, und um so mehr, je weniger man sich ängstigt um den Erfolg von diesem und Jenem. Nur wird es ohne einige Beklemmung und einiges Herzweh nicht abgehen. Wir Einzelnen schlügen uns wohl so durch, aber das Ganze, das Volk und das Land. Armes Deutschland! wieder eingesperrt in deine vier kahlen Wände, von Wühlern unterhalten, Hohn und Spottgelächter draußen und den fürchterlichen Stachel im Innern, der, einmal gefühlt, nicht wieder zu verwinden ist! — Wenn man das bedenkt, so kann man es doch nicht lassen und fragt sich wieder, was da zu thun und zu helfen ist. Und da wäre denn das Einfache, lange Vorbereitete und Thunliche, daß die kleinen und mittlern Fürstenthümer sich eine neue Heimath, Vaterland und Nation suchten in einem ächten und rechten Staate, im Bunde mit Preußen. Nur daß dieß jetzt wohl geschehen müßte ohne die Nationalversammlung. Nur zwei Möglichkeiten gibt es für unsere Zukunft: Erbkaiser oder Direktorium. Das Erbkaiserthum kann die Versammlung möglicherweise noch annehmen; das Direktorium wird keine Majo-

rität gewinnen. Also scheint der Weg der Versammlung mitten durch zu gehen zwischen beiden Möglichkeiten. Schreiber dieses ist für seine Person gern bereit, sich mit Ergebung allem zu unterwerfen, was die Versammlung für das ganze Deutschland dermaleinst beschließen wird. Wenn aber die kleineren Staaten und Fürsten, um Dasein, Recht und Ehre gegen Oesterreich zu wahren, mit Preußen in besonderes Bündniß treten, so kann ich ihnen das nicht verargen. Und wenn das Volk (ich meine seinen besten Theil, der gegen österreichische Anmaßung, für Bundesstaat und erbliches Haupt so kräftig sich erklärt hat) gleichgültig sich abwendet von einer zerspaltenen Versammlung, die ihrer Arbeiten kein Ende findet, so will ich ihm das zwar sehr verargen, aber ich kann es nicht ändern. Freilich, wenn die Minderheit sich abtrennte und selbstständig zusammenträte, so wäre die Vertretung des neuen Bundes bereits gefunden, und würde ziemlich zusammenfallen mit der Vertretung der Länder, die ihn bilden sollen. Gegen den Entschluß zu dieser Trennung könnte keine Berufung auf phrasenhaften Patriotismus mehr aufkommen; sie wäre nichts als die einfache Bestätigung einer Thatsache, die wir schon lange vor Augen sahen. Thatsachen sind beredter als Venedey; beredter sogar als der würtembergische Minister, der das neueste Rüstzeug geworden ist für eine alte Politik. Aber die Minderheit hatte Recht, als sie anderes beschloß, und Herr Riesser hat ihrem Entschluß die rechten Worte gegeben. Es ist nothwendig für die Zukunft und die Bestimmung dieser Partei, daß sie in der Versammlung bleibe. Die Gegner kennen wohl die Stärke dieser Minderheit, der einzig festen und sichern unter allen Minderheiten der Paulskirche. Darin mag wohl die Ursache liegen, daß sie ihren Sieg sich entrissen glaubten, der doch mit ziemlicher Mehrheit errungen ward. Man hat dieser Partei vorgeworfen, sie habe sich der Märzrevolution bemächtigt, sie abgelenkt von ihrem naheliegenden Ziele und in ihrem Sinne ausgebeutet. Wenn sie das vermochte, wie vieles wird sie noch weiter vermögen; Den Vorwurf doktrinärer Gelehrsamkeit hätte sie auch nicht so sehr zu scheuen. „Die Meinungen der Gelehrten, sagt ein wahrhaft großer, wenn auch heuzutage vergessener Historiker, werden zuletzt immer die herrschenden des Jahrhunderts." Was aber das Größte und Beste ist; die Partei ist auf gutem Wege zur Ueberwindung der deutschen Erbübel, des Meinungseigensinns, der Absonderungssucht und der individuellen Hartnäckigkeit. Darum wird ihr die Oppositionsstellung günstig sein. Sie hat vieles abgethan, gar manches bleibt noch abzuthun und dazu wird das Läuterungsfeuer in der Paulskirche gut sein. Die Partei muß mehr und mehr ein fester Kern werden, der in kommenden schlimmen Zeiten sich nicht auflöst, sondern verdichtet. Ihre Wirkung wird dann, bei der außerordentlichen Ueberlegenheit ihrer Kräfte, eine ganz unverlöschliche sein. Nicht bloß für die Zukunft — auch für das, was jetzt außer und neben der Paulskirche sich vorbereiten muß und wird. Möchten nur hier die Augen hell, die Herzen willig und die Geister kräftig sein, damit nur etwas, etwas Festes bleibe aus den Stürmen dieser Jahre, zum Trost für die Gegenwart und zum Anhalt für künftige Bestrebungen.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 23. März. (Zweite Sitzung.)

Die Nachmittagssitzung wird durch den Präsidenten Herrn Ed. Simson bald nach 4 Uhr bei vollständig besetzten Bänken der Abgeordneten eröffnet. Neu eingetreten ist Hr. Mazegger aus Obermeis in Tyrol zum Ersatz des Hrn. Flir. Wenn die zahlreich erfüllten Tribünen auf eine Wiederanknüpfung der leidenschaftlichen Scenen gerechnet haben, womit der Vormittag schloß, so haben sie sich getäuscht. Gleich der Anfang der Sitzung erledigt nämlich die von Hrn. Reh beantragte Zurückweisung der drei südtyrolischen Stimmen, indem die Herren Marsilli und Genossen erklären, der Sinn ihres Protestes sei nur gewesen, das Recht der Nationalität für ihren Landestheil zu wahren. Denn Hr. Reh zieht darauf seinen Antrag zurück und der Präsident verkündet die Verwerfung des §. 2 mit 266 gegen 265 Stimmen. Der hierauf zur namentlichen Abstimmung gebrachte §. 3 lautet:

„Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen."

Dieselbe Verleugnung der früher verkündeten Principien, derselbe rücksichtslose Widerspruch gegen sich selbst, wie er den §. 2. gestürzt hat, so verwirft er jetzt auch mit 274 gegen 256 St. den §. 3; angenommen wird dagegen als Ersatz für §. 2 und 3 mit 290 gegen 240 St. das Minderheitserachten:

„Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben."

Angenommen durch gewöhnliche Abstimmung ferner:

„In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsbürger berufen werden.

Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern."

Angenommen der Zusatzantrag Tellkampfs und Genossen:

„Hat ein deutsches Land mit dem nicht deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so muß dasselbe entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen."

Angenommen:

§. 5. „Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen."

Verworfen dagegen der von der Minderheit: Wigard, Schüler, Simon beantragte Zusatz: „Kleinere deutsche Staaten können sich zu einem größeren vereinigen oder einem größeren Staate sich einverleiben, wenn der letztere nicht über 5 Millionen Einwohner hat. Kleine Staaten, deren Gebiet von dem größeren umschlossen wird, sind an letztere Bedingung hierbei nicht gebunden."

Angenommen:

§. 6. „Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind."

Ueber die von den Herren Wigard, Schüler, H. Simon beantragte Einschaltung: „Das deutsche Volk ist souverän. Alle Reichsgewalt rührt vom Volke her" — wird durch Namensaufruf, unter großer Unruhe der Versammlung abgestimmt. Die Bejahenden wie die Herren Römer, Hergenhahn, Jahn u. A. empfangen nämlich den rauschenden Beifall der Linken und der Galerien, während auf das „Nein," wenn es von einem Manne ausgeht, von welchem sich ein Theil des Hauses eines Anderen versehen hätte, ein wiederholtes Getöse des Unwillens folgt. Die Einschaltung wird mit 297 gegen 213 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird:

Abschnitt II. Die Reichsgewalt. Artikel I.

§. 7. „Die Reichsgewalt ausschließlich übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus.

Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, so wie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an."

§. 8. „Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten.

Auch dürfen dieselben keine besonderen Konsuln halten. Die Konsuln fremder Staaten erhalten ihr Exequatur von der Reichsgewalt.

Die Absendung von Bevollmächtigten an das Reichsoberhaupt ist den einzelnen Regierungen unbenommen."

§. 9. „Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit anderen deutschen Regierungen abzuschließen.

Ihre Befugnisse zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei."

§. 10. „Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer anderen deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme

und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen."

Nach der Annahme oben mitgetheilter Paragraphen, womit der erste Artikel von der Reichsgewalt erledigt ist, wird die Sitzung 7 Uhr Abends geschlossen. Fortsetzung der heutigen Abstimmung findet morgen Statt.

> **Frankfurt**, 23. März. Es scheint in der That allen Theilen der Nationalversammlung Ernst mit der Beschleunigung des Verfassungswerkes zu sein, oder wenigstens wenn welche die Verzögerung wünschen, wagen sie nicht ihre Absicht kund zu thun. Ein Antrag des Hrn. Reh, Vor- und Nachmittags Sitzungen zu halten bis die Abstimmung über die Verfassung beendet sei, ging ohne Widerspruch durch.

Ehe man dann aber zum Beginn der wirklichen Abstimmung schreiten konnte, versuchten die Herren Herrmann Müller, Beda Weber und Genossen, gleich von vornherein sich ein Gegenmittel gegen die etwa wider ihren Wunsch ausfallenden Beschlüsse zurecht zu halten. Sie beantragten einen Beschluß, daß gegen den Brauch des Hauses nach der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen hinterher auch noch über das Ganze der Verfassung abgestimmt werden sollte, wobei es ihnen nicht zweifelhaft scheint, daß entstehenden Falls dasselbe Ergebniß wie bei dem Welcker'schen Antrage stattfinden würde. Die Absicht des Antrages lag zu klar zu Tage, um nicht jedes redliche Gemüth zu empören. Zwar die Hrn. Eisenstuck, Hartmann, Rauwerk und selbst Moritz Mohl trugen kein Bedenken, sich einer so unwürdigen Kriegslist anzuschließen. Aber Venedey sprach es offen aus, daß er dem Geist der Negativität, der in dem Hause herrsche, nicht länger nachgeben, daß er die Verfassung nicht noch einmal auf die Schneide Eines Beschlusses gestellt wissen wolle und der Antrag wurde mit der größten Mehrheit verworfen.

Den Auftritt, welchen eine Mittheilung Hrn. Venedey's über eine Aeußerung des Hrn. v. Schmerling hervorrief, wollen wir nicht zergliedern. Hr. Venedey mag Recht gehabt haben, eine so wichtige Thatsache an das Tageslicht zu ziehen; der Präsident aber hatte noch mehr Recht und wir können ihm für seine Geschicklichkeit und Geistesgegenwart nur Dank sagen, wenn er eine Verhandlung, die nur im gegenseitigen sich Lügen strafen bestanden hätte, trotz des Widerspruchs der Skandalsüchtigen, kurz abschnitt. Zudem erhellte aus der Erklärung des Hrn. v. Schmerling selbst der Sachverhalt zur Genüge. Den Ausdruck hat er freilich von einem „Staatsmann von solchem Geist und Charakter" nicht gebraucht, den Gedanken aber hat er ausgesprochen. Hr. v. Schmerling wagte nicht einmal auch nur ein Wörtlein abzuläugnen von Oesterreichs andauernden Oktroyirungsgedanken. Mit großer Geistesgegenwart ereiferte er sich aber gegen das Wort: „müde", das er nicht gebraucht habe. Das Wort sei durchaus nicht salonsfähig. O über die Menschen, die so wählerisch in ihren Worten sind, und so wenig wählerisch in ihren Thaten!

Jetzt endlich fing die Abstimmung an. Die allgemeine Bestimmung des §. 1., „daß das Gebiet des bisherigen deutschen Bundes, das Reichsgebiet bildet" wurde ohne die vom Verfassungsausschuß vorgeschlagene Modifikation, „daß Oesterreichs Eintritt vorbehalten bleibe" angenommen.

Die drei Abgeordneten aus Wälschtyrol legten sofort gegen die Anwendung der deutschen Verfassung auf ihr Heimathland Protest ein. Man ging weiter. Die §§. 2 und 3 regeln bekanntlich die Verhältnisse derjenigen Staaten Deutschlands, welche auch außerdeutsche Länder besitzen. In der Feststellung dieser Verhältnisse liegt die Entscheidung über die österreichische Frage. Der Verfassungsausschuß verlangt, daß deutsche und außerdeutsche Länder nur im Bande der Personalunion stehen sollen. Oesterreich kann und will keine bloße Personalunion zwischen seinen deutschen und außerdeutschen Ländern einführen, und damit ist dann sein Rücktritt vom deutschen Reich geboten. Der Grundsatz ist allgemein und gleichsam theoretisch in §. 2 ausgesprochen; die praktischen aus ihm folgenden Bestimmungen enthält §. 3. Man erwartete für die §§. 2 und 3 eine große Mehrheit, denn wenn man auch die Taktik der äußersten Linken sich jedem der kaiserl. feindlichen Mittel anzuschließen, bereits kennen gelernt hatte, so glaubte man doch nicht, daß sie die Gesinnungslosigkeit soweit treiben würde, Bestimmungen sich zu widersetzen, die vorzugsweise auf ihren Betrieb aufgenommen worden waren. Der größte Theil derselben that es dennoch — die stenographischen Berichte werden die Namen dieser ehrenwerthen Abgeordneten dem Volke mittheilen — und so erhielt der §. 2 nur 265 gegen 266 Stimmen. Die größte Aufregung bemächtigte sich des Hauses, Hr. Reh verlangte daß die Stimmen der drei Wälschtyroler, die eben erst, nicht zu Deutschland gehören zu wollen, erklärt hätten, abgezogen würden. Es war unmöglich, in der ersten Aufwallung über den Antrag zu entscheiden, der Präsident vertagte die Sitzung.

Am Nachmittag legten die Wälschtyroler ihre Erklärung dahin aus, daß sie die thatsächliche Verbindung ihres Vaterlandes mit Deutschland anerkennten, und daß sie sich nur dagegen hätten verwahren wollen, daß man ihnen die Absicht unterlege, in alle Zukunft mit Deutschland vereinigt zu bleiben. Darauf hin zog Hr. Reh seinen Antrag zurück. Der §. 2. blieb verworfen. Noch konnte die Sache selbst, durch Annahme des §. 3, gerettet werden; denn was liegt an dem ohnehin undeutlichen abstrakten Begriff, wenn nur die Anwendung desselben gesichert ist. Und wirklich wurde §. 3. zwar nicht in der Fassung wie die Mehrheit des Ausschusses sie vorgeschlagen hatte, aber in der noch viel entschiedeneren, welche die der äußersten Linken angehörige Minderheit angegeben hat, mit beträchtlicher Majorität angenommen. Freilich stimmt auch hier der Theil des Hauses der stets verneint, dagegen; aber wir haben dafür die Genugthuung, daß jetzt dem Volke unwiderleglich dargethan ist, was es von dieser Partei zu halten hat.

Frankfurt, 23. März. Die gestern berührte österreichische Erklärung ist vom 17. März datirt und enthält in ihrem Eingange eine Erwiderung auf das von Hrn. v. Schmerling eingereichte Gesuch um Enthebung von seinem hiesigen Posten. Mit Bedauern heißt es in derselben, habe man in Wien von dem Gesuche Kenntniß genommen, könne aber die Motivirung der gewünschten Entlassung nicht als richtig anerkennen. Das Gesuch werde Sr. kaiserl. Majestät vorgelegt, und die Entscheidung ohne Aufschub hierher bekannt gegeben werden; bis sie erfolgt sei, führe einverstandenermaßen Hr. v. Schmerling den ihm durch das Vertrauen des Monarchen angewiesenen Posten fort.

Was die Motivirung des Gesuches um Entlassung betrifft, so enthält hierüber die k. k. Erklärung folgendes:

„Euer Hochwohlgeboren gehen von der Voraussetzung aus, daß Oesterreichs deutsche Provinzen in Folge der dem Kaiserstaat soeben gegebenen Verfassung sich an dem deutschen Bundesstaate nicht betheiligen können. Dieses ist aber eben, was ich in Abrede stelle.

„Freilich in einen Bundesstaat, der die innere freie Bewegung und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten vernichtet, hätte Oesterreich unmöglich treten können. Ein solches Extrem ist aber meines Erachtens mit dem Begriffe des Bundesstaates nicht nothwendig verknüpft.

Man konnte sich leicht einen solchen denken, mit einer mit ausgedehnten Attributen ausgerüsteten und stark organisirten Centralgewalt, mit einer ihr zur Seite stehenden Vertretung der Einzelstaaten und ihrer Stämme, mit einer solchen Organisation des Vereines endlich, welche dem Auslande gegenüber ein großes, starkes, einiges und einheitliches Deutschland dargestellt und im Innern den verschiedenen deutschen Staaten und Stämmen eine vernünftige Gemeinsamkeit der materiellen Interessen und der nationalen Rechtsinstitutionen gewährt haben würde. In einen solchen Bundesstaat einzutreten, wäre Oesterreich jeden Augenblick bereit.

Der neueste Frankfurter „kühne Griff" stellt freilich Alles aufs Neue in Frage. Wir können für heute blos noch die weitere Entwickelung abwarten. Sie falle übrigens aus wie sie wolle, so wird sie Oesterreich auf seinem Posten finden.

Wir erwarten übrigens von dem Patriotismus der dieses Gefühles empfänglichen österreichischen Deputirten, daß sie ihren Posten in Frankfurt nicht verlassen werden, so lange als ihnen dieses durch die äußeren Umstände nur immer möglich gemacht sein wird. Oesterreich denkt nicht daran — ich wiederhole es — sich von Deutschland in den Berathungen über dessen künftige Verfassung loszusagen, und es ist daher Pflicht jedes wohldenkenden Staatsbürgers, seinem Vaterlande, dort, wo diese Verfassung berathen wird, das Wort zu reden bis zuletzt. F. Schwarzenberg. (F. J.)

Parl. Korr. **Frankfurt,** 23. März. Ueber die Bildung des neuen Ministeriums verlautet bisher nur so viel, daß Hr. Römer, der mit der Zusammensetzung desselben betraut worden war, den ihm gewordenen Auftrag abgelehnt hat.

Es erfüllt den Vaterlandsfreund mit der tiefsten Trauer, wenn er gestehen muß, daß es sich bei der zweiten Lesung der Verfassung nicht um Kampf und Austausch der Meinungen über dasjenige handelt, was dem Vaterlande frommt, sondern um die Taktik der Parteien, um die Kreuz- und Querzüge klug berechneter Operationen, bei denen der Zufall den Ausschlag giebt.

⁝ **Frankfurt,** 23. März. Dem Vernehmen nach ist Hr. v. d. Pfordten, der abgetretene sächsische Minister, zum Erzherzog Reichsverweser berufen. Der Reichsverweser soll beabsichtigen sein Ministerium vorzugsweise aus Baiern, Sachsen und Hannoveranern zu wählen. Herrn v. d. Pfordten erblickte man heute auf der diplomatischen Tribüne.

⁝ **Frankfurt,** 23. März. Der Abgeordnete Herr Jürgens, wird von seinen Wählern vielfach angegangen in der Oberhauptsfrage nicht gegen ihre Wünsche zu stimmen, sondern sich für das preußische Erbkaiserthum zu erklären. Hr. Jürgens hat verschiedene Schreiben darüber an seine Wähler gerichtet. In dem letzten sagt er: „Ich muß leugnen, daß das Eintreten Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat unmöglich und unerreichbar war; ich anerkenne, daß es jetzt so ist. Die Errichtung eines Erbkaiserthums für das übrige Deutschland erscheint mir noch immer als sehr schwierig und von sehr zweifelhaftem Nutzen, ein Streit darüber indeß als fruchtlos. Was auch sonst vorgeschlagen werden möchte, hat gleichfalls große Bedenken wider sich; die Nationalversammlung wird, so wie ich die Sache ansehe, die Oberhauptserblichkeit beschließen; ich gedenke mich dem Beschlusse zufolge der jetzigen Sachlage nicht zu widersetzen."

△ **Wien,** 19. März. So eben erscheint das folgende 29. Armee-Bülletin:

Als Nachtrag zu dem im 28. Bülletin veröffentlichten Berichte über das Treffen von Medias sind nachfolgende Erläuterungen vom Feldmarschallieutenant Puchner eingesendet worden: Nach dem am 2. d. M. mit vieler Umsicht vom Oberst und Qua-Beigadier Van der Null geleiteten Avantgaedegefechte bei Klein-Kapus wurde am 3. der Feind aus drei festen Stellungen geworfen und zum Rückzuge nach Medias gezwungen. Die kleinen Thäler, welche senkrecht in die Kokel münden und die Straße von Kopisch nach Medias senkrecht durchschneiden, gaben mit ihren steilen Lehnen dem Feinde ebensoviele vortheilhafte Aufstellungen, welche jedoch durch das gut angebrachte Artilleriefeuer einer jungen erst kürzlich unterrichteten Mannschaft und gut geleitete Umgehungen über bewaldete Höhenrücken in des Feindes linke Flanke genommen worden. Der glückliche Erfolg in den zwei ersten Stellungen hatte die Mannschaft jedoch bei herandrechendem Abendr derart begeistert, daß sie, ohne den Erfolg der Umgehung abzuwarten, seine dritte Stellung vor Medias, wo er seine Batterien hinter Erdaufwürfen über Bank feuern ließ, plötzlich mit dem Bajonett angriff und erstürmte. Selbst sein gelegter Hinterhalt im eibesdorfer Thale, wo er unverhafft gegen den rechten Flügel mit 2 Geschützen, einigen 100 Mann Infanterie und Kavallerie von Eibersdorf hervorbrach, verfehlte gänzlich seine Wirkung und diese Truppe mußte sich über Meschen, Reichersdorf ins Kokelthal zurückziehen. Die einbrechende Nacht gebot jedoch, in der eroberten Stellung stehen zu bleiben, um so mehr, als man die Stadt Medias vor der Verheerung eines flüchtigen und rachesüchtigen Feindes schützen wollte, als auch, um die schon durch den ganzen Tag fechtenden und ermüdeten Truppen nicht während der Nacht in ein gefährliches Straßen- oder Defileegefecht zu verwickeln, während dem man wußte, daß der Feind neue Verstärkungen aus Schäßburg schon bekommen und noch erwartete. Das bedeutende Insurgentenkorps hatte 16 Geschütze und war vom Rebellen Bem in Person kommandirt. Der feindliche Verlust in diesen beiden Tagen beläuft sich auf 100 Todte, 360 Verwundete und 100 Gefangene. Ueberdieß wurden im Spitale zu Medias 170 Blessirte vorgefunden. Unsere brave Artillerie demontirte dem Feinde 6 Geschütze und sprengte 2 Karren in die Luft. Unsererseits blieben auf dem Schlachtfelde Hauptmann Baron Jugenitz vom E. H. Karl Ferdinand Infanterie mit 27 Mann. Blessirt wurden 207. Der Sieg war bloß durch 2 Beigaden, ungefähr 500 Mann erfochten und die Reserven kamen gar nicht ins Gefecht. Den 4. bei Tagesanbruch war der Angriff auf Medias beschlossen, welches der Feind während der Nacht verließ und aus dem rechten Kokelufer nach Schäsburg abzog. Aus der Bukowina wird gemeldet, daß Oberst Urban die Insurgenten durch wiederholte Streifzüge fortwährend beunruhiget, — so hat er neuerlich mit nur einigen 100 Mann ein feindliches Lager bei Tihuza überfallen, gegen 1000 Mann und mehrere Offiziere gefangen genommen und nach Czernowitz abführen lassen. Die Rebellen beabsichtigten bei Wisnitz und Putti einzudringen und sich nach Galizien durchzuschlagen, aber die Gegend ist mit Militär stark besetzt, der Landsturm gut organisirt und das Volk vom besten Geiste beseelt. Wien, den 19. März 1849. Militär- und Civil-Gouverneur: Freiherr v. Welden, Feldzeugmeister.

△ **Wien,** 19. März. Bei einer Generalversammlung der Aktionäre der lombardischen Central-Eisenbahnunternehmung, welche heute früh stattfand, stellte sich ein Defizit von 50 Millionen Zwanzigern heraus! Es wurde daher der Beschluß gefaßt einen Ausschuß von fünf Mitgliedern zu ernennen, welche mit der Regierung wegen Uebernahme dieser Bahn als Staatseigenthum unterhandeln sollen. Heute wurde den Mördern Latours im Stabsstockhause unter großem Menschenandrange das Urtheil verlesen. Drei derselben sind zum Strange verurtheilt und zwei weniger aggravirte zu 20 Jahren Gefängniß. Morgen soll die Hinrichtung an den drei Ersteren vollzogen werden. Großes Aufsehen erregte heute früh der Transport von vier Szeredschanern in Ketten — man gibt denselben im Publikum Schuld, die Kirche Maria Trost in der Vorstadt St. Ulrich vor mehreren Nächten ausgeraubt zu haben. Montag wo wir keine Zeitungen haben, ist gewöhnlich der Tag der Gerüchte, so erzählt man auch heute allgemein, die ungarische Armee habe Pesth wiedergenommen, und ihre Vorposten seien bereits bis Kitsee vorgerückt. Reisende, welche gestern Preßburg verließen bestätigen dies zwar nicht, schildern aber die Stimmung der Stadt als sehr aufgeregt. Dies war sie aber seit der Besetzung immer und wir halten obiges Gerücht für gänzlich unbegründet.

Die heutige Agramer Zeitung weißt heute darauf hin, daß am 27. d. M. der Mond senkrecht unter dem Abendsterne stehen werde. — Also Slavoniens Wappen am Himmel und knüpft die Frage daran, ob dies Ereigniß nicht bedeutungsvoll genug sei? —

Die Schaaren des General Bem haben einen russischen Courier aufgefangen mit Depeschen an den Fürsten Windischgrätz, worin General Engelhardt meldet, einen Ukas vom Kaiser empfangen zu haben, welcher ihm befiehlt, dem Fürsten Windischgrätz auf dessen Verlangen jedwedes Hilfskorps zur beliebegen Verfügung zu stellen.

Die Abstimmung in der Paulskirche vom 17. war gestern Abend schon bei dem Gouverneur und durchläuft diesen Morgen die Stadt wie ein Lauffeuer. So viel Theilnahme an den deutschen Verhältnissen ist „trotz alledem" doch noch geblieben. Man quält sich hier mit Konjekturen, während in Frankfurt vielleicht schon beschlossen ist.

* **Wien,** 19. März. Die stärkste Opposition gegen die neuen Schritte der Regierung geht von den südslawischen Provinzen aus und die Blätter derselben, besonders die sogenannte südslawische und die Agramer Zeitung führen eine sehr entschiedene Sprache. Einmal wird die bittere Stimmung durch den Verlust der Militärgränze erregt, welche, wie die Agramer Zeitung sagt, noch fernerhin ausschließlich den Militärzwecken des Staates dienen soll, während die slawischen Provinzen alle andern Kriegslasten der Monarchie zu theilen haben. Weiterhin wird eine Germanisirung der Länder kroatischer Zunge zum Nachtheile der Nationalität besorgt. So schreibt die Agramer Zeitung: „In allen Theilen unserer Heimath, vorzüglich aber in der Militärgränze und in der serbischen Wojwodschaft hat die Oktroyirung einer mit den Erwartungen der Südslawen in gar keiner Harmonie stehenden Verfassung den tiefsten, einer schmerzlichen Kränkung nicht unähnlichen Eindruck hinterlassen. Man findet sich bitter enttäuscht. Hätte man uns wenigstens aufgefordert, im Wege des Landtages in die großen Opfer, die für den Gesammtstaat gefordert werden, einzuwilligen, so wäre dieser Schlag nicht halb so schmerzhaft. Aber in dieser Zeit unserer allgemeinen Aufopferung, wie die Rebellen in Ungarn und Italien behandelt zu werden, das ist in der Weltgeschichte noch nicht da gewesen." — Lebhaft werden übereinstimmende Privatnachrichten aus Pesth und Krakau besprochen. Hiernach sollte die an den Gränzen sich immer mehr verstärkende russische Armee dieselben überschreiten, um nicht nur in Ungarn, sondern auch in allen Städten der Monarchie, Wien miteingeschlossen, die Besatzungen zu bilden. (?) Dadurch würden die österr. zur Disponibilität gestellt und zu Verstärkungen nach Ungarn und Italien verwendet werden können.

⁂ **Berlin,** 21. März. Die grimmige Erbitterung der Parteien, welche sich in der zweiten Kammer kund gibt, verursacht allgemeine Besorgniß. Sollen wir denn wieder anfangen, wo wir vorigen November aufhörten? Besorgliche sprechen bereits von einer neuen Auflösung der Kammer. Es wäre gewiß für alle Parteien aufs Tiefste zu beklagen, wenn es wiederum zum Aeußersten käme. Gegenüber den Gefahren, welche uns von allen Seiten bedrohen, sollte das Wort, mit welchem Hr. v. Vincke seine Rede schloß: Versöhnung auf dem Boden der Verfassung, die allgemeine Losung sein. Käme doch bald eine gute Entscheidung von Frankfurt! Nach langem Hin- und Hersprechen hat sich hier

in den höchsten Kreisen die überwiegende Mehrheit für die Annahme entschieden. Aber wenn man ganze Schritte von uns verlangt, so muß man uns auch mit ganzen Schritten entgegenkommen.

Stettin, 17. März. In einer Extrasitzung unserer Stadtverordneten ward gestern der Antrag gestellt beim Ministerium um Befreiung Stettins von der kostspieligen und zeitraubenden Bürgerwehr zu petitioniren. Bei der namentlichen Abstimmung erhob sich für den Antrag Niemand. (Gelächtee im Publikum). Darauf ward geheime Abstimmung verlangt. Die Kugelung ergab 27 Stimmen, die Majorität für den Antrag.

Düsseldorf, 21. März. Nachdem gestern Mittag der Befehl zum Abmarsch der Truppen nach Schleswig widerrufen, dieser Widerruf aber schon am Abend zurückgenommen war, ist heute Morgen endlich definitive Ordre gekommen, daß die designirten Truppentheile hier bleiben sollen. (K. Z.)

München, 21. März. Die Rede des Münchner Abgeordneten Hrn. Ministerialrath v. Hermann bei Gelegenheit des Welcker'schen Antrags hat ihm bei der Partei der Ultramontanen und dickheutigen Partikularisten dahier Gunst und Wohlgefallen gewonnen. Als Hr. v. Hermann sich in Frankfurt auf die Seite des linken Centrums stellte, betrachtete ihn unsere sogenannte „katholische" Partei als ein abtrünniges Schaf der treuen Heerde und die Mitglieder des „Vereins für religiöse Freiheit und konstitutionelle Monarchie", wo Priester, hohe Beamte und die Freunde des Hrn. von Abel sich unter die dichte Masse der privilegirten Bürger mischen, schwuren hoch und theuer: Daß sie bei der nächsten Wahl Hr. v. Hermann ihre Stimmen nicht wieder geben wücden. Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Herr Zander, der Redakteur des ultramontanen Volksboten hält Hrn. v. Hermann warme Lobreden, daß er so wacker für Oesterreich gegen die Usurpationsprojekte des „lutherischen Preußenkönigs in die Schranken getreten und damit auch der Kirche einen wesentlichen Liebesdienst erwiesen. Alle, die sich hier unter die weißblaue Fahne, mit dem Kreuze obenauf, schaaren, vor allen die HH. v. Abel, v. Hörmann; Graf Arco-Valley ꝛc. hört man in den Kreisen, welche sie besuchen, ihre völlige Zufriedenheit mit der jetzigen Haltung des Hrn. v. Hermann äußern, der Mann, welcher es bereits mit allen Parteien verdorben hatte, hat nun wieder Eine für sich und vielleicht kommt dieselbe bald zur gehofften Macht und wird sich erkenntlich zeigen. Die freisinnigen und deutschgesinnten Männer Münchens, welche Hr. v. Hermann nicht täuschen konnte, als er in Frankfurt mit den Bänken der Linken liebäugelte. Jene Männer errathen wohl den Grund der Taktik des Hrn. v. Hermann, an dem man immer annahm, daß er Schloß Nymphenburg und den grünen Ministerlisch nie aus den Augen lasse. Bei seiner letzten Anwesenheit merkte der schlaue Mann, wie gegenwärtig der Wind in Baiern blase und welche Gunst man in gewissen Regionen gewinnen könne, wenn man sich der bösen Aufgabe unterziehen wolle, den Vorschlägen Oesterreichs das Wort zu reden. Möglicherweise könnte sich jedoch Herr von Hermann trotz der Huld, welche ihn jüngst in Nymphenburg beglückt, in gewissen Berechnungen, die nicht allein dem nationalökonomischen Gebiet angehören, getäuscht haben. Fürstliche Dankbarkeit für geleistete Dienste war zu keiner Zeit seltner und halbabgenützte Werkzeuge wirft man auch hier ohne sonderliche Skrupel bei Seite, — sobald man sie entbehren kann. Unter der Münchner Studentenschaft hat die Reaktivirung des Professor Lassaulx einen bedauernswerthen Zwiespalt hervorgebracht, dessen schlimme Folgen sich nicht absehen lassen. Das ganze Seminar unsrer jungen katholischen Theologen hat sich zur Unterzeichnung der Adresse, welche den Beschluß der Regierung freudigst begrüßt, herangedrängt und durch das Losungswort: „Lehrfreiheit" viele unserer jungen Leute mit fortgerissen, welche sich sonst keineswegs zu den kirchlichen Maximen des wiederberufenen Professors bekennen. Dennoch bildet die Gegenpartei der Studenten, welche für eine mißbilligende Demonstration gegen die Wiederanstellung Lassaulx's sich entschied, die entschiedene Mehrheit der hiesigen Studenten. Bei der letzten berathenden allgemeinen Versammlung kam es zwischen beiden Parteien beinahe zu Thätlichkeilen. Die Anhänger des Hrn. v. Lassaulx räumten zuletzt das Feld. So sehr man auch von oben herab wie von andern Seiten bemüht ist, den Enthusiasmus für die deutsche Einheit in Baiern zu lähmen, so äußern doch auch unsere Militärs den wohl ziemlich einstimmigen Wunsch an dem bevorstehenden Krieg im Norden, sei es gegen die Dänen allein oder gegen die mit ihnen verbündeten Russen, thätigen Theil nehmen zu dürfen. Man beneidet die bereits abmarschirten Bataillone, und das ganze bairische Heer beseelt feurige Kriegslust. Daß der Malmöer Waffenstillstand eine Verlängerung erhalten und die Entscheidung somit um 3 Wochen hinausgeschoben worden, will Vielen nicht gefallen. Der Oheim des Königs Max, Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, welcher das baierische Kontingent befehligt, muß bereits auf holsteinischem Boden eingetroffen sein. Sein Begleiter ist der bekannte Oberstlieutnant von der Tann, der sich als Anführer eines Freikorps im schleswig'schen Kriege so ruhmvoll ausgezeichnet hat. Unter den übrigen baierischen Stabsoffizieren, welche zu dieser Expedition bestimmt sind, ist der Hervorragendste Obrist v. Heilbronner, der bekannte Schriftsteller und Reisende, welcher die Reiterei befehligt.

Stuttgart, 22. März. Auf eine Anfrage Wolffs hinsichtlich des Wahlgesetzes erklärt Staatsrath Duvernoy, in der Lage zu sein, in der nächsten Woche den Gesetzesentwurf vorlegen zu können. (S. M.)

Mainz, 22. März. Vorgestern ist von Seiten der hiesigen Militärbehörde den Soldaten die strenge Weisung zugegangen, sich aller eigenmächtigen Gewallhandlungen gegen öffentlich ausgehängte Abbildungen zu enthalten. (F. J.)

Schleswig-Holstein. Eine telegraphische Depesche aus Frankfurt vom 18. März 6½ Uhr Abends hat die Nachricht nach Kassel gebracht, daß sicherm Vernehmen zufolge der Waffenstillstand auf Ansuchen Dänemarks bis zum 15. April verlängert worden ist.

In Hannover ist dieselbe Nachricht am 20 März auf offiziellem Wege eingegangen, wie die Morgenzeitung meldet. Damit stimmt überein, was die lith. Korr. aus Berlin berichtet, daß die nach Schleswig beorderten preußischen Truppen Kontreordre erhalten haben.

Die Friedensunterhandlungen können somit in London ungestört ihren Fortgang nehmen, sie werden auf der Basis der Palmerston'schen Vorschläge geführt.

Die „Börsenhalle" vom 20. März bestätigt das darüber im gestrigen Blatte Angeführte und fügt hinzu: Wenn wir damit den in Kopenhagen gerüchtsweise verlauteten Umstand, daß Herr v. Plessen am verwichenen Donnerstag bereits die Unterschrift des Königs von Preußen zu jenen Friedenspräliminarien dorthin gebracht haben soll, in Verbindung bringen, dürfen wir die Erwartung hegen, ehestens officiell zu erfahren, daß die dänische Streitfrage eine friedliche Lösung erhalten hat.

Schöff Souchay hat ein Schreiben des Reichsministers v. Gagern an die gemeinsame Regierung überbracht, nach welchem für den Fall des Wiederausbruchs der Feindseligkeiten am 26. d. M. alle militärischen und politischen Vorkehrungen ohne Verzug getroffen werden sollen. „Schöff Souchay, heißt es in dem Briefe, ist deßhalb als außerordentlicher Kommissär der Centralgewalt nach Schleswig abgeordnet worden, um für den Fall des Rücktritts der jetzigen gemeinsamen Regierung im Einverständnisse mit derselben und mit der Landesversammlung die nöthigen Einleitungen wegen Einsetzung einer Statthalterschaft in den Herzogthümern zu treffen. Diese Statthalterschaft wird die Regierung der Herzogthümer im Namen der Reichsgewalt, mit Vorbehalt der Rechte der Landesherrn, nach den Bestimmungen des in thatsächlicher Wirksamkeit bestehenden Staatsgrundgesetzes bis zum Abschlusse eines Friedens führen. Der Unterzeichnete hegt zu der erprobten Vaterlandsliebe der Mitglieder der gemeinsamen Regierung das volle Vertrauen, daß sie mit jeder erforderlichen Anstrengung und Aufopferung dem Kommissär der Reichsgewalt zur Seite stehen werden, damit die Aenderung in den Regierungsverhältnissen der Herzogthümer ohne Erschütterung und in derselben ruhigen Haltung bewirkt werde, welche die Herzogthümer seither auch in den schwersten Prüfungen behauptet haben. Frankfurt a. M., den 14. März 1849. Der Präsident des Reichsministerraths H. Gagern. An die hohe gemeinsame Regiernng der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu Gottorf."

Es wurde von der Landesversammlung eine Kommission niedergesetzt, um die weiteren Mittheilungen des Reichsministeriums entgegenzunehmen. (Wes. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 20. März. Gestern entspann sich im Hause eine lebhafte Debatte über das Kriegsbudget. Der Kriegsminister,

Hr. Fox Maule, beantragte die Bewilligung von Geldern für 103,254 Mann, was gegen das vorige Jahr eine Reduktion von 10,000 Mann ergibt. Hr. Hume konnte nicht unterlassen, eine weitere Verringerung des Landesheeres bis auf 89,254 Mann zu beantragen; sein Amendement wurde jedoch mit 182 gegen 40 Stimmen verworfen und die geforderte Summe bewilligt.

Der „Globe" berichtet, daß unter den in London ansässigen Holländern einige Unruhe herrsche, da es bekannt sei, daß der Thronfolger des verstorben Königs seinen festen Entschluß ausgesprochen habe, von dem Nachfolgerecht keinen Gebrauch zu machen. Der Globe hofft jedoch, daß es dem Einfluß der britischen Regierung gelingen werde, den Prinzen von Oranien andern Sinnes zu machen, indem sein Sohn erst sieben bis acht Jahre alt sei, mithin eine längere Regentschaft, die immer ihre Gefahren und Schwierigkeiten habe, in Aussicht stehe. Der Bruder des verstorbenen Königs Prinz Friedrich, sei allerdings ein gescheidter und zur Führung der Regentschaft wohlbefähigter Mann. In der nächstfolgenden Nummer derselben Zeitung heißt es: „Die Lage Hollands erregt jetzt, wo sich gerade eine Deputation bei dem Könige de jure in London befindet, großes Interesse."

Frankreich.

Paris, 21. März. Am Ende der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung war der Paragraph des Vorschlags der Minorität der Kommission, für welchen sich Od. Barrot ausgesprochen hatte, mit 378 gegen 359 Stimmen angenommen worden. Er lautet: „die Klubs sind verboten". Der §. 2. des Minoritätsvorschlags: „es werden nicht als Klubs betrachtet alle öffentlichen und politischen Versammlungen, welche nur zur Berathung eines bestimmten Gegenstandes gehalten werden und nicht permanent sind", sollte heute zur Abstimmung kommen. Vorher erhebt sich Cremieux und spricht: „Gestern habe ich im Namen der Mehrheit der Kommission erklärt, daß der Gesetzentwurf des Ministeriums als unkonstitutionell zu verwerfen sei; heute muß ich im Namen derselben Majorität mich nach Annahme des ersten Paragraphen, der die Klubs unterdrückt, dafür aussprechen, daß wir keinen weitern Theil an dieser Rechtsverletzung nehmen wollen und nicht nur unseren Entwurf zurückziehen, sondern uns auch der ferneren Berathung enthalten." Chacencey im Namen der Minorität drückt sein größtes Erstaunen über diesen so ungewöhnlichen und unerklärlichen Entschluß der Commissions-Majorität aus, um so mehr, als der zweite Paragraph die größte Gewährleistung für Sicherung des Vereinigungsrechtes liefert. Nach einigen Bemerkungen Laboulie's wird zur Zettelabstimmung über diesen zweiten Paragraphen geschritten. Aber da nur 422 Mitglieder, anstatt 500, wie das Reglement als Minimum vorschreibt, an der Abstimmung Theil nehmen, so wird dieselbe für nichtig erklärt. Eine außerordentliche Aufregung herrscht im Versammlungssaale; der größte Theil der Mitglieder der Linken und des Berges verläßt den Saal um sich im Lokale der ehemaligen Deputirtenkammer darüber zu verständigen, ob sie durch ein sistematisches Enthalten von der Abstimmung, die Annahme des Gesetzes unmöglich machen wolle. Auf Verlangen Luncain's wird inzwischen die Zettelabstimmung mit Namensaufruf vorgenommen. Diese Abstimmung dauert über zwei Stunden, denn der Namensaufruf muß dreimal wiederholt werden. Erst hieß es, daß die Abgeordneten der Linken in Masse ihre Entlassung geben wollten; dann aber legte sich die Aufregung und die hauptsächlichsten Mitglieder der Linken und unter ihnen Cremieux selbst, legen endlich ihren Stimmzettel in die Urne.

Um 1/4 Uhr wird das Resultat der Abstimmung verkündet; Zahl der Abstimmenden 614. Für die Annahme des zweiten Paragraphen 464, dagegen 150. Bei der hierauf folgenden einfachen Zettel-Abstimmung über die Gesammtheit des ersten Artikels des Gesetzes gegen die Klubs ergibt sich folgendes Resultat. Zahl der Abstimmenden 707. Für die Annahme 401. Gegen dieselbe 303. Durour nimmt darauf das Wort, um die Aufmerksamkeit der Versammlung auf einen Wahlausschuß zu lenken, der in der Vorstadt St. Honore seine Sitzungen hält und unter dem Schutze der Regierung stehe. Als einen Beweis des antirepublikanischen Geistes dieses Ausschusses liest der Redner zwei Cirkulare, die von diesem Ausschusse in die Provinz geschickt wurden und worin von den Wählern eine unbedingte Ergebenheit gegen Louis Napoleon, der allein Frankreich vom Verderben retten könne, verlangt wird und worin man dieselben auffordert, ein zehnjähriges Wahl-Kaiserthum zu verlangen. Odilon Barrot weist mit Unwillen alle Theilnahme an diesem Wahlausschusse, dessen Existenz er nicht einmal gekannt habe, zurück und erklärt, daß das Ministerium jeden Angriff gegen die Konstitution, von welcher Seite er komme, verfolgen werde.

Die Urtheile der Journale über das Klubgesetz lassen sich leicht ermessen. Die demokratischen Journale erheben sich zum höchsten Grade der Leidenschaft, und der National steht ihnen nicht viel nach. Bemerkenswerth ist überhaupt die mehr und mehr revolutionäre Haltung des National. Wie neulich für Ledru Rollin, hat er heute sogar für Pierre Lerour die größten Lobeserhebungen. Die Presse, deren politische Sehergabe bekannt ist, wirft sich ebenfalls immer mehr in die Opposition.

Die Debats haben heute die Nachricht, daß die österreichische Regierung die ägyptische Flotte zu kaufen beabsichtigte, allein durch die von dem französischen und dem englischen Gesandten bei der Pforte dagegen angebrachten Vorstellungen daran verhindert worden ist.

Die in Toulon und Marseille in Bereitschaft gehaltenen Schiffe sollen Befehl bekommen haben, abzusegeln. Wohin, ist bis jetzt noch Geheimniß der Admiralität. Die Regierung hatte ihre Absicht, im Kirchenstaat zu interveniren, in Folge des Wiederausbruchs des oberitalienischen Krieges aufgegeben; möglich, daß sie sie wieder aufgenommen hat.

Im Prozeß der Maiangeklagten dauert das Zeugenverhör ohne erhebliche Zwischenfälle fort. Vorgestern wurde Marrast, Präsident der Nationalversammlung, der sich mit einem Extrazug nach Bourges begeben hatte (ein Extrazug kostet 2000 Franken) und Ledru Rollin verhört. Letzterer hat in seinem Verhör einen sehr naiven Ausspruch über die Art und Weise gethan, wie Revolutionen zu Stande kommen: „Glaubt ihr, daß man Revolutionen macht, indem man das Wort sagt, für welches man sie macht? Man bemächtigt sich aller Umstände, welche die öffentliche Meinung aufregen können und mit einem geschickten Handstreich stürzt man die Regierung um?

Stand der Renten: 5 pCt. 82. 25; 3 pCt. 52. 10. Bankaktien 2255.

Oesterreichische Monarchie.

Kronstadt, 5. März. Die Szekler haben ihre ganze männliche Bevölkerung vom 18. bis zum 30. Jahre aufgeboten um zu den Waffen zu greifen. (C. Bl. a. B.)

Italien.

* **Turin**, 17. März. Die Deputirtenkammer hat in ihrer Sitzung am 16. das Gesetz über die freiwillige Anleihe mit 111 Stimmen gegen 7 und den Vorschlag zur Ermächtigung die Regierung, die öffentlichen Einkünfte während des Monats April zu erheben, ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

***Parma**. Am 11. März hatten hier blutige Konflikte zwischen den Parmesanern und Oesterreichern statt. Die Veranlassung gab ein Streit mit einer Dame; ein „Deutscher" blieb an einem Bajonettstich todt, ein Bürger der zufällig vorbeiging, fiel durch eine Büchsenkugel. Nun stieg im Augenblick alles auf die Dächer und machte Miene, ein Ziegelbombardement zu beginnen. Der östereichische General kam aber herbei und drohte alle Häuser in den Grund zu schießen, von denen ein einziger Stein herabgeworfen werde. Die Androhung eines solchen Bombardements scheint die Parmesaner auf den Dächern abgekühlt zu haben; von weitern Exzessen verlautet wenigstens nichts. Die Räumung Parma's und Reggio's durch die Oesterreicher wird durch Berichte aus Genua vom 17. im „Semaphore von Marseille" bestätigt.

Modena. Am Morgen des 14. d. sind die k. Truppen aus der Garnison von Modena unter jubelndem Hochrufen auf den Feldmarschall Radetzky ausgezogen, um mit an dem Feldzug in Oberitalien Theil zu nehmen. Als Besatzung bleibt ein starkes Bataillon, nebst Artillerie und anderen nöthigen Spezialwaffen zurück. Der Herzog hat in einer Proklamation den Wiederbeginn des Kriegs seinem Lande unter der Hoffnung angezeigt, „daß die gerechte Sache siegen werde." (B. Z.)

* Einer Privatmittheilung aus **Palermo** vom 8. März zufolge rüstet sich Sicilien zu einem verzweifelten Widerstande. Der neue Kriegsminister, Major Paulet, bekannt durch sein tapferes Benehmen in Messina, entwickelt die größte Thätigkeit. Er hat Sicilien in zwei Militärdivisionen getheilt, deren eine er unter die Befehle des Generalmajors Trobriand, die andere unter die des Brigadekommandeurs Mieroslawski gestellt hat.

Redacteur: **H. Kruse**.

Uebersicht.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 21. März.

Tagesordnung der 192. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der zweiten Lesung der deutschen Reichsverfassung.

Durch den Vicepräsidenten Herrn Kirchgeßner wird die Vormittagssitzung gegen 9½ Uhr eröffnet. Die Abgeordneten haben sich vollzählig und rechtzeitig eingefunden. Dagegen sind die den Zuhörern vorbehaltenen Räume nur spärlich besetzt.

Für die deutsche Kriegsflotte sind eingegangen: 204 Thaler Beiträge von Bewohnern aus Breslau, eingesandt durch den Schatzmeister des konstitutionellen Centralvereins, Hrn. Professor Dr. Regenbrecht in Breslau. 75 Thaler Gold und 100 Thaler Courant von den Frauen und Jungfrauen der Stadt Friedland in Mecklenburg-Strelitz, übergeben vom Abgeordneten Hrn. Thöl aus Rostock. (Beifall.)

Eine heitere Abwechselung in den schweren Ernst des Tages und in die vielfach verstörte Stimmung des Hauses bringt das Erscheinen des Hrn. Schulz von Darmstadt auf der Rednerbühne und das Verlesen nachfolgender, an das jetzt fehlende Reichsministerium gerichteter Anfrufung hervor:

An den interimistischen Herrn Präsidenten des Reichsministeriums:

Da durch Verwerfung des Welcker'schen Antrages, wie sehr auch dessen Annahme politisch und moralisch unmöglich war, gleichwohl die Gefahr näher gerückt ist, daß deutsche Regierungen, den gerechten Forderungen der Nation Trotz bietend, die Oktroyirung einer Reichsverfassung versuchen könnten —

Da es schon lange in der Pflicht des Reichsministeriums lag, für die Beschaffung der Mittel zu sorgen, wodurch es möglich würde, die von der Nationalversammlung „einzig und allein" zu beschließende Reichsverfassung im ganzen Reiche durchzusetzen,

so erlaube ich mir an den interimistischen Herrn Präsidenten des Reichsministeriums die Frage: Ob die provisorische Reichsgewalt über genügende Geldmittel, sowie über eine ausreichende Truppenzahl mit einiger Aussicht auf Erfolg verfügen könnte, um nöthigenfalls selbst gegen den Eigenwillen größerer oder kleinerer Regierungen, der zu beschließenden Reichsverfassung Geltung zu verschaffen?

Oder — falls diese Frage verneinend beantwortet werden müßte:

Ob das insterimistische Reichsministerium gesonnen ist, die hierzu erforderlichen einleitenden Maßregeln zu treffen?

Sodann wird zur Fortsetzung der zweiten Lesung des Verfassungs-Entwurfs verschritten. Das Ergebniß ist die Annahme von

Abschnitt II. Die Reichsgewalt.

Art. II. §. 11. „Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Kriegs und Friedens zu."

Art. III. §. 12. „Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung."

§. 13. „Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Kriegs bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Die Stärke und Beschaffenheit des Reichsheeres wird durch das Gesetz über die Wehrverfassung bestimmt.

Diejenigen Staaten, welche weniger als 500,000 Einwohner haben, sind durch die Reichsgewalt zu größeren militärischen Ganzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, zu vereinigen oder einem angrenzenden größeren Staate anzuschließen. Die näheren Bedingungen einer solchen Vereinigung sind in beiden Fällen durch Vereinbarung der betheiligten Staaten unter Vermittlung und Genehmigung der Reichsgewalt festzustellen."

§. 14. „Die Reichsgewalt ausschließlich hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrolle.

Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Reichsgesetze und der Anordnungen der Reichsgewalt und beziehungsweise in den Grenzen der nach §. 13 getroffenen Vereinbarungen zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, soweit dieselbe nicht für den Dienst des Reichs in Anspruch genommen wird."

§. 15. „In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung in erster Stelle aufzunehmen."

§. 16. „Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem Reiche zur Last."

§. 17. „Ueber eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz."

§. 18. „Den Regierungen der einzelnen Staaten bleibt die Ernennung der Befehlshaber und Offiziere ihrer Truppen, soweit deren Stärke sie erheischt, überlassen.

Für die größeren militärischen Ganzen, zu denen Truppen mehrerer Staaten vereinigt sind, ernennt die Reichsgewalt die kommandirenden Generale der selbstständigen Korps, sowie das Personale der Hauptquartiere."

§. 19. „Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen und Küstenvertheidigungswerke anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reichs es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären.

Die Reichsfestungen und Küstenvertheidigungswerke werden auf Reichskosten unterhalten."

Die gesperrt gedruckten Worte sind ein Zusatz, der aus dem Minderheitserachten in den Paragraphen aufgenommen wird.

§. 20. „Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten oder Kaperbriefe auszugeben.

Die Bemannung der Kriegsflotte bildet einen Theil der deutschen Wehrmacht. Sie ist unabhängig von der Landmacht.

Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotte gestellt wird, ist von der Zahl der von demselben zu haltenden Landtruppen abzurechnen. Das Nähere hierüber, sowie über die Kostenausgleichung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten, bestimmt ein Reichsgesetz.

Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus.

Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte und die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshäfen und Seearsenalen ob.

Ueber die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marineetablissements nöthigen Enteignungen, sowie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden, bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze."

Art. IV. §. 21. „Die Schifffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) bleiben der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen. Die Uferstaaten unterhalten dieselben aus eignen Mitteln.

Ein Reichsgesetz wird bestimmen, wieweit die Mündungen der einzelnen Flüsse zu rechnen sind.

§. 22. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen.

Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reichs zu vermehren und zu erweitern."

Unter den im Bericht über die gestrige Nachmittagssitzung (siehe das Hauptblatt dieser Zeitung vom heutigen Tage) bei der Einschaltung: „Das deutsche Volk ist souverän ꝛc." als bejahend aufgeführten, ist der Name des Herrn Hergenhahn zu streichen. Dieser Abgeordnete hat mit „Nein" geantwortet und die Bewegung, die seiner Abstimmung folgte, ist von unserm Platze aus mißverstanden worden.

§. 23. „Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den Schiffern und deren Ladungen für die Benutzung der Schifffahrtsanstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nothwendigen Kosten nicht übersteigen.

Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt."

§. 24. „In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen.

Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen.

Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse."

Art. V. §. 25. „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die in ihrem schiffbaren Lauf mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüsse und Seen und über die Mündung der in dieselben fallenden Nebenflüsse, sowie über den Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben.

Auf welche Weise die Schiffbarkeit dieser Flüsse erhalten oder verbessert werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz.

Die übrigen Wasserstraßen bleiben der Fürsorge der Einzelstaaten überlassen. Doch steht es der Reichsgewalt zu, wenn sie es im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, allgemeine Bestimmungen über den Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben zu erlassen, sowie einzelne Flüsse unter derselben Voraussetzung den oben erwähnten gemeinsamen Flüssen gleich zu stellen.

Die Reichsgewalt ist befugt, die Einzelstaaten zu gehöriger Erhaltung der Schiffbarkeit dieser Wasserstraßen anzuhalten."

§. 26. Alle deutschen Flüsse sollen für deutsche Schifffahrt von Flußzöllen frei sein. Auch die Flößerei soll auf schiffbaren Flußstrecken solchen Abgaben nicht unterliegen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein."

§. 27. „Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren, welche an den gemeinschaftlichen Flüssen und den Mündungen der in dieselben sich ergießenden Nebenflüsse erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung derartiger Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt.

Es darf in Betreff dieser Gebühren keinerlei Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutscher Staaten stattfinden."

§. 28. „Flußzölle und Flußschifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladungen nur durch die Reichsgewalt gelegt werden."

Art. VI. §. 29. „Die Reichsgewalt hat über die Eisenbahnen und deren Betrieb, soweit es der Schutz des Reichs oder das Interesse des allgemeinen Verkehres erheischt, die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind."

§. 30. „Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reichs oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, die Anlegung von Eisenbahnen zu bewilligen, sowie selbst Eisenbahnen anzulegen, wenn der Einzelstaat, in dessen Gebiet die Anlage erfolgen soll, deren Ausführung ablehnt. Die Benutzung der Eisenbahnen für Reichszwecke steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei."

§. 31. „Bei der Anlegung oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen."

§. 32. „Die Reichsgewalt hat über die Landstraßen die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung, soweit es der Schutz des Reichs oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind."

§. 33. „Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reichs oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, zu verfügen, daß Landstraßen und Kanäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder deren Schiffbarkeit erweitert werde.

Die Anordnung der dazu erforderlichen baulichen Werke erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit den betheiligten Einzelstaaten durch die Reichsgewalt.

Die Ausführung und Unterhaltung der neuen Anlagen geschieht von Reichswegen und auf Reichskosten, wenn eine Verständigung mit den Einzelstaaten nicht erzielt wird."

Die kleine von uns angemerkte Abänderung zu §. 19. abgerechnet, ist die Annahme aller dieser Bestimmungen in der für die zweite Lesung vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Form erfolgt und mit der Abstimmung über §. 33 sind 6 Artikel der Reichsgewalt erschöpft. Die Nachmittagssitzung des heutigen Tages wird mit Artikel VII fortfahren, der von dem Zoll- und Handelsgebiete des Reichs handelt.

⁝ **Frankfurt**, 21. März. Wilhelm Beseler, Vizepräsident der Reichsversammlung, ist heute früh nach Schleswig abgereist.

Mehrere österreichische Abgeordnete haben sich an den Präsidenten Simson gewandt, man möge doch dafür sorgen, daß die österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche nicht auf eine so verächtliche Weise behandelt würden. Wir beklagen die Ausbrüche einer Empfindung, die es freilich schwer sein mag, immer zu unterdrücken. Diese Empfindung bezieht sich nicht auf die Person der Abgeordneten, sondern auf ihre unverantwortliche Handlungsweise. Jeder österreichische Abgeordnete weiß, auf welche Weise er sich nicht blos Achtung, sondern auch Dank und warmen Händedruck von ganz Deutschland verdienen kann.

Wien, 20. März. Heute wurden endlich die drei gestern zum Tode verurtheilten Mörder des Grafen Latour unter ungeheurem Zulaufe durch den Strang hingerichtet. Während der Hinrichtung war die Bastei dem Publikum geschlossen und die dort bereitgehaltenen Geschütze gegen die Stadt gerichtet. Es geschah indessen nicht das Geringste; der Abscheu des Volkes gegen die That war und ist zu groß, um hier eine Demonstration am Platze zu finden. In dem veröffentlichten Todesurtheile wird der aufgelösten akademischen Legion ein großer Theil der Schuld dieser gräßlichen That zugeschrieben.

Prag, im März. Es wird hier eine große Fürstenzusammenkunft erwartet; der Czar will, so heißt es, dem jungen Kaiser einen Besuch abstatten. Der fürstlich-diplomatische Congreß soll hierauf nach einem Badeorte übertragen werden.

(N. K.)

⁒ **Berlin**, 22. März. Die erste Kammer beendigte heute die Debatte über den Leue-Milde'schen Antrag. Eigentlich drehte sich der Kampf um zwei Amendements. Das erste, von Maurach und Gräff, lautet: „In Erwägung, daß zwar die Erlassung der beiden Verordnungen vom 2. und 3. Januar d. J. ohne die vorangegangene Genehmigung der Volksvertretung gesetzlich nicht zu rechtfertigen ist, daß es aber andererseits im Interesse des Landes nicht räthlich erscheint, die fast beendete Justizorganisation zu sistiren, geht die Kammer über den Antrag der Abgeordneten Leue und Milde und die damit in Verbindung stehenden Unteranträge zur Tagesordnung über." Das zweite, von Kühne und Genossen, klingt weniger oppositionell: „In Erwägung, daß zwar der Artikel 105 der Verfassungs-Urkunde auf den Erlaß organischer Bestimmungen von so durchgreifender Wichtigkeit wie die Verordnungen vom 2. und 3. Januar d. J. nicht zu beziehen ist, daß jedoch die Revision der Verfassung zur näheren Begrenzung der in dieser Hinsicht der Regierung zustehenden Befugnisse die Gelegenheit bieten wird, und daß andererseits im Interesse des Landes es nicht räthlich erscheint, die fast beendete Justizorganisation, wie sie nach Maßgabe jener, in Folge früherer Verheißungen ergangenen Verordnungen eingeleitet ist, zu sistiren, geht die Kammer" u. s. w. Wesentlich neue Gründe wurden nicht vorgebracht. Die Gegner der Verordnungen suchten wieder geltend zu machen, daß dieselben nicht dringlich gewesen; daß das Ministerium die Verfassung falsch ausgelegt habe und daß es Pflicht der Volksvertreter sei, gleich dem ersten Bruch der Verfassung sich entgegenzustemmen. Leue vertheidigte seinen Antrag mit großer Energie und erndtete mehrfach Beifall. Von der andern Seite wurde auf die politische Nothwendigkeit der Erlassung solcher Gesetze Nachdruck gelegt. Simons bemerkte, es sei wünschenswerth, daß die übrigen Provinzen den Rheinlanden möglichst gleichgestellt würden, weil dann eine gleichförmige Revision der beiderseitigen Gesetzgebung ermöglicht sei. Der Justizminister bestand darauf, daß der Artikel 105 dem Ministerium gestatte, ohne Ausnahme mit Vorbehalt der Genehmigung Gesetze zu erlassen. Er sei zwar ebenfalls der Meinung, daß dieser Artikel später re-

stringirt werden müsse; für jetzt aber werde das Ministerium dadurch gerechtfertigt. Sonst macht er bekannt, daß die eigenthümliche Frage der Rheinprovinz ihn bestimmte, für den Ostrhein eine Suspension der Ausführung der Verordnungen bis zum 1. Juli eintreten zu lassen; worauf Olfers ein darauf sich beziehendes Amendement zurückzog. Das Amendement Kühne wurde zuletzt mit überwiegender Majorität angenommen. Zu erwähnen sind noch die Entgegnungen von Gräff und Hansemann auf die gestrigen Äußerungen Gerlachs. Gräff erklärte: „Man hat sich hier Persönlichkeiten erlaubt und ausgesprochen, einzelne Abgeordnete seien zurückgekommen von ihren frühern Ansichten. Ich hoffe, daß wir immer mehr lernen werden, die persönliche Ueberzeugung zu achten. Ich habe für die Steuerverweigerung gestimmt und halte noch jetzt mein damaliges Verhalten für völlig gerechtfertigt." Hansemann sagte: „Ein geehrtes Mitglied von gewisser politischer Bedeutung hat gestern Grundsätze ausgesprochen, die früher schädlich wirkten; aber es ist so allein geblieben mit seinen Anklängen an jene verschollene Zeit, daß wir die tröstliche Aussicht auf ihren ewigen Schlaf haben. Unter den Steuerverweigerern, deren jener Redner unversöhnlich gedachte, sind nicht wenige in der Uebereilung zu diesem Schritte gekommen; wir wollen sie nicht fortstoßen, denn sie werden sich aufrichtig bestreben, das konstitutionelle Regiment aufbauen zu helfen!" Die Versammlung zollte diesen Worten Beifall. In der nächsten Sitzung wird Graf Dyhrn den Minister der auswärtigen Angelegenheiten auffordern, der Kammer die Cirkularnote vom 10. d. M. vorzulegen und den Inhalt gegen die Kammer zu begründen, sowie zur Beruhigung des Vaterlandes die Politik, welche das preußische Kabinet in der deutschen Frage gegenüber der österreichischen zu verfolgen gedenkt, der Kammer offen und klar vorzulegen. Der Interpellation sind schon 22 Abgeordnete beigetreten, unter andern Milde, Baumstark, Vincke-Olbendorf, Kuh, Kneblauch und Hesse.

△ **Berlin**, 22. März. In der heutigen Sitzung mahnte Tulff zur Versöhnlichkeit. Man möge die Angriffe auf den aufgelösten Landtag ebensowohl als die auf das Ministerium unterlassen. Die Minister würden in den jetzigen Abstimmungen kein Vertrauensvotum sehen. Noch einen Zwischenfall bildete der Bericht über eine Haussuchung bei D'Ester. Man hatte ihm nachgesagt, er habe einen Viertel Centner Pulver und Blei bei sich, und der Herr Polizeikommissarius hatte ihn in alter väterlicher Fürsorge „warnen wollen, vorsichtig damit umzugehn!" Sodann kam das Amendement von D'Ester zur Berathung, wodurch eine Amnestie für diejenigen, „welche das Zerwürfniß zwischen den verschiedenen Staatsgewalten und die Aufhebung der Herrschaft der Gesetze dem Kreise ihrer Familien entzogen oder in Untersuchung verwickelt haben", verlangt wird. Mätzke führte an: Es fänden sich unter den politischen Gefangenen viele Beamte, welche glaubten, in einem konstitutionellen Staate auch konstitutionell handeln zu müssen. Zum Theil sind es Bürgerwehrmänner, die sich nicht das haben wollen rauben lassen, was ihnen das Blut ihrer Mitbürger errungen. Sein Pathos machte wenig Eindruck. Hierauf erhob sich v. Manteuffel, Minister des Innern: Nach Art. 47 der Verfassungsurkunde kann der König schwebende Untersuchungen nur auf den Grund eines Gesetzes niederschlagen. Ein solches Gesetz existirt noch nicht und da die meisten Untersuchungen noch nicht beendet sind, so würde erst ein besonderes Gesetz nothwendig werden. Man hat dem Ministerium Verfolgungssucht vorgeworfen. Es fühlt sich von diesem Vorwurfe frei. Das Ministerium hätte gern ein mildes Wort gesprochen; aber wo die Pflicht gebeut, muß das Gefühl schweigen und unsere Pflicht ist es Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. Die Ordnung kann aber nur dadurch wieder hergestellt werden, daß dem Rechte sein Lauf gelassen wird. Ueberdies ist die Begriffsverwirrung leider so groß, daß es fast kein Verbrechen giebt, welches sich nicht unter die politischen subsumiren ließe. Das Land verlangt nach Ruhe und Ordnung und ich glaube nicht, daß eine Amnestie der Wunsch desselben ist. Die Zeit ist ernst und weiche Mittel helfen hier nicht.

Ellwanger sprach gegen die Amnestie. Es gebe unter den politischen Verbrechern auch das verdächtigste Gesindel. Es ließe sich Alles entschuldigen, wenn man z. B. die Plünderung des Zeughauses als Drang des Volkes nach Bewaffnung bezeichne. Schramm wandte ein: „Ich fordere namentlich Sie auf (zur Rechten), einen solchen Schritt zur Versöhnung im Lande und hier zu thun, und da der Minister des Innern den Gegenstand in so kalter Weise behandelte, so wenden wir uns an die Krone selbst." — Ueber einen Vorfall in Langensalza erhob sich ein Wortwechsel zwischen ihm und dem Minister des Innern, der den Bericht des Landrath-Verwesers verlas. Dies veranlaßte Schramm, den Landrathsverweser als äußerst verhaßt, als einen gemeinen Spion zu bezeichnen, was ihm einen Verweis des Präsidenten zuzog. Gegen diesen Verweis legte Waldeck Verwahrung ein. Hr. v. Meusebach wollte nach seiner dreitägigen Beobachtung bereits den Leichengeruch der Versammlung wittern! Ist er ein Mäusefalke, daß er einen solchen Raubvogelgeruch hat? Man fühlte allgemein das Unpassende dieser Bemerkung, welche dazu dienen muß, die umlaufenden Gerüchte einer bevorstehenden Auflösung der Kammer zu verstärken. Hr. v. Bismark sprach, wie leicht zu denken, gegen die Amnestie, welche er eine falsche Sentimentalität nannte, und bemerkte späterhin, auch der konstitutionelle König sei ein König von Gottes Gnaden. Blömer redete mit Herzenswärme zur Versöhnung. Auch Schellenberg sprach für die Amnestie: „Ich fordere sie", sagte er, „nicht von dem Standpunkt des Familienwohls, wie der eine Antrag sie fordert, sondern von dem der Gerechtigkeit. In Zeiten, wo eine große Aufregung herrscht, werden auch leidenschaftlichere Thaten begangen und der todte Buchstabe des formellen Rechts paßt für diese dann nicht mehr. Es entsteht ein Widerspruch zwischen dem formellen und dem ewigen Recht, und dieses läßt sich nicht anders ausgleichen, als daß wir von dem Rechte der Amnestie Gebrauch machen. Solche Zeit ist aber die unsere, und es ist Pflicht für uns, dieses Recht anzuwenden. Man sagt freilich, dem Gesetze müsse freier Lauf gelassen werden, aber wo sind die volksthümlichen Gesetze, nach denen wir richten könnten? Seit dem Eintritt dieses Ministeriums ist eine Politik der Parteisucht, der Rache der Verfolgung, ja der Vernichtung ins Leben gerufen worden, welche das größte Unheil über das Volk heraufgeführt hat. Es ist, als ob höllische Rachegeister gegen dasselbe losgelassen werden. Die Suspendirungen, die Verfolgungen, die Maßregelungen nehmen kein Ende. Das ist wahrlich nicht der Weg, der zum Frieden führt, und ich frage Sie, ob das, was wir vorher von dem Minister des Innern hierüber gehört haben, dazu beiträgt." Gegen die Form des D'Esterschen Amendements sprach übrigens er so gut, wie Müller von Siegen.

Hr. v. Manteuffel erklärte sich näher dahin, daß das Ministerium zu einer allgemeinen Amnestie nicht rathen könne, wohl aber in einzelnen Fällen Gnade empfehlen werde. Vincke als Berichterstatter hob schließlich hervor, daß unter den politischen Verbrechern zwar viele Vaterlandsfreunde, aber auch eine ganz andere Art Menschen sich zu finden pflege, und daß die Niederschlagung einer schwebenden Untersuchung nur auf Grund eines Gesetzes erfolgen dürfe. Er erklärte sich gegen alle Amendements ausgenommen das von Jacob („dem vorletzten Passus des Kommissionsadreß-Entwurfs die Worte hinzuzufügen: „und daß dann auch die königliche Milde derer wird gedenken können, welche die Verwirrung politischer Ansichten zu Vergehen verleitet hat.")

Das d'Estersche Amendement ward mit 188 Stimmen gegen 135 verworfen. Mit 167 Stimmen gegen 160 wird folgendes Amendement von Thiel angenommen.

„Zwischen Abschnitt XII. „Wir haben u. s. w." und Abschnitt XIII. „Möge die Vorsehung u. s. w." einen Zusatz dahin einzuschalten: „Wenn wir uns nun auch eifrigst bemühen werden, diesem schönen Ziele nachzustreben, so können wir doch schon jetzt nicht umhin, dem väterlichen Herzen Eurer Majestät, das sich stets milde und gütig erwiesen hat, die dringende Bitte nahe zu legen, daß für alle seit dem 18. März v. J. begangenen politischen Verbrechen und Vergehen volle Verzeihung gewährt werden möge. Eure Majestät wolle überzeugt sein, daß durch den Gebrauch dieses edelsten Vorrechtes der Krone die bestehenden bürgerlichen Zerwürfnisse am sichersten geschlichtet und die Thränen vieler tief bekümmerten Familien getrocknet werden können."

Die Meisten von der Rechten stimmten zwar gegen den Thiel'schen Antrag, wollten aber für den Jakob'schen ihre Stimmen abgeben. Offenbar geschlagen ist die äußerste Rechte, welche gegen jede Amnestie war.

** **Berlin,** 22. März. Gleich nach Ankunft der telegraphischen Depesche aus Frankfurt, welche das Verwerfen des Antrages des Verfassungsausschusses meldete, begaben sich die Minister zum Könige. Die Kunde hat hier einen sehr niederschlagenden Eindruck hervorgebracht. Nur die Schwarzweißen jubeln!

Berlin, 22. März. Die Aussichten einer friedlichen Lösung der dänischen Frage verdunkeln sich. Abgesehen davon, daß die

№ 83. Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung. 24. März 1849.

Uebersicht.

Die österreichischen Abgeordneten.

Deutschland. Würzburg (Die Ernennung des Prof. Phillips und die Universität Würzburg.) Stuttgart (Die Kammerverhandlungen.) Karlsruhe (Das Gesetz über die Deckung der außerordentlichen Staatsbedürfnisse für 1849.) Kassel (Die Aufnahme der Deputation der Stände Seitens des Kurfürsten.) Hamburg (Bürgermeister Bartels. Das Bankett.)

Frankreich. (Die auswärtige Politik. Die Revue des deux mondes über die deutsche Politik.)

Oesterreichische Monarchie. Preßburg (Proklamation gegen die Verbindung mit den Insurgenten.) Lemberg (Kossuth. Die Russen. Die russische Flotte hat Sebastopol verlassen, um die Dardanellen zu passiren.) Agram (Die Uebergabe von Peterwardein erwartet.)

Schweiz. Bern (Die Instruktion an den Truppenkommandanten in Tessin. Die deutschen Flüchtlinge und die Neutralität. Millice Constant lehnt die Ernennung zum römischen Kriegsminister ab.)

Schweden u. Norwegen. (Rüstungen. Cholera.)

Ostindien u. China. (Noch keine neue Schlacht. Verstärkungen für Lord Gough unterwegs. Befürchtungen für den April in Kanton.)

Die österreichischen Abgeordneten.

* Vom Rhein, 22. März. Ich habe Ihnen nicht mehr geschrieben, seitdem ich mir in meinem letzten Briefe mit Welcker darin begegnet war, daß ich schreibend unserm Gagern anmuthete, was Er zur selben Stunde that. Ich dachte dann Einen oder zwei Tage lang, es sei nun des Schreibens nicht mehr nöthig und rüstete mich Zeuge des entscheidenden Tages zu sein. Als ich dann hörte, daß die Sache abermals, auch diese Sache, dieser tumultuarische Antrag verschoben und verzettelt wurde, sah ich voraus, was das Ende sein würde und mir ekelte vor dem Schreiben wie vor dem Reisen. Dieß war nicht eine persönliche Stimmung blos, sondern ich glaube, daß es die allgemeine in ganz Deutschland war. Was man sich für Hoffnungen auf die Frankfurter Entscheidung machte, mögen Sie daher schließen, daß bei Ankunft des Bahnzuges, der die erste Nachricht des Ausganges bringen konnte, in Darmstadt und Heidelberg kaum Eine lebendige Seele auf dem Bahnhof war, sie in Empfang zu nehmen! Dabei ist die Stimmung der Bevölkerung, so weit ich sehen kann, bei Weitem vorwiegend in Sympathie mit dem Welcker'schen Antrage.

Dies war die größeste parlamentarische Schmach, die wir davon tragen konnten. Wir sind vor dem ganzen Auslande prostituirt, und ich sehe nun auch kaum eine Möglichkeit ab, wie man diesen Flecken wieder wegwaschen wollte. Daß es Männer gab, die ihren republikanischen Grundsätzen nichts vergeben wollten, daß es andere gab, die gegen eine Bausch- und Bogenabstimmung in einer so wichtigen Sache waren, das begreife ich. Daß aber diese Männer ihre Wünsche und Grundsätze nicht bis auf die nächste Sitzung, wo ihnen neuer und freier Spielraum gegeben war, vertagen wollten, um des Einen großen Motivs willen, das den Welcker'schen Antrag eingegeben hatte, daß es Leute auf der Linken gab, die zu den Worten, das Vaterland sei in Gefahr, lachen konnten, lachen zu diesen Worten, in dem Augenblicke, wo drei russische Armeekorps an unseren Grenzen stehen, wo Oesterreich Italien und Ungarn erdrückt, zu Deutschlands Erdrückung sein Machtwort gesprochen hat, und zur Untergrabung seiner Verfassung seine Abgeordneten schickt, das ist ein Schimpf, zu dem man in den Blättern der französischen und englischen Geschichte kein Seitenstück finden wird, und niederträchtiger ist mit eines Volkes Ehre nie umgegangen worden. Daß in der entscheidenden Stunde ferner über hundert österreichische Deputirten sich eindrängten, sich zu den bereitwilligen Handlangern der schändlichen Politik machten, die ihr Vaterland nur zu Boden wirft, um uns auch das unsere und unsere Verfassung schadenfroh zu vernichten, dieß ist ein Beispiel von einer moralischen Versunkenheit, die nur mit der politischen wetteifert, die in diesem Schritte zugleich gelegen ist. Daß endlich der deutsche Partikularismus sich in dieser Einheitsversammlung so breit machen konnte und durfte, um den zwei gefährlichsten und gegnerischsten Feinden unserer Zukunft, der Revolution und Republik auf der einen Seite, der österreichischen Reaktion und dem Bundestage auf der andern Seite gleichmäßig die Hand zu reichen, das muß dem Auslande einen unendlichen Stoff zur Verhöhnung unserer politischen Kinderei geben, das verdient uns die Geißel der Revolution, um uns unsere verachtetsten Unarten mit heißem Eisen auszubrennen. Welche unter diesen Fraktionen der größere Theil der allgemeinen Schmach trifft, wird mir schwer zu sagen, der größeste dünkt mir fast, sollte auf die Schwebenden, Unentschiedenen fallen, die kein scharfer Grundsatz und kein partikulares Interesse treibt, sondern nur die persönliche Eitelkeit und die individuelle Grille, die sich nicht unterordnen will. Schließlich ist an der Rechten auch ihre alte selige Sicherheit zu beklagen, der Mangel an allem Aufschwung, die gutmüthige Bereitwilligkeit hinauszuschieben, um ja nicht der Uebereilung beschuldigt zu werden, und was der politischen Sünden mehr sind, die aus zimpferlicher Tugend entspringen.

Ich kenne übrigens noch Eine Schmach für unsere Nationalversammlung, die in meinen Augen noch größer ist, als die eben erlittene. Es ist die, wenn sie nach dieser gemachten Erfahrung nun noch immer zögert, den Oesterreichern die Abstimmung zu wehren. Die Nation hat in den Stimmen so vieler vaterländischer und selbst ständischer Vereine ihre Meinung in dieser Beziehung geäußert und es muß allen diesen Vereinen und allen ständischen Versammlungen jetzt zur heiligen Pflicht gemacht werden, daß sie noch einmal und feierlichst ihre Stimme erheben und gegen jeden Reichstagsbeschluß protestiren, der fernerhin unter dem Einflusse Unbefugter und Unbetheiligter gemacht wird. Es ist aber traurig, daß die Nationalversammlung auf jene Aufforderungen nicht hört, ja, daß sie überhaupt nur nöthig geworden sind. Was hat die rechte Seite gehindert, diesen Antrag auf die Ungiltigkeit österreichischer Stimmen schon vor Monaten zu stellen? Die bloße öffentliche Beredung der Sache würde die Nation aufgeklärt und vielleicht doch das Ehrgefühl eines oder des anderen Oesterreichers geweckt haben! Aber man fürchtete, in der Minorität zu bleiben! Man wollte immer nur schlagen, wenn man den Sieg verschrieben hatte! Als ob die Linke nicht all ihr Ansehen, trotz ihrer steten Minorität, behauptet hätte! Man fürchtete zu verletzen, und ertrug lieber den Schaden und den Spott dazu, den uns die Oesterreicher zufügten. Es ist jetzt dahin gekommen, daß Keiner selbst unter diesen Oesterreichern weiter die Möglichkeit der Verbindung beider Lande verficht und dennoch stimmen sie unsere Verfassung zu Grunde und dennoch lassen wir es geschehen. Ich höre, wenn man über diesen Unsinn eifert, wohl die kleinmüthige Einwendung, die Linke drohe mit auszutreten. Aber man lernt daraus nicht, was man selber zu thun hat! Kann die rechte Seite eine Majorität für die Ungiltigkeit der österreichischen Stimmen jetzt nicht erhalten, so ist der Zeitpunkt richtig genug, die Krisis reif genug, daß sie in Masse austritt und in einem scharfen Manifeste die Nation zur Entscheidung fordert. Dann wollen wir sehen, hinter wem das Volk steht. Wenn es sich dann hinter den Rest des Reichstags stellt, dann mag es sein Geschicke mit Oesterreich machen.

Es kommt uns so eben die Nachricht zu, daß das ganze Ministerium in Folge der Mittwoch-Abstimmung abgetreten ist. Wie viel besser wäre es doch gewesen, wenn Gagern neulich, statt seinen Auftrag zur Verhandlung mit Oesterreich als fortbestehend zu betrachten, seine Vollmacht in die Hände der Versammlung zurückgegeben, dabei die Erwartung ausgesprochen hätte, daß die österreichischen Abgeordneten bei der definitiven Abstimmung mit unserer Verfassung sich des Abstimmens enthalten würden, und wenn er an die freiwillig oder in Folge eines Reichstagsbeschlusses bewirkte Erfüllung dieser Bedingung sein Verbleiben im Ministerium geknüpft hätte. Dies würde der ganzen Sache wahrscheinlich eine andere Wendung gegeben haben. Möglich daß auch jetzt noch die Nationalversammlung zur Besinnung kommt und ihren Weg wie in der Malmöer Stillstandsfrage zurück mißt. Doch mache man sich auch in Frankfurt auf ganz andere Folgen dieses sehr bedenklichen Schrittes gefaßt. Warum sollte es der florentinischen Politik so unangenehm sein, ein Paar Wochen mit einem ministeriellen Interim auszufüllen? Die Verlegenheiten des schleswigschen Krieges wachsen zu lassen? Ein Koalitionsministerium zu bilden und sich damit hin zu schleppen, bis ein glücklicher Schlag in Berlin das Ansehen Oesterreichs nach außen, seine Autorität in Ungarn, seine Zuversicht gegen Deutschland neu gehoben hat? Inzwischen rüstet man den Kongreß der Signatäre der Verträge von 1815 und zieht uns die Haut über dem Kopf zusammen. Die unempfindlichen politischen Dickhäuter in Frankfurt sind im Stande das geschehen zu lassen und sich nicht einmal zu schämen.

Wenn die deutsche Sache in Frankfurt verloren geht, hoffen wir daß Stände und Krone von Preußen ihre Pflicht thun werden.

Deutschland.

⊙ **Würzburg**, 19. März. Der in den Sturz des Ministeriums Abel verwickelte ehemalige Professor Phillips ist unter dem 15. März zum Professor des deutschen Privatrechts an der Universität Würzburg ernannt worden. Diese Ernennung gibt zu ernsten Betrachtungen Anlaß. Fakultät, Senat und Verwaltungsausschuß der Universität hatten sich, als ihnen vor einem halben Jahre das Gesuch des Professors Phillips zur berichtlichen Aeußerung zugeschlossen wurde, gegen dasselbe erklärt, und soviel uns bekannt, ist wenigstens offiziell von Seiten der Universität keine Stimme für den Ernannten laut geworden. Unter dem so vielfach angefeindeten Ministerium Abel sind allerdings Fälle vorgekommen, in welchen Männer, deren Ernennung gewünscht wurde, nicht angestellt wurden, allein niemals erfolgte eine Anstellung, wenn gegen dieselbe eine Verwahrung eingelegt wurde. Sicher kann einer Regierung das Recht nicht bestritten werden, wenn ihr zwei entgegengesetzte Meinungsäußerungen vorliegen, sich für jene zu entscheiden, welche ihr die begründetere scheint, allein in einem konstitutionellen Staate hat sie jeden Schritt zu unterlassen, gegen welchen die betreffende Behörde ihre Bedenken ausgesprochen. Welchen Eindruck muß diese Ernennung aber bei den Universitäten machen, gegen welche man vor nicht langer Zeit ausgesprochen hat, man würdige ihre Bedeutung, ehre und achte ihre Selbstständigkeit. Wie endlich ist es mit den Pflichten eines verantwortlichen Ministers vereinbar, welcher, nachdem er seine Entlassung genommen und erklärt hat, nur noch die laufenden Geschäfte zu besorgen, Personalien erledigt? Herrn Beisler wird gewiß nicht mehr mit Recht nachgesagt werden können, er habe kein Denkmal seiner Wirksamkeit hinterlassen; nein, diese Ernennung, das Einzige, was er während seines langen Wirkens als Unterrichtsminister gethan, wird ihm bei den „Satrapen des Papstes" ein dauerndes Denkmal setzen und volle Verzeihung erwirken. Den Ernannten aber bedauern wir, weil wir seine Ueberzeugung achten, aufrichtig.

÷ **Stuttgart**, 21. März. Die Kammer hat heute wieder einen jener prosaischen Gegenstände erledigt, die gleichwohl zu den Lebensfragen eines modernen Staates gehören: sie hat abermals das Finanzwesen des Staates und speziell das Kapitel der Wirthschaftsabgaben verhandelt. Es lastet auf diesen Abgaben eine doppelte Gehässigkeit: einmal, weil sie nur diejenigen, welche ihren Wein im Wirthshause trinken müssen, also vorzugsweise die weniger bemittelte Klasse treffen, dann und hauptsächlich, weil die vorgeschriebenen Controlmaßregeln in einer nicht bloß höchst veratorischen, sondern auch demüthigenden und erniedrigenden Weise in das Hausrecht eingreifen. Die Kammer erkannte das Alles an, und es wurde von allen Seiten gegen die verhaßten Abgaben gedonnert, wenn auch nur der Abgeordnete Platz, der dießmal freilich stark pro domo plaidirte, sich in seiner sittlichen Entrüstung bis zu der rhetorischen Figur verstieg, daß das Wirthschaftsgesetz ein dreihundertjähriger Tiger sei, welcher den Bürger mit seinen Klauen zerreiße und ihm das Blut aussauge. Gleichwohl wurde eben so allgemein anerkannt, daß die finanzielle Bedeutung der vorliegenden Einnahmsquelle sehr groß sei und durch eine Erhöhung der direkten Steuern sich nicht ersetzen lasse. Als dann der Chef des Finanzdepartements die Erklärung abgab, daß die Regierung für den Augenblick Alles, das jetzige System erträglich zu machen, thue, und zu diesem Zweck namentlich die Akkorde begünstigen werde, ein Verlassen dieses Systems zur Zeit aber umsoweniger räthlich sei, als möglicherweise das ganze indirekte Steuersystem von den deutschen Staaten gemeinschaftlich verändert werden könne, wurde nach Ablehnung eines Antrags, daß bei dem zu erwartenden Abgabensystem die Grundsätze einer allgemeinen Einkommens- und Vermögenssteuer zu Grunde gelegt werden möchten, der Antrag der Abg. Schnitzer und Seeger zum Beschluß erhoben, die Regierung um einen Gesetzentwurf um ein zeitgemäßes und gerechteres Steuersystem zu ersuchen, inzwischen aber über die vorliegenden Petitionen und Anträge zur Tagesordnung überzugehen. „So werden — bemerkte der Abg. Pahl mit gesundem Humor — dem dreihundertjährigen Tiger, der auch in dem Keller des Herrn Platz gewüthet, schon jetzt die Titzen abgestumpft und die Zähne ausgerissen; und tritt endlich das neue System ein, so wird der bewußte Tiger erblinden und sterben, und sein schönes Vließ wird Demjenigen von uns als Siegespreis zu Theil werden, der am muthigsten gegen ihn gekämpft, und ich meine, das sei unser Kollege Platz." Am Schluß der Sitzung wurde noch ein Beschluß gefaßt, der selbst einer Versammlung in Schilda oder Schöppenstedt Ehre gemacht haben würde: es wurde beschlossen, daß den Brauern und Brennern ein angemessener Hausbrauch steuerfrei gelassen werden solle, über einen Antrag aber auf Steuerfreiheit für die Bauern, welche bloß für ihren Hausbrauch brauen, zur Tagesordnung übergegangen. **Interdum bonus dormitat Homerus.**

Karlsruhe, 21. März. Das heute erschienene Regierungsblatt verkündigt nachstehendes Gesetz, die Maßregeln zur Deckung der außerordentlichen Staatsbedürfnisse im Jahr 1849 betreffend:

Die durch Artikel 4, Ziffer 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1848, Regierungsblatt Nr. 48, für das Jahr 1848 bestimmte außerordentliche Steuer der firen Bezüge wird in dem Jahr 1849 auf alles klassensteuerpflichtige Einkommen, so weit es, in einer Hand vereinigt, mehr als 1000 fl. beträgt, ingleichen auf die nach §. 32 des Gesetzes vom 21. Juli 1839 sonst steuerfreien Appanagen, Wittume, Nadelgelder, Sustentationen und Erziehungskosten-Beiträge ausgedehnt, und nebst der ordentlichen Klassensteuer erhoben. Von dem klassensteuerpflichtigen Einkommen, so weit es, in einer Hand vereinigt, nicht mehr als 1000 fl. beträgt, wird in dem Jahr 1849 neben der ordentlichen Klassensteuer der gleiche Betrag als außerordentliche Steuer eingezogen. So weit die in dem klassensteuerpflichtigen Einkommen enthaltenen Geschäftsgebühren zur Bestreitung bestimmter Lasten derselben nothwendig sind, unterliegen sie der außerordentlichen Steuer nicht.

‡ **Kassel**, 21. März. Der Empfang der Stände-Deputation von Seiten des Kurfürsten ist ein höchst ungnädiger, oder vielmehr der Art gewesen, daß Herr v. Sybel sich zu der Aeußerung veranlaßt fand, es sei nicht der Anstand beobachtet, den Jeder im Lande der Ständeversammlung schuldig sei. Hr. Meyer wünschte, der Weg der Adresse möchte nicht gewählt sein, damit der Ständeversammlung und dem Lande ein solch trauriges Gefühl erspart worden wäre. In der Sache selbst hat sich der Kurfürst „weitere Entschließung vorbehalten." Noch muß ich erwähnen, daß selbst Hr. Nebelthau zugab — und das will in der That sehr viel heißen — die Art des Empfangs der Deputation und der Entgegennahme der Adresse sei nicht angemessen und nicht so, wie man sie habe erwarten können, gewesen. Uebrigens ist Hr. Nebelthau der Ansicht, daß die Civilliste des Kurfürsten nicht zu hoch sei, da jeder deutsche Fürst so viel Geldmittel haben müsse, um stets aushelfen zu können, wo die Kräfte des Staats, resp. der Einzelnen nicht weit genug reichten; wie dem Fürsten in der Strafrechtspflege das Begnadigungsrecht zustehe, so müsse ɩc. Die Würdigung dieser Ansicht macht sich von selbst, wenn man bedenkt, daß der Kurfürst von Hessen ein Einkommen von mehr als 650,000 Thalern hat. Was die Stände thun werden, wenn in der Sache eine ablehnende Antwort erfolgt steht dahin; den Ausgabetitel nicht zu bewilligen und damit das Finanzgesetz zu verhindern, ist rechtswidrig; eine Ministerkrisis herbeizuführen, was Hr. Nebelthau vielleicht nicht ungern sehen würde, ist sehr gefährlich und leichtsinnig; was bleibt übrig, als den zweiten Theil des Detker'schen Antrags aufzunehmen und nun mindestens die vertragsmäßige Anwendung des Einkommens für die Zukunft und für die Vergangenheit in dem Wege Rechtens zu verlangen?

(N. C.) **Hamburg**, 18. März. Heute Mittag fand die feierliche Vorstellung des neuen Chefs unseres Bürgermilitärs, welches zu dem Ende durch Detaschements aller Waffengattungen vertreten war, mittelst Rede und Parade auf dem Zeughausmarkte Statt. Bürgermeister Bartels begrüßte den Neuerwählten im Namen des Senates. Der ehrwürdige 88jährige Greis sprach begeisternde Worte mit der Kraft und der Energie eines Jünglings und ließ es sich nicht nehmen, am Arme des Obersten persönlich die Reihen des Militärs zu mustern. Die ehrfurchtgebietende Erscheinung des hochverdienten Mannes hinterließ bei allen Theilnehmenden einen wahrhaft erhebenden Eindruck und der laute Jubel des Militärs und der zahlreich versammelten Zuschauer, welcher seine Abfahrt begleitete, gab Zeugniß von dem ehrenhaften Geiste der Pietät, den die Stürme des vergangenen Jahres der Hamburgischen Bevölkerung nicht haben rauben können.

(N. C.) **Hamburg**, 20. März. Gestern fand das demokratische Bankett zur Feier der Wiener und Berliner Revolution

im großen Saale der Tonhalle Statt. Das Lokal war zu dem Zwecke mit deutschen und rothen Fahnen, Standarten und Emblemen mannigfacher Art reich geziert, die Rednerbühne stellte eine Barrikade dar, welche die ganze Breite des Saales durchschnitt, zur Seite der Redner flatterten Standarten mit den Inschriften „Wien, den 13. März", „Berlin, den 18. März", „Messenhauser", „Robert Blum", „Weidig". Hinter der Tribüne erhob sich ein riesiges Transparent, welches ein Henkersschwert, zeigte, von zwei ineinander geschlungenen Händen gehalten. Gesang und Rede wechselten in buntem Gemisch. Zwei Mitglieder unserer Konstituante, Löwe und Hagen, thaten sich besonders als Redner hervor. Anwesend waren einige Theilnehmer und zahlreiche Zuschauer, der Eindruck war ein komischer. — Hier ein Pröbchen unserer demokratischen Poesie, aus den bei diesem Feste gesungenen Liedern entnommen:

Die Fürstenjagd.
Was saus't von hohen Bergen?
Was braus't durch's tiefe Thal?
Das gilt den Fürstenschergen
Beim Völkerthränenmahl!
Heraus ihr Menschenwürger! u. s. w.

Frankreich.

0 **Paris**, 20. März. Die äußere Politik macht fortwährend den Hauptgegenstand der ministeriellen Zusammenkünfte und die „Presse," das einzige französische Journal, das die beschlossene **Intervention der Republik** zu Gunsten des **Papstes** als weltlichen Oberhauptes des römischen Staates angekündigt hat, veranlaßte den Minister der auswärtigen Angelegenheiten zur Vornahme einer strengen Untersuchung in den Bureaux seiner Departements, um den Urheber der pflichtwidrigen Mittheilung dieses Staatsgeheimnisses ausfindig zu machen. Die Estafette enthielt eine in diesem Sinne gegen diese „indiscrétion" gerichtete Note. Die Behauptung selbst ward jedoch in keinem offiziellen Blatte widerlegt. Die Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Sardinien wurde in der Alpenarmee mit Freude vernommen. Wohlunterrichtete behaupten, daß sich das Ministerium zwar nicht zu einer direkten Theilnahme an dem Streite beider Mächte entschließen wolle, aber sich dennoch bereits mit dem Gedanken vertraut habe, für den Fall, daß Oesterreich das Glück seiner Waffen zu weit verfolgte, Savoyen und Nizza militärisch zu besetzen. In der Pariser Armee gibt sich ein so disciplinwidriger Geist kund, daß der Kriegsminister die Absicht hegt, nicht mehr Truppen hier zu lassen, als die Besetzung der nothwendigen Wachposten erfodert. Die Truppen der Hauptstadt sollen nach Versailles und in das Lager von Saint-Maur versetzt werden. Im letzteren sollen allein 20,000 Mann zusammengezogen werden. Die Fonds der Munizipalität von Paris sind durch die zahlreichen Unterstützungsbeiträge so sehr erschöpft, daß sämmtliche Bäcker bereits von der Nothwendigkeit einer bei weitem geringeren Brodaustheilung benachrichtigt worden sind, welche vom 25. d. M. an stattfinden soll. Da sich nun nach amtlichen Quellen noch immer mehr als 8000 erwerblose Arbeiter hier befinden, hofft man, daß sich das Ministerium entschließen werde, einen außerordentlichen Kredit zum Zwecke der Abwehr der äußersten Noth von der Kammer zu verlangen. Dann wird sich das Ministerium freilich selbst widersprechen müssen, denn wenn man die Sprache der offiziellen Organe hört, so müßte man annehmen, daß der Wohlstand ein allgemeiner gewesen wäre. Die „Sentinelle de la Marine" berichtet heute, daß die Expeditionsbrigade, welche sich bisher in Marseille befunden hat, den Befehl erhalten habe, sich in die Umgegend von Toulon zu begeben, und zu einer plötzlichen Abfahrt bereit zu halten.

00 **Paris**, 22. März. Wie unser „Hadern, während der Feind einbricht", der gegenseitige Neid der Staaten, die Verweigerung der zur Macht Deutschlands nöthigen Leistungen uns um den letzten Rest von Achtung in Europa bringt, Deutschland ganz auf die Stufe der italienischen Republiken setzt, welche der in dem partikularistischen Baiern erscheinenden A. Z. soviel Stoff zu Hohn und schulmeisterlichen Zurechtweisungen gewähren, — davon liefert einen neuen Beweis die neueste Lieferung der Revue des deux mondes vom 15. März. Es heißt da in der politischen Uebersicht bei Gelegenheit der Besprechung des dänischen Waffenstillstandes, daß Preußen, das im vorigen Jahre nur von dem Strom entfesselter revolutionärer Leidenschaften zum Krieg gegen Dänemark fortgerissen worden, nun, da es so schlechten Dank geerntet, wenig geneigt sei, abermals den Befehlen der Centralgewalt Folge zu leisten. „Anders freilich," fährt der Artikel fort, „denkt man in Frankfurt; Hr. v. Gagern hat gegen die Form der Aufkündigung des Waffenstillstandes protestirt und hat gesagt, Deutschland sei zu neuem Krieg bereit, aber wer weiß heute nicht, daß Frankfurt nicht mehr Deutschland ist? So fragte man sich, während Gagern sprach, vielfach in der Paulskirche, wer denn den Krieg führen solle? Preußen wird nicht wollen und ebenso wenig Hannover und die andern Seestaaten; man stützt sich auf den Muth der Aufrührer und sagt ihnen die Unterstützung des Reichs zu. Des Reichs! und seine Mittel? Man hat, in Erwartung einer deutschen Flotte, schon ganze 2 Dutzend Kanonenschaluppen gebaut; für die Flotte hilft alles Terminiren nicht, das Publikum gibt nichts, und man kann wohl Steuern ausschreiben, aber die Staaten zahlen nicht und zwar nicht bloß Oesterreich, Baiern und Sachsen, sondern selbst Luxemburg und Oldenburg."

Wo der Verfasser von den Donaufürstenthümern spricht, sagt er: „Während Rußland Gewehr im Arm auf der Schwelle des Abendlandes steht, streitet Deutschland, welches erwacht zu sein vorgibt, sich herum unter dem Vorwand einer Verfassung und klügelt, Angesichts so zahlreicher und naher Bajonnette, seine Politik aus, wie es sonst seine Philosophie ausklügelte."

Oesterreichische Monarchie.

Presburg. Die Preßb. Zeitung enthält die folgende Proklamation. Unläugbare Thatsachen haben mir die unangenehme Ueberzeugung verschafft, daß die Landbewohner noch hie und da besonders in den untern Gegenden der Schütt, eine sträfliche Verbindung mit den Insurgenten in Komorn unterhalten, und namentlich sich nicht scheuen, versprengte Haufen dieser Rebellen und einzelne derlei Individuen bei sich aufzunehmen, zu verbergen oder ihnen anderweit Vorschub zu leisten. Ich sehe mich daher veranlaßt, den Herrn ersten Vizegespan des Preßburger Comitats zu beauftragen, daß in allen Gemeinden dieses Comitats die Proklamationen Sr. Durchlaucht des Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 26. Dezember v. J. und vom 11. Februar und 9. März d. J. republizirt werden. Hiernach sind die betreffenden Gemeinden für das strafbare Benehmen ihrer Mitglieder, welche den Insurgenten auf was immer für eine Art Vorschub leisten, und selbe bei sich aufnehmen oder verbergen, anstatt sie einzufangen und den Behörden auszuliefern, verantwortlich zu machen, und der Herr Vizegespan hat ferner in meinem Namen zu veröffentlichen, daß von nun an jede Gemeinde, wo Insurgenten einziehen oder eindringen, und nicht eingefangen werden, für jeden nicht abgelieferten Rebellen mit einer Geldstrafe von 100 fl. C. M. belegt, und diese Strafe auch nach Umständen verschärft werden wird, wenn nämlich die Zahl der Rebellen geringer und ihr Einfangen leichter gewesen wäre. Preßburg, am 14. März 1849. **Kempen**, F. M. L., Militär-Distrikts-Kommandant.

○ **Lemberg**, 14. März. Die von Sr. Maj. dem Kaiser ertheilte Reichsverfassung hat hier im Allgemeinen, und in so fern als die zugesicherten Ergänzungen uns nicht enttäuschen, schon deßhalb befriedigt, weil man der langwierigen Debatten im Reichstage herzlich müde war. Die Lösung der Robothentschädigungsfrage, auf welche Alles so sicherlich gewartet hat, ist leider für Galizien noch nicht erfolgt; möge nur dieser so wichtige Gegenstand eine befriedigende Erledigung in Bälde finden. Neuesten Nachrichten zu Folge hat sich Kossuth mit seinem Anhang nach Marmarositz Szigeth, einem Städtchen das 7½ Meilen von der galizischen Grenze entfernt ist, gezogen, und man ist hier darauf gefaßt, daß er nach unserer Provinz zu gelangen trachten wird, weßhalb erst vor etlichen Tagen wieder drei Geschützbatterien an die Grenze abgegangen sind. Jedenfalls dürfte ihm ein solcher Versuch sehr theuer zu stehen kommen. Mit Ausnahme der zwei Städte Hermannstadt und Kronstadt, in welchen beiden 10,000 Russen liegen, ist fast ganz Siebenbürgen von den Insurgenten occupirt. An der Siebenbürger-romanischen Grenze stehen 50,000 Russen marschfertig. Reisende aus Odessa berichten, daß eine russische Flotte, bestehend aus 4 Linienschiffen, 7 Fregatten, 5 Korvetten, 3 Dampfern und vielen Transportschiffen mit 8000 Mann Linientruppen und 617 Feuerschlünden an Bord, am 14. Februar l. J. aus dem Kriegshafen von Sebastopol ausgelaufen ist. Selbe wird den Bosporus und die Dardanellen passiren und

hat ihre Bestimmung in das adriatische Meer. Hier in Galizien wird die Rekrutirung — zur Bildung des 6. Bataillons bei den Infanterie-Regimentern — eifrig betrieben und geht alles ungestört seinen Gang fort, wie denn in der ganzen Provinz die erwünschte Ruhe fortherrscht.

Hermannstadt, 7. März. Unsere Armee hat endlich die Kokellinie gewonnen, nachdem sie den Feind aus seinen drei sehr festen Stellungen vor Mediasch zurückgeworfen hatte. In Mediasch rückte sie am 1. März ein, und somit wäre den feindlichen Verheerungen in einem großen Theile des Sachsenlandes ein Ziel gesetzt. Dagegen erfahren wir aus Fogarasch, daß 200 Szekler bei Heviz in diesen Distrikt eingebrochen, den 2000 Mann starken walachischen Landsturm am hellen Tag überfallen und, da die feigen Walachen gleich flohen, Viele niedergemacht hätten. Vom Schloßkommando in Fogarasch sind darauf 100 Mann Grenzer und eine Kompagnie Fogarascher Bürgerwehr nach Heviz geschickt werden, um das Land vor den Raubeinfällen der Szekler zu schützen. (D. A. Z.)

Agram, 15. März. Nach offizieller Anzeige hat F.-M.-L. Blagoevic endlich Anträge zur Uebergabe der Festung Peterwardein gemacht. Man erwartet stündlich die Nachricht von der Besetzung dieser wichtigen Festung. (Agr. Z.)

Schweiz.

☾ **Bern**, 21. März. In dem großen Kampf, der in Italien heute beginnt, dessen Folgen aber sich weit über die Grenzen dieses Landes nur zu bald fühlbar machen werden, hat die Schweiz die Wahl zwischen zwei Wegen: Betheiligung am Kampfe oder Festhalten an der Neutralität. Jede Abweichung von dem einen oder dem andern Wege, jedes versteckte Spiel, alle halben Maßregeln führen zum Verderben. Wenn es je für die Schweiz eine gebieterische Pflicht war, offen und wahr gegen das Ausland zu sein und das was sie will, ganz zu wollen, so ist dies in dem gegenwärtigen Augenblick der Fall. Die Presse ist in dieser Hinsicht getheilter Ansicht; die Meinung der Majorität des Volks hat sich in dieser Prinzipienfrage noch nirgends ausgesprochen, dürfte aber kaum gesonnen sein, die Neutralität aufzugeben. Der Bundesrath dagegen weiß, was er will, und handelt gemäß dem strengen Neutralitätsprinzip. Alle seine Maßregeln beweisen dies. Wieder neuerdings hat die Ankunft mehrerer deutscher Flüchtlinge in der Schweiz mit französischen Pässen, da Frankreich denselben jede fernere Unterstützung verweigert, verbunden mit den Gerüchten gewisser Pläne, die mit der Lage der Eidgenossenschaft gegen ihre Nachbarstaaten unverträglich sind, die Aufmerksamkeit des Bundesraths auf sich gezogen. Derselbe hat denn auch, diese Umstände, sowie die Ereignisse, die jetzt an den Schweizergränzen sich vorbereiten, in Erwägung ziehend, die Kantone eingeladen, ihre Aufmerksamkeit zu verdoppeln, sowie überhaupt über alle Ereignisse an den Bundesrath zu berichten und besonders jeden Versuch, der die Neutralität der Schweiz bedrohen oder der guten Ordnung schaden könnte, zu verhindern zu suchen. Ferner hat er auch an die Kantone ein Zirkular erlassen, um denselben zu empfehlen, auf ihr Militärwesen besonders Bedacht zu nehmen. — Oberst Rilliet-Constant von Genf hat die Ernennung zum römischen Kiegsminister positiv ausgeschlagen.

Bern, 21. März. Die vom Bundesrath genehmigte Instruktion, welche der eidgenössische Kommissär, Hr. Sidler, dem tessinischen Truppenkommandanten gegeben hat, lautet:

„1) Das unter ihm stehende, in den eidgen. Dienst gerufene Bataillon Nr. 25 hat die Bestimmung, die Integrität und Unantastbarkeit des schweizerischen Gebietes zu schützen und die Aufrechthaltung der schweizerischen Neutralität zu wahren. 2) Es wird hauptsächlich deßwegen jene Theile der Schweizergränze gegen die Lombardei besetzen, welche der Gefährdung am meisten ausgesetzt sein dürften, namentlich den Distrikt Mendrisio. 3) Dasselbe wird jeden Versuch eines bewaffneten Ueberschreitens der Grenze von Seite der Lombardei her kräftig zurückweisen und auch nicht dulden, daß von Seite der Schweiz her Unbefugte, bewaffnet oder unbewaffnet, sich der lombardischen Grenze nähern, viel weniger selbe überschreiten. 4) Es ist daher ein Hauptaugenmerk auf italienische Flüchtlinge zu nehmen, welche etwa einen Einfall in das lombardische Gebiet in Absicht haben könnten, und sorgfältig zu wachen, daß sich keine Flüchtlinge der Grenze nähern. Wenn sich solche zeigten, wären sie zu arretiren und dem Bezirkskommissär zur Verhöraufnahme und weitern Verfügung zuzuführen. 5) Nicht weniger sorgfältig soll darauf geachtet werden, daß nicht Waffenvorräthe vom Schweizerboden her auf das lombardische Gebiet hinüber geschmuggelt werden. 6) Es ist überhaupt alles zu hindern, was im Verlauf der Verhältnisse als eine feindliche Demonstration gegen den einen oder den andern Theil der sich im Kriegszustand befindlichen Mächte betrachtet werden könnte. 7) Der Hr. Bataillonskommandant wird über jeden bedeutenden Verfall oder auch nur Verdacht erweckende Erscheinung dem eidgen. Kommissär, unter dessen Befehl er steht, jederzeit beförderlichen Bericht erstatten, übrigens einen kurzen Rapport demselben täglich einsenden."

Schweden und Norwegen.

Die schwedischen und norwegischen Zeitungen liegen bis zum 13. März vor uns. In Schweden scheint man wiederum zu rüsten. Aftonbladet enthält Bekanntmachungen wegen Anschaffung von Steinkohlen für die Kriegsflotte, und Einberufung der 2., 3. und 4. Klasse der kriegspflichtigen Mannschaft. — Das Kommerzkollegium hat die norwegische Küste von Tauangershafen bei Stavanger bis Lindesnäs als von der Cholera infizirt und die Küste von Lindesnäs bis Laurvig als verdächtig erklärt. In Bergen erkrankten täglich 5—7 Personen an der Cholera. Bis zum 1. März waren daselbst 946 von der Krankheit befallen und 564 gestorben. — An der norwegischen Küste haben sich bedeutende Züge von Frühjahrshäringen sehen lassen. — In Stockholm hat sich eine Aktiengesellschaft gebildet, welche ein Kapital von 200 bis 250,000 Rbthlr. zusammenbringen und für diese Summe billige Wohnungen für die arbeitende Klasse errichten will.

Ostindien.

*Ostindien und China. Die mit der neuesten ostindischen Ueberlandpost angekommenen Nachrichten reichen aus Honkong bis zum 30. Januar und aus Bombay bis zum 17. Februar. Im Pendschab ist die gegenseitige Stellung der kriegführenden Parteien noch dieselbe, wie am Tage nach der großen Schlacht vom 13. Jan. Lord Hugh Gough erwartete in einem befestigten Lager Verstärkungen von Firuspur und Ludiana, und den Zuzug der durch den Fall der Citadelle von Multan verfügbar gewordenen Truppen, welche seine Armee auf 40,000 Mann bringen sollten. Allein man weiß, daß in Indien 40,000 Mann regulärer Truppen ein Personal von wenigstens 300,000 Menschen repräsentiren und ungefähr 200,000 Pferde, Kameele, Elephanten u. s. w. erfordern. Man begreift daher, daß die indische Kompagnie über die Verlängerung des Krieges sehr ungeduldig ist. Außerdem enthalten die neuesten ostindischen Zeitungen noch interessante Nachträge über die Uebergabe der Citadelle und namentlich den tapfern Fürsten von Multan, auf die wir bei nächster Gelegenheit noch zurückkommen. — In China herrscht fortwährend die größte Ruhe. Gleichwohl hegt man Besorgnisse für die Aufrechthaltung des Friedens. Den Verträgen gemäß soll der bis jetzt ausschließlich den Chinesen vorbehaltene Theil der Stadt Kanton, der sogenannte tartarische Theil, im April den Europäern eröffnet werden und man befürchtet bei dieser Gelegenheit den Ausbruch von Unruhen, angeschürt von den in China in ausgedehntem Maßstabe bestehenden geheimen Gesellschaften, welche sich dem Eindringen der Europäer widersetzen wollen. Da, wie gewöhnlich, die chinesischen Behörden bereits erklärt haben, daß sie außer Stande sein werden, das Volk im Zaume zu halten, so bringen die reichen Kaufleute ihre Familien und Kostbarkeiten in Sicherheit, und die englische Flottenabtheilung in dem Hafen von Hongkong zieht bereits Verstärkungen an sich. Indessen ist zu hoffen, daß das gegenseitige gute Einvernehmen der englischen und der chinesischen Behörden einem Unglück vorbeugen wird.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen **Buchhandlung** in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 7 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. L.P.A. Zigs-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

N° 84. **Frankfurt a. M., Sonntag 25. März.** **1849.**

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

Die Pläne der österreichischen Regierung.

Verhandlungen der Reichsversammlung vom 21. März. Parlamentsschau.

Deutschland. Frankfurt (Die Messe und der Verkehr. Die Oktroyirungstendenzen, die Linke und das Volk. Hr. von der Pfordten. Schluß der Sammlungen für die Hinterbliebenen Auerswald's. Einmarsch und Durchmarsch baierischer Truppen. Eine Verloosung für die Familie Blum's. Fürst v. Fürstenberg, Hoffmann, v. d. Pfordten.) Wien (Die Allg. Oesterr. Zeitung verboten. Bekanntmachung über die Angriffe auf Soldaten. Die Beschuldigungen gegen die verhafteten Deputirten. Ein Witzwort Stadions. Ehre und Pflicht eines Oesterreichers. Ein Ministerialschreiben über die Thätigkeit der Behörden bei der Neugestaltung der Verhältnisse. Welden in den Freiherrnstand erhoben. Der österreichische Zolltarif. Besatzungen um Wien. Das Gemeindegesetz erschienen. Das Preßgesetz erwartet.) Grätz (Ministerialerlaß gegen politische Zusammenkünfte u. Vereine der Studirenden.) Berlin (Frankfurt und Berlin. Die preußische Politik. Graf Arnim und Camphausen. Die Kammern. Der Rücktritt des Ministeriums zu erwarten. Die Rechte und die Linke in der zweiten Kammer.) Vom Rhein (Die Stellung Rußlands zu den Traktaten von 1815.) München (Oesterreichische Sonderpolitik in der N. M. Zeitung. Steckbriefe aus Oesterreich. Polizeidirektor Pechmann. H. von Heres und Beisler.) Dresden (Die Regierung empfiehlt den Kammern die Beschleunigung ihrer Berathungen über die Steuergesetze.) Leipzig (Revue über die nach Schleswig bestimmten Truppen. Die Gustav-Adolph-Stiftung.) Baden (Eindrücke der Ereignisse in Frankfurt.) Gotha (Offizielle Mittheilung über die Stärke der gegen Dänemark zu verwendenden Reichstruppen.) Dessau (Petition des Landtages an die Nationalversammlung und das Reichsministerium wegen der Ereignisse in Bernburg.) Kiel (Dänische Kriegsschiffe in Sicht. Militär-Lazareth.)

Großbritannien. London (König Wilhelm III. nach dem Haag abgereist. Aufregung in Kanada.)

Frankreich. Paris (Das Klubgesetz vertagt. Das Budget der Staatsbauten. Die Opposition und ihr Protest. Le peuple. Die auswärtige Politik.)

Italien. Turin (Chrzanowski. Aeußerung des Königs.) Genua (Radetzky zieht sich auf das linke Po-Ufer.) Florenz (Berathung der Bevollmächtigten.) Rom (Die Glocken. Die freiwillige Anleihe.)

Spanien. Madrid (Die bevorstehende Vertagung der Cortes. Marsol's Bande soll vernichtet sein.)

Türkei. Konstantinopel (Die Stellung der Türkei zu Rußland.)

Nordamerika. Vereinigte Staaten. (Die Botschaft des Präsidenten Taylor.)

---

24. März.

Wir sehen uns im Stande, im Zusammenhang die Pläne darzulegen, welche die österreichische Regierung hinsichtlich Deutschlands verfolgt. Wir selbst hegen keinen Zweifel, daß in allen wesentlichen, um nicht zu sagen auch in allen unwesentlichen Punkten die folgende Darstellung genau und zuverlässig ist, und bemerken im Voraus, daß die Richtigkeit unserer Angaben dadurch nicht verdächtigt werden kann, wenn etwa einer oder der andere verantwortliche Minister eines deutschen Königs ganz ehrlich sagt: „Davon weiß ich nichts!"

Der Inhalt des unter dem 17. Jan. an den Berliner Hof gerichteten österreich. Schreibens war wesentlich folgender: Die beiden Großmächte sollten sich mit den königlichen Höfen als provisorischer Gesammtsouverän Deutschlands konstituiren. Während Oesterreich und Preußen von jeder Vergrößerung ihrer Territorien absähen, sollte einem jeden der vier Königreiche ein gewisser Umkreis von Staaten zugestellt werden, die in drei Punkten 1) militärische Leitung, 2) Justizpflege, 3) Verwaltung, sich mit ihm verschmelzen sollten. Die Gemeinsamkeit ständischer Vertretung innerhalb eines solchen Kreises würde der ferneren Entwickelung der vaterländischen Zustände anheimgegeben. Unmittelbar nach erfolgter Verständigung über die Gränzen dieser Kreise sollte jeder der vier Kreis-Könige seine Kreisstände einladen, in diese vorgeschlagene, innige Verbindung mit ihm einzutreten. An der friedlichen Lösung dieser Frage könnte nicht gezweifelt werden, da die Gesandten der beiden Großmächte durch geeignete Ermahnung die etwa widerspenstigen Fürsten, so war die Absicht, überzeugen sollten. Erst wenn die Kreisverhältnisse zufriedenstellend geordnet wären, sollte von der neuen Konstituirung der Gesammt-Obrigkeit eine Mittheilung an die Frankfurter Versammlung ergehen. Wahrscheinlich würde selbige Versammlung, durch die Macht der Ereignisse gedrängt, sich nachgiebig erweisen! Bei dem aufgeregten Zustande der öffentlichen Meinung jedoch und dem möglichen Rückhalt, welchen die Unzufriedenheit einzelner Kreisfürsten einer Opposition der Paulskirche gewähren könnte, wurde vorgeschlagen, noch vor jener Mittheilung in der Nähe von Frankfurt ein Heer von 40,000 Mann unter den Befehlen des Königes von Würtemberg zusammenzuziehen; 20,000 Mann davon sollten preußische, 10,000 baierische und eben so viel würtembergische Krieger sein. Nachdem in dieser Art, wahrscheinlich mit Billigung der zu Frankfurt Versammelten, die Obrigkeit in Deutschland passend geordnet, würde es ein Leichtes sein, zwischen den sechs großen Körpern des deutschen Reiches eine neue Bundesverfassung durch diplomatische Verhandlungen zu begründen, wie das wohlverstandene Interesse der hohen Verbündeten sie erheischte!

Die Antwort auf diese Vorschläge des Fürsten Schwarzenberg gab der preußische Minister durch die zwar unklare, aber ehrlich gemeinte Note vom 23. Januar. Oesterreich ward nun darauf gewiesen, nach Frankfurt einfach aufschiebende Erklärungen gehen zu lassen, im Stillen aber jenen festgewurzelten Plan bloß mit den mittleren Höfen Deutschlands zu besprechen. Von diesen hatte es nach vorausgegangenen Verhandlungen die willigste Nachgiebigkeit zu erwarten, und fand sie. Man suchte Preußen durch die Uebereinstimmung der übrigen Königreiche zu schrecken: doch der 14. Februar und die Collectiv-Note der mit Preußen verbündeten kleineren Staaten lehnten sich immer stärker an den damaligen Gesammtwillen der Vertreter zu Frankfurt. Man versuchte sodann die geschlossene Phalanx der kleineren Regierungen zu sprengen: Kurhessen, welches vorher (um die zwei großen Theile Preußens von einander zu halten) an den König von Hannover verwiesen war, erhielt nun den Brocken einer mit Hessen-Darmstadt abwechselnden Kreis-Souveränetät zugeworfen; und Baden, das glaubte man sicher voraussetzen zu dürfen, würde durch diese ungeheuerliche Zurücksetzung, welche es zum Vasallen von Würtemberg herabsetzte, zur Nachgiebigkeit mürbe gemacht werden, indem es seine Zustimmung für ein ähnliches Zugeständniß verkaufte. Doch auch auf diesem Wege war kein Ergebniß zu erzielen. Die Einheitspartei in der Paulskirche war und blieb der Unterstützung jener an Preußen angelehnten Regierungen sicher. Die unbedingt vaterländisch gesinnte Regierung von Baden insbesondere verschmähte es, sich in jene Pläne einzulassen. Sie ließ sich nicht einschüchtern und ließ die Sache der kleineren deutschen Fürsten nicht fallen.

Man ist in Oesterreich gewohnt, zu Zeiten rasch und entschieden zu handeln. Die Nothwendigkeit, den Reichstag in Kremsier zu verjagen, in einem Augenblicke, wo der gefahrdrohende Verfassungsentwurf berathen werden sollte, traf zusammen mit dem vorläufigen Mißlingen der für Deutschland gehegten Pläne. Man griff rasch zu. Oesterreich erhielt seine Verfassung und das verblüffte Deutschland die erste amtliche Kunde von den „großen durch Volkswahl gebildeten Körpern" in die es zerfallen sollte.

Wer die vorausgegangene Auseinandersetzung gelesen hat wird nicht einen Augenblick zweifeln, daß diese „Körper" mit jenen Kreisen identisch sind, und daß der Plan, auch die ständische Vertretung innerhalb dieser Kreise unnachsichtig zu verschmelzen, nachdem er als unausführbar auf spätere Entwickelung verschoben worden, jetzt in den Vordergrund gestellt wird. Man übersehe den Punkt nicht: — zu den eben angeführten drei tragischen Einheiten von Militär, Justiz und Verwaltung kommt nun noch die durch Volkswahl geeinigte Vertretung, in den vier

oder fünf zu bildenden Kreisen. Was noch an der Idee einer vollständigen Mediatisirung aller Staaten unter jene königlichen Reiche gefehlt hatte, wird jetzt nachgeholt. Ein jeder dieser sechs oder sieben Körper soll durch Vereinbarung der beiden gesetzgebenden Gewalten zum Staatenhause seine Abgeordneten absenden, die Gesammtobrigkeit aber in den Häuptern der einzelnen Körper, also dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige von Preußen und den Kreishauptleuten der übrigen ruhen.

Und nun zu einer gleich wahrhaften und sicheren Darlegung des gegenwärtigen Augenblicks. Die „Errichtung jener provisorischen Gesammtobrigkeit durch die mächtigsten Glieder des Bundes" — mit andern Worten die Oktroyirung einer neuen Bundesverfassung — ist österreichischer Seits mit nichten aufgegeben. Sie ist seit dem 1. März bei den größeren Höfen, mit Ausnahme des preußischen, mit Erfolg weiter verhandelt. Man zweifelt in den Kreisen, welche die Fäden der fünf Hauptstädte in Frankfurt vereinigt halten, durchaus nicht an der Ausführung dieses Planes.

Man hofft folgenden Verlauf der Dinge:

Daß die Reichsversammlung um alles Ansehen komme, dafür braucht man nicht zu sorgen, dafür sorgt sie selbst. Darauf rechnet man, und warum sollte auch Herr von Schmerling so viel Freude empfinden über die Bankerott-Erklärung des Parlamentes, wie er die Abstimmung vom 21. März nennt, obgleich sie anscheinend ein Sieg seiner eigenen Partei war? Zweitens wird und muß ein Reichsministerium zusammentreten, welches gar keinen Halt hat, weder in der öffentlichen Meinung, noch im Einflusse bei den Einzelstaaten. Schon das jetzige Reichsministerium hat die trübseligsten Erfahrungen über den Ungehorsam der einzelnen Staaten machen müssen. Das neue wird vollends ohnmächtig sein, und wenn der eine Staat nicht zahlt, der andere nicht marschirt und der dritte weder Geld noch Truppen hergibt, so wird zuletzt der gesunde Menschenverstand unwillig rufen: Oktroyirt in Gottes Namen! Dann wird auch Preußen durch Erinnerung an Legitimität u. s. w. überzeugt oder auch eingeschüchtert werden, bis es sich zu jenem eigenthümlichen Plane zur Wiedergeburt Deutschlands versteht, welcher vier große neue Körper neben und gegen Preußen aufstellen soll. Endlich muß durch jedes erdenkliche Mittel eine Anzahl der kleineren Staaten gewonnen werden. Man scheut in der That keine Mühe, läßt es in Frankfurt und anderswo in geheimen Unterredungen an eindringlichen Vorstellungen nicht fehlen, um neue Schleppträger für die habsburgische Kabinetspolitik zu gewinnen.

Man solle sich nur eilen, so heißt es dann, den mit Oesterreich verbündeten Staaten beizutreten, um noch an der Oktroyirung, wie sie gewöhnlich genannt wird, Theil zu nehmen. Oktroyirt werde gewiß. Denn die Nationalversammlung sei am Ende, ganz am Ende. Da müssen die Regierungen vorgehen und schon sei alles abgemacht. Preußen werde schon nachfolgen, wenn es an der Reichsversammlung keinen Haltpunkt mehr besitze. Wer da nun noch seine Stellung behaupten wolle, oder Ansprüche auf die Zukunft hege — der solle nur die verlorene Parthie drangeben. Wie ungeheuer doch die Zukunft Deutschlands mit Oesterreich zusammen sei! Sofort werde eine gewaltige Anleihe von hundert oder mehr Millionen gemacht, davon die deutsche Flotte gebaut und eine großartige Politik eingeleitet werden. Und Oesterreich stellt ja schon sofort eine ganz ansehnliche Flotte. Auch sei es durchaus nicht etwa von verfügbaren Landtruppen entblößt — im Gegentheil könne es mit Leichtigkeit den dänischen oder jeden anderen nationalen Krieg führen und werde das auch mit Freuden thun. Hat man an den Proben dieser Beredsamkeit genug?

Das ist der Kern jenes Direktoriums, gegen welches wir schon so lange ankämpfen. Ueber Deutschlands Fürsten und Völker ist also schon das Loos geworfen. Möge nicht auch dieser Warnungsruf unbeachtet, unbenutzt erschallen; er ist vielleicht der letzte!

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 21. März. (Nachmittagssitzung.)

Vorsitzender: Vicepräsident Herr Kirchgeßner.

Die fortgesetzte zweite Lesung ergibt fernerweit die endgiltige Annahme vom Verfassungsabschnitt: Die Reichsgewalt.

Artikel VII. §. 34. „Das deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze mit Wegfall aller Binnengrenzzölle.

Die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zolllinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten.

Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landestheile mittels besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen."

§. 35. „Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, sowie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern. Welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftlich sein sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung.

Ueber die Bestimmungen des §. 35 von den Worten an: „sowie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern ꝛc." wird durch Namensaufruf abgestimmt. Sie werden angenommen mit 353 gegen 136 Stimmen.

§. 36. „Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, sowie der gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchssteuern geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt.

Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maßgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweggenommen; das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt.

Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen."

§. 37. „Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen und welche Bestimmungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt."

§. 38. „Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen."

§. 39. „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt, und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze."

§. 40. „Der Reichsgewalt steht es zu, über das Gewerbwesen Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen."

§. 41. „Erfindungspatente werden ausschließlich von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt; auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, jedes unbefugte Nachahmen von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu."

Art. VIII. §. 42. „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen.

Dieselbe sorgt für gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen, und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Controle.

Der Reichsgewalt steht es zu, die innerhalb mehrerer Postgebiete sich bewegenden Course im Interesse des allgemeinen Verkehrs zu ordnen."

Ueber den Zusatz der Herren Wigard, H. Simon und Schüler: „das Postwesen soll nur im Sinne der Erleichterung und Beförderung des Verkehrs eingerichtet und verwaltet werden" — wird durch Zettel abgestimmt und der Zusatz verworfen mit 255 gegen 216 Stimmen.

§. 43. „Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur von der Reichsgewalt oder mit deren Genehmigung geschlossen werden."

§. 44. „Die Reichsgewalt hat die Befugniß, insofern es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reichs in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung der Berechtigten."

§. 45. „Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen gegen Entschädigung zu benutzen oder auf dem Wege der Enteignung zu erwerben.

Weitere Bestimmungen hierüber, sowie über Benutzung von Telegraphen für den Privatverkehr, sind einem Reichsgesetze vorbehalten."

Art. IX. §. 46. „Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen.

Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen."

§. 47. „Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutsch-

land dasselbe System für Maaß und Gewicht, sowie den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen."

§. 48. „Die Reichsgewalt hat das Recht, das Bankwesen und das Ausgeben von Papiergeld durch die Reichsgesetzgebung zu regeln. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze."

Art. X. §. 49. „Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt aus den Mitteln des Reichs zu bestreiten."

§. 50. „Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Einkünften aus den Zöllen und den gemeinsamen Produktions- und Verbrauchssteuern angewiesen."

§. 51. „Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge aufzunehmen."

§. 52. „Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, sowie Anlehen zu machen oder sonstige Schulden zu kontrahiren."

Nach diesen Abstimmungen wird — 7 Uhr Abends — die zweite Sitzung geschlossen. Die zweite Lesung der Verfassung nimmt **Montag** den 26. ihren weitern Fortgang.

> **Frankfurt**, 24. März. Die Versammlung läßt es sich angelegen sein, die Zeitersparniß, welche die Annahme des Welcker'schen Antrages zur Folge gehabt hat, möglichst gering erscheinen zu lassen; aber als ob es nicht auf einen andern Gewinn bei dem Welcker'schen Antrage abgesehen gewesen wäre, als auf einen bloßen Zeitgewinn! Sie hat heute vielleicht ein Drittel der ganzen Verfassung erledigt. All diese Bestimmungen von den Rechten der Reichsgewalt im Militär-, Post-, Zollwesen u. dgl. begegnen wenig Schwierigkeiten. Fast alle Theile des Hauses sind hier in den Grundsätzen einig; mag man die Fassung der Majoritäts- oder der Minoritätserachten annehmen, es würde wenig Unterschied machen. Bei den Abschnitten vom Reichstag und vom Reichsrath herrscht schon eher erhebliche Meinungsverschiedenheit; ein Interesse können aber auch die Abstimmungen über diese Abschnitte nicht gewähren. Auch hier wird die Mehrheit des Hauses mit der Mehrheit des Ausschusses zusammenfallen. Der eigentliche Kampf und das Interesse des ungewissen Ausgangs knüpft sich nur an die wenigen Punkte, welche in den letzten Zeiten der Gegenstand der Unterhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien waren. Die Kaiserlichen haben es verschmäht, durch Bewilligung der bei diesen Punkten aufgestellten Forderungen sich die Stimmen der Linken zu erkaufen. Die Linke aber hat bewiesen, indem sie ihre Stimmgebung für das Kaiserthum von der Bewilligung dieser Forderungen abhängig machte, daß das Kaiserthum an sich mit ihren Grundsätzen nicht stimmt, und daß sie die fraglichen Bestimmungen als die Hauptsache betont. Nun wohl, um das absolute Veto um das Wahlgesetz ist der freie Kampf eröffnet, sie sollen sich nicht mehr mit gebundenen Händen überliefern, Wind und Sonne sind gleich; mag es sich entscheiden, wo die Mehrheit ist. Dann aber, sei nun der Sieg auf ihrer Seite, oder auf der der Gegner dann hoffen wir werden sie nicht länger anstehen dem Werke das doch auch ihr Werk ist, Leben zu geben. Erst mit dem Oberhaupt tritt das Reich in das Gebiet der Wirklichkeit, nur Ein Oberhaupt ist möglich; es handelt sich nicht um den Kaiser, es handelt sich um Deutschland.

*** **Frankfurt**, 24. März. Unsere Frühjahrsmesse ist vor der Thüre und der Großhandel beginnt schon nächsten Mittwoch. Wenn irgend einer Messe, so sieht man dieser mit überaus geringer Hoffnung auf ein nur einigermaßen erkleckliches Resultat entgegen. Die sich — Dank sei es den Volksfreunden! — immer trüber gestaltenden Aussichten auf die nächste Zukunft Deutschlands haben Handel und Wandel gelähmt, das Vertrauen und den Kredit untergraben. Der Geldmangel, die natürliche Folge dieser kläglichen Verkehrsverhältnisse, wächst dabei mit jedem Tage und es gibt wenige Geschäftsleute, die nicht mit der größten Besorgniß der nächsten Zeit entgegen sehen.

*** **Frankfurt**, 24. März. Von der gestern von Venedey auf der Tribüne gemachten Eröffnung über die Oktroyirungsgelüste Oesterreichs kann man wohl sagen: „Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch endlich an die Sonnen." Deutschland wird nun das Zauder- und Zögerungssystem des österreichischen Ministeriums zu würdigen wissen. Es wird erkennen, daß durch das ewige Hinhalten, das mit der einen Hand geben und mit der andern Hand nehmen, nichts anderes bezweckt wird, als in der That das deutsche Volk für die Oktroyirung einer Verfassung „mürbe" zu machen. Und mit solchen, allerdings bis gestern verschleiert gehaltenen Oktroyirungstendenzen trat die Linke unbewußt in Bund, um den Welckerschen Antrag zu stürzen. Kann man sich einen größeren Widerspruch denken, in welchen dadurch die Linke mit ihren Prinzipien gerathen ist und glaubt sie, daß das deutsche Volk in dem Zwecke die Mittel heilige? Sicher nicht! — Man trete in das Volk und höre, was es zu dem unnatürlichen Bunde sagt. Klug war es aber unter den obwaltenden Umständen, daß einer Debatte über die Welschtyrolerfrage in der gestrigen Nachmittagssitzung vorgebeugt wurde. Es würde einen peinlichen Eindruck gemacht haben, in diesem Augenblicke die allgemeine Kalamität, von denen, die sich die wahren Volksvertreter zu sein wähnen, die Losreißung Welschtyrols von Deutschland vertheidigen zu hören. Es war zu gewagt und deßhalb ließen sich die Abgeordneten Welschtyrols herbei, einstweilen noch anzuerkennen, daß Südtyrol noch nicht von Deutschland getrennt sei!

= **Frankfurt**, 24. März. Der ehemalige sächsische Minister v. d. Pfordten ist allerdings zu dem Reichsverweser berufen worden. Er wird aber schwerlich die Mission übernehmen, ein Reichsministerium zu bilden, da er am besten weiß, wie der Partikularismus dem Reichsministerium die Existenz in Frage zu stellen trachtet.

Frankfurt, 24. März. Das hiesige Spezial-Komite für die Hinterbliebenen Auerswalds hat gegenwärtig seine Sammlungen beendet: eine Summe von mehr als 14,400 Gulden ist demselben zur Verfügung gestellt. Unter den neuesten Beiträgen figurirt auch ein Posten von mehr als 700 Gulden, welcher als Beitrag des in und um Frankfurt konzentrirten mobilen Korps, General von Bechtold, eingeliefert worden, und wir bemerken mit besonderer Freude, daß dazu nicht bloß die beiden dem mobilen Korps angehörenden Bataillone des österreichischen Infanterie-Regiments Erzherzog Rainer, sondern auch die beiden andern in Mainz garnisonirenden Bataillone desselben Regiments reichlich beigesteuert haben. Auch heute sind hier, auf dem Durchmarsch nach dem Kriegsschauplatz im Norden begriffen, zwei Schwadronen bairischer Reiterei angesagt und werden dieselben bis zum 27. hier einquartirt bleiben. Das Montagskränzchen hat vor Kurzem, um den Ertrag der hinterlassenen Familie Robert Blums zuzuweisen, einen von Hrn. Dr. Ringanum geschenkten Brillantring verloost. Der Zufall hat gewollt, daß das Gewinnloos nach Köln, nach der Geburtsstadt Blums, gefallen ist.

Y **Frankfurt**, 24. März. Die durch den Abgang eines Bataillons bairischer Jäger nach Schleswig entstandene Lücke in unserer Garnison ist bereits wieder ergänzt: so eben um 6 Uhr zieht mit klingendem Spiel und unter furchtbarem Schneegestöber ein Bataillon des 6. bairischen Infanterieregiments, zuletzt in Landau, hier ein.

Parl.- Korr. **Frankfurt**, 24. März. Die Bildung des neuen Reichsministeriums scheint gegen gestern nicht bedeutend vorgeschritten zu sein. Wir erwähnen unter den mannigfach cirkulirenden Gerüchten als ziemlich beglaubigt, daß man sich an den Fürsten von Fürstenberg gewandt, daß man ferner dem badischen General Hoffmann das Reichskriegsministerium angeboten hat; von einem glücklichen Resultat der diesfälligen Verhandlungen verlautet noch nichts. Sollte Hr. v. d. Pfordten, Mitglied des frühern sächsischen Ministerii, welches sich bekanntlich nicht durch große Fügsamkeit gegen die Centralgewalt und durch unentschiedene deutsche Politik auszeichnete, in das hiesige Ministerium eintreten, so würde er jetzt die beste Gelegenheit haben, die Kehrseite seines frühern Verfahrens kennen zu lernen.

Wir kommen auf zwei Punkte der gestrigen Abstimmung zurück. Daß die bekannten §§. 2 u. 3 gefallen, daß aber an deren Stelle das bessere und bestimmte Amendement von Wigard getreten, welches zugleich den Vortheil der Verständlichkeit für alle Kreise bietet, ist nur als ein Gewinn anzusehen, und wenn die bundesstaatliche Partei zunächst die früheren Paragraphen festhielt,

so geschah dies besonders, weil dieselben seit dem Oktober gleichsam das Schiboleth des deutschen Bundesstaates geworden zu sein schienen.

⊙ **Frankfurt**, 24. März. Man erzählt sich in der Paulskirche, daß die Aeußerung des Reichsverwesers, er wolle in dem neuen Ministerium weder Oesterreicher noch Preußen haben, daran sei in der Weise verwirklicht zu werden, daß v. d. Pfordten der sächsische, Stüve der hannöversche Minister, ferner Fürst Wallerstein, ein Reichsministerium bilden würden. Wenigstens ein solches, das sich auf die Majorität der Nationalversammlung stützte, wäre es nicht, es würde sich wie man sieht auf die deutschen Königreiche, mit Ausnahme Preußens stützen. Ich höre in meiner Nähe die Bemerkung: „also der Rheinbund unter dem Protektorat Oesterreichs"; Gewiß würde in der Konsequenz dieser Verbindung, wenn sie Bedeutung gewönne, nicht blos das Beseitigen eines Volkshauses in unserer künftigen Verfassung liegen, sondern Oesterreich würde mit großer Kunst die Paralysierung Preußens auf dem friedlichen Wege erreichen. In Wahrheit wir sind in Gefahr, die Geschichte Deutschlands auf 1746 zurückgestellt zu sehen. Oder lebt in Preußen noch ein Rest des alten tüchtigen Geistes? Die erste Kammer in Berlin hat schon darauf geantwortet.

Wien, 18. März. Die den mit Steckbriefen verfolgten Deputirten Füster, Goldmark, Kudlich, Violand u. s. w. zur Last gelegten Verbrechen sind die des Hochverraths, indem man einem Briefwechsel mit Karl Albert und Kossuth auf die Spur gekommen sein soll, und gegen Einzelne liegen noch besondere Anklagen vor. Bei Dr. Fischhof, der bereits von der Militärbehörde dem Kriminalgericht übergeben worden, greift man bis in den Mai verflossenen Jahres zurück und knüpft sodann seine Wirksamkeit im Reichstagsausschuß im Monat Oktober daran. Ihm und Goldmark wird auch die ärgerliche Demonstration gegen Graf Ficquelmont zugeschrieben, die im April 1848 den Rücktritt dieses mit dem russischen Hof so innig vertrauten Staatsmannes zur Folge hatte. (Br. Z.)

Wien, 19. März. Feldzeugmeister Welden hat heute das weitere Erscheinen der Allg. österr. Ztg. verboten, weil sie „eine feindliche, jede Maßregel der Regierung bekrittelnde Stellung angenommen." Auch erklärte er heute in einer Bekanntmachung, daß er, in Folge eines neuen Angriffs auf eine Schildwache, keine Gesuche um Gnadenakte mehr annehmen werde, wenn in den betreffenden Fällen Waffenentdeckungen gemacht worden.

Wien, 19. März. Hr. Hiazint Schulheim, Deputirter zur deutschen Nationalversammlung für den Wahlbezirk Judenburg, erklärt seinen Wählern in der Grätzer Zeitung: Die Depesche des österreichischen Ministeriums vom 9. und der Welcker'sche Antrag stellten sehr in Frage, ob Ehre und Pflicht eines Oesterreichers es erlaubten, an der Frankfurter Versammlung noch ferner Theil zu nehmen. Er glaube daher im Sinne seiner Wähler zu handeln, wenn er vorziehe, lieber die Verständigung über das Resultat jenes Antrages abzuwarten, als auf Kosten des Staatsschatzes eine Reise anzutreten, ohne die Hoffnung zu haben, auf die fragliche Entscheidung irgend einen Einfluß mehr üben zu können.

Die Linz. Zeit. meldet: Das Ministerium des Innern hat an alle Behörden des Landes Cirkularschreiben gerichtet, worin diesen die Grundsätze vorgezeichnet werden, nach denen bei der Neugestaltung der öffentlichen Verhältnisse des Landes die Thätigkeit der Behörden sich richten müsse. Es wird in diesem Schreiben darauf hingewiesen, daß es eine gefährliche Täuschung sein würde, wenn man der Hoffnung sich hingeben wollte, daß mit der Umgestaltung der Verfassung Alles geschehen und ein Wiedereinlenken in die alte Zeit überhaupt möglich sei. Eine solche Hoffnung müßte mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Das Meiste und Schwierigste sei noch zu thun übrig und es sei jetzt nur die Frage, wie das, was im Geiste der neuen Zeit geschehen müsse, mit Vernunft und im gesetzlichen Wege schnell durchgeführt werden könne. Die Verordnung macht dann insbesondere darauf aufmerksam, wie die Stellung der Behörden dem Publikum gegenüber eine ganz verschiedene geworden sei, wie den Einzelnen eine Betheiligung bei den Angelegenheiten der Gemeinde und des Staates eingeräumt werden solle, und es jetzt darauf besonders ankomme, auf jede Weise sie dazu heranzubilden. Zugleich aber werden die Behörden erinnert, daß es ihre Pflicht sei, das Ansehen des Gesetzes aufrecht zu erhalten. Am Schlusse werden dann ausdrücklich alle diejenigen Staatsdiener, welche sich nicht im Stande fühlen, im Sinne der neuen Konstitution zu wirken, aufgefordert, sich einer Stellung zu entschlagen — für die sie nicht fähig seien.

△ **Wien**, den 20. März. Der Gouverneur von Wien, Feldzeugmeister Welden, ist vom Kaiser in den Freiherrnstand erhoben worden; seine Unterschrift in dem gestrigen 29. Armeebülletin trägt bereits den Freiherrntitel.

Zur Regelung des österreichischen Zolltarifs hat man nun eine Kommission niedergesetzt in dem Regierungsrath Baumgärtner und den Ministerialräthen Czörnig und Etsch. Man sieht dem Erfolge mit gespanntem Interesse entgegen.

Die Befestigungen, welche am Tomoberge und Belvedere, auf der Schmelz im Prater schon im Nov. v. J. angeordnet wurden, sind nun in Angriff genommen und werden namentlich im Prater eifrig betrieben, was denn auch nicht ermangelte das leere Gerücht bei dem gemeinen Manne zu erzeugen, die Ungarn seien im Anzuge.

Graf Stadion findet trotz der traurigen Lage des Landes noch Zeit und Lust zum Witz machen. Er gab in diesen Tagen ein Mittagessen, zu welchem auch mehrere Notabilitäten der Linken, als Smolka, Hornbostl u. A. geladen waren. Während der Tafel kommt eine telegraphische Depesche an den Minister, er entschuldigt sich, daß er sie sogleich eröffnet, kehrt aber lachend mit den Worten zurück: „Was glauben Sie, meine Herren! daß der Inhalt gewesen? — Hr. Goldmark wohnt in Breslau im Hotel zur „goldenen Gans."

* **Wien**, 20. März. So eben ist das neue provisorische Gemeindegesetz in 177 Paragraphen erschienen. Nur wenige Züge sind uns hier hervorzuheben verstattet. Die Gemeinde zerfällt nach aufsteigender Stufenfolge in Orts-, Bezirks- und Kreisgemeinde, der Wirkungskreis scharf gesondert, deren Konstituirung und Repräsentation genau angegeben sind. Die faktische Ortsgemeinde bildet die unterste Einheit. In der Regel wird die, als selbstständiges Ganze vermessene Katastralgemeinde darunter verstanden; Stadt und Vorstädte bilden nur eine Ortsgemeinde. In derselben unterscheidet man Gemeindeglieder und Fremde. Die ersteren sind entweder Gemeindebürger oder Gemeindeangehörige. Gemeindebürger sind jene, die ererbten Grundbesitz, Gewerb und Erwerb direkte Steuern zahlen oder von der Gemeinde förmlich als solche anerkannt worden sind. Gemeindeangehörige sind jene, welche durch Geburt oder Aufnahme in den Gemeindeverband gehören. Die Geburt begründet die Zuständigkeit zu jener Gemeinde, in welcher bei ehelichen Kindern die Eltern, bei unehelichen die Mutter Gemeindeglieder sind. Bei Bildung des Gemeindeausschusses ist die Majorität der Interessenten maßgebend. Der Wirkungskreis der Ortsgemeinde ist verwaltend (Gemeindevermögen, Gemeindebeamten, Polizei) und vollziehend (durch die Bürgermeister). Die Wirkungskreise der Bezirks- und Kreisgemeinden ergeben sich in Anordnung und Ueberwachung der untergeordneten Orts- und resp. Bezirksgemeinden. Bei der Bezirksgemeinde treten die Rekrutirungsangelegenheiten in das besondere Ressort. Der Kreisvertretung stehen unaufgefordert Anträge, aufgefordert Gutachten zu. Morgen erscheint das neue Preßgesetz; dem Vernehmen nach enthält dasselbe sehr strenge Bestimmungen.

Grätz, 16. März. Der vorgestern von den Lehrkanzeln herab kundgegebene Ministerialerlaß, durch welchen den Studirenden alle Zusammenkünfte politischer Färbung, so wie alle Abzeichen und Vereinssymbole verboten werden, erhöhte nur den Oppositionsgeist der akademischen Jugend. Auf gestern hatte dieselbe ein großartiges, in Maria-Trost, eine Stunde weit von Grätz, abzuhaltendes Meeting angesagt. Die Behörden beschlossen dessen Verhinderung. Es wurden zu diesem Zwecke Kavalleriepatrouillen, dann Kroaten und eine Kompagnie der Nationalgarde konsignirt, welche Streitmacht richtig die Maria-Troster Gegend besetzte und vier Studenten arretirte, die jedoch durch den abgeordneten Kreiskommissär sogleich in Freiheit gesetzt wurden. Schon in Folge eines jüngst in der Bierhalle abgehaltenen Verbrüderungsfestes waren mehrere Akademiker exkludirt worden. Heute wurden deren zehn verhaftet. Einer von jenen äußerte dem Polizeikommissär gegenüber: „Reizen Sie uns nicht zum Aeußersten; wir sind hier in Grätz 1800 todesmuthige Studenten. Ich selbst bin meiner Ueberzeugung nach Republikaner, glaube jedoch, daß wir für die Republik noch nicht reif sind." Die Aula ist in Aufregung. Es steht jedoch bei der gegenwärtigen Gestalt der Dinge nichts Schlimmeres bevor, als höchstens die Schließung der Kollegien. (C. Bl. a. B.)

⚇ **Berlin**, 21. März. Die Spannung der Gemüther auf Frankfurt hat uns über die traurigen Erinnerungen der Märztage hinübergeholfen. Man stürzt sich jeden Mittag auf die Frankfurter Zeitungen, man forscht jeden Abend nach telegraphischen Depeschen. Es hat sich im Ganzen nicht nur ein ungleich lebendigeres Interesse, sondern auch eine erfreuliche Uebereinstimmung in der Hauptsache herausgestellt. Bundesstaat mit erblichem Oberhaupte ist die entschiedene Forderung auch derjenigen, welche mit Stahl die Reichsverfassung in einzelnen Punkten mißbilligen. Darf man in Frankfurt bei allen Gemäßigten die Ansicht voraussetzen, daß um jeden Preis das Wesentliche der deutschen Einigung zu erstreben sei und daß man dieses Zieles wegen auf die unwesentlichen Formen kein zu großes Gewicht legen müsse — dann kann man sich der frohen Hoffnung auf eine Verständigung zwischen Berlin und Frankfurt hingeben. Denn das kann auch bei Ihnen kein Geheimniß sein, daß man für den Kaisertitel hier nicht schwärmt und daß man um dieses Titels willen nicht gesonnen ist, die friedliche Erreichung des großen Ziels sich zu erschweren. Der rechte Titel wird schon folgen, wenn die Sache da ist; einstweilen erscheint der Kaisertitel gefährlich, weil er die minder Willigen zum Proteste reizt, weil er die Furcht vor Mediatisirungen verstärkt; er erscheint unpassend, weil er eine Gesammtvereinigung der deutschen Nation zu einem Reiche involvirt, welche für's Erste unerreichbar ist. Wenn an Differenzen dieser Art, wie ich sicher hoffe, die Verständigung nicht scheitert, so wird Preußen in allen wesentlichen Punkten sich Deutschland nicht entziehen. Preußens Ehre kann nicht tiefer gekränkt werden, als wenn außerdeutsche Mächte ihm das Recht streitig machen wollen, sich an die Spitze der sich willig ihm anschließenden deutschen Staaten zu stellen. Preußens Ehre ist die Ehre seiner Fürsten und sein König so wenig wie der Thronfolger werden sich an ihrer Ehre etwas vergeben wollen. Freilich sollte die Ernennung des Grafen Arnim nicht ein Mittel sein, die Verständigung mit Oesterreich zu erleichtern; freilich ist dieser Minister in dem Streben nach Vermittelung in seiner Note weiter gegangen, als wünschenswerth war; aber wir wissen auch, daß er darüber mit allen andern Ministern in entschiedenem Widerspruche stand, daß er alsbald wieder ausscheiden wollte, daß Camphausen bei seiner hiesigen Anwesenheit darauf gedrungen hat, entschieden bei den frühern Erklärungen zu verharren und daß er im besten Einverständnisse mit dem Könige von hier abgereist ist. Welches Ministerium sollte auch den jetzt versammelten Kammern gegenüber eine undeutsche Politik zu vertreten wagen! Darum wollen wir an dem guten Glauben festhalten, daß unsere Hoffnungen nicht zu Schanden werden und vor Allem nicht kleinlaut und verzagt oder empört sein, wenn nicht auf Alles, was von Frankfurt kommt, rasch und **rückhaltlos** eingegangen wird.

Unsere erste Kammer macht den Eindruck einer Senatorenversammlung und es gereicht dem Lande zum Ruhme, bei einer so breiten Basis des Wahlgesetzes eine Versammlung von so entschieden hervorragenden Talenten und Charakteren zu Stande gebracht zu haben. Die zweite Kammer gleicht der Wahlstätte zweier feindlichen Heere, aus deren Vorderreihe nach Homerischer Art die Vorkämpfer unermüdlich zu Einzelgefechten vorstürzen. Ich glaube nicht partheiisch zu sein, wenn ich in jeder Versammlung mehr das Uebergewicht des Geistes und des gediegenen Talentes auf der rechten Seite finde, die mit größerer Disziplin zusammenhält und dadurch schon die für die ruhige Zukunft des Landes entschiedensten Siege erfochten hat. Sie ist keine ministerielle, sondern eine ächt patriotische Partei. Nach der nun erfolgten Anerkennung der Verfassung scheint nun in der That die Aufgabe des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel erledigt zu sein, und im Interesse des Landes ist nach Beendigung der Adreßdebatte und Erlassung der Ordnungsgesetze eine wesentliche Erneuerung des Ministeriums und seine Umbildung zu einem parlamentarisch tüchtigen zu erwarten und zu hoffen.

○ **Berlin**, 21. März. Das Beispiel einer gemäßigten und zugleich festen Haltung, das die erste Kammer bei der Berathung über ihre Adresse aufstellte, ist von der zweiten Kammer nicht nachgeahmt worden. Die unversöhnlichen Gegensätze, die sie enthält, haben sich, von den anfänglich rein formellen Geschäften zur Ruhe gezwungen, in den Sitzungen vom 19. und 20. d., bei der Berathung über den Adreßentwurf der Kommission, um so gewaltsamer Luft gemacht. Gleich in der von dem Abgeordneten Behrends beantragten vorläufigen und allgemeinen Diskussion traten sich die beiden Parteien auf das Schroffste gegenüber. Jakoby, Waldeck, D'Ester stellten sich ganz außerhalb der Verfassung, durch die sie zusammenberufen sind. Sie behaupten, nicht in Folge des neuen Wahlgesetzes, sondern vermöge des durch das Gesetz vom 6. April 1848 ausgesprochenen allgemeinen Stimmrechts, zu tagen und sehen sich als eine Fortsetzung der aufgelösten Nationalversammlung an. Dies ist der Standpunkt der Linken. v. Bodelschwingh, Graf Arnim-Boitzenburg und v. Vincke traten diesem Anspruche eben so entschieden entgegen. Am Klarsten hat Jakoby die Grundsätze seiner Partei ausgesprochen, indem er die Verfassung vom 5. Dezember nach Ursprung, Inhalt und Form verwirft. Er erwähnt in seiner Rede des der Volksvertretung vorbehaltenen Rechts der Revision gar nicht und ist hierin konsequent, denn wenn man von einer Sache selbst gar nichts hält, so kann man sich auch auf keine näheren Erörterungen über sie einlassen. Bei der speziellen Debatte über den ersten Satz des Adreßentwurfs wurden nacheinander sechs Amendements entworfen und der Entwurf der Kommission zuletzt, obwohl mit einer sehr kleinen Majorität, angenommen. Das radikalste dieser Amendements, von D'Ester gestellt, ward mit einer sehr großen Majorität zurückgewiesen. Man kann sich indessen wundern, daß es überhaupt zur Diskussion kam und erinnert an gewisse Adressen, welche einst die französische National-Versammlung Ludwig XVI. übergab. In der Sitzung vom 20. d. hielt von Kirchmann eine Rede gegen den ersten Paragraphen des Adreßentwurfes, voller Mißtrauens und voller Vorwürfe gegen die Regierung, aber weniger klar und scharf als die Jakoby's. Er gehört zu den Mitgliedern der Linken, die, unbegreiflicherweise, diese ganze große Angelegenheit unter einem rein juristischen Gesichtspunkte, wie einen Prozeß zwischen Privatleuten, auffassen, von stillschweigender oder ausdrücklicher Einwilligung und dergleichen mehr sprechen und so thun, als gäbe es bei diesem Streit zwischen der Regierung und der Opposition keinen historischen, moralischen, überhaupt keinen allgemeinen Standpunkt. Die Linke, die unter derselben Leitung wie in der aufgelösten Nationalversammlung steht, von demselben Geiste beseelt ist, will die Dinge auf die Spitze treiben, um eine Auflösung der zweiten Kammer herbeizuführen, aus der sie einen vollständigen Sieg des demokratischen Prinzips hofft. Auch erwartet sie, wie überhaupt die ganze Partei, auf die sie sich stützt, gewisse Eventualitäten im Auslande, die einen Bruch mit der Vergangenheit und den Sieg der reinen Demokratie herbeiführen könnten. Denkt die Linke nicht so, wie wir hier annehmen, so ist ihr Verhalten unerklärbar und könnte nur einer Verblendung über die Interessen des Landes und einem Gefühle des Trotzes und der Rache zugeschrieben werden. Schlimm ist es, daß die Rechte der zweiten Kammer wenig bedeutende Redner zu besitzen scheint. Vincke, Bodelschwingh und einige Andere werden fast immer auf der Bresche sein müssen. Die Linke besitzt mehr parlamentarische Routine. Hoffentlich wird sie nie die Majorität bekommen, aber in den Augen des Publikums kann ihre größere Redefertigkeit und ihre Dreistigkeit die Schwäche ihrer Gründe verhüllen.

Vom Rhein, 19. März. Verschiedene Blätter streiten darüber, ob Rußland eine Cirkularnote, die Aufrechthaltung der Verträge von 1815 betreffend, an die verschiedenen Großmächte erlassen habe. Wir wissen aus guter Quelle, daß dieses zwar nicht geschah, allein daß die Bevollmächtigten des Petersburger Kabinets beauftragt waren, durch mündliche Erklärungen den betheiligten Regierungen zu eröffnen, daß es allerdings die Unverletzlichkeit jener Traktate als einen unantastbaren Grundsatz betrachte. Man scheint in Petersburg den jetzigen Zeitpunkt noch nicht für den geeigneten zu halten, Noten zu erlassen, aber zu hoffen, daß derselbe bald, ja recht bald kommen werde. Die russische Diplomatie ist thätiger als je. (D. Rchsz.)

0 **München**, 21. März. Mit größter Spannung verfolgen hier alle Parteien, die Freunde deutscher Einheit sowohl, wie die jetzt verbündeten baierischen Sonderbündler und Ultramontanen, jede von ihrem Standpunkt, den Gang der Verhandlungen über die Welcker'schen Anträge in der verfassunggebenden Reichsversammlung. Die Neue Münchener Zeitung bringt Tag für Tag einen Artikel für die Aufnahme von Gesammtösterreich in den deutschen Bundesstaat oder Staatenbund. Es ist aber wahrscheinlich nur ein unbewußter Irrthum, wenn sie das vom österreichischen Kabinette zugestandene Staatenhaus mit berathender Stimme

als Reichsparlament ausgibt und gar nicht begreifen kann wie man noch mehr verlangen mag, als was Oesterreichs Regierung bietet. Ich bin davon überzeugt, sie und ihr hoher Gönner würden auch das baierische Parlament dreingeben, wenn sie sich dadurch vom deutschen Kaiserthume loskaufen könnten, ohne dabei eine besondere Gefahr zu wagen. Gegen Füster und Violand sind Steckbriefe hier eingelaufen. Die baierische Polizei, die wie es scheint doch noch einige Scheu vor der Gewalt der öffentlichen Meinung hat, wagt es nicht sich offen als Dienerin des österreichischen Militärdespotismus zu bekennen, um ihm im Geheimen desto mehr Vorschub zu leisten; denn anstatt, daß diese Steckbriefe auf dem gewöhnlichen Wege durch das Amtsblatt veröffentlicht und an die äußern Stellen versendet werden, läßt der derzeitige Vorstand der k. Polizeidirektion in München, Hr. Düring, (Polizeidirektor Pechmann ist seit der durch einen Steckbrief entdeckten Drohung eines Angriffs auf Nymphenburg auf allerhöchsten Befehl auf Reisen) diese Steckbriefe ausnahmsweise autographiren und versiegelt an die Aemter gelangen. Wir wollen keinem Flüchtlinge, der vor Windischgrätz's Blutgerüsten flieht, rathen in Baiern ein Asyl zu suchen, — er würde unfehlbar ausgeliefert werden.

München, 21. März. Der Präsident des obersten Rechnungshofs v. Heres wurde dieser seiner Stelle enthoben und zum Staatsrath im ordentlichen Dienste, und der Staatsrath im ordentlichen Dienste v. Beisler zum Präsidenten des obersten Rechnungshofs ernannt. (Allg. Z.)

München, 21. März. Zu Donzdorf im Würtembergischen starb am 10. März der k. baierische Staatsminister a. D., Alois Graf v. Rechberg (und Rothenlöwen), 83 Jahre alt.

Wie der Landbote berichtet, starb am 13. d. das durch seine humoristischen Vota bekannte ehemalige Mitglied der Kammer der Abgeordneten, Hr. Oekonom Simon Weinzierl von Neuhausen in Niederbaiern. Bei Bestellung des Leichengottesdienstes wurde dem Sohne des Verstorbenen vom Ortspfarrer erklärt, daß keine Beimessen abgehalten werden könnten, weil die Geistlichen der Umgegend, die gegen Honorirung hiezu eingeladen wurden, erklärt hätten, daß sie für den Verstorbenen keine Messe lesen könnten, „weil er durch seine Zehntprozesse den Geistlichen großen Schaden zugefügt habe"; die Relikten sahen sich daher genöthigt, die P. P. Franziskaner in Landshut um Aushilfe zu bitten. (Nürnb. Krsp.)

Heute früh stellte sich der frühere Redakteur des eingegangenen Blattes „Das freie Wort," Namens Danzer, der seit mehreren Monaten wegen Hochverraths steckbrieflich verfolgt war, vor dem Untersuchungsrichter des hiesigen Stadtgerichts, wurde aber nach einer 4stündigen Vernehmung sofort entlassen. Gestern wurde ein neu erschienenes Flugblatt „Buß- und Sündenspiegel der Monarchie zu einer österreichischen Generalbeichte" von der Polizei auf Requisition des Staatsanwalts mit Beschlag belegt, ob das Gericht auf den Antrag wegen Einleitung einer Untersuchung eingegangen, ist noch nicht bekannt. (D. k. Z.)

Dresden, 21. März. Vorgestern ist folgendes königl. Dekret an die II. Kammer gelangt. Se. königl. Maj. erkennen die dringende Nothwendigkeit einer baldigen Erledigung sowohl der durch Dekret vom 17. Jan. d. J. an die Kammern gelangten Budgetvorlage auf das Jahr 1849, als auch der nach Inhalt des Dekrets vom 18. Jan. d. J. beabsichtigten Ergänzung und Abänderung der Gewerbe- und Personalsteuer, indem eine längere Verzögerung unausbleibliche Störungen in dem regelmäßigen Gange der Verwaltung bei den betreffenden Zweigen der Staatseinnahme und Ausgabe zur Folge haben würde. Allerhöchstdieselben finden sich demnach veranlaßt, den versammelten Kammern die thunlichste Beschleunigung dieser Gegenstände, namentlich aber die unverweilte Berathung der ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe wegen der auf das Jahr 1849 zu erhebenden Steuern und Abgaben, ingleichen über die Gewerbe- und Personalsteuer, insbesondere auch wegen des Militärbudgets, hiermit anzuempfehlen.

(Gez.) Carl Wolf v. Ehrenstein. (D. A. Z.)

Leipzig, 21. März. Der evangelische Verein der Gustav-Adolf-Stiftung hat unlängst seinen Jahresbericht ausgegeben, aus dem hervorgeht, daß ungeachtet der ungünstigen Umstände die Jahreseinnahme ungefähr 40,000 Thlr. betragen dürfte. Die Zahl der seit Anfang unterstützten Gemeinden ist 360. (D. R.)

*** **Leipzig**, 22. März. So eben nahm der König, in Begleitung des Prinzen Johann und dessen jüngern Sohn Georg Revue über die nach Schleswig-Holstein bestimmten Truppen, soweit sie in und um Leipzig zusammengezogen sind, ab. Es besteht diese Abtheilung aus dem Infanterieregiment Prinz Georg, dem 2. Schützenbataillon nebst 2 Kompagnien des ersten, 1½ Batterien und dem Gardereiterregiment. Der König wurde mit lautem Hurrah von den Truppen und den Zuschauern begrüßt, und hielt an erstere eine kurze Anrede, in der die zuversichtliche Hoffnung aussprach, sie würden den alten Ruhm der sächsischen Waffen auch in dem jetzigen Kriege Ehre machen und mit Lorbeern geschmückt aus dem Kampfe für Deutschlands Ehre zurückkommen. Nach einem Diner, das der König in diesem Augenblick gibt, wird er noch heut nach Dresden zurückkehren und dem Vernehmen nach die von dort aus abmarschierenden Truppen morgen inspiciren. Von hier bricht die genannte Abtheilung morgen Mittags auf. Prinz Albert, der die sächsischen Truppen begleiten wird, ist bereits nach Berlin abgereist.

♂ **Baden**, 23. März. Das Resultat der Abstimmung über den Welcker'schen Antrag hat hier allgemeine Bestürzung, fast möchten wir sagen, Entrüstung hervorgerufen. Das große Werk der Nationalversammlung war so plötzlich dem längst ersehnten Schluß nahe, die Entscheidung so gewiß, und den Wünschen des größten Theils der Nation so entsprechend, daß wir mit Stolz und Hochgefühl dem Ausspruch des Parlaments entgegen sahen, welches nach beinahe einjähriger Berathung, und nachdem es das Vertrauen des Volkes manichfach eingebüßt hatte, seine eigene und des Vaterlandes Ehre vor Europa retten und das Glück und die Wohlfahrt der Nation gründen konnte. Wir haben uns getäuscht, und unsere Hoffnungen drohen zusammenzustürzen. Woher kommt Rettung? Von diesem Parlament? Von der zweiten Lesung der Verfassung? Wird so lange die Geduld des Volkes dauern, und werden so lange die unheimlichen Mächte innerer Zwietracht und äußern Neides uns Frist gönnen? Wir bezweifeln es! Und doch! Wer das Vaterland liebt, darf nie den Muth verlieren. Können wir von dem Parlament nichts hoffen, so hoffen wir um so mehr von den Stimmen des Volkes. Dieses — Gottlob — weiß, was es will, und wofür es sich entscheidet, wenn auch das Parlament diesmal wieder nichts entschieden hat.

Auch bei uns hat die Oktroyirung der österreichischen Verfassung Vielen die Augen geöffnet, die vorher glaubten, nur von der Dynastie Habsburg-Lothringen könne uns Heil kommen. In der österreichischen Reichsversammlung aber ist fortan der Wirkungskreis für österreichische Volksvertreter; nicht im Frankfurter Parlament; sie dürfen nicht zu einer deutschen Verfassung ferner mitwirken, die wie die ihrige wird: was sagen wir **mitwirken** — sie dürfen sie nicht ferner **hindern**. Ohne die Oesterreicher im deutschen Parlament hätten wir jetzt einen deutschen Kaiser; jetzt steht Alles, Alles wieder in Frage, und der dänische Waffenstillstand ist zu Ende; feindlich steht uns die russisch-österreichische Allianz entgegen: und im Innern wuchern Sonderbestrebungen und republikanische Wühlereien ohne Zahl! Jetzt guter Glaube — halte fest an der Zukunft. So eben hören wir, das Reichsministerium sei abgetreten, ein neuer Schlag für Deutschland, doch ein Schlag, der kommen mußte. Vielleicht wird dies der Weg, freilich ein wunderbarer Weg, zum Ziele zu kommen; hoffentlich finden wir dann das Ministerium Gagern wieder.

Gotha, 14. März. Der Regierungsdirektor v. **Wangenheim**, als derzeitiger Chef des herzogl. Staatsministeriums, hat der Abgeordnetenversammlung folgende offizielle Mittheilungen zugehen lassen: Der Krieg mit Dänemark stehe in naher Aussicht, und es sei von der deutschen Centralgewalt zur Stellung der Operationsarmee ein erstes und zweites Aufgebot für nöthig erachtet worden. Dem ersten Aufgebote werden angehören: 1 königl. preußische Division, 1 königl. hannoversche Brigade mit Einschluß 1 braunschweigischen Batterie, ferner 1 königl. sächsische Brigade, 1 königl. bairische Brigade und eine kombinirte Brigade, welche aus Truppenkontingenten von Kurhessen, Nassau, Altenburg, Weimar, Meiningen, Koburg-Gotha und den Fürstenthümern Reuß bestehen werde. Zu dieser Truppenmasse treten noch hinzu die schleswig-holsteinische Division und die in Schleswig stehenden Reichstruppen des 8. deutschen Armeekorps. Das zweite Aufgebot werde aus 2 kaiserl. österreichischen Divisionen und 1 königl. preuß. Division bestehen. Die Kosten, welche für den Marsch der Truppen nach Schleswig sich nöthig machen, sollen auf Anordnung des Reichsministeriums von den einzelnen Staaten vorgeschossen und später bei der Reichskasse behufs der Restituirung liquidirt werden. (D. a. Z.)

Dessau, 20. März. Der Sonderlandtag hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf einer Adresse wegen der Bernburger Vorgänge einstimmig angenommen. Sie geht gleichlautend an die Nationalversammlung und an das Reichsministerium, nur das Petitum lautet in beiden Exemplaren verschieden, dort: „Die Versammlung wolle dahin wirken, daß die gestörte Ordnung in Bernburg wieder hergestellt und die der Vereinigung Anhalts im Wege stehenden Hindernisse beseitigt werden;" hier: „Die Centralgewalt möge 1) einen Reichskommissar so schleunig wie möglich nach Bernburg abordnen und eine Gerichtskommission zur schleunigen und unparteilichen Untersuchung der Vorgänge niedersetzen; 2) die Aufhebung des Belagerungszustandes sofort verfügen; 3) den anhalt-bernburgischen Landtag schleunig einberufen und 4) die kräftigsten Maßregeln zur Vereinigung Bernburgs mit dem übrigen Anhalt ergreifen."

Kiel, 21. März. So eben lassen sich drei dänische Kriegsschiffe, der Angabe nach zwei Corvetten und eine Brigg, vor unserm Hafen sehen; wahrscheinlich die zur Blokirung des Hafens bestimmte Eskadrille.

Es wird auf Anordnung des Kriegsdepartements ein Militärlazareth hier eingerichtet werden.

Die Nachrichten von unserer Armee lauten übereinstimmend dahin, daß Alles von dem heißesten Wunsche beseelt ist, bald mit dem Erbfeinde zusammenzutreffen.

Großbritannien.

* **London**, 21. März. Der „Globe", der zuerst das wenig glaubliche Gerücht verbreitet hatte, daß der holländische Thronerbe auf die Krone zu verzichten zu gedenke, bringt nun in seiner gestrigen Nummer die Nachricht, daß der „gegenwärtige König von Holland, nachdem er sich besuchsweise einige Tage auf dem Landsitz des Herzog und der Herzogin von Cleveland aufgehalten, am gestrigen Tage London verlassen hat, um sich nach dem Haag zu begeben. (Wie wir vernehmen, ist der König im Haag bereits am 21. März in Begleitung der Königin angekommen.)

Den neuesten durch das Dampfboot Europa nach England überbrachten Nachrichten zufolge herrscht in Kanada eine große, nicht unbedenkliche Aufregung, indem die Regierung, auf Grund zahlreicher Petitionen, dem Parlamente das Ansinnen stellt, denjenigen Theile der Bevölkerung, welcher in Folge der frühern Aufstände Verluste erlitten, ohne doch diesen Aufständen thätigen Antheil gewonnen zu haben, eine Mill. Doll. Entschädigungsgelder zu zahlen. Es kam im Parlament zu Montreal darüber zu so heftigen Auftritten, daß die anwesenden Damen sich veranlaßt sahen, die Flucht zu ergreifen; zuletzt aber entschied das Haus mit einer Mehrheit von 59 gegen 20 Stimmen, in einer Komitesitzung den Regierungsvorschlag zu berathen. In Montreal und an andern Orten wurden Versammlungen gehalten, um gegen diese Maßregel Verwahrung einzulegen, man verbrannte sogar das Bild des Kronanwalts in genannter Stadt auf öffentlichem Platze, in den Journalen sprach man, wohl um nur zu schrecken, offen von einem Anschluß an die vereinigten Staaten und für den 5. Febr. befürchtete man in Montreal auf Anlaß der Munizipalwahlen stürmische Scenen und Straßentumulte.

Frankreich.

* **Paris**, 22. März. Die Gefahr der Zerreißung, welche gestern der Nationalversammlung drohte, ist glücklich vorübergegangen. Man hatte aber Furcht, daß die Scenen der Aufregung sich heute erneuern würden, wenn man sogleich das Klubgesetz wieder vornehme. Verschiedene Redner, darunter Em. Arago und Charensey selbst der Berichterstatter der Minorität des Ausschusses, deren Entwurf angenommen worden ist, verlangten deshalb Vertagung. Lacrosse, der Minister der Staatsbauten sprach dagegen. Die Regierung hat, indem sie dieses Gesetz vorschlug, der Stimme ihres Gewissens ebensowohl als dem allgemeinen Verlangen des Landes gehorcht; die öffentliche Sicherheit kann ohne dasselbe nicht bestehen und die Nationalversammlung hat durch ihr gestriges Votum bewiesen, daß sie die Constitution nicht dadurch beeinträchtigt glaubt. Ich verlange daher, daß die Versammlung die Vertagung der Diskussion verwerfe." Die Versammlung scheint diesem Verlangen aber nicht nachgegeben zu haben. Wenigstens finden wir, daß sie sich nach einer kurzen Verhandlung über die Naturalisation der in Frankreich gebornen Fremden mit dem Budget des Ministeriums der Staatsbauten beschäftigte. Die verschiedenen von der Finanzkommission verlangten Ersparnisse werden, trotz des Widerstandes des Ministers, eine nach der anderen angenommen. Kurz vor dem Postschluß nimmt Dufaure aus Veranlassung einer Reduktion von 13 Millionen auf das Kapitel des Straßenbau's daß Wort um sich derselben zu widersetzen. Er frägt, ob bei der Verminderung der Industrie und des Ackerbaus es möglich, ob es politisch sei, daß die Regierung mehr als 100,000 Arbeitern ihr Brod entziehe?

Die Krisis, welche gestern drohte, war vorzüglich durch Hrn. Cremieux heraufbeschworen worden. In der Separatsitzung, welche die Linke in dem alten Deputirtensaal improvisirte, war er es, der am lebhaftesten darauf drang, daß die gesammte Opposition sich der Abstimmung enthalte, und damit einen Beschluß und überhaupt eine Thätigkeit der Nationalversammlung unmöglich mache. Daß dieser Vorschlag, der aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer neuen Revolution geführt hatte, nicht angenommen werden, ist hauptsächlich dem Auftreten von Lagrange, der selbst zur Bergpartei gehört, zuzuschreiben. „Wenn Ihr das thut, was man Euch vorschlägt, sagte er, wenn Ihr Euch der Abstimmung enthaltet, so müßt Ihr auch den Muth haben, mir auf die Straße zu folgen und den Bürgerkrieg zu entzünden." Die Abneigung hiervon bewog die gemäßigt-republikanische Partei an der Abstimmung Theil zu nehmen und so dieselbe möglich zu machen. Uebrigens hatte die Regierung bereits energische Vorsichtsmaßregeln getroffen, und namentlich mehrere Regimenter, feldmäßig bepackt, auf dem Champ de Mars aufgestellt. General Changarnier erschien gegen drei Uhr persönlich, von zwei Adjutanten begleitet, jedoch in bürgerlicher Tracht, am Eingang der Nationalversammlung. Napoleon Bonaparte (Sohn Jeromes) der, beiläufig gesagt, morgen auf seinen Botschafterposten nach Madrid abgeht, der feinste Kopf unter den Napoleoniden, hat sich der Liberté zufolge der Abstimmung kluger Weise enthalten. Heute veröffentlichen die revolutionären Blätter einen von 80 Abgeordneten, die sich trotz Lagrange der Abstimmung enthalten haben, unterzeichneten Protest gegen den (jetzt erst in zweiter Berathung votirten) 1. Artikel des Gesetzes gegen die Klubs. Derselbe ist von Lamennais entworfen, und lautet: „Der 1. Artikel des Gesetzes über die öffentlichen Versammlungen ist eine Verletzung der Verfassung.

„Wir haben durch unser Votum, wir haben durch unsere Nichtabstimmung dagegen protestirt und wir fahren fort nicht zu votiren, weil wir nicht den mindesten Antheil an diesem Gesetze haben wollen, welches ein offenbares Attentat gegen die natürlichen Rechte, so wie gegen die in der Verfassung aufgezeichneten Rechte ist".

Der Peuple fordert, indem er diesen Protest mittheilt, in einem sehr geschickten Artikel zum passiven Widerstande auf. Die Nummer ist bereits mit Beschlag belegt. Der Peuple ist übrigens ebenso wie die Rev. dom. et soc. auch schon wegen seiner Artikel über die Breamörder vor Gericht gezogen.

Den Nachrichten aus dem Süden zufolge ist nun doch wieder Angesichts des Wiederausbruches des Krieges zwischen Sardinien und Oesterreich der Abgang der französischen Expedition zur Okkupation des Kirchenstaates auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der heutige National sieht sogar in dem Empfang des Abgesandten der römischen Republik durch den Präsidenten der Republik und in der feierlichen Begrüßung der Stadt Palermo als Sitzes der revolutionären Regierung von Sicilien durch die Admirale von Frankreich und England eine erfreuliche Rückkehr der Regierung zu einer der französischen Republik mehr angemessenen Politik, als die bisher erfolgte war.

Stand der Renten 5 pCt. 82.80.; 3 pCt. 52.50; Bankaktien 2295.

Spanien.

* **Madrid**, 16. März. Man erwartet die Schließung der Cortes auf den 15. oder 20. April. Der Bandenkrieg in Katalonien dauert fort. Montemolinisten und Republikaner operiren gemeinschaftlich. General Concha gedenkt Telegraphenlinien zu errichten, welche das ganze Land durchkreuzen, um auf diese Weise die Bewegungen der Aufrührer zu überwachen. Die Bande Marsal's soll übrigens, von drei Seiten von den Truppen der Königin plötzlich angegriffen, vernichtet werden sein. Eine große Anzahl von Todten bedeckte das Schlachtfeld.

Italien.

* **Turin.** Von den emigrirten Lombarden scheint das Ministerium nicht gar viel zu erwarten. In dem Berichte des Ministers des Innern an den Reichsverweser, die Anordnung der Massenerhebung in der Lombardei betreffend, heißt es, daß die Emigrirten sich anerboten haben, voran zu marschiren, daß man sich aber nur geringen Erfolg von Leuten, welche im Waffenhandwerke ungeübt und der Militärordnung unkundig seien, versprechen könne. Sie haben in Turin des Lärmens genug gemacht, täglich sind sie durch die Stadt gezogen, haben dem Kriegsminister ein Lebehoch über das andere gebracht. Daß sie aber dasselbe Feuer den österreichischen Kanonen gegenüber besitzen, müssen sie erst beweisen. Chrzanowski ist übrigens ganz der Mann, auch undisciplinirten Haufen die gehörige Energie beizubringen. Beim Beginn des Feldzuges hat er erklärt, vom General bis zum Gemeinen müsse Jeder unweigerlich ihm gehorchen; er würde bei der geringsten Insubordination das Kriegsrecht anwenden. Bei 6 Soldaten hat er die Drohung bereits wahr gemacht; und er scheint Willens, damit fortzufahren, bis er dem Heere den wirklichen Kriegsgeist beigebracht hat.

Ueber die berichtigte letzte Zusammenkunft des Königs mit dem englischen und französischen Gesandten laufen die verschiedensten Gerüchte um. Nach Einem soll er gleich auf die ersten Worte des französischen Gesandten, der ihm zum Frieden zuredete, aufgefahren sein und ihm Vorwürfe gemacht haben, daß sie ihn zur Unterschrift des Waffenstillstandes veranlaßt hätten. Nach Andern äußerte er: „Meine Herren! Der Krieg ist der Wunsch der Nation; ich muß mich diesem Wunsche fügen, will ich nicht meine Krone gefährdet sehen. Ich beginne den Krieg, um der Republik zu entgehen! Wenn Sie, meine Herren, mir nicht die Versicherung geben können, daß Ihre Regierungen mir meinen Thron garantiren, so darf ich nicht länger zögern das letzte Mittel zu ergreifen, das mir übrig bleibt — den Krieg.“

* **Genua**, 17. März. Allen Nachrichten zufolge ziehen sich die Oesterreicher auf das linke Po-Ufer zurück. Radetzky scheint wie im vorigen Jahr sich zunächst auf die Defensive beschränken zu wollen.

* **Florenz**, 16. März. Eine lange Berathung hat zwischen der provisorischen Regierung und den Bevollmächtigten von Rom und Piemont stattgefunden, um sich über die Mittel zur Vertreibung des gemeinschaftlichen Feindes zu verständigen.

* **Rom**, 12. März. Gestern fand aus Veranlassung der Herabnahme der Glocken, welche zu Kanonen verschmolzen werden sollen, ein Widerstandsversuch Statt, der jedoch von der Nationalgarde schnell unterdrückt wurde. Der Minister des Innern veröffentlicht deßhalb heute eine Proklamation an das römische Volk, worin er erklärt, daß die Regierung nie die Absicht gehabt habe, die Kirchen der zum Gottesdienst nothwendigen Glocken zu berauben und daß man nur die überflüssigen in Vertheidigungsmittel gegen den gemeinsamen Feind verwandeln wolle. Er spricht zugleich der Nationalgarde den Dank der Regierung aus, daß sie die Ausführung des Gesetzes gegen die Väter der Kongregation des hl. Philipp wirksam unterstützt habe. Der römische Moniteur beklagt sich in seinem nicht offiziellen Theile über das Widerstreben der wohlhabenden Klassen zu Rom, den Bedürfnissen des Staates zu Hülfe zu kommen, während in Ferrara dem österreichischen General einige Stunden hingereicht haben, um sich 200,000 Scudi zu verschaffen. Es sei in der ganzen Republik seit zwei Monaten nicht so viel freiwillig dargeboten worden. Das Journal droht mit energischen Maßregeln, welche die Konstituante bis jetzt bloß deßwegen nicht angewendet habe, weil sie auf den guten Willen der Reichen zählte.

Heute verbietet der Vollziehungsausschuß der Republik „im Namen Gottes und des Volks“ (die gewöhnliche Eingangsformel seiner Dekrete) der geistlichen Macht jede Einmischung in die Verwaltung der Güter der Hospitäler, der Waisenhäuser und aller andern frommen Wohlthätigkeitsanstalten.

Türkei.

Konstantinopel, 7. März. Was die Verwicklungen zwischen der hohen Pforte und Rußland anlangt, so erfährt man, daß am 2. März bis in die Nacht hinein der Großherr selbst lange mit den hiesigen Gesandten Englands, Frankreichs und Oesterreichs konferirt hat; von Seiten Oesterreichs soll große Willfährigkeit für alle Wünsche Rußlands kundgegeben worden sein. Rußland soll 40 Tage zur entschiedenen Antwort des Großherrn wegen des beabsichtigten Durchgangs seiner Flotte des Schwarzen Meeres nach Neapel gestellt haben, und heute sind schon 24 Tage verstrichen. Während England und Frankreich entschieden davon abrathen, bietet Graf Stürmer Alles auf, um eine bejahende Antwort zu erzielen. Ob sich in Bezug auf die Frage der Donaufürstenthümer Oesterreich eben so freundlich für die russischen Absichten verhalte, wie man behauptet, bezweifeln wir sehr, denn hier ist das Interesse ein umgekehrtes. Man will wissen, daß von derselben Seite Schritte bei der Pforte geschehen seien, um die Zusammenkünfte und Vereine der hiesigen Europäer, namentlich auch der Deutschen, als staatsgefährlich darzustellen, indem sie unter irgend einem äußern plausibeln Scheine umwälzende Tendenzen verfolgten. (O. A. Z.)

Amerika.

* Vereinigte Staaten. Die gestern erwähnte auf die künftige auswärtige Politik bezügliche Stelle in der Botschaft des neuen Präsidenten Taylor lautet: „Als amerikanische freie Männer können wir allerdings allen Bestrebungen, welche darauf hinzielen, die Segnungen bürgerlicher und politischer Freiheit in immer weiteren Kreisen zu verbreiten, nur unsern Beifall schenken; aber zugleich laßt uns durch die Erinnerung der Geschichte und die Stimme unsers geliebten Washington gewarnt sein, uns aller Allianzverwickelungen mit fremden Völkern zu enthalten. Gegenüber den Streitigkeiten zwischen feindselig aneinander gerathenden Regierungen gebietet es ebensowohl unser Vortheil wie unsere Pflicht, vollkommen neutral zu bleiben, indem die geographische Lage, der Geist unserer staatlichen Einrichtungen, die vorgeschrittene Civilisation und vor Allen die Vorschriften der Religion uns darauf hinweisen, friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu allen übrigen Völkern zu unterhalten. Es gibt hoffentlich keine internationale Frage, welche eine Regierung, die ihrer eigenen Kraft vertraut und ihre unbezweifelten Rechte zu vertheidigen entschlossen ist, nicht auf dem Wege des Unterhandelns beizulegen im Stande wäre, und es ist eine Hauptzierde für eine Regierung wie die unsrige, die auf die Sittlichkeit und Intelligenz ihrer Bürger gegründet und durch deren Zuneigungen aufrecht erhalten ist, jedes Mittel einer ehrenhaften Diplomatie zu erschöpfen, ehe sie zu den Waffen greift.“ In Bezug auf innere Politik sind folgende Stellen bemerkenswerth: „Gewählt vom Volk, unter der Versicherung, daß meine Verwaltung der Wohlfahrt des Landes und nicht der Unterstützung irgend einer besonderen Partei oder dem bloßen Lokalinteresse gewidmet sein solle, erneuere ich am heutigen Tag das von mir gegebene Versprechen und drücke hiermit meinen festen Entschluß aus, nach dem Grade meiner Fähigkeit die Regierung in ihrer ursprünglichen Reinheit zu erhalten, und meiner öffentlichen Politik jene großen republikanischen Principien zu Grunde zu legen, welche die Lebenskraft unseres nationalen Daseins bedingen. Was Heer und Flotte betrifft, die sich noch jüngst im Kriege mit so großer Auszeichnung bewährt haben, so wird dafür Sorge getragen werden, ihnen den höchsten Grad der Tüchtigkeit zu sichern, und zu diesem Zweck soll den durch die Freigebigkeit des Kongresses erhaltenen Kriegs- und Seeschulen die besondere Aufmerksamkeit der Regierung zugewendet sein.“ Weiter verspricht der Präsident, dem Kongreß Maßregeln zu empfehlen, welche nothwendig und geeignet sind, die großen Interessen der Landwirthschaft, des Handels und des Fabrikwesens zu ermuthigen und zu schützen, die Rheden und Flüsse zu verbessern, die baldige Tilgung der Staatsschuld vorzubereiten, und eine vollständige Verantwortlichkeit Seitens aller Regierungsbeamten, wie die äußerste Sparsamkeit in allen Staatsausgaben zur unverbrüchlichen Pflicht zu machen. Endlich wünscht er der Nation zu der Wohlfahrt Glück, die ihr durch die Gnade der göttlichen Vorsehung zugetheilt worden. „Laßt uns denn“, schließt die Botschaft, „dieselbe schützende Fürsorge anrufen, welche uns von so kleinen Anfängen zu der Höhe erhoben hat, auf der wir jetzt stehen; und laßt uns darauf bedacht sein, diese fortgesetzte Fürsorge zu verdienen durch Vorsicht und Mäßigung in unsern Rathschlüssen; durch das wohl geleitete Bestreben, die Bitterkeit welche nur zu oft das Attribut unvermeidlicher Meinungsverschiedenheiten ist, zu mildern; durch die Verkündigung und Uebung gerechter und freisinniger Grundsätze, endlich durch eine großsinnige Vaterlandsliebe, die keine anderen Grenzen kennt, als diejenigen unseres weit ausgedehnten Freistaats.“

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅓ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 85. Frankfurt a. M., Montag 26. März. 1849.

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

Der Welcker'sche Antrag.

Deutschland. Frankfurt (Die Erklärung des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten über die Stellung Preußens zu Deutschland.) Wien (Die Gesetze gegen den Mißbrauch der Presse, über das Verfahren in Preßübertretungsfällen und über die Ausübung des freien Vereins- und Assoziationsrechts. Beschlagnahme der Papiere von Schwarzer, Kuranda und Frankl. Der Rekurs von Fischhof verworfen. Denunziationen. Der Magistrat von Trient. Oesterreich, Frankreich und Sardinien. Das neue Preßgesetz und Saphir. Enthüllungen über die Oktober-Revolution. Ein Gerücht, welches die Course steigen macht. Oesterreich will die Beschlüsse der deutschen Postkonferenz ausführen. Schwarzer vor das Kriegsgericht gestellt. Vom Kriegsschauplatz.) Triest (Der Hafen in Vertheidigungszustand.) Prag (Die Swornost.) Berlin (Verhandlungen der ersten Kammer. Die Rechte.) Posen (Rekrutirung. Rußland richtet sich nach den Donaufürstenthümern.) Stuttgart (Kammerverhandlungen.) Dresden (Rückkehr des Königs aus Leipzig. Truppenmärsche.) Mannheim (Brentano's Abtreten nicht gut geheißen. Erlaubniß zum Reisen für die Reservirten und Außerordentlich-Konskribirten. Verminderung der Vorsichtsmaßregeln.) Kassel (Ein Antrag in der Ständeversammlung gegen das fernere Verbleiben der Oesterreicher in der deutschen Nationalversammlung.) Schleswig (Herr Sammer. Austreibung der Deutschen aus Alsen.) Lübeck (Nachrichten aus Dänemark, der König nach Sonderburg. Travemünder Küstenbatterie. Postverhandlungen mit Dänemark.) Hamburg (Armirung der deutschen Kriegsschiffe. Vereinigung der Theater. Deutsche Freiwillige nach Batavia.)

Großbritannien. London (Interpellationen und ministerielle Erklärungen über die sardinisch-österreichischen Verhältnisse und die Besetzung der Donaufürstenthümer durch die Russen. Antwort Schwedens wegen der Schifffahrtsgesetze. Graf Kielmannsegge.)

Frankreich. Paris (Das Staatsbauten-Budget verringert. Verhandlung über das Klubgesetz. Stimmung gegen die Regierung. Cavaignac.)

Oesterreichische Monarchie. Falschan (Die russische Hülfe.)

Italien. Aus Oberitalien (Beginn der Feindseligkeiten, der Tessin überschritten.) Mailand (Proklamation Radetzki's an die Piemontesen.)

Niederland. Haag (Ankunft Wilhelm III.)

Rußland. Warschau (Urlaubsverlängerung der beurlaubten Militärs.)

Frankfurter Börsenbericht. (Wochenbericht.)

---

25. März.

Es thut Noth, die Gedanken zu sammeln und die Abstimmung vom 21. März einer ruhigen Betrachtung zu unterwerfen. Im ganzen deutschen Vaterlande wird das Ergebniß jenes Tages in tiefen und niederschlagenden Eindrücken wiederklingen, drum ist es gut, sich ganz genau zu vergegenwärtigen, was jener Tag für uns bedeutet. Die Anträge Welcker's waren allerwärts mit Jubel begrüßt worden; selbst wo das provinzielle und partikularistische Vorurtheil die freie Betrachtung verdüsterte, selbst da regten sich jetzt die Zweifel, man legte die künstliche Gleichgültigkeit gegen vorhandene Gefahren ab und der Umschwung der Meinungen war zum Theil nicht minder überraschend, als bei Welcker selbst. Draussen im Volke, wo die Einzelnen nicht wie in der Paulskirche durch Parteiwesen gebunden und durch den Eigensinn einer eingebildeten Konsequenz verrannt sind, griff die natürliche Einsicht in das Nothwendige viel rascher und entscheidender um sich, als in den Reihen seiner Vertreter.

Gerade diese Wirkung gab aber den Welcker'schen Anträgen die erhöhte Bedeutung. Möglich, daß man umsichtiger und mit kälterer Berechnung die Angelegenheit ergreifen und leiten konnte — gerade in jener kühnen Raschheit lag ein volksthümlicher Erfolg, der in der Paulskirche nicht hoch genug angeschlagen werden konnte. Nicht die Aussicht auf eine wie es schien sichere Mehrheit hat uns am meisten bewegt und gehoben, — denn wir haben nun einmal die felsenfeste Ueberzeugung, daß auch ohne die Abstimmungen in Frankfurt und vielleicht nur um den Preis kostspieliger und bitterer Erfahrungen jener eine unabweisbare Ausgang sich immer wieder fatalistisch in den Weg drängen wird. Was wir höher achteten, war eben der unzweideutige Umschlag in der Stimmung des Volkes. Nach zehnmonatlichem vergeblichem Harren war über Alle jene verzweifelnde Stimmung der Ruhelust und Gleichgültigkeit gekommen, die zu jeder Zeit der schlimmste Feind unserer politischen Thatkraft war. Gegenüber dem perfiden Spiel der ollmützer Politik, der schmählichen Intrigue unserer rheinbündischen Königlein bonapartischer Schöpfung, der höhnischen und ungläubigen Schadenfreude der Fremden, dem offenen Drehen mit roher Gewalt — allem dem gegenüber fing Deutschland an den Glauben zu verlieren, ob die rath- und thatlose Versammlung in der Paulskirche ihren Beruf vollenden würde. Nur eine kühne, entschlossene That, die eine unzweideutige Antwort war auf die Machinationen der Gegner deutscher Einheit, die bewies, daß die Reichsversammlung den Willen und die Kraft habe, das entscheidende Wort zu sprechen, der Welcker'sche Antrag weckte die Hoffnung auf einen solchen Ausgang. Seine Annahme beendigte den Zustand der Ungewißheit mit einem einzigen Schlage, verwirrte die Gegner, sprengte die heilige Allianz, beschämte die Fremden, die der deutschen Ohnmacht und Zwietracht spotteten. Darum weckte er die ermatteten Sympathieen aller Patrioten in Deutschland; es kam ein Aufschwung in die Gemüther, der an die besseren Tage unserer Volkserhebung erinnerte, sie fühlten sich wieder stark gegenüber dem Netz von Ränken, das man in Ollmütz und St. Petersburg wob. Seit langer Zeit schaute man wieder mit Vertrauen auf die Paulskirche; man freute sich der zähen Unverwüstlichkeit unsrer deutschen Natur, welche den Hohn und den Unglauben mit einem energischen Griffe zu widerlegen schien. Ein thatloses, abstraktes Volk hatten uns die Fremden oft genug genannt; wir schienen diesen Vorwurf zu Schanden zu machen durch den frischen Muth der gewaltigen rettenden That. Nicht die Paulskirche, so hatten die Pessimisten prophezeit, werde uns die Verfassung machen, sondern Diplomaten und Fürstenkongresse; die Paulskirche selbst schien jetzt diese Weissagung beschämen zu wollen. Das deutsche Parlament, das lang ersehnte Ziel der nationalen Wünsche, so urtheilten die Spötter, habe sich noch ohnmächtiger erwiesen als der Wiener Kongreß; das deutsche Volk selbst habe sich in Lösung seiner wichtigsten Lebensfrage noch unfähiger gezeigt als die Diplomaten von 1814. Dies Alles schien jetzt seine großartige Widerlegung zu finden; wir waren wieder stolz geworden auf unsre Vertreter, auf uns selber und auf die angefochtene Kraft des Entschlusses und der That. Man hoffte, daß die ganze Versammlung mit wenig Ausnahmen in freudiger Zustimmung die Anträge des Verfassungsausschusses votiren würde. Die Warmblütigen berechneten schon im Voraus, wie die Linke das Parteiinteresse vergessen und dem großen nationalen Akt der Versöhnung zustimmen, wie die Oesterreicher sich der Theilnahme an einem Werke, an dem sie für jetzt nicht mitarbeiten können, enthalten würden.

Es ist anders gekommen. Wir können jetzt über die gutmüthigen Schwärmer lächeln, welche die eigene Begeisterung in den öden Kreis der Faktionen hineintrugen, aber verurtheilen wird man nur diejenigen, die solche Hoffnungen betrogen. Betrogen? Nein, sie begriffen sie nicht einmal. Was draußen im Volke vorging, blieb ihnen fremd; die Parteien und ihre Klubs, die kleinen Berechnungen des Parteigeistes und der Eigensinn einer unfruchtbaren Doktrin, das war die Atmosphäre, in welcher sich die Vertreter der deutschen Nation zum entscheidenden Schlachttage gerüstet haben. Sie verstanden nicht, welche Forderung aus der Nation an sie erging; sie klügelten mit diplomatischer Pfiffigkeit und blieben doch ewig Stümper gegen die diplomatischen Meister, sie kollektirten eine kümmerliche verneinende Majorität zusammen und glaubten am Ende noch Wunder, welchen Sieg sie erfochten hätten. Einen Sieg! daß Gott erbarm, aber einen von denen, dem

kein zweiter mehr zu folgen braucht, wenn nicht die moralische Niederlage vollendet werden soll!

Denn nicht das deutsche Kaiserthum ist am 21. März im Parlamente unterlegen, sondern das deutsche Parlament selbst hat die schwerste Niederlage erlitten. Dies wissen die Klugen recht gut, die mit Bewußtsein dazu beiteugen, das werden auch die Thoren bald begreifen, die sich dazu brauchen ließen. Wäre das Kaiserthum, wäre der deutsche Staat mit einem einigen erblichen Oberhaupt, jene doktrinäre Erfindung, zu der man es zu machen sucht, ja dann könnte es in einer Abstimmung durch eine Mehrheit von 31 Stimmen unterliegen; aber es hängt mit den theuersten Erinnerungen der Vergangenheit, mit der unabwendbaren Nothwendigkeit unserer Zukunft viel zu eng zusammen, als daß es vor der Mehrheit einer bunten Coalition vom historischen Schauplatze weichen müßte. Nach jeder scheinbaren Niederlage wird es stärker werden; nach jeder Noth der Rath- und Hülflosigkeit sich uns nur unvermeidlicher in den Weg drängen. Im Rathe der Volksvertreter verworfen, wird es im Volke seine Propaganda machen; in der Debatte beseitigt, wird es auf dem Schlachtfelde der rettende Anker unserer Macht und Einheit werden. So wenig wie eine kümmerliche Mehrheit von dreißig Stimmen es gründen und befestigen kann, so wenig wird es durch eine Minderheit von dreißig Stimmen überwältigt werden.

Eine schwere Niederlage hat daher am 21. März nur die Reichsversammlung erlitten. Alle die Hoffnungen, die sich wieder an sie zu knüpfen begannen, hat sie zerissen, den Moment der eigenen Erhebung und Errettung versäumt, die Ansprüche neu erwachten Vertrauens unverstanden zurückgewiesen. Um das Kaiserthum ist uns nicht bange, so sagten wir schon neulich, aber um die Zukunft des Parlaments. Das Kaiserthum wird kommen, aber vielleicht nicht vom Parlamente; von dorther wird fortan die Rath- und Thatlosigkeit, die Zerfahrenheit kommen, worauf die Feinde lauern; das Kaiserthum wird kommen, trotz der 283 Gegenstimmen in der Paulskirche; trotz der Bayonette, welche das Parlament vielleicht sprengen, und wenn es nach Oesterreichs Wunsch ginge, längst gesprengt hätten. Nach den Enthüllungen der jüngsten Wochen liegen die Pläne der österreichischen Regierung aller Welt sonnenklar vor. Jedes Kind auf der Gasse weiß, daß Oesterreich es längst an der Zeit gehalten hat, die Versammlung der Paulskirche auseinanderzujagen, und daß sie die Paulskirche für immer schließen und die ganze Komödie einer deutschen Volksvertretung als einen völlig unstatthaften Unfug in Zukunft nicht dulden werde, hat jene Regierung im innigsten Einverständnisse mit Rußland, ja laut vor aller Welt verkündigt. Nur Preußens deutsche Gesinnung fristet der Versammlung das Dasein und die Versammlung stößt ihre einzige Rettung zurück. Die Parteien machen in aller Ruhe ihre kleinen Züge, freuen sich ihrer kleinen Siege, und die Diplomatie lauert bereits auf den Augenblick, wo sie Mehrheit und Minderheit mit verächtlichem Lächeln bei Seite in die Schachtel wirft, wie die rothen und weißen Puppen eines Schachbrettes! Dann tragt Ihr die Schuld, nicht wir. Wir rufen Euch noch einmal zu: Der Senat kann nur durch einen Cäsar gerettet werden!

Deutschland.

* **Frankfurt**, 25. März, Vormittags.*) Nach einem telegraphischen Berichte aus Berlin hat gestern in der ersten Kammer Graf von Dyhrn einen Antrag folgenden Inhalts gemacht: „Der Kammer die Cirkularnote vom 10. d. M. vorzulegen, die Gründe ihres Inhalts, sowie des zum Erlasse gewählten anscheinend ganz ungeeigneten Zeitpunktes anzugeben und zur Beruhigung des Vaterlandes die Stellung offen zu bezeichnen, welche die Regierung der angedeuteten Politik Oesterreichs gegenüber einzunehmen gedenke." Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat darauf erklärt: Die Note spreche die Befriedigung darüber aus, daß Oesterreich auch den Weg der Verständigung in Frankfurt a. M. einschlagen wolle; sie beziehe sich nur auf Oesterreichs Vorschläge vom 27. Febeuar und verspreche, dieselbe in Erwägung ziehen und sich in Frankfurt a. M. darüber äußern zu wollen. Die Stellung der Regierung sei offen durch das Cirkular vom 23. Januar bezeichnet, an welchem sie festhalten werde. Sächsische Truppen waren am 23. in Berlin eingetroffen und hielten am 24. daselbst Rasttag. Die Tete der preußischen Truppen sollte am 24. in Altona ankommen.

*) Diese Nachricht ist unsern städtischen Lesern bereits gestern durch ein Extra-Blatt mitgetheilt worden.

Wien, 19. März. Das Ministerium hat sich bereit erklärt, falls die andern deutschen Mächte mitwirken wollen, die Beschlüsse der zu Dresden gehaltenen ersten deutschen Postkonferenz ins Leben treten zu lassen. Der „Lloyd" bemerkt bei dieser Nachricht, das Ministerium habe hierdurch wiederum einen thatsächlichen Beweis geliefert, wie ernst es ihm um die deutsche Einheit sei. Weit aufrichtiger schenken wir der weiteren Versicherung des Lloyd Glauben, daß durchgreifende Reformen des Postwesens eine nothwendige Folge dieser Maßnahme sein werden.

△ **Wien**. 21. März. Das neue Preßgesetz hat zwar lange auf sich warten lassen, aber dafür hat es uns auch mit sehr originellen Ungeheuerlichkeiten überrascht, wie sie Rußland und China noch nicht errungen haben. Bei näherer Prüfung scheint es wirklich auch mit Berücksichtigung unserer zarten Verhältnisse mit St. Petersburg verfaßt und dürfte mit der Zeit einem dereinstigen „konstitutionellen Czaar" ersprießliche Dienste thun, um den Reussen die ersten Begriffe von Gedankenfreiheit beizubringen. Der seit einiger Zeit leidende Herr Saphir, der sogenannte „Hofbarde" des Banus Jellacic, ist plötzlich wieder liberal und witzig geworden und witzelt heute ganz witzig über die neue Konstitution nebst Freßfreiheit, welche er in Folge seiner wiedergekehrten Gesundheit erhalten haben will. Sollte ihn das neue Preßgesetz so humoristisch inspirirt haben, so mag er sich leicht sein Schwanenlied gesungen haben, denn die Wiener Zeitung von gestern Abend weist in einer Rüge der Ostdeutschen Post, welche sich erkühnt hatte, sich gegen das Verbot der Allg. österr. Zeitung auszusprechen, nicht undeutlich darauf hin, daß der „natürliche Richter" der Presse während des Ausnahmszustandes nicht etwa das Preßgericht, sondern die Ausnahmsbehörde selbst ist. Jene Rüge scheint offiziell oder doch wenigstens halboffiziell zu sein und enthält die schöne, wahrscheinlich vorgothische Phrase, daß der Vertheidiger der Allgem. österr. Zeitung in dem Gegenstande seiner Besprechung „nicht recht bei Hause sei". Aber um wieder auf Herrn Saphir zu kommen, so wäre seines eignen Besten wegen zu wünschen, daß er von seiner neu erhaltenen „Freßfreiheit" keinen zu starken Gebrauch mache, damit sich seine „Konstitution" nicht gar zu auffallend kräftige, denn — wir brauchen starke Leute in der Armee und „sind sie zugleich studirt", so sind sie nichts desto weniger noch gesuchter, ja am gesuchtesten. Unter den Papieren des Generals Bem, welche in Siebenbürgen den kaiserl. Truppen in die Hände fielen, fanden sich viele, welche in Ziffern geschrieben waren, deren Schlüssel nun gefunden ist und die wichtige Aufklärungen und Entdeckungen über die Oktober-Revolution, ihre Pläne und Verbindungen enthalten. Man hofft, daß sie der Oeffentlichkeit übergeben werden, da sie dazu dienen können, das Urtheil über viele Persönlichkeiten jener verhängnißvollen Tage festzustellen.

Nachschrift. Hier wird das Gerücht, wahrscheinlich willentlich verbreitet, der Reichstag zu Frankfurt sei durch Oesterreich und Preußen plötzlich aufgelöst worden, worauf sich die Course heben! — (sic.)

* **Wien**, 21. März. Die heutige Wiener Zeitung enthält I. das provisorische Repressivgesetz gegen den Mißbrauch der Presse sammt dem einleitenden Ministerialvortrag. Die Nothwendigkeit eines Repressivgesetzes wird umständlich dargethan. Es ist insbesondere gegen periodische und Flugschriften gerichtet, sowie auf Hintanhaltung der durch sie herbeigeführten Rechtsverletzungen und Gesetzübertretungen. Preßübertretungen, welche bis zum Tage der Kundmachung des gegenwärtigen Patents stattgefunden, werden nach den provisorischen Verordnungen vom 18. Mai und 20. Dez. 1848 beurtheilt (§. 2). Der Redakteur einer periodischen Zeitschrift muß an dem Ort des Erscheinens wohnhaft, wenigstens 24 Jahre alt und österreichischer Staatsbürger sein. Personen, welche wegen eines Verbrechens oder einer aus Gewinnsucht hervorgegangenen oder die öffentliche Sittlichkeit verletzenden schweren Polizeiübertretung für schuldig erklärt wurden, sind ausgeschlossen (§. 8). Zur Kautionsleistung verpflichtet die Herausgabe einer periodischen Druckschrift, welche, wenn sie auch nur nebenher die politische Tagesgeschichte behandelt, wenigstens zweimal im Monat erscheint. Gedachte Kaution beträgt an Orten mit mehr als 60,000 Einwohnern bei öfterem Erscheinen als dreimal in der Woche 10,000 fl., bei dreimaligem Erscheinen 5000 fl., sonst 3000 fl., für andere Orte die Hälfte. Beim Erlag der Kaution in Staatspapieren wird der Kurs des Erlagstages angenommen.

Die Kaution wird gesetzmäßig verzinst. Hinsichtlich der schon bestehenden periodischen Druckschriften haben sich die Herausgeber in Betreff der Qualifikation binnen 8 Tagen, betreffs der Kaution binnen 30 Tagen auszuweisen (§. 15). Die Fälle, in welchen durch Preßvergehen die Kautionen ganz oder zum Theil verwirkt, oder aber Kerker- und Arreststrafen herbeigeführt werden, sind namentlich angeführt. §. 33 erwähnt hierüber, inwiefern hierin auch Angriffe gegen Familien, öffentliche Behörden, einzelne Regierungsorgane mit Beziehung auf ihre amtliche Wirksamkeit, dann gegen Volksstämme, Religionsgenossenschaften und einzelne Klassen einbezogen sind. In die Verantwortlichkeit jeder Druckschrift sind der Reihenfolge nach einbezogen: der Verfasser, der Herausgeber, der Verleger, der Drucker, d. i. Geschäftsleiter der Druckerei, und der Verbreiter (§§. 42 und 43). Die verhängten Strafen gehen bis zu schwerem Kerker von 2—10 Jahren (§. 23—27) und ganzem Verlust der Kaution.

II. Das Gesetz über das Verfahren in Preßübertretungsfällen. Die Wirksamkeit der betreffenden Verordnung und die Unwirksamkeit der bezüglichen vom 18. Mai v. J. beginnen mit der Kundmachung des gegenwärtigen Patents. Die über schwere Polizeiübertretungen eingesetzten Behörden untersuchen und erkennen über die Uebertretung der gegen Mißbrauch der Presse gerichteten Vorschriften, die ordentlichen Preßgerichte über die Uebertretungen, welche durch den Inhalt einer Druckschrift begangen werden. Die Hauptverhandlung geschieht öffentlich und mündlich. Die Anklage wird vom Staatsanwalt oder einem Privatkläger erhoben. Das Gericht hat längstens binnen 3 Tagen nach Ueberreichung der Klage zu entscheiden, ob Grund zu einem gerichtlichen Verfahren vorhanden sei. Der Angeklagte ist während dem Instruktionsverfahren in der Regel auf freiem Fuß zu belassen; nur wenn die Uebertretung eine Kerkerstrafe von 5 Jahren nach sich ziehen sollte, kann das Gericht auf Verhaftung oder Kaution erkennen. Ueber die demnächst in's Leben zu tretenden Geschwornengerichte und ihre Zusammensetzung werden besondere Bestimmungen erlassen. Die Geschwornen werden durch das Loos bestimmt. Rekusation steht dem Kläger, wie dem Angeklagten zu. Die Schuldigkeitserklärung beruht auf einer Majorität von zwei Dritteln. Ueber den binnen drei Tagen zu ergreifenden Rekurs hat der oberste Gerichtshof zu entscheiden.

III. Das Gesetz über die Ausübung des freien Vereins- und Associationsrechts. Wissenschaftliche Humanitäts- und Wohlthätigkeitsvereine bedürfen keiner besondern Genehmigung, haben aber bei Geldstrafe von fl. 10—100 vierzehn Tage vor Beginn ihrer Wirksamkeit die Vereinstatuten vorzulegen und die Wahl ihrer Vorstände anzuzeigen. Aktienvereine unterliegen den bisherigen Vorschriften, deren Revision unter Einem angeordnet wird. Hinsichtlich der politischen Vereine finden wir folgende Bestimmungen hervorzuheben: Oeffentlichkeit der Sitzungen, Ausschluß der Frauen auch als Zuhörerinnen, Verbot des Waffentragens bei den Sitzungen für Mitglieder und Zuhörer, 24stündige Vorauskündigung einer jeden Sitzung, Berechtigung der Abgeordneten der Behörde, die Aufnahme eines Protokolls zu verlangen und bei gesetzwidrigen Vorgängen die Sitzung zu schließen, Untersagung der Verbindung eines politischen Vereins mit anderen, sei es durch schriftlichen Verkehr oder durch Aussendlinge. Die verhängten Uebertretungsstrafen gehen bis zu fl. 300 in Geld und 6 Monat schwerem Arreste. Hinsichtlich der Volksversammlungen sind bewaffnete unbedingt verboten; die Abhaltung anderer ist 3 Tage früher der Sicherheitsbehörde anzuzeigen. Hierher gehören auch alle gemein zugängliche Versammlungen (auch Festessen), nicht aber die Versammlungen zur Ausübung eines gesetzlich gestatteten Kultus oder vorberathende Wahlversammlungen. Die Behörden haben das Recht und die Pflicht, Volksversammlungen zu untersagen, wenn sie es im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit finden.

* **Wien**, 21. März. Gestern wurden die Papiere von drei bekannten Publizisten: Schwarzer, Kuranda und Dr. L. A. Frankl auf höhern Auftrag untersucht und zum Theil mit Beschlag belegt, ohne daß die persönliche Freiheit der Gedachten weiterhin beeinträchtigt worden wäre. So viel man hört, war es hierbei nur darum zu thun, Aufschlüsse über andere in Gewahrsam gehaltene Personen zu erhalten. Der Rekurs Fischhof's gegen die Inkompetenz des Kriminalgerichtshofes in dem ihm anhängig gemachten Prozesse ist dem Vernehmen nach vom Appellationsgerichte zurückgewiesen worden. Es wird versichert, daß beim Gouverneur Welden ganze Stöße von Denunziationen über Waffenverheimlichungen liegen und daß, wenn derselbe die ganze Strenge des Martialgesetzes eintreten ließe, ein ganzes Bataillon von Früh bis Abend mit Füsilladen zu beschäftigen wäre. Der Trienter Magistrat hat einen Protest gegen das die definitive Abweisung des wälschtyrolerischen Trennungsgelüstes aussprechende Ministerialdekret an das Ministerium gerichtet. Nicht einige fanatische Wühler seien es, die das Verlangen nach Trennung der beiden italienischen Kreise von den deutschen trügen, sondern es sei der allgemeine Wunsch der Trienter Bürgerschaft. (Folgen die Unterschriften von 21 Bürgerrepräsentanten.) Aus glaubwürdiger Quelle erfahren wir, daß Frankreich entschlossen sei, in Savoyen einzurücken und dieses Land in so lange besetzt zu halten, als ein Gleiches hinsichtlich Piemonts von Seiten Oesterreichs geschieht. Manche Politiker wollen hier eine Uebereinkunft beider Staaten erblicken und voraussehen, daß Karl Albert leicht um seine Krone gespielt haben dürfte.

Wien, 21. März. Der Redakteur der Oesterreichischen Zeitung, Schwarzer, wird vor ein Kriegsgericht wegen der Artikel gestellt werden, die die Suspension dieses Blattes herbeiführten und als hochverrätherische Aufreizungen erklärt worden sind. Der eine dieser Artikel soll von Pillersdorf verfaßt sein, und dürfte leicht auch dieser in Untersuchung kommen. Der neu ernannte Feldzeugmeister Puchner soll den Befehl erhalten haben, sämmtliche kaiserliche Streitkräfte in Siebenbürgen zu konzentriren und ungesäumt gegen die ungarischen Rebellen aufzubrechen, dagegen die Besatzung des Großfürstenthums und die Vernichtung der Szekler und des Insurgenten-Chefs den russischen Hülfstruppen, die angeblich schon auf 30,000 Mann innerhalb der kaiserlichen Grenzen angewachsen sind, zu überlassen. (D. R.)

Triest, 17. März. Unser Hafen wird in vollkommenen Vertheidigungszustand gesetzt. Zwei neue Batterien, wovon eine in Servola, gegen einen allenfallsigen Landungsversuch, werden errichtet, die Hafensperre mittelst Ketten ist bereits angeordnet. (C. Bl. a. B.)

Prag, 21. März. Heute erließ der Bürgermeister in Folge einer Präsidialweisung, in welcher den Mitgliedern der Swornost, welche sich bei einem vor einigen Tagen stattgefundenen Begräbnisse eines Nationalgardisten mit Abzeichen des Korps und Waffen sehen gelassen hatten, eine scharfe Weisung, in welcher den ehemaligen Mitgliedern dieses Korps das Tragen der Abzeichen und Waffen der Swornost als eines gesetzlich aufgelösten Korps, aufs strengste untersagt wurde. (L. Z.)

⚹ **Berlin**, 24. März. Auf der Tagesordnung der ersten Kammer stand heute auch eine Interpellation des Grafen Dyhrn an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten wegen der Cirkular-Note vom 10. März. Dieser Interpellation galt es, wenn heute die Zuhörertribünen überfüllt waren. Den Verhandlungen über die drei ersten Gegenstände wurde wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auf die Erklärung des Justizministers, daß die Gesetzentwürfe über Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse der Kammer in wenigen Tagen vorgelegt werden würden, zog Rösler seinen Antrag zurück. Graf Dyhrn betrat unter allgemeinster Aufmerksamkeit die Tribüne und motivirte seine Interpellation durch eine Rede voll Ernst und Nachdruck. In einem Moment, wo täglich, ja stündlich Nachrichten der erschütterndsten Art anlangten, trete er vor die Versammlung, um an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Interpellation zu richten, welche nicht etwa bloß von seinen Parteigenossen, sondern von Mitgliedern aller Parteien der Versammlung unterzeichnet worden sei. Die preußische Regierung habe am 23. Januar d. J. eine Note erlassen, welche sich entschieden für den Bundesstaat ausgesprochen. Darauf habe sich die erste Kammer für denselben mit gleicher Entschiedenheit erklärt und der Ministerpräsident habe erklärt, daß die Note vom 23. Jan. für die künftigen Schritte der Regierung maßgebend sei, daß man also am Bundesstaat, im Nothfalle am engeren Bundesstaat festhalten werde. Am 4. Febr. habe Oesterreich eine Note erlassen, die er für eine Antwort auf die preußische ansehen müsse, eine Note, worin der Bundesstaat als verderblich hingestellt und der Eintritt Oesterreichs in einen solchen verweigert sei. Darauf sei am 16. Febr. eine neue preußische Note erschienen, weniger entschieden zwar, aber doch noch festhaltend am Bundesstaate. Am 27. Februar habe Hr. v. Schmerling die bekannte Instruktion erhalten, worin Oesterreich nichts zurücknehme und

ine Regierungsform für Deutschland verlange, welche nichts sei, als eine zweite Auflage des alte Bundestags; am 9. März sei die österreichische Verfassung hier bekannt geworden; und am 10. habe der Minister des Aeußern die Note erlassen, worin er sage, es gereiche der königlichen Regierung zur großen Befriedigung, daß Oesterreich den Weg der Verständigung eingeschlagen und sie werde mit Vergnügen seine Vorschläge in Erwägung ziehen!! Diese Note habe offenbar auf die Abstimmung in Frankfurt eingewirkt, welche er für ein großes Unglück ansehen müsse! Und nun träten er und seine Genossen, welche hirrin die große Majorität drs Prrußenlandes zu repräsentiren glaubten, mit der Frage vor den Minister hin: wie er diese Note begründen und welche Politik die Regierung befolgen wolle, Oesterreich grgenüber? Man habe stets geklagt, daß Preußen sich habe lrnken lassen durch den Doyen der europäischen Politik. Dieser Doyen sei abgrreist (Heiterkeit). Nun erwarte das Vaterland, daß der einköpfige Adler auf eigenem Wege zur Sonne emporfliegen werde. Der preußische Minister Herzberg habe 1791 an den König Friedrich Wilhelm II. geschrieben: „Die kühnste Rolle ist für Preußen auch immrr die sicherste." Er fordere die Regierung auf, diese Rolle zu übernehmen! Rauschender, langanhaltender Beifall von allen Sriten des Hauses. Viele Deputirte eilen auf den Redner zu, um ihm die Hand zu drücken. Der Minister von Arnim erwiedert hierauf, der Redner habe in seinem Vortrag einen Hauptpunkt außer Acht gelassen. Die Cirkularnote vom 23. Januar spreche von einer Verständigung aller Fürsten. Oesterreich habe zuerst in seiner Note vom 27. Febr. den Wrg der Verständigung betreten und ein Direktorium vorgeschlagen. Es sei nun hier die Frage rntstanden, ob man diesen Vorschlag zurückweisen oder auf die Verständigung eingehen solle. Man habe das Letztere thun zu müssen geglaubt und habe die Note vom 10. März erlassen, wrlche geschrieben war vor dem Bekanntwerden drr österreichischen Verfassung (Murren links). Oesterreich habe erklärt, es sri nicht srine Absicht, sich auszuschließen und es wäre daher Unrecht gewesen, seine Vorschläge nicht in Erwägung zu ziehrn, da ohne Oesterreich die Verständigung nur eine partielle wäre. Die Bereitwilligkeit zur Verständigung habe die königliche Regierung in ihrer letzten Note ausgesprochen, ganz im Sinne der Erklärung vom 23. Januar. Uebrigens solle nach dem Vorschlage der österreichischen Regierung die Reichsstatthalterschaft zwischen Oesterreich und Preußen wechseln, dieses mithin Oesterreich nicht untergeordnet werden. In Bezug auf die Politik der königlichen Regierung könne er nur wiederholen, was der Ministerpräsident geäußert habe. Sie würden um so mehr auf dieser Politik beharren, als sie in der Adresse eine Bestätigung derselben zu finden glaubten. Diese Rede, einigemal durch Zeichen des Mißfallens unterbrochen, schien die große Mehrheit der Versammlung durchaus nicht zu befriedigen. Nach der Sitzung führten mehrere Gruppen noch laute, aufgeregte Gespräche.

△ **Berlin**, 23. März. Das Thiel'sche Amrndement, wodurch die Linke mit 7 Stimmen Majorität dem Adreßrntwurf eine Bitte um Begnadigung hinzugefügt hat, kann die ganze Adresse in Frage stellen. Die Rechte erkannte im Laufe der Debatte die Gefahr und brachte durch Jacobs einen milderen Zusatz in Vorschlag. Dieser sollte, wenn der Thiel'sche verworfen sei, von der ganzen Rechten angenommen und so der Vorwurf unversöhnlich zu sein beseitigt werden. Allein es war in der Sitzung selbst nicht möglich, alle Einzelnen über die Sache aufzuklären und einige Geistliche fürchteten die namentliche Abstimmung und hierdurch gingrn drr Rechten etwa 12 Stimmen doppelt verloren. Hierüber und über die herausfordernden Aeußerungen v. Bismark's und v. Meusebach's sind mehrere Mitglieder der Rechtrn unzufrieden. Die Rechte hatte grstern Abend eine aufgeregte Parteiversammlung, die herausstellte, daß eine Neigung zur Theilung emporwächst und es nicht ohne Gefahr bei Abstimmung übrr die ganze Adresse abgehen werde. Dazu aber wirkt mit — selbst bei den Führern der Partei (Vincke und Arnim wurden sehr scharf gegen einander) die Ansicht, daß die preußische Note vom 10. März, einrn Wendrpunkt der preußischen Politik durch den neuen Minister v. Arnim, und zwar zur Hingebung der preußischen und deutschen Interessen an die Suprematie Oesterreichs, bezeichne, welche Wendung auch Schuld sri an den ungünstigen Abstimmungen in Frankfurt. Die Rechte schied gestern Abend sehr aufgeregt.

⁑ **Posen**, 21. März. Mannigfach waren die Mittel, welche man angewandt hatte, um unter den polnischen Landwehrmännern den Widerwillen zu reizen. An mehren Orten war die Meinung verbreitet, die Leute sollten nach Italien gehen, daher der wiederholt gehörte Protest: „Wir wollen nicht gegen den heiligen Papst ziehen!" An anderen Orten wiederum hieß es, man würde den Ungarn gegen Oesterreich zu Hilfe ziehn, weil der König nunmehr Kaiser geworden und mit Oesterreich verfeindet sei. Diese Idee gefiel natürlich den Polen sehr wohl und es tauchten plötzlich Stimmen auf, welche von Verbrüderung mit den hiesigen Deutschen sprachen. Inzwischen war die ganze Aufrrgung der Rekrutirung, wie es scheint, unnütz, da nach einem eben erlassenen Befehle unsere Landwehrbataillone, welche 3000 Mann von dem nach Schleswig bestimmten Kontingent ausmachen, ruhig in ihren Standquartieren bleiben. Nicht daß etwa Befürchtungen für unsere Grenzen drn Grund dafür abgeben, — die scheinen trotz der unaufhörlichen Truppenmärsche um Kalisch herum, beseitigt — sondern man glaubt, die dänische Frage sei vorläufig erledigt und Rußlands Politik nach der Türkei gerichtet, wo es zu einer Auseinandersetzung zu kommen schrint. Die Serben sollen sich für Oesterreich, die Bulgaren für Rußland erklärt haben, und die ersteren Hilfe von der k. k. Regierung gegen die Türkei erwarten, welche offenbar ungeheure Rüstungen macht. Die Verhältnisse in den Fürstenthümern sind indessen so wirr, daß man kein klares Urtheil über die Sachlage fassen kann. Aus Ungarn sind Briefe mit günstigen Nachrichten ringetroffen, die namentlich die Theilnahme von Kroaten und Slowenen am ungarischen Freiheitskampfe bestätigen.

-:- **Stuttgart**, 22. März. Der Jammer drr Wirthe in Wildbad über die Konkurrenz des königlichen Bade-Hotrls hat die Kammer heute in die Details der Zimmerpreise, des Weißzeugs und ähnlicher hervorragender Interessen von Wildbad eingeweiht, und wie denn dergleichen Kirchthums-Angelegenheiten, aus nahe liegenden Gründen, in drr Regel sehr warme Vertreter finden, so hatte auch diesmal die Ministerbank vollauf zu thun, sich mit einigen allgemeinen Redensarten und Zusicherungen der verschiedenen Ansinnen zu erwehren, die wenigstens für den Augenblick ohne die gröbste Verletzung einmal zu Recht bestehender Vrrhältnisse sich gar nicht rralisiren lassen würden. Erlassen Sie mir das Nähere. Ich erwähne aus der heutigrn Sitzung nur zuvörderst eines Reskripts des Geheimen Raths, worin der Kammer zu erkrnnen gegeben wird, daß die Regierung dem Antrage derselben, auf die Zurückberufung der in Baden stationirten Truppen hinzuwirken, durch die Instruktion an den würtembergischrn Bevollmächtigten, diese Angelegenheit drr Centralgewalt zu empfehlen, bereits entsprochen habe; auf die Frage sodann des Abgeordneten Schweikhardt, ob die Regierung glaube, daß von der Nationalversammlung ein Wehrgesetz zu erwarten sei, entgegnete Staatsrath Duvernoy, daß er dieselbe mit Bestimmtheit nicht zu beantworten vermöge, daß aber die grgenwärtige Kammer noch Gelegenheit haben werde, sich über das Bürgrrwehrgesetz auszusprechen. Hoffen wir, das das recht bald geschirht: so wie die Sachen jetzt stehen, wird das Institut der Bürgerwehr bald völlig wieder einschlafen.

A **Dresden**, 23. März. Der König ist nebst den Prinzen heute früh von seiner Reise nach Leipzig zurückgekehrt, wo er gestern die nach Schleswig bestimmten Truppen inspizirt und einen Tagesbrfehl an sie erlassen hatte, in welchen er sie zur Tapferkeit und Bewahrung des Gehorsams ermahnt. Bald nach seiner Rückkehr hielt er in der Neustadt eine Revue über das Infantrrieregiment Max, welches aus seinen Kantonirungen hierher zurückgekehrt war, und dessen wirklicher Abgang nach dem Norden nunmehr auf den 25. d. M. anberaumt ist. Die Garnison Dresdens besteht gegenwärtig aus dem aus der Lausitz herbeigezogenen Infanterieregimente Prinz Albert. In der heutigen Kammersitzung eröffnete Minister Weinlig der Versammlung zu ihrer Beruhigung, daß nach einer soeben beim Ministerium einlaufenden Nachricht bairische Truppen durch das Voigtland und über Leipzig vermittelst der sächsisch-bairischen Staatsbahn befördert und zwischen Plauen und Reichenbach ein Nachtquartier nehmen würden; diese Truppenbeförderungen würden sich in den nächsten Tagen wiederholen; da diese Soldaten indeß unverweilt weiter nach Schleswig gingen, möge sich die geehrte Kammer keinen argwöhnischen Voraussetzungen hingeben.

△ **Mannheim**, 25. März. Unsrre Stadt ist in keiner Beziehung zufrieden mit dem Brnehmen ihres Vertretrrs und wird jedenfalls so bald wie möglich einen Stellvertreter an Bren-

tano's Stelle nach Karlsruhe senden. Die Interessen Mannheims verlangen einen Abgeordneten, welcher auch das materielle Wohl der Stadt nicht unberücksichtigt läßt und dieses hätte mehr denn je das Verbleiben verlangt. Sowohl den Reservisten, als auch den außerordentlich Konscribirten, welche in 2 Tagen schon beurlaubt werden, ist das Reisen im deutschen Lande gestattet. Seit 2 — 3 Tagen ist die außerordentliche Verstärkung der Rheinbrücke vermindert worden, da die Befürchtungen ohne erheblichen Belang waren.

Kassel, 21. März. Die Ständeversammlung hat gestern auf Veranlassung der Abstimmung über den Welcker'schen Antrag den früher schon von Herrn Henkel gestellten, jetzt aufs Neue von Hrn. v. Sybel in Anregung gebrachten Antrag in Betreff des Ausscheidens der österreichischen Deputirten aus der Nationalversammlung behandelt. Hr. v. Sybel erklärte die Theilnahme der österreichischen Abgeordneten an der Berathung über die deutsche Verfassung für „eine schimpfliche Verletzung der deutschen Selbstständigkeit und Freiheit" und trug darauf an, die Ständeversammlung möge sich gegen die Verbindlichkeit solcher Beschlüsse, welche unter der Mitwirkung jener unberechtigten Abgeordneten zu Stande kommen und dem deutschen Vaterlande zum Besten der östereichischen Politik Gefahr drohen, verwahren, und die Regierung auffordern, dieser Verwahrung bei der Centralgewalt Kraft zu verschaffen. Den Entgegnungen des Hrn. Winkelblech, der nie umhin kann, das Heiligste in den Kreis seiner jämmerlichen Späße herabzuziehen, trat Herr v. Sybel mit Würde und Kraft entgegen; nur die Mitwirkung der Oesterreicher sei der Grund unserer Ohnmacht, die Theilnahme jener sei eine Erniedrigung einer großen Nation, von der die Weltgeschichte kein Beispiel kenne, es sei die heiligste Pflicht jedes Patrioten, dagegen Protest zu erheben. Deutschlands Lage sei jetzt wie die Frankreichs im Jahre 1793, es sei jetzt nur die Wahl, ob man deutsch oder ein Feind des Vaterlands sein wolle. Herr Nebelthau meinte, es komme allein der Nationalversammlung zu, zu bestimmen, wer ihr Mitglied sei. Herr Oetker und schließlich der Herr Präsident sprachen sich für den Antrag aus, welcher dann in Erwägung gezogen und dem Verfassungsausschusse überwiesen wurde.

Nord. Korr. **Schleswig**, 22. März. Hr. Samwer, der an einigen Sitzungen der Landesversammlung Theil nahm, ist ehgestern wieder nach London abgegangen. Mittlerweile sind jetzt auch zwei Mitglieder der gemeinsamen Regierung verreist, Hr. v. Moltke nach Berlin, Hr. Baron v. Heintze nach Hannover. Die Landesversammlung hat sich bis zum Eintreffen Beselers vertagt. Ihre letzten Sitzungen hatten hauptsächlich nur die Vorlage der Regierung wegen Einsetzung der Statthalterschaft zum Gegenstande. Einige interessante Interpellationen wurden außerdem ehgestern an den Kultusminister gestellt. Die gemeinsame Regierung hat nämlich kürzlich einem gewissen Pastor Thies eine Pfarre verliehen, der von der provisorischen Regierung abgesetzt wurde, weil er sie nicht anerkennen wollte. Außerdem hat derselbe jederzeit entschieden dänische Gesinnungen geäußert. Der Minister Harbou erwiderte auf die deßfallsige Interpellation: „Daß der genannte Prediger die provisorische Regierung nicht habe anerkennen wollen, könne die gemeinsame nicht abhalten, ihm ein Amt zu verleihen (!); über seine Gesinnungen wisse der Minister nichts." Ein Arzt in Augustenburg, dort angesessen und verheirathet, Dr. Back, hat den Befehl erhalten, in 2 Tagen mit Sack und Pack die Insel Alsen zu verlassen. Sein Verbrechen ist seine deutsche Gesinnung, der Vorwand, daß man bei einer tendenziösen Haussuchung unter seinen Papieren eine Quittung über seinen Beitrag zum von der Tann'schen Ehrensäbel fand. Einige andere Deutsche auf Alsen haben schon ähnliche Weisungen erhalten. Die Form ist die, daß ihnen die Wahl gelassen wird, ob sie sich nach Dänemark transportiren lassen oder freiwillig nach Schleswig-Holstein auswandern wollen. Dr. Back hat Hab und Gut verlassen und ist mit Frau und Kindern hier angelangt.

⊙ **Lübeck**, 22. März. Mit dem vielfach verbreiteten Gerüchte, als werde der Waffenstillstand mit Dänemark bis zum 15. April verlängert werden, stehen die heute mit dem Dampfschiffe Malmö aus Kopenhagen hier eingetroffenen Nachrichten in Widerspruch. Der König von Dänemark ist gestern Mittag mit dem Dampfschiffe Aegyr von Helsingör zur Armee nach Sonderburg abgegangen. Auch sind heute zwei Postkommissäre von Kopenhagen eingetroffen, um wegen der Postverbindung für die nächste Zukunft zu verhandeln. Zur Berichtigung mancher tadelnden Urtheile über unsre Travemünder Küstenbatterie in öffentlichen Blättern, bemerken wir, daß die Reichsmarine-Kommissäre sich bei ihrer Inspektion derselben im Allgemeinen anerkennend und lobend geäußert und nur einige geringfügige Verbesserungen anempfohlen haben.

Nord. Korr. **Hamburg**, 23. März 1849. Der nunmehr in Bremerhafen eingetroffene Kriegsdampfer Britannia wird dort vollständig armirt werden und an Geschützen neun 61Pfünder tragen. Die aus 3 Offizieren und 39 Matrosen bestehende englische Besatzung ist bereits am 21. über Cuxhafen nach England zurückgekehrt. Auch die „Acadia" wird ihre Armatur in Bremerhafen erhalten.

Gestern ist die Vereinigung unserer beiden ersten Theater, des Stadt-Theaters und des Thalia-Theaters, beschlossen worden.

Nord. Korr. **Hamburg**, 23. März. Die neuesten Nachrichten aus Batavia vom 29. Januar machen die Mittheilung, daß eine Anzahl Freiwilliger, welche im vorigjährigen schleswig-holsteinischen Kriege als Freischärler gefochten, auf Java eingetroffen seien, um unter dem General Michelsen die von der holländischen Regierung beabsichtigte Expedition nach Bali mitzumachen.

Großbritannien.

* **London**, 23. März. Die gestrigen Parlamentsverhandlungen, sowohl die im Ober- als im Unterhause, waren von politischem Interesse. Im Oberhause beantragte der Graf v. Aberdeen, daß jetzt, wo der Krieg zwischen Sardinien und Oesterreich wieder im Begriffe sei, loszubrechen, die zwischen dem großbritannischen Hofe und den fremden Mächten gewechselten Briefschaften vorgelegt würden, damit das Haus von den Schritten, welche die Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens etwa getroffen habe, Kenntniß nehmen könne. Der König von Sardinien wurde bei dieser Angelegenheit sowohl von Aberdeen als von Brougham der unerhörtesten und schmählichsten Verrätherei und Falschheit bezüchtigt. Marquis v. Lansdowne hielt den gegenwärtigen Augenblick für die Vorlage der gewünschten Aktenstücke noch nicht vollkommen geeignet, versprach jedoch, daß die Regierung sie dem Hause demnächst vorlegen werde, sobald alle Vermittelungsversuche gescheitert seien und die Feindseligkeiten wirklich ihren Anfang genommen hätten. Graf Aberdeen, welcher vom Standpunkte seiner toryistischen Politik aus der Klugheit und Umsicht der österreichischen Regierung die höchsten Lobsprüche ertheilte, hatte sich darüber beklagt, daß, wie aus den früher vorgelegten diplomatischen Aktenstücken hervorzugehen scheine, die englische Regierung der österreichischen das Gelüste unterschiebe, Vergrößerungen in Italien zu beabsichtigen. Hierauf antwortete der Marquis v. Lansdowne: Die dem Hause früher vorgelegten Aktenstücke stammten aus der Zeit vor der jüngsten französischen Revolution, wo Europa noch vor den Eingriffen des Despotismus Angst gehabt, während es später durch die siegreichen Fortschritte der Demokratie in Besorgniß gesetzt worden sei. Dabei betheuerte er, daß es der großbritannischen Regierung sehr ernstlich darum zu thun sei, das gute Einvernehmen mit Oesterreich zu erhalten. — Im Hause der Gemeinen fanden einige nicht uninteressante Zwischenfragen in Betreff des Krieges im Pendschab und der neuen Verwickelungen in Kanada statt, worauf Lord D. Stuart die Regierung um Vorlage solcher Briefschaften ersuchte, die etwa zwischen der britischen Regierung einerseits und der Türkei und Rußland andererseits in Bezug auf die militärische Okkupation der Donaufürstenthümer gewechselt worden. Lord Palmerston versicherte, daß die britische Regierung auf die Unabhängigkeit der Türkei großen Werth lege, sowohl in politischer als kommerzieller Hinsicht; auch habe sie über jene Besetzung der Donaufürstenthümer bei der russischen Regierung Vorstellungen erhoben, worauf sie so freundlich wie sie angefragt, dahin beschieden worden sei, daß Rußland an einen dauernden Eingriff in die Unabhängigkeit der Türkei nicht denke; Rußland habe jene Provinzen nur besetzt, weil die dort losgebrochenen revolutionären Bewegungen weite Verzweigungen gehabt; es habe sie besetzt, um seine eigenen Provinzen vor den Rückwirkungen jener Bewegungen zu sichern. Schließlich sprach der Minister seine feste Hoffnung aus, daß die Befürchtung eines Bruches zwischen Rußland und der Türkei für jetzt ohne Grund, daß ein solcher Bruch nur eine Frage der Zeit, nicht der Absicht sei. Erwähnt zu werden verdient, daß Disraeli dem Kaiser von Rußland seiner Großherzigkeit und Mäßigung wegen eine warme Lobrede hielt, während ihn John O'Connell als ein

„Ungeheuer" bezeichnen zu dürfen glaubte. Schließlich nahm Lord D. Stuart seinen Antrag aus freien Stücken zurück.

Die brittische Regierung hat jetzt auf ihre Anfrage in Betreff der Schifffahrtsgesetze auch vom Hofe zu Stockholm eine Antwort erhalten, die den Ansichten und Plänen des englischen Ministeriums in Betreff des freien Seeverkehrs in hohem Grade günstig ist. Der König von Schweden erklärt sich bereit, alle noch für englische Schiffe bestehenden Beschränkungen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit gänzlich abzuschaffen.

Dem „Standard" zufolge befindet sich der hannoverische Gesandte, Graf v. Kielmannsegge, dessen Krankheit eine Zeitlang zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gab, wieder auf dem Wege der Besserung.

Frankreich.

* **Paris**, 23. März. Die gestrige Sitzung war, wie bereits gemeldet, dem Staatsbauten-Budget gewidmet. Nach Hrn. Dufaure, der die hohen Ansätze desselben vertheidigte, nahm Pierre Leroux das Wort. Er sprach ruhiger, als gewöhnlich. Er griff diese falsche Finanzpolitik an, welche unvorsichtig die öffentlichen Arbeiter vervielfache, ohne den Hülfsmitteln des Landes Rechnung zu tragen; daher die neuen Schulden und die ewige Verlegenheit, welche die Lage des Landes so verschlimmere. Der Redner verlangte, daß man die Kapitale dem Ackerbau zuwende. Auch Herr Stourm, der Berichterstatter der Kommission, sprach in sehr eindringlicher Weise für die Verkürzung des Budgets. Um dem Eindruck, den Stourm hervorgebracht hatte, zu begegnen, nahm Passy selbst das Wort. Er gab zu, daß die Ausgabe für die öffentlichen Arbeiten übermäßig sei; aber jetzt, wo sie einmal angefangen seien, könne man sie da beliebig unterbrechen? Die Versammlung unter dem entgegengesetzten Eindruck beider Reden verschob die Entscheidung.

Das Klubgesetz war bekanntlich in der gestrigen Sitzung zur schleunigen Umarbeitung nach den vorgestern angenommenen Grundsätzen an die Kommission zurückgewiesen worden. Es wurde heute wieder vorgelegt. Ehe es aber zur Verhandlung kam, wurde die gestrige Berathung über das Staatsbauten-Budget zu Ende geführt. Auch Goudchaux sprach für die Reduktion und trotz der Anstrengungen von Lacrosse wurden 3 Millionen für die regelmäßigen Arbeiten gestrichen. Gegen die von der Kommission gleichfalls vorgeschlagene Reduktion von 10 Millionen für die außerordentlichen Arbeiten sprach Grandin mit vielem Feuer, da Barthe aber nachwies, man würde diese Ausgaben nicht ohne neue Anleihen machen können, so wurden auch diese 10 Millionen mit 421 gegen 311 Stimmen gestrichen. Nun ging man zum umgearbeiteten Klubgesetz über. Es ist wenig mehr als eine Wiederholung des Gesetzes vom 28. Juli 1848, nur daß es nicht, wie dieses, die Klubs, sondern les assemblées publiques et politiques non permanentes regelt. Dupont de Bussac protestirte mit Bezug darauf, daß die Majorität der Kommission ihre Entlassung gegeben habe, dagegen, daß man ein von einer unvollständigen Kommission vorgelegtes Gesetz berathe. Senard erklärt, die Majorität der Kommission habe nicht ihre Entlassung gegeben, sie habe die neuen Bestimmungen mitgeprüft, und gehe um so bereitwilliger auf die Berathung ein, als sie in dem (neuen) Art. 13 die Rückkehr zur Konstitution finde. Cremieur und Germain Sarrut widersprechen dem, nach der Verlesung ihrer Protestation habe sich die Majorität aus der Kommission sogleich zurückgezogen. Deslongrais meinte, das könne die Versammlung nicht hindern, das Gesetz zu berathen, und wirklich ging die Versammlung auf die Berathung ein. Laboulie entwickelte als Berichterstatter die Gründe der neuen Vorschläge. Die Verhandlung wurde, ohne bis jetzt zu einer Entscheidung geführt zu haben, vertagt. Die vorgestrige außerparlamentarische Versammlung eines großen Theils der Volksvertreter aus Veranlassung des Klubgesetzes bildet noch immer den Stoff der leitenden Journalartikel. Die konservativen Blätter werfen besonders den beiden Generalen Cavaignac und Lamoricière vor, an dieser Versammlung Theil genommen zu haben. Cavaignac soll eine Aeußerung dabei gethan haben, welche den Präsidenten der Republik, als sie ihm hinterbracht wurde, in die heftigste Aufregung versetzte. Wie bereits mitgetheilt, war hauptsächlich Lagrange von der Bergpartei Schuld daran, daß die von Cremieux vorgeschlagene Maßregel der Enthaltung von der Abstimmung nicht durchging, indem er darauf hinwies, daß diese Maßregel nothwendig einen Straßenkampf zur Folge haben müsse und daß wahrscheinlich keiner seiner anwesenden Kollegen sich geneigt finden würde, daran Theil zu nehmen. Hierauf soll nun Cavaignac geäußert haben: „Gut, wenn es sein muß, so geben wir auch in den Straßenkampf, ehe wir die Verfassung verletzen lassen." Die Presse der Opposition, vom National herab bis auf den Peuple, und selbst die sonst konservative Presse, bezeichnen das Klubgesetz als eine Verletzung der Verfassung und veröffentlichen Protestationen, die durch die Namen der Unterzeichner eine große Bedeutung erhalten. Wir erwähnten gestern die von Lamennais redigirte und von den Repräsentanten der Bergpartei unterzeichnete Protestation. Der heutige National bringt eine mit Stimmeneinhelligkeit angenommenen Protestation der demokratischen Gesellschaft der Verfassungsfreunde, unterzeichnet von dem Präsidenten Buchez und sämmtlichen Mitgliedern des Bureaus. Die Organe des Berges enthalten ebenfalls eine von den Redaktoren von 7 Journalen unterzeichnete Protestation gleichen Inhalts.

Oesterreichische Monarchie.

Fokschan, 6. März. Während hochgestellte russische Offiziere die Räumung Siebenbürgens von den russischen Hülfstruppen in Aussicht stellen, erfahren wir aus sehr glaubwürdiger Quelle, daß die erwähnten Truppen jüngst eine Verstärkung von zwei Regimentern (gegen 8000 M.) erhalten haben. Auch kann ich mit Bestimmtheit versichern, daß die in der Moldau, an der Grenze Siebenbürgens und der Bukowina aufgestellten russischen Truppen den Befehl erhalten, auf den ersten Wink der k. k. Kriegsbehörden auch in die Bukowina einzurücken. (A. Z.)

Italien.

* Aus Oberitalien. Die Feindseligkeiten haben begonnen; auf welchem Punkte aber und mit welchem Erfolge, darüber sind die Berichte bis jetzt noch so widersprechend, daß sich etwas Zuverlässiges nicht melden läßt. Die österreichischen Truppen hatten sich in St. Angelo zusammengezogen, zwischen Lodi und Pavia; sie bildeten eine große Linie von Piacenza nach Magenta, vom Po und längs der Tessiner Linie. Das Gros der sardinischen Armee stand ihr gegenüber auf der andern Seite des Tessin und ein detaschirtes Korps von 20,000 Mann schien die Absicht zu haben, durch den Lago Maggiore in die Lombardei einzudringen und die Berglinie über Varese, Como, Lecco und Bergamo zu verfolgen.

Vom 21. schreibt man nun der N. Z. Ztg. aus Mailand: „Die Piemontesen sollen bei Buffalora angegriffen haben und in Magenta stehen; die Oesterreicher leisteten scheints keinen Widerstand, dagegen heißt es, die Oesterreicher haben bei Pavia den Gravellone bereits überschritten." Und vom 22.: „Bei dem Uebergang der Piemontesen in Buffalora tödtete der einzige Schuß, der abgefeuert wurde, das Roß einer Husaren-Vedette, worauf sich das österreichische Korps sogleich zurückzog. Die Piemontesen, 10,000 Mann stark, sollen ihre Vorposten bis nach Sedriano vorgeschoben, dann sich aber wieder zurückgezogen haben. Von Pavia weiß man nichts Näheres, als Gerüchte, zum Vortheil der einen oder andern Seite. Das Terrain ist schwierig für beide Heere. Die Oesterreicher sollen bei Sa. Sofia angegriffen und über den Tessin gesetzt haben, ohne Widerstand zu finden, erst am linken Po-Ufer soll das Gefecht begonnen haben, das sich hauptsächlich bei La Cava konzentrirte. Des Nordwindes ungeachtet hörte man hier den Kanonendonner bis gestern Abends; man will ihn auch diese Nacht gehört haben, was beweisen würde, man suche eine Brücke über den Po zu schlagen." Bestätigen sich diese Nachrichten, so müssen die beiden Heere neben einander zu operiren versucht haben, die Oesterreicher mehr südlich, die Piemontesen mehr nördlich. Zwischen Pavia am Tessin und Piacenza am Po läge das Terrain ihrer Operationen.

Mailand, 22. März. Eine Proklamation Radetzky's an die Bewohner Piemonts sucht denselben begreiflich zu machen, daß er genöthigt sei, den Krieg auf ihr Gebiet hinüberzutragen. Seine Armee werde die strengste Disziplin handhaben, dagegen möchten sie es unterlassen, sich irgendwie in die Angelegenheiten des Krieges zu mischen; das sollen sie den Soldaten überlassen. Ihn treibe nicht wie Karl Albert der Geist der Eroberung, sondern er komme, den ungerechtesten Angriff, der je gemacht worden sei, zurückzuweisen. Ihrem König hätten sie alles Ungemach zuzuschreiben, das der Krieg immer über die Völker bringe; er komme, um endlich einmal den nach Frieden und Ruhe sich sehnenden Völkern Frieden und Ruhe zu bringen. Bis heute war hier Alles ruhig.

Belgien.

** **Haag**, 21. März. König Wilhelm III. ist heute morgen um 8 Uhr, von England kommend in Hellevoetsluis gelandet und Mittags 1¾ Uhr, begleitet von der Königin, welche ihm dahin entgegengeeilt war, hier angekommen. Auf sein Verlangen mußten alle Festlichkeiten unterbleiben. Die Nachricht von seiner mit großer Spannung erwarteten Landung verbreitete sich mit Blitzesschnelle über das Land und schlug sofort einen Theil der umlaufenden Gerüchte zu Boden. „König Wilhelm III. ist gelandet!" dies Wort lief freudig von Mund zu Mund. Vor stark anderthalb Hundert Jahren war der nämliche Ruf, der damals von England ausging, von der größten Bedeutung für Europa, ja für die Welt; denn von jenem Tage an befestigte sich die verfassungsmäßige Ordnung in England, breitete sich die Macht, der Ruhm und die Größe dieses Staates wunderbar aus und ward die konstitutionelle Staatsform allen Völkern zum Muster begründet und ausgebildet. Jenes Wort hat freilich jetzt nicht die weit umfassende Bezeichnung wie damals, die Niederlands Wimpel noch Britanniens Freiheit versicherte! Wie verlautet, werden die irdischen Ueberreste Wilhelm II., wie es auch beim ersten König Wilhelm und beim Prinzen Alexander der Fall war, nicht nach dem Haag sondern nach Rotterdam gebracht werden, um von dort mit großer Feierlichkeit in den berühmten oranischen Grabkeller der alten Kirche von Delft geleitet zu werden. Die Erbgroßherzogin von Sachsen Weimar, des verstorbenen Königs einzige Tochter, die er alljährlich zu besuchen pflegte, wird erwartet.

Rußland.

Warschau, 18. März. Der Kaiser hat befohlen, daß dem aktiven Militär niederen Ranges, von allen einstweilen aufgelösten Reserve-Abtheilungen sowohl der Garde wie der Armee, welche bis zum 13. d. J. auf Urlaub entlassen waren, dieser Urlaub bis zum 13. Mai d. J. peremtorisch verlängert werde.

Frankfurter Börsenbericht.
(Wochenbericht.)

In den ersten Tagen der letzten Woche trafen fast gleichlautend Hiobsposten zusammen. Aufkündigung des dänischen Waffenstillstandes, Ankündigung der beginnenden Feindseligkeiten in Italien, Tod des Königs von Holland. Hiezu die entsprechenden sehr niedrigen Notirungen aus Wien, Paris, Berlin und Amsterdam, gespannte Erwartung des Resultats der Abstimmung des Welcker'schen Antrags. Unter diesen Umständen vermochte sich die bisher andauernde gute Stimmung nicht zu behaupten. Sämmtliche Fondsgattungen mit Ausnahme der österr. fl. 500 Loose, die sich im Preise erhielten und der preußischen Staatsschuldscheine und Prämienscheine, welche sogar eine ansehnliche Besserung erfuhren, sind mehr oder minder bedeutend zurückgegangen. Wir geben nachfolgende Uebersicht:

	Cours am 17. März.	Cours am 21. März.
Bankaktien	1181	1162
5% Metalliques	74½	72⅝
4% ditto.	59¼	57¼
3% ditto	44¼	43⅛
2½% ditto.	39½	38⅛
1% ditto.	14¾	14⅜
fl. 250 Loose.	79	77¼
fl. 500 ditto.	124¼	124¼
4½% Bethm.	72½	70¼
4% ditto.	62	61½
Russ. 4% Oblig.	82¼	81
Preuß. 3½% Staatsschuldsch. . .	79¼	79¾
" Prämienscheine	99	100
" Köln-Minden	76	75¼
Spanische 3%	22¾	21¾
Holländ. 2½% Intregale	49⅛	47¾
" 4½% Oblig.	78¼	76
" 3½% Synd.	78¼	77
Belgische 4½% Obligationen . .	83½	81½
" 2½% " . . .	42⅞	42
" 5% " . . .	90	88
Bairische 3½% Oblig.	79	79
" 4%	88¼	88¼
" 5%	99	99
Ludwigshafen-Berbach	72½	71¼
Würtemb. 3½%	78⅜	78
" 4½%	93¾	93⅛
Sardinische Loose	29¼	27¼
Polnische fl. 300 Loose	97¾	96¾
" fl. 500 Loose	74½	74
Kurhess. Rthlr. 40 Loose	27	26⅝
Friedr.-Wilh.-Nordbahn	35⅜	33¾
Großh. Hess. 3½% Oblig. . . .	78	77¾
" " 4% "	86⅛	86⅛
" " fl. 50 Loose	69½	69
Badische 3½% Oblig.	76¼	75⅞
" 5% "	96	95⅞
" fl. 50 Loose	48	47½
" fl. 35 Loose	27½	27⅛
Nassau 3½% Oblig.	80½	80
" 5% "	98¾	98¾
Frankfurt 3½% 1846	88½	88
" 3% "	77¼	77
Taunusbahn-Aktien	288	284

Der Abzug der österr. Fonds nach Amsterdam hat in Folge der Erschütterung, welche diese Börse wegen des Todes des Königs betroffen, aufgehört und so blieb die feste Haltung der Wiener Notiz ohne Einfluß, um so mehr da inzwischen auch der Wechselkurs auf Wien sich verschlimmert hat. Einen sehr fühlbaren Rückgang haben, außer den Holländischen, die Belgischen und Spanischen erlitten, die erstern in Folge der gleichzeitig eingetroffenen niedrigen Notirungen aus Paris und Antwerpen, die letztern aus gleichem Grunde und wie man befürchtet, wegen einer beabsichtigten bewaffneten Intervention in den päpstlichen Staaten.

Sämmtliche zinstragende süddeutsche Papiere erhielten sich fest im Course. Dieses gilt namentlich von den Bayerischen, die immerwährend Käufer finden.

In Eisenbahnaktien war der Umsatz sehr beschränkt. Die in Aussicht stehende Emission von Prioritätsobligationen lähmt die Spekulation. Ueber den Zustand der Friedrich Wilhelm Nordbahn cirkuliren die mannigfaltigsten Versionen und wir glauben den Besitzern dieser Papiere durch eine gedrängte auf Thatsachen gestützte Darstellung der Sachlage, einen Dienst zu erweisen. Es handelt sich hauptsächlich darum, ob der Betrieb der Bahn in näherer oder fernerer Aussicht stehet, und darüber vermögen die folgenden Notizen wohl einiges Licht zu verbreiten.

Der Anschluß an die Thüringer Bahn wird von Seiten der Fr.-Wilh.-Nordbahn in diesem Jahre fertig und ist in allen Theilen so festgestellt, daß er, sobald die Mittel für den Bau der Reststrecke Thüringischer Seits angeschafft sind, in circa 4 Monaten ausgeführt werden kann. Für die Anschaffung der dazu erforderlichen 300,000 Thaler hat zwar die Thüringische Bahn bis jetzt nicht zu rathen gewußt. Indessen läßt sich voraussetzen, daß die Beschaffung dieser verhältnißmäßig geringen Summe, in Betracht der hohen Wichtigkeit des Verbindungsweges für drei Staaten, keinen besondern Schwierigkeiten unterliegen wird. — Die Fahrt auf der Bahn bis Grebenstein wurde im September 1848 eröffnet und am 15. November zuerst ohne Unterbrechung bis Karlshafen an die Weser geführt. Sie ist seitdem in regelmäßigem Betrieb; die Brutto-Einnahme betrug bis Ende Dezember circa 56,000 Thaler. Der Waarenzug auf dieser Strecke ist zunehmend und verspricht sehr bedeutend zu werden. Dem Vernehmen nach hat sich ein Konsortium Kaufleute und Spediteurs erboten, der Bahn ein jährliches Quantum von 600,000 Centnern gegen ermäßigte Gebühren, verbindlich zuzuführen. Vor einigen Tagen sind die Militärtransporte, mit einem Zuge ein ganzes Bataillon, später Geschütz mit Bespannung, auf dieser Bahn befördert. Die Bahn bis Haueda, die hessische Gränze nach Westphalen, ist völlig fertig, wird jedoch nicht früher in Betrieb gesetzt werden, bis von preußischer Seite die Verlängerung der Bahn zum Anschluß an die Köln-Mindner gebauet ist. Diese Strecke hat vor Kurzem die preußische Regierung zu bauen übernommen, und ist bereits theilweise im Angriff.

Man hofft, daß solche noch in diesem Jahre bis Warburg, dem ersten preußischen Hauptorte, wo viele Straßen sich kreuzen, zu befahren sein werde, und alsdann die Strecke von Kassel bis dahin, in Verbindung mit der Zweigbahn nach Karlshafen in vollem Betrieb gesetzt zu sehen. — Daß der Bahnbau um circa

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsversammlung vom 26. März. Hannover und Deutschland). Wien (Weitere Untersuchungen und Maßregeln gegen Schriftsteller. Erlaß an die Preßgerichte. Erzherzog Stephan.) Olmütz (Die Slowakische Deputation). Berlin (Verhandlungen der zweiten Kammer. Die deutsche Frage in den Kammern. Zur Geschichte der neuesten Preußischen Note. Dembinski angeblich in Pesth eingerückt. Die preußischen Finanzen.) München (Hoffnungen und Wünsche der Patrioten. Undeutsche Gesinnung unter den Bureaukraten und am Hofe. Ungeschicklichkeiten der Regierung. Nothwendigkeit einer Krisis). Altenburg (Die Reichstruppen in Thüringen). Gotha (Das Staatsgrundgesetz vollendet. Ein Erlaß des Reichsministeriums. Der Herzog Oberbefehlshaber der thüringischen Kontingente.) Hamburg (Die Ankunft preußischer Truppen und des Oberbefehlshabers General Prittwitz.)

Oesterreichische Monarchie. Von der österreich. Grenze (Der Konflikt mit den Serben.) Karlowitz (Bestätigung der provisorisch-serbischen Regierung.)

Italien. Florenz (Regierung und Volk. Gieruachio.) Neapel (Die Kammern aufgelöst.) Palermo (Die Waffenzufuhren mit Beschlag belegt.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 26. März.)

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.
Vom 26. März.
Tagesordnung der 194. öffentl. Sitzung.
Fortsetzung der zweiten Lesung der deutschen Reichsverfassung.

Der Präsident Herr Eduard Simson eröffnet 9¼ Uhr die Vormittagssitzung. An Flottenbeiträgen sind eingegangen: 59 Gulden aus dem Amtsbezirke Heubenk, 412 Mark Banko Beitrag der in Mexiko lebenden Deutschen durch den preußischen Konsul in Mazatlan Herrn Kunhardt. Endlich aber 80 Rthlr. aus Schottens, Vechta und Sandel im Oldenburgischen.

Nachdem das Haus den Präsidenten dazu ermächtigt hat, den sehr umfänglichen (12 Bogen umfassenden) Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über den Entwurf einer deutschen Gewerbeordnung in genügender Anzahl abdrucken zu lassen, wird zur Tagesordnung verschritten.

Die zweite Lesung der deutschen Reichsverfassung geht unter der Geschäftsbehandlung des Herrn Simson so rasch von Statten, daß wir aus dieser einzigen Vormittagssitzung die Annahme folgender Artikel zu melden haben: *) (Abschnitt von der Reichsgewalt.)

*) Nachzutragen, als bereits in der zweiten Sitzung des 21. angenommen ist:

Art. XI. §. 53. „Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reichs bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht."

Art. XII. §. 54. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu bewahren."

§. 55. „Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen:

1) wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staate in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird;

2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint;

3) wenn die Verfassung eines deutschen Staates gewaltsam oder einseitig aufgehoben oder verändert wird und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverzügliche Hülfe nicht zu erwirken ist."

§. 56. „Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind:

1) Erlasse,

2) Absendung von Kommissarien,

3) Anwendung von bewaffneter Macht.

Ein Reichsgesetz wird die Grundsätze bestimmen, nach welchen die durch solche Maßregeln veranlaßten Kosten zu tragen sind."

§. 57. „Der Reichsgewalt liegt es ob, die Fälle und Formen, in welchen die bewaffnete Macht gegen Störungen der öffentlichen Ordnung angewendet werden soll, durch ein Reichsgesetz zu bestimmen."

§. 58. „Der Reichsgewalt liegt es ob, die gesetzlichen Normen über Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechtes festzusetzen."

§. 59. „Der Reichsgewalt steht es zu, über das Heimatsrecht Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen."

§. 60. „Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte gewährleisteten Rechtes der freien Vereinigung und Versammlung, Reichsgesetze über das Associationswesen zu erlassen."

§. 61. „Die Reichsgesetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche die Anerkennung ihrer Aechtheit in ganz Deutschland bedingen."

§. 62. „Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen."

Art. XIII. §. 63. „Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung soweit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutze der ihr überlassenen Anstalten erforderlich ist."

§. 64. „Die Reichsgewalt ist befugt, wenn sie im Gesammtinteresse Deutschlands gemeinsame Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet, die zur Begründung derselben erforderlichen Gesetze in den für die Veränderung der Verfassung vorgeschriebenen Formen zu erlassen."

§. 65. „Der Reichsgewalt liegt es ob, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Reichseinheit im deutschen Volke zu begründen."

§. 66. „Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Reichswegen."

§. 67. „Reichsgesetze gehen den Gesetzen der Einzelstaaten vor, insofern ihnen nicht ausdrücklich eine nur subsidiäre Geltung beigelegt ist."

Art. XIV. §. 68. „Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reiche aus.

Die Dienstpragmatik des Reichs wird ein Reichsgesetz feststellen."

Zu § 68 wird von den Herren Möring und Genossen die Einschaltung beantragt: die Richter bei dem Reichsgerichte werden auf Vorschlag von den „Einzelnstaaten ernannt." — Obschon sich mit den Oesterreichern auch jener Theil der Linken verbindet, der jetzt alle seine früheren Principien zu verleugnen keinen Anstand nimmt, und daher in diesem Falle auch bereitwillig das Centralisationssystem aufgibt, so erlangt der Möring'sche Zusatz doch nur 228 Stimmen und wird hingegen mit 281 Stimmen verworfen.

Mit der Annahme von Artikel XIV. sind die Bestimmungen über die Reichsgewalt erschöpft. Da dem Beschlusse über den Eisenstuck'schen Antrag gemäß, der Abschnitt III.: das Reichsoberhaupt erst am Schlusse des Verfassungswerkes zur zweiten Lesung kommen soll, so würde jetzt der Abschnitt IV. vom Reichsrathe an der Reihe stehen. Auf den Antrag des Hrn. Schoder aber, den die Herren Riesser und Welcker unterstützen, bleibt auch dieser Abschnitt, als mit den Bestimmungen über das Reichsoberhaupt eng zusammenhängend, indessen ausgesetzt. Die zweite Lesung fährt demnach mit dem

Abschnitt V.: „der Reichstag"

fort. Angenommen wird:

Art. I. §. 92. „Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus."

Art. II. §. 93. „Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten."

§. 94. „Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß: Preußen 40 Mitglieder; Oesterreich 38; Baiern 18; Sachsen 10; Hannover 10; Württemberg 10; Baden 9; Kurhessen 6; Großherzogthum Hessen 6; Holstein (-Schleswig) 6; Mecklenburg-Schwerin 4; Luxemburg-Limburg 3; Nassau 3; Braunschweig 2; Oldenburg 2; Sachsen-Weimar 2; Sachsen-Koburg-Gotha 1; Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 1; Sachsen-Altenburg 1; Mecklenburg-Strelitz 1; Anhalt-Dessau 1; Anhalt-Bernburg 1; Anhalt-Köthen 1; Schwarzburg-Sondershausen 1; Schwarzburg-Rudolstadt 1; Hohenzollern-Hechingen 1; Liechtenstein 1; Hohenzollern-Sigmaringen 1; Waldeck 1; Reuß ältere Linie 1; Reuß jüngere Linie 1; Schaumburg-Lippe 1; Lippe-Detmold 1; Hessen-Homburg 1; Lauenburg 1; Lübeck 1; Frankfurt; Bremen 1; Hamburg 1. Zusammen 192 Mitglieder."

Ein Möring'scher Antrag, wonach Oesterreich 40 Mitglieder im Staatenhause haben soll, wird abgeworfen mit 289 gegen 232 Stimmen. Angenommen wird dagegen der eventuelle Antrag des Verfassungsausschusses mit 290 gegen 231 Stimmen.

„So lange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaate nicht Theil nehmen, erhalten nachfolgende Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause; nämlich:

Bayern 20; Sachsen 12; Hannover 12; Würtemberg 12: Baden 10; Großherzogthum Hessen 8; Kurhessen 7; Nassau 4; Hamburg 2.

Auch über den folgenden §. 95 sind vorher namentliche Abstimmungen beantragt. Da die heutige Wiederholung dieses Votirungsmodus die Kräfte des Bureaus erschöpft, so wird dasselbe auf die Einladung des Präsidenten um einige Mitglieder aus dem Hause verstärkt. Die Vormittagssitzung schließt mit der Verwerfung eines Minderheitsantrags der Herren Schüler, Wigard und Genossen. Die Abstimmung über §. 95 ist aber damit noch nicht beendet. Fortsetzung der zweiten Lesung um 4 Uhr Nachmittags.

⁝ **Frankfurt,** 26. März. Man erinnert sich noch der armseligen Ausflüchte, welche im vorigen Jahre Hannover vorbrachte, um seine Verzögerung in der Hülfeleistung für den Schleswig'schen Krieg zu beschönigen. Man erzählt sich Aehnliches in diesem Augenblicke. Man sagt, Hannover trage Bedenken, trotz des erhaltenen Befehles, seine Truppen über die Elbe gehen zu lassen, weil — doch die Gründe sind wohl ganz gleichgültig. Auch zu Zeiten der berüchtigten Reichsarmee im vorigen Jahrhundert schickte jeder Reichsstand, wenn er keine Truppen sandte, dafür ja desto vortrefflichere Gründe ein. Den Grund, welchen Hannover vorgeben soll, würden wir gar nicht anführen, wenn er nicht so possierlich klänge. Die hannoverschen Truppen gehen nicht über die Elbe, weil man nicht sicher ist, ob sie dort auch gut verpflegt würden! Diese Antwort in dem Augenblicke, wo der König von Dänemark sich an die Spitze seiner ganzen Heeresmacht gestellt hat! Man sagt, der Reichskriegsminister habe eine Stafette nach Hannover an den kommandirenden General geschickt, um diesen persönlich wegen den Folgen verantwortlich zu machen. Möchten alle diese Gerüchte doch schleunigst widerlegt werden!

Wien, 22. März. Die gestern mitgetheilte Untersuchung hat sich auch noch auf andere Literaten erstreckt. Als Veranlassung wird angeführt, daß man einer Verschwörung auf den Grund gekommen sei, deren Heerd in Jena (?) und die zum Ausbruch auf den 25. d. M. bestimmt sei. So viel man hört, hat man auch nicht das Geringste von Erheblichkeit unter den in Beschlag genommenen Papieren gefunden. Die Mitarbeiter der allg. österreichischen Zeitung haben sich bereits von Wien fortbegeben; ein Gleiches hat der Dichter Kaiser auf Veranlassung einer mit dem Gouverneur Welden gehabten Unterredung gethan.

Der Justizminister hat aus Anlaß des Preßgesetzes einen Erlaß an die Preßgerichte und Staatsanwalte erlassen, worin denselben die größte Gewissenhaftigkeit und möglichste Beschleunigung im richterlichen Verfahren eingeschärft wird. Man vernimmt, daß Erzherzog Stephan sich zu einem Besuche nach Ollmütz zu begeben gedenke.

Ollmütz, 20. März. Die Deputation aus der Slowakei welche heute vom Kaiser in einer besondern Audienz empfangen wurde, stellt in ihrer Petition folgende Punkte auf: 1) Die nahe an 3 Millionen Menschen zählende slowakische Nation als solche innerhalb bestimmter Landesgrenzen anzuerkennen. 2) Unserer Nation daher auch die Gleichberechtigung mit allen andern Nationen der österreichischen Monarchie zu gewähren und sie gegen die Rückkehr der Oberherrschaft der magyarischen Nation zu sichern. 3) Unserer Nation nach §. 71. der Konstitution vom 4. März d. J. solche Institutionen gnädigst verleihen zu wollen, welche die Slowakei nicht nur in einen unmittelbaren und festen Verband mit den übrigen Ländern der österreichischen Monarchie brächten, sondern zugleich auch ihren nationalen Eigenthümlichkeiten Rechnung tragen, daher die provinzielle, jährlich wiederkehrende Landtage und eine eigne Administration in sich begreifen würden. 4) Demnach die äußerst nothwendige, sofortige Entfernung der leider wieder eingeführten magyarischen Sprache aus der Geschäftsführung der Slowakenkomitate und Gemeinden und an deren Stelle den Gebrauch der slowakischen Sprache. Eben so nothwendig ist die sofortige strenge Entfernung aller jener Beamten, die sich noch vor Kurzem als offene Feinde Ew. Majestät und der getreuen slowakischen Nation wieder eingeschlichen haben. 5) Eine höchste Landesbehörde zu creiren, welche, den Befehlen der Centralregierung in Wien unterstehend, die konstitutionelle und nationale Reorganisation der Slowakei ins Leben rufen und bleibend feststellen würde. (O. C.)

△ **Berlin,** 23. März. Herr v. Meusebach, dessen ungeschickte Aeußerung über die ihrer Auflösung entgegen gehende Kammer auch in der gemäßigt Rechten lebhaftes Mißfallen erregt hatte, nahm jene Aeußerung in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer gewissermaßen zurück durch die Erklärung: Ich habe, als ich meine heute wiederholte Aeußerung that, die Tribüne für eine Stätte der Wahrheit gehalten. Wenn sie jedoch meine Behauptung durch die That widerlegen wollen, so werde ich gerne hierzu die Hand bieten.

Im Verfolg der Berathung über die Adresse suchten sich die Minister wegen ihrer gesetzgeberischen Thätigkeit zu rechtfertigen. v. Vincke bemerkt als Referent: Auch wir haben den §. 105. so verstanden, daß er nur auf einzelne Fälle dringender Maßregeln, nicht auf Umgestaltung organischer Einrichtungen angewendet werden könne, namentlich wenn sie so große Kosten verursachen, und daß die Gültigkeit derselben von unserer Genehmigung, abhänge. (Bravo zur Linken.) Wir werden aber bei Berathung der Gesetze selbst Gelegenheit haben, uns darüber auszusprechen; in der Adresse selbst wollten wir keine Verwahrung aussprechen, wie es das d'Esterscha Amendement verlangt, um nicht das Gefühl der Rechtsunsicherheit im Volke hierdurch zu vermehren. Ob die Verwaltung im Sinne der Revolution umzugestalten sei, darüber kann es verschiedene Ansichten geben, jedenfalls müssen hierüber spezielle Vorlagen und Vorschläge abgewartet werden. So viel steht fest, daß untergeordnete Beamte dem Ministerium Folge zu leisten haben, und es sind bis jetzt nicht Klagen vorgebracht worden, daß die Beamten antiministeriell handelten. (Heiterkeit). Mit geringen Aenderungen werden die Stellen des Entwurfes angenommen, welche sich auf die gesetzgebrische Thätigkeit der Minister beziehen. Das Urtheil der Kammer wird dadurch vorbehalten. Eine lange und heftige Berathung über das preußische Heerwesen füllte den übrigen Theil der Sitzung. Die großen Kosten des Heeres, die hohen Gehalte, Rationen Tafelgelder der Ober-Offiziere, die lange Dienstzeit der Soldaten werden vielfach angegriffen. Der Kriegsminister von Strotha bemerkte:

„Man sagt, man wolle ein Volksheer. Das preußische Heer ist ein Volksheer, und ist als solches von allen andern Nationen anerkannt worden. Gegen eine Verkürzung der Dienstzeit im angegebenen Sinne wird Niemand etwas sagen, nicht nur in einem halben Jahr, nein in weit kürzerer Zeit kann der Soldat ausexerzirt werden, aber nicht darum allein handelt es sich. Der Soldat soll auch erzogen, für die spätere Dienstzeit brauchbar gemacht werden, und deßhalb bedarf er einer längeren Dienstzeit. Die Eindrücke der Erziehung müssen tief in ihm haften und er muß durch Ausdauer unter Beschwerden erfahren, daß er Soldat ist. Dies ist ein größeres Opfer, als wenn er sein Leben für das Vaterland hingibt, sobald das Vaterland es von ihm fordert. Das kann Jeder, aber die Ausdauer will erlernt sein." Carl vertheidigte die preußische Finanzverwaltung, welche seit 1820,80 Millionen Thaler Schulden abgetragen. Aeußerst heftig sprach im demokratischen Sinn der Lieutenant außer Dienst, Caspary, gegen den Antrag: Der Hr. Kriegsminister hat es anerkannt, daß der Soldat in weniger als 6 Monaten ausexerzirt werden kann. Die Jahre 1813 und 14 haben bewiesen, daß er auch in ganz kurzer Zeit erzogen werden kann. Im Kriege lernt der Soldat allein die Ausdauer, deren er bedarf. Aber man versteht unter dieser Erziehung noch mehr, als dieß. Das Heer ist nicht mehr das Eigenthum des Volkes, wie in jenen Jahren, sondern das Mönchsthum der Könige. Die neueste Zeit hat es uns gezeigt, wie schwere Opfer diese Erziehung alle die Offiziere gekostet hat, welche nicht bloß Soldaten, die auch Menschen sein wollten. Ich selbst bin Zeuge gewesen, mit welchen erbärmlichen Schriften man im vorigen Jahre die Kasernen überfluthet und jede andern aus denselben fern gehalten hat. Ein wesentlicher Mangel des preußischen Heeres besteht in dem Unterschied zwischen der Garde und der Linie; er müßte fallen, denn in der Garde wird nur eine Kaste erzogen, und es ist nicht einzusehn, weßhalb Leute, die 6 Fuß messen, besser gehalten sein sollen, als die, welche nur 5' 3" messen. — In Bezug auf die Finanzen bemerke ich, daß der kommandirende General 9414 Thaler Gehalt, 36 Servis, 10 Rationen und 6 Pferde Extra-

post, und der Brigade-Kommandeur der Infanterie 3408 Thaler und 6 Rationen erhält, wofür der letztere so gut wie gar nichts zu thun hat. Hiergegen halten Sie sodann den Sold der Invaliden. Sie erhalten 2 Rthlr. 10 Sgr. Ich habe es kennen gelernt, das elende Leben eines solchen Mannes. Wenn einst ein Redner auf dieser Stelle sagte, daß seine Wiege am Webstuhl seines Vaters stand, so kann ich sagen, daß meine Wiege im Zimmer eines Invaliden stand. Ich habe es gesehen, wie diese Aermsten haben hungern und betteln müssen, um ihr Leben zu fristen. Ein Krebsschaden in dem Heere ist endlich das auch in ihm eingerissene Büreauwesen. Es verfolgte in den letzten Feldzügen die Führer sogar bis aufs Schlachtfeld. Ein Adjutant warf einmal einen Stoß Akten ins Kornfeld, ein anderer ins Feuer, und als er gefragt wurde, was er thue, antwortete er: ich verkürze den Geschäftsgang! (Gelächter und Bravo von der Linken.) Hr. v. Vincke sprach warme Worte für das Preußische Heer, an dessen Ehre man namentlich in jetziger Zeit, wo man das Preußische Heer und dessen Geist vielleicht bald dringend nöthig haben könne, auf keine Weise mäkeln dürfe. Das hinderte nicht, daß D'Ester auf den Korpsgeist der Offiziere seine Angriffe richtete. Unser Heer, sagte er, besteht nicht allein aus Soldaten, sondern auch aus dem Korpsgeiste der Offiziere. Ich bin weit entfernt, einen Makel auf unser Heer zu werfen; aber ich kann nicht einstimmen in das Lob über das Benehmen des Heeres im verflossenen Jahre. Man hat gesagt, daß das Militär im Kampfe die alte Treue bewahrt habe; man hätte hinzusetzen sollen, im Kampfe gegen den Geist der Zeit u. s. w. Man weiß es schon, daß D'Ester in faciendis phrasibus generalibus excellirt. Der Kriegsminister trat noch einmal für das Offizierkorps in die Schranken und die betreffende Stelle des Entwurfes wurde angenommen: „Freudig erkennen auch wir, daß Preußens Heer in den Tagen des Kampfes seinen Kriegsruhm, in schwererern Prüfungen seine Treue bewahrt hat".

•Die deutsche Frage ist am 24. in der zweiten Kammer von ungefähr zehn Rednern behandelt; die Berathung ward vertagt.

L.K. **Berlin**, 24. März. Ein soeben aus Ratibor hier eingetroffenes Privatschreiben will aus den verläßigsten Quellen wissen, daß Dembinski nach einer zuvor gewonnenen Schlacht in Pesth eingerückt sei. (?) Der Verfasser des Briefes bemerkt zu dieser Nachricht, welcher überdies die Mittheilung beigefügt ist, daß Görgey die Höhen von Raab besetzt halte: Dembinski werde im Sturm auf Wien zueilen, und er habe die Hoffnung geäußert, zu Ostern der Fußwaschung beiwohnen zu können.

Nach der auch heute in der zweiten Kammer von Herrn v. Vincke erwähnten Mittheilung des Finanzministers in den Sitzungen der Finanzkommission soll es mit den preußischen Finanzen glänzend bestellt sein. Die Angabe des Finanzministers lautet, wie uns mitgetheilt wird, näher dahin, daß eine Summe von 16 Millionen baar jeden Augenblick disponibel sei.

Berlin. In einer Berliner Korrespondenz vom 21. im „Altonaer Merkur" finden wir folgende Notiz: „Man erfährt, daß die neueste in der That fast nichtssagende — Note an Oesterreich, worin Preußen sich zu erneuerter Verständigung bereit erklärt, gegen den Willen der übrigen Minister von dem Minister des Auswärtigen erlassen ist. In Folge dessen stand der Rücktritt des Letzteren schon vor der Thür. Der Graf Arnim bequemte sich aber, wie es heißt, auf Camphausens Andringen, dazu eine neue Note zu erlassen, worin das Beharren beim engeren Bundesstaate mit Entschiedenheit ausgesprochen ist; dadurch ist das Mißverständniß vorläufig beseitigt."

A **München**, 22. März. Heute also sind in Frankfurt die Würfel der Entscheidung gefallen. Heute wird wahrscheinlich dem Verfassungsbaue der Schlußstein eingefügt worden sein, ja, vielleicht sind schon in diesem Augenblicke die Abgesandten der Nationalversammlung auf dem Wege nach Berlin, um dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone zu überbringen! Mit welcher Spannung und Aufregung hier Alles den Nachrichten über das Ergebniß der Abstimmung über den Welckerschen Antrag entgegensieht, vermag ich nicht zu schildern, aber so viel ist gewiß, daß auch hier, seit Welcker seinen Antrag gestellt, ein bedeutender Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten ist: Jeder fühlt, daß die bisherigen unsichern, schwankenden Zustände nicht länger fortdauern dürfen, wenn nicht Alles in Frage gestellt werden soll, was wir im März des vorigen Jahres zu erringen hofften, und so sind denn Viele dahin gekommen, das anzustreben, was wenigstens möglich ist, wenn es auch nicht Allen bisher als das Wünschenswertheste erschienen war. Die letzten österreichischen Vorschläge trafen hier wie ein Donnerschlag, man war so fest überzeugt gewesen, Oesterreich wolle in den deutschen Bundesstaat eintreten, die große Mehrzahl hatte diesen Eintritt sehnlich gewünscht, weil die gleiche Stammesverwandtschaft und Eigenthümlichkeiten, gleiche Religion und gleiche materielle Interessen dafür sprachen: man konnte deßhalb nicht anders, als unbedingt verlangen, daß von Seite der Frankfurter Versammlung dieser Eintritt nicht bloß nicht unmöglich gemacht, sondern sogar erleichtert werde, aber um so schmerzlicher wurde man deßhalb enttäuscht. Allein nicht die Nationalversammlung hat Oesterreich ausgeschlossen: Oesterreich hat sich selbst ausgeschlossen — ein Direktorium ohne Volkshaus zu wollen — und wären die Vortheile der Zoll- und Handelsverbindung mit Oesterreich noch zehnmal glänzender, als Hr. Hermann sie geschildert — das hieße wahrlich die Erstgeburt um ein Linsen-Mus verkaufen.

Je schmerzlicher aber auf diese Weise die Ueberzeugung sein muß, daß das deutsche Oesterreich wenigstens vorerst für Deutschland verloren ist, um so gebieterischer stellt sich die Pflicht der Nationalversammlung heraus, wenigstens so viel in ihren Kräften steht, beizutragen, daß das Band der Einigung zwischen den übrigen Staaten möglichst fest geknüpft werde. Sollte dann auch, wie man hier vielfältig glaubt, der Fall eintreten, daß der König von Preußen die ihm vom deutschen Volke angebotene Kaiserkrone ausschlägt, so haben doch wenigstens unsere Vertreter das Ihrige gethan, das Verfassungswerk zum Abschlusse zu bringen. — Anders freilich sind in dieser Beziehung die Ansichten der ultramontanen und der büreaukratischen Partei: wie denn, im Vorbeigehen gesagt, vielleicht nirgends in Deutschland die Büreaukratie so eng verbündet, so einig in ihrem Widerstande gegen alles Neue ist wie in Baiern. Die Ultramontanen und die Büreaukraten also sind die eifrigsten Gegner des Welcker'schen Antrages sowie aller Vorschläge, welche Aehnliches bezwecken: die Ersteren aus konfessionellen Rücksichten, die Letzteren aber, weil sie einsehen, daß ein allenfallsiger Eintritt Oesterreichs jedenfalls ein möglichst geringes Maaß von Freiheit für das Volk bedingen würde. (Aus diesem Grunde findet wohl auch die neue Münchner Zeitung die neuesten österreichischen Vorschläge sehr annehmbar.) Leider ist auch der Hof ganz und gar in den Händen der erwähnten zwei Parteien, und Alles, was man von den zu Nymphenburg herrschenden Ansichten erfährt, bestätigt es, daß man dort nur in dem engherzigsten Partikularismus das Heil Baierns zu sehen vermeint. Auch das neugebildete Ministerium ist ein Beleg dafür, denn es ist ganz und gar aus den Reihen jener verknöcherten Büreaukratie genommen, steht jedoch durch Einzelne seiner Mitglieder auch in einiger Verbindung mit der ultramontanen Partei. Ein solches Ministerium kann nun freilich weder irgend ein Vertrauen im Lande genießen, noch die geringste Lebensfähigkeit besitzen, allein jedenfalls mußte es dazu dienen, das ohnedieß erschütterte Vertrauen des Volkes in die Krone noch mehr zu untergraben, und die herrschende Mißstimmung noch zu verstärken. Ueberdieß hat die baierische Regierung außerdem, daß sie es an ernsten Gründen zur Unzufriedenheit durchaus nicht fehlen läßt, in der letzten Zeit auch noch ein eigenes Talent zu Ungeschicklichkeiten aller Art bewiesen: namentlich Beisler ist in dieser Beziehung entschieden unglücklich. So hat dessen letzte amtliche Handlung, die Reaktivirung der Professoren Phillips und Lasaulx, so sehr man vielleicht zu einer andern Zeit dieselbe als eine Maßregel der Gerechtigkeit gebilligt hätte, gerade jetzt, nur neuen Grund zur Unzufriedenheit und zum Mißtrauen gegeben, da man ohnedieß fürchtet, man beabsichtige in die Geleise der früheren Politik zurückzukehren. So ließe sich noch gar Manches anführen: aber gerade diese Lage der Dinge in Baiern selbst ist es, welche sehr viel dazu beigetragen hat, daß ein enger Anschluß an die deutsche Sache nun von einer weit größeren Anzahl gewünscht wird, als dies früher der Fall war, weil man wohl fühlt, daß man, wenn auch auf der einen Seite dafür manches Opfer gebracht werden muß, so doch in anderer Beziehung auch darauf rechnen darf, in der deutschen Centralgewalt eine Stütze und einen kräftigen Anhaltspunkt zu finden. Ich habe schon vor einigen Wochen in diesen Blättern die Ueberzeugung ausgesprochen, daß man auch bei uns täglich mehr einsehe, wie nothwendig eine Krisis, ein Wende-

punkt in der ganzen Lage der Dinge eintreten müsse: der Augenblick hiefür scheint jetzt gekommen zu sein, in Frankfurt wird das entscheidende Wort gesprochen, möge es zum Heile und zum Frommen Deutschlands gereichen!

Altenburg, 22. März. In der heutigen Sitzung der Landschaft erhob sich Abgeordneter Dölitzsch zu einer Interpellation, was das Ministerium auf die frühern Beschlüsse der Landschaft in Betreff der Entfernung der „fremden" Truppen aus dem Lande gethan habe? Minister Graf Beust bemerkte darauf, daß die Zurückziehung der Reichstruppen lediglich in der Hand des Reichsministeriums liege. Vor einigen Wochen sei von Seiten des Reichsministeriums eine Anfrage an sämmtliche thüringische Ministerien dahin ergangen, ob eine Koncentrirung von Reichstruppen noch länger in den betreffenden Ländern nöthig sei und in welcher Ausdehnung sie eintreffendenfalls nothwendig erscheine. Gleichzeitig sei erklärt worden, daß im hiesigen Lande natürlich hinfort auswärtiges Militär bleiben würde, so lange die hiesige Garnison als Reichstruppen verwendet würde. Das diesseitige Ministerium habe darauf erwidert, daß das Hierbleiben von auswärtigem Militär allerdings nothwendig sei, auch schon wegen der Gerüchte einer allgemeinen republikanischen Schilderhebung in den thüringischen Ländern, daß aber eine Verminderung bis auf zwei Bataillone Infanterie und eine halbe Batterie hinreichend wäre, einer beabsichtigten Schilderhebung vorzubeugen. Das Reichsministerium habe darauf verfügt, daß auch Kavallerie, und zwar aus militärischen Rücksichten, hier verbleiben müsse. (D. A. Z.)

Gotha, 22. März. Nach fast sechsmonatlicher Berathung hat die hiesige Abgeordnetenversammlung das Staatsgrundgesetz in diesen Tagen vollendet. Es umfaßt 101 Paragraphen mit fünf Beilagen (Staatsdienerpragmatik, Vereinbarung wegen des Staatshaushalts, Geschäftsordnung der Abgeordnetenversammlung, Verfahren des Oberappellationsgerichts bei Verfassungsverletzungen, Wahlgesetz).

Ein Erlaß des Reichsministeriums, welcher in diesen Tagen an die hiesige Staatsregierung gelangt ist, spricht sich in scharfem Tadel darüber aus, daß die beiden Herzogthümer Gotha und Koburg noch immer nicht vereinigt sind, und insbesondere hat es der Reichskriegskommissär sehr anstößig gefunden, daß in beiden Ländern getrennte Militärkassen und verschiedene Konskriptionsgesetze bestehen. Unsere Abgeordnetenversammlung wird demnächst die Vereinigungsfrage wieder in Berathung nehmen.

Soeben verbreitet sich hier die offizielle Nachricht, daß unser Herzog von der provisorischen Centralgewalt ersucht worden ist, in den bevorstehenden Feindseligkeiten in Schleswig-Holstein den Oberbefehl über die thüringischen Kontingente zu übernehmen. Derselbe wird in den nächsten Tagen, nachdem er eine provisorische Regierung eingesetzt, zu seiner neuen Bestimmung abreisen. (D. A. Z.)

Hamburg, 23. März. Mit dem heute Nachmittag angekommenen Berliner Bahnzuge geht die Nachricht ein, daß morgen 2000 Mann preußischer Truppen in Hamburg eintreffen werden. Die Quartiermacher sind mit dem heutigen Zuge angekommen. Auch der zum Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in den Herzogthümern bestimmte General v. Prittwitz ist mit dem heutigen Zuge eingetroffen. (H. C.)

Oesterreichische Monarchie.

Von der österreichischen Grenze, 21. März. Ueber den Konflikt der Serben mit den kaiserlichen Truppen schreibt der zu Carlowitz erscheinende „Napredak", es habe General Rukawina, Kommandant von Temeswar, die Sprengung der Bezirksausschüsse in den nächstliegenden Ortschaften, die Wegnahme der Nationalfahne u. dgl. m. angeordnet. (Es muß bemerkt werden, daß es sich hierbei vorzüglich um solche Ortschaften handelte, die nach der Meinung des Generals nicht zur Wojwodschaft gehören sollten, während die Serben ihre Grenze viel weiter gezogen wissen wollten). In den wallachischen und deutschen Ortschaften gelang das Manöver, in serbischen zeigte sich nachhaltiger bewaffneter Widerstand. Es kam zu Konflikten, und „von den kühnen Eindringlingen", setzt der „Napredak" lakonisch hinzu, „ist wohl kaum ein Einziger wiedergekehrt". Indessen bringen die zu Prag erscheinenden „Narodni Noviny" soeben die Nachricht, das Ministerium Stadion-Schwarzenberg habe sich entschlossen, den Serben bedeutende Konzessionen zu machen; Rukawina's Benehmen solle gemißbilligt und die alte Grenze der Wojwodschaft wieder hergestellt werden. Einstweilen aber haben die Serben beschlossen, ihren Wojwoden (Heerführer) in einer großen demnächst auszuschreibenden Volksversammlung zu wählen. (L. Z.)

Karlowitz, 12. März. Aus einem Berichte des Napredak entnehmen wir die überaus wichtige Nachricht, daß am 8. März spät Nachts in Beckerek ein Schreiben des Ministers Stadion an den Patriarchen anlangte, in welchem das Ministerium die provisorisch-serbische Landesregierung bestätigt und zugleich den Wunsch ausspricht, es mögen die serbischen Zeitungen sich aussprechen, welche Regierung nach dem Wunsche des Volks in der „Woiwodowina" eingeführt werden solle. Ferner verlangt Minister Stadion zwei Vertrauensmänner aus der Woiwodowina; und demgemäß wurden außer Bogdanovich auch Paskovich, Ziwanovich und Suplikacz nach Wien abgesendet. Der Ausschuß in Beckerek begann bereits die Verhandlungen über die Konstituirung des serbischen Landtags. Der größte Theil der Abgeordneten ist dafür, es möge demnächst eine Volksversammlung ausgeschrieben und daselbst der Woiwode gewählt werden.

Italien.

Florenz. Die Regierung richtet Vorwürfe an das Volk, das Volk an die Regierung. Die Costituente vom 17. enthält einen heftigen Artikel gegen die Regierung, daß sie in einer Proklamation dem Volke Lauheit und Mangel an Aufopferungsfähigkeit vorgeworfen, mit dem Beifügen, daß man in Ferrara für die Oesterreicher, für die Feinde des Vaterlandes, in wenigen Stunden 200,000 Scudi zusammenzubringen gewußt, während für die heilige Sache des Vaterlandes so viel wie kein Geld geflossen sei. Diesen Vorwürfen der Regierung gegenüber entgegnet die Costituente, die Regierung sei es, die nichts gethan habe; das Heer sei um keinen Mann stärker, der Staatsschatz um keinen Scudo reicher geworden, seit sie das Regiment führe. Gegen Ende des Artikels versucht dann die Costituente noch eine Ausgleichung; man solle alte Schulden vergessen, von nun an wie Ein Mann zusammenhalten und alle Kräften aufbieten. Das Volk werde seine Kräfte anbieten und die Regierung ihrer Aufgabe mit allem Eifer obliegen, wenn sie nicht beide ins Verderben stürzen wolle.

Ciceruachio ist in Livorno angekommen, um an der Verschmelzung Rom's und Toskana's mitzuwirken.

* Auf außerordentlichem Wege ist aus **Neapel** vom 13. März die Nachricht eingetroffen, daß der König am 12. März die Deputirtenkammer aufgelöst habe, weil es dem Ministerium unmöglich geworden war, eine Majorität in derselben zu erlangen. Der ministerielle Bericht an den König, worin diese Maßregel verlangt und motivirt wird, stützt sich zugleich auf die dem Königreich Neapel durch innere Unruhen und von außen drohenden Gefahren.

Palermo. Die englischen sowohl als die französischen Behörden legen Beschlag auf Waffen und Munitionen, die den Sizilianern zugeführt werden wollen. Ein Dampfer, welcher gemiethet war, um Sizilien Truppen und Munition zuzuführen, wurde von den Zollbehörden in Blackwall mit Beschlag belegt. In Marseille brachte am 15. das Dampfschiff Pharamond die Nachricht, daß die provisorische Regierung das Ultimatum verworfen habe.

Frankfurter Börsenbericht.

Vom 26. März.

Was mit * bezeichnet ist, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 72½; 2½pCt. Metall. 38; Bank-Aktien fl. 1156; fl. 500. Loose 124; fl. 250. Loose 77*; Badische fl. 35. Loose 27⅛; Hess. 26½; Hess. Rthlr. 40 Loose —; Großh. Hess. 50 fl. Loose 68¾; Polnische fl. 500 Loose 73½; Friedr. Wilh.-Nordbahn 33; Berbach 71¼; Köln-Minden 74¾; 3pCt. inländ. Spanier 21¾; 4½pCt. Würt. 93⅛; 5pCt. Bad. 95⅞; 5pCt. Nass. 98¾; Belg. 81; Integ. 48¾.

Im Oesterr. Fonds, Fried. Wilh. Nordbahn und Belgischen Obligationen herrscht eine flaue Stimmung bei schwachem Verkehr. Süddeutsche Papiere und Loose hielten sich fest im Cours.

Redacteur: **H. Kruse**.

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2¼ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 86. **Frankfurt a. M., Dienstag 27. März.** **1849.**

Bestellungen für das nächste Vierteljahr, 1. April bis 1. Juli, wolle man uns möglichst frühzeitig aufgeben.

Uebersicht.

---

26. März.

Wir haben gestern den Eindruck bezeichnet, den auf uns die Abstimmung über die Welcker'schen Anträge gemacht hat. Nicht am Kaiserthum verzweifeln wir, sondern wir zweifeln nur am ersten deutschen Parlamente; wir halten nicht Alles, nicht einmal die Hauptsache für verloren, aber es scheint uns gleichwohl die Lage des Vaterlandes für die Gegenwart und nächste Zukunft eine ziemlich trostlose zu sein. Was am 21. März und den beiden folgenden Tagen in der Paulskirche geschehen ist, muß auch dem Hoffnungsvollsten über die Zukunft dieser Versammlung die Augen öffnen; die mühsam zusammengestoppelte und darum rasch wieder zerfahrende Mehrheit entfaltet einen Cynismus in der Inkonsequenz und Grundsatzlosigkeit, den wir in Deutschland kaum für möglich gehalten hatten. Wir finden es ganz begreiflich, daß Schmerling und Konsorten schon mit aller Ungenirtheit von dem endlich erreichten Ziele der Oktroyirung reden; viel unbegreiflicher Herrn Venedey, daß er davon noch viel Aufhebens macht. Merkt er denn erst jetzt, daß er und seine Freunde sammt der ganzen Linken nur die gefoppten Hansnarren gewesen sind und noch sind für die schlauen Politiker der Metternichschen Schule? Das haben wir ihnen ja längst gesagt und wenn sie unsere Offenherzigkeit nicht höflich finden, so war sie mindestens wahr und richtig. Sah er wirklich bisher nicht ein, daß der Verstand dieser Leute den Unverstand der Linken benützt, um das Parlament fertig zu machen, und daß die Linke, die da glaubt die Revolution im Sack zu haben, wenn sie gefoppt nach Hause zieht und ihre Ohnmacht dann ganz ans helle Tageslicht kommt, unfehlbar zu dem Schaden auch noch den Spott erwarten wird?

Mit dem Verfall der Nationalversammlung müssen die Hoffnungen der Oktroyirung steigen; darum stände sie nie höher als jetzt. Es ist die höchste Zeit zu oktroyiren! sagte noch heute Hr. v. Sommaruga zu Hrn. v. Schmerling. Wenn dann freilich Preußen und ein Paar kleinere Staaten sich nicht zu dem Metternichschen Bubenstück gebrauchen lassen, so haben wir zunächst die vollständige Theilung Deutschlands, aus der sich allmälig ein politischer Zollverein als unabweisbare Nothwendigkeit herausbilden wird. Das weiß Oesterreich; darum liegt ihm alles daran, die Bank der heiligen Allianz wieder fester zu knüpfen und Preußen noch einmal ans Schlepptau der alten Politik zu nehmen. Nach der Abstimmung vom 21. März wird es seine Saiten weit höher spannen; der etwas gedämpfte Ton der letzten Erklärungen wird wieder merklich umschlagen in jenes trotzige, herausfordernde Wesen, womit die Ollmützer Politik dem deutschen Volke zu imponiren glaubt. Dieselbe Wirkung wird bei den übrigen einheitsfeindlichen Regierungen zu bemerken sein; in München und Hannover, wo man anfing etwas kleinlaut zu werden, als vom Parlamente eine entschlossene That zu erwarten war, wird man sich wieder freier fühlen, seit statt jener gefürchteten That nur die thatlose Ohnmacht zu Tage gekommen ist. Welchen Eindruck die Abstimmung vom 21. März in Preußen machen wird, läßt sich noch nicht übersehen; jedenfalls wird der Eindruck der deutschen Sache nicht günstig sein. Daß man sich dort der österreichischen Allianz jetzt abermals hingeben und auf die unglückseligen Wege der alten Politik wieder einlenken wird, das fürchten wir jetzt, nach den neuesten österreichischen Erfahrungen am wenigsten; eher scheint uns zu besorgen, daß jene partikularistische Pruderie, jener selbstgenügsame Stolz sich regen wird und man die allgemeinen Dinge Deutschlands mehr gleichgültig und auf sich selbst zurückgezogen betrachten will.

Schon jenes Erstarken der partikularistischen Regierungen gegenüber einem gesunkenen Parlamente ist eine Kalamität, die den 21. März zu einem Unglückstage in unsrer Geschichte macht. Gleichzeitig droht uns von neuem der Krieg, der möglicher Weise zu einem europäischen Brande auflodern kann, ein Krieg, bei dessen Ausgang unsre ganze nationale Ehre verpfändet ist. In einem solchen Augenblicke haben wir keine Regierung, können wir keine haben, weil nach einem Beschlusse wie dem vom 21. zunächst nur die Einzelregierungen aber keine parlamentarische Reichsgewalt eine Autorität entfalten kann. Wir wollen Gagern es nicht verargen, daß er gegenüber einer solchen Mehrheit das zerbrochene Ruder nicht fortführen wollte. Es gehört die ganze Naivetät der Koalition dazu, Gagern zuzumuthen, nach einem solchen Zeugniß, wie es sich die Nationalversammlung am 21. ausstellte, noch den trostlosen Versuch einer parlamentarischen Regierung zu machen. Die Majorität vom 21. soll sich ihr Ministerium selber bilden; sie wird sich dann in ihrer eignen Ohnmacht und Rathlosigkeit zeigen. Unter der Restauration von 1815 kam eine Kammer, die man eine unfindbare, ein Ministerium, das man ein unmögliches und ein anderes, das man ein beklagenswerthes nannte; wir sind überzeugt, das Ministerium der Koalition wird zugleich unfindbar, unmöglich und beklagenswerth sein.

Die politischen Mißgriffe wie die politischen Immoralitäten würden sich gleich bitter rächen, wenn sich ein Ministerium der Koalition finden sollte, das den Muth hätte, die leere Stelle auszufüllen. Die bunte Gesellschaft, die sich da zusammenfände, würde dann lernen, was es heißt Regieren, nachdem man sich die moralischen Mittel des Regierens zerstört hat; sie würde dann einsehen, daß eine Mehrheit wie die vom 21. d. sich selber am meisten im Wege steht und von der Stunde anfängt, sich in ihre ursprünglichen Stoffe zu sondern, wo man ihr das hic Rhodus; hic salta! des Regierens zuruft. Aber wir möchten ein solches Schauspiel nicht erleben. Nicht aus Rücksicht für die Koalition, sondern um der deutschen Ehre willen möchten wir der alten Diplomatie, der des Bundestages, dem Ausland den Triumph nicht gönnen, unsere parlamentarische Revolution von 1848 so verenden zu sehen. Wir möchten den Dänen und Russen das Schauspiel nicht geben, das sie stolzer machen müßte, als ein Sieg deutscher Waffen sie

bemüthigen könnte; wir möchten nicht, daß eine innere Ohnmacht und Grundsatzlosigkeit einer Partei, die sich zur Genüge entlarvt hat, das auf Kosten des deutschen Namens und unter dem Titel einer deutschen Reichsregierung noch ferner thäte. Drum vorerst lieber keine Regierung das ist ohnedies das passendste und allein naturgemäße für die gegenwärtige Lage. Denn zu einer tüchtigen parlamentarischen Regierung gehört vor Allem ein tüchtiges Parlament.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 26. März. (Nachmittagssitzung.)

Vorsitzender Präsident Herr Eduard Simson. Zu §. 95 (Verfassungsabschnitt: der Reichstag) haben die Herren Goltz und Genossen den Verbesserungsantrag gestellt:

„Die Mitglieder des Staatenhauses werden in der Weise gewählt, daß die eine Hälfte derselben die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernennt, für die andere Hälfte aber die Volksvertretung die dreifache Zahl, aus welcher das betreffende Gouvernement wählt."

Darüber findet Abstimmung durch Namensaufruf statt, mittelst welcher der Antrag von 316 gegen 188 Stimmen verworfen wird. Angenommen wird dagegen auf dem Wege der Zettelabstimmung mit 260 gegen 247 Stimmen, der Antrag der Herren Peetz, Möring und Genossen. Es lautet demgemäß

§. 95. „Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt.

In denjenigen Staaten, welche aus mehreren Provinzen oder Ländern mit abgesonderter Verfassung oder Verwaltung bestehen, sind die durch die Volksvertretung dieses Staates zu ernennenden Mitglieder des Staatenhauses nicht von der allgemeinen Landesvertretung, sondern von den Vertretungen der einzelnen Länder oder Provinzen (Provinzialständen) zu ernennen.

Das Verhältniß, nach welchem die Zahl der diesem Staate zukommenden Mitglieder des Staatenhauses unter die einzelnen Länder oder Provinzen zu vertheilen ist, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Wo zwei Kammern bestehen und eine Vertretung nach Provinzen nicht stattfindet, wählen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit."

Angenommen wird nach dem unveränderten Vorschlage des Verfassungsausschusses:

§. 96. „In denjenigen Staaten, welche nur ein Mitglied in das Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt.

Auf dieselbe Weise ist in denjenigen Staaten, welche eine ungrade Zahl von Mitgliedern senden, in Betreff des letzten derselben zu verfahren."

§. 97. „Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses."

§. 98. „Mitglied des Staatenhauses kann nur sein, wer
1) Staatsbürger des Staates ist, welcher ihn sendet,
2) das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat,
3) sich im vollen Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet."

§. 99. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf sechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert.

Auf welche Weise nach den ersten drei Jahren das Ausscheiden der einen Hälfte stattfinden soll, wird durch ein Reichsgesetz bestimmt. Die Ausscheidenden sind stets wieder wählbar.

Wird nach Ablauf dieser drei Jahre und vor Vollendung der neuen Wahlen für das Staatenhaus ein außerordentlicher Reichstag berufen, so treten, soweit die neuen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, die früheren Mitglieder ein."

Art. III. §. 100. „Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volks."

§. 101. Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt.

Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriften."

Art. IV. §. 102. „Die Mitglieder des Reichstags beziehen aus der Reichskasse ein gleichmäßiges Tagegeld und eine gleichmäßige Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz."

§. 103. „Die Mitglieder beider Häuser können durch Instruktionen nicht gebunden werden."

§. 104. „Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein.

Abgeworfen wird der Zusatz von Herrn Günther und Genossen auf Ausschließung von Beamteten, die durch die Reichsgewalt ernannt werden.

Art. V. §. 105. „Zu einem Beschluß eines jeden Hauses des Reichstags ist die Theilnahme von wenigstens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich.

Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet".

§. 106. „Das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde, der Adresse und der Erhebung von Thatsachen, sowie der Anklage der Minister, steht jedem Hause zu".

§. 107. „Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen".

Abgelehnt hierzu wird der Zusatz der Herren Schüler, Wigard und Genossen, wonach, wenn das Unterhaus einen Beschluß des Volkshauses verwirft, eine vereinigte Sitzung beider Häuser mit einfacher Stimmenmehrheit entscheiden würde.

Angenommen wird dazu, und mit der bedeutenden Mehrheit von 385 gegen 127 Stimmen der Antrag der Minderheit Gülich, Schreiner, Reh, Zell, Mittermaier des Verfassungsausschusses:

„Ein Reichstagsbeschluß, welcher die Zustimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden. Ist von dem Reichstage in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Beschluß unverändert gefaßt worden, so wird derselbe, auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt, mit dem Schlusse des dritten Reichstages zum Gesetz. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt".

§. 108. „Ein Reichstagsbeschluß ist in folgenden Fällen erforderlich:

1) wenn es sich um die Erlassung, Aufhebung, Abänderung oder Auslegung von Reichsgesetzen handelt;

2) wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt oder Matrikularbeiträge oder Steuern erhebt;

3) wenn fremde See-Flußschifffahrt mit höheren Abgaben belegt werden soll;

4) wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden sollen;

5) wenn Handels-, Schifffahrts- und Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten;

6) wenn nicht zum Reich gehörige Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiet angeschlossen oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zolllinie ausgeschlossen werden sollen;

7) wenn deutsche Landestheile abgetreten oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen.

Unter den abgelehnten Zusatzanträgen heben wir hervor:
1) wenn eine Vermehrung oder Verminderung des Reichsheeres eintreten soll.
2) wenn über Krieg oder Frieden entschieden werden soll.

§. 109. „Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

1) Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus.

2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrags erfolgen. Jede Bewilligung gilt nur für den besonderen Zweck, für welchen sie bestimmt worden. Die Verwendung darf nur innerhalb der Grenze der Bewilligung erfolgen.

3) Die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung ist ein Jahr.

4) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefond, sowie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel, wird auf dem ersten Reichstage durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets

auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß.

5) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstage zuerst dem Volkshause vorgelegt, von diesem in seinen einzelnen Ansätzen nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweis bewilligt oder verworfen.

6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht innerhalb des Gesammtbetrags des ordentlichen Budgets, sowie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt.

7) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses.

8) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage, und zwar zuerst dem Volkshause, zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Art. VI. §. 110. „Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt.

Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jederzeit vom Reichsoberhaupt einberufen werden".

§. 111. „Die ordentlichen Sitzungsperioden der Landtage in den Einzelstaaten sollen mit denen des Reichstags in der Regel nicht zusammenfallen. Das Nähere bleibt einem Reichsgesetze vorbehalten".

§. 112. „Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden.

In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder zu versammeln.

§. 113. „Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstags zur Folge.

Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben."

§. 114. „Das Ende der Sitzungsperiode des Reichstags wird vom Reichsoberhaupte bestimmt."

§. 115. „Eine Vertagung des Reichstags oder eines der beiden Häuser durch das Reichsoberhaupt bedarf, wenn sie nach Eröffnung der Sitzung auf länger als vierzehn Tag ausgesprochen werden soll, der Zustimmung des Reichstags oder des betreffenden Hauses.

Auch der Reichstag selbst, sowie jedes der beiden Häuser kann sich auf vierzehn Tage vertagen.

Mit der Annahme dieses Abschnitts schließt die heutige Sitzung. Fortsetzung der zweiten Lesung morgen Vorm. 9 Uhr.

> **Frankfurt**, 26. März. Die Versammlung fährt fort, mit einer Ausdauer ohne Gleichen, die körperlichen Anstrengungen zu ertragen, welche diese Art eine Verfassung schnell zu beschließen, nothwendig mit sich führt. Wären die Verhältnisse nicht gar zu ernst, man müßte über die Maschinenarbeit lachen, zu der die Versammlung sich selbst verurtheilt hat.

Was uns aber heute veranlaßt überhaupt von der Sitzung zu sprechen, ist, daß wir zwei Thatsachen hervorzuheben wünschen, welche den Stand der Parteien zu bezeichnen geeignet sind, und welche deshalb einen Schluß auf den Ausfall der endlichen Entscheidung ziehen lassen. Nur die äußerste Linke hat den Antrag der Herren Möring und Genossen, daß die Richter des Reichsgerichts auf den Vorschlag der Einzelstaaten, und nicht selbstständig von der Reichsgewalt ernannt werden sollen, gegen alle ihre früheren Lehren unterstützt. Der bessere Theil der Linken hat hier, wie schon wiederholt, seinen Grundsätzen getreu, gegen die Oesterreicher gestimmt, und sich zu den Kaiserlichen gehalten. Die äußerste Linke aber hat damit von Neuem einen Beweis gegeben, daß sie nur ein Prinzip hat, das der Zerstörung, daß, was sie sonst ihre Prinzipien zu nennen beliebt, ihr kein Hinderniß ist, sich immer auf die Seite zu stellen, von der die Hemmung der deutschen Einheit ausgeht.

Das zweite, was wir aufzuzeichnen nicht versäumen wollten, ist, daß mit einer Mehrheit von 290 gegen 231 Stimmen die Bestimmung durchgegangen ist, welche die Vertheilung der Stimmen im Staatenhause für die Dauer der Nichttheilnahme Oesterreichs am Bundesstaat regelt. Damit ist also mit einer Mehrheit von 59 Stimmen der Zustand anerkannt, dessen Anerkennung zu vermeiden, das Kaiserthum verworfen worden ist. Darf uns das nicht als die sichere Bürgschaft gelten, daß nun auch das Kaiserthum selbst beschlossen werden wird? Wir sind indeß so oft und so herbe schon in unserer Zuversicht auf das getäuscht worden, was wir als den nothwendigen Beschluß der Versammlung betrachteten, daß wir uns der Gewißheit nicht zu früh hingeben wollen. Wenn aber die bisherigen Gegner des Kaiserthums, soweit sie es mit den Bedürfnissen des Vaterlandes Ernst meinen, auf die Wirkungen geachtet haben, welche die Verwerfung des Welcker'schen Antrags im Volke hervorgebracht hat, können sie zweifelhaft sein, was das Volk wünscht, was es braucht? Den Nutzen wenigstens hat jenes traurige Ereigniß gehabt, daß die wahre Stimmung des Volks, auch wo sie bisher durch allerhand Mißverständnisse bedeckt war, wie die Flamme durch den Zugwind gereinigt worden ist, daß die Gefahr des Verlustes erst Alles zum Bewußtsein gebracht hat, was man zu gewinnen streben muß.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 26. März. Welche Höhe die partikularistische Renitenz selbst Angesichts der dem Vaterlande drohenden Gefahren eines erneuerten Krieges in einzelnen Staaten bereits erreicht hat, zeigt die Haltung der hannöverschen Regierung der Centralgewalt gegenüber von Neuem. Schon seit dem Monat November oder Dezember ist auf Anordnung des Reichsministeriums eine hannöversche Beigabe von 5—6000 Mann bei Harburg auf dem linken Elbufer zusammengezogen um eine bereite Truppenmacht für alle möglichen Fälle in den Herzogthümern zur Hand zu haben. Das Reich hatte diese Truppen im Dienst und bezahlte die durch die Zusammenziehung und das Kantonnement erwachsenden Kosten. Nach der Aufkündigung des Waffenstillstands sollten diese Truppen natürlich zuerst in die Herzogthümer rücken. Statt diesem Befehle zu gehorchen, schickte der hannöversche Befehlshaber einen Offizier nach Frankfurt mit der Anfrage: „ob denn die Preußen marschirten?" Man antwortete, daß dies der Fall sei und daß man den unverzüglichen Vormarsch der hannöverschen Truppen erwarte. Er erfolgte nicht. Das hannöversche Ministerium schrieb dagegen, wie der hannöversche Gesandte in Berlin allerdings gemeldet habe, daß ein preußisches Armeekorps mobil gemacht werde, daß aber der Marschbefehl noch nicht ergangen sei, deßhalb würde auch die hannöversche Brigade nicht marschiren. Die gemessenste Marschordre war die Antwort des Reichskriegsministeriums. Aber auch diese fand keinen Gehorsam, vielmehr erfolgte die Antwort; da man hannöverscher Seits in Erfahrung gebracht, daß jenseits der Elbe keine Quartiere für die Truppen seien, werde man stehen bleiben. Es blieb dem Reichsministerium nichts übrig als einen Offizier als Kurier an den hannöverschen General abzusenden mit der Ordre: daß er bei persönlicher Verantwortung Angesichts dieses Befehles zu marschiren und sich unter die Befehle des Generals von Prittwitz zu stellen habe. So haben die Maßregeln Hannovers die schwere Schuld, nicht blos das rechtzeitige Eintreffen der Truppen auf dem Schauplatze des Krieges verhindert zu haben, sondern auch den Vormarsch der übrigen Truppen, welche in die Harburger Kantonnements nachrücken sollten, um mehr als 10 Tage verspätet zu haben. — Die einzige Hoffnung, welche uns nach solchen Vorgängen bleibt, ist die, daß die preußische Regierung in der deutsch-patriotischen Haltung, wie bisher feststehen werde; die Erklärung, welche vom Minister v. Arnim auf die Interpellation des Grafen von Dyhrn gegeben worden ist, bestätigt uns darum die Entlassung, welche das Ministerium Brandenburg nach einer hier eingegangenen telegraphischen Depesche gefordert hat, gibt dem Könige von Preußen die Gelegenheit Männer von entschiedener und bekannter deutsch-patriotischer Gesinnung in seinen Rath zu berufen. Eine solche Berufung wird uns die Gewißheit geben, daß Preußen auch fernerhin der Oktroyirung einer Verfassung für Deutschland mit derselben Entschiedenheit entgegentreten wird, wie bisher.

Wien, 21. März. In dem Amtsblatte der Linzer Ztg. vom 20. d. M. finden wir eine vom 3. d. M. datirte Kundmachung der k. k. ob der enns. Landesregierung, die Leihbibliotheken betreffend und fußend auf den Inhalt eines Erlasses des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten auf die Anfrage, ob und in wiefern bei den dermal aufgehobenen Censursvorschriften die bezüglich der Errichtung von Leihbiblio-

theken bestehenden Direktiven noch ferner zu beobachten seien. Hiernach traten — bis zu der in Aussicht stehenden Einführung eines neuen Gewerbsystems provisorisch folgende Bestimmungen ein, die jedenfalls bald zu allgemeiner Geltung gebracht werden: 1) „Die Bibliotheken sind aus öffentlichen Polizeirücksichten beschränkte Unternehmungen, und können außer den Haupt- und Provinzialstädten nur in solchen Orten errichtet werden, wo landesfürstliche Behörden bestehen, damit sie von den Letzteren hinsichtlich ihres Betriebes gehörig überwacht werden können. 2) Die Bewerber um Befugnisse zur Haltung einer Leihbibliothek müssen das öffentliche Vertrauen genießen, literarisch gebildet sein, einen moralischen Charakter haben und in dem Orte selbst ansässig sein. 3) Von dem Erlage einer Kaution und der Entrichtung einer für Humanitätszwecke bestimmten jährlichen Rekognition hat es für die Zukunft abzukommen. 4) Zur Ertheilung der Leihbibliothek-Befugnisse werden die Länderstellen ermächtigt. 5) Ist das unbefugte Halten von Leihbibliotheken als eine schwere Polizeiübertretung anzusehen und nach dem §. 64 II. Theile des Strafgesetzbuches zu behandeln.

Wien, 21. März. Der österr. Kourier enthält heut die bestimmte Angabe, daß Se. Majestät den dänischen Kontre-Admiral von Dahlerup zum Kontre-Admiral und Oberkommandanten der k. k. Marine ernannt habe, und fügt hinzu, daß dieser ausgezeichnete, mit seltenen Kenntnissen ausgerüstete Kommandant als ein Mann bezeichnet werde, der unsre Seemacht bald in eine Achtung gebietende Stellung zu setzen vermöchte.

Ollmütz, 20. März. Gestern wurde der gewesene Reichsdeputirte B. Szabel im Wahlbezirke Ollmütz mit 39 Stimmen für die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt gewählt. Wenn wir recht berichtet sind, will der sieggekrönte Marschall Radetzky mit dem Einzuge in Turin seine aktive Heldenlaufbahn schließen und in Gemäßheit seines für Ollmütz äußerst ehrenvollen schriftlichen Versprechens von dem ihm verliehenen Ehrenbürgerrechte Gebrauch machen und den Abend seines glorreichen Lebens in unserer Mitte verleben. (N. Z.)

Ollmütz, 21. März. Die Antwort des Kaisers auf die von der slowakischen Deputation ihm vorgetragenen Anliegen der Nation lautet, nach dem Konst. Bl. a. B., wie folgt: „Durch Mein Manifest vom 2. Dez. habe Ich die Gleichberechtigung aller unter Meinem Szepter lebenden Völker ausgesprochen, und die Reichsverfassung hat sie gewährleistet. Kein Stamm soll fortan den anderen beherrschen, und unter dem Schutze der Gesetze und freisinnigen Institutionen wird sich jede Nationalität ausbilden, kräftigen und so zum Wohle und zum Ruhme des großen Gesammtvaterlandes beitragen. Es wird meine besondere Sorge sein, auch in obiger Beziehung jedes Recht zu wahren."

○ **Berlin**, 22. März. Wenn man die Koryphäen in beiden Parteien sprechen hört, so könnte man glauben, daß es ihre Absicht wäre, nicht sich aus Rücksicht auf das öffentliche Wohl zu nähern, sondern durch aufregende Erinnerungen, den ohnedies vorhandenen Bruch immer weiter zu machen. Besonders läßt Herr v. Vincke keine Gelegenheit vorüber gehen, den Gegnern einen Seitenhieb zu versetzen, die natürlich, sobald sich die Gelegenheit bietet, in ähnlichem Tone antworten. Die Abgeordneten sind allerdings nicht zusammengekommen, um sich Complimente zu machen, aber eine gewisse gegenseitige Rücksicht könnte man von Männern verlangen, die weit über die Flegeljahre hinaus sind. In der ersten Kammer wird der parlamentarische Umstand besser beobachtet, in der zweiten aber, sei es aus Absicht oder aus Mangel an feinerem Schicklichkeitsgefühl, wird die Linie, die zwischen Angriffen auf die Person und die Sache gezogen werden muß, von vielen Rednern alle Augenblicke überschritten.

△ **Berlin**, 24. März. Der Ordnungsruf ertönt in unserer zweiten Kammer mit einer Freigebigkeit nach rechts und nach links, daß er allen Eindruck verliert. Wir wollen dem Präsidenten, dem würdigen Grabow, nicht die Schuld allein aufhalsen, die Schuld liegt größtentheils an der Versammlung. Diese sollte sich selbst in ihrem Präsidenten ehren. Statt dessen greift sie beständig in seine Befugnisse ein, und will Ordnungsrufe erzwingen. So ließ sich Grabow verleiten, einen Ordnungsruf an Hrn. v. Kirchmann ergehen zu lassen, weil dieser von den Ministern gesagt: ihre Tugenden wären glänzende Laster. Hilf Himmel, was müssen englische Minister sich sagen lassen, und was lassen sie sich sagen, ohne auch nur zu zucken! Gestern rief der Präsident, vielleicht um gegen die Linke nicht weniger nachgiebig zu sein, als gegen die Rechte, Hrn. v. Vincke zur Ordnung, weil dieser sagte, die Steuerverweigerer hätten einen Rechtsbruch begangen. Hr. v. Vincke ersucht um Angabe der Gründe. Der Präsident führte als unparlamentarisch den Ausdruck Steuerverweigerer an. Allein dieses Wort kann nicht beleidigend sein, da es etwas Thatsächliches bezeichnet. Hr. v. Vincke fuhr auf, er wolle trotz des Ordnungsrufes vor aller Welt dabei bleiben u. s. w. In der Sache hatte er Recht, aber formell hatte er Unrecht. Er hätte sich, nach dem britischen Muster, das er so gerne anführt, nur der Entscheidung des Präsidenten beugen sollen. Die heutige Sitzung begann mit einem Geplänkel zwischen Hrn. v. Berg und Hrn. v. Vincke. Ersterer hatte gesagt: Ich werde mich in Zukunft auf Berichtigungen nicht einlassen, da dieselben gewöhnlich auf ein Gebiet führen, wo Siege zu erringen mir der Ehrgeiz und die Gewandtheit fehlt. Vincke replizirte: Der Ehrgeiz und die Gewandheit des Herrn v. Berg geben mir zu einer faktischen Berichtigung keine Veranlassung. (Heiterkeit.) Die Kammer geht hierauf zur Berathung des nachstehenden Passus des Kommissions-Adreß-Entwurfs über: „Erfüllt von dem lebhaften Wunsche einer innigeren Vereinigung der deutschen Staaten, sind wir dem Bestreben Ew. königlichen Majestät Regierung, das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundes-Staate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hiezu nöthigen Opfer nicht zu scheuen haben, weil seine Stärke stets eine wesentliche Bedingung der Stärke Deutschlands sein wird. Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller deutschen Regierungen mit der deutschen National-Versammlung zu einem erwünschten Ziele führen werde. Sollten einzelne Mitglieder des deutschen Bundes durch die eigenthümliche Zusammensetzung ihres Gebietes, oder aus andern Gründen sich dem Bundesstaate überhaupt oder für jetzt nicht anschließen, so wird es, wie wir zuversichtlich erwarten, Euer königl. Majestät Regierung dennoch gelingen, unbeschadet fortdauernder Bundesgemeinschaft aller deutschen Staaten, die Bildung des engeren Bundesstaates innerhalb derselben zu erreichen." Wesendonk hielt eine lange nicht ungeschickte Rede dagegen, aus welcher wir folgende Stellen hervorheben: „Der Kommissions-Adreß-Entwurf verleugnet das Prinzip der Souverainetät der deutschen National-Versammlung, er geht sogar soweit, den deutschen Regierungen die Befugniß zuzuschreiben, die Bestimmungen des Parlaments nach Gefallen anzunehmen oder abzulehnen. Das Prinzip der Vereinbarung ist ein lächerliches, denn es wird durch dasselbe nicht festgesetzt, wer endlich zu entscheiden hat. Daher kommt es, daß immer der den Ausschlag giebt, welcher zuletzt die größte Macht hat. Ich möchte diesen inneren Widerspruch, der im Vereinbarungsprinzip enthalten, nicht dadurch gelöst wissen, daß man, wie der Adreßentwurf, den Fürsten das letzte Wort giebt und das, was die deutsche Nationalversammlung beschlossen, nur als eine Vorlage betrachtet, wie wir die Verfassung vom 5. Dezember." (Bravo zur Linken.) „Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller deutschen Regierungen mit der deutschen National-Versammlung zu einem erwünschten Ziele führen werde." Soll hiermit das Prinzip der Vereinbarung ausgesprochen werden, so verwerfe ich diesen Satz schon aus dem Grunde. Soll damit aber nur gesagt sein, daß die National-Versammlung, ebenso wie einzelne Korporationen ꝛc., auch die Stimmen der Fürsten hören solle, so ist der Satz ein müßiger; denn er versteht sich von selbst. Ein anderer Vorwurf, den ich dem Adreß-Entwurf mache, ist der, daß der Entwurf dem preußischen Gouvernement einen Beifall spendet, den dasselbe nicht verdient hat. „Wir sind dem Bestreben Euer königlichen Majestät Regierung, das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundesstaate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt." So sagt der Entwurf. Ich, meine Herren, bin den Hindernissen, welche die preußische Regierung der deutschen Einheit in den Weg gelegt hat, mit Betrübniß gefolgt, und man könnte lieber diesen Ausdruck wählen, als den des Entwurfs! Was hat die preußische Regierung gethan, um jenes Lob zu verdienen? Leider gab nicht die Nichtverkündigung der Grundrechte und vor Allem das Ministerium, wie auch Graf Arnim und seine Note vom 11. März dem Redner einen sehr willkommenen Stoff. Gerade im verflossenen Jahre hat die preußische Regierung dem deutschen Verfassungswerk entschieden entgegengearbeitet. Ein Ministerium war im November hier an die Spitze getreten, gegen welches die preußische Nationalversammlung einstimmig ein Mißtrauensvotum erlassen hatte, obwohl der Träger der Krone im März verspro-

chen, sich fortan nur mit volksthümlichen Räthen zu umgeben. Die deutsche Nationalversammlung wurde um Hilfe gebeten; in zwei Beschlüssen empfahl sie die Einsetzung eines volksthümlichen Ministeriums und die Entlassung des gegenwärtigen; aber gerade dies hat, wie ich aus authentischem Munde erfahren, dazu beigetragen, daß das preußische Ministerium geblieben. Reichskommissarien wurden nach Berlin geschickt, aber die Antwort, die sie erhielten, war das Gegentheil ihres Strebens. Als die Reichskommissarien von der Oktroyirung einer Verfassung abriethen, wurde ihnen nicht das Mindeste gesagt, daß die oktroyirte Verfassung bereits eine Thatsache sei, und erst als sie nach Hause kamen, fanden sie dieselbe im Staatsanzeiger. Glauben Sie, meine Herren, daß die Beibehaltung dieses Ministeriums dazu beiträgt, Preußen in Deutschland populär zu machen? Der Redner schloß unter großem Beifall seiner Partei. Hr. v. Vincke machte zwar acht Berichtigungen, diese riefen aber Gegenberichtigungen hervor. Die Verhandlungen mit den Reichskommissarien wurden wieder aufgerührt. Auch der Ministerpräsident um dagegen sich zu verwahren, ehe das Ministerium Hülfe bei Frankfurt gesucht. Es ging ziemlich kunterbunt zu und die Verhandlungen wurden vertagt.

†† **Berlin**, 21. März. Vermuthlich haben Sie mit einer gewissen Spannung dem heutigen Tage entgegengeblickt, an welchem in unserer ersten Kammer die Beantwortung einer Interpellation, in Betreff der Note vom 10. März, durch den Minister des Auswärtigen statthaben sollte, und in der zweiten Kammer derjenige Abschnitt des Kommissions-Adreß-Entwurfes zur Berathung kam, welcher von der Stellung Preußens zur deutschen Einheitsfrage handelt. Ich kann leider ihre Erwartung nicht ganz befriedigen. Die Antwort des Grafen Arnim, welche er zum Theil auch in der zweiten Kammer wiederholte, bezog sich nur auf eine Aeußerlichkeit, ohne auf den eigentlichen Inhalt der Frage einzugehen. Sie besagte, daß die fragliche Note schon mehre Tage vor dem 10. abgefaßt, bis zum 10. liegen geblieben sei und dann das Datum des Absendungstages erhalten habe, so daß also dem Ministerium bei der Abfassung der Note die neue öster. Verfassung noch nicht bekannt gewesen sei. In der zweiten Kammer aber führte die Debatte heute noch zu keinem Resultate. Der Hauptredner der Linken, Wesendonk, verlangte Namens seiner Partei die gleichberechtigte Aufnahme Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat, suchte die Verdienste Preußens um Herstellung der deutschen Einheit möglichst zu verkleinern und schrieb das neuerliche Umsichgreifen einer dem preußischen Erbkaiserthum nachtheiligen Stimmung in Frankfurt theils dem würdigen Bassermann, theils dem Umstande zu, daß das Ministerium Brandenburg nicht einem volksthümlicheren Ministerio Platz gemacht habe. Nachdem Vincke und der Minister Manteuffel mehre seiner falschen Aufstellungen gebührend zurückgewiesen, wurde er principiell widerlegt durch eine eben so deutsch-patriotische, als staatsmännische Rede Camphausens. Nachdem noch der Abg. Blömer sich alle erdenkliche Mühe gegeben hatte, die Politik Oesterreichs zu vertheidigen und zu zeigen, daß allein der Beitritt des Kaiserstaates dem gemeinsamen Vaterlande zum Heile gereichen könne, wurde die Debatte vertagt. Es läßt sich aus der bisherigen Verhandlung noch nicht absehen, zu welchem Resultat die Versammlung gelangen wird. Als einigermaßen wahrscheinlich darf angenommen werden, daß weder der betreffende Passus des Kommissions-Adreß-Entwurfs, noch irgend eines der bisher gestellten Amendements eine sichere Majorität zu erwarten hat. Es war davon die Rede, den ersten Satz des Amendements Rodbertus mit dem letzten Satz des Entwurfes zu verbinden und durch eine solche Koalition eine starke Majorität zu schaffen. Doch scheint man wieder davon Abstand genommen zu haben, hauptsächlich weil die Partei des Entwurfes sich weigert, trotz der Ausstellungen, welche sie in der Politik des Ministeriums zu machen hat, den Ausdruck des Dankes für seine Haltung in der deutschen Frage fahren zu lassen, während dagegen die andere Partei bereit ist, von jedem desfallsigen Ausdruck des Tadels abzustehen. Am wünschenswerthesten wäre wohl die Aufstellung eines neuen kombinirten Amendements, welches die beiderseitigen Ansprüche zu befriedigen geeignet ist; und es ist nicht undenkbar, daß die Fraktionsberathungen des heutigen Abends in der That ein solches gebären. Es thut jetzt mehr als jemals Noth, daß eine Fahne der Versöhnung, von der man bisher aus viel gesprochen, auch wirklich aufgepflanzt werde, damit die leidigen Parteischwankungen sich endlich zu einem starken gemeinsamen Strome vereinigen, der über alle Hindernisse hinweg geraden Weges auf ein einziges Ziel zueilt.

* **Berlin**, 21. März. Gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr erschien, zum Erstaunen aller Anwesenden, der Minister des Innern, Herr von Manteuffel, unerwartet in der Conversationshalle, wo bekanntlich die Oppositionspartei tagt. Als der Minister den Saal betrat, führte gerade Phillips den Vorsitz, von welchem er daher auch empfangen wurde. Er wollte die Opposition in eigener Person davon in Kenntniß setzen, daß der Entwurf über die Gemeinde-Ordnung die Decker'sche Buchdruckerei zum Theile verlassen habe. Er habe — fügte er hinzu — der Rechten bereits eine Anzahl von Exemplaren zukommen lassen, er erachte es daher für seine Pflicht, auch auf dieser Seite des Hauses schon jetzt mehrere Exemplare zu vertheilen. Mit diesen Worten übergab er eine kleine Anzahl von Exemplaren zur vorläufigen Vertheilung, und bat, daß die Opposition den Entwurf einer schnellen und vorbereitenden Prüfung unterbreiten möge. Der Minister verweilte noch eine kurze Zeit, worauf er, von Herrn Phillips durch die Gaststuben zurückbegleitet, das Lokal wieder verließ.

⊙ **Berlin**, 21. März. Der Prinz von Preußen umarmte den Prinzen Albert von Sachsen und sagte: „Ich beneide Sie um die Ehre, daß Sie den Degen für die vaterländische Sache ziehen können!" Die sächsischen Truppen sind in Berlin sehr gut aufgenommen und zeigen die schönste Begeisterung für die deutsche Sache.

* **Breslau**, 22 März. Durch Bekanntmachung des Oberpräsidiums vom heutigen Tage ist die gesammte Bürgerwehr von Breslau vorläufig und bis auf anderweite höhere Anordnung ihres Dienstes enthoben worden. Motivirt ist diese Maßregel dadurch, daß die Bürgerwehr der Requisition des Polizeipräsidiums einen öffentlichen Umzug (die berufenen Demonstration mit rothen Fahnen vom 18.) zu verhindern nicht nur keine Folge geleistet, sondern sich auch theilweise armirt demselben angeschlossen hat.

* **Elberfeld**, März. Der hiesige konstitutionelle Verein fordert alle konstitutionellen Vereine auf, um die Berufung Heinrichs v. Gagern nach Berlin zu petitioniren, damit dieser ein neues Ministerium bilde.

Aachen, 21. März. In der gestrigen Sitzung des hiesigen konstitutionellen Vereins wurde beschlossen gegen die von dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel den Kammern vorgelegten Gesetzentwürfe über Assoziation und Presse, als die Freiheit selbst gefährdend zu protestiren, und von diesem Beschlusse den konstitutionellen Deputirten zu Berlin Kenntniß zu geben. (Aach. Z.)

Dresden, 22. März. Der König hat an die nach Schleswig-Holstein bestimmte Brigade den folgenden Tagesbefehl erlassen:

„Soldaten! Das Vaterland ruft euch, zugleich mit Waffenbrüdern anderer deutschen Armeen, in's Feld! Ihr werdet euch hierdurch geehrt fühlen! Ihr werdet euch bestreben, den Ruhm der sächsischen Waffen aufrecht zu erhalten, welchen Eure Vorfahren auf zahlreichen Schlachtfeldern mit ihrem Blute errungen haben. Seid stets eingedenk Eures Eides als brave Söhne des Vaterlandes, seid getreue Kameraden und würdige Waffengenossen der Soldaten anderer deutschen Stämme, gehorsame Untergebene des Ober-Befehlshabers, den die deutsche Centralgewalt an die Spitze des Heeres stellen wird. Vergesset aber auch nie, daß neben der Tapferkeit Gehorsam und Bewahrung der Disziplin unerläßlich sind für Erhaltung der kriegerischen Ehre. Prinz Albert, mein geliebter Neffe, wird euch begleiten; er ist bereit, Gefahren und Anstrengungen mit euch zu theilen. Ich empfehle ihn eurer Kameradschaft. Meine besten Wünsche begleiten euch! Friedrich August. Bernhard Rabenhorst."

* **Freiburg**, 21. März. Die gestrige vierte Sitzung beginnt mit der Verlesung der von den Volksversammlungen zu Offenburg und Freiburg gefaßten Beschlüsse. Struve wird vom Präsidenten gefragt, wie sie zu Stande gekommen. Der Angeklagte ergreift mit Vergnügen die Gelegenheit, sich über jene Zeit, welche Männer wie Struve so vielen gewünschten Anlaß gaben, sich bald da bald dort hören, sehen und beklatschen zu lassen, in einer längern Auseinandersetzung zu verbreiten. Bei der Vorversammlung zu Offenburg, seien die republikanisch Gesinnten in der Minderheit geblieben, weshalb sie beschlossen, die Republik in Offenburg nicht zur Abstimmung zu bringen; die Versammlung selbst habe den höchsten Erwartungen entsprochen. Auf der Versammlung zu Freiburg habe man sich durch ein vieltausendstimmiges Ja für die Republik entschieden, und die von drei Nichtrepublikanern gemachte Gegenprobe sei kläglich genug ausgefallen.

Beide Versammlungen hätten deutlich bekundet, daß die Bevölkerung Badens die Republik wolle; selbst das badische Militär würde, wenn ihm eine freie Meinungsäußerung gestattet wäre, sich für die Republik aussprechen. Struve bleibt bei dem rein theoretischen Satze stehen, daß sich das Wohl des Volks nur durch die Republik erzielen lasse, und sucht sich als bloßen Vollstrecker des Volkswillens hinzustellen. Staatsanwalt Eimer widerlegt die Versicherung des Angeklagten, daß die badischen Soldaten Republikaner seien, mit dem thatsächlichen Gegenbeweis ihres Benehmens im Gefecht, Staatsanwalt v. Wänker rügt, daß der Angeklagte überall, wo er zu thatsächlichen Erläuterungen aufgefordert werde, Anlaß nehme, eine Vertheidigungsrede zu halten und Prinzipielles einzumischen. Was die Versammlung zu Freiburg betreffe, so wisse man, wie es mit der Willensmeinung der Versammelten beschaffen gewesen, der Angeklagte selbst habe zugestanden, daß man schon in Grießen sich genöthigt gesehen, die Theilnahme durch Verkündigung des Standrechts zu erzwingen; jene drei Männer, die bei der Freiburger Versammlung den Muth gehabt, Verwahrung einzulegen, hätten die „Freiheit, einen Willen zu haben," fast mit dem Leben bezahlt. Brentano hält abermals eine lange Vertheidigungsrede, worin er nachzuweisen sucht, daß die Badner sämmtlich mit Haut und Haar Republikaner seien. Staatsanwalt Wänker antwortet: ob das Volk die Republik wolle oder nicht wolle, komme es überhaupt hier nicht an, sondern darauf, ob es die Republik auf dem Wege wolle, auf dem der Gewalt, welchen die hier sitzenden Angeklagten betreten hätten. Hiernach wird das Zeugenverhör wieder aufgenommen, welches in der heutigen Sitzung fortgesetzt wird, und eine Menge von den Aufständischen begangenen Gesetzwidrigkeiten aufdeckt; diejenigen männlichen Personen zwischen 20 bis 40 Jahren, die den Zug nicht mitmachen wollten, wurden mit Tod- und Geldstrafen geschreckt, in Badenweiler ein Haus demolirt und anderer Unfug begangen, der Postmeister Martin bei der Wegnahme der Postkasse zu Lörrach in einer Weise gemißhandelt, daß er jeden Augenblick glaubte, seine Hinrichtung befürchten zu müssen u. s. w. Bis jetzt mögen gegen 70 Zeugen vernommen worden sein und 30 noch zu vernehmen übrig bleiben.

⊙ **Schleswig**, 21. März. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung stellte Falk den Antrag, daß es nothwendig sei durch einen Ausschuß eine Denkschrift ausarbeiten zu lassen, in welcher durch Thatsachen, die in der dänischen Circularnote gegen Schleswig-Holstein erhobenen Anschuldigungen von Anarchie, Vergeudung der Staatsgelder u. s. w. widerlegt werden sollen. Dieser Antrag wurde ohne Diskussion fast einstimmig von der Versammlung zum Beschluß erhoben und wurde dieserhalb ein aus den Herren Dr. Hesberg, Lorentzen, Falk und Olshausen zusammengesetzter Ausschuß niedergesetzt. Sonst bot die Sitzung diesmal nichts bemerkenswerthes dar. Von einigen Deputirten wurde die Mittheilung gemacht, daß Beseler noch Ende dieser Woche in Schleswig eintreffen werde.

Die Truppenmärsche nach dem Norden dauern ununterbrochen fort, und da hierorts offiziell nichts von einer Verlängerung des Waffenstillstandes bekannt worden, so hat der General von Bonin einen Kourier nach Altona gesandt, welcher die Aufforderung an die dort angekommenen altenburgischen, hannoveranischen und braunschweigischen Truppenkorps überbringt, daß dieselben sofort mit der Kiel-Rendsburger Eisenbahn nach Norden befördert werden sollen. Oberstlieutenant von Tann verweilt bereits in Rendsburg und wird derselbe auf morgen hier erwartet. Das Generalkommando und das Hauptquartier der im Schleswig'schen operirenden Armee ist vorläufig in Flensburg aufgeschlagen worden. Zehn Linienbataillone, 4 Jägerkorps, 2 Kavallerieregimenter und 6 Feldbatterieen sind mobil; 5 Bataillone und 1 Kavallerieregiment Reserve unter dem Oberst Fabricius sind außerdem in Flensburg cernirt. Hierzu kömmt noch die in Bildung begriffene Landwehr, zu deren Organisirung die gemeinsame Regierung eine nicht unbeträchtliche Summe gegeben, so ergibt sich eine imposante Macht vaterländischer Streiter. Die Landwehrmannschaften sollen zur Uebernahme des Küstendienstes, zur Bewachung der herzustellenden Telegraphenlinie benutzt werden.

Wir erfahren soeben, daß der König von Dänemark in Sonderburg angekommen, um die auf Alsen stationirten Truppen zu besichtigen; er wird sich dann nach Fühnen und Jütland begeben. Es scheint demnach, daß der König an der Spitze seiner Armee, wie er's den Nordschleswigern in einer Proklamation angezeigt, gegen die „Rebellen" zu Felde ziehen wolle. Dänische Kriegsschiffe kreuzen sowohl vorm Apenrader, als auch Kieler Hafen und das Vorspiel der dänischen Seeneckereien hat also begonnen.

Der ehemalige dänische Gesandte am Petersburger Hofe, Graf Blome, auf Heiligenstedten ist ehegestern auf seinem Gute im 80. Lebensjahre gestorben.

Großbritannien.

* **London**, 23. März. Der „Standard" will wissen, daß Lord Palmerston von dem britischen Gesandten zu Kopenhagen eine Depesche erhalten habe, mit der Anzeige, daß, im Widerspruche mit Palmerston's im Parlament gegebenen Versicherung, nun doch alle Häfen von Schleswig-Holstein, die der Inseln Alsen und Aeroe ausgenommen, am und nach dem 27. blokirt werden sollen. — Dieselbe Zeitung, die sich übrigens gern mit Gerüchten beschäftigt, will ferner wissen, daß die Minister erklärt hätten, sie würden abdanken, im Falle sie heute Abend bei der weitern Berathung der Bill zur Abschaffung der gegenwärtigen Schifffahrtsgesetze eine Niederlage erleiden sollten. Hr. Gladstone (von Peel's Anhang) habe das Mögliche gethan, die Landpartei oder die protektionistische für den Plan zu gewinnen, diese habe jedoch alle Vermittelungen abgelehnt und sei entschlossen, ihren Grundsätzen gemäß zu handeln.

Die Regierung hat für jedes Schiff, dem es gelingen sollte, Sir John Franklin im Polarmeere aufzufinden und ihm Beistand zu leisten, eine Belohnung von 20,000 Pfund ausgesetzt. Vergangenen Sonntag wurden in den Kirchen von Woolwich Gebete dafür abgehalten, daß die Vorsehung das Leben der Offiziere und Mannschaft der Schiffe Erebus und Terror, unter den Kapitänen Sir J. Franklin und Crozier, erhalten möge.

Der Statthalter von Irland kam gestern, wie es scheint ziemlich unerwartet, in London an und hatte sofort eine Unterredung mit Lord John Russell, die sich wahrscheinlich auf die innere unheimliche Lage Irlands, auf die Hilfsarmensteuer und die dagegen stattfindende Agitation, wie auf die wieder an Zahl zunehmenden blutigen Parteiraufereien bezogen haben mag.

Frankreich.

* **Paris**, 21. März. Die Nationalversammlung fuhr heute fort sich mit dem neuen durch die Minderheit der Commission ausgearbeiten Entwurf des Clubgesetzes zu beschäftigen. Derselbe führt eigentlich die im Art. 1. abgeschafften Clubs unter dem Namen Association wieder ein. Er ist eine Concession an die öffentliche Meinung die in der ganzen Geschäftswelt verbreitete Unruhe. Das Journal le Peuple findet diese Concession so bedeutend, daß es nicht ansteht, den Inhalt des neuen Entwurfes folgendermaßen zu bezeichnen: „Die Clubs sind untersagt. Die Clubs sind wieder gestattet." Wir geben nachstehend die hauptsächlichsten heut angenommenen Bestimmungen: Art. 2. „Jede öffentliche Versammlung muß 24 Stunden vorher angezeigt werden. Die Anzeige muß den Gegenstand der Besprechung, das Lokal, die Mitglieder des Bureaus u. s. w. enthalten, und von 5 Französischen Bürgern unterzeichnet sein." Art. 3: „Die Versammlung muß zur Polizeistunde spätestens geschlossen werden." Art. 4.: „Eine von der Obrigkeit hierzu bezeichnete Person muß an einem besondern von ihr gewählten Platze bei der Versammlung zugelassen werden, wenn sie ein Aeußeres Abzeichen ihres Amtes trägt." Art. 5.: „Der Polizei-Commissär ist ermächtigt, jeder ohne vorher gegangene Erklärung abgehaltene Versammlung den Befehl zu geben auseinanderzugehen, widrigenfalls sie als Zusammenrottung betrachtet wird." Art. 6.: „Am Ende der Sitzung muß ein Bericht vom Bureau über dieselbe abgefaßt und der Obrigkeit auf Verlangen vorgelegt werden." Art. 7.: „Keine Diskussion, wodurch die Sitten oder die öffentliche Ordnung gefährdet werden oder welche überhaupt dem bei der Obrigkeit angegebenen Zweck des Vereines zuwider, sich mit andern Gegenständen beschäftigt, darf geduldet werden." Art. 9.: „Alle in Form von Gesetzen, Dekreten u. s. w. abgefaßten Beschlüsse sind verboten." Art. 10.: „Die Commissäre der sogenannten politischen Bankette müssen 48 Stunden zum Voraus den Behörden Anzeige von deren Abhaltung machen und sich den in Art. 4 und 5 ausgesprochenen Leistungen unterwerfen." Art. 11.: „Die geheimen Gesellschaften sind verboten." Art. 12.: Zirkel oder nicht öffentliche und nicht politische Vereine dürfen gegründet werden, wenn sie der Obrigkeit den Ort und Gegenstand der Vereinigung vorläufig

angezeigt haben. Industrielle und Wohlthätigkeitsvereine sind allein von dieser Verfügung ausgenommen. Im Falle einer falschen Erklärung wird der Verein unmittelbar geschlossen und dessen Mitglieder werden als zu einer geheimen Gesellschaft gehörig gerichtlich belangt." Der Art. 13 ist nun der, worin man die Klubs durch eine Hinterthür wieder einführt. „Die nicht öffentlichen Vereine, welche sich mit politischen Gegenständen beschäftigen, müssen vor ihrer Bildung dem Präfekten und dem Maire der Gemeinde eine Erklärung abgeben und die Statuten der Gesellschaft, die Namens- und Wohnortsliste der Mitglieder vorlegen; sie müssen sich den in den vorhergehenden Artikeln ausgesprochenen Beschränkungen unterwerfen und das Publikum auf's Strengste ausschließen." Senard bemerkt dazu, dieser Artikel wird gerade einen entgegengesetzten Erfolg haben, anstatt die Klubs zu unterdrücken, werden dieselben sich in der Folge in Vereine umwandeln und so ihren so eifrig verfolgten Zweck erreichen, lästige Zeugen von ihren Zusammenkünften ausschließen zu können. Man sieht, daß das Gesetz unmöglich ist und ich frage, ob es sich der Mühe lohnte, alle wahren Freunde der Konstitution in Unruhe zu versetzen und eine solche Aufregung der öffentlichen Meinung hervorzurufen?" Valette schlägt ein Amendement vor, wonach die aus weniger als 20 Personen bestehenden nicht öffentlichen Vereine keiner vorläufigen Anzeige bei der Obrigkeit unterworfen sind. Der Art. 13 wird mit dem Amendement Valette angenommen. Die Kommission schlägt als Zusatz Artikel 14 vor: Außer den politischen Associationen sind noch ferner verboten, die Verzweigungen (affiliations), Berichte und Adressen der Vereine untereinander so wie alle Verbindungen. Senard bekämpft diesen Vorschlag, demzufolge alle Korrespondenz von erlaubten Gesellschaften, wie z. B. die des freien Verkehrs oder, die der Freunde der Konstitution unmöglich gemacht würde. Odilon Barrot vertheidigt den Artikel, der auch angenommen wurde. Die folgenden Artikel von 15 bis 20 enthalten die Strafbestimmungen für die Vergehen gegen das Gesetz; dieselben bestehen in Geldstrafen von 100 bis 5000 Franken und in Gefängnißstrafen von 1 Monat bis 5 Jahren. Beim 19. Artikel, der die Strafen für Aufforderungen zum Morde, zur Plünderung oder zum Bürgerkriege enthält, bemerkt Jules Favre, daß die neue Kommission unbegreiflicher Weise bei Aufzählung der Vergehen die Angriffe gegen die Konstitution und die Republik vergessen habe. (Allgemeines Gelächter.) Dieses Versehen wird dann auch alsbald gut gemacht. Ueber den 25. Artikel, welcher die Vergehen den Zuchtpolizeigerichten zugewiesen haben will, erhebt sich beim Postschluß eine lebhafte Debatte zwischen der Kommission und mehren Mitgliedern, worunter Martin von Strasburg, welche sie vor die Jury gewiesen haben wollen.

Es koursirte heute vor der Börse das Gerücht, daß die Regierung eine große Verschwörung entdeckt habe, deren Zweck in Nichts Geringerem als in der Verhaftung und Entführung Louis Bonaparte's bestand. An 100 Personen sollen verhaftet worden sein. Stand der Renten: 5 pCt. 82.95; 3 pCt. 52.70; Bankaktien 2265.

Spanien.

* Privat-Korrespondenzen aus **Madrid** vom 19. melden, daß dieser Tag, an welchem man den Ausbruch von Unruhen befürchtete, ohne Störung vorübergegangen war. Man war indessen noch nicht ganz ohne Besorgnisse für den Abend. Die Zurüstungen zu der Expedition nach Italien werden ernstlich betrieben. Es scheint, daß die gesammte Garnison von Madrid daran Theil nehmen soll. Dennoch zweifeln viele Personen an der Verwirklichung des Unternehmens.

Italien.

* **Turin**, 20. März. Der Baron Mercier, mit Aufträgen der französischen Regierung hier angekommen, ist sofort wieder in das Hauptquartier nach Alessandria abgegangen, von wo er sich zu Radetzky begeben soll, um einen letzten Versuch zur Verhütung des Krieges zu machen. Die sardinische Regierung läßt längs der Straße über den Mont Cenis eine Art von Telegraphenlinie einrichten, welche die Nachrichten vom Kriegsschauplatze mit großer Schnelligkeit nach Frankreich befördern wird.

Die Sitzung der Turiner Deputirtenkammer vom 19. war sehr stürmisch. Es handelte sich um die von der Regierung verlangten außerordentlichen Vollmachten, welche einer Suspension der Verfassung gleichkommen. Die bis jetzt votirten Artikel des betreffenden Gesetzentwurfes gestatten dem Ministerium Verhaftungen und Haussuchungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Der Minister Buffa, bisher Gouverneur von Genua, ist nach Turin abgereist.

* **Florenz**, 17. März. Es ist ein Gesetz über die Zwangsanleihe, welche von den Kapitalisten erhoben werden soll, veröffentlicht worden. Wer über 1000 Scudi Einkünfte hat, zahlt 14 pCt. und sofort bis zu 50 pCt. von einem Einkommen über 10,000 Scudi. Die Anleihe wird vom Staat garantirt und mit 5 pCt. verzinst. Die Nachricht von dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten in der Lombardei hat hier einen Sturm von Begeisterung hervorgerufen. Alle innre Streitigkeiten sollen vergessen sein, bis Oesterreich geschlagen ist.

* **Rom**, 15. März. Der Vollziehungsausschuß hat einen genauen Kataster über alle in todter Hand ruhenden Güter nebst den über die auf denselben liegenden Lasten innerhalb zwei Monaten aufzunehmen angeordnet. Die Verwaltung der Domänen wird in vier große Abtheilungen zerfallen: 1. Rom nebst dem Stadtbezirk. 2. Umbrien. 3. Die Marken. 4. Die Legationen.

Die Cardinäle haben jetzt ein trauriges Loos. Der Cardinal de Angelis ist auf die Festung von Ancona gebracht worden. Der Cardinal Mezzoforti ist in Rom gestorben. Monsignore Vespignori d'Orvirto befindet sich im Castell St. Angelo wegen Versuchs zum Aufruhr, und den Cardinal Orlini hat der Tod in Neapel übereilt.

* **Neapel**, 15. März. An demselben Tage, wo das Dekret über Auflösung der Deputirtenkammer veröffentlich wurde, ließ die Regierung zugleich eine Anzahl Deputirte verhaften. Andere entzogen sich ihrer Verhaftung nur mit Mühe durch die Flucht. Tout comme chez nous!

Niederland.

** **Haag**, 22. März. Die zweite Kammer hat einmüthig die ihr von der Kommission vorgelegte Adresse an Wilhem III. angenommen, folgenden Inhalts: „Sire! Durch den Ministerrath ist der zweiten Kammer die Trauerbotschaft überbracht worden von dem unerwarteten Hinscheiden des königl. Vaters Ew. Maj., Wilhelms II., unsers hochgeehrten und geliebten Königs, dessen Angedenken in der dankbaren Erinnerung des Volkes fortleben wird. Bei unsrer eigenen innigen Betrübniß fühlen wir lebendig den tiefen Schmerz, der die Seele Ew. Maj. erfüllt, welche nicht blos das allgemeine Unglück des Vaterlandes, sondern zugleich einen geliebten Vater betrauert. Als Vertreter eines dem durchlauchtigen Stammhause Oraniens unwandelbar treuen Volkes fühlen wir das Bedürfniß, Ihnen zu bezeugen, daß wir mit dem ganzen niederländischen Volke theilen die Trauer Ew. Maj., Ihrer von Allen so geehrten und geliebten Mutter und der ganzen königlichen Familie. Bald werden die Generalstaaten Ew. Maj. als niederländischem Könige feierlich huldigen; doch schon jetzt versichert die zweite Kammer ihre Bereitwilligkeit, im Einvernehmen mit Ew. Maj. mitzuwirken für die Wohlfahrt des treuen Volkes, über welches zu regieren Sie, Sire! nach den Vorschriften des Grundgesetzes berufen sind. Möge die allgemeine Theilnahme des Landes, der Trost der Religion, Ihren Schmerz mildern und die göttliche Vorsehung Ew. Maj. Muth und Kraft schenken, um die gewichtigen Pflichten, welche dem König obliegen, zu erfüllen."

Der König, der noch gestern Abend um 10 Uhr mit seiner Gemahlin nach Tilburg abgereist ist, hat folgende von allen Ministern gegengezeichnete Proklamation erlassen: „Liebe Landsleute und Unterthanen jedes Ranges und Standes! Durch den Tod meines unvergeßlichen Vaters auf den Thron der Niederlande gerufen, fühl' ich tief das Gewicht der Aufgabe, welche auf mir ruht. Mit dem Aufblick zu Gott und voll Vertrauen auf ein Volk, das meinem Hause so innig verbunden ist, trete ich die Regierung an. Wilhelm I. übernahm die souveräne Regierung, um sie gemäß einer Verfassungsurkunde auszuüben. Wilhelm II. verbesserte, im Einvernehmen mit der Volksvertretung, das Grundgesetz nach den Bedürfnissen der Zeit. Mein Beruf wird es sein, auf derselben Bahn diesem Grundgesetz vollständigen Vollzug zu geben. Ich zähle, in Erfüllung dieses Berufs, auf die treue Mitwirkung aller verfassungsmäßigen Gewalten. Ich bestätige alle Beamtete, alle Offiziere des Landheers, der Flotte und der Schifferei, von welchem Rang sie sein mögen, in ihren Stellen. Niederländer! bleibt treu dem Spruch eurer Väter: Eintracht gibt Macht, und sucht mit mir die wahre Freiheit im Gehorsam gegen das Gesetz." Diese Proklamation wird außer der gewöhnlichen Veröffentlichung noch in feierlicher öffentlicher Sitzung des Hohen Raths, der Provinzial-Gerichtshöfe, der Bezirksgerichte, endlich von allen Rathhäusern der Städte abgekündigt werden.

№ 86. **Beilage zur Deutschen Zeitung.** 27. März 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsversammlung vom 27. März. Der Verfassungsausschuß des Freistaats. Eine Blokade „ohne Gêne". Das österreichische Preßgesetz. Baierische Truppen. Der dänische Gesandte. Abg. Wiedker †. Hr. von Beisler angekommen.) Berlin (Spannung zwischen Rußland und Preußen. Hr. Temme und Graf Arnim. Die sächsischen Truppen. Verhandlungen der zweiten Kammer.) Breslau (Protest gegen die Suspendirung der Bürgerwehr.) Heidelberg (Adresse an die National-Versammlung.) Mannheim (Der neue vaterländische Verein an die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt.) Rastatt (Adresse an die National-Versammlung.) Kassel (Der Bürgerverein an die National-Versammlung.) Pößneck (Mißtrauens-Adresse an die National-Versammlung.) Altona (Ankunft hessischer und gothaischer Reichstruppen.) Hadersleben (Die Schleswiger in der dänischen Armee.) Schwerin (Wismar und die dänische Post. Küstenvertheidigung. Auflösung der Reichsmarine-Kommission.) Hamburg (Die Verfassung.)

Oesterreichische Monarchie. (Die kaiserliche Armee hat die Theiß passirt.)

Italien. Turin (Rekognoscirung der Mailänder Straße. Telegr. Depeschen über die Besetzung Parma's und zwei Gefechte bei Vigevano und Mortaro) Mailand (Die Piemontesen in Magenta. Die Oesterreicher auf piemontesischem Boden.)

Dänemark. Kopenhagen (Gerüchte eines Provisoriums. Die Flotte. Die Garde.)

Rußland und Polen. Posen (Die Zustände in Polen. Ein russisches Lager.) Berlin (Russische Garden in Warschau.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 27. März.)

Nachschrift.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 27. März.

Tagesordnung der 195. öffentl. Sitzung.

Fortsetzung der zweiten Lesung der deutschen Reichsverfassung.

Vorsitzender Präsident Herr Eduard Simson. Seinen Austritt für den 31. März zeigt an Herr Hofer aus Pfarrkirchen (Baiern). Nach der Verkündigung eines kleinen Flottenbeitrags aus dem Posen'schen wird zur Tagesordnung verschritten. Wir haben demgemäß die endgültige Annahme folgender Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung, Abschnitt: der Reichstag zu melden:

Art. VII. §. 116. „Jedes der beiden Häuser wählt sich seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und seine Schriftführer."

§. 117. „Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können."

§. 118. „Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über die Zulassung derselben."

§. 119. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritte den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe."

§. 120. „Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses.

Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet."

§. 121. „Weder Ueberbringer von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden."

§. 122. „Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen beiden Häusern werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet."

Art. VIII. §. 123. „Ein Mitglied des Reichstags darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That."

§. 124. „In diesem letztern Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen."

§. 125. „Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen oder nach dieser bis zur Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist."

§. 126. „Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden."

Verworfen wird zu §. 126 der Zusatz der Ausschußminderheit, nach welchem eine Privatklage wegen Verleumdung für zulässig erklärt werden sollte.

Art. IX. §. 127. „Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen und jederzeit von denselben gehört zu werden."

§. 128. „Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstags in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen, oder den Grund anzugeben, weshalb dieselbe nicht ertheilt werden könne."

§. 129. „Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein."

§. 130. „Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat."

Verworfen wird dazu die Ausdehnung obiger Bestimmung auch auf die Annahme eines Amts im Dienst eines Einzelnstaates.

Die zweite Lesung springt hierauf auf Abschnitt VIII, Gewähr der Reichsverfassung, über. — §. 196 davon bleibt ausgesetzt; angenommen wird:

§. 197. „Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Das Nähere bestimmt die Dienstpragmatik des Reiches."

§. 198. „Ueber die Verantwortlichkeit der Reichsminister soll ein besonderes Reichsgesetz erlassen werden."

§. 199. Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt."

Artikel II. §. 200. „Keine Bestimmung in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Einzelstaates darf mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen.

§. 201. „Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Diese Zustimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen gegeben werden."

Ueber obigen §. findet namentliche Abstimmung statt. Es wird angenommen die erste Hälfte des Paragraphen mit 310 gegen 206 Stimmen. Die zweite Hälfte mit 282 gegen 235.

Art. III. §. 202. „Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhauptes erfolgen. Der Zustimmung des Reichsoberhaupts bedarf es nicht, wenn in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Reichstagsbeschluß unverändert gefaßt worden. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihefolge nicht mitgezählt.

Zu einem solchen Beschluß bedarf es in jedem der beiden Häuser:

1) Der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder;

2) Zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß;

3) Einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen.

Die gesperrt gedruckte Einschaltung, die dem Reichsoberhaupte auch hier das absolute Veto nimmt, wird durch namentliche Abstimmung mit 272 gegen 213 Stimmen in den Paragraphen gebracht. Bezeichnend ist, daß für diese Abschwächung der Gewalt des Reichsoberhauptes, außer den conservativsten Ultramontanen, auch die Herren v. Bothmer und Schmerling sich bejahend erklären, was einen Ruf der Entrüstung im Hause zur Folge hat.

Art. IV. §. 203. „Im Falle des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweis außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

1) Die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesammtministerium des Reichs oder Einzelstaates ausgehen;

2) das Ministerium des Reichs hat die Zustimmung des Reichstags, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtags, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als vierzehn Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten.

Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

Ein gegen den Vorschlag der Ausschußmehrheit von den Herren Trützschler und Genossen gestellter Verbesserungsantrag wird mit 341 gegen 181 Stimmen verworfen.

Da 1 Uhr vorüber ist, so wird hierauf die Sitzung geschlossen. Fortsetzung heute Nachmittag 4 Uhr.

□ **Frankfurt**, 27. März. Der Verfassungsausschuß der konstituirenden Versammlung für den Freistaat Frankfurt hat in seiner letzten Sitzung den von seiner Redaktions-Kommission ihm vorgelegten Verfassungs-Entwurf mit einigen unwesentlichen Redaktions-Aenderungen genehmigt und wird derselbe wahrscheinlich schon in der nächsten Woche in öffentlicher Sitzung berathen werden. Der Ausschuß hat den Antrag gestellt, daß wöchentlich zwei Sitzungen ausschließlich dem Verfassungswerk gewidmet würden. Unter den Anträgen, deren die Minorität der Kommission mehrere gestellt hat, verdient ein Antrag hervorgehoben zu werden, welcher ein Zweikammersystem angenommen haben will.

Frankfurt. Der hiesige dänische Gesandte hat unterm 13. März dem Reichsministerium amtlich angezeigt, daß die dänischen Schiffskommandanten angewiesen worden sind, dafür Sorge zu tragen, daß die angeordnete Blockirung der schleswig-holsteinischen Häfen „weder der deutschen noch der Schifffahrt anderer Nationen zu irgend einer Gêne gereiche." Diese Mittheilung ward am 20. d. M. der Schweriner Abgeordnetenkammer offiziell vorgelegt, zugleich mit einem Schreiben Gagern's vom 14. d. M. in welchem der Reichsminister seine Ansicht ausspricht, daß der von den Dänen gemachte Unterschied zwischen schleswig-holsteinischen und deutschen Schiffen mit dem ersten Konflikte zwischen dänischen und deutschen Truppen aufhören werde. (W. Z.)

*** **Frankfurt**, 27. März. Vor einigen Tagen wurde die hyperschwarzgelbe Behauptung ausgesprochen, Oesterreich und Preußen seien einig über die zu oktroyirende deutsche Reichsverfassung und würde dieselbe am 27. d., also heute, verkündigt werden. Hinzugefügt wurde, es seien auch bereits die an die Spitze des Reichsdirektoriums zu stellenden beiden Prinzen in Aussicht genommen, nämlich der Erzherzog Stephan und der Prinz Friedrich von Preußen. Und weiter wurde behauptet, es vertrete Oesterreich die übrigen vier deutschen Königreiche und Preußen die Regierungen, welche die Kollektivnote mitunterzeichnet. Aus welchen Absichten ein solches Gerücht verbreitet wird, läßt sich leicht enträthseln: das deutsche Volk soll sich mit dem Gedanken an Oktroyirung der Verfassung befreunden.

*** **Frankfurt**, 27. März. Das neue österreichische Preßgesetz hat den sogenannten Groß-Deutschen eine unaussprechliche Ueberraschung gewährt, nämlich die des vollkommensten Bankerotts ihrer Vereinigungspläne mit Oesterreich. Dieses neue österreichische Preßgesetz ist wahrhaft eine Parodie auf die deutsche Kultur und die politische Mündigkeit des deutschen Volkes, ein Hohn auf die Wiedergeburt Deutschlands und die dem deutschen Volke verliehenen Grundrechte. Es wäre bezeichnend zu erfahren, ob Hr. Heckscher nun noch einen Antrag stellen würde, nochmals eine Deputation nach Ollmütz zu senden, oder ob er und seine großdeutschen Gesinnungsgenossen endlich von der deutschen Gesinnung des Ollmützer Ministeriums gesättigt sind. Interessant wird es auch sein, zu sehen, wie die „Frankfurter Zeitung" für das neue österreichische Preßgesetz in die Schranken treten und es ganz „passabel", jedenfalls aber praktikabel finden wird. Es übersteigt alle menschlichen Begriffe, was diese Partei sich selbst oder vielmehr Andern weis machen will.

*** **Frankfurt**, 27. März. Das gestern und vorgestern hier eingerückte 5te baierische Chevauxlegers-Regiment hat uns heute wieder verlassen, um seinen Marsch nach Schleswig fortzusetzen. Wie man hört, wird der dänische Bevollmächtigte, v. Dircking-Holmfeldt, nun alsbald auch unsere Stadt verlassen.

⁝ **Frankfurt**, 27. März. Heute Nacht starb hier der Abgeordnete zur Reichsversammlung August Wiebker, Gerichtsdirektor aus Ukermünde. Er war ein Mitglied der erbkaiserlichen Partei.

⁝ **Frankfurt**, 27. März. Heute Nachmittag ist die entscheidende Abstimmung. Deutschlands wichtigste Angelegenheit wird durch eine Mehrheit von einer oder ein paar Stimmen entschieden werden!

△ **Berlin**, 25. März. Die sächsischen Truppen haben hier die brüderlichste Aufnahme gefunden. Die preußischen Offiziere gaben ihren sächsischen Kameraden ein großes Ehrengastmahl im Englischen Hofe. Die Soldaten werden in den Kasernen vom Könige bewirthet. Auch hält der König große Mittagstafel in Charlottenburg, zu welcher viele sächsische Offiziere eingeladen sind. Es sind hier auch 500 sächsische Pferde und zwei Batterien eingetroffen. Prinz Albert, der Sohn des Prinzen Johann von Sachsen ist bereits nach dem Kriegsschauplatze weiter geeilt. Was man von Innehalten der preußischen Truppen ausgesprengt, hat sich als irrig bewiesen. Die diplomatischen Verhandlungen, welche eine gütliche Beilegung in Aussicht stellten, sind zerstoben. Die Dänen, heißt es, wollen am 25. eine Brücke vor Alsen schlagen. Es wird die Brücke zu ihrem Verderben werden! Sie gleichen einem Tollen, der ein Rasiermesser in Händen hat, mit dem er sich oder andern die Kehle abschneiden kann, ehe man ihm beikommen kann. Freilich vertraut Dänemark auf Rußlands Beistand, das neuerdings wieder sehr drohend auftritt. Die deutsche Sache — Ach, was soll man darüber sagen, als Ach! Die Verhandlungen in der zweiten Kammer sind weit unerquicklicher, als in der ersten. Aus der letzten Sitzung trage ich noch einiges nach: Heilandt bemerkte: Wir werden unsere deutschen Brüder in Oesterreich mit Freuden in unsern Bund aufnehmen; aber von der altösterreichischen Politik müssen wir uns trennen. (Bravo!) Wir dürfen nicht zugeben, daß durch eine neue Auflage des Bundestags die Freiheit Deutschlands erstickt werde. Schon früher war eine Einigung Deutschlands möglich, wenn Preußen selbstständig aufgetreten wäre. Jetzt ist dies aber nicht mehr blos eine Möglichkeit — es ist eine Nothwendigkeit geworden. Wenn das Ministerium auf dieser Bahn fortwandelt, wird ihm die Unterstützung der Kammer nicht fehlen: sonst würden auch wir (zur Rechten) zeigen, daß wir nicht unbedingt ministeriell sind. Hr. v. Berg sprach gegen den Partikularismus und gegen den Bundesstaat; man weiß, daß dieser hübsche Schmetterling zu den Dämmerfaltern gehört. Hr. v. Viebahn sprach für den Entwurf, also für den Bundesstaat, der eintretenden Falls wenigstens Norddeutschland innig vereinige. Was Hr. Neumann eigentlich sagen wollte, ist uns nicht klar geworden und vielleicht ist es ihm selbst nicht besser gegangen. Er hätte seine Reden mit den Worten eines höflichen Berliners einleiten können: „Wenn ich mich nicht selbst mißverstehe." Hr. Camphausen, Bruder des Ministers, hielt für den Adreßentwurf eine gediegene Rede. Es war, sagte er, für diejenigen deutschen Regierungen, welche mit der preußischen Regierung nach einem Ziele streben, eine äußerst schwere Aufgabe, die Selbstständigkeit des eigenen Staatslebens zu bewahren und doch zugleich die Verfassung Deutschlands auf friedlichem Wege herzustellen. Ich glaube, daß Preußen seine Aufgabe gelöst hat. Preußen hat niemals alle Gesetze der Frankfurter Versammlung ausgeführt, es hat das Zustimmungsrecht sich bewahrt. Der Schritt der Regierung Sr. Majestät ist dargelegt in der Cirkularnote vom 23. Jan., worin sie den Weg der Verständigung mit den deutschen Staaten einzuschlagen auffordert. Sechs und zwanzig Regierungen sind dieser Aufforderung gefolgt. Ihre Grundsätze hat sie in der Note dargelegt, indem sie nicht nur für sich, sondern für alle deutschen Staaten das Zustimmungsrecht und zugleich auch die Freiheit des Anschlusses an Deutschland gewahrt hat. Der Hinweis auf den engeren Bundesstaat ist nicht nur kein Widerstand gegen die Einheit Deutschlands, sondern im Gegentheil die Hinweisung auf das letzte Mittel, eine Einheit zu bewahren. Es ist bekannt, daß Oesterreich in seiner Erwiderung vom 4. Februar eine feindliche Sprache gegen Preußen geführt, und nicht undeutlich zu verstehen gegeben, wie es die Gründung eines engern Bundesstaates hindern wolle. Die Adreßkommission hat hierauf eine Antwort geben zu müssen geglaubt. Aus diesem Grunde haben wir auch keinen Zweifel darüber obwalten lassen dürfen, daß Preußen von dem Eintritt Oesterreichs seine Politik in Betreff Deutschlands nicht abhängig mache. Ich glaube, daß wir jener Note der preußischen Regierung jede für eine Verständigung mit der Nationalversammlung günstige Deutung geben können. Meiner persönlichen Ansicht nach hätte die Regierung allerdings etwas kräftiger auftreten können. Nach dem Artikel 11. der deutschen Bundesakte haben die Glieder des Bundes das Recht, Bündnisse abzuschließen, wenn sie nicht gegen die Sicherheit anderer Glieder gerichtet sind. So wie es Preußen nicht benommen war, mit mehreren deutschen Staaten in den Zollverein einzutreten, so sind auch alle Staaten berechtigt, zu einem weiteren oder engern Bunde zusammenzutreten. Unter leb-

haftem Beifalle sagte er am Schlusse seiner Rede: Nicht die unerfüllbare Ideale wollen, werden die deutsche Einheit bewahren, sondern die das praktisch Mögliche wollen. Phillips sprach gegen den Antrag: Es ist Zeit, daß die Volkvertreter ein ernstes Wort über die Stellung Preußens zu Deutschland und die verderbliche Politik, welche die Regierung bisher befolgt hat, reden. Es muß kurz und bündig ausgesprochen werden, daß Preußen seine geschichtliche Aufgabe nicht erfüllen, sein Ziel nicht erreichen kann, wenn es sich nicht die Sympathieen des übrigen Deutschlands zu erwerben weiß. Wir haben sie nicht, aber wir können sie erwerben. Man zeige, daß es sowohl dem Absolutismus wie dem Scheinkonstitutionalismus, der nichts ist, als eine geschminkte Lüge, absagt, man publizire die deutschen Grundrechte, dann wird es gleichgültig sein, was die 38 Fürsten beschließen, dann werden die Völker es bestimmen. Herr v. Manteufell brachte eben nichts Neues zur Sprache und Graf Arnim kam wieder mit der kümmerlichen Entschuldigung, die Note vom 10. Februar wäre schon vor einigen Tagen geschrieben gewesen, ehe man etwas wußte von der neuen österr. Verfassung. Wenn man einen Brief einmal geschrieben hat, so muß man ihn auch abschicken, sollten die Umstände sich auch noch so sehr geändert haben. Einen solchen Mann zu einer solchen Zeit zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen, ist ein unverzeiblicher Fehler. Er scheint zu unserm neuen Haugwitz bestimmt. Hr. v. Griesheim vertheidigte General v. Wrangel wegen eines Armeebefehls, wodurch er die Truppen ohne Weiteres zum Gebrauch der Waffen gegen Insultirende ermächtigt haben sollte. In dem Befehle steht aber: „Nach dreimaliger Aufforderung“. Die Verhandlungen sind auf Montag vertagt. Es sind noch gegen zwanzig Redner eingetragen. Das Ministerium steht unsicher. Die Umgestaltung der Justiz hat Gegner unter allen Parteien.

** **Berlin**, 25. März. Die Personen, um welche sich hier das Tagesgespräch dreht, und welche fast durchgehends in allen Kreisen Gegenstand der unaussprechlichsten Entrüstung sind, heißen Temme*) und — Graf Arnim.

Lith. Korr. **Berlin**, 25. März. Das Petersburger Kabinet stellt sich nunmehr Preußens Politik ernstlich gegenüber. Der diplomatische Verkehr zwischen Preußen und Rußland ist bereits ein schwieriger geworden. Viel hierzu hat unfehlbar eine vorgestern eingetroffene Petersburger Depesche beigetragen, die bei einer allerhöchsten Person die tiefste Entrüstung hervorgerufen hat. Preußen wird auf die ihm gemachten Zumuthungen seiner würdig antworten. Der jetzige Notenwechsel zwischen den beiden Großmächten dürfte zu einer welthistorischen Bedeutung kommen; mehr hierüber zu sagen ist uns im Augenblick noch nicht vergönnt. So viel aber scheint gewiß, Preußens Diplomatie wird binnen Kurzem einen großen Umschwung erleben.

* **Breslau**, 23. März. Die sämmtlichen Führer der Bürgerwehr haben gegen die Suspendirung der Bürgerwehr Protest eingelegt und den Magistrat ersucht, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, um die Aufhebung des Oberpräsidialerlasses schleunigst zu bewirken. Der Magistrat hat das Anmuthen, sich dem Proteste anzuschließen, abgelehnt.

* **Heidelberg**, 25. März. Der hiesige vaterländische Verein hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung beschlossen, an deren Schlusse es heißt: „Wenn die Oesterreicher ihr eigenes Schamgefühl nicht von ihren Sitzen treibt, wenn das deutsche Parlament keine Stimme des Unwillens und des empörten Rechtsgefühls gegenüber dieser Unempfindlichkeit hat, dann soll das deutsche Volk es laut fordern, daß es durch das ganze Vaterlands klingt. Die Oesterreicher, die sich von Deutschland losgesagt, sollen auch nicht länger in deutschen Angelegenheiten mitrathen. Vielleicht, deutsche Volksvertreter, dringt dieser Ruf bis in die engen Räume, die Euch Eure Welt geworden sind, in denen ihr taub geworden seid für das, was außerhalb dieser Räume vorgeht. Vielleicht wird Euch bald deutlich werden, daß Ihr am 21. März über die eigne Zukunft das entscheidende Loos geworfen habt. Das Eine aber sollt Ihr laut und wiederholt aus allen Theilen Deutschlands hören: Wenn Eure Beschlüsse überhaupt noch Anerkennung finden, noch eine rechtliche Geltung haben, wenn nicht Alles, was Ihr über die Verfassung feststellt, den lauten Protest im ganzen Volke hervorrufen soll, so verschließt den Oesterreichern die Paulskirche, sonst wird die Zeit nicht mehr ferne sein, wo man sie Euch selbst verschließt.“

* **Mannheim**, 24. März. Der hiesige „Neue vaterländische Verein“ hat eine Ansprache an die österreichischen Abgeordneten in der deutschen Nationalversammlung erlassen, welche dieselben in warmen Worten auffordert, „ein Mandat niederzulegen, das ohnedies erloschen ist“. „Handelt — so schließt die Ansprache — in der letzten Stunde als Männer von Ehre, des deutschen Namens würdig, damit, wenn Ihr einst, wie wir hoffen, zur Wiedervereinigung mit uns zurückkehrt, wir Euch freudig die Bruderhand reichen können.“

▽ **Rastatt**, 26. März. Gestern wurde im hiesigen vaterländischen Vereine eine Adresse an die Nationalversammlung mit großer Majorität beschlossen, worin das Bedauern des Vereins über die Nichtannahme des Welcker'schen Antrags ausgesprochen, der Austritt der österreichischen Abgeordneten aus der Paulskirche verlangt und die kürzlich in Frankfurt von Hrn. Buß geschehene Aeußerung: „es würde sich das katholische Baden niemals dem protestantischen Preußen unterordnen“ mit größter Indignation zurückgewiesen wird. Der Verein wird den Vorort der badischen Vereine in Mannheim und den deutschen Centralverein in Kassel von diesen Beschlüssen in Kenntniß setzen und selbige zum Beitritt auffordern. Welche Theilnahme übrigens hier überall der Welcker'sche Antrag fand, dafür diene Ihnen folgende wahre Thatsache als kleiner Beleg. Ein Wirthshausklub, der ohne speziellen Zweck, als den der Unterhaltung, sich täglich versammelt, schickte extra ein Mitglied aus seiner Mitte nach Frankfurt, um die erste Nachricht über die Abstimmung zu erhalten. Der Eindruck, welchen die Nachricht hervorbrachte, läßt sich nicht beschreiben.

* **Kassel**, 24. März. Der hiesige Bürgerverein, welcher 1100 der angesehensten Bürger zu seinen Mitgliedern zählt, hat in seiner heutigen Generalversammlung mit allen gegen eine einzige Stimme, die zuvor eine Mahnung an die österreichischen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung erlassen wissen wollte, eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen, in welcher derselbe „gegen die Gültigkeit der von den österreichischen Deputirten ausgehenden Entscheidung über die deutsche Verfassung feierlich protestirt“ und die „ehrfurchtsvolle und dringende“ Bitte ausspricht: „Bei der bevorstehenden endgültigen Beschließung der deutschen Reichsverfassung den Abgeordneten aus Oesterreich eine entscheidende Theilnahme nicht ferner zu gestatten, auch zu der Beschlußnahme über diese, eine Legitimationsfrage betreffende Angelegenheit die Betheiligten selbst nicht zuzulassen.“

* **Pößneck**, (Sachsen-Meiningen.) 25. März. Morgen geht von hier eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse nach Frankfurt ab, welche auf Anlaß der Abstimmung über die Welcker'schen Anträge die Erklärung enthält, „daß die Reichsversammlung bej ihrem gegenwärtigen Bestande das Vertrauen der Unterzeichner nicht mehr besitzt“, sowie die Forderung, „daß, wenn die überschwengliche Geduld des deutschen Volkes dieser Versammlung ein längeres Beisammenbleiben zugesteht, sie sich sofort vom Einflusse perfider österreichischer Politik säubere, den österreichischen Abgeordneten das Stimmrecht beim Verfassungswerke entziehe, das deutsche Volk nicht länger mit dem Spotte und Hohn des gesammten Auslandes brandmarken und Sr. Majestät dem König von Preußen doch noch die deutsche Kaiserkrone antrage.“ Dieselbe Adresse ist von Stadt- und Dorfgemeinden des preußischen Ziegenrücker Kreises bereits adoptirt, und wird im weimarschen Kreise Neustadt a. d. O. und im altenburgischen Kreise Kahla gleichfalls angenommen.

Altona, 24. März. Heute Vormittag kamen ein Bataillon kurhessischer und ein Bataillon sachsen-gothaischer Infanterie hier an. (B.-H.)

Hadersleben, 21. März. Die in der dänischen Armee dienenden Schleswiger haben eine Petition an den König eingereicht, worin sie um eine solche Verwendung in der Armee bitten, daß sie im Fall der Erneuerung des Krieges gegen ihre eigenen Landsleute nicht zu kämpfen brauchen. (Korr. Z.)

Schwerin, 21. März. Von Wismar aus wird die Nachricht bestätigt, daß der dortige Hafen nicht blockirt und die dänische Post in Zukunft, statt über Lübeck, über Wismar befördert werden solle. Die Direktoren der wismarischen Dampfschifffahrtsgesellschaft, welche in dieser Angelegenheit nach Kopenhagen depu-

*) Zur näheren Erklärung des Unwillens gegen Temme vgl. unsern =Korrespondenten in der heutigen zweiten Beilage.

Uebersicht.

Die österreichischen Stimmen auf dem deutschen Reichstage.

* Vom Rhein, 23. März. Ich habe Hoffnung, daß die vaterländischen Vereine von Baden und Hessen den Anfang machen werden mit den schärfsten Protesten gegen jede Gültigkeit eines Reichstagsbeschlusses, bei dem österreichische Stimmen mitgezählt würden; ich erwarte, daß die badischen Stände diesen selben Schritt thun werden und daß noch einmal von Baden aus dem kleinen Deutschland ein Beispiel werde gegeben werden, das mit dem regsten Wetteifer nachgeahmt werden muß, wenn wir nicht am Schlusse unserer Verfassungsverhandlungen rathloser dastehen wollen als je. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich die Lage der Sache bei der ersten Lesung wiederholen. Es wird eine größere, aber immer eine Minorität für die Erbkaiserwürde stimmen; es wird kein gültiger Beschluß zu Stande kommen, außer wenn man die Beschlüsse für gültig annimmt, die ganz allein gültig sein können, die mit Abzählung der österreichischen Stimmen eine absolute Majorität ausweisen. Wenn die rechte Seite der Nat.-Vers. ihr und Deutschlands Schicksal nicht einem bloßen launischen Zufall verdanken will, so ist ihre einzige Hülfe die Ausschließung der Oesterreicher, und wenn sie auf dem Wege der Abstimmung nicht zu erreichen ist, die Sprengung des Reichstags. Ich sehe die mitleidig verzogenen Gesichter vor mir, die diese Worte in Frankfurt veranlassen werden. Ich frage aber die friedlichen und gutartigen Männer, was ihnen irgend in dieser Zumuthung außerordentliches abverlangt wird, das sie nicht selbst Preußen zumutheten? Die Oesterreicher hatten vorgestern ihre Protestationen fertig, wenn das preußische Erbkaiserthum votirt worden wäre. Die Regierung in Ollmütz würde dieser Protestation beigetreten sein. Von Preußen erwartete dann die Nationalversammlung, daß es selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Oesterreich die Beschlüsse der Nationalversammlung aufrecht halte. Ein Bruch mit Oesterreich ist unter aller Bedingung unvermeidlich, zu vermeiden nur, wenn wir mit raschen Entschlüssen zum Ende gekommen wären und die Nation vereinigt hätten zu einer vollendeten Thatsache, die in England und bei allen frei organisirten Staaten schnelle Anerkennung gefunden und Oesterreich selbst imponirt hätte. Wohlan, zu diesem Ziele wäre die Versammlung gekommen, wenn sie den Welcker'schen Antrag hätte durchbringen können. Zu diesem Ziele kann sie kommen, wenn es ihr gelingt, die Gültigkeit der österreichischen Stimmen zu beseitigen. Zu diesem Ziele kann die Rechte allein kommen, wenn sie die Koalition dem florentinischen Gouvernement überläßt und die Geschicke Deutschlands in die Hände der preußischen Stände und Krone legt. Den ersten entscheidenden Schritt zu thun, uns aus Oesterreichs Schlingen zu lösen, kann Preußen mit mehr Recht an Frankfurt fordern, als Frankfurt an Preußen. Ich fühle sehr wohl, was an diesem Schritte hängt und welche ungemeine Kühnheit zu dieser Durchhauung des Knotens gehört und wie unpassend es ist, diese Kühnheit von da zu verlangen, wo so viele Zaghaftigkeit herkömmlich ist. Aber möchte man sich doch deutlich machen, daß jetzt kaum noch etwas zu verlieren ist. Die Dinge nach der Wahrscheinlichkeit berechnet, so geht Alles zu einem schiefen Ausgang hin, der jeden Theil und jede Partei in Deutschland unbehaglich und unzufrieden zurücklassen wird. Nur Diejenigen haben die Chancen, die die revolutionäre Politik mit so viel Ueberblick und Resignation betreiben, daß sie sich selbst mit der österreichischen Reaktion befreunden, daß sie ihr methodisch gar die Hand reichen, in der Ueberzeugung, daß nach der Sündfluth sie kommen. Darin ist, eine teuflische zwar, aber es ist darin Richtigkeit und Folgerichtigkeit. Wenn man nun dieser Partei gewonnen Spiel geben will, so lasse man nur Alles so gehen, wie man es bisher getrieben hat. Wenn man das aber nicht will, so muß man sich ermannen, die schmählichen Staatsstreiche dieser Verneinenden mit einem kühnen und schaffenden Staatsstreiche zu paralysiren, wenn ich diesen Ausdruck für die Beseitigung der österreichischen Stimmen gebrauchen darf, die im gesunden Menschenverstande wie in der Gerechtigkeit gleich begründet ist. Wünschenswerth aber bleibt es in einer so großen und wichtigen Sache allerdings, daß das deutsche Volk sich erhebe, um der Nationalversammlung für eine solche Maßregel den Rücken zu decken. Erheben Sie, erheben alle vaterländischen Blätter den Aufruf an die Vereine, die Stände, die Regierungen, die es wohl mit sich und mit unserer Zukunft meinen, daß sie einen allgemeinen Protest gegen alle Reichstagsbeschlüsse in Bezug auf die definitive zweite Lesung der Verfassung einlegen, wobei österreichische Stimmen mitgezählt sind.

Welche Mitte suchen sie?

E. M. A. Lachen sie jetzt? lächeln sie? hohnlächeln sie, die Neider und Feinde der deutschen Einheit und Macht? Ach! sie werden bald weinen, aber — verhehlen wir es uns nicht — wir, welche für unsern großen Namen Stärke und Ehre wollen, wir werden gelegentlich mitweinen müssen. Denn ich muß es zum dritten und vierten Mal sagen, wir stehen auf einer ungeheuren weltgeschichtlichen Scheidelinie, auf einem Uebergangspunkte. Verschmähen sie die gute Mitte, welche ihnen geboten ist, so wird es bald keine Mitte mehr geben, so wird endlich nur an den beiden äußersten Enden die Entscheidung liegen, entweder die weiße oder die rothe Entscheidung verwegensten Muthes und schlimmsten Kampfes. Vielleicht würden die Blutrothen dann zuerst siegen, um unter einem letzten fürchterlichen Zusammenkrachen der von ihnen zu einem schauerlichen Thurm des Verderbens aufgehäuften Trümmer selbst begraben zu werden.

Welche Mitte suchen sie? ich sage: welche unmögliche undeutscheste Mitte suchen sie? Keine andre als die der allerdicksten, allerschwersten Leiblichkeit, jener allerniederträchtigsten alten österreichisch-deutschen Schlafsucht, wozu die moskowitische Regimentsmusik, die wie alles Russische durch Prügel und Kantschu eingelernt wird, mit dem Eija! Lull! Lull! schlaf süß, du alte greise und kindische Germania! die Wiegenlieder spielen soll. Diese dicke Mitte suchen sie, hinter diese wollen sich auch einige deutsche Könige verkriechen, und meinen und bilden sich ein, daß die Blitze sie nicht treffen können, weil sie hinter und unter jener östlichen Nacht Rußlands und Oesterreichs verdunkelt und verborgen sitzen.

Nein wir, welche mitten in aller Tollheit, Wildheit und Verworrenheit des Tages doch ein Geistiges, Edles und Freies für unser Volk hoffen und erstreben — wir wollen etwas Anderes, wir wollen unter allen Donnerwettern und Blitzschlägen der Zeit bis in den Tod fortschreiten zu deutscher Freiheit und Ehre.

Hört es und erbebt! Wie das Kind nach der Mutterbrust schreit, so schreit das deutsche Volk, weil es endlich wieder nach Ruhm und Ehre durstig geworden, weil es mit Ehren in die Welt hinein und in die Weltweite hinaus will, nach Einheit und Macht, es schreit nach lebendiger Macht, nach geehrter und gefürchteter Macht; es will nicht länger wie ein todter Klotz im Sumpf der Schmach da liegen, worauf alle Frösche und Schlangen Europa's herumspringen und ihm Unehren machen können; es will der noch todtere dickere Klotz nicht werden, wozu die schlaue österreichische Politik, die es drei Jahrhunderte starr und lahm gemacht hat, es heute verwandeln möchte.

Täuschet euch nicht, ihr Könige Deutschlands! Wenn ihr diese Macht und Ehre, deren Nothwendigkeit gottlob alles Volk inne geworden ist, wieder zersplittert und verzettelt, wenn ihr in feigem, kleinlichem, habsüchtigem Sinn eure kurzen stümmeligen Tauenden an das lange dicke Seil Oesterreichs und Moskowiens hängt, wahrlich es wird dem Seile, mit welchem der alte Jupiter Himmel und Erde umschwingt, nicht gleich halten, sondern reißen und euch nebst euren Stümmeln in den Abgrund schleudern.

Ja, ihr Könige Deutschlands, es ist ein Tag des Gerichts — hütet euch. Die Namen derer, die ein tüchtiges festes deutsches Staatswerk hindern, werden in dem Buche des Lebens, weder Gottes noch des Vaterlandes, nicht eingeschrieben bleiben. Ich klopfe heut an eure Herzen, ihr Könige von Baiern, Sachsen und Hannover. Auch an eure Herzen möchte ich klopfen, ihr Gehülfen des deutschen Jammers, ihr hohepriesterlichen Ultramontanen, die ihr kein Vaterland haben und empfinden zu können scheint — schauet doch ein wenig hinaus, nicht blos über die kleinen Maulwurfshügel, die wir Alpenberge nennen, sondern über die ewigen Berge Gottes, hinter welchen er die unvergänglichen und untrüglichen Weissagungen der Geschichte aufgerichtet hat.

Was haben wir erlebt in diesen Tagen? welche Zeichen haben wir gesehen, fernleuchtende und ferntönende Zeichen für alles Volk in den weiten Gränzen, wo das Ja ertönt? Wo ist der tapfre Heinrich Gagern mit seinem würdigen Reichsministerium hingefahren? warum hat der treue männliche und kindliche Riesser mit allen herrlichsten heiligsten Stimmen des Gefühls und des Gedankens gleichsam todten und starren Steinen predigen gemußt? dieser Riesser, der Prophet unsers neuen Bundes, welchen ich, wenn ein großes Volk für seine Begründung und Gesetzgebung zu einem neuen Berg Sinai geführt werden müßte, zu einem neuen Moses machen möchte?

Ja, höre es, alles Volk! und hört es alle Könige, wenn ihr noch hören könnet! Wir stehen in dem vierten Aufzuge des großen europäischen und deutschen Helden- und Trauerspiels. Der erste Aufzug (ich meine unsern deutschen Aufzug) war in den Jahren 1813 und 1815, der zweite im Jahr 1830, der dritte im Jahr 1848 — und jetzt, jetzt schon im Jahr 1849 — so geschwinde rennt und fliegt die Zeit — spielen wir im vierten Aufzug. Wann wird der fünfte aufgezogen werden? Ich weiß es nicht genau, aber, wenn ihr nicht klug werden wollt, wird er nicht lange auf sich warten lassen.

Sie werden mir entgegenrufen: Was prophezeiest du, alter schneeweißer Rabe? Du trotziger alter Plebejer? Was wagst Du Königen und Fürsten mit dem fünften Aufzug zu drohen? Nein! nein! ich drohe nicht, ich weissage ganz still und ruhig: denn meine Füße stehen auf dem Grabe, und meine Augen werden hinter dem fünften Aufzug wenig Irdisches mehr sehen. Ich drohe mit keinen Zeichen, sondern der Alte der Tage, Gott, drohet mit den seinigen.

Deutschland.

= **Berlin**, 21. März. Allgemeine Bestürzung geht durch die Stadt ob der Frankfurter zweifachen Trauerkunde: gestern die Botschaft von der Nichtannahme des Welcker'schen Antrages, heute die viel deutlicher noch redende von dem Rücktritte des gesammten Reichsministeriums, morgen vielleicht als Schluß des Drama's Abdankung des Reichsverwesers. Der Däne jubelt und mit ihm der Russe; hochherziger schaut der Brite stumm darein, seines eigenen Vortheils (?) zwar sich freuend, doch nicht ohne Theilnahme für Deutschlands Mißgeschick. Den Eindruck, den die Kunde von dort hier hervorgebracht, Ihnen zu schildern, möchte schwer halten; ein dumpfer Druck hat sich Aller bemächtigt, der Blick in die Zukunft ist uns dunkel geworden. Mit Deutschland war es vorläufig nur ein Traum, Gott sei mit Preußen: von diesem Gedanken bewegt schließt sich Jeder mit doppelter Innigkeit an das engere Vaterland, da das größere dessen eigene Söhne vernichtet haben. Macht auch häufig der Ingrimm sich laut gegen diese Mißrathenen und Irregeleiteten, so ist häufiger noch jenes Gefühl: Verzeihet ihnen, denn sie wußten nicht, was sie thaten. Einstimmig ist unsere Presse in Anerkennung jener Männer, die unter Gagern, dem besten Manne im deutschen Lande, des Reiches Zügel in Händen hatten. Und eine seltsame Erscheinung ist jenes hier ganz allgemein verbreitete und doch auf Nichts als auf Wünschen beruhende Gerücht, Gagern sei als Minister-Präsident hieher berufen. Ja sogar die Neue Preußische Zeitung fagt und ehrt sich dadurch: „mit wehmüthigen Bedauern berichten wir den Rücktritt Gagern's," den sie früher oft heftig angegriffen hat.

Gegen die Preußen, die gegen Deutschland votirten, gibt weniger Unwille als Mitleid sich kund. Aber Entrüstung erfaßt Alle, welche die heutige Neue Preußische Zeitung zur Hand nehmen und darin lesen, daß Temme aus Frankfurt hierher geschrieben: „Der deutsche Kaiser ist durchgefallen, hier sehen die Leute endlich ein, daß von Preußens Regierung nichts zu erwarten ist — es hat mir jedoch viele Arbeit gemacht, Manchen zu überzeugen, welch Unglück es wäre, wenn Friedrich Wilhelm deutscher Kaiser wird. Ich bleibe noch acht Tage hier — bis dahin sucht bei Euch die Knute los zu werden; wir thun hier unser Mögliches." Hoffentlich ist diese Nachricht der Neuen Preußischen Zeitung nicht zuverlässiger wie manche andere dieses Blattes. Der Fortbestand des jetzigen Ministeriums trägt leider nicht wenig dazu bei, um den Widerwillen der Linken gegen das verhaßte Ministerium zu einem Hasse gegen die preußische Regierung überhaupt zu steigern.

Von unseren unerquicklichen Debatten in zweiter Kammer mögen Sie von Anderen sich berichten lassen. Wie mag Vincke sich oft aus dieser dumpfen Atmosphäre in die Paulskirche gesehnt haben, um als geharnischter Streiter den Erbkaiserlichen voran zu siegen oder zu fallen. Das sehr kurze Programm, auf Grund dessen die Rechte sich geeinigt, haben auch Sie seiner Zeit mitgetheilt. Ein weiter ausgeführteres ist nicht aufgestellt worden. Ich bin aber im Stande, Ihnen mit ein Paar Strichen die Bahn, auf welcher die Majorität sich während dieser Session bewegen wird, zu zeichnen: Anerkenntniß der Verfassung vom 5. Dezember v. J. als zu Recht bestehendes Staatsgrundgesetz — Abänderung derselben nur im Wege des §. 112 zulässig, d. h. durch den übereinstimmenden Willen der Krone und beider Kammern — Aufrechthaltung des absoluten Veto als Grundbedingung der Monarchie — Belassung der Steuerbewilligung in den Händen beider Kammern, da beide Kammern aus der Volksmacht hervorgegangen — Aufrechthaltung des der Regierung vorbehaltenen Rechtes, unter Vorbehalt der Genehmigung beider Kammern vorläufige Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen und im Falle des Kriegs und Aufruhrs die garantirten Freiheiten zu suspendiren — Nichtannahme des Grundsatzes, daß dem Arbeiter ein Recht auf Arbeit zustehe — Festhalten an dem Rechtsgrundsatze, daß wo das allgemeine Interesse die Aufhebung wohlerworbener Privatrechte erheischt, dies nur gegen Entschädigung des Berechtigten geschehe u. s. w.

Ueber Aller Erwartungen günstig stellt sich die erste Kammer in der öffentlichen Meinung: Niemand hatte geahnt, daß sie so lebensfähig, so bildungsfähig sich erweisen würde. Die entschiedensten Gegensätze kommen dort mit ebenso großem Freimuthe als gediegener Tüchtigkeit zur Sprache und die Verhandlungen halten sich stets in den Grenzen edlen Anstandes. Heute ließ Graf Dyhrn seiner Interpellation eine glänzende Rede folgen, die am Schlusse ein allgemeines Bravo erndtete. Schade nur, daß so Manche der besten Söhne Preußens in dieser Versammlung fehlen, so, um nur Einen zu nennen, der Freiherr v. Arnim, den wir vorzugsweise vermissen.

Sie werden versucht sein, zu glauben, daß nach dem Falle des Welcker'schen Antrags wir vielleicht minder deutsch gesinnt sind, wie zuvor und schon bereit, selbstgenug in uns abzuschließen. Doch dem ist, Gottlob, nicht so. Zwar bewegt Viele die Frage, ob der Zeitpunkt schon gekommen sei, wo ein Aufgehen Preußens in Deutschland aufzugeben, und nur noch Rettung zu suchen in dem Aufgehen Deutschlands in Preußen, da die dortige Nationalversammlung es nicht anders gewollt zu haben scheint. Die neuliche Schlußprophezeiung Ihres Leitartikels ist leider wahr geworden, daß von der Annahme des Welcker'schen Antrags zwar nicht die Rettung Deutschlands, wohl aber jene des deutschen Parlaments abhänge. Denn das fühlt man hier, und wohl richtiger als dort, wo man gleich dem Kaufmanne, welcher dem Bankerotte nahe, dennoch immer neuer Hoffnung sich hingibt, vielleicht Illusionen sich machen wird, daß wir Preußen nur noch im engeren Vaterlande für Deutschland zu wirken vermögen. Und wenn nicht Alles trügt, geht in der Stille hier Großes vor: vielleicht daß das Gerücht der Berufung Gagerns nur ein Vorbote des Kommenden ist. Wie aber auch Frankfurt enden mag, verlieren Sie dort den Muth nicht: Preußen, der mächtigste Sohn der deutschen Mutter wird seine Aufgabe nicht verkennen, wenn sie ihm auch nicht von Frankfurt her gebracht wird. Und so will ich damit schließen, Ihnen die Worte mitzutheilen, die Graf Schwerin vor der Wahlversammlung in Anclam gesprochen hat. Er äußerte sich in Betreff der deutschen Frage also: „Ich denke, Sie sind mit mir einverstanden darin, daß zu den besten Errungenschaften des vorigen

Jahres der in dem deutschen Vaterlande erwachte Drang zu zählen ist, statt des bisherigen losen Verbandes der verschiedenen Länder untereinander ein anderes treten zu lassen, das unter starker einheitlicher Leitung demselben Macht und Ansehen nach Außen giebt. Sie wissen, daß die aus den Vertretern des gesammten deutschen Volkes bestehende Nationalversammlung in Frankfurt berufen ist, diesem Drange durch eine deutsche Verfassung Form und Gestalt zu geben, und ich kann Sie versichern, meine Herren, daß in den weitesten Kreisen des deutschen Vaterlandes unter den Abgeordneten aller deutschen Stämme das Bewußtsein sich immer mehr Geltung verschafft, daß Preußen es sei, das zum Hauptträger der Deutschen Macht und Einheit von der Geschichte berufen, weil es der an äußerer Macht und innerer Lebensfähigkeit bevorzugteste rein deutsche Staat. Ich lebe der Ueberzeugung, daß Preußen und sein König sich Deutschland nicht entziehen werden und nicht entziehen dürfen; auch dann nicht, wenn es Opfer kostet. Die Geschichte hat Preußen den Beruf angewiesen, Deutschland voranzugehen, in allem was edel, was groß und gut ist; es wird auch jetzt nicht die Aufgabe verkennen können, der Hort und Wächter deutscher Freiheit zu sein. Mögen dann die Stürme heranbrausen von Osten oder von Westen, oder mag der wilde Gährungsstoff im eigenen Schooße die gesellschaftliche Ordnung zu untergraben trachten, Deutschland wird die Kraft haben, diesen Gefahren die Stirne zu bieten". So sprach der „specifisch preußische" Graf im Kreise seiner pommer'schen Landsleute.

◊ **Königsberg**, 19. März. Das durch Indiskretion der Stettiner Regierung veröffentlichte Ministerialreskript, in welchem die Regierungen angewiesen werden, jede öffentliche Feier des 18. März so viel als möglich zu hintertreiben, hat bei unsern Behörden einen ergiebigen Boden gefunden. Unter dem Vorgeben „der Preußenverein könne sich zu Gegendemonstrationen hinreißen lassen und somit die Ruhe und Ordnung der Stadt gefährden" hat die Regierung im Einklange mit dem Polizei-Präsidium den Festzug sowohl wie die Volksversammlung verboten. Die Feier des Tages beschränkte sich demgemäß auf Bankets, die von der Bürgerwehr und dem Arbeiterverein veranstaltet wurden. War die Feier gleich keine rauschende, da sogar die Militärmusiken den Befehl hatten, auf keinem der Bankets zu musiziren, so war sie eine desto mehr aufgeregte. Im Theater wurde unter stürmischem Zurufe die Marseillaise verlangt und vom Orchester ausgeführt. In unserer Nachbarstadt Tilsit hatten sich die städtischen Behörden an die Spitze der Feierlichkeiten gestellt, und ein feierliches Glockengeläute von sämmtlichen Thürmen der Stadt, so wie eine Kirchenparade der Bürgerwehr und des Schützenkorps angeordnet.

-:- **Stuttgart**, 23 März. Restverwaltung, Grundstocksverwaltung, in Summa Finanzverwaltung — ich will Sie in die Spezialia derselben, in welche die Kammer sich abermals vertieft hat, nicht einweihen: es ist eine Reihe kleiner Miseren, die außerhalb des Landes wenig Interesse in Anspruch nehmen, aber von der Kammer mit einer furchtbaren Gründlichkeit verhandelt werden, wie denn beispielsweise heute erst nach einer sehr langen und heißen Debatte der Verkauf der Kaserne am Tübinger Thor in Stuttgart und der Reiterkaserne in Eßlingen beschlossen wurde. Ich fahre fort, Einzelnes aus den umfangreichen Verhandlungen für Sie herauszuheben. Die Finanzkommission, die heute die Kammer wieder mit einer wahren Sündfluth von Anträgen überschwemmte, hatte unter andern auch einen großen Lärm erhoben über eine Summe von 60,000 Gulden, welche das Finanzministerium vor 2 Jahren der Friedrichshafener Dampfschifffahrtsgesellschaft aus Grundstocksmitteln vorgeschossen, und theils wegen des zu niedrigen Zinsfußes, theils wegen der Unsicherheit des Kapitals die Kündigung desselben beantragt, ja, es war sogar die Rede davon, eintretenden Falles den Regreß gegen den betreffenden Finanzminister zu nehmen, der allerdings formell gesündigt hat, weil er die vorgeschossenen Summen, statt der Restverwaltung, dem Grundstock entnommen. Die Kammer würdigte indeß die Rücksicht, daß die Rückzahlung jenes Anlehens die Dampfschifffahrtsgesellschaft ruiniren würde und daß gleichwohl die Erhaltung der Dampfschifffahrt auf dem Bodensee, welche den Verkehr einerseits zwischen Frankfurt und Mailand und andererseits zwischen Leipzig und Zürich vermittele, im Interesse des Speditionshandels in Friedrichshafen sowohl als der Rentabilität der Südbahn nicht eingehen dürfe, und verwarf den Antrag. Sie beschloß indeß ein Gesuch an die Regierung, dieselbe möge in Erwägung ziehen, ob es nicht zweckmäßig sei, die Dampfschifffahrt in Administration des Staates zu nehmen und mit der Verwaltung der Eisenbahnen in Verbindung zu setzen. Ein fernerer Antrag der Kommission, daß der Staat keine standesherrlichen und ritterschaftlichen Besitzungen mehr erwerben dürfe, nachdem die neue Ordnung der Dinge die Gründe, welche früher solche Erwerbungen rathsam gemacht, beseitigt, fiel auf die Bemerkung vom Ministertische aus, daß das eine ungehörige und nachtheilige Beschränkung des Verwaltungsrechts des Staates sein würde. Dagegen wurden zwei andere Anträge, alle unproduktiven Staatsgebäude und gewerblichen Anstalten, und ebenso alle weniger als 3½ pCt. rentirenden Staatsdomainen zu veräußern, zum Beschluß erhoben. Ob die Motive des letztern Antrags, daß eine solche Veräußerung sparsamen armen Leuten und ganzen Gemeinden auch im Vaterlande noch die Möglichkeit gebe, Eigenthum zu erlangen, stichhaltig sind, darf billig bezweifelt werden. Eine etwas skandalöse Geschichte, wo, nachdem für die Kronausstattung und speziell für die Erbauung des Palais des Kronprinzen 400,000 fl. verwilligt waren, das Finanzministerium noch außerdem 12,000 fl. verwendet hatte, um einen der Kronausstattung zugehörig gewesenen Theil des Bauplatzes zu kaufen, wo also die Kronausstattung Pretium und Sache zugleich empfangen hatte, wurde schließlich zur Begutachtung an die staatsrechtliche Kommission verwiesen.

⁐ **Rastatt**, 24. März. Die Nachricht, daß der Welcker'sche Antrag in Frankfurt nicht angenommen worden sei, hat bei uns im Hinblick auf die möglichen Folgen dieses Resultates, einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Wenn es nicht zu läugnen ist, daß in Süddeutschland bei den gewerbetreibenden Bürgern, theils als Laien in der Politik, theils in Folge alter Erinnerungen an Oesterreich, namentlich in katholischen Städten das preußische Erbkaiserthum noch manche Gegner findet, wenn es aus der Kraft, die dieses Erbkaiserthum entwickeln könnte, leicht erklärlich ist, daß die sogenannten Volksvereine sich dagegen auflehnen, so hat doch das Verfahren der österreichischen Regierung in der Oktroyirung und ihre Stellung zu Deutschland, dem sie sogar das Volkshaus vorenthalten will, nunmehr wieder Viele von der Nothwendigkeit überzeugt, auf Oesterreichs Theilnahme am deutschen Reiche zu verzichten.

Ohne Ausnahme aber kann man wohl sagen, sprechen sich alle Diejenigen, welche einen tiefern Blick in die Verhältnisse Deutschlands thun, und welche von persönlichen und Standesrücksichten frei, nur auf das Wohl des Vaterlandes bedacht sind, für das preußische Erbkaiserthum aus, weil sie einsehen, daß Preußen allein die Macht, den Willen und das Interesse hat, Deutschland zu schützen und emporzuheben. Insbesondere bemerkten wir unter den zahlreich hier garnisonirenden badischen Offizieren eine allgemeine Entrüstung über das Schicksal des Welcker'schen Antrages, und wir hatten vielfach Gelegenheit uns zu überzeugen, daß in unserm Militärstande, bei aller Anhänglichkeit und Verehrung für unsern Landesfürsten, große Sympathieen für einen deutschen Kaiser aus dem Hause Hohenzollern bestehen. Wir erkennen hierin den Grad politischer Bildung und Ueberzeugung, der im Allgemeinen dem badischen Offizierkorps zugestanden werden muß, und es könnte, falls jener Antrag von Welcker angenommen worden wäre, oder noch angenommen würde, zur Beruhigung dienen, daß diejenigen, welche zunächst bestimmt sind gegen den äußern Feind des Vaterlandes zu kämpfen, auch gegen dessen innern Feind, gegen die Gegner des preußischen Kaiserthums kräftig und entschieden auftreten würden. — Schließlich glauben wir die traurige Bemerkung aussprechen zu müssen, daß das Vertrauen zur National-Versammlung bei uns sehr gesunken ist, da nun auch noch das Ministerium Gagern, das Einzige, das die Achtung und Beistimmung aller Regierungen und des ganzen Volks auf die Dauer besitzen würde, zurücktrat. — Ob ein anderes Reichsministerium bei den verschiedenen Regierungen Deutschlands Anklang, bei dem Volke so ungetheiltes Vertrauen erlangen kann, möchten wir sehr bezweifeln, wie überhaupt die Hoffnungen, die früher auf dies Parlament gesetzt wurden, nach und nach im Volke zu schwinden scheinen.

Frankreich.

÷† **Paris**, 22. März. Im heutigen „National" findet man wieder eine jener Korrespondenzen von Konstantinopel, welche aus der Feder eines Diplomaten interessante Aufschlüsse über die Umtriebe des russischen und österreichischen Gesandten in Konstantinopel geben. Wir waren seit lange gewohnt, Klagen über die

Rücksichtslosigkeit des österreichischen Gesandten im Orient gegenüber deutscher Interessen zu vernehmen, ohne Herrn Stürmer etwas Anderes vorzuwerfen, als der gehorsame Diener seines Herrn Metternich gewesen zu sein. Unser Erstaunen erregte es aber, daß das demokratische Ministerium Wessenberg-Doblhof *) nach dem Sturze Metternichs keinen der diplomatischen Agenten aus dem Auslande — wozu wir damals Deutschland nicht zählen mußten — zurückberief. Nur der Gesandte in London hatte so viel männliches Ehrgefühl, von seiner demoralisirten Stellung zurückzutreten und aus eigenem Antrieb abzudanken. Das italienische Volk schickte dem österreichischen Autokraten seinen würdigen Vertreter nach Haus; die französische Republik afficirte die feinen Nerven des Herrn Appony, er erholte sich nachher in der stärkenden Luft der Innsbrucker Kamarilla. Im fernsten Osten und Westen aber blieben die alten Satelliten ohne Störung. In Washington wühlte Hr. Hülsemann — einst der Agent Metternichs im Lager von Don Carlos und nach dessen Vertreibung österreichischer chargé d'affaires in den vereinigten Staaten — gegen die deutsche Erhebung. Er verdächtigte sie allenthalben und hatte leider freies Spiel, da von Preußen der deutschgesinnte Baron Gerolt abberufen war. Am gesunden Sinn der Amerikaner scheiterten die Machinationen jenes nur in der Intrigue fähigen Geschäftsträgers. Wenn übrigens die politische Aufführung des Hrn. Hülsemann talent- und charakterlos (Hr. Hülsemann ist ein Holsteiner von Geburt) erscheint, so verdienen seine kommerziellen Fähigkeiten dennoch Erwähnung, welche er mit Vorliebe zur Vergrößerung seines Vermögens praktisch übt, vielleicht nur deßhalb um nach seiner Absetzung bei größerer Muße ein Werk über Stockjobberei der dankbaren Nachwelt zu hinterlassen. Der Diplomat im Osten ist nicht weniger thätig. Die Verbindung Oesterreichs mit Rußland ist durch Hrn. Stürmer in Konstantinopel eingeleitet worden. Er veranlaßte es auch, daß Abbas Pascha beim Divan die Erlaubniß nachsuchte, die egyptische Flotte an Oesterreich verkaufen zu dürfen, indem Egypten damit die Mittel erreiche den fälligen Tribut an die Pforte zu zahlen. Die türkische Regierung verweigerte jedoch die Erlaubniß. Herr Stürmer versuchte auch (im Interesse Rußlands) die türkische Flotte von den Dardanellen zu entfernen, indem er dem Divan vorstellte, daß bei der revolutionären Gesinnung der Dalmaten (das einzige Volk, welches in Oesterreich müssig blieb) die bosnischen und albanischen Provinzen der Türkei leicht zur Empörung entzündet werden könnten. Redschid-Pascha war ihm aber auch hier im Wege. Er soll deshalb durch den Kriegsminister Riza-Pascha gestürzt werden. Obschon Riza-Pascha mit Herrn Titow nicht im besten Einvernehmen steht, so wird er doch benutzt, um nachher auch zu fallen. Besonders hofft man den englischen Einfluß mit der Beförderung des Riza-Pascha zum Konseilpräsidenten zu schwächen, da Herr Canning mit Riza-Pascha zerfallen ist. Egypten mit der Pforte zu befehden, das Einverständniß der Pforte mit England und Frankreich zu stören, wird als Doppelzweck von den beiden alliirten Gesandten der Autokraten des Ostens und Nordens versucht. Daß es nicht gelinge, müssen Frankreich und England erreichen. Rußland wirkt in Bosnien und Serbien durch Emissäre, es möchte alle Slavenstämme revolutioniren und Konstantinopel als Residenz des Czaar erobern. Den ersten Schlag wird aber die Türkei kräftig zurückgeben, und die slavische Propaganda dürfte für das Haus Lothringen und Romanow ganz andere Resultate hervorbringen, als diese erwarten.

†† **Paris**, 23. März. Das Ministerium mit dem Präsidenten gleicht einem Quacksalber, der von seinem Vater ein reagens überkommen hat und mit diesem Lungensucht und Typhus, Migräne oder Cholera kurirt. Die krankhafte Spannung geht einer Krise entgegen, wo das Reagens nicht mehr ausreicht. Wir fürchten die Therapie wird zu einem Aderlaß dann die Zuflucht nehmen, wenn der Kranke nicht schon früher dem Arzt seinen Unwillen geopfert hat. Das Klubgesetz wurde beantragt um den Ministern in den bevorstehenden Wahlen die überwiegende Mehrheit der nächsten Kammer zu verschaffen. Man kann in der Unterdrückung des Associationsrechtes — und wer kann leugnen daß dies mit diesem Gesetze geschieht — nicht den moralischen Halt einer patriotischen Ueberzeugung finden; es ist ein Wahlmanoeuvre, und weil von der Regierungsgewalt ausgehend der Opposition doppelt gehässig. In den Salons flüsterten sich die Vertrauten seit einigen Tagen zu, der Präsident Bonaparte habe seine politische Ueberzeugung um anderthalb Millionen Franken verkauft. Die Thiers- oder Bourgeoisie-Partei habe ihm das Geld aus der Bank vorgestreckt unter der Bedingung daß er das jetzige Ministerium behalte, dessen Entlassung von ihm beschlossen war. Keine Widerlegung erfolgte auf diese Erzählung, welche fünf Journale nach einander brachten. Der Ehrenstreit zwischen Peter Bonaparte und Thomas dem ehemaligen Chef-Redakteur des National ist noch nicht geschlichtet. Herr Thomas nannte in dem Saal des pas perdus die Hinrichtung des Dair und Lahr ein assasinat, tadelte den Präsidenten mit den heftigsten Ausdrücken und durch die Vertheidigung hitziger gemacht, welche Peter Bonaparte für seinen Vater Louis Napoleon übernahm, sagte er zuletzt, der Präsident selbst sei der assasin der Hingerichteten, weil er sie nicht amnestirte. Als es später zur Erklärung kam, verweigerte Thomas dem Peter Bonaparte ein duel par procuration, denn er wolle dem Beschimpften Satisfaktion geben, aber keiner Mittelperson die Uebernahme der Ehrenpflichten Dritter gestatten. Im quartier latin der Studentenwohnung überfiel die Polizei vorgestern die Lokalitäten, wo das Studentenkomite gewöhnlich tagt. Es bestehen zwei solche Komites oder Klubs unter den Studenten. Vorsichtigerweise waren die Sitzungen in andere Häuser verlegt worden, die Polizei zog mit langer Nase ab. Die Studenten machen sozialistische Propaganda bei der Garnison, was ihnen um so leichter wird, da viele Kollegen durch die letzte Loosung Soldaten werden mußten. Es sollen sich über 15000 Sozialisten unter der Besatzung von Paris befinden. Proudhon gibt täglich Gratisjournale seines „Peuple" an die Kasernen ab, welche dort eingeschmuggelt werden müssen, wodurch der Reiz erhöht ist, socialer Soldat zu werden! Heute sind 220 Exemplare in die Kasernen geschickt worden. Die Auslagen für diese Preßprogaganda deckt eine Subskription, deren Ertrag seit vier Tagen 398 Fr. 35 Sous ausmacht. Von nun an erhalten auch die instituteurs ruraux 200 Gratisjournale um auf dem Lande Propalisten für Sozialismus zu machen. Drei Tage hinterher konfiszirte die Regierung den „Peuple." Gestern Abend drangen drei Polizeikommissäre in die Wohnung des Sekretär vom „Peuple" ein und untersuchten, nachdem die Schränke gewaltsam geöffnet worden, alle Briefe und Schriften. Als Herr Darimon — der Sekretär — nach Hause kam, und gegen diesen unverantwortlichen Gewaltakt protestirte, zeigten die Polizisten ihr Mandat vor, alle Exemplare des Prologue d'une Revolution, vom Mitarbeiter des „Peuple" Louis Menard geschrieben, zu konfisziren. Sie verweigerten in den Verbalprozeß die Protestation des Hrn. Darimon aufzunehmen, welche heute der „Peuple" im Namen des Vaterlandes, der persönlichen und Preßfreiheit enthält. Die heutige Nummer des „Peuple" zeigt an, daß obgleich die gestrige konfiszirt wurde, dennoch 45,000 Exemplare als Zündhölzchenhülsen, Blumenbouquetdütten u. s. w. verkauft wurden. Seit drei Tagen ist der Journalverkauf auf der Gasse und an den Straßenecken durch eine Ministerordonnanz untersagt, mit dem lächerlichen Vorwand, die Kommunikation sei durch die Journalhöker gehindert worden. Proudhon ist in vier Preßprozesse schon verwickelt und hat seit vorgestern noch drei zu gewärtigen. Als der erste Paragraph des Klubgesetzes angenommen war, erließ er im „Peuple" einen Aufruf zur Konstituirung eines Klubs, in welchem die Mittel zu legalem Widerstande als: „Steuer- und Rekrutenverweigerung, Nichtanerkennung der Regierung" zu berathen wären. Wer die Franzosen auch nur von Weitem kennt, weiß, daß sie das Volk sind, welches am allerwenigsten zu legalem Widerstand gemacht ist. Auch weiß Herr Proudhon das sehr wohl und verachtet das verbrauchte O'Conell- und Berliner-Agitationsprinzip, doch als Mittel zur Organisation der Revolutionsarmee faßt er es begierig auf, und die Regierung ist einfältig genug, ihrem einzigen großen Feinde die Karten zu mischen. Jules Favre traf den Nagel auf den Kopf, als er in seiner letzten ausgezeichneten Rede über die Klubs der Regierung rieth, statt die Klubs zu unterdrücken, zwölf öffentliche politische Stühle in die verschiedenen Arrondissements zu instituiren, das heißt selbst Klubs zu gründen. Wir theilen auch die Ansicht des Herrn Favre; die Regierung jedes freien Staates muß mit ihrer Presse und ihren Klubs die Opposition bekämpfen.

*) In allen ministeriellen Proklamationen bis zum Monat September wurde das österreichische Kaiserreich eine demokratische Monarchie genannt.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2⅙ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 87. Frankfurt a. M., Mittwoch 28. März. 1849.

Die „Deutsche Zeitung", unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernst Moritz Arndt, Häusser, Wilhelm Beseler, Droysen, Paul Pfizer u. s. w., redigirt von Heinrich Kruse erscheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erste Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in übersichtlicher Darstellung. Die zweite Beilage ist vorzugsweise der Besprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Bestellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichst frühzeitig erbeten.

Uebersicht.

27. März.

Das deutsche Volk hat heute durch seine Vertreter in Frankfurt beschlossen, sich wieder einen Kaiser zu wählen. Von den Alpen bis zur äußersten Grenze des deutschen Reiches — denn Gott sei Dank, wir haben wieder ein Reich! wir sind nicht mehr das einzige Volk Europas, das kein Vaterland hat! — ja bis dahin, wo am Belt die Möve zieht, vom Rebenthal der Mosel bis zum öden Haff, wo unsere Grenze auch die Grenze der gesitteten Völker bildet, wird kaum ein Herz so fühllos sein, das diese Kunde nicht erschütterte, nur wenige, die sie nicht mit Hoffnungen einer besseren Zukunft erfüllte. Denn was hat es zu bedeuten, daß das große und gebildetste Volk des mächtigsten Erdtheils sich wieder ein einiges, erbliches Oberhaupt erwählt? Nicht, wie Manche sagen und sich doch kaum selbst einzubilden vermögen, um einen neuen Herrn zu haben und ihm zu dienen, weil das Geschlecht nicht sein eigener Herr zu sein wisse, sondern an Knechtschaft und an Fürsten gewöhnt sei. Nicht darum, nicht aus mittelalterlichen Träumereien, nicht um eine neue Figur mit Krone, Scepter und Purpurmantel auszustatten, wollen wir uns einen Kaiser erwählen. Sie haben ganz Recht, dergleichen Dinge sind veraltet und der Kaisertitel selbst war schon im Mittelalter nur eine Erinnerung. Der mächtigste Fürst des Mittelalters erhielt ihn zur Erinnerung an die mächtigen Cäsaren, welche im Alterthume über den gesitteten Erdkreis herrschten. In unseren Zeiten sind nicht bloß Krone und Scepter, sondern die Fürsten selbst, welche sie tragen, nur ein Symbol der Macht des Volkes. Sie selbst üben keine Macht über das Volk aus; das Volk ist frei und wird nach seinen eigenen Gesetzen regiert, die Fürsten stellen die Macht des Volkes dar, welche sich in ihnen gleichsam vereinigt. Nur das deutsche Volk allein war bisher unter den größeren Völkern Europa's ohne einen Fürsten und Vertreter. Denn es war uneinig und zerrissen, es war keine Nation. Deßhalb haben sich die Deutschen wohl in vielen löblichen Dingen, in Betriebsamkeit, Gelehrsamkeit und in Künsten hervorgethan, aber als Nation galten sie nichts; man mußte sich in der Fremde schämen, ein Deutscher zu sein. Wir waren ein Spott der Völker, wir hatten keine Einheit und keine Macht, draußen waren wir hülflos, und daheim waren wir zu schwach, um die Willkürherrschaft unserer kleinen Fürsten und ihrer Beamten von uns abzuschütteln. Wir waren, wie die Franzosen witzelten, geborne Unterthanen; Deutschland war das politische Arkadien, und wir Deutschen in unserer Gutmüthigkeit glichen mehr den Schafen als den Hirten.

Als wir nun diese Schmach von uns warfen, als wir im vorigen Jahre alle unsere uralten Freiheiten zurückforderten und erhielten, weil wir sie uns nöthigenfalls genommen haben würden, als die Vertreter des ganzen deutschen Volkes hier zusammenkamen, da galt es einestheils die bereits gewonnenen Freiheiten festzustellen, anderntheils, damit sie nicht, wie ehedem, hier und dort und allmählig überall wieder geschmälert und unterdrückt werden könnten, und daß wir nach Innen und nach Außen mächtig wären, das Reich und die Einheit herzustellen. Unermeßlich waren die Schwierigkeiten; die Zersplitterung Deutschlands stellte sich in der Paulskirche im Kleinen dar und selbst der nothwendigste Schritt, welchen die Nation zu ihrem Ziele thun mußte, Einen Fürsten zu erwählen, damit die Einheit und Macht des Volkes sich in ihm darstellen, ist nach unendlichen Kämpfen erst heute entschieden worden.

Es ist uns schwer gemacht, dieser Sieg, und wir wollen nicht darüber triumphiren. Wir sind zu erschüttert von Allem, was in diesen letzten Tagen vor unsern Augen geschehen ist. Alle Mittel sind gegen uns aufgeboten und nicht alle können wir billigen. Es hat etwas, das durch Mark und Bein geht, wenn ein Mann aufsteht und seine Lippen sagen Ja! wenn Jeder in der Versammlung weiß, daß sein Herz Nein! denkt. Begraben wir alle diese Erinnerungen, Alles, das ganze Schauspiel, welches die entfesselten politischen Leidenschaften uns in diesen Tagen darbote. Mag Jeder, wie er gestimmt hat, vor sich selbst verantworten. Wir sind nicht seine Richter. Wir wollen nicht triumphiren über unseren Sieg, er ist durch schwere Opfer erkauft und er ist über Brüder erfochten. Im Gegentheil, wir wollen alles aufbieten, um sie zu versöhnen. Wenn die Uebereinstimmung im deutschen Volke nicht größer ist, als innerhalb der Paulskirche, so stehen wir erst im Anfange der Schwierigkeiten. Aber freuen wollen wir uns über unsern Sieg; denn wir kennen dessen Bedeutung.

Morgen soll der Verfassungsausschuß berichten über die Weise, auf welche Weise die deutsche Verfassung, wie sie von der Reichsversammlung berathen ist, veröffentlicht werden soll. Diese Verfassung würde aber nimmer ins Leben

treten können, wenn nicht gleichzeitig ein Kaiser erwählt wird. Wenn die Pläne, welche mit übermüthigem Hohne das Kabinett von Ollmütz in vorschwebenden Umrissen, in ungewissen Andeutungen dem deutschen Volke, desto deutlicher aber denjenigen deutschen Fürsten gezeigt hat, unter dessen Mithülfe es die deutsche Volksfreiheit wieder niederzuwerfen hofft — wenn diese Pläne zur Ausführung kämen, wenn ein ohnmächtiger Fürstenrath wieder an Deutschlands Spitze träte, dann müßte die ganze deutsche Verfassung, wie sie jetzt berathen ist, wieder über den Haufen geworfen werden. Jetzt wird diese Verfassung durch die Wahl eines Kaisers geschirmt und gesichert. Denn wer könnte der Kaiser anders sein, als der mächtigste deutsche Fürst? Er hat schon vor Monaten sein Wort gegeben, er wolle seine Hand reichen zur Bildung des Bundesstaates und er kann sie jetzt nicht zurückziehen. Sein eigenes Volk würde ihn bei seinem Worte festhalten. Denn die Zahl derer, welche Preußens Geschicke von denen Deutschlands trennen möchten, ist gering. Das Volk, das Heer, die Kammern wollen nicht länger blos preußisch' sie wollen deutsch sein. Die Reichsverfassung wird Kraft und Gültigkeit erlangen, und ungewiß bleibt nur, ob außer Oesterreich, das sich bereits selbst ausgeschlossen hat, sich noch andere Staaten Deutschlands sich von dem gemeinsamen Bundesstaate ausschließen werden. Wir glauben, daß sie das auf die Dauer nicht wollen und nicht können werden. Denn, wie in unserm Blatt am ersten Tage des Jahres gesagt ward, wenn die deutsche Reichsversammlung Deutschlands erbliche Kaiserkrone gründet, so darf sie getrost ihren Fürsten gegenübertreten und sagen: „Wir haben uns selber überwunden, indem wir, durch ein Jahrtausend belehrt, unsere Stammeseifersucht, unsern kirchlichen Hader, unser ganzes kleinliches Sinnen und Spinnen der Einheit des Vaterlandes zum Opfer brachten. Wir haben erfüllt, was wir dem Volke verheißen; thut Ihr desgleichen!"

Auf dem klassischen Boden Napoleonischer Siege stehen sich jetzt die Piemontesen und Oesterreicher gegenüber, und jede Stunde kann die Nachricht von der ersten Schlacht bringen, die aller Wahrscheinlichkeit nach für den ganzen Feldzug entscheidend ist.

Das piemontesische Heer besteht im Ganzen aus etwa 120,000 Mann; doch rechnet man nur 80,000 als wirklich kampffähig. Es ist in Divisionen von 7000 bis 10,000 Mann getheilt, die in der Regel zwei Brigaden Infanterie, zwei Batterien Artillerie, ein Regiment Kavallerie, eine Kompagnie Tirailleurs, eine Kompagnie vom Genie, und eine Peloton Guiden umfassen. Das Geniekorps ist im Ganzen 2300 Mann stark, die Kavallerie 6 bis 7000 Mann, die Artillerie 21 Batterien oder 168 Stück. Die Artillerie gehört zu der besten in Europa, die Kavallerie ist ebenfalls sehr tüchtig, namentlich vortrefflich equipirt. Das Oberkommando hat der General Chrzanowski; Karl Albert selbst will unter seinem Befehl eine Division führen. Von den übrigen Divisionsgenerälen ist nur der Prinz von Savoyen, Sohn des Königs, und der General Durando bekannt, welcher letztere im vorigen Jahr die päpstlichen Truppen in Vicenza befehligte. Chrzanowski hat sich in den polnischen Befreiungskriegen als ein Mann von großem militärischen Talent bewiesen, und er steht den polnischen Generälen aus derselben Schule, welche den Oesterreichern an andern Punkten jetzt so viel zu schaffen machen, in keiner Beziehung nach. Als er die Leitung des Heeres übernahm, litt dasselbe noch an den übeln Folgen der vorjährigen Niederlage: es hatte kein Zutrauen zu sich und seinen Führern, es war einem neuen Feldzug abgeneigt und widerspänstig gegen die militärische Disziplin. Das Selbstbewußtsein kann einem Heere nur durch glückliche Erfolge gegeben werden; die Disziplin aber stellte Chrzanowsky sofort wieder her, und indem er für die vernachlässigten Bedürfnisse der Soldaten, für die Verpflegung und Bekleidung, für Magazine und Hospitäler sorgte, flößte er ihnen neue Kriegslust ein. Vor dem Auszug in den Feldzug sammelte er die Obersten um sich, und, damit ihre gegenseitige Eifersucht nicht wie im vorigen Jahre die Uebereinstimmung der Operationen gefährde, erklärte er ihnen rund heraus, er werde jeden von ihnen, der ihm nicht unbedingten Gehorsam leiste, wie den untersten Soldaten erschießen lassen; wer nicht damit zufrieden sei, der könne jetzt noch das Heer verlassen. Zu gleicher Zeit erklärte er sich gegen das Ministerium und die Kammern als allein verantwortlich für alle militärischen Maßregeln. Auf dem Marsch nach der Grenze ließ er mehrere Soldaten, die sich Uebertretungen hatten zu Schulden kommen lassen, auch wirklich erschießen.

Das österreichische Heer ist, wenn man alle Streitkräfte der Oesterreicher in Italien zusammengerechnet, dem piemontesischen an Zahl mindestens gleich; berücksichtigt man aber, daß sie ein Armeekorps im Venetianischen, daß sie in den meisten lombardischen Städten, wenn auch nur geringe Besatzungen stehen lassen müssen, so möchte die Macht, die sie im Augenblick den Piemontesen gegenüber zu stellen haben, die der Letzteren nicht erreichen. Ihre Organisation ist aber um so besser; sie stehen in keiner Waffengattung den Piemontesen nach, und haben den unschätzbaren Vortheil voraus, durch die Erinnerungen des vorigen Jahres zum höchsten Selbstgefühl berechtigt zu sein.

So gehen die Soldaten denn auch mit einer Freude und einem Uebermuth in den Feldzug, der von nichts übertroffen wird, als dem ihres alten Feldherrn. Im vorigen Jahre gelobte er, wenn er siegen würde, seine Mätresse zu heirathen; was er in diesem Jahr für ein Gelübde gethan hat, wissen wir nicht; einstweilen aber hat er seinem Herzen in einem Manifest Luft gemacht, das unter den diplomatischen Aktenstücken des civilisirten Europa wohl seines Gleichen suchen möchte. Er will seinen Soldaten darin die Gründe des gegenwärtigen Krieges erklären, behandelt dabei aber Karl Albert mit solch' übermüthiger Verachtung und so unverholenem Hohn, daß, wenn es wahr ist, was einige tiefsinnige Politiker behaupten, daß Karl Albert und Radetzky heimlich einverstanden sind, der letztere die Verstellung bis zu einer unerhörten Meisterschaft treibt. Es scheint ihm so wenig zweifelhaft, daß er in einigen Tagen den Frieden in Turin diktirt haben wird, daß er sich bereits den Wohnsitz ausgewählt hat, wo er von seinen Heldenthaten ausruhen will.

Das piemontesische Heer hatte sich hinter dem Ticino, der die Grenze des Königreichs Sardinien bildet, gesammelt. Der Ticino fließt von Nordwesten in einem spitzen Winkel in den Po; in einer dem Flusse parallelen Linie waren die Divisionen aufgestellt. Der nördlichste Punkt der Aufstellung war Novara, an das sich der linke Flügel lehnte. Der rechte Flügel reichte indeß noch über den Po hinüber und stand etwas vorgeschoben bei Voghera, weil auch die Grenze des Königreichs vom Po südlich etwas ausgerückt ist. Der rechte Flügel lehnte sich rückwärts an die starke Festung Alessandria, wo sich auch die Reserven sammelten.

Radetzky schien nicht die Absicht zu haben, den ganzen Tessin besetzt zu halten und den Piemontesen den Uebergang zu wehren. Er ließ vielmehr den obern Lauf frei, und sammelte seine Truppen in dem nach Nordosten geöffneten Bogen, welchen der Po und Ticino bei ihrem Zusammenfluß bilden. Dieser Punkt war ohnehin der bequemste Sammelplatz für die Streitkräfte, die er zum Theil aus Mailand, zum Theil aus den südlich vom Po gelegenen Fürstenthümern, Piacenza, Parma und Modena an sich zog. Derselbe bot ferner den Vortheil, daß man von ihm aus gleich leicht auf die Straße gelangen konnte, welche südlich vom Po über Alessandria und auf die, welche nördlich vom Po, nachdem sie den Ticino etwas aufwärts bei Vigevano überschritten hat, direkt auf Turin führt. Der Mittelpunkt der österreichischen Stellung war also Pavia; ihr linker Flügel stand etwas zurück bei Piacenza.

Von Mailand nach Turin führen über den Tessin zwei Straßen; die südlichere ist die schon erwähnte, welche bei Vigevano den Fluß kreuzt! die nördlichere überschreitet ihn bei Buffalora, berührt dann Novaro und Vercelli, und vereinigt sich mit der südlicheren bei Trino. Radetzky schien auf keiner von beiden vorgehen zu wollen. Er schien das Manöver von Napoleon umkehren zu wollen. Als Napoleon nach der Besiegung der Piemontesen von Alessandria aus die Oesterreicher, die hinter dem Ticino standen, angreifen wollte, ging er nicht, wie man erwartet hatte, erst über den Po und dann über den Ticino, sondern blieb auf der südlichen Seite des Po, eilte ihn bis Piacenza hinab, umging so den Ticino und kam den Oesterreichern in den Rücken. Radetzky schien nun auch den Ticino umgehen, auf die Südseite des Po übersetzen und auf diese Weise in Piemont einrücken zu wollen. Darauf deutete namentlich seine Stellung nach Piacenza zu. Chrzanowski hatte deshalb seinen rechten Flügel bis Kastel St. Giovanni vorgeschoben, das auf der Straße von Alessandria nach Piacenza und schon im Parmesani-

schen liegt, und er könnte leicht in dieser Richtung ohne Widerstand bis Parma vordringen, wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß er es, wie die neuesten Nachrichten sagen, schon gethan hat. Zu gleicher Zeit ist der linke Flügel der Piemontesen unter Karl Albert's persönlicher Führung auf der nördlichen Straße nach Mailand bei **Buffalora** über den Ticino gegangen und hat die Straße bis Mailand, das ja nur wenige Meilen vom Ticino entfernt liegt, rekognoszirt. Radetzky aber hat sich nicht, wie man erwartete, südwärts über den Po begeben, sondern nordwärts auf die Straße, welche bei **Vigevano** über den Tessin führt, ist über den Tessin gegangen und hat den Piemontesen bereits zwei Gefechte geliefert; das eine bei **Vigevano** selbst, wo er die Piemontesen geschlagen und bis Mortara zurückgedrängt zu haben scheint; das andere bei **Mortara**, wo nach den Berichten der Piemontesen diese im Vortheil geblieben sind.

So stehen die Sachen im gegenwärtigen Augenblick. Von entscheidender Bedeutung scheinen die bisherigen Bewegungen und Gefechte noch nicht gewesen zu sein. Um so gespannter ist der Blick in die Zukunft gerichtet. Werden die Oesterreicher geschlagen, so haben sie noch die Deckung von fünf Flüssen, und den Rückzug in eine Stellung, die vielleicht die festeste in Europa und schon nach Napoleons Meinung uneinnehmbar ist, in die Mincio- und Etschlinie nämlich, welche durch drei Festungen Peschiera, Verona und Mantua geschützt wird, und wo Radetzky dann wie im vorigen Jahr in Sicherheit die Verstärkungen, die nicht ausbleiben würden, erwarten kann. Dagegen würde sich bei dem ersten ernsten Unfall der Oesterreicher die Bevölkerung der Lombardei wie Ein Mann erheben, und je stärker der Druck ist, unter dem sie jetzt gehalten wird, mit um so größerer Schnelligkeit würde der Ausbruch erfolgen. Das Vorspiel davon liefert Parma und Modena. Kaum sind die Oesterreicher aus den Mauern, noch sind die Städte nicht aus dem Bereich ihrer Gewalt, als trotz aller drohenden und bittenden Proklamationen die österreichischen oder österreichisch gesinnten Behörden sofort abgesetzt werden und eine nationale Regierung eingerichtet wird. Noch wird Mailand äußerlich durch die Furcht vor der Besatzung der Citadelle, wo eine Menge von Zündstoffen aufgehäuft liegen, mit denen die Stadt in kurzer Zeit vernichtet werden könnte, im Zaum gehalten, aber schon zeigen sich Spuren einer im Geheimen wirkenden provisorischen Regierung. Und ist Radetzky erst auf dem Rückzuge, so wird trotz der Citadelle, trotz der famosen Bekanntmachung, wo jeder von 17 Paragraphen mit den Worten endet: sara fucillato, (wird erschossen) und trotz der noch famoseren Ansprache an die Bürger, wo er abwechselnd schmeichelt, abwechselnd die Zähne weist, wo er erst erzählt, wie lieb er die Stadt habe, wie er ohne alles Gefühl der Bitterkeit und Rache im vorigen August zu ihr zurückgekehrt sei, dann droht, Jedem, der sich zu regen wage, wie ein Blitzstrahl auf den Kopf zu fahren und zuletzt wieder klagt, wie schwer es ihm werde, so zu ihnen zu sprechen, wie er nur durch die Liebe zu ihnen dazu bewogen werde — trotz alledem wird Mailand auch nicht einen Tag länger, als Radetzky siegreich ist, sein Joch tragen. Je ungefährlicher also den Oesterreichern, auch im Fall einer Niederlage, das feindliche Heer ist, desto gefährlicher ist ihnen das Volk, nur daß dieses nicht im Stande sein möchte, eine sofortige Beendigung des Krieges herbeizuführen. Werden dagegen die Piemontesen geschlagen, so steht dem Feinde sogleich ihr ganzes Land offen, die Flüsse zwischen dem Pavias und Turin bieten einem geschlagenen Heere keine hinreichend feste Stellung, ein Rückzug auf Alessandria könnte Turin nicht decken; und weder Alessandria noch Turin vermöchten längeren Widerstand zu leisten. Auch ist keine Aussicht vorhanden, daß irgend militärische Kräfte außer diesem Einen Heere noch aufgeboten werden können — es sei denn daß Frankreich seine Alpenarmee zu Hülfe schickt. Aber ohne diese Unterstützung wäre nach dem ersten Schlage, den die Piemontesen erleiden, der Krieg beendet und über die Unabhängigkeit Italiens entschieden.

Die Partei ist also **nicht** gleich. Die Italiener müssen sich gefaßt machen, eine Reihe von Schwierigkeiten vorzufinden, zu deren Ueberwindung nicht ein kühner Anlauf, sondern die tapferste Ausdauer nöthig ist; die Oesterreicher bedürfen nur einen Tag Sonnenschein, und sie können ernten. Freilich hat die Geschichte schon mehr Beispiele, wo ein Volk in der Begeisterung für sein Vaterland die ungleichste Parthie gewonnen hat;

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 27. März. (Nachmittagssitzung.)

Der Präsident Hr. Eduard **Simson** eröffnet die Sitzung Nachmittags 4 Uhr mit der Anzeige, daß der Abgeordnete des böhmischen Kreises Elbogen Hr. Heinrich **Laube** aus der Nationalversammlung ausgetreten. Hr. Laube hat diese Erklärung mit folgendem Schreiben begleitet:

„Als nicht eingeborner Oesterreicher von einem österreichischen Wahlkreise gewählt, fühle ich mich außer Stande, einem Mandate länger nachzukommen, welches mir unter ganz andern Verhältnissen ertheilt worden ist.

Ich kann und will die Grundlagen eines deutschen Staats nirgends verleugnen und darf doch auch das Vertrauen meiner Wähler nicht dahin ausbeuten, daß ich unbekümmert um sie handelte.

Ich kann und will nicht im Namen eines **Wahlkreises votiren, für welchen voraussichtlich und besonders nach Annahme von §. 2, unsere Verfassung nicht votirt wird.** Ich halte mich in solcher Lage für verpflichtet, vor Allem der sittlichen Wahrheit die Ehre zu geben und zeige hiermit dem Herrn Präsidenten meinen Austritt an."

Frankfurt, 27. März 1849.

Die Versammlung ist vollzählig und in gespannter Haltung, die Tribünen sind zeitig von den Zuhören besetzt. Die zweite Lesung der deutschen Verfassung steht an Abschnitt III: **das Reichsoberhaupt.** Nach einer Debatte über die Reihenfolge, in welche die verschiedenen Anträge bei der Abstimmung treten sollen, und an welcher sich die Herren **Heckscher, Waitz, Wigard, Rösler v. Oels** betheiligen, beginnt die Entscheidung über §. 69. Zuerst wird durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt über die von dem Hrn. v. Dieskau und Genossen vorgeschlagene Präsidentschaft — „wählbar ist jeder Deutsche." — Nur die linke Seite des Hauses erhebt sich dafür, aber diese ohne Ausnahme.

Dann erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Ausschußmehrheit. Es herrscht eine tiefe Stille im Hause, während Name für Name aufgerufen wird zur Bejahung oder Verneinung der Frage:

Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.

Der verlesende Schriftführer beginnt mit dem Z. Die bejahenden Stimmen sind von Anfang herein und in den nächstfolgenden Buchstaben A und B die stark überwiegenden. Aber in K und L wird das Verhältniß, wenn auch nicht unsicher, doch günstiger als vorher für die Verneinenden. Die Mehrheit der „Ja", die schon zwischen dreißig und vierzig betragen hat, sinkt bis auf zwanzig und darunter herab. Der endliche Erfolg, nachdem der Schriftführer das Alphabet erschöpft hat, ist, obgleich sämmtliche Oesterreicher bis auf die Herrn Rößler, Schneider, Makowiczka, Reitter und Groß aus Prag sich gegen die Bestimmung erklären: **Annahme des Vorschlags des Verfassungsausschusses mit 279 gegen 255 Stimmen.** Drei Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. —

Lauter Beifall von der einen Seite des Hauses, unwilliger Lärm von der anderen.

Die namentliche Abstimmung findet sodann Statt über

§. 70. **Die Würde ist erblich** im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden. Sie vererbt im Mannsstamm nach dem Rechte der Erstgeburt.

Trotz des Zusammenhalts der Oesterreicher **wird der §. mit 267 gegen 263 Stimmen angenommen.** Acht Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. Der Verkündigung folgt eine lebhafte Bewegung. Mehrere Erklärungen in Bezug auf die Abstimmung gehen ein, die der Präsident durch den Druck mittheilen wird.

Im Wege gewöhnlicher Abstimmung wird darauf angenommen:

§. 71. „Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Deutschen."

Ferner wird zum Beschluß erhoben:

§. 72. „Die Residenz des Kaisers ist am Sitze der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren.

So oft sich der Kaiser nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein.

Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten."

§. 73. „Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt."

Art. II. §. 74. „Die Person des Kaisers ist unverletzlich.

Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus."

§. 75. „Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt."

Art. III. §. 76. „Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reichs und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an und führt den diplomatischen Verkehr."

§. 77. „Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden."

§. 78. „Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstags, insoweit diese in der Verfassung vorbehalten ist.

§. 79. „Alle Verträge nicht rein privatlichen Inhaltes, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme, und in so fern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen."

§. 80. „Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; Er hat das Recht das Volkshaus aufzulösen."

§. 81. „Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlags. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstag unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen."

§. 82. „In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung von Untersuchungen kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu."

§. 83. „Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob."

§. 84. „Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht."

§. 85. „Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reichs nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm als Träger dieser Gewalt stehen diejenigen Rechte, und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind."

Hieran schließt sich die Abstimmung über den heute früh ausgesetzten §. 196 von

Abschnitt VIII. Die Gewähr der Verfassung.

Er wird in folgender Weise zum Beschluß erhoben:

Art. I. §. 196. „Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen in der Art, wie er das letzte Mal zusammengesetzt war. Der Kaiser welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstags einen Eid auf die Reichsverfassung.

Der Eid lautet: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volks zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen; so wahr mir Gott helfe."

Erst nach geleistetem Eide ist der Kaiser berechtigt, Regierungshandlungen vorzunehmen."

Endlich soll sich die zweite Lesung auch noch über Abschnitt IV. der Reichsrath erstrecken. Die Abstimmung aber, die durch Namensaufruf über den ersten Satz erfolgt: „Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten" — entscheidet sich mit 263 gegen 215 Stimmen gegen denselben und somit wider die ganze Anstalt des Reichsraths. Es könnte scheinen, wenn wir auch Mitglieder von der äußersten Rechten, wie Hrn. von Bothmer für die Verwerfung des Gesetzes stimmen hören, als suchten manche Bevollmächtigte von deutschen Einzelstaaten ihren Regierungen die Annahme des Erbkaiserthums durch Beseitigung aller vermittelnder Organe nur um so unerträglicher darzustellen.

Es ist nach 7 Uhr Abends, als das Ergebniß der Abstimmung über den Reichsrath verkündet wird. Ein dringender, äußerst zahlreich unterstützter Antrag von den Herren Zell, Kierulff und Genossen fordert jetzt noch unveränderte Annahme des Wahlgesetzes in Bausch und Bogen — sowie es aus der ersten Lesung hervorgegangen. Der Antrag wird als dringend anerkannt. Die Abstimmung über seinen Inhalt findet sofort Statt und ihr Ergebniß ist die endgültige Annahme des Wahlgesetzes mit, so weit wir dies übersehen können, Stimmeneinhelligkeit. (Beifall.)

Für die morgende Tagesordnung schlägt Hr. Rüder aus Oldenburg vor: die Kaiserwahl. Hr. Ludwig Simon dagegen ist der Meinung, daß man vor Allem die Verfassung publiziren soll, damit sie rechtsgiltig werde. Hr. Rieser: die Gültigkeit einer Verfassung liegt in ihr selbst. Die Bestimmungen, die für die Veröffentlichung eines Reichsgesetzes gelten, gelten nicht auch dafür. Also morgen die Kaiserwahl, und um nichts zu übereilen die Sitzung zu einer etwas spätern Stunde. Hr. Vogt vermißt die gesetzlichen Bestimmungen über die Form einer solchen Wahl. Der Präsident will daß der Verfassungsausschuß mit dem Auftrage versehen werde, die Vorschläge zum Wahlmodus einzubringen.

Die Debatte ruft noch die Herren Moritz Mohl, Ludwig Simon, Heinrich v. Gagern, G. Beseler auf die Tribüne. Herr Ludwig Simon bemerkt über die Publikation der Verfassung, daß dies eine Handlung sei, ganz unabhängig von dem Einflusse der Centralgewalt, bei der es gar keiner Unterschrift des Reichsverwesers, keiner ministeriellen Gegenzeichnung bedürfe. Das bestätigt auch Hr. Wigard. Endlich wird der Verfassungsausschuß beauftragt, über den Wahlmodus in morgender 12 Uhr Mittags statt findenden Sitzung dem Hause Vorlage zu machen.

> **Frankfurt**, 27. März. Als wir heute Vormittag die Herren von Schmerling und von Bothmer für den Vorschlag stimmen hörten, wonach das Reichsoberhaupt auch gegen Abänderungen in der Reichsverfassung nur ein suspensives Veto haben soll, — welche Verleugnung ihrer Grundsätze einem unwillkührlichen Schrei der Entrüstung auf den Bänken ihrer früheren Freunde hervorrief — da waren wir des Ergebnisses sicher, welches heute Nachmittag die Abstimmung über die Einheitlichkeit und Erblichkeit des Oberhauptes liefern würde. Aus welchem Grunde sonst konnten diese Herren, die Vertreter der absolutest-gesinnten Herrscher Deutschlands, und persönlich die eifrigsten Anhänger einer starken Fürstengewalt, für eine Schwächung der Rechte des Reichsoberhauptes stimmen, als weil sie daran verzweifelten, noch immer das erbliche Kaiserthum hemmen zu können, und dasselbe, wenn es einmal doch geschaffen werden sollte, wenigstens möglich schwach ausgerüstet haben wollten? Und diese Autoritäten pflegen sich nicht zu verrechnen.

Mit 279 gegen 255 Stimmen wurde entschieden, daß Einem regierenden deutschen Fürsten die Würde des Reichsoberhauptes übertragen werden, mit 267 gegen 263, daß die Würde im Hause des Gewählten nach dem Rechte der Erstgeburt sich vererben sollte. Die Spannung der Versammlung während dieser Abstimmungen war ohne Gleichen. Wie die Zunge an der Waage der Abstimmung hinüber und herüberschwankte, bald das Für, bald das Gegen überwog, so schwankten auch Alle zwischen Furcht und Hoffnung. Als das Ergebniß der ersten der beiden Abstimmungen verkündet wurde, da konnten weder die Abgeordneten, noch die Zuhörer auf den dichtgefüllten Tribünen und Gallerieen den Ausdruck ihrer Gefühle zurückhalten. Die Verkündigung des Ergebnisses der zweiten Abstimmung fand die Versammlung durch die Aufregung schon so erschöpft, daß sie keine Aufwallung hervorrief. Doch war der Eindruck so erschütternd, daß das Bedürfniß nach Vertagung von vielen Seiten laut wurde. Der Präsident aber, mit der bewunderungswürdigen Geschicklichkeit und Selbstbeherrschung, mit der er auch bisher alle diese Abstimmungen geleitet hat, wußte sehr schnell die Versammlung wieder in den gewohnten Gang der Geschäfte zurückzuführen, und unter seiner Meisterhand rollten sich die Beschlüsse in gesetzlicher Ordnung ungestört weiter ab.

So ist denn endlich erreicht, wohin wir mit allen Kräften gestrebt haben! Freilich nur mit einer Mehrheit von 4 Stimmen — im Parlamente! Wir sind weit davon entfernt, dem Volke die Ent-

scheidung über dem Parlamente zuzuschreiben, wenn aber eine so unendliche Mehrheit des Volkes für unsere Meinung sich ausgesprochen hat, da genügt es uns, wenn sie in der Volksvertretung auch nur mit der geringsten Zahl zum Gesetz erhoben wird. Und zeigt nicht die Geschichte aller Parlamente, daß die durchgreifendsten Beschlüsse gewöhnlich mit der geringsten Mehrheit gefaßt werden? Wenn ein altes System über den Haufen geworfen, wenn eine neue Ordnung aufgerichtet wird, wie stark muß nicht da der Druck von Außen sein, um auch nur die geringste Mehrheit der Vertreter, welche unter der Herrschaft des alten Gedankens gewählt worden sind, umzuwandeln? Und leugnen wir es nicht, als das Parlament zusammentrat, da war die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Kaiserthums noch nicht allgemein im Volke; die Einen stellten an das Oberhaupt republikanische Bedingungen, mochte es nun die Beschränkung der Zeit nach oder die Wählbarkeit sein; die Andern wollten eine Einrichtung, welche möglichst vielen Fürsten die Theilnahme an der höchsten Gewalt sicherten, und in einer unter solchen Stimmungen gewählten Versammlung mußte die erbkaiserlichen Partei zu Anfang in der größten Minderheit sein. Hinterher freilich erzeugte ruhigere Ueberlegung und der Gang der Ereignisse bei dem Volk den Wunsch nach dem Kaiserthum; die Abgeordneten aber waren einmal auf eine andere Ueberzeugung hin gewählt worden, und der Umschwung konnte sich ihnen nur allmälig mittheilen. Um so achtungswerther sind die Männer, welche ihre Ansichten dem Bedürfnisse des Volks geopfert haben, welche den Muth der Ueberzeugung nicht darein setzen, an dem einmal Ausgesprochenen starr festzuhalten, sondern dem, was sie als nothwendig erkennen, unter allen Umständen zuzustimmen, das deutsche Volk wird die Namen von Heinrich und Max Simon, von Wilhelm Löwe und Conrad Rappard mit Ehren nennen. Auch den Männern sei ihre Ehre, welche, wie Venedey und Vischer, wenn sie auch nicht für das Kaiserthum zu stimmen sich entschließen konnten, durch Zurückhalten ihrer Stimmen die Errichtung desselben wenigstens nicht hinderten!

Neben der Bedeutung der Beschlüsse über das Kaiserthum verschwinden die späteren Abstimmungen, durch welche der Reichsrath fiel, und das Wahlgesetz unverändert angenommen wurde. Eine erhöhte Stimmung ruhte auf der Versammlung. Alle kleinen Bedenken schwiegen in dem großen Momente; die Parteien, welche zusammengewirkt hatten, um das schwere Werk zu Stande zu bringen, wollten es abschließen durch einen Akt der Versöhnung, welcher hoffentlich nicht nur in dem Hause, sondern auch außerhalb desselben seine Früchte tragen wird. So handeln Staatsmänner!

Parl. Korresp. **Frankfurt**, 27. März. Der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark wurde bisher noch bezweifelt. In der That hatte auch Dänemark erklärt, es wolle die Blokade der Häfen noch 7 Tage aussetzen, wenn die Märsche der deutschen Truppen nach Schleswig-Holstein eingestellt würden. Dies ist abgelehnt worden und es steht darum die Eröffnung der Feindseligkeiten unverzüglich zu erwarten.

* **Wien**, 22. März. Wir haben die Urtheile wegen „politischer" Vergehungen, welche fortwährend die Spalten der offiziellen Zeitungen füllen, in der letzten Zeit ganz mit Stillschweigen übergangen; es mag indeß gut sein, von Zeit zu Zeit eine Ausnahme von der Regel zu machen, und so wollen wir denn, als besonders charakteristisch für die „politischen" Verbrechen in Wien und die Art und Weise ihrer Ahndung die folgende offizielle Anzeige unsern Lesern mittheilen: „Thomas Kempf, von Wien gebürtig, 36 Jahre alt, katholisch, ledig, bürgerl. Fleischselcher am Spittelberge, und Franz Ringberger von Wien gebürtig, 42 Jahre alt, verheirathet, Bauübergeber, sind durch Zeugen rechtlich überwiesen, Ersterer in einem öffentlichen Gasthause in der innern Stadt Wien sich Schmähungen gegen k. k. Offiziere und nebstdem über gerichtliche Entscheidungen unanständige Aeußerungen erlaubt, Letzterer aber ebenfalls in einem öffentlichen Gasthause das auf einem Tische gelegene, von Sr. Excellenz dem k. k. Herrn Civil- und Militär-Gouverneur ausgefertigte 25. Armee-Bulletin unter verächtlichen Aeußerungen zerrissen und den übrigen Gästen zum allgemeinen Aergernisse hingeworfen zu haben. Es wurden daher dieselben der kriegsrechtlichen Untersuchung unterzogen, und in Berücksichtigung ihres trunkenen Zustandes Thomas Kempf zu achtwöchentlichem und Ringberger zu zweiwöchentlichem Stockhaus-Arreste in Eisen verurtheilt; welche Erkenntnisse kundgemacht und dem Vollzug zugeführt worden sind. Wien, 22. März 1849. Von der k. k. Central-Militär-Untersuchungs-Kommission.

* **Wien**, 23. März. Nach dem heutigen „Lloyd" sind im Laufe einiger Tage zu erwarten: das Nationalgarde-Gesetz, dann das Gesetz über die Jury und über das österreichische Staatsbürgerthum. Seit einigen Tagen ist ein erstaunliches Gesuch nach Gold und Silber in und außer der Börse. Ersteres wird vorzüglich für Ungarn gefragt, weil die dortigen Herrschaftsbesitzer sich bei ihren Verkäufen die ganze oder theilweise Baarzahlung in Metallvaluta bedingen. Weiterhin finden sich auch Notenbesitzer, durch das rasche Steigen beunruhigt, veranlaßt, ihr Vermögen in Baares umzusetzen. Inländisches Silber wurde bis 12½ pCt., ausländisches bis 11½ pCt. Aufgeld gekauft. Von der neuen Anleihe hört man noch immer Nichts. Der Finanzminister soll die Emission von 6procentigen Obligationen bevorzugen, weil hierdurch der mögliche Kapitalverlust beim Rückkauf vermieden würde, keineswegs aber aus obgedachtem Grunde auf Verausgabung von 2½procentigen Metalliques einzugeben gesonnen sein, wie es im Antrage einiger Wechselhäuser steht, die solches in ihrer Konvenienz zumeist begründet finden. Die Organisirung von mobilen Freibataillons in Ungarn geht rasch vorwärts. Bereits bestehen 6 Bataillone Infanterie und einige Kavallerie-Abtheilungen. Alle bilden einen Theil der muthigsten Kämpfer der k. k. Armee. An den siebenbürgisch-galizischen Grenzen haben sich bei 20,000 Bauern freiwillig versammelt und sind bereit, den k. k. Truppen, wenn es nothwendig werden sollte, gegen die Insurgenten zu Hilfe zu eilen.

** **Berlin**, 25. März. Herr v. Berg, welcher den Adreßentwurf des Partikularismus anklagt, sagte gestern in der zweiten Kammer: „Wenn etwas im Stande sein wird, die preußische Regierung und die preußische zweite Kammer unpopulär zu machen, so ist es ein Antrag, der dem geliebten Oesterreich den Riegel vor die Thür schiebt, nachdem man es aus dem Hause geworfen. Ich empfehle Ihnen das Amendement Rodbertus." Es giebt gewisse Vorurtheile, die sich schwer ausrotten lassen. Herr Rodbertus figurirt nun einmal als ein Deutscher par excellence. Ich will ihm seine deutsche Gesinnung keineswegs streitig machen; die deutsche Frage ist sogar sein Steckenpferd und, wenn ihrer Erwähnung geschieht, sieht man seine Mienen einen Ausdruck annehmen, wie wenn ein Engländer von Indien reden hört; sie ist gleichsam seine Domäne, wie die aufgelöste Nationalversammlung die Domäne des Hrn. v. Unruh geworden und die die nüchterne Staatsweisheit „das Monopol des Hrn. Hansemann ist." Aber hier heißt es, das Fleisch ist willig, doch der Geist ist schwach. Hr. Rodbertus versteht von der deutschen Frage nicht ein Iota. Wer ihn hätte zu Grunde richten wollen, der würde seine Wahl nach Frankfurt durchzusetzen versucht haben. Ich muß gestehen, den demokratischen sowohl als den ultramontanen Volksbeglückern geb' ich unzweifelhaft den Vorzug vor diesem Deutschthum von Rodbertus Farblosigkeit, bei welchem allerhand persönliche Grillen in schwarzrothgoldnen Domino's erscheinen. Jetzt ist aber eine Zeit, wo es dringend noth thut, daß man insbesondere die falschen Freunde kennen lerne. Mir däucht, das Amendement Rodbertus läßt keinen Zweifel übrig, daß diese Partei sammt dem ultramontanen Kaplan von Berg (dessen Nepotin ja die Rheinische Volkshalle, welche auf Preußens Untergang spekulirt) zu den falschen Freunden gehört, während D'Ester, Waldeck, Temme, Jakoby gar kein Hehl daraus machen, daß sie die Interessen ihrer Partei denen des Vaterlandes vorziehen. In der zweiten Kammer wird demnach für und gegen Deutschland den Ausschlag geben, ob die konservative Partei die Majorität hat. In dieser Beziehung wird sich eine äußerste Rechte nicht absondern.

= **Berlin**, 25. März. Daß unter den obwaltenden Umständen das gesammte Reichsministerium zurückgetreten ist, findet hier die allgemeinste Anerkennung. Man wünscht und hofft nur, daß die abgetretenen Minister fest bleiben und nur dann erst wieder ins Ministerium eintreten, wenn die Oesterreicher sich bereit erklären, sämmtlich aus der Versammlung auszutreten.

Hier ist die gestrige Rede des Grafen Dyhrn das große Ereigniß des Tages: wohin man hört, wird nur von dieser Rede, die gleich der Riesser'schen eine That ist, gesprochen. Erfüllt Frankfurt Deutschlands Hoffnungen nicht, so liegt uns dies ob, sagte der edle Graf; merkwürdige Schickung, daß so ein schlesischer Graf redet, dessen Ahnen gut österreichisch waren. Auffallender

ist auch die gerade jetzt so warme Theilnahme unserer gesammten sonst ziemlich indifferenten Presse. Wie beim Abschiede die Gefühle der Anhänglichkeit mit erneuter Kraft aufzuleben pflegen, so erwacht auch bei uns eine doppelt erhöhte Theilnahme in dem Augenblicke für Deutschland, wo es mit Deutschland zu Ende zu gehen droht.

Sie fragen nach den Wirkungen, welche die Ablehnung des Welckerschen Antrages hier gehabt habe: Die Antwort auf diese Frage ist nicht uninteressant: Das gierige Benehmen, das Feilschen der Linken hat unter den edleren Elementen unserer Demokratie allgemeinen Unwillen über ihre dortigen politischen Parteigenossen hervorgerufen. Man kann dreist sagen, daß die Demokratie seit ihrem verunglückten vorjährigen Herbstkongreß keinen empfindlicheren Stoß erlitten hat. Namentlich hat das Treiben von Temme — Hrn. Ludwig Simon läßt man Manches hingehen, da man bei ihm unter der Hülle des Fanatismus und glühender Leidenschaft doch einen edlen Kern glaubt — Ekel erregt und es ist nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß in den letzten Tagen die Frankfurter Lehre einen nicht geringen Zuwachs in das konservative Lager herbeigeführt hat.

Die in den hiesigen Zeitungen verbreiteten Gerüchte, daß nicht allein Gagern, sondern auch Peucker und Bunsen in das preußische Kabinet eintreten würden, sind durchaus nicht begründet. Hr. v. Peucker weilt gegenwärtig hier.

Nächstens findet hier die Nachwahl an Heinrich Simons Stelle statt. Wohl ihm, daß er seinen Sitz in der preußischen zweiten Kammer aufgegeben hat; er hatte hier manche Freunde, auch unter seinen politischen Gegnern. Aber sein jüngstes dortiges Benehmen hat ihm diese gänzlich entfremdet. An seine Stelle gewählt zu werden hat Assessor Paalzow die meiste Aussicht, ein gemäßigter Demokrat und ehrlicher Erbkaiserlicher.

§ **Leipzig**, 25. März. Die nach Schleswig hier durchziehenden, zum Theil auf einige Tage einquartierten Regimenter sind für unsre von Soldaten sonst wenig heimgesuchten Handelsstadt ein ungewöhnlicher Anblick. In diesen Tagen sehen wir Baiern, übermorgen, heißt es, würden Preußen hier einrücken. Das sächsische Militär hat zum Theil seinen Weg über Berlin genommen und die Nachricht von dem ihm dort bereiteten freundlichen und ehrenvollen Empfange ist hier mit nicht geringer Genugthuung aufgenommen worden. Diese Bewegungen der Reichstruppen scheinen ganz vorzüglich geeignet die deutschen Stämme einander zu nähern, und wenn auch nicht die Unterschiede selbst, doch das Widrige derselben zu verwischen, **trotz** den Verhandlungen in der Paulskirche, wie man leider sagen muß. Wie ist doch die Linke so verblendet über den Boden auf dem sie steht! Hier wenigstens besteht ihr Anhang fast ohne Ausnahme aus den Ungebildeten, welche erlöst von dem Druck langer Bevormundung eine unschuldige Freude haben über tönende Phrasen, mit denen einer bestehenden Regierungsgewalt Hohn gesprochen wird. Aber Phrasen sind nicht Thatsachen und wenn diese eintreten, so lautet oft das Urtheil derselben Leute ganz entgegengesetzt. Es ist Manchem eine Wonne gewesen, Preußen zu necken und um seine Bedeutung herunter zu setzen, seine Nothwendigkeit für Deutschland nicht anzuerkennen, mit Oesterreich zu liebäugeln. Aber etwas anderes ist es, wenn es sich wirklich um die Entscheidung handelt, wenn man das deutsche Parlament verlieren und sich dem russischen Oesterreich auf Gnade und Ungnade hingeben soll. Vogts geniale Seiltänzersprünge haben immer den Beifall gefunden, den jede Virtuosität einerndet, aber wenn Altbaiern und Stockschwaben nebst dem Pastor Jürgens ihm nachtanzen, so hat er etwas Erbarmungswürdiges. Der Rücktritt Gagern's, welcher für das Wahrzeichen der deutschen Einheit galt, hat Vielen alle Hoffnung geraubt. Die Deutschgesinnten blicken mit halbem Vertrauen auf das, was von Preußen kommen könnte, die Kaufleute fürchten, wünschen, zum Theil ein Säbelregiment, die Demokraten ziehen sich auf ihren entschieden sächsischen Freisinn zurück, aber es fängt ihnen an zweifelhaft zu werden, ob die Linke klug und patriotisch handle. Allgemein urtheilt man, daß die Nationalversammlung gänzlich machtlos geworden ist; möchte sie dieß Urtheil zu Schanden machen, möchte sie sich aufraffen zu einer glänzenden patriotischen That. Warum sollte das deutsche Parlament nicht, wie das englische, alle Parteien vereinigt sehen können, wo es das Wohl und die Ehre des Vaterlandes galt.

* **Kassel**, 25. März. Der hiesige Vorort des nationalen Vereins für Deutschland hat sich Namens der sämmtlichen verbundenen Vereine der auf die Ausschließung der österreichischen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung gerichteten Adresse des Bürgervereins (Vergl. die gestrige Beilage der D. Z.) angeschlossen. Der Vorort repräsentirt ungefähr 150 Vereine in allen Theilen von Deutschland, namentlich aber in Sachsen, beiden Hessen, Baden und Braunschweig.

X. **Meiningen**, 25. März. Vor 8 Tagen erlebten wir eine Ministerkrisis. Differenzen mit dem Herzog, nicht mit dem Landtage waren die Ursache. Zu lebendig aber hatte das Land die Trefflichkeit des Ministeriums Speßhardt gefühlt: Der hiesige Bürgerverein wandte sich zuerst an den Herzog mit der Bitte, die schon ertheilte Entlassung zurückzunehmen; und sobald sich die Nachricht im Lande verbreitet hatte, kamen von allen Seiten Petitionen desselben Inhalts. Der Herzog war einsichtig genug nachzugeben. Kaum war diese Spannung überstanden, so harrten wir noch gespannter der Abstimmung über den Welcker'schen Antrag. Wie ein Donnerschlag trafen uns die Nachrichten über die Sitzung vom 21. Also wieder einmal die schönsten, sichersten Hoffnungen vereitelt! Vereitelt durch unwürdige Intriguen kaiserlich windischgrätzischer Aussendlinge! vereitelt durch Leute, deren Wahlspruch ist: „wenn wir nichts haben, sollt ihr auch nichts haben!" Warum aber ermannt sich die Versammlung im Weidenbusch nicht zu rascher und starker That? sie will das, was uns allein Heil bringen kann, aber sie bietet nicht ihre volle Kraft auf und doch stehen ihr so reiche Hülfsmittel geistiger und rednerischer Gewalt, steht ihr aller sittlicher Halt, steht ihr der Wille des Volkes überall, wo sich derselbe rein und unbeirrt hat entwickeln können, zur Seite. Hoffentlich wird jetzt ein Sturm der öffentlichen Stimme Deutschland durchbrausen und der Paulskirche die Wege zeigen, die sie zu gehen hat. Der hiesige Bürgerverein hat nicht gezaudert, sein Scherflein dazu beizutragen, er hat heute folgende Adresse an die Nationalversammlung abgeschickt:

Hohe Nationalversammlung! Seit dem 9. März d. J. verbietet Ihren österreichischen Mitgliedern, im Hinblick auf Deutschland, die Stimme der Ehre, im Hinblick auf Oesterreich, die Stimme der Pflicht, länger an Ihren Arbeiten Theil zu nehmen.

Die Sitzung vom 21. März und die folgenden haben bewiesen, daß die Abgeordneten aus Oesterreich weder der Stimme der Pflicht, noch der der Ehre gehorchen, daß sie der großen Mehrzahl nach, bewußt oder unbewußt, nur die dienstwilligen Werkzeuge einer Regierung sind, welche ihrem Minister Metternich die größte Ehre macht.

Wir fordern deßhalb hohe Nationalversammlung auf, die sofortige Entfernung aller österreichischen Abgeordneten aus Ihrer Mitte durchzusetzen.

Gleichzeitig wurde eine Dankadresse an Heinrich v. Gagern abgesandt.

Großbritannien.

* **London**, 23. März. Noch immer hört man aus Irland von Schuldigsprechungen Solcher, die in einer oder der andern Weise an dem letztjährigen Aufstandsversuche Theil genommen. So wurden erst am 19. wieder drei Personen, William Kelly, John Schea und Thomas Burke, wegen Theilnahme an dem aufrührischen Angriff auf die Polizeiwache zu Glenbower zur zehnjährigen Transportation verurtheilt. Der Oberrichter bemerkte gelegentlich den Angeklagten: Die Regierung unterhalte in Irland so viele Streitkräfte, daß die Insurgenten, möchten sie so zahlreich sein wie sie wollten, nichts gegen sie ausrichten könnten. Am St. Patrickstage fanden außer in Downpatric, wo zwei auf dem Platze blieben und mehrere schwer verwundet wurden, auch an andern Orten zwischen den protestantischen Orangemännern und der Polizei einerseits und den katholischen sogenannten Bandmännern und Repealern andererseits Raufereien statt. Bei einer solchen in der Nähe von Rathfriland wurde ebenfalls eine Person erschossen. Anderwärts kam die Polizei nur durch rechtzeitiges und unerschrockenes Einschreiten weiteren Excessen und möglichem Blutvergießen zuvor. Bei Londonderry versammelten sich 3000 Männer, Weiber, Kinder mit weißen und grünen Fahnen, Trommeln, Pfeifen, mit alten Flinten und Dolchen bewaffnet, führten militärische Aufmärsche und Schwenkungen aus u. s. w. Auch hier mußte die Aufruhrakte verlesen werden. Die „Times" meint: man müsse die schärfsten Maßregeln ergreifen, um diesen Parteiraufereien ein Ende zu machen.

Der apostolische Vikar Dr. Wiseman hat die für den heil. Vater im Londoner Sprengel gesammelte Summe von 1200 Pf.

an den Cardinal Staatssekretär zu Gaeta bereits abgeschickt. Auch in Irland haben die Sammlungen für den heil. Vater ihren Fortgang. Der Cork Reporter, Organ von Katholiken und Repealern, sagt mit Recht: „Während Irländer unter freiem Himmel hin sterben, die gern jeden Tag zwölf Stunden lang für 24 Sch. 6 P. arbeiten und sich glücklich schätzen würden, mit diesem Bettelgelde Körper und Seele von fünf oder sechs der hungernden Ihrigen zusammenhalten zu können, ist es durch nichts zu rechtfertigen, wenn man Summen, welche hinreichen würden, Tausenden von Landeskindern ein Jahrlang das Leben zu erhalten, an einen vertriebenen Herrscher sendet, der unsers Wissens sich in keiner persönlichen Noth befindet und der darum nicht weniger einem Apostel gleicht, weil er zufällig etwas vom Glanze eines Fürsten verloren hat."

Frankreich.

* **Paris**, 25. März. Aus der gestrigen Berathung über das Klubgesetz ist noch nachzutragen, daß der vom Minister so heftig angegriffene Vorschlag, die Klubvergehen vor die Jury statt vor das Zuchtpolizeigericht zu weisen, angenommen worden ist. Man ist übrigens allgemein überzeugt, daß das Klubgesetz nach beiden Seiten beruhigend wirken wird, sowohl auf die, welche die Klubs abgeschafft, als auf die, welche sie erhalten wissen wollten.

Auf der heutigen (Sonntags) Börse stiegen die Kourse, die 5pCt. schloß 83, 25. Man brachte damit das Gerücht in Verbindung, daß Dufaure an Leon Faucher's Stelle treten würde.

Die Franzosen scheinen jetzt den fremden Kriegsdienst sehr zu lieben. General Fabvier ist bekanntlich nach Dänemark gegangen. Mehrere Offiziere und Unteroffiziere des Geniekorps gehen nach Konstantinopel, um an den von der Pforte angeordneten Befestigung des Bosporus zu arbeiten, und Militärärzte sind nach Italien abgereist, um die Feldlazarethe in der Armee Karl Albert's einzurichten.

Aus den Aussagen der in dem Prozeß der Maiangeklagten vernommenen Zeugen heben wir noch die eines Polizei-Beamten Namens Monnier hervor, der in den polizeilichen Aktenstücken über einen der Angeklagten, Hubee, der nach London entkommen ist, Briefe und Berichte von dessen Hand an den früheren Polizeipräfekten Gabriel Delessert gefunden hat. Aus denselben geht hervor, daß Huber, dem Louis Philipp 5 Jahre Gefängnißstrafe erlassen hatte, im August 1837 nach mehreren Unterredungen mit dem Polizeipräfekt nach London reiste und an der Verschwörung von Steuble und Grouvelle zur Ermordung Louis Philipp's Theil nahm. Er theilte dem Polizeipräfekten, die seinem Mitverschworenen Steuble entwendeten Pläne einer Höllenmaschine mit und gab alle nöthigen Anweisungen, um alle Verschworenen zu arretiren. Der von Huber unterzeichnete Bericht schließt mit Ergebenheitsbetheuerungen gegen die Person des Königs. Grade Huber aber ist es, wie Raspail bemerkt, der diesen holen ließ, um ihn an die Spitze des Zuges vom 15. Mai zu stellen und der dann die Auflösung der Nationalversammlung aussprach. Auch ist es sehr auffallend, daß Huber, am 15. Mai verhaftet, den Abend desselben Tages wieder freigelassen wurde und mit größter Leichtigkeit sich nach England flüchten konnte. Auf das Verlangen von Barbes hat der Präsident des Nationalgerichtshofes die Vorlage der betreffenden Aktenstücke im Original befohlen.

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 26. März. Die heutige Agramer Zeitung spricht in ihrem Leitartikel kurz und bündig die Ursache der Unzufriedenheit mit der oktroyirten Verfassung aus. Sie besteht im Wesentlichen in der durch die Charte ausgesprochenen Zersplitterung des Südslawenthums in einzelne Kronländer. Die Südslawen hofften, die Größe und Zukunft Oesterreichs werde auf die Einheit des Südslawenthums gebaut werden, und nun gewahren sie die Vertheilung ihrer Nationalität auf folgende Kronländer: Steiermark, Illyrien, (Kärnthen), Krain, Görz, Gradiska, Istrien, Triest, Dalmatien, Kroatien und Slavonien mit dem kroatischen Küstenland und Fiume, Ungarn mit Medjimurje und der Woiwodschaft, die Militärgrenzgebiete. — Weiters ist die Furcht: die deutsche Sprache könnte zur allgemeinen Dienstessprache (Geschäftssprache) erhoben werden, ein Hauptgrund der Theilnahmlosigkeit, womit die oktroyirte Verfassung in den südslawischen Ländern begrüßt wurde. Auch die Abtrennung der Militärgrenze und ihre Konstituirung als eigenes Kronland verschärft diesen Unmuth, den die czechischen Blätter, namentlich die „Narodny Nowiny" lebhaft theilen. Letztere bringen sogar einen satyrisch gehaltenen Kommentar zu den einzelnen Abschnitten und Paragraphen der oktroyirten Verfassung. „Die ganze Konstitutionsakte mit ihren Grundrechten, sagen die Narodny Nowiny" hat die Eigenschaft, daß man mehr darauf zu achten hat, was in derselben klugen Weise verschwiegen, als darauf, was wirklich darin gesagt wird. Bei Beurtheilung dieser Verfassung vergesse man nicht, daß dies der schlechte Anfang einer noch schlechteren Fortsetzung ist."

Italien.

* **Malta**, 15. März. Heute landete hier, nachdem er die Quarantaine verlassen, zu einem kurzen Aufenthalte der deutsche Reichsgesandte, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst. Von den Deutschen wurde seine Anwesenheit mit großer Theilnahme begrüßt, von den offiziellen Vertretern der Deutschen aber, den Konsuln, nahm nur ein einziger, der hannover'sche Konsul, von ihm Notiz.

Aus Oberitalien sind keine späteren Nachrichten, als die bereits gestern in der Beilage mitgetheilten eingelaufen. Zwar heißt es unter den Pariser Neuigkeiten, die Regierung habe einen entscheidenden Sieg Karl Alberts erhalten; man kann dem aber nicht trauen. Die ausführlichsten Berichte über die schon bekannten Treffen gibt der Konstitutionel: Am 20. Morgens war das piemontesische Hauptquartier in Novarra. Chrzanowsky hatte dort 50,000 Mann konzentrirt. Gegen 12 Uhr erhielten diese Truppen Befehl, auf der großen Straße nach Mailand gegen Buffalora und Magenta vorzurücken. Die österreichischen Vorposten zogen sich unter Abfeuerung einiger Flintenschüsse auf die piemontesischen Tirailleurs auf Magenta zurück, woselbst Radetzky am 19. nur 25,000 Mann hatte, allein wohin alle anderen Divisionen in Eilmärschen unterwegs waren. Am 20. Abends hatten 4 Divisionen Piemontesen den Tessin bei Novarra überschritten. Am 21. soll ein österreichisches Armeekorps seinerseits den Tessin bei Vigevano überschritten haben und nach Bewältigung eines geringen Widerstandes bis Mortara vorgedrungen sein, so daß es sich zwischen dem auf der Straße nach Mailand vorrückenden Theil der piemontesischen Armee und dem bei Pavia stehenden befand. Wahrscheinlich sind die Piemontesen wieder über den Tessin zurückgegangen und hat das erste Treffen in der Ebene von Vercelli stattgefunden.

* **Turin**, 21. März. Die Deputirtenkammer, welche sich seit vorgestern in Permanenz erklärt hatte, hat das Gesetz über die der Regierung zu übertragenden außerordentlichen Vollmachten in ihrer gestrigen Sitzung mit 77 Stimmen gegen 38 angenommen. Der Minister des öffentlichen Unterrichts Carlo Cadorna ist in der Eigenschaft als Kommissär auf den Kriegsschauplatz abgereist. In der Lombardei soll sich, besonders in den Seegegenden, das Volk bereits erheben.

* **Rom**, 16. März. In der Sitzung der Konstituante vom 15. wurde beschlossen, daß die 60 Deputirten zu der italienischen konstituirenden Versammlung direkt von dem Volke gewählt werden sollen.

* Briefen aus **Neapel** zufolge befindet sich der Pabst in großer Geldverlegenheit. Seine Armee unter den Befehlen des Generals Lucchi hat bereits die von dem König von Neapel ihm geschenkten 80,000 Dukaten, das Geschenk der Königin von Spanien, die 200,000 Scudi, welche die Oesterreicher in Ferrara erpreßt und der Kaiser dann dem Pabst überwiesen hatte, so wie seine Civilliste als Pabst, welche die römische Republik ihm bis jetzt pünktlich gezahlt hatte, verzehrt. Der König von Neapel hat deshalb bereits eine Subscription zu Gunsten des Pabstes eröffnet. Alle Nachrichten aus Palermo lassen die Verwerfung des Ultimatums mit Bestimmtheit voraussehen. Die Kammern haben eine Volkserhebung in Masse angeordnet, in der alle waffenfähigen Männer von 18 bis 30 Jahren begriffen sind. Vor der Hand treten 6 Mann auf 1000 Seelen der Bevölkerung unter die Waffen. In Palermo wird eine mobile Nationalgarde gebildet. Die Freiwilligen schreiben sich in Menge ein.

Redacteur: **H. Kruse.**

№ 87. **Beilage zur Deutschen Zeitung.** 28. März 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsversammlung vom 28. März. Statistik der Abstimmung über das Erbkaiserthum.) Berlin (Die deutsche Sache in der zweiten Kammer. Verhandlungen der ersten Kammer.) Freiburg (Prozeß Struve's.)

Italien. (Die Bewegungen der österreichischen Armee.)

Frankfurter Börsenbericht (Vom 28. März.)

Nachschrift.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 28. März.

Tagesordnung der 196. öffentl. Sitzung.

Berathung und Beschlußfassung über den von dem Verfassungs-Ausschusse zu erstattenden Bericht, die Veröffentlichung der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes, sowie die Wahl des Kaisers betreffend.

Alle Zuschauerräume sind lange vor der Zeit schon gedrängt besetzt. Die Abgeordneten bilden geräuschvoll gesprächige Gruppen in den Gängen und um das Bureau. Unter ihnen gewahren wir den bairischen Minister Hrn. v. Beisler, der so eben von München eingetroffen zu sein scheint — um einen Tag „zu spät", wie er zu seinem Bedauern bemerkt haben wird. Die Sitzung wird gegen 12 und ¾ Uhr erst, durch den Präsidenten, Herrn Eduard Simson eröffnet. Vollständige Abdrücke der deutschen Verfassung sind bereits vorhanden und werden vom Bureau herab ausgegeben. Dagegen hat die Verzögerung des Beginns der Sitzung daher gerührt, daß der Ausschußbericht noch nicht in der gehörigen Anzahl von Exemplaren vorhanden war. Diese treffen endlich ein und der Ausschußantrag lautet folgender Maßen — wobei wir darauf aufmerksam machen, daß ein Minderheitserachten von der Linken nicht gestellt ist. Nur die Partikularisten haben dergleichen eingebracht:

In Folge des in der Sitzung vom 27. März c. gefaßten Beschlusses stellt der Verfassungsausschuß den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle beschließen: 1) In Beziehung auf die Vollziehung und Verkündigung der Reichsverfassung: A. die Verfassung wird von dem Büreau und den Mitgliedern unterzeichnet. B. sie wird von der Nationalversammlung verkündigt und zwar in folgender Form:

Der Eingang soll lauten:

Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen und verkündigt als Reichsverfassung: Verfassung des deutschen Reichs. u. s. w.

Der Schluß soll lauten:

Zur Beurkundung.
(Ort.) (Zeit.)

II. In Beziehung auf die Wahl des Kaisers:

A) Die Wahl des Kaisers soll sofort von der Nationalversammlung vollzogen werden. B) Die Wahl erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit. C) Jedes Mitglied der Nationalversammlung wird mit Namensaufruf aufgefordert, den regierenden deutschen Fürsten zu nennen, welchem er seine Stimme giebt. D) Die erfolgte Wahl des Kaisers wird sofort Namens der Nationalversammlung durch ihren Präsidenten öffentlich verkündet. E) Der erwählte Kaiser soll durch eine Deputation der Nationalversammlung eingeladen werden, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Reichs-Verfassung anzunehmen. F. Die Nationalversammlung spricht das feste Vertrauen aus, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands, großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung, die Verwirklichung der von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern werden.

III. Daß die Nationalversammlung versammelt bleibe, bis der nächste Reichstag nach den Bestimmungen der Reichsverfassung berufen und zusammengetreten sein wird.

I. Minoritätserachten.

Die Nationalversammlung beschließe:

1) Die Wahl desjenigen regierenden Fürsten Deutschlands, welchem die verfassungsmäßige Reichsoberhauptswürde und zwar erblich im Mannesstamme seines Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt übertragen werden solle, hat von einem ausdrücklich zu diesem Zweck einzuberufenden Reichstage zu geschehen.

2) Die Einberufung dieses Reichstages so wie Ausschreibung der Wahlen zu den beiden Häusern desselben nach Maßgabe der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes hat durch die provisorische Centralgewalt statt zu finden.

3) Als der Tag der Versammlung des Reichstags wird der 1. Mai 1849 und als Versammlungsort Frankfurt am Main bestimmt.

4) Die Wahl des Reichsoberhauptes geschieht in einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Häuser nach absoluter Stimmenmehrheit.

5) Dem gewählten regierenden Fürsten wird der Beschluß des Reichstages durch eine von demselben gleichfalls in gemeinschaftlicher Sitzung beider Häuser zu wählenden Deputation angezeigt und er nach Erklärung seiner Annahme durch den Reichstag als Reichsoberhaupt proklamirt.

6) Das Reichsoberhaupt legt sodin nach Maßgabe der Reichsverfassung den darin vorgeschriebenen Eid ab und übernimmt die Reichsregierung.

7) Mit dieser Uebernahme der Reichsregierung hört die Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt auf.

8) Im Falle der gewählte regierende Fürst die Wahl nicht annehmen sollte, so ist nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes von dem Reichstage zur neuerlichen Wahl zu schreiten.

Detmold. Sommaruga. Mühlfeld.

II. Minoritätserachten.

Die Natinalversammlung beschließe:

„Die nunmehr angenommene deutsche Reichsverfassung sei, nach dem über die Verkündigung der Reichsgesetze unterm 23./27. September 1848 erlassenen Reichsgesetze durch die provisorische Centralgewalt auf die in diesem Gesetze enthaltene Art und Weise zu verkündigen."

Mühlfeld. Detmold. Lassaulx. Sommaruga.

Nachdem der Präsident den Mehrheitsantrag sowohl, als die beiden Minderheitserachten verlesen hat, theilt er mit die verschiedenen Verbesserungsanträge der Herren Polaczeck, Simon von Trier, v. Linde (Unruhe gleich bei der Verkündigung eines solchen, die sich unter dem Verlesen der weitläufigen Schrift mehrmals und stärker wiederholt — Hr. v. Linde beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Ausschußvorschlag —) Ahrens aus Salzgitter (der erst Gewißheit über die Annahme der Kaiserwürde erlangen und deshalb von der Centralgewalt Unterhandlungen einleiten will) und den Zusatzantrag von Moritz Mohl, daß nur die Nationalversammlung selbst das Recht habe, sich bis zur Einberufung des neuen Reichstags zu vertagen. Endlich erregt durch seine absonderlichen Erwägungen die gewöhnliche Heiterkeit des Hauses heute in erhöhter Weise: ein Antrag auf Tagesordnung von Hrn. v. Lassaulx. Die Herren v. Radowitz, Naumann und Genossen beantragen den Zusatz, daß den Bevollmächtigten der deutschen Einzelnstaaten Exemplare der deutschen Verfassung zur Behändigung an ihre Regierungen durch das Bureau der Nationalversammlung ausgefertigt werden sollen. Ein Antrag mehrerer Oesterreicher endlich geht dahin, daß die Kaiserwahl durch die Urwähler in ganz Deutschland an einem und demselben Tage des Mai Statt finde.

Das Wort erhält zuerst als Berichterstatter des Ausschusses Herr Mittermaier. Er setzt die Gründe auseinander, die den Ausschuß dazu bestimmen, daß die Verfassung nicht durch die Centralgewalt, sondern unmittelbar durch die Nationalversammlung selbst verkündet werde. Dies sei ihrem „verfassunggebenden" Charakter angemessen. In ähnlicher Weise sei auch vorgegangen worden bei der Erschaffung der provisorischen Centralgewalt. Eine Mittheilung von Exemplaren an die Centralgewalt zur weiteren Verbreitung werde darum nicht ausgeschlossen. Es ist gesagt worden, wir hätten nicht den Auftrag gehabt, einen Kaiser zu ernennen. Aber durch alle Unklarheit der Wünsche derer, die uns hierher beauftragten, ging deutlich und allgemein das Mandat, daß wir Deutschland fest und zu einem Bundesstaate gestalteten. Dieser Bundesstaat ists', der den Kaiser erforderlich macht, und was die Frage anlangt, wann soll gewählt werden, so antworte: ich sofort. Kein Augenblick der Verzögerung soll eintreten zwischen Beschluß und Ausführung der Verfassung, auch bedarf es keiner Voruntersuchung darüber, ob der zu Erwählende die Krone annehmen werde, und was die Verständigung mit den deutschen Fürsten anlangt, so weist Herr Mittermaier auf den Satz unter F des Ausschußantrags hin, der das Vertrauen der Nationalversammlung auf den Patriotismus der Fürsten wie der Volksstämme ausspricht. Das Recht der Deutschösterreicher aber an der Theilnahme an unserer Verfassung, es ist nicht aufgegeben, es ruht nur. Die Plätze in unseren Herzen nicht nur, auch in unserem Staate bleiben ihnen vorbehalten. Schließlich vertheitigt der Redner noch die Bestimmung unter III, daß die Nationalversammlung versammelt bleibe bis der nächste

Reichstag zusammen getreten sei. Für unser Werk haben wir nur eine moralische Macht einzusetzen. Ists aber gut, so wirds bestehen. Wir empfehlen es der Kraft des deutschen Volkes, welches unüberwindlich ist, wenn ihm das Recht zur Seite steht. (Beifall.)

Herr Reichensperger erklärt sich für das Minderheitserachten unter I. Für die Aufschiebung der Kaiserwahl habe ich Autoritäten anzuführen, die von der Majorität nicht zurückzuweisen sein werden. Als wir die provisorische Centralgewalt schufen, sprachen die gewichtigsten Stimmen ihre Bedenken aus und doch handelte es sich damals nicht um die Einsetzung einer Erbdynastie. Sowohl Herr v. Gagern, als Herr Dahlmann — deren deßfallsige Aeußerungen Herr Reichensperger verliest, — waren damals bedenklich wegen der Art, wie die deutschen Regierungen die Erschaffung der Centralgewalt aufnehmen würden. Jetzt handelt es sich bei der viel wichtigeren Maßregel der Kaiserwahl nicht blos um Bedenken, sondern wir haben sogar die Gewißheit von der geradezu entgegengesetzten Meinung der Regierungen, wie der Redner zunächst aus der preußischen Note vom 23. Januar zu belegen sucht. (Widerspruch.) Früher ferner war zwischen uns in diesem Hause nur Streit darüber, ob Vereinbarung oder Verständigung. Jetzt will man über beides hinweggehen und dem Verfassungsgebäude einen Schlußstein geben, der am Ende das Gebäude erdrückt. Für die Dringlichkeit, die Hr. Mittermaier behauptet hat, ist er uns die Gründe schuldig geblieben. Schlagen Sie daher den Ausweg ein, den Ihnen das Minderheitserachten unter I. darbietet, so vergeben Sie der Macht des Volkes nichts und setzen das Werk zugleich nicht der Gefahr des Fehlschlagens aus. Vermeiden wir die überstürzende Hast, die seit einigen Tagen in dieser Versammlung herrscht — sie macht wirklich einen unheimlichen Eindruck (Gelächter und Unruhe), denn es verräth sich darin ein Mangel von Vertrauen zu sich selbst. Ich kann nur wünschen, daß die Zukunft diesem Mißtrauen Unrecht geben möge. (Beifall von einem Theile des Hauses.)

Obschon sich noch mehrere Redner angemeldet haben, so beschließt die Versammlung doch schon hier den Schluß der Debatte. Noch bevor die Fragestellung festgesetzt ist zieht Hr. v. Sommaruga das Minderheitserachten unter Nr. II. für sich und die Mitunterzeichner zurück. Sodann wird verworfen der Lassaulx'sche Antrag auf Tagesordnung und der Antrag des Hrn. v. Linde und Genossen. Hr. Ludwig Simon zieht seinen Antrag in der Voraussetzung (zurück Bravo! von der Rechten), daß die von ihm beantragten Zusätze sich dadurch erledigt haben, daß sie in dem Ausschußantrage selbstverständlich mit enthalten seien.

Mit großer Mehrheit werden sodann — auch die Linke erhebt sich zahlreich dafür — angenommen, sowohl die Ausschußanträge unter I., als die unter II. und III., unter Ablehnung aller sonstigen Zusätze und Verbesserungsanträge. Allgemeine Bewegung nachdem dieser] Beschluß gefaßt ist und Pause!

Das Haus verschreitet zur Kaiserwahl, die der Präsident mit folgenden Worten einleitet:

Meine Herren, zur Vollziehung der Beschlüsse, die die Nationalversammlung eben auf Antrag des Verfassungsausschusses in Betreff der Vollziehung und Verkündung der Reichsverfassung gefaßt hat, werde ich die eben revidirten Verfassungsurkunden dem Bureau und den andern Mitgliedern der N.-V. vorlegen lassen. Inzwischen wird die Versammlung darin übereinstimmen, daß mit unserer Erklärung die in Rede stehende Verfassung, wie sie aus den Beschlüssen der letzten Tage hervorgegangen ist, hiermit als verkündet angenommen worden ist. Dies vorausgesetzt meine Herrn, gehen wir zu der Vollziehung der Beschlüsse unter II. in Beziehung auf die Wahl des Kaisers über. Ich werde jedes Mitglied mit Namensaufruf auffordern lassen, den regierenden deutschen Fürsten zu nennen, welchem er seine Stimme für die Kaiserwürde gibt. Ich weiß meine Herrn, es ist Niemand in diesem Hause, der nicht mit mir in dem inbrünstigen Wunsche sich vereinigt, daß der Genius unseres Vaterlandes walten möge über dieser Wahl. (Feierliche Stille.)

Die Abstimmung geschieht, indem der Schriftführer langsam die Namen der Mitglieder verliest, worauf diese von ihren Plätzen mit dem Namen des deutschen Fürsten antworten, den sie zur Kaiserkrone berufen wissen wollen. Die ersten Namen im A. gehören Oesterreichern an, die mit dem Rufe: „stimmt nicht" antworten, worin sie die Mitglieder der äußersten Linken, die Ultramontanen und die verhärteten Partikularisten von Baiern, Hannover u. s. w. zu Begleitern haben, wie v. Bothmer, Detmold, Hugo, v. Linde u. A. Der Erste der den Namen, der dann so häufig wiederkehrt: „Friedrich Wilhelm, König von Preußen" ausspricht, ist Hr. Albert von Quedlinburg. Hr. Berger aus Wien: wählt keinen deuschen Kaiser, Graf Deym von Hohenelbe in Böhmen antwortet: „Ohne Mandat". Sepp aus München: „wählt keinen Gegenkaiser". (Unwille.) Hartmann aus Leitmeritz: „will nicht Theil haben an einem Anachronismus und wählt nicht" (eine Motivirung die mit Zischen aufgenommen wird). Heckscher ruft mit Heftigkeit, daß er sich der Wahl enthalte. Desto nachdrücklicher trägt der ihm folgende Henkel aus Kassel sein: „Friedrich Wilhelm der vierte König v. Preußen" vor. Hr. Jürgens nennt denselben Kaisernamen; auch die Hrn. Kirchgeßner aus Würzburg, Haubenschmidt aus Passau, Paur aus Augsburg, Schober aus Stuttgart, Temme aus Münster. Fürst Waldburg-Zeil ruft: „Ich bin kein Kurfürst!" Hr. Mohr aus Ingelheim „wählt kein erbliches" — das Wort fehlt ihm und die Versammlung ergänzt lachend: — „Oberhaupt". Noch weiter geht Hr. v. Trützschler aus Sachsen, der gar kein Oberhaupt wählt, wie er versichert. Hr. Raveaux enthält sich der Wahl, Hr. Reinhard aus Boytzenburg und Hr. Schlöffel verwahren sich mit Eifer gegen „die Wahl eines Fürsten."

Gegen 3 Uhr ist der Wahlakt vorüber. Der Präsident verkündet dann das Ergebniß desselben. Die 290 abgegebenen Stimmen haben sich auf **Friedrich Wilhelm IV.** König von Preußen vereinigt. 245 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. Der Präsident — wir tragen seine Worte in der morgenden Nummer nach — proklamirt daher Friedrich Wilhelm als den von der verfassunggebenden Nationalversammlung auf Grund der Verfassung erwählten „Kaiser der Deutschen". Die Versammlung erhebt sich einhellig — nur die Mitglieder der äußersten Linken bleiben sitzen — ruft dem Vaterlande und Kaiser Lebehoch und man hört das Glockengeläute einfallen.

Die nach Berlin bestimmte Deputation zur Ueberbringung der Kaiserwahl soll vom Bureau ernannt, aus 24 Mitglieder bestehen und an ihrer Spitze sich der Präsident der Nationalversammlung befinden.

Nächste Sitzung morgen früh 10 Uhr.

⊙ **Frankfurt**, 28. März. Von den preußischen Abgeordneten haben gegen den Erbkaiser gestimmt: Die Herren v. Bally, Braun aus Bonn, Buß (aus Freiburg, gewählt für Westphalen), Caspers, Clemens, Cornelius, Dahm, Goltz aus Brieg, Grubert, Hoffbauer, Jungkmann, Levysohn, Martiny, Meyer aus Liegnitz, Müller (aus Würzburg, gewählt für Rheinpreußen), Nauwerk, Raveaux, Reichensperger, Reinstein aus Naumburg, Rösler, Schmidt aus Löwenberg, Schlöffel aus Halbendorf, Ludwig Simon, Temme aus Münster, Trabert aus Rausche, Vogel aus Guben, Welbeker aus Aachen (gegen den regierenden Fürsten, aber für die Erblichkeit), Zimmermann aus Spandow. Eine bei Weitem fester zusammenhängende Masse bildeten die Oesterreicher, von denen Einer wie der Andere gegen das Erbkaiserthum und gegen die Erblichkeit stimmte, mit Ausnahme der in unserm Parlamentsberichte bereits aufgeführten Herren Makowiczka, Reitter, Schneider und Rößler aus Wien. Herr Groß aus Prag bejahte das Kaiserthum, enthielt sich aber in der Erblichkeitsfrage der Stimme.

Baiern hat gegen siebenzig Stimmen auf dem Reichstage. Von ihnen haben sich bejahend entschieden: die Herren Bachmeier aus Forchheim, Barth aus Kaufbeuren, Bassermann (gewählt für Stadtprozelten), Bauer aus Bamberg, Graf Giech, Herzog aus Ebermannsstadt, Kraft aus Nürnberg, Paur aus Augsburg, Zeltner aus Nürnberg (für den Kaiser, gegen die Erblichkeit), Pötzl (wie Paur), Stahl aus Erlangen, v. Raumer aus Dinkelsbühl, Reitmayr aus Regensburg (dieser wie Pötzl und Paur), Freiherr v. Rotenhan und v. Zerzog aus Regensburg. Hannover hat vierundzwanzig Stimmen, von denen sich die Herren Breusing, Brons, Behnke, Dröge, Freudentheil, Gravenhorst, Groß aus Leer, Grumbrecht, Hoppenstedt, von der Horst, Nikol, Plaß, v. Quintus-Icilius, v. Reden, Röben, Wedekind und Zachariä aus Göttingen, mithin 17 Abgeordnete für das erbliche Kaiserthum erklärt haben. Dagegen nur die Herren Ahrens aus Salzgitter, v. Bothmer, Detmold, Deymann, Hugo, Winter und Zum Sande. Würtemberg ist vertreten mit 26 Stimmen. Von ihnen haben die obi-

gen Fragen bejaht: die Herren Fallati, Federer, Haßler aus Ulm, Mathy (gewählt für Calw), Robert v. Mohl, Rümelin, Wurm (gewählt für den 1. würtembergischen Neckarkreis), Wiest (für den Kaiser, über die Erblichkeit der Stimme sich enthaltend). Von den Sachsen haben bejaht: die Herren Biedermann, Hallbauer, Mammen, Maukisch, Stieber, Zöllner. Herr Koch aus Leipzig, auf dessen Ja mit Sicherheit zu rechnen gewesen wäre, fehlte. Alle übrigen Stimmen haben verneint.

Von neunzehn Badnern bejahen die Herren Helbing, Mittermaier, v. Soiron, Welcker und Zittel. Das Großherzogthum Hessen (12 Stimmen im Reichstage) hat zu den Bejahenden gestellt: die Herren Emmerling, Heinr. v. Gagern, Hofmann aus Friedberg, Reh aus Darmstadt, Wernher v. Nierstein. Kurhessen (11 Stimmen): die Herren Henkel, Bernhardi, Cnyrim, Hildebrand aus Marburg, Jacobi aus Hersfeld, Jordan aus Marburg, Schwarzenberg, Werthmüller. Von Schleswig-Holstein-Lauenburg (11 Stimmen) Bejahende: die Hrn. Claussen, Dahlmann, Droysen, Esmarch, Francke, Gülich (für den Kaiser gegen die Erblichkeit) Michelsen, Riesser, Waitz. Abwesend war der Vicepräsident Herr Wilhelm Beseler aus Schleswig. Der einzige Engel aus Pinneberg verneinte Kaiserthum und Erblichkeit. Mit Ausnahme eines Herrn Reinhard stimmten ferner die Mecklenburg-Schweriner wie Ein Mann bejahend. Von den sechs Nassauern enthielten sich die Herren Hehner und Schulz aus Weilburg der Abstimmung, die übrigen bejahten. Sämmtliche Luxemburger und Limburger (5) bejahten, Einer, Hr. Schönmackers fehlte. Von den fünf Oldenburgern bejahten die Herren v. Buttel, Rüder, Mölling. Von den vier Braunschweigern verneinte nur der Pastor ab Amphryso, Hr. Jürgens. Aus Sachsen-Weimar verneinte ebenfalls nur Hr. Schüler aus Jena. Von Sachsen-Koburg-Gotha bejahten beide Abgeordnete, die Herren Becker und Briegleb. Aus Meiningen und Hildburghausen desgleichen bejahten beide Vertreter, die Herren Johannes und Müller. Sachsen-Altenburg gab ein Nein und ein Ja. Mecklenburg-Strelitz, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Schwarzburg-Sondershausen sämmtlich mit je einem Abgeordneten: Ja. Desgleichen die Vertreter von Waldeck, Reuß ältere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe Detmold. Dagegen fällt ein Nein von Schwarzburg-Rudolstadt, von Hohenzollern-Sigmaringen, Lichtenstein und Reuß jüngere Linie. Der Abgeordnete von Hessen-Homburg enthielt sich der Stimme. Die Vertreter der freien Städte bejahten sämmtlich, bis auf Herrn Heckscher, den verunglückten Reichsminister.

> **Berlin**, 26. März. In der heutigen Sitzung legte Hr. Simon aus Trier sein Mandat nieder. Die demokratische Partei wünscht seinen Sohn Ludwig Simon, der inzwischen dreißig Jahr alt geworden, zum Abgeordneten zu erwählen. Doch wird der Piusverein sein Möglichstes gegen dessen Wahl aufbieten. Die Berathung über die deutsche Frage wird fortgesetzt. v. Auerswald erhob sich gegen den d'Esterschen Entwurf: „Zur Erreichung des großen Ziels der innigen Vereinigung aller deutschen Volksstämme zu einer Staatseinheit werden wir jederzeit bereitwilligst mitwirken." So sagt der d'Estersche Entwurf. Meine Herren! Legen Sie die Hand auf's Herz! Ich frage Sie: Wenn Metternich an der Spitze eines deutschen Staates stände und, aufgefordert, zur deutschen Einigung beizutragen, die eben angeführten Worte des d'Esterschen Entwurfs zur Antwort gäbe: würden Sie, meine Herren, nicht sagen: Das ist die Sprache der alte Diplomatie, wo immer nur von der Bereitwilligkeit die Rede. Er wandte sich zunächst an die Linke, welche die Forderung der Freiheit immer vor der Einheit berücksichtigt wissen will und fuhr fort: Ich komme jetzt auf die von jener Seite gemachten Vorschläge: eine innigere Vereinigung mit Oesterreich aufrecht zu erhalten. Ich stimme diesen Wünschen vollkommen bei, und es ist gewiß Niemand unter uns, der nicht Oesterreich, an Ehren und an Siegen reich, dem deutschen Vaterlande erhalten möchte. Aber wir dürfen doch nicht unleugbaren Thatsachen gegenüber die Augen schließen. Wir können doch immer nur das Mögliche wollen. Wenn wir nun einmal Oesterreich nicht zwingen können und wollen, seine deutschen und nicht-deutschen Länder nur durch eine Personalunion zu verbinden und dann mit den deutschen Ländern dem Bundesstaate beizutreten; wenn wir nun einmal ein Volkshaus haben wollen und Oesterreich nur ohne ein Volkshaus eintreten will; wie sollen wir es dann machen, daß Oesterreich nicht ausgeschlossen werde? Sollen wir uns deßhalb verbieten lassen, in unserm eignen Hause zu thun, was wir wollen? Lebhaften Beifall rief der Schluß seiner Rede hervor. Lassen Sie uns nach der preußischen Note vom 10. März, welche wir mißbilligen, die Regierung wieder kräftigen und ihr offen erklären, daß wir unsern männlichen Beistand zu jedem männlichen Entschlusse leisten wollen. Möchten wir uns alle so verhalten, daß man einst auf unsern Grabstein jene Worte setzen kann, die einst ein besserer Mund gesprochen: der, ob alle Welt auch zweifelt, nie am Vaterland verzweifelt." Graf Arnim, so hart angefaßt, brachte seine gewöhnlichen nichtssagenden Ausreden vor, schloß indeß mit den Worten: Das aber geht als bleibend daraus hervor, daß, wenn Oesterreich auf eine Volksrepräsentation nicht eingehen wollte, wir bestimmt dem entgegentreten würden, und daß wir der Ansicht sind, daß jedenfalls eine Volksrepräsentation, ein Volkshaus oder wie sie heißen möge, bestehen müßte. Traurig, diesen Hampelmann in diesem Augenblicke an der verantwortlichsten Stelle des preußischen Staates zu erblicken. Herr Rodbertus rügte scharf das Verfahren des preußischen Ministeriums in der deutschen Frage und zog folgende Summe aus seinen Betrachtungen: „1) der engere Staatenbund der Regierungen ist nicht der des Gagernschen Programms. In der Cirkularnote vom 23. Januar läßt der engere Bundesstaat die Auslegung zu, daß er die Bedürfnisse Deutschlands anerkennt, aber kein politischer Körper ist, weil Oesterreich davon ausgeschlossen wird. 2) Daß eine vollständige Uebereinstimmung der österrreichischen und preußischen Regierung besteht. Preußen erkennt an, was Oesterreich in Bezug auf den Bundesstaat gethan hat, und wenn der Minister des Auswärtigen auch sagt, daß die Note am 23. Januar die hauptsächliche Grundlage der preußischen Politik bildet, so steht die Note vom 10. März damit zu sehr in Zusammenhang, als daß sie davon getrennt und übersehen werden könnte. 3) Die Verständigung, welche die deutschen Fürsten beabsichtigen, ist nur ein Bundesstaat, der der alte mit einem neuen Namen ist. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir auf der bundesstaatlichen Einheit bestehen und die National-Versammlung so lange stützen müssen, als sie besteht. Herr Rodbertus scheint Alles in Deutschland auf eine neue Umwälzung zu deuten, wo man „energischer" verfährt. Die Minister v. d. Heydt und Graf Brandenburg verwahrten sich gegen die der preußischen Politik gemachten Vorwürfe. Graf Brandenburg erklärte, es der Regierung schuldig zu sein, auf die Bemerkungen des Abg. Rodbertus zu erklären, daß die Regierung bei diesen Noten eben so offen und ehrlich wie bei allen ihren Maßregeln zu Werke gegangen sei. Ihre Absicht gehe dahin, in Verbindung mit Oesterreich ein starkes und einiges Deutschland zu Stande zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, so werde die Regierung auf die Bildung eines engeren Bundesstaates bedacht sein.

Hr. v. Kirchmanns individueller Wunsch ist es, daß die Frankfurter Versammlung auseinandergehe, sammt der Centralgewalt. Denn die Macht der Völker ist gebrochen, die der Fürsten erstarkt. Diese waren die großen Hindernisse für deutsche Einheit und Freiheit. Um zu diesem Ziele zu gelangen, sieht Hr. Kirchmann nur zwei Wege, einen französischen Krieg, oder das Erstarken der Freiheit in den Einzelstaaten. Schließlich nahm Hr. v. Vincke als Berichterstatter das Wort. Er weist aus den Noten nach, daß die Regierung Preußens unzweideutig den Bundesstaat des Gagern'schen Programms erstrebe. Aber der größte Vorwurf, den man der Note vom 20. März machen könne, sei das, was das Ministerium des Auswärtigen zu ihrer Vertheidigung anführe: sie sage gar Nichts. Er erwarte von Sr. Maj. Regierung, zumal in so wichtigen Augenblicken etwas ganz Anderes, als eine nichtssagende Politik. Eine solche Politik sei der Regierung Sr. Maj. nicht würdig. (Sensation). An die Stelle eines echt deutschen Mannes habe ein Mann in Preußen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, der die alte Metternich'sche Politik am Wiener Hofe im Namen Preußens vertreten habe. Wenn der Hr. Ministerpräsident durch seine Erklärung alle Besorgnisse in dieser Hinsicht beseitigt habe, so bleibe doch der Vorwurf, daß man in einem Augenblick nicht über die diplomatischen Formen hinausgegangen sei, und die Wünsche der Regierung nicht bestimmt ausgesprochen habe. — Das Amendement von D'Ester wird verworfen; eben so das von Rodbertus. Und der erste Satz des Kommissions-Entwurfs wird mit 172 gegen 149 Stimmen angenommen.

Ueberſicht.

Die deutſchen Staaten und Oeſterreich.

Deutſchland. Prag (Die Lipa Slowanska an ihre Filialvereine.) München (Die diplomatiſchen Soupers des Grafen Bray. Der ruſſiſche und öſterreichiſche Geſchäftsträger. Thätigkeit des Grafen Montgelas beim hannoverſchen Kabinet. Die Enthüllungen bairiſcher Staatsmänner. Gerücht über beabſichtigte Kammerauflöſung und Oktroyirung. Adreſſen gegen die Grundrechte. Ein halbamtlicher Artikel in der Allgemeinen Zeitung.) Gotha (Proklamation des Herzogs.)

Schweiz. Zürich (Italien und die Schweiz. Rilliet-Conſtant. Der „Landesprozeß.“ Die Schweizer Geiſtlichkeit. Direktorialſyſtem in Zürich.)

Niederland. Haag (Die Stimmung des Landes. Der Geſetzentwurf über das Vereins- und Verſammlungsrecht. Die Umſchmelzung der Münzen.)

Amerika. Kanada (Die Gährung in Oberkanada. Der Volkstribune M'Nab. Straßentumulte. Stürmiſche Scenen im Parlament zu Montreal und Bittſchriften um Auflöſung deſſelben.) Vereinigte Staaten (Taylors Kabinet. Ein Departement des Innern geſchaffen. Beſchlüſſe des Kongreſſes. Ausländern das Geldſammeln unterſagt. Braſilien (Rückzug der Inſurgenten. Neues Treffen.) Buenos-Ayres (Schlimme Lage von Montevideo. Roſas beſteht auf Genugthuung Seitens Englands und Frankreichs.)

Die deutſchen Staaten und Oeſterreich.

* **Vom Rhein**, 26. März. Es freut mich, in der Befürchtung, die zweite Leſung der Verfaſſung möchte ſich weit hinausſchieben, Unrecht behalten zu haben; es wird die größte meiner Freuden ſein, in allen meinen Befürchtungen Unrecht zu behalten. Daß kann mich nicht hindern, mich vor der Hand jeder Hoffnung zu entſchlagen; es wird ein reiner Zufall ſein, wenn die kaiſerliche, die erbliche, die preußiſche Frage nun noch günſtig und nach unſern Anſichten entſchieden werden ſollte. Ja wenn das Verdienſt der Verfechter dieſer Sache und wenn der Werth der Sache in ſich den weiteren Anſchluß einer Anzahl von Stimmen bewirken ſollten, die eine Majorität entſcheiden, ſo iſt es außer Zweifel, daß dieſe Entſcheidung, dieſer Sieg der Vernunft weit nicht die glänzenden Folgen haben wird, die im erſten Anlauf ein Sieg des politiſchen Taktes und der vaterländiſchen Erhebung gehabt hätte. Dieſer Takt, dieſe Erhebung, dieſer längſt entſchiedne Sieg aber muß anerkannt werden, wenn wir uns unter uns, in der Familie, ohne die Oeſterreicher denken, die nicht in die Berathung über eine Verfaſſung gehören, der ſie nicht angehören können. Es iſt daher mein ewiges ceterum censeo, daß wenn die Nationalverſammlung in Frankfurt nicht den Muth hat oder nicht die Möglichkeit ſieht, oder nicht die Rückſichtsloſigkeit etwa will, die Oeſterreicher zu entfernen, die Stände und Regierungen der Einzelſtaaten dieſe Mühe auf ſich nehmen müſſen. In Kaſſel hat man die Frage zum zweitenmale aufgegriffen, ich hoffe, daß man zunächſt in Karlsruhe und Darmſtadt das Beiſpiel nachahmen werde, daß dann die Kundgebung dieſer Stimmen Nachhall bei allen den Staaten findet, welche die Kollektivnote mit Preußen unterzeichnet haben und außerdem in Hannover, ſo daß es zuletzt auch den preußiſchen Kammern möglich gemacht wird, eine Erklärung in dieſem Sinne abzugeben. Die Erklärung, die auf dem kürzeſten Wege zum Ziele führt, würde die ſein: daß die ꝛc. Stände den Welcker'ſchen Antrag mit großer Mehrheit angenommen betrachten, indem nach den Noten der öſterreichiſchen Regierung und nach der im Volke ohne Widerſpruch aufgenommenen oetroyirten Verfaſſung die faktiſche Unmöglichkeit vorliege, daß Oeſterreich in den deutſchen Bundesſtaat eintrete, und ſomit die Stimmen der öſterreichiſchen Abgeordneten nicht gültig erachtet werden können. Die Stände der kleinen Staaten werden nach den Enthüllungen, die Sie in Ihrem geſtrigen Blatte gegeben haben, einſehen, daß ein Schritt dieſer Art, ein Schritt, der an Beſtimmtheit nicht hinter der von mir gegebenen Formel zurückbleibt, eine heilige und unverſchiebbare Pflicht iſt, ſo daß ſie gegen die ſchmählichen Machinationen Oeſterreichs nicht frei, nicht offen, nicht energiſch genug auftreten können. Und auch die preußiſchen Stände werden nicht mit einer übel angebrachten Pruderie zu dieſen Machinationen ſtille ſchweigen, die ſo plump und handgreiflich darauf hinausgehen, Preußens Macht und Einfluß auf Deutſchfür alle Zukunft zu brechen und das vandaliſche Reich an der Oſtſee zum Satelliten des vielvölkerigen Reichs der Mitte, des römiſchen China's, zu machen. Warte man ja nirgends bei den Ständen der kleinen, willigen deutſchen Staaten die Abſtimmungen bei der zweiten Leſung ab, ja halte man ſogar dieſe Entſcheidungen nicht für überflüſſig, wenn ſelbſt wider Verhoffen die Abſtimmung über die Oberhauptsfrage günſtig ausfallen wird. Wie dieſe Abſtimmung auch ausfallen möge, ſo wird ein deutſcher Staat nicht anders begründet werden als durch einen Bruch mit Oeſterreich. Dieſer Bruch aber kann nicht laut und kräftig genug von den deutſchen Staaten erklärt werden, um Preußen den nöthigen Muth einzuflößen und den nöthigen Verlaß zu geben, daß es auch an Deutſchland eine Stütze haben werde, wenn es die gefährliche Miſſion übernimmt, dieſen Bruch mit Oeſterreich durchzufechten. Denn das verhüte Gott, daß die Nachrichten wahr ſeien, die das Frankfurter Journal heute geſchäftig ausſtreut, Preußen werde ſeinen Deputirten in Frankfurt die Diäten entziehen und mit Oeſterreich vereinbaren! Auch die Frankfurter Ober-Poſt-Amts-Zeitung fängt bereits an, obgleich das alte Miniſterium noch beſteht, die Brücke zu bauen für die Doktrin des zu erwartenden. Der Leiter dieſer Zeitung von heute predigt, was das Journal verkündigt aus Berlin, ſchon als geſchehen: die Nationalverſammlung werde einſehen, daß ſie jetzt nur noch durch Beſchlüſſe wirkſam ſein könne, die das Zuſtandekommen einer Tranſaktion zwiſchen Preußen und Oeſterreich erleichtern! Wir müßten in das Stadium einer ſolchen Tranſaktion eintreten, da an einen Bruch zwiſchen Preußen und Oeſterreich nicht zu denken ſei! Verhüte Gott, wiederhole ich, daß dieß die Meinung irgendwo ſei, außer unter den Trägern und den etwaigen Helfershelfern der florentiniſchen Politik in Frankfurt. Denn an einen Bruch zwiſchen Oeſterreich und Preußen iſt eben jetzt, und nur jetzt, und jetzt ganz und gar zu denken. Denn nun iſt dieſe treu- und ehrloſe Macht noch in Ungarn und Italien im Schach zu halten; nun iſt auf eine Allianz mit England und Frankreich noch zu hoffen; und wo die Welt doch in Brand zu gerathen ſcheint, geht dieſer in dem großen Ganzen unſcheinbare Bruch am unbemerkteſten hin. Wenn aber auch von allem dem Nichts wäre, wenn die Welt im tiefſten Frieden läge, wenn Rußland mit Oeſterreich noch ſo ungehindert drohte, ſollten wir an einen Bruch nicht denken dürfen, wo man auf eine ſo proſtituirende Weiſe von Oeſterreich her ein Veto auf die Konſtituirung Deutſchlands geſetzt hat, nachdem man aus unſerer Nationalverſammlung feierlich vor aller Welt, und Oeſterreich mit, zur Konſtituirung berufen hat? Mich wundert, daß die Dinte nicht erröthet, die ſo ehrloſen Worten Verbreitung geben muß; an die Fahrloſigkeit des Menſchen hat man ſich lange gewöhnen müſſen. Das fehlte grade noch zum würdigen Ausſpielen unſerer politiſchen Narren, daß im letzten Augenblicke auch noch Preußen zur Oktroyirung einer nichtigen Verfaſſung und zu Begründung eines neuen Zwitterverhältniſſes mit Oeſterreich die Hand böte! Denn wohl möchte man mit Ihrem verehrten Mainkorreſpondenten aufrufen zur Rückkehr in die ſtaubige Studierſtube, wenn nur nicht die Schmach gar ſo groß wäre, als daß ſie irgend ſelbſt von einer ſo ſtaubigen Schreiberſeele könnte mit ſoviel Geduld ertragen werden, als doch in der Studierſtube unentbehrlich iſt. Nein, käme es ſo, dann wäre ſelbſt für den geduldigſten und gefaßteſten und gleichmüthigſten Mann der leidige Troſt gegeben, daß er ohne allen Zweifel und ohne alles Zögern wüßte, welche Partei er zu ergreifen hätte. Eine heilloſere Wunde wäre der Ehre einer Nation nie geſchlagen worden und kein Heilmittel würde zu verzweifelt ſein, wenn es Hoffnung zu ihrer Herſtellung gäbe. Möchte der Weg es zunächſt über unſeren eignen Ruin führen! Wer würde ſo geizig mit ſeinem Leben ſein, es für die Zukunft des Vaterlands und ſeine Ehre nicht einſetzen zu wollen!

Deutſchland.

Prag, 23. März. Die Lipa Slovanska veröffentlicht in ihrem heutigen Blatte folgenden Aufruf an ihre Filialvereine. „Das nun erſchienene Aſſociationsgeſetz ſteht der Freiheit ſo ſchroff entgegen, wie es von dem gegenwärtigen, die Freiheit unterdrückenden Miniſterium zu erwarten war, und erlaubt uns nicht, in Verbindung mit den Filialvereinen zu ſtehen. Im Namen unſerer guten Sache rathen wir euch an, von nun an als „ein ſelbſtſtändiger Leſeverein“ oder unter einem andern Namen beiſammen zu verbleiben, und nach Kräften für Freiheit und Volks-Aufklärung Sorge zu tragen. Wendet noch fernerhin euer Hauptaugenmerk auf Prag, um mit vereinten Kräften, wie früher zum

Volkswohle beitragen zu können; und da uns das harte Geschick einen engen Verband nicht gestattet, so verbleiben wir wenigstens vereint in unsern Herzen, unserer Meinung und unserm Wirken."
(C. Bl. a. B.)

≏ **München**, 25. März. Mehrere Staatsmänner von ehemals sind jetzt unerschöpflich in ihren Revelations. Nachdem Hr. v. Abel seine berüchtigte Widerlegung gegen Maurer und Zu-Rhein „für engere Kreise" veröffentlicht hat, schrieb nun Hr. v. Maurer seine zweite Rechtfertigungsschrift ebenfalls „für engere Kreise", indem er in einer drohenden Bekanntmachung darüber, Hrn. v. Abel dafür verantwortlich macht, wenn er sich genöthigt sehen sollte, das Schriftchen auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Schon bei der Maurer'schen Erklärung zu Protokoll der Reichsrathskammer deutete ich darauf hin, daß die Brochüre wunderbar unlogisch und in wahrhaft grausamem Styl die Dinge untereinanderwirft. Dieses organische Gebrechen hat denn Hr. v. Abel in seiner Veröffentlichung für engere Kreise wirklich benutzt, um mit Sophismen und sonstigen dialektischen Finten Hrn. Maurers Darstellungen zu entkräften. Die Abel'sche Schrift, welche ich leider nur für Augenblicke zur Ansicht erhalten konnte, ist unläugbar gut geschrieben. Und da die engeren Kreise, an welche man sie vertheilte, geschickt gewählt sind, so wird man vielleicht baldigst hier und da ein Urtheil zu lesen bekommen, als stehe der verkannte Ehrenmann nun vollkommen gerechtfertigt da. Was meine Ansicht anbelangt, so finde ich zunächst einen Beweis für die Erhabenheit, womit Herr v. Abel seine persönliche Stellung als Staatsmann abgefaßt, in dem Umstand, daß er auch in dem Libell, wie früher in seiner berufenen Rede vor der Abgeordnetenkammer, wieder auf die Noth und Mühe zurück kommt, womit er die Wenigkeit von 2400 fl. jährlicher Pension habe erringen müssen. Freilich muß man fürchten, daß Hrn. v. Maurer's neue Schrift, wenn sie der ersten an Unlogik und Unklarheit gleicht, in den engeren Kreisen Hrn. v. Abels Gegenreden nicht zu paralysiren vermag. Aber der echte und rechte Gegner wird ebenfalls nicht auf sich warten lassen. Das ist nämlich eine Schrift des Hrn. v. Zu-Rhein, welche in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar keineswegs nur für engere Kreise zugänglich sein wird. Auch Hr. v. Lerchenfeld hat eine Darstellung über seine Portefeuilleführung verheißen, und so wird denn wenigstens das letzte Biennium des bairischen Staatslebens in seinen innern Verhältnissen und Bedingungen bald offen vor uns daliegen. Im Publikum treibt sich ein Gerücht herum, dem man allerdings wenig Glauben beimessen kann, welches aber doch von der Ansicht des Publikums über die An- und Absichten unserer Regierung Zeugniß ablegt. Es heißt nämlich, man werde die Kammern auflösen und ein neues Wahlgesetz oktroyiren. Seltsam ist nun, bei Besprechung dieses Gerüchtes fast allgemein der Stimmung für ein Wahlgesetz mit Census zu begegnen. Der einfache Grund dafür ist, weil in diesem Falle der Klerus weniger Chancen als bisher für sich haben würde. Qui vivra verra! Bei unserem jetzigen Ministerium ist kein Ding unmöglich. Unsere ministerielle Presse jubelt seit ein Paar Tagen gewaltig über eine Germersheimer Adresse gegen die unbedingte Geltung der Grundrechte. Ein offiziell angethaner Korrespondent der Allg. Ztg., welcher überhaupt mit einer Kontrerevolution gegen die liberalen Richtungen droht, redet sogar von „der drohenden Sprache und der entschiedenen Haltung, welche sich in den Adressen gegen das Verfahren der Linken aus allen Theilen des Landes, jetzt selbst aus Städten der Rheinpfalz aussprechen" rc. Vor der Hand ist's aber nur die einzige Stadt der Rheinpfalz, und ihre Adresse hat kaum 600 Unterschriften. Die übrigen Adressen insgesammt, wenn man sie günstig zusammenzählt und die Geltung ihrer Unterschriften günstig zusammenrechnet, bilden noch nicht 60,000 Stimmen. Die Gesammtbevölkerung Baiern's beträgt dagegen bekanntlich über 4½ Millionen.

München, 25. März. Graf v. Bray, welcher das besondere Vertrauen des Königs genießt, wird allem Anschein nach das Portefeuille des Aeußern wieder behalten. Seit neuerer Zeit zeigt er sich in der Stelle eines Staatsmannes, indem er häufig glänzende diplomatische Soupers gibt, bei denen neben den hier akkreditirten deutschen Gesandten auch regelmäßig der russische eingeladen ist. Der österreichische Geschäftsträger ist bereits schon ganz heimisch geworden: die Ursache hieron mag wohl sein, daß er bereits bei seiner Ankunft ein gut bebautes Feld und thätige Arbeiter im Weinberge des Herrn gefunden hat. Unsere Gesandten an auswärtigen Höfen, die man sämmtlich als nicht mehr nöthig abberufen wissen wollte, scheinen denn doch in neuerer Zeit für die deutsche Frage resp. gegen ein Kleindeutschland nach Kräften gewirkt zu haben. Wenigstens hat Graf Montgelas bei dem hannöverschen Kabinet, auf welches er übrigens einen großen Einfluß übt, da ihm namentlich der preußische Gesandte nicht das erforderliche Gleichgewicht halten kann, Alles aufgeboten, das dasselbe mit dem unserigen in der deutschen Frage Hand in Hand geht. Freilich können wir Montgelas für weiter nichts als für seine Bemühungen gegen ein Kleindeutschland danken, denn in Betreff der deutschen Volleinheit hat er noch nichts gethan, im Gegentheil war sein Wirken hierin ein großer Hemmschuh, insbesondere in Bezug auf die Anerkennung der Reichsgesetze und Grundrechte.
(D. k. Z.)

* **Gotha**, 24. März. Der Herzog hat den von der Centralgewalt ihm übertragenen Oberbefehl über die nach Schleswig-Holstein bestimmte thüringische Brigade angenommen und demgemäß „an die Bewohner des Herzogthums Koburg-Gotha" die folgende Ansprache gerichtet:

Ein ernster verhängnißvoller Augenblick drängt Mich, geliebte Landsleute, an euch diese Ansprache zu richten. Die provisorische Centralgewalt für Deutschland hat Mir den Oberbefehl über eine, die Thüringer Kontingente mit begreifende, Brigade der mobilen Reichstruppen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein für den daselbst sich vorbereitenden Krieg angetragen und durch das Reichskriegsministerium an Mich das Ersuchen gestellt, sobald als thunlich zur dortigen Armee Mich zu begeben. Mit widerstreitenden Empfindungen habe Ich diesen Ruf vernommen. Von der Größe Meiner Regentenpflichten, von treuer Liebe für mein Herzogthum und seine Bewohner durchdrungen, war Mir der Gedanke schmerzlich, von ihnen, wenn vielleicht auch nur auf kurze Frist, Mich trennen zu sollen — von ihnen scheiden zu sollen in der so bewegten Gegenwart, die einen sichern Blick in die Zukunft nicht gestattet und Meine Thätigkeit und Fürsorge im engern Vaterlande vielleicht in ganz besonderm Grade erheischen könnte. Doch dort war es das deutsche Gesammtvaterland, was Meine Dienste begehrte, — ehrenvoll der Beruf, zu dem Mich die Reichsgewalt ausersehen, — groß das Vertrauen, welches sie Mir geschenkt und zu diesen gewiß bedeutungsvollen Momenten trat noch die Erwägung, daß Mein bereitwilliges Eingehen auf den Mir gewordenen Antrag den von Mir und Meinen treuen Staatsbürgern einhellig gehegten Wünschen auf ungeschmälerte Erhaltung unserer staatlichen Selbstständigkeit gewiß den wesentlichsten Stützpunkt leihen würde. Diese Rücksichten waren für Mich entscheidend. Mit dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung gegen das deutsche Vaterland und in der Ueberzeugung, daß Ich, dem Rufe der Reichsgewalt Folge leistend — zugleich das Wohl meines angestammten Herzogthums fördern werde, habe ich Mich zur Uebernahme des Mir angetragenen Kommandos bereit erklärt. Gleichzeitig sind aber auch von Mir alle Maaßregeln getroffen worden, welche die ungestörte Fortführung der Regierungsgeschäfte und die Erhaltung der Gesetzlichkeit und Ordnung im Lande zu verbürgen geeignet erscheinen. Ich selbst werde während der Dauer Meiner Abwesenheit Mich unausgesetzt in Kenntniß von Allem erhalten, was Mein Herzogthum und seine Bewohner angeht und den Pflichten, die Mir als Regenten obliegen, auch aus der Ferne Genüge leisten. Landsleute! wenn auch bewegt, doch mit männlichem Muthe und vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Sache, der Ich zu dienen berufen bin, verlasse Ich den heimischen Heerd und Alles, was Meinem Herzen am nächsten steht, um unter den Reihen eurer Söhne, eurer Brüder als deutscher Krieger mit zu kämpfen für Deutschlands Ehre und Deutschlands Größe. Darum vertraue Ich zu eurem patriotischen Sinne, daß ihr billigen werdet Meinen Schritt. Bewahrt mir auch in der Ferne Eure Liebe, eure Treue, euer Vertrauen. Haltet, wie bisher, männlich fest an gesetzlicher Ordnung und Recht, den Bürgschaften der Freiheit. Wohlthuend wird für Mich sein der Glaube, daß eure guten Wünsche den Scheidenden überall begleiten, wohin ein hehrer Beruf führt. Landsleute! euch allen reiche Ich die Hand zum herzlichen Abschied; lebet wohl; auf baldiges und — wolle es Gott — freudiges Wiedersehen!

Gotha, den 21. März 1849.

Ernst, Herzog zu Sachsen-Koburg-Gotha.

Schweiz.

† **Zürich**, 23. März. Auf Befehl des Bundesrathes hat sich am 20. das thurgauische Bataillon Labhardt in Marsch gesetzt, um sich durch St. Gallen, Graubünden über den Bernhard in den Kt. Tessin zu begeben, und daselbst das auf Anordnung des eidg. Kommissärs aufgebotene tessinische Bataillon Rusca im Schutze des schweizerischen Gebietes und in Handhabung der Gränzpolizei überhaupt zu unterstützen. Die thurgauische Regierung unterließ nicht, in dem Antwortschreiben an den Bundesrath sich darüber zu beschweren, daß gerade der K. Thurgau diesen Dienst zu leisten habe. Gottlob! wir sind in unserer staatlichen Organisation soweit vorgeschritten, daß solche Klagen einfach zu den Akten gelegt werden können, ohne die geringste praktische Wirkung zu äußern. Während die „Rev. de Genève" dem König von Neapel, der „Rep. tic." dem

Feldmarschall Radetzky sofort den Krieg erklärt wissen will, besorgen die Führer der legal-radikalen Partei, es möchte den lombardischen Flüchtlingen, unterstützt durch die Sympathien des tessinischen Volkes, gelingen, von Piemont aus in großen Massen in den K. Tessin, und von da aus ins Herz der Lombardei einzudringen, um im Rücken des österreichischen Heeres einen allgemeinen Aufstand der lombardischen Bevölkerung zu Stande zu bringen, und so die Schweiz wider ihren Willen in die österreichisch-italienische Fehde zu verwickeln. Wenn man bedenkt, daß die sardinische Regierung unter der Hand gewiß einem derartigen Unternehmen allen möglichen Vorschub leisten, daß die lombardische Emigration ebenso sicher sich aus Rücksicht auf die Interessen der Schweiz nicht von einem solchen Unternehmen abhalten lassen, und daß die tessinische Bevölkerung endlich wohl nur einen höchst zweifelhaften Widerstand leisten wird, so erscheint die von vielen Seiten her gemachte Forderung, daß der Kanton Tessin in weit stärkerem Maaße militärisch besetzt werde, vollkommen gerechtfertigt. Der österreichische General v. Haller hat sich schon bei Hrn. Sidler darüber beschwert, daß in Tessin unter den Herren Ciani und Arcioni ein Einfall von 400—4000 (?) M. vorbereitet werde, daß der K. Tessin von Waffen strotze, und daß sich in Bellenz ein Waffendepot von mehr als 3000 Gewehren befinde. Letzteres wird von Uri her bestätigt, indem man berichtet, daß eine große Anzahl von für Piemont bestimmten Gewehrkisten über den Gotthard gegangen sei; ferner strotzt nicht nur der Kanton Tessin von Waffen, sondern die ganze Eidgenossenschaft, da fast jeder waffenfähige Mann sich im Besitz von Waffen befindet, und zur Führung derselben berechtigt ist. Alle Achtung für die Neutralität der Schweiz; allein so weit werden wir doch dieselbe nicht ausdehnen wollen, daß wir unsern eignen Bürgern den Besitz von Waffen, oder den Transit von solchen in ein befreundetes Nachbarland untersagten! Seitdem hat übrigens Hr. v. Haller sammt seinen Soldaten, ja sogar sammt allen Zollwächtern, Como verlassen, so daß nun österreichischerseits die ganze tessiner Grenze unbesetzt ist; auch das Veltlin soll von den österreichischen Truppen vollständig geräumt sein. Die berühmte lombardische eiserne Krone lassen einige Blätter zu besserem Schutze von Mailand nach Monza, andere von Monza nach Mailand transportiren; die letztere Lesart wird wohl die richtige sein. Oberst Rilliet-Constant ist seinem früheren Vorsatze treu geblieben, und vor einigen Tagen durch Basel gereis't, um nach Amerika sich zu begeben; wie verschieden die Dinge überhaupt aufgefaßt werden, ist daraus ersichtlich, daß hinsichtlich des Entschlusses des tapfern Obersten, das römische Kriegsministerium abzulehnen, die „Bern. Ztg" der römischen Republik, die „Eidg. Ztg." hingegen Hrn. Rilliet selber gratuliren zu müssen glaubt.

Das „außerordentliche Verhöramt" in Luzern hat die von den urner Behörden angestellte Einvernahme der dortigen am „Landesverrathsprozeß" Betheiligten für unrechtskräftig erklärt, und behält sich fernere Maasregeln vor. Auf Requisition derselben Behörde wurde am 13. Alt-Landammann Baumgartner in St. Gallen über seine „Beziehungen zum Sonderbunde" einvernommen; er stellte natürlich Alles in Abrede.

Das Volk von Schwyz hat sich dieses Mal verständiger erwiesen als die radikalen Baselländler, indem es die vom Kantonsrathe dekretirte Einkommen- und Vermögenssteuer in den Bezirksversammlungen mit Mehrheit guthieß. Nur die Herren Geistlichen finden es hart, daß auch sie an den Lasten des Staates sich betheiligen sollen; die Geistlichkeit der March beschloß, die Einkommensteuer als „freiwillige Gabe" zu zahlen, gegen die rechtliche Verpflichtung dazu aber zu protestiren.

Im K. Zürich werden wir voraussichtlich nun endlich auch das Direktorialsystem, das sich in St. Gallen, Aargau, Bern, Waadt u. s. w. dem alten Kollegialsystem gegenüber als vorzüglich bewährt hat, bei der Regierung erhalten; die zu diesem Behufe niedergesetzte Großraths-Kommission schlägt in diesem Sinne vor, die Mitglieder des Regierungsrathes auf die Zahl neun zu reduziren; doch soll die Kompetenz der neuen Departements-Direktoren geringer sein als die der gegenwärtigen Kollegien; auch findet gegen alle Verfügungen der Direktoren Rekurs an den Regierungsrath statt. Immerhin wird es noch sehr Viele unter unsern Großräthen geben, die auch unter diesen Einschränkungen gegen das Departementalsystem votiren, weil sie sich nicht an den „unrepublikanischen" Gedanken gewöhnen können, einem Einzelnen eine solche Gewalt einzuräumen. Dieses durchaus natürliche Gefühl sichert uns gewiß besser gegen jede büreaukratische Willkür als es ein ganzes Schock geschriebene Paragraphen zur thun vermöchte.

Niederland.

** **Haag**, 23. März. Es läßt sich nicht verkennen, daß auf den Gemüthern eine schwere Besorgniß ruht. Der junge König genießt, milde ausgedrückt, keines großen Ansehens im Lande, er hat bisher fast nur noch Eigenschaften kund gethan, welche nirgends mehr als bei dem besonnenen, ernsten, streng sittlichen Niederländer Anstoß erregen. Die wunderlichsten Gerüchte laufen um. Manche geben sich wohl gar die Miene, an den nahen Ausbruch einer republikanischen Schilderhebung zu glauben, die vom Süden, von Nordbrabant und Limburg ausgehn und namentlich in der katholischen Bevölkerung des Landes ihre Stütze finden soll. Dies erklärt sich einfach dadurch, daß der verstorbene König, wie allbekannt, keinem kirchlichen Vorurtheil huldigte, ja gerade der katholischen Kirche und ihrer Freiheit oft mehr Zuneigung bewies, als dem streng reformirten Niederländer lieb war, während der junge König dem Katholizismus entschieden abgeneigt sein soll. Wenn nun schon früher unter einem wohlwollenden König die Katholiken sich in Bezug auf Beamtung hintangesetzt glaubten und oft nicht mit Unrecht (so stellen sie nicht die Hälfte der nach den Bevölkerungsverhältnissen ihnen zukommenden Beamten, und z. B. in der neuen Staatskommission für den höhern Unterricht sitzt kein einziger Katholik), wie soll es denn nun erst werden! Indeß wie schon früher gesagt, wir halten alle diese Gerüchte für übertrieben, und wenn Wilhelm III., dem ja die bewährten Räthe seines Vaters noch zur Seite stehen, mit Mäßigung und Besonnenheit auftritt, so werden sich auch bald die aufgeregten Vorurtheile beschwichtigen. Der ministerielle Gesetzentwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht hat in den Abtheilungen der zweiten Kammer so geringen Anklang gefunden, daß er wahrscheinlich zurückgenommen werden wird. Nur wenige Mitglieder sahen darin eine wirkliche Erfüllung der grundgesetzlichen Bestimmung über dieses Freiheitsrecht; die meisten hielten den Entwurf, als in seiner Grundlage schlecht, selbst keiner wahren Verbesserung für fähig. Die Finanzzustände bieten bei ihren vielen Schattenseiten doch auch einen kleinen Lichtpunkt dar, der hervorgehoben zu werden verdient, zumal für Deutschland, wo eine ähnliche Maßregel der Münzumschmelzung zur schließlichen Herbeiführung eines einheitlichen Münzsystems nicht ganz unwahrscheinlich ist. Bekanntlich hat Niederland im Laufe der letzten Jahre alle seine Münzen umgeschmolzen; die Kosten für diese riesenhafte Operation waren auf nahezu 3 Millionen Gulden veranschlagt, sie haben aber nur 1,630,000 fl. betragen. Dieser enorme Unterschied ist vornehmlich verursacht durch den mindern Verlust an den alten Silbermünzen; denn dieser Verlust bei der Einschmelzung war auf 2,424,041 fl. berechnet und hat nur 1,292,844 fl. betragen. Ein Beweis zugleich, wie schwer es ist, über das im Umlauf befindliche Geld eine genaue Berechnung anzustellen.

Amerika.

* **Kanada**. Es ist bereits der Aufregung Erwähnung geschehen, welche gegenwärtig im kanadischen Parlamente zu Montreal und in einem großen Theil von Kanada herrscht. Der Anlaß hierzu ist, wie schon erwähnt, der Antrag der kanadischen Regierung auf Bewilligung einer Entschädigungssumme von 1 Million Dollars für diejenigen Privatpersonen, welche in Folge der bei dem letzten Papineau'schen Aufstande stattgehabten Eigenthumsverletzungen und Zerstörungen, Verluste erlitten haben. Das jetzige liberale kanadische Ministerium sah sich zu diesem Antrage durch die von 2000 Personen an sie gerichteten Entschädigungsansprüche bewogen. Die Gegner dieser Maßregel, die wie bereits erwähnt, nach stürmischen Verhandlungen mit großer Majorität zur Komiteberathung zugelassen wurde, behaupten, daß unter den Entschädigung Fordernden sich Viele befänden, welche selbst zu den Rebellen gehört hätten. Die neue Wendung der Dinge in Kanada ist darum nicht ohne Interesse, weil bei der unmittelbaren Nähe der Vereinigten Staaten die möglichen Folgen einer solchen Aufregung und Unzufriedenheit nicht zu berechnen sind und weil diesmal die Mißstimmung das sonst loyale britische Oberka-

nada ergriffen hat und die ungeschmälerte Durchsetzung der Maßregel als ein Sieg der vereinigten französischen Partei von Unterkanada und der Demokraten von Oberkanada über die Regierung zu London und über die britischen Interessen überhaupt betrachtet werden würde. Es ist auch, wie in solchen Zeiten leidenschaftlicher Aufregung immer, sofort in Montreal ein Volkstribun oder ein „Hauptwühler“ in der Person des Sir Allan M'Nab, ehemaligen Sprechers des Hauses aufgestanden. Dieser sagte in der gesetzgebenden Versammlung unter andern: „wenn diese Maßregel uns aufgenöthigt wird, so mag die Bevölkerung von Oberkanada wohl in Betracht ziehen, ob es nicht für sie besser ist, von dem Volke jenseits des Flusses, als von einer französisch-kanadischen Mehrheit beherrscht zu werden.“ Der Solicitor General, Hr. Blake, nannte ihn dafür im Parlament offen einen Rebellen, worauf die schon erwähnte stürmische Scene erfolgte, an welcher sich das souveräne Volk auf den Galerien durch Zischen, Stampfen und zuletzt Handgreiflichkeiten unter einander lebhaft betheiligte, namentlich nachdem Hr. Blake mit einem kräftigen Faustschlage auf das Pult seine Behauptung wiederholt hatte. Sir Allan M'Nab wohnte auch, auf den Stufen der französischen Kirche stehend, der öffentlichen Verbrennung in effigie des Attorney General, Hrn. Lawrence, bei, worauf ihn das Volk auf seinen Schultern nach seiner Wohnung trug. Vom Balken aus hielt der Gefeierte sodann an das Volk eine Rede, mit dem Schluß: Der Streit habe seinen Anfang genommen und Alles, was er sagen könne, sei: „Fall aus, Macbuff, und verflucht sei, wer zuerst ruft: Halt, genug!“ Aus Montreal, wie aus andern Orten, war eine große Zahl energischer Vorstellungen an den General-Gouverneur eingelaufen, worin er ersucht wird, sein Ministerium zu entlassen und das Parlament aufzulösen. Eine Petition aus Montreal zählte 7000 Unterschriften. Der dortige „Courier“ meldet, daß der „Rebell W. Lion Mackenzie“ (aus dem frühern Aufstande wohl bekannt) in Montreal angekommen sei. Irren wir nicht, so hatte übrigens das frühere torystische Ministerium von Kanada eine ähnliche Entschädigungsmaßregel für Oberkanada durchgesetzt. Viel Schuld an dieser Gährung ist auch die Racenabneigung zwischen den englischen und französischen Abkömmlingen.

Vereinigte Staaten. Der neue Präsident Taylor hat sein whiggistisches Kabinet bereits gebildet. Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten ist John M. Clayton von Delaware, lange Zeit als eins der bedeutendsten Mitglieder des Senats rühmlichst bekannt; seine Ernennung findet allseitigste Zustimmung. Schatzsekretär ist William M. Meredith, von Pennsylvanien, ein noch junger Mann, ausgezeichneter Rechtsgelehrter aus Philadelphia, früher Mitglied des Konvents, welcher die jetzige Verfassung des Staats Pennsilvanien berieth und schuf; er gilt als ein vorsichtiger Mann von großer Urtheilsfähigkeit und Besonnenheit, der allen extremen Meinungen und Ansichten fremd und mithin zu einem Finanzmann ganz besonders geeignet ist. Der Staatssekretär des Krieges, George Washington Crawford, von Georgia, ist ein Sohn William H. Crawfords, der unter Monroe Sekretär des Schatzes und im J. 1824 Kandidat für die Präsidentschaft war. Hr. Crawford wurde im J. 1835 zum Gouverneur von Georgia gewählt, ist nie Mitglied des Kongresses gewesen, hat sich überhaupt noch nicht viel im öffentlichen Leben bewegt, besitzt aber viele einflußreiche und ihm sehr zugethane Freunde, welche ihn als einen unbescholtenen und tüchtigen Mann empfohlen haben. Thomas Ewing, von Ohio, der Sekretär für die innern Angelegenheiten, (ein eben erst neu geschaffenes Departement) war sechs Jahre lang Sekretär für den Staat Ohio, und bekleidete früher einmal den Posten eines Schatzsekretärs. William B. Preston von Virginien, der Marinesekretär, ist wie Hr. Meredith vergleichsweise ein noch junger Mann, aber ein talentvoller Rechtspraktikant und ein beim Volk beliebtes ausgezeichnetes Mitglied des Repräsentantenhauses. Man rühmt ihn als einen außerordentlich thätigen, von lebhaftem Ehrgefühl beseelten Geschäftsmann. Generalpostmeister ist Jakob Collamer, von Vermont, Mitglied des Repräsentantenhauses, und Generalfiskal (Attorney General), R. Johnson von Maryland, Mitglied des Senats, durch Beredsamkeit, wie durch glückliche Führung seiner Prozesse ausgezeichnet.

Einer der wichtigsten Beschlüsse, den der Kongreß noch in letzter Zeit gefaßt hat, betrifft die Einrichtung eines Departements der innern Angelegenheiten, zu dessen Chef, wie bereits erwähnt, Hr. Ewing ernannt ist. Im Senat ging dieser Beschluß nur nach einer heißen, stürmischen Debatte durch. Mit einer Bill zur Errichtung von Regierungen in Kalifornien und Neumeriko ist der Kongreß diesmal nicht zu Stande gekommen, beide Gebiete müssen mithin in Betreff dieser wichtigen Frage bis zum nächsten Zusammentritt des Kongresses im künftigen Dezember Geduld haben. Dagegen ist eine Bill durchgegangen, durch welche die Gesetze der Vereinigten Staaten in Betreff der Einkünfte auch auf Kalifornien und Neumeriko ausgedehnt werden. Ueber den Plan zu einer Eisenbahn quer über den Isthmus von Panama ist nichts entschieden worden. Durch eine Bill ist eine neue Territorialregierung in Minesota, einem weit ausgedehnten Gebiete, dessen hauptsächlichste Niederlassungen an den Flüssen Mississippi und St. Croix liegen, errichtet worden. Endlich hat der Kongreß eine Summe von 20,000 Pfo. bewilligt, um eine neue Erfindung des Dr. Page, Anwendung des Magnetismus bei Lokomotiven betreffend, durch eine Kommission prüfen zu lassen.

Der General Smith hat den Konsul der Vereinigten Staaten zu Panama davon in Kenntniß gesetzt, daß die Gesetze der Vereinigten Staaten die Betretung eines Grundstückes durch Fremde nicht zulassen und daß daher solche Ausländer, welche mit der Ausbeutung der kalifornischen Goldminen beschäftigt gefunden würden, diesen Gesetzen gemäß bestraft werden sollen. Noch immer hört man, daß von Kalifornien große Sendungen Goldes unterwegens sein sollen, während die bisher eingetroffenen oder ab und zu noch eintreffenden Sendungen nur mäßig sind. Kapitän Phals, der eben erst aus dem Goldbezirke zurückkam, versichert, daß die Nachrichten von pfundschweren Goldstücken durchaus nur Mährchen seien, wenige Stücke wögen mehr als 1 bis 2 Unzen, und diejenigen Personen, welche die besten Geschäfte gemacht, hätten doch im Ganzen höchstens 3000 Dollars an Werth, Gold gesammelt.

Brasilien. Aus Pernambuko hat man Nachrichten vom 16. Febr., wonach die Regierungstruppen lebhaft in der Verfolgung der in Pernambuko auf's Haupt geschlagenen Aufständischen begriffen waren und ihnen abermals eine Schlappe beigebracht hatten. Die Insurgenten verloren bei diesem Treffen abermals einen ihrer Anführer, Namens Roma. Sie zogen sich nach der Provinz Paraiba zurück. Ueber den frühern Kampf in Pernambuko berichtet die „Börsenhalle“ aus einem Privatschreiben: Der Kampf dauerte 12 Stunden lang; die Zahl der gefallenen Insurgenten wird in diesem Briefe auf 200, die der Gefangenen auf 300 angegeben. Die Insurgenten waren schon drei Monate lang vor dem Angriffe auf die Stadt in der Provinz umhergezogen und hatten mehrere Kämpfe mit den Truppen bestanden.“

Eine Mittheilung im „Liverpool Courier“ gibt den Verlust der Kaiserlichen auf 100 Todte, den der Insurgenten auf 300 Todte und gegen 400 Gefangene an. Es wird bestätigt, daß der Hauptführer der Rebellen, der Abgeordnete Nunes Machado, beim Sturm auf die Stadt durch den Kopf geschossen wurde und daß dieser Zufall namentlich dazu beitrug, die der Oberleitung beraubten Insurgenten unsicher und muthlos zu machen.

Buenos Ayres. Die neuesten Nachrichten von hier tragen das Datum des 16. Januar. Mit Montevideo stand es sehr schlimm. Viele selbst einheimische Kaufleute hatten sich nach Buenos Ayres übersiedelt, da man allgemein der Ansicht war, daß sich, wenn die Franzosen ihre Hülfe versagten, der Platz ergeben müsse. Rosas hatte am 1. Januar die Kammern eröffnet und seine Gründe erklärt, warum er den brittischen Geschäftsträger nicht in seiner offiziellen Eigenschaft empfangen habe. Der Diktator Rosas, dessen Hartnäckigkeit unüberwindlich ist, bleibt darauf bestehen, daß sowohl Frankreich als England ihm für ihre Einmischung in seine Angelegenheiten vollständige Genugthuung geben müßten; eher werde er keinen Gesandten weder von Frankreich noch von England empfangen, überhaupt mit beiden Staaten nur dann unterhandeln, wenn dieß auf Herrn Hoods Grundlage geschähe und außerdem noch seine eigenen und Oribe's Zusätze angenommen, d. h. wenn die Malvina's-eilande von England wieder heraus gegeben würden. Englische Blätter wollen wissen, daß Rosas an Paraguay den Krieg erklärt habe.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 5 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zigs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 88. Frankfurt a. M., Donnerstag 29. März. **1849.**

Die Deutsche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernst Moritz Arndt, Häusser, Wilhelm Beseler, Droysen, Paul Pfizer u. s. w., redigirt von Heinrich Kruse, erscheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erste Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in übersichtlicher Darstellung. Die zweite Beilage ist vorzugsweise der Besprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Bestellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichst frühzeitig erbeten.

Uebersicht.

28. März.

Das Geläute aller Glocken verkündigt, daß Friedrich Wilhelm der Vierte, König von Preußen, zum Kaiser der Deutschen erwählt sei. Das Treiben auf den Straßen, das Gedränge um die Paulskirche, die frohen Gesichter und der warme Händedruck der sich begegnenden Patrioten beweist, daß das längst ersehnte, seit gestern bestimmt zu erwartende Ereigniß dennoch jedes Herz mit der Kraft der Ueberraschung ergriffen hat. Unsere alte Reichsstadt hat manche Kaiserwahl gesehen, aber keine wie diese. Die goldne Bulle auf dem Römer gilt nicht mehr; sie ist mit dem Aufhören des alten Reiches im Jahr 1806 eine Reliquie geworden; keine sieben oder neun Fürsten haben nach altem steifen Herkommen in der Kapelle des Domes gethan als ob sie wählten, und dann dem Volke verkündigt, der Sohn des alten Kaisers sei zu dessen Nachfolger erwählt. Die neue Zeit hat sich ihre eigenen Formen erschaffen, und wir können nicht übereinstimmen mit denjenigen, welche den Ursprung des neuen Kaiserthums herabzusetzen bemüht sind. Die Reichsversammlung, welche die Verfassung des Reiches berathen und verkündigt, hat ihren Auftrag nicht überschritten, indem sie den König von Preußen zum Kaiser ausrief. Auch diejenigen, welche ihre Machtbefugnisse auf das geringste Maaß zurückführen möchten, müssen anerkennen: daß diese, das deutsche Volk vertretende Versammlung, sobald sie sich mit den Regierungen vereinbart habe, über die innern Angelegenheiten unseres Vaterlandes endgiltig zu beschließen habe. Denn, daß das österreichische Ministerium die Ordnung der deutschen Angelegenheiten zu einer europäischen Frage machen und sie den Mächten, welche die Wiener Verträge von 1815 unterzeichnet, zur Entscheidung zustellen will, ist doch ein offenbarer Frevel an der Ehre des deutschen Namens. Nun aber ist die Reichsversammlung des Einverständnisses der deutschen Regierungen größtentheils im Voraus versichert; zu den noch widerstrebenden gehören eigentlich nur die vier mittleren Staaten, welche von Oesterreich unablässig zur Unterdrückung der deutschen Einheit und Freiheit aufgefordert werden. Und selbst im Namen Würtembergs hat der Staatsminister Römer noch während der letzten Verhandlung erklärt, daß es sich der Wahl des erblichen Kaisers nicht widersetzen werde. Die Reichsversammlung hat das feste Vertrauen ausgesprochen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands, großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der National-Versammlung die Verwirklichung der von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern würden, und wir dürfen hoffen, daß es nicht getäuscht werde. Es ist wahr, die Reichsversammlung hat ihr Ansehn geschwächt durch manche Dinge und versäumt, es durch Annahme des Welcker'schen Antrages wieder zu erheben. Aber alle Fehler, welche Einzelne oder ganze Parteien im Laufe der Verhandlungen begangen haben, können die Versammlung als Körperschaft ihrer Rechte nicht berauben und das Ansehen ihrer Entscheidung wird davon abhängen, ob sie mit dieser Entscheidung das richtig getroffen hat, was die Lage aller Verhältnisse verlangt. Und darüber, das behaupten wir dreist, herrscht im deutschen Volke größere Einigkeit, als in der Paulskirche zu erzielen war.

Und doch war sie zuletzt größer, als früher zu erwarten stand. Einen Gegenkaiser hat Niemand zu erwählen gewagt.

Unter allen diesen Umständen darf man sagen, daß die neue Würde nicht durch ihren Ursprung herabgesetzt werden kann. Und was ist es auch um die Entstehung einer Macht? Die ist oft unscheinbar, wie die Quelle des Stroms. Man weiß, um wie viel tausend Goldgulden von Friedrich von Hohenzollern die Markgrafschaft Brandenburg und die Kurwürde erstanden ist, und sein Nachkommen war der größte aller deutschen Kurfürsten. Man weiß, aus welchen kleinlichen Gründen und mit welchen viel kleinlicheren Mitteln der Kurfürst Friedrich III. sich die Königskrone erwarb. Und doch war sein Enkel der größte aller deutschen Könige. Einen edleren Ursprung hat die Kaiserkrone, welche jetzt dem Hause Hohenzollern dargeboten wird, ja den edelsten von allen: den freien Willen freier Männer. Und den hat der herrliche Stein auch die sicherste Grundlage der Throne genannt!

Ein jedes Ereigniß zieht sich mit seinen Folgen durch die ganze Geschichte, und wir wollen es der Zukunft überlassen, über die Bedeutung des heutigen Tages zu entscheiden. Wir begnügen uns, die denkwürdigen Vorgänge desselben kurz zusammenzufassen.

Das Parlament versammelte sich heute, um die letzte Hand an sein Werk zu legen. Die Verfassung sollte verkündigt, der

Kaiser gewählt werden. Dem Verfassungsausschuß war aufgegeben worden, über die Formen, unter denen Beides zu geschehen habe, Vorschläge vorzulegen. Bei der Kürze der Zeit — der Verfassungsausschuß hatte erst heute Morgen sich versammeln können — war der Bericht desselben zu der für die Sitzung festgestellten Stunde noch nicht vertheilt worden. Umsonst war die Ungeduld der Abgeordneten und der Zuhörer, die Eröffnung der Sitzung zog sich über dreiviertel Stunden hin. Endlich ward sie eröffnet, und der Vorschlag des Verfassungsausschusses verlesen. Die einfache Form der Verkündigung der Verfassung durch die Nationalversammlung, und der Wahl des Kaisers durch Namensaufruf der Einzelnen entsprach ganz den Wünschen der Mehrheit des Hauses. Die Linke verlangte nur einige unwesentliche Veränderungen, von denen sie auch nachher freiwillig abstand. Desto mannichfacher waren die Verbesserungsanträge, welche von der baierisch-österreichischen Partei ausgingen. Die einfache und die motivirte Tagesordnung, die Uebertragung der Wahl auf den nächsten Reichstag, die vorherige Anfrage bei dem König von Preußen, was nur immer einige Aussicht auf Verzögerung bot, Nichts blieb unversucht. Haben doch sogar Herr Buß und Genossen den ultrademokratischen Antrag auf Wahl des Kaisers durch das Volk nicht gescheut!

Hr. Mittermaier vertheidigte die Ausschußanträge, Hr. Reichensperger bemüht sich nachzuweisen, wie weder die Verkündigung der Verfassung, noch die Wahl des Kaisers ohne ein vorheriges Benehmen mit den Einzelstaaten von Wirkung sein werde; die Versammlung hört weder den Einen noch den Andern, sie drängt zum Schluß. Die weitere Verhandlung wird abgeschnitten, und in schneller Abstimmung werden sämmtliche Vorschläge des Verfassungsausschusses angenommen.

So erkläre ich denn hiermit, sprach Eduard Simson, die Verfassung des deutschen Reichs für verkündigt!

Nach einer Pause der gespanntesten Erwartung fing nun der Namensaufruf zur Wahl an. Es traf sich, daß die drei Ersten Separatisten waren, die sich der Wahl enthielten, dann aber ertönte immer häufiger bald schüchtern, bald warm und entschieden: Friedrich Wilhelm König von Preußen! Sämmtliche Oesterreicher, der größte Theil der Baiern und die äußerste Linke verweigerten ihre Stimme und einige dieser Herren setzten ihren Stolz darin, dieß mit einer Aufsehen erregenden Wendung zu thun. Wenn die Oesterreicher nicht wählen, so finden wir darin nur den völlig gerechtfertigten Ausspruch, daß sie kein Recht zur Theilnahme an der Wahl des deutschen Kaisers haben; daß die andern Dissidenten aber ihren Widerspruch gegen das Kaiserthum soweit treiben, daß, nachdem dasselbe mit Stimmenmehrheit beschlossen worden ist, sie der Ausführung des Beschlusses sich widersetzen, das können wir weder als ein parlamentarisches, noch als ein patriotisches Verfahren bezeichnen. Zu entschuldigen mag es noch bei den Baiern und den starren Republikanern sein, die einen Fürstennamen nicht über ihre Lippen bringen können, nimmermehr aber bei den Preußen der rechten Seite Hrn. Braun, Klemens, u. A., deren Patriotismus nicht stark genug ist, ihrem Ultramontanismus das Gegengewicht zu halten.

Einige Mitglieder dagegen haben sich noch in der zwölften Stunde entschlossen, dem Kaiser ihre Stimme zu geben, so Hr. Jürgens, nachdem er eben noch die Anträge auf Tagesordnung und Vertagung unterstützt hatte, dann einige Preußen von der äußersten Linken, Temme, Rösler von Oels, Zimmermann von Spandau und Andere.

Sämmtliche Stimmen, die abgegeben wurden, 290 an der Zahl, vereinigten sich auf den König von Preußen, und mit erhobener Stimme verkündigte der Präsident, sichtbar bewegt, dieses Ergebniß der Wahl. Kaum hatte er die Worte beendet, als die Glocken der Stadt, einfallend, den neugewählten Kaiser mit feierlichem Klang begrüßten: „Möge der deutsche Fürst“ fuhr Eduard Simson fort, „der den warmen Herzschlag für die deutsche Sache sein kostbarstes, mütterliches Erbe genannt hat, sich nun auch als wahrer Schirm der Freiheit und Größe unseres Vaterlandes bewähren!“ Und mit den Worten Göthe's wendete er sich zum Schluß an die Versammlung:

> Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
> Fortzuleiten, und auch zu wanken hierhin und dorthin.
> Dieß ist unser! so laß uns sagen und so es behaupten!

Die ganze Versammlung erhob sich, und einstimmig scholl aus allen Seiten der Kirche ein nicht enden wollendes Lebehoch auf den ersten deutschen Kaiser, den das Volk in freier Wahl sich selbst gesetzt hat!

Morgen werden die vier und zwanzig Abgeordneten erwählt, welche mit dem würdigen Präsidenten dieser Versammluug nach Berlin reisen werden, um dem König von Preußen seine Wahl zum deutschen Kaiser anzuzeigen. Sie kommen nicht, wie ehemals die Reichsgesandten gen Bäsel zu Rudolph von Habsburg, einem schlichten Grafen, der sich der zugedachten Ehre kaum würdig hielt und aus Freude seine kleinen Fehden beendigte. Sie ziehen zu dem mächtigsten deutschen Könige, der kaum weiß, ob er die Kaiserkrone annehmen soll, die ihn in schwere Kriege verwickeln kann. Wir wollen es zugeben, daß Muth und Vaterlandsliebe dazu gehört, um das lästige Geschenk anzunehmen; die Verantwortlichkeit, den Schritt zu thun, ist groß, aber noch größer die Verantwortlichkeit, ihn zu unterlassen. Denn die Kaiserkrone ist nur ein anderes Wort für die Verfassung, die Einheit, Freiheit und Ordnung von Deutschland.

Erklärung.

Herr Redakteur! In der zweiten Beilage Ihrer Zeitung vom 27. d. M. haben Sie den Inhalt eines Briefes abgedruckt, den ich nach Berlin geschrieben haben soll *). Ich erkläre, daß ich niemals einen Brief solchen oder ähnlichen Inhalts geschrieben habe. Ich ersuche Sie, diese Erklärung in Ihre Zeitung aufzunehmen. Frankfurt, 28. März 1849. Temme.

Verhandlungen der Reichs-Versammlung.

Vom 28. März. (Nachtrag.)

Die Worte, womit der Präsident der Nationalversammlung den König Friedrich Wilhelm IV. als Kaiser der Deutschen verkündete, lauteten also:

„Ich verkündige Ihnen das Ergebniß der vollzogenen Wahl. Die 290 abgegebenen Stimmen haben sich auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV. vereinigt. 248 Mitglieder haben sich der Wahl enthalten. Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hat also in ihrer 196ten öffentlichen Sitzung, Mittwoch den 28. März des Jahres 1849, auf den Grund der von ihr beschlossenen, angenommenen und verkündigten Reichsverfassung die in derselben begründete erbliche Kaiserwürde auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., übertragen. Möge der deutsche Fürst, der wiederholt und öffentlich in unvergessenen Worten den warmen Herzschlag für die deutsche Sache sein kostbarstes, mütterliches Erbe genannt hat, sich nun als Schutz und Schirm der Einheit, der Freiheit, der Größe unseres Vaterlandes bewähren, nachdem eine Versammlung, aus dem Gesammtwillen der Nation hervorgegangen, wie keine die je auf deutschen Boden tagte, ihn an deren Spitze gerufen hat. An unserem edlen Volke aber möge sich, wenn es auf die Erhebung des Jahres 1848 und auf ihr Ziel zurückblickt, der Ausspruch des Dichters bewähren, dessen Wiege vor jetzt fast einem Jahrhundert in dieser alten Kaiserstadt gestanden hat: „Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung ziellos fortzuleiten, zu schwanken hierhin und dorthin. Dies ist unser! So laßt uns sprechen und fest es behalten.“ — Gott sei mit Deutschland und seinem neugewählten Kaiser!

Die Versammlung erhebt sich und ein dreifaches stürmisches Hoch folgt der Verkündigung des Präsidenten.

△ **Wien**, 23. März. Da am Abend des 21. ein Kourier von Komorn ankam, wartete man gestern und heute auf offizielle Armeeberichte, aber umsonst. Doch weiß man durch Reisende und Privatnachrichten, daß Komorn am 20. mit 300 Bomben beworfen wurde, die natürlich an vielen Punkten zündeten, und daß die Ortschaft Uj-Sonyi nebst dem dortigen Brückenkopf ebenfalls

*) Die Quelle dieser Angabe ist nicht unser Korrespondent, sondern die Neue Preußische Zeitung. Wir haben unsern Zweifel gleich bemerkt, und deshalb auch die bitteren Betrachtungen weggelassen, mit welchen unser Korrespondent jene angebliche Worte des Herrn Temme begleitet hatte. Er stellte sie einem Schreiben gegenüber, welches Hr. Temme vor anderthalb Jahren an den Justizminister gerichtet habe. In diesem Schreiben aus Tilsit habe Hr. Temme gebeten, ihm die Stelle eines Staatsanwaltes in Berlin zu übertragen, damit er durch die That beweisen könne, wie sehr er der Person des Königs und dem königlichen Hause ergeben sei.

durch Raketen in Brand geschossen sind. Die Besatzung Komorns soll sich auf das äußerste vertheidigen und machte sogar mehrere Ausfälle. Bis jetzt hatte das Bombardement kein anderes Resultat, als daß wir sehr viel Leute verloren haben und daß Komorn, wie es scheint, noch immer brennt. Die Gasthäuser der Leopoldvorstadt sind überfüllt mit ungarischen Flüchtlingen und die Eisenbahn brachte gestern mehrere Wagen voll Verwundeter, die in die Militärspitäler geführt wurden. Es wird behauptet, Komorn habe während der Beschießung eine weiße Fahne aufgesteckt, welche aber schnell wieder entfernt wurde. Man schließt daher auf Parteiungen in der Festung, welche die Uebergabe wünschen. Der Jammer, welcher darin herrscht, muß allerdings groß sein, wenn man auch nur die Verwüstungen des Feuers bedenkt. Für die weiteren Kriegsoperationen in Ungarn ist vor der Hand wenig Aussicht, da die Theiß beinahe überall ausgetreten und der Transport der Geschütze dadurch noch unmöglicher gemacht ist, als durch die ohnehin im Frühjahr immer bodenlosen Wege Ungarns. Gegen Baja, wo mehrere ungarische Schiffe liegen und wo 4000 Mann Ungarn stationirt sein, sollen, rückt Oberst Howath vor um die Donau dort frei zu machen. Von Kossuth wird erzählt, er habe den Kourier, welcher die Nachricht der Außerkourssetzung seiner Banknoten durch das hiesige Ministerium überbrachte, sogleich festnehmen lassen, damit er diese nachtheilige Kunde nicht verbreiten könne. An die Debreziner habe er aber eine Kundmachung erlassen, worin er dieselben von dem vorgeblichen in Pesth erfundenen Bankerot der Wiener Nationalbank in Kenntniß setzte, sie aber zugleich versicherte, daß er alle österreichischen Banknoten nach wie vor gegen ungarische einlösen werde. Auch behaupten einige Journale, er habe kürzlich wieder eine Rede im Freien „an die ungarische Nation" gehalten und da sich keine andere Erhöhung vorfand, so habe er sich, um besser gehöhrt zu werden, auf den Zaun eines Kukurutzfeldes (türkischer Waizen) gestellt, weshalb ihm jene Blätter nun den Namen „Zaunkönig" beilegen.

Die Details welche uns neuerdings über die heldenmüthige Vertheidigung Arnd's, durch den F. M. L. Berger, General Major Szöljak und Ingenieurkapitän Zuchati, zukommen, sind über jedes Lob erhaben und finden nur im Alterthume, so wie in jenem seltenen Beispiele der Vertheidigung von Peschiera durch den General Roth (im Sommer v. J.) ihres Gleichen. Mit allen Entbehrungen kämpfend, hält sich das kleine Häuflein von Helden seit mehr als 5 Monaten gegen einen hundertfach überlegenen Feind, der noch in der letzten Zeit mit 96 Kanonen gegen sie streitet. Zweimal wurden der Festung Lebensmittel und Munition durch F. M. L. Graf Leiningen und General Gläser zugeführt, aber darüber sind Wochen hingegangen und wir hoffen und wünschen, daß es bald möglich wird, diese heldenmüthige Garnison zu entsetzen.

Die Emancipation der Juden durch die neue Konstitutions-Urkunde ist bereits zum Theil hier verwirklicht durch eine Weisung der Landesbehörde, wonach keine weiteren Verhandlungen mehr eintreten dürfen, über Aufenthaltsgesuche fremder Juden, welche noch sehr häufig bei der Regierung und der Stadthauptmannschaft vorkommen, da nach dem Paragraph 1. der Grundrechte: „der Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte ist von dem Glaubens-Bekenntnisse unabhängig," die fremden Israeliten lediglich nach den allgemeinen Fremden- und Paßgesetzen zu behandeln seien. Dieses Recht kommt aber bis jetzt mehr den Reichen zu Gute, da alle kleinen Handelsjuden, die sich nicht auf das strengste über ihren gesicherten Erwerb ausweisen können, unnachsichtlich entfernt werden.

Der sich immer vergrößernde Nothstand der untern Klassen hat den Gedanken in Anregung gebracht, in den verschiedenen unkultivirten Theilen der Provinzen Armenkolonien und Ackerbauschulen zu gründen. Die Regierung interessirt sich dafür und dürfte nicht abgeneigt sein, ihn zu realisiren, wenn — Ungarn pacificirt ist. Heute verbreitet sich das unverkürzte aber nicht ganz unwahrscheinliche Gerücht, Hermannstadt sei durch Bem wieder genommen — da die Privatnachrichten von vorgestern sagten, er konzentrire sich in Stolzenburg. Die Russen sollen eiligst durch 8000 Mann verstärkt worden sein. Hoffentlich wird sich beides nicht bestätigen. Die böhmischen Blätter behaupten fortwährend eine mißbilligende oder ganz stumme Haltung über die oktroyirte Verfassung, und das südslawische Hauptorgan, die Agramer Zeitung vom 22. d. enthält folgende Stelle: „Der Figgelmezo" vom 17. meldet, daß den Aeußerungen der slawischen Journale zufolge auch die slawischen Volksstämme mit der neuen Verfassung zufrieden seien. Wir ersuchen die Redaktion des „Figgelmezo" uns diese slawischen Journale, ja auch nur ein einziges, nahmhaft zu machen". Ein Mitglied der slowakischen Deputation, welche sich gegenwärtig in Ollmütz befindet, um den Kaiser um nationale und administrative Selbstständigkeit zu bitten, im Namen der slowakischen Nation, der bekannte Anführer des Landsturms Stur ist hier eingetroffen, um sich in derselben Angelegenheit mit dem Ministerium zu besprechen. Der ehemalige Abgeordnete Rieger soll sich der slowakischen Deputaten angeschlossen haben. Die Zimmer des Kaisers in Schönbrunn sind in Bereitschaft gesetzt, doch schweigt wieder alles über seine früher als bevorstehend bezeichnete Ankunft. Der Ministerpräsident hat sich heute nach Ollmütz begeben. In der Nacht von gestern auf heute fiel ein mehrere Fuß tiefer Schnee — wenn Ungarn dies Loos mit uns theilt, so sind unsre Truppen vor der Hand festgebannt. Diesen Morgen sprach man allgemein davon, daß der hiesige Gouverneur, Feldzeugmeister Welden, den Oberbefehl über die ungarische Armee erhalten würde. Den bereits erfolgten Austritt drei österreichischer Abgeordneter aus der Paulskirche sehen die hiesigen „Großdeutschen" als ein übles Prognostikon für ihre „großdeutschen Hoffnungen" an, welch' Letztere in diplomatischen Kreisen noch immer in vollster Blüte stehen, obschon sie seit der Note vom 9. von keinem, die deutsche Bewegung des Jahres 48 begreifenden Oesterreicher mehr getheilt werden. Zweiunddreißig Millionen Deutsche wollen eine Macht bilden, in diesem Gedanken sind alle einig, und wer die Tenacität des deutschen Charakters kennt, der wird nicht mehr zweifeln, daß Deutschland trotz aller Noten eine einzige Macht nach Außen bilden wird — das Wie? liegt in der Hand der Paulskirche — sie wird ihr Mandat zu erfüllen wissen, damit die Nation das Werk nicht selbst zur Hand nehmen muß, was wir im Interesse der Fürsten selbst, sowie der Volksvertreter nicht wünschen — da wir die deutsche Nation vor allen andern für mündig halten, und den Beweis dafür in der Haltung der Paulskirche finden möchten.

N. S. 24. März Abends 5 Uhr. Eben eingehende Handels-Nachrichten melden die Einnahme von Komorn (?). Der Verlust bei der Beschießung bis den 22. Abends betrug nur 1 Lieutenant und 7 Gemeine todt.

Wien, 23. März. Eine mit 30,000 Unterschriften bedeckte Vertrauensadresse wurde, dem Lloyd zufolge, am 20. März durch eine aus Mitgliedern des hiesigen österreichischen Patriotenvereins und verschiedenen Wiener Bürgern bestehende Deputation dem Ministerpräsidenten überreicht; sie bezieht sich auf die Haltung des Ministeriums gegenüber dem §. 1 der in Kremsier entworfenen Grundrechte am 4. und 8. Januar.

* **Wien**, 24. März. Dem quieszirten Bürgermeister Czapka ist bei erwiesener Unbegründung der gegen ihn erhobenen Anklagen ein Ruhegehalt von 2500 fl. bewilligt worden. Die Verleihung des Leopoldordens an den Dichter Grillparzer geschah, wie es im einbegleitenden Schreiben des Fürsten Schwarzenberg heißt, aus Anlaß seines vorjährigen Gedichtes an Radetzky: „Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich." Die Nachricht von dem Einrücken des Generals der Kavallerie, Hammerstein, aus Galizien in Ungarn bestätigt sich nicht. Bemerkenswerth ist der leitende Artikel im heutigen Lloyd „Ungarn und die Reichsverfassung". Es wird darin auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, welche die Einführung der Reichsverfassung in Ungarn mit sich bringt, weil das Land noch größtentheils in der Macht der Rebellen ist, und eine uralte Verfassung mit einer neuen, noch nicht erprobten umzutauschen habe, während die andern früher nicht konstitutionellen Kronländer statt der frühern absoluten Regierung jedenfalls eine musterhafte, freisinnige erhalten. Auch wird die übel angewandte Schonung beklagt, welche es bei halben Maßregeln der Rebellion möglich gemacht habe, ihre Widerstandskraft seit Dezember v. J. außerordentlich zu vermehren. Hinfür kann es in Ungarn nur österreichisch gesinnte Monarchisten und separatistische Demagogen, also nur Anhänger der Ruhe, Ordnung und des Friedens einerseits und wühlerische Anarchisten andererseits geben. Die Trennung des eigentlichen Ungarn mit seinen Nebenländern wird durch die Gleichberechtigung der Völkerstämme, welche sich der magyarischen Suprematie entgegenstellen, weiterhin aber dadurch gerechtfertigt, daß nur das Stammland an der Rebellion Theil nahm, während die Nebenländer sie bekämpften, zudem auch die historische Begründung jener Einverleibung sich nicht als stichhal-

tig erweist. Die versicherte Nachricht der Uebergabe Komorns hat die Börse in Fonds und Aktien besser gestimmt.

Berlin, 25. März. Abgeordnete v. Berg, welchen man das verzogene Kind der Linken genannnt hat, darf sich schon etwas erlauben. Er hat sich dießmal seinen Sitz gar nicht auf den gewöhnlichen Bänken der Abgeordneten erwählt, sondern zeigt sich gewöhnlich mit etwas koketter Selbstgefälligkeit auf einen einzelnen Stuhl hingestreckt, welcher sich dicht unter den Ministersitzen befindet. Von hier aus lauert er wie ein Stoßvogel auf den Moment, wo er durch faktische Berichtigungen oder durch Bemerkungen zur Geschäftsordnung in die Debatte fallen kann. (D. A. Z.)

Lith. Korr. **Berlin**, 26. März. Zur Herausgabe des oft erwähnten Blattes, als dessen Patron die Zeitungen bald Hrn. Rodbertus, bald den Grafen zur Lippe nennen, werden die großartigsten Vorbereitungen getroffen. Mittelst Ausgabe von Aktien sind bereits 100,000 Thlr. aufgebracht. Die Zeitung soll das Format der Times erhalten. Jedes Fach, Wissenschaft, Handel, Politik, Kunst ꝛc. soll der Leitung eines besonderen Fachredakteurs untergeben werden. Den Hauptredakteur will man glänzend dotiren; außer einem Gehalte von 3000 Thlr., soll er Repräsentationsgelder erhalten.

Lith. Korr. **Berlin**, 26. März. Die Regierung hat der zweiten Kammer nachfolgenden Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalt-Etats für 1849 vorgelegt: „§. 1. Der durch die Gesetzsammlung vom Jahre 1849 veröffentlichte Staatshaushalt-Etat für das Jahr 1849 wird in Einnahme und Ausgabe auf 94,174,380 Thaler festgestellt. §. 2. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt."

Berlin, 26. März. Gestern erhielt der Gesandte der Vereinigten Staaten Amerika's am hiesigen Hofe, Oberst Donelson, sein Abberufungsschreiben von Berlin, um nun seinen Gesandschaftssitz nach Frankfurt, als Vertreter seiner Regierung bei der deutschen Reichsgewalt, zu verlegen. Es ist dieser Schritt der Regierung von Washington die Folge der bereits früher ausgesprochenen Anerkennung des deutschen Bundesstaates. Ohne Nachfolger bleibt er indessen hier nicht; es ist ein Geschäftsträger oder Generalkonsul in der Person eines Senators für Berlin ernannt und wahrscheinlich schon auf dem Wege. Die ganze Stadt spricht von einem bevorstehenden Kriege mit Rußland, und namentlich will man bestimmt von einem Notenwechsel zwischen den Kabinetten von Berlin und Petersburg wissen, in welchem sich ein Ton entwickelt habe, dessen Charakter Gereiztheit sei und der zu einer Krisis führen müsse. Zwei Dinge sind hierbei gewiß: Erstens, daß die Regierung ernsthaft und im großartigen Maßstabe rüstet, und die Werkstätten der Artillerie Tag und Nacht nicht feiern; zweitens, daß viele aufrichtige Patrioten Rußland gegenüber eine Entscheidung durchs Schwert nicht fürchten, wenn die Entscheidung durch das kräftige Wort nicht herbeigeführt werden kann. Unser jetziger Minister der auswärtigen Angelegenheiten wird aber schwerlich diese Angelegenheiten weiter leiten. (Fr.O.Z.)

⁑ **Posen**, 25. März. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß die polnischen Warschauer Blätter, welche die Manifeste des Kaisers von Oesterreich mit ziemlicher Genauigkeit bringen durften, diejenigen Stellen der Verfassung, welche des neukonstituirten Großherzogthums Krakau erwähnen, auf Befehl auslassen mußten. Man will daraus den Schluß machen, daß Rußland den Akt der gesonderten Konstituirung Galiziens nicht anerkenne. Unseren hiesigen Polen ist der Eifer, mit welchen die Ruthenen in Lemberg ihre eigenthümlichen Zustände entwickeln, ein Dorn im Auge; sie fürchten die Nachtheile, welche einem künftigen Polen daraus erwachsen könnten, das sie jetzt mit Sicherheit aus der bevorstehenden östlichen Frage hervorgehen sehen. Die Haltung der Berliner polnischen Deputirten, welche keine einheitliche war, wird ebenfalls mit den schärfsten Worten gebrandmarkt. Unsere Landwehrbataillone scheinen doch nun in Bewegung gesetzt zu werden, was der deutschen Bevölkerung lieb ist, weil sie zu verschiedenen Unordnungen Veranlassung gegeben haben. Denn die Polen, wenn sie in Massen versammelt sind, geben leicht Aufwiegeleien Gehör. Es erscheinen wieder russische Offiziere in unserer Stadt, was als ein Zeichen des Friedens betrachtet wird.

÷ **Stuttgart**, 26. März. Die Kammer hat in ihren beiden letzten Sitzungen, vorgestern und heute, einen Gegenstand von hohem Interesse, eine Reihe sehr tief eingreifender Abänderungen und Ergänzungen der Gemeindeordnung verhandelt, bei welchen sich der Einfluß der Grundrechte bereits bemerkbar macht, und welche vielfach selbst über die Grenzen des engeren Vaterlandes hinausreichen. Der durchgängig höchst freisinnig gefaßte Entwurf der Regierung überträgt zuvörderst allen volljährigen Gemeindegenossen, welche in dem Gemeindebezirke ihren Wohnsitz haben und irgend eine Steuer an die Gemeindekasse zahlen, die gemeindebürgerlichen Wahl- und Wählbarkeitsrechte; räumt also, abweichend von den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen, unter den genannten Bedingungen jedem deutschen Staatsbürger ohne irgend einen Unterschied das aktive und passive Wahlrecht ein. Von manchen Seiten wurde die Besorgniß geltend gemacht, daß hinfort die Gemeinden von einer Masse unselbstständiger Personen überfluthet werden möchten, aber die Kammer lehnte alle beschränkenden Anträge ab und erwarb sich noch ein besonderes Verdienst, indem sie das Institut der Beisassen aus dem Entwurf ausmerzte: wiederum eines jener zahlreichen Beispiele, wo sie ganz im Vorübergehen und beiläufig die schwierigsten Fragen entschieden hat, diesmal glücklicherweise im wohlverstandenen Interesse Aller. In gleicher Weise erklärte sie sich mit den Ausschließungsgründen von den gemeindebürgerlichen Rechten einverstanden, die von jeder Rücksicht auf Religion und Gewerbe absehen und nur diejenigen treffen, welche unter Vermundschaft stehen, öffentliche Almosen empfangen, einem gerichtlichen Gantverfahren unterliegen und, was sich im Grunde von selbst versteht, durch gerichtliches Erkenntniß zum Verlust jener Rechte verurtheilt sind. Dagegen erlitt die letzte und wichtigste Bestimmung des Gesetzentwurfs eine sehr bedeutende Modifikation: ein neuer handgreiflicher Beweis der Einheit des deutschen Vaterlandes. Der Gesetzentwurf verleiht nämlich auch denjenigen deutschen Staatsbürgern, welche, ohne Gemeindegenossen zu sein, seit länger als 2 Jahren innerhalb der Gemeinde wohnen und Steuern an die Gemeinde zahlen, das Wahl- und Wählbarkeitsrecht. Dagegen aber erhob sich die gesammte Kammer. Die Kommission hielt eine solche Ausdehnung des Wahlrechts auf alle deutschen Staatsbürger freilich für sehr patriotisch, aber, so lange die Idee eines allgemeinen deutschen Reichsbürgerrechts nicht in allen Staaten Deutschlands zur allgemeinen unbedingten Anerkennung gekommen sei, so lange die Grundrechte der deutschen Nation nur noch auf dem Papiere vorhanden wären und die alten Rechtsungleichheiten in den deutschen Landen fortbestünden, so lange müsse es als höchst bedenklich erscheinen, schon jetzt und ohne daß die Reciprocität gesichert sei, allen Deutschen in Würtemberg dieselben Rechte wie den eigenen Staatsbürgern einzuräumen. Der Abgeordnete Reyscher hoffte, die Würtemberger würden diesmal nicht wieder in ihrer Gutmüthigkeit vorangehen: einmal sei das geschehen, als man sich unbedingt der Nationalversammlung unterwerfen und nun eine Oase bilde in Mitten der Staaten, welche noch nicht einmal die Grundrechte eingeführt; Prielmayer meinte, es würde eine schöne Wirthschaft geben, wenn jeder hergelaufene „Ausländer" sich in die Berathung der Gemeinden mischen könne, und ebenso entschieden, wenn gleich weniger derbe sprach sich der Kanzler Wächter darüber aus; Freiherr v. Linden endlich hob hervor, daß man in dieser Weise Personen zur Berathung der Gemeindeangelegenheiten berufe, welche vielleicht gar kein Interesse daran hätten und nach dem Grundsatze verführen: Après nous la déluge! Diesen hausbackenen und würtembergisch-patriotischen Gründen gegenüber war es vergebens, daß Staatsrath Duvernoy vom deutschen Standpunkt aus den Gesetzentwurf vertrat und darauf hinwies, daß Würtemberg es sich zur Ehre rechnen müsse, in solcher Weise den andern deutschen Staaten voranzueilen und daß, wenn auch leider Zeit und Verhältnisse sich verändert, doch diese äußeren Veränderungen kein Bestimmungsgrund sein könnten, von demjenigen wieder abzugehen, was man früher als Einleitung zu einem deutschen Gesammtverbande angesehen habe. Der Minister stand allein mit seiner Ansicht. Allerdings wurde der Artikel nicht, nach dem Antrage des Abg. Prielmaier, „von oben bis unten unbedingt gestrichen," wohl aber, dem Antrage des Abg. Becher entsprechend, auf die Angehörigen derjenigen deutschen Staaten beschränkt, welche denselben Grundsatz zur Geltung gebracht. Und das ist bekanntlich zur Zeit noch nirgends geschehen.

§ **Leipzig**, 26. März. Die durchziehenden Baiern sind wie die vorangegangenen Sachsen und Reussen vom besten Muth beseelt. Sie fürchten nichts, als die Verlängerung des Waffenstillstandes und möchten es lieber auch noch mit den Russen aufnehmen. Es ist sehr wohlthuend in dieser Zeit, wo Selbstsucht und Eigendünkel die schönsten Blüten der Hoffnung zu vergiften

drohen, Leute zu sehen, die von Ehre und Vaterlandsliebe durchglüht sind. Prof. Wuttke gibt uns im hiesigen Tageblatt großdeutsche Belehrungen. Leider sagt er nicht, wie er sich der Heerführer Windischgrätz, Jellacic und Radetzky bemächtigen, oder ob er sich ihnen unterordnen will. Ehe er sich über diese Hauptsache erklärt, werden seine Belehrungen, die doch eigentlich nur Wünsche sind, wenig Eingang finden. Er hat es mit allen Parteien versucht, und hat jetzt keine.

△ **Mannheim**, 28. März. Das Gerücht will schon von einer bedeutenden Anzahl Wahlmänner gehört haben, welche nicht zu wählen öffentlich sich erklären. Wir wollen noch nicht zu sehr diesem Gerüchte glauben; allein das ist gewiß, daß Mannheim's materielle Interessen sehr darunter leiden müßten, wenn Mannheim nicht für eine gewichtige Vertretung in Karlsruhe sorgt. Bis Morgen rückt die erste Quote der ordentlichen Konskription ein, den 19. April folgt ihr die zweite, jedesmal 50 Mann per Kompagnie. Die Außerordentlichen wurden gestern wohl exerziert entlassen. (Eine Arbeit von 6 Wochen; früher brachte man sie nothdürftig in 3 Monaten so weit.)

* **Weinheim** a. d. B., 27. März. Der hiesige vaterländische Verein hat in einer an die deutsche Nationalversammlung erlassenen Adresse einstimmig die Erklärung des Heidelberger vaterländischen Vereins sich angeschlossen und namentlich die Nationalversammlung für befugt und verpflichtet erklärt, die österreichischen Abgeordneten sofort aus der Paulskirche auszuschließen.

⁎*⁎ **Mainz**, 27. März. Heute frühe hatten wir wieder einmal Kravall. Der allgemein verhaßte Marktmeister Gossi sollte nach längerer Unterbrechung heute wieder seinen Dienst versehen. Als die zum Markte gekommenen Leute dies vernahmen, fielen sie über ihn her, um ihn zu mißhandeln; er flüchtete sich durch mehrere Straßen nach dem Polizeigebäude, wohin es ihm gelang, unter polizeilichen Schutze zu kommen. Die unabsehbare Volksmenge, die sich hier versammelte, verlangte dessen Auslieferung. Ein Gensdarm beging die Unvorsichtigkeit, der aufgeregten Menge mit gezogenem Säbel zu drohen. Dieselbe fiel nun über ihn her, und es gelang der herbeigeeilten Schutzwache nur mühsam, ihn der Menge zu entreißen. Nach fast zweistündigem Tumulte ward die Ruhe wieder hergestellt. Wenn ein Frankfurter Blatt unlängst die Mittheilung macht, daß hier garnisonirende österreichische Militär habe Befehl zum Abmarsch zu erwarten, so können wir aus der sichersten Quelle diese Nachricht für ungegründet erklären. Morgen wird bei hiesigem Zuchtpolizeigericht der Prozeß Ribbentrop zur Verhandlung kommen, worauf man sehr gespannt ist. Ebenso ein Prozeß gegen die Redakteure der „Mainzer Zeitung", Cölsche und Bamberger. Die Messe hat seit 8 Tagen begonnen, ist aber noch nie so schlecht gewesen wie dieses Jahr. Der katholische Verein, „Piusverein," der sich hier gebildet, hat durch päpstliches Schreiben seine Genehmigung erhalten.

⁎*⁎ **Mainz**, 28 März. Der Krawall von gestern hat sich heute Vormittag wiederholt. Als nach 7 Uhr Gossi seinen Dienst als Marktmeister wieder versehen wollte, rottete sich alsbald eine große Volksmasse zusammen, um denselben von seinem Posten zu vertreiben. Alsbald wurde preußisches und österreichisches Militär auf den Platz komandirt und der ganze Marktplatz damit umstellt. Der Tumult dauerte von halb 8 Uhr bis 10 Uhr, wo endlich die Menge sich beruhigte durch die Erklärung Gossi's, er trete hiemit von seinem Posten ab. Zahlreiche Patrouillen unter dem Komando von Offizieren durchziehen die Straßen der Stadt. Die Gensdarmerie steht unter den Waffen, einige Punkte sind noch mit einzelnen Kompagnien Oesterreichern besetzt.

Nachschrift: Die Ruhe ist noch immer nicht vollkommen hergestellt. Aufgeregte Volksmassen ziehen unter Lärmen und Schreien durch die Stadt; am Polizeigebäude und am Marktplatz finden eben wieder Zusammenrottungen statt. Ein Bataillon Preußen stellt an der Kaserne unter den Waffen.

** Aus Schleswig-Holstein, 25. März. Das bairische Kontingent hat nun gleichfalls unsern Boden betreten; während Nassauer, Kurhessen, Koburg-Gothaer mehr nach dem Norden vorrücken, trafen heute Baiern in Altona ein, um morgen gleichfalls dem Norden zuzueilen. So wird denn unser sonst so friedliches Stückchen Erde aufs Neue in einen Kriegsschauplatz verwandelt, und macht zu diesem Zweck unsere Landesregierung gleichfalls außerordentliche Anstrengungen, wie der nachfolgende Aufruf ergiebt:

In Uebereinstimmung mit der Bekanntmachung des Departements des Kriegswesens vom 13. d. M., betreffend die Bildung von freiwilligen Scharfschützenkorps, und im speziellen Auftrage desselben ergeht hiemit an alle Forst- und Waidmänner, sowie an jeden geübten Büchsenschützen im Allgemeinen, insbesondere aber auch an die Mitglieder des frühern Bracklow'schen Korps, welche an der Ehre des Kampfes für die Selbstständigkeit und Freiheit der Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen den Feind theilnehmen wollen, hierdurch der öffentliche Aufruf, sich wenn möglich ungesäumt, jedenfalls aber vor Ablauf dieses Monats, mit eigener Büchse, einem Hirschfänger, Faschinenmesser oder sonstigem kurzen Seitengewehr und den erforderlichen Bekleidungsstücken versehen, in Rendsburg im „Bureau für freiwillige Scharfschützen" anmelden zu wollen, um nach beigebrachter Legitimation über ihre Unbescholtenheit, sowie ihre Tüchtigkeit als Büchsenschützen einem freiwilligen Scharfschützenkorps eingereiht zu werden und unter selbstgewählten Führern nach demnächstiger näherer Bestimmung des kommandirenden Generals der schleswig-holsteinischen Armee sofort gegen den Feind ins Feld zu rücken. Mit den Pflichten theilen die freiwilligen Scharfschützen, sowie die Familien der etwa Gebliebenen auch die Rechte und Ehren der übrigen schleswig-holsteinischen Armee. Rendsburg, 23. März 1849. Koch.

An diesen Aufruf reiht sich folgender an: „Aufforderung. Sollte es in Schleswig-Holstein Männer geben, die für den Kriegsdienst noch nicht in Anspruch genommen und, ungehindert durch Verhältnisse, den Muth und Willen haben, Blut und Leben für die Vertheidigung des Vaterlandes zu wagen, die ferner sichere Schützen sind, sich selbst mit den nöthigen Waffen versehen und keinen Sold annehmen wollen, so ersuche ich diese Braven, sich mit mir zu vereinigen, um entweder selbstständig oder in Verbindung mit einem andern Korps dem Feinde des Landes möglichst großen Schaden zuzufügen. Wer auf diesen meinen Vorschlag einzugehen beabsichtigt, wird gebeten, mich schriftlich davon zu benachrichtigen und sich zu seiner Zeit an einem näher zu bestimmenden Orte einzufinden, um uns vereinigt dem Generalkommando des Herzogthumes zur Verfügung zu stellen und die Ernennung eines Führers zu gewärtigen. Meine Adresse ist: Hauptmann Koch, wohnend auf dem Holm in Schleswig. Schleswig, den 22. März 1849. Koch, Hauptmann vormals in schleswig-holstein'schen Diensten."

Altona, 21. März. Die Truppenzüge dauern fort. Wie wenig Sicherheit hinsichtlich der Kriegs- oder Friedensfrage selbst in solchen Regionen herrscht, in denen man eine genauere Kenntniß voraussetzen könnte, mag Folgendes beweisen: Ein preußischer Beamter, dem ein bedeutendes Amt in dem Reichsheer in den Herzogthümern übertragen ist, befand sich vor einigen Tagen in Berlin in einer Gesellschaft, in welcher auch der russische und englische Gesandte anwesend waren. Beide Herren behaupteten ganz positiv, daß der Friede mit Dänemark abgeschlossen sei. Dagegen findet der in Rede stehende Beamte, als er zu Hause kommt, den Befehl vor, sich am andern Tage unverzüglich nach den Herzogthümern zu begeben, so daß er kaum Zeit hatte, die nöthigen Reisevorbereitungen zu treffen. (S. H. Z.)

Bremen, 26. März. Die deutsche Dampffregatte „Acadia", welche verunglückt sein sollte, ist gestern Nachmittag in Bremerhafen wohlbehalten angekommen. (Wes. Z.)

Bremen, 26. März. Die „Weserzeitung" berichtet heute: „Aus London ist hier gestern die Nachricht eingetroffen, daß zwischen Herrn Bunsen und dem dänischen Bevollmächtigten eine vorläufige Verlängerung des Waffenstillstandes mit Dänemark bis zum 15. April vereinbart worden ist. Die Quelle, aus welcher diese Nachricht stammt, läßt keinen Zweifel an deren Glaubwürdigkeit zu.

⊙ **Lübeck**, 25. März. Während in Hamburg und Bremen die Stellvertretung im Heere einstweilen noch beibehalten ist, hat man hier den herzhaften Beschluß gefaßt, schon in Beziehung auf die jetzt dienstpflichtige Jugend die deutschen Grundrechte zu verwirklichen und jegliche Stellvertretung zu beseitigen. Ungeachtet der großen Härte, welche diese unvorbereitete Aenderung im Einzelnen mit sich geführt, hat man allen Grund, mit diesem Entschlusse zufrieden zu sein. Die junge Mannschaft, welche in der vorigen Woche eingekleidet ward, ist rührig und wohlgemuth. Die Pflicht drückt nicht mehr, da sie Reiche und Arme, Vornehme und Geringe gleichmäßig trifft. So verdanken wir auch hier wieder den Grundrechten die Abstellung einer Einrichtung, die je länger

je mehr einem Gefühl der Unzufriedenheit und Zurückschätzung in den mittleren und untersten Klassen der Gesellschaft Nahrung gab.

Trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse herrscht hier angestrengte Thätigkeit für die Verbessrrung unserer Kommunikationswege. Die Vorarbeiten für die Lübeck-Büchener Eisenbahn sind jetzt so weit gediehen, daß die nächste Bürgerschaft über die Anwendung des Expropriationsgesetzes auf den Bau, und über Konzessionirung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2,460,000 R. pr. C. zu entscheiden haben wird. Gleichzeitig kommt ein umfassender Korrektionsplan für die Trave zur Berathung, dessen Ausführung auf 510,000 R. veranschlagt ist. Unser Dampfschiff Lübeck hat von seinen Fahrten auf Norwegen der dort grassirenden Cholera halber zur Zeit abstehen müssen; dagegen wird es schon von übermorgen an jeden Dienstag und Sonnabend auf Kopenhagen fahren, nachdem der von dort hierher gesandte Baron v. Wedelhäuser mit dem hiesigen Postdepartement eine ähnliche Vereinbarung getroffen hat, wie sie von mecklenburgischer Seite für eine Postverbindung zwischen Wismar und Kopenhagen durch das mecklenburgische Dampfschiff Obotrit in Kopenhagen erwirkt ist. Daneben wird das Dampfschiff Malmöe seine wöchentlichen Fahrten zwischen Kopenhagen und hier fortsetzen, so lange die politischen Verhältnisse diesen Verkehr überall noch zulassen.

Die Abstimmung über den Welcker'schen Antrag und der dadurch herbeigeführte Rücktritt des Ministeriums Gagern haben hier tiefen Eindruck gemacht und ebenso sehr Niedergeschlagenheit als Entrüstung hervorgerufen. Das ist auch eins von den Ereignissen, über das Deutschlands Feinde frohlocken werden! Morgen läuft der Waffenstillstand mit Dänemark zu Ende und der wieder ausbrechende Krieg findet uns noch ohne einheitliche Verfassung, ohne Einigkeit im Innern! Eine ungeheure Verantwortlichkeit lastet auf denen, welche sich nicht zu einer entscheidenden That zu erheben vermochten.

Großbritannien.

* **London**, 24. März. Ehe das Unterhaus gestern über die Schifffahrtsbill zur Komiteberathung überging, erhob sich der Handelsminister, Hr. Labouchere. Er habe früher vorgeschlagen, sagte der Minister, ausländische Schiffe, unter gewissen nähern Bestimmungen, zum englischen Küstenhandel zuzulassen, um mit den Seemächten eine vollkommene Gleichheit herzustellen, und allen Chikanen und Streitigkeiten mit den Vereinigten Staaten vorzubeugen. Seitdem habe er aber von dem Chef des Zollamts, Sir Th. Fremantle, die Mittheilung erhalten, daß man die Einkünfte des Staats den größten Gefahren aussetzen würde, wenn man ausländischen Fahrzeugen mit den britischen beim Küstenhandel die Konkurrenz gestatte, weshalb er die betreffende Klausel zurücknehme und die Bill in derjenigen Gestalt, welche sie im vorigen Jahre gehabt, dem Hause zur Komiteberathung vorlege. Disraeli fand diese Erklärung sehr seltsam und warf den Ministern vor, daß sie sich auf Dinge einließen, denen sie selbst nicht gewachsen seien; er müsse sie warnen, nicht den Grund zu einer Unzufriedenheit zu legen, welche die Institutionen des Landes erschüttern dürfte. Die Berathung wurde bis Montag ausgesetzt. Die „Times" sieht das Schicksal der Bill voraus: ein Sieg, wie der Lord Goughs, im Unterhause, eine Niederlage im Oberhause! Was solle man den Räthen der Krone in diesem Falle anrathen? Zweimal hätten sie die Bill vorgeschlagen; sie müßten sie durchsetzen. Also neue Wahlen! Diese kosteten dem Lande 2 Millionen Pfund. „Sind die Landedelleute und die Peers", fragt die Times, „auf allgemeine Wahlen vorbereitet? Wir glauben nicht. Wenn sie darauf nicht vorbereitet sind, so sollten sie sie doch ja nicht der Regierung aufnöthigen, ohne von deren Nothwendigkeit auf's innerste überzeugt zu sein."

Es ist zu bemerken, daß sich das Ministerium schon häufig, vielleicht zu häufig dadurch aus der Klemme zu ziehen versuchte, daß es bei wichtigen Vorschlägen einzelne Klauseln, welche von dem sonst mit der ganzen Maßregel einverstandenen Peel'schen Anhang beanstandet wurden, freiwillig zurücknahm. Die Lage ist gegenwärtig freilich eine andere, da sich wohl nicht leugnen läßt, daß mehrere Umstände dazu mitgewirkt haben, für den Augenblick der protektionistischen Partei Muth zu machen. Bei der gegenwärtigen reaktionären Weltlage werden auch wohl ohnehin von den verschiedensten Seiten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Whigs und namentlich Lord Palmerston, der so vielen ein Stein im Wege ist, vom Ruder zu entfernen.

Der „Standard" vom heutigen Datum enthält folgende Notiz: „Heute geht in der City das Gerücht, daß die vergangenen Abend im Hause der Gemeinen angekündigte Abänderung in der Schifffahrtsbill eine theilweise Aenderung des Kabinets während der bevorstehenden Ferien zur Folge haben möchte." Inzwischen leidet Lord J. Russell, wie die „Times" anzeigt, an einer Erkältung und muß sich zu Hause halten, so daß ein auf morgen angesetzter Kabinetsrath in seiner Wohnung auf dem Cheshamplatz statt in der Downingstreet gehalten werden wird. Es fallen uns hier die Worte ein, welche früher ein torystisches Blatt fallen ließ: „Laßt Lord J. Russell an einem vierzehntägigen Schnupfen leiden, und das Ministerium wankt in seinen Fugen."

Frankreich.

* **Paris**, 26. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung präsidirt Marrast, der sich der Theilnahme an der Verhandlung über die Klubs enthalten hatte, zum ersten Mal. Auf seinen Vorschlag beschließt die Versammlung von nun an die vier ersten Tage der Woche ausschließlich der Berathung des Budgets zu widmen. Bei der dann stattfindenden Berathung über das Staatsbautenbudget fährt die Versammlung fort, ihr Ersparungssystem unbarmherzig durchzuführen. Für die Arbeiten an den Schifffahrtsanstalten im Binnenlande werden 7,260,000, an den Häfen 4,500,000 gestrichen. Die Redner, welche sich diesem verzweifelten Verfahren widersetzen wollten, wurden gar nicht gehört.

Der heutige Moniteur enthält eine halboffizielle Schilderung der gegenwärtigen inneren Lage Frankreichs, der wir Folgendes entnehmen: „Wir wohnen einem großen Schauspiele bei. Auf der einen Seite sehen wir das ganze Land, welches sich beruhigt und wieder zum Vertrauen, zur Arbeit, zum Wohlstand und, um Alles mit einem Worte zu sagen, zur Ordnung zurückkehrt. Auf der andern Seite bemerken wir eine an Zahl, Tugend und Einsicht schwache Partei, welche mit äußerster Anstrengung gegen die Bestrebungen und Hoffnungen der Gesellschaft ankämpft und sie noch durch die letzten Zuckungen ihres Todeskampfes in Unruhe versetzt. — In der Normandie steigt der Preis des Viehs. In dem Centrum und dem Süden Frankreichs nimmt der Werth der Cerealien zu. Die Seidenfabriken, die Hüttenwerke, die Waffenmanufakturen finden offenbar ihre Thätigkeit wieder. Ohne den Mangel und den hohen Preis der Baumwolle würde dasselbe von den Spinnereien und Webereien gelten. Fast in allen Sparkassen der Republik übersteigen die wöchentlichen Einlagen die Wiedererstattungen. Endlich hat sich der Ertrag der indirekten Steuern bedeutend vermehrt und das Oktroi von Paris, das vom 1. Januar bis zum 23. März 1847 7,122,985 Fr. und während derselben Periode im Jahr 1848 blos 6,178,503 Fr. eingenommen hat, bietet dieses Jahr eine Einnahme von 6,712,442 Fr. dar. — Dies sind die Früchte der Ordnung. Wir werden derselben die Ruhestörungsversuche entgegenstellen, welche das Land noch bewegen." Hier werden nun eine Reihe kleine sozialistischer und rothrepublikanischer Manifestationen in Amiens, Nevers und andern Städten, besonders aber im Süden, der sich seit der Februarrevolution durch seine jacobinischen Tendenzen auszeichnet, aufgeführt. Der Artikel schließt mit den Worten: „Dies sind die Thaten des Sozialismus! Dies die Früchte der abscheulichen Propaganda, durch welche diese Partei ein Land in Verwirrung setzt, das nichts anders wollte, als im Schatten der Freiheit von seiner Arbeit leben!

Von den zahlreichen sozialistischen Banketen, von denen jetzt fast täglich eines stattfindet, schildern wir als Probe das, welches gestern vom vierten Stadtbezirk von Paris gegeben wurde. Das Lokal war das „der vereinigten Köche" an der Barriere von Sèvres; der Preis war wie gewöhnlich 25 Sous. Die Zahl der Gäste, unter denen sich abermals viele sozialistische Damen befanden, betrug gegen 600. Ein Polizeikommissär, der erschienen war, um das Banket zu überwachen, zog sich auf die Protestationen der Festredner zurück und die Feier verlief sich hierauf in der größten Ruhe. An den Wänden bemerkte man in großen Buchstaben die Namen von Louis Blanc, Albert, Barbes, Cabet, Raspail und Blanqui. Unter den ausgebrachten Trinksprüchen erwähnen wir folgende: „Auf die vordersten Vertreter der Revolution!" „Auf die Erziehung unserer Brüder von Stadt und Land!" „Auf die Einheit vor der Wahlurne!" und „Auf die

allgemeine Verbrüderung!" von einer Dame, die mit leiser, kaum hörbarer Stimme eine längere Betrachtung an ihren Trinkspruch knüpfte. Der Volksvertreter Joly (Vater), der dem Feste ebenfalls beiwohnte, brachte einen Toast „auf die fortschreitende Entwickelung der Menschheit" aus und zuletzt Madame Esquiros einen Toast: „auf die Märtyrer der Freiheit, nicht auf die Märtyrer, die auf dem Schlachtfeld, auf den Barrikaden oder auf dem Schafott gestorben sind, sondern auf die Märtyrer der Verleumdung, die Frauen!" Die Rednerin schloß ihre excentrische Entwickelung, in der sie unter anderem behauptete, daß ein Weib durch seine Jugend und seine Schönheit genöthigt sein könne, auf dem Pflaster zu schlafen, weil die Hauseigenthümer im Interesse der Moral, die leicht Gefahr laufen möchte, ihm keine Wohnung vermiethen wollten, mit der Aufforderung an alle Wähler, auf jeden Wahlzettel den Namen einer Frau zu setzen, um aufrichtig zur Verbesserung des Looses der Frauen beizutragen.

Stand der Renten: 5 pCt. 84. 50; 3 pCt. 53. 85; Bankaktien 2290.

Kolmar, 21. März. Die „Basler Ztg." bringt folgende Kundmachung des Präfekten des Oberrheins: Die Stadt Havre und die umliegenden Gemeinden sind seit einiger Zeit mit fremden Auswanderern überfüllt. Die Zahl derer, die nicht im Stande sind, die Ueberfahrt nach Amerika zu bestreiten, beträgt über 600. Der Minister des Innern meldet mir, es müsse sofort diesem Stand der Dinge ein Ziel gesetzt werden, da den von Auswanderern überfüllten Gemeinden deren Ernährung und Fortschaffung allzu große Opfer auferlegt. Ich habe daher den französischen Behörden an der Grenze den bestimmten Befehl gegeben, daß keinem Auswanderer, komme er, woher er wolle, bis auf Weiteres der Eintritt in die französische Republik gestattet werde. Diese Verfügung ist eine blos vorübergehende und wird nicht länger dauern, als es die Noth erfordert. Ich beeile mich, Ihnen diese Mittheilung zu machen, damit Sie diejenigen Auswanderer warnen können, welche aus der Schweiz durch Frankreich reisen wollen. Genehmigen Sie ꝛc. Der Präfekt des Oberrheins.

Portugal.

* **Lissabon**, 12. März. Den letzten durch das Dampfschiff Jupiter nach England überbrachten Nachrichten zufolge, beabsichtigt der Herzog von Saldanha aus dem Ministerium zu scheiden. An seiner Statt würde der Herzog von Terceira zum Kabinetsminister und die beiden Cabrals zu Ministern der auswärtigen und innern Angelegenheiten ernannt werden. Es hieß, Lord Palmerston habe dem Sir H. Seymour die Weisung ertheilt, als Sühne und Entschädigungsgeld für die Ausweisung des Dr. Kelly aus Madeira eine Summe von 1600 Pf. zu fordern. Einige Tage vor dem 12. erregte der Umstand Aufsehen, daß die Schloßwache verstärkt, die Garnison von Lissabon unter Waffen gehalten und aus St. Ubes 200 Soldaten zu Schiffe herbeigeholt wurden. Das Publikum zerbrach sich umsonst den Kopf, welche gegründete oder ungegründete Befürchtungen zu diesen Vorsichtsmaßregeln Anlaß geben konnten.

Italien.

* Das amtliche Bülletin über die Gefechte am 20. und 21. bei Vigevano und Mortara enthält nicht mehr, als wir bereits gestern mitgetheilt haben. Dagegen bringt die Post Kunde von einem neuen Gefecht, welches in derselben Gegend am 23. stattgefunden hat. Die Nachrichten darüber lauten noch etwas unbestimmt und widersprechend. Nach Berichten, welche am 26. Morgens bei der sardinischen Gesandschaft in Paris auf außerordentlichem Wege eingetroffen sind, haben die Oesterreicher den Kürzeren gezogen und 1300 Gefangene verloren. Am 24 sollen die Piemontesen bei Mortaea dem Kampfe ausgewichen sein und sich zurückgezogen haben. Dagegen schreibt man der Bresl. Ztg. aus

Arona vom 24. März. Die gestrige Schlacht zwichen Mortara, Vigevano und Novara, welche den ganzen Tag dauerte und sehr mörderisch gewesen sein soll, endigte mit dem Rückzuge der Piemontesen. Es verlautet, die Oesterreicher seien heute in Novara eingerückt. Und ein Brief aus Mailand von demselben Datum sagt: „Gestern hörte man den ganzen Tag Kanonendonner in geringer Entfernung von Mailand, und diesen Morgen behauptet man, die österreichische Armee sei in vollem Rückzuge; es ist das aber eine Nachricht, die wir keineswegs garantiren, denn sie ist verdächtig. Unsere Stadt ist noch ruhig. Andere Briefe aus Mailand vom 24. schreiben von allerhand sich durchkreuzenden Gerüchten, von Bewegungen der Piemontesen gegen Como und Bergamo, von einem allgemeinen Aufstande und von Organisirung des Landsturmes in Como.

Während der linke Flügel der Piemontesen die oben erwähnten Gefechte lieferte, scheint der rechte unter La Marmora Pavia und Parma genommen zu haben. Wenigstens verlas der Minister Ratazzi in der Sitzung der Turiner Deputirtenkammer vom 21. folgende telegraphische Depesche vor: „Unsere Truppen haben Pavia besetzt. Es heißt, daß der General La Marmora und der Senator Plezza in Parma eingetroffen sind." Die Nachricht von der Besetzung Pavia's rührte indessen nicht aus offizieller Quelle her.

* **Venedig**, 15. März. In wenigen Tagen werden sich die in den Lagunen von Venedig befindlichen sardinischen Schiffe zu dem übrigen Theil des Geschwaders nach der Küste von Istrien begeben. Die venetianischen Fahrzeuge unter den Befehlen von Graziani werden ebenfalls zu demselben stoßen. Durch das Dekret, durch das heute Morgen die Nationalversammlung auf 15 Tage prorogirt worden ist, ist auch allen Land- und Seeoffizieren befohlen worden, sich an ihre Posten zu begeben und dort die weiteren Befehle zu erwarten. Die nach dem Dekret vom 17. August 1848 mobilisirte Nationalgarde soll sich ebenfalls bereit halten, die Operationen der übrigen Truppen zu unterstützen. Dieses von dem Präsidenten Manin gezeichnete Dekret steht in Zusammenhang mit der Ankunft des sardinischen Dampfers Goito auf unserer Rhede, welcher gestern mit Depeschen von der sardinischen Regierung eintraf und nach wenigen Stunden wieder abfuhr.

Venedig. Die Repräsentantenkammer ist auf 14 Tage vertagt. Es geschah dies, nachdem die Nachricht von der Waffenstillstandskündigung eingetroffen war. Die Kammer ging auseinander unter dem Rufe: Es lebe der Krieg! Man erwartete nächstens die sardinische Flotte wieder hier zu sehen.

* **Rom**, 17. Die Nachricht von der Kündigung des Waffenstillstandes hat hier eine große Aufregung hervorgebracht. Der Deputirte Audenot erinnerte die Regierung daran, daß das Priesterthum gefallen sei, weil es nicht an dem Unabhängigkeitskriege habe Theil nehmen wollen und forderte die Regierung auf, Alles ins Werk zu setzen, um diesen Krieg zu einem glücklichen Resultate zu führen. Die Regierung, befragt, welche Maßregeln sie dieserhalb ergriffen habe, verlangte die geheime Sitzung, die ihr bewilligt wurde. Auf die Frage, welches ihre Beziehung zu den übrigen Staaten Italiens seien, erwiderte sie, daß sie mit allen Staaten, Piemont nicht ausgenommen, im vollsten Einverständnisse sei.

Palermo. Mieroslawski hat folgenden Tagesbefehl an das von ihm befehligte sizilianische Heer erlassen: „Indem ich Euch aufrufe, gegen den Feind aufzubrechen, der Euren Boden betritt, legt Euch das Vaterland die heiligen Pflichten einer nationalen Vorhut auf. Sizilien, ganz Italien und alle freien Völker der Christenheit haben die Augen auf Euch gerichtet. Der möge umkommen und verdammt von Euch allen sein, der zuerst unter Euch durch Indiszipin, ein untrügliches Zeichen der Feigheit geben, durch Indiszipin, den größten Verrath, Euren Ruhm verdunkeln sollte. Entschlossen, an Eurer Spitze zu bleiben, zu kämpfen oder zu sterben, werde ich den Unwürdigen die Ehre nicht gestatten, mit den wahren Tapfern vereint unter den Kugeln zu fallen. Soldaten! bewahrt Euch vor der Indisziplin und ich werde Euch vor der Knechtschaft bewahren. Es lebe die sizilische Unabhängigkeit!"

Ungarn.

Pesth, 19. März. Der ausgezeichnete k. General Graf Schlick hat schon oft dem Tode ins Gesicht geschaut. Gewöhnlich ist er dort zu sehen, wo der Kugelregen am heftigsten ist. Während der Schlacht bei Kapolna hatte er wieder seinen gewöhnlichen Platz, nämlich den, wo die Gefahr am größten ist, eingenommen. Nicht weit von ihm war eine Kolonne St. Georger Grenzer im größten Feuer. Ein feindlicher Husar, welcher seiner ansichtig wurde, sprengte mit gezogenem Säbel auf ihn los. Graf Schlick zog den Säbel, und war bereit, dem Kampf nicht auszuweichen. Nur drei Sätze noch, und das seltene Schauspiel: Ein kaiserlicher

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 29. März. Umtriebe gegen die Verfaſſung. Reiſeroute der Reichsgeſandtſchaft.) Wien (Hermannſtadt von Bem genommen. Die Einnahme von Komorn beſtätigt ſich nicht. Ein Dank für die Verfaſſung.) Prag (Der deutſche Verein an die Deutſchen in Böhmen.) Berlin (Verhandlungen der zweiten Kammer.) Bingen (Volksverſammlung.) Stuttgart (Ein neues Steuerſyſtem.) Tübingen (Bewaffnung der Ehemänner.) Dresden (Ein Antrag zu einem Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium.) Freiburg (Prozeß von Struve und Blind.) Schleswig-Holſtein (Eine Korreſpondenz über die Stellung der beiderſeitigen Truppen.) Hamburg (Der Stand der Unterhandlungen mit Dänemark. Beſeler, Heintze, Molke, Prittwitz. Die preußiſchen Truppen.)

Italien. (Neueſtes vom Kriegsſchauplatze.)

Schweiz. Bern (Einberufung der Bundesverſammlung.)

Rußland u. Polen. Lithauen (Die ruſſiſche Paßpolizei.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 29. März.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 29. März.

Tagesordnung der 196. öffentl. Sitzung.

Mittheilung der von dem Büreau in Anſehung der Deputation getroffenen Beſtimmungen.

Die Sitzung wird 10¼ Uhr durch den Präſidenten Herrn Eduard Simſon eröffnet. Zwei Einwendungen gegen das Protokoll, die eine von Hrn. Berger aus Wien, die andere von Hrn. Ludwig Simon aus Trier vorgebracht, werden vom Vorſitzenden als begründet anerkannt. Das Protokoll von geſtern wird demgemäß vervollſtändigt werden.

Der Erzherzog-Reichsverweſer läßt ſodann der Nat.-Verſammlung mittheilen, daß er geſtern das Bureau des Hauſes, den Präſidenten des interimiſtiſchen Reichsminiſteriums und mehrere Mitglieder des letzteren zu ſich beſchieden habe, um ihnen zu eröffnen: „Er finde ſich beſtimmt, unter den obwaltenden Umſtänden die Würde eines Reichsverweſers zurückzulegen" — Auf die Gegenvorſtellung des Präſidenten der Nat.-Verſ. und auf deſſen Bitte um Zurücknahme dieſes Entſchluſſes habe der Reichsverweſer nach einer Stunde Bedenkzeit dem interimiſtiſchen Präſidenten des Reichsminiſteriums ferner mitgetheilt, daß er von ſeinem Entſchluſſe nicht abgehen könne und auf der Entbindung von dem ihm anvertrauten Amte beſtehen müſſe, ſobald es ohne Nachtheil für die Ruhe Deutſchlands geſchehen könne.

Die Verſammlung nimmt dieſe Erklärung ſchweigend und ohne ein Zeichen von lebhafterer Bewegung auf, worauf der Präſident hinzufügt, daß der weitere Briefwechſel, der noch fortwährt, dem Hauſe zur Kenntniß gebracht werden ſolle.

Die Mitglieder der Deputation zur Ueberbringung der Kaiſerwahl, welche das Bureau von 24 auf 32 Mitglieder erhöht hat, um keinen der verſchiedenen Volksſtämme unvertretn zu laſſen — eine Erhöhung, in welche das Haus auf Antrag des Präſidenten, trotz des Widerſpruchs des Hrn. Vogt, durch einen förmlichen Beſchluß einwilligt, ſind folgende:

Herr E. M. Arndt aus Bonn, Hr. Adolph Barth aus Kaufbeuren, Hr. Chriſt. Bauer aus Bamberg, Hr. Georg Beſeler aus Greifswalde, Hr. Karl Biedermann aus Leipzig, Hr. Moritz Briegleb aus Koburg, Hr. Adolf Cnyrim aus Frankfurt, Hr. Friedrich Dahlmann aus Bonn, Hr. Major Deetz aus Wittenberg, Hr. Friedrich Federer aus Stuttgart, Hr. Wilhelm Freudentheil aus Stade, Hr. Adolf Göden aus Krotoczyn, Hr. A. v. Hartmann aus Münſter, Hr. Aug. Hollandt aus Braunſchweig, Hr. Wilhelm Krafft aus Nürnberg, Hr. Wilhelm Löwe aus Kalbe, Hr. Ernſt Merck aus Hamburg, Hr. Karl Mittermaier aus Heidelberg, Hr. Pannier aus Zerbſt, Hr. Friedrich v. Raumer aus Berlin, Hr. Theod. Reh aus Darmſtadt, Hr. Gabriel Rießer aus Lauenburg, Hr. Max. Heinr. Rüder aus Oldenburg, Hr. Guſtav Rümelin aus Nürtingen, Hr. Friedr. Schepp aus Dillenburg (Naſſau), Hr. v. Scherpenzeel-Heuſch aus Barloo (Limburg), Hr. Adolf Schoder aus Stuttgart, Hr. Albert Sprengel aus Waren (Mecklenburg), Hr. Alex. v. Soiron aus Mannheim, Hr. Guſt. Ad. Stenzel aus Breslau, Hr. Friedr. Karl Stieber aus Bautzen, Hr. Heinr. Zachariä aus Göttingen, Hr. Friedrich Zell aus Trier.

Herr Wernher von Nierſtein beantragt Vertagung der Sitzungen auf vierzehn Tage. Herr Karl Vogt meint aber nicht, daß die Verſammlung ſich zerſtreuen dürfe, wie es bei einer ſo langen Ausſetzung der Sitzungen der Fall ſein würde. Mit der Vollendung der Verfaſſung ſei doch deren Einführung noch nicht geſchehen. Vielmehr müſſe die Verſammlung beiſammengehalten werden, um bei jeder dringenden Veranlaſſung ſofort wieder in Wirkſamkeit treten zu können. Herr Löwe von Calbe und G. Beſeler pflichten Herrn Vogt's Anſicht bei. Auch Herr R. Mohl erklärt ſich in ähnlichem Sinne, worauf die nächſte Sitzung für Mittwoch, den 4. April, angeſetzt wird. Tagesordnung: ein Bericht des Abgeordneten Herrn Bock für den Wehrausſchuß.

Austrittserklärungen erfolgen heute von den Herren Wedemeyer aus Schönrade, Kunth aus Bunzlau und v. Salzwedell aus Gumbinnen.

Die fürſtliche Thurn- und Tarisſche Poſtdirektion läßt anzeigen, daß die kaiſerl. öſterreichiſchen Poſten die Bücherſendungen, die für die Bibliothek der Nationalverſammlung eingehen, portofrei beſtellen werden.

Auch wird der Eingang eines Kupferſtichs aus München angemeldet: „der Reichsverweſer im Familienkreiſe." Das überſandte Exemplar iſt für die Bibliothek beſtimmt.

Endlich bleibt eine große Anzahl von Abgeordneten auch nach dem Schluſſe der Sitzung in der Paulskirche zurück, um die vom Büreau ausgelegte Abſchrift der deutſchen Verfaſſung auf Pergament ſofort durch Namensunterzeichnung, dem geſtrigen Verſammlungs Beſchluſſe gemäß, mit zu vollziehen.

⊙ **Frankfurt**, 28. März. In der Paulskirche war ich ſoeben Zeuge eines laut vor meinem Platze geführten Geſprächs, welches der bekannte Herr Buß mit Herrn Zimmermann von Stuttgart darüber pflog, wie in zwei verſchiedenen Sitzungen ſich heute Abend die Partei der Ultramontanen mit jener der äußerſten Linken zu gemeinſchaftlichen Maßregeln verſtändigen ſolle. Herr Buß äußerte wörtlich: „ihre Sache ſtehe jetzt ſo, daß ſie ihre Pfeifen ſchneiden könnten." Was er vorſchlug, war eine nur bedingte und theilweiſe Annahme der deutſchen Verfaſſung. So nämlich, daß man nicht einfach unterzeichne, ſondern nur das Gefällige darin gelten laſſe, gegen Anderes aber ſich verwahre. Dabei belobte er Herrn Zimmermann mit dem Bemerken, daß ſich die Linken „brav gehalten hätten". Von Herrn Buß würden wir uns jedes Schrittes verſehen — gegen die Verfaſſung und gegen das Vaterland. Anders iſt es mit Herrn Zimmermann und Geſinnungsgenoſſen, zu denen wir ein viel beſſeres Zutrauen hegen und namentlich das, daß ſie nimmermehr die Hand dazu bieten werden, einem Beſchluſſe der Nationalverſammlung unloyale Hinderniſſe in den Weg zu legen. Auch ſagte Herr Zimmermann nichts zu, ſondern ließ ſich nur die Mittheilungen des Herrn Buß gemacht ſein.

⁝ **Frankfurt**. Die Abgeordneten der Reichsverſammlung reiſen Freitag früh über Bieberich ab und übernachten in Köln.

Von Köln reiſen ſie am Sonnabend auf der Eiſenbahn bis Bückeburg, wo ſie die Nacht zu bleiben gedenken. Für die folgende Tagesreiſe haben ſie nur die Strecke bis Magdeburg beſtimmt, weil ſie ſich in Hannover und Braunſchweig aufzuhalten wünſchen. Am Montag Nachmittag endlich trifft die Deputation in Berlin ein.

△ **Wien**, 25. März. Meine geſtrige Nachricht über die Einnahme Hermannſtadts beſtätigt ſich, obgleich kein Bülletin ausgegeben wurde, was ja recht wohl wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten die ſiegreiche Art hätte beſchreiben können, mit welcher man Bem nach Hermannſtadt hinein geſchlagen habe. Nach den letzten offiziellen Angaben der ſiegreichen Gefechte, welche F.-M.-L. Puchner dem Inſurgentenführer lieferte, war letzterer mehrfach geſchlagen auf der Flucht nach Vaſachely, wohin ihn der Feldmarſchallieutenant verfolgte. Es ſcheint aber, daß es nur die Nachhut der Ungarn war, die er verfolgte und daß Bem während dieſer Zeit eine ſehr kühne Flankenbewegung machte und plötzlich vor Hermannſtadt erſchien und zwar wie angegeben wird mit 12,000 Mann und 20 Kanonen. Nach 18ſtündigem Kampfe rückte er in die Stadt ein; ob er die Ruſſen hinausgeworfen oder ob dieſe ſchon früher abzogen, müſſen die nächſten Nachrichten erſt aufklären. Bem blieb nur einen Tag in Hermannſtadt und wandte ſich dann mit ſeiner ganzen Macht wieder gegen das unglückliche Schäßburg. So weit gehn die Briefe eines Konſuls aus Bukareſt.

Die hiesigen Posten haben bereits den Befehl empfangen, nichts nach oder über Hermannstadt zu spediren, dadurch erhalten obige Nachrichten auch eine Art offizieller Bestätigung. In Ollmütz sind über Ungarn und Siebenbürgen die Berathungen so dringend, daß auch der Minister ohne Portefeuille für Kroatien, Baron Kulmer dem Fürsten Schwarzenberg dahin folgte. Graf Grünne, Adjutant des Kaisers, welcher einen Aufenthalt von drei Tagen hier machen wollte, hat sich ebenfalls in Begleitung des Obersten Kellner und der Grafen Breuner und Rechberg eiligst dahin zurückbegeben. Wenn man zwischen den Zeilen lesen will, so bestätigt schon heute die „Presse" meine gestrige Angabe in Betreff der Verstärkung unsres ungarischen Oberarmeekommando's durch Feldzeugmeister Welden. Sie sagt unter anderem: Wenn schon für die politische Administration die Mithilfe eines Civilbeamten in der Person des Baron Kübeck ad latus des Fürsten Marschall's nothwendig erschiene, so dürfte eine ähnliche Verstärkung der Kräfte zur Leitung der Kriegsoperationen nicht minder erforderlich sein. Nachdem sie Welden dazu bezeichnet, vindizirt sie ihm den wohlverdienten Ruf eines der befähigtsten Strategiker unsrer Armee, dessen Erscheinen bei dem ungarischen Heere das Vertrauen in den Erfolg unsrer Waffen nur erhöhen könne. Das neue Preßgesetz scheint die „Presse" allein abgehalten zu haben sich nicht noch deutlicher auszusprechen. Doch ist das Gesagte allerdings schon hinreichend, um die Lage der Armee und der Regierungsverhältnisse in Ungarn zu bezeichnen.

* **Wien**, 25. März. Die Nachricht von der Uebergabe Komorn's hat sich nicht bestätigt, vielmehr wird behauptet, daß diese Festung sich noch für einen langen Vertheidigungszustand ausgerüstet finde. Der verzögerte Fall dieser Festung ist allen Handelsbeziehungen ungemein nachtheilig. Vorgestern ist mehreres Geschütz vom schwersten Kaliber mit 300 Artilleristen zur Verstärkung des Belagerungskorps von Komorn von hier abgegangen. Das oberösterreichische Landesverordnetenkollegium hat eine Dankadresse wegen der verliehenen Verfassung an den Kaiser und das Ministerium überreicht.

Prag, 24. März. Der Deutsche Verein in Prag erläßt an die Deutschen in Böhmen folgenden Aufruf: Deutsche Brüder! Der lange erwartete Schlag ist gefallen. In die beengenden Bande des neuen Associationsgesetzes eingezwängt, ohne Verbindung unter einander, fehlt uns die Lebensluft, in der allein politische Vereine sich entwickeln können. Die Art von Thätigkeit, in welcher uns noch ein freies unbegrenztes Feld bleibt, ist die Verbreitung von allgemeiner Bildung und Beförderung des Volkswohles. Die Verwandlung der deutschen Vereine in selbstständige Lesevereine erscheint uns als passendstes Mittel dazu. Wenn allgemeine Bildung, ein hohes politisches Bewußtsein alle Schichten unserer Bevölkerung durchdrungen hat, dann werden mit anderen Schranken auch jene fallen, in deren Umgrenzung das Vereinsleben in Oesterreich verkümmern soll, dann hoffen wir auf eine bessere Zukunft und ein fröhlicheres Erstehen der deutschen Vereine!

△ **Berlin**, 27. März. Heute wurden in der zweiten Kammer die Berathungen über die Adresse geschlossen. Hr. v. Manteuffel theilte mit, daß der über Kreuzberg und Rosenberg im Oberschlesien verhängte Belagerungszustand habe beseitigt werden können. Ein die Grundrechte betreffendes Amendement ist abgeworfen worden, nicht als ob die dagegenstimmende Rechte nicht die Einführung der Grundrechte dringend wünschte, aber sie hielt die Adresse nicht für die beste Gelegenheit ihren Wunsch auszusprechen. Hr. Scheerer versuchte eine Erklärung darüber als thatsächliche Berichtigung einzubringen. Es gelang ihm aber nicht und so hat man sich mit einer Berichtigung in den Zeitungen begnügen müssen. Der Antrag von Schneider aus Köln: „die sofortige Einberufung des in Untersuchungshaft im Gefängnisse zu Münster befindlichen Abgeordneten für den Wahlbezirk Paderborn, Justiz-Kommissarius Groneweg, zu veranlassen", ward fast einstimmig angenommen. Selbst die Minister erhoben sich dafür. Das dem Justizrath Groneweg Schuld gegebene Vergehen beschränkt sich nämlich darauf, daß er am 18. Nov. v. J. auf dem sogenannten Westphälischen Kongresse den Vorsitz geführt. Die Stelle über den dänischen Krieg veranlaßte eine lange wohlvorbereitete Rede des Hrn. Arntz über unsere auswärtigen Angelegenheiten, aus der wir hervorheben, was er über Rußland bemerkte: „Ich komme jetzt zu Rußland. Hier sind wir seit 1815 stets das Opfer der heiligen Allianz geworden. Je weniger wir der russischen Politik in den Weg getreten, desto weniger Dank haben wir gehabt. Ich erinnere an die Traktate vom 3. Mai 1815 und Art. 14 der Wiener Traktate. Wenn jener Art. 14 zur Ausführung gekommen wäre, könnten wir in der Provinz Posen die größten Fabriken anlegen. Leider ist derselbe aber nicht zur Ausführung gekommen. Die Einverleibung des Königreichs Polen, so wie der Uebergang Krakaus an Oesterreich, haben uns ebenfalls geschadet. Durch das letztere Ereigniß ist namentlich der schlesische Handel ruinirt worden. Dadurch, daß wir dergleichen Dingen ruhig zusehen, verlieren wir das Recht, uns auf die Verträge des Jahres 1815 zu berufen, zerstören wir den Rechtsboden jener Zeit, verletzen wir das europäische Völkerrecht, und zwar zu unserm Nachtheil. (Beifall zur Linken.) Die Donaufürstenthümer sind von russischen Truppen besetzt worden, und wir haben zu dieser Vergrößerung der russischen Macht geschwiegen. Wie lange glauben Sie, daß in den Donaufürstenthümern deutsche Produkte noch Absatz finden werden? Bald werden uns auch diese Provinzen verschlossen sein. Welchen Vortheil haben wir davon, daß wir immer neutral bleiben? Rußland versperrt uns seine Grenzen immer mehr; die Ostsee-Provinzen leiden darunter und die schlesische Leinwand ist aus Rußland fast ganz ausgeschlossen. Schon um unserer Handels-Interessen willen, wenn nicht unserer Ehre wegen, müssen wir in Zukunft bei allen politischen Fragen ein starkes Wort mitsprechen".

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, leider noch immer der österreichische Graf Arnim, entgegnete:

Ich will dem Redner nicht nach Konstantinopel folgen. Das muß ich jedoch bemerken, daß mir wenigstens nichts von der Existenz einer russischen Note, die den vom Redner angegebenen Inhalt gehabt, bekannt geworden ist. Die Zeitungen haben wohl einer solchen Note mehrfach erwähnt; aber dies ist jetzt kein Grund, an das Vorhandensein derselben zu glauben. Der Redner hat dem Ministerium den Vorwurf gemacht, daß in der dänischen Angelegenheit nichts geschehen sei. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Eine Verständigung über die Friedensbasis ist natürlich nicht das Werk einiger Tage. Die Basis aber ist festgestellt worden und da es nur noch auf kleine Differenzpunkte ankommt, so wird es trotz der Aufkündigung des Waffenstillstandes doch hoffentlich bald wieder zu Friedenspräliminarien kommen. Die Hauptleitung dieser Angelegenheit liegt übrigens der deutschen Centralgewalt ob.

Hr. v. Vincke fand die Rede des Hrn. Arntz nicht ganz an ihrem Orte, da er Vieles vorgebracht, was gar nicht zur Adresse gehöre. „In England, auf das der Redner sich so oft berufen hat, würde eine solche Diskussion gar nicht möglich sein. Die Engländer sind zu praktisch und zu stolz dazu, zu praktisch, weil sie einem Ministerium nicht das entgegenhalten, was ihre Vorgänger begangen haben, zu stolz, weil sie sich nicht ein solches Sündenregister der Vergangenheit vorhalten lassen (auf der Linken ertönt der Ruf: zur Sache! Der Redner erklärt, daß er sich dadurch nicht bestimmen lassen werde). Das ehrenwerthe Mitglied aus Hagen gestatte uns übrigens die Bemerkung, daß er hier mit britischer Kühnheit auf die Unwissenheit seiner Zuhörer gerechnet hat. Hr. Arntz ist z. B. ein wahres Kind in der angeführten Beziehung gegen Hrn. Austen. Die italienische Politik, fuhr Hr. v. Vincke fort, ist von großem Interesse, es ist aber nicht bekannt, was die Regierung hier gethan und unterlassen hat. Ich glaube, es ist von großer Wichtigkeit, daß Oesterreich im Besitz der venetianischen Provinzen, und damit der strategischen Linien bleibt, welche den Angriff auf Deutschland von dieser Seite decken. Wenn der Redner daraus einen Vorwurf macht, daß wir in Frankreich nur einen Geschäftsträger haben, während hier ein Gesandter dieses Landes ist, so ist dieser Vorwurf zu sehr dem ancien régime entnommen. Die Amerikaner, welche gerade in solchen Dingen sehr praktisch sind, schicken meistentheils nur Geschäftsträger. Wenn der Redner einen Bund mit Skandinavien, namentlich mit Schweden und Norwegen wünscht, so bin ich ganz damit einverstanden, ich habe aber nicht gehört, was das Ministerium hätte thun können, ihn herbeizuführen.

In die Handelspolitik will ich dem Redner nicht folgen, da ein Vortrag von der doppelten Länge des seinigen dazu gehört, die Frage über Schutzzölle und Freihandel zu entscheiden, ich glaube aber, daß uns dies überhaupt nicht obliegt, sondern daß Frankfurt der Ort ist, wo dies geschehen muß, da dort das Zollsystem für ganz Deutschland zu entwerfen ist. Was endlich die dänische Frage selbst betrifft, so hat er in der Adresse eine Kriegsdrohung gefunden und deshalb das Amendement von Rodbertus empfoh-

len. Ich bin aber der Meinung, daß man in dem Augenblick, wo Dänemark den Waffenstillstand gekündigt hat, keine friedliche Sprache führen darf. Wir haben unsere Adresse nach dem alten Grundsatz si vis pacem, para bellum entworfen und ich glaube, daß derselbe auch jetzt noch seine volle Bedeutung hat. (Lautes Bravo von der Rechten.)

Zuerst kommt das Amendement von **Rodbertus** und Genossen zur Abstimmung. Dasselbe lautet:

„Wir haben gern vernommen, daß die friedlichen und freundlichen Beziehungen Preußens zu den fremden Staaten im Allgemeinen keine Störung erlitten haben. Wir hegen die Erwartung, daß Euer Majestät Regierung mit Aufmerksamkeit den Bewegungen dieser Staaten folgen und die Preußen gebührende Stimme überall im Sinne der Gerechtigkeit und Ehre, der wahren Interessen Deutschlands wie Preußens geltend machen wird. Bei Befolgung solcher nationalen Politik kann auch die erfolgte Kündigung des Waffenstillstandes von Malmö Seitens der Krone Dänemarks uns die Hoffnung nicht rauben, daß die Differenzen mit diesem Lande, durch welche im vorigen Jahre der Frieden und mit ihm Handel und Schifffahrt unterbrochen wurden, endlich auf eine befriedigende Weise erledigt werden."

Das Amendement von Rodbertus wird mit 182 gegen 150 Stimmen verworfen, desgleichen das von d'Ester und Wesendonck und der 10. Abschnitt des Adreßentwurfs mit großer Mehrheit angenommen.

Der 11. Abschnitt desselben wird ohne Berathung einstimmig angenommen.

Morgen um 12 Uhr wird sich die Kammer endgültig über die ganze Adresse entscheiden.

Bingen, 25. März. „Auf den Wunsch mehrerer Parlamentsabgeordneten von der äußersten Linken", wie es in den Anschlagzetteln hieß, wurde heute auf dem Rochusberge eine Volksversammlung gehalten. Als Redner traten auf: Wiesner, Hofbauer aus Nordhausen, Würth aus Sigmaringen, Schlöffel aus Schlesien und dessen Sohn, Fenner v. Fenneberg aus Wien u. A. Die Reden betrafen meistens die Ereignisse der letzten Woche im Parlamente, wobei alles in den grellsten Parteifarben ausgemalt, und die deutschen Zustände als höchst trostlos geschildert wurden. (O. P. Z.)

Stuttgart, 27. März. Dem Vernehmen nach wird eine Kommission mit dem Auftrage wegen Einführung eines veränderten Steuersystems Vorschläge zu machen, gewählt. (S. M.)

Tübingen. Der Stadtrath hat, um die Volksbewaffnung möglichst zur Ausführung zu bringen, auf den von dem Verwaltungsrath der Bürgerwehr gestellten Antrag, die Anordnung beschlossen: daß künftig jeder nach dem Bürgerwehrgesetze zum Wehrdienst Verpflichtete, welcher sich verehelichen will, ein Gewehr sich anzuschaffen und darüber, daß es geschehen, sich auszuweisen hat. (S. M.)

* **Dresden**, 26. März. Auf der Registrande der heutigen Sitzung der 2. Kammer befand sich auch ein Antrag, welchen der Vizepräsident Tzschirner und 16 andere Abgeordnete gestellt, die Kammer wolle im Verein mit der 1. Kammer erklären, daß das derzeitige Ministerium das Vertrauen der Volksvertretung nicht besitze. Der Antrag wurde gegen 14 Stimmen als dringlich anerkannt und wird auf eine der nächsten Tagesordnungen kommen.

* **Freiburg**, 27. März. In der heutigen Sitzung des Gerichtshofes wurde im Laufe des Vormittags das Zeugenverhör beendigt. Es umfaßte die Flucht der Angeklagten von Staufen über Todtnau durch das Wiesenthal nach Wehr, wo ihre Festnahme erfolgte, die Exzesse in Schopfheim, den Ueberfall von Kleinlaufenburg durch einen bewaffneten Trupp, wobei der Gendarm Fritz erschossen wurde u. s. w. Nachmittags Verlesung von Aktenstücken, Briefen, Regierungserlassen, militärischen Befehlen, worüber sich zum Theil wieder sehr lebhafte, selbst hitzige Debatten entspannen. Die Staatsanwalte gewinnen im weitern Verlaufe des Prozesses immer mehr die Energie, welche nothwendig ist, um die maßlosen Keckheiten Blind's und des Vertheidigers Brentano zurückzuweisen und die Sophistereien Struve's in ihrer Blöße aufzudecken. Es ließ sich erwarten, daß die Angeklagten wie ihr Anwalt namentlich an die rohen Leidenschaften der Menge appelliren würden; es ist ja dies eben die Taktik, welche der Gewaltpartei unter den Republikanern oder vielmehr Umstürzern eigen ist; aber für die Art, wie Blind und Brentano aufzutreten pflegen, ist die Bezeichnung Keckheit viel zu gelind. Sie benehmen sich, als ob nicht sie, sondern ihre Richter auf den Bänken der Angeklagten säßen, kurz, es gibt sich hier vor dem Gericht jenes anarchische Gelüst, jene Nichtachtung vor dem Gesetze kund, die man in Deutschland nur zu häufig findet und welche leider zu beweisen scheint, daß wir für den Genuß der wahren Freiheit, welche die unbedingteste Anerkennung der Souveränetät der richterlichen Gewalt voraussetzt, noch nicht vollkommen reif und vorgebildet genug sind. Wenn irgend etwas im Stande wäre, das kriegsrechtliche Verfahren des Fürsten Windischgrätz einigermaßen zu entschuldigen, so wäre es die sich uns leider aufdrängende Ueberzeugung, daß sich die badische Regierung, indem sie den einzig richtigen Weg, den des öffentlichen Prozeßverfahrens gegen die Angeklagten einschlug, dafür bei dieser unverbesserlichen Partei keinen Dank, keine Anerkennung gewonnen hat, daß man sie nach Schuldigsprechung der Angeklagten von dieser Seite her ebenfalls der Gewaltthätigkeit, der Ungerechtigkeit und Gott weiß wessen Alles beschuldigen wird. Eben so leicht, wie diese Vorwürfe sich machen lassen, läßt sich freilich auch Trost finden. — In den früheren Sitzungen ließen sich die Staatsanwalte viel zu sehr auf Dispüte und theoretische Auseinandersetzungen mit den Angeklagten ein, und wenn Blind in der vierten Sitzung versicherte: „wir sind die Repräsentanten des Volks und traten gegen die Regierung auf, die im Aufruhr steht gegen den Willen des Volks," so hatte Staatsanwalt Eimer zur Abwehr nichts als eine sanfte Belehrung. Der energischste unter den Staatsanwalten, Wänker, mußte sich dann freilich von Struve vorwerfen lassen, daß er auf gut Metternich'schem Boden stehe.

In derselben Sitzung bemerkte Wänker mit Recht, nicht in Lörrach sei die Majorität des Volks zu suchen, nicht von Lörrach lasse sich Deutschland die Republik vorschreiben, nicht einmal Baden, das nur ein Bruchtheil Deutschlands sei, habe zu entscheiden, sondern das Parlament in Frankfurt sei der Vertreter Deutschlands, und das Vorparlament wie das Parlament haben die Unternehmungen der Angeklagten verworfen. In der fünften Sitzung wurden einige republikanische Schriften von Struve und Heinzen verlesen, welche den jesuitischen Grundsatz enthalten: „der Zweck heiligt die Mittel". Struve, über diesen unter allen Umständen fürchterlichen und verderblichen Grundsatz befragt, antwortete: es könne Umstände geben, unter denen für edle Zwecke auch die strengsten, energischsten Mittel angewendet werden müßten. Staatsanwalt Wänker bemerkte hierauf: „Die Untersuchung, die Zeugenaussage, hat den Angeklagten bereits gerichtet; aber nun wird ihm auch von der moralischen Seite das Urtheil gesprochen. Zwar weiß Struve gewandt zu reden, aber es kommt auf Klarheit an. In jener Schrift steht der bekannte jesuitische Grundsatz. Die Jesuiten mögen auch geglaubt haben — behauptet haben sie's gewiß — ihre Zwecke seien edel. Das also ist keine Ausrede, denn Jeder bildet sich über die Zwecke und ihren Werth seine eigenen Ansichten. Aber welches sind denn diese Mittel, die Struve für die seinen erklärt? In seinen Schriften steht: wer nicht für uns ist, den vernichtet! Sind das edle Zwecke, edle Mittel?"

Noch entschiedener traten die, durch die Chikanen inner- und außerhalb des Gerichtshofs ohnehin gereizten Staatsanwalte in der gestrigen, der sechsten Sitzung auf, in der es sich Anfangs um die unerlaubten Einwirkungen handelte, welche die politischen Genossen und Freunde Struve's durch die Presse auf die Geschworenen zu üben suchen. Es fielen in dieser Sitzung Seitens der Angeklagten so mancherlei Geständnisse und Bemerkungen, welche erwähnt zu werden verdienen, und auf die Sie mir morgen erlauben werden zurückzukommen. Struve macht im Allgemeinen den Eindruck eines zwar konsequenten geistreichen, und durchgebildeten, aber auch sophistischen, in vorgefaßten Ansichten festgerannten und eingebildeten Menschen, der seine Kräfte bis zum Lächerlichen überschätzte, wenn er sich berufen glaubte, die Geschicke Deutschlands in die Hand nehmen zu dürfen. Er erklärte in der vierten Sitzung: Miltiades, Aristides, Plato, die Gracchen, Brutusse seien seine Muster, ihnen strebe er nach — man frage sich aber, was Struve's Anschauungen mit denjenigen Plato's, oder die Thaten des Aristides und Miltiades mit dem leichtsinnigen Einfall Struve's in's Badische gemein haben? Und warum ist Struve aus einem theoretischen Republikaner ein praktischer geworden? Er gestand es selbst: weil ihn die Censoren zu sehr geängstigt — also aus einem rein persönlichen Aerger!

Uebersicht.

---

28. März.

Auf die Betäubung, welche die Nachricht von der Verwerfung des Welcker'schen Antrages überall im Vaterlande verursachte, folgte als erstes Gefühl die tiefste Entrüstung über die österreichischen Abgeordneten, welche jene Verwerfung herbeigeführt. Von allen Seiten kommen uns Adressen von Vereinen und Zuschriften Einzelner zu; wir begnügen uns für heute aus dem Schreiben des vaterländischen Vereines in Braunschweig, dem sich die Abgeordneten der Vereine zu Seesen, Räpke, Gittelde, Schöppenstedt, Hessen, Gandersheim, Calvörde, Vechelde, Lelm, Hasselfelde, Königslutter, Warberg, Salder und Lichtenberg angeschlossen haben, wenigstens den Eingang mitzutheilen:

„An die österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche.

Sie haben es über sich vermocht, an der Abstimmung vom 21. März Theil zu nehmen, und die Menge Ihrer Stimmen in die Urne geworfen, um einen Antrag scheitern zu machen, den wir als einen rettenden Anker für das zerrissene Vaterland betrachteten.

Wir sind auf's Innigste von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Sie nicht als Vaterlandsfreunde, nicht als deutsche Männer gehandelt haben.

Unser Volk hat seine Vertreter nach Frankfurt gesandt, um die Verfassung für Deutschland, im deutschen Interesse zu geben.

Sie, die Mitglieder aus Oesterreich, gehören nicht mehr nach Frankfurt, da Deutschland Ihnen ein fremdes Land geworden ist. Wenn Sie nicht Ihrem Kaiser und der octroyirten Konstitution laut und offen den Gehorsam aufkündigen, so ist, gemäß der Verfassung für den Gesammtstaat Oesterreich, Ihr Mandat für die deutsche Reichsversammlung erloschen.

Ihre österreichische Verfassung erkennt keine deutschen Provinzen als besondern Theil der österreichischen Monarchie an; diese sind mit den übrigen in gleiche Linie gestellt worden. Damit ist Ihr Recht verwirkt, in einer deutschen Versammlung ferner mit zu berathen und zu stimmen; damit ist Ihnen gebieterisch die Pflicht auferlegt worden, Ihren Sitz in der Paulskirche zu räumen.

Sie aber, mit Ausnahme der Ehrenmänner Arneth und Würth, haben es vorgezogen, zu bleiben und abzustimmen über Anträge, die Sie nicht ferner berühren. Sie haben gehandelt als österreichische Partikularisten, aber nicht als gute Deutsche. Sie haben nicht verschmäht, Ihre Reihen durch Hetzjagdwahlen aus slavischen Landen zu verstärken, um mit desto mehr Aussicht auf Erfolg einen Frevel an Deutschland begehen zu können u. s. w."

Allerdings muß die Weise, wie die Wahlen der österreichischen Abgeordneten betrieben werden, den Unwillen noch verstärken über jene Ollmützer Politik, welche sich dieser blinden Werkzeuge zu ihren, auf den Untergang der deutschen Freiheit und Einheit zielenden Zwecken bedient. Wir haben über diese Wahlen in Oesterreich in diesen Blättern schon Manches beigebracht und wollen heute einige fernere Mittheilungen darüber machen.

In den meisten slowenischen Bezirken der Steiermark, wie in den Wahlbezirken Krains ist zu Ende des Februar und zu Anfang des März zum Frankfurter Parlamente gewählt worden, um „Oesterreichs Staatsinteressen am deutschen Reichstage mit der gehörigen Stimmenzahl zu vertreten, und hierdurch dem großen Kaiserstaate den ihm zukommenden vorzüglichen Rang in Deutschland zu wahren." (Worte des Gubernialpräsidenten in seinem Aufruf an die Wahlmänner von Krain.) Daß diese Wahlen ebenso wie im vorigen Jahre, wo übrigens sehr viele Bezirke gar nicht gewählt hatten, „nicht aus Sympathie oder Ueberzeugung, sondern nur aus Achtung vor der gesetzlichen Behörde, von welcher sie angeordnet worden," hervorgegangen sind, daß sie von den Einwohnern Krains nur „bedauert" werden, ist nach der Adresse des verstärkten ständischen Ausschusses von Krain, worin derselbe im November vorigen Jahres das österreichische Staatsministerium um Abberufung der Abgeordneten aus Frankfurt bat, und aus der wir jene Stelle entnommen haben, wohl klar, auch wenn keine bestimmten Thatsachen dafür sprächen. Indeß könnten wir, wenn der beschränkte Raum es zuließe, auch mit der Anführung solcher mehr als ein Blatt dieser Zeitung füllen. Hier nur wenige Beispiele: Im Wahlbezirke Stein erschienen von 96 Wahlmännern zur Wahl bloß 16, welche dann einen Abgeordneten und einen Stellvertreter binnen wenigen Minuten mit wunderbarer Einmüthigkeit wählten. In Laibach erschienen von 140 Wahlmännern außer den 21 städtischen noch 36 bäuerliche, diese jedoch in ihrer großen Mehrzahl (27!) nur, um sich einen bescheidenen Protest zu erlauben, der ihnen aber durch den Herrn Kreishauptmann-Wahlkommissär verboten wurde. Sie entfernten sich darauf; und die zurückgebliebenen 24 Wahlmänner gaben sämmtlich ihre Stimmen dem Grafen von Hohenwarth, einem jener Herren, welche im November v. J. wegen der „anmaßenden Willkür" des Frankfurter Parlaments an ihr Ministerium die Bitte um Abberufung der Abgeordneten gestellt hatten. Ob dieser „Volksvertreter" bestimmte Instruktionen seiner Regierung, oder, wie bereits im vorigen Jahre mehrere Abgeordnete aus den südslawischen Bezirken es gethan haben sollen, blos unbestimmte Instruktionen seiner Behörden und seiner „echt österreichisch gesinnten" Wahlmänner mitbringen, oder ob er endlich im Interesse Deutschlands stimmen wird überlassen wird den Männern in der Paulskirche zu beurtheilen. Das aber glauben wir nicht verschweigen zu dürfen, daß die amtlichen Provinzialzeitungen Oesterreichs überall, und meistens auch mit Glück, den Wahlmännern Kandidaten von „echt österreichischem" Charakter empfohlen haben; daß die amtlichen Erlasse den Slawen gegenüber die Anordnung von Wahlen damit entschuldigen, daß von der Gründung eines deutschen Bundesstaats in Frankfurt nicht mehr die Rede sein könne; daß jene Erlasse es stets aussprechen, wie das Frankfurter Parlament für Oesterreich keine Gesetze geben solle; daß man endlich die Nachforschungen nach der Art, wie die Wahlen in den slawischen Bezirken mit Erfolg vorgenommen werden können, nur mit ängstlicher Heimlichkeit zu betreiben wagt. Und doch betreibt man sie, und betreibt sie mit Eifer. Warum? Um mit „echtösterreichischer" Politik das Zustandekommen eines deutschen Staates zu verhindern, und so auch im eigenen Lande die Macht nicht zu verlieren, den Deutschen durch den Slawen und den Slawen durch den Deutschen in der früheren Knechtschaft zu erhalten.

Wahrlich, wenn man die Weise betrachtet, wie Metternich und seine Jünger uns wieder um alle unsere Hoffnungen zu bringen suchen, so wird man sich nicht wundern über den Sturm der Entrüstung, welcher über Deutschland braust. Wir wollen die Zornesworte und Verwünschungen nicht wiederholen, welche über die österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche von allen Enden uns entgegentönen. Sie haben schwer genug zu tragen an ihrem eigenen Gewissen. Schließt die Paulskirche vor unseren Verderbern! so heißt es allerwärts. Ihre Stimmen gelten nicht! Und eine feierliche Verwahrung nach der andern wird niedergelegt gegen alle Beschlüsse, welche durch jenen freiheits- und vaterlandsmörderischen Einfluß zu Stande kommen würden.

Wir brechen diesen unerfreulichen Gegenstand für heute ab. Gebe Gott, daß wir niemals auf ihn zurückzukommen brauchten, daß die österreichischen Abgeordneten sich nicht länger gegen die Stimme der Ehre und der Pflicht verhärteten. Eins wollen wir zum Schlusse sagen: Jene Politik, die sie als Werkzeuge gebraucht, die uns verderben will, hat dazu nicht die Macht. „Legen wir doch ab die Gespensterfurcht vor Oesterreich," wird uns aus Mitteldeutschland zugerufen, und zittern wir nicht über einen Krieg mit Oesterreich. Treulos nicht nur hat es uns verstrickt, nein mit einer Schmach sondergleichen hat es uns den Handschuh ins Gesicht geworfen. Und ein Glück für Deutschland wäre ein Krieg mit ihm, statt eines Bürgerkriegs in unsern eigenen Eingeweiden. Das arme Oesterreich! Es hat kein Regiment gegen uns zu stellen; hundert fehlen ihm noch, sich selbst zu erhalten!"

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 28. März. Nach längerer Unterbrechung hat heute die verfassunggebende Versammlung für den Freistaat Frankfurt wieder eine Sitzung gehalten. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß Herr Dr. jur. Friedleben, im Interesse der Geschichtschreibung, welche die großen Männer unserer Versammlung der spätesten Nachwelt überliefern wird, auch dießmal eine Reklamation gegen den Inhalt des Protokolls erhob; bevor dann aber die Versammlung zu ihrer Tagesordnung übergehen konnte, sollte sie Zeuge einer jener widerlich-heftigen Scenen werden, welche uns bisweilen zweifelhaft machen, ob vielleicht das Berathungslokal der konstituirenden Versammlung seiner früheren Bestimmung, wo es die Trinkstube des Hauses Limburg gewesen, zurückgegeben sei. Bekanntlich hatte Hr. Dr. Hoffmann in der letzten Sitzung gegen das Einführungsgesetz der Reichswechselordnung, als diesem Reichsgesetze zuwiderlaufend, eine Verwahrung zu Protokoll gegeben, die Versammlung aber den Ausspruch gethan, daß solche Verwahrungen einzelner Mitglieder gegen die Beschlüsse der Majorität unstatthaft seien. Als nun heute Hr. Hoffmann seine Abstimmung in der Form einer motivirten Erklärung zu Protokoll gebracht wissen wollte, erhob sich Herr Dr. Reinganum mit äußerster Heftigkeit gegen ein Verfahren, welches „die Versammlung mit dem Makel der Widersetzlichkeit gegen ein Reichsgesetz beflecken" möchte. Wenn es wahr sei, daß, wie bereits verlaute, Rekriminationen beim Reichsministerium gegen den Beschluß der Versammlung eingelaufen, so stehe es doch einem Mitgliede dieser Versammlung nicht wohl an, den „Tirailleur solcher Rekriminationen" zu machen, und die vorliegende Erklärung sei schlimmer als die frühere Verwahrung, denn sie enthalte einen förmlichen Kassationsrekurs, einen förmlichen Nichtigkeitsantrag und zwar von einem unberufenen Generalprokurator. Hr. Dr. Hoffmann antwortete mit gleicher Heftigkeit, obgleich mit minderer Geläufigkeit, und das, was eine Debatte hätte sein sollen, artete in einen beleidigenden Wortwechsel aus, den der Präsident sogar mit einem Ordnungsruf zu unterbrechen sich veranlaßt sah, als Hr. Dr. Reinganum von einem „skandalösen" Benehmen sprach. Vergebens bemühte sich Hr. Dr. Binding mit einer langen Rede den Sturm zu beschwören, vergebens sprach auch Hr. Dr. Friedleben einige Worte der Weisheit: erst die Schelle des Präsidenten, welche die Abstimmung verkündigte, vermochte die erbitterten Kämpfer auseinander zu bringen. Die Versammlung beschloß durch Majorität, über die zu Protokoll gegebene Erklärung zur Tagesordnung überzugehen: Hr. Dr. Hoffmann aber hatte die Schwäche und Taktlosigkeit, Hut und Stock zu nehmen und mit Geräusch und mit der Miene tiefster Kränkung und Entrüstung den Saal zu verlassen.

Der Präsident verlas jetzt zuvörderst ein Gesuch des Arbeiterbildungsvereins, welches von dem Ausschuß des Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit lebhaft befürwortet war, um Ueberlassung eines Lokals für seine täglichen Versammlungen: das Gesuch wird an den Petitionsausschuß verwiesen. Es folgten sodann zwei Vorträge des Senats, laut welchen derselbe auf die dem Staate in einigen Landgemeinden zustehende Fischereigerechtigkeit, sowie auf allerlei wunderbare kleine Gefälle in anderen Gemeinden für die Zukunft verzichtet und für diesen Verzicht die Genehmigung der Versammlung nachsucht. Der Gegenstand ist für die Staatskasse so unerheblich — die sämmtlichen Fischereigerechtigkeiten z. B. bringen eine jährliche Pacht von kaum 40 Gulden — daß die Versammlung ohne Diskussion ihre Zustimmung ausspricht, um sich zunächst mit dem Kommissionsbericht über das Stadtfuhrwerk zu beschäftigen. Die Sachlage ist einfach folgende: Nachdem die hiesigen Lohnkutscher nicht zu bewegen gewesen, zur Aufstellung des Stadtfuhrwerks zusammenzutreten, hatte das Polizeiamt sich genöthigt gesehen, einem derselben ein ausschließliches Privilegium zu ertheilen. Nicht sobald aber hatten jene Herrn bemerkt, daß das Geschäft seinen Mann ernähre, als sie die Zeit des vorigen Jahres für günstig erachteten, sich Eingriffe in das noch bis zum Jahr 1852 laufende Privilegium zu gestatten, und das Polizeiamt war, Dank den Märzerrungenschaften, geständlich nicht im Stande, den Privileg-Inhaber in seinem Rechte zu schützen. Um nun einer wohlbegründeten Entschädigungsforderung desselben auszuweichen, hatte die Behörde einen dreiseitigen Vertrag zu Stande gebracht zwischen dem Inhaber des Privilegiums, der Gesammtheit der Lohnkutscher und dem Polizeiamte, im Wesentlichen und abgesehen von einigen Bedingungen von minderer Erheblichkeit, des Inhalts, daß der Berechtigte mit einer in jährlichen Raten von 2000 fl. zahlbaren und mit 4 pCt. zu verzinsenden Summe von 25,000 fl. entschädigt wird. Diese Entschädigungssumme wird aufgebracht durch eine von jeder aufzustellenden Droschke zu erhebende Konzessionsgebühr von 20 fl.; es werden im Ganzen, vorbehaltlich jedoch einer Vermehrung, wenn das Bedürfniß es fordert, 100 Droschken aufgestellt und daran sind die gegenwärtig existirenden Lohnkutscher möglichst gleichmäßig zu betheiligen; Uebertragung einer Konzession findet nur mit polizeilicher Genehmigung statt; Ansprüche auf eine Droschke können nur geltend gemacht werden, wenn eine solche frei oder eine Vermehrung ihrer Zahl beschlossen wird; sämmtliche Lohnkutscher endlich haften solidarisch für die Konzessionsgebühren. Die Versammlung genehmigte den ganzen Inhalt dieses Vertrags, und zwar mit der Maßgabe, daß ein etwaiger Ueberschuß der Konzessionsgebühren zur früheren Tilgung der bedungenen Entschädigungssumme zu verwenden sei.

Die Tagesordnung wurde nun durch einen dringlichen Antrag des Abgeordneten Herwig unterbrochen, die Versammlung wolle, nachdem auf ihr Gesuch um spezifizirte Vorlage der der Reichskasse gemachten Vorschüsse eine Rückäußerung des Senats noch nicht eingegangen, den Beschluß fassen, etwaigen weiteren Vorschüssen an die Reichskasse, wenn nicht vorher mit den zuständigen Behörden darüber conferirt worden, ihre Zustimmung zu verweigern. Herr Schöff de Neufville und Herr Bürgermeister Köster machten darauf aufmerksam, daß die Versammlung mit einer bloßen Angabe der verausgabten Summen sich schwerlich begnügt haben würde, sondern daß sie ohne Zweifel auch werde wissen wollen, wofür dieselben aufgewendet, und diese Liquidation, mit welcher übrigens das Verpflegungsamt bereits beauftragt, sei so weitläufig, daß sie noch nicht habe geschehen können. Aus der weiteren Motivirung des Antragstellers ergab sich jedoch, daß er vorzugsweise Auskunft zu erhalten wünschte, in welcher Weise und mit welchen Opfern vielleicht man zu einer Zeit, wo die Staatskassen notorisch kein Geld enthalten, einen Vorschuß von nicht weniger als 600,000 fl. an die Reichskasse möglich gemacht. Auf diesen Punkt legte auch Herr Dr. Reinganum, der „überhaupt lieber Jemanden borgt, der Geld hat, als Jemanden, der keins hat", ein besonderes Gewicht und sein Antrag, daß der Senat den Betrag der Summen, welche er seit dem 18. September vorschußweise an das Reich gezahlt, die vom Reiche etwa geleisteten Abschlagszahlungen und endlich die Kosten der Herbeischaffung jener Vorschüsse durch einen eigenen Kommissär der Versammlung vorlege, wurde zum Beschluß erhoben: Herr Herwig hatte den seinigen bis auf Weiteres zurückgezogen.

In der Tagesordnung folgte jetzt der Kommissionsbericht über die Rückäußerung des Senats, welche dem von der Versammlung beschlossenen Gesetz über die Aburtheilung der Preßvergehen durch die neu zu errichtenden Schwurgerichte die Zustimmung verweigert. Die Kommission hatte in Erwägung, daß die Bedenken, welche der Senat aus dem Einführungsgesetze der Grundrechte gegen jenen Beschluß entnommen, für begründet nicht erachtet und noch weniger die Rücksichten, welche das Reichsministerium dagegen geltend gemacht, in Betracht gezogen werden könnten, die Anträge gestellt, die Versammlung wolle erstens erklären, daß sie sich durch jene Bedenken nicht veranlaßt finde, von ihrem Beschlusse abzugehen, zweitens den Senat ersuchen, der Publikation des Gesetzes nicht weiter Anstand zu geben und das Reichsministerium unter Darlegung der Gründe von diesem Beschluß in Kenntniß zu setzen, sodann durch die baldige Einsetzung einer Staatsanwaltschaft und die Beschaffung provisorischer Räumlichkeiten die Wirksamkeit der Geschwornengerichte zu beschleunigen und endlich, über alle diese Punkte eine Rückäußerung hierher gelangen zu lassen. Die Diskussion war diesmal sehr kurz. Herr Dr. Friedleben sprach mit der schluchzenden Stimme, welche ihm bei einer solchen Gelegenheit sehr zu Statten kommt, nochmals seinen tiefen Schmerz aus, daß Frankfurt bei den „anmaßenden Forderungen" der Reichsbehörde verlassen worden sei von seiner höchsten Regierungsbehörde, und Herr Dr. Reinganum wies darauf hin, daß der Konflikt mit dem Reiche sich gegenwärtig leichter lösen werde, als noch vor einigen Wochen: das Ministerium, welches jenes Schreiben erlassen, sei nur noch ein interimistisches, und der Senat des Freistaats Frankfurt werde das absolute Veto nicht beanspruchen, was selbst dem Kaiser der Deutschen seitdem genommen sei. Die Versammlung schritt alsdann, nach dem Verlangen von 10 ihrer Mitglieder, zur namentlichen Abstimmung über die Kom-

missionsanträge: sie wurden mit 89 Stimmen gegen 4 (Herr Andreae-Goll, Hr. Senator Hessenberg, Hr. Minoprio, Hr. Schöff de Neufville) angenommen.

Den Schluß der Sitzung bildete ein Gesuch von einigen vierzig der im hiesigen Arresthause befindlichen, der Theilnahme an dem September-Aufstande beschuldigten Individuen, nachdem die Untersuchung schon seit Wochen geschlossen sei, auf die Beschleunigung ihrer Aburtheilung hinwirken zu wollen. Das Bureau wurde ermächtigt, den Petenten als Antwort die Beschlüsse der Versammlung mitzutheilen, welche die Beschleunigung der Einführung der Geschwornengerichte zum Ziele haben. Als der Präsident noch ein halbes Dutzend anderer Petitionen aus der Tasche zog, ergriff die Versammluug in Masse die Flucht.

0 **München**, 25. März. War es die Abstimmung über die Welcker'schen Anträge, welche die Freude der Nymphenburger Kamarilla bis zum kindischen Uebermuthe steigerte, oder war es ein anderes Begebniß, das, noch ein Geheimniß der Diplomatie, der Reaktion keck hervorzutreten gestattet, einer dieser Momente hat jedenfalls den halboffiziellen Artikel aus München in der gestrigen Allgemeinen Zeitung hervorgerufen. Mag dem sein wie ihm wolle, das baierische Volk darf für die Aufklärung danken, die ihm dadurch über die Ansichten geworden ist, welche in der höchsten Region über den Konstitutionalismus herrschen, wenn ihm auch nebenbei noch bemerklich gemacht wird, daß an eine Einführung der deutschen Grundrechte, in so weit dieselbe von dem Willen der Krone abhängig ist, für jetzt abgesehen werden muß, daß überhaupt an eine wirkliche Erfüllung der Märzversprechungen nicht mehr zu denken ist. Das ist alles so natürlich und einfach, daß sich kein Vernünftiger darüber wundern kann, und selbst das ist nicht auffallend, daß mancher Hof, wie z. B. der baierische, auf seiner Retirade noch über das Jahr 1848 zurückgeht, und sein Heil in früheren Perioden sucht, aber darüber muß man sich einigermaßen erstaunen, daß man keine bessere Motive für dies Verfahren aufzufinden weiß, als der Advokat des Königs in seinem neuesten Plaidoyer in der allgemeinen Zeitung aufführt. Er behauptet nämlich, um ächt konstitutionell zu regieren, müsse man mit der Mehrheit der beiden Kammern regieren; da nun aber ein Ministerium der Majorität der Kammer der Abgeordneten nicht die Mehrheit in der Kammer der Reichsräthe erlangt haben würde, so habe die Krone vorgezogen, ein Ministerium aus Verwaltungsbeamten zusammen zu setzen, denn für ein solches sei sie der Mehrheit in der Adelskammer sicher. Von der Mehrheit, die diesem Ministerium in der zweiten Kammer werden solle, schweigt der Bericht. Der baierischen Kamarilla Verdienst ist es, den Schwerpunkt des konstitutionellen Lebens zu verrücken, ihn von der widerbellerischen Volkskammer auf das geschmeidige Oberhaus überzutragen. Wir hegen die Ueberzeugung, daß dieses Experiment auch anderwärts Nachahmung finden dürfte, um so mehr als dasselbe das geeignetste Mittel ist, das kontinentale konstitutionelle Regiment der dreißiger Jahre wiederum zur Geltung zu bringen. Und darnach sehnt sich doch so manches Herz!

0 **München**, 26. März. Die Residenzstadt an der Isar war bis jetzt eine der wenigen Städte, wo der fleißige Arbeiter gute Nahrung fand; der Arbeitslohn steht ziemlich hoch, während die Lebensmittel durchschnittlich niedere Preise haben und die Arbeit fehlte selten. Daher kam es denn, daß München vom Auswanderungsfieber bisher nur wenig berührt wurde. Das ist nun auf einmal ganz anders geworden, denn eine Auswanderung in großartigem Maßstabe bereitet sich vor, und dieser Sommer noch wird mehrere Tausende von den Ufern der Isar über den Ozean an die Gestade des Tenessee führen. Es hat sich eine Gesellschaft organisirt, die diese Auswanderung leitet, und der Zudrang ist ungeheuer. Schon gegen viertausend Personen sollen sich gemeldet haben, die sich der Gesellschaft anschließen und alle noch im Laufe des kommenden Sommers die Reise unternehmen wollen. Es sind viele vermögliche und Leute aus allen Ständen darunter, und noch im Laufe dieser Woche wird die erste Abtheilung, aus 150 Köpfen bestehend, von hier abreisen, und ihren Weg über Havre nehmen. Heute Abend versammeln sie sich noch einmal zu einem Abschiedsfeste mit ihren Freunden. Fragt man nach der Ursache dieser Erscheinung, so wird man dieselbe in den politischen und socialen Verhältnissen finden. Viele wollen Familie und Vermögen retten, das sie auf dem europäischen Continent nicht mehr gesichert glauben; Viele in der Hoffnung getäuscht, die der vorjährige Frühling in ihnen erregt, müde der Wirren, deren Ende nicht abzusehen ist und verzweifelnd an der Zukunft des Vaterlands, glauben am Tennessee das Ziel ihrer Wünsche zu finden; — die meisten aber, Unverehelichte beiderlei Geschlechts, suchen drüben Selbstständigkeit und einen eigenen Heerd, der ihnen im engeren Vaterlande durch neidische und mißtrauische Zunftgenossen entzogen wird. Denn niemals verfuhr das baierische Gemeindebürgerthum strenger und zurückweisender bei den Gesuchen um Ansäßigmachung und Verehelichung als seit dem März des vorigen Jahres. Dieses Pfahlbürgerthum glaubt, alle Privilegien seien nur gefallen um die seinigen zu festigen. Daher dies einstimmige Geschrei aus allen Winkeln gegen Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, eine Abneigung, die von den Ultramontanen so trefflich benutzt wurde in der Agitation gegen die Einführung der deutschen Grundrechte, — daher aber auch widerwärtiger Hader und ewiger Streit zwischen den verwandten Gewerben im Schooße dieses Pfahlbürgerthums, ein ewiges Klagen und Prozessiren wegen Beeinträchtigung und die nothwendige Folge — ein allmäliges Herabkommen der ohnedem auf keiner hohen Stufe stehenden baierischen Industrie. Nur eine bezeichnende Anekdote aus vielen zum Beweise, wie die Bourgeoisie die Freiheit versteht. Gleich nach der Münchener Märzerhebung war in einer Provinzialstadt Volksversammlung. Ein Bürger und Magistratsrath begann seine Rede vor derselben folgendermaßen: „Meine Herren! Jetzt haben wir einmal die Freiheit, jetzt soll noch so ein Lump von Beamten es wagen eine Konzession zu verleihen, — wir leiden's nimmer, wir lassen Keinen mehr herein". Und Aehnliches trug sich in den meisten baierischen Städten zu. Ist es unter solchen Verhältnissen zu verwundern, wenn die Auswanderung eine plötzliche riesenhafte Ausdehnung gewinnt?

× **Stuttgart**, 27. März. Das preußische Erbkaiserthum hat bei uns mehr Sympathieen, als es nach den Abstimmungen unserer Abgeordneten in der Paulskirche scheinen mag. Dies zeigte sich deutlich am vorigen Sonntag bei einer Versammlung der vaterländischen Vereine in Plochingen, an welcher etwa 300 Mitglieder aus den verschiedensten Gegenden des Landes Theil nahmen. Nachdem die Besprechungen über die nächsten Wahlen beendigt waren, wobei man sich verabredet hatte, das gegenwärtige Ministerium kräftigst zu unterstützen, wurde eine Adresse an die Nationalversammlung vorgetragen, in welcher die Ablehnung des Welcker'schen Antrags aufs schärfste mißbilligt wird und mit begeistertem Beifall als Ausdruck der Ansichten der Versammlung aufgenommen. Nur eine Stimme erhob sich dagegen, welche zwar anerkannte, daß Preußen an die Spitze der deutschen Angelegenheiten gestellt werden müsse, aber zweifelte, ob es rathsam sei, jetzt schon die Erblichkeit auszusprechen und aus Verehrung für Uhland und Römer ein anerkennendes Wort für die Gegner des Erbkaiserthums aufgenommen wissen wollte, welcher Antrag aber keine Unterstützung fand. Die Adresse selbst wird bereits in Ihren Händen sein. In Beziehung auf einige Worte am Schluß, worin gesagt wird, es sei an Königshöfen Freude an der letzten Abstimmung gegen das Erbkaiserthum, erlaube ich mir einen Kommentar beizufügen. Jene Worte beziehen sich namentlich auf unseren Hof, wo das letzte Ergebniß mit Jubel begrüßt wurde. Der hohe Adel athmet neu auf und faßt wieder allerhand reaktionäre Plane und Hoffnungen, ein Agent der vormärzlichen Diplomatie, der in den Märztagen hinter dem Ministerium nach Berlin geschickt wurde, erscheint wieder hier und soll mit dem Könige geheime Zusammenkünfte haben. Kurz, man ist im besten Zuge zur Reaktion und diese wird der Linken Dank wissen, daß sie so wacker mitgeholfen hat.

Römer hat mit seiner Haltung in Frankfurt bei vielen seiner alten Freunde sehr an Vertrauen verloren und es könnte ihm leicht begegnen, daß er zwischen zwei Stühlen niedersitzt. Wirft man ihm in den allgemein deutschen Angelegenheiten Mangel an politischer Einsicht und partikularistische Einseitigkeit vor, so vermißte man schon früher an ihm umfassende Kenntnisse und Ueberblick der Verwaltung und mißt ihm nicht mit Unrecht die Schuld bei, daß in der Reform des Justizwesens noch so wenig geschehen und die ganze Anlage der vorigen Sommer niedergesetzten Organisationskommission eine verfehlte ist. Die vaterländischen Vereine, deren Zweck es ist, das Ministerium in inneren Angelegenheiten gegen die republikanischen Wühlereien der Volksvereine zu unterstützen, und die in obenerwähnter Versammlung zu Plo-

dringen eine festere Organisation und Verbreitung durch das ganze Land zu diesem Behuf verabredet haben, werden nicht umhin können in allgemein deutschen Angelegenheiten Opposition gegen die Politik des Ministeriums zu machen und auch sogar in inneren Angelegenheiten eine von der des Ministeriums abweichende Ansicht hin und wieder aussprechen zu müssen. Leider fehlt es an einem eigenen Organe dieser aufrichtig liberalen monarchisch-konstitutionellen Partei; die Mittheilungen, welche als Beiblätter zum schwäbischen Merkur ausgegeben werden, erlangen zwar dadurch eine weite Verbreitung, aber gewähren bei ihrer Abhängigkeit vom Merkur, doch nicht die Vortheile eines selbstständigen Organs, welches die politische Ansicht in umfassender Weise vertritt und auf Angriffe der Gegenpartei sogleich antworten kann.

Mit Anfang nächsten Monats wird ein liberales Blatt von christlicher Färbung unter dem Titel: „Die neue Zeit, ein christliches Volksblatt" erscheinen. Der Redakteur ist ein talentvoller junger Theolog, der einige Jahre in Frankreich gelebt und dort demokratische Ansichten mit einer streng evangelischen Lebensanschauung sich angeeignet hat. Die, welche ihn näher kennen, zweifeln keineswegs an seinem Liberalismus, fürchten aber, er werde sich mit seiner Christlichkeit in Widersprüche verwickeln, den Pietisten, von denen er für jetzt begünstigt wird zu liberal, den Politikern aber zu christlich sein und so nirgends recht Eingang finden.

Frankreich.

0 **Paris**, 21. März. Larochejaquelein hat nun auch einen Wahlverein gebildet. Der edle König Ludwig XVIII. konnte im Adel selbst keinen hinreichend orthodoxen Anhänger des Princips der Legitimität finden, darum hat er sich mit den Redakteuren der „Union" und der „Opinion publique" verbunden. Dieses „Comite der Rue Duphot" will sein Manifest nicht in Paris drucken lassen; es ist, als wäre von der Republik doch noch genug übrig geblieben, um diesen Ultralegitimisten jede Hoffnung zu benehmen, hier friedliche Werbungen vornehmen zu können. Der Süden Frankreichs, das ist ihr Boden. Ich hoffe jedoch Ihnen dieses interessante Manifest dennoch in einigen Tagen mittheilen zu können. Die Geistlichkeit von Paris hat sich ebenfalls einen kleinen Einfluß auf die nächste Zukunft Frankreichs verschaffen wollen. Das nächste, beste Mittel zu diesem Zwecke schien auch ihr die Gründung eines Wahlkomite's zu sein, das sich in der Rue Cassette befindet. Die Mitglieder derselben sollen jedoch noch einen andern Zweck vor Augen haben. Während die Mehrzahl der Landgeistlichen Legitimisten, die jüngeren Domherren und Pfarrer in Paris Anhänger der Regentschaft sind, haben sie sich zu Gunsten Louis Napoleon Bonaparte's ausgesprochen. Die Redakteure des wenig gelesenen „Korrespondenten" sind die Leiter dieses Vereines. Wenn ich Ihnen nun noch das Bonapartistische Wahlkomite nenne, glaube ich für den Augenblick die Chronik aller Vereine dieser Art erschöpft zu haben. Dieses Komite, an dessen Spitze die Generals Bachelu und Thyard stehen, hält seine Versammlungen in dem Bureau des Journal „la Liberté." Die Seele des Ganzen ist jedoch der Repräsentant Abatucci ein Korse von Geburt und persönlicher Freund des Präsidenten. Um sich von der offenen Sprache dieses Komite's zu überzeugen, brauchen Sie blos eine Nummer des genannten Blattes zur Hand zu nehmen. Da wird mit den wahren Ansichten der Partei kein Versteckens gespielt, sie tragen ihr Banner hoch, als ob sie bereits ihres Siegs gewiß wären, und gebrauchen gegen ihre Leser einen so befehligenden Ton, als ob Louis Napoleon Bonaparte bereits Napoleon II. wäre. Unlängst gab die „Liberté" gar die einfache Erklärung: das Einfachste wäre, und natürlich zugleich das Beste, wenn die Wähler auf jene Kandidaten Rücksicht nehmen würden, welche die Präfekten des gegenwärtigen Präsidenten empfehlen. So werden auch, wie wir versichern können, heißt es weiter, 45 Departements stimmen, welche erkannt haben, daß die Zukunft Frankreichs desto glänzender sein wird, mit einem je dauerhafteren Glanze der Name Louis Napoleon (Bonaparte bleibt wohl zufällig aus) umgeben werden wird. Wenn man so sieht, wie hier von allen Seiten gerüstet wird, die Landbewohner für die nächsten Wahlen zu „bearbeiten", so bekommt man von der Wohlthat und Freiheit des allgemeinen Stimmrechtes wahrlich einen gar sonderbaren Begriff.

†† **Paris**, 24. März. Der deutsche Freischaarenführer Willich war letzten Dienstag an der Barriere Ferrandiere arretirt worden, weil er unbefugt für Italien eine deutsche Legion anwerbe. Er wurde jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zwei Riesenplakate erschienen gestern an den Straßenecken, das eine mit der Ueberschrift: Candidature du citoyen Proudhon aux electeurs catholiques *), das andere eine Proklamation des bonapartistischen Wahlkomites. Das Wahlkomite hält zweimal in der Woche Abendsitzungen, wozu für 25 Centimes Billets ausgegeben werden. Obschon der Präsident und Vicepräsident Boulay jede Theilnahme an der Wahlagitation öffentlich in ministeriellen Journalen abgelehnt haben, so sind ihre Agenten doch eifrigst beschäftigt, sich eine einträgliche Stelle im Staatshaushalt durch Förderung ihrer Interessen zu verdienen. — Unter den Gefangenen von Bourges befindet sich ein elender Verräther, der Sieure Huber, welcher seit 1839 als Spion im demokratisch-republikanischen Lager, von der Regierung bezahlt, aufgestellt war. Er ist derjenige, welcher die Auflösung der Assemblée national am 15. Mai vorschlug.

Schweiz.

) **Bern**, 24. März. Wie ich Ihnen früher schrieb, hat der Bundesrath die Kreditive des Gesandten der römischen Republik, Herr de Boni, abgenommen. Er hat aber damit keineswegs eine Anerkennung der jungen Republik ausgesprochen und konnte dies auch nicht nach dem ausdrücklichen Wortlaut der Bundesverfassung, nach deren Art. 74.4 die Anerkennung auswärtiger Staaten und Regierungen ausdrücklich zu den Befugnissen der Bundesversammlung gehört. Diese wird in ihrer nächsten Sitzung über diese Frage entscheiden, wenn nicht, was viel wahrscheinlicher ist, bis dahin die sich drängenden Ereignisse in Italien entschieden haben. Der Kirchenstaat ist nun freilich durch zwei Gesandte bei der Eidgenossenschaft vertreten. Der päpstliche Nuntius, der gegen die Errichtung einer römischen Republik bei dem Bundesrath Protestation eingelegt hat, wird nun besonders seine Stellung als Abgesandter des Papstes, als einer geistlichen Behörde, geltend machen. Aber auch dies wird ihm schwer werden; denn von allen Seiten rufen Stimmen nach einer Reorganisation der schweizerisch katholischen Kirche, Abschaffung der Nuntiatur und Gründung eines nationalen Erzbisthums. Petitionen an die Bundesversammlung in diesem Sinne werden vorbereitet. Seine Stellung als Gesandter des weltlichen Souveräns des Kirchenstaats kann aber der Nuntius bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge unmöglich mit Erfolg geltend machen, es sei denn, daß eine baldige Intervention der katholischen Mächte die früheren Verhältnisse des Kirchenstaats wieder herstellt. Es ist auch zu erwarten, daß die Regierung der römischen Republik den Nuntius in seiner Eigenschaft als weltlicher Gesandter bald abberuft. Könnte der Bundesversammlung bei dieser Gelegenheit die Beseitigung der Nuntiatur gelingen, so wäre der Wunsch aller Freunde der Schweiz erfüllt. Das eidgenössische Departement des Innern (Hr. Franscini) trägt darauf an, daß das Finanzdepartement eine Summe von 8000 Frk. für Unterstützungen, Ermunterung und Prämien für nützliche Leistungen im Gebiete der Wissenschaften, Künsten rc. für 1849 aufnehme, und daß das Departement ein spezielles Programm für Vertheilung dieser Summe vorlege. Dieser Vorschlag ist an der Zeit und gereicht Hrn. Franscini zur Ehre. Bald dürfte er Gelegenheit haben, von seinem Kredite Gebrauch zu machen. Zwei Berner haben nämlich wichtige Entdeckungen im Gebiete der Mechanik gemacht, nämlich Professor Gerber in Bern und der junge Mechaniker Ris im Argrund. Beide Erfindungen sollen nach dem Zeugniß sachkundiger Männer zu großen Erwartungen berechtigen. Sie beschlagen die Anwendung der Dampfkraft, und namentlich soll Hr. Ris hoffen, einen Dampfpflug konstruiren zu können. Beide Erfinder wollen sich an die Bundesversammlung wenden, um ein Erfindungspatent zu erhalten. Sollten sie abgewiesen werden, so wollen sie ihr Geheimniß ins Ausland tragen.

Nach den Aeußerungen eines neapolitanischen Offiziers, der hier ist, um die Erlaubniß für Wiedereröffnung der Werbungen zu betreiben, fehlen im Bernischen Regiment 300 Mann. Der große Rath von **Waadt** hat seine Bureau's erzradikal bestellt: Eytel, Präsident, Meystre und Dumont, Vicepräsidenten. Der Kandidat der Konservativen erhielt von 176 Stimmen nur 47.

*) Eine perfide Satyre auf Proudhon's Sozialismus von seinen Gegnern, welche eine politisch-theologische Dissertation über Apostasie enthielt. Der Name Proudhon's war unterschrieben. Heute protestirt er in seinem Journale dagegen. Anm. d. Verf.

Redacteur: **H. Kruse.**

Verlag der **Weidmann**'schen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England bei: HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 89. **Frankfurt a. M., Freitag 30. März.** **1849.**

Die Deutsche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernst Moritz Arndt, Häusser, Wilhelm Beseler, Droysen, Paul Pfizer u. s. w., redigirt von Heinrich Kruse, erscheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erste Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in übersichtlicher Darstellung. Die zweite Beilage ist vorzugsweise der Besprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Bestellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichst frühzeitig erbeten.

Uebersicht.

---

29. März.

Wir haben vor einiger Zeit den Ausspruch gethan: daß der Kampf der Magyaren nur einem Wetterleuchten gleiche, die Katastrophe desselben, der Untergang der Freiheit Ungarns aber die nächste Veranlassung sein würde, den Gewittersturm unter den Slawen zum Ausbruch zu bringen, welche ursprünglich mit dem grimmigsten Hasse in den österreichischen Reihen dienten. Wir hatten darauf hingedeutet, daß je länger der Kampf dauere, desto mehr der Racenhaß schwinde. Fast fünf Monate hält sich nun jener heldenmüthige Stamm, gegenüber dem siegreichen Kaiserheere, und es läßt sich nicht verkennen, daß die Katastrophe noch nicht eben nahe bevorsteht. Man fragt sich verwundert, ob die Schwierigkeiten des Kampfplatzes, ob die Unfähigkeit einiger österreichischen Feldherren, ob die Unzulänglichkeit der Truppenmassen, denen Russen zu Hilfe kommen mußten, ja, ob alle diese Umstände zusammen hinreichten, das merkwürdige Schauspiel zu erklären? Wir müssen, besonders hinsichtlich des letzten Punktes, mit nein! antworten, Angesichts der Thatsache, daß der ganze magyarische Stamm kaum fünf Millionen zählt und von seinen streitbaren Männern sicherlich ein Drittheil fern von der Heimath ist oder sonst am Kampfe Theil zu nehmen verhindert wird. Wir kommen auf unsere frühere Andeutungen zurück und finden, daß die sich dauernd verjüngende Kraft der ungarischen Heere in der Theilnahme jener Stämme liegt, welche ihnen früher gegenüberstanden. Diese Theilnahme ist nunmehr eine unbestreitbare Thatsache, und sie wird, obwohl die österreichischen Kriegsberichte sie verschweigen, bald mit unwiderlegbarer Gewißheit vor unseren Augen liegen.

Es ist wahr, der Haß der ungarischen Slawen gegen ihre Unterdrücker, die Magyaren, welchen nur das gemeinsam getragene österreichische Joch niedergehalten hatte, ist im Frühling des vorigen Jahres offen ausgebrochen und hat leider in dem Eigennutz und der herrschsüchtigen Politik der Ungarn Nahrung gefunden. Den Slawen war jedes eigenthümliche Dasein von jenen versagt worden; „wo liegt denn das Kroatien, welches ein Königreich bilden und mit uns auf gemeinsamen Reichstag tagen will?" so hatte Kossuth in augenblicklicher Ueberhebung sich vernehmen lassen, und als Antwort darauf hatten die Slawen nach alter Sitte an ihre Säbel geschlagen und ein Kriegslied angestimmt. Was darauf folgte, ist eine traurige Verwickelung, die sich jetzt aber zu entwirren beginnt. Das tauernde österreichische Kabinet ergriff den Augenblick, — man kennt ja jene Politik, welche die schlechte Seite im Menschen zu benutzen weiß — sie fachte die Flammen zu glühender Lohe. Der Racenkampf entbrannte, und die Hoffnungen der Slawen wurden österreichischer Seits mit Versprechungen von politischer Selbstständigkeit gesteigert, so lange freiwillige Aufopferung von ihrer Seite nöthig war. Als jedoch die erste Erschütterung vorüber, ging das österreichische Heer, welches von der Blüthe der slawischen Jugend neu gebildet worden und unter deutschen Offizieren wiederholte Vortheile über die Ungarn errungen hatte; als man des Sieges sicher zu sein glaubte, da zog man die Maske ab. Ein Federstrich genügte, um den als Lockspeise hingeworfenen Gedanken eines slawischen Bundes in eine österreichische Einheit zu verwandeln, und die Hoffnungen des Slawenthums waren geknickt! ob wohl die Rechnung nicht zu schnell gemacht, der plötzliche Schritt kein übereilter gewesen? Die Auflösung des Kremsierer Reichstages, die Oktroyirung der Verfassung und die bedeutenden Siege der Magyaren sind — gleichzeitige Ereignisse, und den ragusischen Slaven (und das sind die verblendetsten gewesen) sind die Augen nunmehr geöffnet. Das willkürliche Auftreten von Windischgrätz in Ungarn, die Ernennung ganz verrotteter Magyaren zu Kriegskommissären, die in magyarischer Sprache an die Slaven gerichteten amtlichen Erlasse der österreichischen Kamarilla hatten in Agram den Slovenenrath längst bestimmt, der slawischen Hand zu fluchen, welche den schwankenden Thron der Habsburger unterstützt hatte. Die südlichen Slawen hatten die Hinterlist jener Politik begriffen und es sind jetzt nur die Czechen, welchen slawischer Seits der Vorwurf gemacht wird, am längsten, und zum Verderben der Brüderstämme, an jener Politik selbst festgehalten zu haben. Die Czechen lieferten bekanntlich die zahlreichsten und tüchtigsten Beamten für die österreichische Regierung, sie hatten Geschmack gewonnen an ihrer Politik, und das was sie als Werkzeuge gelernt, wollten sie als Gesellen verwenden. Sie ließen sich scheinbar von der Dynastie gebrauchen, streckten aber selbst die Hand nach dem Steuer des Reiches aus, welches unter ihrer Leitung in einen slawischen Bund verwandelt werden sollte.

Palacki und seine Partei stellte diese Richtung dar, und auf dem Prager Kongresse huldigte ihm noch der jetzt so bewunderte

Slovakenführer Hurban. Aber es ergab sich bald, daß diese Politik eine falsche war, und die Lipa Slowanska schlug einen anderen Weg ein und verlangte offen Freiheit und Selbstständigkeit für das Slaventhum. Ihre Grundsätze fanden allgemeine Verbreitung, und als Windischgrätz den serbischen Bischof beschränken wollte, als er unpolitischer Weise den Serben ihre Nationalfahnen untersagte und ihnen österreichische gab, als das Ollmützer Kabinet sich wiederum nach Frankfurt wandte, da kamen auch die Czechen wieder zur Besinnung. Palacki lehnte eine Theilnahme an den weiteren ministeriellen Verfassungsarbeiten ab. Rieger sprach sich heftig in Prag dagegen aus, und derselbe Geist, der in Ungarn siegreiche Kämpfe führt beginnt sich in Böhmen zu regen. Was aber die Hauptsache ist: die ungarischen Slawen söhnen sich mehr und mehr mit den Magyaren aus, und die Vermittlung der Polen bewirkt Wunder. Diese Vermittlung war schon lange im Werke. Ihr Gedanke war bereits auf dem Prager Kongresse gefaßt worden, von wo man eine Deputation nach Pest gesandt hatte, als die illyrische Sektion des Kongresses durchaus einen Nationalkrieg gegen die Magyaren beim Kaiser durchsetzen wollte. Sie war es vorzüglich, welche die polnischen Generale und Offiziere aus Frankreich nach Ungarn führte. Der Brief Dembinski's, den das horwatisch-slavonisch-dalmatische Blatt abdruckt, gibt darüber Aufschluß. Er ist an die zurückbleibenden Emigranten in Paris gerichtet. „Ich gehe der ungarischen Sache zu dienen und es leitet mich der lauterste Gedanke. Nicht Gewinn- oder Ehrsucht treibt mich, meine Kriegserfahrungen jenem Volke zu leihen, ich habe die Hoffnung meinem Vaterlade und allen slawischen Stämmen im Sinne der Freiheit einen Dienst zu erweisen. Ich werde Sorge tragen, daß Ungarns Fahnen sich jedes Strebens entäußern, die anderen Völker zu beherrschen, und glaube daran, daß alle slawischen Stämme, um das Ziel ihrer Wünsche, die Befreinung vom fremden Joche zu erlangen, um diese Fahnen sich schaaren werden. Finde ich bei den Magyaren keine Neigung, den Slawen gerecht zu werden, so werde ich — wie ich dies den ungarischen Abgeordneten offen erklärt habe — ihre Sache und ihr Land verlassen und zu meiner Zurückgezogenheit kehren, in welcher ich achtzehn Jahre gelebt." Was Dembinski vor Monaten versprochen, ist in Erfüllung gegangen. Die Bedingungen, die er dem ungarischen Reichstage stellte, sind angenommen worden und die Polen der ungarischen Armee haben es sich zur Aufgabe gemacht, die slawischen Stämme davon zu überzeugen, daß die freie ungarische Verfassung ihnen mehr biete, als der österreichische Einheitsstaat. Die Wirkungen dieses Verfahrens mußten um so günstiger sein, als die oktroyirte österreichische Verfassung bei den Slawen in gleichem Sinne wirkte. Die Slowaken wurden bedenklich und schickten eine Deputation an den Kaiser, die Kroaten wollen nicht von der Militärgrenze getrennt sein, die Serben haben sich dem Befehle Windischgrätz's offen widersetzt. Sie wollen keine ungewisse Zukunft nach der für sie wenigstens sehr unsichern Stelle in der österreichischen Verfassung. Die Sachen sind so weit gediehen, daß die österreichische Regierung wegen des schlimmen Geistes in der Bevölkerung Kroatiens dort keine Rekrutirung vorzunehmen wagt. Binnen Kurzem wird Alles dies noch klarer an den Tag kommen. Die alte schlimme Politik erficht augenblickliche Siege, aber auf die Dauer verliert sie das Spiel. Denn es wird durchschaut. Die Völker lassen sich nicht mehr als blinde Werkzeuge gebrauchen. Sie begreifen ihr eigenes Interesse.

Deutschland.

> **Frankfurt**, 29. März. Die Deputation, welche dem König von Preußen die Uebertragung der Kaiserwürde auf sein Haus verkünden soll, ist aus Mitgliedern aller Fraktionen des Parlamentes, soweit sie dem Kaiserthum, wenn auch erst in der letzten Stunde, zugestimmt haben, gebildet worden. Besondere Rücksicht ist außerdem darauf genommen worden, daß alle deutsche Volksstämme in ihr vertreten seien. Wir glauben, man hätte noch weiter gehen und auch solche Mitglieder, welche der Wahl nicht zugestimmt haben, hinzuziehen können. Wir zweifeln nicht daran, daß namentlich die Mitglieder der Linken ihre Theilnahme nicht versagt haben würden; sie können nicht anders, als die Verfassung und die Wahl, wie sie nun einmal auf dem gesetzlichen Wege zu Stande gekommen sind, als zu Recht bestehend anzuerkennen, denn sie unterwerfen sich, wie ihrer Führer Einer selbst gesagt hat, den Thatsachen, auch wo dieselben in Widerspruch mit ihren Grundsätzen stehen. In allen Ländern ist es Sitte, daß bei der Ueberreichung einer Adresse an den Fürsten auch die Parteien erscheinen, welche gegen dieselbe gestimmt haben, denn, was die Mehrheit beschlossen hat, gilt als der Wille der Gesammtheit. Schließt sich die Mehrheit gegen die Minderheit ab, so stellt sie letztere gleichsam außerhalb des Staates und schafft einen Unterschied zwischen Orthodoxen und Dissidenten, der mit der Zeit zu einem Bruch im Staate führen muß.

Die Deputation wird nur kurze Tagreisen machen und Berlin erst in mehreren Tagen erreichen. Gewiß ist nicht Gemächlichkeit, sondern eher die politische Erwägung, daß inzwischen die deutschen Fürsten ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Parlaments aussprechen können, der Grund der wenig beschleunigten Reiseroute. Möge dieses bald und in einer entschiedener Weise geschehen!

Der Entschluß des Reichsverwesers, sein Amt niederzulegen, von welcher der Präsident dem Parlamente heute Mittheilung machte, steht außerhalb der Besprechung. Wir können uns indeß nur freuen, daß die durch Ehrerbietung eingegebenen Gegenvorstellungen des Präsidenten der Nationalversammlung die bekannte Wirkung gehabt haben, wenn wir auch in dem Fall, daß der Erfolg ein wenig günstiger gewesen wäre, uns deshalb noch nicht ernsthafter Befürchtungen um das Wohl des Vaterlandes hingegeben haben würden.

Bei der am Schlusse aufgetauchten Frage über die Vertagung der Versammlung faßte Herr Vogt den richtigen Gesichtspunkt klar auf. Die Versammlung muß gerüstet zur Hand sein, um jeder Unternehmung, die auf die Aufhebung ihrer Beschlüsse abzielt, kräftig entgegentreten zu können. Halten wir auch daran fest, daß die Versammlung nur eine verfassungsgebende ist, so gehört doch zu einer richtig verstandenen Vollendung der Verfassung die Sicherung ihrer Einführung ins Leben. Daß der Führer der Linken diese Ansicht heute vertrat, begrüßen wir als eine Bürgschaft, daß diese Partei die Absicht hat, ihr oberstes Prinzip in dem rechtsgültigen Majoritätsbeschlusse zu ehren.

* **Frankfurt**, 29. März. Wir theilen nachstehend die Dokumente wörtlich mit, welche sich auf die mit dem Reichsverweser gepflogenen Unterhandlungen über seinen Rücktritt beziehen; zuerst das Protokoll der Zusammenkunft, in der der Reichsverweser den Entschluß der Abdankung aussprach, und dann das Schreiben, worin er die Aenderung dieses Entschlusses kundgibt:

Geschehen Frankfurt, den 28. März 1849.

Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog Reichsverweser beschied auf heute Abend nach 6 Uhr den interimistischen Präsidenten des Minister-Rathes, Hrn. v. Gagern, den Präsidenten der National-Versammlung Simson, den Vizepräsidenten derselben Kirchgeßner, den ersten Schriftführer Jucho und mich, den interimistischen Justiz-Minister Mohl vor sich und eröffnete der Versammlung folgendes:

„Ich finde mich bestimmt, unter den obwaltenden Verhältnissen die Würde eines Reichsverwesers zurückzulegen; ich ersuche Sie, Herr Präsident, diesen meinen Entschluß der National-Versammlung anzukündigen."

Präsident Simson, darin unterstützt von dem Vicepräsidenten und dem ersten Schriftführer, erlaubte sich, Sr. kaiserlichen Hoheit unter ehrfurchtsvoller Bezugnahme auf das Gesetz vom 28. Juli 1848 eben so ehrerbietig als dringend zu bitten, daß es Höchstdemselben gefallen möchte, den so eben gegen die Anwesenden kundgegebenen Entschluß in Betracht der unermeßlichen Wichtigkeit, die in den Augen der Nationalversammlung und des gesammten Vaterlandes der ferneren Handhabung der provisorischen Centralgewalt durch Sr. kaiserl. Hoheit beiwohne, nicht eher Folge geben zu wollen, als bis das durch den gestrigen und heutigen Beschluß der Nationalversammlung angenommene Verfassungswerk vollständig eingeführt und in's Leben getreten sei. Sie erlaubten sich ehrerbietigst, darauf hinzuweisen, daß diese in's Werksetzung der Verfassung hoffentlich und anscheinend nahe bevorstehe, und die Hoffnung auszudrücken, daß Se. kaiserliche Hoheit geruhen möchten, die großen Opfer, die Sie zu allen Zeiten und namentlich im letzten Jahre der deutschen Sache gebracht hätten, durch huldvolle Gewährung ihrer Bitte zu krönen.

Der Reichsverweser behielt sich die Entscheidung innerhalb einer Stunde vor, nach deren Ablauf Hr. v. Gagern folgendes Schreiben erhielt:

Lieber Freiherr von Gagern.

In der seit unserm Zusammentritt abgelaufenen Stunde bin ich mit mir über den besprochenen Gegenstand zu Rathe gegangen und finde nicht, von meinem, auf reife Ueberlegung gegründeten Entschluß abzugehen.

Indem ich in der Anlage Ihnen das aufgenommene Protokoll übersende, ersuche ich Sie, das weiter Nöthige in der Art zu veranlassen, daß ich, sobald als es ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands irgend geschehen kann, mich als der Pflichten meines Amtes enthoben betrachten könne.

Frankfurt, 28. März 1849. Gez. Erzherzog Johann.

• **Frankfurt**, 29. März. Die F. Z. enthält folgende Verwahrung: In Erwägung, daß die Nationalversammlung von dem deutschen Volke das Mandat erhalten hat, eine Verfassung für ganz Deutschland herzustellen, der unterm Gestrigen über das Reichsoberhaupt gefaßte Beschluß aber Deutschland mit unheilvoller Spaltung bedroht;

in Erwägung, daß das Mandat der Nationalversammlung nur auf die Verfassung selbst, nicht auf die Wahl einer Kaiserdynastie gerichtet ist;

in Erwägung, daß der rasche Beschluß über das Reichsoberhaupt den eigenen Beschluß der Nationalversammlung, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland mit der k. österreichischen Regierung zu unterhandeln, aufhebt:

erklären die Unterzeichneten, daß sie sich nicht für befugt erachtet haben, an der heute vorgenommenen Wahl eines erblichen Kaisers von Deutschland Theil zu nehmen und daß sie jede Verantwortung der Folgen jenes Beschlusses und dieser Wahl von sich abweisen. (Folgen die Unterschriften.)

Weitere Verwahrung. Die Unterzeichneten waren fortwährend eifrig bestrebt, der Schaffung einer erblichen Kaiserwürde, so wie der Abtrennung der deutsch-österreichischen Provinzen von Deutschland entgegenzuwirken. Es war vorherzusehen, daß bei der heute vollzogenen Kaiserwahl die meisten Stimmen der Reichsversamlung sich auf den jetzt regierenden König von Preußen vereinigen würden, welchem die Unterzeichneten ihre Stimme zu geben mit ihrem bisherigen Wirken unvereinbar fanden. Sie hatten daher nur die Wahl, entweder der Abstimmung sich zu enthalten oder im Verein mit andern Abgeordneten einen Gegenkandidaten aufzustellen. Da Letzteres das Wohl des Vaterlandes möglicherweise schwer gefährden konnte, war es das Gebot der Pflicht, den ersten Weg, den des Nichtwählens, einzuschlagen. Umbscheiden. Pfahler. Schott. Haggenmüller. Fallmerayer. Tafel von Stuttgart. Strache. Kudlich. Frisch. Roßmäßler. Spatz. Giskra. Blumröder. Rheinwald. Mareck. Jop. Schüler aus Jena. Rank. Riehl. Fetzer. Nägele. Nagel von Balingen. Vogt. Stockinger. Scharre. Lauck. Geigel.

Frankfurt, 29. März. In einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung der Oesterreicher wurde einstimmig beschlossen, gegen die gesetzwidrigen Beschlüsse der 290 fortwährend zu protestiren, und bis auf den letzten Mann hier auszuharren. Ein Gleiches wird von allen übrigen Fraktionen der Großdeutschen geschehen. Blos die 248 können hinfort als die wahre, echte Vertretung des deutschen Volkes gelten, denn nur sie sind ihrem Auftrage treu geblieben, für ganz Deutschland eine Verfassung zu schaffen. (Fr. Z.)

⁝ **Frankfurt**, 29. März. Die Frankfurter Zeitung meldet folgendes: „Gestern Abend standen einige Lämpchen auf dem Balkon des Englischen Hofes vor dem Zimmer, wo — Dahlmann wohnt.“ Dahlmann wohnt nicht im Englischen Hofe. Aus der Frankfurter Zeitung erfährt man zugleich, was die Herren von Schmerling und Heckscher eigentlich beabsichtigten, als sie in den Erzherzog Reichsverweser drangen, seine Stelle niederzulegen. Das österreichische Blatt bemerkt: „Damit hört die Centralgewalt auf, und falls die 290 in der Paulskirche fortfahren sollten, Beschlüsse zu fassen, so verfallen sie in den Charakter eines Convents u. s. w. „Um die konstitutionelle Ansicht des Königs von Preußen kennen zu lernen, druckt sie die bekannten Stellen aus der Rede des Königs vom 11. April 1847 ab! Wie verständig! Und wie großmüthig!“

Parl. Korr. **Frankfurt**, 29. März. Heute ist die von dem Präsidium der Reichsversammlung vorgeschlagene Zusammensetzung der Deputation genehmigt worden, welche dem Könige von Preußen die Uebertragung der deutschen Kaiserwürde offiziell anzeigen und seine Entscheidung entgegennehmen soll. Die Deputation besteht aus dem Präsidenten der Nationalversammlung und 32 andern Mitgliedern, als Repräsentanten der verschiedenen deutschen Staaten und Volksstämme. Möge ihr der Jubel des Volkes überall entgegen tönen und den Beweis geben, daß es den Weg zu seinem wahren Heile, den Weg zur Einheit und Größe des Vaterlandes wohl erkannt hat und sich von demselben nicht wegdrängen lassen will. Möge die Aufnahme in Preußen und vor allem in Berlin selbst, es den Mitgliedern der Deputation, welche andern als preußischen Gauen entstammt sind, zur vollen Ueberzeugung bringen, daß Preußen bereit ist, der Größe des gesammten Vaterlandes jedes Opfer zu bringen. Wir vertrauen darauf, daß Preußens König von der Größe der Aufgabe, zu welcher ihn die Nation durch ihre Vertreter berufen hat, nicht zurückschrecken werde; wir rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß sein Entschluß ein schneller, großer, des großen Momentes vollständig würdiger sein werde. Wohl begreifen wir Bedenken und Schwierigkeiten, welche der Annahme der Wahl entgegenstehen können, aber das begreifen wir nicht, wie sie von den Schwierigkeiten und dringenden Gefahren der Ablehnung nicht sollten zehnfach überwogen werden.

Wien, 24. März. Von unsern Abgeordneten bei der Frankfurter Reichsversammlung haben neuerlich 71 beim hiesigen Ministerium des Innern das Ansuchen um Auszahlung ihres Reisegeldes (100 fl. C.-M. für den Kopf) zur Rückkehr in die österreichischen Staaten angesucht, so daß ein völliger Rückzug unserer Repräsentanten bei der Konstituirung Deutschlands in der gegenwärtig beliebten Weise, mit Ausnahme etwa der Mitglieder der äußersten Linken, zu erwarten steht. (S. M.)

△ **Wien**, 25. März. Heute ist eine Kundmachung des Ministeriums erschienen, durch welche jeder Handelsverkehr mit Kunstgegenständen, welche aus den öffentlichen Sammlungen des Vatikans und der Museen rc. von Rom, Florenz und Venedig herrühren, sowie jede Ein-, Aus- oder Durchfuhr derselben im Bereiche der österreichischen Monarchie verboten. Das Ministerium hatte in einem besondern Vortrage vom 21. diese Ermächtigung zum Schutze der Kunsthandlungen Italiens bei dem Kaiser nachgesucht und verdient sich damit den Dank aller Kunstfreunde. Der Gouverneur Welden hat von den 11,000 fl., welche ihm der hiesige Handelsstand übergab, zum Zeichen seiner Dankbarkeit für die seit Monaten durch den Belagerungszustand bewahrte Ruhe und Sicherheit, 5000 fl. an 12 vor Wien verwundete und amputirte Soldaten vertheilt und mit den noch übrigen 6000 fl. wird ein Scharfschützenkorps ausgerüstet werden, welches so eben organisirt wird. Die meistens von Fabrikbesitzern bewohnte Vorstadt Gunzendorf hat dem Gouverneur ebenfalls den Betrag von 474 fl. zur Unterstützung der durch den Krieg invalid gewordenen Soldaten übergeben, welche Summe sie durch eine Sammlung zusammenbrachte, welche bei Gelegenheit der erfreulichen Kundmachung der Verfassungsurkunde unternommen wurde. Bis jetzt erfolgten nur zwei Geschenke an den Staat aus demselben Anlasse und diese kamen von Israeliten. Die offizielle Ernennung des Baron Prokosch-Osten zum Gesandten am preußischen Hofe und die Abberufung des Grafen Trautmannsdorf mit Ertheilung des Großkreuzes des Leopoldordens an Letzteren ist heute erfolgt. Unser Ausnahmszustand begünstigt die sonderbarsten Verbote im öffentlichen Verkehr. Diesen ganzen Monat hindurch werden die Auslagen unsrer Kunsthandlungen, Buchhändler rc. der strengsten Kontrole unterzogen. Wo eine Erinnerung an die Märztage v. J. sich zeigt, wird der Kunsthändler rc. genöthigt, sie zu entfernen; so wurde kürzlich auch eine Lithographie konfiszirt, welche den Kaiser Ferdinand zeigt, wie er am 16. März 1848 auf die Universität fährt, von einer jubelnden Bevölkerung begleitet. Gestern mußte sogar eine Karte Ungarns weggenommen werden, welche der Tabakshändler Sothen am Hof in seinem Verkaufsgewölbe ausgestellt hatte, weil darauf mehrere Orte, welche schon durch k. Truppen besetzt sind, durch ungarische Farben als noch im Besitze der Ungarn bezeichnet waren. Unsere Schriftsteller, Redakteure rc. können sich noch immer nicht erholen von dem Schlage, den sie durch das neue Preßgesetz erhalten. Hr. Saphir geißelt täglich einen neuen Paragraphen und ein sonst gut mini-

sterielles Blatt sucht heute einen Zeitungsträger, welcher 10,000 fl. C.-M. Kaution erlegen kann mit dem Motto: sehr dringend!

Berlin, 27. März. Gegen viele Mitglieder der Linken in unserer zweiten Kammer sind bekanntlich von den Gerichten ihrer Heimath allerhand politische Prozesse eingeleitet worden: wegen der Steuerverweigerung, Verbreitung angeblich aufreizender Schriften und Plakate, Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung, welches Vergehen zumeist in den von den Abgeordneten ihren Wählern gelieferten Kritiken über das Auftreten des Ministeriums Brandenburg gefunden worden ist, u. s. w. Auf Requisition der auswärtigen Gerichte sind in den letzten Tagen mehrere Deputirte beim hiesigen Kriminalgerichte vernommen worden. Wir können hierbei unsere Verwunderung nicht unterdrücken, daß der Prozeß gegen die sogenannten Steuerverweigerer, wenn man überhaupt einen solchen einzuleiten beabsichtigte, nicht dem Kammergericht, als dem eigentlichen foro delicti commissi, zur Führung übertragen worden ist. Dadurch würde wenigstens eine Einheit in Beurtheilung der so äußerst wichtigen Rechtsfrage, ob nämlich jene Handlung wirklich und eventuell welches Verbrechen enthält, erzielt worden sein. So aber kann es sehr leicht kommen, daß die verschiedensten Urtheile in ein und derselben Sache von verschiedenen Gerichten gefällt, und vielleicht Strafen ausgesprochen werden, während hier der Kriminalsenat den Staatsanwalt mit seinem Antrage auf Versetzung in den Anklagestand zurückgewiesen hat. Solche Rechtsunsicherheit dürfte bei dem Laien die Achtung vor den richterlichen Urtheilen nur zu schwächen geeignet sein.

(N. Z.)

Berlin, 29. März. Das gegenwärtige Ministerium steht eigentlich ohne Stütze da, und wird nur durch den Gegenstreit der verschiedenen Bestrebungen einiger Maßen gehalten. Derjenigen Hofpartei, die man gewöhnlich mit dem Namen Kamarilla bezeichnet, ist dasselbe zu liberal, es hat also in dieser Partei durchaus keinen Stützpunkt. Mit dem Militär-Befehlshaber, Hrn. v. Wrangel, liegt dasselbe gleichfalls in einem fortwährenden Hader; es will das Ministerium doch stets die gesetzlichen Formen einiger Maßen beobachtet sehen, da es schließlich doch alle Vorkommnisse zu verantworten hat. Wie das Junkerthum und die Anhänger des alten Systems dem Ministerium überhaupt gegenüberstehen, das sieht man am Besten aus den Feindseligkeiten der „Neuen preußischen Zeitung" gegen dasselbe. Innerhalb der Kammer endlich hat es die ganze Linke zu seinen prinzipiellen Gegnern, von der äußersten Rechten wird es mit Mißtrauen betrachtet, weil diese überhaupt weiter zurück möchte, als das Ministerium, und die eigentliche konstitutionelle Partei mit Hrn. v. Vincke und Hrn. v. Auerswald zeigt sich sehr empfindlich verletzt, wenn man sie ministeriell nennt; diese Männer schützen das Ministerium nur momentan, um den Bestrebungen der Linken entgegen zu treten, nicht aber aus Sympathie für die Minister selbst. Das Ministerium scheint denn wirklich auch selbst zu der Erkenntniß von der Nothwendigkeit seines Rücktritts gelangt zu sein und nur den Wunsch zu hegen, nicht sowohl bei Gelegenheit einer inneren politischen Frage, sondern vielmehr am Liebsten wegen seiner deutschen Politik zurück zu treten, wie der Graf Arnim sie ja schon wegen der Beurtheilung, welche die Cirkularnote vom 10. März erfahren hat, angeboten hatte. Gewiß ist es, daß das allgemein verbreitete Gerücht wegen der Berufung Heinrich's v. Gagern nicht ganz ohne Grund ist, wenigstens hat der Präsident der zweiten Kammer an ihm nahe stehende Personen die Mittheilung gemacht, daß er wegen der Bildung eines neuen Kabinets zu Rathe gezogen sei, und hierbei die Berufung Gagern's mit dem Zusatze empfohlen habe, daß man diesem dann unbedingte Vollmacht für die Zusammensetzung des Kabinets geben möge.

(K. Z.)

† Aus der Pfalz, 24. März. Unser Amtsblatt vom 19. März bringt den Abschied für den Landrath der Pfalz über dessen Verhandlungen für das Jahr 1848—49 vom 1. bis zum 15. September 1848. Er enthält außer den jährlichen Abrechnungen über die Kreisanstalten und Kreisfonds, und vielen anderen nur die Bewohner des Kreises interessirenden Gegenständen auch einige Punkte, welche auf die Bestrebungen der Gegenwart besondere Beziehung haben und darum einer weiteren Kenntnißnahme werth scheinen. Hinsichtlich des Schulwesens stehen einige Aenderungen bevor, worin dem Verlangen der Zeit Rechnung getragen wird. Der Unterricht in der Geschichte und der hebräischen Sprache soll künftig an den Gymnasien nicht mehr nach den Konfessionen getrennt ertheilt und dazu die nöthigen Einleitungen getroffen werden. Die Wiedervereinigung der erst seit etwa 14 Jahren getrennten Schullehrerseminarien der beiden Konfessionen soll wenigstens in Erwägung gezogen werden, obschon ihr viele Hindernisse im Wege stehen. Den auf Begründung von deutschen (Volks-) Schulen und Hebung des Schulwesens gerichteten Gesuchen der Gemeinden der Pfalz wird jede Förderung und Unterstützung zu Theil werden, und es soll gegen den Willen der Gemeinden die Trennung ihrer deutschen Schulen nach den Konfessionen nicht stattfinden. Bei der neuen Regelung der Universitätsstudien wird auf Beseitigung der hinsichtlich des Besuches auswärtiger Universitäten bestandenen Beschränkungen Bedacht genommen werden, wobei auch die Aufhebung der bezüglich der Ordnung der philosophischen Studien zwischen den Universitäten und Lyceen obgewalteten Ungleichheit die angemessene Berücksichtigung finden wird. In dem letzten Abschnitt verdienen die Worte noch Beachtung: „Die in der Pfalz während der Tage allgemeiner Aufregung unverletzt gebliebene öffentliche Ruhe und Ordnung ist Uns ein neuer Beweis jenes hohen Sinnes für Gesetzlichkeit gewesen, welcher Unseren Pfälzern inne wohnt und Uns in dieser ernsten Zeit zur wahren Freude gereicht hat. Auch Wir sind von dem Streben nach Wiederherstellung eines einigen und dadurch mächtigen Deutschlands beseelt und werden zur Erreichung dieses großen Zweckes thätigst mitwirken. Um so sicherer zählen Wir auf die Fortdauer der Liebe der Pfälzer zu ihrem angestammten Fürsten und werden nie aufhören, dieselbe durch treue Sorgfalt für die Verbesserung der pfälzischen Zustände zu widmen." Das Ganze ist ausgefertigt zu Nymphenburg am 4. März und noch vom Ministerium Beisler, Heintz rc. unterzeichnet.

A **Dresden**, 26. März. Unter den Kammermitgliedern der gemäßigten Linken erheben sich jetzt endlich Stimmen, welche dem Finanzausschusse den Vorwurf machen, daß derselbe das königliche Dekret vom 2. Februar 1849, welches die Entrichtung des ersten Matrikularbeitrages zu Begründung der deutschen Marine betrifft, bisher in unlauterer Absicht der Berathung der Kammern vorenthalten habe. In diesem Dekrete ist zwar ausgesprochen, daß die Regierung Seiner königlichen Majestät von Sachsen sich vor Zahlung dieses Beitrages zuerst der Beistimmung des Landtags versichern zu müssen glaube, daß sie aber die Erwartung hege, daß die Kammern, die Wichtigkeit des Obigen im Interesse der Nationalehre und Gesammtmacht Deutschlands zur Ausführung zu bringenden Unternehmens würdigend, nicht anstehen werden, den gedachten Beitrag zu bewilligen und ihre diesfallsige Erklärung mit „möglichster Beschleunigung" abzugeben. „Mit möglichster Beschleunigung!" es fällt den Freisinnigen gar nicht ein, dieses Dekret zu beachten, obgleich der §. 80 der Verfassungs-Urkunde vorschreibt: „die Stände sind verbunden, die von dem Könige an sie gebrachten Gegenstände vor allen übrigen in Berathung zu ziehen." „Nationalehre und Gesammtmacht Deutschlands!" In diesem Artikel macht der sächsische Landtag nicht. Er hat wichtigere Dinge zu thun; den Einmarsch der Baiern im Kirchenstaat und in Sachsen muß er ebenso verhindern, wie den der Sachsen in Schleswig; er muß dem neuen Ministerium schleunigst ein Mißtrauensvotum geben, er muß die Steuerzahlung aufhalten, die Leipziger Zeitung verbieten, die Nationalversammlung beaufsichtigen, den Adel und die Orden abschaffen, Beifallsadressen lesen und Mißfallensadressen ad Akta legen; vor allen Dingen aber muß der unvermeidliche Tzschirner sein wohlassortirtes Lager von Interpellationen jeden Kalibers vor Auflösung oder Vertagung der Kammern noch räumen! Und dazu gehört so viele Zeit, daß man sich um solche Lappalien, wie Nationalehre und Gesammtmacht Deutschlands nicht wohl kümmern kann. Die Regierung hat die Kammern neuerdings an die zu beschleunigende Berathung der Büdgetvorlage gemahnt, indem eine längere Verzögerung unausbleibliche Störungen in dem regelmäßigen Gange der Verwaltung bei den betreffenden Zweigen der Staatseinnahme und Ausgabe zur Folge haben würde. Von den Marinebeiträgen ist bei dieser Gelegenheit nicht die Rede. Nicht unwahrscheinlich erscheint demnach die Annahme, daß die sächsische Regierung nunmehr ihren Marinebeitrag an die Reichskasse entrichten werde, ohne die ständische Zustimmung, welche nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde übrigens ganz überflüssig ist, abzuwarten.

A **Dresden**, 27. März. Die Kammern hielten heute, jede gesondert, eine geheime Sitzung, in welcher vorzugsweise die Gesandtschaftsfrage zur Besprechung kam. Die vertrauliche Mitthei-

lung, in welcher Fürst Schwarzenberg nach Abberufung des Herrn von Könneritz den Empfang eines andern sächsischen Gesandten ablehnen zu müssen erklärte, hat zwar seiner Zeit Herrn von der Pfordten sehr erschüttert, machte aber wenig Eindruck auf die Kammern, welche fast mit Stimmeneinhelligkeit die gänzliche und schleunige Einziehung aller sächsischen Gesandten verlangt hatten. Indeß hat die Regierung der überraschten Kammer heute ein trübes Spiegelbild der deutschen Zukunft vorgehalten und ihr Vorstellungen gemacht, sie möge nicht das ganz Unmögliche von der Regierung verlangen. Die erste Kammer wird sich demnach die Sache noch einmal überlegen und sie einer Deputation überweisen. Ich muß bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß sich die Volksvertretung für die Einziehung sämmtlicher Gesandtschaften durchaus nicht aus patriotischen Gründen erklärte, sondern daß sie vorzugsweise durch den damit verknüpften finanziellen Vortheile, sowie durch die Annahme bestimmt wurde, daß jeder sächsische Diplomat ein mehr oder weniger vertrauter Freund oder Blutsverwandter des verhaßten Könneritz sei. Die zweite Kammer beharrt indeß, wie ich höre, bei ihrem Beschlusse; in ihr haben sich auch Stimmen dahin vernehmen lassen, daß die Unterhaltung von Gesandschaften mit der deutschen Verfassung unvereinbar sei. Morgen kommt in der zweiten Kammer der Tzschirnersche Antrag zur Berathung, daß die Kammern dem Ministerium rundweg ihr Mißtrauen aussprechen sollen. Außer den funfzehn politischen Freunden der Herrn Tzschirner soll sich gestern im Klub eine ziemlich namhafte Anzahl der Linken damit einverstanden erklärt haben; in der ersten Kammer ist jedoch die Majorität für den Uebergang zur Tagesordnung über den Tzschirnerschen Antrag schon gesichert. In scheinbarem Widerspruch mit meiner gestrigen Mittheilung, daß die sächsische Regierung erforderlichen Falles die Matrikularbeiträge zur deutschen Flotte auch ohne Zustimmung der Kammern entrichten werde, steht ein heute vertheiltes königliches Dekret, welches sich auf den zweiten am 12. Februar von der provisorischen Centralgewalt ausgeschriebenen Beitrag von 113,256 Thlr. 14 Ngr. 1 Pf. bezieht, mit dem Bemerken, daß das Reichsministerium der Finanzen die Erwartung ausgesprochen habe, daß die erste Hälfte zu Anfang März, die zweite zu Anfang Mai werde eingezahlt werden. „Sr. königl. Majestät sieht hierüber einer beistimmenden mit thunlichster Beschleunigung abzugebenden Erklärung der Kammern entgegen.“ Geht diese beistimmende Erklärung nicht „mit thunlichster Beschleunigung“ ein, so wird die sächsische Regierung ihre Pflicht erfüllen, ohne die Kammern weiter zu fragen. Das unterliegt bei den Grundsätzen des Ministeriums keinem Zweifel.

*** **Leipzig**, 28. März. So wenig Werth wir hier auf die Gerüchte über neue Minister-Kombinationen, wie sie namentlich die verschiedenen großdeutschlichen Organe bringen, legen, da sie schon in dem Grundprincip, das als leitend hingestellt wird — keinen Preußen in ihm zu haben — zu auffällig lahmen, so amüsiren sie uns doch zuweilen recht artig. Dahin rechnen wir die geistreiche Vermuthung, wonach Herr v. d. Pfordten in das deutsche Reichsministerium treten soll. Es klingt mehr als lächerlich für uns, die wie so aus nächster Nähe die undeutsche Gesinnung dieses Mannes kennen gelernt haben. v. d. Pfordten, in Sachsen der am meisten verrittene Partikularist, dieser Borussophone bester Art, v. d. Pfordten, der unsre sächsische Regierung zur Verweigerung der Bundespflichten veranlaßte, der sich so lange gegen die Publikation der Grundrechte stemmte und endlich dieselben doch noch zu erläutern und zu beengen wünschte, v. d. Pfordten jetzt mit einem deutschen Reichs-Portefeuille in der Hand, müßte sich mehr als Mensch ausnehmen, wenn die Sache nicht zur Komik zu ernst wäre. Eigenthümliche Glückwunschschreiben würde er wenigstens von der deutschen Partei in Sachsen zu erwarten haben; sie würden sicher nicht ausbleiben. Anderweitig hat große Heiterkeit in den beiden letzten Tagen hier die Art und Weise erregt, mit der der großdeutsche Professor Wuttke in unserem Tageblatt gegen die Erbkaiserlichen agitirt, dem er die größten Gewissenlosigkeiten, allen Mangel an Treue und Glauben, Eigennutz u. s. w. zuschreibt. Dabei verhehlt er in diesen Artikeln sehr schlau, daß er selbst seinem Oesterreich-Fanatismus die Volkskammer zum Opfer bringt, eine würdige That für einen langjährigen Vorkämpfer der Freiheit, wie er sich selbst so oft und gern genannt hat. Dabei stellt er ferner die nackte Thatsache hin, daß v. Gagern einen solch argen geschichtlichen Bock in Bezug auf die frühere erbliche Kaiserwürde in Deutschland geschossen hätte, daß darob die Historiker in der Paulskirche tief erröthet wären (was bei Hrn. Wuttke närrisch genug ausgesehen haben mag), verschweigt aber, wie Gagern das nach seiner schönen Wendung der Rede verstanden hat. Im Uebrigen motivirt Hr. Wuttke seinen Grimm und Zorn im Eingange dadurch, daß er aufs tiefste bedauert, daß die bedeutendsten Redner, und unter ihnen er selbst, nicht zu Worte gekommen wären gelegentlich der Welcker'schen Anträge. Ja ja, solch' steckengebliebene Rede macht leicht Indigestionen und steigt dann zu Kopf. Was nun die eigennützigen Absichten der Erbkaiserlichen anlangt, so fragten sich hier einige närrische Leute unwillkürlich, wie es denn mit den Plänen Herren Wuttke's, des großdeutschen Professors, stünde, die er im Herbst in Bezug auf eine Professur der Geschichte an der Wiener Hochschule hegte? Gewiß sehr unnütze Fragen!

Hannover, 25. März. Unmittelbar vor der Vertagung der Stände ist noch das Budget der Einnahmen und Ausgaben für 1849 bis 50 und mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt. Die Einnahmen betragen 7,465,487 Thaler, darunter aus den Domänen, nach Abzug der Verwaltungskosten, Ausfälle, Remissionen, die 789,200 Thaler betragen, 1,648,100 Thaler. Zu den Einnahmen wird in dem Ministerialschreiben, welches das Budget erläutert, unter Anderem bemerkt, daß bei dem Bergwerksbetrieb und dem Forsthaushalte am Harze die ungünstigen Zeitverhältnisse und die übergroße Zahl der Arbeitsuchenden sehr nachtheilig auf die Einnahmen wirke. Den Arbeitern, deren Zahl sich über das Bedürfniß des Haushaltes hinaus vermehrt, andere Erwerbszweige zu eröffnen, sei vielfältig, aber nur mit geringem Erfolge versucht. Die Regierung hat daher die Auswanderung der für den Harzhaushalt nicht erforderlichen Arbeiter zu befördern sich verpflichtet gehalten und dazu besonders im vorigen Jahre bedeutende Unterstützungen bewilligt. Für den Ertrag der Wasserzölle an der Elbe und Weser, heißt es weiter in dem Ministerialschreiben, sind die Anschläge nach den neuesten Erfahrungen gemacht. Indeß ist derselbe wesentlich von den Beschlüssen abhängig, welche in dieser Hinsicht in Frankfurt werden gefaßt werden, und wir müssen daher diese Einnahme als sehr ungewiß bezeichnen. Die Ausgaben belaufen sich auf 7,598,053⅔ Thaler. Der König erhält 513,888⅓ Thaler, (außer den Zinsen eines in 3prozentigen englischen Stocks belegten Kapitals von 600,000 Pfund Sterling); der Kronprinz 45,333⅓ Thaler. Eine erfreuliche Position im Budget sind 5000 Thaler für Errichtung von Ackerbauschulen. Sie sind seit Jahrzehnten ein großes Bedürfniß gewesen, die frühere Regierung hatte aber für dergleichen kein Geld. „Der Bauer darf nicht zu klug werden“, war im Stillen der Wahlspruch der adeligen Herren, welche die Macht in Händen hatten. (Wes. Z.)

† **Karlsruhe**, 28. März. Nach einer beinahe vierzehntägigen Unterbrechung, in welcher verschiedene Kommissionen ihre Arbeiten vollendeten, hält unsere zweite Ständekammer seit dieser Woche wieder öffentliche Sitzungen. Die Partei der Anarchisten hatte kein Mittel unversucht gelassen, um die Sitzungen wegen Unvollzähligkeit der Mitglieder nicht zu Stande zu bringen; mehrere Abgeordnete waren zu diesem Zwecke ausgetreten und hatten dahin gewirkt, daß keine Ersatzwahlen stattfinden, andere hatten sich mit und ohne Urlaub entfernt, und dazu kam noch, daß auf die bei der Nationalversammlung anwesenden Kammermitglieder nicht zu rechnen war. Trotzdem kam eine beschlußfähige Anzahl zusammen; dieselbe vollendet nunmehr ohne Unterbrechung, mit Ausnahme der Osterfeiertage, die wichtigsten Geschäfte. Die nächsten Sitzungen werden wohl lediglich durch Budgetvorlagen ausgefüllt. Das neue Wahlgesetz erwartet man noch vor Ostern; das Zweikammersystem ist, wie man aus glaubhafter Quelle vernimmt, beibehalten, der Wahlmodus zur zweiten Kammer soll sich nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes für das Volkshaus richten, dagegen die Wahl zur ersten Kammer zum Theil auf einem Census beruhen, doch ebenfalls direkt sein. In Bühl und Ettenheim konnten keine Ersatzwahlen für die ausgetretenen Abgeordneten Berger und Richter vorgenommen werden, weil die erforderliche Anwesenheit von ¾ der Wahlmänner fehlte; dagegen hat das Landamt Lahr und das Landamt Heidelberg (letzteres einen Veteranen der Kammer, den ehrenwerthen Bürgermeister Helmreich von Wieblingen) gewählt und damit beurkundet, daß die Wühlereien der Rothen keinen allgemeinen Geschmack finden. Heute ist Minister Bekk eiligst nach Frankfurt abgereist, man ver-

muthet wegen der Kaiserwahl, welcher alle Wohlgesinnten mit höchster Spannung entgegensehen.

Mannheim, 29. März. Wie es mit unserer Deputirtenwahl ausfallen wird, steht im weiten Felde; die nächste Woche soll sie stattfinden, allein die Stimmung eines Theiles der Wahlmänner ist keine sehr günstige. Es sollen jetzt zwar nur 19 sich zum Nichtwählen erklärt haben, was die Sache nicht entschiede, indem Mannheim gegen 80 Wahlmänner hat und somit die 3/4 gedeckt wären. Allein die Umtriebe der Volksvereinspartheı sind jetzt sehr bedeutend, wo es sich, ich möchte sagen, um den Untergang seiner Sache handelt.

Offenburg, 25. März. Heute haben sämmtliche Wahlmänner der hiesigen Stadt in öffentlicher Versammlung den einstimmigen Beschluß gefaßt, bei der auf nächsten Freitag anberaumten Wahl eines Abgeordneten zum badischen Landtag nicht zu wählen. Sie fordern, daß die gegenwärtige Ständeversammlung aufgelöst und eine konstituirende Versammlung berufen werde. (O. Z.)

† **Kassel**, 27. März. Noch ein letztes Wort über die seit einiger Zeit Statt gehabten, auch in diesen Blättern mehrfach besprochenen Verhandlungen der kurhessischen Ständekammer mit dem Kurfürsten über die freiwillige Verminderung der Civilliste. Heute ist dieser Gegenstand zum Abschluß gelangt, leider nicht in der Weise, daß man sagen könnte, das Ende kröne das Werk. Der Kurfürst hat die freiwillige Herabsetzung, wie in diesen Blättern schon neulich richtig vorhergesagt wurde, verweigert; in einem kurzen Schreiben an den Präsidenten der Ständeversammlung ist dies klar und deutlich ausgesprochen und, ich weiß nicht, ob höhnend, hinzugefügt, daß Se. k. Hoheit, wie bisher, auch künftig die Civilliste unter den Beirathe der Minister rc. zum Besten des Landes verwenden werde. Die monarchische Regierungsform hat dadurch bei uns aufs Neue einen harten Stoß bekommen, während dem wühlerischen Treiben ein neuer Angriffspunkt und neue Nahrung gegeben ist; so, man muß es in Wahrheit tief beklagen, begreift unser Fürst seine Stellung, so berücksichtigt er die Wünsche des ganzen Landes, so erfüllt er die ehrfurchtsvoll und dringlichst ausgesprochenen Hoffnungen der Ständeversammlung. Die Civilliste soll auch künftig wie bisher verwendet werden; dann können wir mit Zuversicht erwarten, daß die Hofdienerschaft fortwährend vermindert werden wird und daß die landesfürstlichen Gebäude und sonstigen Anlagen bald dem Erdboden gleichgemacht sein werden, ohne daß deßhalb ein Erlaß an der Civilliste eintritt.

Den Eindruck, welchen die ablehnende, in der heutigen Sitzung der Stände mitgetheilten Entschließung hervorrief, brauche ich nicht zu charakterisiren; die nächste Folge war der Antrag, nun jede Civilliste zu verweigern, es möge daraus entstehen, was da wolle. Die Herren Bayrhoffer, Theobald, Wolff, Weinzierl und Knobel kämpften für die Verweigerung, dagegen besonders die Herren Raub, v. Sybel, Meyer rc.; wir können es nur rühmend erwähnen und preisen es als eine hochherzige That der Stände, daß der Antrag auf Verweigerung mit 25 Stimmen abgelehnt wurde, eine That, die durch den Gegensatz zur fürstlichen Entschließung in ein um so helleres Licht tritt. Der Rechtsboden durfte unter keinerlei Umständen verlassen werden, die nächste Folge wäre der Sturz des Ministeriums, dessen Wirksamkeit für das Land keiner pekuniären Schätzung unterliegt, gewesen, des viel größeren Nachtheils, der in der Proklamation des Unrechts, der Gewalt, der Revolution liegt, nicht zu gedenken; aber die Ständeversammlung hätte nun auch ihrerseits fest auf ihrem Rechte bestehen und die Schritte einschlagen sollen, welche zur Wahrung der Interessen des Landes erforderlich und geboten waren, sie hätte mit aller Bestimmtheit und Entschiedenheit die Erfüllung der Vereinbarungen von Seiten des Kurfürsten erlangen und dadurch dem Ministerium eine Stütze und Veranlassung für weitere Schritte bereiten sollen. Daß dies nicht geschehen, wenigstens nicht mit Kraft und Ernst, daran ist Herr v. Sybel und die allgemeine Konfusion in der Fragstellung und den verschiedenen Zusatzanträgen Schuld.

Altenburg, 23. März. Die Reichsministerien des Kriegs und der Finanzen haben an das diesseitige Gouvernement eine Denkschrift über das Verfahren bei der Aufstellung der Kostennachweise über die Leistungen für die zu Reichszwecken erfolgten Truppenaufgebote erlassen. Hiernach werden die Kosten, welche durch das Aufgebot von Truppen für den Reichsdienst (namentlich auch in dem Feldzuge gegen Dänemark) erwachsen, soweit sie der Gesammtheit Deutschlands zur Last fallen, bei den Ministerien der Finanzen und des Kriegs zur Liquidation gebracht. Die Gesammtheit hat solche Ausgaben zu tragen, welche verfassungsmäßig weder dem Staate, welchem die Truppen angehören, noch dem Staate, in dessen Gebiete die Truppen verweilen, zur Last fallen. Hiernach hat die Gesammtheit nicht zu übernehmen: alle Leistungen, welche von den sämmtlichen Staaten gleichmäßig gefordert worden und getragen sind, mithin alle Kosten für das Aufgebot des eignen Kontingents an Gehalt, Sold, Zulage, Verpflegung, Bekleidung, Ausrüstung, Krankenpflege nach den Friedenssätzen, die Kosten für die Kriegsbereitschaft des matrikularmäßigen Kontingents, diejenigen Leistungen, welche die deutschen Bundesstaaten verfassungsmäßig oder nach Uebereinkommen und Observanz gegenseitig ohne besondere Entschädigung von der Gesammtheit zu tragen haben, als Wohnungsräume und Stallungen nebst Utensilien, Räumlichkeiten für Wachen und Arreste, Räume zur Krankenpflege und zum Betriebe der Dienstgeschäfte, Heizung und Beleuchtung der Wohn- und Stallräume, Stellung der erforderlichen Mannschaften, Fuhren und Pferde bei Schanzarbeiten, Fuhren zur Füllung der Magazine und zum Transport von Kranken. Alle Kosten, welche nicht hierunter fallen, hat die Gesammtheit zu tragen. Für die eigenen Truppen sind die Gebührnisse nach den Friedensätzen nur dann Gegenstand der Liquidation, so lange der effektive Präsenzstand derselben im Aufgebote des Reichs die an alle Staaten von der Bundesversammlung am 15. März 1848 gleichmäßig ergangene Aufforderung überschritten hat. Das eigne Contingent ist danach zur Bemessung der Leistungen anzunehmen bei der Infanterie auf das volle 1 pCt., bei der Cavallerie, Artillerie und den Pionieren auf die durch Bundesbeschluß vom 24. Juni 1841 festgesetzte Friedensbereitschaft. Auf die darüber hinausgehende und nachzuweisende Stärke des Aufgebots für den Reichsdienst werden sämmtliche Gebührnisse nach den etatsmäßigen Friedenssätzen zum Ansatz gebracht. Alle nachweisbaren Kosten an außergewöhnlicher Absendung und außergewöhnlichem Verbrauch des Kriegsmaterials und der Ausrüstung für das gesammte Contingent, sowie alle Kosten, welche dadurch entstanden sind, daß das Contingent das eigne Gebiet verlassen hat oder auf den mobilen Kriegsfuß gebracht worden ist, kommen zur Liquidation, ebenso die extraordinären Zulagen und Verpflegungszuschüsse, welche für besondere Verhältnisse von der Centralgewalt bewilligt worden sind, sowie Reisekosten in Folge des Reichsaufgebots. Von dem Gesammtbetrage der Liquidation sind alle Ausgaben nach den Einheitssätzen des Friedensetats in Rückrechnung zu bringen, welche dadurch im eignen Lande erspart worden sind, daß der Aufenthalt des Contingents auf fremdem Gebiete stattfand, und zwar an Verpflegung für Mann und Pferd und Arznei- und Lazarethkosten. Zu den Kosten für Reichstruppen anderer Regierungen gehören: Vergütung für Mundverpflegung, für Krankenpflege und Arzneikosten, für requirirte Fuhren und Reisekosten. (D. A. Z.)

Hamburg, 21. März. In der heutigen Versammlung des Ehrb. Kaufmanns machte der Präses Commercii, Hr. Schiller, die Mittheilung, daß in kurzer Zeit eine vom Reichshandelsministerium ernannte Kommission praktischer Zollbeamten nach Hamburg kommen werde, zur Untersuchung der hiesigen Lokalverhältnisse aus dem doppelten Gesichtspunkte: einmal um für den Fall, daß Hamburg von der Zollinie umschlossen werden sollte, die Lokalitäten zu ermitteln, wo die Zollgebäude, Entrepots u. a. am zweckmäßigsten angelegt werden könnten, sowie welche Art von Einrichtungen unerläßlich sein werden, um dem Waarenhandel wenigstens einigermaßen die so nothwendige freie Bewegung zu erhalten; ferner, um für den Fall, daß Hamburg Freihafen bleiben sollte, zu ermitteln, wohin am zweckmäßigsten die Zollinie hinter Hamburg verlegt werden könnte. Die Kommerzdeputation sei nun aufgefordert worden, in Bezug auf diese Angelegenheit ihre Wünsche und Vorschläge baldthunlichst mitzutheilen. (W. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 25. März. Bei der Bedeutsamkeit, welche die vorgestrige Unterhausverhandlung über die Schiffgesetzreformbill für das ungestörte Dasein des Kabinets haben könnte, scheint es von Interesse zu sein, den Schluß der gegen das Kabinet gerichteten Rede Disraeli's vollständig kennen zu lernen. Der Schluß lautet: „Der Gewerbsfleiß ist durch Eure (der Minister) Experimente gestört und zermartert worden und wie könnt Ihr Euch jetzt wundern, wenn das Volk Klage darüber führt, daß seine wichtigsten Angelegenheiten in die Hände von Staatsmännern ge-

rathen sind, deren Streben nur darauf hinausging, den Windzug des Augenblicks zu benutzen, die ihren eigenen Unternehmungen nicht gewachsen, ihres Gegenstandes nicht Meister und daher ohne gegründete Aussicht auf Erfolg sind (hört, hört!) Durch den von Euch eingeschlagenen Weg vernichtet Ihr nicht nur die materiellen Interessen, nein, Ihr schafft auch einen Vorrath politischen Mißvergnügens, welcher mehr als irgend eine entgegengesetzte Politik, dazu beitragen dürfte, die Industrie des Landes zu zerrütten, seine Einkünfte zu verringern und selbst seine Institutionen bis zum Mittelpunkt zu erschüttern." (Hört, hört!) Hr. Disraeli scheint allerdings der Mann dazu zu sein, allmählig einen lebendigen Körper bis zu dessen Auflösung zu zernagen, die Frage ist nur, ob er von sich oder seiner Partei aus im Stande ist, etwas Dauerhaftes an dessen Stelle zu setzen.

Frankreich.

* **Paris**, 27. März. Die Nationalversammlung fuhr heute fort, das Staatsbautenbudget zu berathen oder zu verringern; denn wie gestern, wurden auch heute die von der Kommission vorgeschlagenen und zum Theil sehr bedeutendn Ersparnisse sämmtlich nach kurzer Diskussion angenommen. Nur bei dem Kapitel über das Austrocknen der Sümpfe und die Bewässerung erhob sich eine längere Debatte, an welcher besonders Vivien, Dezeimeris, Pillancourt u. A. Theil nahmen. Die Kommission schlug vor, die von der Regierung verlangte Summe um die die Hälfte zu vermindern; sie stützte sich hiebei auf die Behauptung, daß die Mehrausgabe der Regierung nur zur Anstellung von besondern Bewässerungsbeamten dienen würde. Die Anhänger des Ministeriums hoben dagegen das Intresse des Ackerbaues durch Verbesserung des so schlechten Bewässerungssystems hervor. Die vorgeschlagene Ersparniß wurde von der Versammlug genehmigt. Napoleon Daru erhebt sich beim Kapitel der Eisenbahnen gegen die vorgeschlagene Verminderung von 19 Millionen, welche nicht nur die Vollendung von 7 der angefangenen Eisenbahnen hindern, sondern auch den Uebelstand zur Folge haben würde, daß der Staat mehrere Jahre später das Recht in Anspruch nehmen könne, die Eisenbahnen auf seine Rechnung zu betreiben.

Schon seit einer Woche hielten Gerüchte von einer Manifestation der Sozialisten ganz Paris in Spannung. Auf gestern Morgen war sie ganz bestimmt angesagt. Sie hat indeß nicht stattgefunden und die Befürchtungen sind für einen Augenblick der vollkommensten Ruhe gewichen. Ein bedeutendes Steigen der Kourse an der gestrigen Börse war die nächste Folge davon. Die Militär- und Civilbehörden hatten indessen energische Vorkehrungsmaßregeln ergriffen und zahlreiche Schwärme von Polizeiagenten durchstreiften bereits seit vorgestern Abend die volkreichern Theile der Stadt, um sich im Voraus über die Stimmung der arbeitenden Klassen aufzuklären. Um die Kasernen und Kantonirungen herum waren ebenfalls außerordentliche Maßregeln ergriffen worden. Vorgeschobene Posten standen auf 200 Schritt Entfernung von den Kasernen und Wohnungen der Truppen, um jede Ueberrumpelung zu verhüten. Ein Theil der Truppen hatte Befehl erhalten, sich bereit zu halten, auf das erste Signal auszurücken. Indessen war während des ganzen gestrigen Tags weder in den Vorstädten noch an den übrigen Orten, von wo die Volksbewegungen gewöhnlich ausgehn, keine Spur von Aufregung zu bemerken. Nichts destoweniger blieben die Truppen in den Kasernen konsignirt und alle Posten wurden verdoppelt. Es heißt, daß die Polizei einige Verhaftungen vorgenommen hat.

Als Antwort auf die Anschuldigungen der revolutionären Presse gegen die konservative Partei veröffentlichen heute die ministeriellen Blätter folgende halboffizielle Mittheilung: „Mehrere Blätter enthalten einen Artikel, wodurch sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf angebliche Ränke ziehen, deren Zweck wäre, die sozialistisch-demokratische Partei auf den 26. März zu einer Manifestation herauszufordern und sie auf diese Weise zu kompromittiren. Die „Revolution demokratique et soziale" versichert, daß Agenten im Solde des Ministeriums den Aufruhr beginnen werden und daß alle diese Agenten mit offiziellen Karten versehen sind, deren bloßes Vorzeigen hinreichen werde, um sie gegen die öffentliche Macht und gegen polizeiliche und gerichtliche Maßregeln zu schützen. Der Pöbel spricht ebenfalls von offiziellen Karten, womit die Agenten der Aufreizung versehen seien und bringt diese Thatsache mit den Umtrieben und den Vertheilungen von Karten eines Wahlausschusses der Rue de Cassette in Verbindung. Dieses Blatt fügt sogar hinzu, daß einer seiner Freunde eine solche Karte aus den Händen eines der Verschworenen der Rue de Cassette erhalten habe. Da es im Interesse der öffentlichen Sicherheit wichtig ist, zu untersuchen, wie viel Wahres an solchen Gerüchten ist, so hat der Anwalt der Republik sofort eine Untersuchung vorgefordert. Die Gérants der beiden erwähnten Journale werden zuerst vorgefordert werden, um der Justiz die zur Entdeckung der Wahrheit und Bestrafung der Schuldigen nothwendigen Aufschlüsse zu liefern."

Stand der Renten 5pCt. 84. 80; 3pCt. 53. 75; Bankaktien 2295.

Italien.

* Folgendes sind die bis jetzt zuverlässig ermittelten thatsächlichen Ereignisse:

„Die Oesterreicher haben am 20. Abends den Tessin zwischen Vigevano und Pavia überschritten, wenige Stunden nachdem Karl Albert denselben Fluß 6 Stunden weiter aufwärts bei Buffalora (auf der Straße von Novarra nach Mailand) passirt hatte. Der Feind hat sich sofort in der Lomellina, einer an dem untern Lauf des Tessin sich hinziehenden Landschaft, entwickelt und an demselben Abend das piemontesische Dorf Garlasco, 3000 Mann stark, besetzt, zu denen noch am folgenden Morgen eine Kavallerieabtheilung stieß. Garlasco liegt zwei Stunden vom Tessin. Es waren an dieser Stelle keine piemontesischen Streitkräfte vorhanden, welche den Uebergang hätten streitig machen können. Die Oesterreicher hatten zugleich einen Scheinangriff auf die Schiffbrücke bei Mezzanacosti gerichtet.

Diese Nachrichten haben den König und den General Chrzanowski veranlaßt, das Hauptquartier sofort von Buffalora nach Trecale und von da nach Vigevano zu verlegen, woselbst es am 21. um 1 Uhr Nachmittags eintraf. Von da eilte der König sofort zwei Stunden weiter nach dem Dorfe Sferzesca in der Richtung von Garlasco. Allein die östereichische Armee rückte immer weiter vor und es fanden an demselben Tage (am 21.) die beiden erwähnten Gefechte bei Vigevano und bei Mortara statt. In Folge des Gefechtes bei Mortara konnten die Oesterreicher am 22. ihren Marsch nach Vercelli, welches nur eine Etape von Mortara entfernt ist, fortsetzen."

Ueber das Gefecht am 23. bringt die Eidg. Ztg. unter dem 24. folgendes: Gestern entbrannte unfern Novara (alla Bivocca) der wüthendste und blutigste Kampf, den man je gesehen. Die Unsern waren trefflich postirt und brachten bereits die Oesterreicher zum Weichen, als man diese plötzlich wieder vorrücken und das verlorene Terrain wieder einnehmen sah, und man weiß bestimmt, daß sie diese Nacht in Novara eingerückt sind. Die Kanonade dauerte ununterbrochen von 11 bis 7 Uhr gestern Abends. Man kann noch nicht wissen, wie stark das feindliche Heer ist, doch kann es mit Sicherheit auf 50,000 Mann angeschlagen werden. Es scheint, daß das Hauptquartier sich hieher zurückzieht, wie auch der Rest der Armee, welcher in großer Unordnung sein soll. Die Zahl der Todten ist auf beiden Seiten sehr stark, läßt sich aber noch nicht bestimmen. Der König Karl Albert soll schon in Alessandrien oder auf dem Wege nach Turin sein. Ungeachtet der schmerzlichen Kunde, welche der Verrath des General Romarino verursachte, wäre für unsere Sache nicht viel zu fürchten, weil der Haupttheil unserer Armee auf dem jenseitigen rechten Flügel steht, dessen Leistungen noch nicht bekannt sind. Diesen Morgen wurde von unserer Civica der infame Romarino festgenommen, welcher sich nebst einem Obersten und einem Offizier über den See flüchten wollte. Die Einnahme von Novarra wird auch durch einen in Luzern eingetroffenen Brief aus Acona als gewiß gemeldet."

Der unglückliche Ausgang der ersten Gefechte wird dem Umstand zugeschrieben, daß General Romarino, Kommandand der 5. (lombardischen) Division die Grenze nicht gehörig vertheitigt hätte, weßhalb er auch als Verräther vor ein Kriegsgericht gestellt worden ist. Man behauptet sogar, Romarino sei bereits füsilirt worden. General Perrone, Kommandant der 3. Division (nach andern Fanti), hat statt seiner das Kommando über die 5. Division erhalten. Die 5. Division scheint bei dem Gefecht bei Mortara am meisten gelitten zu haben. Schon vor Beginn der Feindseligkeiten ging die Sage, daß die Lombarden zuerst daran müßten.

Die Nachricht, welche am 21. in der Turiner Deputirtenkammer verkündigt wurde, daß Pavia von den Piemontesen ge-

№ 89. **Beilage zur Deutschen Zeitung.** 30. März 1849.

Deutschland.

! **Frankfurt**, 30. März. Heute Morgen 7 Uhr ist die Reichsgesandschaft nach Bieberich abgegangen. Die Lokomotive hieß der „Blitz"; möge er einschlagen. In Bieberich wartet auf die Gesandschaft ein besonderes Dampfschiff.

*** **Frankfurt**, 30. März. In diesem Augenblick wird das „kaiserliche" Boot von allen Uferorten des Rheins feierlich begrüßt, so wie gewiß in der majestätischen Colonia jubelnd empfangen werden. Unterdeß hat es bei den immer noch nicht hoffnungslos gewordenen gegnerischen Koalitionen aufmunterndes Bedenken erregt, daß angeblich bis jetzt noch nichts auf telegraphischem Wege von der Willensäußerung des Königs von Preußen kund geworden. Als wenn dies auf eine telegraphische, wenn auch offizielle Depesche geschehen könnte! Als wenn der König nicht erst seine Entschließung kund geben könnte, wenn er die Deputation der Nationalversammlung empfangen!

*** **Frankfurt**, 30. März. Unser konstitutioneller Bürgerverein feiert heute den Jahrestag des Zusammentritts des Vorparlaments durch ein großes Festessen im „Wolfseck". Welch' ein Wechsel der Verhältnisse und Personen ist aber seitdem eingetreten. Gestern vor einem Jahre wurde Struve und Hecker ein Fackelzug gebracht und dabei wurde ausgesprochen, daß nun der Grundstein zur deutschen Republik gelegt worden. Heute hat Hecker der Republik den Rücken zugewendet und weilt in Amerika. Struve steht vor den Assisen, um die Republik zu vertheidigen, und Deutschland erhält einen Kaiser.

*** **Frankfurt**, 30. März. Während die von heute datirte Nummer der „Frankfurter Ztg." in dem Berichte über die gestrige Sitzung der Nationalversammlung, nach stenographischer Aufzeichnung, also wortgetreu, die Worte mittheilte, welche der Erzherzog-Reichsverweser mündlich und schriftlich in Bezug auf seine Resignation gebrauchte, behauptet dieselbe Nummer in einem unter Frankfurt vorausgegangenen Artikel, der Erzherzog habe erklärt, wegen der „ungesetzlichen Beschlüsse" der Nationalversammlung sein Amt niederzulegen. Abgesehen davon, daß dies eine absichtliche grobe Entstellung der Wahrheit ist, ist es wahrhaft beleidigend für den Erzherzog-Reichsverweser, Sr. kaiserlichen Hoheit derartige, der Würde der Nationalversammlung zu nahe tretende Worte in den Mund zu legen; denn wenn die Nationalversammlung einen Beschluß faßt, so kann dieser nicht ungesetzlich sein, sondern er ist ein Gesetz. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir auch auf die Angabe des Berichts des „Frankfurter Journals" zu kommen, worin es heißt, der König von Preußen sei mit einer Majorität von 42 Stimmen gewählt worden, das ist durchaus falsch, denn die Wahl geschah einstimmig von 290 Mitgliedern. Es haben sich 248 Mitglieder der Abstimmung enthalten, die aber durchaus nicht als Minorität zu betrachten sind, wie dies ja auch bei andern Abstimmungen der Fall ist. Warum soll aber hier eine Ausnahme eintreten? Einflußreiche Mitglieder der Linken beabsichtigten anfangs zu wählen; wenn sie nachher bewogen wurden, sich der Wahl zu enthalten, so ist darin doch wahrhaftig kein Protest gegen die Wahl zu erblicken!

: **Frankfurt**, 30. März. Gestern früh wurde der am 26. nach kurzer Krankheit verstorbene Abgeordnete Wiebker von Uckermünde bestattet. Der Präsident der Nationalversammlung nebst einer ansehnlichen Anzahl der Abgeordneten begleitete die Leiche zu ihrer Ruhestätte. Nach der Leichenrede des Pfarrers Steiz sprach der Abgeordnete Nizze von Stralsund am Grabe den Nachruf der Freunde dieses ehrenwerthen Kollegen. Gesang begann und schloß die Feier.

△ **Frankfurt**, 29. März. Die Herren v. Hermann, Wuttke und Genossen reden davon, einen Aufruf an das Volk vorzubereiten, um dasselbe zur Auflehnung gegen die von der National-Versammlung beschlossene Verfassung und gegen die getroffene Kaiserwahl anzustacheln. Besonders müsse man es sich dabei angelegen sein lassen, in solchem Sinne nach der Pfalz hin zu wirken, da dieselbe sich zur „Unterwerfung" geneigt bewiesen habe. Das beste Mittel zur Erreichung des Zweckes würde sein, die Leute glauben zu machen, daß sie „preußisch" werden sollten. Es handle sich jetzt nur noch darum, möglichst zahlreiche Unterschriften für den Aufruf zu gewinnen; das Weitere darüber gedenke man in einer Abendversammlung zu berathen und zu erfahren. Ueber Herr Wuttke's Thätigkeit wäre noch Manches zu bemerken. Für heute beschränken wir uns auf die offene Anfrage an die Herren v. Hermann und Wuttke: ob dieselben die deutsche Verfassungs-Urkunde mitunterzeichnet haben?

Frankfurt, 29. März. Nach dem Frankfurter Journal haben etwa 80 Mitglieder der erbkaiserlichen Partei eine Erklärung unter dem 26. März wörtlich in folgender Art abgegeben: „Zur Beseitigung möglicher Zweifel erklären die unterzeichneten Mitglieder der National-Versammlung, daß sie die Verfassung, wie solche von der Nationalversammlung beschlossen werden wird, für dergestalt endgültig erkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen derselben, oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite dieselben etwa auch verlangt werden sollten, nicht stimmen werden."

Unter den Namen, welche diese, in den Händen des Abgeordneten H. Simon befindliche Erklärung unterzeichnet haben, finden sich nach dem Frankf. J. von dem interimistischen Ministerium die des interimist. Ministerpräsidenten v. Gagern und die von R. Mohl und Mathy, sowie die der Abgeordneten Welcker, Reh, Zell, Kierulff, Stahl, v. Reden, Grumbrecht, Freudentheil, Biedermann, Falk, Holland, Lette, Fuchs, Mittermaier, Höfken, Jordan von Berlin, Soiron, Graf Golz u. A.

* **Wien**, 26. März. Das heute Morgen erschienene 30. Armeebülletin gibt das Nähere über den glänzenden Sieg der k. k. Armee in Italien. F.-M. Radetzky überschritt am 20. mit seiner Hauptmacht den Tessin bei Pavia in 3 Kolonnen, wovon am 21. die linke von Dorno gegen Mortara, die mittlere von Gropello nach Gambolo, die rechte von Zerbolo gegen Vigevano marschirte und letztere hiebei ein siegreiches Gefecht bestand. Andererseits wurde Mortara mit der größten Tapferkeit angegriffen und erstürmt. Nach 3 Stunden war der Feind auf allen Seiten geworfen; 2500 Gefangene, darunter 6 Staabs- und 50 Oberoffiziere, 5 Kanonen, 10 Munitionskarren, eine Masse weggeworfener Waffen sind die Trophäen des Tags. Der Feldmarschall setzte am 22. in 2 Kolonnen, die eine von Mortara über Vespolate, die andere von Vigevano über Trecate, seinen Marsch gegen Novara fort.

⚹ **Berlin**, 28. März. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer richtete Milde an den Minister des Auswärtigen folgende, von 20 Mitgliedern unterstützte Interpellation: „Der Minister wolle die Kammer davon in Kenntniß setzen, ob und wie weit die bereits in öffentlichen Blättern enthaltenen Nachrichten über die Anhäufungen großer russischer Truppenmassen längs der schlesischen Grenze begründet sind, da sich mit jenen ernstliche Besorgnisse für die Dauer friedlicher Beziehungen zum Auslande verbinden; gleichzeitig wolle der Minister der Kammer diejenigen Maßregeln mittheilen, welche von Seiten der Staatsregierung getroffen sind, um den Frieden und damit die Sicherheit der östlichen Provinzen zu wahren." Der Interpellant erklärt, er bezwecke mit seiner Anfrage nichts, als der Regierung Gelegenheit zu geben, die Gemüther zu beruhigen, die in den östlichen Grenzprovinzen um so mehr aufgeregt seien, als dieselben bei gestörtem Frieden den ersten Angriff würden aushalten müssen. Nach sichern Nachrichten sammelten sich die im Königreich Polen

stehenden russischen Truppen in Lagern, welche bis an die äußerste südwestliche Landesgrenze vorgeschoben seien. In der nächsten Nähe von Kalisch hätten in der vorigen Woche 37,000 Mann ein solches Lager bezogen. Außerdem rückten aus dem Innern Rußlands täglich Truppenmassen nach Polen und Artillerieparks, vollständig auf dem Kriegsfuß organisirt, seien in den Festungen angehäuft. Im vorigen Jahre hätten der Nationalversammlung auf eine ähnliche Interpellation beruhigende Zusicherungen gegeben werden können; gegenwärtig schienen aber diese Truppenhäufungen an der Grenze auf andere Intentionen des russischen Gouvernements hinzudeuten, und er ersuche deßhalb den Herrn Minister, bei der Gefahr eines Krieges mit Dänemark und bei der Möglichkeit, daß Rußland für Dänemark sich erkläre, die Interpellation geneigtest beantworten zu wollen. Graf Arnim erwidert unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung: Die Nachrichten, welche öffentliche Blätter über die Koncentrirung russischer Truppen an den Grenzen gebracht hätten, seien ihm Anlaß geworden, nähere Erkundigungen einzuziehen; er könne der Kammer nur mittheilen, daß in neuerer Zeit keine Truppensendungen gegen die preußische Grenze stattgefunden hätten, daß insbesondere die Nachricht von dem Abmarsch der Garde aus dem Innern Rußlands ungegründet sei. Die russischen Truppen im Königreich Polen würden für den Winter in die kleinen Städte und Dörfer dislocirt, und in dieser Dislokation seien neuerdings durchaus keine Veränderungen eingetreten. Seines Wissens sei es in Rußland Sitte, für den Sommer Lager einzurichten; wenn daher gegenwärtig solche eingerichtet würden, so hätte dies für Preußen nichts Drohendes. Außerordentliche Maßregeln zur Sicherung der Ostgrenzen seien bei dem gegenwärtigen Verhältniß zu Rußland, das immer ein sehr gutes gewesen, nicht nothwendig erschienen. Wenn aber wider alles Erwarten die friedlichen Beziehungen zu Rußland gestört werden sollten, so wären die Minister überzeugt, daß Preußens treffliches Heer in jedem Augenblick ihnen die Kraft geben würde, jedem feindlichen Angriff Widerstand zu leisten. (Beifall der Versammlung.) Auf der Tagesordnung stand noch ein Antrag von Bornemann, Kisker, Stahl und Goldammer: Den Verordnungen vom 2. und 3. Januar über die Organisation des Gerichtswesens die vorläufige Genehmigung zu ertheilen, unter Vorbehalt der Abänderung, eventuell der Ablehnung bei der baldmöglichst vorzunehmenden definitiven Berathung. Zur Begründung desselben wird angeführt, die Kammer habe den Leue-Milde'schen Antrag durch eine Tagesordnung beseitigt, in der wenigstens indirekt ausgesprochen sei, daß den beiden Verordnungen das staatsrechtliche Fundament fehle. Dadurch sei eine Rechtsunsicherheit im Lande herbeigeführt worden, welche durch eine Erklärung, wie sie beantragt sei, gehoben werden müsse. Die Kammer beschließt mit großer Mehrheit die nähere Erwägung des Antrags. Zuletzt wird Auerswald mit 141 Stimmen wieder zum Präsidenten, die Abgeordneten von Wittgenstein und Baumstark mit 95 und 81 Stimmen wieder zu Vicepräsidenten gewählt. Bei der letzten Wahl erhält Geh.-Rath Brüggemann 35 und Gierke 21 Stimmen.

△ **Berlin,** 28. März. In der heutigen Sitzung der 2ten Kammer wurde mit namentlichem Aufruf über die ganze Adresse abgestimmt. Sie ward mit 186 Stimmen gegen 145 angenommen. Es wurden durch das Loos die dreißig Abgeordneten erwählt, welche diese Adresse dem Könige überreichen sollen. Die Linke bewies ihre Abneigung gegen die Regierung, indem sie zum Theil weiße Zettel in die Urne legte. Es sind auch kaum fünf Mitglieder aus der Linken unter der Deputation. Hierauf erklärte der Minister des Innern: In der eben angenommenen Adresse befindet sich ein Passus, worin die Kammer ausspricht, daß sie auch über den außerhalb Berlin verhängten Belagerungszustand noch Vorlagen erwarte. Ich bin gegenwärtig im Stande, diese Mittheilungen zu machen und wollte es nur vorher nicht der Kammer anzeigen, damit sich nicht noch Zweifel erheben sollten, ob dieser Passus beizubehalten sei oder nicht.

Sodann wird der Antrag des Ausschusses, den Mitgliedern Portofreiheit bis zu 5 Pfund zu bewilligen, angenommen. Ferner, daß jedem Abgeordneten zwei Exemplare der stenographischen Berichte und aller Drucksachen zuzustellen sind. Hr. Phillips hatte nicht weniger als 50 Exemplare verlangt. Er wollte gewiß die Papiermühlen in Schwung bringen. Die definitive Geschäftsordnung ward in Bausch und Bogen angenommen. Der Abgeordnete der ersten Kammer, Hr. v. Forkenbeck, ist von einem Schlaganfall betroffen worden und liegt lebensgefährlich darnieder.

Berlin, 28. März. Zur Berichtigung der von mehreren Seiten im Publikum verbreiteten Nachrichten über eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 15. April sehen wir uns in Stand gesetzt zu melden, daß die königlich dänische Regierung sich dahin erklärt hat, bis zum 3. April die Waffenruhe in jeder Beziehung faktisch fortbestehen zu lassen. (Pr. St.)

0 **München,** 27. März. Von den abgetretenen Ministern haben bis jetzt Beisler und Heintz eine neue Verwendung erhalten; Letzterer ist seit heute zum zweiten Präsidenten des höchsten Gerichtshofes ernannt. An den Justizminister von Kleinschrod ist vom Erzherzog Reichsverweser eine Einladung ergangen, ein Reichsministerium zu übernehmen; derselbe hat aber, wie ich aus guter Quelle erfahre, entschieden abgelehnt. Von einer Berufung des Fürsten Oettingen-Wallerstein, von welcher Ihr Blatt gerüchtweise spricht, ist zur Zeit hier noch nichts bekannt, und man hat vielleicht nicht Unrecht, daß man diese Mittheilung für einen Scherz hält. Ob die Kammern bis zum 10. April wirklich einberufen werden, hängt von der Thätigkeit der verfassunggebenden Reichsversammlung ab; denn vor Vollendung der deutschen Verfassung sollen die diesseitigen Abgeordneten Frankfurt nun einmal nicht verlassen. Die Gerüchte über eine Auflösung der Kammern sind wieder verstummt, bis zum zehnten April vergehen aber noch vierzehn Tage und auf so lange hinaus pflegt man hier nicht unwiderrufliche Beschlüsse zu fassen. Es kömmt übrigens Alles darauf an, welche Stellung das neue Ministerium der Krone gegenüber eingenommen hat; schon die ersten Sitzungen werden darüber Aufklärung geben, bis dahin aber mag es uns gegönnt sein, die von der Regierungspresse ausgestreuten günstigen Gerüchte einigermaßen zu bezweifeln. Wegen der beim Arbeiterbankette gehaltenen Reden ist vom hiesigen Stadtgerichte eine Untersuchung eingeleitet worden, und es wurden bereits sieben, theils aktive, theils passive Theilnehmer an demselben verhört. Die unmittelbare Veranlassung zu diesem politischen Prozesse war eine Brochüre, in welcher jenes Fest auf eine Weise beschrieben wird, die den dortigen Rednern nicht angenehm sein konnte, da ihnen so manches in den Mund gelegt wird, was sie nicht gesagt haben, Albernheiten und Aufrufe zu Gewaltthaten. Einzelne haben sich auch gleich nach dem Erscheinen dieser Flugschrift gegen das ihnen Angedichtete verwahrt. Unter den Gefährdeten befindet sich auch ein Abgeordneter, Herr Pfarrer Berkmann aus der Pfalz.

Würzburg, 26. März. Wie wir vernehmen, hat das Plenum der hiesigen Universität mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, gegen die Hierherversetzung des Hrn. Prof. Phillips energisch zu remonstriren. (N. W. Z.)

A **Dresden,** 27. März. Die Einverleibung der thüringischen Staaten in das Königreich Sachsen (die politischen Freunde des Herrn von der Pfordten bedienen sich dafür des Ausdrucks „die Gründung eines mitteldeutschen Reiches") ist auch ein Lieblingsgedanke unserer Demokratie. Die Stimmung Thüringens scheint diesem Plane nicht sonderlich günstig zu sein und die ersten Bemühungen des Hrn. Oberländer zu Gunsten Großsachsens haben bekanntlich keinen glänzenden Erfolg gehabt. Bei den sächsischen Kammern sind von 36 Vaterlandsvereinen hierauf bezügliche Petitionen eingegangen, welche dem fünften Ausschusse zur Begutachtung vorgelegen und denselben zur Anempfehlung folgenden Beschlusses veranlaßt haben: „Die Volksvertretung ersucht die Regierung, daß sie für die Vereinigung des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach, der sächsischen Herzogthümer Koburg-Gotha, Meiningen, Hildburghausen und Altenburg, der schwarzburgischen Fürstenthümer Sondershausen und Rudolstadt und der beiden reußischen Fürstenthümer mit dem Königreiche Sachsen zu Einem Gesammtstaate mit einer gemeinschaftlichen Verfassung und obersten Verwaltung angelegentlich besorgt sein, zu diesem Zwecke aber mit den Regierungen jener Staaten sich verständigen und in Gemeinschaft mit ihnen den betreffenden verfassungsmäßigen Volksvertretern die geeigneten Vorlagen zur Berathung und Entschließung baldigst zukommen lassen möge." Die Kammern werden diesem Antrage in den nächsten Tagen vielleicht mit Einstimmigkeit beitreten. Dann wäre man bald einig; d. h. die Sachsen wollen, und die Thüringer wollen nicht. Unter den erwähnten 36 Petitionen befindet sich indeß auch eine von jenseits, nämlich von dem Bezirkskomite der vereinigten Arbeiter zu Altenburg. Im Wahlbezirke Zittau ist gestern der Gymnasial-Subrektor Kämmel (angeblich von der Partei der entschiedenen Freisinnigen) zum Abgeordneten in die Nationalversammlung gewählt worden.

* **Freiburg**, 28. März. Heute wurde im Struve'schen Prozeß der Anfang mit den Anklage- und Vertheidigungsreden gemacht, und zwar von Seiten der Anklagebank durch den Staatsanwalt Winter, von Seiten der Vertheidiger durch die Anwälte Bardo und Feder. Der Zudrang des Publikums, dessen Interesse an den Verhandlungen mit jedem Tage zunimmt, war außerordentlich. Für den jungen Blind regt sich im Ganzen wenig Sympathie, um so mehr bei Vielen für Struve, von dem man kaum weiß, ob er der berechnendste Verstandesmensch oder der fanatischste Schwärmer ist. Jedenfalls hat er seine Vertheidigung im Ganzen mit einer gewissen, vielleicht nur erkünstelten Ruhe, um nicht zu sagen Würde geführt, welche erst gestern vom Präsidenten dem jungen Blind und dem mit rohen Phrasen um sich werfenden Anwalt der Vertheidiger, Hrn. Brentano, vom Präsidenten zur Nachachtung empfohlen wurde. — Aus dem Zeugenverhör theilen wir hier noch nachträglich einige charakteristische Züge mit. Namentlich wurde von den Freischaarenobersten dem Postmeister Martin zu Lörrach, weil er, seiner Pflicht getreu, eine ansehnliche, dem Staat gehörige Summe verborgen hatte, übel mitgespielt. Der Postmeister erzählt: „Ich berief mich zur Rechtfertigung meines Benehmens auf meinen Eid und meine Dienstpflicht. Struve entgegnete: den Eid haben Sie einem Tyrannen geschworen, und ich sehe Sie an als einen Mann, der in einigen Tagen nicht mehr leben wird! Darauf entfernte er sich. Zwei Freischärler nahmen das Geld, Fiala bescheinigte die Wegnahme desselben und ich wurde im Zimmer bewacht. Die Wache durfte mich bei Todesstrafe nicht aus den Augen lassen. So war ich bewacht bis zum letzten Augenblick, Niemand durfte zu mir. Eine Stunde darauf brachte mir ein Freischärler, der preußischen Dialekt sprach, einen Erlaß der provisorischen Regierung, daß mein Vermögen zu Gunsten der Republik konfiszirt sei und ich außerdem 17 Mann Einquartirung als Exekution erhalten sollte." Auch Struve gab zu, daß allerdings im Kriegsrath der Antrag gestellt wurde, den gequälten Postmeister standrechtlich zu behandeln, und daß der Postmeister die Erhaltung seines Lebens nur seiner, Struve's, Verwendung verdanke. Weiter heben wir die Aussage des Blankenhorn-Löffler, Landwirths von Müllheim hervor. Er erzählt in offener innerer Erregtheit: „Samstag, 23., kamen Freischärler und holten meine Waffen. Ich ging aufs Hauptquartier, um mich von der unter Androhung des Standrechts angekündigten Verbindlichkeit des Mitziehens zu befreien. Hr. v. Struve sagte, nachdem ich alle mögliche Gründe vergebens angeführt hatte, ich könnte mich auf eine andere Weise an diesem großen patriotischen Unternehmen betheiligen. Als ich sah, daß die Sache auf Geld hinauslief, bot ich 200 fl. an und da dies nicht zureichte, noch 200 fl., so daß ich 400 fl. für Urlaub zahlte und dafür Bescheinigung erhielt. Morgens wurde ich vor die provisorische Regierung geladen. Man wieß mich an den Generalkommissär Blind. Ich suchte lang herum nach diesem Generalkommissär. Endlich entdeckte ich einen jungen Burschen in der Blouse, und das war der Herr Generalkommissär Blind. Er sagte mir: Ihre Brüder und Vetter haben jeder 1000 fl. bezahlt, Sie müssen deßhalb noch 600 fl. nachbezahlen. Ich zahlte nach und erhielt den Urlaub."

Nicht uninteressant ist die Erzählung Martin Müllers von Staufen über die Ereignisse vor und während des Angriffs auf diese Stadt. Er erzählt: Als der Ruf erscholl: „Das Militär rückt heran!" rannte alles durcheinander. Man hörte nur den Ruf: „Generalmarsch geschlagen! Die Brücke aufgehoben! Barrikaden gebaut." In wenigen Augenblicken war der Saal leer. Struve sagte zu Löwenfels: Die Franzosen kommen sicher, sie kommen ganz bestimmt. Hierauf entfernte sich Löwenfels. Als in der Entfernung die ersten Schüsse knallten, bat ich Struve, er möchte mich auf ganz kurze Zeit zu meinem todtkranken Vater lassen, ich wolle ja wieder kommen. Struve schlug es ab. Als das Gefecht heftiger wurde, fing ein Theil der Mannschaft, welche von Marktbrunn bis gegen die Brücke stand, an, zu fliehen. In diesem Augenblick sagte Struve voll Entrüstung vor sich hin: „Ha, Viehvolk!" — Dann rief er mit starker Stimme: Steht, habt Muth, meine Freunde! u. dgl. Seine Frau sprach auch zum Fenster heraus."

In der vorgestrigen Sitzung beklagt sich, wie bereits erwähnt, der Präsident über die sträfliche Art, wie die Parteigenossen Struve's durch die republikanische Presse auf die Geschworenen zu wirken suchen. Es wird ein Artikel der Mannheimer Abendzeitung und ein in Freiburg verbreitetes Flugblatt erwähnt, worin den Geschworenen gedroht wird, man würde sie als Volksverräther betrachten und behandeln, wenn sie die Angeklagten nicht freisprächen. Staatsanwalt v. Wänker bezeichnet dergleichen als schamlos, der Präsident bemerkt: „Ein solch öffentlicher Angriff auf die Unabhängigkeit der Geschwornen würde in England und Frankreich einen Schrei des Entsetzens hervorrufen und bei uns ist es leider mit der öffentlichen Moralität so weit gekommen, daß man ganz ungescheut sich solche sträfliche Einwirkungen erlaubt." Brentano sagt: „Die Gegenpartei mache es noch viel ärger; wolle man doch behaupten, auf uns, die wir hier die Sache der Freiheit vertheidigen, lauere im Verborgenen der Dolch des Meuchelmordes, ja, es bestehe ein Komplott, welches dahin gehe, daß die Geschwornen, die Angeklagten und Vertheidiger nicht lebendig aus dem Saale kommen würden, wenn das „Schuldig" nicht ausgesprochen wird (!?) Auch zieht Brentano gelegentlich einen Vergleich zwischen dem badischen Militär und den Kroaten in Wien, welchen später von Brentano selbst in Abrede gestellten Vergleich Staatsanwalt Eimer mit „Verachtung" zurückweisen zu müssen glaubt. In der gestrigen Sitzung fährt Struve fort, mündlich und schriftlich gegen die Zuständigkeit des Gerichts zu protestiren und sich zu beschweren, daß eine Reihe von Zeugen, die den Angeklagten günstig seien, nicht vernommen worden; der Staatsanwalt stehe hier als Partei und habe kein Recht zu sagen, er stehe im Namen der Gerechtigkeit da u. s. w. Brentano bringt Pontius Pilatus und Judas Ischarioth, der junge Blind Christus selbst in die Verhandlung, so daß der Präsident sich bewogen sieht, die Diskussion abzuschneiden, und der mit ungleich größerem Takte und höherer Bildung ausgerüstete Struve zum Bessern einlenkt, indem er erklärt, man wolle von Seiten der Angeklagten nichts herbeiziehen, was Aergerniß erregen könne. Das souveräne Volk benahm sich während dieser, der gestrigen Sitzung, einmal so laut und ungebührlich, daß der Präsident drohte, im Wiederholungsfalle die Gallerien räumen zu lassen. Auf die heutige Sitzung kommen wir demnächst ausführlicher zurück.

⊙ **Koburg**, 28. März. Ueber das Schicksal des Welcker'schen Antrages sind wir nicht niedergeschlagen, aber entrüstet. Wir begreifen hier nicht, wie es die Oesterreicher überwinden können, Deutschlands Verfassung zu Boden zu stimmen. Unser Bürgerverein hat gestern Abend eine Adresse beschlossen, worin auf das Entschiedenste das Verlangen nach einem Erbkaiser wiederholt und gegen die fernere Betheiligung der Abgeordneten Oesterreichs an dem Verfassungswerke protestirt wird.

N. C. **Schleswig**, 26. März, Nachts 1 Uhr. Die heute Abend abgehaltene Sitzung der Landesversammlung bot des Interessanten Viel. Alle Zuhörerräume waren dicht besetzt.

Zuerst motivirte der Vicepräsident Syndikus Prehn, der Führer der Rechten, seinen Antrag auf eine Danksagung an die gemeinsame Regierung. Er stellte den Antrag als dringlich. Die Linke, Theodor Olshausen an der Spitze, trat gegen die Dringlichkeit auf, und als Einer der Rechten die Taktlosigkeit beging, namentliche Abstimmung zu verlangen, wurde erst diese und dann die Dringlichkeit selbst verworfen. Als es sich demnächst darum handelte, ob der Antrag von einem Komite zu prüfen sei, opponirte wieder Theodor Olshausen und die Folge war, daß nur mit 64 Stimmen gegen 31 ein Komite erwählt wurde.

Darauf theilte das Präsidium die Akten mit, betreffend die Einsetzung der Statthalterschaft, die mittlerweile stattgehabt hatte. Reventlow-Preetz war bis dahin als Abgeordneter in der Sitzung gewesen. Beseler war gegen Abend angekommen. Das Ministerium eröffnete der Landesversammlung im Auftrage des außerordentlichen Reichskommissärs Dr. Souchay die Mittheilung des Letzteren. Diese bestand in einem Schreiben desselben an die gemeinsame Regierung, dem die Verfügung des Kommissärs über die Installirung der Statthalterschaft angeschlossen war. Darnach hat der Reichskommissär die Herren Reventlow und Beseler in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Landesversammlung vom 20. d. M., unter Vorbehalt des dritten von ihnen zu wählenden und von der Reichsgewalt zu genehmigenden Mitgliedes, als Statthalterschaft eingesetzt, die im Namen der Reichsgewalt unter Vorbehalt der Rechte des Landesherrn und in Uebereinstimmung mit dem in thatsächlicher Anerkennung stehenden Staatsgrundgesetze bis zum Abschluß des Friedens die Regierung der deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein führt. — Die unterstrichenen Stellen sind Abweichungen von dem Beschlusse vom 20. dieses Monats. Von dem Syndikus Prehn ward daher sofort der Antrag gestellt, daß ein Komite zur Prüfung dieser

Uebersicht.

Die russisch-österreichische Kriegserklärung gegen Deutschland.

— Bs. — Nur allzuhäufig seit dem Beginne der deutschen Erhebung ist aus dem slawischen Osten Deutschlands der Ruf erklungen: die Russen kommen! Wenn das falsche Wolfsgeschrei nicht verfing, so übertrieb man die Zahlen der in Rußlands Westprovinzen aufgestellten Heeresmassen. Bald darauf las man die Widerlegungen der vergrößernden Gerüchte, und endlich ward der Ruf vom Nahen der Russen, wurden die Schilderungen ihrer Heeresansammlungen vom größten Theile des Publikums unbeachtet gelassen. Dazu kam, daß Manche selbst dem Sirenengesang der Petersburger Note vom Juli 1848 trauten, so erzürnt und kriegslustig sie auch früher den Aufruf des Zaren an die russischen Völker gegen die „Heiden" aufgenommen hatten. Dieses Julimanifest versicherte uns der russischen Neutralität gegen die westeuropäische Revolution — so lang diese nicht Rußlands Grenzen überschreite. Es meinte selbst, Deutschland habe sich niemals über Rußland zu beklagen gehabt, sondern sei ihm Dank schuldig vom Napoleonischen Kriege her, wie seit 1840. Denn als es damals schien, „daß der Krieg am Rhein ausbrechen wolle, hatten wir ihm unsere moralische (?) und militärische Macht zur Verfügung gestellt." Das Volk weiß freilich von jener russischen Bereitwilligkeit zum Schutze Deutschlands gegen Frankreich nichts, und die Beweise dafür mögen nur in den Archiven der Ministerien einiger deutschen Staaten verborgen liegen. Das Volk würde auch diese Hülfe zurückgewiesen, würde ohne sie den westlichen Angriff zurückzuschlagen im Stand gewesen sein. Aber leider überhörte man im Getöse des Jahres 1848 auch den Nachsatz der Mahnung an die ehemaligen süßen Freundschaftsversicherungen. Er lautete: während des dreiunddreißigjährigen Friedens haben wir uns unablässig angelegen sein lassen „Eintracht und Einheit in Deutschland zu empfehlen und zu erhalten*) — freilich nicht jene materielle Einheit, von welcher heute eine nivellirungs- und vergrößerungssüchtige Demokratie träumt, sondern die moralische(?) Einheit, die aufrichtige Uebereinstimmung der Ansichten und Absichten aller politischen Fragen, welche der deutsche Bund nach außen zu verhandeln hatte." In diesen Worten lag eine doppelte Kriegserklärung, einerseits gegen die demokratische Richtung Deutschlands, wie überhaupt Westeuropas, andererseits gegen jede Neugestaltung der deutschen Bundesverhältnisse. Aber Deutschland mißverstand die Kriegserklärung und glaubte den Neutralitätsversicherungen — nicht etwa aus gutem Glauben gegen Rußlands Wort, sondern weil man wiederum jene Gerüchte für begründet hielt, welche diese Neutralität als nothwendiges Ergebniß der Furcht Rußlands vor eigenen Bewegungen hinstellten. Man wendete den Blick vom Osten ab, und schenkte selbst dem Einrücken russischer Truppen in den Donaufürstenthümern nur eine verhältnißmäßig geringe Aufmerksamkeit. Man schalt als Lügen jene allerdings unbestimmten Nachrichten von Rußland's vertraulichen Hülfszusicherungen an gewisse Höfe gegen die Bedrohung des legitim dynastischen Princips. Man glaubte den Versicherungen österreichischer Generale zu Krakau, wenn sie ein Uebereinkommen mit den Kommandanten der russischen Grenzbesatzungen für gewisse Eventualitäten abläugneten. Man verwarf es als Parteilüge, da im September vorigen Jahres die czechischen Blätter zuerst davon sprachen, daß zwischen Wien und Petersburg bereits ein Abkommen getroffen sei, wornach die Russen nöthigenfalls den Oesterreichern in Ungarn zu Hülfe kommen würden. Man hohnlächelte gedankenlos, als Fürst Windischgrätz und Banus Jellacic mit russischen Orden für k. k. österreichische Tapferkeit gegen die Erhebungen des Volkes geschmückt wurden. Man erkannte darin kein Zeichen der Zeit, als im November 1848 — gerade nachdem Preußen durch Auflösung der National-Versammlung, durch Belagerungserklärungen, eine für Augenblicke zurückhaltende Stellung zur Zentralgewalt die Anerkenntniß der deutschen Revolution wieder wegzuleugnen schien — von einem Manifeste des Zaren ohne Widerlegung gesprochen wurde, worin dieser seinem nunmehr wieder „geliebten Schwager" selbst unverlangte Soldatenhülfe zusprach, falls man dessen Kronrechte antasten wolle. Diese russische Zuvorkommenheit wendete sich dagegen wieder eiligst ab, als Preußen keinen verbindlichen Dank dafür hatte, als die oktroyirte Verfassung in ihren Grundbestimmungen nicht nur dem Entwurfe des preußischen Reichstages, sondern auch den zu Frankfurt eben erst zur zweiten Abstimmung gelangenden Grundrechten möglichst breite Zugeständnisse machte, als sie sogar noch den Berathungen und Beschlüssen des nächsten Reichstages unterstellt wurde. Unterdessen suchten die russischen Einflüsse sich am Ollmützer Hofe desto besseren Eingang zu verschaffen. Die Siege in der Lombardei und die Bewältigung Wiens hatten im größern Theil des Reiches die Militärherrschaft zu nie gekannter Geltung gebracht; das standrechtliche Verfahren gegen Abgeordnete des deutschen Parlaments, die Abweisung der Frankfurter Deputationen, die ganze Haltung Oesterreichs gegenüber der Centralgewalt ließ dort eine bessere Aufnahme russischer Vorschläge und Gefälligkeiten erwarten. Zwar ist die vielbesprochene Anleihe für Oesterreich nicht zu Stande gekommen, aber dafür haben wir nicht lang auf die Verwirklichung der im September zu Petersburg versprochenen Hülfe gegen Ungarn warten dürfen. Dieser thatsächlichen Sicherheit russischer Bundesgenossenschaft folgte in Oesterreich unmittelbar die Sprengung des Reichstags, die Fahndung auf demokratische Volksvertreter, die Octroyirung einer Reichsverfassung, welche weder den Landtagen, noch dem folgenden Reichstag eine abändernde Macht zugesteht und des Verhältnisses zum deutschen Bundesstaate mit keiner Silbe gedenkt. Jene Erklärung an die deutsche Centralgewalt aber, welche nun schließlich erfolgte, verneint die Verwirklichung der ursprünglichen Grundidee der deutschen Erhebung, verneint die Vertretung des Volkes bei der obersten Macht des deutschen Bundes, desavouirt also die ganze nationale Revolution. Indem nach dem österreichischen Plane der Idee einer deutschen Einheit, sowie der Berechtigung des Volkes zu seiner Selbstregierung sogar geringere Zugeständnisse gemacht worden, als sie die ursprüngliche Organisation des Bundestags verheißen hatte, knüpft Oesterreich doch gerade an diese Bedingung seinen Eintritt in den Bund, in dessen Direktorium es den Vortritt fordert und dessen Staatenhaus es mit 38 Abgeordneten besetzen will, während den übrigen Bundesstaaten nur 32 Stellen offen gelassen werden. In jenem russischen Julimanifest hieß es: wir haben uns unablässig angelegen sein lassen, Eintracht und Einheit in Deutschland zu empfehlen und zu erhalten — „freilich nicht jene materielle Einheit, von welcher heute eine nivellirungs- und vergrößerungssüchtige Demokratie träumt". Und Rußland ist jetzt Oesterreichs erklärter Bundesgenosse.

Wir dürfen es also keineswegs als Zufälligkeit auffassen, wenn Rußland zu eben derselben Zeit eine zwar von der Diplomatie nicht eingestandene, aber doch auch nur zaghaft geläugnete Note an Preußen (nicht an die Centralgewalt) erläßt, worin gegen eine Einigung Deutschlands ohne Zustimmung der Garanten der Wiener Verträge entschiedener Einspruch eingelegt wird. Wir wissen ferner daß Oesterreich vollkommen gleichzeitig in London und Paris einen Kongreß der puissances signataires von 1815 vorgeschlagen hat, um dort beiläufig, bei Ordnung der ganzen europäischen Frage, aber „de droit", die Organisation des deutschen Bundes zu behandeln, wobei „les modifications à intervenir recevraient une sanction européenne". Das ist die zweite Kriegserklärung gegen Deutschland. Und nachdem Preußen dagegen protestirt hat, indem es erklärt: „die innern Angelegenheiten Deutschlands sind nicht geeignet, auf einem Kongreß der Mächte verhandelt zu werden" — empfängt man neue Nachricht von einer drohenden Note Rußlands an Preußen, worin es die Wiederaufnahme des Krieges gegen Dänemark nicht nur als Casus belli erklärt, sondern auch sogleich einen Einbruch der russischen Südarmee in Preußen, eine Besetzung der Insel Alsen, eine Geldunterstützung an Dänemark und eine Blokade der preußischen Ostseehäfen durch die russische Flotte in Aus-

*) Die europäische Pentarchie, die propagandistischen Emissäre, Rußlands Verhalten in der Krakauer Frage sind vielleicht die beweisenden Thatsachen?

sicht stellt. Wer aber erregte von Neuem den dänischen Krieg? Dänemark selber mit seiner Kriegserklärung. Wer verletzte die Bedingungen des Malmöer Waffenstillstandes? Dänemark, wie zu Deutschlands Schmach ja männiglich bekannt. Worauf stützt sich Dänemark? Einzig und allein auf Rußland, da ja England nicht minder, als Schweden neuerdings jeden Gedanken der Einmischung aufgegeben haben. Und worauf weiter? Auf Oesterreichs intriguirende Bestrebungen gegen die deutsche Einheit. Denn Oesterreich mit Rußland im Bunde hat bereits zu derselben Zeit, als Dänemark mit freundlichen Hoffnungen Preußen einwiegte, als Dänemark seine Rüstungen nur als formell hinstellte, die Sendung des Grafen Reventlow zu Stand gebracht. Durch ihn wurde es klar in Berlin, wie Oesterreich sich an den Herzogthümern, eben vermöge Dänemarks, einen Bundesgenossen in der deutschen Frage zu gewinnen denke. Man ersah wie Oesterreichs Festhalten an einer direkten Verbindung mit Dänemark einzig und allein den Zweck gehabt hatte, in London gegen Preußen zu operiren und die Präponderanz Preußens in den Herzogthümern zu untergraben. Auch hier ging also Oesterreichs Spekulation dahin, sich im bevorstehenden neuen Zwiespalt an die „legitime" Regierung zu Kopenhagen anzuschließen, dadurch Rußlands Interessen zu dienen, den König von Dänemark wieder auf seinen Herzogthron zu setzen, mit Rußlands Hülfe aufrecht zu erhalten und solchergestalt seine Stimme im künftigen deutschen Bundesstaat zu gewinnen. Also auch hier wieder eine österreichisch-russische That gegen das neue Deutschland.

Und was nun weiter? Daß ein Frieden mit Dänemark zu Stande komme, dessen Annahme Deutschlands Ehre erlaubte, ist nach den Sachlagen auch jetzt kaum möglich, obgleich der Waffenstillstand auf kurze Zeit verlängert worden ist. Auch bleiben die russischen Streitmassen längs der preußischen Ostgrenze gereiht. Allabendlich glänzen ihre Lagerfeuer herüber nach Deutschland, klingen ihre Beiwachtlieder herüber über die Grenze, deren Ueberschreiter von russischen Kugeln begrüßt wird. Trotzdem, daß Rußland die deutsche Centralmacht bei seinen drohenden Noten gänzlich desavouirte, kann und muß dieser Krieg naturnothwendig ein nationaler sein, kein preußisch-russischer, sondern ein deutsch-russischer. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß der Kampf, besonders im Beginne, für Deutschland leichenreich und schwer sein wird. So haben wir denn zu erwarten, daß bereits in das erwachende Frühlingsleben die Donner der Geschütze dröhnen. Deutschland steht diesem russischen Andrang zu Lande materiell gleich kräftig, moralisch weit überlegen gegenüber. Ja, selbst die materielle Macht der russischen Armee war noch im verflossenen Sommer für Deutschland bedenklicher als heute. Denn in dem wortbrüchigen Bestreben in allen Nachbarlanden einzuschreiten gegen die Erhebung und die Forderungen des Volkes, ist Rußland zu einer Vertheilung seiner bewaffneten Macht gezwungen worden, welche es nunmehr nicht wieder aufzugeben vermag, ohne sich den größten Einbußen an errungenen Vortheilen seiner bisher befolgten Politik auszusetzen. Soweit die russischen Regimenter auf südslavischem Boden stehen, treten sie auf einen ausbruchreifen Vulkan. Sowie sie die nächste Nähe Südungarns verlassen, ersteht dort dem abhängigen Bundesgenossen Oesterreich ein unaufhaltbarer Feind. Dieser Bundesgenosse selber, bereits moralisch an der offnen Parteinahme gegen Deutschland gehindert, kann den Russen auch nicht dann eine Unterstützung bieten, wenn er die Schaam überwände und als offner Feind Deutschlands aufträte. In Italien hat der Krieg wieder begonnen, der ungarische Aufstand ist noch keineswegs gebändigt und aus dem gebändigten ungarischen Aufstande erwächst augenblicklich ein slavischer Krieg gegen Oesterreich, ein Völkerbundeskrieg um die durch die oktroyirte Verfassung beleidigten Nationalrechte.

So dürfen wir denn mit Ruhe dem russischen Angriff entgegensehen — gerade wenn wir ein Kleindeutschland sind. Daß wir mit Oesterreichs Aufnahme in das neue Deutschland den Keim nicht nur der Vernichtung aller Errungenschaften, sondern die Vernichtung selbst in unser Leben trügen — wer zweifelt noch daran, nachdem wir Oesterreichs Verhalten gegen Deutschland seit einem Jahre überblickt haben? So ist denn noch heute derselbe Stand der Dinge, wie vor der Abstimmung über die Verfassungsfrage: ein lebensunfähiges, von seinen eigenen Gliedern Rußland anheimgegebenes Großdeutschland, oder ein Kleindeutschland, das sich wehren und schlagen muß zu Wasser und zu Land, aber mit gutem Gewissen, tüchtiger Kraft und ehrlicher Einigkeit. Oder habt Ihr trotzdem den Muth, die Ihr Euch die echten Patrioten nennt, noch immer jenes unselbstständige Großdeutschland festzuhalten, für welches zu London, von den Gesandten der **puissances signataires** von 1815 die Zukunft gemacht wird, indem man „**les modifications à intervenir**" von der europäischen Pentarchie sanktioniren läßt und Deutschland, das erwachte Deutschland, von Neuem behandelt wie jenes unglückselig todte und zerrissene des Bundesregimentes?

Deutschland und Dänemark.

Kiel, 24. März. Gestern zeigten sich drei dänische Kriegsschiffe am Eingang unsers Hafens; in der Nacht hat der Seewind einen dänischen Holzschuh an das Ufer des Hafenforts angetrieben, worin geschrieben stand: dies ist die deutsche Flotte. Es ist wahr, daß die Dänen sich verdient machen um die politische Erziehung der Deutschen durch die Aufstachelung des schlummernden Nationalgefühls. Wir haben den Spott der Dänen verdient. Als vor wenig Jahren der Kronprinz von Dänemark, jetzt Friedrich VII., eine mecklenburg-strelitz'sche Prinzessin heirathen sollte, ward von Kopenhagen aus offiziell nach Strelitz geschrieben um die Melodie des strelitzschen Nationalliedes; man habe die Absicht, die Prinzessin bei ihrer Ankunft in Kopenhagen auch durch Aufführung des strelitzschen Nationalliedes zu ehren. Noch heute existiren zehnerlei Flaggen für deutsche Schiffe. Natürlich, daß jede Flagge kaum ein Zehntel so viel respektirt wird, als wenn ein und dieselbe Flagge auf allen deutschen Schiffen wehte. Aber wahrlich, es ist nicht der Spott der Dänen, worüber wir uns beklagen. Auch nicht über die ernstliche Gefahr, die uns droht. Das Linienschiff Christian VIII. ist in Kopenhagen mit Wurfgeschütz versehen, welches viel weiter trägt, als alles Geschütz, womit der Eingang unsers Hafens gedeckt werden soll. Die Stadt Kiel selbst ist eine offene Stadt und hat die Ehre, von den Dänen vorzüglich gehaßt zu werden. Von hier aus ging vor einem Jahre der kühne Zug nach Rendsburg. Hier erwachte im J. 1830 und schon früher das Bewußtsein unsres Rechts, von hier aus ward der edle Zorn gegen die Unterdrücker unsrer Rechte im Lande entzündet, so daß jetzt 20- bis 30,000 Bewaffnete im Felde stehn gegen unsere Erbfeinde. Die tapfern Preußen ziehen uns zu Hülfe. Nun so werden wir das Schicksal Preußens, Deutschlands theilen, mag der nordische Koloß sich in unsern Kampf mischen oder nicht. Aber das Schmerzlichste, worüber wir zu klagen haben, das ist etwas viel Schlimmeres als die Kriegsgefahr die uns droht. Die Dänen allein wären nicht im Stande gewesen ihr ungerechtes Unternehmen gegen die Herzogthümer so zu beschönigen und den Schein des Unrechts auf uns zu werfen, so daß die Höfe und das Publikum in London, in Berlin, in Petersburg halb oder ganz in die Verdammung der eben so loyalen als patriotischen Schleswig-Holsteiner einstimmen, oder eingestimmt haben, ohne die Hülfe von schleswig-holsteinischen, von *deutschen Renegaten*. Bei der dänischen Legation in London und Petersburg, bei dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten in Kopenhagen sind Holsteiner, sind Deutsche im Grunde die Hauptpersonen, die gefährlichsten. Kopenhagen ist für gar viele Holsteiner ein Stall der Circe gewesen, ist im Kleinen, was einst Versailles war. Der Tribut des Sundzolls, der Tribut Jütlands, Schleswigs und Holsteins ward dort verjubelt in stetem halbvenetianischen Karneval. Es gehört Charakterstärke, es gehört ächte Vaterlandsliebe dazu, um sich dort nicht verführen zu lassen. Nun, *gebt dem Deutschen ein Vaterland*, wie es der Preuße jetzt, Gott und dem Könige sei Dank, wirklich hat, und der Deutsche wird sein Vaterland lieben. Aber bis jetzt sieht man noch immer Verrätherei an Deutschland ohne alle Gewissensbisse. Mehrere deutsche Häfen wetteifern, während des Krieges mit Dänemark, den Dänen die Postverbindung Kopenhagens mit der deutschen Küste bequem zu machen. Die österreichische Regierung hat fortwährend einen Gesandten in Kopenhagen. Herr von Kudriaffky (Oesterreicher), Bevollmächtigter des deutschen Reichsministeriums, der die deutschen Häfen besuchen sollte, ist nicht in Kiel gewesen, wo nach Verhältniß der Kräfte am meisten geschehen ist für die deutsche Flotte. Schließt Euch an Preußen an, Ihr deutschen Fürsten, damit bald, bald eine deutsche Flagge wehe von allen deutschen Schiffen, ein deutsches Banner vor allen deutschen Kriegern! Wo nicht, so kann der Strom der Demagogie Euch erfassen, wie im Februar vorigen Jahres der Königsthron aus den Tuilerien weggeschwemmt ward.

Eine Gegenfluth von Kosaken würde die Zerstörungsfluth nur noch ärger machen. Ehrlicher, schneller Anschluß an Preußen, das ist der einzige Anker, der retten kann. Der Haß gegen Preußen ist jetzt Wahnsinn. Man denke sich die preußische Armee weg, so ist Deutschland das Schachbrett für Russen und Franzosen.

(D. R.)

Deutschland.

÷ **Stuttgart**, 27. März. Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gemeindegesetzes sind freilich schon gestern erledigt worden, aber dennoch entbehren auch die Verhandlungen der heutigen Kammersitzung des Interesses nicht. Ich werde das Wesentliche daraus für Sie zusammenstellen. Die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten besorgt ein aus der Mitte der Gemeindegenossen gewählter Gemeinderath, der in der kleinsten Gemeinde, mit Ausschluß der Vorstände, aus 5, in den größten aus 24 Mitgliedern besteht. Das einzige Neue darin ist, daß das Minimum der Zahl der Gemeinderäthe von sechs auf fünf herabgesetzt ist, und daß die seither in Stadt und Dorf verschiedene Titulatur der Gemeindevertreter wegfällt, was freilich manchem „Herrn Stadtrath" und mehr noch mancher „Frau Stadträthin" sehr empfindlich sein wird. Die Mitglieder des Gemeinderaths werden auf 6 Jahre gewählt und je nach 2 Jahren scheidet ein Drittheil von ihnen aus, ist aber sogleich wieder wählbar. Bisher fand eine zweijährige Probezeit statt, dann aber, nach wiederholter Wahl, war das Amt auf Lebenszeit übertragen. Ausgeschlossen von dem Eintritt in den Gemeinderath sind diejenigen, welche mit dem Vorstande oder einem andern Mitgliede desselben im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind. Alle diese neuen Bestimmungen wurden ohne irgend erhebliche Debatten angenommen; ein förmlicher Sturm aber erhob sich, als von verschiedenen Seiten für die Wahlen der Gemeinderäthe, welche der Gesetzentwurf unbestimmt auf den Monat Dezember jedes Jahres ansetzt, die Ansetzung eines bestimmten Tages im Monat in Antrag genommen wurde, und der Abg. Schnitzer sogar den dritten Christfeiertag dazu in Vorschlag brachte. Prälat Moser verwahrte sich „im Namen aller kirchlich Gesinnten" feierlichst gegen einen Wahltermin, den er als einen „Todschlag" des betreffenden Feiertags bezeichnen müsse; der Abgeordnete Schnitzer replizirte sofort, daß, wenn denn einmal von Todschlag die Rede sein solle, er gerade in der Aeußerung des Herrn Prälaten einen Todschlag, den Todschlag des Zeitbewußtseins, erblicke, und dieser geistreiche Wortwechsel wurde zur großen Ergötzlichkeit der Galerien noch lange Zeit fortgeführt, bis endlich die ermüdete Kammer ihm durch ihre Abstimmung ein Ende machte, und es den einzelnen Gemeinden überließ, nach Willkür, einen Feiertag des Prälaten Moser, oder das Zeitbewußtsein des vorgeschrittenen Herrn Schnitzer, todtzuschlagen. Aus dem Wahlmodus ist nur noch hervorzuheben, daß die Wahl in geheimer Abstimmung erfolgt. Eine längere Debatte veranlaßte schließlich die Bestimmung des Gesetzentwurfs, daß jeder wahlberechtigte Einwohner, sofern er nicht durch genügende Entschuldigungsgründe verhindert wird, auch verpflichtet ist, sein Wahlrecht auszuüben; eine Bestimmung, welche durch die Erscheinung hervorgerufen worden, daß sich seither durchgängig eine sehr geringe Theilnahme der Wahlberechtigten an den Gemeindewahlen gezeigt hat. Die Kommission hatte diese Bestimmung, insofern dieselbe bloß an das politische Gefühl der Gemeindegenossen appellire, noch nicht für ausreichend gehalten und ein stärkeres Mittel, die Erfüllung einer gesetzlichen Obliegenheit zu veranlassen, durch die Einschaltung der Worte: „Bei Vermeidung der Strafen des Ungehorsams" in Vorschlag bringen zu müssen geglaubt. Die Kammer trat indeß den Motiven des Gesetzentwurfs und der Kommission nicht bei, sondern erklärte sich für die Ansicht, daß man die Bürger nicht durch Strafen aufs Rathhaus treiben dürfe; um aber auf alle Fälle eine Wahl zu Stande zu bringen, setzte sie fest, daß, wenn an dem Wahltage nicht mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten ihre Stimme abgebe, nach Ablauf eines zweiten Termins, ohne Rücksicht auf die Zahl der Wähler, derjenige als gewählt zu betrachten sei, welcher die meisten der abgegebenen Stimmen erhalten. Es ist damit gewiß das Richtige getroffen: welche Gründe auch die Selbstregierung der Gemeinden im möglichst größten Umfange empfehlen, man muß anerkennen, daß sich diese Selbstregierung nicht oktroyiren und nicht erzwingen läßt, daß sie vielmehr in dem Bedürfniß der Gemeinden selbst wurzeln muß und eingelernt und eingeübt sein will.

Frankreich.

⊙ **Straßburg**, 23. März. Das Wahlgesetz ist von der Nationalversammlung nach einer dritten Diskussion angenommen und nun promulgirt worden. Es enthält zwei für den gesellschaftlichen Zustand Frankreichs höchst wichtige und folgenreiche Grundsätze: das allgemeine Stimmrecht in weitester Ausdehnung, und die Ausschließung aller Beamten. (Die wenigen Ausnahmen bedeuten nichts.) Ich halte mich nicht bei dem ersten auf; seine Folgen sind oft besprochen, leicht zu berechnen und mögen von Jedem überschaut werden. Frankreich tritt damit in die vollkommenste Demokratie. Bei dem so getheilten Besitz, bei der Abwesenheit sogenannter kolossaler Reichthümer in den Händen Einzelner, ist dabei für das Eigenthum, selbst für die gleiche Besteuerung nichts zu befürchten. Aber ob die Masse der Wähler auch in den nächsten Zeiten schon die nöthige Intelligenz beweisen und solche Wahlen treffen wird, wie sie ihr eigener Vortheil erfordert, dieß mag dahin gestellt sein. Hat die Konstitution Dauer, so wird wohl die Erfahrung auch Zeit finden, den Wählern die nöthige Ausbildung zu geben.

Wichtiger aber ist der zweite Grundsatz, welchen das Wahlgesetz vollständig und konsequent durchgeführt hat. Sollte er bleibende Dauer gewinnen, und eine Reihe von Jahren durchgeführt werden, so würde die Revolution in Frankreich dadurch mehr als durch irgend eine andere Verfügung eine soziale werden, und diese ist eine Seite, welche wenige zu bemerken scheinen, welche vielleicht die Versammlung in der Diskussion selbst übersehen hat. Daß eine Reaktion gegen den Beamtenstand, überhaupt gegen alle, welche mehr oder weniger mit dem Budget zusammenhängen, eintreten mußte, wird Niemand auffallend finden, der die Geschichte der Volksrepräsentation in Frankreich kennt. Ludwig Philipp hat ein Bestechungssystem eingeführt, das nur in England, in den ersten Zeiten des hannoverschen Königshauses seines Gleichen hat. Und weil er weder mit Titeln, noch mit Domänen den Zweck erreichen konnte, so hat er dafür Stellen geschaffen, Besoldungen votiren lassen und erhöht, oder anderweitige Erwerbsquellen seinen Getreuen eröffnet. Wie eine Lawine, indem sie fortrollt, sich immer neue Ansätze erwirbt, so wuchsen auch in jeder Sitzung der Kammern die Zahl der Stellen, die Besoldungen, mit welchen das Budget belastet wurde. Unersättlich schienen in der That diese Vertreter des Volkes und die ihnen Angehörigen! Jede neue Generation brachte neue Forderungen und bahnte der folgenden den Weg. So schwollen die Ausgaben der einzelnen Finanzdepartemente bis ins Unerschwingliche, und damit keiner leer ausginge, blieb noch der Antheil der Kapitalisten an den Staatsrenten ungeschmälert, weder durch Minderung der Staatsschuld, noch durch Herabsetzung des Zinsfußes. Dafür auch wurde jede neue Kammer geschmeidiger, denn mit dem wachsenden Wohlstande der Industriellen, wollte der sogenannte Staatsmann gleichfalls vorwärtskommen und steckte unverschämt beide Hände in die Staatstaschen. Die Nation bezahlte wirklich sehr theuer die Feilheit ihrer Repräsentanten.

Diese Erfahrung hat die Nationalversammlung geleitet, indem sie die Unverträglichkeiten (incompatibilités) diskutirte: sie ist die Ursache der Ausschließung Aller, welche ein Interesse haben könnten, das Budget auf der gegenwärtigen Höhe zu erhalten. Vergebens hat man sich auf die Fähigkeiten berufen, welche mit ausgeschlossen würden, ihre Berücksichtigung unterlag in dem Kampfe um Erleichterung der Staatslasten. Die Abwesenheit aller Derjenigen, welche in den administrativen Fragen vielleicht am geeignetsten wären, eine Stimme abzugeben, ist nicht die Hauptfolge. Die hauptsächlichste wird die soziale Erniedrigung aller Klassen sein, welche von dem Staate besoldet werden. Diese sogenannten Staatsdiener werden jetzt im strengen Sinne Diener des Volkes, denen man nichts Anderes einräumen will, als die Pflicht, die ihnen anvertrauten Obliegenheiten zu erfüllen und dafür die angewiesene Besoldung, den Lohn, zu beziehen. Die Ausschließung, mehr aber noch die Verdächtigung aller dieser Männer, muß erniedrigend für die Getroffenen wirken. Bisher hat der Staat den Staatsdiener ehrend, sich selbst eine moralische Stütze in der Nation zu schaffen: bisher hat der Staatsdiener sich durch diese ehrenvolle Stellung gehoben gefühlt, gewissermaßen als Mitregierender sich gedacht: jetzt ist ihm die Ehre genommen; er ist nicht mehr, nicht weniger als besoldeter Diener!

So werden ihn künftig seine Mitbürger betrachten, die ohne ihn gefragen, über sein Wohl und Wehe entscheiden. Welche

Achtung werden sie dem Präfekten, den Oberdirektoren der verschiedenen Administrationen zollen, sie die nun allein ihre Dienste und ihren Lohn abwiegen! Die aus jeder Sitzung heimkehren und ihnen sagen können: wir waren wieder gnädig gegen euch! Fortan wird der Ehrgeiz wenigstens sich von den Laufbahnen weniger angezogen fühlen, welche eine solche Herabsetzung beflecken: der Staat wird seine höheren Beamten nicht mehr in der Aristokratie wählen können. Dazu kömmt die Ersparungssucht, welche auch die Besoldungen der höhern Beamten herabsetzen und ihnen die Mittel nehmen wird, noch ferner durch Luxus eine Rolle zu spielen. Wir sind hierdurch mit einem einzigen Schritte in die Demokratie der nordamerikanischen Freistaaten eingetreten und haben eine Revolution vor uns, die unbedingt tiefer greift als die, welche in dem Hornung Statt gefunden hat. Frankreich hat in Zukunft keine andere Aristokratie mehr als die, welche Vermögen gibt.

Aber auch für die Regierung ist dieser Schritt entscheidend; er wird ihr alle die Stützen nehmen, welche sie bis jetzt sich geschaffen hat: sie steht allein und der wirkliche Souverän ist die legislative Versammlung, deren unabhängige Wahl, wenigstens von Seite der Regierung, künftig gesichert ist. So wie aber der gegenwärtige Zustand des Landes ist, werden sich schwerlich dieselben Parteien bilden, welche in der Union um die Gewalt streiten: denn Frankreich hat keine Handelsaristokratie, keinen so ausgedehnten Grundbesitz, wie wie ihn in jenen Staaten sehen, der sich der Masse der kleineren Besitzer entgegenstellen könnte. Jene 6 Millionen, welche für Louis Napoleon gestimmt haben, werden sich immer wieder finden und die entscheidende Majorität bilden. Auch hören wie schon überall auf dem Lande die Bauern einstimmig rufen, „kein Herrnleute mehr"; und darunter verstehen sie Advokaten, Kaufleute, Beamte. Wen sie aber wählen werden, darüber weiß Niemand Auskunft zu geben. Allerdings werden Listen gebildet, aber wer wird Einfluß besitzen, um sie zu empfehlen? Vorerst wohl noch die Kirche, aber ich rathe dieser vorsichtig zu sein, denn auch ihr steht eine Veränderung bevor und jede Unvorsichtigkeit könnte die Maßregeln beschleunigen, welche über kurz oder lang nothwendig werden. Die Kirche allein darf nicht als ungetheilte Gewalt stehen bleiben, da wo alles in die Demokratie sich auflöst: sie würde gefährlicher werden, als unter dem Schutze der Monarchie. Aenderungen aber in ihrer Verfassung sind jetzt möglicher als je; weil der Papst in Alles einwilligen wird. Die Zeiten, wo der Thron mit dem Papstthum sich in die Rechte der kirchlichen Gemeinden theilten, sind vorüber und Frankreich fühlt, daß es katholisch bleiben kann, auch wenn die Pfarrer von den Gemeinden gewählt werden, oder die Bischöfe von den Repräsentanten der Diözesen. Daß die Regierung selbst eine solche Umwälzung herbeiführen wird, läßt sich voraussehen: die Leitung der Republik kann auch eine geheime Opposition des Klerus, wie sie unter Ludwig Philipp stattgefunden, nicht dulden. Auch denkt man schon ernstlich in Paris an eine Umbildung, welche den Pfarrer dem Despotismus und der Willkür der Bischöfe entziehen soll, und zählt dabei auf die Einwilligung des Papstes.

Auch von einer andern Seite würden in Frankreich die nordamerikanischen Grundsätze jetzt mehr und mehr Eingang finden, in der Stellung des Heeres nämlich. Wir werden dies bei der Berathung dieses Theiles des Budgets sehen, und wenn auch noch vorerst vielleicht weniger durchgreifende Reduktionen durchgesetzt werden, so stehen sie doch in naher Aussicht. Damit hängen schon einzelne Maßregeln zusammen: die jüngste Rekrutenklasse ist noch nicht einberufen, während die älteren heimgeschickt sind; bedeutende Pferdeverkäufe werden vorgenommen, und zwar mit dem Zwecke, die Pferde der Reiterei und die Bespannung der Artillerie zu vermindern. Dagegen sind die Anstalten getroffen, die mobile Nationalgarde zu organisiren, und es wird hieran mit großer Thätigkeit in den Departementen und Gemeinden gearbeitet. Ist aber diese Organisation fertig, so wird selbst gegen den innern Feind der hohe Stand des aktiven Heeres nicht mehr so nothwendig. Mit Erstaunen wird es erst die Zukunft völlig begreifen, welche Umwandlung in Frankreich vorgegangen, wenn sie vernimmt, wie so häufig, herausgefordert, diese junge Republik sich weislich in keine Händel des Auslandes gemischt hat; selbst da nicht, wo die benachbarten Staaten ihre Einwilligung gegeben hätten, wie bei der Wiederherstellung des Papstes. Nur wenn Oesterreich einschreiten würde, könnte vielleicht die versammelte und ausgerüstete Division in Marseille und Toulon die Schiffe besteigen. Wie weit ist man von dem einst als Axiom ausgesprochenen Grundsatze entfernt: Frankreichs Interesse gebiete es, daß es sich von republikanischen Staaten umgebe!

Freilich hat ein englischer Staatsmann gesagt, man könne nie mit Gewißheit sagen, was in Frankreich geschehen werde, und auch jetzt umschleichen uns Leute, welche eine besondere Mission zu haben scheinen. Man sagt, der Präsident habe allerlei Hintergedanken und sei nichts weniger als einverstanden mit dem Ministerium und den Maßregeln, welche es ihm aufzwingt. Wir wissen, daß sich um ihn eine napoleonistische Kamarilla befindet, die keine Republik will, sondern ein Kaiserthum; wir sehen, daß jene Agenten sich vorsetzen, die Wahlen so zu leiten, daß sie in dem Sinne des napoleonistischen Enthusiasmus ausfallen, welcher sechs Millionen Stimmen vereinigt hat. Aber wird dies gelingen? Werden die Hunderte, welche in Paris jeden Ausgang des Präsidenten erwarten und mit dem vive Napoleon! denselben empfangen und begleiten, werden sie Echo finden, wenn sie diesem Rufe das vive l'Empereur! unterschieben?

Schweiz.

⊙ **Zürich**, 24. März. Die saubern Nachrichten von Frankfurt sind, wie billig, an einem dunkeln Tage und unter Schneegestöber hier eingetroffen und wurden von den hier ansässigen deutschen Patrioten mit Erbitterung aufgenommen, in welche sich ein gewisses anderes Gefühl von kalter Art mischt für die mitstimmenden Oesterreicher. Was diese anlangt, so wird man bei Ihnen einsehn, daß dasjenige, was bereits hätte geschehen sollen, besser spät gethan wird, als gar nicht. Oder wird man künftig auch Elsässer in die Paulskirche aufnehmen? Soll die deutsche Schweiz fortan ebenfalls in Frankfurt vertreten sein und nicht bloß gleichsam durch Hr. Fröbel, der sein zürcherisches Bürgerrecht nicht aufgegeben hat? Dasjenige Recht, die deutsche Reichsversammlung zu beschicken, welches den Oesterreichern seit dem 1. März 1849 zusteht, besitzen die Schweizer schon seit dem Jahre 1499, oder seit dem westphälischen Frieden. Nun, Hr. v. Gagern will ja mittlerweile, bis das neue Ministerium gebildet sein wird, die Geschäfte noch fortführen! Da bleibt er hoffentlich noch lang im Amte und kommt immer fester in den Sattel; aber sein erstes laufendes Geschäft möge sein, 110 Pässe zu unterzeichnen. In diesem Augenblicke fürchtete ich, statt: das neue „Ministerium" vielmehr „Monstrum" geschrieben zu haben und war geneigt, die Variante stehn zu lassen. Indessen hat sich vielleicht, eh' diese Zeilen in Ihre Hände kommen, eine „Spottgeburt" bereits konstituirt; und dann steht es Ihnen noch immer frei, die Lesart zu ändern.

Türkei.

Zara, 13. März. Die vor einigen Tagen aus Duono nach Mostar zurückgekehrten glaubwürdigen Personen versichern, daß am 28. Februar ein Tartar mit dringenden Depeschen an den Vesir des Paschaliks von Travnik angekommen war, deren Inhalt noch nicht bekannt war. Nach Erhaltung dieser Depeschen wurden zur Koncentrirung der Truppen in den Umgegenden von Mostar die schleunigsten Befehle in das ganze Paschalik erlassen. Es sind bereits viele Abtheilungen Kavallerie und Infanterie, die alle Muselmänner sind, abmarschirt; sie wurden durch die an den Vesir aus Triest abgesandten 15 Kisten mit Waffen versehen. Die Konskription (auch unter der christlichen Bevölkerung) wird, wie es heißt, Anfangs April stattfinden. Alle männlichen Individuen von 16 bis 40 Jahren, die zu den Waffen tauglich sind, werden derselben unterworfen sein, doch so, daß ein männliches Mitglied jeder Familie, das zur Verwaltung des Hauswesens nöthig ist, davon befreit sein wird, aber unter der Verpflichtung, drei Thaler zu den Bedürfnissen der Armee beizusteuern. Auch heißt es, der Vesir habe alle Pfarrer zu sich berufen lassen, um sie zu ermahnen ihrem Souverän getreu zu bleiben, und einige Geschenke unter sie vertheilt. Während einige in diesen Zurüstungen eine (doch sehr ungegründete) Gefahr für Dalmatien erblicken wollen, glauben Andere, dieses geschehe aus Furcht vor inneren Unruhen, Andere aus Angst vor der Tapferkeit Sr. Exzellenz des Banus Jellacic und seinen angeblichen Gelüsten, Bosnien und die Herzegowina zu erobern, wiederum Andere aus Furcht vor den Russen, die bereits ein großes Armeekorps an die Grenzen abgesandt haben, und endlich Andere aus Furcht vor einem eventuellen Einfall, als Folge des Krieges in Ungarn.

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgasse; Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Nach auswärts ist die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürstl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 90. Frankfurt a. M., Samstag 31. März. **1849.**

Die Deutsche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernst Moritz Arndt, Häusser, Wilhelm Beseler, Droysen, Paul Pfizer u. s. w., redigirt von Heinrich Kruse, erscheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erste Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in übersichtlicher Darstellung. Die zweite Beilage ist vorzugsweise der Besprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachsen 2½ Thaler. Bestellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichst frühzeitig erbeten.

Uebersicht.

30. März.

Mit dem Welcker'schen Antrage ist mehr verloren gegangen, als Zeit und plötzliche Wirkung. Die Reichsverfassung, wie sie vom Verfassungs-Ausschusse am 21. d. zur Annahme in Bausch und Bogen vorgeschlagen war, ist später, als nach dem Eisenstuck'schen Antrage über dieselbe im Einzelnen abgestimmt wurde, in mehren Punkten abgeändert. Die Feinde der deutschen Einheit schmeicheln sich sogar, daß diese Aenderungen beträchtlich genug sein möchten, um den König von Preußen zu veranlassen, die Regierung des Reiches mit einer solchen Verfassung zurückzuweisen. Erwägen wir daher, ob diese Punkte so wesentlich sind, daß dadurch eine solche Zurückweisung gerechtfertigt werden könnte.

Zuvörderst müssen wir im Allgemeinen die Behauptung in Abrede stellen, als ob die Versammlung bei dieser Gelegenheit alle Verständigung mit den Regierungen abgelehnt habe. Preußen selbst hat dem alten Streite über die Vereinbarung die Spitze abzubrechen gewünscht, und die Erklärungen der einzelnen Regierungen herbeigeführt, welche vom Verfassungsausschusse bei der Redaktion der Verfassung für die zweite Lesung möglichst berücksichtigt sind. Es sind auf diese Weise Bestimmungen in die Verfassung gekommen, welche dem schon im Staatenhause vertretenen Partikularismus einen sehr weiten Spielraum lassen. Das Recht z. B. Reichssteuern auszuschreiben, ist auf außergewöhnliche Fälle beschränkt. Denn die Regierungen meinten, ein solches Recht würde nicht einen Bundesstaat voraussetzen, sondern einen Einheitsstaat. Niemand wird indeß die Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Einheitsstaat nennen. Im Gegentheil, dort erfreuen sich die einzelnen Staaten einer so großen Selbstständigkeit, wie unbeschadet des Bundesstaates eingeräumt werden kann. Nichts desto weniger halten sie fest an dem Rechte der Bundesregierung, Steuern aufzulegen. Ein Staat, der keine Steuern auflegen kann, ist gar kein selbstständiger, kommt gar nicht recht zum Bewußtsein des Volkes. Und dem Wunsche der deutschen Regierungen hat der Verfassungsausschuß und die Versammlung sich gefügt. Das Reich wird auf Matrikularbeiträge angewiesen, d. h. lebt von der Gnade der einzelnen Staaten. Wir führen das nur beispielshalber an, um zu zeigen, daß die Wünsche der Regierungen Berücksichtigung gefunden haben, soweit dies zuletzt noch möglich war, obgleich es stets zu beklagen bleibt, daß die Versammlung nicht selbst längst die Hand bot, ein Organ für die Regierungen zu schaffen. Die Fürsten sind keine Heloten, sagte Stüve; sie müssen gehört werden. Sie sind gehört. Ihre oft widersprechenden Wünsche sind vom Verfassungsausschusse berücksichtigt worden. Freilich ist sein Werk in der viertägigen Abstimmung nicht unverstümmelt geblieben, der Reichsrath ist ganz weggefallen. Das wird den kleineren deutschen Staaten wenig angenehm sein. Allein der Wegfall ändert bloß die Form, nicht die Sache. Dem Reichsrath stand kein anderes Recht zu, als das der Begutachtung. Den einzelnen Staaten bleibt dafür das Recht, Bevollmächtigte bei der Reichsgewalt zu halten, welche ihren Einfluß schon geltend machen werden. Eine wirkliche Macht findet immer ihre Stelle.

Eine zweite Aenderung in der Verfassung und diejenige, welche an gewissen Stellen am meisten Anstoß erregen wird: ist das jetzt beschlossene allgemeine Stimmrecht mit geheimer Abstimmung. Was die geheime Abstimmung betrifft, so gestehen wir offen, daß uns die Vorzüge der öffentlichen sehr zweifelhaft erscheinen. Wir haben in England zu viel Mißbräuche, welche mit derselben verbunden sind, mit eigenen Augen und Ohren wahrgenommen, um nicht zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß sie das Volk nur auf eine andere Art entsittlicht wie die geheime Abstimmung. Das Volk wird zum Wahlort getrieben, wie Schaafe zur Schlachtbank und das Gefühl der Selbstständigkeit wird in ganzen Klassen vernichtet. Von allen Forderungen der Chartisten wird die nach geheimer Abstimmung im aristokratischen England für die billigste gehalten und selbst im Unterhause hat sie einmal eine freilich kleine und zufällige Mehrheit erhalten. Uebrigens kann dieser Punkt den Widersachern der Einheit keine Hoffnung gewähren. Der König von Preußen kann daraus keinen Grund hernehmen, um die Reichsoberhauptwürde abzulehnen. Denn dieselbe Weise des Wahlrechtes hat er selbst in seinen Staaten eingeführt. Sie ist preußisches Landesgesetz.

Alle Hoffnung bauen sie dagegen auf die §§. 108 und 201. Durch diese ist nicht bloß für die gewöhnliche Gesetzgebung, sondern auch für Aenderungen in der Verfassung das aufschiebende Veto angenommen. Das scheint mit der Monarchie unverträglich. Deßhalb haben Mitglieder der äußersten Rechten, Oesterreicher, Baiern und Hannoveraner sich bewogen gefunden, alle ihre Grundsätze zu verläugnen und für jene Paragraphen zu stimmen. Sie hofften arglistig die kaiserliche Würde dadurch so weit zu schwächen, daß der König von Preußen sie nicht annehmen

würde. Aber hoffentlich wird ihre Arglist zu Schanden werden. Auch wir beklagen die Annahme jener Paragraphen; doch gehen wir nicht so weit, zu befürchten, daß Fälle wirklich eintreten könnten, wo der Kaiser in Folge jener Paragraphen zu Annahme eines Beschlusses gedrängt werden könnte, welchem er ohnehin seine Genehmigung versagt haben würde. Denn wie lautet der §. 108? „Ist vom Reichstage in derselben Sache in drei unmittelbar sich folgenden ordentlichen Sitzungsperioden (also in der Regel nach drei Jahren) derselbe Beschluß unverändert gefaßt worden, so wird er, auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt, mit dem Schlusse des dritten Reichstages Gesetz." Eine Quaterne in der Lotterie ist eine große Wahrscheinlichkeit gegen einen solchen Fall. Vollends um einen Beschluß zu fassen, durch welchen die Verfassung geändert wird, treten sogar noch folgende Bedingungen hinzu: „Es bedarf in beiden Häusern 1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder; 2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß; 3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen." Aber dennoch beklagen wir die Annahme jener Paragraphen, das entscheidende Veto raubt der Monarchie ohne Nutzen eine moralische Weihe. Sie hebt, wenn auch nur scheinbar, das Gleichgewicht der Gewalten auf. Indeß ist doch wohl zu beachten, daß das Oberhaupt eines Bundes etwas Anderes ist, als das Oberhaupt eines Staates. Wovor die deutschen Fürsten am meisten besorgt sind, ist ja dies, daß der Bundesstaat in einen Einheitsstaat umschlage, daß die Rechte des Oberhauptes zu weit ausgedehnt werden möchten. Nun ist das Veto ein Recht, welches das Reichsoberhaupt auch dem Staatenhause gegenüber ausübt, und das Staatenhaus vertritt ja die Staaten und Regierungen, welche die Hälfte aller Mitglieder desselben zu ernennen haben. Wie gesagt, wir bedauern, daß das unbedingte Veto gefallen ist, welches Mirabeau mit Recht das Eigenthum nicht blos des Fürsten, sondern auch des Volkes nannte. Aber so thöricht die armen Unwissenden sind, welche sich unter dem unbedingten Veto ein Alles verschlingendes Ungeheuer vorstellen, so sind doch auch die nichtweise, welche sich unter dem aufschiebenden ein ähnliches Ungethüm vorstellen. Es gibt kein Land, das besser königlich wäre, als Norwegen und dort besteht das aufschiebende Veto. Das absolute Veto ist ein Edelstein in der Krone, aber nicht die Krone selbst.

Wie man auch über diesen Punkt denken mag, so ist er ein theoretischer und wir haben uns die Niederlage unserer Theorie gefallen lassen müssen. Was wir der Linken am meisten vorwarfen, war ihr starres Festhalten an Theorieen, die einmal für jetzt nicht ausführbar sind. Wir dürfen nicht in denselben Fehler fallen. Wenn auch nicht ohne Wunden, so haben wir in dem Kampfe doch gesiegt. Die Pläne, den alten Bundestag wieder aufzurichten, sind zu Schanden geworden, was 1815 scheiterte, ist 1849 gelungen. Das deutsche Volk hat sich eine Verfassung gegeben, ein Reich gestiftet, und ein erbliches Reichsoberhaupt erwählt.

Es ist heute ein Jahr, daß das Vorparlament zusammentrat, und ein Jahr unendlicher Mühen liegt hinter uns. Mehr als einmal drohte das begonnene Werk zu scheitern. In den wichtigsten Fragen schien bei der wirklichen und eingebildeten Verschiedenheit der Interessen keine Mehrheit zu Stande zu bringen. Sie konnte gar nicht zu Stande kommen, ohne daß ein Jeder mehr als eine Lieblingsmeinung auf den Altar des Vaterlandes niederlegte. Hoffen wir, daß die Fürsten hinter den Volksvertretern nicht zurückbleiben werden. Mögen auch sie dem tüchtigen, beharrlichen, besonnenen Volksgeiste vertrauen, der die Mängel der Verfassung allmälig, so wie sie sich fühlbar machen, wird zu verbessern wissen. Es ist jetzt nicht Zeit, daran zu markten und zu mäkeln. Wer jetzt Mücken seigen will, der wird bald Kameele verschlucken müssen. Die rasche Annahme der Verfassung ist in der jetzigen Weltlage ebensosehr eine Frage der äußern wie der innern Politik. Namentlich wird sich der König von Preußen durch keine auswärtigen Drohungen zurückschrecken lassen, dem dringenden Bedürfnisse Deutschlands und den Wünschen seines eigenen Volkes zu entsprechen; denn gerade jetzt zur rechten Zeit werden sie ihm von beiden Kammern vorgetragen, und gerade die erste Kammer, in welcher ein engherziges Preußenthum einen Rückhalt zu finden hoffte, hat sich am deutschesten gezeigt. Als konstitutioneller Monarch darf er ihre Stimme nicht überhören. Die Rücksichten, welche er auf die übrigen deutschen Fürsten glaubt nehmen zu müssen, kann kein langandauerndes Hinderniß sein, daß er die dargebotene Würde eines Reichsoberhaupts annimmt. Denn er handelt dadurch nur in ihrem gemeinsamen Interesse. Wenn durch seine Weigerung die jetzt mühsam vollendete monarchische Reichsverfassung wieder zusammstürzt, so kann niemand dafür einstehen, ob nicht die ganze monarchische Ordnung, wie sie jetzt in Deutschland besteht, unter ihren Trümmern begraben wird. Jetzt mehr wie je ist es für den preußischen König Zeit, sich an das Wort eines großen preußischen Staatsmannes zu erinnern: die kühnste Rolle ist für Preußen die sicherste.

Erklärung.

Herr Redakteur! In der heute ausgegebenen Nummer 89 der „Deutschen Zeitung" ist die von mir und 26 Kollegen in der Sitzung der Reichsversammlung vom 28. l. M. zu Protokoll gegebene „Erklärung" wörtlich abgedruckt mit der Ueberschrift „Weitere Verwahrung". Diese Ueberschrift, welche die Originalerklärung nicht trägt, und ihrem Inhalte nach nicht tragen konnte, in Verbindung mit der Stellung unserer Erklärung zwischen der vorgedruckten wirklichen Verwahrung und dem folgenden der „Frankfurter Zeitung" entlehnten Artikel könnte leicht zu einer unrichtigen Auffassung führen, welcher Sie durch Einrückung dieser Zeilen in Ihr nächstes Blatt zu begegnen höflich gebeten sind. Frankfurt den 30. März 1849. Umbscheiden.

* Wir haben hierbei nur zu bemerken, daß wir den betreffenden Artikel sammt der Ueberschrift wörtlich aus der Frankfurter Zeitung entlehnt haben.

Deutschland.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 30. März. Es bestätigt sich jetzt, was man von Anfang an vermuthete, daß der Erzherzog Reichsverweser niemals die Absicht gehabt hat, sein Amt sogleich niederzulegen und dadurch die Gefahren des Vaterlandes zu erhöhen. Eine solche Handlungsweise wäre nicht im Einklang zu bringen mit dem schönen Leben voll patriotischer Hingebung, das für alle Zeiten eine Zierde des deutschen Namens bleiben wird. Erzherzog Johann wird vielmehr, wie einer jener antiken Charaktere, auf dem Posten ausharren, auf den die Nation ihn berufen hat, bis der König von Preußen ihn ablöst. Nur für den Fall, daß der König ablehnen oder zögern und das gegenwärtige Provisorium sich verlängern sollte, wird sich der Reichsverweser, dem Vernehmen nach, mit Rücksicht auf seine schwankende Gesundheit bewogen finden, sein hohes Amt niederzulegen — ein neuer Grund, um den König zum Entschlusse zu drängen. Die Versuche zur Bildung eines neuen Reichsministeriums scheinen aufgegeben, da der Erzherzog dem interimistischen Ministerium Gagern, das nur zur Fortführung der laufenden Geschäfte sich anheischig gemacht hatte, die weitere Amtsführung mit voller Machtvollkommenheit und Verantwortlichkeit wieder überlragen hat.

Frankfurt, 30. März. Die österreichischen Abgeordneten scheinen auch noch fernerhin an den Verhandlungen der Nationalversammlung theilnehmen zu wollen und zu diesem Zwecke noch Verstärkung zu erwarten. Manche Zeichen deuten auf einen Plan, die Centralgewalt zu stürzen und wenn dieß durch die Nationalversammlung gelingen sollte, den Bundestag zu restauriren und die Versammlung aufzulösen. Man hofft, eine Mehrheit für den Vorschlag zu finden, den Reichsverweser auf seinen Wunsch, in Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse, seines hohen Amtes zu entbinden und eine provisorische Einrichtung zu treffen; diese sodann, weil sie von den Regierungen nicht anerkannt ist, durch den einzuberufenden Bundestag zu beseitigen, welcher alsdann auch der Nationalversammlung den Abschied zu geben hätte. (O. P. Z.)

Wien, 21. März. Der Entwurf der Landesverfassung für Böhmen ist bereits fertig. Prag bleibt die Hauptstadt des Königreiches und der Sitz der Landesgewalt. Die beiden Volksstämme dieses Königreichs sind gleichberechtigt und haben ein unverletzliches Recht auf Wahrung ihrer Nationalität und Pflege ihrer Sprache in Amt und Schule. Der Statthalter dieses Königreichs muß beider Sprachen mächtig sein. Die Kenntniß beider Landessprachen ist auch eine wesentliche Bedingung der fernern Anstellung aller Beamten, deren unmittelbare Wirksamkeit sich auf Bezirke erstreckt, welche von beiden Völkerstämmen bewohnt werden. Die gesetzgebende Gewalt wird in Bezug auf die Landesangelegenheiten von dem Kaiser und Könige von Böhmen im Vereine mit dem Landtage ausgeübt. Der Landtag besteht: 1. aus Abgeordneten der Höchstbesteuerten jedes Wahlbezirks, 2. aus Abgeordneten der meistbevölkerten Städte und Ortschaften, und

3. aus Abgeordneten der gesammten übrigen Landesbevölkerung. Die sämmtlichen Abgeordneten bilden nur eine Kammer. Die Zahl der Landtagsabgeordneten für das Königreich Böhmen wird auf 240 festgesetzt. Diese Anzahl wird auf die drei Wahlkörper derart vertheilt, daß auf den Wahlkörper der Höchstbesteuerten 60, auf den der meistbevölkerten Städte und Ortschaften 80, und auf den der übrigen Landesbevölkerung 100 entfallen. (C. Bl. a. B.)

Wien, 24. März. Der Gemeinderath hat vom Ministerium des Innern den Auftrag erhalten, eine Kommission aus seiner Mitte zu wählen, welche dem Ministerium auf Grundlage des provisorischen Gemeindegesetzes Anträge zur Abfassung einer Gemeindeordnung für Wien vorzulegen hat. Zugleich hat das Ministerium eine Skizze einer Gemeindeordnung für Wien mitgetheilt, nach derselben sollen die um Wien liegenden Ortschaften Simmering, Gaudenzdorf, Unter- und Obermeidling, Sechshaus, Fünfhaus, Rustendorf, Breitensee, Ottakring, Neulerchenfeld, Hernals, Währing, Weinhaus, Pötzleinsdorf, Gersthof und Döbling in den Gemeindebezirk von Wien einbezogen werden und eine Gemeinde bilden. Die innere Stadt für sich und die Vorstädte und Vordörfer würden beiläufig in 13 Gruppen besondere Gemeindekörper ausmachen. Für die ganze große Gemeinde von Wien würde ein Gemeinderath von 100 aus den Gemeindeausschüssen der kleineren Gemeinden gewählt werden, der sich zweimal im Jahre versammelt, die Feststellung des Voranschlages für die Gesammtbedürfnisse, die Durchsicht der Rechnungen und die Wahl der Oberbürgermeister vornimmt. Die Exekutivgewalt wird ein kleinerer Ausschuß von 6 oder 12 Mitgliedern des Gemeinderaths mit einem Bürgermeister an der Spitze ausüben. (O. D. P.)

△ **Wien**, 26. März. Die Uebernahme des Armeeoberkommando's in Ungarn durch Feldzeugmeister Welden dürfte durch mancherlei Berücksichtigungen vereitelt werden. Es herrschten in Bezug auf diese Ernennung bei sonst wohl unterrichteten Männern verschiedene Versionen, wovon wohl diejenige die wahrscheinlichste sein dürfte, daß der Ban Jellacic damit betraut wird. Es ist hier sehr aufgefallen, daß sich die heutige Pesther Zeitung für ermächtigt erklärt, die Sendung des Hrn. v. Kübeck, keineswegs als zur Uebernahme der Civil-Administration Ungarns, sondern nur als eine außerordentliche Botschaft des Kaisers an den Fürsten Windischgrätz zu bezeichnen! Der Fürst stellt sich also abermals dem Ministerium entgegen, wie in der Banknotenfrage. Aus Komorn erwarten wir jede Stunde einen Kourier mit der Nachricht der Uebergabe. Der hiesige Magistrat schreibt nun eine Assentirung (schon nach dem neuen Gesetze) der Altersklassen von 23—24 aus, wobei die Jüngsten beginnen einzutreten. Erst wenn 29 nicht genug liefert, wird auf 28 zurückgegangen u. s. f., wobei er erklärt, sogleich die Namen aller Militärpflichtigen vornherein öffentlich bekannt machen zu wollen, um jeder gegründeten Reklamation Zeit zu lassen.

Die Provinzialverfassung für Oesterreich unter der Enz ist beendigt und wird in den nächsten Tagen erscheinen, ebenso das Nationalgardegesetz, dem die frühere Ausarbeitung vom Sommer vorigen Jahres unter Hoyos und Pannasch mit dem Gemeinde- oder Nationalgarde-Verwaltungsrath zu Grunde gelegt ist. Es wäre demnach berechtigt in die Nat.-Garde einzutreten jeder Wähler, der das 24. Jahr zurückgelegt hat, 5 fl. Abgaben bezahlt oder graduirt ist.

Die Frankfurter Vorgänge erfüllen jedes redliche deutsche Herz mit dem tiefsten Schmerze! Wie soll — wie kann dies enden?

Ich hätte gewünscht, die Männer, welche in Frankfurt tagen, hätten gestern Abend in einem gewissen diplomatischen Salon den ironisch glückseligen Ausdruck in den Gesichtern des dänischen, holländischen und noch mancher anderer Gesandten, sowie mehrerer hochgestellten Personen der hiesigen Staatsverwaltung gesehen, um eine Vorempfindung für ihr deutsches Bewußtsein zu haben von dem, was sie in beklagenswerther Blindheit gethan haben!

* **Wien**, 26. März. Seit gestern erscheint die Allg. österr. Zeitung wieder. Sie hat sich mit der Redaktion des „Wanderers" dahin verstanden, unter dessen Firma ganz wie zuvor, in demselben Formate und Druck, sowie Morgens und Abends, zu erscheinen. Das gestrige Blatt enthielt eine Bevorwortung des Preß- und Assoziationsgesetzes. Neuerdings ist vom Gouverneur Welden die Kompletirung des Standes der unter dem Titel „Munizipalgarde" bestehenden hiesigen städtischen Sicherheitswache angeordnet worden.

Prag, 26. März. In einer Plenarversammlung des deutschen Vereins sind heute die folgenden Beschlüsse gefaßt: 1) Die Versammlung beschließt, daß der deutsche Verein sich an dem Tage auflöst, an welchem das neue Associationsgesetz in Wirksamkeit tritt. 2) Der Verein ernennt einen Ausschuß zur Regelung und Abwickelung der ökonomischen Angelegenheiten. 3) Der Verein betraut den Redaktionsausschuß mit den die Redaktionsangelegenheiten der deutschen Zeitung betreffenden Geschäften. 4) Der Verein erläßt eine Erklärung über die Veranlassung und Gründe seiner Auflösung. 5) Es bildet sich sogleich nach der Auflösung ein deutsches Kassino. 6) Die Versammlung acceptirt die vom Ausschuß vorgeschlagenen Mitglieder des deutschen Vereins zur Abfassung der Statuten des deutschen Kassino. 7) Es bleibt den zur Entwerfung der Kassinostatuten erwählten Mitgliedern überlassen, aus sich noch einen engeren Ausschuß von fünf Mitgliedern zu ernennen. Die deutsche Zeitung wird wahrscheinlich fortbestehen, nur wird dieselbe natürlich dann nicht mehr vom deutschen Verein herausgegeben werden. Bestimmtes darüber wird nicht mitgetheilt. Die meisten (wahrscheinlich sämmtliche) der anwesenden Mitglieder erklärten sich durch Zeichnung sogleich für Mitglieder des deutschen Kassinos.

Auch die Slovanska lipa hat eine Sitzung gehalten, in welcher zunächst die Frage verhandelt wurde, ob der Verein auch fernerhin als ein politischer Verein zu bestehen habe. Der Ausschuß erklärte sich einhellig dafür. Der Entwurf der Kommission, welche die Statuten nach den Anforderungen des neuen Associationsgesetzes umändern sollte, lautete dahin: es möge, weil nach diesem Gesetze nur Großjährige Mitglieder eines politischen Vereins sein können, wodurch dem größten Theile der Studentenschaft der Zutritt in diesen Verein versagt sein würde, die Slovanska lipa in zwei Theile zerfallen: in den politischen Verein, dessen Mitglieder nur großjährig wären und in die bloße Lesehalle, welche alle Uebrigen benützen könnten. Hierauf kam zur Berathung die Frage wegen des fernern Bestandes der Zeitschrift der Slovanska lipa und die damit im engsten Verbande stehende Lebensfrage wegen der Kaution. Drei Anträge wurden in dieser Beziehung gestellt: 1) die Zeitschrift Slowanska lipa möge so lange erscheinen, als es ihr überhaupt möglich sei, 2) es möge den Abonnenten, wenn der Fall eintreten sollte, daß dieselbe nicht mehr erscheinen könnte, ehe das Vierteljahr vorüber wäre, eine Entschädigung gewährleistet werden. 3) es möge, aber erst dann, wenn das Preßgesetz officiell veröffentlicht wird, ein Aufruf an die Nation geschehen, den Verein durch Veranstaltung von Sammlungen in der Herausgabe der Zeitschrift und der nöthigen Kaution zu unterstützen. — Die wichtigste Verhandlung wäre gewesen, eine bereits in der vorletzten Sitzung beantragte Petition des Volkes, worin der Kaiser ersucht wurde, den Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstags für Oesterreich zu oktroyren. Aber dieser Gegenstand wurde auf eine der nächsten Sitzungen verschoben. (C. Bl. a. B.)

Prag, 26. März. Gestern Morgens starb Herr Bernhard Gutt, ehemals Redakteur der „Bohemia", später Redakteur der „Deutschen Zeitung aus Böhmen". (C. Bl. a. B.)

Berlin, 26. März. Die oft erwähnte Spaltung zwischen der Junkerfraktion und den gemäßigten Mitgliedern der Rechten in der zweiten Kammer wird wahrscheinlich schon unmittelbar nach der Adreßdebatte offen an den Tag treten. Es werden alsdann die materiellen Verhältnisse zur Sprache gebracht werden, bei deren Normirung die Grundbesitzer-Aristokratie von den Prinzipien des Junkerparlaments und den Propositionen des Hr. v. Bülow-Cummerow nichts nachzulassen entschlossen ist. Sie wollen festhalten an der Behauptung, daß der in dem Patow'schen Promemoria vorgeschlagene Weg zur Aufhebung der Exemptionen zu einem Raubsysteme führe. Ihre Forderung geht dahin, daß nach einem ungefähren Ertragsanschlage alle Güter im ganzen Staate einen gleichen Prozentsatz an Grundsteuer zahlen und daß derjenige Besitzer, der bisher gar nichts oder weniger als diesen Prozentsatz gezahlt hat, dafür durch eine 25fache Kapitalszahlung entschädigt werden soll. Das Exorbitante dieser Forderung wird man begreifen, wenn man in Betracht zieht, daß die Rittergutsbesitzer im Regierungsbezirk Stettin noch nicht 5000 Rthlr. an Abgaben zahlen, deren Betrag für die Bauerngüter desselben Distrikts sich auf mehr denn 190,000 Rthlr. beläuft. Eine so eben von dem Redakteur der Redenschen Zeitschrift für Statistik, Kammergerichts-Assessor Bergenroth, herausgegebenes Schriftchen: „Herr v. Bü-

low-Gummerow unter den Kommunisten", beschäftigt sich mit der Enthüllung solcher Thatsachen und Absichten. Als Hr. v. Vincke in der Freitagssitzung jenen Ausfall auf die „Steuerverweigerer" machte, den er ungeachtet des vom Präsidenten ausgesprochenen Ordnungsrufes im Angesicht des Landes, ja von ganz Europa noch oft wiederholen zu wollen erklärte, rief ihm die Linke wiederholt: „Eisenach! Eisenach!" zu. Die Stenographen hatten diesen Zuruf natürlich aufgenommen, ebenso alle Zeitungsreferenten. Bei der Durchsicht des stenographischen Berichts vor dem Druck hat nun Hr. v. Vincke den unangenehmen Zuruf gestrichen. Die Berichte, welche heute Abend mit dem Staatsanzeiger ausgegeben werden, enthalten denselben nicht. (Aach. Ztg.)

, **Köln**, 29. März. Das in jüngster Zeit vielfach besprochene Projekt, Köln mit dem gegenüber liegenden Deutz, statt der bisherigen Schiffbrücke, durch eine steinerne Bogenbrücke über den Rhein in Verbindung zu setzen, scheint seiner Verwirklichung entgegenzureifen. Das Ministerium hat jetzt diesen hochwichtigen Gegenstand in die Hand genommen, bereits einen hohen Baubeamten von Berlin hierher geschickt und auch der hiesigen Regierung aufgetragen, den vollständigen Plan einer steinernen Pfeiler-Brücke über den Rhein und die erforderlichen Kosten-Anschläge anfertigen zu lassen, und binnen zwei Monaten einzureichen, damit das Projekt dieses Werkes den Kammern noch zur Genehmigung vorgelegt werden könnte.

* **Donaueschingen**, 27. März. Auch der hiesige vaterländische Verein hat eine Adresse an die Reichsversammlung erlassen, in welcher er die österreichischen Abgeordneten auffordert, nicht weiter durch ihr Verbleiben im Parlamente das Zustandekommen einer Verfassung zu hemmen, die für sie keine Geltung haben soll. „Wir sind — heißt es in der Adresse — wir sind Süddeutsche, wir sind Katholiken, unsere Sympathien zogen uns vorzugsweise zu Oesterreich; allein sie verstummen vor den höheren Rücksichten auf die Kräftigung und Einigung unseres Vaterlandes." Und dann der Schluß lautet: „Sollte aber einst der Fall eintreten, daß euer großes Oesterreich in seine Völkerstämme zerfällt, dann kommt ganz zu uns in die weit geöffneten Bruderarme, und nie wird der Jubel eines Volkes größer gewesen sein, als wenn das Vaterland durch eure Wiederkehr seine Vollendung erhält!"

A **Dresden**, 28. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer schlug der lange schon glimmende Haß zwischen den entschiedenen Freisinnigen ersten und zweiten Grades in lichte Flammen aus. Der Führer der äußersten Linken, Tzschirner, hatte mit 16 Genossen folgenden Antrag eingebracht:

„In Erwägung, daß jede Regierung in einem demokratischen Staate eine parlamentarische sein muß, und daß sie daher, wenn sie nicht unmittelbar aus der Mehrheit der Volksvertretung hervorgegangen ist, um sich mit dieser in Einklang zu setzen, gleich von vorn herein über die Grundsätze, welche von letzterer befolgt werden, ihre Ansichten zu manifestiren gehalten ist; in Erwägung, daß das Programm der dermaligen Minister, welches sie bei ihrem Antritte verkündet haben, die Hauptfragen der Gegenwart in politischer und materieller Beziehung nicht berührt und daß das Ministerium, als es deshalb behufs der weiteren Aufklärung seiner Stellung zur Kammermehrheit interpellirt worden ist, unter unbegründeten formellen Einwänden eine, wenn auch nur allgemeine, doch die Prinzipien andeutende Auslassung verweigert und mithin die Kammern darüber, ob die politische Gesinnung des Ministeriums der Majorität entspricht, nach wie vor in Unklarheit gelassen hat; in weiterer Erwägung, daß von dem Ministerium sogar entgegenstehende Ansichten über Fragen von der größten Bedeutsamkeit an den Tag gelegt worden sind, indem es dem Bevollmächtigten bei der Centralgewalt die Hinwirkung auf einen Census für die Wählbarkeit zum deutschen Staatenhause, sowie die Herbeiführung eines absoluten Veto für das deutsche Oberhaupt gestattet, sich ferner aus seiner Mitte noch jetzt für eine vorhandene Fortsetzung des von der deutschen Nation zertrümmerten Bundestags, ingleichen Angesichts des von einer großen Mehrheit der zweiten Kammer kurz vorher abgelehnten Gehorsams der Soldaten außer dem Dienste in schroffer Weise für dessen Beibehaltung ausgesprochen hat; endlich in Erwägung, daß das Ministerium keine Anstalt trifft, dem gerechten Verlangen des sächsischen Volkes auf Genugthuung für die Ermordung Robert Blum's entgegenzukommen und den Gesandten v. Könneritz aus Wien abzuberufen: beantragen wir, daß sich die Kammer im Verein mit der andern dahin erklären möge: „daß das dermalige Ministerium das Vertrauen der Volksvertretung nicht besitzt."

Dresden, 23. März 1849.

Tzschirner. Wagner. Meyer. Tauerschmidt. Bernhardt. Blanckmeister. Meinel. Wehner. Theme-Garmann. G. H. Heeren. Helbig. Böttcher. Feldner. A. Röckel. Jäkel. Riedel. Beuckmann.

Die Linke stellte durch Feitzsche den Antrag entgegen: „Die Kammer erklärt, es möge der Tzschirner'sche Antrag zur Zeit noch auf sich beruhen" und brachte denselben mit 39 gegen 31 Stimmen durch. Die Minorität setzt sich hierbei zusammen aus der äußersten Linken und der Rechten; die letztere hoffte auf diesem Wege den Fritzsche'schen Antrag abwerfen zu können, und hätte dann die gemäßigte Linke gezwungen, entweder zu den Fahnen Tzschirner's zurückzukehren, oder dem Ministerium indirekt ein Vertrauensvotum zu ertheilen. Der letztere Fall war der wahrscheinlichere, da die Furcht vor einem Ministerium Carlowitz noch immer sehr groß ist. An possenhaften Zwischenfällen fehlte es auch heute nicht; die Entschiedenen, welche sich heute voll Grimm die Zähne wiesen, erinnerten sich gegenseitig daran, was „im Klub" ausgemacht worden sei und wie schlecht man den dort gefaßten guten Vorsätzen, auf Parteidisciplin zu halten, nachkomme. Diese Gespräche über den Klub hätten kein Ende genommen, wenn nicht ein Mitglied von der Rechten daran erinnert hätte, es sei hier nicht der Ort, sich über die Klubdisciplin zu unterhalten. Die Palme des Tages errang der Abgeordnete Meyer durch den Ausspruch: „Das Volk will keine Weisheit, weil es durch die Weisheit zu Grunde gerichtet wird." Er wurde belohnt durch den lebhaften Beifall der Gallerien; konnte aber seine Rede nicht zu Ende bringen, da ihn der Präsident bald darauf durch die (bis jetzt unerhörte) Mahnung, sich „unanständiger" Ausdrücke zu enthalten, auf ein ihm nicht zusagendes Gebiet drängte.

§ **Leipzig**, 28. März. Herr Professor Wuttke erzählt uns in der Fortsetzung seines großdeutschen Berichts: „Wer zum Programme der Weidenbuschpartei sich verpflichtet hatte, hielt wohl fest, aber die seichten Reden ihrer Vorsprecher hatten ihrer schlechten Sache keine neue Stimmen gewonnen. Das Stimmenpressen war so arg, daß ein Abgeordneter, welcher standhaft blieb und dafür in der undeutschen Zeitung gegeisselt wird, nicht anders sich vor den in ihn Einstürmenten zu retten wußte, als durch die Drohung, er werde von der Tribüne erklären, ihm geschehe Gewalt." Ob die Heiterkeit dieses Bildes in Herrn Professor Wuttke's Absicht gelegen habe, bleibe dahin gestellt; aber gewiß werden Vielen dabei Jugenderinnerungen aufgestiegen sein aus der Zeit, wo sie die untern Klassen des Gymnasiums besuchten. Möchte aber doch Herr Professor Wuttke sich von dem Umschlag überzeugen, der in der öffentlichen Meinung Statt gefunden hat. Es ist zu viel geschehen, um an die Stelle der Zuneigung für die Oesterreicher den entschiedensten Widerwillen gegen das österreichische System treten zu lassen, dem man sich nicht mit Herrn Professor Wuttke auf gut Glück hinzugeben geneigt ist. Man nimmt in einer Handelsstadt die Bilder aus der Handelswelt und vergleicht Oesterreich mit einem bankerotten Kaufmann, der die gewagtesten Spekulationen macht und selbst die unredlichsten Mittel nicht scheut, um sich entweder aus seiner verzweifelten Lage zu reißen, oder viele Andre mit in seinen Sturz zu ziehen. Herr von Schmerling nannte Oesterreich — wahrscheinlich nach Mondjahren rechnend — eine tausendjährige Monarchie. Möchte es eine so alte Monarchie sein, so ist es doch immer ein sehr unvollkommener Staat gewesen, und am wenigsten ein deutscher. Dagegen erkennt man in Preußen den Ansatz zu einem deutschen Staat. Ohne Oesterreich kann Deutschland bestehen, ohne Preußen nicht. Diese Ansicht ist jetzt allgemein verbreitet, auch bei denen, die eine Leidenschaft für die Anarchie haben, nur bekämpfen diese eben deshalb Preußen. Auch an dem Rechte Oesterreichs, worauf es sich beruft, zweifelt man sehr; denn die Bundesakte verbietet ihm, seine außerdeutschen Besitzungen in den Bund zu zwängen, und aus der Revolution wird es doch nicht die Befugniß herleiten, ein Attentat gegen die deutsche Nationalversammlung auszuüben. Darüber schweigt Herr Professor Wuttke wohlweislich.

† **Kassel**, 29. März. Die Nachricht von der Kaiserwahl und der Beendigung der deutschen Verfassung, hat hier den größten Jubel hervorgerufen, was nach der Haltung, die Hessen und insbesondere Kassel den großen deutschen Fragen gegenüber von

Anfang an beobachten hat, nichts anders zu erwarten war. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von dem Inhalte der telegraphischen Depesche gestern Abend spät durch die Stadt, heute Morgen früh wehten die schwarz-roth-goldenen Fahnen in allen Straßen; wir sahen Patrioten, die mit Freudenthränen in den Augen sich umarmten, wie wenn die Zeit der Erlösung aus langer Knechtschaft und Schmach gekommen, — und sie hatten Recht. In der heutigen Ständesitzung verkündete der Präsident zu Anfang den Inhalt der telegraphischen Depesche und forderte in kräftigen Worten der Begeisterung zum Zeichen der Uebereinstimmung und des heißen Wunsches, daß der Gewählte die Wahl annehmen und so seine Stellung begreifen werde, die Mitglieder auf, sich zu erheben. Nur sechs erhoben sich nicht. Eine Adresse des Bürgervereins als Vororts des nationalen Vereins für Deutschland, der ein Verzeichniß über die Vereine beigefügt ist, geht noch heute nach Berlin ab. Weitere Festlichkeiten werden durch den Stadtrath auf heute Abend und die folgenden Tage vorbereitet. Es lebe das gerettete deutsche Vaterland!

⊙ **Lübeck**, 27. März. Ein hiesiger Schiffer, der, nach Riga bestimmt, konträren Windes halber, vorgestern nach Travemünde zurückgekehrt ist, berichtet, daß er zwischen dort und Bornholm vielen kreuzenden dänischen Kriegsschiffen begegnet sei, und Travemünder Fischer, welche diese Nacht auf See waren, wollen von Mitternacht an starken Kanonendonner in der Ferne gehört habe. Sollte sich diese Angabe bestätigen, so wäre wahrscheinlich ein Angriff auf Fehmarn unternommen, dem die Dänen die vorjährige Gefangennehmung von Dircknig-Holmfeldt einzutränken bestens bemüht sein werden.

Großbritannien.

* **London**, 28. März. Die Parlamentsverhandlungen von gestern und vorgestern waren, obgleich sie bedeutende Gegenstände betrafen, ungewöhnlich leer an Interesse; es ist, als ahne jede Partei, was auf dem Spiele steht und scheue sich, den letzten Trumpf auszuspielen. Vorgestern wurde die Komite-Berathung über die einzelnen Klauseln der Schifffahrts-Bill, von deren Körper der Handelsminister selbst ein Hauptglied abgeschlagen hat, nach einer matten Debatte zu Ende gebracht. Alsdann entspann sich eine fast eben so leblose Verhandlung über die zweite Lesung der Bill für Ausschreibung einer Hilfsarmensteuer in Irland. Die Fortsetzung der Verhandlung wurde bis auf heute vertagt. Gestern kündigte Hr. Disraeli im Unterhause an, daß er heute Abend eine Bittschrift der Bevölkerung von Neuschottland einbringen werde, worin sie das Haus ersucht, eine Beschwerde über das Verfahren des Kolonialministers an die Königin zu richten. Hr. Adderley stellte den Antrag, daß das Haus sich gegen den Plan ausspreche, Sträflinge nach der bis jetzt noch „unbefleckten" Kapkolonie zu schicken. Lord J. Russell bestätigte die Erklärung des Sir Georg Grey, daß, wenn in der Kapkolonie sich ein allgemeiner Widerwille gegen die Hinübersendung von Sträflingen kundgeben sollte, die Regierung freiwillig davon abstehen würde. Hr. Adderley nahm auf diese Erklärung, und zwar auf Empfehlung Disraeli's, seinen Antrag zurück.

Obschon die verstümmelte Schiffgesetz-Reformbill nun doch durch das Komite mühsam hindurch gequetscht worden, so ist doch, wie wenigstens die toryistischen Oppositionsblätter versichern, die Ansicht allgemein, daß in kurzer Zeit eine Kabinetsänderung unvermeidlich ist. Sollte in diesem Falle wirklich das öfters in Aussicht gestellte whiggistisch-peelitische Mischkabinet zu Stande kommen, nachdem der liberalere Theil des peel'schen Anhangs wenigstens in Bezug auf die innnere und kommerzielle Politik dem Ministerium sich immer inniger angeschlossen hat? Oder sollten die gegenwärtigen Minister, wie die „Times" ihnen anräth, wirklich zu dem verzweifelten Mittel einer Parlamentsauflösung greifen? Der „Standard" versichert: das würden die Minister bleiben lassen, sie wüßten recht gut, daß allgemeine Wahlen, in diesem Augenblicke vorgenommen, ein den Protektionisten günstiges Resultat ergeben würden, denn immer mehr nehme unter den Einsichtigen die Ueberzeugung zu, daß die landwirthschaftlichen Interessen größeren Schutzes bedürften. Der Standard erwähnt bei diesem Anlaß, daß die Eigenthümer von 7000 Ackern des besten englischen Bodens dem Herzog von Marlborough angezeigt hätten, daß sie nächsten Michaelis ihre Farmen aufgeben würden.

Inzwischen hat der berühmte Geschichtsschreiber Macaulay, bisheriger Generalzahlmeister, vor einer zahlreichen Versammlung in Glasgow an den Lord Provost, der ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt in einer silbernen Kapsel überreichte, unter andern die Worte gerichtet: „Mein politisches Leben, Mylord, ist geschlossen." Wenn dieser Entschluß Macaulay's mit der erwarteten Kabinetsänderung auch nicht direkt zusammenhängen sollte, so beweist er doch, daß Macaulay sich in seinem ministeriellen Posten nicht mehr recht wohl fühlt, wie überhaupt eine ächte Freudigkeit und namentlich Uebereinstimmung unter den Mitgliedern des Kabinets nicht mehr zu walten scheint.

Frankreich.

* **Paris**, 28. März. In der heutigen Sitzung der Nat.-Verf. unterbrach Marrast plötzlich die Berathung über das Budget mit den Worten: Der Hr. Ministerpräsident hat das Wort zu einer Mittheilung der Regierung. (Lebhafte Bewegung.) O.-Barrot: Meine Herren, es ist meine Pflicht, Ihnen sofort folgende zwei telegraphische Depeschen mitzutheilen, die ich so eben empfangen habe. Die erste ist von der Grenze datirt unterm 27. März 9 Uhr Morgens und lautet folgendermaßen: „Turin, 25. März. Der französische Gesandte an den Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten! Die piemontesische Armee ist in die Berge von Biellen-Borgo-Manero zurückgeworfen worden. Die Oesterreicher haben Novara, Vercelli und Trino besetzt. Es scheint gewiß, daß der König abdicirt und sich in die Schweiz geflüchtet hat. Der Herzog von Savoyen hat noch nicht nach Turin geschrieben. Die Regierung hat Lord Abercrombie und mich gebeten, einen Waffenstillstand zu verlangen, um Turin zu schützen. Wir haben uns ihr zur Verfügung gestellt und werden abreisen, sobald sie es verlangen wird. Turin ist ruhig. Es ist Alles angeordnet, um die Ruhe aufrecht zu erhalten." Die zweite Depesche, datirt Toulon, 28. März 5 Uhr Morgens, lautet folgendermaßen: „Nizza, 27. März. Der französische Konsul an den Hr. Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Karl Albert ist, nachdem er dem Throne zu Gunsten des Herzogs von Savoyen entsagt, am 26. um 11 Uhr Morgens durch Nizza gereist, um sich nach Frankreich zu begeben. Die piemontesische Armee ist bei Novara geschlagen worden, allein ihre Ehre hat nicht dabei verloren." (Bewegung.) Meine Herren, fügt der Minister hinzu, wie schnell auch die Entwickelung gekommen ist, sie war vorauszusehn und obgleich die piemontesische Regierung die Rathschläge Frankreichs bei dieser Gelegenheit mißachtet hat, so sind wir dennoch entschlossen, „die Integrität von Piemont aufrecht zu erhalten," wie es das Interesse und die Ehre Frankreichs erheischen.

Der Präsident: Die National-Versammlung nimmt die von dem Hrn. Konseilpräsidenten gemachte Mittheilung entgegen. Da Niemand das Wort verlangt, so kehren wir zur Diskussion des Budgets über.

Und wirklich ging die Versammlung trotz der erschütternden Nachricht, die ihr mitgetheilt wurde, mit stoischer Ruhe zu ihrer Tagesordnung zurück. Die Reduktion des Budgets traf heute die Eisenbahnen; ohne Erbarmen wurden die Ausgaben für sämmtliche Eisenbahnen gekürzt. Was sollen wir die Summen bei jeder einzelnen aufzählen? bald war es 1, bald 2, bald 2½ Millionen. Der Eindruck der gestrigen vortrefflichen Rede Daru's war wie erloschen. Dazu hat die Kammer noch beschlossen, daß entgegen dem bisherigen Gebrauch, die Minister nicht erst von dem Tage an, wo das ganze Budget beschlossen sein würde, sondern schon von dem Augenblicke an, wo die einzelnen Posten festgestellt wären, diese Posten einhalten müßten. So kann sich die Nationalversammlung jetzt auch ehe das Gesammtbudget festgestellt ist, auflösen, ohne die von ihr gewünschten Ersparungen zu gefährden.

Wenn gleich durch die oben mitgetheilten Neuigkeiten aus Italien alle italienischen Fragen eine andere Gestalt einnehmen, so theilen wir doch nachfolgenden Artikel der Liberte mit, weil er aus der Feder des einen der beiden römischen Bevollmächtigten herrühren möchte. „Hr. Pescantini, einer der beiden Bevollmächtigten der römischen Republik, ist wie bekannt, zwei Mal von dem Präsidenten der französischen Republik empfangen worden, abgesehen von den Konferenzen, die er mit dem Minister des Aeußern gehabt hat. Dieser Diplomat wird sich auf kurze Zeit im Auftrage seiner Regierung in ein benachbartes Land begeben und darauf nach Paris zurückkehren. Die beiden römischen Deputirten haben für die französische Regierung ein sehr passendes und würdiges Promemoria ausgearbeitet, um die Anerkennung

der römischen Republik und ihre Anerkennung als Gesandten auszuwirken, und das von dem römischen Volk mit Frankreich gewünschte Bündniß zu betreiben. Dieses Promemoria behandelt die auf den Papst bezüglichen Fragen mit vieler Schicklichkeit und Schonung, allein es spricht mit Entschiedenheit den Entschluß der römischen Regierung aus, die Herrschaft Oesterreichs oder des päpstlichen Scepters um keinen Preis zu dulden. Uebrigens spricht dasselbe zugleich das lebhafte Verlangen aus, daß Pius IX., der aus vielen Gründen die Zuneigung der Römer besitzt, wieder in seinen Palast zurückkehre und in aller Sicherheit und Freiheit den päpstlichen Thron wieder einnehme. Die Gerüchte über die im Vatikan verübten Exzesse werden widerlegt und angegeben, daß derselbe vielmehr dem Schutz eines verantwortlichen öffentlichen Beamten übergeben sei. Schließlich wird auf die politische Verbindung, welche zwischen der äußeren Lage der römischen und der französischen Republik bestehe, hingedeutet und ein Bündniß zwischen beiden als nothwendig dargestellt."

Proudhons Journal, le Peuple, zeigt an, daß jetzt bereits 370 seiner Nummern täglich an Soldaten unentgeltlich vertheilt werden. 652 Fr. sind ihm bereits an freiwilligen Beisteuern zugegangen, um diese unentgeltliche Vertheilung fortzusetzen. Heute steht Proudhon und der Gerant des Peuple, Duchine, bereits zum sechsten Mal seit kurzer Zeit vor dem Assisenhof.

Die Regierung hat den deutschen Flüchtlingen die bisher gewährte Unterstützung entzogen.

Das neue Wahlgesetz trägt bereits insofern seine Früchte, als es eine Anzahl von Volksvertretern veranlaßt hat, ihre Entlassung von ihren richterlichen und Verwaltungs-Funktionen einzureichen, um als Bewerber zur künftigen Nationalversammlung auftreten zu können.

Die verschiedenen bonapartistischen Wahlausschüsse scheinen sich, trotz ihres gemeinsamen Zieles, nicht recht unter einander verständigen zu können. Der Ausschuß der Rue Montmartre, unter der Präsidentschaft des Generals Piat, welcher in allen allgemeinen Principien mit dem Verein der Rue de Poitiers Hand in Hand geht und für sich die Ehre in Anspruch nimmt, die Kandidatur Louis Bonaparte's zuerst aufgestellt zu haben, erklärt sehr vornehm in den öffentlichen Blättern, daß er mit den andern bonapartistischen Wahlausschüssen Nichts gemein habe.

Die Cholera macht beunruhigende Fortschritte in Paris. Die meisten der in den Hospitälern ergriffenen Kranken sind indessen solche Individuen, die sich schon dort befanden und daher von andern Krankheiten bereits geschwächt waren. In den drei Wochen, seit die Cholera in Paris ist, sind im Ganzen gegen 200 Personen in den Hospitälern an dieser Krankheit gestorben, während diese Anzahl im Jahre 1832 in demselben Zeitraum gegen 7000 betrug. Nichts destoweniger fängt man an, sich zu beunruhigen und die Regierung ergreift ernstliche Maßregeln gegen die Seuche.

Miß Gordon, die bekannte Geliebte Louis Bonapartes, die in der Verschwörung von Straßburg eine Rolle spielte, ist gestorben.

Der Prozeß der Maiangeklagten ist endlich bis zu dem Requisitorium des Staatsanwaltes gediehen. Derselbe erklärt ausdrücklich, daß er kein Komplott, sondern blos ein Attentat zu beweisen habe. In der Sitzung vom 26. März trug er seine Anklage gegen Blanqui, Barbes und Albert vor, wobei folgender Zwischenfall eintrat: ein junger Mann von 20 Jahren, ein Freund des Sohnes von Raspail, rief aus, in dem Augenblick, wo der Staatsanwalt behauptete, Raspail habe sich auf das Hotel de Ville begeben, um dort in die neue provisorische Regierung zu treten: „Das ist nicht wahr!" und wurde deshalb sofort, wegen Verletzung der dem Gerichte schuldigen Ehrfurcht, zu 24 Stunden Gefängniß verurtheilt. In der Sitzung vom 27. begann die Anklage gegen Flotte, Quentin, Degré und Larger und dauerte bei Abgang des gestrigen Bahnzuges noch fort.

Stand der Renten: 5 pCt. 85. 75; 3 pCt. 54. 50; Bankaktien 2300.

Portugal.

Lissabon, 19. Febr. Die „Allg. Ztg." enthält folgende Privatmittheilung von hier: Eine amerikanische Fregatte, welche gegenwärtig zwischen hier und Cadiz kreuzt, um alsdann nach der Nordsee sich zu begeben, hat vier preußische, auf Staatskosten erzogene Marinezöglinge an Bord, um künftig in der deutschen Marine zu dienen.

* Der „Standard" bringt Mittheilungen aus Lissabon vom 19. März. Der neue Finanzminister hatte hiernach die in Portugal bisher unerhörte Offenheit gehabt, den Kortes den überaus kläglichen Zustand der Finanzen und die gänzliche Ebbe des Staatsschatzes in aller Nacktheit darzulegen. Diese Ehrlichkeit und Redlichkeit wurde aber von seinen Amtsgenossen keineswegs gebilligt, namentlich deßhalb nicht, weil, wie sie fürchteten, dies Geständniß es unmöglich machen werde, künftig irgendwoher eine Anleihe zu erhalten. Allgemeine Ueberraschung und Unzufriedenheit hat es erregt, daß der Minister des Innern eine öffentliche Versammlung, welche der Verein für Verbesserung der materiellen Landesinteressen am 18. halten wollte, verboten hat, obgleich derselbe Verein, an welchem Männer der verschiedenartigsten politischen Meinung Theil nahmen, erst noch kurz vorher sich des Beifalls der Regierung zu erfreuen hatten. Umsomehr mußte dies Verbot überraschen, da Portugal sich gegenwärtig, wenigstens äußerlich, der größten Ruhe erfreut. Diese frivole Lust am Verbieten, ohne ersichtlichen Anlaß, hat schon mehr als einmal und schon in mehr als einem Lande die Dämonen der Revolution heraufbeschworen. Oder sollte man blos das ominöse Datum des 18. März gefürchtet haben?

Oesterreichische Monarchie.

Semlin, 19. März. Nach der Eroberung von Zombor gingen die siegestrunkenen Serben unter den Kommandanten Dragich und Stein, und das Serbianer Auxiliarkorps unter Anführung des Milija Stanojevich auf der Baimaker und Pacsirer Route gegen Maria-Theresiopel los. Aber die Serben aus dem serbischen Fürstenthume, welche mit österreichischen Serben vereint sich anschickten, Theresiopel zu erstürmen, erhielten plötzlich den Befehl in ihre Heimath zurückzukehren, welchen sie auch unbedingt befolgten. Als die Magyaren diese Abberufung der Serbianer erfuhren, stürzten sie aus Theresiopel, welches von Szegedin noch nicht abgeschnitten ward, aus welchem sie bedeutende Verstärkung erhielten, auf die serbische geringe Truppenmacht her. Die Schlacht dauerte drei volle Stunden. Der Feind simulirte die Retirade. Die hintergangenen Serben, ihre günstige Stellung verlassend, verfolgten mit Ungestüm den Feind, welcher unverhofft umkehrte, die Serben schlug und in die Flucht jagte, und ihre Kanonen erbeutete. In dieser Schlacht litten am meisten die Csaikisten, deren zweihundert auf dem Schlachtfelde ihr Leben endeten. Peterwardein hat sich noch nicht ergeben. Der General Theodorovich hat einen Befehl erlassen, daß alle jene Serben aus dem Fürstenthume Serbien, die freiwillig mit österreichischen Serben wider die Magyaren zu kämpfen entschlossen sind, die türkischen Kleider und Waffengattungen ablegen, mit österreichischer Montur, Gewehren und sonstiger Rüstung sich versehen, und alle Diszplinar-Vorschriften beobachten müssen, widrigens sie hier nicht geduldet, sondern in ihre Heimath zurückgeschafft werden. (Ll.)

Italien.

* Am 23. März hat bei Novara eine entscheidende Schlacht zwischen den Piemontesen und Oesterreichern stattgefunden. Die Piemontesen sind völlig geschlagen und in die Berge von Bielle und Borgo - Monaro zurückgeworfen worden. Der Verlust an Todten ist auf beiden Seiten sehr bedeutend. Die Piemontesen haben außerdem mehrere Tausend Gefangene und viele Kanonen verloren. Die Oesterreicher haben Novara, Vercelli und Trino besetzt. Karl Albert hat zu Gunsten seines Sohnes, des Herzogs von Savoyen, abgedankt, und hat am 26. auf dem Wege nach Frankreich Nizza passirt. Die sardinische Regierung hat den französischen nnd englischen Gesandten in Turin ersucht, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Inzwischen hat der neue König persönlich mit Radetzky einen Waffenstillstand geschlossen, wie es heißt, auf 14 Tage, und sollen die Piemontesen sofort die ganze Landschaft bis zur Sesina räumen. Geringe Erhebungsversuche in der Lombardei sind sofort unterdrückt worden, und auch Turin ist ruhig. *)

Zur Vervollständigung geben wir noch folgende Einzelnheiten größtentheils nach der Basler Ztg: „Die sardinische Armee bildete vor Beginn der Feindseligkeiten eine lange staffelförmige Linie von Novara bis zur Trebia hin. Der rechte Flügel dieser

*) Obige Nachricht ist unsern städtischen Lesern gestern bereits durch ein Extra-Blatt mitgetheilt worden.

Armee bedrohte Parma und war ebenso bereit, südlich vom Po zu agiren, als der linke in die Lombardei einzufallen und Mailand zu nehmen. Am 20. begannen die Operationen. Die 4. piemontesische Division ging bei Buffalora über den Tessin und rückte bis Magenta, nach Einigen sogar bis Rosate vor. Zu ihrem Verwundern fanden die Piemontesen auf dieser Hauptstraße von Turin nach Mailand keinen Feind. Sie hätten ohne Zweifel bis Mailand vorrücken und sich dieser Stadt bemächtigen können. Radetzky hatte auf den Besitz Mailands keinen Werth gelegt, weil dieser Punkt für seinen Operationsplan nur geringe oder keine strategische Wichtigkeit hatte. Man hatte darauf gerechnet, daß Radetzky das piemontesische Heer auf lombardischem Boden hinter der Addalinie oder noch weiter zurück erwarten würde; allein der österreichische Feldmarschall war nicht mehr in jener Lage, wie voriges Jahr, wo er sich hinter eine Flußlinie auf feste Stellungen zurückziehen mußte. Er hatte den Plan gefaßt, selbst die Offensive zu ergreifen und den Krieg in das feindliche Land hinüber zu spielen. Mit unbegreiflicher Schnelligkeit vereinigte er die vier Korps, in die seine Armee abgetheilt war; aus allen Städten, selbst aus Parma und Modena, zog er die Garnisonen an sich. Es war ihm völlig gleichgültig, ob eine Ortschaft nach dem Abzug der Besatzung die dreifarbige Fahne aufpflanze oder nicht; war einmal ein Hauptschlag geführt, so ergab sich alles Uebrige von selbst. So vereinigte er bei Pavia eine Macht von 60 bis 70,000 Mann mit 120 Feuerschlünden und überschritt am 20. den Tessin. Hier war es, wo die lombardische Division unter Romarino, die bei Alessandria, Bosco und Voghera stand über den Po gehen und ihm den Uebergang über den Tessin hätte streitig machen sollen, was eben nicht geschehen ist. Mit Raschheit und Energie drang Radetzky auf dem rechten Ufer des Tessin unaufhaltsam vorwärts, warf die Feinde und besetzte Mortara, den Kreuzpunkt dreier Straßen. Am 21. hatte er zwei siegreiche Gefechte bestanden und das Centrum der feindlichen Armee durchbrochen. Der piemontesische Obergeneral wurde dadurch genöthigt, seine sämmtliche Macht auf seinem linken Flügel bei Novara zu konzentriren. Die vierte Division kehrte eilig über den Tessin zurück, die übrigen Divisionen rückten nach. Nach eintägiger Ruhe beginnt am 23. der Kampf von Neuem. Radetzky, ohne Rast vordringend, fand den Feind in den Ebenen von Novara, auf jenen klassischen Feldern, wo schon einmal (1513) die Schweizer über ein französisches Heer einen so glänzenden Sieg davon getragen haben. Die Schlacht wird entscheidend; die piemontesische Armee, die durch die Bemühungen eines polnischen Generals wieder auf einen ordentlichen Stand gebracht worden war, wird vollständig geschlagen und zersprengt; Karl Albert legt die Krone nieder: das sind die Resultate eines dreitägigen Feldzugs, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. Radetzky kann, wie Cäsar, nach Ollmütz schreiben: „Veni, vidi, vici."

Das in Mailand erschienene zweite Bülletin der Armee lautet: Gestern hatte eine blutige Schlacht zwischen der sardinischen und der kaiserlichen Armee statt. Die sardinische Armee wurde auf allen Punkten geschlagen und in die Stadt Novara zurückgetrieben. Der König Karl Albert dankt ab zu Gunsten seines Sohnes, des Herzogs von Savoyen. In diesem Augenblicke befinden sich der sardinische Minister Cadorno und der sardinische General Casati, hier um einen Waffenstillstand zu schließen, den man jetzt unterhandelt. Bleibt das ohne Erfolg, so wird heute sofort der Angriff wieder beginnen. In Kurzem werden weitere Details folgen. Vom Hauptquartier von Vespolate 24. März 8 Uhr Vormittags.

Details des 2. Bülletin. Hauptquartier Novara, 24. März 1849. Die für unsere Waffen so glänzenden Gefechte von Gambolo und Mortara, in welchen der Feind eine bedeutende Streitkraft entwickelt, haben gezeigt, daß wir es mit der Hauptmacht unseres Gegners zu thun haben. Es handelte sich also einzig darum, ob der schon umzingelte und in den Flanken gefaßte Feind seine Hauptmacht bei Novara konzentriren werde, um da eine Hauptschlacht zu liefern, oder trachten werde, Vercelli zu erreichen, um sich in Verbindung mit seinen hinter der Sesia und hinter dem Po befindlichen Streitkräften zu vereinigen. Demnach waren alle Korps so aufgestellt, daß sie je nach den Verfällen sich entweder rechts nach Novara oder links nach Vercelli wenden konnten. Das zweite Armeekorps unter den Befehlen des Generals der Artillerie, d'Aspre war von Mortara auf der Hauptstraße nach Novara vorgerückt. Es folgte ihm das 3. und das Reservekorps; das 4. und das 1. bewegten sich in paralleler Richtung auf die Rückzugslinie des Feindes. Am 23., 11 Uhr Vormittags stieß das 2. Armeekorps bei Olengo auf den Feind, der anfänglich eine kleine Streitmacht entwickelte, um glauben zu machen, er habe nur eine Nachhut zur Deckung des Rückzugs. In dieser Voraussetzung rückte der Erzherzog Albrecht mit seiner Division schnell vor, es folgte ihm in einiger Entfernung die Division des Feldmarschallieutenant Scheffgotsch. Aber diese Voraussetzung zeigte sich irrig und man erkannte bald, daß man es mit der Hauptmacht des Feindes circa 50,000 Mann zu thun habe. Es entspann sich ein äußerst hartnäckiges Gefecht, welches von unserer Seite mit beispiellosem Muth durchgeführt wurde, indem der Feind mit nicht minderer Kraft angriff und immer wieder neue Kräfte in's Treffen führte. Der Erzherzog, welcher auf allen bedrohten Punkten persönlich erschien, vollbrachte Wunder der Tapferkeit und da er keinen Fußbreit weichen wollte, war unser Verlust auf dieser Seite bedeutend. Unterdessen rückte auch die Division Scheffgotsch in die Schlachtlinie, aber die Macht des Feindes war noch zu bedeutend, als daß ein so schwaches Korps ihr noch lange hätte widerstehen können. Von dem Stand der Dinge unterrichtet, ließ der Feldmarschall das 3. Armeekorps, welches der General d'Aspre schon zu seiner Unterstützung begehrt hatte, und noch außerdem das Reservekorps in forcirten Märschen vorrücken, während gleichzeitig dem 1. und 4. Korps Befehl gegeben wurde, sich auf die Flanke des Feindes zu richten. Ungefähr um 4 Uhr rückte das 3. Corps 14 Bataillon stark auf das Schlachtfeld, 7 Bataillon rückten in die Schlachtlinie, während die andere Hälfte sich mit dem Reservekorps, welches sich hinter dem Centrum befand, vereinigte. Um 6 Uhr traf auch das 6. Armeekorps ein und stellte sich quer über die Straße (a cavallo) von Vercelli auf. Nun begann von allen diesen Punkten ein koncentrirter Angriff auf den Feind, er konnte nicht widerstehen und fing an, überall sich zurückzuziehen, von seiner natürlichen Rückzugslinie zurückgedrängt, mußte er sich in die Berge werfen. Während des Rückzugs wurde Novara von den Piemontesen selbst geplündert und an verschiedenen Stellen angezündet. Der König C. Albert entsagte in der gleichen Nacht der Krone zu Gunsten seines Sohnes des Herzogs von Savoyen. Schon waren zur Verfolgung des Feindes Anordnungen getroffen, als Parlamentärs eintrafen, die einen Waffenstillstand begehrten. Am Tage darauf fand eine Unterredung zwischen dem neuen König und dem Feldmarschall statt, in Folge deren der Waffenstillstand wirklich abgeschlossen wurde. Die Bedingungen werden s. Z. bekannt werden. Der Verlust von beiden Seiten ist groß, doch derjenige des Feindes viel bedeutender, als der unsrige; das Schlachtfeld ist mit Todten bedeckt und tausende von Blessirten füllen die Spitäler von Novara. Unter den Todten und Blessirten von beiden Armeen befinden sich verschiedene Generäle und viele Oberoffiziere. Wir unterlassen die Namen derjenigen, die sich an diesem Tage mit Ruhm bedeckt haben, zu nennen; wir werden diese Pflicht erfüllen, sobald uns umständliche Berichte zugekommen sein werden. Mehrere 1000 Gefangene und viele Kanonen befinden sich in unsern Händen.

Welche Bestürzung und Ungewißheit in Turin geherrscht haben muß, ergibt sich aus folgender Publikation:

„Nicht durch Briefe, aber sonst auf zuverlässigem Wege erhalten wir die Nachricht, daß am 23. d. eine große Schlacht bei Novara stattgefunden; der Kampf war heftig bis zur Nacht. Der König, seine Söhne, die Armee haben Beweise außerordentlicher Tapferkeit gegeben, aber die Zahl der Feinde und ihre Artillerie trugen gegen Nacht den Sieg davon, die Unsern mußten sich zurückziehen, sie räumten Novara und zogen sich gegen Borgo Manero. Der Verlust war auf beiden Seiten sehr stark, man weiß nicht, wohin das Hauptquartier verlegt ist, wo der König ist und welches die Bewegungen der Oesterreicher sind. — Die von uns abgesandten Staffetten sind nicht zurückgekehrt, neue Staffetten werden diesen Morgen abgehen, wir hoffen bald genauere Nachrichten zu erhalten. Gebe Gott, daß sie besser seien!

Einwohner der Stadt! Die Augenblicke sind wichtig, fahret fort, dem Vaterlande und den freisinnigen Institutionen Beweise von Gehorsam und Liebe zu geben; die Regierung begreift die schweren Pflichten, die ihr obliegen, mit Hülfe der großherzigen Nationalgarde zweifelt sie nicht, sie erfüllen zu können. Turin, Sonntags 25., 11 Uhr V. M. Ratazzi, Minister des Innern."

In Bergamo und Brescia sind in Folge falscher Sieges-

Uebersicht.

Deutschland.

⁝ **Frankfurt,** 31. März. Gestern feierte der hiesige Bürgerverein die Jahresfeier des Tages, wo in Frankfurt das Vorparlament zusammentrat. In dem festlich geschmückten Saale des Wolfseckes waren gegen 400 Theilnehmer versammelt, darunter Heinrich von Gagern und alle Minister als Gäste. Den Vorsitz führte Hr. Dr. Varrentrapp. Die Stimmung der Gesellschaft war eine festliche und freudige. Unter den vielen Toast's heben wir folgende hervor. Auf das Vorparlament! von Dr. Burckhart. Auf den Reichsverweser! von Dr. Müller. Der Toast ward mit stürmischem Beifalle aufgenommen. Der geniale Humorist Dr. Hoffmann brachte in kurzen, eigenthümlichen, begeisternden Worten ein Hoch ans auf die Verfassung und den deutschen Volkskaiser! Großer Jubel. Als Dr. Schlemmer auf Gagerns Wohl! trank, erhob sich Gagern.

„Es ist ein Zeugniß, begann er, von der Armuth unserer Zeit, daß von dem Wenigen, was ein Einzelner gethan, so viel Aufhebens gemacht wird.“ (Stürmischer Widerspruch in der Versammlung). Dann gab er in wenigen Sätzen einen Ueberblick dessen, was seit einem Jahre geschehen. Endlich gedachte er der deutschen Zukunft! Alles in seiner unnachahmlichen und unwiderstehlichen Art. Hoffmann brachte ein Hoch auf den Tag der Wiedervereinigung mit den Oesterreichern! Möge er bald kommen! Nach guter altenglischer Sitte ließ man auch Heer und Flotte leben. Peucker trank auf das Schwert Deutschlands. Duckwitz: der deutschen Flotte, die eigentlich schon vorhanden sei. Er erinnert an eine Inschrift in Bremen: Navigare necesse est, vivere non necesse est! Auch Dahlmann's und anderer trefflicher Männer ward gedacht. Erst nach Mitternacht trennte man sich.

Es sind hier und gewiß überall im deutschen Vaterlande jetzt festliche Tage. Unsre Freude wird vollkommen sein, sobald die deutschen Fürsten ebenso rasch und ohne kleinliche Bedenken das Ihrige thun zur schließlichen Ordnung der vaterländischen Verhältnisse.

*** **Frankfurt,** 31. März. Das Hauptquartier der sog. Großdeutschen, d. h. die im „Hotel Schröder“ versammelte österreich-baierisch-ultramontane Fraktion hat ihre Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß der König von Preußen die erbliche Kaiserwürde nicht annehmen, daß also Deutschland an die Schwelle der Verwicklungen der ernstesten Art treten werde. Dieser „süßen“ Hoffnung sollen sich diese sog. Großdeutschen aber nicht ruhig überlassen, sondern sie haben in ihrer vorgestrigen Versammlung beschlossen, nicht allein den von ihnen (der Fraktion des „Hotel Schröder“) gegen die Kaiserwahl zu Protokoll gegebenen Protest, sondern auch (in ihrem Sinne und zu ihrer Absicht) eine Darstellung dessen, wie die Erbkaiserlichen zur Majorität gelangt, in Tausenden Exemplaren drucken und vertheilen zu lassen. Diese sog. Großdeutschen wollen also jetzt, wo die Nationalversammlung gesprochen, immer noch nicht in ihrer Agitation nachlassen. Wie ganz anders ist dagegen die Haltung der Demokratie! Nicht allein die der Paulskirche gehorcht dem ersten republikanischen Grundsatze, sich der Majorität zu fügen, sondern auch in allen Orten, so weit bis jetzt unsere Kenntniß reicht und selbst in dem doch roth angestrichenen Hanau haben die Demokraten in Erkenntniß der auf demokratischer Grundlage ruhenden deutschen Reichsverfassung die Wahl des erblichen deutschen Kaisers willig hingenommen und sie werden vorerst die Waffen ruhen lassen. Das kann aber von Keinem weggeläugnet werden, daß mit der Wahl des deutschen Kaisers allen das Gefühl eines neugesicherten Zustandes des Rechtes und der Freiheit überkommen und gewiß würde nichts niederschmetternder wirken, als die Nachricht, der König von Preußen habe die deutsche Kaiserkrone nicht angenommen. Möge der Genius des deutschen Vaterlandes dieses verhüten!

*** **Frankfurt,** 31. März. Die Motive, welche den allverehrten Erzherzog Johann bestimmten, die Würde eines Reichsverwesers Deutschlands niederzulegen, sobald es geschehen kann, ohne Deutschlands Wohlfahrt zu gefährden, liegen so klar vor, daß sie keiner nähern Andeutung bedürfen, gewiß auch außer dem Kreise einer öffentlichen Besprechung bleiben müssen. Wenn aber nun behauptet wird, es habe der Erzherzog-Reichsverweser deßhalb so rasch resigniren wollen, weil es der Präsident der Nationalversammlung im Drange der Geschäfte vergessen, den Reichsverweser alsogleich von der Wahl des deutschen Kaisers in Kenntniß zu setzen, so ist dies weit hergeholt. Uns freut es und gewiß Alle, zu vernehmen, der Gesundheitszustand des Erzherzogs habe sich so weit gekräftigt, daß Se. kaiserliche Hoheit das Zimmer wird bald wieder verlassen können. Von einer Reise könnte aber vorerst noch keine Rede sein.

Wien, 26. März. Wir erfahren so eben, daß eine Abtheilung ungarischer Insurgenten von etwa 2500 Mann bei Also-Verdezke einen Einfall in Galizien (Stryerkreis) versucht hat, sie wurden jedoch von G.-M. Freih. v. Barco mit 4 Kompagnien Infanterie und dem Landsturme zurückgeschlagen, mit dem Verluste von 130 Todten und 167 Gefangenen. (O.-D. P.)

Prag, 27. März. Der Streit der Serben mit Rukawina, dem kommandirenden General zu Temesvar, glimmt unter der Asche fort. Die Serben beharren auf seiner Entfernung und wollen, daß die Festung Temesvar unverweilt ihren Händen übergeben werde. Im Gegentheile drohen sie sich mit den Magyaren zu verbinden. (Vergl. Temesvar in der II. Beilage.)

A. Z. C. **Berlin,** 29. März. Die wichtigen Nachrichten, welche theils in dieser Nacht, theils heute Morgen hier von verschiedenen Seiten eingegangen sind, erhalten unsere Stadt in lebhafter Aufregung und bilden an allen öffentlichen Orten den Gegenstand eifriger Diskussionen. Die in Frankfurt nunmehr definitiv auf den König von Preußen gefallene Kaiserwahl steht dabei natürlich in erster Reihe. Die dadurch hervorgerufenen Empfindungen sind je nach dem Standpunkte der Parteien sehr verschieden und es hat sich dies nirgends schärfer ausgeprägt als in heutiger Sitzung des Magistrats, wo in sehr stürmischer Debatte darüber berathen wurde, ob und welche Empfangsfeierlichkeiten für die Deputation zu treffen seien, welche morgen zur Ueberbringung des Wahlresultats von Frankfurt erwartet wird. Man schien von einigen Seiten geneigt, das Ereigniß als ein freudiges aufzufassen, während auf einer andern die Freude offenbar durch die frühere Abstimmung eine Schmälerung erlitt, einzelne Elemente, die sich auf beiden Extremen fanden, auch wohl gar nichts davon wissen wollten. Dies dürfte ziemlich das Abbild der Stimmung in weiteren Kreisen sein, obwohl hier der geschmeichelte Stolz des Preußen doch am Ende die Oberhand behalten wird. Bei Hofe soll der Eindruck ein vorwiegend freudiger gewesen sein, wiewohl man dort über die Entschließungen des Königs noch eben so zweifelhaft ist, als früher, und die Vermuthung sogar steigt, daß der König auf die bloße Wahl der Frankfurter Versammlung, d. h. ohne Zustimmung der Fürsten, die Würde nicht annehmen werde. Der Magistrat hat endlich beschlossen, die Stadtverordnetenversammlung einzuladen, gemeinsam mit ihm eine Deputation niederzusetzen, welche die zum gastlichen Empfang der Deputation geeignet scheinenden Maßregeln beschließen möchte. In gewissen Kreisen befürchtet man als nahe bevorstehend eine große Schilderhebung der Demokraten in Sachsen für die deutsche Republik. Die hiesigen Demokraten sollen, wie es heißt, mit denen in Sachsen dieserhalb in sehr inniger Verbindung stehen. Es erheben sich deswegen Stimmen für eine Verschärfung des hiesigen Belagerungszustandes.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer heutigen Sitzung, dem Antrage des Magistrats wegen des Empfanges der Frankfurter Deputation beizutreten. Sie ernannte sieben Mitglieder, welche in Gemeinschaft mit den Deputirten des Magistrats das Weitere veranlassen sollten. Ferner beschloß sie einstimmig, dem ehemaligen Reichsminister Heinr. v. Gagern, in An-

erkennung seiner Verdienste, das Berliner Ehrenbürgerrecht zu ertheilen. Dieser Beschluß erfolgte auf den Antrag des Stadtverordneten Beck und 60 anderer Stadtverordneten. In Betreff des früher mitgetheilten Antrages des Magistrats, die Reorganisation der Bürgerwehr bis nach der Revision der Verfassung und Emanirung der Gemeindeordnung zu verschieben, beschloß man eine Deputation niederzusetzen, welche diesen Antrag zuvor in Berathung nehmen sollte.

△ **Berlin**, 29. März. Die Nachrichten aus Frankfurt werden verschlungen. Wie vorherrschend der Wunsch ist, daß Preußen sich innig mit Deutschland vereinige und auf die allein mögliche Art, wie überwiegend der Wunsch ist, daß unser König zum Kaiser erkoren werden und diese Wahl annehmen möge, das geht am besten hervor aus der allgemeinen Entrüstung gegen diejenigen Preußen, welche zur Verwerfung des Welcker'schen Antrages beigetragen. Die seitdem sehr gesunkene Stimmung ward durch den raschen Fortgang der zweiten Lesung wieder gehoben. Freilich hat das Wegfallen des Reichsrathes und vollends die Annahme des suspensiven Vetos auf unsere Doktrinärs wie ein niederschlagendes Pulver gewirkt, so daß sie noch jetzt, nach Eintreffen der lang gehofften Nachrichten nicht wissen, ob sie sich freuen sollten, oder noch forttrauern. Uns dünkt, daß jede Partei unrecht hat, welche auf einen vollständigen Sieg aller ihrer Ansichten sich Rechnung macht. Sie hoffen jetzt auf Bedingungen, welche der König stellen werde. Daß der König auf Zustimmung der übrigen, den Bundesstaat bildenden Fürsten, bestehen wird, steht sicher zu erwarten. Allein die Zustimmung der Fürsten wird nicht ausbleiben, wenn die Völker freudig ihre Zustimmung zu erkennen geben. Ich glaube nicht, daß es wohl gethan sein würde, jetzt durch allerhand Bedingungen das ganze mühsam gelungene Werk wieder in Frage zu stellen. Von der Befugniß*), den Kaisertitel zu führen, wird der König schwerlich Gebrauch machen.

Konst. Korr. **Berlin**, 29. März. Die Nachrichten aus Frankfurt a. M. und Wien brachten eine lebhafte und günstige Stimmung an der Börse hervor.

Konst. Korr. **Berlin**, 29. März. Der vom Ministerio mitgetheilte Entwurf einer Gemeinde-Ordnung läßt die bisherige ministerielle Vorlage vortheilhaft hinter sich; die Vorarbeiten der Nationalversammlung und des Frankfurter Parlament sind in ihm nicht zu verkennen. Prinzipiell ist besonders der Paragraph, welcher vom Wahlrecht handelt, bemerkenswerth. Nach demselben ist jeder vier und zwanzigjährige Ortsangehörige, der auf eigene Kosten eine Wohnung hat und 12 Monate in der Gemeinde wohnt, Wähler. Die Gemeinde wird durch einen Gemeinderath und Gemeinde-Vorstand verwaltet, beide von der Gemeinde gewählt. Ein Unterschied zwischen Stadt und Land ist mehrfach festgehalten. Der Entwurf wird für den ganzen Staat Geltung bekommen und zeichnet sich durch Kürze und Bündigkeit vor der bisherigen Gesetzgebung aus. Zu Morgen wird bereits die Frankfurter Deputation, welche unserem Könige die Nachricht von der Wahl und die Bitte um Annahme der schweren Würde überbringen wird erwartet. In allen öffentlichen Lokalen der Stadt liegt ein mit schwarzem Trauerrande versehenes „Verzeichniß der Preußen, die in der Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. gegen die Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an Friedrich Wilhelm IV. gestimmt haben. Obenanstehen." Heinrich Simon aus Breslau und Temme **) aus Münster mit besonders fetter Schrift gedruckt.

München, 28. März. Dem Vernehmen nach wird bezüglich des „Verkaufes von Zeitschriften und Flugblättern in den Straßen" eine Verordnung erscheinen, welche diesen Verkauf sowie den Hausirhandel mit Zeitschriften aufhebt und denselben auf die Expeditions-Lokale beschränkt. Am Montag früh gegen 6 Uhr ist dabier ein Literat verhaftet worden, welcher der literarischen Hauptbetheiligung an dem hier erscheinenden „Freisinnigen", einem Blatte antiultramontaner Tendenz, beschuldigt sein soll. (N. K.)

---

*) Hier scheint ein Irrthum obzuwalten. Er ist wahrscheinlich durch die Fassung der telegraphischen Depesche veranlaßt, wie sie in allen berliner Blättern steht: „Es ist angenommen worden, daß das Reichsoberhaupt den Titel „„Kaiser der Deutschen"" führen dürfe."

**) Wir brauchen nicht erst zu bemerken, daß Heinrich Simon schon für die Erblichkeit, beide Herren für den König von Preußen gestimmt haben.

Nürnberg, 29. März. Vom 1. k. M. an wird die Strecke der „Südnordbahn" von hier bis Schwabach (1 Poststunden von Nürnberg gegen Süden zu) dem Verkehr übergeben. (Nürnb. Korr.)

§ **Leipzig**, 29. März. Die soeben verbreitete Nachricht, daß der König von Preußen zum deutschen Kaiser erwählt sei, hat einen Taumel der Freude erregt. Selbst die Leute, welchen ihre Führer vorgelogen haben, künftig dürften sie nur in's Bierhaus gehen und sagen: Wir wollen Das und Das, so müsse es geschehen, selbst diese Leute fangen an einzusehen, daß ihre Leiter erbärmliche Pfuscher sind, und wenn sie bisher für die große deutsche Sache durch Worte noch nicht zu begeistern gewesen sind, so werden Thatsachen nicht verfehlen, auf sie den rechten Eindruck zu machen. Und hoffentlich beginnt ja nun die Zeit, wo wir von Deutschlands Thaten hören werden!

* **Freiberg**. Nach dem Dresdener Journal hat das Ministerium die Wahl des bekanntlich steckbrieflich verfolgten Advokaten Erbe aus Altenburg zum Nationalvertreter in Frankfurt kassirt, „weil das dritte Mitglied der Wahldeputation von Seiten der Stadtverordnetenschaft der Wahlhandlung nicht beigewohnt hat."

* **Freiburg**, 29. März. In der heutigen Sitzung des Gerichtshofes ergreift Brentano das Wort für die Angeklagten, worauf Staatsanwalt v. Wänker in einer von persönlicher Ueberzeugung wie von dem positiven Inhalt des Gesetzes getragenen Rede alle Anklagepunkte energisch zusammenfaßt. Brentano, dem man Kunst der Rede und advokatische Virtuosität nicht wohl absprechen kann, antwortet in einer Replik, welcher es an rednerischem Feuer und polemischer Lauge keineswegs fehlt. Der leidenschaftlich revolutionäre Standpunkt, auf welchem Brentano steht, gewährt freilich eine Menge Hilfsmittel, wie sie der Angreifende vor demjenigen immer vorauszuhaben pflegt, der sich mehr auf die bloße Vertheidigung des Bestehenden und Gültigen beschränkt sieht. Hierauf kommt man zu der Aufstellung der den Geschwornen zur Beantwortung vorzulegenden Fragen. Der Gerichtshof entscheidet sich dafür, daß sie nicht sofort, sondern erst morgen vorgenommen werden soll. Brentano und die Angeklagten verlangen die Fragestellung sofort, und obschon die Staatsanwaltschaft sich mit dieser Forderung der Gegenpartei einverstanden erklärt, so lautet der Beschluß des Gerichtshofes, der die Sache noch einmal in Berathung zieht, doch ablehnend. Wahrscheinlich wird morgen das Urtheil gefällt werden. Wir kommen auf die gestrige Sitzung zurück. Wie schon erwähnt, motivirte gestern Staatsanwalt Winter die Anklage auf Befund der jetzt bekannt gewordenen Beweismittel. Die Angeklagten, sagte er, hätten einen Streit über politische Grundsätze zu führen gesucht, wo es sich doch nur um Thatsachen gehandelt, durch welche die Angeklagten das Gesetz übertraten, sie hätten die Staatsanwalte Vertreter der Regierung, Vertreter der Monarchie genannt, während sie doch nur als Vertreter des so schwer verletzten Gesetzes daständen. Der Redner legt nun dar, wie die badische Regierung nach der Februarrevolution alle nur immer möglichen Zugeständnisse gemacht und die Bahn friedlicher Reformen betreten habe, wie nichts desto weniger eine Partei, die weder in den badischen Kammern noch im Parlament zu Frankfurt die Mehrheit gehabt, die Brandfackel des Bürgerkriegs in's Land geschleudert und ihm so unsägliches Elend bereitet habe. Staatsanwalt Winter kommt hier ausführlicher auf den ersten Freischaarenzug zu sprechen und hebt dann weiter hervor, wie Struve trotz dem Scheitern desselben seinen Plan nicht aufgegeben, wie er alle Vorbereitungen zu einem zweiten Versuch getroffen, Brandschriften in's Land geworfen, die ganze Rheingränze mit einem Netz von Ausschüssen umgeben und die Flüchtlinge organisirt habe. In dem von Struve und Heinzen entworfenen „Plane zur Republikanisirung Deutschlands" sei das Bekenntniß vorangestellt, daß die Gerechtigkeit ihrer Sache nicht genügen werde, ihr den Sieg zu verschaffen, daß es mithin als lächerliche Thorheit und verderbliche Schwäche erscheinen würde, wenn man nur humane, auf bloß moralische Ueberzeugung berechnete Mittel anwenden wolle; vielmehr sprächen die Verfasser jenes Planes den „verworfenen" Grundsatz aus, „daß alle Mittel, welche zur Sicherung ihrer Sache nothwendig seien, auch gerecht seien." Der Redner kommt nun auf den zweiten Freischaarenzug zu sprechen, stellt dar, wie Struve nicht blos für Baden, sondern für ganz Deutschland die Republik proklamirt, eine provisorische Regierung eingesetzt, in einem Regierungsblatt zur bewaffneten

Erhebung aufgerufen, das Kriegsgesetz verkündigt habe u. s. w. Der Redner fuhr dann fort: „Das Volk wurde zur Theilnahme durch Mittel, die vor der Moralität nicht bestehen können, durch Verbreitung falscher Nachrichten, Eröffnung von Vortheilen, die den Eigennutz der Menschen lockten, verleitet und durch Gewaltmittel, Standrechtsandrohung gezwungen. Dabei kamen Excesse vielfacher Art vor, Erpressung von Loskaufssummen, Wegnahme öffentlicher Kassen im ungefähren Betrag von 20,000 fl., Verletzung des Briefgeheimnisses, Aneignung von Geldern durch Freunde der Angeklagten u. dgl. m. In Folge des Aufstandes wurde ein Soldat bei Staufen getödtet und 8, zum Theil sehr schwer, verwundet. Auch der Gensd'arm Fritz fiel als Opfer eines von Struve veranlaßten Ueberfalls in Kleinlaufenburg.“ Schließlich fordert er von den Geschwornen für solches frevelhafte Beginnen Sühne, gerechte Sühne und Schutz für Gesetz und Ordnung. Hierauf ergreift Struve zu seiner Vertheidigung selbst das Wort in einer längern Rede, für deren Hauptstellen Sie mir wohl in einer der nächsten Nummern Ihrer Zeitung etwas Raum gönnen.

⊙ **Rinteln**, 29. März. Gestern hat der Vorstand und Ausschuß des hiesigen nationalen Vereins nachfolgende Adresse an die Nationalversammlung einstimmig angenommen, welche heute an den Ort ihrer Bestimmung abgegangen ist:

„Hohe Nationalversammlung! Die Verwerfung des Welcker'schen Antrags und der dadurch herbeigeführte Sturz des Ministeriums Gagern hat uns mit tiefem Schmerz und mit bangen Sorgen um die Zukunft des Vaterlandes erfüllt. Wir betrachten noch immer das Gagern'sche Programm als den einzigen Rettungsanker Deutschlands, und sprechen dem Deputirten Welcker und den 252, welche auf dieser Grundlage durch eine hochherzige That das Vaterland zu retten versucht haben, unsere dankbare Anerkennung aus. Wir rufen hingegen den 283, welche durch ihre unnatürliche, nur in der Verneinung starke Koalition das Vaterland an den Rand des Abgrundes gestoßen und zum Spott des Auslandes gemacht haben, die furchtbare Verantwortung in's Gewissen, die sie durch jene Abstimmung und deren Folgen auf sich geladen haben. Wenn das deutsche Verfassungswerk — was Gott verhüten wolle — jetzt noch scheitern sollte, so wird Deutschlands Fluch zermalmend auf die Glieder dieser Koalition fallen. Wir rufen endlich den österreichischen Abgeordneten zu, daß sie nach jedes Unbefangenen Urtheil gar keine Berechtigung mehr haben, ihre Stimmen in die deutschen Angelegenheiten zu mischen, seitdem Oesterreich durch die Ollmützer Verfassung sich den Eintritt in den Bundesstaat unmöglich gemacht hat. Mit dem Schmerz der Verzweiflung in der Brust fragen wir noch einmal: Soll Deutschland das Opfer einer österreichisch-landsmannschaftlichen Intrigue werden?! Oesterreichische Brüder, das könnt, das dürft Ihr nicht wollen! Wir wenden uns nochmals an Euer politisches und moralisches Ehrgefühl. Lasset das ehrenhafte Beispiel Würth's, Arneth's, Kaiser's nicht für Euch verloren gehen! Deutschlands Stärke ist auch Eure Stärke, Deutschlands Schwäche ist auch Euer Verderben!“

Diese Adresse ist übrigens immer noch ein matter Ausdruck der hier und wohl in ganz Norddeutschland herrschenden Entrüstung über das ehr- und gewissenlose Verhalten der österreichischen Deputirten. Doch äußert man sich auch gewiß mit Recht sehr bitter über die halben Maßregeln der Nationalversammlung, daß nämlich nicht vor der zweiten Lesung der Verfassung die Vorfrage zur Abstimmung gebracht worden ist, ob überhaupt die Oesterreicher rechtlich noch mitstimmen könnten. Freilich hätten sie bei der Entscheidung dieser Vorfrage nicht selbst mitstimmen dürfen! Am meisten empört ist man über den Exminister Schmerling, welcher mit mephistophelischer Schadenfreude der Versammlung den Bankerott vorwirft, den er selbst auf jede mögliche Weise herbeizuführen gesucht hat! Ja erst seit den Erlebnissen des 21. März habe ich es begreifen und nachempfinden können, wie die Verzweiflung am Vaterland unsern trefflichen Ludw. v. Baumbach hat nach Amerika treiben können. Gegenüber der mehr als zweideutigen Figur Schmerling's — wie rein steht unser Gagern da. Die innige Verehrung, welche man hier gegen diesen seltenen Staatsmann hegt, spricht sich in einer Zuschrift aus, welche der Vorstand des hiesigen nationalen Vereins heute an denselben hat abgehen lassen.

⊙ **Jena**, 27. März. Am 24. d. Mts. starb hier in noch nicht vollendetem 67. Jahre der um Wissenschaft und Kunst so hoch verdiente Geh. Hofrath Johann Wolfgang Döbereiner, Professor der Chemie und Pharmacie. Die uneigennützige Veröffentlichung und Verbreitung seiner vielfachen nicht nur interessanten, sondern auch großen Nutzen gewährenden Erfindungen im Bereiche seiner Wissenschaften werden dem Manne allgemeine Hochachtung und einen bleibenden Namen bewahren.

Hildburghausen, 28. März. Aus hiesiger Stadt ist heute folgende, mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse nach Frankfurt abgegangen:

„Hohe Nationalversammlung. Nachdem durch die Verfassung vom 4. März den deutschen Provinzen Oesterreichs der Eintritt in den deutschen Bundesstaat unmöglich gemacht ist, nachdem diese Provinzen keinen Protest gegen die Rechtsbeständigkeit jener Verfassung eingelegt haben, nachdem endlich ein solcher Protest von der Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten abgelehnt worden ist, hat Oesterreich jede Berechtigung verloren, an der Bildung des deutschen Verfassungswerkes Theil zu nehmen. Wir sprechen daher den dringenden Wunsch aus: Hohe Nationalversammlung möge die Verfassung ohne Mitwirkung der österreichischen Abgeordneten endgültig beschließen.“

Schleswig. Die Landesversammlung hat am 26. zwei Sitzungen gehalten. In der Morgensitzung ward ein Schreiben der gemeinsamen Regierung verlesen, worin dieselbe dem Präsidenten der Landesversammlung und dieser selbst die Anzeige macht, daß sie ihre Funktion mit dem Schluß des Tages als erloschen betrachte.

In der Abendsitzung, welche um 8 Uhr begann und um 11½ Uhr endete, ward sodann ein Schreiben des außerordentlichen Reichskommissars Dr. Souchay an die gemeinsame Regierung verlesen, in welchem dieselbe ersucht wird, ihr Amt in die Hände der ernannten Statthalterschaft niederzulegen und die Landesversammlung davon in Kenntniß zu setzen. Eine Anlage, eine Art Proklamation, wiederholt im Wesentlichen den Inhalt des früher übergebenen Gagern'schen Schreibens, die Konstituirung einer Statthalterschaft, aus Reventlow, Beseler und einem von Beiden zu wählenden Dritten bestehend, und schließt mit einer Aufforderung an alle Behörden, Angehörige und Einwohner der Herzogthümer Schleswig-Holstein, den Anordnungen der Statthalterschaft die pünktlichste Folge zu leisten und die kräftigste Unterstützung zu leihen.

In dieser Proklamation war nicht erwähnt, daß der zu erwählende Dritte der Zustimmung der Landesversammlung bedürfe, wie es durch den neulichen Beschluß der Landesversammlung festgestellt war. Aus diesem Grunde beantragte Synd. Prehn die Niedersetzung eines Komite zur Begutachtung der Vorlage, welches nach halbstündiger Berathung den Antrag stellte: 1) die Landesversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß Graf Reventlow aus Preetz und W. Beseler bis zum Eintritt des dritten Mitgliedes in die Statthalterschaft diese allein bilden; 2) die Landesversammlung behält sich mit Rücksicht darauf, daß ihrer Zustimmung zu dem dritten Mitgliede in der Verfügung des Reichskommissars nicht ausdrücklich gedacht ist, in Uebereinstimmung mit ihrem Beschluß vom 20. März ihre Zustimmung vor. Dieser Antrag ward ohne Debatte einstimmig angenommen. Die Versammlung schloß mit einem dreimaligen Hoch auf die Statthalterschaft.

Einem dringlichen Antrag des Syndikus Prehn, der gemeinsamen Regierung für ihre Aufopferung den Dank der Versammlung auszusprechen (zu Anfang der Abendsitzung) ward die Dringlichkeit, namentlich auf Th. Olshausen's Einsprache, nicht zuerkannt und derselbe an ein Komite verwiesen. Die Versammlung trennte sich unter einem dreimaligen Hoch auf die Statthalterschaft. (S. H. Z.)

Hamburg, 28. März. Das Dampfschiff „Merkator“, Kapt. Robert. Cook, von Leith, gestern Nachmittag zu Kurhaven angekommen, berichtet, daß er eine dänische Fregatte, (wahrscheinlich „Thetis“) in der Nähe von Helgoland gesehen und mit derselben signalisirt habe.

Heute Nachmittag ist ein Regiment königlich sächsischer Linien-Infanterie (2 Bataillons) hier durchmarschirt. (B. H.)

Italien.

Wir geben zur Vervollständigung unserer gestrigen Berichte noch folgende zwei Briefe der Allg. Ztg.:

Hauptquartier **Vespolato**, 24. März. Nach einer ungemein blutigen Schlacht bei Novara, wo von feindlicher Seite Karl Albert und Chrzanowski kommandirten und wo die Piemontesen auf allen Seiten geschlagen wurden und eine gänzliche Niederlage erlitten, rückten ihnen gestern Nachmittag und während der Nacht zwei unserer Armeekorps von Vercelli her in die Flanke, und umwickelten sie dergestalt, daß der König sich heute morgen genöthigt sah, Parlamentäre in unser Hauptquartier zu schicken und um einen vorläufigen Waffenstillstand zu bitten. Die Bedingungen, unter welchen ihm dieser bewilligt ward, sind folgende: das Land bis zum Sesia bleibt von unseren Truppen besetzt, Alessandria wird übergeben, das Heer auf den Friedensfuß gesetzt, alle Lombarden, Polen 2c. entlassen, und der Kronprinz, Herzog von Savoyen, als

Uebersicht.

Aus Rußland.

Man kann die Bevölkerung Rußlands nach Maßgabe ihrer politischen Bedeutung in drei Theile sondern, wovon der Adel, das Beamtenthum und die eingebürgerten Ausländer den ersten Theil bilden; den zweiten Theil macht die große Masse der Einwohner Großrußlands mit Einschluß der Armee aus; den dritten Theil endlich bilden die Bewohner jener Länder, welche, obwohl dem großen Länderkomplexe, der von Finnlands kalten Felsen bis in Persiens heiße Wüsten reicht, angehörend, doch mehr oder weniger traditionelle und nationale Antipathieen gegen das Zarenthum nähren.

Im Allgemeinen ist das Volk noch zu verdummt und roh, als eine Ahnung zu haben von dem, was bei uns bereits zur Lebensbedingung geworden. Dazu kommt, daß der aufgeklärtere Theil, derjenige, welchen wir als den ersten bezeichnet haben, es durchaus nicht in seinem Interesse findet, freisinnige Ideen unter dem Volke zu verbreiten. Denn eben darin liegt das große Geheimniß der Stärke des Absolutismus, daß er das den Menschen, je nach ihrer Begabung, verschieden innewohnende Bedürfniß des Herrschens und Gehorchens, auszubeuten weiß wie kein anderes System. Der Unverstand der Massen bildet seine Grundlage, der Verstand Einzelner seine Spitze. Den Adel, das Beamtenthum und die eingebürgerten Ausländer in Rußland zwingt das eigene Interesse, der bestehenden Ordnung oder Unordnung das Wort zu reden, da sie durch eine Revolution Alles verlieren und nichts gewinnen würden. Ich kenne in Rußland eine Menge Edelleute, die entschiedene Feinde des Kaisers sind, aber dennoch mit ihm stehen und halten, weil sein Sturz auch ihren Sturz nach sich ziehen würde.

Die in Rußland angesiedelten Ausländer, zum größten Theil Deutsche, sind so gefügige Sklavenseelen, daß sie in dieser Beziehung die Russen noch überbieten. Die Kolonisten in den südrussischen Bezirken kümmern sich um keine andere Presse als ihre Weinpresse, und verlangen nach keiner andern Kultur als der Kultur ihrer Gärten und Aecker. Sie sind stolz auf die Privilegien, welche ihnen der Kaiser gegeben, und würden ihre Freiheiten zu Gunsten der Freiheit Aller wahrlich nicht freiwillig opfern. Die Hunderttausende deutscher Krämerseelen, welche in Petersburg, Moskau und den größeren Provinzialstädten wohnen, würden lieber sammt und sonders auswandern, als eine Revolution in Rußland befördern oder auch nur mitmachen. Die Nachtheile des Volks sind ihr Vortheil und eine Erhebung der Russen würde den Untergang aller Deutschen in Rußland zur ersten unvermeidlichen Folge haben. Das wissen die Deutschen dort sehr gut, und sind daher die allergetreuesten Verehrer des Kaisers, denn ein gesichertes materielles Wohlleben und nicht Befriedigung höherer geistiger Interessen war es, was sie zur Auswanderung nach Rußland trieb. Der höchste Aufschwung des deutschen Liberalismus in Rußland besteht darin, in der Stille hin und wieder ein verbotenes Buch zu lesen, und die kühne That irgend einem gleichgesinnten Freunde unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit mitzutheilen; etwa wie ein vormärzlicher Altösterreicher sich schon für einen ungeheueren Fortschrittsmann und Liberalen hielt, wenn er bei nächtlicher Lampe im trauten Kämmerlein die verpönten „Grenzboten" durchblätterte.

Daher dürfen wir uns durchaus nicht über die Thatsache wundern, daß unsere Einheits- und Freiheitsbestrebungen bei unsern „wohlgesinnten" Brüdern in Rußland nichts als ein mitleidiges Achselzucken oder ein spöttelndes Lächeln erzeugen. Ereignet es sich ausnahmsweise einmal, daß irgend ein Deutscher in Moskau oder Petersburg Sympathieen für den Aufschwung seines Vaterlandes äußert, so kommt man solchem „Rebellen" bald auf die Spur und schickt ihn über die Grenze oder, wenn er russischer Unterthan ist, nach Sibirien. Hier ein kurzes Beispiel zur Veranschaulichung solchen Verfahrens:

Dr. H. aus Marburg, ein deutscher Philolog, der seit einer Reihe von Jahren an der Universität von Moskau docirte, hatte in einem Briefe an seine Angehörigen sich ausführlich über die Neugestaltung Deutschlands ausgesprochen und seine Meinung dahin geäußert, daß das Frankfurter Parlament bei seiner großen Mäßigung zu nichts führen würde, als zu einer neuen Auflage des alten Bundestags.

Der Brief wurde, wie das in Rußland so üblich ist, erbrochen, und statt nach Deutschland, an die Direktion der geheimen Polizei in Petersburg befördert. Acht Tage darauf erhielt Dr. H. die Weisung: „Wegen unberufener Einmischung in Sachen, die ihn nichts angehen, Moskau binnen 24 Stunden zu verlassen".

Dr. H. wendet sich an den ihm persönlich bekannten General-Gouverneur von Moskau, um eine Verlängerung der ihm zur Abreise anberaumten Frist zu verlangen, da seine Frau gefährlich krank war und noch andere gewichtige Hindernisse seine schleunige Abreise unmöglich machten. Der General-Gouverneur erfüllt auf eigene Verantwortlichkeit die Wünsche des Dr. H. und bedeutet diesen noch nebenbei, die ganze Sache ließe sich vielleicht niederschlagen, wenn Dr. H., sich auf sein früheres politisch makelloses Leben berufend, ein Bitt- und Entschuldigungsschreiben nach Petersburg schickte, worin er sich anheischig machte, künftig seine politischen Ansichten nicht wieder per Post zu expediren.

Dr. H. war indeß Ehrenmann genug, auf diese Vorschläge nicht einzugehen. Er kam um seine Dienstentlassung ein und verließ Rußland, sobald seine Frau einigermaßen hergestellt war. Vor einiger Zeit traf Dr. H. glücklich in Heidelberg ein, wo er einstweilen seine Wohnung aufgeschlagen. Seine Dienstentlassung war gerade ein halbes Jahr vor Ablauf der Zeit erfolgt, wo er, nach russischen Gesetzen, Anspruch auf eine bedeutende Pension gehabt hätte. Es wurde ihm hohen Orts bedeutet, man sei nicht abgeneigt, ihm wegen des Ausnahmsfalles auch vor Ablauf des gesetzlich bestimmten Termins die Pension von 1000 Silberrubeln zu bewilligen, wenn er ein Bittgesuch zu diesem Zwecke einreiche. Das soll denn auch wirklich geschehen sein, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Pension richtig ausgezahlt werde, um dem Dr. H. den Mund zu stopfen. Denn der Kaiser von Rußland, der sich in seiner despotischen Machtvollkommenheit vor den Bajonetten von ganz Europa nicht fürchtet, hat eine ganz unbeschreibliche Furcht vor jeder Feder in der Hand eines mit den russischen Zuständen vertrauten Mannes. (D. R.)

Aus Amerika.

Newyork, 7. März. So stehen wir denn am Eingange eines neuen politischen Quadrenniums; General Taylor ist vorgestern mit den üblichen Feierlichkeiten unter freiem Himmel und im Angesichte des Volks als Präsident der vereinigten Staaten auf dem Kapitol der Bundesstadt inaugurirt worden. Die auffallend kurze Antrittsbotschaft Taylors enthält über die Handelspolitik der neuen Verwaltung eine ziemlich verständliche Andeutung. Der Präsident sagt:

„Es wird mein Bestreben sein, dem Kongresse solche konstitutionellen Maßregeln zu empfehlen, wie sie für die gesellschaftliche Aufmunterung und den Schutz der großen Interessen des Ackerbaues, Handels und der Manufakturen, sowie für die Verbesserung unserer Flüsse und Häfen, für die schnelle Abtragung der öffentlichen Schuld, für die strengste Verantwortlichkeit aller Beamten der Regierung und die größte Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben nöthig und nützlich sein mögen. Doch steht es bei der Weisheit des Kongresses selbst, dem die Konstitution alle gesetzgebende Gewalt überließ, diese und andere Fragen unserer innern Politik zu ordnen. Mit Vertrauen werde ich von dem aufgeklärten Patriotismus dieser Versammlung die Annahme solcher ausgleichenden Maßregeln erwarten, welche Harmonie in die sich widersprechenden Interessen bringen und dahin wirken werden, das Fortbestehen unserer Union, welches der wichtigste Gegenstand unserer Wünsche und Hoffnungen sein sollte, zu sichern."

Also eine Politik der Vermittlung zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern, ähnlich wie sie bei Ihnen Hrn. Duckwitz zur Aufgabe geworden ist. Die letzte Entscheidung bleibt dem Kongresse überlassen. Für denselben rechnen die Demokraten auf eine Mehrheit von 6 Stimmen im „Hause", die Whigs auf ein Uebergewicht von 37 Stimmen im Senate. Möglich daß Taylor sehr bald einen außerordentlichen Kongreß zu berufen haben wird, um die Verhältnisse Kaliforniens zu regeln, denn die beiden Häuser des nunmehr beendigten Kongresses konnten in dieser Frage nicht zur Einigung gelangen. Das „Haus" wollte mit 126 gegen 86 Stimmen das s. g. Wilmot-Proviso (Ausschließung der Sklaverei) in die kalifornische Bill aufgenommen wissen, was der Senat verweigerte. In seinen letzten Tagen hat der Kongreß noch auf weitere fünf Jahre die Regierungszuschüsse für die Dampfschifffahrt nach Bremen und Havre, so wie eine Summe für die Gesandtschaft bei der deutschen Reichsgewalt bewilligt. Für den Ankauf der hinterlassenen Papiere Washingtons und Monroes wurden 40,000 D. ausgesetzt.

In der letzten Sitzung des Kongresses entehrten die Senatoren Foote und Kameron den Sitzungssaal des Senates durch eine Prügelei; sie wurden auseinander gebracht, und konnten sich deshalb nur das Vergnügen machen sich gegenseitig Grobheiten zu sagen.

Auch im „Hause" kam es zu schändlichen Prügeleien und Gemeinheiten; zuerst ging es zwischen den ehrenwerthen Repräsentanten Bayly, Root, Giddings und Meade los; später schlug Johnson von Arkansas den Herrn Ficklin von Illinois nieder. Wahrscheinlich hatten die Herren, um sich etwas zu stärken, im Laufe der Nacht sehr tief ins Brandy-Glas geschaut. (W. Z.)

Deutschland.

0 **München**, 28. März. Die neuste Brochüre des Staatsrath Maurer, welche er nur für den engern Kreis seiner Freunde hat drucken lassen, beschäftigt sich wieder mit dem Lola-Indigenat, einer Angelegenheit, über welche der Verfasser sich trotz allen Bemühungen nicht zu rechtfertigen vermag. Wie die früheren erministeriellen Flugschriften, die von beiden Seiten über diese Frage erschienen sind, ist die Vertheidigung schwach, die Angriffe auf den Gegner aber sind schlagend: der Sünden sind eben auch hüben und drüben so schwere begangen worden, daß es dem Gegner leicht sein konnte, sie zu entdecken, dem Angegriffenen aber schwer wird, sich zu reinigen. Welcher Art von Leuten Abel das Indigenat verlieh, davon gibt diese Schrift einige Musterbeispiele. So erinnert Maurer unter andern an die Verleihung des Indigenats an einen Priester, der, nachdem er baierischer Priester gewesen, aber aus Disziplinargründen von seiner Stelle entsetzt worden war, hierauf in die Schweiz ging, dort die Religion wechselte, sodann im Großherzogthume Baden heirathete, und Vater von sieben Kindern wurde, später aber auch diese verließ, um von Neuem zu konvertiren und wiederum Priester zu werden. Derselbe suchte hierauf um das Indigenat in Baiern nach, erhielt dasselbe auf Betreiben des Herrn von Abel und funktionirte seit jener Zeit als baierischer Priester.

Wenn Hr. v. Abel in seiner Vertheidigungsrede in der Kammer der Abgeordneten in gerührtem Tone von den Opfern sprach, die er als Familienvater durch Zurückgabe seines Portefeuille's seiner Ueberzeugung brachte, wenn er schmerzlich klagte, statt des hohen Ministergehalts nunmehr nur noch 2000 fl. jährlich erhalten zu haben, so erfahren wir nun, daß derselbe damals 4000 fl. Ruhegeld erhielt und den Gehalt eines Gesandten von Brüssel bezog, ohne Stammsried zu verlassen. Wir erfahren ferner, daß derselbe jetzt noch monatlich 900 fl. bei Eichthal erhebt, obgleich er schon lange von Turin abberufen worden ist. Außerdem hat er bekanntlich noch das Lehengut Stammsried vom König Ludwig zum Geschenke erhalten. Das sind die bedeutenden Opfer, die Abel bei der Niederlegung seiner Stelle um seiner Ueberzeugung willen auf den Altar des Vaterlandes niederlegte. Der Finanzminister aber, der demselben den hohen Gesandtengehalt jetzt noch auszahlen läßt, verdiente wahrlich wegen Verschleuderung der Staatsgelder in Anklagestand versetzt zu werden.

† **Aus der Pfalz**, 27. März. Schon seit einiger Zeit ist in der Pfalz vielfach das Verlangen nach Hebung der politischen Blätter, sowohl nach der demokratischen als der konstitutionellen Seite hin, laut geworden. Die zwei Blätter, welche gegenwärtig die politische Stimmung der Pfalz größtentheils lenken, die neue Speierer Zeitung und der in Kaiserslautern erscheinende Bote für Stadt und Land haben sich in mehr als einer Hinsicht als ungenügend und die politische Ehre der Pfalz nicht vollkommen wahrend erwiesen. Obschon von wesentlich demokratischer Richtung erschien den Demokraten von Profession der Geist der reinen Demokratie, der sozialen Republik doch nicht gehörig in ihnen ausgeprägt. Deshalb wurde mit der Gründung der demokratischen Volksvereine durch den Dr. Hepp zu gleicher Zeit auch ein Vereinsblatt ins Leben gerufen, durch welches dieses neue Licht in vollster Klarheit und Eindringlichkeit im Volke verbreitet werden sollte. Diese Wünsche und Hoffnungen waren aber nicht sogleich auch zur Ausführung gebracht. Das Blatt sank bald so sehr unter alle Kritik herab, daß es mehr nur aus gezwungener als freier Theilnahme gehalten wurde und auf dem Demokratenkongreß am 4. März machte sich die allgemeine Unzufriedenheit in den entschiedensten Mißbilligungen Luft. Auf dem am 18. d. M. zur Verbesserung der Vereinsangelegenheiten abgehaltenen, mit einem heitern Bankett beschlossenen Kongresse, kam dieser Gegenstand abermals zur Sprache. Aber guter Rath war eben so theuer wie früher. Es wollte sich immer noch kein Mann finden, dessen Feder kräftig und gewandt genug schien, um ein solches Blatt mit Würde und Erfolg zu redigiren, und die Sache der Demokratie zu der Ehre zu bringen, die man für sie wünscht. Ohnehin scheint die an manchen trefflichen Produkten reiche Pfalz für das literarische Gebiet einen nicht sonderlich günstigen Boden zu haben. Was in dieser Hinsicht hier produzirt wird, trägt fast ohne Ausnahme den Stempel der Unzeitigkeit und Oberflächlichkeit und kann von gewissen Gemeinplätzen nicht loskommen. Aber am wenigsten kann man unsern Demokraten, deren Gedanken viel zu kurz zu sein scheinen, um auf dem längeren Wege durch die Feder bis an's Tageslicht zu kommen, eine Hebung unserer politischen Blätter erwarten. Sie haben es auch selbst gefühlt, und sich vor der Hand auf eine nachdrückliche Empfehlung des Kaiserslauterer Boten beschränkt.

÷ **Stuttgart**, 28. März. Das Ministerium hat heute einen nicht unwichtigen Sieg erfochten. Es stand die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die provisorische Forterhebung der Steuern bis zum 30. Juni l. J. an der Tagesordnung. Die Finanzkommission hatte, im Hinblick auf die dadurch zu befördernde Beschleunigung der Berathungen der Kammer, die Forterhebung nur bis zum 31. Mai bewilligen wollen, und der Abgeordnete Schnitzer, damit noch nicht zufrieden, diesen Termin bis zum 30. April zu verkürzen den Antrag gestellt, gewissermaßen als Strafe, daß die Regierung noch immer das Wahlgesetz nicht eingebracht: die Kammer aber lehnte zuerst mit großer Majorität den Schnitzer'schen Antrag, dann, in namentlicher Abstimmung, mit 44 gegen 28 Stimmen auch den Antrag der Kommission ab und trat, ebenfalls in namentlicher Abstimmung, mit 53 gegen 21 Stimmen dem Gesetzentwurf bei. Augenscheinlich wäre die Annahme des einen oder des anderen der genannten Anträge, wenn auch möglicherweise ein Sporn für die Kammer, doch jedenfalls zugleich ein Ausdruck des Mistrauens gegen die Regierung gewesen; eine Aeußerung des Abgeordneten Becher: „man muß der Kammer das Recht der Steuerverweigerung entweder ganz nehmen oder die Sache auch mit Ernst behandeln" zeigt klar genug, wie die Minorität ihre Abstimmung verstanden hat und eben deshalb ist das Resultat der Abstimmung von Bedeutung. Es verdient übrigens bemerkt zu werden, daß am Schluß der Sitzung von einigen, erst nach der Abstimmung eintretenden Mitgliedern ausdrücklich Verwahrung dagegen eingelegt wurde, daß in Zukunft, wie es diesmal geschehen, ein Gegenstand von solcher Bedeutung zur Berathung gelange, ohne vorher angekündigt zu sein. Die Antwort des Präsidenten klang so verlegen, daß man wohl an eine Art von Ueberrumpelung der Kammer glauben darf, und dadurch würde allerdings die Bedeutung des Sieges für das Ministerium wesentlich verringert werden.

Der weitere Verlauf der Sitzung führte zu der Berathung des Kommissionsberichts über die durch Verordnung vom 30. Juni 1848 verfügte Erhöhung der Rübenzuckersteuer von 1 auf 2 Thaler. Die Kommission hatte zuvörderst entdeckt, daß diese Erhöhung von Seite Preußens vorgeschlagen worden sei, „also von einer Seite, von welcher unserer Industrie von jeher nur wenig Berücksichtigung zu Theil geworden": eine Entdeckung, die allenfalls

brauchbar gewesen wäre, wenn nicht zufällig Preußen reichlich ebensoviele Rübenzuckerfabriken besäße, als alle übrigen Zollvereinsstaaten zusammengenommen. Nichtsdestoweniger stellte die Kommission, in Erwägung, daß auch in den Ständekammern von Baiern und Baden noch keine Beschlüsse in dieser Angelegenheit gefaßt seien und ohnehin eine allgemeine deutsche Zollgesetzgebung demnächst (?) eine durchgreifende Umänderung des bisherigen Zolltarifs erwarten lasse, in Berücksichtigung der Lage der süddeutschen und speziell der würtembergischen Zuckerfabriken den förmlichen Antrag: Die Staatsregierung zu ersuchen, der Erhöhung der Rübenzuckersteuer vorerst keine Folge zu geben, vielmehr durch die geeigneten Mittel und auf dem Wege der Unterhandlung mit den übrigen Zollvereinsstaaten darauf hinzuwirken, daß diese Steuer wieder auf das frühere Maß zurückgeführt und so lange darauf belassen werde, bis auch der Zoll auf ausländischen Zucker eine Abänderung erleide, oder eine allgemeine deutsche Zollgesetzgebung für derartige Konsumtionssteuern zu Stande gekommen sei. Die Kammer genehmigte den Antrag, der durch seinen Inhalt an und für sich auf eine Bedeutung wenig Anspruch machen kann, denn Staatsrath Goppelt bemerkte mit Recht, die Regierung könne den Beschluß der Kammer nicht anders auffassen, als daß sie auf diplomatischem Wege das ihr Mögliche zum Schutz der süddeutschen Zuckerfabriken thun solle: er hat aber deshalb Bedeutung, weil er abermals die schroffen Gegensätze zwischen den wirklichen oder vermeintlichen Interessen der norddeutschen und süddeutschen Industrie zu Tage fördert, Gegensätze, die sehr bald in ihrer ganzen Schärfe gegeneinander in die Schranken treten werden und mehr als alle politischen Scheidepunkte die Einheit des Vaterlandes zu gefährden drohen.

** **Stuttgart**, 29. März. Wir haben seit heute Vormittag die Nachricht von der Kaiserwahl. Interessant war die Aufregung, in welche unsre Kammer gerieth; sie berieth eben Abänderungen der Gemeindeordnung, als ein Diener eintrat und Blätter austheilte. Alsbald bildeten sich Gruppen, die Schelle des Präsidenten konnte keine Ruhe mehr schaffen und er mußte die Sitzung aussetzen. Jetzt erst erfuhren die Zuhörer, was das Extrablatt des schwäbischen Merkurs — denn ein solches war das vertheilte Blatt — enthielt. Das Erstaunen in der ganzen Stadt war groß, denn eine solche und noch mehr eine so schnelle Entscheidung hatte Niemand erwartet. Den ganzen Vormittag über waren die Straßen lebhaft, allenthalben erzählte man sich die Kunde. Und wie wird die Nachricht aufgenommen? Die Stimmung ist sehr verschieden. Daß die Mitglieder des vaterländischen Vereins ihrerseits jubeln über den jetzt doch noch erfochtenen Sieg, versteht sich. Daß die bei uns starke Partei der österreichisch Gesinnten mit schwerem Herzen die Nachricht aufnimmt, ist ebenso wahr. Die Kammermitglieder, welche hieher gehören, die oberschwäbischen und aus dem Vorderösterreichischen gewählten Abgeordneten und mit ihnen überhaupt die Katholiken — denn leider spielt hier zu Lande die Konfession in der politischen Anschauungsweise ihre große Rolle — äußerten sich alsbald sehr bedenklich. Aber andererseits läßt sich auch nicht läugnen, daß es eine ansehnliche Partei solcher gibt, welche bisher dem Preußenenthusiasmus des vaterländischen Vereins fernstanden, ja selbst unseres allverehrten Paul Pfizers Ideen in dieser Richtung nur mit Achselzucken aufnahmen, welche bereits aber unverholen ihre Zustimmung zu der That der Nationalversammlung aussprechen. Der Welcker'sche Antrag hatte etwas Volksthümliches durch den großen Gedanken, der ihn trieb, Angesichts der äußern und innern Gefahr seine eigenen Neigungen zu zähmen und einen großen Schritt zur Rettung des Vaterlands zu thun. Das Kühne, Rasche sicherte ihm die Zustimmung des Volks — eben dieses Volksthümliche hat durch den raschen Gang der Verhandlung auch die Nationalversammlung für ihr Werk gerettet. Mehr noch: sie hat Welcker's Antrag wesentlich verbessert. Ich spreche hier von der Stimmung, die sich hier in vielen Kreisen kundgibt, und Sie mögen nun ganz einverstanden sein oder nicht, so hat bei uns das preußische Erbkaiserthum, das einmal als Uebel, wenn auch als das kleinste der uns drohenden, betrachtet wird, wesentlich von seiner Impopularität dadurch verloren, daß uns das Wahlgesetz rein wie aus erster Lesung geboten wird, daß der Reichsrath, in welchem wir nur eine ähnliche unheilvolle Einrichtung wie unsern Geheimenrath sahen, daß endlich auch das absolute Veto gefallen ist. Erwägen Sie, daß auch Schoder für dieses demokratische Erbkaiserthum gestimmt hat; er hat die Sympathien von vielen seiner Landsleute hinter sich. Ich begegnete gleich heute einem hiesigen Bürger, den ich in der Erwartung seines Zorns über den Beschluß anredete; ich vernahm mit Staunen, daß er sich desselben freute. Vielen geht es so — und an der allgemeinen Unterordnung unter den Beschluß wird's sicher nicht fehlen.

△ **Gotha**, 28. März. Es wird Ihnen wohl schon die Ansprache zugekommen sein, welche unser Herzog an die Bewohner des Herzogthums Koburg-Gotha hinsichtlich der Uebernahme eines Kommandos über einen Theil der Reichstruppen für den Schleswig-holsteiner Krieg gerichtet hat. Er nimmt von seinen „Landsleuten" mit der Versicherung Abschied, daß er es für Pflicht halte, „unter den Reihen ihrer Söhne und Brüder als deutscher Krieger mit zu kämpfen für Deutschlands Ehre und Deutschlands Größe." Wem sollte nicht das Herz sich freudig bewegen, daß die Ersten des Volkes auch zuerst mit zu den Fahnen eilen, wo es das Vaterland gilt? Wir wollen uns daher nicht daran stoßen, daß der Herzog unverholen ausgesprochen hat, er folge nicht blos dem Rufe des Vaterlandes, sondern es habe ihn auch die Erwägung bestimmt, „daß er durch bereitwilliges Eingehen auf den ihm gewordenen Auftrag den Wünschen seiner getreuen Staatsbürger auf ungeschmälerte Erhaltung der staatlichen Selbstständigkeit des Herzogthums den wesentlichsten Stützpunkt leihen würde." Hegen wir auch die Ueberzeugung, daß Staaten wie unser Herzogthum aller Bedingungen entbehren, um ein kräftiges öffentliches Leben auszubilden, Gesinnungstüchtigkeit und ein höheres Selbstbewußtsein im Volke hervorzurufen; sehen wir auch voraus, daß das vielgepriesene größere materielle Wohlbefinden in den kleineren Staaten sehr bald in ein Uebelbefinden sich umkehren wird, wenn sie nicht mehr ihrer Pflichten gegen das Gesammtvaterland sich entschlagen können, sondern in gleicher Weise, wie die größeren Staaten, zu den Lasten des Letzteren beisteuern müssen: augenblicklich konnte der Herzog so sprechen, wie er es gethan hat. Wir würden es ferner noch einigermaßen entschuldigen, wenn er, den eine Partei im Frankfurter Parlamente zum Präsidenten der deutschen Republik bestimmt haben soll, sich dem Gedanken hingegeben hätte, daß es ihm durch Auszeichnung im Felde gelingen könne, nicht nur die Selbstständigkeit seines Herzogthums zu behaupten, sondern es auch durch einige andere thüringische Länder zu bereichern; hatte doch sein Vater auf ähnliche Weise auch das Fürstenthum Lichtenberg erworben, und ist es nur zu leicht, daß die verwandtschaftlichen Verbindungen des Hauses Koburg zu derartigen Plänen haben führen können. Allein durch Eins hat der Herzog bei Allen, die es um das deutsche Vaterland wohl meinen, den günstigen Eindruck seiner Ansprache vernichtet. Man versichert, daß er einer städtischen Deputation erklärt habe, er nehme das Kommando über die thüringischen Truppen vorzugsweise um deswillen an, weil zu besorgen stehe, daß außerdem die preußische Bureaukratie, welche die thüringischen Staaten gern von Preußen mediatisiren lassen wolle, die Truppen so verwenden werde, daß wenige davon zurückkommen würden. Es könnte eine derartige Aeußerung als ein bloßes nicht überdachtes Gerede betrachtet werden, wenn nicht andere Aeußerungen darauf schließen ließen, daß eine wohlüberlegte Absicht dabei stattgefunden habe. Bereits früher sind vom Herzoge gegen eine Deputation hiesiger Gewerbetreibender Bemerkungen über die preußischen Gewerbeverhältnisse gemacht worden, welche deutlich beweisen, daß er nicht blos der Abneigung der Gewerbetreibenden, welche die alten Ausschließungsrechte der Zünfte wollen, gegen die liberale Gewerbe-Verfassung Preußens neue Nahrung geben, sondern überhaupt die Stimmung gegen Preußen einnehmen wollte. Soll im Volke Jedem mit Entschiedenheit entgegen getreten werden, welcher die Regierungsgewalten ohne Grund verdächtigt, so muß ein Gleiches geschehen, wenn von oben herab das Volk irre geleitet werden soll.

Oesterreichische Monarchie.

Temesvar, 17. März. Die Stimmung, welche hier herrscht, mag folgendes Schreiben des k. k. Festungskommandos darthun, welches von Seite unserer Stadthauptmannschaft veröffentlicht wird: „An die löbliche Stadthauptmanschaft der k. Freistadt Temesvar. Seit einiger Zeit tauchen unter der hierortigen Bevölkerung Meinungen, und beinahe in allen öffentlichen Gast- und Kaffeehäusern laute Aeußerungen auf, die eine Böswilligkeit zeigen, welche nicht länger mehr geduldet werden kann. Die löbl.

Stadthauptmannschaft wolle mit aller Strenge, welche derselben als Civil-Polizeibehörde zusteht, in dieser Hinsicht die Ueberwachung einleiten, dortselbst nichts dulden zu lassen, was gegen die Person des Monarchen, die Regierung und überhaupt gegen die dermaligen Verhältnisse gerichtet ist, jede Aufreizung durch Worte und Handlungen zu beseitigen; alle Gastwirthe und Kaffeesieder derart verantwortlich machen, daß selbe gehalten sind, alle diejenigen, welche sich derlei beigehen lassen, sogleich bei dem betreffenden Platz-Kommando und der respektiven Civil-Behörde anzuzeigen, damit deren Verhaftung noch in Zeiten geschehen kann. Derjenige, welcher eine solche Anzeige zu machen unterläßt, wird das erstemal mit Arrest und 100 fl. K.-M. Strafe, das zweitemal mit verschärftem Arrest und dem doppelten Geldbetrage, im Wiederholungsfalle aber mit der kriegsrechtlichen Behandlung und Sperrung des Gewerbes bestraft, so wie alle jene Einwohner welche von solchen hochverrätherischen Aufreizungen Wissenschaft haben, selbe anzuzeigen unterlassen und welche sodann zur hierortigen Kenntniß gelangen, dem Kriegsrecht verfallen. Hiernach wolle die löbliche Stadthauptmannschaft nicht nur allein im Inneren der Festung die nöthigen Maßregeln ergreifen, sondern auch die Grundgerichte hiernach vollen Inhalts belehren, und zur strengen Handhabung auffordern. Temesvar, den 12. März 1849. Rukavina, F. M.L."

Niederland.

** **Haag**, 27. März. Das feierliche Begräbniß des verstorbenen Königs, zu dem auch manche demselben befreundete Engländer (wie der Herzog von Richmond und Lord Fitz Roy Somerset, seine Kriegsgefährten, Sir Henri Johnson, sein Orforder Lehrer) eintreffen werden, soll am 4. April stattfinden. Bei der Aufwartung, welche der diplomatische Körper König Wilhelm III. machte, führte der englische Gesandte als ältestes Mitglied desselben das Wort. Die Anrede erhebt sich so wenig, als die Antwort darauf über die bei solchen Gelegenheiten herkömmlichen allgemeinen Redensarten. Aus der Adresse der ersten Kammer an den König heben wir nur folgende Sätze hervor: „Ihr unvergeßlicher Vater, Sire, stets bereit, sein Blut für's Vaterland zu vergießen, arbeitete auch unermüdlich an dem Wohlbefinden des Staats; durch Förderung der Grundgesetzreform beherzigte er des Landes wesentliche Anliegen und erhielt in schweren Zeiten unschätzbare Ruhe und Ordnung aufrecht. Vertreter des treuen niederländischen Volkes begrüßen wir in Ihnen, Sire, freudig den königlichen Nachfolger, der das Gewicht seines schweren Berufes fühlt, und der sich für verpflichtet achtet, das Werk zu vollenden, zu welchem Wilhelm II. den Grund gelegt hat. Auf unsere Mitwirkung zur Erreichung dieses erhabenen Zieles kann Ew. Majestät vollkommen rechnen. Es ist unser feurigster Wunsch, daß die vereinigten Bemühungen von König und Volksvertretung der Nation und Ewr. Majestät altem Stammhause, beide so innig mit einander verbunden, zum Heil gereichen mögen".

Nach dem neuen Grundgesetz muß bei jeder neuen Thronbesteigung „das Einkommen der Krone durch ein Gesetz geregelt werden". Die revidirende Kammer begnügte sich mit dieser Möglichkeit, an der Civilliste zu sparen. Wilhelm II. bezog für sich allein jährlich ungefähr 1½ Millionen Fl. (außer dem Einkommen aus den Krondomänen eine Million Fl.); der Prinz von Oranien 200,000 Fl. rc. Ueberhaupt rechnet man das, was die königl. Familie vom Lande bezieht, immer noch jährlich etwa auf 2 Millionen Gulden, während von den gewöhnlichen Staatseinkünften, nach Bezahlung der Zinsen für die öffentliche Schuld, kaum 20 Millionen überschießen. Um dieses Mißverhältniß zu heben, dringen bereits Stimmen, und nicht bloß radikale, auf Herabsetzung jener festen Summe von 1 Million auf 500,000 Fl., welche mit den Krondomänen und andern Begünstigungen noch immer eine Civilliste von nahe einer Million betragen möchten. Das große Privatvermögen des Hauses Oranien kann natürlich dabei nicht in Betracht kommen; es ist zum Theil in Handelsgeschäften von Wilhelm I. erworben.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. März. Die folgende heute offiziell veröffentlichte Mittheilung bestätigt vollständig unsern letzten Bericht (s. u. vorgestr. Bl.) über die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 3. April: „Die Regierung hat Mittheilungen aus London erhalten, die es nicht unwahrscheinlich machen, daß eine vorläufige Uebereinkunft auf zufriedenstellende Bedingungen als Einleitung zum Frieden daselbst zu Stande gebracht werden kann, sobald die absolut dazu nöthige Zeit gegeben wird. Auf diesen Grund hin hat Se. Majestät auf Vorstellung des Staatsrathes allergnädigst bestimmt, daß die Feindseligkeiten von dänischer Seite faktisch suspendirt bleiben bis zum nächsten 3. April, bis wohin erst der mit der Meldung darüber nach London abgesandte Kourier zurück erwartet werden kann."

Auch der andere Theil unsers Berichtes über die neue Basis der Friedensunterhandlungen und die ministeriellen Erklärungen für den Fall, daß deutsche Truppen sich über die Elbe bewegten, bestätigt sich nach Flyveposten durch folgende nähere, aus gut unterrichteter Quelle entstammende Nachrichten: Deutscher Seits ist man auf die von Dänemark verlangte Friedensbasis, Schleswigs engere Verbindung mit Dänemark und Scheidung (man behauptet hier, gänzliche Trennung) von Holstein, so weit eingegangen, daß nur noch eine Differenz (in Betreff Rendsburgs [?]) obwaltet. Für die Zeit, bis diese letzte Differenz geregelt wird, hat Lord Palmerston, und zwar mit Bunsens Beistimmung, ein Provisorium vorgeschlagen, während dessen dänische Truppen Schleswig besetzen und eine vom König ernannte Regierung es verwaltet, Holstein dagegen von deutschen Truppen besetzt wird. Die dänische Regierung soll dagegen folgende Bedingungen als ihr Ultimatum nach London geschickt haben und die Antwort auf diese Bedingungen ist es, welche sie bis zum 3. April erwartet: „Alle deutschen Truppen, die schleswig-holsteinschen nicht ausgenommen, ziehen sich hinter die Elbe zurück bis auf 3600 Mann (die Größe des holsteinischen Bundeskontingents), Schleswig wird von 3000 Mann dänischen Truppen besetzt, während wo möglich 3000 Schweden die Festung Rendsburg besetzen. Der König ernennt eine Regierung für Schleswig, welche alle seit dem 18. März v. J. erlassenen Gesetze aufhebt, insoweit es nicht den Gang der Regierungsgeschäfte stört." Allerdings haben die Minister erklärt, daß sie im Fall einer feindseligen Bewegung sich nicht durch ihr Wort gebunden hielten, und daß dänische Truppen sofort in Schleswig einrücken würden, wenn deutsche Truppen über die Elbe zögen, allein selbst Flyveposten, ein Organ der Kriegspartei, bemerkt, daß man ja schon wisse, daß sich bereits deutsche Truppen jenseits der Elbe befänden, und die schleswig-holsteinischen sich im Norden Schleswigs festgesetzt hätten. (B. H.)

Donaufürstenthümer.

Aus der Moldau, im März. Obgleich nach Bems Niederlage für Siebenbürgen die dringendste Gefahr entfernt war, dauerte doch der Einmarsch der russischen Truppen aus der Walachei fort. Zu den Russen, die am 2. Februar in Kronstadt und am 4. in Hermannstadt eingerückt waren, kamen später noch bedeutende Verstärkungen hinzu, darunter, wie es heißt, 2000 Mann walachische Milizen. Auch von der Moldau aus scheint ein Einmarsch russischer Truppen über den Oitos-Paß und Tölgyes in das Land der Szekler beabsichtigt worden zu sein, denn der Stand des russischen Armeekorps in den Fürstenthümern wurde durch 26,000 Mann verstärkt, die in Eilmärschen von Bessarabien heranzogen. Ueber Skuleni und Jassi kamen ungefähr 5000 Mann Infanterie und 9000 Mann Kavallerie, welche nach der nördlichen Moldau gegen Suczawa und die siebenbürgische Grenze zogen. Ueber Leowa nach Berlad und Bakean kamen später ein Regiment Infanterie und ein Regiment Kavallerie nebst Kosaken und 2 Batterien; von Bakean zogen diese Truppen in drei verschiedenen Richtungen nach Siebenbürgen. Die bisher verwahrloste Straße nach dem Oitos wird hergestellt, und für das schwere Geschütz fahrbar gemacht; bei dieser Arbeit sind 1500 russische Sappeurs beschäftigt, und 1000 moldauische Bauern wurden als Handlanger requirirt. Die russische Armee in den Fürstenthümern bestand bisher nach den verläßlichsten Angaben aus 45,000 Mann in der Walachei und 10,000 Mann in der Moldau. Rechnet man hinzu die spätere oben erwähnte Verstärkung von 26,000 Mann, so gibt dies ein großes Armeekorps von 81,000 Mann. Das Murawieff'sche Armeekorps und der Rest des Lüders'schen Korps standen in Podolien, Neurußland und Bessarabien ebenfalls marschfertig. Allgemein fiel die Stärke der russischen Artillerie auf, welche das gewöhnliche Verhältniß zur Truppenzahl um Vieles überschreitet. Auch Belagerungsgeschütz befand sich darunter. Es ist anzunehmen, daß die Russen ihr schweres Geschütz und ihren starken Train bei Zeiten vorwärts zu schieben bedacht waren, indem die dazu gehörigen Truppenmassen leicht nachfolgen konnten. (Lloyd.)

Redacteur: H. Kruse.

Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in [...] Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

